**Protokoll des Kantonsrats**

1. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018): Konstituierende Sitzung

Donnerstag, 18. Dezember 2014
Zeit: 08.30 – 12.55 Uhr

**Vorsitz**
Alterspräsident Hans Christen, Zug
bzw. Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Eröffnung der Legislatur durch den Alterspräsidenten
3. Ernennung von zwei provisorischen Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern
4. Genehmigung der Kantonsratswahlen
5. Genehmigung der Regierungsratswahlen
6. Wahl des Büros des Kantonsrats

6.1. Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten
6.2. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten
6.3. Wahl der beiden Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler
6.4. Wahl der beiden stellvertretenden Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler

Vereidigung in der St.-Oswald-Kirche, Zug

7. Gelöbnis im Kantonsratssaal
8. Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns sowie der Statthalterin oder des Statthalters

8.1. Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns
8.2. Wahl der Statthalterin oder des Statthalters

9. Wahl der Landschreiberin oder des Landschreibers
10. Wahl der ständigen Kommissionen
11. Vervollständigung nichtständiger Kommissionen nach Vakanzen aufgrund von Austritten aus dem Kantonsrat

## 1 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Ratsmitgliedern. Abwesend ist Anastas Odermatt, Steinhausen.

Der Vorsitzende, Alterspräsident **Hans Christen,** begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung der Legislaturperiode 2015–2018. Er weist darauf hin, dass der Kantonsrat heute zum ersten Mal nach der neuen Geschäftsordnung vom 28. August 2014

tagt. Er stellt fest, dass mehr als 41 Kantonsratsmitglieder anwesend sind und damit das Quorum gemäss § 44 Satz 1 der Kantonsverfassung und § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrats erreicht ist. Der Rat ist beschlussfähig.

## 2 Mitteilungen

Baudirektor Heinz Tännler muss sich wegen einer dringenden Verpflichtung bis ca. 09.00 Uhr entschuldigen.

Gemäss § 38 Abs. 3 GO KR bedürfen Ton- und Bildaufnahmen während der Sitzung der Bewilligung des Rats. Der Vorsitzende beantragt, diese Bewilligung für die ganze Dauer der Sitzung inkl. Vereidigungs- und Gelöbnisakt allen Anwesenden zu erteilen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

## 3 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Bundesgericht mit Urteil vom 9. Dezember 2014 die Beschwerde gegen die Gesamterneuerungswahl 2014 des Kantonsrats abgewiesen hat. Der Durchführung der heutigen Konstituierung des Kantonsrats steht also nichts mehr im Weg.
Er weist ferner darauf hin, dass kein Protokoll zur Genehmigung vorliegt. Die Protokolle der Sitzungen vom 27. November 2014 und vom 11. Dezember 2014 werden gemäss § 14 Abs. 4 GO KR vom Büro des abtretenden Kantonsrats an dessen letzter Sitzung am 29. Januar 2015 genehmigt. Selbstverständlich werden diese Protokolle auch den Mitgliedern des abtretenden Kantonsrats zugestellt.

TRAKTANDUM 2

## 4 Eröffnung der Legislatur durch den Alterspräsidenten

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nach § 2 Abs. 1 GO KR das amtsälteste Mitglied, bei mehreren Mitgliedern mit gleicher Amtsdauer das älteste Mitglied das Alterspräsidium ausübt. Moritz Schmid und der Sprechende weisen je mit Eintritt in den Kantonsrat im Jahr 1999 das gleiche Amtsalter auf. Moritz Schmid ist um ein Jahr älter und müsste daher das Alterspräsidium übernehmen. Er strebt heute aber das Amt des Kantonsratspräsidenten an und verzichtet daher auf das Alterspräsidium. Der Vorsitzende dankt Moritz Schmid für diese kollegiale Geste und Grösse, sie zeugt von (Alters-)Weisheit.
Anschliessend wendet sich der Alterspräsident mit folgenden Worten an den Rat: «Am 30. Oktober 2014 habe ich von Landschreiber Tobias Moser eine E-Mail erhalten, die mich im Moment etwas nachdenklich gemacht hat. Sie lautete wie folgt:

‹Im Auftrag des Kantonsratspräsidenten teile ich Dir mit, dass das Büro des Kantonsrats Dich heute zum Alterspräsidenten für die Konstituierende Sitzung der Amtsperiode 2015–2018 bestimmt hat. Dazu gratuliere ich Dir.› An eine solche Aufgabe hatte ich natürlich nicht gedacht. Nun bin ich auf einen Schlag nicht nur in die Senioren-, sondern direkt in Veteranenabteilung übergetreten. Ich kann damit leben; mit meiner Frau bin noch am Verhandeln.
Ich freue mich, dass ich die Ehre habe, als Alterspräsident die Legislatur 2015– 2018 zu eröffnen. Meine Aufgabe ist es, die Konstituierende Sitzung bis zur Vereidigung in der St.-Oswalds-Kirche zu leiten. Ein Gutes hat die Sache: Für die Einsetzung des Alterspräsidenten werden keine Wahlzettel benötigt – die Staatskanzlei wird entlastet. Vor genau einer Woche hatten wir hier im Saal ein gegenteiliges Beispiel anlässlich der Wahl der kantonalen Schätzungskommission.
Ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl als Kantonsrätin, Kantonsrat, Regierungsrätin und Regierungsrat. Alle hier im Saal sind bei den letzten Wahlen zum ersten Mal nach neuen Wahlsystemen gewählt worden: der Kantonsrat nach dem doppelten Pukelsheim, der Regierungsrat nach dem Majorz. Diese Wahlen haben einigen Staub aufgewirbelt und dann einige kampfeslustige Juristen, Wahlverlierer und auch die Gerichte beschäftigt. Es zeigte sich schlussendlich, dass alles korrekt war und zum Beispiel alle Kandidierenden für den Regierungsrat mit noch besseren Resultaten abgeschlossen haben. Ich glaube nicht sagen zu müssen, dass man für die nächsten Wahlen in vier Jahren einiges gelernt hat. Es kann nicht schaden.
Ich danke Ihnen, dass Sie bereit sind, sich für das Wohl der Bevölkerung im Kanton Zug zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht immer eine leichte Aufgabe, und manchmal muss man auch über seinen Schatten springen. Denken Sie jedoch immer daran, dass unser schöner Kanton aus elf Gemeinden besteht. Wir sind verantwortlich, dass wir uns nicht nur für den Kanton einsetzen, sondern immer auch die Gemeinden im Auge behalten sollten. Die Entscheide müssen ausgewogen sein, sind Sie doch, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, von der Bevölkerung Ihrer Gemeinde gewählt worden. Das sollten Sie nicht vergessen. Sie haben deshalb auch einen Auftrag Ihrer Gemeinde zu erfüllen. Das Abwägen zwischen dem Interesse der Gemeinde und demjenigen des Kantons ist nicht immer leicht. Das Grosse besteht aus dem Kleinen, der Zugersee besteht auch nur aus Wassertropfen. Was im Kleinen nicht ausgewogen ist, wird im Grossen schwerlich funktionieren.
Die finanzielle Situation des Kantons hat sich in der letzten Legislatur grundlegend verändert. Die Steuereingänge sprudeln nicht mehr so wie auch schon. Die NFA wird von Jahr zu Jahr zur immer grösseren Belastung für unsere Staatsrechnung. Ein Ende dieser steigenden NFA-Beiträge an die Nehmerkantone ist nicht abzusehen. Es ist anscheinend aussichtslos, dass in Bern z. B. eine Belastungsobergrenze für die Geberkantone vom National- und Ständerat eingeführt wird. Meiner Meinung nach denken die eidgenössischen Parlamentarier aus den Nehmerkantonen nicht über ihre Nasenspitzen heraus. Aber es ist halt schwierig, über den Tellerrand hinaus zu schauen, wenn der Teller immer schön mit Köstlichkeiten aus anderen Küchen gefüllt ist. Die Nehmerkantone spielen zu ihren Gunsten immer ihre Mehrheit im Rat aus. Für sie ist Nehmen seliger denn Geben. Es ist doch paradox, wenn die Geberkantone Sparprogramme starten müssen und die Nehmerkantone aus dem Vollen schöpfen können. Es wird wohl noch eine Weile dauern, bis sich auch im restlichen Land das Bild der übervollen Schatzkammer des Kantons Zug ändern wird. An solche Wirklichkeiten werden sich die Nehmerkantone dann aber gewöhnen müssen.
Ähnliche Situationen gab es bis anhin auch in unserem Kanton mit dem ZFA. Die Geber, vor allem die Stadt Zug, schreiben seit Jahren rote Zahlen, und einige Gemeinden schliessen ihre Jahresrechnungen mit unanständigen Überschüssen in

zweistelliger Millionenhöhe ab. Ab nächstem Jahr wird sich das etwas verändern, und ich danke als Stadtzuger Kantonrat der Regierung, dass sie endlich dazu bereit war, den ZFA neu zu ordnen. Dieser Dank geht auch an den Kantonsrat der letzten Legislatur, der dem Regierungsrat und der vorbereitenden Kommission gefolgt ist.
In der am 1. Januar 2015 beginnenden Legislatur wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Als erstes grosses Geschäft wird uns Ende Februar die Schlussabstimmung des Jahrhundertprojekts ‹Stadttunnel› beschäftigen. Für mich ist es nicht ganz nachvollziehbar, dass der alte Kantonsrat die erste Lesung beraten musste und der neue Kantonsrat mit der zweiten Lesung Ende Februar 2015 diese Vorlage verabschieden wird, sitzen doch 29 neue Kolleginnen und Kollegen hier im Saal. Ich ersuche alle neuen Ratsmitglieder, diese Vorlage genau zu studieren, damit sie unvoreingenommen ihre Stimme für oder gegen dieses Projekt abgeben können.
Bei aller Würde und bei aller Ernsthaftigkeit, welche unser Tun und Handeln als Parlamentarier oder Parlamentarierin bestimmen soll und muss, dürfen wir den Humor nicht vergessen. Wir beraten und entscheiden über Geschäfte, welche in den allermeisten Fällen direkt in das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger eingreifen oder indirekte Konsequenzen zeitigen. Da muss der Humor seinen Platz haben. Was bei aller Ernsthaftigkeit auch mit einer Prise Leichtigkeit gestaltet wird, hat bei Menschen länger Bestand, und ein gewisses Verständnis bei vielleicht unangenehmen Entscheiden ist grösser. Dies gilt auch hier im Saal: Ein Mitglied des Regierungsrats schluckt eine lächelnde Kröte leichter als eine, die einen *Lätsch* macht.
Die Stunden hier im Saal sind oftmals kräfteraubend und anstrengend, und die Entscheide sind vielleicht nicht immer so, wie man sie gerne hätte. Aber der Einsatz für das Wohl der Gemeinschaft ist nie umsonst. Ideen, Argumente, Meinungen – auch wenn sie keinen Niederschlag in den Beschlussesdokumenten finden – bereichern andere Ideen, Argumente und Meinungen. Der Austausch an sich bereichert schon, ob am Rednerpult, im Foyer des Kantonsratssaals oder am Wirtshaustisch.
Meine Damen und Herren, packen wir es gemeinsam an. In den nächsten vier Jahren wird uns die Arbeit nicht ausgehen, die Energie mit Sicherheit auch nicht. In diesem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Konstituierende Sitzung und damit einen guten Start in die bevorstehende Legislatur.» *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 3

## 5 Ernennung von zwei provisorischen Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er gemäss § 2 Abs. 1 Satz 2 GO KR Karin Andenmatten-Helbling und Zari Dzaferi zu provisorischen Stimmenzählenden ernennt. Sie üben ihre Funktion bis und mit Traktandum 6.4 aus.

TRAKTANDUM 4

## 6 Genehmigung der Kantonsratswahlen

Vorlagen: Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 2. Dezember 2014 (2464.1 - 14836); Separatdrucke aus dem Amtsblatt Nr. 41 vom 10. Oktober 2014 (Ergebnis der Regierungsratswahl und der Kantonsratswahl); Verzeichnis der Mitglieder des Kantonsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 3 Abs. 1 GO KR der neu gewählte Kantonsrat unter der Leitung der Alterspräsidentin oder des Alterspräsidenten auf An-

trag des Regierungsrats die Gültigkeit der Kantonsratswahlen feststellt und über bestrittene Wahlen entscheidet. Die Einberufung des neu gewählten Kantonsrats erfolgte ausdrücklich unter der Bedingung, dass das Bundesgericht auf die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten gegen die Wahl des Kantonsrats nicht eintritt oder diese Beschwerde abweist.
Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Feststellung der Gültigkeit der kantonalen Erneuerungswahlen vom 5. Oktober 2014 für die Amtsdauer 2015–2018 habe unter der Bedingung zu erfolgen, dass das Bundesgericht auf die hängige Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Zug vom 13. November 2014 gegen die Wahl des Kantonsrats nicht eintritt oder diese Beschwerde abweist. Diese Bedingung ist mit dem Urteil des Bundesgerichts vom 9. Dezember 2014 erfüllt. Es wird kein Gegenantrag gestellt.

➔ Der Rat stellt stillschweigend die Gültigkeit der Kantonsratswahl vom 5. Oktober 2014 sowie der Wahl des nachgerückten Silvan Renggli fest.

Der **Vorsitzende** gratuliert allen neu und wieder gewählten Kantonsratsmitgliedern zu ihrer Wahl und wünscht ihnen viel Befriedigung bei der Ausübung ihres Amts.

TRAKTANDUM 5

**7 Genehmigung der Regierungsratswahlen**

Vorlagen: Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 2. Dezember 2014 (2464.1 - 14836); Separatdrucke aus dem Amtsblatt Nr. 41 vom 10. Oktober 2014 (Ergebnis der Regierungsratswahl und der Kantonsratswahl) und aus dem Amtsblatt Nr. 44 vom 31. Oktober 2014 (Endergebnis der Regierungsratswahl).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 3 Abs. 1 GO KR der neu gewählte Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrats unter der Leitung der Alterspräsidentin oder des Alterspräsidenten auch die Gültigkeit der Regierungsratswahlen feststellt. Die Wahlbeschwerden vom 10. Oktober 2014 und vom 15. Oktober 2014 betreffend Regierungsratswahlen sind mit Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Zug vom 23. Oktober 2014 rechtskräftig entschieden. Gegen die Veröffentlichung des Endergebnisses der Regierungsratswahl im Amtsblatt Nr. 44 vom 31. Oktober 2014 lief die Rechtsmittelfrist am 20. November 2014 unbenutzt ab.
Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Feststellung der Gültigkeit der kantonalen Erneuerungswahlen vom 5. Oktober 2014 für die Amtsdauer 2015–2018 habe unter der Bedingung zu erfolgen, dass das Bundesgericht auf die hängige Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Zug vom 13. November 2014 gegen die Wahl des Kantonsrats nicht eintritt oder diese Beschwerde abweist. Diese Bedingung ist mit dem Urteil des Bundesgerichts vom 9. Dezember 2014 erfüllt. Es werden keine anderen Anträge gestellt.

➔ Der Rat stillschweigend die Gültigkeit der Regierungsratswahl vom 5. Oktober 2014 fest.

Der **Vorsitzende** gratuliert den Regierungsratsmitgliedern zu ihrer Wiederwahl und wünscht ihnen weiterhin viel Befriedigung bei der Ausübung ihres Amts.

TRAKTANDUM 6
**Wahl des Büros des Kantonsrats**

**8** Traktandum 6.1: **Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für alle Wahlen gemäss § 85 Abs. 2 und 3 GO KR gilt: Gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Die Präsidentin oder der Präsident nimmt an den Wahlen teil. Der Vorsitzende hält fest, dass die SVP-Fraktion beantragt, Moritz Schmid zum Kantonsratspräsidenten für die nächsten zwei Jahre zu wählen.

**Manuel Brandenberg** begründet namens der SVP-Fraktion den Antrag, Moritz Schmid zum Kantonsratspräsidenten für 2015 und 2016 zu wählen. Moritz Schmid ist seit 1999 Mitglied des Kantonsrats, er ist ein bewährter Politiker und hat sehr viel Erfahrung. Es war in den vergangen zwei Jahren Kantonsratsvizepräsident und konnte sich bereits einen Einblick in das Amt des Ratspräsidenten verschaffen. Die SVP-Fraktion empfiehlt Moritz Schmid einstimmig zur Wahl.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Er macht darauf aufmerksam, dass die Wahl gemäss § 85 Abs. 1 GO KR schriftlich und geheim erfolgt und dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats für die Dauer von zwei Jahren zur Präsidentin oder zum Präsidenten gewählt werden kann. Wahlzettel mit dem Namen anderer Personen sind nach § 86 Abs. 1 Ziff. 3 GO KR ungültig.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der **Vorsitzende** das Wahlergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 78 | 78 | 2 | 0 | 76 | 39 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Moritz Schmid | 73 |
| Philip C. Brunner | 1 |
| Thomas Lötscher | 1 |
| Silvia Thalmann | 1 |

➔ Der Rat wählt Moritz Schmid für die Jahre 2015 und 2016 zum Kantonsratspräsidenten.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neuen Kantonsratspräsidenten zur sehr guten Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Der neu gewählte Kantonsratspräsident **Moritz Schmid** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden:
«Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich an dieser Stelle die Walchwiler Delegation mit unserem Gemeindepräsidenten Tobias Hürlimann an der Spitze, besonders willkommen heisse. In Walchwil habe ich meine politischen Wurzeln, und meine jeweiligen Wahlergebnisse in den Kantonsrat haben mir immer gezeigt, wie

sehr die Walchwiler und Wählerinnen über die Parteigrenzen hinaus meine politische Arbeit zu würdigen wussten. Diese Arbeit hätte ich nie leisten können, wenn ich nicht durch meine Familie vorbehaltlos unterstützt worden wäre. Meiner Familie, die fast vollzählig anwesend ist, allen voran meiner lieben Frau Trudy, gilt heute denn auch mein Dank von Herzen und mein spezieller Willkommensgruss.
Geschätzte Damen und Herren Kantonsräte, Sie haben mich für die Jahre 2015 und 2016 zum Präsidenten des Zuger Kantonsparlaments gewählt. Ich bedanke mich für die Wahl und das damit verbundene grosse Vertrauen. Die Wahl zum Kantonsratspräsidenten ist nicht nur für mich persönlich eine grosse Ehre, sondern auch für meine Familie, für meine Wohngemeinde und für meine Partei, die SVP.
Ich verspreche, dass ich mich für dieses hohe Amt mit aller Kraft und verantwortungsbewusst einsetze. Mein Ziel ist es, mit Ihrer Hilfe dem Wohl der Allgemeinheit – dem Kanton Zug und seiner Bevölkerung – zu dienen. Ich werde mich darum bemühen, den Rat unparteiisch, umsichtig, effizient und in der bewährten Kontinuität der letzten Jahre zu leiten. An dieser Stelle will ich denn auch meinem Vorgänger Alt-Kantonsratspräsident Hubert Schuler, für die angenehme und gute Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren danken. Ich wünsche ihm für die neue Aufgabe in seiner Fraktion viel Erfolg.
Ich freue mich auf das neue Amt. Besonders freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit dem designierten Landammann, Regierungsrat Heinz Tännler, mit dem neuen Vizekantonsratspräsidenten Thomas Lötscher und mit den Verantwortlichen der Staatskanzlei, allen voran Landschreiber Tobias Moser.
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, ich nehme die Wahl und die damit verbundenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten an.» *(Der Rat applaudiert.)*

Eine Delegation aus Walchwil betritt den Saal und gratuliert dem neuen Kantonsratspräsidenten. Die Ehrendame überreicht dem Gewählten einen Blumenstrauss.

**Tobias Hürlimann,** Gemeindepräsident von Walchwil, richtet folgende Grussadresse an die Anwesenden:
«Mit grosser Freude, Genugtuung und Stolz dürfen wir heute den dritten Kantonsratspräsidenten in der Geschichte Walchwils ehren und feiern. Im Namen der Einwohnergemeinde Walchwil gratuliere ich Dir, lieber Moritz, zu Deiner ehrenvollen Wahl und wünsche Dir viel Kraft, Freude und Wertschätzung für die Ausübung dieses hohen Amtes.
Walchwil hat seinen dritten Kantonsratspräsidenten. Walchwil pflegt ein intaktes Vereins- und Dorfleben, lebt von Traditionen und Bräuchen, profitiert von bewährtem Handwerk und Gewerbe, geniesst kulinarische Eigenheiten und schützt seine Eigenständigkeit. Walchwil ist reich an wunderschönen Naturlandschaften und hat ein mildes Klima. Nussbäume und Kastanienhaine bekleiden steile Hänge. So wurden die Walchwiler gerne – meistens liebevoll – mit der Kastanienfrucht, der *Chestene*, verglichen. Damit finden wir auch Vergleichbares für den neu gewählten Kantonsratspräsidenten Moritz Schmid. Ich denke nicht an die markante, stachelige Gesichtsbehaarung, sondern an seine edlen Werte von Herzlichkeit, Hilfsbereitschaft, Zugänglichkeit und Feingefühl; er nimmt sich der Sorgen der Menschen an – ich spreche von der Edelkastanie Moritz Schmid. Moritz Schmid ist ein Kantonsrat aus seiner Gemeinde. Er vertritt sie mit Überzeugung und Herzblut. Er ist einer von Walchwil.
Sehr geschätzte Damen und Herren, ich freue mich, Sie in Walchwil empfangen, begrüssen und etwas verwöhnen zu dürfen. Sie werden Walchwil erleben können und ein Stück Walchwil nach Hause tragen. Dazu lade ich Sie im Namen des Gemeinderats herzlich ein!» *(Der Rat applaudiert.)*

**9** Traktandum 6.1: **Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten**

Bevor der Rat zu dieser Wahl schreitet, gibt der **Alterspräsident** eine Erklärung ab: In der gestrigen Ausgabe der «Neuen Zuger Zeitung war unter dem Titel «Macht der offizielle Kandidat das Rennen?» zu lesen: «Wie unsere Zeitung weiss, wäre auch alt Stadtrat Hans Christen gerne Vizepräsident des Parlamentes geworden. Er setzte sich aber in der Fraktion mit seinem Wunsch nicht durch.» Es würde den Sprechenden erstens interessieren, woher die genannte Zeitung weiss, dass er gerne Vizepräsident des Kantonsrats geworden wäre. Ihm selbst ist das auf jeden Fall nicht bekannt. Zweitens hält er fest, dass er bei der FDP-Fraktion für dieses Amt nie ein Thema war. Er musste sich auch nie in der Fraktion durchsetzen, da er beim Fraktionschef keine Ambitionen für dieses Amt angemeldet hatte. Es wäre korrekt gewesen, wenn der Schreiber dieses Zeitungsartikels mit dem Sprechenden vorher Kontakt aufgenommen hätte. Für ihn war dies eine Zeitungsente bester Güte und weit weg von journalistischem Feingefühl.

Der **Vorsitzende** macht auch hier darauf aufmerksam, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats in das Vizepräsidium gewählt werden kann. Wahlzettel mit anderen Namen sind ungültig. Er hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, Thomas Lötscher zum Vizepräsidenten für die nächsten zwei Jahre zu wählen.

**Daniel Thomas Burch** schlägt namens der FDP-Fraktion Thomas Lötscher zur Wahl als Vizepräsident vor. Thomas Lötscher ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Er hat an der HSG Betriebswirtschaft mit Vertiefung Marketing studiert und erfolgreich abgeschlossen. Er ist nicht nur ein Vollblutpolitiker, sondern engagiert sich auch mit Herzblut in verschiedenen gemeinnützigen Organisationen und Vorständen im Kanton Zug. Seit 2003 sitzt er als Vertreter der Gemeinde Neuheim im Kantonsrat – und das immer in der hintersten Sitzreihe. Aber keine Angst! Thomas Lötscher ist alles andere als ein «Hinterbänkler». Seinen Sitzplatz wählt er mit Bedacht. Aufmerksam verfolgt er jede Debatte. Seine pointierten und überzeugenden *Statements* wecken Aufmerksamkeit und bewahren manch einen oder eine vor dem Dahindösen oder Einschlafen. Wenn es ihn juckt, tritt er ans Rednerpult und gibt ein klares und dezidiertes Votum ab, nicht selten mit einer guten Prise Schalk. Seine *Statements* betreffen nicht nur bestimmte Debatten und Themen, sondern auch den Ratsbetrieb an sich. Vor einer Woche hat er mit seinem Vorschlag zur Wahl der Schätzungskommission gezeigt, dass ihm ein effizienter Ratsbetrieb am Herzen liegt, und dem Rat damit unnötigen Zeitverlust erspart.
Der Votant bittet den Rat, Thomas Lötscher, einen engagierten und couragierten Volksvertreter, zum Vizepräsidenten zu wählen. Dieser wechselt damit von seinem Sitzplatz in der hintersten Reihe auf den «Bock» bzw. von Süden in den Norden des Ratssaals oder – wer weiss – von der Wärme in die Kälte. Von dort oben hat er einen noch besseren Überblick und kann unmittelbar Einfluss auf den Ratsbetrieb nehmen. Mit der Wahl von Thomas Lötscher zum Vizepräsidenten und – so ist zu hoffen – in zwei Jahren zum Präsidenten schreibt der Rat Geschichte, beschert er doch der Gemeinde Neuheim den ersten Vize- und in der Folge den ersten Kantonsratspräsidenten seit der Gründung des Bundesstaates anno 1848.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim. Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der Vorsitzende das Wahlergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 78 | 78 | 2 | 0 | 76 | 39 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Thomas Lötscher | 45 |
| Beat Sieber | 25 |
| Adrian Andermatt | 4 |
| Daniel Abt | 2 |

➔ Der Rat wählt Thomas Lötscher für die Jahre 2015 und 2016 zum Kantonsratsvizepräsidenten.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neu gewählten Kantonsratsvizepräsidenten zu seiner Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

**Thomas Lötscher** dankt für das Vertrauen und die Wahl zum Vizepräsidenten. Die Wahl ist für seine Wohngemeinde Neuheim, für seine Familie und den Gewählten selbst eine Ehre. Es ist aber auch eine Verantwortung, der er sich gerne stellt. Er wird sich bemühen, den Präsidenten in gebotener Art objektiv und neutral zu unterstützen. Er nimmt die Wahl an.

**10** Traktandum 6.3: **Wahl der beiden Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler**

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats als Stimmenzählerin oder als Stimmenzähler gewählt werden kann. Wahlzettel mit anderen Namen sind ungültig. Formell werden für die beiden Stimmenzählenden je separate Wahlen durchgeführt. Die Wahl erfolgt also auf zwei verschiedenen Wahlzetteln. Die CVP-Fraktion beantragt als Stimmenzähler Kurt Balmer, die ALG-Fraktion beantragt als Stimmenzählerin Rita Hofer. Es werden keine anderen Anträge gestellt. Die Kandidierenden befinden sich gemäss § 64 Abs.1 GO KR im Ausstand.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung gibt der **Vorsitzende** die Wahlergebnisse bekannt:

***Wahl der Stimmenzählerin oder des Stimmenzählers 1***

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 79 | 78 | 2 | 0 | 76 | 39 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Kurt Balmer | 72 |
| Rita Hofer | 3 |
| Rainer Suter | 1 |

➔ Der Rat wählt Kurt Balmer für die Jahre 2015 und 2016 zum Stimmenzähler.

***Wahl der Stimmenzählerin oder des Stimmenzählers 2***

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 78 | 78 | 1 | 0 | 77 | 39 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Rita Hofer | 62 |
| Vroni Straub-Müller | 5 |
| Kurt Balmer | 3 |
| Philippe Camenisch | 1 |
| Zari Dzaferi | 1 |
| Esther Haas | 1 |
| Andreas Hürlimann | 1 |
| Karl Nussbaumer | 1 |
| Rupan Sivaganesan | 1 |
| Jolanda Spiess-Hegglin | 1 |

➔ Der Rat wählt Rita Hofer für die Jahre 2015 und 2016 zur Stimmenzählerin.

Der **Vorsitzende** gratuliert den Stimmenzählenden zur Wahl und wünscht ihnen viel Erfolg in ihrem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

**11** Traktandum 6.4: **Wahl der beiden stellvertretenden Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass laut § 4 Abs. 3 GO KR der Kantonsrat für zwei Jahre zwei stellvertretende Stimmenzählende wählt. Sie gehören denselben Fraktionen wie die beiden Stimmenzählenden an. Sie sind nicht Mitglieder des Büros des Kantonsrats. Gemäss § 85 Abs. 1 Satz 2 GO KR erfolgen diese Wahlen offen, sofern der Kantonsrat nicht geheime Wahlen beschliesst. Der Vorsitzende schlägt vor, diese Wahlen offen durchzuführen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch bei offenen Wahlen gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Die Präsidentin oder der Präsident nimmt gemäss § 85 Abs. 2 und 3 GO KR an den Wahlen teil. Die Fraktionen der zwei Stimmenzählenden haben Beat Wyss (CVP) und Hanni Schriber-Neiger (ALG) als stellvertretende Stimmenzählenden gemeldet. Es werden keine weiteren Anträge gestellt.

➔ Der Rat wählt mit 79 Stimmen Beat Wyss zum stellvertretenden Stimmenzähler.

➔ Der Rat wählt mit 75 Stimmen Hanni Schriber-Neiger zur stellvertretenden Stimmenzählerin.

Der **Vorsitzende** gratuliert den stellvertretenden Stimmenzählenden zur Wahl und wünscht ihnen viel Erfolg in ihrem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Der Vorsitzende, Alterspräsident **Hans Christen,** stellt fest, dass damit der Kantonsrat für die 31. Legislatur konstituiert ist. Es folgt nun die Vereidigung in der Kirche St. Oswald in Zug. Der Alterspräsident dankt für die disziplinierte und speditive Sitzung und übergibt den Vorsitz dem neu gewählten Kantonsratspräsidenten.

## 12 Vereidigung in der St.-Oswald-Kirche in Zug

Die Mitglieder des Kantons- und Regierungsrats besammeln sich vor dem Regierungsgebäude. Angeführt von einer Tambourengruppe, dem Fähnrich mit der Kantonsfahne und dem Standesweibel, begeben sie sich zur Kirche St. Oswald. Die ökumenische Feier, welche die Vereidigung einleitet, gestalten der reformierte Pfarrer Andreas Haas und der katholische Pfarrer Mario Hübscher.

Pfarrer **Andreas Haas** heisst die Mitglieder des Kantons- und Regierungsrats willkommen. Dass Regierungen ihren Amtsantritt mit der Kirche feiern, hat jahrhundertelange Tradition. Die Bedeutung einer solchen Feier hat sich mit der Veränderung der Gesellschaft allerdings gewandelt. Die Politiker kommen nicht in die Kirche, um sich von den Kirchenvertretern ihr Gottesgnadentum bestätigen zu lassen, und die Kirchenvertreter sind nicht hier, um den Politikern zu sagen, wo – salopp gesagt – Gott hockt. Vielmehr sind alle zusammengekommen, um in einer Zeit, die immer schneller, lauter und egozentrierter wird, einen Moment innezuhalten und jener Kraft Raum zu geben, die in jedem und jeder gegenwärtig ist, die alle miteinander verbindet und die jedem und jeder überraschende Wege zeigen kann.

Pfarrer **Mario Hübscher** beginnt mit einigen Versen aus dem Matthäus-Evangelium:
*Ihr seid das Salz der Erde. Wenn das Salz seinen Geschmack verliert, womit kann man es wieder salzig machen? Es taugt zu nichts mehr; es wird weggeworfen und von den Leuten zertreten. Ihr seid das Licht der Welt. Eine Stadt, die auf einem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben. Man zündet auch nicht ein Licht an und stülpt ein Gefäss darüber, sondern man stellt es auf den Leuchter; dann leuchtet es allen im Haus. So soll euer Licht vor den Menschen leuchten, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen. Denkt nicht, ich sei gekommen, um das Gesetz und die Propheten aufzuheben. Ich bin nicht gekommen, um aufzuheben, sondern um zu erfüllen. Amen, das sage ich euch: Bis Himmel und Erde vergehen, wird auch nicht der kleinste Buchstabe des Gesetzes vergehen, bevor nicht alles geschehen ist. Wer auch nur eines von den kleinsten Geboten aufhebt und die Menschen entsprechend lehrt, der wird im Himmelreich der Kleinste sein. Wer sie aber hält und halten lehrt, der wird gross sein im Himmelreich. (Matthäus 5, 13–19)*
Pfarrer Hübscher erinnert daran, dass Papst Franziskus kürzlich im europäischen Parlament Gelegenheit hatte, Politikern aus verschiedenen Parteien und mit verschiedenem religiösem Hintergrund zu begegnen. Gegen Schluss seiner Rede nahm er Bezug auf einen unbekannten Autoren des zweiten Jahrhunderts, der schrieb, dass die Christen in der Welt das seien, was die Seele im Leib ist. Der Papst sagte dazu, dass es die Aufgabe der Seele sei, den Leib aufrecht zu erhalten, sein Gewissen und sein geschichtliches Gedächtnis zu sein. Er lud die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein, an einem Europa mitzubauen, das Träger von Wissenschaft, Kunst, menschlichen Werten und auch des Glaubens ist, das auf den Menschen schaut, ihn verteidigt und schützt. Damit erwähnte der Papst einen wichtigen Aspekt der Aufgabe von Politikerinnen und Politikern: Sind sie Menschen mit Idealen und

Werten, dann können sie die Seele sein, die den Leib des Gemeinwesens schützt, trägt und stützt. Politik ist ein Bild der Nächstenliebe, und Pfarrer Hübscher dankt den Anwesenden, dass sie bereit sind, diesen Dienst zu leisten.
Jesus hat vom Salz der Erde und vom Licht der Welt gesprochen. Mit dem Bild vom Salz im Teig sagt Jesus deutlich, dass seine Jünger zwar *im* Teig, also *in* der Welt, aber nicht *von* der Welt sind; sie sagen nicht einfach das, was alle sagen und was alle hören wollen, sondern sind die Würze und widersprechen, wo die Menschlichkeit auf dem Spiel steht. Das braucht Mut, Phantasie, Geschick und manchmal auch Diplomatie. Dieser Einsatz macht letztlich aber glaubwürdig und vertrauenswürdig. Und genau das ist es, was das Brot der Gesellschaft erst geniessbar macht.
Als Vertreter verschiedener Parteien müssen Politiker und Politiker verschiedene Schwerpunkte in die Diskussion einbringen. Es ist deshalb nicht immer einfach, einander zu verstehen. Wichtig ist, auf die innere Stimme zu hören und der Versuchung zu widerstehen, zur Polemik zu greifen. Dazu braucht es auch eine Entscheidung des Herzens, den anderen wirklich verstehen zu wollen. Der deutsche Bundestag hat vor einiger Zeit zum heiklen Thema der Sterbehilfe eine sogenannte Orientierungsdebatte durchgeführt, bei welcher der Fraktionszwang aufgehoben war. Klemens Fehr von der Zeitschrift «Neue Stadt» schreibt dazu in einem offenen Brief: «Es hat mich angenehm überrascht, dass Sie sich für das heikle Thema Zeit genommen haben, aber auch in welcher Atmosphäre und wie differenziert Sie die Debatte geführt haben. Sie haben ungewohnt offen gesprochen und sich weder gescheut, Gefühle zu zeigen noch ganz persönliche Erlebnisse mit Sterbenden einfliessen zu lassen. Unterschiedliche Positionen hatten Platz. Nicht immer gingen Parlamentarier mit den Erwartungen von Kollegen so respektvoll um. Für mich zählt die Debatte zu den Sternstunden im Bundestag.»
Die anwesenden Politikerinnen und Politiker sind bereit zu ihrer Vereidigung. Sie können ihre Regierungsverantwortung nur gemeinsam tragen, und sie werden dazu die Hilfe des Heiligen Geistes, des Geistes Jesu Christi, der uns vom Vater gesandt wurde, gebrauchen können. Sie werden das erfahren und spüren, wenn sie einander helfen. Pfarrer Hübscher dankt den Anwesenden, dass sie bereit sind Entscheide zu fällen. Zusammen mit allen Menschen der Kirche betet er dafür, dass es Entscheide für das Wohl der Menschen im Kanton Zug und weit darüber hinaus seien.

Pfarrer **Andreas Haas** stellt ein Gedicht der deutschen Dichterin Carola Moosbach in den Mittelpunkt seiner Ansprache. Carola Moosbach hat zu den Kantaten von Johann Sebastian Bach tiefgründige Texte verfasst, die sie «poetische Kommentare» nennt. In ihrem Kommentar zur Bachkantate «Wir danken Dir, Gott, wir danken Dir» (BWV 29) spricht sie von der Situation des heutigen Menschen, der in Frieden und Wohlstand leben und seine Welt gestalten kann. Dass wir im Kanton Zug in Frieden und vor allem in Wohlstand leben, ist ein Allgemeinplatz, den man als Zugerin oder Zuger schon fast nicht mehr hören mag, vor allem wenn er uns von Auswärtigen unter die Nase gerieben wird. *Dass* wir diesen Wohlstand teilen sollen, sind sich wahrscheinlich alle einig; *wie* das aber geschehen soll, darüber entstehen Auseinandersetzungen. Carola Moosbach leitet unseren Blick in ihrem Text auf mögliche Wege, um kreative Lösungen zu finden, wenn sie schreibt: «Dank sei den Lüften, die uns beflügeln / Dank sei der Stimme, die Wege zeigt.»
Kantons- und Regierungsrat werden in den nächsten vier Jahre immer wieder um diese Themen ringen: wie wir Wohlstand teilen – in unserem Kanton und darüber hinaus –, wie wir eine menschliche Gesellschaft gestalten. Vielleicht kann es da gut tun, sich manchmal zu erlauben, in die Lüfte zu gehen – im doppelten Sinn des Wortes: Manchmal tut Streit gut; manchmal tut es gut, den Kopf zu lüften, um so dem Geist nahezukommen. Manchmal tut es auch gut, innezuhalten, in sich hinein-

zuhören und diese Stimme, die in unserer lauten Zeit rasch übertönt wird, in sich wirken zu lassen und sich von ihr vielleicht ganz überraschende Wege zeigen zu lassen. Es sei aber gewarnt: Auf diesen Geist und diese Stimme zu hören, kann auch etwas Subversives haben. Es könnte nämlich sein, dass man als Politiker plötzlich für Lösungen begeistert wird, welche die eigenen Parteikolleginnen und -kollegen nicht mehr verstehen und die Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien auch nicht, weil die Lösung nämlich derjenigen einer anderen Partei entsprechen würde. Genau dann aber ist man wahrscheinlich einer kreativen, geistvollen Lösung nahe. Genau dann kann die Stimme, die Christinnen und Christen «Gott» nennen, mitten im politischen Alltag wirken.

Kantonsratspräsident **Moritz Schmid** richtet folgende Worte an die Anwesenden:
«Wir haben uns hier in der Kirche St. Oswald nach gutem Brauch im Auftrag der Kantonsverfassung versammelt. Diese bestimmt in § 18, dass die vom Souverän gewählten Behörden zu Beginn jeder Legislatur durch Eid oder Gelöbnis auf die Verfassung und die Gesetze zu verpflichten sind. Wir werden dies gemeinsam im Bewusstsein tun, dass all unser parlamentarisches Schaffen das Wohl der Zuger Bevölkerung und unseres Kantons zum Ziel hat. Es ist für mich als frisch gewählten Kantonsratspräsidenten eine grosse Ehre und ein bewegendes Erlebnis, in diesem Gotteshaus mit der Vereidigung meine erste Amtshandlung vorzunehmen.
Mit den Worten von Pfarrer Mario Hübscher und Pfarrer Andreas Haas haben wir uns auf die legislative Arbeit der nächsten vier Jahre eingestimmt. Ich danke den beiden Pfarrern für Ihren Zuspruch und die besinnlichen Gedanken, mit denen sie unsere Vereidigungsfeier begleitet haben. Mein Dank gilt auch dem Organisten für die musikalische Umrahmung unserer Feier. Mit dem Segen, den die beiden Pfarrherren uns auf den Weg ins Parlamentsgebäude mitgeben, wollen wir uns aber auch bewusst werden, dass das Geschick unseres Handelns und die Klugheit unserer Entscheide nicht alleine in unserer Hand und in unserem Ermessen liegen. Das aber, wofür wir selbst in der Verantwortung sind, wollen wir mit dem gebotenen Ernst, dem gebührenden Respekt der erforderlichen Umsicht tun.
Lassen Sie mich dazu ein paar persönliche Gedanken äussern. Wir alle wissen, dass in den kommenden Jahren auch unpopuläre und schwierige Entscheide auf uns zukommen. Ich denke etwa an das Sparprogramm, an Fragen rund um den Stadttunnel und andere kontroverse Infrastrukturprojekte; ich denke an den NFA oder an die Probleme, die durch eine ungünstige demografische Entwicklung, durch mangelhafte Integration oder ein schwaches Wirtschaftswachstum ausgelöst werden. Dazu haben wir uns eine eigene Meinung zu machen und müssen diese auch offen vertreten; sich hinter dem *Mainstream* oder hinter der Meinung der anderen zu verstecken, bringt uns nicht weiter. Das erfordert oftmals Zivilcourage, aber auch den gehörigen Respekt gegenüber demokratisch gefällten Mehrheitsentscheiden, wenn die politische Ausmarchung vorüber ist. ‹Es ist nicht schwer, ein Demokrat zu sein, solange man zur Mehrheit gehört. Demokratische Gesinnung muss man beweisen, wenn man in die Minderheit versetzt worden ist. Diese demokratische Grundregel anerkennen nur solche Leute nicht, für die Freiheit immer nur ihre (eigene) Freiheit ist.› Diese Sätze stammen vom sozialdemokratischen Bundesrat Willi Ritschard und sie sollen uns heute daran erinnern, dass kantonale Parlamente in dieser Zeit auch gefordert sind, wenn von unberufener Seite an unserem schweizerischen Staatswesen und der Staatsleitung herumgedoktert wird, um Mehrheitsentscheide zu relativieren.
Bleiben wir bei Willi Ritschard. Von ihm stammt auch die Einsicht, dass ‹Heimat dort ist, wo man keine Angst haben muss›. Wir tun gut daran, die Bedeutung dieses Satzes und seine möglichen Konsequenzen ernst zu nehmen, wenn wir in Zukunft

über Kriminalität, Gewaltbereitschaft, organisiertes Drogenverbrechen und andere Bedrohungen unserer Zuger Bevölkerung diskutieren. ‹Heimat ist dort, wo man keine Angst haben muss.› Die Schweiz als Ort, wo man keine Angst haben muss: Dieser Heimat müssen wir Sorge tragen und täglich an den Bedingungen arbeiten, dass die Angst in der Bevölkerung nicht zum alltäglichen Zustand wird.
Kaum an einem anderen Ort der Welt werden die Menschen älter als in der Schweiz. Das hat viele Gründe: Wohlstand, Lebensqualität, soziale Vorsorge, solide Absicherung im Alter und ein hervorragendes Gesundheitssystem. Für viele wird deshalb das Spital, das Alters- und Pflegeheim oder das Demenz-Zentrum zu einem Ort des heimatlichen Geborgenseins. Der Ort also, wo Ärzte, Schwestern, Kranken- und Hilfspersonal sich bemühen, den Patienten die Ängste zu nehmen und Hoffnung zu geben. Es ist gerade hier in der Kirche St. Oswald angebracht, daran zu erinnern, dass es früher die Kirche war, die nicht nur die Schulbildung und die soziale Armenhilfe, sondern auch die Fürsorge und Pflege für Kranke und Gebrechliche übernommen hat. Das Pflegepersonal stammte aus den Klöstern, so auch aus dem Kloster Menzingen, das jetzt aber selber damit beschäftigt ist, sein einstiges Pflegepersonal, das in aller Welt tätig war, bei sich zu pflegen. Das gilt auch für die evangelische Diakonie im ‹Ländli› in Oberägeri. Heute sind wir auf ausländisches Pflegepersonal angewiesen. Aber Hand aufs Herz: Wir wissen natürlich alle, dass diese ausländischen Hände in ihrer eigenen Heimat fehlen, weil auch dort die Menschen älter werden und einen Anspruch auf stetig verbesserte Gesundheitssysteme haben. Es gibt nur drei Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen: Wir fördern endlich in der Schweiz massiv die Attraktivität des Pflegeberufs, oder wir reduzieren die Bürokratie, die damit verbunden ist, um die Hälfte. Oder aber wir setzen uns über moralische Bedenken hinweg und ziehen weiterhin menschliche Ressourcen aus dem Ausland ab.
Sie sehen also, dass es für uns Politikerinnen und Politiker viel zu tun gibt; nicht zuletzt sind auch die hausgemachten Probleme zu lösen, die zu lange auf die lange Bank geschoben wurden. Aber ich glaube für alle hier zu sprechen, wenn ich sage, dass wir uns auf diese Herausforderungen freuen und mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Wir nehmen diese Verantwortung respektvoll wahr, indem wir im fairen Dialog zusammen Lösungen erarbeiten. Wir wollen dies vor allem auch im Hinblick auf kommende Generationen tun. Für uns Parlamentarier gilt nach wie vor: ‹Der Weg ist das Ziel›, weil das, was wir im Parlament erreichen, uns überdauern soll. Wenn der Weg das Ziel ist, dann muss man sich auch bewusst werden, woher man kommt. Dazu haben wir mit der 700-Jahr-Feier der Schlacht am Morgarten im nächsten Jahr schon bald eine einmalige Gelegenheit.
Bevor wir nun zur Vereidigung schreiten, wünsche ich uns einen kurzen Augenblick der Besinnung. Er soll uns Gelegenheit geben, ein paar Gedanken unseren Familienmitgliedern und Freunden zu widmen, und wir wollen auch unserer Kolleginnen und Kollegen gedenken, die am 27. September 2001 jäh aus dem Leben gerissen wurden.

Der **Vorsitzende** bittet Landschreiber Tobias Moser, nach vorne zu treten und die Eidesformel zu verlesen. Die Anwesenden erheben sich

Landschreiber **Tobias Moser** liest die Eidesformel: «Ich schwöre, die Verfassung und die Gesetze des Bundes und des Kantons getreu zu befolgen, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten und zu schützen, die Ehre und Wohlfahrt des Kantons zu fördern und überhaupt allen amtlichen Pflichten so nachzukommen, dass ich es vor Gott verantworten kann.»

Die Kantonsratsmitglieder und die Regierungsratsmitglieder erheben die Schwurfinger und sprechen: «Ich schwöre es.»

Nach einem Zwischenspiel des Organisten sprechen die Pfarrherren ein Bittgebet. Anschliessend beten die Anwesenden gemeinsam das «Vater unser» bzw. «Unser Vater», dann erteilen die Pfarrherren den Segen. Nach einem weiteren Orgelspiel kehren die Kantons und Regierungsräte in den Kantonsratssaal zurück.

**Ansprache des neuen Kantonsratspräsidenten**

Nach der Rückkehr in den Kantonsratssaal wendet sich Kantonsratspräsident **Moritz Schmid** mit folgenden Worten die Mitglieder des Kantonsrats:
«Sie haben sich als Kandidaten für eine ehrenvolle Tätigkeit zur Verfügung gestellt und sind durch die Wahl von den Zugerinnen und Zugern auch dazu bestimmt worden. Sie haben sich bereit erklärt, der Zuger Bevölkerung zu dienen und deren Willen umzusetzen. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, zusammen mit allen politischen Kräften im Parlament die anfallenden Aufgaben engagiert und umsichtig zu lösen. Wir sind gemeinsam dem Volkswohl verpflichtet, dies nicht nur für ein Jahr, sondern mindestens für die ganze kommende Legislatur. Durch die Vereidigung in der St.-Oswalds-Kirche sind Sie nun auch rechtskräftig in Ihr Amt eingesetzt.
Ich danke dem Alterspräsidenten Hans Christen herzlich für seine Worte, mit denen er die neue Legislaturperiode eröffnet hat. Ein herzlicher Willkommensgruss geht an die neuen Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Mögen sie sich gut in die neue Materie einarbeiten und sich mit Respekt und mit einem achtsamen Umgang, den wir in diesem Parlament pflegen, in die Parlamentsarbeit einbringen. Dem neuen Vizepräsidenten Thomas Lötscher gratuliere ich herzlich zu seiner ehrenvollen Wahl. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und danke Dir für Deine Unterstützung in den kommenden zwei Jahren.
Den Mitgliedern des Regierungsrats danke ich auch im Namen des Kantonsrats für eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit, für klare und gut verständliche Vorlagen sowie für Ihr Verständnis dafür, dass der Rat gegebenenfalls Ihre Anträge und Standpunkte nicht immer vollumfänglich unterstützen kann. Ich möchte der Regierung auch zu bedenken geben, dass wir ein Milizparlament sind und deshalb eine gewisse Zeit beanspruchen müssen, um die Vorlagen zu studieren und die damit verbundenen Abklärungen vorzunehmen. Das ist in der vergangenen Legislatur leider etwas in Vergessenheit geraten. Ein herzlicher Dank für die ausgezeichnete und verlässliche Zusammenarbeit geht an Landschreiber Tobias Moser und dessen Stellvertreterin Renee Spillmann Siegwart, an Standesweibel Hans Peter Rosenberg und dessen Stellvertreterin Pascale Schriber-Iten, an die zuverlässigen Frauen des Parlamentsdiensts, Monika Benhaida und Silvia Nussbaumer – sie ersetzt Sandra Sambach, die im Mutterschaftsurlaub ist und danach etwas kürzer treten will – sowie an alle fleissigen Helferinnen und Helfer des Sekretariats der Verwaltung. In den vergangen sechzehn Jahren als Kantonsparlamentarier durfte ich Sie alle als kompetente und hilfsbereite Fachpersonen erleben, die äussert speditiv und mit viel Freude arbeiten. *Last but not least* danke ich den Vertreterinnen und Vertretern der Medien, die mit ihrer sachlichen Berichterstattung einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung in der Bevölkerung leisten.
Nach dem intensiven Vorjahr mit der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Kantonsrats wartet auf uns wiederum ein reich befrachtetes Arbeitsprogramm mit einer Vielzahl von komplexen und für unseren Kanton bedeutungsvollen Geschäften. Ich nenne als Beispiele nur die Umfahrung der Stadt Zug mit dem Stadttunnel

und «ZentrumPlus» oder die Erweiterung der Kantonsschule in die Gemeinden Zug, Cham und Menzingen. In einer Zeit, da auch der Kanton Zug Defizite budgetiert, ist es notwendig, mit den Finanzen unserer Steuerzahler behutsam umzugehen. Übertriebenen Begehrlichkeiten und Forderungen ist entschieden eine Absage zu erteilen. Auch der Kanton Zug darf nicht zuwarten, bis er den Boden unter den Füssen verliert. Er darf die Bodenhaftung nicht verlieren. Er muss sich pragmatisch am Machbaren orientieren und auf das bloss Wünschbare verzichten. Das heisst aber auch, dass wir den Standortwettbewerb nie aus den Augen verlieren dürfen, denn nur unter Bewahrung der Konkurrenzfähigkeit werden wir auch in Zukunft in der Lage sein, die anstehenden Aufgaben zu finanzieren. Die Kriterien der Standortqualität reichen von der Budgetdisziplin bis zur individuellen Lebensqualität, von guten Rahmenbedingungen für Innovationen bis zum Niveau der Schulbildung, vom guten Lebensraum für Familien und Senioren bis zur sozialen Absicherung der wirklich Bedürftigen und Benachteiligten. Und ich sage es auch hier noch einmal: Heimat ist dort, wo man keine Angst haben muss. Damit meine ich, dass wir konsequent Massnahmen gegen Kriminalität, Jugendaggression, häusliche Gewalt, Verwahrlosung im öffentlichen Raum und Rowdytum der motorisierten und nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer ins Auge fassen sollten.
Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitsweise im Parlament entspricht unserer gewachsenen Kultur, auf die wir zu Recht stolz sein dürfen. Bei den Aufgaben, die auf uns zukommen, wird vieles kontrovers sein. Viele Probleme werden uns Kopfzerbrechen machen. Viele Erfordernisse werden nicht einfach zu erfüllen sein. Deshalb werden – und sollen – die Meinungen aufeinander prallen; deshalb werden – und wollen – wir mit verschiedenen Ansichten konfrontiert sein. Dennoch richte ich den Appell an Sie: Votieren Sie nicht verletzend oder personenbezogen, sondern bleiben Sie stets sachlich in Ihrer Argumentation. Respektieren Sie auch die Meinungen Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Rat!
Ein grosser Teil unserer Arbeit wird in den Kommissionen geleistet, wo in der Regel auch die Vorentscheide fallen. Die Qualität der Mitglieder eines Parlaments wird nicht an der Anzahl der Vorstösse und nicht an der Länge der Voten gemessen. Helfen Sie in diesem Sinne mit, den Ratsbetrieb rationell und effizient zu gestalten. Ich gehe mit gutem Beispiel voran und kündige Ihnen fürs Erste eine kleine organisatorische Änderung an: Das gemeinsame Mittagessen bei einer Doppelsitzung soll beibehalten werden, allerdings ohne das bisherige Dessert. Konfekt und Schöggeli zum Kaffee – mit oder ohne *Digestiv* – sind selbstverständlich. Ich will so die Nachmittagssitzung pünktlich um 13.30 Uhr eröffnen können. Anstelle des Desserts werde ich zwischen 14.30 und 15.00 Uhr eine viertelstündige Kaffeepause einschalten. Dadurch erwarte ich am Nachmittag eine bessere Sitzungspräsenz. Ich finde es nicht kollegial, wenn zeitweise fast die Hälfte des Parlaments abwesend ist und die Beschlussfähigkeit festgestellt werden muss. Dem *Dresscode* bitte ich mehr Beachtung zu schenken. Einen Veston finde ich angebracht.
Meine Damen und Herren, freuen wir uns, gemeinsam die nächsten vier Jahre anzugehen, um die Zukunft unseres Kantons mitzugestalten. Gehen wir an die Arbeit!»
*(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 7

## 13 Gelöbnis im Kantonsratssaal

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 18 der Kantonsverfassung alle Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats entweder den Eid oder das Gelöbnis ablegen müssen. Er bittet alle Kantons- und Regierungsratsmitglieder, die nicht den

Eid abgelegt haben, nach vorne zu treten und das Gelöbnis abzulegen. Der Rat erhebt sich.

Landschreiber **Tobias Moser** liest die Gelöbnisformel: «Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze des Bundes und des Kantons getreu zu befolgen, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten und zu schützen, die Ehre und Wohlfahrt des Kantons zu fördern und überhaupt allen amtlichen Pflichten gewissenhaft nachzukommen.»
Die nach vorne getretenen Kantons- und Regierungsratsmitglieder sprechen: «Ich gelobe es.»

TRAKTANDUM 8
**Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns sowie der Statthalterin oder des Statthalters**

**14** Traktandum 8.1: **Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag stellt, Statthalter Heinz Tännler zum Landammann zu wählen.

**Karl Nussbaumer** schlägt namens der SVP-Fraktion vor, Baudirektor Heinz Tännler für die kommenden zwei Jahre zum Landammann zu wählen. Heinz Tännler gehört seit acht Jahren dem Regierungsrat an; vor zwei Jahren wählte ihn das Parlament ehrenvoll zum Statthalter. Heinz Tännler war selber neun Jahre lang Mitglied des Kantonsrats. Als Parlamentarier stand er der damaligen Spitalkommission vor und gehörte der Engeren Staatswirtschaftskommission an. In all diesen Jahren hat er sich mit viel Engagement und Dynamik für den Kanton Zug eingesetzt, wie es seinem sportlichen Naturell entspricht. Das Amt des Landammanns wird ihn zu weiteren Höchstleistungen anspornen, nicht nur aus persönlichem Antrieb, sondern zum Wohl aller Zugerinnen und Zuger. In diesem Sinn empfiehlt der Votant Heinz Tännler wärmstens zur Wahl und dankt für die Unterstützung.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Er hält fest, dass gemäss § 46 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Regierungsrats in die Funktion des Landammanns gewählt werden kann. Wahlzettel mit dem Namen anderer Personen sind gemäss § 86 Abs. 1 Ziff. 3 GO KR ungültig. Die Wahl erfolgt gemäss § 85 Abs. 1 GO KR schriftlich und geheim

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der **Vorsitzende** das Wahlergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 79 | 79 | 3 | 0 | 76 | 39 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Heinz Tännler | 74 |
| Urs Hürlimann | 1 |
| Manuela Weichelt-Picard | 1 |

➔ Der Rat wählt Heinz Tännler für die Jahre 2015 und 2016 zum Landammann.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neu gewählten Landammann zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Der neu gewählte Landammann **Heinz Tännler** dankt für die ehrenvolle Wahl und die Gratulation und wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden:
«Der Kanton Zug hat ein aufregendes Wahljahr hinter sich. Denken wir nur an die vielen Verfahrensänderungen und an die Stichworte Doppelter Pukelsheim, Majorz statt Proporz oder vorgedruckte Wahlzettel. All diese Neuerungen haben für viel Aufregung gesorgt und nicht zuletzt den Juristen reichlich Futter geliefert. In der Zwischenzeit haben sich die Wogen jedoch geglättet. Geblieben ist die Erkenntnis, dass sich unser politisches System nicht so leicht aus den Angeln heben lässt.
Nun aber, am Schluss des Jahres, liegt doch noch ein Hauch von Revolution in der Luft. Mit der Wahl meiner Person zum Landammann haben Sie nämlich dafür gesorgt, dass erstmals ein SVP-Vertreter das ehrenvolle Amt im Kanton Zug bekleiden darf. Da fragt man sich natürlich: Kommt das gut? Können wir noch ruhig schlafen, nachdem schon der Kantonsratsvorsitz an die SVP ging? Was bedeutet diese Machtballung für das Zugerland? Ich kann Sie beruhigen. Unser politisches System ist ja sehr basisdemokratisch und deshalb mit wirkungsvollen Barrieren gegen übermässige Machtfülle ausgestattet. In diesem Land will man keine absolutistischen Herrscher, schon gar nicht auf dem Posten eines Landammanns. Das war notabene nicht immer so, denn der Landammann war in den Landsgemeindekantonen bis zur Gewaltentrennung im 19. Jahrhundert nicht nur Vorsitzender der Regierung, sondern zugleich auch Richter des jeweiligen Standes.
Diese Zeiten sind endgültig vorbei. Geblieben ist die Funktion des Regierungsvorsitzes, allerdings mit stark beschnittenen Befugnissen. Ein Blick in das Organisationsgesetz und in die Geschäftsordnung des Regierungsrats zeigt, dass Sie nicht viel zu befürchten haben. Es ist dem Landammann nämlich nur vorbehalten, die Sitzungen der Regierung zu leiten, Zusatzsitzungen einzuberufen und den Stichentscheid zu fällen, wenn sich bei Abstimmungen ein Patt ergeben sollte. Erfahrungsgemäss ist das bei einem wachen Siebnergremium kaum je der Fall. Die politischen Instrumente des Landammanns taugen also nicht für Allmachtsphantasien, die Chancen dieses Amtes liegen definitiv woanders. Der Landammann kann in erster Linie ein Botschafter sein, und zwar nicht ein Botschafter zum eigenen Wohl, sondern ein Botschafter für den Kanton Zug und seine Bevölkerung. Er kann Ideen nach aussen tragen, kann Diskussionen in Gang setzen, und er kann versuchen, die oftmals stereotype Wahrnehmung des Kantons Zug zu korrigieren. Neben dieser Botschafterfunktion kann er aber auch aufmuntern, wenn es nötig ist; er kann eine Art *Cheer Leader* sein, ein Stimmungsaufheller. Gerade in den vergangenen Monaten hat ja der Optimismus da und dort etwas gelitten – verständlicherweise, muss man sagen, denn die Aussicht, den Gürtel enger schnallen zu müssen, ist gewiss nicht erfreulich. Man kann solchen Situationen aber auf verschiedene Art begegnen. Man kann sie bedrückt und defensiv angehen, den Bestand verwalten oder die Eigeninteressen in den Vordergrund stellen. Man kann solche Durststrecken aber auch immer als Chance sehen, als Chance nämlich, gestärkt und wettbewerbsfähiger denn je aus solchen Wellentälern herauszukommen.
Ich bin der Überzeugung, dass wir diesen zweiten Weg wählen sollten. Statt auf Vorrat zu jammern, gilt es meiner Meinung nach das zu tun, was uns seit je stark gemacht hat: die Standortvorteile pflegen und sie weiter ausbauen. Eine Schlüsselrolle spielen dabei ohne Zweifel die guten Rahmenbedingungen für Bevölkerung und für die Wirtschaft. Dazu zählen nicht nur attraktive Steuersätze, genauso wich-

tig sind auch gut funktionierende, moderne Infrastrukturen. Der Kanton Zug hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten gut und richtig investiert, mit Erfolg, wie wir wissen, denn Zug ist kein Schlafkanton geworden, sondern ein starker Werkplatz geblieben. Mehr noch: Gemessen an der nationalen Entwicklung ist die Zahl der Arbeitsplätze hier überdurchschnittlich stark gewachsen, dies mit dem Ergebnis, dass wir heute nach Basel-Stadt die zweithöchste Arbeitsplatzdichte pro Einwohner haben.
Sie sehen also: Bei uns arbeitet nicht nur das Geld, wie oft stereotyp behauptet wird. Wir sind kein Monaco. Bei uns arbeiten viele Menschen und finden damit ein Auskommen für ihre Familien. Kurz: Eine starke Wirtschaft dient uns allen. Wenn wir als öffentliche Hand unsere sozialen Aufgaben weiterhin wahrnehmen wollen, wenn wir preisgünstiges Wohnen fördern, nötige Strukturen verbessern oder Energiesparmassnahmen finanziell unterstützen wollen, dann müssen wir dieses Geld erst mal generieren. Und das können wir nur, wenn wir die Infrastrukturen für Bildung, Gesundheit, Sicherheit sowie öffentlichen und privaten Verkehr nicht vernachlässigen. Auch hier gilt: Stillstand ist Rückschritt.
Ich freue mich sehr auf das Amt als Landammann. Es gibt mir die Möglichkeit, mich über meinen Direktionsauftrag hinaus für das Wohl der Zugerinnen und Zuger einzusetzen. Die Aufgabe des Landammanns ist ja vor allem die eines Kommunikators, der hinaus geht, vorträgt, diskutiert; der aber auch zuhört und Rückmeldungen in die Regierung trägt. Das will ich mit vollem Engagement tun.
Ich danke meiner Familie, vor allem meiner Frau Cornelia, sowie meinen Kollegen im Regierungsrat, insbesondere Beat Villiger, der mich achtsam, aber mit scharfer Konsequenz auf dieses Amt vorbereitet hat. Ich danke auch dem Kantonsrat sowie der Delegation meiner Wohngemeinde Zug. Ich nehme die Wahl an.» *(Der Rat applaudiert.)*

Von der Ehrendame der Delegation der Einwohnergemeinde erhält der neue gewählte Landammann einen Blumenstrauss überreicht. **Dolfi Müller,** Stadtpräsident von Zug, überbringt folgende Grussworte:
«Huldigungen und Demokratie – das passt nicht so richtig zusammen. Das ist auch gut so. Nichtsdestotrotz tauche ich hier schon zum dritten Mal zu einer Huldigung auf. Nach Vreni Wicky und Matthias Michel ist schon wieder ein Stadtzuger an der Reihe. Den Stadtzugern traut man offenbar viel zu – wir haben es auch beim Stadttunnelbeitrag wieder erlebt. *(Der Rat lacht.)* Das freut uns natürlich. Heinz Tännler jedenfalls ist immer etwas zuzutrauen, dafür spricht schon sein grosser Leistungsausweis, und darum nennt man ihn im Kanton Zug manchmal auch den «General».
Vor zwölf Jahren stieg ich als kleiner Feld-Wald-und-Wiesen-Anwalt mit einer Führungsspanne von exakt einer halben Sekretariatsstelle ins politische Führungsgeschäft ein. Als Nichtunternehmer habe ich mich etwas mit Menschenführung auseinandergesetzt und bin dabei auf eine interessante Führungstypologie gestossen: Führungspersonen sind entweder gelb, blau, grün oder rot. Die Gelben sind die inspirierenden Motivatoren, die Blauen die gründlichen Analytiker, die Grünen die sozialverträglichen Vermittler und die Roten – ja – das sind die Macher. Da verwundert es natürlich nicht, dass alle Exekutivpolitiker Rote sein wollen. Zumindest Heinz Tännler ist – so sehe ich das – tatsächlich ein Roter. Bei den Roten ist allerdings Vorsicht geboten: Wenn nur noch Rote im Regierungs- oder im Stadtrat sitzen, dann sieht die Führungslehre ziemlich schwarz: Der Kampf der Alpha-Tiere endet meistens in einem Desaster. Das führt dann zu *star wars* – wie einst die sonntäglichen Tennisduelle um den Allmend-Clubmeister zwischen Regierungsrat Tännler und Alt-Stadtschreiber Cantieni. Der gute Turi kam am Montag kaum mehr die Stadthaustreppe hoch, vor allem, wenn er verloren hatte. Auch Heinz Tännler ist ohne

Zweifel ehrgeizig; verlieren ist nicht sein Ding. Aber er tut auch alles, um die Steine aus dem Weg zu schaffen, und diese fallen in der Politik immer wieder vom Himmel. Wenn andere die Flinte ins Korn werfen, startet Heinz Tännler erst richtig durch. Und wenn es so richtig brennt, dann kommt die Stunde des *animal politique* Heinz Tännler. Da wird er zappelig und kann sich kaum mehr auf dem Stuhl halten, wie vor kurzem wieder erlebt bei einer Quartierveranstaltung zum Thema «Kantonsspitalareal» in der PH Zug. «Händ enand gärn» ist definitiv nicht Heinz Tännlers Sache. Pragmatisch und lösungsorientiert ist er trotzdem sehr wohl. Dafür braucht es viel Empathie und vor allem die Fähigkeit, andern zuzuhören. Und die hat er ohne Zweifel. Vielleicht ist Heinz Tännler sogar ein verkappter Grüner, das sind – wie Sie wissen – die Einfühlsamen unter den Führungstypen. Ich würde sogar behaupten, Heinz Tännler sei viel sensibler als er manchmal tut. Da steckt ohne Zweifel ein weicher Kern in der rauen Schale. Als Zuger Landammann kommt ihm das nur entgegen: Als General hat er sich in harten Sachgeschäften tausendmal bewährt, jetzt ist auch emotionale *leadership* gefragt. Darum gibt es in anderen Ländern neben den Ministerpräsidenten immer auch einen Staatspräsidenten.
Ich bin ein grosser Freund von Entdeckergeschichten. Am meisten faszinieren mich die Männer, die vor hundert Jahren den Südpol eroberten. Da ging es ums nackte Überleben, und manchmal entschieden Details über Sieg oder Niederlage, über Leben und Tod. Das war Leben pur, jenseits aller Komfortzonen. Vom Polarforscher Raymond Pristley gibt es dazu ein wunderbares Zitat. Es geht dabei um die Frage, mit wem er am liebsten zum Südpol aufbrechen würde, und es lautet sinngemäss: Wenn du eine generalstabsmässige Organisation willst, dann geh mit Scott – der allerdings trotzdem umkam; wenn du einen schnellen und effizienten Vorstoss zum Pol machen willst, dann geh mit Amundsen – der es mit seinen Hundeschlitten tatsächlich als Erster zum Südpol schaffte; aber wenn *der Tüüfel dä lätz* nimmt, dein Schiff von den Eismassen erdrückt wird und du das überleben willst, dann geh auf die Knie und bitte Gott um Shackleton – auf Zugerdeutsch: *Get down on your knees and pray for Shackleton*. Auch politisch gibt es solche Südpolprojekte, und da sage ich Ihnen ganz offen: Wenn es wirklich stürmt und schneit, dann gehe ich am liebsten mit Heinz Tännler.
Lieber Heinz, nimm Dir mal eine kurze Auszeit und lies in Musse dieses Buch über die Eroberung des Südpols, das ich Dir hier überreiche. Und dann brechen wir 2015 wieder auf zu neuen Ufern. Mit Dir am Steuerruder werden wir überleben, ja vielleicht sogar siegen. Ich danke Dir für deinen bedingungslosen Einsatz bei so manchem kantonal-städtischen Projekt – und gönne Dir zwischendurch ein bisschen Musse und Erholung. Es muss nicht immer der Südpol sein.» *(Der Rat applaudiert.)*

## 15 Traktandum 8.2: **Wahl der Statthalterin oder des Statthalters**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die ALG-Fraktion den Antrag stellt, Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard zur Statthalterin zu wählen.

**Andreas Hürlimann** als Sprecher der ALG-Fraktion: Bei der Neukonstituierung des Kantonsrats und der Bestellung seiner Organe wird unter anderem auch das Funktionieren der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen gefeiert. Man feiert, dass die Schweiz und auch der Kanton Zug eine grosse Tradition des Föderalismus, der Gewaltenteilung und der Demokratie haben. Und heute zeigt man, dass diese Tradition immer wieder neu gelebt wird. Die ALG gratuliert Heinz Tännler zu seiner ehrenvollen Wahl als Landammann. So gehört es heute auch zur Tradition, dass – der Anciennität folgend – Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard zur

Statthalterin und somit zur Stellvertreterin des Landammanns gewählt werden kann. Die Fraktion der ALG empfiehlt, Manuela Weichelt-Picard zur Statthalterin zu wählen. Das grosse Engagement und die politischen wie menschlichen Qualitäten der Direktorin des Innern haben die Kantonsratsmitglieder in den letzten acht Jahren erleben und kennenlernen können. Die ALG kann sie zur Wahl als Statthalterin nur empfehlen und dankt für die Unterstützung.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Er hält fest, dass gemäss § 46 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Regierungsrats in die Funktion der Statthalterin oder des Statthalters gewählt werden kann. Wahlzettel mit dem Namen anderer Personen sind gemäss § 86 Abs. 1 Ziff. 3 GO KR ungültig. Gemäss § 85 Abs. 1 GO KR erfolgt die Wahl schriftlich und geheim.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der **Vorsitzende** das Wahlergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 79 | 79 | 17 | 1 | 61 | 31 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Manuel Weichelt-Picard | 50 |
| Urs Hürlimann | 6 |
| Stephan Schleiss | 4 |
| Beat Villiger | 1 |

➔ Der Rat wählt Manuela Weichelt-Picard für die Jahre 2015 und 2016 zur Statthalterin.

Der **Vorsitzende** gratuliert der neu gewählten Statthalterin zur Wahl und wünscht ihr viel Erfolg in ihrem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Statthalterin **Manuela Weichelt-Picard** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden:
«Sie haben mich soeben als Statthalterin für die nächsten zwei Jahre gewählt. Ich bedanke mich für das Vertrauen und die Wahl, die mich ehrt und die ich hiermit sehr gerne annehme. Die Aufgabe der Statthalterin oder des Statthalters liegt in erster Linie in der Unterstützung und Vertretung des Landammanns. Ich werde sehr gerne meinen Regierungsratskollegen Heinz Tännler, den Sie soeben zum Landammann gewählt haben und dem ich zur Wahl herzlich gratuliere, unterstützen und ihn bei Bedarf auch vertreten.
Die Anzahl und die Bedeutung der durch die Regierung zu behandelnden Geschäfte haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Geschäfte müssen umsichtig vorbereitet, geplant, eingehend beraten und zur rechten Zeit verabschiedet werden, wie das der Kantonsratspräsident erwähnt hat, damit das Parlament genügend Zeit hat, sich vorzubereiten. Dem Landammann kommt für diese wichtige Aufgabe eine grosse Bedeutung zu. Ich werde Dich, Heinz, in den kommenden zwei Jahren nach Möglichkeit und mit besten Kräften bei der Leitung des Regierungskollegiums und bei der Geschäftsberatung unterstützen. Darauf freue ich mich.
Der tournusgemässe Wechsel bei den Funktionen des Landammann- und des Statthalteramtes nach jeweils zwei Jahren gehört in unserem Kanton zum Kollegial-

system und bildet den Normalfall. Dass eine Frau das Amt der Statthalterin ausüben darf, ist leider noch immer eine Seltenheit. Es freut mich daher umso mehr, dass ich in den nächsten zwei Jahren auch als Vertreterin der weiblichen Hälfte der Bevölkerung dieses Amt ausüben darf und damit hoffentlich auch andere Frauen ermutigen oder im Willen bestärken kann, ein politisches Amt auszuüben. Denn die Demokratie lebt davon, dass alle Bevölkerungskreise in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Auch dafür werde ich mich gerne weiterhin einsetzen.
Geschätzte Kantonsratsmitglieder, werte Regierungskollegen und natürlich lieber Heinz: Sie können in den nächsten zwei Jahren auf mich zählen. Besten Dank für Ihr Vertrauen.» *(Der Rat applaudiert.)*

Der V**orsitzende** teilt mit, dass Landschreiber Tobias Moser für das nächste Traktandum in den Ausstand tritt und den Saal verlässt. Er begrüsst die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart.

TRAKTANDUM 9

## 16 Wahl der Landschreiberin oder des Landschreibers

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die CVP-Fraktion beantragt, Landschreiber Tobias Moser für vier weitere Jahre zum Landschreiber zu wählen.

**Andreas Hausheer,** Fraktionschef der CVP, stellt den Antrag, den bisherigen Landschreiber Tobias Moser für vier weitere Jahre zum Landschreiber zu wählen, Tobias Moser hat sich in den vergangenen Jahren durch eine sehr hohe und fachlich fundierte Dienstleistungs- und Einsatzbereitschaft für den Kantonsrat ausgezeichnet. Egal um welche Tageszeit man ihm eine E-Mail schreibt, man erhält umgehend eine Antwort, ob er nun im Büro, beruflich unterwegs oder gar in den Ferien ist. Das allein schon verdient Anerkennung. Tobias Moser schafft auch den nicht leichten Spagat, gleichzeitig Diener zweier Herren, nämlich des Regierungs- und des Kantonsrats, zu sein. Und schliesslich ist er auch dafür besorgt, dass der Zuger Parlamentsdienst im Vergleich mit anderen Kantonen sehr schlank organisiert ist. Das sind mehr als genügend Gründe, Tobias Moser für vier weitere Jahre zum Landschreiber zu wählen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Gemäss § 85 Abs. 1 GO KR erfolgt die Wahl schriftlich und geheim.
Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der **Vorsitzende** das Wahlergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 78 | 77 | 4 | 0 | 73 | 37 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Tobias Moser | 65 |
| Renée Spillmann Siegwart | 7 |
| Walter Lipp | 1 |

➔ Der Rat wählt Tobias Moser für die Legislatur 2015–2018 zum Landschreiber.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem wiedergewählten Landschreiber zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Landschreiber **Tobias Moser** dankt für das Vertrauen. Er freut sich, zusammen mit der Staatskanzlei während vier weiteren Jahre für den Rat Servicestation zu sein. *(Der Rat applaudiert.)*

***Vereidigung des Landschreibers***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 18 der Kantonsverfassung auch die Landschreiberin oder der Landschreiber bei Beginn jeder Amtsdauer entweder den Eid oder das Gelöbnis ablegen muss. Er bittet den Landschreiber, nach vorne zu treten. Der Rat erhebt sich.

Die Stellvertretende Landschreiberin liest die Eidesformel. Der Landschreiber spricht mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Nach der Vereidigung nimmt der Landschreiber wieder seinen Platz ein. Der **Vorsitzende** dankt der Stellvertretenden Landschreiberin für ihre Einsätze an der heutigen Sitzung. Der Rat zählt weiterhin auf ihre wertvolle Mitarbeit.

TRAKTANDUM 10
**Wahl der ständigen Kommissionen**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Ratsmitglieder zu Beginn der Sitzung die Listen mit den Vorschlägen der Fraktionen für die Wahlen der Kommissionsmitglieder erhalten haben. Gemäss § 85 Abs. 1 Satz 2 GO KR erfolgt die Wahl der Kommissionen offen, sofern der Kantonsrat nicht geheime Wahlen beschliesst. Der Vorsitzende macht beliebt, diese Wahlen offen durchführen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch bei offenen Wahlen gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Gemäss § 85 Abs. 2 und 3 GO KR nimmt die Präsidentin oder der Präsident an den Wahlen teil.

Traktandum 10.1: **Staatswirtschaftskommission:**

**17** Traktandum 10.1.1: **Engere Staatswirtschaftskommission**

Die Engere Staatswirtschaftskommission besteht aus folgenden 7 Mitgliedern:

Gabriela Ingold, Unterägeri, FDP, Kommissionspräsidentin

| | |
|---|---|
| Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP | Thomas Lötscher, Neuheim, FDP |
| Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP | Thomas Villiger, Hünenberg, SVP |
| Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG | Thomas Wyss, Oberägeri, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**18** Traktandum 10.1.2: **Erweiterte Staatswirtschaftskommission**

**Matthias Werder** hält fest, dass Flavio Roos seit mehreren Jahren Mitglied der Erweiterten Staatswirtschaftskommission ist. In der SVP-Fraktion war es bis anhin Brauch, Kommissionsmitglieder beim Beginn einer neuen Legislatur wieder zur Wahl vorzuschlagen, ausser bei ausserordentlichen Vorfällen. An der Klausurtagung der Fraktion wurde über den Kopf von Flavio Roos hinweg entschieden, dass sein Sitz in der Erweiterten Staatswirtschaftskommission andersweitig vergeben wird. Wegen geschäftlicher Abwesenheit konnte sich Flavio Roos nicht verteidigen, was jetzt zu Differenzen führt. Flavio Roos beharrt zu Recht auf seinem Sitz in der Stawiko.
Der Votant stellt den **Antrag,** anstelle von Markus Hürlimann wieder Flavio Roos in die Erweiterte Staatswirtschaftskommission zu wählen. Er stellt ferner den **Antrag,** die entsprechende Wahl geheim durchzuführen. Rückfragen bei Stawiko-Mitgliedern haben gezeigt, dass Flavio Roos sich nichts hat zuschulden kommen lassen. Mit der geheimen Wahl soll sichergestellt werden, dass der Start in die neue Legislatur ohne Nebeneffekte erfolgen kann. Der Votant dankt für die Unterstützung.

**Manuel Brandenberg** informiert, dass die SVP-Fraktion am 2. November die Einladung zur Sitzung vom 22. November an die Fraktionsmitglieder versandte. Man hatte also genügend Zeit, sich den Termin freizuhalten, um an der Sitzung teilnehmen zu können. Es ist richtig, dass Flavio Roos durch die Fraktion nicht als Mitglied der Erweiterten Staatswirtschaftskommission bestätigt wurde, dies mit einer klaren Mehrheit. Auch ein Rückkommensantrag am letzten Montag wurde von der Fraktion mit klarer Mehrheit abgelehnt. Selbstverständlich ist es das Recht des Kantonsrats, hier zu entscheiden. Die SVP-Fraktion schlägt aber mit klarer Mehrheit vor, Markus Hürlimann in die Erweiterte Staatswirtschaftskommission zu wählen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 24 Abs. 2 der Geschäftsordnung in Verbindung mit § 46 und § 47 des Wahl- und Abstimmungsgesetzes die Wahl der Kommission nach Parteienproporz erfolgt. Da nur ein Sitz umstritten und daher zu besetzen ist, hat jedes Ratsmitglied eine Stimme, die auf die Kandidaturen von Markus Hürlimann und Flavio Roos aufzuteilen ist. Zuerst aber wird darüber abgestimmt, ob die Wahl offen oder geheim durchgeführt wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 zu 23 Stimmen, die Wahl geheim durchzuführen.

Zur eigentlichen Wahl hält der **Vorsitzende** fest, dass gemäss § 85 Abs. 2 der Geschäftsordnung gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Bei einer Kampfwahl in eine Kommission kommt die Ausstandsbestimmung von § 64 Abs. 5 Satz 2 der Geschäftsordnung zur Anwendung, wonach die für einen umstrittenen Sitz Kandidierenden im Ausstand sind. Diese Kandidierenden dürfen nicht mitwählen und müssen den Kantonsratssaal während der Wahl verlassen.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der **Vorsitzende** das Wahlergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 72 | 72 | 7 | 0 | 65 | 33 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Flavio Roos | 42 |
| Markus Hürlimann | 22 |
| Beni Riedi | 1 |

➔ Der Rat wählt Flavio Roos zum Mitglied der Erweiterten Staatswirtschaftskommission.

Für die Beratung der entsprechenden Geschäfte wird die Staatswirtschaftskommission damit um die folgenden 8 Personen erweitert:

Philippe Camenisch, Zug, FDP
Hans Christen, Zug, FDP
Pirmin Frei, Baar, CVP
Stefan Gisler, Zug, ALG
Alois Gössi, Baar, SP
Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP
Flavio Roos, Risch, SVP
Silvia Thalmann, Zug, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Traktandum 10.2: **Justizprüfungskommission:**

**19** Traktandum 10.2.1: **Engere Justizprüfungskommission**

Die Engere Justizprüfungskommission aus besteht folgenden 7 Mitgliedern:

Thomas Werner, Unterägeri, SVP, Kommissionspräsident
Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP
Adrian Andermatt, Baar, FDP
Kurt Balmer, Risch, CVP
Manuel Brandenberg, Zug, SVP
Daniel Thomas Burch, Risch, FDP
Esther Haas, Cham, ALG

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**20** Traktandum 10.2.2: **Erweiterte Justizprüfungskommission**

Zur Behandlung von Geschäften der Justizgesetzgebung wird die Justizprüfungskommission um folgende 8 Mitglieder erweitert:

Philip C.Brunner, Zug, SVP
Laura Dittli, Oberägeri, CVP
Alois Gössi, Baar, SP
Alice Landtwing, Zug, FDP
Silvan Renggli, Cham, CVP
Michael Riboni, Baar, SVP
Beat Sieber, Cham, FDP
Vroni Straub-Müller, Zug, ALG

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**21** Traktandum 10.3: **Redaktionskommission**

Die Redaktionskommission besteht aus folgenden 3 Mitgliedern:

Zari Dzaferi, Baar, SP, Kommissionspräsident
Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP
Manuel Brandenberg, Zug, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**22** Traktandum 10.4: **Konkordatskommission**

Die Konkordatskommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP, Kommissionspräsident

Kurt Balmer, Risch, CVP
Philip C. Brunner, Zug, SVP
Hans Christen, Zug, FDP
Laura Dittli, Oberägeri, CVP
Andreas Etter, Menzingen, CVP
Barbara Gysel, Zug, SP
Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG
Andreas Hostettler, Baar, FDP
Beni Riedi, Baar, SVP
Beat Sieber, Cham, FDP
Vroni Straub-Müller, Zug, ALG
Willi Vollenweider, Zug, SVP
Monika Weber, Steinhausen, FDP
Matthias Werder, Risch, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**23** Traktandum 10.5: **Kommission für Hochbau**

Die Kommission für Hochbau besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Hubert Schuler, Hünenberg, SP, Kommissionspräsident

Daniel Abt, Baar, FDP
Daniel Burch, 6312 Steinhausen, SVP
Thomas Gander, Cham, FDP
Stefan Gisler, Zug, ALG
Andreas Hostettler, Baar, FDP
Alice Landtwing, Zug, FDP
Jean-Luc Mösch, Cham, CVP
Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP
Richard Rüegg, Zug, CVP
Heini Schmid, Baar, CVP
Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG
Oliver Wandfluh, Baar, SVP
Matthias Werder, Risch, SVP
Beat Wyss, Oberägeri, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**24** Traktandum 10.6: **Kommission für Tiefbau und Gewässer**

Die Kommission für Tiefbau und Gewässer besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Daniel Thomas Burch, Risch, FDP, Kommissionspräsident

Pirmin Andermatt, Baar, CVP
Monika Barmet, Menzingen, CVP
Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP
Rupan Sivaganesan, Zug, SP

Philip C. Brunner, Zug, SVP
Pirmin Frei, Baar, CVP
Mariann Hess, Unterägeri, ALG
Peter Letter, Oberägeri, FDP
Andreas Lustenberger, Baar, ALG
Cornelia Stocker, Zug, FDP
Rainer Suter, Cham, SVP
Willi Vollenweider, Zug, SVP
Oliver Wandfluh, Baar, SVP
Florian Weber, Walchwil, FDP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**25** Traktandum 10.7: **Kommission für Raumplanung und Umwelt**

Die Kommission für Raumplanung und Umwelt besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Heini Schmid, Baar, CVP, Kommissionspräsident
Daniel Abt, Baar, FDP
Hans Baumgartner, Cham, CVP
Walter Birrer, Cham, SVP
Andreas Etter, Menzingen, CVP
Barbara Gysel, Zug, SP
Alice Landtwing, Zug, FDP
Andreas Lustenberger, Baar, ALG
Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP
Urs Raschle, Zug, CVP
Flavio Roos, Risch, SVP
Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG
Daniel Stuber, Risch, FDP
Oliver Wandfluh, Baar, SVP
Florian Weber, Walchwil, FDP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**26** Traktandum 10.8: **Kommission für den öffentlichen Verkehr**

Die Kommission für den öffentlichen Verkehr besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Jürg Messmer, Zug, SVP, Kommissionspräsident
Adrian Andermatt, Baar, FDP
Anna Bieri, Hünenberg, CVP
Philip C.Brunner, Zug, SVP
Olivia Bühler, Cham, SP
Hans Christen, Zug, FDP
Thomas Gander, Cham, FDP
Emanuel Henseler, Neuheim, CVP
Iris Hess-Brauer, Unterägeri, CVP
Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG
Michael Riboni, Baar, SVP
Ralph Ryser, Unterägeri, SVP
Jolanda Spiess-Hegglin, Zug, ALG
Beat Unternährer, Hünenberg, FDP
Roger Wiederkehr, Risch, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**27** Traktandum 10.9: **Kommission für Gesundheit und Soziales**

Die Kommission für Gesundheit und Soziales besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Vroni Straub-Müller, Zug, ALG, Kommissionspräsidentin
Monika Barmet, Menzingen, CVP
Iris Hess-Brauer, Unterägeri, CVP
Ralph Ryser, Unterägeri, SVP
Jolanda Spiess-Hegglin, Zug, ALG

Markus Hürlimann, Baar, SVP
Beat Iten, Unterägeri, SP
Urs Raschle, 6300 Zug, CVP
Silvan Renggli, Cham, CVP
Flavio Roos, Risch, SVP
Cornelia Stocker, Zug, FDP
Daniel Stuber, Risch, FDP
Rainer Suter, Cham, SVP
Karen Umbach, Zug, FDP
Monika Weber, Steinhausen, FDP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**28** Traktandum 10.10: **Bildungskommission**

Die Bildungskommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Martin Pfister, Baar, CVP, Kommissionspräsident

Anna Bieri, Hünenberg, CVP
Daniel Burch, Steinhausen, SVP
Zari Dzaferi, Baar, SP
Esther Haas, Cham, ALG
Rita Hofer, Hünenberg, ALG
Peter Letter, Oberägeri, FDP
Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP
Jürg Messmer, Zug, SVP
Beni Riedi, Baar, SVP
Beat Sieber, Cham, FDP
Silvia Thalmann, Zug, CVP
Karen Umbach, Zug, FDP
Willi Vollenweider, Zug, SVP
Monika Weber, Steinhausen, FDP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 11
**Vervollständigung nichtständiger Kommissionen nach Vakanzen aufgrund von Austritten aus dem Kantonsrat**

**29** Traktandum 11.1: **Kommission Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes)**

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Alice Landtwing, Zug, FDP, Kommissionspräsidentin

Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP
Philip C. Brunner, Zug, SVP
Daniel Burch, Steinhausen, SVP
Daniel Thomas Burch, Risch, FDP
Barbara Gysel, Zug, SP
Andreas Lustenberger, Baar, ALG
Martin Pfister, Baar, CVP
Urs Raschle, Zug, CVP
Beni Riedi, Baar, SVP
Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG
Cornelia Stocker, Zug, FDP
Rainer Suter, Cham, SVP
Daniel Stuber, Risch, FDP
Silvia Thalmann, Zug, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**30** Traktandum 11.2: **Kommission betreffend Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket**

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Alois Gössi, Baar, SP, Kommissionspräsident

Manuel Brandenberg, Zug, SVP
Philip C. Brunner, Zug, SVP
Philippe Camenisch, Zug, FDP
Hans Christen, Zug, FDP
Stefan Gisler, Zug, ALG
Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP
Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG
Gabriela Ingold, Unterägeri, FDP
Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP
Martin Pfister, Baar, CVP
Heini Schmid, Baar, CVP
Silvia Thalmann, Zug, CVP
Beat Unternährer, Hünenberg, FDP
Thomas Wyss, Oberägeri, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**31** Traktandum 11.3: **Kommission betreffend Änderung des Energiegesetzes**

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Anna Bieri, Hünenberg, CVP, Kommissionspräsidentin

Daniel Abt, Baar, FDP
Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP
Walter Birrer, Cham, SVP
Philip C. Brunner, Zug, SVP
Hans Christen, Zug, FDP
Pirmin Frei, Cham, CVP
Thomas Gander, Cham, FDP
Stefan Gisler, Zug, ALG
Flavio Roos, Risch, SVP
Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG
Rupan Sivaganesan, Zug, SP
Rainer Suter, Cham, SVP
Florian Weber, Walchwil, FDP
Beat Wyss, Oberägeri, CVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**32** Traktandum 11.4: **Kommission betreffend Gesetz über die Haltung von Hunden (Hundegesetz, HuG)**

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg, CVP, Kommissionspräsidentin

Monika Barmet, Menzingen, CVP
Daniel Burch, Steinhausen, SVP
Zari Dzaferi, Baar, SP
Emanuel Henseler, Neuheim, CVP
Mariann Hess, Unterägeri, ALG
Alice Landtwing, Zug, FDP
Beni Riedi, Baar, SVP
Richard Rüegg, Zug, CVP
Ralph Ryser, Unterägeri, SVP
Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG
Cornelia Stocker, Zug, FDP
Karen Umbach, Zug, FDP
Florian Weber, Walchwil, FDP
Matthias Werder, Risch, SVP

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**33** Traktandum 11.5: **Sportchefin und Sportchef des Kantonsrats**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die bisherigen Sportchefs Anna Bieri und Zari Dzaferi freundlicherweise bereit erklärt haben, dem Kantonsrat auch in der neuen Legislatur «Beine zu machen» und ihn zu spannenden Sportanlässen einzuladen. Rein formell handelt es sich bei der Sportchefin und beim Sportchef um Ehrenämter. Für diese Funktionen wird keine Wahl im engen Sinne durchgeführt.

➔ Der Rat ernennt Anna Bieri und Zari Dzaferi per Akklamation zur Sportchefin bzw. zum Sportchef des Kantonsrats.

Der **Vorsitzende** gratuliert den zwei Sportverantwortlichen und fordert alle Ratsmitglieder sowie die Regierung auf, an ihren Veranstaltungen teilzunehmen. Körperliche Bewegung tut allen gut. Der Vorsitzende erinnert daran, dass die Ratsmitglieder bereits die Einladung zum traditionellen Skitag der Kantone Zug und Schwyz erhalten haben, und bittet um rege Teilnahme.

**34** Traktandum 11.6: **Allfällige weitere Kommissionen**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass aufgrund von interkantonalen Regelungen dem Kantonsrat die Pflicht und das Recht zustehen, Kantonsratsmitglieder in interkantonale Aufsichtsgremien zu delegieren. Es geht um folgende drei Gremien:
• Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht: Gemäss Art. 10 Abs. 1 des Konkordats über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht vom 19. April 2004 (BGS 212.31) delegieren die Parlamente der Konkordatskantone aus dem Kreis ihrer Mitglieder und für die Dauer ihrer Amtszeit je zwei Mitglieder in die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission.
• Interparlamentarische Fachhochschulkommission (IFHK): Laut Art. 16 der Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011 (FHZ-Konkordat) vom 15. September 2011 (BGS 414.31) wählen die Parlamente der Trägerkantone aus dem Kreis ihrer Mitglieder für die Dauer der sich aus dem kantonalen Recht ergebenden Amtszeit je zwei Mitglieder in die Interparlamentarische Fachhochschulkommission (IFHK).
• Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der Polizeischule Hitzkirch: Gestützt auf Art. 14 des Konkordats vom 25. Juni 2003 über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch vom 25. Juni 2003 (BGS 511.5) bestellen die Legislativen der Konkordatsmitglieder aus dem Kreis ihrer Mitglieder eine interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission. Jedes Konkordatsmitglied hat Anspruch auf zwei Sitze in der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass usanzgemäss die Staatwirtschaftskommission dieses Wahlrecht für den Kantonsrat ausübt. Üblicherweise werden in die jeweiligen interkantonalen Organe jene Mitglieder der Staatwirtschaftskommission delegiert, die auch für die zuständige Direktion zuständig sind.

➔ Der Rat delegiert das Wahlrecht für die Vertretung in den genannten drei Gremien stillschweigend an die Staatswirtschaftskommission.

## 35 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. Januar 2015 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** wünscht allen Anwesenden und ihren Familien frohe Festtage und alles Gute im neuen Jahr. Im Anschluss an die Sitzung sind die Mitglieder des Kantons- und Regierungsrats zu einem *Apéro riche* im Erdgeschoss des Rathauses Zug eingeladen.

**Protokoll des Kantonsrats**

2. Sitzung der 31. Legislaturperiode

Donnerstag, 29. Januar 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. Dezember 2014
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Bestätigung der Wahl der vom Kanton zu wählenden Mitglieder des Bankrats und der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019)
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Änderung des Gesetzes betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts

5.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)

6. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung einer wettkampftauglichen Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich für die Kantonsschule Zug (KSZ): 2. Lesung
7. Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen
8. Änderung des Energiegesetzes
9. Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschlüsse betreffend Rahmenkredit für die Planung, den Landerwerb und den Bau der Nordzufahrt in Zug/Baar – Kreditfreigabe und Beteiligung der Gemeinden Zug und Baar an einer Bundessubvention
10. Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschluss betreffend Erhöhung der Kapital-Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonsspital AG
11. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252)
12. Geschäfte, die am 11. Dezember 2014 nicht behandelt werden konnten:

12.1. Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens

12.2. Motion von Manfred Wenger betreffend Reduktion der Strassenverkehrsgebühren für Sport- und Freizeitfahrzeuge

12.3. Postulat von Manfred Wenger betreffend Domain-Name www.name.zug

13. Motion von Karin Andenmatten-Helbling, Alois Gössi, Andreas Hürlimann, Thomas Lötscher und Thomas Wyss betreffend Unabhängigkeit von amtlichen VerteidigerInnen
14. Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend dringliche Änderung der NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III (USR III)
15. Postulat von Silvan Hotz betreffend Einführung Projekt Sek I plus
16. Interpellation von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend Positionierung des Kantons Zug zur Unternehmenssteuerreform (USR III)

## 36 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle und Rupan Sivaganesan, beide Zug; Beat Sieber und Claus Soltermann, beide Cham; Anastas Odermatt, Steinhausen; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 37 Mitteilungen

Der Vorsitzende, Kantonsratspräsident **Moritz Schmid,** begrüsst die Anwesenden, speziell die zwei Schulklassen der Kantonsschule Zug mit ihrem Lehrer Philippe Weber, die er herzlich willkommen heisst: er hofft, dass die Schülerinnen und Schüler mit guten Eindrücken vom Zuger Kantonsparlament ins Schulzimmer zurückkehren können. Das Publikums- und Medieninteresse an der heutigen Sitzung ist deutlich grösser als üblich. Der Vorsitzende bittet die Besuchenden und die Medienschaffenden um Disziplin und Ordnung, damit der Kantonsrat seine Sitzung geordnet durchführen kann. Die akkreditierten Medienschaffenden dürfen Ton- und Bildaufnahmen machen; der Vorsitzende bittet die Medienschaffenden aber um die nötige Zurückhaltung, wenn sie sich im Saal bewegen.
Der Vorsitzende hat am 18. Dezember 2014 den Eid auf die Gesetze des Kantons Zug und des Bundes geleistet. Zur geltenden Rechtsordnung gehört es, das Prinzip der Gewaltenteilung zu beachten. Der Vorsitzende nimmt deshalb wegen des laufenden strafrechtlichen Verfahrens inhaltlich nicht Stellung zu den Vorfällen vom 20. Dezember 2014. Er bittet die Kantonsratsmitglieder, die Medienschaffenden und die Besuchenden um Verständnis, dass er dies so handhabt.

Das auf den 17. Januar angesagte Parlamentarierskirennen der Kantone Schwyz und Zug musste wegen Schneemangels verschoben werden. Es findet neu am 14. Februar 2015 statt. Die Sportchefs des Kantonsrats, Anna Bieri und Zari Dzaferi, geben bei Fragen gerne weitere Auskunft.

In der Referendumsvorlage des Beurkundungsgesetzes (Vorlage 2328) hat die Staatskanzlei im Einvernehmen mit der Redaktionskommission und dem Kommissionspräsidenten in Ziff. IV die Streichung des Satzes «Sie bedarf der Genehmigung des Bundes» vorgenommen Dieses Vorgehen ist rechtlich vertretbar. Seit der Änderung von Art. 52 Abs. 3 des Schlusstitels des ZGB, die am 1. Januar 2013 in Kraft

getreten ist, bedürfen kantonale Bestimmungen über die Errichtung öffentlicher Urkunden nicht mehr der Genehmigung des Bundes. Die geänderten Vorschriften sind dem Bund nur noch zur Kenntnis zu bringen.

Die Staatskanzlei teilt mit, dass der Verein «Wirtschaftsregion ZUGWEST» am 18. Dezember 2014 dem Regierungsrat die Petition «ÖV-Drehscheibe ZUGWEST mit Schwerpunkt Rotkreuz» mit 1304 Unterschriften eingereicht hat. Die Staatskanzlei hat dem Verein den Eingang bestätigt. Die vier Forderungen zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs in der Wirtschaftsregion ZUGWEST gehören in die sachliche Zuständigkeit des Regierungsrats bzw. der Volkswirtschaftsdirektion. Die Volkswirtschaftsdirektion bearbeitet das Dossier. Es liegt kein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vor.

Der Sicherheitsdirektor ist Vizepräsident der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD). Er nimmt heute in Bern an einer Vorstandssitzung teil. Der Bildungsdirektor als Stellvertretender Sicherheitsdirektor wird das Traktandum 12.2 übernehmen.

Der Volkswirtschaftsdirektor muss sich für die Nachmittagssitzung entschuldigen. Er nimmt in seiner Funktion als Präsident der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs an einer Sitzung der Präsidien diverser Fachdirektorenkonferenzen teil. Er hat keine Vorlage zu vertreten.

Die Kantonsratsmitglieder können der Staatskanzlei eine Mitteilung machen, wenn sie die Kantonsratsvorlagen nur noch in elektronischer Form und nicht mehr in Papierform wünschen.

TRAKTANDUM 1

## 38 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Staatswirtschaftskommission das als Traktandum 11 vorgesehene Geschäft (Vorlage 2450) noch nicht zu Ende beraten hat, weshalb dieses abtraktandiert werden muss. Im Übrigen liegen keine Änderungsanträge zur Traktandenliste vor.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die bereinigte Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

## 39 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. Dezember 2014

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 18. Dezember 2014 ohne Änderungen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Protokolle der Sitzungen vom 27. November 2014 und vom 11. Dezember 2014 gemäss § 14 Abs. 4 GO KR vom Büro des abtretenden Kantonsrats an dessen letzter Sitzung am 29. Januar 2015 genehmigt werden. Diese Protokolle wurden zur Prüfung auch den Mitgliedern des «alten» Kantonsrats zugestellt.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Dieses Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4
40 **Bestätigung der Wahl der vom Kanton zu wählenden Mitglieder des Bankrats und der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019)**
Vorlage: 2470.1 - 14856 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat Wahlbehörde ist und der Kantonsrat die Wahl lediglich zu bestätigen hat. § 89 Abs. 1 GO KR lautet: «Der Kantonsrat bestätigt die Wahl durch eine andere Behörde einzeln für jede Person und geheim mit ‹Ja› oder ‹Nein›.» Auf die Stimmzettel ist deshalb «Ja» oder «Nein» zu schreiben. Wenn Namen hingeschrieben werden, ist der Stimmzettel ungültig.
Kantonsrätin Silvia Thalmann-Gut befindet sich in Bezug auf die Bestätigung ihrer eigenen Wahl gemäss § 64 Abs. 1 GO KR im Ausstand.

Die Stimmenzählenden teilen das Set mit sieben Wahlzetteln in verschiedenen Farben aus und sammeln es nach einigen Minuten wieder ein. Nach der Auszählung teilt der Vorsitzende die Wahlergebnisse mit:

**Mitglieder des Bankrats**

*1) Sabina Ann Balmer-Fischer, Zug*

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 2 | 0 | 72 | 37 |

| Anzahl Ja-Stimmen | Anzahl Nein-Stimmen |
|---|---|
| 69 | 3 |

➔ Der Rat bestätigt die Wahl von Sabina Ann Balmer-Fischer als Mitglied des Bankrats der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019).

*2) Heinz Leibundgut, Hochdorf*

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 3 | 0 | 71 | 36 |

| Anzahl Ja-Stimmen | Anzahl Nein-Stimmen |
|---|---|
| 69 | 2 |

➔ Der Rat bestätigt die Wahl von Heinz Leibundgut als Mitglied des Bankrats der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019).

*3) Matthias Michel, Oberwil*

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 2 | 0 | 72 | 37 |

| Anzahl Ja-Stimmen | Anzahl Nein-Stimmen |
|---|---|
| 61 | 11 |

➔ Der Rat bestätigt die Wahl von Matthias Michel als Mitglied des Bankrats der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019).

*4) Patrik Wettstein, Hünenberg*

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 2 | 0 | 72 | 37 |

| Anzahl Ja-Stimmen | Anzahl Nein-Stimmen |
|---|---|
| 71 | 1 |

➔ Der Rat bestätigt die Wahl von Patrik Wettstein als Mitglied des Bankrats der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019).

**Mitglieder der Revisionsstelle**

*1) Patrick Storchenegger, Zug*

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 2 | 0 | 72 | 37 |

| Anzahl Ja-Stimmen | Anzahl Nein-Stimmen |
|---|---|
| 72 | 0 |

➔ Der Rat bestätigt die Wahl von Patrick Storchenegger als Mitglied der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019).

*2) Silvia Thalmann-Gut, Oberwil*

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 2 | 0 | 72 | 37 |

| Anzahl Ja-Stimmen | Anzahl Nein-Stimmen |
|---|---|
| 65 | 7 |

➔ Der Rat bestätigt die Wahl von Silvia Thalmann-Gut als Mitglied der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019).

*3) Leonie Winter-Meier, Hünenberg*

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 3 | 0 | 71 | 36 |

| Anzahl Ja-Stimmen | Anzahl Nein-Stimmen |
|---|---|
| 62 | 9 |

➔ Der Rat bestätigt die Wahl von Leonie Winter-Meier als Mitglied der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015–2018 (bis Generalversammlung 2019).

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**41** Traktandum 5.1: **Änderung des Gesetzes betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts**
Vorlagen: 2467.1 - 14846 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2467.2 - 14847 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Kurt Balmer, CVP, Risch, Kommissionspräsident

Karin Andenmatten-Helbling, CVP, Hünenberg
Monika Barmet, CVP, Menzingen
Hans Baumgartner, CVP, Cham
Walter Birrer, SVP, Cham
Daniel Thomas Burch, FDP, Risch
Stefan Gisler, ALG, Zug
Barbara Gysel, SP, Zug
Andreas Hostettler, FDP, Baar
Alice Landtwing, FDP, Zug
Karl Nussbaumer, SVP, Menzingen
Ralph Ryser, SVP, Unterägeri
Hanni Schriber-Neiger, ALG, Risch
Cornelia Stocker, FDP, Zug
Oliver Wandfluh, SVP, Baar

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**42** Traktandum 5.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)**
Vorlagen: 2468.1 - 14849 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2468.2 - 14850 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Überweisung an die Konkordatskommission.

**43** Traktandum 5.3: **Bildungskommission**

Willi Vollenweider ist aus der SVP-Fraktion ausgetreten. An seiner Stelle soll neu Philip C. Brunner in die Bildungskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**44** Traktandum 5.4: **Kommission für Tiefbau und Gewässer**

Aus dem gleichen Grund soll anstelle von Willi Vollenweider neu Walter Birrer für die SVP-Fraktion in die Kommission für Tiefbau und Gewässer gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**45** Traktandum 5.5: **Konkordatskommission**

Anstelle von Willi Vollenweider soll neu Ralph Ryser für die SVP in die Konkordatskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**46** Traktandum 5.6: **Orientierung über die Direktüberweisung einer Vorlage an die erweiterte Staatswirtschaftskommission**

Der **Vorsitzende** orientiert, dass die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden am 22. Januar 2015 beschlossen hat, den Antrag des Regierungsrats vom 20. Januar 2015 betreffend Anpassung des Leistungsauftrags des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie für das Jahr 2015 (Vorlage 2443.2) direkt der erweiterten Staatswirtschaftskommission zu überweisen, dies gemäss § 17 GO KR in Verbindung mit § 18 Abs.1 und Abs. 3 Ziff. 1 GO KR.

➔ Der Rat stimmt der Direktüberweisung stillschweigend zu.

**47** Traktandum 5.7: **Gesetz über die Haltung von Hunden**
Vorlagen: 2451.1 - 14816 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2451.2 - 14817 (Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass anstelle von Matthias Werder neu Oliver Wandfluh in der vorberatenden Kommission für das Hundegesetz Einsitz nehmen soll.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

**48** **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung einer wettkampftauglichen Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich für die Kantonsschule Zug (KSZ): 2. Lesung**
Vorlagen: 2335.11 - 14811 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2335.12 - 14814 (Antrag von Silvan Hotz zur 2. Lesung); 2335.13 - 14855 (Zusatzbericht des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** orientiert, dass auf die zweite Lesung ist der Antrag von Silvan Hotz eingegangen ist, § 1 Abs. 2 sei wie folgt zu ändern: «An diesem Baukredit beteiligen sich die Stadt Zug mit 3 Mio. Franken, die übrigen 10 Zuger Gemeinden mit 5,2 Mio. Franken, diese jedoch nach Massgabe ihrer ständigen Wohnbevöl-

kerung per 31. Dezember 2014. Diese Beiträge werden mit dem Baubeginn fällig.»
Der Regierungsrat hat wie gewünscht einen Zusatzbericht erstellt und stellt folgende Anträge:
• Kenntnisnahme der Auslastungszahlen der Turnhallen aus sämtlichen Gemeinden;
• Ablehnung des Antrags von Silvan Hotz.

**Andreas Hausheer** spricht in Vertretung des Antragstellers Silvan Hotz. Dieser hat keine andere Reaktion seitens der Gemeinden erwartet. Die Tendenz, immer mehr Aufgaben und vor allem Kosten an den Kanton abzugeben, zeigt sich einmal mehr in den Stellungnahmen der Gemeinden, welche im Übrigen allesamt gleich lauten.
Die Gemeinden machen in ihrer Stellungnahme jedoch verschiedene Überlegungsfehler. Sie begründen ihre ablehnende Haltung damit, dass weder die Gemeinden noch die Vereine eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle brauchen. Wenn dem tatsächlich so wäre, warum sind dann nur schon in der Gemeinde Baar drei Standorte für Dreifachturnhallen in Diskussion? Und haben nicht vor der ersten Lesung mindestens zwei Vereine das entsprechende Bedürfnis angemeldet? Und diese zwei Vereine haben als kantonale Vereine sehr viele Mitglieder von ausserhalb der Stadt Zug.
Der andere Überlegungsfehler: Die Gemeinden führen verschiedene überregionale Sportstätten an, für welche sie keine Beiträge von anderen Gemeinden erhalten. Hier geht es aber nicht um einen Bau einer einzelnen Gemeinde, sondern um einen Bau des Kantons, an welchem sich die Gemeinden zu beteiligen haben, weil Vereins- und Freizeitförderung eine gemeindliche Aufgabe ist. Der Kanton leistete übrigens schon diverse Beiträge an gemeindliche Sportstätten mit überregionalem Charakter, etwa via Schulgesetz an das Schwimmbad Lättich und die Waldmannhalle in Baar sowie andere schulischen Sportanlagen oder mittels Kantonsratsbeschluss etwa an das Eisstadion Herti. Und nun laufen die Gemeinden, welche immer beim Kanton die hohle Hand machen, Sturm?
Der Entscheid, eine Dreifachturnhalle zu bauen, ist immer noch richtig. In der heutigen Zeit den Platz für zwei einzelne Turnhallen zu verschwenden, wenn auf dem gleichen Areal eine wettkampftaugliche Dreifachturnhalle gebaut werden kann, wäre falsch. Es liegt nun am Kantonsrat zu entscheiden, ob sich die Gemeinden richtigerweise angemessen an den Mehrkosten beteiligen sollen, welche klar eine gemeindliche Aufgabe betreffen.

**Daniel Thomas Burch** teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Antrag von Silvan Hotz ablehnt. Man kann nicht in einer Hauruck-Aktion den Gemeinden im Nachhinein Kosten in einer Sache auferlegen, in der sie nicht angehört wurden und in der sie nicht mitreden konnten. Die FDP lehnt auch die Vorlage als Ganzes ab, nicht weil sie gegen Sport oder Sportvereine ist, sondern weil der Bedarf des Kantons bzw. der Kantonsschule mit einer Zweifachturnhalle gedeckt wäre. Die Zusammenstellung der Auslastung der bestehenden Hallen zeigt zudem, dass die vorhandenen Kapazitäten nicht optimal genutzt werden und zudem neue Dreifachturnhallen in Planung sind. Die FDP ist deshalb für eine Zweifachturnhalle und lehnt den vorliegenden Kreditantrag ab.

**Matthias Werder:** Die SVP-Fraktion stimmt der Vorlage zu und lehnt den Antrag von Silvan Hotz ab. Folgende Punkte sprechen klar für eine Dreifachturnhalle:
• Der Bedarf ist ausgewiesen.
• Das benötigte Land wird mit einer Dreifachturnhalle optimal genutzt. Mit einer Zweifachturnhalle vergibt man sich diese Chance.
Die SVP-Fraktion bittet den Kantonsrat, dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

**Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die Alternative Grüne Fraktion der Dreifachturnhalle geschlossen zustimmt. Der Bedarf der Kantonsschule Zug und zahlreicher Sportvereine ist ausgewiesen, was auch von der Regierung nicht bestritten wird. Da mit dem Finanzplan 2015 bekannt wurde, dass der Baudirektor bis 2030 in Cham keine Mittelschule bauen will, braucht die Kanti Zug jetzt eine Dreifachsporthalle, um auch langfristig Turnunterricht anbieten zu können. Die ALG setzt den Sparhebel nicht bei einer notwendigen Dreifachturnhalle an, sondern bei einem neuen Verwaltungszentrum und unnötigen Strassenprojekten.
Die Kosten für eine Turnhalle der Kantonsschule muss der Kanton übernehmen, und er kann nicht die Gemeinden – wie die Motion Hotz will – zu einer Beteiligung an den Mehrkosten verpflichten. Die ALG versteht die Gemeinden, die sich vehement dagegen wehren, eine Mitfinanzierung übernehmen zu müssen. Die ALG dankt aber der Stadt Zug, dass sie dies aus guten Gründen freiwillig tut.

**Zari Dzaferi:** Die SP-Fraktion findet den Antrag von Silvan Hotz, die anderen Gemeinden an der Finanzierung zu beteiligen, nicht zielführend. Auch würde dieses Vorgehen ein Präjudiz für künftige Finanzierungen schaffen. Andere Sportanlagen im Kanton Zug wurden ebenfalls von den Standortgemeinden finanziert, beispielsweise das Schwimmbad Lättich in Baar, das ebenfalls praktisch vom ganzen Kanton genutzt wird. Die SP wird den Antrag Hotz daher nicht unterstützen. Der Kantonsrat sollte auch nicht den gleichen Fehler machen wie damals bei der Planung des Kantonsspitals. Es liegt auf der Hand, dass eine Dreifachturnhalle etwas teurer als zwei einzelne Hallen ist. Allerdings bringt diese auch mehr Vorteile. Nicht nur sichert sie Raum, zumal die Bevölkerung wächst und in Kürze mehr Raum für Sport notwendig sein wird, sondern sie ermöglicht auch die Durchführung von Events und Sportanlässen, welche drei Hallen benötigen.
Wenn der Kantonsrat, vor allem die FDP-Fraktion, Kosten sparen möchte, sollte er erst recht für eine Dreifachsporthalle sein. Die Realisierung einer zusätzlichen Einzelhalle, welche nach dem Bau einer Zweifachturnhalle allenfalls notwendig wird, kommt mit Sicherheit teurer zu stehen und ist an gleicher Stelle wohl gar nicht mehr möglich. Es ist wie bei der obersten, nicht gebauten Etage des Kantonsspitals: Auch wenn Baudirektor Heinz Tännler nachher sicher versichern wird, dass das Kantonsspital in seiner heutigen Grösse genüge, wird sich der Kantonsrat nach den Pensionierung des Baudirektors wohl daran erinnern, dass eine zusätzliche Etage sinnvoll gewesen wäre, um Kosten zu sparen. Dasselbe wird auch bei der Kantonsschule Zug der Fall sein, wenn jetzt nur eine Zweifachhalle gebaut wird.

**Hubert Schuler,** Präsident der Kommission für Hochbau, teilt mit, dass sich die Hochbaukommission nicht zu einer zusätzlichen Sitzung getroffen hat, da der Antrag von Silvan Hotz in erster Linie eine finanzpolitische Frage betrifft. In der E-Mail-Umfrage unter den Kommissionsmitgliedern wurde auch kein Antrag gestellt, eine andere Haltung als diejenige der alten Hochbaukommission zu vertreten. Der Votant schliesst daraus, dass sich die neue Hochbaukommission der Haltung der alten Kommission anschliesst und dem Ergebnis der ersten Lesung folgt.

**Thomas Werner** erinnert daran, dass der Rat dem vorliegenden Projekt in der ersten Lesung zustimmte. Zwar muss der Kanton Zug jetzt sparen, trotz des Bevölkerungswachstums. Schon jetzt gibt es aber Vereine, die für ihr abendliches Training keinen Platz mehr finden und in andere Kantone ausweichen müssen. Will man Geld und Landreserven sparen, muss man eine Dreifachturnhalle bauen. Das Land wird nämlich sowieso überbaut, und nur mit einer Dreifachturnhalle wird die verfügbare Fläche auch richtig ausgenutzt.

**Pirmin Frei** teilt mit, dass er den Antrag von Silvan Hotz unterstützt, weil er ordnungspolitisch richtig ist. Vor zwei Generationen hat der Kantonsrat einer Aufgabenteilung zugestimmt, wonach der Kanton die Investitionen sowie die Kosten für den Unterhalt und den Betrieb von kantonalen Gebäuden übernimmt; im Freizeitbereich, beispielsweise im Bereich des Vereinssports, sind die Gemeinden zuständig für Investitionen, Unterhalt und Betrieb. Die nachfolgende Generation hat sich an diese Aufgabenteilung gehalten, dies auch in jenen Zeiten, als es dem Kanton gutging und man durchaus eine gewisse *Nonchalance* hätte an den Tag legen können. Heute nun schickt sich der Kantonsrat an, diese Aufgabenteilung zu durchlöchern. Das ist ein falsches und gefährliches Präjudiz.
Sollte der Rat wider Erwarten dem Antrag Hotz nicht zustimmen, stellt sich für den Votanten die Frage, wie er sich in der Schlussabstimmung verhalten soll: Soll er dieses verheerende Präjudiz unterstützen, oder soll er Nein sagen zur geplanten Dreifachturnhalle? Ein Nein würde zu Bauverzögerungen führen, wäre aber kein Nein zu Turnhallen. Die Bauverzögerungen wären verantwortbar. Der Baudirektion ist zuzutrauen, dass sie innert kürzester Frist eine neue Vorlage ausarbeiten könnte, und der Hochbaukommission ist zuzutrauen, dass sie rasch entscheiden würde – zugunsten der Kantonsschule. Der Votant sagt Nein zur Vorlage, glaubt er doch, dass das Parlament glaubwürdig bleiben muss. Glaubwürdigkeit ist das höchste Gut eines Parlaments. Wenn der Rat heute Ja sagt, verliert er gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die in den nächsten Monaten und Jahren mit Einsparungen und Leistungsabbau rechnen müssen, seine Glaubwürdigkeit. Wie nämlich soll man der Bevölkerung eine unnötige Ausgabe von 10 Mio. Franken erklären? Ein Nein in der Schlussabstimmung gibt dem Kanton und den Gemeinden auch die Chance, eine Schulraumplanung an die Hand zu nehmen. Es wurde gesagt, dass allein in Baar derzeit drei Standorte für Dreifachturnhallen geprüft werden. Das bietet eine Chance für den ganzen Kanton.
Vor vierzehn Tagen haben sich die volkswirtschaftlichen Parameter für die Schweiz markant verändert. Der Kantonsrat muss in einer Zeit, in der offen von Rezession gesprochen wird, verantwortungsbewusst sein. Der Votant erwartet vom bürgerlich dominierten Rat Verantwortungsbewusstsein auch in der vorliegenden Frage und ist überzeugt, dass dieser seine Verantwortung wahrnimmt. Sparen heisst, Ausgaben nicht zu tätigen. Sparen heisst nie, in Hinblick auf irgendeine Zukunft zu investieren. Wer das nicht glaubt, soll eine Familie fragen, die – etwa wegen Arbeitslosigkeit – plötzlich mit weniger Einnahmen auskommen muss. In diesem Sinn bittet der Votant seine Ratskollegen von der linken Seite, mit Belehrungen, wie man richtig spart, etwas zurückhaltend zu sein.

**Vroni Straub-Müller** glaubt, dass sie Pirmin Frei mit der folgenden Überlegung bei der Entscheidungsfindung helfen kann: Die Stadt Zug investiert die 3 Mio. Franken, die sie zu viel in den ZFA bezahlt hat und jetzt zurückerhält, in die Dreifachturnhalle. So sind die Gemeinden, die dieses Geld gehütet haben, zumindest symbolisch auch dabei – und der Antrag von Silvan Hotz kann getrost abgelehnt werden.

Für **Oliver Wandfluh** bedeutet Sparen, sinnvoll zu investieren. Er erinnert an die Aussage des ehemaligen Stawiko-Präsidenten, dass man eine Dreifachturnhalle bauen müsse, wenn man sparen wolle. Zur Mär, dass in Baar drei Dreifachturnhallen geplant würden, hält der Votant fest, dass er bis letzten Dezember Mitglied der Exekutive der Gemeinde Baar war und dass dort nicht einmal von einer einzigen Dreifachturnhalle die Rede war. Einzig bei einer Privatschule ist eventuell eine Dreifachturnhalle in Planung, wobei es sich aber fragt, wie stark die Öffentlichkeit von dieser Halle profitieren kann. Man soll hier also bei den Fakten bleiben.

Baudirektor **Heinz Tännler** korrigiert seinen Vorredner Pirmin Frei: Es würden nicht 10 Mio. Franken angeblich unnütz investiert, sondern nur 5 Mio. Franken. Zwei Einzelturnhallen kosten 10 Mio. Franken, die Dreifachturnhalle kostet 18 Mio. Franken, abzüglich städtische Beteiligung von 3 Mio. Franken. Netto bleiben also 5 Mio. Franken. Bezüglich des ordnungspolitischen Aspekts kann man geteilter Meinung sein. Wenn die Gemeinden via Kantonsratsbeschluss zur Übernahme eines Delta verpflichtet werden, schafft man ebenfalls ein Präjudiz. Ist das etwa ordnungspolitisch richtig? Man kann also auch umgekehrt argumentieren. Der Kanton beteiligt die Gemeinden oft an Projekten, dies primär einvernehmlich und gestützt auf eine gesetzliche Grundlage, beispielsweise das Gesetz über Strassen und Wege, welches eine gemeindliche Beteiligung ausdrücklich vorsieht. Da muss man nicht per Kantonsratsbeschluss ein Präjudiz schaffen, sondern man spricht mit den Gemeinden, wiegt die Interessen ab – und kommt einvernehmlich zu einem Schluss. Würde man hier gemäss Antrag Hotz vorgehen, ist das Referendum sicher, und es folgt ein Hickhack vor dem Volk. Es sei aber an die Haltung des Regierungsrats erinnert: Die Regierung war klar für zwei Einfachturnhallen.
Bezüglich der Mittelschule im Ennetsee möchte der Baudirektor klarstellen, dass nicht *er* in dieser Frage entscheidet, sondern der Regierungsrat und letztlich der Kantonsrat; der Baudirektor kann höchstens eine Idee einbringen. Zur Bemerkung von Zari Dzaferi, es sei ein Fehler, dass beim Kantonsspital nicht vorsorglich ein zusätzliches Geschoss gebaut wurde: Der Gesundheitsdirektor hat vorhin die Frage, ob er ein zusätzliches Geschoss brauchen könnte, verneint, und Matthias Winistörfer, der Direktor des Kantonsspitals, ist sogar froh, dass er kein zusätzliches Geschoss hat. Das Spital ist gut ausgelastet und hat auch nach sieben Jahren Betrieb nach wie vor Reserven. Im Übrigen verweist der Baudirektor auf den Bericht des Regierungsrats und bittet, dessen Antrag zu folgen und den Antrag Hotz abzulehnen.

Da die Stimmenzähler mit der Auszählung der Wahlen in den Bankrat und die Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank beschäftigt sind, kommen in den folgenden Abstimmungen die stellvertretenden Stimmenzähler Hanni Schriber-Neiger und Beat Wyss zum Einsatz.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über den ersten Antrag des Regierungsrats nicht abgestimmt werden muss.

➔ Der Rat nimmt den Zusatzbericht des Regierungsrats zur Kenntnis.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Silvan Hotz mit 61 zu 6 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 44 zu 27 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vorliegen. Das Geschäft ist damit für den Kantonsrat erledigt. Der Vorsitzende hält der guten Ordnung halber weiter fest, dass damit auch die Vorlage 2104 (Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau von drei Turnhallen und eines Schulhausprovisoriums für die Kantonsschule Zug und Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit zur Planung von Neubauten für die Kantonschule Zug) erledigt ist. Der Kantonsrat hatte die ursprüngliche Vorlage bekanntlich aufgeteilt.

TRAKTANDUM 7

**49 Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen**

Vorlagen: 2377.1/1a - 14649 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2377.2 - 14650 (Antrag des Regierungsrats); 2377.3/3a/3b/3c - 14835 (Bericht und Antrag der Bildungskommission); 2377.4/4a - 14848 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, spricht ein «mea culpa» aus, bevor er auf diese vielfältige Vorlage eingeht. Verschiedene Redner werden zu Recht kritisieren, dass der Kommissionsbericht zu lange bei ihm liegengeblieben sei. Er bittet den Rat dafür um Entschuldigung. Die Verzögerungen, die damit verbunden sind, und auch der Umstand, dass die alte Bildungskommission das Geschäft nicht bis zum Schluss begleiten konnte, sind ärgerlich. Der Votant hat Verständnis für diese Verärgerung, und er nimmt die Verantwortung auf sich.

Wie dem Bericht der Bildungskommission zu entnehmen ist, war das Eintreten auf die Vorlage unbestritten. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um eine Sammelvorlage, in der verschiedene Teilvorlagen behandelt werden, die untereinander keinen oder kaum einen Zusammenhang haben. Mit dieser Vorlage werden zwei Schulversuche in Gemeinden beendet, die nun einer gesetzlichen Grundlage bedürfen. Dies betrifft die Einführung einer freiwilligen Grund- und Basisstufe, die in Oberägeri als Grundstufe seit bald sieben Jahren als Schulversuch geführt wird, und die Weiterführung der Kunst- und Sportschule in Cham.

Da von den Entscheiden des Kantonsrats in erster Linie die Gemeinden betroffen sind, war es der Bildungskommission wichtig, die Haltungen und Erfahrungen aus der Praxis abzuholen. Die Vertreter der Schulpräsidentenkonferenz äusserten sich kritisch zum Vorschlag des Regierungsrats zur sprachlichen Frühförderung von Kindern vor dem Eintritt in den obligatorischen Kindergarten. Ihre Bedenken betreffen hauptsächlich die Umsetzung dieses Anliegens. Die sprachliche Frühförderung gehört gemäss Meinung der Schulpräsidentinnen und -präsidenten nicht ins Schulgesetz, das sich mit der obligatorischen Schulzeit beschäftigen müsse. Bei den Klassengrossen plädierten die Gemeinden für eine Höchstzahl von 22 auf allen Schulstufen und damit für eine Reduktion der Höchstzahl in der Primarschule von 26 auf 22 Schüler. Die Vorschläge des Regierungsrats für die freiwillige Einführung der Grund- und Basisstufe und eines obligatorischen kantonalen Lehrerinnen- und Lehrertags werden von der Zuger Schulpräsidentenkonferenz begrüsst.

Von der Leiterin der Grundstufe Oberägeri liess sich die Bildungskommission direkt über die aus deren Sicht positiven Erfahrungen mit dem seit sechs Jahren laufenden Schulversuch informieren. Zudem erklärte der Leiter der Abteilung für externe Schulevaluation des Kantons Zug der Kommission die geplante Evaluation von Sonderschulen und die Gründe, warum diese Aufgabe mit Leistungsauftrag an externe Fachleute vergeben werden soll, wie dies der Regierungsrat vorschlägt.

Die meisten Teilbereiche der Vorlage waren in der Bildungskommission umstritten. Eindeutig stimmte die Kommission der Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Weiterführung der Kunst- und Sportklasse in Cham und der Einführung eines obligatorischen kantonalen Lehrerinnen- und Lehrertags zu. Dem Vorschlag für die freiwillige sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den obligatorischen Kindergarten wird nur sehr knapp zugestimmt; ein Obligatorium hingegen wird klar abgelehnt. Umstritten war auch die Frage der Klassengrössen. Entgegen dem Antrag des Regierungsrats will die Kommission mit klarem Mehrheitsentscheid an den

Richtgrössen festhalten. Sie entspricht damit einem Wunsch der gemeindlichen Schulpräsidenten, die eine Erhöhung der Schülerzahlen pro Klasse befürchten, wenn sich künftig die Klassengrössen an der Höchstzahl und nicht mehr an der Richtzahl orientieren. Eine Reduktion der Höchstzahl von 26 auf 22 für die Primarschule lehnt die Bildungskommission ab. Die Vergabe von Leistungsaufträgen für die Evaluation von Sonderschulen und die Einführung der freiwilligen Grund- und Basisstufe unterstützt die Kommission mit Mehrheitsentscheid. Der Kommissionspräsident wird die Positionen der Bildungskommission zu den wichtigsten Teilgeschäften in der Detailberatung noch genau erläutern. Die Bildungskommission beantragt Eintreten auf die Vorlage.
Die CVP ist ebenfalls einstimmig für Eintreten. Sie schliesst sich in der Detailberatung mit zwei Ausnahmen den Anträgen der Bildungskommission an. In § 12 und § 53 unterstützt sie mehrheitlich die Anträge der Stawiko.

**Gabriela Ingold** spricht heute zum ersten Mal als Präsidentin der Staatswirtschaftskommission und dankt für das Vertrauen, welches der Rat ihr entgegenbringt. Die Wahl zur Stawiko-Präsidentin ehrt sie, und sie ist motiviert, dieses Amt mit voller Kraft und Freude auszuüben. Sie kann eine wohlorganisierte Kommission übernehmen, welche von ihrem Vorgänger Gregor Kupper acht Jahre lang hervorragend geführt wurde. Dafür dankt sie ihm herzlich. Alle wissen es: Die finanziellen Aussichten des Kantons haben sich verändert und sind alles andere als rosig. Die Regierung, die Staatswirtschaftskommission und der gesamte Kantonsrat werden gefordert sein, um das Schiff «Kanton Zug» wieder in ruhige Gewässer zu führen.
Die Staatswirtschaftskommission hat die Vorlage 2377 an der Sitzung vom 12. Januar 2015 beraten. Sie ist einstimmig darauf eingetreten. Kontrovers diskutiert wurde über die sprachliche Frühförderung, über die Grund- und Basisstufe und die damit verbundene, nicht allgemeingültige Lösung für den Kanton sowie über die externe Evaluation der Sonderschulen. Bei der sprachlichen Frühförderung setzte sich die Position durch, dass den Gemeinden grundsätzlich ein Instrument in die Hand gegeben werden soll, welches die Erziehungsberechtigten verpflichten kann. Allerdings ist es der Stawiko ein Anliegen, den Gemeinden nicht zu hohe Auflagen und Bedingungen aufzubürden, weshalb sie § 6 Abs. 2 schlanker gestaltet hat. Bei den Klassengrössen schliesst sich die Stawiko der Meinung der Regierung an, welche nur noch die Höchstzahl im Gesetz festhalten möchte. Hier ist darauf hinzuweisen, dass in der Tabelle auf Seite 4 des Stawiko-Berichts bei der Sekundarschule falsche Höchstzahlen wiedergegeben sind: Anstatt 18 sollte dort die Zahl 22 stehen. Die Stawiko empfiehlt dem Rat, für die Grund- und Basisstufe – wie es die Bildungskommission vorschlägt – die Höchstzahl 26 zu übernehmen, weil in der Grund- und Basisstufe jeweils zwei Lehrpersonen zur Verfügung stehen.
Die Abteilung Schulevaluation beim Amt für gemeindliche Schulen ist mit 4,25 Personalstellen dotiert. Im ersten Zyklus seit der Einführung der externen Evaluation wurden in den letzten fünf Jahren sämtliche Schuleinheiten der elf Zuger Gemeinden evaluiert. Neu sollen zusätzlich die Privatschulen und die Sonderschulen evaluiert werden. Weil intern zu wenig *Knowhow* vorhanden ist, müssen externe Dienstleister beigezogen werden. Dagegen hat die Stawiko grundsätzlich nichts einzuwenden. Sie unterstützt aber die Formulierung der Bildungskommission. Sie will nicht, dass die Evaluation vollständig an Drittanbieter delegiert wird, sondern ist der Meinung, dass die Abteilung sich externe Unterstützung holen, sich dabei aber auch eigenes Wissen aneignen soll. Bei der Evaluation der Privat- und Sonderschulen kann u. a. auch auf deren Qualitätssicherungssysteme zurückgegriffen werden. Der Markt zeigt, dass die Zuger Privatschulen wie auch die Sonderschulen gut positioniert sind. Weiter hat sich die Stawiko erlaubt, die externe Evaluation als Ganzes zu hinter-

fragen, da in verschiedenen Kantonen dazu sehr kritische Auseinandersetzungen stattfinden. Lehrerschaft und Bildungspolitiker beklagen teilweise endlose Prüfungsprozedere ohne messbare Wirkung. Die Stawiko ist deshalb dezidiert der Meinung, dass diese zusätzliche Bestimmung keine weiteren Kosten für den Kanton mit sich bringen darf und intern vom Amt für gemeindliche Schulen kompensiert werden muss. Ihrer Meinung nach stehen genügend Ressourcen zur Verfügung. Im Weiteren empfiehlt die Stawiko der Regierung eine entsprechende Überprüfung im Rahmen des Entlastungsprogramms.
Grundsätzlich führt die Stawiko-Präsidentin in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen Folgendes aus: Die Stawiko prüft einerseits die finanziellen Folgen der jeweiligen Vorlagen für den Kanton Zug, andererseits möchte sie aber auch Kenntnis darüber erhalten, ob die Geschäfte finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Gerade bei Schulvorlagen kann dies zentral sein. Die Bildungsdirektion hat der Kommission nachvollziehbar dargelegt, dass die Vorlage sehr wohl finanzielle Auswirkungen für die Gemeinden haben *könnte*, die Gemeinden jedoch einen hohen Gestaltungsspielraum haben.
Sofern erforderlich, wird die Stawiko-Präsidentin in der Detailberatung genauere Ausführungen zu den Anträgen der Stawiko machen.

**Beni Riedi** teilt mit, dass die Vorlage in der SVP-Fraktion intensiv diskutiert wurde. Die SVP ist einstimmig für Eintreten. Der Votant wird namens der SVP-Fraktion in der Detailberatung aber verschiedene Anträge stellen.

**Monika Weber:** Für die FDP-Fraktion war Eintreten auf diese Vorlage unbestritten. Die FDP kann einiges nachvollziehen, einiges aber auch nicht. So ist sie beispielsweise gegen die sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den obligatorischen Kindergarten, und sie lehnt die Einführung einer freiwilligen Grund- oder Basisstufe ab. Zu einzelnen Paragrafen nimmt die FDP-Fraktion wie folgt Stellung:
• § 6a, Sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den obligatorischen Kindergarten: Die FDP-Fraktion lehnt die sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den obligatorischen Kindergarten ab. Das Anliegen der sprachlichen Frühförderung kam unter dem Einfluss des Integrationsgesetzes auf das politische Parkett und wurde Teil einer Kommissionsmotion. Man war der Ansicht, dass dieses Anliegen sehr wichtig sei. Nun aber ist das Integrationsgesetz am Volk gescheitert; der Rat beschäftigt sich also mit einem Thema, das gar nicht mehr so dringend zu sein scheint oder zumindest nicht in einem kantonalen Gesetz verankert werden muss. Acht von elf Gemeinden lehnen eine Regelung im Schulgesetz ab. Die Schule ist nicht für die Förderung der Deutschkenntnisse von Drei- und Vierjährigen verantwortlich. Kinder, die ein oder zwei Jahre im Kindergarten sind, lernen dort sehr gut Deutsch und lassen sich sehr gut in die 1. Klasse integrieren. Es ist nicht so, dass in der 1. Klasse mangelnde Deutschkenntnisse von Kindern vorliegen; diese mangelnden Deutschkenntnisse werden erst in der Oberstufe oder Berufsbildung festgestellt. Dies kann nicht auf die mangelnde Frühförderung zurückgeführt werden. Die Möglichkeit einer freiwilligen Förderung in den Gemeinden besteht bereits und wird auch genutzt. In allen Gemeinden besteht die Problematik, dass die Bereitschaft jener Familien, die es nötig hätten, eine solche Förderung in Anspruch zu nehmen, nicht immer vorhanden ist. Darum soll jede Gemeinde ihren Weg in der Frühförderung selber gehen. Eine gesetzliche Verankerung für wenige Einzelfälle scheint der FDP-Fraktion nicht angebracht, weshalb sie den neuen § 6a ablehnt.
• § 12, Klassengrössen: Die FDP-Fraktion sieht wie die Regierung bei der Höchstzahl der Klassengrössen keinen Handlungsbedarf. Sie stellt sich auf den Standpunkt, dass eine gewisse Klassengrösse wichtig und sinnvoll ist, dass eine Gruppe sozial

gut durchmischt sein muss und sowohl genügend Mädchen wie Buben umfassen soll. Genauso soll es eine Maximalgrösse geben, die nicht überschritten werden sollte. Diese Höchstzahl ist für eine Schule entscheidend. Die FDP ist mit der Regierung einverstanden, dass die Richtzahl nicht mehr im Gesetz erwähnt wird. Die Klassengrösse hängt stark von der Struktur eines Quartiers oder der Grösse einer Gemeinde ab. Darum erübrigt es sich, die Richtzahl im Gesetz zu erwähnen. Die optimale Klassengrösse gibt es nicht, und der Kanton hat kein Interesse daran, sich einzumischen, wie gross die Gemeinden ihre Klassen bilden. Die Klassengrösse ändert nichts an der Normpauschale, die der Kanton pro Kopf bezahlt.
• § 32b, Grund- oder Basisstufe: Die FDP-Fraktion beantragt, § 32b und § 32c zu streichen. In der ganzen Schweiz wird harmonisiert; da kann es nicht sein, dass im Kanton Zug in der Unterstufe drei verschiedene Modelle existieren. Es sollte möglich sein, in den elf Zuger Gemeinden ein einziges Schulsystem zu etablieren. Der Kanton Zürich hat dieses Modell nach einer Volksabstimmung im letzten Jahr abgeschafft. Die Bevölkerung möchte ein einheitliches Schulsystem. Die Gemeinde Oberägeri, welche die Grundstufe seit einigen Jahren als Schulversuch betreibt, schreibt in ihrer Vernehmlassung: «Wir finden es problematisch, dass es den Gemeinden offen ist, die freiwillige Grund- oder Basisstufe zu wählen. Wir würden ein einheitliches System begrüssen.» Die Gemeinde Oberägeri spricht hier aus Erfahrung und weiss, was es heisst, ein separates *Zügli* zu fahren. Sie kennt die Mehraufwendungen, welche dieses Schulsystem mit sich bringt. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt nicht. Laut einer Studie der EDK bringen die Kinder aus allen Eingangsstufen-Modellen am Ende der 3. Klasse vergleichbare Leistungen. Allfällige Vorteile einer Grund- oder Basisstufe haben sich nach vier Jahren wieder ausgeglichen. Auch wenn keine Kosten für den Kanton entstehen und die Gemeinden mit den Normpauschalen auskommen müssen, kann die FDP dies nicht unterstützen. Sie stellt deshalb den **Antrag,** die erwähnten Paragrafen zu streichen.

**Esther Haas** als Sprecherin der ALG hält fest, dass die Gesellschaft sowie die Arbeit der Lehrpersonen grosse Veränderungen erfahren haben. Die Ansprüche an die Schule sind gestiegen, und immer mehr Akteurinnen tragen zum Gelingen bei. Der administrative Aufwand im Schulalltag ist bei allen Schulstufen gestiegen. Die in der Vorlage beschriebenen Anpassungen sind daher dringend notwendig, sei dies – wie beim Lehrpersonalgesetz zu besprechen sein wird – die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung oder die Entlastung der Klassenlehrpersonen um eine Wochenlektion. In der Ausgangslage hat die Regierung bestens beschrieben, wie sich der heutige Berufsauftrag der Lehrpersonen in den vier Arbeitsfeldern zusammensetzt.
Die ALG begrüsst den neuen § 6a des Schulgesetzes ausdrücklich, ist doch eine frühe sprachliche Förderung der Deutschkenntnisse von fremdsprachigen Kindern ein wichtiger Schritt in der Integration und Förderung der Chancengleichheit. Die ALG ist der Meinung, dass die Gemeinden verpflichtet werden sollen, ein Angebot bereitzustellen, damit jene Eltern, welche dieses nutzen wollen, es auch tatsächlich in Anspruch nehmen können. Die ALG möchte aber davon absehen, dass das Angebot in Anspruch genommen werden *muss.* Den Ansatz des Kantons Basel-Stadt, die Massnahmen in den bestehenden Institutionen wie Tagesheimen oder Spielgruppen zu verankern und diese zu vernetzen und zu koordinieren, begrüsst die ALG. Zwang lehnt sie jedoch ab, weil Zwang nach Sanktionen ruft, die aber kaum durchsetzbar sind.
Bei den Klassengrössen strebt die ALG eine Vereinheitlichung an. Ein Blick auf die Schülerzahlen in den Zuger Gemeinden zeigt, dass zwischen den Richtwerten des Kantons und den Klassengrössen in den Gemeinden ein Loch klafft. Eine durchschnittliche Zuger Schulklasse besteht aus 18 Lernenden. Dies scheint der ALG

eine gute Grösse. In der Primarschule, wo die Heterogenität am grössten ist, beträgt die Richtzahl jedoch 22 Schülerinnen und Schüler. Deshalb schlägt die ALG als Richtzahl 18 und als Höchstzahl 22 vor. Der von der Bildungskommission vorgeschlagene Höchstwert könnte allenfalls Sparwütige dazu verleiten, auf kontraproduktive Klassengrössen von 26 zu pochen. In diese Richtung geht ja der Vorschlag der Stawiko. die nur noch Höchstwerte definieren und diese für die Grund- und Basisstufe resp. die Primarschulstufe gleich auf 26 festlegen will. Es ist zu hoffen, dass die Stawiko künftig in der Bildung nicht rein wirtschaftlich – oder besser gesagt: scheinwirtschaftlich – argumentiert, wenn sie sagt, dass aus wirtschaftlicher Sicht immer der Höchstwert anzustreben sei. Es sind die Wirtschaft und das Gewerbe, welche auf gut Ausgebildete angewiesen sind.
Es freut die AGF, dass das Pilotprojekt einer Kunst- und Sportklasse erfolgreich verlaufen ist und nun eine gesetzliche Grundlage für dieses über die Kantonsgrenzen hinweg sinnvolle Angebot geschaffen werden kann.
Mit § 12 schafft der Kanton eine gesetzliche Grundlage, um eine Grund- oder Basisstufe an den Zuger Schulen einzuführen. Die ALG begrüsst die Schaffung dieser Möglichkeit. Sie erachtet es als wünschenswert, dass der Kanton bei der Umstellung bzw. in der Startphase einer umstellungswilligen Schulgemeinde Support bietet, sei dies mit für die Gemeinden kostenlosen Angeboten für Weiterbildungsgefässe für Lehrpersonen, Informationsveranstaltungen für Eltern und Schulinteressierte, Wissenstransfer bezüglich eventuellen baulichen und räumlichen Veränderungen.
Beim Artikel zur Mitverantwortung der Lehrpersonen war die ALG geteilter Meinung, ob die verpflichtenden Anlässe ausserhalb oder während der Unterrichtszeit stattfinden sollen. Falls die Anlässe während der Schulzeit durchgeführt werden, ist die Kinderbetreuung für diese Zeit nicht gesichert. Dies bewog einige Fraktionsmitglieder, gegen obligatorische Anlässe während der Unterrichtszeit zu stimmen.
Die ALG ist für Eintreten auf die Vorlage. Es ist ihr bewusst, dass gewisse Neuerungen wie die sprachliche Frühförderung kosten. Es sind aber Kosten, die sich mehr als lohnen. Das oft verwendete Zitat von John F. Kennedy lässt sich auch hier anbringen: «Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.»

**Zari Dzaferi** legt seine Interessenbindung offen: Er unterrichtet als Sekundarlehrer im Kanton Zug. Er möchte allerdings klar gesagt haben, dass es nicht sein Ziel ist, sich hier für bessere Arbeitsbedingungen für sich selber einzusetzen. Vielmehr kann er seine Erfahrungen direkt aus der Volksschule einbringen. Seines Wissens ist er das einzige Kantonsratsmitglied, welches noch an der Volksschule – ohne Kantons-, Berufs- und sonstige höhere Schulen – unterrichtet.
Der Votant geht zuerst auf den Ablauf der Beratung dieses Gesetzes ein. Der Kommissionsbericht ist auf den 6. Juni 2014 datiert. Erst mehr als ein halbes Jahr später berät der Rat heute dieses Gesetz. Die SP-Fraktion weiss nicht, wer im Hintergrund die Fäden in der Hand hielt. Dass das Geschäft erst nach den Wahlen im Oktober und nach der Ankündigung des harten Sparpakets in den Rat kommt, scheint aus Sicht der SP aber kein Zufall zu sein. Die Ausgangslage bietet nämlich ideale Voraussetzungen, um im Schulwesen den Rotstift anzusetzen. Bei der Revision des Lehrpersonengesetzes liegt noch nicht einmal der Kommissionsbericht vor. Dieses Geschäft wurde in der Bildungskommission fast zeitgleich mit dem Schulgesetz besprochen. Wenn der Votant Martin Pfister nicht als korrekten Politgenossen kennen würde, müsste er fast meinen, dass dieser Kommissionsbericht aus spartaktischen Gründen bewusst hinausgezögert wurde, bis das Sparprogramm der Regierung auf der Traktandenliste steht.
Zu den vorgeschlagenen Änderungen im Schulgesetz nimmt die SP-Fraktion wie folgt Stellung:

• § 6a, Sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den obligatorischen Kindergarten: Die SP-Fraktion kann der Argumentation der Rektoren, dass die Frühförderung für die Schule einen Mehraufwand bedeute, nur teilweise nachvollziehen. Unbestritten ist, dass einerseits höhere Kosten für die Betreuung von Kindern in diesem Altersabschnitt entstehen. Andererseits beweisen zahlreiche Studien, dass man in jungen Jahren eine Sprache sehr effizient lernt. Folglich dürften die Kosten für «Deutsch als Zweitsprache»-Unterricht abnehmen, wenn Kinder mit Förderbedarf die Sprache früher beherrschen. Letztendlich ist die Frühförderung deshalb wichtig, weil sie die Chancengleichheit für die Kinder erhöht. Die Sprache ist unbestritten ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Schullaufbahn. Die Regierung schlägt ja eine «kann»-Formulierung vor. Dies bedeutet, dass die Gemeinden die Frühförderung auf ihre Art einführen können und nicht müssen. Es ist auch vorstellbar, dass Kinder mit Förderbedarf in den Spielgruppen sehr effizient gefördert werden können. Der Rat hat nun die Möglichkeit, schwarz zu malen und die Frühförderung bereits jetzt bachab zu schicken. Er kann der Frühförderung aber auch eine Chance geben. Wenn diese sich in einer Gemeinde etabliert, kann sie auch Nachahmer finden. Der Kanton Basel, der die frühe Förderung bereits im Legislaturplan 2009–2012 als Schwerpunkt setzte, zog kürzlich eine positive Zwischenbilanz. Insbesondere habe sich der Deutschunterricht für fremdsprachige Kinder bewährt. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass das, was in Basel funktioniert, auch im Kanton Zug funktionieren kann. Sie wird deshalb den Vorschlag der Regierung unterstützen.
• § 12, Klassengrössen: In der Bildungskommission wurde eingehend diskutiert, warum neben der Höchstzahl auch die Richtzahl aufgeführt werden muss. Führt man nämlich keine Richtzahl ein, verkommt die Höchstzahl zur neuen Richtzahl. Das muss klar gesagt sein. Bleibt nur die Höchstzahl im Gesetz, werden sich die Schulen in allen Gemeinden an der Gemeindeversammlung dafür rechtfertigen müssen, warum sie allenfalls die Höchstzahl nicht erreicht haben. Dabei muss man ehrlich eingestehen, dass die Höchstzahlen hoch angesetzt sind und nur im Idealfall erreicht werden können. Im Stawiko-Bericht werden die Klassengrössen aus rein betriebswirtschaftlicher und nicht aus gesunder volkwirtschaftlicher Sicht betrachtet. Wenn man hier spart und die Kinder zu kurz kommen lässt, bezahlt man diese Kosten einfach später. Es geht hier um Gelder, welche direkt an der Front eingesetzt werden, und nicht um Gelder, die irgendwo für Schulentwicklungsprojekte oder Bürokratie gesprochen werden. Wenn man sich in einer Sparhysterie befindet und im Schulwesen sparen muss, könnte man zum Beispiel beim Schulmobiliar sparen. Ob Stühle jetzt oder in sieben Jahren ersetzt werden, wirkt sich nicht direkt auf die Schulqualität aus. Die Klassengrösse hingegen schon. Man stelle sich nur vor, ein Kind sei in der Primarschule eines von 26 Kindern. Dieses Kind kriegt rein rechnerisch während einer 45-minütigen Lektion weniger als zwei Minuten Betreuungszeit. Jeder, der seinem Kind einmal bei den Hausaufgaben geholfen haben, weiss, dass man in zwei Minuten nicht weit kommt. In einer Klasse mit 22 Kindern kommt das einzelne Kind rein rechnerisch immerhin auf gute zwei Minuten; auch damit kommt man aber nicht sonderlich weit. Natürlich werden sich nun der eine oder die andere vielleicht daran erinnern, dass er bzw. sie während der eigenen Schulzeit mit vielleicht 30 Kindern im Schulzimmer sassen; ein Kantonsratskollege meinte heute Morgen sogar, dass in seiner Klasse 36 Kinder waren. Das mag sein, allerdings muss beachtet werden, dass sich das Schulwesen in den letzten Jahren stark verändert hat. Einerseits ist mit der Aufhebung der Sonderschulen die Heterogenität auf praktisch allen Stufen, insbesondere auf der Primarstufe sowie in den Realklassen, deutlich gestiegen. Andererseits wurden in den letzten Jahren zahlreiche Reformen eingeführt, welche immer mehr Individualisierung erfordern. Die Kinder sollen individueller gefördert und auch ganzheitlicher beurteilt werden. Zu

erinnern ist beispielsweise an das Projekt «Beurteilen und Fördern», das seit 1980 kontinuierlich ausgebaut wurde, oder an das Projekt «Sek I plus», über das der Rat am Nachmittag debattieren wird. Damit sollen die Schülerinnen und Schüler ihr individuelles Leistungspotenzial erreichen, was im Grundsatz eine gute Sache ist. Mehr Heterogenität und mehr Individualisierung brauchen jedoch auch mehr zeitliche Ressourcen, sonst geht die Rechnung irgendwo nicht auf. Es geht hier nicht um das Wohl der Lehrperson, sondern um das Wohl der Schüler. Mit mehr Schülern pro Klasse erhalten die Kinder weniger Betreuungszeit, und gleichzeitig beeinflussen sich die Schüler gegenseitig oder hindern sich am Lernen.
Die Ratslinke wurde vorhin von Pirmin Frei kritisiert, sie müsse lernen zu sparen. Die SP verschliesst sich keineswegs vor Diskussionen über Sparmöglichkeiten im Bildungswesen. Ohne die unterschiedlichen Stufen gegeneinander ausspielen zu wollen, weist sie aber auf folgenden Grundsatz hin: Je selbständiger und homogener die Leistungsgruppe ist, desto eher kann man mit mehr Schülern in einer Klasse auskommen; je höher die Heterogenität und je geringer die Selbständigkeit, desto grösser ist der Betreuungsaufwand für das einzelne Kind. 22 Kantonsschüler, welche selbständig an einem Plan arbeiten können, sind nicht mit 22 Realschülern zu vergleichen, von denen einige lernzielbefreit oder verhaltensauffällig sind. Noch weniger sind sie mit 26 Primarschülern zu vergleichen.

Der **Vorsitzende** unterbricht und bittet den Votanten, nur zum Eintreten und nicht kunterbunt zu den Details zu sprechen. Das Votum dauert bereits sechs Minuten.

**Zari Dzaferi** hält fest, dass es keine Redezeitbeschränkung gibt und er sein Votum zu Ende führen will. Das dauert noch etwa vier Minuten.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass jetzt nur zum Eintreten gesprochen wird.

**Zari Dzaferi** teilt mit, dass er in diesem Fall den letzten Teil seines Votums in der Detailberatung vortragen wird, und dankt für die bisherige Aufmerksamkeit.

**Daniel Stadlin:** Die sprachliche Kompetenz vor dem Eintritt in den Kindergarten zu fördern und den Gemeinden zu ermöglichen, Eltern verpflichten zu können, ihre Kinder in die sprachliche Frühförderung zu schicken, ist zu unterstützen. Doch dies wie vom Regierungsrat vorgeschlagen im Schulgesetz verankern zu wollen, ist vielleicht nicht ganz falsch, aber sicher nicht richtig. Wie der Name sagt, regelt das Schulgesetz die obligatorische Schulzeit; die Zeit vor dem Kindergarten fällt nicht darunter. Die sprachliche Frühförderung der Kinder in der Vorschulzeit ist also eher eine Aufgabe des Sozialbereichs und soll im Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz) geregelt werden. Betreffend Organisation stellt sich zudem die grundsätzliche Frage, wie Kinder, die noch gar nicht eingeschult sind, erfasst werden können und nach welchen Kriterien dies geschieht. Richtet sich das Angebot an alle Erziehende mit Kindern im Vorkindergartenalter oder nur an sozial benachteiligte Familien? Was sind ungenügende Deutschkenntnisse? Fallen Kinder mit deutscher Muttersprache, aber verzögerter Sprachentwicklung auch darunter? Wer definiert, welche Deutschkenntnisse zur Einschulung als ungenügend resp. als genügend gelten? Der Kanton oder jede Gemeinde für sich und nach eigenem Gutdünken?
Die übrigen vorgeschlagenen Änderungen sind grösstenteils plausibel und sinnvoll. Was gut läuft, wofür aber der gesetzliche Rahmen bisher fehlte, wird ins Gesetz aufgenommen. So macht die Weiterführung einer Kunst- und Sportklasse im Kanton Sinn, auch dass die Einwohnergemeinden künftig die Wahl haben, die Basis- oder

Grundstufe einzuführen. Hingegen muss man sich beim vorgesehenen kantonalen Anlass schon fragen, ob an einem halben Tag im Jahr überhaupt sinnvolle und nachhaltige Weiterbildung möglich ist. Etwas gar «basarmässig» kommt die Regelung der Klassengrössen daher. Natürlich gibt es bei der Festlegung von maximalen Klassengrössen nicht nur die pädagogische Sichtweise. Der monetäre Aspekt ist ebenfalls zu berücksichtigen. Trotzdem muss man sich fragen, ob bei 26 Schülern pro Klasse in der Primarschule und in der Grund- oder Basisstufe die Umsetzung des Qualitätsmanagements «Gute Schule» durch die Lehrpersonen noch gewährleistet ist. Gemäss dem Konzept «Beurteilen und Fördern» des Kantons müssen die Kinder individuell gefördert und gefordert werden. Trotz dieser Einwände ist die GLP aber für Eintreten auf die Vorlage.

**Alois Gössi** nimmt Bezug auf das Votum von Zari Dzaferi. Es geht nicht an, dass der Vorsitzende einem Ratsmitglied das Wort entzieht oder dies androht. Es gibt im Kantonsrat keine Redezeitbeschränkung. Zari Dzaferi hat zur Sache gesprochen und sich – wie die Sprecher anderer Fraktionen auch – auf die ganze Vorlage bezogen. Das Eingreifen des Ratsvorsitzenden war nicht angemessen.

**Zari Dzaferi** geht mit der Sache pragmatisch um und wird in der Detailberatung mit seinem Votum weiterfahren. Er hat aber eine Frage an den Bildungsdirektor, die er wohl jetzt, in der Eintretensdebatte, stellen muss. Sie betrifft § 30, Schularten. Es stellt sich hier die Frage, wieso die Werkschule überhaupt noch als Schulstufe aufgeführt wird, wenn sie im Kanton praktisch nicht mehr vorkommt. Zahlreiche eigentliche Werkschüler wurden nämlich als Realschüler mit Lernzielanpassungen in die Realschule eingeteilt. Somit ist die Realschule zu einem Sammelbecken von zu integrierenden Schülern mit besonderem Förderbedarf verkommen, was den elterlichen Druck, das eigene Kind unbedingt in die Sekundarschule zu bringen, weiter erhöht hat. Ein paar Zahlen zur Situation der Realschule: Im Kanton Zug werden lediglich 50 Schülerinnen und Schüler als Werkschüler ausgewiesen, wovon 13 separiert unterrichtet werden. In reinen Realklassen werden 736 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. 95 davon haben Lernzielanpassungen in einem oder mehreren Bereichen; «Lernzielanpassungen» bedeutet keine Noten, spezieller Förderungsbedarf oder ein anderer Unterrichtsplan in einem oder mehreren Bereichen. Rund 100 Realschülerinnen und -schüler werden als verhaltensauffällig gemeldet. Leider haben sich nicht alle Gemeinden an der entsprechenden Umfrage beteiligt; einige Zahlen aus Cham und Steinhausen fehlen. Dennoch zeigen die Zahlen deutlich, dass hier Handlungsbedarf besteht, damit das Etikett «Realschule» auf dem Arbeitsmarkt auch künftig noch Chancen hat und Eltern ihre Kinder nicht auf Biegen und Brechen in die Sekundar- oder Kantonsschule forcieren möchten.
Es ist für Schüler und Lehrausbildner langfristig nicht zielführend, die Werkschule als Stufe zu führen, die Schüler aber als Realschüler einzuteilen. Der Votant bittet den Bildungsdirektor um eine Stellungnahme, ob die DBK dies ebenfalls als Problem sieht und ob allenfalls bereits Massnahmen geplant sind, um die Situation zu verbessern.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass der Präsident der Bildungskommission einen guten Überblick über die Vorlage gegeben und diese richtig als Sammelvorlage bezeichnet hat. Sie ist im Grundsatz unbestritten, im Detail gibt es verschiedene Differenzen, zu denen sich der Bildungsdirektor in der Detailberatung äussern wird.
Zur Frage von Zari Dzaferi: Die Werkschule ist nach wie vor nötig und stellt kein Auslaufmodell dar. Sie ist für Kinder mit Lernbehinderungen die richtige Schulungs-

form auf der Oberstufe. Von Lernbehinderung spricht man, wenn in mehr als einem Fach Lernzielanpassungen nötig sind. Lernbehinderungen sind nicht reversibel und wachsen sich nicht aus; der Rückstand gegenüber dem allgemeinen Klassenniveau akzentuiert sich im Lauf der Schulzeit sogar. Zu Missverständnissen hat geführt, dass die Werkschule heute auch als integrierte Werkschule in den Realklassen geführt werden kann, was in den meisten Gemeinden der Fall ist; die grösste Werkschule führt noch die Gemeinde Unterägeri, die dieses Modell nach wie vor mit Überzeugung vertritt. Nun gab es Reklamationen von Seiten des Gewerbes, man habe einen Realschüler für eine Attestlehre eingestellt, der aber den schulischen Stoff nicht bewältige. Lehrverträge mussten aufgelöst werden, und es gab Enttäuschungen. Auch das Zahlenmaterial der DBK weist darauf hin, dass die betreffenden Zuweisungen nicht funktionieren. Man weiss aus den Sechstklass-Jahrgängen, wie viele Schüler mit überdauernden Lernzielanpassungen ins Übertrittsverfahren einsteigen. Bei diesen Schülern müsste eigentlich eine Zuweisung in die Werkschule erfolgen, unabhängig davon, ob diese separativ in einer Werkklasse oder integrativ in einer Realklasse geführt wird. Letztes Jahr gab es lediglich zwei Zuweisungen in die Werkschule, was bei einer Jahrgangskohorte von gut 1200 Schülern im Promillebereich liegt. Aufgrund des interkantonalen Vergleichs muss man aber davon ausgehen, dass es auch im Kanton Zug ungefähr 2 bis 4 Prozent Werkschüler geben müsste; die Anzahl überdauernder Lernzielanpassungen in der sechsten Primarklasse deuten ebenfalls in diese Richtung. Der Bildungsrat hat die Rektoren und den Schulpräsidenten auf diesen Missstand aufmerksam gemacht und die Gemeinden gemahnt, hier für eine Verbesserung zu sorgen. Die provisorischen Zuweisungen, welche die DBK jeweils per Ende Januar in den Gemeinden erhebt, deuten für 2015 auf eine Zuweisungsquote von gegen 3 Prozent hin. Die Situation scheint sich also zu verbessern.
Die Frage, ob die EDK in diesem Bereich tätig wird, verneint der Bildungsdirektor. Die EDK reguliert die Aufgliederung der Schulstufen auf der Oberstufe und deren Führung – im Kanton Zug gibt es die integrative, separative und kooperative Führung – nicht, und auch der Lehrplan 2 ist so aufgebaut, dass er in jedem Modell umgesetzt werden kann; er macht diesbezüglich keine Vorgaben.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**§ 6a**

**Beni Riedi** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag** auf Streichung des ganzen § 6a. Die SVP begründet ihren Antrag wie folgt: Auch wenn die Einführung einer sprachlichen Frühförderung für die Gemeinden freiwillig ist, muss mit entsprechenden Kosten gerechnet werden. Die Erfahrung zeigt, dass es den Gemeinden auch nach einem finanziell bösen Erwachen nicht mehr möglich sein wird, das Angebot der sprachlichen Frühförderung wieder abzuschaffen, wenn es erst einmal «freiwillig» eingeführt ist. Zudem führen die Ermittlung des Bedarfs und das Er-

zwingen einer «selektiven Ausweitung der Schulpflicht» zu noch mehr Bildungsbürokratie, was die SVP grundsätzlich ablehnt.
Wie bereits erwähnt, handelt es sich hier um ein vorschulisches Anliegen. Mit diesem Paragrafen würde man also ein Präjudiz schaffen. Die sprachliche Frühförderung hat nichts im Schulgesetz verloren. Bereits jetzt können Gemeinden bei Bedarf ein Angebot machen. Dieses kann dann freiwillig besucht werden. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass die Kinder im Kindergarten unsere Sprache erlernen können. Zusätzlich gibt es bereits heute Massnahmen wie Deutsch als Zweitsprache (DaZ), welche die Kinder unterstützen, falls Bedarf besteht. Der Votant möchte hier auch einige Frage in den Raum stellen: Wie kann man überprüfen, ob die Kinder, bevor sie in den Kindergarten kommen, bereits genügend Deutschkenntnisse besitzen oder nicht? Wer stellt die Kriterien für die genügenden Kenntnisse auf? Nach welchen Kriterien sucht man die Kinder aus – oder sollen alle Kinder «vorabgeklärt» werden? Muss man dazu neue Stellen schaffen?
Die Umsetzung dieses Paragrafen ist also komplex und überhaupt nicht praktikabel. Wie man dem Bericht der Regierung auf Seite 5 entnehmen kann waren bei der Vernehmlassung acht von elf Gemeinden zusammen mit der Rektorenkonferenz und der Schulpräsidentenkonferenz auch der Meinung, dass § 6a gestrichen werden sollte. Diejenigen, welche diese Regelungen umsetzen müssen, lehnen eine diesbezügliche Regelung im Schulgesetz also ab. In diesem Sinn beantragt die SVP-Fraktion die Streichung des ganzen § 6a.

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission: Zur Beurteilung des vom Regierungsrat neu vorgeschlagenen § 6a ist es wichtig, sich die Ausgangslage vor Augen zu halten. Die vorberatende Kommission zum Integrationsgesetz hat am 30. November 2012 eine Motion betreffend die obligatorische sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den freiwilligen Kindergarten eingereicht. Der Vorstoss forderte die Einführung eines Modells, das in Basel-Stadt umgesetzt wird. Dort werden alle Kinder im Vorschulalter sprachlich abgeklärt. Der Regierungsrat folgt der Motion nur teilweise. Er schlägt in einer «kann»-Formulierung vor, den Gemeinden die Einführung eines solchen Angebots zu ermöglichen und ihnen die Kompetenz zu geben, Kinder bzw. deren Eltern nach noch zu definierenden Regeln zum Besuch eines solchen Angebots zu verpflichten. Konkret werden davon im Kanton Zug nur sehr wenige Kinder betroffen sein, da rund 96 Prozent der Kinder das freiwillige erste Kindergartenjahr besuchen.
In der Bildungskommission war § 6a umstritten. Die Kommission lehnte einen Antrag auf Streichung des Artikels mit 5 zu 6 Stimmen ab. Mit 10 zu 1 Stimme wurde ein Antrag abgelehnt, die Gemeinden zur Einführung eines solchen Angebots zu verpflichten. Die Befürworter einer Streichung führten an, dass das Thema nicht ins Schulgesetz gehöre und genügend Angebote für fremdsprachige Kinder bestünden. Mit der Ablehnung des Integrationsgesetzes habe das Zuger Stimmvolk zum Ausdruck gebracht, dass es keine weiteren kantonalen Integrationsmassnahmen wolle. Die Befürworter des Artikels betonten die Wichtigkeit der Deutschkenntnisse für die Bildungs- und Berufschancen. Es gäbe durchaus Fälle, bei denen eine verpflichtende Anordnung des Sprachunterrichts im Vorschulalter angezeigt sei. Interessant ist auch, dass jene Gemeinden, die bereits ein solches Angebot machen, die Einführung eines Instruments zur Verpflichtung befürworten. Mit der Zustimmung zu § 6a stellt die Bildungskommission auch implizit fest, dass sie keine weitergehenden Regelungen im Sinn der Motionäre will.
Die Bildungskommission hat sich zum Streichungsantrag der Stawiko in Abs. 2 keine Meinung gebildet. Sie hat aus folgenden Gründen auf die Einberufung einer Kommissionssitzung vor dieser Kantonsratssitzung verzichtet:

• Die beiden möglichen Diskussionspunkte, wo sich die Bildungskommission allenfalls den Anträgen der Stawiko hätte anschliessen können – hier in § 6a sowie in § 66 – sind nicht von so grosser Relevanz, als dass sich eine Kommissionssitzung gelohnt hätte.
• Sechs Mitglieder der Kommission sind in dieser Legislatur neu dabei. Die Meinung der neuen Bildungskommission ist deshalb nur beschränkt repräsentativ für die Meinung der alten Kommission, die im Prinzip für die Beratung relevant ist.
Mit Bezug auf die Diskussion in der Bildungskommission macht der Votant allerdings darauf aufmerksam, dass der Streichungsantrag der Stawiko nicht rein redaktioneller Natur ist. Falls der Kantonsrat an § 6a festhält, müssen die Gemeinden die Umsetzungsfragen genau regeln, da eine staatliche Verpflichtung zum Besuch einer sprachlichen Frühförderung einen weitgehenden Eingriff in die elterliche Erziehungsgewalt darstellt und auch angefochten werden kann. Es reicht daher nicht, nur die Qualität sicherzustellen.
Zusammengefasst: Die Bildungskommission empfiehlt mit 6 zu 5 Stimmen, § 6a in der Fassung des Regierungsrats zuzustimmen. Zum Streichungsantrag der Stawiko äussert sich die Bildungskommission nicht konkret.

**Daniel Stadlin** stellt – wie schon Beni Riedi – den **Antrag,** § 6a zu streichen, wenn auch mit einem anderen Hintergrund. Dass Kinder im frühkindlichen Alter von Förderung besonders stark profitieren, ist heute unbestritten. Darum macht es Sinn, die sprachliche Kompetenz vor Eintritt in den Kindergarten zu fördern. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung, um im Schulalltag die vorgegebenen Lernziele erfolgreich zu erlangen. Dies im Schulgesetz zu regeln, ist jedoch nicht richtig. Um etwas regeln zu wollen, das nicht in die obligatorische Schulzeit fällt, ist das Schulgesetz der falsche Ort. Die sprachliche Frühförderung der Kinder ausserhalb der obligatorischen Schulzeit ist eine Aufgabe des Sozialbereichs. Dafür gibt es das Kinderbetreuungsgesetz. Es definiert den Rahmen für familienergänzende Betreuungsangebote mit dem Zweck, die Integration sowie Chancengleichheit der Kinder zu verbessern und die Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern. Dabei berät und unterstützt der Kanton die Einwohnergemeinden und koordiniert und vernetzt das Angebot. Die sprachliche Frühförderung sollte *hier* integriert und organisatorisch geregelt werden.

**Esther Haas** stellt namens der ALG den **Antrag,** § 6a Abs. 1 wie folgt zu ändern: «Die Gemeinden sind verpflichtet, ein entsprechendes Angebot der sprachlichen Frühförderung zu führen.» Die Problematik zeigt sich bis hinauf zur Berufsschule, wo die Votantin unterrichtet. Kürzlich fragte sie eine Lernende mit grossen Sprachdefiziten, wie lange sie denn schon in der Schweiz wohne. Die Antwort: «Ich bin hier geboren.» In solchen Fällen fehlen die frühkindlichen Verankerungen in der Sprache. Und wenn das Angebot nicht vorhanden ist, kann es auch nicht genutzt werden. Die ALG ist aber – wie die Votantin im Eintretensvotum bereits begründet hat – gegen Zwang. Dementsprechend stellt sie den **Antrag** auf Streichung von § 6a Abs. 3.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** nimmt summarisch Stellung zu den vorliegenden Anträgen. In der Eintretensdebatte hat Monika Weber gesagt, dass für die FDP-Fraktion das Volks-Nein beim Referendum zum Integrationsgesetz entscheidend gewesen sei. Man muss dazu aber festhalten, dass die Frühförderung gerade *nicht* Bestandteil dieser vom Volk verworfenen Vorlage war. Zari Dzaferi hat auf Studien verwiesen, dass der Spracherwerb umso besser sei, je früher er stattfinde. Das stimmt allerdings nur unter das Voraussetzung, dass die Kinder einem sogenann-

ten Sprachbad ausgesetzt sind, also im *Alltag* mit der Fremdsprache konfrontiert sind; dann lernen sie die Sprache sehr einfach und schnell. Wenn sie der fremden Sprache nur punktuell während einzelnen Stunden pro Woche begegnen, dann profitiert der frühe Spracherwerb nicht im selben Mass. Das Argument der SP-Fraktion, die Hinweise der Rektoren und Schulpräsidenten seien wenig stichhaltig, findet der Bildungsdirektor bedenklich. Immerhin handelt es sich um jene Personen, die mit der Umsetzung betraut würden und die sich als Fachleute sicherlich Gedanken zur Praktikabilität der Vorlage gemacht haben. Ihre Rückmeldung ist deshalb ganz besonders ernst zu nehmen.
Beni Riedi hat für die SVP-Fraktion vor allem damit argumentiert, dass sich die Mehrheit der Gemeinden sowie die Rektoren und Schulpräsidentenkonferenz gegen § 6a ausgesprochen hätten. Diesen Hinweis hat die Regierung natürlich aufgenommen: Genau deshalb will sie den Gemeinden die Frühförderung nicht vorschreiben, sondern sie dazu ermächtigen. Der Präsident der Bildungskommission hat dazu bereits ausgeführt, dass diejenigen Gemeinden, welche die Frühförderung heute schon anbieten, ein weitergehendes Instrumentarium befürworten.
Zum Antrag, § 6a gänzlich zu streichen: Der Bildungsdirektor bittet, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Immerhin ist diese Vorlage aufgrund einer erheblich erklärten Motion der vorberatenden Kommission zum Integrationsgesetz zustande gekommen. Sehr wichtig ist der Hinweis des Präsidenten der Bildungskommission zur Qualität dieser Bestimmung als Eingriff in die Freiheitsrechte; Beni Riedi hat gar von einer selektiven Ausweitung der Schulpflicht gesprochen. Eine genügende gesetzliche Verankerung mit den Passagen in Abs. 2 ist deshalb wichtig. Die Regierung lehnt denn auch den entsprechenden Streichungsantrag der Stawiko ab, zumal sie formell auch an den Antrag der erwähnten, erheblich erklärten Motion gebunden ist, welche die Abklärung der Kinder und die Information der Erziehungsberechtigten explizit verlangt.
Esther Haas hat namens der ALG verlangt, die Gemeinden zu einem Angebot der sprachlichen Frühförderung zu *verpflichten.* Damit ist der Bildungsdirektor überhaupt nicht einverstanden, würde man so doch – wie die Vernehmlassung gezeigt hat – die Gemeinden brüskieren; es bestehen in den Gemeinden auch unterschiedliche Voraussetzungen bezüglich des Bedarfs. Und wenn man in Abs. 3 dann den Zwangscharakter der Frühförderung streichen will, dann raubt man diesem Paragrafen die ganze Substanz. Schon heute dürfen die Gemeinden eine Frühförderung auf freiwilliger Basis anbieten, was die grossen Gemeinden bereits tun. Was jetzt aber nottut und von gewissen Gemeinden verlangt wird, ist die Möglichkeit, diejenigen Eltern, deren Kinder eine Frühförderung nötig hätten, die dieses Angebot aber nicht in Anspruch nehmen wollen, dazu verpflichten zu können. Wenn man den Abs. 3 streicht, kann man auch gleich den ganzen Paragrafen weglassen. Dieser ist kaskadenmässig so aufgebaut, dass die Gemeinden ein entsprechendes Angebot machen können, ein Reglement dazu erarbeiten und gestützt auf dieses Reglement Kinder bzw. ihre Eltern auch dazu verpflichten können, das Angebot wahrnehmen zu müssen. Für ein rein freiwilliges Angebot braucht es keinen neuen Paragrafen.
Zusammenfassend bittet der Bildungsdirektor, die ursprünglichen Anträge des Regierungsrats zu unterstützen sowie die verschiedenen Streichungs- und Änderungsanträge abzulehnen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er zuerst § 6a bereinigen und danach über den Streichungsantrag der SVP-Fraktion und von Daniel Stadlin abstimmen lässt.

*§ 6a Abs. 1*

Der **Vorsitzende** liest nochmal den Antrag der ALG vor: «Die Gemeinden sind verpflichtet, ein entsprechendes Angebot der sprachlichen Frühförderung zu führen.»

➔ Der Rat folgt mit 62 zu 7 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 6a Abs. 2*

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass die Stawiko ihren Antrag zu § 6a Abs. 2 deshalb stellt, weil dieser Artikel umstritten ist. Ein Streichungsantrag fand in der Stawiko keine Mehrheit, die Kommission empfiehlt aber, einerseits den Gemeinden dieses Instrument zu geben, andererseits die Bestimmung aber nicht zu überstrapazieren. Sie beantragt deshalb, Abs. 2 zu kürzen und wie folgt zu formulieren: «Im Falle der Schaffung eines entsprechenden Angebotes sichern die Gemeinden die Qualität.» Die Stawiko hat dieselben Fragen bezüglich Umsetzung, Kontrolle etc. gestellt wie Beni Riedi und kam zum Schluss, dass Abs. 2 in der erwähnten Form gekürzt werden sollte.

**Beni Riedi** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag der Stawiko unterstützt. Falls die Gemeinden ein solches Angebot schaffen, müssen sie auch zuständig für die Qualität sein. Nur so können die Gemeinden die Qualitätsansprüche – und damit auch die Kosten – kontrollieren. Ansonsten drohen Überregulierungen, welche sich in Zukunft schmerzlich auf das Budget auswirken.

**Heini Schmid** lehnt den Streichungsantrag der Stawiko ab. Wie Bildungsdirektor Stephan Schleiss schon ausgeführt hat: Entweder schafft man einen Artikel, der es auch erlaubt, Zwang auszuüben, oder man streicht gleich die ganze Bestimmung. Wenn man Zwang ausüben will, kann man nicht auf eine generelle Erfassung der Kinder verzichten, denn wenn die Eltern eines von der Massnahme betroffenen Kindes vor das Gericht gehen, wird mit Sicherheit die Frage gestellt, ob alle Kinder abgeklärt wurden. Das lässt sich vergleichen mit der Militärdienstpflicht: Wenn keine generelle Aushebung stattfinden würde, könnte jeder, der zur RS eingezogen wird, behaupten, er habe ein Sonderopfer zu leisten. Es ist deshalb wichtig, Abs. 3 nicht zu streichen, denn für Zwangsmassnahmen braucht es eine generelle Erfassung; andernfalls ergibt sich eine rechtsungleiche Behandlung, und der Zwang könnte gar nicht ausgeübt werden. Man soll sich das bei Abs. 3 vor Augen halten. Hier in Abs. 2 aber gibt es keinen Spielraum: Wenn man Zwang ausüben will, braucht es eine Abklärung *aller* Kinder. Es kann nicht sein, dass am Schluss vielleicht nur jene Kinder, deren Eltern Sozialhilfe beziehen, eine Frühförderung erhalten, nicht aber die Kinder von *Expats,* die nur Englisch sprechen, aber selbstverständlich keine Sozialhilfe empfangen. So würde es sicher nicht funktionieren.

**Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung offen: Als Leiter des Sozialdiensts Baar führt er seit rund zehn Jahren solche Sprachintegrations-Spielgruppen durch. Die Erfahrung zeigt, dass sehr viele Eltern die entsprechende Sensibilität haben und ihre Kinder dort anmelden. Der Sozialdienst hat mit dem Rektorat auch eine Vereinbarung, dass bei der Anmeldung zum Kindergarten angekreuzt werden kann, ob das Kind Deutsch spricht oder nicht. Nur wenigen Eltern fehlt die entsprechende Sensibilität, und dort gibt es später auch Probleme. Zu erinnern ist an das Übertretungsstrafgesetz, das nur für diejenigen Leute gemacht wurde, die sich nicht an

die Regeln halten. Das Argument, man müsse hier nicht extra eine Bestimmung für die wenigen Eltern schaffen, die sich nicht an die Vorgaben halten, ist deshalb hinfällig. In diesem Sinn bittet der Votant, den Gemeinden die entsprechende Möglichkeit zu geben. Sie erleichtert den Gemeinden die Argumentation gegenüber den Eltern und die Durchsetzung. Zur Frage, ob die Qualität vorgeschrieben werden muss: Jede Gemeinde, die ein solches Angebot macht, ist auf eine gute Qualität bedacht. Andernfalls wäre das Angebot überflüssig – und das Geld dafür wirklich zum Fenster hinaus geworfen. In diesem Sinn bittet der Votant, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bestätigt, dass es – wie die Stawiko-Präsidentin argumentierte – im Moment völlig unklar ist, wer dann was machen müsse. Das ist ein echtes Problem, mit dem die Gemeinden konfrontiert sind. Aber auch wenn diese Fragen im Moment noch nicht hinreichend konkret geklärt sind, ist es – wie der Kanton Basel-Stadt zeigt – doch möglich. Das Problem lässt sich lösen.
Zu der von Heini Schmid angemerkten Legitimierung des Zwangs: Dass es darum geht, alle Kinder zu erfassen, ist auch in den Materialien zur Motion der Kommission Integrationsgesetz hinterlegt. Dass die Frühförderung auch denjenigen Kindern zugänglich sein soll, die keine Förderung nötig hätten, war ein wichtiger Aspekt für die Kommission Integrationsgesetz: Die neue Regelung dürfe nicht zu einer Diskriminierung der des Deutschen mächtigen Kinder führen, sondern auch diese sollen von diesen Angeboten profitieren dürfen. Das wurde zwar nicht in den Rechtstext übernommen, ist aber in den Materialen hinterlegt. Gemäss Auskunft des Rechtsdiensts der Bildungsdirektion ist eine gesetzliche Regelung dieser Stawiko-Passagen nicht unbedingt nötig, um die Zwangsmassnahmen zu legitimieren. Das kann auch auf Verordnungsstufe passieren, muss aber durch den Kanton geschehen; man darf den Gemeinden in dieser Hinsicht also keinen Spielraum lassen. Und es ist klar die Absicht des Regierungsrats, dies auf Verordnungsstufe zu regeln, wenn es nicht mehr im Gesetz stehen würde.
Hubert Schulers Aussage, dass die Gemeinden ein Interesse an der Qualität hätten, unterstützt der Bildungsdirektor vorbehaltlos; das wird auch von der Stawiko nicht bestritten. Abschliessend bittet der Bildungsdirektor nochmals, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

**Manuel Brandenberg** möchte der guten Ordnung halber widersprechen: Er ist nicht sicher, ob die Regierung etwas in einer Verordnung regeln kann, wenn das Parlament klar zum Ausdruck bringt, dass es das nicht haben will. Eine Beschwerde gegen eine solche Verordnung hätte dann wohl recht gute Chancen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** präzisiert, dass er sich nicht dazu geäussert hat, ob er den ausdrücklichen Parlamentswillen auf dem Verordnungsweg umdribbeln würde. Er halt sich vielmehr dahingehend geäussert, dass es immer Absicht war, diesen Gegenstand durch den Kanton zu regeln und den Gemeinden hier keinen Spielraum zu lassen. Das ist der Auftrag der erheblich erklärten Kommissionsmotion. Formal muss es nicht ein Gesetz sein, sondern kann auch eine Verordnung sein.

➔ Der Rat genehmigt mit 46 zu 23 Stimmen § 6a Abs. 2 in der Fassung der Staatswirtschaftskommission.

*§ 6a Abs. 3*

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass die ALG beantragt, § 6a Abs. 3 zu streichen.

➔ Der Rat lehnt die Streichung von § 6a Abs. 3 mit 52 zu 16 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 6a Abs. 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über den Antrag auf Streichung des ganzen § 6a abgestimmt wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 36 zu 25 Stimmen, § 6a als Ganzes zu streichen.

**§ 12 Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass § 12 Abs. 1 gestrichen werden kann, weil er in den Anträgen der Bildungskommission und der Staatswirtschaftskommission in § 12 Abs. 1a übernommen wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**§ 12 Abs. 1a**

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, hält fest, dass die Klassengrösse aus bildungspolitischer Sicht relevant ist für die Qualität und die Attraktivität einer Schule. In der Bildungskommission wurden beide Meinungen vertreten: Grosse Klassen seien bezüglich Unterrichtsqualität nicht nachteilig, und – die gegenteilige Meinung – 26 Kinder in einer Primarschulklasse seien aufgrund der Heterogenität nicht zu verantworten. Einig war man sich in der Feststellung, dass die soziale Zusammensetzung wohl einen grösseren Einfluss auf die Lernvoraussetzungen in einer Klasse hat als die Grösse der Klasse. Eine Klasse mit wenigen schwierigen Kindern kann problemlos grösser sein als eine Klasse mit vielen schwierigen Schülern. Über die Klassengrösse muss deshalb vor Ort in den Gemeinden entschieden werden. Grössere Gemeinden haben dabei mehr Spielraum als kleine. Beim Entscheid über die Klassengrösse muss Rücksicht auf die pädagogischen, organisatorischen und finanzpolitischen Voraussetzungen genommen werden.
Sowohl die Richtzahl als auch die Höchstzahl für die Klassengrösse hatten in den letzten Jahren kaum eine Relevanz für die reale Klassengrösse. Zudem kann diese gesetzliche Vorgabe vom Kanton in den Gemeinden nicht durchgesetzt werden. Dennoch spricht sich die Kommission mit 8 zu 2 Stimmen klar dafür aus, beide Zahlen im Gesetz zu verankern. Damit kam sie dem Wunsch der Gemeinden entgegen, die der Richtzahl vor allem eine politische Bedeutung zumessen. Die Kommission ist zudem der Meinung, dass für die Gemeinden ein genügend grosser finanzieller Anreiz zu möglichst grossen Klassen besteht, weil die Normpauschale des Kantons nicht von den Klassengrössen abhängt, sondern pro Kind ausbezahlt

wird. Der Entscheid für die Klassengrösse in einer Schulgemeinde hat heute in erster Linie pädagogische und organisatorische Gründe. Sie kann in der Gemeinde aber auch in Zukunft im Rahmen der Höchstzahlen politisch beeinflusst werden.
Mit 9 zu 1 Stimme erhöht die Bildungskommission die Höchstzahl für die Grund- und Basisstufe von 24 auf 26 und gleicht sie so der Höchstzahl der Primarschule an. Da in der Grund- und Basisstufe das Betreuungsverhältnis besser ist als in der Primarschule, erhöht die Kommission auch die Richtzahl auf 20. Für die Primarschule standen Richtzahlen von 18 und 22 und Höchstzahlen von 22 und 26 zur Diskussion. Die Bildungskommission entschied sich für die Höchstzahl 26 und war unentschieden in der Frage, ob die Richtzahl 18 oder 22 betragen soll.

**Heini Schmid** teilt mit, dass die CVP-Fraktion mehrheitlich empfiehlt, bei § 12 Abs. 1a dem Antrag der Stawiko zuzustimmen und in der Tabelle nur noch die Höchstzahlen und keine Richtzahlen mehr aufzunehmen. Dabei ist für die CVP massgebend, dass einzig die Höchstzahl rechtlich verbindlich sein soll. Sie teilt aber nicht die Ansicht der Stawiko, dass die Höchstzahl aus wirtschaftlicher Sicht anzustreben sei. Vielmehr will sie, dass die Gemeinden selbst bestimmen, welche Klassengrössen sie aufgrund ihrer Gegebenheiten wollen. Die CVP möchte nicht, dass die Diskussion über die Klassengrössen in den Gemeinden mit dem Hinweis auf die Referenzzahlen abgewürgt wird. Sie ist überzeugt, dass die Bevölkerung es sehr schätzt, wenn die Klassen nicht zu gross sind, und dass damit auch keine Gefahr besteht, dass aus Sparwut die Klassengrössen wesentlich erhöht werden.

**Beni Riedi:** Auch die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Stawiko, nur Höchstzahlen ins Gesetz zu schreiben. Mit der Einführung der Normpauschalen sind die Richtzahlen obsolet geworden, dementsprechend kann auf die Richtzahlen verzichtet werden.
Für den Fall, dass die Richtzahlen nicht gestrichen werden, stellt der Votant im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Richtzahl in der Primarschule auf 22 zu belassen. Wer die Richtzahlen senkt, möchte ein politisches Signal für kleinere Klassen abholen. Es geht sicher nicht darum, die Richtzahlen den heutigen Realitäten anzupassen. Die Richtzahl hat für die Gemeinden keine Verbindlichkeit und hat deshalb auch nichts mit der tatsächlichen Klassengrössen in der Realität zu tun. Selbst wenn dem aber so wäre, müsste man genauso die Senkung der Richtzahl für die Oberstufe von 18 auf 16 fordern. So zumindest sind die tatsächlichen Klassengrössen per 2012 der verschiedenen Stufen in der Tabelle aufgeführt, die der Bildungskommission zur Verfügung stand.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** muss der Aussage von Heini Schmid widersprechen, die Gründe, weshalb die Stawiko die Richtzahl nicht im Gesetz festhalten wolle, seien wirtschaftlicher Art. Im Stawiko-Bericht wird aber auf Seite 12 des regierungsrätlichen Berichts verwiesen. Massgebend war für die Stawiko, dass die Richtzahl heute keine grosse Bedeutung mehr hat.

**Beat Iten** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Schulpräsident in der Gemeinde Unterägeri. Er spricht für die SP-Fraktion.
Gemäss Kommissionsbericht wurden die Klassengrössen und die Festlegung von Richt- und Höchstzahlen auf den verschiedenen Schulstufen auch in der Bildungskommission ausgiebig diskutiert. Die Schulpräsidentenkonferenz durfte sich ebenfalls zu diesem Thema äussern und tat dies dahingehend, dass die Höchstzahl auf der Primarstufe an die Höchstzahlen des Kindergartens und der Oberstufe anzupassen sei. Sie tat dies primär mit dem Hinweis auf die grosse Heterogenität in der

Primarstufe. Heterogenität in der Schule beinhaltet eine Vielzahl von Faktoren. In den heutigen Klassenzimmern trifft man sehr unterschiedliche Zusammensetzungen von Schweizern und Ausländern an, es begegnen sich mehrere Religionen und Kulturen, und die Kinder stammen aus unterschiedlichen Familienkonstellationen: klassische Familienstrukturen, Alleinerziehende, *Patchwork*-Familien in sehr unterschiedlichen Ausformungen. Auch bringen die Kinder sehr unterschiedliche Deutschkenntnisse mit, und nicht selten sind in einer Klasse Kinder aus fünf oder sechs Ländern vereint, die alle eine andere Muttersprache haben. Oft trifft man traumatisierte Kinder an, die als Flüchtlinge in die Schweiz kamen und sehr kurzfristig eingeschult werden müssen.
Auf der Primarstufe ist die Heterogenität am grössten. Es findet auf dieser Stufe keine Niveauunterscheidung statt, eine Primarklasse vereinigt also Hochbegabte, durchschnittlich Begabte sowie Kinder mit Lernschwächen, Verhaltensauffälligkeiten oder Behinderungen. Bereits auf der Oberstufe findet eine Aufteilung mit Niveaufächern und Niveaukursen statt. Auf den nachfolgenden Ausbildungsstufen wird diese Unterscheidung noch weiter verfeinert: Jugendliche absolvieren je nach ihren Fähigkeiten eine Attestausbildung, eine Lehre oder besuchen ein Gymnasium. Es ist nicht nachvollziehbar, warum auf der Schul- und Ausbildungsstufe mit der grössten Heterogenität die Höchstzahlen höher sind als auf allen anderen Stufen. Man kann durchaus über Klassengrössen sprechen, vielleicht müsste man dann jedoch bei jenen Stufen darüber sprechen, bei denen die Heterogenität am geringsten und – so ist zu hoffen – die Selbständigkeit am grössten ist, etwa bei der Kantonsschule.
Aus diesen Gründen stellt der Votant im Namen der SP und der ALG den **Antrag,** im § 12 weiterhin die Richt- *und* Höchstzahlen festzulegen und für die Primarstufe die Richtzahl auf 18 und die Höchstzahl auf 22 festzusetzen. Der Votant freut sich, dass auch der Bildungsdirektor diesen Antrag unterstützen wird, da dieser vorhin ja sagte, es sei wichtig, die Meinung der Fachgremien, Schulpräsidenten und Rektoren auch zu berücksichtigen

**Silvia Thalmann** stellt einen Eventualantrag für den Fall, dass die Richtzahlen aus der Vorlage gestrichen werden. Die Richtzahlen haben – wie gehört – wirtschaftlich keine Bedeutung mehr und sind jetzt nur noch eine Richtschnur für die Gemeinden. Es ist eine Diskrepanz spürbar zwischen den Gemeinden, welche einen höhere Schülerzahl möchten, und den in der Schule Tätigen, welche die Schülerzahl niedrig halten möchten. Der Votantin wurde bei ihrer Arbeit in der Kommission bewusst, dass Richtzahlen wirklich als solche zu verstehen sind und von einer Gemeinde auch erhöht werden können. Eine Gemeinde kann also von sich aus sagen, dass ihre Klassengrössen um zwei Schüler über den Richtwerten liegen. Die Richtzahlen sind in der politischen Diskussion in den Gemeinden aber schwierig umzusetzen, und auch aufgrund der heutigen Debatte ist anzunehmen, dass die Richtzahlen aus der Vorlage fallen. Für diesen Fall stellt die Votantin den **Antrag,** dass man die Höchstzahl von Kindergarten, Primarschule, Realschule, Sekundarschule und Grund- oder Basisstufe einheitlich auf 24 festlegt. Die Bildungskommission hat sich sehr intensiv damit auseinandergesetzt, was sich seit der Festlegung der Richt- und Höchstzahlen im Schulgesetz geändert hat. Geändert hat Verschiedenes: Einführung Frühfranzösisch und Frühenglisch, Einführung Informatik, Einführung Ethik und Religion. All dies bedeutete einen grossen Initialaufwand, ist aber für die Belastung der Lehrpersonen nicht matchentscheidend. Wirklich matchentscheidend ist die Heterogenität, die sich im Kindergarten und in der Primarschule am meisten auswirkt. In der nächsten Vorlage wird die Stundenzahl der Lehrpersonen thematisiert, und die Kommission hat sich dafür interessiert, wie die Belastung von den Primarlehrpersonen wahrgenommen wird und wie ihr entgegengewirkt werden kann. Die

grosse Herausforderung sind nicht die Klassengrösse oder die Anzahl Stunden, sondern die Unterschiedlichkeit der Schüler.
Es ist, wenn die Richtzahlen aus der Vorlage fallen, nach Ansicht der Votantin nicht richtig, wenn im Gesetz signalisiert wird, dass der Kindergarten nach wie vor höchstens 22 Schüler, für die Primarschule hingegen, welche die grösste Veränderung erfahren hat, aber 26 Schüler als Höchstzahl haben soll. Für die Sekundarschule gelten 22 Schüler, obwohl hier die Heterogenität geringer ist – wobei sich die Kommission von Sekundarlehrpersonen sagen liess, dass die gute Arbeit auf der Primarschulstufe dazu führt, dass in der Sekundarschulstufe viel weniger Probleme auftauchen. Nebenbei bemerkt: Dass in der Kantonsschule noch kleinere Klassengrössen gelten, ist ein heisses Eisen, das man anzupacken wagen sollte.

**Zari Dzaferi** nimmt Stellung zur erstmals gehörten Höchstzahl 24 und zur Belassung der Höchstzahlen. Es wurde auch gesagt, dass die Richtzahl als eine Art Richtschnur verwendet werde und daher im Gesetz nichts zu suchen habe, da ihr keine Verbindlichkeit zukomme. Was aber passiert, wenn die Richtzahl wegfällt? Welche neue Zahl wird sich dann als Richtschnur etablieren? Heini Schmid hat gesagt, dass zu grosse Klassen von der Bevölkerung nicht sehr geschätzt und die Klassengrösse deshalb durch Sparwut nicht beeinflusst würde. Der Votant ist da anderer Meinung: Er ist überzeugt, dass in verschiedenen Gemeinden die Schule immer mehr begründen müsste, warum sie nicht eine Schülerzahl von 26 oder 22 erreicht. Warum wohl setzen sich die Schulpräsidenten und Rektoren so vehement und parteiübergreifend geschlossen dafür ein, dass Richtzahlen *und* Höchstzahlen ins Gesetz aufgenommen werden?
Orientiert man sich auf der Primarstufe an einer Höchstzahl von 26 oder 24, wird man den Kindern nicht gerecht. Es wurde schon mehrmals gesagt, dass auf dieser Stufe die Selbständigkeit am geringsten und die Heterogenität am grössten ist. 26 Schüler in einer Klasse, in der – von oben diktiert – Gruppenarbeiten und Partnerarbeiten gemacht werden sollten, sind nicht zu verantworten, ganz abgesehen vom fehlenden Platz in den Klassenzimmern oder fehlenden Gruppenräumen. Natürlich kann man argumentieren, dass die Klassengrösse wahrscheinlich wie heute bei 18 oder 19 bleibt. Das ist für die Schule aber gefährlich, denn sobald Sparwut aufkommt, wird man sich an der Zahl 26 orientieren und die Klassenzimmer auffüllen. Natürlich kann man das tun, die Leidtragenden aber sind die Kinder. Orientiert man sich in der Realschule, in die – wie auch vom Bildungsdirektor ausgeführt wurde – praktisch auf dem ganzen Kantonsgebiet die Werkschule integriert wurde, an einer Höchstzahl von 22 oder 24, erwirkt man ebenfalls einen Abbau in der Betreuung. In der Antwort auf eine kürzlich eingereichte Kleine Anfrage betreffend Überprüfung der Höchst- und Richtzahlen auf der Werk- und Realschule schrieb die Regierung: «Realklassen sind häufig eine Mischung von unterschiedlich motivierten und unterschiedlich leistungsfähigen Jugendlichen aus sehr unterschiedlichen Kulturkreisen. Dies stellt oft hohe Anforderungen an die Lehrpersonen, die in dieser grossen Heterogenität der Schülerpopulation unterrichten, die Jugendliche individuell betreuen und sie zur geeigneten Berufswahl führen. Der Schluss liegt nahe, dass ein erfolgreiches Unterrichten besonders in den Realklassen auch durch die Klassengrösse beeinflusst werden kann.» Und was passiert mit den Jugendlichen, die in der Oberstufe zu wenig betreut werden? Der Votant hat in den Jahren, seit er als Klassenlehrer auf der Sekundarstufe unterrichtet, festgestellt, dass solche Jugendliche nach der Oberstufe in einem Brückenjahr landen; dieses kostet ebenfalls etwas. Finden solche Jugendliche danach keine passende Ausbildung, landen sie vielleicht in schlecht bezahlten Jobs und später auf dem Sozialamt – und belasten weiterhin

die Staatskasse. Die nicht in die Schule investierten Gelder müssen also später investiert werden.
In der vergangenen Legislatur musste sich der Votant beim Mittagessen hin und wieder anhören, dass viele Jugendliche heute in der Lehre zu wenig könnten. Was aber passiert wohl, wenn man bei den Klassengrössen die Schraube anzieht? Jene Kantonsratsmitglieder, welche sich als Gewerbevertreter verstehen, sollten hier klar Flagge zeigen und sich dafür einsetzen, dass ihre zukünftigen Lehrlinge in der Volksschule ausreichend gefördert werden.
Wenn der Rat bei den Klassengrössen den Sparhebel ansetzt und – wie es die Stawiko ausdrückt – die Höchstzahl anstrebt, um eine optimale Ausnutzung der Ressourcen zu erreichen, leidet also schlicht und einfach die Qualität. Zudem: Auch wenn man damit den betrieblichen Aufwand der Schule senkt, steigert man letztendlich den volkswirtschaftlichen Aufwand des Kantons. Der Votant bittet deshalb, beide Zahlen ins Gesetz zu schreiben – nicht weil er auf der Sekundarschule unterrichtet, sondern weil er sich aus seiner Erfahrung in der Praxis die Folgen ausmalen kann.

Für **Silvia Thalmann** ist es ein Paradigmenwechsel, wenn die Richtzahlen weggelassen werden: Die Verantwortung für die Festlegung der Richtzahlen wird den Gemeinden übergeben. Und diese werden, wenn sie die Zahlen höher ansetzen, finanziell leicht profitieren, orientiert sich der Kanton doch an den jetzigen Richtzahlen. Zu den Höchstzahlen: Wenn eine Klasse mehr als 24 Schüler hat, muss die Gemeinde das der Bildungsdirektion melden, mit einer Begründung. Das ist aber möglich, es kann ja mal der Fall sein, dass während des Schuljahres ein zusätzlicher Schüler in eine Klasse kommt. Wenn man im Gesetz aber die Richtzahlen weglässt, signalisiert man den Gemeinden, dass sie die entsprechende Diskussion führen sollen und die Richtzahl individuell festlegen können.

**Beni Riedi** weist zum Eventualantrag betreffend Höchstzahl 24 für alle Stufen darauf hin, dass es für die verschiedenen Stufen unterschiedliche Strukturen gibt. So ist es in der Grund- oder Basisstufe – falls das Parlament heute die gesetzliche Grundlage für diese Stufe gutheisst – beispielsweise möglich, dass zwei Lehrpersonen für eine Klasse zuständig sind. Es ist deshalb unpassend, wenn für sämtliche Stufen die Höchstzahl bei 24 festgelegt wird. Der Votant wird diesen Antrag deshalb ablehnen.

**Martin Pfister** spricht im Moment nicht als Kommissionspräsident. Der Vertreter einer grösseren Privatschule hat ihm vor der heutigen Sitzung gesagt, die vorliegende Bestimmung sei *pièce de résistance,* und er hoffe für die Privatschulen, dass der Kantonsrat ein Zeichen für grössere Klassen an den öffentlichen Schulen setze. Die Klassengrösse sei nämlich das entscheidende Kriterium für vermögende Personen, um ihre Kinder in Privatschulen mit kleineren Klassen zu schicken. Wenn die Klassen in der öffentlichen Schule also grösser werden, besteht die Gefahr eines Attraktivitätsverlusts. Allerdings dürfte für die Gemeinden der Anreiz dazu nicht sehr gross sein, denn es würde in den Gemeinden sicher politischer Druck entstehen, wenn die Schulklassen substanziell vergrössert würden.

Für Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** ist wichtig festzuhalten, dass Richtzahlen zur Steuerung der Klassengrössen dienen. Pädagogisch lässt sich die Festlegung von minimalen und maximalen Klassengrössen rechtfertigen. Wenn die Maximalzahl überschritten wird, hat die Lehrperson zu wenig Zeit für das einzelne Kind und kann das Postulat eines individualisierten Unterrichts nicht mehr einlösen; der Unter-

richt wird schlecht. Wenn die Minimalzahl unterschritten wird, kann eine Klasse als soziales Gefüge nicht funktionieren. Es gibt dann zu wenig vom Gleichen: zu wenige *Gspändli* für die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler, zu wenige Buben oder Mädchen, zu wenige mit der gleichen Leistung oder mit den gleichen ausserschulischen Interessen. Aus pädagogischer Sicht gibt es aber keine *optimale* Klassengrösse. Hier kann man nur mit Bandbreiten operieren, wobei es diesbezüglich unter den Fachleuten divergierende Meinungen gibt. Der Präsident der Bildungskommission hat darauf hingewiesen, dass die richtige Klassengrösse von vielen Faktoren abhängig ist und im Einzelfall ermittelt werden muss. Es kommt auf die Zusammensetzung der Klasse etwa bezüglich Muttersprache, auf die sozialen Verhältnisse im Einzugsgebiet der Klasse, auf die Grösse der Gemeinde und der Jahrgangskohorte etc. an. Es wurde auch auf die zunehmende Heterogenität hingewiesen, die es ernst zu nehmen gilt.

Die Richtzahl wird oft mit der optimalen Klassengrösse verwechselt, ist aber ein Instrument zur Steuerung der Klassenbildung und damit zur finanziellen Steuerung der Schulen. Für die Kantonsschule setzt die DBK die im Gesetz über die kantonalen Schulen festgeschriebene Klassengrösse durch; die Klassengrösse wird systematisch ein bisschen übertroffen, damit nicht Klassen zusammengelegt werden müssen, falls einzelne Schüler die Kantonsschule verlassen. Für die Gemeinden funktioniert es anders: Dort wird die Schule finanziell über die Normpauschale gesteuert; dieser Paradigmenwechsel hat per 1. Januar 2008 stattgefunden. Die Befürchtung, dass die Höchstzahl zur neuen Richtzahl wird, ist verständlich. Verständlich sind auch die Bedenken gegenüber der Aussage im Stawiko-Bericht, dass aus wirtschaftlichen Überlegungen die Höchstzahl anzustreben sei. Der Bildungsdirektor glaubt aber nicht, dass jemand an einer Gemeindeversammlung aufstehen und verlangen wird, dass die Klassengrössen auf die Höchstzahl anzuheben sei. Das war schon bisher nie der Fall, obwohl der Kanton Zug per Ende 2012 eine durchschnittliche Klassengrösse von 18 hatte, dies bei einer Richtzahl von 22. Politisch wäre es auf jeden Fall viel einfacher, eine Erhöhung von 18 auf 22 zu fordern; ein Antrag auf eine Erhöhung von 18 auf 26 hätte – davon ist der Bildungsdirektor überzeugt – in einer Gemeindeversammlung nicht die geringste Chance. Dafür wird der Bildung und der Schule politisch zu viel Wohlwollen entgegengebracht.

Die Richtzahl ist – wie gesagt – mit der Einführung der Normpauschale systematisch im Steuerungsgefüge des Kantons für die Schulfinanzen überflüssig geworden. Mehr noch: Sie ist schädlich in dem Sinne, dass sie, so lange sie im Schulgesetz festgeschrieben ist, mit der optimalen Klassengrösse verwechselt wird und zu Missverständnissen führt. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, den ursprünglichen Antrag der Regierung, der demjenigen der Stawiko entspricht, zu unterstützen und die Richtzahlen nicht mehr im Gesetz festzuschreiben. Zum Eventualantrag Thalmann hält der Bildungsdirektor fest, dass sich aus Sicht des Regierungsrats durch die Streichung der Richtzahlen keine neue Lage ergibt, weshalb die Regierung diesen Antrag nicht befürwortet.

Zur Bereinigung der Richtzahlen: Eine Senkung der Richtzahl für die Primarschule von 22 auf 18 erachtet der Bildungsdirektor als falsches Signal. Die Senkung würde – wie von Beni Riedi bereits gehört – politisch als Signal verstanden, die Klassengrössen zu senken. Man muss dazu auch wissen, dass die Richtzahlen, wenn sie für die Klassenbildung in den Gemeinden als Richtschnur dienen, systematisch nicht erreicht werden. Man muss sich nämlich einen Spielraum offen halten, weil immer wieder junge Familien zuziehen können und man dann nicht wegen zwei oder drei neuen Kindern eine Klasse aufsplitten will. Man bleibt deshalb immer leicht unterhalb der angepeilten Klassengrösse. Es wurde auch argumentiert, die Höchstzahl für die Grund- oder Basisstufe solle von 24 auf 26 erhöht und damit

derjenigen der Primarschule angepasst werden. Die Regierung lehnt diesen Antrag ab. In einem oberen Bereich der Klassengrössen steigen nämlich die Anforderungen an einen binnendifferenzierenden oder individualisierenden Unterricht exponentiell. Hier spürt man schnell jedes zusätzliche Kind. Was in einer ausgeglichenen Gruppe noch vertretbar ist, kann bei einigen wenigen schwierigen Kindern schnell zu einer Beeinträchtigung der Unterrichtsqualität führen. Anders gesagt: Zwei Kinder mehr oder weniger machen einen riesigen Unterschied. Und binnendifferenzierender Unterricht ist dort besonders angezeigt, wo die Heterogenität am grössten ist, und wenn Kindergarten- und Primarschulkinder in der gleichen Klasse sitzen, ist die Heterogenität gross. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, die Richtzahl für die Primarschule bei 22 und die Höchstzahl für die Grund- oder Basisstufe bei 24 festzulegen.

Der **Vorsitzende** schlägt nun folgendes Vorgehen vor:
- Bereinigung der einzelnen Richtzahlen in Bst. a bis i;
- Bereinigung der einzelnen Höchstzahlen in Bst. a bis i;
- Abstimmung über die Frage, ob nur Höchstzahlen ins Gesetz aufgenommen werden (Antrag der Regierung und der Stawiko), oder ob zusätzlich auch Richtzahlen festgelegt werden (Antrag Bildungskommission sowie SP und ALG);
- Abstimmung über den Eventualantrag von Silvia Thalmann.

***Richtzahlen***

*§ 12 Abs. 1a Bst. a, Kindergarten*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Richtzahl 18.

*§ 12 Abs. 1a Bst. b, Primarschule*

**Beni Riedi** wiederholt den Antrag der SVP-Fraktion, die Richtzahl für die Primarschule bei 22 zu belassen. Die Argumente dafür hat er in seinem vorherigen Votum bereits geliefert.

➔ Der Rat folgt mit 40 zu 27 Stimmen dem Antrag der Bildungskommission (Richtzahl 18).

*§ 12 Abs. 1a Bst. c, Kleinklassen für nur teilweise schulbereite Kinder*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Richtzahl 10.

*§ 12 Abs. 1a Bst. d, Kleinklassen für besondere Förderung*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Richtzahl 10.

*§ 12 Abs. 1a Bst. e, Textiles Werken und Hauswirtschaft*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Richtzahl 10.

*§ 12 Abs. 1a Bst. f, Werkschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Richtzahl 10.

*§ 12 Abs. 1a Bst. g, Realschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Richtzahl 18.

*§ 12 Abs. 1a Bst. h, Sekundarschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Richtzahl 18.

*§ 12 Abs. 1a Bst. i, Grund- oder Basisstufe*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Bildungskommission die Richtzahl 20 beantragt. SP und ALG beantragen die Richtzahl 18.

➔ Der Rat folgt mit 49 zu 15 Stimmen dem Antrag der Bildungskommission (Richtzahl 20).

***Höchstzahlen***

*§ 12 Abs. 1a Bst. a, Kindergarten*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Höchstzahl 22.

*§ 12 Abs. 1a Bst. b, Primarschule*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Bildungskommission die Höchstzahl 26 beantragt. SP und ALG beantragen die Höchstzahl 22.

➔ Der Rat folgt mit 44 zu 19 Stimmen dem Antrag der Bildungskommission (Höchstzahl 26).

*§ 12 Abs. 1a Bst. c, Kleinklassen für nur teilweise schulbereite Kinder*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Höchstzahl 14.

*§ 12 Abs. 1a Bst. d, Kleinklassen für besondere Förderung*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Höchstzahl 12.

*§ 12 Abs. 1a Bst. e, Textiles Werken und Hauswirtschaft*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Höchstzahl 14.

*§ 12 Abs. 1a Bst. f, Werkschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Höchstzahl 12.

*§ 12 Abs. 1a Bst. g, Realschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Höchstzahl 22.

*§ 12 Abs. 1a Bst. h, Sekundarschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Höchstzahl 22.

*§ 12 Abs. 1a Bst. i, Grund- oder Basisstufe*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier drei Anträge vorliegen:
• Antrag Regierungsrat: Höchstzahl 24
• Antrag Bildungskommission: Höchstzahl 26
• Antrag SP und ALG: Höchstzahl 22
Es gibt eine Dreifachabstimmung. Jedes Ratsmitglied hat *eine* Stimme.

Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Antrag Regierungsrat: 8 Stimmen
• Antrag Bildungskommission: 45 Stimmen
• Antrag SP und ALG: 16 Stimmen

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Bildungskommission (Höchstzahl 26).

***Richtzahlen* und *Höchstzahlen?***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass jetzt über die Frage abgestimmt wird, ob gemäss Antrag der Regierung und der Stawiko nur die Höchstzahlen ins Gesetz aufgenommen werden sollen oder ob gemäss Antrag Bildungskommission sowie SP und ALG Richtzahlen und Höchstzahlen gesetzlich festgelegt werden.

➔ Der Rat beschliesst mit 48 zu 22 Stimmen, dass nur die Höchstzahlen im Gesetz festgelegt werden.

***Eventualantrag Silvia Thalmann***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Silvia Thalmann für den Fall, dass die Richtzahlen aus der Vorlage gestrichen werden, den Antrag gestellt hat, die Höchstzahl für Kindergarten, Primarschule, Realschule, Sekundarschule und Grund- oder Basisstufe einheitlich auf 24 festzulegen.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Silvia Thalmann mit 40 zu 19 Stimmen ab.

**§ 12 Abs. 1b**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Stawiko dem Antrag der Bildungskommission anschliesst. Der Regierungsrat hat materiell unter § 12 Abs. 1 den gleichen Antrag gestellt. Er schliesst sich ebenfalls dem Antrag der Bildungskommission an. Der identische Passus in § 12 Abs. 1 ist bereits gestrichen worden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**§ 12 Abs. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat bei § 12 Abs. 1a beschlossen hat, nur Höchstzahlen vorzugeben. Damit muss logischerweise die Fassung der Stawiko im Gesetz verankert werden; materiell entspricht diese Formulierung jener des Regierungsrats.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

3. Sitzung der 31. Legislaturperiode

Donnerstag, 29. Januar 2015 (Nachmittag)
Zeit: 13.40 – 17.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

## 50 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Beat Sieber und Claus Soltermann, beide Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Anastas Odermatt, Steinhausen; Florian Weber, Walchwil; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 51 Mitteilung

Heute Nachmittag sind Lernende einer Polymechanikerklasse im 1. Lehrjahr des GIBZ mit ihrem Lehrer Jean-Luc Haas zu Besuch. Der Vorsitzende heisst die Gäste herzlich willkommen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

## 52 Traktandum 3.1: **Motion der FDP-Fraktion betreffend Einreichung einer Standesinitiative und NFA-Teilzahlung auf ein Sperrkonto zur Einhaltung der Bundesverfassung vom 9. Dezember 2014 (Vorlage 2465.1 - 14840)**

**Alois Gössi** darf von sich sagen, der liberalste Kantonsrat weit und breit zu sein. Er hat bisher nämlich jede – wirklich jede – Motion, und sei sie noch so abstrus gewesen, zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat überwiesen. Er wird in ein paar Minuten auch die Motion in Sachen Sozialhilfegesetz und verminderte Anforderungen an die Sozialdienstmitarbeitenden überweisen, obwohl er inhaltlich mit diesem Vorstoss nicht einverstanden ist. Für die vorliegende Motion der FDP-Fraktion aber stellt er einen Antrag auf Nichtüberweisung. Dies hat nichts mit einer Änderung seiner liberalen Grundhaltung zu tun. Die FDP fordert, dass der Kanton Zug inskünftig die NFA-Rechnung des Bundes mit mindestens zwei Siebzehntel des Kantonsanteils der Direkten Bundessteuer nicht mehr dem Bund überweist, sondern auf ein Sperrkonto einzahlt. Die Grundlage für die NFA-Rechnung des Bundes sind Gesetze, die vom National- und Ständerat beschlossen wurden. Die FDP-

Motion fordert, dass der Kanton Zug Bundesgesetze brechen bzw. nicht beachten soll, indem er einen Teil des geschuldeten Geldes auf ein Sperrkonto einzahlt.
Die Kantonsratssitzung vom 18. Dezember 2014, die konstituierenden Sitzung für die neue Legislaturperiode, ist allen noch in Erinnerung. Alle Ratsmitglieder haben den Eid geschworen bzw. das Gelöbnis abgelegt, das u. a. beinhaltete, die Gesetze des Bundes und des Kantons getreu zu befolgen. Und jetzt, nur gerade fünf Wochen nach diesem Eid oder Gelöbnis, soll der Kantonsrat eine FDP-Motion überweisen, die dazu auffordert, die Gesetze des Bundes zu brechen und nicht mehr getreu zu befolgen, wie jedes Ratsmitglied geschworen oder gelobt hat. Der Votant lehnt dieses Ansinnen ab. Er stellt deshalb den **Antrag,** die FDP-Motion nicht zu überweisen.

Für **Thomas Lötscher** ist die Sache nicht ganz so wild, wie es scheint. Natürlich ist der Kantonsrat gehalten, Gesetze einzuhalten. Kantonsräte und Bundesparlamentarier sind aber auch gehalten, die Verfassung einzuhalten, die über den Gesetzen steht. Genau das möchte die FDP-Fraktion mit ihrer Motion erreichen. Deren Überweisung dient dazu, die entsprechenden Fragen abzuklären.
Der Votant wurde heute von den Medien gefragt, warum er sich nicht zur aktuellen Affäre äussern wolle. Er hat geantwortet, dass er mit den Medien viel lieber über den NFA und die unsäglichen Zustände in diesem Bereich diskutieren möchte. Der Kanton Zug muss sich hier endlich auf die Hinterbeine stellen. Ausserhalb des Kantons interessiert sich bis heute niemand für dieses Thema, und das Problem wird nicht wahrgenommen. Das muss ändern. Der Votant bittet deshalb, die Motion zu überweisen.

**Philip C. Brunner** unterstützt das Votum seines Vorredners. Auch *er* ist ein Liberaler, auch *er* hat den Eid geschworen – und er sieht in der Überweisung der vorliegenden Motion eigentlich kein Problem. Das Problem NFA ist aber nicht nur ein Problem der FDP. Wenn man die Motion liest, bekommt man das Gefühl, es gebe nur den Herrn Pezzatti und den Herrn Eder, die sich in Bern für den Kanton Zug einsetzen. Dem ist nicht so. Die FDP sei auch daran erinnert, wer damals, als es um die entscheidenden Fragen zum NFA ging, Zuger Finanzdirektorin war. Und welche Ständeräte haben sich damals in Bern für den NFA eingesetzt und dem Kantonsrat erklärt, es gebe da zwar einen Beta-Faktor etc., was aber kein Problem sei? Der Kanton Zug ist mit einem Betrag von 121 Mio. Franken gestartet, der Rest der Geschichte ist bekannt.
Der Votant wird die Überweisung der Motion unterstützen. Er bittet die FDP aber, Sachpolitik zu machen und nicht im Kantonsrat mit der NFA-Problematik Wahlkampf zu betreiben.

**Stefan Gisler** bittet Philip C. Brunner um Nachsicht: Die Wahlen stehen halt bevor, und man darf der FDP durchaus etwas Werbung für die Wahlen zugestehen.
Der US-amerikanische Autor Henry David Thoreau schrieb 1849 den weltberühmten Essay «Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat». Er hatte sich geweigert, dem Staat Steuern zu zahlen, weil er die Sklaverei nicht guthiess. Böse Zungen behaupten allerdings, er hätte einfach eine gute Ausrede für seine Steuerschulden gesucht. Item: Auch die FDP ruft mit der vorliegenden Motion zum Ungehorsam gegen den Staat auf. Sie will einen Teil des gemäss heutiger verbindlicher Regelung geschuldeten NFA-Beitrags auf ein Sperrkonto einzahlen, dies weil sie unzufrieden ist mit dem von Volk und Bundesparlament bestimmten NFA-Mechanismus. Zugegeben: Friedlicher ziviler Ungehorsam zur rechten Zeit und zur rechten Sache hat auch für den Votanten seinen Reiz. Dennoch wendet er sich mit einem **Antrag** auf Nichtüberweisung klar gegen diese Form des Widerstands gegen

Bundesparlament und Volk. Der Kantonsrat muss gut überlegen, welches Signal er aussendet, wenn er eine solche Motion gutheissen würde. Er würde ein Präjudiz für die mit dem Staat Unzufriedenen schaffen. Jeder und jede könnte sich künftig auf den Kantonsrat berufen, wenn er aus dem einen oder anderen guten oder weniger guten Grund seine Steuern nicht mehr bezahlen will. Wo käme man hin, wenn beispielsweise Gegner des Stadttunnels nach einem Ja durch das Volk die erhöhten Motorfahrzeugsteuern nicht zahlen würden? Oder wenn die Stadt Zug – der Votant als Stadtzuger ist unzufrieden mit der Höhe des ZFA-Beitrags – nur noch denjenigen ZFA-Teilbetrag bezahlen würde, der sie richtig dünkt?
Bereits im November wies der Votant den Rat darauf hin, dass die Höhe des NFA-Beitrags auch ein hausgemachtes Problem ist; mehr dazu wird er bei den anderen NFA- bzw. USR-III-Vorstössen der FDP sagen. Er sagte auch, dass der NFA durchaus angepasst werden sollte. Dazu braucht es gutes Lobbying und Verhandlungsgeschick. Die vorliegende Motion aber ist kontraproduktiv: Mit solchen Drohungen und – wie es Thomas Lötscher ausgedrückt hat – einem Aufstehen gegen Bern erntet man bei der Mehrheit der anderen Kantonsvertreter in Bern im besten Fall ein Kopfschütteln, aber sicher kein *Goodwill*. Der Votant fordert den Rat auf, wie die Regierung den konstruktiv-demokratischen Weg zu gehen und die Motion nicht zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 42 zu 25 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

**53** Traktandum 3.2: **Motion von Silvan Hotz betreffend Umsetzung Strategie 2015–2018 «Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium» und Überprüfung des Langzeitgymnasiums im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 vom 12. Dezember 2014 (Vorlage 2466.1 - 14845)**

**Cornelia Stocker** stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Die Regierung hat ein Entlastungsprogramm in Arbeit, auf dessen Erkenntnisse und Resultate alle gespannt warten. Am 11. Dezember hat das Parlament den Strauss der SP-Vorstösse zu diesem Entlastungsprogramm genau deshalb nicht überwiesen. Und jetzt kommt – aus einer anderen Küche – wieder eine Motion, die sich ebenfalls auf das Sparpaket bezieht, wenn auch nur indirekt. Die FDP ist durchaus bereit, über die Stärkung des schulischen Weges über die Sekundarschule zu diskutieren, dies aber nicht im Rahmen des Entlastungsprogramms. Didaktische Gesichtspunkte sind mindestens so hoch zu gewichten wie ökonomische.
Die FDP dankt für die Unterstützung ihres Antrags. Mit der Nichtüberweisung der Motion würde der Rat Konsequenz beweisen.

➔ Mit 31 Ja- und 37 Nein-Stimmen beschliesst der Rat, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum von zwei Dritteln (§ 44 Abs. 2 GO KR) wird nicht erreicht.

**54** Traktandum 3.3: **Motion von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Beni Riedi, Rainer Suter und Thomas Werner betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes – Liberalisierung des Anforderungsprofils für die beruflich mit der Sozialhilfe befassten Personen vom 13. Januar 2015 (Vorlage 2472.1 - 14858)**

**Urs Raschle** legt einleitend seine Interessenbindung offen: Als Sozialvorsteher der Stadt Zug ist er auch Mitglied der Konferenz der Sozialvorsteherinnen und -vorsteher des Kantons Zug, welche intensiv über die vorliegende Frage diskutiert hat.
Gemäss § 10 Abs. 1 des Gesetzes über Sozialhilfe im Kanton Zug sorgen die Einwohner und Bürgergemeinden dafür, dass Hilfesuchende «die nötige Sozialhilfe und fachliche Beratung *durch für diese Aufgabe ausgebildetes Personal*» erhalten. Diese Formulierung wurde anlässlich der Revision des Sozialhilfegesetzes im Jahr 2006 neu aufgenommen und ist seit dem 1. Januar 2008 in Kraft. Sie hat insbesondere dazu geführt, dass die Bürgergemeinden ihre Aufgaben in der Sozialhilfe den Einwohnergemeinden übertragen haben.
Die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialdienste sind sehr hoch. Die Arbeit ist belastend und wird immer komplexer, die Fälle werden zunehmend schwieriger und anforderungsreicher. Dafür braucht es – wie in allen anderen Berufen auch – ausgebildetes Personal, nämlich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit einem Abschluss auf Hochschulniveau. Bereits heute arbeiten verschiedene berufliche Disziplinen bei den Sozialdiensten der Gemeinden. Insbesondere sind dies kaufmännische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche für die administrativen und buchhalterischen Aufgaben zuständig sind.
Die Sozialen Dienste der Stadt Zug sind dem Departement des Votanten unterstellt. Auch wenn er noch nicht lange im Amt ist, hat er doch eines bereits feststellen können: Die Arbeit der Sozialarbeiterinnen und -arbeiter kann nicht einfach delegiert werden. Sie verfügen über ein breites fachliches und spezialisiertes Wissen und sind für die Beratungen speziell geschult. Und darauf haben die Klientinnen und Klienten, also die Bürgerinnen und Bürger, ein Anrecht. Niemand würde es schätzen, wenn er oder sie statt von einem Arzt von einem Arztgehilfen behandelt würde. Dasselbe gilt auch für die Sozialarbeit. Es ist deshalb wichtig, dass § 10 Abs. 1 des Sozialhilfegesetzes nicht geändert wird. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

Mitmotionär **Thomas Werner** muss keine Interessenbindung offenlegen und sich auch nicht für die Sozialarbeiter einsetzen. Er ist aber Steuerzahler im Kanton und in der Gemeinde Unterägeri. Und das ist der springende Punkt. Es steht in der Motion nicht, dass kein ausgebildetes Personal eingesetzt werden dürfe. Es steht vielmehr, dass die *Gemeinden* entscheiden sollen, wie ihr Personal ausgebildet sein soll. Der Votant versteht nicht, weshalb man mit dem vorher zitierten Gesetzestext die Gemeinden in ihrer Entscheidung einschränkt. Der Votant bittet, die Motion zu überweisen, damit der fragliche Artikel überarbeitet werden kann.

Mitmotionär **Philip C. Brunner** weiss, dass der Ratspräsident in einem Zeitungsinterview gesagt hat, er werde ein Votum sofort unterbrechen, wenn Stadtzuger Parlamentarier im Kantonsrat stadtzugerische Politik machen. Trotzdem: Der Votant ist etwas erstaunt über das Votum von Stadtrat Urs Raschle. Die Stadt Zug gibt für den Bereich Soziale Dienste pro Jahr brutto rund 13 Mio. Franken aus, was mehr ist, als verschiedene Gemeinden zusammen an Steuern abliefern. Und da fordert Urs Raschle, dass diese Motion, die der Stadt nur zugutekommt, nicht überwiesen werden soll! Natürlich müssen ein paar Mitarbeiter der Sozialdienste Hochschulniveau haben, aber beileibe nicht alle. Diese anderen müssen ein grosses Herz

und helfende Hände haben, damit den betroffenen Personen geholfen werden kann. Es besteht ganz allgemein das Problem, dass man an Diplome und zu wenig an die Herzen und Hände glaubt – so nach Pestalozzi.

**Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Sozialarbeiter und Leiter Sozialdienst in der Gemeinde Baar. Er muss seinen Vorredner korrigieren: Ein grosses Herz reicht nicht. Heinrich Pestalozzi hat von Kopf, Herz und Hand gesprochen; es braucht also auch den Kopf. Die Arbeit im Sozialdienst braucht Fachleute. Und zu Thomas Werner: Wie wäre es denn, wenn man sagen würde, es brauche für die polizeilichen Aufgaben keine ausgebildeten Polizisten mehr; es reiche, wenn dafür nur noch jeder Fünfte ein Polizist sei, und man im Übrigen Polizeiassistenten und -assistenten nehmen könne? Und wie wäre es, wenn man sagen würde, der Staat müsse keine Rechtsanwälte mehr prüfen, schliesslich könne jeder – mit einem grossen Herz – vor Gericht andere Leute vertreten? Der Votant lädt alle Ratsmitglieder ein, ihn beim Sozialdienst zu besuchen und sich die Komplexität der Arbeit aufzeigen zu lassen. Er unterstützt den Antrag, die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 zu 18 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

**55** Traktandum 3.4: **Postulat von Rainer Suter betreffend Fahrstreifenwahl auf der Autobahn A4 von der Blegi-Kurve bis und mit Ausfahrt Rotkreuz vom 5. Januar 2015 (Vorlage 2469.1 - 14852)**

➔ Der Rat überweist das Postulat stillschweigend an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 7 (Fortsetzung)

**56** **Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen**
Vorlagen: 2377.1/1a - 14649 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2377.2 - 14650 (Antrag des Regierungsrats); 2377.3/3a/3b/3c - 14835 (Bericht und Antrag der Bildungskommission); 2377.4/4a - 14848 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung der 1. Lesung)

**§ 21 Abs. 4**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** korrigiert: § 21 Abs. 4 muss gestrichen werden. Das ergibt sich logisch aus der vorherigen Ablehnung von § 6a als Ganzes.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**§ 30 Abs. 1**
**§ 30 Abs. 6**
**§ 32a Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3**
**Titel nach § 32a**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission jeweils dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 32b**

**Esther Haas** wiederholt, was sie schon in der Eintretensdebatte gesagt hat: Die ALG stellt sich vor, dass der Kantons für die Installierung der Grund- oder Basisstufe eine Anschubfinanzierung leistet. Sie stellt deshalb den folgenden **Antrag:** § 32b Abs. 3 (neu): In Form einer Anschubfinanzierung gewährt der Kanton der Gemeinde bei der Umstellung auf Basis- oder Grundstufe einen einmaligen Beitrag.» Die ALG denkt hier an kostenlose Angebote für Weiterbildungsgefässe für Lehrpersonen, an Informationsveranstaltungen für Eltern und Schulinteressierte oder an Wissenstransfer für räumliche Veränderungen. Dieser Antrag zielt auch darauf ab, dass Abläufe und Wissen, das bereits einmal generiert wurde, nicht noch zehn Mal – von jeder weiteren Gemeinde – neu erarbeitet werden soll.

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, teilt mit, dass der Antrag der ALG neu ist und in der Bildungskommission nicht diskutiert werden konnte. Generell kann man sagen, dass mit der Verankerung der Grund- und Basisstufe ein Schulversuch in Oberägeri ins Schulgesetz aufgenommen wird. Aufgrund der guten Erfahrungen in Oberägeri will man dort mit diesem Schulmodell weiterfahren. Die Bildungskommission stimmt mit 4 zu 7 Stimmen der Verankerung dieser Möglichkeit für die Gemeinden im Gesetz zu. Sie nimmt damit nicht zum Modell der Grund- und Basisstufe selbst Stellung. Sie überlässt es den Gemeinden, sich für ein Modell zu entscheiden. Auch bei Fachleuten ist nicht unumstritten, welches Modell zu bevorzugen sei. Wie das Beispiel Oberägeri zeigt, kann in jeder Gemeinde über die Ein- und Weiterführung einer Grund- oder Basisstufe auch eine politische Debatte geführt werden. Für die Bildungskommission ist die Autonomie der Gemeinden in dieser Frage höher zu gewichten als die Harmonisierung der Modelle in den ersten zwei Jahren der Schulpflicht. Wenn Oberägeri die Basisstufe weiterführen möchte, so soll dies der Kanton nicht verbieten. Bei einem Schulortwechsel sind für die betroffenen Kinder keine Nachteile zu erwarten.

Auch für **Beat Wyss** geht es hier darum, dass die Oberägerer selber sollen entscheiden können, ob sie die Grundstufe wollen oder nicht. Er schickt vorweg, dass jedes Schulsystem nur so gut ist wie seine Lehrerinnen und Lehrer.
In der Grundstufe werden die zwei Jahre Kindergarten und die 1. Klasse gemeinsam unterrichtet. Die individuelle Förderung der Kinder ist das Hauptthema. Kinder, die schon beim Eintritt in die Grundstufe oder im Kindergarten lesen, rechnen oder schreiben können, werden nicht gebremst, sondern gefördert, so dass sie die dreijährige Grundstufe in zwei Jahren schaffen. Die Kinder, die lieber noch ein bisschen spielen und noch nicht so reif sind, dürfen das auch. Sie können die dreijährige Grundstufe in vier Jahren durchlaufen. So ergibt sich eine ausgeglichenere 2. Klasse. Ein grosser Vorteil ist auch, dass die Kinder nicht eine Klasse wiederholen

müssen. Sie sind immer mit den gleichen *Gspändli* zusammen, ob die Grundstufe nun zwei, drei oder vier Jahre dauert. Ende Schuljahr gehen ungefähr acht Kinder, und es kommen acht neue Kinder in die gleiche Klasse, und alle fühlen sich wohl. Die Grundstufe ist für kleine Nebenstandorte wie beispielsweise Morgarten geeignet. Mit drei Jahrgängen kommen genügend Kinder aus dem Dorf zusammen, um eine Grundstufenklasse zu führen. Weil es vor ein paar Jahren in Morgarten zu wenige Kindergärtler hatte, um einen eigenen Kindergarten zu führen, mussten die Kindergärtler von der Naas um den halben See herum nach Oberägeri in den Kindergarten fahren. Mit drei Jahrgängen reicht es, eine Grundstufe zu führen. Die Grundstufe ist also auch für kleine Schulstandorte ein Vorteil. Eventuell gibt es in Zukunft auch in Alosen eine Grundstufe; damit wäre auch das Problem mit dem überfüllten Schul- bzw. ZVB-Bus gelöst.
Der Votant bittet, den Oberägerern momentan die Grundstufe zu lassen, wie es im Gesetz vorgeschlagen ist. Die Oberägerer werden in diesem oder im nächsten Jahr darüber abstimmen, ob sie beibehalten wird oder nicht. Es ist wichtig, dass dieser Entscheid in der Gemeinde selbst getroffen werden kann. Schon jetzt kann man sagen, dass es eine «heisse» Abstimmung geben wird, denn auch in Oberägeri gibt es Leute, die es gut finden, wie es früher war. Zusammengefasst: Die Grundstufe ist eine gute Sache, besonders für Oberägeri mit den zwei zusätzlichen Dörfern Alosen und Morgarten. Zu bedenken ist auch, dass das vorliegende Gesetz für die Zukunft gemacht wird, nicht für die Vergangenheit.

**Beni Riedi:** Obwohl die SVP grundsätzlich für eine möglichst hohe Gemeindeautonomie einsteht und die Gemeinden in der Verantwortung für die Bildung möglichst wenig einschränken will, ist hier ein klarer politischer Entscheid gefordert. Ein genereller Verzicht auf das Konzept der Grund- oder Basisstufe kann in den Gemeinden Projektdruck wegnehmen. Zusätzlich befürchtet die SVP, dass über kurz oder lang mit den Lehrpersonen Konflikte um die «gerechte» Einstufung auftauchen würden. Die SVP-Fraktion stellt deshalb **Antrag** auf Streichung der neuen § 32b und § 32c.

**Zari Dzaferi:** Die SP-Fraktion findet es nicht sinnvoll, dass im Kanton zu viele Schulsysteme entstehen. Sie hat den Eindruck, dass sich der Regierungsrat hier etwas vor dem Entscheid drückt. Es ist nicht zielführend, wenn letztendlich jede Gemeinde ein anderes System hat. Das Schweizer Schulwesen ist bereits heute ein Flickenteppich. Der Kanton Zug sollte deshalb dafür schauen, dass er zumindest seinen Flecken nicht noch weiter zerlegt.
Die SP-Fraktion kann aber damit leben, dass die Gemeinde Oberägeri eine Basisstufe einführt. In Einzelfällen, wo dies aus geografischen oder demografischen Überlegungen Sinn macht oder viele Vorteile bringt, sollte die Grund- oder Basisstufe bewilligt werden können. Die SP möchte diese Möglichkeit aber beschränken. Sie stellt deshalb den **Antrag,** den Einleitungssatz in § 32b Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Die Gemeinden sind *in begründeten Einzelfällen* berechtigt»; Bst. a und b bleiben unverändert. Gleichzeitig müsste § 66 Abs. 3 des Schulgesetzes um einen Bst. t mit folgendem Wortlaut ergänzt werden: «[Die Direktion für Bildung und Kultur] entscheidet über die Begründetheit der Einführung der Grund- oder Basisstufe.»

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** äussert sich zuerst zur Frage, ob man das Modell Grund- oder Basisstufe überhaupt zulassen soll, also zum SVP-Antrag auf Streichung von § 32b und 32c. Man muss konstatieren, dass die «altersgemischte Eingangsstufe», wie der Oberbegriff für die Grund- oder Basisstufe fachlich korrekt lautet, nicht mehr als *das* zukünftige Schulmodell angesehen wird wie noch vor fünf oder zehn Jahren. Schon die Tatsache, dass der Kanton Zürich im letzten Jahr ent-

schieden hat, aus diesem Modell auszusteigen und bereits eröffnete Grund- und Basisstufen wieder in jahrgangsgetrennte Klassen aufzulösen, deutet darauf hin, dass sich dieses Modell nicht durchsetzen wird. Es steht aber auch fest, dass es sinnvoll sein kann, diese Organisationsform zu wählen, etwa bei kleinen Jahrgängen in kleinen Schulhäusern, wo man Klassen über drei oder vier Jahrgänge bilden können muss, um Schulstandorte zu erhalten. Beat Wyss hat das am Beispiel von Oberägeri erläutert, vielleicht kann es aber auch in anderen Gemeinden notwendig werden. Zwar ist dem Bildungsdirektor nicht bekannt, dass im Moment dieses Modell in einer anderen Gemeinde konkret zur Debatte steht, er fragt bei Schulbesuchen aber regelmässig danach und weiss, dass sich die Gemeinde Risch entsprechende Überlegungen für den Standort Holzhäusern und Buonas machte; auch Steinhausen erwog eine Zeitlang die Einführung der Grund- und Basisstufe. Auf diesem Hintergrund ist der Regierungsrat der Meinung, die Möglichkeit einer Grund- und Basisstufe solle gesetzlich verankert werden. Die Gemeinden erhalten dadurch Spielraum und können ihre Strukturen entsprechend gestalten, und man kann den Entscheid, ob eine Grund- oder Basisstufe eröffnet werden soll, getrost den Gemeinden überlassen. Und wie bereits gehört: Für die Schulqualität sind die Lehrpersonen viel entscheidender als die Strukturen. In diesem Sinn hat sich die Regierung auch nicht um einen Entscheid herumgedrückt, sie hat sich vielmehr entschieden, bei den Strukturen Vielfalt zuzulassen, aber die Lehrpersonen zu stärken – so der Antrag für das Lehrpersonalgesetz, das der Kantonsrat in Bälde ebenfalls wird behandeln können. Man soll den Gemeinden diesen Spielraum also lassen, zumal sich die Grund- oder Basisstufe, wie die Anreize gesetzt sind, eh nur dort etablieren wird, wo es finanzpolitisch und schulorganisatorisch Sinn macht.
Die Forderung der ALG nach einer Anschubfinanzierung bzw. der Antrag auf einen neuen Abs. 3 widerspricht dem Ansinnen der Regierung, den Entscheid den Gemeinden zu überantworten. Auch ist eine kostenlose Weiterbildung mittlerweile systemwidrig. Im PH-Gesetz wurden – als Restanz aus dem ZFA und mit einigen Jahren Verzögerung – die Weiterbildungskosten an die Gemeinden delegiert. Zwar finanziert der Kanton die Weiterbildung an der PH Zug mit einem Sockelbetrag von jährlich 500'000 Franken, die tatsächlichen Kosten aber müssen jetzt die Gemeinden tragen. Das war in Zusammenhang mit der Aufgabenteilung innerhalb des Kantons immer so vorgesehen, und es macht wenig Sinn, diesen Systemwechsel wieder rückgängig zu machen. Mit dem Vorschlag einer Informationsveranstaltung rennt die ALG offene Türen ein. Die Organisation von solchen Veranstaltungen ist klar Aufgabe der Gemeinden, wobei der Kanton schon heute und auch in Zukunft mit seinen Fachleuten gerne mithilft, dass sachgerecht und komplett informiert werden kann. Auch der Wissenstransfer in baulichen Fragen ist bereits sichergestellt. Es bestehen auch Kontakte zu anderen Kantonen, wo es Handreichungen dazu gibt. Der Kanton macht aber, seit er sich im Rahmen des ZFA von der Mitfinanzierung von Schulhausbauten zurückzog, keinerlei Vorschriften bezüglich solcher Bauten mehr, die von den Gemeinden zwingend einzuhalten wären. Der Bildungsdirektor lehnt deshalb eine Mitfinanzierung von Umbauten an Schulhäusern ab, ganz nach dem Motto: Wer nicht befiehlt, zahlt auch nicht. Er bittet auch den Rat, dem Antrag der ALG zu Abs. 3 nicht zu folgen.

Der **Vorsitzende** legt folgendes Vorgehen fest:
- § 32b Abs. 1: Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion zum Einleitungssatz.
- § 32b Abs. 2: Abstimmung über den Streichungsantrag der Stawiko.
- Abstimmung über § 32b Abs. 3 (neu) gemäss Antrag ALG.
- Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 32b und § 32c.

*§ 32b: Überschrift*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Überschrift sich je nachdem ändert, ob der Rat Abs. 2 beibehält oder streicht. Die Staatskanzlei wird diese Anpassung vornehmen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden

*§ 32b Abs. 1*

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion auf Erweiterung des Einleitungssatzes mit 47 zu 20 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 32b Abs. 2*

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der Staatswirtschaftskommission mit 41 zu 25 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 32b Abs. 3 (neu)*

Der **Vorsitzende** liest den Antrag der ALG nochmals vor: «In Form einer Anschubfinanzierung gewährt der Kanton der Gemeinde bei der Umstellung auf Basis- oder Grundstufe einen einmaligen Beitrag.»

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG auf einen neuen Abs. 3 mit 58 zu 7 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung des ganzen § 32b mit 51 zu 16 Stimmen ab.

**§ 32c Abs. 1 und Abs. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen. Er hält ferner fest, dass der Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 32c mit der Beibehaltung von § 32b hinfällig geworden ist.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**§ 35 Abs. 5**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass einerseits der Antrag des Regierungsrats und andererseits der Antrag der Bildungskommission und der Staatswirtschaftskommission vorliegen. Der Regierungsrat schliesst sich den beiden Kommissionen an.

**Martin Pfister** teilt mit, dass die Bildungskommission mit 7 zu 3 Stimmen dem Vorschlag des Regierungsrats zustimmte, für die Schulevaluation von Sonderschulen mit externen Fachleuten zusammenzuarbeiten. Es ist aus Sicht der Kommission

wichtig, dass auch die Qualität der Sonderschulen regelmässig evaluiert und verbessert wird. Die Kommission will jedoch keine Delegation dieser Aufgabe an Dritte. Sie betont die Verantwortung und die Führungsaufgabe des Kantons Zug bei der externen Schulevaluation. Es müssen für alle Schule im Kanton Zug die gleichen Standards angewendet werden. Zudem soll bei der DBK auch im Bereich der Sonderschulen *Know-how* aufgebaut werden. Drei Kommissionsmitglieder argumentierten generell gegen die externe Evaluation von Sonderschulen. Diese sei nicht nötig und käme zudem auch ausserkantonalen Schülern an den Zuger Sonderschulen zugute. Mit der beantragten neuen Formulierung von § 35 Abs. 5 betont die Bildungskommission einerseits die Rolle des Kantons bei der externen Evaluation der Sonderschulen und streicht andererseits die selbstverständlichen und damit überflüssigen Bemerkungen zu den Leistungsvereinbarungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Bildungskommission.

**§ 53 Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko beantragt, die Mitarbeit der Lehrer als Verpflichtung zu formulieren. Die Bildungskommission schliesst sich dem Antrag des Regierungsrats an.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** macht beliebt, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Er vermutet, dass der Stawiko zu wenig bewusst war, dass hier die Mitarbeit von *gemeindlichen* Angestellten auf kantonales Aufgebot hin geregelt ist. Die Bildungsdirektion organisiert also den Anlass, und gemeindliche Angestellte, nämlich die Lehrpersonen, müssen daran teilnehmen. Die Teilnahme muss hier geregelt werden, weil es sich um ein Zugeständnis der Gemeinden an den Kanton handelt. An den gemeindlichen Schulen im Kanton Zug gibt es rund 1000 Vollzeitstellen für Lehrpersonen, verteilt auf 1400 Einzelpersonen. Wenn die Bildungsdirektion diese Lehrpersonen für einen halben Tag aufbietet, ergibt das 700 Manntage bzw. 3 Mann- oder Lehrpersonenjahre. Das sind einige hunderttausend Franken. Es ist also ein grosses Zugeständnis der Gemeinden an den Kanton, weshalb die von der Regierung vorgeschlagene Formulierung entsprechend austariert ist: Die Teilnahme an kantonalen Anlässen ist für gemeindlichen Angestellte verpflichtend, aber zeitlich gegen oben limitiert. Wo davon gesprochen wird, dass die Lehrpersonen zur Mitarbeit berechtigt, aber nicht verpflichtet sind, geht es um die Mitarbeit von vielleicht fünf, zehn oder zwanzig Lehrpersonen in Fachgremien, aber nicht von 1400. In irgendeiner Fachgruppe möchte der Bildungsdirektor wirklich nur fünf oder zehn Personen haben, nicht alle 1400 Lehrpersonen. Er bittet deshalb, bei der ursprünglichen Fassung der Regierung zu bleiben. Sie ist mit den Gemeinden ausgehandelt und *verhebt* sachlich.

➔ Der Rat genehmigt mit 47 zu 18 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

**§ 53 Abs. 2**

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, hält fest, dass sich der Bildungsdirektor eben dafür ausgesprochen hat, bei Abs. 2 dem Vorschlag des Regierungsrats zu folgen. Die Bildungskommission war der Meinung, dass sie hier eine sprachlich besser verständliche Formulierung vorschlage. Der Votant bittet den Bildungs-

direktor, dem Rat zu erklären, worin der Unterschied zwischen den zwei Formulierungen liegt und weshalb man an der Formulierung der Regierung festhalten soll.

Für Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht es primär um zwei Punkte:
• Finden die Anlässe während oder ausserhalb der Unterrichtszeit statt? Und als Folge davon: Muss die Schule dafür ausfallen oder nicht? Mit der Formulierung des Regierungsrats ist es denkbar, dass diese Anlässe auch während der Unterrichtszeit stattfinden könnten. So könnte beispielsweise an einem Mittwoch eine ganztägige Veranstaltung zum Lehrplan 21 stattfinden. Die Gemeinden geben den Schulkindern frei, die Veranstaltung findet also zur Hälfte während und zur Hälfte ausserhalb der Unterrichtszeit statt. Mit der Variante der Bildungskommission müssten für dieselbe Veranstaltung zwei Mittwochnachmittage oder ein Samstag aufgewendet werden.
• Der zweite Unterschied betrifft die Kadenz der Anlässe. Der Bildungsdirektor hat nicht die Absicht, für einen Anlass 700 Manntage aufzuwenden, wenn dieser nicht unbedingt nötig ist – und es ist nicht anzunehmen, dass jedes Jahr ein so wichtiges Thema ansteht, dass die Lehrpersonen aus den Gemeinden ausserhalb der Unterrichtszeit für einen halben Tag zusammengerufen werden müssen, nicht zuletzt auch, weil solche Anlässe auch für den Kanton mit grossem Aufwand verbunden sind. Die Variante der Bildungskommission enthält die – auch in Lehrerkreisen bestehende – Erwartung, dass solche Veranstaltungen in der Regel jährlich stattzufinden hätten, während in der Variante des Regierungsrats nur formuliert wird, dass die gemeindlichen Angestellten nur während eines halben Tages pro Jahr beansprucht werden dürfen. Anders gesagt: Mit der Variante der Bildungskommission muss der Bildungsdirektor begründen, wenn er *keine* Veranstaltung durchführt, während er mit der Variante des Regierungsrats begründen muss, *dass* er eine Veranstaltung durchführt. So sollte man die zwei Varianten in der Regel auslegen. Der Bildungsdirektor empfiehlt, der Fassung des Regierungsrats zuzustimmen.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** stellt fest, dass die Unterschiede, die der Bildungsdirektor jetzt aus den zwei Varianten herausliest, nicht der Absicht der Bildungskommission entsprechen. Die Kommission glaubte vielmehr, mit ihrer Formulierung genau das zu treffen, was der Bildungsdirektor jetzt *seiner* Formulierung zuschreibt. Die gemeinsame Absicht war, dass man einmal im Jahr an einem Mittwoch eine solche Veranstaltung durchführen *kann,* nicht muss. In diesem Sinn sind die zwei Formulierungen inhaltlich identisch, und der Kommissionspräsident kann keinen Rat geben, für welche Variante man sich entscheiden soll.

➔ Der Rat genehmigt mit 36 zu 24 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

**§ 53 Abs. 3**
**§ 63 Abs. 4 Bst. h**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission jeweils sich dem Regierungsrat anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 64 Abs. 2 Bst. f1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass einerseits der Antrag des Regierungsrats und andererseits der Antrag der Bildungskommission und der Staatswirtschaftskommission vorliegen. Der Regierungsrat schliesst sich den beiden Kommissionen an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Bildungs- und der Staatswirtschaftskommission.

**§ 65 Abs. 3 und Abs. 3a**
**§ 66 Abs. 3 Bst. k1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 66 Abs. 3 Bst. s**

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass drei Anträge vorliegen und es demnach eine Dreifachabstimmung gibt.

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, hält fest, dass sich die Anträge der Bildungskommission und der Stawiko nur darin unterscheiden, dass die Stawiko-Version die Wendung «in der Regel» enthält. Die Bildungskommission schliesst sich dem Antrag der Stawiko an.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** stellt sich auf den Standpunkt, dass hier primär zwischen den Varianten der Regierung und derjenigen der Bildungskommission gewählt werden muss, weil sich sonst Inkonsistenzen ergeben. Seines Erachtens leitet sich aus dem Entscheid zum vorherigen Antrag logisch her, dass auch hier die Variante der Regierung zu unterstützen sei.

➔ Rat folgt mit 37 zu 25 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

**II. Fremdänderungen**

***Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) vom 21. Oktober 1976***

*§ 6 Abs. 2 Bst. A*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Bildungskommission beantragt, die Bezeichnung «Vorschulstufe» durch «Kindergartenstufe» zu ersetzen. Die Staatswirtschaftskommission und der Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Bildungskommission.

*§ 6 Abs. 2 Bst. B: Überschrift und Bst. a1*
*§ 6$^{ter}$ Abs. 2a*
*§ 17 Abs. 1 Bst. b*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990***

*§ 6 Abs. 1*
*§ 18 Abs. 2*
*§ 20 Abs. 3*
*§ 21 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission den Anträgen des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**III. Fremdaufhebungen**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**IV. Regelungen zum Referendum und Inkrafttreten**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat eine andere Regelung zum Inkrafttreten beantragt: «Diese Änderungen unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung. Sie treten nach unbenutzter Referendumsfrist oder nach der Annahme durch das Volk an dem vom Regierungsrat bestimmten Zeitpunkt in Kraft.»

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung

TRAKTANDUM 8

**57 Änderung des Energiegesetzes**

Vorlagen: 2433.1 - 14765 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2433.2 - 14766 (Antrag des Regierungsrats); 2433.3/3a - 14837 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Anna Bieri,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, informiert, dass sich die zur Debatte stehende Änderung des Energiegesetzes nur mit einem Teilaspekt, dem Umgang mit den sogenannten *Smart Meters*, befasst, welcher als Konsens-Artefakt aus der letzten Teilrevision des Energiegesetzes im Frühjahr 2013 übrig

blieb. Die Erkenntnis, dass das Potenzial zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen durch *Smart Meters* einer Regelung bedarf, wurde dannzumal nicht in Frage gestellt. Martin Stuber und die Sprechende haben deshalb nach der Ablehnung der Teilrevision in der Schlussabstimmung eine entsprechende Motion eingereicht.
Die vorberatende Kommission hat – trotz der damaligen breiten Abstützung im Kantonsrat – versucht, sämtlichen Aspekten und Anspruchsgruppen einer allfälligen Regelung gerecht zu werden:
• Perspektive des Datenschutzes: Es ist offensichtlich, dass *Smart Meters* ein Potenzial haben, welches ungeregelt dem Datenschutz zuwiderläuft: Wann ist man in der Badewanne, ist überhaupt jemand zu Hause etc.? Der Datenschutzbeauftragte hat sich deshalb sehr intensiv an der Diskussion beteiligt und die verschiedenen Aspekte sehr präzise in die einzelnen Absätze eingebracht. Nach den Vorgesprächen mit ihm konnte der Regierungsrat einen aus Sicht des Datenschutzes guten und sinnvollen § 4a vorlegen.
• Perspektive der Netzbetreiber: Für die Kommission war es wichtig, keine Schreibtischtäter-Paragrafen zu kreieren. Kommen die Unternehmen, die von diesem Paragrafen direkt Betroffenen, damit klar? Mehr noch: Ist er für sie gar ein Klumpfuss, eine Hürde im Tagesgeschäft? Bereits bei der Teilrevision im Frühjahr 2013 kommunizierte die WWZ unmissverständlich, dass sie eine klare, jedoch nicht erwürgende Regelung begrüsse. Es ist für die WWZ eine Erleichterung, nicht für jede einzelne Überbauung eine Sonderregelung aushandeln zu müssen. In der Kommission unterstrich der Leiter Betrieb Netze der WWZ, dass diese am vorliegenden Lösungsvorschlag konstruktiv mitarbeiten konnte und mit dem so zustande gekommenen Vorschlag zufrieden sei. Die WWZ begrüsst diesen Paragrafen und die damit geschaffenen klaren Verhältnisse, insbesondere die grundsätzliche Erlaubnis für *Smart Meters*, geknüpft an klare Bedingungen und Regelungen. Der Mehraufwand für eine einmalige Umprogrammierung sei vertretbar.
• Perspektive des Konsumenten: Abgesehen davon, dass der Konsument durch § 4a vor ihm nicht bewussten Erhebungen von Daten über ihn geschützt sein wird, hat der Paragraf für ihn nur marginale Konsequenzen. Betrachtet man die Systematik des Paragrafen, so wird in Abs. 1 die grundsätzliche Erlaubnis zum Einsatz von *Smart Meters* gegeben; Ausnahmen und Regelungen folgen. Der Konsument ist grundsätzlich absolut frei, insbesondere aufgrund von Abs. 6, sämtliche Daten für sich zu erheben und auszuwerten bzw. auswerten zu lassen. Zusätzliche Kosten entstehen ihm durch diesen Paragrafen nicht.
• Perspektive des Kantons Zug im schweizerischen Kontext: Der Kommission war es wichtig, bei diesem Thema mit dem Denken nicht an der Kantonsgrenze halt zu machen. Insbesondere wurde die Strommarktöffnung 2018 thematisiert. Es war zum Zeitpunkt der Kommissionssitzung und ist – Irrtum vorbehalten – auch heute noch nicht festgelegt, ob und wenn ja, in welcher Form der Bund den Datenschutzaspekten Rechnung tragen will und wird. Eine allfällige Regelung würde selbstverständlich das kantonale Recht derogieren. Im Extremfall hätte Zug also eine Lösung, welche nur einige Jahre in Kraft ist. Die Kommission ist jedoch der Meinung, dass sich für dieses Zeitfenster eine gute kantonale Lösung lohnt, vor allem auch da dieser Paragraf bei einer späteren, anderslautenden Vorgabe keine Hindernisse schaffen wird.
Die Kommission ist der Meinung, mit dieser Lösung allen Perspektiven Rechnung zu tragen. Dass sich alle direkt Beteiligten für diesen § 4a aussprachen, überzeugte sie. Sie trat mit 12 zu 1 Stimme ohne Enthaltung auf die Vorlage ein. Die Änderungen, welche die Kommission in der Detailberatung vornahm, sind allesamt konkretisierender oder klärender Natur. Die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den erwähnten Änderungen zuzustimmen. Weiter beantragt

sie, die Motion Bieri/Stuber erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Die CVP-Fraktion empfiehlt, den Kommissionsanträgen zu folgen.
Abschliessend dankt die Kommissionspräsidentin den Kommissionsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit sowie der Verwaltung und den Gästen für die fachliche Unterstützung.

**Rainer Suter** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Sein Arbeitgeber ist die WWZ Energie AG.
In der Schweiz wird der Umgang mit dem *Smart Meter* sehr unterschiedlich gehandhabt. Das Stadtwerk Winterthur verweist lediglich in den Allgemeinen Lieferbedingungen (ALB) auf die *Smart Meter*-Handhabung hin. Diese Bestimmung steht bei einem Rechtstreit vermutlich auf wackligen Beinen, und ihre Standfestigkeit muss in Frage gestellt werden. Beim *Smart Meter*, auch bekannt als «Intelligenter Zähler», können zwei verschiedene Messapparate unterschieden werden: der Haushaltszähler, der die Kilowattstunden im Hochtarif und im Niedertarif misst, und der Industriezähler, der neben den Kilowattstunden im Hoch- und Niedertarif auch die Blindleistung sowie die Stromrichtung registriert.
Für die kantonalen und gemeindlichen Verwaltungen ist die formelle Regelung notwendig. Auch die Energieversorger im Kanton Zug begrüssen eine gesetzliche Regelung, weil dadurch klare Verhältnisse geschaffen werden. Für den Endverbraucher hat die vorgeschlagene Regelung den Vorteil, dass die Speicher- und Löschzeiten definiert sind. Es wird vorgegeben, wie lange die Messzeit ist und wann die aggregierten Daten übermittelt werden dürfen. Mit der Änderung des Energiegesetzes sind die Richtlinien klar definiert, und es kommt zu keiner Verletzung des Datenschutzes. Auch die SVP-Fraktion ist deshalb klar für Eintreten.

**Peter Letter:** Die FDP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und stimmt den Änderungen der vorberatenden Kommission zu. Zusätzlich beantragt sie eine kleine Anpassung des vorgeschlagenen Gesetzesartikels. Ihr Ziel ist eine einfachere und kostengünstigere Umsetzung. Die FDP begrüsst eine gesetzliche Regelung zum Datenschutz im Einsatz von *Smart Meters*. Ihre Unterstützung beruht insbesondere darauf, dass die vorgeschlagene Regelung den Einsatz von *Smart Meters* verstärkt ermöglicht und nicht verhindert. *Smart Meters* führen zu erhöhter Effizienz der Datenerhebung und der -verarbeitung durch die Energieversorger. Dies hat tiefere Kosten bei den Energieversorgern und damit auch bei den Energieverbrauchern zur Folge. Zukünftig werden *Smart Meters* eine zunehmend grössere Rolle spielen, dies im Bereich von Energiemonitoring, Verbrauchsoptimierung, Energieeffizienz und der intelligenten Netzsteuerung. Wenn Rahmenbedingungen geschaffen werden, um vermehrt *Smart Meters* einzusetzen, ist dies positiv zu beurteilen.
Wie erwähnt, beantragt die FDP-Fraktion eine Anpassung des Gesetzesartikels. Sie stellt den **Antrag,** in § 4a Abs. 2 den zweiten Satz, lautend «Die Übertragung von Daten muss für die Kundschaft erkennbar sein», ersatzlos zu streichen. Die FDP gewichtet den Persönlichkeitsschutz hoch und will, dass die persönlichen Daten, wo notwendig, entsprechend geschützt werden. Es sollen jedoch auch unnötige Bestimmungen, welche zu Zusatzkosten ohne Mehrwert führen, verhindert werden. Die Kenntnis, wann genau die Datenübertragung stattfindet, stellt für den Kunden keinen Nutzen dar. Das Wissen, ob nun die Datenübermittlung um Mitternacht des letzten Tages im Monat oder um 6 Uhr morgens des nächsten Tages erfolgt, hat keinen Zusammenhang mit dem Schutz seiner Daten. Klar kann dieses Erfordernis, wie im Bericht der Kommission geschildert, mit relativ einfachen Mitteln gelöst werden, beispielsweise durch das Aufleuchten eines Lämpchens zum Zeitpunkt der Datenübertragung. Das Erfordernis der Erkennbarkeit der Datenübertragung für

den Kunden bedeutet jedoch trotzdem, dass allenfalls Anpassungen der Hardware und der Software von *Smart Meters* notwendig sind. Es macht keinen Sinn, wenn speziell für im Kanton Zug installierte *Smart Meters* durch die Hersteller oder die Energieversorger Anpassungen an handelsüblichen *Smart Meters* gemacht werden müssten. Kleine Stückzahlen führen bekanntlich zu höheren Kosten. Die Zusatzkosten für die Energieversorger werden dann auf den Kunden überwälzt, ohne dass dieser dafür einen relevanten Nutzen erhält.
Der Votant dankt namens der FDP für die Unterstützung des Antrags, der zum Ziel hat, die Umsetzung des Datenschutzes zu vereinfachen.

**Hanni Schriber-Neiger:** Leider lehnte der Kantonsrat vor einem Jahr eine Teilrevision des Energiegesetzes ab, die den Verzicht auf fossile Brennstoffe bei Neubauten forderte. Bedauerlicherweise wurde mit der Ablehnung auch eine Regelung des Datenschutzes beim *Smart Meter* hinfällig. Die ALG ist froh, dass der Paragraf zum Datenschutz beim Intelligenten Zähler, also dem *Smart Meter,* mittels Vorstoss wieder aufgenommen und geregelt wird. Für die ALG ist wichtig, dass die Daten eines ganzen Monats aggregiert werden und keine individuellen Persönlichkeitsprofile von Kunden erstellt werden können. Eine verschlüsselte Übertragung muss dafür sorgen, dass dem Datenschutz Rechnung getragen wird und die bzw. der «gläserne» Bürgerin oder Bürger kein Thema ist.
Die ALG stimmt dem Antrag der Kommission zu und ist einverstanden, die Motion Bieri/Stuber erheblich zu erklären und abzuschreiben.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion und zitiert den ersten Satz des regierungsrätlichen Berichts vom 23. September 2014: «Intelligente Zähler *(Smart Meters)* können nicht nur den Stromverbrauch messen, sondern sie können auch zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen dienen.» Diese Aussage des Regierungsrats deutet das Spannungsfeld an: Einerseits geht es letztlich um Energieeffizienz, andererseits läutet beim Begriff «Persönlichkeitsprofile» auch die Datenschutz-Alarmglocke.
Die Messung des Stromverbrauchs durch *Smart Meters* – zu Deutsch «Intelligente Messsysteme» – kann sehr nützlich sein, insbesondere dann, wenn die Stromsparpotenziale damit besser ausgeschöpft werden können. Denn ein *Smart Meter* misst den Verbrauch des Stroms ununterbrochen, womit dieser zeitnah evaluiert und auch visualisiert werden kann. Die Endverbraucherinnen und -verbraucher sowie die Versorgenden haben damit grundsätzlich eine nützliche Grundlage für die Energieeffizienz zur Hand. Dies zeigen auch die Grundlagen, die mittlerweile auch auf Bundesebene veröffentlicht worden sind; zu verweisen ist hier auf eine Medienmitteilung des Bundes vom 28. November 2014, gleichentags wurde auch der Kommissionsbericht veröffentlicht.
Zum kritischeren Teil: Übergeordnet muss man sich der *Big Data*-Problematik bewusst sein: Es ist ein einziges grosses Vermessen – mit allen kritischen Folgen. Zudem ist es wohl kaum unrealistisch, dass neue Konflikte auftauchen können. In naher oder ferner Zukunft könnten branchenfremde Unternehmen Zugriffe auf die Daten verlangen. Oder was ist, wenn die Persönlichkeitsprofile missbräuchlich verwendet werden? Die SP unterstützt daher ausdrücklich, dass die Daten verschlüsselt weitergegeben werden, was auch die vorberatende Kommission wünschte. Aber dennoch bittet die SP weiterhin um grosse Vorsicht und Zurückhaltung. Dass die Daten allesamt aggregiert und anonym genutzt werden, mag jetzt wohl so sein, es soll aber auch so bleiben! Digitale Daten können im Energiebereich heiss begehrt sein, auch mit finanzieller Absicht. Die SP hofft hier auch längerfristig auf Standhaftigkeit, so dass der Datenschutz auch in ferner Zukunft nicht ohne Not gelockert wird.

Zusammengefasst: Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage mehrheitlich zu, weil sie die notwendige Klärung auf Gesetzesebene explizit unterstützt. Zudem findet sie die Nutzung von *Smart Meters* sinnvoll, wenn diese letztlich der Energieeffizienz und der Senkung des Stromverbrauchs – ein Gebot der Stunde – dienen. Sie dürfen aber kein Einfallstor für künftige missbräuchliche oder kommerzielle Nutzungen sein.
Eine Anmerkung: Die zur Debatte stehende Vorlage ist eigentlich ein Folgeprojekt der letzten Revision des Energiegesetzes, die im Kantonsrat Schiffbruch erlitt. Auf interkantonaler Ebene und beim Bund gibt es aber punkto Energiestrategien ganz viele Aktivitäten. Zu erwähnen sind die «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» (MuKEn). Die Votantin fragt daher den Baudirektor an, wie der diesbezügliche Ausblick für den Kanton Zug aussieht.

**Michèle Kottelat:** Intelligente Zähler wie *Smart Meters* erlauben eine zeitnahe Erfassung und die Übertragung der Verbrauchswerte von Strom, Gas und Wärme bei Energiebezügern. Sie sind ein wichtiger Bestandteil eines intelligenten Netzes, auch *Smart Grid* genannt. Ohne intelligente Netze wird die Energiestrategie des Bundes, die einen hohen Anteil an dezentral erzeugter erneuerbarer Energie vorsieht, nicht möglich sein. Gleichzeitig ist die Ausstattung der Energiebezüger mit *Smart Meters* für die Energiedienstleister und Netzbetreiber mit hohen Kosten verbunden. Deshalb sollten dem Einsatz von *Smart Meters* keine unnötigen regulatorischen Hindernisse in den Weg gelegt werden.
Die vorgesehene Änderung des Energiegesetzes trägt dem Anliegen des Datenschutzes Rechnung und erlaubt dem Netzbetreiber trotzdem den effizienten und sachgerechten Einsatz der *Smart Meters*. Die GLP unterstützt daher den Antrag der vorberatenden Kommission, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die gute Aufnahme des kleinen, aber nicht unwichtigen Paragrafen. Die Vorschläge der vorberatenden Kommission wird der Regierungsrat in der Detailberatung vollumfänglich unterstützen. Der Baudirektor muss festhalten, dass ihm die Bestimmungen bezüglich Datenschutz einige graue Haare beschert haben. Wenn die Anliegen des Datenschutzes und diejenigen der Netzbetreiber aufeinanderprallen, braucht es Monate, bis man einen Konsens findet.
Die relevanten Aspekte der neuen Regelung wurden von der Kommissionspräsidentin und den weiteren Votanten bereits dargelegt. Der Baudirektor möchte aber zwei Punkte nochmals aufnehmen:
• Weshalb braucht es den neuen Paragrafen? Erstens fordert das Datenschutzgesetz eine gesetzliche Regelung. Es gibt momentan im Kanton Zug zwei Pilotfälle mit Vereinbarungen. Es ist einerseits aber unglaublich mühsam, wenn man mit Vereinbarungen operieren muss, und andererseits weiss man nicht, ob diese Grundlage rechtlich wirklich genügt. Der Vollzugsaufwand ist also ein Problem, auch wollen die Energieunternehmungen klare Verhältnisse und eine gesetzliche Grundlage. Der zweite Grund für den neuen Paragrafen ist die Strommarktöffnung, die 2018 kommen soll. Die neue Regelung garantiert, dass 2018, wenn sich auch internationale Stromversorger in den hiesigen Markt hineindrängen, bereits klare Bestimmungen vorliegen und man weiss, wie mit entsprechenden Daten umzugehen ist. In der vorberatenden Kommission wurde die Frage gestellt, ob 2018 denn nicht auch der Bund legiferiere. In Studien des Bundes wurde behauptet, dieser sei für Datenschutzregelungen zuständig. Das stimmt nur bedingt. Zwar kann der Bund legiferieren, zuständig aber sind die Kantone. Walter Steinmann, der Direktor des Bundesamts für Energie, hat dem Baudirektor versichert, dass zwar die Absicht bestehe, dass der Bund eine gesetzliche Regelung erlasse, der Zeitpunkt sei aber

noch unklar. Der Baudirektor geht deshalb davon aus, dass bis 2018 auf Bundesebene keine Datenschutzregelung vorliegt.
• Babara Gysel hat gefragt, wo man mit den MuKEn stehe. Das letzte Paket der MuKEn wurde 2008 verabschiedet, aber nicht von allen Kantonen umgesetzt, und jetzt ist man beim dritten Paket. Alle kantonalen Energiedirektoren haben der Ausgabe 2014/15 zugestimmt. Es sind Basismodule für den Gebäudebereich, die umgesetzt werden *müssen,* sowie freiwillige Module, die umgesetzt werden *können*. Die wesentliche Vorgabe ist, dass man bei Gebäuden den Minergie-Standard einzuhalten hat. Die MuKEn allein genügen aber nicht, es braucht nun entsprechende gesetzliche Grundlagen in den Kantonen. Jeder Kanton muss also seine Energiegesetzgebung anpassen, wobei natürlich das Parlament das letzte Wort hat. Der Baudirektor plant, diesen Prozess nach den Sommerferien 2015, wenn die Energiestrategie des Bundes vorliegt, anzugehen und 2016 mit der Revision ins Parlament zu kommen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**§ 4a Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**§ 4a Abs. 2 Satz 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass bei Satz 1 eine Divergenz zwischen dem Regierungsrat und der vorberatenden Kommission besteht. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

**§ 4a Abs. 2 Satz 2**

Kommissionspräsidentin **Anna Bieri** erinnert daran, dass die FDP-Fraktion die Streichung von Satz 2 beantragt. Die Kommission hat sich ebenfalls gefragt, was es bringt, wenn im Keller eine Lampe aufleuchtet. Sie liess sich vom Datenschützer

überzeugen, dass die Sichtbarkeit der Übertragung weder zu finanziellen oder technischen Aufwendungen noch zu freiheitliche Einschnitten führt, aber datenschützerisch eine Notwendigkeit ist. Der Baudirektor und die Kommissionspräsidentin haben sich bei der Datenschutzstelle nochmals kundig gemacht. Die Erkennbarkeit der Datenübertragung ist ein fundamentales Prinzip des Datenschutzes. Dieses wird beim Bund explizit festgehalten, im kantonalen Gesetz ist es implizit enthalten. Eine Datenbearbeitung soll nach Treu und Glauben für die betroffenen Personen nach § 4 Abs. 1 Bst. d transparent erfolgen. Transparent ist eine Datenbearbeitung nur dann, wenn sie für die betroffenen Personen erkennbar ist. Die beantragte Streichung würde somit einem fundamentalen datenschutzrechtlichen Prinzip zuwiderlaufen. Die vorberatende Kommission sah hier deshalb nach erfolgter Diskussion keinen Handlungsbedarf und beliess diesen Satz, wie er von der Regierung vorgeschlagen wurde, im Gesetz.

**Rainer Suter** erinnert an seine bereits deklarierte Interessenbindung. Er spricht aus technischer Sicht zum Antrag der FDP-Fraktion. Bei einem herkömmlichen, handelsüblichen, amtlich zugelassenen *Smart Meter* sind die LED standardmässig eingebaut. Bei Zählern mit Lastgangmessungen, wie sie in der Industrie gebraucht werden, sind diese Leuchtdioden ebenfalls eingebaut, jedoch nicht so gut erkennbar. Das stellt jedoch kein Problem dar, weil bei den entsprechenden Kunden, meist Firmen, schon heute spezielle Verträge ausgearbeitet werden. Somit gibt es keine guten Gründe, auf die vom Datenschützer verlangte visuelle Erkennbarkeit der Datenübermittlung zu verzichten.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der FDP-Fraktion mit 53 zu 10 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

**§ 4a Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5, Abs. 6 und Abs. 7**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag der Regierung anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats

**II., III. und IV.**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 9

**58 Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschlüsse betreffend Rahmenkredit für die Planung, den Landerwerb und den Bau der Nordzufahrt in Zug/Baar – Kreditfreigabe und Beteiligung der Gemeinden Zug und Baar an einer Bundessubvention**

Vorlagen: 1624.1 - 12588 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1624.2 - 12589 (Antrag des Regierungsrats); 1624.3 - 12590 (Antrag des Regierungsrats); 1624.4 - 12691 (Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbauten); 1624.5 - 12692 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 1624.6 - 12756 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 1624.7 - 12791 Referendumsvorlage); 1624.8/8a - 14786 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1624.9 - 14787 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko die Vorlage an der Sitzung vom 12. Januar 2015 beraten hat. Die Kommission ist einstimmig darauf eingetreten und empfiehlt, der vorliegenden Schlussabrechnung zuzustimmen. Die Finanzkontrolle hat mit Bericht vom 8. Oktober 2014 die Schlussabrechnung des Rahmenkredits Nordzufahrt Zug/ Baar ebenfalls zur Genehmigung empfohlen.
Der Rahmenkredit von ursprünglich 103,5 Mio. Franken wurde nachträglich mittels Kantonsratsbeschluss vom 26. Juni 2008 dem Baupreisindex vom Oktober 2000 angepasst. Die Teuerung wurde dabei sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen berücksichtigt. Die weiteren Kreditabweichungen der gesamthaften Kreditunterschreitung von rund 1,2 Mio. Franken sind transparent auf Seite 2 und 3 der Vorlage 1624.8 ausgewiesen. Die Stawiko dankt der Baudirektion für das Einhalten der Kreditvorgaben.
Die Stawiko-Präsidentin weist auf das neu eingesetzte Instrument des Fertigstellungskredits hin, welcher die früheren Rückstellungen bei Schlussabrechnungen ersetzt. Beim alten System hatte der Rat keine Information über die Verwendung der Rückstellung. Im neuen System ist die Verwendung nun transparent ausgewiesen. Zudem wird die Abrechnung des Fertigstellungskredites ebenfalls durch die Finanzkontrolle geprüft und in der Jahresrechnung als Objektkredit publiziert. Die Stawiko erachtet dieses *Tool* als Verbesserung. Im neuen Finanzhaushaltsgesetz ist dessen gesetzliche Verankerung geplant.

**Philip C. Brunner** nimmt Bezug auf Seite 2 im Stawiko-Bericht, wo unter 2.2 ein Skonto-Abzug von 99'000 Franken erwähnt wird, der wegen zu später Zahlung zurückbezahlt werden musste. Es nützt natürlich nichts, wenn der Baudirektor sich bemüht, den Projektkredit einzuhalten, die Finanzkontrolle dann aber festhalten muss, dass eine Rechnung zu spät bezahlt wurde. Das Ganze hat aber noch eine andere Bewandtnis: Speziell für die KMU und in einer Situation wie heute sind fristgerechte Zahlungen extrem wichtig. Unternehmen gewähren ihren Kunden einen Skonto, um ihre Liquidität sicherzustellen; sie lassen sich ihre Liquidität also etwas kosten. Diese Chance gilt es zu nutzen.

**Rainer Suter** dankt allen Beteiligten für die gelungene Arbeit an der Erweiterung des Zuger Strassennetzes. Die Nordzufahrt, die der Votant selber viel benutzt, darf als gelungen angeschaut werden. Mit teuerungsbereinigten Kosten von 108,4 Mio. Franken wurde der Baukredit um 11,2 Mio. Franken unterschritten, was im ersten Moment nach einer grossen Differenz aussieht. Doch die klare Begründung der Abweichungen bei den Ausgaben, im wesentlichen Teilen ausgelöst durch tiefere Baukosten, wie auch der Mindereinnahmen relativieren diese Differenz. Vorbildlich

ist, dass für ausstehende Ausgaben und Buchungen nach der Schlussrechnung erstmals ein Fertigstellungskredit über 695'000 Franken eröffnet wurde, nicht wie in früheren Jahren, als Rückstellungen gebildet und der Kantonsrat über diese Ausgaben nicht mehr informiert wurde. Der Votant dankt für die transparente Schlussrechnung und empfiehlt, sie zu genehmigen.
Dass bei der Abrechnung alles perfekt abgelaufen ist, bezweifelt niemand. Es ist dem Baudirektor zu verdanken, dass dank einer Aussprache zwischen ARGE, Bauleitung und Baudirektion nur zwei Drittel des geschuldeten Betrags rückerstattet werden mussten. Im Nachgang wurde der Zahlungslauf des Tiefbauamts zusammen mit der Finanzverwaltung optimiert. Bei der Tangente Zug/Baar, dem nächsten Grossprojekt des Tiefbauamts, wurde bereits gehandelt. Die Baumeisterleistung bei separaten Kostenträgern – beispielsweise Werkleitungseigentümer wie die Swisscom – wird nach einer sehr genauen Vorkalkulation in Prozente aufgeteilt. Weitere nicht im Vorprojekt aufgelistete allgemeine Bauvorhaben werden nach Verteilschlüssel unter den separaten Kostenträger aufgeteilt. So wird sichergestellt, dass nicht wieder komplexe Kostenaufteilungen im Nachgang berechnet werden müssen, was Rückfragen an einzelne Kostenträger, Bauleitungen und Bauunternehmungen auslöst und zu Zahlungsverzögerungen führt, so dass schlussendlich der Skonto nicht mehr abgezogen werden kann.

Baudirektor **Heinz Tännler** muss Verschiedenes richtigstellen. Die Nordzufahrt war ein sehr komplexes Bauvorhaben, und es gab – wie gehört – verschiedene Kostenträger: WWZ, Swisscom etc. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage, und die Baudirektion hält – zusammen mit der Finanzdirektion – diese Frist ein; sie ist ein pünktlicher Zahler. Im Normalfall hat die Baudirektion für eine Rechnung eine Prüffrist von etwa 30 Tagen, anschliessend wird die Zahlung innert 10 bis 20 Tagen ausgelöst. Die Zahlung erfolgt normalerweise also vor dem Ablauf der Frist von 60 Tagen. Bei der Nordzufahrt nun gab es verschiedene Lose, wobei die einzelnen ARGE auch aus zwei oder drei Unternehmern bestehen konnte. Und hier beginnt das Problem: Der eine Unternehmer macht die Vermessung, der andere baut, und der dritte macht die Buchhaltung. Sobald nun die Vermessung abgeschlossen war, stellte der betreffende Unternehmer Rechnung – und ging davon aus, dass die 60 Tage Zahlungsfrist zu laufen beginne. Die Prüfung durch die Baudirektion ergab dann aber, dass die Vermessung komplett falsch war. Die ganze Sache wurde deshalb zurückgegeben mit dem Auftrag, neu zu vermessen und eine neue Rechnung zu stellen. Die Rechnung wurde tatsächlich neu gestellt, allerdings rückdatiert auf das Datum der ersten Rechnung. Es gab dann noch Verzögerungen wegen Ferienabwesenheiten etc., so dass die Zahlungsfrist von 60 Tagen nicht eingehalten wurde. Dieser Ablauf war ein Fehler, und die Baudirektion als Auftraggeber hat die nötigen Lehren daraus gezogen. Als der Baudirektor auf dem Abzug des Skontos von 170'000 Franken beharrte, drohte der Unternehmer mit einer Klage, worauf man sich in mühsamen Verhandlungen auf die Rückerstattung der erwähnten 99'000 Franken einigte. Berücksichtigt man aber, dass der Regierungsrat ursprünglich einen Kredit von 118 Mio. Franken beantragte – der Baudirektor war damals noch Mitglied der Strassenbaukommission und wie andere der Meinung, das sei viel zu viel –, der Kantonsrat dann 103 Mio. Franken bewilligte und dieser Kredit nun um 1,2 Mio. Franken unterschritten wurde, dann kann man diese 99'000 Franken verzeihen – zumal so etwas nicht mehr vorkommen wird.

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Schlussabrechnung. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 10

**59** **Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschluss betreffend Erhöhung der Kapital-Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonsspital AG**
Vorlagen: 1848.1 - 13153 (Bericht und Antrag des Regierungsrats);1848.2 - 13154 (Antrag des Regierungsrats); 1848.3 - 13214 (Bericht und Antrag der Kommission für das Gesundheitswesen); 1848.4 - 13215 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 1848.5 - 13261 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 1848.6 - 13313 (Referendumsvorlage); 1848.7 - 14797 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1848.8 - 14798 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Staatswirtschaftskommission beantragen, die Schlussabrechnung zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Schlussabrechnung. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 11

**60** **Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252)**

Das Traktandum wurde verschoben (siehe Ziff. 38).

An dieser Stelle übernimmt die Stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 12
**Geschäfte, die am 11. Dezember 2014 nicht behandelt werden konnten:**

**61** Traktandum 12.1: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens**
Vorlagen: 2276.1 - 14398 (Motion); 2276.2 - 14733 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz und Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald.

**Heini Schmid** als Vertreter der Motionärin hält einleitend fest, dass er sein für die Sitzung vom 11. Dezember 2014 vorbereitetes Votum verliest. Er hat darauf verzichtet, dieses aufgrund der aktuellen Ereignisse anzupassen. Der Votant dankt dem Regierungsrat für die umfassende und gute Beantwortung der Motion. Auch wenn die Motionärin die Schlussfolgerung des Regierungsrates nicht teilt, so ist doch festzuhalten, dass der Bericht eine gute Grundlage für die heutige Diskussion bildet.
Die Stimmbürger des Kantons Neuenburg haben am 30. November 2014 einer neuen Verfassungsbestimmung für ein Amtsenthebungsverfahrens mit sage und schreibe 90 Prozent zugestimmt – nachdem das Parlament die Vorlage fast geschlossen verabschiedet hatte. Die Vorlage war eine Reaktion auf diverse Probleme

mit Amtsträgern im Kanton Neuenburg. Inhaltlich gleicht die Vorlage in Neuenburg derjenigen des Kantons Graubünden, der im Nachgang zu Affäre Aliesch ein Amtsenthebungsverfahren eingeführt hat. Beide Kantone haben schmerzlich festgestellt, dass sie über keine Regelungen verfügten, wie mit gewählten Amtsinhabern, deren Amtsfähigkeit in Frage steht, umzugehen ist. Auch im Kanton Zug hat man in der jüngsten Vergangenheit feststellen müssen, dass man hilflos zusehen muss, wenn gewählte Amtspersonen ihren Pflichten nicht nachkommen oder wenn die Eignung für das Amt fraglich geworden ist. Im Kanton Neuenburg unterstützte selbst der zeitweise entmachtete Gemeinderat von La Chaux-de-Fonds die Vorlage, weil vor der Amtsenthebung eine Untersuchung durchgeführt werden muss. Eine solche hatte er nämlich in seinem Fall vor seiner Entmachtung schmerzlich vermisst.
Alle hier im Saal haben dieses Ohnmachtsgefühl selber schon gehabt, denn auch der Kanton Zug kennt kein geregeltes Verfahren, wie in solchen Fällen vorzugehen ist. Und so paradox es klingt: Es braucht ein geordnetes Amtsenthebungsverfahren nicht zuletzt deshalb, um die gewählten Behörden zu schützen. Ohne eine Regelung, die eine Untersuchung garantiert, wird meistens der Druck auf die Behörden und den Angeschuldigten so gross, dass diesem zuerst die Aufgaben entzogen werden und er dann aufgrund des Drucks und der Schlammschlacht nur noch seinen Rücktritt erklären kann. Wer also meint, er würde den Richtern, Gemeinderäten oder Regierungsräten einen Gefallen tun, wenn die Amtsenthebung nicht geregelt wird, der irrt, denn ohne ein geordnetes Amtsenthebungsverfahren mit einer Untersuchung und mit Rechtsmitteln werden die gewählten Amtsträger nur schutzlos der Presse ausgeliefert. Spätestens wenn der Regierungsrat selber einmal betroffen sein wird, würde er sich wie heute die Gerichte wünschen, man hätte eine Regelung, wie man in einem solchen Fall vorgehen kann. Aus allen Berichten geht ja immer klar hervor, dass für ein Gremium ein solcher Fall extrem belastend ist und die Leistungsfähigkeit des Gremiums stark leidet.
Was nun die konkrete Regelung betrifft, geht die CVP mit dem Obergericht einig, dass eine analoge Lösung wie im Kanton Graubünden sinnvoll wäre, hat doch auch der Kanton Neuenburg eine vergleichbare Lösung gewählt. Die Lösung des Kantons Graubünden zeichnet sich durch folgende Punkte aus:
- Alle Mitglieder von Exekutiven, Gerichten und Parlamenten können ihres Amtes enthoben werden.
- Es braucht ein qualifiziertes Quorum von drei Vierteln des Parlaments.
- Es wird eine Untersuchung durchgeführt.
- Die Entscheide des Parlaments sind beim Verwaltungsgericht anfechtbar.

Die CVP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** die Motion nicht abzuschreiben, sondern erheblich zu erklären und damit den Regierungsrat zu beauftragen, dem Kantonsrat eine Vorlage vorzulegen, welche die Amtsenthebung regelt. Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden, sondern es kann nach Meinung der CVP auf die Erfahrung des Kantons Graubünden abgestellt werden. Zusätzlich teilt der Votant mit, dass die CVP für den Fall, dass die Motion nicht überwiesen wird, beschlossen hat, eine Volksinitiative zur Einführung eines Amtsenthebungsverfahren im Kanton Zug zu lancieren.

**Jürg Messmer** hat Mühe damit, dass sein Vorredner namens der CVP im letzten Satz gewissermassen drohte, die Angelegenheit vor das Volk zu bringen, wenn der Rat die Motion nicht überweise. Er erinnert daran, dass der Kanton Zug bis in die 1990er Jahre eine Abberufungsmöglichkeit für Behördenmitglieder *hatte*. Diese wurde aber aufgehoben, vermutlich nicht zu Unrecht. 2012 gab es in der Stadt Zug den Fall Romer. Man stelle sich vor, man hätte damals ein Abberufungsverfahren eingeleitet und Stadtrat Ivo Romer mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt,

und später – Romer ist bis heute nicht rechtskräftig verurteilt worden – stellt sich heraus, dass die Anschuldigungen haltlos waren! Ergäbe sich daraus eine Haftung für den Kanton? Müsste Schadenersatz bezahlt werden, weil Ivo Romer sein Amt nicht mehr ausüben konnte und eine Lohneinbusse erlitt? Auch im aktuellen Fall ist nichts rechtskräftig. Die Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens ist ein Schritt Richtung Frühe Neuzeit, in die Zeit der Hexenjagden. Sie läuft am Schluss darauf hinaus, dass ein Kantonsrat, der beim Mittagessen einen Schnaps zu viel konsumiert, nach der Sitzung mit dem Auto nach Hause fährt und in eine Polizeikontrolle gerät, nicht nur am anderen Tag in den Medien ist, sondern sich eine Woche später auch mit einem Amtsenthebungsverfahren konfrontiert sieht; er ist ja seines Amtes nicht mehr würdig. Mit solchen Sachen ist man sehr schnell zur Hand. Heini Schmid hat zwar angetönt, dass mit dem Amtsenthebungsverfahren Schutz gewährt und Druck weggenommen werden soll. Genau das Gegenteil wäre aber der Fall. Die SVP-Fraktion ist deshalb einstimmig gegen die Erheblicherklärung, und sie kann sich auch nicht vorstellen, bei einer allfälligen Volksinitiative mitzumachen.

**Adrian Andermatt** dankt namens der FDP-Fraktion der CVP für die Einreichung dieser sehr berechtigten Motion. Der Regierung dankt er für ihren Bericht. Die FDP erachtet die fundierten Ausführungen über die verschiedenen Modelle von Amtsenthebungsverfahren auf kantonaler und eidgenössischer Ebene als wertvolle Diskussionsgrundlage, aber – und damit nimmt der Votant die Position der FDP-Fraktion vorweg – als nicht ausreichend, um dieses anspruchsvolle und staatspolitisch delikate Thema bereits heute wieder *ad acta* zu legen. Wenn der Rat dies täte, nähme er seine Verantwortung nicht wahr. Die FDP kann somit auch den einleitenden Ausführungen im Bericht der Regierung nicht zustimmen, dass die Nachteile eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Mitglieder des Regierungsrats – Mitglieder des Kantonsrats nimmt die FDP hier aus –, der Gerichte, der Gemeinderäte und der Rechnungsprüfungskommissionen die allfälligen Vorteile überwiegen würden. Die FDP erachtet dieses Fazit zumindest als voreilig. Sie stimmt aber der einleitenden Schlussfolgerung zu, dass es im Kanton Zug kein grundsätzliches Problem mit Fällen bzw. gewählten Amtsträgern gibt. Darum geht es aber gar nicht, ist doch bereits ein einzelner Fall so zentral, dass Mechanismen vorhanden sein müssen, um die Institutionen zu schützen. Und dies ist nur möglich, wenn der Rat die Motion entgegen dem Antrag der Regierung, aber gemäss der Forderung des Obergerichts, zumindest teilerheblich erklärt, teilerheblich in dem Sinne, dass die FDP ein Amtsenthebungsverfahren für Mitglieder der Legislative nicht als zwingend erforderlich erachtet. Die FDP-Fraktion stellt allerdings keinen entsprechenden Antrag, sondern unterstützt den Antrag auf Erheblicherklärung.

**Hanni Schriber-Neiger** stellt namens der ALG fest, dass der ausführliche Bericht des Regierungsrats Einblick in ganz verschiedene Regelungen in einigen Kantonen gibt und zum Schluss kommt, dass ein Verfahren sehr kompliziert und langwierig sein kann. Die ALG folgt mehrheitlich dem Antrag des Regierung, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären.
Die Regierung schreibt auf Seite 9 ihres Berichts: «Die Möglichkeit einer Amtsenthebung enthält ein gewisses Missbrauchspotenzial. Ein Amtsenthebungsverfahren darf nicht dazu führen, dass sich eine Behörde ohne Vorliegen eines sachlich gerechtfertigten Grundes eines ungeliebten oder unbequemen Mitgliedes entledigen kann. Ein leichtfertig oder unbegründet eingeleitetes Amtsenthebungsverfahren kann der betroffenen Person sowie auch der Behörde ausserdem aufgrund der öffentlichen Vorverurteilung sowie des medialen Interesses grossen Schaden zufügen.»
Die Regierung führt weiter aus, dass der Entscheid der Bevölkerung, also der Wäh-

lerinnen und Wähler, vorrangig sein soll und durch ein Amtsenthebungsverfahren die Kontinuität der Regierungsführung sowie die Unabhängigkeit der Gerichte gefährdet wird. Wenn ein Verfahren eingeführt würde – wofür es durchaus gute Argumente gibt –, müssten zwingend faktenbasierte Gründe dafür festgelegt werden. Dies könnte nur eine rechtskräftige Verurteilung für ein Verbrechen oder der eindeutige Nachweis sein, dass die betreffende Person ihren amtlichen Verpflichtungen aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr nachkommen kann. Sollte die Motion überwiesen werden, wird die ALG konstruktiv mitarbeiten.

Für **Alois Gössi** als Sprecher der SP-Fraktion war damit zu rechnen, dass beim dazumaligen Problem mit einem Kantonsrichter schnell die Forderung nach der Möglichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens kommen würde, dies umso mehr, als der Kanton Zug kein solches Verfahren mehr kennt ist, seit es der Kantonsrat vor rund zwanzig Jahren wahrscheinlich aus wohlüberlegten Gründen abschaffte. Der Votant wäre sofort für die Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens, wenn es regelmässig Probleme mit Regierungsräten, Richtern, Gemeinderäten oder Kantonsräten gäbe, die ein Amtsenthebungsverfahren rechtfertigen würden. Solche Probleme kommen aber praktisch nie vor. Beim letzten möglichen Fall beim Kantonsgericht wäre es ja höchstwahrscheinlich – der getroffene Vergleich deutet darauf hin – sehr umstritten gewesen, ob sich eine Amtsenthebung überhaupt hätte rechtfertigen lassen.
Die letzten umstrittenen vorzeitigen Rücktritte von Exekutivpolitikern im Kanton Zug – Stadtrat Ivo Romer in Zug, Gemeinderat Karl Betschart in Baar und vor gut zwanzig Jahren ein Gemeinderat in Neuheim – hatten in keiner Art und Weise mit deren Amtsführung zu tun. Auslöser waren vielmehr private Angelegenheiten wie vermutete Unterschlagungen und Veruntreuungen oder die Mitgliedschaft in einer dubiosen Kirche oder Sekte. Wenn bei solchen privaten Angelegenheiten der Druck zu gross wird, treten diese Amtsinhaber früher oder später doch von alleine zurück, auch wenn keine rechtskräftige Verurteilung vorliegt. Die SP-Fraktion ist deshalb für die die Nichterheblicherklärung der Motion.

**Michèle Kottelat:** Die Grünliberalen ziehen aus dem interessanten und detaillierten Bericht des Regierungsrats nicht dieselben Schlussfolgerungen wie die Regierung und werden für die Erheblicherklärung der Motion stimmen. Dass Amtsenthebungsverfahren in Kantonen mit entsprechenden gesetzlichen Grundlagen kaum angewendet werden, ist noch lange kein Grund, darauf zu verzichten. Die GLP ist der Meinung, dass ein gesetzlich verankertes Amtsenthebungsverfahren auch eine abschreckende und somit präventive Wirkung haben kann. In den letzten Jahren haben sich im Kanton Zug die Fälle gehäuft, bei denen ein Amtsenthebungsverfahren von Nutzen hätte sein können.
Der Regierungsrat führt bei seiner Ablehnung die Problematik des Missbrauchs ins Feld. Die GLP dreht den Spiess um und fragt, ob nicht im Gegenteil die fehlende gesetzliche Grundlage auch zum Missbrauch führen kann. Denn es ist für die breite Öffentlichkeit nicht einsichtig, dass gewisse, meist gut bezahlte Personen in einer Art Elfenbeinturm unantastbar sind und weiterhin ihren Lohn beziehen können. Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen und richterlichen Institutionen ist ein wichtiges Gut, dem Sorge zu tragen ist. Die Stellungnahmen von Ober- und Verwaltungsgericht bestärken die GLP in ihrer Forderung. Wie das Obergericht ist aber auch die GLP der Meinung, dass ein Amtsenthebungsverfahren für Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht notwendig ist.

**Oliver Wandfluh** schliesst sich grundsätzlich seinem Parteikollegen Jürg Messmer an, erinnert sich aber nur mit grösstem Unbehagen an den erwähnten Fall im Richteramt. Er hat sich deshalb kurzfristig entschlossen, einen **Antrag** auf Teilerheblicherklärung zu stellen, dies in dem Sinne, dass nur ein Amtsenthebungsverfahren für Richter, für Regierungsräte und für Gemeinderäte, nicht aber für Kantonsräte, eingeführt werden soll. Der Votant ist überzeugt, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat einen sinnvollen Vorschlag unterbreiten wird, und dankt für die Unterstützung seines Antrags.

**Adrian Andermatt** stellt klar, dass sich die Meinung der FDP-Fraktion nicht mit jener von Oliver Wandfluh deckt. Die FDP hat keinen Antrag auf Teilerheblicherklärung gestellt. Ihr Vorschlag hat sich nur darauf bezogen, dass sie es nicht als erforderlich erachtet, ein Amtsenthebungsverfahren für die Legislative einzuführen; für sämtliche anderen Gremien, sprich Exekutive und Judikative, ist die FDP klar dafür. Sie unterstützt aber die volle Erheblicherklärung, wie sie von der CVP gefordert wird.

**Hubert Schuler** ist erstaunt über das Votum von Oliver Wandfluh. *Wenn* die Motion erheblich erklärt werden soll, muss sie vollumfänglich erheblich erklärt werden. Der Vorschlag, die Legislative von einem Amtsenthebungsverfahren auszunehmen, würde ein seltsames Licht auf den Kantonsrat werfen. Wer konsequent sein will, muss die Motion vollumfänglich erheblich erklären und nicht nur einen Teil davon. Persönlich ist der Votant aber gegen die Erheblicherklärung.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, dankt Heini Schmid und Adrian Andermatt für die positiven Rückmeldungen. Sie gibt das Lob gerne ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter.
Es wurde bereits gesagt: In den 1990er Jahren wurde das Abberufungsrecht im Kanton Zug abgeschafft. Hingewiesen wurde damals unter anderem auf die fehlende praktische Bedeutung des Disziplinarrechts. Es wurde auch bereits erwähnt, dass es verschiedene Kantone gibt, welche eine Regelung haben, einzelne Mitglieder von Behörden unter bestimmten Voraussetzungen ihres Amtes entheben zu können. Diese Regelungen kommen in der Praxis indes sehr wenig zur Anwendung. Es stehen sich bei der Beurteilung der Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens verschiedene Argumente gegenüber. Der Regierungsrat weist auf die Nachteile eines Amtsenthebungsverfahrens hin:
• Die Mitglieder der Exekutive, der Legislative sowie der richterlichen Behörden erhalten durch die Volkswahl eine hohe demokratische Legitimation. Diese darf nicht leichthin angetastet werden. Die Direktorin des Innern war zu besagter Zeit Mitarbeiterin von Regierungsrat Peter Aliesch. So einfach, wie Heini Schmid die Sachlage schilderte, war es nicht.
• Behördenmitglieder müssen in ihrem Amt regelmässig bestätigt werden. Es besteht dadurch die Möglichkeit der Nichtwiederwahl als faktisches Abberufungsmittel.
• Insbesondere bei den kantonalen Behörden stellt sich die schwierige Frage nach der Abberufungsbehörde. Die Enthebung einer Amtsträgerin oder eines Amtsträgers einer Staatsgewalt durch eine andere Staatsgewalt derselben Ebene stellt einen Eingriff in den Grundsatz der Gewaltenteilung dar.
• Die Möglichkeit einer Amtsenthebung von Mitgliedern der richterlichen Behörden steht im Widerspruch zum Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit. Die richterliche Unabhängigkeit ist in rechtsstaatlicher und verfassungsrechtlicher Hinsicht von fundamentaler Bedeutung. Richterinnen und Richter müssen auch unbequeme und unbeliebte Entscheide treffen dürfen und können.

• Ein leichtfertig oder unbegründet eingeleitetes Amtsenthebungsverfahren kann der betroffenen Person sowie auch der Behörde aufgrund der öffentlichen Vorverurteilung und des medialen Interesses grossen Schaden zufügen.
• Bei der Einleitung von Gesetzgebungsprojekten aufgrund von Einzelfällen ist generell Zurückhaltung geboten. Der Kanton Zug hat kein grundsätzliches Problem mit Fällen, welche die Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens als unabdingbar erscheinen lässt. Einen sinngemässen Hinweis machte der Regierungsrat bereits im Hinblick auf die Abschaffung des Disziplinarrechts Mitte der 1990er Jahre. Die Situation hat sich seitdem nicht grundlegend geändert. Zwei im Jahre 2012 im Kanton Zug in den Fokus der Öffentlichkeit geratene Mitglieder von gemeindlichen Exekutiven gaben ihren Rücktritt selbst bekannt. Dafür brauchte es keine gesetzliche Grundlage. Im jüngsten Fall eines suspendierten Kantonsrichters konnte einvernehmlich eine Lösung gefunden werden.
In einer zusammenfassenden Beurteilung ist auf die fundamentale Bedeutung der Grundsätze der Demokratie, der Gewaltentrennung und der richterlichen Unabhängigkeit hinzuweisen. Die Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens wäre von erheblicher staatspolitischer Tragweite. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Nachteile die allfälligen Vorteile überwiegen und dass die genannten rechtsstaatlichen Grundsätze im Vergleich zu den allfälligen Vorteilen einer Amtsenthebungsmöglichkeit als gewichtiger einzustufen sind. Unter Bezugnahme auf Montesquieu appelliert der Regierungsrat an den Kantonsrat: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, *kein* Gesetz zu machen.» Angesichts der bestehenden Regelung ist dem Regierungsrat die Notwendigkeit weiterer gesetzgeberischer Bestimmungen nicht plausibel. In diesem Sinn dankt die Direktorin des Innern für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** hält fest, dass der Regierungsrat das Obergericht und das Verwaltungsgericht zu einer Stellungnahme eingeladen hat. Das Obergericht hat in seiner sechsseitigen Stellungnahme beantragt, es sei dem Kantonsrat die Erheblicherklärung der Motion zu beantragen. Diese sechs Seiten wurden auf zehn Zeilen zusammengefasst, die sich auf Seite 10 des regierungsrätlichen Berichts finden.
Es trifft nicht zu, dass man – wie von Jürg Messmer angenommen – schon bei einem SVG-Vergehen allenfalls ein Amtsenthebungsverfahren gegen einen Kantonsrat einleiten könnte. Das Obergericht hat in seiner Stellungnahme auf die Regelung im Kanton Graubunden hingewiesen, die es als sinnvoll und vernünftig erachtet. Es braucht dort klare Voraussetzungen: eine vorsätzliche oder grobfahrlässige schwere Amtspflichtverletzung, den dauernden Verlust der Fähigkeit, das Amt auszuüben, die Verurteilung wegen eines Verbrechens oder andere schwerwiegende Gründe. Ein sogenannter FiaZ, also das Fahren in angetrunkenem Zustand, reicht natürlich nicht. Man hat im Kanton Graubünden auch noch zusätzliche Hürden eingebaut, so ein Parlamentsquorum von drei Vierteln. Damit ist praktisch ausgeschlossen, dass Behördemitglieder abgesetzt werden, weil sie beispielsweise politisch nicht genehm oder unbequem sind.

Verwaltungsgerichtspräsident **Peter Bellwald** verweist ebenfalls auf die Stellungnahme des Verwaltungsgerichts, die im regierungsrätlichen Bericht allerdings etwas gar verkürzt wiedergegeben wurde. Er erinnert sich noch gut daran, wie 1994 die Möglichkeit der Amtsenthebung aus den Verantwortlichkeits- und Personalgesetzen gekippt wurde: Man brauchte dafür einige wenige Zeilen.
Die für alle Seiten sehr leidvollen Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass es gut gewesen wäre, die Möglichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens

zu haben. Das Verwaltungsgericht möchte, dass man die Amtsenthebungsmöglichkeit für Mitglieder der Gemeinderäte und des Regierungsrats sowie für die Gerichte ernsthaft und vertieft prüft. Den staatsrechtlichen Bedenken der Direktorin des Innern kann man mit einer differenzierten gesetzlichen Regelung sehr wohl Rechnung tragen. Das Verwaltungsgericht ist aber klar der Meinung, dass man das Amtsenthebungsverfahren nicht auf Mitglieder des Kantonsrats ausdehnen sollte. In diesen Sinn empfiehlt das Verwaltungsgericht, die Motion erheblich zu erklären.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats: Nichterheblicherklärung;
• Antrag der CVP-Fraktion: Erheblicherklärung;
• Antrag von Oliver Wandfluh: Teilerheblicherklärung
Es kommt zu einer Dreifachabstimmung. Jedes Mitglied des Kantonsrats hat *eine* Stimme, das absolute Mehr ist 38.

Die folgende Dreifachabstimmung ergibt die folgenden Resultate:
• Nichterheblicherklärung: 21 Stimmen
• Erheblicherklärung: 45 Stimmen
• Teilerheblicherklärung: 1 Stimme

➔ Der Rat erklärt die Motion erheblich.

**62** Traktandum 12.2: **Motion von Manfred Wenger betreffend Reduktion der Strassenverkehrsgebühren für Sport- und Freizeitfahrzeuge**
Vorlagen: 2314.1 - 14497 (Motionstext); 2314.2 - 14822 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Philip C. Brunner** dankt im Namen des Motionärs und teilt mit, dass dieser aufgrund der überzeugenden Ausführungen des Regierungsrats darauf verzichtet, einen Antrag auf Erheblicherklärung zu stellen.
Der Votant fügt an, dass auch seiner Meinung nach die Regierung sich enorm Mühe gegeben hat. Persönlich findet er, dass man eine Frage wie die vorliegende mit dem zuständigen Regierungsrat besprechen sollte, bevor man einen Vorstoss einreicht und damit eine riesige Fleissarbeit auslöst.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 58 zu 0 Stimmen nicht erheblich.

**63** Traktandum 12.3: **Postulat von Manfred Wenger betreffend Domain-Name www.name.zug**
Vorlagen: 2364.1 - 14602 (Postulatstext); 2364.2 - 14818 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Philip C. Brunner** liest das Votum vor, dass der Postulant Manfred Wenger verfasst hat und im Dezember 2014 im Rat halten wollte. Der Postulant dankt für die Beantwortung des Postulats. Der Domain-Name *.ch wurde vom schweizerischen Staat eröffnet und ist so beliebt, dass man keinen vernünftigen Internetnamen mehr buchen kann. Es ist deshalb nun die Aufgabe der Kantone, neue beliebte Domain-Namen zu ermöglichen. Zürich hat visionär die ersten Schritte in die Wege

geleitet und setzt das Ganze durch. Natürlich wird die Buchung der Adressen und die Installation Geld kosten, doch wird es vor allem lokalen KMU helfen, sich besser in Zug zu positionieren. Kurze, leicht merkbare Internetnamen wie «Gipser.zg», «Schreiner.zg», «Garage.zg», «Druckerei.zg», «Dachdecker.zg», «Spengler.zg» etc. sind möglich und eröffnen einen neuen Zugang zu Kunden.
Zu den Kosten: Gemäss Auskunft des Handelsregisteramtes Zug gibt es in Zug über 100'000 aktive Firmen. Wenn nur 10 Prozent davon eine der .zg-Adressen buchen, ergibt sich folgende Rechnung:

- Bewerbungsphase: 300'000 Franken, ergibt verteilt auf 10'000 Firmen eine Buchungsgebühr von 30 Franken.
- Jährliche Kosten: 130'000 Franken, ergibt verteilt auf 10'000 Firmen eine Jahresgebühr von 13 Franken.

Ziel des Ganzen ist eine längerfristig wenn möglich kostenneutrale Wirtschaftsförderung. Falls die Regierung mit Buchungen von nur 5 Prozent der Firmen rechnet, ergibt sich eine Buchungsgebühr von 60 Franken und eine Jahresgebühr von 26 Franken, was noch immer günstig ist für den Verbraucher. In diesem Sinn stellt der Postulant den **Antrag** auf Erheblicherklärung des Postulats.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 54 zu 1 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 13

**64 Motion von Karin Andenmatten-Helbling, Alois Gössi, Andreas Hürlimann, Thomas Lötscher und Thomas Wyss betreffend Unabhängigkeit von amtlichen VerteidigerInnen**

Vorlagen: 2389.1 - 14664 (Motionstext); 2389.2 - 14854 (Bericht und Antrag des Obergerichts).

**Karin Andenmatten-Helbling** als Vertreterin der Motionäre: Man stelle sich vor, man sei Staatsanwältin oder Staatsanwalt, habe einen Beschuldigten vor sich und dürfe für diesen einen Verteidiger auslesen, also seinen Gegner im Verfahren und vor Gericht. Genauso ist es: Nach geltendem Gesetz trifft der fallführende Staatsanwalt diese Wahl. Oder man stelle sich vor, man sei ein junger Anwalt und erhalte erstmals von einem Staatsanwalt einen Auftrag als amtlicher Verteidiger. Wie scharf würde man da vorgehen, wenn man sähe, dass im Verfahren offensichtliche Verfahrensfehler gemacht wurden? Zwar gebietet einem die Berufsethik Unabhängigkeit, aber stünde man da allenfalls nicht vor einem Dilemma, weil man ja vielleicht gerne wieder einmal ein Mandat von diesem Staatsanwalt erhalten würde? Und zu guter Letzt: Man stelle sich vor, man werde unschuldig verhaftet, könne sich keinen eigenen Anwalt leisten und komme in ein Verfahren, in welchem ausgerechnet die Anklage seine Verteidigung ausgewählt hat.
Mit dem geltenden System können sich Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei der Bestellung von amtlichen Verteidigerinnen ihre Gegner selber auswählen. Da braucht es keinen konkreten Anlass, sondern nur ein einigermassen intaktes Rechtsempfinden, um eine solche Regelung als stossend wahrzunehmen. Dass sowohl der Leitende Oberstaatsanwalt wie auch der Anwaltsverband dies nicht so sehen, sondern die jederzeitige, hundertprozentige Unabhängigkeit ihrer Mitglieder betonen, ist selbstverständlich; alles andere wäre rufschädigend. Es ist auch logisch erklärbar, dass es seitens der Anwälte keine Beschwerden gibt; sicherlich nicht von denen, die Mandate als amtliche Verteidiger erhalten, und logischerweise auch

nicht von denjenigen, die keine erhalten, da dafür ja keine beschwerdefähigen Entscheide vorliegen.
Zwei Stellen aber, die in dieser Frage nicht befangen sind, teilen die Bedenken der Motionäre: Sowohl das Strafgericht wie auch die Sicherheitsdirektion haben sich vernehmen lassen, dass die in der Motion geschilderten potenziellen Konfliktfelder nicht von der Hand zu weisen seien. Dennoch aber – so sagt das Obergericht – solle man das nicht ändern:
• erstens, weil es von Bern komme. Nun, die Votantin will sich nicht zu viel herausnehmen, aber lange nicht alles, was aus Bern kommt, ist so gut, dass Zug es unkritisch übernehmen müsste.
• zweitens, weil eine zentrale Vergabe von amtlichen Mandaten bundesrechtswidrig sei. Das ist nicht richtig. Im Kanton Zürich hatte man bei der Einführung dieses Modells «gewisse Bedenken», wie Dr. Stefan Heimgartner, der Staatsanwalt für amtliche Mandate, der Votantin erklärte. Zwischenzeitlich habe das Bundesgericht diese Praxis aber indirekt gutgeheissen, indem Beschwerden gegen diesbezügliche Obergerichtsentscheide des Kantons Zürich abgewiesen wurden.
• drittens, weil der kantonale Gesetzgeber an der Zuständigkeit nichts ändern könne. Auch das stimmt so nicht. Im Bundesrecht ist nicht präzis geregelt, was die «Verfahrensleitung» bedeutet. Nicht nur der Kanton Zürich, sondern auch der Kanton Aargau hat anders legiferiert – was im Bericht des Obergerichts leider nicht enthalten ist.
• viertens, weil im kleinräumigen Kanton Zug eine solche Regelung keinen Sinn mache. Doch, gerade im kleinen Kanton Zug, wo jeder jeden und insbesondere jeder Staatsanwalt den Ruf zahlreicher amtlicher Verteidiger kennt, macht eine solche Regelung erst recht Sinn.
• fünftens, weil die Wahl der amtlichen Verteidigung in erster Linie bei der beschuldigten Person liege. Dem ist nicht so. Die beschuldigte Person kann zwar Wünsche anbringen, hat aber nicht das Recht zu sagen, welchen Verteidiger sie möchte, ausser sie bestellt und bezahlt diesen selber. Das Bundesgericht hat explizit festgehalten, dass kein Anspruch auf einen Offizialverteidiger nach freier Wahl besteht.
• sechstens, weil im Kanton Zug verbindliche Richtlinien und Weisungen hinsichtlich der Ernennung amtlicher Verteidigungen bestünden. Seit wann es solche gibt und was sie beinhalten, sucht man im Bericht vergeblich – den Eindruck von Transparenz in der Folge übrigens auch.
• siebtens, weil ein administrativer und zeitlicher Mehraufwand entstünde. Beziffert wird dieser allerdings nicht. Im Bericht findet man nicht einmal Angaben über die Anzahl amtlicher Verteidigungen. Der Aufwand, einen amtlichen Verteidiger zu suchen, ist gleich gross, unabhängig davon, wer die Suche vornimmt. Wenn die Schnittstellen sauber geklärt sind, wird kaum oder sicher nur wenig Mehraufwand entstehen. Und über die Frage der Vertretbarkeit eines allfälligen Mehraufwands soll doch eine kantonsrätliche Kommission anhand von verlässlichen Zahlen entscheiden.
Die Motionäre können nicht verstehen, weshalb sich das Obergericht ihrem Anliegen verschliesst und mit Vehemenz einen offensichtlichen gesetzgeberischen Missstand beibehalten will. Der Kantonsrat hat die Aufsichtsfunktion über die Justiz. Er sollte diese Funktion wahrnehmen und die geschilderte unschöne Praxis durch die Erheblicherklärung der Motion ändern. Die CVP-Fraktion unterstützt den entsprechenden **Antrag** der Motionäre einstimmig. Damit können allfällige Vorwürfe, im Kanton Zug herrsche Vetternwirtschaft bei der Vergabe von amtlichen Verteidigungsmandaten, aus dem Weg geräumt werden. Die Votantin dankt auch im Namen ihrer Mitmotionäre für die Unterstützung.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion. Die Tatsache, dass der untersuchungsführende Staatsanwalt gemäss der schweizerischen Strafprozessordnung im Stadium der Strafuntersuchung zuständig ist für die Bestellung des amtlichen Verteidigers und er damit – wie die Motionäre richtig ausführen – seinen künftigen Verfahrensgegner selbst aussucht, ist für den juristischen Laien und einfachen Bürger nur schwer verständlich. Die aktuell geltende Regelung beeinträchtigt die Unabhängigkeit der amtlichen Verteidiger zweifelsfrei und öffnet zudem Tür und Tor für allfällige Vettern- und Günstlingswirtschaft.
Die SVP steht seit jeher ein für die Wahrung und Stärkung von verfassungsmässigen Rechten und rechtstaatlichen Garantien wie der Unschuldsvermutung, dem Anspruch auf das rechtliche Gehör und dem Anspruch auf ein faires Verfahren. Dass eine interne Richtlinie der Staatsanwaltschaft, deren Inhalt nicht genau bekannt ist und deren Einhaltung nicht wirklich überprüft werden kann, zur Wahrung des Rechts auf eine wirksame Verteidigung nicht genügt, versteht sich von selbst.
Die Frage, ob eine Regelung ähnlich dem Züricher Modell – eine Regelung also, welche die Ernennung der amtlichen Verteidigung vom fallführenden Staatsanwalt wegdelegiert – bundesrechtswidrig ist oder nicht, ist letztlich nicht mehr als ein juristischer Gelehrtenstreit. Ein solcher Gelehrtenstreit darf der Stärkung verfassungsmässiger Rechte keinesfalls entgegenstehen. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag auf Erheblicherklärung der Motion.

**Esther Haas** nimmt etwas Wichtiges vorweg: Wenn die Staatsanwalt eine amtliche Verteidigung zu bestimmen hat, tut sie dies nach bestem Wissen und Gewissen. Ganz frei wird sie in ihrem Entscheid allerdings nicht sein, denn immerhin wählt sie ja ihren Gegner im Verfahren aus. Hat ein Strafverteidiger beispielsweise den Ruf eines Wadenbeissers, wird die zuständige Staatsanwaltschaft nachvollziehbar eine alternative Verteidigung wählen. Im Basler Kommentar ist genau dieser heikle Punkt angesprochen: «Sicherzustellen ist nicht nur, dass die Gewährung der amtlichen Verteidigung korrekt vorgenommen wird, sondern insbesondere auch, dass nicht unbequeme Verteidiger benachteiligt und stattdessen primär genehme Personen als amtliche Verteidigung eingesetzt werden, oder dass bestimmte Personen aus persönlichen Gründen bevorzugt werden.» Auch wenn dieser Fall höchst selten vorkommen mag und es im Kanton Zug diesbezüglich keine Klagen gibt, wie sich der Advokatenverein im Bericht des Regierungsrats vernehmen lässt, müssen alle Eventualitäten ausgeschaltet werden. Die ALG ist der Meinung, dass der Kanton Zug ein an den Kanton Zürich angelehntes Modell einführen sollte. Dort ist es nicht der fallführende Staatsanwalt, sondern das Büro für amtliche Verteidigungen, welches den amtlichen Verteidiger bestimmt. Diese Regelung garantiert die nötige Neutralität und hat offenbar auch vor Bundesrecht Bestand. Für die AGL ist das Anliegen der Motion nachvollziehbar. Sie unterstützt die Erheblicherklärung.

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** hält fest, dass es in der schriftlichen Antwort bereits gesagt wurde: Was die Motionäre verlangen, ist aufgrund der heutigen gesetzlichen Regelung nicht möglich. Gemäss Art. 133 der schweizerischen Strafprozessordnung wird die amtliche Verteidigung von der im jeweiligen Verfahrensstadium zuständigen Verfahrensleitung bestellt. Diese Verfahrensleitung ist im Stadium der Strafuntersuchung der Staatsanwalt bzw. die Staatsanwältin. Das ist klar konkretisiert und in Lehre und Praxis unbestritten, und an dieser bundesgesetzlichen Regelung ist nicht vorbeizukommen. Die von Karin Andenmatten erwähnten Bedenken sind zwar verständlich, man hat im Bundesparlament aber in Kenntnis dieser Bedenken so entschieden. Das kann mit zugerischem Recht nicht geändert werden.

Das Obergericht hat in seinem Bericht auch dargelegt, wie der Ablauf für die Bestellung einer amtlichen Verteidigung bei der Staatsanwaltschaft geregelt ist. Die Wahl der amtlichen Verteidigung liegt in allererster Linie bei der beschuldigten Person selbst. Trifft die beschuldigte Person keine Wahl und hat sie keinen Wunsch, muss die fallführende Staatsanwältin bzw. der fallführende Staatsanwalt die Verteidigung bestimmen. In diesem Fall haben die Staatsanwälte die internen Richtlinien des Leitenden Oberstaatsanwalts zu beachten. Das Obergericht ist überzeugt, dass diese Richtlinien Gewähr für eine faire und ausgewogene Bestellung der amtlichen Mandate bieten. Auch die Sicherheitsdirektion hat dem Obergericht mitgeteilt, dass sie überzeugt sei, dass sich die Zuger Staatsanwaltschaft korrekt verhält und den internen Richtlinien Rechnung trägt. Und weder der Zuger Advokatenverein noch die Zuger Gerichte haben je von irgendwelchen Rechtsanwälten Beanstandungen gehört.
Das heutige System funktioniert also gut. Es gibt keinen Grund, etwas daran zu ändern. Die geltende Regelung entspricht den Vorgaben des Bundesrechts. Wollte man daran etwas ändern, müsste das in Bern passieren. Die Obergerichtspräsidentin ersucht daher den Rat, dem Antrag des Obergerichts auf Nichterheblicherklärung zuzustimmen.
Eine Ergänzung zur zentralen Stelle in Zürich: Die Verhältnisse im Kanton Zürich sind etwas anders, gibt es dort doch wahrscheinlich etwa 200 Staatsanwälte. Aus Sicht des Obergerichts ist eine zentrale Stelle bundesrechtswidrig, denn eine solche Stelle kann nie die Verfahrensleitung sein. Ob die Zürcher Regelung mit dem Wortlaut des Gesetzes kompatibel ist, wird auch in der Lehre angezweifelt. Im kleinräumigen Kanton Zug würde eine solche Regelung – wenn sie überhaupt zulässig wäre – keinen Sinn machen. Im Gegenteil: Würde die Zuteilung solcher Mandate durch nur *eine* Person erfolgen, wäre dies mit zusätzlichem Aufwand und Doppelspurigkeiten verbunden, was zusätzliche personelle Ressourcen binden würde. Insbesondere in Pikettfällen ist dieser Zusatzaufwand offensichtlich. Es ist nämlich nicht möglich, mit zwei Personen, dem Leitenden Oberstaatsanwalt und seiner Stellvertretung, einen Pikettdienst während 365 Tagen einzurichten, so dass in Pikettfällen ohnehin der zuständige Staatsanwalt den Vorentscheid über die Ernennung der amtlichen Verteidigung treffen, den entsprechenden Auftrag erteilen, diesen Entscheid dann aber dem Oberstaatsanwalt zur Genehmigung vorlegen müsste – wobei eine allfällige Nichtgenehmigung wiederum zur Folge hätte, dass eine neue amtliche Verteidigung bestellt und allenfalls einzelne Untersuchungshandlungen wiederholt werden müssten. Es ist hier daran zu erinnern, dass die Regierung in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm einen Personalstopp beschlossen hat. Es gibt also keine zusätzlichen Ressourcen für solche komplizierten Verfahren.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 58 zu 0 Stimmen erheblich.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr behandelt werden.

## 65 Nächste Sitzung

Donnerstag. 26. Februar 2015 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

4. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 26. Februar 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 29. Januar 2015
3. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Anastas Odermatt
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB; BGS 211.1) vom 17. August 1911 – Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen

6. Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Obergerichts, eines Ersatzmitglieds des Obergerichts und eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus», Planung, Landerwerb und Bau, mit Genehmigung des Generellen Projekts: 2. Lesung
8. Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes): 2. Lesung
9. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252)
10. Budget 2015, Finanzplan 2015–2018 (Anpassung des Leistungsauftrags des Amts für Denkmalpflege und Archäologie für das Jahr 2015)
11. Geschäfte, die am 29. Januar 2015 nicht behandelt werden konnten:

11.1. Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend dringliche Änderung der NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III (USR III)

11.2. Postulat von Silvan Hotz betreffend Einführung Projekt Sek I plus

11.3. Interpellation von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend Positionierung des Kantons Zug zur Unternehmenssteuerreform (USR III)

12. Postulat von Thomas Werner betreffend gesetzliche Grundlagen für die Anstellung von kantonalen Angestellten im Allgemeinen nur mit aktuellem Strafregisterauszug
13. Interpellation von Kurt Balmer betreffend SBB-Güterzüge

14. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kündigung von Bankenbeziehungen mit Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern durch die Zuger Kantonalbank

## 66 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Ratsmitgliedern.

Abwesend ist: Beat Sieber, Cham.

## 67 Mitteilungen

An der heutigen Sitzung gilt die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

Am 43. Parlamentarier-Skirennen vom 14. Februar 2015 in Rothenthurm haben die Zuger Ski-Asse brilliert. Das siegreiche Herrenteam mit Stefan Moos, Peter Letter, Arthur Walker und Adrian Andermatt eroberten erneut den Wanderpokal für den Kanton Zug. Kantonsrätin Iris Hess und Stefan Moos, ehemaliger Präsident des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug, sicherten sich die Goldmedaille, Kantonsrat Peter Letter die Bronzemedaille in den Einzeldisziplinen. Ebenfalls Gold geht an Andreas Lustenberger, den besten und einzigen Snowboarder am Start.
Der **Vorsitzende** gratuliert allen, die mitgemacht haben, und dankt den Sportchefs Anna Bieri und Zari Dzaferi für die Mitorganisation des Anlasses.

TRAKTANDUM 1

## 68 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

## 69 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 29. Januar 2015

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 29. Januar 2015 ohne Änderungen.

Der **Vorsitzende** orientiert, dass das Büro des abgetretenen Kantonsrats, gestützt auf § 14 Abs. 4 GO KR, am Abend des 29. Januar 2015 die Protokolle der Sitzungen vom 27. November und 11. Dezember 2014 mit folgender Berichtigung genehmigt hat: Im Protokoll der 89. Sitzung vom 11. Dezember 2014, Seite 2974, Ziff. 1271, ist das Votum von Alt-Kantonsrat Franz Peter Iten dahingehend zu korrigieren, dass der Votant nicht von den Gemeindepräsidenten gesprochen hat, die das Anliegen eines kantonalen Sportanlagenkonzepts beim Sportamt des Kantons Zug deponiert hätten, sondern von den gemeindlichen Sportkommissionspräsidenten (oder Sportpräsidenten), die nicht immer dem Gemeinderat angehören.

➔ Der Rat nimmt die Berichtigung zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 3

**70 Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Anastas Odermatt**

Der **Vorsitzende** orientiert, dass Anastas Odermatt seit der konstituierenden Sitzung des Kantonsrats im Ausland weilte und daher heute das Gelöbnis ablegt. Er bittet Anastas Odermatt, nach vorne zu treten. Der Rat erhebt sich.

Der **Landschreiber** liest die Gelöbnisformel. **Anastas Odermatt** spricht: «Ich gelobe es.»

Der **Vorsitzende** heisst Anastas Odermatt herzlich willkommen im Rat und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 5

**Kommissionsbestellungen:**

**71** Traktandum 5.1: **Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB; BGS 211.1) vom 17. August 1911 – Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen**
Vorlagen: 2476.1 - 14867 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2476.2 - 14868 (Antrag des Regierungsrats)

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Nussbaumer Karl, Menzingen, SVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Andermatt Adrian, Baar, FDP | Meierhans Thomas, Steinhausen, CVP |
| Andermatt Pirmin, Baar, CVP | Odermatt Anastas, Steinhausen, ALG |
| Balmer Kurt, Risch, CVP | Schmid Heini, Baar, CVP |
| Brunner Philip C., Zug, SVP | Straub-Müller Vroni, Zug, ALG |
| Bühler Olivia, Cham, SP | Umbach Karen, Zug, FDP |
| Burch Daniel, Steinhausen, SVP | Unternährer Beat, Hünenberg, FDP |
| Letter Peter, Oberägeri, FDP | Wandfluh Oliver, Baar, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**72** Traktandum 5.2: **Erweiterte Justizprüfungskommission**

Anstelle von Vroni Straub-Müller soll neu Anastas Odermatt für die ALG in die Erweiterte Justizprüfungskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**73** Traktandum 5.3: **Konkordatskommission**

Anstelle von Vroni Straub-Müller soll Anastas Odermatt für die ALG neu auch in die Konkordatskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

**74** **Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Obergerichts, eines Ersatzmitglieds des Obergerichts und eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**
Vorlage: 2471.1/1a - 14857 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es sich hier um die Validierung einer Wahl ohne Urnengang, also einer stillen Wahl, handelt. § 40 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen hält fest, dass kein Wahlgang stattfindet, wenn für eine Behörde gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind. Der Kantonsrat muss nun feststellen, dass diese Wahl rechtlich einwandfrei stattgefunden hat, und die Wahl für gültig erklären. Ohne Gegenantrag ist die Wahl von Stephan Dalcher als Mitglied des Obergerichts, von Carole Meier-Geissmann als Ersatzmitglied des Obergerichts und von Cyrill Moos als Mitglied des Kantonsgerichts stillschweigend für gültig erklärt und validiert.

➔ Der Rat stellt stillschweigend die Gültigkeit der Wahl von Stephan Dalcher als Mitglied des Obergerichts, Carole Meier-Geissmann als Ersatzmitglied des Obergerichts und Cyrill Moos als Mitglied des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 fest.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit das neue Mitglied und das neue Ersatzmitglied des Obergerichts sowie das neue Mitglied des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsperiode 2013–2018 definitiv gewählt sind. Er wünscht den Gewählten viel Erfolg bei ihrer fachlich und menschlich anspruchsvollen Tätigkeit.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**75** **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus», Planung, Landerwerb und Bau, mit Genehmigung des Generellen Projekts: 2. Lesung**
Vorlagen: 2274.7 - 14842 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2274.8/8a/8b - 14859 (Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** informiert, dass auf die zweite Lesung ein Antrag des Regierungsrats eingegangen ist: In § 3 sollen die Zahlungsmodalitäten der Stadt Zug angepasst werden. Weiter stellt die ALG, gestützt auf § 73 Abs. 2 in Verbindung mit § 69 Abs. 2 GO KR, den konnexen Antrag, den Beitrag der Stadt Zug auf 80 Millionen Franken zu reduzieren. Ein solcher Antrag ist zulässig.

**Daniel Thomas Burch,** Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer, hält fest, dass der Antrag des Regierungsrats einzig eine Änderung der Zahlungsmodalitäten betrifft: Die Zahlungen sollen entsprechend dem Baufortschritt geleistet werden. Die Tiefbaukommission hat diese Frage nicht speziell beraten, weshalb der Votant nur seine persönliche Meinung wiedergeben kann. Er empfiehlt – auch im Namen der FDP-Fraktion –, dem regierungsrätlichen Antrag zuzustimmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, orientiert, dass die Stawiko im Zirkularverfahren einen Beschluss zum Antrag des Regierungsrats gefasst hat. Die Engere Stawiko stimmt dem Antrag mit 6 zu 0 Stimmen zu; ein Mitglied hat sich dazu nicht geäussert. Die Stawiko erachtet die Anpassung der Zahlungsmodalitäten als sinnvoll.

**Stefan Gisler** betont namens der ALG vorab, dass es erstmalig und systemfremd ist, dass eine Gemeinde einen Investitionsbeitrag an eine kantonale Strasse bezahlen muss. Erstmalig und systemfremd ist auch, dass ein kantonales Strassenbauprojekt nicht einzig aus dem dafür vorgesehenen Strassenbaufonds, also über die Motorfahrzeugsteuern, sondern aus allgemeinen Steuergeldern bezahlt werden soll. In sachorientierten Verhandlungen haben sich der Baudirektor und die Stadt Zug zuerst auf einen städtischen Beitrag von 60 Millionen Franken geeinigt. Dann aber begann der grosse Basar. Die Tiefbaukommission wollte 80 Millionen, die Stawiko 120 Millionen, die Tiefbaukommission dann 100 Millionen Franken; die Stadt Zug knickte zu früh ein und gab als Kompromiss 80 Millionen Franken an. Einzig die ALG blieb bei den aufgrund sachlicher Grundlagen ausgehandelten 60 Millionen Franken. Als Stadtzuger ist der Votant nicht bereit, sich vom Kanton derart schröpfen zu lassen. Wieso sollte die Stadt Zug 100 Millionen Franken bezahlen, wenn beispielsweise Hünenberg und Cham nichts an die UZH und Baar nichts an die Tangente Zug–Baar bezahlen? Die Stadt kommt finanziell ans Limit, was auch im jetzt vorliegenden Antrag des Regierungsrats zum Ausdruck kommt. Die ALG findet die beantragte Änderung der Zahlungsmodalitäten gut, aber nicht ausreichend. Sie stellt deshalb im Konnex den **Antrag,** dass der ursprüngliche Kompromissvorschlag beibehalten, der Beitrag der Stadt Zug also auf 80 Millionen Franken festgesetzt wird. Das erhöht auch die Akzeptanz des Stadttunnels in der Stadt Zug.

**Rainer Suter:** Die SVP-Fraktion befürwortet den Bau des Stadttunnels klar. Der Antrag der Regierung, die Zahlungsmodalitäten für den 100-Millionen-Franken-Beitrag der Stadt Zug anzupassen, wurde an der SVP-Fraktionssitzung einstimmig genehmigt. Finanzielle Fälligkeiten von Teilbeträgen nach Baufortschritt oder Akontozahlungen sind in der Bauwirtschaft üblich, besonders wenn diese sich nach der SIA-Norm 118 richten. Die Diskussion über die Höhe des städtischen Beitrags wurde schon früher geführt. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb die Reduktion des städtischen Beitrags um 20 Millionen Franken auf 80 Millionen Franken ab.
Das Projekt Stadttunnel ist so weit fortgeschritten wie noch nie. Nun muss dem Volk die Gelegenheit gegeben werden, zu diesem Jahrhundertprojekt Stellung zu nehmen. Die SVP-Fraktion unterstützt explizit das von der Regierung beantragte Behördenreferendum.

**Daniel Stadlin** dankt namens der GLP dem Regierungsrat für die konstruktive Aufnahme der Forderung der Stadt Zug, die Zahlungsmodalitäten für den städtischen Beitrag entsprechend der SIA-Norm 118 anzupassen. Damit die Stadt Zug die geforderten 100 Millionen Franken finanzieren und die Teilbeträge termingerecht dem Kanton überweisen kann, ist es unabdingbar, dass die Projektfinanzierung für sie

planbar sein muss. Die städtischen Finanzen dürfen nicht wegen dieses Projekts ausser Kontrolle geraten. Das Investitionsprogramm muss auch über zehn Jahre hinaus planbar sein. Projektimmanente finanzielle Risiken sind dabei möglichst zu minimieren oder gar auszuschliessen. Immerhin handelt es sich hier um die mit Abstand grösste je von der Stadt Zug getätigte Investition. Darum muss man der Stadt auch zubilligen, die Projektfinanzierung gemäss dem effektiven Baufortschritt tätigen zu können, wie dies die Stadt Zug zusammen mit der Gemeinde Baar bereits beim Bau der Nordzufahrt gemacht hat. Das hat bestens funktioniert. Und an die Adresse von Stefan Gisler: Bereits damals hat die Stadt Zug eine Investition des Kantons finanziell mitgetragen.
Die GLP ist für die angepasste Version der Zahlungsmodalitäten und unterstützt den Antrag des Regierungsrats. Sie unterstützt auch den Antrag der ALG, den städtischen Beitrag auf 80 Mio. Franken festzulegen.

**Zari Dzaferi:** Die SP-Fraktion hat schon in der ersten Lesung den tiefsten städtischen Beitrag von 60 Millionen Franken unterstützt. In diesem Sinn unterstützt sie auch heute einen möglichst tiefen Beitrag der Stadt Zug. Es ist nämlich systemwidrig, dass sich Gemeinden an kantonalen Strassenbauprojekten beteiligen; Ausführungen dazu wurden bereits in der ersten Lesung sowie heute gemacht.
Im Hinblick auf die Schlussabstimmung bleibt die SP-Fraktion bei der Position, die sie schon in der ersten Lesung vertreten hat: Der Stadttunnel führt nicht zu einer Verkehrsreduktion, und das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt nicht.

Baudirektor **Heinz Tännler** nimmt nur Stellung zum Votum von Stefan Gisler, der ausgeführt hat, es sei systemfremd, dass eine Gemeinde an ein Infrastrukturprojekt des Kantons einen Beitrag zu bezahlen habe. Das trifft nicht zu. Der Gesetzgeber, also der Kantonsrat, hat im Gesetz über Strassen und Wege explizit stipuliert, dass eine Gemeinde je nach Interessenlage Beiträge an kantonale Tiefbauprojekte zu leisten hat. Die Details sind eine Frage der Interessenabwägungen und des Aushandelns, aber solche Beiträge sind nicht systemfremd, und die entsprechende Rechtsgrundlage liegt vor. Der vorliegende Fall ist – wie Daniel Stadlin bereits ausgeführt hat – auch nicht einmalig. Es gibt viele Projekte, an welche Gemeinden Beiträge geleistet haben. Ein Beispiel ist die Nordstrasse, an welche einerseits die Stadt Zug und andererseits die Gemeinde Baar Millionenbeträge bezahlt haben. Auch die Finanzierung über die allgemeine Staatsrechnung wurde vom Gesetzgeber im Gesetz über Strassen und Wege vorgesehen. Es steht dort explizit, dass Tiefbauprojekte über die Verwaltungsrechnung finanziert werden können.
Der Baudirektor bittet, dem Antrag der ALG auf Reduktion des städtischen Beitrags auf 80 Millionen Franken nicht zuzustimmen. Die Höhe dieses Beitrags wurde nicht in einem Basar festgelegt. Der Kanton vertrat immer die Haltung, dass nach seinen Berechnungen 80 bis 100 Millionen Franken gerechtfertigt seien, dies aufgrund des Nutzens für die Stadt Zug. Natürlich ist die Berechnung des Nutzens für die Stadt keine exakte Wissenschaft; es geht um ein Aushandeln. Geschröpft wird die Stadt Zug mit 100 Millionen Franken aber nicht. Und die Stadt Zug ist *on board*. Der Finanzvorsteher und der Stadtpräsident haben gestern dem Baudirektor bestätigt, dass die Stadt mit den vorgesehenen 100 Millionen Franken leben kann. Und zur Frage, warum beispielsweise bei der Tangente Zug/Baar und bei der UCH die Gemeinden keine Beiträge zu leisten hätten, ist festzuhalten, dass es bei der Tangente nicht nur die Gemeinde Baar, sondern auch wieder die Stadt Zug treffen würde, die vom Projekt ebenfalls profitiert. Dazu gibt es einen wichtigen Unterschied: Der Stadttunnel ist nicht ein reines Umfahrungs-, sondern auch ein Erschliessungsprojekt, das viele Zwecke erfüllt. Die Tangente Zug/Baar hingegen ist eine reine Verbindung

zur Autobahn; das ist ihr Hauptzweck. Man hat also ein ganz anderes Charakteristikum und damit auch eine andere Ausgangslage. Der Baudirektor bittet deshalb, den Antrag auf Reduktion des städtischen Beitrags abzulehnen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats auf Anpassung der Zahlungsmodalitäten für die Stadt Zug mit 74 zu 0 Stimmen zu.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, den Beitrag der Stadt Zug auf 80 Millionen Franken festzusetzen, mit 49 zu 28 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

**Hubert Schuler** stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** die Schlussabstimmung unter Namensaufruf durchzuführen. Es geht um sehr viel Geld, und die Bevölkerung soll wissen, welcher Kantonsrat bzw. welche Kantonsrätin wie gestimmt hat.

**Thomas Werner** unterstützt den Antrag der SP-Fraktion, macht aber darauf aufmerksam, dass mit der schon lange geplanten elektronischen Abstimmungsanlage das Abstimmungsverhalten auch ohne Namensaufruf sichtbar wäre. Er bittet deshalb, mit der Abstimmungsanlage vorwärts zu machen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 50 Stimmen zu (das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen).

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Mitglieder des Rats wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Ja |
| Brunner Philip C. | Ja |
| Camenisch Philippe | Ja |
| Christen Hans | Ja |
| Gisler Stefan | Nein |
| Gysel Barbara | Nein |
| Kottelat Michèle | Ja |
| Landtwing Alice | Nein |
| Messmer Jürg | Ja |
| Raschle Urs | Ja |
| Rüegg Richard | Nein |
| Sivaganesan Rupan | Nein |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Ja |
| Stadlin Daniel | Ja |
| Stocker Cornelia | Ja |
| Straub-Müller Vroni | Ja |
| Thalmann Silvia | Ja |
| Umbach Karen | Nein |
| Vollenweider Willi | Ja |
| | |
| Dittli Laura | Nein |
| Letter Peter | Ja |
| Wyss Beat | Nein |
| Wyss Thomas | Ja |

| | |
|---|---|
| Hess Mariann | Nein |
| Hess-Brauer Iris | Nein |
| Ingold Gabriela | Nein |
| Iten Beat | Nein |
| Ryser Ralph | Ja |
| Werner Thomas | Ja |
| | |
| Barmet Monika | Ja |
| Etter Andreas | Nein |
| Nussbaumer Karl | Ja |
| | |
| Abt Daniel | Ja |
| Andermatt Adrian | Ja |
| Andermatt Pirmin | Ja |
| Dzaferi Zari | Nein |
| Frei Pirmin | Nein |
| Gössi Alois | Ja |
| Hostettler Andreas | Ja |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Ja |
| Lustenberger Andreas | Nein |
| Pfister Martin | Nein |
| Riboni Michael | Ja |
| Riedi Beni | Ja |
| Schmid Heini | Nein |
| Wandfluh Oliver | Ja |
| | |
| Baumgartner Hans | Nein |
| Birrer Walter | Ja |
| Bühler Olivia | Nein |
| Gander Thomas | Ja |
| Haas Esther | Nein |
| Mösch Jean-Luc | Nein |
| Renggli Silvan | Nein |
| Sieber Beat | Abwesend |
| Soltermann Claus | Ja |
| Suter Rainer | Ja |
| | |
| Andenmatten-Helbling Karin | Nein |
| Bieri Anna | Nein |
| Hofer Rita | Nein |
| Schuler Hubert | Nein |
| Unternährer Beat | Ja |
| Villiger Thomas | Ja |
| | |
| Burch Daniel | Ja |
| Hausheer Andreas | Enthaltung |
| Hürlimann Andreas | Nein |
| Meierhans Thomas | Nein |
| Odermatt Anastas | Nein |
| Weber Monika | Nein |

| | |
|---|---|
| Balmer Kurt | Enthaltung |
| Burch Daniel Thomas | Ja |
| Roos Flavio | Ja |
| Schriber-Neiger Hanni | Nein |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Ja |
| Wiederkehr Roger | Ja |
| | |
| Schmid Moritz | ––– |
| Weber Florian | Ja |
| | |
| Henseler Emanuel | Nein |
| Lötscher Thomas | Ja |

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 43 zu 33 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

**Behördenreferendum**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 34 Abs. 4 der Kantonsverfassung und § 74 Abs. 3 GO KR ein Drittel der Kantonsratsmitglieder das Behördenreferendum beschliessen kann. Das Quorum liegt also bei 27 Ratsmitgliedern.

**Andreas Lustenberger** hält fest, dass die ALG gegen den Stadttunnel ist, mit ihren guten Argumenten den Rat leider aber nicht überzeugen konnte. Sie unterstützt darum das Behördenreferendum bzw. stellt den entsprechenden **Antrag** – angesichts der Tragweite des Projekts bezüglich Finanzvolumen, aber auch vieler weiterer Auswirkungen eine Selbstverständlichkeit:
• Das Projekt ist mit 1000 Millionen Franken inkl. dem zusätzlichen städtischen Beitrag sowie den fahrlässig gestrichenen Reserven der Tiefbaukommission und den nicht genau bezifferten Betriebs- und Unterhaltskosten viel zu teuer, gerade auch angesichts des 100-Millionen-Sparpakets.
• Die Wirkung ist ungenügend, denn das Projekt hält nicht, was sie verspricht. Zu viele Punkte und Strassen im Zentrum werden von zu vielen Fahrzeugen weiterhin frei angefahren werden können.
• Ein Tunnelsystem löst keine Probleme, sondern verlagert diese – dies dorthin, wo bereits viele Familien leben und noch weitere Wohnmöglichkeiten geplant sind.

Der **Vorsitzende** unterbricht und ermahnt den Votanten, zum Behördenreferendum zu sprechen.

**Andreas Lustenberger** fährt fort: Ein Tunnelsystem ist weder innovativ noch zukunftsorientiert, sondern es ist der zum Scheitern verurteilte Versuch, ein gesamtzugerisches Verkehrsproblem unter den Teppich zu kehren. Die AGL unterstützt das Behördenreferendum und ist sicher, dass das Volk Vernunft zeigt und Nein sagt.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion davon ausging, der Antrag auf ein Behördenreferendum sei vom Regierungsrat gestellt worden. Wenn dem so ist, unterstützt die SVP den Antrag. Sollte der Antrag von grüner Seite kommen, dann stellt die SVP-Fraktion denselben Antrag. *(Der Rat lacht.)*

Der **Vorsitzende** stellt klar, dass das Behördenreferendum schon in der ersten Lesung vom Regierungsrat beantragt wurde.

➔ Der Rat genehmigt mit 77 zu 1 Stimmen den Antrag auf ein Behördenreferendum.

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Regierungsrat mitgeteilt hat, die Volksabstimmung zum Projekt «Stadttunnel mit ZentrumPlus» finde am 14. Juni 2015 statt.

Es liegen zwei parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vor:

**1.** Die Motion von Hans Christen, Eusebius Spescha, Beat Stocker, Martin Stuber und Vreni Wicky betreffend Projektierung Zuger Stadtkernentlastung vom 30. November 2006 (Vorlage 1496.1 - 12263) sei erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

**Philip C. Brunner** weist auf die Daten der zwei Motionen sowie auf die Motionärinnen und Motionäre hin, von denen heute nur noch zwei im Kantonsrat sitzen. Das vorliegende Projekt für einen Stadttunnel liegt seit zehn Jahren in der Luft und kommt nun hoffentlich zu einem guten Abschluss. Es war ein langer Prozess bis zur eben durchgeführten Abstimmung.

➔ Der Rat erklärt die Motion Christen/Spescha/Stocker/Stuber/Wicky stillschweigend erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

**2.** Die Motion von Werner Villiger, Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend beschleunigte Realisierung eines wirkungsvollen und kostengünstigeren Stadttunnels und zugleich Einführung eines neuen Verkehrsregimes in der Innenstadt Zug vom 14. Dezember 2009 (Vorlage 1883.1 - 13273) sei im Sinne der Erwägungen teilweise erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion Villiger/Balsiger/Schmid stillschweigend teilerheblich und schreibt sie als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**76 Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes): 2. Lesung**
Vorlage: 2367.4 - 14844 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 47 zu 27 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 9

**77 Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252)**

Vorlagen: 2450.1/1a - 14810 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2450.2 - 14824 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat folgende Anträge stellt:
• Eintreten und Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Rahmenkredit II für die Planung von kantonalen Hochbauten;
• Aufhebung von § 1 und § 3 des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit II und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992.
Die Staatswirtschaftskommission stellt folgende Anträge:
• Eintreten und Genehmigung der Schlussabrechnung;
• Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992;
• den Regierungsrat motionsweise zu beauftragen, dem Kantonsrat einen neuen Beschluss zu den Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten zu unterbreiten (mit sofortiger Behandlung der Motion).

EINTRETENSDEBATTE

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, informiert, dass die Stawiko die Vorlage an den Sitzungen vom 12. und 28. Januar 2015 beraten. Wie gehört, beantragt sie einstimmig:
• auf die Vorlage einzutreten;
• den Rahmenkredit zu genehmigen;
• den Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252) als Ganzes aufzuheben;
• den Regierungsrat zu beauftragen, dem Kantonsrat einen neuen Beschluss zu den Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten zu unterbreiten.
Die Finanzkontrolle des Kantons Zug hat in einem Zwischenbericht am 2. Dezember 2005 sowie im Schlussbericht vom 30. September 2014 die Schlussabrechnung zum Rahmenkredit ebenfalls zur Genehmigung empfohlen.
Dem vom Kantonsrat ursprünglich am 1. Juni 1989 bewilligten Kredit wurden verschiedene Planungsarbeiten für Schulungsinstitutionen sowie die Projektierungskosten für das Gaswerkareal und das Kantonale Zeughaus belastet. Dabei wird eine marginale Abweichung von 2 Prozent ausgewiesen. Für das geplante Stehenlassen der §§ 2, 4 und 5 des KRB aus dem Jahre 1992 gemäss Antrag der Regierung in Vorlage 2450.1 kann die Stawiko nicht Hand bieten. Bei einem solchen Vorgehen würde nämlich die Gefahr bestehen, dass der Kantonsrat die Kontrolle über die Projektierungen in Sachen Hochbauten verliert, weil diese in der laufenden Rechnung untergehen könnten. Weiter ist die Stawiko der Ansicht, dass zum weiteren Verfahren auch die Hochbaukommission einzubeziehen ist. Die Abläufe für die Planung von Hochbauten müssen aufgrund der heutigen Gegebenheiten überprüft und überarbeitet werden. Die Stawiko wünscht deshalb, dass die Regierung dem Kantonsrat eine neue Vorlage unterbreitet. Parlamentsrechtlich stellt ihr Antrag eine Kommissionsmotion dar, die sofort behandelt werden kann. Die Stawiko-Präsidentin bittet, diese Motion bei der sofortigen Behandlung erheblich zu erklären.

**Hubert Schuler,** Präsident der Hochbaukommission, hat unter den Mitglieder der Kommission eine E-Mail-Umfrage betreffend Motion der Stawiko durchgeführt. Leider erhielt er nur drei Rückmeldungen, kann hier also keine repräsentative Meinung der Hochbaukommission wiedergeben. Es scheint ihm aber selbstverständlich, dass bei Fragen zu Hochbauten die Hochbaukommission involviert wird.
Namens der SP-Fraktion stellt der Votant den **Antrag,** die Motion nicht überweisen. Die Regierung hat das Problem erkannt, und sowohl der Finanz- als auch der Baudirektor haben sich in der Stawiko klar dazu geäussert.

**Thomas Wyss** teilt mit, dass die SVP einstimmig die Anträge der Stawiko unterstützt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten

DETAILBERATUNG

***1. Genehmigung der Schlussabrechnung***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sowohl der Regierungsrat als auch die Staatswirtschaftskommission die Genehmigung der Schlussabrechnung beantragen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Schlussabrechnung.

***2. Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721. 252)***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Staatswirtschaftskommission anschliesst, den Kantonsratsbeschluss vollständig aufzuheben. Er weist darauf hin, dass der Rat gemäss § 72 Abs. 3 Ziff. 1 GO KR für die Aufhebung eines allgemeinverbindlichen Kantonsratsbeschlusses zwei Lesungen durchführt. Da dieser Erlass nebst dem nun abgerechneten Objektkredit noch weitere Paragrafen enthält, muss eine zweite Lesung folgen.

➔ Der Rat stimmt der Aufhebung des genannten Kantonsratsbeschlusses in erster Lesung stillschweigend zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 72 Abs. 4 GO KR die zweite Lesung an der nächsten Sitzung durchgeführt werden darf, sofern der Kantonsrat nicht anders beschliesst.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden, die zweite Lesung an der nächsten Sitzung durchzuführen.

***3. Motion der Staatswirtschaftskommission mit dem Auftrag an den Regierungsrat, dem Kantonsrat einen neuen Beschluss zu den Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten zu unterbreiten (mit sofortiger Behandlung der Motion)***

Der **Vorsitzende** legt das Vorgehen fest:
• Überweisung oder Nichtüberweisung der Motion.
• Bei Überweisung: Abstimmung über die sofortige Behandlung.
• Bei sofortiger Behandlung: Erheblicherklärung oder Nichterheblicherklärung.
Zu Schritt 1 erläutert er, dass die Nichtüberweisung ein Nichteintretensbeschluss ist und zweier Drittel der Stimmenden bedarf.

**Hubert Schuler** erinnert daran, dass er namens der SP-Fraktion einen Antrag auf Nichtüberweisung gestellt hat.

➔ Der Rat beschliesst mit 56 zu 15 Stimmen die Überweisung der Motion.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass im zweiten Schritt über die sofortige Behandlung abgestimmt wird. Die sofortige Behandlung bedarf zweier Drittel der Stimmenden.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 zu 14 Stimmen die sofortige Behandlung der Motion.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass im dritten Schritt nun über die Erheblicherklärung bzw. Nichterheblicherklärung entschieden wird. Gemäss dem letzten Satz von § 45 Abs. 2 GO KR ist bei einer sofortigen Behandlung für die Erheblicherklärung die einfache Mehrheit der Stimmenden nötig.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 59 zu 13 Stimmen erheblich.

TRAKTANDUM 10

**78 Budget 2015, Finanzplan 2015–2018 (Anpassung des Leistungsauftrags des Amts für Denkmalpflege und Archäologie für das Jahr 2015)**
Vorlagen: 2443.2/2a - 14860 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2443.3 - 14861 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Kantonsrat hat am 27. November 2014 im Budget 2015 Kürzungen beschloss. Zusätzlich zur pauschalen Kürzung kürzte er einzelne Globalbudgets, so beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie, einem Amt der Direktion des Innern. Der Regierungsrat stellt nun den Antrag, einen angepassten Leistungsauftrag des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie für das Jahr 2015 zu genehmigen. Die erweiterte Staatswirtschaftskommission beantragt die Ablehnung des regierungsrätlichen Antrags.

EINTRETENSDEBATTE

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die engere Staatswirtschaftskommission die Vorlage an der Sitzung vom 28. Januar 2015 beraten sowie in der Folge auf dem Zirkularweg die Meinungen der Mitglieder der erweiterten Staats-

wirtschaftskommission eingeholt hat. Erstmals seit der Einführung der Globalbudgets mit Leistungsauftrag legt die Regierung dem Rat einen angepassten Leistungsauftrag vor. Deshalb konnte die Stawiko nicht auf eingeübte Abläufe zurückgreifen. Eigentlich sollte an der Sitzung der engeren Stawiko lediglich das formelle Vorgehen – Zirkularweg oder Sitzung – abgesprochen werden. Weil die Stawiko unter enormen Zeitdruck stand – das Geschäft war auf die heutige Sitzung traktandiert, und es standen zwei Wochen Sportferien vor der Türe, die Stawiko hatte also inkl. Ferien gerade mal dreizehn Arbeitstage zur Verfügung –, entschied sie sich für den Zirkularweg. Nach diesem Entscheid zum Formellen ergab sich aber trotzdem eine materielle Diskussion. Die Kommission wählte einen pragmatischen Weg, damit dieses Geschäft bearbeitet und für die heutige Sitzung ein Bericht und Antrag vorgelegt werden konnte.
Weder die Staatswirtschaftskommission noch der Kantonsrat können am vorliegenden geänderten Leistungsauftrag inhaltliche Anpassungen vornehmen. Sie können ihn nur als Ganzes annehmen oder ablehnen. Bei einer Ablehnung bleibt der Leistungsauftrag gemäss Budgetbuch, Seite 89–93, in Kraft, jedoch mit einem um rund 780’000 Franken reduzierten Globalbudget; allfällige Abweichungen wären im Geschäftsbericht 2015 zu kommentieren. Die Votantin hat gehört, das Amt für Denkmalpflege und Archäologie bemängle, ihm sei zum geänderten Leistungsauftrag seitens der Stawiko kein rechtliches Gehör gewährt worden. Immerhin wurde der geänderte Leistungsauftrag mit einem Bericht und Antrag (Vorlage 2443.2) überwiesen. Dort hätte sich Gelegenheit geboten, auf die Forderungen des Kantonsrats, wie sie anlässlich der Budgetsitzung vom 27. November 2014 formuliert wurden, einzugehen. Der Bericht aber war minimal verfasst. Die geänderten Leistungen waren nicht einmal markiert, so dass jeder Leser selbst herausfinden musste, wo etwas geändert wurde. Das Vorgehen der Stawiko erachtet die Votantin diesbezüglich als nicht unüblich, gibt doch die erweiterte Stawiko bei der Beratung der Budgets sowie der Jahresrechnung regelmässig gewisse Empfehlungen ab und stellt Anträge. Die Direktionsvorsteher haben in der Folge Gelegenheit, im Rat ihren Standpunkt darzulegen.
Die erweiterte Stawiko stellt gemäss Zirkularbeschluss mit grosser Mehrheit, d. h. mit 11 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, den **Antrag,** den angepassten Leistungsauftrag des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie für das Jahr 2015 abzulehnen. Sie begründet die Ablehnung damit, dass der angepasste Leistungsauftrag nicht dem Anliegen des Kantonsrats gemäss Sitzungsprotokoll vom 27. November 2014 entspricht. Der Rat forderte Einsparungen im Bereich Studien/Planungen Dritter sowie im Bereich Archäologie. Explizit wollte man dort, wo der Bürger konkret eine Dienstleistung des Amtes erwartet, keine Einsparungen.
Eine persönliche Bemerkung zum Zeitungsbericht vom Montag, 23. Februar 2015, in der «Neuen Zuger Zeitung»: Dieser Bericht spiegelt eine gewisse Schwerfälligkeit des Amts für Denkmalpflege und Archäologie wider. Von der Schweizer Wirtschaft und dem Schweizer Gewerbe wird nach dem 15. Januar 2015 nullkommaplötzlich erwartet, mit massiv veränderten Rahmenbedingungen umzugehen, die ähnlich einschneidend sind.
Damit in Zukunft geänderte Leistungsaufträge effizienter bearbeitet werden können, bittet die Stawiko die Regierung, dem Kantonsrat in künftigen Vorlagen zu geänderten Leistungsaufträgen diese jeweils im Korrekturmodus abzugeben sowie ihre Überlegungen dazu im Bericht und Antrag darzulegen. In den Terminplänen für 2016 und die folgenden Jahre wird die Stawiko-Präsidentin für die erweiterte Staatswirtschaftskommission jeweils eine Eventualsitzung für die Behandlung geänderter Leistungsaufträge vorsehen. Abschliessend bittet die Votantin den Rat, dem Antrag der Staatswirtschaftskommission zu folgen.

**Flavio Roos** stellt fest, dass Gabriela Ingold das Wesentliche gesagt hat und er sich kurz fassen kann. Er muss aber – dies an die Adresse von Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard – festhalten, dass gewisse Dinge passiert sind, die nicht akzeptabel sind. Die SVP-Fraktion war erstaunt, dass sie nochmals über den Leistungsauftrag des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie diskutieren musste, obwohl dieser bereits am 27. November 2014 vom Kantonsrat gutgeheissen und verabschiedet wurde. Sie war wie die Stawiko auch erstaunt darüber, dass die Kürzungen vorwiegend die Leistungsziele 3, 5 und 7 betreffen; auch ihrer Meinung nach müssten die Kürzungen eher im Bereich der Leistungsziele 12 und 13 erfolgen. So wäre zumindest zu überlegen, die Zahl der öffentlichen Anlässe von zehn auf einen oder zwei Anlässe zu reduzieren. Dass die Kunden unter den Kürzungen zu leiden haben, entspricht nicht der Sparidee.
In der Vergangenheit wurde das Geld mit der grossen Kelle ausgegeben. Nun aber muss reduziert werden. Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag des Regierungsrats einstimmig ab.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. Der von Thiemo Hächler gestellte und mit 42 zu 16 Stimmen deutlich angenommene Antrag war eindeutig formuliert: Beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie sei eine Bugetkürzung von 690’000 Franken vorzunehmen, wobei die Einsparungen explizit im Bereich Archäologie erfolgen sollen. Und nun stellt die Regierung den Antrag, den Leistungsauftrag anzupassen. Für die FDP-Fraktion ist eine Anpassung des Leistungsauftrags durchaus nachvollziehbar, und sie würde diese grundsätzlich auch unterstützen. Dafür müsste allerdings klar erkennbar sein, dass die Aufgabe, bei der Archäologie zu sparen, verstanden worden ist. Dies ist leider nicht der Fall, weshalb die FDP dem Antrag der Stawiko zustimmt und den Antrag der Regierung ablehnt.
Eines von vielen Beispielen ist die Öffentlichkeitsarbeit. Im Leistungsauftrag 2014 waren zehn Anlässe vorgesehen, ebenso im Leistungsauftrag 2015. Im korrigierten Leistungsauftrag 2015 finden sich ebenfalls zehn Anlässe, die Differenz beträgt null. Es soll also kein einziger Anlass weniger durchgeführt werden, gleichzeitig aber wird behauptet, das Sparpotenzial sei ausgeschöpft. Dass sehr kurzfristig massiv Kosten eingespart und Prozesse reformiert werden können, beweist die Privatwirtschaft seit dem 15. Januar 2015 eindrücklich. Jammern nützt nichts, vielmehr gilt es, die neue Situation anzunehmen, die Ärmel hochzukrempeln – und zu arbeiten. Los geht's!

**Stefan Gisler** als Sprecher der ALG begrüsst es, dass die Stawiko-Präsidentin aus der Verletzung der Geschäftsordnung etwas gelernt hat und künftig Ende Januar eine Sitzung der erweiterten Stawiko vorsieht, um geänderte Leistungsaufträge zu beraten. Im Übrigen entspricht es explizit der Geschäftsordnung des Kantonsrats, dass ein Leistungsauftrag, der in der Budgetsitzung im November abgelehnt wird, vom Kantonsrat in der Februarsitzung neu beraten werden muss. Aus diesem Grund entstand der von der Stawiko-Präsidentin geschilderte Zeitdruck.
Die ALG stimmt dem abgeänderten Leistungsauftrag für das Amt für Denkmalpflege und Archäologie, wie ihn die Regierung vorschlägt, zu. Der Kantonsrat hat sich im November 2014 – gegen die Stimmen der ALG – dazu hinreissen lassen, pauschale Kürzungen bei allen Direktionen vorzunehmen und das Globalbudget des Amts für Denkmalpflege und Archäologie zusätzlich pauschal um 10 Prozent zu kürzen. Beide Anträge waren in der erweiterten Stawiko nicht eingebracht und vorberaten worden; entsprechend war der Rat unvorbereitet und sich der Folgen wohl nicht bewusst. Jetzt hat er die Nachwehen zu tragen.

Beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie müssen fast 800’000 Franken eingespart werden. Der Leistungsauftrag muss deshalb dort angepasst werden, wo auch Fleisch am Knochen ist. Das hat die Regierung getan – und das tut leider auch der Kundschaft, sprich den Bauherrschaften, weh. Wenn moniert wurde, der Sparwille des Kantonsrats werde nicht umgesetzt, so muss man festhalten, dass dieser Sparwille nur auf diese Art und Weise umgesetzt werden kann. Lehnt der Rat den geänderten Leistungsauftrag ab, lässt sich der Sparwille nicht umsetzten. Das Sparpotenzial bei den genannten Leistungszielen 12 und 13 beträgt ungefähr 50’000 Franken. Selbst wenn man hier keinen einzigen Franken ausgibt, bleiben immer noch 750’000 Franken, die gespart werden müssen. Wenn der Rat also sparen will, soll er das mit Sachverstand und Vernunft tun – und sich bewusst sein, dass Sparen immer den *Service public* betrifft. Man kann nicht sparen und glauben, es tue niemandem weh.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Zum ersten Mal hat man nun die Situation, dass der Regierungsrat nach der Budgetdebatte die Änderung eines Leistungsauftrags beantragt, weil der Kantonsrat bei einem Amt grosse finanzielle Anpassungen vornahm: Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie muss gegenüber dem vom Regierungsrat beantragten Budget 777’225 Franken oder 11,3 Prozent einsparen. Dass diese Situation neu ist, sieht man auch daran, dass die Vorlage des Regierungsrats in der Staatswirtschaftskommission bereits materiell beraten wurde, obwohl der Kantonsrat sie noch nicht überwiesen hat. Das widerspricht der Geschäftsordnung. Und vor allem wurde die Vorlage von einem Gremium, nämlich der engeren Staatswirtschaftskommission, materiell beraten, das für dieses Geschäft gar nicht zuständig ist: Die Vorberatung des Budgets – und darum geht es hier – liegt nämlich vollständig in der Kompetenz der erweiterten Staatswirtschaftskommission. Diese konnte – nach der materiellen Diskussion in der engeren Staatswirtschaftskommission – aber einzig sagen, ob sie mit dem Antrag des Regierungsrats einverstanden sei oder nicht.
Unbefriedigend ist auch, wenn der Antrag des Regierungsrats auf Änderung des Leistungsauftrag vom Kantonsrat – was anzunehmen ist – abgelehnt wird. Man hätte dann ein vom Kantonsrat reduziertes Budget für dieses Amt, jedoch einen Leistungsauftrag, der auf einem nicht gekürzten Budget basiert. Dass dies nicht aufgehen kann, ist von vornherein klar. Entsprechend wird es dann bei der Beratung der Rechnung 2015 im Frühling 2016 verschiedene Kommentare zum Leistungsauftrag dieses Amtes geben, und es wird die Frage gestellt werden, wieso gewisse Ziele nicht zu 100 Prozent erreicht werden konnten. Man müsste sich deshalb wirklich überlegen, ob der Kantonsrat Änderungen von Leistungsaufträgen aufgrund von Budgetänderungen nur zur Kenntnis nehmen und nicht mehr genehmigen müsste.
Materiell zu den Anpassungen des Leistungsauftrags des Amts für Denkmalpflege und Archäologie: Aufgrund der sehr kurzfristigen Kürzung muss in diesem Amt jeder neunte Franken eingespart werden. Da ist es sinnvoll und wohl auch der einzig gangbare Weg, vor allem bei den grössten Kostenblöcken zu sparen. Dass diese Kosteneinsparungen nicht zwingend dort anfallen, wo es der damalige Antragsteller Thiemo Hächler verlangte, nämlich bei der Archäologie und nicht bei der Denkmalpflege, muss bei so kurzfristig vorzunehmenden Kostenreduktionen akzeptiert werden. Mittelfristig sollte und müsste jedoch bei gleichen Kosten in diesem Amt – der Votant geht nicht davon aus, dass der Kantonsrat für 2016 diese Einsparungen rückgängig macht – dem Anliegen des Antragssteller entsprochen werden.
Abschliessend bittet der Votant die Direktorin des Innern um eine Antwort auf die Frage, ob es im Amt für Denkmalpflege und Archäologie aufgrund der Budgetkürzung nun zu Entlassungen kommt, oder ob die Budgetkürzung durch andere Mass-

nahmen aufgefangen werden können. Auf jeden Fall wird die SP-Fraktion dem geänderten Leistungsauftrag für das Amt für Denkmalpflege und Archäologie zustimmen.

**Andreas Hausheer** teilt mit, dass eine Mehrheit der CVP-Fraktion dem Antrag der Stawiko folgen wird. Als Mitglied der Stawiko-Delegation für die Direktion des Innern freut es ihn, dass es aufgrund einer Frage an die Direktion möglich geworden ist, den geschätzten Personalaufwand für ein bestimmtes Leistungsziel und auch die budgetierten Kosten pro Leistungsziel zu benennen. Das war in der Vergangenheit – aus welchen Gründen auch immer – offenbar nicht möglich. Er dankt Stefan Gisler für seine Fragen an die Direktion und ist froh, dass damit einer schon lange bestehenden Forderung nachgekommen werden konnte. Er freut sich, dass dann auch beim Budget 2016 die Kosten auf die Leistungsziele heruntergebrochen werden können.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, geht zuerst inhaltlich auf den Stawiko-Bericht ein. Es wurde der Regierung vorgeworfen, es werde zu viel Geld für Aufträge an Dritte ausgegeben. Man muss dazu wissen, dass es sich dabei um Aufträge an spezialisierte Labors oder für bauphysikalische und ingenieurtechnische Gutachten handelt. Aus Kostengründen beispielsweise auf die Untersuchung der Statik eines Gebäudes zu verzichten, wäre sicher nicht sinnvoll für die betreffenden Bauherrschaften. Ein anderer Teil ist der Kantonsratsbeschluss betreffend archäologische Rettungsgrabungen Cham-Alpenblick vom März 2009. Der Kantonsrat hat den Kredit dafür bereits gesprochen, und dieser Kredit enthält auch Gelder für Aufträge an Dritte, die nicht einfach gestrichen werden können.
Die Aussage der Stawiko, das Amt für Denkmalpflege und Archäologie beschäftige sich mit Aufgaben, welche die Bevölkerung nicht wolle, kann ein Affront gegenüber den Mitarbeitenden sein. Diese erfüllen einen gesetzlichen Auftrag, weshalb man eine solche Aussage nicht stehen lassen kann. Zur Aussage der Stawiko, das Amt fokussiere zu stark auf die Archäologie, ist festzuhalten, dass das Amt seine personellen und finanziellen Mittel zu 45 Prozent für die Bodendenkmäler und zu 55 Prozent für die Baudenkmäler einsetzt. Die Aussage der Stawiko ist also nachweislich falsch. Die Behauptung, 90 Prozent der Mitarbeitenden würden für die Archäologie eingesetzt, stimmt ebenfalls nicht. Es wäre für die Stawiko ein Leichtes gewesen, dazu die Direktorin des Innern einzuladen oder sich beim Amt zu erkundigen. Sicher ist die Denkmalpflege zurzeit sehr belastet. Das hat seinen Grund darin, dass die Inventarisierung vorangetrieben werden soll. Diese ist wichtig und soll Priorität haben, damit die von allen gewünschte Rechtssicherheit geschaffen werden kann.
Weiter moniert die Stawiko, die Einsparungen seien primär im Bereich der Archäologie umzusetzen. Das Amt hat den Willen des Parlaments sehr wohl umgesetzt und die praktische Denkmalpflege und die Bauberatung weitgehend von den Kürzungen ausgenommen. Das Amt wäre, wenn es angefragt worden wäre, gerne bereit gewesen, dies der Stawiko zu erklären. Die Stawiko verlangt bei den Zielsetzungen 12 und 13 massive Kürzungen. Zielsetzung 12 umfasst aktuell externe Kosten von ungefähr 10’000 Franken; das «Tugium» zum Beispiel wird aus dem Lotteriefonds, nicht aus der Laufenden Rechnung bezahlt. Wenn man den Auftrag hat, die Kosten um fast 1 Million Franken zu reduzieren, bringt es wenig, bei dieser Zielsetzung 10’000 Franken zu sparen. Zielsetzung 13 umfasst externe Kosten von 13’000 Franken; die Zielsetzungen 12 und 13 machen zusammen also externe Kosten von 23’000 Franken aus. Man sieht, dass die Regierung den vorgegebenen Sparauftrag nur bei den anderen Zielsetzungen umsetzen kann, wenn sie den Wil-

len des Parlaments akzeptiert. Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie wird aber sehr wohl bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei den wissenschaftlichen Arbeiten und bei den Berichten markant reduzieren, wie vom Parlament gewollt. Die Anpassung der Leistungsziele 5, 6, 11, A und E zeigt dies klar auf. Um die schon seit Längerem unternommenen Anstrengungen zu verdeutlichen, können exemplarisch die Budgetwerte des Kontos «Druckkosten, Publikationen» herangezogen werden, die innerhalb dreier Jahre massiv gesenkt wurden, nämlich von 387'000 auf 70'000 Franken. Grosse Kürzungen betreffen auch Projekte, die nicht im Leistungsauftrag ausgewiesen sind; gemäss den allgemeinen Vorgaben kann nicht jedes Projekt aufgeführt werden. So wurden beispielsweise die Inventarisation historischer Ziegel, das Projekt «Römischer Gutshof Cham-Heiligkreuz» und die Erfassung des Nachlasses Josef Speck vollständig gestrichen. Darüber hinaus wurden die Auswertungen der Burgruine Hünenberg, das Unesco-Welterbe Pfahlbauten, naturwissenschaftliche Untersuchungen zu Zug-Riedmatt sowie die Fotodokumentation archäologischer Funde massiv gekürzt.
Zusammenfassend: Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie muss dort sparen, wo die grössten Kosten anfallen und wo es überhaupt einen Handlungsspielraum hat. Zudem ist es unmöglich, eine Kürzung von dieser Grössenordnung – wie von der Stawiko gewünscht – so umzusetzen, dass die Kundschaft nichts merkt. Das ist ein frommer Wunsch. Der Regierungsrat bittet deshalb, den neuen Leistungsauftrag anzunehmen. Im Übrigen weist die Direktorin des Innern noch darauf hin, dass der Regierungsrat bis Ende Februar dem Kantonsrat einen neuen Leistungsauftrag unterbreiten kann, wenn das Parlament das Budget eines Amtes kürzt. Der Regierungsrat hat dies diesmal sehr früh getan, nämlich am 20. Januar. Im Gesetz steht nirgends, dass ein entsprechender Antrag vom Kantonsrat bis Ende Februar beraten werden müsse. Das Parlament hat also mehr Zeit, als die Stawiko-Präsidentin geglaubt hat. Der Kantonsratspräsident hätte sicher ein offenes Ohr für eine Verschiebung des Geschäfts gehabt, und die Stawiko hätte genügend Zeit für eine Sitzung zur Beratung des Geschäfts gehabt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat lehnt den Antrag des Regierungsrats mit 46 zu 24 Stimmen ab.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 11
**Geschäfte, die am 29. Januar 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**79** Traktandum 11.1: **Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend dringliche Änderung der NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III (USR III)**
Vorlagen: 2398.1 - 14680 (Motionstext); 2398.2 - 14839 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Gabriela Ingold** spricht für die Motionäre und dankt der Regierung für die Bearbeitung der Motion. Die Regierung hat ausführlich dargelegt, was sie in Sachen Änderung der NFA alles unternommen hat. Und das ist sehr viel. Aber der Bundes-TGV in Sachen USR III fährt mit 360 Sachen durch die Landschaft. Er ist nicht aufzuhalten, und die Zuger Voten und diejenigen der NFA-Geber verhallen in der Nacht. Trotz zahlreicher Anstrengungen ist leider nichts passiert. Wenn es hoch kommt, ist vielleicht die Stimme eines Vertreters eines Nehmerkantons zu vernehmen, welcher die Seite wechselt. Und da ist es vermutlich einer, der in der nächsten Legislatur nicht mehr gewählt werden will. Denn sonst macht das kein Vertreter der Nehmerkantone – es wäre politischer Selbstmord.
Der Kanton Zug bezahlt gerne in den Solidaritätsfonds, aber er bezahlt zu viel, viel zu viel. Nicht einmal der Antrag des Bundesrats auf die Änderung systemischer Fehler hat im Bundesparlament Chancen. Damit sind die in der Antwort der Regierung im ersten Satz unter dem Titel «In Kürze» erwähnten neuen Regelungen der NFA für die dritte Periode gemeint, welche ab 2016 zu greifen beginnen sollten und sich zur Zeit in der bundesparlamentarischen Beschlussfassung befinden. Die zwei Zuger Ständeräte haben am 9. Dezember 2014 einen gehörigen Frust erleben müssen, weil die Anträge des Bundesrats richtiggehend abgeschmettert wurden; die Zeitungen haben ausführlich darüber berichtet.
Erreicht wurde mit den Bemühungen seitens der Regierung und der Zuger Bundesparlamentarier nichts – null, niente, nada. Nachdem der Kantonsrat am 29. Januar 2015 den Mut hatte, die Motion betreffend Standesinitiative und NFA-Teilzahlung auf ein Sperrkonto an den Regierungsrat zu überweisen, kam etwas Bewegung in die Sache. Auch viele Zeitungen anderer Kantone haben darüber berichtet, und es gibt nun Stimmen aus Nehmerkantonen, die sich die Sache zumindest ein wenig überlegen wollen. Man wird sehen; der *Countdown* läuft. Aber wie gesagt: Es geht bei den in Bern aktuell diskutierten Änderungen nur um sehr bescheidene Anpassungen und nicht um die grossen und berechtigten Anliegen der Geberkantone.
Es ist der Votantin ein grosses Anliegen, noch einmal mit aller Vehemenz darauf hinzuweisen, dass die USR III massive Änderungen in der Steuerlandschaft mit sich bringen wird. Die Regierung hat dies in der Antwort auf die Interpellation, die heute ebenfalls noch zur Sprache kommt, bestätigt. Die Einnahmequellen aller Kantone werden sich enorm verändern. Es ist durchaus möglich, dass dies am Ende faktisch zu einer materiellen Steuerharmonisierung führen könnte, dies allerdings ohne Abschaffung der NFA. Zur Erinnerung: Die NFA wurde damals eingeführt, um die materielle Harmonisierung zu verhindern. In Bezug auf die NFA ist Zug deshalb einer ungeheuren Willkür ausgesetzt. Alle Einwände aus dem Kanton Zug verhallen ins Leere. Das darf man nicht zulassen, weshalb die Votantin an alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte appelliert, nun nicht auf halber Strecke stehen zu bleiben, sondern wie in der letzten Sitzung Mut zu beweisen und zusammen mit den Motionären gegen die ungerechte NFA zu kämpfen, welche sich je länger je mehr gegen die Geberkantone entwickelt. Sie ruft den Rat auf, die Motion nicht abzuschreiben, wie es der Regierungsrat möchte. Der Kanton Zug muss aufstehen

und protestieren, sonst hört man ihn nicht, denn es ist weder etwas erreicht noch etwas erledigt. Der Regierungsrat hat dies letzte Woche bei seiner Beurteilung der Legislaturziele 2010–2014 selbst bestätigt und dem Ziel NFA eine ungenügende Note erteilt. Man stelle sich vor, welches Signal der Kantonsrat mit der Abschreibung dieser Motion aussenden würde! Dann würde morgen in den Zeitungen stehen, der Kantonsrat habe bereits wieder einen Rückzieher gemacht, er sei wankelmütig und habe Angst vor seinem eigenen Mut. Die Votantin dankt dem Rat deshalb für die Unterstützung des **Antrags,** die vorliegende Motion nicht abzuschreiben.

**Philip C. Brunner** dankt namens der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für Bericht und Antrag. Das Votum der Stawiko-Präsidentin war etwas emotional, die Details der Vorlage kamen weniger zur Sprache. Natürlich hat die Stawiko-Präsidentin ihre Enttäuschung über die NFA-Situation zum Ausdruck gebracht. Die Zahlen über die Beiträge des Kantons Zug stehen im Bericht auf Seite 10, und dort weist die Regierung auch auf die Fehler im System hin. Bisher musste Zug knapp 280 Millionen Franken bzw. 2500 Franken pro Kopf bezahlen, neu sind es fast 317 Millionen Franken bzw. 2800 Franken pro Kopf, was 68 Millionen Franken zu viel ist. Übrigens: Mit den 317 Millionen Franken hätte man in drei Jahren den Stadttunnel bezahlt.
Es geht hier auch um die USR III. Und hier liegt denn auch die Problematik: auf der einen Seite der NFA, für den man die Zahlen bis zum letzten Rappen kennt, andererseits das Projekt USR III, an dem seit zehn Jahren gearbeitet wird und das nur langsam vorankommt. Gut Ding will eben Weile haben. Zumindest kennt man mittlerweile einigermassen die Rahmenbedingung der USR III, und ein Punkt dürfte auf bürgerlicher Seite fundamentale Opposition auslösen, nämlich die Kapitalgewinnsteuer. 2001 lehnte das Volk eine solche Steuer relativ deutlich ab, und jetzt kommt sie im Rahmen der USR III doch wieder ins Spiel, als Gegenfinanzierung zu den Milliardenausfällen, welche die USR III verursachen wird. Zusätzlich hat die Lieblingsbundesrätin der SVP angekündigt, dass sie über hundert zusätzliche Steuerbeamte einstellen will, die noch ein bisschen mehr auf den KMU und anderen juristischen Personen herumtrappeln werden, damit noch etwas mehr Geld in die Bundeskasse fliesst. Man erinnert sich: SP-Bundesrat Otto Stich hat 1984, also vor rund dreissig Jahren, noch mit 24 Milliarden Franken gehaushaltet; mittlerweile ist man bei ungefähr 65 Milliarden Franken angelangt. Pro Jahr werden im Schnitt also über 1 Milliarde Franken mehr nach Bern geschickt.
In Zusammenhang mit der CVP-Familieninitiative – es geht dabei um knapp 1 Milliarde Steuergeld, die nicht mehr in die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden fliessen wird – geht das grosse Wehklagen los. Die CVP-Initiative ist aber nur ein Pinselanstrich, verglichen mit der Grossbaustelle USR III, auf welcher Traxe und Bagger auffahren. Man kann aber sagen, dass der Kanton Zug bezüglich USR III ausgezeichnet aufgestellt ist, und es besteht kein Grund, hier jetzt hineinzurennen. Die SVP-Fraktion hat das Papier der Regierung sehr genau studiert, sie ist aber nicht zum gleichen Schluss wie die Motionäre gekommen, obwohl sie deren Meinung eigentlich weitgehend teilt. Auch die SVP ist frustriert und entsetzt über die NFA-Situation. Wenn die Motion aber erheblich erklärt wird, erhält die Regierung den Auftrag zu berichten. Der Kantonsrat kann aber jederzeit nachfragen, wie die Sache steht. Die Vernehmlassungsfrist für die USR III ist Ende Januar abgelaufen, die Meinungen liegen jetzt also auf dem Tisch. Die eigentliche Vorlage ist noch nicht bekannt, und sie wird irgendwann in die eidgenössischen Räte gehen. Die SVP empfiehlt deshalb einstimmig, dem Antrag der Regierung zu folgen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass am 15. Januar der Wirtschaft viel Druck aufgebürdet wurde, *subito* etwas zu verändern. Wenn man aber sieht, wie der Prozess

für die USR III vorankommt, kann man sich getrost noch etwas Zeit lassen. Es ist auch daran zu erinnern, dass der Zuger CVP- und FDP-Ständerat Ja zum NFA gesagt haben, und in der Regierung war zumindest die Finanzdirektorin – ebenfalls aus der FDP – ebenfalls dafür. Der Votant möchte aber warnen vor der USR III. Sie ist gefährlich, wie man beim NFA sieht. Der Votant ist froh um die diesbezügliche Provokation, die der Kantonsrat beschlossen hat und die in der ganzen Schweiz Wellen geworfen hat. Er kann dem Landammann nur Mut machen, den Kanton Zug jetzt gut zu vertreten und das bestehende Unbehagen deutlich zu machen. Bezüglich USR III aber kann man abwarten und sich informieren lassen, was kommt.

**Stefan Gisler** dankt als Sprecher der ALG der FDP dafür, dass sie dem Rat mittels Vorstosskaskaden zu NFA und USR III ermöglicht, diese Thematik ausführlich zu diskutieren. Der vorliegende spezifische Vorstoss war wohl eher weniger relevant, denn die Regierung zeigt in ihrer Antwort auf, dass die Kernforderungen der Motion bereits erfüllt sind und diese darum als erledigt abgeschrieben werden kann.
Eines will der Votant wie schon in früheren Ausführungen zum Thema hier einbringen: Die NFA soll massvoll angepasst werden. Allerdings sind die Zuger Parlamentarier in Bern, explizit auch die zwei FDP-Vertreter, dabei wirkungslos geblieben. Und wirkungslose Parlamentarier kann man nicht mit Kampfrhetorik unterstützen. So gewinnt man die Herzen und die Köpfe der Nehmerkantone nicht. Wenn man – wie die Vorredner – den Rat dafür lobt, dass er die NFA-Beiträge teilweise auf ein Sperrkonto überweisen will, ist das wenig konstruktiv, und der Votant hofft, dass die Regierung hier ebenfalls Mut zeigt und in der Beantwortung der Motion von einer solchen Massnahme abrät. Es wäre eine klar illegale Massnahme und ein gefährliches Präjudiz. Wenn man mit einem demokratischen Entscheid des Bundesparlaments und letztlich des Volks nicht einverstanden ist, muss man Bern lobbyieren und eine Gesetzesänderung einbringen, nicht illegale Sperrkonti fordern. Das ist auch mit Blick auf die Stadttunneldebatte wichtig. Man stelle sich vor, der Stadttunnel komme beim Volk durch – und die Gegner sagten nachher, sie wollten den Tunnel nicht und bezahlten ihre Steuern nun auf ein Sperrkonto ein! Das wäre ungefähr dasselbe, wie jetzt vorgeschlagen wird – wobei der Votant so etwas explizit nie tun würde, weil er sich an Recht und Gesetz hält.
Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht auf Seite 1 unten, Steuerdumping sei im interkantonalen Steuerwettbewerb zu vermeiden. Allerdings sollten aus Worten Taten werden. Es kann nicht sein, dass die Zuger Regierung in Zusammenhang mit der USR III plant, die Gewinnsteuerhöhe von 14,7 auf 12 Prozent zu senken und gleichzeitig die Einführung neuer Steuerumgehungsvehikel wie Lizenz- und andere Boxen begrüsst; solche Konstrukte hat der Finanzdirektor 2011 noch abgelehnt. Diese Senkung ist unnötig, und die Regierung schreibt selber, dass im Rahmen der USR III der gewichtete Durchschnittswert in der Schweiz bei 16 Prozent bleibe. Zug setzt mit den geplanten 12 Prozent andere Wirtschaftsstandorte wie Genf, Basel oder Zürich unnötig noch mehr unter Druck, ihre Gewinnsteuern so stark zu senken, dass deren langfristige finanzielle Stabilität mehr als gefährdet ist. So macht sich Zug in der Schweiz auch keine Freunde. 5 Milliarden Franken werden voraussichtlich die Ausfälle bei Bund und Kantonen und auch bei Städten betragen. Die Folge davon sind empfindliche Sparpakete auf Kosten der Bevölkerung und eine weitere Entsolidarisierung von Zug mit dem Rest der Schweiz und dem entsprechenden *Image*-Verlust. Aber sowohl bei der USR III wie auch bei den Sparpaketen wird das Volks noch mitreden können.
Eines vermisst der Votant bei den grossen NFA-Kritikern: die Einsicht, dass die steigenden NFA-Kosten primär ein hausgemachtes Problem sind. Da ist nicht Bern schuld, vielmehr zieht Zug mit seiner Steuer- und Wirtschaftspolitik gewinnstarke

und steuerlich privilegierte Firmen sowie auch Vermögende an, was zu einem höheren Ressourcenpotenzial und somit zu steigenden NFA-Kosten führt. Klarer als in dieser Vorlage kann dieser Zusammenhang nicht aufgezeigt werden. Auf Seite 5 sieht man, dass Zug gerade mal 13 Prozent seines Ressourcenpotenzials ausschöpft; nur Appenzell Innerhoden ist gleich tief. Darauf hat der Votant schon in der Debatte im November hingewiesen. Nochmals mit anderen Worten: Diejenigen, welche dem Kanton Zug die hohe NFA-Rechnung bescheren, bezahlen – gemessen an ihrem Leistungspotenzial – immer weniger dran. Wenn die Regierung sich beklagt, dass die steuerliche Abschöpfbarkeit bei juristischen Personen sehr tief sei, dann ist das – gelinde gesagt – eigentümlich. Dafür hat Zug mit seiner Tiefsteuerpolitik nämlich selber gesorgt: mit zahlreichen Steuersenkungen, um den privilegierten Steuerstatus für gewisse Firmen aufrecht zu erhalten. Darum ist der von der Regierung vorgeschlagene Gewichtungsfaktor von 0,7 als Bemessungsgrundlage bei Gewinnsteuern falsch.
Fazit: Wenn Zug eine moderatere Zuwanderungs- und Wachstumspolitik betreiben und mittels Steuervernunft nicht weiter die Steuern senken bzw. diese dort, wo es sinnvoll ist, leicht anheben würde, dann würden auch die NFA-Kosten nicht ins Unermessliche steigen. In diesem Sinn empfiehlt die ALG, die Motion nicht erheblich zu erklären.

«Ein ganz toller Vorstoss», dachte **Pirmin Frei,** als er die Motion der drei FDP-Mitglieder gelesen hatte. «Auf diese Motion hätte man getrost verzichten können», dachte er, als er sich vertieft mit der Materie befasst hatte. Alle wissen, dass die NFA reformbedürftig ist. Alle wissen auch, dass die USR III den Kanton Zug mit seiner speziellen Wirtschaftsstruktur vor grosse Herausforderungen stellen wird. Das dritte NFA-Paket wird bereits 2016 greifen, die USR III jedoch erst ab 2019/20. Selbstverständlich wird die USR III Auswirkungen auf die NFA-Zahlungen haben, weil die Ressourcenpotenziale künftig weniger ausgeschöpft werden können. Die Regierung weist mit grossem persönlichem Einsatz und auf allen politischen Ebenen, inner- und ausserhalb des Bundeshauses, auf diesen Umstand hin. Es ist nun auch konkret bekannt, was die Regierung in den letzten Jahren alles unternommen hat, wo sie schriftlich vorstellig geworden ist etc. Man kennt in Bern die Position des Kantons Zug.
Die CVP-Fraktion hält im Speziellen nichts davon, die Motion nicht abzuschreiben. Sie hält nichts von Pro-Memoria-Politik, die national null Wirkung hat, kantonal Aktivismus suggeriert und der Verwaltung Zusatzaufwand beschert. Die CVP unterstützt deshalb einstimmig den Antrag der Regierung, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Thomas Lötscher** weist die wiederholte Kritik von Philip C. Brunner an den ehemaligen Ständeräten und Finanzdirektoren der FDP zurück. Ein grundsätzlicher Solidaritätsbeitrag war von Zuger Seite nie umstritten und ist es auch heute nicht. Allerdings sprach man vor der Einführung der NFA von einem Beitrag des Kantons Zug von 70 Millionen Franken. Vor der Abstimmung wurde der Betrag auf 100 Millionen Franken erhöht. Die erste NFA-Zahlung des Kantons Zug betrug 121 Millionen Franken, und heute ist man bei über 300 Millionen Franken. Es gäbe heute wohl keine Diskussionen, wenn man sich im Bereich von rund 100 Millionen Franken bewegen würde; die damalige Entscheidung war also nicht grundsätzlich falsch. Es ist auch festzuhalten, dass sich Ständerat Rolf Schweiger seinerzeit erfolgreich für den Beta-Faktor einsetzte. Ohne diesen wäre das Desaster noch viel grösser.
Der Votant ist etwas erstaunt über Philip C. Brunners Einschätzung, dass Bundesrätin Widmer-Schlumpf es schon richten werde mit der USR III und der Kanton Zug

das Problem deshalb einfach delegieren könne. Es ist daran zu erinnern, dass Noah die Arche *vor,* nicht während oder nach der Sintflut baute.
Auf Seite 10 des Berichts der Regierung steht: «Aufgrund dieses offensichtlichen Fehlers im System des NFA braucht es dringend Anpassungen.» Darüber sind sich wohl alle einig. Am 9. Dezember 2014 tagte die Finanzkommission des Ständerats, und deren Präsident, Ständerat Hans Altherr, teilte seinen Kollegen mit, dass sämtliche Kantonsregierungen den NFA eine gelungene Sache fänden. Der Votant hätte deshalb von Finanzdirektor Peter Hegglin gerne eine Antwort auf die Frage, ob das wirklich auch die Position der Zuger Regierung sei, und falls nicht, ob in der Zwischenzeit diese Einschätzung von Bern korrigiert wurde.

**Philip C. Brunner** bestätigt die von Thomas Lötscher genannte Zahl von 121 Millionen Franken und die Aussage betreffend Beta-Faktor. Auch der alttestamentliche Vergleich ist treffend: Die Sintflut stünde andernfalls wohl bereits auf Höhe Zugerberg, der Kanton Zug wäre untergegangen, und man würde hier unten wahrscheinlich taucharchäologisch irgendwelche Stimmungslagen festzuhalten versuchen. Der Votant ist im Übrigen keineswegs der Ansicht, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf werde es dann schon richten. Eveline Widmer-Schlumpf hat in ihrer Zeit als Bundesrätin vor allem am Glauben an die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land gerüttelt, und sie hat mit den Verträgen, die sie mit praktisch jeder europäischen Regierung, zuletzt mit der italienischen, abgeschlossen hat, dem Vertrauen in die Schweiz massiven Schaden zugefügt. Und dass nun von SVP-Seite der Vorschlag kommt, sie Ende Jahre wieder zu wählen, ist für den Votanten völlig unverständlich.
Zu ergänzen ist noch, wie die Zuger Nationalräte damals in der Frage des NFA gestimmt haben. Wie Jo Lang gestimmt hat, braucht nicht erwähnt zu werden. Gerhard Pfister hat zugestimmt, und Marcel Scherer hat sich – gegen die Haltung der SVP-Fraktion – der Stimme enthalten. Vier Zuger Parlamentarier haben in Bern also zugestimmt, der fünfte hat sich enthalten.
Wichtig ist für den Votanten, dass man nicht auf diese grossen Konstrukte vertrauen soll. Auch im Kantons Zug hat man sich bezüglich ZFA grosse Illusionen gemacht; vernünftigerweise wurde nun eine gewisse Korrektur vorgenommen. Auf Grossbaustellen wie der USR III wirken Kräfte, die nicht funktionieren für den kleinen Kanton Zug. Man muss deshalb vorsichtig sein. Der Votant ist nicht einverstanden mit der Konklusion der FDP, man müsse dranbleiben bei NFA und USR III. Er unterstützt deshalb die Haltung der Regierung und empfiehlt, wieder Vorstösse einzureichen, wenn mehr Grundlagen zur Verfügung stehen. Die Regierung – es sei wiederholt – hat gut gearbeitet und gute Antworten geliefert, das muss man anerkennen. Man kann die Motion deshalb erheblich erklären und abschreiben. Die FDP darf zu diesem Thema später ruhig wieder grosse Auftritte haben.

**Hubert Schuler** findet es nicht angebracht, so über eine Bundesrätin zu sprechen, wie es Philip C. Brunner getan hat. Eveline Widmer-Schlumpf ist eine gewählte Magistratin, und als ebenfalls gewählter Parlamentarier sollte man sich anständig über eine Bundesrätin äussern.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** geht mit Philip C. Brunner einig, dass man sich für die eigenen Anliegen selbst einsetzen muss. Solche Anliegen lassen sich nicht delegieren, denn andere setzen sich nicht mit demselben Engagement ein, wie man es selber tut.
Man muss die Grossprojekte NFA und USR III einzeln betrachten. Der NFA wurde auf 2008 eingeführt. Die Vorbereitung dauert über fünfzehn Jahre, und es war eine intensive, lange dauernde Arbeit, bis man dieses Regelwerk mit allen seinen Vor-

und Nachteilen geschaffen hatte. 2007 gab es den Bundesbeschluss für die erste Vierjahresperiode, also für die Jahre 2008–2011, und seither gibt es alle vier Jahre einen Bundesbeschluss für die nächsten vier Jahre. 2011 folgte der Bundesbeschluss für die Jahre 2012–2015, und aktuell ist der dritte Bundesbeschluss für die Jahre 2016–2019 unterwegs. Basis der Bundesbeschlüsse war jeweils ein Wirksamkeitsbericht, so auch für das Paket, das im Moment im Bundesparlament in Beratung steht und den Ständerat schon passiert hat. Zu diesem Wirksamkeitsbericht hat der Kanton Zug fundiert und in der ganzen Breite Stellung genommen, dies nicht allein, sondern zusammen mit allen Geberkantonen, was eminent wichtig ist, denn man soll die politische Wirksamkeit des Kantons Zug in Bern nicht überschätzen. Bei der Beratung im Ständerat waren die zwei Zuger Ständeräte dabei, was aber nichts gefruchtet hat: Der Vorschlag des Bundesrats, der nicht in allen, aber doch in einem Teil auf Zuger Anliegen einging, wurde schon in der vorberatenden Kommission und nachher auch im Plenum abgelehnt. Anders in der Finanzkommission des Nationalrats: Dort ist kein Zuger Vertreter dabei, aber die Kommission hat den Vorschlag des Bundesrats mit 16 zu 9 Stimmen unterstützt. Dieses Stimmenverhältnis stimmt den Finanzdirektor zuversichtlich, dass der bundesrätliche Vorschlag auch im Plenum des Nationalrats obsiegen könnte. Der Finanzkommission des Nationalrats gehören nämlich 25 Mitglieder an, wobei die Nehmerkantone mit 13, die Geberkantone mit 12 Mitgliedern vertreten sind. Trotz dieses Verhältnisses ist die Kommission dem bundesrätlichen Vorschlag gefolgt, welcher zur Folge hätte, dass der Bund, aber auch der Kanton Zug weniger zu bezahlen hätten, dieser in der Grössenordnung von 27 Millionen Franken ab nächstem Jahr. Das Geschäft geht im Nationalrat jetzt ins Plenum. Die Geberkantone haben die Nationalräte auf den 2. März zu einer Information eingeladen und werden sie dort über ihre Haltung zu diesem Geschäft informieren. Der Finanzdirektor hofft, dass der Nationalrat dann seiner Finanzkommission folgt. Es gäbe dann eine Differenz zum Ständerat, und der Ständerat würde im März ein zweites Mal darüber beraten. Folgt er dem Nationalrat, wäre die Frage entschieden; wenn er nicht folgt, gibt es ein Differenzbereinigungsverfahren, wobei zu hoffen ist, dass bis im Sommer definitiv entscheiden wird. Der Finanzdirektor ist zuversichtlich, denn es wurden Versprechungen gemacht, dass Korrekturen vorgenommen würden, wenn gewisse Parameter erreicht seien. Und der Finanzdirektor kennt mehrere Nationalräte aus Nehmerkantonen, die diesem Vorgehen zugestimmt haben; es ist also nicht auszuschliessen, dass es erfolgreich sein wird. Und wie gesagt: 2015 kommt der Bundesbeschluss für die nächste Vierjahresperiode, und sobald dieser Beschluss gefasst ist, beginnt man mit dem nächsten Wirksamkeitsbericht, der die Basis für den Bundesbeschluss im Jahr 2019 sein wird.

Philip C. Brunner hat darauf hingewiesen, dass an der USR III schon seit zehn Jahren gearbeitet werde. Das ist tatsächlich so. Der Finanzdirektor erinnert sich gut daran: Vor zehn Jahren, am Montag nach der Volksabstimmung über die Bilateralen Verträge II, warf die EU der Schweiz vor, sie würde im Bereich der Unternehmensbesteuerung das Freihandelsabkommen nicht einhalten. Der Finanzdirektor hat sich seit 2005 immer gegen diese Interpretation gewehrt. Die EU hat die Sache dann gekehrt und verlangt, die Schweiz müsse den EU-Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung einhalten, weil sie quasi ein Mitglied des gemeinsamen Marktes sei. Bis vor etwa drei Jahren hat sich die Schweiz dagegen gewehrt, aber sowohl auf Ebene EU wie auch OECD wird die Besteuerungsart, welche die Schweiz und gerade der Kanton Zug sehr erfolgreich gehandhabt haben, zunehmend kritisiert, und das Risiko nimmt zu, dass die Schweiz auf Schwarzen Listen erscheint, mit der Folge, dass Massnahmen gegen die Schweiz ergriffen werden. So hat Italien die Schweiz jahrelang auf seiner Schwarzen Liste geführt, bis das mit dem letzten

Doppelbesteuerungsabkommen bereinigt werden konnte. Auch die Wirtschaft hat ein eminentes Interesse an klaren Verhältnissen, was schliesslich auch der Grund war, die USR III anzustossen und Rechtssicherheit für die Unternehmen zu schaffen. Wenn man als Standort immer kritisiert wird, schafft das Unsicherheiten, welche für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort schädlich sind und von Konkurrenzstandorten im Standortwettbewerb ausgenutzt werden. Die USR III hat nun quasi zum Ziel, die unterschiedliche Systematik der Besteuerung in der Schweiz, die im Resultat aber das Gleiche ist wie in den EU-Staaten, internationalen Gepflogenheiten anzupassen. Resultat ist – da ist die EU nicht besser als die Schweiz –, dass für gewisse Gewinne sehr tiefe Steuersätze gelten, bis fast gegen Null, so in Luxemburg oder Belgien. Die Schweiz tut hier also nicht etwas moralisch Verwerfliches, sondern verhält sich wie andere Konkurrenzstandorte auch. Sie wird für die Besteuerung zukünftig aber die gleichen Elemente heranziehen wie die EU-Staaten. An diesem Paket wird gearbeitet, und es ist geplant, dass die USR III im kommenden Sommer in die parlamentarische Beratung geht, also nach dem Beschluss zur NFA, der im Frühjahr erwartet wird. Die USR III soll 2019, vielleicht aber auch erst 2020 oder noch später, für die Besteuerung greifen; sie muss dann auch noch in das kantonale Recht überführt werden. Der NFA-Beschluss, der sich aus der USR III ergibt, greift dann aber erst vier bis sechs Jahre später, also frühestens 2023/24. Die USR III umfasst einerseits – wie gesagt – eine Änderung der Steuersystematik, andererseits die Mitbeteiligung des Bundes an den Lasten. Konkrete Zahlen dazu gibt es aber noch nicht, hängt es doch vor allem damit zusammen, wie die einzelnen Kantone ihre Gewinnsteuersätze senken und welche neuen Spezialregelungen – etwa Lizenzboxen – geschaffen werden. Der Kanton Zug hat sich dazu insofern geäussert, als er gesagt hat, der Bund müsse sich im selben Umfang an den Ausfällen beteiligen, wie er davon profitiert. Der Bund hat von den Steuererträgen der juristischen Sondergesellschaften 60 Prozent, die Kantone haben 40 Prozent. Das würde bedeuten – und so ist es im Moment geplant –, dass der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer erhöht wird. Nach dem Vorschlag des Bundesrats würde der Kanton gegenüber heute rund 80 Millionen Franken mehr direkte Bundessteuer behalten können. Der Kanton Zug hat moniert, das sei zu wenig, beruht der Vorschlag des Bundes doch auf einem Teiler von 50 zu 50. Wird der Einwand aus Zug aufgenommen, wären es etwa 100 Millionen Franken, die der Kanton Zug mehr behalten könnte.

Das andere Element ist der NFA, wo ein Einfluss nur im Bereich des Beta-Faktors möglich ist. Dieser Faktor hat gegolten für Holding-, Domizil- und Gemischte Gesellschaften. Wenn es mit der USR III diese Gesellschaftsformen nicht mehr geben wird, dafür aber neue Gesellschaftsformen, braucht es wieder einen entsprechenden Faktor, wobei man beim griechischen Alphabet geblieben ist und vom Zeta-Faktor spricht. Dieser neue Faktor wird kommen, dazu ein relativer Steuerausschöpfungsfaktor für die juristischen Gesellschaften. Man muss hier auch festhalten, dass der Kanton Zug kein Steuerdumping bei der Unternehmensbesteuerung betreibt. Zug liegt mit 14,7 Prozent aktuell auf Rang 7, ein Nachbarkanton geht auf 10,5 Prozent, immer Bund und Kanton zusammengezählt. Der Vorwurf, Zug betreibe Steuerdumping, geht ins Leere.

Es gibt bei der USR III also den geschilderten Konnex mit der NFA, nämlich die Ablösung des Faktor Beta durch den Faktor Zeta. Darüber werden die eidgenössischen Räte zwischen Sommer und Herbst beraten. Die zwei Pakete haben unterschiedliche zeitliche Abfolgen und unterschiedliche Inhalte, was den Regierungsrat zu seinem Antrag bewogen hat, die vorliegende Motion zwar erheblich zu erklären, aber als erledigt abzuschreiben. Man muss auch den Motionsauftrag beachten: «Der Regierungsrat wird beauftragt, sich beim Bund mit aller Vehemenz für eine

Revision des NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) einzusetzen.» Das geht schon wegen der unterschiedlichen zeitlichen Abfolgen nicht. Der Regierungsrat zeigt mit seiner Antwort auf, dass er sich inhaltlich-materiell intensiv eingesetzt hat, den Auftrag der Motion in der vorliegenden Form aber nicht erfüllen kann. Deshalb bittet der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Selbstverständlich steht es dem Rat frei, allenfalls wieder neue und anders formulierte Motionsaufträge einzureichen. Der vorliegende Auftrag aber würde bedeuten, dass der Finanzdirektor dem Rat periodisch immer wieder Bericht erstatten müsste, was wenig Sinn macht.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in zwei Schritten über den Antrag des Regierungsrats abgestimmt wird: zuerst über die Erheblicherklärung, dann über die Abschreibung.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 62 zu 9 Stimmen erheblich.

➔ Der Rat schreibt die Motion mit 48 zu 24 Stimmen als erledigt ab.

**80** Traktandum 11.2: **Postulat von Silvan Hotz betreffend Einführung Projekt Sek I plus**
Vorlagen: 2432.1 - 14761 (Postulatstext); 2432.2 - 14851 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Andreas Hausheer** spricht für den Postulanten Silvan Hotz und hält fest, dass das Projekt «Sek I plus» am 11. Juni 2014 vom Bildungsrat verabschiedet wurde; zwei Wochen später stimmte auch der Regierungsrat den notwendigen Finanzen zu. Die Umsetzung soll im Schuljahr 2015/16 beginnen und bis zum Schuljahr 2020/21 dauern. Es braucht nach dem Entscheid also sechs Jahre, bis dieses Projekt umgesetzt sein wird – sechs Jahre für ein Projekt, welches der Gewerbeverband schon bei Alt-Regierungsrat Patrick Cotti angeregt hatte. Das Projekt «Sek I plus» ist nicht nur für die Wirtschaft, für Gewerbe und Industrie, sondern auch für die Schulen und Lehrpersonen enorm wichtig, denn die Schülerinnen und Schüler werden damit in der 3. Sekundarstufe besser auf die duale Berufsbildung vorbereitet. Sie werden damit auch noch gefordert, nachdem sie eine Lehrstelle gefunden haben, und können nicht einfach abhängen. Umso unverständlicher ist es, dass die Schule tatsächlich sechs Jahre braucht, um dieses Projekt zum Fliegen zu bringen. In keinem Betrieb in der Privatwirtschaft, auch in keinem privatwirtschaftlich geführten Schulungsbetrieb, können Neuerungen und Projekte so lange hinausgezögert werden.
Der Postulant verlangt mit seinem Vorstoss nur, dass das Projekt innert drei oder viert Jahren flächendeckend umgesetzt wird. Verglichen mit der Privatwirtschaft ist das noch immer eine sehr lange Zeitspanne, also nichts Unmögliches. Der Postulant stellt deshalb den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären. Die CVP-Fraktion wird diesen Antrag mehrheitlich unterstützen.

**Daniel Burch** hält namens der SVP-Fraktion fest, dass der Postulant der Ansicht ist, die Umsetzung des Projekts «Sek I plus» dauere zu lange. Nach Ansicht der SVP ist es nicht notwendig, hier Eile walten zu lassen. Die SVP steht mit dieser Meinung nicht alleine da: Die Regierung, die Bildungsdirektion, der Bildungsrat Vertreter der Rektorenkonferenz und der Lehrerschaft, Vertreter aus Kultur und

Vereinen, ja sogar der Gewerbeverband unterstützen den geplanten zeitlichen Ablauf. Wegen dieser breiten Unterstützung und weil es der richtige Weg ist, unterstützt die SVP-Fraktion hier die Regierung und empfiehlt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Andreas Hostettler** als Sprecher der FDP-Fraktion teilt mit, dass ihm das Postulat von Bäckermeister und Alt-Kantonsrat Silvan Hotz sehr gut gefallen hat. Warum? Als Vertreter des Gewerbes hat Silvan Hotz verstanden, dass im Projekt «Sek I plus» seine zukünftigen Lehrlinge sich in der 3. Oberstufe während einiger Stunden pro Woche ganz gezielt auf ihren zukünftigen Beruf vorbereiten können. Sie werden sich dabei fehlendes oder zusätzliches Wissen und Können aneignen und sollten somit besser für die Ausbildung vorbereitet sein. Anscheinend findet Silvan Hotz die Idee «Sek I plus» so gut, dass er die Umsetzung unbedingt beschleunigen will.
Mit einem Bild aus dem Alltag von Bäckermeister Hotz erklärt der Votant die Problematik des Postulats: Früh am Morgen, noch in der Nacht, beginnt die Arbeit in der Backstube des Bäckermeisters nach einem fix festgelegten Ablauf. Brotteig wird geknetet, Vorgebackenes wird aufgetaut, und nach einem festen Programm werden die verschiedenen Brotchargen im grossen Backofen gebacken, so dass um Punkt sechs Uhr alles bereit ist. Man stelle sich nun vor, was in der Backstube passieren würde, wenn mitten in der Arbeit der Chefbäcker kommen würde und alles bereits auf Punkt vier Uhr bereit haben möchte. Ein Drittel der Brote wäre gut gebacken und bereit; ein Drittel der Gipfeli wäre aber gerade im Ofen, erst halb gebacken und noch teigig; das letzte Drittel wäre noch halb gefroren auf dem Backblech. Das macht schlicht keinen Sinn! Mit dem Projekt «Sek I plus» ist es das Gleiche. Das Ziel und der Zeitpunkt, an dem alle Schulen bereit sein müssen, sind klar. Die Schulen im Kanton Zug stehen aber an verschiedenen Punkten und sind mit verschiedenen Geschwindigkeiten unterwegs. Nachdem der Fahrplan mit allen Beteiligten abgesprochen, austariert und koordiniert ist, macht es keinen Sinn, die Ziellinie nach vorne zu schieben. Schneller zu sein, ist ja nicht verboten.
Die FDP-Fraktion kommt zum Schluss, dass dieses Postulat nicht ganz «durchgebacken» ist und somit nicht erheblich zu erklären sei.

**Rita Hofer** spricht für die ALG und legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie arbeitet als Fachlehrperson auf der Oberstufe in Hünenberg und ist somit direkt involviert in die Erneuerung der «Einführung Sek I plus». Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe «Unterrichtsentwicklung» in Hünenberg und hat dadurch direkten Kontakt mit der Arbeitsgruppe «Sek I plus».
Bei der Neugestaltung werden die Anliegen aus Gewerbe, Wirtschaft und Abnehmerschulen aufgenommen, die eine Optimierung der Vorbereitung auf die nachfolgende Ausbildung wünschen. Die kritischen Stimmen der Berufsbildner haben sich auf der politischen Ebene Gehör verschafft, und mit der Einführung von «Sek I plus» werden nun die Rahmenbedingungen geschaffen, um gezielter auf die Berufswahl vorbereiten zu können. Die Motivation der Schüler und Schülerinnen noch hochhalten zu können, wenn diese ihre Lehrverträge in der Hand hatten, war und ist oft auch für die Lehrpersonen eine grosse Herausforderung. Das Projekt «Sek I plus» ist vielversprechend und wird auch von den Lehrpersonen begrüsst. Für die Jugendlichen wird der Anreiz grösser sein, wenn sie sich gezielter und spezifischer auf die gewählte Berufsausbildung vorbereiten können. Mit dieser Vorgabe macht man die Jugendlichen nicht abschlussfähig am Ende der Volksschule, sondern anschlussfähig an die Berufswelt.
In den Gemeinden wird engagiert an der Vorbereitung dieses Projekts gearbeitet. Dass viele Fragen geklärt werden müssen, die sich auf die gemeindlichen Rahmen-

bedingungen und Voraussetzungen fokussieren, nimmt Zeit in Anspruch. Dabei geht es nicht um die Einführung eines Lehrmittels, sondern um einen grösseren Umbau des 9. Schuljahres. In der gesamten Organisation muss auch die räumliche Situation geklärt werden, was bedeutet, dass es unter Umständen grössere oder kleinere Anpassungen innerhalb der Schulgebäude braucht. Falls solche Anpassungen nötig sein sollten, werden sie mit ordentlichen Verfahren verbunden sein, was zeigt, dass die Umsetzung nicht im Eiltempo bewerkstelligt werden kann. So kann Hünenberg erst im Schuljahr 2016/17 damit beginnen, da sich das Oberstufenschulhaus gerade im Umbau befindet; in den Provisorien ist die Umsetzung des Projekts nicht möglich. Die Lehrpersonen sind gefordert, sich mit der Rolle als Lernbegleiter und -berater auseinanderzusetzen und sich nicht ausschliesslich als Wissensvermittler zu verstehen. Sie stehen dem Projekt sehr positiv gegenüber und schätzen die gute Zusammenarbeit mit der DBK. Dass der zeitliche Aspekt seitens der Regierung genügend berücksichtigt wurde, gibt dem Projekt auch die Chance einer seriösen und professionellen Umsetzung. Die Zeit ist eine wichtige Bedingung für das Gelingen.
Stimmt der Rat dem Postulat zu, gefährdet er mit der kontraproduktiven Eile die qualitative gute Umsetzung und letztlich die beabsichtigten Verbesserungen. Viel Aufwand und null Ertrag wäre das Resultat. Die Votantin ist überzeugt, dass das Gewerbe, die weiterführenden Schulen und vor allem die auszubildenden Jugendlichen von der umsichtigen Vorgehensweise profitieren werden. Man sollte darum den heutigen, zwischen Gemeinden und Kanton ausgehandelten Fahrplan unverändert belassen und die nötige Zeit für eine wirkungsorientierte Umsetzung geben. Die ALG unterstützt die Haltung der Regierung und empfiehlt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und legt einleitend seine Interessenbindung dar: Er unterrichtet auf der Sekundarstufe. Zudem gehört er zu jenen Lehrpersonen, welche im nächsten Schuljahr erstmals zumindest Teile von Sek I plus in den Unterricht einbauen werden.
Die SP unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Die Schulen benötigen Zeit, um das Konzept schrittweise in die Schul- und Unterrichtsentwicklung einzuplanen. Es macht wenig Sinn, ein solches Projekt auf *einen* Schlag einzuführen. Vielmehr sollten die einzelnen Elemente zeitlich versetzt eingeführt und möglichst optimiert werden. Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass auch andere Projekte anstehen, weshalb die Schulen zusätzlich angebunden sind. Man darf auch nicht vergessen, dass die Kinder gemäss Sek I plus eigenverantwortlich den Unterrichtsstoff erarbeiten und je nach fachlichen Stärken und Schwächen Zeit haben sollten, sich zu vertiefen und individuellen Zielen zu widmen. Dafür braucht es auch passendes Unterrichtsmaterial, welches in den nächsten Jahren erarbeitet oder zusammengestellt werden muss.
Zum Projekt «Sek I plus» selber: Es wurde vom Postulanten erwähnt, wie gut und wichtig dieses Projekt sei. Das möchte der Votant allerdings etwas relativieren und davor warnen, allzu hohe Erwartungen an das Projekt zu legen. Ein Grossteil der Elemente von Sek I plus wird nämlich bereits jetzt in den meisten Zuger Schulen umgesetzt. Wirklich neu sind das Lernstudio und der Projektunterricht. Schaut man genau an, wieviel in den letzten rund vier Jahren am Projekt Sek I plus abgespeckt wurde, so ist vom saftigen *T-Bone-Steak* nur noch etwas Knochen und Fett übrig geblieben. Ursprünglich war das Projekt für drei Jahre vorgesehen, d. h. für die 7. bis 9. Oberstufe. Später wurde es auf ein Jahr gekürzt, und man sprach vom Teilprojekt 9. Schuljahr; vom anderen Teil spricht niemand mehr. Man darf sich nun zu Recht fragen, wie die Schüler in der 9. Oberstufe eigenverantwortlich und selbständig lernen können, wenn sie damit nicht bereits auf der 7. und 8. Oberstufe be-

ginnen. Sicherlich dürften sich stärkere Schüler schneller an Sek I plus gewöhnen. Man darf aber nicht vergessen, dass eher schwächere Schüler mehr Mühe haben werden, mit freieren Strukturen und mehr geforderter Selbständigkeit umzugehen.
Des Weiteren standen zu Beginn des Projekts eine Randstundenbetreuung (Hausaufgabenbetreuung) sowie Modulnachmittage für kreative Fächer auf dem Programm. Auch diese wurden im Laufe der Zeit gestrichen. Wie viel Sek I plus noch übrig bleiben wird, hängt nun letztendlich den Gemeinden ab. Die Schulen sind nämlich relativ frei, wie sie das Lernstudio, eine der grossen Errungenschaften von Sek I plus, einrichten. Kosten darf es allerdings nichts. Das ist die Vorgabe von oben nach unten. Der Kanton zwingt also die Gemeinden ein neues Projekt nach bestimmten Kriterien einzuführen, beteiligt sich aber nicht an den Kosten. Will man das Projekt aber möglichst nach den Vorgaben umsetzen, kommt man nicht um Mehrkosten herum. Es braucht – wie gehört – wahrscheinlich mehr Räumlichkeiten etc., und dafür sind die Gemeinden zuständig
Fazit: Das Projekt «Sek I plus» wird eventuell leichte Verbesserungen bringen und den Jugendlichen etwas mehr Möglichkeiten bieten, an einem persönlichen Lernprogramm zu arbeiten und sich individueller auf den Anschluss nach der Oberstufe vorzubereiten. Gleichzeitig muss jedoch auch darauf hingewiesen werden, dass dies nur funktionieren kann, wenn die Schulen auch wirkliche Lernstudios einrichten, was nicht zuletzt von den Finanzen in jeder Gemeinde abhängig ist. Gleichzeitig muss den Lehrpersonen genügend Zeit eingeräumt werden, um sich um die Jugendlichen, die mit Sek I plus individueller arbeiten, zu kümmern. Hier kann man den Bogen zu den möglichst grossen Höchstzahlen auf der Oberstufe schliessen, welche der Rat erst kürzlich befürwortet hat.
Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Der Votant hat das Projekt «Sek I plus» seit einigen Jahren mitverfolgt und stellt fest, dass das Vorgehen in dessen Umsetzung gut das Marketing von Bildungsdirektor Stephan Schleiss widerspiegelt. Man sagt grundsätzlich Ja zu neuen Unterrichtsformen – bis es etwas kostet. So gibt man sich medienwirksam fortschrittlich, verhindert aber in der Ressourcenfrage, dass ein Projekt letztendlich auch so funktioniert, wie man es auf glänzenden Broschüren formuliert hat. Jene Mitglieder des Rats, insbesondere Vertreterinnen und Vertreter des Gewerbes, die Sek I plus befürworteten, sollten genau hinschauen, wie dieses Projekt in der Praxis umgesetzt wird. Auch sollten diese Personen konsequenterweise Sparmassnahmen im Bildungswesen bekämpfen. Von Gewerbevertretern wäre eigentlich zu erwarten, dass sie dafür schauen, dass die Gemeinden bei der Umsetzung von Sek I plus unterstützt werden.
Bei neuen Schulprojekten greift meistens der gleiche Mechanismus: Spricht man sich für ein neues Schulprojekt aus, muss man auch Ja sagen zu den daraus entstehenden Kosten. Oder man soll ehrlich sein und das System nicht verändern und es so belassen, wie es vor zehn, zwanzig oder dreissig Jahren war; dann aber soll man sich nicht beschweren. Man kann nicht neue Schulmodelle mit mehr Individualisierung befürworten und anschliessend die Ressourcen so festlegen, dass man solche Schulmodelle in der Praxis gar nicht umsetzen kann, wie man es in klugen Konzepten ursprünglich ausgeklügelt hat.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** zieht aus den verschiedenen Voten das Fazit, dass das Projekt «Sek I plus» bis auf den Zeitplan unbestritten ist. Dieses Fazit freut ihn, hat sich doch die Erziehungsdirektion gemeinsam mit dem Gewerbe, den gemeindlichen Schulpräsidenten und Rektoren sowie den Lehrpersonen und allen Interessierten bei der Erarbeitung des Projekts die nötige Zeit genommen, den Teig – um beim Bäckergleichnis von Andreas Hostettler zu bleiben – zu kneten und aufgehen zu lassen. Den Vorwurf, das Postulat sei nicht «durchgebacken» oder ver-

folge das Ziel, die Umsetzung hinauszuzögern, weist der Bildungsdirektor zurück. Schnellersein ist aber nicht verboten, was die Votanten, die an der Front mit dem Projekt konfrontiert sind, nämlich die Sekundarlehrpersonen Zari Dzaferi und Rita Hofer, bestätigt haben: An einem Ort legt man bereits im nächsten Schuljahr los, am andern Ort braucht es noch entsprechende Infrastrukturen, und man kann erst später beginnen. Dass es so sein wird, wusste man bereits bei der Erarbeitung des Projekts. Entscheidend ist der Zeitplan. Dieser wurde breit abgestützt erarbeitet, er ist eine wesentliche Gelingensbedingung, und die Regierung möchte in dieser Phase des Projekts nicht isoliert am Zeitplan schrauben. Sie kann hier auf eine gute Erfahrung zurückblicken: Bei der letzten Umsetzung eines grossen Projekts, der Einführung des Qualitätsmanagements «Gute Schulen», hat man mit einem lang angesetzten Zeitplan, der den Gemeinden viel Verantwortung zubilligte, sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Gemeinden nützen ihre Handlungsfreiheiten und Möglichkeiten im Sinne der Sache. Man muss auch wissen, dass Innovation immer auch in einem Spannungsverhältnis mit der Belastung der Schule und der Lehrpersonen steht, welche die Innovation umsetzen müssen. Auch den vorliegenden Zeitplan muss man vor diesem Hintergrund sehen.
Zari Dzaferi hat dem Projekt vorgeworfen, es sei vom *T-Bone-Steak* zum blossen Knochen abgespeckt worden. Das ist etwas drastisch formuliert, aber grundsätzlich richtig: Das Projekt wurde tatsächlich abgespeckt. Im ursprünglichen Umfang hätte man die gesamte gemeindliche Oberstufe total reformiert. Man hätte die Schularten aufgelöst, es würde also keine Werk-, Real- und Sekundarschule mehr geben, sondern nur noch eine integrierte Oberstufe, mit entsprechend grösserer Heterogenität in den Klassen. 2011 hat der neu zusammengesetzte Bildungsrat die Lage neu beurteilt, und man hat das Projekt reformiert. Man hat auf das 9. Schuljahr fokussiert, wo der Schuh am heftigsten drückt, was zu einem Knatsch mit den Gemeinden führte. Man konnte das aber bereinigen, und es ist gelungen, wieder alle Partner ins Boot zu holen. Den Vorwurf, das Vorgehen widerspiegle das gute Marketing des Bildungsdirektor, muss korrigiert werden. Es geht nicht darum, eine Politik gut zu verkaufen, sondern es sind Restriktionen zu beachten, die in der politischen Kultur des Kantons Zug verankert sind. Mit der ZFA hat man 2008 beschlossen, dass der Kanton keine gemeindlichen Schulinfrastrukturen mehr mitfinanziert; früher hatte man Schulhausbauten zu einem Drittel subventioniert, den Gemeinden dafür aber detaillierte Vorschriften gemacht. Heute sind die Gemeinden frei, der Kanton zahlt aber nicht mehr mit. Diesen Grundsatz kann man nicht projektbezogen aufweichen. Dafür steht der Bildungsdirektor ein, wie er auch ganz allgemein dafür einsteht, dass man mit den Ressourcen, welche die Öffentlichkeit der Schule zur Verfügung stellen muss, sorgsam umzugehen hat.
Abschliessend bittet der Bildungsdirektor, das Postulat nicht erheblich zu erklären und alle Beteiligten mit dem ursprünglich vereinbarten Zeitplan weiterarbeiten zu lassen.

➔ Der Rat folgt mit 55 zu 10 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und erklärt das Postulat nicht erheblich.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

5. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 26. Februar 2015 (Nachmittag)
Zeit: 13.55 – 15.50 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Claudia Locatelli

## 81 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Beat Sieber, Cham; Matthias Werder, Risch.

## 82 Mitteilung

Die Staatskanzlei hat die Stellvertretung des Protokollführers des Kantonsrats neu organisiert. Die stellvertretende Protokollführerin heisst Claudia Locatelli und hat heute Nachmittag ihren ersten Einsatz. Der Vorsitzende heisst sie willkommen und wünscht ihr im Namen des Rats einen guten Start in ihrer Funktion. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

## 83 Traktandum 4.1: **Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle mit Leistungsauftrag und Globalbudget vom 23. Januar 2015 (Vorlage 2473.1 - 14863)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Mitberichte der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle.

## 84 Traktandum 4.2: **Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Gerichte mit Leistungsauftrag und Globalbudget vom 23. Januar 2015 (Vorlage 2475.1 - 14865)**

➔ Überweisung an das Obergericht und das Verwaltungsgericht zu Bericht und Antrag; Mitberichte des Regierungsrats (Finanzdirektion).

**85** Traktandum 4.3: **Motion von Thomas Lötscher betreffend der Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments vom 29. Januar 2015 (Vorlage 2477.1 - 14872)**

**Beni Riedi** zeigt sich erstaunt, dass die Motionäre das Gefühl haben, mit der Schaffung einer pseudopolitischen Institution den Jugendlichen eine ernst zu nehmende Stimme geben zu können. Die Motionäre schaffen damit nur ein neues Gesetz, das organisatorischen und finanziellen Aufwand verursacht, ohne für die Jugendlichen ein wirkliches Mitspracherecht zu ermöglichen. Es ist die Aufgabe der Parteien, dass sich die Jugendlichen in das politische Geschehen integrieren können. Wie den Medien zu entnehmen war, wurde vor ein paar Wochen die Junge CVP gegründet. So bestehen folgende Jungparteien im Kanton Zug: Juso, Junge FDP, Junge Grüne, Junge SVP und nun auch die Junge CVP. Die Jugendlichen können sich dort engagieren, und das ohne die Aufsicht von Lehrern oder Staatspersonal, die Kosten verursachen und die Jugendlichen korrigieren und künstlich motivieren möchten.
Der Votant setzt auch ein staatsrechtliches Fragezeichen: Mit der Schaffung eines Pseudoanhörungs- und -vorstossrechts wird für die Jugendlichen ein Präjudiz geschaffen. Was kommt dann als Nächstes? Ein Ausländerparlament mit Anhörungs- und Vorstossrecht? Mit einem Jugendparlament gibt man jedem ausländischen Jugendlichen ein Anhörungs- und Vorstossrecht – sobald er 18 wird, wird dieses ihm jedoch wieder weggenommen und er hat kein Stimmrecht. Entweder muss beides gegeben werden oder gar nichts. Der Votant ist gegen beide Rechte. Nur schon die Idee eines Anhörungs- und Vorstossrechts für Jugendliche findet er absolut unpassend. In den Zeiten von E-Mail, Twitter, Facebook, Handy usw. hat er immer ein offenes Ohr für alle Personen, und er wurde bereits einige Male von Jugendlichen kontaktiert. Selbstverständlich nimmt er sich auch die Zeit, um die Anliegen anzuhören; das gehört zu seinen Aufgaben als gewählter Volksvertreter.
Zur Begründung der Motionäre, dass der Kanton Zug zu den sechs letzten Kantonen ohne Jugendparlament zählt: Der Votant geht davon aus, dass die Motionäre auch auf die Verteilung der Kantonratsmandate bzw. auf die Altersverteilung der Kantonsratsmandate abzielen möchten. Doch wie sieht es in Wirklichkeit aus? 9 von 80 Mitgliedern, also 11,25 Prozent, in diesem Parlament sind jünger oder genau 30 Jahre alt. Es gilt, auch die Verhältnisse sowie die Wahlkreise im Kanton zu betrachten. Der Kanton Zug hat keine Bezirke oder Wahlkreise, die über die Gemeinden hinausgehen. Der Wahlkreis besteht aus der Wohngemeinde. Somit bleibt auch sehr jungen Personen – ohne grossen finanziellen Aufwand – der Sprung ins kantonale Parlament nicht verwehrt. Die Politik braucht ein offenes Ohr für die Anliegen der Jugendlichen, aber sicher kein neues Gesetz, das eine pseudopolitische Institution schaffen möchte. Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant deshalb den **Antrag,** diese Motion nicht zu überweisen.

Motionär **Thomas Lötscher** hält fest, dass er aufgrund seines bisherigen politischen Verhaltens unglaubwürdig wäre, wenn er angesichts der aktuellen Diskussionen um Spar- und Entlastungsprogramme kein Verständnis für den Widerstand gegen eine neue Aufgabe und somit auch gegen neue Ausgaben des Kantons hätte. Es muss aber klar unterschieden werden zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Jungparteien holen die jungen Erwachsenen ab. Dem Votanten geht es hier um die Jugendlichen. Da das Thema jetzt aber die Überweisung ist, will er nicht materiell zur Motion sprechen. Die Überweisung ist in diesem Fall sehr wichtig – ob man nun für oder gegen ein Jugendparlament ist –, weil der Votant sich diese Motion nicht aus Profilierungssucht und auf der Suche nach neuer Wählerschaft aus den Fingern gesogen hat. Vielmehr wurde er an der

Session des Jugendparlaments im Bundeshaus von einem Jugendlichen diesbezüglich um Unterstützung gebeten. Am letzten Zuger Jugendpolitiktag fanden sich weitere interessierte Jugendliche. Der Vorstoss wurde vor allem durch die interessierten Jugendlichen erarbeitet. Der Votant selbst hat nur geringfügig darauf eingewirkt, war also mehr eine Art Katalysator. Die Politiker wünschen sich mehr Interesse und Engagement der Jungen für Politik und Gesellschaft. Dazu bedarf es der Transparenz, des Verständnisses für die Abläufe und der Mitwirkungsmöglichkeiten. Transparenz für die Jungen wird nicht mit einer elektronischen Abstimmungsanlage für eine halbe Million Franken geschaffen, sondern mit einem nachvollziehbaren demokratischen Entscheidungsprozess. Dazu muss die transparente Argumentation zugelassen werden. Eine Gesprächsverweigerung durch Nichtüberweisung dürfte eine grosse Frustration bei politisch interessierten Jugendlichen verursachen, vor allem, wenn nicht einmal eine qualifizierte Diskussion stattfindet. Der Votant fand den Zugang zur Politik früh dank Erwachsenen, die ihn ernst nahmen, ihm Vertrauen schenkten und Verantwortung übertrugen. Er bittet den Rat, den Jugendlichen auch eine solche Chance zu geben, eine transparente Diskussion zuzulassen und die Motion zu überweisen. Für die Zuger Jugendlichen dankt er dem Rat dafür.

**Andreas Lustenberger** hat ein gewisses Verständnis für das Votum von Beni Riedi, denn eine Alibiübung soll ein Jugendparlament mit Bestimmtheit nicht sein. Als Präsident einer nationalen Jugendpartei weiss er, dass Jugendparlamente sehr oft ein Tor in die Politik sind und Jugendlichen den Einstieg erleichtern. Gerade für sehr junge Personen ist es oftmals schwierig, wenn sie von einer etablierten Partei angefragt werden, ob sie im Vorstand mitwirken oder die Partei in einer Kommission vertreten möchten. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass sich Jugendliche in Kantonen, in denen Jugendparlamente bestehen, stärker für politische Themen interessieren.
Zu den Jungparteien im Kanton Zug: An der nationalen Jugendsession haben die Jungparteien eine grosse Plattform, um sich vorzustellen. Die Jungen Grünen beispielsweise – und alle anderen Parteien auch – gewinnen an solchen Anlässen oftmals Neumitglieder und können diese an die Politik heranführen. Der Votant bittet deshalb, die Motion zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 49 zu 20 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

**86** Traktandum 4.4: **Motion von Jürg Messmer, Philip C. Brunner, Manuel Brandenberg betreffend Änderung des Gemeindegesetzes des Kantons Zug, insbesondere § 106 Abs. 1, vom 29. Januar 2015 (Vorlage 2478.1 - 14873)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

**87** Traktandum 4.5: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Stärkung der Unabhängigkeit und der Legitimation der Staatsanwälte durch Parlamentswahl vom 1. Februar 2015 (Vorlage 2479.1 - 14875)**

➔ Überweisung an das Obergericht zu Bericht und Antrag.

**88** Traktandum 4.6: **Interpellation von Anna Bieri betreffend Ausbau der Fernmeldeinfrastruktur im Kanton Zug vom 25. Januar 2015 (Vorlage 2474.1 - 14864)**

➔ Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

TRAKTANDUM 11 (Fortsetzung)
**Geschäfte, die am 29. Januar 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**89** Traktandum 11.3: **Interpellation von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend Positionierung des Kantons Zug zur Unternehmenssteuerreform (USR III)**
Vorlagen: 2397.1 - 14679 (Interpellationstext); 2397.2 - 14838 (Antwort des Regierungsrats).

**Gabriela Ingold** als Vertretung der Interpellierenden dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Die Antwort holt weit aus und bleibt teilweise an der Oberfläche. Nachdem in der Zwischenzeit auch die detaillierte Vernehmlassungsantwort zur USR III vorliegt, hat sich die Antwort für die Interpellierenden jedoch konkretisiert. Die Vernehmlassungsantwort geht in die richtige Richtung.
Das Unternehmensklima in der Schweiz hat sich deutlich verschlechtert. Dafür sorgen die zahlreichen politischen Vorstösse auf Bundesebene, die Unsicherheiten bei der Reform der Unternehmenssteuern sowie die jüngsten Währungsturbulenzen. Die Neuansiedlungen sind rückläufig. Der Bund hat 2014 massiv weniger Steuern eingenommen. Woher das Manko kommt, ist nach Wissen der Votantin noch nicht bekannt. Wie die Zahlen in Zug aussehen, wird man in Kürze erfahren. Es werden jedoch ebenfalls Rückgänge erwartet. Die Interpellation wurde aus Sorge um den Firmenstandort Zug gemacht. Und – die Interpellantin nimmt es für die politische Linke vorweg – es geht nicht um Privilegien für den Kapitalismus oder die Unternehmer. Die Interpellierenden sorgen sich nachhaltig um die Arbeitsplätze und die vielen Zulieferfirmen der internationalen Unternehmungen und der mobilen Gesellschaften. Einbussen bei der Wettbewerbskraft und Attraktivität führen unweigerlich zu Einbussen beim Wohlstand. Das Thema ist schwierig und wenig sexy. Aber es ist nun einmal ein Geschäft, das unmittelbar einen grossen Einfluss auf die Zukunft und den zukünftigen Wohlstand haben wird. Dieses Geschäft wird in die Geschichte eingehen und wegweisend sein.
Die Votantin wird die Antwort der Regierung nicht im Einzelnen kommentieren. Folgende zwei Kernaussagen sind für die Interpellierenden zentral:
Die Regierung ist der Meinung, dass ein Steuersatz von 12 Prozent attraktiv genug sei, um im internationalen Steuerstandortwettbewerb mitzuhalten. Das internationale Umfeld geht aber klar tiefer. Die Interpellierenden sind jedoch der Meinung, dass die Senkung der Steuersätze *per se* eine sehr teure Massnahme ist, weil die konkurrierenden Kantone sich ihre Ausfälle vom Bund finanzieren lassen wollen. Vielmehr sollten Ersatzmassnahmen greifen. Es gibt eine Vielzahl von Ersatzmassnahmen; leider werden nur wenige davon in der Botschaft des Bundesrats Platz finden. Die Regierung befürwortet in ihrer Vernehmlassungsantwort Ersatzmassnahmen wie die Lizenzbox auf Ebene der kantonalen Steuern sowie die zinsbereinigte Gewinnsteuer. Aber will man die Lizenzbox in Zug überhaupt? Und wieso soll es die Lizenzbox nicht auch auf Bundesebene geben? Das wäre äusserst attraktiv. Die Lizenzbox, wie sie in der Vernehmlassung vorgesehen ist,

ist bereits wieder überholt. Die Standards der OECD wirken einschränkend und werden laufend angepasst. Bereits wird von einer substanziell verkürzten Lizenzbox gesprochen, welche für die wenigsten Zuger Unternehmungen Anwendung finden wird. Die Interpellierenden würden gerne weitere Ersatzmassnahmen sehen. Immerhin hat die Zuger Regierung in ihrer Vernehmlassung die *Tonnage Tax* als weiteres Werkzeug vorgeschlagen.
Die Regierung bestätigt, dass die entstehenden Einnahmenausfälle für einige Kantone existenziell sein werden und durch Ausgleichszahlungen zwischen Bund und Kantonen zu kompensieren sind. Der ressourcenstarke Kanton Zug wird doppelt gefordert sein oder auch doppelt gestraft werden. Aufgrund der Annäherung der Steuersätze kann man durchaus die Meinung vertreten, dass man sich schleichend auf dem Weg einer faktisch materiellen Steuerharmonisierung befindet. Ist die NFA dann überhaupt noch gerechtfertigt?
Die Themen NFA und USR III wurden eingehend unter Traktandum 11.1 besprochen. Die Interpellanten begrüssen den Zeta-Faktor sowie die Forderung nach einem grösseren Bundessteueranteil. Sonstige Ausgleichszahlungen aus Bundesgeldern sind abzulehnen, weil die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone weiter ausgehebelt wird.
Warum sollen sich denn die Nehmerkantone bemühen, ihre Hausaufgaben zu machen? All diese Faktoren und die eingangs erwähnten neusten Entwicklungen wirken verunsichernd. Zurzeit ist noch nicht der grosse Exodus zu beobachten. Aber die Tendenzen gehen in eine andere Richtung als noch vor ein paar Jahren. Die Interpellierenden ziehen folgendes Fazit:

- Es ist ein schleichender Abgang von Steuersubstrat zu befürchten.
- Der Staatshaushalt muss nachhaltig reduziert werden, denn die fetten Jahre sind vorbei. Wohlstandsverwöhntes Verhalten ist fehl am Platz.
- Weitere Ersatzmassnahmen sind unabdingbar.
- Ausufernde Ausgleichszahlungen von Steuerausfällen anderer Kantone dürfen nicht akzeptiert werden.
- Es muss mit aller Kraft um die Wettbewerbsfähigkeit gekämpft und der erreichte Wohlstand verteidigt werden.
- Alle sitzen im gleichen Boot. Alle, aber insbesondere die Regierung, müssen ihren Einfluss in Bern wirksam einbringen, damit die Vorlage, die ins Bundesparlament kommt, noch korrigiert werden kann.

Die Votantin bittet Finanzdirektor Peter Hegglin, noch die Frage zu beantworten, die Thomas Lötscher am Morgen gestellt hat.

**Philip C. Brunner** als Vertreter der SVP-Fraktion gibt Gabriela Ingold recht und betont, dass «alle Zug sind» und alle im gleichen Boot sitzen. Er hält fest, dass in der Beantwortung der Interpellation einige schöne Sätze zu finden sind, so zur Frage 1: «Als Urprinzip des Marktes ist Wettbewerb die Triebfeder für Innovation, für Erneuerung, für Streben zum Besseren, und das unter möglichst optimalen ökonomischen Bedingungen.» Es wäre schön, wenn im Kantonsrat des Öftern solche wirklich marktliberalen Basisüberzeugungen zu hören wären. Es ist richtig, was die Regierung hier schreibt. Die Richtung stimmt. Allerdings – und das ist vielleicht das Problem – wurde die Antwort der Regierung am 2. Dezember 2014 verfasst. Und alles, was seither passiert ist – insbesondere am 15. Januar – verstärkt den Inhalt der Antwort. Es braucht in der Tat eine Revitalisierung der Wirtschaft unter diesen auch ökonomisch schwierigen Verhältnissen. Der Frankenkurs für die Exportwirtschaft liegt bei ca. 10 Prozent – zum Glück sind es nicht noch mehr –, womit die Firmen jetzt unter Druck stehen. Das wird sich 2014 bei den Steuereinnahmen noch nicht bemerkbar machen, aber ganz sicher ab 2015. Diese Unsicherheiten

müssen alle dazu motivieren, sich noch stärker zu engagieren. Der Votant möchte kein falscher Prophet sein, aber er vermutet, dass dies das erste Entlastungsprogramm sein wird. Weitere Entlastungsprogramme werden folgen. Das ist seine persönliche Überzeugung und wurde in der Fraktion nicht besprochen. Im Hinblick darauf, vielleicht mit einem zweiten oder dritten Paket starten zu müssen, tut die Regierung jetzt gut daran, sich die eine oder andere Frage zu überlegen. Der Votant hat sich gefreut, von nationaler Seite, insbesondere von der FDP und der CVP, zu hören. Die SVP hatte gefordert, dass die bürgerlichen Parteien auch im Hinblick auf die Wahlen Pakete schnüren. Die SVP-Fraktion begrüsst dies.
Ebenfalls erfreut war der Votant über einen schönen Satz zur Frage 8: «Die beste Strategie gegen Abwanderung und für den Erhalt von Arbeitsplätzen ist der weitere Ausbau der Rahmenbedingungen, insbesondere der Infrastruktur (Stadttunnel, Sicherheit, Verkehrswege, Erreichbarkeit der Arbeitsplätze).» Das kann gemacht werden – verschiedenes anderes lässt sich nicht beeinflussen.
Hinsichtlich der Lizenzboxen, die auf eine Idee der SVP zurückgehen, ist der Votant der Meinung, dass man nicht übertreiben darf. Es ist ein Unterschied, ob ein Strassentunnel gebaut wird, der auch nach hundert Jahren noch gute Dienste leistet, oder ob in Gesetzen Prozentzahlen festlegt werden, die wieder geändert werden können. Das ist das Problem der Lizenzboxen – alles ist relativ. Die EU macht dann wieder einen Schwenker und droht der Schweiz mit der schwarzen Liste, wenn Prozentzahlen nicht entsprechend geändert werden. Eveline Widmer-Schlumpf wird wieder in die Knie gehen und der Bundesrat ebenfalls. Der Votant nimmt seine Kritik am Bundesrat nicht zurück. Er stimmt aber zu, dass diese nicht alleine Eveline Widmer-Schlumpf gilt, sondern dem gesamten Bundesrat.

**Andreas Hürlimann** bedauert namens der ALG, dass die Regierung die Fragen um die internationalen und innerkantonalen Auswirkungen des Steuerwettbewerbs sowie die nach wie vor völlig unklaren ökonomischen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III so unkritisch betrachtet.
Ganz grundsätzlich kann und muss man sich fragen, wie weit ein Wettbewerb bei naturgemäss nicht ganz so mobilen Körperschaften gehen kann. Schöne Sätze, wie sie Philip C. Brunner zuvor ausgeführt hat, nützen da wenig. So mag zwar ein gewisser Wettbewerbsdruck dahingehend wirken, dass Steuergelder effizient eingesetzt werden. Doch wer sich den heutigen Steuerwettbewerb genauer anschaut, kann mit dem riesigen Gefälle zwischen den Kantonen in der kleinräumigen Schweiz nicht wirklich glücklich und zufrieden sein.
Zug – auch wenn aktuell nicht in jedem Bereich Tiefsteuer-Champion – ist über alles gesehen immer noch einer der Treiber in der Entwicklung der Steuern nach unten. Und in dieses Klima kommt man nun mit der Unternehmenssteuerreform III, einer Vorlage, die hinsichtlich einer ökonomischen Analyse und deren Auswirkungen alles noch sehr vage lässt und die fast schon nebulös bleibt. Der Votant geht zwar davon aus, dass diese Reform in den einzelnen Kantonen, aber auch beim Bund massiv unterschiedliche Auswirkungen haben wird. Auch wenn Zug weniger betroffen sein wird als andere Kantone, ist es aus Sicht der ALG zwingend, dass im Kanton Zug keine weiteren Einnahmeausfälle aufgrund von Entlastungen für Unternehmen entstehen. Es dürfen keine zusätzlichen Sparpaket-Forderungen aufgrund dieser Reform propagiert werden. Die diskutierten Vorschläge zum aktuellen Sparpaket des Zuger Regierungsrats sind teilweise schon abstrus genug. In der kantonalen Redewendung ist vom Entlastungsprogramm die Rede – es muss ja an einem Ort entlastet werden, damit an einem anderen Ort, zum Beispiel bei den Gemeinden oder den Privaten, eine zusätzliche Belastung entstehen kann. Die ALG warnt darum vor Mehrkosten für private Haushalte und ist

der Meinung, dass die Schweiz und der Kanton Zug nicht auf international umstrittene Lizenz- und sonstige Box-Lösungen setzen soll. Das wird einiges an Ärger ersparen.
Fazit: Die Steuerprivilegien für multinationale Konzerne sind abzuschaffen, ohne neue Steuerschlupflöcher zu schaffen. Für eine attraktive Schweiz oder einen attraktiven Kanton Zug braucht es eine nachhaltige Standortförderung mit Innovation, Investitionen in sinnvolle Infrastrukturen, den öffentlichen Verkehr oder die Bildung anstatt eines Steuerwettlaufs nach unten. Das hat die Regierung auf Seite 9 auch angetönt. Der grundsätzlich gute Ansatz der Reform, nämlich die von der ALG schon seit je geforderte Abschaffung der kantonalen Sonderstati für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften, darf nicht mit anderen Sonderstati und neuen Schlupflöchern verwässert werden. Denn der eigentliche Treiber der Reform, um den Steuerstreit mit der OECD und der EU beizulegen, darf nicht umgangen werden. Sonst wird der Streit nicht wirklich beendet, und man jagt bald neuen Forderungen aus dem In- und Ausland hinterher. Genau diese Unsicherheiten, die auch für die Wirtschaft in ihrer Entwicklung hemmend wirken, werden weiter bestehen. Und das darf einfach nicht sein.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion und hält fest, dass es bereits das zweite Mal ist, dass der Rat sich mit der Frage der USR III und ihren Konsequenzen für den Kanton Zug auseinandersetzt. Aus der vorliegenden Interpellation spricht die Befürchtung, der Kanton könnte aufgrund der aktuellen und bevorstehenden steuerrechtlichen Anpassung an wirtschaftlicher Attraktivität verlieren. Die Bedenken sind gerechtfertigt. Es ist verständlich, dass die FDP vom Regierungsrat wissen will, mit welcher Grundhaltung er sich den einschneidenden Veränderungen stellen wird.
Nicht immer nimmt der Regierungsrat eine klare Haltung ein. So bleibt er beispielsweise bei der Beantwortung von Frage 3 (Umsetzung Steuerharmonisierungsgesetz) oder Frage 9 (Verteidigung des Schweizer Wirtschaftsstandortes) recht vage. Im Grossen und Ganzen ist die Stossrichtung der Regierung gut erkennbar, zumal nun auch die Vernehmlassung zur USR III vorliegt.
Aufgrund der Themenbreite wird sich die Votantin fokussieren und vorerst die Grundhaltung der CVP-Fraktion zu wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen darlegen:

- Die CVP sagt Ja zum Wettbewerb – unter den Kantonen und mit anderen Staatswesen.
- Die CVP sagt Ja zum Föderalismus – die Eigenständigkeit der Kantone soll nicht eingeschränkt werden. Gerade die Nähe des Staatswesens zu den Bürgern verhindert abgehobene Entscheide.
- Die CVP sagt Ja zum Erhalt der Attraktivität des Kantons – dazu gehört ein uneingeschränktes Engagement für attraktive Kantonsteuern. Unternehmen sollen hier bleiben, sich hier niederlassen, hier gegründet werden und wachsen können. Dazu sind gute Rahmenbedingungen notwendig.

Von den anstehenden steuerrechtlichen Anpassungen wird die USR III die markantesten Veränderungen bringen. Sie hat zum Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu stärken. Nicht nur der Druck der EU und der OECD zwingen zu Anpassungen, sondern auch die hier ansässigen Unternehmungen. Wird das Steuerregime nicht angepasst, haben Unternehmungen, die im Ausland tätig sein wollen, dort Probleme und mehr Aufwand. Die USR III wird innerhalb der Schweiz grosse Veränderungen auslösen und deshalb unter den Kantonen zu Spannungen führen. Während der Kanton Zug auf die Abschaffung der privilegierten Steuerregimes mit

einem tiefen Gewinnsteuersatz von 12 Prozent reagieren kann, wird dies vielen anderen Kantonen nicht möglich sein.
Neben einem tiefen Steuersatz sind es vor allem die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit, die für Unternehmen von zentraler Bedeutung sind. Es ist deshalb zu begrüssen, dass bei der USR III alle jene Elemente, die nicht direkt mit der Umstellung des Steuerregimes zu tun haben, unverändert belassen werden.
Die grösste Gefahr für den Kanton Zug erwächst nicht aus der Unternehmenssteuerreform III selbst, sondern aus deren Auswirkungen auf den NFA. Der Regierungsrat weist in seiner Vernehmlassungsantwort zur USR III auf diese Gefahr hin und zeigt Wege auf, wie dieser begegnet werden muss. Die CVP fordert den Regierungsrat auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, hier Gegensteuer zu geben. Stichworte dazu: Verringerung des Ausgleichtopfes, Anpassung der Berechnung des Ressourcenpotenzials (der Faktor Zeta), Einführen einer Belastungsobergrenze. Die Votantin betont: Steter Tropfen höhlt den Stein.
Bei der USR III darf es nicht darum gehen, für jedes Problem eine Lösung zu finden, sondern gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Umbau des Steuerregimes ist äusserst komplex und verlangt grossen Sachverstand. Ohne diesen ist es nicht möglich, an der Gestaltung mitzuwirken. Die Ausführungen zu Frage 7 zeigen auf, wie komplex das Geschäft ist. Es ist deshalb unabdingbar, dass der Regierungsrat sich mit unveränderter Intensität mit der Thematik auseinandersetzt und sich bei der Gestaltung der USR III fachlich fundiert und überzeugend einbringt. Zu begrüssen ist dabei auch die Weitergabe dieses Wissens an interessierte Kreise in Form von Informationsveranstaltungen. Es braucht Raum, um die politische Diskussion führen.
Die Attraktivität des Standortes erwächst nicht ausschliesslich aus wettbewerbsfähigen Steuern. Massgebend sind auch die Bildung, eine kompetente, bürgernahe Verwaltung, Raumplanung, Siedlungsqualität.
Und doch: Ein Scheitern der USR III wird dem Land und auch dem Kanton Zug schaden. Es braucht deshalb den Willen der politischen Akteure, eine mehrheitsfähige Lösung zu finden.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** entschuldigt sich, dass er am Morgen eine Frage von Thomas Lötscher nicht beantwortet hat. Es geht um eine Aussage von Hans Altherr, FDP-Ständerat des Kantons Appenzell Ausserrhoden. Dieser hatte gesagt, dass der NFA eine gelungene Sache sei. Die Frage von Thomas Lötscher war, ob der Regierungsrat dagegen etwas unternommen hatte. Würde der Regierungsrat jedoch auf jede Aussage eines Bundesparlamentariers reagieren, würde das ausufern. Öffentlich wurde diese Aussage nicht kommentiert, sie wurde zur Kenntnis genommen wie viele andere Aussagen auch. Der Regierungsrat kann nicht auf alles reagieren. Diese Antwort vermag vielleicht nicht zu befriedigen, aber das ist die Sachlage. Doch natürlich ist die Aussage von Hans Altherr falsch. Es ist klar dokumentiert, dass die Kantone nicht einhellig der Meinung sind, der NFA sei eine gelungene Sache. Alle Kantone sind sich einig, dass es gewisse Ausgleichsmassnahmen braucht. Die Frage ist, in welchem Umfang, und dort gehen die Haltungen auseinander. Der Kanton Zug hat immer deutlich manifestiert, dass es für ihn viel zu viel sei.
Die USR III geht schon bis in Jahr 2005 zurück. Der Finanzdirektor hat das Thema immer sehr ernst genommen und seit 2005 eine nationale Arbeitsgruppe geleitet, die Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Mitglieder in dieser Kommission sind Vertreter des Bundes, des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF), der eidgenössischen Steuerverwaltung und Vertreter von Kantonen. Die nationale Arbeitsgruppe begleitete die

Entwicklung der USR III und erteilte dem Bund Mandate, wie weit er gehen kann oder darf bei Diskussionen mit der EU im Bereich des Unternehmenssteuerrechts. Mit der Übernahme der Funktion als FDK-Präsident hat der Finanzdirektor diese Aufgabe abgegeben. Trotzdem ist das Thema zuoberst auf der Traktandenliste. Man hat sich jedoch immer zurückgehalten mit der Auflage der USR III, da wenige gute Alternativen zu den heutigen Sonderregelungen im Steuerrecht vorhanden sind. Das ist nicht alleine die Meinung des Finanzdirektors, es ist eine Meinung, die breit abgestützt ist. Die Erarbeitung dieser Steuerreform ist nicht nur im stillen Kämmerlein vorgenommen worden, sondern die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Kantone und der Bund waren immer mit einbezogen. Es hat zahlreiche *Hearings* gegeben, in denen die Wirtschaft, insbesondere grosse nationale Firmen, Vertreter aus Wissenschaft, von Universitäten und die sogenannten *Big Four,* die grossen Treuhandgesellschaften, angehört wurden und Vorschläge einbringen konnten. Dies erfolgte unter dem Aspekt, dass man neue Steuerregelungen vorschlagen wollte, die auch international akzeptiert sind. Die Auflage war, dass mindestens in einem OECD-Land eine entsprechende neue Sonderregelung bereits im Steuerrecht angewendet sein sollte. Deshalb sind nicht allzu viele alternative Lösungen entstanden. Erwähnt wurde bereits die Lizenzbox, die einzige grössere Massnahme. Der Kanton Zug hat vorgeschlagen, Weiteres aufzunehmen und zu prüfen – die *Tonnage Tax,* die zinsbereinigte Gewinnsteuer. Viele andere Möglichkeiten bleiben dann nicht übrig.
Zum Vorwurf, die Lizenzbox sei bereits nicht mehr aktuell: Die Absicht war stets, die Lizenzbox so auszugestalten, wie sie aktuell auch ausgestaltet werden kann. Man hat immer versucht, die Entwicklungen auf Ebene EU und OECD sofort zu berücksichtigen und im hiesigen Steuerrecht umzusetzen. Das Ziel ist, möglichst aktuell zu sein. Das sollte auch der Fall sein, wenn die Vorlage im Sommer präsentiert wird.
Zur Frage, ob die Lizenzbox nur auf Kantonsebene oder auch auf Bundesebene zum Einsatz gelangen soll: Heute gibt es im EU- und OECD-Raum eine Vielfalt von unterschiedlich ausgestalteten Lizenzboxen. Die Steuerbelastung auf dem Gewinn liegt in einer Bandbreite von 3 oder 4 Prozent bis etwa 10 Prozent. In Zug soll die Lizenzbox nur auf Kantonsebene eingesetzt werden. Wäre sie auch auf Bundesebene zugelassen, würde das auch auf dieser Ebene zu weiteren Steuerausfällen führen. Es wäre eine grosse Steuerbelastung nur in einem kleinen Segment der Lizenzbox. Wenn schon, dann müsste dieses Mittel breiter angewendet werden. Aus diesem Grund ist die Bundeslizenzbox bei den Beratungen durchgefallen.
Diese Massnahme führt nicht zu mehr Harmonisierung. Man möchte die Handlungsspielräume der Kantone belassen, den Stand der heutigen formellen Harmonisierung aber beibehalten. Wie bei einem Fussballspiel gibt es Regeln, die einzuhalten sind. Diese Regeln sollen nicht weiterausgebaut, aber auch nicht abgeschwächt werden.
Bezüglich des Entlastungspakets wehrt sich der Finanzdirektor gegen den Vorwurf, es seien abstruse Vorschläge. Bei der Ausarbeitung eines Entlastungspakets darf und soll alles hinterfragt werden. Kann etwas der Hinterfragung standhalten, ist es berechtigt, die entsprechenden Leistungen zu erbringen. Ist dies nicht der Fall, darf über Leistungskürzungen diskutiert werden. Der Kanton war in den letzten Jahren durch namhafte Steuerzuwachse verwöhnt. Das hat sich nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Kantonsebene geändert. Der Geschäftsbericht wird momentan fertig gestellt, und in Kürze werden die Resultate des Kantons Zug vorliegen. Bereits heute lässt sich sagen, dass die Situation nicht viel anders aussehen wird als auf Bundesebene. Auch der Kanton Zug ist konfrontiert mit tieferen Steuererträgen, und das notabene vor der USR III. Die Unternehmens-

steuerreform nicht umzusetzen, wäre ein Abwarten und ein Hoffen darauf, dass es doch gut kommt. Mit der USR III hingegen nimmt man das Steuer in die Hand und versucht, das Schiff in die richtige Richtung zu steuern.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 12

**90 Postulat von Thomas Werner betreffend gesetzliche Grundlagen für die Anstellung von kantonalen Angestellten im Allgemeinen nur mit aktuellem Strafregisterauszug**

Vorlagen: 2346.1 - 14554 (Postulatstext); 2346.2 - 14862 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Postulant **Thomas Werner** spricht auch für die FDP-Fraktion. Dieses Postulat steht in engem Zusammenhang mit seiner Motion. In dieser wird die Regierung aufgefordert, einen Gesetzesentwurf zu erstellen, damit Lehrpersonen, die im Kanton Zug angestellt werden, einen Strafregisterauszug vorlegen müssen. Dies soll erfolgen, um die Kinder vor allfälligen Übergriffen zu schützen.
Der Votant dankt dem Regierungsrat und allen, die an diesem Bericht und Antrag mitgewirkt haben. Er ist der Meinung, dass der Bericht detailliert und sehr gut ausgearbeitet ist. Wenn er die Gelegenheit hat, lobt er den Regierungsrat auch gerne einmal.
Unter Grundsätzliches erwähnt der Regierungsrat zum Beispiel den Sonderprivatauszug, der speziell zum Schutz von Kindern und Minderjährigen eingeführt werden soll. Alleine die Aufnahme dieses Auszugs in das aktuelle Personalrecht des Kantons Zug würde schon eine erhebliche Verbesserung zum Schutz von Minderjährigen bedeuten.
Nicht ganz einverstanden ist der Votant mit den Ausführungen betreffend Datenschutz. Der Schutz der Kinder und das Interesse der Arbeitgeber sind höher zu gewichten als das Recht, schützenswerte Daten nicht preisgeben zu müssen. Ein Arbeitgeber will wissen und sicher sein, dass er keinen verurteilten Sexualstraftäter einstellt. Er will auch niemanden einstellen, der wegen mehrfachen Diebstahls oder Betrugs verurteilt worden ist. Deshalb ist der Grundsatz, dass kantonale Mitarbeitende nur mit einem Strafregisterauszug angestellt werden, nicht problematisch. Damit ist nicht gesagt, dass eine wegen eines geringen Deliktes – wenn es das überhaupt gibt – verurteilte Person nicht angestellt werden darf. Und ausserdem steht es jeder Person frei, von einer Bewerbung abzusehen, wenn sie den Strafregisterauszug nicht einreichen will.
Der Votant will nicht nach einem Haar in der Suppe suchen, sondern hält fest, dass dieser Bericht und Antrag ihn sowie die SVP-Fraktion überzeugt. Er ist sicher, dass auf dieser Basis das Personalgesetz gut und effektiv ergänzt wird. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, dieses Postulat erheblich zu erklären, einstimmig.

**Andreas Hostettler** spricht für die FDP-Fraktion: Wer schon einmal Personal eingestellt hat, weiss um die Herausforderung, die passende und beste Person für eine Stelle zu finden. Das ist gar nicht so einfach. Entweder ist der Bewerberkreis sehr klein, oder es sind so viele Dossiers auf dem Tisch, dass nur mittels einer sauber durchgeführten Selektion die geeignete Person aus dem Berg der Bewerbungen gefunden werden kann. Darum macht es Sinn, wenn bei der Anstellung von

kantonalen Angestellten ein Strafregisterauszug eingefordert werden kann und damit eine zusätzliche Sicherheit geschaffen wird. Die Erfahrung zeigt, dass eine Stellenfehlbesetzung schnell ein ganzes Jahresgehalt kostet. Eine hundertprozentige Sicherheit kann jedoch nicht geschaffen werden. Der Votant hat das persönlich erlebt, als die Polizei einen Mitarbeiter im Büro abholte und in Handschellen abführte – es handelte sich um einen von Interpol gesuchten Hochstapler. Hätte der Votant den Auszug verlangt, wären ihm diese Episode und die Umtriebe erspart geblieben.
Die FDP-Fraktion kommt zum Schluss, dass dieses Postulat sinnvoll ist und damit erheblich zu erklären ist.

**Esther Haas,** Sprecherin der ALG, hätte sich als Postulantin gewünscht, dass die themenbegleitende Motion gleichzeitig behandelt worden wäre – das hätte die Antwort der Regierung etwas klarer gemacht. Auf die generelle Einholung eines Strafregisterauszugs bei der Anstellung neuer Mitarbeitenden soll nach dem Willen der Regierung auch künftig verzichtet werden. Diese Stossrichtung unterstützt die ALG. Die Begründung mit der Verhältnismässigkeit beziehungsweise Unverhältnismässigkeit erachtet die ALG als sehr wichtig. Denn nicht alle im Strafregister aufgeführten Verbrechen sind für den Kanton als Arbeitgeber relevant. Es ist für die ALG nicht verhältnismässig, wenn prinzipiell alle Bewerberinnen und Bewerber einen Strafregisterauszug oder einen Sonderprivatauszug vorlegen müssen, damit sie beim Kanton angestellt werden können. Letztlich ist es für gewisse Stellen völlig irrelevant, ob eine Person vor zehn Jahren wegen eines Verkehrsdelikts bestraft worden ist. Personensicherheitsprüfungen lassen sich bei Anstellungen mit Missbrauchspotenzial und bei Geheimnisträgern rechtfertigen. Jene Stellen müssen genau definiert und deren Zurechnung zur Risikogruppe muss begründet werden. Sicherheitsüberprüfungen müssen für alle Personen gemacht werden, die mit Minderjährigen und besonders schutzbedürftigen Personen arbeiten. Ebenso wichtig ist der Einbezug von Funktionen, die bezüglich Staatssicherheit oder in finanzieller Hinsicht besonderen Risiken ausgesetzt sind. Im Personalgesetz muss festgelegt werden, für welche Kategorien von Kantonsangestellten die Pflicht gelten soll, einen Strafregister- oder Sonderprivatauszug vorzulegen.
Im Weiteren ist zu bedenken, dass eine berufliche Wiedereingliederung durch Einholen des allgemeinen Strafregisterauszugs behindert und der Zugang zu zahlreichen Funktionen beschränkt werden kann.
Ein Sonderprivatauszug kann seit dem 1. Januar 2015 beim Bundesamt für Justiz eingeholt werden. Im Januar sind um die hundert Anträge gestellt worden. Offenbar hat man sich beim Bundesamt für Justiz mehr erhofft. In diesem Zusammenhang war die Votantin erstaunt über eine Aussage, die ein Schulleiter aus dem Kanton Uri in einem Interview gemacht hatte: Er wurde gefragt, warum denn die Gemeinde, in der er tätig ist, bei Neueinstellungen keine Sonderprivatauszüge bestelle. Er antwortete darauf: «Wir kennen unsere Lehrer, wir brauchen das nicht.» Das zeigt, wie fahrlässig mit Neuanstellungen umgegangen wird, obwohl entsprechende Instrumente bestehen würden. Offenbar fehlt es nach wie vor an der nötigen Sensibilisierung in dieser Frage. Die Votantin hofft, dass auch dieses Postulat und die folgende Beantwortung der Motion einen Beitrag leisten, damit die Sensibilisierungsfrage besser angegangen wird.
Die ALG ist für eine Erheblicherklärung des Postulats im Sinne der Regierung.

**Beat Iten** hält fest, dass die SP die Stossrichtung der regierungsrätlichen Beantwortung des Postulats von Thomas Werner und die Erheblicherklärung des Vorstosses unterstützt. Das Postulat beschreibt eine mögliche Verfehlung, wenn auch

eine sehr gravierende und schändliche. Zweifellos gibt es in der Verwaltung auch andere Stellen mit einer sehr grossen Verantwortung gegenüber Personen, Gütern oder Finanzen. Es vergeht heutzutage kaum eine Woche, ohne dass grössere Verfehlungen oder Verbrechen an die Öffentlichkeit gelangen, seien es sexuelle Übergriffe auf Kinder und Jugendliche, sei es ein Arzt, der mit oder ohne Ausbildung sein Unwesen treibt, oder seien es finanzielle Machenschaften und Verbrechen. Nicht alle diese Taten können mit strengeren Regelungen und Strafregisterauszügen verhindert werden. Wenn einige verhindert werden können, ist dies immerhin ein Erfolg.
Die Antwort des Regierungsrats hat aufgezeigt, wie komplex das Thema ist. Der Votant gibt gerne zu, dass er den Text sehr konzentriert und teilweise auch mehrmals lesen musste. Er hofft, dass dies kein Vorgeschmack darauf ist, wie kompliziert später der Vorschlag des Regierungsrats ausfallen wird.

**Laura Dittli** hält fest, dass die CVP-Fraktion die Erheblicherklärung des Postulats einstimmig unterstützt, dies jedoch im Sinne der Ausführungen des Regierungsrats. Insbesondere erachtet es die CVP-Fraktion als unverhältnismässig, eine generelle Pflicht zur Einholung eines Strafregisterauszugs einzuführen. Durch die vom Volk angenommene Pädophilen-Initiative und den ebenfalls in Kraft getretenen indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats bleiben dem Kanton nur noch geringer Handlungsspielraum wie auch Handlungsbedarf. Unklar ist der CVP-Fraktion, wie es mit der kantonalen Umsetzung dieses indirekten Gegenvorschlags des Bundesrats aussieht. Die Votantin würde eine Stellungnahme des Regierungsrats dazu begrüssen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** bezieht sich als Erstes auf die Ausführungen von Thomas Werner. Dieser hat nicht nur das Postulat angesprochen, sondern auch seine Motion, die eine ähnliche Zielrichtung aufweist, sich aber ganz klar auf den Schulbereich bezieht. Der Regierungsrat hat diese Motion behandelt, und sie wird den Ratsmitgliedern mit dem nächsten Versand zugestellt. Der Regierungsrat schlägt darin eine schnellere Vorgehensweise vor, indem bereits mit der Erheblicherklärung der Motion die entsprechenden Bestimmungen ins Gesetz aufgenommen werden sollen. Ähnliches beabsichtigte der Regierungsrat beim Postulat. Die Absicht war, dieses Anliegen mit einer Änderung der Personalverordnung schneller zu berücksichtigen. Aufgrund der Intervention des Datenschutzbeauftragten musste jedoch festgestellt werden, dass das nicht möglich ist. Denn diese Bestimmungen tangieren die Persönlichkeitsrechte, und folglich sind entsprechende gesetzliche Bestimmungen notwendig. Deshalb beantragt der Regierungsrat, das Postulat erheblich zu erklären. Dies gibt ihm die Möglichkeit, den Handlungsspielraum auszuloten. Zudem kann die Verhältnismässigkeit der entsprechenden Massnahmen, die bereits von Esther Haas angesprochen wurde, mit einem umfassenden Bericht und Antrag dargelegt werden, über den der Rat beschliessen kann.
Wie Beat Iten gesagt hat, ist dies recht komplex. Dies gilt ebenso für die Situation auf Bundesebene, wo das Volk am 14. Mai 2014 die Volksinitiative angenommen hat. Als Folge davon kam es zu einer Änderung der Bundesverfassung. Diese verfassungsrechtlichen Bestimmungen müssen im Strafgesetzbuch und im Militärstrafgesetz umgesetzt werden. Gemäss Zeitplan des Bundesrats müsste die Vernehmlassung in den nächsten Wochen oder Monaten eröffnet werden, mit Abschluss vor den Sommerferien.
Der Finanzdirektor dankt dem Rat, wenn er diesem Antrag Folge leistet.

➔ Der Rat erklärt das Postulat stillschweigend erheblich.

TRAKTANDUM 13

**91 Interpellation von Kurt Balmer betreffend SBB-Güterzüge**

Vorlagen: 2442.1 - 14792 (Interpellationstext); 2442.2 - 14866 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Kurt Balmer** dankt der Regierung, insbesondere der Baudirektion, für die Antworten, die im Vergleich zu ähnlichen Vorstössen hier sehr zügig vorliegen. Dass die Regierung inskünftig mehr Informationen von den SBB fordern wird, erachtet er als positiv. Im Übrigen ist er mit der Beantwortung nicht ganz zufrieden, und dies aus den folgenden Gründen: Seit vier Jahren existiert über die Risiken kein eigentlicher Bericht mehr, obwohl zwischenzeitlich erhebliche Mehrrisiken entstanden sind, insbesondere in Rotkreuz. Im Vorstoss vom 22. Oktober 2014 hat der Interpellant eine eigene Erfahrung mit einem im Bahnhof Rotkreuz durchfahrenden Güterzug wiedergegeben. Zwar hat er diesbezüglich keine Frage gestellt. Aber er hätte doch erwartet, dass der Regierungsrat dazu Stellung nehmen würde, und beispielsweise anmerken würde, der Sprechende habe sich etwas eingebildet, der Vorfall sei harmlos, komme häufig vor oder der betreffende Zug sei gestoppt worden. Dem Interpellanten fehlt eine Stellungnahme oder mindestens eine Bemerkung in der Antwort der Regierung.
Zentral in der Beantwortung des Regierungsrats ist die Beurteilung von Güterzügen in Rotkreuz mit der Formulierung «akzeptables Risiko». Völlig unklar bleibt aber, was die Formulierung genau heisst. Es fehlt dazu jeglicher Vergleich, es fehlt jeglicher Prozentsatz, wie man dieses sogenannte akzeptable Risiko eingrenzen will. Es fehlt auch jede Wahrscheinlichkeit. Ab wann wäre das Risiko nicht mehr akzeptabel? Wo ist es noch akzeptabel? Dazu äussert sich die Regierung mit keinem Wort. Das Bundesamt für Umwelt hält zu den Gefahren bei Bahngütertransporten fest: «Im Unterschied zu Personenrisiken werfen die Umweltrisiken grössere methodische Probleme auf.» Das heisst, dass eigentlich keine Risikoanalyse mehr möglich ist und auch die Risiken nicht als gerade noch akzeptabel bezeichnet werden können. Der Interpellant hat nicht nach Personengefahren, sondern nach dem allgemeinen Gefahrenpotenzial gefragt. Dazu ist keine Antwort vorhanden. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade gefährliche Güter, die zum Teil nicht auf der Strasse transportiert werden dürfen, Teil des Bahngüterverkehrs in Rotkreuz sind. Der Regierungsrat muss den Interpellanten noch überzeugen, dass aktuell eine Risikobeurteilung erfolgen kann und diese als gerade noch akzeptabel bezeichnet werden darf. Leider wurden nicht alle Fragen beantwortet, hoffentlich nicht vorsätzlich. Bei Frage 6 zum Beispiel wurde nicht ausdrücklich auf andere Kantone eingegangen, und bei Frage 4 enttäuscht, dass der Regierungsrat mit Nicht-Wissen bezüglich Mangel an Zügen antwortet. Es bestünde jedenfalls innert der normalen Antwortfrist – und diese dauert noch bis zum 15. November 2015 – genügend Zeit, um dies zu klären und dafür zu sorgen, dass der Kanton zukünftig automatisch im Sinne einer Bringschuld jeweils direkt durch die SBB orientiert wird.
Die Beantwortung ist leider etwas zu zügig erfolgt, auch im Vergleich zu anderen Pendenzen. Der Interpellant weist auf den Grundsatz hin, den der Kantonsrat – entgegen seinem persönlichem Willen – 2012 im Richtplan fixiert hat (Verweis auf die Vorlage 2117 zum Schwerpunkt Erholung und Bahnverkehr Walchwil): «Der Kanton Zug setzt sich beim Bund dafür ein, dass der Bahntransitgüterverkehr via Freiamt–Rotkreuz–Gotthard geführt wird.» Dies bedeutet, dass die Regierung sich auch im Sinne einer Fürsorgepflicht gegenüber der Region Ennetsee, insbesondere Rotkreuz, mit entsprechenden Lasten, sprich Risiken, aktiv beschäftigen muss. Der Interpellant bittet die Regierung und insbesondere den Baudirektor, das zu tun.

Als Einwohnerin von Rotkreuz, die rund 150 Meter vom Schienennetz entfernt zu Hause ist, interessiert sich **Hanni Schriber-Neiger** für die Sicherheit beim Transport von Gefahrengut mit Güterzeugen. Die Sprecherin der ALG hat sich direkt bei Sachverständigen erkundigt, da man auf diesem Weg zu mehr Detailantworten kommt. Viele Produkte des täglichen Verbrauchs müssen mit der Beigabe von Gefahrengut hergestellt werden. Um Gefahrenguttransporte zu vermeiden, müsste das benötigte gefährliche Gut am selben Standort produziert werden, an dem es auch weiterverarbeitet wird. Dies ist aber meistens nicht so.
Der Transport von Gefahrengut ist auf der Schiene viel sicherer als auf der Strasse. Aus der Beantwortung der Regierung geht klar hervor, dass die SBB zusammen mit dem BAV viel unternehmen, um das Restrisiko eines möglichen Ereignisses tief zu halten. Die Züge werden auf dem Startbahnhof genau kontrolliert. Auf der Fahrt sind auf den Hauptstrecken zirka alle 40 Kilometer und vor längeren Tunnels technische Zugkontrolleinrichtungen installiert, die Unregelmässigkeiten an Güterwagen frühzeitig erkennen können: zum Beispiel erhöhte Temperaturen der Wagenachsen, Seitentüre offen, Austritt von Gefahrengut, Plachen flattern, Ladeverschiebung usw. Um in einem Ereignisfall möglichst schnell vor Ort zu sein, sind an verschiedenen Knoten der Schweiz Lösch- und Rettungszüge stationiert, unter anderem auch in Rotkreuz. Diese sind während sieben Tagen rund um die Uhr einsatzbereit. Die Votantin wohnt schon seit dreissig Jahren in Rotkreuz, und es gab nie einen grossen Schadenfall, auch nicht im Zusammenhang mit dem Tanklager.

**Jürg Messmer** nimmt Stellung für die SVP-Fraktion: Die Interpellation von Kurt Balmer hat ihn sehr interessiert. Er informierte sich, welche Eisenbahnunglücke es in der Schweiz überhaupt gab. Spontan erinnerte er sich nur an zwei, drei Unglücke, stellte dann aber fest, dass es von 2000 bis 2009 zu dreizehn Unfällen kam. Und ab 2010 ereigneten sich bereits acht Unfälle, der letzte erst am 20. Februar 2015 in Rafz, eine Seitenkollision zweier Reisezüge. Eine solche Kollision ist natürlich auch mit Güterwagen möglich.
Bei Frage 1, die Kurt Balmer bereits angesprochen hat, fragt sich der Votant ebenfalls, was unter einem akzeptablen Risiko zu verstehen ist. Er hätte etwas mehr erwartet von der Regierung. Ein akzeptables Risiko kann sein, dass es bei einem Zugunglück «nur» zehn Tote gibt, dass es fünfzig Verletzte sein dürfen – oder wo auch immer die Grenze liegen soll. Zu Frage 3 betreffend die unregelmässigen Kontrollen hätte der Votant ebenfalls gerne nähere Ausführungen erhalten. Unregelmässige Kontrollen können drei Kontrollen innerhalb von zwei Jahren sein, es können aber auch zwanzig Kontrollen auf hundert Güterwagen sein. Doch vor allem bei der Frage 4 muss der Votant den Regierungsrat rügen. Dass der Regierungsrat keine Kenntnis hat von gestoppten Güterzügen im Kanton Zug und dies nicht einmal nachfragt, erachtet die SVP-Fraktion als bedenklich. Sie wünscht sich dazu eine nachträgliche Antwort.
Im Grossen und Ganzen sind die Antworten der Regierung eher dürftig ausgefallen. Die SVP-Fraktion nimmt sie aber zur Kenntnis.

**Silvan Renggli** führt aus, dass auf dem Schienennetz verschiedene Güter transportiert werden; auch Güter, die aus Gründen der Sicherheit nur auf der Schiene von A nach B transportiert werden dürfen. Ein Beispiel sind die Chlortransporte (3000 Tonnen pro Monat), die im Bericht der Tagesschau am Samstag, 21. Februar 2015, ein Thema waren.
Der Regierungsrat antwortet auf Frage 1 wie folgt: «Über die festgestellten technischen Mängel an Güterzügen werden die kantonalen und gemeindlichen Stellen

nicht automatisch informiert.» Im Umkehrschluss heisst das, dass der Regierungsrat eine Holschuld hat. Der Votant erachtet die Bringschuld als die bevorzugte Variante, wenn es um Sicherheit geht, und er begrüsst es, wenn der Regierungsrat entsprechend vorstellig wird.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die Rückmeldungen und hält fest, dass die Voten ernst genommen werden. Er erläutert, dass die Zuständigkeit bezüglich Kontrolle und Aufsicht nicht beim Kanton Zug liegt. Das Gegenteil ist der Fall: Die Aufsichtsbehörde und somit die Kontrollbehörde der SBB bezüglich der transportieren Güter ist das Bundesamt für Verkehr. Das soll nicht heissen, dass der Kanton nichts damit zu tun hat. Doch der Baudirektor hat sich bis zur Interpellation von Kurt Balmer tatsächlich nicht täglich mit diesem Thema beschäftigt – nicht zuletzt auch, weil die Zuständigkeit nicht beim Kanton liegt.
Dass es sich um eine Holschuld handeln soll, verneint der Baudirektor ganz klar. Hätte er überall dort eine Holschuld, wo Aufsichtsbehörden beim Bund zuständig sind, und hätte er jedes Mal Informationen abzuholen, wenn etwas nicht laufen würde, so müsste er entgegen dem Entlastungsprogramm noch weitere Stellen einverlangen. Das ginge zu weit.
Was Kurt Balmer bezüglich des Richtplans gesagt hat, bezieht sich nur auf die Strecke, nicht auf den Störfall. In der Debatte über die Sanierung der Strecke Zug–Walchwil–Goldau wurde festgehalten, dass die Güterzüge nicht die Strecke auf der Ostseite, sondern diejenige auf der Westseite befahren sollen. Das war alles, was gesagt wurde. Es war keine Rede davon, Kompetenzen bezüglich Störfallverordnung an sich zu reissen. Der Richtplan enthält eine Bestimmung über die Störfallvorsorge, nämlich E10 1.1:«Die Gemeinden prüfen bei der nächsten Revision der Nutzungsplanung die Begrenzung der Einwirkungen von Störfällen.» Es sind somit die Gemeinden – und nicht der Kanton – die eigene raumwirksame Vorschriften erlassen können.
Die Antwort bezüglich des akzeptablen Risikos ist vielleicht etwas dürftig ausgefallen. Dies wurde nicht weiter abgeklärt, da es schwierig ermessbar ist. Zu diesem Thema führt der Baudirektor ein Beispiel auf: Vor drei Jahren musste er sich einem Herzeingriff unterziehen. Er fragte den Arzt, wie hoch das Risiko sei – und dieser sagte, das Risiko sei akzeptabel, es sei vernünftig. Der Baudirektor fragte nach, was das konkret heisse, und die Antwort war wiederum: «Es ist vernünftig, es ist akzeptabel.» «Nun gut, dann machen wir das», entschied er daraufhin. Die Thematik ist also schwierig, doch der Baudirektor wird die Frage des akzeptablen Risikos noch weiter abklären.
Zum Screeningprozess im Jahr 2015: Es liegt eine neue Abklärung bzw. ein neues Screening vor. Der Baudirektor sichert dem Parlament zu, sich dort einzubringen, um entsprechende Informationen zu erhalten, und er wird diese mindestens dem Interpellanten weiterleiten. Das Ziel ist, bezüglich technischer Mängel und Vorfälle besser informiert zu sein. Dies erfolgt zwar im Sinne einer Holschuld, ist aber ein Akt der Freiwilligkeit, damit diesbezüglich nachgebessert werden kann.
Der Baudirektor bittet um Kenntnisnahme der Antwort und wird in Zukunft für einen besseren Informationsstand sorgen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 14

**92 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kündigung von Bankenbeziehungen mit Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern durch die Zuger Kantonalbank**

Vorlagen: 2431.1 - 14760 (Interpellationstext); 2431.2 - 14874 (Antwort des Regierungsrats).

**Silvia Thalmann** als Vertreterin der Interpellanten legt ihre Interessenbindung offen: Sie ist Mitglied der aktienrechtlichen Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank und verwandtschaftlich verbunden mit mehreren Auslandschweizern, die zum Teil leitende Funktionen in Auslandschweizerorganisationen innehaben.
Anhand von Artikel 1 und 2 des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (ZKB) weist der Regierungsrat auf Zweck und Aufgabe der Bank hin und macht deutlich, dass Personen, die im Ausland wohnen, nicht zum Kundenkreis gehören. Auch die Darlegungen, dass nicht die Nationalität eines Kunden, sondern dessen Wohnsitz für eine Kundenbeziehung massgebend ist, leuchten ein. Es wird zudem erläutert, dass nicht die steuerrechtliche Absicherung problematisch ist, sondern dass es die Einhaltung von Gesetzesvorgaben des Wohnsitzstaats einer Person mit Bankenbeziehung ist, die zu einem Risiko geworden ist.
Hinzu kommt, dass die Zuger Kantonalbank schlichtweg zu klein ist, ein so grosses Risiko einzugehen. Nachvollziehbar ist auch, dass sie ein eigenständiges Finanzinstitut ist, dem der Regierungsrat keine Vorschriften betreffend Kundenbeziehungen zu machen hat. Natürlich würde die Bank umgehend eine Abgeltung verlangen, wäre sie aus politischen Erwägungen heraus gezwungen, risikoreiche Kundenbeziehungen einzugehen.
Kann die Antwort des Regierungsrats also mit einem Kopfnicken durchgewinkt werden? Nein, denn der Regierungsrat zeigt nur eine Seite der Medaille. Er hat es in seiner Interpellationsantwort verpasst, die Rückseite zu beleuchten. Dazu gehört die Beurteilung der Anliegen der Auslandschweizer. Zu Auslandschweizern kann jedermann unerwartet werden und wird die Konsequenzen umgehend zu spüren bekommen. Deshalb ist es etwas gar mager, wenn der Regierungsrat auf ein paar wenigen Zeilen auf die Vorstösse in Bern hinweist.
Im Ausland leben rund 732’000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Viele von ihnen pflegen eine sehr intensive Beziehung zu ihrem Heimatland und nehmen ihre politischen Rechte regelmässig wahr. Viele besitzen (oder besassen) eine Konto in der Schweiz. So konnten sie die AHV einzahlen, Prämien an die Krankenkasse überweisen, Lohnzahlungen entgegennehmen oder ein Spendenkonto führen, um Gelder in der Schweiz zu sammeln und diese Bedürftigen im Ausland zukommen zu lassen. Wer ein Eigenheim besitzt, benötigt ein Hypothekarkonto. Die Auslandschweizer benötigen nicht die ganze Palette von Finanzdienstleistungen. Ihnen genügt meist eine eingeschränkte Auswahl.
Unkorrektes Geschäftsgebaren von Banken hat den in- und ausländischen Regulator auf den Plan gerufen. Die Vorschriften haben enorm zugenommen. Dabei sind die Banken nicht zu beneiden. Allen Anforderungen gerecht zu werden, ist nur mit grossem Aufwand möglich. Zudem drohen Bussen, und zwar in Milliardenhöhe. Deshalb wurden Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zu Risikokunden, von denen sich die Schweizer Banken trennten. Die Auslandschweizer fielen nicht zwischen Stuhl und Bank, sondern eben zwischen Bank und Bank. Die vereinigten Kantonalbanken konnten und wollten sich das Risiko auch nicht teilen. Eigentlich schade. Doch auch hier spielen wirtschaftliche Interessen eine übergeordnete Rolle. Im Volk hat man kein Verständnis dafür und findet, das Kind wurde mit dem Bade ausgeschüttet.

Mit 330 im Ausland domizilierten Kunden pflegte die Zuger Kantonalbank eine Kundenbeziehung. Diese wurden aufgelöst. Der Antwort zu Frage 2 ist zu entnehmen, dass die ZKB immerhin in drei Fällen eine Kundenbeziehung mit Schweizern, die im Ausland wohnen, weiterpflegt: Es sind dies Studierende, Expats und Auswandernde. Bei diesen wurden aus Gründen der Risikominderung das Dienstleistungs- und Produktangebot reduziert. Dass der Regierungsrat die Auflösung der Kundenbeziehungen stützt und dies mit seiner Argumentation auch begründet, aber gleichzeitig die Ausnahmen gutheisst, ist nicht konsequent.
In der Vernehmlassung war zu lesen, dass auf eidgenössischer Ebene zwei Vorstösse der SVP hängig sind. Beide haben gute Aussichten, angenommen zu werden. Denn es leuchtet nicht ein, dass ein Schweizer in der Schweiz kein Konto führen kann. Für einmal kommen die Banken vermutlich ungeschoren davon, denn die Postfinance soll's richten. Es ist zu hoffen, dass auf eidgenössischer Ebene eine Lösung gefunden wird. Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer werden dafür dankbar sein.

**Beat Unternährer:** Die FDP-Fraktion hat grosses Verständnis dafür, dass die Zuger Kantonalbank als lokal verwurzelte Bank beim Eingehen von Auslandbeziehungen, unabhängig vom Kriterium der Nationalität, sehr zurückhaltend ist. Das ist in erster Linie mit dem Leistungsauftrag im Zweckartikel des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973 zu begründen, aber auch mit der Wirtschaftlichkeit von Bankbeziehungen mit Kundendomizil Ausland und mit der Staatsgarantie.
Der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf den Zweckartikel hingewiesen. Dort steht sinngemäss, dass die Zuger Kantonalbank der Bevölkerung des Kantons Zug, unabhängig von der Nationalität, sowie der gesamten Zuger Volkswirtschaft als zeitgemässe Hypothekar-, Handels- und Kreditbank zur Verfügung stehen soll. Der Zweck der Zuger Kantonalbank kommt auch im Leitbild zu tragen, wo nämlich steht: «Als führende Bank für die Wirtschaftsregion Zug begleiten wir unsere Kundinnen und Kunden ein Leben lang.» Der Zuger Kantonalbank ist es über die Jahrzehnte gelungen, in der international exponierten Wirtschaftsregion vor allem als Kreditgeberin für Private, Firmen und öffentlich-rechtliche Körperschaften, aber auch als Vermögensverwalterin eine erstrangige Bedeutung zu erlangen.
Das in- und ausländische regulatorische Umfeld für die Betreuung von Privatkunden hat sich in den letzten Jahren laufend verschärft. Die zunehmenden Compliance-Anforderungen steigern die Risiken und die Kosten im grenzüberschreitenden Bankverkehr erheblich. Eine risikogerechte Entschädigung der Kosten der Bank für die Betreuung von Kunden mit Domizil im Ausland wäre für die Zuger Kantonalbank kaum realisierbar, da sie sich immer auf ihr geografisches Kerngebiet fokussierte und kaum Kunden im Ausland hat. Rein wirtschaftlich fehlt ihr für ein solches Geschäft somit auch die kritische Grösse. Im Einzelfall mag diese Geschäftspolitik für die Betroffenen hart sein, gesamthaft gesehen ist sie aber sinnvoll. Die FDP-Fraktion begrüsst die Bewilligung von Ausnahmefällen bei befristeten Auslandaufenthalten, wie in der Interpellationsantwort ausgeführt, wenn Kosten, Risiko und Nutzen im Einklang stehen.
Zur Staatsgarantie: Es darf im Zusammenhang mit Auslandgeschäften der Zuger Kantonalbank nie ausser Acht gelassen werden, dass der Kanton Zug nicht nur 50,1 Prozent am Kapital der Zuger Kantonalbank besitzt, sondern gemäss § 4 des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973 subsidiär, aber unlimitiert für alle Verbindlichkeiten der Zuger Kantonalbank haftet, soweit deren eigene Mittel nicht ausreichen. Dank dem bisher umsichtigen Risk-Management der Zuger Kantonalbank profitierte der Kanton Zug nachhaltig. Als Hauptaktionär

erhält er eine Dividende, und die Staatsgarantie wird mit einer gesetzlichen Extrazuweisung abgegolten. Mit der Staatsgarantie trägt der Steuerzahler jedoch das unternehmerische Risiko der Bank mit, und dies in einem zunehmend anspruchsvolleren Umfeld. Aus diesem Grund darf die Zuger Kantonalbank im Ausland keine unnötigen Risiken eingehen. Es gibt bereits zu viele negative Beispiele von anderen Kantonalbanken. Eine enge Interpretation des Zweckartikels ist unter der heute bestehenden Konstellation zwischen Bank und Kanton mehr denn je notwendig und im besten Interesse des Hauptaktionärs, nämlich des Kantons Zug.

**Stefan Gisler** als Sprecher der ALG zeigt sich erstaunt über diesen Vorstoss einer selbst ernannten Wirtschaftspartei, die sich auf diese Weise faktisch ins operative Geschäft der ZKB einmischt. So tapfer sich Silvia Thalmann für ihr Klientel, die Auslandschweizerinnen und -schweizer einsetzt, eine gewisse Einsicht, dass dies gemäss Gesetz nicht die Kernaufgabe des Kantonsrats ist, schimmerte doch durch. Das Gesetz zeigt klar auf, was der Leistungsauftrag der ZKB ist. Beat Unternährer hat darauf sehr kompetent hingewiesen. Geschäftsbeziehungen zu Personen mit Wohnsitz im Ausland gehören weder zum Kernauftrag der ZKB, noch sind diese wirklich gewinnträchtig, und sie stellen ein Risiko dar. Darum ist der Entscheid der ZKB nachvollziehbar, diesen Geschäftszweig nicht weiterzuverfolgen und auszubauen, sondern zurückzufahren. Etwas Gutes kann der Votant dem Vorstoss durchaus abgewinnen: Er als Kantonsrat und somit als Vertreter des Mehrheitsaktionärs, des Kantons, würde sich mehr Mitsprache wünschen. Das jetzige Gesetz sieht dies nicht vor. Wenn also die CVP einen Vorstoss zur Erhöhung der Stimmkraft des Kantons initiieren würde – diese beträgt heute nur 20 Prozent –, würde er durchaus die Hand reichen.

**Claus Soltermann** hält fest, dass die Zuger Kantonalbank die Bank der Zuger ist. Für viele, die hier aufgewachsen sind und hier leben, ist sie zudem die einzige Bank. Für die GLP ist es daher nicht nachvollziehbar, weshalb diesen Kunden – mit wenigen Ausnahmen – die Bankverbindung gekündigt wird, nur weil sie für kürzere oder längere Zeit im Ausland leben und einer anderen Gesetzgebung unterliegen. Zumindest in der EU weicht diese gar nicht so stark vom schweizerischen Recht ab. Die Zuger Kantonalbank müsste eine differenziertere, mutigere Haltung einnehmen und gewisse Grundpakete anbieten wie beispielsweise Zahlungsverkehr und Sparkonto. Verständlich ist hingegen, dass bei US-Personen keine Kundenbeziehung gewünscht wird, wie dies auch von den meisten anderen Schweizer Banken gehandhabt wird.
Die GLP ist damit einverstanden, dass der Regierungsrat der Zuger Kantonalbank nicht vorschreibt, wie sie ihre Geschäfte zu tätigen hat. Die ZKB sollte sich jedoch bewusst sein, dass es auch Zuger im Ausland gibt, die nicht zu einer anderen Bank abgeschoben werden möchten.

**Philip C. Brunner** legt seine Interessenbindung offen: Er war während einiger Jahre als Auslandschweizer in anderen Kontinenten wohnhaft. Er hält die hehren Worte des Sprechers der FDP in Ehren, merkt aber an, dass die Staatsgarantie relativ schwach abgegolten wird: Der Kanton verfügt über ein Budget von rund 1,4 Milliarden, die Zuger Kantonalbank weist eine Bilanzsumme von gegen 14 Milliarden Franken auf. Das Verhältnis beträgt ungefähr eins zu zehn. So lässt sich das Risiko einigermassen vorstellen. Das Risiko der Zuger Kantonalbank liegt nicht bei den Auslandschweizern, es liegt im Hypothekar- und Immobilienmarkt. Dort weiss man nicht, was passiert. 95 Prozent des Kapitals der Zuger Kantonalbank sind in Bauten investiert, die vermutlich einmal zu hoch belehnt wurden.

Wenn das zusammenkracht: Viel Vergnügen, Zuger Kantonalbank, viel Vergnügen, Zuger Steuerzahler!
In der Zeit, als der Votant im Ausland lebte, gab es noch kein E-Mail, das Internet war noch nicht erfunden, und die NZZ erschien mit zweiwöchiger Verspätung. Wollte man etwas wissen, musste man sich ein damals neu erfundenes VHS-Band zuschicken lassen. So kam man zu den neusten Nachrichten aus Europa. Das waren die Zustände, mit denen die Auslandschweizer umzugehen hatten. Wäre dem Votanten zu diesem Zeitpunkt das Konto bei seiner Bank in der Schweiz gekündigt worden, so wäre er «ziemlich in die kurzen Hosen gekommen». Es ist erfreulich, dass zumindest auf Bundesebene etwas passiert und die Chance besteht, dass die Postfinance diese Aufgabe übernimmt.
Wenn die Zuger Kantonalbank überhaupt eine Berechtigung hat, ist es, unkonventionelle Lösungen zu ermöglichen. Grosse Banken, die das Risiko auf privater Ebene tragen, können dies nicht tun. Die ZKB verfügt über eine gewisse Absicherung des Risikos aufgrund der Staatsgarantie. Die Staatsgarantie bedeutet übrigens, dass man zwischen zwei und drei «Milliönchen» kriegt. Der Erfolgsrechnung lässt sich entnehmen, was die Staatsgarantie von 14 Milliarden abwirft: praktisch nichts im Verhältnis. Es sind Promille, die man erhält. Vor diesem Hintergrund 330 Kunden, die man persönlich kennt, als grosses Risiko zu bezeichnen, ist etwas übertrieben.
Der Votant dankt Silvia Thalmann für ihr Votum und stimmt ihr bei, dass dies die Rückseite der Medaille ist. Die Vorderseite glänzt, die Rückseite glänzt nicht mehr.

**Manuel Brandenberg** ist der Meinung, man dürfe der Zuger Kantonalbank nicht zu grosse Vorwürfe machen. Ihre Geschäftspraxis entspricht derjenigen anderer Banken. Dafür gibt es zwei Gründe, und die liegen wahrscheinlich nicht im Kanton Zug: Zum einen ist dies die Schwäche, mit welcher die schweizerische Rechtsordnung gegenüber dem Ausland verteidigt wird. Das passiert in Bern und nicht in Zug. Zum anderen macht einen das ständige Schielen auf die Reputation erpressbar. Wer immer schaut, ob etwas der Reputation schadet, macht schliesslich gar nichts mehr. Und beides sind Probleme von Bern und nicht Probleme der Zuger Kantonalbank.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** geht zuerst auf die erwähnte Vorder- und Rückseite der Medaille ein. Aufgabe des Regierungsrats ist es, die Seite des Kantons Zug zu beleuchten. Wandern Zugerinnen oder Schweizer aus, treffen sie diesen Entscheid bewusst, lassen sich an einem anderen Ort nieder und nehmen damit in Kauf, einem anderen Recht und Rechtsverständnis zu unterstehen. Es kann nicht erwartet werden, die Seite der Auslandschweizer zu beleuchten und zu versuchen, deren Risiken abzudecken und für alle Fälle vorzusorgen.
Mehrfach wurde der Zweckartikel des Gesetzes über die ZKB erwähnt, und dieser Zweck ist klar: Die ZKB ist eine Bank mit Sitz in Zug. Das heisst, sie kann wohl Zweigstellen eröffnen, aber nur im Kanton Zug. Alle Aussagen in diesem Gesetz beziehen sich darauf, dass es um die Geschäftstätigkeit im Kanton Zug geht. Die ZKB hat sich auch mehrheitlich an dieses Gebiet gehalten. Würde man von ihr verlangen, ihre Dienstleistungen auch Kunden mit Wohnsitz im Ausland anzubieten, wäre dies verbunden mit Abgeltungsforderungen. Denn das das Mengengerüst, ist einfach zu klein, um als Regionalbank wie die Zuger Kantonalbank im internationalen Bankgeschäft bestehen zu können. Die ZKB hat zwischen 500 und 600 Mitarbeitende. In Grossbanken sind wahrscheinlich allein die Rechtsabteilungen so gross, um den verschiedensten Regulatorien, die teilweise Tausende von Seiten umfassen und immer weiterentwickelt werden, Rechnung tragen zu können. Es

kann nicht erwartet werden, dass die Zuger Kantonalbank diesen Anforderungen zu entsprechen vermag. Sinnvoller ist es, wenn Grossbanken diese Dienstleistungen anbieten oder wenn mit Vorstössen auf nationaler Ebene die Postfinance zu dieser Aufgabe verpflichtet wird – auch wenn das wahrscheinlich mit einem Leistungseinkauf verbunden sein wird.
Zum Risiko: Es wurde gesagt, andere Risiken seien grösser. Es stellt sich stets die Frage der Handhabbarkeit der Risiken. Mit einer Bank vor Ort, die Risiken einschätzen kann, ist die Handhabbarkeit sicherlich besser als mit einer Bank in einem Drittstaat. Ein risikofreies Leben gibt es nicht, doch die Risiken, die man eingeht, sollte man abschätzen und bewerten können. Und aufgrund dieser Risikobeurteilung hat die Kantonalbank richtig entschieden. Ausnahmen sind möglich, und diese hat die ZKB in Einzelfällen auch gewährt.
Der Finanzdirektor bedankt sich für die Kenntnisnahme der Interpellationsantwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 93 Nächste Sitzung

Es liegen nicht genügend spruchreife Geschäfte für eine Doppelsitzung von Ende März und Anfang April vor. Daher entfällt die Kantonsratssitzung vom 26. März 2015. Die nächste Sitzung findet am 2. April 2015 statt. Grundsätzlich handelt es sich um eine Ganztagessitzung. Der Vorsitzende behält sich jedoch vor, je nach Traktandenliste eine Halbtagessitzung abzuhalten, und appelliert an die Kommissionspräsidien, Kommissionsberichte zu liefern.

**Protokoll des Kantonsrats**

6. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 2. April 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.45 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26. Februar 2015
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

3.1. Motion von Adrian Andermatt und Daniel Thomas Burch betreffend Geschäftsordnung des Kantonsrats/Präzisierung der Visitationen durch die Justizprüfungskommission (§ 19 Abs. 4)

3.2. Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (Bauanzeige & Arealbebauung)

3.3. Motion der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Zusatzverkehr auf Bahn und Bus – Massnahmen zur Verbesserung des Zuger Modal-Splits

3.4. Motion der CVP-Fraktion betreffend Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Führung des Finanzhaushalts (Schuldenbremse)

3.5. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend aktive Integration der ausländischen Wohnbevölkerung

3.6. Interpellation von Barbara Gysel betreffend erste Bilanz seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Zug

3.7. Interpellation von Thomas Werner betreffend Aufnahme zusätzlicher Asylanten im Kanton Zug sowie Verteilung dieser auf die Zuger Gemeinden

3.8. Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle

3.9. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuerausfälle durch Entlastung Kapital im Kanton Zug

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Änderung des Schulgesetzes

4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel S 9 Öffentliche Bauten und Anlagen: Standort Fachhochschule Zentralschweiz)

4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag des Kantons Zug an die Aufbaukosten des Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)

4.4. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)

4.5. Petition zum Institut für Finanzdienstleistungen (IFZ): «IFZ muss in der Stadt Zug bleiben!»

5. Änderung des Energiegesetzes: 2. Lesung

6. Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen: 2. Lesung
7. Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252): 2. Lesung
8. Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket
9. Motion von Kurt Balmer betreffend Abschaffung des obligatorischen Depots/ Sicherheitsleistung der Grundstückgewinnsteuer für die öffentliche Beurkundung im Bereich Privatvermögen
10. Motion der SP-Fraktion betreffend Neuregelung der finanziellen Belastung bei Entscheiden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
11. Postulat von Beni Riedi und Thomas Werner betreffend Rechtsabbiegen bei Rot für Fahrradfahrer
12. Interpellation von Kurt Balmer betreffend Interregio-Halt in Rotkreuz
13. Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend kantonale Informatik: Entsorgen statt Ressourcen schonen und weiter verwenden
14. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuer-Rulings

## 94 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jolanda Spiess-Hegglin, Zug; Beat Wyss, Oberägeri; Adrian Andermatt, Baar; Thomas Lötscher, Neuheim.

## 95 Mitteilungen

Die Kantonsratsmitglieder finden auf ihren Pulten den Kommentar zur Geschäftsordnung des Regierungsrats und des Kantonsrats des Kantons Zug, verfasst von Tino Jorio. Sie erhalten dieses Arbeitsinstrument im Sinne einer Leihgabe.

Es gilt heute die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

TRAKTANDUM 1

## 96 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

## 97 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26. Februar 2015

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 26. Februar 2015 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**98** Traktandum 4.1: **Änderung des Schulgesetzes**
Vorlagen: 2482.1 - 14882 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2482.2 - 14883 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Bildungskommission.

**99** Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel S 9 Öffentliche Bauten und Anlagen: Standort Fachhochschule Zentralschweiz)**
Vorlagen: 2490.1/1a - 14901 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2490.2 - 14902 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

**100** Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag des Kantons Zug an die Aufbaukosten des Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)**
Vorlagen: 2489.1 - 14899 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2489.2 - 14900 (Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Fraktionsleiterkonferenz beantragt, das Geschäft an eine Ad-hoc-Kommission mit folgenden 15 Mitgliedern zu überweisen:

Martin Pfister, Baar, CVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Anna Bieri, Hünenberg, CVP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Daniel Stuber, Risch, FDP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Rainer Suter, Cham, SVP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Silvia Thalmann, Zug, CVP |
| Esther Haas, Cham, ALG | Beat Unternährer, Hünenberg, FDP |
| Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG | Matthias Werder, Risch, SVP |
| Peter Letter, Oberägeri, FDP | Thomas Wyss, Oberägeri, SVP |

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, stellt im Namen der Bildungskommission den **Antrag,** dieses Geschäft nicht an eine Ad-hoc-Kommission, sondern an die Bildungskommission zu überweisen. Diese ist der Meinung, dass es sich hier um klassisches Geschäft für die Bildungskommission handelt.
Die Bildungskommission hat sich bereits am 11. November 2013 mit der Ansiedlung des Departements Informatik beschäftigt. Damals packte der Regierungsrat die Frage, ob es richtig sei, das neu zu gründende Informatikdepartement im Kanton

Zug aufzubauen, in die Debatte über den Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz ein. Die Zustimmung des Kantonsrats legte damals den Grundstein für die Bemühungen des Regierungsrats und letztlich den positiven Entscheid der entscheidenden Gremien der Fachhochschule Zentralschweiz. Bereits damals wurden die weiteren Schritte andiskutiert: der Richtplanentscheid, die wiederkehrenden Mehrkosten und eine mögliche Anschubfinanzierung.
Der nächste Leistungsauftrag 2016–2019 steht vor der Tür. Nach den Beratungen in den sechs Kantonsregierungen wird er in diesem Sommer in die Kantonsparlamente gehen und im August/September wohl auch wieder durch die Bildungskommission vorberaten werden. Da sich an der Anschubfinanzierung von rund 3,2 Millionen Franken neben der Hochschule und dem Standortkanton auch eine Reihe von Sponsoren aus der Wirtschaft beteiligen soll, ist ein enger Zeitplan vorgesehen. Die Daten für die Beratungen in der Raumplanungskommission für den Richtplanentscheid, in der Bildungskommission und der Stawiko für die Anschubfinanzierung sind deshalb vorbehältlich des heutigen Überweisungsentscheids bereits bestimmt worden. Bei einer Überweisung an eine Ad-hoc-Kommission ist es unsicher, ob die Kommissionsitzung im Rahmen dieses Zeitplans stattfinden kann. Eine Verzögerung könnte insbesondere bei den privaten Sponsoren zu Problemen führen.
Die Gründe der Mehrheit der Fraktionsleiterkonferenz für die Überweisung an eine Ad-hoc-Kommission sind dem Votanten nicht bekannt. Falls sie mit der Diskussion zur geplanten Übersiedlung des IFZ nach Rotkreuz zusammenhängen sollten, muss darauf hingewiesen werden, dass sich diese Frage in Zusammenhang mit dem Richtplanentscheid und nicht mit der Anschubfinanzierung stellt und sie deshalb allenfalls in der Raumplanungskommission diskutiert wird.
Aufgrund dieser Zusammenhänge ist die Bildungskommission einstimmig der Meinung, dass das erwähnte Geschäft an die Bildungskommission und nicht an eine Ad-hoc-Kommission überwiesen werden sollte. Sie bittet, ihrem Antrag zu folgen.

➔ Der Rat überweist die Vorlage mit 49 zu 22 Stimmen an die Bildungskommission.

**101** Traktandum 4.4: **Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)**
Vorlagen: 2493.1 - 14909 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2493.2 - 14910 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Konkordatskommission.

**102** Traktandum 4.5: **Petition zum Institut für Finanzdienstleistungen (IFZ): «IFZ muss in der Stadt Zug bleiben!»**
Vorlage: 2495.1 - 14914 (Petitionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 54 der Geschäftsordnung die Justizprüfungskommission für die Vorberatung von an den Kantonsrat gerichteten Petitionen zuständig ist. Sofern die Petition aber mit dem Beratungsgegenstand einer Kommission unmittelbar zusammenhängt, überweist das Kantonsratspräsidium diese direkt an die zuständige Kommission zur Antragstellung. Die vorliegende Petition hat einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Vorlage 2490. Diese wurde der Kommission für Raumplanung und Umwelt überwiesen. Daher erfolgt eine Direkt-

überweisung der Petition an die Kommission für Raumplanung und Umwelt. Die Staatskanzlei wird den Petenten eine Eingangsbestätigung senden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Kantonsrat Beat Sieber nicht mehr Mitglied der FDP-Fraktion ist. Er hat mitgeteilt, dass seine Sitze in der Bildungskommission, in der Erweiterten Justizprüfungskommission und in der Konkordatskommission per sofort neu besetzt werden können. Die Ersatzwahlen erfolgen heute.

**103** Traktandum 4.6: **Bildungskommission**

Die FDP-Fraktion beantragt, anstelle von Beat Sieber neu Beat Unternährer in die Bildungskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**104** Traktandum 4.7: **Erweiterte Justizprüfungskommission**

Die FDP-Fraktion beantragt, anstelle von Beat Sieber neu Andreas Hostettler in die Erweiterte Justizprüfungskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**105** Traktandum 4.8: **Konkordatskommission**

Die FDP-Fraktion beantragt, anstelle von Beat Sieber neu Karen Umbach in die Konkordatskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**106** **Änderung des Energiegesetzes: 2. Lesung**
Vorlage: 2433.4 - 14871 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind. Thomas Gander hat auf die begriffliche Unebenheit im Gesetzestext hingewiesen, dass in § 4 Abs. 1 von Daten betreffend «Energieverbrauch» die Rede ist, § 4 Abs. 3 hingegen nur von der «Stromabrechnung» handelt. Damit bei der Anwendung und Auslegung des Energiegesetzes keine falschen Schlüsse gezogen werden, muss richtigerweise in Abs. 3 der weiter gefasste Begriff «Energieabrechnung» verwendet werden. Die Redaktionskommission ist mit dieser redaktionellen Anpassung einverstanden, ebenso die federführende Baudirektion und die vorberatende Kommission.

➔ Der Rat stimmt dieser sprachlichen Bereinigung stillschweigend zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieses Vorgehen im Einklang mit § 20 der Geschäftsordnung steht. Er dankt Thomas Gander für seinen wertvollen Hinweis.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 72 zu 1 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor, nämlich die Motion von Anna Bieri und Martin Stuber betreffend Datenschutz Smart Meter vom 30. Januar 2014 (Vorlage 2353.1). Sowohl der Regierungsrat als auch die vorberatende Kommission beantragen, die Motion erheblich zu erklären und im Sinne der Ausführungen als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion Bieri/Stuber stillschweigend erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**107 Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen: 2. Lesung**

Vorlagen: 2377.5 - 14870 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2377.6 - 14886 (Antrag der SP-Fraktion zur 2. Lesung); 2377.7/7a - 14895 (Antrag Silvia Thalmann zur 2. Lesung); 2377.8 - 14906 (Antrag Vroni Straub-Müller zur 2. Lesung); 2377.9/9a - 14913 (Antrag Anna Bieri, Peter Letter, Thomas Meierhans und Karen Umbach zur 2. Lesung).

**Beat Iten** als Sprecher der antragstellenden SP-Fraktion: Die Anzahl der auf die zweite Lesung eingegebenen Anträge zum Schulgesetz zeigt immerhin, dass das Thema Schule wichtig ist und auch die Kantonsräte bewegt. Die Schule spielt für die Zukunft tatsächlich eine wichtige Rolle, und es darf dem Rat nicht egal sein, was in der Schule geschieht. Leider hören die Gemeinsamkeiten beim Interesse an der Schule bereits den Höchst- und Richtzahlen auf: Die Ansichten über deren Ausgestaltung sind teilweise sehr unterschiedlich.
Braucht die Schule Richtzahlen bei den Klassengrössen? Der Kantonsrat war in der ersten Lesung grossmehrheitlich der Meinung: Nein. Tatsache ist, dass die Gemeinden sich sehr wohl an die Richtzahlen und an das heutige Gesetz halten, in welchem steht, dass die Einteilungen und Zuweisungen so vorgenommen werden müssen, dass die einzelnen Klassen wenn möglich die Richtzahlen einhalten. Die heutigen Klassengrössen entsprechen weitgehend den Richtzahlen. In den Klassen der Primarschule liegen sie tendenziell sogar darunter, weil es in der Praxis wohl nie nachvollziehbar war, warum sie gerade dort höher als im Kindergarten und in der Real- und Sekundarschule angesetzt sind. Der Votant geht davon aus, dass die Richtzahlen damals weder aus finanziellen Gründen noch wegen der Normpauschale so festgelegt wurden, sondern dass dafür vor allem pädagogische Gründe massgeblich waren. Auch die Schule hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Die Klassen sind heterogener zusammengesetzt, die Lernformen haben sich verändert, die heutigen Unterrichtsformen lassen sich in grossen Klassen kaum mehr durchführen. Die Richtzahlen sind im Gesetz verankert – und es macht durchaus Sinn,

den Schulen eine Richtzahl vorzugeben, die sie nach Möglichkeit einzuhalten haben, um den Druck zu grösseren Klassen von ihr zu nehmen.
Ebenfalls ist nach wie vor nicht nachvollziehbar, warum in der Primarschule andere Höchstzahlen gelten sollen als in der Oberstufe. Es wurde schon mehrfach ausgeführt, dass genau auf dieser Stufe mit Abstand die grösste Heterogenität besteht. Ob die Festlegung der Höchstzahlen gemäss dem Vorschlag von Silvia Thalmann zusammen mit den Richtzahlen tatsächlich eine optimale Kombination darstellt, wagt der Votant aber zu bezweifeln. Die Höchstzahl von 24 bedeutet nicht mehr und nicht weniger als ein Drittel mehr Kinder in einer Klasse. Wer heute in einem Klassenzimmer ist – als Schulpräsident von Unterägeri darf der Votant von sich sagen, dass er das regelmässig ist –, kann abschätzen, dass diese Spannweite klar zu gross ist. Es ist zu einem grossen Teil den angemessenen Richtzahlen und deren Einhaltung zu verdanken, dass der Kanton Zug nach wie vor über eine gute Schule verfügt und keinen Vergleich mit anderen Kantonen zu scheuen braucht.
Der Votant hat in der vergangenen Woche am Neuunternehmer-Apéro des Kantons und an einem Neuzuzüger-Abend in Unterägeri teilgenommen. Er durfte an diesen Anlässen einmal mehr erfahren, dass bei der Wahl des Kantons Zug als Wohnort die Schule für viele Eltern ein wichtiger Faktor ist. Es sind also nicht immer die Steuern, die den Kanton Zug attraktiv machen; ebenso oft spielen andere Faktoren die wesentliche Rolle. Die Schule ist ein wichtiger Standortfaktor, und diesen Trumpf sollte man nicht leichtfertig aus der Hand geben. Der Votant bittet daher, die Anträge der SP-Fraktion zu unterstützen.

**Silvia Thalmann** wollte eigentlich ihr Votum mit der Aussage beginnen, man habe zwar Richtzahlen im Gesetz, aber niemand halte sich daran. Nun aber erklärte ihr Vorredner, dass sich die Gemeinden bezüglich der Richtzahlen an das Gesetz halten würden. Schaut man genau hin, stellt man fest, dass für die Primarschule zwar die Richtzahl 22 gilt, die tatsächliche Klassengrösse aber seit vielen Jahren darunter liegt, nämlich 1997 bei 21,3 und heute bei rund 18 Schülerinnen und Schülern. Für die Sekundarstufe gilt die Richtzahl 18, und auch da liegen die tatsächlichen Schülerzahlen seit 1997 tiefer. Es gibt also eine Diskrepanz, wobei der Kantonsrat in dieser Fragestellung zwei Steuerungselemente hat: einerseits die Normpauschale für die finanzielle Seite, andererseits die Höchstzahl für eine obere Limite.
Die Votantin wurde in den Diskussionen der vergangenen Wochen oft gefragt, wie sie auf eine Höchstzahl 24 komme. Es sind folgende Gründe: Zum einen stört sie sich daran, dass in der Primarschule die Höchstzahl 26 gilt – also genau dort, wo es die grössten Veränderungen gegeben hat, die grösste Heterogenität besteht und am meisten Individualisierung nötig ist. Die Votantin hat deshalb schon in der ersten Lesung den Antrag gestellt, den sie jetzt für die zweite Lesung wiederholt: Höchstzahl 24 nicht nur für die Primarschule, sondern auch für den Kindergarten, für die Real- und Sekundarschule sowie für die Grund- oder Basisstufe. Hintergrund für die Zahl 24 sind die durchschnittlichen Klassengrössen von heute. Diese liegen im Kindergarten bei 18 Schülerinnen und Schüler und in der Primarschule bei rund 18 Schülerinnen und Schüler; in der Real- und Sekundarschule liegen die Zahlen tiefer, allerdings konnte die Bildungsdirektion die Klassengrössen für die Real- bzw. Sekundarschule nicht genau beziffern. Die heutige Realität, nämlich eine Durchschnittsgrösse von 18 Schülerinnen und Schülern, plus 6 ergab die beantragte Höchstzahl 24.
Die Votantin hat festgestellt, dass die Praktiker auch eine Richtzahl wünschen. Sie wird deshalb den Antrag, neben der Höchstzahl auch eine Richtzahl von 18 ins Gesetz zu schreiben, unterstützen.

**Anna Bieri** hat zusammen mit Karen Umbach, Thomas Meierhans und Peter Letter nach der Ablehnung in der ersten Lesung den Antrag gestellt, die Maximalzahlen durch Richtzahlen zu ergänzen. In der ersten Lesung wurde mehrfach festgehalten, dass die Richtzahlen keine scharfe Grösse darstellten – zu Recht. Andererseits führte der Entscheid in der ersten Lesung zu einer wohl für alle spürbar unbefriedigenden Situation. Insbesondere die Reaktion aus den Gemeinden, den Anwendern dieses Gesetzes, hat wohl einige zum Überdenken bewogen. Für die Antragstellenden ist ausschlaggebend, die Anwender eines Gesetzes anzuhören und deren Anliegen bei der Entscheidung zu berücksichtigen, dies insbesondere dann, wenn der Entscheid für den Kanton keine Auswirkungen und keine finanziellen Belastungen mit sich bringt.
An den kantonalen Schulen arbeitet der Bildungsdirektor kaum mit Maximalzahlen, aber er setzt das strategische Element der Richtzahlen strikt und intensiv ein. Es ist legitim, dass auch die Gemeinden dieses strategische Instrument verlangen. Die Antragssteller wollen keine Aussage zu tatsächlichen Klassengrössen machen. Sie wollen aber eine möglichst grosse Flexibilität für die Gemeinden in der Gestaltung der Klassen. Die Gemeinden sollen festlegen, welche finanzpolitischen und welche bildungspolitischen Argumente wie zu gewichten sind. Die Antragsteller wollen keine unnötig aufgeblasenen Gesetze, sie wollen aber auch keine Gesetze zum Selbstzweck. Ihr Anspruch ist, dass dieses Gesetz anwenderorientiert geschrieben wird. Was vergibt sich der Kanton, wenn er den Forderungen der Gemeinden nach dem strategischen Instrument der Richtzahlen entspricht?
Klärend ist festzuhalten, dass der vorliegende Antrag auf Richtzahlen selbstverständlich in Kombination mit einer Höchstzahl zu sehen ist. Die Antragsteller legen diese Höchstzahl jedoch nicht fest, auch wenn sie ihre Sympathie für den Antrag Thalmann nicht verhehlen. Ihr Antrag ist jedoch mit allen Varianten von Höchstzahlen kompatibel. Welche Höchstzahlen man also auch immer favorisiert: Den Antrag auf Richtzahlen kann man in jedem Fall unterstützen.

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, teilt mit, dass die Bildungskommission die vier Anträge auf die zweite Lesung am 26. März 2015 beraten hat. Alle Anträge betreffen die Richt- und Höchstzahlen in § 12 Abs. 1a.
Bei den Höchstzahlen empfiehlt die Bildungskommission mit jeweils sehr knappen Abstimmungsverhältnissen eine Höchstzahl von 22 für den Kindergarten, 24 für die Primarschule, 22 für die Realschule, 24 für die Sekundarschule und 26 für die Grund- oder Basisstufe. Das Bild bei den Höchstzahlen ist in der Bildungskommission nicht einheitlich. Die Argumente folgen den Antragstellern bzw. den bereits in der ersten Lesung formulieren Gründen.
Bei den Richtzahlen spricht sich die Kommission mit 11 zu 4 Stimmen für die Beibehaltung aus. Es sei richtig, argumentiert die Mehrheit, dass der Kantonsrat mit der Richtzahl eine Haltung zu einer richtigen Plangrösse für die Klassengrössen ausdrücke. Die Grösse einer Klasse sei Teil der Qualität der öffentlichen Schule. Diesem Aspekt müsse Sorge getragen werden. Zudem entspreche das Festhalten an Richtzahlen einem Bedürfnis der Gemeinden und der Schulen selbst, auch wenn ihnen keine rechtlich verbindliche Funktion zukomme. Das Festhalten an den Richtzahlen habe für die Betroffenen auch eine psychologische Bedeutung. Es sei nicht Aufgabe des Kantonsrats, im Gesetzgebungsprozess ohne handfeste Gründe einem einheitlichen Bedürfnis der Gemeinden nicht zu entsprechen, insbesondere auch, weil dieser Entscheid keine finanziellen Folgen für den Kanton habe.
Die Kommissionsminderheit, die am Ergebnis der ersten Lesung festhalten will, argumentiert, dass die Gemeinden diesen Wert nicht brauchen und auch künftig

autonom entscheiden sollen. Wer für die Streichung der Richtzahlen sei, drücke damit noch keine Haltung zur richtigen Klassengrösse aus.
Es ist wichtig festzuhalten, dass niemand in der Kommission höhere durchschnittliche Klassengrössen forderte. Man war sich einig, dass der Richtzahl keine rechtliche Verbindlichkeit zukomme und der Kanton die Richtzahlen in den Gemeinden weder durchsetzen könne noch solle. Wenngleich bei den Kommissionsmitgliedern individuell durchaus unterschiedliche Vorstellungen über die richtige Klassengrösse für den Entscheid über die Richtzahl eine Rolle spielen, so ist man sich über die Rolle der Gemeinde bei der Festlegung der Klassengrössen einig.
Eine persönliche Bemerkung: Der Votant ist verwundert über die öffentliche Debatte, die insbesondere von einzelnen Verantwortlichen in den Gemeinden und Schulen im Anschluss an die erste Lesung im Kantonsrat geführt wurde. Zuweilen weigerte man sich regelrecht, die Ergebnisse und die Diskussion der ersten Lesung zu verstehen. Viele Dramatisierungen entbehren jeglicher realer Grundlage. Grundvoraussetzung aller demokratischen Auseinandersetzungen ist die Bereitschaft, zu verstehen, was denn genau diskutiert und entschieden wurde. Bei genauerem Hinschauen hätte man dem Kantonsrat immerhin attestieren können, dass er sich sachlich und in einer differenzierten Debatte mit den gestellten Fragen auseinandersetzte, auch wenn man persönlich zu andern Schlüssen gekommen ist. Nüchtern betrachtet, geht es bei den Klassengrössen zwar um wichtige Rahmenbedingungen für das Gelingen der Schule, aber die realen Grössen der Klassen werden durch den heutigen Entscheid – wie immer er gefällt wird – kaum beeinflusst. Die Grundillusion, die mit der Erwartung an den Kantonsrat bei der Festsetzung der Richt- und Höchstzahlen verbunden war, ist die Hoffnung, dass dieser Entscheid ein für alle Mal die politische Auseinandersetzung über die Klassengrössen beenden würde. Das ist – mit Verlaub – naiv und auch falsch. Es ist richtig und unausweichlich, dass die Bildung Teil der politischen Debatte bleibt. Den Fachleuten ist zu empfehlen, auf die politische Diskussion nicht mit Abwehrreflexen zu reagieren, sondern den konstruktiven Dialog zu pflegen. Das verschafft ihnen nicht nur mehr Einfluss, es nützt auch der sensiblen Institution Schule, zu deren Qualität man Sorge tragen muss, mehr. Der Dialog muss aber auch von der Politik her auf Augenhöhe geführt werden. So ist die verwunderliche Reaktion vieler Bildungsprofis möglicherweise auch mit dem nicht selten abschätzigen Umgang der Politik mit ihnen zu erklären.
Zum Schluss wiederholt der Votant die wichtigste Empfehlung der Bildungskommission: Diese empfiehlt mit 11 zu 4 Stimmen, an den Richtzahlen im Schulgesetz festzuhalten. Den Eventualantrag Straub lehnt sie mit 12 zu 3 Stimmen ab.

**Monika Weber** hält namens der FDP-Fraktion fest, dass auf die zweite Lesung bekanntlich vier Anträge zur Wiedereinführung der in der ersten Lesung gekippten Richtzahlen und zu unterschiedlichen Höchstzahlen eingegangen sind. Gäbe es eine dritte Lesung, würden wahrscheinlich noch weitere kreative Anträge formuliert – was der Votantin vorkommt wie auf einem Bazar.
Die FDP-Fraktion spricht sich klar dafür aus, dass im Gesetz keine Richtzahlen mehr festgelegt werden. Jede Gemeinde hat aufgrund ihrer Erfahrungen in den letzten Jahren ihre eigenen Richtzahlen eruiert und weiss, welche Klassengrösse für sie pädagogisch und auch finanziell sinnvoll ist. Eine grosse Gemeinde, eine kleine Gemeinde oder ein Quartierschulhaus: Alle haben unterschiedliche Bedürfnisse und Erfahrungen in Bezug auf eine optimale Klassengrösse. Deshalb macht es keinen Sinn, eine für alle Gemeinden geltende Richtzahl zu definieren – im Wissen, dass jede Gemeinde für sich die ideale Richtzahl kennt und diese entsprechend festlegt. Die ultimativ optimale Richtzahl gibt es nicht, und die FDP-Fraktion ist wie der Regierungsrat der Meinung, dass das Gesetz keine Richtzahlen mehr enthalten

soll. Gesetze sind auch das falsche Instrument, um Vorschläge zu unterbreiten – und die Richtzahlen sind nichts anderes als unverbindliche Vorschläge. In ein Gesetz gehört, was verboten, geboten oder erlaubt ist, und Zahlen in Gesetzen müssen entweder Mindestwerte, Maximalwerte oder exakte Werte sein. Auch aus diesem Grund machen Richtzahlen in einem Gesetz keinen Sinn. Die Gemeinden können allenfalls zusammen mit dem Amt für gemeindliche Schulen Richtlinien erarbeiten, die den unterschiedlichen Verhältnissen in den Gemeinden besser gerecht werden als universale Richtzahlen.
Mit den Höchstzahlen legt der Kanton Obergrenzen fest, die von den Gemeinden einzuhalten sind. Höchstzahlen sind eine Aussage zur Qualität der Schulen im Kanton Zug und dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen und nur vorübergehend überschritten werden. Mit höheren Höchstzahlen ermöglicht man den Gemeinden eine optimale Flexibilität bei der Klassenbildung und gibt ihnen mehr Spielraum. Jede Gemeinde ist frei, keine Gemeinde muss betreffend Klassengrösse etwas ändern. Die effektiven und ausgewiesenen durchschnittlichen Klassengrössen können die Gemeinden als Standortattraktivität aufführen. Die Angst, dass der Druck durch den Kanton auf die Gemeinden steigen könnte und die Höchstzahlen erreicht werden müssen, ist spürbar. Doch diese Angst ist unbegründet, denn jede Gemeinde kann ihre Klassengrössen wie bis anhin selber bestimmen und sich weiterhin an ihre optimalen Richtzahlen halten. Das neue Schulgesetz – ohne Richtzahlen, mit höheren Höchstzahlen – hat keine finanziellen Auswirkungen und keinen Einfluss auf die Normpauschalen. Es ändert sich nichts.
Aus diesen Gründen hält die FDP-Fraktion am Ergebnis der ersten Lesung fest.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Diese hält es für gefährlich und falsch, nur die Höchstzahlen aufzuführen. Im Bericht der Stawiko steht, dass die Höchstzahlen anzustreben seien. Dem von der Vorrednerin Monika Weber vorgebrachten Argument, die Angst, dass die Höchstzahlen auch zu Richtzahlen würden, sei unbegründet, muss deshalb entschieden widersprochen werden. Zur persönlichen Bemerkung des Präsidenten der Bildungskommission: Die Votantin hat die Debatte mit den Lehrpersonen und den Fachleuten durchaus als konstruktiv erlebt. Diese haben das Recht und auch die Pflicht, sich in die Debatte einzumischen und sich von ihrem Fachwissen her zu äussern.
Die ALG strebt die folgenden Höchstzahlen an: Kindergarten 22, Primarschule 22, Realschule 22, Sekundarschule 22, Grund- oder Basisstufe 24. Bei den Richtzahlen strebt die ALG an: 18 für den Kindergarten, die Primar-, die Real- und die Sekundarschule, 20 für die Grund- oder Basisstufe. Die Änderung der Richtzahl für die Grund- oder Basisstufe rechtfertigt sich aus den besseren Betreuungsmöglichkeiten, da auf dieser Stufe mehrheitlich zwei Lehrpersonen im Schulzimmer sind. Die Votantin bittet den Rat dringend, dem Wunsch der Fachleute, nämlich der Lehrpersonen, nach Richtzahlen nachzukommen und die Anträge der ALG zu unterstützen.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und hält fest, dass sowohl Bildungsdirektor Stephan Schleiss als auch einige Kantonsrätinnen und -räte die Richtzahlen streichen möchten. Sie begründen dies damit, dass die Richtzahlen – wie es Bildungsdirektor Schleiss jeweils ausdrückt – «nur für die Galerie» seien, weil man die Gemeinden nicht zu deren Umsetzung zwingen könne. Der Votant hat sich deshalb gefragt, warum denn die Richtzahlen überhaupt einmal ins Gesetz aufgenommen wurden, und er ist dabei auf etwas Interessantes gestossen: Die Richtzahlen wurden anlässlich der Totalrevision des Schulgesetzes per 1. August 1991 eingeführt. Davor existierten lediglich Höchstzahlen. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 12. Juni 1989 zu dieser Totalrevision (Vorlage 6655) steht bei den

Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen auf Seite 17 zu § 12 (Klassengrössen) Folgendes: «Eine vernünftige Klassengrösse kann zweifellos zur Optimierung des Unterrichts beitragen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass zurzeit wieder vermehrt ‹pädagogische Stimmen› zu hören sind, die eher für grössere Klassen sprechen. Da weder Maximal- noch Minimalzahlen anzustreben sind, sollen im neuen Schulgesetz Richtzahlen angewendet werden. Dies sind Grössen, die im Hinblick auf eine möglichst gute Gestaltung des Unterrichts angewendet werden sollen. Die im Gesetz ebenfalls erwähnten Maximalzahlen sollen nur in Ausnahmefällen erreicht werden. In besonderen Fällen dürfen diese sogar überschritten werden, sofern eine Bewilligung des Erziehungsrates bzw. der zuständigen kantonalen Schulkommission vorliegt.» Man sieht also, dass die Richtzahlen als pädagogische Richtlinie für die Klassengrössen bewusst ins Gesetz aufgenommen wurden. Wenn dieser pädagogische Richtwert wegfällt, verkommen die Höchstzahlen – wie schon mehrfach gehört – zu neuen Richtzahlen. Dieses mögliche Szenario zeigt auch die Aussage im Bericht der Stawiko, wonach «aus wirtschaftlicher Sicht immer die Höchstzahl anzustreben [sei], um eine optimale Auslastung der vorhandenen Ressourcen zu erreichen».
Es wurde vorhin angemerkt, dass schon die Richtzahlen, geschweige denn die Höchstzahlen nicht erreicht würden. Anstatt die Richtzahlen zu hinterfragen, sollte der Rat besser darüber nachdenken, *wieso* denn die Richtzahlen heute nicht erreicht werden. Das liegt daran, dass seit 1991, seit diese Zahlen ins Gesetz geschrieben wurden, die Anforderungen an den Unterricht massiv gestiegen sind und insbesondere seit dem Rückzug der IV aus der Finanzierung der Sonderschulen ganz besondere Aufgaben und Reformen an die öffentlichen Schulen herangetragen wurden. Es gilt deshalb Sorge zu tragen zu den öffentlichen Schulen. Die Beibehaltung der Richtzahlen ist übrigens nicht nur ein Anliegen von SP, AGF und Teilen von CVP und FDP. Auch die Schulpräsidentenkonferenz plädiert einstimmig für die Beibehaltung der Richtzahlen, dies nicht – wie von Martin Pfister ausgedrückt – aus einem Abwehrreflex heraus, sondern auf dem Hintergrund einer sachlichen, auch die Anliegen des Kantonsrats berücksichtigenden Diskussion. Wenn ein solches überparteiliches Gremium zu einem einstimmigen Entscheid gelangt und sich zudem die Gemeinden grossmehrheitlich für Richtzahlen äussern, sollte dieser Appell auch von Kantonsrat ernst genommen werden.

**Thomas Meierhans:** Die CVP-Fraktion hält am von Heini Schmid in der ersten Lesung genannten Grundsatz fest, dass über die Klassengrössen aufgrund der Gegebenheiten vor Ort in den Gemeinden entschieden werden muss. Entsprechend muss den Gemeinden von den gesetzlichen Vorgaben her die nötige Flexibilität bei der Klassenbildung gegeben werden. Um diese Flexibilität zu ermöglichen, ist es für die Mehrheit der CVP-Fraktion vertretbar, neben den Höchstzahlen auch Richtzahlen im Gesetz zu nennen. Dieses Vorgehen hat für den Kanton keine finanziellen Konsequenzen und entspricht dem einheitlichen Wunsch der Anwender des Gesetzes in der gemeindlichen Praxis.
Die CVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag von Anna Bieri und ihren Mitantragsstellern. Damit erhalten die Gemeinden die nötige Orientierung und Flexibilität bei der Kassenbildung. Ebenso klar ist für die CVP-Fraktion, dass die politischen Diskussionen über die Klassengrössen weiter geführt und diese mit dem gegebenen Spielraum vor Ort gefunden werden sollen.

**Beni Riedi** hat persönlich grosse Sympathien für die Haltung der FDP-Fraktion. Er nimmt es vorweg: Die SVP Fraktion möchte die Gemeindeautonomie möglichst hoch

halten. Dementsprechend wird sie immer die höchste Höchstzahl bei den Klassengrössen unterstützen.
Die Richtzahlen sind mit der Einführung der Normpauschalen obsolet geworden. Dementsprechend kann ohne weiteres auf sie verzichtet werden. Die *Gemeinden* sind verantwortlich für die Klassenbildung, nicht der Kanton. Vor den Wahlen haben sich alle bürgerlichen Parteien für schlanke Gesetze ausgesprochen. Warum nun gewisse Mitglieder des Kantonsrats ihre Meinung geändert haben und Zahlen, die obsolet geworden sind, in ein Gesetz schreiben möchten, ist für den Votanten unverständlich. Und selbst wenn der Kantonsrat die Richtzahlen im Gesetz belässt, könnten an einer Gemeindeversammlung grössere oder auch kleinere Klassengrössen gefordert werden. Die SVP setzt ihre Wahlversprechen konsequent um und setzt sich auch heute für schlanke Gesetze ein.
Für den Fall, dass die Richtzahlen wieder ins Gesetz aufgenommen werden, stellt der Votant im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Richtzahl für die Primarschule bei 22 zu belassen; sie lehnt den Antrag auf eine Richtzahl 18 ab, möchte also nicht, dass die Richtzahlen gegenüber dem geltenden Recht zusätzlich gesenkt werden. In diesem Sinne stellt sie auch den **Antrag** auf eine Richtzahl 22 für die Grund- oder Basisstufe.

**Daniel Stadlin** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Seine Frau arbeitet bei der Stadt Zug als Primarschullehrerin. Trotz dieses Faktums gibt die nachfolgende Stellungnahme die Sichtweise der GLP-Kantonsräte wieder.
Die Festlegung der maximalen Klassengrössen scheint eher eine Glaubenssache denn eine pädagogische Angelegenheit zu sein. Es kann eben nicht mit letzter Gewissheit gesagt werden, welchen Einfluss die Grösse einer Klasse auf die Leistungsfähigkeit, die Entwicklung und das Verhalten der Schülerinnen und Schüler hat. Entsprechend gehen die Meinungen weit auseinander. Einig ist man sich einzig darüber, dass eine Klasse mit vielen Schülern schwierig zu führen ist. Aber die optimale Klassengrösse gibt es nicht. Unter Berücksichtigung der aktuellen Schulrealitäten – Heterogenität, gesellschaftspolitische Entwicklungen, Integration, Förderung bei Defiziten und spezieller Begabung, Migration usw. – ist es sicher sinnvoll, weiterhin Richtzahlen zu haben, dies auch in Anbetracht der Umsetzung des Qualitätsmanagements «Gute Schule» durch die Lehrpersonen. Auf Grund dieser Überlegungen befürwortet die GLP den Antrag der SP-Fraktion, die Richtzahlen wieder ins Schulgesetz aufzunehmen. Das ist der schulische Ansatz. Es gibt aber auch eine monetäre Sichtweise: Kleine Klassen sind teurer als grosse. Im Hinblick auf das Entlastungsprogramm 2015–2018, das den Gemeinden Mehrkosten bringen wird, ist es durchaus angezeigt, bei der Festlegung von maximalen Klassengrössen auch den finanziellen Aspekt miteinzubeziehen. Die Höchstzahlen sind demnach so festzulegen, dass sie den Gemeinden die nötige Flexibilität belassen, in finanziell angespannten Zeiten auch einmal grössere Klassen führen zu können. Die Höchstzahlen sind also nicht zu tief anzusetzen. Deshalb unterstützt die GLP den Antrag von Silvia Thalmann; einzig bei der Grund- oder Basisstufe ist sie für die Fassung der ersten Lesung.

**Peter Letter** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er hat zwei Kinder, sein Sohn besucht die Grundstufe in Oberägeri, seine Tochter ist noch im Vorschulalter.
Im Vorfeld dieser Debatte führte der Votant in seiner Wohngemeinde Oberägeri mehrere Gespräche mit dem bürgerlichen Schulpräsidenten, dem Rektor sowie Schulhausleitern und Lehrpersonen. Sein Fazit ist, dass Richtzahlen für die Gemeinden sinnvoll und hilfreich sind und für den Kanton keine Mehrkosten zur Folge haben. Der Bildungsdirektor hat bestätigt, dass die vom Kanton an die Gemeinden

bezahlten Normpauschalen je Schüler weder von den Richtzahlen noch von den Höchstzahlen abgeleitet sind.
Weiter hält der Votant es für angebracht, die Höchstzahlen für Primar- und Oberstufe aneinander anzugleichen. Wichtig ist, dass die im Gesetz festgelegten Höchstzahlen nicht zu tief angesetzt werden. Insbesondere auch kleinere Gemeinden sollen genügend Spielraum für die Klassenplanung haben. Diese muss sich z. B. an den vorhandenen Schulräumlichkeiten bei sich verändernden Schülerzahlen je Jahrgang ausrichtet können. Hierzu auch ein Hinweis an die Ratslinke, wieso das Gesetz den Gemeinden bei den Klassengrössen genügend Flexibilität nach oben ermöglichen sollte: Das Gesetz verbietet nicht, dass eine Gemeinde bei höheren Klassengrössen die Stundenpensen für den Unterricht einer Klassen erhöhen kann.
Entsprechend sind die Präferenzen des Votanten:
• Richtzahlen: 18 für die Primar-, Real- und Sekundarschule; 22 für die Grund- oder Basisstufe.
• Höchstzahlen: 24 für Primar-, Real- und Sekundarschule 24, dies gemäss Antrag von Silvia Thalmann; 26 für die Grund- oder Basisstufe.
Aufgrund der Erfahrungen in Oberägeri möchte der Votant speziell auf die Klassengrössen für die Grundstufe eingehen und dazu auch eine Empfehlung abgeben – unabhängig davon, ob die Richtzahlen nun im Gesetz fixiert werden oder nicht. Seit dem Schuljahr 2008/09 läuft in Oberägeri als einziger Gemeinde im Kanton Zug ein Schulversuch «Grundstufe». Dabei werden die beiden Kindergartenjahre und die erste Klasse altersdurchmischt in einer Klasse geführt. Der Unterricht erfolgt durch zwei Lehrpersonen im *Teamteaching.* In der Regel sind dies eine Klassenlehrperson mit einem hohen Pensum und eine weitere Lehrperson mit einem tieferen Pensum. Die Erfahrungen der Schule Oberägeri sind positiv. Die mittlere Klassengrösse in der Periode 2010–2014 betrugen 22,3 Schüler. Im aktuellen Schuljahr 2014/15 liegen die Klassengrössen der insgesamt neun Grundstufenklassen in Oberägeri und Morgarten zwischen 20 und 24 Schülern. Diese Zahlen sind in Oberägeri bewusst höher als jene der übrigen Primarstufen. Die Gründe liegen im Unterrichtsmodell mit *Teamteaching* und den höheren Stundenpensen je Klasse. Weiter ist es erforderlich, dass ein Jahrgang innerhalb einer Klasse jeweils eine gewisse Mindestgrösse aufweist, damit der Unterricht sinnvoll gestaltet werden kann, also beispielsweise sieben Erstklässler in einer Grundstufenklasse von 22 Schülern; es funktioniert nicht, wenn nur drei Erstklässler in der betreffenden Klasse sind. Die Meinungen zur Grundstufe sind geteilt. Die persönlichen Erfahrungen des Votanten sind positiv. Vermutlich wird die Gemeindeversammlung Oberägeri über die Weiterführung entscheiden können. Unabhängig davon, ob man das Modell der Grund- oder Basisstufe gut findet oder nicht, legt der Votant dem Rat nahe, die Klassengrössenzahlen für diese Stufe im Gesetz höher anzusetzen als jene für die Primarstufe, also Höchstzahl 26 und Richtzahl 22. Diese Grössen ermöglichen, dass das Grundstufenmodell auch bezüglich der Kosten gegenüber dem klassischen Schulmodell konkurrenzfähig sein kann. In diesem Sinn dankt der Votant für die Unterstützung des Antrags, die Höchstzahlen und Richtzahlen für die Grund- oder Basisstufe auf ein praxiserprobtes und sinnvolles Niveau von 26 resp. 22 festzusetzen.

Für **Philip C. Brunner** haben die zwei letzten Redner richtigerweise darauf hingewiesen, dass hier nicht nur eine pädagogische, sondern hinsichtlich der Gemeinden auch eine finanzpolitische Diskussion mit gewichtigen Konsequenzen geführt wird. Da in den nächsten Jahren überall der Gürtel enger geschnallt werden wird, muss der Entscheid gut überlegt werden. Die Stadt Zug befindet sich bereits seit vier Jahren im «Sparmodus». In Zusammenhang mit dem städtischen Budget 2010 mit einer Höhe 54 Millionen Franken gab damals die Geschäftsprüfungskommission

einem unabhängigen, auswärtigen Büro den Auftrag, zu untersuchen, wo im Bereich Bildung gespart werden könne. Die Studie, die später öffentlich wurde, ergab, dass in der Stadt Zug jeder Schüler durchschnittlich 1,6 Millionen Franken kostet. Eine Erhöhung der Durchschnittszahl von 17 auf 18 Schüler bedeutet in der Stadt Zug letztlich also einen finanziellen Effekt von 1,6 Millionen Franken. Natürlich sind die Kosten in jeder Gemeinde gesondert zu betrachten, die Kosten in der Stadt Zug zeigen aber die Dimension auf: Wenn die Schülerzahl im Durchschnitt um 2 erhöht wird, resultieren über 3 Millionen Franken. Die besagte Studie hat aufgezeigt, dass die grössten Spareffekte in drei Bereichen erzielt werden können: Raumgrössen, Schülerzahlen und – was man wohl nicht abschaffen möchte – Musikschule. Höchst- und Richtzahlen haben also direkte finanzielle Auswirkungen. Diesen Zusammenhang möchte der Votant aufzeigen – auch motiviert durch ein Schreiben der Vorsteherin des städtischen Bildungsdepartements an neunzehn Kantonsräte, welches Informationen enthält, die man so nicht akzeptieren kann.

**Manuel Brandenberg** stellt den **Antrag,** die Höchstzahl für die Primarschule und die Grund- oder Basisstufe bei 30 festzulegen. Er glaubt, dass grosse Klassen gut sind für die Sozialisation der Kinder.

**Zari Dzaferi** findet, dass es nun in eine unwürdige Richtung geht und verhandelt wird wie in einem Basar, mit utopischen Zahlen wie 30. Er weiss nicht, wann Manuel Brandenberg zum letzten Mal in einem Schulzimmer mit 30 Schülern war – und wahrscheinlich ist es Brandenberg eh egal, da er sein Kind sowieso in eine Privatschule schicken wird. Der Votant ruft den Rat auf, bei den Fakten zu bleiben und genau anzuschauen, warum die durchschnittliche Klassengrösse in den öffentlichen Schulen tiefer ist als die Richt- und Höchstzahl. Grund dafür ist, dass die Schule mit unzähligen Reformen etc. belastet wurde. Natürlich kann das Parlament die Höchstzahl bei 30 festlegen, es soll dann aber nicht die mangelnde Unterrichtsqualität beklagen, und die Gewerbler und Unternehmer sollen nachher nicht kommen und sich beschweren, die Lehrlinge seien unterqualifiziert. Es grenzt für den Votanten an Respektlosigkeit, im Parlament einfach aufzustehen und eine Höchstzahl 30 zu fordern. Das Parlament hat die Verantwortung, sich fundiert mit solchen Fragen auseinanderzusetzen. Ein Basar führt nirgendwohin.

**Daniel Stadlin** hat eine Frage an den Bildungsdirektor: Wird bei Schulhausbauten die Schulzimmergrösse auf den Richtwert oder auf den Höchstwert ausgerichtet? Müssen also, wenn die Klassengrössen beispielsweise auf 26 angehoben werden, neue Schulhäuser gebaut werden, weil die Schulzimmer zu klein sind?

**Manuel Brandenberg** nimmt Stellung zu den Anwürfen von Zari Dzaferi. Er hat ganz einfach einen Antrag gestellt und seine Meinung kundgetan. Es gibt keinen Grund, deswegen gleich persönlich zu werden.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** dankt Martin Pfister für seine grundsätzlichen Worte in der heutigen Debatte und für seine sorgfältige Arbeit als Präsident der Bildungskommission. Immer wieder taucht die Frage auf, wieso die Klassen ausgerechnet auf der Primarstufe am grössten seien, also dort, wo auch die Heterogenität am grössten sei. Dazu ist einerseits festzuhalten, dass auf der Primarstufe die schiere Masse liegt. Es gibt im Kanton Zug rund 600 Schulklassen, davon rund 100 auf der Kindergartenstufe, rund 150 auf der Oberstufe und rund 350, also deutlich mehr als die Hälfte, auf der Primarstufe. Die Gemeinden haben deshalb im Bereich der Primarklassen das grösste Interesse an einem genügend grossen Spiel-

raum. Sie haben dort auch die grössten Gestaltungsmöglichkeiten. Auf der Kindergartenstufe ist nämlich das Prinzip des Quartierschulhauses am weitesten verbreitet, womit sich die Klassengrössen aufgrund der geografisch-demografischen Gegebenheiten ergeben; auf der Oberstufe verteilen sich die 150 Klassen auf zwei Schularten – Sekundarschule und Realschule –, was den Spielraum erheblich einschränkt. Und wie von Silvia Thalmann angemerkt: Es ist dem Kanton aufgrund der Statistik tatsächlich nicht möglich, Zahlen zur Grösse der Sekundar- und der Realklassen in den Gemeinden zu liefern; die Tendenz, dass die Sekundarklassen grösser sind als die Realklassen, kann der Bildungsdirektor aber bestätigen.
Zu den Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden im Bereich Primarstufe hat der Bildungsdirektor in einer Sitzung der Bildungskommission vor rund einem Jahr ein Beispiel gemacht. Er hat von einem Schulbesuch in Unterägeri berichtet, wo auf der Mittelstufe II, also in der 5. und 6. Klasse – einer als streng geltenden Stufe, weil sie mit dem Übertrittsverfahren in die Oberstufe angereichert ist –, sich 98 Schüler auf vier Klassen verteilen, was eine durchschnittliche Klassengrösse von 24,5 Schülern ergibt; die Erfahrungen sind nach Aussage des zuständigen Rektors positiv. Das Beispiel ist ein Beleg dafür, dass der vorhandene Spielraum von den Gemeinden tatsächlich genutzt wird, wobei es natürlich auch denkbar ist, dass die knapp 100 Schüler in einer anderen Gemeinde auf fünf oder gar sechs Klassen verteilt würden.
Ein zweiter Grund, warum die Klassen in der Primarschule am grössten sind, liegt darin, dass nicht jede Klasse sehr heterogen sein muss. Die Verhältnisse vor Ort sind sehr unterschiedlich. Einige Stichworte dazu: Ist die Gemeinde nach dem Zentralschulhausprinzip oder nach dem Quartierschulhausprinzip organisiert? Bei Letzterem: Wie ist das Quartier soziologisch zusammengesetzt? Führt die Gemeinde noch Kleinklassen? Welches ist ihre Praxis bei der integrativen Sonderschulung? Und zur Erinnerung: Gemäss § 33$^{bis}$ Schulgesetz ist es den Gemeinden bis auf den heutigen Tag erlaubt, Kleinklassen zu führen. Kleinklassen gibt es aber nur auf der Primarstufe, was ein Grund sein dürfte, der Heterogenität auf dieser Stufe auch mit Kleinklassen zu begegnen – mit der Auswirkung, dass die eigentlichen Primarklassen grösser werden können.
Zu der auch von Daniel Stadlin thematisierten Frage nach dem Einfluss der Klassengrössen auf Lernerfolg und Bildungsqualität: Die Bildungsforschung ist sich weitgehend einig, dass die Klassengrösse kaum Einfluss auf den Lernerfolg der Kinder hat. «Kleinere Klassen = bessere Schüler» ist ein Mythos. Wenn sich die Klassengrösse – so sagt die Wissenschaft – innerhalb einer gesunden Bandbreite bewegt, ist sie kaum determinierend für den Lernerfolg. Jürgen Oelkers hat es so formuliert: «Zwischen 15 und 25 lässt sich kaum ein Unterschied belegen.» Wichtig ist, dass die Klassen nicht zu gross und nicht zu klein, sondern mit Augenmass den Realitäten vor Ort angepasst sind. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber, dass die Klassengrösse – wie von Zari Dzaferi bereits erwähnt – in jedem Fall Einfluss auf die Belastungssituation der Lehrpersonen hat: Es macht mehr Aufwand, 26 statt nur 16 Elterngespräche zu führen. Hier stehen die gemeindlichen Schulbehörden in der Verantwortung.
Zur Frage von Daniel Stadlin, nach welchen Vorgaben die Gemeinden ihre Schulhausbauten zu planen hätten, hält der Bildungsdirektor fest, dass der Kanton den Gemeinden keine Vorgaben macht, ob sie ihre Klassenzimmer auf 16, 22 oder 30 Schüler auszurichten hätten. Früher, vor der Umstellung im Rahmen der ZFA-Revision per 1. Januar 2008, finanzierte der Kanton die gemeindlichen Schulbauten zu 30 Prozent mit, prüfte dafür aber die Bauprogramme und nahm Einfluss auf die Ausstattung. Diese Zeiten sind vorbei. Der Kanton hat keine gesetzliche Grundlage, den Gemeinden bei den Schulhausbauten dreinzureden. Die Gemeinden sind

aber gut beraten, ihre Schulbauten auf die Höchstzahl auszurichten, damit sie den Spielraum, den das Gesetz ihnen lässt, auch tatsächlich nutzen und im Notfall auf die Bildung einer zusätzlichen Klasse verzichten können.
Es ist richtig, dass die Richtzahl – wie von Zari Dzaferi ausgeführt – 1991 ins Gesetz kam, und es ist sicherlich auch richtig, dass pädagogische Überlegungen dahinterstanden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber der Hinweis, dass der Kanton sich damals in die Bildung der Klassen einmischte, weil er über das Lehrerbesoldungsgesetz automatisch die Hälfte der Lehrerlöhne in den Gemeinden bezahlte. Er hatte also ein Interesse daran, dass nicht eine Gemeinde zulasten des Kantons mehr Lehrpersonal anstellte als eine andere. Die einzige Zahl, welche damals im Gesetz stand, war die Höchstzahl, und darauf wollte sich der Kanton nicht abstützen. Die Reaktion auf die Einführung der Richtzahl folgte schnell: 1994 ging die berühmte Motion von Leo Haas ein, der die Einführung einer Normpauschale ähnlich wie im Kanton Schwyz forderte, ein Anliegen, das 2008 umgesetzt werden konnte. Seither hat der Kanton als Aufsichtsbehörde keine gesetzliche Grundlage mehr, bei der Bildung der Klassen Einfluss auf die Gemeinden zu nehmen.
Abschliessend empfiehlt der Bildungsdirektor dem Rat, am Resultat der ersten Lesung festzuhalten. Dieses entspricht der heute gültigen gesetzlichen Realität; es ist um die Richtzahl erleichtert und um eine neue Höchstzahl für die Grund- oder Basisstufe erweitert. Es hat in der ersten Lesung aber keine Erhöhung der Höchstzahlen stattgefunden. Der Regierungsrat sieht sich deshalb nicht veranlasst, an den Höchstzahlen Änderungen vorzunehmen. Vielmehr ist er der Auffassung, dass die Gemeinden mit ihrer Verantwortung bei der Klassenbildung sehr sorgsam und verantwortungsbewusst umgehen. Bezüglich Streichung der Richtzahlen fasst der Bildungsdirektor zusammen, dass die Richtzahlen mit der Einführung der Normpauschale ihre Relevanz für den Kanton verloren haben. Konsequenterweise beantragt der Regierungsrat, sie aus dem Gesetz zu streichen, also auch hier am Resultat der ersten Lesung festzuhalten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass alle Anträge auf die zweite Lesung § 12 Abs. 1a betreffen. Der Rat geht nach § 76 seiner Geschäftsordnung vor:
1. Bereinigung der Höchstzahlen zu allen Buchstaben von § 12 Abs. 1a;
2. Bereinigung der Richtzahlen zu allen Buchstaben von § 12 Abs. 1a;
3. Abstimmung über die Grundsatzfrage, ob das Gesetz neben den Höchstzahlen auch Richtzahlen enthalten soll;
4. Je nach Ausgang dieses Abstimmungsverfahrens folgt allenfalls noch die Abstimmung über den Eventualantrag von Vroni Straub-Müller.

**Bereinigung der Höchstzahlen**

*Bst. a, Kindergarten*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge vorliegen: Höchstzahl 22 oder 24.

➔ Der Rat legt mit 45 zu 23 Stimmen für den Kindergarten die Höchstzahl 24 fest.

*Bst. b, Primarschule*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass vier Anträge vorliegen: Höchstzahl 26, 22, 24 oder 30. In den folgenden Mehrfachabstimmungen hat jedes Ratsmitglied je *eine* Stimme.

Die Vierfachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Höchstzahl 26: 26 Stimmen
• Höchstzahl 22: 16 Stimmen
• Höchstzahl 24: 28 Stimmen
• Höchstzahl 30: 2 Stimmen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag das absolute Mehr erreicht hat. In der folgenden Abstimmung geht es darum, welcher von den zwei Anträgen mit den schlechtesten Resultaten (also Höchstzahl 22 und 30) im Rennen bleibt.

➔ Der Rat beschliesst mit 46 zu 19 Stimmen, die Höchstzahl 22 im Rennen zu belassen.

Die daraus resultierende Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Höchstzahl 26: 26 Stimmen
• Höchstzahl 24: 31 Stimmen
• Höchstzahl 22: 16 Stimmen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch in der Dreifachabstimmung kein Antrag das absolute Mehr erreicht hat, In der folgenden vierten Abstimmung beschliesst der Rat wieder, welcher von den zwei Anträgen mit den schlechtesten Resultaten (also Höchstzahl 26 und 22) im Rennen bleibt.

➔ Der Rat beschliesst mit 52 zu 19 Stimmen, die Höchstzahl 26 weiterhin im Rennen zu belassen.

➔ In der abschliessenden Abstimmung legt der Rat mit 47 zu 26 Stimmen für die Primarschule die Höchstzahl 24 fest.

*Bst. c bis Bst. f*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge vorliegen, die vom jeweiligen Ergebnis der ersten Lesung abweichen. Es sind also keine Abstimmungen erforderlich.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Bst. g, Realschule*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge vorliegen: Höchstzahl 22 oder 24.

**Zari Dzaferi** macht beliebt, die Höchstzahl für die Real- und die Sekundarschule bei 22 zu belassen. Er hat sich in den letzten Wochen viele Gedanken dazu gemacht, und er hat keine schlüssige Begründung für eine Erhöhung der Höchstzahlen für die Real- und die Sekundarschule gefunden. In der Sekundarschule ist es allenfalls denkbar, eine Klasse mit 24 Jugendlichen zu führen – wenn alle Jugendlichen etwa gleich leistungsstark, gleich lernwillig und gleich selbständig sind. Sobald aber jemand aus der Reihe tanzt und die Leistungen oder das Lerntempo in der Klasse auseinanderdriften, wird es schwierig. Und wenn in einer Klasse von 24 Jugendlichen jeder an einem individuellen Plan arbeiten muss, wird es praktisch unmölich – erst recht dann, wenn im Alter von vierzehn, fünfzehn Jahren die Pu-

bertät einschlägt. Als Klassenlehrer einer 2. Sekundarklasse, in welcher die Pubertät gerade Hochkonjunktur hat, weiss der Votant, wovon er spricht.
Bildungsdirektor Stephan Schleiss sagte, dass sich zwischen einer Klassengrösse von 15 oder 25 Schülern kaum ein Unterschied feststellen liesse. Das mag stimmen, wenn – wie früher – alle Schüler in Frontalunterricht beschult werden. Es kommt tatsächlich darauf an, in welchem Schulsystem und mit welchen Ansprüchen man unterrichtet. Wenn fast jedes Kind einem anderen Lernprogramm folgt, sieht die Sache nämlich anders aus. Ob man in der gleichen Unterrichtszeit 15 oder 24 Schüler gemäss «Beurteilen und Fördern» beobachten und beurteilen muss, macht einen grossen Unterschied aus. Seit der Festlegung der Höchstzahl 22 im Jahr 1991 hat sich das Schulwesen ohnehin markant verändert, am stärksten – wie bereits gesagt – seit 2008 mit dem Rückzug der IV aus der Finanzierung der Sonderschulen. Die Klassen wurden selbst in der Sekundarschule heterogener, wo ebenfalls Sonderbeschulung durchgeführt wird. Die Zeugnisse wurden aussagekräftiger, die Übertrittsgespräche umfangreicher – und der administrative Aufwand keineswegs geringer. Der Votant bezweifelt, dass die Qualitätsansprüche und Herausforderungen, die in den letzten 25 Jahren durch die Politik und die Gesellschaft an die Schule herangetragen wurden, mit einer Klasse von 24 Schülern noch zu meistern sind, dies selbst in einer gut funktionierenden Sekundarklasse. Es klappt vielleicht während einer kurzen Zeitspanne, aber nicht während eines ganzen, dreijährigen Klassenzugs.
Noch ferner von der Realität ist der Antrag von Silvia Thalmann auf eine Höchstzahl 24 für die Realschule, in die praktisch überall im Kanton die Werkschule integriert wurde und die damit zu einem Sammelbecken der zu fördernden, zu integrierenden und speziell zu beschulenden Jugendlichen verkommen ist. Sogar der Regierungsrat schrieb dazu: «Realklassen sind häufig eine Mischung von unterschiedlich motivierten und unterschiedlich leistungsfähigen Jugendlichen aus sehr unterschiedlichen Kulturkreisen. Dies stellt hohe Anforderungen an die Lehrperson, die in der grossen Heterogenität der Schülerpopulation unterrichten, Jugendliche individuell betreuen und sie zur geeigneten Berufswahl führen muss.» Der Schluss liegt nahe, dass ein erfolgreiches Unterrichten ganz besonders in Realklassen auch durch die Klassengrösse beeinflusst werden kann.
Jene, die höhere Höchstzahlen befürworten, begründen dies stets damit, dass sie den Gemeinden mehr Spielraum lassen möchten. Sie sollen doch ehrlich sein und gleich zugeben, dass sie bewusst grössere Klassen in Kauf nehmen oder sogar wünschen. Sie sollen dann aber auch dafür geradestehen, wenn die Qualität in den öffentlichen Schulen sinkt. Die Regierung hat kürzlich ihr Entlastungspaket vorgestellt, das vorsieht, den Gemeinden insgesamt 24 Millionen Franken mehr aufzubürden. Auch wenn es am Ende vielleicht etwas weniger ist, liegt es doch auf der Hand, dass die Gemeinden in naher Zukunft an den Klassengrössen herumschrauben werden. Wenn der Rat eine Höchstzahl 24 befürwortet, sendet er auch das Signal aus, dass er bereit ist, Qualitätseinbussen an den öffentlichen Schulen hinzunehmen. Wem die Qualität der öffentlichen Schule am Herzen liegt, belässt deshalb die Höchstzahl bei 22, also beim 1991 festgelegten Wert. Diese Höchstzahl zu erreichen, ist nämlich aus pädagogischen und organisatorischen Gründen anspruchsvoll genug.
Sollte die Höchstzahl für die Real- und Sekundarschule auf 24 erhöht werden, behält sich die SP-Fraktion einen Antrag auf ein Behördenreferendum vor. Die Schule ist ein bedeutender Teil der Gesellschaft, und das Volk soll die Möglichkeit haben, über eine Erhöhung der Höchstzahl zu befinden.

➔ Der Rat legt mit 48 zu 27 Stimmen für die Realschule die Höchstzahl 24 fest.

*Bst. h, Sekundarschule*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge vorliegen: Höchstzahl 22 oder 24.

➔ Der Rat legt mit 47 zu 26 Stimmen für die Sekundarschule die Höchstzahl 24 fest.

*Bst. i, Grund- oder Basisstufe*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass vier Anträge vorliegen: Höchstzahl 26, 22, 24 oder 30. In den folgenden Mehrfachabstimmungen hat jedes Ratsmitglied je *eine* Stimme.

Die einzelnen Anträge erzielen in der Vierfachabstimmung die folgenden Resultate:
• Höchstzahl 26: 35 Stimmen
• Höchstzahl 22: 17 Stimmen
• Höchstzahl 24: 18 Stimmen
• Höchstzahl 30: 2 Stimmen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keiner der Anträge das absolute Mehr erreicht hat. In der folgenden Abstimmung beschliesst der Rat, welcher von den zwei Anträgen mit den schlechtesten Resultaten (also Höchstzahl 22 und 30) weiter im Rennen bleibt.

➔ Der Rat beschliesst mit 34 zu 31 Stimmen, die Höchstzahl 30 im Rennen zu belassen.

Die daraus resultierende Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Höchstzahl 26: 42 Stimmen
• Höchstzahl 24: 31 Stimmen
• Höchstzahl 30: 0 Stimmen

➔ Bei einem absoluten Mehr von 37 Stimmen legt der Rat mit 42 Stimmen für die Grund- oder Basisstufe die Höchstzahl 26 fest.

**Bereinigung der Richtzahlen**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für die Bst. a bis h jeweils übereinstimmende Anträge der SP-Fraktion und von Anna Bieri und weiteren Kantonsratsmitgliedern vorliegen, die vom Ergebnis der ersten Lesung abweichen.

*Bst. a, Kindergarten*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragte Richtzahl 18.

*Bst. b, Primarschule*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion zusätzlich beantragt, die Richtzahl für die Primarschule nicht auf 18, sondern auf 22 festzusetzen.

➔ Der Rat spricht sich mit 45 zu 24 Stimmen für die Richtzahl 18 aus.

*Bst. c, Kleinklassen für nur teilweise schulbereite Kinder*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragte Richtzahl 10.

*Bst. d, Kleinklasse für besondere Förderung*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragte Richtzahl 10.

*Bst. e, Textiles Werken und Hauswirtschaft*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragte Richtzahl 10.

*Bst. f, Werkschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragte Richtzahl 10.

*Bst. g, Realschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragte Richtzahl 18.

*Bst. h, Sekundarschule*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die beantragte Richtzahl 18.

*Bst. i, Grund- oder Basisstufe*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge vorliegen: Richtzahl 20 oder 22.

➔ Der Rat stimmt mit 56 zu 16 Stimmen für die Richtzahl 22.

**Grundsatzfrage: Höchstzahlen *und* Richtzahlen?**

➔ Der Rat beschliesst mit 43 zu 31 Stimmen, sowohl die Höchstzahlen als auch die Richtzahlen ins Gesetz aufzunehmen.

**Eventualantrag von Vroni Straub-Müller**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat die Richtzahlen im Gesetz belassen hat und damit der Eventualantrag von Vroni Straub-Müller hinfällig wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 66 zu 5 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatskanzlei den Gesetzestext zusammen mit der Direktion für Bildung und Kultur nachführen wird.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor, nämlich die Motion der vorberatenden Kommission zum Integrationsgesetz betreffend obligatorische sprachliche Frühförderung vom 30. November 2012 (Vorlage 2202.1). Der Regierungsrat beantragt, die Motion teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen ebenfalls, die Motion als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend teilerheblich und schreibt sie als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**108 Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252): 2. Lesung**

Vorlage: 2450.3 - 14884 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 66 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**109 Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket**

Vorlagen: 2424.1/1a - 14742 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2424.2 - 14743 (Antrag des Regierungsrats); 2424.3/3a/3b - 14853 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2424.4 - 14892 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Eintreten und Zustimmung mit Änderungen beantragt. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit den Änderungen gemäss den Anträgen der vorberatenden Kommission.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Alois Gössi** teilt mit, dass die vorberatende Kommission die Vorlage an zwei halbtätigen Sitzungen beraten hat. Wie dem Kommissionsbericht zu entnehmen ist, war Eintreten unbestritten. Es geht in der Vorlage vor allem – aber nicht nur – um die Umsetzung von bundesrechtlichen Vorgaben im Steuerbereich, etwa die Besteuerung von Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeteiligungen, die Steuerbefreiung des Feuerwehrsolds, die Besteuerung von Lotteriegewinnen etc. Des Weiteren geht es um die Umsetzung von Gerichtsentscheiden zu strittigen Punkten, etwa der Besteuerung von ausserkantonalen Liegenschaftshändlern oder der Vermögensbesteuerung rückkaufsfähiger Rentenversicherungen nach dem Beginn der Rentenlaufzeit. Und als Letztes geht es um die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen:

- Fristverlängerung für die FDP-Motion zur Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer und der Umsetzung in derjenigen Steuergesetzrevision, in welcher die Unternehmenssteuerreform III ins kantonale Recht überführt wird;
- Teilerheblicherklärung der SVP-Motion zur Einführung einer Lizenz-/Patentbox sowie Zinsbox und der Umsetzung in derjenigen Steuergesetzrevision, in welcher die Unternehmenssteuerreform III ins kantonale Recht überführt wird;
- CVP-Motion zum Eigenmietwertabzug, die in der Kommission jedoch als einfacher Antrag behandelt wurde.

Als Folge der Beschlüsse der vorberatenden Kommission ist mit Steuerausfällen beim Kanton von rund 0,4 Millionen Franken im Jahr 2016, von 0,5 Millionen Franken im Jahre 2017 und von rund 0,9 Millionen Franken in den Jahren 2019–2021 zu rechnen. Ohne die Gutheissung der CVP-Motion käme es in den nächsten Jahren lediglich zu Mindereinnahmen von je rund 100'000 Franken.

Sehr umstritten war in der Kommission die Höhe des steuerbefreiten Betrags beim Feuerwehrsold. Zur Debatte standen 5000 oder 10'000 Franken, wobei letztendlich mit knapper Mehrheit dem Vorschlag des Regierungsrats für eine Begrenzung auf 5000 Franken gefolgt wurde. Ebenfalls mit einer sehr knappen Mehrheit folgte die Kommission dem Antrag, die Steuerbefreiung für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten bei 12'000 Franken zu begrenzen, dies entgegen der Forderung nach einem Abzug von 20'000 Franken.

Relativ klar wurde der CVP-Motion zugestimmt, die forderte, dass der Eigenmietwertabzug auch bei Liegenschaften gewährt werden soll, die den steuerpflichtigen Personen aufgrund eines unentgeltlichen Nutzungsrechts für den Eigengebrauch zur Verfügung stehen. Ebenso klar lehnte die Kommission die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ab. Neu muss der Mindestbetrag für das steuerbare Einkommen bei der Pauschalbesteuerung definiert werden. Hier folgte die Kommission nicht dem Antrag des Regierungsrats, diese Kompetenz dem Regierungsrat zu überlassen, obwohl dieser zusagte, den betreffenden Betrag in der Verordnung auf 588'000 Franken zu erhöhen. Vielmehr wollte die Kommission diesen Betrag im Steuergesetz festlegen, dies auf einer Höhe von 420'000 Franken.

Wie bereits gehört, beantragt die vorberatende Kommission Eintreten auf die Vorlage.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission: Die Staatswirtschaftskommission hat das fünfte Revisionspaket des Zuger Steuergesetzes an ihrer Sitzung vom 4. März 2015 beraten. Eintreten war unbestritten. Obwohl das Entlastungsprogramm im Raum steht, unterstützt die Stawiko die Forderungen der vorberatenden Kommission bei § 14 Abs. 3 Bst. a bezüglich Festsetzung der Mindestbemessungsgrundlage bei der Aufwandbesteuerung sowie bei § 20 bezüg-

lich Eigenmietwertabzug bei unentgeltlicher Nutzniessung. Die Beweggründe seine kurz dargelegt:

• Die Festsetzung der bisherigen Mindestbemessungsgrundlage zur Pauschalbesteuerung führt nicht effektiv zu Mindereinnahmen gegenüber heute, sondern lediglich gegenüber den in der Vorlage prognostizierten Zahlen. Der Status quo wird mit der Version der Kommission also beibehalten. Die zusätzlichen Erträge gemäss Vorlage der Regierung sind für die nächsten vier Jahre mit rund 30'000 Franken pro Jahr und ab 2021 mit 450'000 Franken pro Jahr sehr bescheiden. Der Gestaltungsspielraum im kantonalen Steuergesetz wird durch die Bundesgesetzgebung immer enger. Der Druck auf den Wirtschaftsstandort Zug ist enorm, und entsprechend gross ist deshalb die Unsicherheit für die Zukunft. Die Stawiko gewichtet das positive Signal, welches mit diesem Entscheid gegenüber der Wirtschaft und den ausländischen Personen ausgesandt wird, höher als allfällige Mehreinnahmen. Sie erachtet es als ihre Pflicht, dort, wo es noch möglich ist, nicht vorauseilenden Gehorsam zu üben und die Möglichkeiten zur Verbesserung der Standortattraktivität auszuschöpfen.

• Der andere Punkt, der etwas kostet, betrifft die Korrektur eines steuersystematischen Fehlers. Dieser kam im Rahmen der Bundeserbschaftssteuerinitiative zu Tage. Steuerpflichtige tappten in die Nutzniessungsfalle, weil sie ihre Liegenschaften noch vor dem 1. Januar 2012 ihren Kindern verschenkten und mit der Nutzniessung belasteten. Was im Kommissionsbericht etwas tendenziös als «Übertragungsboom gut situierter Eltern an ihre minderjährigen Kinder» dargestellt wurde, sind in Wirklichkeit lediglich einige wenige Fälle, deren Mehrheit sich in eher bescheidenem Rahmen bewegt. Man hatte Angst davor, dass der Fiskus das hart erarbeitete Vermögen eines Tages einziehen könnte. Beim Eigenmietwert handelt es sich zudem um ein fiktives Einkommen. Der Eigenmietwertabzug wurde seinerzeit eingeführt, weil man selbst bewohntes Eigentum fördern wollte, und das unabhängig davon, ob eine erbrechtliche Verfügung vorgenommen wurde oder nicht. Die Stawiko ist der Überzeugung, dass es der Staatshaushalt nicht nötig hat, durch einen systemischen Fehler zu Mehreinnahmen von rund 400'000 Franken pro Jahr zu kommen, denn die Stawiko will ein gerechtes Steuersystem. Die Verdoppelung der Beträge in der Finanztabelle ab 2018 ist für die Stawiko nach wie vor nicht nachvollziehbar; vielleicht kann der Finanzdirektor diese Frage heute noch beantworten.

Die Stawiko lehnt die Erhöhung der Steuerbefreiung für Milizfeuerwehrleute ab. Unbestritten ist, dass die Milizfeuerwehrleute Anerkennung verdienen, weshalb neu ein Freibetrag von 5000 Franken pro Jahr im Gesetz verankert wird. Die grosse Wertschätzung gegenüber freiwilligen, aber auch ehrenamtlich tätigen Menschen kann man aber nicht via Steuergesetzgebung zum Ausdruck bringen.

Ebenso ist die Staatswirtschaftskommission mit 4 zu 3 Stimmen der Meinung, dass auf die Erhöhung des Freibetrages für die berufsorientierte Aus- und Weiterbildung verzichtet werden soll. Wie bei der vorberatenden Kommission ist das Abstimmungsergebnis allerdings knapp ausgefallen. Dies zeigt, dass die Kommission es sich in dieser bildungspolitischen Frage nicht leicht gemacht hat. Man muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass der Abzug von 12'000 Franken pro Jahr in den meisten Fällen ausreicht.

Die Staatswirtschaftskommission stimmt der gesamten Vorlage mit den Änderungen der vorberatenden Kommission zu. Ebenso unterstützt sie die Fristverlängerung zur Umsetzung der erheblich erklärten Motion der FDP-Fraktion sowie die Teilerheblicherklärung der Motion der SVP-Fraktion zur Einführung einer Lizenzbox, damit diese Frage später im Rahmen der Umsetzung der USR III bearbeitet werden kann. Die Stawiko beantragt zudem, die Motion der CVP-Fraktion betref-

fend Gewährung des Eigenmietwertabzugs bei Liegenschaften mit Nutzniessung erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Hans Christen** spricht für die FDP-Fraktion. Nach dem kompetenten Votum der Stawiko-Präsidentin kann er sich kurz fassen. Die fünfte Steuergesetzrevision behandelt u. a. Gesetzesvorgaben des Bundes, die im kantonalen Steuerrecht umzusetzen sind. Die Vorlage des Regierungsrats, der Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission sowie der Bericht der Staatwirtschaftskommission wurden in der FDP-Fraktion intensiv diskutiert, wobei die Meinungen zu den verschiedenen Anträgen teilweise divergierten. Die vorliegenden Unterlagen sind sehr umfangreich; man wird sehr gut informiert und dokumentiert. Sicher werden einzelne Anträge im Kantonsrat Diskussionen auslösen, die geführt werden wollen. Grundsätzlich aber kann der Kantonsrat teilweise nur kosmetische Änderungen vornehmen, da – wie erwähnt – auch Bundesgesetze umzusetzen sind. Der Votant will aus diesem Grund nicht näher auf die einzelnen Anträge eingehen.
Die finanziellen Auswirkungen für die Jahre 2016–2021 werden für den Kanton und die Gemeinden moderat ausfallen und werden sicher zu verkraften sein. Die FDP-Fraktion empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten.

**Stefan Gisler** spricht für die ALG. Gestern präsentierte Finanzdirektor Peter Hegglin eine negative Staatsrechnung 2014: 139 Millionen Franken Defizit, 70 Millionen Franken schlechter als budgetiert. Die Steuererträge blieben um 88 Millionen Franken unter dem Budget, und die absoluten Erträge nahmen 2014 im Vergleich zu 2013 um 100 Millionen Franken ab. Der Votant will heute nicht die Debatte zur Staatsrechnung 2014 führen. Er ersucht aber jedes einzelne Ratsmitglied, sich in der heutigen Beratung der Steuergesetzrevision diese Rechnung 2014 und besonders den Rückgang der Steuererträge vor Augen zu halten. Der Kantonsrat darf heute – auch wenn die Stawiko-Präsidentin das gefordert hat – keine weiteren Steuersenkungen beschliessen, dies auch unter dem Aspekt des geplanten «Belastungs- und Sparpakets» von über 100 Millionen Franken jährlich. Es gilt Sorge zu tragen zum Zuger Staatshaushalt. Weitere für den Standort Zug völlig unnötige Steuersenkungen würden diesen noch mehr destabilisieren.
Die ALG wird in der Detailberatung zu den wichtigsten Paragraphen sprechen. In Kürze ihre Standpunkte:
• Sie unterstützt in der Bereinigung von § 14 die Regierung, welche die Mindestbemessung für die Pauschalbesteuerung in ihrer Kompetenz behalten will. Die ALG wird danach aber einen Antrag auf Streichung von § 14 stellen – also für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zug plädieren
• Auch bei § 20 stützt die ALG die Regierung und lehnt den Antrag ab, den Einschlag von 40 Prozent beim Mietwert auch bei unentgeltlichem Nutzungsrecht zu gewähren. Das ergäbe gemäss Regierung Steuerausfälle bei Kanton und Gemeinden von 1,4 Millionen Franken, und profitieren würden vor allem Begüterte.
• Bei § 23 bittet die ALG, den vorberatenden Kommissionen und der Regierung zu folgen und die Grenze für steuerfreie Einkünfte bei Feuerwehrleuten wie beim Bund auf 5000 Franken festzusetzen.
• Bei § 30 folgt die ALG ebenfalls den Kommissionen und der Regierung. Der Freibetrag bei Aus- und Weiterbildungen soll bei 12'000 Franken bleiben.
• Über die Unternehmenssteuerreform III wurde im Rat erst kürzlich ausführlich debattiert; die Haltung der ALG dazu ist im Protokoll festgehalten. Die ALG folgt bei der bereits erheblich erklärten FDP-Motion dem Ersuchen der Kommission auf Fristverlängerung. Bei der SVP-Motion hingegen stellt sie einen Antrag auf Nichterheblicherklärung. Unabhängig von der Ausgestaltung der USR III des Bundes

hält die ALG die Einführung von neuen Steuerumgehungsvehikeln, wie dies Lizenz- oder Patentboxen sind, für falsch.

**Barbara Gysel** hält als Sprecherin der SP-Fraktion fest, dass der Rat sich wieder mal zur «Mutter aller heiligen Kühe», zum Zuger Steuergesetz, begibt. Allerdings sind – wie schon erwähnt – die finanziellen Auswirkungen der vorliegenden Revision überschaubar, wenn auch nicht unwichtig. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.
In der Ausgangslage zeigt die Regierung auf, dass aus den letzten vier Steuergesetzrevisionen rund 105 Millionen Franken Mindereinnahmen resultieren. Davon fiel mit vier Fünfteln der Bärenanteil bei den Gemeinden an. Mindereinnahmen kommen grundsätzlich vielfältig zustande: entweder durch schwer beeinflussbare externe Faktoren oder eben als bewusste interne Entscheide. Wenn beispielsweise bestimmte Abzüge Nichtreichen oder Familien zu Gute kommen, resultiert daraus eine steuerliche Mindereinnahme, die sozialpolitisch explizit gewünscht ist. Eine andere Kategorie hingegen sind Steuersenkungen aus standortpolitischen Gründen – und die linke Kritik in dieser Hinsicht ist bestens bekannt. Um diese Analyse und die steuerpolitische Ausgangslage auch für die Zukunft noch besser verstehen zu können, hat die SP jüngst eine entsprechende Interpellation eingereicht.
Um Mehreinnahmen für den Kanton Zug könnte es hingegen bei der Unternehmenssteuerreform III gehen, bedingt durch die Abschaffung der heutigen kantonalen Steuerprivilegien für Holding-, Domizil- und Gemischte Gesellschaften. Diese Steuerstatus stossen bei der EU und der OECD zunehmend auf Kritik, da sie erhebliche Vorteile für Erträge aus dem Ausland ermöglicht (sogenanntes *Ringfencing*). Die USR III ist heute aber höchstens indirekt ein Thema, wobei die SP-Fraktion die Fristverlängerung für die bereits erwähnte FDP-Motion unterstützt. Sie möchte aber doch dringend daran gemahnen, dass die Regierung im Kontext des grossen Sparpakets die Einnahmensteigerung und die Steuern noch umfassender – statt nur partiell – und motivierter und vertiefter unter die Lupe nimmt. Liebe Regierung, seien Sie in dieser Hinsicht etwas mutiger! Es ist ein wohl unbeliebtes, aber doch notwendiges Gebot der Stunde – dies auch im Sinne eines Apells für die heutige Diskussion über die CVP-Motion.
Um die Einschätzung der Ausgangslage und um entsprechende finanzielle Perspektiven geht es aber auch ganz konkret im vorliegenden Geschäft; zu verweisen ist auf die Ausführungen im Bericht der vorberatenden Kommission. Dort heisst es auf Seite 3: «Gemäss einem Bericht von BAK Basel sehen die finanziellen Perspektiven des Kantons Zug, ohne Einbezug des Entlastungsprogramms 2015–2018, wie folgt aus» – und in der entsprechenden Abbildung läuft die Linie zum betrieblichen Aufwand steil nach oben. Ganz anders liess sich das private Beratungsunternehmen BAK Basel vor einigen Jahren vernehmen: In der Finanzstrategie 2012–2020 des Kantons Zug, datiert vom 29. März 2011, heisst es auf Seite 2 vielversprechend: «Die letzten beiden Finanzpläne (2010–2013 und 2011–2014) zeigen jeweils Aufwandüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe über die ganzen Planperioden, während BAK Basel keine strukturelle Gefahr für den Finanzhaushalt des Kantons Zug erkennt.» Hätte die Regierung damals den Befunden von BAK Basel vollen Glauben geschenkt, hätte der Kanton Zug heute wohl ein noch viel grösseres Problem. Die SP-Fraktion fordert die Regierung daher auf, solche Beratungsaufträge explizit zu überdenken. Sonst heisst es wohl bald nicht mehr: «Houston, wir haben ein Problem», sondern «Hegglin, wir haben ein Problem.»
Spätestens angesichts der Finanzmarktkrise, die 2007 begann, den grossen Rettungsaktionen für Banken und in jüngerer Vergangenheit angesichts der laufenden Sparpakete hat sich in der Bevölkerung die Stimmungslage verändert, gerade auch in steuerlichen Belangen. Viele sind nicht mehr bereit, die Steuerpolitik ausschliess-

lich am Kriterium der ökonomischen Effizienz auszurichten. Es geht um eine effektiv gerechte Verteilung und um den Lastenausgleich. Die SP-Fraktion unterstützt auf diesem Hintergrund denn auch den Antrag auf Abschaffung der Pauschalbesteuerung in § 14. Natürlich ist die Zahl der Pauschalbesteuerten im Kanton Zug mit 102 relativ klein, umso mehr aber kann diese Form der Besteuerung abgeschafft werden. Diese Haltung der SP ist nicht als Trotzreaktion auf die letzte nationale Abstimmung zu werten. Allerdings wurde gerade im Vorfeld des eidgenössischen Urnengangs die steuerpolitische Hoheit der Kantone betont – und damit wäre es nun am Kantonsrat, diese Spezialbesteuerung bachab zu schicken.
Es ist aber anzunehmen, dass § 23 mit der Steuerbefreiung des Feuerwehrsolds für weitaus mehr Emotionen sorgen könnte. Die SP-Fraktion wird sich einstimmig für 5000 Franken aussprechen. Bei § 23 betreffend Aus- und Weiterbildungsabzüge wünscht die SP ebenfalls einen «Deckel» und wird sich für einen Abzug von maximal 12'000 Franken aussprechen. Die Umsetzung der CVP-Motion in § 20 findet bei der SP-Fraktion keine Unterstützung. Sie lehnt den entsprechenden Antrag ab, weil sie ihn als unnötige Privilegierung erachtet und er zu unnötigen Mindereinnahmen führt.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass bei der CVP-Fraktion Eintreten unbestritten war. Das vorliegende Massnahmenpaket enthält sehr viele Themenbereiche, welche aufgrund von Bundesgesetzänderungen oder Gerichtsentscheiden anfallen. Die Brisanz beschränkt sich auf vier Bereiche, wobei sich die CVP jeweils den deckungsgleichen Anträgen der vorberatenden Kommission und der Stawiko anschliessen wird. Bezüglich Besteuerung nach Aufwand ist die CVP der Meinung, dass man den Mindestbetrag nicht von heute 420'000 Franken auf 588'000 Franken anheben sollte, wie es der Regierungsrat vorsieht; sie ist deshalb auch der Meinung, dass man diesen Mindestbetrag ins Gesetz schreiben sollte, allerdings nicht den vom Bund vorgesehenen Betrag von 400'000 Franken, sondern unverändert 420'000 Franken. Die CVP ist klar der Meinung, dass man sich hier auch nicht dem – nationalen und internationalen – Wettbewerb verschliessen soll.
Nicht erstaunlich ist, dass die CVP-Fraktion den Antrag auf Gewährung des Eigenmietwertabzugs auch für steuerpflichtige Personen, die aufgrund eines Nutzungsrechts unentgeltlich in einer Liegenschaft wohnen, unterstützt. Bei der Höhe des steuerbefreiten Feuerwehrsolds wird die CVP den Antrag des Regierungsrats auf 5000 Franken unterstützen, ebenso den Antrag auf einen Abzug von 12'000 Franken bei den Aus- und Weiterbildungskosten. Die CVP erachtet es auch als sinnvoll, die parlamentarischen Vorstösse der FDP und der SVP nicht in diesem Paket zu behandeln, sondern in Zusammenhang mit der Umsetzung der USR III.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Sie wird aber verschiedentlich anders stimmen, als von der Stawiko und der vorberatenden Kommission empfohlen. Bei der Frage des Mindesteinkommens für eine Pauschalbesteuerung unterstützt sie wie die CVP die bisherige Regelung, also 420'000 Franken. Zur Frage der Steuerbefreiung des Feuerwehrsolds wird Karl Nussbaumer namens der SVP-Fraktion den Antrag stellen, den Abzug von 5000 auf 10'000 Franken zu erhöhen. Die Feuerwehrleute sollen für die Arbeit, bei der es oft um existenzielle Krisen und Gefahren geht und die sie zu allen Stunden und Unstunden und zugunsten aller leisten, die entsprechende Wertschätzung erhalten, auch in Form eines höheren Abzugs. Die SVP hätte sich sogar vorstellen können, noch höher zu gehen, hat sich nun aber auf 10'000 Franken beschränkt.
Bei den Aus- und Weiterbildungskosten wird die SVP-Fraktion einen Abzug von 20'000 statt 12'000 Franken vorschlagen. Ausbildungen können heute sehr schnell

viel mehr als 12'000 Franken pro Jahr kosten, weshalb ein höherer Abzug aus Sicht der SVP gerechtfertigt ist. Letztendlich handelt es sich ja um Geld, das via Schulen und Weiterbildungsanbieter wieder in den Wirtschaftskreislauf fliesst. Beim Eigenmietwert bei unentgeltlicher Nutzniessung liegt die SVP auf der Linie der CVP, nicht weil sie die CVP besonders sympathisch findet, sondern weil sie deren Vorschlag sachlich richtig findet.
Hinsichtlich ihrer Motion betreffend Lizenzbox ist die SVP-Fraktion der Ansicht, dass die Motion teilerheblich erklärt werden sollte, wie es die Regierung beantragt. Es ist hier zu betonen, dass es sich tatsächlich um eine Motion der SVP-Fraktion handelt, nicht um einen Vorstoss aus dem Kreis jener Personen, welche normalerweise in den Gremien der Wirtschaftsverbände sitzen.
Von der SP und der Stawiko war zu hören, wie gross der Druck auf den Kanton Zug von Seiten der OECD und der EU ist. Die SVP möchte in diesem Zusammenhang beliebt machen, ihre vor einigen Tagen zuhanden der Bundesversammlung eingereichte Standesinitiative zu unterstützen, welche zum Ziel hat, den Staatsvertrag betreffend die Mitgliedschaft in der OECD zu kündigen. Die OECD hat keinen besonderen Status gemäss der schweizerischen Bundesverfassung, und trotzdem hühnern alle herum, sobald die OECD ein bisschen gehustet hat.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt der vorberatenden Kommission und der Staatswirtschaftskommission für die gute Aufnahme und die zügige Beratung der Vorlage und dem Rat für die grundsätzliche Zustimmung zum Eintreten. Zu den strittigen Punkten, insbesondere zum Eigenmietwertabzug bei unentgeltlichem Nutzungsrecht sowie zur Steuerbefreiung des Feuerwehrsolds und der Aus- und Weiterbildungskosten wird er in der Detailberatung ausführlich Stellung nehmen.
Als der Regierungsrat diese Vorlage zu erarbeiten begann, stand er in einem völlig anderen Umfeld als bei der Erarbeitung der vier vorgängigen Steuergesetzrevisionen. Um die Dimensionen aufzuzeigen: In den vier vorgängigen Revisionen wurden die natürlichen Personen um 70 Millionen Franken und die juristischen Personen um 35 Millionen Franken entlastet, insgesamt betrug die Entlastung also 105 Millionen Franken. Und es ist korrekt, was Barbara Gysel sagte: Wäre man den Prognosen von Wirtschaftsinstituten gefolgt – auch in Anbetracht der guten Jahresergebnisse mit hohen Überschüssen –, hätte man mit den Steuersenkungen wesentlich weiter gehen können. Der Finanzdirektor ist froh, dass man in jenen Jahren vernünftig geblieben ist und nur massvolle Anpassungen vorgenommen hat.
Heute präsentiert sich die Situation anders: Das Jahresergebnis zeigt tiefrote Zahlen, und ein Entlastungsprogramm ist in Arbeit. Für Letzteres geht der Regierungsrat von einer Opfersymmetrie aus, und er versucht bei allen Aufwandpositionen, Wünschbares vom Notwendigen zu trennen, sei es bei den Investitionen, bei neuen Stellen etc. Auch bei der vorliegenden Steuergesetzrevision galt die Devise, nur das umzusetzen, was vom Bund vorgegeben ist, und keine weiteren Steuerermässigungen vorzunehmen. Weitere Steuerermässigungen sind erst dann wieder in Erwägung zu ziehen, wenn sich das Entlastungsprogramm weiter konkretisiert hat und die Rahmenbedingungen der Unternehmenssteuerreform III besser bekannt sind. Beides ist aktuell noch nicht der Fall. Für die USR III wird der Bundesrat heute die Eckwerte der Vorlage kommunizieren; im Sommer geht die Vorlage dann in den Ständerat, und bereits im November soll der Nationalrat darüber beraten. Es soll also in einem sehr schnellen Tempo vorwärtsgehen. Auf diesem Hintergrund empfiehlt der Regierungsrat, ebenfalls dem erwähnten Grundsatz zu folgen und heute keine weiteren Steuerermässigungen vorzunehmen.
Die höheren Steuerausfälle in Zusammenhang mit dem Eigenmietwert bzw. die Veränderung vom Jahr 2017 auf das Jahr 2018 haben damit zu tun, dass die

Steuergesetzvorlage per 1. Januar 2016 in Kraft tritt. Die Steuererklärung für 2016 wird 2017 eingereicht, die Veranlagung erfolgt ebenfalls 2017, und die Massnahme entfaltet ihre volle Wirkung erst 2018. Im Übrigen glaubt der Finanzdirektor nicht, dass beim Eigenmietwert ein systemischer Fehler vorliegt. Man hat die geltende Regelung damals bewusst eingeführt, weil man Wohneigentum fördern wollte. Sie wurde zweimal durch Verwaltungsgerichtsentscheide gestützt, es ist also korrekt, bei Nutzniessung den Einschlag beim Eigenmietwert nicht zu gewähren. Ein Einschlag bei Nutzniessung wäre insofern auch nicht gerecht, als man seine Altersvorsorge – und darum geht es bei der Nutzniessung – auch auf andere Art, etwa mit Aktien oder anderen Kapitalanlagen absichern kann. Deren Ertrag ist aber auch nicht steuerbegünstigt, ausser bei spezifischen Vorsorgeinstrumenten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgesetzt.

**Protokoll des Kantonsrats**

7. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 2. April 2015 (Nachmittag)
Zeit: 13.30 – 16.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil
bzw. Kantonsratsvizepräsident Thomas Lötscher, Neuheim

**Protokoll**
Beat Dittli

**110 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jolanda Spiess-Hegglin, Zug; Beat Wyss, Oberägeri; Zari Dzaferi, Baar.

**111 Mitteilung**

Kantonsratspräsident Moritz Schmid teilt mit, dass er die Sitzung nach 16.00 Uhr verlassen muss und Kantonsratsvizepräsident Thomas Lötscher an seiner Stelle den Vorsitz übernehmen wird.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**112** Traktandum 3.1: **Motion von Adrian Andermatt und Daniel Thomas Burch betreffend Geschäftsordnung des Kantonsrats/Präzisierung der Visitationen durch die Justizprüfungskommission (§ 19 Abs. 4) vom 15. Februar 2015 (Vorlage 2481.1)**

**Philip C. Brunner** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Die Geschäftsordnung des Kantonsrats wurde erst vor kurzer Zeit überarbeitet, die vorberatende Kommission suchte in insgesamt neun Sitzungen nach guten Lösungen. Es wurde auch von Seiten der Kommission darauf aufmerksam gemacht, dass der Aufwand der Justizprüfungskommission nun viel grösser werde; allerdings werden die Visitationen neu von mehr Personen, nämlich auch durch Mitglieder der erweiterten JPK, durchgeführt. Das gilt es zu akzeptieren und umzusetzen. Schon jetzt, wenige Wochen nach Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung, eine Motion einzureichen, welche § 19 bereits wieder abändern will, ist nach Ansicht der SVP-Fraktion unseriös. Richtig wäre es, die JPK mindestens eine Legislatur lang Erfahrungen sammeln zu lassen; wenn nötig, kann *dann* ein

entsprechender Vorstoss eingereicht werden. Bevor aber wirkliche Erfahrungen und Erkenntnisse vorliegen, macht es wenig Sinn, die Geschäftsordnung in diesem Punkt schon wieder zu ändern. Die erweiterte JPK hat die ihr zugewiesene Aufgabe übernommen und organisiert nun die Visitationen. Die Grösse der Delegationen kann und soll variieren und soll nicht – wie von der Motion verlangt – festgeschrieben werden.
Zusammenfassend: Die grössten Schwachpunkte der Motion sind einerseits der Zeitpunkt der Einreichung kurz nach dem Inkrafttreten der Geschäftsordnung, andererseits die Idee, in der Geschäftsordnung die Grösse der visitierenden Delegationen festhalten zu wollen. Der vorgeschlagene indikative Visitationsplan nützt nichts, gibt nur Arbeit und führt zu unnötigen Diskussionen. Aus diesen Gründen bittet der Votant, den Antrag auf Nichtüberweisung zu unterstützen.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass auch die CVP-Fraktion zum Schluss gekommen ist, den vorliegenden Vorstoss nicht zu überweisen. Die neue Geschäftsordnung wurde 2014 in vielen Sitzungen von der vorberatenden Kommission, vom Büro und vom Kantonsrat diskutiert und beraten, von Letzterem sogar in zwei Lesungen. Ein Schwerpunkt bei diesen Beratungen war die Regelung der Oberaufsicht. Der Rat ist sich bewusst geworden, dass er zwar die Oberaufsicht innehat, deren Ausübung sinnvollerweise aber zwei seiner Kommission anvertraut, nämlich der Staatswirtschaftskommission und der Justizprüfungskommission. Der Rat wollte die Oberaufsicht stärken und machte die Visitationen zur Pflicht. Deren Kadenz hat er der JPK aber bewusst freigestellt. Er hat die JKP gestärkt und auf fünfzehn Mitglieder erweitert. Nun sieht sich diese vor der Herausforderung, mehr Stellen visitieren zu müssen; insgesamt sind es fünfzehn Bereiche. Die JPK kann nun selbst entscheiden, welche Bereiche sie jährlich, jedes zweite Jahr oder nur einmal pro Legislatur visitiert. Zudem ist es möglich, die gemeindlichen Friedensrichterämter in einer einzigen Visitation zusammenzufassen, desgleichen die Betreibungsämter. Es ist also notwendig, dass die JPK eine Planung über die ganze Legislatur hinweg macht. Dazu ist es durchaus möglich, sich auf Zweierdelegationen zu beschränken. Es braucht also nicht so grosse Delegationen, wie sie der Vorstoss vorsieht. Aus all diesen Überlegungen stellt die CVP-Fraktion ebenfalls den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen.

**Adrian Andermatt** hält fest, dass man Vorstösse nur dann nicht überweisen sollte, wenn sie wirklich nicht überweisungswürdig sind. Das Thema der vorliegenden Motion ist aber einer Auseinandersetzung würdig, und die Motionäre halten deshalb an einer Überweisung fest. Die Frage ist letztlich, ob man bei den Visitationen Quantität oder Qualität wünscht. Im Moment geht es um Quantität, die Motionäre wollen aber Qualität. Man muss unterscheiden. Auf der einen Seite sind die Institutionen, die keiner Aufsicht im Kanton unterstehen, nämlich das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die zwei – staatspolitisch gesehen etwas «sonderbaren» – Institutionen Ombudsstelle und Datenschutzstelle. Diese müssen in einem hohen Rhythmus vertieft visitiert werden. Alle anderen Stellen müssen dann visitiert werden, wenn ein Bedarf besteht. Bei sehr vielen Stellen geht es nämlich um praktisch nichts, was aus Sicht der Oberaufsichtsbehörde von Relevanz ist. Bei der Prüfungskommission für Betreibungsbeamte zum Beispiel geht es ganz einfach darum, ob ein Prüfling bestanden hat oder nicht. Wenn er oder sie nicht bestanden hat, kann er bzw. sie die Prüfung wiederholen und bezahlt dafür einen Betrag. Der Votant kann nun beim besten Willen nicht erkennen, was eine Zweierdelegation der JPK mit einer solchen Stelle zu diskutieren haben könnte. Selbstverständlich soll die

JPK aber das Recht zur Visitation auch solcher Stellen haben, wie es neu im Gesetz festgeschrieben ist.
Es macht also durchaus Sinn, sich vertieft mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Und letztlich geht es – wie gesagt – darum, ob der Rat Quantität oder Qualität will: Wer Quantität will, wird die Motion nicht überweisen; wer aber Qualität will, wird sie überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 55 zu 18 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

**113** Traktandum 3.2: **Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (Bauanzeige & Arealbebauung) vom 9. März 2015 (Vorlage 2486.1)**

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**114** Traktandum 3.3: **Motion der Fraktion Alternative – die Grünen betreffend Zusatzverkehr auf Bahn und Bus – Massnahmen zur Verbesserung des Zuger Modal-Splits vom 13. März 2015 (Vorlage 2491.1)**

**Philip C. Brunner** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion der ALG nicht zu überweisen. Der Split von 50 zu 50 ist einerseits nicht vernünftig und andererseits gemäss Studien gar nicht möglich. Heute liegt der Split ungefähr bei 25 zu 75, also ein Viertel zu drei Vierteln. Dieses Verhältnis auf 50 zu 50 hinaufzuschrauben, ist – wie gesagt – nicht möglich und auch unvernünftig. In der Sache selbst ist der Votant teilweise gleicher Meinung: Es findet in der Tat eine rasante Entwicklung statt. Es lohnt sich aber nicht, mit diesem Vorstoss bei der Baudirektion eine grosse Arbeit auszulösen – mit dem Ergebnis, dass es doch nicht geht. Der Votant empfiehlt deshalb, den Vorstoss nicht zu überweisen.

**Daniel Stuber** stellt im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen. Natürlich ist die Erhaltung einer intakten Landschaft ein hehres Ziel, das auch die FDP unterstützt. Für die Umsetzung des von der Motion geforderten Ziels ist der Richtplan aber nicht das richtige Instrument. Dass darin detaillierte Angaben zum Modal-Split gemacht werden sollen, kann die FDP nicht unterstützen.
Für die räumliche Entwicklung des Kantons Zug braucht es – wo nötig – auch eine bedarfsgerechte Anpassung sowohl des ÖV-Angebots als auch der Strassenbauten. Dass der Kanton sich hier selbst unnötig einschränken soll, geht der FDP-Fraktion zu weit. Es geht ihr auch zu weit, dass die freie Wahl der Verkehrsmittel eingeschränkt werden soll. Und schliesslich ist anzunehmen, dass die Erfassung der Verkehrsdaten einen beträchtlichen Zusatzaufwand in der Verwaltung erfordert. Aus all diesen Gründen empfiehlt die FDP, die Motion nicht zu überweisen.

**Andreas Hürlimann:** Die ALG fordert, dass im kantonalen Richtplan neu definiert werden soll, dass der öffentliche Verkehr mindestens die Hälfte des Verkehrszuwachses – also nicht des Modal-Splits – zu übernehmen habe. Am heutigen Modal-Split von etwa 25 Prozent für den öffentlichen Verkehr und 75 Prozent für den Rest rüttelt die ALG nicht, vielmehr geht es um die Frage, wie der zukünftige Verkehrs-

zuwachs aufgefangen werden soll. Die vorliegende Motion bietet die Möglichkeit, die Frage zukunftsgerichtet anzugehen, indem der ÖV so weit gefördert und ausgebaut werden soll, dass ein Verkehrszuwachs primär über den ÖV möglich ist. Das ist keineswegs ein Unsinn. Im Nachbarkanton Zürich ist diese Forderung bereits umgesetzt – und es funktioniert: Der ÖV hat kürzlich das Ziel erreicht, mindestens 50 Prozent des Mehrverkehrs aufzufangen. Und was in Zürich funktioniert, könnte auch in der Agglomeration, in Zug, funktionieren
Die ALG ist überzeugt, dass die Erschliessungsqualität für die zukünftige Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen zentral ist. Die Beeinträchtigung der Siedlungsräume wegen der Luft- und Lärmbelastung durch den Verkehr ist aber beträchtlich. Der Langsamverkehr und der öffentliche Verkehr als Teile einer umweltfreundlichen Transportkette gewinnen darum zusätzlich an Bedeutung, dies zugunsten einer *qualitativen* Entwicklung in unserem Kanton.
Die ALG bittet den Rat, die vorliegende Motion zu überweisen. Er ermöglicht damit dem Regierungsrat, Stellung zu nehmen zu einer möglicherweise zukunftsfähigen Strategie in der Verkehrspolitik. Nach dieser Auslegeordnung kann der Rat immer noch über die Erheblicherklärung diskutieren.

**Nicole Imfeld** teilt mit, dass die Grünliberalen das Anliegen der ALG unterstützen. Eine zukunftsgerichtete Siedlungspolitik soll sich auf die Zentren konzentrieren, und es wird angesichts des heutigen Wachstums nicht möglich sein, den Verkehrszuwachs via Autoverkehr aufzufangen. Das wird besonders deutlich, wenn man die Entwicklung im Zuger Talgebiet betrachtet. Mit einer leichten Verlagerung Richtung ÖV oder Langsamverkehr kann man hier einiges gewinnen, ohne massive Einschränkungen hinnehmen zu müssen. In diesem Sinn empfiehl die GLP, die Motion zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 24 Ja- und 47 Nein-Stimmen die Überweisung der Motion. Die für eine Nichtüberweisung erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmenden (§ 45 Abs. 2 GO KR) wird nicht erreicht.

**115** Traktandum 3.4: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Führung des Finanzhaushaltes (Schuldenbremse) vom 17. März 2015 (Vorlage 2494.1)**

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**116** Traktandum 3.5: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend aktive Integration der ausländischen Wohnbevölkerung vom 5. März 2015 (Vorlage 2484.1)**

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**117** Traktandum 3.6: **Interpellation von Barbara Gysel betreffend erste Bilanz seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Zug vom 5. März 2015 (Vorlage 2485.1)**

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**118** Traktandum 3.7: **Interpellation von Thomas Werner betreffend Aufnahme zusätzlicher Asylanten im Kanton Zug sowie Verteilung dieser auf die Zuger Gemeinden vom 9. März 2015 (Vorlage 2487.1)**

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**119** Traktandum 3.8: **Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle vom 10. März 2015 (Vorlage 2488.1)**

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**120** Traktandum 3.9: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuerausfälle durch Entlastung Kapital im Kanton Zug vom 15. März 2015 (Vorlage 2492.1)**

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 8 (Fortsetzung)

**121** **Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket**
Vorlagen: 2424.1/1a - 14742 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2424.2 - 14743 (Antrag des Regierungsrats); 2424.3/3a/3b - 14853 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2424.4 - 14892 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**§ 4 Abs. 2 Bst. b**
**§ 14 Abs. 1**
**§ 14 Abs. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 14 Abs. 3 Bst. a**

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Bis Ende 2016 müssen die Kantone ihr Steuergesetz bezüglich Pauschalbesteuerung – sofern sie eine solche haben – so anpassen, dass der Mindestbetrag definiert wird, sei es im Steuergesetz, mit einer Delegation an den Regierungsrat oder in einer Verordnung. Der Regierungsrat beabsichtigt nun, für die Pauschalbesteuerung in eigener Kompetenz ein Mindesteinkommen von 588'000 Franken vorzusehen. Die vorberatende Kommission be-

schloss aber mit 12 zu 2 Stimmen, dass erstens die Höhe des Mindestbetrags im Steuergesetz festgelegt werden soll, also in der Kompetenz des Kantonsrats liegen soll, und dass zweitens der Mindestbetrag 420'000 Franken und nicht 588'000 Franken betragen soll. Es wurde argumentiert, dass mit einer Erhöhung auf 588'000 Franken ein falsches Signal gesetzt werde. Rund die Hälfte der Zuger Pauschalbesteuerten wäre von einer solchen Erhöhung betroffen, da sie bisher weniger als 588'000 Franken versteuert hätten. Mit einer Grenze von 420'000 Franken sei es auch einfacher, die steuerliche Attraktivität des Kantons Zug zu erhalten, zumal Zug nicht mehr an vorderster Front im internationalen Steuerwettbewerb stehe. Und gemäss Bundesrecht sei es nicht zwingend nötig, diese Mindestbemessungsgrundlage zu erhöhen. Die Aufwandbesteuerung habe im Kanton Zug, im Gegensatz etwa zum Kanton Waadt, eine untergeordnete Bedeutung. Hier könne ein politisches Signal gesandt werden, das wenig koste.
Ebenfalls mit 12 zu 2 Stimmen lehnte die Kommission auch die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, also die Streichung von § 14, ab. Hierzu verweist der Kommissionspräsident auch auf das Resultat der eidgenössischen Abstimmung vom November 2014, wo gut zwei Drittel der Zuger Stimmenden gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung stimmten.
Der Kommissionspräsident bittet, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen sowie den angekündigten Antrag auf Streichung von § 14, also auf die Abschaffung der Besteuerung nach dem Aufwand, abzulehnen.

**Stefan Gisler** hält fest, dass die ALG bei § 14 Abs. 3 Bst a die Fassung des Regierungsrats unterstützt. Die ALG will, dass die Regierung weiterhin die Kompetenz haben soll, die Mindesteinkommen für eine Pauschalbesteuerung festzulegen. Der Regierungsrat und auch viele Bürgerliche haben im Rahmen der Abstimmung über die nationale Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung argumentiert, bei einer Annahme werde der Mindestbetrag in Zug auf 588'000 Franken erhöht. Es ist deshalb nach Treu und Glauben unerlässlich, dass die Kompetenz zur Festlegung der Mindestbemessungsgrundlage bei der Regierung bleibt und diese ihr Versprechen gegenüber dem Volk einlösen kann.
Grundsätzlich stellt die ALG aber den **Antrag,** § 14 ganz zu streichen, also die Pauschalbesteuerung abzuschaffen. Solche Privilegien für Personen, die im Kanton Zug nicht wirtschaftlich aktiv sind, keine Firmen gründen und keine Jobs schaffen, sind ein Affront gegenüber allen regulär besteuerten Ausländern, die in den Kanton Zug ziehen, sowie gegenüber allen Schweizerinnen und Schweizern, die nach ihrem realen Einkommen und Vermögen besteuert werden. Man muss sich die Frage stellen, wen man hier in Zug eigentlich will. Sind es Leute, die primär Steuern optimieren wollen, oder solche, die sich hier einbringen, die investieren und arbeiten wollen? Es ist ja geradezu das Merkmal von Pauschalbesteuerten, dass sie hier keine unternehmerische Tätigkeit ausüben. Der Aspekt der Steuergerechtigkeit hat an Gewicht und Schärfe gewonnen. Und angesichts des Sparpakets und der Rechnung 2014 ist es unverständlich, dass der Kanton Zug hier auf möglich neue Einnahmen verzichtet. Eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung mündet nämlich nicht – wie eine Untersuchung im Kanton Zürich deutlich gezeigt hat – in Steuerverluste, sondern in Steuerzunahmen. In der Zürcher Gemeinde Küsnacht beispielsweise sind von 19 Aufwandbesteuerten zwar nur 6 geblieben, diese aber haben total 20 Prozent mehr Steuern bezahlt als die 19 vorher. Zusätzlich sind noch neue Personen mit ähnlichem Hintergrund hinzugezogen, so dass die Gemeinde insgesamt 50 Prozent mehr Steuern einnahm. Es ist also eine Mär, dass man Sorge tragen müsse zu dieser Gruppe von Spezialbesteuerten und dass man sonst Einnahmeverluste hinnehmen müsse. Die ALG will Normalverdienende, die Wert-

schöpfung generieren und sich integrieren, und keine – wie es Silvia Thalmann in der Eintretensdebatte ausgedrückt hat – «Pensionisten» nach Zug locken. Und ob es wirklich Pensionisten sind? Der Votant wagt zumindest zu bezweifeln, dass sich Viktor Wekselberg als Pensionisten sieht.

**Barbara Gysel** verweist auf ihre Ausführungen in der Eintretensdebatte und teilt mit, dass die SP-Fraktion bezüglich § 14 Abs. 3 Bst. a ebenfalls die Fassung des Regierungsrats unterstützt. Sie stellt aber einen **Eventualantrag:** Sollte der Rat dem Antrag der vorberatenden Kommission zustimmen, soll der Mindestbetrag in Bst. a auf 588'000 Franken festgesetzt werden.

**Claus Soltermann** teilt mit, dass die GLP die Möglichkeit der Pauschalbesteuerung befürwortet. Sie lehnt aber den Vorschlag der vorberatenden Kommission ab, bei der Besteuerung nach Aufwand einen Betrag – hier 420'000 Franken – im Gesetz zu verankern Sie erachtet es als wenig sinnvoll, Beträge festzuschreiben, die unter Umständen in sehr kurzer Zeit wieder geändert werden und somit erneut dem Kantonsrat vorgelegt werden müssen. Die GLP favorisiert daher den Vorschlag des Regierungsrats, dass dieser einen Mindestbetrag festlegt. Dieser sollte massvoll gehalten werden und etwa dem Durchschnitt der anderen Kantone entsprechen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** glaubt festhalten zu können, dass der Regierungsrat mit dem Instrument Aufwandbesteuerung in den vergangenen Jahren verantwortungsvoll umgegangen ist. Der Kanton Zug als Wirtschaftsplatz hat nicht auf dieses Segment fokussiert. Das zeigt sich auch an der Anzahl Steuersubjekte: 2005 wurden 61 Personen pauschalbesteuert, 2014 waren es 104 Personen. Die Steigerung war also gering, was zeigt, dass die Möglichkeit zur Aufwandbesteuerung im Kanton Zug nicht beworben wurde – im Gegensatz zu andern Kantonen, wo dieses Instrument sehr intensiv in Anspruch genommen wird. Zug möchte als Wirtschaftsstandort eher Leute anziehen, die wirtschaftlich und unternehmerisch aktiv sind, nicht solche, die im Vorruhestand sind oder sich in den Ruhestand begeben. Der Regierungsrat hat auch bewiesen, dass er dem Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt, dieses Instrument nicht zu günstig anzubieten. Er hat die Mindestlimite sukzessive auf die genannten 420'000 Franken erhöht. Diese Erhöhung kam nicht zuletzt auch aufgrund von Hinweisen aus der Wirtschaft zustande. Die Frage ist auch, was man der Besteuerung zugrunde legt. Bisher war es das Fünffache des Mietbetrags, wobei man von 7000 Franken Monatsmiete ausging; damit befindet man sich nicht im Segment des (oberen) Mittelstands, verknappt also nicht das Wohnungsangebot für Einheimische. Nun hat auf Bundesebene die Gesetzgebung geändert, und künftig muss das Siebenfache des Mietwerts Basis für die Besteuerung sein. Damit erhöht sich die entsprechende Summe von 420'000 auf 588'000 Franken Einkommen. Das ist die logische Folgerung. Mit dieser Haltung ist der Regierungsrat in die Revision des Gesetzes gegangen. In der Vernehmlassung haben alle Gemeinden diese Haltung unterstützt, mit Ausnahme von Steinhausen, das die Aufwandbesteuerung ganz abschaffen wollte. Auch alle Parteien ausser der SP und der ALG haben die Haltung des Regierungsrats unterstützt, ebenso die Wirtschaftsverbände, wobei die Wirtschaftskammer vorgeschlagen hat, nicht auf 588'000 Franken, sondern auf 500'000 Franken zu gehen. Der Regierungsrat konnte aufgrund der Rückmeldungen also davon ausgehen, dass seine Haltung gestützt wird. Sollte der Kantonsrat jetzt aber beschliessen, die Mindestgrenze auf 420'000 Franken festzusetzen, sagt er damit quasi, dass der als Basis dienende Mietbetrag nicht 7000 Franken, sondern 5000 Franken beträgt. Damit aber kommt man bei Mietobjekten in einen Bereich, in dem einheimische Personen konkurrenziert werden.

Auf diesem Hintergrund sieht der Regierungsrat keinen Grund, von seiner Haltung abzuweichen. Wichtig ist auch der Hinweis, dass die Aufwandbesteuerten im Jahr 2013 durchschnittlich 200'000 Franken Steuern bezahlten. Der Vorschlag des Regierungsrats bedeutet, dass der Mindestbetrag nur für neu zuziehende Aufwandbesteuerte auf 588'000 Franken angehoben wird; für die bisherigen Aufwandbesteuerten bleibt es bis 2020 bei der bisherigen Regelung, erst ab 2021 werden auch sie höher besteuert. Was bedeutet das für den Steuerertrag? Heute liegt die Steuerbelastung bei 420'000 Franken steuerbarem Einkommen und 8,4 Millionen Franken Vermögen in der Stadt Zug bei mindestens 113'000 Franken. Erhöht man den Mindestbetrag auf 588'000 Franken, ergibt das 164'000 Franken geschuldete Steuern. Vergleicht man mit der Stadt Luzern, wo 600'000 Franken steuerbares Einkommen als minimale Voraussetzung für die Pauschalbesteuerung gelten, kommt man auf eine geschuldete Steuer von mindestens 210'000 Franken. Zug bleibt also auch mit der angedachten höheren Mindestvoraussetzung steuerlich weiterhin sehr konkurrenzfähig. Aufgrund der Diskussionen der letzten Zeit ist der Regierungsrat aber bereit, die genannten Mindestlimiten nochmals zu überprüfen und allenfalls auch tiefer festzusetzen; die betreffende Verordnung muss ja eh angepasst werden. Das wäre quasi ein Entgegenkommen dafür, dass der Kantonsrat die entsprechende Kompetenz beim Regierungsrat belassen würde. In diesem Sinn bittet der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

➔ Der Rat genehmigt mit 42 zu 28 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit der Eventualantrag der SP-Fraktion entfällt.

**§ 14 Abs. 3 Bst. b bis f**
**§ 14 Abs. 4**
**§ 14 Abs. 5**
**§ 14 Abs. 6**
**§ 14 Abs. 7**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG auf Streichung des ganzen § 14 mit 57 zu 15 Stimmen ab.

**§ 16 Abs. 1**
**§ 16 Abs. 1a**
**§ 16a**
**§ 16b**
**§ 16c**
**§ 16d**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 20 Abs. 2 (geändert)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko nicht anschliesst.

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Die CVP-Fraktion forderte mit einer Motion, dass der Eigenmietwertabzug auch bei Liegenschaften gewährt werden soll, die den steuerpflichtigen Personen aufgrund eines unentgeltlichen Nutzungsrechts für den Eigengebrauch zur Verfügung stehen. Ausgelöst wurde diese Motion durch die eidgenössische Erbschaftssteuerinitiative der SP. Durch die rückwirkende Geltung bei einer Annahme der Initiative hätte bei einem Wechsel von Wohneigentum in vielen Fällen Steuern bezahlt werden müssen. Dies wurde vielfach vermieden, indem das Wohneigentum an die Kinder verschenkt und sich dabei die Nutzniessung oder ein Wohnrecht an der Liegenschaft vorzubehalten wurde. Die daraus folgende Konsequenz zumindest im Kanton Zug war jedoch aus steuerlicher Sicht, dass der Eigenmietwertabzug nicht mehr geltend gemacht werden konnte, da dies bei der Nutzniessung ausgeschlossen ist. Diese schon jahrelang übliche Auslegung des Gesetzes wurde mehrmals auch vom Zuger Verwaltungsgericht gestützt.
Die Kommissionsmehrheit war der Meinung, dass diese Auslegung des Gesetzes – sie wird nur noch im Kanton Uri so gemacht – eher speziell ist. Es sei nie Sinn und Zweck der Bestimmung gewesen, dass der Einschlag beim Eigenmietwert nur für die Eigentümer gelte. Jede und jeder sollte den Einschlag erhalten. Liegenschaften vor dem Tod an die Kinder zu übergeben, sei erbrechtlich interessant, da im Fall von Nutzniessung ein günstigerer Erwerbspreis angerechnet werde als beim Todesfall. Mit dem Einschlag von 40 Prozent habe man insbesondere älteren Personen helfen wollen, die Selbstvorsorge betreiben. Es soll im Alter kein unnötig höheres steuerbares Einkommen resultieren.
Die Kommissionsmehrheit war sich bewusst, dass diese Änderung der bisherigen Praxis zu einem Steuerausfall von rund 800‘000 Franken beim Kanton und rund 640‘000 Franken bei den Gemeinden führen wird. In einer Kürzestvernehmlassung lehnten sechs Gemeinden die Änderung ab, als einzige Gemeinde befürwortete Baar die Änderung; die übrigen Gemeinden nahmen aus zeitlichen Gründen nicht an der Vernehmlassung teil. Die vorberatende Kommission bittet den Rat, dieser Änderung zuzustimmen.

**Andreas Hürlimann** als Sprecher der ALG: Bis Mitte 2011 gab es im ganzen Kanton Zug nur rund 300 Liegenschaften, die mit einem Wohnrecht oder einer Nutzniessung belastet waren. Solche Konstellationen traten fast nur im Bereich der Landwirtschaft auf. Dabei ging es neben erbrechtlichen Überlegungen in erster Linie darum, sich die Liegenschaft im Falle eines kostenintensiven Pflegeheimaufenthalts nicht als Vermögen anrechnen zu lassen. In der zweiten Jahreshälfte 2011 setzte ein wahrer Übertragungsboom selbstgenutzter Liegenschaften von eher gut situierten Eltern auf ihre zum Teil noch minderjährigen Kinder ein. Diese Übertragungen standen – wie gehört – in Zusammenhang mit der Rückwirkungsklausel der eidgenössischen Erbschaftssteuerinitiative der SP. Es geht hier also um eine Änderung des Steuergesetzes, welche primär eher vermögende, gut situierte Personen betrifft. Zudem: In Zeiten von Sparpaketen zusätzliche Einnahmeausfälle zu beschliessen, geht einfach nicht auf. Eine Aufhebung der Praxis hätte allein beim Kanton jährliche Steuerausfälle von rund 800'000 Franken zur Folge, hinzu kämen noch rund 640'000 Franken zulasten der Gemeinden. Angesichts der momentanen Finanzlage scheinen solche Entlastungen nicht sachgerecht. Das ist auch die

Meinung der Gemeinden, welche – wie ebenfalls schon gehört – bis auf eine Ausnahme diese Änderung klar ablehnen.
Zusammengefasst: Es handelt sich aktuell um etwa 650 Fälle, wobei die durchschnittliche steuerliche Mehrbelastung gemäss Regierungsrat rund 1200 Franken beträgt. Es betrifft vor allem gut situierte Personen, welche aus Angst vor der Erbschaftssteuerinitiative gehandelt und dabei nicht alle Konsequenzen bedacht haben. Dabei ist die Situation nicht so systemfremd, wie jetzt von gewissen Seiten postuliert wird; Finanzdirektor Peter Hegglin hat das in seinem Eintretensvotum bereits richtiggestellt. Zudem gibt es für Kanton und Gemeinden Steuerausfälle, welche in der aktuellen Situation nicht zu rechtfertigen sind. Die ALG lehnt daher den Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko vehement ab.

Für **Heini Schmid** geht es hier nicht darum, weniger Steuern zu erheben und weniger einzunehmen; dafür ist es immer der falsche Moment. Vielmehr geht es darum, einen Fehler, den die Steuerverwaltung bei der Interpretation des Steuergesetzes machte, entweder auf alle Zeiten fortzuschreiben oder eben zu beheben. Hat wirklich jemand das Gefühl, dass der Kantonsrat, als er den Einschlag auf dem Eigenmietwert beschloss, zwischen Eigentümern und Nutzniessenden unterschied? Matchentscheidend war doch vielmehr, dass man diejenigen, die ihr Wohneigentum selbst bewohnen, entlasten wollte. Niemand wäre damals auf die Idee gekommen, dass bei Nutzniessung der Einschlag nicht mehr gelten solle. Denn das siebzigjährige Ehepaar, das aus guten erbrechtlichen Gründen sein Haus den Kindern überträgt, braucht ja für seine Vorsorge eine möglichst günstige Situation. Wie soll man diesen Leuten erklären, dass sie kein Anrecht auf einen Abzug haben? Sie versteuern weiterhin ihr Haus, aber weil die Steuerverwaltung der Meinung ist, die entsprechende Regelung sei zu wenig genau definiert, erhalten sie keinen Abzug. Das ist völlig ungerecht. Gerade zwischen siebzig und fünfundachtzig Jahren wird der Eigenmietwert zur Last, und genau denjenigen Leuten, die gütigerweise schon zu Lebzeiten ihr Wohneigentum den Kindern übergeben, knöpft man zusätzliche 40 Prozent ab. Das widerspricht dem Prinzip der Selbstvorsorge. Zu argumentieren, die betreffenden Personen seien halt nicht mehr die Eigentümer, ist überspitzt formalistisch. Der Votant wäre froh, wenn die Steuerverwaltung in Zukunft mit den Steuerpflichtigen weniger formalistisch umgehen würde, wie es alle anderen Kantone auch tun. Kein Kanton ausser Uri ist nämlich auf die aberwitzige Idee gekommen, hier zwischen Eigentümern und Nutzniessenden zu unterscheiden. Und die Argumentation des Zuger Verwaltungsgerichts: Selbstvorsorge ja, aber nur für Eigentümer! Der Votant traut sich zu, gewisse Urteile bezüglich Qualität beurteilen zu können – und dieses Urteil gehört sicher nicht zu den Sternstunden der Verwaltungsrechtsprechung im Kanton Zug. Das Beispiel der anderen Kantone spricht ja Bände!
In diesem Sinn bittet der Votant den Rat, Kurs zu halten. Wenn der Rat will, dass die Eigentümer in Zukunft 40 Prozent Einschlag auf den Eigenmietwert erhalten, dann stimme er für den Vorschlag der vorberatenden Kommission. Wenn er dieses Prinzip aber aushöhlen will, dann folge er dem Antrag der Regierung. Es ist ein fundamentaler Grundsatz, bei solchen fiktiven Einkommen Mass zu halten und sie nicht zu hoch zu besteuern. Und als Tüpfelchen auf dem i: Als Folge dieser Einschätzungspraxis des Kantons Zug bezahlt man auch mehr Bundessteuern, denn beim Eigenmietwert wird keine doppelte Einschätzung vorgenommen. Als Dank dafür, dass man als Nutzniessender von Wohneigentum schon mehr Kantonssteuern bezahlen darf, kassiert also auch noch der Bund mit. Der Kanton Zug bezahlt genug in den NFA, so dass eine solche Spezialsteuer wirklich nicht mehr nötig ist.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** stellt fest, dass er heute keine leichte Aufgabe hat und schickt voraus, dass für den Regierungsrat die finanzielle Optik ausschlaggebend war: Er versuchte, ein Steuergesetz ohne weiter finanzielle Einbussen vorzulegen.
Den Vorwurf, die Steuerverwaltung habe das Steuergesetz falsch interpretiert bzw. sei kleinlich, weist der Finanzdirektor zurück. Er erhält viele Komplimente, dass die Zuger Steuerverwaltung sehr kundenfreundlich agiere. § 20 Abs. 3 des aktuellen Steuergesetzes lässt keine andere Interpretation zu als diejenige der Steuerverwaltung; das Verwaltungsgericht hat dies auch zweimal bestätigt. Es heisst im Gesetz: «Die Festsetzung des Eigenmietwertes erfolgt unter Berücksichtigung der ortsüblichen Verhältnisse und der tatsächlichen Nutzung der am Wohnsitz selbstbewohnten Liegenschaft.» Wenn man das anders handhaben und den Einschlag beim Eigenmietwert auf die Nutzniessung ausdehnen will, dann braucht es eine Gesetzesänderung. Der Finanzdirektor wehrt sich aber – wie gesagt – gegen den Vorwurf, die Steuerverwaltung habe den Gesetzestext falsch interpretiert. Vielmehr geht es um eine materielle Änderung. Und wie gehört: Die mitbetroffenen Gemeinden lehnen eine Änderung mehrheitlich ab.
Natürlich ist Wohneigentum mit Nutzniessung eine Form der Selbstvorsorge. Man kann aber auch Wohneigentum kaufen, dieses fremdvermieten und mit dem Mietertrag die Altersvorsorge finanzieren. Dieser Ertrag ist aber nicht steuerlich begünstig. Mit dem Steuervorteil bei Nutzniessung schafft man also Ungerechtigkeiten. Heini Schmid hat richtig gesagt, dass die Einschätzungspraxis im Kanton Zug auch höhere Bundessteuern zur Folge hat. Man muss aber auch darauf hinweisen, dass der Kanton Zug über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte hinweg keine Anpassung des Eigenmietwerts vorgenommen hat. Und was bedeutet die heutige Praxis bezüglich Steuerforderung? Bei einer Wohnung mit einem Verkehrswert von 800'000 Franken beträgt der Eigenmietwert 23'000 Franken bzw. – bei Nutzniessung, also ohne Einschlag – 38'000 Franken. Bei einem Renteneinkommen von 50'000 Franken ergibt das bei der Steuerforderung eine Differenz von 1700 Franken.
Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass die SP-Initiative zur Erbschaftssteuer bekanntlich eine Rückwirkung auf das Jahr 2012 will, die Überträge also im Jahr 2011 vollzogen werden mussten. Seither sind bereits zwei Steuerperioden vergangen, so dass die Überträge steuerrechtlich bereits wirksam geworden sind. Dass bedeutet, dass die von der vorberatenden Kommission beantragte Änderung tatsächlich zu einer Reduktion der Steuererträge führen wird.
Aus all diesen Überlegungen ist der Regierungsrat nicht auf das Anliegen – so gut es tönt – eingetreten, sondern ist bei seiner Haltung geblieben. Die Regierung empfiehlt, den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen.

➔ Der Rat genehmigt mit 49 zu 22 den Antrag der vorberatenden Kommission.

**§ 22 Abs. 1 Bst. e**
**§ 23 Abs. 1 Bst. m**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 23 Abs. 1 Bst. n**

**Karl Nussbaumer** gibt zuerst seine Interessenbindung bekannt: Er ist Kommandant der Feuerwehr Menzingen. Er stellt auch namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** dass bei § 23 Abs. 1 Bst. n der jährliche Betrag 10'000 Franken betragen soll. Zur Begründung erinnert er an die vielen Voten im Kantonsrat, als die Motion Uebelhart/Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe beraten wurde. Viele Votantinnen und Votanten sprachen davon, dass man den Feuerwehrleuten ein sogenanntes *Goodie* geben solle. Heute besteht die Möglichkeit dazu.
Die Soldansätze der Zuger Feuerwehrleute sind sehr moderat. Deshalb braucht es ein grosses und ausserordentliches Engagement jedes Einzelnen, damit er überhaupt an die jetzt vorgeschlagene Freigrenze von 5000 Franken kommt. Es würden nur wenige Feuerwehrleute von der Freigrenze profitieren, nämlich diejenigen, die mehr Stunden im Einsatz stehen, die mitten in der Nacht aufstehen und zu einem Einsatz fahren oder die beispielsweise mitten in der Weihnachtfeier zu einem Einsatz aufgeboten werden. um jemanden zu retten. Will der Rat tatsächlich die Feuerwehrleute, die an 365 Tagen während 24 Stunden ihre Freizeit für die Bevölkerung einsetzen, um Ausserordentliches zu leisten, dafür bestrafen, dass sie über die Freigrenze von 5000 Franken kommen? Der Votant und der grösste Teil der SVP-Fraktion sind der Meinung, nein: Diese paar wenigen Feuerwehrleute sollen für ihr grosses Engagement belohnt werden, und die Freigrenze soll auf 10'000 Franken angesetzt werden, wie es auch die Kantone Baselland und Solothurn gemacht haben. Damit würden dem Fiskus nur geringe Einnahmen, gemessen am Gesamtsteuerertrag, entgehen.
Der Votant und die betroffenen Feuerwehrleute danken dem Rat, wenn er diesen Antrag unterstützt und ihm zustimmt.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** teilt mit, dass die vorberatende Kommission zweimal sehr knapp – jeweils mit nur einer Stimme Differenz – beschloss, die Steuerbefreiung auf 5000 Franken zu belassen, wie es der Regierungsrat in seinem Bericht vorschlug.
Bei den damaligen Beratungen zur Aufhebung der Feuerwehrpflicht und der Ersatzabgabe im Kantonsrat wurde verschiedentlich hervorgehoben, wie wichtig die Beibehaltung des kostengünstigen Milizsystem und die entsprechende Wertschätzung der freiwillig Dienstleistenden sei. Für die Zukunft braucht es neue Anreize, insbesondere für das höhere Kader bei der Feuerwehr, die sehr viel Einsatz für die Feuerwehr leisten. Gerade für diese wäre es ein Entgegenkommen, wenn inskünftig 10'000 Franken und nicht nur 5000 Franken vom Einkommen steuerbefreit würden. Es betrifft nur wenige, und der Steuerausfall liegt im Promillebericht. Die knappe Mehrheit der Kommission war jedoch der Meinung, dass sozialpolitische Anliegen – und die Wertschätzung der Feuerwehr als Motiv für einen höheren Freibetrag stelle ein solches dar – wenn möglich nicht über das Steuergesetz geregelt werden sollten. Die Leistung der Feuerwehrleute werde bereits durch den Sold belohnt. Dieser Umstand sowie der steuerbefreie Betrag von 5000 Franken zeugten bereits von hoher Wertschätzung. Die vorberatende Kommission empfiehlt deshalb, wenn auch nur knapp, die Begrenzung der Steuerbefreiung bei 5000 Franken zu belassen.

**Stefan Gisler** hält fest, dass der Bund den Kantonen vorschreibt, eine Obergrenze für den Freibetrag für Feuerwehrdienstleistende festzusetzen. Theoretisch könnte diese Obergrenze einen Franken betragen. Der Regierungsrat schlägt analog zum Bund nun 5000 Franken vor. Die ALG unterstützt diesen grosszügigen Vorschlag des Regierungsrats. Bezüglich Wertschätzung der Feuerwehrleute erinnert der Vo-

tant an die Kantonsratsdebatte betreffend Feuerwehrpflicht und Kopfgebühr von 100 Franken. Der Rat stimmte deren Beibehaltung zu, auch mit dem Argument der Wertschätzung für die Feuerwehren. Bei allem Respekt für deren Leistungen: Der Antrag auf eine Erhöhung des Freibetrags auf 10'000 Franken zeugt von einer gewissen Unersättlichkeit. Auch wird damit den vielen Feuerwehrleuten quasi unterstellt, sie leisteten ihren wichtigen und freiwilligen Dienst nur deshalb, weil sie eine Steuervergünstigung erhalten wollten, was mit Sicherheit nicht stimmt. Die Feuerwehr wird wirklich geschätzt. Die Feuerwehrpflicht und die Ersatzabgabe wurden beibehalten, und neu erhalten Feuerwehrleute einen steuerlichen Freibetrag von 5000 Franken: Das alles zeugt von Wertschätzung. Es ist auch daran zu erinnern, dass in der Stadt Zug die Freiwilligen der Feuerwehr für ihre Einsätze teilweise – wenn es nicht Stützpunkteinsätze sind – keinen Sold erhalten, sie können also auch nichts von den Steuern abziehen. Man soll sich hier ein Beispiel an den vielen freiwilligen Feuerwehrleuten in der Stadt Zug nehmen – und dem Freibetrag von 5000 Franken als Ausdruck der Wertschätzung durch den Kanton zustimmen.

**Pirmin Andermatt** legt einleitend seine Interessenbindung offen: Er ist Gemeinderat von Baar und als Vorsteher der Abteilung Sicherheit und Werkdienst auch politischer Vorgesetzter der Feuerwehr Baar. Den Antrag auf einen Freibetrag von 10'000 Franken als Ausdruck von Unersättlichkeit zu bezeichnen, findet der Votant etwas *starken Tobak*.
Sicherheit ist ein hohes Bedürfnis in der Bevölkerung. Die Feuerwehrleute bzw. die Feuerwehren der Zuger Gemeinden sind eine der Milizorganisationen, welche sich für den Schutz der Bevölkerung einsetzen, manchmal auch unter Einsatz ihres Lebens. Aktuell ist das Projekt «Feuerwehr 2015» in den Beratungen. Darin ist unter anderem vorgesehen, dass der Mannschaftsbestand künftig tendenziell tiefer sein wird als heute. Weniger Personal bedeutet mehr Arbeit und mehr Einsätze für die verbleibenden Diensttuenden. Die Vorredner haben bestätigt, dass der Einsatz und die Arbeit der freiwilligen Feuerwehren geschätzt werden und nicht mehr wegzudenken sind. Der Votant bittet den Rat deshalb, ein Zeichen zu setzen und den Steuerabzug für die Feuerwehrleute auf 10'000 Franken festzusetzen. Der Steuerausfall ist klein, aber die Wirkung für die wichtige Milizorganisation gross.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt namens des Regierungsrats, bei den vorgeschlagenen 5000 Franken zu bleiben. Für ihn selbst – er war Mitglied der Feuerwehr Menzingen – war die allfällige Steuererleichterung damals kein Grund, in der Feuerwehr mitzumachen oder nicht. Im Übrigen war der Feuerwehrsold im Kanton Zug schon bisher weitgehend steuerfrei: Die Steuerverwaltung hat den Begriff «Schutzdienst» im Steuergesetz weit interpretiert und eine entsprechend grosszügige Regelung angewandt. Insofern ist die neue Bestimmung im Gesetz ein Fortschreiben der bisherigen Praxis.
Bei den Steuern gilt der Grundsatz, dass die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erfolgen hat und dass demnach jeder geldwerte Vorteil zu deklarieren ist. Dazu gehören alle Einkünfte. Dabei gibt es gewisse Ausnahmen. So schreibt das Bundesrecht neu vor, dass der Sold für Kernaufgaben der Feuerwehr steuerfrei sein soll; nicht steuerfrei sind aber Entschädigungen für Leistungen ausserhalb der Kernaufgaben, etwa Kader- und Funktionszulagen. Der Bundesgesetzgeber kam zum Schluss, dass einen Grenze von 5000 Franken angemessen seien. Der Regierungsrat schlägt nun vor, diesem Vorschlag zu folgen, wie übrigens sechzehn andere Kantone auch. Das hilft auch beim Vollzug.
Es wurde richtig gesagt, dass das Steuergesetz nicht der richtige Ort sei, um alle gesellschaftspolitischen Anliegen zu lösen. Solche Aspekte sollte man vielmehr di-

rekt über neue Regelungen im Bereich der Feuerwehr oder Sicherheitsdienste berücksichtigen. Der Regierungsrat wehrt sich immer gegen den indirekten Weg über das Steuergesetz. Er empfiehlt deshalb, seinem Antrag zu folgen.

➔ Der Rat genehmigt mit 52 zu 18 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und legt damit den steuerfreien Betrag auf 5000 Franken fest.

**§ 23 Abs. 1 Bst. o**
**§ 25 Abs. 1 Bst. c und d**
**§ 26 Abs. 2 Bst. e und f**
**§ 26$^{bis}$ Abs. 1**
**§ 30 Abs. 1 Bst. l bis m**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 30 Abs. 1 Bst. n**

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** in § 30 Abs. 1 Bst. n den abzugsfähigen Betrag für Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungskosten von 12'000 Franken auf 20'000 Franken zu erhöhen. Damit sollen die entsprechenden Kosten für diejenigen, welche eine Ausbildung machen, erträglicher gemacht werden und letztendlich die Weiterbildung gefördert werden. Er bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Die vorberatende Kommission empfiehlt – wenn auch nur sehr knapp – den Abzug wie vom Regierungsrat vorgeschlagen auf 12‘000 Franken zu beschränken. Eigentlich dürfte es – so ein Vorschlag in der Kommission – faktisch keine Obergrenze für Abzüge bei berufsbedingten Aus- und Weiterbildungen mehr geben. Da das Bundesgesetz eine solche jedoch zwingend vorschreibt, wurde ein Betrag von 20’00 Franken vorgeschlagen. Eine Ausbildung für ein höheres Fachdiplom im handwerklichen Bereich sei sehr schnell viel teurer als 12'000 Franken und werde häufig auch selber bezahlt. Die prognostizierten Steuerausfälle werden als für den Kanton verkraftbar angesehen. Vor allem wird darauf verwiesen, dass durch diese Ausbildung mittelfristig mehr Lohn und damit auch ein höheres Steuersubstrat erzielt werden.
Dagegen gehalten wurde, dass ein Abzug von 12'000 Franken in über 90 Prozent der Fälle mehr als genüge, zumal vielfach die Arbeitgeber einen Teil der Ausbildung mitbezahlen. Die Ausweitung des bisherigen Abzugs für Weiterbildung ist bereits eine Massnahme zu Gunsten der Steuerpflichtigen. Mit einer Obergrenze von 12'000 Franken für diesen neuen Abzug sollen die finanziellen Folgen für den Kanton in Grenzen gehalten werden. Nicht alle teuren Aus- oder Weiterbildungen führen zu einem höheren steuerbaren Einkommen; sie dienen manchmal auch nur dem Erhalt der bisherigen oder einer ähnlichen Stelle mit vergleichbarem Gehalt. Die vorberatende Kommission bittet deshalb, einer Begrenzung des Abzugs auf 12'000 Franken zuzustimmen.

**Thomas Villiger** unterstützt als Mitarbeiter eines KMU-Betriebs den Antrag auf Abzug von maximal 20'000 Franken für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Es ist wichtig, den dualen Bildungsweg zu unterstützen, wo immer dies möglich ist. Das Gewerbe wird dafür dankbar sein, denn die Forderung des Verbandes lautete, den Betrag nach oben nicht zu begrenzen. Der Votant absolvierte zwei Ausbildungen mit eidgenössischem Abschluss und weiss aus eigener Erfahrung, was solche Ausbildungen kosten: 20'000 Franken pro Jahr reichen nicht.
Apropos Gewerbe: Der Votant geht davon aus, dass die Mitglieder des Kantonsrats, welche der Gewerbegruppe des Gewerbeverbands des Kantons Zug angehören, den vorliegenden Antrag vollzählig unterstützen, also an ihre Wahlversprechen denken.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** orientiert, dass die Weiterbildungskosten im Kanton Zug bis anhin unbegrenzt abzugsfähig sind, nicht aber die Ausbildungskosten. Das Bundesrecht schreibt den Kantonen nun vor, bis 2016 das Steuergesetz so anzupassen, dass sowohl Weiterbildungs- als auch Ausbildungskosten ab 12'000 Franken abzugsberechtigt sind. Nach der Beurteilung des Regierungsrats deckt dieser Betrag rund 90 Prozent aller Bildungsgänge ab. Gerade die teuren Bildungsgänge dauern vielfach länger als ein Jahr, so dass sich die Kosten von vielleicht 30'000 Franken auf mehrere Jahre verteilen. Mit 12'000 Franken ist der Kanton Zug in guter Gesellschaft: Alle Nachbarkantone haben denselben Betrag. In der Vernehmlassung forderten die SVP und die CVP einen höheren Betrag; auch der Staatspersonalverband fand den Betrag zu tief, und der Bauernverband wollte 15'000 Franken. Insbesondere die Wirtschaftsverbände, die Wirtschaftskammer, der Hauseigentümerverband und die Gewerkschaften waren aber einverstanden mit 12'000 Franken.
Wenn der abzugsberechtigte Betrag von 12'000 Franken auf 20'000 Franken erhöht würde, hätte das auf Kantonsebene nicht 200'000, sondern 400'000 Franken tiefere Steuererträge zur Folge; auf Gemeindeebene wären es weitere 320'000 Franken. Aus all diesen Gründen empfiehltt der Regierungsrat, bei den vorgeschlagenen 12'000 Franken zu bleiben.

➔ Der Rat genehmigt mit 45 zu 25 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und legt den Höchstbetrag damit auf 12'000 Franken pro Jahr fest.

**§ 32 Abs. 1**
**§ 41 Abs. 1**
**§ 41a**
**§ 57 Abs. 1 Bst. d**
**§ 60 Abs. 1 Bst. e und f**
**§ 62$^{bis}$ Abs. 1**
**§ 80 Abs. 2 Bst. a**
**§ 90 Abs. 1 und 2**
**§ 93 a**
**§ 95 Abs. 1 Bst. c und d**
**§ 100 Abs. 2**
**§ 126 Abs. 2**
**§ 127 Abs. 3**
**§ 129 Abs. 2 Bst. d und e**
**§ 150 Abs. 4**
**§ 152 Abs. 2**

**§ 160 Abs. 1**
**§ 164 Abs. 5**
**§ 189 Abs. 2 Bst. b**
**§ 243$^{quinquies}$**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**II. und III.**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Vorlage keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen zur Folge hat.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**IV.**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese Gesetzesänderung gemäss Antrag des Regierungsrats am 1. Januar 2016 in Kraft treten soll. Die Staatskanzlei wird noch die Referendumsklausel ergänzen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die Stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 9

**122 Motion von Kurt Balmer betreffend Abschaffung des obligatorischen Depots/ Sicherheitsleistung der Grundstückgewinnsteuer für die öffentliche Beurkundung im Bereich Privatvermögen**
Vorlagen: 2394.1 - 14672 (Motionstext); 2394.2 - 14880 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Motionär **Kurt Balmer:** Die Regierung hat das Anliegen geprüft und prioritär die Meinung der Gemeinden wiedergegeben. Der Motionär dankt der Regierung für die Koordination. Er könnte es verstehen, wenn nicht alle dieses Geschäft im Detail studiert haben, weshalb er in Kürze die Problematik darlegt.
Bei einem Liegenschaftskauf aus dem privaten Vermögen im Kanton Zug muss der Verkäufer zwingend – auch wenn die Parteien es anders wollen – die mutmassliche Grundstückgewinnsteuer vor der Beurkundung hinterlegen oder den Kaufpreis bis zur definitiven Abrechnung der Grundstückgewinnsteuer teilweise auf ein Sperrkonto hinterlegen. Im Kanton Zug besteht sodann – im Gegensatz zu anderen Kantonen – eine Monopolstellung der gemeindlichen Urkundspersonen; man kann hier ein solches Geschäft – Spezialfälle ausgenommen – also nicht bei einem freien Notar tätigen. Der folgende Vergleich zwar etwas überspitzt und konstruiert, aber doch recht

symptomatisch. Man betritt ein Geschäft und wird beim Eingang vom Steuervogt gefragt, was man zu kaufen gedenke. Gestützt darauf muss man sofort die mutmassliche Mehrwertsteuer bar als Vorschuss abliefern. Beim anschliessenden Kauf wird dann dieser Vorschuss bei der Mehrwertsteuer angerechnet. Es könnte ja sein, dass die Kreditkarte nicht gedeckt ist oder das Geschäft vor der definitiven Abrechnung der Mehrwertsteuer gegenüber dem Staat in Konkurs gerät. Zugegeben: Der Vergleich ist etwas übertrieben, und ein solches Vorgehen wäre Staatsinterventionismus pur. Aber ist der Kanton Zug mit seiner in der Schweiz atypischen Abrechnungsweise wirklich so weit davon entfernt? Jedenfalls hat auch die Regierung in ihrem Bericht nicht ausgeführt, dass viele andere Kantone diesen komischen Dualismus mit obligatorischem Depot bei Privatvermögen so pflegen, sondern es wird ausgeführt, dass sich das System *aus Sicht der Gemeinden* bewährt habe. Reicht dies bereits, um nicht doch ein besseres System einzuführen?
Ein zentraler Schwachpunkt beim System Zug ist summarische Einschätzung des zu hinterlegenden Betrags durch die Sekretärin der jeweiligen Grundstückgewinnsteuerkommission. Sie rechnet – zugegebenermassen relativ schnell – oberflächlich die Summe aus, ohne die heute üblichen komplizierten Verhältnisse wie Gerichtsurteile, kürzlich erfolgte Mehrwertinvestitionen oder Ähnliches mitzuberücksichtigen. Dies kann – muss nicht – dazu führen, dass gegebenenfalls ein sechsstelliger Betrag während vielen Monaten zu Unrecht blockiert bleibt und beispielsweise eine Geschäftsinvestition oder die Schaffung von Arbeitsplätzen zumindest aufgeschoben werden muss.
Die Ungleichbehandlung von Geschäfts- und Privatvermögen bei Verkäufern führt sodann dazu, dass der an sich gewünschte generelle Schutz von Käufern aufgrund der Solidarhaftung bei der Grundstückgewinnsteuer in vielen Fällen genau nicht greift. Wenn also argumentiert wird, es gehe um den Schutz der Käufer, so stimmt in diesen Fällen das Argument genau nicht. Wenn nämlich eine juristische Person in Konkurs gerät, bezahlt eventuell der Käufer zusätzlich die Grundstückgewinnsteuer. Deshalb ist nicht einzusehen, weshalb nicht Käufer und Verkäufer sich einvernehmlich auf ein anderes System einigen können. Es gibt zwar Stimmen, welche diesem Argument energisch widersprechen. Der Votant bleibt aber dabei, auch weil es unklar sein könnte, ob es um Privat- oder Geschäftsvermögen geht, und nachträglich eine solche Besteuerung erfolgen könnte.
Selbstverständlich will der Motionär nicht, dass die Gemeinden sicherungsmässig schlechter gestellt werden. Deshalb schlägt er ein gesetzliches Pfandrecht vor, wie es in andern Kantonen bereits üblich ist.
Im Kanton Zug soll doch ein möglichst angenehmes Investitionsklima geschaffen und die beschriebenen unnötigen Blockaden vermieden werden. Der Rat kann mit einer Zustimmung zum Motionsanliegen im Übrigen auch einen bescheidenen Beitrag zum Entlastungsprogramm tätigen und die entsprechenden Kommissionen entlasten. Für den Fall, dass der Rat – was zu erwarten ist – dem Motionsanliegen nicht entspricht und die Erheblicherklärung ablehnt, stellt der Motionär *eventualiter* den **Antrag,** das Anliegen wie folgt teilerheblich zu erklären: «Allenfalls nur auf Wunsch der jeweiligen Verkäuferschaft sei eine verbindliche Vorprüfung über die Höhe des Depots mit Rechtsmittelmöglichkeit analog Motion Ingold (Vorlage 2242) einzuführen.» Zur Erinnerung: Die Motion Ingold verlangte unabhängig von Depot, Kaufpreis und Art des Steuersubjekts eine allgemeine Vorprüfung mit Rechtsmittelmöglichkeit durch die Grundstückgewinnsteuerbehörde. Mit einer Teilerheblicherklärung wäre der Kantonsrat zumindest konsequent bezüglich des erwähnten Geschäfts, das bekanntlich gegen den Willen des Regierungsrats erheblich erklärt wurde. Der Motionär dankt für die Unterstützung mindestens der Teilerheblicherklärung.

**Philippe Camenisch** spricht für die FDP-Fraktion. Er hat – offen gesagt – beim Durchlesen der Motion nicht wirklich erkannt, was Kurt Balmer damit eigentlich will, und auch die heutigen Ausführungen des Motionärs haben kaum zur Klärung beigetragen. Konkret hat er sich gefragt, ob der Motionär – Fall 1 – die Beseitigung des obligatorischen Depots der Grundstückgewinnsteuer für die öffentliche Beurkundung im Bereich Privatvermögen will und dabei in Kauf nimmt, dass der Käufer nicht nur eine materielle Solidarhaftung, sondern auch eine mögliche Pfandhaftung für unbezahlte Grundstückgewinnsteuern übernehmen muss. Eine formelle Solidarhaftung besteht zwar nach geltendem Recht, hingegen wird diese materiell durch das anlässlich der Beurkundung zu leistende Depot für die Grundstückgewinnsteuer faktisch ausgehebelt. Oder – Fall 2 – stört sich der Motionär am Depot und möchte dieses beseitigen – wobei er aber einen falschen Lösungsansatz wählt? Natürlich kann die Forderung nach einer Abschaffung des obligatorischen Depots gestellt werden, auch wenn der Votant diese nicht unterstützt. Die vom Motionär angeführten Gründe werden im Bericht des Regierungsrats folgerichtig beschrieben.
Es ist – wie gesagt – unklar, was der Motionär eigentlich will, oder er denkt seine Forderung nicht zu Ende. Wie auch immer: Das Depot mag störend sein, falls das Geld bis zur definitiven Veranlagung für andere Zwecke eingesetzt werden könnte. Ob dies in der Praxis häufig ist, kann der Votant nicht beurteilen. Für solche Fälle müsste gegebenenfalls ersatzweise die Sicherheitsleistung in Form einer Zahlungsausfallgarantie durch eine Bank eingeräumt werden, damit es zu keiner Verlagerung des Risikos vom Verkäufer zum Käufer kommt. Was soll damit gesagt werden? Die heutige Praxis ist für vermutlich in 99 Prozent der Fälle die beste Lösung, ausser der Motionär möchte tatsächlich das Risiko unbezahlter Grundstückgewinnsteuern auf den Käufer abwälzen. Das wäre aber höchst problematisch, denn wie will beispielsweise ein Eigenheimkäufer, der nicht selten mit dem Kauf einer Liegenschaft finanziell ohnehin ans Limit gehen muss, noch eine saubere *Due Dilligence* der Verkäuferbonität vornehmen, um nicht zusätzlich für unbezahlte Grundstückgewinnsteuern belangt zu werden? Das ist nämlich gar nicht einfach, wenn der Verkäufer nicht nachweislich und öffentlich als bonitätsmässig gut gilt. Dagegen ist doch die heutige Praxis eine patente Lösung.
Im Weiteren verweist der Votant auf die Behandlung verschiedener Argumente im Bericht des Regierungsrats, womit er zugleich ein Lob ausspricht. Besondere Freude hat er an der Formulierung im dritten Absatz auf Seite 4: «Die Gründe, die der Motionär für den Systemwechsel anführt, sind nicht ganz nachvollziehbar» – wobei man das Wort «ganz» getrost hätte weggelassen können. Der gleiche Abschnitt endet mit dem Satz: «Der Versuch der Motion, die effektiv bestehende abweichende Behandlung von Steuern auf dem Privatvermögen und dem Geschäftsvermögen zu beseitigen, wird mit dem Vorschlag des gesetzlichen Pfandrechts demnach nicht erreicht.» Anders ausgedrückt: Die Motion ist missglückt. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären. Über eine allfällige Teilerheblicherklärung hat die FDP nicht gesprochen.

**Matthias Werder** spricht für die SVP-Fraktion und hält fest, dass Kurt Balmer die Depotleistung mittels eines Pfandrechts sichern möchte. Zudem ist der Motionär der Ansicht, dass die privaten Liegenschaftsverkäufer schlechter gestellt seien als die juristischen Personen. Auch die Berechnung der Depothöhe wird angezweifelt; diese unterliege einer gewissen Willkür.
Der Regierungsrat hat in seiner Antwort alle nötigen Informationen geliefert. Sollte die Depotleistung durch ein im Grundbuch eingetragenes Pfandrecht gesichert werden, wird der Verkaufsprozess unnötig verlangsamt und verteuert. Der wesentliche Unterschied zwischen privaten und juristischen Liegenschaftsverkäufern besteht

darin, dass beim Liegenschaftsverkauf bei juristischen Personen der Käufer keine Solidarhaftung übernimmt. Dass eine gewisse Willkür bei der Depotberechnung stattfinde, weisen die Gemeinden zurück. Auch die Zahlen der vergangenen Jahre widersprechen diesem Vorwurf. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb einstimmig den Antrag der Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Pirmin Andermatt** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Gemeinderat von Baar und war zwölf Jahre lang Präsident der gemeindlichen Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission. Der Antrag des Regierungsrats ist klar und unmissverständlich: Nichterheblicherklärung der Motion. Und für den Votanten ist klar, dass auch eine Teilerheblicherklärung nicht in Frage kommt.
Es geht bei der Depotleistung hauptsächlich um den Schutz des Käufers. Wenn das gesetzliche Pfandrecht eingeführt wird, kann der Fall eintreten, dass jemand beispielsweise eine Liegenschaft für 2 Millionen Franken kauft und nach einem Jahr dann von der Gemeinde die Mitteilung erhält, dass der Verkäufer leider nicht mehr gefunden werden könne und der Käufer aufgrund der Solidarhaftung die Grundstückgewinnsteuer bezahlen müsse. Die Liegenschaft kostet dann schlussendlich vielleicht 150'000 Franken mehr, also 2,15 Millionen Franken. Soll wirklich das heutige System, das alle elf Gemeinde gut finden, geändert werden? Selbstverständlich weist der Notar beim Verkauf den Käufer und den Verkäufer darauf hin, dass eine Solidarhaftung bestehe. Was aber hat man von einem gesetzlichen Pfandrecht? Nichts. Der von Kurt Balmer angeführte Vergleich mit dem Kaufhaus hinkt. Es stellt sich die Frage, wer denn bei einer Pfandleistung etwas abgeben muss. Es ist nicht der Käufer, sondern der Verkäufer, denn dieser erhält nur 80 Prozent des Verkaufspreises. Die restlichen 20 Prozent werden von der Gemeinde zurückbehalten, bis die gesamte Abrechnung erfolgt ist, der Verkäufer die erforderlichen Dokumente vorgelegt, seine anrechenbaren Kosten und seinen Gewinn offengelegt hat und die Grundstückgewinnsteuer festgelegt ist. Man stelle sich vor, eine Gemeinde würde willkürlich immer 25 Prozent Grundstückgewinnsteuer einziehen. Da käme mit Sicherheit die gemeindliche Rechnungsprüfungskommission, weil zu viel eingezogene Grundstückgewinnsteuern verzinst zurückbezahlt werden müssen und der Zins natürlich zulasten der Steuerzahler geht. Aus diesen Gründen bittet der Votant, die Motion weder erheblich noch teilerheblich zu erklären.

**Manuel Brandenberg** unterstützt den Antrag der Regierung, macht sich aufgrund der kontroversen Diskussion aber Gedanken darüber, ob man sich nicht überlegen müsste, die Grundstückgewinnsteuer ganz abzuschaffen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält einleitend fest, dass die Grundstückgewinnsteuer keine kantonale, sondern eine gemeindliche Steuer ist. Der Regierungsrat hat für seinen Bericht denn auch die Haltung der Gemeinden erfragt, und diese sind einstimmig der Meinung, dass die Abschaffung der Depotleistung und deren Ersatz durch ein gesetzliches Pfandrecht keine Lösung sei, zumal das gesetzliche Pfandrecht nicht dazu führen würde, dass auf eine zusätzliche Sicherstellung der Grundstückgewinnsteuer verzichten werden könnte. Das Ganze würde also noch schwieriger werden als heute.
Im Übrigen ist der Finanzdirektor der Meinung, dass der Eventualantrag auf Teilerheblicherklärung nicht zulässig ist. Seines Wissens ist es nicht möglich, im Rahmen der Motionsbehandlung das Motionsanliegen quasi abzuändern und anders zu formulieren. Vielmehr ist der Motionär in einem solchen Fall gehalten, einen neuen Vorstoss einzureichen. Der Finanzdirektor weist aber darauf hin, dass das Anliegen von Kurt Balmer mit der erwähnten, bereits erheblich erklärten Motion von Gabriela

Ingold wahrscheinlich schon aufgenommen wurde. Diese Motion beauftragt den Regierungsrat, die Möglichkeit einer rechtsverbindlichen Vorprüfung über die Höhe der geschuldeten Grundstückgewinnsteuer zu prüfen. An diesem Auftrag wird gearbeitet. Weil es um eine gemeindliche Steuer geht, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, welche vornehmlich aus Gemeindevertretern zusammengesetzt ist; die Steuerverwaltung ist mit Philipp Moos, dem stellvertretenden Leiter der Steuerverwaltung, vertreten. Diese Arbeitsgruppe hat bereits ein- oder zweimal getagt.

Der **Vorsitzende** bestätigt die Aussage des Finanzdirektors: Der vom Motionär gestellte Antrag auf Teilerheblicherklärung ist nicht zulässig.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 62 zu 1 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 10

**123 Motion der SP-Fraktion betreffend Neuregelung der finanziellen Belastung bei Entscheiden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde**

Vorlagen: 2404.1 - 14702 (Motionstext); 2404.2 - 14911 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Leiter des Sozialdiensts der Gemeinde Baar. Namens der Motionärin dankt dem Regierungsrat für die Antwort auf die Motion. Leider übt die Regierung dabei die hohe Schule des Lamentierens und des Jammerns. So wird in der Antwort mehrmals dargelegt, welche Kosten der Kanton zugunsten der Gemeinden übernommen habe, seit das zweite Paket des ZFA von 2008 in Kraft ist. Bereits wird auch das Entlastungsprogramm ins Feld geführt, ohne dass man im Moment genau weiss, welche Auswirkungen dieses auf die Finanzen des Kantons und der Gemeinden haben wird. Der Regierungsrat erklärt wenig innovativ, dass gewisse Abläufe schon früher bestanden hätten, und scheint nicht bereit zu sein, sich effizientere Möglichkeiten vorzustellen. Weshalb sich verschiedene Verwaltungen mit den gleichen Fällen zu beschäftigen haben, hat der Regierungsrat in seiner Antwort überhaupt nicht dargelegt. Auch beim Willen des Gesetzgebers argumentiert die Regierung damit, dass keine Änderungen gewollt waren. Nur: Wer wusste genau, welche Kosten anfallen und welcher Verwaltungsaufwand zu leisten sein würde, als das Gesetz im Kantonsrat behandelt wurde? Dass dazumal nicht darüber gesprochen wurde, heisst nicht, dass es nun ewig so bleiben soll. Wenn der ZFA immer wieder und die Heimkosten im Speziellen erwähnt werden, wäre es nichts als schicklich gewesen, im gleichen Atemzug zu erwähnen, dass die Gemeinden die ganze wirtschaftliche Sozialhilfe übernommen, also den Kanton dort um die Hälfte der Kosten entlastet haben.
Die Regierung führt auf, dass die KESB sehr wohl Geld für Massnahmen ausgibt. So würden Abklärungen durch die Kompetenzorientierte Familienarbeit (KOFA) und das Begleitete Besuchsrecht durch den Kanton bezahlt. Beim zweiten kann man die Argumentation nachvollziehen. Bei der KOFA hinkt dieses Argument aber. Im Gesetz ist klar geregelt, dass Abklärungen von der KESB gemacht werden. Wenn diese nun die Abklärungen an Dritte weitergibt, sind das noch keine Massnahmen. Eine Massnahme entsteht aus der Abklärung, welche dann Veränderungen herbeiführen soll. Also sind die Abklärungen klar Aufgabe der KESB resp. des Kantons. Man stelle sich folgende Situation vor: Die KESB hat eine Gefährdungsmeldung erhalten, sie klärt die Situation ab und kommt zum Entscheid, dass die Familie eine sozialpädagogische Familienbegleitung benötigt, Kostenpunkt bis 2500 Franken

pro Monat und dies oft während eines bis eineinhalb Jahren. Der Entscheid geht an die Gemeinde, und diese erteilt die Kostengutsprache an die Institution, welche die sozialpädagogische Familienbegleitung durchführt. Die Gemeinde muss die Eltern einladen, damit geklärt werden kann, ob die Kosten von den Eltern bezahlt werden können oder wie hoch die Kostenbeteiligung ist. Die Gemeinde muss dann die Zahlungen auslösen und die Zahlungseingänge der Eltern überwachen. Gleichzeitig werden bei der KESB mit der Familie Gespräche geführt. Es sind also zwei Verwaltungen beschäftigt, und die betroffene Familie pilgert von Termin zu Termin. Das ist wenig bis gar nicht effizient.
Ein anderes Beispiel: Der Sozialdienst oder in Baar die Beratungsstelle für Kindesschutz kommt mit den Eltern zum Entscheid, dass eine Heimplatzierung für das Kind wichtig und sinnvoll ist. Wenn es ein Heim mit einer internen Schule ist, bezahlen der Kanton und die Gemeinde je hälftig. Der Antrag durchläuft drei zusätzliche Instanzen, bis die nötige Bewilligung vorliegt. Jede Instanz eröffnet ein Dossier. Die Begleitung wird durch die Beratungsstelle sichergestellt, was bedeutet: mindestens zwei Gespräche im Jahr in der Institution, weitere Begleitungsgespäche mit den Eltern. Bei einem Heim ohne Schule werden die Kosten vollständig durch den Kanton übernommen. Dieser eröffnet ein Dossier, entscheidet jedoch nur anhand der Akten. Die Begleitung der Familie wird ebenfalls durch die Beratungsstelle sichergestellt. Bei beiden Beispielen werden Verwaltungen beschäftigt, und es kann in keiner Weise von Effizienz gesprochen werden. Da liegen Sparpotenziale brach.
Das Anliegen der Motion wurde vom Regierungsrat nicht aufgenommen. Die Motionärin legte deutlich dar, dass es nicht darum geht, wer bezahlen muss; schlussendlich sind es immer Steuergelder. Weiter hat die Regierung auch keine Äusserung dazu gemacht, wie ein mögliches Zusammenspiel von Gemeinden und KESB gefördert und unterstützt werden könnte. Aus diesen Gründen stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären.

**Daniel Thomas Burch** spricht für die FDP-Fraktion und hält fest, dass das Anliegen der Motionäre eine gewisse Berechtigung hat. Grundsätzlich sollten Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung bei der gleichen Stelle liegen, getreu dem Motto «Wer bezahlt, befiehlt». Das würde im vorliegenden Fall heissen, dass der Kanton verfügt und auch für die Kosten aufkommt. Ob bei einer alleinigen Zuständigkeit des Kantons die Kosten reduziert würden, müsste allerdings erst bewiesen werden. Solange die Gemeinden mitzahlen müssen, üben sie – wenn auch nur indirekt – auch eine gewisse Kostenkontrolle aus. Trotz der Diskussion, welches Gemeinwesen die Kosten für Kindesschutzmassnahmen tragen soll, darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass bei minderjährigen Kindern primär die Eltern für die Kosten aufzukommen haben. Das sollte nach Ansicht der FDP-Fraktion konsequent gehandhabt werden.
Im Rahmen des ZFA wurden die Aufgaben von Kanton und Gemeinden definiert. Die FDP teilt die Haltung der Regierung, dass eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden in diesem Bereich zum heutigen Zeitpunkt nicht angebracht ist. Die Regierung will mit ihrem Entlastungsprogramm Kosten einsparen und dabei auch einen Teil ihrer Aufgaben den Gemeinden übergeben. Daher ist das Anliegen der Motionäre zumindest zum heutigen Zeitpunkt nicht angezeigt. Die FDP-Fraktion unterstützt daher den Antrag der Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Esther Haas** hält fest, dass das Anliegen der Motionäre auch für die ALG nachvollziehbar ist, denn idealerweise liegt die Finanzierung dort, wo auch die Entscheidungen getroffen werden. Kosteneinsparungen beim Verwaltungsaufwand wären

ein allfälliger positiver Effekt einer Neuregelung. Im EG ZGB ist aber festgehalten, dass die Übernahme des Vormundschaftswesens durch den Kanton nichts ändere an der subsidiären Kostenpflicht der Einwohner- und Bürgergemeinden. Und es war der Kantonsrat, der bei der Gestaltung des EG ZGB die Zuständigkeit der Kostenübernahme bewusst so wählte.
Die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden wurde – wie bereits erwähnt – 2008 im Rahmen des ZFA verankert. Mit Ausnahme der Altersheime übernimmt der Kanton alle Kosten im Bereich der sozialen Einrichtungen. Betrachtet man das Kostenvolumen, dann fällt auf, dass die 62'000 Franken, welche den Gemeinden berechnet wurden, im Vergleich zu den 6,5 Millionen Franken, welche der Kanton übernimmt, doch ein sehr kleiner Betrag sind.
Dem Grundanliegen der Motionäre bringt die ALG – wie gesagt – durchaus Sympathien entgegen. Die in einem aufwändigen Prozess erarbeiteten Aufteilungen des ZFA müssten aber neu geregelt werden. Zudem sollten zuerst die Resultate der Bewertungen des Bundes zur Interaktion zwischen KESB und Gemeinden abgewartet werden. Erst *nach* dieser Evaluierung kann über eine mögliche Änderung des Kostenteilers diskutiert werden, dies aber in einem ganzheitlichen Kontext. Die ALG empfiehlt deshalb, die Motion der SP-Fraktion nicht erheblich zu erklären.

**Monika Barmet:** Die Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die vorliegende Motion der SP-Fraktion nicht erheblich zu erklären. Die Argumente im ausführlichen Bericht sind nachvollziehbar und gut begründet. Handlungsbedarf besteht diesbezüglich auch aus Sicht der CVP-Fraktion nicht. Auch seitens der Gemeinden wurde keine Neuregelung gefordert, dies gerade auch im Wissen, dass die Kosten ambulanter Kindesschutzmassnahmen, welche gestützt auf einen Entscheid der KESB im Jahr 2014 angeordnet wurden und der zuständigen Gemeinde weiterverrechnet wurden, nur 62'000 Franken betrugen.
Persönlich vermisst die Votantin im Bericht und Antrag des Regierungsrats Ausführungen zum Zusammenspiel zwischen Gemeinden und KESB, wie sie in der Begründung der Motion gefordert wurden. Die Votantin erwartet ausdrücklich, dass die Gemeinden bei den Entscheiden der KESB einbezogen und ihre Meinung und Vorschläge mitberücksichtigt werden.
Im Bericht erwähnt der Regierungsrat auf Seite 3 unter Ziff. 2.3, dass der Bundesrat aufgrund parlamentarischer Vorstösse bereit ist, die ersten Erkenntnisse aus der Änderung des Vormundschaftsrechts zur Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzgebung aufzuzeigen und insbesondere die Qualität und die Kosten der Leistungen zu prüfen. Die Votantin erwartet, dass im Kanton Zug ebenfalls eine Evaluation durchgeführt wird, weil ja doch eine grundlegende Änderung umgesetzt wurde. Die Erfahrungen im Kanton Zug sind wichtiger.
Im Namen der CVP-Fraktion empfiehlt die Votantin, die Motion der SP nicht erheblich zu erklären.

**Thomas Werner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Motion der SP-Fraktion grossmehrheitlich unterstützt. Die SP hat hier – wenn vielleicht auch aus anderen Beweggründen – ein berechtigtes Anliegen aufgegriffen. Wer entscheidet, soll auch die Kosten tragen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinden einerseits bei den Entscheiden der KESB keine Möglichkeit zur Mitsprache oder Einsprache haben, andererseits aber die Kosten der Entscheide der kantonalen KESB tragen müssen. Beispiele in anderen Kantonen haben dies klar an den Tag gebracht. Es gab Gemeinden, welche durch die von der KESB getroffenen Entscheide in finanzielle Notlage gerieten und deshalb sogar gezwungen waren, die Steuern zu erhöhen. Es

geht auch darum, dass der Kantonsrat, wenn die Kosten ausufern sollten, über das Budget korrigierend eingreifen könnte.
In verschiedenen Voten wurde gesagt, dass man zwar viel Verständnis für die Motion habe, diese aber trotzdem nicht erheblich erklären wolle. Die SVP-Fraktion hält das Anliegen für berechtigt und empfiehlt, die Motion erheblich zu erklären.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern: Die Forderung, Aufgaben, Kompetenz und Verantwortung müssten bei der gleichen Stelle liegen, tönt immer sehr gut. Will man diesem Grundsatz folgen, müsste man aber bereit sein, den ZFA umfassend zu revidieren. Zwei Beispiele dazu:
• Entscheidet eine Gemeinde oder die betreffende Person selbst, dass ein Kind oder eine erwachsene Person in ein Heim oder eine soziale Einrichtung gehen soll, und ist es keine Kindes- und Erwachsenenschutz-Massnahme, dann bezahlt der Kanton die Heimkosten zu 100 Prozent. Diese Regelung kostet den Kanton 6,5 Millionen Franken pro Jahr an Beiträgen an soziale Einrichtungen.
• Entscheidet ein Rektor in einer Gemeinde, ein Kind solle in eine Sonderschule oder ein Sonderschulheim gehen, bezahlt der Kanton 50 Prozent der Kosten, ohne auf den Entscheid Einfluss nehmen oder die Übernahme des Kostenanteils verweigern zu können.
In beiden Fällen wird die erwähnte Forderung nicht beachtet. Wenn man diesbezüglich also Änderungen vornehmen möchte, müsste man das ganz konsequent tun.
Es wurde bereits erwähnt, dass der Kanton seit 2008 von den Einwohnergemeinden Aufgaben im Umfang von netto mehr als 10 Millionen Franken jährlich übernommen hat. In der gegenwärtigen Phase mit Entlastungsprogramm kann er nicht noch weitere Kosten übernehmen. Wenn in einem Kindesschutzfall die Eltern wirtschaftlich nicht in der Lage sind, die Kosten für eine ambulante Massnahme – die von Thomas Werner erwähnten Fälle in anderen Kantonen betrafen stationäre Massnahmen, also Heimaufenthalte, für welche die Gemeinden die Kosten übernehmen mussten – zu tragen, dann ist es doch logisch, dass das unterstützungspflichtige Gemeinwesen, die Einwohner- oder die Bürgergemeinde, diese Kosten übernehmen muss. Die Gemeinden verfügen über einen Sozialdienst, kennen die Familien oft und können abklären, ob deren Budget eine Übernahme der Kosten erlaubt oder nicht. Es ist deshalb nicht sinnvoll, diese Verantwortung dem Kanton zu übertragen, zumal es sich insgesamt – wie schon gehört – nur um etwa 62'000 Franken pro Jahr zulasten der Gemeinden handelt.
Die Direktorin des Innern ist sehr froh, dass der Bundesrat das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht evaluieren lässt. Je nach Ergebnis wird der Regierungsrat überprüfen, welcher Anpassungsbedarf im Kanton Zug besteht. Dafür ist es heute aber noch zu früh. Wie bereits erwähnt, beantragt der Regierungsrat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Beat Iten** möchte eine Korrektur anbringen: Wenn eine Gemeinde entscheidet, dass jemand in ein Sonderschulheim geht, dann beteiligt sich der Kanton nur an den Kosten, wenn der Schulpsychologische Dienst oder die Fachstelle für Sonderpädagogik diesem Entscheid zugestimmt hat. Andernfalls bezahlt die Gemeinde die ganzen Kosten.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 38 zu 23 Stimmen nicht erheblich.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratsvizepräsident Thomas Lötscher den Ratsvorsitz.

TRAKTANDUM 11

**124 Postulat von Beni Riedi und Thomas Werner betreffend Rechtsabbiegen bei Rot für Fahrradfahrer**

Vorlagen: 2444.1 - 14800 (Postulatstext); 2444.2 - 14889 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Beni Riedi** dankt im Namen der Postulanten der Regierung für die Beantwortung des Postulats. Dass die Zuger Regierung zuerst die Versuche des Kantons Basel-Stadt abwarten möchte, nehmen die Postulanten zur Kenntnis. Gleichzeitig freut es sie, dass der Regierungsrat ihrem Anliegen grundsätzlich positiv gegenübersteht.
Die Grundüberlegung für das Postulat war unter anderem der Gedankenanstoss, dass es unbedingt auch Massnahmen braucht, welche den Verkehr verflüssigen. Leider war in den letzten Jahren ein Trend zu spüren, den Verkehr immer mehr durch Hindernisse und Tempo-30-Zonen auszubremsen. Anstatt teure Unterführungen zu bauen, braucht es Massnahmen, welche kostengünstig umgesetzt werden können, ohne die Verkehrsteilnehmer zu gefährden.
Die Postulanten stellen keinen Antrag auf Erheblicherklärung ihres Vorstosses und danken nochmals für die Beantwortung.

**Stefan Gisler** hält fest, dass die ALG den **Antrag** auf Erheblicherklärung des Postulats stellt.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 44 zu 12 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 12

**125 Interpellation von Kurt Balmer betreffend Interregio-Halt in Rotkreuz**

Vorlagen: 2441.1 - 14791 (Interpellationstext); 2441.2 - 14888 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Kurt Balmer** dankt dem Regierungsrat für die relativ zügige Beantwortung der Fragen. Es geht hier auch darum, die Regierung zu stärken, zumal der Regierungsrat selbst sagt, jede politische und wirtschaftliche Unterstützung sei gut. Der Votant fragt sich allerdings schon, was passieren würde, wenn man diesen Wunsch allzu wörtlich nähme.
Grundsätzlich stellt der Votant fest, dass der Regierungsrat für die Umsetzung des berechtigten Anliegens alles tut und auch positive Signale seitens der SBB erhält. Zu den einzelnen Fragen: Zu Recht erwähnt der Regierungsrat, dass der Entscheid bezüglich FHZ Rotkreuz der SBB mitgeteilt wurde und die Nachfrage beeinflusst – das IFZ und das entsprechende Argument erspart sich der Votant. Grundsätzlich ist es aber so, dass die SBB entscheidet und der Kantons nur ein Anhörungsrecht hat. Überzeugend erwähnt der Regierungsrat, dass spätestens im Hinblick auf die Neukonzessionierung per Dezember 2017 noch Präzisierungen erfolgen können und er sich dafür einsetzen wird.
Die Antwort hat leider auch gewisse Schwachstellen. Im zentralen Punkt des Gesetzesauftrags, dass der ÖV nachfrageorientiert und attraktiv sein soll, weicht der Regierungsrat auf eine programmatische und historische Auslegung aus; programmatisch sind für den Votanten Parteiprogramme mit den üblichen Übertreibungen. Im Anschluss an das Postulat vom Januar 2011 hat der Regierungsrat die diesbezüglichen Bedenken des Votanten – nämlich dass der ÖV nicht nur nachfrageorientiert und attraktiv zu gestalten sei – noch nicht beantwortet. Neu heisst es

nun: Das Gesetz ist nur programmatisch. Ein Gesetz ist aber kein Wunschkonzert, sondern eine verbindliche Vorschrift, welche umzusetzen ist. Nach Ansicht des Votanten gehört die Angebotskomponente auch irgendwie ins Gesetz; es muss ja nicht voll übereinstimmen. Sodann bleibt noch richtigzustellen, dass die sogenannten Enge-Züge zwischenzeitlich mindestens teilweise wieder reduziert wurden: Eine Abendverbindung wurde gestrichen.
Zusammengefasst hat der Votant etwas Mühe mit Gesetzesaufträgen, welche angeblich nur programmartig sind. Wenn das zutreffen sollte, könnte man diverse übertriebene oder gar unrealistische Idealvorstellungen ins Gesetz schreiben – und der Regierungsrat trifft dann die Auswahl, was er umsetzen will. Genau so sollte es aber nicht sein.

**Adrian Andermatt** dankt im Namen der FDP-Fraktion der Regierung für die ausführliche Stellungnahme. Er möchte einige Punkte hervorheben:
• Es wird gesagt, der Regierungsrat fordere seit Jahren im Fernverkehr einen zusätzlichen Halt der Interregio-Züge in Rotkreuz. Das nimmt die FDP sehr gerne zur Kenntnis, und sie unterstützt dieses Anliegen vollumfänglich. Es wird auch gesagt, dass der Kanton auf die Ausgestaltung des Angebots im Personenfernverkehr nicht direkt Einfluss nehmen könne. Das muss man zur Kenntnis nehmen, und es erklärt auch, warum das Ziel eines zusätzlichen Halts bisher nicht erreicht werden konnte.
• Der Regierungsrat und die ÖV-Verantwortlichen gehen mehrstufig vor, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Auch diesbezüglich ist man auf dem richtigen Weg, wobei die Regierung auch Unterstützung braucht. Jeder Vorstoss, komme er aus der Politik oder der Wirtschaft, unterstützt das Anliegen. In diesem Sinn dankt der Votant auch dem Interpellanten für seinen Vorstoss, mit dem er die Regierung bzw. ihr Anliegen unterstützt.
• Sehr wichtig ist die Aussage der Leiterin des Personenverkehrs der SBB, dass das Anliegen aufgenommen worden sei. Die FDP-Fraktion ersucht die Regierung, hier am Ball zu bleiben, die SBB beim Wort zu nehmen und mit grösstmöglichem politischem Druck weiterzumachen.
Die FDP-Fraktion dankt in diesem Sinne der Volkswirtschafts- bzw. Verkehrsdirektion, dass sie dieses Geschäft weiterhin vorwärtsbringen möchte.

**Hanni Schriber-Neiger:** Es ist der ALG bewusst, dass der Kanton den Fernverkehr nicht selber bestellen kann. Die Regierung kann aber den Druck auf die SBB noch erhöhen. Von einem Angebotsausbau im Fernverkehr würden neben dem Kanton Zug auch die schnell wachsenden Agglomerationen Rontal und Freiamt profitieren. Also soll die Regierung auch den Kanton Luzern und insbesondere den Kanton Aargau noch ins Boot holen.
Von 2017 bis Sommer 2018 wird vor allem die Gemeinde Risch im Zusammenhang mit der Umleitung der Fernverkehrszüge Zürich–Tessin via Rotkreuz von einem erhöhten Angebot profitieren können. Der Fahrplan 2016 (Einführung ab Dezember 2015) dürfte wohl kaum mehr veränderbar sein oder angepasst werden können. Es gilt nun, für die Zeit nach Sommer 2018 eine Verbesserung des Angebots anzustreben und unbedingt dafür zu kämpfen. Zu fordern ist nebst dem regelmässigen Halt des Fernverkehrs Luzern–Zürich in Rotkreuz auch nochmals ein zusätzliches Zugangebot in Form eines RegioExpress. Dieser RegioExpress mit Halten in Ebikon, Gisikon-Root, Rotkreuz, Cham, Zug, Baar, Thalwil, Zürich-Enge würde einem grossen Wunsch und Bedürfnis der Agglomerationsgemeinden entsprechen und die Interregio-Züge Luzern–Zürich und vor allem die S1-Züge massiv entlasten. Die ALG dankt der Regierung für ihr Dranbleiben.

**Olivia Bühler:** Die SP-Fraktion unterstützt die Bemühungen der Regierung, sich für den ÖV und speziell auch für den zweiten Interregio-Halt in Rotkreuz einzusetzen und mit den SBB gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wichtig ist dieses Engagement besonders jetzt, da die Fachhochschule Zentralschweiz das Departement Informatik in Rotkreuz ansiedeln wird. Neu werden in Rotkreuz bis zu tausend Studierende erwartet.
Getreu dem Glauben an die Wirtschaft wird viel unternommen, um im Kanton Zug neue Arbeitsplätze zu sichern oder Weiterbildungsangebote anzubieten. Zwingend damit einhergehen muss aber die Förderung einer möglichst optimalen Infrastruktur inkl. angemessener Anbindung an das ÖV-Netz. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort Möglichkeiten auf, zum Beispiel eine Erhöhung der Transportkapazität der S1. In einem Nebensatz wird dann aber auf das Entlastungsprogramm hingewiesen und somit allfällige Mehrkosten gleich wieder in Frage gestellt. Den Verweis auf das Sparpaket der Regierung wird man leider noch oft hören müssen. Dies ist ein Alarmzeichen, und die ALG spricht sich explizit dafür aus, dass nicht auf Kosten des ÖV gespart wird, da dies ihrer Ansicht nach die Qualität des Standorts Zug vermindert und langfristig zu negativen Auswirkungen führt. Für die SP gilt: Die unentwegte Orientierung an Arbeitsmarkt und Standortförderung funktioniert nicht, solange man nicht auch die Hausaufgaben vor Ort erledigt. Dazu gehören z. B. adäquater Wohnraum und eben auch gute ÖV-Anschlüsse. Dass dies in der Realität eine grosse Herausforderung ist, belegt die Antwort der Regierung exemplarisch.

**Philip C. Brunner** ist Mitglied der Kommission für den öffentlichen Verkehr und grundsätzlich sehr interessiert an dieser Thematik. Er dankt Kurt Balmer für seine Interpellation. In Zusammenhang mit dem Stadttunnel Zug hat sich der Votant mit dem unglaublichen Wachstum der Wohnbevölkerung von Rotkreuz bzw. der Gemeinde Risch befasst. 1981 hatte die Gemeinde Risch eine Bevölkerung von 4190 Einwohnern, heute sind es über 10'000 Einwohner; ähnlich verhält es sich mit den Arbeitsplätzen und dem Verkehr. Es wäre bedauerlich, wenn der öffentliche Verkehr nun zum Nadelöhr für das erfolgreiche Zentrum Rotkreuz würde. Stichworte dazu sind die Hochschule für Informatik und das IFZ – von dem der Votant allerdings nicht der Meinung ist, dass es nach Rotkreuz umziehen solle.
Gefreut hat den Votanten die Antwort des Regierungsrats auf die Frage 4, wo immerhin eine Abendspitze der S24 von Zürich nach Rotkreuz angemeldet wird. Gestern wurde im Weiteren bekannt, dass man sich in der Planungsregion Zentralschweiz für einen faktischen Viertelstundentakt des RegioExpress stark macht. Das sind gute Nachrichten.
Der Votant erinnert daran, dass er zum selben Thema ein Postulat eingereicht hat, in Rotkreuz die Perronverlängerungen nicht nur provisorisch, sondern definitiv zu erstellen. Er hat dem alten Kantonsrat im Detail vorgerechnet, wie damit die Kapazität auf der Strecke Baar–Zug–Rotkreuz erhöht werden kann.
Zusammengefasst: Der Regierungsrat bleibt am Ball. Man muss aufpassen, dass man das Wachstum in der Gemeinde Risch – eine der sehr positiven Entwicklungen im Kanton Zug – nicht abwürgt, weil man mit dem Ausbau des ÖV nicht nachkommt. Der Votant wünscht der Regierung hier viel Erfolg. Die Stadt Zug will mit dem Ennetsee solidarisch sein, bittet aber auch um die entsprechende Unterstützung in Zusammenhang mit den Verkehrsproblemen der Stadt.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** freut sich über die Einmütigkeit des Rats und die Stossrichtung. Er hat den SBB versprochen, ihnen das Protokoll der heutigen Sitzung zuzustellen, und freut sich auch deshalb über die klaren Voten.

Zum Interpellanten: Die Nachfrageorientierung steht auch im Richtplan und ist nicht bestritten. Und fast jedes Gesetz enthält in einem der ersten Paragraphen einen programmatischen Grundsatz. Natürlich kann man das – gesetzestechnisch gesehen – weglassen, in der Regel hilft es aber doch, die Stossrichtung des Gesetzes klar darzulegen. Programmatisch heisst ja nur, dass aus dem betreffenden Artikel keine rechtlichen Ansprüche abgeleitet werden können – dies zuletzt gegenüber den SBB: Man kann nicht mit einem kantonalen Gesetz, selbst wenn dieses die Nachfrageorientierung verbindlich festschreibt, einen Bundesbetrieb wie die SBB zu etwas verpflichten. Dafür ist man auf anderes angewiesen, in diesem Fall auf Druck von politischer und wirtschaftlicher Seite sowie auf gutes Verhandeln. Immerhin anerkennen die SBB das Anliegen, und es ist Marktpotenzial vorhanden. Für die Lösung aber braucht es noch eine Weile. Das hängt zum einen mit der fehlenden Infrastruktur zusammen, wobei der Regierungsrat aufgezeigt hat, dass es noch sehr lange dauern kann, bis die Strecke Zürich–Zug–Luzern – es geht hier um mehr als Perronverlängerungen – ausgebaut wird. Bis es so weit ist, versucht der Regierungsrat alles Mögliche mit Verstärkungen etc. Der Volkswirtschaftsdirektor hat vorgestern letztmals mit dem Leiter Fernverkehr der SBB gesprochen und ihn gefragt, ob man mit der Prüfung von Optionen schon am Ende des Lateins sei. Es wurden nämlich schon x Optionen geprüft, die für die SBB aber alle nicht fahrbar sind. Der Volkswirtschaftsdirektor hat ein gewisses Verständnis dafür, muss die SBB doch für Fahrplanstabilität und Sicherheit einstehen, und es nützt nichts, wenn sie Züge verspricht, die dann verspätet sind oder mit denen es Sicherheitsprobleme gibt. Der Leiter Fernverkehr hat aber versichert, dass noch nicht alle Optionen durchgerechnet seien. Es lohnt sich also dranzubleiben – auch wenn eine bestimmte Lösung dann je nachdem Auswirkungen auf andere Orte oder auf Nachbarkantone haben kann, die es ebenfalls zu berücksichtigen gilt.
Zu Hanni Schriber-Neiger: Weil der Kanton im Fernverkehr keine Bestellungen machen kann, ist er ausgewichen auf den RegionalExpress, der natürlich – in Klammern gesagt – ebenfalls kostet. Auch hier gibt es bisher aber kein fahrbares Konzept, aber auch hier lässt der Regierungsrat nicht locker. Bezüglich Hochschule für Informatik erinnert der Volkswirtschaftsdirektor daran, dass der Kantonsrat voraussichtlich Ende Juni im Richtplan die entsprechenden Grundlagen schaffen wird. Als der Entscheid des Konkordatsrats und der Zuger Regierung vorlag, orientierte die Volkswirtschaftsdirektion umgehend die SBB, dass in Rotkreuz künftig mit gegen tausend Studierenden und entsprechendem Marktpotenzial zu rechnen sei. Zum Hinweis von Olivia Bühler auf das Sparprogramm: Der Regierungsrat hat das Sparprogramm nur in Zusammenhang mit der Vorfinanzierung von Infrastrukturvorhaben des Bundes und entsprechenden Einbussen – etwa durch zinslose Darlehen – erwähnt. Er hat es nicht erwähnt in Zusammenhang mit Bestellungen, beispielsweise zur Verstärkung der S-Bahn. Die *Flirts,* welche ab 2016 fahren sollen, sind bestellt und werden auch finanziert.
Bezüglich Nadelöhr ÖV muss man immer berücksichtigen, dass sich die Engpässe auf die Hauptverkehrszeiten beschränken; in den übrigen Zeiten gibt es sehr viel Kapazität. Es wird verkehrspolitisch generell zum Thema werden, dass man die Infrastruktur nicht mehr nur auf die Spitzen wird ausrichten können. Da werden alle gefordert sein: die Schulen bezüglich Unterrichtsbeginn, die Arbeitgebenden bezüglich Arbeitszeitmodellen bis hin zu *Home Office* etc.
Abschliessend dankt der Volkswirtschaftsdirektor für die gute Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort und für die Unterstützung.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 13

**126 Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend kantonale Informatik: Entsorgen statt Ressourcen schonen und weiter verwenden**

Vorlagen: 2440.1 - 14784 (Interpellationstext); 2440.2 - 14907 (Antwort des Regierungsrats).

**Andreas Hürlimann** teilt mit, dass die Antwort des Regierungsrats die ALG nicht zufrieden stellt. Eine hundertprozentige Kompletterneuerung ist im aktuellen Umfeld nicht zweckmässig oder wünschenswert, dies weder unter dem Aspekt der finanziellen noch der natürlichen Ressourcen. Und dabei ist einmal mehr festzuhalten, dass lange nicht alle PC, Notebooks, Monitore oder Tastaturen mehr als fünf Jahre auf dem Buckel hatten. Der Votant weiss von mehreren Fällen, wo auch zweijährige Monitore bereits ersetzt wurden. Zudem ist nicht einleuchtend, dass Notebooks und Desktops zwischenzeitlich nachgerüstet wurden. Eine neuere Office-Version kann ja wohl nicht der Hauptgrund für eine Aufrüstung sein, zumal es da noch andere Programme gäbe, die wahrlich ressourcenfressender wären. Der Votant könnte mehrere Beispiele präsentieren, wo in der Privatwirtschaft ein Update auf eine neuere Office-Version keine solchen Nachrüstungen ausgelöst haben. Zudem macht er ein wirklich grosses Fragezeichen beim Ersatz der Monitore. Die vom Regierungsrat hervorgehobenen technologischen und ergonomischen Fortschritte kann er nicht wirklich nachvollziehen. Es gab sicherlich einige kantonale Angestellte, welche nicht einmal bemerkten – vom Logo am Monitor mal abgesehen –, dass ein neuer Bildschirm auf ihrem Arbeitsplatz steht. Zudem ist auch die Abgabe und Weiterverwendung von einigen nach wie vor sehr guten Monitoren an Mitarbeitende von verschiedenen Stellen in der kantonalen Verwaltung resp. in den Schulverwaltungen unterschiedlich gehandhabt worden.
Ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus: Der Zürcher Kantonsrat hat im Dezember mit der Beratung des Budgets 2015 den Kredit für den Bereich Informatik gekürzt. Unter anderem wurden der Ersatz von PC sowie die Ausstattung der Staatsanwaltschaften mit Tablets aufgeschoben. Computer müssten nicht zwingend alle fünf Jahre ersetzt werden, konnte man von der FDP, der SVP oder den Grünliberalen in Zürich vernehmen. Angesichts der finanziellen Lage könnten solche Ersatzbeschaffungen gut aufgeschoben werden, hiess es im Zürcher Kantonsrat. Mit Blick auf die Antwort der Zuger Regierung scheint es, dass eine mögliche finanzielle Entlastung des Kantons in Zürich und Zug völlig unterschiedlich gewichtet werde. Dabei könnte genau mit dem Aufschieben von Beschaffungen der Haushalt etwas entlastet werden, dies ohne dass die Bevölkerung von einem Leistungsabbau beim ÖV, bei der Bildung oder sonstwo tangiert wäre.
Zum Thema Submission: Es ist leider nicht das erste Mal, dass innerhalb von kurzer Frist beim Kanton und bei der Kantonsschule in ähnlichen Themenbereichen unterschiedliche Submissionen vorgenommen wurden. Eine Submission ist immer mit erheblichem Aufwand verbunden. Eine bessere, umfassendere und übergreifende Planung in der Informatik ist beim Kanton dringend angezeigt. Es kann und darf nicht mehr sein, dass mehrere, parallele Strategien gefahren werden. Die Anforderungen an der Kantonsschule können wohl in einem weiten Bereich nicht grundsätzlich von denjenigen bei der Verwaltung abweichen. Zudem scheint die Kantonsschule länger mit leistungsschwächeren PC oder Software arbeiten zu können als die kantonale Verwaltung. Es kommt dazu, dass dort wohl eher gezielter leistungsstärkere Maschinen eingesetzt werden, etwa explizit nur für die Videobearbeitung.
Zum Schluss noch zur Zusammenarbeit Gemeinden - Kanton: Diese ist im Bereich Informatik bekanntlich nicht die beste. Leider hat es die Regierung bis jetzt auch verpasst, hier vertrauensbildende Massnahmen oder weitere Schritte aufgrund der

Motion der Kommission zu den gescheiterten ISOV-Projekten zu präsentieren. Dabei wäre eine umfassende IT-Architektur oder -Strategie dringend nötig. So können weitere, nicht nachhaltige Investitionen vermieden werden. Die Nachfrage bei mehr als einer Gemeinde, warum man die Chance einer gemeinsamen Bestellung nicht wahrgenommen habe, hat vor allem zutage gebracht, dass die Kosten bei gemeinsamem Bestellen nicht wirklich vorteilhaft seien. Das ist für den Votanten als Stawiko-Mitglied ein Alarmzeichen: Anscheinend werden die kantonalen Konditionen nicht von allen als gleich vorteilhaft eingeschätzt.
Die ALG erwartet in Zukunft weitere Massnahmen, um ein komplettes Entsorgen zu vermeiden und sowohl die finanziellen Ressourcen wie auch die Umwelt weiter zu schonen.

**Philip C. Brunner** ist als Sprecher der SVP etwas überrascht, dass sich die anderen Fraktionen nicht zu Wort melden. Er dankt Andreas Hürlimann für seine Ausführungen; die SVP-Fraktion könnte jedes Wort davon unterschreiben. Wichtig ist auch der Hinweis auf Zürich, wo die Bürgerlichen – zumindest SVP, FDP und GLP – offensichtlich auch sparen wollen. Und in der Informatik *kann* gespart werden. Hier kann man wirklich ansetzen und sparen, ohne dass es sehr wehtut.
Der Kantonsrat hat heute die Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und dem Votanten betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle an den Regierungsrat überwiesen. In der betreffenden Kommission wurden in acht oder neun Sitzungen sehr wertvolle Ergebnisse erarbeitet, aber es ist festzustellen, dass Kanton und Gemeinden hier auseinandermarschieren. Das hört man übrigens auch aus den Gemeinden bzw. aus der Stadt Zug. Vieles läuft parallel: Da entwickeln die Gemeinden irgendein grosses Informatikprogramm, aber der Kanton macht mehr oder weniger weiter wie bis anhin. Diese Situation kann man so nicht tolerieren.
Zusammengefasst: Die SVP-Fraktion dankt der ALG für die kritische Begutachtung der regierungsrätlichen Antwort. Sie ermahnt die Regierung, im Bereich der Informatik den Daumen aufzusetzen. Offenbar hat man die Situation noch nicht klar erkannt. Es ist immerhin bemerkenswert, dass die Regierung krampfhaft zu sparen versucht, die Verwaltung im Bereich Informatik aber offenbar im Luxus schwelgt. Das ist sehr bedauerlich. Das Entlastungsprogramm bedeutet auch, dass die Verwaltung sich hier an der eigenen Nase nimmt. Und es ist durchaus möglich, auch mit etwas älteren Geräten zu arbeiten. Die Hundertstel- oder Tausendstelsekunden, die mit neuen Geräten und Bildschirmen gewonnen werden können, fallen kaum ins Gewicht.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass man über das Thema Informatik lange diskutieren und den Verantwortlichen viele Vorwürfe machen kann, dass am Schluss aber doch die Fakten zählen sollten: Wenn man die Informatik des Kantons Zug mit derjenigen anderer Kantone vergleicht, sieht man, dass die Leistung überdurchschnittlich und die Kosten unterdurchschnittlich sind. Das gilt es zur Kenntnis zu nehmen, statt immer über die Informatik des Kantons zu schimpfen. Die betreffenden Mitarbeitenden machen einen sehr guten Job, und die Informatik hat im vergangenen Jahr hundertprozentig funktioniert. Man stelle sich vor, die Informatik würde nur während eines einzigen Tages nicht funktionieren, und man müsste die Mitarbeitenden nach Hause schicken! Eine Steuerverwaltung ohne Informatik beispielsweise nützt rein gar nichts! Und nun wird die Frage gestellt wird, welche Strategie man bezüglich Ersatz der Geräte fahren wolle! Natürlich könnte man auch nur diejenigen Geräte ersetzen, welche kaputtgegangen sind. Dann hätte man sicher auch noch zehnjährige PC und Drucker in Betrieb, aber die Funktionalität und die Stabilität des Systems wären mit Sicherheit in Mitleidenschaft gezogen. Und der Finanz-

direktor will keine *Software,* mit der die Mitarbeitenden minutenlang der Sanduhr zuschauen müssen, bis das gewünschte Dokument endlich auf dem Bildschirm erscheint. Das Dokument muss vielmehr *schnell* zur Verfügung stehen. Jedermann erwartet schliesslich von der Verwaltung schnelle Reaktionen, und die Zeit, in der gewartet werden muss, kostet auch.
Zur Frage, wie lange die *Hardware* im Einsatz sein soll, hat eine Umfrage bei anderen Kantonen ergeben, dass in sieben Kantonen die Geräte ebenfalls nach fünf Jahren ersetzt werden. Bern und Basel-Landschaft ersetzen ihre Geräte nach drei bis fünf Jahren, Ob- und Nidwalden nutzen sie vereinzelt länger. Der Kanton Zug hat sich für das Rein-Raus-Verfahren entschieden, und dieses Verfahren hat sich bewährt. Natürlich ist im Entlastungsprogramm vorgesehen, auch bei der Informatik Einsparungen vorzunehmen. Die Sparmöglichkeiten liegen aber vor allem im Bereich *Software,* also bei den Lizenzen, und im Bereich der dezentralen Organisation. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass sich die Informatik einer Schule von derjenigen der Verwaltung unterscheidet. Das war denn auch der Grund, warum die Kantonsschule dieses Mal bei der Submission nicht mitmachte.
Für die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich Informatik gibt es die IT-Konferenz, in welcher die Gemeinden elf und der Kanton eine Stimme hat. Die IT-Konferenz trifft sich zweimal jährlich, und die Beteiligten bringen ihre Anliegen ein. Der Finanzdirektor hat dort auch das Anliegen der Motion betreffend EKV 5 eingebracht, dass Gemeinden und Kanton die diesbezügliche Zusammenarbeit im Bereich Informatik prüfen sollten. Die Gemeinde haben dies ausgeschlagen und mitgeteilt, dass sie die «Interessengemeinschaft Informatik der Zuger Gemeinden» (IGI ZUG) gründen und erst dann wieder die Zusammenarbeit mit dem Kanton suchen würden. Das allein genügt aber nicht. Zu erinnern ist an das gescheiterte Projekt EKV 5. Dort ist eine *Software* im Einsatz, die in die Jahre gekommen ist und abgelöst werden muss. Es handelt sich zu 100 Prozent um eine gemeindliche *Software* – aber wer steht hin und übernimmt die Verantwortung für das Scheitern bzw. für den dringenden Ersatz der *Software*? Es sind nicht die Gemeinden, sondern es ist der Finanzdirektor. Es ist deshalb ziemlich bemühend, wenn sich dieser Finanzdirektor hier sagen lassen muss, Kanton und Gemeinden arbeiteten in der IT nicht gut zusammen. Diese Kritik ist – kurz gesagt – schlicht ungerechtfertigt.

**Philip C. Brunner** möchte klarstellen, dass weder er noch Andreas Hürlimann die Mitarbeiter der kantonalen Informatik direkt kritisiert haben. Es geht hier um Strategie, um die Submissionen – und darum, dass der Kanton jährlich etwa 40 Millionen Franken für die Informatik ausgibt. Auf diesem Hintergrund darf man durchaus eine gewisse Leistung erwarten. Und dass bei der Beantwortung einer Interpellation der eine oder andere Punkt angesprochen wird, darf der geschätzte Herr Finanzdirektor nicht gleich persönlich nehmen. Es besteht aber kein Zweifel, dass im Bereich IT Sparpotenzial besteht, und auch die Zusammenarbeit des Kantons mit den Gemeinden ist nicht optimal. Es soll dem Rat auch erlaubt sein, selbstkritisch mit sich selbst umzugehen und nicht einfach wehleidig zu tun. Sparen ist immer schmerzlich, und der Rat wird schmerzhafte Entscheidungen zu fällen haben. Das sollte auch dem AIO zur Kenntnis gebracht werden. Das bedeutet nicht, dass in der Informatik des Kantons alles falsch läuft, aber der Votant ist überzeugt, dass der Kantonsrat grossmehrheitlich seine Meinung teilt, dass auch in der Informatik etwas mit Sparen angesetzt werden soll.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 14
**Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuer-Rulings**

Das Traktandum kann aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

## 127 Nächste Sitzung

Donnerstag, 30. April 2015 (Ganztagessitzung).

In der nächsten Sitzung wird die Geschäftsleitung des Kantonsrats Luzern zu Gast sein.

Der **Vorsitzende** wünscht allen Kantonsratsmitgliedern und ihren Familien frohe Ostern.

**Protokoll des Kantonsrats**

8. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. April 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 2. April 2015
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Beat Unternährer betreffend NFA-Kantonsreferendum

3.2. Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für den Austritt aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zur Stärkung der Souveränität der Schweizerischen Eidgenossenschaft

3.3. Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen die folgenden Bundesbeschlüsse im Zusammenhang mit dem automatischen Informationsaustausch mit dem Ausland vom 20. März 2015: Referendum gegen die Genehmigung der Abkommen zwischen der Schweiz und Andorra, Grönland, San Marino und den Seychellen über den Informationsaustausch in Steuersachen

3.4. Interpellation von Kurt Balmer (CVP), Flavio Roos (SVP) und Barbara Gysel (SP) betreffend private Sicherheitsdienstleister

3.5. Interpellation von Jean-Luc Mösch betreffend Kürzung der J+S Lager- und Kursbeiträge durch den Bund

4. Kommissionsbestellung:

4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit 2016–2021 für die Umsetzung der ersten Phase des Massnahmenplans Ammoniak 2016–2030

5. Ersatzwahl eines hauptamtlichen Richters am Obergericht für den Rest der Amtsperiode 2013–2018
   Wahl des Obergerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
6. Verabschiedung von Obergerichtspräsidentin Iris Studer Milz
7. Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz)
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstätten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr/Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr/ Feinverteiler, u. a. auf Eigentrassee; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie)

9. Geschäft, das am 2. April 2015 nicht behandelt werden konnte:
9.1. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuer-Rulings
10. Motionen im Bereich Denkmalpflege:
10.1. Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug
10.2. Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug
11. Postulat von Daniel Abt und Adrian Andermatt betreffend Erhöhung des Kinderbeitrags der Einkommensobergrenze für Mietzinsbeitrage gemäss WFG
12. Interpellation von Stefan Gisler, Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend Unregelmässigkeiten bei Wahllisten

## 128 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Kantonsratsmitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler und Jolanda Spiess-Hegglin, beide Zug; Rita Hofer, Hünenberg.

## 129 Mitteilungen

Am Morgen ist eine Schulklasse der Kaufmännischen Grundbildung aus Luzern mit ihrer Lehrerin Gabi Portmann, Leiterin Überbetrieblicher Kurs, zu Besuch. Ab Mittag ist eine Delegation des Kantonsrats Luzern zu Gast. Der Vorsitzende heisst die Gäste herzlich willkommen.

Stimmenzählerin Rita Hofer ist für den heutigen Sitzungstag entschuldigt. An ihrer Stelle waltet die stellvertretende Stimmenzählerin Hanni Schriber-Neiger.

Der Finanzdirektor und der Volkswirtschaftsdirektor werden die heutige Sitzung gegen 15.30 Uhr verlassen, um an der Generalversammlung der Wasserwerke Zug AG teilzunehmen.

Es gilt heute die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

TRAKTANDUM 1

## 130 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Stefan Gisler, Mitinterpellant der Interpellation betreffend Unregelmässigkeiten bei Wahllisten (Traktandum 12), sich frühzeitig für die heutige Sitzung entschuldigt und darum gebeten hat, das betreffende Traktandum auf die Kantonsratssitzung vom 28. Mai 2015 zu verschieben.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 2

**131 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 2. April 2015**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 2. April 2015 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellung:**

**132** Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit 2016–2021 für die Umsetzung der ersten Phase des Massnahmenplans Ammoniak 2016–2030**
Vorlagen: 2501.1 - 14926 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2501.2 - 14927 (Antrag des Regierungsrats).

Die Fraktionsleiterkonferenz stellt den Antrag, das Geschäft an eine Ad-hoc-Kommission mit folgenden 15 Mitgliedern zu überweisen:

Daniel Thomas Burch, Risch, FDP, Kommissionpräsident

| | |
|---|---|
| Hans Baumgartner, Cham, CVP | Mariann Hess, Unterägeri, ALG |
| Walter Birrer, Cham, SVP | Michael Riboni, Baar, SVP |
| Olivia Bühler, Cham, SP | Ralph Ryser, Unterägeri, SVP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG |
| Laura Dittli, Oberägeri, CVP | Rainer Suter, Cham, SVP |
| Pirmin Andermatt, Baar, CVP | Beat Unternährer, Hünenberg, FDP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Roger Wiederkehr, Risch, CVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**133 Ersatzwahl eines hauptamtlichen Richters am Obergericht für den Rest der Amtsperiode 2013–2018**
**Wahl des Obergerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**
Vorlage: 2496.1/1a - 14916 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz und ihren designierten Nachfolger Felix Ulrich. Er hält fest, dass Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz per Ende April 2015 ihren Rücktritt als Richterin und Präsidentin des Obergerichts erklärt hat.
An der Kantonsratssitzung vom 26. Februar 2015 hat der Kantonsrat die stille Wahl von Stephan Dalcher als Mitglied des Obergerichts validiert. Gemäss § 41 Abs. 1 Bst. l Ziff. 2 der Kantonsverfassung wählt der Kantonsrat für die Dauer von sechs Jahren die hauptamtlichen Richterinnen und Richter aus den Mitgliedern des be-

treffenden Gerichts. Der Kantonsrat bestimmt somit, welche der vom Volk gewählten Richterinnen und Richtern hauptamtlich tätig sein sollen. Heute wählt der Rat ein hauptamtliches Mitglied des Obergerichts sowie die Obergerichtspräsidentin oder den Obergerichtspräsidenten für den Rest der Amtsdauer 2013–2018. Für beide Wahlen gilt gemäss § 85 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung: Gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Der Präsident nimmt an den Wahlen teil. Es handelt sich um echte Wahlen und nicht um Bestätigungswahlen. Auf die Wahlzettel ist also nicht «Ja» oder «Nein», sondern sind Name und Vorname der gewünschten Person zu schreiben. Wahlzettel mit den Namen einer nicht wählbaren Person sind ungültig.
• Wahl eines hauptamtlichen Mitglieds des Obergerichts: Die Justizprüfungskommission beantragt, Stephan Dalcher zum hauptamtlichen Mitglied des Obergerichts zu wählen. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts.
• Wahl des Präsidiums für das Obergericht: Die Justizprüfungskommission beantragt, Felix Ulrich zum Präsidenten des Obergerichts zu wählen. Wählbar ist auch hier nur ein Mitglied des Obergerichts.

Nach Auszählung der Wahlzettel durch die Stimmenzählenden teilt der Vorsitzende die Wahlergebnisse mit:

**Wahl eines hauptamtlichen Richters am Obergericht**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 77 | 76 | 5 | 3 | 68 | 35 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Stephan Dalcher | 68 |

➔ Der Rat wählt Stephan Dalcher für den Rest der Amtsperiode 2013–2018 zum hauptamtlichen Richter am Obergericht.

Der **Vorsitzende** gratuliert Stephan Dalcher zu seiner Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei seiner anspruchsvollen Tätigkeit.

**Wahl des Obergerichtspräsidiums**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 77 | 76 | 5 | 0 | 71 | 36 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Felix Ulrich | 70 |
| Stephan Dalcher | 1 |

➔ Der Rat wählt Felix Ulrich für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 zum Obergerichtspräsidenten.

Der **Vorsitzende** gratuliert Felix Ulrich zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei seiner anspruchsvollen Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert, und die Ehrendame überreicht dem Gewählten einen Blumenstrauss.)*

Der neu gewählte Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** richtet folgende Worte an den Kantonsrat:
«Es ist für mich ein ganz besonderer Moment, in diesem Saal zu stehen. Das letzte Mal war ich – ähnlich wie heute die jungen Besucher – in meiner Schulzeit hier. Heute ist dieser Saal vollbesetzt mit lauter prominenten Persönlichkeiten, die ich sonst vor allem aus den Medien oder von den Wahlplakaten kenne.
Die Zuger Justiz funktioniert, und es erfüllt mich mit Stolz, Präsident des Obergerichts sein zu dürfen. Von meinen Kollegen am Obergericht hat sich keiner um dieses Amt gerissen. Sie als Wahlbehörde hatten deshalb keine grosse Auswahl. Man könnte daraus den Schluss ziehen, dass es sich um eine eher unangenehme Aufgabe handelt. Wenn man aber in Betracht zieht, wie jung und erholt meine abtretende Amtsvorgängerin aussieht, kann es so schlimm nicht sein. Wie auch immer: Ich nehme dieses Amt mit Freude und Energie, aber auch mit Respekt in Angriff – mit Respekt, weil ich weiss, dass wir vor verschiedenen Herausforderungen stehen. Wenn wir aber am selben Strick und in dieselbe Richtung ziehen, kommt es gut. So freue ich mich auf die Zusammenarbeit innerhalb der Justiz, aber auch auf die Zusammenarbeit mit dem Kantonsrat – hier besonders mit der Justizprüfungskommission – und mit dem Regierungsrat. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen.»
*(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 6

## 134 Verabschiedung von Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz

**Adrian Andermatt** verabschiedet die Obergerichtspräsidentin mit folgenden Worten:
«Geschätzte Frau Obergerichtspräsidentin, liebe Iris, an die zukünftige Bezeichnung ‹Alt-Obergerichtspräsidentin› musst nicht nur Du Dich, liebe Iris, sondern müssen wir uns alle zuerst noch gewöhnen. Denn Dein Name steht in einem so engen Konnex mit der Zuger Justiz der vergangenen drei Jahrzehnte – Du hast 23 Jahre lang als Kantonsrichterin und elf Jahre als Präsidentin des Obergerichts geamtet –, dass man sich diese nur schwer ohne Dich vorstellen kann. Der Umstand aber, dass wir vor wenigen Minuten mit Felix Ulrich Deinen Nachfolger als Obergerichtspräsidenten gewählt haben, macht es klar: Es ist nun so weit, und für Dich beginnt ein neuer, hoffentlich spannender, befriedigender und von guter Gesundheit begleiteter neuer Lebensabschnitt.
In Deiner Antrittsrede vom 26. Februar 2004 im Kantonsrat sind mir unter anderem folgende Punkte aufgefallen, auf welche ich gerne kurz eingehen werde:
• Du hast damals darauf hingewiesen, dass mit Deiner Wahl erstmals eine Frau an die Spitze der Zuger Zivil- und Strafrechtspflege gewählt werde und dass mit Dir erst die dritte Frau in der Schweiz überhaupt Obergerichtspräsidentin werde. Dabei hast Du den Mut und die Fortschrittlichkeit hervorgehoben, den der Kantonsrat damit bewiesen hat.
• Weiter hast Du in diesem Kontext auch das Wort ‹Quote› in den Mund genommen, denn im Jahr Deiner Wahl wurden 50 Prozent der Zuger Gerichtspräsidien neu von Frauen besetzt, wobei Du betontest, dass der Kantonsrat ganz nebenbei und völlig freiwillig diese Quote eingehalten habe.
• Auch bist Du auf die angeblichen Pendenzenberge der Justiz wie auch in den politischen Räten eingegangen und hast auch gleich ein Rezept zu deren Linderung bereit gehabt.
Zuerst zu den Pendenzenbergen: Als Mitglied der Justizprüfungskommission kann ich dem Kantonsrat versichern, dass sich diese – zumindest was die Zuger Justiz

betrifft – in gut vertretbaren Grenzen halten und in den letzten Jahren auch abgebaut werden konnten. Dies hat auch damit zu tun, was Iris Studer vor elf Jahren in diesem Rat sagte und danach auch lebte: ‹Dagegen will ich bereits heute etwas tun, indem ich jetzt schliesse und Sie nicht mehr von Ihrer Arbeit abhalte.› Iris Studer hat aber nicht nur uns arbeiten lassen, sie hat auch selbst sehr viel geleistet und unter ihrer Führung auch die gesamte Zuger Justiz. Dafür gebührt ihr und sämtlichen Mitarbeitenden der Zuger Zivil- und Strafrechtspflege – den Gerichtsschreiberinnen und -schreibern, dem Sekretariatspersonal, den weiteren Dienstleistenden im Hintergrund sowie natürlich den Richterinnen und Richtern – unser Dank. Ich selbst halte mich heute nicht ganz an das damals von Iris Studer verkündete Motto, denn die abtretende Obergerichtspräsidentin hat durchaus noch einige Minuten unserer Zeit verdient.

Ich komme zu der in Deiner Antrittsrede erwähnten mutigen und fortschrittlichen Wahl der ersten Obergerichtspräsidentin und zur Quote. Verzeihen Sie mir, dass ich nun doch noch etwas politisch werde, dies auch noch im Rahmen einer feierlichen Verabschiedung. Aber da wir uns im Kantonsrat befinden, wäre es ja fast schon bedenklich, wenn eine Verabschiedung gänzlich politneutral daherkäme. Aber keine Angst, ich halte mich zurück.

Geschlechterquoten sind aus meiner Sicht der falsche Weg. Auch erachte ich diese starren Vorgaben als der Sache der Frau abträglich. Denn Frauen wie Du, Iris, sind der lebende Beweis dafür, dass es Geschlechterquoten nicht braucht und auch bereits vor einer Dekade nicht gebraucht hat. Unsere Vorgängerinnen und Vorgänger in diesem Rat haben aufgrund Deiner fachlichen Fähigkeiten, Deines beruflichen Werdegangs und Deiner Persönlichkeit entschieden, und sie haben – das zeigen die vergangenen elf Jahre – gut und richtig entschieden. In diesem Sinne war der Entscheid also gar nicht so mutig, sicherlich aber fortschrittlich. Das Frau- oder Mannsein soll und darf nicht das entscheidende Wahlkriterium sein. Auch bin ich davon überzeugt, dass mit den heutigen Rahmenbedingungen, die durchaus noch optimiert werden können – und da sind wir alle gefordert –, sich in Zukunft noch mehr Frauen – das ist die grosse gesellschaftspolitische Herausforderung – für solche wichtige Ämter zur Verfügung stellen. Denn dass es genügend fähige Frauen gibt, steht ganz bestimmt nicht nur für mich ausser Frage.

Zurück aber zur abtretenden Obergerichtspräsidentin: Liebe Iris, Du hast Dich für eine starke, effiziente, professionelle und unabhängige Zuger Justiz eingesetzt, dies viele Jahre lang als tatkräftige Richterin der ersten Instanz und die letzten elf Jahre nun als Vorsteherin der Zuger Zivil- und Strafrechtspflege. Dabei hast Du nicht als Technokratin gewirkt, sondern als Mensch, dem die Menschen wichtig sind und der sich auch gerne mit Menschen auseinandersetzt. Das hat man gespürt, und das hat Dich und Deine Führung auch ausgezeichnet. Deine Führung war aber auch von Weitsicht geprägt. Mit der Einführung der eidgenössischen Zivilprozessordnung wie auch der eidgenössischen Strafprozessordnung vor einigen Jahren wurde die Zuger Justiz zwar nicht auf den Kopf, aber doch vor grosse Herausforderungen gestellt. Diese Herausforderungen konnten ohne grosse Nebengeräusche unter Deiner Leitung bewältigt werden. Dazu zählt insbesondere die frühzeitige Umstellung auf das sogenannte Staatsanwaltschaftsmodell, welche es erlaubt hat, erste wertvolle Erfahrungen zu sammeln, bevor dann auch die neue Strafprozessordnung umgesetzt werden musste. Ein wichtiger Meilenstein in Deiner Amtszeit war auch der Umzug des Obergerichts ins alte Zeughaus im Jahr 2011. Persönlich bin ich froh, dass dieser Umzug noch vor dem uns allen bekannten Entlastungsprogramm der Regierung erfolgt ist. Denn unter den aktuellen Prämissen wäre vermutlich weder der sehr gelungene Park zwischen Obergericht und Bibliothek in der heutigen Form entstanden, noch wäre der Umbau des Zeughauses in

der uns bekannten Form erfolgt. Und das wäre nicht nur für die Justiz, sondern für die Zuger Bevölkerung äusserst bedauerlich.
Ich könnte noch viel erzählen, erinnere mich aber an Dein eingangs erwähntes Motto und komme nun zum Schluss. Ich danke Dir, sehr geehrte Frau Obergerichtspräsidentin, geschätzte Iris, im Namen des Kantonsrats, der Zuger Regierung und der Zuger Bevölkerung für Deinen unermüdlichen Einsatz für unsere Justiz. Geniesse die kommenden Jahre und die neu gewonnene Freizeit. Und falls Du uns vermissen solltest: Wir sind regelmässig am letzten Donnerstag des Monats hier im Kantonsratssaal zu finden, und für Kaffee und Gipfeli jeweils um 10 Uhr ist auch für Dich stets gesorgt. Wir wünschen Dir alles Gute.» *(Der Laudator überreicht der scheidenden Obergerichtspräsidentin einen Blumenstrauss. Der Rat applaudiert.)*

Obergerichtspräsidentin **Iris Studer-Milz** verabschiedet sich mit folgenden Worten vom Kantonsrat:
«Ich danke Adrian Andermatt für die würdige und liebenswürdige Verabschiedung. Vor etwas mehr als 38 Jahren hatte ich in diesem Gebäude meinen ersten Arbeitstag beim Kanton Zug – als Gerichtspraktikantin beim Kantonsgericht, beim strengen Präsidenten Dr. Viktor Schaller. Ich war weit und breit die einzige Frau unter den Anwalts- und Gerichtspraktikanten, was heute gottseidank anders ist. Nach ein paar Tagen sagte Viktor Schaller zu mir: ‹Frölein Milz, was wänd Sie jetz do es Praktikum mache? Sie nämid jo nur de Manne de Platz ewäg.› Ich musste dreimal leer schlucken. Vier Jahre später aber hat mich Viktor Schaller als Gerichtsschreiberin angestellt, und so habe ich am 1. März 1981 das kleinste Büro auf dieser Etage – mit Blick auf den See – bezogen. Die Justiz bestand damals gerade aus vier vollamtlichen Kantonsrichtern und zwei Gerichtsschreibern. Das Obergericht hatte noch keinen vollamtlichen Richter und nicht einmal einen eigenen Gerichtsschreiber. Wir beiden Gerichtsschreiber waren auch für das Obergericht zuständig. Am Freitagvormittag tagten wir jeweils als Strafgericht – Gerichtssaal war das heutige Sitzungszimmer des Regierungsrats – und erledigten in der Regel drei Straffälle, mit Hauptverhandlung, Plädoyers, Beratung und Verkündung des Urteils. Heute müssen wir froh sein, wenn ein Fall nur einen halben Tag in Anspruch nimmt. Die CVP hatte damals sowohl im Kantonsrat als auch im Regierungsrat die absolute Mehrheit, und die SVP war noch nicht geboren. Was waren das für traumhafte Zeiten, meine Damen und Herren von der CVP! *(Der Rat lacht.)* Es gab damals auch noch keine Computer, und wir mussten unsere Urteile auf grosse, braune Schallplatten diktieren, die wie vorsintflutliche CDs aussahen. 1977, im Praktikum, hatten wir noch nicht einmal Fotokopierer; die Sekretärinnen mussten die Urteile mit mechanischen Maschinen und mit sieben Durchschlägen schreiben.
Das alles hat ziemlich geändert, und ich habe in diesen 34 Jahren eine unglaubliche Entwicklung unseres Kantons erlebt. Die Einwohnerzahl stieg von rund 76'000 auf fast 120'000, die Anzahl Firmen von rund 13'000 auf über 30'000, die Zahl der Anwälte von 50 auf 275, und auch die Zahl der Richter und Justizangestellten musste laufend aufgestockt werden. In den 1990er Jahren hatten wir beklagenswerte Verhältnisse: Das Verhöramt und die Gerichte waren völlig überlastet, und die Rechtsuchenden mussten viel zu lange warten. Das änderte im Jahr 2000. Das Parlament hatte ein Einsehen und stockte die Zahl der Richterstellen auf. Heute haben wir 18 vollamtliche Richter und knapp 20 Gerichtsschreiberstellen.
Da die Regierung, der Kantonsrat und auch das Personal von Verwaltung und Justiz im Moment bezüglich Sparen sehr gefordert sind, stellen Sie sicher fest, dass das Personal in der Justiz überproportional gewachsen ist, verglichen mit der Zahl der natürlichen und juristischen Personen. Das ist tatsächlich so. Das hat aber auch seine Gründe: der Übergang ins Informationszeitalter (das papierlose Büro ist ein

Traum geblieben); die immer grössere Komplexität der Fälle (in der Verwaltung wird das nicht anders sein); die Gesetzesflut und Regulierungswut auf eidgenössischer wie auch kantonaler Ebene; die Steueroase Zug und damit die vielen Holding- und Domizilgesellschaften (die Justiz kennt auch deren Schattenseiten); die Entwicklung des Kantons Zug zu einem der grössten Rohstoffhandelsplätze; die Zunahme der Wirtschaftskriminalität; die Zunahme der Anwälte; die Verrechtlichung der Gesellschaft überhaupt und – nicht zu vergessen – die hohen Anforderungen, welche der Kantonsrat mittlerweile an die Beantwortung seiner politischen Vorstösse stellt. Hinzu kommen zwei weitere Umstände: Man zieht heute schon wegen Kleinigkeiten einen Anwalt bei, und man schöpft den Rechtsmittelweg häufiger bis zum bitteren Ende aus. Damit einher geht eine besorgniserregende Steigerung bei den Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege und für die amtlichen Verteidigungen in Strafverfahren. Das haben wir vor allem der eidgenössischen Strafprozessordnung zu verdanken, die das Verfahren komplizierter, formalistischer und aufwändiger gemacht hat.
Diese Aufzählung ist nicht abschliessend, aber sie zeigt, dass sich die Welt in den letzten dreissig Jahren gewaltig verändert hat. Wenn ich nun auf die elf Jahre zurückblicke, während derer ich das Obergericht präsidieren durfte, kann ich sagen: Es war eine sehr spannende, interessante und lehrreiche Zeit. Eine meiner allerersten Arbeiten nach dem Amtsantritt 2004 war die Beantwortung der Motion der Justizprüfungskommission betreffend die vorzeitige Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells. Dieses Modell haben wir 2008 dann auch eingeführt. Kaum war das geschehen, mussten wir an die Arbeit zur Einführung der eidgenössischen Prozessordnungen und – damit verbunden – zu einer Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes. 2011 erlebte ich den Umzug des Obergerichts von der Aabachstrasse in die wunderschönen neuen Räumlichkeiten im alten Zeughaus. Und kurz darauf begann ein weniger schönes Kapitel in der Zuger Justiz – Sie kennen es –, das nun aber beendet ist.
Und jetzt stehe ich da, am Tage der selbstgewählten Pensionierung. Das ist in jedem Leben nur einmal der Fall – und es ist ein etwas spezielles Gefühl. Aber ich glaube, dass ich mit einem guten Gewissen aus dem Amt scheiden kann: Der Konflikt am Kantonsgericht, der uns alle sehr belastet hat, ist gelöst; die grossen Reorganisationen sind über die Runden gebracht und einigermassen gut gelungen; die Justiz funktioniert gut – Sie werden demnächst den Rechenschaftsbericht erhalten –, und im Obergericht habe ich ein Superteam. Insofern gehe ich mit ein bisschen Wehmut. Zudem lasse ich ein reines Männergremium zurück, wir sind also in die Zustände von vor 1971 zurückgefallen. Ich habe zu meinen Kollegen aber bereits gesagt, dass sich angesichts der Altersstruktur im Obergericht meine Hoffnungen auf Frauen in diesem Gericht noch nicht ganz zerschlagen haben. Vielleicht werde ich es ab und zu auch vermissen, hier im Kantonsrat eine Vorlage zu vertreten und für die Anträge des Obergerichts zu kämpfen. Aber ich freue mich nun auf die neue Freiheit.
Und nun verbleibt mir noch der Dank: der Dank an Sie, meine Damen und Herren Kantonsrätinnen und -räte, dass Sie es mit ihren Beschlüssen der Zuger Justiz ermöglichen, gut zu funktionieren; der Dank an den Regierungsrat für die kollegiale und gute Zusammenarbeit in den letzten elf Jahren; schliesslich nochmals der Dank an Adrian Andermatt für die liebenswürdige Verabschiedung. Meinem Nachfolger Felix Ulrich wünsche ich alles Gute. Ich werde ihm natürlich auch über den 1. Mai hinaus für Rücksprachen zur Verfügung stehen.» *(Der Rat applaudiert.)*

Der **Vorsitzende** dankt namens des Kantonsrats der scheidenden Obergerichtspräsidentin für ihre Worte und wünscht ihr ebenfalls alles Gute

TRAKTANDUM 7

135 **Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz)**
Vorlagen: 2378.1 - 14653 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2378.2 - 14654 (Antrag des Regierungsrats); 2378.3/3a/3b/3c/3d - 14877 (Bericht und Antrag der Bildungskommission); 2378.4 - 14878 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Bildungskommission Eintreten und Zustimmung mit Änderung beantragt; die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit dem Änderungsantrag der Bildungskommission.

EINTRETENSDEBATTE

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission: Heute gelangt in kurzer Abfolge eine zweite bildungspolitische Vorlage in den Kantonsrat, die sich mit einer Teilrevision des Lehrpersonalgesetzes befasst. Nach diversen Änderungen im Schulgesetz und im Lehrpersonalgesetz der letzten Bildungsvorlage, die unter sich keinen klar erkennbaren Zusammenhang und vordergründig keine wesentlichen finanziellen Auswirkungen hatten, haben die heutigen Beschlüsse einen inhaltlichen Zusammenhang und substanzielle finanzielle Folgen.
Die verschiedenen vom Regierungsrat vorgeschlagenen Entlastungen der Lehrpersonen bewirken eine – allerdings bescheidene – Umverteilung innerhalb der vier Arbeitsfelder des Berufsauftrags gemeindlicher Lehrpersonen, was den Entwicklungen der letzten Jahre Folge trägt. Die Gesamtarbeitszeit der Lehrpersonen bleibt dabei gleich. Die Umverteilung geht zu Lasten der Unterrichtszeit, also des Arbeitsfelds «Unterricht und Klasse». Damit wird zeitlich Raum geschaffen für die zunehmenden Aufgaben der Lehrpersonen in den drei andern Arbeitsfeldern, die nicht direkt mit dem Unterricht zusammenhängen. Unbestritten war dabei das Prinzip, dass die Arbeitsbelastung von Lehrpersonen über die Zahl der Lektionen und nicht über die effektiv geleisteten Arbeitsstunden gesteuert wird.
Für die beantragten Änderungen im Lehrpersonalgesetz werden im Wesentlichen zwei Argumente ins Feld geführt. Die erste Begründung ist jene, die der Regierungsrat in seinem Bericht hauptsächlich ausführt. Der Kanton Zug und die Zuger Gemeinden müssten als Arbeitgeber im Vergleich zu den Nachbarkantonen und den andern Zentralschweizer Kantonen attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben. Die umliegenden Kantone haben in den letzten Jahren gezielt Massnahmen im ersten Arbeitsfeld beschlossen, was zur Folge hat, dass der Kanton Zug bei den wöchentlichen Unterrichtsverpflichtungen eine Spitzenposition einnimmt. Allerdings sind in diesem Vergleich und in den Grafiken des regierungsrätlichen Berichts die heute schon bestehenden diversen Entlastungen nicht berücksichtigt. Eine Übersicht über diese Entlastungen findet sich in der Beilage zum Bericht der Bildungskommission.
Ein zweites Argument für die geplanten Entlastungen wurde hauptsächlich von den Vertretern der gemeindlichen Schulen und der Lehrpersonen vorgetragen. Die vielen Aufgaben, die der Schule in den letzten Jahren zusätzlich zugemutet wurden, und ein für die Schulen anspruchsvolleres gesellschaftliches Umfeld hätten zu hohen Belastungen und Überlastungen bei den Lehrpersonen geführt, denen mit diesen und allenfalls weiteren Entlastungen begegnet werden müssten. Damit gehe es auch um eine Stärkung der Lehrpersonen und der Attraktivität des Berufs. Zudem löse der Regierungsrat ein altes Versprechen ein. Man habe den Lehrpersonen bei den vielen neuen Aufgaben, die in den letzten Jahren beschlossen wurden, immer wieder ein spätere Entlastung in Aussicht gestellt.

Die Bildungskommission empfiehlt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Unbestritten waren für die Bildungskommission die redaktionellen Änderungen, insbesondere jene, dass nicht mehr von Stunden, sondern von Lektionen die Rede ist. Die Bildungskommission unterstützt auch die Gewährung einer Funktionszulage von 30 Minuten für Klassenlehrpersonen auf der Kindergartenstufe in § 6$^{ter}$. Damit wird die Entschädigung der Kindergartenlehrpersonen jener der Primarlehrpersonen auf der Unterstufe angenähert, welche heute an den Pädagogischen Hochschulen die gleiche Ausbildung absolvieren. Die Stawiko hält allerdings zu Recht fest, dass die Entschädigung pro Lektion bei Kindergartenlehrpersonen nicht tiefer sei und in dieser Hinsicht keine Ungerechtigkeit bestehe.
Mit 9 zu 5 Stimmen empfiehlt die Bildungskommission, auf eine Reduktion der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung von 30 auf 29 Lektionen auf der Primarschulstufe zu verzichten. Dabei negiert sie nicht, dass die Belastung der Lehrpersonen im Lauf der letzten Jahre zugenommen hat. Den Belastungen soll gemäss der Kommissionsmehrheit jedoch mit andern Massnahmen zielgerichtet begegnet werden. Wichtig sei, dass sich Lehrpersonen zu einem möglichst grossen Teil ihrer Kernaufgabe, dem Unterricht, widmen können. Man bezweifelt auch, ob die Reduktion um eine Lektion pro Wochen tatsächlich zu einer Reduktion der Belastung führen würde. Eine Studie der DBK, welche die Bildungskommission in Auftrag gegeben und ihrem Bericht angehängt hat, zeigt zudem auf, dass nur wenige Lehrpersonen von einer Reduktion der Lektionenzahl auch tatsächlich entlastet würden, da der Löwenanteil der Lehrpersonen teilzeitlich arbeitet. Wie die Übersicht zeigt, werden alle Vollzeitlehrpersonen bereits heute mit einer oder mehreren Lektionen gezielt entlastet, was wirkungsvoller ist als eine weitere generelle Reduktion. Die Minderheit der Kommission, welche eine Reduktion der Unterrichtsverpflichtung befürwortete, war der Meinung, dass diese Reform richtig sei, um den Lehrpersonen etwas vom Zeitdruck wegzunehmen, der wegen der Umsetzung der vielen Reformen in den letzten Jahren entstanden sei. Dem Argument des Regierungsrats, dass der Kanton Zug auch im Vergleich zu seinen Nachbarkantonen ein attraktiver Arbeitgeber sein müsse, sei durch diese Massnahme Rechnung zu tragen.
Die Bildungskommission empfiehlt dem Kantonsrat hingegen mit 9 zu 5 Stimmen, der Entlastung der Klassenlehrpersonen mit einer zusätzlichen Lektion zuzustimmen. Diese Entlastung von Klassenlehrpersonen ist zielgerichtet und stärkt jene Lehrpersonen, die am meisten Verantwortung tragen und am stärksten durch die Arbeitsfelder ausserhalb des eigentlichen Unterrichts belastet sind. Dazu gehören etwa die Elternarbeit, die Dokumentation oder die allenfalls aufwändige Integration von schwierigen Kindern, welche alle hauptsächlich von den Klassenlehrpersonen geleistet werden. Die Entlastung der Klassenlehrpersonen entspricht auch der Logik der ablehnenden Haltung gegenüber einer generellen Reduktion der Lektionenzahl. In der Bildungskommission umstritten war diesbezüglich einzig die Frage, ob Klassenlehrpersonen mit einer oder mit zwei Lektionen entlastet werden sollen.
Zusammenfassend empfiehlt die Bildungskommission, auf die Vorlage einzutreten, den redaktionellen Änderungen, der Entlastung der Klassenlehrpersonen um eine zusätzliche Wochenlektion und der Gewährung einer Funktionszulage für Klassenlehrpersonen auf der Kindergartenstufe zuzustimmen. Die Reduktion der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung um eine Lektion auf der Primarschulstufe lehnt die Bildungskommission jedoch mehrheitlich ab.
Die CVP-Fraktion schliesst sich mehrheitlich den Empfehlungen der Bildungskommission und Staatswirtschaftskommission. Anders als heute in der Zeitung kommuniziert, ist sie auch für die zusätzliche Entlastung der Klassenlehrpersonen um eine zusätzliche Wochenlektion.

**Gabriela Ingold**, Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko die Vorlage an der Sitzung vom 8. April 2015 beraten hat. Dies sind sieben Monate nach Abschluss der Beratungen in der Bildungskommission. Die parlamentarischen Abläufe bei diesem Geschäft dünken die Stawiko alles andere als ideal. Seit dem letzten Dezember ist ein neues Parlament im Amt, und die finanzpolitische Lage hat sich wesentlich verändert. Weiter hat die Beratung der Stawiko sechs Tage nach der zweiten Lesung der Revision des Schulgesetzes (Vorlage 2377) stattgefunden, bei welcher der Rat bildungspolitische Weichen stellte. Zur Erinnerung: Die Richtzahlen wurden – nach der Streichung in der ersten Lesung – in der zweiten Lesung wieder ins Gesetz aufgenommen. Im Vorfeld zur zweiten Lesung fand eine Informationsveranstaltung des Lehrerpersonalverbands statt, und es wurde in der Presse sehr viel über beide Vorlagen berichtet. Der Bildungsdirektor erklärte der Stawiko, dass diese im Rat bewusst getrennt behandelt wurden. Die Stawiko bedauert dies und hätte die beiden Schulvorlagen gerne gleichzeitig behandelt. Vielleicht lässt hier aber eine gewisse Wahltaktik grüssen.
Auf das vorliegende Geschäft ist die Stawiko einstimmig eingetreten. Sie hatte einige Verständnisfragen zu den unterschiedlichen Modellen der Primar- und der Kindergartenstufe. Sie sezierte die Modelle sowie die Arbeitszeiten der Lehrerschaft richtiggehend. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind in ihrem Bericht und Antrag festgehalten. Hinzuweisen ist auf einen Schreibfehler auf Seite 7 im Bericht der Stawiko: Bei den Erläuterungen zu § 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. a sollte es auf der zweiten Linie 27,33 statt 23,77 heissen.
Die Gesellschaft wandelt sich. Die Anforderungen der Eltern, der Wirtschaft und der Behörden an die Schulen nehmen laufend zu. Die Zuwanderung aus dem Ausland, sei es aus bildungsaffinen oder aus bildungsschwachen Regionen, muss unter einen Hut gebracht und in den Schulen verdaut werden. Die Herausforderungen an das Schulsystem im Allgemeinen und die hohen Forderungen der verschiedenen Interessengruppen an die Lehrerschaft hat die Stawiko zur Kenntnis genommen. Sie ist jedoch dezidiert der Meinung, dass bildungspolitisches Handeln gefragt ist, denn alleine mittels Entlastungen der Lehrer können die stetig wachsenden Anforderungen nicht gemeistert werden. Lehrer sind da, um zu unterrichten. Es gibt in den Schulen tatsächlich ein Problem, und dieses muss angepackt werden.
In der Detailberatung folgte die Stawiko der Bildungskommission, auch wenn Anträge gestellt wurden, gänzlich auf Zugeständnisse an die Lehrpersonen zu verzichten. Begründet wurden diese Anträge mit dem Entlastungsprogramm, welches wiederkehrende Mehrkosten weder für den Kanton noch für die Gemeinden zulasse. Die teilweise sehr knappen Abstimmungsergebnisse in der Stawiko zeigen auf, dass die Anträge aus diesem Blickwinkel sicher ihre Berechtigung hatten. Die Mehrheit der Kommission war jedoch der Meinung, gegenüber der Lehrerschaft ein positives Signal setzen zu müssen.

**Esther Haas** spricht für die ALG und hält fest, dass das schulische Umfeld – wie von den Vorrednern ausgeführt – in den letzten zwanzig Jahren grossen Veränderungen unterworfen wurde. Diese Änderungen zwangen die Schule vorwiegend zu Reaktionen; selber agieren konnte sie kaum. Die Herausforderungen für und die Erwartungen an die Lehrpersonen wurden permanent grösser. Deshalb unterstützt die ALG die Entlastung für Klassenlehrpersonen auf der Primär- und Sekundarstufe um eine Lektion. Bei den Klassenlehrpersonen für den Kindergarten will sie einen Schritt weitergehen als die Regierung und diese denjenigen der anderen beiden Stufen gleichstellen: Sie plädiert auch hier für eine Entlastung um eine Lektion. Der Regierungsrat teilt die Meinung der ALG, dass der Kindergarten im Rahmen der schulischen Bildung eine wichtige Funktion erfüllt. Der Kindergarten hat in den letzten

Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Im Kindergarten findet der Erstkontakt mit der Institution Schule statt, und dieser Aufwand ist nicht zu unterschätzen. Die Elternarbeit nimmt einen bedeutenden Teil der Arbeit ein. Insbesondere mit den heutigen Kleinstfamilien kann in diesem Bereich selten vom älteren Geschwister profitiert werden. Die Kindergartenlehrperson erfüllt dieselben Aufgaben und Arbeiten wie andere Klassenlehrpersonen. Zudem hat sie in jedem Schuljahr mit dem Übertrittsverfahren in die erste Primarklasse zu tun. Die ALG wird deshalb in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.
Im Weiteren findet die ALG es wichtig, dass die Kindergartenlehrpersonen bezüglich eines 100-Prozent-Pensums mit 29 Lektionen den Primarschullehrpersonen gleichgestellt werden. Die Rekrutierung von Kindergartenlehrpersonen wird zunehmend schwieriger, weil diese nicht 100 Prozent arbeiten können und somit auch weniger verdienen. Auch hierzu wird die ALG in der Detailberatung einen Antrag stellen.
Bezüglich der geänderten Rahmenbedingung lässt sich Gleiches auch für die Primar- und Sekundarlehrpersonen sagen. Bei einem 100-Prozent-Pensum arbeiten die Lehrpersonen weit mehr als die dafür vorgesehenen 1950 Jahresarbeitsstunden. Laut der Studie von Landert & Partner erwächst der Arbeitsmehraufwand aus den nicht-unterrichtsbezogenen Tätigkeiten. In der Bildungskommission wurde hin und her diskutiert, wie die verschiedenen Mehrbelastungen zu kompensieren seien. Wirklich kreative Vorschläge konnte niemand aus dem Hut zaubern, und so bleibt für die ALG nur eine Schlussfolgerung: Man muss auf beiden Stufen, also sowohl auf der Primar- als auch auf der Sekundarstufe, die Unterrichtsverpflichtung senken. Das bedeutet für die Primarschullehrpersonen 29 Lektionen, für die Sekundarschullehrpersonen 28 Lektionen. Die Reduktion um je eine Unterrichtslektion ermöglicht es den Lehrpersonen auf beiden Stufen, die ihnen übertragenen neuen Aufgaben seriös wahrzunehmen, ohne die Arbeitszeit permanent auf über 100 Prozent ausdehnen zu müssen. Wichtig ist dabei, dass es letztlich ja nicht die Lehrpersonen waren, welche sich die neuen Aufgaben gesucht haben. Vielmehr sind ihnen diese über die Jahre mit stets steigender Kadenz übertragen worden, teils durch gesetzliche Anpassungen, teils durch gesellschaftliche Veränderungen. In diesem Sinn bittet die Votantin, die Anträge der ALG in der Detailberatung zu unterstützen.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er unterrichtet als Sekundarlehrer im Kanton Zug.
Die SP-Fraktion begrüsst, dass die Revision des Lehrpersonalgesetzes endlich angepackt wird. In den vergangenen drei Jahrzehnten und insbesondere im letzten Jahrzehnt hat vor allem die Politik die Schullandschaft praktisch im ganzen Land weitreichend verändert. Der Grossteil der Nachbarkantone reagierte und senkte die Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen. Im Kanton Zug hingegen definiert sich ein Vollzeitpensum für Lehrpersonen seit über dreissig Jahren gleich, obwohl auch Zug in den letzten Jahrzehnten mit mehreren Reformen den Berufsauftrag der Lehrpersonen ausgeweitet hat.
Die SP setzt sich für ein starkes und tragfähiges Schulwesen ein und möchte der Schule jene Rahmenbedingungen zugestehen, die notwendig sind, um das gesetzlich Geforderte auch in der Praxis umzusetzen. Deshalb wird die SP-Fraktion auch den von der Regierung vorgeschlagenen Anpassungen zustimmen. Erstens befürwortet sie die Entlastung der Klassenlehrpersonen um eine zusätzliche Lektion auf der Primar- und Sekundarstufe I, weil sich ihr Aufgabenbereich in den letzten dreissig Jahren stark ausgedehnt hat. Absprachen mit Eltern, Fachlehrpersonen sowie Heilpädagogen haben zugenommen. Hinzu kommen aufwändigere Zeugnisse mit überfachlichen Kompetenzen sowie ein umfassendes Übertrittsverfahren, welches

nun auch auf der Sekundarstufe gilt. Das hat der Votant nicht irgendwo gelesen, sondern er lebt es tagtäglich.
Zweitens befürwortet die SP die Senkung des Vollzeitpensums auf der Primarstufe auf 29 Lektionen. Seit dreissig Jahren ist das Unterrichtspensum gleich geblieben, obschon sich die Gesellschaft stark verändert hat und damit auch die Ansprüche an Schule und Lehrpersonen gestiegen sind. Der administrative Aufwand sowie die Zusammenarbeit mit Fachpersonen erfordern in einem heterogenen und integrativ ausgerichteten Schulsystem ebenso mehr Zeit wie auch die Planung und Nachbearbeitung des Unterrichts.
Drittens weist die SP darauf hin, dass das Gleiche auch für Sekundarstufe gilt, weshalb sie in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Regierungsrat nur für die Primarschule eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung vorschlägt. Schliesslich anerkennt er, dass sich eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung im Arbeitsfeld «Unterricht und Klasse» zugunsten der anderen Arbeitsfelder aufdrängt. Ist der Regierungsrat etwa der Ansicht, dass die Sekundarstufe I von der Entwicklung, welche er in seinem Bericht für die Primarstufe thematisiert, verschont geblieben ist? Es wäre für die Diskussion wichtig, wenn der Bildungsdirektor nochmals erläutern könnte, warum die Unterrichtsverpflichtung auf der Oberstufe nicht gesenkt werden muss.
Eine persönliche Bemerkung: Die meisten Ratsmitglieder versprachen dem Volk vor den letzten Wahlen, sich für eine qualitative Bildung im Kanton Zug einzusetzen. Das bedeutet aber auch, für die Schule jene Rahmenbedingungen zu schaffen, mit welchen sie das gesetzlich Geforderte erfüllen kann. Bei dieser Vorlage geht es nicht um mehr Lohn oder Luxuslösungen für Lehrpersonen. Es geht einzig darum, den Lehrpersonen Zeit zu gewähren, die neu geschaffenen Aufgaben erledigen zu können.
Zuletzt noch eine Anmerkung zum Bericht der Bildungskommission: Das Datum des Berichts stimmt nach Ansicht des Votanten nicht. Am 20. August 2014 hat nämlich die letzte Kommissionsitzung stattgefunden. Der Bericht wurde erst viel später fertiggestellt. Auch wenn man mit dem Mahnfinger nicht auf andere zeigen sollte: Es ist schon sehr speziell, wenn für einen neunseitigen Kommissionsbericht neun Monate in Anspruch genommen werden. Ob Überbelastung oder politisches Kalkül zu dieser Verschleppung des Geschäftes geführt haben, steht für den Votanten in den Sternen. Er möchte nur darauf hinweisen, dass der Rat nun erst über zeitliche Ressourcen für Lehrpersonen spricht, nachdem die einzelnen Massnahmen des rigorosen Sparpakets von der Regierung präsentiert wurden – und nicht beispielsweise vor den Wahlen. Ob das Zufall ist oder nicht, soll jeder für sich selber entscheiden. Von Seiten der FDP jedenfalls war heute in der «Neuen Zuger Zeitung» zu lesen, es sei vor dem aktuellen wirtschaftlichen Hintergrund schwierig zu verstehen, wenn den Lehrern zum jetzigen Zeitpunkt Zugeständnisse gemacht werden. Es gab in den letzten dreissig Jahren scheinbar immer den richtigen Zeitpunkt, um den Berufsauftrag der Lehrpersonen mit verschiedenen Reformen aufzublähen. Es stellt sich die Frage – insbesondere an die CVP, FDP und SVP –, wann der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um auch die Ressourcen zu sprechen, damit das gesetzlich Geforderte auch in der Praxis umgesetzt werden kann. Alle, die im letzten Wahlherbst damit warben, sich für gute Schulen einzusetzen, mögen heute an ihr Wahlversprechen denken.

**Jürg Messmer** als Sprecher der SVP-Fraktion: Die meisten von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen machen Sinn und sind darauf ausgelegt, den Lehrerinnen und Lehrern im Kanton Zug weiterhin eine attraktive Arbeitsstelle anzubieten. Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass zufriedene Lehrpersonen sich mit noch mehr

Elan für das Wohl der Schülerinnen und Schülern einsetzen. Es ist aber nicht so, dass der Kanton Zug heute für die Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr attraktiv ist. So ist der Kanton Zug bei den Löhnen der Lehrpersonen noch immer der bestbezahlende Kanton in der Zentralschweiz. Von den Nachbarkantonen ist einzig im Kanton Zürich die Entlöhnung der Lehrpersonen höher; alle anderen Nachbarkantone bieten ein tieferes Salär an. Eine Arbeitsstelle als Lehrerin oder Lehrer im Kanton Zug ist denn auch begehrt. So stammen von den mit Stand Dienstag, 28. April 2015, 19.00 Uhr, auf der Plattform www.zebis.ch ausgeschriebenen 69 Stellen nur 11 aus dem Kanton Zug: 2 Stellen für Kindergarten und Grund- oder Basisstufe, 6 Stellen auf der Primarstufe (Stellen für Heilpädagogen, Schulleiter und Teilzeit mitgerechnet), 1 DaZ-Lehrperson 50 Prozent auf der Sekundarstufe I, dazu 1 Heilpädagoge und 1 Lehrperson für Chinesisch an Privatschulen – wobei die letztere Stelle wohl auch mit allen Reduktionen schwierig zu besetzen sein wird.
Die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen werden von der SVP-Fraktion mitgetragen, ausser wenn die Bildungskommission anderslautende Anträge gestellt hat; dort folgt die SVP-Fraktion jeweils der Bildungskommission. Die SVP-Fraktion wird zu § 6$^{ter}$ Abs. 4 auch noch einen eigenen Antrag stellen. Sie ist geschlossen für Eintreten.

**Beat Unternährer** stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Er begründet diesen Antrag wie folgt:
Der FDP ist es ein grosses Anliegen, dass der Kanton Zug über öffentliche Schulen von sehr hoher Qualität verfügt. Es wird ohne Vorbehalte anerkannt, dass die Qualität der Lehrpersonen der zentrale Erfolgsfaktor ist und dass die Lehrpersonen eine sehr hohe Leistung erbringen. Die FDP anerkennt ebenso, dass durch den integrativen Schulansatz die Anforderungen an die Lehrpersonen über die letzten Jahre grösser geworden sind. Von verschiedenen Berufsvertretern gab es in der Vergangenheit auch Rückmeldungen, dass es bezüglich des integrativen Ansatzes strukturell in verschiedenen Bereichen Anpassungsbedarf gibt. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die notwendigen Anpassungen identifiziert und umgesetzt werden. Sie ist jedoch auch davon überzeugt, dass die nun auf dem Tisch liegende Vorlage vor allem Symptombekämpfung beinhaltet. Wenn die Probleme nicht am Ursprung angegangen werden, hat man in Zukunft ein Qualitätsproblem. Nachhaltig erfolgreiche Schulen sind im Kanton Zug nur aufrechtzuerhalten, wenn die Arbeitsbedingungen für die Leistungsträger, die Lehrpersonen, im Quervergleich mit anderen Kantonen konkurrenzfähig sind. Die FDP ist der Ansicht, dass dies auf Basis des bestehenden Rechts gewährleistet ist.
Die Bildungskommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen im Juni und im August 2014 beraten, der Kommissionsbericht datiert vom 20. August 2014. Die Rahmenbedingungen im Kanton Zug haben sich inzwischen grundlegend verändert. Allen ist bekannt, dass der Kanton mit grossen Verlusten konfrontiert ist und dass die Regierung deshalb ein umfassendes Entlastungsprogramm vorgelegt hat. Dessen Umsetzung ist entscheidend für das zukünftige Gedeihen des Kantons. Ausgeglichene Finanzen sind auch eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Qualität in den Schulen. Allen hier im Saal ist auch bekannt, dass die Wirtschaft aufgrund des hohen Schweizer Frankens unter Druck steht und dass Arbeitnehmer in verschiedenen Unternehmen aufgrund von Arbeitszeiterhöhungen oder gar Lohnkürzungen ihren Besitzstand leider nicht wahren können. Da gute Schulen Zukunftskapital sind, findet es die FDP-Fraktion angemessen, im Bereich der Lehrerbesoldung auf eine Besitzstandwahrung hinzuarbeiten. Die FDP sieht nicht ein, wieso man in Anbetracht der wirtschaftlichen Ausgangslage nicht auf eine Weiterführung des geltenden Rechts setzt.

Aus diesen Gründen beantragt die FDP-Fraktion Nichteintreten und dankt für die Unterstützung. Für den Fall, dass der Rat auf die Vorlage eintreten sollte, stellt die FDP-Fraktion zwei **Eventualanträge** gemäss § 77 GO KR:
• § 6$^{ter}$ Abs. 4 Bst. a: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass für die Aufgabe der Klassenlehrperson *eine* Lektion als Unterrichtszeit angerechnet werden kann und nicht zwei Lektionen, wie der Regierungsrat beantragt.
• § 17 Abs. 1 Bst. c: Die FDP-Fraktion beantragt, den Antrag des Regierungsrats ersatzlos zu streichen.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass verschiedene Redner bereits darauf hinwiesen, dass der Bericht des Kommissionspräsidenten dem Parlament erst nach mehreren Monaten vorgelegt wurde. Am 1. Mai 2014 erfolgte die Überweisung an die Bildungskommission, welche am 18. Juni einen halben Tag und am 20 August einen ganzen Tag lang tagte. In der Geschäftswelt spricht man vom *window of opportunity* – und vor den Wahlen wäre das *window* für diese Vorlage dagewesen. Der Votant würde nun vom Präsidenten der Bildungskommission gerne wissen, was genau passiert ist, dass die Stawiko diesen Bericht erst am 8. April 2015 beraten konnte und die Vorlage erst heute, genau ein Jahr nach der Überweisung an die Kommission, in das Parlament kommt.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** erinnert daran, dass er sich bereits bei der Beratung der letzten schulpolitischen Vorlage zu dieser Verzögerung geäussert hat, da sie beide Vorlagen betraf. Verantwortlich für die Verzögerung ist der Kommissionspräsident, und er entschuldigt sich nochmals dafür. Er weist auch darauf hin, dass das Datum des Kommissionsberichts immer demjenigen der letzten Kommissionssitzung entspricht. Damit sollte hier auch explizit sichtbar gemacht werden, dass die Verantwortung für die Verzögerung beim Kommissionspräsidenten liegt.
Weiter ist darauf hinzuweisen, dass die *Benchmark*-Studie und das Entlastungsprogramm zum damaligen Zeitpunkt bereits bekannt waren; eine entsprechende Diskussion wurde bereits in der letzten Kommissionssitzung geführt. Der diesbezügliche Vorwurf läuft also ins Leere. Und selbst wenn der Kommissionsbericht am 21. August 2014 der Staatskanzlei vorgelegen hätte, wäre das Geschäft nicht mehr vor den Wahlen in den Kantonsrat gekommen, da es erst noch von der Stawiko beraten werden musste. Den Grund dafür, dass die Vorlage von der Kommission erst im August 2014 abschliessend beraten werden konnte, kann der Votant aufgrund des Kommissionsgeheimnisses nicht bekanntgeben. Tatsache aber ist, dass der betreffende Antrag nicht von einer Person gestellt wurde, welche in irgendeiner Weise verdächtig wäre, trölerisch zu handeln; vielmehr hatte diese Person ein grösstes Interesse daran, die Vorlage möglichst schnell und möglichst noch vor den Wahlen – wenn das eine Rolle gespielt hätte – ins Parlament zu bringen. Es gab damals aber noch andere Gründe für die Verzögerung, etwa Terminkollisionen.

Für **Philip C. Brunner** geht es hier nicht um Schuld oder Entschuldigung. Vielmehr würde ihn der Grund für die Verzögerung interessieren. War es Überlastung? Der Votant macht nicht den Vorwurf, es seien wahltaktische Überlegungen gewesen, er möchte aber wissen, was genau hinter der Verzögerung steckt.

**Pirmin Andermatt** müsste dem Rat eigentlich empfehlen, nicht auf die Vorlage einzutreten, dies aus folgenden Gründen:
• Jeder Arbeitgeber setzt seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort ein, wo sie ihre Kernkompetenzen haben, bzw. in jenem Bereich, wo sie ausgebildet werden.

Die Hauptaufgabe aller Lehrpersonen ist und muss die Vermittlung von Wissen bleiben – ohne Wenn und Aber und ohne jegliche Abstriche.
• Grundsätzlich sind die Rektorate und Schulleitungen aufgefordert, ihre Organisation so zu gestalten, dass die Lehrpersonen ihren Auftrag maximal erfüllen können. Hier gibt es nach Ansicht des Votanten noch einiges an Optimierungspotenzial, welches zuerst ausgeschöpft werden sollte.
• Im Nachgang zum 15. Januar 2015 mit der Freigabe des Euro-Wechselkurses haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eigewilligt, länger zu arbeiten, dies ohne zusätzlichen Lohn. Viele der geforderten Änderungen im Lehrpersonalgesetz müssen aber teilweise als indirekte Lohnerhöhungen angesehen werden. Eine Zustimmung dazu wäre ein Affront gegenüber allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.
• Es ist nach Ansicht des Votanten fahrlässig, wenn der zuständige Regierungsrat bei Reformen eine Entlastung in Aussicht stellt. Der Kantonsrat wird damit unter Druck gesetzt.
• Ebenfalls als eine Art von Erpressung stuft der Votant die Aussage ein, dass die Nichtannahme der Änderungen im Lehrpersonalgesetz zu einem Lehrpersonenmangel führe.
• Bei der Annahme der Änderungen müssen die Gemeinden wie auch der Kanton grössere Aufwendungen tragen, dies bei nicht mehr rosigen finanziellen Aussichten.
Trotz all dieser Argumente ist der Votant aber für Eintreten, da er die Diskussion über das Lehrpersonalgesetz als wichtig erachtet und gerade bei den Kindergartenlehrpersonen Veränderungen notwendig sind.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** ruft einleitend die grundsätzliche Stossrichtung der Vorlage in Erinnerung, um damit den Blick auf das Grundsätzliche zu lenken. Eine gute Bildung – so steht es auch in jedem Parteiprogramm – ist zentral, und in eine gute Bildung wird auch sehr viel Steuergeld investiert. Das ist unbestritten. Umstrittener ist, was gute Bildung sei. Die Erziehungswissenschaftler führen dazu einen leidenschaftlichen Diskurs und sind sich dabei höchstens in einem Punkt einig, nämlich dass die Lehrperson der entscheidende Faktor für die Qualität des Unterrichts und damit der Bildung ist. Wer gute Lehrer hat, hat gute Schulen; wer schlechte Lehrer hat, hat schlechtere Schulen. Dieser Zusammenhang ist praktisch unabhängig von äusseren Faktoren wie Klassengrössen, alternativen Lehr- und Lernformen etc.; das zeigt die berühmte Studie von John Hattie in aller Deutlichkeit. Und an dieser Stelle dringt der Ökonom im Bildungsdirektor durch: Wenn er einen zusätzlichen Franken in die Bildungsqualität investieren kann, will er ihn dort investieren, wo er am meisten Ertrag bringt – beim Lehrer. Deshalb ist die zur Debatte stehende Vorlage auch in Zeiten des Entlastungsprogramms richtig. Wenn Geld in die Qualität des Bildungssystems investiert wird, ist es dort zu investieren, wo es am effizientesten ist. Sparen kann man bei Reformen. Man kann sie abbrechen wie die Innovationsschule, ihren Umfang reduzieren wie bei Sek I plus oder sie gezielt entschleunigen wie beim Lehrplan 21 – dies alles, um Kraft und Geld zu sparen, das dafür umso entschlossener dort eingesetzt werden soll, wo es etwas bringt: bei den Lehrern, bei der Lehrerbildung – zu erinnern ist an das PH-Gesetz – und auch bei der heutigen Vorlage. Diese wurde in der Vergangenheit immer wieder in Aussicht gestellt, wenn der Kantonsrat dem Lehrkörper an den gemeindlichen Schulen zusätzliche Aufgabe übertrug. Um gute Lehrer und damit gute Schulen zu haben, reicht es nicht, gute Anstellungsbedingungen zu haben. Wer als Erster auswählen willen, um die Besten zu bekommen, muss am attraktivsten sein. Oder dynamisch betrachtet: Der Kanton Zug ist nicht drauf und dran, gegenüber seinen Konkurrenten als Arbeitgeber, nämlich den Zentralschweizer und den umliegenden

Kantonen, zum grossen Sprung nach vorn anzusetzen. Das war vielleicht vor zwanzig oder dreissig Jahren so. In der Zwischenzeit aber hat der Kanton Zug Terrain preisgegeben, und die umliegenden Kantone haben das, was der Regierungsrat heute vorschlägt, bereits getan. Letztlich geht also darum, preisgegebenes Terrain zurückzuerobern, dies auch im Einverständnis mit den mindestens ebenso betroffenen Gemeinden, deren Arbeitgeberqualitäten der Kanton über das Lehrpersonalgesetz mitdefiniert. So viel zu den bildungsstrategischen Aspekten der Vorlage: die beschränkten Mittel dort einsetzen, wo sie etwas bringen, nämlich bei den Lehrern, und Zurückhaltung bei den Strukturen.
Martin Pfister, der Präsident der Bildungskommission hat die Vorlage prägnant und sehr gut zusammengefasst. Der Bildungsdirektor dankt ihm auch für die souveräne Sitzungsleitung. Die Stawiko-Präsidentin hat die Frage gestellt, wieso die Schulvorlagen aufgeteilt worden seien, und gemutmasst, ob das allenfalls taktisch motiviert gewesen sei. Dazu muss man den Blick in die Geschichte richten, die in diesem Fall bis in die vorletzte Legislatur zurückreicht. Damals hat die Regierung entschieden, die anstehenden Reformen im Schulbereich aufzuteilen und dem Kantonsrat in zwei Vorlagen zu unterbreiten: vorab eine Vorlage, die sich um die formale Bereinigung kümmert, dann eine Vorlage, die alle anstehenden materiellen Bereinigungen enthalten solle. Der Bildungsdirektor hat diese Vorlagen dann in der letzten Legislatur eingebracht. Er musste sich bei der formellen Bereinigung auch Kritik anhören, wieso nun dieses oder jenes nicht unterbreitet werde, und hat schon damals auf den geschilderten Umstand aufmerksam gemacht. *Neu* ist aber die Revision des Lehrpersonalgesetzes. Taktisch war nur, dass diese nicht vor der materiellen Schulgesetzrevision ins Parlament gebracht wurde, dies weil Letztere viel geringere finanzielle Auswirkung hatte als die Revision des Lehrpersonalgesetzes. Taktisch war also nicht die Aufteilung, sondern die Reihenfolge.
Esther Haas hat ausgeführt, dass die Lehrpersonen die Aufträge, welche neu an die Schule übertragen wurden, nicht gesucht hätten. Das ist tatsächlich so. Vieles kommt von der Gesellschaft her. Das ist auch in Ordnung, denn die Schule ist ein wichtiger Teil der Gesellschaft und hat diese Aufträge zu übernehmen. Man muss aber auch sagen, dass sich die Lehrpersonen in den seltensten Fällen gegen solche Aufträge wehren. Der Bildungsdirektor konnte sich gerade gestern Abend mit Beat Zemp, dem Präsidenten des LCH, unterhalten, und er hat ihm vorgeworfen, dass die Lehrerverbände sich nie gegen Reformen stemmen würden, sondern einzig wie ein Mantra wiederholten, dass dafür aber gefälligst zusätzliche Ressourcen zu sprechen seien. Man kann das bei jeder Schulreform beobachten. Und das Parlament sagt dann: Macht erst mal, alles andere regeln wir später. Diese spätere Regelung steht nun an. Sie ist ein Stück weit also auch eine Bereinigung früher gemachter Versprechen oder Vertröstungen.
Jürg Messmer hat thematisiert, dass auf zebis.ch, dem Zentralschweizer Bildungsserver, wo alle Zentralschweizer Kantone bzw. deren Gemeinden ihre Lehrerstellen ausschreiben, nur elf von 69 ausgeschriebenen Stellen aus dem Kanton Zug stammen. Der Kanton Zug stellt mit 120'000 Einwohner ziemlich genau einen Sechstel der 780'000 Einwohner der Zentralschweiz, so dass der Bildungsdirektor bei den ausgeschriebenen Stellen keine krasse Unverhältnismässigkeit oder eine Unterrepräsentation des Kantons Zug erkennen kann.
Der Bildungsdirektor bittet den Rat, dem Antrag der Regierung, der Bildungskommission und der Stawiko zu folgen und auf das Geschäft einzutreten, also dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zu entsprechen. Das Argument der FDP, es handle sich um Symptombekämpfung, ist nicht zutreffend. Es geht vielmehr darum, die von niemandem bestrittene, auch vom FDP-Sprecher explizit anerkannte Mehrarbeit auf mehr Schultern zu verteilen. Das ist keine Symptombekämpfung, son-

dern hat echten, materiellen Gehalt. Bezüglich Besitzstand kommt es darauf an, wie man diesen definiert. Nimmt man die individuelle Perspektive der Lehrperson ein, geht der Vorschlag der Regierung nicht über den Besitzstand der Lehrperson hinaus. Diese wird auch nach der Revision des Lehrpersonalgesetzes unverändert 1932 Stunden arbeiten und dafür – mit einer Ausnahme bei den Kindergartenlehrpersonen mit Klassenlehrerfunktion – denselben Lohn wie bisher erhalten. Individuell ist die Perspektive der Lehrperson also nicht so, dass sie besser gestellt würde.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 56 zu 16 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**§ 3 Abs. 1**
**Titel nach § 5$^{ter}$**
**§ 6 Abs. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. a**

**Esther Haas** stellt namens der ALG den **Antrag,** die wöchentliche Unterrichtszeit für Kindergartenlehrpersonen neu auf 29 Lektionen festzulegen. Die Kindergartenlehrpersonen sollen damit den Primarschullehrpersonen gleichgestellt werden. Es wird zusehends schwieriger, Kindergartenlehrpersonen zu rekrutieren, weil diese mit der alten Regelung nie auf einen 100-Prozent-Lohn kommen.

**Andreas Hausheer** ist nicht sicher, ob er den eben gestellten Antrag richtig verstanden hat. Beantragt die ALG tatsächlich eine Erhöhung der Unterrichtszeit gegenüber dem Ist-Zustand? Sollen Kindergartenlehrpersonen also mehr arbeiten müssen, um das gesetzliche Gehalt ungekürzt zu erhalten? Auf die Bestätigung von Esther Haas hin hält er fest, dass damit für die Kindergartenlehrpersonen also nicht mehr die staatlich verordnete maximale Arbeitszeit von gut 88 Prozent, sondern ebenfalls eine Soll-Arbeitszeit von 1932 Stunden gelten würde. Kann man das tatsächlich mit dieser gesetzlichen Regelung ändern?

Kommissionspräsident **Martin Pfister** teilt mit, dass die vorliegende Frage in der Bildungsdiskussion zwar diskutiert wurde, dass aber kein entsprechender Antrag gestellt wurde. Er kann deshalb keine Meinung der Bildungskommission dazu vertreten.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass dem Antrag der ALG die Idee zugrunde liegt, die Unterscheidung zwischen Kindergartenlehrpersonen und Primarlehrpersonen aufzuheben. Aufgrund des anderen Berufsauftrags und der geringeren Unterrichtszeit – im Kindergarten ist der Nachmittag in der Regel schulfrei – hat eine Kindergartenlehrperson heute eine Jahresarbeitszeit von 1710 Stunden, was gegenüber der Jahresarbeitszeit einer Primarlehrperson von 1932 Stunden rund 10 Prozent weniger ist, weshalb Kindergartenlehrpersonen eine Lohnklasse tiefer eingestuft sind. Auf die Jahreslektion umgerechnet ergibt sich, dass Kindergartenlehrpersonen faktisch gleich entlöhnt sind wie Primarlehrpersonen. Der Bildungsdirektor bittet, an diesem Modell festzuhalten und dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

➔ Der Rat genehmigt mit 58 zu 13 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen.

**§ 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. b**

Der Vorsitzende hält fest, dass zwei Anträge vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats: 29 Lektionen;
• Antrag der Bildungskommission und der Staatswirtschaftskommission 30 Lektionen.

➔ Der Rat folgt mit 59 zu 14 Stimmen dem Antrag der Bildungskommission und der Staatswirtschaftskommission.

**§ 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. c**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**§ 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. d**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

**Zari Dzaferi** stellt namens der ALG und der SP-Fraktion den **Antrag,** § 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. d neu wie folgt zu formulieren: «für Lehrpersonen der Sekundarstufe I: 28 Lektionen». Wenn man sich die letzten Veränderungen im Schulwesen anschaut, erkennt man, dass der Aufwand für Oberstufenlehrpersonen ähnlich stark zugenommen hat, wie jener der Primarlehrpersonen – auch wenn der Rat nun keine Entlastung beschlossen hat. Die Kooperative Oberstufe, in welcher in manchen Gemeinden die Kinder sogar in Mischklassen – d. h. Werk- bis Sekundarschüler – unterrichtet werden und auch Jugendliche mit erheblichen Lernschwächen, geistigen oder körperlichen Behinderungen integriert sind, schafft bedeutend mehr Aufwand für die Lehrpersonen. Es gilt, einerseits den Unterricht noch mehr zu individualisieren und andererseits mehr Absprachen mit Heilpädagogen, Fachpersonen etc. zu treffen. Des Weiteren wurden auch auf der Oberstufe neue Zeugnisse mit überfachlichen Kompetenzen eingeführt. Wenn man die Vorgaben des Konzepts «Beurteilen und Fördern» so einhalten möchte, wie es die DBK fordert, dann gibt das

eindeutig mehr Aufwand. Und dies betrifft nicht nur Klassenlehrpersonen, das wird auch der Bildungsdirektor bestätigten. Im Weiteren ist das Projekt Sek I plus zu erwähnen. Dieses verlangt, dass die Lernenden sich individueller auf den Anschluss an die Oberstufe vorbereiten. Es liegt auf der Hand, dass mehr Individualisierung auch mehr zeitliche Ressourcen benötigt.
Es sei nochmals gesagt: Seit dreissig Jahren ist das Vollpensum auf der Oberstufe gleich hoch, obschon neben dem Bereich «Unterricht und Klasse» auch die anderen Bereiche – Schülerinnen und Schüler, Schulpartner, Lehrpersonen, Eltern – sukzessiv ausgebaut wurden. Wenn der Kanton Zug weiterhin qualitativen Unterricht anbieten möchte, dann muss er allen betroffenen Lehrpersonen die notwendigen Zeitressourcen gewähren, damit sie die geforderten Aufgaben seriös erledigen können. Man kann nicht dreissig Jahre lang verschiedene Reformen durchwinken und den Aufgabenkatalog erweitern und gleichzeitig jenen Personen, die diese Aufgaben ausführen, keine zusätzliche Zeit einräumen. In diesem Sinn bittet der Votant, den Antrag der SP und der ALG zu unterstützen.
An die Adresse von Bildungsdirektor Stephan Schleiss: Die Antwort, warum die Sekundarlehrpersonen nicht um eine Lektion entlastet werden sollen, ist der Bildungsdirektor dem Votanten noch schuldig.

**Thomas Werner** empfiehlt, den Antrag der Ratslinken abzulehnen. Seiner Meinung nach jammert die Lehrerschaft hier auf sehr hohem Niveau. Die Sekundarstufe ist bereits homogenisiert, weist also nicht die gleiche Spannbreite von Schülerinnen und Schüler auf wie die Primarschule. Der Votant stellt daher den **Antrag,** folgerichtig und im Sinne des Gesetzes – für die Primarstufe wurden vorhin 30 Lektionen beschlossen – auch für die Sekundarstufe I 30 Lektionen festzulegen.

Für **Zari Dzaferi** kann man in der Sekundarstufe I nicht von Homogenisierung sprechen. Seit die IV die Sonderschule nicht mehr finanziert und diese aufgehoben wurde, werden sämtliche Schüler in die Primar- und danach in die Sekundarschule intergiert. Zudem wird in verschiedenen Gemeinden die Sekundar-, Real- und Werkschule zusammengeführt; nicht mehr in der Klasse sind dann einzig die rund 20 Prozent Schüler, welche an die Kantonsschule wechseln. Die Argumentation von Thomas Werner ist also nicht richtig.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht zuerst darauf ein, warum die Grundunterrichtsverpflichtung nur auf der Primarstufe und nicht auch auf der Sekundarstufe I reduziert werden soll. Der Regierungsrat begründet seinen Antrag für die Primarstufe auf Seite 9 seines Berichts mit dem preisgegebenen Terrain gegenüber den direkten Mitkonkurrenten in der Zentralschweiz. Bei den Sekundarlehrpersonen ist Zug einer von vier Zentralschweizer Kantonen mit 29 Lektionen Unterrichtsverpflichtung, weshalb der Regierungsrat hier im Sinne einer Prioritätensetzung auf einen entsprechenden Antrag verzichtet hat. Es besteht hier weniger Druck. Diese Einschätzung wird auch von einer Mehrheit der Gemeinden mitgetragen.
Zur Frage von Zari Dzaferi bezüglich Klassenlehrperson/Fachlehrperson ist festzuhalten, dass in einem Fachlehrersystem der Klassenlehrer in seiner Koordinationsfunktion noch mehr unter Druck steht als auf der Primarstufe, wo er allenfalls die Zusammenarbeit mit Experten, aber nicht ein ganzes System von Fachlehrpersonen zu koordinieren hat. Der Unterschied zwischen Klassenlehrperson und anderen Lehrpersonen ist also noch akzentuierter: Es bleibt mehr an der Klassenlehrperson hängen.
Das neue Zeugnis bedeutet tatsächlich mehr Aufwand für alle Lehrpersonen: Sie müssen mehr dokumentieren. Nicht neu ist die Aufgabe, die Schüler zu beobachten

und zu beurteilen und ihnen das entsprechende Feedback zu geben. Die entsprechende Diskussion wurde im Kantonsrat bereits geführt. Als Fazit kann man sagen, dass der Mehraufwand an die Schule übertragen wird, ohne ihn mit einem Anteil an einer Entlastungslektion zu entschädigen. Umgekehrt führt aber auch nicht jede Erleichterung gleich zur Forderung nach einer höheren Lektionsbelastung.
Zusammenfassend bittet der Bildungsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die 29 Lektionen zu unterstützen. Zum Antrag, den Thomas Werner etwas salopp aus dem Ärmel geschüttelt hat, ist darauf hinzuweisen, dass er – wie die Tabelle auf Seite17 des regierungsrätlichen Berichts zeigt – für die Gemeinden und den Kanton je gut 400'000 Franken ausmachen würde. Auch auf diesem Hintergrund bittet der Bildungsdirektor, die Variante der Regierung zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei verschiedene Anträge vorliegen. In der nun folgenden Dreifachabstimmung hat jedes Ratsmitglied eine Stimme.

Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
- Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen (29 Lektionen): 50 Stimmen
- Antrag der ALG und der SP-Fraktion (28 Lektionen): 14 Stimmen
- Antrag von Thomas Werner (30 Lektionen): 10 Stimmen.

➔ Der Rat genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen.

**§ 6$^{ter}$ Abs. 3**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats

**§ 6$^{ter}$ Abs. 4 Bst. a**

**Jürg Messmer** hält fest, dass die Lehrpersonen entlastet werden sollen. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist aber die *zusätzliche* Reduktion der Klassenlehrpersonen um eine Lektion der falsche Ansatz. Bereits heute werden die Klassenlehrpersonen mit einer Lektion entlastet. Der Votant ist überzeugt, dass die Absolventen der PH Zug oder einer anderen Pädagogischen Hochschule in erster Linie unterrichten und ihren Schülerinnen und Schülern Lesen, Rechnen und Schreiben beibringen wollen. Oder anders gesagt: Sie wollen an der Front stehen, sprich: unterrichten. Da die Gesellschaft den Lehrerinnen und Lehrer aber immer mehr Aufgaben aufzwingt – es fängt bei der Grunderziehung an und endet bei den Rechtfertigungen gegenüber den Erziehungsberechtigten, wenn ein Kind schlechte Noten hat oder nicht für die Kanti empfohlen wird –, müssen die Lehrpersonen tatsächlich immer mehr administrative Arbeit leisten, die mit dem Unterricht selber wenig zu tun hat. Hier muss man die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und stärken und entsprechend Gegensteuer geben. Denn die Lehrpersonen wollen vor allem eines: unterrichten. Die Aufstockung auf zwei Entlastungslektionen für Klassenlehrpersonen ist deshalb der falsche Weg. Denn dadurch würde die Lehrperson ja von der Gesamtarbeitszeit noch weniger im Schulzimmer sein, als dies bereits heute der Fall ist.
Die SVP-Fraktion stellt aus diesem Grund den **Antrag,** § 6$^{ter}$ Abs. 4 Bst. a wie folgt zu ändern: «eine Lektion pro Klasse auf der Primar- und Sekundarstufe I für die Aufgabe der Klassenlehrperson». Der Votant dankt für die Unterstützung.

**Esther Haas** nimmt an, dass ihr vorheriger Antrag zu § 6ter Abs. 2 Bst. a nun für Andreas Hausheer wohl besser nachvollziehbar wird. Sie stellt nämlich den **Antrag,** § 6ter Abs. 4 Bst. a wie folgt zu formulieren: «zwei Lektionen pro Klasse auf der Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe I für die Aufgabe der Klassenlehrperson». Als Folge dieser Formulierung würde § 6ter Abs. 4 Bst. d, wo der Regierungsrat 30 Minuten Entlastung auf der Kindergartenstufe vorschlägt, entfallen. Die Votantin begründet den Antrag wie folgt: Die Kindergartenlehrperson ist die erste familienexterne Ansprechperson und nimmt einen ebenso wichtigen Auftrag wahr wie die Primarlehrperson. Darum sollen die beiden gleichgestellt werden.

**Zari Dzaferi** möchte kurz auf das Votum von Jürg Messmer zurückkommen. Er war Student der PH, ist nun Klassenlehrperson und möchte tatsächlich gerne unterrichten. Gleichzeitig möchte er aber auch die Zeit haben, die Aufgaben, die ihm vom Gesetz übertragen wurden, richtig umzusetzen. Dazu gehört beispielsweise auf der Oberstufe, sich um die pubertierenden Kinder zu kümmern, mit ihren Eltern und mit Fachpersonen zusammenzuarbeiten sowie der Berufswahl, die ein zentrales Thema der Oberstufe ist, die nötige Beachtung zu schenken. Der Aufwand dafür hat – wie auch der Bildungsdirektor bestätigen kann – zugenommen, weshalb der Regierungsrat zwei Lektionen Entlastung vorschlägt. Der Votant bittet deshalb, den Antrag der Regierung zu unterstützen.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** teilt mit, dass die Bildungskommission den Antrag von Jürg Messmer ebenfalls beraten und ihn mit 9 zu 5 Stimmen abgelehnt hat. Der Antrag von Esther Haas wurde in der Bildungskommission nicht gestellt. Der Kommissionspräsident macht darauf aufmerksam, dass die Zustimmung der Bildungskommission zu den zwei Entlastungsstunden für Klassenlehrpersonen einen inneren Zusammenhang mit der wöchentlichen Lektionenzahl hat. Es trifft zu, dass in den letzten Jahren sehr viele zusätzliche Aufgaben auf die Lehrpersonen zugekommen sind. Für die Bildungskommission ist es aber wichtig und richtig, die Lehrpersonen nicht generell, sondern gezielt zu entlasten, nämlich dort, wo die Mehrbelastung tatsächlich erkennbar ist und die Wirkung der Entlastung nachher auch feststellbar ist. Und die Mehrbelastung betrifft vor allem die Klassenlehrpersonen: Der grosse Teil der Reformen der letzten Jahre musste letztlich von den Klassenlehrpersonen als Zusatzaufwand getragen werden. Deshalb hat die Bildungskommission in Konsequenz des Entscheids für 30 Lektionen pro Woche auf der Primarschule zugestimmt, die Klassenlehrpersonen gezielt um zwei Lektionen zu entlasten.

Der **Vorsitzende** fragt Esther Haas, ob sie einverstanden sei, über ihren Antrag erst unter § 6ter Abs. 4 Bst. b abzustimmen, wo es um den Kindergarten geht. Esther Haas ist einverstanden. Weiter hält der Vorsitzende fest, dass der Antrag der SVP-Fraktion demjenigen entspricht, den die FDP-Fraktion bereits in der Eintretensdebatte gestellt

➔ Der Rat genehmigt mit 40 zu 34 Stimmen den Antrag der Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen.

**§ 6ter Abs. 4 Bst. b**
**§ 6ter Abs. 4 Bst. c**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**§ 6ter Abs. 4 Bst. d**

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass hier nun über den Antrag von Esther Haas abzustimmen ist.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** weist darauf hin, dass die beantragten zwei Lektionen Entlastung auf der Kindergartenstufe bedingen würden, dass man bei § 6ter Abs. 2 Bst. a für diese Stufe 29 statt 28 Unterrichtslektionen festgelegt hätte. Da dies nicht geschehen ist, führt der Vorschlag von Esther Haas zu einer Privilegierung der Kindergartenlehrpersonen und nicht zu deren Gleichstellung mit den Primarlehrpersonen. Mit dem Antrag des Regierungsrats entspricht die Anhebung der Entlöhnung jener der Unterrichtstätigkeit im Berufsauftrag; die Entlöhnung pro Jahreslektion wird gleich angehoben wie bei den Primarlehrpersonen. Um dieses filigrane Lohnsystem im Gleichgewicht zu behalten, bittet der Bildungsdirektor, den Antrag von Esther Haas abzulehnen und dem Antrag des Regierungsrat zu folgen.

➔ Der Rat genehmigt mit 65 zu 8 Stimmen den Antrag der Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen.

**§ 6ter Abs. 5**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag des Regierungsrats.

**§ 17 Abs. 1 Bst. c**

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass die FDP-Fraktion in der Eintretensdebatte den Antrag stellte, § 17 Abs. 1 Bst. c ersatzlos zu streichen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bittet, dem Antrag des Regierungsrats unbedingt zuzustimmen, dies mit derselben Begründung, mit welcher er vorhin den Antrag von Esther Haas zur Ablehnung empfahl. Es braucht diese Zulage, um das Lohngefüge im Lot zu halten.

➔ Der Rat genehmigt mit 60 zu 13 Stimmen den Antrag der Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen.

**II., III. und IV.**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 8

**136 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstätten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr/Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr/Feinverteiler, u. a. auf Eigentrassee; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie)**

Vorlagen: 2434.1/1a - 14770 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2434.2 - 14771 (Antrag des Regierungsrats); 2434.3/3a - 14915 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission zuzustimmen. Der vorliegende Kantonratsbeschluss ist nicht allgemeinverbindlich, sondern behördenverbindlich; es gibt daher nur eine Lesung.

EINTRETENSDEBATTE

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, orientiert, dass die Kommission die Vorlage an einer Ganztagessitzung beraten hat. Er dankt dem Baudirektor und seinem Team für die gute Vorbereitung und die angenehme Zusammenarbeit.
Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission unbestritten. Zwischen der Kommission und dem Regierungsrat besteht nur noch eine kleine Differenz im Abschnitt «Natur im Siedlungsgebiet» und eine grundsätzlich andere Haltung zur Geothermie; dazu wird sich der Kommissionspräsident in der Detailberatung äussern. Es ist damit zu rechnen, dass in der Ratsdebatte verschiedene Anträge gestellt werden; der Kommissionspräsident wird die allfällige Meinung der Kommission jeweils nach den Antragsstellenden dem Rat mitteilen.
Der Kommissionspräsident bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und in der Detailberatung den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

**Andreas Lustenberger** als Sprecher der ALG: Der Richtplan ist wohl das wichtigste Planungsinstrument für die Zukunft eines Kantons. In ihm werden zukünftige Veränderungen, Erweiterungen, Wachstum etc. dokumentiert. Er ist zudem ein wichtiges Instrument für den Schutz von Natur- und Landwirtschaftsland. Die ALG ist für Eintreten auf die Vorlage, steht aber gewissen Anpassungen kritisch gegenüber. Es gibt durchaus nachvollziehbare Anpassungen, etwa jene zu den archäologischen Fundstätten oder den Skiabfahrten. Es gibt leider aber auch Anpassungen, mit welchen die ALG nicht zufrieden ist.
Pro Tag geht in der Schweiz die Fläche von acht Fussballfeldern an Kulturland verloren. Versiegeltes Land ist ökologisch verloren und ökonomisch – also für die Landwirtschaft – nicht mehr nutzbar. Der auch von der Landwirtschaft für die Schweiz immer wieder geforderte Selbstversorgungsgrad von 60 Prozent ist an vielen Orten bereits unterschritten. Leider wird auch die nationale Raumplanungsrevision keinen effektiven Kulturlandschutz bieten, und mit Besorgnis hat die ALG gestern zur Kenntnis genommen, dass der Zuger Regierungsrat die zweite RPG-Revision sogar ganz ablehnt.
Die Bodenressourcen sind endlich, es gilt deshalb verantwortungsvoll mit ihnen umzugehen. Aus diesem Grund sind für die ALG weitere Strassenbauprojekte nicht zielführend und zudem veraltet. Sowohl der Halbanschluss Steinhausen wie auch

die geplanten Verlängerungen nach Zug (General-Guisan-Strasse) oder an die Nordzufahrt nach Baar müssen aus dem Richtplan gestrichen werden. Einen weiteren Streichungsantrag stellt die ALG wie schon in der vorberatenden Kommission bei der Verlängerung der Umfahrung Cham–Hünenberg bzw. beim Anschluss Industriegebiet Rotkreuz/Hünenberg.
Wie zu Beginn gesagt: Mit dem Richtplan werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Der Votant ruft den Rat auf, sie konsequent so zu stellen, dass er zukünftigen Generationen einen lebenswerten Kanton Zug hinterlässt.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion geschlossen für Eintreten ist. Die vorliegenden Richtplananpassungen sind teilweise sehr sinnvoll und notwendig. Der eigentliche Pferdefuss liegt bei den Strassenbauprojekten, im Wesentlichen beispielsweise bei der Verlängerung der General-Guisan-Strasse. Die Votantin geht spezifisch auf einzelne Punkte ein, zu denen die SP in der Detailberatung nicht mehr spezifisch Stellung nehmen wird.
• Kapitel S 5.3, Natur im Siedlungsgebiet: Die SP begrüsst ausdrücklich, dass die öffentlichen Körperschaften der naturnahen Gestaltung im Siedlungsraum mehr Beachtung schenken. Gerade im bewohnten Raum können wichtige Beiträge zur Biodiversität geleistet werden. Es ist deshalb sehr erfreulich, dass aus einer «kann»-Formulierung neu eine Verpflichtung wird.
• Kapitel L 8.1, Fliessgewässer: Hier geht es im Wesentlichen um Anpassungen an das Bundesrecht. Insgesamt werden die Renaturierungskosten für den Kanton auf maximal 45 Millionen Franken geschätzt, was pro Jahr einen Betrag von 2,25 Millionen Franken ergibt, abzüglich Bundessubventionen. Der SP scheint dieser Betrag sehr tief zu sein, und sie bittet die Regierung, diesen auch im Kontext des Sparpakets nicht noch mehr zu schmälern.
• Kapitel L 11.5, Sicherung Skiabfahren: Die Sicherung der Skiabfahrten war in der SP-Fraktion unbestritten. Allerdings lässt sich doch fragen, ob diese Skiabfahren angesichts der Klimaerwärmung in Zukunft tatsächlich noch befahren werden können. Zudem ist nach wie vor genau zu beobachten, wie sich die Skiabfahrtsrouten auf Schutzgebiete, also Fauna und Flora, auswirken.
• Wie erwähnt, liegt der Pferdefuss für die SP-Fraktion im Kapiteln zu den verschiedenen Strassenbauprojekten und -massnahmen. Die Beibehaltung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse ist für die SP ein absolutes *No-go.* Deshalb wird sie gemeinsam mit der ALG entsprechende Anträge stellen
• Kapitel E 15, Energie: Die SP begrüsst sehr, dass das Kapitel Energie ein grösseres Gewicht erhält. Allerdings gibt es für sie noch weiteres Ausbaupotenzial, und sie hätte es begrüsst, wenn im Rahmen des Richtplans auch Zielwerte formuliert worden wären. In der Stadt Zug etwa wurde bekanntlich 2011 per Volksbeschluss das längerfristige Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft festgeschrieben. Da gäbe es noch weitere Möglichkeiten. Auch könnte zum Beispiel geprüft werden, ob im Kanton Zug – wie vor einiger Zeit im Kanton Zürich – im Richtplan den Gemeinden das kommunale Recht gegeben werden soll, in ihren Baureglementen Zonen festzulegen, in denen erneuerbare Energien Pflicht werden. Wie der Kommissionspräsident bereits erwähnt hat, besteht noch eine Differenz bei der Geothermie. Für die SP ist diese neuartige Technik zur Energiegewinnung fragwürdig, sie gewinnt aber zunehmend an Aktualität. Wegen des hohen Risikos und der möglichen Umweltgefährdungen unterstützt die SP explizit, dass ein generelles Verbot von Geothermie im Kanton Zug vorgesehen wird.

**Thomas Meierhans:** Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten. Sie wird aber unter Punkt S 5.3, Natur im Siedlungsraum, den Antrag stellen, den bisherigen Ge-

setzestext beizubehalten. Sie ist sehr wohl der Meinung, dass der Kanton und die Gemeinden ihre Grundstücke naturnah gestalten und pflegen sollen; für private Grundstücke soll jedoch kein Zwang eingeführt werden. Ein Einfamilienhausbesitzer soll weiterhin einen Liegerasen oder einen Gemüsegarten mit nicht-einheimischen Pflanzen anlegen können. Nach dem alten Gesetzestext *können* die Gemeinden in Sondernutzungspläne und in die Bauordnung Regeln für die naturnahe Umgebungsgestaltung aufnehmen; im Antrag des Regierungsrats *müssen* sie es. Diese Pflicht will eine Mehrheit der CVP-Fraktion nicht.
Bei allen andern Kapiteln unterstützt die CVP die Änderungen des Regierungsrats mit den Ergänzungen der Raumplanungskommission. Zum Autobahn-Halbanschluss Steinhausen möchte die CVP aber betonen, dass ihr die Ausführungen im Kommissionsbericht zur geplanten verkehrstechnischen Gesamtstudie sehr wichtig sind. Sie legt Wert darauf, dass die Auswirkungen nicht nur im Raum Zug und Baar untersucht werden, sondern – wie im Kommissionsbericht erwähnt – der Raum Steinhausen und Cham mit der Kreuzung Alpenblick miteinbezogen wird. Im Hinblick auf die grossen Bauvorhaben im Choller soll auch ernsthaft ein Halbanschluss ohne neue Strassenverbindungen nach Baar und Zug untersucht werden.
Zur die Frage, ob der Kanton Zug – wie von der vorberatenden Kommission vorgeschlagen – keine Geothermiekraftwerke unterstützen soll, waren die Meinungen in der CVP-Fraktion sehr unterschiedlich. Im Übrigen bittet sie den Regierungsrat, in Zukunft nicht derart viele verschiedene Themen in eine einzige Vorlage zu verpacken. Eine Konzentration auf zusammengehörende Themen wäre zielführender.
Ich erlaube mir, den erwähnten Antrag zum Thema Natur im Siedlungsraum bereits abzugeben.

**Karl Nussbaumer** teilt mit, dass in der SVP Fraktion rege über die Anpassungen im Richtplan diskutiert wurde. Eintreten war aber unbestritten. Zu reden gab die Änderung im Kapitel S 5.3, Natur im Siedlungsgebiet. Hier ist die Fraktionsmehrheit der Meinung, der Antrag der Regierung sei zu naturfreundlich; sie wird deshalb in der Detailberatung einen Antrag dazu stellen. Bei den archäologischen Fundstätten ist die SVP der Meinung, der Regierungsrat habe zu viele neue Gebiete einbezogen; sie wird hier für die alte Version stimmen.
Grosse Diskussion gab es bezüglich Freihaltung der Skiabfahrten. Die Fraktionsmehrheit versteht nicht, warum man nicht auf die Anliegen der Mehrheit der Gemeinden eingegangen ist und gegen deren Willen die Skiabfahrten so aufnehmen will. Deshalb wird die SVP den Antrag stellen, L 11.5 komplett aus dem Richtplan zu streichen. Bei V 3.6, Flankierende Massnahmen Kantonsstrassen, möchte die Mehrheit der SVP-Fraktion ebenfalls den alten Richtplantext stehen lassen. Sie möchte also keine Verschärfung der Massnahmen, wie es die Regierung vorschlägt. Auch bei E 15, Energie, ist die SVP-Fraktion der Meinung, es brauche im Richtplan keinen zusätzlichen Text. Sie wird deshalb bei E 15.1 bis E 15.1.4 eine teilweise Streichung beantragen; auch bei E 15.4.3, Windkrafträder, beantragt sie eine Streichung. Bei E 15.5, Gasleitungen, beantragt die SVP, die alte Fassung zu belassen. Den neuen Richtplantext E 15.7, Sonnenenergie, will die Mehrheit der SVP-Fraktion ebenfalls komplett streichen. Sie ist der Meinung, es brauche diesen Text im Richtplan nicht.
Zusammenfassend: Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, stellt in der Detailberatung aber verschiedene Anträge.

**Alice Landtwing:** Die FDP-Fraktion hat sich eingehend mit der Richtplananpassung auseinandergesetzt und stellt einige Anträge zu einzelnen Anpassungen. Der Richtplan ist für das Amt für Raumplanung und die kantonale Verwaltung bindend und

verpflichtet diese, ein Projekt richtplankonform zu erarbeiten. Schlussendlich aber entscheidet der Kantonsrat über den Kredit. Immer wieder wird dem Kantonsrat bei der Beratung über einen Kredit aber gesagt, das sei im Richtplan so festgehalten. So wird auf den Kantonsrat Druck ausgeübt, dem Kredit zustimmen. Umso wichtiger ist es deshalb, dass der Kantonsrat bereits bei der Festsetzung im Richtplan Vorsicht walten lässt und die Folgekosten bedenkt. Nach der Verweigerung eines Kredits für ein Projekt wird der Eintrag im Richtplan nämlich gelöscht.
Die FDP-Fraktion ist für Eintreten. Zu S 7.3, Archäologische Fundstätten, hält sie fest, dass die Richtplananpassung laut Regierungsrat Heinz Tännler keine Auswirkungen auf den Personalbestand des Amts für Denkmalpflege und Archäologie hat und keine zusätzlichen Grabungen präjudiziert, sondern Rechtssicherheit schafft.
Unter S 5.3, Natur im Siedlungsgebiet, stellt die FDP-Fraktion den Antrag, bei der alten Version zu bleiben. Die Umsetzung der Motion Röllin lehnt sie ab. Die FDP findet es grundsätzlich gut, wenn – wie bisher – auf eine möglichst naturnahe Umgebungsgestaltung geachtet wird. Sie befürchtet jedoch, dass die beantragten Änderungen grosse finanzielle Auswirkungen auf den Kanton und die Gemeinden haben. Es müssten Reglemente und Sondernutzungspläne ausgearbeitet und dann auch kontrolliert werden, was Personal bindet.
Bei S 5.3.2 empfiehlt die FDP, der regierungsrätlichen Fassung zuzustimmen: «Der Kanton und die Gemeinden gestalten und pflegen ihre Grundstücke naturnah.» Kanton und Gemeinden müssen entscheiden welche überlagernden Interessen der Nutzer berücksichtigt werden müssen. Sie kennen ihre Anlagen und Örtlichkeiten bestens, ohne dass im Richtplan zusätzlich ein Mitspracherecht – unter anderem wohl dem WWF, dem VCS, dem Heimatschutz etc. – eingeräumt werden muss.
Auch bei E 15.6.1, Geothermie, unterstützt die FDP die Fassung des Regierungsrats. Geothermie, also eine Bandenergie, ist in Entwicklung. Generelle Verbote neuer Technologien aus rein ideologischen Gründen sind abzulehnen. Wenn die Energiewende gelingen soll, braucht es Flexibilität in der Auswahl verschiedener Energieträger. Der Richtplan gilt für die nächsten zwanzig Jahre, und die FDP ist zuversichtlich, ja sogar sicher, dass die Forschung auch in der Geothermie verschiedene erfolgversprechende Projekte hervorbringt. Die FDP will keine Technologieverbote, weshalb die Geothermie im Richtplan nicht gestrichen werden darf.
Bei L 11.5, Skiabfahrten, stellt die FDP den Antrag auf Streichung des Richtplaneintrags. Dieser präjudiziert unnötige Bürokratie und Folgekosten. Peter Letter wird diesen Streichungsantrag in der Detailberatung ausführlich begründen.

**Nicole Imfeld** dankt namens der Grünliberalen der Regierung und der Verwaltung für die sorgfältige Ausarbeitung der Vorlage. Die GLP ist für Eintreten und nimmt zu einzelnen Elementen der Vorlage wie folgt Stellung:
• Natur im Siedlungsgebiet: Gemeinden und Kanton tragen im Rahmen der Ausübung ihrer Pflichten eine hohe Verantwortung für den Lebensraum. Mit der Schaffung von ökologischen Ausgleichsflächen im Siedlungsgebiet kann ein wertvoller Beitrag an die Lebensqualität und die Artenvielfalt von Flora und Fauna geleistet werden. Die Anpassung der Formulierung von einer Option hin zu einer Pflicht ist nach Ansicht der GLP deshalb zweckmässig. Gerade die Gemeinden erhalten so nämlich nicht nur die Pflicht, Vorgaben zur Natur im Siedlungsraum zu machen, sondern sie erhalten auch – das ist wichtig – eine Basis für den Dialog mit Investoren und Eigentümern. Die Schaffung von wertvollen Grün- und Freiräumen in Bebauungen wird nämlich von Investoren leider immer noch nicht als wichtiges Element zur Sicherungen einer langfristigen Rendite betrachtet. Mit einer zunehmenden Zahl von Menschen, die im gleichen Raum wohnen, steigt auch das Bedürfnis nach Erholungsräumen und Naturerlebnissen innerhalb des bebauten Gebiets, d. h. inner-

halb der Siedlungen. Ökologische Ausgleichsflächen innerhalb von Bebauungen leisten einen wichtigen Beitrag dazu und beeinflussen auch das Gesicht einer Gemeinde positiv. Die Richtplananpassung entspricht der Eingabe der Grünliberalen im Rahmen der Mitwirkung, und sie haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass dieses Anliegen aufgenommen wurde.
• Verlängerung der General-Guisan-Strasse: Die Grünliberalen lehnen eine Verlängerung der General-Guisan-Strasse, die zu gesteigerten Kapazitäten für den motorisierten Individualverkehr führt, ab. Allerdings sind sie der Meinung, dass eine Streichung im Richtplan zum heutigen Zeitpunkt noch zu früh ist, weil die Abstimmung über den Stadttunnel noch bevorsteht und sowohl die Tangente Zug/Baar als auch die UCH noch nicht realisiert sind. Belässt man die Formulierung, dass – in Form eines Zwischenergebnisses – eine unterirdische Lösung zu prüfen sei, wird eine genauere Prüfung überhaupt erst möglich; mit einer Streichung wäre diese Option weg. Eine Streichung kann auch noch später beschlossen werden. Für die GLP ist es wichtig, dass auch Cham und Steinhausen in die Beurteilung einbezogen werden, nicht nur Baar und Zug. Die von der Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragten Änderung des Richtplantexts, dass bis 2018 die Bestvariante dem Kantonsrat nicht zur Festsetzung, sondern zur Beschlussfassung unterbreitet wird, ist für die GLP eine gute Lösung, da das Ergebnis offener bleibt und nicht schon ein bisschen vorweggenommen wird. Ein wichtiges Anliegen für weitere Studien ist der GLP, dass die Thematik Lärm im Siedlungsgebiet ebenfalls berücksichtigt wird. Gerade in der Lorzenebene ist die Lärmbelastung durch die Autobahn hoch, und der Erholungswert ist beeinträchtigt. Deshalb hofft die GLP, dass diese Thematik ebenfalls Eingang in die weitere Betrachtung findet.
• Verbindung Industriestrasse–Autobahnanschluss in Rotkreuz: Die GLP begrüsst die Streichung der Verbindung Industriestrasse–Autobahnanschluss Rotkreuz durch das Landwirtschaftsgebiet. Für die langfristige Sicherung von potentiellen Lösungen macht die Aufnahme der vorgeschlagenen Varianten in den Richtplan jedoch Sinn; dieses Vorgehen trägt auch einer vorausschauenden Planung Rechnung.
• Energie: Beim Absatz «Seewasser» schlägt die Kommission vor, auch das Grundwasser einzuschliessen, was die GLP begrüsst. Im Kanton Zug gibt es viele Gebiete, in denen eine Erdwärmenutzung nicht möglich ist, vielleicht aber eine Nutzung des Grundwassers als Wärmequelle. Die GLP bittet deshalb, dem Antrag der Kommission zu folgen. Zur Geothermie wird sich die GLP in der Detailberatung äussern.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme der Vorlage. Heini Schmid als Präsident der vorberatenden Kommission hat das Wesentliche bereits gesagt, so dass der Baudirektor nur noch zu einzelnen Punkten Stellung nimmt.
• Thomas Meierhans hat grundsätzlich recht mit dem Hinweis auf die Konzentration der Themen. Hier aber muss man relativierend feststellen, dass die Anpassungen einerseits aus Interpellationen und Motionen resultieren, andererseits auf geänderte räumliche Gegebenheiten reagieren. Das ist ein laufender Prozess, so dass man hie und da ein Sammelsurium vorlegen muss, um nicht fünf oder sechs Einzelvorlagen in den Rat bringen zu müssen.
• Andreas Lustenberger hat betont, dass der Richtplan wichtig sei und Weichen für die Zukunft stelle. Er hat auch gesagt, dass jeden Tag eine bestimmte Fläche Kulturland versiegelt werde. Es ist aber auch daran zu erinnern, dass der Richtplan unter dem Titel «Wachstum in Grenzen» angepasst wurde. Der Kanton Zug geht mit bestem Beispiel voran, wenn er für die nächste Ortsplanrevision der Gemeinden keine grossflächigen Einzonungen mehr zulässt. Das hat der Kantonsrat so entschieden, und das wird auch umgesetzt. Zur Aussage, dass RPG I keine Wirkung er-

ziele, ist daran zu erinnern, dass diese 2014 in Kraft getretene Revision immerhin ein Moratorium festhält und während fünf Jahren keine Einzonungen mehr zulässt – höchstens unter den Titel 1:1-Abtausch – sowie jeden Kanton verpflichtet, den Bedarf aufzuzeigen, bevor er einzonen kann. Dieses wesentliche Element der Revision ist ein grosser Fortschritt. Dass der Regierungsrat RPG II ablehne, ist eine sehr pauschale Aussage. RPG II ist ein Durcheinander und keine konzise Vorlage. Sie führt zu einer Zentralisierung, indem Richt- und Raumplanung von Bern her gemacht werden sollen; auch soll die Interessenabwägung, ein wichtiges Element für Kantone und Gemeinden, eingeschränkt und politische Bereiche, etwa Energie oder Wald, an Bern delegiert werden. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Deshalb sind alle Kantone, der Gewerbeverband, Economiesuisse, Bauen Schweiz und weitere Institutionen gegen *diese* Revision.

• Barbara Gysel hat Zielwerte im Bereich Energie angesprochen. Nach Ansicht des Baudirektors wäre es ein völlig falscher Ansatz, Zielwerte in den Richtplan aufzunehmen. Man hat zeitliche Zielwerte bezüglich Strassenbauten und deren Realisierung in den Richtplan geschrieben, was sich als kompletter Blödsinn erweist, denn diese Zielwerte überholen sich innerhalb kürzester Zeit. Das gilt auch für die 2000-Watt-Gesellschaft, welche sich die Stadt Zug als Zielwert festgeschrieben hat. Man wird in zehn Jahren darüber sprechen müssen, ob die Stadt diesen Zielwert erreicht hat oder nicht – der Baudirektor bezweifelt es. Zielwerte überholen sich, weshalb man sich im Richtplan auf die Grundsätze konzentrieren soll.

• Die verkehrstechnische Analyse der Lorzenebene wird auf jeden Fall intensiv und genau im Sinne von Thomas Meierhans durchgeführt.

• Es ist nicht so, dass der Kantonsrat – wie von Alice Landtwing befürchtet – mit dem Hinweis auf den Richtplan unter Druck gesetzt wird. Der Richtplan zeigt die raumrelevanten Entwicklungen auf und ist nicht nur für den Kanton, sondern auch für die Gemeinden behördenverbindlich. Selbstverständlich ergibt sich daraus eine gewisse Verpflichtung. Wenn die Regierung dann aber mit einer bestimmten Vorlage kommt, ist der Kantonsrat frei, dieser zuzustimmen oder nicht. Zudem hat sich der Regierungsrat ja verpflichtet, auch die Kostenrelevanz der Einträge in den Richtplan aufzuzeigen.

• Über das Thema Siedlung und Natur wird aufgrund der Motion Röllin debattiert, welche der Kantonsrat erheblich erklärt hat. Der Baudirektor findet es wichtig, dass darüber diskutiert wird. Der Kantonsrat hat – wie der Bund – Ja gesagt zum Verdichten, zu einer Entwicklung nach innen. Das bedeutet mehr Menschen auf der gleichen Bauzonenfläche, und damit wird die Umgebung der Häuser und Bebauungen immer wichtiger; auch Ökologisierung ist in diesem Zusammenhang ein Stichwort. *Last but not least:* Mit ökologisch wertvollen Flächen lassen sich Kosten einsparen. Ein Beispiel dazu: Beim Gebäude der kantonalen Verwaltung an der Aabachstrasse gab es früher einen schönen Rasen, welcher vom Hauswart alle drei Wochen gemäht werden musste. Seit der Umwandlung in eine Ökofläche wird diese Wiese nur noch zwei Mal pro Jahr gemäht, was Kosten spart.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

9. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. April 2015 (Nachmittag)
Zeit: 14.05 – 17.25 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

## 137 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Kantonsratsmitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler und Jolanda Spiess-Hegglin, beide Zug; Rita Hofer, Hünenberg.

## 138 Mitteilungen

Der Vorsitzende begrüsst speziell die Delegation des Kantonsrats Luzern und heisst sie willkommen in Zug. *(Der Rat applaudiert.)*

Anna Bieri hat am letzten Samstag zivil geheiratet. Der Vorsitzende gratuliert ihr herzlich. *(Der Rat applaudiert.)* Die kirchliche Heirat folgt im Juni.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

## 139 Traktandum 3.1: **Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Beat Unternährer betreffend NFA-Kantonsreferendum**

Vorlage: 2498.1 - 14919 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag vorliegt, diese Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 45 Abs. 2 GO KR der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern die sofortige Behandlung nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung der Motion an den Regierungsrat. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wurde, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung (mit einfachem Mehr). Da sich erfahrungsgemäss das Formelle und das Materielle schlecht trennen lassen, wird über beide Elemente zusammen diskutiert. Abgestimmt wird jedoch getrennt.

**Gabriela Ingold** als Vertreterin der Motionäre: Das Thema NFA ist seit längerem omnipräsent. Der Rat hat an der Kantonsratssitzung vom 26. Februar 2015 ausführlich darüber debattiert. Damals war der Hoffnungsschimmer am Horizont, dass die eidgenössischen Räte doch noch auf die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen eingehen würden. Diese Änderungen entlasten die Geberkanton jährlich um 134 Millionen Franken und den Bund um 196 Millionen Franken. Legitimiert werden sie dadurch, dass das Ziel der NFA erreicht ist: Auch die finanzschwächsten Kantone übertreffen heute die Richtgrösse von 85 Prozent der Ressourcen des schweizerischen Durchschnitts. Zumindest für die Votantin nicht wider Erwarten hat der Ständerat an seiner Sitzung vom 17. März 2015 die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen aber wieder abgelehnt. Nun werden die eidgenössischen Räte in der Sommersession in das Differenzbereinigungsverfahren steigen. Es ist davon auszugehen, dass – wenn überhaupt – nur sehr geringe Zugeständnisse resultieren, wobei man nur wiederholen kann, dass die volle Erfüllung der Vorlage für den Kanton Zug nur einen Tropfen auf den heissen Stein bedeuten würde. Davon nochmals Abstriche in Kauf zu nehmen, ist für die Motionäre ein absolutes *No-go.* Was man in Bern noch nicht gemerkt hat, ist der Fakt, dass die ganze Schweiz geschwächt wird, wenn man die starken Geberkantone schwächt.
Die NFA ist allen bürgerlichen Politikern und der Bevölkerung des Kantons Zug ein grosses Anliegen. Die Motionäre sind überzeugt, dass man mit den jüngsten Entwicklungen gerade auch im Rahmen der USR III im Bereich der juristischen Personen faktisch in die Richtung einer materiellen Steuerharmonisierung geht – und dies ohne Abschaffung der NFA. Mit dem vorliegenden Vorstoss wollen die Motionäre der Regierung konkret den Auftrag geben, sich zu wehren, ja sogar ein Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie mit den übrigen NFA-Geberkantonen umgehend die Vornahme eines Kantonsreferendums prüfen soll. Aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit und weil alle im Saal wissen, worum es geht, beantragen die Motionäre die sofortige Behandlung der Motion und danach deren Erheblicherklärung.

**Andreas Hürlimann** als Sprecher der ALG: Schon wieder beschäftigt ein NFA-Vorstoss das Zuger Parlament. Dieses Mal kann der Votant den Vorstoss im Zusammenhang mit dem aktuell laufenden Bereinigungsverfahren im Bundesparlament noch irgendwie verstehen. Die ALG wehrt sich nicht gegen eine massvolle Anpassung des NFA; diese ist – wie die ALG in letzter Zeit in verschiedenen Voten ausgeführt hat – sinnvoll. Es sei aber in Erinnerung gerufen: Wenn Zug eine moderate Zuwanderungs- und Wachstumspolitik betreiben und mittels Steuervernunft die Steuern nicht weiter senken bzw. diese dort, wo es sinnvoll ist, leicht anheben würde, dann würden die NFA-Kosten nicht ins Unermessliche steigen. Ein grosser Anteil der Zuger NFA-Zahlungen rührt von einem hausgemachten Problem in Zug her. Immer nur mit dem Finger in Richtung Bern zu zeigen, bringt es darum nicht. Die AGF ist deshalb gegen die sofortige Behandlung der Motion.

**Barbara Gysel** hält fest, dass die SP-Fraktion demokratisch-liberal ist und die Überweisung von Vorstössen grundsätzlich unterstützt. Es geht dabei um Minderheitenschutz und auch um das Recht, Demokratie zu leben. Bei der vorliegenden Motion würde die SP aber gerne eine Ausnahme machen und sogar Nichtüberweisung beantragen. Auf jeden Fall aber ist sie gegen die Sofortbehandlung. Grundsätzlich sprechen nämlich zwei gewichtige Argumente gegen die Motion: Sie ist zum einen systemfremd und darüber hinaus in inhaltlicher Hinsicht zu kurzfristig gedacht.
Zum Ersten: Der Vorstoss fordert eine direkte Intervention während eines noch laufenden Geschäfts in Bundesbern und betritt damit eine ganz andere politische Ebene. Die Motion, besser gesagt: die *Motionen,* denn derselbe Vorstoss wurde

von der FDP fast gleichlautend auch im Kanton Schwyz eingereicht, stehen also etwas quer in der Politlandschaft, entspricht doch die erwähnte Differenzbereinigung in Bern dem klassischen Verfahren, um zu einer tragfähigen Lösung zu kommen, quasi also *daily political business*. Zug als Geberkanton und damit auch die bürgerlichen Vertreter des Kantons in Bern haben aber eine Niederlage erlitten. Und was tun diese Verlierer nun? Sie organisieren sich mittels dieses Vorstosses Schützenhilfe aus den Kantonsparlamenten. Das ist nicht nur systemwidrig, sondern ganz bestimmt auch nicht die Art des feinen Politikers bzw. der feinen Politikerin. Die Votantin ruft dazu auf, sich nicht der nationalen Lächerlichkeit preiszugeben, indem man sich trotzend der Öffentlichkeit als schlechte Verlierende präsentiert. Die schweizerische Demokratie beruht auf Föderalismus, und das vorliegende Geschäft gehört definitiv in die eidgenössischen Räte. Diese sollen vorerst im ganz normalen Rahmen ihre Arbeit tun können. Anstatt sich zum Handlanger für Bern zu machen, soll die Zuger Regierung die eigenen Hausaufgaben punkto Finanz- und Steuerpolitik erledigen.

Das führt zum zweiten Argument. Ein Stein des Anstosses in der NFA-Debatte sind die Finanzabschlüsse in den einzelnen Kantonen. Bern als NFA-Nehmer schliesst die Rechnung mit einem Plus ab, während Zug als Geberkanton Millionendefizite schreibt. Das kann auf den ersten Blick tatsächlich befremden. Daher lohnt sich ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus, beispielsweise in den Kanton Schwyz, der ebenfalls ein NFA-Geberkanton ist und dessen Rechnung mit einem beinahe gleich hohen Defizit wie im Kanton Zug abschloss, nämlich mit einem Minus von 140 Millionen Franken gegenüber 139 Millionen im Kanton Zug. Um zu einem ausgeglichenen Finanzhaushalt zu kommen, beschloss der Kanton Schwyz Steuerhöhungen, ganz anders als im Kanton, dessen Regierung Steuererhöhungen zu fürchten scheint wie der Teufel das Weihwasser. Und wie gehört, hängt die Frage der hauseigenen Steuerpolitik ganz direkt mit dem NFA zusammen. Anstatt in Bern mittels Kantonsreferendum kurzfristig intervenieren zu wollen, müsste der Kanton Zug zuerst steuerpolitisch vor der eigenen Haustüre kehren. Schwyz macht es vor, wie das Millionendefizit in den Griff zu bekommen ist. Der Schwyzer Finanzdirektor Kaspar Michel – notabene auch ein FDP-Mitglied – kommentierte, «das strukturelle Defizit von 140 Millionen Franken und insbesondere die steigenden Zahlungen an den nationalen Finanzausgleich (NFA) würden den Kanton Schwyz zwingen, die Sanierung des Haushalts auch über Verbesserungen auf der Ertragsseite zu verfolgen». Umgesetzt wird diese Einnahmenerhöhung über verschiedene Mittel. Nebst einem Kantonstarif für Einkommen von über 230'000 Franken gehören eine Beschränkung des Steuerrabatts für Dividenden auf maximal 50 Prozent, die Verteilung der Grundstückgewinnsteuer mit neu 75 Prozent zugunsten des Kantons sowie die Anhebung des Vermögenssteuersatzes auf 0,6 Promille dazu. Diese Schwyzer Teilrevision wurde sogar von der dortigen SVP unterstützt.

NFA heisst also auch lokale Steuerpolitik. Die NFA-Zahlungen, welcher der Kanton Zug zu leisten hat, sind hausgemacht. Sie sind schlicht Folge der Zuger Fiskalpolitik und des Zuger Ressourcenpotenzials. Hätte der Kanton Zug weniger Einnahmen, würde er auch weniger in den NFA-Topf bezahlen. Der Kanton Zug erledigt seine Hausaufgabe nicht, indem er direkt in Bern interveniert, sondern indem er – beispielsweise analog zu Schwyz – seine Steuerpolitik anpasst. Die vorliegende Motion ist nicht *gentlemanlike* und womöglich polittaktisch auch nicht klug. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein trotzend wirkendes Kantonsreferendum in Bern noch mehr Türen schliesst, statt sie zu öffnen. In diesem Sinne empfiehlt die Votantin, die sofortige Behandlung nicht zu unterstützen.

Für **Philip C. Brunner,** den Sprecher der SVP-Fraktion, hat man nun gesehen, was passiert, wenn das Fernsehen anwesend ist: Man hat eine Bühne. Erstaunt hat ihn, dass Barbara Gysel nicht auch noch den Gini-Koeffizienten erklärt hat. Alles andere über Steuerpolitik und die Vor- und Nachteile höherer oder tieferer Steuern hat man nun erfahren, und sicher wird das Schweizer Fernsehen heute Abend in «Schweiz aktuell» das Thema aufwärmen. Interessant ist natürlich auch, dass Gäste aus dem Luzerner Parlament anwesend sind. Immerhin hofft der Votant, dass er den Fraktionschef der Luzerner SVP in seiner Überzeugung bestärken kann, dass man im Kanton Zug bei den tiefen Steuern bleiben soll, ist das doch auch für den Kanton Luzern gut. Natürlich bleibt zu hoffen, dass auch Luzern irgendwann in das Lager der NFA-Geberkantone wechselt, aber dafür braucht es noch einige Millionen.
Eigentlich aber geht es hier einzig um die Überweisung bzw. die sofortige Behandlung einer Motion. Die SVP-Fraktion ist selbstverständlich für die Überweisung, die sofortige Behandlung und die Erheblicherklärung der vorliegenden Motion. Zuhanden der Stawiko-Präsidentin und Mitmotionärin weist der Votant darauf hin, dass der Rat am 26. Februar bereits über dieses Thema gesprochen hat. Es wäre schön und der Wille der SVP-Fraktion, solche Vorstösse gemeinsam einzureichen. Der Votant versteht nicht, weshalb die FDP immer krampfhaft darzustellen versucht, nur *sie* sei der Meinung, der Kanton Zug habe ein Problem mit dem NFA. Tatsache ist, dass die FDP in der Mitte und am rechten Rand in dieser Frage grosse Unterstützung findet. Erstaunt hat die SVP, dass die Bundesrätin jener Partei, die sich bürgerlich nennt, EWS genannt, im Vorstoss zweimal namentlich erwähnt wird. Es ist der *Bundesrat,* der entscheidet, die Finanzministerin setzt lediglich um, und ob sie aus einem Nehmer- oder Geberkanton kommt, ist unerheblich. Natürlich ist der NFA ein Trauerspiel, weshalb der Votant bittet, die Motion zu überweisen. Und schön wäre es, wenn vielleicht sogar ein Parlamentarierkollege aus Luzern die Ideen aufnähme, die hier präsentiert werden.

Für **Thomas Lötscher** geht es hier materiell um eine kleine Entlastung, aber um ein allenfalls *erstes* positives Zeichen zugunsten der ausgenommenen Kantone, nachdem bisher jedes ihrer Anliegen kategorisch abgeschmettert wurde. Bei der vorliegenden Motion geht es um elementare, vitale Interessen des Kantons Zug. Die Zuger Bevölkerung hat deshalb ein Recht zu erfahren, welche ihrer Vertreter die Volksinteressen vertreten und wellche dieselben untergraben. Er stellt deshalb den **Antrag,** die Abstimmung über die Überweisung der Motion unter Namensaufruf durchzuführen.

**Andreas Hausheer** spricht für die CVP-Fraktion, die in der Sache derselben Meinung wie die Motionäre und wie alle drei bürgerlichen Parteien für ein Kantonsreferendum ist – allerdings erst nach dem Entscheid der eidgenössischen Räte. Wenn künftig Motionen nämlich quasi auf Vorrat eingereicht werden, führt das zu mehr statt zu weniger bürokratischem Aufwand. Im vorliegenden Fall wäre der Regierungsrat selbst dann verpflichtet, einen Bericht zu verfassen, wenn die Räte zugunsten des Kantons Zug entscheiden würden.
Ein Vertreter der FDP sagte kürzlich von einem Vorstoss, dieser sei wahlkampfgetrieben bzw. die anstehende Frage hätte mit einem Telefonanruf geklärt werden können. Auch hier hätte ein Telefonanruf genügt, denn die Finanzdirektion hat bereits alles geprüft, und der allenfalls notwendige Kantonsratsbeschluss ist vorbereitet. Deshalb soll man die vorliegende Motion durchaus dringlich erklären und überweisen, sie aber gleichzeitig auch als erledigt abschreiben. Das Anliegen, das der Votant im Grundsatz begrüsst, ist nämlich bereits erfüllt.

**Barbara Gysel** wendet sich an Philip C. Brunner und hält fest, dass man die Kameras auch abschalten kann. Sie wiederholt, dass es einen wesentlichen inhaltlichen Zusammenhang zwischen Steuerpolitik und NFA gibt. Die SP ist der Meinung, man brauche nicht kurzfristig in Bern zu intervenieren, wenn es eigentlich um grössere Projekte geht. Hinter dem Ganzen steht ein Fiskalföderalismus, und dieser beruht grundsätzlich auf einer Dreiecksbeziehung: erstens die Steuerhoheit der Kantone, wozu auch der Steuerwettbewerb gehört, an dem die Motionäre aus der FDP wohl nicht zu rütteln wagen; zweitens der NFA, bei dem sehr oft vergessen geht, dass der Hauptteil vom Bund geleistet wird; drittens die materielle Steuerharmonisierung. Diese drei Ebenen bilden ein *package,* und die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es sich nicht lohnt, kurzfristig an einzelnen Punkten zu schrauben, wo die üblichen Prozesse in Bundesbern am Laufen sind. Vielmehr hat man seine eigenen Hausaufgaben zu erledigen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass sich der Regierungsrat nicht zur Überweisung, sondern zur Erheblicherklärung äussert. Die Regierung hat die Thematik über die Jahre hinweg immer intensiv verfolgt und hat insbesondere im letzten Jahr, als der Wirksamkeitsbericht des Bundesrats zur NFA in die Vernehmlassung ging, dazu Stellung genommen. Auf der Basis der Stellungnahmen auch aus den anderen Kantonen verabschiedete der Bundesrat seine Botschaft vom 3. September 2014. In dieser nahm er keine Anliegen der Geberkantone auf, ausser dass er vorschlug, dass in Beachtung des Finanzausgleichsgesetzes die Dotation der Ausgleichsgefässe reduziert werden solle; es soll also einzig ein gesetzlicher Auftrag umgesetzt werden. Das Parlament in Bern berät nun diese Anpassung. Die Regierung setzt sich dafür ein, dass das Parlament diese Änderung vollzieht. Um die Dimensionen aufzuzeigen: Der Kanton Zug bezahlt dieses Jahr 317 Millionen Franken in den NFA, und der Vorschlag des Bundesrats würde Zug in den nächsten vier Jahren um ungefähr 27,1 Millionen Franken pro Jahr entlasten. Wenn der Kanton Zug also fordert, den Vorschlag des Bundesrats umzusetzen, ist das weder lächerlich noch systemfremd, geht es doch einzig um die Einhaltung eines von Parlament verabschiedeten Gesetzes. In diesem Sinn hat sich Barbara Gysel also nicht nur in der Tonalität, sondern auch in der Argumentation klar vergriffen. Der Finanzdirektor hat auch echt Mühe damit, dass National- und Ständerat im Gegenzug beispielsweise beim Härteausgleich, einem weiteren Ausgleichselement des NFA, die sehr hohen Summen, die einzelne Kantone erhalten, quasi unkommentiert weiterhin gewähren. So erhalten einzelne Kantone, weil sie im alten Finanzausgleich schon sehr gut gestellt waren, über 28 Jahre gerechnet bis zu 2 Milliarden Franken Ausgleichssumme. Wenn Zug nun den Anspruch stellt, dass wenigstens das Gesetz einzuhalten sei, dann ist das wirklich nicht zu viel verlangt. Zur Forderung, man müsse zuerst seine eigenen Hausaufgaben machen, ist zu beachten, dass der Steuerwettbewerb bei der Unternehmensbesteuerung stattfindet. Hier war der Kanton Zug während Jahrzehnten in der Spitzenposition, aktuell steht er auf Rang 7. Gleichzeitig ist er der Kanton, welcher pro Kopf und auch bezüglich Gesamtsumme weitaus am meisten in den NFA einzahlt. Wollte der Kanton bei der Unternehmensbesteuerung wieder zur Spitze aufschliessen, müsste er Steuerausfälle in der Grössenordnung von 100 Millionen Franken pro Jahr hinnehmen. Das kann er schon aufgrund der NFA-Belastung nicht. Und hier nun hören zu müssen, man habe Hausaufgaben zu erledigen, ist doch etwas dicke Post. Es ist auch daran zu erinnern, dass bei den letzten Steueranpassungen für natürliche Personen vor allem der Mittelstand und Familien mit Kindern entlastet wurden. Das ist nicht der Ort, wo der Steuerwettbewerb stattfindet. Dieser findet bei Einkommen über 500'000 Fran-

ken und bei Vermögen in Millionenhöhe statt. Die Entlastungen wurden gezielt vorgenommen, um das teure Umfeld quasi steuerlich zu kompensieren.
Was die Motion verlangt, nämlich die Situation zu prüfen und entsprechende Vorbereitungen zu treffen, ist bereits realisiert. Der Kantonsratsbeschluss dazu wurde im Januar bereits geschrieben, auch mit einem Brief an die Bundesbehörden für den Fall, dass der Vorschlag des Bundesrats nicht durchkommen sollte. Das Anliegen wurde auch in der Konferenz der Geberkantone diskutiert; es ist aber noch nicht zu einem Entscheid gekommen, weil man das Resultat der Beratungen in Bern abwarten will. Im Moment ist wieder der Nationalrat am Zug. Wenn dieser die Differenz zum Ständerat fortschreibt, geht das Geschäft in die Differenzbereinigung, d. h. in eine paritätisch zusammengesetzte Kommission. Sollte es auch dort zu keiner Einigung kommen, gäbe es keinen neuen Beschluss, was zur Folge hätte, dass der NFA noch zwei Jahre bestehen und dann – wenn es in der Zwischenzeit keinen neuen Beschluss gäbe – auslaufen würde. Das wäre sicher auch nicht im Interesse des Kantons Zug, der ja immer seine Bereitschaft signalisiert hat, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Und der Vorschlag des Bundesrats wäre angemessen.
Die Situation ist im Moment also in der Schwebe. Je nachdem wird der Regierungsrat auftragsgemäss mit einer entsprechenden Vorlage an den Kantonsrat gelangen. Es braucht in dieser Sache nämlich – wie in allen anderen Geberkantonen auch – einen Beschluss des Kantonsparlaments. In diesem Sinn beantragt der Regierungsrat, die Motion sofort zu behandeln, sie erheblich zu erklären und dann gleich als erledigt abzuschreiben.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über den Antrag von Thomas Lötscher abgestimmt wird, die Abstimmung über die Überweisung unter Namensaufruf durchzuführen. Die Abstimmung unter Namensaufruf benötigt 20 Stimmen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die Abstimmung über die Überweisung der Motion unter Namensaufruf durchzuführen, mit 42 Stimmen zu.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder bezüglich Überweisung der Motion wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Ja |
| Brunner Philip C. | Ja |
| Camenisch Philippe | Ja |
| Christen Hans | Ja |
| Gisler Stefan | Abwesend |
| Gysel Barbara | Nein |
| Kottelat Michèle | Ja |
| Landtwing Alice | Ja |
| Messmer Jürg | Ja |
| Raschle Urs | Ja |
| Rüegg Richard | Ja |
| Sivaganesan Rupan | Nein |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Abwesend |
| Stadlin Daniel | Ja |
| Stocker Cornelia | Ja |
| Straub-Müller Vroni | Ja |
| Thalmann Silvia | Ja |

| | |
|---|---|
| Umbach Karen | Ja |
| Vollenweider Willi | Ja |
| | |
| Dittli Laura | Ja |
| Letter Peter | Ja |
| Wyss Beat | Ja |
| Wyss Thomas | Enthaltung |
| | |
| Hess Mariann | Nein |
| Hess-Brauer Iris | Ja |
| Ingold Gabriela | Ja |
| Iten Beat | Nein |
| Ryser Ralph | Ja |
| Werner Thomas | Ja |
| | |
| Barmet Monika | Ja |
| Etter Andreas | Ja |
| Nussbaumer Karl | Ja |
| | |
| Abt Daniel | Ja |
| Andermatt Adrian | Ja |
| Andermatt Pirmin | Ja |
| Dzaferi Zari | Nein |
| Frei Pirmin | Ja |
| Gössi Alois | Ja |
| Hostettler Andreas | Ja |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Ja |
| Lustenberger Andreas | Ja |
| Pfister Martin | Ja |
| Riboni Michael | Ja |
| Riedi Beni | Ja |
| Schmid Heini | Ja |
| Wandfluh Oliver | Ja |
| | |
| Baumgartner Hans | Ja |
| Birrer Walter | Ja |
| Bühler Olivia | Nein |
| Gander Thomas | Ja |
| Haas Esther | Ja |
| Mösch Jean-Luc | Ja |
| Renggli Silvan | Ja |
| Sieber Beat | Ja |
| Soltermann Claus | Ja |
| Suter Rainer | Ja |
| | |
| Andenmatten-Helbling Karin | Ja |
| Bieri Anna | Ja |
| Hofer Rita | Abwesend |
| Schuler Hubert | Nein |
| Unternährer Beat | Ja |

| | |
|---|---|
| Villiger Thomas | Ja |
| | |
| Burch Daniel | Ja |
| Hausheer Andreas | Ja |
| Hürlimann Andreas | Ja |
| Meierhans Thomas | Ja |
| Odermatt Anastas | Ja |
| Weber Monika | Ja |
| | |
| Balmer Kurt | Ja |
| Burch Daniel Thomas | Ja |
| Roos Flavio | Ja |
| Schriber-Neiger Hanni | Ja |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Ja |
| Wiederkehr Roger | Ja |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Ja |
| | |
| Henseler Emanuel | Ja |
| Lötscher Thomas | Ja |

➔ Der Rat beschliesst mit 68 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die Abstimmung über die sofortige Behandlung der Motion folgt. Eine sofortige Behandlung erfordert eine Mehrheit von zwei Dritteln der Ratsmitglieder.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 zu 10 Stimmen, die Motion sofort zu behandeln.

➔ Der Rat beschliesst mit 61 zu 6 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**140** Traktandum 3.2: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für den Austritt aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zur Stärkung der Souveränität der Schweizerischen Eidgenossenschaft**
Vorlage: 2500.1 - 14925 (Motionstext).

**Adrian Andermatt** spricht gleich zu beiden Motionen der SVP-Fraktion, also auch zu Traktandum 3.3. Namens der FDP-Fraktion stellt er den **Antrag,** beide Motionen nicht zu überweisen.
Aussenpolitik ist Sache des Bundes. Als Kanton bzw. als kantonales Parlament sollte man sich diesbezüglich nur dann einmischen, wenn die Interessen des Standes besonders – das heisst sehr konkret und weitergehend, als dies in Bezug auf andere Kantone der Fall ist – betroffen sind oder wenn es schlicht um Sein oder Nichtsein geht. Diese Kriterien sind hier in beiden Fällen nicht erfüllt. Entsprechend

soll hier der Bund agieren, und wer damit nicht einverstanden ist, soll via Vertreter auf eidgenössischer Ebene aktiv werden oder – auch wenn dies anstrengend ist – sich die Mühe machen und Unterschriften sammeln gehen. Die SVP-Fraktion hat sich jedoch entschieden, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, und hat diese Motionen eingereicht.
Es gibt noch weitere Gründe, den Antrag auf Nichtüberweisung zu unterstützen. Die Motionäre scheinen dem Irrglauben zu unterliegen, dass, wenn man den Kopf in den Sand steckt und so tut, als ob man ganz alleine auf dieser Welt wäre, sich nichts verändere und man in den guten alten Zeiten verharre. Das ist ein Trugschluss, der eigentlich allen bekannt sein sollte, offensichtlich aber nicht von allen wirklich verstanden wird. Selbstverständlich steht es jedem frei, diesem Isolationismus zu huldigen. Die FDP unterstützt jedoch eine zukunftsgerichtete Politik, bei der eine souveräne Schweiz mitbestimmt, wohin die Reise geht. Gerade in Bezug auf internationale Gremien und Organisationen, welche einen enormen Einfluss auf die Staatengemeinschaft und die einzelnen Staaten haben können und denen man durchaus mit der notwendigen und auch gesunden Skepsis gegenüber stehen soll, gilt es, die Schweiz und ihre Ideale und Überzeugungen konstruktiv und nachhaltig einzubringen. Abseits zu stehen, ist nicht die Lösung. Der Votant dankt deshalb für die Unterstützung des Antrags auf Nichtüberweisung der beiden SVP-Motionen.

**Manuel Brandenberg** ist als Fraktionschef der SVP alles andere als glücklich über den Nichtüberweisungsantrag der Freisinnigen, denn normalerweise werden alle Vorstösse, die sachlich einigermassen begründet sind, überwiesen. Und die SVP hat hier nicht irgendeine Dummheit niedergeschrieben, sondern sie hat – gestützt auf die Bundes- und die Kantonsverfassung – aufgezeigt, dass der Kantonsrat durchaus kompetent ist, darüber zu entscheiden, was die SVP hier beantragt. Der Votant ist also nicht der Meinung, dass der Kantonsrat keine Themen aufgreifen dürfe, mit denen sich der Bund zu befassen hat. Wenn man die Bundesverfassung richtig versteht, müssen die Kantone sehr wohl beobachten, was der Bund tut, sind sie davon doch extrem betroffen. So muss auch der Kanton Zug aufgrund von Entscheiden in Bern dauernd seine Rechtsordnung ändern, in den letzten Jahren etwa im Bereich der Steuern und in vielen weiteren Bereichen.
Die SVP-Fraktion schlägt mit ihrer Motion vor, beim Bund eine Standesinitiative einzureichen. Adrian Andermatt wird nicht bestreiten, dass dies ein Instrument ist, das den Kantonen zur Verfügung steht. Er wird auch nicht bestreiten, dass das Kantonsparlament zuständig ist, dieses Initiativrecht auszuüben. Wird die Motion überwiesen und später vielleicht auch erheblich erklärt, muss diese Initiative in Bern diskutiert werden und kommt dort vielleicht durch – oder auch nicht. Das sind die Spielregeln. Warum möchte die SVP den Austritt aus der OECD? Im Übereinkommen über die OECD steht beispielsweise in Art. 5, dass diese Organisation Beschlüsse fassen kann, welche für die Mitglieder bindend sind. Dabei ist interessant, wer im Rahmen der OECD beschliesst. Gemäss Art. 7 ist ein aus allen Mitgliedern bestehender Rat das Organ, von dem alle Rechtshandlungen der Organisation ausgehen. Dieser Rat kann zu Tagungen der Minister oder der Ständigen Vertreter zusammentreten. Minister sind Mitglieder der Regierungen, und Ständige Vertreter sind Delegierte der Regierungen – und diese beschliessen, was in der Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedstasten umgesetzt wird. Genau hier liegt der Grund für die Motion: Die SVP will nicht, dass Minister bzw. Regierungen bestimmen können, was in der Schweiz in die Gesetze kommen muss; sie will nicht, dass Delegierte ausländischer Regierungen, die in Paris bei der OECD arbeiten, in nichtöffentlichen Verhandlungen beschliessen können, welche Gesetz die Schweiz zu machen hat. Das ist der einzige Grund für die Motion. Es geht also um Demokratie,

um die Gewaltentrennung und um die Frage, ob das Parlament oder die Regierungen bzw. von den Regierungen delegierte Gremien die Gesetze machen. Diese Frage zu stellen, ist eigentlich nicht so schlimm. Man kann die Motion also durchaus überweisen, den Bericht und Antrag der Regierung abwarten und dann abstimmen, ob man die Standesinitiative unterstützen will oder nicht. Man sollte diese wichtige Diskussion aber nicht zu früh unterbinden.

**Michèle Kottelat** teilt mit, dass die Grünliberalen den Antrag auf Nichtüberweisung der Motion unterstützen. Die entsprechenden Argumente liefern die Motionäre im Punkt 3 ihrer Begründung gleich selber, indem sie darum bitten, auf die Adjektive unrealistisch, schädlich und lächerlich zu verzichten. Die Grünliberalen leiden nicht an Selbstüberschätzung und sind nicht dazu bereit, dass sich der Kanton Zug der Lächerlichkeit preisgibt, indem er unrealistische Forderungen stellt, die überdies toxisch und schädlich für die Volkswirtschaft und das ganze Land wären. Den Vogel abgeschossen haben die Motionäre mit der Meinung, dass der Kanton Zug als demokratischer Freistaat im Herzen der schweizerischen Eidgenossenschaft dazu berufen sein könne, der Schweiz zu helfen, aus dem selbst gewählten Gängelband der OECD hinauszufinden. Die Schweiz wird sicher dankend auf diese Hilfestellung aus dem Freistaat Zug verzichten, ebenso die Zuger Wirtschaft, die dringend auf gute internationale Beziehungen angewiesen ist. Die Schweiz gehörte 1961 zu den Gründungsmitgliedern der OECD. Sie muss mitmachen, mitdenken und mitgestalten, dies umso mehr, als ihr in jeglicher Beziehung schwierige Zeiten bevorstehen. Nur dank geschicktem Taktieren und guten Beziehungen auch zu den internationalen Organisationen hat die Schweiz – ganz besonders in Zug – das Privileg, in schon fast paradiesischen Verhältnissen zu leben. In der globalisierten Welt ist sie ein ganz kleines, aber gut funktionierendes Rädchen, dem man Sorge tragen muss. Zündeln ist brandgefährlich! Deshalb gilt: Nein zur Abschottung der Schweiz, Ja zu den Bilateralen Verträgen und Ja zu einer OECD, auch wenn man sich über deren Entscheide nicht immer freuen kann. In diesem Sinn bittet die GLP, die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

**Alois Gössi** hat schon mehrmals gesagt, dass er als liberalstes aller Kantonsratsmitglieder jede Motion vorbehaltlos überweise, und sei sie noch so abstrus. Er wird künftig von dieser Haltung aber abweichen, allerdings sehr gezielt: Vorstösse, die den Bund betreffen und an denen der Kanton Zug kein erhebliches Interesse hat, sollen nicht überwiesen werden. Es geht im Kantonsrat nämlich um kantonale Politik, nicht um Bundespolitik. Bei der vorher behandelten Motion in Sachen NFA gibt es – ob man das Motionsanliegen nun gutheisst oder nicht – ein erhebliches Interesse für den Kanton Zug, weshalb der Votant für eine Überweisung stimmte. Bei den vorliegenden zwei SVP-Motionen aber ist kein erhebliches Interesse des Kantons Zug zu erkennen, weshalb der Votant ebenfalls den **Antrag** auf Nichtüberweisung stellt. Vermutlich gereichen diese Vorstösse sogar eher zum Schaden als zum Nutzen des Kantons Zug. Aber die SVP hat natürlich jederzeit die Möglichkeit, ihre Anliegen in Bern einzubringen, allenfalls auch mit dem Sammeln von Unterschriften für ein Referendum oder eine Initiative.

**Thomas Werner** bestätigt, dass die Aussenpolitik Sache des Bundes sei. Allerdings baden die Kantone und Gemeinden die Entscheide aus. Ein Beispiel dafür ist die Asylpolitik des Bundes, die viele Probleme schafft. Es wurde von Mitbestimmung gesprochen. Immer nur Ja zu sagen und anschliessend zu bezahlen, ist kein Mitbestimmen; es ist auch kein geschicktes Taktieren. Der Votant erinnert sich an die Arbeit in Kommissionen, bei welcher es um Gesetzesanpassungen ging, die dem

Kanton beispielsweise wegen der EU auferlegt wurden. Alle Kommissionsmitglieder jammerten. Auf der Strasse sprechen zwar alle den Leuten nach dem Mund und fordern, dass etwas dagegen getan werden müsse. *Jetzt* bestünde die Möglicheit, etwas zu unternehmen und mitzubestimmen.
Bezüglich Abschottung: Gibt es ein international besser vernetztes Land als die Schweiz? Das hat nichts damit zu tun, ob man bei der OECD und anderen Organisationen immer Ja sagt oder nicht. Vielmehr kommt es darauf an, geschickt zu verhandeln, eine klare Position zu beziehen und dann zu seinen Worten zu stehen, also ein verlässlicher Partner zu sein. Und die Schweiz *ist* ein verlässlicher Partner. Deshalb geht es ihr so gut.
Nein zu sagen zu all diesen Konstrukten, kann auch befreien. Es gibt viele Bücher, die einem empfehlen, Nein sagen zu lernen, weil es einem dann besser gehe. Das kann auch für einen Kanton oder eine Gemeinde gelten. Es gibt sogar Kurse, in denen man lernen kann, Nein zu sagen. Die SVP kann auch Nein sagen, ohne Kurse zu besuchen. *(Der Rat lacht.)* In diesem Sinn bittet der Votant, die zwei SVP-Vorstösse zu überweisen. Es passiert dadurch nichts zum Nachteil des Kantons Zug, und das Parlament macht sich dadurch nicht lächerlich.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es für die Nichtüberweisung einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden bedarf.

➔ Der Rat beschliesst mit 46 zu 16 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**141** Traktandum 3.3: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen die folgenden Bundesbeschlüsse im Zusammenhang mit dem automatischen Informationsaustausch mit dem Ausland vom 20. März 2015: Referendum gegen die Genehmigung der Abkommen zwischen der Schweiz und Andorra, Grönland, San Marino und den Seychellen über den Informationsaustausch in Steuersachen**
Vorlage: 2503.1 - 14932 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass von Seiten der FDP und der SP der Antrag gestellt wurde, die Motion nicht zu überweisen.

**Manuel Brandenberg** weist darauf hin, dass es auch hier um eine bundesrechtliche Mitwirkungsmöglichkeit der Kantone geht: Acht Kantone können ein Kantonsreferendum ergreifen, im vorliegenden Fall gegen einen Staatsvertrag. Dieser sieht vor, dass die Steuerbehörden international Informationen darüber austauschen, wer wo und unter welchem Namen welche Bankkonten und Bankbeziehungen hat. Dieser Informationsaustausch kann auf Anfrage, aber auch spontan erfolgen. Letzteres heisst, dass die Steuerbehörde eines Landes spontan die Idee haben kann, den Kollegen in einem anderen Land spontan Informationen über eine bestimmte Person zuzustellen und damit entsprechende Untersuchungen anzuregen. Die SVP will das nicht. Sie will keinen Überwachungsstaat und keine übermächtigen Verwaltungsbehörden, die hinter dem Rücken einzelner Personen und der Bürger aktiv werden kann. Sie ist für den Rechtsstaat und für rechtsstaatliche Verfahren, aber nicht für eine Kabinettsverwaltung, die hinter dem Rücken der Leute international Informationen austauscht. In diesem Sinn dankt der Votant für die Unterstützung der Motion. Und wenn der Rat den Vorstoss nicht überweisen sollte, wird er die SVP-Fraktion nicht intimidieren, weitere solche Vorstösse zu unterbreiten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es für die Nichtüberweisung eine Zweidrittelmehrheit der Stimmenden braucht.

➔ Der Rat beschliesst mit 46 zu 16 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**142** Traktandum 3.4: **Interpellation von Kurt Balmer, Flavio Roos und Barbara Gysel betreffend private Sicherheitsdienstleister**
Vorlage: 2497.1 - 14917 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**143** Traktandum 3.5: **Interpellation von Jean-Luc Mösch betreffend Kürzung der J+S-Lager- und Kursbeiträge durch den Bund**
Vorlage: 2502.1 - 14929 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser seinen Platz und löst die stellvertretende Landschreiberin ab.

TRAKTANDUM 8 (Fortsetzung)

**144** **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstätten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr/Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr/Feinverteiler, u. a. auf Eigentrassee; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie)**
Vorlagen: 2434.1/1a - 14770 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2434.2 - 14771 (Antrag des Regierungsrats); 2434.3/3a - 14915 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

DETAILBERATUNG

**S 5.3, Natur im Siedlungsgebiet**

*S 5.3.1*

Wie angekündigt, stellt **Karl Nussbaumer** im Namen der SVP-Fraktionsmehrheit den **Antrag,** bei S 5.3.1 beim alten Richtplantext zu bleiben. Der SVP geht die neue Formulierung der Regierung zu weit. Die alte Version genügt.

Namens der FDP-Fraktion stellt **Alice Landtwing** ebenfalls den **Antrag,** bei S 5.3.1 bei der bisherigen Version zu bleiben. Die FDP findet es grundsätzlich gut, wenn wie bisher auf eine möglichst naturnahe Umgebungsgestaltung geachtet wird. Sie befürchtet jedoch, dass die vorgeschlagene Änderung grosse finanzielle Auswirkungen für den Kanton und die Gemeinden haben.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass in der vorberatenden Kommission über die vom Regierungsrat vorgeschlagene Verschärfung diskutiert wurde. Es wurde in der Kommission aber kein Antrag gestellt, die alte Regelung beizubehalten. Die Kommission war sich also der Tragweite dieser Änderung bewusst. Sie wollte dem Auftrag der erheblich erklärten Motion nachkommen und diesen umsetzen. Betrachtet man die Praxis der gemeindlichen Bauämter und insbesondere des Kantons bei der Bewilligung von Bebauungsplänen, kann man davon ausgehen, dass bei Bebauungsplänen eine gewisse naturnahe Gestaltung schon jetzt eine zwingende Verpflichtung ist. In diesem Bereich führt die Änderung also zu keiner Verschärfung. Bezüglich der Notwendigkeit, in die gemeindlichen Bauordnungen, wo es vor allem um Einzelbauten geht, entsprechende Bestimmungen aufzunehmen, ist der Kommissionspräsident der Meinung, dass es wohl gescheiter ist, Bestimmungen zu haben und damit zu wissen, was gefordert ist. Da ja auch jeder Umgebungsplan von der Baubehörde bewilligt werden muss, soll in den Gemeinden diskutiert werden, was man wirklich will. Das ist besser als die bisherige «kann»-Formulierung. Materiell wollte die Kommission den Regierungsrat in der Umsetzung der Motion Röllin unterstützen.

**Barbara Gysel** nimmt Bezug auf Alice Landtwing, die namens der FDP-Fraktion auch mit finanziellen Folgen argumentiert hat. Die Votantin hat die Diskussion in der Kommission so in Erinnerung, dass die Änderung nicht Mehrkosten, sondern vielmehr eine Kostenverminderung zur Folge hätte. Eine naturnahe Gestaltung geht nicht zwingend mit Mehrkosten einher.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** bestätigt die Aussage von Barbara Gysel. Auch von der Regierung kam klar der Hinweis, dass eine naturnahe Gestaltung insbesondere bei öffentlichen Bauten – der Baudirektor hat in der Eintretensdebatte das Beispiel Aabachstrasse ausgeführt – für den Bauherrn eine Kostenersparnis bedeutet. Es geht hier aber nicht primär um Kosten. Wichtig ist der Grundgedanke, im Siedlungsbereich die Umgebung möglichst naturnah gestalten zu wollen. Wenn damit eine Kostenersparnis verbunden ist, ist es umso besser. Für den Kommissionspräsidenten wäre es auch mit Blick auf die Landwirtschaft, welche stark unter ökologischen Auflagen leidet, nicht schlecht, wenn solidarisch auch im Siedlungsbereich versucht würde, der Ökologie zum Durchbruch zu verhelfen.

**Nicole Imfeld** appelliert an den Rat, im Richtplan den Erlass entsprechender Bestimmungen auf kommunaler Ebene vorzuschreiben. Damit hilft man auch den Gemeinden beim Dialog mit Investoren. Es sind nämlich nicht alle Investoren bereit, in solche Aspekte auch Geld zu investieren. Die Votantin leitet die Bauabteilung einer Agglomerationsgemeinde und weiss aus eigener Erfahrung, dass viele Investoren einfach ihr Grundstück maximal überbauen wollen. Ohne rechtliche Grundlage hat man da bei Umgebungsplänen sehr grosse Schwierigkeiten und ist dauernd am Verhandeln. Eine entsprechende rechtliche Grundlage ist kein Kostentreiber und auch kein Gängelparagraf, sondern für die Gemeinden eine wertvolle Hilfe.

**Alice Landtwing** meinte vorhin nicht die Kosten, die ein- oder zweimal jährlich für das Mähen anfallen. Wenn die «kann»-Formulierung wegfällt, *müssen* ein Reglement und Sondernutzungspläne erarbeitet werden, und diese müssen auch kontrolliert werden. Das bindet Personal und Ressourcen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** korrigiert, dass Bst. a nicht vorschreibt, spezielle Sondernutzungspläne – der Begriff Bebauungspläne wäre treffender – für die

Umgebung zu erstellen. Vielmehr schreibt er vor, dass Bebauungspläne auch Vorschriften für die naturnahe Gestaltung der Umgebung enthalten müssen. Wegen dieser Bestimmung wird kein zusätzliches Verfahren eröffnet, sondern die öffentliche Hand wird verpflichtet, bei der Bewilligung von Bebauungsplänen auch der naturnahen Gestaltung der Umgebung Nachachtung zu verschaffen.

**Thomas Meierhans** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Leiter einer Gartenbaufirma. Er hat in anderen Kantonen schon oft erlebt, dass eben doch Mehrkosten entstehen. Irgendjemand muss nämlich kontrollieren, ob wirklich nur einheimische Sträucher etc. gesetzt wurden. Das kann gut und gerne einen halben Tag in Anspruch nehmen. Die beantragte Änderung ist für die öffentliche Hand also sicher kostenrelevant, da sie auch kontrolliert und durchgesetzt werden muss.

Für **Michael Riboni** geht es hier einzig um die Frage, ob die Gemeinden entsprechende Regelungen künftig erlassen *können* oder *müssen*. Im Sinne der Gemeindeautonomie, welche es hochzuhalten gilt, empfiehlt er, die bisherige Fassung beizubehalten.

**Mariann Hess** weist auf das Problem der Neophyten hin. Diese stammen zu einem grossen Teil aus Privatgrundstücken. Da wäre eine Regelung nötig. Neophyten vermehren sich ungehindert, verdrängen einheimische Arten und sind vor allem in ökologisch wertvollen Zonen, etwa Naturschutzgebieten und Wald, schädlich. Sie müssen mit grossem Aufwand zuerst mal entdeckt und dann entfernt werden, alles auf Kosten der Allgemeinheit.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** geht die Diskussion etwas in die falsche Richtung, und es werden Birnen mit Äpfeln verglichen. Eigentlich hat Kommissionspräsident Heini Schmid auf die entscheidenden Punkte hingewiesen, trotzdem will der Baudirektor noch auf einige Punkte eingehen.
• Zu den finanziellen Auswirkungen: In der Debatte wurden mit aller Kraft irgendwelche negative Auswirkungen dieser bescheidenen Anpassung gesucht. Der Baudirektor kann beruhigen: Die Anpassung entspricht gelebter Realität, denn schon heute betreibt der Kanton *urban gardening* mit ökologischer Ausrichtung. Wenn gesagt wurde, das führe zu Mehrkosten, weil mehr Kontrollen nötig seien, so ist darauf hinzuweisen, dass die öffentliche Hand bei jedem Umgebungsplan und jeder Gartengestaltung eine Abnahme durchführen muss, sei es ökologisch oder nicht. Die Richtplanpassung spielt in dieser Hinsicht keine Rolle, und das Argument, sie habe finanzielle Auswirkungen, ist nicht stichhaltig und geht ins Leere. Im Gegenteil: Eine ökologische Ruderalfläche ist – wie in der Eintretensdebatte erläutert – im Unterhalt deutlich günstiger, weil der Gärtner nicht mehr alle drei Wochen, sondern vielleicht nur noch zwei Mal im Jahr mähen muss.
• Man kann sich in der Tat überlegen, ob man hier eine «kann»-Vorschrift aufnehmen und damit die Regelung abschwächen soll. Für den Baudirektor ist das aber gehüpft wie gesprungen, da die Anpassung – wie gesagt – der gelebten Realität entspricht. Die Anpassung ist auch ein Beitrag an die Biodiversität, also an ein Postulat, von dem ja alle schwärmen.
• Zum Hinweis auf die Investoren: Die Wirtschaft – Siemens, Roche etc. bis hin zu den Kiesfirmen – hat sich auf die Fahne geschrieben, ökologische Aufwertungsmassnahmen im Siedlungs- und Arbeitsgebiet umzusetzen. Die Wirtschaft tut also bereits etwas. Und was für die Wirtschaft gut ist, soll für die öffentliche Hand nicht schlecht sein, dies auch bezüglich finanzieller Aspekte; denn die Wirtschaft schaut auch auf den Franken.

➔ Der Rat genehmigt mit 40 zu 25 Stimmen den Antrag, die bisherige Version des Richtplantexts beizubehalten.

*S 5.3.2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragt, die Fassung der Regierung um die Wendung «unter anderem» zu ergänzen: «[…] Bei Sport-, Spiel- und Parkanlagen sind *unter anderem* die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer zu berücksichtigen.» Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag nachträglich an.

**Karl Nussbaumer** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** den Teil S 5.3.2 komplett zu streichen.

**Alice Landtwing** stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** bei der ursprünglichen Fassung des Regierungsrats zu bleiben. In der vorberatenden Kommission wurde diskutiert, dass bei historischen Anlagen auch der Heimatschutz miteinbezogen werden müsse. Es ist klar, dass Kanton und Gemeinden entscheiden müssen, welche überlagernden Interessen von Nutzerinnen und Nutzern zu berücksichtigen sind. Es soll aber keine Selbstverständlichkeit sein, dass WWF, VCS etc. automatisch immer das letzte Wort haben. Deshalb muss «unter anderem» gestrichen werden.

Für Kommissionspräsident **Heini Schmid** muss man sich bewusst sein, wohin der Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung führen würde. Es gäbe dann nichts mehr: keine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, keine naturnahe Gestaltung. Es wäre also wieder alles möglich: englischer Garten, Buchshecken, bei Familie Brandenberg vielleicht ein französischer Garten. Man würde mit einer Annahme die Zeichen der Zeit wirklich verkennen bzw. das Kind mit dem Bade ausschütten. Der Kommissionspräsident bittet dringend, diesen Antrag abzulehnen. Dass die öffentliche Hand ihre Gartenanlagen zunehmend ökologisch bewusst anlegt und pflegt, ist ein Zeichen der Zeit, und es wäre ein Rückschritt, wenn sie keine Vorbildfunktion mehr wahrnehmen oder ihre Anlagen nicht mehr naturnah gestalten könnte.
Der Antrag der Kommission auf Ergänzung mit der Wendung «unter anderem» ist nicht so wesentlich. Die Kommission wollte juristisch korrekt präzisieren, dass es nicht nur die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer, sondern auch noch weitere Interessen gibt, etwa diejenigen der Denkmalpflege.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über den Unteränderungsantrag – ursprüngliche Fassung des Regierungsrats gegen Fassung der vorberatenden Kommission – und dann über den Streichungsantrag der SVP-Fraktion abgestimmt wird.

➔ Der Rat genehmigt mit 44 zu 19 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ Der Rat lehnt mit 50 zu 14 Stimmen den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung des ganzen Teils S 5.3.2 ab.

**S 5.4, Öffentliche Plätze, Zugang zu den Naherholungsgebieten**

*S 5.4.1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

**Karl Nussbaumer** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die alte Version des Richtplantexts zu belassen. Der Kanton muss in den kommenden Jahren sparen, so dass ihm nicht weitere Aufgaben übertragen werden können. Es genügt, wenn diese Bestimmung für die Gemeinden gilt.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass diese Bestimmung in der Kommission nicht zu reden gab. Er kann also keine Kommissionsmeinung wiedergeben, sondern äussert nur seine persönliche Meinung. Seiner Ansicht nach ist hier gemeint, dass der Kanton insbesondere bei seinen eigenen Liegenschaften diesem Auftrag nachzukommen hätte. Aber der Baudirektor weiss sicher Genaueres dazu.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass die Ausführungen des Kommissionspräsidenten richtig sind. Folgt man dem Subsidiaritätsprinzip, ist es logischerweise richtig, diese Aufgabe an die Gemeinde hinunterzudelegieren. Es gibt hier aber auch Zuständigkeiten, die sachlich begründet in der Kompetenz des Kantons liegen. Deshalb ist diese Änderung nicht anderes als ein Fortschreiben der heute bereits gelebten Realität. Und zuhanden der SVP: Mit einer Ablehnung spart man keinen einzigen Franken.

➔ Der Rat genehmigt mit 46 zu 18 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

**S 7.3, Archäologische Fundstätten**

*Teilkarte S 7.3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

**Karl Nussbaumer** stellt namens der SVP-Fraktionsmehrheit wiederum den **Antrag,** die alte Version im Richtplan zu belassen. Die SVP ist dagegen, dass neue Gebiete als archäologische Fundstätten aufgenommen werden.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass die SVP konsequenterweise gleich die ganze Karte streichen müsste. Es gäbe dann allerdings dieses Vorwarnsystem nicht mehr, das dem Grundeigentümer aufzeigt, dass er mit archäologischen Untersuchungen zu rechnen hat und frühzeitig Kontakt mit dem Amt für Denkmalpflege und Archäologie aufnehmen sollte, um keine Bauverzögerungen in Kauf nehmen zu müssen. Wenn man dieses Vorwarnsystem richtig findet, ist es auch richtig, darin die neuesten Erkenntnisse niederzulegen, also die Karte zu aktualisieren; andernfalls kann man sie gleich aus dem Richtplan streichen. Die vorberatende Kommission war klar der Meinung, dass dieses Instrument sinnvoll ist und dem privaten Grundeigentümer hilft, allenfalls Zeit und Kosten zu sparen.

➔ Der Rat genehmigt mit 49 zu 13 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

**L 8.1, Fliessgewässer**

*L 8.1.1*
*L 8.1.2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*L 8.1.3*

**Barbara Gysel** hält fest, dass es hier um die Fliessgewässer und die einzelnen Vorhaben dazu geht. Ganz generell geht es – wie in der Eintretensdebatte erläutert – um eine Anpassung an das Bundesrecht. Bei der vorliegenden Liste fällt auf, dass verschiedene Vorhaben gestrichen oder zeitlich verschoben werden sollen. Die Gründe dafür sind nicht überall transparent, auch wenn auf Seite 4 und 5 des Kommissionsberichts eine Kurzinformation zum Stand der Renaturierung der einzelnen Gewässer zu finden ist. Natürlich handelt es sich nicht um eine zentrale Frage, dennoch aber ist die SP-Fraktion der Meinung, dass nicht abgeschlossene Vorhaben noch nicht aus dem Richtplan gestrichen werden sollen. Dem Kommissionsbericht ist zu entnehmen, dass die Vorhaben Nr. 2 (Zug, Grien- und Siehbach), Nr. 19 (Baar/Zug, Grossacherbach), Nr. 22 (Cham, Tobelbach) und Nr. 34 (Risch, Helltobelbach) noch nicht abgeschlossen sind. Die SP und die ALG stellen deshalb den **Antrag** stellen, diese Vorhaben im Richtplan zu belassen.
Die Votantin hat noch ihre Interessenbindung nachzutragen: Sie ist Präsidentin des WWF Zug.

Auch für Kommissionspräsident **Heini Schmid** geht es hier nicht um einen zentralen Punkt, sondern eher um die Frage des Vertrauens in die Regierung. Die meisten Vorhaben sind umgesetzt bzw. ihre Umsetzung liegt in der Kompetenz der Regierung. Die Kommissionsmehrheit war deshalb der Ansicht, dass auch die bereits beschlossenen bzw. von der Regierung zugesicherten Vorhaben aus dem Richtplan gestrichen werden sollen.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass das Vorhaben Nr. 2 (Zug, Grien- und Siehbach) mehr oder weniger ausgeführt ist. Offen ist noch das Teilstück im ZVB-Areal; sobald dort aber gebaut wird, wird die Renaturierung auch dort umgesetzt. Im Sinne der Effizienz kann das Vorhaben also gestrichen werden. Nr. 19 (Baar/Zug, Grossacherbach) ist verbindlicher Projektbestandteil der Tangente Zug/Baar und kann ebenfalls gestrichen werden. Für das Vorhaben Nr. 22 (Cham, Tobelbach) hat der Kantonsrat vor einigen Wochen den Kredit gesprochen, im Wissen um die Etappierung des Projekts. Der erste Teil ist umgesetzt, die zweite Etappe folgt in drei, vier Jahren. Das Vorhaben Nr. 34 (Risch, Helltobelbach) hängt mit der Reusssanierung zusammen. Das Vorprojekt ist erstellt, es folgt die Projektierung, dann kommt das Projekt in den Kantonsrat; die Renaturierung wird Projektbestandteil sein. Man kann die fraglichen vier Projekte also mit gutem Gewissen aus dem Richtplan streichen.

➔ Der Rat streicht das Vorhaben Nr. 2 (Zug, Grien- und Siehbach) mit 53 zu 12 Stimmen aus dem Richtplan.

➔ Der Rat streicht das Vorhaben Nr. 19 (Baar/Zug, Grossacherbach) mit 51 zu 13 Stimmen aus dem Richtplan.

➔ Der Rat streicht das Vorhaben Nr. 22 (Cham, Tobelbach) mit 47 zu 14 Stimmen aus dem Richtplan.

➔ Der Rat streicht das Vorhaben Nr. 34 (Risch, Helltobelbach) mit 50 zu 12 Stimmen aus dem Richtplan.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den bereinigten Antrag des Regierungsrats zu L 8.1.3

*L 8.1.5*
*L 8.1.6*
*Richtplankarte neu*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats

**L 11.5, Skiabfahrten**

*L 11.5*
*Richtplankarte neu*

**Oliver Wandfluh** zitiert einige Sätze im Bericht und Antrag des Regierungsrats: «Es existiert auch eine Karte der Skitourenrouten aus den 1930 Jahren»; «Die Skiclubs organisierten Clubrennen, das erste bereits Anfang des 20. Jahrhunderts»; «Mehrmals fanden die legendären Zugerberg-Derbies statt». Um die schöne alte Zeit auch bildlich darzustellen, zeigt ein Foto von ca. 1930, aufgenommen vom Zugerberg Richtung Tal, zwei Skifahrer – und kein einziges Haus. Selbst im Tal sind nur vereinzelte Häuser zu sehen.
Der Votant schätzt die Arbeit von Regierungsrat Tännler und seiner Baudirektion sehr. Hier aber hat sich ein Nostalgiker und passionierter Skifahrer ausgetobt, und er ist – um im Skifahrer-Jargon zu bleiben – abseits der Piste geraten und hat sich total verfahren. Auf dem gleichen Foto, heute aufgenommen, würde man vor lauter Häusern und Kantonsstrassen das Tal überhaupt nicht mehr sehen. Auch führen verschiedene Routen über im Winter schwarz geräumte Strassen.
Es gibt aber noch gewichtigere Gründe, die Sicherung der Skiabfahrten aus dem kantonalen Richtplan zu streichen. Der Regierungsrat schreibt in ihrem Bericht: «Konkret bedeutet dies, dass die Gemeinden die entsprechenden Abfahrten in ihren kommunalen Planungen berücksichtigen und dafür sorgen, dass diese Abfahrten bei genügend Schnee befahrbar bleiben.» Im Brief an die Kommission zu den Abklärungen betreffend Haftung bei Unfällen wird die Regierung in diesem Punkt noch deutlicher: «Mit diesem Richtplaneintrag erhalten die Gemeinden den Auftrag …» Betreffend Grundeigentümer heisst es: «Die Einträge im kantonalen Richtplan sind für die betroffenen Grundeigentümer nicht verbindlich.» Was das heisst, wissen alle, und im regierungsrätlichen Bericht und Antrag wird auch gleich eine Lösung präsentiert: «Aus der Umsetzung entstehen dem Kanton Zug keine Kosten» – was super ins neue Sparprogramm passt. Und weiter: «Für die Gemeinden entsteht ein kleiner Mehraufwand für allfällige Verträge mit den Landeigentümern respektive Bewirtschaftern.» Der Eintrag im Richtplan öffnet also Tür und Tor für Mehraufwand und Mehrkosten auf Gemeindeebene, obwohl überhaupt kein Leidensdruck, eine – wenn überhaupt – nur *sehr* geringe Nachfrage und keinerlei

gesetzliche Notwendigkeit besteht. Das ist strikte abzulehnen. Nicht nur der Kanton, auch die Gemeinden müssen sparen.
Ein weiterer wichtiger Grund, die Sicherung der Skiabfahrten abzulehnen, ist die Haftung bei Unfällen. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats steht: «Mit dem Eintrag im Richtplan geht keine Haftung auf die Gemeinden über. Die Werkhaftung für Zäune und andere Hindernisse auf den Routen verbleiben bei den Grundeigentümern.» Das will die SVP-Fraktion nicht.
Es gibt also keinen vernünftigen oder gewichtigen Grund, L 11.5 in den Richtplan aufzunehmen, es gibt aber viele Gründe dagegen:
- Nostalgische Skiabfahrten haben im Richtplan nichts zu suchen. Dies würde nur weitere Begehrlichkeiten wecken.
- Den Gemeinden würden Kosten entstehen, und die Bürokratie würde unnötig aufgebläht.
- Grundeigentümer würden einem unnötigen Haftungsrisiko ausgesetzt.

Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** L 11.5, Skiabfahrten, ersatzlos zu streichen. Sie dankt für die Unterstützung.

**Peter Letter** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Mitglied des Skiclubs St. Jost Oberägeri. Namens der FDP-Fraktion stellt er ebenfalls den **Antrag,** den neuen Punkt L 11.5, Skiabfahrten, nicht in den kantonalen Richtplan aufzunehmen.
Die erwähnte Interessenbindung zeigt, dass der Votant ein begeisterter Skifahrer und Skifan ist. Trotzdem hat er der Vorlage mit Überraschung und Befremden entnommen, dass – basierend auf Skitourenrouten aus den 1930er und 1950er Jahren – geschützte Skiabfahrten neu in den Richtplan aufgenommen werden sollen. Es handelt sich dabei nicht um die Skipisten der lokalen Skigebiete auf dem Raten, im Nollen, auf dem Zugerberg oder in Menzingen. Vielmehr sind es relativ tief gelegene *Freeride*-Abfahrten, wobei dieser Begriff in den 1930er Jahren wohl noch nicht gebraucht wurde, zum Beispiel vom St. Jost ins Dorf Oberägeri, von Allenwinden nach Baar oder vom Pfaffenboden nach Walchwil. Jene Abfahrten, auf denen im Winter am ehesten Schnee liegt, beispielsweise vom Wildspitz herunter, sind nicht aufgeführt; sie seien nicht gefährdet. Im behördenverbindlichen Richtplan soll nun festgelegt werden: «Die Gemeinden sorgen für die Durchgängigkeit der Zuger Skiabfahrten.» Gemäss Regierungsrat bedeutet dieser Grundsatz konkret, dass die Gemeinden die entsprechenden Abfahrten in ihren kommunalen Planungen berücksichtigen und dafür sorgen müssen, dass diese Abfahrten bei genügend Schnee befahrbar bleiben.
Die geplanten Skiabfahrten auf den Gemeindegebieten von Zug, Baar, Walchwil, Menzingen, Unter- und Oberägeri führen über unzählige Grundstücke. Nun müssten die Gemeinderäte mit jedem einzelnen Grundeigentümer bzw. Bewirtschafter Verträge abschliessen, diese verwalten und die Umsetzung laufend überprüfen, dies für einige wenige Tage, an denen auf diesen Routen Schnee liegt. Dieser Aufwand ist unverhältnismässig und unnötig. Denn bereits jetzt ist es möglich, diese Routen bei genügend Schnee mit Skis zu befahren, auf eigene Gefahr und eigenes Risiko. Die aus der neuen Regelung entstehenden Haftungsfragen werden in der Vorlage nur oberflächlich behandelt. Es kann tatsächlich sein, dass die Grundeigentümer haftbar werden; es kann aber auch sein, dass die Gemeinden plötzlich ungewollt zu Betreibern von Skipisten werden und Haftung übernehmen müssen.
An einem Beispiel aus der Praxis sei aufzeigt, wie es auch anders funktionieren kann. Der Skiclub St. Jost Oberägeri hat in diesem Jahr zwei Skirennen auf traditionellen Strecken organisiert: das Zigerhüttli-Rennen unterhalb des Ratens und einen Nacht-Parallelslalom auf einem Hang mitten im Dorf. Das funktioniert so, dass der Präsident des Skiclubs vorher zu den Grundeigentümern geht. Er bringt

eine Flasche Wein mit und regelt mit dem Grundeigentümer die Nutzung für die Veranstaltung. Dazu braucht es guten Willen und den persönlichen Kontakt, jedoch keine neue gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinden, diese Aufgabe zu übernehmen. Die beiden Rennen sind übrigens ein riesiges Erlebnis und sind auch für Nichtmitglieder offen; eine Teilnahme ist nur zu empfehlen. Da es keinen Skilift gibt, gehen die Skifahrer zu Fuss hoch zum Start und präparieren so gleich die Piste.
Für die FDP-Fraktion ist klar, dass die vorgeschlagene Regelung zu unnötigem Aufwand für die Gemeinden führt. Die Gemeinden habe sich in der Vernehmlassung entsprechend geäussert, ihre Meinung wird aber weder im Bericht der Regierung noch demjenigen der vorberatenden Kommission angemessen gewichtet. Die Rückfrage beim Gemeindepräsidenten von Oberägeri und auch beim Präsidenten des Skiclubs ergab klare Antworten: Der neue Eintrag ist unnötig. Der Votant dankt für die Unterstützung des Antrags der FDP- und der SVP-Fraktion.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** muss den Vorrednern Recht geben: Es ist ein absolut unnötiger Artikel. Er ist aber sehr «poetisch», und es ist toll, dass man sich im Richtplan um dieses Anliegen kümmern kann. Tatsächlich gehen die Welt und der Kanton Zug nicht unter, wenn die Skiabfahrten nicht in den Richtplan aufgenommen werden. Der Kommissionspräsident gibt zu, dass auch sein vorgerücktes Alter eine Rolle spielen mag: Er hat die Skirennen am Zugerberg, von der Hochwacht über die Tschuepisweid bis zum Liebfrauenhof, noch miterlebt, und es waren wunderbare Erlebnisse.
Der Auslöser, warum man sich dieses Problems überhaupt angenommen hat, war das Problem des Stacheldrahts in der Tschuepisweid, das allen zumindest aus den Medien bekannt sein dürfte. Es gibt offenbar wieder mehr junge Leute, die – wenn es genügend Schnee hat – geruhsam ihre heimatliche Umgebung auf Skis und Schneeschuhen erkunden wollen, statt mit den Skiclubs am Wochenende in das Auto zu steigen und irgendwo wettkampfmässig ihren Sport zu betreiben. Der vorliegende Artikel soll deshalb die Gemeinden verpflichten, mit den betreffenden Bauern und Grundeigentümern zu reden und sich für die historischen Skirouten einzusetzen, damit diese an den wenigen Tagen, an denen sie trotz Klimaerwärmung noch begeh- und befahrbar sind, nicht durch Stacheldrähte versperrt sind. Dazu braucht es den Einsatz der Gemeinden, denn es können nicht einzelne Privatpersonen zu den Grundeigentümern gehen, um ihr Anliegen vorzubringen. Das ist der Grundgedanke dieser Bestimmung. Natürlich ist sie nicht weltbewegend, aber es wäre schön, wenn der Kanton Zug sich auch um solche Interessen kümmern würde, zumal der Aufwand für die Gemeinden unbedeutend wäre. Es braucht höchstens ein wenig Engagement – wobei für den Votanten auch einleuchtend ist, dass die Gemeinden dieses Engagement nicht unbedingt suchen.

➔ Der Rat folgt mit 39 zu 21 Stimmen dem Antrag, L 11.5, Skiabfahrten, nicht in den Richtplan aufzunehmen.

**V 2, Nationalstrassen**

*V 2.3, Nr. 2, Autobahn-Halbanschluss Bibersee*
*V 12.2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Streichung dieser Einträge beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

*V 2.3 Nr. 1, Autobahn-Halbanschluss Steinhausen Süd*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt eine Ergänzung zum Antrag des Regierungsrats beantragt: «Der Kanton zeigt in einer verkehrlichen Gesamtstudie bis 2018 auf, wie sich der Autobahn-Halbanschluss mit einer Verbindung nach Baar oder Zug auf die Verkehrs- und Siedlungsstruktur im Raum Zug/Baar/*Steinhausen/Cham* (Verdichtungsgebiet) auswirkt.» Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

**Andreas Lustenberger** stellt im Namen der ALG und der SP-Fraktion den **Antrag,** die Vorhaben V 2.3 Nr. 1 (Halbanschluss Steinhausen und Verlängerung nach Zug oder Baar) sowie folglich V 3.3 Nr. 2 komplett aus dem Richtplan zu streichen. Seit der Eröffnung der Nordzufahrt ist die Stadt Zug ideal an die Autobahn angeschlossen. Der Regierungsrat und die Baudirektion haben immer wieder betont, dass die Verlängerung der General-Guisan-Strasse vom Tisch sei und sicher nicht kommen werde. Um die Regierung zu sinngemäss zitieren: Die Verlängerung der General-Guisan-Strasse oder ein Anschluss an die Nordzufahrt – böse Zungen behaupten, es sei nun klar, wieso an der Nordzufahrt der etwas einsam wirkende Kreisel gebaut wurde – könnten nur als Tunnelvariante realisiert werden, und diese wäre so teuer, dass sie sowieso nicht in Frage komme. Auf diesem Hintergrund stellt sich allerdings die Frage, wieso die potentielle Zerschneidung der grünen Lunge im Richtplan stehen bleiben soll. Zu erinnern ist hier – dies auch an die Adresse der GLP – an die Aussage der FDP-Sprecherin Alice Landtwing, dass der Druck mit einem Eintrag im Richtplan steige. Steckt da doch mehr dahinter? Bruno Werder, der ehemalige Gemeindepräsident von Cham, sagte zum Beispiel an einem Stadttunnelpodium vor knapp einem Monat: «Jetzt haben wir für dieses Stadttunnelprojekt viele Abklärungen getroffen und geplant, da wäre es ja *verruckt*, wenn wir nicht bauen würden.» Sollte diese Aussage auch der Haltung der Regierung entsprechen – was der Votant ihr aber nicht unterstellt –, dann entscheidet der Kantonsrat heute, ob ein Halbanschluss Steinhausen und eine Verlängerung der General-Guisan-Strasse oder eine Verbindung an die Nordzufahrt gebaut wird oder nicht.
Zum Halbanschluss nur so viel: Der Kanton Zug hat wahrscheinlich schon jetzt die höchste Dichte an Autobahnzufahrten und -abfahrten. Generell ist festzuhalten: Wenn immer wieder Entlastungsstrassen für Entlastungsstrassen gebaut werden müssen, wie das im Fall der Nordzufahrt der Fall wäre, dann liegen entweder Planungsfehler vor oder es muss angenommen werden, dass die regierungsrätliche Strategie «Wachstum mit Grenzen» zum Rohrkrepierer verkommen ist. Der Votant bittet den Rat, die Regierung in ihrer Strategie zu unterstützten und den Halbanschluss Steinhausen sowie die Verlängerung der General-Guisan-Strasse bzw. eine Verbindung nach Baar definitiv aus dem Richtplan zu streichen.

Für Kommissionspräsident **Heini Schmid** ist die vorliegende Anpassung die wichtigste dieser Vorlage. Frühere Beschlüsse betreffend Verdichtung fanden bisher noch keinen Niederschlag im Verkehrsrichtplan bzw. in der verkehrsmässigen Erschliessung der betreffenden Gebiete. Das geschieht auch heute nicht definitiv. Tatsache aber ist, dass in bestimmten Gebieten sehr hoch verdichtet werden soll, dies in Fortsetzung der Strategie, kein neues Kulturland zu opfern. Man kann aber nicht verdichten und mehr Wohnung bauen, ohne auch den dadurch ausgelösten Verkehr im Auge zu behalten. Der Halbanschluss Ammannsmatt mit den hier auf-

gezeigten Verbindungen ist der Versuch, die schon heute akuten Probleme zu studieren und anzupacken. Es war für die Kommission wichtig, den Perimeter dieser Problemanalyse nicht auf den Halbanschluss und die Verbindungen nach Baar und Zug zu beschränken. Dieselben Probleme stellen sich auch im Alpenblick in Cham oder im Choller. Die Kommission hat deshalb dazu aufgerufen und die Regierung nimmt dieses Anliegen nun auch auf, sich im Rahmen der Studie zum Halbanschluss Ammannsmatt und zu den dazu gehörenden Verbindungen grundsätzlich zu fragen, was die räumliche Entwicklung in den Verdichtungsgebieten für die Zukunft des Kantons Zug bedeutet und welches effiziente Lösungen wären. Es ist also nicht die Meinung, unbedingt eine Verlängerung der General-Guisan-Strasse durchzudrücken. Vielmehr geht es darum, den Fächer nicht unnötig einzuschränken und sich keine Scheuklappen anzulegen. Die Schlagader des Kantons Zug ist die Autobahn. Das verpflichtet und verdammt den Kanton dazu, die Zubringer zur Autobahn am Funktionieren zu halten, wobei sich die Baudirektion laufend bemüht, der rasanten Entwicklung gerecht zu werden.
Der Kommissionspräsident kann verstehen, dass man gewisse Strassen nicht will. Es ist aber etwas kurzsichtig, einerseits zu verdichten und andererseits den Verkehr, den die Verdichtungsgebiete mit sich bringen, nicht zu berücksichtigen; zumindest bürgerliche Politiker machen keine solche Siedlungs- und Verkehrspolitik. Wenn man konzentriert mehr Wohnungen bauen und mehr Arbeitsplätze errichten will, muss man sich auch verkehrsmässig um die betreffenden Gebiete kümmern. Es ist deshalb wichtig, hier der Regierung zu signalisieren, dass sie diese Probleme beachten, sich darum kümmern und Lösungsvorschläge erarbeiten soll. Und nachdem der Bundesrat in seiner Richtplangenehmigung einen Halbanschluss nicht verweigert hat, wäre der Kanton Zug sehr dumm, wenn er freiwillig darauf verzichten würde; vielleicht dient der Halbanschluss ja auch mal nur als Trumpf für die notwendigen Ausbauten im Alpenblick in Cham oder an der Süd-/Weststrasse in Baar. Die Kommission ist sich bewusst, dass in Zeiten von knappen Finanzen das, was wirklich realisiert werden kann, auf einem andern Blatt steht. Es ist aber wichtig, der Regierung im Richtplan zukunftsgerichtet den Auftrag zu geben, die anstehenden Probleme anzugehen.

**Philip C. Brunner** ist beeindruckt vom staatsmännischen Votum seine Vorredners Heini Schmid. Er hat aber auch Sympathie für den Antrag der Ratslinken. Es gibt in der Stadtzuger Bevölkerung in der Tat die Befürchtung, dass mit dem Eintrag im Richtplan die Verlängerung der General-Guisan-Strasse vom Kantonsrat quasi beschlossen sei. Man sollte aber auch – wie Heini Schmid und auch die Baudirektion argumentieren – die Trümpfe gegenüber Bern nicht aus der Hand geben. Das Anliegen der ALG und der SP ist also berechtigt, streicht man aber den Halbanschluss, wird es gegenüber Bern schwierig. Dass man die Verlängerung der General-Guisan-Strasse, diesen Traum des früheren Baudirektors, aufgrund der Planungen in der Lorzenebene nicht 1:1 umsetzen kann, ist klar. Wahrscheinlich müsste man eine Tunnelvariante bauen, was aber auch aus finanziellen Gründen wohl unmöglich sein wird.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass der Kommissionspräsident eigentlich alles gesagt hat. Er möchte ergänzend noch auf einige Punkte eingehen.
Die Regierung hat in ihrer Antwort auf eine Interpellation vor gut einem Jahr in der Tat gesagt, dass – aus damaliger Sicht – die Verlängerung der General-Guisan-Strasse vom Tisch sei und sie nicht *per se* daran festhalte. Im Rahmen der nun zur Debatte stehenden Richtplananpassung wollte die Regierung anfänglich – dies auf Antrag der Baudirektion – diese Verlängerung tatsächlich streichen. Man hat dann

erste Abklärungen vorgenommen und die Gründe dargelegt. Im Mitwirkungsverfahren kam von der Mehrheit aber grosse Opposition gegen das geplante Vorgehen, dies mit dem Hinweis, man solle die Frage zuerst vertieft abklären und die Situation genau analysieren. Positiv gesehen, kann die vertiefte Analyse ja dazu führen, dass man die Verlängerung der General-Guisan-Strasse mit gutem Gewissen streichen kann. Man darf nicht vergessen, dass es sich um ein Zwischenergebnis handelt, und der Regierungsrat hat immer betont, dass man ohne vertiefte Prüfung nichts aus dem Richtplan streichen solle bzw. – im vorliegenden Fall – beispielsweise die Verlängerung der General-Guisan-Strasse zwar streichen könne, aber sinnvollerweise beim Kreisel an der Nordstrasse eine Verbindung Richtung Steinhausen projektieren und sich in Bern für den Halbanschluss Steinhausen einsetzen solle. Vor diesem Hintergrund war die vorberatende Kommission klar der Auffassung, dass der fragliche Richtplaneintrag nicht gestrichen werden soll.
Es geht heute nicht – wie von Andreas Lustenberger befürchtet – um einen vorweggenommenen Entscheid, sondern um einen Entscheid für die Entscheidfindung, um später einen definitiven Beschluss fassen zu können. Das Quartier Zug-West befürchtet – auch in Zusammenhang mit dem Stadttunnel – Mehrverkehr; insbesondere wird befürchtet, dass die Verlängerung der General-Guisan-Strasse zu einer Verkehrslawine führe. Für den Baudirektor wäre eine Verlängerung allerdings kein Fluch, sondern ein Segen für dieses Quartier, denn eine Verlängerung könnte – die Kosten sollen für den Moment unberücksichtigt bleiben – nur unterirdisch geführt werden. Die Verlängerung würde also zu einer Verkehrsreduktion in Zug-West führen. Auch unter diesen Aspekt ist es also nicht so dramatisch, wenn die Verlängerung der General-Guisan Strasse als Zwischenergebnis im Richtplan stehen bleibt, um genau zu prüfen, ob es Gründe für eine Festsetzung bzw. eine Streichung gibt.

Der **Vorsitzende** fragt Andreas Lustenberger, ob die Anträge auf Streichung von V 2.3 Nr. 1 und V 3.3 Nr. 2 zusammengenommen werden können. Andreas Lustenberger ist einverstanden.

➔ Der Rat lehnt die von der ALG und der SP-Fraktion beantragte Streichung von V 2.3 Nr. 1 und V 3.3 Nr. 2 mit 48 zu 15 Stimmen ab und genehmigt damit V 2.3 Nr. 1 gemäss Antrag des Regierungsrat und der vorberatenden Kommission.

**V 3, Kantonsstrassen**

*V 3.3, Nr. 2*
*V.12.2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt in V 3.3 Nr. 2 eine Umformulierung im Antrag des Regierungsrats beantragt: Anstelle von «Festsetzung» soll es «Beschlussfassung» heissen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der vorberatende Kommission.

*V 3.3 Nr. 4*
*V 12.2*

**Hans Baumgartner** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er vertritt die Landwirtschaft in verschiedenen Organisationen, ist unter anderem Vorstandsmitglied im Zuger Bauernverband und betreibt selber Landwirtschaft.
Die heutigen Anpassungen im Richtplan sind sehr vielschichtig. Bei solch umfangreichem Regulierungsbedarf spürt man förmlich, wie unser begrenzter Lebensraum stetig knapper wird. Immer mehr Menschen teilen sich den gleichen Raum. Vielfach geht dies auf Kosten der landwirtschaftlichen Produktion. Die Landwirtschaft ist sich der Verantwortung aber bewusst und leistet gerne ihren Beitrag für eine gesunde Entwicklung im Kanton Zug. Dies muss aber in einem verträglichen Mass sein. Es ist die Pflicht von allen, für einen haushälterischen Umgang mit dem Boden zu sorgen, wie dies auch im Richtplan festgeschrieben ist. Der von der Regierung neu beantragte Eintrag, mit welchem Strassenvarianten zur Prüfung vorgeschlagen werden, die grossflächig Landwirtschaftsflächen beanspruchen, ist für den Votanten nicht zu verantworten. Im Grunde genommen soll damit nur ein kurzzeitig überlasteter Verkehrsknoten, der Kreisel Forren, und zusätzlich noch ein kurzer Strassenabschnitt entlastet werden. Bei Weitem kein Verkehrsproblem auszumachen ist bei der Erschliessung des Industriegebiets Bösch, das ebenfalls aufgeführt wird. Diese Erschliessung wird zudem mit der Umfahrung Cham-Hünenberg in naher Zukunft zusätzlich verbessert, da dieses Gebiet damit neu direkt an die Autobahn angeschlossen wird.
Man darf nicht vergessen, dass neue Strassenbauprojekte immer auch weitere Kulturlandverluste auslösen. Es braucht zusätzlichen Kiesabbau, zusätzliche Deponieflächen und zusätzlichen ökologischen Ausgleich, und die grossflächige Versiegelung der Böden ruft nach zusätzlichem Hochwasserschutz, alles immer zulasten der bereits heute knappen Fruchtfolgeflächen.
Es ist an der Zeit, dass auch im Strassenbau über neue Bauweisen nachgedacht wird. Im Siedlungsbereich ist das verdichtete Bauen selbstverständlich geworden. Es ist nicht einzusehen, warum die Menschen aufgrund des Kulturlandschutzes für Wohnen und Arbeiten auf immer engerem Raum eingepfercht werden, gleichzeitig aber für Strassen grossflächig Böden weiter versiegelt werden. Verschiedene Varianten bei anderen Strassenbauvorhaben zeigen, was technisch möglich ist: unterirdische Kreisel, Bypass über Kreisel oder beidseitiges Anhängen von Fahrspuren an bestehende Brücken etc. Zum jetzigen Zeitpunkt sind solche Möglichkeiten zur Erschliessung an dem besagten Ort noch einfach zu realisieren, da die angrenzenden Flächen noch nicht überbaut sind.
Der Votant stellt daher den **Antrag,** V 3.3 Nr. 4 wie folgt zu formulieren (Änderungen kursiv bzw. durchgestrichen): Vorhaben «Erschliessung Industriegebiet Rotkreuz ~~und Bösch (Hünenberg)~~», dazugehöriger Text: «Der Kanton Zug untersucht *auf dem bestehenden Strassennetz mögliche* Varianten zur besseren Erschliessung *des Industriegebiets Rotkreuz*. Der öffentliche Verkehr sowie der Langsamverkehr sind in die Überlegungen miteinzubeziehen. Bis 2018 unterbreitet *der Kanton* die Bestvariante dem Kantonsrat zur *Beschlussfassung.* Er arbeitet mit Bund und Gemeinden zusammen.» Der Richtplaneintrag V 12.2 ist entsprechend nachzuführen.
Der Votant versteht die Anliegen der Gemeinde Risch, die Erschliessung der Gemeinde und der grossen Arbeitszonen sicherzustellen, er ist aber sicher, dass dies mit der von ihm beantragten Fassung schneller und einfacher zu erreichen ist. Im Sinne eines haushälterischen Umgangs mit dem Boden bittet der Votant den Rat um Unterstützung für seinen Antrag.

**Hanni Schriber-Neiger** stellt im Namen der ALG und der SP-Fraktion den **Antrag** auf gänzliche Streichung von V 3.3 Nr. 4. Der Autobahnanschluss in Rotkreuz und der Kreisel Forren wurden vor kurzer Zeit ausgebaut. Die Autobahn wurde auf sechs Spuren erweitert, und mit der geplanten Umfahrung Cham-Hünenberg, die parallel zur Autobahn geführt wird, wird man acht Spuren haben. Diese Strassenmenge muss reichen, und es soll kein weiteres Kulturland mehr geopfert werden. Das kleine Stauproblem beim Kreisel Forren rechtfertigt keine neuen Strassen in diesem Gebiet. Das Problem der Pendler muss anders angepackt werden. Beispielsweise sind die dort ansässigen Firmen gefordert, *Home Office* anzubieten, die Arbeitszeiten flexibler zu gestalten und diejenigen Arbeitnehmenden zu belohnen, welche zu Fuss, per Velo oder mit dem ÖV zum Arbeitsplatz gelangen. Die Votantin dankt für die Unterstützung ihres Antrags.

**Roger Wiederkehr:** Der Antrag des Regierungsrats und der zuständigen Kommission sieht vor, bis 2018 die Bestvariante für eine optimierte Anbindung des Industriegebiets Rotkreuz und des Industriegebiets Bösch in Hünenberg an die Autobahn und an die Umfahrung Cham-Hünenberg zu finden. Die Auswahl der Bestvariante bedeutet, dass diejenige Variante gewählt wird, welche unter Abwägung aller Interessen eine optimale Wirkung zeigt. Der mögliche Verbrauch von Fruchtfolgeflächen stellt ebenfalls ein relevantes Interesse dar und wird bei der Auswahl mitberücksichtigt.
Das Anliegen von Hans Baumgartner wird mit dem beantragten Vorgehen also bereits berücksichtigt. Es wäre verfehlt, zum heutigen Zeitpunkt festzulegen, dass eine Lösung, für welche Fruchtfolgefläche benötigt wird, nicht umgesetzt werden darf. Damit würden die Interessen der Gewerbebetriebe, der Industrie und der Wirtschaft allgemein und letztlich auch die Interessen der Gemeinden Risch und Hünenberg und des Kantons Zug als nachrangig taxiert. Dies wäre ein grosser Fehler. Der Votant bittet daher, den Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass in der Kommission die Frage des Kulturlandverbrauchs und der allfälligen Aufhebung bestehender Strassen intensiv diskutiert wurde. Die Kommission hält in ihrem Bericht denn auch fest, dass sie erwartet, dass im Sinne des Kulturlandschutzes bei der weiteren Planung von neuen Strassen die Frage gestellt werden soll, ob nicht bestehende Strassenverbindung aufgehoben werden können. Man muss sich im vorliegenden Fall – wie schon beim Halbanschluss Ammannsmatt – aber auch bewusst sein, dass es in der Gemeinde Risch grosse Verdichtungsgebiete gibt, welche Verkehr erzeugen, etwa die Überbauung Suurstoffi, allenfalls auch die Hochschule. Die Verkehrsprobleme werden also noch zunehmen.
Mit dem heutigen Entscheid soll dem Regierungsrat der Auftrag gegeben werden, nochmals die beste Variante aus Sicht aller Beteiligten zu suchen, wie die schon bestehenden und noch zunehmenden Verkehrsströme bewältigt werden können. Wichtig ist auch der Hinweis, dass der heutige Autobahnanschluss nicht optimal ist und versucht werden muss, diese Situation zu verbessern. Der Bund scheint nicht sehr kooperativ zu sein, so dass es am Kanton Zug liegt, dort eine gute Lösung zu finden. Und es wäre fast schon ein Denkverbot, wenn man die Bedingung stellen würde, dass netto kein Quadratmeter Kulturland verbraucht werden dürfe. Der Antrag von Hans Baumgartner ist also sehr einschneidend; wohl deshalb hat ihn die Kommission nicht unterstützt. In diesem Sinn bittet der Kommissionspräsident auch namens der Kommissionsmehrheit, der Regierung den erwähnten Auftrag zu geben, dies mit dem klaren Hinweis, dem beschränkten Kulturland Sorge zu tragen.

**Kurt Balmer** ersucht den Rat, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen. Es geht um ein wichtiges Anliegen nicht nur für die Gemeinde Risch, sondern auch für Hünenberg. Die involvierten Gemeinden haben bereits viel Arbeit in dieses Projekt investiert, und es wäre schade, wenn der Kantonsrat nun eine Streichung oder eine enge Eingrenzung vornehmen würde. Es ist daran zu erinnern, dass der Kantonsrat die UCH und den Stadttunnel Zug gutgeheissen hat, ebenso die Tangente Baar/Zug; die Nordstrasse in Zug ist bereits realisiert. Hier geht es für einmal um ein Anliegen des Ennetsees, konkret der Gemeinden Risch und Hünenberg. Der bereits erwähnte Forren-Kreisel ist offensichtlich nicht die beste Variante für den Anschluss an die Autobahn, weshalb es nun darum geht, verschiedene Varianten zu prüfen, nach Möglichkeit gescheiter zu werden – auch im Sinn von Hans Baumgartner – und allenfalls ein neues, wirklich gutes Projekt zu realisieren. Wichtig ist auch, dass es vorerst lediglich um einen Richtplaneintrag, nicht um eine konkrete Strasse geht, und es soll lediglich die Bestvariante ohne jegliche Einschränkungen gesucht werden können.
In Zusammenhang mit dem Ennetsee ist daran zu erinnern, dass der Kantonsrat vor nicht allzu langer Zeit den Bahngüterverkehr grundsätzlich auf die Achse via Rotkreuz verlegt hat. Es gab dazu keine grosse Diskussion, und die Rotkreuzer haben diesen Entscheid geschluckt. Kürzlich wurde eine Studie publiziert, aus der hervorgeht, wie gefährlich der Bahngüterverkehr ist. Der Votant nimmt diese Tatsache hin, ohne gleich eine neue Interpellation einzureichen, bittet den Rat aber, heute auch einmal etwas für den Strassenverkehr im Ennetsee zu tun und den Vorschlag der Regierung nicht einfach zu streichen.
Bekanntlich wächst die Industrie in Rotkreuz sehr stark, auch dank bedeutenden Arbeitgebern wie Roche etc. Darüber hinaus geht es um das Vorzeigequartier Suurstoffi. Man darf diese Entwicklung nicht abwürgen. Wenn man den von der Regierung beantragten Eintrag streichen oder einschränken würde, wäre das ein Signal, das gewisse Investoren durchaus zu negativen Überlegungen hinsichtlich zukünftiger Projekte im Ennetsee führen könnte.
Zusammenfassend: Mit einer Streichung würde der Rat einerseits die Attraktivität von Rotkreuz mindern und die Abhängigkeit der Gemeinde Risch vom ZFA fördern. Wenn man die Dynamik der Ennetsees fördern und auch bezüglich Hochschulförderung den Kanton Zug nicht bremsen will, dann muss man dem beantragten Richtplaneintrag zustimmen. Der Votant bittet deshalb, der Kommission zu folgen und den Richtplaneintrag zu belassen.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** ist es spannend zu sehen, wie Kantonsräte aus dem Ennetsee verschiedene Meinungen vertreten. Er versteht den Hinweis von Hans Baumgartner. Verständnis allein bringt allerdings noch nichts.
Dem Baudirektor wurde in seiner Direktion schon oft gesagt: Nein, das geht nicht. Ein Beispiel war der unterirdische Kreisel im Stadttunnel. Vier Jahre lang wurde gesagt, das gehe nicht, plötzlich ging es dann aber doch. Auch im vorliegenden Fall kann sich der Baudirektor vorstellen, dass unter Einbezug der bestehenden Infrastruktur gewisse Optimierungen möglich sind, wenn man die Sache nochmals von Grund auf angeht. Der Baudirektor möchte aber nicht, dass man davon ablässt, die verschiedenen Varianten näher zu prüfen. Zuhanden des Protokolls hält er aber fest, dass die Baudirektion auch die bestehende Infrastruktur genau unter die Lupe nehmen und das Petitum von Hans Baumgartner aufnehmen wird. Vielleicht ergibt sich aus dieser Prüfung eine Mischform als Bestvariante, so dass dem Anliegen von Hans Baumgartner zumindest teilweise Rechnung getragen wäre.
Der Baudirektor weist auch darauf hin, dass die Sache mit den Varianten – wie von Kurt Balmer am Rand erwähnt – ein langer Prozess zusammen mit der Gemeinde

war. Dabei hat man auch verschiedentlich mit Roche, Novartis und weiteren Unternehmen in Rotkreuz über Mobilitätsmanagement diskutiert. Der Kanton hat in die Verkehrsinfrastruktur im Ennetsee 50 Millionen Franken investiert, muss aber feststellen, dass der Druck nach wie vor hoch ist und dass weitere Schritte folgen müssen, auch wegen des öffentlichen Verkehrs, ist doch die Fahrplanstabilität nicht mehr gewährleistet. Es müssen also Verbesserungen folgen.
Abschliessend wiederholt der Baudirektor zuhanden des Protokolls sein Versprechen, das Petitum von Hans Baumgartner aufzunehmen und auch die bestehende Infrastruktur – zusammen mit den verschiedenen Varianten – in eine intensive Prüfung einzubeziehen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt in V 3.3 Nr. 4 eine Umformulierung im Antrag des Regierungsrats beantragt: Anstelle von «Festsetzung» soll es «Beschlussfassung» heissen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an. Es wird nun wie folgt abgestimmt: Zuerst wird der Antrag von Kommission und Regierungsrat dem Antrag von Hans Baumgartner gegenübergestellt, anschliessend wird über den Streichungsantrag der ALG und der SP-Fraktion entschieden.

➔ Der Rat genehmigt mit 33 zu 27 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt die Streichung von V 3.3 Nr. 4 mit 46 zu 13 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er beabsichtigt, Traktandum 8 zu Ende zu beraten.

**Zari Dzaferi** versteht, dass der Ratspräsident effizient arbeiten und das vorliegende Traktandum abschliessen möchte. Nach dem heutigen langen Tag entspricht die Aufmerksamkeit aber nicht mehr der Wichtigkeit des Geschäfts. Der Votant stellt daher den **Antrag,** die Sitzung abzubrechen und die Beratung an der nächsten Sitzung fortzuführen.

➔ Der Rat beschliesst mit 29 zu 19 Stimmen, die Sitzung zu beenden.

## 145 Nächste Sitzung

Donnerstag, 28. Mai 2015

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Der Nachmittag ist reserviert für die Fraktionsausflüge.

**Protokoll des Kantonsrats**

10. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 28. Mai 2015
Zeit: 08.30 – 12.15 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 30. April 2015
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
3.1. Motion von Daniel Stadlin betreffend Weiterführung der finanziellen Beteiligung des Kantons am direkten Finanzausgleich
3.2. Motion von Manuel Brandenberg und Heini Schmid betreffend Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; Gleichbehandlung der privaten Beschwerdeführer mit den Behörden
3.3. Motion von Laura Dittli betreffend Einführung einer Abstimmungshilfe für junge Erwachsene im Kanton Zug
3.4. Postulat von Willi Vollenweider betreffend Nein zur Erpressung von ÖV-Kunden im Kanton Zug
3.5. Interpellation von Andreas Hostettler, Monika Weber, Peter Letter, Karen Umbach und Beat Unternährer betreffend Integratives Schulmodell im Kanton Zug
4. Kommissionsbestellungen:
4.1. Geschäftsbericht 2014
5. Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Strafgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstätten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr/Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr/Feinverteiler, u.a. auf Eigentrassee; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie): Fortsetzung der Detailberatung vom 30. April 2015
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)
8. Geschäfte, die am 30. April 2015 nicht behandelt werden konnten:
8.1. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuer-Rulings
8.2. Zwei Motionen im Bereich Denkmalpflege
8.2.1. Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug
8.2.2. Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug

8.3. Postulat von Daniel Abt und Adrian Andermatt betreffend Erhöhung des Kinderbeitrags der Einkommensobergrenze für Mietzinsbeiträge gemäss WFG

8.4. Interpellation von Stefan Gisler, Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend Unregelmässigkeiten bei Wahllisten

9. Motion der FDP- und der SVP-Fraktion betreffend Sicherung von Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Zug vor wirtschaftlicher Schädigung durch Ausspähung

10. Motion von Daniel Abt, Karl Nussbaumer und Andreas Hausheer betreffend Holzförderung

## 146 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Kantonsratsmitgliedern.

Abwesend sind: Manuel Brandenberg, Stefan Gisler, Richard Rüegg, Jolanda Spiess-Hegglin und Cornelia Stocker, alle Zug; Beni Riedi, Baar.

## 147 Mitteilungen

Im Anschluss an die heutige Vormittagssitzung finden die Fraktionsausflüge statt.

Es ist eine Schulklasse der Kaufmännischen Grundbildung aus Zug zu Besuch. Die Klasse wird geführt von der Leiterin des überbetrieblichen Kurses, Nadine Bitschnau. Der Vorsitzende heisst die Gäste herzlich willkommen.

Der Vorsitzende gratuliert Protokollführer Beat Dittli und Kantonsrat Philip C. Brunner zu ihrem 60. Geburtstag und wünscht beiden Jubilaren alles Gute. *(Der Rat applaudiert.)*

Der Gesundheitsdirektor muss sich für die heutige Sitzung entschuldigen. Er nimmt an der Tagung der Gesundheitsdirektorenkonferenz in Lugano teil.

Heute gilt die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

TRAKTANDUM 1

## 148 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

## 149 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 30. April 2015

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 30. April 2015 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**150** Traktandum 3.1: **Motion von Daniel Stadlin betreffend Weiterführung der finanziellen Beteiligung des Kantons am direkten Finanzausgleich**
Vorlage: 2506.1 - 14937 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**151** Traktandum 3.2: **Motion von Manuel Brandenberg und Heini Schmid betreffend Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; Gleichbehandlung der privaten Beschwerdeführer mit den Behörden**
Vorlage: 2508.1/1a - 14938 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag, unter Mitbericht des Verwaltungsgerichts.

**152** Traktandum 3.3: **Motion von Laura Dittli betreffend Einführung einer Abstimmungshilfe für junge Erwachsene im Kanton Zug**
Vorlage: 2509.1 - 14939 (Motionstext).

**Jürg Messmer** hält fest, dass die vorliegende Motion von Laura Dittli sicherlich gut gemeint ist. Es sei aber die Frage erlaubt, ob es wirklich Aufgabe des Staats sei, Jugendliche an die Urne zu bringen. Aus Sicht des Votanten und der SVP-Fraktion sollten in erster Linie die Eltern ihren Kindern die Politik näher bringen. Ansonsten wären es die politischen Parteien. Auch kann man von 18- bis 25-Jährigen eine gewisse Selbstverantwortung erwarten, ohne dass der Staat hier aktiv werden muss. Jeder mündige Mensch darf, ja soll sich bei Abstimmungen oder Wahlen einbringen. Eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um Wahl- oder Abstimmungshilfen zu schaffen oder gar weiterführende Massnahmen einzuführen, um junge Erwachsene an die Urne zu bringen, geht dem Votanten klar zu weit. Sollen junge Erwachsene, welche nicht an die Urne gehen, in Zukunft etwa mit Bussgeldern oder Haftstrafen belangt werden? Jedes neue Gesetz muss umgesetzt werden und bedeutet Mehrkosten für Personal, Büroräume usw.
In der Schweiz kann jeder, der will, abstimmen und wählen. Heute ist es sehr einfach: Man erhält die Abstimmungs- und Wahlunterlagen per Post nach Hause geschickt, füllt die Stimm- oder Wahlzettel aus und wirft das Kuvert wieder in einen Briefkasten – und schon hat man seine Meinung kundgetan. Auch für die vorgängige Meinungsbildung kann man sich problemlos Informationen besorgen: Plakate an jeder Hausecke, Flyer in jeden Haushalt, Hunderte von Leserbriefen in den Zeitungen – das aktuelle Beispiel Zuger Tunnel lässt grüssen. Lesen muss aber jeder selber; das kann kein Gesetz, kein Staat und auch keine Wahl- und Abstimmungshilfe für den Einzelnen übernehmen, auch nicht die Eltern oder die Parteien. Die SVP-Fraktion stellt daher den **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion von Laura Dittli und dankt für die Unterstützung.

**Zari Dzaferi:** Die SP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Vorstoss. Grundsätzlich gelten die in der Motion formulierten Bemühungen aber für die gesamte Bevölkerung, nicht nur für junge Wählerinnen und Wähler. Wenn also der Regierungsrat diese Motion behandelt, wäre es sinnvoll, auch Massnahmen ins Auge zu fassen, um generell mehr Menschen an die Urne zu bringen, ob jung oder alt. Aufgrund der fast rekordtiefen Stimmbeteiligung bei den letzten Wahlen reichte die SP-Fraktion

vor einem halben Jahr einen ähnlichen Vorstoss ein und wollte den Regierungsrat dazu einladen, Massnahmen zu prüfen, um kurz- und langfristig die Stimmbeteiligung insbesondere bei Wahlen zu erhöhen. Auf Antrag der SVP-Fraktion lehnte es der Rat damals mit 38 zu 16 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen ab, dieses Postulat zu überweisen. Es wäre nun höchst interessant, wenn die heute zur Debatte stehende Motion überwiesen würde. Die tiefe Stimm- und Wahlbeteiligung sollte allen zu denken geben. Auch der Kantonsrat steht in der Verantwortung, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die Wählerinnen und Wähler an die Urne bringt. Immer mehr Leute arbeiten heute mit elektronischen Geräten. Wenn aber die Unterlagen immer noch per Post zustellt werden, erreicht man halt nicht alle Bürgerinnen und Bürger. Darüber sollte man sich wirklich Gedanken machen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG. Mit der vorliegenden Motion wird der Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit der die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden erstens für die Einführung einer Wahl- und Abstimmungshilfe für junge Erwachsene und zweitens für weitere Massnahmen, welche die Stimmbeteiligung junger Erwachsener erhöhen sollen. Das Verhältnis junger Erwachsener zur Politik ist wichtig, vor allem für eine funktionierende Demokratie wie in der Schweiz. Die Bereitschaft zur politischen Beteiligung wird durch die Teilnahme an den ersten Wahlen und Abstimmungen im Leben bestimmt. Daher sind die Lebensjahre zwischen 18 und 25 für das politische Verhalten entscheidend. Die politische Identität beginnt sich schon früher zu entwickeln, aber aufgrund der Wahlbestimmungen entwickelt sie sich *per se* vor allem ab dem achtzehnten und bis etwa zum fünfundzwanzigsten Lebensjahr. Die in diesen Lebensjahren entwickelte politische Identität wird dann im Erwachsenenleben weitgehend beibehalten.
Die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen hat in den letzten Jahren in fast allen westlichen Ländern abgenommen. Eine geringe Stimmbeteiligung zeigt sich vor allem bei jungen Erwachsenen. Diese Entwicklung wird auch in der Schweiz beobachtet. So nahmen 2009 durchschnittlich 21 Prozent der 18- bis 25-Jährigen an Abstimmungen teil; bei den älteren Erwachsenen hingegen waren es 69 Prozent. Für einen ausgesprochenen Demokraten ist diese tiefe Stimmbeteiligung der jungen Erwachsenen höchst problematisch, denn erstens sagt sie nichts Gutes über die Zukunft aus – wie gehört, trägt sich politische Identität im Verlauf des Lebens weiter –, und zweitens – was noch wichtiger ist – kann sie als Beeinträchtigung der Legitimität politischer Entscheide und somit des direktdemokratischen Systems betrachtet werden. Ein demokratischer Staat hat daher ein grösstmögliches Interesse, die Stimmbeteiligung junger Erwachsener zu erhöhen und sich dafür einzusetzen. In diesem Sinn bittet der Votant namens der ALG, die politische Partizipation zu fördern und die vorliegende Motion zu überweisen.

Auch Motionärin **Laura Dittli** ist der Ansicht, dass sich der Kantonsrat dem Motionsanliegen nicht verschliessen darf. Es ist eine Aufgabe des Staates, die politische Partizipation zu fördern, was im Übrigen schon lange gemacht wird. Zu erinnern ist an die Plakate «Heute Abstimmung», welche an den Abstimmungsterminen von den Gemeinden aufgestellt werden. Diese Plakate sind heute veraltet, und es braucht neue Formen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für die Nichtüberweisung eine Zweidrittelmehrheit der Stimmenden erforderlich ist.

➔ Der Rat beschliesst mit 43 zu 25 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

**153** Traktandum 3.4: **Postulat von Willi Vollenweider betreffend Nein zur Erpressung von ÖV-Kunden im Kanton Zug**
Vorlage: 2512.1 - 14943 (Postulatstext).

**Daniel Thomas Burch** stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen. Die Einführung des sogenannten SwissPass der SBB startet in den nächsten Tagen. Der SwissPass ersetzt ab 1. August die heutigen Halbtax- und Generalabonnemente und bietet zudem neue Möglichkeiten für neue Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Mobilität. Die Umsetzung dieser neuen Produkte erfolgt in der gesamten Schweiz bei allen Transportunternehmungen im öffentlichen Verkehr. Dies hat die Mehrheit der Transportunternehmungen schon vor einigen Jahren beschlossen.
Der Kanton Zug ist keine Verkehrsinsel und hat sehr viele Zu- und Wegpendler, welche von nationalen Tickets wie GA oder Halbtax profitieren. Möchte der Kanton Zug nicht mitmachen, müsste er theoretisch die Transportunternehmen zwingen, aus dem nationalen Tarifverbund auszutreten. Damit würde er auch die Beiträge des Bundes an den öffentlichen Verkehr im Kanton gefährden und zudem den ÖV-Benutzern einen Bärendienst erweisen. Die geplanten Änderungen kommen den Kunden entgegen, insbesondere die Verlängerung der Abonnementsdauer.
Der SwissPass registriert die einzelnen Bewegungen nicht, und es werden keine Fahrprofile erstellt. Es wird nur registriert, wer wo und wann kontrolliert wurde. Da vor allem im regionalen Verkehr nicht alle Passagiere bei jeder Fahrt kontrolliert werden, kann nicht nachvollzogen werden, wer von A nach B gereist ist. Wer den SwissPass wie sein GA oder Halbtaxabonnement benützt, gibt keine Persönlichkeits-und Verhaltensprofile weiter. Daher sind die Bedenken des Postulanten unbegründet und der Vorstoss überflüssig.
Die ZVB ist an der Einführung der elektronischen Kontrolle, welche für den SwissPass notwendig ist. Damit können dann neben dem SwissPass auch die elektronischen Tickets – etwa das bei Jugendlichen sehr verbreitete Handyticket – in Zukunft besser kontrollieren werden.
Der Kanton braucht einen gut funktionierenden ÖV und kann sich der Einführung des SwissPass nicht widersetzen. Es macht daher keinen Sinn, die Regierung mit Abklärungen zu beauftragen, deren Ergebnisse bereits bekannt sind; man kann der Verwaltung und auch dem Kantonsrat diesen unnötigen Aufwand ersparen. Der Votant bittet deshalb, den Antrag auf Nichtüberweisung zu unterstützen.

Postulant **Willi Vollenweider:** Die zwangsweise Abschöpfung der Bewegungsdaten der ÖV-Benützer erfolgt am Anfang teilweise, wird später aber ohne Zweifel lückenlos erfolgen. Vom Verband öffentlicher Verkehr und von den SBB wird zurzeit noch die Schutzbehauptung verwendet, die Daten würden nur bei «Kontrollen» – gemeint sind wohl Stichproben – in die Systeme der Transportunternehmen eingelesen. Zu beobachten ist aber etwas ganz anderes: Im Kanton Zug werden in den öffentlichen Verkehrsmitteln neben dem Fahrersitz bereits SwissPass-Lesegeräte fix installiert, welche – zumindest nach 21 Uhr – bereits jetzt die lückenlose Erfassung der Daten nach sich ziehen. Es ist im Weiteren völlig klar, dass das System SwissPass auch bei den SBB künftig ähnlich verwendet wird wie im Ausland, d.h. mit vollständiger Datenerfassung beim Perronzugang oder beim Ein-/Ausstieg; anders ist die Einführung ökonomisch gar nicht zu rechtfertigen. Es ist gelogen, wenn behauptet wird, der sehr aufwendige manuelle Kontrollprozess, wie er in der Einführungsphase beabsichtigt ist, sei das Ende der Fahnenstange. Vielmehr nähert man sich dem totalen Überwachungsstaat. Es handelt sich eindeutig um ein Projekt mit einer *hidden agenda*, das – einmal eingeführt – kaum wieder rückgängig zu machen ist. Keiner weiss wirklich, welche Daten effektiv auf dem Chip abgespeichert sind. Keiner kann wissen, wohin sich die einmal erfassten gigantischen Daten-

mengen verirren werden und welche Dienste sie mit weiteren Daten dann zu Aussagen verknüpfen. Als Fachmann auf diesem Gebiet ruft der Votant in Erinnerung: Es gibt keine absolut sichere Verschlüsselung, und es gibt keine absolut sichere Datenlagerung. Das Einzige, was sicher funktioniert, ist gar keine Daten zu erfassen. Wenn Daten nicht existieren, können sie auch nicht missbraucht, entwendet oder verfälscht werden.
Wenn staatlich kontrollierte, marktdominierende oder gar Monopolanbieter solche Systeme einführen, geht das die Öffentlichkeit sehr wohl etwas an. Zumindest im Kanton Zug fehlen die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung eines Systems, das zwangsweise, also ohne Alternative, die ÖV-Benützer zur Preisgabe eines Teils ihrer Privatsphäre – dazu gehört auch das Bewegungsprofil – zwingt. George Orwells Roman «1984» lässt grüssen. Bundesrat und Zuger Regierungsrat finden offenbar Gefallen an Orwells Vision, die Kontrolle über Bewohner und Bewohnerinnen laufend auszuweiten. Diese unheilvolle Entwicklung muss gestoppt werden. Der Votant will die öffentlichen Verkehrsmittel weiterhin benutzen, ohne dass der Staat seine Reisen auf Schritt und Tritt verfolgt. Er will keinen Schnüffelstaat, auch keinen Schnüffelkanton Zug.
Abschliessend verweist der Votant auf die schweizerische Bundesverfassung, die zu Recht die Würde und die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger schützt. Besonders zu verweisen ist auf Art. 7, 10 und 13 der Bundesverfassung, die hier in eklatanter Art und Weise verhöhnt werden. Der Votant bittet den Rat deshalb, der Überweisung seines Postulats zuzustimmen.

➔ Der Rat beschliesst mit 41 zu 18 Stimmen, das Postulat nicht zu überweisen.

**154** Traktandum 3.5: **Interpellation von Andreas Hostettler, Monika Weber, Peter Letter, Karen Umbach und Beat Unternährer betreffend Integratives Schulmodell im Kanton Zug**
Vorlage: 2505.1 - 14936 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**155** Traktandum 4.1: **Geschäftsbericht 2014**
Vorlage: 2507.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

**156** Traktandum 4.2: **Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission für die Jahre 2013/2014**

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**157** Traktandum 4.3: **Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2014**

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**158** Traktandum 4.4: **Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für das Jahr 2014**

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**159** Traktandum 4.5: **Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2014**

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

TRAKTANDUM 5

**160** **Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Strafgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**
Vorlage: 2504.1/1a - 14934 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es hier um die Validierung einer Wahl ohne Urnengang, also einer stillen Wahl, geht. § 40 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen hält fest, dass kein Wahlgang stattfindet, wenn für eine Behörde nur gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind. Der Kantonsrat muss nun feststellen, dass diese Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattgefunden hat, und die Wahl für gültig erklären. Ohne Gegenantrag ist die Wahl von Philipp Frank als Mitglied des Strafgerichts stillschweigend für gültig erklärt und validiert.

➔ Der Rat erklärt die Wahl von Philipp Frank als Mitglied des Strafgerichts für den Rest der Amtsperiode 2013–2018 stillschweigend für gültig.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Philipp Frank damit definitiv gewählt ist. Er wünscht dem Neugewählten viel Erfolg bei seiner fachlich und menschlich anspruchsvollen Tätigkeit.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**161** **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstatten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr/Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr/Feinverteiler, u. a. auf Eigentrassee; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie): Fortsetzung der Detailberatung vom 30. April 2015**
Vorlagen: 2434.1/1a - 14770 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2434.2 - 14771 (Antrag des Regierungsrats); 2434.3/3a - 14915 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass bereits in der letzten Kantonsratssitzung Eintreten beschlossen wurde und heute die Detailberatung fortgeführt wird. Er erinnert daran:
• dass dieser Kantonratsbeschluss nicht allgemeinverbindlich, sondern behördenverbindlich ist und es daher nur *eine* Lesung gibt;
- dass neben dem Antrag des Regierungsrats der Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt vorliegt: Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission.

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Rückkommensanträge**

**Anastas Odermatt** stellt einen **Rückkommensantrag** zu S 5.3.1. Laut dem Bericht der Kommission für Raumplanung und Umwelt, Seite 2, folgte die Kommission dem Antrag des Regierungsrats; alle Mitglieder der Kommission standen hinter dem entsprechenden Richtplantext. In der Kantonsratsdebatte wurde dann der Antrag gestellt, beim alten Richtplantext zu bleiben. Argumentiert wurde entweder gar nicht oder mit den Kosten, einem Argument, das schon damals als nicht stichhaltig belegt werden konnte.
Der Votant hat sich im Anschluss an die Sitzung nochmals in die Argumente vertieft, entsprechende Unterlagen studiert und Gespräche mit Fachpersonen geführt. Er merkt an, dass er bis vor zwei Jahren auf der Geschäftsstelle der angesprochenen Stiftung Natur & Wirtschaft gearbeitet hat – womit er auch seine weitestgehende Interessenbindung in diesem Sinne kundgetan hat. Bei den erwähnten Gesprächen und Recherchen kam der Votant zum Schluss, dass der regierungsrätliche Vorschlag einen grossen Mehrwert für Kanton, Gemeinden und vor allem für die Bevölkerung darstellen würde. Zwei Punkte seien hervorgehoben:
• Die Gemeinden erhalten einen gut formulierten Richtplantext, aus dem sie klar herauslesen können, was Sache ist. Das ist für alle verständlich und einfach. Zudem ist es eine praktikable Handhabe für die Gemeinden gegenüber Bauherren. Kosten entstehen durch Unklarheiten, nicht durch Klarheiten. Zusätzliche Kosten entstehen hier nicht, weder bei den Gemeinden noch bei den Bauherren.
• Naturnahe Siedlungsräume sind ein enorm wichtiger Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Artenvielfalt. Der Mensch ist beispielsweise auf Wildbienen, Bienen, Hummeln etc. angewiesen, welche fleissig die Äpfel- und – wichtig im Kanton Zug – Kirschbäume bestäuben. Naturnahe Siedlungsräume sind deshalb auch ein Akt gegen das Bienensterben. Jeder naturnahe Quadratmeter im Siedlungsraum ist ein deutliches Zeichen gegen Artenschwund, gegen Vergrauung des Siedlungsraums und für mehr Lebensqualität. Es bietet sich hier die grosse Chance, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte unter einen Hut zu bringen.
Der Votant bittet, diese Chance wahrzunehmen und seinen Rückkommensantrag zu unterstützen.

➔ Der Rat lehnt den Rückkommensantrag zu S 5.3.1 mit 42 zu 24 Stimmen ab.

**Vroni Straub-Müller** stellt einen **Rückkommensantrag** gemäss § 71 GO KR zu L 11.5, Skiabfahrten. Sie beantragt, die Skiabfahrten als Pfeile in die Richtplankarte zu integrieren und den Grundsatz «Die Gemeinden sorgen für die Durchgängigkeit der Zuger Skiabfahrten» in den Richtplantext aufzunehmen. Das ist der Vorschlag der Regierung, der im Übrigen im Vernehmlassungsverfahren grosse Unterstützung fand. Zur Interessenbindung der Votantin: Sie ist Präsidentin des Verwaltungsrats der Zugerbergbahn AG, einer Bahn, die hauptsächlich von der Stadt Zug finanziert wird und immer auf der Suche nach mehr Transportmöglichkeiten ist. Das ist aber nicht der Grund, weshalb die Skipisten in den Richtplan aufgenommen werden sollen. Vielmehr ist es mit Blick auf die raumplanerische Weiterentwicklung des Kantons Zug wichtig, dass die zum Teil historischen Skipisten im Richtplan festgesetzt sind. Das Beispiel der Stadt Zug zeigt, dass die Umsetzung dieses Richtplaneintrags für die betroffenen Gemeinden keine grossen Aufwendungen bedeutet, dass der Eintrag aber für die Lebensqualität und die Naherholung wichtig ist. Die Frage der Haftung sollte kein Thema mehr sein.

Im Kantonsrat wurde Ende April von Nostalgie gesprochen, und dass die Welt nicht untergehe, wenn die Skipisten nicht im Richtplan verankert seien. Das ist richtig. Es gilt aber auch das Gegenteil: Die Welt geht auch nicht unter, wenn die Skiabfahrten im Richtplan festgehalten sind. Und manchmal sind es genau die kleinen, unbedeutenden Dinge, welche die Besonderheit einer Region ausmachen. Die Votantin ruft den Rat deshalb auf, sich einen Ruck zu geben und die Skipisten im Richtplan zu verankern. Und sie bittet die 21 Ratsmitglieder, die schon am 30. April dafür gestimmt haben, auch jetzt um Unterstützung.

**Oliver Wandfluh** kommt auf einige Punkte zurück, auf die er schon in der letzten Sitzung hingewiesen hat. Vorerst hält er fest, dass die Stadt Zug die betroffenen Bauer schon jetzt dafür entschädigt, dass sie für die Durchgängigkeit der Abfahrten vom Zugerberg sorgen. Das wollen die Gemeinde Baar und wohl auch weitere Gemeinden nicht tun. Zudem ist die Haftung nach Ansicht des Votanten ganz klar. Im Bericht des Regierungsrats steht: «Mit dem Eintrag im Richtplan geht keine Haftung auf die Gemeinde über.» Und weiter: «Die Werkhaftung für Zäune und andere Hindernisse auf den Routen verbleibt bei den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern.» Genau das will die SVP nicht. Es gibt zusammenfassend keinen gewichtigen Grund, die Skiabfahrten in den Richtplan aufzunehmen. Ein Eintrag würde nur weitere Begehrlichkeiten wecken. Den Gemeinden würden Kosten entstehen, und die Bürokratie würde unnötig aufgebläht, wie das Beispiel der Stadt Zug zeigt. Zudem würden Grundeigentümer einem unnötigen Haftungsrisiko ausgesetzt.
Zum Rückkommensantrag an sich: Es kann doch nicht sein, dass eine einzelne Interessengruppe, der ein vom Kantonsrat demokratisch gefällter Entscheid nicht passt und die ihre Hausaufgaben nicht rechtzeitig gemacht hat, nun Handlanger findet, welche ein solches Vorgehen unterstützen. Wenn der Rat dieses Vorgehen unterstützt, muss er seine eigene Arbeit hinterfragen. Namens der SVP-Fraktion bittet der Votant deshalb, den Rückkommensantrag abzulehnen.

**Heini Schmid** spricht ausdrücklich als Ratsmitglied, nicht als Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt. Er unterstützt den Rückkommensantrag, zumal er sich schon in der letzten Sitzung mit Herzblut für die Aufnahme der Skiabfahrten in den Richtplan eingesetzt hat. Natürlich geht die Welt nicht unter, so oder so. Eine der grössten Errungenschaften der Schweiz aber ist, dass grundsätzlich jedermann Zugang zur Landschaft hat. Das ist im Ausland anders: In Italien beispielsweise läuft man alle paar Meter an eine Hecke oder Hag, welche den Durchgang verunmöglichen. Und genau hier liegt der Kern: Es geht darum, die Zugänglichkeit der Landschaft auch im Winter sicherzustellen, für Schneeschuhläufer, Skifahrer etc. Es ist eine öffentliche Aufgabe, die Durchgängigkeit entsprechender Routen sicherzustellen. Es darf nicht sein, dass irgendein Bauer eine vielbegangene bzw. vielbefahrene Skiroute aus Bequemlichkeit einfach zusperren kann. Auch bei den Wanderwegen stellt der Staat die Durchgängigkeit sicher. Das schätzen alle. Das Votant bittet den Rat deshalb, dafür zu sorgen, dass die Skirouten – etwa vom Zugerberg in die Stadt Zug – auch in Zukunft durchgängig bego- bzw. befahrbar sind und man nicht dauernd Umwege machen muss, nur weil ein Bauer nicht bereit ist, seinen Zaun an den entsprechenden Stellen niederzulegen. Es geht um ein Zusammenwirken aller Beteiligten.

**Kurt Balmer** hat in der letzten Sitzung ausdrücklich für die Aufnahme der Skiabfahrten in den Richtplan plädiert, empfiehlt aber, den Rückkommensantrag abzulehnen. Den Rückkommensantrag zu S 5.3.1 konnte er noch nachvollziehen, hat der Antragsteller doch gewisse zusätzliche Argumente eingebracht. Hier aber liegen keine neuen Argumente vor, sondern es geht nur darum, den Beschluss der letzten Sitzung nochmals zu hinterfragen. Man kann doch nicht so tun, als ob die Debatte

das letzte Mal zufälligerweise unterbrochen worden sei, und heute nochmals von vorne beginnen. Im vorliegenden Fall hat aber das intensive zwischenzeitliche Lobbying keine neuen Argumente gebracht. Auch aus Präjudizgründen empfiehlt der Votant dringend, den Rückkommensantrag abzulehnen.
Grundsätzlich ist der Votant etwas erstaunt, dass ein Rückkommensantrag nur ein einfaches Mehr braucht; es stellt sich die Frage, ob die Geschäftsordnung diesbezüglich nicht geändert werden sollte. Falls der Rat nun wider Erwarten den vorliegenden Rückkommensantrag unterstützen sollte, behält sich der Votant vor, allenfalls noch für eine weitere Skipiste einen Eintrag im Richtplan zu beantragen, nämlich für den zugerischen Abschnitt der Piste vom Michaelskreuz nach Rotkreuz hinunter, auf welcher bei genügend Schnee traditionell ein Skirennen stattfindet; dass diese zusätzliche Skipiste ein Argument für einen Rückkommensantrag hätte sein können, sei nur nebenbei bemerkt. Der Votant empfiehlt aber nochmals, den Rückkommensantrag nicht zu unterstützen.

**Heini Schmid** dankt Kurt Balmer für das beste Argument, welches für ein Rückkommen spricht: Er hat selbstverständlich nichts dagegen, auch in Rotkreuz eine Skipiste im Richtplan festzuhalten. Bezüglich Rückkommen liegt hier ein ausergewöhnlicher Fall vor: Erstens gibt es nur eine Lesung, und zweitens musste die Beratung der Vorlage unterbrochen werden. Das ist wohl der Grund, weshalb die zwei Rückkommensanträge gestellt wurden. Es handelt sich aber – wie gesagt – um eine spezielle Situation. Die Geschäftsordnung muss deshalb nicht geändert werden.

Baudirektor **Heinz Tännler** möchte die Ausführung von Oliver Wandfluh bezüglich Haftung richtigstellen. Er hält fest, dass ein Eintrag im Richtplan nicht grundeigentümerverbindlich ist; es stellt sich also *per se* keine Haftungsfrage. Und Grundlage jeder Diskussion in Zusammenhang mit der Haftung bei Unfällen von Skifahrern, die sich abseits von signalisierten Pisten oder Skirouten bewegen – genau darum geht es hier –, ist einerseits, dass diese primär für sich selbst verantwortlich sind. Kann nicht ein Dritter als Schädiger eruiert werden, tragen die Geschädigten den Schaden selbst. Das bedeutet mit anderen Worten, dass ein Grundeigentümer in einem solchen Fall nicht haftbar gemacht werden kann.

➔ Der Rat lehnt den Rückkommensantrag zu L 11.5 mit 46 zu 23 Stimmen ab.

**Fortsetzung der Detailberatung**

*V 12.2, Nr. V 3.3-4, inkl. Karte*
*V 6.8, inkl. Karte*
*V 12.2, Nr. V 6.8-1*
*Teilkarte V 6.3*
*V 3.6*
*V 5.3, inkl. Karte*
*V 12.2, Nr. V 5.3-9*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission für Raumplanung und Umwelt dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**E 15, Energie**

*E 15.1 Planungsgrundsätze*
*E 15.1.1*
*E 15.1.2*
*E 15.1.3*
*E 15.1.4*

*E 15.2 Elektrische Übertragungs- und Verteilnetze*
*E 15.2.1*
*E 15.2.2*
*E 15.2.3*
*E 15.2.4*
*E 15.2.5 Vorhaben*

*E 15.3 Wasserkraft*
*E 15.3.1*

*E 15.4 Windkraft*
*E 15.4.1*
*E 15.4.2*
*E 15.4.3*

*E 15.5 Gasleitungen*
*E 15.5.1*
*E 15.5.2*
*E 15.5.3*
*E 15.5.4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission für Raumplanung und Umwelt dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*E 15.6 Geothermie*
*E 15.6.1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragt, die vom Regierungsrat beantragte Legiferierung für die Geothermie zu streichen und den Absatz «Der Kanton Zug unterstützt keine Geothermiekraftwerke» aufzunehmen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag nicht an.

**Alice Landtwing** empfiehlt namens der FDP-Fraktion, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Die Geothermie, eine Bandenergie, ist in Entwicklung. Generelle Verbote für neue Technologien aus rein ideologischen Gründen sind abzulehnen. Wenn die Energiewende gelingen soll, braucht es Flexibilität in der Auswahl verschiedener Energieträger. Die FDP ist zuversichtlich, ja sogar sicher, dass die Forschung auch in der Geothermie erfolgversprechende Lösungen hervorbringen wird. Die FDP will kein Technologieverbot, und daher darf die Geothermie im Richtplan nicht gestrichen werden.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält vorab fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt kein Geothermieverbot will. Ihr Antrag lautet: «Der Kanton Zug unterstützt keine Geothermiekraftwerke.» Die Kommission will also,

dass der Kanton die Erprobung der Geothermie oder die Realisierung entsprechender Kraftwerke nicht aktiv unterstützt. Es gibt geeignetere Gebiete, um diese mit hohem Risiko behaftete Technologie zu erproben. Die Ergebnisse in St. Gallen und Basel zeigen, dass man diese vielversprechende und vielleicht zukunftstaugliche Energiequelle nicht in einem dichtbesiedelten Gebiet erproben sollte; das ist nicht risikogerecht. Der Regierungsrat hat ausgeführt, dass gemäss Paul-Scherrer-Institut Erdbeben bei Geothermieprojekten nie auszuschliessen seien. Der Kanton Zug sollte deshalb kein Geld ausgeben, um eine Technologie auszuprobieren, welche Gebäudesubstanz im Wert von zig Milliarden Franken gefährdet. Etwas im Boden herumzupröbeln und zu hoffen, es passiere nichts, wäre unverantwortlich.
Die Kommission wollte mit ihren Antrag also ausdrücken, dass der Kanton Zug nicht das Versuchskaninchen für die Geothermie sein soll. Wenn diese Technologie ausgereift ist, soll sie selbstverständlich auch im Kanton Zug möglich sein. Der Votant will aber – und das ist auch seine Interessenbindung – nicht eine Vielzahl von Gebäuden durch Erdbeben gefährden.

**Nicole Imfeld** empfiehlt im Namen der GLP, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und den Artikel ohne Änderung in der Vorlage zu belassen. Die GLP versteht die eben erläuterte Motivation der vorberatenden Kommission für die Änderung dieses Artikels nicht. Dass die tiefe Geothermie gewisse Risiken birgt und bei den bisherigen Projekten in der Schweiz noch keine Erfolge verzeichnet werden konnten, ist kein Grund, ein Technologieverbot im Richtplan festzulegen. Mit einem Richtplaneintrag sind keine finanziellen Folgen für den Kantons Zug verbunden, er dient einzig der Raumsicherung und setzt Rahmenbedingungen für den Fall, dass einmal ein entsprechendes Projekt vor der Tür stehen sollte. Wie bei vielen anderen Technologien wird es auch bei der Geothermie Fortschritte geben. Der Richtplan ist ein langfristiges Instrument, so dass es durchaus Sinn macht, schon jetzt Rahmenbedingungen festzusetzen, die vielleicht erst in fünfzehn Jahren tatsächlich benötigt werden.

**Rainer Suter** gibt Heini Schmid Recht. Es gab vor zig Jahren in Hünenberg Abklärungen für Geothermie, welche aber sehr negativ herausgekommen sind. Geothermie kann allenfalls im Bereich Basel–St. Gallen interessant sein; im Kanton Zug aber ist das Risiko dafür zu hoch, weshalb diese Technologie hier nicht weiterverfolgt werden sollte, auch aus finanziellen Gründen.

Baudirektor **Heinz Tännler** stellt vorerst richtig, dass die von Rainer Suter erwähnten Abklärungen in Hünenberg in den 1960er Jahren nicht geothermischer Art waren. Vielmehr wurde damals nach Erdgas- und Erdölvorkommen gesucht, allerdings ohne Erfolg. Man darf hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.
Der Baudirektor schätzt Heini Schmids engagierte Arbeit als Politiker und Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt sehr, muss ihm hier aber doch widersprechen. Es ist richtig, dass die Geothermie – wie vom Paul-Scherrer-Institut aufgezeigt – mit gewissen Erdbebenrisiken verbunden ist, zumindest heute noch. Grundsätzlich ist aber Folgendes festzuhalten:
• Die Geothermie ist – trotz des erwähnten Risikos – Teil der neuen Energiestrategie des Bundes, die von der Kernenergie weg und zu mehr erneuerbaren Energien führen soll.
• In einer Interpellation wurde verlangt, dass sich der Kanton im Bereich Geothermie mehr engagieren solle. Das ist geschehen: Zusammen mit dem Verein Geothermische Kraftwerke Zug wurden Abklärungen gemacht, Berichte verfasst und Grundlagen erarbeitet. Diese Arbeiten haben etwas gekostet, und das war das einzige *Investment* des Kantons.

• Es geht hier nicht darum, Versuche zur Geothermie zu finanzieren. Das wäre die Aufgabe eines allfälligen Investors, nicht der öffentlichen Hand. Der Kanton hat – wie gesagt – Grundlagen geschaffen. Und eine weitere Grundlage kommt nächstens in den Kantonsrat, nämlich die Frage, wie mit dem Untergrund umzugehen sei. Dazu gibt es keine Gesetzgebung. Es wird dabei um Fragen der Geothermie, aber noch um weitere Fragestellungen gehen. Im Moment aber geht es einzig um die Frage, wie mit der Geothermie raumwirksam umzugehen sei. Mehr wird nicht gesagt. Der vom Regierungsrat beantragte Eintrag im Richtplan heisst nur: «Ein Geothermiekraftwerk bedarf einer Festsetzung im kantonalen Richtplan», dazu kommt noch etwas Blabla. Ein solcher Eintrag ist aus Sicht der Regierung notwendig: Sollte ein Geothermiekraftwerk im Kanton Zug geplant werden – der Baudirektor hat diesbezüglich allerdings auch seine Fragezeichen –, dann muss es im Richtplan eingetragen werden. Dazu kommen noch hundert andere Hürden bis hin zur Baubewilligung, bei welchen die Öffentlichkeit mitreden kann.
Es geht hier zusammenfassend also nicht darum, dass die öffentliche Hand Versuche zur Geothermie initiiert oder finanziell unterstützt; das wäre Sache privater Investoren. Der Baudirektor bittet im Namen des Regierungsrats, den regierungsrätlichen Antrag zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die von der vorberatenden Kommission beantragte Streichung des regierungsrätlichen Antrags und die Aufnahme des neuen Absatzes in einem engem Zusammenhang stehen: Eine Kombination von Beibehaltung des Absatzes plus Aufnahme des neuen Absatzes ist nicht möglich. Der Rat wird deshalb über den Absatz E 15.6.1 als Ganzes abstimmen.

➔ Der Rat genehmigt mit 39 zu 28 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*E 15.7 Sonnenenergie*
*E 15.7.1*
*E 15.7.2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*E 15.8 Seewasser*
*E 15.8.1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt eine Ergänzung beantragt: Zusätzlich zum Seewasser soll auch das Grundwasser erwähnt werden. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

**Kantonsratsbeschluss (Vorlage 2434.2)**

*Titel und Ingress*
*§ 1 Abs. 1 Bst. a bis u*
*II., III. und IV.*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag

Der **Vorsitzende** hält zum weiteren Vorgehen fest, dass die Baudirektion der Staatskanzlei die bereinigte Fassung des Erlasstextes zur Verfügung stellen wird. Selbstverständlich werden dabei sämtliche Beschlüsse des Kantonsrats zur vorliegenden Teilrevision des Richtplans vollumfänglich berücksichtigt und umgesetzt.

➔ Der Rat ist mit dieser Delegation stillschweigend einverstanden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 50 zu 18 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vorliegen:

• Die Motion von Philipp Röllin (Vorlage 1955.1 - 13468) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion Röllin stillschweigend als erledigt ab.

• Von der Beantwortung der an den Regierungsrat überwiesenen Interpellation von Esther Haas (Vorlage 2324.1–14522) sei Kenntnis zu nehmen.

Interpellantin **Esther Haas** hält fest, dass sie in ihrer Interpellation Fragen stellte, welche ihrer Meinung nach in der regierungsrätlichen Antwort sehr oberflächlich abgehandelt oder gar nicht beantwortet wurden. Sie stellt diese Fragen deshalb nochmals und bittet den Baudirektor, diese zu ihrer Zufriedenheit zu beantworten.
• Ist der Regierungsrat bereit, die Grundstücke nordwestlich der Alpenblick-Kreuzung, nämlich GS Nr. 2253 und 2385, in kantonalem Eigentum zu behalten und erst zu veräussern, falls mit hoher Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass Alpenblick-Kreuzung und UCH-Anschluss während Jahrzehnten den Erfordernissen genügen?
• Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es eine Überlegung wert wäre, den Richtplan «Verkehr» in Zwischenschritten von maximal fünf Jahren zu aktualisieren und darin die vorgesehenen Verbesserungen des zugerischen und regionalen Radwegnetzes besser zu berücksichtigen?

Baudirektor **Heinz Tännler** gibt zu, dass die Antwort auf die Interpellation von Esther Haas zum Teil etwas kurz ausgefallen ist. Zur ersten der von der Interpellantin nochmals gestellten Fragen hält der Baudirektor fest, dass im Rahmen des Ausbaus des Knotens Alpenblick und des Projekts UCH die langfristigen Verkehrsprognosen berechnet wurden. Bei den schon lange zurückliegenden Verhandlungen für einen Tausch- und Dienstbarkeitsvertrag, der auch in Zusammenhang mit der Realisierung des Feinverteilers für den öffentlichen Verkehr an der Alten Steinhauserstrasse und der Hinterbergstrasse in den Gemeinden Cham und Steinhausen geführt wurden, hat der Kanton der Automobil- und Motoren-AG (AMAG) eine Kaufberechtigung an den Grundstücken 2253 und 2385 eingeräumt. Diese umfasst diejenigen Flächen, welche für das erwähnte Strassenbauprojekt für die Realisierung des Feinverteilers für den öffentlichen Verkehrs in den Gemeinden Cham und Steinhausen oder für die Umfahrung Cham–Hünenberg inkl. Knoten Alpenblick nicht beansprucht werden. Die Kaufberechtigung ist auf die AMAG beschränkt und

nicht übertragbar. Sie kann innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung der UCH ausgeübt werden. Die Baudirektion ist vor diesem Hintergrund der Überzeugung, dass die Interessen des Kantons vollumfänglich gewahrt sind.
Zur Frage nach einer rollenden Anpassung des Richtplans «Verkehr» hält der Baudirektor fest, dass der Regierungsrat diesem Anliegen bereits Rechnung trägt und dies auch in Zukunft tun wird. Der Richtplan wird nicht nur alle fünf oder zehn Jahre, sondern – wie die entsprechenden Debatten im Kantonsrat zeigen – laufend den veränderten Verhältnissen angepasst. Das betrifft nicht nur die Radwege, sondern auch die Bereiche Verkehr, Siedlung, Natur, Landschaft etc.

➔ Der Rat nimmt die Antwort der Regierung auf die Interpellation Haas zur Kenntnis.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**162 Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)**
Vorlagen: 2468.1/1a/1b/1c - 14849 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2468.2/2a/2b - 14850 (Antrag des Regierungsrats); 2468.3 - 14930 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nebst dem Antrag des Regierungsrats der Antrag der Konkordatskommission auf Eintreten und Zustimmung vorliegt. Es handelt sich um den Beitritt zu einem Konkordat. Dem Konkordat kann nur als Ganzes zugestimmt werden; eine Detailberatung des Konkordats ist nicht möglich, und das Konkordat wird in den Gesetzessammlungen «nur» als Anhang publiziert. Die Detailberatung beschränkt sich also auf den Kantonsratsbeschluss betreffend Konkordatsbeitritt. Selbstverständlich sind politische Meinungsäusserungen möglich.

EINTRETENSDEBATTE

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, hält fest, dass das Volk am 21. Mai 2006 mit 85,6 Prozent Ja-Stimmen und alle Stände den revidierten Bildungsartikel Art. 63a BV angenommen haben. Gemäss diesem revidierten Artikel haben Bund und Kantone gemeinsam für die Koordination und für die Gewährung der Qualitätssicherung im schweizerischen Hochschulwesen zu sorgen. Davon betroffen sind die Universitären Hochschulen, die Fachhochschulen sowie die Pädagogischen Hochschulen.
Für die Umsetzung des revidierten Bildungsartikels braucht es auf zwei Ebenen, nämlich Bund und Kantone, je eine gesetzliche Grundlage. Beim Bund wurde diese Grundlage mit dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) vom 30. September 2011 geschaffen. Das heute zur Diskussion stehende Hochschulkonkordat soll nun auf Ebene der Kantone die gesetzliche Grundlage für die in der Bundesverfassung vorgesehene Koordination schaffen. Faktisch hat der Kanton Zug gar keine andere Möglichkeit, als dem Konkordat beizutreten. Es gilt, den bundesverfassungsmässigen Auftrag umzusetzen. Entsprechend hatte auch die Konkordatskommission faktisch gar keine andere Wahl, als der Vorlage zuzustimmen. Sie ist mit 14 zu 0 Stimmen auf die Vorlage eingetreten und hat ihr in der Schlussabstimmung mit 13 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.
In der Diskussion wurde u. a. als störend empfunden, dass das Bundesrecht eigentlich alles Wesentliche vorgibt und den Kantonen im Rahmen des Konkordats nur

die Regelung von untergeordneten Fragen bleibt, etwa der Frage, wie die Kantone ihre Vertretung in der Plenarversammlung regeln wollen. Auch hat der Bund bei der Umsetzung in den wirklich wichtigen Fragen faktisch ein Vetorecht. Letztlich wäre es Sache der Kantone gewesen, sich im Vorfeld der Abstimmung zum revidierten Bildungsartikel gegen diese Kompetenzordnung zugunsten des Bundes zu wehren. Im Nachhinein ist es müssig darüber zu werweissen, ob dies nicht genügend erkannt wurde oder ob vor der Volksabstimmung bewusst nicht deutlicher darauf aufmerksam gemacht wurde.
Wie mit jedem Konkordat tritt der Kanton Zug auch hier Kompetenzen an neu geschaffene Gremien ab; Beispiele für solche Kompetenzabtretungen sind auf Seite 4 des Kommissionsberichts aufgeführt. Für den Regierungsrat sind diese Kompetenzabtretungen vertretbar, da mit dem Konkordat die institutionellen Grundlagen für die gemäss Regierungsrat unerlässliche Hochschulkoordination geschaffen werden.
Gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats soll das Hochschulkonkordat Vereinfachungen und Effizienzsteigerungen bringen. Trotz mehrmaligem Nachfragen ist es der Regierung offenbar nicht möglich, diese Vereinfachungen und Effizienzsteigerungen in Personalstunden betragsmässig zu beziffern. Man verlässt sich offenbar mehr auf ein Gefühl, dass es dann schon so sein werde. Ob man hier diesbezüglich eine Katze im Sack kauft, muss offen bleiben resp. wird sich weisen müssen.
In der Kommission wurden noch andere Fragen diskutiert; dazu sei auf den Kommissionbericht verwiesen. Zusammenfassend empfiehlt die Konkordatskommission mit 14 zu 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten, und mit 13 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, ihr in der Schlussabstimmung zuzustimmen. Die CVP-Fraktion folgt einstimmig dieser Empfehlung und wird der Vorlage zustimmen.

**Barbara Gysel:** Die SP-Fraktion ist für Eintreten und damit faktisch auch für den Beitritt zum Hochschulkonkordat. Die Förderung und gemeinsame Koordination der Hochschulpolitik ist unabdingbar. Es entspricht auch einem kantonalen Interesse, über einen gut koordinierten Hochschulbereich mit internationaler Ausstrahlung zu verfügen – genau so, wie auch die Förderung des dualen Bildungssystems ihre Berechtigung hat.
Beim vorliegenden Konkordat ist der Handlungsspielraum für die Kantone sehr eingeschränkt. Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht, dass das Konkordat nicht Grundlage für die «Regelung einzelner Hochschulen» sei – dies allerdings mit einer relevanten Ausnahme, nämlich der Klärung der kostenintensiven Disziplinen. Dies wird für die Standortkantone mit Spitzenforschung in Zukunft wohl durchaus Diskussionspotenzial bieten.

**Ralph Ryser** spricht für die SVP-Fraktion und macht es kurz: Die SVP tritt auf die Vorlage ein und stimmt dem Beitritt zum Hochschulkonkordat zu.

**Hans Christen** als Sprecher der FDP-Fraktion: Wie bereits gehört, hat am 21. Mai 2006 das Schweizer Stimmvolk den revidierten Bildungsartikeln in der Bundesverfassung zugestimmt. Nun müssen das bisherige Fachhochschulgesetz und das Universitätsförderungsgesetz ersetzt werden. Bund und Kantone sollen künftig gemeinsam für Koordination und Qualitätssicherung im Hochschulbereich sorgen. Auf Seiten der Kantone bedingt dies eine Vereinbarung, in der die Kantone gemeinsam mit dem Bund die Koordination des Hochschulbereichs übernehmen. Dieses Hochschulkonkordat schafft diese Voraussetzung. Die Ausgestaltung der Ausbildungen und die Angebote an den Hochschulen bleiben in der Zuständigkeit der Trägerschaft, die Autonomie wird gewahrt, sie werden bezüglich Organisation und Finanzierung nicht eingeschränkt. Es geht hier um Koordinationsfragen, nicht um die

Regelung der Hochschulen. Die Organstruktur im Hochschulbereich wird vereinfacht, indem es nur noch eine Hochschulkonferenz geben wird; diese ist das oberste hochschulpolitische Organ der Schweiz und wird unter der Leitung des Bundesrats in zwei verschiedenen Versammlungsformen tagen: der Plenarversammlung und dem Hochschulrat. Der Kanton Zug wird Mitglied der Plenarversammlung sein, welcher die Bildungsdirektorinnen und Bildungsdirektoren der einzelnen Kantone angehören; sie behandeln die Rechte und Pflichten des Bundes und der Kantone. Der Kanton Zug kann in den Hochschulrat gewählt werden; in diesem werden die wichtigen Entscheide in der Hochschulpolitik gefällt. Eine Mitsprache ist für den Kanton Zug aus bildungspolitischer Sicht sehr wichtig.
Zu den finanzielle Auswirkungen: Die gesamten Kosten belaufen sich auf ca. 5 bis 6 Millionen Franken pro Jahr. Die Mitgliedschaft in der EDK kostet den Kanton Zug 120'000 Franken, die Mitgliedschaft der PH Zug bei der COHEP kostet 13'000 Franken, wobei diese Beitrag voraussichtlich reduziert wird oder ganz wegfällt. Der Kanton Zug müsste mit ca. 8000 Franken Mehrkosten pro Jahr für die Hochschulkonferenz und die Rektorenkonferenz rechnen.
Der Regierungsrat und die vorberatende Konkordatskommission – diese mit 1 Enthaltung – sind mit dieser Umsetzung des Verfassungsauftrages einverstanden. Ein Nichtbeitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich war in der vorberatenden Kommission kein Thema. Die FDP-Fraktion hat die Vorlage des Regierungsrats und den Bericht der vorberatenden Kommission eingehend beraten und ist ebenfalls einstimmig zum Schluss gekommen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG und legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Mitarbeiter der Universität Luzern.
Die ALG ist für Eintreten auf die Vorlage. Ziel des Konkordats ist eine ganzheitliche Sicht auf den Hochschulbereich. Der Votant betont folgende Punkte:
• Rechtlich ist der Fall klar: Es geht um Dabeisein oder Nichtdabeisein. Das Konkordat ist per 1. Januar 2015 bereits in Kraft getreten, die konstituierende Sitzung der Hochschulkonferenz fand im Februar 2015 statt.
• Mit dem Beitritt zum Konkordat tritt der Kanton Zug einzelne Kompetenzen an neu geschaffene Gremien ab, dies aber zugunsten der erwähnten ganzheitlichen Sicht auf den Hochschulbereich. Umso wichtiger ist es, in den entsprechenden Gremien mitreden zu können. Als Standort von Fachhochschulen und einer Pädagogischen Hochschule ist der Kanton Zug von Entscheiden, die zukünftig in der Hochschulkonferenz getroffen werden, mitbetroffen.
• Ziel des vorliegenden Konkordats ist – wie bereits gesagt – eine ganzheitliche Sicht auf den Hochschulraum Schweiz. Dieser soll damit gefördert werden. Der Kanton Zug hat als Standort mit einer sehr hohen Dichte an hochqualifizierten Arbeitsplätzen *per se* ein sehr grosses Interesse an einem international konkurrenzfähigen Hochschulraum Schweiz.
In diesem Sinne unterstützt die ALG den Beitritt zum Hochschulkonkordat.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** stellt fest, dass Eintreten von keiner Fraktion bestritten wird, und dankt dafür. Er dankt auch der Konkordatskommission, deren Bericht viele offene Fragen klären konnte. Die Kommission durfte sich bereits in der Vernehmlassungsphase – noch in der letzten Legislatur – einbringen; zwei ihrer Anträge wurden von der Regierung übernommen und schliesslich auch von den Erziehungsdirektoren im Konkordat verankert. Bei den Kosten wird da oder dort noch moniert, man sei zu wenig konkret im Nachweis, dass wirklich eine Vereinfachung stattfinde. Der Bildungsdirektor bittet dafür um Verständnis. Bisher wurde für die Hochschulkoordination seitens des Kantons so wenig Zeit aufgewendet, dass sich eine separate Erfassung dieser Arbeiten nicht lohnte. Ein Konto «Hochschulförde-

rung und -koordination» gab es in der DBK deshalb nicht und wird es auch künftig nicht geben, denn die anfallenden Kosten sind einfach zu gering. Die EDK teilte gestern per E-Mail mit, dass die ersten Unterlagen für die Plenarversammlung vom 18. Juni aufgeschaltet seien, und der Bildungsdirektor konnte den Budgetantrag für 2016 summarisch prüfen. Dieser enthält erstmals eine Position «Hochschulkonkordat», welche im prognostizierten Rahmen liegt. Eine Reduktion der Aufwendungen für die Konferenz der PH-Rektoren (COHEP) konnte der Bildungsdirektor noch nicht erkennen, weshalb er bei der EDK nachfragen – und in dieser Hinsicht ein unangenehmer, pingeliger Partner bleiben wird.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**
**§ 1**
**II., III. und IV.**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 8
**Geschäfte, die am 30. April 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**163** Traktandum 8.1: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuer-Rulings**
Vorlagen: 2449.1 - 14809 (Interpellationstext); 2449.2 - 14908 (Antwort des Regierungsrats).

**Barbara Gysel** als Sprecherin der Interpellantin: Der Regierungsrat stellt in seiner Antwort die Sachlage zu Steuer-Rulings im Kanton Zug sehr sachlich und unproblematisch dar – und etwas gar unbedenklich? Im letzten Satz der regierungsrätlichen Antwort auf Seite 4 steht: «Dabei versteht es sich von selbst, dass die schweizerische Rechtsordnung auch in Zukunft – wie schon bisher – einzuhalten ist.» Eine Selbstverständlichkeit, würde man meinen. Gleichzeitig gibt die Regierung aber auch zu, dass die Rechtslage nicht immer so eindeutig ist. Wörtlich heisst es auf Seite 2, «dass steuerliche Fragestellungen nicht immer einfach und eindeutig zu beantworten sind».
Steuer-Rulings sind verbindliche Vorbescheide der Behörden und gehören – so auf Seite 2 zu lesen – zum «laufenden operativen Tagesgeschäft einer jeden Schweizer Steuerbehörde, nicht nur im Kanton Zug»; und die allermeisten sind daher wohl unschuldiger Natur. Die Regierung vernachlässigt in ihrer Antwort nach Ansicht der Interpellantin aber den effektiven Graubereich, der in der Praxis gross ist. Daher verwundert es nicht, dass auch international die Kritik steigt. Die OECD hat zum Beispiel den Begriff «Base Erosion and Profit Shifting» geprägt; gemeint ist damit, dass multinationale Konzerne die steuerlichen Bemessungsgrundlagen senken und Gewinne verschieben – die Grossmutter der Votantin hätte das wohl einfach *Buebetrickli* genannt. Auf Kantonsebene belegen die Einsprache- oder gerichtlichen

Rechtsmittelverfahren – seit 2005 durchschnittlich eines pro Jahr – die nicht immer eindeutige Lage. Eines dieser Gerichtsverfahren wurde gemäss Bericht des Regierungsrats bereits zweimal an das Bundesgericht weitergezogen. Bei den genannten Verfahren – es handelt sich dabei wohl um die «grossen Fische» – geht es um Beschwerden der Eidgenössischen Steuerverwaltung gemäss Art. 141 DBG betreffend eine auf einem Vorbescheid beruhende Veranlagung der kantonalen Steuerverwaltung. Besonders «günstige» Vorbescheide werden von der Eidgenössischen Steuerverwaltung nicht immer toleriert.
Steuer-Rulings können von Firmen und reichen Privatpersonen als «Sicherheit» bezeichnet werden. Sie sind aber ebenso das Fachgebiet findiger Steuerberaterinnen und -berater. Die vollständige und korrekte Information und Transparenz gegenüber den Steuerbehörden müsste von Seiten der Steuerpflichtigen gegeben sein; zudem muss über Veränderungen, welche die Vereinbarung tangieren, informiert werden. Laufende diesbezügliche Kontrollen sind jedoch aufwendig und teuer und durch die Behörden nicht vollumfänglich zu managen. Eine Fachperson schreibt in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 5. Dezember 2013: «Die Praxis zeigt aber, dass die Fallstricke bei der korrekten und vollständigen Schilderung sowie Umsetzung des Sachverhalts liegen, weshalb diesem Punkt besondere Beachtung zu schenken ist.»
Nicht zuletzt in Zeiten von finanziellen Engpässen im Kantonsbudget und der Notwendigkeit des sorgsamen Umgangs mit dem Ruf des Steuerstandorts Zug fordert die SP weiterhin eine sorgsame und restriktive Praxis betreffend Steuer-Rulings, insbesondere bei «grossen Fischen». Auch das wäre ein Beitrag zur Vermeidung von zuweilen fragwürdigen Steueroptimierungen.

**Pirmin Andermatt** dankt namens der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die ausführliche und klare Beantwortung der Interpellation. Der Begriff Steuer-Ruling, zu Deutsch «steuerlicher Vorbescheid», wurde ausreichend erklärt. Der Votant findet den Begriff nicht gut gewählt: Es hat etwas leicht Negatives oder Missverständliches an sich. Die Wirkung ist aber glücklicherweise alles andere als negativ. Durch einen steuerlichen Vorbescheid erhalten ein Unternehmen oder eine natürliche Person die Rechtssicherheit, welche sie für die Planung benötigt. Jedermann möchte eine grösstmögliche Planungs- und Rechtssicherheit. Dieser Wunsch ist natürlich und verständlich. Mit einem steuerlichen Vorbescheid werden – wie der Regierungsrat korrekt darlegt – weder Steuererleichterungen noch monetäre Vorteile gewährt. Es geht um ein zuverlässiges Puzzleteil in der Frage, an welchem Standort man künftig seine Firma ansiedeln oder selber wohnen möchte. Der Votant dankt allen Steuerbeamten des Kantons Zug für ihre kundenfreundliche und professionelle Arbeit. Diese wird regelmässig auch von anderen Kantonen und Organisationen, etwa der Greater Zürich Area AG, gelobt. Das ist Standortmarketing vom Feinsten.
Die politisch Linke lässt keine Gelegenheit aus, um gebetsmühlenartig gegen jegliche Art von Absprachen, gegen Pauschalsteuern oder gegen den Finanzdirektor zu wettern. Sie sieht überall Graubereiche und Fehlverhalten. Sie geht bei ihren Überlegungen davon aus, dass bei solchen Geschäften jemand bevorteilt oder – auf der anderen Seite – das System benachteiligt wird. Dieses Misstrauen zelebriert sie in regelmässiger Betonkopfmanier. Ein solches Verhalten kann den politischen Frieden stören und zu einem falschen Verständnis gegenüber dem Steuersystem führen. Dazu ein kleiner Exkurs: Die Universität St. Gallen hält in ihren Ausbildungsunterlagen zur Makroökonomie fest, dass 10 Prozent der Steuerpflichtigen 70 Prozent aller Steuern bezahlen. 30 Prozent der Bevölkerung bezahlen mittlerweile gar keine Steuern mehr oder erhalten sogar Geld zurück. Somit tragen die restlichen 60 Prozent der Bevölkerung noch eine Steuerlast von 40 Prozent. Es wäre deshalb angebracht, den erwähnten 10 Prozent der Steuerpflichtigen einmal für ihre steuerliche

Leistung zu danken und nicht immer gegen die vermeintlich Reichen zu wettern. Von der Interpellation ist in diesem Sinn nur Kenntnis zu nehmen.

**Michael Riboni** dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für seine Ausführungen. Die SVP zieht aus der Interpellation der SP zusammengefasst das folgende Fazit:
• Die SP hat den Begriff Steuer-Ruling wohl nicht ganz verstanden. Ansonsten würde sie nicht – wie in Frage 1 geschehen – von «Offerten» sprechen.
• Die SP übt mit ihrer Interpellation und den darin formulierten Fragen einmal mehr Kritik am demokratisch legitimierten Steuersystem. Es muss deshalb nochmals ausdrücklich betont werden, dass Steuer-Rulings nach juristischer Lehre und Praxis zulässig sind. Steuer-Rulings bieten den Steuerpflichten, insbesondere den hier ansässigen Unternehmen, Rechtssicherheit und die Möglichkeit, einer unerwarteten Steuerrechnung vorzubeugen und ein böses Erwachen zu vermeiden.
Es ist wie so oft im Leben: Wo am lautesten moralisiert wird, ist die Doppelmoral meistens nicht weit weg. Arbeitsplätze und Steuereinnahmen nehmen die Genossen nämlich noch so gerne entgegen, und die Steuergelder geben sie gerne mit vollen Händen aus. Spar- und Entlastungsprogramme – das zeigen die Reaktionen der letzten Woche deutlich – sind der SP jedoch fremd und werden partout bekämpft. Dabei vergisst die SP einmal mehr: Nicht die Politik und schon gar nicht die SP schaffen Arbeitsplätze. Dies tun vielmehr die hier ansässigen, in einem harten internationalen Standortwettbewerb stehenden Unternehmen. Und genau diese Unternehmen sind auf das Planungsinstrument Steuer-Ruling angewiesen.

**Philippe Camenisch** als Sprecher der FDP-Fraktion: Einmal mehr darf sich der Rat dem Steckenpferd der SP, dem Kampf gegen vermeintliche Steuergeschenke an die «Falschen», widmen. Aus deren Feder stammt nämlich die vorliegende Interpellation, welches dieses Mal mit etwas seltsam formulierten Fragen das Thema Steuer-Ruling, zu Deutsch «behördliche Steuervorbescheide», zu stigmatisieren versucht. Gewisse Aussagen im Interpellationstext verleiten den Votanten zur Annahme, dass die Interpellanten ein diffuses Bild dieses Instruments zur Erlangung von Kostensicherheit in Steuersachen haben und streuen wollen. Oder verstehen sie schlicht den Nutzen und die Einsatzmöglichkeiten dieses Instruments nicht? Es ist wohl eine Mischung von allem. So schreiben die Interpellanten im ersten Abschnitt der Interpellation: «Der Regierungsrat betont jeweils, dass er keinen Unternehmungen, die im Kanton Zug Steuern zahlen oder sich ansiedeln wollen, in irgendeiner Art und Weise Steuererleichterungen gewährt oder Wirtschaftsförderung in monetärer Form leistet.» Das ist eine richtige wie gute Feststellung. Im nächsten Abschnitt klingt es dann aber komisch: «In der Schweiz gibt es allerdings noch die Steuer-Rulings.» Mit dieser Aussage subsummieren die Interpellanten Steuer-Rulings den Steuererleichterungen. Sie implizieren, dass mit Steuer-Rulings die Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen ausgehebelt werde. Das ist falsch. Steuer-Rulings sind keine Steuererleichterungen oder irgendeine *Toolbox* für Steuergeschenke, aus der man sich einfach bedienen kann. Vielmehr bewerten Steuer-Rulings nur einen steuerlichen Sachverhalt vor dessen Eintritt bzw. bestätigen vorab behördlich die Steuerfolgen nach Eintritt eines bestimmten steuerrelevanten Sachverhalts. Steuervorbescheide sind kein explizites Zuger Thema, sondern dienen Unternehmen in der ganzen Schweiz dazu, Kostensicherheit zu erhalten, denn Steuern sind aus Unternehmenssicht Kosten – übrigens auch für natürliche Personen. So ist es nichts Ungewöhnliches, wenn ein Unternehmen zum Beispiel im Hinblick auf eine bestimmte Transaktion mit einem Steuervorbescheid Kostensicherheit erlangen will. Ein Steuer-Ruling kann unter Umständen zur Bedingung seitens eines Investors oder Kreditgebers gemacht werden, zum Beispiel als Teil einer

Finanzierungszusage für eine Firmenübernahme oder bei der Ausgliederung von Immobilien im Hinblick auf die Nachfolgeregelung eines KMU-Betriebs.
Der Votant dankt der Regierung für die gute Beantwortung der Interpellation. Erfreulich ist, dass einmal mehr bestätigt wird, dass im Kanton Zug keine Steuererleichterungen gewährt und somit alle Steuerpflichtigen gleich behandelt werden. Erfreulich ist auch, dass sich der Regierungsrat in keiner Weise veranlasst sieht oder gar drängen liesse, an seiner bisherigen Praxis etwas zu ändern.
Und zuletzt noch dies: Es sieht so aus, als hätte die SP nicht nur mit Steuertricksern, sondern auch mit jenen Personen und Firmen ein Problem, welche ihre Steuerbelastung im Rahmen des geltenden Gesetzes optimieren. Schliesslich zielt die vorliegende Interpellation unterschwellig in diese Richtung. Pikant ist allerdings, dass solche Leute sogar in den eigenen Reihen der SP existieren. Der Votant denkt hier an die SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen, die ihre Steuer legal optimierte – vermutlich ohne Steuer-Ruling –, aber anfänglich nicht dazu stehen konnte bzw. später zurückruderte und ihr legales Verhalten als Fehler bezeichnete. Oder an den SP-Mann, Ex-TV-Moderator und Nationalrat Matthias Aebischer, der zu Protokoll gab, steuerlich abzugsfähige Renovationsaufwendungen an seinem Eigenheim freiwillig nicht geltend gemacht zu haben, dem guten Image zuliebe – also auch nicht aus einem ganz altruistischen Motiv. Vielleicht kommen solche Leute dereinst auf die Idee, die freiwillig zu viel bezahlten Steuern in der nächsten Steuerdeklaration als Spenden an den Staat abzuziehen, aber eben erst nach den Wahlen. Der Votant schliesst mit einem Zitat von Amschel Mayer Rothschild: «Die Unkenntnis der Steuergesetze befreit nicht von der Pflicht zum Steuerzahlen, die Kenntnis aber häufig.»

**Barbara Gysel** verfolgt die Diskussion mit Neugier und Interesse. Es scheint, dass die SP mit ihrer Interpellation einen wunden Punkt getroffen hat. Die Votantin hält fest, dass die SP keineswegs von Steuererleichterungen spricht. In der Antwort der Regierung heisst es unter «Vorbemerkungen» denn auch: «In der Interpellation wird korrekt ausgeführt, dass der Kanton Zug keinen Unternehmen […] Steuererleichterungen gewährt oder Wirtschaftsförderung in monetärer Form leistet.» Die SP hat Derartiges auch nie behauptet. Wenn die Votantin vorhin von Steueroptimierungen sprach, ging es um etwas anderes: Es ist eine Tatsache, dass verschiedene Firmen auch Offerten, also verbindliche Vorbescheide, einholen. Es geht dabei keineswegs um Abkommen oder Steuererleichterungen im juristischen Sinn, sondern um Steueroptimierungen in einem diffusen Sinn.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Die Interpellation gab der Regierung auch die Möglichkeit, den Begriff Steuer-Ruling zu erklären. Dieser Begriff wird oft falsch verstanden, vor allem deshalb, weil er im übrigen Europa mit Steuerabkommen oder Steuererleichterungen verbunden wird. Im Gegensatz dazu ist ein Steuer-Ruling in der Schweiz nichts als ein behördlicher Vorbescheid, der besagt, unter welchen Voraussetzungen wie viele Steuern zu bezahlen sind. Der Kanton Zug stellt jährlich mehrere hundert solcher Vorbescheide aus, sowohl für juristische als auch natürliche Personen; es gibt pro Jahr auch mehrere Dutzend Anfragen von ausserkantonalen oder ausländischen, am Standort Zug interessierten Firmen. Der Finanzdirektor ist überzeugt, dass der Kanton Zug diese Rulings korrekt anwendet und es diesbezüglich keinen Graubereich gibt. In einem Rechtsstaat ist es allerdings möglich, Entscheide der Verwaltung weiterzuziehen. Wenn entsprechende Entscheide weitergezogen werden, geht es – wie in der regierungsrätlichen Antwort ausgeführt – in der Regel nicht um das Steuer-Ruling, sondern um die Umsetzung.
Nach Ansicht des Finanzdirektors existiert in der Schweiz kein steuerlicher Graubereich. Es gibt Gesetze, Verordnungen und Kreisschreiben, und es besteht die

Möglichkeit zu Rekursen. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten, welche die Schweiz immer wieder kritisieren, sind diese Fragen hier detailliert geregelt. In Luxemburg – Stichwort *Lux Leaks* – musste der ehemalige Premierminister und heutige Präsident der europäischen Kommission eingestehen, dass Firmen auf ihren Gewinnen quasi keine Steuern bezahlen – und dies durchaus gesetzeskonform, weil das Steuergesetz dort entsprechende Optimierungen zulässt. Dort muss man in der Tat von Graubereich sprechen, wohingegen die Schweiz zu ihrer Praxis und ihren Reglementen stehen kann. In diesem Sinn dankt der Finanzdirektor für die Kenntnisnahme der regierungsrätlichen Antwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**164** Traktandum 8.2: **Zwei Motionen im Bereich Denkmalpflege:**

**Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug**
Vorlagen: 2342.1 - 14549 (Motionstext); 2342.2 - 14903 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug**
Vorlagen: 2453.1 - 14823 (Motionstext); 2453.2 - 14903 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Daniel Abt** spricht als Vertreter der Motionäre. Er konnte der Regierung schon herzlicher für die Bearbeitung einer Motion danken als heute. Er ist sich bewusst, dass er als Holzbauunternehmer mit seinen politischen Äusserungen zum heutigen Thema an einem Ast sägt, auf dem er manchmal selbst sitzt. Während der letzten Jahre hat er, vor allem aber seine Mitarbeiter, Dutzende Zeitzeugen aus verschiedenen Epochen saniert. Einige standen unter Denkmalschutz, andere nicht. Wichtig ist dabei, dass diese Arbeiten grundsätzlich immer von den Eigentümern bezahlt werden. Es sollte daher verständlich sein, dass dem Votanten deren Interessen näher liegen als andere.
Es erstaunt die Motionäre, welche Anschuldigungen sie sich während der letzten Wochen in den Leserbriefspalten der Zuger Medien gefallen lassen mussten. Der Votant hält deshalb nochmals ausdrücklich fest: Die Motionäre sind nicht generell gegen die Denkmalpflege, auch wenn ihnen dies unterstellt wird. Sie anerkennen den Wert von schützenswerten Gebäuden und erfreuen sich auch daran. Ebenso anerkennen sie die Arbeit der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Denkmalpflege und danken ihnen dafür. Die Motionäre bedauern, wenn einzelne Mitarbeiter die Kritik an der Ausrichtung und am Auftrag der kantonalen Denkmalpflege während der letzten Monate anders verstanden und persönlich genommen haben. Die Motionäre wollen baldmöglichst Rechtssicherheit in allen Zuger Gemeinden und sehen dem Abschluss der Inventarisierung mit Wohlwollen entgegen. Ihr Ziel ist eine Denkmalpflege, die im Sinn der Zuger Bevölkerung funktioniert. Und sie sind der festen Überzeugung, dass dazu umgehend die von ihnen motionierten Hilfsmittel erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden müssen. Sie erwarten, dass es für den kleinen Kanton Zug möglich sein muss, eine qualitative und quantitative Richtgrösse der unter Schutz zu stellenden Objekte zu definieren. Ebenso erwarten sie, dass das Denkmalschutzgesetz so angewandt wird, wie 2008 bei dessen Revision der Kommission versprochen wurde. Und sie erwarten, dass

neue Unterschutzstellungen gegen den Willen der Eigentümerschaft im Grundsatz nicht mehr möglich sind.
Und nun zur Vorlage: Bereits im Januar 2011 haben Thiemo Hächler und der Votant sich mit Regierungsrätin Manuela Weichelt und Amtsleiter Stefan Hochuli zu einer Aussprache getroffen. Dabei wurde ihnen mitgeteilt, dass die Probleme beim Amt bekannt seien und in Kürze behoben würden. Leider war dies nicht der Fall, worauf weitere bilaterale Gespräche folgten. Nachdem drei Jahre lang keine Veränderung wahrgenommen werden konnte, reichten die Motionäre im Januar 2014 ihre erste Motion ein, welche mit einer sehr erfreulichen Mehrheit überwiesen wurde. Damit gab der Kantonsrat in aller Deutlichkeit zu verstehen, dass er mit der aktuellen Sachlage nicht zufrieden ist und eine Veränderung im Sinne der Motion wünscht. Nebenbei sei erwähnt, dass die Motionäre der Direktionsvorsteherin anboten, ihre Praxiserfahrung für die Erarbeitung der Vorlage zur Verfügung zu stellen, und im Sinne der Sache für weitere Gespräche Hand boten. Und was hat die Direktion während der letzten fünfzehn Monate gemacht? Sie hat für 60'000 Franken eine Umfrage in Auftrag gegeben, die – soweit bekannt – schwarz auf weiss belegt, was schon vorher bekannt war. Viel Neues konnte auf Grund der Fragestellungen ja auch nicht zu Tage kommen.
Am 16. März 2015 dann erhielten die Motionäre eine Einladung zu einem Gespräch mit Manuela Weichelt, deren Generalsekretärin und den Amtsleitern, welches am 27. April stattfinden sollte. «Super», dachten sie, «endlich geht die Arbeit los.» Stattdessen aber gab man den Motionären – sechs Stunden vor ihren Fraktionssitzungen – die Gelegenheit, ihre Fragen zur fertigen Vorlage, die zwischenzeitlich öffentlich wurde, zu klären. Im Sinne der Sache – der Votant wendet sich hier an Regierungsrätin Manuela Weichelt – hätte dieses Gespräch viel früher stattfinden sollen. Davon hätten alle Involvierten massiv profitiert. Wenn mit Eigentümern, deren Liegenschaft unter Schutz gestellt wird, ebenso vorgegangen wird, muss man sich nicht wundern, wenn man auf wenig Gegenliebe stösst.
Der Rat ist heute mit einer Vorlage konfrontiert, welche in ihrer Oberflächlichkeit ihresgleichen sucht. In keinem Punkt wird der Auftrag der Motionäre aufgenommen, geschweige denn sich sachlich und fundiert damit auseinandergesetzt. Im Gegenteil: Durch den Vorschlag, die Inventarisierung ins Gesetz aufzunehmen und diese regelmässig zu prüfen, wird die Denkmalpflege zusätzlich verschärft. Geblendet von ihrem Drang, die Motion an die Wand zu spielen und sich ständig zu rechtfertigen, geht die Regierung sogar soweit, Stellung zu Absichten zu beziehen, welche die Motionäre gar nicht formuliert haben. So haben die Motionäre mit keinem Wort verlangt, dass die organisatorische Einteilung des Amts für Denkmalpflege und Archäologie überprüft werden soll. Ebenso haben sie nicht motioniert, dass die Personalressourcen der kantonalen Denkmalpflege überprüft werden sollen. Die Motionäre müssen leider davon ausgehen, dass ihre Motion nicht einmal gründlich gelesen und die Beantwortung munter aus dem Stegreif formuliert wurde. So geht es natürlich nicht! Der Kantonsrat ist das Zuger Parlament und somit der Vertreter der Zuger Bevölkerung. Er hat das Recht, Aufträge zu erteilen, und diese sind – bei allem Respekt – entsprechend ernst zu nehmen. Die Motionäre hätten erwartet, dass ihre Motionsanliegen in einer Fachgruppe, in der Motionäre und Grundeigentümerschaft angemessen vertreten sind, aufgearbeitet werden. Sollte sich aus deren Arbeit zeigen, dass einzelne Motionspunkte über das Ziel hinaus schiessen, bieten die Motionäre gerne Hand für eine anwenderfreundlichere Lösung.
Wie dem Drehbuch für die heutige Sitzung zu entnehmen ist, hat bei der Regierung zwischenzeitlich ein Umdenken stattgefunden: Sie hat Bereitschaft signalisiert, die Motionsanliegen ernst zu nehmen und diese im Sinn der Motionäre zu bearbeiten. Sofern die Regierung dieses Vorgehen heute bestätigt, sind die Motionäre damit einverstanden, ihre erste Motion in ein Postulat umzuwandeln, und sie stellen den **Antrag,** dieses erheblich zu erklären. Anschliessend erwarten sie eine fundierte

Vorbereitung der Vorlage durch eine Arbeitsgruppe, aufgrund deren Arbeit eine kantonsrätliche Kommission darüber beraten kann. Bezüglich ihrer zweiten Motion halten die Motionäre an der vollumfänglichen Erheblicherklärung fest. Sollte sich der Rat dagegen aussprechen, stellen sie den **Eventualantrag,** diese in ein Postulat umzuwandeln und dieses vollumfänglich erheblich zu erklären. Sollte das erwähnte *Statement* des Regierungsrats heute ausbleiben, werden die Motionäre an beiden Motionen im Originalton festhalten und deren vollständige Erheblichkeit beantragen.

**Hubert Schuler** dankt namens der SP-Fraktion dem Regierungsrat für die ausführliche Darlegung zu den beiden Motionen. Die SP ist mit der Sichtweise im Antrag der Regierung vom 10. März 2015 einverstanden. Neu beantragt der Regierungsrat, die nicht erheblich zu erklärenden Teile in Postulate umzuwandeln. Grundsätzlich befürwortet die SP politische Diskussionen. Mit der Umwandlung in Postulate kann diese Diskussion stattfinden. Mit diesem Vorgehen kann hier grösserer Schaden vermieden werden, denn einmal mehr würde sich der Kanton Zug in gewissen Fragen gegen höherrangige Gesetze und Vorgaben entscheiden.
Für die SP sind einzelne Forderungen in der Motion unverständlich, besonders auf dem Hintergrund, dass die Motionen von erfahrenen Kantonsräten eingereicht wurden. So wussten die drei Motionäre, dass die Zuständigkeit bei Fragen zur Einteilung des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie, zu den Personalressourcen sowie zur Zusammensetzung der Kommission klar beim Regierungsrat liegt. Selbst die Frage der Kompetenz beim Thema Ortsbildschutz hätte mit einem einfachen Nachschauen im Gesetz ergeben, dass da die Gemeinden gefordert sind. Damit hätten die Motionäre einen Sparbeitrag bei den Verwaltungskosten leisten können.
Bei der doch sehr populistischen Formulierung «eine Denkmalpflege im Sinne der Zuger Bevölkerung» zeigt sich das eigentliche Anliegen der Motionäre. Aus Sicht der SP sollen da Partikularinteressen vertreten und umgesetzt werden. Denn wer kennt schon die Haltung der Zuger Bevölkerung zum Denkmalschutz? Selbst im Kantonsrat wird sich keine einheitliche Haltung zu dieser Frage zeigen. In den 1960/70er-Jahre wollte man die Zuger Burg zurückbauen. Wenn heute die Bevölkerung gefragt würde, ob dieses Objekt erhaltenswert sei, würden – davon ist der Votant überzeugt – über 90 Prozent zustimmen. Man stelle sich vor, wie die Altstadt, die Vorstadt oder das hochgelobte alte Zeughaus aussehen würden, wenn kein Gesetz resp. keine Sensibilität für den Denkmalschutz bestanden hätte. Selbstverständlich kann es Meinungsverschiedenheiten zwischen Eigentümern und der Denkmalpflege geben. Wenn jedoch lediglich 2,1 Prozent aller Gebäude unter Schutz stehen, kann nicht von einer invasiven Anwendung gesprochen werden.
Dass die Motionäre die Idee der systematischen Erfassung der möglichen Denkmäler aufgreifen, ist lobenswert. Leider hat der Kantonsrat mehrmals die Gelder für diese Arbeiten beschränkt. Der Votant geht davon aus, dass die beiden verbleibenden Motionäre in der kommenden Budgetdebatte einen entsprechenden Antrag auf Budgeterhöhung für das Amt für Denkmalpflege und Archäologie stellen werden, so dass diese wichtige Aufgabe innert nützlicher Frist erledigt werden kann. Damit können die unnötigen Verunsicherungen der Eigentümer schnell beseitigt werden, was wiederum im Interesse der Motionäre ist.

**Andreas Hausheer** hält fest, dass in der CVP-Fraktion ein latentes Unbehagen gegenüber der Situation im Amt für Denkmalpflege und Archäologie vorhanden ist. Wenn man das *Management Summary* der bereits erwähnten Umfrage anschaut, fällt das Ergebnis für die konkrete Arbeit der Denkmalpflege nicht sehr überzeugend aus. So ist die generelle Zufriedenheit mit der Denkmalpflege gemäss *Management Summary* «gering». Auch bei den Bewilligungsbehörden, die man von den drei befragten Gruppen wohl als am wenigsten befangen einstufen kann, wird die

Zufriedenheit und die Erfüllung der Erwartungen im unterdurchschnittlichen Bereich bewertet. Aufhorchen lässt auch, dass bei den Bewilligungsbehörden die Aspekte «Die Denkmalpflege berücksichtigt gesellschaftliche Entwicklungen» und «Die Denkmalpflege berücksichtigt bauliche Trends und Möglichkeiten» die tiefsten Bewertungen erhalten. Erstaunlich ist auch, dass bei der Beurteilung des Images der Denkmalpflege die Gruppe der Architektinnen und Architektinnen 7 von 10 Einzelaspekte als mangelhaft beurteilt, 3 sogar als unterdurchschnittlich. Bei der Gruppe der Bauherr- und Eigentümerschaften werden ebenfalls alle 10 Einzelaspekte als unterdurchschnittlich oder mangelhaft bezeichnet. Sogar bei den Bewilligungsbehörden liegen 8 von 10 Aspekten im unterdurchschnittlichen Bereich. Der mehr oder weniger einzige positive Punkt der Umfrage liegt darin, dass das Fachwissen der Denkmalpflege von den Bewilligungsbehörden als hoch beurteilt wird. Insgesamt muss konstatiert werden, dass die drei befragten Gruppen nur eine «geringe» Zufriedenheit mit der Denkmalpflege haben. Es ist daher sicher nicht abwegig, dass sich der Regierungsrat auch ein paar Gedanken zur Führung im Amt machen sollte.
Bezüglich der beiden Motionen wird eine Mehrheit der CVP-Fraktion die neuen Anträge des Regierungsrats unterstützen – wobei der Votant bedauert, dass diese offiziell noch nicht mitgeteilt wurden und dem Rat nur inoffiziell aufgrund des Drehbuchs für die heutige Sitzung bekannt sind. Inhaltlich hat sich die CVP-Fraktion schon vor der letzten Kantonsratssitzung für genau dieses Vorgehen ausgesprochen. Nur auf diesem Weg wird ermöglicht, dass das Geschäft auf der Traktandenliste des Kantonsrats bleibt und nicht in der Schublade verschwinden kann. Es ist gut, dass auch der Regierungsrat dies erkannt hat, seinen ursprünglichen Antrag zurückgezogen hat und auf diesen Vorschlag eingelenkt ist. In diesem Sinn unterstützt eine Mehrheit der CVP-Fraktion die neuen Anträge der Regierung; denn diese entsprechen inhaltlich in etwa dem, was die CVP schon in ihrer vorletzten Fraktionssitzung zu beantragen beschloss.

**Karl Nussbaumer** teilt mit, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich das Votum von Daniel Abt unterstützt und inhaltlich derselben Meinung ist. Es freut die SVP aber zu hören – die offizielle Bestätigung steht im Moment noch aus –, dass die Regierung bezüglich Denkmalpflege über die Bücher gehen will. Es ist nötig, dieses Thema genau unter die Lupe zu nehmen und zu überprüfen, wo diesbezüglich der Schuh drückt. Die SVP unterstützt deshalb das von der Regierung vorgeschlagene Vorgehen.

**Esther Haas** hält fest, dass die ALG die Anträge der Regierung voll und ganz unterstützt und diesen zustimmt. Es wäre nämlich verheerend, wenn der Denkmalschutz eine Rolle übernehmen würde, wie sie die Motionäre beschreiben. Nur schon die Forderung, die Denkmalkommission in der heutigen Form aufzulösen und dafür eine Kommission des Kantonsrats gemäss Parteienstärke zu installieren, möchte man sich gar nicht vorstellen. Die Motion selber strotzt so von Eigeninteressen, dass die ALG ihr in keiner Weise zustimmen kann. Zu erinnern ist hier an die Interpellation von Mitmotionär Thiemo Hächler zum Gasthaus Ochsen in Oberägeri. Hächler musste von der damaligen Kantonsratspräsidentin aufgefordert werden, seine Interessen offenzulegen.
Die Bevölkerung des Kantons Zug hat genug von den steril wirkenden Bauten und Quartieren, die heute entstehen. Viele Kantonsrätinnen und -räte machen Ferien und schwärmen von historischen Orten und Städten. Aber zuhause, im eigenen Heimatkanton, vergisst man, wie wichtig es ist, Zeitzeugen zu erhalten und Ortsbilder zu schützen. Huber Schuler hat es bereits erwähnt: Nur dank der Überzeugungsarbeit der Denkmalpflege konnte beispielsweise in den 1970er-Jahren verhindert werden, dass die Burg Zug abgerissen wurde, ein heute von Touristen viel fotografiertes Bijou. Vor dreissig, vierzig Jahren stellte man vor allem Kirchen oder

Schlösser unter Schutz. Heute können das eine Scheune oder Arbeiterhäuser sein, wenn diese wichtige Zeitzeugen sind, nämlich Bauten, welche das Leben unserer Vorfahren dokumentieren und in Erinnerung rufen. Es wäre beschämend, wenn der Kanton Zug ausgerechnet in einer enormen Wachstumsphase die Zügel aus der Hand geben und der Denkmalpflege die Möglichkeit der erzwungenen Unterschutzstellung nehmen würde. Die ALG möchte eine Denkmalpflege:
• die funktionsfähig ist und ihre Aufgabe im Sinne der grossen Mehrheit der Zuger Bevölkerung wahrnehmen kann;
• die Sorge trägt zum Kulturerbe im Kanton Zug, auch wenn – oder gerade weil – im Kanton Zug eine rege Bautätigkeit herrscht;
• die sich kompetent und partnerschaftlich den Anspruchsgruppen, also den Eigentümern, der Bauwirtschaft und den Bewilligungsbehörden präsentiert;
• die sich unter dem Motto «Heimat vor Profit» selbstbewusst Eigeninteressen entgegenstellt und auch mal ein Objekt unter Schutz stellt, wenn dies die Eigentümer partout nicht wollen;
• die verhindert, dass im Kanton Zug noch mehr gesichtslose Strassen wie die Bahnhofstrasse in Zug oder die Marktgasse in Baar entstehen;
• deren Kommission so zusammengesetzt ist, dass die Sache im Vordergrund steht;
• deren Denkmalkommission als Fachgremium bestehen bleibt und nicht von einer kantonsrätlichen Kommission abgelöst wird.
Zu Recht fordern die Motionäre Rechtssicherheit, damit die Bauherren vor einer aufwendigen Planung wissen, was auf sie zukommt. Das abgeschlossene Verzeichnis schützenswerter Bauten würde hier einen wichtigen Beitrag leisten. Die vollständige Nachführung des Inventars war schon vor zehn Jahren geplant; die Staatsaufgabenreform und die Teilrevision des Denkmalschutzgesetzes verhinderten diesen wichtigen Schritt allerdings. Und wenn der Kantonsrat auch noch eine ziemlich willkürliche, massive Budgetkürzung durchboxt, kann die Erstellung dieses Verzeichnisses erst recht nicht an die Hand genommen werden. Wider besseres Wissen liessen die Motionäre via Zeitung erklären, dass man noch weitere zwanzig Jahre auf die Finalisierung des Inventars warten müsste. Tatsache ist, dass es 2018 so weit sein wird – trotz aller Bremsmanöver.
Es muss das oberste Ziel der Denkmalpflege sein, dass Unterschutzstellungen möglichst einvernehmlich erfolgen. Deshalb braucht es ein Verfahren, das Betroffenen erlaubt, ihre Anliegen von Anfang an einzubringen. Es braucht einen offenen Dialog zwischen der Denkmalpflege und den Eigentümern. Und es braucht das Eingeständnis, dass die Interessen unterschiedlich bleiben werden: Die Eigentümer wollen in den meisten Fällen keine Unterschutzstellung; die Denkmalpflege aber will ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen und Baudenkmäler schützen, welche viel zur Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Heimat beitragen. Diese Ambivalenz der Interessen zu lösen, ist die grosse Herausforderung für die Denkmalpflege und deren Anspruchsgruppen. Mit Motionen wie den vorliegenden wird zwar kräftig Stimmung gemacht, eine Problemlösung scheint aber nicht das Ziel zu sein. Und dies ist doch recht wenig für politische Vorstösse.

**Daniel Stadlin** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er arbeitet in einem 40-Prozent-Pensum beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie als kantonaler Beauftragter für Kulturgüterschutz, verlässt aber per Ende Juni die kantonale Verwaltung. Er äussert sich zu einigen grundsätzlichen Aspekte der Thematik Denkmalpflege und zur Konsequenz einer freiwilligen Unterschutzstellung. Er tut dies als Einzelsprecher und nicht als Sprecher der GLP – auch wenn seine Kollegen von der GLP seine Ansichten grösstenteils teilen.
Man stelle sich Luzern ohne Kappelbrücke und Wasserturm, ohne Museggmauer und Museggtürme, ohne Jesuitenkirche, ohne Löwendenkmal, ohne Château Gütsch,

ja überhaupt ohne Altstadt vor. Kein Tourist würde diese Stadt besuchen, und Luzern wäre nie das, was es heute ist: eine weltbekannte, von Millionen von Menschen besuchte und fotografierte Stadt. Unversehrte Kulturlandschaften, historische Städte, Dörfer, Quartiere, Einzelbauten und archäologische Fundstellen sind von herausragender Bedeutung für Identität und Lebensqualität in der Schweiz. Auf ihnen beruht der ungebrochene Erfolg der Schweiz als Tourismusdestination. Denkmäler sind ein Stück Geschichte. An sie knüpfen sich Erlebnisse und Erinnerungen. Sie zeugen von früheren Zeiten und gesellschaftlichem Wandel. Sie überdauern die Jahrhunderte und behaupten sich in einem sich verändernden Umfeld. Daher sind Denkmäler immer auch ein Stück lebendige Gegenwart. Sie verleihen der Schweiz ihr unverkennbares Gesicht und verorten die Menschen. Archäologische Stätten, Baudenkmäler und historische Ortsbilder überleben jedoch nur, wenn sie stetig gepflegt werden. Um ihren Wert als historisches Zeugnis zu erhalten, muss man darauf achten, sie möglichst authentisch und unversehrt zu überliefern. Die bauliche Umgebung verändert sich rasant, nicht nur im Kanton Zug, sondern überall. Das ist der Gang der Zeit. Man muss jedoch aufpassen, dass dabei die identitätsstiftende Heimat nicht verloren geht, sondern erlebbar bleibt. In Baar wurde jüngst ein ganzer Strassenzug abgerissen und neu gebaut. Da stellt sich schon die Frage: Ist es das, was man in Zukunft will? Wie würden man reagieren, wenn die Zuger Altstadt abgebrochen und anstelle der gemütlichen Altstadtgassen anonyme Marktgassen entstehen würden? Will man einen Neubau anstelle der Kirche St. Verena in Risch? Soll die Papierfabrik Cham vollständig abgebrochen und durch banale Wohnbauten ersetzt werden? Die Stadt Zug ohne Altstadt, ohne Zitturm, ohne Burg und ohne Kirche St. Oswald, die Hügellandschaft von Menzingen ohne historische Bauernhäuser, Cham ohne Schloss St. Andreas, Morgarten ohne Schlachtdenkmal: unvorstellbar! In letzter Konsequenz führt die zweite Motion jedoch genau dahin. Natürlich würden die Motionäre dies nie öffentlich sagen. Aber wer den Eigennutz höher gewichtet als das öffentliche Interesse und verlangt, dass Baudenkmäler künftig nur noch freiwillig unter Schutz gestellt werden können, nimmt diese Entwicklung bewusst in Kauf. Denn ohne rechtlichen Schutz verschwindet die gebaute Heimat, nicht gerade heute, aber nach und nach. Niemand wird dies verhindern können. Und ist sie einmal weg, ist sie für immer weg, unwiederbringlich.
Es wäre geradezu verrückt, wenn der Kanton Zug als einziger Kanton seine Identität so selber zerstören würde. Will der Kantonsrat tatsächlich die gebaute Heimat einfach aufgeben? Ist das im Sinne der Zugerinnen und Zuger? Kann der Rat das gegenüber den Nachfolgegenerationen verantworten? Der Rat muss sehr genau überlegen, wie weit er gehen will und was er verantworten kann. Der Votant hat beim Votum von Daniel Abt sehr genau zugehört und ist etwas beruhigt, dass das vorhin Geschilderte wahrscheinlich nicht eintreffen wird. Er unterstützt die Anträge des Regierungsrats, die Motionen teilweise erheblich zu erklären und die nicht erheblich erklärten Begehren in Postulate umzuwandeln. So ist gesichert, dass die berechtigten Anliegen der Motionäre aufgenommen werden, jedoch ohne den sorgfältigen Umgang mit dem Kulturerbe unnötig zu erschweren oder gar zu verunmöglichen. Denn man muss hier aufpassen, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird.

**Laura Dittli** muss vorab eingestehen, dass sie noch keine Spezialistin im Bereich Denkmalpflege ist. Sie wohnt allerdings in einem alten Bauernhaus – und damit ist auch ihre Interessenbindung dargelegt. Trotzdem erstaunt es die Votantin, wie die Direktion des Innern mit den heute thematisierten Aufträgen umgeht und die Motionen beantwortet hat: Sie schenkt den Begehren der Motionäre praktisch keine Beachtung. Es erstaunt die Votantin, dass man so oberflächlich mit den Anliegen von Volksvertretern umgeht. Sie ging davon aus, dass Interessen aus der Zuger Bevölkerung, die von den Kantonsrätinnen und Kantonsräten vertreten werden, ernst ge-

nommen und erfüllt würden. Möglicherweise hat sie das bisher durch die berühmte rosarote Brille betrachtet.
Die Votantin stört sich an den Begründungen der Regierung. Beispielsweise wird gesagt, es bestehe kein Handlungsbedarf. Die Protokolle verschiedener Ratsdebatten besagen jedoch genau das Gegenteil. Die beiden Motionen wurden damals mit überdurchschnittlich hoher Zustimmung überwiesen. Die vergangene Budgetdebatte hat die Problematik beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie noch unterstrichen. Zudem musste die Votantin kürzlich an der Generalversammlung der CVP Oberägeri feststellen, dass in der Bevölkerung eine grosse Unzufriedenheit mit dem Bereich Denkmalpflege besteht. Der Handlungsbedarf ist also offensichtlich; andernfalls würde der Rat keine Diskussionen darüber führen müssen.
Als relativ unerfahrene, jedoch nicht minder interessierte Kantonsrätin hat sich die Votantin noch etwas ganz anderes überlegt: Was hat die Denkmalpflege eigentlich bei der Direktion des Innern verloren? Gehört sie nicht vielmehr zur Baudirektion? Diese Frage darf gestellt werden, damit die Regierung in diese Richtung handelt. Gemäss den Informationen der Votantin wurde schon viel verhandelt und lange auf Veränderungen gewartet. Die Votantin würde einen Wechsel des Amts von der Direktion des Innern zur Baudirektion sehr begrüssen. Als Neuling im Rat sind ihr noch nicht alle Abläufe und Hintergründe vertraut, aber es scheint ihr logisch, den Denkmalschutz im Bereich Bauen anzusiedeln. Es ist offensichtlich, dass der Schutz und Erhalt von alten Bauten und Anlagen einen direkten Zusammenhang mit der Raumplanung und der Entwicklung des Kantons hat. Weiter schlägt die Votantin vor, das Inventar der schützenswerten Bauten dem Richtplan anzuhängen. Das hätte zur Folge, dass die Raumplanungskommission über die Aktualisierungen des Inventars beraten könnte und auch laufend informiert wäre. Auch daraus leitet die Votantin den direkten Zusammenhang der Denkmalpflege mit der Raumplanung und schlussendlich mit der Baudirektion ab. Innerhalb der Baudirektion soll die Denkmalpflege ein eigenes Amt bleiben. Die Befürchtung, dass der Denkmalpflege zu wenig Gewicht beigemessen werde, ist also unbegründet. Im Gegenteil: Bei der Entwicklung eines Bauprojekts ist eine gute Zusammenarbeit mit kurzen Wegen zwischen den verschiedenen Ämtern sehr wichtig und von grossem Vorteil.
Der Regierungsrat ist gut beraten, wenn er nun handelt. Die offensichtlichen Führungsprobleme beim besagten Amt werfen nicht nur ein trübes Licht auf die Direktion des Innern, sondern auf die ganze Regierung. Die Votantin wünscht sich eine baldige Lösung für das grosse Unbehagen im Bereich Denkmalpflege. Deshalb wird sie den Anträgen der Motionäre zuzustimmen und die Vorstösse in deren Sinn erheblich erklären.

**Beat Wyss** arbeitet bei einer Holzbaufirma. Diese ist seit über vierzig Jahren darauf spezialisiert, alte (Bauern-)Häuser in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege umzubauen. Ihr Ziel ist es, im Einvernehmen mit der Denkmalpflege, dem Bauherrn und den Planern gute Lösungen zu finden, wenn immer möglich ohne Anwälte.
Der Votant liebt alte Häuser und Bauernhäuser. Er will nicht, dass alles abgerissen wird. Aber: Alles mit Mass. Die sinnvolle Nutzung der Gebäude muss im Vordergrund stehen, denn nur so können die betreffenden Gebäude langfristig erhalten werden. Und wer wohnt heute schon gerne in einem neu renovierten Haus, in dem er den Kopf anschlägt? Es ist deshalb dringend nötig, Richtlinien und Merkblätter zu erstellen. Diese müssen eigentümerfreundlich sein. Es muss zum Beispiel möglich sein, einzelne Raumhöhen einer Wohnung von heute 1,80 Meter auf 2,20 Meter anzuheben. Bei zukünftigen *Workshops* der Denkmalpflege muss ein grosses Augenmerk auf die breite Zusammensetzung des Gremiums gelegt werden. Der Anteil von bereits heute Honorar beziehenden Architekten der Denkmalpflege muss

gering sein. Die Unabhängigkeit und Breite dieses Gremiums muss hochgehalten werden.
Die Inventarisierung der Bauten im Kanton Zug soll abgeschlossen werden. Aber auch gilt: Alles mit Mass. Der Votant ist der Ansicht, dass man es mit der Inventarisierung zurzeit übertreibt. Es werden viel zu viele Objekte ins Inventar aufgenommen. Das gilt es zu korrigieren. Jedes einzelne Inventarobjekt bedeutet nämlich viel Arbeit für die Denkmalpflege, noch mehr Arbeit für Planer und Architekten und noch viel mehr Abklärungskosten und Nerven für den Bauherrn. Bei jeder kleinen Baueingabe geht das Dossier zur Denkmalpflege, und diese muss es behandeln. Bei dieser riesigen Inventarliste ergibt das immer wieder laufende Kosten, bis in Ewigkeit. Die Stellenprozente bei der Denkmalpflege werden bald nicht mehr ausreichen, das lässt sich schon heute prophezeien. Als Planer bei einer Holzbauunternehmung freut es den Votanten, wenn möglichst viele Objekte in das Inventar aufgenommen werden, sind die Grundeigentümer doch potenzielle Kunden. Als Hauseigentümer aber würde er sich wehren, je auf eine Inventarliste zu kommen. Für den Um- oder Anbau eines Hauses im Inventar muss man eine Vorabklärungszeit von zwei bis vier Jahren in Kauf nehmen. Das Objekt verliert an Wert, und die Vorprojekt- und Abklärungskosten steigen massiv; auch ergeben sich meistens teurere Lösungen. Der Votant ruft deshalb alle Beteiligten dazu auf, bei der Inventarisierung zurückhaltend zu sein.
Zu den Unterschutzstellungen der Denkmalpflege: Im Bericht wird besonders auf eine Verstärkung der Mitsprache von Grundeigentümern gesetzt. Das soll durch vertragliche Unterschutzstellungen im Einvernehmen passieren. Dabei bekommen die Eigentümer die Möglichkeit, ihre Anliegen von Beginn an einzubringen. Im entsprechenden Vertrag wird definiert, welche zukünftigen Änderungen möglich sind. Das tönt zwar alles sehr gut, doch es bleibt offen, wie es in der Praxis umgesetzt wird. Es gibt sehr viel Spielraum, und es kommt darauf an, welcher Denkmalpfleger vor Ort ist, wie viel *Goodwill* vorhanden ist usw. Die Mitsprache durch vertragliche Unterschutzstellung ist zu prüfen, wobei auch hier der Eigentümer zuvorkommend behandelt werden muss. Bei den Fällen, in denen die Eigentümerschaft gegen eine Unterschutzstellung ist, geht es oft nicht um die Erstellung von Neubauten. Es geht vielmehr darum, wie viele Wohnungen eingebaut werden dürfen, ob zwei kleine Zimmer zu einem grossen umgenutzt werden können usw. Die Unterschutzstellung eines Objekts gegen den Willen des Eigentümers sollte heute nicht mehr vorkommen. Es müssen andere Lösungen gefunden werden. Die wichtigsten Gebäude in jedem Dorf sind heute schon unter Schutz. Es müssen weniger Objekte geschützt werden, dafür sollen die Eigentümer besser entschädigt werden. Wenn ein Bauherr 1 bis 2 Millionen Franken für den Umbau eines denkmalrelevanten Hauses ausgibt, muss er eine erträgliche Lösung für die nächsten fünfzig bis hundert Jahre erhalten. Es sollte so sein, dass diese Objekte grundsätzlich erhalten werden und gleichzeitig für die nächste Generation lebenswert umgebaut werden können. Objekte, die dahinserbeln und verlottern und eines Tages abgerissen werden müssen, können nicht die Lösung sein. Das müsste auch im Interesse der Denkmalpflege liegen. Das Haus soll von aussen in seinen Grundzügen erhalten werden, und im Innern des Hauses soll man sich auf ein bis zwei Punkte fixieren.
Das Wichtigste zum Schluss: Es muss etwas geändert werden. Die ganze Sache muss eigentümerfreundlicher werden. Die Denkmalpflege muss lösungsorientiert mitarbeiten. Der Blick aufs Wesentliche darf nicht verlorengehen. Der Votant unterstützt die Motionäre.

**Heini Schmid** legt seine Interessenbindung offen: Er hat sein Haus an der Leihgasse 2 in Baar in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege und mit einem grossen Beitrag von dieser Seite saniert; zudem sind weitere, von ihm verwaltete Gebäude

im Inventar der schützenswerten Denkmäler aufgeführt. Im Weiteren ist der Votant Mitglied des Zuger Heimatschutzes.
In der Diskussion um die vorliegenden Fragen sind zwei Punkte zu unterscheiden. Einerseits geht es um die kunden- bzw. eigentümerfreundliche Abwicklung der denkmalpflegerischen Verfahren. Es ist primär Sache der Regierung, dafür zu sorgen, dass die notwendigen Personalressourcen vorhanden sind, um diese Verfahren in nützlicher Zeit abwickeln zu können. Selbstverständlich ist auch der Votant froh, wenn die Interessen der Eigentümer bei den entsprechenden Abklärungen ihren Stellenwert erhalten; das ist ja immer Verhandlungssache. Grundsätzlich aber ist es primär Sache der Verwaltung, diese Aufgaben effizient zu erledigen.
Wesentlich aber ist der zweite Punkt, und hier liegt wohl auch der Grund für das zunehmende Unbehagen gegenüber der Denkmalpflege. Die Zeiten, in denen man die Altstadt von Zug und andere altehrwürdige Gebäude schützte, sind heute vorbei. Die politisch brisante und denkmalpflegerisch interessante Fragestellung ist heute, welche Bauten aus der Neuzeit geschützt werden sollen. Welche Gebäude aus den 1920er-, 1930er- und 1940er-Jahren sollen erhalten bleiben? Was ist ortsbildprägend? Soll zum Beispiel das – heute geschützte – Gebäude der Zuger Kantonalbank am Postplatz tatsächlich geschützt werden oder nicht? Hier liegen die entscheidenden Fragen. Und nun gibt es zwei Wege, wie diese Fragen geklärt werden können. Die Verwaltung will den Weg der Expertokratie gehen und gewissermassen im stillen Kämmerlein entscheiden, welche Gebäude schützenswert sind. Der andere Weg ist es, diese hoch politischen Fragen auf politischer Ebene zu diskutieren. Der Kantonsrat ist legitimiert, sich solchen Fragen zu stellen, Vorschläge zu beraten, wie die Denkmalpflege mit neuzeitlichen Bauten umgehen soll, und entsprechende Gesetze zu erlassen und Weisungen zu erteilen. Der Votant bedauert, dass in der Verwaltung diesbezüglich eine sehr zurückhaltende Einstellung gegenüber dem Kantonsrat herrscht. Man glaubt, der Kantonsrat habe keine Ahnung und sei eine leicht zu beeinflussende, verantwortungslose Bande, der man heikle Fragen nicht übergeben dürfe und die keinen Sinn habe für das historische Erbe. Das darf sich der Kantonsrat nicht bieten lassen. Gleichzeitig steht er aber auch in der Verantwortung, mit den anstehenden Fragen sorgfältig umzugehen. Wenn diese Fragen im Rahmen der vorliegenden Vorstösse nun bearbeitet werden und dann in einer neuen Vorlage vor den Rat kommen, muss der Rat seiner Verantwortung gerecht werden. Denn die Bevölkerung – dessen ist sich der Votant sicher – will einen sinnvollen Denkmalschutz auch für Gebäude der Neuzeit. Wenn man die Bevölkerung fragen würde, ob das Gebäude der Zuger Kantonalbank geschützt oder abgerissen werden soll, würden 80 oder 90 Prozent einen Schutz befürworten, weil es sich um einen wichtigen, ortsbildprägenden Zeitzeugen von architektonisch hoher Qualität handelt. Der Votant ruft den Rat dazu auf, sich einer Denkmalpflege auch für die Neuzeit nicht zu verschliessen. Gleichzeitig ruft er dazu auf, die Bearbeitung der vorliegenden Vorstösse dazu zu benutzen, die wesentlichen Fragen um die künftige Handhabung der Denkmalpflege im Kantonsrat diskutieren zu können: Was will man in welcher Qualität und in welcher Quantität? Welche Qualitäten will man sichern? Damit stellt man sicher, dass künftig die Denkmalpflege oder eine entsprechende Kommission eine politische Vorgabe hat und sicher ist in ihrem Urteil. Man kann das mit dem Schulwesen vergleichen. Auch dort gab es die Tendenz, alles expertokratisch im Bildungsrat zu entscheiden. Der Kantonsrat hat das nicht akzeptiert und die Bildungskommission eingeführt. Nach Ansicht des Votanten steht die Denkmalpflege an einem ähnlichen Punkt: Entweder sie taucht ab in die Expertokratie, oder sie nimmt ihre Chance wahr, legt dem Kantonsrat ihre Anliegen vor – und der Kantonsrat gibt ihr die Rückendeckung, die sie verdient.

**Hanni Schriber-Neiger** erinnert daran, dass 2006 die Kantonsarchäologie ihr zwanzigjähriges Bestehen feierte und an der Zuger Messe eine grosse Sonderschau unter dem Titel «Wir erhellen Ihre Vergangenheit» durchführte. Die oft unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Arbeiten wurden einem breiten Publikum vorgestellt. Der stimmungsvolle Auftritt stiess bei 80'000 Besuchenden auf grosses Interesse. Es zeigte sich, dass Archäologie und Denkmalpflege auch grosse Massen zu faszinieren vermögen. Auf dem damals konzipierten Doppelmeter «Zuger Geschichte am laufenden Meter» wurden die Daten von 20'000 Jahren zugerischer Natur- und Kulturgeschichte festgehalten. Das macht doch Eindruck. Geschichte, Kultur und Kulturgut – eben alles, was Heimat bedeutet und ausmacht – geben Halt und Identität. Genau diese Identität wird aber von der Bevölkerung im schnellwachsenden Kanton Zug immer mehr vermisst. Auf der andern Seite ist man aber auch stolz darauf, den Touristen historische Baudenkmäler und Zeitzeugen aus verschiedenen Epochen zeigen zu können.
Der Kantonsrat darf nicht zulassen, dass es bei der Baukultur nur noch um schnelle Rendite geht und die Heimat dem Geld geopfert wird. Es gilt, wieder heimatliche Identität zu schaffen, die Ortsbilder zu schützen und zu versuchen, ihnen ein Gesicht zu geben. Auch in Zukunft soll die zugerische Kulturgeschichte auf dem erwähnten Doppelmeter Schritt für Schritt fortgeschrieben werden. Das bedeutet auch, dass der Kanton manchmal einigen Eigentümerinnen und Eigentümern zu ihrem Glück verhelfen muss.

**Philip C. Brunner** dank seinen Vorrednern für ihre Voten. Heini Schmid hat hier – im Unterschied zum Stadttunnel – recht: Es ist eine hochpolitische Frage mit verschiedenen interessanten Aspekten. Der Votant legt seine Interessenbindung offen: Er ist – sozusagen als Mitgenosse einer Besitzerschaft – mit einem Kleinstanteil Miteigentümer eines Hauses in der Zürcher Altstadt, welches seit sechshundert Jahren im Besitze der gleichen privaten Körperschaft ist, eines der längsten Beispiele von Eigentum in der Eidgenossenschaft. Seit 1412 haben Generationen selbstverantwortlich und mit eigenen Mitteln an diesem Hause gebaut, es ausgebaut, vergrössert, aufgestockt und renoviert, davon 550 Jahre lang ohne grosse Diskussionen mit dem Denkmalschutz. Diesem Haus wurde durch die Reformation hindurch, durch Kriegszeiten, Revolutionen und den Untergang der alten Eidgenossenschaft immer Sorge getragen; man hat es den neuen technischen Möglichkeiten – Heizung, Elektrifizierung, Beleuchtung – angepasst, immer selbstverantwortlich, massvoll und unter Berücksichtigung der Substanz und des vorhandenen Kunsthandwerks. Für das sechshundertjährige Jubiläum vor drei Jahren wurde ab 2007 wieder einmal eine grössere Renovation durchgeführt; es waren gewisse Nutzungsänderungen nötig. Es wurde ein zweistelliger Millionenbetrag für Investitionen benötigt, um das Haus an die Bedürfnisse einer modernen Gastronomie anpassen zu können. Es ging dabei um den Einbau eines Gästelifts. Die zuständige Zürcher Denkmalpflegerin erklärte, dass der Einbau eines Gästelifts nicht in Frage komme – sie drückte sich drastisch aus: «Nur über meine Leiche» –, und entsprechend gab es keine Baubewilligung. Es droht ein unangenehmer Baustopp. Zur Beruhigung: Es brauchte Juristen, Architekten und vor allem einen Entscheid des Zürcher Regierungsrats, um den Entscheid der Denkmalpflege zu kippen. Und heute kann man sehen, dass Umbau und Denkmalschutz sehr wohl miteinander verbunden werden können. Es braucht dazu Pragmatismus, Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis. Der Votant weiss also aus eigener Erfahrung sehr wohl, welches Monster Denkmalschutz sein kann.
Der Votant muss eine zweite, eigentlich allen bekannte Interessenbindung offenlegen: Er ist ein Konservativer, ein Wertkonservativer. Und er ist Mitglied einer Partei, welche Eigenverantwortung will statt Bevormundung durch irgendwelche Behörden – wobei mit Letzteren durchaus auch die Denkmalpflege der Direktion des

Innern gemeint ist. Konservativ heisst aber nicht, einfach stehenzubleiben, wobei Stillstand – ohne auf die aktuelle Stadttunneldiskussion einsteigen zu wollen – letztlich auch Denkmalschutz ist, wie der letzte Stadttunnel, nämlich der Bahntunnel der SBB, zeigt. Auch der Votant will selbstverantwortlich Werte bewahren. Dazu gehören neben Natur, Flora und Fauna auch Häuser, Dörfer, Städtchen, Burgen usw., gehört Heimat, gehört Zug, gehört die Schweiz. Aber – der Votant ist kein Linker, sondern das Gegenteil – der Wert von privatem Eigentum ist höher zu gewichten als die Interessen des Staates; des Staates schon, aber nicht der Allgemeinheit. Und die Allgemeinheit, das sind alle.
Dass im Zuger Denkmalschutz vieles im Argen liegt, muss man annehmen, wenn man die heutigen Voten gehört hat. Der Votant teilt die Meinung der CVP-Fraktion, wie sie in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 30. April festgehalten wurde: «Die CVP ortet ein Führungsproblem». Die SVP ist derselben Meinung: Es gibt ein Führungsproblem. Aber Führungsprobleme sind Managementprobleme und damit lösbar. Dazu braucht es keine gesetzlichen Änderungen in einem Ausmass, wie es die Motionäre fordern, und keine Abkehr von bisher Bewährtem; auch muss man der neuen Denkmalpflegerin eine Chance geben. Dass der Regierungsrat sich nicht vor seiner Verantwortung als Kollegialbehörde drückt, ist erfreulich. Eigentümer ist eben nicht nur der Zuger, der ein Bauernhaus geerbt hat und für dessen Frustrationen der Votant allergrösstes Verständnis hat. Eigentümer sind auch Auswärtige, sind grosse Organisationen und Aktiengesellschaften, zum Beispiel die angeblich dem *Service public* verpflichtete Post. Es sind Monsterorganisationen, bei denen nicht vor Ort entschieden wird, sondern wo gerade im Immobilienbereich handfeste bauliche Entscheidungen in Bern, Genf und anderswo getroffen werden. Hätte der Eigentümer das vollständige Sagen, würde man «eigenverantwortlich» die Hauptpost am Postplatz in Zug abbrechen wollen, weil man mit einem gesichtslosen Renditebau mehr verdienen könnte. Das ist sicher, und gerade bei der Post sieht man, dass man nicht weit weg ist von solchen Entwicklungen. Und was würde passieren? Unverständnis und Protest bei der Bevölkerung, der Kantonsrat wäre entsetzt und fühlte sich versetzt. Am Schluss würden Kanton und Stadt gemeinsam das Gebäude kaufen und einer neuen Nutzung zuführen. Beispiele für ein solches Vorgehen gibt es auch im Kanton Zug. Natürlich ist jede Geschichte etwas anders, aber zu nennen wären etwa die Villette in Cham oder die Burg Zug, die als Beispiel eines Abbruchobjekts, in welchem die Feuerwehr bereits übte, schon erwähnt wurde.
Der Votant appelliert an die Vernunft, die Verantwortung, das Verantwortungsbewusstsein und die Heimatliebe seiner Ratskolleginnen und -kollegen. Er appelliert an deren Vertrauen darauf, dass die momentanen Probleme, das heutige Unvermögen und Fehlverhalten lösbar sind. Die Motionäre üben zu Recht Kritik an der Denkmalschutzbehörde, sie schiessen mit ihren Vorstössen aber über das Ziel hinaus. Das mag liberal sein, beliebig und flexibel, aber es ist letztlich unverantwortlich. Erhalt der Heimat, Heimatschutz, Zuger Identität: Zu Zug gehört das schöne Althergebrachte, gehören Traditionen, Brauchtum und Kultur. Der Votant dankt seinen Ratskolleginnen und -kollegen deshalb dafür, dass sie heute nicht Wutbürger sind, sondern mit dem Herzen richtig stimmen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält einleitend fest, dass die im Kantonsratssaal anwesenden Mitarbeitenden des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie die Debatte nicht in ihrer Arbeitszeit – also auf Staatskosten – verfolgen, sondern in ihrer Freizeit. Sie sind interessiert, den Kantonsrat für einmal im Originalton zu hören, was für ihre Arbeit wichtig ist – und besser als indirekte eine Information durch die Direktionsvorsteherin.
Der Regierungsrat hat sich sehr intensiv und umfassend mit den in der Motion aufgeworfenen Fragen auseinandergesetzt, dies nicht nur in *einer* Sitzung. Er hat die

Thematik sehr ernst genommen. Damit sei auch Laura Dittli klar widersprochen: Die Regierung hat die Anliegen der Motionäre keineswegs oberflächlich behandelt und sich die Sache nicht einfach gemacht. Der Regierungsrat hat auch die in den Fraktionssitzungen und in den heutigen Voten geäusserten Anliegen aufgenommen, und er sagt zu, die verschiedenen Anliegen, die nicht per Motion umgesetzt werden können und die der Regierungsrat in ein Postulat umzuwandeln beantragt, im Juni in einem regierungsrätlichen *Workshop* weiter zu bearbeiten. Die Motionäre rennen also – wie in der regierungsrätlichen Antwort bereits ausgeführt wurde – mit ihren kritischen Fragen teilweise offene Türen ein. Allerdings stellt sich die Frage, wie man zum Ziel kommt, und da gibt es verschiedene Vorstellungen. Die Umsetzung muss aber mit dem übergeordneten Recht vereinbar sein. Die Direktorin des Innern ist zuversichtlich, dass man den goldenen Mittelweg finden wird.

Geht es nach dem Willen der Motionäre, soll zukünftig jede Eigentümerschaft selber entscheiden können, welches Denkmal erhalten bzw. nicht erhalten bleibt. Das bedeutet, dass bei jedem Eigentümerwechsel die entsprechende Frage wieder neu zu stellen wäre. Die Regierung stellt sich dezidiert gegen diesen Vorschlag und schlägt stattdessen vor, ein neues Instrument ins Gesetz aufzunehmen, nämlich den verwaltungsrechtlichen Vertrag. Ein solcher Vertrag erlaubt es betroffenen Eigentümern, ihre Anliegen, Bedürfnisse und Interessen von Anfang an einzubringen und zusammen mit den Behörden und Baufachleuten eine optimale Lösung zu realisieren. Insbesondere erlaubt eine vertragliche Unterschutzstellung den privaten Eigentümern, nicht nur auf die Absichten der Behörden zu reagieren, sondern den Prozess von Anfang an aktiv zu beeinflussen und mitwirkend tätig zu sein. In einem solchen Vertrag wird gemeinsam mit der Eigentümerschaft der Schutzumfang festgelegt und definiert, welche Modernisierungen am oder im Gebäude mit dem Schutz vereinbar sind. Kooperation statt Konfrontation, lautet das Motto. Dieses verwaltungsrechtliche Instrument ist nicht neu: Es wird bereits in den Kantonen Zürich, Bern, Basel, Uri, Schaffhausen und St. Gallen erfolgreich und mit sehr guten Erfahrungen angewandt. Die Regierung ist überzeugt, dass mit diesem Instrument, das auch Kompromisse zulässt, auch im Kanton Zug das Mitspracherecht der Eigentümer von denkmalgeschützten Objekten gestärkt wird. Der Regierungsrat schlägt deshalb eine entsprechende Anpassung des Denkmalschutzgesetzes vor.

Es wäre scheinheilig zu meinen, dass das gebaute Kulturgut, auf das alle so stolz sind, dass man es gerne in Imagebroschüren abbildet, im Kanton Zug längerfristig erhalten werden könne, wenn eine Unterschutzstellung einzig von der Zustimmung der Eigentümerschaft, also deren *Goodwill*, abhängen würde. Der Regierungsrat will mit diesem Hinweis klar machen, was der von den Motionären ins Spiel gebrachte Vorschlag, der im bürgerlichen Lager auf den ersten Blick viel Sympathie genossen hat, in seiner Umsetzung konkret bedeuten würde: Es droht die Gefahr, dass eine Vielzahl baukultureller Zeitzeugen unwiderruflich verloren ginge.

Es ist auch nicht so, dass Eigentümerschaften nicht von der Denkmalpflege profitieren. Die Denkmalpflege kann einerseits Beiträge ermöglichen, andererseits sind in der Landwirtschaftszone viele Eigentümer froh, wenn sie dank der Denkmalpflege bestehende Gebäude – etwa ein *Wöschhüsli* – umnutzen können; zudem gibt es zahlreiche Bauten, die zwar abgerissen, wegen der Grenzabstände aber nicht wieder neu erstellt werden könnten. Es ist also keineswegs so, dass alle der Meinung sind, der Denkmalschutz sei des Teufels. Es gibt in Zusammenhang mit der Denkmalpflege pro Jahr nur wenige, nämlich zwei bis drei Beschwerdefälle, und in den letzten Jahren wurden im Schnitt zehn von elf Beschwerden vom Regierungsrat bzw. vom Verwaltungs- oder Bundesgericht abgewiesen. Man kann also keinesfalls sagen, die Denkmalpflege handle nicht im Sinne des Gesetzes oder des Gesetzgebers.

Zurück zum Vorschlag, Bauten dürften einzig mit der Einwilligung des Eigentümers unter Schutz gestellt werden: Der Kanton Zug wäre der einzige Schweizer Kanton

mit eine solchen Regelung. Auch der Kanton Bern kennt keine solche Regelung, wie die Motionäre dies im Vorfeld kolportierten. Dort ist es vielmehr so, dass eine Unterschutzstellung in der Regel mit Zustimmung des Eigentümers erfolgt. Häufig wird auch eine vertragliche Lösung vereinbart. Kommt keine Einigung zustande, wird in Bern wie anderswo verfügt, und gegen eine solche Verfügung steht dann der Rechtsmittelweg offen.
Im Vorfeld wurde verschiedentlich auch der Ortsbildschutz kritisiert. Hier geht die Kritik aber an den falschen Ort, denn zuständig für den Ortsbildschutz ist nicht die kantonale Denkmalpflege, sondern die Gemeinde. Wer nicht einverstanden ist, dass die Häuser an der Marktgasse in Baar niedergerissen wurden, muss sich also an den Gemeinderat Baar wenden und nicht der Denkmalpflege einen Vorwurf machen. Die Motionäre verlangten auch, dass die Denkmalpflege «im Sinne der Zuger Bevölkerung» umgesetzt werden müsse. Was aber heisst «im Sinne der Bevölkerung»? Die Regierung hat bewusst auf eine Umfrage in der Bevölkerung verzichtet. Das Bundesamt für Kultur hat aber unlängst eine repräsentative Umfrage in der Schweizer Bevölkerung durchgeführt. Diese ergab, dass die Erhaltung der Baudenkmäler für 95 Prozent der Befragten von zentraler Bedeutung ist. Mehr als die Hälfte würde gerne in einem historischen Quartier oder Gebäude wohnen und wäre bereit, dafür etwas mehr zu bezahlen und gewisse Komforteinbussen in Kauf zu nehmen. Bei der Wahl des Ferienorts ist für drei Viertel der Befragten ein historisches, authentisches Ortsbild ein wichtiges Auswahlkriterium. Es muss also genau betrachtet werden, was «im Sinne der Bevölkerung» wirklich heisst. In zwei Monaten wird feierlich das 700-Jahre-Jubiläum der Schlacht am Morgarten begangen. Dabei ist der Bezug auf die Geschichte, auf die Traditionen und die Wurzeln wichtig. Auch Baudenkmäler gehören zur Tradition. Löschen wir unsere Vergangenheit nicht aus!
Wenn man die Zeitungen liest und die heutigen Voten hört, bekommt man das Gefühl, jedes Haus im Kanton Zug sei entweder unter Schutz gestellt oder im Inventar der schützenswerten Denkmäler enthalten. Tatsache aber ist, dass bescheidene 2 Prozent des Baubestands unter Schutz gestellt sind und rund 5 Prozent der Gebäude im Inventar der schützenswerten Denkmäler fungieren; für Letztere besteht lediglich eine Schutzvermutung. Mit diesen Werten liegt der Kanton Zug im Schweizer Mittelwert, beim Inventar sogar leicht darunter.
Die Mitarbeitenden der Denkmalpflege verfügen über die nötige Fachkompetenz; das ergibt sich auch aus der bereits erwähnten Umfrage. Damit soll aber nicht gesagt sein, dass es nicht auch Mängel gibt. So ist der Direktorin des Innern bekannt, dass das Amt für Denkmalpflege und Archäologie in der Vergangenheit nicht immer optimal gearbeitet und auch nicht immer optimal kommuniziert hat. Das wurde erkannt, und es haben verschiedene Gespräche stattgefunden. Die Direktorin des Innern ist froh, dass die – vorhin kritisierte – Umfrage durchgeführt wurde, und dies nur bei den Kritikerinnen und Kritikern, nicht bei der gesamten Bevölkerung. Hätte man nämlich ein gutes Umfrageergebnis haben wollen, hätte man eine breite Umfrage durchführen müssen. Man wollte aber von den Architektinnen und Architekten, den Gemeinden und den Eigentümerschaften wissen, was ihrer Meinung nach an der Denkmalpflege zu verbessern ist. In den letzten drei Jahren wurden auch bereits verschiedene organisatorische und personelle Massnahmen umgesetzt. Die Amtsleitung hat dabei immer kooperativ mitgewirkt. Es wurde reorganisiert, es wurden Doppelspurigkeiten eliminiert, die Denkmalpflege wurde personell gestärkt, auch wurde ein Qualitätsmanagement eingeführt, dies mit Abschluss per Ende 2015. Kritisierte Punkte bei der Bauberatung wurden geändert, das Inventar der schützenswerten Denkmäler ist heute auf der *Homepage* abrufbar und auch unter «Zugmap» ersichtlich. Neu finden jährlich Gespräche mit den Generalunternehmungen und mit den Architektinnen und Architekten statt. Mit der neuen Denkmal-

pflegerin Franziska Kaiser wurde eine neue Ära eingeläutet. Mit ihr konnte im September 2014 eine fachlich ausgewiesene, hochkompetente Denkmalpflegerin verpflichtet werden, die zuvor im Kanton Zürich in einem nicht minder anspruchsvollen Verwaltungs- und Führungsumfeld gearbeitet hatte. Sie ist hochmotiviert und willens, die Herausforderungen anzupacken. Sie will aber nicht nur eine Stimme für die stummen Bauten sein, sondern vor allem auch Vorurteile abbauen und die Negativspirale, welche die Denkmalpflege erfasst hat, stoppen. Die Direktorin des Innern ruft den Rat auf, der neuen Denkmalpflegerin eine Chance zu geben.
Die Votantin freut sich, dass Daniel Abt die laufende Inventarisierung nicht in Frage gestellt hat, sondern ebenfalls froh ist, wenn diese zu ihrem Ende kommt. Die Regierung räumt der Inventarisierung höchste Priorität ein. Es ist geplant, dass 2018, also in gut zweieinhalb Jahren, eine klare Aussage gemacht werden kann, welche vor 1975 erstellten Bauten in welchen Gemeinden ins Inventar aufgenommen wurden. Es ist also falsch, was ein Motionär in der Zeitung behauptete, nämlich dass die Inventarisierung erst in zwanzig Jahren abgeschlossen werde. Als nächste Gemeinde wird Baar inventarisiert. Die dortigen Eigentümerschaften werden zu einem Informationsanlass eingeladen und darüber informiert, was die Inventarisierung bedeutet. Bei diesem Anlass werden die Denkmalpflegerin sowie Juristinnen und Juristen anwesend sein. Solche Informationsabende sind ein neues Instrument, welches die Denkmalpflege in Zusammenhang mit der Inventarisierung ergriffen hat.
Die Denkmalkommission wird vom Regierungsrat gewählt und ist breit zusammengesetzt. Sie besteht aus drei Vertretern der Einwohnergemeinden und je einem Vertreter des Hauseigentümerverbands, des Bauernverbands, der Vereinigung für Zuger Ur- und Frühgeschichte, des Zuger Bauforums und des Zuger Heimatschutzes. Diese Zusammensetzung stellt sicher, dass kein Links-rechts-Schema besteht oder nur ein Interesse verfolgt werden könnte.
Denkmalpflege gehört zu den ältesten Kulturförderungsmassnahmen des schweizerischen Bundesstaats. Schon 1886 nämlich beschlossen die eidgenössischen Räte, sich den Erhalt von «vaterländischen Altertümern» auf die Fahne zu schreiben. Die Direktorin des Innern ruft dazu auf, diese Verantwortung wahrzunehmen und das bauliche Erbe auch im Kanton Zug weiter zu kultivieren. Wenn der «Islamische Staat» in Palmyra das Unesco-Welterbe zerstört, ist man fassungslos. Vor der eigenen Türe aber hat man es in der Hand, die Zerstörung des eigenen Erbes zu verhindern – wobei keiner der Votanten gesagt hat, dass er so etwas wolle.
Noch ein Wort zu Laura Dittli: Früher war die Denkmalpflege der Baudirektion angegliedert. Die Regierung hat sie wegen Interessenkollisionen bewusst aus der Baudirektion herausgenommen. Schweizweit ist die Denkmalpflege am häufigsten bei der Direktion für Bildung und Kultur angesiedelt.
Die Direktorin des Innern dankt namens der Regierung für die Unterstützung der Anträge, beide Motionen teilerheblich zu erklären und die übrigen Begehren in Postulate umzuwandeln. Die Regierung hat diese Anliegen aufgenommen. Es gilt auch, der neuen Denkmalpflegerin und ihrem Amt eine Chance zu geben.

**Daniel Abt** bittet Esther Haas, Daniel Stadlin und Hanni Schriber-Neiger, die zur Debatte stehende zweite Motion genau durchzulesen: «Der Regierungsrat wird beauftragt, das Gesetz über die Denkmalpflege so anzupassen, dass künftig die Unterschutzstellung eines Objekts gegen den Willen des Eigentümers nicht mehr möglich ist.» Die Motionäre sprechen mit keinem Wort davon, dass die Burg Zug oder ähnliche Objekte aus dem Schutz entlassen werden sollen. Sie sprechen einzig von künftigen Unterschutzstellungen.
Der Votant dankt der Regierung für das klare Statement, eine Arbeitsgruppe einzusetzen und einen Workshop durchzuführen. Die Motionäre halten an ihren Anträgen fest.

Der **Vorsitzende** hält fest dass der Regierungsrat beantragt, die Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug (Vorlage 2342) in Bezug auf das Anliegen 5.3 (Rechtssicherheit der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer betreffend Schutzobjekte herstellen) teilerheblich zu erklären; für die darüber hinausgehenden Begehren beantragt er die Umwandlung in ein Postulat. Der Vorsitzende erkundigt sich bei Daniel Abt, ob die Motionäre mit diesem Vorgehen einverstanden seien. Dieser teilt mit, dass die Motionäre einverstanden seien.

➔ Der Rat erklärt die Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug (Vorlage 2342) in Bezug auf das Anliegen 5.3 (Rechtssicherheit der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer betreffend Schutzobjekte herstellen) stillschweigend teilerheblich und wandelt die darüber hinausgehenden Begehren in ein Postulat um.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug (Vorlage 2453) in dem Sinne teilerheblich zu erklären, dass im Rahmen einer Teilrevision des Denkmalschutzgesetzes die Einführung einer vertraglichen Unterschutzstellung zu prüfen sei; für die darüber hinausgehenden Begehren beantragt er die Umwandlung in ein Postulat. Dem gegenüber steht der Antrag der Motionäre, die Motion vollumfänglich erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg betreffend Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug (Vorlage 2453) mit 56 zu 16 Stimmen in dem Sinne teilerheblich, dass im Rahmen einer Teilrevision des Denkmalschutzgesetzes die Einführung einer vertraglichen Unterschutzstellung zu prüfen sei; die darüber hinausgehenden Begehren wandelt er in ein Postulat um.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich bei Daniel Abt, ob die Motionäre ihren Eventualantrag aufrechterhalten. Dieser erklärt, dass die Motionäre ihren Eventualantrag zurückziehen. Der Vorsitzende hält fest, dass dieser Antrag damit vom Tisch ist.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden.

## 165 Nächste Sitzung

Donnerstag, 25. Juni 2015 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass am 19.–21. Juni in Steinen SZ eine Überbauung mit Holzbauten in verschiedenen Bauphasen besichtigt werden kann; gleichzeitig finden Vorträge zum Thema Vollholzbauten statt. Genauere Informationen finden sich in den aufliegenden Flyern.
Abschliessend wünscht der Vorsitzende allen Ratsmitgliedern einen schönen Fraktionsausflug.

**Protokoll des Kantonsrats**

11. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. Juni 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. Mai 2015
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
- 3.1. Motion von Thomas Lötscher betreffend Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)
- 3.2. Motion von Thomas Meierhans betreffend Anpassung kantonaler Richtplan durch Verschiebung von Siedlungserweiterungen in das Gebiet Wald
- 3.3. Motion der SP-Fraktion betreffend Entflechtung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung und deren Finanzierung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden
- 3.4. Postulat der Fraktion Alternative - Die Grünen betreffend kein Abbau des ÖV-Angebots
4. Kommissionsbestellungen:
- 4.1. Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart»
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat): 2. Lesung
6. Zwischenbericht zu den per Ende Marz 2015 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
7. Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)
8. Geschäfte, die am 28. Mai 2015 nicht behandelt werden konnten:
- 8.1. Motion der FDP- und der SVP-Fraktion betreffend Sicherung von Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Zug vor wirtschaftlicher Schädigung durch Ausspähung
- 8.2. Motion von Daniel Abt, Karl Nussbaumer und Andreas Hausheer betreffend Holzförderung
- 8.3. Postulat von Daniel Abt und Adrian Andermatt betreffend Erhöhung des Kinderbeitrags der Einkommensobergrenze für Mietzinsbeiträge gemäss WFG
- 8.4. Interpellation von Stefan Gisler, Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend Unregelmässigkeiten bei Wahllisten
9. Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket: 2. Lesung
10. Geschäftsbericht 2014

## 166 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Urs Raschle und Rupan Sivaganesan, alle Zug; Zari Dzaferi und Nicole Imfeld, beide Baar.

## 167 Mitteilungen

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

Der Finanzdirektor muss sich für die Vormittagssitzung entschuldigen, weil er in seiner Eigenschaft als Präsident der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) an der Kommissionssitzung zur Anhörung der Kantone zur Unternehmenssteuerreform (USR) III und zum Automatischen Informationsaustausch (AIA) teilnimmt. Der Vorsitzende hat deshalb die Traktandenliste umgestellt: Die Traktanden 9 (Steuergesetz) und 10 (Geschäftsbericht) werden erst am Nachmittag beraten.

Der Bildungsdirektor muss die Sitzung gegen 15.45 Uhr verlassen. Er wird an den Maturafeiern der Kantonschulen Zug und Menzingen mitwirken.

Die Staatskanzlei teilt mit, dass die Grünen Steinhausen am 23. Juni 2015 dem Regierungsrat eine Petition von 280 Steinhauserinnen und Steinhausern mit der Forderung «Kein unüberlegter Busabbau» eingereicht haben. Die Staatskanzlei hat den Eingang bestätigt. Die Forderungen betreffen die sachliche Zuständigkeit des Regierungsrats bzw. der Volkswirtschaftsdirektion; die Volkswirtschaftsdirektion bearbeitet das Dossier. Es liegt kein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vor.

TRAKTANDUM 1

## 168 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** beantragt, Traktandum 8.1 an das Ende der Sitzung zu verschieben, sofern der Finanzdirektor zum entsprechenden Zeitpunkt noch nicht zurück in Zug sein sollte.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden und genehmigt die Traktandenliste ohne weitere Änderungen.

TRAKTANDUM 2

## 169 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. Mai 2015

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 28. Mai 2015 wird ohne Änderungen genehmigt.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt später in der Sitzung (siehe Ziff. 179f.) bzw. zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**170** Traktandum 4.1: **Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart»**
Vorlage: 2518.1 - 14948 Bericht und Antrag des Regierungsrats.

➔ Stillschweigende Überweisung an die Bildungskommission.

**171** Traktandum 4.2: **Ad-hoc-Kommission Massnahmenplan Ammoniak 2016–2030**

Anstelle von Hans Christen soll neu Daniel Stuber für die FDP in die Ad-hoc-Kommission Massnahmenplan Ammoniak gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**172** **Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat): 2. Lesung**
Vorlage: 2468.4/4a/4b - 14944 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 73 zu 1 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**173 Zwischenbericht zu den per Ende Marz 2015 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**

Vorlagen: 2513.1/1a - 14945 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2513.2 - 14950 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatwirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** informiert, dass die erweiterte Staatswirtschaftskommission die Vorlage an der Sitzung vom 3. Juni 2015 beraten hat. Die Stawiko berät diese Vorlage jeweils im Rahmen der Sitzung zum Geschäftsbericht, wobei sie sich materiell der beantragten Fristerstreckungen annimmt und nicht die Vollständigkeit der Liste überprüft. Die Stawiko dankt der Regierung für die zügige Abarbeitung der Vorstösse. Die Liste ist wahrlich auch schon länger gewesen.
Die beantragten Fristverlängerungen sind begründet und können von der Stawiko nachvollzogen werden. Hier ist die Stawiko im Grundsatz einverstanden. Wie ihrem Bericht zu entnehmen ist, ist sie jedoch nicht einverstanden, dass das Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Auto und Sozialhilfe vom 7. Juli 2011 auf diesem Weg abgeschrieben wird. Wohl ist in § 45 Abs. 4 der neuen Geschäftsordnung des Kantonsrats eine Abschreibung im Zwischenbericht vorgesehen. Die erweiterte Staatswirtschaftskommission würde dies nicht *per se* ausschliessen, erwartet jedoch eine materielle Begründung, welche weiter geht als ein Hinweis darauf, dass die Verordnung zum Sozialhilfegesetz vom 20. Dezember 1983 entsprechend geändert wurde. Gerade weil dieses Thema heikel ist und viele Gemüter bewegt, erwartet sie eine detailliertere Information. Nur mit dem Hinweis im Bericht und Antrag der Regierung fühlt sich die Stawiko-Präsidentin schlicht nicht imstande, einer Abschreibung zuzustimmen. Bei allem Verständnis für Verwaltungsökonomie, die zu diesem Vorgehen geführt hat: Es ist dem einzelnen Kantonsratsmitglied nicht zumutbar, selbst die Verordnung zum Sozialhilfegesetz zu konsultieren und den passenden Artikel zu suchen. In diesem Sinne stellt die Votantin namens der Staatswirtschaftskommission den **Antrag,** das Postulat Nussbaumer/Werner nicht auf diesem Weg abzuschreiben.

**Karin Andenmatten-Helbling** als Sprecherin der CVP-Fraktion hält ebenfalls fest, dass die Liste der Fristerstreckungsgesuche kurz ist – dies als Kompliment an den Regierungsrat. Dennoch gibt es für die CVP-Fraktion verschiedene Gründe, dem regierungsrätlichen Antrag weder blind noch kommentarlos Folge zu leisten. Es gibt nämlich Motionen, die vor sechs oder gar sieben Jahren eingereicht wurden und immer noch nicht behandelt sind – was der CVP erwähnenswert scheint, obwohl deren Fristen nicht eigentlich Gegenstand der Diskussion sind. Aufgrund der Traktandenliste ist leider anzunehmen, dass die versprochene Antwort auf die Vorlage 1693.1 heute nicht mehr vorgelegt wird.
Zur Fristerstreckung für die Motion Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen möchte die CVP gerne wissen, wer dieses Geschäft vertritt und welche vertieften staatsrechtlichen Abklärungen von wem noch vorgenommen werden müssen. Informationen wünscht sich die CVP auch zum Antrag der Regierung, die Motion Nussbaumer/Werner als erledigt abzuschreiben. Die CVP hat in ihrer Fraktionssitzung lange in der neuen GO KR gesucht und keine Grundlage für dieses Vorgehen gefunden. Nur im Kommentar steht: «Die Abschreibung kann auch dann im Zwischenbericht erfolgen, wenn keine separate Vorlage vorgesehen ist. Beispiel: Gegenstand des Postulats ist eine Verordnung.» Ein Kommentar ist aber – dies sei gesagt, ohne die ausser-

ordentliche Kompetenz des langjährigen Landschreibers und Verfassers des Kommentars in Frage zu stellen – nicht sakrosankt, sondern eben nur ein Kommentar, d. h. eine mögliche Auslegung. Der grössere Teil der CVP-Fraktion ist daher der Meinung, dass die spärliche Information zur Abschreibung für ein Milizparlament ungenügend ist. Sicherlich wäre es allen zumutbar nachzuschlagen, was genau im § 9 der Sozialhilfeverordnung steht. Ob es aber effizient ist, den betreffenden Erlass achtzig Mal nachlesen zu lassen? Die CVP-Fraktion bittet die Direktorin des Innern, hier zum Inhalt klar Stellung zu nehmen. Unter der Prämisse, dass der Rat heute nicht mehr Informationen über diese hängige Motion erhält, wird eine knappe Mehrheit der CVP-Fraktion dem Antrag der Stawiko folgen und die Fristen erstrecken, das Postulat Nussbaumer/Werner aber nicht als erledigt abschreiben.

**Andreas Hausheer** hat eine weitere Frage. Die Verzögerung bei der Motion Abt betreffend Förderung des kulturellen Lebens wird im regierungsrätlichen Bericht und Antrag mit einem Wechsel der Amtsleitung begründet. In der Stawiko wurde die Verzögerung damit begründet, dass das fragliche Amt für Kultur lediglich über 2 Personalstellen verfüge. Gemäss Personalstellenübersicht aber hat das Amt für Kultur, das diese Motion zusammen mit dem Hochbauamt bearbeitet, 6,2 Personalstellen. Was trifft zu?

**Stefan Gisler** äussert sich zum Antrag des Regierungsrats, das teilerheblich erklärte Postulat Nussbaumer/Werner auf der Basis der GO KR als erledigt abzuschreiben. Die GO sieht vor, dass Postulate oder auch Motionen im Rahmen von Sammelberichten abgeschrieben werden können, wenn die Sachlage klar ist. Der Votant hat es sich zugemutet, die Verordnung zum Sozialhilfegesetz zu konsultieren, und konnte dort relativ einfach nachvollziehen, dass das erwähnte Postulat umgesetzt wurde: Mit der Schaffung von § 9h wurde der Wille des Kantonsrats vollumfänglich umgesetzt. Eine mangelnde Vorbereitung auf die Stawiko-Sitzungen ist kein Grund, im Kantonsrat zusätzliche Informationen oder gar eine eigene Vorlage zu verlangen; das verzögert nur den Ratsbetrieb. In diesem Sinne bittet der Votant, dem Antrag des Regierungsrats stattzugeben und das Postulat Nussbaumer/Werner als erledigt abzuschreiben.

**Kurt Balmer** stimmt seinem Vorredner vollumfänglich zu. Er hat sich ebenfalls die Mühe gemacht, § 9h der Sozialhilfeverordnung im Detail anzuschauen – und ist etwas erstaunt über die Stawiko, welche es für nicht zumutbar hält, den betreffenden Paragrafen nachzuschlagen. Immerhin werden die Mitglieder des Kantonsrats mit der gesamten Gesetzessammlung bedient, und diese ist auch im Internet aufgeschaltet. Es wäre also Pflicht jedes Kantonsratsmitglieds, den betreffenden § 9h anzuschauen. Nach Meinung des Votanten ist das Postulat Nussbaumer/Werner zum grossen Teil erfüllt, und es braucht keinen weiteren bürokratischen Leerlauf. Die Begründung des Regierungsrats ist zugegebenermassen etwas knapp ausgefallen, das Vorgehen ist aber – verschiedene Redner haben darauf hingewiesen – formell zulässig. Der Votant bittet deshalb, den Antrag der Stawiko abzulehnen und das Postulat Nussbaumer/Werner als erledigt abzuschreiben.
Der Votant stellt aber den **Antrag,** die vom Regierungsrat beantragten Fristerstreckungen nicht zu genehmigen. Wenn eine Frist abgelaufen ist, kann sie grundsätzlich nicht erstreckt werden, sondern muss zuerst wieder gesetzt werden. Das beantragt die Regierung aber nicht. Der Votant verzichtet auf eine detaillierte Begründung seines Antrags, verweist aber auf seine Voten in Zusammenhang mit Vorstössen zur neuen Geschäftsordnung.

**Pirmin Andermatt** hat eine Frage zur beantragten Fristerstreckung für die erheblich erklärte Motion Stuber/Schmid/Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern. In der Begründung für die Fristerstreckung steht: «Die Verhandlungen mit der SBB AG laufen. Erste Aussagen der SBB AG sind frühestens 2016 zu erwarten, da die Infrastrukturkapazitäten vertieft abgeklärt werden müssen.» Die Frage an den Volkswirtschaftsdirektor: Wie kann es sein, dass für die Abklärungen von Infrastrukturkapazitäten Jahre gebraucht werden – die Motion wurde 2010 eingereicht –, eine Reduktion des Angebots wie bei der S24 jedoch im Rahmen des Entlastungsprogramm beinahe innert Monatsfrist erfolgen kann? Auf welcher Basis wurde dieser letztere Entscheid getroffen? Je nach Antwort behält sich der Votant vor, einen Antrag auf Fristerstreckung nur bis Ende Dezember 2015 zu stellen.

Landammann **Heinz Tännler** geht zuerst auf den Antrag von Kurt Balmer ein. Die Begründung, dass eine abgelaufene Frist nicht erstreckt werden könne, mag aus der Sicht eines vor den Gerichten tätigen Rechtsanwalts korrekt sein. Im vorliegenden Zusammenhang aber handelt es sich um überspitzten Formalismus. Der Regierungsrat bemüht sich sehr, die Fristen einzuhalten und die Pendenzenliste abzubauen; das wurde ihm auch von verschiedenen Votanten attestiert. Er empfiehlt deshalb, den Antrag Balmer abzulehnen, auch auf dem Hintergrund, dass abgelaufene Fristen in der Vergangenheit schon x-fach erstreckt wurden. Der Antrag des Regierungsrats entspricht als gelebter Praxis.
Zur Motion von Andreas Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen führt der Landammann aus, dass dieses Geschäft einfacher aussieht, als es in Tat und Wahrheit ist. Es erfordert vertiefte staatsrechtliche Abklärungen. Laut Motionstext soll der Regierungsrat gegen aussen auf allen staatlichen Ebenen konsequent die Beschlüsse des Kantonsrats vertreten, insbesondere in Rechtsverfahren vor dem Bundesgericht. Die Motion stützt sich im Wesentlichen auf die Gewaltenteilungslehre. Sie geht davon aus, dass gemäss Kantonsverfassung der Kantonsrat dem Regierungsrat staatsrechtlich übergeordnet ist. Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung birgt aber heikle Abgrenzungsfragen. Die Stellung des Kantonsrats einerseits und des Regierungsrats andererseits gilt es mit aller Sorgfalt darzulegen. Auch wenn das Gewaltenteilungsprinzips auf den ersten Blick glasklar zu sein scheint, muss man mit aller Deutlichkeit festhalten: Die jeweilige Stellung der beiden Gewalten liegt nicht ohne weiteres auf der Hand. Der Landammann sichert aber zu, dass der Regierungsrat seinen Bericht und Antrag innert der erstreckten Frist, also bis spätestens Ende Januar 2016, abliefern wird. Er dankt dem Rat für sein Wohlwollen auch in Bezug auf diese Fristverlängerung.
Karin Andenmatten-Helbling hat die Motion Lustenberger-Seitz/Zeiter betreffend Veloweg vom Lättich nach Walterswil angesprochen. Es ist richtig, dass dieses Begehren schon seit etwa sechs Jahren bei der Baudirektion liegt. Die Regierung will es aber nicht als separates Projekt umsetzen, sondern mit einer Sanierung der Sihlbruggstrasse nach Walterswil verknüpfen. Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurde die Baudirektion nun aufgefordert, das Strassenbauprogramm von acht auf zwölf Jahre zu erstrecken und gewisse Investitionen zu verschieben. Deshalb wird die erwähnte Sanierung in den Jahren 2015–2018 nicht vorgenommen und damit auch der angesprochene Veloweg nicht realisiert. Es kommt dazu, dass auf Bundesebene darüber diskutiert wird, wie die Finanzierung der Nationalstrassen organisiert werden soll – und es sieht danach aus, dass in Kürze eine Lösung gefunden wird. Diese würde dazu führen, dass der Nationalstrassenperimeter verändert und neu auch die Strasse von Baar nach Walterswil umfassen

würde. Das würde bedeuten, dass die vorgesehene Überführung der Kantonsstrasse bei Walterswil vom Bund finanziert würde. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, das Projekt im Moment zurückzustellen. Der Regierungsrat beantragt deshalb, die Frist für die erwähnte Motion zu erstrecken und deren Umsetzung mit dem genannten Sanierungsprojekt per 2019 zu verknüpfen, zumal keine wirkliche Notwendigkeit besteht, das Anliegen der Motion früher umzusetzen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** beantwortet die Fragen von Pirmin Andermatt. Dass es nicht einfach ist, mit den bestehenden Infrastrukturen das Angebot auf der Linie Zug–Luzern hochzufahren, ergibt sich aus der Fristerstreckung, welche der Regierungsrat für die erwähnte Vorlage beantragt. Der Regierungsrat hat bereits Ende Oktober 2014 bei der Beantwortung der Motion Stuber/Schmid/Lötscher betreffend Erhöhung der Bahnkapazitäten und des Postulats Brunner betreffend Perronverlängerungen ausgeführt, dass es ein komplexer Prozess ist, auf den bestehenden Infrastrukturen – bis 2025 sind keine Bundesmittel für einen Ausbau vorgesehen – die Bahnkapazitäten zu erhöhen. Im Moment fehlt dafür schlicht der Platz. Die entsprechende Planung läuft aber: Ausbauschritt 2030 unter dem Stichwort FABI, worüber im Februar 2014 ja abgestimmt wurde. Das ist aber ein komplexes Räderwerk von Regionalverkehrsangebot, Fernverkehrsangebot, Güterverkehrsangebot etc. Die Angebotsvorstellungen werden in diesem Jahr zusammengetragen. Die Zentralschweizer Kantone haben sich Ende letzten Jahres in einer Eingabe u. a. massiv dafür eingesetzt, dass diese Kapazitäten erhöht werden. Der Bund und die SBB müssen jetzt die Fernverkehrsangebote planen und alle Angebotsvorstellungen koordinieren. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind erst im nächsten Jahr zu erwarten. In diesem Sinn ist die Antwort dieselbe wie im Oktober 2014: Die jetzigen Infrastrukturen erlauben keine Kapazitätssteigerung. Man kann sich noch fragen, ob der Kanton Zug mit eigenem Geld die Perrons in Rotkreuz und Baar verlängern soll. Das regierungsrätliche Fazit dazu war, dass man die Perrons zwar verlängern könnte, dass der Kanton dazu aber eigene Mittel in zweistelliger Millionenhöhe in die Hand nehmen müsste. Und wenn dann zehn Jahre lang kein zusätzlicher Zug anhält, nützen diese Verlängerungen bzw. diese Investitionen nichts. Dieses Fazit gilt auch heute noch, und neue Ergebnisse, die wirklich Hand und Fuss haben, sind in diesem Jahr noch nicht zu erwarten. In diesem Sinn ist der Antrag auf Fristverlängerung das einzige ehrliche Vorgehen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden teilt **Pirmin Andermatt** mit, dass er auf einen Antrag verzichtet. Er hält aber fest, dass seine Frage bezüglich S24 noch nicht beantwortet wurde.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass es hier nicht darum gehen kann, über Massnahmen im Rahmen des Entlastungsprogramms zu diskutieren. Darüber kann man später im Rahmen des Postulats oder anderer Vorstösse debattieren. Hier geht es einzig um Fristerstreckungen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, nimmt Stellung zur Abschreibung des Postulats Nussbaumer/Werner. Im Kommentar zur GO KR heisst es auf Seite 217, Ziff. 689: «Der Sammel-Zwischenbericht enthält ein Modul für erheblich erklärte Postulate, die als erledigt abgeschrieben werden können. Die Abschreibung kann auch dann im Zwischenbericht erfolgen, wenn keine separate Vorlage vorgesehen ist. Beispiel: Gegenstand des Postulats ist eine Verordnung.» Dieses Vorgehen legt der Regierungsrat nun als Antrag vor. Der Regierungsrat versteht, dass sich der Rat ungenügend informiert fühlt. Er schlägt vor, dieses Thema im Kantonsrats-

büro zu besprechen und anschliessend dem Regierungsrat klar zu sagen, in welchem Umfang der Kantonsrat solche Abschreibungen von Postulaten möchte.
Postulate sind kein verbindlicher Auftrag, sondern eine Bitte an den Regierungsrat. Im vorliegenden Fall wurde das Postulat wie folgt umgesetzt: In § 9h Abs. 2 der Sozialhilfeverordnung heisst es: «Bei der Unterstützung von Familien mit einem oder mehreren Kindern kann insbesondere die Hinterlegung von Motorfahrzeug-Kontrollschildern verlangt werden, wenn der Betrieb des Motorfahrzeuges eine zweckwidrige Verwendung des Unterstützung darstellt.» Und Abs. 3 lautet: «Von einer solchen Auflage ist abzusehen, wenn a) die Betroffenen aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen auf ein Motorfahrzeug angewiesen sind; b) die Unterstützungsdauer weniger als sechs Monate beträgt.» Diese Verordnungsänderung hat der Regierungsrat am 3. Oktober 2014 im Amtsblatt publiziert, und sie ist seit dem 1.Januar 2015 in Kraft.
Der Regierungsrat bittet auch in Hinblick auf das Entlastungsprogramm, dem gewählten pragmatischen Vorgehen zuzustimmen und das Postulat abzuschreiben. Er dankt dem Büro, wenn es das Thema diskutiert und festlegt, in welchem Umfang Abschreibungen im Zwischenbericht vorgenommen werden sollen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht auf die Frage von Andreas Hausheer zu den Personalstellen des Amts für Kultur ein. Dieses Amt ist unter der Kostenstelle 1790 buchhalterisch tatsächlich mit 6,2 Personalstellen dotiert, allerdings ist ihm auch das kantonale Museum für Urgeschichte(n) an der Hofstrasse angegliedert. Das eigentliche Amt für Kultur, angesiedelt bei der Bildungsdirektion an der Baarerstrasse, ist mit rund 2 Personalstellen dotiert, das Museum für Urgeschichte(n) mit den restlichen rund 4 Stellen. Dass man unterschiedliche Funktionen in der gleichen Kostenstelle zusammenfasst, ist nicht unüblich. So werden auch bei der Kantonsschule einerseits Verwaltungspersonal und andererseits Lehrpersonal zusammengefasst. Die Motion Abt muss natürlich im eigentlichen Amt für Kultur mit den genannten 2 Personalstellen beantwortet werden.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass im Bericht und Antrag des Regierungsrats unter der Kategorie A noch nicht behandelte parlamentarische Vorstösse zur Fristerstreckung unterbreitet werden. Unter die Kategorie B fallen bereits erheblich erklärte parlamentarische Vorstösse, deren Fristen zu erstrecken sind. Es gibt nur eine einzige Lesung. Die erweiterte Staatswirtschaftskommission stellt folgende Anträge:
- Die Fristen für die Behandlung der in der Vorlage 2513.1 erwähnten sechs parlamentarischen Vorstösse gemäss den Einzelanträgen seien zu erstrecken.
- Das Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Auto und Sozialhilfe vom 7. Juli 2011 (Vorlage 2067.1) sei nicht als erledigt abzuschreiben; vielmehr sei vom Regierungsrat ein separater Bericht und Antrag zu verlangen.

Der Rat geht die Vorlage seitenweise durch. Sofern kein abweichender Antrag gestellt wird, ist der jeweilige Antrag des Regierungsrats genehmigt.

**Seite 1, 2 und 3**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die jeweiligen Anträge des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Kurt Balmer, keine Fristerstreckungen zu gewähren, mit 67 zu 5 Stimmen ab.

**Seite 4**

Der **Vorsitzende** hält fest, die erweiterte Staatswirtschaftskommission hier beantragt, das Postulat Nussbaumer/Werner nicht als erledigt abzuschreiben und vom Regierungsrat einen separaten Bericht und Antrag zu verlangen; der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag nicht an. Das Abschreiben von erheblich erklärten Motionen und Postulaten im jährlichen Zwischenbericht des Regierungsrats ist – gestützt auf § 48 Abs. 4 in Verbindung mit § 45 Abs. 4 GO KR – zulässig.

➔ Der Rat folgt mit 37 zu 35 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats, das Postulat Nussbaumer/Werner als erledigt abzuschreiben.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**174 Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)**
Vorlagen: 2493.1/1a - 14909 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2493.2 - 14910 (Antrag des Regierungsrats); 2493.3/3a - 14940 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, hält fest, dass das vorliegende Geschäft in seiner bisher neun Jahre langen Mitgliedschaft in der Konkordatskommission wohl die am wenigsten bestrittene Vorlage war. Die Kommission beantragt denn auch mit 9 zu 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten. Materiell geht es um eine interkantonale Vereinbarung, mit welcher eine andere interkantonale Vereinbarung, nämlich das Viehhandelskonkordat, aufgehoben werden soll; eine Auflösung ist im jetzigen Viehhandelskonkordat nämlich nicht vorgesehen. Warum das Viehhandelskonkordat aufgehoben werden soll, ist in Ziff. 2.1 des Kommissionsberichts ausgeführt. Von Belang ist, wie das Konkordatsvermögen von 4,8 Millionen Franken aufgeteilt werden soll. Der Kanton Zug hat 65'000´Franken zugute, welche der allgemeinen Staatsrechnung gutgeschrieben werden sollen. Zwar kann der Kantonsrat nicht darüber befinden, die Konkordatskommission ist mit dieser Regelung aber einverstanden; auch hierzu sei auf den Kommissionsbericht verwiesen.
Zwei Wermutstropfen sind aber noch anzuführen. Zum einen hat das Veterinäramt eine Vernehmlassungsantwort an den Vorort des Konkordats geschickt, dies in Überschreitung seiner Kompetenzen. Als man das merkte, wurden die Konkordatskommission und der Kantonsrat korrekterweise auch noch einbezogen. Zum anderen wird im Antrag der Regierung von zwei aufzuhebenden Erlassen nur einer genannt. Der Grund dafür liegt gemäss Gesundheitsdirektion und Staatskanzlei darin, dass

der fehlende Erlass aus dem Jahr 1943 nicht als Textversion im Erlassverwaltungssystem erfasst war und deshalb in der erwähnten Vorlage nicht abgedruckt werden konnte. Wie auch immer: Im Antrag der Konkordatskommission sind nun alle Erlasse drin, welche aufgehoben werden sollen. Die Kommission stellt den **Antrag,** auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der Kommission zuzustimmen.

**Karen Umbach:** Auch die FDP-Fraktion begrüsst den Antrag des Regierungsrats zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats und die vorgeschlagene Verteilung des Konkordatsvermögens. Es ist immer schön, wenn man die Notwendigkeit von Vereinbarungen und Gesetzen überprüft und wenn möglich abbaut. Mit der Einführung des Tierseuchengesetzes sind die notwendigen Sicherheitsmassnahmen gewährleistet, und mit der Erhebung der Schlachtabgaben sind auch die kantonalen Einnahmen gesichert. Den Vorschlag, den Anteil des Kantons Zug am Konkordatsvermögen von rund 65'000 Franken der Staatsrechnung zufliessen zu lassen, findet die FDP sehr begrüssenswert – nach dem Motto «Jedes bisschen hilft».

**Philip C. Brunner** freut sich als Mitglied der Konkordatskommission, wenn ein Konkordat aufgehoben wird. Er dankt der Regierung und dem Kommissionspräsidenten für ihre Arbeit. Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** dankt der Konkordatskommission für ihre Arbeit und dem Rat für seine Zustimmung.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**§ 1**
**§ 2**
**II.**
**III. Ziff. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Konkordatskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**III. Ziff. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Konkordatskommission den fehlenden Erlass hier richtigerweise nachgeführt hat. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Konkordatskommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Konkordatskommission.

**IV.**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 8
**Geschäfte, die am 28. Mai 2015 nicht behandelt werden konnten:**

Traktandum 8.1: **Motion der FDP- und der SVP-Fraktion betreffend Sicherung von Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Zug vor wirtschaftlicher Schädigung durch Ausspähung**

Das Traktandum wurde auf die Nachmittagssitzung verschoben (siehe Ziff. 168 bzw. Ziff. 186).

**175** Traktandum 8.2: **Motion von Daniel Abt, Karl Nussbaumer und Andreas Hausheer betreffend Holzförderung**
Vorlagen: 2390.1 - 14665 (Motionstext); 2390.2 - 14941 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Daniel Abt** spricht als Vertreter der Motionäre und legt seine Interessenbindung vor: Er ist selbstständiger Holzbauer und beschäftigt etwa 28 Mitarbeiter. Er dankt der Regierung für die Vorlage, mit welcher die Motionäre einverstanden sind.
Die Motion hat eine Vorgeschichte. Während seiner nunmehr neun Jahre dauernden Mitarbeit in der Kommission für Hochbauten erlebte der Votant zu oft, dass bei der Beratung eines bestimmten Projekts der Antrag gestellt wurde, das betreffende Objekt in Holzbauweise zu erstellen. Selber lehnte er diese Anträge immer ab. Weshalb? Holz hat zahlreiche Vorteile, sofern es am richtigen Ort eingesetzt wird. Auch im Unternehmen des Votanten wird einem Bauherrn sofort zu einem anderen Baustoff geraten, wenn Holz nicht der richtige ist. Holz falsch eingesetzt, macht niemanden glücklich, richtig eingesetzt dafür umso mehr. Folgende Argumente sprechen dafür, die Holzförderung gesetzlich zu verankern:
• Um den zahlreichen Aufgaben nachzukommen, welche der Wald zu übernehmen hat – Schutz, Lebensraum für Tiere, Erholungsgebiet, $CO_2$-Binder etc. –, muss dieser unterhalten werden. Zum Unterhalt gehört auch, dass das nachwachsende Holz abgeschöpft wird. Der täglich im Zuger Wald nachwachsende Rohstoff muss aktiv genutzt werden.
• Zahlreiche Arbeitsplätze im Kanton Zug hängen an der Holzwirtschaft. Dieses gilt es zu erhalten.
• Holzbauten können in kurzer Zeit realisiert werden. Sie weisen eine hervorragende Energiebilanz auf, da der Anteil grauer Energie bei deren Erstellung äusserst tief gehalten wird.
• Holz ist ein $CO_2$-neutraler Energieträger, der nicht aus dem Ausland zugekauft werden muss.
• Aus ökologischer Sicht gilt, dass Rohstoffe möglichst da eingesetzt werden sollen, wo sie auch gewonnen werden.

• Die bereits heute im Richtplan stehenden Aussagen zum Zuger Holz sind leider zu wenig griffig. Ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus zeigt, dass in Kantonen mit einem griffigeren Waldgesetz das Potenzial wesentlich besser genutzt wird.
• Wenn Projekte bereits in Holzbauweise geplant werden, können diese absolut konkurrenzfähig realisiert werden. Private Investoren setzten bereits heute auf die Vorteile der Holzbauweise. Man denke etwa an den neu erstellten Schulhaustrakt der International School in Walterswil, das Tamedia-Gebäude in Zürich, das neue Elefantenhaus im Zoo Zürich oder an Bauten in der Suurstoffi in Rotkreuz.
Die Motionäre wollen, dass Kanton und Gemeinden die Nutzung von Holz bei all ihren Tätigkeiten in die Evaluation einbeziehen; dabei sind die Vor- und Nachteile abzuwägen. Die Motionäre wollen weiter, dass bei Architekturwettbewerben die Holzbauweise als ebenbürtig zu den klassischen Bauweisen in Stahl und Beton akzeptiert wird. Sie können sich vorstellen, dass in den Wettbewerbsunterlagen darauf hingewiesen wird, dass Eingaben in Holzbauweise willkommen sind. Es geht den Motionären nicht darum, Holzbauten generell anderen Bauweisen vorzuziehen. Holz soll da eingesetzt werden, wo seine Vorteile genutzt werden können.
Wie die Regierung ausführt, ist die entsprechende Gesetzesanpassung kostenneutral. Die Motionäre danken für die Unterstützung der Erheblicherklärung.

**Walter Birrer** spricht für die SVP-Fraktion und hält fest, dass die vorliegende Motion verlangt, das Waldgesetz wie folgt zu ergänzen:
• Der Kanton fördert die Verwendung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger bei allen seinen Tätigkeiten.
• Bei der Projektierung von kantonalen und kommunalen sowie vom Kanton subventionierten Bauten sind die Holzbauweise und die Nutzung der Holzenergie in die Evaluation einzubeziehen. Dabei sind auch ökologische Kriterien zu berücksichtigen.
In der SVP-Fraktion wurde intensiv über die Motion diskutiert. Bezüglich des ersten Anliegens ist die SVP gleicher Meinung wie die Motionäre. Die Begründung ist im Bericht und Antrag des Regierungsrats umfassend aufgeführt. Wer diesen Bericht gelesen hat, ist bestens informiert.
Das zweite Motionsanliegen führte in der SVP-Fraktion zu einer längeren Diskussion. Hier wird nur noch von der Holzbauweise und mit keinem Wort mehr davon gesprochen, woher das verwendete Holz stammen soll; es könnte also von überall auf der Welt kommen. Da stellt sich die Frage, ob hier einfach Lobbying betrieben wird. Die zweite Forderung geht der Mehrheit der SVP zu weit. Diese Evaluation darf nicht vorgeschrieben werden, sonst müsste bei kantonalen und kommunalen Projekten sowie bei vom Kanton subventionierten Bauten immer eine doppelte Ausschreibung gemacht werden. Denn nur bei Kostenwahrheit kann definitiv entschieden werden, welchen Baustoff man nehmen will; das gilt insbesondere bei der angespannten Finanzlage des Kantons. Auch will die SVP keine Einschränkung bei der Wahl der Architekten und Anbieter. Eine doppelte Ausschreibung bedeutet auch doppelte Kosten bei der Projektierung. Zudem gibt es noch andere Baumaterialien aus dem Kanton Zug, welche ebenfalls einbezogen werden müssten. Daran und an die kantonalen Finanzen gilt es beim nächsten Projektierungskredit zu denken.
Zusammenfassend lehnt die Mehrheit der SVP-Fraktion die vorliegende Motion aus folgenden Gründen ab:
• Lobbyismus wird von der SVP-Fraktion nicht unterstützt oder gefördert.
• Die Regierung kann auch Offertvarianten in Holzbauweise einfordern, ohne dass dies im Gesetz festgeschrieben ist.
• Wenn der Rat dem vorliegenden Begehren stattgibt, wird schon bald die nächste Motion folgen, beispielsweise dass in den vom Kanton betriebenen Restaurants oder in der Mensa der Kantonsschule nur noch Milch von einheimischen Kühen

oder nur noch Früchte, Gemüse und Fleisch aus der Region angeboten werden dürfen.
Daher stellt die SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion von Daniel Abt, Karl Nussbaumer und Andreas Hausheer betreffend Holzförderung nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Mariann Hess** spricht für die ALG und legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Zu ihrem Hof gehört eigener, selbst bewirtschafteter Wald.
Die ALG unterstützt sowohl die Motion als auch die vom Regierungsrat gemachten Umsetzungsvorschläge als Schritt in die richtige Richtung. Damit der Holzpreis aber tatsächlich steigt, wie vom Regierungsrat angestrebt, sind deutliche Massnahmen auf breiter Front erforderlich. Die Bauten der öffentlichen Hand allein bzw. ein paar Dachbalken oder eine Holzschalung um ein Betongebäude werden den Holzpreis nicht erhöhen. Nur eine grosse Menge an zusätzlich verwendetem Holz kann dies ermöglichen. Schade findet die ALG, dass beim Bau des Stadtpavillons hinter der Bibliothek Zug nicht einheimisches Holz verwendet wurde.
Wichtig ist, dass bei der Evaluation von Projekten von kantonalen und kommunalen sowie vom Kanton subventionierten Bauten ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Für die ALG ist klar: Nur wenn die ökologischen Vorteile von einheimischem Holz korrekt gewichtet werden, werden Holzbauprojekte im Evaluationsverfahren die höchste Punktezahl erreichen. Die Kostenwahrheit ist auch hier entscheidend. Ob Korporationen sowie das Amt für Wald und Wild allein in der Lage sind, die Verwendung von zusätzlichem Holz umzusetzen, wie es der Regierungsrat vorschlägt, ist fraglich. Die aktuell kritische Situation der Holzbranche – z. B. mit dem Verlust aller grossen Sägereien im Kanton Zug – konnte jedenfalls durch diese Organe nicht verhindert werden. Es braucht neben der erhöhten Nachfrage nach Holz zusätzlich ein professionelles Marketing, um eine Wende zu erzielen. Die hervorragende Ökobilanz muss hervorgestrichen und der Öffentlichkeit bekannt und nähergebracht werden. Die Ökobilanz beginnt mit der Entstehung und endet mit der Wiederverwertung.
Die Votantin bittet im Namen der ALG, die vorliegende Motion erheblich zu erklären. Abschliessend berichtet sie von ihrer eigenen Erfahrung: Sie lebt seit 25 Jahren in einem Zuger Bauernhaus. Es wurde vor über 300 Jahren aus Massivholz gebaut und steht – nebenbei bemerkt – unter Denkmalschutz. Es ist immer noch bestens bewohnbar. Holzhäuser haben eine schöne Alterung, sind einfach und günstig im Unterhalt und besitzen ein einzigartiges Wohnklima.

**Beat Iten,** Fraktionssprecher der SP, kommt aus einer Gemeinde mit grossen Waldflächen und einer starken Korporation, die diesen Wald pflegt und bewirtschaftet, damit er die in der regierungsrätlichen Antwort aufgezählten Funktionen erfüllen kann. Dazu gehören die Klima- und Schutzfunktionen, der Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie der Freizeit- und Erholungsraum für die Bevölkerung. Es ist bedauerlich, dass die Pflege und Bewirtschaftung des Waldes heute mit sehr viel Geld subventioniert werden muss, obwohl in einem gesunden Wald der einzige Baurohstoff zur Verfügung steht, der ohne menschliches Zutun nachwächst und sich ständig vermehrt. Andere Rohstoffe werden abgebaut und stehen irgendwann nicht mehr zur Verfügung. Mit der Förderung des Holzes können also gleichzeitig verschiedene Ziele angestrebt und erreicht werden. Die SP-Fraktion unterstützt daher die Erheblicherklärung der Motion betreffend Holzförderung und stärkerem Einbezug von Holzbauprojekten bei den Evaluationsverfahren von kantonalen und kommunalen Bauten.

**Michèle Kottelat:** Die Grünliberalen unterstützen den Antrag des Regierungsrats, die Motion betreffend Holzförderung erheblich zu erklären. Auch sie sind der Meinung, dass vermehrt einheimisches Holz zum Bau von Häusern und zum Heizen eingesetzt werden soll. Holzverwendung aus nachhaltiger Holzwirtschaft ist aktiver Umwelt- und Klimaschutz. Es ist ein ökologischer, aber auch ökonomischer Unsinn, dass der Kanton in grossem Umfang Beiträge an die Defizite der Holzernte zahlen muss. Ein vermehrter Einsatz von Holz als Baustoff drängt sich geradezu auf. Jeder verbaute Kubikmeter Holz leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer Wertschöpfungskette der kurzen Wege. Für eine Tonne Holz speichert der Baum rund 1,9 Tonnen $CO_2$. Wird das Holz verbaut, bleibt das $CO_2$ in Form von Kohlenstoff gebunden. Der Wald fungiert folglich als $CO_2$-Senker. Er bindet mehr $CO_2$ aus der Luft, als er abgibt. Jedoch wirkt die Speicherfunktion von Holz erst bei der Nutzung. Jeder genutzte Stamm schafft Platz für neue Bäume und vermehrt somit den $CO_2$-Speicher durch Holz. Mit Hilfe der Substitution von fossilen Energieträgern oder energieaufwendig produzierten Stoffen durch Holz tritt ein weiterer Einspareffekt durch vermiedene $CO_2$-Emissionen ein. Ideal ist es, wenn Holz zuerst stofflich verwendet und erst am Ende seines Lebenszyklus verbrannt wird. So ist der $CO_2$-Einspareffekt am grössten.
Die kurzen Bezugswege, das geringe Gewicht und die energetisch wenig aufwendige Verarbeitung sorgen insgesamt für einen geringen Energieaufwand. Die Herstellung von Stahlbeton benötigt viermal so viel Primärenergie wie die Produktion vergleichbarer Holzelemente. In diesem Sinn freuen sich die Grünliberalen auf zahlreiche neue Holzbauten im Kanton Zug.

Für **Pirmin Frei** ist es keine Frage: Die Motion Abt/Nussbaumer/Hausheer hat etwas Sympathisches: Holz ist doch so heimelig. Trotzdem rät der Votant, die Motion kritisch zu hinterfragen. Die Motionäre haben zwei Anliegen:
• die Förderung des einheimischen Holzes;
• den Kanton und die Gemeinden zu verpflichten, bei Bauprojekten eine Holzbauweise zu prüfen.
Zur Holzförderung: Wenn immer von staatlicher Förderung die Rede ist, regt sich im Votanten etwas – dies zuweilen heftig, weshalb er seine Überlegungen etwas ausführlicher darlegen will.
Holz ist ein Naturprodukt, es gibt dafür einen Markt, und die Holzproduzenten stehen in einem harten, zunehmend internationaleren Wettbewerb. Dass Schweizer Holz derzeit nicht konkurrenzfähig ist, ist eine Tatsache. Ist eine Industrie nicht mehr konkurrenzfähig, so hat sie im Wesentlichen drei Optionen:
• Sie streicht die Segel und geht ein. Das kann hier nicht im öffentlichen Interesse sein, weil der Wald bewirtschaftet werden muss, wenn er seine vielfältigen Funktionen erfüllen soll.
• Die Industrie kann versuchen, die Qualität ihrer Produkte zu verbessern oder ihr Angebot zu verändern, um neue Nachfrage zu generieren. Da sind der Holzindustrie allerdings schon aus biologischen Gründen gewisse Grenzen gesetzt.
• Die Industrie muss effizienter werden, um ihre Preise senken zu können.
Hier liegt ein entscheidender Punkt: Der Wald in der Schweiz wurde in den letzten Jahren von der Politik und der Verwaltung richtiggehend «zerreguliert». Politik und Verwaltung haben – durchaus gut meinend, aber vermutlich etwas realitätsfremd – dem Wald ein rigides Gesetzes- und Verordnungskorsett überstülpt und den Waldeigentümern viele neue Auflagen etwa bezüglich Verkehrswegen, Bepflanzung – Stichwort Biodiversität – etc. gemacht. Das trieb die Kosten für die Holzbewirtschaftung schleichend in die Höhe. Die Schweizer Holzwirtschaft kämpft seit langem nicht mehr mit gleich langen Spiessen wie die ausländische Konkurrenz insbeson-

dere in Skandinavien und Osteuropa, wo in hohem Mass industriell, mehr oder weniger auflagenfrei und mit erheblich tieferen Personalkosten gearbeitet werden kann. Was kann man in dieser Situation tun, wenn man nicht will, dass die Wälder zu unwegsamen Urwäldern verkommen? Es gibt nur zwei Möglichkeiten:
• Man dereguliert den Wald.
• Man versucht, den selbst geschaffenen Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken, zu Deutsch: das Schweizer Holz zu fördern.
Eine Deregulierung ist in einer Zeit, in der viele Politiker und Politikerinnen hinter jedem gefällten Baum einen Mord an der Natur sehen, leider unrealistisch und – wenn überhaupt – nur langsam zu realisieren. Damit bleibt eigentlich nur die Variante Förderung. Persönlich kann der Votant beim überregulierten Wald mit einer Erheblicherklärung der Motion leben, freilich nur, wenn die Förderung massvoll ist und binnenwirtschaftlich nicht zu weiteren Wettbewerbsverzerrungen führt.
Zum zweiten Teil der Motion muss der Votant seine Interessenbindung offenlegen: Er ist Geschäftsführer der Stammgruppe «Produktion und Handel» von «bauenschweiz», der Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft. Zu dieser Stammgruppe gehören namhafte Baustoffhersteller-Verbände, u. a. die Schweizerische Zementindustrie (cemsuisse), die Kies- und Betonindustrie (FSKB bzw. Fibrecem), die Ziegel- und Backsteinindustrie (swissbrick), die Trockenmörtelhersteller und die Stahlhändler. Diese Industrien produzieren für die Schweizer Bauwirtschaft. Sie stehen im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern und leiden wie die gesamte Wirtschaft – auch die Holzindustrie – unter dem starken Franken. Sie kämpfen aber auch untereinander: Zement gegen Backstein, Backstein gegen Trockenmörtel, Beton gegen Stahl etc. – und alle auch gegen den Werkstoff Holz. Jedes Bauprodukt hat seine spezifischen Vorzüge und Nachteile, aber auch seine *Fans,* die auf das Produkt schwören, seine Gegner, die das Produkt nicht einsetzen wollen, und solche, die es nicht oder nicht richtig kennen. Es ist neben dem Verkauf die wichtigste unternehmerische Aufgabe dieser Industrien, die Vorzüge ihrer Produkte bei Bauherren und Planern bekannt zu machen. Dafür investieren sie viel Zeit und Geld. Sie können dabei nicht auf die staatliche Promotion zählen, wie sie heute von den Motionären zugunsten des Holzes bzw. der Holzbauweise verlangt wird. Prüfen heute die Baubehörden die Holzbauweise nicht schon von sich aus konsequent, so heisst das nichts anderes, als dass die Holzindustrie noch Arbeit vor sich hat. Von «ungleichen Spiessen mit Beton oder Stahl», wie es der Regierungsrat auf Seite 10 seines Berichts formuliert, kann da keine Rede sein. Das Motionsanliegen 2 führt zu Wettbewerbsverzerrungen, die aus liberaler Sicht – bei aller Sympathie für den Werkstoff Holz – nicht zugelassen werden dürfen.
Die Motionäre verweisen auf andere kantonale Waldgesetze. In den zitierten Gesetzen finden sich lediglich Bestimmungen zur Förderung einheimischen Holzes, jedoch keine, welche zwingend die Prüfung für die Holzbauweise verlangen. Der Votant stellt daher den **Antrag,** die Motion betreffend Holzförderung sei, insoweit sie die zwingende Prüfung der Holzbauweise bei der Projektierung kantonaler und gemeindlicher Bauten verlangt, nicht erheblich zu erklären. Für den Fall, dass der Kantonsrat diesen Antrag ablehnt, stellt er den **Eventualantrag,** die Motion sei wie folgt zu präzisieren: «Bei der Projektierung von kantonalen und kommunalen sowie vom Kanton subventionierten Bauten sind die Holzbauweise mit ausschliesslich einheimischem Holz und die Nutzung der Holzenergie aus einheimischen Wäldern in die Evaluation einzubeziehen. Dabei sind auch ökologische Kriterien zu berücksichtigen.» Mit dieser Präzisierung soll – entgegen der Haltung der Regierung – sichergestellt werden, dass die Gesetzesänderung tatsächlich dem einheimischen Holz und nicht einfach dem Holz zugutekommt. Nur damit ist dem Grundanliegen der Motion – die Förderung des Schweizer Holzes – Rechnung getragen. Alles

andere wäre ein nicht tolerierbarer Markteingriff zugunsten eines Werkstoffs, der, insofern er importiert wird, keine staatliche Förderung bzw. Bevorteilung verdient.

Mitmotionär **Karl Nussbaumer** legt seine Interessenbindung vor: Er ist Waldbesitzer. Warum soll man Holz als Bau- und Werkstoff verwenden? China-Stahl ist der Preisdrücker und Verdränger auf breiter Front. Er wird mit Tiefstlöhnen und wenig Rücksicht auf die Umwelt hergestellt und defizitär verkauft. Weltweit haben daher viele Stahlwerke schlechte Endproduktpreise und schreiben trotz versteckter Hilfen rote Zahlen. Der weltweit zu billige Stahl nimmt auch dem Holz Märkte weg und drückt die Preise. Augenfällig ist die Verdrängung durch Stahl bei Leimbindern und Balken; weniger sichtbar, aber ebenfalls gross ist die Verdrängung durch Billigbleche, welche Span- und Faserplatten, Furniere und Sperrholz ersetzen. Verformte Bleche und kleinkalibrige Stahlröhren verdrängen Holz auch im Möbelbau.
Der Votant bittet den Rat, die Motion zu unterstützen. Es ist wichtig, Bau- und Werkstoffe aus der näheren Umgebung zu verwenden und China nicht noch weiter zu unterstützen. Auch ein Teil der SVP-Fraktion wird die Motion unterstützen.

**Daniel Abt** findet den Eventualantrag von Pirmin Frei nicht unsympathisch, er hätte das Anliegen aber nicht so zu formulieren gewagt. Ihm geht die beantragte Formulierung zu stark Richtung Heimatschutz. Anliegen der Motionäre ist es, dass die Holzbauweise geprüft werden soll. Das bedeutet konkret, dass bei einem Projekt Achsmasse festzulegen sind, die auch mit Holzbauten realisiert werden können. Und genau da liegt die Schwierigkeit: Liegt nach einem Architekturwettbewerb ein fertiges Bauprojekt vor, ist es in der Regel nicht mehr möglich, die Holzbauweise zu prüfen, da die Abmessungen etc. einfach nicht stimmen. Bezieht man die Holzbauweise von Anfang an in die Evaluation ein, können die Möglichkeiten des Werkstoffs Holz auch tatsächlich zum Zug kommen.
Die explizite Beschränkung auf Schweizer Holz führt eher zu einer Wettbewerbsverzerrung. Man müsste dann auch beim Beton die ausschliessliche Verwendung von Schweizer Kies oder bei den Dämmstoffen die Beschränkung auf Schweizer Produkte verlangen. Es ist deshalb besser, die Herkunft des Holzes offenzulassen – wobei es selbstverständlich zu begrüssen ist, wenn bei entsprechenden Projekten Schweizer Holz verwendet wird.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass der Zuger Wald sehr produktiv ist: Mit dem Holz, das jeden Tag wächst, könnte man zwei Einfamilienhäuser bauen und diese vier Jahre lang beheizen. Wie gehört, sind die Holzpreise sehr tief, und der Kanton leistet Defizitbeiträge. Er hat deshalb auch mit Blick auf das Entlastungsprogramm ein Interesse, dass die Holzpreise wieder steigen.
Der Kanton Luzern hat das von den Motionären eingebrachte Anliegen bereits in sein Waldgesetz aufgenommen. Der betreffende Paragraf, der in ähnlicher Form auch für den Kanton Zug vorstellbar ist, lautet: «Der Kanton fördert die Verwendung von einheimischen Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger bei allen seinen Tätigkeiten. Er unterstützt Massnahmen zur Förderung der Holzverwendung und der Holzforschung.» Der zweite Absatz lautet: «Bei der Projektierung von kantonalen und kommunalen sowie vom Kanton subventionierten Bauten ist die Holzbauweise und die Nutzung der Holzenergie in die Evaluation einzubeziehen. Dabei sind auch ökologische Kriterien zu gewichten.» Mit einer solchen Formulierung ist entgegen der Aussage von Walter Birrer nur garantiert, dass der Holzbau in die Evaluation einbezogen wird; es ist damit nicht garantiert, dass nachher tatsächlich ein Holzbau realisiert wird.

Gestern wurde auf dem Gottschalkenberg die neue Aussichtsplattform Bellevue eröffnet. Diese wurde mit dem Holz von dreizehn Lärchen gebaut, welche in unmittelbarer Nähe, oberhalb der Sparenhütte, standen; erstellt wurde sie von Lehrlingen aus dem Holzbereich. Das ist ein aktuelles und gutes Beispiel für die Verwendung von Holz.
Die Direktorin des Innern bittet namens des Regierungsrats, die Motion erheblich zu erklären. Der Eventualantrag von Pirmin Frei kann im Rahmen des regierungsrätlichen Berichts und anschliessend in der vorberatenden Kommission durchaus diskutiert werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei gleichwertige Anträge vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats: Erheblicherklärung
• Antrag der SVP-Fraktion: Nichterheblicherklärung
• Antrag Pirmin Frei: Teilerheblicherklärung
Bei der Dreifachabstimmung hat jedes Ratsmitglied *eine* Stimme.

Die Dreifachabstimmung ergibt die folgenden Resultate:
• Antrag des Regierungsrats (Erheblicherklärung): 59 Stimmen
• Antrag der SVP-Fraktion (Nichterheblicherklärung): 7 Stimmen
• Antrag Pirmin Frei (Teilerheblicherklärung): 7 Stimmen

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 59 Stimmen erheblich.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Pirmin Frei mit 54 zu 12 Stimmen ab.

**176** Traktandum 8.3: **Postulat von Daniel Abt und Adrian Andermatt betreffend Erhöhung des Kinderbeitrags der Einkommensobergrenze für Mietzinsbeiträge gemäss WFG**
Vorlagen: 2423.1 - 14740 (Postulatstext); 2423.2 - 14918 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Daniel Abt** dankt namens der Postulanten für die prompte Stellungnahme zum im letzten August eingereichten Postulat. Die von der Regierung vorgelegten Argumente sind verständlich und nachvollziehbar. Allerdings ist zu bezweifeln, ob die wahre Problematik erkannt wurde.
Die Regierung argumentiert dahingehend, dass die Beiträge generell nach oben angepasst worden seien. Das ist korrekt. Allerdings wird der aktuell vorhandene Systemfehler nicht erkannt. Wenn ein Zweipersonenhaushalt heute ein maximales Einkommen von 60'000 Franken haben darf, um in den Genuss von Fördergeldern zu gelangen, so liegt die maximale Einkommensobergrenze für dasselbe Paar nach der Geburt ihres ersten Kindes bei lediglich 62'500 Franken. Die Geburt eines Kindes bedeutet für die meisten Paare die radikalste Änderung ihrer Einkommensverhältnisse. Das Einkommen von 200 Stellenprozenten wird damit meist auf die Hälfte reduziert. Die Lebenshaltungskosten steigen durch den Bedarf nach einer grösseren Wohnung und durch die dritte Person, die ernährt und eingekleidet werden will. Im Gegenzug wird die Einkommensgrenze gemäss Wohnraumförderungsgesetz (WFG) um 2500 Franken erhöht. Dieses Verhältnis stimmt einfach nicht.
Der Votant ist Genossenschafter und Vorstandsmitglied einer Wohnbaugenossenschaft, die letztes Jahr ein schönes Mehrfamilienhaus beziehen lassen konnte. Auch bei dessen Vermietung hat sich gezeigt, dass es sehr schwierig ist, Familien zu fin-

den, die ohne Sozialhilfe auskommen und dennoch die vorgegebenen Einkommensgrenzen nicht überschreiten. Im Sinne der Mittelstandsfamilien wäre eine Revision des WFG gemäss Vorschlag des Postulats dringend an der Zeit. Die Postulanten gehen jedoch mit der Regierung einig, dass heute, vor dem Hintergrund des Entlastungsprogramms, eine zusätzliche Erhöhung der Einkommensobergrenze und eine daraus resultierende Erhöhung der zu entrichtenden Fördergelder schwer umsetzbar sein wird. Sie sind deshalb mit der Nichterheblicherklärung einverstanden. Sie erwarten jedoch, dass der aufgezeigte Missstand bei der nächsten ordentlichen Revision behoben wird, und behalten sich vor, ihr Anliegen erneut auf den Tisch zu bringen, sobald die kantonalen Finanzen wieder im Lot sind.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion und legt zuerst seine Interessenbindung vor: Er ist Vorstandsmitglied einer Wohnbaugenossenschaft in Baar, die aktuell 37 Wohnungen vermietet. Ein Teil der Mieter, rund ein Drittel, profitiert von den Mietzinsbeiträgen des Kantons gemäss Wohnraumförderungsgesetz (WFG).
Der Votant war Präsident der Kommission, welche 2010 die Revision des WFG vorberiet. Der Kantonsrat fällte bei dieser Revision einen guten Entscheid, als er die massgebenden Bruttoeinkommen bzw. Einkommensobergrenzen erhöhte, bis zu welchen Mietzinsbeiträge gewährt werden. Bei einer Familie mit drei Kindern wurde das beitragsberechtigte Bruttoeinkommen 2003, bei der Einführung des WFG, auf 90'000 Franken festgesetzt; dieser Betrag wurde bei der letzten Revision auf 110'000 Franken, also um 22 Prozent erhöht. Während dieser Zeit stieg der Index der Konsumentenpreise aber nur um rund 6 Prozent. Die Einkommensobergrenze für die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen liegt also trotz Inflation immer noch rund 16 Prozent höher als 2004. Die SP stimmt deshalb dem Regierungsrat zu, dieses Postulat nicht erheblich zu erklären.
Der Votant sieht allerdings ein anderes Problem bei den Mietzinsbeiträgen. Hat eine Familie mit drei Kindern ein Bruttoeinkommen bis und mit 110'000 Franken, erhält sie Mietzinsbeiträge. Verdient sie nur einen einzigen Franken mehr, entfallen die Mietzinsbeiträge vollständig. Dies kann das Budget einer Familie nachhaltig belasten. Der Votant plant deshalb einen Vorstoss für eine stufenweise Reduktion der Mietzinsbeiträge. Wenn heute beispielsweise das beitragsberechtigte Bruttoeinkommen für eine Familie mit drei Kindern fix bei 110'000 Franken festgelegt ist, könnte ein Modell mit verschiedenen Beitragsstufen etwa so aussehen:
- bis zu einem Bruttoeinkommen von 100'000 Franken: 100 Prozent der heutigen Mietzinsbeiträge;
- bei einem Bruttoeinkommen von 100'000 bis 110'000 Franken: 80 Prozent der heutigen Mietzinsbeiträge;
- bei einem Bruttoeinkommen von 110'000 bis 120'000 Franken: 50 Prozent der heutigen Mietzinsbeiträge.

So würden die Familienfinanzen wahrscheinlich nicht so schnell und vor allem nicht so abrupt aus dem Lot fallen, wie es heute mit einer fixen Grenze, bei der es um alles oder nichts geht, der Fall ist.

**Michèle Kottelat:** Die Grünliberalen unterstützen den Antrag des Regierungsrats, dieses Postulat nicht erheblich zu erklären. Sie sind erstaunt über den Absender und können nicht nachvollziehen, dass dieses Postulat aus der Feder des selbsternannten «liberalen Originals» stammt. Als liberale Partei kann die GLP nicht verantworten, dass immer mehr Familien vom Staat unterstützt werden. Man muss mit allen Mitteln vermeiden, dass sich in Zug schleichend Verhältnisse *à la française* ergeben, wo der Staat zur Milchkuh geworden ist – zu einer Milchkuh, die immer weniger Milch gibt, weil zu viele davon zehren. Die GLP anerkennt, dass der Woh-

nungsmarkt im Kanton Zug sehr einseitig ist und dass es auch für Mittelstandsfamilien nicht einfach ist, eine Wohnung zu vernünftigen Preisen zu finden. Kaufen ist im Moment mit den niedrigen Hypothekarzinsen viel attraktiver und günstiger. Dafür aber braucht es genügend Eigenkapital.
Das Problem vieler Familien lässt sich jedoch nicht damit lösen, dass der Staat eingreift und *à gogo* Wohnungen verbilligt. Das wäre ein völlig falsches Signal. Vielmehr setzt sich die GLP als Liberale für mehr Eigeninitiative und Kreativität ein. Dafür muss man aber ein günstiges Terrain schaffen. Die GLP plädiert dafür, dass im preisgünstigen Wohnungsbau auch wirklich günstige Wohnungen gebaut werden und nicht Wohnungen, die einen immer höheren Standard haben. Die Tendenz bei Neubauten im sogenannten preisgünstigen Segment geht im Kanton Zug leider immer mehr in Richtung Luxuswohnungen. Mehrgenerationenprojekte und Wohnüberbauungen mit Clusterwohnungen sind Lösungsansätze, die man auch im Kanton Zug verfolgen sollte. Investoren, Pensionskassen und die öffentliche Hand sind gefordert, die Weichen neu zu stellen. Die Architekten müssen neue Ideen entwickeln und nicht mehr mit *cut and paste* den immer selben Einheitsbrei anbieten. Um günstiger zu sein, müssen die Grundrisse der Wohnungen wieder kleiner werden. Was man braucht, ist mehr Kreativität, ein Ausbrechen aus den alten Gewohnheiten, die nicht mehr zukunftsweisend sind. Es ist höchste Zeit für einen Paradigmenwechsel.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** dankt für die gute Aufnahme des regierungsrätlichen Berichts und äussert sich zu drei Aspekten aus der Debatte. Er glaubt nicht, dass die heutige Lösung einen Systemfehler aufweist. Es ist eine politische Frage, wie stark die Entlastung durch die Wohnraumförderung in den Mittelstand hinein wirken soll, und man muss diese Frage gesamtheitlich betrachten. So ist etwa daran zu erinnern, dass die letzte Revision des Steuergesetzes den Mittelstand massiv entlastete.
Bisher bestand im Bereich Wohnraumförderung eher das Problem, dass ein ungenügendes Angebot bestand, also ungenügende Projekte vorlagen. Für das nächste Jahr sieht das etwas besser aus: Es gibt einige Projekte für preisgünstigen Wohnraum, gerade von Wohnbaugenossenschaften, welche im Kanton Zug eine sehr wichtige Rolle spielen. Da kann der Kanton mit seinen Mitteln Unterstützung leisten. Die Volkswirtschaftsdirektion wird entsprechend etwas mehr Mittel für diesen Bereich budgetieren – wobei sich die Frage stellen wird, ob das im Rahmen des Entlastungsprogramms seinen Platz findet. Der Volkswirtschaftsdirektor ist schon jetzt gespannt, wie der Kantonsrat darauf reagieren wird.
Zum Vorschlag von Alois Gössi: Bei jeder staatlichen Unterstützung, jeder Subvention und jedem Steuerabzug hat man die genannte Grenzproblematik. Man darf das aber nicht pro Sektor, sondern muss es im Gesamten anschauen. Es darf nicht durchgehende Brüche geben, so dass beispielsweise jemand, der 80'000 Franken verdient, gleich über verschiedene Schwellen fällt: keine Kinderabzüge mehr, keine Stipendien mehr, keine sonstigen Zuschüsse mehr. Auch warnt der Volkswirtschaftsdirektor vor einer Verkomplizierung des Systems durch feinere Abstufungen, die immer auch zu mehr administrativem Aufwand führen.

➔ Der Rat erklärt das Postulat stillschweigend nicht erheblich.

**177** Traktandum 8.4: **Interpellation von Stefan Gisler, Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend Unregelmässigkeiten bei Wahllisten**
Vorlagen: 2437.1 - 14779 (Interpellationstext); 2437.2 - 14928 (Antwort des Regierungsrats).

**Andreas Hausheer** dankt als Sprecher der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Was passiert ist, ist passiert. Es gilt, die Lehren daraus zu ziehen, und der Regierungsrat verspricht, dies tatsächlich auch zu tun. Trotz des ausgedrückten Bedauerns, dass Wahllisten ohne Rücksprache abgeändert wurden, erstaunt es doch etwas, dass bei den dafür Zuständigen die nötige Sensibilität fehlte und sie nicht von sich aus darauf kamen, dass es wohl klüger wäre, rückzufragen statt einfach zu ändern. Nicht zu entschuldigen ist, dass bei der Gestaltung der Wahlzettel die klar geäusserten Bedenken und Forderungen der vorberatenden Kommission einfach in den Wind geschlagen wurden. Warum wohl diskutiert eine Kommission während Stunden genau diese Fragen? Wohl kaum, damit dann seitens der Verwaltung trotzdem etwas anderes gemacht wird. Was sich allenfalls auch genauer anzuschauen lohnen würde, ist die Frage, ob es wirklich gescheit ist, dass die Wahlaufsicht auch dann uneingeschränkt bei der Direktion des Innern bleibt, wenn der Vorsteher oder die Vorsteherin dieser Direktion bei Regierungsratswahlen selber kandidiert.
In der Interpellationsantwort gelobt der Regierungsrat Besserung durch verschiedene Massnahmen. Es ist zu hoffen, dass er an diesen Massnahmen festhält und bei nächsten Wahlen nicht wieder sein Bedauern ausdrücken muss. Möglicherweise wird ein Nachredner die Verantwortlichkeit einer einzigen bestimmten Stelle – sprich: der Staatskanzlei – zuweisen wollen. Das ist genauso falsch, wie eine andere Stelle von jeder Verantwortung reinzuwaschen. Tatsache ist, dass sowohl Vertreter der Staatskanzlei als auch der Direktion des Innern sowie der Gemeinden in der «Arbeitsgruppe Wahlen 2014» Einsitz hatten, dies mit in der jeweiligen Hierarchie durchaus gewichtigen Vertretungen. Diese Arbeitsgruppe schätzte die visuelle Gestaltung der Wahlzettel als gut genug ein und setzte sich damit über die Empfehlungen der erwähnten vorberatenden Kommission hinweg. Entsprechend ist auch diese Arbeitsgruppe verantwortlich für die getroffenen Entscheide. Es ist somit sicherlich nicht korrekt, die Verantwortung einfach einer bestimmten Stelle oder Person in die Schuhe zu schieben. Nun gilt es aber, in die Zukunft zu schauen und darauf zu vertrauen, dass das Gleiche nicht ein zweites Mal passiert.

**Stefan Gisler:** Bei der Wahl des Regierungsrats am 5. Oktober 2014 gab es ausserordentlich viele ungültige Stimmen. Ihre Zahl bewegte sich zwischen 1,4 Prozent in Neuheim und 21,8 Prozent in Unterägeri; kantonsweit wurden 9,4 Prozent ungültige Wahlzettel festgestellt. Zum Vergleich: Bei den Regierungsratswahlen im Herbst 2010, damals noch im Proporzverfahren, waren es 0,7 Prozent.
Die Interpellanten haben das Unglück der vielen ungültigen Stimmen kommen sehen. Sie haben darum bereits vor dem Wahltag den vorliegenden Vorstoss eingereicht und darin besonders die unzureichenden Wahlzettel mit visuell identischem Beiblatt plus ungeschickter Perforation moniert. Diese Wahlzettel hätten fast eine reguläre Wahl verhindert, und sie gefährdeten – das ist die Interessenbindung des Votanten – die Wiederwahl der Regierungsrätin seiner Partei, der ALG. Erst als die fälschlicherweise eingeworfenen Beiblätter nach einem Gerichtsentscheid mitgezählt wurden, konnte der eindeutige Stimmenvorsprung von über 2000 Stimmen und somit das klare Verdikt des Volkes zutage gefördert werden.
Der Regierungsrat räumt in seiner Antwort ein, dass die von der vorberatenden Kommission zum Wahlgesetz geforderte klare visuelle Trennung zwischen leerem

Wahlzettel einerseits und Beiblatt andererseits leicht möglich und sinnvoll gewesen wäre. Wie bereits gehört, ging man zu wenig auf die Wünsche von Kantonsrat und vorberatender Kommission ein. Zuständig für die Wahlzettelgestaltung war und ist gemäss § 9 des Wahlgesetz die Staatskanzlei. Das steht auch in der *Homepage* des Kantons unter «Aufgaben der Staatskanzlei», und das hat der Landschreiber in einer Medienmitteilung vom 10. Oktober 2014 richtigerweise auch anerkannt, als er selbst von der Staatskanzlei als «verantwortliche Stelle für Organisation und Durchführung der Wahlen» schrieb. Gemäss § 6 des Wahlgesetzes hat der Kanton die unabhängige und weisungsbefugte Aufsicht über die Wahlen. Wo diese angesiedelt ist, ist letztlich unerheblich; wichtig ist allein, dass es eine solche Aufsicht gibt. Die Aufsicht hat die ungenügenden Wahlzettel vor dem Versand bemerkt und beanstandet. Der Interpellationsantwort der Regierung kann man entnehmen, dass die Aufsicht am 7. September eine Verfügung erliess, damit ein Neudruck der ungenügenden Wahlzettel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln erwirkt werde. Es wäre wohl wünschenswert gewesen, wenn die Aufsicht – und hier liegt sicher eine Mitverantwortung – schon früher eingegriffen hätte. Aber letztlich muss man ja auch der Verwaltung ein Stück weit vertrauen, dass sie ihre Aufgaben eigenständig und korrekt erfüllt. Die Frage bleibt, ob damals die Abklärungen, ob ein Neudruck rund einen Monat vor der Wahl noch möglich gewesen wäre, rechtzeitig und breit genug gemacht wurden. Dem Votanten bleiben Zweifel. Er hätte gedacht, dass ein Neudruck noch möglich gewesen wäre, aber das ist im Nachhinein immer leichter zu sagen als damals auszuführen.
Fehler passieren. Wichtig ist, dass daraus etwas gelernt wird. Darum begrüsst die ALG die angekündigten bzw. bereits getroffenen Massnahmen, welche die Regierung in ihrer Antwort auf die Interpellationsfrage 5 sowie in der am 10. März 2015 verabschiedeten neuen Verordnung zu den Wahlzetteln vorsieht. Die vorgeschlagenen Massnahmen stellen sicher, dass künftig dem Willen der vorberatenden Kommission und des Kantonsrats vollumfänglich nachgekommen wird. Der Staatskanzlei werden klare Instruktionen erteilt, wie die Wahlunterlagen auszusehen haben. Und der Votant geht davon aus, dass alle Partien die laufende Vernehmlassung dazu genutzt haben, gemeinsam absichern zu können, dass künftig die Wahlberechtigten ihren Willen einfach und eindeutig zum Ausdruck bringen können. Der Votant dankt der Regierung für die Verordnung und den eingeschlagenen Weg.

**Manuel Brandenberg** schliesst sich den Vorrednern an und dank der Regierung für die Massnahmen, welche sie eingeleitet hat, um künftig solche Geschehnisse zu verhindern. Er erinnert daran, dass auch Alt-Kantonsrat Manfred Wenger unter den Fehlern gelitten hat, fehlte auf dem Wahlzettel bei seinem Namen doch die Angabe «bisher». Er konnte also den Vorteil, den Bisherige erfahrungsgemäss haben, nicht geniessen, und wurde abgewählt. An seiner Stelle wurde Willi Vollenweider gewählt – und wie es mit ihm herausgekommen ist, ist allen bekannt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass alle Beteiligten aus den Fehlern gelernt haben. Sie wird noch vor den Sommerferien dem Regierungsrat die Änderung der Wahl- und Abstimmungsverordnung beantragen, der neu als Anhang die neugestalteten Wahlzettel beigefügt sind. Die zuständige Stelle wird die entsprechende Umsetzung vornehmen. Damit wird Transparenz und Rechtssicherheit erreicht. Wie es zu den Fehlern kam, konnte geklärt werden. Die Abläufe wurden neu definiert, so dass solche Fehler hoffentlich nicht mehr vorkommen werden. Es gilt nun, gemeinsam nach vorne zu schauen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 9

**178 Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket: 2. Lesung**

Vorlagen: 2424.5 - 14924 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2424.6 - 14954 (Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass mit dem Einverständnis des stellvertretenden Finanzdirektors, Regierungsrat Urs Hürlimann, und der Stawiko-Präsidentin Gabriela Ingold das vorliegende Traktandum trotz der Abwesenheit von Finanzdirektor Peter Hegglin beraten wird. Auf die zweite Lesung des Geschäfts ist ein Antrag des Regierungsrats eingegangen.

Der stellvertretende Finanzdirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass die Regierung nach intensiver Diskussion zum Schluss gekommen ist, auf die zweite Lesung den vorliegenden Antrag zu stellen. In Kenntnis der in der ersten Lesung vorgebrachten Argumente beantragt der Regierungsrat, auf die Änderung von § 20 Abs. 2 (Eigenmietwertabzug auch bei unentgeltlichem Nutzungsrecht) zu verzichten. Der Regierungsrat begründet seinen Antrag damit, dass die Umsetzung des Entlastungsprogramms 2015–2018 eine schwierige Aufgabe ist. Auch hat er im Budgetprozess 2016 festgestellt, dass viel Geld bereits wieder weg ist, weil die Bundesgesetzgebung entsprechende Verbindlichkeiten festlegt. Die finanziellen Auswirkungen der in der ersten Lesung beschlossenen Änderung sind nach Ansicht des Regierungsrats erheblich: rund 800'000 Franken beim Kanton und rund 640'000 Franken bei den Gemeinden. In der Vernehmlassung haben denn auch sechs Gemeinden die Änderung abgelehnt, nur eine Gemeinde hat ihr zugestimmt.
Der Regierungsrat bittet den Rat, seinem Antrag zuzustimmen und so die entsprechenden Einnahmen sicherzustellen.

**Alois Gössi,** Präsident der vorberatenden Kommission: Die vorberatende Kommission zur fünften Steuergesetzrevision hat den Antrag des Regierungsrats heute Morgen ebenfalls diskutiert. Der Regierungsrat beantragt, die in der ersten Lesung vorgenommene Änderung von § 20 Abs. 2 – es geht um den Eigenmietwertabzug bei unentgeltlichem Nutzungsrecht – rückgängig zu machen. Der Regierungsrat argumentiert nicht, dass die Änderung an und für sich falsch sei, sondern er will sie aus rein finanziellen Gründen rückgängig machen. Diese Änderung führe zu einem Steuerausfall von rund 800'000 Franken beim Kanton und rund 640'000 Franken bei den Gemeinden. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation und auch wegen des Entlastungsprogramms 2015–2018 könne es sich der Kanton schlicht nicht leisten, auf Einnahmen von rund 800'000 Franken zu verzichten. Der Steuerausfall müsste mit weiteren zusätzlichen Entlastungsmassnahmen kompensiert werden.
Der Antrag des Regierungsrats wurde in der vorberatenden Kommission kontrovers diskutiert. Eine Minderheit fand, dass diese Steuerausfälle vor dem Hintergrund des Entlastungsprogramms unnötig resp. fehl am Platz seien. Auch sei der vorgesehene Einschlag systemwidrig: Es gibt keine Auslagen, und trotzdem soll ein Abzug gewährt werden. Die Mehrheit fand jedoch, dass mit dem Abzug des Eigenmietwerts auch bei unentgeltlichem Nutzungsrecht eine Systemwidrigkeit behoben werde, welche neben dem Kanton Zug nur der Kanton Uri kennt. In den letzten Jahren verdoppelte sich die Zahl der betreffenden Fälle wegen der – in der Zwischenzeit abgelehnten – Erbschaftssteuerinitiative. Finanziell gesehen kommt es wegen dieser neuen Fälle zu keinen Steuerausfällen bei Hausverkäufen: Der Einschlag wurde ja schon vorher gewährt und wird auch bei Nutzniessung weiterhin gewährt. Der effektive Steuerausfall ist damit also bedeutend kleiner als angegeben. In Hinblick auf das Entlastungsprogramm wurde auch die Meinung vertreten, dass diese

Einnahmenausfälle anderweitig kompensiert werden müssten. Zusammenfassend gewichtete die vorberatende Kommission die Behebung einer Systemwidrigkeit bei den Steuern höher als den Einnahmenausfall und empfiehlt mit 9 zu 3 Stimmen, den Antrag des Regierungsrats abzulehnen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hat heute Morgen in der engeren Stawiko eine kurze Umfrage durchgeführt. Die Stawiko bleibt mit 5 zu 2 Stimmen beim Ergebnis der ersten Lesung. Es gibt gegenüber der ersten Lesung keine neuen Erkenntnisse. Selbstredend hat die Stawiko Verständnis dafür, dass die Regierung aufgrund der aktuellen Finanzlage jeden Franken umdreht. Das Entlastungsprogramm ist in der *Pipeline,* und die Verwaltung steht mitten im Budgetprozess 2016. Der Kantonsrat und die Stawiko im Speziellen warten auf das Entlastungsprogramm und möchten dieses lieber heute als morgen beraten und die Weichen für die Zukunft stellen. Aber trotz Entlastungsprogramm müssen die Gesetze fair sein. § 20 Abs. 2 in der alten Version ist steuersystematisch klar falsch. Die bisherige Praxis gilt einzig in den Kantonen Zug und Uri. Alle anderen Kantone behandeln das unentgeltliche Nutzungsrecht zum Eigengebrauch wie das selbstbewohnte Eigentum. Der Bund übernimmt die Faktoren des Kantons, was dazu führt, dass Zugerinnen und Zuger gegenüber den Bewohnern anderer Kantone bei der Bundessteuer schlechter gestellt sind. Das lehnt die Stawiko ab.

**Heini Schmid** teilt mit, dass die CVP-Fraktion mehrheitlich empfiehlt, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten. Der Votant stellt fest, dass die Regierung zunehmend Anträge auf die zweite Lesung stellt, ohne dass sich materiell etwas verändert hat. Er bittet den Regierungsrat, solche Anträge nur noch einzubringen, wenn wirklich neue Argumente vorliegen; die zweite Lesung darf nicht zu einer Wiederholung der ersten Lesung werden. Im vorliegenden Fall kommt dazu, dass der entsprechende Entscheid sehr deutlich gefällt wurde. Auch war das Entlastungsprogramm zum Zeitpunkt der ersten Lesung schon bekannt, und der regierungsrätliche Antrag auf die zweite Lesung wurde schon vor der Abstimmung über die Erbschaftssteuerinitiative eingereicht. Diese zwei Aspekte können beim regierungsrätlichen Antrag also keine wirkliche Rolle gespielt haben. Materiell haben die Sprecher der vorberatenden Kommission und der Stawiko die Argumente dargelegt. Der Votant schliesst sich den Vorrednern an und bittet, beim Ergebnis der ersten Lesung zu bleiben.

**Markus Hürlimann** hält als Sprecher der SVP-Fraktion einleitend fest, dass nicht seine persönlichen Interessen, aber diejenigen seiner Eltern von der vorliegenden Änderung tangiert sind: Bei einer Änderung von § 20 Abs. 2 würden sie von einem tieferen Mietwert profitieren, was ihnen der Votant von Herzen gönnen würde.
In der ersten Lesung hat der Kantonsrat der Änderung von § 20 Abs. 2 des Steuergesetzes mit grosser Mehrheit zugestimmt, wonach nicht nur der Eigenmietwert, sondern auch der Mietwert für das unentgeltliche Nutzungsrecht zum Eigengebrauch auf das zulässige Minimum festzusetzen sei. Der Rat ist damit der vorberatenden Kommission und der Stawiko gefolgt. Trotz des klaren Resultats stellt nun der Regierungsrat auf die zweite Lesung den Antrag, auf diese Änderung zu verzichten. Begründet wird dieser Antrag einzig mit dem laufenden Entlastungsprogramm und den befürchteten Einnahmeausfällen. Wenn man den Ausführungen des Finanzdirektors in der ersten Lesung aufmerksam zugehört hat, könnte man den Eindruck gewinnen, bei dieser Änderung handle es sich um ein Steuergeschenk an gutsituierte Bürger, auf welches mit gutem Gewissen verzichtet werden könne. Das ist es selbstverständlich nicht, sondern es handelt sich um eine Änderung, welche eine seit Jahren herrschende Ungerechtigkeit endlich beseitigt.

Man stelle sich folgende Situation vor: Ein Ehepaar mit mittlerem Einkommen hat immer bescheiden gelebt, einige Kinder grossgezogen und sich dafür entschieden, für die Zukunft zu sparen, anstatt nur zu konsumieren, und sich so den Traum eines Eigenheims erfüllt. Nun hat diese Familie vor einigen Jahren für 700'000 Franken eine Eigentumswohnung gekauft, was zu einem jährlichen Eigenmietwert – nach dem Einschlag – von 21'000 Franken führte. Es wurde also ein fiktives Einkommen besteuert, welches diese Familie am Ende des Jahres zwar nicht auf dem Bankkonto hatte, das sie aber trotzdem versteuern musste. Was passiert nun im Kanton Zug, wenn dieses Ehepaar seine erbrechtlichen Angelegenheiten so früh wie möglich selbst regeln und seine Eigentumswohnung den Kindern schenken, aber mit einer Nutzniessung für sich bis zum Ableben beider Ehepartner belegen möchte? Der Einschlag entfällt, und auf einen Schlag bezahlt das Ehepaar nicht mehr einen reduzierten Eigenmietwert von 21'000 Franken, sondern den vollen Verkehrsmietwert von 35'000 Franken. Das bedeutet nicht nur einen um 14'000 Franken höheren Mietwert pro Jahr, sondern auch eine Anhebung um sage und schreibe zwei Drittel des bisherigen Eigenmietwerts. Obwohl die Liegenschaft genau gleich genutzt, also von den exakt gleichen Personen bewohnt wird, soll plötzlich eine ganz andere Ausgangslage vorliegen, und der ohnehin nur fiktive Mietwert soll voll versteuert werden. Das ist ungerecht. Und zu allem Übel wird dieser massiv höhere Mietwert auch noch für die Berechnung der Direkten Bundessteuer herangezogen, was die Ungerechtigkeit zusätzlich verschärft. Dass diese Praxis der kantonalen Steuerverwaltung ziemlich schief in der Steuerlandschaft steht, zeigt auch die Tatsache, dass neben Zug nur noch der Kanton Uri in gleicher Weise verfährt.
Man sieht: Die in der ersten Lesung beschlossene Änderung des Steuergesetzes führt zu keinen Steuerprivilegien für gutsituierte Personen, sondern beseitigt eine seit Jahren herrschende Ungerechtigkeit, welche vor allem den bescheiden und sparsam lebenden Mittelstand massiv belastet und somit bestraft. Es ist deshalb eine denkbar schlechte Idee, diese Anpassung wegen möglicher Einnahmenausfälle zu verhindern. Namens der SVP-Fraktion bittet der Votant, die Änderungen der ersten Lesung beizubehalten und den Antrag des Regierungsrats abzulehnen.

**Andreas Hürlimann:** Die ALG unterstützt den Antrag des Regierungsrats. Der Votant hat sich im Rahmen der ersten Lesung bereits dazu geäussert und möchte die Haltung seiner Fraktion noch einmal bekräftigen.
In Zeiten von Sparpaketen zusätzliche Einnahmenausfälle zu beschliessen, geht einfach nicht auf. Eine Aufhebung der bisher in Zug gelebten Praxis hätte – wie gehört – jährliche Steuerausfälle von rund 800'000 Franken beim Kanton und weiteren rund 640 000 Franken bei den Gemeinden zur Folge. Angesichts der momentanen Finanzlage sind solche Entlastungen nicht sachgerecht und unnötig. Das ist auch die Meinung der Mehrheit der Gemeinden, welche diese Änderung mit einer Ausnahme klar ablehnen.
Es geht im Durchschnitt um etwa 1500 Franken, wobei die Mehrheit der Betroffenen eher gutsituierte Personen sind. Zu beachten ist auch, dass es um ein unentgeltliches Nutzungsrecht geht, also um ein Recht, für welches kein Entgelt geschuldet wird. Und dennoch soll ein Steuerabzug möglich sein? So systemfremd scheint der Antrag der Regierung nicht zu sein. Und das Ganze geht besonders in der aktuellen Finanzsituation einfach nicht auf. Der Votant dankt deshalb für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

**Daniel Thomas Burch:** Die FDP-Fraktion schliesst sich den Argumenten der vorberatenden Kommission und der Stawiko an und hält am Ergebnis der ersten Lesung fest.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. «Es ist nicht zu verantworten, auf Steuereinnahmen zu verzichten.» Dieses Zitat stammt nicht aus einer Medienmitteilung der SP, sondern aus dem Antrag der Regierung vom 9. Juni 2015. Die SP bleibt auf Kurs und hält daran fest, dass der Eigenmietwert bei Nutzniessung nicht abzugsberichtigt sein soll. Es ist positiv, dass der Regierungsrat in seiner Begründung explizit auf das kantonale Entlastungsprogramm eingeht und wörtlich schreibt: «Die Massnahmen sind mit teils schmerzlichen Entlastungen verbunden. Vor diesem Hintergrund kann es sich der Kanton Zug schlicht und einfach nicht leisten, auf Einnahmen zu verzichten, die er heute erzielt.» Die SP empfiehlt dem Regierungsrat dringend, auf genau solche Einnahmen Wert zu legen und Steuererhöhungen auch über solche Streichungen von Abzugsmöglichkeiten weiterhin ernsthaft zu prüfen, insbesondere jene, welche grossmehrheitlich eher reiche Personen betreffen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

**Philip C. Brunner** hat den Eindruck, er sei im falschen Film. Regierungsrat Urs Hürlimann spricht von «erheblichen» Auswirkungen der in der ersten Lesung beschlossenen Änderung. Am Nachmittag wird der Rat über den Geschäftsbericht 2014 debattieren. *Dort* geht es um erhebliche Zahlen, nämlich um ein Defizit von 140 Millionen Franken. Die hier diskutierten 800'000 Franken hingegen sind nur 0,05 Prozent bzw. 0,5 Promille des Gesamtbudgets von 1,4 Milliarden Franken. Wenn der Rat – wie es die Ratslinke will – allen Ernstes beginnt, über 800'000 Franken zu debattieren, muss man einige andere Zahlen vorlegen. Wer weiss, was der Kanton tagtäglich für sein Personal ausgibt? Die Personalkosten liegen bei über 300 Millionen Franken pro Jahr, wobei man mit etwa 220 Arbeitstagen pro Jahr rechnet. Der Kanton gibt pro Tag also rund 1,5 Millionen Franken für die Leistungen des Staatspersonals aus. Man muss die Verhältnisse wahren. Der Kanton wird erhebliche Anstrengungen machen, sparen und Personal abbauen müssen. 800'000 Franken sind da gar nichts. Das ist ein leichtes Säuseln der Blätter, und dabei wäre es nötig, dass ganze Bäume rauschen. Einen Betrag von 800'000 Franken als «erheblich» zu bezeichnen, muss man klar kritisieren.
Der Votant attestiert der Regierung, dass sie überall nach Sparmöglichkeiten sucht. Das ist positiv. Aber auf die zweite Lesung einen solchen Antrag zu stellen, nachdem die vorberatenden Kommissionen sehr gut gearbeitet und alle Abklärungen getroffen haben, ist aus Sicht des Votanten eher peinlich. Er wird der Regierung am Nachmittag genauer sagen, wo und wie sie sparen kann und muss – nämlich so, wie es die Wirtschaft und insbesondere die exportorientierten Betriebe tun müssen, welche aufgrund der Frankenstärke ganz anders *an die Säcke* müssen und keine Zeit haben, sich mit solchen Lappalien abzugeben.

Der **Vorsitzende** weist Philip C. Brunner darauf hin, dass 800'000 Franken eine gehörige Stange Geld sind – auch wenn es nicht rauscht in den Bäumen.

Auch **Barbara Gysel** erachtet die 800'000 Franken für den Kanton und die 640'000 Franken für die Gemeinden keineswegs als Pappenstiel. Sie sind allerdings auch nicht der ganz grossen Wurf. Mit anderen Worten: Die SP wird in Zukunft bei Geschäften, bei denen es um wesentlich kleinere Beträge geht und die aus rein ideologischen Gründen – sei es von rechts oder links – nicht befürwortet werden, gerne an das Votum von Philip C. Brunner erinnern. Sicher ist es aber nicht richtig, gewissermassen eine Grenze für finanzielle Beiträge einzuführen, über welche intensiv oder weniger intensiv diskutiert werden soll.
Die Votantin hat das Anliegen der Regierung so verstanden, dass im Rahmen des Entlastungsprogramms «erhebliche» Einsparungen vorgenommen werden müss-

ten. Im vorliegenden Fall geht es um einen möglichen Beitrag. Und dieser ist sicher nicht nur eine Lappalie, sondern verdient es, dass darüber diskutiert wird.

**Stefan Gisler** will die ausserordentlich seltene Gelegenheit, der Regierung für einen steuerpolitischen Entscheid danken zu können, nutzen: Er dankt dem Regierungsrat für seinen Antrag. Die Regierung zeigt Einsicht, dass man nicht auf Teufelkomm-raus bzw. Rechnung-geh-den-Bach-hinunter die Steuern senken darf. Es wurde moniert, dass gegenüber der ersten Lesung keine neuen Erkenntnisse oder Argumente vorgebracht worden seien. Vielleicht ist aber seit Februar doch dem einen oder anderen Ratsmitglied mit den Präzisierungen der Regierung zum Entlastungsprogramm aufgegangen, was da wirklich auf den Kanton zukommt. Der Votant dankt deshalb dem Regierungsrat, dass er dem Kantonsrat nochmals den Spiegel vorhält und diesen explizit frägt, ob er angesichts des Entlastungsprogramms diese Steuern, die niemanden wehtun und über die sich während Jahren niemand beklagte, wirklich senken will. Man muss sich auch vor Augen führen, warum plötzlich über diese Steuern geklagt wird. Schlecht beratene Hausbesitzer suchten im Vorfeld der Abstimmung zur Erbschaftssteuerinitiative ein Steuerschlupfloch und übertrugen ihr Haus an die Kinder, dies offensichtlich ohne den Paragrafen bezüglich Eigenmietwert zu kennen. Vorher war das für niemanden, auch nicht für Bauern etc., ein Problem: Es war für alle logisch, dass man für ein Haus, das man gratis bewohnt, keinen Steuerabzug geltend machen kann. Offenbar ist das aber für die neue Klientel, welche die erwähnten Hausübertragungen vornahm, nicht mehr so logisch.
Philip C. Brunner ist daran zu erinnern, dass Kleinvieh auch Mist macht. Das gewünschte Rauschen in den Bäumen wird er sicher zu hören bekommen, wenn der Rat über generelle Steuererhöhungen wird diskutieren müssen, um den Kanton Zug noch finanzieren zu können. 0,8 Millionen Franken für den Kanton und weitere 0,64 Millionen Franken für die Gemeinden seien – so Brunner – nichts. Es ist darauf hinzuweisen, dass mit dem Bus- und ÖV-Abbau, den die Regierung plant, ungefähr 1,2 Millionen Franken gespart werden können. Wenn der Rat heute also eine Steuersenkung von 1,44 Millionen Franken bewilligt, soll er dann bitte auch die 1,2 Millionen Franken für den ÖV nicht kürzen. Es handelt sich in beiden Fällen – um bei Philip C. Brunners Ausdruck zu bleiben – ja nur um eine Lappalie.
Der Votant hält es für ein falsches Signal, die Steuern in einem Bereich zu senken, welcher niemandem wehtut. Am Nachmittag wird der Rat über die Staatsrechnung 2014 debattieren, welche ein Defizit von 139 Millionen Franken ausweist; für 2015 ist bereits ein Defizit von 130 Millionen Franken budgetiert. Sagt man vor diesem Hintergrund, der Kanton Zug könne sich immer noch Steuersenkungen leisten, dann sagt man damit eigentlich, die Finanzlage des Kantons sei letztlich nicht so schlimm; oder man sagt damit, dass einem das Ganze letztlich egal sei. Der Votant ist der Meinung, man solle nicht auf Einnahmen verzichten, die den betreffenden Steuerzahlern wirklich nicht wehtun.

**Thomas Lötscher:** Man kann über die Frage, was viel bzw. wenig Geld sei, verschiedener Meinung sein, und man kann auch bezüglich des vorliegenden Antrags in guten Treuen unterschiedlicher Meinung sein. Findet man aber das Entlastungsprogramm als solches mit seinen rund 260 Einzelmassnahmen eine gute Variante, dann ist die Rechnung schnell gemacht: 260 mal 800'000 Franken ergeben nicht die angepeilten 80 oder 100 Millionen Franken, sondern 208 Millionen Franken. Von der Grösse des Betrags passt der Antrag des Regierungsrats also sehr gut ins Entlastungsprogramm.

**Urs Hürlimann** als stellvertretender Finanzdirektor hält fest, dass sich der Regierungsrat im Moment überall mit der Haltung konfrontiert sieht: Sparen ja, aber nicht bei mir! Vor drei Wochen wurden die Zuger Jägerinnen und Jäger informiert, dass im Rahmen des Sparprogramms keine Prämien für Fuchsschwänze und Krähenfüsse mehr bezahlt werden sollen, eine Anpassung von 3000 Franken. Das löste eine Debatte von einer Stunde Dauer aus, mit dem Resultat, dass der Vorstand des Patentjägervereins beauftragt wurde, vehement bei der kantonalen Jagdkommission zu intervenieren, damit auf diese Kürzung verzichtet werde. Da stellt sich die Frage: Wo soll der Regierungsrat denn ansetzen? Heute wird ihm vorgeworfen, der Betrag von 800'000 Franken sei ein Lappalie, und man müsse den Hebel bei den Personalkosten ansetzen. Die Regierung hat den Sparauftrag sehr ernst genommen und geht sehr ausgewogen vor. Beim Personal wird 1 Prozent eingespart, und es wird auf drei, allenfalls vier Jahre ein Personalstopp verfügt; das ist eine Herkulesaufgabe für die Verwaltung. Im Rahmen des Entlastungsprogramms spielen 800'000 Franken Steuerausfall eine wesentliche Rolle. Es geht hier auch darum, dass Parlament und Regierung am selben Strick ziehen und parteiunabhängig der Bevölkerung ein klares Zeichen geben, dass gespart und – auf einem hohen Niveau – der Gürtel etwas enger geschnallt werden muss. Und man muss sich bewusst sein: Einsparungen von 100 Millionen Franken werden kaum ausreichen, um die Defizite nachhaltig zu vermeiden.
Es wurde gesagt, dass der Regierungsrat bei seinem Antrag auf die zweite Lesung keine neuen Argumente eingebracht habe. Das ist nicht richtig: Es hat sich einiges verändert. Der Finanzdirektor hat dem Regierungsrat vor einigen Wochen aufgezeigt, wie sich die Finanzlage in den letzten Monaten nochmals massiv verschlechtert hat, und er hat die einzelnen Direktionen aufgerufen, ihre Budgets intensiv zu hinterfragen. Im Moment laufen die Budgetverhandlungen in den einzelnen Direktionen, und anschliessend wird der Regierungsrat das Budget nochmals genau überprüfen und nach weiteren Möglichkeiten suchen, die Kosten zu senken.
Systemwidrigkeit versus Steuerausfall: Der Regierungsrat hat nie in Frage gestellt, dass die Frage des Eigenmietwertabzugs auch so beurteilt werden kann, wie es der Kantonsrat in der ersten Lesung getan hat. Nach Ansicht des Regierungsrats sind die Steuerausfälle aber einfach zu hoch: Kanton und Gemeinden brauchen diese 800'000 bzw. 640'000 Franken. Der Regierungsrat appelliert deshalb an das Parlament, ihn parteiunabhängig zu unterstützen und damit ein Zeichen für das Entlastungsprogramm zu setzen. Die Finanzlage wird in nächster Zeit nicht besser, sondern sie wird sich noch verschlechtern. Der Antrag des Regierungsrats ist auch auf dem Hintergrund der heutigen Steuerstrategie vertretbar, und er wird sicher auch von der Bevölkerung verstanden. In diesem Sinn bittet der stellvertretende Finanzdirektor, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und damit ein erstes Zeichen zu setzen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag des Regierungsrats mit 50 zu 19 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 59 zu 15 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zu diesem Geschäft die folgenden drei parlamentarischen Vorstösse bzw. Anträge dazu vorliegen:

• Motion der FDP-Fraktion betreffend Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer – steuerliche Entlastung von Risikokapital – vom 23. April 2010 (Vorlage 1931.1): Der Regierungsrat beantragt, dass über die Umsetzung der erheblich erklärten Motion im Rahmen derjenigen Steuergesetzrevision entschieden werden soll, mit der die Unternehmenssteuerreform III ins kantonale Recht überführt werden wird (Fristverlängerung). Die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat stimmt der Fristverlängerung stillschweigend zu.

• Motion der SVP-Fraktion betreffend Einführung der Lizenz-/Patentbox sowie einer Zinsbox im Kanton Zug vom 26. Februar 2013 (Vorlage 2225.1): Der Regierungsrat beantragt, die Motion sei teilweise erheblich zu erklären, aber erst im Rahmen der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III ins kantonale Steuerrecht umzusetzen (Fristverlängerung). Die vorberatende Kommission stellt den zusätzlichen Antrag, die Finanzdirektion habe der erweiterten Staatswirtschaftskommission jährlich Bericht zu erstatten. Die Staatswirtschaftskommission unterstützt diesen Zusatzantrag, und der Regierungsrat ist mit diesem Zusatzauftrag einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Fristverlängerung stillschweigend zu und erteilt der Finanzdirektion den Zusatzauftrag, der Staatswirtschaftskommission jährlich Bericht zu erstatten.

• Motion der CVP-Fraktion betreffend Gewährung des Eigenmietwertabzuges bei Liegenschaften, die den steuerpflichtigen Personen aufgrund eines unentgeltlichen Nutzungsrechts für den Eigengebrauch zur Verfügung stehen, vom 9. Oktober 2014 (Vorlage 2439.1): Die Staatswirtschaftskommission beantragt, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Der **Vorsitzende** frägt den Rat, ob dieser einverstanden sei, mit der Beratung von Traktandum 3 (Überweisungen) zu beginnen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**179** Traktandum 3.1: **Motion von Thomas Lötscher betreffend Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)**
Vorlage: 2516.1/1a - 14946 (Motionstext).

**Claus Soltermann** spricht hier nicht für die GLP, sondern als Chamer Kantonsrat. Die Idee, die Ausgleichsleistung einer bezugsberechtigten Einwohnergemeinde mit Erschliessung durch die SBB zu reduzieren, ist sicherlich gut gemeint, aber nicht wirklich zu Ende gedacht: Sie eignet sich ebenso wenig, wie wenn man nebelfreie

Tage als Standortvorteil nehmen würde. Denn ohne Schnellzugstopp bringt ein Bahnanschluss keinen Standortvorteil.
Im Prinzip trifft die Motion sämtliche Talgemeinden, denn alle diese Gemeinden verfügen über mindestens einen S-Bahn-Anschluss. Aber nur drei dieser Gemeinden – wobei Baar nur bedingt darunter fällt – haben zwei Schnellzughalte nach Luzern oder Zürich bzw. zum Flughafen. Nur dies bringt einen wirklichen Standortvorteil. Hünenberg oder Cham verfügen zwar über zwei, Walchwil über einen ausgebauten S-Bahn-Anschluss, allerdings ohne direkte Verbindung nach Zürich bzw. Luzern. Steinhausen ist mit der S9 zwar direkt mit Zürich verbunden, die S9 ist aber keine schnelle Verbindung.
Ein Grund für die Strukturschwäche von Cham ist unter anderem der fehlende Schnellzughalt. Da in Cham die meisten Standorte für die Ansiedlung neuer Firmen relativ weit weg vom Bahnhof sind und man überdies zuerst die S-Bahn nehmen muss, bevor man in einen Schnellzug umsteigen kann, entscheiden sich Firmen und gutverdienende Steuerzahler häufig für einen anderen Standort.
Vor diesem Hintergrund stellt der Votant den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

**Anna Bieri** spricht als «altes» Mitglied des Kantonsrats und wendet sich speziell an die «neuen» Mitglieder. Es stehen heute fünf Überweisungen von parlamentarischen Vorstössen auf der Traktandenliste, wobei mutmasslich drei Nichtüberweisungsanträge gestellt werden. Das wären die Nichtüberweisungsanträge 11, 12 und 13 in 5,5 Sitzungen seit der Neuzusammensetzung des Rats, was 2,3 Nichtüberweisungsanträge pro Sitzungstag ergibt.
Was ist eine Überweisung überhaupt? Bei der Parlamentsreform 2001 erhöhte man das Quorum für eine Nichtüberweisung mit folgender Begründung: «Bei der Befugnis der Ratsmitglieder zur Einreichung von Motion und Postulat handelt es sich fraglos um ein elementares und wohl um das zentrale parlamentarische Instrument. Die Nichtüberweisung relativiert dieses Instrument erheblich, wird doch dadurch von vornherein ausgeschaltet, dass der Vorstoss überhaupt einer näheren Prüfung unterzogen wird.» Und Tino Jorio schreibt in seinem Kommentar zur neuen GO KR: «Lebendige parlamentarische Demokratie bedeutet, dass sich alle Ratsmitglieder aktiv einbringen können, ihre Argumente gehört und geprüft werden. Eine Nichtüberweisung schränkt die parlamentarischen Rechte massiv ein, weil keine inhaltliche Debatte mehr geführt werden kann.»
Die Votantin will sich nicht als Lanzenbrecherin für einen blinden «Überweisismus» aufspielen. Auch sie wird sich immer wieder das Recht vorbehalten, einen Vorstoss nicht zu überweisen. Sie möchte insbesondere den neuen Ratsmitgliedern aber ans Herz legen, sich künftig bei einer Überweisung nicht zu fragen: «Bin ich dafür oder dagegen?» Das ist die falsche Frage. Korrekterweise muss man sich fragen: «Ist dieser Vorstoss würdig, sauber geprüft und vom Kantonsrat in einer inhaltlichen Diskussion beraten und allenfalls auch zerpflückt zu werden?» Die Votantin dankt für die Kenntnisnahme ihres Anliegens.

**Philip C. Brunner** ist der Meinung, dass der vorliegende Vorstoss es verdient, ausgearbeitet und später vielleicht zerpflückt zu werden. Es erstaunt ihn nicht, dass ein Kantonsrat aus Cham sich gegen die Überweisung wehrt, findet das aber falsch. Er bittet den Rat, die Motion zu überweisen.

Motionär **Thomas Lötscher** äussert sich nicht zu den materiellen Aspekten seines Vorstosses, da diese ja nach der Überweisung bearbeitet werden sollen. Er möchte aber ausführen, weshalb die Überweisung nicht nur für die Gebergemeinden – be-

sonders die Stadt Zug –, sondern auch für den Kanton Zug als Ganzes äusserst wichtig ist.
Wie bekannt ist, leidet der Kantons Zug seit einigen Jahren im Rahmen der ZFA-Zahlungen unter einer parasitären Attacke auf seinen finanziellen Lebensnerv, welche in der Umsetzung Züge moderner Wegelagerei aufweist. Sämtliche Appelle an die Fairness verhallten bisher wirkungslos. Im Gegenteil: Eine Mehrheit der Bundesparlamentarier blendet die Interessen des Landes aus und maximiert ausschliesslich das Manna für den eigenen Kanton. Dabei schreckt sie nicht einmal vor dem Verstoss gegen gesetzliche Grundlagen zurück, welche sie selber geschaffen hat.
Soll der Kanton Zug überhaupt eine Chance haben, sich Gehör zu verschaffen, muss er beweisen, dass ein fairer Ausgleich möglich ist, ohne die Geber ausbluten zu lassen. Wohl ist der innerkantonale Ausgleich in Zug auf faire Art und im Konsens entstanden. Mit dem Ergebnis bekunden aber einige Geber – vor allem Stadtzuger – Mühe. Auch als Vertreter einer Nehmergemeinde kann der Votant das verstehen, und als Vertreter eines Kantons im abzockerischen Würgegriff sowieso. Es gilt deshalb der ganzen Schweiz zu beweisen, dass es anders geht, dass man im Kanton Zug untereinander solidarisch ist und dass Solidarität keine Einbahnstrasse ist. Es gilt zu beweisen, dass der Kanton Zug mehr kann, als den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit am Morgarten zu feiern, sondern dies auch im Alltag lebt. Der Votant dankt deshalb dem Rat für die Überweisung seiner Motion.

➔ Der Rat überweist die Motion mit 65 zu 1 Stimmen an den Regierungsrat.

**180** Traktandum 3.2: **Motion von Thomas Meierhans betreffend Anpassung kantonaler Richtplan durch Verschiebung von Siedlungserweiterungen in das Gebiet Wald**
Vorlage: 2521.1 - 14953 (Motionstext).

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion und hält fest, dass der Motionär mit seinem Vorstoss erreichen will, dass der Richtplan in dem Sinne geändert wird, dass Siedlungserweiterungsgebiete vom heutigen Landwirtschaftsgebiet in Waldgebiete mit für die Landwirtschaft ungeeigneten Böden verlegt werden. Nach Ansicht der SVP-Fraktion verstösst das Motionsbegehren gegen Art. 4f. und namentlich gegen Art. 5 des Bundesgesetzes über den Wald (Waldgesetz) vom 4. Oktober 1991. Die SVP stellt deshalb den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen, da sie aus bundesrechtlichen Gründen nicht umsetzbar ist.

**Hanni Schriber-Neiger** wendet sich zuerst an ihre Vorrednerin Anna Bieri und freut sich, dass diese sich für Überweisungen einsetzt. Es ist wohl ein Zufall, dass heute so viele Nichtüberweisungsanträge gestellt werden. Die Ratslinke kennt das Gefühl, wenn – wie in den letzten Legislaturen – nur selten ein Vorstoss überwiesen wird. Die Votantin dankt deshalb Anna Bieri für ihren Einsatz.
Die AGF hält das Anliegen von Thomas Meierhans nicht für motionsfähig. Der Motionär möchte den Richtplan dahingehend ändern, dass Siedlungsgebiete vom heutigen Landwirtschaftsgebiet in den Wald verschoben werden. Dazu müssten Rodungen vorgenommen werden. Doch das Bundesrecht schützt den Wald: Gemäss Waldgesetz sind Rodungen zwecks Einzonung zu Bauland grundsätzlich verboten. Das Zuger Verwaltungsgericht hat diesen Grundsatz im Dezember 2014 in einem konkreten Fall in einer Zuger Gemeinde bestätigt. Auch inhaltlich lehnt die ALG den Vorstoss ab, da dieser den Siedlungsdruck durch die Immobilienbranche und

die Bautätigkeit auf Zugs grüne Lungen noch weiter verstärken würde. Die Landschaft soll geschont und nicht weiter zersiedelt werden. Das Schweizer Stimmvolk hat vor einiger Zeit deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es keine weitere Zersiedelung will.
Im Namen der ALG stellt die Votantin ebenfalls den **Antrag,** die Motion von Thomas Meierhans nicht zu überweisen.

Motionär **Thomas Meierhans** hält fest, dass er kein Landwirt ist und auch keinen Wald besitzt. Er ist Leiter einer Gartenbauabteilung und hat viel mit Bodenkunde zu tun; zusätzlich leitet er eine Kompostieranlage, die Kompost an Landwirte liefert.
Siedlungserweiterungen im Wald: Wie kommt der Motionär auf diese Idee? Der kantonale Richtplan, der mit seinen verdichteten Siedlungsgebieten weit über den Kanton hinaus als sehr fortschrittlich gilt, beinhaltet auch Siedlungsbegrenzungen und darin schräg schraffierte Gebiete für spätere Siedlungserweiterungen. Heute sind diese Flächen durchwegs erstklassiges Kulturland. Nach Ansicht des Votanten wäre es aber besser, schlechten Boden anstelle von gutem Boden für zukünftige Siedlungen zu reservieren. Auf der Suche nach schlechten Böden hat der Votant diese sehr bald in Waldgebieten gefunden. Das ist nachvollziehbar. Unsere Vorfahren begannen da Ackerbau zu betreiben, wo es ging. War der Boden ungeeignet für die Landwirtschaft, wurde der Wald als Holzlieferant belassen.
Waldgebiete überbauen? Der Votant wollte seine Idee, vorwiegend schlechten Boden für Siedlungen zu reservieren, schon vergessen, wäre da nicht die Zunahme von Waldgebieten in der ganzen Schweiz und auch im Kanton Zug. Die Forststatistik des Bundesamts für Umwelt und des Bundesamts für Statistik weist für den Kanton Zug eine Waldzunahme von über 300 Hektaren aus. Nach Ansicht des Votanten ist es deshalb eine Überlegung wert, ob dieser Waldzuwachs als Rodungsersatz gelten kann. Die Aussage des Bundesamts für Umwelt, wonach nicht mehr gefordert ist, dass Wald eins zu eins ersetzt werden muss, hat den Votanten weiter bestärkt, seine Motion einzureichen. Im weiteren hat er auch erfahren, dass schon andere Kantone – beispielsweise der Kanton Wallis – diese Variante entdeckt haben; dort konnte unter dem Aspekt Tourismus Wald für Skipisten gerodet werden.
Der Verlust von wertvollem Kulturland beschäftigt nicht nur den Votanten, sondern immer weitere Kreise im Kanton Zug und in der ganzen Schweiz. Zu verweisen ist auf die im Kanton Zürich angenommene Kulturlandinitiative oder auf die Landschafts- und Ernährungsinitiative der SVP. In diesem Sinn hofft der Votant, dass der Rat seine Motion überweist, damit seine Überlegungen weiter verfolgt werden können. Vielleicht entsteht daraus ein sinnvoller Zuger Beitrag, wie mehr Sorge zum Lebensmittellieferanten Boden getragen werden kann. Zusammengefasst könnte man auch sagen, dass bei der Raumplanung auch die Geologie und Bodenkunde in die Überlegungen bei Gebietseinteilungen miteinbezogen werden sollten.

**Anastas Odermatt** weist auf drei Punkte hin:
• Es ist gut, wenn neue Ideen in die Diskussion eingebracht werden. Dies muss aber auf der richtigen Ebene, in diesem Fall beim Bund, geschehen.
• Die Waldzunahme findet nachweislich primär in Gebieten statt, die höher als 1000 Meter über Meer liegen.
• Der Motionär behauptet, Waldgebiete lägen damals wie heute auf steinigen, trockenen, nicht für die Landwirtschaft geeigneten Böden. Eine entsprechende Karte des Bundesamts für Landwirtschaft, welche der Votant konsultiert hat, zeigt aber, dass Wald sehr wohl auch auf sehr fruchtbarem Boden steht. Schaut man genauer, wo die Waldgebiete mit für die Landwirtschaft ungeeigneten Böden liegen, so sind dies

im Kanton Zug die Baarburg, die Steilhänge am Zugerberg und das Lorzentobel. Diese Gebiete für Siedlungserweiterungen vorzusehen, ist wohl kaum sinnvoll.
Der Votant empfiehlt deshalb, die Motion Meierhans nicht zu überweisen.

**Philip C. Brunner:** Der Motionär hat in seinem Votum die Kulturlandinitiative und verschiedene weitere Initiativen angesprochen, welche den Schutz des Bodens zum Ziel haben. Es gibt noch einen weiteren Aspekt, den die SVP immer wieder thematisiert und der mit der vorliegenden Frage in einem engen Zusammenhang steht: Woher kommt dieses Wachstum? Es ist die Einwanderung, die …

Der **Vorsitzende** ermahnt den Votanten, nur zur Überweisung der Motion Meierhans zu sprechen.

**Philip C. Brunner** fährt fort: Man muss das Problem an der Wurzel packen – und das Grundproblem liegt darin, dass es zu viele Leute mit entsprechendem Bedarf nach Wohnungen gibt.
In der Stadt Zürich hatte man schon 1971 die Idee, grosse Teile des Waldes mit einer «Waldstadt» zu überbauen. Das war nicht möglich. Es ist also seit über vierzig Jahren bekannt, dass dank des guten, im 19. Jahrhundert eingeführten eidgenössischen Waldgesetzes in Waldgebieten keine Siedlungen gebaut werden können.
Für den Votanten stellt sich auch die Frage, wer für dieses Geschäft zuständig ist. Ist es der Baudirektor? Und möchte sich dieser allenfalls auch noch kurz äussern?

**Andreas Hausheer** hält fest, dass sich der Regierungsrat nie zu Überweisungen äussert. Der Votant wird für die Überweisung stimmen. Wenn gesagt wird, das Anliegen sei nicht bundesrechtskonform, so ist an einen Artikel in «zentralplus» zu erinnern, in welchem der Baudirektor dahingehend zitiert wird, dass man genau prüfen müsse, ob der vorliegende Vorstoss bundesrechtlich zulässig sei oder nicht. Es lohnt sich also, diese Fragen zu klären.

**Michael Riboni** findet als Angestellter des Schweizer Bauernverbandes das Anliegen der Motion im Grunde sehr sympathisch. Die Motion ist aber das falsche Mittel: Der Kanton hat nicht die Möglichkeit, in dieser Frage aktiv zu werden. Allenfalls könnte man mit einer Standesinitiative eine Änderung des Bundesrechts anregen. Aber dann – so steht zu befürchten – wird es die Partei des Motionärs sein, welche einen Nichtüberweisungsantrag stellt, wie so oft in letzter Zeit, wenn die SVP zu diversen Themen Standesinitiativen einreichen wollte.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Quorum für eine Nichtüberweisung gemäss § 45 Abs. 2 GO KR zwei Drittel der Stimmenden beträgt.

➔ Der Rat überweist die Motion mit 24 Ja- gegen 41 Nein-Stimmen an den Regierungsrat. Die für eine Nichtüberweisung erforderlich Zweidrittelmehrheit wird nicht erreicht.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

12. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. Juni 2015 (Nachmittag)
Zeit: 13.45 – 17.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**181 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer und Rupan Sivagenesan, beide Zug; Zari Dzaferi, Baar.

**182 Mitteilungen**

Der Vorsitzende begrüsst Finanzdirektor Peter Hegglin, der am Vormittag abwesend war, sowie Claudia Locatelli als stellvertretende Protokollführerin.

TRAKTANDUM 3 (Fortsetzung)
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**183** Traktandum 3.3: **Motion der SP-Fraktion betreffend Entflechtung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung und deren Finanzierung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden vom 9. Juni 2015**
Vorlage: 2523.1 - 149962.

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**184** Traktandum 3.4: **Postulat der Fraktion Alternative - Die Grünen betreffend kein Abbau des ÖV-Angebots**
Vorlage: 2517.1 - 14947.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Diese akzeptiert das Postulat und stellt keinen Antrag auf Nichtüberweisung oder Nichterheblicherklärung. Falls jedoch eine Dringlichkeit postuliert würde, wäre die SVP-Fraktion nicht einverstanden.

**Thomas Gander:** Die FDP-Fraktion hat bisher keine Vorstösse überwiesen, die im Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm stehen, und dies aus gutem Grund: Die Regierung muss nun ihre Arbeit erledigen können, deshalb ist auf vorschnelle

Kürzungen beim Entlastungsprogramm zu verzichten. Sonst endet dieses in einer Nullnummer. Jeder Leistungsabbau trifft den einen oder anderen, der Gürtel muss nun enger geschnallt werden. Gerade der öffentliche Verkehr ist in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gewachsen; dies auch, weil der Regierungsrat sich stets an das Kriterium im Gesetz für öffentlichen Verkehr gehalten hat; dieses besagt, dass der Regionalverkehr seine Kosten zu mindestens 40 Prozent decken muss. Wurde dieses Kriterium erfüllt, so wurde dem ÖV ein Wachstum über sonst den geltenden Ausgabengrenzen zugestanden, die sich an der Anzahl der Personen und der Unternehmen im Kanton orientieren. Die jetzt geplanten Massnahmen, welche das Angebot dort reduzieren, wo es heute unterdurchschnittlich genutzt wird, sind moderat und massvoll. Das Entlastungsprogramm soll und muss alle Departemente und Bereiche miteinbeziehen. Auf eine einseitige Ausklammerung aus dem Entlastungsprogramm, die woanders kompensiert werden müsste, ist zu verzichten.
Die FDP-Fraktion stellt den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen. Sollte das Votum von Anna Bieri von heute Vormittag Früchte tragen und das Postulat dennoch überwiesen werden, so unterstützt die FDP-Fraktion eine sofortige Behandlung. Denn es soll rasch Klarheit geschaffen werden, und eine materielle Diskussion ist sofort zu führen. Findet diese erst anlässlich der Budgetdiskussion im Dezember statt, sind die Fahrpläne bereits gedruckt, was zu Verwirrung führt.

Im Namen der ALG stellt **Andreas Lustenberger** einen **Antrag** auf sofortige Behandlung des Postulats. Wie er nun von der FDP und auch von anderen Vertreterinnen und Vertretern aus dem Rat gehört hat, unterstützen verschiedene Parteien diese Stossrichtung. Nach der jetzt abgeschlossenen Vernehmlassung des Fahrplanentwurfs 2016 entscheidet der Regierungsrat im August über den definitiven Fahrplan. Eine Beantwortung des Postulats könnte auf ordentlichem Weg jedoch bis Dezember 2015, das heisst bis zur Budgetdiskussion, herausgezögert werden. Es wäre sowohl für den Regierungsrat, das Amt für öffentlichen Verkehr, die Zugerland Verkehrsbetriebe wie auch für die vom Abbau betroffenen Gemeinden eine höchst unangenehme und unklare Situation. Gerade für die Gemeinden bestehen beim Zeitplan des Regierungsrats keine Möglichkeiten, sich eine fundierte Übersicht zu schaffen und über eine mögliche Kostenübernahme zu entscheiden. Dies auch, da in Gemeinden wie Steinhausen ein möglicher Entscheid zugunsten einer für die Gemeinden neuartigen Angebotsübernahme die Finanzkompetenz des Gemeinderats sprengen würde und die Gemeindeversammlung erst an der Budgetgemeinde im Dezember 2015, faktisch also zu spät, entscheiden könnte. Deshalb bittet der Votant den Rat, das Postulat zu überweisen und dem Antrag auf sofortige Behandlung zuzustimmen. Der Votant hält fest, dass es der Rat der Zuger Bevölkerung schuldig ist, eine termingerechte Entscheidung zu treffen. Es wurden viele Diskussionen geführt, und es muss nicht zwingend dem Wortlaut des Postulats gefolgt werden. Vielmehr kann es bei einer Diskussion im Anschluss an die Erheblicherklärung verschiedene Möglichkeiten geben – so zum Beispiel, die Thematik nur für das Jahr 2016 anzuschauen, wie dies die Gemeinderäte gefordert haben.

**Barbara Gysel:** Der Stadttunnel wurde aus unterschiedlichen Motiven abgelehnt. Die Herausforderungen punkto Verkehrsprobleme und Mobilität bleiben jedoch bestehen. Doch so übereinstimmend und einheitlich das Nein zum Stadttunnel war, so uneinheitlich und unterschiedlich werden neue Fragen beurteilt werden.
Es sollen nun nicht die Möglichkeiten verbaut werden, alle anderen Fragen zu klären. Gerade jetzt – wenige Tage nach dem Abstimmungssonntag – tut man gut daran, nicht vorschnell Teile des ÖV bachab zu schicken. Die SP ist überzeugt, dass

damit ein falsches Signal an die Öffentlichkeit gesendet würde. Deswegen unterstützt sie die die Überweisung des Postulats, die sofortige Behandlung und die entsprechende Erheblicherklärung.

**Andreas Hausheer** hält es für unbestritten, dass das Vorgehen und die Kommunikation des Regierungsrats in dieser Thematik nicht optimal waren. So war die Verwaltung beispielsweise nicht bereit, Frequenzzahlen herauszugeben. Es ist sicher gerechtfertigt, zu verlangen, dass der Regierungsrat die Grundlagen für seine Aufhebungsentscheide offenlegt. Wenn er das von sich aus nicht tun will, muss er vom Kantonsrat dazu angehalten werden. Darum geht es dem Votanten, und darum unterstützt er die Überweisung des Postulats. Der Regierungsrat soll dem Kantonsrat aufzeigen, aufgrund welcher Frequenzzahlen er für die Aufhebung einzelner Kurse war. Mit der vollständigen Erheblicherklärung, welche die Postulanten fordern, ist der Votant nicht einverstanden. Die Formulierung des Postulats ist für ihn zu absolut. Anpassungen im ÖV-Angebot für 2016/17 würden komplett verunmöglicht, und das ginge zu weit. Es soll möglich sein, tief frequentierte Kurse oder Linien aufzuheben. Es bringt nichts, wenn Busse leer herumfahren, es bringt aber auch nichts, wenn rasenmäherartig über Bedürfnisse und Köpfe hinweg auch dort Linien aufgehoben werden, wo die Frequenzen noch vernünftig sind. Darum unterstützt der Votant ein Vorgehen, das einen kurzen Marschhalt einlegt, und stellt den **Antrag** auf eine Teilerheblicherklärung: 2016 soll das Angebot so bleiben, wie es ist. Der Kantonsrat soll vom Regierungsrat mittels Bericht und Antrag über die Entscheidungsgrundlagen informiert werden und dann entscheiden. Eine Anpassung würde dann allenfalls auf das Jahr 2017 erfolgen. Damit kann zu einem etwas Zeit gewonnen werden, zum anderen sind saubere und entsprechend abgestützte Entscheide in Sachen ÖV möglich.

**Pirmin Andermatt** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Gemeinderat von Baar und als solcher Vorsteher der Abteilung Sicherheit/Werkdienst, in welcher der öffentliche Verkehr angesiedelt ist.
Der Kanton Zug verfügt über ein sehr gut ausgebautes ÖV-Netz. Dafür wurde in den vergangenen Jahren von Kanton und Gemeinden viel investiert. Dies war richtig und folgte einer früher festgelegten Strategie. Das gute bis sehr gute Angebot bei Bahn und Bus trägt zur Standortattraktivität des Kantons bei. Mit den Schreiben vom 13. November 2014 und vom 13. Januar 2015 wurden die Einwohnergemeinden über die einseitig vorgesehenen Reduktionen oder Streichungen im ÖV-Fahrplan 2016/17 informiert. Es lagen zu diesem Zeitpunkt noch keine Informationen vor, wie dieser Entscheid für die betroffenen Linien zustande gekommen war. Die Nachfragen der Gemeinde Baar nach Vorgehen sowie Frequenzzahlen und Kosten wurden mit Vermerken wie «die Angaben sind vertraulich» und «die Zahlen sind noch nicht vorhanden» beantwortet. Erst an der gemeinsamen Koordinations- und Informationssitzung mit den Gemeinden vom 10. April 2015 wurde das Vorgehen erläutert. Zahlen und Fakten lagen nach wie vor keine vor. Diese wurden für Ende April 2015 in Aussicht gestellt. An verschiedenen Einzelsitzungen mit dem Amt für öffentlichen Verkehr erhielten die betroffenen Gemeinden bis Ende Mai 2015 häppchenweise Hintergrundinformationen. Die Gemeinde Baar hat bei den Zugerland Verkehrsbetrieben Offerten zum Erhalt der betroffenen Linien eingeholt, was vom Amt für öffentlichen Verkehr mit Überraschung zur Kenntnis genommen wurde. Es wurde nicht erwartet, dass eine Gemeinde den Mut hat, eigene Offerten im Sinne der Bevölkerung einzuholen. Mitte Juni 2015 – fünf Monate nach Bekanntwerden der bevorstehenden Reduktionsmassnahmen und nach anfänglicher Verweigerungshaltung des Amts für öffentlichen Verkehr – hatten die betroffenen

Gemeinden die Unterlagen für eine eingehendere Prüfung der Massnahmen endlich beieinander. Die Zeit spielt jedoch gegen die Gemeinden.
Der Kanton Zug verfügt über ein gut ausgebautes ÖV-Netz. Die Gemeinden unterstützen die Aussage, dass aufgrund der vergangenen Ausbauten Optimierungspotenzial vorhanden ist und punktuell Reduktionen angebracht sind. Diese sollten aber – wie beim Ausbau – strukturiert und im Einklang mit den betroffenen Gemeinden erfolgen. Mit dem bisherigen Vorgehen hat der Kanton den Gemeinden einseitig, mutwillig und unkooperativ die rote Karte gezeigt. Dieses Vorgehen findet der Votant schlecht und für den geliebten Kanton Zug unwürdig.
Mit Schreiben vom 16. Juni 2015 an den Regierungsrat des Kantons Zug haben die Stadt und die Gemeinden Steinhausen und Baar beantragt, die Sparmassnahmen im öffentlichen Verkehr um ein Jahr aufzuschieben – aber nicht, darauf zu verzichten. Dies würde es den Einwohnergemeinden ermöglichen, detailliertere Abklärungen vorzunehmen, Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu eruieren und möglicherweise Vorlagen an die jeweiligen Gemeindeversammlungen auszuarbeiten, um trotz des nachvollziehbaren Spardrucks weiterhin ein *stimmige*s Angebot anbieten zu können. Aufgrund des feststehenden Zeitplans von Bund, Kanton und Gemeinden – der Regierungsrat entscheidet beispielsweise bereits im August über das erste Paket des Entlastungsprogramms – ist ein solches Vorgehen leider zeitlich nicht mehr möglich. Das nun vorliegende Postulat geht zwar etwas zu weit, weil es zu absolut formuliert ist, es geht aber in die richtige Richtung. Der Votant unterstützt eine Überweisung und sofortige Behandlung und bittet den Rat, dies ebenfalls zu tun. Dies ermöglicht es den Gemeinden, endlich eine faire Diskussion zu führen.

**Barbara Gysel** teilt der Transparenz halber mit, dass die SP-Fraktion im Falle einer sofortigen Behandlung des Postulats dem Antrag von Andreas Hausheer auf Teilerheblicherklärung Folge leisten würde.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die ALG mit folgendem Vorgehen einverstanden ist – auch im Sinne von Andreas Hausheer: Überweisung, sofortige Behandlung, Teilerheblicherklärung im Sinne eines Stopps des Fahrplans für 2016 und ein grundsätzliches Überdenken der Situation für 2017.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nun zu folgenden Abstimmungen kommt:
- Überweisung/Nichtüberweisung
- sofortige Behandlung/keine sofortige Behandlung
- Je nach Resultat folgt eine dritte Abstimmung: Erheblicherklärung bzw. Teilerheblicherklärung/Nichterheblicherklärung.

➔ Der Rat beschliesst mit 53 zu 17 Stimmen, das Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

**Andreas Hürlimann** betont, dass es von zentraler Bedeutung ist, nun eine sofortige Behandlung vorzunehmen, damit die Teilerheblicherklärung des Postulats folgen kann. Nur so ist sichergestellt, dass die Gemeinden gemeinsam mit dem Kanton weiter in die Zukunft schreiten und *stimmige* Lösungen für alle finden können. Eine Weiterentwicklung des ÖV-Angebots und Änderungen sollen möglich sein, aber es ist auch wichtig, dass nicht nur das Angebot für Pendler zu Stosszeiten, sondern auch für hier wohnhafte Jugendliche und Erwachsene am Abend und am Wochenende attraktiv bleibt.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass es nach der soeben erfolgten Überweisung des Postulats auch im Interesse des Regierungsrats ist, die Debatte sofort zu führen. Die Angebotsbeschlüsse liegen in der Regel Ende August/Anfang September vor. Dem Rat bleibt damit kaum mehr Zeit, seine Meinung einzubringen. Der Regierungsrat ist deshalb gerne bereit, die Debatte nun zu führen.

➔ Der Rat beschliesst mit 53 zu 16 Stimmen die sofortige Behandlung des Postulats.

Dass es wichtig ist, das bestehende ÖV-Angebot nicht abzubauen, sondern zu halte, begründet **Anastas Odermatt** mit den folgenden Punkten:
● An den vergangenen Jugendpolittagen forderten die Jugendlichen einen besseren ÖV, gerade in den Abendstunden, zu den Randzeiten und am Wochenende. Die geplanten Abbaumassnahmen sind konträr zu diesen Forderungen – sie sind eine Breitseite gegen die Jugendlichen und ihre Bedürfnisse. Das kann nicht sein.
● Der öffentliche Verkehr entlastet den Strassenverkehr im Allgemeinen, den motorisierten Individualverkehr im Speziellen und damit nachhaltig auch die Strassen. Wenn der ÖV nun abgebaut wird und – wie man hört – zukünftig beispielsweise nicht mehr Busbuchten gebaut werden, sondern die Busse wieder auf den Strassen halten, führt das zu Stau. Das will niemand.
● Ein stark ausgebauter öffentlicher Verkehr gehört zu einem modernen, zukunftsgerichteten Verkehrskonzept und trägt wesentlich zur Qualität eines Standorts bei. Darum ist ein Abbau standortqualitätsmindernd. Gefordert ist aber ein starker und attraktiver Standort Zug – mit einem ebenso starken und attraktiven öffentlichen Verkehr.
Der Votant bittet den Rat deshalb, das Postulat als teilerheblich zu erklären.

**Andreas Hausheer** ist der Ansicht, dass nun nur noch der Antrag der Teilerheblicherklärung vorliegt, was vom Vorsitzenden bestätigt wird.

**Gabriela Ingold** bittet die Ratsmitglieder, nicht bereits jetzt in das Entlastungsprogramm einzugreifen und einen Teil herauszubrechen. Die Finanzen des Kantons liegen ihr sehr am Herzen. Das geplante Entlastungsprogramm sieht eine bestimmte Opfersymmetrie vor, und in allen Bereichen muss ein Beitrag geleistet werden, auch im öffentlichen Verkehr. Die Votantin bittet den Rat, das Postulat weder erheblich noch teilerheblich zu erklären.

**Michèle Kottelat** legt ihre Interessenbindung offen: Sie besitzt ein GA und ist sehr oft mit dem ÖV unterwegs. Sie ist über den Mittag mit der Linie 16 nach Hause gefahren – im Bus befanden sich vier Passagiere. Der Chauffeur berichtete, dass auf der Hinfahrt fünf Personen mitfuhren. Zudem sei die Auslastung insbesondere abends zwischen 20 und 22 Uhr sehr schlecht, und er sei ebenfalls der Meinung, dass Frequenzen abgebaut werden sollten. Es ist lächerlich, wenn solche Kurse weiterhin im Angebot bleiben. Der Bus der Linie 16 ist nun wenigstens kleiner, zuvor wurde auf dieser Strecke ein Gelenkbus eingesetzt, den man auch als Stretch-Limousine bezeichnen könnte. Für diese Strecke braucht es keine solchen Busse.
Zu den Bedürfnissen der Jugendlichen: Die jungen Leute sollten vermehrt das Fahrrad benutzen. Gemäss den Alternativen benötigen die Jugendlichen den ÖV, um abends auszugehen, man kann aber sehr gut auch das Fahrrad benutzen.
Dass die Linie 6 nicht mehr bis zum Kolinplatz geführt werden soll, ist ein guter Vorschlag. Der öffentliche Verkehr muss optimiert werden. Folglich darf auch dort

abgebaut werden, wo es Sinn macht. Es ist ein ökologischer Unsinn, wenn Busse leer in der Landschaft herumfahren.

Als für den öffentlichen Verkehr zuständiger Gemeinderat in Steinhausen weiss **Andreas Hürlimann,** warum die Linie 16 nicht mehr gut frequentiert ist: Solange das ganze Angebot noch als Gesamtpaket mit der Linie 6 funktioniert hat – mit gleichen Anfangs- und Endpunkten – wurde es genutzt, vor allem auch rund um den Bahnhof zurück nach Steinhausen. Seit die Linienführung aber gekürzt wurde, verfügen die Steinhauser über ein schlechteres Angebot. Wenn der Bus nur noch ab der Dammstrasse zurückfährt und die stark frequentierten Haltestellen Metalli und Landis + Gyr nicht mehr bedient werden, wird der Bus natürlich nie voll. Nun besteht ein 7,5-Minuten-Takt ab Stadion in Richtung Stampfi und weiter nach Steinhausen. Aber wenn Personen beim Metalli oder an einem anderen Ort in der Stadt einsteigen möchten, funktioniert das Angebot nicht mehr. Das war zu erwarten, und leider waren die Interventionen des Votanten beim Amt für öffentlichen Verkehr nicht erfolgreich. Doch zumindest konnte man sich einigen, dass für den nächsten Fahrplan wieder eine Zusatzschlaufe möglich sein wird. Damit müssen die Leute nicht mehr im überfüllten 6er nach Hause fahren, sondern es sind auch wieder Entlastungskurse mit einer Linie 16 möglich. Die momentan schlechte Frequentierung der Linie 16 ist also systembedingt. Ab dem Fahrplanwechsel wird sich diese hoffentlich wieder verbessern.
Im Sparpaket der Regierung hört man immer wieder von Opfersymmetrie: Diese ist beim Busangebot bzw. beim geplanten Abbau nicht gegeben. So hat Steinhausen durch die kürzere Linie 16 bereits einen jährlichen Sparbeitrag von 100’000 Franken geleistet. Nun sind auf den Buslinien im Korridor Steinhausen–Zug nochmals Sparrunden angekündigt, und zwar im Umfang von über einer halben Million Franken. Das ist bekannt aus Offerten, die bei den Zugerland Verkehrsbetrieben eingeholt wurden. Bei einem Gesamtsparbetrag von 1,2 Millionen Franken für den ganzen Kanton im Bereich ÖV wird der Korridor Steinhausen–Zug überdurchschnittlich geschröpft. Das kann nicht sein.
Die Zeit, die mit der Teilerheblicherklärung dieses Postulats gewonnen werden kann, soll es möglich machen, dass Kanton und Gemeinden gemeinsam nach Lösungen suchen und eventuell auch neue Benutzerpotenziale evaluieren können. Zudem kann über neue Beiträge für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs diskutiert werden.
Zur Befragung 2014 über die Zufriedenheit mit dem ÖV im Kanton Zug: Gemäss Entlastungsprogramm wird es diese Befragungen in Zukunft wohl nicht mehr geben. Die letzte Befragung zeigt, dass die ausgebauten Frequenzen am Abend bei Bus und Bahn auf Resonanz stossen. Das ÖV-System ist stets etwas träge, und die Nutzerströme pendeln sich erst nach einer gewissen Zeit ein. Wird nun im Tempo des Regierungsrats sehr rasch abgebaut, macht dies die ganze Aufbauarbeit bei Bus und Bahn zunichte.
Zum Abbau bei der S24, von dem vor allem Baar betroffen ist: Es ist gerade der Schienenverkehr, der einen extrem hohen Fixkostenanteil aufweist. Mit Angebotsreduktionen können nur marginale Kosteneinsparungen erzielt werden. Wird hier reduziert, ist dies ein Rückschritt für die Stadt Baar, während im Grossraum Zürich ab Dezember überall mindestens der Halbstundentakt gilt.
Es gibt einiges zu diskutieren zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Die heute bestehenden Linien müssen nicht in Stein gemeisselt sein. Es kann zukunftsfähige neue Lösungen geben, sodass ein guter ÖV für alle vorhanden ist – nicht nur während der Stosszeiten, sondern auch am Wochenende und für Familien. Der Votant dankt für die Unterstützung der Teilerheblicherklärung.

Als Mitglied der Kommission für den öffentlichen Verkehr hat sich **Philip C. Brunner** auf Ebene Stadt diverse Überlegungen zu den Linien 7, 6 und 16 gemacht. Nach Aussagen des Volkwirtschaftsdirektors anlässlich der Generalversammlung der ZVB soll ungefähr ein Abbau in der Grössenordnung zwischen 4 und 5 Prozent erfolgen. Die Summe, die eingespart wird, ist fast zu klein, um hier auf Kosten der Bevölkerung eine Ruckzuck-Übung durchzuführen.
Mit dem Ziel, Zeit zu gewinnen, unterstützt der Votant die Teilerheblicherklärung. In den letzten Monaten sind gewisse Entscheidungen zu schnell gefallen und mit Auswirkungen, die nicht gewollt oder nicht bedacht waren. Deshalb sollte man sich nochmals die notwendige Zeit geben, auch unter Berücksichtigung des enormen Spardrucks, der vorliegt. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung sind in diesem Bereich relativ gross, deshalb sollte nicht vorschnell entschieden werden. Die Gefahr besteht, dass es zu Fehlern kommt, wenn in der Eile gewisse Details nicht berücksichtigt werden. Eine Reduktion ist notwendig, denn es werden erhebliche Mittel für den ÖV ausgegeben. Doch es gilt auch, die Konsequenzen abzuwägen.
Die Wortmeldungen derjenigen, welche auf Ebene der Gemeindepolitik argumentierten, haben den Votanten beeindruckt. Der Stab sollte nicht über den Gemeinden gebrochen werden. Wichtig ist die jedoch die Gesamtsicht – und hier ist die Summe zu klein, um radikal durchzugreifen. Schliesslich gibt es andere Bereiche, in denen noch stärker gespart werden kann.

**Stefan Gisler** fordert den Rat dazu auf, den Gemeinden eine faire Chance zu geben. Die Gemeinden sollten die Möglichkeit haben, genau anzuschauen, welche Bahn- und Buslinien aus welchen Gründen betroffen sind, und mit dem Kanton zu verhandeln, welche Linien unter welcher Finanzierung aufrechterhalten werden sollen. Die Gemeinden weigern sich nicht, gewisse Kosten zu übernehmen, um einige Angebote beibehalten zu können. Doch sie haben gar keine Chance dazu, weil der Entscheid im August gefällt wird. In Steinhausen ist jedoch im Dezember eine Budgetdebatte vor dem Volk notwendig. Deshalb kann die Gemeinde vorher nichts bestellen, selbst wenn sie beispielsweise eine höhere Frequenz der Buslinie 6 haben möchte und bereit wäre, diese zu bezahlen. Wird nun einer Teilerheblicherklärung und damit einer Denkpause bis und mit 2016 zugestimmt, erhalten die Gemeinde eine Chance dazu. Den Gemeinden lagen keine Zahlen vor, sie haben sich nicht damit zufrieden gegeben, mit dem Buschauffeur beim Hin- und Zurückfahren zu sprechen und dann zu eruieren, ob die Linie funktioniert oder nicht. Sie benötigen mehr Material, um einen profunden Entscheid fällen zu können.
Mit dem geplanten Abbau werden Quartiere wie die Gimenen, aber auch Alosen, Morgarten und Blickensdorf ab 20 Uhr komplett vom ÖV abgeschnitten. Diesen Gemeinden muss die Chance zu einer Korrektur gegeben werden.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist etwas erstaunt über gewisse Votanten – auch wenn diese natürlich die hehre Absicht verfolgen, das gemeindliche Angebot zu erhalten. Doch der Spardruck kommt massgeblich vonseiten des Rats: An der letzten Budgetdebatte kamen gewisse «Rasenmäher-Anträge» durch, und die Kürzung des Sachaufwands wurde vom Rat beschlossen. Der Regierungsrat anerkennt, dass dieser Spardruck hoch bleibt, insbesondere von bürgerlicher Seite.
Zum Votum von Philip C. Brunner: Personalkosten sind in allen Bereichen ein grosser Posten. So zählen auch Buschauffeure zum Personal – ob sie nun beim Kanton direkt angestellt sind oder bei den ZVB.
Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat, das Postulat weder erheblich noch teilerheblich zu erklären. Denn die hauptsächliche Stossrichtung des Postulats ist

nicht, den Gemeinden Zeit zu geben, um auf andere Weise zu sparen. Dies ist im Postulat nicht so aufgeführt. Vielmehr wird kein Abbau beim ÖV angestrebt, sprich: Der ÖV wäre für das Entlastungspaket tabu. Auch wenn dies nur für ein Jahr gelten soll: Von Bundesrechts wegen muss für zwei Jahre bestellt werden. Somit wäre eine Zwischenrunde mit komplizierten Neubestellungen erforderlich, und teilweise müsste auch der Bund mitbestellen.
Bei einer Zustimmung würden ganz verschiedene Stossrichtungen vorliegen: Die einen wollen gar nichts abbauen, die anderen wollen, aber anders. Dann würde es zur Fahrplandebatte im Kantonsrat über einzelne Haltestellen und Gemeinden kommen. Will man das, so müssten die Kompetenzen geändert werden, da dies Aufgabe des Regierungsrats ist. Es ist sehr fraglich, ob auf diese Weise andere, bessere Lösungen gefunden werden könnten. Zudem würde dem Regierungsrat auch etwas der Schwung genommen. Die Erwartung im Parlament ist hoch, dass bereits nächstes Jahr massgebliche Einsparungen vorgenommen werden. Es wäre ein schlechtes Signal, die Sparanstrengungen im ÖV nun einfach zu stoppen – auch für andere Bereiche. Wie Andreas Hürlimann erwähnt hat: Man findet Lösungen. Und sie lassen sich auch finden, ohne dass hier nun ein Stopp notwendig ist.
Zu den Argumenten bezüglich Abbaupläne, wie sie im Postulat aufgeführt sind: Das Nachfrageprinzip im ÖV würde nicht verletzt. Der ÖV wird laufend entsprechend der Nachfrage ausgebaut bzw. abgebaut. Auch in der Vergangenheit gab es Buslinien, beispielsweise die Linie Cham–Sins, die mangels Auslastung eingestellt wurden. So entspricht auch der jetzige Abbauplan der Nachfrage: Dort wo wenig oder kaum Nachfrage besteht, wird abgebaut. Bisher konnte niemand einen besseren Ansatz aufzeigen.
Zur S24: Die Linie wird ab 21 Uhr nicht mehr geführt, da zum einen die Nachfrage zu gering ist und zum anderen ein Parallelangebot besteht. Mit dem Fernverkehr ist Zug stündlich oder sogar halbstündlich erreichbar. Um nach Baar zu gelangen, muss man zwar umsteigen, nichtsdestotrotz ist die Verbindung gewährleistet. Doch auch hier werden die Diskussionen weitergeführt, und es wird gemeinsam mit dem Kanton Zürich nach Alternativen und Optimierung gesucht. Eine Teilerheblicherklärung würde nun quasi zu einer Ehrenrunde führen, was nicht hilfreich wäre.
Im Postulat wird argumentiert, es würde der Strategie «Standortfaktor ÖV» widersprochen. Dem ist nicht so. Denn in den letzten vier Jahren wurde der ÖV jährlich für 1 Million Franken ausgebaut, was die kantonale Belastung anbelangt. Insgesamt waren es 3 Millionen Franken. Die nun geplante Einsparung von 1 Million Franken entspricht somit nur gerade dem Rückbau von einer Jahrestranche. Das ist äusserst moderat.
In den letzten Jahren hat sich die Regierung Wachstumsgrenzen gesetzt, beim zweckgebundenen Aufwand sind dies maximal 1 oder 1,5 Prozent. Der ÖV fällt ebenfalls unter den zweckgebundenen Aufwand, hier gilt jedoch Folgendes: Solange der ÖV 40 Prozent der Kosten deckt, darf er wachsen. Weil hier ein anderer Parameter vorliegt als in anderen Bereichen, war auch ein grösseres Wachstum zu verzeichnen. Das muss ebenfalls anerkannt werden.
Das Konzept Bahn und Bus ist nicht gefährdet, die Anschlüsse sind gewährleistet. Wenn ein Zug ankommt, fährt ein Bus, das ist die Regel.
Zur Entlastung des Strassenverkehrs durch das ÖV-Angebot: Auf den Strassen besteht zur Hauptverkehrszeit ein Problem. Hier hätte der Stadttunnel Abhilfe geschaffen. Das ÖV-Angebot während der Stosszeiten wird nicht abgebaut, nur in Zeiten mit schwacher Nachfrage erfolgt eine Reduktion.
Die Gemeinden wissen seit Mitte Januar, welche Massnahmen geplant sind. Es ist richtig, dass Gespräche bezüglich Zahlen geführt wurden. Aber es ist nicht ganz einfach, Zahlen herauszugeben, welche den Transportunternehmen gehören. Das

macht kein anderer Kanton. Aber im individuellen Gespräch bzw. bei Offerten erhalten die Gemeinden diese Zahlen natürlich. Des Weiteren wurde mit den Gemeindepräsidenten ein Paket geschnürt in Zusammenhang mit der Umsetzung des Sparpakets. Es wäre sehr schwierig, einen Teil auszuklammern.
Der Rat sollte den Regierungsrat bei der Umsetzung des Gesamtpakets unterstützen und nicht bereits heute, vor den Vernehmlassungen zu Gesetzen oder Verordnungen, einen Bereich in Frage stellen. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat anzuerkennen, dass die geplanten Abbaumassnahmen sehr moderat sind und entsprechend der Nachfrage geplant wurden.
Falls eine Gemeinde zusätzliche Angebote bestellen möchte und benötigte Kredite dafür erst im Dezember an der Gemeindeversammlung genehmigt werden können, wird sich eine Übergangslösung finden. Dafür ist das Postulat nicht notwendig.
Der Volkswirtschaftsdirektor dankt dem Rat, wenn er diesen Grundgedanken folgt und das Entlastungsprogramm nicht bremst. Die Regierung stellt den **Antrag,** das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Hubert Schuler** macht darauf aufmerksam, dass in Hünenberg eine ganze Linie eingestellt wird mit dem Argument, es würde eine Parallellinie bestehen, die jedoch nur zwei Haltestellen bedient. Es sind also bereits Abbaumassnahmen umgesetzt worden. Hier handelte es sich um ein Projekt, das für drei Jahre geplant war und nun bereits nach zwei Jahren gestoppt wird.
Ohne dass dem Regierungsrat der Schwung genommen werden soll: Der Regierungsrat hat in anderen Bereichen sicherlich noch genügend Schwung, damit er das jetzige ÖV-Angebot bestehen lassen kann.

**Matthias Michel:** Hünenberg war ein Pilot. Man war sich nicht sicher, ob eine genügende Nachfrage vorhanden ist. Wenn eingespart werden muss, werden zuerst neue, noch nicht definitive Angebote gestrichen. Es handelte sich hier nicht um einen Abbau eines bestehenden Angebots, sondern um den Stopp eines Pilots – auch aus Nachfrageüberlegungen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für die folgende Abstimmung zwei Anträge vorliegen: Teilerheblicherklärung und Nichterheblicherklärung.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 36 zu 32 Stimmen nicht erheblich.

**185** Traktandum 3.5: **Postulat von Michèle Kottelat betreffend Respekt-Kampagne im Kanton Zug vom 9. Juni 2015**
Vorlage: 2524.1 - 14963.

Namens der SVP-Fraktion stellt **Manuel Brandenberg** den **Antrag,** das Postulat von Michèle Kottelat nicht zu überweisen. Die SVP ist der Ansicht, dass viele der Anliegen der Postulantin richtig und wichtig sind. Es ist richtig, das Gegenüber zu achten und höflich zu sein in zwischenmenschlichen Beziehungen. Ebenso wichtig ist es, die Autorität von Eltern, Lehrpersonen und Vorgesetzten anzuerkennen, Rücksicht zu nehmen auf Mitmenschen, sie wertzuschätzen. Und es ist sehr wichtig, im richtigen Bereich und Ausmass tolerant zu sein, niemanden zu demütigen und unnötig zu kränken. Doch diese Anliegen zählen nicht zum Aufgabenbereich des Parlaments, vielmehr ist es Aufgabe der Eltern, ihren Kindern die entsprechenden Werte zu vermitteln. Es wäre ein schlechtes Präjudiz, im Parlament Kam-

pagnen zu starten für Begehren solcher Art. Es gibt viele Dinge, die verbesserungswürdig sind im zwischenmenschlichen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich – doch dies ist Sache der Gesellschaft und der Wirtschaft und nicht die Aufgabe des Staates.

**Cornelia Stocker** kann sich den Worten von Manuel Brandenberg in den meisten Punkten anschliessen. Das Anliegen der GLP, der Hochhaltung des Respekts mehr Aufmerksamkeit zu schenken, anerkennt die FDP. Leider ist es so: Viele Leute, egal welcher Herkunft, haben die gute Kinderstube mit dem Düsenjet durchgequert. Ob ein von der Verwaltung auszuarbeitendes Papier oder eine kostspielige Kampagne ihre erhoffte Wirkung zeigen könnten, ist nicht voraussehbar und zu bezweifeln.
Vor dem Hintergrund des Sparprogramms und im Sinne einer nicht leicht gefallenen Güterabwägung unterstützt die FDP ebenfalls die Nichtüberweisung dieses gut gemeinten Vorschlags. Die Ressourcen der Verwaltung sollen nicht weiter strapaziert werden, und Geld für eine Studie oder Kampagne ist derzeit nicht vorhanden.

Dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt worden ist, überrascht **Michèle Kottelat** nicht, hat man sich doch im Vorfeld über ihr Postulat lustig gemacht. Zwar fällt ihr Anliegen etwas aus dem Rahmen, und es lässt sich auch parteipolitisch nicht richtig einordnen. Trotzdem möchte es die Votantin dem Rat schmackhaft machen. In der Begründung des Postulats hat sie versucht, ihre Motivation und die Stossrichtung aufzuzeigen. Hier noch einige Ergänzungen: Der 68er-Generation, den Babyboomern der ersten Stunde, ist sie unendlich dankbar. Diese Generation hat gesellschaftliche Veränderungen und Freiheiten erkämpft, von denen gerade die Frauen enorm profitiert haben. Sie hat Türen und Tore geöffnet, die früheren Frauengenerationen verschlossen geblieben waren. Die Jugendjahre der Votantin waren geprägt von Freiheiten, von denen ihre Eltern bloss träumen konnten. Die spannenden Siebzigerjahre sind ihr noch lebhaft präsent. In Frage gestellt wurden einschränkende Konventionen und veraltete, scheinheilige Ehrbegriffe. Als Jungpolitikerin in der Stadt Bern hat die Votantin die Jugendunruhen 1981 hautnah miterlebt. Deren Unkonventionalität war erfrischend, die Gewalttätigkeit und Respektlosigkeit in erschreckender Weise abschreckend. Nie wird die Votantin die Szenen vergessen, als die bewegte Jugend den damaligen freisinnigen Stadtpräsidenten Werner Bircher und seine Kollegen angepöbelt und respektlos geduzt haben. Für die ehrenwerten Herren eine harte Prüfung, für die Votantin ein *No-Go*.
Das Kind ist mit dem Bad ausgeschüttet worden, mit der falschen Ehrfurcht ist auch der Respekt baden gegangen. Das Gegenüber wurde durch den Dreck gezogen, lächerlich gemacht. In der Zwischenzeit ist wieder Ruhe eingekehrt. Doch unter der ruhigen Oberfläche hat ein schleichender Prozess stattgefunden, bei dem der Begriff «Respekt» immer mehr ausgehöhlt worden ist. Respektloses und schliesslich asoziales Verhalten ist alltäglich geworden, sich dagegen zu wehren oder aufzulehnen, immer schwieriger und nur noch jenen vorbehalten, die einkassieren können. Zum Glück gehört die Votantin zu dieser raren Spezies mit einer Portion Immunität gegen Anpöbeleien. Den Satz «Auch bei der Integration wurde zu wenig darauf geachtet, die Werte unserer Gesellschaft mit aller Deutlichkeit klar zu machen» hat die Votantin in der Begründung ganz bewusst gewählt – im Wissen, dass sich einige Ratsmitglieder daran stossen werden. Denn es sind Menschen mit Migrationshintergrund, aus Ländern mit strengen gesellschaftlichen Regeln, die ihr wiederholt sagen, dass sie nicht verstehen, warum die Schweizerinnen und Schweizer von ihren Landsleuten nicht mehr Respekt einfordern. Sie sagen: «Wir haben in der Schweiz viele für uns neue Freiheiten erhalten. Einige unter uns wissen leider nur schlecht damit umzugehen. Ihr Schweizer würdet uns das Leben ein-

facher machen, wenn ihr die Regeln eines Zusammenlebens mit Freiheiten besser kommunizieren würdet. Fordert bitte Respekt ein!»
Natürlich wäre es die Aufgabe der Erziehungsberechtigten, gewisse Werte, die das Zusammenleben erleichtern, zu vermitteln. Natürlich wäre es Aufgabe der Eltern, die Kinder Achtung und Höflichkeit zu lehren, ihre Autorität besser durchzusetzen. Aber soll einfach kapituliert werden, wenn dies nicht geschieht? Soll man die Hände in den Schoss legen, mit den Schultern zucken, alles akzeptieren? Die Votantin ist nicht dieser Meinung. Freiheit und Respekt gehören zusammen. Mit dem gebührenden Respekt für das Gegenüber kann verhindert werden, dass sich die Freiheit des einen zum Schaden des anderen auswirkt. Schön ausgedrückt im 19. Jahrhundert vom liberalen englischen Philosophen und Ökonomen John Stuart Mill: «Deine Freiheit, mir einen Fausthieb zu versetzen, hört dort auf, wo meine Nasenspitze anfängt.»
Die Votantin bittet den Rat, das Postulat zu überweisen und so ein Zeichen zu setzen, dass auch das Parlament seine gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnimmt und sich nicht davor drückt.

➔ Der Rat beschliesst mit 55 zu 7 Stimmen, das Postulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

TRAKTANDUM 8 (Fortsetzung)
**Geschäfte, die am 28. Mai 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**186** Traktandum 8.1: **Motion der FDP- und der SVP-Fraktion betreffend Sicherung von Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Zug vor wirtschaftlicher Schädigung durch Ausspähung**
Vorlagen: 2380.1 - 14660; 2380.2 - 14931.

**Adrian Andermatt** als Vertreter der Motionäre hält fest, dass sich die FDP für den Schutz der Privatsphäre einsetzt, und ist erfreut, dass die Regierung ihre Verantwortung wahrgenommen und entsprechend gehandelt hat – auch dank dieser Motion und vorangehender Interventionen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge der Regierung im Zusammenhang mit der Motion und wäre der Regierung dankbar, wenn sie ihr zum Abschluss einen Gesamtüberblick über die entstandenen Kosten geben würde. Sie geht davon aus, dass die neu geschaffene Scan-Infrastruktur aus Effizienzgründen auch den Gemeinden zur Verfügung steht, wenn dies gewünscht wird.

**Pirmin Frei:** Im Kanton Zug werden die Steuererklärungen künftig inhouse gescannt. Das ist – ohne nach den Kosten dieser Massnahme zu fragen – recht so. Dass dadurch das Risiko von wirtschaftlichem Nachrichtendienst ausgeschlossen wird, bleibt zu hoffen. Dass die zwanzigjährige Veranlagungssoftware ISOV, ein Produkt einer berühmten amerikanischen IT-Anbieterin, weiterhin ferngewartet werden kann, ist eine gute, in der schnelllebigen IT-Welt allerdings nicht selbstverständliche Nachricht. Die eingebauten Sicherheitsvorkehrungen scheinen zweckmässig zu sein. Die politische Frage in diesem Geschäft ist, ob es eine Gesetzesanpassung braucht. Die CVP sagt entgegen dem Antrag der beiden motionierenden Fraktionen einstimmig Nein. Der Votant dankt der Regierung, dass sie in Bezug auf das Steuererklärungs-Outsouring rasch und pragmatisch gehandelt hat und damit einer fortdauernden Skandalisierung dieses Themas von sich

aus den Wind aus den Segeln genommen hat. Ein Dank geht auch an die Finanzdirektion für die gute und effiziente Arbeit mit einer zwanzigjährigen Veranlagungssoftware. Bereits heute wünscht der Votant bei der Ersatzbeschaffung, die in wenigen Jahren ansteht, viel Glück und Erfolg. Vielleicht lässt sich dann eine rein schweizerische, lieber noch eine rein zugerische, autarke Lösung finden, damit die Ausspähung durch fremde Mächte hundertprozentig ausgeschlossen werden kann. Schliesslich dankt der Votant den Fraktionen der FDP und SVP, die eine separate Gesetzesbestimmung verlangen, dass sie in diesem Saal nie mehr den guten alten Montesquieu zitieren werden: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.»
Die CVP-Fraktion stimmt den Anträgen der Regierung vollumfänglich zu.

**Oliver Wandfluh:** In der Motion der FDP und SVP geht es darum, die Zuger Bevölkerung und Wirtschaft vor Ausspähung, namentlich im Bereich der Steuerdaten, zu schützen. Dazu sind erstens bereits abgeschlossene Verträge sofort aufzukünden resp. nicht anzutreten. Zweitens sind die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Unterlagen der Zuger Steuerpflichtigen die Verwaltung weder physisch noch elektronisch verlassen. In der Zwischenzeit hat die Regierung die Verträge mit dem privaten Software-Unternehmen, das mit dem Scanning der Zuger Steuererklärungen beauftragt wurde, sistiert. Bereits erbrachte Vorleistungen wurden abgegolten und zur Vertragserfüllung vorgesehene Hard- und Software übernommen. Die Steuerverwaltung wird diese Vorleistungen, Geräte und Programme nun für ein Inhouse-Scanning weiterverwenden.
Somit ist beim Scanning der Zuger Steuererklärungen das Motionsanliegen erfüllt. Beim Anliegen der Motionäre, die gesetzlichen Grundlagen anzupassen, folgt die SVP-Fraktion dem Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung. Es ist in der heutigen Software-Welt gängige Praxis, dass Lieferanten aus supporttechnischen Gründen via Fernzugriff auf die jeweilige Software zugreifen können und müssen. Dies funktioniert bei einem einfachen Offertsystem genauso wie bei einer Bankensoftware, und auch bei der ISOV-Steuerdaten-Software muss dieser externe Zugriff durch den Lieferanten gewährleistet sein. Die einzige Alternative wäre der Supporteinsatz vor Ort, was zeitnah kaum umzusetzen und nur mit enormen Kosten verbunden wäre. Mit den vom Kanton umgesetzten Fernwartungsrichtlinien ist die Sicherheit gewährleistet. Diese besagen, dass Zugriffe nur durch namentlich bezeichnete Mitarbeiter der Lieferantenfirma möglich sind und dass die Zugriffe von der Steuerverwaltung und dem AIO geprüft, speziell freigegen und verschlüsselt werden. Auch können von Externen keine Steuerdaten heruntergeladen werden. Bei den bekannten Datendiebstählen im Bankensektor waren es übrigens nicht die Softwarefirmen, sondern Bankangestellte, die Daten gestohlen und verkauft haben. Einziger Wermutstropfen ist, dass die Finanzdirektion die erforderliche Sensibilität in diesem heiklen Prozess nicht gleich erkannt hat und es die Intervention fast alter Parteien durch Motionen und Interpellationen benötigte, um diesen Schnellschuss zu revidieren.
Die SVP-Fraktion folgt den Anträgen der Regierung.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** entschuldigt sich für seine Abwesenheit am Vormittag. Er war bei einer Anhörung zur Unternehmenssteuerreform III. Die ständerätliche Kommission hat heute ihre Beratung dazu aufgenommen. Zudem dankt der Finanzdirektor seinem Stellvertreter, Gesundheitsdirektor Urs Hürlimann, für den engagierten Einsatz am Vormittag.
Peter Hegglin dankt für die positive Aufnahme der Antwort der Regierung und die Unterstützung, den Vorstoss erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Zur Frage der Kosten gab es bereits Interpellationen, die am 28. Oktober 2014 beantwortet wurden. Daraus geht hervor, dass man sich ohne Konventionalstrafen und Abgeltungen aus den Verträgen lösen konnte. Konzeptarbeiten und Hardware konnten übernommen werden. Die Hardware ist inzwischen installiert worden, die Umbauen sind fertiggestellt, und in der Steuerverwaltung werden nun Pilotprojekte gestartet. Ab Juli werden die Vorakten gescannt, damit diese elektronisch verfügbar sind, wenn es in die Veranlagung geht. An den Kosten hat sich nichts geändert. Wie damals schon aufgelistet, wird eine Inhouse-Lösung ungefähr 30 Prozent Mehrkosten verursachen. Das war ursprünglich auch der Grund, das Scanning extern zu vergeben. Natürlich hoffte man bei der Ausschreibung, dass sich ein anderer Kanton melden und eine Offerte unterbreiten würde. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Aufgrund der öffentlichen Debatte wurde das Vorgehen nun korrigiert, und unter den genannten Aspekten ist es vertretbar. Der Finanzdirektor ist zuversichtlich, dass alles gut funktionieren wird. Dass diese Infrastruktur auch den Gemeinden zur Verfügung stehen wird, kann nicht garantiert, aber geprüft werden. Wichtig ist: Es sind nicht Scanner, die einfach Bilder einscannen, sondern es geht um das Herauslesen von Daten und Zahlen, die anschliessend im Veranlagungsprozess von der 20 Jahre alten Software verwendet werden. Sicherlich wird es die grosse Herausforderung in den nächsten paar Jahren sein, eine optimale neue Software zu beschaffen. Eine rein zugerische Lösung kann heute schon ausgeschlossen werden. Man wird sich nach Standardprodukten umsehen, die sich bewährt haben.

➔ Der Rat folgt stillschweigend den Anträgen der Regierung.

**187 Mitteilung**

Der **Vorsitzende** teilt dem Rat mit, dass Kantonsrat Beat Sieber per sofort die Fraktion gewechselt hat und nun der SVP-Fraktion angehört.

TRAKTANDUM 10

**188 Geschäftsbericht 2014**

Vorlagen: 2507.1 (Bericht und Antrag des Regierungsrats [gedruckter Bericht]); 2507.2 - 14951 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** führt aus, dass nebst dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht 2014 der Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission vorliegt: Zustimmung zu den Anträgen des Regierungsrats.

EINTRETENSDEBATTE

«The party is over» – **Gabriela Ingold,** Präsidentin der erweiterten Staatswirtschaftskommission, bezeichnet dies als den treffenden Ausdruck für den aktuellen Zustand des Staatshaushalts. Ihr Vorgänger Gregor Kupper fragte letztes Jahr in seinem Votum zum Geschäftsbericht 2013, ob dies nun die Trendwende sei. Diese Frage muss heute leider mit einem deutlichen Ja beantwortet werden. Das Defizit 2014 von rund 139,0 Millionen Franken und auch die Finanzaussichten mit Budget 2015 und Finanzplan bis ins Jahr 2018 zeigen keine Entspannung. Der Regie-

rungsrat hat deshalb im Verlauf des Jahres 2014 ein Entlastungsprogramm initiiert. Aufgrund der aktuellen Situation muss sich die Regierung die Frage gefallen lassen, ob man diese Entwicklung nicht hätte voraussehen müssen und ein Sparprogramm nicht bereits früher angezeigt gewesen wäre. Staatsfinanzen sind wie ein grosses Schiff auf hoher See. Wenn Kurskorrekturen notwendig sind, müssen diese früh erkannt werden, denn das Schiff ist schwerfällig und kann nur langsam eine Richtungsänderung vornehmen. Es besteht ein strukturelles Problem mit sinkenden Steuereinnahmen, einer extrem hohen NFA-Belastung und einer teuren Verwaltung. Diverse Mitglieder dieses Kantonsrats haben die heutige Situation schon seit Längerem erkannt, wie in den Protokollen auf iZug nachzulesen ist. Der Mahnfinger wurde schon seit mehreren Jahren bei der Debatte der Jahresrechnungen erhoben und Kantonsrat und Regierung zur Zurückhaltung bei der Ausgabenpolitik aufgefordert.

Die Finanzkontrolle des Kantons Zug hat die Jahresabschlüsse geprüft und dabei keine wesentlichen Unstimmigkeiten festgestellt. Sie empfiehlt, den Geschäftsbericht 2014, die Separatfonds und die Jahresrechnungen der Strafanstalt Bostadel, der PHZ sowie der Gebäudeversicherung zu genehmigen. Diese Empfehlung ist für die Stawiko eine wichtige Grund- und Ausgangslage für ihre Beratungen. Deren Delegationen haben wie jedes Jahr die Direktionen visitiert.

Aufgrund der Ausgangslage hat die erweiterte Stawiko bei ihren Beratungen die Zukunft im Auge behalten und in ihrem Bericht und Antrag insbesondere auch Forderungen mit Blick auf den nächsten Budgetprozess aufgenommen. Ziel muss es sein, die Finanzen des Kantons Zug wieder auf Kurs zu bringen. Eintreten auf den Geschäftsbericht 2014 ist seitens der Stawiko unbestritten.

Nachfolgend einige Details zu den Feststellungen der Stawiko: Der Kanton Zug verfügt nach wie vor über einen hohen Bestand an liquiden Mitteln; am Stichtag 31. Dezember 2014 rund 530,0 Millionen Franken. Das Nettovermögen pro Einwohner hat jedoch um satte 1123 Franken abgenommen und beträgt nun noch 4655 Franken. Erstmalig musste im abgeschlossenen Geschäftsjahr ein negativer Selbstfinanzierungsgrad von 59,2 Prozent hingenommen werden. Diese und weitere Detailinformationen und Kennzahlen sind auf den Seite 47 bis 62 im Geschäftsbericht zu finden.

In vielen Direktionen wurden die Budgets insbesondere beim Sachaufwand nicht ausgeschöpft. Beim Personalaufwand gab es eine Budgetunterschreitung von 1,2 Millionen Franken. Dies zeugt davon, dass den Direktionen bereits 2014 bewusst wurde, dass Einsparungen notwendig sind. Die Votantin dankt namens der erweiterten Stawiko sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung für den sparsamen Umgang und die geübte Zurückhaltung. Damit konnte ein noch grösseres Defizit verhindert werden. Selbstredend müssen diese Anstrengungen 2015 weitergeführt und intensiviert werden.

Aufgrund von Rückmeldungen einzelner Delegationen wurde das Risikomanagement hinterfragt. Es ist ein zentrales Anliegen, die Risiken des «Unternehmens» Kanton Zug zu kennen. Damit ist nicht der sogenannte Kleinkram gemeint, sondern die wesentlichen Risiken, die auch beziffert werden können. Nur wenn diese transparent werden, können Szenarien zu deren Vermeidung geplant werden. Im Bericht der Stawiko wurden deshalb diverse Anträge dazu formuliert.

Zur Personalstellenübersicht: Obwohl per 31. Dezember 2014 rund 26 der budgetierten Stellen nicht besetzt waren, haben die Personalstellen seit dem Jahr 2011 total über alle Direktionen um 12,33 Prozent zugenommen. Dies entspricht einem Zuwachs von 187 Vollzeitstellen in den Jahren 2011 bis 2014. Die Differenz zwischen 2011 und 2015 beträgt sogar 224 Stellen. «Leader» bei den Direktionen ist die Direktion des Innern mit einer Zunahme von 36 Prozent, gefolgt von der Ge-

sundheitsdirektion mit 27 Prozent und der allgemeinen Verwaltung mit 23,5 Prozent. Es ist notwendig, hier über die Bücher zu gehen. Unbestritten ist, dass teilweise neue Aufgaben dazugekommen sind, aber anderes ist mit Bestimmtheit auch weggefallen oder hat sich deutlich reduziert. Natürlich muss das Wirtschaftswachstum berücksichtig werden, allerdings war in diesen Jahren keine Teuerung zu verzeichnen. Nach Berücksichtigung all dieser Faktoren rechtfertigt sich der Zuwachs dieser 12,33 Prozent im Durchschnitt nicht und ist nicht verkraftbar. Hier muss der Hebel angesetzt werden. Die Rückstellung der Zeit- und Ferienguthaben hat gegenüber dem Vorjahr zudem um eine weitere Million auf insgesamt 11,1 Millionen Franken zugenommen. Die Stawiko fordert die Regierung auf, diese Guthaben der Mitarbeiter abzubauen.
Zum Bereich Personalwesen zählt auch die Zuger Pensionskasse. Hier ist positiv festzustellen, dass der globale Deckungsgrad um 5,1 Prozent zugenommen hat und per 31. Dezember 2014 108,9 Prozent beträgt. Damit liegt eine Volldeckung vor.
Immer wieder thematisiert die Stawiko die Konti Dienstleistungen Dritter und Honorare. Sie fordert alle Direktionen auf, hier Zurückhaltung zu üben, und hat neu konkrete Fragen an die Staatskanzlei und alle Direktionen formuliert, die in Zukunft beantwortet werden müssen. Aufgefallen sind ebenfalls die nicht budgetierten Mieterausbauten. Verschiedene Direktionen haben zusätzliche, nicht budgetierte Ausbauten im Umfang von 2,4 Millionen Franken veranlasst. Diese wurden der Rechnung des Hochbauamts belastet und führen zu Budgetabweichungen. Grössere Posten bei dieser Position sind eine Budgetverschiebung von 1,5 Millionen Franken im Bereich Ausbau Kolinplatz und vermutlich nicht budgetierbare Aufwendungen von 550’000 Franken im Rahmen von Asylunterkünften. Beim Rest dieser Positionen handelt es sich um kleinere Posten.
Im Jahr 2013 genehmigte der Kantonsrat einen Objektkredit von 4,7 Millionen Franken, um das ehemalige Personalhaus auf dem Areal des alten Kantonsspitals auszubauen. Diese Umbauarbeiten sind mittlerweile abgeschlossen. Es besteht somit Platz für 60 Arbeitsplätze. Die Raumbedürfnisse haben sich mittlerweile jedoch aufgrund des Personalstopps geändert. Die Stawiko fordert die Regierung auf, die Büroraumplanung zügig an die Hand zu nehmen, damit einerseits Leerstände vermieden und andererseits Mieten, die an Dritte entrichtet werden, eingespart werden können. Vielleicht kann der Baudirektor hierzu heute noch einige Erläuterungen abgeben.
Namens der erweiterten Staatswirtschaftskommission beantragt die Votantin, auf das Geschäft einzutreten und den Anträgen der Regierung auf Seite 5 im Geschäftsbericht zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich bei den Fraktionen, ob Fragen an die Gerichte – an das Obergericht oder das Verwaltungsgericht – vorliegen. Der Obergerichtspräsident und der Verwaltungsgerichtspräsident stehen auf Pikett und würden bei Bedarf kurzfristig hergebeten.

**Kurt Balmer** merkt an, dass er nicht Fragen zu den Gerichten hat, sondern Fragen an die Stawiko in Zusammenhang mit den Gerichten.

**Karin Andenmatten** spricht für die CVP-Fraktion**:** 70 Millionen Defizit budgetiert – 140 Millionen erreicht. Die Finanzkrise ist im Kanton Zug nicht nur angekommen, sie hat sich regelrecht niedergelassen. Es werden heute wohl alle Fraktionssprechenden darauf hinweisen, sie hätten schon lange davor gewarnt. Die CVP-Fraktion will sich davon nicht ausnehmen. Sie bedauert immer noch, dass das Parlament nicht bereits vor einem Jahr Konsequenzen zog, als der damalige Stawiko-

Präsident im Rahmen der Behandlung der CVP-Fraktionsmotion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Kanton Zug die langfristigen Finanzprognosen für den Kanton aufzeigte. Die Votantin zitiert Gregor Kupper aus dem Protokoll vom 10. April 2014: «Unter den vom Regierungsrat in seinem Bericht präsentierten Voraussetzungen wird das Ergebnis der Laufenden Rechnung für die Jahre 2014 bis 2031 immer negativ sein, dies in einer Grössenordnung von 40 bis 60 Millionen Franken. Das lässt sich nicht schönreden.» Der Rat hat es damals verpasst, die bis dato noch solide Bilanz des Kantons mittelfristig vor übermässigen Investitionen zu schützen. Ausser der CVP und der ALG sah niemand einen Handlungsbedarf. So kann man im Protokoll nachlesen, wie Leonie Winter namens der FDP-Fraktion festhielt, dass der Zuger Finanzhaushalt robust und gesund sei. Philip C. Brunner merkte damals an, dass Gregor Kupper das Gefühl von dunklen Wolken am Himmel vermittle, es aber nicht ganz so schlimm sei. Die Votantin ist sehr froh, dass Philip C. Brunner jetzt gefordert hat, es müssten «die Bäume rauschen», und Thomas Gander namens der FDP verlauten liess, der Gürtel müsse nun enger geschnallt werden.

Zurück zur Jahresrechnung: Die Liquidität ist zwar nach wie vor hoch, und dank intensiver Bemühungen des Finanzdirektors können die Bankkonti noch ohne Negativzinsen geführt werden. Dennoch: Das Nettovermögen pro Einwohner ist von 6127 Franken im Jahr 2010 auf 4655 Franken im Jahr 2014 gesunken. Wie die Stawiko-Präsidentin bereits erwähnt hat, betrug der Rückgang allein im vergangenen Jahr 1123 Franken. Hochgerechnet ist dieses Nettovermögen in etwa fünf Jahren aufgebraucht, da das Eigenkapital nicht erst mit den geplanten Grossinvestitionen substanziell abgebaut wird, sondern schon heute wacker aufgebraucht wird. Und dies ist dank des Schlupflochs im § 2 FHG weiterhin möglich: «Die laufende Rechnung ist mittelfristig, in der Regel innert fünf Jahren, auszugleichen.» Betrachtet man die vergangenen fünf Jahre mit einem kumulierten Defizit von insgesamt 68,3 Millionen Franken, kann von ausgeglichen nicht mehr die Rede sein. Die Stawiko warnt davor, dass keine Entspannung der finanziellen Situation in Sicht ist. Zu Recht: Blickt man auf die Fünfjahresperiode nach dem heute zur Debatte stehenden Geschäftsjahr, sieht die Prognose weit düsterer aus: Von 2014 bis 2018 wird gemäss Rechnung 2014 und den Prognosen aus dem Finanzplan des Budgets 2015 ein Defizit von einer Milliarde erwirtschaftet. Auch wenn das Entlastungspaket bis 2018 in dem Ausmass umgesetzt wird, wie es die Regierung zurzeit vorsieht, wird es nicht vor 2020 möglich sein, eine über fünf Jahre ausgeglichene Rechnung auszuweisen. Dank dem Passus «in der Regel» ist das jedoch nicht weiter schlimm, und die Kantonsrätinnen und -räte können, ohne rot zu werden, tiefrote Rechnungen und Budgets genehmigen. Wie verantwortungsvoll dies ist, und ob so weiterkutschiert werden soll, ist angesichts der FHG-Revision ernsthaft zu überlegen. Mit Ausnahme der Kürzung eines Teils des Sachaufwands im Budget 2015 auf Antrag der CVP hat der Kantonsrat bisher wenig Elan in Richtung eines ausgeglichenen Budgets gezeigt. Die Regierung hingegen hat bereits Mitte des letzten Jahres begonnen, den Aufwand zu drosseln. Das ist daran erkennbar, dass der Aufwand 2014 unter dem Budget blieb und die Regierung rasch ein Entlastungspaket geschnürt hat. Die CVP unterstützt dieses Vorhaben, denn das rasante Tempo der Einbussen auf der Einnahmenseite erfordert ein ebensolches Tempo und insbesondere grosse Konsequenz auf der Ausgabenseite.

Der Geschäftsbericht ist allerdings nicht nur ein Rechnungsabschluss, sondern legt auch Zeugnis über die Tätigkeiten der Verwaltung ab. Die Votantin dankt im Namen der CVP-Fraktion allen Mitarbeitenden des Kantons für ihren Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten und effizienten Verwaltung. Insbesondere geht der Dank an alle, die zugunsten des Entlastungsprogramms konstruktive Ideen eingebracht

und Zusatzarbeit geleistet haben. Die CVP wird auf den Jahresbericht und die Jahresrechnung eintreten und diesen sowie die Verpflichtungskredite und die Jahresrechnung von PHZ, Bostadel und Gebäudeversicherung genehmigen.

**Thomas Wyss** hält fest, dass Stawiko-Präsidentin Gabriela Ingold richtigerweise gesagt hat: «The party is over.» Seine Stawiko-Kollegin der CVP ergänzte mit «We told you so», und für die SVP-Fraktion merkt er an: «Why didn't you follow us?» Die SVP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht 2014 ein und wird ihn genehmigen, ebenso die Jahresrechnung 2014, obwohl der Blick zurück und nach vorne kein erfreulicher ist.
Zum Blick zurück: Als das Budget 2014 im Herbst letzten Jahres im Rat diskutiert wurde, stellte die SVP-Fraktion den Antrag, das Budget linear um 5 Prozent zu kürzen. Der Kantonsrat lehnte diesen Antrag bedauerlicherweise ab – wohl in der falschen Annahme, dass die guten Zeiten anhalten würden. Nun ist bekannt, dass die guten Zeiten nicht angehalten haben. Der Fehlentscheid des damaligen Kantonsrats zeigt sich im nun ausgewiesenen Defizit von 140 Millionen Franken. Der Budgetierungsprozess der Regierung muss ganz offensichtlich verbessert werden. Oder etwas weniger elegant formuliert: Es wurde schlicht und einfach zu blauäugig budgetiert. Die «Experten» vom BAK Basel haben dem Kanton einen Bärendienst erwiesen.
Zum Blick nach vorne: Die SVP-Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass die Regierung ein Sparpaket von 111 Millionen Franken schnürte. Der Kanton muss sparen, die Gemeinden müssen sparen, Dritte müssen sparen. Die Einschnitte sind für alle Beteiligten schmerzlich. Nur reicht das noch nicht. Es muss deutsch und deutlich und mit Bedauern gesagt werden: Ohne Gegenmassnahmen droht der Kanton Zug über kurz oder lang zum Sanierungsfall zu werden. Will man dem Kanton Sorge tragen – und das wollen in diesem Saal selbstverständlich alle – müssen die Kosten weiter gesenkt werden. Die SVP-Fraktion will Nägel mit Köpfen machen und wird deshalb in der nächsten Budgetdebatte weitere Ausgabensenkungen von mindestens 10 Prozent beantragen. Mit dieser linearen Senkung der Ausgaben kann der erwarteten weiteren Erosion der Steuereinnahmen Rechnung getragen werden.
Dass dem Kanton Zug die Einnahmen wegbrechen, hat weniger mit der Zuger Politik zu tun, sondern ist die Folge der – gelinge gesagt – suboptimalen Politik des Bundes. Der Votant verweist auf den jüngsten Bericht der Boston Consulting Group. Diese appelliert an die Politik, der Rechtssicherheit Sorge zu tragen und wieder einen geordneten Rechtsrahmen in der Schweiz herzustellen. Kurz: Es werden in der Schweiz und im Kanton Zug nur dann wieder massive Ansiedlungen zu verzeichnen sein, wenn die Firmen wissen, worauf sie sich einlassen.
Von linker Seite wird man nun hören, das Defizit sei das Resultat einer verfehlten Steuerpolitik und von Steuersenkungen. Dem ist nicht so. Die massvolle Zuger Steuerpolitik bildet die Basis der Zuger Erfolgsgeschichte. Das war so, das ist so, und das wird so sein. Steuererhöhungen würden diesen Erfolg massiv gefährden. Solange die Welt ist, wie sie ist, hat der Kanton Zug gar keine andere Wahl, als die Kosten der Realität anzupassen.

**Philippe Camenisch** äussert sich namens der FDP-Fraktion. Diese tritt auf den Geschäftsbericht 2014 sowie die weiteren Berichte ein und stimmt den Anträgen zu. Gleichzeitig begrüsst sie die Forderungen der Stawiko.
Zum Geschäftsjahr: Wie erwartet schliesst das Ergebnis mit einem Aufwandüberschuss ab. Überraschend ist jedoch das tiefrote Defizit von 139 Millionen Franken. Die Bilanz und die Liquiditätssituation sind zwar noch kerngesund, der Selbstfinan-

zierungsgrad beträgt hingegen minus 59,2 Prozent, ein sehr ungewohnter Ausweis für den Kanton Zug.
Die Steuererträge blieben deutlich unter den Erwartungen, wenn auch das Steueraufkommen der natürlichen Personen trotz Bevölkerungswachstum knapp auf Vorjahresniveau verharrte. Auch das ist ein neuer Trend, den es für das Ausgabenverhalten in der Zukunft zu berücksichtigen gilt. Die Steuererträge der juristischen Personen vermochten indes mit einem Budgetplus mehr zu überzeugen – zum Glück. Zudem wickelte die Regierung zusammen mit der Verwaltung das operative Geschäft im Rahmen der Budgetvorgaben ab und blieb teilweise unter dem Budget. Dafür ist zu danken.
Und trotzdem: Die Rechnung ist tiefrot. Ja, es besteht ein strukturelles Problem. Unschön ist dabei, dass der Kanton Zug hinsichtlich der Struktur steuerpflichtiger juristischer und natürlicher Personen von einigen wenigen sehr gewichtigen Steuerzahlern abhängig ist – ein wunder Punkt. Auch wenn es gewisse Linkspolitiker nicht so sehen, bedeutet dies, dass dem Kanton Zug für Steuererhöhungen die Hände gebunden sind. Auch die Ratslinke muss erkennen, dass Steuererhöhungen keine Optionen sind, auch wenn sie dies heute wieder anders formulieren wird.
Wie das das Geschäft in der Vergangenheit betrieben wurde, reicht nicht mehr aus. Der Votant möchte nicht wie seine Vorredner sagen «The party is over», denn die Party hat es in einem Staatswesen nie gegeben. Aber die «beleibten» Jahre, in denen man sich in vielen Bereichen nicht nur mit dem sogenannten *Swiss Finish* begnügte, sondern sich nicht selten einen *Zuger Finish* leistete, müssen der Vergangenheit angehören – zumindest solange Nehmerkantone via NFA ungebührlich in die Tasche des Kantons Zug greifen. Beispiele für einen *Zuger Finish* sind unter anderem: Man leistet sich für die Kantonsschule eine Dreifachturnhalle, obschon eine Zweifachturnhalle angefordert wurde – *it's nice,* aber sollen Dinge anschafft werden, obschon sie nicht wirklich benötigt werden? Werden auch die Folgekosten samt den späteren Sanierungskosten bedacht? Anders ausgedrückt: Nicht kleckern, sondern klotzen, so zumindest zeigt sich die externe, unreflektierte Aussensicht auf den Kanton Zug. Man leistet sich Krankenkassenzuschüsse, die ihresgleichen suchen – sehr grosszügig, doch kann man sich das nachhaltig leisten? Beim Schulgesetz wird über zusätzliche Administrationsstunden für Klassenlehrer debattiert, obschon die Privatwirtschaft bezüglich Beschäftigung und Lohnentwicklung in eine andere Richtung zeigt. Und auch in Sachen Klassengrössen ist das Maximum oder, besser gesagt, nur das Minimum gut genug. Fazit: Die Liste von Beispielen liesse sich beliebig erweitern. Und dies alles wird von diesem Parlament beschlossen, aus welchen valablen oder eben weniger valablen Motiven auch immer. Wird so weitergemacht, kommt es nicht gut. Es ist wie bei einem Schwimmer, dem fortlaufend Steine um den Hals gebunden werden. Irgendwann braucht er einen Schwimmring, um sich über Wasser zu halten. Dieser Schwimmring heisst im Kanton Zug Steuerreserven, die glücklicherweise mit *hard cash* unterlegt sind. Doch irgendwann muss dem Kerl eine Verschnaufpause gegönnt werden, die Steine müssen ihm wieder abgenommen werden, sprich die Kosten reduziert, denn die Energiereserven namens Schwimmring schwinden schneller, als einem lieb ist. Und wenn dies passiert, ist der See zu tief, um zur Not abstehen zu können. Die Geschichte muss nicht verlängert werden, die Botschaft ist klar.
Zu drei Punkten im Stawiko-Bericht:
● Überstunden und steigende Feriensaldi scheinen chronische Themen zu sein – mit steigender Tendenz, und zwar in verschiedenen Direktionen.
● Auf Seite 6 des Stawiko-Berichtes steht zum Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Folgendes: «Es sei nicht möglich, die Alltagsarbeit (Fallarbeit) für alle Anspruchsgruppen rechtzeitig und zufriedenstellend zu erledigen.» Ebenfalls ist die

Rede von Überstunden. Es ist unklar, was da los ist, wie und mit welchen Instrumenten geführt wird und wie sich dieser Bereich organisiert. Klar ist, dass irgendetwas nicht stimmt. Pauschale Aussagen, dass Ressourcen fehlen, sind nicht hilfreich. Damit kann man im Kantonsrat – höflich ausgedrückt – nicht viel anfangen. Dazu folgendes Zitat von Peter Drucker: «Es ist besser, die richtige Arbeit zu tun (damit ist die Effektivität gemeint), als die Arbeit richtig zu tun (Effizienz).» Damit schliesst der Votant die Effizienz als Mass der Dinge nicht aus. Natürlich muss man nach dem Gesetz handeln und kann sich die Aufgaben, die zu erfüllen sind, nicht einfach auswählen. Aber auch Gesetze schreiben nicht immer alles vor, was in sie hineininterpretiert wird. Es gibt immer Spielraum. Falls nicht, können die Gesetze demokratisch angepasst werden. Der Kantonsrat braucht aber Hinweise der Exekutive, denn er ist nicht im operativen Geschäft tätig und in vielen Dingen zu weit weg.
● Gemäss Stawiko-Bericht evaluieren die SBB derzeit, wie die BIBO-Lösung in den Swisspass integriert werden könnte. Wie die Stawiko ist auch die FDP der Meinung, dass fortan keine Beteiligung mehr an nationalen und regionalen Pilotprojekten erfolgen sollte. Es ist nicht notwendig, als Vorreiter tätig sein, wenn für die Zugerinnen und Zuger kein belegbarer Nutzen resultiert.
Der Kanton Zug hat ein strukturelles Finanzproblem. Er kann aber aus eigener Kraft auf die Erfolgsspur zurückfinden, ohne die Standortbedingungen zu verschlechtern. Gerade Letzteres ist zentral. Wenn dies auch nicht alle so sehen mögen, Abstriche, wie sie im Sparprogramm vorgesehen sind, sind ein *Soft*-Fitnessprogramm, aber bestimmt keine Rosskur. Unter *soft* ist ein politisch verträgliches Programm zu verstehen. Ob dies zu erreichen ist, wird sich anlässlich der Budgetdebatte zeigen.
Damit von der Rückblende zur Zukunft: Der Regierungsrat hat unlängst ein Sparpaket geschnürt, mit vielen kleineren, aber auch grösseren Massnahmen. Die Marksteine wurden gelegt, doch diese lassen sich bekanntlich verschieben. Nur sollte das nicht in die falsche Richtung erfolgen. Es wird auf die Disziplin des Kantonsrats ankommen, echte Verzichtspolitik an den Tag zu legen. Es gilt nun, keinen Weichspüler ins Sparprogramm zu schütten, sonst werden die Marksteine wie Curlingsteine ins Offside gleiten, sprich, der Kanton Zug wird in echte Schwierigkeiten geraten. Es liegt ein Kosten-, nicht ein Ertragsproblem vor. Das ist einfacher zu lösen. Doch wird es nicht gelöst, resultiert obendrauf ein Ertragsproblem.

**Andreas Hürlimann** als Sprecher der ALG hält fest, dass sich niemand ein solches Defizit wünscht. Massnahmen dagegen müssen ergriffen werden. Diese stellt sich die ALG aber etwas anders vor als wohl die Mehrheit im Saal. Stichwort Steuern: Auch in der Privatwirtschaft wird nicht nur das Angebot überprüft, sondern auch der Preis dafür und die Erlöse, die sich damit erzielen lassen. Deshalb ist es wichtig und richtig, auch die Einnahmenseite anzuschauen.
Leider hat sich das Defizit schon seit Jahren angekündigt. Immer wieder hat die ALG darauf aufmerksam gemacht, dass die Steuersenkungen der letzten Jahre nicht nachhaltig sind. Und siehe da: Die Regierung gibt in ihrem Geschäftsbericht 2014 zu, dass fehlende Steuereinnahmen ein Hauptgrund für das Defizit sind. Die kantonalen Fiskalerträge sind über 55,2 Millionen Franken tiefer als geplant. Wobei wohl im Budget 2014 zum ersten Mal seit mehreren Jahren plötzlich mit Sondereffekten gerechnet wurde, die dummerweise nicht eintrafen. Auf der anderen Seite war es in den vergangenen Jahren immer schön, von zusätzlichen Steuergeldern überrascht zu werden. Nun wurde aber auf die falsche Karte gesetzt, was das Defizit nochmals grösser erscheinen lässt, als es in Tat und Wahrheit wirklich ist.
Diese Entwicklung war voraussehbar. Alle politisch Verantwortlichen mussten wissen, dass die NFA-Kosten angesichts der Zuger Wirtschafts- und Steuerpolitik an-

steigen werden. Alle mussten wissen, dass die Unternehmenssteuerreform II Löcher in die kantonalen Kassen reissen wird. Alle mussten wissen, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auch Zug treffen wird. Und alle mussten wissen, dass nicht Jahr für Jahr von Sondereffekten profitiert werden kann und darum die Steuern noch weiter gesenkt werden können. Nun haben übertriebene Steuersenkungen die Einnahmen empfindlich gemindert. Schaut man sich die Jahre 2013 und 2014 an, zeigt sich eine Differenz bei den Erträgen des Kantons von etwa 100 Millionen Franken – im Minus selbstverständlich.
Auf die Frage, warum die Zuger Gemeinden durchwegs bessere Steuererträge als budgetiert verzeichnen konnten, erklärt der Finanzdirektor, dass Grundstückgewinn- und Erbschaftssteuern gute Erträge brachten. Zumindest für Steinhausen ist diese Aussage nicht richtig. Bei der Grundstückgewinnsteuer war sogar eine Negativentwicklung zu verzeichnen. Es ist etwas erstaunlich, dass sich die Stawiko mit einer solch pauschalen Aussage abspeisen liess.
Leider nutzt Zug seine ausgezeichnete Ausgangslage aktuell nicht. Der Kanton ist schweizweit und auch global gesehen bestens aufgestellt. Zug ist top bei Fachkräften, beim flexiblen Arbeitsmarkt, bei der Verkehrsinfrastruktur, bei der Steuerattraktivität für Unternehmen, aber auch für Private, für Topverdienende etc. Doch Zugs Politik schafft es leider nicht, diese gute Ausgangslage auch zu Topleistungen für die Mehrheit der Bevölkerung zu nutzen. Diese leidet seit Jahren an den hohen Wohn- und Lebenskosten. Jetzt kommen mittelmässige öffentliche Dienstleistungen hinzu. Denn Zug will sich im Rahmen seines Entlastungsprogramms neuerdings nicht mehr an Spitzenleistungen orientieren, sondern begnügt sich mit Mittelmass und Durchschnitt. Sparen bei der ganzen Palette des Angebots sowie Abschieben von Kosten an die Gemeinden: Mit einer Mittelmass- und einer reinen Spareinstellung kommt man auch in der Privatwirtschaft nicht weit.
Mit grösserem Erstaunen hat die ALG an ihrer Fraktionssitzung über die Informationen betreffend Büroraumplanung diskutiert. Es wurde hier für viel Geld ein Büroausbau vorangetrieben, der auf einer nur allzu rasch überholten Basis erarbeitet wurde. Mehrere Millionen wurden vom Kantonsrat für einen Ausbau bewilligt, der aktuell nicht genutzt wird. Langfristige, nachhaltige Planung sieht anders aus. Es ist nur zu hoffen, dass die Nutzung demnächst geklärt ist und die Regierung den Pfad in Richtung vorausschauende und umfassende Planung wieder findet.
Zu den Forderungen der Stawiko betreffend Arbeit der Finanzkontrolle: Auch die ALG fordert die Direktionen auf, Prozessdokumentation und Kontrollen nicht abzukürzen oder ganz wegzulassen. Dies gilt insbesondere, wenn aufgrund des Entlastungsprogramms auch andere Aspekte in den Vordergrund rücken. Zudem ist Transparenz wichtig, und geforderte Auskünfte sollen erteilt werden. Nur so ist die Arbeit der Stawiko wirklich durchführbar.
Trotz der eben geäusserten Unzufriedenheit wird die ALG auf den Geschäftsbericht eintreten und den Anträgen zustimmten. Aber die Budgetdebatte im Herbst wird sicherlich unter einem ganz anderen Stern stehen, als dies die letzten Jahre der Fall war. Die ÖV-Debatte von heute war hier nur ein ganz kleiner Vorgeschmack.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion: Die laufende Rechnung des Kantons Zug für 2014 fiel massiv schlechter aus als das bereits schlechte Budget 2014: Es resultierte ein Minus von 139 Millionen Franken anstelle der geplanten 70 Millionen Franken, also beinahe eine Verdoppelung. Dies ist schweizweit das zweithöchste Defizit im Jahr 2014 bei den Kantonen, nur der Kanton Schwyz hatte mit über 210 Millionen Franken ein massiv höheres Defizit zu verzeichnen. Dabei schloss rund die Hälfte aller Kantone mit einem Defizit ab.

Der Aufwand war rund 23 Millionen tiefer als budgetiert, dies hatte der Regierungsrat im Griff. Auch wenn bei weniger ausgeführten als geplanten Investitionen – wie fast jedes Jahr wurde mehr geplant als dann effektiv umgesetzt – rund 12,3 Millionen Franken weniger abgeschrieben werden mussten. Auf der Einnahmenseite fiel der budgetierte Anteil von fast 10 Millionen Franken am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB) weg. Die SNB nahm wegen ihres Geschäftsergebnisses keine Ausschüttungen vor.
Das Problem bei der letztjährigen Rechnung sind die Steuereinnahmen: Für 2014 war eine Steigerung der Einnahmen von 646 Millionen auf 693 Millionen Franken budgetiert worden, effektiv eingenommen wurden aber nur 638 Millionen, also rund 8 Millionen Franken weniger als im Vorjahr. Vor allem die Einnahmen bei den natürlichen Personen waren viel zu hoch budgetiert – es wurden rund 20 Prozent bzw. 63 Millionen Franken weniger Steuern eingenommen als budgetiert, dies trotz der weiteren Bevölkerungszunahme im Kanton Zug. Einmalige Sondereffekte wie früher vielfach üblich fielen aus. Und der Regierungsrat schreibt es auch in seinem Bericht: In der Rechnung 2014 zeigten sich weiterhin die Folgen der vier letzten Teilrevisionen des kantonalen Steuergesetzes und der Unternehmenssteuerreform II. Der Kanton leidet unter massiven Mindereinnahmen aus den diversen Steuersenkungsrunden in den letzten Jahren, die mit den verschiedenen Revisionen vorgenommen wurden. Mit einer Ausnahme profitierten vor allem die Aktionäre, die eher Reicheren und Reichen, sehr gut Verdienende und Firmen, die gewinnstark sind.
Auf der anderen Seite bezahlt der Kanton Zug immer mehr in den NFA ein, da er über ein sehr grosses Ressourcenpotenzial verfügt. Aufgrund der Tiefsteuerpolitik wird dies jedoch viel zu wenig genutzt. Ein grosser Teil des kantonalen Defizits ist deshalb hausgemacht. Die SP-Fraktion anerkennt jedoch, dass es ein Entlastungsprogramm braucht, damit die Finanzen auch mittel- bis langfristig wieder im Lot sind und bleiben. Die Gewichtung sieht sie aber teilweise anders als der Regierungsrat – Reduktion der Ausgaben, aber in sozialverträglicher Weise, Streichung oder Verschiebung von Investitionsprojekten, die nicht oder noch nicht nötig sind und eine Steigerung der Steuereinnahmen. Massvolle Steuererhöhungen werden über kurz oder lang nicht vermeidbar sein, um die Rechnung mittelfristig wieder auszugleichen. Nur durch Sparmassnahmen wird dies nicht möglich sein.
Zum gemeinnützigen Wohnungsbau: Es stehen dafür Kredite mit einem grossen Volumen zur Verfügung, die jedoch praktisch nicht genutzt werden. Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel hat heute Morgen festgehalten, dass dieses oder nächstes Jahr Projekte anlaufen werden.
Zur Gebäudeversicherung: Bei der Beratung im letzten Jahr zur Rechnung 2013 fragte SP-Kantonsrat Eusebius Spescha bezüglich der Revisionsbemerkungen der Gebäudeversicherung nach. Gregor Kupper als Stawiko-Präsident erwiderte sinngemäss, sie sei als nicht wesentlich zu betrachten. Im diesjährigen Stawiko-Bericht finden sich einige Bemerkungen zu Mängeln bei der Gebäudeversicherung. So wurde beispielsweise kritisiert, dass nicht alle Bestimmungen des Personalgesetzes eingehalten oder Honorare und Entschädigungen Dritter nicht an die Gebäudeversicherung abgegeben würden. Hier stellt sich die Frage, wie es um die Aufsichtspflicht der Sicherheitsdirektion steht bzw. wie und ob diese überhaupt wahrgenommen wird.
Die SP-Fraktion wird auf den Geschäftsbericht eintreten und die Jahresrechnung 2014 sowie die Jahresrechnungen der PHZ, der kantonalen Strafanstalt Bostadel und der Gebäudeversicherung genehmigen.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass er nicht nur seine persönliche Meinung vertritt, sondern auch diejenige der SVP-Fraktion. An der letzten Fraktionssitzung wurde gewünscht, sich nicht nur zum höchst bedauerlich entgleisten Abschluss zu äussert, sondern auch die Meinung der Fraktion und der SVP Kanton Zug zu den kantonalen Finanzen darzulegen. Die Ausführungen des Votanten ergänzen damit das Votum seines Fraktionskollegen Thomas Wyss.
Es geht hier nicht allein um den langjährigen Finanzdirektor, es geht um die ganze Zuger Regierung und das Parlament. Alle sitzen im gleichen Boot bzw. auf der Titanic, wie dies bereits in früheren Vergleichen erwähnt wurde. Die Zuger Titanic wird nicht untergehen, aber sie ist schwer zu steuern, insbesondere wenn das Ruder nicht rechtzeitig in Bewegung gesetzt wird – dann werden allen die Eisblöcke rasch und heftig um die Ohren fliegen.
Karin Andenmatten hat die Debatte vom 10. April 2014 erwähnt. Der Votant kann sich an diese nicht mehr genau erinnern, dafür sehr genau an diejenige vom 28. November 2013 unter dem Vorsitz von Kantonsratspräsident Hubert Schuler. Es war nicht die Sternstunde dieses Parlaments, vielleicht war es die Sternstunde der SVP-Fraktion. Die Debatte verlief gehässig und aggressiv, und gewisse Einzelpersonen äusserten sich in sehr beleidigender Art und Weise. Die SVP-Fraktion forderte bei jeder Direktion eine moderate Kürzung von 5 Prozent. Diese Einsparungen hätten den Verlust von 70 Millionen Franken in eine ausgeglichene Rechnung verwandelt. Nach dem Abschluss hätte man eigentlich viel pessimistischer sein müssen und eine zehnprozentige Kürzung verlangen sollen. Wäre das Parlament auf die Vorschläge der SVP eingegangen, hätte der Sparprozess bereits früher und intensiver begonnen.
Bei den Einnahmen wurde viel zu optimistisch budgetiert. Statt einer moderaten Zunahme sind gewaltige Einbrüche zu verzeichnen. Wie bei einem Orientierungslauf werden Ziele ausgesteckt und Karten verteilt. Die «Neue Zuger Zeitung» hat am 2. April geschrieben: «Der Finanzhimmel verdüstert sich.» Anhand eines Balkendiagramms ab 2005 wurde im Bericht dargestellt, dass die Budgetplanung praktisch jedes Mal danebenlag. Von 2005 bis 2009 hatte man mit moderaten Gewinnen von kumulativ 8,3 Prozent gerechnet. In Tat und Wahrheit wurde fast eine halbe Milliarde Franken erwirtschaftet: 2005 waren es 46 Millionen, dann 154 Millionen, 162 Millionen – solche Gewinne konnte Peter Hegglin ausweisen. Ab 2009 hat die Finanzkrise begonnen, und richtigerweise wurden Defizite eingeplant. 2010 waren es 33,7 Millionen Franken, 2011 39,8 Millionen Franken – und in jenem Jahr hatte man sage und schreibe noch einen Gewinn von 84,8 Millionen Franken erzielt. Das hat die Sinne etwas getrübt. Der Orientierungslauf ist misslungen, weil die falschen Karten verteilt wurden. Die Läufer, die am Wettbewerb teilnahmen, konnten die Ziele nicht finden, weil die Karten falsch gezeichnet waren. Nun hat sich die Situation verändert: 2013 war man noch praktisch auf Budget, jetzt hat sich das Defizit verdoppelt, und es ist anzunehmen, dass es noch viel schlimmer kommen wird. Das ist die eigentliche Dramatik. Es weckt natürlich kein Vertrauen, wenn der Finanzdirektor sich jetzt in den Ständerat flüchtet. Das löst das Problem nicht. Leider wird man in diesem Parlament Lösungen finden müssen, um mit den Herausforderungen umzugehen. Es wurden bereits verschiedene Punkte erwähnt. Es wird harte Massnahmen brauchen, Entlassungen beim Staatspersonal sind nicht auszuschliessen, sogar notwendig, und zwar nicht nur beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie. Das ist schmerzhaft, es tut weh, das weiss jeder Unternehmer, der dies erlebt hat. Der Votant weiss, wovon er spricht, er musste vor zwanzig Jahren eine Massenentlassung persönlich durchführen und über hundert Entlassungsgespräche führen. Das wünscht er niemandem.

Ein weiteres Problem ist der NFA. SVP-Nationalrat Thomas Aeschi sagte gestern Abend gemäss einem Artikel von Harry Ziegler in der «Neuen Zuger Zeitung», vertrauliche Zahlen würden zeigen, dass der Kanton Zug im kommenden Jahr wieder ca. 10 Millionen Franken mehr zu bezahlen habe. Dies, obwohl den Medien zu entnehmen war, dass das Parlament eine Entlastung beschlossen hat. Irgendetwas stimmt da nicht. Der Votant konnte nicht in Erfahrung bringen, was genau läuft, aber er geht davon aus, dass Thomas Aeschi die Informationen aus erster Hand aus den Kommissionen hat, in denen er Mitglied ist. Zudem ist es nicht besonders beruhigend, dass der Kanton Zug nun mit der Unternehmenssteuerreform III konfrontiert ist. Es ist unklar, ob dies das strukturelle Finanzproblem lösen wird.
Bedauerlicherweise kommen nun harte Zeiten auf den Kanton Zug zu, und eine andere Lösung, als Massnahmen zu ergreifen, gibt es nicht. Wie die bürgerlichen Vertreter bereits gesagt haben, sind Steuererhöhungen nicht die Lösung dieses strukturellen Problems.

**Stefan Gisler:** Die Welt sei, wie sie sei, hat vorhin Thomas Wyss ausgeführt. Dem ist nicht so: Die Welt ist so, wie wir sie machen. Das Defizit des Kantons Zug wurde nicht durch einen bösen Wirtschaftsgott verursacht. Vielmehr zeichnet dieser Rat dafür verantwortlich. Und diese Entwicklung war vorhersehbar. Auch der Votant reiht sich ein in die Schlange der Warnenden, allerdings warnte er schon seit 2006 und nicht erst seit 2013/14, wie sich CVP und SVP dafür lobten. In seiner Rede vom November 2014 zeigte der Votant klar auf, dass die ALG bei jeder Steuersenkung seit 2007 Bedenken äusserte. Doch der Rat und die Regierung waren stets der Meinung, man könne sich das leisten, das sei kein Problem. Erfreulicherweise hält die Regierung nun in Bericht und Antrag fest, dass die fehlenden Steuereinnahmen mit ein Hauptgrund für das Finanzproblem sind.
Philip C. Brunner kritisierte die Budgetplanung des Finanzdirektors. Darauf hatte der Votant bereits 2014 hingewiesen. In den letzten zehn Jahren wurde der Kanton Zug in Sachen Falschbudgetierung nur noch vom Kanton Schwyz übertroffen. Doch der Finanzdirektor muss auch in Schutz genommen werden – dieser Rat macht es der Regierung nicht einfach, einen gesunden Staatshaushalt zu erreichen. Es macht nicht den Anschein, als wolle der Rat wirklich Sorge zum Staatshaushalt tragen, wenn wie heute Morgen erneut Steuersenkungen von 1,6 Millionen Franken beschlossen werden und dies als «Peanuts» bezeichnet wird.
Es ist erstaunlich, wie ideologisch SVP und FDP festhalten, man müsse Massnahmen ergreifen, die Einnahmenseite aber einfach ignorieren. Man sollte sich an der eigenen Nase nehmen und die Steuersenkungen betrachten, die in den letzten Jahren seit 2007 beschlossen wurden: Es begann bereits 2002 – seit dann wurden die Steuern statisch gesehen um über 200 Millionen Franken gesenkt. Man wusste, dass dies langfristig nicht gut kommen kann.
Philippe Camenisch hat ausgeführt, man würde sich zu viel leisten wie beispielsweise die Dreifachturnhalle der Kantonsschule. Doch im Gegensatz zur FDP hat das Volk Nein gesagt zum Stadttunnel, und dies ist eine massive Einsparung im Vergleich zu einer Turnhalle. Doch damit wird das Finanzproblem von Zug natürlich nicht gelöst, dieser Meinung ist sicherlich auch der Baudirektor.
Der Rat hatte anscheinend das Gefühl, das Perpetuum mobile erfunden zu haben und mit ständigen Steuersenkungen so viel Zuwachs im Kanton schaffen zu können, dass die Staatskassen auf geheimnisvolle Weise immer voller werden. Das funktioniert nicht. Vielmehr handelt es sich um ein altes antiquiertes Wirtschaftsverständnis, das erfunden wurde vom amerikanischen Wirtschaftsökonomen Arthur Laffer, der bereits Präsident Reagan beraten hat. Aufgrund dieser Theorie wurden damals die Steuern für die Leistungsfähigen massiv abgebaut im Glauben, das

käme gut. Die Folgen waren eine massive Destabilisierung des Mittelstands in den USA, eine leere Staatskasse mit Schulden und ein massiver Leistungsabbau. In Zug glaubt man nach wie vor, mit sturen Steuersenkungen das Heil für den Kanton zu finden. Natürlich kann am einen oder anderen Ort gespart werden, der Rat ist aber dazu eingeladen, endlich eine realistischere Wirtschafts- und Steuerpolitik zu verfolgen, Einnahmen und Ausgaben zu berücksichtigen und nicht blind in dieses Entlastungsprogramm hineinzugehen.
Beim NFA handelt es sich um ein hausgemachtes Problem. Natürlich könnte der Bund den Geberkantonen etwas entgegenkommen. Doch es ist fraglich, ob die Nehmerkantone darauf eingehen, insbesondere wenn argumentiert wird, dass es sich um eine parasitäre Einrichtung handle und die Nehmer Parasiten seien, wie dies Kantonsrat Lötscher heute Morgen ausgeführt hat. Das ist nicht zielführend. Es muss etwas geschickter verhandelt werden. Zudem bestehen diese hohen NFA-Kosten aufgrund des grossen Ressourcenpotenzials, wie dies Alois Gössi ausgeführt hat. Von diesem Potenzial schöpft der Kanton Zug nur 13 Prozent aus, so tief liegt nur noch Appenzell Innerhoden. Es gilt, mit etwas Selbstkritik in diese Debatte zu gehen und einzugestehen, dass der Kantonsrat das NFA-Problem selbst zu verantworten hat. Es liegt nicht allein in der Verantwortung der Regierung.
Nicht überall kann abgebaut werden, deshalb sind in Zukunft auch Steuererhöhungen nicht mehr auszuschliessen – und zwar nicht Steuererhöhungen bei der Bevölkerung, sondern gezielt bei denen, die es sich leisten könnten. Heute Morgen wurde das leider verpasst. Doch es wird andere Gelegenheiten geben, so zum Beispiel die Unternehmenssteuerreform III, bei welcher der Kanton Zug nicht unnötig auf Steuereinnahmen verzichten wird.

**Beni Riedi** fühlt sich nach dem Votum von Stefan Gisler und dem Angriff auf die bürgerlichen Parteien herausgefordert. Die Verwaltungen des Kantons und auch mancher Gemeinden haben bekanntlich etwas Speck angesetzt. Solche Probleme löst man, indem man den Verwaltungen ganz einfach das Geld entzieht. So werden Kanton und Gemeinden automatisch effizienter arbeiten. Nur so können die zahlreichen Bereiche, die in den letzten Jahren zu stark ausgebaut wurden, gekürzt werden. Auch in der Gemeinde Baar wurde eine solche Budgetdebatte geführt. Aufgrund der vielen Anträgen, die eingingen, war diese ziemlich frustrierend. Sparen heisst nicht, Steuern und Gebühren für den Bürger zu erhöhen oder gar – wie von der Sicherheitsdirektion vorgeschlagen – die Geschwindigkeitsbegrenzung einen Stundenkilometer tiefer anzusetzen, um auf diese Weise mehr Bussengelder einzunehmen. Es braucht Mut, und mit sportlichen Massnahmen lässt sich in Zukunft der Speck etwas abtrainieren.

**Philip C. Brunner** dankt der Stawiko für die Personalstellenübersicht in ihrem Bericht. Er weist darauf hin, dass die kantonale Verwaltung Ende 2011 1513 Stellen hatte. Drei Jahre später, 2014, waren es 187 Stellen mehr. Geht man – über den Daumen gepeilt – von 150’000 Franken pro Stelle aus, ergibt sich ein zusätzlicher Personalaufwand von 30 Millionen Franken. Für das Budget 2015 sind bereits 34 weitere Stellen aufgeführt. Doch dieser Kanton funktionierte auch 2011, und die Mitarbeiter der Verwaltung haben kein Blut geschwitzt, weil sie derart unter Druck waren. Grund für die zusätzlichen Stellen sind teilweise neue Gesetze und neue Aufgaben. Ein Beispiel dafür ist der *Littering Manager*, wie er in der Stadt Zug angestellt wurde. Die kantonale Verwaltung zieht mit 12’000 Franken mit. Es sind die kleinen Dinge, die es ausmachen. Die «Peanuts», die der Votant am Morgen erwähnt hatte, waren vielleicht etwas missverständlich. Absicht war, diese 800’000 Franken und die 640’000 Franken für die Gemeinden, insgesamt also rund 1,4 Mil-

lionen Franken, im Verhältnis zum Budget darzustellen. Wie viele andere auch muss der Kanton Zug in Zukunft jeden Franken zweimal umdrehen. Hat er weiterhin ein solches Personalwachstum zu verzeichnen, entstehen über kurz oder lang Probleme. Das ist nichts anderes als ein Aufruf zur Vernunft. Deshalb müssen FDP und SVP nicht als die bösen Sparer angeprangert werden. Es liegen sehr gute Ansätze aus verschiedenen Fraktionen vor, das ist auch dem Protokoll vom 28. November 2013 zu entnehmen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** stellt fest, dass bisher in erster Linie über die Finanzen gesprochen wurde. Es handelt sich hier jedoch nicht nur um einen Rechnungsbericht, sondern um einen Geschäftsbericht, und zwar um den dritten Geschäftsbericht, der in dieser Form aufgelegt wurde. Aktuell wird gemäss dieser Darstellung das fünfte Budget erstellt.
Zur Gesamtwürdigung des Geschäftsberichts: Der Regierungsrat hat seine Strategie recht erfolgreich umgesetzt. So wurden 37 Legislaturziele erfüllt, 11 sind noch in Umsetzung, 9 wurden gestrichen. Ebenfalls zur Gesamtwürdigung zählen die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips, die erstmalige Durchführung der Wahlen im Kanton Zug nach dem doppelt-proportionalen Zuteilungsverfahren oder die Anwendung des Majorzverfahrens zum ersten Mal nach hundert Jahren. Zudem wurde eine neue Geschäftsordnung des Kantonsrats erlassen.
Von den schlechten Zahlen soll nicht abgelenkt werden: Der Regierungsrat hat diese in seinem Bericht klar aufgezeigt und auch in der Kommunikation gegenüber den Medien dargestellt. Wie bereits erwähnt liegen die Gründe für das schlechte Ergebnis insbesondere bei den Steuererträgen, die wesentlich tiefer ausgefallen sind als erwartet. Bei den Kantonssteuern waren es insgesamt 55,2 Millionen Franken weniger, wobei die Erträge bei den natürlichen Personen noch tiefer lagen. Bei den juristischen Personen konnte dies etwas kompensiert werden, vor allem durch die ordentlich versteuerten juristischen Personen. Die privilegiert besteuerten internationalen Gesellschaften sind eher unter den Erwartungen geblieben. Dasselbe Bild zeigt sich bei den direkten Bundesteuern, wo 30 Millionen Franken weniger zu verzeichnen waren. Wird der ausbleibende Gewinnanteil der Schweizerischen Nationalbank addiert, ergibt dies 96 Millionen Franken. Bei diesen Zahlen hat es auch nicht geholfen, dass die Ausgabenseite deutlich unter dem Budget blieb.
Zur Budgetierung der Kantonssteuererträge: Blickt man auf die letzten Jahre zurück, handelte es sich nicht um eine überbordende Budgetierung. Im Jahr 2011 konnten 680 Millionen Franken Steuererträge erzielt werden, 2008 waren es 630 Millionen, 2014 sind es 608 Millionen. Es wurde nicht einfach ein hohes Wachstum zugrunde gelegt. Korrekt ist, dass seit 2003 stets markant bessere Abschlüsse erzielt wurden als budgetiert. Als der Finanzdirektor 2003 sein Amt angetreten hat, waren 280 Millionen Franken Eigenkapital vorhanden, in den besten Zeiten waren es 1,2 Milliarden Franken. Folglich konnte 1 Milliarde Franken erwirtschaftet werden. Das zeigt, dass die Erträge immer wesentlich besser waren als budgetiert. Als das Jahr 2014 budgetiert wurde, befand man sich noch im Jahr 2013, die Zahlen 2013 lagen noch nicht vor, so ist man von den Zahlen 2012 und 2011 ausgegangen. Leider sind die erwarteten Erträge dann ausgeblieben, insbesondere waren keine Sondereffekte zu verzeichnen. Die drei besten Steuerzahler der drei letzten Jahre sind 2014 weggefallen. Dies so einfach zu kompensieren, ist auch im Kanton Zug nicht möglich.
Auch der Regierungsrat hat sich die Frage gestellt und geprüft, ob man diese Entwicklung früher hätte sehen müssen. Im Jahr 2012 war ein Überschuss von 6 Millionen Franken zu verzeichnen. Die Finanzplanjahre verliefen damals «normal», das heisst, es zeichnete sich ein Minus von 30 Millionen am Finanzplanhorizont ab. Die

Erfahrung zeigt, dass der Abschluss immer wesentlich besser ist als die Finanzplanjahre. Im Jahr 2013 wurde dann ein Minus von 25 Millionen budgetiert, das Resultat war ein Minus von 20 Millionen. Und die Finanzplanjahre zeigten am langen Ende wieder in Richtung eines positiven Ergebnisses. Dies hatte auch das BAK Basel in seiner Beurteilung geschrieben: Es seien konjunkturelle, vorübergehende Defizite, und es handle sich nicht um ein strukturelles Problem. Das war im Jahr 2013.
Für das Jahr 2014 war ein Minus 70 Millionen Franken budgetiert. Deshalb stellte die Regierung dem Kantonsrat im November 2013 den Antrag, das BAK Basel mit einer Analyse des kantonalen Finanzhaushalts zu beauftragen. Der Bericht ist schliesslich im Juni 2014 vorgelegt worden. Daraus ging hervor, dass Zug seine Leistungen rund 30 Prozent über dem Niveau vergleichbarer Kantone anbietet. Das zeigte, dass auch ein Aufwandproblem besteht. Diese 30 Prozent waren dem Regierungsrat zu hoch, und es wurde beschlossen, auf 10 Prozent zu reduzieren. Seit Juli 2014 läuft nun dieses Programm, und es ist auf Kurs.
In dieser Zeitspanne hat sich der Regierungsrat immer wieder gegen zusätzliche Aufwände und Stellen gewehrt, ebenso gegen weniger Einnahmen. Trotzdem wurden weitere Ausgaben beschlossen wie etwa die bereits erwähnte Dreifachturnhalle. Obwohl der Regierungsrat versucht hat, das Problem aufzuzeigen, ist es wahrscheinlich nicht in der ganzen Tragweite erkennbar gewesen.
Von Einbrüchen bei den Steuern kann man aber nicht sprechen, vielmehr von einer Stabilisierung auf einem immer noch adäquaten Niveau. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Erträge wieder steigen werden.
Ein grosses Thema ist auch der NFA: Philip C. Brunner hat vorhin erwähnt, dass die neuen Zahlen erscheinen werden. In diesem Jahr hat eine Vernehmlassung stattgefunden, um Regelwerke festzulegen. Dazu hat der Regierungsrat eine Stellungnahme abgegeben und gefordert, bei einer Anpassung am Regelwerk auch die Wertung der Unternehmensgewinne anzupassen. Aus Sicht des Regierungsrats wäre eine einseitige Anpassung nicht statthaft. Doch diese Anpassung führte zu einer Höherbelastung der finanzstarken Kantone, welche die Reduktionen durch das Bundesparlament fast wieder wettmachte.
Zum Stawiko-Bericht: Der Finanzdirektor ist erfreut, dass die Stawiko auf der ersten Seite schreibt, sie würde alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Finanzen im Lot zu halten. Doch es geht natürlich nicht nur um die Aufwand-, sondern auch um die Ertragsseite. Bei vielen Hinweisen der Stawiko können die Delegationen auf das nächste Budget hin informiert werden. Dabei gibt es einige Hinweise, die der Regierungsrat pragmatisch umsetzen wird. Es geht hier vor allem um die wesentlichen Risiken, bei denen zwischen grossen und kleinen Ämtern unterschieden werden muss, damit der Aufwand für die Umsetzung verhältnismässig bleibt.
Dass Empfehlungen der Finanzkontrolle grundsätzlich befolgt werden müssen, geht wesentlich weiter, als das Finanzhaushaltsgesetz vorschreibt. Gemäss diesem hat die Finanzkontrolle verschiedene Möglichkeiten: Sie kann Hinweise geben, Empfehlungen abgeben und etwas beanstanden. Doch in allen Punkten hat die beanstandete Stelle die Möglichkeit, innert einer bestimmten Frist eine Stellungnahme abzugeben. Diese Freiheiten müssen die Stellen weiterhin haben. Wäre eine Befolgung der Empfehlungen verpflichtend, könnte dies die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle tangieren. Der Regierungsrat versteht es so, dass er diese Empfehlungen prüfen kann und anschliessend entscheidet, ob sie umgesetzt werden. Diese Möglichkeit muss die Stawiko der Regierung bzw. der Verwaltung zugestehen.
In den Voten wurde einige Male das Personalstellenwachstum erwähnt. Diese Zahlen müssen analysiert werden. Es können nicht nur die Nettozahlen miteinander verglichen werden. Im Kindes- und Erwachsenenschutz beispielsweise wurden

über 30 Stellen neu geschaffen, weil der Kanton die Aufgaben der Gemeinden übernommen hat. Eine weitere grosse Bereinigung erfolgte beim Reinigungspersonal. Dieses war früher als Aushilfspersonal angestellt und deshalb nicht im Personalbestand aufgeführt. Dasselbe gilt im Bereich Lehrpersonen, wo Nebenlisten in die Hauptlisten integriert wurden. Ähnlich verhält es sich auch mit den Zeitguthaben. Die Regierung geht mit der Stawiko einig, dass diese im Auge behalten werden müssen. In der letzten Zeit wurden die Zeitguthaben massiv reduziert. Mehrjährige Zeitguthaben von Mitarbeitenden, die bei der Pensionierung geltend gemacht wurden, sind eliminiert worden. Es bestehen Vorgaben zu den erlaubten Überträgen. Insgesamt haben die Zeitguthaben im vergangenen Jahr abgenommen, sie sind aber transferiert worden von Arbeitszeit- zu Überstundensaldi.
Zur Unternehmenssteuerreform III: Die Debatte in Bern wurde eröffnet. Es wäre blauäugig, die Reform nicht vorzunehmen. Die Rechtssicherheit eines Standortes ist für Unternehmen von wesentlicher Bedeutung. Ein Teil der Steuerausfälle ist auch auf die geringere Rechtssicherheit zurückzuführen. So können Volksinitiativen zu Wirtschaftsstandort, Steuern oder Einwanderung eine gewisse Rechtsunsicherheit verursachen. Deshalb ist es nicht zu vermeiden, die Unternehmenssteuerreform III durchzuführen und damit wieder Rechtssicherheit zu schaffen.
Der Finanzdirektor dankt den Ratsmitgliedern, wenn sie den Anträgen des Regierungsrats folgen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt. Es erfolgen Wortmeldungen zu den folgenden Abschnitten:

***Direktion für Bildung und Kultur (ab S. 105)***

**Esther Haas:** Die Stawiko hat in ihrem Bericht geschrieben, dass die Direktion für Bildung und Kultur weitere Leistungsvereinbarungen mit der Tagesschule Internat Horbach mit Auflagen verknüpft. Die Votantin dankt dem Bildungsdirektor, dass er bei GGZ und Horbach genauer hinschaut. Sie stellt die folgenden Fragen:
● Was beinhalten diese Auflagen konkret, mit denen eine weitere Fortführung der Leistungsvereinbarung verknüpft ist?
● Wer übernimmt allfällige Kosten für Massnahmen, die wegen der Auflagen ergriffen werden müssen?
● Im Bericht steht, dass es bei Nichterfüllung der Aufgaben keine weiteren Leistungsvereinbarungen gibt. Ist es auch möglich, dass die aktuelle Leistungsvereinbarung vorzeitig gekündigt wird?
Da der Bildungsdirektor nicht mehr anwesend ist, fragt die Votantin dessen Stellvertreter, Finanzdirektor Peter Hegglin, ob er ihre Fragen beantworten kann. Auf dessen abschlägige Antwort kündigt die Votantin an, dass die Fragen in Form einer kleinen Anfrage an die Bildungsdirektion gestellt werden.

***Baudirektion (ab S. 195)***

**Hanni Schriber-Neiger** möchte namens der ALG wissen, warum das Legislaturziel L12c, Förderung Langsamverkehr Ägerital, Seiten 9 und 203, gestrichen wurde. Zudem fragt sie, ob sich die Regierung vorstellen kann, dieses Ziel wieder aufzunehmen, da der Stadttunnel – ebenfalls in den Legislaturzielen aufgeführt – nicht gebaut wird. Ein weitere Frage hat die Votantin zum Tiefbauamt, TB3020.004, Radstrecken, Seite 205: Im Budget sind 2,7 Millionen Franken angeben, die Rechnung weist 1,686 Millionen Franken aus. Das gibt eine Abweichung von gut 1 Million, also 37,5 Prozent. Worauf ist diese grosse Abweichung zurückzuführen?

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt Hanni Schriber-Neiger für die Fragen, die ihm im Vorfeld zugestellt wurden. Zur Abweichung von 37,5 Prozent bei den Radstrecken: Diese ergab sich, da das Projekt Radstrecke Alpenblick–Chollermüli, das unterdessen im Bau ist, verzögert wurde. Grund war die Verzögerung des Bauprojekts beim Alpenblick. Um mit dem Bau der Radstrecke beginnen zu können, musste dieses fertiggestellt sein. Bei Investitionen, die über längere Perioden ausgeführt werden, ist es nicht immer möglich, punktgenau zu budgetieren: Es kann Verschiebungen oder Auflagen geben, die Abrechnung kann sich verzögern. Es vergeht ein Jahr mehr als geplant, und die Verrechnung stimmt nicht mehr. Die Baudirektion hält den Gesamtkostenrahmen jedoch immer ein. Das wird auch bei diesem Projekt der Fall sein.
Zur Förderung Langsamverkehr Ägerital: Der Verkehr im Ägerital ist nicht in erster Linie ein Pendlerverkehr, sondern vielmehr ein Freizeitverkehr. Wird der Langsamverkehr exorbitant ausgebaut, würde das das Verkehrsproblem in den Berggemeinden nicht lösen. Ein Ausbau des Langsamverkehrs wäre deshalb eher eine Massnahme, die dem Tourismus zugutekäme. Vor dem Hintergrund des Entlastungsprogramms und der Absicht, das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen, steht dieses Projekt deshalb etwas quer in der Landschaft. Es wurde vorhin davon gesprochen, dass die Baudirektion Investitionen von 100 Millionen Franken streicht, und diese sind nicht im Entlastungsprogramm von 111 Millionen Franken enthalten. Nebst vielem anderem betrifft dies teilweise auch den Langsamverkehr.
Der Hinweis, die Förderung des Langsamverkehrs im Ägerital wieder aufzunehmen, da der Stadttunnel nun gestrichen wurde, wird zur Kenntnis genommen. Aber diese 890 Millionen Franken liegen bekanntlich nicht einfach auf dem Tisch. Staatsrechnungsrelevant wären zudem nur 235 Millionen Franken gewesen, und dies erst ungefähr im Jahr 2024.
Aus Kostengründen ursprünglich gestrichen wurde die Sanierung der Unterführung Brüggli, eins unschönen, schwarzen Lochs. Als positive Nachricht lässt sich vermelden, dass dieses Projekt nun wieder aufgenommen und umgesetzt wird. Denn die Unterführung ist eine wichtige Verbindung ins Naherholungsgebiet. Das Variantenstudium wurde bereits abgeschlossen und der Gemeinde zur Prüfung zugestellt.
Zur Büroraumplanung, welche die Stawiko-Präsidentin erwähnt hatte: Selbstverständlich lag eine abgeschlossen Büroraumplanung vor, bevor das Entlastungsprogramm startete. Nun musste alles auf den Kopf gestellt werden, und das VZ3 an der Aabachstrasse soll nicht gebaut werden. Dies führt zu einer kompletten Änderung der Situation. Deshalb wird eine neue Büroraumplanung erarbeitet, Ende Sommer abgeschlossen und dem Regierungsrat vorgelegt. Im Regierungsrat wird dann die Frage gestellt, ob nur der neue ZVB-Hauptstützpunkt ohne das VZ3 gebaut werden kann. Dies wird schliesslich der Kantonsrat zu entscheiden haben.
Zum alten Kantonsspital-Areal: Diese 4,5 Millionen Franken sind nicht vergebens ausgegeben worden – im Gegenteil: Eigentlich sollte dort das Tiefbauamt platziert

werden. Dies ist hinfällig geworden, da die Personalstellen nicht mehr gesprochen wurden. Das Tiefbauamt bleibt somit im VG 1. Jedoch sind einige Ämter, Direktionen und Direktionssekretariate zurzeit extern eingemietet. Diese passen bestens ins alte Kantonsspital-Areal, wo bereits der Schulpsychologische Dienst und das Amt für gemeindliche Schulen angesiedelt sind. Da die Mieten nicht mehr anfallen, wird ein wertvoller Beitrag ans Entlastungsprogramm geleistet. Momentan sind Gespräche im Gang, nach dem Sommer werden die Entscheide getroffen. Dann wird das Schwesternhaus, das schon immer als Reserve vorgesehen war, für Büroräumlichkeiten genutzt – und zwar zum Vorteil für die Staatsfinanzen.

***Richterliche Behörden (ab S. 333)***

**Kurt Balmer** stellt fest, dass die Stawiko in ihrem 15-seitigen Bericht die Gerichte gar nicht erwähnt hat. Relativ ausführlich wurde zu den einzelnen Direktionen etwas gesagt. Doch abgesehen von der Personalübersicht ganz am Schluss ist zu den Gerichten überhaupt nichts aufgeführt. Warum äussert sich die Stawiko in keiner Art und Weise zu den Gerichten? Der Votant hofft, dass die Stawiko auch die Gerichte genau überprüft hat. Die JPK überprüft die Zahlen nicht, sie hat eine andere Funktion. Es wird nächste Woche über die Rechenschaftsberichte diskutiert, zu denen der Votant auch noch einige Bemerkungen haben wird.
In den vergangenen Jahren lag bei den Gerichten ein Konflikt vor. Zudem ist es nicht klar, wie die Gerichte in das vorliegende Entlastungspakete involviert sind, ob Vorschläge vorhanden sind, ob die Stawiko mit den Gerichten Vorschläge diskutiert, inwiefern eine Entlastung erfolgt. Des Weiteren besteht ein achtprozentiger Unterschied zwischen der Rechnung und dem Budget, obwohl der Konfliktfall bekannt war. Gegenüber der Rechnung 2013 handelt es sich zwar um eine dreiprozentige Überschreitung, aber in Kenntnis dieses Konfliktfalls. Der Votant erwartet von der Stawiko mindestens eine Zusatzinformation zu diesen Themen, gegebenenfalls mit dem Zusatz, ob beim Konfliktfall alles begründet, vollständig und korrekt abgerechnet wurde. Diese Information zu liefern, gehört zum Aufgabenbereich der Stawiko. Nächste Woche wird allenfalls beim Rechenschaftsbericht in anderer Sache darüber diskutiert. Heute ist eine zahlenmässige Begründung zu erwarten. Ebenso erwartet der Votant eine Begründung der Stawiko in Bezug auf den Mehraufwand von 8 Prozent, der bei insgesamt drei Stellen weniger Ende 2014 im Vergleich zum Vorjahr sowie in Kenntnis des Konfliktfalls entstanden ist.
Die Stawiko-Präsidentin hat heute in ihrem Votum gesagt, es gebe keine wesentlichen Unstimmigkeiten. Das reicht nicht. Peter Hegglin hat heute zu Recht betont, es handle sich hier um einen Geschäftsbericht, nicht nur um eine Rechnung. So können auch ergänzende Angaben der Stawiko erwartet werden. Die Gerichte selbst würden sicherlich mitteilen, alles sei ordentlich gelaufen; diese Antworten sind vorhersehbar. Deshalb möchte der Votant eine verlässliche Auskunft dazu von der Stawiko.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** nimmt gerne Stellung zu den Fragen von Kurt Balmer. Die Delegation visitiert auch die richterlichen Behörden und erstellt einen entsprechenden Bericht. Dieser lag der Staatswirtschaftskommission vor. Die Delegation konnte alle Abweichungen begründen. Die Verbuchungen werden von der Finanzkontrolle geprüft, das ist nicht Aufgabe der Staatswirtschaftskommission. Die Budgetabweichung wird begründet durch höhere Kosten für amtliche Verteidigungen und höhere Entschädigungen für Fälle Es gab keinen Grund, dies im Stawiko-Bericht zu erwähnen, da alles klar und transparent war.

***Anträge des Regierungsrats (Seite 5)***

Der **Vorsitzende** liest die Anträge des Regierungsrats vor:
● Es sei der Geschäftsbericht 2014 bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung zu genehmigen.

**Stefan Gisler** wünscht eine Abstimmung.

➔ Der Rat genehmigt den Geschäftsbericht 2014 mit 55 zu 6 Stimmen.

Der **Vorsitzende** fährt weiter mit den Anträgen des Regierungsrats:
● Es seien die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen.
● Es sei die Jahresrechnung 2014 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen.
● Es sei die Jahresrechnung 2014 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.
● Es sei die Jahresrechnung 2014 der Gebäudeversicherung Zug zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass praxisgemäss keine separate Schlussabstimmung durchgeführt wird. Das Geschäft ist für den Kantonsrat damit erledigt.

## 189 Nächste Sitzung

Donnerstag, 2. Juli 2015 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

13. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 2. Juli 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30–12.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
2.1. Motion von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Beitritt des Kantons Zug zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat vom 18. Juni 2009)
2.2. Interpellation von Michael Riboni, Beni Riedi, Thomas Villiger und Thomas Werner betreffend irrsinnige Abfall-Demo auf Kosten der Steuerzahler
3. Kommissionsbestellung:
3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom Leistungsauftrag Hochschule Luzern – FH Zentralschweiz 2016–2019
4. Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz): 2. Lesung
5. Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2014
6. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission für die Jahre 2013/2014
7. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für das Jahr 2014
8. Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2014
9. Geschäfte, die am 25. Juni 2015 nicht behandelt werden konnten
10. Fachhochschule Zentralschweiz:
10.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel S 9 Öffentliche Bauten und Anlagen: Standort Fachhochschule Zentralschweiz)
10.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag des Kantons Zug an die Aufbaukosten des Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)
10.3. Postulat der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandorts des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz
10.4. Interpellation der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandorts des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz
10.5. Petition zum Institut für Finanzdienstleistungen (IFZ): «IFZ muss in der Stadt Zug bleiben!»
11. Gesetz über die Haltung von Hunden
12. Interpellation von Anna Bieri betreffend Ausbau der Fernmeldeinfrastruktur im Kanton Zug

**190 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle, Zug; Adrian Andermatt, Baar.

**191 Mitteilungen**

Kantonsrätin Michèle Kottelat tritt nach der heutigen Sitzung aus dem Kantonsrat zurück. Als Mitglied des Kantonsrats und des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug hat sie ein Doppelmandat inne. Sie will sich künftig auf ihre Tätigkeit im GGR konzentrieren. Der Vorsitzende dankt ihr für ihr Engagement im Kantonsrat.

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

TRAKTANDUM 1

**192 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 3

**Kommissionsbestellungen:**

**193** Traktandum 3.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom Leistungsauftrag Hochschule Luzern – FH Zentralschweiz 2016–2019**
Vorlagen: 2527.1 - 14966 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2527.2 - 14967 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Bildungskommission.

**194** Traktandum 3.2: **Bildungskommission**

Die SVP-Fraktion beantragt, anstelle von Philip C. Brunner neu Beat Sieber in die Bildungskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4

**195 Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz): 2. Lesung**

Vorlagen: 2378.5 - 14935 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2378.6 - 14961 (Antrag der FDP-Fraktion zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung ein Antrag der FDP-Fraktion eingegangen ist. Dieser umfasst folgende Punkte:
• § 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. a: Es soll weiterhin das geltende Recht zur Anwendung kommen.
• § 6$^{ter}$ Abs. 4 Bst. a: eine Lektion pro Klasse auf der Primar- und Sekundarstufe I für die Aufgabe der Klassenlehrperson.
• § 17 Abs. 1 Bst. c: Der Absatz soll ersatzlos gestrichen werden und somit weiterhin das heute geltende Recht zur Anwendung gelangen.

**Beat Unternährer** teilt namens der FDP-Fraktion mit, dass sich diese im Rahmen einer umfassenden Beurteilung verschiedener Faktoren entschlossen hat, gemäss § 73 GO KR auf die zweite Lesung zur Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen fristgerecht folgenden Antrag zu stellen:
• § 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. a: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass weiterhin das heute geltende Recht zur Anwendung kommen soll, nämlich: «[Der ungekürzte Anspruch auf das gesetzliche Gehalt besteht bei folgender wöchentlicher Unterrichtszeit, wobei eine Lektion 45 Minuten dauert:] a) für Kindergartenlehrpersonen: 27,33 Lektionen». Das entspricht 20,5 Stunden. Das Resultat der ersten Lesung waren 28 Lektionen. Die in der ersten Lesung beschlossenen Formulierungen in Bst. b, c und d können beibehalten werden.
• § 6$^{ter}$ Abs. 4 Bst. a: Die FDP-Fraktion beantragt folgende Formulierung: «[Als Unterrichtszeit angerechnet werden:] a) eine Lektion pro Klasse auf der Primär- und Sekundarstufe I für die Aufgabe der Klassenlehrperson». Das Resultat der ersten Lesung waren zwei Lektionen. Die in der ersten Lesung beschlossenen Formulierungen in Bst. b und c können beibehalten werden.
• In Zusammenhang mit dem Antrag betreffend § 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. a und § 17 Abs. 1 Bst. c stellt die FDP-Fraktion zur Beibehaltung der Systematik einen redaktionellen Zusatzantrag, nämlich § 6$^{ter}$ Abs. 4 Bst. d ersatzlos zu streichen. Die FDP schlägt also vor, dass auf der Kindergartenstufe für die Aufgabe der Klassenlehrperson nicht 30 Minuten Unterrichtszeit angerechnet werden.
• § 17 Abs. 1 Bst. c: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass dieser Absatz ersatzlos gestrichen wird und somit geltendes Recht zu Anwendung gelangt. Sie schlägt also vor, die Zulage von 2,4 Prozent für Kindergartenlehrpersonen, welche die Funktion der Klassenlehrperson ausüben, nicht zu gewähren.
Zur Begründung: Wie bereits im Rahmen der Detailberatung der ersten Lesung erwähnt, ist es der FDP ein grosses Anliegen, dass der Kanton Zug über öffentliche Schulen von hoher Qualität verfügt. Es wird ohne Vorbehalte anerkannt, dass die Qualität der Lehrpersonen ein zentraler Erfolgsfaktor ist und dass entsprechende Lehrpersonen eine hohe Leistung erbringen. Die FDP hat im Rahmen der ersten Lesung betont, dass sie es als falschen Weg betrachtet, nun eine gesetzliche Massnahme einzuführen, welche reine Symptombekämpfung darstellt. Von verschiedenen Lehrpersonen, insbesondere aus der Primarschule, hat die FDP vor und nach der ersten Lesung die Rückmeldung erhalten, dass sie aufgrund des integrativen Schulansatzes heute teilweise zu viel Zeit für einzelne Schüler aufwenden müssen, anstatt sich um die Klasse als Ganzes kümmern zu können. Es sei enorm wichtig, dass der schulische Mittelbau nicht vernachlässigt werde. Im

Vorfeld der heutigen Kantonsratssitzung haben Fachpersonen festgehalten, dass das integrative Schulsystem in den letzten Jahren zunehmend anspruchsvoller geworden sei. Jeder hier weiss, dass bei einem offenbar immer komplexer werdenden System auch die Gefahr entsteht, dass das eigentliche Kerngeschäft der Schule, das Lehren, vernachlässigt wird. Eine fundierte Abklärung in Bezug auf allfällige Probleme mit dem heutigen Schulmodell scheint der FDP daher der logische nächste Schritt zu sein. Die FDP will sich dafür einsetzen, dass die Lehrer möglichst stark in ihrem Kerngeschäft tätig sein können. Aus diesem Grund haben Vertreter der FDP-Fraktion am 30. April eine Interpellation zum integrativen Schulmodell eingereicht. Die Antworten auf die Interpellation werden hierüber hoffentlich vertiefte Kenntnisse liefern. Die FDP geht auch davon aus, dass die Antworten auf die Interpellation den bereits bestehenden Spielraum der Gemeinden aufzeigen. Das Vorgehen muss auch im Interesse der Lehrer sein. Diese müssen daran interessiert sein, dass die Situation grundlegend analysiert wird. Eine reine Symptombekämpfungsmassnahme würde die Situation der Lehrer nur kurzfristig leicht verbessern oder gar eine Alibiübung sein.
Es sei auch noch ein Hinweis auf die aktuelle Wirtschaftssituation erlaubt: Mit der Frankenstärke durch das Fallen des Mindestkurses im Januar dieses Jahres ist die Wirtschaftsentwicklung unsicherer geworden. Die grossen Defizite im Rechnungsabschluss 2014 und im kantonalen Budget für die nächsten Jahre veranlassten den Regierungsrat, ein Entlastungsprogramm zu lancieren. Der Druck auf die Wettbewerbsfähigkeit hat diverse Firmen veranlasst, die Arbeitszeiten kurzfristig um bis zu 10 Prozent bei gleichem Lohn zu erhöhen. Es zeigt sich aber zunehmend, dass diese Massnahmen nicht ausreichen. Zusätzlich wurden inzwischen bereits Tausende von Stellen abgebaut. Es ist zu erwarten, dass dies auch negative Auswirkungen auf die Staatsfinanzen haben wird. Ist es da der richtige Zeitpunkt, die Lehrpersonen weiter von ihrer Haupttätigkeit, dem Lehren, zu entlasten, ohne vorher grundlegend einen allfälligen Anpassungsbedarf im Schulmodell zu identifizieren? Die FDP ist der Überzeugung, dass im veränderten Umfeld keine falschen Zeichen gesetzt, sondern Anstösse zu einer vertieften Diskussion über notwendigen Anpassungsbedarf am bestehenden Schulmodell gegeben werden sollen. Die FDP will starke Schulen. Das ist nachhaltig jedoch nur möglich, wenn allfällige Mängel des heutigen Systems fundiert eruiert und behoben werden.

**Jürg Messmer** hält als Sprecher der SVP fest, dass seine Fraktion bereits in der ersten Lesung dasselbe gefordert hat. Es darf nicht sein, dass der Kantonsrat die Lehrerschaft weniger lange als heute vor den Klassen steht lässt. Denn jeder und jede, die den Beruf des Lehrers bzw. der Lehrerin wählt, hat das Ziel, bei den Schülerinnen und Schülern zu sein und zu unterrichten. Man muss daher das Ganze im Auge behalten und die Frage stellen, wie viel administrativen Aufwand eine Lehrperson leisten muss, um einen ordentlichen Schulbetrieb führen zu können. Die Politik ist gefordert, die Lehrpersonen wieder zu stützen, ihnen den nötigen Rückhalt zu geben und dafür besorgt zu sein, dass *sie* im Klassenzimmer der Chef sind, nicht allfällige Anwälte von Eltern oder Schülern. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb die Anträge der FDP und ist klar gegen eine zweite Entlastungslektion für Klassenlehrpersonen. Hier muss für die Zukunft eine andere Lösung angeboten werden. Ob der Lehrplan 21 eine bessere Lösung ist und weniger administrativen Aufwand bringt, wagt der Votant allerdings zu bezweifeln. Er bittet den Rat deshalb, den Antrag der FDP-Fraktion zu unterstützen.

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, teilt mit, dass die Anträge, welche die FDP bereits in der ersten Lesung stellte und nun auf die zweite Lesung er-

neut stellt, in der Bildungskommission bereits beraten wurden. Seit der ersten Lesung wurden keine neuen Argumente vorgetragen. Der Kommissionpräsident hat deshalb darauf verzichtet, nochmals eine Kommissionssitzung einzuberufen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Vorberatung in der Kommission.
Der Antrag der FDP-Fraktion, in § 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. a und in § 17 Abs. 1 Bst. c für Klassenlehrpersonen auf der Kindergartenstufe auf die Gewährung einer Funktionszulage von 30 Minuten zu verzichten und geltendes Recht anzuwenden, wurde in der Kommission zwar kontrovers diskutiert, e wurde jedoch dazu kein Antrag gestellt. Die Kommission wie später auch die Stawiko und der Kantonsrat in der ersten Lesung folgten damit dem Antrag des Regierungsrats. Der Regierungsrat kam mit seinem Antrag dem Anliegen der Motion Huber/Landtwing/Winiger halb entgegen. Die Motionärinnen forderten eine Entlastung von 60 Minuten. Damit wollten sie Lohngleichheit der Kindergartenlehrpersonen mit den Lehrpersonen der Primarschulstufe erreichen, da die Kindergartenlehrpersonen an den Pädagogischen Hochschulen heute gleich lang ausgebildet werden. Die Lohnungleichheit lässt sich auf das unterschiedliche Pflichtpensum zurückführen. Die einzelnen Lektionen sind allerdings gleich bezahlt. Die Kommission unterstützt die Haltung des Regierungsrats, den Kindergartenlehrpersonen in der Entlöhnung in diesem Mass entgegenzukommen.
Bei § 6$^{ter}$ Abs. 4 Bst. a empfiehlt die Bildungskommission mit 9 zu 5 Stimmen, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten und der Entlastung der Klassenlehrpersonen mit einer zusätzlichen Lektion, im Ganzen also zwei Entlastungslektionen, zuzustimmen. Die Klassenlehrpersonen tragen die Hauptlast der Verantwortung in der Schule und sind von den verschiedenen Zusatzbelastungen, die in den letzten Jahren auf die Lehrpersonen zugekommen sind, am meisten betroffen.
Die zur Abstimmung vorliegende Revision des Lehrpersonalgesetzes verfolgt das Ziel, die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Zug als Arbeitgeber zu erhalten und den gestiegenen Belastungen von Lehrpersonen in den letzten Jahren zu begegnen. Bildungskommission, Stawiko und in der ersten Lesung auch der Kantonsrat haben das Kernstück der Vorlage, die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung auf der Primarschulstufe um eine Lektion, zurückgewiesen. Übrig bleiben die Massnahmen, über welcher der Rat heute diskutiert und welche die Bildungskommission als richtig und zielführend erachtet. Gestützt auf die Kommissionsberatung empfiehlt die Bildungskommission deshalb, an den Resultaten der ersten Lesung festzuhalten.

**Esther Haas** spricht für die ALG und legt zuerst ihre Interessenbindung dar: Sie ist Lehrerin am GIBZ, als der Volkswirtschaftsdirektion Unterstellte vom Lehrpersonalgesetz aber nicht betroffen.
Sowohl in der Bildungskommission als auch in der ersten Lesung zum Lehrpersonalgesetz wurde hervorgehoben, dass man Investitionen in die Bildungsqualität dort tätigen sollte, wo diese am meisten Ertrag bringen, nämlich bei den Lehrpersonen. Die flächendeckende Senkung der Unterrichtsverpflichtung um eine Lektion wurde mit dem Argument abgelehnt, dass dies dem Giesskannenprinzip entspreche und ineffizient sei. Es wurde aber immer wieder betont, dass es Entlastungen für die Klassenlehrpersonen brauche; dies sei zielgerichtet und stärke die Lehrpersonen, welche die grösste Verantwortung tragen und durch Aufgaben ausserhalb des eigentlichen Unterrichts am stärksten belastet sind.
Die Klassenlehrpersonen vergeuden ihre Zeit nicht einfach mit «Administrieren», wie dies die FDP darstellt. Gespräche mit Eltern, Schülerinnen und anderen Lehrpersonen, die aufwendige Integration von schwierigen Kindern ist nicht Büroarbeit im stillen Kämmerlein, sondern wertvolle Arbeit mit und für Menschen und eine Kernaufgabe der Lehrpersonen. Deshalb braucht es die beiden Zusatzlektionen für

Klassenlehrpersonen auf der Primär- und Sekundarschulstufe I unbedingt. Auch die Annäherung der Entschädigung der Kindergartenlehrpersonen an jene der Primarlehrpersonen auf der Unterstufe schien relativ unbestritten, da diese an der Pädagogischen Hochschule die gleichen Anforderungen erfüllen müssen.
Wenn nun die FDP diese Anpassungen als Symptombekämpfung hinstellt, hat sie die Zeichen der Realität ganz einfach nicht erkannt. Immer wieder hat man den Lehrpersonen in den letzten zwanzig Jahren Anpassungen versprochen. Sie wurden dann aber stets auf später vertröstet, weil es jeweils halt gerade der falsche Moment war, die Versprechen einzulösen. Selbstverständlich hat die FDP auch heute mit der aktuellen finanziellen Situation des Kantons Zug wieder ein Argument gefunden, warum die Lehrerschaft nicht von längst fälligen Verbesserungen profitieren sollte. Und es stimmt einfach nicht, wenn weiter behauptet wird, dass der Kanton Zug auf Basis der geltenden Regelungen nach wie vor wettbewerbsfähig sei, ja sogar im Vergleich mit umliegenden Kantonen eine Spitzenposition einnehme. Der Bildungsdirektor hat in der ersten Lesung vor solchen Behauptungen gewarnt, wenn er sagte: «Das war vielleicht vor zwanzig oder dreissig Jahren so. In der Zwischenzeit aber hat der Kanton Zug Terrain preisgegeben.»
Auch auf der Homepage der Volkswirtschaftsdirektion lässt es sich nachlesen: Die Zuger Wirtschaft braucht Fachkräfte. Es stellt sich nun die Frage, ob Zug diese Fachkräfte selber ausbilden will – eine qualitativ hochstehende Schule auf Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe bildet die Basis dafür –, oder ob man die Fachkräfte aus dem Ausland importieren will. Eine starke Zuger Wirtschaft mit *eigenen* Fachkräften ist auch ein Anliegen der FDP.
Die Votantin schliesst mit einem Zitat aus der «Weltwoche» aus dem Jahr 1988: «Wahrscheinlich gibt es nicht viele Berufe, an die die Gesellschaft so widersprüchliche Anforderungen stellt: Gerecht soll er sein, der Lehrer, und zugleich menschlich und nachsichtig; straff soll er führen, doch taktvoll auf jedes Kind eingehen, pädagogische Defizite ausgleichen, Suchtprophylaxe und Aids-Aufklärung betreiben, auf jeden Fall den Lehrplan einhalten, wobei hochbegabte Schüler gleichermaßen zu berücksichtigen sind wie begriffsstutzige. Mit einem Wort: Der Lehrer hat die Aufgabe, eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nebel durch unwegsames Gelände in nordsüdlicher Richtung zu führen, und zwar so, dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Zielorten ankommen.» Dieses Zitat soll aufzeigen, dass die Anträge der FDP-Fraktion in die falsche Richtung gehen. Die ALG lehnt sie allesamt ab. Die Votantin bittet den Rat, sich einen kleineren oder grösseren Ruck zu geben und den Lehrpersonen zu zeigen, dass er bereit ist, die von ihm geforderten hohen Leistungen wertzuschätzen. In diesem Sinn ruft sie den Rat auf, die Anträge der FDP abzulehnen.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und entschuldigt sich einleitend für seine angeschlagene Stimme. Vor den Sommerferien ist es immer herausfordernder, als Lehrer alle Schäfchen im Zaum zu halten. Und damit legt der Votant auch seine Interessenbindung offen: Er unterrichtet als Sekundarlehrer im Kanton Zug.
Der Votant freut sich natürlich, dass es der FDP ein Anliegen ist, dass der Kanton Zug über öffentliche Schulen von hoher Qualität verfügt – dies nicht, weil er selbst in diesem Berufssegment tätig ist, sondern weil es für Gesellschaft und Wirtschaft wichtig ist, den Nachwuchs gut auszubilden. Wenn man nicht Verhältnisse wie in den USA haben will, wo die öffentlichen Schulen so geschwächt wurden, dass nur noch die Privatschulen brauchbar sind, dann muss man zum Bildungswesen Sorge tragen. Man trägt aber nicht Sorge zur Schule, indem man jahrelang Schulprojekte unterstützt, von denen man von Beginn weg weiss, dass sie zu mehr Aufwand füh-

ren, und danach keine Ressourcen sprechen will, um die zusätzlich geschaffenen Aufgaben seriös durchführen zu können.
Die zweite Entlastungslektion für Klassenlehrperson sowie die Anpassungen bei der Arbeitszeit von Kindergartenlehrpersonen, welche der Rat in der ersten Lesung verabschiedet hat, sind Minimalforderungen. Der Kanton Zug ist hier in keiner Weise Vorreiter, sondern zieht höchstens mit den Nachbarskantonen gleich; das wird auch Bildungsdirektor Stephan Schleiss bestätigen können. Es gab in den letzten dreissig Jahren ständig einen günstigen Zeitpunkt, um die Schule fortschrittlicher, Zeugnisse aussagekräftiger oder den Unterricht individueller zu machen. Offensichtlich gab und gibt es aber nie einen günstigen Moment, um auch die Rahmenbedingungen so anzupassen, damit das auf Hochglanzpapier Gedruckte auch in den Klassenzimmern umgesetzt werden kann.
Die meisten im Saal versprachen dem Volk bei den letzten Wahlen, sich für eine qualitativ hochstehende Bildung im Kanton Zug einzusetzen. An dieses Wahlversprechen gilt es auch heute zu denken. Es geht hier nicht um Luxuslösungen für Lehrpersonen. Es geht einzig darum, den Lehrpersonen Zeit zu gewähren, um die neu geschaffenen Aufgaben zu erledigen.
Zur zweiten Klassenlehrerstunde: Seit der Votant im Kantonsrat mitpolitisiert, wurde in Bildungsdebatten immer wieder und von verschiedensten Personen erwähnt, dass die Klassenlehrperson eine überaus wichtige Rolle spiele und wesentlich zum Erfolg der Schüler beitrage. Nun, bei der zusätzlichen Entlastungslektion geht es genau um die Klassenlehrperson, also um jene Person, welche die direkte Kontaktperson für Kind und Eltern ist, alle Fäden zusammenhält und letztendlich auch die Hauptverantwortung trägt – der anders gesagt: den Kopf hinhält, wenn es mal nicht rund läuft. Es ist durchaus nett und lieb gemeint, dass die FDP-Fraktion anstelle einer zusätzlichen Entlastungslektion nun den administrativen Aufwand senken und das Problem an der Wurzel packen möchte. Dies wird den Lehrpersonen aber schon seit etlichen Jahren versprochen – und eigentlich ist praktisch nichts geschehen. Es verdient Unterstützung, dass die FDP mit einer kürzlich eingereichten Interpellation das integrative Schulsystem hinterfragt. Aber auch ohne integratives Schulsystem ist der Aufwand für Klassenlehrpersonen gestiegen. Allein schon der Dokumentations- und Informationsaufwand gegenüber den Eltern hat markant zugenommen. Das ist gesellschaftlich bedingt und kann nicht einfach mit einem Vorstoss wieder verändert werden. Immer mehr Eltern haben nur ein Kind, und man investiert immer mehr Zeit in das Projekt «Kind». Somit gehört nicht nur das Unterrichten zum Kerngeschäft einer Lehrperson, sondern auch die individuelle Förderung der Kinder, das Führen von Elterngesprächen usw.
Wer die Meinung teilt, dass die Klassenlehrperson eine wichtige Rolle spielt, muss die Anträge der FDP entschieden ablehnen. Der Votant wendet sich hier insbesondere auch an die SVP, welche immer wieder betont hat, dass man die Klassenlehrperson unterstützen müsse, weil diese die Hauptverantwortung trage. Jetzt bietet sich jedem die Gelegenheit, mit seiner Stimme tatsächlich etwas dafür zu tun. Der Votant ruft die SVP-Fraktion auch dazu auf, ihrem Bildungsdirektor zu folgen, der selten eine Gelegenheit auslässt, um zu betonen, dass diese zweite Entlastungslektion sehr wichtig sei. Im Übrigen – dies zu Jürg Messmer – geht es nicht darum, im Klassenzimmer oder gegenüber den Eltern der Chef zu sein. Aber wenn man Chef sein möchte, dann braucht man auch Zeit, um sich in die Akten hineinzuknien und sich beispielsweise auf Elterngespräche vorzubereiten. Es braucht Zeit, das Verhalten von Kindern zu dokumentieren, um in einem Elterngespräch überhaupt Aussagen machen zu können.
Der Votant ruft den Rat auf, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten.

**Daniel Stadlin:** Die FDP-Fraktion möchte das Unterrichten von den schulischen Administrationsaufgaben trennen und so die Lehrpersonen entlasten. Nach dem kantonalen Schulkonzept «Beurteilen und Fördern» gehören administrative Aufgaben zum Unterrichtssystem. Lehrpersonen führen Gespräche mit Erziehungsberechtigten, tauschen sich mit anderen Lehrpersonen aus, machen Lerngespräche, erstellen Lernkontrollen, Kompetenzenraster, Beurteilungsinstrumente und Förderprogramme. Dies alles tun sie, um das Unterrichten zu unterstützen: keine Nebenaufgaben also, sondern Tätigkeiten der Lehrpersonen, die nötig sind, um den Auftrag nach «Beurteilen und Fördern» zu erfüllen. Den administrativen Bereich vom Kerngeschäft, dem Unterrichten, abzukoppeln, macht demnach keinen Sinn. Wer soll diese administrativen Zusatzarbeiten denn übernehmen? Etwa neu einzustellende Assistentinnen oder Assistenten? Letztlich würde nichts gespart, sondern alles aufwendiger und noch teurer.
Da die Administration zum Klassenlehrauftrag gehört, unterstützt die GLP die Anrechnung von zwei Lektionen pro Klasse auf der Primar- und Sekundarstufe I für die Aufgaben der Klassenlehrperson. Bei den beiden anderen Anträgen der FDP bleibt sie ebenfalls bei der Version der ersten Lesung.

**Rita Hofer** unterrichtet als Fachlehrperson an der Oberstufe in Hünenberg. Der heutige Entscheid bringt für sie aber keinen Mehrwert bezüglich Unterrichtsentlastung.
Als Lehrperson einer solchen Debatte zu folgen – mit Anträgen, wie sie heute von der FDP gestellt werden –, ist alles andere als einfach. Da ist nicht einmal ein Hauch von Wertschätzung gegenüber der täglichen Arbeit der Lehrpersonen spürbar. Dies steht in einem krassen Widerspruch dazu, dass Politikerinnen und Politiker sich gerne zur wichtigsten Ressource der Schweiz, der Bildung, bekennen und in ihren Äusserungen die Wichtigkeit der Schulqualität hochhalten. Dass dazu noch das Entlastungsprogramm als Grund für die Ablehnung herausgestrichen wird, lässt fast vermuten, dass die Lehrpersonen eine Mitschuld am Finanzdebakel treffen könnte.
In den letzten Jahren hat in der Schule eine Reform die nächste abgelöst: kooperative Oberstufe, Integration, zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe, Noten ab der 4. Klasse rückgängig gemacht auf die 2. Klasse, Qualitätsmanagement «Gute Schulen», «Beurteilung und Fördern», externe Evaluation, neue Zeugnisse mit ganzheitlicher Beurteilung, Sek I plus – und bereits steht der Lehrplan 21 vor der Tür. Es geht hier nicht um eine Vorlage, welche die Lehrpersonen auf irgendeine Weise bevorzugen würde, sondern um eine Anerkennung, dass sich der Berufsauftrag der Lehrpersonen in den letzten fünfzehn Jahren stark verändert, die Politik darauf aber nicht reagiert hat. Die Abgeltung des Mehraufwands wurde immer wieder in Aussicht gestellt.
Die Regierung unterstützt die Vorlage im Sinne einer gezielten Entlastung für die Klassenlehrpersonen. Die Gemeinden befürworten ebenfalls mehrheitlich, dass der grosse Mehraufwand der Klassenlehrpersonen abgefedert werden muss. Diese tragen die Verantwortung für die Klassen, koordinieren die nötigen Unterstützungsmassnahmen und Absprachen mit den entsprechenden Fachlehrkräften innerhalb der Klasse. Die Schüler und Schülerinnen werden ganzheitlich im Sinne von verschiedenen Kompetenzen – Sach-, Sozial-, Lern- und Selbstkompetenz – beurteilt, was entsprechend dokumentiert werden muss. Die Eltern erwarten eine Beurteilung, die nachvollziehbar ist und somit begründet und belegt werden kann.
Es ist daran zu erinnern, dass in den vergangenen Jahren einige politische Entscheide getroffen wurden, die zu den heutigen Mehrbelastungen geführt haben. Es liegt nun auch an der Politik, die Verantwortung zu übernehmen für die politischen Vorgaben, welche der Schule und damit den Lehrpersonen zugetragen wurden.

Es fällt **Jürg Messmer** auf, dass drei seiner Vorredner aus dem Lehrerberuf kommen – und sie alle sind natürlich für die zusätzliche Entlastung der Klassenlehrpersonen. Wenn die Wertschätzung aber davon abhängig gemacht wird, ob man den Klassenlehrpersonen eine zusätzliche Entlastung gewähren will oder nicht, ist man wirklich auf dem falschen Dampfer. Der Votant schätzt die Lehrpersonen, unabhängig davon, ob die zusätzliche Entlastung durchkommt oder nicht, und er hofft, dass die Lehrpersonen dies auch spüren.
Zu den von Rita Hofer erwähnten Reformen hält der Votant fest, dass diese von den Lehrpersonen jeweils mitgetragen wurden, auch der Lehrplan 21. Der Votant ist vom Lehrplan 21 aber keineswegs überzeugt – und er sucht noch Lehrpersonen, die sich dagegen wehren. Er bittet den Rat, wie die SVP-Fraktion den Antrag der FDP zu unterstützen.

**Zari Dzaferi** fühlt sich provoziert durch die etwas saloppe Behauptung, dass alle Reformen von den Lehrpersonen einfach durchgewinkt und akzeptiert worden seien. Das ist keineswegs so, und es gibt keine Studie, die diese Aussage belegen würde. Grundsätzlich haben die Reformen den Unterricht durchaus verbessert, und sie haben dem einzelnen Schüler etwas gebracht. Aber sie kosten auch etwas, denn sie haben den Zeitaufwand für die Lehrpersonen klar erhöht. Die vom Parlament beschlossenen Reformen haben die Schule nicht geschwächt, sondern besser gemacht und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst. Der entscheidende Punkt aber ist, dass die Umsetzung der neuen Aufgaben für die Schule einen zeitlichen Mehraufwand bedeutet.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** stellt fest, dass die FDP-Fraktion ihren Antrag auf die zweite Lesung damit begründet, dass sie eine umfassende Beurteilung vorgenommen habe. Die FDP sei versichert: Auch der Regierungsrat hat eine umfassende Beurteilung vorgenommen, ebenso die Bildungskommission und die Stawiko, welche das Ergebnis der ersten Lesung unterstützen. Dass die zusätzliche Entlastungslektion für die Klassenlehrpersonen reine Symptombekämpfung sei, wurde von verschiedenen Rednern bereits zurückgewiesen. Die Regierung unterstützt diese Auffassung. Die Sicht auf das integrative Schulmodell ist verkürzt, die Mehrbelastung resultiert auch aus zahlreichen weiteren Neuerungen, die sich ergeben haben; Rita Hofer hat einen ganzen Katalog davon aufgeführt. Ebenso wurde aus berufenem Mund widerlegt, dass sich das Kerngeschäft des Lehrers auf das Unterrichten reduziere. Auch der Bildungsdirektor ist der Ansicht, dass die Klassenführung und die Elternarbeit zum Kerngeschäft der Lehrpersonen gehören.
Jürg Messmer hat das klassische Spannungsverhältnis zwischen Unterrichtstätigkeit und administrativen Aufgaben angesprochen. Selbstverständlich sind alle dafür, dass die Lehrpersonen mehr unterrichten können und weniger administrieren müssen. Diese Forderung kommt auch aus den Schulkreisen selber. Das Problem liegt allerdings darin, dass leichter gefordert ist als umgesetzt. Es erinnert manchmal an die Debatte, die in der Politik generell geführt wird: Man verlangt, dass Bürokratie abgebaut und weniger Gesetze gemacht werden, leider aber entspricht das Resultat nicht immer diesen Forderungen. Es ist nämlich nicht so einfach, wie es sich fordert.
Bezüglich Wettbewerbsfähigkeit muss der Bildungsdirektor etwas klarstellen und Esther Haas widersprechen: Er wäre in der ersten Lesung missverstanden worden, wenn die Meinung bestünde, der Kanton Zug sei nicht mehr wettbewerbsfähig. Absolut gesehen, steht der Kanton Zug immer noch an einer guten Position, auch im Vergleich mit den umliegenden Kantonen. Mit dem Bild des preisgegebenen

Terrains versuchte der Bildungsdirektor aber zu zeigen, dass der Kanton Zug relativ zu den umliegenden Kantonen an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat.
Der Bildungsdirektor dankt dem Rat, wenn er das Ergebnis der ersten Lesung unterstützt und in der Schlussabstimmung der bereinigten Vorlage zustimmt.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über die verschiedenen Teile des FDP-Antrags einzeln abgestimmt wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der FDP-Fraktion zu § 6$^{ter}$ Abs. 2 Bst. a mit 43 zu 31 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der FDP-Fraktion zu § 6$^{ter}$ Abs. 4 Bst. a mit 45 zu 30 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der FDP-Fraktion zu § 17 Abs. 1 Bst. c mit 42 zu 31 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 46 zu 29 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor:
• Motion der Kantonsrätinnen Christina Huber, Margrit Landtwing und Erwina Winiger betreffend Entlastung der Kindergartenklassenlehrpersonen (Vorlage 1634.1): Sowohl der Regierungsrat als auch die Bildungs- und die Staatswirtschaftskommission beantragen, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 5

**196 Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2014**
Vorlagen: 2511.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2511.2 - 14955 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft Obergerichtspräsident Felix Ulrich sowie Alt-Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, dankt zuerst herzlich den Mitgliedern der JPK, die in der geänderte Zusammensetzung mit Elan und Teamwork über die Parteigrenzen sehr gut hinweg zusammengearbeitet haben; den Polizisten und Polizistinnen, den Staatsanwältinnen und -anwälten, den Angestellten der Straf- und Vollzugsbehörde, den Friedensrichterinnen und -richtern, den Mitglieder von Schlichtungsbehörden etc., vor allem aber den Richterinnen und Richtern, also allen, die sich im Bereich Justiz für Sicherheit und ein ordentliches

Zusammenleben einsetzen. Speziell dankt er Annatina Caviezel, der juristischen Sekretärin der JPK, für die grosse Unterstützung in der hektischen Zeit der Visitationen und Rechenschaftsberichte.

Die Sicherheit, die Sitte und Ordnung, die Kriminalität widerspiegeln nur allzu oft den allgemeinen Zustand eines Landes oder einer Gesellschaft. Wo keine Sicherheit vorhanden ist, wo Kriminalität herrscht und die Leute in Angst leben, wo Firmen Rechtsunsicherheit statt Rechtssicherheit vorfinden, gedeiht nicht die Wirtschaft und die Wohlfahrt, sondern es gedeihen nur noch *mehr* Kriminalität und *mehr* Leid. Es gilt deshalb, der Sicherheit Sorge zu tragen mit einer fairen, funktionierenden und effizienten Justiz, die möglichst zeitnah ihre Entscheide trifft und ihre Urteile verkündet; mit einer glaubwürdigen, juristisch korrekt arbeitenden Justiz, die aber auch dem gesunden Menschenverstand Platz lässt. Bei Berichterstattungen der Medien über die Justiz beschleicht einen oft das Gefühl, dass sich die Juristerei eine Parallelwelt geschaffen habe, in der logische, nachvollziehbare Fakten angezweifelt oder gar ins Gegenteil gekehrt werden. Täter und ihre Rechtsanwälte können Gutachten um Gutachten einfordern, was zu Zeitverzögerung führt und das Opfer allenfalls unglaubwürdig macht – und so letztlich zu einem Freispruch führen kann. Aber auch die Richterinnen und Richter sind angehalten, ihre Verantwortung zu übernehmen, unangenehme Entscheidungen zu treffen und diese auch zu verkünden. Es darf nicht sein, dass die Richterinnen und Richter sich ebenfalls der Gutachter bedienen, nur um vielleicht noch die eine oder andere Entscheidungshilfe zu bekommen oder gar Verantwortung abzuschieben. Die Richterinnen und Richter sind nicht da, um Gutachter zu beschäftigen; vielmehr sind dafür gewählt, um Verantwortung zu übernehmen und zu richten.

Seit der Einführung der gesamtschweizerischen Strafprozessordnung ist es – einmal mehr – nicht besser und einfacher, sondern schlimmer bzw. komplizierter geworden. Die Rechte der Täter und die Möglichkeiten der Verteidiger sind nochmals ausgebaut und die Verfahrensschritte verbürokratisiert worden. Das führt dazu, dass die Verfahren verkompliziert und oft auch in die Länge gezogen werden.

Die Schweiz verzeichnet seit Jahren einen enormen Bevölkerungszuwachs. Immer mehr Menschen aus verschiedensten Kulturen leben auf engem Raum zusammen. Zum Teil handelt es sich um Kulturen, mit deren Gewaltpotenzial die Schweizerinnen und Schweizer, aber auch das schweizerische Rechtssystem schlicht überfordert sind. Was tut man mit jemandem, dem es nichts ausmacht, ins Gefängnis zu gehen? Oder der nach einem Landesverweis einfach wieder einreist? Was tut man mit Tätern, die lieber eine Therapie als eine Haftstrafe antreten?

Es ist klar: Die Justiz steht weiterhin vor grossen Herausforderungen. Aber auch der Kantonsrat muss sich an der Nase nehmen. Für jede Lappalie wird ein Gesetz geschaffen; neuestens soll es auch für den Hundekot eines geben. Alles soll geregelt werden. Dann aber braucht es immer auch jemanden, der für die Einhaltung der neuen Gesetze sorgt. Und spätestens dann beginnt das Wehklagen über den grossen und teuren Justizapparat.

Der JPK-Präsident kann den Rat aber beruhigen: Die Justiz im Kanton Zug funktioniert sehr gut. Zum Allgemeinen verweist der Votant auf den Bericht und Antrag der JPK. Punktuell bringt er dazu einige Bemerkungen an.

• Vorgehen: Die JPK in ihrer neuen Zusammensetzung hat bereits im Januar das Vorgehen für die Visitationen bestimmt. Neu sollen sämtliche unter der Aufsicht des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts stehenden Stellen visitiert werden, wobei die Entscheidung über die Kadenz der Visitationen der JPK überlassen ist. Alle Stellen in einem Jahr zu besuchen, ist praktisch unmöglich, und die JPK hat entschieden, nach der nächsten Visitation, wenn sie alle Stellen besucht hat, über die Kadenz der einzelnen Visitationen zu entscheiden. Folgende Stellen wurden

dieses Jahr von Delegationen der JPK besucht: Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD), Aufsichtskommission Rechtsanwälte, Anwaltsprüfungskommission, Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht, Strafgericht, Kantonsgericht, Staatsanwaltschaft, Jugendanwaltschaft, Obergericht.
• Fazit: Zeitlich ist es jedes Jahr eine enorme Herausforderung, Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission noch vor der Sommerpause zu präsentieren; die letzte Sitzung und die letzte Visitation beim Obergericht fanden am 8. Juni 2015 statt. Die Zivil- und Strafrechtspflege im Kanton Zug funktioniert. Fast alle Verfahren konnten innert angemessener Frist erledigt werden. Die Arbeitsbelastung ist überall hoch, aber in einem erträglichen Mass. Das Arbeitsklima wird überall als gut bis sehr gut bezeichnet. Auch beim Kantonsgericht ist wieder so etwas wie Normalität eingekehrt.
• Auf Seite 3 des JPK-Berichts ist nachzulesen, dass 2014 der Mehraufwand wegen nicht bezahlter Ordnungsbussen im Bereich des neuen Übertretungsstrafgesetzes vom 23. Mai 2013 ungefähr siebzehn Arbeitstage ausmacht. In der damaligen Debatte versicherte der Sicherheitsdirektor, dass die Ordnungsbussen die langwierigen ordentlichen Verfahren ablösen würden, dass deshalb aber nicht mehr oder häufiger gebüsst werde. Dies führe insgesamt zu weniger Aufwand. Vor der Überarbeitung des Übertretungsstrafgesetzes und Ordnungsbussengesetzes gab es gerade mal drei bis fünf ordentliche Verfahren pro Jahr. Es ist zu hoffen, dass alle daraus etwas gelernt haben und nun wissen, dass mit der Einführung von neuen Gesetzen immer auch deren Umsetzung gefordert wird, was zwangsläufig zu mehr Aufwand führt.
• Erfreulich ist, dass es dem spezialisierten Polizisten bei der Vermögensabschöpfung gelungen ist, bei Straftätern über 1 Million Franken an Vermögen abzuschöpfen. Dies ist nicht nur gut für die Kasse des Kantons, sondern auch ein guter Denkzettel für die Straftäter.
• Ebenfalls erfreulich ist die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Jugendanwaltschaft, Jugenddienst der Zuger Polizei und KESB und die gute Wirkung, die sich daraus ergibt.
• Beim Kantonsgericht ist die Arbeitsbelastung nach wie vor sehr hoch, nicht von der Anzahl Neueingänge her, aber die Fälle werden komplexer. Immerhin konnte der allen bekannte Konflikt beigelegt werden. Jetzt geht es darum, dass sich das Gremium findet und sich die Abläufe einspielen können.
• Bei der Visitation der Schlichtungsbehörde stellte die JPK fest, dass diese äusserst effizient und wirkungsvoll arbeitet. Die Entschädigung der Schlichter stützt sich auf das Nebenamtsgesetz. Sie ist gemäss den beiden Schlichtern eher als bescheiden zu taxieren, seien damit doch nicht mal die Büro-Leerstandskosten gedeckt; die JPK erachtet eine Überprüfung und allfällige Harmonisierung der Entschädigungen für nebenamtlich Tätige als angezeigt.
• Der Vollzugs- und Bewährungsdienst und die Strafanstalt Zug werden zusammengelegt. Dadurch können 0,75 Stellen eingespart werden.
Die JPK beantragt einstimmig mit 14 zu 0 Stimmen, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2014 zu genehmigen. Sie dankt allen Richterinnen und Richtern, Kommissionsmitgliedern und Mitarbeitenden in der Zivil- und Strafrechtspflege nochmals herzlich für die geleistete Arbeit.
Die SVP-Fraktion schliesst sich einstimmig dem Bericht und Antrag der JPK an.

**Daniel Thomas Burch** spricht aus Effizienzgründen gleich zu allen traktandierten Tätigkeitsberichten. Er nimmt es vorweg: Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen der Justizprüfungskommission zu den folgenden Geschäften zu:
• Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2014;

• Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission für die Jahre 2013/14;
• Rechenschaftsbericht des Ombudsstelle für das Jahr 2014;
• Rechenschaftsbericht des Datenschutzstelle für das Jahr 2014.

Die FDP-Fraktion wird sich zu den einzelnen Geschäften nicht mehr separat äussern. Der Votant tut dies hier umfassend und in der nötigen Kürze.
Insbesondere das Kantonsgericht und auch das Obergericht als dessen Aufsichtsinstanz haben in der Berichtsperiode stark belastende interne Themen gehabt, die zwischenzeitlich zum Glück gelöst werden konnten. Die FDP dankt allen, die sich konstruktiv für die Erarbeitung einer diesbezüglich nachhaltigen Lösung involviert und engagiert haben. Eine gut funktionierende Justiz ist nicht Selbstzweck, sondern ein zentrales Element eines Rechtsstaats und für den Kanton Zug auch aus Sicht des Standortwettbewerbs unerlässlich.
Wie man den Berichten der JPK entnehmen kann, funktioniert die Zuger Justiz grundsätzlich gut. Auch können die Ombuds- wie auch die Datenschutzstelle ihren gesetzlichen Auftrag gut erfüllen. Dies nimmt die FDP gerne zur Kenntnis. Sie dankt allen Mitarbeitenden der Zuger Justiz, den Richterinnen und Richtern, dem Kanzleipersonal und den Gerichtsschreibenden, der neuen Datenschutzbeauftragten und der Ombudsperson und allen anderen, die ihren Beitrag dazu leisten.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2014 genehmigen wird. Sie attestiert den Zuger Gerichten im Grundsatz gute Arbeit. Der Votant geht auf drei Punkte kurz ein.
• Die Rechtspflege funktioniert. Die Verfahren werden innert angemessener Frist bearbeitet. Wenn es Verfahrensverzögerungen gibt, sind diese meist externen Gründen geschuldet. Beim Kantonsgericht ist wieder Normalität eingekehrt. Das ist gut so.
• Die Arbeitsbelastung ist überall auf hohem Niveau. Springerstellen waren, sind und werden auch künftig wichtig sein. Insbesondere hat sich die Situation beim Kantonsgericht normalisiert. Es ist aber davor warnen, im Rahmen des Sparpakets die kantonale Judikative mit Sparübungen zu belasten. Dies kann schnell zu Überbelastungen mit entsprechenden Folgen auf die Mitarbeiterkultur und vor allem auf die Dienstleistungsorientierung haben. Der Kanton Zug hat eine gut funktionierende Judikative, und es gilt, ihr auch für die Zukunft gute Rahmenbedingungen zu setzen.
• Das Obergericht hat seit Anfang Jahr einen neuen Präsidenten. Der Übergang verlief – so wirkt es auf den Votanten – positiv. Die ALG wünscht dem neuen Obergerichtspräsidenten weiterhin gute Einarbeitung und gute zukünftige Arbeit.
Namens der ALG dankt der Votant allen Beteiligten für die wertvolle Arbeit und den engagierten Einsatz.

**Alois Gössi** hält einleitend fest, dass der JPK-Präsident in seinem Votum teilweise sehr persönliche Ansichten geäussert hat. Die JPK hat nie darüber diskutiert, ob ein Gesetz – beispielsweise das Hundegesetz – nötig sei oder nicht.
Der Votant stellt namens der SP-Fraktion fest, dass die Gerichte im Kanton Zug im letzten Jahr im Grossen und Ganzen gut bis sehr gut gearbeitet haben. Dies zeigt auch der Bericht der erweiterten Justizprüfungskommission. Diese hat ja zum ersten Mal die Oberaufsicht über die Gerichte wahrgenommen. Erwähnenswert sind für die SP die folgenden Punkte:
• Auch 2014 gab es in einigen Fällen leichte Strafreduktionen durch das Strafgericht als Folge von Bearbeitungslücken bei der Staatsanwaltschaft. Auch wenn sich ihre Zahlen im Rahmen der Vorjahre bewegt, wäre es schön, wenn es solche Fälle

gar nicht gäbe, obwohl die Oberstaatsanwaltschaft mit strengen Zielvorgaben ein grosses Augenmerk auf das Alter der Verfahren legt.
• Beim Vollzugs- und Bewährungsdienst gab es 116 Verjährungen. Im Gegensatz zu früher ging aber alles korrekt vor sich. Alle diese Fälle resp. deren Täter oder Täterinnen waren im RIPOL zur Verhaftung ausgeschrieben, konnten jedoch nicht anher gebracht werden. Auch betrafen die entsprechenden Fälle vor allem oder nur leichtere Straftaten; es ging vor allem um Sanktionen mit wenigen Hafttagen
• Der über mehrere Jahre geplante Aufbau einer Stelle zur Vermögenseinziehung war 2014 erstmals über das ganze Jahr tätig. Die Stelle ist sehr lohnend: Sie erwirtschaftete 2014 rund 700'000 Franken zugunsten des Kantons Zug. Falls hier Potenzial für noch weitergehende Vermögenseinzüge gesehen wird, müsste allenfalls eine weitere Stelle umgelagert werden, dies auch als ein Beitrag an das Entlastungsprogramm 2015–2018.
• Im Kantonsgericht ist wieder Ruhe eingekehrt. Die Administrativuntersuchung gegen einen Kantonsrichter ist seit längerem abgeschlossen, Kantonsrichter Beglinger ist zurückgetreten und der vom Kantonsrat als temporärer Ersatz gewählte ausserordentliche Kantonsrichter ist durch einen ordentlichen gewählten Kantonsrichter abgelöst worden. Das Kantonsgericht kann sich wieder auf seine eigentliche Tätigkeit, das Richten, konzentrieren. Dass es dies braucht, zeigen auch die hohen Zahlen bei den Fällen am Kantonsgericht.
Die SP-Fraktion dankt allen Mitarbeitern der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Ombudsstelle, der Datenschutzstelle sowie des Vollzugs- und Bewährungsdiensts für ihre gute, nicht immer einfache Arbeit im letzten Jahr. Die SP ist für die Genehmigung des Rechenschaftsberichts des Obergerichts und – bei den folgenden Traktanden – auch der Rechenschaftsberichte des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission sowie der Tätigkeitsberichte der Ombuds- und der Datenschutzstelle

Namens der CVP-Fraktion dankt auch **Kurt Balmer** allen Mitarbeitern der Justizbehörden für ihren Einsatz zugunsten der Zuger Justiz und wünscht insbesondere dem neuen Obergerichtspräsidenten eine erfolgreiche Startperiode, damit die etwas ins Wanken geratene Zuger Justiz definitiv wieder voll auf Kurs gebracht werden kann. Damit aber hat er für heute die Lorbeeren bereits verteilt und geht nun näher auf drei etwas kritische Punkte ein.
• Es ist etwas zu bedauern, dass offensichtlich nach wie vor nicht klar ist, ob die erweiterte JPK auch die KESB visitieren soll bzw. darf. Der Kommentar von Tino Jorio zur neuen GO KR schweigt dazu, doch kann es nach Ansicht des Votanten nicht angehen, dass eine im Prinzip unabhängige Quasi-Gerichtsbehörde im Gegensatz zu Obergericht etc. keiner Aufsicht unterliegt und nur – aber immerhin – ihre Finanzen durch die Stawiko geprüft werden. Bekanntlich betonen die Vertreter der Direktion des Innern immer wieder, dass die KESB dieser nur administrativ zugeordnet, fachlich aber unabhängig sei. Die politische Komponente in Zusammenhang mit der KESB sei hier nur am Rand erwähnt.
• Bereits anlässlich der Diskussion über den Rechenschaftsbericht 2013 wies der Votant als Fraktionssprecher darauf hin, dass die CVP sich zwecks Vermeidung einer politischen Eskalation zurückgehalten und insbesondere im Hinblick auf eine baldige vergleichsweise Erledigung keinen Vorstoss eingereicht habe. Die CVP weiss es auch zu schätzen, dass es den Konfliktparteien zwischenzeitlich gelang, rechtswirksam einen Vergleich abzuschliessen. Auch schon vor einem Jahr machte der Votant darauf aufmerksam – und dies gilt immer noch –, dass ein grosses und berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit bestehe, zu wissen, was konkret schief lief, wer allenfalls eine Verantwortung trägt und welche Schlussfolgerungen politi-

scher Natur zu ziehen sind. Für das Obergericht scheint die Sache mit dem Vergleich und Stillhalteabkommen erledigt zu sein. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Politisch aber ist die Angelegenheit noch nicht gegessen, wobei der eigentliche Konflikt selbstverständlich nicht aufgewärmt werden soll. Es geht vielmehr nach wie vor darum, allfällige offensichtliche Versäumnisse oder Fehler von anderen Justizmitgliedern zu orten, dies zwecks Vermeidung von zukünftigen Konflikten und Korrektur von Systemfehlern, wozu möglichweise das aktuelle Wahlverfahren für die Richter zählt; und es geht um die Verantwortung der Parteien. Im Weiteren geht es auch um die Frage, ob mindestens gewisse Teile und allfällige Erkenntnisse des Berichts von Alt-Bundesrichter Raselli aus politischen Gründen veröffentlicht werden sollten. Nach Ansicht des Votanten steht es nicht der Justiz zu, mit einem Federstrich allein darüber zu entscheiden. Die ganze Angelegenheit hat die Zuger Justiz vorübergehend zu viel an Ressourcen und Finanzen gekostet – und das Parlament ist immer noch die Oberaufsicht der Justiz im Bereich äusserer Geschäftsgang. Dies gilt umso mehr, als die Stawiko – auch auf die Nachfrage des Votanten vor einer Woche hin – schlichtweg keine Aussage finanzieller Natur machte. Nun, mit Blick auf den aktuellen Bericht der JPK bleibt zumindest im erwähnten Sinn die Formulierung, dass bezüglich des Kantonsgericht «von Seiten der JPK kein weiterer Handlungsbedarf» bestehe, zu relativieren. Soweit dem Votanten bekannt ist, hat keine politische Instanz oder die JPK über die obige politische Komponente entschieden; die JPK hat auch nicht den Deckel zu diesem Thema zugetan. Nach Meinung der CVP besteht ein entsprechender Handlungs- resp. mindestens Klärungsbedarf.
• Der relativ ausführliche Rechenschaftsbericht des Obergerichts dient dazu, auch nicht visitierte Instanzen etwas genau zu analysieren. Aufgrund der Zahlen zu den Friedensrichterämtern bestehen nach Meinung des Votanten dort gewisse Qualitätsunterschiede. Er fordert die Verantwortlichen beim Obergericht deshalb auf, bei Schulungen darauf hinzuweisen, dass die Klaviatur der Erledigungsmöglichkeiten – sprich: Urteilsvorschläge – zwecks Entlastung der ordentlichen Gerichte künftig vermehrt ausgenützt werden sollen.
Trotz dieser vielleicht etwas negativen Nebengeräusche empfiehlt auch die CVP-Fraktion einstimmig, den Rechenschaftsbericht des Obergericht zur genehmigen.

**Barbara Gysel** hat eine Frage an JPK-Präsident Thomas Werner. Sie betrifft seine Aussage, gewisse Kulturen – die Votantin kann sich nicht an den genauen Wortlaut erinnern – seien gewalttätiger. Sie möchte diese Aussage nicht unwidersprochen lassen und bittet den JPK-Präsidenten um Auskunft darüber, ob diese Frage in der JPK diskutiert wurde oder ob diese Aussage allenfalls auch zu den persönlichen Bemerkungen des JPK-Präsidenten gehört.

**Manuel Brandenberg** äussert sich zum Votum von Kurt Balmer. Seiner Ansicht nach spricht tatsächlich vieles dafür, auch die KESB zu visitieren. Folgt man dem Wortlaut der GO KR, so gehört es zu den Aufgaben der erweiterten JPK, sämtliche Stellen zu visitieren, die der Aufsicht des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts unterstehen – und die fachliche Aufsicht über die KESB liegt ja, soweit diese von Beschwerden betroffen ist, beim Verwaltungsgericht.

**Thomas Werner** beantwortet die Frage von Barbara Gysel. Es ist nicht seine Absicht, den Bericht der JPK wörtlich wiederzugeben, vielmehr erlaubt er sich auch persönliche Bemerkungen dazu. Bezüglich der Kulturen, mit deren Gewaltpotenzial das schweizerische Justizsystem überfordert ist, spricht er aus eigener Erfahrung.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich:** Die Zuger Zivil- und Strafjustiz funktioniert gut. Das ist die Zusammenfassung des vorliegenden Rechenschaftsberichts, und davon konnte sich das Obergericht aufgrund der eingereichten Tätigkeitsberichte und der Anfang Jahr durchgeführten Inspektionen überzeugen. Die Inspektionen und das Verfassen der Berichte sind – neben allen Fällen, die erledigt werden wollen – zusätzliche Aufgaben, die oft Feierabend- und Wochenendschichten erfordern. Im Obergerichtsgebäude ist deshalb das Aufatmen jeweils förmlich hörbar, wenn die Inspektionen abgeschlossen, die Statistiken erstellt und die Inspektionsberichte und diejenigen zum Geschäftsgang *im Kasten* sind.
Die Justizprüfungskommission hat die Staatsanwaltschaft, die Gerichte und weitere Kommissionen und Behörden visitiert, und am 8. Juni 2015 war schliesslich das Obergericht an der Reihe. Vor der fast vollzählig anwesenden erweiterten JPK durften die fünf vollamtlichen Oberrichter die an sie gestellten Fragen beantworten. Mit Genugtuung nimmt das Obergericht zur Kenntnis, dass auch die erweiterte JPK in ihrem Bericht und Antrag zum Schluss gelangt, dass die Zivil- und Strafrechtpflege gut funktioniert. Zum Bericht und Antrag der JPK hat der Obergerichtspräsident keine weiteren Bemerkungen anzubringen. Er stimmt mit Kurt Balmer überein, dass die Affäre am Kantonsgericht für das Obergericht erledigt und abgeschlossen ist; die politische Aufarbeitung ist nicht Sache des Obergerichts. Bezüglich der Anregung von Kurt Balmer zur Schulung der Friedensrichter ist der Obergerichtspräsident der Meinung, dass die Hauptaufgabe der Schlichter darin besteht, zu schlichten und in den Verhandlungen einen Vergleich zu finden. Ein Urteilsvorschlag ist etwas ganz anderes und kann nur bei bestimmten Konstellationen angewandt werden, beispielsweise wenn ein Beklagter nicht vor dem Friedensrichter erscheint. Sicher aber gehören Urteilsvorschläge nicht zur Kernaufgabe der Friedensrichter.
Der Obergerichtspräsident dankt der Justizprüfungskommission für die offene Gesprächskultur und für die angenehme Atmosphäre bei den Visitationsgesprächen. Kritische Fragen können dabei Anlass sein, bestehende Abläufe zu überdenken und nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen.
Die Arbeit in der Justiz ist nicht immer einfach. Es wird mit grossen Emotionen gekämpft und gestritten, zudem werden die Verfahren formalistischer und komplizierter. Auch in quantitativer Hinsicht ist die Arbeitsbelastung gross, zum Teil sehr gross. Eine Entspannung zeichnet sich leider in keinem Bereich ab, im Gegenteil. So wird etwa mit der vorgesehenen Wiedereinführung der Landesverweisung im Strafgesetzbuch mit einer weiteren Verkomplizierung der entsprechenden Strafverfahren zu rechnen sein. Im Zivilbereich steht eine Änderung des Kindesunterhaltsrechts an – und schon in der Botschaft des Bundesrats vom 29. November 2013 steht zu lesen, die Revision werde wohl vorab auf kantonaler Ebene zu einer Mehrbelastung der Gerichte führen. Aber das ist Bundesrecht, da kann der Kantonsrat als Gesetzgeber auf kantonaler Ebene nichts dafür. Und schliesslich ist es in der Justiz wie anderswo: Probleme und Schwierigkeiten können entschärft oder gelöst werden – und schon kommen neue hinzu. Aber das darf die Mitarbeitenden der Justiz nicht müde machen, sondern soll sie fit halten.
Auch der Obergerichtspräsident dankt allen in der Zuger Justiz Tätigen für die geleistete Arbeit und den grossen Einsatz im vergangenen Jahr.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2014.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafjustiz für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 6

**197 Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission für die Jahre 2013/2014**

Vorlagen: 2510.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission); 2510.2 - 14956 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, dankt vorab allen Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission. Er gratuliert Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald zu seinem 35-jährigen Dienstjubiläum.
Im Detail verweist er auf den Bericht und Antrag der JPK. Allgemein lässt sich festhalten, dass die Neueingänge im langjährigen Durschnitt um etwa 12 Prozent zugenommen haben. Trotzdem und obwohl die Verfahren nicht einfacher wurden, konnte die Pendenzenzahl per Ende des Berichtsjahrs wie in den Vorjahren unter 200 gehalten werden. Die Prüfung des Rechenschaftsberichts sowie die Visitation haben der JPK gezeigt, dass am Verwaltungsgericht sehr gute Arbeit geleistet wird, vermutlich nicht zuletzt wegen des Präsidenten, der 35 Jahre Erfahrung vorweisen kann und motiviert scheint wie in seinem ersten Jahr.
Die JPK erachtet folgende Feststellung als erwähnenswert: Zurzeit liegt der Stundenansatz der nebenamtlichen Richter bei 57 Franken für Aktenstudium und 100 Franken für Referententätigkeit. Im Vergleich dazu wird die Arbeit der Schätzungskommission, welche Vorinstanz des Verwaltungsgerichts ist, mit 160 Franken (Mitglieder) bzw. 180 Franken pro Stunde (Kammervorsitzende) entschädigt; dies ist festgeschrieben in der Verordnung über die Gebühren und Entschädigungen für Liegenschaftsschätzungen. Auch für die erweiterte JPK ist diese Ungleichbehandlung nicht einsichtig, handelt es sich bei den nebenamtlichen Mitgliedern des Verwaltungsgerichts doch ebenfalls um ausgewiesene Fachleute. Nach Meinung der erweiterten JPK ist für sämtliche nebenamtlichen Behördenmitglieder – nebenamtliche Richterpersonen, Schätzerinnen und Schätzer, Schlichterinnen und Schlichter – eine einheitliche Regelung der Tarife anzustreben.
Die JPK beantragt mit 13 zu 0 Stimmen einstimmig, den vorliegenden Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts zu genehmigen und den Geschäftsbericht der Schätzungskommission zur Kenntnis zu nehmen.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Kommission und beginnt mit einem Zitat aus dem Bericht der erweiterten JPK: «Sowohl die Prüfung des Rechenschaftsberichts wie auch die Visitation des Gerichts zeigen, dass das Verwaltungsgericht die anhängigen Verfahren sachgerecht und innert angemessener Frist erledigt. Trotz markanter Zunahme neuer Beschwerden konnte die Anzahl der Pendenzen per Ende der Berichtsperiode erfreulicherweise unter 200 Pendenzen gehalten und damit die interne Zielvorgabe erreicht werden.» Die erweiterte JPK führt in ihrem Bericht auch aus, dass die Schätzungskommission gut und rasch arbeite. Die SVP nimmt dies erfreut zur Kenntnis und stellt fest, dass die Verwaltungsrechtspflege im Kanton Zug funktioniert. Sie wünscht den Präsidenten des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission sowie ihren Teams weiterhin effizientes Arbeiten und Richten im Interesse des Kantons und dankt allen Beteiligten für ihren wertvollen Einsatz. Ebenso gratuliert sie dem Verwaltungsgerichtspräsidenten zu seinem 35-jährigen Dienstjubiläum. 35 Jahre beim gleichen Arbeitgeber: Das ist in der heutigen, schnelllebigen Arbeitswelt nicht mehr selbstverständlich und verdient Anerkennung.
Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig die Anträge der JPK.

Verwaltungsgerichtspräsident **Peter Bellwald** dankt namens des Verwaltungsgerichts dem Kantonsrat dafür, dass er dem Gericht auch in den vergangenen zwei Jahren die erforderlichen personellen und materiellen Mittel für eine ordnungsgemässe und effiziente Bewältigung seiner richterlichen Aufgaben bewilligt hat. Dank dieser Unterstützung ist es gelungen, die Zahl der hängigen Verfahren trotz einer deutlichen Zunahme der Beschwerden auch per Ende 2014 unter 200 zu halten. Diese Zahl mag den meisten nicht viel sagen, es ist ungefähr der Arbeitsvorrat für ein halbes Jahr. Ein besonderer Dank geht an den Präsidenten und die Mitglieder der Justizprüfungskommission, die streng und detailliert, aber doch sehr wohlwollend die Tätigkeit des Gerichts beaufsichtigt haben.
Auch wenn die Zahl der Beschwerden in den Jahren 2013 und 2014 vor allem wegen der neuen Zuständigkeit im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts deutlich angestiegen ist, so hat das Verwaltungsgericht die Mehrzahl der Verfahren doch zeit- und sachgerecht erledigen können. Und mit einem Augenzwinkern sei darauf hingewiesen, dass ja erst in drei Jahren wieder Kantons- und Regierungsratswahlen sind, die neuerdings ja auch dazu geeignet sind, dem Verwaltungsgericht zusätzliche, dazu noch sehr dringliche Arbeit zu bescheren.
Abschliessend beantragt der Verwaltungsgerichtspräsident, den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts und denjenigen der Schätzungskommission zu genehmigen bzw. zur Kenntnis zu nehmen. Er dankt für die Glückwünsche zu seinem Dienstjubiläum.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die erweiterte Justizprüfungskommission einstimmig beantragt:

- den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2013 und 2014 zu genehmigen;
- den Geschäftsbericht der Schätzungskommission zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Bericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2013 und 2014 und nimmt den Bericht der Schätzungskommission über die Jahre 2013 und 2014 zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden des Verwaltungsgerichts sowie den Mitgliedern der Schätzungskommission für die in den Berichtsjahren geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 7

**198 Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für das Jahr 2014**

Vorlagen: 2514.1 - 00000 (Bericht der Ombudsstelle); 2514.2 - 14957 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft Ombudsfrau Katharina Landolf.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, dankt einleitend der Ombudsfrau Katharina Landolf und ihrem Team herzlich. Die Delegation der Justizprüfungskommission konnte sich an der Visitation davon überzeugen, dass die Ombudsstelle ihre Funktion als gesellschaftliches Ventil für Personen, die sich nicht verstanden fühlen und das Gefühl haben, sie würden überall anrennen, niemand fühle sich für sie verantwortlich und wolle ihnen zuhören, sehr gut wahrnimmt. Im Übrigen verweist der Votant auf den Bericht der JPK und dankt der Ombudsstelle dafür, dass die JPK bei der Visitation in sehr angenehmer Atmosphäre offen und detailliert über die Arbeit und die im vergangenen Jahr bearbeiteten Fälle informiert wurde. Die JPK beantragt mit 13 zu 0 Stimmen, den Bericht der Ombudsstelle zur Kenntnis zu nehmen. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag einstimmig.

**Anastas Odermatt:** Auch die ALG attestiert der kantonalen Ombudsstelle gute Arbeit und nimmt deren Bericht wohlwollend zur Kenntnis. Dennoch möchte der Votant kurz auf zwei Punkte eingehen.

• Die Tätigkeiten der Ombudsfrau werden von der Bevölkerung rege genutzt und auch geschätzt. Die bürgerfreundlichen Dienstleistungen der Ombudsstelle dienen der Verhinderung von aufwendigen Verfahren in Form von Beschwerden etc. Von den Dienstleistungen der Ombudsstelle machen aber nicht nur die Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch die Mitarbeitenden des Kantons Gebrauch. Hier ist sogar eine Zunahme der Fälle feststellbar. Das Phänomen der Zunahme von internen Fällen zeichnet sich gemäss Ombudsfrau aber ganz allgemein und bei den meisten parlamentarischen Ombudsstellen ab. Der Votant ist gespannt, ob diese Fälle künftig sogar noch mehr zunehmen. Seine Befürchtung ist nämlich, dass durch die angekündete «Reformitis» der Regierung – Sparpaket, ZFA-Reform, Verwaltungsreform etc. – die Mitarbeitenden der Verwaltung stark unter Druck gesetzt werden bzw. das System sogar überhitzt wird. Dies würde sich dann hier abzeichnen. Der Votant hofft innigst, dass seine Befürchtungen nicht eintreffen, möchte aber darauf verweisen, dass gerade diese Stelle im Rahmen des Sparpakets weder personell noch finanziell einzuschränken und zu belasten ist.

• Die Ombudsstelle wirkt – wie gehört – als Ventil. Sie versucht, deeskalierend und vermittelnd in Konfliktsituationen einzuwirken und diese zu begleiten. Ein solches Ventil ist für eine gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Privatpersonen sehr wichtig. Wenn nämlich Privatpersonen mit je eigenen Erfahrungen mit Verwaltungssystemen auf andere Kulturen und Systeme treffen, kann das zu Konflikten führen, und zwar ohne dass jemand *per se* «schuldig» wäre. Genau in diesen Situationen ist eine Ombudsstelle mit Ventilfunktion extrem wichtig und wertvoll.
In diesem Sinne dankt der Votant im Namen der ALG der Ombudsstelle, der Ombudsfrau und ihren Mitarbeitenden, für ihre wertvolle Arbeit.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für das Jahr 2014 stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats der Ombudsstelle für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 8

**199 Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2014**

Vorlagen: 2515.1 - 00000 (Bericht der Datenschutzstelle); 2515.2 - 14958 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft die Datenschutzbeauftragte Claudia Mund.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, dankt einleitend der Datenschutzbeauftragten Claudia Mund und ihrem Team herzlich für ihr Engagement. Die Visitation der JPK hat gezeigt, dass sich die neue Datenschutzbeauftragte trotz unzureichender Amtsübergabe – verschuldet vom ehemaligen Datenschützer – sehr gut eingearbeitet hat und sich fundiert, mit Elan und Engagement für den Datenschutz im Kanton Zug einsetzt. Und wie man dem Bericht entnehmen kann, liegen die Kosten für die Datenschutzstelle weit unter den Vorgaben des Budgets; auch hier wurde das Ziel also vollumfänglich erreicht.
Die JPK beantragt mit 13 zu 0 Stimmen, den Bericht der Datenschutzstelle über das Jahr 2014 zur Kenntnis zu nehmen. Die SVP-Fraktion schliesst sich diesem Antrag einstimmig an.

**Esther Haas** als Sprecherin der ALG stimmt ihrem Vorredner zu: Die JPK sah sich bei der Visitation der Datenschutzstelle bestätigt, dass bei der Neubesetzung der

Datenschutzstelle eine sehr gute Wahl getroffen wurde. Die neue Datenschutzbeauftragte packt die permanente Gratwanderung zwischen stark divergierenden Interessen mit grossem Engagement an. Anlässlich der Wahl durch den Kantonsrat setzte sich die ALG dafür ein, dass die Datenschutzbeauftragte mit einem 100-Prozent-Pensum angestellt werden sollte. Bei der Visitation hat sich bestätigt, dass sich die Datenschutzstelle auf ihre Grundaufgaben beschränken muss, damit Regierung, Ämter, Gemeinden und Private innert nützlicher Frist Antworten auf ihre teilweise komplexen Fragestellungen bekommen. Die Votantin kam letzthin selber in den Genuss der kompetenten Arbeitsweise der Datenschutzstelle, als sie datenschutzrechtliche Abklärungen zur Benutzung von Apps mit Registrierungspflicht in der Schule benötigte. Das aber so wichtige – wie es die Datenschutzstelle nennt – proaktive Handeln, eine vom Gesetz vorgegebene Aufgabe, muss aber leider auf der Strecke bleiben. Was dies bedeutet, sei anhand eines Beispiels gezeigt: Mit der Annahme der Abkommen über die Assoziierung an Schengen/Dublin hat sich die Schweiz verpflichtet, unabhängige Kontroll- und Aufsichtsstellen einzurichten, welche die Einhaltung von Datenschutzvorschriften prüfen. Beispielsweise sind die Datenabfragen bei den kantonalen Migrationsämtern sowie Asylbehörden im Rahmen der Dublin-Vorgaben zu prüfen. Laut Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten aus dem Jahr 2010 war geplant, solche Kontrollen mindestens jährlich durchzuführen. Aus Ressourcengründen war dies jedoch erst einmal, nämlich 2009, möglich. Im Weiteren sind kantonale Organe verpflichtet, Informatikprojekte, welche Auswirkungen auf eine grössere Anzahl Betroffener haben, der Datenschutzstelle zur Vorprüfung vorzulegen. Auch diese Aufgabe konnte die Datenschutzstelle im vergangenen Halbjahr kaum wahrnehmen.
Die ALG ist überzeugt, dass die Datenschutzstelle vom rein reaktiven Ansatz wegkommen muss, um sich vermehrt proaktiv betätigen zu können – allein schon deshalb, damit sie ihre grundsätzlichen Aufgaben erfüllen kann. Wenn der Kantonsrat die gesetzlichen Vorgaben umgesetzt haben will, muss er der Datenschutzstelle die entsprechenden zeitlichen Ressourcen zur Verfügung stellen.

**Philip C. Brunner** war Mitglied der JPK-Delegation, welche die Datenschutzstelle visitierte. Der JPK-Präsident hat bereits darauf hingewiesen: Die Amtsübergabe war – der Votant ist sich des starken Worts bewusst – katastrophal. Die neue Datenschutzbeauftragte hat das der JPK-Delegation im Detail geschildert, und der Votant bedauert, dass ihr Vorgänger René Huber – der Verfasser des Tätigkeitsberichts für 2014 – heute nicht anwesend ist. Offenbar sass er Anfang 2015 noch in seinem Büro und erklärte der neuen Datenschutzbeauftragten, er müsse dieses oder jenes noch aufräumen und sei noch nicht ganz so weit. Schon das ist schlecht, noch schlechter aber ist, dass er heute nicht anwesend ist und sich nicht anhört, was der Kantonsrat dazu zu sagen hat – zumal er diesem mehrfach erklärte, was man alles besser machen müsste. Wenn jemand ein so bedeutendes Amt auf diese Art und Weise verlässt, dann ist das nur noch peinlich. Der Votant ist deshalb froh, dass im JPK-Bericht auf Seite 2 – und nun auch im Kantonsratsprotokoll – festgehalten wird: «nach einer schwierigen und unzureichend vorbereiteten Amts- und Dossierübergabe».
Der Votant wünscht der Datenschutzbeauftragten weiterhin einen guten Start und ist gespannt auf deren Ausführungen.

**Claudia Mund,** kantonale Datenschutzbeauftragte, dankt der JPK und deren Delegation für das offene und konstruktive Gespräch und das Interesse an ihrer Arbeit. Sie ist nun seit genau sechs Monaten im Amt. Bei der Amtsübergabe ist in der Tat nicht alles reibungslos abgelaufen, aber sie möchte den Blick nach vorne richten.

Sie hat in den vergangenen sechs Monaten sehr viel Zeit in Gespräche mit Regierungsvertretern, Ämtern und juristischen Mitarbeitern investiert. Es ist ihr ein wichtiges Anliegen, Datenschutz im Gespräch und im Austausch zu betreiben, nicht am Schreibtisch oder zu einem Zeitpunkt, an dem der *point of no return* bereits überschritten ist – das löst bei allen Beteiligten nur Frustration aus, auch bei der Datenschutzbeauftragten. In diesem Sinne steht die Datenschutzbeauftragte auch den Mitgliedern des Kantonsrats jederzeit für Gespräche zur Verfügung. Sie versteht sich als Kompetenzzentrum des Kantons Zug für Datenschutzanliegen, und es ist ihr ein Anliegen, den Datenschutz im Kanton Zug auf einem sehr guten Niveau weiterzuführen.
Die Datenschutzbeauftragte hat – wie bereits gehört – in den vergangenen Monaten bemerkt, dass sie nur reaktiv tätig sein konnte. Sie möchte den Schritt zu mehr Proaktivität, zu mehr Kontrollen und Vorabkontrollen, machen, braucht dafür aber entsprechende Ressourcen; andernfalls wird es nicht ohne Abstriche im Bereich der individuellen, persönlichen Beratung gehen, was sehr schade wäre. Sie wird sich bis Ende Jahr vertieft Gedanken darüber machen, was sich mit den beschränkt zur Verfügungen stehenden personellen Mitteln umsetzen lässt. Sie dankt dem Rat für die Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2014 stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats der Datenschutzstelle für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 9
**Geschäfte, die am 25. Juni 2015 nicht behandelt werden konnten**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der letzten Sitzung alle Traktanden abgearbeitet werden konnten. Traktandum 9 entfällt somit.

TRAKTANDUM 10
**Fachhochschule Zentralschweiz**

**200** Traktandum 10.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel S 9 Öffentliche Bauten und Anlagen: Standort Fachhochschule Zentralschweiz)**
Vorlagen: 2490.1/1a - 14901 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2490.2 - 14902 (Antrag des Regierungsrats); 2490.3 - 14952 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass neben dem Antrag des Regierungsrats der Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt vorliegt; diese beantragt Eintreten und Zustimmung. Der zur Debatte stehende Kantonratsbeschluss ist nicht allgemeinverbindlich, sondern behördenverbindlich. Es gibt daher nur eine einzige Lesung.

EINTRETENSDEBATTE

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, teilt mit, dass die Kommission das Geschäft an einer halbtägigen Sitzung beraten hat. Er dankt dem Landammann sowie dem Team der Baudirektion und der Volkswirtschaftsdirektion für die gute Betreuung der Kommission.
Da insbesondere der Standort des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) sehr umstritten ist, war es für die Kommission wichtig, im Sinne der Gewährung des rechtlichen Gehörs die Vertreter des IFZ und der Hochschule Luzern (HSLU) einzuladen. Ganz bewusst hat die Kommission aber keine Vertreter der Stadt Zug oder der Gemeinde Risch eigeladen, um nicht noch die Rivalität zwischen den Gemeinden zu fördern. Für die Kommissionsmehrheit sprechen im Wesentlichen drei Argumente für die Errichtung des Universitätscampus inklusive IFZ am Standort Rotkreuz:
• Erstens kann es nicht sein, dass sich der Kantonsrat anstelle der dazu berufenen Hochschulorgane in interne Organisationsfragen der HSLU einmischen. Es ist darum nicht Aufgabe des Kantonsrats, den Standort einzelner Institute festzulegen. Es kann – ganz im Gegenteil – für zukünftige Standortentscheidungen wichtig sein, dass der Kantonsrat sich als verlässlicher Partner erweist, der die Autonomie seiner Partner respektiert. Kommt hinzu, dass der Standort einzelner Institute nicht die Flughöhe des Richtplans erreicht – und wenn schon, wäre diese Frage durch den Regierungsrat zu entscheiden, wie dies bei kleinen Änderungen des Richtplans üblicherweise der Fall ist.
• Zweitens hat die Idee, die Informatik- und Finanzfachleute in Rotkreuz zentral in einem Campus entlang der Bahnlinie zusammenzufassen, die Kommission überzeugt. Sie erhofft sich davon eine verbesserte Wahrnehmung des Kantons Zug als Hochschulstandort, das bessere Ausschöpfen von Synergien für die Hochschule und damit einen effizienteren Betrieb.
• Drittens kann es nicht angehen, dass, nachdem der Regierungsrat und der Hochschulrat den Evaluationsprozess noch einmal überprüft haben, der Kantonsrat eine nochmalige Überprüfung anordnet. Dies gilt umso mehr, als aus der Stadt Zug nach wie vor kein verbindliches Angebot für den *ganzen* Campus vorliegt. Für die Kommission ist es aber wichtig, dass der Hochschulrat und der Regierungsrat alles unternehmen, damit die negativen Auswirkungen des Standortwechsels nach Rotkreuz für das IFZ möglichst gering sind. Insbesondere ist der jeweilige Standort für

das Kursangebot im Weiterbildungsbereich auf die Bedürfnisse der Kursbesucher auszurichten und muss nicht zwingend immer Rotkreuz sein.
Aus diesen Gründen beantragt die überwiegende Mehrheit der Kommission für Raumplanung und Umwelt:
• auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der Regierung zuzustimmen;
• der Petition nicht stattzugeben;
• betreffend Postulat dem Antrag der Regierung zuzustimmen;
• von der Interpellation Kenntnis zu nehmen.
Im Namen der CVP Fraktion teilt der Kommissionspräsident mit, dass diese sich den Anträgen des Regierungsrats und der Kommission anschliesst.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die erweiterte Stawiko die Vorlage 2489 zu den Aufbaukosten des Departements Informatik an der Sitzung vom 10. Juni 2015 beraten hat. Sie hat sich erlaubt, die Kostenfolgen für das Departement Informatik sowie die weiteren Finanzpositionen der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) als Ganzes zu beleuchten, dies nicht zuletzt, weil der Verein IFZ vor Kostenfolgen warnt. Die Stawiko erachtet es als ihre Pflicht, hier Transparenz zu schaffen. Weil ihre Abhandlung die Raumplanungsvorlage sowie die Vorlage zum Beitrag an die Aufbaukosten nur indirekt betrifft, macht es Sinn, dazu zu Beginn der Debatte sprechen.
In ihrem Bericht vom 10. Juni 2015 (Vorlage 2489.4) hat die Stawiko bei der Ausgangslage dargelegt, dass der mehrjährige Leistungsauftrag 2013–2015 der FHZ am 30. Januar 2014 vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen wurde. Dort wurde ausgeführt, dass geplant ist, das neu zu schaffende Departement Informatik der Hochschule Luzern im Kanton Zug anzusiedeln. Die Kompetenz für diesen Entscheid liegt alleine beim Konkordatsrat, ohne Mitbestimmungsrechte der jeweiligen Kantonsparlamente. Der Konkordatsrat hat ebenfalls beschlossen, das IFZ von Zug nach Rotkreuz zu verlegen, damit mittel- bis langfristig Synergien genutzt werden können. Somit liegt nicht nur die Kompetenz, sondern auch die Verantwortung bei diesem Gremium. Die Organigramme, welche dem Stawiko-Bericht beiliegen, dokumentieren die Aufbaustruktur.
Nach Ansicht der Regierung hat die Raumplanungsvorlage keine direkten finanziellen Auswirkungen. Wohl hat die Vorlage aber einen materiellen Zusammenhang mit dem Beitrag des Kantons Zug an die Kosten dieser Institution: Der Beschluss des Konkordatsrats führt wegen der Standortabgeltung zu einer höheren Belastung des Kantons Zug. Der Zuger Vertreter im Konkordatsrat, Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel, konsultierte seinerzeit – vor dem Beschluss des Konkordatsrats – die Bildungskommission sowie die Staatswirtschaftskommission und befragte diese zu einem möglichen Standort Kanton Zug; er erhielt dort grünes Licht. Die Stawiko anerkennt, dass es sich bei der Abgeltung nicht um eine unentgeltliche Zuwendung an das Konkordat handelt, sondern damit reelle Vorteile entschädigt werden. Alle Standortkantone des Konkordats bezahlen eine Entschädigung von 6 Prozent des Umsatzes zur Abgeltung ihrer Vorteile.
Auf Seite 9 der Raumplanungsvorlage sind die Kosten des Trägerbeitrags mit 7,56 Millionen Franken ausgewiesen. Es handelt sich beim Trägerbeitrag um durch den Kantonsrat nicht direkt beeinflussbare gebundene Ausgaben. Es ist geplant, ab 2019 den Bereich Finance auszubauen, was die Standortabgeltung nochmals erhöhen wird. Auf Seite 3 des Stawiko-Berichts sind sämtliche Zuger Beiträge an die FHZ der Jahre 2015–2020 aufgrund des heutigen Informationsstandes transparent abgebildet. Gegenüber dem Budget 2015 ist im Planjahr 2020 eine Zunahme von rund 5,5 Millionen Franken zu verzeichnen. Allfällige Kosten, welche heute noch nicht bekannt sind, etwa die vom Verein IFZ diskutierten Umzugskosten, und all-

fällige Mindereinnahmen müssen durch die FHZ finanziert werden. Aufgrund der im Stawiko-Bericht dargestellten Finanzierungsstruktur dieser Institution müsste der Kanton Zug im schlimmsten Fall etwa 5 Prozent der allfälligen Fehlbeträge übernehmen. Welche Szenarien dereinst eintreten werden, kann die Stawiko nicht beurteilen; es wäre Kaffeesatz-Lesen.
Trotz Kostensteigerung begrüsst die Stawiko einen Zuger Standort für das Departement Informatik der FHZ. Sie ist überzeugt, dass die Informatik für Gesellschaft und die Wirtschaft unverzichtbar geworden ist und eine existentielle Rolle einnimmt. Daher kann der Kanton Zug vom neuen Standort des Departements Informatik nur profitieren.

**Oliver Wandfluh** spricht für die SVP-Fraktion. Die neue Fachhochschule Zentralschweiz, bestehend aus Informatik- und Finanzdepartement, ist in der Suurstoffi in Rotkreuz am richtigen Standort. Der Standort ist zentral und passt sehr gut ins Gesamtkonzept der künftigen Infrastrukturentwicklung der Hochschule Luzern. Zudem können durch die räumliche Konzentration von Informatik- und Finanzfachleuten an einem Standort Synergien genutzt werden. Es liegt ein faires und langfristiges Mietangebot der Bauherrin des Neubaus auf dem Suurstoffi-Areal vor, während weder für das Siemens-Areal noch für ein anderes Areal beim Bahnhof Zug ein konkretes Angebot oder eine verbindliche Zusage vorliegt. Schon zum Zeitpunkt der Sitzung der Kommission für Raumplanung und Umwelt vom 8. Mai 2015 lag kein konkretes Angebot oder eine verbindliche Zusage vor, wonach der geplante neue Informatik- und Finanzcampus der Hochschule Luzern auf dem Siemens-Areal oder einem anderen Areal beim Bahnhof Zug gebaut und von der Hochschule Luzern gemietet hätte werden könnten. Die Befürworter eines Standorts beim Bahnhof Zug haben es verpasst, den zuständigen Stellen rechtzeitig ein konkretes und verbindliches Angebot zu unterbreiten. Nun ist die Standortevaluation abgeschlossen, und es können nicht wieder neue Standorte ins Spiel gebracht werden. Letzteres würde nicht nur zu Rechtsunsicherheiten führen, sondern würde auch die Terminplanung für den neuen Standort der Hochschule Luzern im Kanton Zug gefährden und aus dem Konzept bringen. Dies muss unter allen Umständen vermieden werden, damit nicht der neue Hochschulstandort im Kanton Zug gefährdet ist.
Hinzu kommt, dass es auch vom Zeitplan der Hochschule Luzern her unrealistisch ist, dass auf dem Siemens-Areal oder auf einem anderen Standort beim Bahnhof Zug der neue Campus rechtzeitig zur Verfügung stünde. Damit an diesem Standort ein neuer Campus gebaut werden könnte, müsste zuerst ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden, das bei dieser Grössenordnung im Minimum fünf Jahre in Anspruch nehmen würde. Auf dem Suurstoffi-Areal in Rotkreuz sind die Vorbereitungsarbeiten für eine Zonenplanänderung und eine Änderung des geltenden Bebauungsplans bereits im Gang. Auch aus diesem Grund ist ein Standort der Fachhochschule Zentralschweiz beim Bahnhof Zug keine Option zu dem von der Hochschule Luzern und vom Regierungsrat vorgeschlagenen Standort beim Bahnhof Rotkreuz. Dieser Standort bietet sowohl von der Lage, der Erreichbarkeit, der Möglichkeiten zur Campusbildung und der Etappierung als auch vom wirtschaftlichen Umfeld her sehr gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start eines neuen Campus der Fachhochschule Zentralschweiz.
Zu Interpellation, Postulat und Petition betreffend Schulstandort des Instituts für Finanzdienstleistungen: Der Konkordatsrat der Fachhochschule Zentralschweiz hat aus strategischen Gründen einstimmig entschieden, das neue Departement Informatik der Hochschule Luzern und das Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ) in Risch-Rotkreuz anzusiedeln. Die SVP Fraktion ist der Meinung, dass es nicht am Kantonsrat ist, diese Strategie zu hinterfragen. Auch kann man die Richtplananpas-

sung nach Meinung der SVP nicht an eine Vorlage binden, welche verlangt, dass das IFZ in Zug bleiben muss.
Objektiv betrachtet, hat seit Beginn dieses für den Kanton Zug wichtigen und prestigeträchtigen Projekts die Gemeinde Risch-Rotkreuz ihre Hausaufgaben gemacht, während die Stadt Zug das Ganze schlicht verschlafen hat. Aus all den genannten Gründen empfiehlt die SVP Fraktion:
• auf die Vorlage 2490.2 (Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans, S9 Öffentliche Bauten und Anlagen: Standort Fachhochschule Zentralschweiz) einzutreten und dieser zuzustimmen.
• das Postulat der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandortes des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz vom 13. November 2014 (Vorlage 2447.2)
– bezüglich des Antrags, den Entscheid zu überdenken, erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben;
– bezüglich des Antrags, den jetzigen Standort des IFZ nicht zu verändern, nicht erheblich zu erklären;
– bezüglich des Antrags, den Entscheid zu sistieren, nicht erheblich zu erklären.
• die Interpellation der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandortes des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz vom 13. November 2014 (Vorlage 2448.1) zur Kenntnis zu nehmen.
• der Petition betreffend Institut für Finanzdienstleistungen (IFZ): «IFZ muss in der Stadt Zug bleiben!» (Vorlage 2495.1) nicht stattzugeben.
• der Vorlage 2489.2 (Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag des Kantons Zug an die Aufbaukosten des Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz [Hochschule Luzern]) zuzustimmen.

**Daniel Abt:** Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit der Frage des richtigen Standorts des IFZ auseinandergesetzt. Sie anerkennt die Vorzüge des IFZ am Standort in der Stadt, doch liegen die Fakten auf der Hand. Einerseits ist die Realisierung eines kompletten Campus IFZ & Informatik am Standort Siemens nicht möglich; auch fehlen Investorenzusagen dazu. Andererseits will die Hochschule einen einzigen Standort. Die FDP will den operativen Entscheidungsträgern klar nicht in ihre Entscheidung reinreden, an welchem Standort was gelehrt werden soll. Dieser Entscheid muss denjenigen überlassen werden, welche auch die Verantwortung dafür tragen, in diesem Fall der Hochschule Luzern. Die FDP ist auch der klaren Auffassung, dass Studierende die Qualität einer Hochschule höher gewichten werden als einen fünf oder zehn Minuten längeren Anfahrtsweg.
Am Standort Rotkreuz ist die Zusammenlegung des IFZ und der Hochschule für Informatik möglich. Diverse Synergien können so sinnvoll genutzt werden. Zudem liegen für den Standort Suurstoffi bereits konkrete Realisierungspläne vor, und in der Suurstoffi wird auch künftig eine Weiterentwicklung der Hochschule möglich sein.
Die FDP-Fraktion unterstützt mit grosser Mehrheit den Standort Suurstoffi in Rotkreuz. Sie unterstützt einstimmig die restlichen Anträge der Regierung betreffend Anschubfinanzierung und politischer Vorstösse.

**Hanni Schriber-Neiger:** Die ALG sieht das Suurstoffi-Areal in der Gemeinde Risch – der Wohngemeinde der Votantin –, das unmittelbar neben dem Bahnhof Rotkreuz liegt, als guten Standort für eine Hochschule. Der Standort ist auch deshalb ideal, da er in eine bereits bestehende Überbauung zu liegen kommt und Entwicklungspotenzial vorhanden ist. Ein wichtiger Punkt ist die sehr gute Erreichbarkeit, sei es zu Fuss oder mit ÖV, Velo oder motorisiertem Verkehr. Ein weiteres Plus ist, dass

in der Nähe Wohnraum für Studierende und Mitarbeitende möglich wird. Dies alleine wird jedoch nicht ausreichen: Der Kanton und die Gemeinde Risch stehen in der Pflicht, einen Beitrag zu leisten, um zahlbaren Wohnraum und Wohnformen mit hoher Nutzungsflexibilität zu ermöglichen – aus Studentenwohnungen werden Familienwohnungen und umgekehrt –, damit möglichst wenige Studierende in alle Richtungen pendeln müssen. Rotkreuz bietet auch ein attraktives Umfeld für Naherholung wie auch für die Wirtschaft. Mit Grossfirmen in unmittelbarer Nähe und den vielen ansässigen IT-Unternehmungen können Projekte angegangen und Synergien effizient genutzt werden. Die Fachhochschule wird etwas gegen den Fachkräftemangel beitragen.
Die grosse Knacknuss ist die Verkehrsanbindung. Eine Fachhochschule mit geplanten tausend Studierenden hat erhebliche Auswirkungen auf die Region, ja auf die halbe Zentralschweiz, das Freiamt, das Säuliamt etc. Die Verkehrsanbindung stellt eine grosse Herausforderung dar. Daher unterstützt die ALG ein Verkehrskonzept für sämtlichen Verkehr. Der Bahnhof Rotkreuz wird zu einer zentralen Drehscheibe. Die Bahnhofunterführung Rotkreuz soll erweitert werden. Die Treppe zu erweitern, ist ein Anfang, reicht aber nicht, um die vielen Pendler und Studierenden zusammen mit dem örtlichen Schülerstrom zu bewältigen. Eine neue, zusätzliche Querung der Geleise für den Langsamverkehr im Bereich Suurstoffi, die bereits in Planung ist, ist nötig. Sie ermöglicht einen direkten Zugang vom Fachhochschulstandort zu den Perrons. Weiter ist die provisorische Perronverlängerung, die im Zusammenhang mit der Sperrung der Linie Zugersee-Ost gebaut wird, in einen definitiven Zustand zu überführen, um den Halt von langen Fernverkehrszügen zu ermöglichen. Eine weitere Verbesserung des Fahrplanangebots beim Bus- und Bahnverkehr mit mehr Interregio-Halten gehört ebenfalls zu den Rahmenbedingungen.
Die ALG ist für Eintreten und stimmt dem Standort Risch zu.

**Barbara Gysel:** Grundsätzlich unterstützt die SP-Fraktion die Richtplananpassung für den neuen Standort der Fachhochschule Zentralschweiz, allerdings nicht mit Enthusiasmus. Konkret handelt es sich bei dieser Vorlage schlicht um eine richtplanerische Frage. Es geht um Raumplanung. Damit verbunden geht es aber auch – im erweiterten Sinne – um Hochschulpolitik, Standortförderung, Arbeitsmarktpolitik, Fachkräftemangel und Infrastrukturfragen. Dazu passt auch, dass gestern Morgen in den Medien veröffentlicht wurde, dass die Finanzierung einer Wirtschaftsfakultät der Universität Luzern nun gesichert sei.
Nun soll also auf dem Suurstoffi-Areal in Rotkreuz ein grosser Informatik- und Finanzcampus entstehen – ein «grosses Haus», wie es in der vorberatenden Kommission genannt wurde. Durch diese Ansiedelung wird Zug konkret als Bildungsstandort gefördert. Gleichzeitig sind damit auch handfeste Interessen für die hiesigen Unternehmen und den Arbeitsmarkt verbunden – die Votantin schliesst hier an die Ausführungen der Stawiko-Präsidentin zur wirtschaftlichen Bedeutung der Informatik an. Es geht ja nicht um eine geisteswissenschaftliche oder theologische Fakultät, sondern um jene Disziplinen, die von unmittelbar auch von ökonomischem Interesse für den Wirtschaftsstandort Zug sind. Die Informatik stellt notabene eine der wichtigsten Arbeitsmarktbranchen im Kanton Zug dar und ist geprägt von hohem Wachstum. Gemäss Angaben der Kontaktstelle Wirtschaft zu 2013 umfasst das Zuger IT-Cluster rund 3400 Beschäftigte. Damit weist Zug den höchsten Informatikanteil von sämtlichen Kantonen auf. Ob Zufall oder nicht: Der vor zwei Tagen erschienene neuste Newsletter der Kontaktstelle Wirtschaft widmet sich gerade dem Thema der «unternehmensbezogenen Dienstleister», also spezialisierten Zulieferern, die für andere Branchen und lokale bis internationale Unternehmen unabdingbar sind. Diese Branche ist punkto Anzahl Beschäftiger die wichtigste oder

zweitwichtigste im Kanton Zug. Betreffend Informatik ist im erwähnten Newsletter ergänzend festgehalten, dass die IT-Branche im Kanton Zug seit 1995 ein Wachstum von 470 Prozent verzeichnet. Hiesige Arbeitgebende und Unternehmen haben damit einen direkten Nutzen von einer hier angesiedelten Hochschulstätte. Der finanzstarke Rohstoffhandel wäre ohne Informatik schlicht nicht denkbar, um nur ein Beispiel zu nennen. So heisst es im regierungsrätlichen Bericht auf S. 2: «Das neue Departement ist ein schweizerisches Pionierprojekt, leistet einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel und stärkt den Wirtschaftsstandort Zentralschweiz.» Insofern ist es wohl nicht verwegen zu behaupten: Die raumplanerische Standortfrage der Fachhochschule Zentralschweiz ist auch ein Wirtschaftstreiber.
Die SP beobachtet diese Entwicklungen kritisch. Sie ist sich aber auch des Zielkonflikts bewusst, weil der Kanton Zug und die Schweiz ja einen Fachkräftemangel beklagt. De facto gibt es einen Bedarf an ausgebildeten Fachpersonen – wie hoch er ist, darüber lässt sich streiten. Die SP hält fest: Die private Firmenwelt hat einen direkten oder mindestens indirekten Nutzen von der örtlichen Nähe der Hochschule. Die neue Ansiedelung löst aber auch – wie bereits gehört – eine Reihe von Anfordernissen an die Infrastruktur aus, und diese wird zu grossen Teilen von der öffentlichen Hand getragen. Es ist mindestens anzumerken, dass dies bei anderen Standorten, etwa bei der Stadt Zug, möglicherweise weniger ins Gewicht fallen würde. Da diese aber nicht mehr wirklich zur Debatte stehen – der Zug ist schlicht abgefahren –, gibt die SP dem Regierungsrat die Botschaft mit: Lassen Sie die Unternehmen wissen, welche Beiträge die öffentliche Hand leistet. Und die SP wünscht sich, dass auch die privaten Unternehmen mit ihrem Nutzen einen Beitrag leisten – allerdings ohne damit fachliche und wissenschaftliche Unabhängigkeiten zu beeinträchtigen. Tafeln von Spendern in den Hörsälen können keine Lösung sein. Die SP ist sich allerdings auch bewusst, dass über solche Fragen nicht in einem Kantonsparlament debattiert werden kann.
Zurück zur eigentlichen Raumplanungsfrage: Die Haltung der SP-Fraktion zur Frage des IFZ-Standorts ist nicht eindeutig. Die SP stellt fest, dass der Evaluationsprozess für einigen Unmut gesorgt hat. Dennoch kommt sie zum Schluss, den Kommissionsanträgen zu folgen. Zur Standortfrage hält die SP fest, dass es nicht nur einen Wettbewerb zwischen den Kantonen, sondern auch innerhalb des Kantons gibt.

**Daniel Stadlin** äussert sich zum Postulat IFZ. Er dankt dem Regierungsrat für den Bericht und nimmt als Mitpostulant dazu wie folgt Stellung: Er weiss, dass der Konkordatsrat der Fachhochschule Zentralschweiz für Beschlüsse über neue Departemente und Studiengänge zuständig ist und nicht der Kantonsrat. Das heisst aber noch lange nicht, dass er den vom Konkordatsrat gefällten Entscheid, das Institut für Finanzdienstleitungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz zu verlegen, kritiklos hinnehmen muss. Denn ob der Konkordatsrat in weiser Voraussicht und im Sinne des IFZ gehandelt hat, ist zu bezweifeln. Der Votant ist überzeugt, dass dieser Standortentscheid falsch ist und letztlich dem Institut seine Zukunft nehmen wird.
Das IFZ ist das grösste Fachhochschulinstitut im Finanzbereich in der Schweiz und befindet sich seit seiner Gründung in der Stadt Zug. Der Standort ist etabliert. In der Finanzbranche sind IFZ und Zug fast schon Synonyme. Das Zielpublikum des Instituts kommt hauptsächlich aus dem Grossraum Zürich. Die Stadt Zug, am südlichen Rand dieses Ballungsraums gelegen, gehört gerade noch dazu. Dass das IFZ trotz seiner doch eher peripheren Lage ein solches Renommee aufbauen konnte, ist eine grossartige Leistung. Mit der geplanten Verlegung des Instituts noch weiter in die Provinz – zumindest aus der für das IFZ entscheidenden Zürcher Perspektive – gefährdet man diesen Erfolg. Denn der Standort ist kein vernachlässigbarer Parameter, sondern von absolut zentraler Bedeutung. Darum gibt man auch

keinen etablierten Standort von hoher Attraktivität ohne zwingende Indikation einfach auf. Für das IFZ bedeutet dies, dass am Standort Rotkreuz das Interesse an seinen Dienstleistungen schnell zurückgehen wird. Eine signifikante Reduktion von Weiterbildungskursen, Seminaren und Kongressen sind die Folge. Diese Angebote werden abwandern, zum Beispiel an die sehr gut erschlossene Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur. Die Verlegung des IFZ von Zug nach Rotkreuz wird dem Institut in letzter Konsequenz also seine Daseinsberechtigung nehmen.
Man könnte fast glauben, dass das IFZ dem Konkordatsrat nicht wirklich am Herzen liegt. Dass er sich wider besseres Wissen und gegen Leitung und Dozenten des Instituts zur Verlegung entschieden hat, unterstützt diese Annahme. Denn obwohl dem Verlegungsentscheid jegliche Logik und Weitsicht fehlt, wird er von den Verantwortlichen als der einzig richtige dargestellt. Aber es ist überhaupt nicht einsichtig, wieso das IFZ am gleichen Standort wie das Departement Informatik sein soll. Ausbildung ist nämlich nicht gleich Weiterbildung. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge mit ganz verschiedenem Zielpublikum in ganz verschiedenen Altersgruppen. Das Weiterbildungsangebot des IFZ braucht keinen Campus zusammen mit dem Informatikdepartement, sondern eine optimale Anbindung an den Handels- und Finanzplatz Zug und den Grossraum Zürich. Das ist das entscheidende Kriterium. Dieses Faktum zu ignorieren und den Standortentscheid alleine von einer übergeordneten Immobilienstrategie der Hochschule Luzern abhängig zu machen, ist daher falsch. Vielleicht wäre es angezeigt, nicht den jetzigen Standort des IFZ in Frage zu stellen, sondern diese Immobilienstrategie. Zudem sind die Räumlichkeiten am Standort Zug keineswegs gefährdet. Es spricht wirklich nichts gegen den jetzigen Standort – aber sehr viel gegen denjenigen in Rotkreuz.
Der Votant bittet den Rat, das Postulat betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandorts des Institutes für Finanzdienstleistungen von Zug nach Rotkreuz vollumfänglich erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben.

**Cornelia Stocker:** Die Bemühungen des Regierungsrats, den neuen Informatik-Campus im Kanton Zug anzusiedeln, werden allseits begrüsst. Weniger lobenswert ist, wie er mit seinen Partnern – wenn man sie so nennen will – verfahren ist. Er hat es schlicht unterlassen, transparent zu kommunizieren. Er hat verschwiegen, dass durch die Domizilierung des Departements Informatik in Rotkreuz auch das IFZ automatisch seinen Sitz nach Rotkreuz verlegt. Selbst der Zuger Stadtrat musste diese schwerwiegende Tatsache der «Neuen Zuger Zeitung» entnehmen – von «etwas verschlafen haben» kann also keineswegs die Rede sein. Das IFZ ist bekanntlich das schweizweit grösste und bedeutendste Fachhochschulinstitut im Finanzbereich und arbeitet auch wirtschaftlich sehr erfolgreich.
Es ist einiges suboptimal gelaufen. Wer meint, der Zug für die Stadt Zug sei abgefahren, liegt falsch. Richtig ist, dass nach der Standortevaluation bei der Hochschule Luzern der Wille nicht vorhanden war, die Anforderungen an den Standort in Zug zu definieren und diesbezüglich mit Siemens Verhandlungen aufzunehmen. Zu sehr war bereits die Richtung nach Rotkreuz eingeschlagen. Siemens hat aber trotzdem – und immerhin durch ihren CEO Schweiz Rolf Renz – eine Offerte gemacht und mitgeteilt, dass sie zu gleichen Kosten wie in Rotkreuz Raum bieten würde. Aber weder der Regierungsrat noch das Rektorat der Hochschule Luzern wollten darauf zurückkommen. Trotzdem wird beharrlich behauptet – auch im Bericht der Kommission für Raumplanung und Umwelt –, die Phase bis zum Bau sei im Siemens-Areal infolge Bebauungsplan mit viel grösseren Unwägbarkeiten behaftet als in Rotkreuz. Dies ist falsch und hat möglicherweise die Beschlussfassung in der Raumplanungskommission wesentlich beeinflusst. Das Gebäude, in welchem

Siemens Platz anbietet, steht unmittelbar vor der Baueingabe und bedarf keines Bebauungsplans. Die Landfläche für das neue Verwaltungsgebäude von Siemens steht lediglich unter der Arealbebauungspflicht, und hier ist der Stadtrat zuständig. Das wurde auch von Marietta Huser vom städtischen Bauamt bestätigt.
Aufgrund der falschen Darstellung im Bericht der Raumplanungskommission wurde bei Siemens eine Konkretisierung des Angebots eingeholt. Damit wäre die Verwirklichung des Informatik- und des IFZ-Institutes in Zug nicht nur möglich, sondern auch schneller realisierbar als in Rotkreuz, braucht es doch in Rotkreuz eine Zonenplanänderung und Änderung des geltenden Bebauungsplans. Zudem wären in Zug die Rentabilität des IFZ und zweifellos auch eine grosse Studentenzahl für Kurse gesichert, da die Kursbesucher die zentrale Lage und Infrastruktur von Zug derjenigen von Rotkreuz vorziehen.
Der Kanton sollte dadurch geleitet sein, was für ihn günstig und was für die Bevölkerung am nützlichen ist. Was nützt eine Informatikschule und ein Weiterbildungsinstitut an der äussersten Ecke des Kantons, wenn es schlussendlich durch die Kunden abgelehnt wird, weil sie die diesen Weg nicht auf sich nehmen wollen und solche Möglichkeiten an attraktiveren Orten wie in der Stadt Zürich oder in Luzern selbst wahrnehmen? Offen ist deshalb auch für die Institutsleitung, ob sich im bisherigen Mass Studenten für Kurse in Rotkreuz einschreiben. So drohen mit dem Umzug nach Rotkreuz dem IFZ massive Umsatzeinbussen, und das Weiterbildungsangebot, die Seminare und Konferenzen werden in Frage gestellt. Die Hochschule aber verlangt ein kostendeckendes Operieren des IFZ, was unweigerlich zu einem Angebotsabbau führen könnte. Will der Rat den ausgezeichneten Ruf des IFZ so leichtsinnig aufs Spiel setzen, wenn eine greifbare und rasch realisierbare Lösung pfannenfertig auf dem Tisch liegt? Es ist auch zu bedenken, welcher Finanztropf angezapft wird, wenn das suggerierte Erfolgsmodell mit dem Standort Rotkreuz die hohen Erwartungen nicht erfüllt. Finanzielle Mittel nachschiessen müssen in erster Linie die Standortgemeinde resp. der Standortkanton, also die Zuger Steuerzahler. Aus diesen Gründen ersucht die Votantin namens der Postulanten den Rat, sowohl das Postulat als auch die Petition zu unterstützen. Jetzt ist es noch möglich, Gegensteuer zu geben. Was die Votantin allerdings nicht will, ist, dass wegen eines innerkantonalen Zwists der Standort im Kanton Zug auf das Spiel gesetzt wird und ein lachender Dritter zum Zug kommt.

**Nicole Imfeld** teilt mit, dass die Grünliberalen für Eintreten sind und die Anträge des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission unterstützen. Sie betonen die folgenden Punkte:
• Das Anliegen der Stadt Zug für den Verbleib des IFZ in der Stadt Zug ist verständlich und nachvollziehbar. Nichtsdestotrotz: Es geht um eine Fachhochschule *Zentralschweiz,* und Rotkreuz liegt mitten in der Zentralschweiz.
• Die Zuständigkeit für den Standortentscheid liegt – wie bereits gehört – bei der Fachhochschule, nicht beim Kantonsrat.
• Die Richtplanpassung umfasst lediglich den Eintrag eines «Standorts Fachhochschule Zentralschweiz». Es ist wichtig, dass dieser Eintrag erfolgt, denn niemand möchte, dass der Standort im Kanton Zug bachab geht.
• Es ist eine umfassende Standortevaluation erfolgt, die es zu würdigen gilt. Ein erneutes In-Frage-Stellen des Standorts der Fachhochschule Zentralschweiz würde die Ansiedlung der Fachhochschule im Kanton Zug gefährden, denn es gibt starke zeitliche und rechtliche Abhängigkeiten: Erstens besteht ohne Anpassung des Richtplans keine Rechtsgrundlage für einen Hochschulstandort irgendwo im Kanton Zug; zweitens kann ohne Richtplaneintrag der Bebauungsplan auf dem Suurstoffi-

Areal nicht angepasst werden; und drittens ist ein Bauvorhaben ohne Anpassung des kommunalen Bebauungsplans nicht bewilligungsfähig.
In diesem Sinne empfehlen die Grünliberalen, der Vorlage zum Richtplaneintrag zuzustimmen und damit den Standort Rotkreuz für die Fachhochschule zu verankern. Der Richtplaneintrag soll grösstmögliche Flexibilität ermöglichen, eine Spezifizierung des Eintrags ist deshalb abzulehnen. Der grundsätzliche Standortentscheid soll aufgrund der starken Abhängigkeiten nicht nochmals neu aufgerollt werden.

**Philippe Camenisch:** Die Postulanten sind sich bewusst, dass mit Entscheid, das IFZ in Rotkreuz anzusiedeln – es geht hier nur um das IFZ –, der Zug schon am Rollen war, als sie ihr Postulat einreichten. Mit dem Postulat versuchen sie jedoch, die nach ihrer Meinung falsch gestellten Weichen noch richtig zu stellen und damit den fahrenden Zug in den richtigen Bahnhof – nach Zug – zu lenken. Nun wird ihnen vorgehalten, dass sie und die zwischenzeitlich nachgereichte Siemens-Offerte zu spät kommen bzw. dass das abgeschlossene Auswahlverfahren analog einem Submissionsverfahren nicht nochmals geöffnet werden kann. Der Votant würde dem zustimmen, wenn es nicht um eine mittel- und langfristig womöglich existenzielle Frage des IFZ ginge. Gemeint ist damit, dass das IFZ seinen Erfolg nebst dem hervorragenden Aus- und Weiterbildungsangebot auch dem Standort in der Grafenau, unmittelbar neben dem Bahnhof Zug, verdankt. Für Zentralschweizer Studenten mag ein neuer Standort ausserhalb von Zug auf den ersten Blick womöglich egal sein. Auf den zweiten Blick sieht die Sache allerdings etwas anders aus. Nebst den Studenten aus Zürich und anderen Teilen der Schweiz arbeiten auch sehr viele Zentralschweizer Studenten der Weiterbildungskurse in der Finanz- und Beraterbranche in Zürich. Es sind somit viel mehr Studenten auf einen zentralen Standort wie heute angewiesen, um die Kurse am Freitagnachmittag möglichst effizient mit dem ÖV zu erreichen. Zudem ist die Konkurrenz gross, will heissen: Aus Zürich können andere Destinationen angesteuert werden, etwa das bereits erwähnte Winterthur oder auch St. Gallen. Festzuhalten ist: Wenn die Studentenzahlen zurückgehen, verschlechtert sich auch das Renommee der Schule. Wenn dieses abnimmt, wird es schwieriger, gute Dozenten anzuziehen. Zudem reduziert sich die Bereitschaft der Arbeitgeber, Kurse zu unterstützen, die nicht mehr mit Diplomen mit erstklassigem *Standing* abschliessen. Dabei ist daran zu denken, dass zahlreiche Absolventen des IFZ in Führungspositionen der Finanzbranche arbeiten und damit entscheiden, wo ihre Mitarbeiter ausgebildet werden. Es ist also eine Kausalkette, die sich realistischerweise negativ entwickeln kann, so dass am Ende der Kanton Zug mit einem finanziellen Kraftakt wieder Gegensteuer geben muss, ohne garantierte Aussicht auf Erfolg.
Der Votant bittet deshalb, den Anträgen der Postulanten zu folgen. Es ist ein Beitrag an einen erfolgreichen Standort für das IFZ in der Zentralschweiz. Die Voten der Postulanten sind als Fürsprache für den jetzigen Standort zu werten, nicht als Zeichen der Austerität gegen Rotkreuz oder irgendjemanden. Die Postulanten sind stolz, diese Schulen, nämlich Informatik und IFZ, in Zug haben zu dürfen, sie sind aber auch stolz auf die Zentralschweiz als aufstrebende Region in der Schweiz. Der Vorwurf von Oliver Wandfluh, die Stadt Zug habe das Ganze verschlafen, ist schlicht und ergreifend anmassend. Die entsprechende Ausschreibung umfasste – wie schon von den Vorrednern angemerkt – nie auch das IFZ.

**Stefan Gisler** hält einleitend fest, dass Rotkreuz keineswegs am Ende der Welt, sondern verkehrstechnisch sehr gut gelegen ist. Trotzdem möchte er das IFZ in der Stadt Zug behalten; so viel Lokalpatriotismus sei ihm erlaubt. Als Stadtzuger will er

ein gutes Angebot in der Stadt halten, zumal es hier schnell und günstig zu haben ist. Der Standort der Fachhochschule in Rotkreuz ist richtig und durch das Anliegen der Stadtzuger Kantonsrätinnen und -räte nicht gefährdet.
Der Votant ist etwas erstaunt, wie leichtfertig gewisse Redner – etwa der Präsident der Raumplanungskommission oder der Sprecher der SVP-Fraktion – das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht des Kantonsrats aushöhlen wollen, indem sie sagen, der Rat sollte sich hier nicht ungebührlich einmischen. Der Votant wurde gewählt, um sich einzumischen – und in anderen Geschäften scheut sich der Rat keineswegs, sich relativ zuständigkeitsunsensitiv in politische Prozesse einzumischen. Das soll auch heute geschehen – und der Votant freut sich über die heutige Debatte. Alleine die Anzahl der Vorstösse zeigt, dass ein Bedürfnis nach einer Diskussion über dieses Thema besteht.
Explizit zu kritisieren ist das Vorgehen bei der Standortevaluation. Die Stadt hatte nie eine echte Chance – und sie hat nichts verschlafen. Sie wurde nie informiert. Als die Korporation Zug ein Angebot für die Fachhochschule unterbreitete, war keine Rede davon, dass das IFZ ein Teil dieses Angebot sein sollte. Die Stadt Zug wurde erst nachträglich, nach dem Standortentscheid, informiert, dass das IFZ jetzt ebenfalls zügeln werde. Ab diesem Zeitpunkt hat sie sich sehr aktiv für den Verbleib des IFZ in der Stadt eingesetzt, aber sie hatte schlicht nicht die gleich langen Spiesse. Der Votant sagt nicht zuletzt deshalb Nein zum Entscheid, das IFZ nach Rotkreuz zu verlegen, weil er einen schlechten politischen Evaluations- und Entscheidungsprozess nicht unterstützen will. Er fordert den Rat auf, der Stadt Zug und dem Standort Zug eine Chance zu geben, und erinnert nochmals daran, dass es nun einen verbindlichen Vorschlag zur Platzierung des IFZ im Siemens-Areal gibt, und zwar ohne Bebauungsplanpflicht.

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, hält fest, dass sich die Raumplanungskommission intensiv mit der Frage auseinandergesetzt hat, wo und unter welchen Bedingungen die Errichtung eines Campus möglich ist. Ein Teil des Siemens-Areals unterliegt der Bebauungsplanpflicht. Dieser Teil ist aber nicht mehr im Eigentum der Siemens, so dass diese dort gar kein entsprechendes Angebot machen kann. Bezüglich der bestehenden Arealbebauungszone haben die Abklärungen der Raumplaner und der Stadt Zug ergeben, dass dort gemäss § 47 der Bauordnung der Stadt Zug keine Schule errichtet werden kann. Wenn die Siemens behauptet, sie könnte dort trotzdem eine Schule bauen, dann ist sie auf dem Holzweg. Man soll bitte also genaue Abklärungen vornehmen, bevor man behauptet, die Raumplanungskommission erzähle irgendeinen Blödsinn. Es bleibt dabei: Es gibt nur ein Angebot für das IFZ. Es ist gar nicht möglich, den ganzen Campus auf dem Siemens-Areal unterzubringen, und es gab denn auch nie ein entsprechendes Angebot seitens der Siemens. Für die Raumplanungskommission ist zentral, dass der ganze Campus an *einem* Ort errichtet werden kann. Ein solches Angebot konnte in Zug weder die Stadt noch irgendein Investor innert nützlicher Frist vorlegen, und auch im Moment liegt kein Angebot vor. Vor diesem Hintergrund ist es Unsinn zu behaupten, der Evaluationsprozess sei unsauber abgelaufen. Es war im Weiteren den möglichen Investoren immer bekannt, dass auch das IFZ untergebracht werden müsste. Die Kommunikation zwischen der Korporation und der Stadt Zug verlief in diesem Punkt unglücklich. Wessen Fehler das war, sei dahingestellt.
Die Raumplanungskommission findet es im Übrigen wichtig, dass die Raumplanung das Wirtschaften ermöglicht, dass also Raum geschaffen wird, wo gearbeitet und Wertschöpfung erzielt werden kann. Selbstverständlich bemüht sich die Kommission auch, die negativen Auswirkungen unter Kontrolle zu bringen. Sie hat aber

nichts dagegen, wenn Wirtschaften möglich ist. Die zweite Hauptaufgabe besteht darin, dass Wohnen möglich ist. Dafür setzt sich der Kommissionspräsident wesentlich ein. Barbara Gysel hat die Idee geäussert, die Wirtschaft profitiere von den Raumplanungsmassnahmen und solle dafür einen separaten Obulus bezahlen. Der Kommissionspräsident fragt sich da, weshalb die Wirtschaft denn Steuern bezahlt, wenn sie allfällige Vorteile noch mit einem separaten Obulus abgelten soll. Bei Privatpersonen geht niemand davon aus, dass beispielsweise Eltern, die ihre Kinder in die Schule schicken, dies speziell bezahlen müssen. Zumindest der Votant würde die verquere Vorstellung, für raumplanerische Massnahmen, welche der Wirtschaft dienen, eine zusätzliche Sondernutzungsabgabe einzuführen, eine klare Absage erteilen.
Rotkreuz ist keineswegs – wie von Daniel Stadlin dargestellt – ein peripherer Nebenschauplatz, die Raumplanungskommission hat hier klar eine andere Sicht der Dinge. Rotkreuz hat vielmehr hervorragende Voraussetzungen, um längerfristig wertschöpfungsintensive Betriebe anzusiedeln. Gewisse sehr namhafte Firmen haben das bereits erkannt und den Weg nach Rotkreuz bereits gefunden. Es ist für die Raumplanungskommission von zentraler Bedeutung, allen Gemeinden gemäss ihrem Potenzial die Chance zu geben, sich zu entwickeln.
Es ist auch wichtig festzuhalten, dass der Regierungsrat und der Konkordatsrat aufgrund des Postulats und der Interpellation die IFZ-Standortfrage nochmals eingehend geprüft haben. Es ist deshalb etwas unfair, der Regierung vorzuwerfen, sie habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

**Oliver Wandfluh** dankt Heini Schmid für sein Votum, dem es nichts hinzuzufügen gibt. Zu betonen ist, dass auch heute noch in Zug kein Standortangebot für das IFZ vorliegt. Da fällt dem Votanten kein anderes Wort ein als «verschlafen».

**Daniel Stadlin** hat nicht gesagt, dass Rotkreuz peripher irgendwo in den Pampas liege. Allerdings muss man festhalten, dass aus ausserkantonaler, sprich Zürcher Sicht Rotkreuz halt schon eher in den Pampas gelegen ist als die Stadt Zug. Das gilt aber nur für die ausserkantonale Sicht.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt vorab dem Kommissionspräsidenten Heini Schmid und der Stawiko-Präsidentin für ihre Ausführungen. Er hält fest, dass es verschiedene Arten von Standortvorteilen gibt. Zu den natürlichen Standortvorteilen des Kantons Zug gehören die Seen, die schöne Landschaft, die Naturschutzgebiete, eine interessante Bevölkerung, der schönste Sonnenuntergang etc. Dazu kommen die menschengemachten Standortvorteile, etwa Ortsbilder, steuerliche Attraktivität etc. In der vorliegenden Frage geht es ebenfalls um einen menschengemachten Standortvorteil, nämlich um einen Hochschulstandort. Der Baudirektor bittet, hier von kleinräumlichen Denkmustern – man könnte auch von Dörfligeist sprechen – Abstand zu nehmen und nach dem Motto «Think big» für einmal in grossen Zügen zu denken: global, national, kantonal. Das ist hier wesentlich, und der Baudirektor hofft, dass auch hier – wie beim Sparprogramm – auf der Basis der Solidarität eine typische Zuger Lösung gefunden werden kann: eine gute Lösung für den *ganzen* Kanton, nicht nur für die Stadt oder für eine Gemeinde. Dass Zug zu einem Hochschulstandort kommt, ist ein Vorteil für den Standort Zug, dient der Zuger Wirtschaft und ganz allgemein auch dem *Image* des Kantons. Das wird von niemandem bestritten. Als Zwischenfazit ergibt sich: Es wäre verfehlt, sich in Grabenkämpfen die Köpfe einzuschlagen. Wichtig ist, das Ganze zu sehen – und zur Kenntnis zu nehmen, dass die Distanz zwischen Zug und Rotkreuz zeitlich etwa 10 Minuten beträgt.

Zur Bemerkung von Barbara Gysel, Raumplanung sei ein Wirtschaftstreiber, hält der Baudirektor in Ergänzung zu den Ausführungen des Präsidenten der Raumplanungskommission fest, dass Raumplanung auch wichtig ist für eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik. Das ist das Zentrale, und dafür setzt sich der Regierungsrat ein.
Der Prozess bezüglich des Standorts des IFZ verlief nicht so grottenschlecht, wie es verschiedene Votanten darstellten. Man hat alle Möglichkeiten abgeklärt und sich um eine gute Zuger Lösung bemüht. Auch die Kommunikation war transparent. Von Seiten der Regierung wurden Standortgemeinde und Investor immer als *ein* Partner betrachtet, und die Kommunikation hat immer funktioniert. Dass es in der Stadt Zug vielleicht einen unglücklichen Umstand gegeben hat, ist möglich – der Baudirektor kann das nicht im Detail beurteilen –, es geht aber nicht an, der Regierung schlechte und intransparente Kommunikation vorzuwerfen. Das wird auch in der Interpellationsantwort dargelegt.
Die raumplanerischen Ausführungen des Kommissionspräsidenten zum Siemens-Areal sind richtig. Man kann dort nicht einfach ein Baubewilligungsverfahren durchführen, vielmehr müsste das betreffende Areal via Bebauungsplan einer neuen Zone zugeführt werden. Das dauert vielleicht fünf, mindestens aber drei Jahre.
Schliesslich zitiert der Baudirektor aus einer Mitteilung des Rektorats der Hochschule Luzern: «Zum Schreiben der Siemens vom 19. Juni 2015 ist anzumerken, dass ich die Herren Renz und Schultheiss am 10. März 2015 persönlich in Zug besucht hatte. Wir kamen gemeinsam zur Einschätzung, dass die Absichtserklärung der Siemens vom 26. Februar 2015 aufgrund der gesetzten Prämissen von Konkordatsrat, Fachhochschulrat und Hochschule Luzern nicht weiter zu verfolgen sei. Dies wurde auch durch den Konkordatsrat bestätigt.» Weiter wurde damals bezüglich Campus ausgeführt, das Siemens nicht genügend Platzreserven habe, nämlich nur etwa 7000 Quadratmeter versus 14'000 oder 15'000 Quadratmeter in Rotkreuz. Mit anderen Worten: Es ist nicht so, dass man sich nicht bemüht oder das Gespräch nicht gesucht hätte. Das Gegenteil ist der Fall.
Der Kommissionspräsident hat zu Recht den Campus-Gedanken hochgehalten. Es geht nämlich nicht nur um das IFZ, das an die Hochschule für Informatik gebunden werden soll. Vielmehr will die Hochschule Luzern den ganzen Bereich *Finance* nach Rotkreuz verlegen. Das gibt dann wirklich einen Campus, und deshalb ist es richtig, auch das IFZ entsprechend zu verlagern. Im Übrigen haben Abklärungen der Hochschule und des Konkordatsrats ergeben, dass 50 Prozent der Zürcher Studenten schneller in Rotkreuz sind als in Zug. Es gibt diesbezüglich also kein wirkliches Problem, und es wird hier zu schwarz gemalt.
Abschliessend hält der Baudirektor nochmals fest, dass der Prozess aus Sicht der Regierung gut verlief, die richtplanerischen Abklärungen und diejenigen der Hochschule Luzern hochprofessionell waren und das Siemens-Areal keine Alternative darstellt. Im Übrigen liegt Rotkreuz nicht in den Pampas, sondern ist eine innovative Gemeinde, in der sich beispielsweise auch Roche, Novartis, das GfK-Marktforschungsinstitut, Porsche und Komax niedergelassen haben – und auch Golf wird dort gespielt. Er bittet, den Rat, dem Motto «Think big» zu folgen und den Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen.

**Barbara Gysel** hält fest, dass die SP-Fraktion auf die wirtschaftliche Bedeutung des Campus aufmerksam machen wollte. Es ging ihr im Weiteren nicht um einen Extra-Obulus, denn Steuern zu bezahlen bedeutet auch, dass damit – nebst anderem – auch Verkehrsinfrastruktur finanziert wird. Und schliesslich: Public Private Partnership kann auch ein politisches Spannungsfeld sein.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

**Richtplantext neu**

*S 9.2 Vorhaben*
*S 9.2.1*
*S 9.2.3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Kantonsratsbeschluss (Vorlage 2490.2)**

*Titel und Ingress*
*§ 1 Abs. 1*
*Bst. a- b*
*II., III. und IV.*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 70 zu 5 Stimmen zu.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

14. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 2. Juli 2015 (Nachmittag)
Zeit: 13.35–17.35 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Claudia Locatelli

## 201 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle, Zug; Pirmin Andermatt, Baar; Monika Weber, Steinhausen.

## 202 Mitteilung

Der Vorsitzende begrüsst die stellvertretende Prototkollführerin Claudia Locatelli zum dritten Teil ihres «WKs».

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**203** Traktandum 2.1: **Motion von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Beitritt des Kantons Zug zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat vom 18.6.2009) vom 14. Juni 2015**
Vorlage: 2526.1.

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

**204** Traktandum 2.2: **Interpellation von Michael Riboni, Beni Riedi, Thomas Villiger und Thomas Werner betreffend irrsinnige Abfall-Demo auf Kosten der Steuerzahler vom 10. Juni 2015**
Vorlage: 2525.1.

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung.

TRAKTANDUM 10 (Fortsetzung)
**Fachhochschule Zentralschweiz**

**205** Traktandum 10.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag des Kantons Zug an die Aufbaukosten des Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)**
Vorlagen: 2489.1 - 14899 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2489.2 - 14900 (Antrag des Regierungsrats); 2489.3 - 14942 (Bericht und Antrag der Bildungskommission); 2489.4 - 14949 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** orientiert, dass neben dem Antrag des Regierungsrats folgende Anträge vorliegen: Antrag der Bildungskommission (Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung); Antrag der Staatswirtschaftskommission (Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung).

**Martin Pfister** nimmt als Präsident der Bildungskommission Stellung. Nebst der eigenen Pädagogischen Hochschule ist das Informatikdepartement der Fachhochschule Zentralschweiz bereits das dritte Hochschulinstitut, das im Kanton Zug angesiedelt werden soll. Im Vergleich zum Institut für Finanzdienstleistungen (IFZ) und zum Institut Wissen, Energie und Rohstoffe Zug (WERZ) ist das Informatikdepartement weit grösser. Der Platz Zug, der bisher nur beschränkt als Hochschulstandort gilt, kann sich damit profilieren.
Zug hatte den Aufbau des IFZ und des WERZ finanziell unterstützt – mit vergleichbaren Beträgen, wie sie heute zur Diskussion stehen. Ein solcher Beitrag soll nun auch für das Departement Informatik geleistet werden. Über den künftigen Standort dieses Departements entwickelte sich nicht nur ein innerkantonaler Wettbewerb, zuvor musste der Konkordatsrat der Hochschule entscheiden, in welchem Kanton er das neue Departement ansiedelt. Der Entscheid für Zug wurde an den Konkurrenzstandorten im Kanton Luzern sehr bedauert. Damit sich der Regierungsrat aus einer starken Verhandlungsposition heraus für den Standort Zug einsetzen konnte, legte er die Fragen im Zusammenhang mit der Beratung des Leistungsauftrags der Hochschule Luzern in den Jahren 2013/14 dem Kantonsrat und damit auch der Öffentlichkeit vor. Das ist ein absolut vorbildliches Vorgehen. Damals stellten sich die Bildungskommission, die Stawiko (nach einer kontroversen Diskussion, aber doch mehrheitlich) und später alle Fraktionen des Kantonsrats hinter das Projekt. Man nahm damals die zwar höheren jährlichen Kosten durch die Standortabgeltung zur Kenntnis, würdigte aber den grossen Wert des Departements für den Standort Zug und vor allem auch die Zuger Wirtschaft. Dieser Wert wurde durch eine Studie der Hochschule St. Gallen, die der Bildungskommission vorliegt, mit Zahlen unterlegt. Wichtiger Bestandteil dieser Diskussion war schon damals der Beitrag an die Anschubfinanzierung, über den heute diskutiert wird. Unter anderem auch dank diesem Paket erreichte der Regierungsrat die Zustimmung des Konkordatsrats für die Ansiedlung des Informatikdepartements im Kanton Zug. Mit dem Richtplanentscheid und der Zustimmung zur Anschubfinanzierung wird dieser Prozess heute politisch abgeschlossen. Die Bildungskommission empfiehlt dem Kantonsrat einstimmig, der Beteiligung an der Anschubfinanzierung zuzustimmen. Damit bleibt der Kanton Zug gegenüber der Hochschule verlässlich und löst ein politisches Versprechen ein, das damals beim Standortentscheid eine Rolle spielte. Die Beteiligung des Kantons steht auch in einem vernünftigen Verhältnis zu den erfreulichen Finanzierungszusagen durch die Wirtschaft. Die CVP-Fraktion schliesst sich der Bildungskommission an und wird der Vorlage zustimmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass die Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) für den Aufbau des Departements Informatik rund 3,2 Millionen Franken veranschlagt hat. Die Regierung hat sich aus dem Fenster gelehnt und ohne Rücksprache mit dem Kantonsrat eine freiwillige Aufbaufinanzierung von 1 Million Franken in Aussicht gestellt. Unbestritten ist, dass die Finanzen des Kantons Zug damals noch besser aussahen. Dieses Commitment motivierte in der Folge diverse Unternehmen, es dem Kanton gleichzutun. Aktuell liegen Finanzierungszusagen der Wirtschaft von über 950'000 Franken vor – weitere werden allenfalls folgen. Ein allfälliger Differenzbetrag muss aus dem Eigenkapital der Hochschule finanziert werden.
Unabhängig davon, ob der Kantonsrat heute den Investitionsbeitrag spricht, wird das Departement Informatik seinen Standort im Kanton Zug erhalten. Der Rat hat am Vormittag mit grosser Mehrheit der Raumplanungsvorlage zugestimmt. Im Falle einer Verweigerung des Investitionsbeitrags durch den Kantonsrat müsste diese Million von der FHZ selbst aufgebracht werden. Indirekt würde der Kanton Zug aufgrund der Finanzierungsstruktur des Konkordats mit etwa 5 Prozent belastet. Trotz oder gerade wegen dieser Ausgangslage ist die Stawiko grossmehrheitlich auf die Vorlage eingetreten. Ein Verzicht auf die Investition dieser Aufbaukosten würde die Stawiko als sehr schlechtes Zeichen gegenüber der Wirtschaft, aber auch gegenüber dem Stellenwert des Bildungswesens werten. Es wurde darüber diskutiert, ob eine derartige freiwillige Finanzierung im Rahmen des Entlastungspakets zu vertreten ist. Die Regierung hat diese Frage ebenfalls geprüft und am Beitrag festgehalten. Die Stawiko ist deshalb grossmehrheitlich der Regierung gefolgt. Der Kanton Zug ist und muss ein verlässlicher Partner bleiben. Dennoch fordert die Stawiko die Regierung auf, in Zukunft keinerlei Versprechen zu nicht budgetierten Posten zu machen. Die Stawiko verlangt den ihr zustehenden Entscheidungsspielraum, ohne dass der Ruf des Kantons als zuverlässiger Partner verspielt wird.
Die Votantin bittet den Rat, dem Antrag der Regierung Folge zu leisten.

**Oliver Wandfluh,** Sprecher der SVP-Fraktion, verweist auf sein Votum am Vormittag.

**Peter Letter:** Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und unterstützt den Beitrag des Kantons an die Aufbaukosten des Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz. Die Informatik-Fachhochschule bedeutet eine langfristige Stärkung des Bildungs- und Know-how-Standorts Zug. Der Regierungsrat hat in zweierlei Hinsicht eine sehr gute Leistung erbracht: erstens mit der Profilierung als Standort und zweitens mit der Gewinnung von Sponsoringbeiträgen aus der Privatwirtschaft. Diese steuert ebenfalls knapp eine Million Schweizer Franken bei. Im heutigen Umfeld ist es nicht einfach, Privatunternehmen zu freiwilligen Beiträgen zu motivieren. Dass dies gelungen ist, ist den erfolgreichen Bemühungen des Volkswirtschaftsdirektors zu verdanken. Ebenso zeigt es, dass die Informatikschule ein echtes Bedürfnis der Wirtschaft ist.
Es ist nicht zwingend notwendig, dass der Kanton Zug 1 Million Franken an die Aufbaukosten zahlt. Nach Beurteilung der FDP-Fraktion ist diese Ausgabe jedoch als Investition in die Zukunft zu betrachten und unterstreicht, dass der Kanton Zug auch im schwierigeren finanziellen Umfeld ein verlässlicher Partner für zukunftsgerichtete Projekte ist. Dieses Geld ist ausschliesslich für das Departement Informatik bestimmt und trägt zur Finanzierung der Aufbaukosten bis Mitte 2016 bei. Ein Zusammenhang mit dem Standort des IFZ besteht nicht.
Ein weiterer sehr positiver Aspekt ist, dass am Standort Rotkreuz ein kombinierter Campus Informatik und Finance entsteht. Auch dieser Schritt zeugt von Weitsichtig-

keit. *Fin-Tech* gewinnt in der Finanzwelt an Bedeutung, denn Innovationen in dieser Branche sind weitgehend informatikgetrieben. Mit dem Informatik-Finance-Campus ist die Positionierung der Fachhochschule im Kanton Zug noch besser. Aus diesen Gründen unterstützt die FDP-Fraktion den einmaligen Kantonsbeitrag von 1 Million Franken an die Aufbaukosten der Informatik-Fachhochschule.

**Esther Haas** spricht für die ALG: Als Berufsfachschullehrperson, die praktisch täglich mit angehenden Informatikerinnen und Informatikern arbeitet, hat sich die Votantin sehr gefreut über den Entscheid der HSLU, das Departement Informatik im Kanton Zug aufzubauen. Der Beitrag des Kantons Zug an den Aufbau des Departements ist mehr als gut investiertes Geld, und zwar aus folgenden Gründen:
● Der Bildungsstandort Zug gewinnt an Bedeutung, weil der Kanton bereit ist, in die Bildung als wichtigste Ressource zu investieren.
● Der Wirtschaftsstandort Zug sieht grosses Potenzial, weil die Erfahrung zeigt, dass Studierende nach Abschluss des Studiums dem Studienstandort vielfach erhalten bleiben. Dem Fachkräftemangel kann so entgegengewirkt werden. Dass die Unternehmungen dies auch so sehen, zeigt deren Unterstützung in Form von Sponsoringgeldern von inzwischen rund 1 Million Franken für den Aufbau des Departements.
● Die HSLU schafft mit dem Departement Informatik schweizweit etwas Neues, wodurch der Standort Kanton Zug weiter an Attraktivität gewinnt.
Die gleichzeitige Verlegung des Instituts Finanzdienstleistungen hat die ALG kontrovers diskutiert. Die Mehrheit der Fraktion versteht die Enttäuschung aus Teilen der Stadt, weil sie dieses attraktive Angebot verliert. Der Umzug bedeutet aber bestimmt nicht «den sicheren Tod» des IFZ, wie sich der Verein IFZ Ende März in den Medien vernehmen liess. Der Umzug ist schmerzlich für die Stadt, macht aber Sinn, weil die Vorteile überwiegen: So ist es in Rotkreuz und im nahen Freiamt für die Studierenden eher möglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Zudem ist das IFZ für die Stadt nicht ganz verloren, ist es doch weiterhin möglich, Konferenzen und Seminare des IFZ auch ausserhalb von Rotkreuz, also beispielsweise in Zug, durchzuführen. Für die ALG ist klar: Nicht die Stadt Zug verliert etwas, sondern der ganze Kanton Zug bekommt etwas, nämlich einen Teilstandort der HSLU. Die ALG befürwortet deshalb den Beitrag zur Aufbaufinanzierung des Departements Informatik.

**Claus Soltermann** hält fest, dass sich der Kanton Zug um den Standort für das Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz beworben und diesen mit dem Standort Rotkreuz auch erhalten hat. Deshalb ist es legitim, dass sich der Kanton an den Aufbaukosten beteiligt. Zug erhält mit dem Departement Informatik einen Standortvorteil für die Ansiedlung von IT-Firmen oder Unternehmen, die auf Informatik-Know-how angewiesen sind. Dies schafft Arbeitsplätze und zieht gut verdienende Zuzüger in den Kanton, insbesondere in die Ennetseegemeinden. Folglich ist der Beitrag an die Aufbaukosten der Fachhochschule eine Investition in die Zukunft und bringt eine Menge Vorteile für den Kanton Zug. Daher rechtfertigt sich der Betrag von 1 Million Franken.
Die GLP folgt den Empfehlungen der Stawiko sowie der Bildungskommission und stimmt der Vorlage zu.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** dankt für die klare Zustimmung. Der Regierungsrat sich bewusst, dass dies nicht mehr selbstverständlich ist. Deshalb wurde der Kantonsrat auch bereits vor einem Jahr informiert, dass eine Beteiligung an der Aufbaufinanzierung in Betracht gezogen wird. Die Kommission debattierte über das

Thema, und es wurde zumindest hellgrünes Licht geben – ohne rechtliche Verbindlichkeit. Das hat den Regierungsrat motiviert, diesen Weg weiterzugehen.
Mit dieser Million Franken ist man nicht hausieren gegangen. Der Volkswirtschaftsdirektor hat Rücksprache gehalten beim Direktor der Hochschule Luzern und bei den Verantwortlichen für die Sponsorensuche. Es war nicht so, dass sich die Sponsoren durch die finanzielle Beteiligung des Kantons überzeugen liessen, vielmehr überzeugte sie das Projekt Hochschule als solches. Wenn die Frage nach der Finanzierungsbeteiligung des Kantons aufkam, hat der Regierungsrat erklärt, dass die Basisfinanzierung der Kantone im Rahmen der Trägerschaftsfinanzierung erfolgt (immer zu ungefähr 30 Prozent; zu 70 Prozent finanziert sich die Hochschule durch Bundesgelder, Nutzer und Dienstleistungen).
Auch als es um den Standortentscheid Luzern oder Zug ging, hat man nicht einfach 1 Million Franken geboten. Ausschlaggebend für den Zuschlag waren andere Faktoren wie beispielsweise die geografisch vorteilhafte Lage des Kantons Zug. Zudem ist der Kanton ein langjähriger, verlässlicher Partner der Hochschule, der stets für die Hochschulautonomie eingestanden ist, und er übernimmt die Standortabgeltung, ohne zu murren. Der Regierungsrat hat sich nicht zu weit aus dem Fenster gelehnt, aber er versteht den Hinweis der Stawiko, dass mit «Versprechen» vorsichtig umgegangen werden sollte.
Der Volkswirtschaftsdirektor dankt für die Gutheissung dieses Beitrags. Es ist ein schönes Zeichen und bringt viel Schwung in dieses Projekt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur eine einzige Lesung vorgenommen wird, weil der Kanton gestützt auf § 4 Abs. 4 des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung, BGS 413.11) mit einfachem Kantonsratsbeschluss weitere Höhere Fachschulen oder Einrichtungen von Fachhochschulen führen oder sich an solchen beteiligen kann.

**Titel und Ingress**
**§ 1**
**§ 2**
**§ 3**
**II., III., IV.**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich für diese Bestimmungen die Bildungs- und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat heisst die Vorlage mit 69 zu 1 Stimmen gut.

**206** Traktandum 10.3: **Postulat der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandorts des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz**
Vorlagen: 2447.1 - 14807 (Postulatstext); 2447.2 - 14898 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass bereits am Vormittag zum Postulat gesprochen wurde. Es besteht auch ein Zusammenhang mit der erfolgten Abstimmung. Man könnte theoretisch den Richtplanentscheid so belassen, wie er gefällt wurde, und das Postulat trotzdem erheblich erklären. Doch nachdem fast zehn Monate vergangen sind, in denen alle Aspekte x-fach beleuchtet wurden, würde eine Sistierung bzw. Rückweisung, wie sie im Postulat gefordert wird, keinen Sinn machen. Nach dem Entscheid des Konkordatsrats vor einem Jahr, die Evaluation auf die Standorte Rotkreuz und Herti Zug zu beschränken, hat sich der Volkswirtschaftsdirektor persönlich eingesetzt. Er hat sich mehrmals mit Vertretern des IFZ getroffen, bevor der letzte Entscheid des Konkordatsrats getroffen worden ist. Das war im September/Oktober. Der Konkordatsrat hat den Entscheid in einer ersten Lesung nochmals vertagt, um Aspekte des IFZ berücksichtigen zu können. So befürchtete das IFZ bei einem Wegzug von Zug Markteinbussen von 20 Prozent. Dies wurde in die Entscheidungsgrundlagen mit einbezogen. Der Volkswirtschaftsdirektor hat dreimal nachgefragt, ob es Fakten gibt, um diese Entscheidungsgrundlagen belegen zu können. Das IFZ konnte diese Zahl jedoch nicht erhärten, es ist eine Schätzung. Das wurde zur Kenntnis genommen, und es wurde auf dieser Grundlage entschieden.
Im Verlauf des Winters erfolgte der strategische Prozess. Nach Intervention des Regierungsrats wurde nochmals geprüft, welche Teile des IFZ in Rotkreuz sinnvollerweise Platz haben. Es wurden Allianzen evaluiert und Szenarien geprüft, wie beispielsweise die Weiterbildung in Zug zu belassen, den Bereich Finance in Luzern und die Grundausbildung in Rotkreuz. Diese Teilung hat das IFZ abgelehnt. Wenn schon in Rotkreuz, dann wollte das IFZ lieber alle Bereiche dort konzentrieren. Das war eine wichtige Aussage, dieser Punkt war nicht von Anfang an klar. Konferenzen, Seminare und verschiedene eintägige Angebote können jedoch weiterhin in Zug stattfinden.
Man ist zum Schluss gekommen, dass es die Bestvariante ist, alles in Rotkreuz anzusiedeln, und es würde nichts bringen, nochmals alles zu überprüfen. Vielmehr würde es zu Unsicherheiten im laufenden Prozess führen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dieses Thema heute abzuschliessen. Ist die Hochschule nicht sicher, ob sie einen Gesamtcampus realisieren kann, wird das ganze Projekt in Frage gestellt. Die Schaffung dieses Gesamtcampus hat für die Hochschule oberste Priorität. Würden nun wieder Unsicherheiten geschaffen, wäre das nicht sinnvoll.
Mit den heutigen Entscheidungen geht ein wichtiger Prozess zu Ende: 1. Richtplanentscheid, 2. Finanzierung, 3. Personalentscheide. Der Kanton Zug war auch bei Personalentscheiden sehr engagiert und durfte in der Findungskommission mitwirken. Schliesslich hat Professor Dr. René Hüsler, ein Zuger mit Wohnsitz in Hünenberg, das Rennen gemacht hat und leitet das Departement Informatik der Hochschule Luzern seit ein paar Monaten. Heute würden nun alle Projektphasen, in welche der Kanton Zug involviert war, einen glücklichen Abschluss finden. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt für die Unterstützung.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat beantragt, das Postulat
- bezüglich des Antrags, den Entscheid zu überdenken, erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben;

● bezüglich des Antrags, den jetzigen Standort des IFZ nicht zu verändern, nicht erheblich zu erklären;
● bezüglich des Antrags, den Entscheid zu sistieren, nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

**206a** Traktandum 10.4: **Interpellation der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandorts des Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz**
Vorlagen: 2448.1 - 14808 (Interpellationstext); 2448.2 - 14897 (Antwort des Regierungsrats).

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

**207** Traktandum 10.5: **Petition zum Institut für Finanzdienstleistungen (IFZ): «IFZ muss in der Stadt Zug bleiben!»**
Vorlagen: 2495.1 - 14914 (Petitionstext); 2495.2 - 14952 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt stillschweigend zu und tritt nicht auf die Petition ein.

Der **Vorsitzende** verabschiedet Landschreiber Tobias Moser und begrüsst die stellvertretende Landschreiberin, Renée Spillmann Siegwart.

**208** TRAKTANDUM 11
**Gesetz über die Haltung von Hunden**
Vorlagen: 2451.1 - 14816 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2451.2 - 14817 (Antrag des Regierungsrats); 2451.3/3a - 14933 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

Der **Vorsitzende** informiert, dass folgender **Antrag** der vorberatenden Kommission vorliegt: Eintreten und Zustimmung zu Änderungen.

**Karin Andenmatten-Helbling,** Präsidentin der vorberatenden Kommission: Die Kommission hat ohne Maulkörbe das Hundegesetz an einer Nachmittagssitzung eingehend diskutiert und die Beratung an einer zweiten, kurzen Sitzung, auf welche noch Abklärungsaufträge vorgenommen wurden, zu Ende geführt. Aus der Sicherheitsdirektion standen Regierungsrat Beat Villiger und Bettina Platipodis vom Rechtsdienst beratend zur Seite. Ebenfalls in beratender Funktion stand Kantonstierarzt Rainer Nussbaumer zur Verfügung. Ihnen dankt die Kommissionspräsidentin für die kompetente Unterstützung und die sorgfältige Arbeit.
Das neue Hundegesetz soll ein konfliktfreies und friedliches Zusammenleben von Menschen und Hunden ermöglichen, die Haltung von Hunden in Einklang mit dem

Natur- und Artenschutz bringen und den Umgang mit Hunden mit erhöhtem Gefährdungspotenzial regeln. Im Kanton Zug leben 4200 Hunde. Das Gros dieser Hunde wird so gehalten, dass sie weder Menschen noch andere Tiere gefährden und niemandem Ärger bereiten. Es gibt aber auch Hunde, die Spielplätze und landwirtschaftliches Nutzland verkoten, Jungtiere im Wald aufscheuchen oder sich gegen Menschen und andere Tiere aggressiv verhalten. 2014 wurden 86 Beissunfälle verzeichnet, dabei wurden 29 Erwachsene und 7 Kinder verletzt. Wegen solcher Hunde bzw. wegen deren Besitzer, die ihre Hunde nicht unter Kontrolle haben, wird dieser Gesetzesvorschlag diskutiert.
Auf Bundesebene ist es nicht gelungen, ein Hundegesetz zu erarbeiten, weil die Interessen der einzelnen Kantone zu weit divergierten. Gesetzliche Grundlagen auf Bundesebene gibt es daher nur spärlich im Tierschutz- und Tierseuchengesetz: Das Tierschutzgesetz schreibt vor, dass Hundehalter einen Sachkundenachweis erbringen müssen, dass Zucht auf geringe Aggressionsbereitschaft ausgerichtet sein muss und dass Vorfälle mit Hunden den kantonalen Behörden gemeldet werden müssen. Das Tierschutzgesetz stellt keine genügende gesetzlich Grundlage dar, um Massnahmen gegen einzelne gefährliche Hunde auszusprechen. Eine Leinen- oder Maulkorbpflicht darf der Kantonstierarzt gestützt auf die heutigen gesetzlichen Grundlagen nicht aussprechen. Dazu gibt es einen Bundesgerichtsentscheid. Aus diesem und anderen Gründen haben ausser Uri, Jura und Zug alle Kantone Hundegesetze erlassen. Diese beinhalten zum Teil sehr einschneidende Vorschriften wie teilweise Maulkorbpflicht bis hin zu Verboten, gewisse Hunderassen zu züchten oder zu halten. Den Gesetzen neueren Datums gemeinsam ist die Leinenpflicht, die je nach Kanton unterschiedlich angeordnet wird, sei es partiell für gewisse Hunderassen oder definierte Räume oder generell wie im Kanton Schwyz.
Da sich im Kanton Zug die kantonalen Vorschriften auf die Vollziehungsverordnung zum Tierschutz- und Tierseuchengesetz und auf Bestimmungen im Jagdgesetz und die Jagdverordnung beschränken, sind nur die Registrierungspflicht, die Pflicht, Vorfälle mit Hunden dem Kantonstierarzt zu melden, und der Einsatz von Jagdhunden kantonal geregelt. Subsidiär sind daher die Einwohnergemeinden für allfällige Regulierungen im Zusammenhang mit Hunden zuständig. Sechs Gemeinden verfügen über ein Hundereglement bzw. über sechs unterschiedliche Hundereglemente. Dies sind Baar, Cham, Hünenberg, Oberägeri, Risch und Steinhausen. Diese und alle Gemeinden ohne Hundereglement äusserten mehrfach ihr Interesse an einem kantonalen Hundegesetz. Ein solches hat nun die Regierung vorgelegt. Die Kernpunkte der Vorlage 2451 sind:

- die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kantonstierarzt
- die Prävention
- das Haftpflichtversicherungsobligatorium für Hundehalter
- die Pflicht, dass Hunde immer unter Kontrolle gehalten werden müssen
- die situative und zeitlich beschränkte Leinenpflicht,
- Vorschriften zum Ausführen von Hunden in Gruppen
- der Umgang mit streunenden, verhaltensauffälligen und gefährlichen Hunden
- die Kostenüberwälzung vom Staat auf fehlbare Hundehalter

In der Eintretensdebatte fand eine intensive Diskussion darüber statt, ob und weshalb der Kanton Zug ein Hundegesetz braucht oder eben nicht. Als Hauptargument dafür wurde genannt, dass ohne Hundegesetz dem Kantonstierarzt die rechtliche Grundlage fehlt, um Massnahmen für den Schutz vor einzelnen gefährlichen Hunden zu verfügen. Sollte er dennoch Massnahmen anordnen, können diese vom Hundehalter erfolgreich angefochten werden. Weiter betonten die Befürworter des Gesetzes, unter denen übrigens auch einige Hundehalter waren, dass mit einem kantonalen Gesetz einheitliche Regeln für den ganzen Kanton gelten. Hundehalter

wüssten, wie sie sich auf einem Spaziergang durch mehrere Gemeinden korrekt zu verhalten haben. Und Personen ohne Hund wissen, was sie von Hundehaltern erwarten dürfen. Zudem sei es den Gemeinden auch mit einem einheitlichen kantonalen Gesetz immer noch möglich, punktuell repressivere Regelungen beizubehalten oder einzuführen, sofern diese nicht im Widerspruch mit dem kantonalen Gesetz stehen. Zudem hätten die Gemeinden sich allesamt für eine gesetzliche Regelung auf kantonaler Ebene ausgesprochen.
Einige der Gegner wehrten sich grundsätzlich gegen dieses neue Gesetz. Gewisse warnten davor, dass auch mit einem Hundegesetz Beissvorfälle nicht verhindert werden können, und erachten es daher als unnötig. Es gab einerseits Kommissionsmitglieder, die nicht auf das Gesetz eintraten, weil es zu liberal sei. Andererseits führten ebenfalls Gegner aus, dieses Hundegesetz schränke die Freiheit von Hunden und Hundehaltern zu sehr ein. Zudem könne man das Fehlen eines Reglements in fünf Gemeinden so auslegen, dass diese keine Regelung wollten.
Zu wissen, was die Bevölkerung will und was Hundehalter wollen, nahmen sowohl Befürworter wie auch Gegner für sich in Anspruch. Die einen möchten den Hundehaltern klare Verhaltensweisen geben, und die andern möchten unnötige Einschränkungen verhindern. Nach einer langen Diskussion trat die Kommission schliesslich mit 10 zu 5 Stimmen auf dieses Gesetz ein. Die CVP hat an der Fraktionssitzung mit 16 zu 2 Stimmen Eintreten beschlossen.

**Beni Riedi,** Sprecher für die SVP-Fraktion, merkt an, dass die Kommissionspräsidentin in derselben Partei ist wie der Regierungsrat, der dieses Geschäft vertreten hat. Dies erachtet er als heikel, es soll aber keine Kritik an der Kommissionspräsidentin sein, welche die Kommissionssitzungen sehr gut geleitet hat.
Die SVP-Fraktion bzw. die anwesenden Mitglieder haben an der Fraktionssitzung vom 22. Juni 2015 einstimmig Nichteintreten auf diese Vorlage beschlossen. Im Bericht und Antrag der Regierung steht: «Mit diesem Hundegesetz soll ein konfliktfreies und friedliches Zusammenleben von Menschen und Hunden ermöglicht werden.» Dafür ist kein neues Gesetz notwendig. Es liegt in der Verantwortung der Hundehalter, ihre Tiere im Griff zu haben.
Auch bei diesem Thema gilt das Subsidiaritätsprinzip. Es kann nicht sein, dass sämtliche Probleme mit neuen Gesetzen von «oben» geregelt werden. Bern diktiert den Kantonen zunehmend, was sie zu tun haben, und die Kantone schreiben den Gemeinden immer mehr vor. Unter dem Subsidiaritätsprinzip ist zu verstehen, dass Probleme dort angepackt werden, wo sie auch wirklich bestehen. Als die SVP die Vernehmlassung verfasst hat, hatten sechs von elf Gemeinden ein Hundereglement. Falls im Zusammenleben von Hunden und Menschen tatsächlich erhebliche Probleme bestehen würden, wären in den anderen fünf Gemeinden bestimmt auch Hundereglemente ausgearbeitet worden bzw. hätten Kommunalpolitiker solche gefordert. Es sollte den Zuger Gemeinden freigestellt bleiben, ob und in welchem Rahmen sie ein Hundereglement ausarbeiten wollen. Hier wird ein Gesetz auf Vorrat geschaffen, das vor dem Hintergrund der relativ geringen Problematik als übertrieben und unnötig angesehen werden kann.
Kein Gesetz kann vor Hundebissen schützen. Und das sagt der Votant aus tiefster Überzeugung, denn er wurde im Alter von acht Jahren von zwei Rottweilern fast zu Tode gebissen. Diesen Vorfall hätte kein Gesetz verhindern können. Doch der öffentliche Druck hat sich in den letzten zwanzig Jahren geändert. Heute kommt es zu prominenten Schlagzeilen in den Medien, wenn ein achtjähriger Junge von zwei Hunden gebissen und schwer verletzt wird. Es fand ein Umdenken statt, und mittlerweile steht im Artikel 68 der Tierschutzverordnung (TSchV), dass Personen vor dem Erwerb eines Hundes einen Sachkundenachweis über die Kenntnisse betref-

fend die Haltung von Hunden und deren Umgang zu erbringen haben, sofern sie nachweislich nicht schon einen Hund gehalten haben. Der Votant schliesst mit einem Zitat: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.» Die SVP-Fraktion stellt den **Antrag** auf Nichteintreten.

**Florian Weber** spricht für die FDP-Fraktion. Als er den Kommissionsbericht studierte – seien dies Ausgangslage, Ablauf oder Eintretensdebatte –, hatte er das Gefühl, er sei an diesen Kommissionssitzungen nicht dabei gewesen. Betrachtet man das Resultat der Schlussabstimmung, das durch den Stichentscheid der Präsidentin gefällt wurde, stellt sich die Frage, ob die Eintretensdebatte wohl nicht etwas kontroverser geführt wurde, als sie im Bericht beschrieben ist. Auch wichtige Informationen, zum Beispiel, dass kommunales Recht eine Handhabung und somit bereits eine Lösung für den Kantonstierarzt bietet, wurden schlicht und einfach im Bericht «vergessen». Liest man den Bericht durch, hat man fast den Eindruck, er wurde durch die Sicherheitsdirektion selbst geschrieben. Die Ausnahmesituation, dass Kommissionspräsidium, Direktion und Kantonstierarzt in derselben Partei sind, war sicherlich einmalig. Ob es zur Objektivität in der Materie beigetragen hat, bleibt fraglich.
Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass ein solches Gesetz nicht benötigt wird. Es gilt der Grundsatz: so viele Gesetze wie nötig, so wenige wie möglich. Werden solche Gesetze geschaffen, werden weitere folgen: für Pferde, Vögel bis hin zur «Haltung» von Kindern – das alles wurde schon diskutiert.
Wird berücksichtigt, dass die Gemeinden das Gesetz selbst weiter ergänzen können, ist der Vorteil einer kantonalen Vereinheitlichung verschwindend klein. Dass andere Kantone ein Hundegesetz haben, ist kein Argument. Eine Vereinheitlichung kann und wird mit diesem Gesetz nicht geschaffen. Und auch wenn andere ein solches haben, muss es bei Weitem nicht heissen, dass es gut ist. Ein solches Gesetz wird keinen einzigen Hundebiss verhindern. Stattdessen sollte die Gemeindeautonomie hochgehalten werden. Denn wenn es auf Gemeindeebene Massnahmen braucht, können die Gemeinden gemäss ihren Bedürfnissen Gesetze erlassen. Wie erwähnt bieten diese Gesetze auch eine Handhabung für den Kantonstierarzt.
Die FDP-Fraktion wehrt sich gegen die Schaffung von Gesetzen auf Vorrat. Auch wenn andere Kantone eine sogenannte Hunderassenliste führen, zeigen doch gerade die Unterschiede dieser Listen eine gewisse Willkür auf. In Genf sind fünfzehn Rassen verboten, in Zürich vier und im Tessin dreissig. Angesichts dieser Erkenntnisse und Experteneinschätzungen ist eine Rassenliste problematisch. Das Bundesgericht hat die Beschränkung präventiver Kontrollverfahren auf einige bestimmte Hunderassen unter dem Gesichtspunkt des Rechtsgleichheitsgebots als «nicht unbedenklich» beurteilt. Falls wirklich ein Verbot einer gewissen Hunderasse benötigt wird, soll dies der Regierungsrat beim Kantonsrat beantragen. Damit wird auch emotionalen Handlungen, zum Beispiel bedingt durch Medien, vorgebeugt.
Ein Paragraf für die Finanzierung von Präventionsmassnahmen, wie er in § 3 vorgesehen ist, kommt für die FDP-Fraktion nicht in Frage. Falls die Regierung solche Massnahmen realisieren will, kann sie diese beim Kantonsrat beantragen.
Obwohl die FDP-Fraktion das Gesetz für unnötig erachtet, wird sie darauf eintreten. Sie wird aber den **Antrag** stellen, Teil I zu streichen und nur Teil II – den Fremdänderungen im Übertretungsstrafgesetz – zustimmen. Mit diesen Fremdänderungen kann im Gegensatz zu Teil I der Bürokratie etwas entgegengewirkt werden.

**Hanni Schriber-Neiger** hält fest, dass die ALG die Schaffung eines kantonalen Hundegesetzes unterstützt, das von allen elf Gemeinden seit längerer Zeit gewünscht und sehnlichst erwartet wird. Es ist ein liberales Gesetz geworden, und

Nichteintreten ist sicher kein Lösungsansatz für die betroffene Bevölkerung, die täglich mit uneinsichtigen Hundehaltern und -halterinnen zu tun hat. Die ALG unterstützt die Regierung, um dem Problem Hundetourismus über die Kantons- oder auch Gemeindegrenzen hinaus Einhalt gebieten zu können. Eine Regelung ist nötig.
Im Grundsatz geht es beim Hundegesetz um eine Güterabwägung: Auf der einen Seite steht die uneingeschränkte Freiheit des Hundes und des Hundehalters. Auf der anderen Seite steht das Recht der Bevölkerung auf Nichtbelästigung sowie auf seelische und körperliche Unversehrtheit. Auf dieser Seite steht auch das Recht aller anderen Tiere auf Schutz, beispielsweise während der Aufzucht ihres Nachwuchses, sowie das Recht der landwirtschaftlichen Nutztiere auf saubere Wiesen ohne Hundekot. Die ALG gibt dem Schutz der Menschen, der übrigen Tierwelt und der Natur ganz allgemein die Priorität. Ein Hundegesetz ist auch im Interesse der Hundehalterinnen und -halter, die schon heute verantwortungsvoll mit ihren Hunden umgehen und Rücksicht auf Mensch und Umwelt nehmen. Klare Regeln erleichtern das Zusammenleben. Deshalb unterstützt die ALG die Regierung, die Massnahmen für einen sicheren Umgang mit Hunden anordnen kann. Die ALG will der Regierung zudem ein Instrument geben, um Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial einer Bewilligungspflicht unterstellen zu können. Bissverletzungen von Menschen, im schlimmsten Fall Zerfleischungen im Gesicht oder Todesfälle von Kindern, sind unter allen Umständen zu verhindern, und es ist diesen präventiv entgegenzuwirken.
Zu § 5 (Leinenpflicht) wird die ALG einen Antrag stellen. Unter diesem Paragrafen ist festgehalten: «Hunde sind im Wald und in Waldnähe vom 1. April bis 31. Juli anzuleinen oder unter direkter Aufsicht auf kurzer Distanz zu führen.» Diese Zeit ist als Brut- und Setzzeit gedacht. Sie ist jedoch zu kurz und soll deshalb um zwei Monate verlängert werden. Sehr bedrohte Tierarten wie z. B. der Feldhase oder bodenbrütende Vögel benötigen einen längeren Schutz vor freilaufenden Hunden, um überleben zu können.
Zum Votum von Beni Riedi, der geäussert hat, der Leidensdruck bei den Gemeinden sei nicht genug gross gewesen, sonst hätten diese bereits ein eigenes Hundegesetz erlassen: Es ist eher so, dass die restlichen fünf Gemeinden auf den Kanton gewartet haben. Und dieser hat sich für die Schaffung eines Hundegesetzes reichlich Zeit genommen.
Die ALG wird auf die Vorlage eintreten und später zwei Anträge stellen.

**Zari Dzaferi** teilt mit, dass die SP-Fraktion auf das Gesetz eintreten wird, weil sie eine kantonale rechtliche Grundlage als wichtig erachtet. In der Fraktionssitzung wurden die Pro- und Kontra-Argumente allerdings ziemlich kontrovers diskutiert, und es zeigt sich einmal mehr: Je nach persönlichem Bezug zu Hunden, zur Umwelt und zum Naturschutz oder zur Haltung gegenüber neuen Gesetzen variiert die Meinung. Es geht hier zwar nur um Mindestanforderungen, und man könnte auf den ersten Blick meinen, dass lediglich ein paar Gesetzesparagrafen mehr verabschiedet werden, die nur ein Problem zu regeln versuchen, das es gar nicht gibt. Mit einem Hundegesetz entsteht allerdings eine einheitliche Regelung, an die sich jede Gemeinde halten muss. Der inzwischen bestehende Flickenteppich von Gemeindegesetz zu Gemeindegesetz wird damit obsolet, und es kann mehr Klarheit für Hundebesitzer und Passantinnen geschaffen werden. Zudem ermöglicht die Gesetzesgrundlage dem Kantonstierarzt, fehlbare Hundebesitzer und -besitzerinnen zu sanktionieren und Massnahmen auszusprechen.
Zur Leinenpflicht: Aus der Perspektive des Hundes bräuchte es für keine Gegend eine Leinenpflicht. Allerdings geht es auch um die Sichtweisen von anderen Involvierten, zum Beispiel der verschiedenen Hundehalterinnen und Hundehalter, Passanten, oder um den Schutz von Tier- und Pflanzenwelt. Eine Erweiterung der Lei-

nenpflicht soll aber zugunsten einer der verstärkten Information von Hundehaltenden zurückgestellt werden. Daher wird die SP-Fraktion zu § 2 einen Antrag stellen.
Um Klarheit zu schaffen, wäre ein nationales Gesetz sinnvoller. Sicherheitsdirektor Beat Villiger konnte den Votanten aber überzeugen, dass aufgrund der unterschiedlichen Anliegen der verschiedenen Regionen kein Gesetz zustande gekommen wäre. Vielleicht kann heute, zumindest innerhalb der übersichtlichen Kantonsgrenzen, ein Kompromiss gefunden werden. Dieses Gesetz entspricht nämlich dem kleinesten gemeinsamen Nenner verschiedenster Interessensgruppen. Deshalb plädiert die SP-Fraktion dafür, auf diese Gesetzesgrundlage einzutreten.

**Michèle Kottelat:** Nach eingehender Prüfung der Vorlage ist die GLP zum Schluss gelangt, dass es für das friedliche Zusammenleben von Mensch und Hund keine gesetzliche Regelung auf Stufe Kanton braucht. Das Eidgenössische Tierschutzgesetz vom 16. Dezember 2005 (TSchG) genügt hierzu vollauf. Als liberale Partei wehrt sich die GLP gegen die Gesetzesflut, überbordende Vorschriften und ständige Verbote. Sie unterstützt deshalb den Antrag, auf das Gesetz über die Haltung von Hunden zu verzichten und auf die Vorlage nicht einzutreten. Sollte Eintreten beschlossen werden, wird die GLP die Anträge der FDP unterstützen.
Die Votantin hält fest, dass dies ihr letztes Votum im Kantonsrat war. Sie verabschiedet sich und überlässt ihren Platz ihrem Nachfolger Daniel Marti, der als Zuschauer anwesend ist.

**Andreas Hausheer** bezieht sich auf das Votum von Beni Riedi, das ziemlich vernünftig war, und auf dasjenige von Florian Weber, der offensichtlich eine CVP-Verschwörung vermutet. Es liegt jedoch nichts dergleichen vor. Markus Jans, der Doyen der letzten Legislatur, hatte offiziell angefragt, ob das Einverständnis gegeben werden kann, dass die CVP dieses Präsidium übernimmt. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass die Präsidien aufgrund der Fraktionsstärke verteilt werden. Ende des letzten Jahres war die CVP noch untervertreten, deshalb herrschte einstimmig die Meinung, dass die CVP dieses Präsidium übernehmen sollte. Sind nun die Ratsmitglieder damit nicht einverstanden, müssen sie ihren Fraktionschefs und nicht der Kommissionspräsidentin «auf die Finger klopfen».
Zum Vorwurf von Florian Weber: Der Gesundheitsdirektor hat bei Kantonstierarzt Rainer Nussbaumer nachgefragt, und dieser ist nicht Mitglied der CVP, sondern parteilos. Man kann für oder gegen dieses Gesetz sein, wichtig ist, bei der Wahrheit zu bleiben.

**Manuel Brandenberg** kann den Ratsmitgliedern nicht dieselbe Freude machen wie Michèle Kottelat: Es ist kaum sein letztes Votum im Rat. *(Der Rat lacht.)* In der Mittelschule musste der Votant einmal einen Aufsatz zum Thema «Ja sagen, Nein sagen» schreiben. Er hatte damals eine Sechs bei seinem sehr geschätzten damaligen Lehrer Jürg Scheuzger. Dieser hatte angemerkt: «Ich bin mit Ihnen fundamental nicht einverstanden.» Trotzdem hatte er gewürdigt, dass es ein gelungener Aufsatz war. Wenn man Ja sagt, sagt man Ja, wenn man Nein sagt, sagt man Nein. So jedenfalls verhält sich ein vernünftiger, logisch denkender Mensch. Nun hat die FDP-Fraktion vorher sehr schlüssig dargelegt, warum man nicht auf dieses Gesetz eintreten soll. Am Schluss aber will sie trotzdem auf das Gesetz eintreten, obwohl sie eigentlich dagegen ist. Das ist sicher nicht Ja sagen und Ja tun, das ist Nein sagen und Ja tun. Der Votant wäre der FDP-Fraktion dankbar, wenn sie ihre Position noch einmal überdenken würde.

**Thomas Werner** hatte weder als Jogger, Biker, Wanderer oder Vater von zwei kleinen Kindern jemals Probleme mit einem Hund. Und bekanntlich gibt es im Ägerital viele sogenannte Hundetouristen, also Hundehalter, die mit ihren Tieren spazieren gehen. Dass beinahe an jeder Ecke ein Robidog steht, entschärft die Lage.
Ein konfliktfreies Zusammenleben von Menschen und Hunden soll das Ziel dieses Gesetzes sein. Doch es braucht kein Gesetz, um dieses Zusammenleben zu regeln. Das Einzige, was dafür notwendig ist, ist der gesunde Menschenverstand. Seit einem Jahr hat der Votant mittlerweile ebenfalls einen Hund. Und auch als Hundehalter hatte er weder mit Joggern und Bikern noch mit Kindern, Eltern oder Bauern jemals Probleme. Jeder, der einen Hund hält, ist sich der Mindeststandards bewusst: Erstens sollte der Hunde nicht einfach irgendwo sein Geschäft erledigen, man lässt den Kot nicht liegen, sondern entsorgt ihn im Robidog. Zweitens sollte der Hund nicht auf fremde Leute losrennen und diese anspringen oder anbellen. Gerade seit alle Hundebesitzerinnen und -besitzer eine Ausbildung absolvieren müssen, gibt es in diesem Bereich kaum mehr Probleme. Der Votant kennt in seinem Umfeld niemanden, der in letzter Zeit solche Probleme hatte. Ausserdem wird mit diesem Gesetz wie bereits erwähnt kein einziger Hundebiss verhindert. Es ist auch klar warum: Die Hunde können das Gesetz nicht lesen. *(Der Rat lacht.)*
Ein weiterer Punkt sind die Kosten: Es wurde im Rat immer wieder betont, dass unnötige Gesetze vermieden werden sollen, da neue Gesetze Kosten verursachen. Nach Einführung des Gesetzes wird die Polizei, die sicherlich Besseres zu tun hat, aufgeboten, wenn jemand von einem Hund angebellt wird oder ein Hund auf einen Rasen gekotet und der Hundehalter den Kot nicht entsorgt hat. Wird das Gesetz eingeführt wird, ist man spätestens in zwei Jahren so weit, dass die Hunde-DNA mit der DNA des Kots abgeglichen und so der Hundehalter ausfindig gemacht wird, um ihn büssen zu können. Genau dieser Rattenschwanz wird folgen, wenn jetzt ein neues Gesetz geschaffen wird.
Der Votant ist erstaunt über die Haltung der CVP. Etwas Verständnis hat er, da es um den eigenen Regierungsrat geht. Doch wie auch schon Pirmin Frei zitiert hat: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.» Deshalb ist der Votant sicher, dass auch Pirmin Frei für Nichteintreten stimmen wird.

**Hans Baumgartner** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Landwirt. Die überwiegende Mehrheit der Hundehalter verhält sich korrekt, und es herrscht ein gutes Einvernehmen. Aber leider gibt es auch diejenigen, die sich nicht an die Vorgaben halten, die Hunde beispielsweise im Land versäubern lassen, ohne sich nachher darum zu kümmern oder – noch schlimmer – die ihre Hunde nicht im Griff haben. Die Hunde jagen dann der Mutterkuhherde nach, bis die Kälber zum Zaun ausbrechen. Der Votant spricht aus Erfahrung und nicht nur in seinem Namen, sondern auch im Namen des Bauernverbands, der das Gesetz sehr begrüssen würde. Die heutige Situation ist unbefriedigend: Keine Übersicht, kein richtiger Vollzug, Hundehalter wie auch Bevölkerung wissen nicht, was gilt. Gerade aus Sicht der Landwirtschaft müssen klare Regelungen vorhanden sein. Der Dichtestress nimmt weiter zu, die Naherholungsflächen werden immer wichtiger. Die Landwirtschaft bietet dazu Hand, aber sie verlangt auch Regelungen. Heute besteht die Chance, dies zu ändern. Es wird ja kein neues Gesetz geschaffen, sondern unterschiedliche gemeindliche Regelungen werden zu einem kantonalen Erlass zusammengeführt. Das macht Sinn, erhöht die Transparenz, und der Vollzug ist besser gewährleistet. Es ist unverantwortlich, sich dieser ungelösten Problematik zu verschliessen, nur weil man kein neues Gesetz will – ob aus parteipolitischen oder anderen Gründen. Das Gesetz regelt unter anderem die Bedürfnisse der Landwirtschaft, es geht zwar nicht so

weit, wie die Landwirtschaft es gerne hätte und es in anderen Kantonen besteht: doch lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Der Votant wird unter § 4 einen Antrag stellen, um die landwirtschaftlichen Kulturen besser zu schützen.
Das Gesetz wird für den ganzen Kanton einen Mehrwert schaffen. Liberal heisst hier auch, dass man die Hundehaltenden nicht zu stark an die Leine nimmt und somit im Kanton Zug gegenüber anderen Kantonen mehr Freilauf gewährt. Zudem wird auf die Eigenverantwortung gesetzt, was gerade von der FDP und der SVP immer wieder postuliert wird. Das Gesetz regelt letztlich die Eigenverantwortung, aber mit Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese Freiheiten überschritten werden.
Der Votant bittet den Rat sehr dringend, auf das Gesetz einzutreten und ihm zuzustimmen. Er ist froh, dass die FDP-Fraktion zumindest auf das Gesetz eintreten und sich die Argumente anhören will und sich nicht wie die SVP von vornherein verschliesst.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** bezieht sich auf das Votum von Florian Weber: Sie hat sich auch gewundert, dass der CVP das Präsidium eines Geschäfts zugeteilt wurde, das ein CVP-Regierungsrat vertritt. Es hätte die Möglichkeit bestanden, dies beispielsweise bei der Terminabsprache oder zu Beginn der Kommissionssitzung zu monieren. Die Votantin hätte sich einer Änderung nicht verwehrt.
Dass die Reglemente der Gemeinden ausreichen, stimmt nur insofern, als die Gemeinden Reglemente erlassen dürfen. Sie sind jedoch nicht wasserdicht vor Gericht. Das ist das Problem. Deshalb wurde dieses Argument nicht aufgenommen. Wie der Kantonstierarzt ausgeführt hat, werden von ihm verfügte Massnahmen vor Gericht abgeschmettert, weil Verfahrensfehler vorliegen. Das heisst, es ist keine gesetzliche Grundlage vorhanden, denn ein Reglement reicht vor Gericht nicht aus.
Zu Thomas Werner: Auch die CVP hat ein V in ihrer Abkürzung – sie versteht sich ebenfalls als Volkspartei. Und sie vertritt die 86 Prozent der Bevölkerung, die sich ein Hundegesetz wünschen.

**Karl Nussbaumer** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Hundebesitzer. Es wird hier von 4200 Hunden im Kanton Zug gesprochen. 87 beissen, das sind genau 2,07 Prozent, also eine ganz kleine Minderheit. Und meistens beissen die Hunde, weil sie getreten werden. Hat jemand Angst, schlägt er seinen Schuh in den Bauch des Hundes, und es ist ganz natürlich, dass der Hund dann zuschnappt. Der Votant wurde auch schon von einem Hund gebissen, dem er auf den Schwanz getreten ist, da er ihn unter einem Tisch nicht gesehen hatte. Im ersten Moment erschrickt man, doch schliesslich ist es eine natürliche Reaktion des Hundes.
Es gilt, an die Eigenverantwortung der Hundebesitzer zu appellieren: Für den Votanten ist es selbstverständlichen, seinen Hund an der Leine zu führen, wenn er mit ihm spazieren geht, zumindest bis der Hund sein Geschäft erledigt hat und er den Kot korrekt entsorgt hat.
Der Votant, der in einem Landwirtschaftsgebiet wohnt, wendet sich an Hans Baumgartner und hält fest, dass es freilaufende Hofhunde sind, die auf seinem Grundstück, beispielsweise in seinem schönen Alpengarten, koten. Solche Vorfälle können mit einem Gesetz nicht unterbunden werden. Ein Gesetz für eine Minderheit zu erlassen, ist unnötig. Das nächste Gesetz, das kommen wird, ist das Katzengesetz. In der Nachbarschaft des Votanten leben ca. 30 oder 40 Katzen, in seinen Liegenschaften befinden sich zahlreiche Gärten, und überall erledigen die Katzen ihre Geschäfte. Braucht es hier nun auch ein Gesetz? Der Votant fordert den Rat auf, vernünftig zu sein und diesem Gesetz nicht zuzustimmen.

**Florian Weber** nimmt Stellung zum Votum von Manuel Brandenberg: Der FDP-Fraktion geht es beim Eintreten um die Fremdänderungen. Erledigt ein Hund sein Geschäft zum Beispiel in einem Alpengarten, besteht die Möglichkeit, den Hundehalter zu büssen.
Zu Karin Andenmatten-Helbling: Der Votant sieht hier keine CVP-Verschwörung. Es geht ihm um den Bericht. Der Punkt bezüglich Handhabung wurde diskutiert, und es wurde bestätigt, dass eine Handhabung möglich ist. Wenn das nun anders ist, besteht ein grundsätzliches Problem.

**Oliver Wandfluh** wendet sich an Hans Baumgartner. Unter Eigenverantwortung ist etwas ganz anderes zu verstehen. Die Eigenverantwortung der Hundebesitzer, die nach wie vor in der Minderheit sind gegenüber der restlichen Bevölkerung, liegt darin, dass der Chamer Hundebesitzer sich vor seinem Spaziergang in Ägeri über die dort geltenden Regelungen und allfällige Gesetze informiert. Dann weiss er, wie er seinen Hund zu führen hat. Föderalismus und Eigenverantwortung der Gemeinden heisst, dass diese wie bisher selbst entscheiden können, ob sie eine Verordnung möchten. Das wurde die letzten hundert Jahre so gehandhabt, deshalb haben fünf Gemeinden keine Verordnung, sechs haben eine. Das muss so weitergeführt werden, denn diejenigen Gemeinden, die keine Verordnung haben, hatten keinen Grund und keinen Leidensdruck, ein Gesetz zu erlassen. Sonst hätten sie das schon lange getan. Wenn man einem Kind einen Pudding serviert und fragt, ob es ihn haben will, sagt es selbstverständlich Ja. So sagen die Gemeinden natürlich auch Ja, wenn man ihnen eine Gesetz oder eine Verordnung serviert, und sind froh, dass sie nichts selber machen müssen. So ist verständlich, dass gewisse Gemeinden Ja gesagt haben. Die Haltung von Baar wurde beispielsweise nicht eins zu eins widergegeben. Diese Vernehmlassung hatte der Votant als ehemaliger Gemeinderat selbst geschrieben. Baar war es egal, ob es eine kantonale Regelung geben würde oder nicht, denn die Gemeinde hat eine Verordnung, die noch restriktiver ist als das vorliegende Gesetz. Und aufgrund dieser Verordnung wurden in den letzten dreissig Jahren nur drei Hunde eingeschläfert. Diese Fälle haben nicht vor Gericht geendet. Die Personen wurden vorher vier-, fünfmal verwarnt und gebüsst, bis es so weit kam. In keinem der Fälle ging der Besitzer vor Gericht. Hier würde somit wieder ein Gesetz für Ausnahmen gemacht. Hoffentlich hat Pirmin Frei den Saal nun nicht verlassen hat, weil er gegen das Gesetz sein muss – schliesslich hat er letzte Woche gesagt: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.» Der Votant hofft, dass Pirmin Frei für die Abstimmung wieder im Saal sein wird.

**Manuel Brandenberg** knüpft an die Argumente von Oliver Wandfluh an: Eigenverantwortung heisst, kein Gesetz zu machen. Passiert etwas, hat man alle Möglichkeiten des Privatrechts, auf denjenigen loszugehen, der einen geschädigt hat – Privatrecht und nicht ein Reglement der Gemeinde, ein Gesetz des Staats. Das ist nicht nötig. Jedes Gesetz beansprucht den Apparat, der das Gesetz schliesslich umsetzen muss. Vor diesem Hintergrund könnten heute viele Gesetze hinterfragt werden. Ist beispielsweise ein ganzer Aufsichtsapparat notwendig, wenn ein Restaurant schlecht ist, oder reicht es vielleicht, wenn es sich rumspricht, dass man diese Gaststätte nicht besuchen sollte?
Spricht man von den Bedürfnissen der Gemeinden, so sind damit die Aussagen der Gemeinderäte gemeint. Die Kantonsratsmitglieder sind jedoch nicht von den Gemeinderäten gewählt, sondern vom Volk. Und sicherlich wollen nicht 86 Prozent des Volkes ein neues Hundegesetz mit neuen Vorschriften. Der Votant bittet den Rat, nicht auf dieses unnötige Gesetz einzutreten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass Montesquieu heute in diesem Saal vielleicht sagen würde: «Wenn es nicht notwendig ist, sechs oder bald elf Hundereglemente im Kanton zu haben, so ist es erst recht notwendig, diese auf eines zu reduzieren.»
Der Sicherheitsdirektor dankt den Votanten für die engagierten Stellungnahmen und der Kommission für die harte, aber immer faire Beratung und Diskussion. Ein Dank geht auch an die Präsidentin für die souveräne Leitung. Was die Kritik an der Parteikonstellation anbelangt, so ist das weder die Schuld der Kommissionspräsidentin noch des Sicherheitsdirektors. Es ist den Regierungsmitgliedern sogar lieber, wenn das Präsidium von einer anderen Partei wahrgenommen wird, um genau solche Kritik oder gar Unterstellungen zu vermeiden.
Zur Debatte: Es liegt nicht eine Motion bzw. ein Postulat des Kantonsrates vor, sondern eine Forderung der Gemeinden. Der Regierungsrat wäre von sich aus nicht tätig geworden, hätten die Gemeinden in den letzten Jahren nicht immer wieder ein kantonales Hundegesetz gefordert. Wann immer es zu einem Vorfall mit Hunden kam, wurde diese Forderung wieder vehementer geäussert. Bereits in den Jahren 2007/08 rief der Sicherheitsdirektor die Gemeinden dazu auf, ein Bussenreglement zu schaffen. Doch in den Gemeinden besteht kein Konkordatssystem. Das Reglement hätte von den Gemeinden verabschiedet und anschliessend in den Gemeindeversammlungen vorgelegt werden müssen. So wäre die Gefahr gross gewesen, dass unterschiedliche Beschlüsse gefasst würden. Der Sicherheitsdirektor wollte jedoch nicht selbst aktiv werden, solange noch nicht klar war, ob der Bund ein nationales Hundegesetz erlassen würde. Im Dezember 2010 wurden sich dann National- und Ständerat nicht einig, und das nationale Hundegesetz wurde versenkt. Daraus konnte geschlossen werden, dass die Hunde in Alpnach und Zürich wohl gleich bellen, die Problematik aber kantonal geregelt werden muss. Das gilt auch für den Kanton Zug, den Gemeinden muss Unterstützung geboten werden, damit es zu einer kantonal einheitlichen Regelung kommt. Dies hat den Regierungsrat dazu bewogen, diese Vorlage zu erarbeiten.
Zur Befragung der Bevölkerung: Es wurde beispielsweise gefragt, ob für die Haltung von gefährlichen Hunden eine höhere Ausbildung gefordert werden solle. Dies wurde mehrheitlich bejaht. Einer generellen Leinenpflicht bei gefährlichen Hunden wurde ebenfalls sehr deutlich zugestimmt. Etwas weniger Zustimmung erhielten die Bewilligungspflicht für solche Hunderassen und eine Maulkorbpflicht. Ein Verbot von gefährlichen Hunden unterstützten dann nur noch 39 Prozent der Befragten. 84 Prozent stimmten einer Busse für liegen gelassenen Hundekot zu. Überraschend fiel die Antwort auf folgende Frage aus: «Heute regeln nur einzelne Gemeinden den Umgang mit Hunden. Soll der Kanton Zug ein einheitliches kantonales Hundegesetz erlassen?» Diese Frage bejahten 86 Prozent der insgesamt über 1000 befragten Personen aus allen Gemeinden. Es ist also ähnlich wie beim Hooligan-Konkordat, bei dem im Rat eine einzige Stimme den Ausschlag gab für den Eintretensbeschluss. Bei der Volksabstimmung waren dann aber 81 Prozent Ja-Stimmen zu verzeichnen. Natürlich handelt sich beim Hundegesetz um eine Befragung und nicht um eine Volksabstimmung.
Während der Vernehmlassung füllten zahlreiche Leserbriefe die Zeitungen und der Sicherheitsdirektor bekam «scharfe» Mails. Dies ist heute nicht mehr so. Die Bedürfnisse aller interessierten Kreise wie Jäger und Bauern konnten berücksichtigt werden. Auch der Präsident des Hundeverbands Zug unterstützt das Gesetz.
Natürlich lässt sich sagen, Eigenverantwortung brauche keine Regelungen. Eigenverantwortung ist zu bejahen, doch gewisse Personen nehmen ihre Freiheiten sehr stark wahr. Und Freiheit endet dort, wo die Freiheit des anderen tangiert wird. Es liegen nun liberale, zugerische Standesregeln für das Halten von Hunden vor. Der

Sicherheitsdirektor bittet den Rat, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Wird heute nicht die Chance gepackt, dieses Gesetz zu verabschieden, wird diese Frage in Zukunft nicht vom Tisch sein. Die Gemeinden werden wieder Forderungen stellen und bei Vorfällen nach Lösungen fragen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 39 zu 31 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Florian Weber** stellt im Namen der FDP-Fraktion den **Antrag,** Teil I komplett zu streichen. Die FDP stimmt nur den Fremdänderungen zu, also Teil II, deshalb ist Teil I überflüssig.

**Beni Riedi** hält fest, dass die SVP-Fraktion grosse Sympathien für den Antrag der FDP hegt und diesen unterstützen wird.

**Marianne Hess** äussert sich zum Thema Eigenverantwortung. Wenn diese alles regelt, stellt sich die Frage, wieso überhaupt Gesetze benötigt werden. Einen Hund – oder auch ein Pferd oder eine Kuh – jederzeit unter Kontrolle zu halten, ist nicht möglich. Als Bäuerin, die täglich mit Tieren zu tun hat, spricht die Votantin aus eigener Erfahrung.
Zum Ingress: Die Votantin stellt namens der ALG **den Antrag,** die Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung zusätzlich ins Hundegesetz aufzunehmen. Im Kanton Zug hat es vier Moorlandschaften. Es sind dies jene in Rothenthurm, auf dem Zugerberg, der Maschwander Allmend und in Unterägeri. Die Moorlandschaftsverordnung des Bundes, seit 1996 in Kraft, verlangt in Art. 5e, dass «die Kantone insbesondere dafür sorgen, dass die touristische Nutzung und die Nutzung zur Erholung mit den Schutzzielen in Einklang stehen». Schutzziele sind unter anderen die Rote-Liste-Arten. Es sind dies der Feldhase und bodenbrütende Vogelarten. Der Feldhase kommt bis jetzt noch in allen vier Moorlandschaften vor, allerdings tendenziell abnehmend. Freilaufende Hunde sind für die Existenz des Feldhasen anerkanntermassen eine Bedrohung.
Die Artenvielfalt in der Schweiz nimmt stetig ab. Gründe sind die fehlenden Lebensräume und die fehlende Vernetzung der einzelnen Naturschutzgebiete. Je grösser und zusammenhängender ein Gebiet ist, desto grösser die Überlebenschance bedrohter Arten. Umso mehr erstaunt die Abklärungsantwort des Amtes für Raumplanung. Die drei Argumente der Abteilung für Natur und Landschaft, die Moorlandschaftsverordnung des Bundes nicht umzusetzen, sind widerlegbar:
Die Ausschilderung sei zu schwierig: Die meisten Naturschutzgebiete, befinden sich, wie vom Amt erwähnt, in den Moorlandschaften. Es ergäbe sich folglich gar eine Vereinfachung. In der Moorlandschaft Unterägeri gibt es beispielsweise dreizehn verschiedene kantonale Naturschutzgebiete. Kein einziges ist bisher ausgeschildert, und es besteht auch kein Hinweis auf die national bedeutende Moorlandschaft. Mit vier Tafeln …

Der **Vorsitzende** unterbricht und teilt der Votantin mit, dass sie bei § 5 das Wort erhalten wird. Zuerst muss mit der Detailberatung begonnen werden.

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegenden Anträge stillschweigend.

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf das Votum von Marianne Hess und weist darauf hin, dass der Ingress allenfalls angepasst wird, falls dem Antrag der ALG zu § 5 zugestimmt wird.

**Teil I**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass ein Antrag der FDP-Fraktion auf Streichung von Teil I vorliegt.

**Andreas Hausheer** merkt an, dass es nicht möglich ist, Teil I zu streichen, Teil II hingegen beizubehalten. Denn bei Teil II wird teilweise Bezug genommen auf das Hundegesetz, so beispielsweise bei Ziff. 1 Abs. 1, wo es um das Bussgeld für Liegenlassen und nicht korrektes Entsorgen von Hundekot geht. Dies bezieht sich auf § 4 Bst. e des Hundegesetzes. Folglich ist eine Streichung von Teil I unmöglich, auch wenn im Kommissionsbericht etwas anderes steht.

**Florian Weber** hält fest, dass dies in der Kommission besprochen wurde. Und es wurde bestätigt, dass dieser Weg korrekt ist. Aus diesem Grund ist die FDP-Fraktion auch auf das Gesetz eingetreten. Am liebsten hätte sie einfach nur der Fremdänderung zugestimmt. Der Votant fordert den Regierungsrat auf, dazu Stellung zu nehmen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** fragt nach, ob Florian Weber bzw. die FDP-Fraktion das ganze Gesetz gar nicht beraten, sondern streichen und sofort zur Beschlussfassung bezüglich des Übertretungsstrafgesetzes übergehen möchte.

**Florian Weber** bestätigt dies.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** kennt die Geschäftsordnung des Kantonsrats in diesem Punkt nicht im Detail. Es stellt sich die Frage, ob das möglich ist und, falls ja, ein Beschluss gefasst werden müsste, dieses Gesetz nicht zu diskutieren. Sollte dies die Absicht des Rats sein, schlägt der Sicherheitsdirektor vor, für die zweite Lesung ausschliesslich eine Bereinigung der Bussenbestimmungen vorzunehmen. Im Übertretungsstrafgesetz würde es keine Änderungen geben, aber der Anhang, also die Bussenliste, müsste angepasst werden. Das betrifft das Liegenlassen von Hundekot und die Leinenpflicht in den Naturschutzgebieten. Dort müsste auch eine gesetzliche Referenz aufgenommen werden.
Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen und das Gesetz zu beraten. Es wurde heute mehrfach gesagt, dass das eidgenössische Tierschutzgesetz und die Tierschutzverordnung alles regeln würden. Doch wieso haben 23 Kantone und 6 Zuger Gemeinden Regelungen erlassen? Grund dafür ist, dass eben nicht alles geregelt ist. Die Sicherheitsdirektion hat sehr eng mit dem Kantonstierarzt zusammengearbeitet, der darauf angewiesen ist, eine gesetzliche Grundlage zu erhalten. Die Tierschutzverordnung regelt Massnahmen durch den Kanton nur, wenn es den Tierschutz betrifft. Geht es jedoch um den Schutz von Menschen, ist im Kanton keine rechtliche Grundlage vorhanden. Dies geht auch aus einem Urteil des Bundesgerichtes aus dem Jahr 2010 hervor. Beisst

also beispielsweise ein Hund einen Menschen und verfügt der Kantonstierarzt daraufhin Maulkorbpflicht, fehlt ihm heute die gesetzliche Grundlage dazu.
Andere Überlegungen betreffen Verhaltensregeln von Hundehaltern. So würden auch die Hundevereine gewisse verbindliche Minimalstandards im Kanton Zug begrüssen. Werden nur die Bussen geregelt, ist das zu wenig.

Der **Vorsitzende** zitiert aus § 60 GO KR zur Detailberatung: «Der Kantonsrat kann Grundsatzbeschlüsse fällen, sofern diese die nachfolgende Detailberatung wesentlich beeinflussen. Dies ist möglich zwischen dem Eintretensbeschluss und der Schlussabstimmung.»
Der Vorsitzende hält fest, dass nun darüber abgestimmt wird, ob Teil I beibehalten werden soll. Bei einer Zustimmung wird die Detailberatung von Teil I weitergeführt. Wird Teil I gestrichen, folgt die Detailberatung von Teil II.

**Stefan Gisler** stimmt zu, dass der Rat gemäss § 60 GO KR, zusätzlich Abs. 3, rasch und ohne inhaltliche Diskussion den Teil I aus dem Gesetz streichen kann. Doch dann wird das Gesetz nicht inhaltlich beraten. Der Votant fordert den Rat auf, die einzelnen Paragrafen zu diskutieren, bevor der ganze Teil I gestrichen wird, in welchem alles Wesentliche wie beispielsweise die Leinenpflicht unter § 5 etc. enthalten ist. Dann wird ersichtlich, was resultiert, und erst dann sollte darüber abgestimmt werden, ob man Teil I beibehalten möchte oder nicht. Der Votant bittet deshalb darum, den Antrag der FDP abzulehnen.

**Manuel Brandenberg** hat die FDP- und seine eigene Fraktion so verstanden, dass es die Intention ist, Teil I zu streichen und nur über die Strafbestimmungen zu sprechen. Diese sind hilfreich, um viele missliebige Dinge im Zusammenhang mit Hunden zu bereinigen, ohne ein Gesetz erlassen zu müssen. Diese Intention der FDP ist sehr vernünftig, und der Votant wird diesem Streichungsantrag zustimmen.

**Thomas Lötscher** äussert sich zum verfahrenstechnischen Ablauf. Ein grosser Block im Rat will partout kein Hundegesetz, und es gibt einige, die ein Hundegesetz möchten. Das ist die Grundsatzfrage. Es macht Sinn, diese Frage zum Vornherein zu bereinigen. Wird nun Ja oder Nein zu Teil I gesagt, entspricht das einem Ja oder Nein zu einem Hundegesetz. Das heisst aber nicht: alles oder nichts. Wird zu Teil I Nein gesagt, ist das Hundegesetz weg vom Tisch. Anschliessend wird über Teil II gesprochen. Dort würde dann Anpassungsbedarf bestehen, wie von Andreas Hausheer richtig gesagt. Denn die Bezüge zum Hundegesetz müssten gestrichen werden.
Wird hingegen Ja gesagt zu Teil I, wird nicht alles, was darunter aufgeführt ist, unverändert übernommen, sondern es wird eine Detailberatung innerhalb von Teil I stattfinden. In deren Rahmen könnten die verschiedenen Aspekte, unter anderem auch die Moorlandschaften, behandelt werden. Deshalb macht es Sinn, nun die Grundsatzabstimmung – Hundegesetz Ja oder Nein, also Teil I Ja oder Nein – durchzuführen.
**Heini Schmid** hält fest, dass dieses Vorgehen möglich ist. Der Rat ist frei, über alles abzustimmen. Es entspricht aber grundsätzlich nicht der Intention der Geschäftsordnung. Korrekterweise hätte man Nichteintreten beschliessen müssen, wenn man das Gesetz nicht haben möchte. Denn nun würde das Problem bestehen, dass im Übertretungsstrafgesetz Bezug genommen wird auf ein Gesetz, das gar nicht beschlossen wurde. Für ein nächstes Mal sollte für Nichteintreten gestimmt werden. Anschliessend liesse sich fordern, das Übertretungsstrafgesetz zu ändern. Doch es macht keinen Sinn, das ganze Gesetz paragrafenweise zu streichen und

nur das Übertretungsstrafgesetz beizubehalten. Das ist keine sinnvolle Gesetzgebung und juristisch etwas schwierig. Der Votant verschliesst sich nicht dem Vorgehen, bittet aber, für ein nächstes Mal für Nichteintreten zu stimmen, wenn ein Gesetz nicht gewollt wird.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass die Kommission diese Frage bereits gestellt hat und diese von der Staatskanzlei geprüft wurde. Gemäss Landschreiber Tobias Moser ist das Vorgehen so korrekt. Man kann Teil I ablehnen, und es findet keine inhaltliche Diskussion zum Gesetz statt. Anschliessend ist es möglich, Teil II zu beraten und darüber zu beschliessen. Dieses Vorgehen ist bereits im Drehbuch so aufgeführt. Die Bereinigung von Teil II würde auf die zweite Lesung erfolgen. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat jedoch, den Antrag von Florian Weber abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der FDP-Fraktion auf Streichung von Teil I mit 37 zu 35 Stimmen ab.

**§ 1**
**§ 2 Abs. 1, 2 und 3**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Kommission für diese Bestimmungen dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat stimmt den jeweiligen Anträgen des Regierungsrats stillschweigend zu.

**§ 2 Abs. 4**

**Barbara Gysel** äussert sich zum Zusammenhang zwischen § 5, der Leinenpflicht, und § 2 Abs. 4, dem Sachkundenachweis. Die Votantin wird namens der SP-Fraktion sowohl einen Antrag als auch eine Frage an die Regierung formulieren.
Die allermeisten Hundehalterinnen und Hundehalter sind mit grossem Bewusstsein unterwegs und verstehen sich mit dem Hund als «Gast in der Natur». Den privaten Freizeitaktivitäten stehen die Interessen des Naturschutzes gegenüber: Manche Naturschützende würden Hunde am liebsten aus gewissen Gebieten verbannen, da sie fürchten, dass die Wildtiere Hunde als mögliche Angreifer und Störung sehen und dadurch mittelfristig ihre natürlichen Lebensräume aufgeben. Dies betrifft nicht nur diejenigen Hunde, die nicht gut gehalten sind.
Die Votantin hat seit der Fraktionssitzung mehrere intensive, kontroverse Diskussionen geführt, etwa mit Fachleuten der Vogelwarte Sempach, des Jägervereins, mit Privatpersonen und verschiedenen Ämtern. Deshalb verzichtet die SP-Fraktion zugunsten des Naturschutzes auf eine Ausweitung der Leinenpflicht.
Die Freizeitaktivitäten der verschiedenen Anspruchsgruppen in der Natur – nebst Hundehalterinnen und -halter auch Spazierende, Biker usw. – konzentrieren sich je länger je mehr auf einen verhältnismässig kleinen Raum. Der ökologische Einfluss von Hunden auf die Natur ist auch eine Realität. Eine Studie aus England belegt, dass *Dog Walking* die Diversität von Vögeln um 35 Prozent reduziert. Solche Einflüsse auf die Tierwelt sind mit oder ohne Leinenpflicht festzustellen. Aus diesem Grund sollten Gebiete nicht grundsätzlich gesperrt werden. Dennoch liegt der anerkannte Bedarf vor, gewisse Arten zu schützen, zum Beispiel die Feldlerche, von der es auch in Zug einen wichtigen Bestand gibt. Dieser Bodenbrüter mit dem be-

kannten Gesang gilt als Charaktervogel einer offenen Kulturlandschaft, also nicht nur in Wald und Waldnähe. Ein Hundehalter merkt wohl rasch, wenn ein Hund ein Rehkitz jagt. Aber es ist schwieriger festzustellen, wenn Lebensräume von Bodenbrütern oder den bereits erwähnten Feldhasen betroffen sind.
Der SP ist es ein Anliegen, die Bewegungsfreiheit für Hundehalterinnen und -halter und ihre Vierbeiner möglichst hoch zu halten, gleichzeitig aber statt bei Verboten bei der Bewusstseinsförderung anzusetzen. Deshalb richtet sie folgende Frage an die Regierung:
● Wären bei der Einführung des Hundegesetzes Sensibilisierungsmassnahmen vorgesehen? In den Kanton Genf und Zürich werden beispielsweise Flyer und Informationsmaterial angeboten.
● Falls Ähnliches in Planung ist, wäre es dann möglich, nebst anderen Aspekten auch auf die Lebensbedingungen von Wildtieren aufmerksam zu machen und damit Informations- und Sensibilisierungsarbeit zu leisten?
In § 2 Abs. 4 heisst es «Die Gemeinden können jederzeit den Sachkundenachweis ... prüfen». Dies steht den Gemeinden bereits jetzt frei. Mit Verweis auf die Erfahrungen und die Vernehmlassungen von Amtsvertretungen und beispielsweise des Zuger Kantonalen Patentjägervereins wäre anzustreben, dass die Gemeinden dies strenger etwas handhaben. Denn mehrfach ist zu hören, dass genau diejenigen Hundehaltenden Probleme bereiten, die solche Sachkundenachweise nicht machen. Deshalb stellt die Votantin namens der SP-Fraktion folgenden **Antrag:** Der Regierungsrat erarbeite in Hinblick auf die zweite Lesung einen Vorschlag um eine einmalige Prüfung des Sachkundenachweises in den ersten beiden Lebensjahren des Hundes.
Wie angekündigt, verzichtet die SP-Fraktion im Sinne des Naturschutzes darauf, die Leinenpflicht ausweiten zu wollen, und wird bewusst keine weiteren Anträge stellen. Es ist der SP-Fraktion jedoch ein Anliegen, nebst den Interessen von Hundehaltenden, Hunden sowie anderen Tieren auf die ökologischen Zusammenhänge aufmerksam zu machen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass diese Fragen abgeklärt werden können, es sich dabei aber um eine Ausweitung der Aufgaben handelt. Heute regelt der Bund den Sachkundenachweis, und zwar vor dem Kauf des ersten Hundes. Dabei sind mindestens vier Stunden Theoriekurs vorgegeben, danach ist mit jedem Hund im ersten Jahr ein Hundekurs zu absolvieren. Anbieter sind die Hundeschulen oder -vereine. Eine Überprüfung des Sachkundenachweises erachtet der Sicherheitsdirektor nicht als notwendig, und auch der Kantonstierarzt hat nicht geäussert, dass es hier Probleme geben würde.
Zur Sensibilisierung: Bei § 3 ist aufgeführt, dass der Kanton Präventionsmassnahmen anordnen kann. Je nachdem, was der Rat heute beschliesst, würden die Hundehalter bei Erhebung der Hundesteuer über die neue Gesetzgebung und Bussenbestimmungen informiert. Vielleicht liesse sich im Rahmen dieser Information auch der Punkt Sensibilisierung aufnehmen.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats mit 44 zu 13 Stimmen und lehnt damit den Antrag der SP-Fraktion ab.

**§ 3**

**Beni Riedi** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** den gesamten § 3 zu streichen. Wie der Votant bereits in seinem Eingangsvotum erläutert hat, fand in

dieser Hinsicht ein Umdenken statt. Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, zusätzliche präventive Massnahmen einzuleiten. Ansonsten würde sich die Frage stellen, wann wohl die Stelle eines Hundebeauftragten im Kanton Zug eingeführt wird.

**Philip C. Brunner** fragt sich, wann ein Beauftragter für die Gesundheit der Kantonsräte eingestellt wird. Der Votant hat heute Morgen gehört, es bestünden ungelöste Probleme mit Hunden, er stellt jedoch fest, dass eine ungelöste Problematik mit der Temperatur besteht. Betritt man den Kantonsratssaal, so ist es gefühlte 20 Grad wärmer. Bekanntlich hat die Regierung ein Sparprogramm, doch es würde bereits helfen, hier zwei Ventilatoren aufzustellen, die zumindest für ein bisschen kühle Luft sorgen. Ordnet der Regierungsrat unter § 3 Massnahmen für den sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit Hunden an, müsste man auch Massnahmen für einen nicht gesundheitsschädigenden Umgang mit diesem Parlament fordern.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** verweist darauf, dass bereits ein Kommissionsantrag vorliegt, § 3 zu streichen, und es damit gar nicht notwendig ist, dass die SVP-Fraktion diesen Antrag stellt. Regierungsrat Villiger hatte in der Kommission schon erklärt, dass zwar keine konkreten Präventionsmassnahmen angedacht seien und dass es sich nur um eine Absichts- bzw. Kann-Formulierung handle, falls eines Tages ein entsprechendes Konzept notwendig wäre. Die Mehrheit der Kommission wollte jedoch mit der Streichung ein Zeichen setzen, dass weder heute noch künftig Geld ausgegeben wird. Deshalb unterstützte die Kommission mit 8 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung diesen Streichungsantrag. Die CVP folgte dem Antrag der Kommission mit 4 zu 14 Stimmen.

**Manuel Brandenberg** unterstützt den Antrag der Kommission und das Votum von Philip C. Brunner. Er könnte sich ebenfalls eine Ausnahmeregelung im Denkmalschutzgesetz vorstellen, wonach abweichende Regelungen betreffend Klimatisierung des Kantonsratssaals vorbehalten bleiben. *(Der Rat lacht.)*

Der **Vorsitzende** wendet sich an Karin Andenmatten-Helbling und weist darauf hin, dass er vom Kommissionsantrag wusste, jedoch die Gedanken von Beni Riedi nicht lesen konnte. Grundsätzlich erhält das Wort, wer aufstreckt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weiss, dass seine Chancen bei diesem Paragrafen nicht allzu gross sind, er hält aber daran fest. Denn jede Ausgabe, bezogen auf ein Gesetz, benötigt eine rechtliche Grundlage. Es sind keine präventiven Massnahmen geplant, dennoch bittet der Regierungsrat den Rat, diesem Paragrafen zuzustimmen.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Kommission und der SVP-Fraktion auf Streichung von § 3 mit 50 zu 19 Stimmen.

**§ 4 Abs. 1 Bst. a bis f**

**Thomas Werner** stellt den **Antrag,** § 4 Abs. 1 Bst. a ersatzlos zu streichen. Schliesslich würde sich wieder die Frage stellen, was genau unter tiergerecht zu verstehen ist. Und dies lässt viel Spielraum offen für Juristenfutter und für Streitereien. Ausserdem ist dieser Punkt bereits national geregelt.

**Kurt Balmer** stellt den **Antrag,** § 4 Abs. 1 Bst. f ersatzlos zu streichen, dasselbe gilt für die in § 2 Abs. 4 erwähnte Versicherungspflicht und für § 11 Abs. 2 Bst. d.

Diese Formulierung im Gesetz ist eine falsche Sicherheit und verspricht mehr, als sie ist resp. als in der Gesetzesvorlage steht. Die Kommissionspräsidentin hat gefragt, was von diesem Gesetz zu erwarten sei. Und es wäre zu erwarten, dass eine Versicherung bei einem Schadenfall auch dafür einsteht. Doch dies ist nicht der Fall. Die Gesetzesbestimmung ist gut gemeint, hat jedoch entscheidende Fehler. Dazu folgendes Beispiel: Verhält sich ein Hundehalter nicht ordnungsgemäss und nimmt in Kauf, dass sein Hund jemanden beisst – beispielsweise einen dem Halter missliebigen Bürger –, ist dies eine Vorsatztat. Und Vorsatztaten sind definitionsgemäss nicht versichert, jeder Versicherungsjurist wird dies bestätigen. Wurde dieser Punkt in der Kommission diskutiert?
Ein zweites Beispiel: Ein Hundehalter wird gerichtlich verpflichtet, für einen Schadenfall zu bezahlen. Er will jedoch nicht, dass der betreffende ihm missliebige Bürger von der Versicherung entschädigt wird. In diesem Fall kann er die Versicherung anweisen, nicht zu bezahlen, und diese muss sich an die Anweisung halten. Der Hundehalter geht also lieber Konkurs, als den Geschädigten zu bezahlen. Es bringt also nichts, wenn diese Versicherungsbestimmung integriert ist. Im Prinzip würde ein direktes Forderungsrecht wie im Strassenverkehrsgesetz benötigt. Das kann hier jedoch nicht bestimmt werden, denn es ist eine Frage des Bundesrechts. Es wäre eine Überlegung wert, abzuklären, wie die Versicherungsfrage geregelt werden könnte. Aber hier eine gut gemeinte Regelung zu integrieren, die nicht hält, was sie verspricht, bringt nichts.

**Philip C. Brunner** stellt den **Antrag,** § 4 Bst. c zu streichen. Liest man unter Bst. b «ihren Hund so zu halten, dass weder Tiere noch Menschen gefährdet oder belästigt werden», entspricht das gewissen liberalen Grundsätzen. Nun wird dies noch gesteigert mit der Formulierung «unter Kontrolle zu halten». Unter Bst. a ist die art- und tiergerechte Haltung und Versorgung aufgeführt, dann ist der Hund so zu halten, dass er weder Menschen noch Tiere gefährdet und schliesslich soll er unter Bst. c noch unter Kontrolle gehalten werden. Dies ist eine völlig unnötige Steigerung. Und auch, wenn man seinen Hund jemandem übergibt, muss man sicherstellen, dass diese Person allen Anforderungen entspricht. Bst. c ist damit überflüssig und bereits durch den Rest dieses Paragrafen geregelt.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** spricht zum Antrag von Kurt Balmer, Bst. f zu streichen. Die Kommission verfügt nicht über so viel versicherungsrechtliches Wissen, dass dieses Thema überhaupt beraten werden konnte. Die Votantin stellt deshalb den **Antrag,** der Regierung einen Abklärungsauftrag zu erteilen. Somit kann der Regierungsrat klären, wie es aussieht mit dem Vollzug von Bst. f, und Stellung nehmen zur versicherungsrechtlichen Situation im Fall von vorsätzlichem oder fahrlässigem Beissenlassen etc. Dann kann sich der Rat ein Bild davon machen, ob Bst. f sinnvollerweise beibehalten werden soll oder nicht.

**Hans Baumgartner** bezieht sich auf § 1 Abs. 1 Bst. b. Darin ist festgehalten, dass das Gesetz bezweckt, die Haltung von Hunden im Einklang mit der landwirtschaftlichen Nutzung sicherzustellen. Im ganzen Gesetz findet sich dieser Punkt dann aber nicht mehr. Deshalb stellt der Votant den **Antrag,** § 4 Abs. 1 Bst. b wie folgt zu ergänzen: «b) ihren Hund so zu halten, dass weder Menschen noch Tiere gefährdet oder belästigt werden *und Rücksicht auf landwirtschaftliche Kulturen genommen wird.»* Dies ist eine Ergänzung und regelt das wichtige Problem der Landwirtschaft. Es wird damit auf die Eigenverantwortung der Hundehalter gesetzt. Jedoch sind Sanktionsmöglichkeiten gegeben, wenn dieser Punkt explizit im Gesetz aufgeführt ist. Der Votant dankt für die Zustimmung zu diesem Antrag.

**Jürg Messmer** stellt den **Antrag,** Bst. b zu streichen. Es heisst darin «ihren Hund so zu halten, dass weder Menschen noch Tiere gefährdet oder belästigt werden». Was ist unter belästigt zu verstehen? Befindet sich der Votant bei hohen Temperaturen im Bus, eine Schulklasse ist ebenfalls unterwegs, kleine Kinder johlen und schreien, dann fühlt er sich belästigt. Wenn sein Hund während einer halben Stunde einen Einbrecher anbellt, der versucht, die Türe aufzubrechen, und dieser sich belästigt fühlt, muss der Votant nach Vollzug des Einbruchs sogar mit einer Anzeige wegen Belästigung rechnen.
Damit die einzelnen Buchstaben in diesem Paragrafen nicht schrittweise diskutiert werden müssen, stellt der Votant den **Antrag,** den gesamten § 4 mit Ausnahme von Bst. e – den Hundekot aufzunehmen und korrekt zu entsorgen – ersatzlos zu streichen. Sollte seinen Anträgen nicht zugestimmt werden, stellt der Votant den **Eventualantrag,** in § 4 Abs. 1 Bst. b «oder belästigt» zu streichen.

**Manuel Brandenberg** äussert sich zum Votum der Kommissionspräsidentin. Die Frage betreffend Haftpflichtversicherung muss der Verwaltung nicht nochmals zur Abklärung übergeben werden. Kurt Balmer ist Fachanwalt für Versicherungsrecht und Haftpflichtrecht, und es gibt keinen Grund, seinen Ausführungen nicht Glauben zu schenken und die Verwaltung mit irgendetwas zu beauftragen. Es handelt sich hier um ein Milizparlament mit viel Know-how, unter anderem mit demjenigen von Kurt Balmer.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass mehrere Anträge vorliegen. Zum Antrag von Thomas Werner, § 4 Abs. 1 Bst. a ersatzlos zu streichen: Die Begründung des Antragstellers ist, dass dies bereits übergeordnet geregelt sei. Das stimmt natürlich. Für ein Hundegesetz ist jedoch diese übergeordnete Bestimmung so zentral, dass sie hier aufgenommen wurde. Grundsätzlich wird in kantonalen Gesetzen kein Bundesrecht abgebildet, doch es kommt ab und zu vor. Für die Systematik und den Überblick wäre es sinnvoll, Bst. a stehen zu lassen.
Zum Antrag von Jürg Messmer, das Wort «belästigt» bei Bst. b zu streichen: Es geht nicht nur darum, dass der Hund niemanden gefährdet, er soll auch niemanden belästigen. Deshalb sollte auch Bst. b vollständig beibehalten werden.
Zum Antrag von Philip C. Brunner, Bst. c zu streichen: Der Regierungsrat beantragt ebenfalls, diesen Punkt so zu belassen. Grund ist, dass der Hund immer auch unter Kontrolle gehalten werden muss, beispielsweise wenn man sich an einer stark befahrenen Strasse befindet. Dies ist geht über das hinaus, was in diesem Paragrafen sonst noch geregelt wird.
Zum Antrag von Kurt Balmer, Bst. f zu streichen: Die juristischen Kenntnisse von Kurt Balmer in aller Ehren, doch es ist üblich, dass in Hundegesetzen eine Versicherungspflicht aufgenommen ist. Ebenso ist eine Deckungssumme von 3 Millionen Franken üblich. 90 Prozent der Bevölkerung haben eine Privathaftpflichtversicherung, und diese reicht bis zu einer Grenze von 2 bis 3 Millionen Franken. Vielfach ist die Hundehaltung bereits eingeschlossen, wenn nicht, muss das korrigiert bzw. gemeldet werden. Ein direktes Forderungsrecht des Geschädigten gegenüber der Versicherung des Schädigers gibt es nur beim Strassenverkehrsrecht. Kurt Balmer konstruiert einen sehr unwahrscheinlichen Sachverhalt. In der Regel ist es so, dass ein Hund einen Menschen oder einen anderen Hund beisst, daraufhin folgt ein Versicherungsfall, und jemand entscheidet, dass der Hundehalter des beissenden Hundes zur Kasse gebeten wird. Dann kann der Hundehalter theoretisch seine Versicherung beauftragen, nicht zu bezahlen. Doch eigentlich hat man ja die Versicherung genau aus dem Grund, damit sie bezahlt. Das ist der Regelfall, und deshalb möchte der Regierungsrat Bst. f beibehalten.

**Hans Baumgartner** bittet den Regierungsrat, Stellung zu seinem Antrag zu nehmen, und zwar zur Ergänzung von Bst. b: «ihren Hund so zu halten, dass weder Menschen noch Tiere gefährdet oder belästigt werden *und Rücksicht auf landwirtschaftliche Kulturen genommen wird.»* Dies ist ein wichtiger Punkt für die Landwirtschaft.

Für Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** stellt sich hier folgendes Problem: Soll dann für landwirtschaftliche Kulturen eine Leinenpflicht oder ein Betretungsverbot gelten? Geht eine Nichtbefolgung unter Strafe oder unter Busse? Die Überlegungen von Hans Baumgartner sind nachvollziehbar, doch die Handhabung dürfte sehr schwierig werden. Die Leinenpflicht wurde sehr stark gelockert, und man hat auf Eigenverantwortung gesetzt. Bei Erdbeerenkulturen könnte der Besitzer beispielsweise ein Betretungsverbot beschildern und Personen anzeigen, die dieses missachten. Ebenso wäre eine Einhagung denkbar. Der Regierungsrat möchte hier nicht weitergehen, als es der Gesetzesentwurf vorsieht.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass über jeden Buchstaben von § 4 Abs. 1 einzeln abgestimmt wird, beginnend bei Bst. a.

**Jürg Messner** schlägt vor, dass zuerst über seinen Antrag, den gesamten § 4 ersatzlos zu streichen, abgestimmt wird.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass zuerst über die einzelnen Buchstaben abgestimmt werden muss.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Thomas Werner, § 4 Abs. 1 Bst. a zu streichen, mit 32 zu 31 Stimmen.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Jürg Messmer, in § 4 Abs. 1 Bst. b die Wendung «oder belästigt» zu streichen, mit 37 zu 27 Stimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Hans Baumgartner, § 4 Abs. 1 Bst. b um «und Rücksicht auf landwirtschaftliche Kulturen genommen wird» zu ergänzen, mit 37 zu 28 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Jürg Messmer, § 4 Abs. 1 Bst. b zu streichen, mit 36 zu 29 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Philip C. Brunner, § 4 Abs. 1 Bst. c zu streichen, mit 40 zu 22 Stimmen.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Kurt Balmer, § 4 Abs. 1 Bst. f zu streichen, mit 35 zu 27 Stimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Karin Andenmatten-Helbling, dem Regierungsrat einen Abklärungsauftrag zu § 4 Abs. 1 Bst. f zu erteilen, mit 33 zu 26 Stimmen ab.

**Thomas Werner** wendet sich an Sicherheitsdirektor Beat Villiger und erkundigt sich, was unter Bst. d zu verstehen ist. Darin heisst es, dass die Hundehalter sicherzustellen haben, dass Dritte, denen der Hund anvertraut wird, in der Lage sind, den Hundehalterpflichten nachzukommen. Heisst das, dass Drittpersonen, welche den

Hund betreuen, ebenfalls eine Prüfung absolvieren müssen? Oder reicht es, wenn der Hundehalter diesen mitteilt, was bei der Betreuung seines Hundes zu beachten ist?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** erläutert, dass mit Bst. d gemeint ist, dass auch Hundesitter die Fähigkeit haben müssen, einen Hund zu beaufsichtigen und zu führen. Sie müssen ebenfalls einen Hundekurs absolviert haben. Aber nimmt der Nachbar den Hund übers Wochenende zu sich, dann benötigt er keine Ausbildung dafür. Es muss einfach sichergestellt sein, dass er den Hund über das Wochenende artgerecht hält.

**Thomas Werner** hält fest, dass diese Äusserungen des Sicherheitsdirektors nirgends geschrieben stehen. Damit besteht keine Rechtssicherheit. Deshalb stellt der Votant den **Antrag,** § 4 Abs. 1 Bst. d ersatzlos zu streichen. Es steht nicht mit Sicherheit fest, ob beispielsweise die Eltern des Votanten dessen Hund während einer Ferienabwesenheit betreuen dürfen, ohne eine Prüfung absolviert zu haben. Ebenso ist unklar, ob die Eltern oder der Votant selbst Probleme bekämen, falls etwas passieren würde. Es handelt sich um einen «Gummi-Paragrafen», der Unsicherheit bringt.

**Thomas Lötscher** empfiehlt § 4 Abs. 1 Bst. d beizubehalten. Denn der Sachkundenachweis ist ganz klar auf die Hundehalter ausgerichtet. Vertraut der Halter seinen Hund jemandem an, ist er dafür verantwortlich, dass dieser mit dem Tier grundsätzlich umgehen kann. Der Halter muss den Hundesitter instruieren, wie er den Hund zu behandeln hat und wo er ihn anleinen muss. Das liegt in der persönlichen Verantwortung des Hundehalters. Es lässt sich aus diesem Gesetzestext nicht ableiten, dass ein Dritter zuerst einen Kurs besuchen muss, damit er mit einem Hund ersatzweise Gassi gehen kann.

**Oliver Wandfluh** weist darauf hin, dass man nun genau an dem Punkt ist, wo betont wurde, dass keine zusätzlichen Stellen benötigt werden und keine weiteren Personalkosten entstehen. Ein Beispiel: Jemand betreut über das Wochenende den Hund eines Kollegen. Bei einer Kontrolle kann er keinen Ausweis vorlegen und teilt dem Polizisten mit, dass er der Hundesitter ist. Wie überprüft die Polizei dies? Ist der Hundehalter wieder aus den Ferien zurück, muss die Polizei den Sachverhalt überprüfen. Das generiert Aufwand. Zudem wurde Rechtsicherheit gefordert. Aber weniger Rechtssicherheit als bei dieser Frage gibt es nicht.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Thomas Werner, § 4 Abs. 1 Bst. d ersatzlos zu streichen, mit 33 zu 27 Stimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Jürg Messer, § 4 Abs. 1, ausgenommen Bst. e, ersatzlos zu streichen, mit 33 zu 31 Stimmen ab.

**Zari Dzaferi** möchte nicht den Eindruck erwecken, dass Lehrpersonen bereits vor fünf Uhr nach Hause gehen wollen. Doch die Hitze im Saal steigt, die Aufmerksamkeit lässt zunehmend nach. Berücksichtigt man, wie lange die Debatte über § 4 gedauert hat, wird sich dies bei § 5 wohl ebenfalls so verhalten. Der Votant stellt den **Ordnungsantrag,** die Debatte auf die nächste Kantonsratssitzung zu verschieben. Es ist wichtig, dass alle Ratsmitglieder mit Kopf und Leidenschaft dabei sind, und es ist schwierig, sich bei diesen Temperaturen zu konzentrieren.

**Michael Riboni** ist der Meinung, dass der Rat auch ein Vorbild sein sollte. In der Privatwirtschaft müssen Arbeitszeiten verlängert werden, und im Kantonsrat soll um 16.45 Uhr abgebrochen werden. Er bittet den Rat, die Debatte weiterzuführen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Zari Dzaferi, die Kantonsratssitzung abzubrechen, mit 32 zu 22 Stimmen ab.

**Kurt Balmer** hat eine Abschlussfrage zu § 4 und verweist auf § 8 im Übertretungsstrafgesetz. Dieser gilt grundsätzlich, und darin heisst es, dass ein Hundehalter unter anderem dann mit Busse bestraft wird, wenn sein Tier jemanden belästigt. Nun wurde die Belästigung aus dem Gesetz gestrichen, im Übertretungsstrafgesetz ist sie jedoch noch aufgeführt. Aus diesem Grund stellt der Votant einen **Abklärungsantrag.** Auf die zweite Lesung hin sollte geklärt werden, ob konsequenterweise nicht auch das Übertretungsstrafgesetz § 8 geändert werden müsste.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** nimmt diesen Antrag von Kurt Balmer auf.

**§ 5**

**Beni Riedi** stellt namens der SVP-Fraktion **den Antrag,** den ganzen § 5 zu streichen. Die Gemeinden sollen in ihrem Hundereglement selbst bestimmen können, ob sie in sensiblen Gebieten eine strikte Leinenpflicht einführen wollen. Zudem kann der Schutz von wildlebenden Säugetieren und Vögeln vor anderen Haus- und Wildtieren sowie streunenden Hunden während der Brut- und Setzzeit ohnehin nicht gewährleistet werden. Die Gemeinden sind frei, sie können immer noch mehr Verbote bzw. striktere Anweisungen fordern, aber der Kanton sollte möglichst liberal sein.

**Roger Wiederkehr** stellt den **Antrag,** § 5 Abs. 1 betreffend Leinenpflicht um einen weiteren Buchstaben zu ergänzen, und zwar: *«bei Hundebegegnungen, wenn mindestens ein Hund angeleint ist».* In der Hundeschule wird gelehrt, dass bei Hundebegegnungen der Hund anzuleinen ist, wenn der andere Hund bereits angeleint ist. Der Votant hat dies als Hundehalter selbst gelernt, erachtet dies als sinnvoll und möchte es deshalb auch im Gesetzt verankert haben. Leider kommt es immer wieder zu unliebsamen Begegnungen mit Hunden, welche nicht angeleint sind und dann vom Hundehalter nicht abgerufen werden können. Auf eine detaillierte Beschreibung solcher Begegnungen verzichtet der Votant. Die Ratsmitglieder können sich dies sicher gut vorstellen. Die CVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag mehrheitlich.

Auch **Jürg Messmer** ist Hundehalter und hat sogar zwei Hunde. Den Kurs hat er ebenfalls besucht. Wenn diesem Antrag zugestimmt wird, ist er in der Zwickmühle: Ist einer seiner Hunde an der Leine, ist er dann verpflichtet, den anderen ebenfalls anzuleinen? Spass beiseite, aber trotz Gesetzeswut sollte man den gesunden Menschenverstand walten lassen. Kommt dem Votanten Michèle Kottelat mit ihrem angeleinten Hund entgegen, nimmt der Votant seinen Hund auch an die Leine. Das kann von jedem Hundebesitzer erwartet werden. Kommt einem jemand mit einem Hund entgegen, der nicht an der Leine ist, der eigene Hund ist angeleint, und der andere Hundehalter macht keinen Anstalten, seinen Hund anzuleinen, dann lässt man den eigenen Hund ebenfalls von der Leine. Das ist ganz normal. Genauso wie

Fahrzeuglenker an einer Strassenkreuzung ohne Vortrittsregelung miteinander kommunizieren, handhaben das auch Hundehalter bei Begegnungen mit fremden Hunden, und zwar nicht nur nonverbal per Blickkontakt, sondern im direkten Gespräch. Der Votant bittet den Rat, den Antrag von Roger Wiederkehr abzulehnen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** nimmt Stellung zum Antrag von Roger Wiederkehr. Dieser Punkt war in der Kommission kein Thema, und auch bei den Vorbereitungen des Gesetzes war nie spürbar, dass in diesem Bereich ein Handlungsbedarf vorliegt. Hier sollte die Eigenverantwortung zum Tragen kommen: Begegnet jemand mit einem grossen Hund einem Halter mit kleinem Hund, der an der Leine ist, so ist der grosse Hund ebenfalls an die Leine zu nehmen. Es ist nicht ersichtlich, warum hier eine strengere Regelung ins Gesetz aufgenommen werden sollte.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Roger Wiederkehr, § 5 Abs. 1 um einen weiteren Buchstaben zu ergänzen, mit 10 zu 45 Stimmen ab, und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

**§ 5 Abs. 1 Bst. a**

➔ Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats zu § 5 Abs. 1 Bst. a stillschweigend.

**§ 5 Abs. 1 Bst. b**

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission beantragt, Bst. b zu streichen und bei Bst. c in der Aufzählung aufzuführen. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Kommission, Bst. b zu streichen, stillschweigend.

**§ 5 Abs. 1 Bst. c**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission den Zusatz «Friedhöfen» vorschlägt. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Kommission stillschweigend.

**§ 5 Abs. 1 Bst. d**

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** teilt mit, dass die Kommission mit 10 zu 5 Stimmen beantragt, den Ausdruck «an verkehrsreichen Strassen» abzuändern in «an stark frequentierten Strassen und Wegen». Die Kommission hat den Ausdruck «an verkehrsreichen Strassen» als nicht messbar und darum willkürlich erachtet hat. In Erwägung gezogen wurde in der Diskussion auch der Ausdruck «Hauptstrasse», weil dieser immerhin rechtlich definiert ist. Dabei wären aber mit Verkehr nur Fahrzeuge gemeint, nicht auch Jogger, Rollerblader etc. An gut frequentierten Velowegen wäre die Unfallgefahr ebenfalls nicht reduziert worden. Um Unfall-

gefahren möglichst zu vermeiden, beantragt die Kommission deshalb diese abgeänderte Formulierung.

**Thomas Werner** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 5 Abs. 1 Bst. d ganz zu streichen. Sowohl der Begriff «verkehrsreiche» als auch «stark frequentierte» Strassen ist nicht messbar, und es ist im eigenen Interesse jedes Hundehalters, an stark befahrenen Strassen, beispielsweise auch ausserorts, seinen Hund anzuleinen. Damit kann dieser Buchstabe getrost gestrichen werden.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bittet den Rat, § 5 Abs. 1 Bst. d beizubehalten, da es sich um eine wichtige Auflistung handelt. Wird dieser Buchstabe gestrichen, so kann man beispielsweise seinen Hund entlang der Baarer- und der Zugerstrasse frei laufen lassen. Auch auf dem Lorzenweg, der an Sonntagen von Fussgängern und Velofahrern sehr stark frequentiert wird, macht es Sinn, wenn eine Leinenpflicht besteht. Solche Wege sind gemeint, darüber wurde auch in der Kommission gesprochen.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der SVP-Fraktion, § 5 Abs. 1 Bst. d zu streichen, mit 28 zu 27 Stimmen.

**§ 5 Abs. 1 Bst. e**

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Kommission für die folgenden Bestimmungen dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats stillschweigend.

**§ 5 Abs. 1 Bst. f**

**Marianne Hess** führt aus, warum Moorlandschaften nebst gemeindlichen und kantonalen Naturschutzgebieten in § 5 Abs. 1 Bst. f aufgeführt werden müssen. Wie Barbara Gysel bereits erwähnt hat, handelt es sich um Wildtiere, die von der Mehrheit der Bevölkerung und Hundehaltern gar nicht wahrgenommen werden. Die Gründe für den zunehmenden Artenschwund in der Schweiz sind die fehlenden Lebensräume und die fehlende Vernetzung der einzelnen Naturschutzgebiete. Die drei aufgeführten Argumente der Abteilung für Natur und Landschaft, die Moorlandschaftsverordnung des Bundes nicht umzusetzen, können wie folgt widerlegt werden:

- Die Ausschilderung sei zu schwierig: Die meisten Naturschutzgebiete befinden sich, wie vom Amt erwähnt, in den Moorlandschaften. Damit ergäbe sich sogar eine Vereinfachung. In der Moorlandschaft Unterägeri gibt es beispielsweise dreizehn verschiedene kantonale Naturschutzgebiete. Weder sind diese ausgeschildert, noch besteht ein Hinweis auf die national bedeutende Moorlandschaft. Mit vier Tafeln an den Hauptzugängen liessen sich die Informationen gezielter und einfacher platzieren als in allen dreizehn Naturschutzgebieten.
- Die landwirtschaftliche Nutzung der Moorlandschaft: Diese Nutzung ist nicht grundsätzlich problematisch. Denn der Landwirtschaft ist die Entstehung und Erhaltung dieser Gebiete zu verdanken.

● Die Moorlandschaften seien bedeutend grösser als die darin enthaltenen Naturschutzgebiete: Die Fläche der Moorlandschaften, ohne die darin schon enthaltenen Naturschutzgebiete, beträgt weniger als 1 Prozent der Kantonsfläche.
Wer seinen Hund unter Kontrolle hat, was grundsätzliche Voraussetzung sein soll, kann ihn auch mit dem neuen Hundegesetz fast überall laufen lassen. Die Fläche, die mit dem Antrag der ALG zusätzlich unter Leinenpflicht fallen würde, beträgt weniger als 1 Prozent der Kantonsfläche. Dies ist aber entscheidend für das Überleben bedrohter Arten. Die Votantin bittet den Rat, den **Antrag** der ALG zu unterstützen und § 5 Abs. 1 Bst f wie folgt zu ergänzen: «f) in gemeindlichen und kantonalen Naturschutzgebieten *sowie in den Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung.»* Dies müsste im Ingress vermerkt werden.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** teilt mit, dass dieser Antrag bereits in der Kommission gestellt wurde. Die Kommissionsmitglieder wurden darüber informiert, dass Moorlandschaften im Richtplan ausgeschieden sind, aber bisher nicht als solche erkennbar sind und deshalb zusätzlich ausgeschildert werden müssten. Weil damit eine Ausweitung der Leinenpflicht auf grosse Flächen, zum Beispiel auf dem Zugerberg, verbunden wäre, und diese als Schutzmassnahme als zu einschneidend erachtet wurde, wurde dieser Antrag in der Kommission mit 6 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
Auf die Frage, unter welchen Aspekten Moorlandschaften einbezogen werden könnten, erhielt die Kommission in der zweiten Sitzung folgende Auskunft des Amts für Raumplanung: Moorlandschaften können nicht so beschildert werden, dass das ganze Gebiet als solches erkennbar wäre. Zudem wird in Moorlandschaften teilweise Landwirtschaft betrieben, ebenso führen Wege und Strassen durch diese Landschaften. Eine Leinenpflicht in Moorlandschaften von nationaler Bedeutung ist damit laut Amt für Raumplanung nicht umsetzbar. In der zweiten Kommissionssitzung wurde nach dieser Auskunft kein Rückkommensantrag gestellt.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, § 5 Abs. 1 Bst. f zu ergänzen, mit 15 zu 44 Stimmen ab.

**§ 5 Abs. 2 Bst. a**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Antrag der Kommission vorliegt, das Wort «ansteckende» zu streichen.

**Jürg Messmer** stellt den **Antrag,** § 5 Abs. 2 Bst. a ersatzlos zu streichen. Wenn der Hund eine Krankheit hat – ob ansteckend oder nicht –, signalisiert er dies dem Hundehalter in der Regel durch geringere Aktivität. Es ist aber auch möglich, dass der Hundehalter eine Krankheit nicht sofort feststellt. Ist er dann mit seinem Hund unterwegs, kann sich ein entgegenkommender Hund auch dann anstecken, wenn er seinen Hund an der Leine führt. Dieser Buchstabe ist damit sinn- und zwecklos.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass der Kantonstierarzt empfohlen hat, diese Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen. Bei der ansteckenden Krankheit geht es einzig um den Zwingerhusten, andere ansteckende Krankheiten, die dem Kantonstierarzt bekannt sind, gibt es anscheinend kaum mehr. Aber es ist die Empfehlung des Kantonstierarztes, dass kranke Hunde an die Leine gehören.

**Beni Riedi** fragt, wer das alles überprüfen soll. Es ist mittlerweile fast lächerlich. Sind die Polizisten dann mit Fiebermessern unterwegs und kontrollieren die Hunde? Wie soll das funktionieren? Als Beispiel dafür das Littering-Gesetz: Am Seenachtsfest hatte der Votant Mitleid mit den Polizisten. Theoretisch hätten sie jedem, der Abfall liegen liess, eine Busse geben müssen. Doch sie konnten gar keine Präsenz mehr zeigen. Dasselbe Problem besteht mittlerweile beim Hundegesetz. Der Rat muss bedenken, welche Konsequenzen dieses Gesetz hat. Es ist lachhaft. Die Polizei muss allem nachgehen. Wenn sie das nicht kann bzw. Kontrollen gewisser Bestimmungen gar nicht machbar sind, empfiehlt es sich, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen und Nein zu sagen.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Jürg Messmer, § 5 Abs. 2 Bst. a zu streichen, mit 20 zu 34 Stimmen.

**§ 5 Abs. 2 Bst. b**

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Regierung stillschweigend.

**§ 5 Abs. 3**

**Hanni Schriber-Neiger** stellt namens der ALG den **Antrag,** § 5 Abs. 3 wie folgt zu ändern: «Hunde sind im Wald und in Waldnähe vom *1. März bis 31. August* anzuleinen oder unter direkter Aufsicht auf kurzer Distanz zu führen.» Grund dafür ist, dass Zugvögel wegen der Klimaerwärmung früher hierher zurückkommen. Somit beginnen sie auch mit der Brut entsprechend früher. Auf diese verlängerte Zeitspanne ist auch der sehr bedrohte Feldhase angewiesen oder die bodenbrütenden Vögel, die diesen längeren Schutz zum Überleben benötigen. Freilaufende Hunde in diesen sensiblen Gebieten gefährden deren Jungtiere und müssen darum länger an die Leine genommen werden oder unter direkter Aufsicht auf kurzer Distanz geführt werden.

**Thomas Werner** bittet darum, den Antrag von Hanni Schriber-Neiger abzulehnen. Es kämen noch viele andere Tiere zu anderen Jahreszeiten in Frage, und es ist zu befürchten, dass sich der Rat schliesslich über das Paarungsverhalten der Waldmeisen streitet, das wegen der Hunde beeinträchtigt werden könnte.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** teilt mit, dass der Antrag, die Leinenpflicht im Wald und in Waldnähe um die Monate März, August und September auszudehnen, auch in der Kommission gestellt wurde. Begründung war, dass der Feldhase in dieser Zeit Junge hat. Die Mehrheit der Kommission befürchtete, das Gesetz mit einer Ausweitung der Leinenpflicht zu überladen und lehnte diesen Antrag mit 10 zu 5 Stimmen ab. Es wurde ebenfalls der Antrag gestellt, den Passus «oder unter direkter Aufsicht auf kurzer Distanz zu führen» zu streichen. Man hat gesagt, entweder sind Hunde angeleint oder eben nicht. Insbesondere der Kantonstierarzt betonte jedoch, dass auf die artgerechte Haltung des Hundes Rücksicht zu nehmen sei. Daraufhin lehnte die Kommission den Antrag, Hunde während der Setzzeit im Wald generell anzulehnen, mit 5 zu 9 Stimmen mit 1 Enthaltung ab.

**Jürg Messmer** stellt die Frage, was unter «Waldnähe» zu verstehen ist. Er wohnt ebenfalls in der Nähe des Waldes, der Steinhauserwald ist nicht allzu weit weg von

der Hofstrasse in Zug – in Luftlinie gemessen. Er stellt den **Antrag,** dass definiert wird, was konkret unter Waldnähe zu verstehen ist: zum Beispiel eine Distanz von 10 Metern, 50 Metern oder 200 Metern zum Wald. Sonst bedeutet Waldnähe beim einen Polizisten eine Entfernung von 20 Metern, der andere erachtet bereits eine Entfernung von 100 Metern als Waldnähe, und der dritte findet, dass auch bei 5 Metern der Wald noch weit entfernt ist. Es gilt, konkrete Paragrafen zu formulieren, denen zu entnehmen ist, was man will. Richard Rüegg kann bereits ein Lied davon singen, was Naturschutzgebiete betrifft. Was ist darunter zu verstehen? A oder B? Und hier geht es um die Definition von Waldnähe – A, B oder C?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass ursprünglich für die Schonzeit Leinenpflicht vorgesehen war. Dies wurde nun gelockert, auch im Interesse der Hundehaltenden. Nun gilt, dass der Hund entweder an der Leine oder in ca. 3, 4, 5 Metern Distanz abrufbar geführt werden muss. Lässt sich der Hund nicht unter Kontrolle halten, muss er sowieso an die Leine.
Zur Waldnähe: Darunter ist eine Distanz von 20, 30 Metern vom Waldrand zu verstehen. Was weiter entfernt ist, kann nicht mehr als Waldnähe bezeichnet werden. Man kann natürlich alles akribisch hinterfragen und im Gesetz Vorgaben verlangen. Und werden solche Vorgaben dann ins Gesetz aufgenommen, ist man wiederum erstaunt, dass alles im Detail geregelt wird. Auch beim Thema Waldnähe gilt die Eigenverantwortung. Jeder ist für seinen Hund verantwortlich, ob 20 oder 50 Meter entfernt vom Wald, der Hund muss einfach abgerufen werden können. Und in der Schonzeit ist dies noch wichtiger als sonst.

**Barbara Gysel** weist darauf hin, dass es einen Grund gäbe, den Begriff Waldnähe möglichst weit auszudehnen, denn auch offene Kulturlandschaften sind Lebensräume verschiedener Tiere. Im Sinne der Bewegungsfreiheit verzichtet die SP-Fraktion jedoch auf eine Ausweitung der Leinenpflicht.
Die Votantin stellt einen **Ordnungsantrag,** die Sitzung nach Abschluss der Debatte zu § 5 zu beenden.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, die Sitzung nach § 8 Abs. 3 zu beenden. Dann ist der Teil 2 (Haltung) beendet, und es kann das nächste Mal mit Teil 3 (Gefährliche Hunde) weitergefahren werden. Barbara Gysel ist damit einverstanden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, die Leinenpflicht im Wald und in Waldnähe um die Monate März und August zu verlängern, mit 12 zu 45 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Jürg Messmer, auf die zweite Lesung den Begriff Waldnähe zu präzisieren, mit 31 zu 20 Stimmen.

**§ 5 Abs. 4**
**§ 5 Abs. 5**

➔ Der Rat genehmigt die jeweiligen Anträge der Regierung stillschweigend.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun noch der Antrag der SVP-Fraktion vorliegt, den gesamten § 5 zu streichen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass der § 5 das Herzstück des Gesetzes bildet. Irgendwo muss die Leinenpflicht etwas konkreter dargestellt und definiert werden. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, diese bereinigte Fassung von § 5 stehen zu lassen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, § 5 zu streichen, mit 25 zu 35 Stimmen ab.

**§ 6 Abs. 1**

**Beni Riedi** stellt den **Antrag,** § 6 zu streichen. Eine Beschränkung des Ausführens von Hunden auf vier Tiere, die älter als sechs Monate sind, macht wenig Sinn und ist deshalb nicht nachvollziehbar. Während der eine problemlos fünf Tiere ausführen kann, ist der andere bereits mit einem grossen Hund überfordert. Dieser Paragraf zielt offensichtlich auf freiberufliche Hundesitter ab. Dem Votanten sind keine Vorfälle mit beissenden Hunden bekannt, weil jemand eine zu grosse Anzahl Hunde ausgeführt hat. Es ist deshalb unverhältnismässig, die Wirtschaftsfreiheit mittels Hundegesetz unnötig einzuschränken. Falls ein Handlungsbedarf für die Regulierung des Hundesittings besteht, sollte dies nicht in einem Gesetz über die Haltung von Hunden geregelt werden, welches für das Vermeiden von Unfällen geschaffen werden soll. Es ist auch fraglich, wieso man genau auf vier Hunde kommt und nicht beispielsweise auf fünf. Wie lässt sich diese Zahl berechnen? Das waren auch Diskussionen in der Kommission. Auch hier gilt es, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Man stelle sich vor, dass jemand vier Hunde ausführt und ein anderer Hundehalter ihn fragt, ob er seinen Hund für einen Moment halten kann: Muss er dann ablehnen, weil er sich strafbar machen würde, wenn er einen fünften Hund hält? Deshalb wäre auch diese Vorschrift eher lächerlich.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** hält fest, dass es Ziel dieses Absatzes ist, dass niemand mit einem Rudel Hunde spazieren geht. So wurde dies auch vom Kantonstierarzt erläutert. Es gilt, die Hunde unter Kontrolle zu halten – auch wenn dies zwischenzeitlich gestrichen wurde und nicht mehr explizit im Gesetz steht.
In anderen Kantonen sind zwei bis sechs Hunde zugelassen. Dieser Punkt ist tatsächlich einer gewissen Willkür unterworfen. Man hat sich entschieden, sich hier auf vier Hunde festzulegen. Der Kantonstierarzt hat erklärt, dass es möglich ist, mit zwei Hunden rechts und zwei Hunden links spazieren zu gehen und seine Sicherheits- und Sauberkeitspflicht doch noch wahrzunehmen. Die Kommission hat den Streichungsantrag mit 10 zu 5 Stimmen abgelehnt.

**Thomas Werner** unterstützt den Antrag von Beni Riedi. Er hat schon zahlreiche Hundesitter angetroffen und festgestellt, dass diese ihre Hunde im Griff haben. Es besteht kein Problem, und diesen Personen sollte man die Möglichkeit geben, auch mit sieben oder acht Hunden spazieren zu gehen.
Eine Frage stellt sich zu den Schlittenhunden. Es gibt Leute, die diesen Sport ausüben und die Acht-, Zehn- oder Zwölfspänner führen. Nach diesem Gesetz wäre dies dann verboten, und sie hätten keine Möglichkeit mehr, im Kanton Zug zu trainieren. Das wäre schade.

**Beni Riedi** weist darauf hin, dass diese Beschränkung der Anzahl Hunde in anderen Kantonen ins Gesetz aufgenommen wurde. Als dort dann ein Hundeschlittenrennen

stattfand, musste eine Sonderbewilligung eingeholt werden. Die Regelung führt somit zu mehr Bürokratie. Dies ist auch aus § 6 Abs. 2 ersichtlich, wo ausgeführt wird, dass die Kantonstierärztin oder der Kantonstierarzt auf begründetes Gesuch hin Ausnahmen im Einzelfall bewilligen kann. Alle Skifahrer, die Skipisten forderten, sollten nun auch die Hundeschlittenrennen unterstützen, damit diese keine Sonderbewilligungen benötigen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** verweist auf das Votum der Kommissionspräsidentin. Es geht bei diesem Paragrafen in erster Linie um die Aspekte Sicherheit und Sauberkeit und nicht um Hundeschlittenfahrten. Dies lässt sich sicherlich sonst auch regeln. Schliesslich ist auch im Gesetz festgehalten, dass der Kantonstierarzt Ausnahmen bewilligen kann. Eine gewisse Willkür bei der Anzahl Hunde liegt vor, doch es müssen Vorgaben gemacht werden. Man stelle sich vor, in der Stadt Zug kommt einem jemand mit zehn Hunden entgegen. Es ist richtig, dass dieser Punkt geregelt wird.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Beni Riedi, § 6 zu streichen, mit 34 zu 24 Stimmen.

**§ 7 Abs. 1**
**§ 8 Abs. 1**
**§ 8 Abs. 2**
**§ 8 Abs. 3**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegenden Anträge stillschweigend.

Aus Zeitgründen kann das Geschäft nicht beendet und das weitere Traktandum nicht behandelt werden.

## 209 Nächste Sitzung

Donnerstag, 26. August 2015 (Ganztagessitzung)

Der Vorsitzende wünscht den Ratsmitgliedern erholsame Sommerferien und etwas frischere Luft.

**Protokoll des Kantonsrats**

15. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 27. August 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 25. Juni und 2. Juli 2015
3. Kantonsratsersatzwahl in der Einwohnergemeinde Zug
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl
3.2. Ablegung des Eides durch Daniel Marti
4. Wahl einer stellvertretenden Stimmenzählerin oder eines stellvertretenden Stimmenzählers
5. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
5.1. Motion von Thomas Werner und Beni Riedi betreffend Standesinitiative für eine Ergänzung im BüG (Bürgerrechtsgesetz), dass künftig keine Doppelbürgerschaft mehr möglich ist
5.2. Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019; dringliche Motion
5.3. Motion von Alois Gössi betreffend Leistungsauftrag
5.4. Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine Reduktion des NFA-Beitrages der ressourcenstarken Kantone an die ressourcenschwachen Kantone durch Änderung von Art. 6 Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG, SR 613.2)
5.5. Postulat der Fraktionen der CVP und der FDP betreffend Sistierung der interkantonalen Zusammenarbeit des Kantons Zug bis zu einer gesetzeskonformen Umsetzung des Nationalen Finanzausgleichs NFA
5.6. Interpellation von Michèle Kottelat betreffend: Wie kann der Respekt im Kanton Zug gefördert werden?
5.7. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus
5.8. Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Projekt FOKUS (Verwaltungszentrum 3, Hauptstützpunkt ZVB)
6. Kommissionsbestellungen:
6.1. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG; BGS 122.5) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung
6.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Ergreifung des Kantonsreferendums gemäss Art. 141 der Bundesverfassung gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019

7. Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943): 2. Lesung
8. Änderung des Gesetzes betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts
9. Änderung des Schulgesetzes
10. Geschäft, das am 2. Juli 2015 nicht behandelt werden konnte:
10.1. Interpellation von Anna Bieri betreffend Ausbau der Fernmeldeinfrastruktur im Kanton Zug
11. Motion von Manfred Wenger betreffend ordentliche Zonenausscheidung der Naturschutzgebiete Zone A+B
12. Fortsetzung der Detailberatung vom 2. Juli 2015:
12.1. Gesetz über die Haltung von Hunden
13. Parlamentarische Vorstösse zum NFA:
13.1. Motion von Daniel Stadlin betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA) und Postulat von Daniel Stadlin betreffend Koordination der Bemühungen der ressourcenstarken Kantone bei der Einreichung von Standesinitiativen zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA)
13.2. Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine NFA-Anpassung im Bereich der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage
13.3. Motion der FDP-Fraktion betreffend Einreichung einer Standesinitiative und NFA-Teilzahlung auf ein Sperrkonto zur Einhaltung der Bundesverfassung
14. Motion von Thomas Meierhans betreffend Anpassung kantonaler Richtplan durch Verschiebung von Siedlungserweiterungen in das Gebiet Wald
15. Interpellation von Barbara Gysel betreffend erste Bilanz seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Zug
16. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuerausfälle durch Entlastung Kapital im Kanton Zug
17. Interpellation von Kurt Balmer, Flavio Roos und Barbara Gysel betreffend private Sicherheitsdienstleister

## 210 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Vroni Straub-Müller, Zug; Oliver Wandfluh, Baar; Anastas Odermatt, Steinhausen.
Die Sitze der zurückgetretenen Kantonsräte Beat Wyss und Thomas Wyss, beide Oberägeri, sind im Moment noch nicht besetzt.

## 211 Mitteilungen

Der Sicherheitsdirektor muss sich für die Vormittagssitzung entschuldigen lassen, weil er ein Referat am Seminar der Ter Reg 3 hält. Die am 2. Juli begonnene Beratung des Hundegesetzes (Vorlage 2451) wird deshalb erst am Nachmittag fortgesetzt.

Die Direktorin des Innern muss sich für die Nachmittagssitzung abmelden, weil sie an einer Sitzung der Rechtskommission des Nationalrats teilnimmt. Deshalb wird die Vorlage 2467 bereits am Morgen beraten.

Traditionsgemäss offerieren heute Vormittag die Zuger Bäuerinnen und Bauern während der Pause Apfelsaft und verschiedene Früchte. Der Vorsitzende dankt namens des Rats für diese freundliche Geste.

Am vergangenen Wochenende fand in Schwyz das 30. Parlamentarier-Fussballturnier statt. Die Zuger Kantonsräte Anastas Odermatt, Alois Gössi, Martin Pfister, Rainer Suter, Roger Wiederkehr und Zari Dzaferi liefen mit Unterstützung der Altkantonsräte Arthur Walker und Renato Sperandio, des Schwyzer Kantonsrats Marcel Buchmann sowie des Generalsekretärs der Bildungsdirektion, Lukas Fürrer, für die Zuger Farben auf. Nach zwei Unentschieden und zwei Niederlagen in den Gruppenspielen kam die Zuger Delegation immer besser in Fahrt und trumpfte zuletzt gegen die Berner sowie die Thurgauer Parlamentarier auf.
Wichtiger als der bescheidene 17. Rang ist für Teamcaptain Zari Dzaferi, dass junge Spieler nachgezogen werden konnten: Während sich die Neuzugänge Anastas Odermatt und Martin Pfister als solide Verteidiger entpuppten, konnte Roger Wiederkehr als Spielmacher auftrumpfen und Rainer Suter das Turnier als Mannschaftstopscorer abschliessen. *(Der Rat applaudiert.)*

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

TRAKTANDUM 1

## 212 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** schlägt vor, aus verfahrensökonomischen Gründen das Traktandum 5.2 (Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019, Vorlage 2532.1) und das Traktandum 6.2 (Kantonsratsbeschluss betreffend Ergreifung des Kantonsreferendums gemäss Art. 141 der Bundesverfassung gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019, Vorlage 2531) zusammen am Nachmittag unter Traktandum 5.2 zu beraten. Allenfalls lässt sich dadurch die Bestellung einer Kommission vermeiden.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 2

**213 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 25. Juni und 2. Juli 2015**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen von 25. Juni und 2. Juli 2015 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Kantonsratsersatzwahl in der Einwohnergemeinde Zug**

Vorlage: 2539.1 - 14994 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Kantonsrätin Michèle Kottelat per 3. Juli 2015 aus dem Rat zurückgetreten ist. Er dankt Michèle Kottelat für ihren Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihr weiterhin viel Freude und Erfolg bei ihrer Tätigkeit als Mitglied des Grossen Gemeinderats von Zug.

**214** Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl**

Der Rat befindet gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Daniel Marti für die zurückgetretene Kantonsrätin Michèle Kottelat. Ihr Nachfolger Daniel Marti ist im Saal. Es gibt keinen anderslautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Daniel Marti.

Der **Vorsitzende** gratuliert Daniel Marti zu seiner Wahl. Der Gewählte tritt sein Amt sofort an.

**215** Traktandum 3.2: **Ablegung des Eides durch Daniel Marti**

Daniel Marti möchte den Eid ablegen. Der Vorsitzende bittet ihn, nach vorne zu treten. Der Rat erhebt sich. Der Landschreiber liest die Eidesformel. Daniel Marti spricht mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst das neue Ratsmitglied herzlich willkommen und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit.

TRAKTANDUM 4

**216 Wahl einer stellvertretenden Stimmenzählerin oder eines stellvertretenden Stimmenzählers**

Kantonsrat Beat Wyss ist per 31. Juli 2015 aus dem Rat zurückgetreten. Er war seit dem 18. Dezember 2014 stellvertretender Stimmenzähler. Der **Vorsitzende** dankt ihm für seinen Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihm weiterhin viel Freude und Erfolg bei seinen zahlreichen Tätigkeiten im schönen Ägerital.
Laut § 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung wählt der Kantonsrat für zwei Jahre zwei stellvertretende Stimmenzählende. Sie gehören denselben Fraktionen wie die zwei

Stimmenzählenden an. Der Rat muss eine Ersatzwahl für den Rest der zweijährigen Amtsdauer vornehmen.
Gemäss § 85 Abs. 1 Satz 2 GO KR erfolgen die Wahlen der Stellvertretung der Stimmenzählenden offen, sofern der Kantonsrat nicht geheime Wahlen beschliesst. Der Vorsitzende schlägt vor, die Wahl offen durchzuführen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch bei dieser offenen Wahl gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Der Präsident nimmt an der Wahl teil (§ 85 Abs. 2 und 3 GO KR).
Die CVP-Fraktion schlägt Richard Rüegg zur Wahl als stellvertretenden Stimmenzähler vor. Es werden keine anderen Anträge gestellt.

➔ Der Rat wählt Richard Rüegg mit 73 Stimmen zum stellvertretenden Stimmenzähler für den Rest der Amtsperiode 2015–2016.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neuen stellvertretenden Stimmenzähler zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem Amt.

TRAKTANDUM 5
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 6
**Kommissionsbestellungen:**

**217** Traktandum 6.1: **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG; BGS 122.5) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung**
Vorlagen: 2529.1 - 14972 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2529.2 - 14973 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG, Kommissionspräsidentin

| | |
|---|---|
| Kurt Balmer, Risch, CVP | Andreas Hostettler, Baar, FDP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Alice Landtwing, Zug, FDP |
| Laura Dittli, Oberägeri, CVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Pirmin Frei, Baar, CVP | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Stefan Gisler, Zug, ALG | Oliver Wandfluh, Baar, SVP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Florian Weber, Walchwil, FDP |
| Iris Hess-Brauer, Unterägeri, CVP | Thomas Werner, Unterägeri, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Traktandum 6.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Ergreifung des Kantonsreferendums gemäss Art. 141 der Bundesverfassung gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019**
Vorlage: 2531.1/1a/1b/1c - 14978 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Das Geschäft wird unter Traktandum 5.2. behandelt (siehe Ziff. 229).

**218** Traktandum 6.3: **Staatswirtschaftskommission**

Kantonsrat Thomas Wyss ist per 11. August 2015 aus beruflichen Gründen aus dem Rat zurückgetreten. Der **Vorsitzende** dankt ihm für seinen Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihm weiterhin viel Freude und Erfolg bei seiner beruflichen Tätigkeit.
Anstelle von Thomas Wyss soll neu Oliver Wandfluh für die SVP in die Staatswirtschaftskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**219** Traktandum 6.4: **Konkordatskommission**

Philip C. Brunner ist per heute aus der Konkordatskommission zurückgetreten. An seiner Stelle soll neu Beat Sieber für die SVP in die Konkordatskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 7

**220** **Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943): 2. Lesung**
Vorlage: 2493.4 - 14969 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 71 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**221 Änderung des Gesetzes betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts**

Vorlagen: 2467.1/1a - 14846 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2467.2 - 14847 (Antrag des Regierungsrats); 2467.3 - 14988 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nebst dem Antrag des Regierungsrats der Antrag der vorberatenden Kommission auf Nichteintreten vorliegt.

EINTRETENSDEBATTE

**Kurt Balmer,** Präsident der vorberatenden Kommission, dankt zuerst der verantwortlichen Regierungsrätin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Vorbereitung und Zusammenarbeit im Rahmen der Kommissionsarbeit und bei der Erstellung des Kommissionsberichts. Die fachliche Kompetenz war überzeugend; auf einen Kritikpunkt wird der Kommissionspräsident später zurückkommen. Er dankt auch allen Kommissionsmitgliedern für die konstruktive Mitarbeit.
Zusammengefasst geht es bei dieser Vorlage um die Festsetzung des erforderlichen Sprachniveaus beim Einbürgerungsprozedere. Der Kommissionspräsident verzichtet auf die Erläuterung der speziellen Ausgangslage mit der teilweise erheblich erklärten Motion und der Nichtumwandlung in ein Postulat im Jahr 2011 und 2013 und nimmt es vorweg: Die Kommission ist nach eingehender Diskussion mit 15 zu 0 Stimmen nicht auf die Vorlage eingetreten. Dabei hat die Regierung entgegen der Vorlage 2467.1 an der Kommissionssitzung keinen anderen Antrag gestellt.
Die Gründe für das Nichteintreten waren, dass das vorgeschlagene Sprachniveau für die Kommissionsmitglieder zu tief oder zu hoch war, die negative Stellungnahme der Bürgergemeinden infolge der Abschaffung des Ermessensspielraums, die nicht stufengerechte Lösung im Gesetz und schliesslich hauptsächlich die parallele legislatorische Tätigkeit des Bundesrats mit der Befürchtung, dass hier kantonal nur eine kurzzeitige Übergangsregelung mit anschliessender zwingender Neuregelung geschaffen wird. Diese Argumente haben die Kommission überzeugt und dazu geführt, dass die Kommission nicht nur Nichteintreten, sondern mit 14 zu 1 Stimmen auch beschloss, nicht einmal konsultativ eine Detaildiskussion zu führen – wobei die Ja-Stimme nicht diejenige des Kommissionspräsidenten war.
Hinsichtlich der vom Regierungsrat beantragten Erledigung und Abschreibung der Motion Villiger/Nussbaumer/Aeschbacher beantragt die Kommission, gestützt auf einen Zirkularbeschluss, keine Abschreibung und eine letztmalige Fristerstreckung bis Ende 2018. Massgebende Argumente dafür sind die bereits genannten Gründe, die aktuelle mangelnde Detaildiskussion und die ungewisse gesetzliche Situation beim Bund. Es könnte ja auch sein, dass die nun in die Vernehmlassung geschickte Vorlage des Bundesrats erst sehr spät oder gar nie erlassen wird.
Angesichts der Ausgangssituation versteht der Kommissionspräsident nicht ganz, weshalb die Regierung die Vorlage nicht zurückzog. Man hätte sich damit nämlich die ganze Übung ersparen können. Daran ändert auch nichts, dass man seit der vergangenen Woche weiss, dass der Bundesrat in der Verordnung ebenfalls die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Niveaus vorsieht.
Der Votant bittet namens der Kommission, nicht auf die Vorlage einzutreten und die entsprechenden Anträge zur Motion gutzuheissen. Die CVP Fraktion folgt grossmehrheitlich den Kommissionsanträgen.

**Alice Landtwing** teilt mit, dass die FDP-Fraktion einstimmig für Nichteintreten ist und der Fristerstreckung für die teilweise erheblich erklärte Motion bis Ende 2018 zustimmt. Der Regierungsrat hätte sich diese Vorlage sparen können und stattdessen von sich aus eine Fristerstreckung für die Motion verlangen können. Im Moment ist bekanntlich beim Bund die Revision der Bürgerrechtsgesetzgebung im Gang, welche allenfalls auch Niveaus der erforderlichen Sprachkenntnisse beinhaltet. Zudem haben im Rahmen der Anhörung vom Oktober 2014 sämtliche Bürgergemeinden das Eintreten auf die Vernehmlassungsvorlage abgelehnt. Die Bürgergemeinden befürchten, dass die Einbürgerung zum reinen Verwaltungsakt wird, wenn nur noch Sprachzertifikate von irgendeiner Organisation hingelegt werden müssen; auch stört sie das tiefe Niveau. Die Sprache ist zwar wichtig, aber es gibt zusätzlich verschiedene andere Gründe, wieso jemand eingebürgert oder nicht eingebürgert werden kann. Dazu braucht es das persönliche Gespräch mit den zuständigen Bürgerräten. Nur so können diese überhaupt beurteilen, ob die einbürgerungswillige Person auch einigermassen integriert ist oder nicht.

**Hanni Schriber-Neiger** hält fest, dass die ALG wie die Regierung damals gegen die Erheblicherklärung der Motion Villiger/Nussbaumer/Aeschbacher war und heute nun auch nicht auf die Vorlage eintreten will.
Einbürgerungswillige sollen in einer Landessprache kommunizieren können. Der Kanton Zug braucht aber kein eigenes Gesetz, um das Sprachniveau bei Einbürgerungen festzulegen. Wie bei der Niederlassung genügt eine Regelung auf Verordnungsstufe genügt. Zu betonen ist, dass die Sprache bei einer Einbürgerung nur eines von mehreren Elementen der Integration ist und Bürgergemeinden wie Kanton und Bund die Person als Ganzes beurteilen sollen.
Die ALG ist für Abschreibung der Motion. Sollte sich dafür keine Mehrheit finden, ist sie für die Fristerstreckung bis Dezember 2018.
Kommissionspräsident Kurt Balmer hat die Direktorin des Innern kritisiert, dass sie in der Kommissionsitzung keinen Antrag gestellt habe. Dem ist entgegenzuhalten, dass Regierungsräte in Kommissionssitzungen bekanntlich keine Anträge stellen können, da sie entsprechende Anliegen ja zuerst im Ratskollegium besprechen müssen.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Ein Blick auf die verschiedenen Kantone zeigt, dass bezüglich Sprachanforderungen ein Flickenteppich besteht. Dass der Kanton Zug für seine Gemeinden eine einheitliche Regelung schaffen möchte, ist sinnvoll. Noch sinnvoller ist es aber, die Neuregelung des Bundes abzuwarten.
Die SP unterstützt die Förderung und Forderung des Spracherwerbs seit Jahren, und sie vertritt mit Nachdruck das Fordern und Fördern von Sprachkenntnissen. Bezüglich der Anforderungen für die Einbürgerung besteht aber Regelungsbedarf. Sprache ist – wie gehört – einer der Schlüssel zur Integration und zum Zusammenleben. Sprachliche Kenntnisse alleine sind aber nicht hinreichend für eine gute Integration. Die Formel «Je besser die Sprache, desto integrierter» funktioniert nicht. Personen aus Deutschland, die in Zug leben, sind den meisten Zugerinnen und Zugern im Hochdeutschen wohl weit voraus. Deutsche oder Österreicherinnen leben dennoch nicht *per se* gut integriert in der Zuger Gesellschaft. Umgekehrt gilt, dass jemand durchaus bestens auf dem Arbeitsmarkt tätig und mit dem Schweizer und Zuger Alltag vertraut sein kann, auch wenn seine bzw. ihre Deutschkenntnisse nicht gerade prächtig sind. Das trifft zum Beispiel zu, wenn im Beruf Englisch die Umgangssprache ist. Bei der Überprüfung von anderen Indikatoren zur Integration resp. Einbürgerung liegt ein hoher Ermessensspielraum vor. Transparenz und Einheitlichkeit bzw. eine Annäherung an Einheitlichkeit sind der SP zentral. Das soll für die Einbürgerungswilligen auch einen Schutz vor Willkür bilden.

Aufgrund dieser Überlegungen folgt die SP-Fraktion den Anträgen der Kommission Sie ist zum jetzigen Zeitpunkt also für Nichteintreten auf die regierungsrätliche Vorlage, weil sie die Bundesvorlage abwarten will. Im Weiteren will die SP die Motion noch nicht abschreiben, weil sie einen grundsätzlichen Regelungsbedarf erkennt. Sie macht aber explizit darauf aufmerksam, dass sie dem Regierungsrat einen grossen Handlungsspielraum im Ausloten von sinnvollen Varianten zugesteht. Es sind unterschiedliche Szenarien denkbar, wie die Motion in Zukunft – in einigen Monaten oder vielleicht Jahren – zur Erledigung gebracht werden soll, und die SP ermuntert den Regierungsrat, hier durchaus auch kreativ zu sein, um einen sinnvollen Weg zu finden. Und selbstredend unterstützt die SP-Fraktion die vorgeschlagene Fristerstreckung bis Ende 2018.

**Karl Nussbaumer** nimmt im Namen der SVP-Fraktion Stellung. Die SVP unterstützt die Anträge der vorberatenden Kommission. Wie vor etwa einer Woche zu hören war, hat der Bundesrat die Vernehmlassung für den Entwurf zur neuen Bürgerrechtsverordnung eröffnet. Diese regelt die Integrationskriterien, die für eine Einbürgerung massgebend sind. Daher ist es richtig, jetzt nicht irgendetwas zu entscheiden, das mit dem neuen Bundesbeschluss obsolet wird. Darum ist es richtig, nicht auf die Vorlage des Regierungsrats einzutreten und die teilweise erheblich erklärte Motion nicht als erledigt abzuschreiben. Die SVP bittet die Regierung aber, eine neue Vorlage auszuarbeiten, sobald der neue Bundesbeschluss abgesegnet ist, und nicht die letzte Frist bis 31. Dezember 2018 abzuwarten.
Auch die Motionäre unterstützen die drei Anträge der vorberatenden Kommission. Sie bitten die Regierung ebenfalls, dem Kantonsrat eine neue Vorlage zu unterbreiten, sobald die Bundeslösung auf dem Tisch ist, und nicht die vorgeschlagene Frist abzuwarten.

**Daniel Stadlin** nimmt vorweg, dass sich die GLP der vorberatenden Kommission anschliesst und den Antrag auf Nichteintreten unterstützt. Sie hat sich bereits an der konferenziellen Anhörung sehr skeptisch gegenüber einer auf Zertifikate beruhenden Festlegung der Sprachniveaus geäussert und eine Regelung auf Gesetzesstufe abgelehnt. Das Referenzniveau in mündlich bei B1 und in schriftlich bei A2 festzulegen ist grundsätzlich in Ordnung. Es genügt jedoch vollauf, dies in der Verordnung festzuhalten. Dabei sind die vom Conseil de l'Europe definierten Referenzniveaus nur als Richtwerte zu verstehen. Das Vorweisen eines entsprechenden Zertifikats darf nicht automatisch zu einer Einbürgerung führen. Es belegt nicht zwingend ausreichende Sprachkenntnisse und sagt auch nichts aus über die Integration der betreffenden Person. Was ist, wenn diese ungenügend ist? Muss diese Person dann trotzdem eingebürgert werden? Der Einbürgerungsbehörde ist der nötige Ermessensspielraum zu belassen. Denn aus dem *Recht* auf Einbürgerung darf nicht ein *Anspruch* auf Einbürgerung werden.
Problematisch ist für die GLP auch der Begriff «unverschuldetes Unvermögen». Wann ist das Erreichen des Sprachniveaus unverschuldet? Analphabetismus kann entsprechenden Sprachkursen behoben werden. Allein mündliche Sprachkenntnisse sind für eine Einbürgerung nicht ausreichend. Zumindest muss man in der Lage sein, Schreiben, Formulare und sonstige Schriftstücke ihrem wesentlichen Inhalt nach selbstständig auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Anderseits könnte Analphabetismus auch vorgetäuscht und so zur Erschleichung des Bürgerrechts missbraucht werden. Auch Legasthenie gehört nicht zwingend in diese Kategorie. Sie kann erkannt und soweit beseitigt werden, dass das verlangte schriftliche Referenzniveau erreicht werden kann. Und wie wird abgegrenzt? Gehören beispielsweise Einbürgerungswillige, welche nur die kyrillische Schrift beherrschen, auch dazu?

Fazit: Diese Gesetzesänderung ist abzulehnen, löst sie doch die zu lösende Problematik nicht, sondern schafft nur neue Probleme.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat den Antrag, nicht auf die Vorlage einzutreten, versteht. Bereits in seinem Bericht und Antrag vom 9. Dezember 2014 hat er geschrieben, dass er die Vorlage «auftragsgemäss» dem Rat unterbreite. Der Regierungsrat war der Meinung, dass die erforderlichen Sprachkenntnisse auf Verordnungsstufe, nicht auf Gesetzesstufe festzulegen seien. Dieses Vorgehen wurde von Parlament bezüglich der erforderlichen Sprachkenntnisse für die Erteilung der Niederlassungsbewilligung gutgeheissen; dort ist die Frage nun auf Verordnungsstufe geregelt. Knapp, aber immerhin mit 36 zu 34 Stimmen hielt der Kantonsrat vor zwei Jahren in Kenntnis aller Argumente im vorliegenden Fall an einer gesetzlichen Regelung fest. Der Regierungsrat hat somit – nach zweimaligem Auftrag – das ausgeführt, was das Parlament der letzten Legislatur von ihm verlangte. Er hat in seinem Bericht und Antrag deklariert, dass sich im Rahmen der konferenziellen Vernehmlassung eine klare Mehrheit der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Parteien, Bürgergemeinden und übrigen Interessierten Organisationen für Nichteintreten auf die Vorlage und für die Beibehaltung der geltenden Rechtslage ausgesprochen hat.
Letzte Woche ist den Kantonen nun die erwartete eidgenössische Vernehmlassungsvorlage zur Bürgerrechtsverordnung zugestellt worden. Der Bundesrat beantragt die gleichen Sprachniveaus, wie sie der Regierungsrat in der nun obsoleten Vorlage vorschlägt. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb der Regierungsrat heute ebenfalls beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Der Regierungsrat kann sich auch damit einverstanden erklären, dass die Motion Villiger/Nussbaumer/Aeschbacher nicht abgeschrieben wird, bis die eidgenössischen Verordnung vom Bundesrat verabschiedet ist. Er hat das Geschäft am letzten Dienstag besprochen und kann sich eine Abschreibung des Vorstosses dannzumal im Rahmen des entsprechenden Zwischenberichts im Frühling 2016, spätestens im Frühling 2017, vorstellen. So müsste nicht nochmals eine separate Vorlage geschrieben werden.
Die Bürgergemeinden haben deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie ihr Ermessen behalten wollen. Je mehr geregelt wird, je höhere Anforderungen gestellt werden, desto mehr Handlungsspielraum wird den Bürgergemeinden weggenommen.
Abschliessend dankt die Direktorin des Innern dem Präsidenten und den Mitgliedern der vorberatenden Kommission für ihre Arbeit.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 74 zu 0 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission bezüglich der Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug (Vorlage Nr. 1714.1 - 12821) vom 14. August 2008 die folgenden Anträge stellt:
- Die Motion sei nicht als erledigt abzuschreiben.
- Es sei eine letztmalige Fristerstreckung bis zum 31. Dezember 2018 für die Erledigung der Motion zu gewähren.

Abstimmungstechnisch müssen die beiden Anträge auseinander gehalten werden. Je nach Ausgang der Abstimmung über die Abschreibung der Motion gibt es noch eine Abstimmung über die Fristerstreckung.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 zu 14 Stimmen, die Motion nicht als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat stimmt der beantragten letztmaligen Fristerstreckung für die Erledigung der Motion bis zum 31. Dezember 2018 mit 74 zu 0 Stimmen zu.

TRAKTANDUM 9

**222 Änderung des Schulgesetzes**

Vorlagen: 2482.1 - 14882 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2482.2 - 14883 (Antrag des Regierungsrats); 2482.3 - 14993 (Bericht und Antrag der Bildungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nebst dem Antrag des Regierungsrats der Antrag der Bildungskommission auf Eintreten und Zustimmung zur regierungsrätlichen Vorlage vorliegt.

EINTRETENSDEBATTE

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, hält fest, dass die Motion von Thomas Werner ein unbestritten wichtiges Thema auf greift. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pädosexuellen Straftätern hat eine hohe Bedeutung. Dies wird von allen Seiten anerkannt, es ist jedoch nicht einfach, eine gesetzliche Lösung zu finden, die gleichsam wirksam ist und den Prinzipien der Gesetzmässigkeit und der Verhältnismässigkeit entspricht. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Gemeinden eine rasche Lösung dieser Frage begrüssen. Auch die Bildungskommission folgte dem Anliegen widerspruchlos und trat einstimmig auf die Vorlage ein.
Die Motion wie auch das Postulat von Thomas Werner, das die Anstellung von kantonalen Angestellten nur mit aktuellem Strafregisterauszug verlangt, stehen in Zusammenhang mit einer auch auf Bundesebene geführten Diskussion zur gleichen Thematik. Am 18. Mai 2014 wurde die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» vom Volke angenommen. Bundesrat und Parlament, die damals die Initiative ablehnten, stellten ihr einen indirekten Gegenvorschlag entgegen. Weil niemand dagegen das Referendum ergriffen hatte, trat am 1. Januar 2015 auch der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Darin wird neu ein Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbot geschaffen, das bei gewissen Delikten zwingend ausgesprochen werden muss. Das altrechtliche Berufsverbot lag dagegen noch im Ermessen der Gerichte. Gleichzeitig schuf der Gesetzgeber einen neuen Auszug aus dem Strafregister, den sogenannten Sonderprivatauszug. Dieser dient ausdrücklich für Anstellungsverfahren in sensiblen Berufen und Tätigkeiten. Im Sonderprivatauszug sind alle rechtskräftigen Verurteilungen aufgeführt, die mit einem Tätigkeits- oder einem Kontakt- und Rayonverbot behaftet sind. Ebenfalls sind im Sonderprivatauszug alle alten Berufsverbote aufgeführt, die vor dem 1. Januar 2015 ausgesprochen worden sind, wenn bei den entsprechenden Taten Minderjährige betroffen waren. Am 13. Mai 2015 – also nach Beginn der Beratungen in der Bildungskommission – hat der Bundesrat schliesslich die Vernehmlassung seiner Vorschläge für die Umsetzung der Pädophilen-Initiative eröffnet. Die Vorschläge erweitern die Instrumente, die mit dem indirekten Gegenvorschlag geschaffen wurden. Sie stehen aber heute – in der Debatte im Kantonsrat – nicht zur Diskussion.
Es ist das Verdienst von Thomas Werner, dass mit der vorliegenden Gesetzesänderung im Kanton Zug schnell eine gesetzliche Lösung für den Schutz von

Schulkindern vor pädophil veranlagten Lehrpersonen in Kraft treten kann und damit den Gemeinden ein griffiges Instrument bei der Rekrutierung von Lehrpersonen zur Verfügung gestellt wird. Neu ist insbesondere auch das in der Bildungskommission unbestrittene Recht von Anstellungsbehörden, auch von bereits angestellten Lehrpersonen einen solchen Privatauszug verlangen zu können. Bei einem entsprechenden Eintrag müsste das Anstellungsverhältnis aufgelöst werden. Die Vernehmlassung bei den Gemeinden zeigte auf, dass bereits heute viele Schulgemeinden in Anstellungsverfahren von Lehrpersonen Auszüge aus dem Strafregister verlangen, obwohl dazu eine gesetzliche Grundlage fehlt. Die Bildungskommission stellte jedoch auch fest, dass unabhängig von der heute zu beschliessenden Regelung eine absolute Sicherheit nie erreicht werden kann. Eine erhöhte Sensibilität der Anstellungsbehörden ist deshalb trotz solchen Abklärungen immer angebracht. Gleichzeitig sollte auch die Verhältnismässigkeit gewahrt bleiben und Rücksicht auf die Persönlichkeitsrechte der Lehrpersonen genommen werden.
In der Kommission war die Frage umstritten, ob neben dem Sonderprivatauszug auch der Privatauszug verpflichtend verlangt werden soll, um auszuschliessen, dass Delikte der Anstellungsbehörden nicht bekannt werden, die in diesem Zusammenhang relevant sind, aber vor 2015 zu keinem Berufsverbot geführt haben. Es standen dabei zwei Varianten zur Diskussion: In einer Variante sollte der Privatauszug während zehn Jahren neben dem Sonderprivatauszug verlangt werden, in einer andern Variante generell und zeitlich unbeschränkt. Die Bildungskommission schliesst sich mehrheitlich dem Antrag des Regierungsrats an. Sie ist der Meinung, dass es unverhältnismässig und ein zu weit gehender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte wäre, wenn bei der Anstellung einer Lehrperson alle Einträge im Strafregister sichtbar gemacht werden müssten. Viele denkbare Delikte, die im Strafregister verzeichnet sind, haben keinen oder nur einen geringen Bezug zur Tätigkeit als Lehrperson. Zudem glaubt die Bildungskommission – und das ist der Hauptgrund, weshalb sie sich gegen eine weitere Verschärfung ausgesprochen hat –, dass eine solche gesetzliche Forderung nicht durchsetzbar wäre und vor Bundesgericht bei einer entsprechenden Beschwerde kassiert würde. Das ist eine staatspolitische Frage: Es sollten im Kanton Zug keine Gesetze erlassen werden, die mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht bundesrechtskonform sind; der entsprechende Paragraf im Obligationenrecht ist im Kommissionsbericht auf Seite 4 in der Mitte zitiert. Möglich bleibt jedoch, dass die Gemeinden Kandidaten im Anstellungsverfahren für Lehrberufe bitten, neben dem Sonderprivatauszug auch einen Privatauszug vorzulegen. Sie kann dies zwar juristisch nicht durchsetzen, viele Bewerber werden jedoch auch den zweiten Auszug aus dem Strafregister problemlos vorlegen. Da während einer gewissen Zeit tatsächlich im Sonderprivatauszug nicht alle relevanten Delikte erscheinen, empfiehlt die Bildungskommission den Schulgemeinden, dies tatsächlich auch zu tun, also während einer gewissen Zeit auch eine Privatauszug zu verlangen.
Zusammenfassend: Die Bildungskommission ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und stimmt ihr mehrheitlich in der Fassung des Regierungsrats zu. Die CVP-Fraktion schliesst sich dieser Meinung ebenfalls mehrheitlich an.

**Peter Letter:** Für die FDP-Fraktion ist klar, dass Handlungsbedarf im vom Regierungsrat vorgeschlagenen Rahmen besteht. Sie tritt auf die Vorlage ein. Es ist ausserordentlich wichtig, dass in den Schulen keine Lehrpersonen mit einer strafrechtlichen Vergangenheit aufgrund von sexuellen Handlungen mit Kindern angestellt sind oder werden. Damit die Schulen dies sicherstellen können, brauchen sie ein entsprechendes Instrument. Ein Sonderprivatauszug, der zwingend verlangt werden soll, ist ein geeignetes Instrument. Es dient der Abschreckung und der

Kontrolle zugleich. Der Sonderprivatauszug ist ein eigens für diese Art von Vergehen geschaffener Strafauszug und deckt diese Bedürfnisse für Vergehen ab dem 1. Januar 2015 ab. Vor diesem Stichtag sind Taten mit Minderjährigen jedoch nur sichtbar, wenn diese zu einem Urteil mit Berufsverbot führten. Verurteilungen mit Berufsverbot gab es vor diesem Stichtag jedoch eher wenige. In der Kommission wurde dieser Sachverhalt intensiv diskutiert.
Die FDP-Fraktion erachtet diese Lücke als nicht akzeptabel und stellt den **Antrag,** dass während einer Übergangsfrist von zehn Jahren zusätzlich auch ein Privatauszug – die frühere Bezeichnung dafür war «Strafregisterauszug» – verlangt wird. Dazu soll § 46 Abs. 1a mit einem Satz ergänzt werden, nämlich: «Während einer Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2024 müssen diese Lehrpersonen zusätzlich auch einen Privatauszug vorlegen.» Es handelt sich hierbei um den Antrag 2 auf Seite 6 im Kommissionsbericht, der in der Kommission nur sehr knapp, mit einer Stimme Unterschied, abgelehnt wurde.
Die FDP-Fraktion gewichtet den Schutz der Schulkinder klar höher als allfällige juristische Bedenken, die betreffend gerichtliche Durchsetzbarkeit geäussert wurden. Auch erachtet sie es als zumutbar, dass bei einer Anstellung ein Privatauszug vorgelegt wird. In der Privatwirtschaft ist dies in Anstellungsverfahren oder auch bei der Anmeldung zu Berufsprüfungen ein unumstrittener Standard. Nach zehn Jahren werden die relevanten Vergehen aus dem Sonderprivatauszug ersichtlich sein, weshalb eine zehnjährige Übergangsfrist ausreichend ist.

**Esther Haas** spricht für die ALG und schickt voraus, dass auch die ALG für Eintreten auf die Vorlage ist. Minderjährige und besonders schutzbedürftige Personen sind vor Sexualstraftaten besser zu schützen. Mit der Änderung im Schulgesetz bekommen die Gemeinden die Möglichkeit, vor einer Anstellung einen Sonderprivatauszug zu verlangen. In diesem sind Tätigkeitsverbote oder Kontakt- und Rayonverbote ersichtlich, die von einem Gericht in einem Strafurteil ausgesprochen wurden. Zudem wurde das bis Ende 2014 geltende Berufsverbot zu einem umfassenden Tätigkeitsverbot ausgeweitet.
Die von einer Minderheit verlangte zusätzliche Einbringung eines Privatauszugs, früher bekannt als Strafregisterauszug, lehnt die ALG ab. Sie ist der Meinung, dass der Sonderprivatauszug gezielt das Anliegen der Pädophilen-Initiative umsetzt, weil alle verurteilten Sexualvergehen darin ersichtlich sind. Der Sonderprivatauszug hat zudem den Vorteil, dass im Gegensatz zum Privatauszug alle Urteile länger sichtbar bleiben. Beim Privatauszug wird beispielsweise eine fünfjährige Freiheitsstrafe nach zwanzig Jahren getilgt.
Die Einbringung eines Privatauszugs ist nach Meinung der ALG unverhältnismässig und nicht zielführend. Die ALG hat aber Verständnis für den Antrag, den Privatauszug während einer Übergangsfrist von zehn Jahren einzufordern. Sie ist überzeugt von der Wirksamkeit des Sonderprivatauszugs. Wichtig ist festzuhalten, dass es keine absolute Sicherheit gibt, der Sonderprivatauszug aber maximale Voraussetzungen bietet, dass der Schutz von Minderjährigen vor sexuellen Übergriffen an Schulen minimiert werden kann.

**Zari Dzaferi** legt seine Interessenbindung offen: Er unterrichtet als Sekundarlehrer im Kanton Zug.
Die SP-Fraktion unterstützt den von der Regierung vorgeschlagenen § 46. Es ist sehr wichtig, dass der Schutz Minderjähriger gewahrt wird und verurteilte Sexualstraftäter, für die ein Berufs-, Rayon- oder Kontaktverbot ausgesprochen wurde, nicht als Lehrpersonen arbeiten. Dies ist jedoch nur *ein* Schritt zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Minderjährigen. Man darf nicht die Augen davor

verschliessen, dass sexuelle Übergriffe gegenüber Kindern häufig im engeren Familienkreis – vom Bruder, Vater, von der Mutter, vom Onkel – oder noch häufiger von der Familie nahestehenden Personen – Cousins, Freunde, Nachbarn etc. – verübt werden: Bei Jugendlichen ist dies anders, wie die Optimus-Studie aus dem Jahr 2012 zeigte: Bei Jugendlichen waren die Täter in den meisten Fällen nicht – wie häufig angenommen wird – erwachsene Familienangehörige, sondern etwa gleichaltrige Bekannte, oft Liebhaber oder *Dates*.
Wenn es also wirklich darum geht, Minderjährige, Kinder und Jugendliche, noch besser vor sexuellem Missbrauch zu schützen, muss man auch dazu bereit sein, einen Schritt weiterzugehen: Es braucht noch mehr Aufklärung – für Kinder und Jugendliche. Die gleiche Partei, welche sich hier dafür einsetzt, dass Lehrpersonen noch mehr Informationen offenlegen müssen als von der Regierung vorgeschlagen, setzte sich in den vergangenen Jahren auch vehement dafür ein, dass der Aufklärungs- oder Sexualunterricht möglichst aus dem Lehrplan fliegen und ausschliesslich Sache der Eltern sein soll. Es ist aber zu bedenken dass Kinder und Jugendliche, die ihre Rechte kennen, besser geschützt sind. Dafür braucht es aber den Willen und auch die Mittel, entsprechende Massnahmen umzusetzen.
Dass neu alle Lehrpersonen alle Daten aus dem Strafregister, dem Privatauszug, und somit auch nicht berufsrelevante Straftaten in einem Bewerbungsverfahren offenlegen müssen, unterstützt die SP-Fraktion nicht. Dies wäre unverhältnismässig. Die Arbeitgeber sind in der Verantwortung, in einem Bewerbungsverfahren die Bewerber sorgfältig zu prüfen. Sie haben bereits jetzt die Möglichkeit, Referenzen bei früheren Arbeitgebern einzuholen oder auch Auszüge aus dem Strafregister zu verlangen, wenn sie dies für notwendig erachten. In mehreren Zuger Gemeinden wird dies in der Praxis auch schon so gehandhabt. Und wenn jemand den verlangten Auszug nicht liefert, dann ist sowieso etwas komisch.
Abschliessend ist zu sagen, dass es sich hier auch etwas um ein Showthema handelt. *Alle* hier im Rat wollen sich gegen Pädophile einsetzen und Minderjährige schützen. Kinder haben nämlich einen besonderen Schutzbedarf, und man hätte einen solchen Paragraphen bereits vor fünfzig Jahre aufnehmen müssen. Aber wenn man das jetzt konsequent durchdenkt und durchzieht – und zusätzlich einen Privatauszug verlangt –, dann müsste man überall, wo Menschen zusammenarbeiten, einen solchen Auszug verlangen. Wie sieht es nämlich beispielsweise bei einem Pfarrer aus, der Ministranten betreut? Oder bei einem Rechtsanwalt, der mit Kindern arbeitet? Oder bei einem Sporttrainer, der in der Freizeit Jugendliche trainiert? Mit dieser Auflistung möchte der Votant keineswegs andere Berufsgruppen unter Generalverdacht stellen. Er möchte den Rat aber dafür sensibilisieren, dass man zwar einerseits mit solchen Gesetzen etwas erreicht, sich andererseits aber bewusst sein muss, dass man noch viel mehr erreicht, wenn Kinder und Jugendliche genügend früh aufgeklärt und sie auf ihre Rechte aufmerksam gemacht werden.
Die SP Fraktion wird den Anträgen der Regierung folgen.

**Thomas Werner** nimmt es ebenfalls vorweg: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage. Sie wird eine Formulierung beantragen, von welcher der Votant überzeugt ist, dass sie alle Anliegen abdeckt. Dass Zari Dzaferi mit diesem Thema Parteipolitik betreibt und es als «Showthema» bezeichnet, widert den Votanten an. Er arbeitet seit dreizehn Jahren in diesem Bereich und hat Dinge erlebt und gesehen, die man sich in den schlimmsten Träumen nicht vorstellen kann. Es handelt sich hier nicht um einen Angriff auf Lehrpersonen, sondern es geht lediglich um den Schutz der Kinder an den Schulen. Es geht um einen kleinen Schritt, der dazu beiträgt, den Schutz der Kinder zu verbessern. Es wird auch danach keinen umfassenden Schutz geben; das ist allen klar.

**Zari Dzaferi** gibt Thomas Werner Recht, dass dieser die Thematik wahrscheinlich besser kennt. Der Begriff «Showthema» ist trotzdem nicht falsch. Grundsätzlich sind nämlich *alle* Ratsmitglieder der Meinung, dass man sich gegen Pädophile wehren und Minderjährige schützen muss; unterschiedliche Meinung bestehen einzig darüber, welches der richtige Weg sei. Dass sich *jeder* gegen Pädophile einsetzt, ist richtig – aber genau deshalb handelt es sich ein bisschen um ein Showthema. Es tut dem Votanten leid, dass er mit diesem Begriff bei Thomas Werner Widerwillen und negative Gefühle ausgelöst hat. Der Begriff ist aber korrekt, handelt es sich doch um ein Thema, zu dem ausnahmsweise alle Ratsmitglieder dieselbe Meinung haben.

**Jürg Messmer:** Wenn der Rat dem Antrag der Regierung folgt und nur einen Sonderprivatauszug einfordert, erreicht er sozusagen nichts. Denn immer wieder wird von Lehrermangel gesprochen, und deshalb werden auch Fachkräfte aus dem Ausland geholt. Und hier liegt das Problem: Ausser dem Fürstentum Liechtenstein kennt kein anderes Land den Sonderprivatauszug. Der Votant fragt daher die Regierung: Wie will man es mit ausländischen Lehrpersonen handhaben? Wird von diesen nichts eingefordert? Das wäre eine Diskriminierung der Schweizer Lehrpersonen gegenüber ausländischem Lehrpersonal. Oder wird dort ein Strafregisterauszug verlangt? Auch damit hätte man eine Ungleichbehandlung.
Es wurde gesagt, dass das Einfordern von entsprechenden Auszügen aufgrund des Datenschutzes heikel sei. Was aber ist hier höher zu werten? Der Schutz der Kinder oder die Privatsphäre eines Einzelnen, der – wenn er nichts zu verbergen hat – problemlos einen solchen Auszug vorlegen kann. Natürlich: Wenn er einen Tolggen im Reinheft hat, wird er sich überlegen müssen, ob er nicht auf die Bewerbung bzw. die Stelle verzichten soll. Der Schutz der Kinder sollte dem Rat diese Massnahme wert sein, und bei der Minimierung der Risiken gibt es keine Unverhältnismässigkeit. Natürlich sind auch die von Zari Dzaferi genannten Aspekte – Familienumfeld, Aufklärung – richtig. Hier aber besteht die Möglichkeit, einen Nagel einzuschlagen und einen ersten Schritt zu tun. Vielleicht geht der Rat irgendwann noch weiter und landet bei den Pfarrern, den Rechtsanwälten etc. Heute aber gilt es den ersten Schritt zu tun. In diesem Sinn bittet der Votant, den Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** fühlt sich an die Debatte in der Bildungskommission erinnert: Man könnte sich in der Beurteilung der Ausgangslage nicht einiger sein, wenn es aber um die konkrete Regelung geht, beginnt der Streit. Man ist sich einig, dass zügig eine Regelung geschaffen werden soll, was übrigens auch das Anliegen der Gemeinden ist. Die Knacknuss wird sein, wie man das Verhältnismässigkeitsprinzip umsetzen kann. Hier ist die Regierung der Ansicht, sie habe von Beginn weg auf das richtige Pferd gesetzt: Seit 1. Januar 2015 gibt es den Sonderprivatauszug, den man genau für diesen Zweck den Lehrpersonen quasi auf den Leib geschneidert hat. Der Regierungsrat ist deshalb sicher, dass sich der Sonderprivatauszug als verhältnismässig erweisen wird. Die vorgeschlagene Regelung ist aber auch unglaublich rigide, nämlich insofern, als Lehrpersonen mit einem Eintrag im Sonderprivatauszug nicht beschäftigt werden dürfen. Die Regelung ist also sowohl präventiv als auch ein Instrument zur Kontrolle: Wenn etwas entdeckt wird, das nicht in Ordnung ist, darf die Lehrperson nicht nur nicht angestellt werden, sondern muss – bei einem bestehenden Anstellungsverhältnis – auch entlassen werden. Im Bericht des Regierungsrats findet sich auf Seite 4 die entsprechende Beurteilung: «Es liegt in jedem Fall eine Voraussetzung für eine fristlose Kündigung gemäss § 16 Personalgesetz vor. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist

vom Arbeitgeber unmittelbar nach Kenntnis einer rechtskräftigen Verurteilung und unabhängig von einem Verfahren wie dem Entzug einer Lehrbewilligung zu verfügen.» Das betrifft die Gemeinden und hat bei der späteren Beurteilung des Antrags der SVP-Fraktion eine gewisse Relevanz. Zusammengefasst: Die von Regierungsrat beantragte Regelung ist verhältnismässig und rigide zugleich. Zug wird der erste Kanton sein, welcher den Sonderprivatauszug in einem formellen Gesetz verankert. Das hat nicht nur Vorteile bezüglich Datenschutz, sondern erlaubt auch diese Rigidität.

Von verschiedenen Votanten wurde der Perfektionismus bzw. der Detaillierungsgrad der Regelung angesprochen. Das Thema ist seit zwanzig Jahren auf der politischen Agenda, und jedes Mal ist man sich einig: Es muss etwas geschehen, und zwar so schnell wie möglich. Dann aber verheddert man sich in den Details und scheitert letztlich am Verhältnismässigkeitsprinzip. Es gilt deshalb im Auge zu behalten, dass man nicht jedes Detail, jede Eventualität und den Umgang mit jeder zurückliegenden Straftat regeln muss – und sich so die Möglichkeit vergibt, präventiv für die Zukunft etwas zu erreichen.

Wenn der Bildungsdirektor nun kurz auf die Voten der Fraktionssprechenden eingeht, so hat das immer wieder mit dem Verhältnismässigkeitsprinzip und dem Perfektionismus zu tun. Peter Letter hat gesagt, dass die FDP-Fraktion den praktischen Nutzen – pointiert formuliert also den Perfektionismus – höher gewichte als allfällige juristische Bedenken. Dem ist entgegenzuhalten, dass die juristischen Bedenken nicht nur «allfällig», sondern manifest sind. Der Verweis auf private Arbeitgeber, welche bisweilen ebenfalls einen Privatauszug verlangen, ist ungeeignet. Für den Staat gelten diesbezüglich andere Prinzipien. Er ist an das Verhältnismässigkeitsprinzip gebunden. Dem Inhaber eines Lebensmittelladens oder sonstigen Gewerbebetriebs ist es in der Schweiz gottseidank unbenommen, einen solchen Auszug zu verlangen, für den Staat aber gelten andere Regeln. Den praktischen Nutzen schätzt der Bildungsdirektor im Unterschied zur FDP-Fraktion nicht allzu hoch ein. Was wird man denn mit dem Privatauszug tatsächlich erreichen? Frühere Urteile werden aus dem Strafregister entfernt, sind also nicht mehr sichtbar. Auch muss man den Straftatbestand daraufhin beurteilen, ob er gravierend sei und ob er unter heutiger Betrachtung zu einem Tätigkeitsverbot geführt hätte. Der Bildungsdirektor ist nicht sicher, ob das wirklich so viel Nutzen entfalten würde. Demgegenüber ist der Sonderprivatauszug massgeschneidert und erfüllt die Ansprüche des Verhältnismässigkeitsgebots. Der Präsident der Bildungskommission und der Sprecher der SP-Fraktion haben darauf hingewiesen, dass es keine absolute Sicherheit gibt. Es gibt auch nicht die raffinierte gesetzliche Regelung, welche es erlauben würde, jedes Delikt in der Vergangenheit oder allenfalls in der Zukunft rechtzeitig zu entdecken. Dessen muss man sich bewusst sein, wenn man eine Regelung vornimmt.

Jürg Messmers Hinweis, dass es den Sonderprivatauszug ausserhalb der Schweiz und des Fürstentums Liechtensteins nicht gebe, ist zutreffend. Man kann hier auch nicht auf ausländische Strafregisterauszüge verweisen; die Zuständigkeit des schweizerischen Gesetzgebers endet an der Landesgrenze. Man muss darin aber nicht unbedingt eine Diskriminierung der schweizerischen Lehrkräfte sehen, sondern kann das durchaus auch als Vorteil betrachten: Als Arbeitgeber kann man von einem schweizerischen Lehrperson einen Sonderprivatauszug verlangen. Wenn dieser sauber ist, hat der Bewerbende einen Vorteil, denn der Arbeitgeber weiss dann, dass alles in Ordnung ist, während er bei einer ausländischen Lehrperson nie sicher sein kann, ob sie dieses formelle Erfordernis erfüllen würde.

Zum Antrag der SVP-Fraktion: Der Bildungsdirektor hat mit dem Landschreiber herauszuschälen versucht, worin effektiv die Qualität dieses Antrags liegt. Der Antrag

der FDP-Fraktion besagt, dass die Gemeinde zusätzlich zum Sonderprivatauszug auch einen Privatauszug verlangen soll. Das bedeutet aber nur: Der erste Teil des Paragrafen gilt für den Sonderprivatauszug. Und da gibt es gewisse Automatismen. Die Gesetzeslogik heisst: Wenn der Sonderprivatauszug nicht blank ist, darf die Person nicht beschäftigt werden. Bewerbende dürfen also nicht eingestellt und bestehende Anstellungsverhältnisse müssen unverzüglich aufgelöst werden. Darüber hinaus verlangt nun die SVP-Fraktion, dass zusätzlich ein Privatauszug nicht nur beizubringen ist, sondern auch eine automatische Wirkung haben soll. Wenn dort nämlich Vergehen verzeichnet sind, die in Zusammenhang mit Sexualdelikten gegen Kinder oder mit Kinderpornografie stehen, soll der Privatauszug die gleiche Wirkung entfalten. Zusätzlich gilt es noch die Frage zu klären, ob der Privatauszug nur während einer befristeten Zeit oder unbefristet verlangt werden soll. Wie dem auch sei: Der Antrag der Regierung lautet unverändert, es beim Sonderprivatauszug bleiben zu lassen. Da weiss man, was man tut, und bewegt sich in einem soliden, verhältnismässigen Rahmen. Der beabsichtigte Nutzen, den die Zusatzanträge – auch wenn diese für die Regierung nachvollziehbar sind – haben sollen, ist die Verletzung des Verhältnismässigkeitsprinzips nicht wert. In diesem Sinn bittet der Bildungsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats und der Bildungskommission zu folgen.

Für **Jürg Messmer** ist es wichtig, sich bewusst zu sein, dass § 46 gemäss der Antwort von Bildungsdirektor Stephan Schleiss nur für Lehrpersonen aus der Schweiz und aus dem Fürstentum Liechtenstein gilt. Lehrpersonen aus anderen Ländern können nicht belangt werden, da ihre Herkunftsländer offenbar kein Dokument kennen, das dem Sonderprivatauszug entspricht.

**Zari Dzaferi:** Wenn ein Schulleiter jemanden einzustellen gedenkt, der aus Deutschland oder Österreich kommt, wird er ein entsprechendes Dokument verlangen. Und wenn der oder die Betreffende nicht bereit ist, dieses Dokument einzuliefern, dann stimmt doch *per se* etwas nicht. Offenbar wird in der Privatwirtschaft ja bereits ein solcher Auszug verlangt, also kann er auch für die Schule geliefert werden. Und dann liegt es in der Verantwortung des Schulleiters oder Rektors, die entsprechenden Massnahmen zu treffen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** möchte richtig verstanden werden: Im Gesetz kann nur die Verwendung des Sonderprivatauszugs geregelt werden. Man kann natürlich beliebige Beispiele eines Schweizers konstruieren, dessen Grossvater nach Australien ausgewandert ist, der dort das Lehrdiplom erworben hat und nun in der Schweiz arbeiten möchte etc. Man kann alles zerreden. Und es ist hier an das Pareto-Prinzip zu erinnern: Mit 20 Prozent des Aufwands erreicht man 80 Prozent der Lösung. Wenn nun irgendwelche Beispiele konstruiert werden, die zeigen sollen, was man mit dieser Lösung *nicht* erreicht, dann ist das eine Strategie, um etwas Pragmatisches zu verhindern.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**§ 46 Abs. 1a**

**Thomas Werner** dankt zuerst der Regierung für die effiziente Bearbeitung, die detaillierten Abklärungen und die Informationen. Seine Motion, die verlangt, dass Lehrpersonen nur noch angestellt werden, wenn sie einen aktuellen Strafregisterauszug vorlegen, und dass sie nicht angestellt werden dürfen oder dass ihnen gekündigt werden muss, wenn sie wegen eines Sexualdelikts gegen Kinder oder wegen Herstellung, Besitz oder Konsum von Kinderpornografie rechtsgültig verurteilt worden sind, wurde damals diskussionslos an die Regierung überwiesen. Die Regierung und alle im Saal sind sich einig, dass Schülerinnen und Schüler an dem Ort, wo sie täglich lernen und möglichst positive Erfahrungen sammeln sollen, vor Übergriffen geschützt werden müssen. Ihr grosses Vertrauen in die Lehrpersonen darf unter keinen Umständen von einzelnen ebendieser Personen missbraucht werden.
Die Regierung legt einen sehr gut gemeinten Vorschlag vor. Bei der genauen Analyse ist dem Votanten aber aufgefallen, dass der regierungsrätliche Vorschlag aber eigentlich «nur» das wiedergibt, was seit der sogenannten Pädophilen-Initiative mit dem Gegenvorschlag des Bundes so oder so umgesetzt wird, nämlich dass Lehrpersonen, gegen die ein Verbot einer beruflichen oder organisierten ausserberuflichen Tätigkeit besteht, nicht beschäftigt werden dürfen. Das grundlegende Anliegen der Motion ist aber ein anderes, nämlich ein guter, nicht übertriebener, aber effektiver Schutz der Kinder vor Straftätern, die wegen Sexualdelikten an Kindern verurteilt worden sind. Das sind nämlich um ein Zigfaches mehr als diejenigen, die ein Berufsverbot aufgebrummt erhalten haben. Damit will der Votant keineswegs den Regierungsvorschlag schlechtreden, es braucht aber zwei, drei kleine Ergänzungen, damit der Artikel in der Praxis auch tatsächlich die gewünschte Wirkung entfaltet.
Der Votant ist seit dreizehn Jahren beruflich im Bereich Kinderschutz tätig und darf sagen, dass er sich darin sehr gut auskennt. Es ist ihm wichtig, dass die folgenden Punkte erläutert werden: Der Vorschlag der Regierung verlangt erstens nur den Sonderprivatauszug; zweitens bezieht er sich auf ein bereits bestehendes Berufs- oder Tätigkeitsverbot gegen eine Lehrperson; und drittens lehnt er sich an Art. 67 StGB an. Das sind drei eminent wichtige Faktoren, auf die der Votant etwas ausführlicher eingehen will.
• Ein bereits bestehendes Berufsverbot: Das heisst, dass Lehrpersonen, die Kinder sexuell missbraucht haben, Kinderpornografie hergestellt, in Besitz gehabt oder konsumiert haben und dafür vor dem 1. Januar 2015 verurteilt wurden, weiterhin Kinder unterrichten dürfen und weiterhin unerkannt als Lehrpersonen eingestellt werden können. Das ist ganz einfach deshalb so, weil das Berufsverbot – abgesehen von einzelnen, sehr prekären Fällen, die auch medial in der ganzen Schweiz bekannt wurden – bis anhin schlicht nicht ausgesprochen wurde und die Urteile im Sonderprivatauszug deshalb schlicht nicht sichtbar sind. Zudem ist es alles andere als sicher, ob künftig mehr Berufs- und Tätigkeitsverbote ausgesprochen werden, weil die Richter bei leichten Fällen Ausnahmen machen können. Was aber ist ein leichter Fall? Juristisch ist es ein leichter Fall, wenn ein Lehrer einer Schülerin ständig in den Schritt greift oder ihr über den Kleidern über die Brüste streicht. Es ist zwar verachtenswert und für das Kind eine Katastrophe, aber juristisch eben nur

ein leichter Fall. Wenn ein Lehrer Kinderpornografie herstellt, besitzt oder konsumiert, muss er mit einer kleinen Geldstrafe rechnen; es ist also ebenfalls ein leichter Fall. Wenn er das Kind streichelt und ihm einen Zungenkuss gibt, kommt zwar der Artikel bezüglich sexueller Handlungen mit Kindern zum Zug, aber noch immer ist es ein leichter Fall. So sieht es in der Praxis aus, und daran wird sich auch nichts ändern. Wenn man die Kinder vor solchen Übergriffen schützen will, muss man den Gesetzestext anpassen. Daran führt kein Weg vorbei.

• Die Anlehnung an Art. 67 StGB hat zur Folge, dass – abgesehen von einzelnen Ausnahmefällen – nur ein Berufsverbot erhält, wer eine Strafe von über 6 Monaten oder eine Geldstrafe von über 180 Tagessätzen erhält. Wie erwähnt, braucht es enorm viel, bis eine Freiheitsstrafe von über 6 Monaten oder eine Geldstrafe von über 180 Tagessätzen ausgesprochen wird. Bei Kinderpornografie ist dieser Wert kaum zu erreichen, und es braucht dazu sehr viele dieser Bilder. Und man darf nicht vergessen: Es sind nicht nur Bilder, sondern hinter jedem dieser Bilder steht ein Opfer eines Sexualdelikts: ein Kind, das missbraucht wurde. Im Weiteren übergibt man mit der Anlehnung an Art. 67 StGB den Entscheid des Kinderschutzes den Richterinnen und Richtern. Diese haben dann die schwere Aufgabe, bei der Beurteilung jeweils die Lebenslage des Straftäters zu berücksichtigen etc. Es ist nicht einfach für die Richter, und erfahrungsgemäss kommt es leider immer wieder vor, dass die Richterinnen und Richter eher mildere Urteile fällen, um die Lebensgrundlage des Täters zu erhalten. So kommt es, dass keine Berufs- und Tätigkeitsverbote ausgesprochen werden und die betreffenden Lehrpersonen weiterhin Kinder unterrichten können. Genau hier muss man den Hebel ansetzen, zumal sich Lehrpersonen auch in der Erwachsenenbildung auszeichnen können. Das sind keine Vermutungen und keine dahergeredeten Hirngespinste. Der Votant kennt aus seiner beruflichen Tätigkeit sehr viel Urteile und kann sehr gut beurteilen, was als leichter Fall eingestuft wird oder nicht. Und die Erfahrung mit der Verwahrungsinitiative bestätigt, was er bezüglich Anwendung des Gesetzes vermutet: Seit der Annahme der Verwahrungsinitiative werden weniger Verwahrungen ausgesprochen als vorher.

• Sonderprivatauszug und Privatauszug: Die Regierung erklärt in ihrem Bericht die Begriffe. Der Sonderprivatauszug mit Berufs- und Tätigkeitsverbot ist neu, beim Privatauszug handelt es sich um den in der Motion erwähnten Strafregisterauszug. Der Votant verlangt in seiner Motion nicht, dass Lehrpersonen, die mit einem Berufsverbot belegt sind, nicht mehr unterrichten dürfen; dass diese Personen nicht mehr unterrichten dürfen, ist seit dem 1. Januar 2015 eh klar. Er verlangt, dass Lehrpersonen, die bereits verurteilt wurden – dazu braucht es einiges, und das Berufs- und Tätigkeitsverbot ist eine noch höhere Hürde –, nicht angestellt werden. Dies ist ein Anliegen, das von der Bevölkerung mit Sicherheit unterstützt wird. Deshalb muss vor einer Anstellung unbedingt auch der Privatauszug eingefordert werden. Wird der Privatauszug nicht ins Gesetz aufgenommen, werden die Kinder nicht wirklich geschützt. Nur einen Sonderprivatauszug von jemandem zu verlangen, der eh nicht mehr als Lehrer arbeiten darf, ist nicht sehr wirkungsvoll. Es ist das Minimum, das man tun kann, nämlich eine seit dem 1. Januar 2015 schon vorhandene Tatsache im Gesetz zu verankern. Man muss sich bewusst sein, dass im Privatauszug nur registriert ist, wer rechtsgültig verurteilt wurde. Deshalb funktionieren weder die Version des Regierungsrats noch die beiden anderen Anträge wirklich. Mit dem Wortlaut, den der Votant vorschlägt, ist man gut abgedeckt.

Dem Schutz der Kinder werden – wie so oft – die Verhältnismässigkeit und der Datenschutz entgegengestellt. Es sei nicht verhältnismässig, wenn im Strafregister andere Verurteilungen als solche, die ein Berufsverbot nach sich ziehen und direkt mit der Schule zu tun hätten, sichtbar seien. Dies entspreche nicht dem Daten-

schutz. Wer das so sieht, stimmt auch zu, dass ein Lehrer, der beispielsweise zu Hause am PC entweder Kinderpornografie anschaut oder sogar Fotos von Schülern so abändert, dass er sich daran aufgeilen kann, weiterhin Kinder unterrichten darf. Es darf nicht sein, dass die Verhältnismässigkeit und der Datenschutz beim Kinderschutz eine so unselige Rolle spielen. Zudem gibt es heute viele Berufsgruppen, die vor der Anstellung einen Strafregisterauszug vorlegen müssen: Polizisten, Banker, Aussendienstmitarbeiter etc. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum das bei den Lehrpersonen nicht auch der Fall sein sollte. Gerade die Lehrpersonen selbst müssten doch dafür sein, dass ein Strafregisterauszug vorgelegt werden muss, weil sie damit ja aus dem Schneider wären. Und wenn ein privater Arbeitgeber einen Strafregisterauszug verlangen kann, dann kann es die öffentliche Hand ebenso – auch wenn Bildungsdirektor Stephan Schleiss das anders dargelegt hat. Schliesslich geht es nicht um die Frage, *wer* jemanden anstellt, sondern darum, welchen Beruf die betreffende Person ausübt. Und es gibt weit weniger heikle Berufstätigkeiten als den Lehrberuf, für die ebenfalls ein Strafregisterauszug vorgelegt werden muss.
Die Diskussion darüber, wie Verhältnismässigkeit und Datenschutz einerseits und Kinderschutz andererseits zueinander stehen, kann heute ein für alle Mal beendet werden. Darum stellt der Votant namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 46 Abs. 1a folgendermassen zu formulieren (Ergänzungen kursiv): «*Besteht im Privatauszug einer Lehrperson ein Eintrag wegen eines Sexualdelikts gegen Kinder sowie Kinderpornografie oder* besteht gegen eine Lehrperson ein Verbot einer beruflichen oder organisierten ausserberuflichen Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt mit Minderjährigen oder volljährigen besonders schutzbedürftigen Personen umfasst, darf sie nicht beschäftigt werden (Art. 67 StGB). Zu diesem Zweck haben die Lehrpersonen der Anstellungsbehörde vor ihrer Anstellung, sofern eine solche tatsächlich in Frage kommt, und auf Verlangen während ihrer Beschäftigung einen aktuellen *Privatauszug und* Sonderprivatauszug gemäss Art. 371a StGB vorzulegen.»
Zusammengefasst: Mit der regierungsrätlichen Version und den beiden anderen Anträgen zu § 46 Abs. 1a wird nicht ganz das erreicht, was man eigentlich will. Sexualstraftäter, die nicht mit einem Berufs- oder Tätigkeitsverbot belegt wurden bzw. künftig werden, können weiterhin als Lehrpersonen arbeiten. Es geht hier um ein Gesetz zum Schutz der Kinder, nicht mehr und nicht weniger. Es ist kein reisserisches, übertriebenes oder unverhältnismässiges Gesetz, sondern ein Gesetz ohne Schlupfloch. Es ist auch keine Keule gegen die Lehrpersonen, sondern ein lösungsorientierter, sachlicher Paragraph. Heute besteht die Gelegenheit, nachhaltig etwas für den Kinderschutz zu tun und zu zeigen, dass die Politik sachliche Lösungen erarbeitet und nicht nur immer vom Kinderschutz spricht, sondern den Worten auch Taten folgen lässt. Der Votant stellt den **Antrag,** die Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion unter Namensaufruf durchzuführen.

**Jürg Messmer** hält fest, dass für die entsprechenden Dokumente klare Bezeichnungen verwendet werden, nämlich «Sonderprivatauszug» bzw. «Privatauszug». Darin liegt ein Problem. Er stellt deshalb den **Antrag,** dass alle Varianten – sei es diejenige der Regierung, diejenige der FDP-Fraktion oder diejenige der SVP-Fraktion – wie folgt ergänzt werden: «[…] haben die Lehrpersonen […] einen aktuellen Sonderprivatauszug gemäss Art. 371a StGB *oder, bei ausländischen Lehrpersonen, ein gleichwertiges Dokument* vorzulegen.» So kann garantiert werden, dass auch Lehrpersonen aus Deutschland oder Österreich ein Dokument vorlegen, das den Schulbehörden erlaubt, die entsprechende Beurteilung vorzunehmen. Der Votant bittet, seinen Ergänzungsantrag zu unterstützen.

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion einen **Eventualantrag** und einen **Subeventualantrag.** Für den Fall, dass der von Thomas Werner vorgebrachte Antrag nicht durchkommt, soll die folgende, bereits in der Kommission diskutierte, dort aber abgelehnte Formulierung zum Zug kommen, nämlich: «[…] haben die Lehrpersonen […] einen aktuellen Sonderprivatauszug *und einen Privatauszug* gemäss Art. 371a StGB vorzulegen.» Der Subeventualantrag entspricht dem in der Kommission nur sehr knapp gescheiterten Antrag, dass der Privatauszug wenigstens während einer Übergangsfrist bis 2014 beizubringen ist. Die genauen Formulierungen finden sich im Kommissionsbericht auf Seite 6.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** hält fest, dass der erste Satz, den die SVP-Fraktion zusätzlich einbringen möchte, in der Kommission nicht diskutiert wurde. Er weist darauf hin, dass damit ein Automatismus geschaffen wird, der die Situation stark verschärft. Es gibt Fälle von Sexualdelikten, die nicht zu einem Berufsverbot führen, etwa die sogenannte Jugendliebe, bei der sich ein Berufs- oder Tätigkeitsverbot nicht auf aufdrängt. Man kann im Übrigen davon ausgehen, dass keine Schulbehörde eine Lehrperson einstellen wird, bei der auch nur der geringste Verdacht auf ein für die Berufstätigkeit problematisches Delikt besteht. Stimmt man dem ersten Satz des von Thomas Werner vorgebrachten SVP-Antrags aber zu, kann eine Schulbehörde niemanden mehr einstellen, dessen Strafregisterauszug ein entsprechendes Delikt verzeichnet – auch wenn die Schulbehörde in ihrer Beurteilung zum Schluss kommt, dass dieses Delikt in keinem problematischen Zusammenhang mit der Ausübung der Lehrtätigkeit steht. Und es gibt solche Delikte, zum Beispiel die bereits erwähnte Jugendliebe: Wenn ein Achtzehnjähriger mit einer Fünfzehnjährigen ein Liebesverhältnis hat, kann das zu einer Verurteilung führen. Es wäre aber unverhältnismässig, wenn sich daraus ein lebenslanges Tätigkeitsverbot in einem Lehrberuf ergeben würde. Es gibt noch andere solche Beispiele. Es ist exakt die Diskussion, die im Moment in Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur Pädophilen-Initiative auf Stufe Bund geführt wird und wo sicher auch entsprechende Antworten gefunden werden. Der Kommissionspräsident bittet, die Diskussion über Verhältnismässigkeit etc. auf Stufe Bund zu führen, nicht auf Stufe Kanton.
Ein weiterer Hinweis: Die Privatwirtschaft und die öffentliche Hand sind bezüglich Strafregisterauszüge gleich gestellt. Es gibt auch bei Privaten – wie bis heute beim Staat – keine gesetzliche Pflicht, einen Strafregisterauszug zu verlangen. In diesem Sinn haben beide die gleiche Möglichkeit, einen weitergehenden Auszug, einen Privatauszug, zu verlangen, wenn sie das für richtig halten. Deshalb hat die Bildungskommission in ihrem Bericht darauf hingewiesen, dass es durchaus sinnvoll ist, wenn die Gemeinden künftig von diesem Instrument Gebrauch machen, auch wenn es nicht im Gesetz steht. Das Risiko bei einer Aufnahme ins Gesetz besteht darin, dass man am Schluss gar nichts hat, wenn das Bundesgericht dieses Gesetz kassieren sollte. Es ist besser, die vorgeschlagene, bundesrechtskonforme Lösung zu haben, welche für die Praxis der Anstellung von Lehrpersonen im Vergleich zu heute eine deutliche Verschärfung bringt, als am Schluss mit leeren Händen dazustehen.

**Kurt Balmer** hat drei Fragen an die Regierung und eine weitere Frage bzw. Bemerkung zum Antrag der SVP-Fraktion.
• Die erste Frage an die Regierung: Dem Votanten ist auch nach genauem Studium der Unterlagen und nach der Diskussion in der Fraktion nicht klar, was die Wendung «vor ihrer Anstellung, sofern eine solche *tatsächlich in Frage kommt*» bedeutet. Es gibt diesbezüglich keine allgemeinen Bestimmungen. Offensichtlich ist es aber so, dass der Sonderprivatauszug in der ersten Runde des Anstellungs-

verfahrens noch nicht eingereicht werden muss – was bei zwanzig oder fünfzig Bewerbungen wahrscheinlich ja unverhältnismässig wäre und überdies wohl nicht jeder Bewerber bzw. jede Bewerberin tatsächlich an der Stelle interessiert ist. Der Votant möchte deshalb vom Regierungsrat wissen, ab welchem Stadium der Bewerbung davon ausgegangen wird, dass der bzw. die Bewerbende tatsächlich an der ausgeschriebenen Stelle interessiert ist. Der Regierungsrat scheint davon auszugehen, dass man bei einer Bewerbung nicht tatsächlich an der Stelle interessiert ist.
• Die zweite Frage: Gefordert wird ein *aktueller* Sonderprivatauszug. Was bedeutet hier «aktuell»? Ist für den Regierungsrat ein drei Monate alter Sonderprivatauszug, den man als Bewerbender vielleicht in verschiedenen Bewerbungsverfahren verwendet, noch aktuell oder nicht? Der Begriff «aktuell» ist für den Votanten unklar, und er möchte ihn zuhanden der Materialien von Regierungsrat präzisiert haben.
• Die dritte Frage: Der Regierungsrat hat mehrfach betont, dass nur rechtskräftige Einträge im Sonderprivatauszug erscheinen – was natürlich richtig ist. Wenn hier aber viel von Sicherheit geredet wird, stellt sich die Frage, was in Fällen geschieht, in denen während fünf bis acht Jahren bis vor Bundesgericht über irgendwelche Details eines Urteils gestritten wird. Während dieser Zeit gibt es natürlich keinen Eintrag im Privat- bzw. Sonderprivatauszug. Es wird hier also eine vermeintliche Sicherheit konstruiert. Wenn man nur auf rechtskräftige Einträge abstellt, erhält man eine Scheinsicherheit und sind die vom Bildungsdirektor genannten 80 Prozent nicht abgedeckt. Der Votant ist froh, wenn der Regierungsrat zu dieser Problematik ergänzend etwas sagen kann.
• Zum Antrag der SVP-Fraktion: Bei aller Sympathie, welche der Votant für diesen Antrag hegt, stellt sich doch die Frage, was der Wortlaut «wegen eines Sexualdeliktes gegen Kinder sowie Kinderpornografie» genau heisst. Ist damit eine kumulative oder eine alternative Voraussetzung gemeint? Es ist dabei zu beachten, dass im Gesetzestext anschliessend zwei «oder» kommen. Der Wortlaut ist noch nicht definitiv optimiert, und der Votant hat gewisse Bedenken, dazu Ja zu sagen, bevor die Kommission die konkrete Formulierung vielleicht noch optimiert hat.

**Thomas Werner** dankt Kurt Balmer für seinen Hinweis. Eigentlich muss es «und/oder» heissen. Besteht ein Eintrag wegen eines Sexualdelikts *und* wegen Kinderpornografie, ist der Fall eh klar. Die Bestimmung soll aber auch gelten, nur eines der beiden Delikte, also ein Sexualdelikt *oder* Kinderpornografie, erfasst ist. Der Votant bleibt im Moment bei «sowie», hält aber fest, dass damit entweder das eine oder das andere und natürlich auch beides zusammen gemeint ist.

Der **Vorsitzende** bemerkt, dass seiner Ansicht nach die Redaktionskommission diese Formulierung überprüfen bzw. überarbeiten muss.

**Esther Haas** hat spricht zum Antrag von Jürg Messmer. Wenn sie den Antrag richtig verstanden hat, möchte Jürg Messmer, dass Ausländer einen Auszug aus einem vergleichbaren Register präsentieren müssen. Nun gibt es aber Ausländer, die in der Schweiz wohnen und hier ihren ständigen Wohnsitz haben. Was wäre in einem solchen Fall zu präsentieren? Andererseits gibt es Schweizer, die im Ausland gewohnt und dort allenfalls eine Straftat begangen haben. Wenn solche Personen in die Schweiz zurückkehren, ist hier nichts vorhanden. Der Antrag von Jürg Messmer müsste deshalb nicht an die Staatsbürgerschaft, sondern an den Wohnsitz geknüpft sein. Die Votantin schlägt Jürg Messmer vor, seinen Antrag jetzt zurückzuziehen und auf die zweite Lesung eine optimierte Fassung zu beantragen. So kann auch der Regierungsrat diesbezüglich noch weitere Abklärungen vornehmen.

**Thomas Werner** möchte die vorhin diskutierte Unsicherheit klären und glaubt, eine hieb- und stichfeste Lösung vorlegen zu können. Neu soll der Antrag wie folgt lauten: «Besteht im Privatauszug einer Lehrperson ein Eintrag wegen eines Sexualdelikts gegen Kinder oder wegen Kinderpornografie, oder besteht gegen eine Lehrperson […].» Der Rest des Antrags bleibt unverändert.

**Jürg Messmer** entgegnet Esther Haas, dass – wie schon mehrfach gehört – nicht alle Eventualitäten abgedeckt werden können. Für ihn ist aber klar: Wenn eine gebürtige Deutsche seit dreissig Jahren in der Schweiz lebt und als Lehrerin tätig ist, dann gilt der Privat- bzw. Sonderprivatauszug. Wenn aber eine *neue* Lehrperson aus Deutschland oder Österreich in die Schweiz kommt, muss sie ein vergleichbares Dokument vorlegen. Es ist wohl nicht nötig, den Wohnsitz in den Erlasstext aufzunehmen – wobei diese Frage aber von der Redaktionskommission genauer geklärt werden müsste. Für den Votanten aber ist klar: Wenn die betreffende Person in der Schweiz einen Privatauszug beziehen kann, dann muss sie *diesen* vorlegen, im andern Fall ist ein vergleichbares Dokument aus dem anderen Land beizubringen. Und falls jetzt das Argument kommen solle, im wilden Kurdistan gebe es keine solchen Auszüge, ist dem entgegenzuhalten, dass kaum Lehrerinnen oder Lehrer von dort angestellt werden.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** hält fest, dass man die Schulbehörden nicht als blöd hinstellen sollte. Diese verlangen von einem ausländischen Bewerber die entsprechenden Dokumente, auch wenn diese im Gesetz nicht festgeschrieben sind. Das Wichtigste bei der Prävention solcher Delikte ist, dass die Schulbehörden sensibel und aufmerksam auf diese Thematik sind und die Möglichkeit haben, die entsprechenden Informationen zu bekommen. Man muss den Schulbehörden aber nicht alles im Detail vorschreiben. Sie werden die entsprechenden Informationen auch bei ausländischen Bewerbern einholen *müssen,* weil sie nicht das Risiko eingehen wollen, dass in ihrer Schule solche Delikte begangen werden.

**Zari Dzaferi** war selten in einem solchen Dilemma wie heute. Einerseits möchte er Schülerinnen und Schüler schützen, auch bei leichten Fällen, wie sie Thomas Werner ausgeführt hat. Er ging davon aus, dass der Konsum von Kinderpornografie oder das Betatschen von Schülerinnen und Schülern in einem Sonderprivatauszug aufgeführt ist. Gemäss den Ausführungen von Thomas Werner ist das aber nicht der Fall, und als Laie in diesem Gebiet muss der Votant das glauben. Andererseits: Wenn ein Schüler oder eine Schülerin einer Lehrperson eins auswischen will, weil er oder sie eine Zwei in Mathematik gekriegt hat oder irgendwie gemassregelt wurde, ist es ein Leichtes, der Lehrperson sexuelle Belästigung, etwa durch unziemliche Blicke, vorzuwerfen – was zu einer Verurteilung und zu einem lebenslangen Berufsverbot führen kann, ohne dass wirklich ein Delikt begangen wurde. Es ist hier an den Fall Rämibühl zu erinnern: 2009 las an der dortigen Kantonsschule ein Lehrer mit einer Klasse «Frühlings Erwachen» von Frank Wedekind, ein Stück Weltliteratur und eine Pflichtlektüre für Gymnasiasten. Weil er in diesem Zusammenhang das das Thema Sexualität aufgriff, wurde der Lehrer angeklagt und schliesslich verurteilt. Ein solcher Lehrer könnte im Kanton Zug nicht mehr unterrichten. Es gibt in diesem Zusammenhang also eine weit geöffnete Schere.
Dass Jürg Messmer die Problematik auch zu einem Ausländerthema macht und – wie von Kommissionspräsident Martin Pfister bereits bemerkt – die Schule für dumm verkaufen will, findet der Votant nicht richtig, zumal von gleicher Seite der SP vorgeworfen wird, sie betreibe Parteipolitik.

**Jürg Messmer** hält fest, dass heute eine Gesetzesgrundlage erarbeitet wird. Wenn dort der Begriff «Privatauszug» steht, wird damit nur die Grundlage für das Einfordern genau dieses Dokuments geschaffen, ein anders benanntes Papier ist nicht gültig. Mit seinem Ergänzungsantrag will der Votant ermöglichen, dass ein gleichwertiges Papier eingefordert werden kann; andernfalls nämlich gibt es keine Handhabe dafür.
Zu Zari Dzaferi: Es geht hier nicht um die Ausländerthematik. Es ist schade, dass man den Privatauszug und den Sonderprivatauszug im Ausland nicht kennt, sonst könnte man sich diese Diskussion nämlich ersparen. Und wenn eine Gesetzesgrundlage geschaffen wird, sollte diese Hand und Fuss haben. In diesem Sinn bittet der Votant, seinen Ergänzungsantrag zu unterstützen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** nimmt zu sechs Punkten Stellung:
• Thomas Werners Beurteilung der regierungsrätlichen Vorlage ist ambivalent: gut gemeint und schlecht gemacht. Es werde nur nachvollzogen, was sowieso gelte. Das trifft nicht zu. Der Arbeitgeber, namentlich die Gemeinden und die dort für die Anstellung der Lehrpersonen zuständige Behörde, wird verpflichtet, zu kontrollieren und entsprechend zu agieren: entweder nicht einzustellen oder bestehende Arbeitsverhältnisse sofort fristlos aufzukündigen. *Möglich* – dies zu Jürg Messmer – ist noch viel mehr, aber das *müssen* sie tun. Die Tätigkeitsverbote sind seit 1. Januar 2015 zwingend auszusprechen und dem Ermessen der Gerichte entzogen. Art. 67 Abs. 3 StGB enthält einen Katalog von Delikten, welche zwingend ein zehnjähriges Tätigkeitsverbot nach sich ziehen, unabhängig von der Schwere der Tat; in Bst. c ist auch die qualifizierte Pornografie aufgeführt. Seit Anfang 2015 ist also klar, was im Sonderprivatauszug landet. Dass die Gerichte *früher* im Aussprechen von Berufsverboten sehr zaghaft waren, trifft zu.
• Zum Detaillierungsgrad der Debatte hält der Bildungsdirektor generell fest, dass die Auslegung und Prüfung der gesetzlichen Grundlagen eine Aufgabe der vorberatenden Kommission ist. Und diese wollte sehr vieles sehr genau wissen. Die Bildungsdirektion musste umfangreiche Dokumente nachliefern, und die Kommission hat den fraglichen Strafgesetzartikel sehr genau unter die Lupe genommen. Die Materie ist komplex, die Bezeichnungen haben geändert, und es musste – Zug hat dies als erster Kanton getan – auch abgeklärt werden, wie die altrechtlichen Berufsverbote in die neurechtlichen Tätigkeitsverbote übersetzt werden. Es kann aber nicht sein, dass im Ratsplenum solche Detaildebatten geführt werden. Wenn wirklich grundlegenden Zweifel bestünden, müsste die Vorlage an die Kommission zurückgewiesen werden. Als Fazit bleibt, wie schon gesagt: Man ist sich so einig wie sonst kaum jemals, im Detail aber wird um jedes Komma gestritten.
• Zu den Fragen von Kurt Balmer: Der Bildungsdirektor wurde vorinformiert, dass im Rat zusätzliche Auskünfte bezüglich der Bedeutung von «aktuell» in Zusammenhang mit dem Privatauszug verlangt würden und konnte entsprechende Abklärungen treffen. Wichtig ist festzuhalten, dass Sonderprivatauszug und Privatauszug Momentaufnahmen und am Tag nach dem Erstellen bereits veraltet sind. Wirklich aktuell sind sie also nur am Tag, an dem sie ausgestellt wurden. Die Praxis wird weisen müssen, wie mit dieser Tatsache umgegangen wird. Bei den Bundesbehörden gibt es ein *Tool,* womit man leere Auszüge überprüfen kann, wobei diese aber nicht älter als sechs Monate sein dürfen. Gemeinhin gilt in der Praxis ein Auszug also bis sechs Monate als aktuell, wobei Behörden und Private selbstverständlich aktuellere Versionen verlangen können. Der Bildungsdirektor weiss nicht, ob sich beispielsweise EDK-weit eine bestimmte Praxis durchsetzen wird, möchte aber davon abraten, dies im Gesetz zu regeln. Sonst legt man beispielsweise einen Monat fest, während sich überall sonst eine Dauer von nur drei Wochen etabliert.

• Bei der Frage zur Wendung «tatsächlich in Frage kommt» scheint ein Missverständnis vorzuliegen. Geregelt werden die Pflichten des Arbeitgebers, nicht die Interessenlage des oder der Bewerbenden. Mit der fraglichen Wendung soll verhindert werden, dass mit der Ausschreibung einer Stelle *per se* ein solcher Auszug verlangt wird. Vielmehr soll dieser – wie Kurt Balmer richtig vermutet – erst auf die zweite Runde hin beigebracht werden müssen. Wenn also von dreissig Bewerbenden vier in die zweite Runde eingeladen werden, wird von diesen vier ein Auszug verlangt. Das ist mit «tatsächlich in Frage kommt» gemeint.
• Zur Frage der rechtskräftigen Einträge hält der Bildungsdirektor fest, dass im Strafregister sämtliche rechtskräftigen Urteile plus die aktuellen Untersuchungen eingetragen sind. Darauf haben aber nur Behörden Zugriff. Privatpersonen können nur Auszüge bestellen, und diese enthalten nur die rechtskräftigen Urteile; laufende Untersuchungen, die sich in der Tat über Jahre hinziehen können, sind nicht ersichtlich. Das ist ein Grundproblem. Es wurde aber schon mehrmals darauf hingewiesen, dass es nie 100 Prozent Sicherheit gibt und nicht alle Eventualitäten geregelt werden können. Damit muss man leben, und der Bildungsdirektor glaubt, dass man auch mit dieser Unsicherheit weit über 80 Prozent Reichweite erzielt.
• Der Bildungsdirektor bittet, den Antrag von Jürg Messmer bezüglich gleichwertiger Dokumente von ausländischen Bewerbenden abzulehnen. Man kann nicht jedes Detail regeln. Es braucht auch einen Ermessenspielraum, und man kann sich sehr wohl auf den guten Willen und das Verantwortungsbewusstsein der Anstellungsbehörden verlassen.
Zusammenfassend bittet der Bildungsdirektor, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen, und dankt dafür.

Der **Vorsitzende** erläutert das weitere Vorgehen. Fraktionschef Manuel Brandenberg hat mitgeteilt, dass die SVP-Fraktion ihren Eventual- und Subeventualantrag zurückzieht, da diese im Antrag der FDP-Fraktion enthalten sind. Damit stehen folgende Abstimmungen an:
• Grundsatzfrage bezüglich Befristung (Antrag FDP) bzw. Nichtbefristung (Antrag SVP) des Privatauszugs.
• Allfällige Ergänzung der gesetzlichen Voraussetzungen, konkret: Erweiterung der Einleitung zu Abs. 1a gemäss Antrag der SVP-Fraktion. Dazu liegt der Antrag vor, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.
• Antrag Jürg Messmer betreffend ausländische Lehrpersonen.

**Abstimmung 1**

➔ Der Rat beschliesst mit 54 zu 17 Stimmen, das zusätzliche Vorlegen eines Privatauszugs bis zum 31. Dezember 2024 zu befristen.

**Abstimmung 2**

**Andreas Hausheer** versteht – wie wohl noch weitere Ratsmitglieder – nicht, warum nach dem eben gefällten Entscheid einleitend noch die Wendung «Besteht im Privatauszug […]» zugefügt werden muss. Der Privatauszug muss jetzt ja während zehn Jahren beigebracht werden und muss deshalb einleitend nicht mehr speziell erwähnt werden.

Landschreiber **Tobias Moser** verweist auf das vorletzte Votum des Bildungsdirektors. Der Antrag der SVP-Fraktion sieht in der letzten Zeile von Abs. 1a vor, dass ein aktueller Privatauszug vorgelegt werden muss, wobei der Rat eben beschlossen hat, dass dieser Privatauszug gemäss Antrag der FDP-Fraktion mit einer Befristung ins Gesetz aufgenommen werden soll. Nun kommt ein qualifizierendes Element, eine Tatbestandsvoraussetzung dazu: «Besteht im Privatauszug einer Lehrperson ein Eintrag wegen eines Sexualdelikts gegen Kinder oder wegen Kinderpornografie, […]. Diese Ergänzung braucht es, um alle Fälle abdecken zu können, wie es Thomas Werner ausgeführt hat. Die beiden Anträge schliessen sich nicht aus; man kann beide Elemente hineinnehmen oder nicht. Im Weiteren stellte Thomas Werner den Antrag, die Abstimmung über diesen zusätzlichen einleitenden Teilsatz unter Namensaufruf durchzuführen; dafür sind 20 Stimmen erforderlich.

Bildungsdirektor **Stephan** Schleiss hält fest, dass der Regierungsrat seinen Antrag beibehalten will. Bevor man aber weiss, was dem regierungsrätlichen Antrag konkret gegenübergestellt wird, müssen die vielen beantragten Untervarianten bereinigt werden. Im Moment geht es um die Bereinigung der Frage, wie der Privatauszug eingefordert und behandelt werden soll. Der Rat hat beschlossen, dass der Privatauszug, wenn er – entgegen dem Antrag der Regierung – überhaupt eingefordert werden soll, nur befristet auf zehn Jahre eingeholt werden soll. Jetzt muss noch festgelegt werden, was die Anstellungsbehörden in den Gemeinden damit tun sollen; das geschieht in der von der SVP beantragten Ergänzung zum ersten Satz. Die von der SVP beantragte Ergänzung im letzten Satz besagt nur, dass die Behörden auch den Privatauszug einverlangen müssen; was sie damit tun sollen, wird nicht gesagt. Wenn den Behörden aber der Auftrag gegeben werden soll, dass ein Privatauszug, der nicht *clean* ist, sondern Einträge wegen Sexualdelikten gegen Kinder oder wegen Kinderpornografie aufweist, die gleichen Folgen haben muss wie ein nicht-*cleaner* Sonderprivatauszug, muss das auch in die erste Zeile hineingeschrieben werden.

Landschreiber **Tobias Moser** ergänzt, dass der Antrag des Regierungsrats dem in der Einleitung ergänzten Antrag der SVP-Fraktion gegenübergestellt wird. Dann kann der Rat seinen Willen in diesem Punkt zum Ausdruck bringen. Die Sache ist mit den neuen Formulierungen und den Fachbegriffen etwas anspruchsvoller geworden.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** weist darauf hin, dass man – jetzt befristet – einen Privatauszug verlangen kann, trotzdem aber die Ergänzung des Einleitungssatzes, also den Automatismus eines Tätigkeitsverbots bei entsprechenden Einträgen im Privatauszug ablehnen kann. Man kann also für den Privatauszug sein, den entsprechenden Automatismus aber ablehnen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun darüber abgestimmt wird, ob die folgende Abstimmung unter Namensaufruf erfolgt. Dafür sind 20 Stimmen notwendig.

➔ Der Rat beschliesst mit 23 Ja-Stimmen, die Abstimmung über die von der SVP-Fraktion beantragte Ergänzung der Einleitung zu Abs. 1a unter Namensaufruf durchzuführen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über die von der SVP-Fraktion beantragte Ergänzung des Einleitungssatzes zu Abs. 1a abgestimmt wird. Die Einleitung soll um

den folgenden Teilsatz ergänzt werden: «Besteht im Privatauszug einer Lehrperson ein Eintrag wegen eines Sexualdelikts gegen Kinder oder wegen Kinderpornografie». Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

**Adrian Andermatt** gesteht, dass er nach wie vor nicht wirklich versteht, worüber abgestimmt wird.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass über die Ergänzung des Einleitungssatzes gemäss Antrag der SVP-Fraktion abgestimmt wird.

**Thomas Lötscher** erläutert, dass in der ersten Abstimmung die Befristung des Privatauszugs beschlossen wurde. Wenn jetzt die Formulierung der SVP eine Mehrheit findet, wird sie also mit der Befristung beschlossen. Wenn die Formulierung der SVP nicht durchkommt, gilt die Version der Regierung, und diese bedarf keiner Befristung.

Kommissionspräsident **Martin Pfister** erklärt nochmals, dass es im Moment um die Bereinigung der verschiedenen Anträge zu Abs. 1a geht, so dass dieser anschliessend dem Vorschlag des Regierungsrats gegenübergestellt werden kann.

Wenn **Heini Schmid** die Debatte richtig versteht, geht es materiell um zwei Punkte: In der Einleitung wird gesagt, welche Straftaten ein Berufs- bzw. Anstellungsverbot zur Folge haben sollen, und im letzten Satz geht es um die Frage, welche Dokumente bei einer Bewerbung vorgelegt werden müssen. Der Votant schlägt vor, diese zwei Fragen bei der Abstimmung zu trennen. Zuerst muss sich der Rat klar werden, welche Dokumente der Bewerber vorlegen muss – Sonderprivatauszug, zusätzlich befristet ein Privatauszug ja/nein –, und anschliessend muss er entscheiden, welche Straftaten ein Berufsverbot auslösen sollen. Die Abstimmung wäre klarer, wenn diese zwei Fragen auseinandergehalten und nicht vermischt würden.

**Thomas Lötscher** möchte eine Rückweisung an die vorberatende Kommission vermeiden und versucht nochmals, Klarheit zu schaffen. Die von der SVP beantragte Formulierung ist eine materielle Einheit. Es gibt keinen Grund, die Ergänzung im ersten Satz und den Zusatz im letzten Satz zu trennen; es liegt auch kein Antrag vor, diese Teile zu trennen. Die vorhin beschlossene Befristung macht nur Sinn in Bezug auf den Privatauszug. Die Idee ist ja, dass im Sonderprivatauszug bislang nicht alles ersichtlich ist und es eine gewisse Zeit braucht, bis entsprechende Änderungen vollzogen und im Sonderprivatauszug sämtliche Delikte enthalten sind. Das wird abgefangen mit der beschlossenen Befristung für den Privatauszug. In der Variante der Regierung, die nur den Sonderprivatauszug vorsieht, macht die Befristung keinen Sinn. Deshalb kann der Rat nun darüber befinden, ob er die Variante der SVP-Fraktion will, die – mit der beschlossenen Befristung – auch einen Privatauszug verlangt, oder ob er der Variante des Regierungsrats den Vorzug geben will. Und für diese Abstimmung hat der Rat bereits den Namensaufruf beschlossen.

Für **Stefan Gisler** stimmt die Argumentation von Thomas Lötscher nicht. Er bittet, auf den Kommissionspräsidenten und den Regierungsrat zu hören. Es gibt wirklich wesentliche Unterschiede, nämlich einerseits bezüglich der Frage, welche Dokumente eingeholt werden müssen, andererseits bezüglich der Konsequenzen. Gemäss dem vom Rat genehmigten Antrag der FDP-Fraktion müssen die Behörden in

den nächsten zehn Jahren einen Sonderprivatauszug *und* einen Privatauszug einholen. Der SVP-Antrag besagt nun, dass sich aus den eingeholten Auszügen Folgen ergeben müssen: Wenn im Privatauszug und/oder im Sonderprivatauszug irgendein Hinweis auf sexuelle Handlungen mit Kindern etc. besteht, dann ist zwingend ein Tätigkeitsverbot auszusprechen. Wenn man dem FDP-Antrag zustimmt, in der Einleitung aber der Regierung folgt, bedeutet das, dass zwar beide Auszüge eingeholt werden müssen, die Behörde aber nur dann zwingend ein Tätigkeitsverbot aussprechen muss, wenn der Sonderprivatauszug einen entsprechenden Eintrag enthält; wenn hingegen im Privatauszug ein entsprechender Eintrag steht, hat die Behörde – das ist die Argumentation des Kommissionspräsidenten – einen gewissen Spielraum und kann ein Tätigkeitsverbot aussprechen oder nicht – der Kommissionspräsident hat hier das Beispiel der Jugendliebe erwähnt. Das ist es, worüber abgestimmt wird. Und wenn das nicht allen klar ist, dann bittet der Votant um eine Rückweisung an die Kommission, damit das auf die zweite Lesung hin sauber dargelegt werden kann. Allerdings ist sich der Votant nicht ganz sicher, ob er das Ganze wirklich richtig versteht, und bittet deshalb den Kommissionspräsidenten und den Bildungsdirektor und allenfalls auch Thomas Werner um eine Stellungnahme dazu.

Für **Thomas Werner** ist das Ganze jetzt nicht mehr so unklar wie noch vor zehn Minuten. Er sieht deshalb keinen Grund für eine Rückweisung an die Kommission. Der Rat hat entschieden, dass in den nächsten zehn Jahren ein Privatauszug *und* ein Sonderprivatauszug angefordert werden muss. Der Einleitungssatz verlangt, dass diese Auszüge eine Folge haben, und mit der dort beantragten Ergänzung soll eine Lücke geschlossen werden: nämlich dass Personen, die im Privatauszug heute schon einen Eintrag wegen eines Sexualdelikts gegen Kinder haben, nicht angestellt werden dürfen. Andernfalls werden in den nächsten zehn Jahren noch Personen angestellt, die sich eines Verbrechens gegen Kinder schuldig gemacht haben.

**Thomas Lötscher** stellt fest, dass es ihm nicht wirklich gelungen ist, Klarheit zu schaffen. Er glaubt auch nicht, dass dies in der laufenden Diskussion noch gelingt. Es stellt deshalb den **Antrag,** dieses Geschäft gemäss § 58 GO KR an die Kommission zurückzuweisen. Grundsätzlich ist klar, was der Rat will, aber es braucht nun ein seriöses Aushandeln.

Wenn Kommissionspräsident **Martin Pfister** den Auftrag an die Bildungskommission richtig versteht, geht es darum, herauszufinden, wie man über die vorliegenden Fragen abstimmt. Die Anträge liegen ja auf dem Tisch, und alle wissen, worum es geht. Das Problem liegt einzig darin, dass sich der Rat auf kein Verfahren einigen kann, wie man am Schluss zu einem Paragrafen kommt. Wenn das tatsächlich der Auftrag an die Bildungskommission sein sollte, dann möchte der Votant doch eher dem Landschreiber Zeit geben, um genau zu prüfen, ob nicht heute noch sauber über die anstehende Fragen abgestimmt werden kann – und nachher tatsächlich darüber abzustimmen. Natürlich kann auch die Kommission über das Verfahren sprechen, materiell aber muss dort keine Diskussion mehr geführt werden. In diesem Sinn schlägt der Kommissionpräsident vor, zum nächsten Traktandum überzugehen und den Landschreiber in die Klausur zu schicken, damit er am Nachmittag einen Vorschlag machen kann, wie über dieses Geschäft regulär abgestimmt werden kann.

**Kurt Balmer** glaubt von sich, dass er das vorgesehene Abstimmungsprozedere zumindest teilweise verstanden hat – aber eben nur teilweise. Und wahrscheinlich geht es noch einigen weiteren Leuten im Saal ähnlich. Es geht im Prinzip in diesem

Gesetzesartikel um zwei verschiedene Dinge, die zumindest teilweise etwas vermischt werden. Aus diesem Grund unterstützt er den von Stefan Gisler sinngemäss bereits vorgebrachten und von Thomas Lötscher gestellten Antrag, das Geschäft an die vorberatende Kommission zurückzuweisen. Er ist im Moment nicht in der Lage, das Abstimmungsprozedere wirklich nachzuvollziehen, und er ist auch überzeugt, dass der Rat heute nicht mehr die nötige Klarheit gewinnt. Die Kommission soll, selbstverständlich in Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat, die verschiedenen Anträge und das Prozedere nochmals sauber klären. Immerhin ist festzustellen, dass der SVP-Antrag heute auch nochmals ergänzt und korrigiert werden musste, dazu kamen die diversen anderen Anträge. Der Votant bittet deshalb, dem Rückweisungsantrag zu folgen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass eine Rückweisung an die vorberatende Kommission zwei Drittel der Stimmenden erfordert.

➔ Der Rat lehnt die Rückweisung der Vorlage an die vorberatende Kommission mit 49 zu 18 Stimmen ab.

**Andreas Hausheer** stellt den **Antrag,** die Beratung dieser Vorlage befristet bis am Nachmittag zu sistieren. Gemäss § 59 GO KR braucht es dafür zwei Drittel der Stimmenden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag, die Beratung der Vorlage bis zum Nachmittag zu sistieren.

TRAKTANDUM 10
**Geschäft, das am 2. Juli 2015 nicht behandelt werden konnte:**

**223** Traktandum 10.1: **Interpellation von Anna Bieri betreffend Ausbau der Fernmeldeinfrastruktur im Kanton Zug**
Vorlagen: 2474.1 - 14864 (Interpellationstext); 2474.2 - 14959 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellantin **Anna Bieri** ist Informatiklehrerin an der Kantonschule Zug, was allerdings weniger Interessenbindung als vielmehr Motivation und Auslöser für die in der Interpellation gestellten Fragen war. Ihren Schülerinnen und Schülern war klar, dass ein ausgezeichneter Standard der Fernmeldeinfrastruktur im Standortwettbewerb von grosser Bedeutung ist, gerade für innovative, potenziell zuziehende Firmen. Sie waren aber auch der Ansicht, dass der Zugang zur Kommunikation spezifisch für den Kanton Zug in Relation zu seiner Bedeutung zu wenig prominent diskutiert wird. Die Interpellantin hat sich deshalb informiert und versucht, mit ihren Fragen die notwendige Plattform zu schaffen.
Die Votantin dankt der Regierung für die freundliche Entgegennahme ihrer Fragen und deren ausführliche Beantwortung. Der Regierungsrat stellt darin fest, dass die heutige Situation sehr gut ist; auch die Aussichten der Infrastrukturbetreiber stimmen optimistisch. Die Votantin stellt zufrieden fest, dass auch der Regierungsrat diese Fragestellungen als strategisch bedeutend beurteilt und die Thematik Fernmeldeinfrastruktur als wichtiges Standortkriterium klassiert – was aus Sicht der Vo-

tantin übrigens auch für die mobilen Funksysteme gilt. Es war deshalb richtig und wichtig, den Scheinwerfer darauf zu richten und dies auch künftig zu tun.
In Anbetracht der Traktandenliste verzichtet die Votantin auf detaillierte Ausführungen und dankt dem Regierungsrat nochmals für seine schnellen Leitungen und die ausführliche Zusammenstellung.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 11

**224 Motion von Manfred Wenger betreffend ordentliche Zonenausscheidung der Naturschutzgebiete Zone A + B**

Vorlagen: 2381.1/1a - 14662 (Motionstext); 2381.2/2a/2b - 14974 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Hanni Schriber-Neiger:** Die ALG unterstützt die vom Regierungsrat beantragte Nichterheblicherklärung der Motion, da beide vom Motionär verlangten Verfahren nicht Sache des Kantons, sondern Sache der Stadt sind. Trotzdem möchte die ALG in diesem Zusammenhang auf einige Punkte hinweisen.
Der Regierungsrat beschreibt den Umgang mit den Zonen A und B, also den Kern- und Pufferzonen. Man muss dazu aber festhalten, dass sie zwar weiss, wie es wäre, aber nur bedingt umsetzt bzw. umgesetzt hat. So sind – wie man in der Beilage sieht – nicht alle A-Zonen mit puffernden B-Zonen umgeben. Der Mehrwert von A-Zonen geht dadurch leider etwas verloren. Die B-Zonen müssen nach Ansicht der ALG nicht gross sein; 20 Meter können teilweise bereits reichen. Sie müssen aber eingehalten werden. Daher kommen beispielsweise Wege etc. darin nicht vor. Der Choller in Zug ist ein Spezialfall bzw. liegt an einem Gewässer. Hier kommen A- und B-Zonen je nachdem anders zu liegen, da es vor allem um die Wassertiere, insbesondere die Wasservögel, geht. Daher ist es dort wichtig, dass die Uferzonen A-Zonen sind, wobei man mit den B-Zonen noch gewisse Möglichkeiten hätte.

**Barbara Gysel** erklärt, dass die SP-Fraktion die Nichterheblicherklärung der Motion unterstützt.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend nicht erheblich.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

16. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 27. August 2015 (Nachmittag)
Zeit: 13.45 – 17.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratsvizepräsident Thomas Lötscher, Neuheim

**Protokoll**
Beat Dittli

## 225 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Vroni Straub-Müller, Zug; Oliver Wandfluh, Baar; Anastas Odermatt, Steinhausen.
Die Sitze der zurückgetretenen Kantonsräte Beat Wyss und Thomas Wyss, beide Oberägeri, sind im Moment noch vakant.

## 226 Mitteilung

Kantonsratspräsident Moritz Schmid teilt mit, dass er wegen seiner angeschlagenen Stimme den Vorsitz für die Nachmittagssitzung an den Kantonsratsvizepräsidenten Thomas Lötscher abtritt.

TRAKTANDUM 9 (Fortsetzung)

## 227 Änderung des Schulgesetzes

Vorlagen: 2482.1 - 14882 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2482.2 - 14883 (Antrag des Regierungsrats); 2482.3 - 14993 (Bericht und Antrag der Bildungskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

Der **Vorsitzend**e schlägt nach Absprache mit dem Kommissionspräsidenten, dem Bildungsdirektor und dem Landschreiber folgendes Prozedere zu den Abstimmungen vor:

- Zuerst werden in zwei Schritten die im Plenum gestellten Anträge der FDP-Fraktion und der SVP-Fraktion bereinigt.
- Danach wird in einem dritten Schritt dieser bereinigte Antrag dem Antrag des Regierungsrats gegenübergestellt.
- In einem vierten Schritt wird über den Antrag von Jürg Messmer abgestimmt, der seine Ergänzung betreffend ausländische Lehrpersonen in jedem Fall im Gesetz verankert haben will, also unabhängig von der Bereinigung des Erlasstextes.

Dem Stillschweigen des Rats entnimmt der Vorsitzende, dass dieser mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden ist.

**Abstimmung 1**

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Rat der von der FDP-Fraktion beantragten Befristung des Privatauszugs bis zum 31. Dezember 2024 am Vormittag bereits zugestimmt hat.

**Abstimmung 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es in dieser Abstimmung darum geht, ob der Einleitungssatz gemäss Antrag der SVP erweitert werden soll. Wenn der Rat diesen Antrag annimmt, hat die Behörde die Verpflichtung, Lehrpersonen mit einem Eintrag im Privatauszug wegen eines Sexualdelikts gegen Kinder oder wegen Kinderpornografie nicht zu beschäftigen. Wird dieser Antrag abgelehnt, müssen die in Frage kommenden Lehrpersonen der Behörde bis zum 31. Dezember 2024 zwar einen aktuellen Privatauszug vorlegen, die Behörde kann dann aber in eigenem Ermessen über eine Beschäftigung entscheiden.
Diese Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt. Wer «Ja» sagt, ist für die Ergänzung des Einleitungssatzes gemäss Antrag der SVP-Fraktion, wer «Nein» sagt, ist gegen diesen Antrag.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Ja |
| Brunner Philip C. | Ja |
| Camenisch Philippe | Ja |
| Christen Hans | Nein |
| Gisler Stefan | Nein |
| Gysel Barbara | Ja |
| Landtwing Alice | Ja |
| Marti Daniel | Nein |
| Messmer Jürg | Ja |
| Raschle Urs | Ja |
| Rüegg Richard | Ja |
| Sivaganesan Rupan | Ja |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Nein |
| Stadlin Daniel | Nein |
| Stocker Cornelia | Ja |
| Straub-Müller Vroni | Abwesend |
| Thalmann Silvia | Ja |
| Umbach Karen | Ja |
| Vollenweider Willi | Ja |
| | |
| Dittli Laura | Nein |
| Letter Peter | Nein |
| vakant | –– |
| vakant | –– |
| | |
| Hess Mariann | Nein |
| Hess-Brauer Iris | Nein |
| Ingold Gabriela | Ja |

| | |
|---|---|
| Iten Beat | Nein |
| Ryser Ralph | Ja |
| Werner Thomas | Ja |
| | |
| Barmet Monika | Nein |
| Etter Andreas | Nein |
| Nussbaumer Karl | Ja |
| | |
| Abt Daniel | Ja |
| Andermatt Adrian | Nein |
| Andermatt Pirmin | Nein |
| Dzaferi Zari | Ja |
| Frei Pirmin | Nein |
| Gössi Alois | Nein |
| Hostettler Andreas | Nein |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Nein |
| Lustenberger Andreas | Nein |
| Pfister Martin | Nein |
| Riboni Michael | Ja |
| Riedi Beni | Ja |
| Schmid Heini | Nein |
| Wandfluh Oliver | Abwesend |
| | |
| Baumgartner Hans | Nein |
| Birrer Walter | Ja |
| Bühler Olivia | Nein |
| Gander Thomas | Ja |
| Haas Esther | Nein |
| Mösch Jean-Luc | Ja |
| Renggli Silvan | Nein |
| Sieber Beat | Ja |
| Soltermann Claus | Ja |
| Suter Rainer | Ja |
| | |
| Andenmatten-Helbling Karin | Nein |
| Bieri Anna | Nein |
| Hofer Rita | Nein |
| Schuler Hubert | Ja |
| Unternährer Beat | Nein |
| Villiger Thomas | Ja |
| | |
| Burch Daniel | Ja |
| Hausheer Andreas | Nein |
| Hürlimann Andreas | Nein |
| Meierhans Thomas | Nein |
| Odermatt Anastas | Abwesend |
| Weber Monika | Ja |
| | |
| Balmer Kurt | Nein |
| Burch Daniel Thomas | Nein |

| | |
|---|---|
| Roos Flavio | Ja |
| Schriber-Neiger Hanni | Nein |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Ja |
| Wiederkehr Roger | Nein |
| | |
| Schmid Moritz | Ja |
| Weber Florian | Ja |
| | |
| Henseler Emanuel | Nein |
| Lötscher Thomas | –– |

➔ Bei 37 Ja- und 37 Nein-Stimmen beschliesst der Rat mit Stichentscheid des Vorsitzenden, den Einleitungssatz von § 46 Abs. 1a gemäss Antrag der SVP-Fraktion zu ergänzen.

**Abstimmung 3**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die bereinigte Fassung dem Antrag des Regierungsrats gegenübergestellt wird. Wenn der Rat für den Antrag des Regierungsrats stimmt, entfallen sämtliche Ergänzungen des Erlasstextes, die der Rat bisher beschlossen hat.

**Thomas Werner** will nicht übermässig penetrant sein, aber das Thema liegt ihm wirklich am Herzen. Er stellt deshalb den **Antrag,** auch die folgende Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die folgende Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, mit 28 Ja-Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass «Eins» Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats, also ohne Regelung zum Privatauszug, bedeutet. «Zwei» bedeutet Zustimmung zur bereinigten Fassung aus Abstimmung 1 und 2.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Zwei |
| Brunner Philip C. | Zwei |
| Camenisch Philippe | Zwei |
| Christen Hans | Zwei |
| Gisler Stefan | Eins |
| Gysel Barbara | Eins |
| Landtwing Alice | Zwei |
| Marti Daniel | Zwei |
| Messmer Jürg | Zwei |
| Raschle Urs | Zwei |
| Rüegg Richard | Zwei |
| Sivaganesan Rupan | Eins |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Eins |

| | |
|---|---|
| Stadlin Daniel | Zwei |
| Stocker Cornelia | Zwei |
| Straub-Müller Vroni | Abwesend |
| Thalmann Silvia | Eins |
| Umbach Karen | Zwei |
| Vollenweider Willi | Zwei |
| | |
| Dittli Laura | Eins |
| Letter Peter | Zwei |
| vakant | –– |
| vakant | –– |
| | |
| Hess Mariann | Eins |
| Hess-Brauer Iris | Eins |
| Ingold Gabriela | Zwei |
| Iten Beat | Eins |
| Ryser Ralph | Zwei |
| Werner Thomas | Zwei |
| | |
| Barmet Monika | Eins |
| Etter Andreas | Eins |
| Nussbaumer Karl | Zwei |
| | |
| Abt Daniel | Zwei |
| Andermatt Adrian | Zwei |
| Andermatt Pirmin | Zwei |
| Dzaferi Zari | Eins |
| Frei Pirmin | Eins |
| Gössi Alois | Eins |
| Hostettler Andreas | Zwei |
| Hürlimann Markus | Zwei |
| Imfeld Nicole | Eins |
| Lustenberger Andreas | Eins |
| Pfister Martin | Eins |
| Riboni Michael | Zwei |
| Riedi Beni | Zwei |
| Schmid Heini | Eins |
| Wandfluh Oliver | Abwesend |
| | |
| Baumgartner Hans | Eins |
| Birrer Walter | Zwei |
| Bühler Olivia | Eins |
| Gander Thomas | Zwei |
| Haas Esther | Eins |
| Mösch Jean-Luc | Zwei |
| Renggli Silvan | Eins |
| Sieber Beat | Zwei |
| Soltermann Claus | Zwei |
| Suter Rainer | Zwei |
| | |
| Andenmatten-Helbling Karin | Eins |

| | |
|---|---|
| Bieri Anna | Eins |
| Hofer Rita | Eins |
| Schuler Hubert | Eins |
| Unternährer Beat | Zwei |
| Villiger Thomas | Zwei |
| | |
| Burch Daniel | Zwei |
| Hausheer Andreas | Zwei |
| Hürlimann Andreas | Eins |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Abwesend |
| Weber Monika | Zwei |
| | |
| Balmer Kurt | Eins |
| Burch Daniel Thomas | Eins |
| Roos Flavio | Zwei |
| Schriber-Neiger Hanni | Eins |
| Stuber Daniel | Zwei |
| Werder Matthias | Zwei |
| Wiederkehr Roger | Eins |
| | |
| Schmid Moritz | Zwei |
| Weber Florian | Zwei |
| | |
| Henseler Emanuel | Zwei |
| Lötscher Thomas | — |

➔ Der Rat genehmigt mit 42 zu 32 Stimmen die in Abstimmung 1 und 2 bereinigte Fassung *mit* der Regelung zum Privatauszug.

**Abstimmung 4**

Der **Vorsitzende** erläutert, dass nun über den Antrag von Jürg Messmer betreffend ausländische Lehrpersonen abgestimmt wird

**Jean-Luc Mösch** stellt in Bezug auf das von Jürg Messmer eingebrachte Thema richtig, dass nicht nur das Fürstentum Liechtenstein ein dem schweizerischen Sonderprivatauszug entsprechendes Dokument kennt. Seine Abklärungen haben ergeben, dass es in der Bundesrepublik Deutschland neben dem «Führungszeugnis» auch das «Erweiterte Führungszeugnis» gibt, in dem explizit Sexualdelikte eingetragen sind. Jeder ausländische bzw. zumindest jeder deutsche Bürger kann dieses Dokument also ohne grossen Aufwand beibringen; die explizite Erwähnung der ausländischen Lehrpersonen im Gesetz ist deshalb nicht nötig. Im Übrigen gibt es mittlerweile auch ein «Europäisches Führungszeugnis», dem sich verschiedene europäische Staaten angeschlossen haben.

Für **Jürg Messmer** liegt das Problem genau darin, dass man in der Schweiz vom «Privatauszug» spricht, in Deutschland das entsprechende Dokument aber einen anderen Namen trägt. Wenn im Gesetz die Bezeichnung «Privatauszug» bzw. «Sonderprivatauszug» steht, kann das entsprechende Dokument in Deutschland

nicht eingefordert werden, weil es dort anders heisst. Die Ergänzung «oder […] ein gleichwertiges Dokument» ist deshalb wichtig – ob dieses nun «Führungszeugnis» oder wie auch immer heisst.

Der **Vorsitzende** wiederholt den Wortlaut des Antrags Messmer: «[…] einen aktuellen Sonderprivatauszug gemäss Art. 371a StGB *oder, bei ausländischen Lehrpersonen, ein gleichwertiges Dokument* vorzulegen.»

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Jürg Messmer mit 42 zu 28 Stimmen zu.

**II. und III.**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**IV.**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatskanzlei die Referendumsklausel ergänzen wird. Der Regierungsrat beantragt in Ziff. 10 seines Berichts und Antrags, dass die vorliegende Änderung des Schulgesetzes nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist oder nach der Annahme durch das Volk an dem vom Regierungsrat bestimmten Zeitpunkt in Kraft tritt. Die Staatskanzlei ergänzt diese Inkrafttretensklausel. Es gibt keine abweichenden Anträge.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 5
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**228** Traktandum 5.1: **Motion von Thomas Werner und Beni Riedi betreffend Standesinitiative für eine Ergänzung im BüG (Bürgerrechtsgesetz), dass künftig keine Doppelbürgerschaft mehr möglich ist, vom 23. Juni 2015**
Vorlage: 2528.1 - 14970 (Motionstext).

**Alois Gössi** stellt den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Als der liberalste aller Kantonsräte überweist er prinzipiell jede Motion an den Regierungsrat – mit einer Ausnahme: Er ist gegen Standesinitiativen, die nicht übermässig einem Bedürfnis des Kantons Zug entsprechen. Und bei dieser Motion zur Verhinderung von Doppelbürgschaften kann der Votant wirklich kein übermässiges Interesse des Kantons Zug erkennen, dies wohl im Gegensatz zu den beiden Motionären.
Es gilt, stufengerecht zu politisieren, also kantonale Sachen im Kantonsrat zu behandeln, nationale Sachen hingegen Bundesbern zu überlassen. Jede im Kantonsrat vertretene Partei hat ja National- und Ständeräte, über die sie in Bern solche Anliegen einbringen kann. Und zum Anliegen der Motionäre selber: Es gab schon

einen ähnlichen Vorstoss von SVP-Nationalrätin Jasmin Hutter, der nicht erfolgreich war. Aktuell ist zudem ein Vorstoss von SVP-Nationalrat Lukas Reimann hängig, der sich um das gleiche Thema dreht, im Rat jedoch noch nicht behandelt wurde.
Der Votant lehnt die Überweisung aus den folgenden Gründen ab:
- Es ist kein grosses Interesse des Kantons Zug an dieser Standesinitiative zu erkennen.
- Das Thema «Doppelbürgerschaft bei einer Einbürgerung aufgeben» ist in Bern bereits aufgegleist. Wieso sollte der Kanton Zug quasi das Gleiche mittels einer Standesinitiative nochmals einbringen?

Der Votant dankt für die Unterstützung seines Nichtüberweisungsantrags.

**Stefan Gisler** teilt mit, dass auch die ALG gegen eine Überweisung ist, dies primär aus formalen Gründen. Standesinitiativen sind ein Instrument für kantonsspezifische Anliegen. Hier aber zeigen die Motionäre keinen einzigen Zug-spezifischen Aspekt auf. Das ist nicht verwunderlich, handelt sich doch um ein nationales Thema, und darum gehört ein solches Anliegen ganz einfach ins Bundesparlament. Dieses Thema wurde in Bern ja bereits mehrfach behandelt:
- Es gab dazu zwei Motionen von Jasmin Hutter, beide wurden vom Bundesrat nach vertieften Abklärungen, auch bei den Kantonen, abgelehnt. Die erste Motion wurde 2006 abgeschrieben, die zweite vom Nationalrat am 3. März 2010 mit 121 zu 63 Stimmen abgelehnt.
- Im Rahmen der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes im Jahr 2014 wurde die Doppelbürgerschaft vom Parlament behandelt und nicht in Frage gestellt.
- Aktuell ist ein mit dieser Motion identischer Vorstoss, eingereicht vom St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann, in Bern hängig und wird vom Nationalrat bald beraten.

Es braucht den Zuger Vorstoss also nicht, um das Thema in Bern auf den Tisch zu bringen. Vielleicht hat die SVP ja kein Vertrauen in die Arbeit ihrer Nationalräte und deren Durchsetzungskraft und bemüht darum kantonale Parlamente, um Schützenhilfe zu leisten. Das macht sie übrigens nicht nur im Kanton Zug, sondern beispielsweise auch in Nidwalden, wo die Regierung und die vorberatende Kommission für Staatspolitik einen gleichlautenden Vorstoss für eine Standesinitiative erst eben ablehnten. Die Regierung argumentiert dort u. a. auch, dass es kein spezifisch nidwaldnerisches Anliegen und die Standesinitiative darum das falsche Instrument sei. Auch in Baselland wurde im Januar 2015 ein identischer Vorstoss eingereicht.
Fazit: Regierungsrat, vorberatende Kommission und Kantonsrat sollten keine Zeit verschwenden, keinen Aufwand betreiben und keine Kosten verursachen für ein Anliegen, das in Bern bereits deponiert ist und dort besprochen werden muss. Der Votant bittet deshalb, den Nichtüberweisungsantrag zu unterstützen.

**Thomas Werner** spricht für die Motionäre. 2003 entschied das Bundesgericht, dass Einbürgerungen nicht mehr an der Urne erfolgen können. Die Einbürgerung verkam damit zu einem Verwaltungsakt. Es ist nicht mehr die Gesellschaft, die entscheidet, ob sie einen neuen Bürger aufnehmen will oder nicht, sondern es ist die Verwaltung zusammen mit diversen Gremien. In den letzten Jahren verzeichnete die Schweiz jeweils über 30'000 Einbürgerungen pro Jahr. Zum Vergleich: 1990 waren es weniger als 10'000.
30'000 Einbürgerungen pro Jahr! Das Ziel soll nicht Quantität, sondern Qualität sein. Die Schweizer Staatsbürgerschaft soll am Ende einer erfolgreichen Integration zugesprochen werden. Je grösser die Anzahl Einbürgerungen ist, desto grösser ist logischerweise auch das Risiko, dass bei der Einbürgerung Fehler geschehen. So kommt es leider immer wieder und immer öfter vor, dass vorbestrafte, schlecht

integrierte und der Sprache nicht mächtige Personen eingebürgert werden. Es kann ja nicht sein, dass Schweizer Behörden, wenn sie mit Schweizern zu tun haben, einen Dolmetscher bestellen müssen, nicht für Französisch, Italienisch oder Rätoromanisch, sondern für Albanisch, Arabisch oder was auch immer.
Das Schweizer Bürgerrecht darf ruhig etwas Anstrengung kosten oder – besser gesagt – etwas mehr Integrationswillen erfordern. Es gibt keinen Grund, Kreti und Pleti einzubürgern, nur um möglichst viele Schweizer zu generieren. Die Einbürgerung ist auch kein Menschenrecht. Vielmehr soll sie – wie erwähnt – der krönende Abschluss einer gelungenen Integration sein. Und genau hier setzt die zur Debatte stehende Standesinitiative an. Wer als Ausländer in die Schweiz kommt und sich durch die Schweizer Staatsbürgerschaft den einen oder anderen Vorteil verspricht, nimmt diese natürlich gerne an. Es ist dann einfach eine zusätzliche Staatsbürgerschaft, die man halt annimmt, weil man sie so einfach kriegt. Aber ist es tatsächlich das, was der Kantonsrat will? Eine der Auswirkungen der übermässigen Einbürgerungen wird – dessen ist sich der Votant sicher – der Rückgang der Stimmbeteiligung sein und …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und bittet ihn, ausschliesslich zur Überweisung zu sprechen. Die materielle Diskussion wird allenfalls später geführt.

**Thomas Werner** fährt fort: Eine Nichtüberweisung der Motion bedeutet, dass dieses Thema ein weiteres Mal totgeschwiegen wird, was zu mehr Unruhe führt. Er bittet den Rat deshalb, die Motion zu überweisen.

**Beni Riedi** streitet gerne mit Stefan Gisler, was erklärtermassen auch umgekehrt gilt. Auch in diesem Fall ist er nicht gleicher Meinung wie Stefan Gisler. Auch wenn man immer höchstes Vertrauen in das Bundesparlament haben möchte, so kriegt man doch unweigerlich gewisse Probleme, etwa wenn man sich vor Augen hält, was mit der Masseneinwanderungsinitiative und der Ausschaffungsinitiative geschehen ist. Es ist deshalb für ein Kantonsparlament durchaus legitim, eine Standesinitiative einzureichen. Im Übrigen war die SVP in der letzten Legislatur als einzige Fraktion sowohl gegen das Gebührengesetz als auch gegen das Integrationsgesetz. Das von Stefan Gisler eingebrachte Argument der Stufengerechtigkeit ist deshalb nicht stichhaltig. In diesem Sinn bittet der Votant um die Überweisung der Motion.

➔ Der Rat beschliesst mit 21 Ja-Stimmen und 41 Nein-Stimmen die Überweisung der Motion. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum von zwei Drittel der Stimmenden wird nicht erreicht.

**229** Traktandum 5.2: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019; dringliche Motion vom 2. Juli 2015**
Vorlage: 2532.1 - 14980 (Motionstext).

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Erneut reicht eine bürgerliche Partei eine Motion ein mit dem Auftrag, dass der Regierungsrat das Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung des NFA einreichen soll. In der Zwischenzeit wurde eine Flut von Vorstössen zu diesem Thema eingereicht, und

die Regierung hat darauf bereits reagiert. Für die SP-Fraktion gibt es drei Punkte, weshalb diese Motion nicht überwiesen werden soll.
• Selbstverständlich sieht auch die SP, dass die NFA-Beiträge, welche Zug nach Bern überweist, sehr gross sind und die Staatsrechnungen stark belasten. Anstatt Vorstösse einzureichen und damit Regierung und Verwaltung mit Arbeit einzudecken, wäre es den Ratsmitgliedern unbenommen, sich in der Budgetdebatte im Dezember für eine massvolle Steuererhöhung einzusetzen, denn ein guter Teil der NFA-Problematik ist hausgemacht.
• Die SP ist überzeugt, dass – wenn das Kantonsreferendum überhaupt zustande kommen sollte – die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung den Empfehlungen ihrer Regierungen folgen wird. Bis anhin zeigen ja alle Vorstösse im National- und Ständerat, dass die Nehmerkantone zurzeit den NFA nicht oder nur marginal verändern wollen. Nach einem schweizerischen Entscheid könnten dann über längere Zeit keine Anpassungen mehr erreicht werden, denn die Mehrheit könnte sich dann auf den Volkswillen berufen.
• Die Regierung hat bereits eine Vorlage erarbeitet. Nun soll die Kommission ihre Arbeit machen, so dass eine geordnete Debatte geführt werden kann.
Die SP-Fraktion stellt den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass es hier nur um eine Standesstimme für ein Kantonsreferendum geht. Die Referendumsfrist läuft am 8. Oktober ab, und es braucht acht Standesstimmen. Wenn die Motion heute sofort behandelt und erheblich erklärt wird, kommt die Zuger Standesstimme zustande. Wenn aber zuerst eine Kommission bestellt wird, wird es zeitlich wahrscheinlich eng, weil die Kommission tagen und einen Bericht erstellen und der Kantonsrat dann nochmals entscheiden muss, ob er das Kantonsreferendum ergreifen will. Der Vorteil einer schnellen Standesstimme ist auch, dass man im eidgenössischen Raum dann schon mit einem Kanton mehr operieren kann, was dem Anliegen mehr Gewicht verleiht. Der Votant bittet daher, den Nichtüberweisungsantrag der SP-Fraktion abzulehnen, die Motion heute dringlich zu behandeln und sie erheblich zu erklären, um die Standesstimme von Zug gegen die Verschlechterung des NFA abzuholen.

**Gabriela Ingold** teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Vorstoss begrüsst und sich absolut in der Lage fühlt, heute einen Entscheid zu fällen. Sie ist für die Überweisung und für die sofortige Behandlung. Dieser Vorstoss ist die logische Folge des Geschäfts 2498, bei welchem die FDP die Vorbereitung des Kantonsreferendums verlangte. Auf die Zusatzschleife über eine Kommission kann verzichtet werden. Die Zeit ist knapp, und es gilt, an die Zuger Staatsfinanzen zu denken.

**Andreas Hausheer** teilt mit, dass auch die CVP-Fraktion für die Überweisung, die sofortige Behandlung und die Erheblicherklärung der Motion ist. Sollte die sofortige Behandlung nicht durchkommen, wird der Votant den Antrag stellen, das Geschäft in die *engere* Staatswirtschaftkommission zu delegieren, denn der Kommissionsbericht müsste am 7. oder 8. September vorliegen und die erweiterte Stawiko müsste erst noch einen passenden Sitzungstermin finden.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 zu 13 Stimmen, die Motion zu überweisen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Motionärin zwei formelle Anträge stellt:
• als Hauptantrag die sofortige Behandlung, wofür gemäss § 45 Abs. 2 GO KR zwei Drittel der Stimmenden erforderlich sind;

- als Eventualantrag für den Fall der blossen Überweisung der Motion die Verkürzung der Antwortfrist gemäss § 45 Abs. 3 GO KR auf 30 Tage.

➔ Der Rat beschliesst mit 58 zu 15 Stimmen, die Motion sofort zu behandeln.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat damit zur Debatte über die Erheblicherklärung kommt. In der anschliessenden Abstimmung ist für eine Erheblicherklärung die Mehrheit der Stimmenden erforderlich.

**Stefan Gisler** hält fest, dass der Rat entschieden hat, heute eine inhaltliche Debatte zum Thema zu führen. Dem leistet er gerne Folge.
Die Regierung des Kantons Zug beantragt dem Kantonsrat ein Kantonsreferendum gegen den Beschluss des nationalen Parlaments, die NFA-Kosten für die Geberkantone um 67 Millionen Franken statt – wie vom Bundesrat ursprünglich beantragt – um 134 Millionen Franken zu kürzen. Die Zuger National- und Ständeräte waren offenbar zu schwach, um sich durchzusetzen. Obwohl die ALG Sympathien für den Vorschlag des Bundesrats hatte, stellt sie sich gegen das Kantonsreferendum und gegen die Erheblicherklärung. Es ist vor allem ein gewisses Stück Realismus, das sie dazu bringt. Die ALG ist nämlich nicht bereit, ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen zu unterstützen. Zudem gilt: Lieber den Spatz in der Hand – 67 Millionen Franken Entlastung – als die Taube auf dem Dach, nämlich null Franken Entlastung.
Die vier bürgerlichen Parteien überboten und überbieten sich in der Einreichung von mehr oder minder – oft eher minder– wirkungsvollen Vorstössen zur Senkung des Zuger NFA-Beitrags. Es ist ein unkoordiniertes Abfeuern von NFA-Nebelpetarden, die wohl vor allem eines bewirken wollen: Ablenkung. CVP, SVP, FDP und GLP wollen zusammen mit dem Regierungsrat auch mit diesem Kantonsreferendum von ihrem finanzpolitischen Versagen ablenken, einem Versagen der Steuersenkungspolitik, die Zug in die roten Zahlen geführt hat und wofür die Bevölkerung nun mit einem Sparpaket büssen soll. Die steigenden NFA-Kosten belasten die Zuger Staatskasse in der Tat erheblich. Aber das war absehbar, und zwar seit der Einführung der NFA. Der Finanzdirektor selbst warnte schon 2008 vor der Kostenentwicklung bei der NFA. Aber der Kantonsrat und die Regierung beachteten die Gefahren der NFA in ihren weiteren Entscheiden nie angemessen. Zwar lamentierte man laut und öffentlich dagegen, doch in der Realität wurde in Zug die extrem wachstumsorientierte Wirtschafts- und Tiefsteuerpolitik fortgesetzt. Fünf Steuergesetzrevisionen führten bei Kanton und Gemeinden zu Einnahmeverlusten von jährlich über 200 Millionen Franken. Natürlich zogen Vermögende und gewinnstarke Firmen zu, aber genau das produzierte den enormen Anstieg des Ressourcenpotenzials und somit die hohen NFA-Kosten. Zug hat das wissentlich und absichtlich selbst herbeigeführt. Der aktuelle Wirksamkeitsbericht zur NFA, der in der regierungsrätlichen Vorlage auch erwähnt wird, zeigt, dass Zug 2014 mit 245 Indexpunkten das mit Abstand höchste Potenzial hatte. Allein von 2014 bis 2015 stieg das Zuger Ressourcenpotenzial nochmals um schweizweit rekordhohe 10 Prozent auf 261,4 Punkte. Und die Regierung schreibt in ihrem Bericht, dass man 2016 bei 264,5 Indexpunkten sein werde. Das zweitplatzierte Schwyz hatte 2014 ganze 159 Punkte, weit abgeschlagen hinter Zug, und das wirtschaftsstarke Zürich hatte 118 Indexpunkte. Am unteren Ende liegt Uri mit 87 Punkten. Das ist der Zuger Regierung gemäss ihrer Antwort zu hoch. Das gesetzliche Minimum seien 85 Indexpunkte, und das ressourcenstarke Zug fordert, dass der ressourcenschwache Kanton Uri gefälligst auf diese 85 Indexpunkten heruntergedrückt werden soll. Der Votant ist

Zuger und Urner Bürger, aber das konsequent unsolidarische Gehabe von Zug weckt jetzt doch eher den Uristier in ihm. Man betrachte für einmal Zug aus der Optik des Kantons Uri. Dessen wirtschaftliche Leistungskraft stagniert, während sie in Zug explodiert. Und doch jammert Zug national lauter als alle anderen.
Was dem Votanten in der regierungsrätlichen Antwort, in der Debatte im Kantonsrat und auch in der Berichterstattung in den lokalen Medien fehlt, ist ein Hauch von Selbstkritik. Ein gewisses Einsehen in die eigene Verantwortung für diese Entwicklung wäre vor allem angebracht angesichts der Tatsache, dass Zug von seinem gewaltigen Ressourcenpotenzial nur gerade 12 Prozent steuerlich abschöpft. Das ist der zweittiefste Wert in der ganzen Schweiz. Nur noch Schwyz ist leicht tiefer. Aber der Kanton Schwyz hat gemerkt, dass er seine Staatskasse ruiniert, und hat zumindest leichte Steuererhöhungen beschlossen. Zug aber ist der wirtschaftlich stärkste Kanton, hat das höchste Ressourcenpotenzial und somit auch die höchste NFA-Rechnung – und dennoch will man hier nicht darüber nachdenken, ob die steuerlich privilegierten juristischen und natürlichen Personen, also die Verursacher der hohen NFA-Kosten, anteilmässig nicht doch zu wenig daran zahlen. Die Haltung der ALG ist klar: Der Kanton Zug soll nicht nur dauernd mit dem Finger auf Bern und die anderen Kantone zeigen, sondern auch vor der eigenen Haustür kehren. Zug soll massvoller wachsen und auch gezielte Steuererhöhungen ins Auge fassen.
Der morgigen Medienberichterstattung wird man vielleicht entnehmen können, dass die NFA-Nebelpetarden, die das Zuger Versagen und die hausgemachte NFA-Misere vernebeln, wieder gewirkt haben – eine Vernebelung, die vor allem zum Ziel hat, die Steuerprivilegien für die NFA-Verursacher aufrecht zu erhalten.
Nun, wie hoch soll der Zuger Beitrag sein? Der Votant hat schon mehrmals erwähnt, dass man in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und im Bundesparlament geschickt über eine Anpassung der NFA-Kosten verhandeln solle. Aber ehrlich gesagt: Solange der Kanton Zug ein explodierendes Ressourcenpotenzial und eine so tiefe steuerliche Ausschöpfung hat, hat er argumentativ einen schweren Stand. Und mit einem Kantonsreferendum dreinzuschiessen, dürfte für das *Image* von Zug auch nicht unbedingt förderlich sein.
Wenn der Kantonsrat dem Kantonsreferendum tatsächlich zustimmt, schafft er damit eine klassische *Lose-Lose*-Situation:
• *Lose 1:* Käme das Referendum gegen die Geberentlastung um 67 Millionen Franken – so unwahrscheinlich das ist – zustande und würde es vom Volk auch noch angenommen, würde Zug mehr zahlen als heute. Die Regierung beschreibt es in ihrem Bericht mit «kaum schlechter als heute», was im Klartext heisst: mehr.
• *Lose 2:* Käme das Referendum zustande und würde es vom Volk – was sehr wahrscheinlich ist – abgelehnt, wäre die heutige NFA-Belastung auf Jahre zementiert, und keine Verhandlungen könnten daran etwas ändern. Die Nehmer sähen sich durch das Volk auf lange, sehr lange Zeit bestätigt und gestärkt.
Zudem ist das Zustandekommen des Kantonsreferendums faktisch chancenlos. Es braucht acht Kantone, die mitmachen, doch es werden niemals acht zusammenkommen. Bisher machen nur Schwyz, Schaffhausen und Nidwalden mit, vielleicht kommt noch Zug dazu. Mehr als eine schöne PR-Aktion wird daraus aber nicht werden. Und auch wenn bald Nationalratswahlen sind und GLP, CVP, SVP und FDP glauben, sich mit solchen Vorstössen bei ihren Wählerinnen und Wähler beliebt zu machen, so sind diese doch nicht mehr als eine Donquichotterie, ein aussichtloser Kampf gegen NFA-Windmühlen. Die ALG schlägt deshalb vor, sich den Aufwand für diese PR- und Vernebelungsaktion zu ersparen und das chancenlose Unterfangen zu beenden.

**Gabriela Ingold** möchte noch die materiellen Gründe darlegen, weshalb die FDP-Fraktion den Vorstoss erheblich erklären wird. Der Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019 verstösst klar gegen Art. 8 des Bundesgesetzes über den Finanz und Lastenausgleich (FiLaG). Der Wirksamkeitsbericht des Bundes dokumentiert, dass die in Art. 6 FiLaG angestrebte Mindestausstattung von 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts 2012–2015 in sämtlichen Kantonen deutlich übertroffen wurde. Die Entscheide des National- und Ständerats sind weder freundeidgenössisch noch rechtskonform, ja: sie verstossen gegen das geltende Gesetz und sind willkürlich. Die FDP ist bereit, für die faire Umsetzung des NFA zu kämpfen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das Kantonsreferendum zu ergreifen, und in diesem Sinn natürlich auch empfiehlt, den Vorstoss der SVP-Fraktion zu unterstützen. Für den Regierungsrat wäre es dienlich, wenn dies heute geschehen könnte. Es ist im Bericht abgehandelt, dass man zwar eine Kommission wählen könnte, diese müsste aber bereits in der nächsten Woche tagen und ihren Bericht fertigstellen, damit das Geschäft in der nächsten Kantonsratssitzung erneut behandelt werden könnte; nur so wäre man rechtzeitig auf den 8. Oktober, wenn die Referendumsfrist abläuft, bereit. Es macht auch wenig Sinn, die allenfalls neu eingesetzte Kommission noch mit weiteren Informationen zu versehen. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht alles geschrieben, was sich im Moment sagen lässt. Vielleicht könnte man gewisse Fakten noch mehr differenzieren, aber die Grundaussagen sind gemacht.
Stefan Gislers Aussagen können nicht unwidersprochen stehen gelassen werden. Seine Kritik an der Finanzpolitik der Regierung und des Kantonsrats und die Aussage, Zug habe finanzpolitisch versagt, verdreht gewissermassen die Tatsachen. Es ist nämlich umgekehrt: Der Kanton Zug ist sehr erfolgreich, und jedes Unternehmen wäre stolz, wenn es so erfolgreich wäre. Und keinem Unternehmen käme es in den Sinn, sich im Konkurrenzwettbewerb – und der Kanton steht in einem volkswirtschaftlichen Konkurrenzwettbewerb – bewusst schlechter zu stellen. Zug würde damit die Perspektiven für den Kanton, seine Zukunft und seine Jugend verschlechtern. *Das* wäre verantwortungslos. Dass die Kritik am NFA berechtigt ist, zeigt auch die Botschaft des Bundesrats. Die Regierung hätte dessen Vorschlag, der ja bereits ein Kompromiss war, akzeptiert, obwohl die Geberkantone eigentlich um gut 150 Millionen Franken mehr hätten entlastet werden sollen; nach den neuen Zahlen von Avenir Suisse hätte der NFA sogar um über 600 Millionen Franken reduziert werden müssen. Die Forderungen des Kantons Zug sind also wirklich gerechtfertigt und keineswegs übertrieben. Zudem entsprechen sie dem FiLaG, welches besagt, dass die Ausstattung der Kantone 85 Prozent des Ressourcenindex betragen soll. Nimmt man den Durchschnitt, liegt man heute um mehrere Prozentpunkte über dieser Vorgabe. Aber auch die Kantone mit den tiefsten Ressourcenindices liegen markant über 85 Prozent. Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen wurden von Bundesparlament geschaffen – und sie sollten eingehalten werden. Diesbezüglich könnte der neue Vorschlag von Avenir Suisse, die Höhe der Ausgleichszahlungen nicht mehr auf politischem Weg, sondern mittels eines mathematischen Regelmechanismus festzulegen, der sie automatisch definiert, vielleicht erfolgreich sein.
Und noch ein Wort zur Ressourcenstärke, wo der Fehler – wie auch die eidgenössische Finanzverwaltung bestätigt – eigentlich schon beginnt. Die Finanzstärke liegt natürlich nicht einfach auf dem Tisch, sondern muss gemessen werden. Leider aber nimmt man dabei den falschen Massstab, was dazu führt, dass die Finanzstärke des Kantons Zug schlicht überzeichnet wird. Zug ist der Kanton mit den ab-

solut meisten juristischen Gesellschaften. Genau dort hat die Steuerausschöpfung in den letzten Jahren stark abgenommen – dies keineswegs verursacht durch die finanzstarken Kantone –, und heute haben die finanzschwachen Kantone dort eine erheblich tiefere Steuerausschöpfung.
Der Regierungsrat empfiehlt, das Referendum zu unterstützen und dem Antrag der SVP-Fraktion zu folgen.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 54 zu 14 Stimmen erheblich.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat somit beauftragt wird, den Beschluss zur Ergreifung des Kantonsreferendums mittels Schreiben an die Bundeskanzlei zu vollziehen. Damit erübrigt sich die unter Traktandum 6.2 vorgesehene Kommissionsbestellung für die Vorlage 2531 (Kantonsratsbeschluss betreffend Ergreifung des Kantonsreferendums gemäss Art. 141 BV gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019). Das Geschäft ist für den Kantonsrat damit erledigt.

## 230 Mitteilung des Vorsitzenden

Der **Vorsitzende** erinnert alle Ratsmitglieder an ihren Amtseid bzw. ihr Gelöbnis und stellt klar, dass der Kantonsrat heute nicht bei der Firma Glencore zum Mittagessen eingeladen war; vielmehr bezahlt er seine Verpflegung jeweils selbst. Entsprechende Falschaussagen auf Twitter sind mit dem Gelöbnis nicht vereinbar. Der Vorsitzende erinnert ferner daran, dass Bild- und Tonaufnahmen im Kantonsratssaal den akkreditierten Medien vorbehalten sind; Ratsmitgliedern sind sie nicht erlaubt. Er fordert alle Ratsmitglieder auf, dies zu beachten sowie bei der Kommunikation über *Social Media* auf ihre Wortwahl zu achten, insbesondere dann, wenn sie persönliche Bemerkungen über den demokratisch gewählten Kantonsratspräsidenten machen. *(Der Rat applaudiert.)*

## 231 Traktandum 5.3: **Motion von Alois Gössi betreffend Leistungsauftrag vom 2. Juli 2015**

Vorlage: 2533.1 - 14984 (Motionstext).

**Thomas Gander** spricht für die FDP-Fraktion. Er hält fest, dass der Kantonsrat das Recht oder auch die Pflicht hat, Änderungen am Globalbudget vorzunehmen, was zu einer Anpassung des Leistungsauftrages seitens der Regierung führen kann. Die Motion von Alois Gössi möchte nun das Organisationsgesetz dahingehend abändern, dass eine solche Anpassung des Leistungsauftrags dem Kantonsrat nur noch zur Kenntnisnahme, jedoch nicht mehr zur Genehmigung vorgelegt wird. Eine solche Änderung stellt eine Beschneidung der Kompetenzen des Kantonsrats dar, welche die FDP klar ablehnt.
Das von Alois Gössi aufgeführte Beispiel stimmt zwar dahingehend, dass der Leistungsauftrag und das Budget nun nicht mehr vollständig miteinander korrelieren, was jedoch nicht das Verschulden des Kantonsrats ist. Denn mit der in der Motion angesprochenen Kürzung beim Amt für Archäologie und Denkmalpflege waren seitens des Kantonsrats auch konkrete Ideen vorhanden, wo diese Einsparungen

vollzogen werden sollen. Da der revidierte Leistungsauftrag, den die Regierung vorlegte, nicht den Absichten des Kantonsrats entsprach, wurde er abgelehnt. Es soll eben auch eine Möglichkeit für den Kantonsrat sein, über das Budget auf den Leistungsauftrag Einfluss zu nehmen, und diese Möglichkeit soll der Kantonsrat auch in Zukunft haben. Die FDP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

**Pirmin Andermatt** teilt mit, dass die CVP-Fraktion ebenfalls beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Auch der Votant ist grundsätzlich für die Überweisung von Motionen. Noch lieber aber übt er seine demokratischen Rechte als Kantonsrat aus.
Das Budget und der jeweilige Leistungsauftrag sind nach Ansicht der CVP untrennbar miteinander verbunden. Es kann deshalb nicht sein, dass dem Kantonsrat im Rahmen von Sparrunden das Recht genommen werden soll, darüber zu befinden, wie die Leistung definiert wird. Das ist nicht zielführend. Die Aufwendungen für die Behandlung dieser unnötigen Motion können deshalb eingespart werden.

**Jürg Messmer** hält namens der SVP-Fraktion fest, dass mit der vorliegenden Motion die Rechte und Pflichten des Parlaments unnötigerweise massiv eingeschränkt werden. Egal, ob das Parlament mit einem Leistungsauftrag einverstanden ist oder nicht, wirklich äussern könnte es sich dazu in Zukunft nicht mehr. In der heute gültigen Geschäftsordnung des Kantonsrats ist eine ablehnende Kenntnisnahme nicht vorgesehen. Sollte die Motion umgesetzt werden, könnte das Parlament in Zukunft bei revidierten Leistungsaufträgen nur noch brav mit dem Kopf nicken resp. diese stillschweigend zur Kenntnis nehmen. Dies kann nicht das Ziel des Parlaments sein. Was soll dann an der Motion von Alois Gössi gut sein? Der Votant ist überzeugt, dass die pflichtbewussten Mitglieder des Kantonsrats, sobald Bericht und Antrag der Regierung vorliegt, die Motion versenkt werden. Um der Regierung unnötige, mit Aufwand und Kosten verbundene Arbeit zu ersparen, beantragt auch die SVP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

**Alois Gössi** versucht einmal mehr zu begründen, weshalb ein Vorstoss von der Seite der SP überwiesen werden soll. Es geht dem Motionär in keiner Art und Weise um eine Einschränkung der Rechte und Pflichten des Kantonsrats. Dieser soll nach wie vor darüber debattieren können, ob ein revidierter Leistungsauftrag seinen Vorstellungen entspricht oder nicht. Und das Endergebnis wird dasselbe sein: Die Motion schlägt vor, den revidierten Leitungsauftrag zur Kenntnis zu nehmen, während er heute genehmigt oder allenfalls abgelehnt wird.
Der Motionär bittet, seinen Vorstoss zu überweisen. So kann eine nicht optimale Situation bereinigt und verbessert werden.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 50 zu 15 Stimmen ab.

**232** Traktandum 5.4: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine Reduktion des NFA-Beitrages der ressourcenstarken Kantone an die ressourcenschwachen Kantone durch Änderung von Art. 6 Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG, SR 613.2) vom 11. August 2015**
Vorlage: 2541.1 - 14996 (Motionstext).

➔ Der Rat überweist die Motion stillschweigend an den Regierungsrat.

**233** Traktandum 5.5: **Postulat der Fraktionen der CVP und der FDP betreffend Sistierung der interkantonalen Zusammenarbeit des Kantons Zug bis zu einer gesetzeskonformen Umsetzung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) vom 20. Juli 2015**
Vorlage: 2537.1 - 14989 (Postulatstext).

**Andreas Hürlimann** stellt im Namen der ALG den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen. Der Votant verweist als Begründung besonders auch auf den Zweckartikel der Bundesverfassung. Dieser umfasst ein gemeinsames Programm für die Schweiz der Gegenwart und der Zukunft: Schutz der Freiheit und der Rechte des Volkes, Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes, aber auch die gemeinsame Wohlfahrt, der innere Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt unseres kleinen, aber feinen Landes sowie weitere Aspekte.
Die Forderung, die Mitgliedschaft in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und in weiteren Gremien zu sistieren und keine Beiträge mehr an diese Organisationen zu bezahlen, ist eine Trotzreaktion. Wenn alle Kantone so reagieren würden, wie es sich FDP und CVP in Zug vorstellen, dann wäre die Schweiz schon lange kein Land mehr mit einem Zusammenhalt, wie man es heute kennt. Es ist nicht leicht, in der Schweiz eine – oft beschworene – Willensnation zu bilden. Eine Willensnation setzt eine bestimmte politische Kultur voraus. Leider bekommt diese in den letzten Jahren allerdings immer wieder herbe Kratzer, vor allem weil man in der Tendenz immer mehr nur auf den eigenen Vorteil bedacht ist. Die Anliegen aller Gruppierungen müssen gehört und ernst genommen werden. Das gilt auch für Anliegen aus Zug. Man höre sich dazu die Worte von Alt-Bundesrat Arnold Koller, notabene einem CVP Politiker, an: «Erstens müssen wir uns vor Augen führen, dass eine Willensnation in erster Linie vom Willen zum Dialog lebt. Wir haben uns in der Schweiz aufgrund eines gütigen Schicksals und eigener Anstrengungen längst daran gewöhnt, den innerstaatlichen Frieden als Selbstverständlichkeit hinzunehmen. Zu gerne vergessen wir, dass jede Generation den inneren Frieden und Ausgleich wieder neu erringen muss. Konflikte können dabei ein Antrieb für die Fortentwicklung unseres Gemeinwesens sein, sofern wir sie im Gespräch bewältigen.» Der Votant ruft dazu auf, in diesem Sinn das Gespräch fortzusetzen und dort die Anliegen des Kantons Zug einzubringen. Gesprächsverweigerungen, die Sistierung der Zusammenarbeit oder das Einfrieren von Zahlungen bringen aber Zug sicherlich keinen Goodwill und berauben den Kanton jeglicher Interventionsmöglichkeiten. In diesem Sinn dankt der Votant für die Unterstützung des Antrags auf Nichtüberweisung des vorliegenden Postulats.

**Andreas Hausheer** spricht für die CVP-Fraktion und empfiehlt natürlich, das Postulat zu überweisen. Die Gründe dafür sind im Postulatstext aufgeführt. Der Kanton Zug darf nicht einfach zusehen, wenn seine Interessen von der KdK auf diese Art und Weise quasi ausgeblendet und die gesetzlichen Vorgaben so willkürlich ausgelegt werden. Die CVP hält auch daran fest, Ziff. 1 des Postulats betreffend Sistierung der Mitgliedschaft bei der KdK sofort zu behandeln; bei Ziff. 2 kann sie die Argumentation der Regierung nachvollziehen, bei den verschiedenen Konkordaten vorerst zuzuwarten und erst im Dezember Bilanz zu ziehen.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Antrag auf Nichtüberweisung unterstützt, dies aus formellen Gründen. Die SVP ist der Ansicht, man könne eine Konkordatsverpflichtung, also einen Staatsvertrag zwischen Kantonen, nicht einfach einseitig sistieren. Verträge, auch Konkordatsverträge, soll man einhalten. Man kann sie aber auch künden – und die SVP hätte einen Vorstoss, der

eine Kündigung verlangt hätte, unterstützt. Sie ist aber dagegen, als Trotzreaktion etwas zu verlangen, das rechtlich eigentlich gar nicht geht. Im Übrigen hat die Begründung des Vorstosses einen Haken: Es ist nicht so, dass die geltende Praxis des NFA gegen das Gesetz verstösst. Das Gesetz schreibt bezüglich Ressourcenausgleich und Durchschnitt vor, dass jeder Kanton *mindestens* 85 Prozent erreichen müsse. Der Wert kann also irgendwo zwischen 85 und 100 Prozent liegen, und wenn er beispielsweise bei 87 Prozent liegt, ist das nicht gesetzeswidrig. Man sollte deshalb das Gesetz ändern; die entsprechende Motion betreffend Standesinitiative in dieser Sache hat der Rat vorhin überwiesen.

**Gabriela Ingold:** Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass sich der Rat mit diesem Thema auseinandersetzen sollte. Es ist ein Mosaikstein der interkantonalen Zusammenarbeit und gehört aufs Tapet.
Zur sofortigen Behandlung hält die Votantin fest: Man darf auch gescheiter werden. Unter dieser Prämisse hat die FDP-Fraktion an ihrer Sitzung hart diskutiert und beschlossen, auf eine sofortige Behandlung der Ziff. 1 und 2 des Postulats zu verzichten. Vor- und Nachteile und deren Wechselwirkung müssen bekannt sein, sonst kann man keine weitsichtigen Entscheidungen treffen. Die FDP liess sich an der Fraktionssitzung von ihren Regierungsräten überzeugen, dass dies der richtige Weg sei, wobei ihr eine rasche Antwort noch in diesem Jahr in Aussicht gestellt wurde; die Regierung wird sich – wie der FDP bekannt ist – heute dazu verpflichten. Einzig zur sofortigen Niederlegung des Präsidiums der Finanzdirektorenkonferenz hätte die FDP-Fraktion heute schon Hand bieten können, was eigentlich die logische Folge des Trauerspiels um den NFA wäre. Damit könnte die Regierung ein erstes Zeichen setzen.
Der Kanton Zug tut gut daran, sein Handeln sorgfältig zu überlegen und vor allem alle Konsequenzen zu kennen.

Das vorliegende Postulat kommt **Hubert Schuler** vor, als ob zwei Parteien im vorpubertären Alter stecken würden. Es ist, wie wenn in einer Familie ein Kind nicht das Taschengeld bekommt, das es sich wünscht, und dann nicht mehr mit Eltern und Geschwistern spricht.
Man darf sich nicht der Illusion hingeben, dass die anderen Kantone nicht mehr über die relevanten Themen, etwa den NFA, sprechen würden, wenn sich der Kanton Zug aus all diesen Gremien zurückziehen würde. Zug wäre dann einfach nicht mehr dabei und könnte nicht mehr mitgestalten. Der Kanton Zug würde damit nicht nur ein Eigentor schiessen, sondern sich isolieren und in eine Situation manövrieren, die schlicht nicht nötig ist. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der ALG, das Postulat nicht zu überweisen.

**Stefan Gisler** dankt Manuel Brandenberg für sein Votum und möchte die CVP und die FDP darauf hinweisen, dass die beiden wichtigsten Kommissionen, in denen der Kanton Zug aktiv ist und seine Anliegen gerade bezüglich NFA einbringt, die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) mit Finanzdirektor Peter Hegglin und die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) mit Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel sind. Wenn von Seiten der CVP und der FDP nun gesagt wird, der Regierungsrat sei dort bisher wirkungslos geblieben, so kann das der Votanten nicht wirklich glauben. Bei aller Differenz bezüglich Wirtschafts- und Finanzfragen zu den genannten zwei Regierungsräten: Sie vertreten – vielleicht schon fast zum Ärger des Votanten – dort den Kanton Zug sehr wohl gut. Eigentlich müsste der Votant ja dem vorliegenden Postulat zustimmen und den Vorschlag unterstützen, alle Interventionsmöglichkeiten zu kappen und den Kanton Zug isoliert ohne jede Chance auf

Änderungen des NFA seinen Weg gehen zu lassen, ähnlich wie anno dazumal im Sonderbund. Das kann aber wirklich nicht die Lösung sein, auch nicht von Seiten der CVP und der FDP. Natürlich kann man den Regierungsrat jetzt einen Bericht schreiben lassen, eine Kommission bestellen und damit Kosten von ungefähr 5000 bis 10'000 Franken auslösen – am Schluss mit der Erkenntnis: Ausser Spesen nichts gewesen. Vielleicht könnte man aber auch klüger werden und zum Schluss kommen, dass es doch nicht so schlecht ist, mitzuarbeiten und sich einzubringen. In diesem Sinne bittet der Votant, Schnellschüsse zu unterlassen und dem Rat die weiteren diesbezüglichen Diskussionen in der Kommission und im Plenum zu ersparen.

➔ Der Rat beschliesst mit 35 zu 33 Stimmen die Überweisung des Postulats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag 5 des Postulats verlangt, die Ziff. 1 und 2 dringlich zu behandeln und sofort umzusetzen. Es folgt deshalb nun die Debatte und danach die Abstimmung betreffend sofortige Behandlung der Ziff. 1 und 2 des Vorstosses. Für die sofortige Behandlung sind gemäss § 45 Abs. 2 GO KR zwei Drittel der Stimmenden erforderlich. Vor der Debatte aber erhält Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel das Wort; er hat eine Information, welche für die Debatte relevant ist.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel:** In Ziff. 5 des Postulats verlangen die Postulantinnen die dringliche Behandlung und sofortige Umsetzung von Ziff. 1 und 2, das heisst die umgehende Sistierung der Mitgliedschaft in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und in weiteren interkantonalen Gremien und Konkordaten. Wenn mit der dringlichen Behandlung gemeint ist, dass der Regierungsrat Bericht und Antrag zu diesem Postulat *bald,* also innert drei Monaten, vorlegen soll, dann kann die Regierung damit leben: Der Regierungsrat stellt eine Berichterstattung per Ende November in Aussicht. Wenn damit aber die sofortige Behandlung hier und heute im Sinne von § 45 Abs. 3 GO KR und der sofortige materiell Entscheid gemeint ist, dann stellt der Regierungsrat den **Antrag,** die sofortige Behandlung abzulehnen und die ordentliche Behandlung zu beschliessen, wie gesagt mit Frist Ende November.
Der Regierungsrat hat Verständnis, dass die Postulantinnen ein starkes politisches Zeichen des Missbehagens gegen die zunehmende Belastung des Zuger Staatshaushalts durch die NFA-Zahlungen setzen wollen. Er versteht auch, dass man andere als die bisherigen ordentlichen Mittel und Wege sucht, um dieses Ziel zu erreichen. Er erachtet die vorgeschlagenen Massnahmen aber als ungeeignet. Insbesondere sollen sie nicht sofort, ohne Berichterstattung und Beratung und ohne vertiefte Beratung in den Fraktionen, beschlossen werden.
Folgende Argumente sprechen gegen eine sofortige Behandlung und gegen die Sistierung dieser Mitgliedschaften:
• Es wurde bereits angetönt, dass ein blosse Sistierung rechtlich nicht möglich ist. Es gibt zwei Varianten: Entweder bleibt man einfach den Sitzungen fern und bezieht keine Dienstleistungen der KdK mehr. Betroffen wären Dutzende Stellungnahmen zuhanden des Bundes, die man nicht mehr übernehmen würde – und auf die man dann schlicht verzichten würde, weil man sie aus Ressourcengründen nicht selber erarbeiten kann. Rechtlich bliebe man aber verpflichtet, die Mitgliederbeiträge zu bezahlen. Man hätte also einen einseitigen Verzicht auf Rechte, die Pflichten aber würden bleiben, was sehr unvorteilhaft wäre. Die Alternative dazu wäre der Austritt aus einer Konferenz, was aber einer rechtlich und politisch sehr

sorgfältigen Abwägung bedarf. Bei der KdK wäre ein Austritt frühestens per Ende 2016 mit einer Kündigung bis 30. Juni 2016 möglich. Bei anderen Konkordaten und Konferenzen gelten die jeweiligen Kündigungsregeln, im Fall der Konkordate mit einem entsprechenden Kantonsratsbeschluss. Der Rat steht in diesem Sinn also nicht unter Druck, denn wenn es tatsächlich um Austritte ginge, müsste man die Kündigungsfristen beachten.

• Eine Sistierung oder gar ein Rückzug aus der Mitwirkung in Konferenzen und Konkordaten wäre ein Paradigmenwechsel in den Aussenbeziehungen des Kantons Zug. Es stellen sich rechtliche und politische Fragen von grosser Tragweite, die eine sorgfältige Analyse und Interessenabwägung erfordern.

• Betroffen wären rund 70 Konkordate und Vereinbarungen sowie diverse Konferenzen und interkantonale Gremien. Die diesbezüglichen von den Postulantinnen angesprochenen Nachteile können nicht kurzfristig benannt werden. Und selbst wenn man sich – wie man jetzt hört – bei der sofortigen Behandlung auf Ziff. 1, also die Sistierung bei der KdK beschränken will, gäbe es eine eigenartige Situation. Oft werden nämlich Geschäfte von Fachdirektorenkonferenzen zuhanden der KdK vorberaten. In den Fachdirektorenkonferenzen würde Zug also weiterhin mitwirken, wenn es in der KdK dann aber um das *Finish* ginge, wäre der Kanton Zug mit seiner Stimme nicht mehr dabei – ein komisches Ungleichgewicht. Das zeigt auch, dass man die Ziff. 1 und 2 zusammen betrachten muss, auch im Zusammenhang des ganzen Postulats.

• Zu beachten ist auch, dass das Postulat zwei Stossrichtungen hat: Ziff. 1 und 2 einerseits und Ziff. 3 und 4 andererseits. Die zwei Stossrichtungen stehen in einem Wechselspiel. Ziff. 3 und 4 verlangen vom Regierungsrat, zusammen mit Geberkantonen Einfluss auf den Bundesrat sowie auf FDK und KdK zu nehmen. Wie aber soll das geschehen, wenn man in diesen Gremien nicht mehr dabei ist? Auch bezüglich Glaubwürdigkeit wäre es seltsam: Der Kanton Zug zieht sich zurück, gleichzeitig aber soll der Regierungsrat mit andern Kantonen zusammen die Sache wieder einrenken. Nur schon die Sorgfalt gebietet also, alle vier Ziffern zusammen zu beraten.

• Der Regierung hat in Hinblick auf die heutige Debatte ein unterschriftsreifes Schreiben des Regierungsrats an die KdK verfasst. Er bittet darin um Traktandierung genau dieses Themas, nämlich des Umgangs mit Minderheiten in der KdK. Man soll sich *jetzt* und nicht erst dann, wenn der nächste Wirksamkeitsbericht ansteht, mit diesem Thema befassen und in diesem Sinne die Anliegen der Geberkanton ernstnehmen. Das ist für den Regierungsrat ein Prüfstein, wie die KdK als föderales Gremium mit Minderheiten umgeht, und das Thema soll an der nächsten Plenarversammlung Ende September behandelt werden. Wenn die Mitgliedschaft in der KdK nun sistiert wird, kann der Regierungsrat diese Anträge im September nicht mehr vertreten. Es ist auch ein Gebot der Fairness, der KdK gewissermassen eine Art rechtliches Gehör zu gewähren und sie mit den entsprechenden Gedanken zu konfrontieren, bevor man die Mitgliedschaft sistiert oder gar kündet. Die Reaktion der KdK wird auch ein weiteres Element für den Entscheid sein, wie der Kanton Zug mit diesen Mitgliedschaften umgehen soll. Der Regierungsrat würde das erwähnte Schreiben der KdK gerne zustellen, was aber, wenn die Mitgliedschaft sistiert heute würde, nicht mehr geschehen würde.

Abschliessend verspricht der Volkswirtschaftsdirektor namens des Regierungsrats, zu den Postulatsbegehren bis Ende November mit Bericht und Antrag Stellung zu nehmen. Für heute stellt der Regierungsrat den **Antrag,** die sofortige Behandlung der Anträge 1 und 2 des Postulats abzulehnen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die FDP-Fraktion aufgrund der Zusagen des Volkswirtschaftsdirektors ihren Antrag auf sofortige Behandlung der Ziff. 1 und 2 des Postulats zurückzieht. Die CVP-Fraktion zieht – wie gehört – ihren entsprechenden Antrag zu Ziff. 2 zurück, hält aber an der Sofortbehandlung der Ziff. 1 fest.

➔ Der Rat lehnt die Sofortbehandlung von Ziff. 1 mit 47 zu 15 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Postulat damit zur ordentlichen Behandlung an den Regierungsrat überwiesen ist.

**234** Traktandum 5.6: **Interpellation von Michele Kottelat betreffend: Wie kann der Respekt im Kanton Zug gefördert werden? vom 1. Juli 2015**
Vorlage: 2530.1 - 14976 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**235** Traktandum 5.7: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus vom 20. Juli 2015**
Vorlage: 2538.1 - 14990 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**236** Traktandum 5.8: **Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Projekt FOKUS (Verwaltungszentrum 3, Hauptstützpunkt ZVB) vom 10. August 2015**
Vorlage: 2540.1 - 14995 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**237** **Änderung der Traktandenliste**

Der **Vorsitzende** schlägt vor, angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht mit der unter Traktandum 12 vorgesehene Fortsetzung der Detailberatung zum Gesetz über die Haltung von Hunden (Vorlage 2451.1/2) fortzufahren, sondern gleich zu Traktandum 13 überzugehen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 13
**Parlamentarische Vorstösse zum NFA:**

**238** Traktandum 13.1: **Motion von Daniel Stadlin betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA) und Postulat von Daniel Stadlin betreffend Koordination der Bemühungen der ressourcenstarken Kantone bei der Einreichung von Standesinitiativen zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA)**
Vorlagen: 2428.1 - 14756 (Motions- und Postulatstext); 2428.2 - 14983 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, sowohl die Motion als auch das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Motionär bzw. Postulant **Daniel Stadlin** dankt dem Regierungsrat für den Bericht – obwohl er mit der Antwort ganz und gar nicht zufrieden ist. Sie ist mutlos und geht in keiner Weise auf die Problematik der Solidarhaftung der Geberkantone und deren verheerende Auswirkungen auf den Finanzhaushalt des Kantons Zug ein.
Laut Regierungsrat ist das Motionsanliegen ein absolutes Novum. Den NFA justiziabel zu machen, entspreche nicht dem bisherigen schweizerischen Rechtssystem und sei deshalb abzulehnen. Und dies, obwohl er selber im Bericht festhält, dass mit einer Standesinitiative die von der Motion verlangte Korrektur angestossen werden könnte. Mit Verlaub: Das ist kein stichhaltiges Argument, sondern eine faule Ausrede. Auch die Zerstörung der Finanzautonomie eines Kantons durch andere Kantone ist ein absolutes Novum. Sie widerspricht in fundamentaler Weise dem föderalen Grundprinzip. Jede Schweizerin und jeder Schweizer kann wegen irgendeiner Kleinigkeit beim Bundesgericht Klage erheben – und die Kantone sollen das nicht können? Beim NFA handelt es sich ja wirklich nicht um eine Lappalie. Der Regierungsrat versteckt sich hinter formaljuristischen Argumenten. Das ist ausgesprochen mutlos. In der heutigen Situation kann sich der Kanton Zug eine solche Haltung einfach nicht mehr leisten. Dafür ist die Lage zu ernst. Letztlich geht es hier um nichts anderes als um die Existenz unseres Kantons, um Sein oder Nichtsein.
Der Finanzausgleich hat sich vom interkantonalen Solidaritätsprinzip sehr weit entfernt. Man denke nur an die unsägliche, von Gier und Ignoranz geprägte Debatte im Ständerat im letzten Frühling, als es um die moderate Kürzung der Dotierung des Ressourcenausgleichs für die nächste Finanzierungsperiode ging. Dabei ging es nicht um irgendeinen abstrusen Wunsch der Geberkantone, sondern um eine in der Ausgestaltung des NFA vorgesehene Korrektur. Aber nicht einmal das war möglich. Diese Debatte hat einmal mehr gezeigt, wie die Geberkantone den Nehmerkantonen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind und wie ihre Anliegen systematisch ignoriert werden. Die einst souveränen Geberkantone sind mittlerweile zu rechtlosen Finanzbeschaffern der Nehmerkantone geworden. Der NFA hat sich zu einem unmoralischen Bereicherungssystem entwickelt und muss dringend gerechter ausgestaltet werden. Denn nichts, dem die Gerechtigkeit mangelt, kann moralisch richtig sein.
Wenn eigentlich strukturstarke Kantone wie Waadt, Aargau oder Baselland keine Geber sind, ist der Finanzausgleich, wie er heute ausgestaltet ist, ein grobes Fehlkonstrukt und gehört dringend korrigiert. Ab 2016 werden es noch sechs Geberkantone sein. Sechs Kantone finanzieren dann die restlichen zwanzig. Geht diese

Entwicklung weiter, sind es bald nur noch fünf, vielleicht sogar nur noch vier Geberkantone. Und jetzt schon ist sicher: Der Kanton Zug wird einer davon sein. Die Solidarhaftung der Geberkantone wird dazu führen, dass Zug dann vielleicht 400 Millionen Franken oder noch mehr in den Ausgleichstopf einzahlen muss. Einzig der Vorschlag von Avenir Suisse, die Transferzahlungen fix in Prozent der Disparität zwischen Gebern und Empfängern festzulegen und die Gesamtdotation neu anhand der Anforderung festzulegen, den ressourcenschwächsten Kanton immer exakt auf die Mindestausstattung von 85 Prozent zu heben, anstatt sie an das Wachstum des Ressourcenpotenzials zu koppeln, würde wahrscheinlich die Beitragszahlungen des Kantons Zug stabilisieren – wohlgemerkt auf sehr hohem Niveau. Ob dieser Vorschlag im Bundesparlament mehrheitsfähig ist, steht jedoch in den Sternen.
Der Votant weiss, dass Standesinitiativen im Bundesparlament einen schweren Stand haben. Trotzdem muss es versucht werden. Nichtstun ist keine Alternative, denn die Zukunft des Kantons Zug steht auf dem Spiel. Dem Kanton Zug bleibt nichts anderes übrig, als immer und immer wieder auf die Systemfehler im nationalen Finanzausgleich und auf die daraus resultierenden Ungerechtigkeiten hinzuweisen. Mit der von der Motion verlangten Standesinitiative erhält der Kanton Zug ein Forum, wo er auf nationaler Ebene die Problematik der äusserst ungerechten Solidarhaftung thematisieren kann. Entgegen dem im Finanz- und Lastenausgleichsgesetz festgehaltenen Grundsatz, die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Kantone im nationalen und internationalen Verhältnis zu erhalten, führt die Solidarhaftung der Geberkantone für den Kanton Zug in letzter Konsequenz zu einer massiven Einschränkung seiner in der Bundesverfassung garantierten finanzpolitischen Autonomie. Der Votant bittet den Rat daher eindringlich, Motion und Postulat betreffend Justiziabilität der NFA erheblich zu erklären.

**Gabriela Ingold** halt namens der FDP fest, dass diese in einer Medienmitteilung bereits kommuniziert hat, dass ihr jedes Mittel recht ist. Die FDP hat genug davon, dass man den Kanton Zug am Gängelband führt. Letzte Woche war in den Medien zu lesen, dass sich der Bundesrat erneut mit einer Anpassung der NFA auseinander setze und Vorschläge unterbreiten wolle, dies selbstredend aber erst, wenn in vier Jahren ein weiterer Wirksamkeitsbericht vorliegt. Mit den Entscheiden der letzten Monate hat der Kantonsrat Aufmerksamkeit erweckt und Druck aufgebaut. Er hat die Unzufriedenheit der Zuger Bevölkerung klar zum Ausdruck gebracht. Er darf nun nicht locker lassen und auf Versprechen aus Bundesbern für die ferne Zukunft vertrauen.
Die FDP-Fraktion versteht die Welt oder zumindest die Antwort des Regierungsrats wirklich mehr. Der Kanton Zug kassiert laufend Ohrfeigen, ohne sich zur Wehr setzen zu können. Obwohl die FDP grundsätzlich gegen eine Bundesverfassungsgerichtsbarkeit ist, kommt man beim NFA vermutlich nicht darum herum. Man befindet sich in einer Sackgasse. Die eidgenössischen Räte verstossen gegen Art. 6 des FiLaG, wobei die Meinungen der Juristen allerdings auseinandergehen. Daher braucht es eine Gerichtsbarkeit und eine Entpolitisierung des NFA. Die FDP-Fraktion teilt die Meinung der Regierung nicht, dass mit Diskussion und politischer Auseinandersetzung eine Lösung gefunden werden kann, und fragt sich auch, weshalb die Regierung nicht bereit ist zu kämpfen. Der Kanton Zug muss dieser Willkür ein Ende setzen.
Es ist aber nicht nur der NFA, welcher der Votantin Sorgen macht – sie hat es im Kantonsrat schon mehrmals erwähnt. Mit der Umsetzung der USR III geht man in der Schweiz bei den juristischen Personen faktisch in Richtung materielle Steuerharmonisierung. Diese Betrachtungsweise wird mittlerweile von diversen Experten

bestätigt. Durch Ausgleichszahlungen an die nicht kompetitiven Kantone aus dem Bundestopf sollen diese ihre Gewinnsteuersätze senken können. Die Geberkantone finanzieren dadurch indirekt nochmals die anderen Kantone. Die Rede ist hier von Ausgleichszahlungen von einer 1 Milliarde Franken. Der interkantonale Steuerwettbewerb wird ausgehebelt, was den Föderalismus auf eine harte Probe stellt.
Der Kanton Zug hat viele Jahre Solidarität gelebt und nicht nur davon gesprochen. Aber was genug ist, ist genug. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die vorliegenden Vorstösse.

**Martin Pfister** spricht für die CVP-Fraktion. Der NFA ist eine richtige und wichtige Einrichtung in einem Binnenmarkt mit unterschiedlich starken kantonalen Volkswirtschaften. Ein zu grosses Gefälle der Wirtschafts- und Finanzkraft liegt auch nicht im Interesse der finanzstarken Kantone; zu denken ist dabei etwa an raumplanerische Fragen. Zudem wurde damals, bei der Einführung des NFA, ein undurchschaubares Dickicht von Transferzahlungen zwischen den Kantonen aufgehoben. Das Wichtigste war jedoch, dass mit der Einführung des NFA eine Steuerharmonisierung verhindert werden konnte. Damit ist der NFA ein zentraler Pfeiler der föderalen Struktur der Schweiz. Allerdings hatte er – wie heute schon mehrmals ausgeführt wurde – von Anfang an grosse Konstruktionsfehler. So wird etwa das Ressourcenpotenzial schlicht falsch berechnet.
Obwohl die Empörung über den NFA bzw. die Höhe der zu leistenden NFA-Beträge seit Jahren zum Mantra der politischen Kommunikation im Kanton Zug gehört, ist die Ratlosigkeit gross. Die vielen Vorstösse für eine Reform des NFA sind mehr ein Ausdruck der Hilflosigkeit, als dass sie einen hoffnungsvollen Weg aufzeigen würden. Zweifellos ist es auch angebracht, sehr deutliche Zeichen zu setzen, weil nur ein Umdenken bei der Mehrheit mehr Fairness und ein Ende der Majorisierung herbeiführen kann. In dieser Hinsicht hat die Sperrkonto-Idee der FDP zweifellos am meisten Aufmerksamkeit erregt und in ihrer Radikalität vielen Gebern und deren politischen Vertretern die Ernsthaftigkeit des Problems aufgezeigt. Es würde deshalb auf der Hand liegen, alle Vorstösse, die Missstände beim NFA thematisieren, unabhängig von ihrem konkreten Inhalt voll erheblich zu erklären. Die CVP-Fraktion hat sich aber entschieden, genau hinzuschauen und die Vorstösse nicht nur aufgrund ihres Symbolgehalts zu beurteilen.
Die CVP folgt bei der Motion und dem Postulat von Daniel Stadlin den Erwägungen und den Anträgen des Regierungsrats. Es kann grundsätzlich nicht im Interesse des Staats liegen, dass politische Fragen vom Bundesgericht entschieden werden. Politik gehört in Parlamentssäle, Versammlungsräume und an die Urne, nicht in die Gerichtssäle. Man darf hier kein Präjudiz schaffen, ganz abgesehen davon, dass das Bundesgericht dem Kanton Zug kaum Recht gäbe.
Bei ihrer eigenen Motion ist die CVP-Fraktion für eine volle Erheblicherklärung. Der Regierungsrat teilt die Überlegung der Motionärin, und mit der Überweisung einer Standesinitiative bekäme das berechtigten Anliegen noch mehr Gewicht.
Schliesslich lehnt die CVP-Fraktion die Erheblicherklärung der FDP-Motion mehrheitlich ab, so sympathisch und symbolkräftig diese auch ist. Der Staat bzw. der Kanton Zug kann von seinen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht verlangen, sich auch dann an die Gesetze zu halten, wenn man in einem konkreten Fall nicht damit einverstanden ist – etwa bei einer Steuerveranlagung –, und sich selbst bei einem gerechtfertigten Protest gegen die NFA-Bemessung widerrechtlich verhalten. Zudem legt der Regierungsrat zu Recht dar, dass eine solche Übung ein Nullsummenspiel wäre.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion. Die schweizerische Bundesverfassung ist unter anderem geprägt vom Prinzip Rechtsstaatlichkeit und der für die Schweiz typischen Volkssouveränität als Bestandteil des Demokratieprinzips. Seit jeher geniesst in der Schweiz richtigerweise das demokratische Prinzip einen Vorrang gegenüber dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Dies manifestiert sich unter anderem in Art. 189 Abs. 4 BV, gemäss welchem Akte der Bundesversammlung und des Bundesrats grundsätzlich nicht beim Bundesgericht angefochten werden können. Dieser Artikel ist Ausfluss der Gewaltenteilung: Das Bundesgericht soll nicht über Parlament und Bundesrat gehoben werden.
Mit dem Vorstoss von Daniel Stadlin, welcher ein Beschwerderecht der Kantone vor dem Bundesgericht im Bereich des NFA fordert, soll jedoch genau dies geschehen: Vom Volk in einem demokratischen Prozess erlassene Gesetze wie das FiLaG oder Beschlüsse des ebenso in einem demokratischen Prozess gewählten Bundesparlaments sollen gemäss Motionär vom Bundesgericht auf ihre Richtigkeit und Verfassungsmässigkeit überprüft werden können. Das Bundesgericht soll im Bereich des NFA faktisch also über das Volk gestellt werden. Dies geht der SVP-Fraktion entschieden zu weit. Die Einführung einer Art Miniatur-Verfassungsgerichtsbarkeit kommt einem Misstrauen gegenüber dem Volk gleich und wird von der SVP abgelehnt. Lösungen müssen – wie der Regierungsrat richtig ausführt – im politischen Prozess gefunden werden.
Weiter gilt es zu beachten, dass bei der Wahl des Bundesgerichts durch die Bundesversammlung jeweils auch auf eine regional ausgewogene Zusammensetzung geachtet wird. Die Nehmerkantone sind also auch im Bundesgericht gut vertreten. Es ist deshalb durchaus möglich, dass das Bundesgericht seinen Ermessensspielraum zu Ungunsten der Geberkantone auslegen würde. Es sei nochmals daran erinnert, dass der Wortlaut von Art. 6 Abs. 3 FiLaG von «mindestens 85 Prozent» spricht, was durchaus auch zu Ungunsten der Geberkantone ausgelegt werden könnte. 86, 87 oder gar 95 Prozent sind nämlich auch «mindestens 85 Prozent».
Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag des Regierungsrats, die Motion und das Postulat von Daniel Stadlin nicht erheblich zu erklären.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** nimmt vor allem Stellung zum Vorwurf von Daniel Stadlin, der Regierungsrat sei mutlos. Der Regierungsrat hat sich seine Antwort sehr wohl überlegt, ist aber zum Schluss gekommen, dass der Zweck nicht alle Mittel heiligt. Michael Riboni hat auf den Grundsatz hingewiesen, dass die Justiz nicht über der Politik stehen dürfe, und auch der Regierungsrat ist der Meinung, dass das Bundesgericht nicht über die Gesetzgebung des Bundesparlaments zu entscheiden habe – auch nicht in Ausnahmefällen wie dem NFA. Er lehnt den Vorstoss von Daniel Stadlin deshalb ab. Auch wenn der NFA für den Kanton Zug sehr belastend ist, will der Regierungsrat nicht zu jedem Mittel greifen. Und es wurde schon gesagt, dass das FiLaG von «mindestens 85 Prozent» spricht, was vom Bundesgericht auch anders als erhofft ausgelegt werden könnte. Der Regierungsrat empfiehlt deshalb, den Vorstoss von Daniel Stadlin abzulehnen und eher darauf zu bauen, dass das NFA-System gemäss Vorschlag von Avenir Suisse entpolitisiert wird.

➔ Der Rat erklärt die Motion von Daniel Stadlin mit 48 zu 17 Stimmen nicht erheblich.

➔ Der Rat erklärt das Postulat von Daniel Stadlin stillschweigend nicht erheblich.

**239** Traktandum 13.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine NFA-Anpassung im Bereich der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage**
Vorlagen: 2430.1 - 14759 (Motionstext); 2430.2 - 14981 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Gabriela Ingold** teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats unterstützt.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG und hält fest, dass man bezüglich NFA in einer Polemik-Falle gefangen sei. Alle bürgerlichen Parteien versuchen nun, sich mit einem noch etwas kreativeren NFA-Vorstoss zu übertrumpfen. Dass man damit lokalpolitische Interessen durchsetzen will, ist nachvollziehbar. Man muss sich dabei aber auch immer wieder in Erinnerung rufen, dass die Vorgänger des Finanzdirektors und der heutigen Zuger Vertreter in Bern mit der Einrichtung des NFA-Verteilschlüssels einverstanden waren. Denn der NFA-Verteilungsmechanismus wurde als Alternative zu einer Steuerharmonisierung bevorzugt. Das war primär ein Entgegenkommen zugunsten der finanzstarken Kantone wie Zug. Dabei darf man nicht vergessen, dass es auch in bürgerlichen Kreisen Kräfte gab, die sich für eine Steuerharmonisierung aussprachen.
Auch für den Votanten ist klar: Der NFA hat einen Systemfehler. Der Mechanismus der Globalisierung, die Mobilität der Steuererträge, wurde dabei nicht bedacht. Und leider ist die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen nach wie vor gross, auch wenn heute bereits mehrfach zu hören war, die Ziele des NFA seien erreicht – Stichwort «mindestens 85 Prozent». Ein weiter Fehler ist das Steuerdumping mit NFA-Geldern. Sogar der Finanzdirektor kritisiert diese subventionierte Form des Steuerwettbewerbs. Dabei ist für die ALG klar: Der NFA braucht einen Mechanismus zur minimalen Steuerharmonisierung.
Der eigentliche, kommende Schauplatz der Auseinandersetzung ist die USR III. Gemäss Antwort der Regierung soll die Ausschöpfbarkeit der Unternehmungen in der Diskussion der USR III vertieft geprüft werden. Deshalb beantragten die Geberkantone, die Gewinne der juristischen Personen in der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage mit einem niedrigeren Faktor zu gewichten. Ganz grundsätzlich gilt es festzuhalten: Es ist mehr als nur ein wenig systemfremd, dass der Bund bei einer Unternehmenssteuerreform Geld nach unten, also zu den Kantonen, einschiessen soll. Aber eine andere Wahl wird man mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht haben, denn sonst sind die Ausfälle einfach zu gross. Dabei muss man sich auch immer vor Augen halten, dass die Grössenberechnung sehr schwer zu sein scheint: Bereits bei der USR II waren die Ausfälle zehn Mal grösser, als Alt-Bundesrat Hans-Rudolf Merz damals versprochen hatte.
Salopp zusammengefasst, will man mit der USR III, dass entweder die Kantone ihre Steuersätze für Schweizer Firmen anpassen müssen oder diejenigen der Schweizer Firmen an die Sätze der Holdinggesellschaften. Und man muss der Diskussion gerade in Zug nicht lange folgen, um zum Schluss zu kommen: Hinauf mit den Steuern kann man nicht – so der O-Ton von CVP, SVP und FDP. Also wird es Ausfälle geben, wenn die Schweizer Unternehmen weniger Steuern bezahlen, und diese Ausfälle soll der Bund bezahlen. Und damit ist man wieder beim Anfang des Votums angelangt: Mit den Rufen gegen den NFA baut der Kanton Zug noch etwas

Druck gegen den Bund auf und erhofft sich, in den Verhandlungen zur Steuerreform noch etwas mehr herausholen zu können.
Für die AGF ist klar: Die Forderung nach einer Standesinitiative ist nicht erheblich zu erklären. Über eine weitere Form der Steuerharmonisierung sollte man aber weiterhin diskutieren.

**Thomas Villiger** teilt namens der SVP-Fraktion mit, dass diese einstimmig den Antrag des Regierungsrats unterstützt.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** ist der Meinung, dass hier nicht einfach Polemik betrieben wird. Im Gegenteil: Es gibt ein handfestes Problem, das verschiedene Aktivitäten auslöst. Die CVP-Fraktion hat mit ihrem Vorstoss ein Anliegen aufgenommen, das der Regierungsrat schon seit längerer Zeit bewirtschaftet. Er hat es auch in die Geberkonferenz eingebracht, wo es als Position 3 der Haltung zum NFA aufgenommen wurde. Sogar die Finanzdirektorenkonferenz hat das Anliegen aufgenommen, wenn sie bereits im Juni 2014 festhielt, dass «die Ausschöpfung der Gewinne der juristischen Personen seit Einführung des NFA abgenommen hat und eine Mindergewichtung der Gewinne unabhängig von der Unternehmenssteuerreform III begründet werden kann». Das ist eine Zustimmung, dass die Anliegen der Geberkantone berechtigt sind. Das Anliegen betrifft allerdings nicht das FiLaG, sondern die Verordnung dazu. Das Bundesparlament wäre deshalb der falsche Adressat. Es ist vielmehr der Bundesrat, der entsprechende Änderungen vornehmen muss. Das hat der Regierungsrat am 18. August in der Vernehmlassung zu den Zahlen für 2016 auch entsprechend festgehalten. Er hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass diesem Aspekt Genüge getan werden müsse, und den Zahlen für 2016 nicht zugestimmt bzw. den Bericht zurückgewiesen, auch weil das Bundesparlament den bekanntem Kompromiss beschlossen hat; insbesondere weist der Regierungsrat darauf hin, dass der Faktor alpha, der die Finanzstärke des Kantons Zug noch höher gewichtet, nicht berücksichtigt werden darf. Der Regierungsrat hat also alles unternommen, was in der Kaskade möglich ist, und er ist der Meinung, dass eine Standesinitiative an die falsche Adresse gerichtet wäre.

➔ Der Rat folgt mit 47 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung und Abschreibung der Motion.

**240** Traktandum 13.3: **Motion der FDP-Fraktion betreffend Einreichung einer Standesinitiative und NFA-Teilzahlung auf ein Sperrkonto zur Einhaltung der Bundesverfassung**
Vorlagen: 2465.1 - 14840 (Motionstext); 2465.2 - 14982 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Gabriela Ingold** spricht für die Motionärin. Sie hat es heute schon einmal gesagt: Der FDP ist jedes Mittel recht. Wenn die eidgenössischen Räte gegen Bundesrecht verstossen können, dann kann es die FDP bzw. der Kanton Zug auch. Bislang sind alle wirklich gut gemeinten Vorschläge gescheitert. Der Kanton Zug wird belächelt und nicht ernst genommen. Nun ist das Fass voll und überläuft. Da ist sich der Rat einig. Das Solidaritätswerk unter den Kantonen ist gefährdet.

Die Überweisung der vorliegenden Motion an den Regierungsrat wurde in der Schweiz wahrgenommen, und heute sind vermutlich viele Blicke nach Zug gerichtet. Der Kantonsrat darf nun nicht locker lassen und muss den Druck weiter erhöhen, ja er muss demonstrieren, dass es ihm ernst ist. Selbstredend sieht die FDP die Aspekte, die der Regierungsrat gegen die Erheblicherklärung ihrer Motion ins Feld führt. Aber eingangs erwähnt: Warum soll der Kanton Zug das Gesetz einhalten, wenn dieses in Bern ja auch nur Tinte auf dem Papier ist? Die NFA-Belastung ist nicht mehr erträglich. Die FDP-Fraktion ist bereit zu kämpfen und bittet den Rat, es ihm gleichzutun.

**Stefan Gisler** spricht für die ALG und erinnert daran, dass er schon bei seinem Nichtüberweisungsantrag zu diesem Vorstoss vor einigen Monaten eine gewisse Sympathie dafür zeigte, dass eine ehemals staatstragende Partei wie die FDP zum zivilen Ungehorsam und – wie sie jetzt selber zugibt – zur Verletzung von Bundesrecht aufruft. Dennoch begrüsst er die konstruktive Antwort der Regierung, welche das Motionsansinnen ablehnt. Die Regierung schreibt in ihrem Bericht nichts, was man nicht schon bei der Überweisung gewusst hätte. Sie lehnt die Erheblicherklärung dieses Vorstosses ab, weil «ein solches Vorgehen nicht vereinbar mit den gesetzlichen Vorgaben» sei. Im Klartext: Der FDP-Vorstoss würde Zug zu illegalem Handeln bewegen. Und es ist sehr fraglich, ob der Bund wirklich Bundesrecht verletzen würde, um dem Zuger Anliegen nachzukommen. Der Votant erinnert daran, dass der Kanton Zug mit der Einzahlung eines NFA-Teilbetrags auf ein Sperrkonto auch den demokratischen Willen des Schweizer Volkes und des Bundesparlaments ignorieren würde. Er lädt die FDP ein, sich doch auf demokratisch und rechtlich sinnvolleren Wegen für ihre Anliegen einzusetzen, statt den Kanton Zug als das neue Seldwyla zum Gespött der Schweiz zu machen. Denn würde der Kantonsrat diesen Vorstoss erheblich erklären, wäre das ein Schildbürgerstreich erster Güte. Wenn dem Kantonsrat wirklich daran liegt, in Bern Wirkung zu erzielen und eventuell Goodwill für eine Milderung des Zuger NFA-Beitrags zu schaffen, dann muss er seriöse Politik betreiben und vorhandene Diskussionsräume nutzen. Es ist auch wenig hilfreich, wenn Kantonsräte – wieder aus dem Umfeld der FDP – andere Kantone als Wegelagerer oder die NFA als parasitär bezeichnen. Der Votant glaubt aber, dass der Kantonsrat weise ist, dem Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung folgt und so den Kanton Zug vor weiteren Imageschäden bewahrt.

**Alois Gössi** erinnert daran, dass der Vorsitzende den Rat heute auf seinen Eid bzw. sein Gelöbnis aufmerksam gemacht hat, worin man sich als Ratsmitglied u.a. verpflichtet, die Gesetze einzuhalten. Das passt gut zum vorliegenden Thema.
Die SP-Fraktion ist gegen die Erheblicherklärung der Motion der FDP. Natürlich kann man der Meinung sein, dass der NFA falsch ausgestaltet ist, sei es hinsichtlich des – bereits erreichten – Wirkungsgrads bei den Nehmerkantonen oder bei der falschen Gewichtung der Steuerkraft der juristischen Personen. Die SP ist aber klar dagegen, dass der Kanton Zug zu nicht gesetzeskonformen Mitteln greift, um eventuell zu einer NFA-Regelung zu kommen, die seinen Vorstellungen entspricht. Dieselbe Meinung vertrat die SP schon in der Debatte um die Überweisung der Motion, wo sie die Nichtüberweisung beantragte. Anpassungen beim NFA sollen auf politischem Weg erreicht werden, nicht durch den Versuch einer Erpressung des Bundes durch die Einzahlung eines Teils des NFA-Beitrags auf ein Sperrkonto, was im Übrigen, wie der Regierungsrat in seinem Bericht ausführt, technisch gar nicht funktionieren würde. In diesem Sinn empfiehlt die SP-Fraktion, die Erheblicherklärung der Motion abzulehnen.

**Manuel Brandenberg** spricht in Vertretung seines Fraktionskollegen Beat Sieber, der die Sitzung bereits verlassen musste. Der SVP-Fraktion ist nicht «jedes Mittel recht» – so die «Neue Zuger Zeitung» vom 26. August 2015 –, um eine Veränderung in Bezug auf die NFA-Beiträge des Kantons Zug zu bewirken. Auf der nüchternen Ebene der Realpolitik will die FDP mit ihrer Motion die Regierung zu staatspolitischem Ungehorsam auffordern, der in der verwaltungstechnischen Realität zwischen Bund und Kantonen nicht praktizierbar ist – Stichwort Sperrkonto. Die SVP-Fraktion hat einstimmig beschlossen, die Motion der FDP nicht erheblich zu erklären, und lädt alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die bereit sind, staatspolitische Verantwortung zu tragen, dazu ein, es ihr gleichzutun.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** schliesst sich seinem Vorredner an: Auch dem Regierungsrat sind nicht alle Mittel recht, um das zu ändern, was aus seiner Sicht nicht gerecht und regelkonform ist. Anders gesagt: Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Würde der Rat zustimmen, ginge es Richtung Willkür. Der Kanton Zug würde willkürlich nur noch einen Teil dessen bezahlen, wozu er gemäss übergeordnetem Recht verpflichtet ist. Und wenn man das weiterdenkt, könnte jeder Steuerpflichtige auf die Idee kommen, seine Veranlagung nicht zu akzeptieren, nur noch einen Teil seiner Steuerrechnung zu bezahlen und den Rest auf ein Sperrkonto oder an eine wohltätige Institution zu überweisen. Das geht natürlich nicht.
Zudem hat die Finanzdirektion abgeklärt, wie die Überweisung auf ein Sperrkonto von Seiten des Bundes beurteilt würde. Der Bund kommt zum Schluss, dass ein Beschluss des Kantonsrats auf Zahlungsverweigerung nichtig wäre, weil er übergeordnetes Recht verletzen würde. Das Bund würde also auf Einhaltung dieser Verpflichtung pochen, was wiederum bedeuten würde, dass ab Zahlungstermin ein Verzugszins von 5 Prozent fällig würde und der Bund die Angelegenheit, also die Zahlungsverpflichtung, auch vor das Bundesgericht ziehen könnte. Und da würde der Kanton Zug mit Sicherheit nicht Recht bekommen.
Obwohl auch der Regierungsrat – wie der ganze Kantonsrat – der Meinung ist, dass der NFA den Kanton Zug übermässig belastet und es Korrekturen braucht, ist der von der FDP-Fraktion vorgebrachte Vorschlag keine taugliche Lösung. Der Regierungsrat empfiehlt deshalb, das Ansinnen abzulehnen.

**Philip C. Brunner** ist mit den Ausführungen des Finanzdirektors sehr einverstanden, möchte aber eine kleine, vielleicht nicht ganz zum Thema gehörende Ergänzung anbringen. Der Finanzdirektor hat vom zivilen Ungehorsam des Bürgers gesprochen, der seine Steuerrechnung nicht mehr bezahlt, weil er beispielsweise mit einem Strassenbauprojekt nicht einverstanden ist. Der Kantonsrat hat kürzlich einen sehr weisen Beschluss gefasst. Dieselben Überlegungen wie die FDP-Fraktion haben auch die Parlamentarier der Stadt Zug – mit der gleichen Wut im Bauch wie die FDP – hinsichtlich ZFA gemacht, nämlich den städtischen Beitrag nicht mehr in den ZFA-Topf zu bezahlen. Letztlich ist man aber zum gleichen Schluss gekommen wie der Finanzdirektor. Und der Kantonsrat hat beim ZFA, indem er Druck abgebaut hat, genau die richtige Lösung getroffen. Und auch in Bern geht es darum, dass man den Kanton Zug versteht. Mit dem Kopf durch die Wand gehen zu wollen, bringt nichts.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 46 zu 20 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 14

**241 Motion von Thomas Meierhans betreffend Anpassung kantonaler Richtplan durch Verschiebung von Siedlungserweiterungen in das Gebiet Wald**

Vorlagen: 2521.1 - 14953 (Motionstext); 2521.2 - 14985 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Motionär **Thomas Meierhans** dankt dem Regierungsrat für die prompte Stellungnahme zur Motion. Vor dem Einreichen seiner Motion führte er diverse Gespräche mit Vertretern der kantonalen Verwaltung und auch der Bundesverwaltung. Er war sich nach diesen Gesprächen bewusst, dass die Hürden für seine Idee, Waldgebiete mit für die Landwirtschaft ungeeigneten Böden anstelle von erstklassigem Kulturland zu überbauen, hoch sein würden. Wie im Bericht des Regierungsrats dargelegt, sind diese Hürden faktisch leider wohl unüberwindbar.
Nach Meinung des Motionärs wird im Bericht zu wenig auf den wichtigen Aspekt eingegangen, dass nicht einfach Wald für Siedlungsflächen gerodet werden soll, sondern der natürliche Waldzuwachs als Rodungsersatz gelten soll. Bei den Ausführungen zur Grösse des Waldzuwachses war der Motionär überrascht, dass er den Publikationen des Bundesamts für Statistik mit der schweizerischen Forststatistik offenbar keinen Glauben schenken kann. Seine Zahlen hatte er nämlich aus dieser Quelle.
Der Motionär betont nochmals, dass nicht einfach Wald für Siedlungsgebiete gerodet werden soll, sondern damit Landwirtschaftsland erhalten werden soll. Es freut ihn, im Bericht zu lesen, dass die Wichtigkeit einer Interessenabwägung in der Raumplanung von der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz erkannt wurde. Es ist richtig, dass die Interessen des Waldes sehr hoch gehalten werden; es sind aber auch die Interessen der Lebensmittellieferanten wieder stärker zu gewichten. Es gibt genügend Gründe, mehr fruchtbaren Boden zu erhalten, indem die Waldfläche bestehen bleibt, der Zuwachs aber gerodet werden kann und dafür die entsprechende Bewilligung erteilt wird. Der Votant sieht aber ein, dass das Thema nicht hier, sondern im Bundesparlament auf die Traktandenliste gehört. Allen im Saal, die für Bern kandidieren, kann der Motionär deshalb versichern, dass ihre Chancen, im Herbst auf seinem Wahlzettel zu stehen, deutlich steigen, wenn sie die Stärkung einer raumplanerischen Interessenabwägung unterstützen.
Der Motionär ist aus den genannten Gründen leider mit dem Antrag des Regierungsrats einverstanden, die Vorlage nicht erheblich zu erklären. Er wird seine Idee mit anderen Instrumenten weiterverfolgen.

**Hanni Schriber-Neiger** hält namens der ALG fest, dass der umgehend erarbeitete Bericht und Antrag der Regierung zum gleichen Schluss kommt wie die ALG in der Begründung des Antrags auf Nichtüberweisung der Motion vor zwei Monaten: Der Vorstoss widerspricht nationalem Recht, das den Wald eben schützt.
Also noch einmal: Der Motionär möchte den Richtplan dahingehend ändern, dass neue Siedlungsgebiete vom heutigen Landwirtschaftsgebiet in den Wald verschoben werden. Um dies umzusetzen, müssten Rodungen vorgenommen werden. Doch der Wald ist ein Ökosystem mit vielen Fähigkeiten, und er nimmt vielfältige Funktionen wahr: Er produziert Sauerstoff, reinigt die Luft, speichert Klimagase, schützt den Boden vor Erosion, schützt Siedlungen vor Lawinen und Murgängen; er liefert in Form von Holz den vielfältigsten Baustoff und erneuerbare Heizenergie. Er ist weiter für viele Menschen Erholungsraum, und darüber hinaus ist er Lebensraum für Abertausende von Tier- und Pflanzenarten.

Landschaftsschutz statt Zersiedelung, heisst der Slogan. Der Landverbrauch durch Überbauung und Zersiedelung muss gebremst werden. Einzigartige Landschaften wie der naturnahe Wald sollen besser geschützt und ungeschmälert erhalten bleiben. Die ALG wehrt sich deshalb gegen den Versuch, im Kanton Zug die Siedlungsräume auf Kosten von Waldgebieten zu erweitern. Sie unterstützt den Antrag der Regierung, diese Motion nicht erheblich zu erklären.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass das Anliegen des Motionärs für die SP-Fraktion. materiell grundsätzlich eine Berechtigung hat. Es ist der SP aufgefallen, dass der Bericht des Regierungsrats sehr formell ausgefallen ist und keine vertieften materiellen Ausführungen enthält. Auf Seite 2 wird immerhin die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz erwähnt, was aber doch sehr dürftig ist. Nach Ansicht der SP würde die Idee des Motionärs eine vertiefte Prüfung verdienen, auch wenn die SP natürlich zugesteht, dass das Anliegen nicht hierher ins Kantonsparlament gehört.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält Barbara Gysel entgegen, dass von der Regierung verlangt wird, effizient zu arbeiten und den Aufwand für die Beantwortung von Vorstössen möglichst klein zu halten. Der Baudirektor hat seinen Mitarbeitern deshalb den Auftrag gegeben, die Motion von Thomas Meierhans effizient zu beantworten und nicht viel Zeit zu verlieren. Das Begehren ist aber in der Tat nicht einfach in den Wind zu schlagen, und der Vorschlag des Motionärs ist alles andere als doof, sondern sogar recht intelligent. Es gibt mit Sicherheit Situationen, wo man mit diesem Vorgehen Landwirtschafts- und Kulturland schonen könnte. Das grosse raumplanerische Problem aber liegt in der Interessenabwägung. Es gibt die Umweltschutzgesetzgebung, die Waldgesetzgebung, die Energiegesetzgebung und noch viele Gesetzgebungen mehr – und wenn man das alles auf einen Haufen legt, ist nichts mehr möglich, auch nicht der Vorschlag von Thomas Meierhans. Der Baudirektor empfiehlt deshalb dem Motionär, nicht nur diejenigen auf den Wahlzettel zu schreiben, welche die Stärkung der raumplanerischen Interessenabwägung versprechen – nach der Erfahrung des Baudirektors werden Wahlversprechen von Bundesparlamentariern sehr oft nicht eingehalten, Zuger natürlich ausgenommen –, sondern einen Vorstoss für eine entsprechende Standesinitiative einzureichen. Diese sollte sich allerdings nicht auf das vorliegende Thema beschränken, sondern die Gesamtinteressenabwägung in den Fokus zu nehmen. Das wäre ein interessanter Ansatz, über den der Baudirektor persönlich sehr gerne diskutieren würde.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend nicht erheblich.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

## 242 Nächste Sitzung

Donnerstag, 24. September 2015 (Halbtagessitzung) Am Nachmittag findet der traditionelle Kantonsratsausflug statt.

Der **Vorsitzende** macht abschliessend darauf aufmerksam, dass am Sonntag, 27. September 2015, 19.00 Uhr, zum Jahrestag des Zuger Attentats von 2001 ein schlichter ökumenischer Gedenkanlass in der Kirche St. Oswald in Zug stattfindet. Die Bevölkerung ist dazu herzlich eingeladen. Die Staatskanzlei wird eine Medienmitteilung versenden und diese im Amtsblatt veröffentlichen.

**Protokoll des Kantonsrats**

17. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 24. September 2015
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 27. August 2015
3. Kantonsratsersatzwahlen in der Einwohnergemeinde Oberägeri:
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Kantonsrat Patrick Iten
3.2. Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Kantonsrat Andreas Meier
3.3. Ablegung des Eides durch Patrick Iten und Andreas Meier
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
4.1. Motion von Philip C. Brunner, Daniel Stadlin, Cornelia Stocker und Urs Raschle betreffend Stadttunnel Zug und Linienführung im kantonalen Richtplan
4.2. Postulat von Daniel Stadlin betreffend Bahnhof-Unterführung Gubelstrasse in Zug; Modernisierung und Aufwertung Bahnhofzugang Nord und Langsamverkehrswege
4.3. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend das beabsichtigte Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung in die EU
4.4. Interpellation von Willi Vollenweider und Philip C. Brunner betreffend die Armee-Halbierung «WEA» gefährdet die Sicherheit auch im Kanton Zug
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung
5.2. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug
5.3. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (EG BGFA)
5.4. Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011; Zweite Stufe bzw. erstmalige Behandlung von fünf Motionen:
5.4.1. Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011
5.4.2. Motion von Philippe Camenisch, Cornelia Stocker, Alice Landtwing, Adrian Andermatt und Maja Dübendorfer Christen betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)
5.4.3. Motion von Gregor Kupper betreffend zweistufiges Verfahren für die Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)
5.4.4. Motion von Daniel Stadlin betreffend Weiterführung der finanziellen Beteiligung des Kantons am direkten Finanzausgleich
5.4.5. Motion von Thomas Lötscher betreffend Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)

5.4.6. Motion der SP-Fraktion betreffend Entflechtung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung und deren Finanzierung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden

6. Fortsetzung der Detailberatung vom 2. Juli 2015:

6.1. Gesetz über die Haltung von Hunden

7. Geschäfte, die am 27. August 2015 nicht behandelt werden konnten:

7.1. Interpellation von Barbara Gysel betreffend erste Bilanz seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Zug

7.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuerausfälle durch Entlastung Kapital im Kanton Zug

7.3. Interpellation von Kurt Balmer, Flavio Roos und Barbara Gysel betreffend private Sicherheitsdienstleister

8. Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens

9. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend aktive Integration der ausländischen Wohnbevölkerung

10. Interpellation von Michael Riboni, Beni Riedi, Thomas Villiger und Thomas Werner betreffend irrsinnige Abfall-Demo auf Kosten der Steuerzahler

## 243 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler, Zug; Beat Iten, Unterägeri; Oliver Wandfluh, Baar; Daniel Burch, Steinhausen; Matthias Werder und Roger Wiederkehr, beide Risch.

## 244 Mitteilungen

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Ab Mittag geht der Rat auf den traditionellen Kantonsratsausflug. Dazu ist auch der Gemeinderat Walchwil eingeladen.

Im Namen aller Kantonsrätinnen und Kantonsräte gratuliert der Vorsitzende dem Ratsmitglied Andreas Hürlimann zur Vermählung mit seiner lieben Daniela und wünscht dem frisch verheirateten Paar alles Gute für die gemeinsame Zukunft. *(Der Rat applaudiert.)*

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

TRAKTANDUM 1

## 245 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

**246 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 27. August 2017**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass im Protokoll der Nachmittagssitzung vom 27. August 2015 in Ziffer 233 auf Seite 484 fälschlicherweise von der Überweisung einer Motion die Rede ist. Richtigerweise handelt es sich um ein Postulat. Die Staatskanzlei hat diese Protokollstelle korrigiert und stellt im Internet die berichtigte Fassung zur Verfügung. Im Übrigen liegen keine Änderungsanträge zu den Protokollen vom 27. August 2015 vor.

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 27. August 2015 mit der erwähnten Korrektur.

TRAKTANDUM 3

**Kantonsratsersatzwahlen in der Einwohnergemeinde Oberägeri:**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass per 31. Juli 2015 Kantonsrat Beat Wyss und per 10. August 2015 Kantonsrat Thomas Wyss aus dem Rat zurückgetreten sind. Er dankt den beiden für ihren Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihnen privat und beruflich alles Gute.
Gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen befindet der Rat über die Ersatzwahl von Patrick Iten für den zurückgetretenen Kantonsrat Beat Wyss und von Andreas Meier für den zurückgetretenen Kantonsrat Thomas Wyss. Andreas Meier und Patrick Iten sind im Saal. Es gibt keine anders lautenden Anträge als diejenigen des Regierungsrats.

**247** Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Kantonsrat Patrick Iten**
Vorlage: 2545.1 - 15004 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Patrick Iten.

**248** Traktandum 3.2: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Kantonsrat Andreas Meier**
Vorlage: 2546.1 - 15005 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Andreas Meier.

Der **Vorsitzende** gratuliert Patrick Iten und Andreas Meier zu ihrer Wahl. Beide treten ihr Amt sofort an.

**249** Traktandum 3.3: **Ablegung des Eides durch Patrick Iten und Andreas Meier**

Patrick Iten und Andreas Meier möchten beide den Eid ablegen. Sie treten nach vorne, der Rat erhebt sich. Der Landschreiber liest die Eidesformel. Patrick Iten und Andreas Meier sprechen mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst die neuen Ratsmitglieder herzlich willkommen und wünscht ihnen viel Energie und Befriedigung bei ihrer politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**250** Traktandum 4.1: **Motion von Philip C. Brunner, Daniel Stadlin, Cornelia Stocker und Urs Raschle betreffend Stadttunnel Zug und Linienführung im kantonalen Richtplan**
Vorlage: 2552.1 - 15016 (Motionstext).

**Heini Schmid** stellt im Namen einer grossen Mehrheit der CVP-Fraktion den **Antrag,** den vorliegenden Vorstoss nicht zu überweisen. Nach Ansicht der CVP-Fraktion würde die Überweisung den fundamentalen Grundsatz von Treu und Glauben verletzen. Es widerspricht Treu und Glauben, Baulinien aufrechtzuerhalten, von denen man weiss, dass sie vor Bundesgericht keinen Bestand haben. Das Bundesgericht hat zur Problematik von Baulinien ausgeführt: «Mit Rücksicht auf die Eigentumsbeschränkungen, zu denen die Linienfestsetzung führt, wird jedoch verlangt, dass konkrete Vorstellungen für den künftigen Strassenbau jedenfalls im Sinn eines generellen Projektes vorliegen.» Nach dem deutlichen Nein des Stimmvolks ist es sehr unwahrscheinlich, dass je ein Stadttunnel gebaut wird. Zudem ist völlig unklar, welche Variante realisiert würde. Es liegen somit keine konkreten Vorstellungen für den Tunnelbau vor, die eine Aufrechterhaltung der Baulinien rechtfertigen würden.
Im Abstimmungskampf wurde von den Befürwortern immer betont, dass bei einem Nein die Baulinien wegfallen. Die Stimmbürger haben somit in Kenntnis dieses Mechanismus Nein gesagt. Jetzt plötzlich wieder darauf verzichten zu wollen, ist mit einem Verhalten nach Treu und Glauben nicht vereinbar. Gemäss den Befürwortern des Tunnels war die Abstimmungsvariante die einzige sinnvolle Lösung. Es gibt somit auch nach Meinung der Befürworter keine brauchbare Alternative. Bei einer so unsicheren Ausgangslage kann Privaten nicht zugemutet werden, nochmals bis 2020 zu warten. Eine allfällige Entschädigung, wie von den Motionären ins Spiel gebracht, ist aufgrund dieser Unsicherheiten entschieden abzulehnen.
Die unendliche Geschichte Stadttunnel muss für die betroffenen Grundeigentümer, die Verwaltung und die Bevölkerung von Zug ein Ende haben. Nur so kann endlich Raum geschaffen werden für Verbesserungen, deren Umsetzung nicht Jahrzehnte in Anspruch nimmt. Der Votant dankt dem Rat deshalb, wenn dieser den Antrag der CVP unterstützt und damit verhindert, dass es in der Bevölkerung heisst: «Es spielt keine Rolle, wie wir abstimmen. Die Politiker machen sowieso, was sie wollen.»

**Zari Dzaferi** teilt mit, dass die SP-Fraktion den Antrag auf Nichtüberweisung unterstützt. Sie hat zwar Verständnis für die Stadtzuger Kantonsrätinnen und -räte, welche mit ihrem Vorstoss versuchen wollen, den Stadttunnel weiterhin im Gespräch zu halten und ihn irgendwann vielleicht doch noch zu realisieren. Das Stimmvolk hat den Stadttunnel aber deutlich abgelehnt – obwohl sich im Kantonsrat mehrere Parteien dafür eingesetzt hatten. Es ist verschiedenen Komitees sowie der SP und zuletzt auch der ALG zu verdanken, dass der Stadttunnel bachab geschickt wurde.
Der Stadttunnel wurde nicht abgelehnt, weil er die Verkehrsprobleme nicht gelöst hätte, sondern vor allem wegen des schlechten Preis-Leistungs-Verhältnisses.

Dieses wird sich auch 2020 oder 2025 nicht verbessert haben. Dazu stehen Bauprojekte wie die Tangente Zug/Baar vor der Realisierung, welche auch für die Stadt Zug eine Verkehrsentlastung bringen werden. Das Projekt eines Stadttunnels würde deshalb auch in einigen Jahren wieder abgelehnt.

**Cornelia Stocker** teilt namens der Motionäre einleitend mit, dass diese mit der vorgeschlagenen Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat einverstanden sind. Wenn der Rat der Überweisung zustimmt, stimmt er nichts anderem als einer Fristerstreckung für die Raumfreihaltung für ein allfälliges dereinstiges Umfahrungskonzept zu. Die Postulanten wollen einzig, dass bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Beratung des Raumordnungskonzepts (ROK) 2016 keine Baulinien voreilig aufgehoben werden – was man später bereuen könnte. Im ROK 2016 ist die Klärung von Verkehrsfragen ein essenzieller Punkt. Weil eine Umfahrungslösung auch in Zukunft in höchstem Masse von den Finanzen dirigiert werden wird, müssen neue Finanzierungsformen, etwa *Private Public Partnership*, in den kommenden Prozess einfliessen. Das Postulat verlangt nichts mehr und nichts weniger und ist schon gar keine Neuauflage der Stadttunnel-Abstimmung.
Wenn die Motionäre hier als schlechte Demokraten hingestellt werden sollten, nehmen sie das hin. Im gleichen Zug geben sie aber zu bedenken, dass gute politische Entscheide in der Vergangenheit verschiedentlich zwei, drei oder mehr Anläufe brauchten. Zu denken ist etwa an die Sommerzeit, die Mutterschaftsversicherung oder an die Majorzwahlen. Die Diskussion über gute und schlechte bzw. echte und unechte Demokraten kann man sich daher ersparen.
Wenn der Rat der Überweisung nicht stattgibt, verschliesst er sich *per se* möglichen zukünftigen innovativen Verkehrslösungen. Nach den jahrelangen Diskussionen fallen die wenigen Monate bis zur Klärung gewisser konzeptioneller Verkehrsfragen im Rahmen des ROK 2016 nicht mehr wirklich ins Gewicht.

**Philip C. Brunner** nimmt Bezug auf die Aussagen von Heini Schmid – immerhin Präsident der Raumplanungskommission, die sich mit dem ROK 2016 auseinandersetzen wird – und von Superdemokrat Zari Dzaferi. Er hält fest: *Cool it, cool it!* Die vorliegende Sache ist bei Weitem nicht so substanziell, wie sie jetzt dargestellt wird. Letztlich geht es einzig um Finanzierung. Man konnte heute in den Zeitungen lesen, welche Probleme der Kanton Zug hat: Es sind Finanzierungsprobleme – nicht bezüglich des Stadttunnels, sondern bezüglich anderer Projekte. Da möchte der Votant die Regierung doch bitten, über Alternativen nachzudenken. Gibt es vielleicht Private, welche die grösseren Projekte des Kantons finanzieren? Dies soll anhand eines konkreten Beispiels geschehen: Wie finanziert der Kanton Zug über fünfzig Jahre ein Projekt mit Kosten von 1 Milliarde Franken? Wie kann er sich entlasten von drückenden Abschreibungsmodellen etc.? All das möchten die Motionäre hören. Diese Chance sollte man sich nicht vergeben.
Cornelia Stocker hat es angetönt: Die Schweiz wäre nicht die Schweiz von heute, wenn jeder Volksentscheid der letzten hundertfünfzig Jahre sankrosankt gewesen wäre. Auch hier gilt: *Never say never!* Man hätte, wenn ein Nein des Volkes jedes Mal das letzte Wort gewesen wäre, in der Schweiz keine AHV, keine Mutterschaftsversicherung und auch nicht weitere Errungenschaften, welche konstruktive Sozialdemokraten verlangten. Es wären auch keine Frauen hier im Saal, wenn …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und fordert ihn auf, einzig zur Frage der Überweisung zu sprechen.

**Philip C. Brunner** fährt fort und hält fest, dass er einzig darauf hinweisen wollte, dass der Stadttunnel vor allem wegen der Finanzierung abgelehnt wurde. Das haben die Abklärungen der Baudirektion klar gezeigt.
Der Votant bittet den Baudirektor um Auskunft darüber, was mit den Baulinien nun genau geschieht. Stimmt es, dass diese bis 2020 bestehen bleiben? Oder werden sie morgen früh aufgehoben, wenn der Rat den zur Debatte stehenden Vorstoss nicht überweist?

**Andreas Lustenberger** möchte dem Baudirektor eine weitere Frage stellen: Wieviel würde es den Kanton kosten, die Stadttunnelportale freizuhalten?

Baudirektor **Heinz Tännler** kann die Frage von Andreas Lustenberger beim besten Willen nicht beantworten. Es geht hier ja um die Überweisung eines parlamentarischen Vorstosses, und weder die Regierung noch die Baudirektion hat bisher Abklärungen zum Anliegen dieses Vorstosses getroffen.
Zur Frage von Philip C. Brunner: Wenn man die Baulinien nicht aufhebt, nimmt man das veritable Risiko einer Aussichtsbeschwerde wegen Rechtsverzögerung in Kauf, bis hin vor Bundesgericht. Und auf dem Hintergrund, dass kein Generelles Projekt vorliegt, stünden die Chancen eines Beschwerdeführers wohl nicht schlecht – wenn nicht sogar sehr gut. Der Regierungsrat hat nach Eingang des Vorstosses über die Situation und das weitere Vorgehen diskutiert. Er ist der Meinung, dass es nicht angezeigt sei, die Baulinien – was in der Kompetenz des Regierungsrats liegt – subito zu streichen, da ja der Stadttunnel nach wie vor im Richtplan enthalten ist. Zuerst also muss der Richtplan angepasst, sprich: der Stadttunnel im Richtplan gestrichen werden. Das geschieht durch den Kantonsrat, und am Tag darauf kann der Regierungsrat bezüglich der Baulinien beschliessen. Mit anderen Worten: Die Baudirektion geht jetzt mit einer entsprechenden Vorlage in die Mitwirkung und kommt damit dann in den Kantonsrat, wobei man in diesem Zusammenhang auch den vorliegenden Vorstoss abhandeln könnte. Der Kantonsrat wird dann entscheiden, ob der Stadttunnel aus dem Richtplan gestrichen wird, und in der Folge wird der Regierungsrat die entsprechenden Baulinien aufheben. Die Baulinien werden also ohnehin erst nächstes Jahr gestrichen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 46 Abs. 2 GO KR eine Mehrheit der Motionierenden der Umwandlung in ein Postulat zustimmen muss. Die Motionierenden haben erklärt, dass sie mit der vorgeschlagenen Umwandlung ihrer Motion in ein Postulat einverstanden sind.

➔ Der Rat stimmt der Umwandlung der Motion in ein Postulat stillschweigend zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über den Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats abgestimmt wird. Für eine Nichtüberweisung sind zwei Drittel der Stimmenden erforderlich.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 47 zu 21 Stimmen ab.

**251** Traktandum 4.2: **Postulat von Daniel Stadlin betreffend Bahnhof-Unterführung Gubelstrasse in Zug; Modernisierung und Aufwertung Bahnhofzugang Nord und Langsamverkehrswege**
Vorlage: 2542.1 - 14997 (Postulatstext).

**Pirmin Frei** stellt im Namen einer deutlichen Mehrheit der CVP-Fraktion den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen, dies aus folgenden drei Gründen:
• Die Unterführung Gubelloch gehört der SBB und befindet sich auf Stadtzuger Boden. Wenn jemand gefordert ist bzw. wäre, dann nicht der Kanton, sondern die Stadt zusammen mit der SBB.
• Selbst in der etwas harmloseren Form des Postulats besteht die Absicht des Postulanten zweifelsohne darin, dass das Gubelloch neu gestaltet wird. Was textlich nach Kosmetik und einer «Kübeli-Renovation» klingt, bedeutet – schaut man sich das Bild auf dem Postulatstext an – in Tat und Wahrheit eine Millioneninvestition auch für den Kanton.
• Aktuell wird über ein Entlastungsprogramm diskutiert, und seit gestern weiss man, dass 2016 ein weiteres Millionendefizit bringen wird. Der Kantonsrat verlangt von der Regierung, dass sie spart, und von der Verwaltung, dass sie effizienter wird. Was aber macht der Kantonsrat? Er deckt die Regierung mit Vorstössen ein, die nichts ausser Arbeit für die Verwaltung bringen.
Aus diesen drei Gründen bittet die CVP-Fraktion, das Postulat von Daniel Stadlin nicht zu überweisen.

Postulant **Daniel Stadlin** stimmt zu, dass die Gubelstrasse im Bereich Bahnhof-Unterführung den Schweizerischen Bundesbahnen und der Rest der Einwohnergemeinde Zug gehört. Diese Besitzverhältnisse dürfen jedoch nicht dazu führen, dass dort weiterhin nichts geschieht. Praktisch alle, die der Votant auf die Bahnhof-Unterführung Gubelstrasse anspricht, reagieren gleich: Meinst Du das Gubelloch? Und dann hört man immer dieselben Attribute: finster, hässlich, unzumutbar, unübersichtlich, schmutzig, unordentlich. Zudem seien die Perronzugänge zu steil und zu eng. Viele – und nicht nur Frauen – nehmen diesen öffentlichen Raum als Bedrohung wahr und meiden ihn, wann immer möglich, speziell abends und nachts. Ob nun dieses Unsicherheitsgefühl real oder nur gefühlt ist, ist nicht entscheidend. Letztlich führt auch dies dazu, dass der nördliche Bahnhofzugang nur von wenigen benutzt wird.
Der Bahnhof Zug ist der wichtigste und meistfrequentierte ÖV-Knotenpunkt des Kantons und ein Kernstück überregionaler, kantonaler und städtischer Verkehrs- und Siedlungsplanung. Als stark frequentierter, öffentlicher Raum hat er grosse Ausstrahlung auf seine Umgebung. Es besteht ein grosses öffentliches Interesse an seiner räumlich möglichst optimal vernetzten Erschliessung, auch über den Bahnhofzugang Gubelstrasse. Denn Zugs Stadtstruktur entwickelt sich zusehends auf den Achsen Baarerstrasse und General-Guisan-Strasse/Gubelstrasse.
Nicht umsonst nennt man die Bahnhof-Unterführung «Gubelloch». Sie ist ein richtiger Unort und genügt keinesfalls den heutigen Bedürfnissen. Die Perronzugänge über die Gubelstrasse sind im heutigen Zustand absolut unbefriedigend. Der Votant bittet deshalb, das Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für die Nichtüberweisung zwei Drittel der Stimmenden erforderlich sind.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung mit 51 zu 16 Stimmen ab.

**252** Traktandum 4.3: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend das beabsichtigte Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung in die EU**
Vorlage: 2544.1 - 15003 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**253** Traktandum 4.4: **Interpellation von Willi Vollenweider und Philip C. Brunner betreffend die Armee-Halbierung «WEA» gefährdet die Sicherheit auch im Kanton Zug**
Vorlage: 2548.1 - 15012 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**254** Traktandum 5.1: **Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung**
Vorlagen: 2553.1 - 15017 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2553.2 - 15018 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Alois Gössi, Baar, SP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Daniel Abt, Baar, FDP | Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG |
| Walter Birrer, Cham, SVP | Alice Landtwing, Zug, FDP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Daniel Burch, Steinhausen, SVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Daniel Thomas Burch, Risch, FDP | Anastas Odermatt, Steinhausen, ALG |
| Hans Christen, Zug, FDP | Urs Raschle, Zug, CVP |
| Pirmin Frei, Baar, CVP | Roger Wiederkehr, Risch, CVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**255** Traktandum 5.2: **Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug**
Vorlagen: 2547.1 - 15010 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2547.2 - 15011 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Gesundheit und Soziales.

**256** Traktandum 5.3: **Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (EG BGFA)**
Vorlagen: 2543.1 - 14999 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2543.2 - 15000 (Antrag des Obergerichts).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**257** Traktandum 5.4: **Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011; zweite Stufe bzw. erstmalige Behandlung von fünf Motionen**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der Traktandenliste die einzelnen Bestandteile dieses Geschäfts aufgeführt sind. Das Geschäft soll einer Ad-hoc-Kommission zur Vorberatung überwiesen werden. Die Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Philip C. Brunner, Zug, SVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Monika Barmet, Menzingen, CVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Stefan Gisler, Zug, ALG | Heini Schmid, Baar, CVP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Beat Sieber, Cham, SVP |
| Markus Hürlimann, Baar, SVP | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Peter Letter, Oberägeri, FDP | Vroni Straub-Müller, Zug, ALG |
| Thomas Lötscher, Neuheim, FDP | Silvia Thalmann, Zug, CVP |
| Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP | Beat Unternährer, Hünenberg, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Nachträglich teilt der **Vorsitzende** mit, dass Heini Schmid wegen einer Terminkollision nicht in der Kommission ZFA mitarbeiten kann. Die CVP-Fraktion schlägt vor, an seiner Stelle Martin Pfister zum Kommissionsmitglied zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**258** Traktandum 5.5: **Kommission für Hochbau**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass anstelle von Beat Wyss neu Patrick Iten für die CVP in die Kommission für Hochbau gewählt werden soll.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**259** Traktandum 5.6: **Ad-hoc-Kommission für die Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung**

Anstelle von Karl Nussbaumer soll neu Manuel Brandenberg für die SVP-Fraktion in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 6
**Fortsetzung der Detailberatung vom 2. Juli 2015:**

**260** Traktandum 6.1: **Gesetz über die Haltung von Hunden**
Vorlagen: 2451.1 - 14816 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2451.2 - 14817 (Antrag des Regierungsrats); 2451.3/3a - 14933 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Rat in der Sitzung vom 2. Juli 2015 auf die Vorlage eingetreten ist und mit der Detailberatung begonnen hat. Neben dem Antrag des Regierungsrats liegt der Antrag der vorberatenden Kommission vor, welche Zustimmung unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge beantragt.

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**§ 9 Abs. 1**
**§ 10 Abs. 1 und 2**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**§ 11**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, § 11 ganz zu streichen. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

**Adrian Andermatt** stellt den **Antrag,** § 11 wie folgt zu formulieren: «Hunde bestimmter Rassen oder Kreuzungen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial sind im Kantonsgebiet verboten. Der Regierungsrat erstellt dazu eine Rassenliste. Dabei nimmt der Regierungsrat Rücksicht auf traditionelle Hunderassen.»
Die unnötige und vermeidbare Gefahr, die von Hunden bestimmter Rassen oder Kreuzungen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial ausgeht, schränkt Dritte in ihrer Handlungs- und Bewegungsfreiheit übermässig ein, sei dies beim Joggen, beim Spaziergang mit der Familie oder dem eigenen Vierbeiner. Zudem ist diese Gefahr sehr real, wie Attacken solcher Hunde immer wieder beweisen, bei welchen allzu oft Kinder die Leidtragenden sind.
Der Votant ist kein Anhänger von Verboten. Wenn ein Verbot jedoch ein taugliches Mittel ist, um die Freiheit der grossen, überwiegenden Mehrheit zu gewährleisten, kann es durchaus legitim sein. Das wäre hier der Fall.
Der Votant kann gut damit leben, wenn das Hundegesetz in der Schlussabstimmung versenkt werden sollte. Wenn die Mehrheit des Kantonsrats aber ein Hundegesetz will, dann sollte dieses zumindest einen klaren Nutzen haben. Mit dem Verbot von Pitbulls & Co. im Kanton Zug wäre dies der Fall.

**Beni Riedi** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Streichungsantrag der vorberatenden Kommission unterstützt. Der Votant ist gegen eine Rassenliste. Er findet sie bürokratisch. Verschiedene Kantone führen unterschiedliche Rassenlisten, was zum Schwachsinn führt, dass man einen bestimmten Hund in *einem* Kanton halten darf, im Nachbarkanton aber nicht. Und letztendlich kann *jeder* Hund beissen. Auch den kleinsten Hund kann man so dressieren, dass er zubeisst. Natürlich muss man die Leute besser schützen, aber das hat nichts mit der Rasse zu tun, sondern liegt

in der Verantwortung der Hundehalter. Man muss fehlbare Hundehalter vermehrt bestrafen bzw. sanktionieren, wenn etwas schiefgeht, statt vorbeugend alles zu verbieten. Sonst müsste man auch Statistiken erstellen, mit welchen Autos die meisten Unfälle passieren, und die entsprechenden Modelle dann verbieten. Das wäre ebenso schwachsinnig. Natürlich ist jeder Hundebiss tragisch, aber man darf das Problem nicht auf bestimmte Hunderassen abschieben.
Die SVP-Fraktion möchte auch hier ein liberales bzw. am liebsten gar kein Gesetz, und sie möchte den ganzen § 11 streichen.

Auch **Kurt Balmer** unterstützt den Antrag, § 11 ganz zu streichen. Für den Fall, dass die gänzliche Streichung keine Mehrheit findet, stellt er den **Eventualantrag,** dass zumindest § 11 Abs. 2 Bst. d, also die ominöse Geschichte mit der Haftpflichtversicherung, gestrichen werden soll. Der Votant hat schon bei der ersten Beratung des Gesetzes dargelegt, wieso eine Haftpflichtversicherung hier nichts bringt. Um die Argumente kurz zu wiederholen: Erstens greift im Vorsatzfall eine Haftpflichtversicherung nicht, und zweitens gibt es kein Direktforderungsrecht gegenüber einer allfälligen Haftpflichtversicherung; entsprechende Beispiele hat der Votant ebenfalls bereits vorgelegt.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** kann zu den Anträgen von Adrian Andermatt und Kurt Balmer namens der vorberatenden Kommission nicht Stellung nehmen. Sie möchte aber kurz erklären, weshalb die Kommission beantragt, § 11 ganz zu streichen.
Verschiedene Kantone führen in ihren Hundegesetzen Rassenlisten, seit 2005 drei Pitbulls, also Hunde einer sogenannten Kampfhunderasse, im Kanton Zürich einen Kindergärtler töteten. Die Kommission wurde aber erstens informiert, dass der Vollzug einer Rassenliste mit grossem Aufwand verbunden wäre, und zweitens warnte der Kantonstierarzt vor einer solchen Liste, da damit gewisse Hunderassen in eine bestimmte Schublade gesteckt würden. Die Aggressivität hänge mehr vom einzelnen Hund ab als von der Rasse. Dazu ist an die Adresse von Beni Riedi zu bemerken: Natürlich kann man jeden Hund auf Aggression dressieren, aber die Rassenliste bzw. die Gefährlichkeit bestimmter Rassen habe – so erklärte der Kantonstierarzt – mit der Kiefergrösse und Stärke des Hundes zu tun, also quasi mit dessen Gewaltpotenzial. Und da gibt es durchaus gewisse anatomisch bedingte Unterschiede.
Der Sicherheitsdirektor wies in der Kommission darauf hin, dass sogenannt gefährliche Hunde bisher im Kanton Zug noch nie Probleme verursacht hätten. Der Vorbehalt im Antrag des Regierungsrats sollte aber ins Gesetz aufgenommen werden, damit keine legislative Zusatzrunde durchgeführt werden muss und sofort gehandelt werden kann, wenn sich eine solche Liste eines Tages als nötig erweisen oder der Druck der Öffentlichkeit aufgrund irgendeines Vorfalls zunehmen sollte. Dann könnte nämlich der Regierungsrat eine Rassenliste auf dem Verordnungsweg beschliessen.
Die Mehrheit der vorberatenden Kommission war jedoch der Meinung, dass der Weg zur Einführung einer Rassenliste über den Kantonsrat führen sollte, weshalb die Kommission mit 4 zu 8 Stimmen beschloss, § 11 ganz zu streichen.
Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass § 11 nicht gestrichen werden darf, und stimmt dem Antrag der Regierung zu.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** verweist auf die Ausführungen der Kommissionspräsidentin und den Bericht des Regierungsrats. Dort steht, dass der Regierungsrat im Moment keine Veranlassung sieht, gewisse Rassen zu verbieten. Er hält aber trotzdem an seinem Antrag fest, um auf dem kürzesten Weg, nämlich dem Verordnungsweg, eine Rassenliste erstellen und in Kraft setzen zu können, wenn

sich irgendwann ein Problem ergeben sollte. Die Anträge von Adrian Andermatt und Kurt Balmer lehnt der Sicherheitsdirektor ab.

**Beni Riedi** hat eine Frage an den Sicherheitsdirektor. Bisher hat man ja noch keine Probleme gehabt. Ab welchem Zeitpunkt würde denn der Regierungsrat von Problemen sprechen? Ab einem einzigen Biss? Ab einem einzigen betroffenen Kind? Oder braucht es zehn oder zwanzig Fälle, bis der Regierungsrat auf dem Verordnungsweg aktiv wird?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** kann diese Frage nicht abschliessend beantworten, aber wenn es zwei, drei oder vier Vorfälle pro Jahr gäbe, sähe sich der Regierungsrat sicher gezwungen, entsprechende Massnahmen zu treffen. Und wenn sich – wie im Kanton Zürich – auch nur ein einziger Todesfall ereignete, würden in der Öffentlichkeit und im Kantonsrat sicher Stimmen laut, dass man handeln müsse. So präsentiert sich etwa die Ausgangslage.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun zuerst § 11 im Detail bereinigt und anschliessend über den Streichungsantrag der vorberatenden Kommission abgestimmt wird.

*§ 11 Abs. 1*
*§ 11 Abs. 2 Bst. a bis c*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 11 Abs. 2 Bst. d*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass § 11 Abs. 2 Bst. d aufgrund der Streichung von § 4 Abs. 1 Bst. f gegenstandslos wurde.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*§ 11 Abs. 3*
*§ 11 Abs. 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 11 Abs. 5*

**Thomas Werner** möchte wissen, in welcher Kadenz überprüft werden soll, ob die erwähnten Bewilligungsvoraussetzungen noch erfüllt sind. Wird der Hundehalter dazu vorgeladen, oder wie geht man vor? Wenn die Bewilligungsvoraussetzungen ständig überprüft werden müssen, müsste nach Ansicht des Votanten auch die Kadenz der Überprüfung im Gesetz definiert werden.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass keine periodische Überprüfung vorgesehen ist. Wenn die Bewilligungsvoraussetzungen dahinfallen, dann ist das dann halt eben so.

➔ Der Rat genehmigt § 11 Abs. 5 gemäss Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass § 11 damit fertig bereinigt ist. Nun wird zuerst der bereinigte § 11 dem Antrag von Adrian Andermatt gegenübergestellt. Die obsiegende Version wird dann dem Antrag der vorberatenden Kommission auf Streichung gegenübergestellt.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Adrian Andermatt mit 55 zu 13 Stimmen ab und genehmigt damit § 11 in seiner bereinigten Form.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission auf gänzliche Streichung von § 11 mit 36 zu 32 Stimmen ab.

**§ 12 Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

**Kurt Balmer** stellt zu § 12 Abs. 1 den mehrheitlich auch von der CVP-Fraktion unterstützten **Antrag,** den Einleitungssatz wie folgt zu ergänzen: «Die Kantonstierärztin oder der Kantonstierarzt kann *im Hinblick auf die Sicherheit von Mensch und Tier* insbesondere folgende Massnahmen anordnen: […]».
Mit der vorliegenden Bestimmung in der jetzigen Form werden dem Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin ergänzende Kompetenzen gegeben, ohne diese einzuschränken. Mit der vorgeschlagenen Zweckbestimmung würde eine sinngemässe Einschränkung gemacht, damit der Kantonstierarzt oder die Kantonstierärztin nicht einen Freipass erhält und irgendwelche Massnahmen anordnen könnte. Es geht also darum, Klarheit zu schaffen, was der Kantonstierarzt oder die Kantonstierärztin wirklich tun kann. Andernfalls könnte der Kantonstierarzt oder die Kantonstierärztin eigenmächtig auf irgendeine Idee kommen und beispielsweise festlegen, dass ältere Leute ab einem bestimmten Alter eine Bewilligung für die Haltung eines Hundes einholen müssen. Das wäre nicht zielgerichtet, aber – gestützt auf die jetzige Formulierung – möglich. Und es geht auch um Kosten: Gemäss § 13 sind die Kosten für die in § 12 festgelegten Massnahmen von den Hundehaltern zu tragen. Mit anderen Worten: Der Kantonstierarzt oder die Kantonstierärztin kann irgendetwas anordnen, und die betreffenden Hundehalter müssen die anfallenden Kosten übernehmen. Man sollte hier deshalb mit der ergänzenden Zweckbestimmung, wie sie der Votant beantragt, Klarheit schaffen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass keineswegs dem Kantonstierarzt oder der Kantonstierärztin irgendwelche willkürlichen Möglichkeiten gegeben werden sollen. Es geht immer um das Verhältnis von Tier zu Tier bzw. um die Sicherheit von Mensch und Tier. Die beantragte Zusatzbestimmung bzw. Einschränkung ist deshalb nicht nötig. Wenn sie ins Gesetz aufgenommen wird, ändert sich nichts an der Tätigkeit der Kantonstierärztin oder des Kantonstierarzts, welche ja dem Gesetz und immer auch der Verhältnismässigkeit verpflichtet sind. Der Sicherheitsdirektor geht deshalb nicht davon aus, dass willkürlich ein Verbot ausgesprochen wird, wenn eine ältere Person aus irgendwelchen Gründen ihren Hund nicht mehr halten kann. Im Weitern ist hier auch ein rechtliches Verfahren vorgesehen: Entscheide der Behörden können immer angefochten werden. Aus diesen Gründen ist die von Kurt Balmer beantragte Ergänzung nicht nötig.

➔ Der Rat stimmt der von Kurt Balmer beantragten Ergänzung des Einleitungssatzes mit 43 zu 22 Stimmen zu und genehmigt im Übrigen § 12 Abs. 1 gemäss Antrag des Regierungsrats.

**§ 12 Abs. 2**
**§ 13 Abs. 1 bis 3**
**§ 14 Abs. 1 bis 4**
**§ 15 Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit die Detailberatung von Teil I, also des eigentlichen Gesetzes, abgeschlossen ist. Er erinnert daran, dass ein Antrag auf Streichung des ganzen Teils I vorliegt.

**Heini Schmid** ist der Meinung, dass der Antrag, Teil I bzw. das ganze Gesetz zu streichen, nicht zulässig ist. Wenn man nochmals über das ganze Gesetz oder über einzelne Paragrafen diskutieren möchte, müsste man einen Rückweisungs- bzw. Rückkommensantrag stellen: Entweder man verlangt eine gesamthafte und definitive Rückweisung gemäss § 58 GO KR, wofür eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre, oder man verlangt ein Rückkommen auf einzelne Paragrafen oder Abschnitte, was ein einfaches Mehr erfordert. Es darf nicht Schule machen, dass mit einem einfachen Antrag ein ganzes Gesetz gestrichen werden kann. Das widerspricht der Geschäftsordnung. Es kann nicht angehen, mit einem *Buebetrickli* ein ganzes Gesetz zu streichen – zumal ja Teil II, also die Fremdänderungen, beibehalten werden soll. Da soll doch ein Jurist dem Votanten bitte erklären, wie Fremdänderungen, die sich aus einem nicht mehr existierenden Gesetz ergeben, Bestand haben sollen! Bei dieser Vorstellung dreht es dem Votanten als Juristen schlicht den Magen um. Das ist, wie wenn man den Hund erschiesst und will, dass der Schwanz noch weiterwedelt. Das geht einfach nicht!
Natürlich scheint es sich vordergründig nur um eine formelle Frage zu handeln. Das materielle Problem zeigt sich aber deutlich: Es wird ein Antrag mit Übergangsbestimmungen gestellt, niemand hat sich überlegt, ob der Antrag etwas taugt, und der Rat gerät in eine Ad-hoc-Beratung, wie sie zumindest Alt-Landschreiber Tino Jorio immer zu vermeiden versuchte. Der Votant ist nun seit dreizehn Jahren im Kantonsrat, und er hat keine Lust, auf dem Hintergrund abenteuerlicher Interpretationen der Geschäftsordnung über irgendwelche unausgegorene Ad-hoc-Anträge zu beraten. Es gab in letzter Zeit im Rat genügend Müsterchen, bei denen niemand mehr wusste, über was überhaupt abgestimmt wurde. Genau darin liegt der Kern der Sache. Deshalb bittet der Votant um eine Abstimmung darüber, ob es zulässig sei, während der Detailberatung über ein Gesetz als Ganzes abzustimmen – genau darum geht es nämlich materiell. Er stellt den **Antrag,** dass der Rat festhalten soll, dass ein solches Vorgehen nicht zulässig ist. Es verletzt die Geschäftsordnung.

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, teilt mit, dass der Antrag auf Streichung von Teil I bzw. das vorgeschlagene Vorgehen ihrer Meinung nach sehr wohl zulässig ist. Der Rat fällte in der Sitzung vom 2. Juli 2015, als er

über Teil I abstimmte, einen Grundsatzbeschluss gemäss § 60 Abs. 1 GO KR. Die Vorlage, wie sie jetzt vorliegt, entspricht aber nicht mehr der Vorlage, über die damals abgestimmt wurde. Gemäss § 60 GO KR ist es auch im heutigen Zeitpunkt wieder möglich, einen Grundsatzentscheid zu fällen, dies nach Variante 3 im Kommentar von Tino Jorio: «Die Detailberatung wird bis zum Schluss durchgeführt. Erst danach erfolgt der Grundsatzbeschluss.» Diesen Grundsatzbeschluss braucht es jetzt, damit nachher über Teil II, die Fremdänderungen, beraten und abgestimmt werden kann. Und die Fremdänderungen haben sehr wohl einen Zusammenhang mit der Materie, denn sowohl die regierungsrätliche Vorlage als auch der Kommissionsbericht haben sie zum Inhalt. Es ist also möglich, Teil I abzulehnen und entsprechende Straftatbestände im ÜStG und in dessen Anhang, dem Bussenkatalog, zu regeln.

**Heini Schmid** war bei der Beratung der Geschäftsordnung auch mit dabei. Bei Grundsatzentscheiden gemäss § 60 geht es um grundsätzliche Weichenstellungen, nicht um die Frage, ob man ein Gesetz überhaupt will oder nicht. Es kann in einem Gesetz einzelne Abschnitte geben, über die man allenfalls nicht im Detail diskutieren, sondern grundsätzlich abstimmen will. Dass aber ein ganzes Gesetz so ausgehebelt werden soll, entspricht nicht der Geschäftsordnung. Warum gibt es denn die Möglichkeit, nicht auf ein Gesetz einzutreten? Und warum gibt es eine Schlussabstimmung?

Landammann **Heinz Tännler** schlägt vor, dem Regierungsrat die Gelegenheit zu geben, die anstehende Frage in der Kaffeepause zu klären. Es liegen die Meinung von Heini Schmid und diejenige der stellvertretenden Landschreiberin vor, und es würde der Sache wohl dienen, wenn sich auch der Regierungsrat eine Meinung dazu bilden könnte. Der Regierungsrat schlägt deshalb vor, die Frage auszusetzen und nach der Kaffeepause wieder aufzunehmen.

**Florian Weber** als Sprecher der FDP-Fraktion hält fest, dass Teil I in der nun abgeschlossenen Beratung massiv verändert wurde. Wenn die Vorlage nun so durchgeht, wird ein Gesetz geschaffen, welches immer noch ermöglicht, auf Gemeindeebene Gesetze zu erlassen oder rechtliche Anpassungen vorzunehmen. Von einer Vereinheitlichung – was ja die Idee war – kann dann nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil: Es wird Juristenfutter und Bürokratie geschaffen.
Das vorliegende Gesetz wird keinen einzigen Hundebiss verhindern, und die vom Kantonstierarzt geforderte rechtliche Handhabe kann durch kommunale Erlasse geschaffen werden. Und schlussendlich sollte der Rat auch bei diesem Gesetz dem Grundsatz folgen: so wenige Gesetze wie möglich und nur dann, wenn sie wirklich nötig sind.
Etwas Positives kann dem Gesetz abgewonnen werden: Mit Teil II, also den Fremdänderungen im Übertretungsstrafgesetz, schafft man im Gegensatz zu Teil I eine vereinfachte und klare Handhabung im Umgang mit Hundehaltern bei liegengelassenem Hundekot und schlussendlich eine Entlastung des Staatsapparats. Im Namen der FDP-Fraktion stellt der Votant deshalb den **Antrag,** Teil I im Gesetz zu streichen und nur die Fremdänderungen im Übertretungsstrafgesetz zu übernehmen.

**Mariann Hess** teilt mit, dass die ALG an Teil I festhält, dies aus folgenden Gründen: Wenn der Rat den Antrag auf Streichung gutheisst, setzt er auf die vielgelobte Eigenverantwortung. Dies wäre zwar wünschenswert, ist aber beim Hundegesetz nicht praxistauglich. Ein Beispiel: Wildtiere fühlen sich durch die Anwesenheit von Hunden bedroht. Sie führen ein Leben im Verborgenen und werden von Hunde-

halterinnen und -haltern nicht einmal wahrgenommen. Doch Verantwortung kann nur für etwas übernommen werden, das einem bewusst ist. Ein Gesetz schafft Bewusstsein und trägt zur Prävention bei. Es vereinfacht das Zusammenleben und bringt Klarheit und Sicherheit für alle. Denn ohne gesetzliche Grundlage kann man nicht gegen Missstände vorgehen.
Die Mehrheit der Bevölkerung sowie alle Gemeinden wollen ein Hundegesetz. Auch Hundeschulen befürworten eine klare, für alle leicht verständliche kantonale Regelung. Das hat einen praktischen Grund. Es ist nämlich nicht so, dass mit einem Nein zum Hundegesetz die Bürokratie und Gesetzesflut eingedämmt wird – im Gegenteil: Man belässt viele, sich unterscheidende gemeindliche Regelungen, und wahrscheinlich kommen noch ein paar weitere hinzu. Wer den Streichungsantrag gutheisst, trägt also zur Regelflut bei.
Eigenverantwortliche Hundehalter sollten laut Oliver Wandfluh vor dem Spaziergang zuerst das Reglement der entsprechenden Gemeinde studieren. Das heisst, dass ab sofort jede Hundehalterin und jeder Hundehalter nur noch mit GPS und den Hundereglementen sämtlicher Gemeinden unterwegs wäre. Spontanität und Erholung lassen grüssen! Das ist schlichtweg eine Zumutung und nicht praktikabel. Wird Teil I gestrichen, müssten auch noch das Übertretungsstrafgesetz und das Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz berücksichtigt werden. Dies würde zwangsläufig zu weiterer Konfusion führen, denn deren Vorgaben sind unverbindlich und nicht auf Hundehaltung zugeschnitten.
Die ALG hatte Regelungen vorgeschlagen, die weiter gehen als das vorliegende Gesetz. Was nun vorliegt, ist ein sehr liberales Hundegesetz, beschränkt auf das Nötigste und einfach in der Handhabung, auch für die Bevölkerung.
Die Zahl der Hunde im Kanton Zug nimmt zu. Kinder, Wildtiere und landwirtschaftliche Nutztiere können sich nicht wehren. In gewissen Situationen mag ein wenig Rücksicht gegenüber den Schwächeren die persönliche Freiheit tangieren. Was aber auf der einen Seite eine kleine Einschränkung ist, ist auf der anderen Seite oft eine Frage des Überlebens. Aus diesen Gründen bittet die Votantin, auf die Streichung von Teil I zu verzichten.

**Manuel Brandenberg** teilt bezüglich Vorgehen die Auffassung der stellvertretenden Landschreiberin. Auch Kurt Balmer hat dem Votanten mitgeteilt, dass er der Ansicht sei, das vorgesehene Vorgehen sei möglich.

**Thomas Werner** will kein kantonales Hundegesetz. Es ist seiner Meinung nach überflüssig, und es ist bisher auch ohne gegangen. Andere Ratsmitglieder hingegen wollen ein Hundegesetz mit vielen und sehr rigiden Paragrafen, wiederum andere wollen ein möglichst liberales Gesetz. Der Kantonsrat hat dieses Gesetz nun weitgehend beraten und dabei viele Paragrafen abgeändert oder gar gestrichen. Es ist deshalb klar und logisch, dass der Rat zu *diesem* Gesetz nun Ja oder Nein sagen kann. Diese Freiheit muss das Parlament haben.

**Kurt Balmer** hat sich zum Vorgehen indirekt bereits geäussert. Er ist nach dem Votum von Mariann Hess aber nicht sicher, ob diese die Systematik des Gesetzes richtig verstanden hat. Er hält fest: Unabhängig davon, ob der Rat ein kantonales Hundegesetz erlässt oder nicht, gelten die gemeindlichen Reglemente weiter. Und da stellt sich die Frage, ob es in diesen Reglementen offensichtliche Widersprüche gibt, so dass – bei einer Annahme des Gesetzes – einzelne Teile der gemeindlichen Reglemente dann doch nicht gelten, ob es ergänzende Bestimmungen gibt etc. Und ist es jeder Gemeinde gegebenenfalls freigestellt, ob sie ihr Reglement ändern will oder nicht? Nur: Das Hundereglement der Gemeinde Risch beispielsweise

kann man in Gänze gar nicht streichen. Es enthält nämlich die Bestimmungen zur Hundesteuer, so dass man dieses Reglement zumindest als Rumpfreglement beibehalten muss. Die Gemeindeversammlung von Risch müsste dann auch darüber diskutieren, ob man – ergänzend zum sehr liberalen kantonalen Hundegesetz – die regionalen Gebräuche, etwa die Leinenpflicht während der Nachtstunden, beibehalten will oder nicht. Diese regionale Bestimmung ist nach Ansicht des Votanten zulässig und widerspricht dem Sinn und Zweck des kantonalen Gesetzes nicht.
Aus diesen Gründen neigt der Votant entgegen der Mehrheit der CVP-Fraktion dazu, den Antrag auf Streichung von Teil I zu unterstützen. Es ist nämlich nicht so, dass dieses Gesetz absolute Klarheit schafft.

**Heini Schmid** versteht die Welt nicht mehr: Thomas Werner sagt, man müsse Teil I streichen können, um die ganze Vorlage zu versenken. Aber dazu gibt es ja die Schlussabstimmung! Wenn der Rat am Schluss das Gefühl hat, das Hundegesetz tauge nichts, kann er es in der Schlussabstimmung mit einfachem Mehr ablehnen. Es braucht den Antrag der FDP-Fraktion auf Streichung von Teil I nicht.
Der Votant bittet, sich bewusst zu werden, dass das Parlament nicht in jedem Moment einfach das tun kann, was es gerade will. Dann könnte man die Geschäftsordnung, also das kondensierte Wissen aus fast einem Jahrhundert Parlamentsbetrieb, ja schreddern und wie der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug – das bekommt der Votant zumindest zu hören, wenn jemand aus dem GGR in den Kantonsrat wechselt – einfach etwas im Zeug herum parlieren und am Schluss irgendeinen Entscheid fällen. Dass im Kantonsrat eine Geschäftsordnung gilt, ist also durchaus wohltuend.

Auch wenn **Thomas Lötscher** in seiner Fraktion in der Minderheit ist und Teil I eigentlich beibehalten möchte, muss er Heini Schmid widersprechen. § 60 der Geschäftsordnung bietet explizit die Möglichkeit, jetzt einen Grundsatzentscheid zu fällen. Der Votant hätte allenfalls ein gewisses Verständnis für die Argumente seines Vorredners, wenn der Streichungsantrag der FDP völlig überraschend gestellt worden wäre. Das ist aber nicht der Fall. Der Rat hat diese Grundsatzdiskussion schon zu Beginn der Debatte geführt und sich darauf geeinigt, Teil I durchzuberaten und am Schluss darüber abzustimmen, ob dieser Teil beibehalten werden soll oder nicht. Es ist also auch Treu und Glauben geschuldet, dieses Vorgehen jetzt umzusetzen; andernfalls hätte Heini Schmid seinen Einwand bereits zu Beginn der Debatte vorbringen müssen. Das Vorgehen ist durch die Geschäftsordnung legitimiert, und alle Ratsmitglieder haben ihre Voten und ihr Abstimmungsverhalten danach ausgerichtet. Man kann jetzt nicht mitten im Spiel die Regeln ändern.

**Zari Dzaferi** war Mitglied der vorberatenden Kommission und hat schon dort festgestellt, dass nicht alle wirklich ehrlich waren. Es gibt viele, die kein Hundegesetz wollen, und das hätte nach Ansicht des Votanten gleich zu Beginn der Debatte, also beim Eintretensbeschluss, deutlich zum Ausdruck gebracht werden sollen. Viele sind aber eingetreten, um noch ein bisschen zu diskutieren und erzählen zu können, wie gerne er bzw. sie Hunde hat etc. – und nun realisiert der Rat, dass er einfach einige Stunden geschwatzt hat, Steuergelder verschwendet hat und jetzt wieder dort steht, wo er eigentlich schon am Anfang war. Vor allem jenen Ratsmitgliedern, welche das Sparen auf ihre Fahnen geschrieben, im Rat nun aber das Gesetz mitberaten und verwässert haben, obwohl sie es von Anfang an nicht wollten, sei gesagt, dass das nicht der richtige Weg ist. Oder liegt der Votant hier völlig falsch?

Nach der Kaffeepause ruft die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** in Erinnerung, dass der Rat beim Eintretensbeschluss am 2. Juli zwar grossmehrheitlich kein Hundegesetz wollte, aber die entsprechenden Strafbestimmungen ins Übertretungsstrafgesetz aufnehmen wollte. In der folgenden Beratung wurde nach längerer Diskussion der Grundsatzentscheid gefällt, Teil I vorerst nicht zu streichen, wobei aber alle davon ausgingen, dass nach der Detailberatung nochmals über diesen Teil als Ganzes abgestimmt würde.
Letztendlich beschliesst der Kantonsrat auch über das Verfahren. Die Regierung teilt aber die Meinung der Staatskanzlei und empfiehlt, über Teil I, der sich heute anders präsentiert als damals, nochmals abzustimmen. Es braucht diese Abstimmung, um zu wissen, wie die Beratung zu Teil II fortgeführt werden soll. Falls der Rat Teil I ablehnt, wird die Sicherheitsdirektion Teil II unter Mitarbeit der Staatskanzlei auf die zweite Lesung hin so anpassen, dass im ÜStG und seinem Anhang, dem Bussenkatalog, nicht mehr auf das Hundegesetz referenziert wird.

**Andreas Hausheer** hat eine Frage. Wenn der Rat nun Teil I kippt, bleibt noch Teil II, also die Änderungen im Übertretungsstrafgesetz. Konsequenterweise müsste dann in der Schlussabstimmung der Vorlage zugestimmt werden. Man hätte dann also ein Hundegesetz, das in die Gesetzessammlung aufgenommen werden müsste – und der Inhalt dieses Gesetzes wäre einzig Teil II, der von der Redaktionskommission vermutlich zu Teil I gemacht würde. In der Schlussabstimmung wird ja über eine Vorlage als Ganzes abgestimmt. Ist diese Annahme richtig?

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** erläutert, dass es in diesem Fall kein Hundegesetz gäbe, sondern einzig die Bestimmungen im ÜStG angepasst würden. Das ÜStG ist gesetzeshierarchisch dem Hundegesetz gleichwertig, und es würden hier zusätzliche Straftatbestände geregelt. Wenn Teil I wegfällt, muss dennoch eine Detailberatung zu Teil II geführt werden. Es werden dort drei Sachverhalte erwähnt: Liegenlassen von Hundekot, Aufsichtspflicht und Leinenpflicht. Es braucht einen klaren Auftrag an die Sicherheitsdirektion, wie das ÜStG auf die zweite Lesung hin angepasst werden muss.

**Heini Schmid** möchte wissen, ob das hier vorgeschlagene Vorgehen auch künftige Praxis sein soll; ob künftig also bei jeder Beratung eines Gesetzes der Antrag gestellt werden kann, Teil I zu streichen, oder ob dieses Vorgehen hier – im Sinne von Treu und Glauben nachvollziehbar – einmalig und ausnahmsweise zugelassen werden soll, weil der Rat in der Eintretensdebatte entsprechend instruiert wurde. Mit der ausnahmsweisen Zulassung kann der Votant leben; die generelle Lösung, am Ende der Detailberatung von Teil I eine inoffizielle Schlussabstimmung durchführen zu können, lehnt er aber entschieden ab.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** verweist auf § 7 Abs. 2 Ziff. 4 GO KR, wo es heisst: «[Das Büro] legt bei Unklarheiten über Verfahrensfragen die Geschäftsordnung aus und kann dazu Empfehlungen abgeben. Vorbehalten bleiben davon abweichende Beschlüsse des Kantonsrats.» Das ist das einzige, was die Staatskanzlei zur vorliegenden Frage sagen kann. Offenbar besteht hier für einige Ratsmitglieder eine Unklarheit, die mit einem Bürobeschluss präzisiert werden müsste – wobei der Kantonsrat wiederum davon abweichende Beschlüsse fassen kann.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** liebt klare Strukturen. Sie hat deshalb bewusst gewartet, bis die Grundsatzfrage, ob über Teil I überhaupt ab-

gestimmt wird oder nicht, geklärt ist, bevor sie nun die Meinung der vorberatenden Kommission bekanntgibt. Sie schickt voraus, dass die Kommission in ihrer ersten Sitzung der Sicherheitsdirektion den Auftrag erteilte, abzuklären, ob es möglich sei, den ganzen Teil I zu streichen. Die Sicherheitsdirektion teilte der Kommission mit, dass dies möglich sei – und davon ist die Kommission bei ihrer Abstimmung ausgegangen. Man muss sich auch bewusst sein, dass der Wegfall aller Verweise auf das Hundegesetz in den Fremdänderungen bedeutet, dass die Missachtung der Leinenpflicht – wie heute schon – nur in der Schutzzone gemäss Natur- und Landschaftsschutz geahndet und gebüsst werden kann.
Die stellvertretende Landschreiberin hat darauf hingewiesen, dass der Rat heute der Sicherheitsdirektion einen klaren Auftrag geben müsste, wie das ÜStG allenfalls anzupassen sei. Die Votantin ist nicht in der Lage, dazu irgendwelche Wünsche der vorberatenden Kommission zuhanden der Sicherheitsdirektion zu formulieren. Die Kommission hat nicht über diesen Fall gesprochen, und sie wird wohl in einer zweiten Runde nochmals Stellung zum Vorschlag der Regierung nehmen.
Zur Sache selbst, also zur Streichung von Teil I: In der vorberatenden Kommission wurde ebenfalls über diese Streichung diskutiert, wobei Gegner wie Befürworter dieselben Argumente wie in der Eintretensdebatte vorbrachten. Letztendlich ergab sich – bei drei Abwesenden – eine Pattsituation mit 6 zu 6 Stimmen. Mit präsidialem Stichentscheid lehnte die Kommission die Streichung ab, wobei für die Präsidentin ausschlaggebend war, dass sich 860 von 1010 befragten Zugerinnen und Zugern ein Hundegesetz wünschen. Die CVP-Fraktion teilt die Meinung der Kommission: Sie hat sich mit 16 zu 2 Stimmen gegen die Streichung von Teil I ausgesprochen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** stellt fest, dass das Formelle hier offenbar auch für Juristen eine nicht ganz einfache Sache ist. Die Sicherheitsdirektion wurde angefragt, ob es möglich sei, entsprechende Straftatbestände ins ÜStG aufzunehmen, wenn das Hundegesetz abgelehnt würde. Dazu hat sie einen Vorschlag gemacht, ohne zu wissen, welcher Antrag im Kantonsrat tatsächlich gestellt würde. Jetzt liegt der Antrag vor: Die FDP-Fraktion will anstelle des Hundegesetzes nur, dass Vergehen gegen die Leinenpflicht in Naturschutzzonen sowie das Liegenlassen von Hundekot als Straftatbestände gebüsst werden. Das würde auch bedeuten, dass die gemeindlichen Reglemente nicht tangiert und damit weiterbestehen würden. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage von Kurt Balmer. Im regierungsrätlichen Antrag heisst es bei § 5 Abs. 4 klar: «Der Regierungsrat und die Gemeinden können weitergehende Bestimmungen mit lokalem Bezug erlassen. Sie können insbesondere Freilaufflächen oder Hundeverbotszonen bezeichnen.» Es war immer die Meinung, dass die gemeindlichen Reglemente obsolet werden sollten. Sie wurden aber stehen gelassen, weil in ihnen die Hundetaxen geregelt sind und der Regierungsrat nicht in die Gemeindehoheit eingreifen wollte, zumal dieses Thema nicht ganz einfach ist und die Hundetaxen auf gemeindlicher Ebene sehr unterschiedlich geregelt sind. Eine nächtliche Leinenpflicht wie in Risch würde aber wegfallen, und die Gemeinden könnten wohl auch nicht mehr so umfassende Bestimmungen einführen. «Lokal» bedeutet für den Sicherheitsdirektor in diesem Zusammenhang, dass eine Gemeinde beispielsweise für ein Friedhofareal, für das kantonal heute kein Hundeverbot, aber eine Leinenpflicht gilt, weitergehende Bestimmungen erlassen könnte. Es macht aber keinen Sinn, die gemeindlichen Reglemente beizubehalten und Übertretungen einerseits im ÜStG, andererseits auf gemeindlicher Ebene zu regeln, dies mit unterschiedlichen Verfahren. Man würde damit nur noch mehr Unsicherheiten und noch mehr Aufwand als heute schaffen.
Dass das Gesetz heute ganz anders daherkomme als am Anfang, stimmt nicht. Natürlich hat es da und dort Veränderungen gegeben, aber das Gesetz als solches ist

nach wie vor sehr klar. Insbesondere bekommt der Kantonstierarzt klare Aufgaben, die er zwar bereits bisher hatte, für die bislang aber vielfach eine gesetzliche Grundlage fehlte. Auch das Faktum, dass von Hundehalterinnen und -haltern keine Kritik mehr geäussert wurde, zeigt, dass die vorliegende, liberale Form des Gesetzes sinnvoll ist und Akzeptanz geniesst. In der Umfrage der «Zuger Presse» vom 12. August sagten auch Hundehalter, dass ein kantonales Gesetz nötig sei und vieles vereinfachen würde – aber bitte kein Gesetz wie im Kanton Schwyz, wo alles verboten ist. Das zugerische Hundegesetz basiert auf Eigenverantwortung, und das soll so bleiben. Im Übrigen haben auch die Gemeinden immer gebeten, eine Vereinheitlichung herbeizuführen, und es wäre schade, wenn das nun nicht geschehen würde.
Wenn man gemäss Antrag der FDP-Fraktion nur die Fremdänderungen vornehmen würde, hiesse das letztlich, dass das Liegenlassen von Hundekot nur nach § 6 ÜStG geahndet werden könnte, wo es heisst: «Mit Busse wird bestraft, wer öffentliche oder öffentlich zugängliche Bauten oder Anlagen verunreinigt oder verunstaltet und sie dadurch in ihrem Aussehen oder bestimmungsgemässen Gebrauch beeinträchtigt.» Im Klartext heisst das, dass man nur im urbanen Gebiet ahnden könnte; die Anliegen der Landwirte und der Forstwirtschaft würden nicht berücksichtigt. Deshalb hat der Sicherheitsdirektor für den Fall, dass der Kantonsrat heute nur die betreffenden Übertretungen ins ÜStG aufnehmen will, den Vorschlag gemacht, auf die zweite Lesung hin einen entsprechenden Antrag auszuarbeiten.
Der Sicherheitsdirektor befürwortet die Gemeindeautonomie. Dennoch aber bittet er den Kantonsrat, dem kantonalen Hundegesetz zuzustimmen. Andernfalls hat man plötzlich elf verschiedene Regelungen, was ein Durcheinander und eine noch grössere Rechtsungleichheit und Rechtsunsicherheit bedeuten würde. Mit einer kantonalen Regelung trägt man – wie die erwähnte Umfrage gezeigt hat – auch einem Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung.

**Beni Riedi** ist erstaunt über die Aussagen des Sicherheitsdirektors. Der zur Debatte stehende Antrag wurde nämlich schon in der vorberatenden Kommission besprochen. Die Kommission erteilte der Sicherheitsdirektion einen Abklärungsauftrag genau zum jetzt diskutierten Problem, und der Antrag wurde von der Kommission genau so formuliert, wie er nun vorliegt. Der Votant wäre froh gewesen, wenn die FDP die SVP-Fraktion unterstützt hätte und von Anfang an gar nicht auf die Vorlage eingetreten wäre; das war leider nicht der Fall. Nichtsdestotrotz wird die SVP den Antrag der FDP unterstützen.
In der Kommission wurde auch immer gesagt, dass auch dann, wenn dieses kantonale Gesetz geschaffen würde, die Gemeinden ihre Reglemente beibehalten könnten. Man sagte, dass auf kantonaler Ebene die Grundlagen geschaffen würden und die Gemeinden allenfalls weitergehende Bestimmungen erlassen könnten. Man wolle deshalb ein möglichst liberales Gesetz machen und die Gemeinden, die mehr möchten, selber entscheiden lassen. So wollte man die Gegner ins Boot holen. Sie sollten dem liberalen kantonalen Gesetz zustimmen – und dann allenfalls in den Gemeinden weiterführende Bestimmungen bekämpfen.
Fakt ist, dass die gemeindlichen Reglemente weiterbestehen werden und auch über die kantonale Grundregelung hinausgehen können. Zu betonen ist, dass im Zeitpunkt der Vernehmlassung sechs von elf Gemeinden ein Hundereglement hatten; fünf Gemeinden hatten damals noch keines. Auch hier ist an das Subsidiaritätsprinzip zu erinnern: Die Gemeinden sollen verantwortlich sein und ihre Reglemente erlassen können, wenn ein Bedarf dafür vorhanden ist.

➔ Der Rat heisst den Antrag auf Streichung von Teil I mit 34 zu 33 Stimmen gut.

**II. Fremdänderungen**

***Übertretungsstrafgesetz (ÜStG) vom 23. Mai 2013 (Stand 1. Oktober 2013)***

*§ 17 Abs. 2 Bst. a und b*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass mit der Ablehnung des Hundegesetzes die geltende Fassung unverändert bestehen bleibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Kurt Balmer** meldet sich nachträglich nochmals zu § 17 Abs. 2 zu Wort. Gemäss Bst. b können Wildhüterinnen und Wildhüter auf dem ganzen Kantonsgebiet Hundehalterinnen und -halter büssen. Der Votant erinnert sich, dass in der damaligen Debatte zum ÜStG festgehalten wurde, dass dieses nicht bei der erstbesten Gelegenheit ergänzt und ausgedehnt werden soll. Nun geschieht genau dieser Sündenfall: Wildhüterinnen und Wildhüter sollen ermächtigt werden, gegebenenfalls auf dem ganzen Kantonsgebiet, also beispielsweise auch mitten in der Stadt, tätig zu werden und büssen zu können, wenn Hundekot nicht aufgelesen wird. So weit möchte der Votant definitiv nicht gehen. Er stellt den **Antrag,** dass Bst. b gegenüber dem geltenden Recht nicht geändert werden soll; eventualiter soll die Bestimmung durch die Wendung «in ihrem Zuständigkeitsbereich» eingegrenzt werden, so dass Wildhüter nicht im ganzen Kanton und in der Stadt Bussen verteilen können.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** weist darauf hin, dass hier offensichtlich ein Missverständnis vorliegt. Die Ergänzung «sowie im Bereich der Hundegesetzgebung» wäre rein redaktionell gewesen. Da Teil I nun aber gestrichen wird, fällt dieser Verweis auf das Hundegesetz weg, und es bleibt bei der bisherigen Fassung.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt **Kurt Balmer,** dass er mit den Ausführungen der stellvertretenden Landschreiberin einverstanden ist.

***Übertretungsstrafgesetz (Anhang: Bussenkatalog gemäss § 15 ÜStG) vom 23. Mai 2013 (Stand 1. Oktober 2013)***

*Ziff. 1 Abs. 1, 1.14*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass wegen der Ablehnung des Hundegesetzes der Verweis auf § 4 Bst. e Hundegesetz gestrichen wird. Falls die Bestimmung 1.14 (Liegenlassen von Hundekot) im Bussenkatalog aufgenommen wird, muss das ÜStG angepasst und ein neuer Straftatbestand eingefügt werden. Die Staatskanzlei wird diese Ergänzung in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion auf die zweite Lesung hin ausformulieren.

**Thomas Werner** ist Hundehalter, und selbstverständlich ist auch er gegen das Liegenlassen von Hundekot. Die vorliegende Bestimmung wird aber mit Garantie zu einem Problem führen: Sobald die ersten Bussen ausgesprochen werden, werden die Gebüssten einen Beweis verlangen, dass der Kot tatsächlich von ihrem Hund stammt. Und dann geht das Theater los – und es wird enden wie in England,

wo mittels DNA bewiesen werden muss, dass tatsächlich *dieser* Hund das betreffende Häufchen gemacht und sein Besitzer es nicht aufgelesen hat. So eklig und unangenehm liegengelassener Hundekot auch ist: Es ist völlig unnütz, das Liegenlassen von Hundekot bestrafen zu wollen, denn man kommt unweigerlich in eine Beweisnot. Und wenn man den Beweis tatsächlich erbringen will, muss man Geld in die Hand nehmen: Eine DNA-Probe kostet. Um ein Gewaltverbrechen aufzuklären, sind diese Kosten sinnvoll, aber um ein Kothäufchen dem richtigen Hund zuordnen zu können, sind sie völlig übertrieben. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die Bestimmung 1.14 zu streichen

**Florian Weber** äussert sich zum Argument seines Vorredners betreffend DNA-Probe. Wenn er auf der Rössliwiese ein Bier trinken und die Flasche liegen lassen würde und er deshalb gebüsst werden sollte, müsste man – wenn er den Sachverhalt abstreiten würde – ja auch die Fingerabdrücke nehmen, um ihm sein Fehlverhalten nachzuweisen. Die Sache mit der DNA-Probe und die Tatsache, dass in einem solchen Fall Diskussionen entstehen können, müssen hier ausser Acht gelassen werden. Das gleiche Problem stellt sich nämlich auch in anderen Fällen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Thomas Werner, in Ziff. 1 Abs. 1 die Bestimmung 1.14 zu streichen, mit 54 zu 13 Stimmen ab.

*Ziff. 4 Abs. 1, 4.11*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass wegen der Ablehnung des Hundegesetzes der Verweis auf § 5 Hundegesetz gestrichen wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Ziff. 4 Abs. 1, 4.12*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass wegen der Ablehnung des Hundegesetzes die Verweise auf die Aufsichtspflicht und auf § 5 Hundegesetz gestrichen werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**III. Fremdaufhebungen**
**IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

TRAKTANDUM 7
**Geschäfte, die am 27. August 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**261** Traktandum 7.1: **Interpellation von Barbara Gysel betreffend erste Bilanz seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Zug**
Vorlagen: 2485.1 - 14891 (Interpellationstext); 2485.2/2a - 14991 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellantin **Barbara Gysel:** Der Grundsatz der Geheimhaltung ist passé, geöffnet ist seit der Einführung des entsprechenden Gesetzes aber noch längst nicht alles. Der Rat beschloss vor rund eineinhalb Jahren ausdrücklich mehr Öffentlichkeit, denn Transparenz macht Demokratie aus. Am 10. Mai 2014 trat das Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung in Kraft. Im parlamentarischen Prozess war es zuvor noch umstritten, und einige zusätzliche Öffnungen wurden im Parlament abgelehnt. Waren die damals geäusserten Befürchtungen gerechtfertigt? Die erste Bilanzierung zeigt es deutlich: Das Prinzip der Öffentlichkeit hat sich im Grundsatz bewährt!
Für den Zeitraum von Mai 2014 bis ca. Mai 2015 sind gemäss regierungsrätlicher Antwort auf die Interpellation 35 Zugangsgesuche bekannt: Im Schnitt wurden pro Monat also etwa drei Gesuche eingereicht. Die meisten davon wurden vollumfänglich oder teilweise gutgeheissen; etwa 30 Prozent wurden abgelehnt, dies meistens aufgrund der Nichtrückwirkung des Gesetzes. Am häufigsten wurden die Gesuche von Privatpersonen gestellt, am zweitmeisten von Medienschaffenden, aber auch politische Parteien oder juristische Personen nutzten die neue Möglichkeit. Befürchtungen, dass der Zeitaufwand für die Verwaltung sehr gross sein könnte, haben sich offenbar nicht bewahrheitet: In gerade mal vier Fällen wurde mehr als ein Arbeitstag an Zeit investiert. Das ist erfreulich. Ebenso erfreulich ist die Tatsache, dass bisher bei keinem einzigen Gesuch Gebühren erhoben wurden. Da sich der allgemeine Zeitaufwand in vertretbarem Rahmen bewegt, ist zu hoffen, dass diese Praxis auch nicht geändert wird. Ebenfalls positiv zu werten ist, dass die Ablehnungen meistens akzeptiert wurden. Die Alternative wäre das Ergreifen von Rechtsmitteln, was vielleicht zuweilen unverhältnismässig oder aussichtslos schien; ein kostenloses Schlichtungsverfahren ist im Gesetz ja nicht vorgesehen.
Die Interpellationsantwort zeigt: Die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips ist eine Erfolgsgeschichte. Man darf allen Beteiligten einen grossen Dank aussprechen. Das betrifft die Vorbereitungen in der Startphase ebenso wie die Umsetzung. Als positiv ist hervorzuheben, dass sich Privatpersonen und die Zivilgesellschaft für die amtlichen Dokumente interessieren und vom Zugang dazu Gebrauch machen.
Kurz gesagt: Es ist sehr erfreulich, dass der Rat den Schritt in eine noch öffentlichkeitsfreundlichere und bürgerinnennähere Verwaltung entwickelt und beschlossen hat. Und alle wissen nun: Das Öffentlichkeitsprinzip wird gelebt. Es gilt deshalb, auch die weitere Entwicklung im Auge zu behalten. Denn wie es in einem deutschen Manifest ausgedrückt wurde: «Demokratie ist kein Golfclub.» Man bewegt sich nicht in einem abgeschotteten Feld, wo der Zugang selektiv ist und nur bestimmten Personen offensteht. Transparenz ist in der Demokratie unabdingbar, und die Verwaltung leistet ihren Beitrag dazu. Bravo und danke!

Auch **Philip C. Brunner** dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung für die Arbeit, welche sie für die vorliegende Interpellation geleistet haben. Er selbst gehörte zu den Befürwortern des Öffentlichkeitsgesetzes. Er hat nun aber eine Frage.
Ausgangspunkt ist, dass eine kantonsrätliche Kommission von der Exekutive Abklärungen zu einer spezifischen Frage verlangt. Die Verwaltung kommt diesem Auf-

trag nach, beschafft die gewünschten, in diesem Fall polizeilichen Daten und legt sie der Kommission vor. Nach Abschluss ihrer Arbeit erstellt die Kommission ihren Bericht, wobei die betreffenden Daten, die von der Polizei als vertraulich klassiert wurden, nicht veröffentlicht werden sollen. Ein Kommissionsmitglied findet diese Daten aber sehr wichtig und verlangt aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes deren Veröffentlichung. Die Exekutive verweigert das und stellt sich als vermeintliche Besitzerin der Daten auf den Standpunkt, diese seien nicht von öffentlichem Interesse. Der Votant – es handelt sich um einen konkreten Fall – war als Kommissionspräsident aber der Meinung, die Daten gehörten der Kommission und diese könne darüber verfügen. Ergänzend ist zu sagen, dass die Polizei nach diversen Abklärungen feststellte, dass die betreffenden Daten keine personenrelevanten Informationen enthielten, sondern rein statistischer Natur waren und durchaus freigegeben werden konnten. Der Votant möchte nun wissen, wem in einem solchen Fall die Daten gehören: dem Auftraggeber oder demjenigen, der den entsprechenden Auftrag ausführt und die Daten besorgt? Im geschilderten Fall wurden die Daten am Schluss veröffentlicht, aber für zukünftige Fälle wäre es doch von Bedeutung, hier Klarheit zu haben. Der Votant dankt der Regierung für ihre Auskunft bzw. für entsprechende Abklärungen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**262** Traktandum 7.2: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuerausfälle durch Entlastung Kapital im Kanton Zug**
Vorlagen: 2492.1 - 14905 (Interpellationstext); 2492.2/2a/2b/2c/2d - 14971 (Antwort des Regierungsrats).

**Barbara Gysel** dankt namens der SP-Fraktion dem Regierungsrat und der Finanzdirektion für die hervorragende Beantwortung der Fragen. Zweck der Interpellation war eine Gesamtschau im Sinne einer Analyse. Es ist der SP nicht bekannt, dass die vorliegenden Daten bisher in einer Gesamtschau öffentlich zugänglich waren. Unabhängig von der Parteicouleur können diese aufschlussreichen Resultate nun in fiskalpolitische Debatten einfliessen.
Die vorliegenden Resultate belegen den Umfang der steuerlichen Mindererträge in den letzten fünfzehn Jahren. Seit 2001 beträgt die Summe der Ausfälle bei den Kantonssteuern sage und schreibe 715 Millionen Franken. Beim Anteil direkter Bundessteuern entgehen dem Kanton Zug seit 2007 knapp 290 Millionen Franken. Auch die Revision der Grundbuchgebühren aus dem Jahr 2007 ist bemerkenswert: Die geänderten Gebühren führten seit 2007 zu insgesamt fast 50 Millionen Franken Mindererträgen. Mit anderen Worten: Der Kanton Zug hat während der letzten fünfzehn Jahre durch die reduzierten Steuern und Grundbuchgebühren total rund 1 Milliarde und 55 Millionen Franken weniger eingenommen! Diese Gesamtsummen müssen leider errechnet werden und sind auf der ansonsten hervorragenden Übersicht nicht zu finden.
Die SP hat ihren Vorstoss gleichzeitig auf kantonaler Ebene und bei der Stadt Zug eingereicht. In der Antwort des Zuger Stadtrats ist nachzulesen, dass in den vergangenen fünfzehn Jahren gerade mal eine einzige Steuer erhöht wurde: die Hundesteuer. Von dieser Sondersteuer abgesehen, wurden andere Steuerarten gänzlich abgeschafft oder reduziert. Auf kantonaler Ebene wurde keine einzige Steuer erhöht.
Begründen lassen sich die verminderten Fiskalerträge insbesondere durch die verschiedenen Steuergesetzrevisionen. Bei diesen Revisionspaketen war das dritte

jenes, das kantonal mit jährlich rund 27 Millionen Franken Mindereinnahmen besonders stark ins Gewicht fällt. Es ging dort ausschliesslich um die Entlastung des Mittelstandes, mit anderen Worten: Diese Steuergesetzrevision war sozialpolitisch ausdrücklich gewünscht und diente nicht der Förderung der Standortattraktivität. Das heisst für die SP: Steuersenkungen sind nicht *per se* zu verwerfen oder zu befürworten. Auch aus linker Sicht werden Steuerminderungen regelmässig explizit gewünscht. Das kommt aber nicht immer so an, und manche Medien – auch linke – haben das in der Vergangenheit nicht immer begriffen. Ein anderes Beispiel einer sozialpolitisch gewünschten Mindereinnahme für die öffentliche Hand war die Ausdehnung des Mieterinnen- und Mieterabzugs in der vierten Teilrevision.
Die verschiedenen politisch gesteuerten Reduktionen betrafen sowohl natürliche als auch juristische Personen. Während anderswo auch von bürgerlicher Seite etwa die Erhöhung der Vermögenssteuern durchgesetzt wurde, ist man im Kanton Zug noch nicht so weit.
Materiell können die verschiedenen Steuerentlastungen und andere fiskalpolitische Entscheidungen kontrovers diskutiert werden. Das soll aber nicht heute geschehen. Die vorliegende Interpellation bezweckte eine Gesamtschau, gerade auch im Kontext der anstehenden Diskussionen um das Entlastungsprogramm und das Budget. Der Blick zurück zeigt über 1 Milliarde Franken fiskalische Mindereinnahmen, der Blick nach vorne soll und muss sich anders ausrichten. Soviel zur Zukunftsmusik, die neuerdings auch vom Finanzdirektor und von der Regierung zu hören ist.

**Esther Haas** hält fest, dass der Regierungsrat in der Medienmitteilung zum Budget 2016 zumindest verbal einen Kehrtwende bezüglich der Zuger Steuerpolitik vollzogen hat. In diesem Sinn dankt die Votantin namens der ALG der Regierung für die schöne Zusammenstellung der bürgerlichen Steuersünden der letzten fünfzehn Jahre. Die Zuger Steuersenkungen führten zu Einnahmeverlusten bei Kanton und Gemeinden von heute jährlich über 200 Millionen Franken, dazu kommen auf Bundesebene Verluste von rund 70 Millionen Franken jährlich. An diesen fehlenden Millionen ist die katastrophale USR II schuld, von der selbst das Bundesgericht bestätigte, dass der Stimmbürger in die Irre geführt wurde.
Die Votantin will den in Sachen Tiefsteuern und Wachstumseifer vorbelasteten Rat nicht zu lange mit Fakten langweilen. Darum erinnert sie einfach in Kürze daran, dass Zug seine roten Zahlen der verfehlten bürgerlichen Steuerpolitik zu verdanken hat. Deren Auswirkungen auf NFA, Steuereinnahmen und Staatshaushalt sowie der Lebens- und Wohnkostenanstieg für die Bevölkerung wurde von der Mehrheit der Bürgerlichen im besten Falle falsch eingeschätzt. Im schlimmsten Falle wurde diese Politik wissend und rücksichtslos als Ausdruck einer Klientelpolitik zum Wohle einer privilegierten Minderheit durchgeboxt. Auf alle Bedenken der ALG seit 2007, ob sich Zug die jeweiligen Steuersenkungen leisten könne, antwortete der Finanzdirektor noch bis zum Juli 2014, also bis drei Wochen vor Bekanntgabe des Sparpakets, mit Ja. Die Votantin verzichtet heute auf das Vorlesen der entsprechenden Zitate und erinnert einfach an die Rede ihres Fraktionskollegen Stefan Gisler anlässlich der Budgetsitzung im November 2014.
Wenig hilfreich war dabei, dass die Finanzdirektion des Kantons Zug schweizweit – nebst dem Kanton Schwyz, der sich mit seiner Steuerpolitik ebenfalls mit Anlauf in die Wand fährt – am schlechtesten budgetierte. Am Rand bemerkt: Schwyz ist seit längerem zur Erkenntnis gekommen, dass es Steuererhöhungen braucht, Zug erst vor zwei Tagen. Die Votantin erwartet nun ausdrücklich, dass sich der Kantonsrat in den nächsten Monaten zu einer sachlichen Steuer- und Wirtschaftspolitik mit gezielten Steuererhöhungen dort, wo es der Bevölkerung nicht wehtut, durchringt und damit sowohl Leistungsqualität als auch Staatshaushalt sichert. Von der Regierung

erwartet sie, dass sie angesichts der NFA-Entwicklungen, angesichts der sich anbahnenden USR III, angesichts des wachsenden Widerstands in der betroffenen Bevölkerung und angesichts eines wahrscheinlichen Scheiterns des Sparpakets 2 an der Urne im Jahr 2016 neue Wege beschreitet und neue Steuerstrategien nicht nur öffentlich diskutiert, sondern auch umzusetzen gewillt ist. In der Erstversion ihres Votums, also vor der Medienmitteilung zum Budget 2016, schrieb die Votantin: «Die ALG ist nämlich überzeugt, dass das Sparpaket, wie es heute daherkommt, Zug nicht in die schwarzen Zahlen führt. Und da mehr Sparen einfach nicht drin liegt, müssen wir mit den Steuern rauf. Und das lieber sanft und heute, als mit dem Rücken zur Wand morgen.» Heute, zwei Tage später, ergänzt sie: Und das lieber sanft und heute, als mit dem Rücken zur Wand morgen – mit dem Risiko, dass dann wirklich Steuersubstrat abwandert.

**Silvan Renggli** spricht für die CVP-Fraktion und dankt einleitend der Regierung für die detaillierte Beantwortung der Interpellation. Der regierungsrätliche Bericht und die übersichtlich gestalteten Beilagen erlauben es, die Steuergesetzrevisionen sachlich zu analysieren. In den vergangenen Jahren gab es die Totalrevision 2001 und die Teilrevisionen 2007, 2009, 2010 und 2012. Dabei muss man sich klar werden, welchen Zweck die jeweilige Revision verfolgte bzw. wer von der jeweiligen Revision profitierte. Die Totalrevision 2001 hatte die Umstellung auf die Gegenwartsbesteuerung der natürlichen Personen zum Inhalt, dazu kam eine Anpassung der Einkommens- und Vermögenstarife; zudem wurde eine Steueroptimierung für juristische Personen eingeführt.
Die Teilrevision 2007 stand im Zeichen der Familien- und Mittelstandsentlastung, erstens mit dem Eigenbetreuungsabzug mit einer Reineinkommensgrenze von 70'000 Franken, zweitens mit der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung zugunsten natürlicher Personen. In der Teilrevision 2009 wurde der Kinderabzug von 8000 auf 11'000 Franken erhöht, was direkt den Familien zugutekommt. Mit der Teilrevision 2010 wurde der Mittelstand steuerlich angepasst. Diese Anpassung bedeutet eine Entlastung des Mittelstands und der Familien im Umfang von 27 Millionen Franken. Davon profitiert ein grosser Teil der Zuger Bevölkerung. Diese Steuerminderung entspricht rund einem Viertel der Gesamtentlastung von 117 Millionen Franken im Jahr 2014.
Seit der Teilrevision 2007 wurden die Familien und der Mittelstand mit verschiedenen Steuerpaketen mehrmals steuerlich entlastet. Dies kommt beim Vergleich der natürlichen mit den juristischen Personen gut zum Ausdruck. Bezogen auf das Jahr 2014 beträgt der Anteil der natürlichen Personen zwei Drittel, jener der juristischen Personen ein Drittel – nicht umgekehrt, wie vielfach angenommen wird. Die Steueroptimierungen der vergangenen Jahre kamen deutlich den Familien und dem Mittelstand zugute und unterstützten die Standortattraktivität.

**Markus Hürlimann** dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Regierungsrat für die umfangreiche Beantwortung der Interpellation. Insbesondere ermöglicht die Antwort auf die erste Frage eine Gesamtschau über die Steuergesetzrevisionen der letzten fünfzehn Jahre. Von den Entlastungen der letzten fünfzehn Jahre entfallen demnach rund zwei Drittel auf die natürlichen und ein Drittel auf die juristischen Personen. Während die natürlichen Personen bis zur Revision 2009 deutlich mehr entlastet wurden, holten die juristischen Personen seit 2012 stark auf. Wenn man diese Gesamtschau analysiert, stellt man fest, dass es nicht nur einzelne Massnahmen waren, welche zu Ent- oder Belastungen führten, sondern ein ganzer Strauss von steuerrechtlich möglichen Massnahmen. Es wurden Abzüge erhöht, neue Abzüge geschaffen, Steuersätze und Steuerfüsse angepasst, die kalte Progression

ausgeglichen usw. Nicht alle Entlastungen resultierten jedoch aus Gesetzesanpassungen, welche ausschliesslich der Zuger Kantonsrat zu verantworten hatte. Erhebliche Entlastungen ergaben sich aus anderen Gründen, besonders aus Änderungen von Bundesrecht, welche ins Zuger Steuergesetz übernommen werden mussten.
Die SP-Fraktion bringt mit der dritten Frage auf den Punkt, worum es ihr eigentlich geht: Sie wollte wissen, wie viele Personen von den steuerlichen Entlastungen profitierten. Die Antwort des Regierungsrats war wohl nicht im Sinne der Interpellanten. Nur zu gerne hätte man vermutlich gehört, dass nur Reiche und Grossfirmen von der Zuger Steuerpolitik profitieren – das zumindest las der Votant zwischen den Zeilen. Wenn man die Entlastungen genau studiert, stellt man fest, dass nicht einzelne, wo möglich noch sehr gut situierte Personen entlastet wurden, sondern fast ausnahmslos alle natürlichen und juristischen Personen, sofern sie über ein steuerbares Einkommen oder Vermögen verfügten. Sehr stark entlastet wurden die Mittel- und die Unterschicht, vor allem die Familien, welche den Parteien besonders am Herzen liegen. Man kann der Zuger Steuerpolitik der vergangenen fünfzehn Jahre also keine einseitige Bevorteilung einzelner vorwerfen, vielmehr zeigt sich eine massvolle und umsichtige Berücksichtigung vieler.
Die Neidpolitik der Linken – das muss wieder einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden – bringt den Staat nicht weiter. Nur wer überhaupt eine Last trägt, kann auch entlastet werden, und es sind nicht wahnsinnig viele, welche im Kanton Zug eine grosse Last tragen. Es gilt zu den Zuger Steuerzahlern Sorge zu tragen und sie dort zu entlasten, wo es möglich und nötig ist. Denn nur wenn es den gutsituierten Steuerzahlern gutgeht, kann es auch denen gutgehen, welche in bescheidenen Verhältnissen leben und auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Oder frei nach Mani Matter: «Dene, wos weniger guet geit, giengs besser, giengs dene besser, wos guet geit.»

**Beat Unternährer** dankt im Namen der FDP-Fraktion der Regierung für die transparente und detailreiche Beantwortung der Interpellation der SP-Fraktion. Enorm hilfreich sind die der Antwort beigefügten Tabellen 1 bis 3, welche die Auswirkungen der seit 2001 implementierten Steuerrevisionen übersichtlich aufzeigen. Aus der Antwort der Regierung lassen sich drei Schlüsse ziehen:
• Das Zuger Steuermodell war bis anhin gut und ziemlich krisenresistent. Eine Analyse der Finanzrechnungen des Kantons Zug der letzten Jahre zeigt, dass Zug eher ein Aufwand- denn ein Ertragsproblem hat. Trotz Krisenjahren waren die kantonalen Steuererträge von juristischen und natürlichen Personen im Jahr 2007 um rund 4 Prozent tiefer als im Jahr 2014. Daraus ist zu schliessen, dass der Kanton Zug über eine gute Struktur von Unternehmen und Privatpersonen verfügt. Auch dank seiner Steuerpolitik konnte der Kanton Zug Unternehmen ansiedeln, welche hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten. Wenn man berücksichtigt, dass 2014 mehr als 60 Prozent der Steuereinnahmen des Kantons von natürlichen Personen generiert wurden, kann man sich ausrechnen, wie wichtig es ist, auch weiterhin gut verdienende Zuwanderer zu haben.
• Die Reformpakete waren zwischen juristischen und privaten Personen ausgewogen. Es zeigt sich anhand der Steuerdaten für 2014, dass die seit 2001 eingeführten Entlastungsmassnahmen im kantonalen Steuerbereich bei einem durchschnittlichen Privateinkommen eine steuerliche Erleichterung von rund 16 Prozent generieren. Bei juristischen Personen sind es im Schnitt rund 15 Prozent. Man darf also den Schluss ziehen, dass die privaten Einkommen bei den Revisionen ebenso gut berücksichtigt wurden wie die Gewinne der Unternehmen.
• Die heutige Steuerstruktur ermöglichte sozialen Spielraum, welcher jedoch gefährdet ist. Verschiedene Auswertungen zeigen, dass durch die seit 2001 initiierten

kantonalen steuerlichen Revisionspakete eine fiskalische Umgebung entstanden ist, welche sozial ist. Seit 2001 wurden im Bereich der Kantonssteuern für Privatpersonen rund doppelt so viele steuerliche Entlastungsmassnahmen implementiert wie für Unternehmen. Durch die Reformen wurde insbesondere der Mittelstand steuerlich überdurchschnittlich entlastet. Der Zuger Mittelstand gehört heute zu den am steuerlich begünstigtsten in der Schweiz.
Die Zuger Politik ist gut beraten, dem Mittelstand auch in Zukunft eine attraktive steuerliche Umgebung zu bieten. Das ist nur möglich, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind:
• Zug muss starke Steuerzahler behalten können. Heutige Steuererträge im Bereich der natürlichen Personen zeigen, dass die Gruppe der 25 Prozent besten Steuerzahler für rund 70 Prozent der kantonalen Privatsteuern aufkommt. Starke Steuerzahler ermöglichen es dem Kanton Zug, eine soziale Steuerpolitik zu verfolgen. Fallen diese weg, wird Zug auch für mittelständische Familien zum steuerlichen Normalfall. Wie sonst könnte man dann beispielsweise all die guten Schulen bezahlen?
• Zug hat ein substanzielles Kostenproblem und muss daher massiv sparen. Die Aufwände in der Zuger Finanzrechnung sind zwischen 2007 und 2014 rund 20 Prozent angestiegen, was eine absolute Grösse ergibt, welche das voraussichtliche Defizit im laufenden Jahr übersteigt. Wie bereits erwähnt, hat Zug folglich mehr ein Aufwand- denn ein Steuerertragsproblem. Das wird auch durch die Benchmark-Analyse von BAK Economics bestätigt. Im Vergleich zu Nachbarkantonen hat Zug in der Vergangenheit in verschiedenen Bereichen Luxuslösungen umgesetzt. Aufgrund des Defizits müssen nun in erster Linie die Kosten gesenkt werden. Als Grundlage hierfür muss auch eine Diskussion darüber stattfinden, welches die Kernaufgaben des Staates sind. Es kann nicht sein, dass schleichend mehr Aufgaben auf den Staat abgeschoben werden.
Das Entlastungsprogramm der Zuger Regierung ist das prioritäre politische Projekt der kommenden Monate und Jahre. Es möchten doch alle in einem Kanton leben, in welchem man auch der sozialen Verantwortung gegenüber den Schwächsten nachkommen kann. Das geht nachhaltig nur auf einer optimierten Kostenbasis und mit guten Steuerzahlern.

**Barbara Gysel** kann die Aussage von Markus Hürlimann, die Antwort auf Frage 3 sei wohl nicht im Sinne der Interpellanten ausgefallen, nicht unwidersprochen lassen. Die dritte, 2010 in Kraft getretene Teilrevision wurde nicht von bürgerlicher Seite initiiert, sondern von der SP; die Entlastung des Mittelstands beruhte auf einer Motion der SP. Und wie schon gesagt: Die SP ist nicht *per se* gegen jede Steuerminderung, vielmehr geht es um eine differenzierte Haltung. Es gibt einerseits sozialpolitisch motivierte Steuersenkungen, andererseits solche, welche der Standortattraktivität geschuldet sind. Und es wäre nicht im Sinne der SP, dass Steuersenkungen nur wenigen Personen zu Gute kämen. Die Antwort auf die Frage 3 ist deshalb ganz im Sinne der SP-Fraktion.

**Thomas Lötscher** hält fest, dass Unwahrheiten nicht wahr werden, indem man sie immer wieder wiederholt. Es gilt festzuhalten, dass die langfristige Steuerpolitik den Kanton Zug nach vorne, zu den erfolgreichen Kantonen katapultiert hat. Das gilt nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch bezüglich Lebensqualität: Zuger Gemeinden landen bei Bewertungen der Lebensqualität regelmässig auf den vorderen Plätzen. Es ist in diesem Sinne sehr fair von Esther Haas, wenn sie festhält, dass die Linke daran keinen Anteil hatte, sondern dass es sich um ein bürgerliches Verdienst handelt. Etwas weniger fair ist die Behauptung, dass die Zuger Steuerphilo-

sophie unfair, fehlgeleitet und ein Sündenfall sei. Tatsache ist, dass sie schlicht und einfach bestehende Gesetze befolgt. Zu verweisen ist auf § 2 des Finanzhaushaltgesetzes, wo zwei Grundsätze definiert sind. Der erste lautet: «Die Haushaltführung richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit.» Das bedeutet, dass der Kanton selbst dann, wenn er Geld hat, dieses nicht einfach vertun darf, sondern verpflichtet ist, wirtschaftlich und sparsam zu agieren. Der zweite Grundsatz lautet: «Die Laufende Rechnung ist mittelfristig, in der Regel innert fünf Jahren, auszugleichen.» Das gilt nicht nur für Defizite, sondern auch für Überschüsse. Wenn also laufend Überschüsse erzielt werden, *muss* man mit den Steuern hinunter. Das wurde – wenn man ehrlich ist – nicht konsequent umgesetzt. Der Kanton hat Vorsorge getroffen und Reserven gebildet, ist dabei aber – nach dem Buchstaben des Gesetzes – zu weit gegangen: Er hätte die Steuern schon viel früher und noch weiter senken müssen. Damit soll nicht gesagt sein, dass das die richtige Strategie gewesen wäre; es haben alle gemerkt, dass es gewisse Grenzen gibt. Insgesamt aber war die Steuerpolitik, die der Kanton Zug in den letzten Jahren verfolgte, nicht nur klug, sondern auch gesetzesgemäss.

**Zari Dzaferi** geht mit seinem Vorredner einig: Wenn zu viel Geld erwirtschaftet wird, muss man die Steuern senken. Als Kanton oder Gemeinde darf man nicht zu viel Gewinn machen und grosse Vermögen anhäufen. Gleichzeitig gilt aber auch, dass sich der Kanton, wenn er zu wenig Geld für die Erfüllung seiner Aufgaben hat, überlegen muss, wie er zu mehr Geld kommt. Die SP macht schon seit langem darauf aufmerksam, dass der Kanton seine Aufwendungen nicht mehr bezahlen kann. Interessant ist, dass nun allmählich auch die bürgerliche Mehrheit sich zu überlegen beginnt, inwiefern die Einnahmen erhöht werden könnten.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die mehrheitlich positive Aufnahme der Interpellationsantwort. Der Regierungsrat hat sich um eine sachliche Darstellung dessen bemüht, was die einzelnen Revisionen ausgelöst haben. Eine entsprechende Aufstellung lag dem Kantonsrat oder zumindest der vorberatenden Kommission im Übrigen bei jeder Steuergesetzrevision vor, letztmals beim fünften Revisionspaket. Wenn sich der Finanzdirektor richtig erinnert, fand die – allerdings nicht so detaillierte – Tabelle damals sogar Eingang in den Kommissionsbericht.
Im Weiteren ist es nicht so, dass in den letzten Jahren nur Steuerentlastungen beschlossen wurden. Es gab auch mindestens drei Steuererhöhungen: Die Mindestkapitalsteuer und der Quellensteuersatz wurden erhöht, und bei den juristischen Personen wurde auf den unteren Steuersatz verzichtet. Der Kanton Zug darf aber für sich auch in Anspruch nehmen, dass er nicht einfach Steuerwettbewerb oder eine Steuersenkungspolitik betrieb. Vielmehr wurden bewusst und gezielt einzelne Bevölkerungsgruppen entlastet, was auch im Nachgang betrachtet absolut richtig war. Und wie bereits dargelegt wurde: Eigentlich hätte man gemäss Finanzhaushaltgesetz die Steuern noch mehr senken müssen. Zu erinnern ist an die Jahre 2006 bis 2008, in denen man jährlich über 100 Millionen Franken Überschüsse erzielte, dies vor allem deswegen, weil die Steuererträge höher ausfielen – auch höher als budgetiert. Damals wurde vielleicht eher zu konservativ, in den letzten Jahren vielleicht eher zu optimistisch budgetiert. Es ist in der Tat sehr schwierig, die Steuererträge zu budgetieren. Gerade gestern erhielt der Finanzdirektor eine Anfrage von «Le Temps», wie er sich zu einer KOF-Studie äussere, welche die Budgetgenauigkeit der Regierungen bzw. der Finanzdirektoren über die letzten zwanzig Jahr systematisch nach der Parteizugehörigkeit untersuchte. Der Finanzdirektor musste dazu sagen, dass man diese Thematik – auch wenn es eine Tendenz gibt – wohl

nicht auf die Parteizugehörigkeit der Finanzdirektoren reduzieren könne, denn am Schluss entscheiden ja die Parlamente über die Budgets.
Wie schon mehrmals ausgeführt, konnte der Kanton Zug in den letzten zehn oder zwölf Jahren sein Eigenkapital von rund 200 Millionen auf fast 1,1 Milliarden Franken erhöhen, vor allem in Form von Liquidität. Man kann diese Rechnung weiterführen: Hätte man die verschiedenen Steuerentlastungen im Umfang von ungefähr 1 Milliarde Franken nicht vorgenommen, wäre die Liquidität auf 2 Milliarden Franken angestiegen. Es wäre gegenüber den Steuerzahlenden sicher nicht korrekt, dass der Staat so viel Liquidität anhäuft. Der Kanton Zug hat also auch aus dieser Sicht verantwortungsvoll gehandelt. Der Finanzdirektor erinnert sich genau, wie man noch bei der vierten Steuersenkungsvorlage das Senkungspotenzial um etwa 60 bis 70 Millionen Franken nicht ausschöpfte, dies aufgrund von eigenen Annahmen und der Annahmen von BAK Basel.
Heute befindet man sich in einer total anderen Welt. Wer das Budget 2016 mit dem Finanzplan vergleicht, wird feststellen, dass die Steuererträge um fast 100 Millionen Franken zurückgenommen wurden. Die Situation hat sich wirklich verändert. Es ist deshalb besser, sich nicht gegenseitig Fehler oder Sünden in der Vergangenheit vorzuwerfen, sondern aus der Gegenwart heraus die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen und entsprechend zu handeln. Genau das hat der Regierungsrat mit dem Budget 2016 an die Hand genommen. Fakt ist, dass das Entlastungsprogramm der kommenden Jahre entgegen der bisherigen Annahme nicht reicht und 2019 noch immer noch eine Lücke in der Grössenordnung von 80 Millionen Franken bestehen wird. Der Regierungsrat will dieses Problem geplant und nicht mit Hauruck-Übungen angehen und hat deshalb das Projekt «Finanzen 2019» gestartet. Und er hat in diesem Zusammenhang festgelegt und auch kommuniziert, dass es für ihn beides gibt: sowohl die Frage, wo der Steuerfuss festgesetzt werden soll, als auch eine Anpassung auf der Leistungsseite. Der Staat ist nämlich gegenüber den Steuerzahlenden verpflichtet, Steuern effizient und sparsam gemäss Finanzhaushaltgesetz einzusetzen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**263** Traktandum 7.3: **Interpellation von Kurt Balmer, Flavio Roos und Barbara Gysel betreffend private Sicherheitsdienstleister**
Vorlagen: 2497.1 - 14917 (Interpellationstext); 2497.2 - 14992 (Antwort des Regierungsrats).

In Absprache mit seinen Mitinterpellanten hält **Kurt Balmer** fest, dass bei der Beratung im Kantonsrat vor über drei Jahren nicht klar war, ob das Deutschschweizer Konkordat betreffend Sicherheitsdienstleister jemals zustande käme. Mittlerweile ist aber klar, dass die nötige Anzahl Kantone erreicht wurde und das Konkordat per 1 Januar 2017 zustande kommt. Dies und gewisse gesetzliche Anpassungen in Kantonen, die dem Konkordat nicht beitreten, ist der Hintergrund der Interpellation. Es ist toll, dass der Regierungsrat bei seiner ursprünglichen Meinung bleibt und auch dem drei Jahre alten Parlamentsbeschluss einen sehr hohen Stellenwert einräumt. Man kann eine solche etwas blauäugige Politik aber auch übertreiben. Vielleicht lohnten sich doch gewisse legislatorische Anpassungen auf Kantonsebene oder die Realisierung eines Plans B – wenn es einen solchen überhaupt gibt. Die von der Regierung präsentierte reine Abwartepolitik darf nicht zu einer ungewünsch-

ten Wirtschaftsförderung führen – Stichwort Reputationsrisiko: Es könnte ja sein, dass gewisse unerwünschte Firmen angezogen werden.
Bezüglich Sicherheitsassistenten ist ein gewisser Widerspruch zu konstatieren, indem nämlich einerseits gut ausgebildete und teure Kantonsangestellte gefördert werden sollen, andererseits aber gegenüber der Privatwirtschaft im gleichen Bereich eine Laisser-faire-Politik betrieben wird. Wenn dies so bleibt, wird man künftig beispielsweise als Vorbestrafter im Kanton Zug ohne Bewilligung eine internationale Söldnerfirma betreiben können. Dass der Regierungsrat sich vielleicht doch noch besser überlegen sollte, wie er sich in diesem Bereich per 2017 positionieren will, zeigen auch mehrere kritische Reaktionen von gemeindlichen Exekutivmitgliedern auf die Stellungnahme des Regierungsrats. Der Votant empfiehlt dem Regierungsrat, nochmals über die Bücher zu gehen und klar aufzuzeigen, dass die dargelegten negativen Szenarien nicht eintreten. Wenn dies tatsächlich so wäre, könnte man getrost auf weitere parlamentarische Vorstösse verzichten.

**Esther Haas** teilt namens der ALG mit, dass sich an deren Haltung seit der Beratung der Vorlage am 28. Juni 2012 nichts geändert hat. Der Kantonsrat entschied damals relativ knapp, auf gesamtschweizerische Standards zu verzichten. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, dass private Sicherheitsdienstleister in ihrem Aufgabenbereich regelmässig Grundrechte von Bürgerinnen und Bürger tangierten. Sicherheit – vor allem jene in Zusammenhang mit den Grundrechten – ist ein hohes Gut. Deshalb dürfen nur ausgebildete und kompetente Personen mit Sicherheitsaufgaben betraut werden, die auch dafür ausgebildet sind, in schwierigen Situationen deeskalierend statt eskalierend zu wirken.
Die ALG ist nach wie vor der Meinung, dass es ein wirksames Gesetz mit Bewilligungsvorgaben und -instanzen braucht. Sie ermutigt die Regierung, ein System zu installieren, dass in anderen Kantonen geprüfte und bewilligte Unternehmen auch in Zug aktiv sein können; umgekehrt sollen in Zug ansässige Sicherheitsunternehmen ihre Dienste auch in der übrigen Schweiz anbieten können. Schliesslich ist es Aufgabe des Gesetzgebers, die Bevölkerung vor unprofessionellen Anbietern bzw. deren unqualifizierten Mitarbeitern zu schützen. Vor allem Organisatoren von eher kleinen Anlässen fallen gerne mal auf Sicherheitsfirmen herein, weil diese ohne jegliche geprüfte Qualität ihre Dienste anbieten können. Es braucht eine Regelung, einerseits für die seriösen Sicherheitsfirmen, die ihren guten Ruf wahren wollen, andererseits für Firmen, Organisatoren und Personen, die ein Bedürfnis haben, gute Qualität im Sicherheitsbereich zu erhalten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist etwas erstaunt darüber, dass der Kantonsrat, nachdem er den Beitritt zum entsprechenden Konkordat abgelehnt hat, die Regierung nun doch wieder bittet, Massnahmen in diesem Bereich zu ergreifen. Der Regierungsrat ist aber dagegen, eine Zuger Lösung vorzuschlagen. Eine solche Lösung käme sehr teuer zu stehen, da man ein eigenes Ausbildungsprogramm etc. entwickeln müsste. Das alles wäre mit dem Konkordat gelöst gewesen.
Der Regierungsrat ist nach wie vor der Meinung, man solle abwarten, was sich schweizweit mit dem Konkordat tut. Wenn sich die Situation weiterhin so entwickelt, wie sie sich heute zeigt, gibt es keine Veranlassung, hier etwas zu unternehmen. Die von Kurt Balmer angesprochene Frage der Sicherheitsassistenten hat im Übrigen mit der vorliegenden Materie nichts zu tun. Die Sicherheitsassistenten sind vom Kanton angestellt und werden insbesondere für Aufgaben in den Gemeinden eingesetzt, wobei die Gemeinden sie gewissermassen vom Kanton mieten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

Der **Vorsitzende** erinnert abschliessend daran, dass am Sonntag, 27. September, um 19.00 Uhr in der St.-Oswalds-Kirche in Zug der öffentliche Gedenkanlass für das Attentat von 2001 stattfindet.

## 264 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. Oktober 2015 (Ganztagessitzung)

Die für den 12. November 2015 vorgesehene ausserordentliche Kantonsratssitzung entfällt.

**Protokoll des Kantonsrats**

18. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 29. Oktober 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. September 2015
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Interpellation von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann betreffend Versachlichung der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion
3.2. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Flüchtlingskonzept
3.3. Interpellation von Kurt Balmer und Andreas Hausheer betreffend Pflegebettmoratorium

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Budget 2016 und Finanzplan 2016–2019
4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen

5. Änderung des Schulgesetzes: 2. Lesung
6. Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart»
7. Geschäfte, die am 24. September 2015 nicht behandelt werden konnten:

7.1. Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens
7.2. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend aktive Integration der ausländischen Wohnbevölkerung
7.3. Interpellation von Michael Riboni, Beni Riedi, Thomas Villiger und Thomas Werner betreffend irrsinnige Abfall-Demo auf Kosten der Steuerzahler

8. Motion der CVP-Fraktion betreffend Wohnsitz einer für den Kantonsrat kandidierenden Person
9. Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine Reduktion des NFA-Beitrags der ressourcenstarken Kantone an die ressourcenschwachen Kantone durch Änderung von Art. 6 Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG, SR 613.2)
10. Interpellation von Thomas Werner betreffend Aufnahme zusätzlicher Asylanten im Kanton Zug sowie Verteilung dieser auf die Zuger Gemeinden
11. Interpellation von Jean-Luc Mosch betreffend Kürzung der J+S Lager- und Kursbeiträge durch den Bund

## 265 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jolanda Spiess-Hegglin, Zug; Andreas Meier, Oberägeri; Monika Weber, Steinhausen.

## 266 Mitteilungen

Der Vorsitzende begrüsst Irene Teismann mit einer Gruppe von Asylbewerbenden aus Eritrea, Irak, Somalia und Sri Lanka. Diese lernen Deutsch und machen sich an der heutigen Kantonsratssitzung ein Bild von unserem politischen System.

Anfang Oktober ist die neue Nummer des Jahrbuchs «Tugium» erschienen. Das «Tugium» orientiert über die Arbeit des Staatsarchivs, der Denkmalpflege und Archäologie und sowie der historischen Museen im Kanton Zug. Es enthält wiederum eine Fülle von interessanten Neuigkeiten aus der Tätigkeit dieser Ämter und Museen. Ratsmitglieder, welche ein Belegexemplar des «Tugium» wünschen, können dieses beim Protokollführer beziehen.

Heute Nachmittag beginnt die zweitägige Jahresversammlung der EDK und D-EDK in Ittingen TG, weshalb der Bildungsdirektor die Kantonsratssitzung frühzeitig verlassen muss. Je nach Fortgang der Sitzung wird bei Traktandum 11 (Interpellation Mösch) allenfalls der stellvertretende Bildungsdirektor Peter Hegglin Auskunft geben.

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

Es sind zwei Petitionen eingegangen:
• Die erste Petition stammt vom Komitee «Pro Gartenstadt», handelnd durch Astrid Estermann, Hertistrasse 47, 6300 Zug. Dieses Komitee hat Regierungsrat Beat Villiger zuhanden des Regierungsrats am 1. Oktober 2015 die «Petition zum Erhalt der sehr günstigen Wohnungen in der ortbildgeschützten Gartenstadt » eingereicht. Die Staatskanzlei hat den Eingang der Petition am 1. Oktober 2015 bestätigt. Die Unterschriftsbogen befinden sich im Tresor der Staatskanzlei.
Die Petitionsanliegen betreffen ausschliesslich die sachliche Zuständigkeit des Regierungsrats bzw. der Sicherheitsdirektion und/oder der Gebäudeversicherung Zug, die gemäss § 1 des Gesetzes über die Gebäudeversicherung vom 20. Dezember 1979 (BGS 722.11) eine selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit ist und ihren Sitz in Zug hat. Es liegt kein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vor. Vorgehen: Die Sicherheitsdirektion übernimmt die Federführung, bearbeitet das Dossier und erledigt unter anderem die weiteren Mitteilungen an die Vertreterin des Komitees «Pro Gartenstadt» betreffend das weitere Vorgehen. Die Staatskanzlei wird dem Petenten dies so mitteilen.

• Die zweite Petition stammt von Xaver Vonesch aus Steinhausen. Er ersucht den Kantonsrat, § 35 und § 79 der Kantonsverfassung zu ändern, um dem Gebot der Einheit der Materie Nachachtung zu verschaffen. Nach der Änderung der Kantonsverfassung müsse auch § 41 der Geschäftsordnung des Kantonsrats angepasst

werden. Die Staatskanzlei hat den Eingang der Petition am 23. Oktober 2015 bestätigt. Die Petitionsanliegen betrifft hauptsächlich die sachliche Zuständigkeit des Kantonsrats.
Vorgehen: Es liegt ein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vor, den die Justizprüfungskommission vorberät und dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreitet. Die Staatskanzlei wird dem Petenten dies so mitteilen.

TRAKTANDUM 1

**267 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

**268 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. September 2017**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 24. September 2015 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen:**

**269** Traktandum 4.1: **Budget 2016 und Finanzplan 2016–2019**
Vorlage: 2559.1 - 00000 (gedruckter Bericht).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden beschlossen hat, den Antrag des Regierungsrats vom 8. September 2015 betreffend Budget 2016 und Finanzplan 2016–2019 direkt der erweiterten Staatswirtschaftskommission zu überweisen.

➔ Der Rat stimmt der Direktüberweisung stillschweigend zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Budgetbuch seit dem 17. Oktober 2015 im Kantonsrats-Tool online verfügbar ist. Die Druckerei hat die gedruckte Fassung am 22. Oktober 2015 versandt. Dieses Vorgehen ist mit § 42 Abs. 2 Satz 2 GO KR vereinbar.

**270** Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen**
Vorlagen: 2554.1 - 15022 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2554.2 - 15023 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

TRAKTANDUM 5

**271** **Änderung des Schulgesetzes: 2. Lesung**
Vorlage: 2482.4 - 15009 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 66 zu 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt, nämlich die Motion von Thomas Werner (Vorlage 2345.1 – 14553). Der Regierungsrat und die Bildungskommission beantragen, die Motion teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion Werner stillschweigend teilerheblich und schreibt sie als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**272** **Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart»**
Vorlagen: 2518.1 - 14948 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2518.2 - 15027 (Bericht und Antrag der Bildungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Bildungskommission beantragen, die Initiative abzulehnen. Die Staatswirtschaftskommission hat dieses Geschäft nicht vorberaten.

EINTRETEN

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Eintreten, weil es sich um eine Gesetzesinitiative handelt, rechtlich zwingend ist, sofern nicht ein formeller oder anderer rechtlicher Mangel geltend gemacht wird. Die Staatskanzlei hat mit Verfügung vom 26. September 2014 festgestellt, dass die Gesetzesinitiative formell richtig zustande gekommen ist.

➔ Eintreten ist unbestritten.

BERATUNG ZUR SACHE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine eigentliche Detailberatung gibt. Es wird direkt zur Sache gesprochen.

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, orientiert, dass sich die Bildungskommission den Erwägungen des Regierungsrats anschliesst und dem Kantonsrat empfiehlt, die Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart» abzulehnen. Wenn der Kantonsrat diesem Antrag folgt, kommt es zu einer Volksabstimmung. Auf die Formulierung eines Gegenvorschlags verzichtete die Kommission.
Grundsätzlich bleibt die Erlernung der Standardsprache in Wort und Schrift eine der zentralen Aufgaben der Schule, die für den Erfolg in der Schule, aber auch später im Beruf von elementarer Bedeutung ist. Schwache Sprachkenntnisse sind nicht selten ein Problem zum Beispiel beim Erlernen eines Berufs. Fehlende Mundartkenntnisse können sich zwar auch nachteilig für die Lebenschancen auswirken, sie sind jedoch bei Kindern, welche in der Schweiz aufwachsen, äusserst selten. Dennoch ist auch die Verwendung und Förderung der Mundart bereits heute zu Recht Teil des Lehrplans. Inwiefern die konsequente Verwendung der Standardsprache in der Schule zu den Lese- und Schreibkompetenzen der Schülerinnen und Schülern beiträgt, ist umstritten. Zumindest ist aber davon auszugehen, dass sie eher förderlich ist.
Wie in den Vorlagen ausgeführt ist, hat der sogenannte Pisa-Schock des Jahres 2000 zu einer gewissen Übersteuerung vor allem im Kindergarten geführt, die auch teilweise im Widerspruch zum Lehrplan stand. Der Bildungsrat hat dies erkannt. Er will, falls die Initiative abgelehnt würde und er zuständig bleibt, im Kindergarten grundsätzlich die Mundart als Unterrichtssprache und in der Primarschule und auf der Sekundarstufe I grundsätzlich die Standardsprache als Unterrichtssprache festlegen. Damit kommt er dem Anliegen der Initianten weitgehend entgegen, ermöglicht jedoch den Einsatz der Standardsprache, wenn es didaktisch sinnvoll ist. Im Kindergarten werden dies nur einzelne wiederkehrende Situationen sein. Auch die Einführung des Lehrplans 21 ändert daran grundsätzlich nichts.
Die Mehrheit der Bildungskommission ist der Meinung, dass die starre Lösung, wie sie die Initianten verlangen, dem stufengemässen didaktischen Aufbau des Spracherwerbs in der Schule sowohl in der Standardsprache als auch in der Mundart nicht gerecht wird. Zudem ist die Regelungskompetenz für stoffinhaltliche Fragen, wozu die Verwendung der Standardsprache oder der Mundart gehört, beim Bildungsrat auf der richtigen Stufe angesiedelt. Stoffinhaltliche Fragen gehören nach Meinung der Bildungskommission nicht ins Schulgesetz. Dem berechtigten Anliegen, nicht bereits im Kindergarten die Standardsprache zu forcieren, kommen der Bildungsrat, die Lehrpläne und vor allem die Praxis bereits heute genügend entgegen. Eine Regelung im Schulgesetz ist nicht nötig.

Für **Zari Dzaferi,** Sprecher der SP-Fraktion, ist nachvollziehbar, dass die SVP die Mundart stärken möchte, das Anliegen zuerst in den Kantonsrat brachte und nach der Niederlage im Rat nun eine Volksinitiative lancierte. Ohne dass die Initiative überhaupt vors Volk kommt, hat die SVP bereits davon profitiert. Einerseits konnte sie mit dieser Initiative einen Grossteil der Bevölkerung ansprechen und tüchtig Wahlkampf machen – schliesslich hat niemand etwas gegen Mundart. Mundart gehört zu unserer Kultur und ist Teil unserer Identität. Da ist man sich von links bis rechts einig. Falsch ist allerdings, dass die SVP mit ihrer Mundartinitiative den Eindruck vermittelt, dass in den Schulen nur Standardsprache gesprochen werde und die Mundart gefährdet sei. Das ist nicht der Fall.

Das Vorgehen des Bildungsrats, die in der Schule gelebte Praxis neu zu formulieren, ist sinnvoll. Gemäss dem Bericht der Regierung soll das Reglement zum Schulgesetz vom 27. September 1990 mit folgender Bestimmung ergänzt werden: Im Kindergarten ist die Unterrichtssprache grundsätzlich Mundart; auf der Primar- und Sekundarstufe I ist die Unterrichtssprache grundsätzlich Standardsprache. Das ist elegant gelöst. Mit dieser Formulierung bleibt die Anwendung der bisherigen, ausdrücklich zurückhaltend formulierten Zuger Regelung zum Gebrauch der Standardsprache im Kindergarten («in einzelnen wiederkehrenden Situationen») weiterhin möglich. Gleichzeitig kommt man den Initianten ein gutes Stück entgegen, womit diese ihr Ziel grösstenteils erreicht haben, bevor ihre Initiative überhaupt vors Volk gekommen ist.
Das flexible Nebeneinander von Mundart und Standard ist absolut richtig. Es macht nämlich keinen Sinn, die Standardsprache aus dem Kindergarten zu verbannen und den Unterricht nur in Mundart zu halten. Dafür gibt es unzählige Gründe. Der Votant beschränkt sich auf die folgenden drei:
• Die Kinder brauchen elementare grammatische Vorkenntnisse in einer Sprache, um weitere Sprachen wie Englisch oder Französisch zu erwerben. Diese Vorkenntnisse erwirbt man einfacher in der Standardsprache und besser früher als später. Wenn man nur Mundart als Kindergartensprache festlegt, benachteiligt man vor allem Schweizer Kinder. Ihnen fehlen die grammatischen Strukturen, wenn sie dann Hochdeutsch oder Frühenglisch haben. Das wird kaum im Interesse der SVP sein. Gleichzeitig tut man ausländischen Kindern damit überhaupt keinen Gefallen.
• Mit «starrer» Mundart im Kindergarten trägt man überhaupt nichts zur Integration ausländischer Kinder bei. Das belegt nicht nur die Sprachwissenschaft, das weiss der Votant auch aus seinem eigenen Werdegang. Er ist, ohne ein Wort Deutsch zu können, mit sieben Jahren in die Schweiz gekommen. Er musste in der Schule grundsätzlich Standarddeutsch sprechen und lernte Mundart vor allem auf dem Pausenplatz, im Fussballtraining oder in der Nachbarschaft. Heute ist er Präsident der kantonsrätlichen Redaktionskommission, Deutschlehrer und spricht akzentfrei Schweizerdeutsch. Ähnlich ist die sprachliche Integration von etlichen anderen Zugewanderten verlaufen. Niemand glaubt der SVP, dass sie sich mit dieser Initiative primär für Integration einsetzen möchte. Würde der SVP tatsächlich etwas an der Integration liegen, dann hätte sie auch die frühsprachliche Förderung unterstützt, und sie hätte auch nicht das Integrationsgesetz versenkt und zu ihrem Wahlkampfthema gemacht.
• Es ergeben sich Probleme bei der Anstellung von Lehrpersonen. Nach welchen Kriterien soll man nämlich künftig Kindergartenlehrpersonen einstellen, wenn sie nur noch Mundart sprechen dürfen? Darf dann eine Lehrperson aus Basel, Zürich, Bern, St. Gallen, Graubünden oder dem Wallis auch im Kanton Zug unterrichten? Soll bisherigen Lehrpersonen aus dem Welschland oder dem Tessin, welche nicht akzentfrei Schweizerdeutsch sprechen, gekündigt werden? Und wie sieht es aus mit Lehrpersonen aus deutschsprachigen Nachbarländern? Fragen über Fragen.
Wenn der Kantonsrat die sprachliche Integration verbessern möchte, dann muss er sich für die frühsprachliche Förderung einsetzen, wie dies die SP seit eh und je fordert; dann muss er eine aktive Siedlungspolitik betreiben und Quartiere fördern, in welchen Schweizer und Ausländer gemeinsam leben; dann muss er Vereine und den Breitensport unterstützen.
Die SVP hat mit ihrer Initiative nicht nur neue Wähler gewonnen, sondern auch eine Grundsatzdiskussion über Mundart und Standardsprache ausgelöst. Was bisher in der Schule gelebt wurde, wird nun auch vom Bildungsrat verankert. Weder soll es im Kindergarten verboten sein, ab und zu Standardsprache zu sprechen,

noch soll Mundart an bestimmte Fächer gekoppelt werden. Dies ist ein sinnvoller Kompromiss und wird auch in der Praxis gelebt.
Der Votant ruft seine Kollegen auf der rechten Seite des Rats auf, *s Füfi jetz grad la sii.* Niemand hat etwas davon, wenn die Mundart als einzige Sprache für den Kindergarten und für einzelne Fächer in der Primarstufe festgeschrieben wird. Das wäre einmal mehr ein unnötiges Gesetz. Die SVP nimmt für sich ja in Anspruch, sich für mehr Eigenverantwortung und weniger Gesetze einzusetzen. Im vorliegenden Fall gilt es, auf die Eigenverantwortung der Lehrpersonen zu vertrauen und kein unnötiges Gesetz zu schaffen. Die SP-Fraktion folgt daher dem Regierungsrat und der Bildungskommission und lehnt diese Initiative einstimmig ab.

**Anna Bieri** spricht für die CVP-Fraktion. Sie hat sich mit den Argumenten – vor allem mit denjenigen, welche *für* die vorliegende Initiative sprechen – auseinandergesetzt und wird diese einer Analyse unterziehen. Da sie davon ausgeht, dass sie insbesondere die Herren von der SVP überzeugen und ihnen ins Herz sprechen muss, hat sie ihre Rhetorik angepasst und legt hier ihre *Seven Thinking Steps* vor:
• *What do you do first?* Das Hauptargument für die Initiative lautet: «Mundart ist Teil unserer Kultur und stiftet Identität.» Diese Aussage ist aus der Perspektive der Votantin korrekt, und auch die CVP unterstützt sie zu 100 Prozent.
• *Step 2:* Mundart als Integrationsfaktor. Die Votantin findet es sehr zuvorkommend, dass die SVP das Schulsystem nach den fremdsprachigen Kindern ausrichten will. Damit wählt die SVP aber den falschen Ansatz. Ja, es ist zwingende Voraussetzung für eine gute Integration, dass fremdsprachige Kinder möglichst früh der deutschen Sprache mächtig werden. Können sie Hochdeutsch, lernen sie Mundart innert Kürze von selbst. Das Bedürfnis, Teil dieser Kultur zu sein und diesen Identitätsaspekt mit den Freunden zu teilen, ist im Normalfall Motivation genug, um Mundart zu lernen. Im Umkehrschluss lässt sich sogar pointierter festhalten: Sollte das eigene Kind eines Tages den Kindergarten besuchen, so garantiert die Votantin, dass dieses Kind Schweizerdeutsch *kann.* Sie wäre nicht bereit, wegen der SVP'schen Integrationsideen für ihr Kind auf ein Stück Bildung, nämlich möglichst gut Hochdeutsch zu lernen, zu verzichten. Denn:
• Die Mundart ist für Schweizerinnen und Schweizer wohl die Muttersprache im täglichen Gebrauch, in emotionalen Gesprächen oder in simplen Alltagsdiskussionen. Hochdeutsch ist jedoch deren s*chriftliche* Muttersprache. Zumindest sollte sie es sein, sonst hat man im späteren Leben ein gewaltiges Problem. Höchstens ein Analphabet kann die Tatsache der doppelten Muttersprache in Abrede stellen.
• Der Bildung sollten nicht nur in der Qualität, sondern auch in der Quantität keine unnatürlichen Schranken gesetzt werden. Wenn im Lehrplan der 1. Primarklasse «Rechnen bis 30» steht und ein Kind bis 100 rechnet, dann soll es nicht heissen: «Jä nei, *you're a dreamer,* du», sondern das Kind soll entsprechend gefördert werden. Ein Verbot der Standardsprache kommt einer solchen unnatürlichen Limite gleich. Denn fünftens:
• Die Votantin traut den Lehrpersonen die Kompetenz zu, die Sprache den Kindern nicht einfach blind aufzuzwingen, sondern sehr gut situationsabhängig entscheiden zu können.
• Nach diesen Überlegungen kommt unter *Thinking Step 6* das, was man wohl besser schon unter *Step 1* gemacht hätte – nach den offiziellen *Seven Thinking Steps* lautet Schritt 1: «Finding the right problems to solve.» Welches Problem will die Initiative lösen? Wo liegen materielle Unterschiede zur aktuellen Praxis? Zugegeben: Nach der Pisa-Studie wurde möglichweise übersteuert. Dem wurde jedoch entgegengewirkt. Heute will der Bildungsrat festhalten – und die Praxis tut es bereits: im Kindergarten grundsätzlich Mundart, in Primär- und Sekundarstufe grundsätzlich

Standardsprache. Was bitteschön soll daran falsch sein? Gibt es tatsächlich ein Problem, das einer Volksinitiative bedarf? *Step 5* besagt: «Selecting the best solution.» Die Votantin ist der Ansicht, dass man im Kanton Zug bereits die beste Lösung hat. Sie ruft die SVP deshalb dazu auf, das Problem und insbesondere den vorgeschlagenen Lösungsweg nochmals zu überdenken. Denn ein weiterer *Step* lautet: «Evaluation and Learning» – Letzteres nicht bei den Zürchern und Aargauern, die ähnliche Initiativen angenommen haben, weshalb sich die SVP vielleicht einen Abstimmungserfolg verspricht. Im Kanton Zug hat man eine eigene Ausgangslage, den eigenen passenden Weg dazu und die eigene Praxis, die gut ist!
• *Thinking Step 7:* «What do you do when the Initiative breaks down?» – *Mier sind mier, und mier sind stolz druf.* Im Namen der CVP-Fraktion dankt die Votantin dem Rat für die Ablehnung dieser Initiative.

**Beni Riedi** als Sprecher der SVP-Fraktion geht einleitend auf drei Punkte seiner zwei Vorredner ein:
• Nicht die SVP hat das Integrationsgesetz gebodigt, sondern die Mehrheit der Zuger Bevölkerung.
• Mit der vorliegenden Initiative wird kein neues Gesetz geschaffen. Vielmehr soll eine bis 2002 gültige Regelung wieder in Kraft gesetzt werden.
• Betreffend Bildungsrat bzw. Staatsgläubigkeit: Man spricht zwar von zwei Grundsätzen, es ist aber noch nichts ausformuliert. Man weiss also nicht, innert welcher Frist und wie genau der Bildungsrat die entsprechende Bestimmung umsetzen will. Vielleicht kann der Bildungsdirektor dazu genauere Informationen geben. Zu hoffen ist, dass hier noch vor der Abstimmung über die Initiative Klarheit geschaffen wird.
Unter dem Motto: «Mundart ist Teil unserer Kultur und Identität» hat die SVP Kanton Zug letztes Jahr die Initiative «Ja zur Mundart» lanciert und innert Rekordzeit die benötigten 2000 Unterschriften gesammelt. Im Kindergarten und in der Primarschule sollen erste soziale Kontakte gesponnen und spielerisch die Motorik und das vernetzte Denken gefördert werden. Für die Kinder ist es am besten, wenn sie das in ihrer vertrauten Sprache tun. Eine gesunde Bindung an die Muttersprache ist zudem ein wichtiges Fundament für das Kind, das ihm Selbstvertrauen und Kraft für das ganze Leben gibt. Gerade die Vielfalt der Schweiz mit ihren vier Landessprachen, unterschiedlichen Mentalitäten und einem enorm hohen Ausländeranteil macht es unbedingt notwendig, die eigene Identität und damit die eigene Sprache – nämlich Mundart – intensiv zu pflegen und vor allem im Alltag zu leben. Es kann und darf nicht sein, dass ausgerechnet im Kindergarten und in der Schule ein Hauptpfeiler der eigenen Identität unterdrückt und schleichend abgeschafft wird.
Die Umgangssprache im Kanton Zug ist das Schweizerdeutsche. Die schweizerische Mundart und die schweizerdeutschen Dialekte gehören zur Kultur des Landes und festigen dessen Identität. Dementsprechend sollte der Mundart ein gebührender Platz im Bildungswesen zukommen. Bereits 2011 forderte der Votant dies mit einer Motion; diese wurde aber auf Antrag der CVP-Fraktion nicht an die Regierung überwiesen. Nach Zürich und Luzern hat am 18. Mai des letzten Jahres mit dem Kanton Aargau auch der dritte grosse Nachbarkanton über ein ähnliches Anliegen an der Urne abgestimmt und die Mundart im Kindergarten angenommen. Die SVP möchte, dass im Kindergarten sowie in gewissen Fächern – nämlich Sport, Musik und Gestalten – auch in der Primaschule auf die Standardsprache verzichtet und stattdessen wieder in Mundart unterrichtet wird. Zu betonen ist: *wieder,* denn alle Ratsmitglieder haben im Kindergarten und im Sport Mundart gesprochen. Gerade auch für fremdsprachige Kinder wird das Zusammenleben erleichtert, wenn sie so schnell wie möglich die schweizerische Sprache lernen. Nirgends geht das so einfach und schnell wie im Kindergarten und in der Schule. Die fremdsprachigen

Kinder lernen schneller Schweizerdeutsch und können so Brücken zu den anderen Kindern bauen und sich selbständig integrieren. Das Ziel der Integration muss sein, dass sich die fremdsprachigen Kinder anzupassen haben – nicht die Kinder, welche hier aufgewachsen sind.
*Mier hebed Sorg zu üsere Kultur und üsere Identität.* Dementsprechend wird die SVP-Fraktion die vorliegende Gesetzesinitiative logischerweise annehmen.

**Peter Letter** teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem Antrag des Regierungsrats und der Bildungskommission folgt und die Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart» entschieden ablehnt. Die SVP reichte diese Initiative letztes Jahr rechtzeitig vor den kantonalen Wahlen ein. Sie will ein gesetzliches Verbot von Hochdeutsch im Kindergarten und eine gesetzlich festgelegte Mundartpflicht im Sport-, Musik und Werkunterricht in der Primarschule. Trotz umfangreicher Nachforschungen konnte der Votant dafür keinen Handlungsbedarf finden. Dieses Gesetz ist unnötig und unsinnig. Auch der Votant ist überzeugt, dass die Mundart ein wesentlicher Teil der eigenen Identität ist und deshalb gepflegt werden soll. Die Initiative hat jedoch den verfänglichen Titel «Ja zur Mundart». Niemand ist gegen die Mundart – es gibt aber sehr gute Gründe gegen diese Initiative!
Aktuell wird im Kindergarten der grösste Teil in Mundart und ein kleiner Teil in Hochdeutsch unterrichtet. In der Primarschule ist die Unterrichtssprache Hochdeutsch. Das ist gut so. Dem Votanten geht es nicht um die Integration fremdsprachlicher Jugendlicher, sondern primär um die optimale Förderung der Einheimischen. Lehrmeister beklagen die ungenügenden Deutschfähigkeiten der Jugendlichen. Daraus abgeleitet, heisst es auch von Seiten der SVP, dass mehr Gewicht auf den Deutschunterricht gelegt werden sollte. Da verstrickt sich die SVP mit der vorliegenden Initiative in Widersprüche. Die Kinder lernen Mundart in der Familie, auf dem Spiel- und Pausenplatz und im Sportverein. Dazu braucht es keinen Schulunterricht in Mundart. Die Schriftsprache in der Schweiz ist Hochdeutsch, und sie muss in der Schule gelernt werden. Wenn die Kinder auf spielerische Art bereits im Kindergarten mit Hochdeutsch in Kontakt kommen, fällt es ihnen in der Primarschule leichter, korrekte Satzstellungen zu schreiben. Verbietet man dies im Sinne der Initiative, tut man den Kindern keinen Gefallen.
Es scheint dem Votanten, dass die SVP ein grösseres Problem mit Hochdeutsch hat als die Kinder. Seine vierjährige Tochter spricht mit ihren Puppen manchmal Hochdeutsch – freiwillig. Seinem achtjährigen Sohn machte es überhaupt nichts aus, schon im Kindergarten ab und zu und nun in der Primarschule Hochdeutsch zu sprechen. Im Gegenteil: Das Neue war spannend, und er freute sich bereits im Kindergartenalter, wenn er die abends vorgelesene Tim-und-Struppi-Geschichte verstand.
Mit einer zukunftsgerichteten Perspektive ginge es auch anders: Wieso nicht – statt Mundartpflicht – in einer 5. Klasse mal eine Sportlektion in Englisch durchführen und dazu im Englischunterricht einen Text zu Basketball lesen? Wieso nicht im Werken eine Bastelanleitung in Französisch umsetzen? Für den Votanten ist das Fazit klar: Eine gesetzliche Mundartpflicht ist nicht notwendig und weist in die falsche Richtung. Die Initiative zeigt eine rückwärtsgerichtete Bildungspolitik. Die Schule von heute sollte die Kinder auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten: auf Kommunikation, Flexibilität, Globalisierung, Digitalisierung. Eine gute, zukunftsorientierte Ausbildung bedeutet wertvolles Startkapital für alle Jungen. Dazu gehört auch die Kompetenz, mündlich und schriftlich in Hochdeutsch zu kommunizieren. Insbesondere im auf internationale Kunden ausgerichteten Wirtschaftsstandort Zug ist dies für die Jungen ein wichtiger Wettbewerbsfaktor beim Berufseintritt.

**Esther Haas** spricht für die ALG und legt zuerst ihre Interessenbindung vor: Ihre Abschlussarbeit zur Erlangung des Diploms als Berufsschullehrerin war dem Thema «Mundart und Standardsprache in der Schule» gewidmet. Zudem unterrichtet sie Deutsch am GIBZ.

Als Mutter konnte die Votantin oft Dialoge ihrer Kinder mitverfolgen. Statt «Gimmer das sofort ane, das ghört Dier nid» - «Nei, mach i nid, ha's z'erscht ghaa» war da oft zu hören: «Gib mir das her, das gehört dir nicht» - «Kommt nicht in Frage, ich hab's zuerst gehabt.» Als stille Beobachterin amüsierte sich die Votantin jeweils köstlich über solche Dialoge. Gleichzeitig stellte sie sich die Frage, woher es wohl komme, dass Kinder in eine Sprachwelt abtauchen, die ihnen im Alltag unbekannt ist. Ist es Nachahmung dessen, was sie im Fernsehen mitbekommen haben? Das ist sicher eine Möglichkeit – nur hatten die Votantin und ihre Familie damals gar keinen Fernseher. Ist es eine Wiederholung dessen, was die Kinder im Kindergarten gehört hatten? Solche Dialoge ergaben sich allerdings schon, als die Kinder noch nicht im Kindergarten waren – wobei die Votantin und ihr Mann den Kindern natürlich oft auf Hochdeutsch vorgelesen und Geschichten in Mundart erzählt haben. Die Deutungsvielfalt ist gross. Aber letztlich ist es ja egal, warum die meisten Kinder bereits im Vorschulalter locker mit der Standardsprache umgehen. Hochdeutsch gehört heute einfach zum Kinderalltag. Und die Kinder haben nicht nur einen lockeren Umgang mit der vermeintlichen Fremdsprache, sondern gebrauchen sie offensichtlich mit Lust und Freude. Der spielerische Umgang mit Hochdeutsch *und* Mundart scheint den Kindern zu gefallen. Dass dieser spielerische Umgang ganz nebenbei auch noch zur Förderung und damit zur Vorbereitung auf die Erfordernisse der Standardsprache wird, werden auch die Initianten der Mundartinitiative nicht bestreiten. Von Seiten der Initianten hört man immer wieder, dass die Jugendlichen heute schlechter Deutsch – sprich Hochdeutsch – sprechen als noch vor Jahren. Die Votantin kann diese Aussage in dem Sinne unterstützen, dass vermehrt Mundartausdrücke in Wort und Schrift Einzug halten oder Satzbau und Zeitformen nicht korrekt sind. Die Schweizer Mundart kennt zum Beispiel kein Präteritum. Der Satz «Wir gingen ein Fussballspiel schauen» wird dann schnell zu «Wir gingen gogen lugen, wie sie tschauteten.»

Bereits heute ist in den meisten Kindergärten Mundart die Hauptsprache. Damit der Übergang zur Primarschule, wo Standarddeutsch die Unterrichtssprache ist, nicht abrupt ist, macht es Sinn, im Kindergarten Unterrichtssequenzen in Standardsprache zu gestalten. Die Sprachförderung im Kindergarten zeigt laut Studien einen Trend zu besseren Leistungen an der Primarschule. Die Votantin fragt sich deshalb, was sich die Initianten der Mundartinitiative von deren Implementierung versprechen. Etwa eine bessere Integration von fremdsprachigen Kindern? Dies ist eine reine Behauptung, die den Erfahrungen der Votantin komplett widerspricht. Die Votantin hatte in ihrer Familie verschiedene Austauschschüler. Als diese jeweils neu in die Familie kamen, wechselte man von der Mundart in die Standardsprache. Nach etwa sechs Monaten erreichten die Jugendlichen so viel Sicherheit im Deutsch, dass problemlos wieder in die Mundart gewechselt werden konnten. Die Jugendlichen verstanden die Mundart nicht nur, sondern konnten sich nach einem Jahr auch mehr oder weniger gut darin ausdrücken. Die Basis aber war das Beherrschen der Standardsprache. Und integriert waren die Jugendlichen ohnehin, verliessen sie die Schweiz doch jeweils unter Tränen und mit einer neuen zweiten Heimat in ihrem Herzen.

Wenn alle diese Argumente bei den Initianten nichts fruchten, dann will die Votantin doch noch die bereits von Zari Dzaferi gestellte Frage beantworten haben, nämlich wie denn die Initiative konkret umgesetzt werden soll. Gemäss Initiative wäre die Standardsprache im Kindergarten verboten, die einzige zugelassene Sprache

auf dieser Stufe wäre Mundart. Nun ist die Schweiz aber reich an Dialekten, die sehr stark voneinander abweichen. Also: Welche Mundart meinen die Initianten? *Wiä müess me sich de das vorschtellu, wenn schich en Chindergärtneri üs em Oberwallis bewärbu tüet im Kanton Zug? De müess me ire doch sägu, dass schi villichter güeti Referänze hed, aber halt doch nit chad angschtellti wärdu, will schi eifach dr falsch Dialäkt tüet redu. De miesti mu schich de wahrschynli ingschtah, dass eini va Lörrach oder vam Vorarlbärg de Vorzug brchämi, will mu die eifach besser verschteit als d Chindergärtneri üs em Goms. Me geseht, dass die Initiative nit z Änd gedeicht wordu isch. Warum isch nit beides meglich, Hochditsch und Schlächtditsch – so seit ma im Wallis fir Mundart? Warum sellti ma üf dr Riichtum va zwei Sprachformu bereits im Chindergarte friiwillig verzichtu? Abbe wäg ere besseru Identität als Schwyzäri? Iri Identität isch immer die glichi* – ob die Votantin nun in Berlin ist und man ihr verschmitzt lachend antwortet, wenn sie ihr Schweizer Hochdeutsch auspackt, oder ob sie hier im Kantonsrat wieder einmal ihren Lieblingsdialekt sprechen kann.
Aus all diesen Gründen schlägt die Votantin der SVP vor, die Initiative ganz einfach zurückzuziehen. Das gesparte Geld für Abstimmungspropaganda und Abstimmung könnte besser in einen Kurs «Wie verbessere ich mis Zugerdütsch» investiert werden. Die Votantin würde sich zu einem solchen Kurs *vo Härze gäru ameldu.* Und damit zur Quintessenz des Votums: Die ALG unterstützt den Antrag des Regierungsrats und der Bildungskommission und lehnt die vorliegende Initiative ab.

**Daniel Stadlin** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Seine Frau arbeitet als Primarschullehrererin und führt an den Stadtschulen Zug eine Doppelklasse.
Die zur Debatte stehende Gesetzesinitiative verlangt – wie bereits schon gehört – Mundart als Unterrichtssprache im Kindergarten. Das entspricht grundsätzlich der heutigen Situation, wird doch die Standardsprache auf dieser Stufe nur in wiederkehrenden Situationen angewendet. Ganz anders ist es in der Primarschule, wo bekanntlich die Standardsprache gilt. Die Initianten wollen dies ändern und neu in den Fächern Musik, Bildnerisches Gestalten, Handwerkliches Gestalten und Sport zur Mundart wechseln. Das tönt scheinbar vernünftig – aber eben nur scheinbar. Denn nicht alles, was auf den ersten Blick vernünftig aussieht, ist bei näherer Betrachtung auch sinnvoll. Die Forderung der Initianten, je nach Fach in Standardsprache oder in Mundart zu unterrichten, ist in der schulischen Realität kaum machbar. Zudem bildet der Kanton Zug sprachlich keine Einheit: *Den* Zuger Dialekt gibt es nicht. Es herrscht ein Dialektwirrwarr, und es wird kaum jemand aus dem Kanton Zug aufgrund seines Dialekts erkannt. Baar, Steinhausen, Neuheim und Menzingen sind vom Zürcher, der gesamte Ennetsee vom Luzerner und Ägeri und Walchwil vom Schwyzer Dialekt geprägt. Und dann gibt es noch den Stadtzuger Dialekt.
Grundsätzlich hat sich die Lehrperson an die Anzahl Stunden pro Tag zu halten. Es steht ihr jedoch frei, die verschiedenen Fächer untereinander zu vernetzen. Bei diesen Unterrichtssequenzen entstehen Schulsituationen, in welchen Schülerinnen und Schüler teilweise in verschiedenen Fächern Lerninhalte bewältigen. Müsste an den Primarschulen nun je nach Fach Mundart oder Standardsprache gesprochen werden, gäbe es beim vom Kanton geforderten individuellen Lernen, also gemäss «Gute Schulen – Beurteilen und Fördern», viele Situationen, in welchen die Lehrperson mit den Lernenden je nach individuellem Lerninhalt Mundart oder Standardsprache sprechen müsste. Man stelle sich vor, welches Durcheinander es gäbe, wenn die Lehrperson zum Beispiel im Fach Bildnerisches Gestalten mit den Lernenden den Lebenslauf eines Künstlers in Standardsprache behandeln müsste – denn da gibt es Überschneidungen mit dem Fach Deutsch –, die angewandte Tech-

nik jedoch in Mundart. Collagen wären dann *Chläbibildli*, und beim Stricken müsste man zuerst festlegen, ob es nun *stricke* oder *lisme* heisst. Und in der Musik wären dann alle Lieder, bei konsequenter Umsetzung der Initiative, in Mundart zu singen, also auch die Schweizer Nationalhymne.
Die von der Initiative gewollte Regelung, im Kindergarten und in gewissen Fächern der Primarschule ausschliesslich Mundart zuzulassen, ist nicht praktikabel. Zudem ist es unsinnig und schiesst weit über das Ziel hinaus, dies im Schulgesetz zu regeln. Die GLP unterstützt deshalb den Antrag des Regierungsrats, die Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart» abzulehnen.

**Philip C. Brunner** legt eine Interessenbindung vor: Er war bis zu seinem sechsten Altersjahr der deutschen Sprache nicht mächtig, verstand und sprach weder Mundart noch Hochdeutsch. Er hat Zari Dzaferi in diesem Sinne also um ein Jahr überholt und kann durchaus Auskunft darüber geben, wie es ist, wenn man Mundart als Erstsprache lernen muss. Eine zweite Interessenbindung ist, dass er in der Familie mit seinen Eltern noch immer eine Fremdsprache und mit seinen Kindern Hochdeutsch spricht, weil seine Frau aus dem hochdeutschen Sprachraum in die Schweiz gekommen ist.
Nach dem *Bashing* der SVP von vorhin gilt es das eine oder andere klarzustellen. Der von Zari Dzaferi angesprochene Wahlkampf ist am 18. Oktober zu Ende gegangen. Es ist paranoid, zu glauben, die SVP sei ständig im Wahlkampf. Es geht hier vielmehr um ein echtes Anliegen, das diskutiert werden soll. Natürlich darf man auch gegen diese Initiative sein, aber die Argumente, die bisher dagegen vorgebracht wurden, sind eher etwas enttäuschend. Die Gegner würden sich besser mit dem konkreten Anliegen auseinandersetzen, statt mit dem Holzhammer auf der SVP herumzuschlagen, denn damit macht man nur diese zu einer erfolgreichen Partei. Das Volk wird in dieser Frage das letzte Wort haben, und man darf Vertrauen haben, dass es die Argumente aufnimmt und abwägt – wobei die SVP natürlich hofft, dass das Volk das Anliegen so versteht wie sie selbst. In diesem Sinne glaubt der Votant nicht, dass die SVP-Fraktion auf den Vorschlag eingehen wird, die Initiative zurückzuziehen.

**Michael Riboni** hält fest, dass ein bekanntes und durchaus wahres Sprichwort besagt: «Zukunft braucht Herkunft.» In einer schnelllebigen und globalisierten Welt ist es deshalb wichtig, dass man die eigenen Werte, die eigenen Bräuche und Traditionen hochhält und auslebt. Das gilt auch für die Mundart. Die vorliegende Initiative dient aber nicht nur der Förderung des Kulturguts Mundart, sondern ist – wie heute schon mehrfach und unbestritten gehört – auch integrationsfördernd. Das Sprechen von Mundart ist als Integrationsmassnahme viel effektiver und kostengünstiger als ein Bürokratiemonster namens Integrationsgesetz.
In den Nachbarkantonen Zürich und Aargau haben die Stimmberechtigten gleichgelagerten Volksinitiativen zugestimmt. Ob der Zuger Kantonsrat den Stimmberechtigten ein Ja oder ein Nein empfiehlt, wird man sehen. Der Votant ist aber überzeugt, dass die Zugerinnen und Zuger in der Volksabstimmung dieser Initiative zustimmen werden. Denn die Unterschriftensammlung im letzten Jahr, bei der innert kürzester Zeit und während der Sommerferien 2276 Unterschriften gesammelt wurden, zeigte, dass die Bevölkerung hinter dem Anliegen steht. Ältere Damen berichteten etwa, dass ihre Enkel nicht mehr wüssten, was ein *Prügeli* oder ein *Mutschli* ist. Secondos erklärten, dass für sie das richtig gesprochene Schweizerdeutsch bei der Lehrstellensuche von grossem Vorteil gewesen sei. Und Kindergärtnerinnen flüsterten den Initianten zu, dass die Integration von fremdsprachigen Kindern leichter falle, wenn sie so schnell wie möglich Schweizerdeutsch lernten.

Der Votant ruft seine Ratskollegen aus den Links- und Mitteparteien auf, nicht ein weiteres Mal am Volk vorbeizupolitisieren. Diverse Abstimmungen der vergangenen Jahre – Integrationsgesetz, Ausschaffungsinitiative, Masseneinwanderung, Pädophileninitiative – sollten diesbezüglich eine Lehre gewesen sein. Der Votant ruft dazu auf, auf Volkes Stimme und nicht auf irgendwelche Professoren und pseudopädagogische und technokratische Gutachten, Studien oder Lehrmeinungen zu hören – und die Mundartinitiative zu unterstützen. Damit fördert man ein heimisches Kulturgut und die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

**Beni Riedi** erinnert sich, dass den Initianten schon bei der Unterschriftensammlung immer wieder vorgeworfen wurde, die Umsetzung sei kompliziert bzw. unmöglich, müsse – womöglich gar von Juristen – kontrolliert werden etc. Dem ist entgegenzuhalten, dass die vorgeschlagene Regelung bis 2002 die gängige Praxis war. Alle, die heute im Kantonsrat sitzen, wurden also im Kindergarten und in der Primarschule so unterrichtet. Keiner von ihnen hat im Sportunterricht gerufen: «Komm, spiel mir bitte den Ball zu». Vielmehr hat man Sport getrieben – ohne vom Lehrer oder von der Lehrerin kontrolliert zu werden, welche Sprache man gerade sprach. Auf diesem Hintergrund von komplizierter oder bürokratischer Umsetzung zu sprechen, ist völlig unpassend. Im Gegenteil: Der Votant bekam bei der Unterschriftensammlung oft zu hören, ob man dafür denn tatsächlich Unterschriften sammeln müsse. Es sei doch eigentlich selbstverständlich, dass man im Kindergarten Mundart spreche.

**Rainer Suter** las bei der Vorbereitung auf diese Vorlage: «Denn da gelte es, Fachbegriffe zu lernen.». Fachbegriffe sollen also der Grund sein, weshalb in Gestalten, Sport und Musik hochdeutsch gesprochen werden soll. Der Votant glaubte an einen schlechten Scherz oder wähnte sich im falschen Film. In der Schweizer Berufswelt benutzt man viele schweizerdeutsche Fachbegriffe. In der Berufslehre des Votanten als Netzelektriker wurde mit vielen schweizerdeutschen Fachausdrücken operiert. Die bestandenen Monteure hätten aus Unwissenheit grosse Augen gemacht oder sich amüsiert über deutsche Fachbegriffe wie «Röhrenschlange», «Schubkarren» oder «Rollgabelschlüssel». Der Votant ist heute noch froh, dass seine Bodenmannschaft ihn richtig verstanden hatte, als sie ihm einen – zu Deutsch – Rollgabelschlüssel an das Wurfseil banden und nicht einen «Engländer», den er angefordert hatte; andernfalls wäre er vermutlich heute noch am Hochziehen dieser englischen Person. Übrigens: Eine Röhrenschlange ist eine «Rute», die in die Rohre gestossen wird, und der «Mastwurf», den alle Skipper kennen, heisst im Freileitungs-Jargon «Bindbaumlätsch». Hier sieht doch jeder klar, dass die hochdeutschen Fachbegriffe nicht gebraucht werden. Die klare Klassifikation der Materialien in der Gewerbeschule reicht völlig aus. Und wieso soll jetzt im Gestalten – sprich: im Werken – nicht Mundart gesprochen werden?
Auch im emotionalen Sport kommt für den Votanten in erster Linie die Muttersprache in Frage. Diese ist heute noch in den meisten Fällen das Schweizerdeutsche – und der Votant hofft, dass dies auch so bleibt. Beim Parlamentarier-Fussballturnier möchte er Zari Dzaferi mit den Worten anfeuern: «Zari, hau ne ine!", nicht mit «Zari, schiesse auf das Tor!»
Der Votant bittet den Rat, Ja zu sagen zur Mundart im Kindergarten und in der Primarschule in den Fächern Musik, Bildnerisches Gestalten, Handwerkliches Gestalten und Sport. Andernfalls geht die wunderbare Sprachvielfalt der Schweiz verloren. Es ist heute schon so: Wenn man irgendwo *Anke* bestellt, erhält man alles andere, aber sicherlich keine Butter! Aber das Volk wird es schon richten.

**Zari Dzaferi** möchte, da von SVP-*Bashing* gesprochen und seine Argumente mehrfach umgedreht wurden, einige Punkte klarstellen. Der Kantonsrat ist sich absolut einig, dass Mundart in der Schule ihre Berechtigung hat; diesbezüglich herrscht Konsens. Der Votant betrieb also kein SVP-*Bashing.* Im Gegenteil: Er wies darauf hin, dass die SVP mit ihrer Initiative eine wertvolle Grundsatzdiskussion ausgelöst habe. Dass die SVP den Weg über das Volk suchte, nachdem sie im Kantonsrat mit einer Motion scheiterte, ist ebenfalls okay, und niemand stellt in Abrede, dass sie in der vorliegenden Frage ein echtes Anliegen sieht. Wenn Philip C. Brunner dem Votanten aber vorgeworfen hat, er wolle die Argumente der SVP nicht hören, dann hat er vermutlich verpasst, dass aus dem gesamten Rat Argumente eingebracht wurden, die es mindestens ebenso stark zu gewichten gilt und die mindestens ebenso konsistent sind wie diejenigen der SVP.
Es ist in der Schule gängige Praxis, dass auch Mundart gesprochen wird. Das muss auch das Volk wissen, denn die vorliegende Initiative erweckt das Gefühl, dass in der Schule nur Standardsprache gesprochen werde. Und auch die SVP wird zugeben müssen, dass es, wenn diese Initiative angenommen wird, Probleme bei der Einstellung der Lehrpersonen geben wird, weil genau definiert werden muss, welche Mundart denn gewünscht wird und welche nicht. Die SVP kann auch nicht in Abrede stellen, dass die Standardsprache wichtig ist für den weiteren Lebensweg. Es geht deshalb darum, dem Stimmvolk die in der Schule bereits heute gelebte Praxis klarzumachen und ihm aufzuzeigen, dass mit dieser Initiative nichts erreicht wird. Jeder sagt Ja zur Mundart, und die Mundart hat bereits heute ihren Platz in der Schule.
Der Votant hat – wie weitere Votanten – sehr sachlich argumentiert. Wenn Rainer Suter nicht nur den Votanten beim Sport auf Mundart anfeuern will, sondern auch auf schweizerdeutsche Fachbegriffe in der Berufswelt hinweist, dann weiss er wahrscheinlich auch, dass Zug als erster Schweizer Kanton auch englischsprachige Berufslehren anbietet, wohl wegen der vielen internationalen Unternehmen, welche die englische Sprache als wichtig erachten. Dieses Angebot ist Teil des gegenwärtigen Legislaturprogramms. Was aber soll dort geschehen? Müsste man damit beginnen, schon im Kindergarten auch Englisch zu sprechen, weil die Lehrlinge ja gefördert werden müssen? Kurz gesagt: Die SVP verdreht hier viele Argumente und stellt sich dann als Opfer dar, wenn sie von allen andern Votanten sachlich korrigiert wird. Von *Bashing* kann keine Rede sein.

Es ist **Stefan Gisler** schleierhaft, wieso sich die SVP durch die hier geführte Diskussion in die Ecke gedrängt fühlt. Es wird keineswegs ein SVP-*Bashing* betrieben, vielmehr haben alle anderen Parteien sehr gute Argumente vorgebracht. Die SVP ist für einmal in der Minderheit, was etwas an den Nerven zerren mag. Dennoch sollte sie auf die Inhalte der verschiedenen Voten hören. Was für den Votanten aber wirklich unverständlich ist, ist die Angst der SVP, dass die Mundart bedroht sei. Seine Beobachtungen zeigen ein ganz anderes Bild: Die Mundart ist im Vormarsch, gerade auch bei den Jungen. Das zeigt sich in sozialen Medien, und auch auf den Fussballplätzen ist Mundart die angemessene Sprache. Rainer Suters Aussage, er wolle Zari Dzaferi auch künftig noch auf Schweizerdeutsch anfeuern dürfen, mag zwar lustig tönen, ist aber schlicht polemisch. Niemand spricht nämlich davon, dass künftig nur noch Standardsprache gesprochen werden soll. Mundart ist Teil der schweizerischen Kultur, und niemand braucht Angst um sie zu haben. Genau das stört den Votanten: dass die SVP Angst verbreitet, unsere Kultur und Mundart seien gefährdet, obwohl das überhaupt nicht stimmt. Besonders Jugendliche haben keinerlei Probleme mit dem Schweizerdeutschen, sie haben eher Probleme mit der Standardsprache. *Dort* liegt das Problem. Die SVP scheint dem Votanten hier etwas

bildungsfremd oder zumindest Lichtjahre von der Realität des heutigen Kindergartens entfernt zu sein. Als Vater eines Kindes, das unter der heutigen, von der SVP kritisierten Praxis die Schulen besucht hat, kann der Votant der SVP versichern, dass seine Tochter im Kindergarten primär Mundart gesprochen hat und von der Kindergärtnerin auch in Mundart unterrichtet wurde. Viele Kinder haben aber – wie bereits ausgeführt wurde – ein grosses Interesse am Hochdeutschen. Dieses Interesse wird im Kindergarten spielerisch aufgenommen, die Kinder werden gefördert, und einzelne Sequenzen werden in Hochdeutsch gehalten. Die SVP will nun die Standardsprache im Kindergarten verbieten und einen Sprachzwang auferlegen. Sie will also die Interessen der Kinder künstlich einschränken und deren Förderung verbieten. Das stört den Votanten wirklich, zumal der Kindergarten eine zentrale Aufgabe hat: Er soll auf die Schule und letztlich – wie das ganze Bildungssystem – auf das Leben vorbereiten. Und die Standardsprache ist nun mal eine sehr zentrale Fähigkeit für das Leben. Dass die SVP deren Förderung künstlich abklemmen und den Kindern etwas nehmen will, woran sie Freude haben, das geht dem Votanten wirklich nicht in den Kopf. Dass die SVP überdies versucht, die von Fachleuten vorgebrachten Gegenargumente als professoral und lächerlich hinzustellen und für sich in Anspruch nimmt, die Meinung des Volkes zu kennen, ist ebenfalls störend. Auch der Votant ist Teil des Volkes, auch *er* ist mit der Mundart gross geworden und hat eher Mühe mit dem Hochdeutschen als mit der Mundart. Man sollte einfach schauen, was die Kinder wollen, man sollte sie fördern und stärken – und ihnen keine Verbote auferlegen, welche sie für ihre Zukunft einschränken.

Für **Manuel Brandenberg** ist die von Esther Haas gestellte Frage, welche Mundart denn gesprochen werden soll – Walliserdeutsch, Zürichdeutsch, Urnerdeutsch oder gar ein Tessiner Dialekt – absurd. Die Sache ist völlig klar: Mundart in der Schweiz ist ein schweizerischer Dialekt. Man muss diese Frage nicht künstlich aufbauschen. Im Weiteren hat Zari Dzaferi gesagt, die Reglemente seien bezüglich Mundart und Hochdeutsch bereits angepasst worden, man sei der SVP also bereits entgegengekommen. Reglemente können aber jederzeit durch das Gremium, das sie erlassen hat – in diesem Fall wohl der Bildungsrat oder eine andere schulische Kommission –, abgeändert werden. Hier aber soll die Regelung ins Gesetz geschrieben werden, denn es ist der SVP ein Anliegen, dass der Grundsatz, dass im Kindergarten Mundart gesprochen wird, eine gewisse Beständigkeit enthält. Das hat nichts mit dem Schüren von Angst zu tun, sondern vielmehr mit einem *Commitment* zugunsten der eigenen Sprache und Identität, die zusehends mit vielen Einwanderern, die Hochdeutsch sprechen, durchmischt wird. Umso wichtiger ist es, dass die eigenen, schweizerischen Kinder im Kindergarten die Mundart pflegen, damit sie nicht sprachlich kolonialisiert werden, beispielsweise durch das Hochdeutsche bzw. durch die Deutschen.

**Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung vor: Er ist Leiter des Sozialdiensts der Gemeinde Baar, welcher in Spielgruppen Deutschkurse für Kinder anbietet. Die Voten von Michael Riboni und von Manuel Brandenberg haben ihn herausgefordert, insbesondere der Begriff «Kolonialisierung». Die SVP stellt die Situation so dar, als ob die Kinder von der Geburt bis zum Kindergarten nicht sprechen würden. Tatsache ist aber, dass sie vor dem Kindergarten bereits während vier bis fünf Jahren Zeit haben, Mundart zu sprechen, wenn sie von den Eltern und Grosseltern dazu angeleitet werden. Was ein *Prügeli* ist, muss die Grossmutter halt erklären, sonst verstehen die Enkel dieses Wort nicht mehr und verwenden dafür beispielsweise den Begriff *Schoggistängel.*

Für Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** zeichnet sich ab, dass der Antrag der Regierung Unterstützung finden wird, wofür er im Voraus dankt. Er will – wie Anna Bieri – in sieben Schritten auf einzelne Punkte eingehen.
• Materiell zielt die Initiative der SVP darauf ab, die Zuständigkeit des Kantonsrats zulasten des Bildungsrats auszuweiten. Was bisher vom Bildungsrat als Vollzugsaufgabe in einem Beschluss oder Reglement geregelt wurde, soll neu ins Gesetz aufgenommen werden.
• Die Regelung des Erziehungsrats ist strikter als die heutige Handhabung; darüber hat auch Zari Dzaferi aus der Praxis berichtet.
• Der Bildungsrat hat eine Neuregelung in Aussicht gestellt. Er musste sich dieser Frage nicht nur wegen der Initiative, sondern auch wegen des Lehrplans 21 stellen; darauf wurde auch im Bericht des Regierungsrats hingewiesen.
• Im Lehrplan 21 wird die Mundart gegenüber dem heutigen Zustand in der ganzen deutschen Schweiz gestärkt. Das hat vermutlich auch mit den erwähnten Volksinitiativen in den Nachbarkantonen zu tun. Im Übrigen wurden diese Initiativen nicht allesamt angenommen, im Kanton Luzern beispielsweise wurde die entsprechende Initiative vom Volk abgelehnt.
• Es ist noch nicht genau festgelegt, wann der Bildungsrat die betreffenden Reglemente anpassen wird. Ganz sicher wird es aber vor der Einführung des Lehrplans 21 sein. Es wäre ein verlockende taktische Perspektive, diese Anpassung vor der Abstimmung über die Initiative vorzunehmen. Dem steht eigentlich nichts im Wege, und der Bildungsdirektor wird bei nächster Gelegenheit mit dem Bildungsrat eine Aussprache darüber führen. Und vielleicht kann die SVP dies als Vorleistung für einen allfälligen Rückzug der Initiative aufnehmen. Auf jeden Fall wird die Anpassung die Stellung der Regierung stärken, wenn es auf die Abstimmung zugeht.
• Esther Haas und Zari Dzaferi haben die konkrete Umsetzung der Initiative thematisiert. Selbstverständlich würde es schwieriger, Lehrpersonen zu rekrutieren bzw. die Anforderungen bei der Ausschreibung irgendwie in Worte zu fassen. Diese Problematik hat aber weder den Bildungsrat noch den Regierungsrat wirklich beunruhigt, denn es gibt dazu schon eine Praxis in anderen Kantonen. Das Problem wird also lösbar sein, zumal die Initiative ja nicht verlangt, dass Lehrpersonen, die keinen Dialekt sprechen, nicht mehr unterrichten dürften. Die Unterrichtssprache ist ja nicht nur die Sprache der Lehrperson, sondern des Unterrichtsgeschehens insgesamt, also auch der Schüler untereinander. Da könnte man auch akzeptieren, dass seitens der Lehrperson im Turnunterricht etwas holperiges Schweizerdeutsch gesprochen wird.
• Der Bildungsdirektor dankt für die Unterstützung des Antrags, die Initiative der SVP abzulehnen. Nach Auffassung der Regierung ist es nicht sinnvoll, eine klassische Vollzugsaufgabe, wie es die Regelung der Unterrichtssprache in der Volksschule ist, auf Gesetzesstufe zu regeln.

➔ Der Rat lehnt die Gesetzesinitiative mit 56 zu 18 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** erläutert das weitere Vorgehen. Da es sich um eine Initiative auf Gesetzesstufe mit der Möglichkeit eines Gegenvorschlags auf derselben Stufe handelt, gibt es eine zweite Lesung und danach die Schlussabstimmung. Die zweite Lesung wird am 28. Januar 2016 durchgeführt. Sofern die Initiative durch den Kantonsrat abgelehnt wird, findet mutmasslich 2016 die Volksabstimmung statt.

TRAKTANDUM 7
**Geschäfte, die am 24. September 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**273** Traktandum 7.1: **Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens**
Vorlagen: 2352.1 - 14565 (Motionstext); 2352.2 - 15007 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Motionär **Daniel Abt** dankt dem Regierungsrat für die Ausarbeitung der Vorlage zu seiner Motion. Mit Blick auf die jüngeren Ratsmitglieder erlaubt er sich, seine Motivation für das Einreichen dieser Motion kurz zu erläutern.
Der Motionär ist seit neun Jahren Mitglied der kantonalen Hochbaukommission. In dieser Funktion hat er bei zu vielen Vorlagen müssige Diskussionen miterlebt, ob und in welchem Rahmen Kunst am Bau geschaffen werden solle. Der Votant ist keinesfalls gegen Kunst am Bau, und er hat sich in der Kommissionsarbeit oft dafür eingesetzt. Allerdings stellen sich immer dieselben Fragen: wie, wo und in welchem Rahmen? Es macht beispielsweise keinen Sinn, bei Objekten ohne Publikumsverkehr Geld für Kunst am Bau zu sprechen. Im Gegenzug dazu schafft eine sinnvolle Definition der Parameter die Legitimität, einen Kreditanteil für Kunst am Bau zu sichern.
Die regierungsrätliche Vorlage hat den Motionär in ihrer Form überrascht. Gerne hätte er das Thema in einer Kommission diskutiert. Im Sinne einer effizienten Abarbeitung der Geschäfte begrüsst er die von der Regierung gewählte Vorgehensweise aber durchaus. Die von der Regierung erarbeitete Matrix erachtet er als zweckmässiges Instrument, um die Parameter für Kunst am Bau behördenverbindlich festzulegen. Mit den vorgeschlagenen Prozentsätzen und Objektabstufungen ist er einverstanden und erachtet sie als angemessen. Eine Präzisierung ist allerdings notwendig: Sofern bei einem zu sanierenden Objekt bereits Kunst am Bau geschaffen wurde, geht der Motionär davon aus, dass beim Sanierungskredit die in der Matrix definierten Prozentsätze nicht nochmals zusätzlich in Anspruch genommen werden.
Wie bereits ausgeführt, unterstützt der Motionär den Antrag des Regierungsrats, und er bittet den Rat, es ihm gleichzutun. Die FDP-Fraktion wird dies so tun.

**Olivia Bühler** hält fest, dass die SP-Fraktion die Förderung des kulturellen Lebens unterstützt. Sie ist grundsätzlich auch einverstanden mit der Idee einer Matrix, in welcher prozentual zur Gesamtbausumme die Beträge aufgeführt werden, welche für Kunst am Bau eingesetzt werden sollen. Durch den Einbezug des Amts für Kultur und der Kulturkommission werden Fachpersonen in die jeweiligen Bauphasen miteinbezogen, was für die Qualitätssicherung sicherlich einen positiven Effekt hat.
Die Regierung empfiehlt in der vorgeschlagenen Matrix, die Gebäude in drei Kategorien aufzuteilen. Dass bei den Schulhäusern ein höherer Prozentsatz eingesetzt wird als bei den anderen Gebäuden, kann die SP-Fraktion gut nachvollziehen, sollen doch die Kinder möglichst früh auch mit Kultur in Kontakt kommen. Die Unterteilung in die Kategorie «Verwaltung, Gerichte, Polizei» einerseits und «Infrastrukturbauten (Strassenverkehrsamt, Ausbildungszentren etc.)» andererseits kann die SP jedoch nicht nachvollziehen. Bei beiden Kategorien werden öffentliche kantonale Gebäude aufgezählt, bei denen Publikumsverkehr besteht. Weshalb soll bei

den einen Gebäuden mehr und bei den anderen Gebäuden weniger in Kunst investiert werden? Im Bericht wird nicht ersichtlich, wie die Regierung auf diese Unterteilung kommt. Für die SP-Fraktion sind auch die unterschiedlichen Prozentsätze nicht nachvollziehbar. Sie wäre froh um eine Erklärung.
Für die SP stellen alle öffentlichen kantonalen Gebäude Visitenkarten des Kantons dar. Kunst am Bau wertet Gebäude auf und macht sie einzigartig. Der erste Eindruck zählt nicht nur bei Bewerbungsgesprächen. Das Motto des Kantons Zug lautet «Mit Zug einen Schritt voraus». Um aber fortschrittlich zu wirken, darf das Erscheinungsbild der öffentlichen Bauwerke nicht vernachlässigt werden.
Wie erwähnt, bittet die SP-Fraktion die Regierung um eine Erklärung für die Einteilung in die Kategorien. Sollte die Regierung keine befriedigende Antwort liefern können, behält sich die SP vor, einen Antrag zu stellen, in dem die Matrix nur zwei Kategorien beinhaltet, nämlich einerseits die Schulhäuser und andererseits alle anderen öffentlichen kantonalen Gebäude. Die Prozentsätze, welche jetzt für Verwaltung, Gerichte und Polizei vorgesehen sind, sollen auch für die Infrastrukturbauten gelten. Die eingesetzten Mittel liegen zwischen 1 und 2 Prozent der gesamten Bausumme und somit in einem moderaten Bereich. Da in der Matrix explizit ein Kostendach von 500'000 bzw. 300'000 Franken vorgesehen ist, ist auch gesichert, dass die Kosten bei sehr teuren Bauten in einem klar definierten Rahmen bleiben.

**Jean-Luc Mösch** teilt mit, dass die CVP-Fraktion mehrheitlich den Antrag des Regierungsrats unterstützt. Mitglieder der Fraktion zeigten sich jedoch erstaunt darüber, dass ausgerechnet ein Vertreter jener Partie, die sonst von sich behauptet, möglichst nichts regeln zu wollen, hier alles bis ins letzte Detail geregelt haben will. Es stellte sich auch die Frage, wie bindend die Matrix für den Kantonsrat ist. Gibt es für den Kantonsrat im Rahmen eines Kreditbeschlusses noch Spielraum oder nicht? Vielleicht kann der Baudirektor hierzu noch Ausführungen machen.
Insgesamt erscheint es der CVP richtig, diese Matrix keinesfalls in einer Gesetzesänderung einzubringen. Deshalb unterstützt sie den Antrag des Regierungsrats.

**Manuel Brandenberg** nimmt vorweg, dass die SVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats ablehnt und **Antrag** auf Nichterheblicherklärung der Motion stellt. Aus Sicht der SVP ist projektbezogen zu beurteilen, ob man Geld für Kunst am Bau aufwerfen will oder nicht. Man kann dann auch projektbezogen entscheiden, ob es allenfalls private Gönner gibt, welche sich für die Finanzierung einsetzen, ob ein Teil von Privaten und ein Teil vom Gemeinwesen oder ob alles vom Gemeinwesen bezahlt wird. Mit der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Matrix würde man unflexibler werden. Es gäbe eine vom Kantonsrat genehmigte generelle Regelung, die zwar nicht im Gesetz stünde, mit der man aber regelmässig zu hören bekäme, dass ein bestimmter Betrag der vom Rat genehmigten Matrix entspreche. Der Rat würde sich also einschränken. Der Votant möchte deshalb beliebt machen, sich die Hände nicht zu binden, frei zu bleiben und projektbezogen im Einzelfall zu entscheiden, ob und in welcher Höhe – vielleicht sogar mehr, als in der Matrix vorgesehen – Geld für Kunst am Bau ausgegeben werden soll.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG. Es gefällt der ALG, dass der Kanton das baukulturelle Engagement fördert. Damit stärkt er die gegenseitige Befruchtung von Bau und Kunst. Der fundierte Bericht der Regierung zeigt auf, dass Kunst am öffentlichen Bau nationale oder sogar internationale Ausstrahlungskraft haben und – neben der üblichen Finanz- und Rohstoffwelt – auch ein anderes, eher ungewohntes, ausgefallenes und buntes Bild von Zug vermitteln kann. Kunst am Bau soll zum Denken und Handeln anregen. Sie soll auch eine Umgebung schaffen, in der sich

die Bevölkerung entfalten kann, und eine Identifikation mit einem Gebäude oder einem Ort ermöglichen. Kunst am Bau kann einen Platz beleben. Gut zu erkennen ist dies zum Beispiel im öffentlichen Aussenbereich beim Obergericht und der Studienbibliothek, erst noch verbunden mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Kunst am Bau oder eben diese Baukultur kann also einer breiten Öffentlichkeit in einfacher Art zugänglich gemacht werden, egal welcher Gesellschaftsschicht die Menschen angehören. Und zum Schluss ist darauf hinzuweisen, dass Kunst am Bau nicht erst in moderner Zeit entstanden ist, wie man vielleicht meinen könnte, sondern schon uralt und traditionell ist. Sonst sähe zum Beispiel das Stadthaus ganz anders aus.
Die ALG sieht Kosten für Kunst-am-Bau-Projekte im Bereich von 1 bis 2 Prozenten der gesamten Bausumme als gute Richtschnur. Sie unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die Motion teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Daniel Marti:** Die Grünliberalen teilen die Meinung des Regierungsrats, wonach im Kanton Zug die Zuständigkeiten und Prozessabläufe betreffend Implementierung von Kunst am Bau bereits klar geregelt sind. Sie sind auch der Meinung, dass Kunst am Bau bei öffentlichen Gebäuden, wo Menschen zusammenkommen, durchaus ihre Berechtigung hat und bei entsprechender Qualität die Bauten zu einem Erlebnis für Nutzer und Betrachter machen kann. Die GLP sieht hingegen keinen Bedarf, eine bindende Matrix zu definieren, welche die prozentualen Anteile für Kunst am Bau im Verhältnis zur Gesamtbausumme regelt. Mit einer solchen Matrix besteht die Gefahr, dass einfach ein zusätzlicher Topf und quasi eine Verpflichtung geschaffen wird, Geld für eine blosse dekorative Ergänzung des Objekts auszugeben. Zielführender ist es, bei ausgesuchten Projekten von Fall zu Fall zu entscheiden, ob Kunst am Bau notwendig und sinnvoll ist und wieviel dafür ausgegeben werden soll. Dies ermöglicht einzelne herausragende Kunstwerke von hoher Qualität, so dass die angestrebte Wertsteigerung auch erzielt werden kann. Dabei soll es keine Rolle spielen, zu welcher Kategorie das Bauobjekt gehört und ob 1, 2 oder 3 Prozent der Bausumme für Kunst am Bau verwendet werden. Die in der Motion bemängelte Diskussion des Budgetpostens Kunst am Bau bei Objektkrediten für kantonale Bauten ist genau die kritische Auseinandersetzung, die es braucht, um sicherzustellen, dass die gewünschte Fall-zu-Fall-Beurteilung vorgenommen wird. Daher sind die Grünliberalen der Meinung, dass es keine Gesetzesänderung braucht, und unterstützen den Antrag auf Nichterheblicherklärung der Motion.

Auch **Thomas Werner** plädiert dafür, die Motion nicht erheblich zu erklären. Kunst am Bau ist eine aufgezwungene Geldverschleuderung. Kunst müsste in diesem Zusammenhang bedeuten, dass jeder Architekten seinen Bau so konzipiert, dass er erstens schön und zweckmässig ist und zweitens zum Verweilen darin und darum herum einlädt. Das ist die Kunst der Architekten, und es braucht keine durch ein Gesetz aufgezwungene Kunst am Bau, welche einen Bau angeblich verschönern soll. Das ist nichts anderes als eine Subvention für Künstler.

Motionär **Daniel Abt** erinnert daran, dass sich die SP-Fraktion vorbehalten hat, einen Antrag betreffend Anpassung der Matrix zu stellen. Er möchte von der Regierung wissen, wie in diesem Fall vorgegangen wird. Ist ein solcher Antrag überhaupt möglich? Der Votant ist der Meinung, dass das nicht geht.
Zum «Vorwurf», dass ein Mitglied der FDP hier eine detaillierte Regelung verlange, hält der Motionär fest: Es ist richtig, dass die FDP nicht jedes Detail geregelt haben möchte. Hier aber steht die Effizienz im Ratsbetrieb im Vordergrund. Die Diskussionen in der Hochbaukommission und auch heute im Rat zeigen die völlig unter-

schiedlichen Positionen: Die einen sprechen von einer generellen Geldverschwendung, andere möchten noch mehr Kunst am Bau. Es ist deshalb wichtig, angemessene Parameter zu definieren.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht zuerst auf die Frage von Daniel Abt ein. Es ist natürlich nicht die Absicht der Regierung, ein Objekt bei einer blossen Sanierung nochmals mit Kunst am Bau aufzuwerten. In diesem Sinn präzisiert der Bildungsdirektor, dass es hier nur um Umbauten geht, bei denen eine wertsteigernde Investition getätigt wird. Wenn man nur die Fenster austauscht, werden natürlich nicht nochmals 1 oder 2 Prozent der Bausumme in Kunst am Bau investiert. Der Bildungsdirektor warnt aber davor, jedes Detail in der Matrix regeln zu wollen, wird sich doch immer das Problem der Abgrenzung stellen; darauf hat auch Olivia Bühler aufmerksam gemacht. Zudem ist schon jetzt darauf hinzuweisen, dass ohnehin immer der Kantonsrat beim Objektkredit das letzte Wort hat und man bei Sanierungen ja meistens zwischen werterhaltenden und wertsteigernden Massnahmen unterscheiden muss.
Olivia Bühler hat sich erkundigt, wieso der Regierungsrat verschiedene Kategorien von Objekten mit je verschiedenen Prozentsätzen vorschlägt. Es geht darum, die investierten Gelder effizient einzusetzen. Nicht jedes Objekt hat die gleiche Reichweite. Diese hängt ab von Zweck des Objekts – eine Kläranlage generiert weniger Publikumsverkehr als eine Schule –, und auch der Standort ist wichtig. Es scheint der Regierung deshalb angemessen, mit unterschiedlichen Kategorien und Prozentsätzen zu agieren. Das dürfte gängige Praxis sein, unabhängig davon, ob man es in einer Matrix formalisiert oder nicht. Wer zu einem Entscheid kommen muss, wie viele Prozent der Bausumme in Kunst am Bau investiert werden sollen, wird immer dieselben Faktoren berücksichtigen: Standort, Publikumsverkehr, Zweck des Gebäudes. In diesem Sinn ist die Regierung auch nicht bereit, ihren Antrag abzuändern und auf die Kategorisierung und die unterschiedlichen Prozentsätze zu verzichten. Wie ein diesbezüglicher Antrag der SP-Fraktion verfahrensrechtlich aufgefangen werden soll, kann der Bildungsdirektor nicht sagen; die Verfahrenshoheit des Kantonsrats liegt bei diesem selbst.
Von Seiten der CVP-Fraktion wurde gefragt, ob bei der Kreditgenehmigung noch korrigierend eingegriffen werden könne. Dem ist so. Die vorgeschlagene Regelung hat prozessualen Charakter, dient also der Verwaltung bei der Erarbeitung der Kantonsratsvorlagen. Es wird aber niemand behaupten können, der ins Objektbudget eingestellte Betrag für Kunst am Bau sei gebunden. Der Kantonsrat wird also immer das letzte Wort haben. Selbstverständlich wird der Regierungsrat aber – wie von Manuel Brandenberg erwähnt – argumentieren, dass es sich um die der Regierung vom Kantonsrat vorgegebenen Ansätze handle, an die sich das Parlament im Sinne der Kohärenz und der Beständigkeit bitte halten solle. Es ist ja genau die Absicht des Motionärs, die Beurteilung der Beträge für Kunst am Bau zu objektivieren, Kriterien dafür zu hinterlegen und sie in diesem Sinn auch zu verstetigen. Es ist also auch Zweck der Übung, dass der Kantonsrat diese Ansätze jeweils auch mitträgt und nur im Ausnahmefall die betreffenden Beträge ablehnt.
Zum Antrag der SVP-Fraktion, man solle, anstatt eine Matrix zu erstellen, die Höhe des Betrags für Kunst am Bau jeweils projektbezogen beurteilen, hält der Bildungsdirektor fest, dass der Matrix ja auch projektbezogene Kriterien hinterlegt sind. Diese Kriterien sind nach Ansicht des Regierungsrats angemessen. Was die SVP eigentlich meint, ist, dass der Kantonsrat dann die Tarifautonomie haben und nicht an Prozentzahlen gebunden sein soll. Das ist aber – wie der Bildungsdirektor den Motionär verstanden hat – gerade ein Problem in der Kommissionsarbeit, nämlich das Gefeilsche im einzelnen Fall.

Zusammenfassend bittet der Bildungsdirektor den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen, ihm dieses Instrument zu geben und damit zur Objektivierung der Fragestellung und letztlich zur Steigerung der Effizienz des Parlamentsbetriebs beizutragen.

**Olivia Bühler** hält fest, dass Bildungsdirektor Stephan Schleiss vor allem den Publikumsverkehr und die Reichweite als Gründe für die Unterteilung in der Matrix aufgeführt hat. Als Beispiel für Infrastrukturbauten, bei denen weniger Geld für Kunst am Bau investiert werden soll, hat die Regierung das Strassenverkehrsamt genannt. Für die SP-Fraktion ist nicht klar, warum dies ein Beispiel für ein kantonales Gebäude mit weniger Publikumsverkehr sein soll. Die SP ist mit den Ausführungen des Regierungsrats zu den drei Kategorien nicht zufrieden und stellt deshalb den **Antrag,** in der Matrix nur zwei Kategorien aufzuführen, nämlich einerseits die Schulhäuser und andererseits alle anderen öffentlichen kantonalen Gebäude mit Publikumsverkehr.
Die SP-Fraktion empfiehlt, die Matrix wie vorgeschlagen zu optimieren, die Motion dann teilerheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** verweist bezüglich der Frage von Motionär Daniel Abt auf § 60 Abs. 4 GO KR bzw. den entsprechenden Kommentar von Tino Jorio: «Bei Motionen und Postulaten sind Gegenstand der Beratung nur die Begehren im Vorstoss, die Anträge in der Vorlage des Regierungsrats oder des Gerichts sowie die Anträge aus dem Rat.» Der von der SP-Fraktion eingebrachte Antrag hat einen Bezug zur Vorlage und ist demnach zulässig.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun in einem ersten Schritt die Matrix bereinigt, also über die Art der Teilerheblicherklärung abgestimmt wird. Es stehen sich die vom Regierungsrat beantragte Matrix und der Antrag der SP-Fraktion gegenüber. Im zweiten Schritt wird der obsiegende Antrag dem Antrag der SVP-Fraktion auf Nichterheblicherklärung gegenübergestellt.
Zur ersten Abstimmung erläutert der Vorsitzende nochmals den Antrag der SP-Fraktion: Der Antrag verlangt, dass die Matrix auf zwei Kategorien reduziert wird, nämlich «Schulhaus» einerseits und «Verwaltung, Gerichte, Polizei, Infrastrukturbauten (Strassenverkehrsamt etc.)» andererseits. Die Prozentzahlen bei der Kategorie «Schulhaus» bleiben gegenüber dem Antrag des Regierungsrats unverändert, in der zweiten Kategorie sollen die Prozentzahlen der regierungsrätlichen Kategorie «Verwaltung, Gerichte, Polizei» gelten.

➔ Der Rat folgt in der ersten Abstimmung mit 56 zu 11 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 47 zu 25 Stimmen teilerheblich und schreibt sie als erledigt ab.

**274** Traktandum 7.2: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend aktive Integration der ausländischen Wohnbevölkerung**
Vorlagen: 2484.1 - 14890 (Interpellationstext); 2484.2 - 14998 (Antwort des Regierungsrats).

**Daniel Stuber** spricht für die Interpellantin und dankt für die Beantwortung der Interpellation – auch wenn einige Fragen äusserst formal beantwortet wurden. So formal, dass es teilweise schwer fällt, die Antwort auf den Kern der Frage zu finden, selbst nach einem Blick in die zahlreichen verlinkten Dokumente.
Grundsätzlich ist die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung auch der FDP-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Daher geht es hier sicherlich nicht darum, sämtliche Massnahmen zur Integration in Frage zu stellen; das gilt insbesondere für Massnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt oder im schulischen Bereich. Trotzdem hat die Umsetzung des Programms «schritt:weise» die FDP sehr überrascht, dies besonders vor dem Hintergrund des vom Volk abgelehnten Integrationsgesetzes. Deshalb geht der Votant auf einige Punkte der Interpellationsantwort genauer ein.
• In den «Allgemeinen Vorbemerkungen» wird erwähnt, dass sich der Regierungsrat nach der Ablehnung des Integrationsgesetzes für eine Reduktion der beantragten kantonalen Gelder entschieden hat. In dem an den Bund eingegebenen Kantonalen Integrationsprogramm 2014–2017 (KIP) der Regierung steht aber auch: «Da es sich beim KIP um die Weiterführung der spezifischen Integrationsförderung im Rahmen eines neuen Fördersystems des Bundes handelt, kann das KIP unabhängig von der Einführung des Gesetzes umgesetzt werden.» Das mag formaljuristisch korrekt sein, aber trotzdem kommt der Eindruck auf, dass eine Hintertür genutzt wird, um diverse Massnahmen umzusetzen, die vom Zuger Stimmvolk eigentlich abgelehnt wurden. Die Antwort, dass man sich dabei am Maximalbetrag des Bundes orientiert habe, geht an der eigentlichen Frage 3 vorbei. Diese Frage hatte den *minimalen* Bundesauftrag zum Inhalt, nicht den maximalen Bundesbeitrag. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist diese Frage deshalb nicht wirklich beantwortet. In der Antwort steht, dass zu sämtlichen Programmzielen Massnahmen vorzulegen sind, obwohl ein Blick in das Rundschreiben des Bundesamts für Migration zur Eingabe des KIP zeigt, dass z. B. bei Pfeiler 3 kein Mindestanteil vorgeschrieben wird. Nach der Ablehnung des Integrationsgesetzes im Herbst 2013 durch eine Mehrheit der Zuger Bevölkerung müsste daher die logische Konsequenz sein, dass nur die zwingend nötigen Zusatzmassnahmen umgesetzt werden, um die vom Bund definierten strategischen Ziele zu erreichen. Bei der beachtlichen Anzahl von 30 im KIP definierten Massnahmen bezweifelt die FDP, ob dies wirklich dem Minimum entspricht. Die Unstimmigkeiten in der Interpellationsantwort und den weitergehenden Unterlagen stützen diesen Verdacht.
• Bei Frage 3 wird die Kostenverteilung angesprochen. Die Kosten für das Programm werden zu 50 Prozent vom Bund getragen, die andere Hälfte zu rund 40 Prozent von den Gemeinden und zu 10 Prozent vom Kanton. Die FDP hat sich hier gefragt, ob die Gemeinden mit eingebunden waren oder ob diese Kosten einfach nach unten delegiert werden.
• Bei der Antwort zu Frage 5 hat überrascht, dass die ausgebildete Heilpädagogin für die Projektleitung eingesetzt wird, während die Hausbesucherinnen mit der Arbeit an der Front keinen heilpädagogischen Hintergrund besitzen. Dies ist eigentlich genau das Gegenteil dessen, was die Interpellantin erwartet hätte.
• Die Schlussfolgerung bei Frage 7 kann die FDP-Fraktion nicht nachvollziehen. Da steht nämlich, dass die Sozialkosten des Programms «schritt:weise» langfristig reduziert würden. Die mit einem Link aufgeführte Basisevaluation bestätigte diese

Aussage allerdings nicht. Es kann doch nicht sein, dass die Regierung solche Aussagen macht und dabei auf wissenschaftliche Arbeiten verweist, die solche Effekte gar nicht untersucht hat. Das ist höchst tendenziös. Es ist klar, dass man solche langfristigen Effekte nicht immer klar kennt, aber dann soll man bitte auch nicht darauf verweisen und sie als Fakt darstellen.
Zusammenfassend sind für die Interpellantin folgende Fragen noch offen:
• Wären die strategischen Ziele nicht auch ohne Zusatzmassnahmen erreichbar gewesen? Nach dem Verständnis der Interpellantin entspricht die Erreichung der strategischen Ziele dem Bundesauftrag, nicht ein zwingendes Definieren von Zusatzmassnahmen.
• Verursacht das KIP auch den Gemeinden zusätzliche, unerwartete Kosten?
• Woher kommt die Erkenntnis, dass «schritt:weise» die Sozialkosten langfristig senkt?

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion und legt seine Interessenbindung vor: Er leitet und führt die verschiedenen Integrationsprojekte der Gemeinde Baar.
Bei der Beantwortung dieser Interpellation hat der Regierungsrat gespart. Dafür kann nur ein *kleines* Lob ausgesprochen werden, vor allem wenn man bedenkt, dass alle Unterlagen bereits fix und fertig vorliegen und aufgeschaltet sind. So wäre es zur Veranschaulichung nützlich und sinnvoll gewesen, wenn in der Antwort die wichtigsten der dreissig Massnahmen aus den 61 Seiten des KIP aufgeführt worden wären. Sicher ist es hilfreich, auch einen Link dazu zu erhalten, aber eine gute Antwort zeichnet sich anders aus.
Die FDP interessiert sich vor allem für die Kosten und geht teilweise von falschen Annahmen aus, welche für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung relevant sind. Ja, es ist richtig, dass Integration etwas kostet. Aber es muss auch berücksichtigt werden, dass mit einer guten Integration auch Einnahmen generiert werden. Diese Einnahmen will die FDP in ihrer Interpellation jedoch nicht wissen. Wenn Kinder und Jugendliche die deutsche Sprache gut lernen, haben sie Schulerfolge, was dazu beträgt, dass sie eine gute Ausbildung machen können und dann im Berufsleben das BIP der Schweiz mitfördern; zusätzlich werden Steuern bezahlt. Verschiedene Studien zu diesem Thema, auch einige aus den USA, zeigen auf, dass der *Return on Investment* zwischen 1 zu 4 bis 1 zu 16 betragen kann. Sparen zur richtigen Zeit und am richtigen Ort könnte auch heissen: Klug investiert ist auch gespart. Frühe Förderung und frühzeitige Integration hilft einem grossen Teil der ausländischen Wohnbevölkerung, sich hier zu Hause zu fühlen. Und mit diesem Gefühl gewinnen alle.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Ihre Funktion als Lehrperson steht nicht in direktem Zusammenhang mit der Frühförderung, sie kennt aber deren Wert aus dem Schulalltag.
Die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Trotz Ablehnung des Integrationsgesetzes durch das Stimmvolk ist der Kanton in der Pflicht, sich aktiv im Sinne der gesetzlichen Vorgaben für die Integration einzusetzen. Die Ausführungen der Regierung zeigen, dass dies im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umgesetzt wird.
Das neue Ausländergesetz (ANAG 2006) beinhaltete eine verbesserte Integration vor allem von Kindern und Jugendlichen. Es wurde vorgeschrieben, dass der Familiennachzug grundsätzlich nur für Kinder bis zwölf Jahren möglich sein sollte, diese dann aber bei der Integration besser unterstützt werden sollten. Auf der Website der FDP hat die Votantin ein Positionspapier mit dem Titel «Integration macht die

Schweiz erfolgreich. Zusammenfassung liberales Integrationsverständnis» gefunden. Dort hat sie auch einige Aussagen zur Zielsetzung gefunden:
- Bedeutung der Integration: stellt Chancengleichheit her.
- Schule und Bildung: gezielte sprachliche Förderung fremdsprachiger Kinder noch vor dem Eintritt in die obligatorische Schule.
- Ungenügende bzw. fehlende Frühförderung der Kinder bei Entwicklungsdefiziten sowohl bei Schweizer- als auch bei Migrantenkinder können enorme Folgekosten verursachen.

Die ALG unterstützt diese Aussagen und hofft, dass diese auch für die FDP immer noch gültig sind. Das Positionspapier von 2006, das im Hinblick auf die Abstimmung geschrieben wurde und Verbesserungen der Integrationsmassnahmen forderte – ein klares Bekenntnis zum Integrationsteil – sollte die FDP heute auch einhalten.
Die Integration kann nur gelingen, wenn gezielte und wirksame Massnahmen umgesetzt werden. Dass benachteiligte Kinder durch die frühe Förderung profitieren und dabei auch die Eltern miteinbezogen werden können, ist ein zusätzlicher Faktor, der gewinnbringend ist. Die Frühförderung ist sinnvoll im Hinblick auf die Einschulung. Kann sich ein Kind durch gezielte Förderung in seiner Entwicklung entfalten, schafft man gute Voraussetzungen, um die Integration in einer Schulklasse ebenfalls zu verbessern. Ein Eintritt in die Schule mit ungenügenden Deutschkenntnissen verhindert vieles, belastet den Unterricht und fordert die Lehrpersonen übermässig in der täglichen Arbeit. Sprachkenntnisse sind der Garant für eine erfolgreiche Integration in Gesellschaft und in Arbeitsprozesse. Ein erfolgreicher Schulabschluss wirkt sich wiederum positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Das hat Daniel Stuber vorhin bestätigt, und auch das Votum von Hubert Schuler zielte in dieselbe Richtung.
Nur Kosten in den Vordergrund zu stellen, ist nicht gerechtfertigt, wenn nicht auch über den Nutzen gesprochen wird. Dass der Nutzen der Frühförderung gegenüber den möglichen Folgekosten – therapeutische Unterstützung, Sondermassnahmen, etc. – um einiges höher gewichtet werden kann, wird sich dabei klar zeigen. Erfahrungen in Städten wie Basel zeigen, dass Eltern aus anderen Sprachregionen sich dessen bewusst sind und Massnahmen zur Förderung in Deutsch vor dem Kindergarteneintritt sehr positiv werten.
Der Mangel an ausgebildeten Heilpädagogen in den öffentlichen Schulen hat keinen direkten Zusammenhang mit der Frühförderung und ist nicht Ursache für dieses Problem. Es werden zu wenige Fachkräfte in diesem Bereich ausgebildet.

**Barbara Gysel** ist während der verschiedenen Voten von heute bewusst geworden, dass bei der Beantwortung der vorliegenden Interpellation ein Aspekt etwas untergegangen ist. Zu Recht schreibt die Regierung auf Seite 2 ihrer Antwort: «Die Hauptaufgaben der Integrationsförderung sollen primär durch die Regelstrukturen geleistet werden (Verwaltung, Schulen, Berufsbildung, Arbeitsmarkt). Die Aufgabe der spezifischen Integrationsförderung liegt darin, Lücken zu schliessen, welche im Rahmen der Regelstrukturen nicht angegangen werden können.» Und damit kommt man eben zum Kantonalen Integrationsprogramm (KIP), das genau diese Lücken schliessen soll. Es gibt aber noch einen weiteren Teil – und das schafft einen Link zum aktuellen Sparpaket. Das KIP ist ein Dreijahresprogramm. Es sind darin Projekte und Aktivitäten enthalten, die üblicherweise über mehrere Jahre laufen, bei denen ein relativ hoher administrativer Aufwand betrieben wird und ein relativ umfassendes Monitoring gewährleistet ist. Nicht im KIP enthalten sind Kleinprojekte. Aktuell hat der Kanton Zug einen Integrationskredit, aus welchen Gelder für Kleinprojekte beispielsweise von Kirchen, Sportvereinen und einzelnen weiteren Vereinen gesprochen werden können, wobei sich die Grössenordnung zwischen einigen

100 und weit unter 10'000 Franken bewegt. Wenn man über die Kosten spricht, dürften diese kantonalen Kleinprojekte sehr interessant sein. Im aktuellen Sparpaket der Regierung ist vorgesehen, diesen Integrationskredit zu streichen und in den Lotteriefonds zu überführen, wodurch nach Ansicht der Votantin aber sehr viel an inhaltlicher Arbeit verlorengeht. Sie plädiert deshalb dafür, diesen weiteren Aspekt im Bereich der Integrationsarbeit zu beachten.
Abschliessend legt die Votantin noch ihre Interessenbindung vor: Sie ist für die «Asylbrücke» Mitglied der kantonalen Integrationskommission.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, ist etwas erstaunt über die Kritik der FDP-Fraktion. Es wurde bereits erwähnt, dass die FDP auf ihrer Website verschiedene Positionspapiere zur Integrationspolitik aufgeschaltet, etwa «Integration macht die Schweiz erfolgreich – Projekte für eine offene Schweiz». Dort steht beispielsweise: «Die FDP erachtet die Integration der in der Schweiz längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländer als prioritäre Aufgabe»; an anderer Stelle wird betont, dass die «Unterstützung der integrationspolitischen Bemühungen der Kantone» wichtig sei, wobei auch der Vorschulbereich und die Eingliederung in das Erwerbsleben erwähnt werden. Trotzdem nimmt die Direktorin des Innern gerne Stellung zu den Fragen, die zusätzlich gestellt wurden.
Die Frage, was der Kanton bezahlen muss und was nicht, ist nicht schwarz auf weiss zu beantworten. Es war ein langer Prozess des Aushandelns mit dem Bund, was möglich ist und was nicht. Der Regierungsrat hat nach der Abstimmung über das Integrationsgesetz bereits stark gekürzt, was mit dem Bund rückgekoppelt werden musste. Anfang Oktober beschloss er eine Reduktion von insgesamt 272'000 Franken im Vergleich zur ersten Eingabe beim Bund. Dabei kürzte er vor allem bei den Deutschkursen und beim Integrations-Brückenangebot für über Zwanzigjährige (I-B-A-20+), beides sehr wichtige Projekte, die sicher auch im Sinn der FDP sind und bei denen der Kantons Zug wirklich stark ist. Damals gab es die Aussage des Bundes, dass 96 Prozent der vom Bund vorgesehenen Fördermittel durch die Kantone beansprucht würden. Es gibt – wie schon erwähnt wurde – eine Art Säulen, bei welchen der Bund festlegte, wie viele Prozente erreicht werden müssen, damit die anderen Gelder gesprochen werden; man kann auch nicht einfach eine Säule weglassen. In diesem Sinne lässt sich die Frage nach den Kosten für den Kanton wirklich nicht schwarz auf weiss beantworten.
Zur Frage wegen der Gemeinden: Die Integration ist nach Bundesrecht eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Im Zuger KIP sind unter anderem Bundesgelder reserviert, welche die Gemeinden für die Umsetzung von Integrationsprojekten verwenden *können;* sie *müssen* es nicht, sondern machen dafür ihre Eingaben. Früher konnten sie direkt beim Bund vorstellig werden, heute läuft das über die Kantone. Der Regierungsrat verfügt also nicht über die Gemeinden und kann diese nicht verpflichten, vielmehr geben die Gemeinde ihre Projekte ein.
Die Antwort auf Frage 7 ist etwas missverständlich geschrieben. Vor dem letzten Satz müsste ein Absatz stehen, bezieht er sich doch nicht auf die Basisevaluation des Marie-Meierhofer-Instituts bzw. die angegebene Website. Es ist ein zusätzlicher Hinweis, dass mit «schritt:weise» die Sozialkosten für die benachteiligten Familien langfristig reduziert werden kann. Es gibt verschiedenen Studien, welche zeigen, dass später – sei es im Kindergarten oder in den Schulen, sei es in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt oder anderen Problemen – weniger Kosten anfallen, wenn man Defizite frühzeitig erkennt und frühzeitig eingreifen kann.
Das I-B-A-20+ und auch die frühkindliche Förderung sind auch im Leistungsauftrag der Direktionen enthalten, welchen der Kantonsrat unterstützt hat. Gerade das I-B-A-20+ ist auch eine Antwort auf die Fachkräfte-Initiative von Bundesrat Johann

Schneider-Ammann. Der Erfolg ist sehr gut: Ein grosser Teil der Teilnehmenden hat eine Anschlusslösung. Die bessere Arbeitsmarktintegration für Migrantinnen und Migranten mit anerkanntem Status sollte politisch unbestritten sein

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**275** Traktandum 7.3: **Interpellation von Michael Riboni, Beni Riedi, Thomas Villiger und Thomas Werner betreffend irrsinnige Abfall-Demo auf Kosten der Steuerzahler**
Vorlagen: 2525.1 - 14964 (Interpellationstext); 2525.2 - 15001 (Antwort des Regierungsrats).

**Thomas Werner** dankt im Namen der Interpellanten der Regierung für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Der ganze Sachverhalt, die Art und Weise, wie hier Prävention betrieben und Geld ausgegeben wird, muss zu denken geben. Der Rat sollte sich grundsätzlich überlegen, was Sinn und Zweck von Prävention ist, und vor allem, in welchen Bereichen Präventionsarbeit betrieben werden soll. Der Erfolg von Präventionsarbeit ist – wenn überhaupt – nur schwer messbar, und bei der hier zur Debatte stehenden «Müll-Prävention» ist nun wirklich jeder ausgegebene Franken einer zu viel. Prävention soll nicht der künstlerischen Selbstverwirklichung eines Präventionsbeauftragten dienen, sondern da geleistet werden, wo es wirklich nötig ist. Durch solche Aktionen wird Geld verschleudert, aber garantiert kein einziger weggeworfener Becher verhindert.
Die zuständige Sicherheitsdirektion will gemäss regierungsrätlicher Antwort dieses Präventionskonzept weiterführen. Da fragt es sich, ob die Regierung die Zeichen der Zeit – der Votant denkt vor allem an die Finanzen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis – erkannt hat. Aber auch der Kantonsrat als Gesetzgeber muss sich einmal mehr selber an der Nase nehmen. Prävention muss nicht zwingend und nur, weil es gut klingt, in jedes Gesetz aufgenommen werden. In Zeiten, in denen man den Gürtel enger schnallen muss, haben solche Aktionen nichts verloren. Hier muss der Direktionsvorsteher oder allenfalls auch der Kantonsrat in der Budgetdebatte nicht einen kleinen, feinen Rotstift, sondern den richtig fetten roten Stift ansetzen.

**Rupan Sivaganesan** spricht für die SP-Fraktion. Grundsätzlich begrüsst es die SP, wenn die Regierung weitere Sensibilisierungskampagnen gegen Littering durchführt und unterstützt. Seit dem 1. Oktober 2013 wird das Wegwerfen und Liegenlassen von Kleinabfällen im öffentlichen Raum mit 100 Franken gebüsst. Doch allein mit restriktiven Massnahmen werden die Probleme nicht gelöst. Es braucht ein Set von Massnahmen, auch in Ergänzung zum Gesetz. Daher fordert die SP die Regierung auf, auch im Bereich Aufklärung mehr zu leisten. Im Übrigen gab es schon früher Zeiten, in denen gewisse Parteien das Littering-Problem und die Rössliwiese aktiv für den Wahlkampf brauchten. Das führt aber nicht weiter.
Stadtrat André Wicki, ein Parteikollege der Interpellanten, hat vor einigen Jahren alle GGR- und Kantonsratsmitglieder eingeladen, frühmorgens auf dem Landsgemeindeplatz einen Augenschein zu nehmen. Er wollte allen zeigen, wie der öffentliche Raum aussieht, bevor die Abfälle vom Werkhof weggeräumt werden. Der Votant ruft deshalb dazu auf, etwas Milde walten zu lassen und weiterhin zu versuchen, das Littering-Problem über verschiedene Wege zu bekämpfen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG. Diese nimmt die Interpellationsantwort zur Kenntnis. Einige Punkte dazu:
• Littering ist ein Problem und kostet die öffentliche Hand enorm. Der Schweizerische Städteverband stellte in einer seiner Studien fest, dass aus Sicht der Städte, Littering neben Vandalismus und Alkoholismus eine der grössten gesellschaftlich bedingten Herausforderungen sei. Vom gesamten Abfall, der auf der Strasse anfällt, werden rund 30 Prozent gelittert; das ist enorm. Von diesen 30 Prozent sind über die Hälfte Getränke- und Take-Away-Verpackungen. Littering-Akteure finden sich in allen Gesellschaftsgruppen; das Phänomen kann nicht auf einzelne soziale Milieus, beispielsweise die Jugend, reduziert werden. Littering ist ein grosses Problem – und es kostet. Die gesamtschweizerischen, Littering-bedingten Reinigungskosten im öffentlichen Raum liegen gemäss Bundesamt für Umwelt bei total 200 Millionen Franken pro Jahr. Es lohnt sich also, das Problem anzugehen. Es lohnt sich sozial, ökologisch und vor allem auch finanziell.
• Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie man mit dem Littering-Problem umgehen kann. Man kann nichts machen, tabuisieren und so tun, als gäbe es das Problem nicht. Das ist ein *No go*. Man kann Ordnungsbussen einführen und versuchen, dem Problem repressiv zu begegnen. Das wurde gemacht. Damit diese Ordnungsbussen aber auch wirken, bräuchte es mehr ordnungsdienstliches Personal, das die Bussen auch verteilt. Das wäre eine Variante, der Votant glaubt aber nicht, dass Regierung und Kantonsrat gegenwärtig gewillt sind, hier mehr Personalressourcen zu sprechen. Man könnte sodann die Abfallbeseitigungskosten im Sinne einer Lenkungsabgabe bei all jenen einfordern, die diesen Abfall ursprünglich herstellen, also bei Take-Aways, Getränkeherstellern, Zeitungshäusern etc. Dann hätte man zumindest die Kosten, die der öffentlichen Hand entstehen, gedeckt. Das Problem an sich, das Littering, wäre damit aber nicht gelöst. Und *last but not least* kann man präventiv wirken, indem das Problem thematisiert und die Bevölkerung sensibilisiert wird. Präventive Massnahmen, die Wissen vermitteln, etwa die Thematisierung in der Schule oder Ähnliches, sind sicherlich gut. Nur: Alle wüssten, dass Abfall in den Abfalleimer gehört – und gleichwohl besteht das Problem. Unter präventiver Sensibilisierung versteht der Votant Aktionen, die bewegen, zum Nachdenken über das eigene Handeln anregen und vor allem das eigene Handeln ändern. Die Wirkung solche Aktionen ist allerdings schwer zu überprüfen
• Genau eine solche Aktion war die «Abfall-Demo». Die von den Interpellanten kritisierte Aktion hat dem Littering-Problem mit relativ wenig Aufwand viel Aufmerksamkeit verschafft. Hier gebührt den Medien und sicherlich auch den Interpellanten ein Dank. Gewisse Bedenken, ob genau diese Methode der Sensibilisierung die beste sei, kann der Votant verstehen. Wenn es darum geht, dann wäre wohl ein Gedankenaustausch mit der Fachstelle Littering über umweltpädagogische und umweltpsychologische Sensibilisierungsmassnahmen im öffentlichen Raum das Beste.
Die ALG kommt zum Schluss, dass sich nur mit Ordnungsbussen, ohne Zivilcourage und ohne Sensibilisierung, das gesellschaftliche Problem Littering nicht lösen wird. Sie findet es in diesem Sinne schade und auch falsch, dass sich der Kanton aus der Littering-Prävention zurückziehen will. Denn Prävention ist wirkungsvoll bei der Verhinderung von Littering.

**Urs Raschle** legt seine Interessenbindung offen: Er ist als Stadtrat von Zug verantwortlich für die Abteilung Littering. Er dankt deshalb dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung der Interpellation.
Die aufgeworfene Thematik ist weder lustig noch amüsant noch irrsinnig, sondern vor allem tragisch. Littering kostet, und dies nicht zu wenig. Allein die Stadt Zug bezahlt etwa 2 Millionen Franken pro Jahr für die Räumung der Abfallberge. Diese

Arbeiten finden meistens frühmorgens statt, wenn die meisten noch tief schlafen, und werden von der Öffentlichkeit kaum beachtet. Aus diesem Grund entschied man sich für die erwähnte Abfall-Demo, dies übrigens bereits zum zweiten Mal. Die Stadt erhielt zahlreiche positive Reaktionen von Passanten, welche überrascht, meistens aber auch schockiert feststellten, wie gross die Abfallmenge jeweils ist.
Der Votant geht mit den Interpellanten einig: Eine solche Aktion ist eigentlich sinnlos, und es braucht sie nicht – resp. bräuchte sie nicht, wenn sich alle vermehrt um den Abfall kümmern würden. Davon aber ist man meilenweit entfernt. Mitte Mai begleitete der Votant eine Patrouille der Zuger Polizei während einer ganzen Nacht auf ihrer Tour und erlebte, was ab 22 Uhr an den Zuger Quais passiert. Junge Menschen nehmen den Bereich vom Hafenrestaurant bis zum Landsgemeindeplatz regelrecht ein und veranstalten kleine und grössere Partys. Ältere Menschen verirren sich kaum mehr in diese «Festmeile», ausser der Polizei. Diese besucht die Gruppen, informiert sie über das Littering und verteilt erste Bussen. Zwei Stunden später, also gegen Mitternacht, ist alles noch viel lauter, und die ersten Flaschen liegen herum oder wurden bereits zerschlagen. Und morgens um drei Uhr sieht das Ganze wie ein Schlachtfeld aus, mit Flaschen, Tüten und viel anderem. Doch, oh Wunder, morgens um sechs Uhr ist alles geräumt. Und dies Nacht für Nacht. So kann es nicht weitergehen!
Es war deshalb ein wichtiges Zeichen, eine von Kanton, ZEBA und Gemeinden finanzierte Fachstelle zu organisieren und in den Bereich Prävention zu investieren. Veränderungen passieren nämlich im Kleinen. Das wird auch beim gesellschaftlichen Problem Littering nicht anders sein, was sich langsam positiv abzuzeichnen beginnt. Umso erstaunlicher ist deshalb der Satz in der regierungsrätlichen Antwort, dass sich der Kanton zurückziehen möchte. Bei einem Betrag von sage und schreibe 13'000 Franken pro Jahr ist die Ersparnis in Relation zum gesamten Entlastungsprogramm von 100 Millionen Franken eher klein, das Zeichen gegen aussen ist aber falsch. Der Votant bittet deshalb die Regierung, diesen Entscheid zu überdenken und nicht eine fatale Kettenreaktion auszulösen. Sollte sich der Kanton wirklich zurückziehen, wird auch die ZEBA ihre Unterstützung überdenken, und am Schluss bleibt alles bei den Gemeinden, welche eventuell auch absagen. Dies aber führt mittelfristig wieder zu höheren Sicherheits- und Polizeikosten, welche der Kanton zu berappen hat. Dies ist der falsche Weg, denn nur gemeinsam lässt sich dieses unnötige Problem lösen, und zwar neben der Prävention auch mit Repression. Es sei deshalb klar und deutlich gesagt: Die Stadt Zug und die Gemeinden haben genug vom Littering. Die Devise lautet: Es gibt ab sofort keine Toleranz mehr. Littering-Sünder werden in der Stadt noch härter angegangen und gebüsst, egal wer und welchen Alters. Vielleicht wird damit das angestrebte Ziel erreicht, so dass es keine Abfall-Demos mehr braucht. Es liegt an allen, dass dies möglich wird.

**Beni Riedi** möchte erklären, warum die Interpellanten auf den Ausdruck «*irrsinnige* Abfall-Demo» kamen. Das Problem lag darin, dass man diese Aktion durchführen wollte, auf der Rössliwiese aber nicht genügend Abfall vorfand. Man musste deshalb Abfall auf der Schützenmatt einsammeln, ihn auf die Rössliwiese transportieren und dort verteilen, um mit Fähnchen auf das Problem hinweisen zu können. Auch die Interpellanten sind vehement gegen Littering, und sie sind sich auch der Kosten bewusst. Es ist aber heikel, Aktionen zu lancieren und via Medienmitteilung zu kommunizieren, bei denen – durch herantransportierten Abfall – ein völlig falsches Bild vermittelt wird. Im Übrigen waren es Journalisten, welche den Votanten darauf aufmerksam machten, dass der Abfall von einer anderen Stelle stammte. Gleichwohl aber übernahmen die Medien dieses falsche Bild, was auch Fragen bezüglich Kommunikation und Arbeit der Medien aufwirft.

Auch der letzte Satz in der regierungsrätlichen Antwort wirft Fragen auf. Dort steht: «Eine Studie des Schweizerischen Städteverbands (‹Sichere Schweizer Städte 2025›, Mai 2013) nennt Littering gar an erster Stelle der aktuellen und künftigen Herausforderung für die Sicherheit der Städte und Gemeinden.» Da fragt man sich wirklich, ob sich der Regierungsrat bewusst ist, was im Moment im Ausland an den Grenzen abgeht. Man wird in Zukunft nämlich ganz andere Probleme haben.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist etwas erstaunt über gewisse Voten. Er erinnert daran, dass Littering als einziger neuer Tatbestand ins Übertretungsstrafgesetz aufgenommen wurde, wobei in der Debatte dazu sowohl in der vorberatenden Kommission als auch im Kantonsrat immer gesagt wurde, man könne nicht nur Bussen einführen, sondern müsse auch präventiv wirken. Das entsprechende Projekt wurde vom ZEBA, von den Gemeinden und vom Kanton wunderbar aufgegleist, ist gut unterwegs, zeigt bereits positive Wirkungen – und wird sogar von anderen Regionen übernommen und kopiert. Deshalb kann der Sicherheitsdirektor das Votum von Thomas Werner, eines Polizeimitarbeiters, nicht wirklich verstehen. Es ist bei jedem Gesetz, das Strafbestimmungen enthält, üblich, auch Prävention zu betreiben, und vermutlich steht in jedem kantonalen Polizeigesetz, dass die Polizei auch präventiv arbeiten müsse. Und hier liegt ein gutes Beispiel dafür vor.
Der Kampf gegen Littering ist eine Sache der Gemeinden, nicht des Kantons. Der Kanton hat sich aber bereit erklärt, am Präventionsprojekt mitzuwirken, es zu starten und zu koordinieren. Aber letztlich gibt es eine klare Aufgabenteilung, und vor dem Hintergrund des Entlastungsprogramms hat der Sicherheitsdirektor entschieden, dass sich der Kanton nur noch bis Mitte 2016 finanziell beteiligt. Es geht – wie gehört – nicht um grosse Beträge: 2016 sind es noch ca. 6500 Franken. Die Sicherheitsdirektion ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten aber bereit, weiterhin koordinierend und beratend mitzuwirken. Zu sagen ist auch, dass der ZEBA als verlängerter Arm der Gemeinden nicht nur den Auftrag hat, Kehricht zu entsorgen, sondern auch dafür zu sorgen, dass es nicht immer mehr Abfall gibt. Er hat also auch diesbezüglich eine Funktion und kann sich nicht einfach aus dieser Verantwortung stehlen. Es gibt viele gute Gründe, das Präventionsprojekt weiterzuführen, vielleicht in einer etwas reduzierten Form. Der Kanton wird sich aber nicht mehr daran beteiligen, zumal er dafür auch keine eigentliche rechtliche Grundlage hat.
Zu Beni Riedis Bemerkung bezüglich Sicherheitssituation in den Städten: Die betreffende Studie wurde 2012/13 in Zusammenarbeit mit Ernst Blaser + Partner von etwa dreissig Städten erarbeitet. Sie sagt mit Blick auf 2015 an erster Stelle, dass man sich in den Städten Sorgen bezüglich Littering macht; in der ersten Prioritätengruppe werden auch Alkoholismus, Alkoholkonsum im öffentlichen Raum, häusliche Gewalt und Vandalismus aufgeführt. Die Aussage in der regierungsrätlichen Antwort ist also richtig.
Abschliessend betont der Sicherheitsdirektor, dass die beanstandete Aktion vielleicht etwas krumm abgelaufen ist, aber auch im Rahmen des Gesamtprojekts sinnvoll war. Dass sich die Medien darüber lustig gemacht haben, sollte kein Anlass sein, das ganze Projekt schlecht darzustellen. Die Aktion hat bewirkt, dass die Präventionskampagne dank der Medien noch bekannter wurde. Es gilt also, die grossen Vorteile des Projekts wahrzunehmen und dieses weiterhin zu unterstützen – wenn die Gemeinden es denn fortführen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

**276 Motion der CVP-Fraktion betreffend Wohnsitz einer für den Kantonsrat kandidierenden Person**

Vorlagen: 2438.1 - 14780 (Motionstext); 2438.2 - 15029 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion erheblich zu erklären.

**Andreas Hausheer** spricht als Vertreter der Motionärin. Die CVP-Fraktion ist erfreut darüber, dass die Regierung das Grundanliegen der Motion anerkennt und beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Er dankt dem Regierungsrat dafür. Dem Vernehmen nach wird der Antrag gestellt, die Motion nicht erheblich zu erklären. So ist die SP offenbar gegen die Erheblicherklärung, weil das Motionsanliegen just auf die Bedürfnisse der CVP angepasst sei. Darauf lässt sich schon jetzt antworten, dass das jetzige System – dass also jemand beispielsweise in Neuheim wohnt und für Hünenberg kandidiert – von jener Bevölkerung, welche CVP-Fraktionsmitglieder vor den letzten Wahlen getroffen haben, schlicht nicht verstanden wird. Was ist nun falsch daran, dass die CVP ein Anliegen einbringt, das vor den Wahlen an sie herangetragen wurde? Ist nicht genau das die Aufgabe von Kantonsrätinnen und Kantonsräten? Daraus zu schliessen, es gehe der CVP einzig um ihre eigenen Bedürfnisse, ist etwas gar billig.
Der Regierungsrat bleibt glücklicherweise auf der sachlichen Ebene. Seine Argumente überzeugen. Er zeigt auf, dass sich der Anteil der Kandidierenden, die ausserhalb ihrer Wohngemeinde kandidierten, wenig überraschend ausgerechnet im Jahr 2014 von 1,7 auf 4 Prozent mehr als verdoppelt hat. Es streitet wohl niemand ernsthaft ab, dass dies in einem kausalen Zusammenhang mit der Einführung des Doppelten Pukelsheim steht. Wie der Regierungsrat richtig schreibt, kann es aber nicht Sinn und Zweck der jetzt noch geltenden Zulässigkeit von Kandidaturen ausserhalb der Wohnsitzgemeinde sein, dass Personen einzig aus wahltaktischen Gründen irgendwo im Kanton und ohne Bezug zur Gemeinde kandidieren. Der Regierungsrat weist richtigerweise auch darauf hin, dass der Wille der Kantonsverfassung verwässert werden könnte. Der in der Verfassung vorgesehene Verteilschlüssel kann letztlich nur gewährleistet werden, wenn die Vertretung im Kantonsrat durch Personen ausgeübt wird, welche auch effektiv ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben, für die sie antreten.
Wenn nun vorgebracht wird, dass die Gewählten nicht die Bevölkerung ihrer Gemeinde, sondern die Gesamtbevölkerung des Kantons repräsentieren, ist das vielleicht in einer theoretischen Welt nicht ganz unrichtig. In der Praxis zeigt es sich aber, dass die Kantonsrätinnen und -räte zu einem guten Teil halt doch als Gemeindevertreterinnen und -vertreter angeschaut werden und sich auch als solche verstehen. Jüngste Beispiele sind die Vorstösse der Stadtzuger Kantonsrätinnen und -räte zum IFZ oder die Vorstösse zum öffentlichen Verkehr oder zur Verteilung von Asylsuchenden mit teils klar gemeindlichen Bezügen; auch in den ZFA-Diskussionen vertreten alle Ratsmitglieder irgendwo die Interessen der eigenen Gemeinde. Das zeigt, dass Kantonsrätinnen und -räte faktisch und in den Augen breiter Bevölkerungsschichten entgegen der Theorie halt doch Gemeindevertreterinnen und -vertreter sind. Es ist darum nur richtig und vernünftig, dass man in dieser Gemeinde auch seinen Wohnsitz hat.
Nun könnte man auch noch sagen, dass eine Gemeinde quasi selber dafür verantwortlich ist, wenn sie jemanden wählt, die oder der in einer anderen Gemeinde wohnt; so versteht der Votant auch die Stellungnahme der SVP in der heutigen

«Neuen Zuger Zeitung». Nach dem bisherigen Wahlsystem hatte dieses Argument seine Berechtigung. Mit dem neuen System, dem Doppelten Pukelsheim, ist es nun aber möglich, dass im Rahmen der beiden Zuteilungsrunden, insbesondere der Oberzuteilung, einer Gemeinde eine Kantonsrätin oder ein Kantonsrat aus einer anderen Gemeinde quasi zugeteilt wird, auch wenn sie oder er in der Gemeinde selbst nicht gewählt worden wäre. Da kann man nicht mehr salopp sagen, dass die betroffene Gemeinde selber schuld sei, wenn sie von jemandem aus einer anderen Gemeinde im Kantonsrat vertreten wird.
Fazit: Es spricht eigentlich alles für und nichts gegen die Erheblicherklärung der Motion im Sinne der regierungsrätlichen Ausführungen. Zug wäre damit übrigens auch nicht der einzige Kanton, auch darauf weist der Regierungsrat hin. Damit ist auch gesagt, dass die Motionärin einverstanden ist, dass die Wohnsitzregelung im Zeitpunkt der Einreichung des Wahlvorschlags gegeben sein muss. Das war auch das Grundanliegen der Motion. Für die Zeit nach den Wahlen kann die CVP die Überlegungen des Regierungsrats nachvollziehen.
Namens der CVP-Fraktion empfiehlt der Votant, die Motion erheblich zu erklären.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion und möchte auf zwei Aspekte eingehen, die im regierungsrätlichen Bericht so nicht vorkommen. Zum einen geht es um einen Hinweis auf die Bedeutung der Wahlkreise und der Gemeinden ganz generell, zum anderen um eine kurze Ausführung zur Logik der Parteien, dies insbesondere auch deshalb, weil die SP hier mehrfach angesprochen wurde.
Damit das Geschäft im zeitlichen Rückblick verortet werden kann: Das Bundesgericht entschied am 20. Dezember 2010, dass das damalige Zuger System für die Kantonsratswahlen nicht der Bundesverfassung entspreche. Und zu ihrer Interessenbindung hält die Votantin fest, dass sie eine der Beschwerdeführerinnen war, die damals ans Bundesgericht gelangten. Das frühere Wahlrecht benachteiligte die Bürgerinnen und Bürger der kleinen Zuger Gemeinden. Bei den Wahlen war bis zu ein Drittel der Wählerstimmen wertlos, und das Prinzip «Eine Person, eine Stimme» wurde arg missachtet. Zug wurde also aufgefordert, ein faires Wahlsystem einzuführen. Diese Hausaufgaben wurden gemacht: Die letzten Gesamterneuerungswahlen im Oktober 2014 wurden verfassungskonform durchgeführt.
Nun liegt mit der CVP-Motion eine Vorlage vor, die fordert, dass die Kantonsratskandidierenden ausschliesslich in der Gemeinde ihres Wahlkreises antreten dürfen. Die Frage der Wahlkreise wurde indes schon früher diskutiert. Das Bundesgericht überliess es mit dem Urteil vom Dezember 2010 dem Kanton, welche der zwei Lösungsstrategien umgesetzt würde, um zu einem verfassungskonformen Wahlrecht zu kommen. Erstens kann das Zählverfahren des Doppelten Pukelsheim zur Anwendung gelangen, wofür sich der Kanton Zug bekanntlich entschieden hat. Eine zweite Möglichkeit wäre gewesen, die unterschiedlich einwohnerstarken Wahlkreise einander in der Grösse anzugleichen: Man hätte also «Wahlkreisverbände» bilden können, zum Beispiel Zug/Walchwil. Das hätte in Bezug auf die individuelle lokale Identifikation mit einer Gemeinde ganz andere Auswirkungen gehabt als ein rein arithmetisches Verfahren. Viele Einwohnerinnen und Einwohner identifizieren sich nach wie vor stark mit ihrer Gemeinde. Allerdings nimmt das Zugehörigkeitsgefühl der Schweizerinnen und Schweizer zu ihrer Wohngemeinde ab. Stärkt man beim politischen Wahlrecht die Gemeinde, arbeitet man aus Sicht der Bevölkerung also gegen den gesellschaftlichen Trend. Eine Untersuchung des Credit-Suisse-Sorgenbarometers belegte 2014 gemäss verschiedenen Medienberichten Folgendes: Fühlten sich im Jahr 2011 noch über die Hälfte der Befragten in erster oder zweiter Priorität ihrer Wohngemeinde zugehörig, so sind es heute nur noch knapp 30 Prozent. Die Schweiz als Ganzes hat die Wohngemeinden, den Kanton und auch die

Sprachregionen als Identifikationsfaktor Nummer eins ersetzt. 66 Prozent der Befragten fühlen sich primär der Schweiz zugehörig, nicht mehr einer Sprachregion, einem Kanton oder einer Gemeinde. Der Befund der CS stellt die Bevölkerung ins Zentrum, also die Wählenden. Dass ihnen die Gemeinde offenbar generell «unwichtiger» wird, muss man schlicht zur Kenntnis nehmen. Oder in anderen Worten: Als Wählerin oder Wähler erwartet man wohl, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier sicher Gemeindeanliegen vertreten – aber nicht nur. Wer ausschliesslich die «Gemeindebrille» trägt, kommt im kantonalen Parlament also wohl nicht weit. Insofern ist es kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch: Als Kantonsratsmitglied vertritt man gemeindliche *und* kantonale Anliegen.

Zur Perspektive der Parteien: Wie die Regierung zu Recht ausführt, haben die Kandidaturen ausserhalb der Wohnsitzgemeinde bei den Wahlen 2014 zugenommen. Selbstverständlich ist das eine Folge des Doppelten Pukelsheim. Konkret sei das am Beispiel der SP resp. der Linken veranschaulicht, auch in Ergänzung zum regierungsrätlichen Bericht: Bis zu den Wahlen 2010 hatte es sich eingebürgert, dass die SP jeweils in Unterägeri und die Alternativ- Grünen in Oberägeri antraten. Das war gewissermassen eine informelle Arbeitsteilung und wahltaktisch ohne Nachteile. 2010 traten in Unterägeri insgesamt vier Parteien an, und die SP als einzige linke Partei erzielte dort einen Wähleranteil von knapp 18 Prozent. In der Nachbargemeinde, wo die SP nicht antrat, waren es 2010 insgesamt fünf Gruppierungen, und das Forum Oberägeri verbuchte einen Wähleranteil von gut 15 Prozent. 2014 standen die SP vor der Herausforderung, dass sie in Oberägeri Kandidierende hätte aufstellen sollen, obwohl sie dort nicht einmal eine Ortssektion hat. Eine Person erklärte sich dann bereit, in Oberägeri zu kandidieren, obwohl Cham ihr Wohnsitz war. Allerdings arbeitete diese Person viele Jahre in der Berggemeinde, und aus Sicht der SP ergab sich daher ein örtlicher Bezug. Ein ähnliches Beispiel betrifft jemandem, der in der Stadt Zug wohnt, aber in Cham einen Coiffeursalon betreibt und daher auch eine Verbundenheit zum Ennetsee aufweist. In den letzten Jahren hat es die SP-Fraktion zudem auch mehrmals erlebt, dass gewählte Personen während der Legislatur umzogen. In der letzten Legislatur war es Christoph Bruckbach, der jahrelang in Cham wohnte, dann aber mit seiner Familie nach Unterägeri zügelte. Wo hätte er nun antreten sollen? Diese Frage war legitim, da seine Wirkungsmacht in Cham vielleicht noch grösser war als in Unterägeri.

Welches ist nun aber die Wahlbilanz aus Sicht einer Minderheitspartei in einem kleinen Kanton? Die für die SP Kandidierenden, die ausserhalb ihrer Wohngemeinde antraten, waren nicht beliebig und zufällig – und es waren Einzelfälle. Die Wahlresultate zeigen zudem: Es ist in der Parteilogik strategisch sinnvoll, in möglichst vielen Gemeinden anzutreten, aber es ist überhaupt nicht hinreichend. Es sind langjährig vernetzte und verankerte Kandidierende gefragt. Die Votantin möchte das Verdienst des SP-Kandidaten in Oberägeri nicht schmälern, aber dennoch: Die SP holte dort bei den Wahlen 2014 weniger als 100 Parteistimmen. Vielleicht trug die Kandidatur aber dazu bei, dass gewisse Wählende überhaupt an die Urne gingen und nicht zuhause blieben – und vielleicht haben sich dadurch auch Stimmen für die anderen Parteien generiert. Entschieden hat aber der Souverän, und seine Bewertung wurde demokratisch vorgenommen.

Für die vorliegende Motion zieht die SP-Fraktion daher folgende Schlüsse:

• Es scheint in Bezug auf die Wählenden – nicht die Kandidierenden! – einen gesellschaftlichen Trend zu geben, wonach das Zugehörigkeitsgefühl zum Kanton höher gewichtet wird als dasjenige zur Gemeinde. Einer Wählerin oder einem Wähler ist eine aktive CVP-lerin oder ein engagierter Grünliberaler aus der Nachbargemeinde im Kantonsrat vielleicht genauso wertvoll wie ein zwar ortseingesessener, aber eher passiver Politiker. Diese Frage ist vielleicht so abwegig nicht.

• Eine gute Politikerin und ein erfolgreicher Politiker ist fähig, sich sowohl für die Gemeinde als auch für den Kanton einzusetzen. Die Grenze der Gemeinde ist bei allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten doch nicht das Ende des Horizonts!
• 2014 traten von knapp 250 Kandidierenden insgesamt 10 Personen, also rund 4 Prozent, ausserhalb ihrer Wohngemeinde an. Mit Verlaub: Das ist kein Massenphänomen, und es gibt auch keinerlei Anzeichen dafür, dass sich ein exponentieller Trend abzeichnen würde. Indes ist es auch ein Auftrag an die Parteien, weiterhin mit Augenmass Kandidaturen ausserhalb der Gemeinde zuzulassen, also nicht «missbräuchlich», sondern in nachvollziehbaren und begründeten Fällen. Alles andere wird durch die Bevölkerung sowieso abgestraft.
Aus all diesen Überlegungen stellt die SP-Fraktion den Antrag, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären. Sie dankt für die Unterstützung.

**Markus Hürlimann** hält namens der SVP-Fraktion fest, dass jede angestrebte Änderung des Wahlsystems in der Regel aus eigennützigen Gründen erfolgt. So zumindest hat man dies bei der Majorzinitiative der Mitteparteien erlebt, aber auch beim Gang der linken Parteien bis vor Bundesgericht, woraus schlussendlich die Einführung des Doppelten Pukelsheim folgte. Beide Änderungen der Spielregeln haben die SVP benachteiligt, aber sie hat den Entscheid des Stimmvolks ohne Murren akzeptiert und sich danach ausgerichtet. Nun steht also wieder eine Regeländerung an: Man soll nur im Wahlkreis zur Kantonsratswahl antreten dürfen, in welchem man seinen Wohnsitz hat. Wen es dieses Mal treffen wird, kann dem Bericht des Regierungsrates entnommen werden: Es sind dies ausschliesslich die SP und die GLP. Zu erwähnen ist allerdings, dass sich in den Bericht des Regierungsrats ein Fehler eingeschlichen hat: Beim SVP-Kandidaten, welcher angeblich seinen Wohnsitz in der Gemeinde Walchwil hat und in Zug zur Wahl angetreten ist, handelt es sich um Manfred Pircher. Er wohnt im letzten Haus auf Zuger Seite vor dem Lotenbach, der natürlichen Grenze zwischen den Gemeinden Zug und Walchwil. Postalisch gehört die Liegenschaft aber zu Walchwil, weshalb die Wohnadresse in sämtlichen Wahlunterlagen mit Walchwil bezeichnet wurde. Manfred Pircher ist seit vierzehn Jahren ein geschätztes Mitglied der SVP-Fraktion im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Nur schon deshalb ist klar, dass er in der Gemeinde Zug seinen Wohnsitz hat, also im Wahlkreis seiner Wohnsitzgemeinde angetreten ist. Die SVP bittet die zuständige Direktorin des Innern, dies zur Kenntnis zu nehmen.
Da die SVP von der geplanten Regeländerung für einmal also nicht negativ betroffen ist, sondern im Gegenteil linke politische Mitbewerber mit dieser neuen Regelung einen substanziellen Nachteil erleiden würden, wäre es nicht mehr als verständlich, wenn die SVP-Fraktion die vorliegende Motion unterstützen würde, zumal die nun betroffenen Parteien SP und GLP die Einführung des Doppelten Pukelsheim befürworteten, trotz der sich für sie damit ergebenden Schwierigkeiten. Auch der föderale Gedanke, welcher mit dieser Motion gestärkt würde, nämlich dass ein Kantonsrat einer Gemeinde auch in dieser Gemeinde wohnhaft sein soll, spricht für die Motion. Gerade dieser föderale Gedanke mit starken und autonomen Gemeinden ist für die SVP-Fraktion von zentraler Bedeutung und liess sie grundsätzlich positiv an die Beurteilung dieser Motion herangehen.
Doch was passiert, wenn jemand während der Legislatur seinen Wohnsitz verlegt? Müsste man, um dem föderalen Gedanken bis zur letzten Konsequenz zu folgen, nicht auch den Rücktritt dieser Ratsmitglieder in Verfassung und Gesetz verankern? Wer kontrolliert inskünftig, wo die Ratsmitglieder ihren eigentlichen Wohnsitz haben? Wäre diese Regelung nicht ganz einfach zu umgehen, indem die Schriften kurz vor Abgabe des Wahlvorschlags kurzerhand in den gewünschten Wahlkreis verlegt würden? Bundesratswahlen aus früheren Zeiten lassen grüssen.

Die SVP denkt, dass mit dieser Motion keine Probleme gelöst, sondern nur neue geschaffen werden. Sie stellte sich auch die Frage, ob das der Motion zugrunde liegende Problem überhaupt so gross ist, dass es einer Lösung bedarf. Bei den letzten Wahlen traten nur gerade 9 von 246 Kandidaten ausserhalb ihrer Wohnsitzgemeinden an und nur gerade eine Kandidatin wurde gewählt. Sie konnte sich ausserhalb ihrer Wohnsitzgemeinde gegen vier Kandidaten durchsetzen, was in Zukunft bestimmt nicht oft gelingen wird. Offensichtlich trauten die Baarer GLP-Wähler dieser Kandidatin zu, dass sie die Baarer Anliegen im Kantonsrat ausreichend vertreten würde. In den meisten Gemeinden dürfte es nahezu unmöglich sein, dass eine nicht verankerte Person grosse Wahlchancen hat, wenn sie ausserhalb ihrer Wohnsitzgemeinde antritt. Nach Meinung der SVP ist es auch in dieser Frage das Volk, welches das Problem an der Wahlurne von alleine lösen kann, sofern der aussergemeindliche Wohnsitz überhaupt als Problem angesehen wird.
Was aber in den Augen der SVP aber vollends gegen die Motion spricht, ist der Gang an die Urne, welchen die Regierung für diese geringfügige Änderung in Aussicht stellt. Soll man tatsächlich wegen eines Scheinproblems das Volk an die Urne bemühen und die entsprechenden Kosten auf sich nehmen? Heini Schmid hat an der Kantonsratssitzung vom 30. Oktober 2014, als über die Überweisung der vorliegenden Motion beraten wurde, gesagt, dass es sich um eine wichtige Frage handle, bei der man in aller Ruhe und staatsmännisch evaluieren sollte, ob dem Stimmvolk eine entsprechende Verfassungsänderung unterbreitet werden soll oder nicht. Genau dies hat die SVP-Fraktion getan, und sie ist zum Schluss gekommen, dass man dies besser nicht tun sollte. Die Demokratie hat ihren Preis, zweifellos. Doch wo es dermassen unnötig ist, eine Volksabstimmung durchzuführen, sollte man darauf verzichten. Man sollte den weniger verankerten Parteien ihren Spielraum lassen und auf diese Regeländerung verzichten. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag auf Nichterheblicherklärung der Motion.

**Daniel Thomas Burch** stellt namens der FDP-Fraktion fest, dass das Anliegen der Motionäre berechtigt ist. Ziel des Wahlsystems ist nicht nur, dass die Parteien angemessen im Kantonsrat vertreten sind, sondern auch, dass eine faire Vertretung aller Einwohnergemeinden gegeben ist. Es liegt nicht im Interesse der Wählerinnen und Wähler, wenn aus parteitaktischen Gründen Kandidierende nominiert werden, die ihren Wohnsitz ausserhalb der Gemeinde und somit ausserhalb des Wahlkreises haben. Die Wähler dürfen davon ausgehen, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter im Kantonsrat u. a. auch die Anliegen der lokalen Bevölkerung vertreten. Das wird kaum der Fall sein, wenn die betreffenden Personen nur nach parteipolitischen Ideologien handeln, aufgrund derer sie auch ausserhalb ihrer Wohngemeinde kandidieren.
Die FDP kann damit leben, dass der Wohnsitz im Zeitpunkt der Wahl massgebend ist und eine gewählte Person bei einem Wohnsitzwechsel innerhalb des Kantons ihr Mandat weiterhin ausüben kann; auf eine Wohnsitzpflicht für die gesamte Amtsdauer kann gemäss den Ausführungen der Regierung verzichtet werden. Die FDP-Fraktion ist für die Erheblicherklärung der Motion.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG. Die vorliegende Motion verlangt, dass alle Kantonsratskandidierenden ihren Wohnsitz in ihrer jeweiligen Gemeinde haben. Entgegen einzelnen Zeitungsberichten von heute ist die ALG für die Erheblicherklärung der Motion, dies aus folgenden Überlegungen:
Auf nationaler Ebene wird die gesetzgebende Gewalt, die Legislative, mittels Zweikammersystem gebildet. Auf der einen Seite hat man den Ständerat, der die spezifischen Interessen der Kantone bzw. der Stände wahrnimmt. Die Wahl der Stände-

räte ist kantonal geregelt; die Ständeräte werden von den Kantonen entsandt. Auf der anderen Seite hat man den Nationalrat. Dieser vertritt die Interessen des gesamten Volkes. Entsprechend ist diese Wahl national geregelt. Beide Perspektiven sind für die Gesetzgebung wichtig: jene der Stände, daher der untergeordneten politischen Einheiten, und jene der gesamten Bevölkerung.
Auf kantonaler Ebene besteht die Legislative aus nur einer Kammer. Man kann sich nun auf den sehr wohl nachvollziehbaren und staatspolitisch durchaus legitimierten Standpunkt stellen, dass der Kantonsrat «nur» die Interessen des Volkes zu vertreten habe. Es gibt aber auch eine andere, pragmatische Überlegung: Nach Meinung der ALG nimmt der Kantonsrat sehr wohl beide Perspektiven ein. Auch wenn im Kantonsrat die Gesamtinteressen des Kantons überwiegen sollen, gibt es immer wieder Geschäfte, wo es wichtig ist, dass gemeindliche Aspekte berücksichtigt werden, so dass die Kantonsräte dann quasi zu Ständeräten ihrer Gemeinden werden. Beide Perspektiven sind also wichtig: Gemeindeinteressen und übergeordnete Volksinteressen. Und da muss ein Interessengleichgewicht gefunden werden. Beide Interessenperspektiven sollen im Kantonsrat und seiner Zusammensetzung abgebildet werden. Und hier wird es nun spannend: Das Zuger Volk als Gesamtes wird durch den Doppelten Pukelsheim äusserst gut abgebildet; die Gesamtinteressen der ganzen Zuger Bevölkerung werden mittels entsprechender Anzahl Sitze pro Partei gewahrt, die Meinung der Bevölkerung wird gut abgebildet. Die Perspektive der Gemeinde fliesst dadurch ein, dass jeder Gemeinde bzw. jedem Wahlkreis entsprechend seiner Grösse Sitze im Kantonsrat zustehen. Damit allfällige Partikularinteressen seitens Gemeinde gewahrt werden können, ist es nun richtig und wichtig, dass diese Sitze auch von Personen besetzt werden, die in der Gemeinde wohnen und dort verankert sind. Wichtig hier ist die lokale Verankerung an sich, und nur sekundär die Parteizugehörigkeit; es geht ja um Partikularinteressen der Gemeinde. Und durch die lokale Verankerung ergibt sich dann die Möglichkeit der Gemeinde und der Bevölkerung, mit den jeweiligen Kantonsrätinnen und -räten niederschwellig in Kontakt zu treten. Gerade wegen des Doppelten Pukelsheim macht nun die vorliegende Motion Sinn: Denn durch ihn in Kombination mit den in der Motion vorgesehenen Anpassungen wird die besagte Interessen-Balance gefunden. Im Übrigen wohnen die Kantonsrat-Kandidierenden der ALG seit 2006 immer dort, wo sie kandidieren, was laut Tabelle auf Seite 5 des regierungsrätlichen Berichts sonst nur noch bei der FDP der Fall ist. Und die ALG würde auch nicht in irgendwelchen Gemeinden aus taktischen Gründen Leute für den Kantonsrat aufstellen.
Noch unklar ist für die ALG, wie die Regierung den realen Lebensmittelpunkt der Kandidierenden künftig überprüfen wird, damit Parteien diese Regelung nicht mit Scheinwohnsitzen etc. umgehen können. Das Problem besteht aber schon heute, und die vorgeschlagene Lösung macht nach Ansicht der ALG Sinn.
Die ALG befürwortet die Erheblicherklärung der Motion.

**Nicole Imfeld:** Die Grünliberalen sind nebst der SP eine der Parteien, die von der Motion der CVP am meisten betroffen sind. Die Votantin nimmt also aus Sicht einer betroffenen Partei und nicht zuletzt aus persönlicher Sicht zur Motion und zum Bericht und Antrag des Regierungsrats Stellung. Sie ist in diesem Rat nämlich die einzige Person, die mit einem Wohnsitz ausserhalb ihres Wahlkreises gewählt wurde, nämlich für die Gemeinde Baar mit Wohnsitz in der Stadt Zug.
Im Bericht der Regierung wird auf Seite 2 ausgeführt, dass der Verteilschlüssel der Sitze der Wahlkreise «eine faire Repräsentation aller Einwohnergemeinden im Kantonsrat gewährleisten» soll; es sei «zu vermeiden, dass diese Zuteilung durch vermehrte Amtsübernahmen für einen vom Wohnsitz abweichenden Wahlkreis verwässert wird, auch wenn die Kantonsratsmitglieder schlussendlich die Kantons-

bevölkerung und nicht etwa lediglich eine bestimmte Gemeinde vertreten.» Diese Argumentation ist schlüssig, und der Grundsatz der fairen Vertretung aller Wahlkreise wird von Seiten der Grünliberalen in keiner Weise bestritten. Ebenso schlüssig ist aber auch die Aussage, dass der Kantonsrat die Kantonsbevölkerung und nicht die Bevölkerung einer Gemeinde zu vertreten hat, sprich: nicht die Partikularinteressen einer Gemeinde ohne Blick für den ganzen Kanton.
Der Doppelte Pukelsheim führt klar zu einem Zwang, in möglichst vielen Wahlkreisen antreten zu müssen. Dass dies gerade für kleinere Parteien schwierig bis unmöglich ist, ist wohl allen klar. Aber auch die grösseren Parteien haben kein beliebig volles Reservoir an geeigneten und willigen Kandidaten in jedem Wahlkreis. Dadurch entstehen zwangsweise Kandidaturen von Personen mit Wohnsitz ausserhalb des Wahlkreises. Letztlich geht es nach Meinung der GLP aber vor allem um das Einbringen von politischen Haltungen und auch Fachwissen in den Kantonsrat im Auftrag der Bürger und Bürgerinnen. Wenn nun beispielsweise – wie im Fall der Votantin – eine ausreichende Anzahl Baarer und Baarerinnen eine Kandidierende trotz klarer Angabe des Wohnorts auf dem Wahlzettel wählen wollte, so sollte dieser Volkswille respektiert werden.
Aber um ehrlich zu sein: Letztlich steckt doch nur die Angst der im Kantonsrat noch immer grössten Partei vor Verlust ihrer dominanten Position hinter dem Vorstoss. Und es ist – um es mit dem Wahlslogan der SVP auszudrücken – immer noch eine Frage des Frei-Bleibens, wenn ein Wähler aus einer bestimmten Gemeinde bzw. einem bestimmten Wahlkreis auf seinen Wahlzettel eine Person mit Wohnsitz in einer anderen Gemeinde bzw. einem anderem Wahlkreis hinschreibt. Dass es von den 4 Prozent aussergemeindlich angetretenen Personen genau eine einzige in den Kantonsrat schaffte, zeigt doch klar, dass hier viel Wirbel um eine Kleinigkeit gemacht wird.
Und um noch konkreter zu werden: Wie verwerflich ist es, wenn die Votantin als Steuerzahlerin der Stadt Zug für die Gemeinde Baar antritt und dabei exakt 20 – zwanzig! – Meter von der in der gleichen Quartierstrasse und willkürlicherweise quer durch die Bebauungsstruktur verlaufenden Baarer Gemeindegrenze entfernt wohnt? Ist sie eine schlechtere Vertretung im Kantonsrat, als es ihre Nachbarin im übernächsten Hauseingang gewesen wäre, wenn diese denn angetreten wäre?
Die Grünliberalen verschliessen sich einer Anpassung des Wahlgesetzes nicht grundsätzlich. Aber warum werden nicht auch die Wahlkreise in Frage gestellt, so wie beispielsweise aktuell im Raumordnungskonzept des Kantons Zug vom Amt für Raumplanung zur Diskussion gestellt wird, ob es künftig im Kanton Zug vielleicht nur vier Gemeinden braucht? Im Kanton Luzern beispielsweise entsprechen die Wahlkreise auch nicht nur einer Gemeinde. Und warum wird des Weiteren nicht die Frage gestellt, ob zusammen mit dem Wahlgesetz nicht auch gleich die Geschäftsordnung des Kantonsrats angepasst werden soll? Wieso ist es fair, dass eine Partei, die 5 Prozent der Stimmbevölkerung vertritt, im Kantonsrat von der vertieften Mitarbeit – sprich: von den Kommissionen – ausgeschlossen wird? Ist das nicht genauso eine «Verwässerung», wie es die CVP-Fraktion anprangert? Müsste dann nicht gerade die CVP als erstes nach § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung zugunsten einer Partei ohne Fraktionsstärke auf Kommissionssitze verzichten, frei nach dem Wahlslogan der SP «Für alle statt für wenige»?
Die Grünliberalen sind für die Nichterheblicherklärung der Motion und unterstützen den entsprechenden Antrag. Die Frage nach dem Umgang mit den kleinen Parteien soll nicht über diesen Weg geklärt werden.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, dankt einleitend der CVP für die Rückmeldung bezüglich der guten Vorarbeit; sie gibt diesen Dank gerne an ihre

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter. Die Tabelle auf Seite 5 der Vorlage enthält zwei Fehler. Zum einen hat 2006 niemand aussergemeindlich für die CVP kandidiert; total gab es 2006 also nur 3 aussergemeindlich Kandidierende, was 1,9 Prozent entspricht. Zum anderen wurde bereits darauf hingewiesen, dass 2014 niemand aussergemeindlich für die SVP kandidierte, so dass die Gesamtzahl 9 bzw. 3,6 Prozent beträgt. Passiert sind diese Fehler deshalb, weil die Postadressen der Kandidierenden nicht immer der Wohnsitzgemeinde entsprechen. Bei 649 Wahlvorschlägen für die Gesamterneuerungswahlen wurde nicht in jedem Einzelfall überprüft, ob beispielsweise eine bestimmte Adresse im Lotenbach, postalisch zu Walchwil gehörend, politisch noch zur Stadtgemeinde Zug gehört oder nicht; auch wurde nicht beachtet, dass die Adresse Seemattstrasse in Cham politisch nicht in Cham, sondern in Hünenberg liegt. Die Aussage bzw. die Tendenz bleibt aber gleich: Es gab von 2006 bis 2014 eine Zunahme von 3 auf 9 bzw. von 1,9 auf 3,6 Prozent aussergemeindlich Kandidierende.
Zum Fall, dass eine Person während der Legislatur von einer Gemeinde in die andere umzieht, hat die Regierung bereits Ausführungen gemacht. Sie wird nicht vorschlagen, dass die betreffende Person zurücktreten muss. Diese ist vom Volk gewählt, und die heutige Lebenswirklichkeit sieht nun einfach vor, dass man bei einer Kündigung oder einem Arbeitsplatzwechsel allenfalls auch den Wohnsitz wechseln muss. Man soll deshalb das Kantonsratsmandat in einem solchen Fall nicht niederlegen müssen.
Zum Einwand, es sei übertrieben, für dieses Problem eine Verfassungsänderung durchzuführen bzw. das Volk an die Urne zu bemühen, hält die Direktorin des Innern fest, dass die Regierung selbstverständlich bemüht sein werde, nicht nur diese Frage zur Abstimmung zu bringen, sondern sie zusammen mit anderen Punkten, die eine Verfassungsrevision brauchen, dem Volk vorzulegen.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 46 zu 28 Stimmen erheblich.

Dier Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

19. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 29. Oktober 2015 (Nachmittag)
Zeit: 14.10 – 15.30 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**277 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler, Jürg Messmer, Urs Raschle, Jolanda Spiess-Hegglin und Vroni Straub-Müller, alle Zug; Andreas Meier, Oberägeri; Monika Weber, Steinhausen.

**278 Mitteilung**

Im Anschluss an die Nachmittagssitzung findet eine Orientierung der Finanzdirektion zum Mechanismus Leistungsauftrag–Globalbudget bzw. eine Kürzesteinführung zum Finanzhaushaltgesetz und zu § 7 des Organisationsgesetzes statt. Zu dieser Veranstaltung sind alle Kantonsratsmitglieder herzlich eingeladen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**279** Traktandum 3.1: **Interpellation von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann betreffend Versachlichung der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion**
Vorlage: 2555.1 - 15024 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**280** Traktandum 3.2: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Flüchtlingskonzept**
Vorlage: 2556.1 - 15026 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**281** Traktandum 3.3: **Interpellation von Kurt Balmer und Andreas Hausheer betreffend Pflegebettmoratorium**
Vorlage: 2560.1 - 15035 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**282** Traktandum 3.4: **Gesetzesinitiative «Für bezahlbaren Wohnraum»**

Der **Vorsitzende** orientiert, dass am 8. Oktober 2015 die Junge Alternative Zug und die JUSO JungsozialistInnen im Kanton Zug, handelnd durch Andreas Kretz, St.-Adrian-Strasse 36, 6318 Walchwil, die Gesetzesinitiative «Für bezahlbaren Wohnraum» eingereicht haben. Gemäss Angabe der Initianten haben 2105 Stimmberechtigte das Begehren unterzeichnet.
Gemäss konstanter Praxis hat die Staatskanzlei die formellen Voraussetzungen für die Gültigkeit der Gesetzesinitiative geprüft und der Initiantin mit Verfügung vom 13. Oktober 2015 mitgeteilt, dass sie die Initiative als formell korrekt befunden hat. Laut § 35 Abs. 4 der Kantonsverfassung nimmt der Kantonsrat an seiner ersten Sitzung nach der Einreichung der Unterschriften – also heute – von der Initiative Kenntnis. Der Kantonsrat hat die Initiative innert Jahresfrist abschliessend zu behandeln.

➔ Der Rat nimmt stillschweigend Kenntnis von der Initiative und überweist sie an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

TRAKTANDUM 9

**283** **Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine Reduktion des NFA-Beitrags der ressourcenstarken Kantone an die ressourcenschwachen Kantone durch Änderung von Art. 6 Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG, SR 613.2)**
Vorlagen: 2541.1 - 14996 (Motionstext); 2541.2 - 15020 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Philip C. Brunner** spricht für die Motionärin und hält fest, dass die SVP-Fraktion – wie heute auch den Medien zu entnehmen ist – von der Antwort der Regierung enttäuscht ist. Die SVP reichte ihre Motion am 11. August ein. Sie begründete ihren Vorstoss damit, dass die Bestimmungen des FiLaG anstreben, dass die massgebenden eigenen Ressourcen jedes Kantons pro Einwohnerin und Einwohner mindestens 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts erreichen sollen. Die neueste Festlegungen der Zahlungsverpflichtung der ressourcenstarken Kantone – dazu gehört auch Zug – führen dazu, dass die massgebenden eigenen Ressourcen jedes Kantons der Schweiz über 85 Prozent liegen und einen neuen Durchschnittsrekord erreichen. Mit der beantragten Senkung der Zielgrösse für die ressourcenschwachen Kantone von heute mindestens 85 Prozent auf 75 bis höchstens 80 Prozent werden nicht nur die Geberkantone entlastet, sondern es wird auch für die ressourcenschwachen Kantone ein neuer Ansporn geschaffen, eigene Anstrengungen zu unternehmen, um ihre Ressourcen zu verbessern.
Der Kantonsrat hat die Motion der SVP-Fraktion am 27. August an den Regierungsrat überwiesen – und er sollte jetzt in diesem Sinn weitermachen, vor allem weil keine echten Alternativen aufgetaucht sind. Nach zahlreichen Versuchen fast aller Fraktionen in Sachen NFA – der Rat ist sich hier grossmehrheitlich einig –, die negativen Auswirkungen auf den Kanton und seine Staatsrechnung zu stoppen und die Zahlungen zu reduzieren, liegt nun ein einfacher und valabler Vorschlag auf dem Tisch. Leider wird er vom Regierungsrat abgelehnt. Die SVP staunt unter den ge-

gebenen Verhältnissen mit offenem Mund. Die Antwort der Regierung bzw. deren Beurteilung ist relativ knapp ausgefallen: Sie füllt rund eine A4-Seite – dies für einen Vorschlag, der den Kanton Zug und notabene auch die anderen Geber substantiell entlasten könnte. Die Regierung hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, anhand einer Rechnung festzustellen, wie viel an Zahlungen gespart werden könnte, während gleichzeitig im Kantone die Bleistifte von beiden Seiten angespitzt werden, um noch etwas Geld zu sparen. Notabene: Für das nächste Jahr werden noch 189 Millionen Franken gesucht.
Der heutigen «Neuen Zuger Zeitung» entnimmt die SVP, dass die FDP-Fraktion ihren Vorschlag für eine Standesinitiative unterstützt, wofür ihr im Voraus bestens gedankt sei. Das ist erfreulich und zeigt, dass sich alle gemeinsam zugunsten des Wirtschaftsplatzes Zug, aber auch der Zuger Bevölkerung für eine gute Lösung einsetzen müssen. Auch alle anderen konstruktiven Kräfte im Kantonsrat sind aufgefordert, heute das Richtige für den Kanton Zug zu tun. Der auf dem Tisch liegende Vorschlag ist gut. Er hat nur *einen* Makel, nämlich dass er von der SVP stammt. Der Votant ruft dazu auf, darüber hinwegzusehen und die Motion für den in argen finanziellen Nöten steckenden Kanton Zug zu unterstützen. Er stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären.

**Pirmin Frei** spricht für die CVP-Fraktion. Diese unterstützt – bei einer Enthaltung – einstimmig den Antrag der Regierung. Die Handhabung des NFA auf Bundesebene ist selbstverständlich auch für die CVP ein Ärgernis. Die Willkür des Parlaments ist stossend und muss so rasch als möglich beendet werden. Mit der x-ten Kanonenkugel aus Zug erreicht man jedoch nichts, auch zum Leidwesen des Votanten. Die Kugel, so sie denn abgeschossen wird, würde Bern zweifellos erreichen, dort aber im parlamentarischen Gestrüpp von Egoismen, Neid und Gejammer der Nehmerkantone sang- und klanglos verschwinden. Mit anderen Worten: kein Rohrkrepierer zwar, aber ein Schuss in den Ofen.
Die SVP zielt auf eine gesetzgeberische Anpassung des Finanzausgleichs ab. Wenn man sieht, wie schwierig es ist, nur schon eine gesetzeskonforme NFA-Handhabung zu erreichen, so ist eine Anpassung der NFA-Gesetzgebung schlicht illusorisch. Abgesehen davon: Regierungsrat und Kantonsrat haben sich für die Beitragsperiode 2016–2019 für eine Mindestausstattung von 85 Prozent ausgesprochen, wären mit einem entsprechenden Vorstoss also nichts anderes als widersprüchlich– leider nicht zum ersten Mal.
Die CVP unterstützt den in Sachen NFA eingeschlagenen Weg, nämlich die Reihen der Geberkantone geschlossen und den bereits aufgebauten Druck hoch zu halten. Immerhin hat die Botschaft aus dem Kanton Zug bereits den Bundes- und den Nationalrat erreicht. Nächstes Angriffsziel ist der Ständerat. Die Wahl des Finanzdirektors in den Ständerat darf deshalb durchaus hoffnungsvoll stimmen.

**Beat Unternährer** dankt im Namen der FDP-Fraktion der Regierung für ihren Bericht. Bei der Beurteilung der Motion hat sich die FDP einerseits an den Zielen des FiLaG und andererseits an der konkreten bisherigen Umsetzung dieses Gesetzes orientiert. Man muss leider feststellen, dass die ursprünglichen Ziele des FiLaG nicht zufriedenstellend erreicht worden sind. Gemäss Art. 2 litt. a bis f FiLaG soll der Finanzausgleich:
- die kantonale Finanzautonomie stärken;
- die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Steuerbelastung zwischen den Kantonen verringern;
- die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Kantone im nationalen und internationalen Verhältnis erhalten;

- den Kantonen eine miminale Ausstattung mit finanziellen Ressourcen gewährleisten;
- übermässige finanzielle Lasten der Kantone auf Grund ihrer geografisch-topografischen oder soziodemografischen Bedingungen ausgleichen;
- einen angemessenen interkantonalen Lastenausgleich gewährleisten.

Der NFA wäre in einem föderalistischen Staat ein gutes Mittel, um den Steuerwettbewerb und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Das würde jedoch bedingen, dass strikte auf die Einhaltung obiger Ziele geachtet wird. Die Praxis hat gezeigt, dass verschiedene dieser Ziele nicht erreicht worden sind und nun gar die nachhaltige Finanzierung von langjährigen NFA-Geberkantonen bedroht ist. Man braucht dazu nur auf die Finanzen der Kantone Schwyz und Zug zu schauen.

In Art. 6 Abs. 3 FiLaG steht, es sei anzustreben, dass die massgebenden eigenen Ressourcen jedes Kantons pro Einwohnerin und Einwohner zusammen mit den Leistungen des Ressourcenausgleichs mindestens 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts erreichen. Ziel der Mindestausstattung war es, dass jeder Kanton seine Kernaufgaben möglichst autonom und auf Basis einer wettbewerbsfähigen Steuerbelastung erfüllen könne. Das Gesetz wird heute so umgesetzt, dass die Messlatte von 85 Prozent ein Minimum für den ressourcenschwächsten Kanton darstellt und auch höher liegen kann. Eine derartige Überschreitung war nicht die ursprüngliche Absicht. Aufgrund der konkreten Umsetzung des Gesetzes wurden so von den Geberkantonen massiv zu hohe NFA-Beiträge bezahlt. In den Jahren 2012 bis 2015 bestand eine Dotation, die 7,6 Prozent höher war, als notwendig gewesen wäre, um die Ziele des NFA in Bezug auf den Ressourcenausgleich zu erreichen.

Da Nehmerkantone merkten, dass von Geberkantonen mehr zu holen ist als ursprünglich beabsichtigt, hat sich die NFA-Diskussion stark verpolitisiert. Ein Müsterchen davon geben die Wortprotokolle der entsprechenden Ständeratsdebatten in diesem Jahr. Der Votant hält jedoch auch fest, dass in diesen Debatten die Finanzministerin grosse Anstrengungen zu einer Versachlichung der Diskussion unternommen hat. So sagte sie beispielsweise am 17. März 2015 in einem Votum im Ständerat in Bezug auf den ursprünglich beabsichtigten Mechanismus: «Geber und Nehmer haben immer gesagt, sie hielten sich dann ganz strikt an diesen Mechanismus. Alle waren damit einverstanden, die FDK damals auch. In der FDK waren damals Gabi Huber, die heute noch dafür einsteht, und Urs Gasche, der heute noch dafür einsteht und sagt, es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit des Systems; es sei eine Frage der Rechtssicherheit, der Zuverlässigkeit, auch der politischen Diskussion.»

Es stellt sich nun konkret die Frage, wo der Kanton Zug in Bezug auf die oben dargelegten Zielsetzungen des FiLaG steht. Hierzu beginnt der Votant mit einem Zitat von Finanzdirektor Peter Hegglin in «zentral+» vom 8. Juli 2015: «Wir werden völlig ausgenommen. Die 300 Millionen Franken, die wir jährlich zahlen müssen, das ist eine Katastrophe, und sie geht immer weiter. Deshalb müssen wir drastische Massnahmen ergreifen.» Die hohen strukturellen Verluste des Kantons Zug von gegenwärtig rund 180 Millionen Schweizer Franken sprechen eine deutliche Sprache. Die Finanzautonomie des Kantons Zug wird durch den NFA zunehmend geschwächt. Dadurch ist auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, wohlgemerkt ein Ziel des FiLaG. Obwohl der Kanton Zug selbstverständlich noch über grosses Sparpotenzial verfügt, bedarf es zur Erreichung der Ziele des FiLaG substanzieller Anpassungen an der Höhe der NFA-Beiträge. Aufgrund der heutigen NFA-Regelung sind die Anreize für die schwächeren Kantone zu gering, um ihre Ressourcen massgeblich zu verbessern. Die Geberkantone, welche auch für einen grossen Teil

der direkten Bundessteuern aufkommen, werden zunehmend geschwächt. Der Druck wird im Hinblick auf die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III gar noch ansteigen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Kantone – und somit auch jene der Schweiz – ist in Gefahr. Die FDP-Fraktion erachtet daher die Motion der SVP als guten Input zur Problemlösung und empfiehlt, diese erheblich zu erklären.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. In der Volksabstimmung vom 28. November 2004 nahmen 64,4 Prozent der Stimmenden und 21 Stände die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) an. Die Reform ist seit 2008 in Kraft. Ihre Wirksamkeit der NFA wurde im aktuellen Wirksamkeitsbericht umfassend beleuchtet und kommt zum Schluss: Der NFA funktioniert grösstenteils. Daraus abzuleiten, dass dank der nun erreichten Mindestausstattung von über 85 Prozent nun alles *picobello* sei, wäre aber grundfalsch. In der ursprünglichen NFA-Botschaft von 2001 war der Bundesrat und mit ihm die paritätische NFA-Projektorganisation nie der Meinung, dass die Messlatte von 85 ein Minimum für den ressourcenschwächsten Kanton sei und demnach auch höher liegen könnte. Diese Erläuterungen zum Mindestausstattungsziel wurden vom Parlament in Bern auch nie in Frage gestellt. Dies hat den Bundesrat ja auch veranlasst, die Geberkantone mit dem aktuellen, auch im Kantonsrat bereits viel diskutierten Beschluss zu entlasten.
Die ALG ist dezidiert der Ansicht, dass das Poltern gegen den NFA endlich einer sachlichen Diskussion weichen muss – auch und vor allem in Zug. Wenn man sich die Fakten in aller Ruhe anschaut, dann wird schnell klar, dass der Kanton Zug 2014 mit 245 Indexpunkten im Wirksamkeitsbericht des Bundesrats aufgeführt wird und damit mit Abstand das höchste Potenzial ausweist. Der Kanton Schwyz erreicht als Zweitplatzierter 2014 gerade mal 159 Punkte. Von 2014 auf 2015 stieg Zugs Ressourcenpotenzial nochmals um fast schon rekordverdächtige 10 Prozent auf über 261 Punkte.
Wenn man nun das Ende der Rangliste, nämlich den Kanton Uri mit 87 Punkten, anschaut und diesen Umstand schon fast feiert, dann wirkt das völlig unsolidarisch. Denn Fakt ist: Die wirtschaftliche Leistungskraft des Kantons Zug explodierte fast, wohingegen andere Landesteile resp. Kantone stagnieren. Zudem: Eine so grosse Kluft kann nicht gut sein in unserem kleinen Land. Eine Reduktion der Mindestausstattung auf 75 bis höchstens 80 Prozent, wie es der Vorstoss der SVP fordert, kommt für die ALG daher auf keinen Fall in Frage. Die ALG unterstützt den Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung der Motion.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** kann nachvollziehen, dass die SVP findet, der Regierungsrat habe sich relativ kurz gehalten. Es ist aber daran zu erinnern, dass in der Kantonsratssitzung von Ende August ein ganzes Bündel von NFA-Vorstössen zur Debatte stand und intensiv diskutiert wurde. Als kurz darauf wieder ein Vorstoss zum selben Thema eingereicht wurde, stellte sich für die Regierung die Frage, ob man allfällige weitere Vorstösse abwarten und diese im Paket beantworten oder aber dem Kantonsrat gewissermassen im Nachgang zur Debatte vom August beantragen solle, die SVP-Motion nicht erheblich zu erklären.
Die Gründe für den Antrag der Regierung wurden bereits ausgeführt. Die gesetzlichen Vorgaben legen ein Mindestausstattungsziel von 85 Prozent fest. Zusammen mit dem Bundesrat hat der Regierungsrat immer gefordert, dass diese Vorgabe eingehalten werden solle. Das wäre für den Kanton Zug bereits gut. Das Bundesparlament hat diese gesetzliche Vorgabe – entgegen dem Vorschlag des Bundesrats – aber nicht eingehalten. Und nun möchte die SVP an genau dieses Bundesparlament wieder einen Vorstoss richten – einen Vorstoss im Übrigen, der viel wei-

ter geht und nicht 85 Prozent, sondern 70 Prozent, also viel weniger, als Mindestausstattung will. Dass man damit im Bundesparlament keine Mehrheit finden wird, liegt auf der Hand: Der Vorstoss ist völlig chancenlos. Der Regierungsrat ist der Meinung, man solle besser auf Schienen fahren, die erfolgversprechender gewesen wären oder sind. Erfolgversprechender war beispielsweise der Weg über das Referendum zum Bundesbeschluss. Hier hat der Kanton Zug Stärke gezeigt und das Kantonsreferendum beschlossen. Nur: Es waren vier Kantone, die es ihm gleichtaten, gebraucht hätte es aber acht Kantone. Man sieht auch hier, wie die Mehrheiten liegen. Bezüglich Volksreferendum hat der Regierungsrat einen Steilpass gegeben und seine Unterstützung zugesagt, aber auch hier hat die Unterschriftensammlung bei weitem nicht das nötige Resultat ergeben. Vielleicht ist das auch gut so, denn der Ausgang der Abstimmung wäre sehr ungewiss gewesen. Und wenn das Volk das Referendum abgelehnt hätte, wäre die Situation noch mehr zementiert gewesen.
Es ist also nicht ganz einfach, hier den richtigen Weg zu finden. Der Finanzdirektor ist aber der Meinung, dass das vom Regierungsrat gewählte Vorgehen richtig ist. Man ist nun in der dritten Vierjahresperiode, und es beginnt die Erarbeitung des nächsten Wirksamkeitsberichts. Hier hat die KdK eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des ehemaligen Finanzdirektors des Kantons Schwyz, Franz Marty, gewissermassen des Architekten des NFA, vorgeschaltet, welche eine breite Auslegeordnung erstellen will und in der sicher auch die Anliegen der finanzstarken Kantone aufgegriffen werden. Ein positives Signal ist schon, dass diese Arbeitsgruppe paritätisch zusammengesetzt ist; in der Vergangenheit waren die Geberkantone in solchen Gremien immer in der Minderheit. Nun aber werden sicher Zug, Genf und Zürich die Anliegen der finanzstarken Kantone vertreten; wer die finanzschwachen Kantone vertreten wird, weiss der Finanzdirektor noch nicht. Auf jeden Fall erkennt man den Handlungsbedarf und will die Sache seriös prüfen, und die Ergebnisse der KdK-Arbeitsgruppe sollen dann auch in den Wirksamkeitsbericht des Bundes einfliessen.
Die Positionen der Geberkantone, einzusehen unter www.fairer-nfa.ch, sind konsolidiert und werden von allen Geberkantonen mitgetragen. Wenn der Kanton Zug nun mit einem neuen, zusätzlichen Anliegen kommen sollte, wird er kaum mehr erreichen. In Bern ist immer der Vorwurf zu hören, die Geberkantone hätten zu viele verschiedene Forderungen; wenn sie nur mit zwei oder drei statt der heutigen sieben Positionen antreten würden, hätten sie eher Erfolg, denn schon die schiere Menge von Anliegen löse Widerstand aus. Die Geber müssen also darauf achten, sich zu konzentrieren und auf weniger zu beschränken, um etwas zu erreichen.
Der Regierungsrat hat sich das Vorgehen also sehr wohl überlegt. Es ist klar, dass der Druck auf allen Ebenen aufrechterhalten werden soll, dies allerdings mit Instrumenten und Vorschlägen, die nach Meinung des Regierungsrats mehrheitsfähig sind. Vorschläge einzubringen, die völlig chancenlos sind und auch auf der Geberseite kaum Unterstützung finden, macht keinen Sinn. Die von der SVP vorgeschlagenen 70 Prozent würden von Gebern wie Zürich, Baselstadt und Genf sicher nicht unterstützt, und Zug stünde – vielleicht zusammen mit Schwyz – alleine da. Damit gewinnt man keine Schlacht. In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Manuel Brandenberg** ist etwas erstaunt über die Haltung des Regierungsrats. Natürlich wird die vorgeschlagene Standesinitiative möglicherweise chancenlos sein. Allerdings hat der Votant Signale gehört, dass die grösste Fraktion in Bern gegenüber dieser Initiative grossmehrheitlich positiv eingestellt sei. Das ist immerhin schon mal interessant. Man sollte auch daran denken, welches Signal man in

Richtung Bern aussendet, wenn eine Standesinitiative, die – wenn sie durchkäme – dem Kanton Zug unbestrittenermassen helfen und zu massiven Entlastungen führen würde, vom Zuger Kantonsparlament abgelehnt würde. Es wäre ein widersprüchliches Zeichen. Man kann gemäss dem Sprichwort «Steter Tropfen höhlt den Stein» vielleicht fünf Mal etwas Aussichtsloses tun; wenn beim sechsten Mal dann aber entschieden wird, sind die fünf aussichtslosen Anläufe aber doch im Hinterkopf derjenigen gespeichert, welche zu entscheiden haben. Man sollte die Standesinitiative auch unter diesem Aspekt betrachten, zumal es unverständlich wäre, wenn der Kantonsrat einen Versuch, der dem Kanton Zug wirklich helfen würde, einfach abbräche. In diesem Sinn bittet der Votant eindringlich, die vorgeschlagene Standesinitiative nach Bern zu schicken und es dem Bundesparlament zu überlassen, was es damit tut. Dass der Rat diesen Vorschlag einfach *killen* will, ist für den Votanten und wohl auch für viele Zuger Stimmbürger nicht nachvollziehbar

Finanzdirektor **Peter Hegglin** erinnert daran, dass der Kantonsrat schon im August gewisse Vorstösse nicht nach Bern weitergeleitet hat. Er kann sich auch den Hinweis nicht verkneifen, dass man die Leute an ihren Taten messen soll, nicht an irgendwelchen Aussagen. Und da muss der Finanzdirektor der FDP ein Kränzchen winden, welche in Bern bei der Beratung des NFA standfest war und den Bundesrat bezüglich der Einhaltung der 85-Prozent-Limite immer unterstützt hat. Bei allen anderen Parteien standen nicht finanz- oder parteipolitische Überlegungen, sondern immer kantonspolitische Überlegungen im Vordergrund – auch bei der SVP. Und der Finanzdirektor glaubt schlichtweg nicht, dass der von der SVP hier vorgeschlagene Vorstoss im Bundesparlament etwa bei den Vertretern des Kantons Bern Zustimmung oder gar eine Mehrheit finden wird – allen Absichtserklärungen zum Trotz.

**Manuel Brandenberg** macht darauf aufmerksam, dass sich bei den im August diskutierten Vorstössen alle – auch die SVP – einig waren, dass diese rechtlich unmöglich waren, etwa Konkordate zu sistieren oder Verpflichtungen aus Konkordaten nicht zu erfüllen. Das ist im vorliegenden Fall grundsätzlich anders: Die vorgeschlagene Standesinitiative ist juristisch möglich.

**Andreas Hausheer** stellt richtig, dass schon der Vorstoss der CVP-Fraktion rechtlich korrekt war – und von der SVP-Fraktion aber trotzdem abgelehnt wurde.

➔ Der Rat erklärt die Motion der SVP-Fraktion mit 36 zu 30 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 10

**284 Interpellation von Thomas Werner betreffend Aufnahme zusätzlicher Asylanten im Kanton Zug sowie Verteilung dieser auf die Zuger Gemeinden**

Vorlagen: 2487.1 - 14894 (Interpellationstext); 2487.2 - 15006 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Thomas Werner** dankt der Regierung für die Beantwortung seiner Fragen. Bei der Durchsicht der Antworten ist er zum Schluss gekommen, dass die Regierung – ob absichtlich oder nicht – sich auf allgemeine Informationen beschränkte und den Kern der Fragen nur oberflächlich oder überhaupt nicht beantwortete. Er hat hier mit der Direktion des Innern also etwa dieselbe Erfahrung gemacht wie Daniel Stuber: Er hat viel formalistischen Text erhalten, aber keine wirk-

lichen Antworten. Das Thema Asyl und Zuwanderung wird von der Zuger Regierung noch immer schwer vernachlässigt, allenfalls gar nicht ernst genommen oder gar absichtlich schöngeredet und auf die lange Bank geschoben. So lange der Kanton Zug weiterhin diese riesigen Probleme mit der Verteilung der Asylanten hat, muss die Zuger Regierung doch in Bern vorstellig werden und einen vorläufigen Aufnahmestopp beantragen!

Zu den einzelnen Antworten des Regierungsrats hält der Interpellant Folgendes fest:

• In der Antwort auf Frage 1 verweist die Regierung ganz allgemein auf Abmachungen der Konferenz der Kantonsregierungen sowie auf Floskeln wie «Solidarität nach aussen und nach innen» und «die humanitäre Tradition der Schweiz weiterleben zu lassen». Die Frage des Interpellanten aber war, ob die Regierung die Aufnahme der zusätzlichen Asylanten, die direkt aus Syrien eingeflogen werden, befürwortet oder nicht. Und da erwartet er gerade in der jetzigen Zeit des nicht mehr zu bewältigenden Ansturms von Asylsuchenden eine deutliche Antwort, sonst weiss man ja gar nicht, was die Regierung eigentlich will. Vor allem ist die innerkantonale Verteilung seit der Motion des Votanten für eine gerechte Verteilung innerhalb des Kantons vor allem für Unterägeri noch schlechter geworden, als sie damals war, was die Akzeptanz in der Bevölkerung weiter verringert. Das hat nichts mit Hetze zu tun, sondern sind reine Fakten. So lange die Verteilung in Zug nicht funktioniert, verlangt der Votant von der Regierung, dass sie vom Bundesrat verlangt, vorläufig keine Asylanten mehr in die Schweiz zu holen und vor allem keine mehr nach Zug zu schicken, bis in Zug das Verteilproblem gelöst ist. Jetzt, da die Diskussionen mit der EU, im Speziellen mit Deutschland, betreffend Tausender Flüchtlinge anstehen, ist es einfach unverantwortlich, selbständig noch zusätzliche Asylsuchende direkt aus Syrien in die Schweiz zu holen.

• Zu Frage 2: Bis anhin hat Zug pro Woche von Bern ca. 10–12 Asylsuchende zugewiesen erhalten, neu werden es gemäss Antwort der Regierung 12–14 zusätzliche sein. Betrachtet man die momentane Entwicklung, muss man aber mit einem Vielfachen davon rechnen. Aber nur schon so spricht man hier von einer Verdoppelung! Der Votant möchte wirklich wissen, wo all diese Leute untergebracht werden sollen. So viele Wohnungen in einem preisgünstigen Segment gibt es im Kanton Zug gar nicht, und die Situation am Wohnungsmarkt könnte sich sehr schnell verschärfen.

• Zu Frage 4: Hier wäre ein Total der Kosten oder mindestens eine Schätzung mehr als angebracht gewesen. Wenn alleine – das musste man sich ausrechnen – die Krankenkassenprämien, die der Kanton Zug bezahlt, zwischen 300'000 und einer halben Million Franken kosten und dann zusätzlich noch Kosten durch schwer Kranke oder durch unbegleitete Jugendliche entstehen, muss man von horrenden Kosten ausgehen, die künftig anfallen.

• Zu Frage 5: Hier macht es sich die Regierung sehr einfach. Erstens sollte es nicht das Ziel sein, die drei Jahre verstreichen zu lassen, bis die erheblich erklärte Motion vom Dezember 2013 dem Kantonsrat vorgelegt wird; und zweitens sollte die Regierung nicht einfach auf die Antwort vom Dezember 2013 verweisen, wonach die Unterbringung grundsätzlich funktioniere. Seither ist ja einige Zeit vergangen, die Situation ist anders und das Problem noch nicht gelöst. Zudem hat sich die Situation massiv verschärft. Die Antwort des Regierungsrats grenzt für den Votanten an Arbeitsverweigerung und lässt ihn zum Schluss kommen, dass diese das Problem nicht anpacken will. Hier sollte wirklich Abhilfe geschafft werden.

• Zu Frage 10: Der Interpellant wollte wissen, wie viele Asylanten seit Januar 2012 bis heute den Status gewechselt haben, so dass sie nun das Anrecht haben, in den Gemeinden Sozialhilfe zu beziehen. Nur schon die Länge der Antwort liess den Interpellanten Böses erahnen, und tatsächlich weicht die Regierung am Schluss in

Richtung Datenschutz aus: Es sei problematisch, diese Daten zu erheben. Es kann doch nicht sein, dass der Datenschutz die Regierung daran hindert, abzuklären, wie viele Asylanten nach dem Statuswechsel in den verschiedenen Gemeinden von der Sozialhilfe abhängig sind! Es geht ja nicht darum, Namen zu nennen, sondern einzig und alleine um Zahlen. Mit welcher Grundlage will die Regierung denn regieren, wenn sie diese Zahlen angeblich nicht erheben kann?
• Zu Frage 12: Hier wollte der Interpellant wissen, ob die Regierung einen Plan zur Bewältigung der Asylprobleme im Kanton Zug habe. Die Antwort liest er so, dass die Regierung keinen Plan und anscheinend auch keinen Willen hat, dieses Problem aktiv anzugehen. Auftrag der Direktion des Innern und der Baudirektion sei es, eine Strategie für die Unterbringung zu prüfen. Das ist nun wahrlich kein Plan, sondern nur eine Feststellung.
Der Interpellant fordert die Regierung auf, sofort damit aufzuhören, vor diesem brennenden Thema die Augen zu verschliessen. Er fordert, dass das Asylproblem endlich angepackt wird und die Regierung sich aktiv darum bemüht, dass erstens die Verteilung im Kanton Zug gerecht wird und funktioniert und zweitens – so lange dies nicht der Fall ist – der Bund angegangen und ihm mitgeteilt wird, dass der Kanton Zug vorläufig keine weiteren Asylanten mehr zugewiesen erhalten wolle. Schliesslich hat der Bund auf dem Gubel zusätzliche Asylanten einquartiert, und der Kanton Zug bezahlt sehr viel Geld in den Finanzausgleich, so dass von Bern auch ein Entgegenkommen verlangt werden kann.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Die Ausgangslage im Asylbereich hat sich seit der Eingabe der Interpellation von Thomas Werner zweifellos dramatisch verändert. Man ist täglich konfrontiert mit Strömen von Menschen, die sich über Europa ergiessen und hier ihr Heil suchen. Es sind erschütternde Bilder, die uns täglich erreichen und übermittelt werden. Ganze Völker sind auf der Flucht vor Krieg und Elend. Die Fragen der Interpellation scheinen dem Votanten in diesem Kontext eher kleinkariert zu sein, zumal diese Punkte gesetzlich klar geregelt sind, wie es die Antworten des Regierungsrats deutlich aufzeigen.
Es geht bei der Asylfrage um wesentlichere Aspekte. Diktatoren werden von den westlichen Nationen über Jahre unterstützt, so lange es deren eigenen Interessen dient. Länder werden ausgebeutet, um den Wohlstand des Westens zu sichern. Es sind diese Faktoren, die den Nährboden für das Elend in der Dritten Welt und für extremistische Gruppierungen in diesen Ländern bereiten. Der Westen – und dazu gehört auch die Schweiz – trägt also eine Mitschuld an dieser Entwicklung und an der heutigen Situation. Er hätte die Möglichkeit, etwas gegen die wirtschaftliche Ausbeutung zu tun, bevor sich die Lage in diesen Ländern so zuspitzt und zu solchen Völkerwanderungen führt. Er hätte die Möglichkeit, mit Entwicklungshilfeprojekten vor Ort einen Beitrag zu einem menschenwürdigeren Leben zu leisten. Aber selbst im Zuger Kantonsrat werden solche Projekte immer wieder in Frage gestellt. Wenn man heute von «Hilfe vor Ort» spricht, geht es nicht darum, diesen Völkern wirklich zu helfen, sondern das Elend möglichst weit fernzuhalten.
Die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen und Asylsuchenden kann nicht vom Kanton Zug oder von den einzelnen Gemeinden gelöst werden. Sie lässt sich nur länder-, kantons- und gemeindeübergreifend lösen. Alle werden bei dieser Aufgabe in den nächsten Monaten gefordert sein. Die Verteilung von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Kanton Zug wird dabei wohl nur eine Nebenrolle spielen. Sicher ist die heutige Verteilung in den Zuger Gemeinden nicht optimal. Es ist allerdings auch nicht der besonders engagierte Einsatz der Gemeinde, der Unterägeri proportional an die Spitze dieser Verteilung führt. Es sind Private, die dem Kanton ihre Wohnungen zur Verfügung stellen und so ihre zumeist älteren und renovations-

bedürftigen Wohnungen noch gewinnbringend vermieten können. Dem Kanton fehlen heute die Instrumente, um auf diese Verteilung Einfluss nehmen zu können. Die SP-Fraktion ist gespannt, wie die Vorschläge der Regierung zur Lenkung dieser Verteilung aussehen werden und wie sie von den Gemeinden und vom Kantonsrat aufgenommen werden. Es ist zu befürchten, dass es auch in dieser Frage keine mehrheitsfähigen Lösungen geben wird. Wenigstens macht es aber doch ein bisschen Freude und Mut, dass es im Kanton Zug nicht nur jene gibt, die ständig über das Asylproblem lamentieren, sondern auch diejenigen, welche durch private Initiativen positive Zeichen setzen wie beispielsweise in Menzingen und Cham.

**Thomas Meierhans** dankt namens der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Ob überhaupt und wie lange Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich seit dem Wechsel in die Gemeinden auf Sozialhilfe angewiesen seien, könne aus Datenschutzgründen nicht bekannt gegeben werden. Diese Antwort versteht die CVP nicht. Genau diese Zahlen würden belegen, ob eine Integration erfolgreich war oder nicht.
Die Angaben über Kosten für Bund und Kanton sind für die CVP ungenügend und zu rudimentär ausgefallen. Im Jahr 2014 seien es 1,93 Millionen Franken gewesen. Was wird im Einzelnen für Unterkunft, Betreuung, Sicherheit, Ausbildung, Krankenkasse, Selbstbehalt etc. ausgegeben? Das würde die CVP interessieren. Ebenfalls wurden überhaupt keine Angaben über die Zahlen des Bundes gemacht. Sicher ist es so, dass viele von Thomas Werner gestellte Fragen Bundesrecht und auch die Bundeskasse betreffen. Trotzdem sollten die Zahlungen vom Bund an den Kanton eigentlich bekannt sein und könnten auch aufgeführt werden.
Wie erwähnt, werden in dieser Interpellation viele Fragen des Asylrechts angesprochen, das eindeutig Bundesrecht ist. Die CVP möchte sich auf Fragen und Antworten im Asylbereich konzentrieren, die vom Kanton, also von der Regierung und dem Kantonsparlament, gestaltet und beschlossen werden können. Zu denken ist da an die Verteilung der Menschen auf die Zuger Gemeinden. Wie verläuft die Suche nach Wohnraum? Warum können Flüchtlinge nur in Wohngebieten untergebracht werden und nicht auch in Arbeitszonen? Wie verläuft die Prüfung von Container-Wohnsiedlungen? Warum sind Brandschutzanforderungen an Unterkünfte im Asylbereich höher als für Schweizer Militärpersonal? Gibt es ein Zuger Notfallkonzept?
Gespannt wartet die CVP auf die vom Regierungsrat auf Anfang 2016 versprochene Überprüfung der Strategie zur Unterbringung von Personen aus dem Asylbereich. Weiter hofft die CVP, auch bald Antwort auf die von ihr eingereichte Interpellation betreffend Flüchtlings- und Notkonzept zu erhalten.

**Florian Weber** dankt im Namen der FDP-Fraktion der Regierung ebenfalls für die Beantwortung der Interpellation. Wenn man die in der Antwort aufgeführten Zahlen analysiert und sich vor Augen führt, was noch auf die Schweiz und den Kanton Zug zukommt, so erkennt man, dass es in Zukunft noch die eine oder andere schwierige Situation zu meistern gilt.
Bei Frage 10 schliesst sich die FDP-Fraktion dem Interpellanten an: Die Antwort beschreibt die rechtliche Änderung und Voraussetzung für eine Niederlassungsbewilligung sowie die Änderung der Zuständigkeiten, welche für die Gemeinden eine Entlastung bringt. Es ist jedoch sehr zu bedauern, dass aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Informationen zu den Sozialhilfeleistungen durch die Gemeinden gemacht werden. Diese Informationen würden das Gesamtbild der kantonalen Situation zusätzlich präzisieren und sicherlich auch Vorteile im Umgang mit der aktuellen Asylsituation bringen.

Frage 11 wird zwar mit der Anzahl Rückführungen beantwortet, es wäre aber nach Ansicht der FDP-Fraktion interessant zu wissen, wie die Quote der jährlichen Rückführungen aussieht. In der Antwort wird darauf hingewiesen, dass im Vergleich zur Dreijahresperiode 2009–2011 doppelt so viele Rückführungen stattgefunden haben. Vergleicht man die Zahlen mit der Statistik auf der Seite 4, so stellt man fest, dass die prozentuale durchschnittliche Steigerung auch in der Anzahl Personen im Asylbereich stattgefunden hat. Die Quote wäre also in diesem Fall faktisch gleich geblieben. Es wäre in diesem Fall zum Beispiel interessant zu wissen, was getan wird, um diese Quote zu verbessern. Zudem wäre es interessant zu wissen, wie viele Rückführungen hängig sind und/oder durch die betroffenen Personen oder Staaten verweigert werden.
In allem gilt es zu hoffen, dass der Kanton Zug gut auf die zukünftigen Flüchtlingsströme und deren Auswirkungen auf das System vorbereitet ist und Strategien entwickelt hat, so dass er der Flüchtlingsströme auch bei erhöhter Anzahl mächtig wird.

**Andreas Lustenberger** dankt auch namens der ALG dem Regierungsrat für die ausführliche und detaillierte Beantwortung der Interpellation. Gerade in Bezug auf die verletzlichsten Menschen auf der Welt, die 51 Millionen Flüchtlinge, ist Sachpolitik gefragt, und die Antworten der Regierung zeigen in aller Deutlichkeit, dass – um es mit den Worten des Interpellanten zu sagen – der Kanton Zug insbesondere Frau, aber auch Herr der Lage ist. Zur Veranschaulichung der aufgeführten Zahlen: Letzte Woche fand sich in einem Online-Medium die Schlagzeile «Die Flüchtlingsströme kommen jetzt in die Schweiz: 7 Personen sind in Gossau angekommen». Man muss hier wirklich die Relationen sehen und konkret etwa das Beispiel von Syrien betrachten. In Syrien, einem Land mit 22 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, herrscht seit vier Jahren Krieg, und 11 Millionen Menschen wurden dort vertrieben. 5 Millionen davon befinden sich heute im Ausland, davon 4,5 Millionen in den umliegenden Ländern. So beherbergt zum Beispiel der Libanon, ein Land mit 4,5 Millionen Einwohnern, insgesamt 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Region Syrien. Nach Europa kamen bisher insgesamt 500'000 Menschen, in die Schweiz bisher rund 10'000 Menschen, und man spricht jetzt über weitere 3000. Man hat bei verschiedenen Voten fast das Gefühl, die ganze Welt komme nach Europa bzw. alle Flüchtlinge kämen in die Schweiz. Dem ist nicht so. 86 Prozent aller Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern. Und wie es Beat Iten richtig gesagt hat: Auch die Schweiz und der Kanton Zug tragen eine Verantwortung für diese Fluchtbewegungen. Es sind auch Schweizer Waffen, mit welchen Kriege geführt werden, durch die Kinder ihre Eltern verlieren und ganze Dorfbevölkerungen zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden. Ein weitere Grund für die Flüchtlingsströme ist das Fehlen einer wirtschaftlichen Perspektive: Was sollen die Menschen denn tun, wenn ihre Meere leer gefischt, ihre Ressourcen abgebaut, ihre Wälder abgeholzt werden – und am Schluss auch noch der ganze Müll dort deponiert wird? Hier muss auch der Kanton Zug handeln, und wenn man wirklich will, dass weniger Menschen aus wirtschaftlichen Gründen zum Wegzug bewegt werden, dann ist es sicher der falsche Weg, Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen und blindlings einseitigen wirtschaftlichen Partnerschaften zu vertrauen, die nur der eigenen Bereicherung dienen und die andere Seite völlig ausser Acht lassen.

Auf die Nachfrage des Vorsitzenden teilt **Andreas Lustenberger** mit, dass er verschiedene Interessenbindungen hat. Er hat zum Beispiel das Referendum gegen die Asylgesetzrevision geleitet und arbeitet bei der Caritas, die sich sowohl für Menschen im Ausland als auch für Armutsbetroffene in der Schweiz einsetzt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, will sich kurz fassen, aber doch aufzeigen, wo der Regierungsrat bezüglich der Thematik «Asylwesen» steht. Sie lädt vorab Thomas Werner ein, einen Tag in der Direktion des Innern, der Sicherheitsdirektion und der Baudirektion zu verbringen, wenn dieser das Gefühl haben sollte, die Zuger Regierung kümmere sich nicht um dieses aktuelle Thema. Tatsache ist, dass Regierung und Verwaltung fast nonstop an diesem Thema arbeiten, was auch die folgenden Ausführungen zeigen werden.
Alle wissen es: 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht, so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Es ist also nicht so, wie es Thomas Werner schilderte, nämlich dass der Zuger Regierungsrat eine schöne Reise nach Afghanistan, Libyen oder Syrien macht und mit Asylsuchenden zurückkehrt. Rund 90 Prozent der Menschen, die flüchten, bleiben in ihren Herkunftsregionen; die wichtigsten Aufnahmeländer sind die Türkei, Pakistan, der Libanon und der Iran. Nur rund 10 Prozent finden den Weg nach Europa. Die Lage ist auch in der Schweiz angespannt, allerdings nicht so drastisch wie in anderen Ländern. Die Empfangs- und Aufnahmezentren (EVZ) hatten in der Woche 38 total 1021 Eintritte zu verzeichnen – und sie sind voll. Unter diesen Umständen geht der Regierungsrat mit Sicherheit nicht zum Bundesrat und teilt ihm mit, der Kanton Zug nehme keine Asylsuchenden mehr auf. Oder sollte man in Kreuzlingen, in Basel oder in Chiasso die Leute einfach auf der Strasse stehen lassen? Der Kanton Zug hat die Verpflichtung, 1,4 Prozent der Menschen, die in der Schweiz ein Asylgesuch stellen, aufzunehmen; dieser Anteil ergibt sich aus der Bevölkerungszahl. Zur Zeit sind es – wie gehört – pro Woche 12–14 Personen, die neu in den Kanton Zug kommen, wobei aber nicht alle hier bleiben, sondern es auch Abgänge gibt. Es kann aber auch sein, dass – wie kürzlich – dem Kanton via E-Mail mitgeteilt wird, dass innert 24 Stunden 22 neue Personen eintreffen. Das Ganze ist eine riesige Herausforderung.
Was tut der Bund? Das grosse Thema dort ist die Neustrukturierung des Asylwesens. Das Asylverfahren soll markant beschleunigt werden. Man erhofft sich, dass dadurch jene Personen, von denen klar ist, dass sie nicht in der Schweiz bleiben können, schneller wieder weg sind. Ziel ist, 60 Prozent der Asylverfahren innerhalb von 140 Tagen abzuschliessen und zu vollziehen. Die Schweiz wurde dazu in verschiedene Regionen eingeteilt, wobei die Zentralschweiz zusammen mit dem Tessin eine Region bildet. Diese hatte die Aufgabe, 350 Plätze im Tessin als Verfahrenszentrum und 340 Plätze in der Zentralschweiz als Ausreisezentrum zu schaffen, dies in beiden Fällen möglichst an einem einzigen Ort, damit die Verfahren auch wirklich beschleunigt werden können. Es hat dazu Gesetzesänderungen auf Bundesebene gebraucht: National- und Ständerat haben am 25. September die bundesgesetzlichen Änderungen in der Schlussabstimmung angenommen. In Zürich läuft ein Testbetrieb (Zentrum Juch), wo das beschleunigte Verfahren bis Ende Jahr evaluiert wird. Das Ausland, zum Beispiel Deutschland, ist sehr interessiert an den Erfahrungen, welche die Schweiz in diesem Testbetrieb macht.
Eine besondere Herausforderung überall in der Schweiz sind die unbegleiteten Minderjährigen. Im Kanton Zug kommen pro Woche 1–3 unbegleitete Minderjährige an, elf-, zwölf- oder fünfzehnjährige Kinder ohne Eltern oder Verwandte. Wo soll man diese Kinder unterbringen, was soll man mit ihnen tun?
Der Bund unterscheidet zwischen normaler, besonderer und ausserordentlicher Lage. Lange war man im Status «normal» und konnte die Situation mit ordentlichen Mitteln und den ständigen Strukturen bewältigen. Im Moment sind es im Kanton Zug 71 Standorte, wo die rund 950 asylsuchenden Personen wohnen. Die Regierung gab der Baudirektion und der Direktion des Innern den Auftrag, eine zusätzliche grössere kantonale Unterkunft zu finden oder allenfalls zu bauen. Baudirektion und Direktion des Innern erhielten auch den Auftrag, die Unterbringungsstrategie aus

dem Jahr 2009 zu überarbeiten und eine Liegenschaftenstrategie zu erarbeiten. Zusätzlich gab der Kantonsrat der Regierung den Auftrag, das Sozialhilfegesetz zu revidieren und den proportionalen Verteilschlüssel durchzusetzen. Daran wird gearbeitet, und im nächsten Monat beginnt die interne Vernehmlassung. Schon jetzt kann die Direktorin des Innern sagen: Es ist nicht einfach. Der Kantonsrat will bekanntlich nicht, dass eine Gemeinde sich aus ihrer Pflicht herauskaufen kann. Wie aber soll der Regierungsrat den Verteilschlüssel durchsetzen? Soll er den Gemeinderat entmachten, Gemeindeversammlungen selber leiten und selber bestimmen, dass auf diesem oder jenen Grundstück eine Asylunterkunft gebaut wird? Die Umsetzung des kantonsrätlichen Auftrags ist eine echte Herausforderung.
Mittlerweile ist man auf der Eskalationsstufe «Besondere Lage» angelangt. Diese ist mit den Mitteln der Normallage nur noch teilweise zu bewältigen, und es müssen Massnahmen ergriffen werden, um den Notfall, eine ausserordentliche Lage, zu vermeiden. Dass man sich auf der Stufe «Besondere Lage» befindet, zeigt sich etwa darin, dass im September in der Schluecht in Cham für fünfzig Personen die erste Zivilschutzanlage in Betrieb genommen wurde. Als weitere Massnahme wird die – zeitlich befristete – Unterbringung in mobilen Unterkünften geplant.
In einer ausserordentlichen Lage, dem Notfall, ist man glücklicherweise noch nicht. Dieser Fall tritt ein, wenn sich die Lage sehr rasch und anders als prognostiziert verändert und die Mittel zur Bewältigung der besonderen Lage vollständig ausgeschöpft sind. Hierzu hat die Regierung im Oktober einen Beschluss gefasst: Sie hat den kantonalen Führungsstab beauftragt, unter Einbezug des kantonalen Sozialamts umgehend eine Eventualplanung für das Szenario «Ausserordentliche Lage im Kanton Zug» zu erstellen. Der Zivilschutz und die Notorganisationen sind jetzt an der Planung, so dass, wenn beispielsweise im Januar ein Zug mit 600 Personen ankommt, die benötigten Plätzen innerhalb von zwei Stunden bereit sind.
Der Regierungsrat hat also keineswegs geschlafen, sondern macht seine Arbeit. Die Direktorin des Innern ist stolz auf die Zuger Bevölkerung, welche die schwierige Situation mitträgt. Es gibt täglich Anrufe von Personen, die helfen möchten, die private Unterkünfte anbieten, Kleider bringen oder Deutschunterricht erteilen wollen. Die Direktorin des Innern ist auch stolz auf die Zuger Regierung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsdirektion, der Baudirektion und der Direktion des Innern, welche den riesigen Mehraufwand im Rahmen des Entlastungsprogramms ohne zusätzliche Stellen leisten. Die Lage im Kanton Zug ist ruhig, es gibt keine Anschläge, und es schlafen keine Leute auf der Strasse. Und zum Schluss: Die Zuger Regierung hat Mario Gattiker, den Staatssekretär des Staatssekretariats für Migration (SEM), eingeladen und wird sich mit ihm im November zu einer Aussprache treffen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** äussert sich zu Frage 11 der Interpellation, welche in den Bereich der Sicherheitsdirektion gehört. Die Tabelle in der regierungsrätlichen Antwort zeigt auf der ersten Linie die sogenannten NEE oder NAE, also Personen, die einen Nichteintretensentscheid erhalten haben. Der aktuelle Bestand beträgt hier plus/minus 60 Personen. Probleme ergeben sich vor allem mit Personen aus Staaten wie Algerien oder Marokko, die nicht kooperieren. Diese Personen sind teilweise schon länger hier und werden auch weiterhin hier bleiben. Hier zeichnet sich für die Zukunft ein zusätzliches Problem ab, wobei die Sicherheitsdirektion schon mehrmals beim Bund vorstellig geworden ist und verlangt hat, dass vor allem mit Algerien eine Kooperation gefunden werden müsse, bisher allerdings ohne Erfolg; auch Gespräche mit dem zuständigen Botschafter führten zu keinem Ergebnis. In derselben Situation befinden sich aber auch die anderen Kantone so-

wie in etwa auch Deutschland und Frankreich. Grundsätzlich wird aber konsequent zurückgeschafft, wenn ein rechtskräftiger Nichteintretensentscheid vorliegt.
Die zweite Linie der Tabelle betrifft vor allem Dublin-Fälle. Hier liegt der aktuelle Bestand bei Null: Die Fälle werden laufend bearbeitet und die betreffenden Personen zurückgeschafft. Man könnte in der Tabelle noch eine dritte Linie anfügen, nämlich Ausländer, die kriminell sind und eine längere Haftstrafe erhalten haben. Auch hier ist der Regierungsrat konsequent und widerruft nach Möglichkeit die Aufenthaltsbewilligung, so dass solche Personen zurückgeschafft werden können.
Bezüglich Brandschutzvorschriften in Asylunterkünften hat sich die Regierung schon mehrfach an die Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen (VKF) gewandt und gefordert, dass für Asylunterkünfte nicht höhere Vorgaben gemacht werden sollten, als wenn Militär- und Zivildienstleistende dort untergebracht sind. Diese Vorgaben verteuern nämlich die Unterkünfte bzw. deren Umnutzung für den Asylbereich. Der Sicherheitsdirektor ist zuversichtlich, dass die VKF einschwenken und die Vorgaben lockern wird.

Interpellant **Thomas Werner** möchte etwas richtigstellen: Er hat nicht gesagt, dass der Regierungsrat nach Afghanistan oder in eine andere Krisenregion reise und mit Flüchtlingen nach Hause komme. Er hat – wie schon in der Interpellation – nur von den 3000 Flüchtlingen gesprochen, welche der Bund zusätzlich direkt aus Syrien einfliegen will.
Dass die gegenwärtige Situation für den Regierungsrat eine grosse Herausforderung ist und dass der Kanton Zug verpflichtet ist, 1,4 Prozent der Asylbewerbenden zu übernehmen, ist auch dem Votanten klar. Genau deshalb ist er der Meinung, dass man Druck auf den Bund aufbauen muss, damit dieser seine Praxis ändert und der Kanton Zug nicht überschwemmt wird.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 11

**285 Interpellation von Jean-Luc Mösch betreffend Kürzung der J+S Lager- und Kursbeiträge durch den Bund**

Vorlagen: 2502.1 - 14929 (Interpellationstext); 2502.2 - 15019 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Jean-Luc Mösch** dankt der Regierung für ihre Stellungnahme und legt seine Interessenbindung offen: Er ist ein «alter» Pfadfinder und steht ganz hinter den Jugendverbänden und selbstverständlich auch den anderen Sportverbänden.
Die neue Situation, welche sich in Bern ergeben hat, ist dem Umstand zu verdanken, dass sich einige Bundesparlamentarier vehement für die Jugend- und Sportverbände eingesetzt haben. Namentlich sind Christian Lohr, Konrad Graber und Alois Gmür, alle von der CVP, zu erwähnen, welche hinter den Kulissen massiv geweibelt haben, um die durch die BASPO-Leitung verursachte Situation wieder ins Lot zu bringen. Die jetzige Lösung ist optimal, wobei aber zu bedenken ist, dass jegliche Kürzung im Bereich J+S den Anliegen der Kinder- und Jugendförderung widerspricht. Jugend+Sport ist ein erfolgreiches Programm, das in der Bevölkerung breite Anerkennung geniesst. Daher sei angemerkt, dass das Sportlager Tenero auch in Zukunft ohne Kürzungen funktionieren sollte.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er engagiert sich seit über 23 Jahren in Sportvereinen. Diese werden – einige mehr, andere weniger – von Jugend+Sport unterstützt.
Der Votant dankt Jean-Luc Mösch für seine Interpellation. Auch wenn die Problematik um die Unterstützung von Jugend+Sport mit dem Nachtragskredit glücklicherweise entschärft wurde, muss man an diesem Thema dran bleiben. Sparbemühungen auf verschiedensten Ebenen prägen zurzeit die Politik. Es gilt deshalb die Frage zu stellen, wo sich Sparen lohnt und wo man sicherlich nicht den Rotstift ansetzen sollte. Da gibt es ganz unterschiedliche Ansichten.
Jugend+Sport ist mit über 800‘000 Teilnehmenden im Alter zwischen 5 und 20 Jahren das grösste Sportförderungsprogramm des Bundes. Nicht nur der Breitensport, sondern auch Vereine wie die Pfadi profitieren von den Unterstützungsgeldern. Auch im Kanton Zug profitieren viele Vereine von Jugend+Sport und machen verschiedene Angebote für Heranwachsende.
Jugend+Sport ist ein Erfolgsmodell. Es leistet einen sinnvollen Beitrag für Gesundheit, sinnvolle Freizeitgestaltung und Freiwilligenarbeit. Jugend+Sport leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Integration. Das ist gerade an der heutigen Sitzung interessant, weil das Schlagwort «Integration» in den letzten Stunden mehrfach erwähnt wurde.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 286 Nächste Sitzung

Donnerstag, 26. November 2015 (Ganztagessitzung)

Die Sitzung beginnt bereits um 08.00 Uhr und dauert voraussichtlich bis 17.30 Uhr.

**Protokoll des Kantonsrats**

20. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 26. November 2015 (Vormittag)
Zeit: 08.00 – 12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 29. Oktober 2015
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Nicole Imfeld, Daniel Marti, Claus Soltermann und Daniel Stadlin betreffend Anpassung der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) zur Sicherung der demokratischen Mitwirkung aller im Kantonsrat vertretenen Parteien

3.2. Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionen-Streichung

3.3. Interpellation von Alice Landtwing und Karen Umbach betreffend Bauprojekt Sprungturm – einmal mehr die Luxusversion für Zug

3.4. Interpellation von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Patrick Iten und Kurt Balmer betreffend öffentliche Apotheke im Zuger Kantonsspital

3.5. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend unzureichende Signalisation von Zug zwischen Sihlbrugg und Walterswil (Hauptstrasse 4) Richtung Autobahn A4a

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung

5. Kantonale Ständeratswahl vom 18. Oktober 2015 für die Legislaturperiode 2016–2019: Feststellung der Gültigkeit
6. Budget 2016 und Finanzplan 2016–2019
7. Gesetz über die Haltung von Hunden: 2. Lesung
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit 2016–2021 für die Umsetzung der ersten Phase des Massnahmenplans Ammoniak 2016–2030
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom Leistungsauftrag Hochschule Luzern – FH Zentralschweiz 2016–2019
10. Motion von Ivo Hunn betreffend Erstellung eines kantonalen Sportanlagenkonzepts
11. Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle mit Leistungsauftrag und Globalbudget
12. Postulat von Rainer Suter betreffend Fahrstreifenwahl auf der Autobahn A4 von der Blegi-Kurve bis und mit Ausfahrt Rotkreuz

## 287 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Zug; Peter Letter, Oberägeri; Pirmin Andermatt und Nicole Imfeld, beide Baar; Kurt Balmer, Risch.

## 288 Mitteilungen

Kantonsrat Anastas Odermatt hat am 16. Oktober geheiratet. Der Vorsitzende gratuliert den frisch Vermählten im Namen des Rats zur Hochzeit und wünscht ihnen alles Gute für die gemeinsame Zukunft. *(Der Rat applaudiert.)*

Kantonsrat Andreas Hürlimann und seine Frau Daniela sind am 2. November glückliche Eltern von Arun geworden. Der Vorsitzende gratuliert namens des Rats herzlich und wünscht den jungen Eltern ruhige Nächte*. (Der Rat applaudiert.)*

Kantonsrätin Jolanda Spiess-Hegglin ist aus der ALG-Fraktion ausgetreten und wird als Parteimitglied der ALG ihr Mandat künftig fraktionslos wahrnehmen.

Die Direktorin des Innern muss die Sitzung nach der Budgetdebatte verlassen, weil sie an der Konferenz der kantonalen Jagd- und Forstdirektorinnen und -direktoren teilnimmt.

Stimmenzähler Kurt Balmer ist heute abwesend. An seiner Stelle wirkt der stellvertretende Stimmenzähler Richard Rüegg.

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

TRAKTANDUM 1

## 289 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

## 290 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 29. Oktober 2015

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 29. Oktober 2015 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**291** Traktandum 4.1: **Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung**
Vorlagen: 2569.1/1a/1b - 15044 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2569.2 - 15045 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Cornelia Stocker, Zug, FDP, Kommissionspräsidentin

| | |
|---|---|
| Pirmin Andermatt, Baar, CVP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Anna Bieri, Hünenberg, CVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Manuel Brandenberg, Zug, SVP | Anastas Odermatt, Steinhausen, ALG |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Vroni Straub-Müller, Zug, ALG |
| Alois Gössi, Baar, SP | Silvia Thalmann, Zug, CVP |
| Markus Hürlimann, Baar, SVP | Beat Unternährer, Hünenberg, FDP |
| Peter Letter, Oberägeri, FDP | Florian Weber, Walchwil, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**292** Traktandum 4.2: **Engere Staatswirtschaftskommission**

Mit Schreiben vom 8. November 2015 hat Karin Andenmatten-Hebling aus beruflichen Gründen ihren Rücktritt aus der engeren Staatswirtschaftskommission erklärt. An ihrer Stelle soll neu Pirmin Frei für die CVP in die engere Staatswirtschaftskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**293** Traktandum 4.3: **Erweiterte Staatswirtschaftskommission**

Anstelle von Pirmin Frei soll neu Pirmin Andermatt für die CVP in die erweiterte Staatswirtschaftskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**294** Traktandum 4.3: **Kommission für Gesundheit und Soziales**

Anstelle von Jolanda Spiess-Hegglin soll neu Rita Hofer für die ALG in die Kommission für Gesundheit und Soziales gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**295** Traktandum 4.4: **Kommission für den öffentlichen Verkehr**

Anstelle von Jolanda Spiess-Hegglin soll neu Hanni Schriber-Neiger für die ALG in die Kommission für den öffentlichen Verkehr gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**296 Kantonale Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015 für die Legislaturperiode 2016–2019: Feststellung der Gültigkeit**

Vorlagen: 2562.1/1a - 15038 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); Auszug aus dem Amtsblatt des Kantons Zug vom 23. Oktober 2015 mit den detaillierten Wahlergebnissen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat dem Rat beantragt, die Erneuerungswahlen für den Ständerat zu genehmigen. Es liegt kein anderer Antrag vor.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Erneuerungswahl für den Ständerat.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass damit die Gültigkeit der Ständeratswahl feststeht. Er gratuliert den Ständeräten Peter Hegglin und Joachim Eder nochmals zu ihrer Wahl und wünscht ihnen weiterhin Erfolg, Freude und Ausdauer bei ihrer politischen Arbeit.

TRAKTANDUM 6

**297 Budget 2016 und Finanzplan 2016–2019**

Vorlagen: 2559.1 - 00000 (Gedruckter Bericht); 2559.2 - 15034 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** macht folgende Hinweise zum Vorgehen:
- Die Anträge des Regierungsrats finden sich auf Seite 5 des Budgetbuchs.
- Die Angaben zum Budget 2016 sind im Budgetbuch immer in der blauen Spalte aufgeführt.
- Budget und allfällige Leistungsaufträge werden jeweils zusammen behandelt.
- In der Detailberatung folgt der Rat ab Seite 47 der institutionellen Gliederung.
- In der Detailberatung werden die Abstimmungen über die Anträge des Regierungsrats bzw. der Staatswirtschaftskommission zu den Leistungsaufträgen und zum Budget durchgeführt. Die Staatswirtschaftskommission hat auf Seite 16 ihres Berichts die Reihenfolge der Anträge gegenüber dem Budgetbuch umgestellt. Diese neue Systematik wird übernommen.
- Nach der Beschlussfassung zum Budget folgt die Kenntnisnahme des Finanzplans.
- Am Schluss nimmt der Rat Kenntnis von der Finanzierungsprognose bis 2030.

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission Eintreten beantragen. Gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. h der Kantonsverfassung muss der Kantonsrat zwingend auf das Budget eintreten.
In der Eintretensdebatte kann sowohl zum Budget als auch zum Finanzplan gesprochen werden. Insbesondere soll Stellung genommen werden zum Bericht und Antrag des Regierungsrats (Seiten 5–29 im Budgetbuch).

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, orientiert, dass die erweiterte Staatswirtschaftskommission das Budget und den Finanzplan am 4. November 2015 in einer Ganztagessitzung beraten hat. Sie dankt der Finanzdirektion

für ihren Support und insbesondere Kommissionssekretär Marc Strasser für seine hervorragende Unterstützung.

Die Ausgangslage ist mehr als schwierig. Der Kanton Zug weist für 2016 einen operativen Verlust von 176,3 Millionen Franken aus, und der Finanzplan zeigt auch für die kommenden Jahre keine Entspannung: Das Defizit für 2017 beträgt rund 150 Millionen Franken, danach werden die Massnahmen des Entlastungspakets II greifen, so dass im Finanzplan für 2018 noch rund 96 Millionen Franken und für 2019 noch 85 Millionen Franken Defizit resultieren. Per 31. Dezember 2014 betrug das Eigenkapital des Kantons Zug rund 1,01 Milliarden Franken. Wenn die Defizite 2015 bis 2019 gemäss Budget und Finanzplan eintreffen, wird das Eigenkapital auf rund 332 Millionen Franken sinken.

Es ist wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Budget 2016 und die Planjahre 2017–2019 Effekte des Entlastungsprogramms enthalten. Diese sind im Bericht der Stawiko auf Seite 1 unten dargestellt. Wenn man vom Eigenkapital per Ende 2014 die operativen Ergebnisse ohne Entlastungsprogramm subtrahiert, erhält man per 31. Dezember 2019 ein Eigenkapital von 8,8 Millionen Franken. 1 Milliarde Franken Eigenkapital wären in nur rund vier Jahren weg, ohne damit auch nur eine einzige Investition finanziert zu haben. Kein einziges Investitionsprojekt gemäss Liste auf Seite 21–23 im Budgetbuch mit einem liquiditätswirksamen Volumen von rund 2,37 Milliarden Franken ist mehr mit Eigenmitteln zu finanzieren. Dieses Gesamtinvestitionsvolumen ist übrigens gegenüber früheren Übersichten mit über 3 Milliarden Franken bereits deutlich reduziert worden. Projekte wie etwa das VZ 3 sind nicht mehr enthalten.

Bei den Steuereinnahmen wurde ein verhaltenes Wachstum budgetiert. Die Delegation, welche die Finanzdirektion visitierte, kam zum Schluss, dass die Einnahmen realistisch budgetiert sind. Früher zog man für die Budgetierung zusätzlich BAK Basel bei, wobei dessen Zahlen jeweils optimistischer als die Einschätzung der Steuerverwaltung waren. Dieses Jahr hat man auf den Beizug von BAK Basel verzichtet. Die kantonalen Steuererträge werden mit rund 666 Millionen Franken veranschlagt. Die Einnahmen aus den Rückvergütungen bei der direkten Bundessteuer gehen leider stetig zurück. Erstaunlicherweise gibt es keine fundierten Erhebungen, weshalb dem so ist. Vermutlich zeigen sich hier erste Vorwarnungen der Unternehmenssteuerreform III.

Der NFA-Beitrag steigt wiederum an: Satte 326 Millionen Franken wird der Kanton Zug 2016 nach Bern schicken müssen. Das sind rund 100 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Der Personalaufwand liegt rund 4,5 Millionen Franken unter dem Budget von 2015 und wird mit rund 318 Millionen Franken veranschlagt. Der Personalstellenstopp und das Entlastungsprogramm I zeigen erste Wirkungen. Ebenso stagniert der Sachaufwand trotz Kostensteigerungen in diversen Teilbereichen mit rund 107 Millionen Franken auf Vorjahresniveau.

Im vorliegenden Budget ist eine Auflösung der NFA-Reserve von 150 Millionen Franken vorgesehen. Dadurch wird das offizielle Ergebnis geschönt. Die Stawiko ist mit der Auflösung der Reserve einverstanden, obwohl diese für die Deckung des strukturellen Defizits verwendet wird. Die Reserve wurde in den fetten Jahren gebildet, und es scheint folgerichtig, sie nun in schweren Zeiten aufzulösen.

Die vom Kantonsrat beschlossenen Infrastrukturprojekte belaufen sich im Budget 2016 auf rund 111 Millionen Franken; bis 2019 sind insgesamt 409 Millionen Franken eingestellt. Bereits dann wird der Kanton Zug – mit oder ohne Entlastungsprogramm – ein Minuskapital ausweisen, denn die Investitionen führen zu Geldabfluss und belasten die Liquidität.

Die Finanzlage des Kantons Zug ist wirklich dramatisch. Ohne Entlastungsprogramm wird das Eigenkapital per Ende 2019 aufgebraucht sein. Es ist zu hoffen, dass dies

allen Kantonsratsmitgliedern bewusst wird und sie sich in Zukunft bei der Genehmigung von Vorlagen daran erinnern. Es braucht das Entlastungsprogramm – mehr noch: Es wird nicht ausreichen. Der Regierungsrat hat das erkannt. So hat er bereits kommuniziert, dass er unter dem Projektnamen «Finanzen 2019» ein weiteres Sparpaket schnüren wird. Das Ziel dieses neuen Pakets wurde klar definiert: 2019 müssen die Finanzen wieder im Lot sein, d. h. die strukturellen Defizite müssen ab 2019 eliminiert sein. Dieses Ziel deckt sich mit den Erwartungen der Stawiko. Diese ist überzeugt, dass die Regierung dieses Projekt nicht auf die lange Bank schieben, sondern unverzüglich zur Tat schreiten wird. Denn die Regierung ist sich der Dimensionen bewusst. Dies zeigt sich auch daran, dass die Verwaltungsreform mit Hochdruck vorangetrieben wird. Die eigentlichen Staatsaufgaben müssen dringend definiert werden, damit die Mittel zielgerichtet eingesetzt werden können. An anderen Orten, bei nicht primären Staatsaufgaben, ist zu prüfen, ob ein Abbau oder eine Elimination der Leistungen möglich ist. Der Staatswirtschaftskommission ist es ein Anliegen, dass zuerst die grossen Brocken evaluiert werden, um schneller effizient ans Ziel zu kommen. Dabei soll es keine Tabus geben. Im Grundsatz handelt es sich um eine Art Vertrauensfrage an die Regierung. Die Stawiko hat diese bejaht und ist der Überzeugung, dass die Regierung ihre Hausaufgaben macht und bereits mitten in den Prozessen steht.
Die Staatswirtschaftskommission ist einstimmig auf das Budget 2016 eingetreten. Sie ist der Meinung, dass sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch gegenüber der Verwaltung eine grosse Verantwortung trägt und diese wahrnehmen muss. Sie wollte sich dieser Herausforderung stellen und nicht wie in anderen Kantonen unnötig Geschirr zerschlagen. Der Blick über die Kantonsgrenzen hinaus zeigt, dass zurückgewiesene Budgets in der Regel nicht besser werden. Selbstredend wird die Stawiko die Entwicklung mit Argusaugen verfolgen und eingreifen, sollte die Umsetzung des Projekts «Finanzen 2019» ins Stocken geraten. Wie beim Entlastungsprogramm geht sie davon aus, dass das Projekt 2019» bei jeder Stawiko-Sitzung auf der Traktandenliste steht.
Zu den Details: Die Stawiko hat in der Beratung auf Detailkorrekturen verzichtet. Sie hat sich bewusst den grossen Positionen gewidmet, auch deshalb, weil die Bemühungen um Kosteneinsparungen in allen Direktionen erkennbar sind und laufend umgesetzt werden. Dabei hat es die Stawiko jedoch nicht unterlassen, Denkanstösse zu geben und auf Feststellungen bei ihren Visitationen hinzuweisen. Diese Empfehlungen finden sich unter Punkt 3 des Stawiko-Berichts unter dem Titel «Aufforderungen an den Regierungsrat». So hat die Stawiko festgestellt, dass Hilfskräfte nicht nur – wie gemäss Personalverordnung vorgesehen – für die Erledigung eines vorübergehenden, ausserordentlichen Arbeitsanfalls angestellt, sondern in gewissen Fällen wie fest angestelltes Personal betrachtet werden. Allerdings fehlen diese Stellenprozente bei der Personalstellenübersicht, welche jeweils vorliegt. Dies ist nicht im Sinne des Erfinders, sondern man wischt sich selbst Sand in die Augen. Hier besteht für die Regierung Handlungsbedarf, damit der beschlossene Stellenstopp nicht missbraucht wird.
Bei den Kontengruppen «Dienstleistungen Dritter» hat die Stawiko festgestellt, dass Aufwand wie Versicherungsprämien, Porti und sonstige fixen Ausgaben verbucht werden. Dies entspricht nicht dem Verständnis der Stawiko von «Dienstleistungen Dritter». Im Nachgang zur Stawiko-Sitzung hat ihr die Finanzdirektion die Aufstellung auf Seite 4 ihres Berichts zur Verfügung gestellt, auf welcher die eigentlichen Dienstleistungen Dritter enthalten sind. Demnach beträgt die Summe rund 5,8 Millionen Franken. Die Stawiko hat davon Kenntnis, dass beispielsweise Protokollführungen extern eingekauft werden. Ihrer Meinung nach sind solche Arbeiten durch eigenes Personal auszuführen. Die Dienstleistungen Dritter sollten für den

Beizug von externen Fachkräften reserviert sein, deren *Knowhow* intern nicht vorhanden ist. Die Stawiko fordert die Regierung auf, hier entsprechende Weisungen zu erlassen.
Beim Personalaufwand besteht ein gewisser Handlungsspielraum. Die Stawiko empfiehlt deshalb, eine Art Stellenpool einzuführen, damit freiwerdende Stellen – wie etwa nach der Ablehnung des Stadttunnels – neu der gesamten Verwaltung zur Verfügung stehen, so dass die Ressourcen dort eingesetzt werden können, wo sie dringend gebraucht werden. Selbstverständlich ist auch ein Stellenabbau durch natürliche Abgänge möglich.
Grosse Brocken sind insbesondere in der Baudirektion vorhanden. Die Stawiko ist der Meinung, dass es keine Luxuslösungen mehr geben darf und stellt den «Zuger *Finish*» als Ganzes in Frage. Auf Seite 6 ihres Berichts hat sie unter Ziff. 3.5 einige Beispiele aufgeführt, von denen sie meint, dass Zurückhaltung angebracht ist. Mit den einzelnen Gemeinden ist zu klären, ob die Projektausführung tatsächlich Sinn macht. Bei den Projekten Busspur Bahnmatt in Baar oder bei der Bushaltestelle Oberedlibach in Menzingen haben Stawiko-Mitglieder Kenntnis davon, dass diese Projekte von den Gemeinden eher negativ beurteilt werden. Ein Dorn im Auge ist der Stawiko die Kantonssschule Röhrliberg. Gegenüber dem damaligen Raumplanungsentscheid haben sich die Grundlagen diametral verändert. Die Stawiko erachtet es als unangebracht, diese Schule zu planen, ohne dass der Kantonsrat dafür entsprechende Kredite gesprochen hat. Da die Schulen in Zug und Menzingen massiv ausgebaut werden, stellt die Stawiko den Bau einer neuen Kantonsschule im Ennetsee mehr als in Frage. Diese ist schlicht nicht finanzierbar.
Erstaunt ist die Votantin über die Wellen, die der Stawiko-Bericht in den Medien ausgelöst hat. Nicht der desolate Zustand der Zuger Finanzen – wie eben ungeschönt ausgeführt –, sondern ein Prüfauftrag der Stawiko an die Regierung steht im Vordergrund. Nach der Publikation des Berichts wurde vor allem die «Neue Zuger Zeitung» aktiv und berichtete über die Anregung, die Schulungsinstitutionen mit ungenügender Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Es war der Zeitung je einen Artikel in der Freitags-, Samstags- und sogar Sonntagsausgabe wert. Die Votantin betrachtet es als Pflicht der Staatswirtschaftskommission, auf Wirtschaftlichkeit und sparsamen Umgang mit den Steuergeldern hinzuwirken. Sie ist deshalb nicht nur erstaunt, sondern befremdet über die Berichterstattung. Die Medien halten die Medienfreiheit als höchstes Gut hoch – und monieren gleichzeitig die Denkfreiheit der Politiker: Für die Stawiko-Präsidentin geht das nicht auf.
Was sind die Konsequenzen, wenn die Sparanstrengungen keine Früchte tragen sollten? Um Defizite von jährlich rund 200 Millionen Franken auszugleichen, bräuchte es eine Erhöhung der kantonalen Steuern um rund 33 Prozent. Der Steuerfuss müsste von aktuell 82 auf 105 Prozentpunkte erhöht werden. Darin eingerechnet sind jedoch keinerlei Kostensteigerungen, welche z. B. im Asylwesen – was auf der Hand liegt – kommen werden. Eine Steuererhöhung in diesem Ausmass kann sich der Kanton Zug in Zeiten der Frankenstärke, der Unternehmenssteuerreform III und sonstiger unsicherer Entwicklungen jedoch schlicht nicht leisten. Deshalb gilt es, die Hausaufgaben zu machen, den Gürtel enger zu schnallen und die strukturellen Defizite zu eliminieren. Dieser Appell geht nicht nur an die Regierung, sondern vor allem an den Kantonsrat. Zu sorglos hat dieser in der Vergangenheit der Regierung und Verwaltung neue Aufgaben übertragen und mit der grossen Kelle angerührt. Das muss korrigiert werden – und die Stawiko-Präsidentin zählt hier auf ihre Ratskolleginnen und -kollegen. Durchhaltewillen bei den Sparbemühungen ist ebenso gefragt wie Vertrauen in die Regierung und die Verwaltung. Die Lage ist ernst.

Die Kürzungsanträge der Stawiko wird die Votantin in der Detailberatung näher erläutern. Abschliessend hält sie fest, dass die Staatswirtschaftskommission es sich mit dem Budget 2016 nicht leicht gemacht und in einer zehnstündigen Sitzung darüber gebrütet hat. In einer ersten Schlussabstimmung hielt das Zwischenergebnis nicht stand: Das Budget wurde von einer Mehrheit abgelehnt. Nach einem Rückkommensantrag und der Vornahme einer pauschalen Kürzung um 5 Millionen Franken war dann das Budget bei einem Stimmenverhältnis von 10 zu 3 Stimmen mehrheitsfähig. Im Namen der Staatswirtschaftskommission dankt die Votantin dem Rat im Voraus für die Unterstützung.

**Pirmin Frei** nimmt es vorweg: Die CVP-Fraktion stimmt dem Budget 2016 mit allen Anträgen der Stawiko zu. Zu den Anträgen auf darüber hinaus gehende Kürzungen bietet die CVP keine Hand. Sie genehmigt überdies den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2016 der PHZ sowie das Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel. Steuererhöhungen lehnt die CVP ab.
Der Rat führt heute eine historische Debatte. Es ist nicht das erste Mal, dass er über ein «rotes» Budget diskutiert. Gefühlsmässig ist es aber das erste Mal seit Jahrzehnten, dass der Hinterste und Letzte in diesem Saal glaubt, dass der Kanton Zug auch am Ende des Budgetjahrs «rot» dastehen wird. Diese Feststellung darf keinen Anlass zu budgetpolitischer Hektik geben, aber sie unterstreicht die Ernsthaftigkeit der aktuellen Situation.
Die Stawiko-Präsidentin hat die finanzielle Auslegeordnung gemacht; ihren Ausführungen ist nichts mehr beizufügen. Alle kennen die Budget- und Planungseckwerte, die allgemeinen Wirtschaftsprognosen und die geopolitische Grosswetterlage. Ziel für heute muss ein verabschiedetes Budget 2016 sein. Alles andere wäre unverantwortlich und für den Kanton Zug ein Armutszeugnis sondergleichen. Nichts wäre gewonnen, aber viel verloren – insbesondere Geld, das der Kanton Zug nicht hat. Das ist die einhellige Meinung der CVP-Fraktion. Und das müsste auch die Meinung aller Kantonsrätinnen und -räte sein, denen der Kanton Zug mehr wert ist als Parteidoktrin.
Einige grundsätzliche Gedanken:
• Die Regierung hat ein Entlastungspaket geschnürt. Dafür gebührt ihr Dank und Respekt. Die Regierung ist auf ihrem Weg ohne Wenn und Aber zu unterstützen.
• Die Regierung hat angekündigt, die Finanzstrategie 2012–2020 zu überarbeiten und das Projekt «Finanzen 2019» zu eröffnen. Sie hat damit weitere Einsparungen, ja sogar Leistungsabbau in Aussicht gestellt. Die CVP unterstützt die Regierung in ihrem Bestreben nach einem ausgeglichen Staatshaushalt. Wie die Regierung ist auch die CVP zuversichtlich, dass die Verwaltung diese zusätzlichen Herausforderungen wird stemmen können.
• Der Verwaltung inkl. Lehrerschaft ist für ihren bisherigen Einsatz zugunsten des Kantons und ihre aktive Beteiligung an der Umsetzung des Entlastungspakets zu danken. Wenn die Verwaltung, die bislang – das werden auch die Personalverbände bestätigen – von guten bis sehr guten Arbeitsbedingungen profitiert hat, allenfalls weitere Opfer bringen muss, so ist dies kein Misstrauensvotum, sondern *eine* Voraussetzung dafür, dass der Kanton Zug in ein paar Jahren finanziell wieder gesund dastehen wird.
• Der Staat ist kein Unternehmen. Unternehmen sind gewinnorientiert, der Staat ist wohlfahrtsorientiert. Massgrösse für den Staat sind daher nicht einzelne Bürger, sondern die gesamte Bevölkerung. Das sagt nicht der Votant, sondern die schweizerische Bundesverfassung. Wer vor diesem Hintergrund glaubt, er tue in der heutigen Debatte etwas besonders Gescheites, indem er aus der Betriebswirtschaftslehre zitiert und brachiale Forderungen stellt, nur weil das in der Privatwirtschaft ab

und zu so passiert, verkennt seine Aufgabe als Staatsdiener fundamental. Dennoch darf das, was aktuell in den Unternehmen abgeht, nicht einfach ausser Acht gelassen werden. Namentlich dann, wenn man über allfällige Sparmassnahmen im Personalbereich spricht, darf man nicht vergessen, dass im Moment viele Unternehmen vor gewaltigen Herausforderungen stehen und viele Angestellte in der Privatwirtschaft um ihren Job bangen müssen.

• Die Stawiko hat die «Schatztruhe des Kantons» zu hüten. Ihr «Hütedispositiv» war in den letzten Jahren mit üppigen Ertragsüberschüssen nicht allzu streng – um nicht zu sagen: lasch. Das hat sich schlagartig geändert. Es ist Aufgabe der Stawiko bzw. jedes Stawiko-Mitglieds, jede staatliche Auf- und Ausgabe kritisch zu hinterfragen. Das heisst bei einem «roten» Budget: zusätzliches Sparpotenzial suchen. Als Mitglied einer Stawiko-Delegation musste der Votant dieses Jahr erstmals feststellen, wie schwierig diese Aufgabe ist. Zu gross ist der Informationsvorsprung der Gesprächspartner in den Direktionen. Glaubt die Direktion, die Zitrone sei bereits ausgepresst, wird man von ihr nicht ernsthaft erwarten können, sie würde von sich aus noch einen Tropfen Zitronensaft rausdrücken.

So stand die Stawiko an ihrer Budgetsitzung vor gut drei Wochen vor einem Budget von 1,4 Milliarden Franken, wohl wissend, dass ein grosser Teil dieses Budgets gebunden ist und kein Sparpotenzial bietet – Stichworte NFA, Sozialversicherungsbeiträge etc. Andererseits aber sah sie ein Total von 425,5 Millionen Franken für Personal-, Sach- und Betriebsaufwand. Jedes Ratsmitglied weiss aus eigener Erfahrung, dass in einem solch grossen Betrag noch Luft drin ist – nicht offensichtlich, vielleicht etwas versteckt, aber auch nicht gänzlich unauffindbar. Unter Luft versteht der Votant hier Budgetpositionen, die sich streichen oder kürzen lassen, ohne dass der Kanton in seiner Existenz gefährdet wird.

Stawiko und CVP beantragen dem Kantonsrat 5 Millionen Franken zusätzliche Einsparungen im Budget. Das ist etwas mehr als 1 Prozent des erwähnten Totals von 425 Millionen Franken. Das muss schlicht und einfach machbar sein! Auch die letztjährige Budgetkürzung hielt die Regierung für nicht realisierbar – und siehe da: Es ging doch! Und wer soll diese Forderung umsetzen? Selbstverständlich die Regierung, denn *sie* weiss am besten, wo es sich lohnt, nochmals über die Bücher zu gehen; *sie* kennt die gesetzlichen Spielräume, etwa im Personalbereich; *sie* stuft neues Personal lohnmässig ein; *sie* kann abschätzen, ob jemand, der in Pension geht, tatsächlich ersetzt werden muss; und *sie* kann beurteilen, ob es in jeder Direktion einen oder gar mehrere Mediensprecher braucht.

Wenn die Regierung in ihrer Verteidigungsstrategie die 5 Millionen Franken in Personal aufrechnet, das man bei einer Gutheissung des Stawiko-Antrags entlassen müsste – sie spricht von rund dreissig Personen –, so macht sie es sich schlicht zu einfach. Entlassungen sind *ultima ratio,* dazwischen gibt es Handlungsvarianten. Und dass man im Kanton Zug beim Sach- und Betriebsaufwand sparen kann, wird jedem klar, der sich nur einmal den Ausbaustandard der öffentlichen Gebäude vergegenwärtigt. Zu einfach würde es sich die Regierung auch machen, wenn sie die 5 Millionen Franken paritätisch auf alle Direktionen verteilen würde. In Krisen ist Führung gefragt, nicht Arithmetik.

• Steuererhöhungen dürfen zum jetzigen Zeitpunkt kein Thema sein. Wohlstand fängt mit Sparen an, nicht mit höheren Steuern. Der Kanton Zug hat in guten Zeiten Reserven geschaffen, die man in schlechten Zeiten abrufen kann. Diese Reserven gehören den Zugerinnen und Zugern, die in den letzten Jahren dem Staat über das tatsächlich Notwendige hinaus Geld zur Verfügung gestellt haben. Bevor man diese bereits wieder zur Kasse bittet, sind die vorhandenen Eigenmittel abzubauen. Mit Blick auf die Finanzperspektiven wird man nicht umhin kommen, eines Tages über Steuererhöhungen zu sprechen – dies aber frühestens nach der Debatte über

das hängige Entlastungspaket. Alles andere würde das Entlastungspaket massiv gefährden.
Schliesslich hält der Votant fest: Die Lage ist nicht hoffnungslos, aber sie ist ernst. Niemand im Kantonsratssaal kann für sich in Anspruch nehmen, nichts zur aktuell schwierigen Situation beigetragen zu haben. Alle haben in letzter Zeit Ausgaben zugestimmt, denen man heute mit Blick auf das Budget nicht mehr zustimmen würde: Dreifachturnhalle, Stadttunnel, Regelklassengrössen, KESB, um nur einige Beispiele zu nennen. Ständiges Sparen bringt nichts; nichts vergeuden bringt es! Der Votant ruft dazu auf, auf gegenseitige Vorwürfe – «Wir haben es immer gesagt», «Ihr habt dem zugestimmt, jetzt habt ihr's», «Das alles ist das Resultat einer verfehlten Politik, ihr wolltet es nur nicht hören» – zu verzichten. Es sollten auch keine Anträge gestellt werden, die aufgrund der Kräfteverhältnisse absolut keine Chance auf Erfolg haben. Der Kantonsrat macht Politik für den Kanton Zug, nicht für das Schaufenster! Absolut daneben wäre es, wenn Anträge gestellt würden, mit denen Entscheide der Regierung, welche diese in eigener Kompetenz gefällt hat, rückgängig gemacht werden sollen; etwas Kultur sollte man im Kantonsrat schon noch pflegen! Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass die Stawiko ihre Aufgabe sehr ernst genommen hat: Jeder einzelne Kürzungsantrag ist fundiert, und eine pauschale Budgetkürzung ist realisierbar.

**Oliver Wandfluh** hält fest, dass die SVP-Fraktion aufgrund des Entlastungsprogramms 2015–2018 ein ausgeglichenes Budget erwartete – insbesondere, wenn man bedenkt, dass das operative Defizit 176,3 Millionen Franken beträgt und mit 150 Millionen Franken aus der Ressourcenausgleichsreserve teilweise gedeckt wird. Die SVP hätte von der Regierung erwartet, dass durch weitere Sparbemühungen im Minimum ein ausgeglichenes Budget präsentiert würde. Auch die Stawiko lehnte in der ersten Schlussabstimmung das Budget 2016 ab. Erst aufgrund dieser Ablehnung war der Finanzdirektor bereit, den Sparbemühungen der Stawiko entgegenzukommen.
Die SVP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass in den folgenden Jahren ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden sollte, bei gleichbleibendem attraktivem Steuersatz. Aus diesem Grund wird sie nicht nur sämtliche Stawiko-Anträge unterstützen, sondern dem Parlament noch weitere Sparvorschläge unterbreiten – auch wenn das Pirmin Frei nicht passen sollte. Seit Jahren hat die SVP-Fraktion auf die angespannte finanzielle Lage aufmerksam gemacht und dem Parlament wiederholt Sparanträge unterbreitet – und keinerlei Unterstützung erhalten. In der Vergangenheit war die SVP der Meinung, dass Pauschalkürzungen der geeignete Weg seien, um die Regierung in ihrem Handeln nicht allzu stark einzuengen. Da dieses Vorgehen nicht von Erfolg gekrönt war, wird sie in der diesjährigen Budgetdebatte detaillierte Kürzungsanträge stellen, auch weil sie der Meinung ist, dass diejenigen Direktionen, die den Aufwand bereits reduziert haben, nicht doppelt bestraft werden sollten.
Wie erwähnt, ist das Ziel der SVP-Fraktion ein im Minimum ausgeglichenes Budget 2016. Die SVP ist überzeugt, dass der Zuger Bevölkerung mit bürgerlichem und wirtschaftlichem Gedankengut und einem attraktiven und konkurrenzfähigen Steuersatz ein ausgeglichenes Budget 2016 präsentiert werden kann. Eintreten ist für die SVP-Fraktion unbestritten.

**Philippe Camenisch** als Sprecher der FDP-Fraktion nimmt an, dass sich alle die Augen rieben, als sie das prognostizierte Ergebnis des Budgets 2016 sahen. Und auch danach war das Defizit immer noch gleich hoch, es gab kein Erwachen aus einem bösen Traum. Dass nicht die Bäume, sondern gegebenenfalls nur die Defizite

in den Himmel wachsen, wird mit dem Budget 2016 klar: 175 Millionen Franken strukturelles Defizit sind nicht nur happig, sondern besorgniserregend. Es ist mehr als nur etwas Gegensteuer erforderlich, denn eine fortdauernde Defizitwirtschaft ist ökonomisch wie rechtlich nicht tragbar bzw. zulässig. Der Zuger Finanzhaushalt gehört gehörig ertüchtigt. Auch der Regierungsrat äussert sich in seiner Medienmitteilung vom 23. September 2015 wie folgt: «Der Regierungsrat setzt alles daran, den Aufwand mit geeigneten Massnahmen abzubauen. Dafür wird er die Finanzstrategie grundlegend überarbeiten. Gleichzeitig wird er mit dem Projekt ‹Finanzen 2019› die Einnahmen und Ausgaben langfristig in Einklang bringen. Im Unterschied zum Entlastungsprogramm 2015–2018, das mit Sofortmassnahmen Wirkung entfaltet, geht es jetzt darum, eine strategische Analyse des gesamten Aufgaben- und Leistungskatalogs zu erarbeiten.» Soweit so gut. Der Regierungsrat fährt fort: «Dabei ist ein Leistungsabbau nicht zu vermeiden …» – das ist immer noch gut, doch jetzt kommt es: «… und auch Steuererhöhungen sind möglich.» Diese letzte Aussage muss man heute gleich wieder vergessen.

Doch alles der Reihe nach. Vielleicht wird nun allen klar, weshalb ein schlanker Staat eine dauernde Zielsetzung ist bzw. sein muss. Es ist wohl eine Binsenwahrheit, dass sich Steuererträge ungefragt verändern, also auch zurückgehen können, während die Kosten, welche für liebgewonnene Leistungen – sprich: Aufgaben des Staates und Folgekosten von in der Vergangenheit getätigten Investitionen – dann wie ein am Klotz am Bein hängen. Das ist keine angenehme Feststellung, da man den Klotz in einem demokratisch organisierten Staat kaum mehr loswird. Das ist keine Wertung, sondern lediglich eine Feststellung. Dass dies so ist, hat mit dem Umverteilungssystem in der Gesellschaft zu tun. So steht eine kleinere Anzahl von Steuerzahlern, welche einen Grossteil zum Steueraufkommen beitragen, einer viel grösseren Zahl von Personen gegenüber, welche von Leistungen des Staates profitieren, an deren Bereitstellungskosten aber nur einen Anteil bezahlen. Das wirkt wie bei der NFA: viele Nehmer, wenige Geber.

Dass die Situation im Zuger Finanzhaushalt schier explodiert, hat verschiedene, auch strukturelle Gründe wie die NFA – mit 326 Millionen Franken im Budget –, die demografische Entwicklung, welche zu Mehrkosten im Gesundheitswesen führt, etc. Man muss heute aber nicht darüber, sondern über hausgemachte, also vom Kantonsrat hier in Zug verursachte Kosten sprechen, aber auch über Kosten, welche die Bundesgesetzgebung impliziert. Ein Beispiel ist die KESB, deren Organisation kostenmässig einem Fass ohne Boden gleicht. Ein weiteres Beispiel ist die Spitalfinanzierung. Der Kanton muss seinen Finanzierungsanteil auf 55 Prozent erhöhen, ob er will oder nicht; seine Einflussmöglichkeiten sind – zumindest kurzfristig – leider gering. Doch der Kaufrausch des Kantonsrats mit seiner – zumindest in gewissen Situationen mutet es so an – Schlussverkaufsmentalität muss zu denken geben. Auch dazu ein Beispiel: Die vom Rat bewilligte Dreifachturnhalle an der Kantonsschule Zug klingt wie ein Multipack, will heissen: 3 für 2. Doch eigentlich wäre der Rat dazu angehalten, nur das einzukaufen, was auf dem Einkaufszettel steht, und nicht nachzulegen, weil es gerade günstig ist. Das kann jeder am morgigen *Black Friday* tun und damit seiner privaten Zugreifmentalität frönen.

Der Votant wäre mehr als glücklich, wenn er mit seinen Aussagen falsch liegen würde. Leider ist dies nicht der Fall. Der Rat kann sich die Augen reiben, so viel er will: Er ist in der unschönen finanziellen Realität angekommen und nicht in einem bösen Traum. Nachdem er nun aufgewacht ist, muss er handeln, will heissen: auch sein Verhalten beim Geldausgeben ändern. Also weniger und ohne «Zuger *Finish*».

Es ist eine Tatsache, dass das Budget 2016 ein besorgniserregendes operatives Ergebnis veranschlagt, und auch der Finanzplan vermag die Sorgenfalten nicht wirklich zu glätten. Doch die Regierung – und dafür gilt ihr zu danken – hat sich

schnell bemüht, die ihr zustehenden Massnahmen zur Ausgabenreduktion zu ergreifen. Und mit dem Massnahmenpaket II hält die Regierung weitere Ideen bereit, welche die kantonalen Finanzen nachhaltig entlasten sollen. Doch wird dies leider nicht genügen. Unschön ist auch, dass Kosten zu den Gemeinden verschoben und somit aus Sicht des Steuerzahlers nicht eliminiert werden.
Will man den Staatshaushalt nachhaltig sanieren, wird man nicht umhin kommen, den Leistungskatalog gründlich und ohne Tabus zu hinterfragen. Doch das ist für Milizparlamentarier eine sehr schwierige Aufgabe. Als Milizparlamentarier hat man vor allem den Blick für die sichtbaren Leistungen wie Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Soziales oder Mobilität, wobei Kürzungen in diesen Bereichen in jedem Fall grossen Widerstand auslösen. Für wenig oder nicht sichtbare Leistungen, auf welche man verzichten könnte, fehlt dem Milizparlament der Überblick – ein Nachteil des Globalbudgets, wie sich nun herausstellt. Aber auch für den Regierungsrat dürfte das Unterfangen im Lichte des demokratischen Prozesses mehr als schwierig sein. Denn wie weit will er in seinen Sparbemühungen gehen, wenn das Parlament vielleicht oder ohnehin mit Kürzungen nachlegt?
Vor diesem Hintergrund erscheint zum heutigen Zeitpunkt nur ein Weg zielführend, um absehbare, aber auch vorhersehbare Ergebnisse zu erzielen: ein strukturiertes und stringentes Vorgehen, wie es auch von der Regierung vorgeschlagen wird. Auch so wird die Durchsetzung eines Leistungsabbaus viele Kontroversen und viel Widerstand auslösen, denn man spricht definitiv nicht mehr von Links-rechts-Themen, wenn man bei der Sicherheit (Polizei), bei der Bildung (Schulklassengrössen), bei der Gesundheit (Krankenkassenzuschüsse zur Entlastung von Familien, Kantonsanteil bei der Spitalfinanzierung) etc. sparen will.
Es ist frustrierend, dass auch die Stawiko kein weiteres Sparpotenzial in grossem Ausmass vorschlagen kann. Vermutlich muss der Rat deshalb erkennen, dass er, nachdem er die Leistungen des Kantons über die letzten Jahre stetig und bei akribischem Mehrkostenausweis ausgebaut hat, sich nun daran machen muss, diese Leistungen systematisch und stetig zu redimensionieren. Dies ist ein Marathonlauf und kein Sprint, also kein *Quick Win* – es gibt keine *Reset*-Taste.
Zum Steuerfuss: Heute eine Erhöhung des Steuerfusses ins Auge zu fassen, ist mit einer Verweigerung gleichzusetzen, nur schon den Willen an den Tag zu legen, die Ausgaben an die neuen Realitäten anzupassen. Steueranpassungen können erst dann geprüft werden, wenn die Ausgaben nachhaltig reduziert und an die heutigen Einnahmen angepasst wurden. Eine Steuererhöhung kann allenfalls im einem weiteren Schritt nur dazu dienen, eine spätere, weitere Erosion der Steuereinnahmen infolge der Unternehmenssteuerreform III sowie infolge von Auswirkungen aus anderen «Umwelteinflüssen» wie beispielsweise *Base Erosion and Profit Shifting* (BEPS) zu mildern. Aber man muss sich bewusst sein, dass eine Erhöhung der Steuereinnahmen nicht ausschliesslich über den Steuerfuss abgehandelt werden kann. Da wird ein grösserer Kreis mithelfen müssen, sprich: Der Kreis der Zahler wird über eine Steuergesetzrevision ausgeweitet werden müssen.
Zusammenfasend hält der Votant fest:
• Sich vor der Tatsache zu verschliessen, dass Kosten und damit auch Leistungen abgebaut werden müssen, und stattdessen hauptsächlich Steuern erhöhen zu wollen, ist blauäugig und falsch. Die ohnehin kaum abbremsbare Ausweitung des Staates käme noch mehr in Fahrt. Zudem sind von Bern diktierte Mehrausgaben vorprogrammiert, welche in die Überlegungen einbezogen werden müssen.
• Eine Steuererhöhung würde dem Finanzhaushaltgesetz implizit widersprechen. Da früher das Geld nicht zurückgegeben wurde – in Form von Steuersenkungen –, steht es heute dem Bürger zu, bevor man diesem weiteres Geld aus der Tasche zieht.

• Effizienzsteigerungen sind zu befürworten und zu forcieren, haben aber Grenzen. Der Staat kann z. B. seine Kosten nicht ins günstigere Ausland auslagern, was in der Privatwirtschaft eine Realität ist. Oder ist es durchsetzbar, die wöchentliche Arbeitszeit des Staatspersonals ohne Lohnausgleich zu erhöhen und damit Stellen zu streichen? Die Klassengrösse wurde kürzlich im Schulgesetz auf Komfortniveau eingestellt, obschon der Rat die Dramatik der Finanzen bereits kannte. Die Konsequenz ist: Man muss den Leistungskatalog anpassen.
• Vorderhand gilt es, strukturiert, stringent und damit nachvollziehbar vorzugehen. Die Politik des Zeichensetzens in Form von Pauschalkürzungen ist zwar verlockend, sie ist aber eher als Disziplinierungsmassnahme zu betrachten und somit vorerst nicht anzuwenden. Der Regierungsrat hat einen starken Willen an den Tag gelegt, die Finanzen ins Lot zu bringen. Man wird ihn am Ergebnis messen. Es gilt somit, den Regierungsrat zu unterstützen.
• Der Kanton Zug hat ein Reservepolster, auch in Form von hoher Liquidität. Es ist keinesfalls das erklärte Ziel, dieses Geld mit einer hohen *Burn Rate* buchstäblich durch den Kamin zu blasen. Demnach steht der Kanton Zug nicht vor dem Kollaps, so dass willkürliche Entscheide nicht angezeigt sind. Vielmehr muss man bestimmt, aber auch besonnen vorgehen.
• Kleinvieh produziert zwar auch Mist, doch müssen heute und auch in Zukunft die grossen Brocken nicht minder im Vordergrund stehen.
Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und spricht sich klar für die Genehmigung des Budgets 2016 aus, samt allen Anträgen der Stawiko. Sie will ein tragfähiges Ergebnis erzielen. Sie wird jedoch Anträge auf Pauschalkürzungen, welche unklare bzw. nicht absehbare Auswirkungen haben, nicht unterstützen. In diesem Sinne hofft der Votant auf eine zielführende Beratung des Geschäfts. Bezüglich der nicht beeinflussbaren Kosten fügt er an, dass der Kantons Zug glücklicherweise zwar über eine hohe Liquidität verfügt, wobei die Bundesobligationen allerdings noch nie so wenig rentierten wie heute: Für eine zehnjährige Bundesobligation muss man aktuell einen Minuszins von 0,375 Prozent bezahlen. Das kann für den Kanton inskünftig gehörig ins Tuch gehen: 0,5 Prozent Negativzins sind 5 Millionen Franken pro 100 Millionen Franken *Cash.*

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG und hält fest, dass der Bericht und Antrag des Regierungsrats zum Budget 2016 und der Stawiko-Bericht verschiedene Ansätze für eine ausführliche Diskussion im Rat bieten. Zuerst möchte der Votant aber einen kurzen Blick zurück auf einen Artikel in der «Neuen Zuger Zeitung» vom Freitag, 4. April 2014, werfen. «Bis 2030 gibts keine Steuererhöhungen», war der Titel des Zeitungsartikels. Dem Artikel kann man entnehmen, dass die Regierung bis im Sommer 2014 noch der Ansicht war, dass auch weitere Steuersenkungsauswirkungen, zum Beispiel durch die Unternehmenssteuerreform III, minimal sein würden und sie deshalb ihrer Strategie treu bleiben könne. Weiter konnte man lesen, dass rote Zahlen den Finanzdirektor nicht über Gebühr beunruhigten, selbst nicht vor dem Hintergrund, dass sie wohl bis gegen 2018 rot bleiben würden. Die Leistungen des Kantons müssten daher nicht übermässig überprüft werden. Regierungsrat Peter Hegglin beschrieb die Finanzen des Kantons als «solide». Deshalb wolle er an der Steuerpolitik des Kantons nichts ändern. Die Regierung beabsichtige, den eingeschlagenen Weg fortzuführen, und setze auf Stabilität: «Es ist sehr wichtig in der heutigen Zeit, dass ein Kanton berechenbar ist.» Kein Wort von Leistungsabbau oder -überprüfung.
Einige Wochen nach dieser Aussage sah alles vollständig anders aus, und man verkündete in den Sommerferien ein kantonales Sparpaket, welches eine unglaubliche Dynamik aufgenommen hat und von dem selbst die Regierung oder die Finanz-

direktion nicht immer genau wissen, wo welche Projekte und Sparmassnahmen aktuell stehen. Die Koordination von Entlastungspaket, «Finanzen 2019», neuer Finanzstrategie, der allgemeinen Strategieüberarbeitung, der Regierungs- und Verwaltungsreform 2019 und weiteren Mammutprojekten ist ein Ding der Unmöglichkeit. Auch die Erarbeitung eines neuen ZFA mit den Gemeinden kann nicht einfach so schnell-schnell durchgedrückt werden. Und wer hier einfach nach dem Motto «Augen zu und durch» vorwärts machen möchte, arbeitet und politisiert schlicht unseriös. Der Votant glaubt, dass so viele Mammutprojekte, welche alleine schon wegen des forschen Tempos der einzelnen Vorlagen nie und nimmer aufeinander abgestimmt werden können, nicht seriös und nachhaltig zum Guten des Kantons bearbeitet werden können. Entweder will man einen möglichen politischen Prozess in den einzelnen Vorlagen eliminieren, indem man sagt «Friss oder stirb», oder man glaubt allen Ernstes daran, dass solche Prozesse des Wandels einfach so – ohne ernsthafte Konsequenzen beim Personal, welches die Dienstleistungen erbringen muss, oder bei der Leistungserbringung für die Bevölkerung – umsetzbar sind.
Wenn der Regierungsrat auf Seite 6 des Budgetbuchs von «unerwartet hohen Aufwandsteigerungen» spricht, dann muss man ein grosses Fragezeichen in den Raum stellen. Wer mit einigermassen offenen Augen durch die Welt, die Schweiz oder den Kanton Zug gegangen ist, konnte doch erahnen, dass sich Aufwandsteigerungen ohne grossen Einflussmöglichkeiten für den Regierungs- oder Kantonsrat im Finanzhaushalt niederschlagen würden. Oder wenn man die Fiskalerträge des Budgetjahrs und der weiteren Planjahre auf Seite 14 und 15 mit den dazu gehörenden Ausführungen anschaut, kann man einmal mehr festhalten, dass leider genau das eingetroffen ist, wovor die ALG bereits seit Jahren warnte: Zug erntet jetzt die bitteren Früchte der übertriebenen bürgerlichen Steuersenkungspolitik der letzten Jahre.
96 Millionen Franken tiefere Steuererträge im Planjahr 2018, als noch vor einem Jahr prognostiziert: Das ist schon happig, vor allem wenn man sich nochmals die Ausführungen zu den Steuererträgen und der gesunden Finanzlage aus dem zuvor erwähnten Artikel in der «Neuen Zuger Zeitung» in Erinnerung ruft. Man erlebt jetzt im Budget 2016 also auch die Folgen der bürgerlichen Finanzpolitik, ist dieses Budget doch den vielen kantonalen Steuersenkungen geschuldet, welche man sich in dieser Form eben nicht leisten konnte. Hätte man nur einen Hauch mehr auf die warnenden Stimmen aus dem Lager der ALG gehört, hätte man heute eine andere Ausgangslage und müsste nicht Leistungen für eine Mehrheit der Bevölkerung abbauen, nur um die Steuerprivilegien für einige wenige zu erhalten.
All jenen, welche die Steuersenkungen mit dem Fünfjahres-Betrachtungszeitraum im FHG in Verbindung bringen, sei gesagt: Man kann diesen Zeitraum noch so lange hervorheben und darauf verweisen, real zeigt sich doch nun hier und heute bei der Beratung des Budgets 2016, dass dieser Betrachtungszeitraum völlig falsch war und ist. Es gab und gibt Vorstösse aus bürgerlichen Reihen hier im Rat, welche sich auch nicht um Artikel in anderen Gesetzen kümmern. Aber es ist klar: Man hält sich halt primär an die Paragrafen, welche in die eigene heile Politwelt passen. Das ist möglicherweise auf linker Seite nicht anders, es ist im aktuellen Beispiel aber doch überaus deutlich sichtbar.
Fakt ist: Die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre auf kantonaler und auf Bundesebene wirken sich wesentlich auf die Erträge aus. Und die nächste Grossbaustelle bei den Steuern steht ja erst noch bevor. Dem Votanten läuten beim Blick auf die Unternehmenssteuerreform III die Alarmglocken, wenn er sieht, wie intransparent und wenig vorausschauend man dabei gerechnet, kommuniziert oder die Bevölkerung mit Blick auf die Volksabstimmung informiert hat.
Zum Personal: Die Regierung will bis 2018 mit den auf das kommende Jahr bereits geschrumpften Personalressourcen auskommen. Ob dies mit Blick auf die bereits

angetönten Mammutprojekte ein sinnvoller Entscheid ist, bezweifelt die ALG. Sie befürchtet, dass die Anstellungsbedingungen darunter leiden und sich gute Leute anderweitig orientieren oder sich bei einer offenen Stelle zweimal überlegen, ob Zug der richtige Arbeitgeber sei. Zudem – und das ist nun halt ganz «dumm» gelaufen – ist der Kanton Zug nach wie vor eine Wachstumsregion. Jedes Jahr fallen mehr Aufgaben an, wollen mehr Anfragen beantwortet und mehr Pendler transportiert werden; oder es fallen halt auch höhere Kosten im Sozial und Gesundheitsbereich an. Und diese Entwicklungen halten sich – wie auch Entwicklungen der Weltwirtschaft oder die globalen Migrationsströme – dummerweise nicht an den engen Blickwinkel von Zuger Sparpaketen. Gerade mit Blick auf das weitere Wachstum im Kanton Zug können die Alternativen und Grünen kein Verständnis dafür aufbringen, dass im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» gerade bei den Investitionsausgaben massiv auf die Bremse getreten wird. Nun gut: Dem einen oder anderen Strassenbauprojekt weinen sie keine Träne nach, aber die allgemeine Stossrichtung begrüssen sie nicht. Zudem: Wenn mit diesem zweiten Sparpaket die öffentlichen Leistungen massiv beschnitten werden sollten, dann bleibt in Zug neben den immer noch – auch bei einer Steuererhöhung – sehr tiefen Steuern nicht einmal mehr ein mittelmässiges Angebot für die grosse Mehrheit der Zuger Bevölkerung. Und hier ist der Votant sicher: Spätestens dann wird das Volk ein Machtwort gegen den im Bericht der Regierung bereits prognostizierten Leistungsabbau sprechen.

Der Votant hat das Wachstum im Gesundheitsbereich angesprochen. Bei der Gesundheitsdirektion hat man bei den Spitälern eine enorme Kostensteigerung: Schaut man sich die Entwicklung ab Rechnung 2012 mit den Prognosen bis 2019 an, ergibt sich eine Steigerung um fast 50 Prozent – wohl mehr oder weniger vollständig ohne Steuerungs- oder Eingriffsmöglichkeit durch den Regierungsrat, denn der Gesundheitsbereich ist fast vollständig privatisiert, und eine Steuerung oder Kostendämpfung durch die kantonale Politik oder den Regierungsrat ist nur schwer bis gar nicht möglich. Dass im Bereich der Gesundheit aber einmal mehr bei der Prämienverbilligung gespart werden soll, verurteilt die ALG klar. Bereits das Budget 2015 wurde hier um 3,3 Millionen Franken reduziert. Nochmals 2 Millionen Franken zu kürzen, ist nicht angebracht. Die ALG wird einen entsprechenden Antrag stellen.

Zum Schluss kommt der Votant noch auf den Stawiko-Bericht zu sprechen. Primär möchte er auf die pauschale Kürzung des Aufwands um 5 Millionen Franken eingehen. Die ALG lehnt diese von der Stawiko beschlossene Pauschalkürzung dezidiert ab. Hier haben aus Sicht der ALG viele Kommissionsmitglieder ihre Verantwortung nicht wahrgenommen. Wer sparen will, sagt, welche Leistung in welchem Amt reduziert wird, und versteckt sich nicht hinter dem Rasenmäher. Es mutet seltsam an, dass die Stawiko, welche jedes Amt und jede Leistung untersucht, am Schluss aus der Hüfte heraus mit einer pauschalen Kürzung kommt. Zudem gilt es hier in aller Deutlichkeit zu betonen: Auch wenn der Gesamtaufwand des Kantons rund 1,4 Milliarden Franken beträgt, so ist diese Summe noch lange nicht durch den Regierungsrat oder Kantonsrat selbständig beeinflussbar. Die entsprechende Summe liegt wesentlich tiefer, was in Kombination mit den bereits diskutierten Sparmassnahmen von gegen 100 Millionen Franken den Spielraum für solche Rasenmäher-Anträge massiv einschränkt und bedeutet, dass eine solche Kürzung nicht einfach so umgesetzt werden kann. Und wenn – wie von Vorrednern gehört – der Kantonsrat seine Verantwortung einfach der Regierung zuschiebt nach dem Motto «Wir wissen nicht, wo gespart werden kann, also Regierung, mach mal was!», dann ist das schlicht unseriös.

Beim aktuellen Budget schreibt die Regierung zum ersten Mal – «Was für ein Tabubruch!» sagen die einen, «Endlich!» sagt die ALG –, dass Steuererhöhungen wohl

unumgänglich seien. Die ALG ist dezidiert der Meinung, man müsste bereits jetzt diesen wichtigen Schritt zur Stabilisierung der Zuger Finanzen unternehmen, und beantragt deshalb eine Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 85 Prozent. Die so gewonnenen 21 Millionen Franken helfen, eine gesündere Staatskasse zu erhalten, und ermöglichen überlegteres Sparen. So wird die ALG beantragen, auf einige Sparrunden, vor allem bei Bildung und Gesundheit, zu verzichten. Qualität und gute Leistungen sind der ALG wichtig, vor allem in einem Wachstumskanton wie Zug. Zudem kann sich der Kanton Zug Steuererhöhungen locker leisten. Einen Massenexodus von betroffenen Steuerzahlern wird es kaum geben, zumal Zug auch nach einer Steuererhöhung im schweizerischen, aber auch internationalen Vergleich noch immer sehr gut dasteht.
Die ALG wird auf das Budget eintreten. Sie wird diverse Anträge stellen und meldet sich dazu in der Detailberatung zu Wort. Die Diskussionen in der Fraktion haben aber gezeigt, dass viele nur unter gewissen Bedingungen bereit sind, das Budget 2016 schlussendlich auch zu genehmigen. Ob dies der Fall sein wird, wird die nun folgende Debatte zeigen. Pirmin Frei sei daran erinnert, dass dem Kantonsrat die Budgethoheit zusteht und man im Rat Anträge stellen kann, über die diskutiert, beraten und schliesslich entschieden wird. Diese demokratische Mitwirkung einschränken zu wollen, indem Anträge, welche wahrscheinlich keine satte Mehrheit finden, nicht gestellt werden sollen, zeugt von einem seltsamen Verständnis von der Arbeit des Kantonsrats.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Zum vierten Mal in Folge – es begann 2013 – wird 2016 für die Laufende Rechnung ein Defizit erwartet. Dieses ist mit 176,3 Millionen Franken – die budgetierte Auflösung der Ressourcenausgleichsreserve um 150 Millionen Franken verfälscht das Bild – das grösste dieser vier Jahre. Damit schmilzt das über die letzten Jahre angesparte Eigenkapital, das einst mehr als 1,1 Milliarden Franken betrug, fast wie Butter an der Sonne. So kann es nicht endlos weitergehen. Der Regierungsrat hat Massnahmen ergriffen: Er startete ein Entlastungsprogramm und sparte im Budget 2015 damit 15,4 Millionen Franken, im Budget 2016 sind 35,4 Millionen Franken geplant. Dies genügt aber noch lange nicht. Das Entlastungsprogramm geht weiter und sollte mit den nötigen Gesetzesanpassungen im Jahr 2017 rund 73,4 Millionen und 2018 rund 99 Millionen Franken zur Verbesserung des Rechnungsergebnisses beitragen. Die SP-Fraktion wird einen Teil dieser Entlastungsmassnahmen mittragen, einige wird sie aus sozialpolitischen Gründen ablehnen.
Die vom Kantonsrat im Budget 2015 vorgenommene pauschale Kürzung beim Sachaufwand um 5,7 Millionen Franken wurde auch im Budget 2016 eingehalten. Beim Personalaufwand gibt es quasi einen Stellenstopp, trotz Globalbudget. Für 2016 werden 0,5 Prozent weniger Stellen vorgegeben, wobei der Votant hofft, dass dies ohne Entlassungen umgesetzt werden kann. Immer mehr Einwohner und Firmen im Kanton Zug, gleichzeitig eine Abnahme der Zahl der kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Zunahme von deren Arbeitsbelastung: Kommt das mittelfristig für den Kanton Zug wirklich gut heraus? Alles in allem spart der Kanton beim Personal, u. a. auch mit schlechteren Arbeitsbedingungen für die Angestellten, 4,4 Millionen Franken, also rund 1,3 Prozent der Ausgaben ein.
Einmal mehr steigt im nächsten Jahr der Beitrag des Kantons Zug an den NFA. Dies zeigt – auch wenn gewisse Korrekturen bei der Berechnung des NFA angebracht wären – vor allem eines auf: Der Kanton Zug hat schweizweit das höchste Ressourcenpotenzial, weshalb er so viel und pro Kopf am meisten an den NFA abzuliefern hat. Das Problem ist die Folge einer verfehlten bürgerlichen Steuerpolitik im Kanton Zug, die nicht mehr aufgeht. Wegen der diversen nationalen, aber vor

allem wegen der kantonalen Steuergesetzrevisionen hat Zug in den letzten Jahren massive Steuerausfälle erlitten. Wenn Zug sein Ressourcenpotenzial steuerlich auch nur ein bisschen besser nutzen würde, würden seine Defizite massiv kleiner. Die SP-Fraktion wird deshalb ebenfalls eine Steuerfusserhöhung von 82 auf 85 Prozent beantragen, welche zu einer Ertragssteigerung von rund 21 Millionen Franken führen würde. Es kann nicht sein und wird auch nicht umsetzbar sein, dass der Staatshaushalt nur über eine Kürzung der Ausgaben saniert wird; vielmehr darf auch die Einnahmenseite kein Tabu sein. Ein höherer Steuerfuss ist angezeigt, schon für 2016. Auch mit einem Steuerfuss von 85 Prozent steht Zug steuermässig in der Schweiz immer noch sehr gut da. In der Zwischenzeit hat ein Umdenken stattgefunden, und es ist auch für den Regierungsrat klar geworden, dass für einen ausgeglichenen Staatshaushalt unter anderem kurz- oder eher mittelfristig Steuerfusserhöhungen nötig sein werden.
Die SP-Fraktion wird in der nachfolgenden Debatte einen Teil der Stawiko-Anträge unterstützen, viele jedoch ablehnen. Sie wehrt sich insbesondere gegen die pauschale Kürzung um 5 Millionen Franken beim Personal- und Sachaufwand resp. die Anträge auf weitere pauschale Kürzungen. Hier wird der «Schwarze Peter» einfach dem Regierungsrat zugeschoben. Die SP ist klar gegen dieses Vorgehen. Sie erwartet einzeln begründete Kürzungen: Was soll wieso um welchen Betrag gekürzt werden? Die SP ist gegen die Rasenmähermethode mit Abschieben der Verantwortung an den Regierungsrat. Es ist ja bezeichnend, dass selbst aus der Stawiko relativ wenige deutlich begründete Kürzungsanträge gekommen sind.
Zusammengefasst beantragt die SP-Fraktion einen um 3 Prozent erhöhten Steuerfuss von 85 Prozent, lehnt viele der Kürzungsanträge der Stawiko sowie weitere neu vorgetragene Kürzungsanträge ab, vor allem wenn sie pauschaler Natur sind, und wird dafür stimmen, dass gewisse für 2016 geplante Kürzungen nicht vorgenommen werden. Je nach Ergebnis aller Entscheidungen behält sich die SP auch vor, allenfalls das Budget 2016 abzulehnen.
Abschliessend hält der Votant fest, dass er sich wie sein Vorredner dagegen wehrt, dass das demokratische Recht, Anträge stellen zu können, auch wenn sie aussichtslos sind, beschnitten werden soll.

**Daniel Stadlin:** Keine sprudelnden Steuererträge und keine grossen Überschüsse mehr – die Finanzen des Kantons Zug sind nicht mehr das, was sie einst waren. Seit 2013 hat man rückläufige Steuerträge bei gleichzeitig wachsenden Ausgaben. Der Finanzhaushalt gerät zunehmend in Schieflage, und der Ausblick auf die kommenden Jahre ist geradezu prekär. Daran wird auch das Entlastungsprogramm nicht wirklich etwas ändern, sogar wenn es als Ganzes umgesetzt werden sollte. Wie es aussieht, wird es den Finanzhaushalt nicht einmal mittelfristig stabilisieren können. Bereits für 2019 rechnet der Finanzplan mit fast 86 Millionen Franken ungedeckten Kosten. Der Sparanteil im Entlastungsprogramm ist offensichtlich ungenügend und zu wenig wirksam.
Eigentlich hätte für 2016 ein ausgeglichenes Budget erwartet werden können. Dass dem nicht so ist, ist nur schwer nachvollziehbar. Natürlich sind 0,2 Prozent Ausgabenwachstum nicht viel. Auch 26,3 Millionen Franken oder 1,8 Prozent mehr Ausgaben als Einnahmen sind nicht wirklich dramatisch. Aber das sind nicht die wirklich relevanten Werte. Entscheidend ist vor allem eine Kennzahl: die des operativen Ergebnisses. Mit 176,3 Millionen Franken im Minus ist diese beeindruckend schlecht. Und so soll es auch weitergehen, sind doch im Finanzplan ausschliesslich Aufwandüberschüsse prognostiziert, ohne Entnahme aus der NFA-Reserve insgesamt 332 Millionen Franken. Von einer Konsolidierung des Finanzhaushalts ist der Kanton Zug also noch sehr weit entfernt. Die NFA-Reserve wird 2018 aufge-

braucht sein. Somit werden die masslos hohen Transferzahlungen an die Nehmerkantone den Kanton Zug ab 2019 noch stärker als bisher in den Würgegriff nehmen. Und die Unternehmenssteuerreform III wird ihn kaum daraus befreien. Ganz im Gegenteil: Sie wird dem Kanton Zug höchstwahrscheinlich noch den Rest geben. Zu all dem leistet sich Zug eine sehr teure Verwaltung, wie die Evaluation des Finanzhaushalts durch BAK Basel letztes Jahr zeigte. Das vorliegende Budget bestätigt diesen Sachverhalt, und der Finanzplan lässt nur schwer eine Trendwende erkennen. Es ist sogar eher davon auszugehen, dass die Zuger Verwaltung weiter wachsen denn schrumpfen wird, zumindest wenn die Politik nicht wirkungsvoll korrigierend eingreift. Das Personalwachstum der letzten zehn Jahre war mit 28 Prozent jedenfalls enorm. Dabei ist das externe Personal noch gar nicht eingerechnet. Natürlich sind die Anforderungen an die kantonale Verwaltung in den letzten Jahren stark gestiegen. Man muss aber auch festhalten, dass seit geraumer Zeit eine kontinuierliche Aufblähung verwaltungsinterner Abläufe und Organisationsstrukturen beobachtet werden kann. Zudem stellt die kantonale Verwaltung immer höhere Anforderungen an Leistungserbringer. Zum Teil gehen diese weit über diejenigen in anderen Kantonen hinaus, wie zum Beispiel die extrem restriktive Auslegung von Brandschutzvorschriften. Diese Überregulierung führt zu einer Aufblähung auch der gemeindlichen Verwaltungen. Die Ausweitung von Aufgaben, die Bürokratisierung von Entscheidungsabläufen und die zunehmende Spezialisten- und Expertenmentalität führen dazu, dass sich die kantonale Verwaltung zusehends mit sich selber beschäftigt und unnötig zusätzliche Kosten verursacht, eine auch gesamtschweizerisch zu beobachtende Entwicklung. Der Staatsdienst muss jedoch zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut sind, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist. In diesem Zusammenhang wird es von grösstem Interesse sein, wie die angekündigte Regierungs- und Verwaltungsreform 2019 dagegen wirken kann. Auch die Erwartungs- und Anspruchshaltung der Bevölkerung dem Staat gegenüber ist ausgesprochen hoch und sehr teuer. Gesamtschweizerisch gesehen, bietet der Kanton Zug überdurchschnittlich viel. Er hat eine hervorragende Infrastruktur und komfortabel ausgebaute Dienstleistungen. Seine Wohlfahrts-, Sozial- und Subventionsleistungen sind ausserordentlich grosszügig. Dies alles auch weiterhin auf dem heutigen hohen Niveau zu halten, wird mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln künftig aber kaum möglich sein, ausser man nimmt – bar jeglicher wirtschafts- und finanzpolitischer Vernunft – eine massive Verschuldung oder eine Steuererhöhung in Kauf. Will man also tatsächlich verhindern, dass der Kanton weder in eine langanhaltende Verschuldungsphase noch in einen Steuersubstrat-Exodus gerät, wird man sich künftig zwingend nach den Einnahmen ausrichten und die Budgets endlich ausgeglichen gestalten müssen. Dies muss auch das Credo des Projekts «Finanzen 2019» sein. Man wird – so schmerzlich das für die Betroffenen auch sein wird – also nicht darum herum kommen, den Leistungskatalog der kantonalen Verwaltung über das Entlastungsprogramm hinaus substanziell zu reduzieren. Aber auch der Kantonsrat steht in der Pflicht, das Seine beizutragen und Wünschbares von Notwendigem zu trennen.

Alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden und ausgeglichenen Staatshaushalt. Politik und Verwaltung stehen in der Pflicht, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verantwortungsvoll einzusetzen. Die GLP ist überzeugt, dass der Regierungsrat in diesem Sinn handelt und ernsthaft willens ist, die Zuger Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Mit dem vorliegenden Budget wird er diesem Anspruch aber nicht gerecht. Ohne die Entnahme von 150 Millionen Franken aus der NFA-Reserve sähe es geradezu katastrophal aus. Wahrlich, der Zuger Finanzhaushalt geht einer ungewissen Zukunft entgegen. Der neue Finanzdirektor ist jedenfalls nicht zu beneiden, steht er doch vor einer finanzpolitischen Herkulesarbeit.

Fazit: Gespart wird nicht wirklich, es wird nur etwas weniger mehr ausgegeben. Die Grünliberalen sind für Eintreten und werden dem Antrag der Regierung, den Steuerfuss auf 82 Prozent zu belassen, zustimmen. In Anbetracht der vorgängig gemachten Äusserungen erachten sie es als dringend nötig, das Gesamtbudget zu kürzen. Entsprechende Anträge wird die GLP grundsätzlich unterstützen. Unbestritten sind für die GLP die Anträge der Stawiko.

**Esther Haas** spricht zu Ziff. 3.6 des Stawiko-Berichts, betitelt «Überprüfung von Bildungseinrichtungen». Ihre Interessenbindung: Sie ist Angestellte einer – allerdings nicht betroffenen – Zuger Bildungseinrichtung, nämlich des GIBZ.
Wahrscheinlich hat sie nicht als Einzige aufgehorcht, als die Stawiko öffentlich über die Schliessung von vier Schulen nachzudenken begann. Und gemäss dem Sprichwort «Wer Wind sät, erntet Sturm» kann die Stawiko nicht im Ernst erwarten, dass die Öffentlichkeit ihr zujubelt, wenn wichtige Bildungsinstitute in Frage gestellt werden. Natürlich: Nachdenken darf man immer. Aber dann müssen auch Alternativen auf dem Tisch liegen. Die Zuger Absolventen solcher Schulen allenfalls in die umliegenden Kantone abzuschieben, scheint da aber schon etwas billig. Und das alles, weil man partout die Steuern nicht erhöhen will. Was sind das für Signale, welche Zugerinnen und Zuger damit aussenden! Immer wieder wird kolportiert, bei einer Steuererhöhung würden wichtige Steuerzahler den Kanton Zug verlassen. Die Schulen aber will man ziehen lassen resp. schliessen! Selbstverständlich soll man über Ineffizienz in der Bildung nachdenken dürfen, aber solange dieses Nachdenken nur dem Schutz der Heiligen Kuh «Steuern» dient, ist dies ein Affront gegenüber dem Bildungskanton Zug.
Anhand von Investitionsausgaben sei aufgezeigt, wie locker dem Kantonsrat das Geld bislang in den Händen liegt – während die Mehrheit des Rats bei den laufenden Ausgaben in unverantwortlicher Weise Beiträge strich und streicht. Vor ein paar Jahren, spätestens aber vor zwei Jahren bei der Richtplananpassung «Mittelschulstandorte», hätte der Rat die Gelegenheit gehabt, Nägel mit Köpfen zu machen. Beim Mitwirkungsverfahren «Mittelschulstandorte» hätte die Fachmittelschule (FMS), eine der in Frage gestellten Schulen, auf eine solide Basis gestellt werden können, indem man die Wirtschaftsmittelschule (WMS) unter das Dach der FMS überführt hätte. Der Kantonsrat hatte kein Gehör für diese Variante und lehnte sie ab. Der Konjunktiv geht weiter: Mit ein paar Anstrengungen hätte dann allenfalls auf das Schulraumprovisorium an der Kantonsschule Zug verzichtet werden können. Es fehlte an originellen, kreativen Ansätzen. Für eine begrenzte Zeit sollte es doch beispielsweise möglich sein, den Unterricht bis in die Abendstunden auszudehnen oder ausnahmsweise wieder mal an einem Samstag zu unterrichten. Oder der im Entstehen begriffene Trakt 5 am GIBZ hätte vorgezogen und als zeitweiliger Puffer dienen können. Damit wäre der Schulraum effizienter genutzt worden. Die Votantin ist überzeugt, dass die Lehrpersonen für solche Ideen zu gewinnen wären, aber man muss sie rechtzeitig ins Boot holen. Und dann hat der Kanton ja noch ein Schulhaus an der Zugerbergstrasse 22, die ehemalige Pflegefachschule. Diese wird jetzt der Internatsschule Horbach vermietet. Mit einer umsichtigen Planung hätte dieses Schulhaus ebenso als Puffer für verschiedene Engpässe herangezogen werden können. Die Votantin stimmt Andreas Hürlimann zu, dass offenbar die Abstimmung zwischen den einzelnen Grossprojekten gefehlt hat. Sie stimmt ihrem Ratskollegen auch in einem weiteren Punkt zu: Der Kantonsrat macht es der Regierung bei den Investitionen nicht leicht. Als es darum ging, den Kredit für den Trakt 5 am GIBZ zu bewilligen, winkte der Kantonsrat gleich auch noch ein Reservestockwerk durch – einfach so, ohne Not. Nur die ALG stimmte – ganz im heutigen Sinn der Stawiko – dagegen. Anders sieht die ALG das bei der Dreifachturnhalle an

der Kantonsschule Zug: Mit diesem Bau wird der Grundbedarf von Vereinen und Schulen abgedeckt. Beim Stadttunnel sah die ALG diesen Bedarf allerdings nicht, im Gegensatz zu vielen Mitgliedern der FDP-Fraktion.
Neben der optionalen Schliessung von Bildungseinrichtungen scheint die Bildung generell zur beliebten Zielscheibe der Sparanstrengungen geworden zu sein: Reduktion der Stundentafel im Untergymnasium, Streichung der Altersentlastung, Neuregelung der Stellvertretungen, Vergrösserungen der Klassen etc. Das Klischee von der Schule und deren Angestellten als überbezahlte «Ferienkünstler» wird den Betroffenen einmal mehr deutlich um die Ohren geschlagen. Die Votantin bittet ihre Ratskolleginnen und -kollegen, in die Schulen gehen, sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen und sich zu überlegen, welche langfristigen Auswirkungen die von der Regierung durchgewinkten Einsparungen, die Sparvorschläge der Stawiko mit optionalen Schulschliessungen oder die geplanten gesetzlichen Anpassungen auf den Bildungsstandort Zug haben werden. Die Votantin macht sich täglich Gedanken dazu, weil sie die Auswirkungen beurteilen kann. Sie ist beunruhigt über den Umgang der Mehrheit der Zuger Politikerinnen und Politiker mit den hiesigen Bildungseinrichtungen. Zuweilen graut ihr sogar davor.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass sich nach den engagierten Voten der Fraktionen und Einzelsprecher nun wohl alle fragen, was der Votant noch konstruktiv zur Debatte beitragen könne, zumal dieser nicht Mitglied der Stawiko ist. Seine Interessenbindung liegt darin, dass er sich seit 1991, also seit bald 25 Jahren, vor allem in Deutschland intensiv mit *Turnarounds* von Privatbetrieben, auch grösseren, befasst hat. Das ist letztlich auch der Grund, warum er in den Kanton Zug gekommen ist, notabene nicht als «Berater» im Auftrag eines intransparenten Kapitalgebers und mit tollen *PowerPoint*-Präsentationen, sondern als Beauftragter Direktor im Fokus des Geschehens. Zudem hat er in den letzten fünf Jahren in der GPK der Stadt Zug viel Erfahrung in Sachen Sparen bei der öffentlichen Hand sammeln können. Sein Votum versteht sich also nicht als Gegensatz zu den Ausführungen der bürgerlichen Vorredner und des SVP-Sprechers; auch das Votum von Daniel Stadlin von der GLP könnte er praktisch wörtlich unterschreiben.
Die Grundsatzfrage, die sich heute stellt, ist, wie es über das Jahr 2016 hinaus mit den Finanzen des Kantons Zug weitergehen soll. Alle beginnen sich jetzt ernsthaft mit der Situation auseinanderzusetzen, und jedes Kantonsratsmitglied hat wohl den Ernst der Lage verstanden. Noch vor ein paar Monaten hatte der Votant den Eindruck, nur die SVP sehe das Problem – und sie sehe schwärzer, als es eigentlich nötig sei. Im November 2013 beantragte der Votant für das Budget 2014 verschiedene Kürzungen in der Höhe von 5 Prozent, über alle Direktionen hinweg. Es ging um ein Minus in der Staatsrechnung von 70 Millionen Franken, und die SVP wollte eine brutale Sparübung durchziehen. Sie wurde von der Ratsmehrheit aber ausgelacht, insbesondere von der CVP-Fraktion, die – obwohl sie in ihren Reihen ausgezeichnete Betriebswirtschafter und Ökonomen hat – aus politischen Gründen und aus Solidarität mit dem eigenen Finanzdirektor nicht der pessimistischen Lageeinschätzung der SVP folgte. Das Resultat der Rechnung 2014 ist mittlerweile bekannt: Das unversteckte Nettodefizit war doppelt so hoch wie budgetiert und betrug 140 Millionen Franken. Das ist schlimm, noch viel schlimmer aber ist, dass man jetzt praktisch zwei Jahre verloren hat, ohne wesentliche Fortschritte zu erzielen. Erst in den letzten Monaten kam ein Umdenken: «Der Finanzhimmel verdüstert sich», titelte die «Neue Zuger Zeitung» am 2. April, und Ende September hiess es: «Steuererhöhungen sind kein Tabu mehr». Erfreulicherweise hat die Regierung mit ihren Sparvorschlägen zwischenzeitlich die SVP überholt: Wollte die SVP noch 70 Millionen Franken sparen, so sind es mittlerweile über 100 Millionen Franken, wenn

der Kantonsrat denn den Anträgen der Regierung folgt. Bravo! Der Votant bat damals den Finanzdirektor auch, auf die Zuger Kommandobrücke zurückzukehren und sich voll und ganz darauf zu konzentrieren, das Steuer der «Titanic» herumzureissen – leider erfolglos. Der Finanzdirektor ging davon aus, in Bern etwas verändern zu können, was aber – bei aller Wertschätzung für Peter Hegglin – dem Kanton Zug nicht viel gebracht hat, dies vielleicht im Unterschied zum Finanzdirektor. Und nun geht der Kapitän von Bord, der Finanzchef tritt ab. Bei der US-Marine wird der Wechsel des Kommandos mit einem langanhaltenden Pfiff angezeigt. Dieser geht durch Mark und Bein, und auch die letzte Ratte an Bord weiss, was es gepfiffen bzw. geschlagen hat. Mit dem Pfiff wird angezeigt, dass jemand anders das Kommando übernimmt und dass die Führung des Schiffs geändert hat. Nun, in den nächsten Wochen geht Regierungsrat Peter Hegglin von der Zuger Kommandobrücke und wechselt – der Votant gratuliert zur glanzvollen Wahl – als Ständerat nach Bern, wo er sich bereits gut auskennt – so gut, dass alle Zuger Mandatsträger im National- und Ständerat vom Kompromiss völlig übertölpelt wurden, der für den Kanton Zug für nächsten vier Jahre weitere gigantische NFA-Zahlungen bedeutet. Sein Wahlresultat vor dem Volk…

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und fragt ihn, ob er auch noch etwas zum Budget sage.

**Philip C. Brunner** fährt fort: Wie schon gesagt, muss man in die Zukunft schauen. Zuerst braucht es einen neuen Finanzdirektor oder eine neue Finanzdirektorin. Er oder sie – der Votant meint eher *er* – hat eine Herkulesaufgabe vor sich. Das ist ein Knochenjob, dem man niemandem gönnt, der aber von jemandem gemacht werden muss. Das Kollegium der Exekutive ist gut beraten, jemanden zu wählen, der mit der nötigen Strategie und mit Elan an diese wichtigste Aufgabe herangeht, die der Kanton Zug zu vergeben hat. Und das Parlament – das ist die *message* des Votanten, die sehr wohl mit dem Budget zu tun hat – ist aufgefordert, den neuen Kapitän nach bestem Wissen zu unterstützen, nicht kritiklos, aber konstruktiv, und selber zu realisieren, dass der Umbau des Staatshaushalts nicht von heute auf morgen zu machen ist. Wer meint, man könne in einem Jahr einen Staatshaushalt mit gigantischen Kürzungen von über 150 Millionen Franken kurieren, ist – im schon mal gehörten Jargon – bestenfalls ein Sprengmeister, selbst wenn er aus einer Polpartei – der Votant hat dieses Wort bei den letzten Wahlen kennengelernt – kommen sollte. Es ist verantwortungslos, solche Einschnitte kurzfristig machen zu wollen. Vielmehr handelt es sich um Prozesse von vier bis fünf Jahren – was ebenfalls viel mit dem Budget zu tun hat. Die Regierung hat mit dem Entlastungsprogramm erste, sehr konstruktive Schritte unternommen; gemeint ist Paket 2 zum Entlastungsprogramm 2015–2018 (Vorlage 2569). Man muss die Stärken von Regierung, Verwaltung und Legislative zu einer *sackstarken* Zusammenarbeit kombinieren. Der Votant möchte – hier geht er mit der Ratslinken einig – keine negativen Schlagzeilen, nämlich dass sich nichts bewegt und am Schluss niemand mehr drauskommt, was eigentlich gemacht wird.
Es ist das Wichtigste, eine neue Finanzstrategie zu erarbeiten. Die alten Rezepte, die einmal sehr gut waren, haben zunehmend ausgedient. Das Einfachste – und da haben die Aussagen von Peter Hegglin den Votanten doch sehr erstaunt und aufgeschreckt – wäre: Steuererhöhung für alle. Das wäre aber das Schlechteste, was man kurzfristig tun sollte. Dann nämlich wäre der Kanton Zug sehr bald kein Wachstumskanton mehr. Steuererhöhungen – und alles ist wieder gut: Naiver geht es nicht, denn genau das Gegenteil wäre der Fall. Vielmehr muss sich der Kanton Zug verändern, nicht bezüglich Steuersatz, sondern es müssen Abläufe, Strukturen, Pro-

zesse und Aufgaben analysiert werden. Es muss eine eigentliche Aufgabenreform vorgenommen werden, wobei der Votant nicht überzeugt ist, dass fünf Regierungsräte es besser machen als sieben. Aufgabenreform heisst: Was darf man als Steuerzahler an Leistungen erwarten, was *muss* man erwarten – der Votant denkt an die Sicherheit –, und welche Gesetze kann man schlichtweg abschaffen. Letzteres ist ein grundliberales Anliegen. Die anhaltende Gesetzesflut ist nämlich nicht nur ein zugerisches und schweizerisches Thema. Länder wie die USA und Grossbritannien haben ein eigenes Mittel gegen das Wuchern des Paragraphen-Dschungels gefunden. «*Sunset Legislation*» nennen sie das Prinzip, wonach ein Gesetz nach einer bestimmten Zeit automatisch ausser Kraft tritt, falls es vom Gesetzgeber nicht bewusst erneuert und bestätigt wird.
Abschliessend macht der Votant einige Vorschläge, die teilweise bereits erwähnt wurden:
• Das Personal und die Verwaltung müssen bei den Sparanstrengungen mitgenommen werden. Das kostet vielleicht Geld, für Teambildung und Schulung für solche Situationen.
• Es muss ein Ruck durch den Kanton gehen. Es gilt, weniger Parteipolitik zu betreiben, die Regierungsräte zu schonen und zusammen mit der Regierung eine neue Finanzstrategie zu entwickeln.
• Man muss sich fragen, wie die liquid vorhandenen rund 900 Millionen Franken besser bewirtschaftet werden können. Jeder Staatsfonds und jede Zweite Säule zeigt, wie das funktioniert. Es sollen nicht Negativzinsen bezahlt, sondern es soll Geld verdient werden. Die liquiden Mittel, konservativ angelegt, haben in der Vergangenheit Zinsen gebracht, jetzt aber muss man etwas mehr Risiko eingehen.
• Es ist die Finanzierung von Investitionen durch Private zu prüfen, wie das die SVP in einem leider abgelehnten Postulat bereits vorgeschlagen hat. So ist die Zusammenarbeit mit der Zuger Pensionskasse aus Sicht des Votanten ein Muss. Man kann sich so gegenseitig finanzieren: Einerseits sind die Renten gut finanziert, andererseits hat man einen Nutzen davon.
• Im Finanzhaushaltgesetz sind die Abschreibungsfristen genau zu überprüfen. Es muss nicht alles in zehn Jahren abgeschrieben werden. Hier liegen gewaltige Ressourcen bereit, die sich letztlich *bottom line* auswirken.
Kurz: Der neue Finanzdirektor hat ein dicht gefülltes Portfolio an Arbeiten, vom Nebenschauplatz AIO ganz abgesehen. Im Übrigen wurde heute auch Pragma erwähnt, die Geschichte mit den Globalbudgets. Das war ein grosser Fehlentscheid des Kantonsrats – auch wenn der verstorbene SVP-Kantonsrat Werner Villiger Präsident der vorberatenden Kommission war. Pragma ist ein Rezept für gute Zeiten. Heute aber, da der Kantonsrat in die Details hineinschauen muss, um die Vorschläge des Regierungsrats zu verstehen, ist Pragma eine sehr schlechte Sache. Es wird wahrscheinlich etwas Kraft brauchen, das zu ändern, und der Votant weiss auch nicht, wer das übernimmt, denn dazu wäre eine Verfassungsänderung nötig. Es ist aber abzunehmen, dass das Budgetbuch dann einige Seiten weniger dick wäre und aussagekräftigere Zahlen enthalten würde.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die Eintretensdebatte, die zumindest zu Beginn sachlich war und zum Ausdruck brachte, dass Kantons- und Regierungsrat in der aktuellen Situation zusammenstehen und miteinander versuchen sollten, Lösungen zu finden. Auf Äusserungen, die gegen Schluss gemacht wurden, muss der Finanzdirektor zurückkommen, um sie in das richtige Licht zu stellen. Natürlich kann man die heutige Situation wie Philip C. Brunner betrachten, man muss aber auch einen Blick in die Vergangenheit werfen. Der Finanzdirektor ist seit dreizehn Jahren in seinem Amt, und er weiss, dass die guten Jahre nicht einfach *sein* Ver-

dienst waren. Vielmehr trugen auch der Kantonsrat, die Wirtschaft etc. zu diesen guten Jahren bei. Als der Finanzdirektor 2003 sein Amt antrat, hatte der Kanton ein Eigenkapital von 250 Millionen Franken. Heute sind es 1 Milliarde Franken. Vor diesem Hintergrund zu sagen, alles sei desolat, ist sicher nicht richtig. Damals musste sich der Kanton jedes Jahr verschulden, und es gab kein Finanzpolster. Heute hat der Kanton 800 Millionen Franken *Cash.* Natürlich sind die Perspektiven schwieriger geworden, aber das ist nicht der Fehler des Finanzdirektors. Regierungsrat und Kantonsrat haben in den vergangenen Jahren zusammen gewirtschaftet, man hat Investitionen getätigt, Gebühren gesenkt und von den Gemeinden neue Aufgaben übernommen, die allein jährlich über 10 Millionen Franken kosten. Aufgabe der Finanzdirektion ist es einzig, dem Kantonsrat die Zahlen so darzustellen, wie sie sind bzw. wie man sie als realistisch erachtet. Natürlich hätte man auch Budgetkosmetik betreiben und das Defizit kleiner darstellen können. Aber das ist nicht die Aufgabe der Finanzdirektion oder des Regierungsrats.

Der Finanzdirektor ist in die Bücher gegangen, um zu sehen, wie man in den letzten Jahren die Situation jeweils beurteilte. Im April 2014 beispielsweise lagen das Budget 2014 sowie der Finanzplan 2015–2017 vor, noch nicht aber das Ergebnis 2013. Gegenüber den damaligen Finanzplanzahlen für 2016 musste die Steuerertragserwartung im jetzt vorliegenden Budget 2016 um rund 130 Millionen Franken reduziert werden. Die bereits beschlossenen Steuergesetzrevisionen wurden damals natürlich berücksichtigt, jetzt aber kommt die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung dazu. Es ist deshalb richtig, dass die Steuerertragszahlen zurückgenommen wurden – was ja auch der Grund ist, dass trotz Entlastungsprogramm im Finanzplan auch für 2019 noch immer ein Minus ausgewiesen wird. Die Planung wurde damals aber seriös und aufgrund aller verfügbaren Indikatoren vorgenommen, einerseits intern, andererseits durch ein externes Institut. Dass die Zahlen heute tiefer liegen, ist zur Kenntnis zu nehmen.

Auch auf der Kostenseite gab es Entwicklungen, die der Regierungsrat nicht beeinflussen kann. So geht die grosse Steigerung im Gesundheitswesen auf einen Beschluss des Bundesparlaments zurück, das den Teiler zwischen Kantonen und Krankenkassen geändert hat: Die Kantone haben jetzt mehr zu bezahlen. Trotzdem steigen die Prämien für die Krankenkassen – und damit auch die Kosten für die Prämienverbilligung, wenn man kein Gegensteuer gibt. Alle diese Faktoren wurden im Budget möglichst genau berücksichtigt, wobei allen klar war, dass mit diesen Zahlen kein Blumentopf zu gewinnen ist. Einen Blumentopf zu gewinnen, ist allerdings nicht das Ziel des Finanzdirektors, nicht des jetzigen und wohl auch nicht des zukünftigen. Vielmehr geht es darum, die reellen Zahlen zu zeigen, auch wenn diese schlecht sind, und damit den Kantonsrat aufzurütteln – was offensichtlich gelungen ist.

Man darf in der jetzigen Situation nicht in operative Hektik verfallen, sondern muss überlegt und konzeptionell vorgehen. Dazu hat der Regierungsrat zuerst einen Bericht von BAK Basel angefordert, der aufgezeigt hat, dass der Kanton Zug mit seinen Kosten und Leistungen rund 30 Prozent über dem Niveau von vergleichbaren Kantonen steht. Der Regierungsrat hat daraus Entlastungsmassnahmen im Umfang von 80 bis 100 Millionen Franken abgeleitet, er hat diese Massnahmen an die Hand genommen und das Sparpaket geschnürt. Der Kantonsrat hat heute eine vorberatende Kommission dazu bestimmt – und der Finanzdirektor erwartet natürlich, dass die vorgegebene Grössenordnung in der Kommission auch tatsächlich durchgeht. Einfach pauschal zu kürzen, reicht einerseits nach Meinung des Regierungsrats bei dieser Grössenordnung nicht, und andererseits werden dadurch die Kürzungen nicht zugeordnet. Wenn der Rat nun aber dem Antrag der Stawiko folgen sollte, wird der Regierungsrat diesen Auftrag natürlich ebenfalls ernst nehmen,

wie er das schon im letzten Jahr getan hat und nun im Budget 2016 fortschreibt. Er versteht diese pauschale Kürzung aber nicht als drittes Entlastungspaket neben dem Entlastungsprogramm 2015–2018 und «Finanzen 2019». Vielmehr – so hat es der Finanzdirektor verstanden – könnte er sich die Freiheit nehmen, dort anzusetzen, wo er es als richtig erachtet. Und der Regierungsrat würde in diesem Zusammenhang auch nicht vor harten und drastischen Massnahmen zurückschrecken. Wichtig aber ist, dass bei einer pauschalen Kürzung der Regierungsrat über die Einzelmassnahmen entscheiden würde, nicht der Kantonsrat, der eigentlich darüber zu befinden hätte.
Zum Thema Hilfskräfte ist zu sagen, dass diese eingesetzt werden, wenn Not am Mann ist. Grundsätzlich sind die Gesamtkosten für das Personal rückläufig: Es sind 4,4 Millionen Franken weniger budgetiert. Man hat den Personalaufwand als Ganzes also im Griff. Der Stellenplan wurde fixiert, und es werden dort in den nächsten Jahren keine Erhöhungen zugelassen.
Nach Ansicht des Finanzdirektors hat man steuerpolitisch nicht überbordet. Es ist nicht das Ziel des Kantons, die Liquidität bzw. das Eigenkapital ansteigen zu lassen. Ziel ist vielmehr ein ausgeglichener Haushalt. Dass man bei einem beträchtlichen Anwachsen des Eigenkapitals vorschlägt, die Steuern zu senken, findet der Finanzdirektor nach wie vor richtig. Man muss aber auch die Grösse haben, zu korrigieren. Man hat die Steuern um rund 120 Millionen Franken reduziert, wobei aber daran zu erinnern ist, dass der Kanton Zug nicht den Steuerwettbewerb bei den sehr gut Verdienenden und Vermögenden angeheizt hat, sondern den Mittelstand entlastet und die Sozialabzüge erhöht hat; bei den Vermögenden wurde nur minim reduziert. Mit dem Mittelstand hat man bewusst jene Leute entlastet, welche die hohen Lebenshaltungskosten im Raum Zug zu tragen haben. Angepasst wurden auch die Gewinnsteuersätze für Unternehmen, aber auch das nur minim. Der Kanton Zug, der diesbezüglich schweizweit einmal führend war, liegt heute auf Rang 7, hat sich in der Rangliste also zurückfallen lassen. Allein das zeigt, dass man pragmatisch vorgegangen ist. Und trotzdem glaubt der Finanzdirektor, dass Zug weiterhin eine gute Ausgangslage hat. Das zeigt auch der Standortindikator der Credit Suisse, in dem Zug seit Jahren auf Platz 1 liegt. Dort sind auch die Steuern ein Faktor, aber zu den drei weiteren Faktoren ist ebenfalls Sorge zu tragen.
Abschliessend hält der Finanzdirektor fest, dass der Regierungsrat die Prüfungsanträge der Stawiko wie gewohnt aufnimmt. Mit der von der Stawiko beantragten pauschalen Kürzung ist die Regierung nicht einverstanden, sie wird sie aber – wie bereits gesagt – selbstverständlich umsetzen, falls sie vom Kantonsrat beschlossen wird. Den Anträgen der Stawiko zur Baudirektion kann der Regierungsrat zustimmen. Diejenigen zur Staatskanzlei lehnt er hingegen ab, weil es dort um Kosten geht, auf welche die Staatskanzlei keinen Einfluss hat. So sind dort Portokosten von rund 2 Millionen Franken enthalten, und es im kaum im Sinne des Kantonsrats, dass ab September oder Oktober 2016 keine Steuerrechnungen oder keine Kantonsratsunterlagen mehr verschickt werden können.
In diesem Sinn dankt der Finanzdirektor für das Eintreten und für die Zustimmung zum Budget 2016.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten auf das Budget ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

**Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2016**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen, den kantonalen Steuerfuss unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen. Gemäss § 2 Abs. 2 des Steuergesetzes vom 25. Mai 2000 kann der Kantonsrat den gesetzlichen Steuerfuss jeweils für ein Budgetjahr erhöhen oder herabsetzen. Ein solcher Beschluss bedarf der einmaligen Beratung. Er unterliegt dem fakultativen Referendum. Bei Ablehnung eines solchen Beschlusses durch das Volk gilt für das betreffende Budgetjahr der Steuerfuss des Vorjahres.

**Stefan Gisler** hält fest, dass er heute ein letztes Mal die Klingen mit Peter Hegglin kreuzt. Beide scheiden ja bald aus ihren Ämtern, wobei der Votant die fachliche Debatte mit dem Finanzdirektor immer schätzte – und auch heute wird er ihm wieder widersprechen.
2014 mahnte der damalige Stawiko-Präsident Gregor Kupper im Kantonsrat, dass die Stadt Zug wohl eine Steuersenkung zu viel vorgenommen habe und darum rote Zahlen schreibe. Ohne Scheu sprach damals ein prominenter Bürgerlicher erstmals aus, wovor die Alternativen seit Jahren, nämlich seit 2007, ernsthaft gewarnt hatten: Zug hat mit Steuersenkungen übertrieben. Die Aussage von Gregor Kupper, damals auf die Stadt Zug bezogen, war eine Trendwende – endlich –, und was für die Stadt gilt, kann für den Kanton nicht ganz falsch sein. Wenn der Votant sein Mandat als Kantonsrat nun niederlegt, tut er das mit der Gewissheit, dass der stete Tropfen der kompetenten und stringenten linken Kritik den Stein der Steuersenkungsideologie doch etwas ausgehöhlt hat. Er ist zuversichtlich, dass der Rat – vielleicht ja überraschenderweise noch in der heutigen Sitzung, aber sicher in einem oder zwei Jahren – es endlich schafft, konstruktiv und sachlich nicht nur über Sparmassnahmen, sondern auch über eine massvolle und vernünftige Steuerpolitik zu debattieren und gezielt Steuererhöhungen dort zu beschliessen, wo es möglich ist. Das geht, und zwar so, dass nicht primär Familien und Wenigverdienende betroffen sind, sondern diejenigen, die es sich leisten können; mit Mass, so dass kein Exodus von Firmen und Reichen stattfindet. Der Kanton Schwyz hat es vorgemacht, und auch einige Zuger Gemeinden gehen schon diesen Weg. Es waren nämlich übertriebene Steuersenkungen, und sie waren standortpolitisch nie oder selten wirklich notwendig. Viele Firmen und Reiche – zumindest diejenigen, welche echte Arbeitsplätze schaffen und eine gute Infrastruktur schätzen – wären trotzdem nach Zug gekommen und auch hier geblieben. Zug wäre ein Wachstumskanton geblieben – und es wird es bleiben, auch wenn man die Steuern massvoll erhöht. Mit einer Steuererhöhung aber stünden dem Kanton Mittel zur Verfügung, um die negativen Folgen des schnellen Wachstums und der Zuwanderung abzufedern, etwa die hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten, oder den durch das Wachstum generierten Mehrverkehr nachfrageorientiert mit Bahn und Bus abzufangen, statt dort zu sparen. Auch wäre dann genügend Geld vorhanden, um das – von bürgerlicher Seite gewollte – Wachstum bei Bildung und Gesundheit abzufedern. Schliesslich würde eine sanfte Steuererhöhung auch erlauben, die durch die bürgerliche Wachstumspolitik verursachten steigenden NFA-Kosten esser zu stemmen.
Etwas Morgenröte vermag der Votant auch in der Argumentation der Regierung zu sehen: In der Jahresrechnung 2014 schrieb der Finanzdirektor erstmals, dass die diversen Steuersenkungen zu Einnahmeverlusten geführt hätten und mitverantwortlich für die schlechten Ergebnisse und Aussichten seien. Das war Schritt 1. Im vorliegenden Bericht und Antrag zum Budget 2016 schreibt die Regierung nun auf

Seite 6, dass im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» Steuererhöhungen möglich oder denkbar seien. Das ist Schritt 2. Und nun stellt der Votant schon heute einen **Antrag** auf Schritt 3, nämlich auf eine Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 85 Prozent. Das bringt kurz- und mittelfristig rund 21 Millionen Franken jährliche Mehreinnahmen.
Warum soll dieser Schritt schon heute und nicht erst morgen erfolgen? Es ist finanzpolitisch für einen gesunden Staatshaushalt schlicht notwendig und zudem ein wichtiges Zeichen an die Zuger Bevölkerung, dass das vom Finanzdirektor geprägte Wort «Opfersymmetrie» auch mit Inhalt gefüllt wird. Es kann nämlich nicht sein, dass die Bevölkerung die Folgen der seit Jahren verfehlten und übertriebenen bürgerlichen Finanz- und Steuerpolitik einzig durch Sparpakete bei Bildung, Gesundheit, Verkehr, Sozialem und vor allem bei Familien trägt.
Eine Kritik an Finanzdirektor Peter Hegglin muss der Votant wiederholen. Reserven, die angehäuft wurden, in Ehren, aber die Kommunikation war in den letzten Jahren einfach nicht gut. Seit 2007 und bis und mit Rechnungssitzung im Juni 2014 sagte der Finanzdirektor – natürlich im Namen der Regierung – öffentlich, in Medienartikeln und im Kantonsratsprotokoll nachlesbar, dass sich Zug die Steuersenkungen ohne Leistungseinbussen und ohne Sparpakete leisten könne. Die ALG wies immer wieder auf die Gefahr von nachhaltig roten Zahlen hin. Aber weder der Kantonsrat noch der Finanzdirektor noch die Regierung passten ihre Politik an. Im Gegenteil, die Mehrheit des Kantonsrats toppte den Finanzdirektor sogar noch: Dort, wo dieser warnte, setzte der Rat noch eine Steuersenkung drauf. Das war keine vorausschauende Politik, aber es immer einfacher, locker-flockig eine Steuer zu senken, als eine Steuererhöhung gegen aussen verkaufen zu müssen. Nun aber – um es mit den Worten des Finanzdirektors zu sagen – muss man auch die Grösse haben, zu korrigieren, dies nicht nur mit Sparen, sondern auch bei den Einnahmen. Im Übrigen profitierte nicht nur der Mittelstand von den Steuersenkungen, sondern primär wurden Aktionäre privilegiert: Es gab Senkungen der Vermögenssteuer, der Gewinnsteuer etc. Und nun mutet die Regierung, offenbar getragen von der Stawiko, dem Kantonsrat bei einer Einflussgrösse von ungefähr 650 Millionen Franken mittelfristig eine Sparübung von jährlich über 100 Millionen Franken zu. Das ist drastisch, viel drastischer als eine sanfte Steuererhöhung, welche die Schwierigkeiten etwas abfedern würde. Lieber Herr Finanzdirektor, man kann nicht beides haben, *de Füüfer und s Weggli!* Man kann nicht immer wieder die Steuern senken und trotzdem schwarze Zahlen schreiben. Man muss nun eben Grösse zeigen und korrigieren. Und wohl die Mehrheit des Kantonsrats und auch die Regierung sehen zumindest ganz zuinnerst doch ein, dass man mit Sparen allein nicht zum Ziel kommt, sondern dass auch eine Steuererhöhung im Rahmen des Möglichen sein muss bzw. unumgänglich sein wird. Der Rat soll sich deshalb einen Ruck geben, er soll – wie es Pirmin Frei ausgedrückt hat – abrücken von Parteidoktrin und volkswirtschaftlich denken; er soll zusammenstehen – und er soll das Eine tun und das Andere nicht lassen. Und es sei Philippe Camenisch und Daniel Stadlin gesagt: Die ALG springt über ihren Schatten. Zwar wird sie Anträge im Umfang von etwa 5 Millionen Franken stellen – wenig im Verhältnis zum Gesamtbetrag –, aber sie trägt die meisten Sparmassnahmen des Budgets mit. Sie ist weniger dogmatisch als die FDP oder GLP, sie hat diese Grösse. Vielleicht ist sie liberal geboren, *gelernt* hat sie es nicht. Ihr massvoller Antrag hilft dem Kanton. Die 21 Millionen Franken helfen, dass man nicht drastische, undifferenzierte und überhastete Massnahmen treffen muss, sie verschaffen etwas Luft, um das Ganze geordneter voranzutreiben. Andreas Hürlimann hat ausgeführt, dass das Paket sehr unübersichtlich sei, und er hat auf den Aktionismus hingewiesen. Auch der Votant glaubt nicht, dass das Ganze gescheit aufgegleist wurde. Die geplante Rosskur gefährdet Leistungen, die Wohlfahrt und

letztlich auch die wirtschaftliche Standortqualität von Zug. Der Kanton Zug wächst, will etwas bieten, aber gerade im Bereich Bildung und Gesundheit – hier sind es 25 Prozent – sollen die Leistungen nun heruntergefahren werden. Das kann auf die Dauer nicht funktionieren.
Für den Fall, dass seine Argumente und diejenigen, welche Andreas Hürlimann in seinem sehr kompetentem Eintretensvotum vorgebracht hat, den Rat finanzpolitisch noch nicht überzeugt haben sollten, spielt der Votant seine letzte Karte: Ein Ja des Rates wäre ein schönes Abschiedsgeschenk für ihn *(der Rat lacht)*, über das er sich sehr freuen würde, weniger für sich persönlich als vielmehr für den Kanton Zug. Er bittet den Rat, gemeinsam in einer vernünftigen Art und Weise Einnahmen und Ausgaben in der Waage zu halten, damit Zug nicht zu sehr rote Zahlen schreiben muss.

**Alois Gössi** stellt namens der SP-Fraktion ebenfalls den **Antrag,** den Steuerfuss um moderate 3 Prozent auf 85 Prozent des Einheitssatzes zu erhöhen. Die SP ist klar dagegen, dass der Staatshaushalt, der auch wegen der Steuerpolitik und der massiven Steuersenkungen in den letzten Jahren aus dem Ruder läuft, einseitig mit Kürzungen bei den Ausgaben saniert werden soll. Es braucht beides: eine Reduktion der Ausgaben sowie eine moderate Erhöhung der Einnahmen. Eine Erhöhung des Steuerfusses um 3 Prozent ist sehr moderat und würde zusätzliche Einnahmen von rund 20–21 Millionen Franken generieren. Angesichts des budgetierten operativen Fehlbetrags von 176 Millionen Franken ist die Erhöhung des Steuerfusses schon für das Jahr 2016 angebracht. Die SP ist überzeugt dass die beantragte Steuerfusserhöhung – auch wenn sie heute wahrscheinlich abgelehnt wird – früher oder später kommen muss, um mittelfristig wieder eine ausgeglichene Rechnung zu erhalten.

**Manuel Brandenberg** geht einleitend auf einen Zusammenhang von Freiheit und Staat ein: Je grösser der Staat ist, desto kleiner ist die Freiheit des Einzelnen. Das ist eine Binsenwahrheit. Eine zweite Binsenwahrheit ist: Je mehr Geld der Staat hat, desto grösser wird er. Wenn man also dem Staat Geld wegnimmt, wird er kleiner, und die Freiheit aller, die nicht Beamte sind, wird grösser. Diese Überlegung führt zum Antrag, den der Votant stellen wird. Er ist der Meinung, man müsse der Regierung helfen, damit diese in ihrem unermesslich grossen Ermessensspielraum – auch innerhalb des Budgets – versucht, schlanker zu werden. Um mehr Freiheit zu ermöglichen und den Staat, der überall nur grösser wird, einzudämmen, ist es deshalb das Beste, wenn die Steuern nicht erhöht, sondern gesenkt werden. Das soll durchaus moderat geschehen. Eine Steuersenkung ist nicht nur eine Hilfe für die Regierung, sondern auch ein Signal nach aussen. Es besagt: Seht, dem Kanton Zug geht es zwar schlecht, aber er will seinen Unternehmen und seinen Bürgern etwas geben. Er will die Anreize vergrössern und – obwohl er schon heute gut dasteht – bezüglich der Steuern noch besser werden. Das alles ergibt ein gutes Paket, um den Kanton Zug vorwärts zu bringen.
Stefan Gisler hat angedeutet, dass man die Wirtschaft stärke, wenn man die Steuern erhöht. Das ist für den Votanten eine völlig neue Ansicht, aber er ist sicher, dass Stefan Gisler ihm diesen Sachverhalt wird erklären können. Persönlich glaubt der Votant nicht daran. Vielmehr hilft es der Wirtschaft, wenn sie weniger an den Staat abliefern muss, also mehr investieren und mehr Leute anstellen kann.
In diesem Sinn stellt der Votant den **Antrag,** den Steuerfuss für das kommende Jahr von 82 Prozent auf 80 Prozent zu senken, dies vielleicht als Beginn einer neuen, besseren Epoche.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass in der Staatswirtschaftskommission kein Antrag auf eine Senkung des Steuerfusses gestellt wurde. Der Antrag auf eine Erhöhung von 82 auf 85 Prozent hingegen wurde von der SP, nicht aber von der ALG, schon in der Kommission gestellt, dort aber mit 11 zu 2 Stimmen abgelehnt. Wie im Eintretensvotum ausgeführt, ist die Stawiko dezidiert der Meinung, dass zuerst der Tatbeweis auf der Aufwandseite erbracht werden müsse. Sie wird das Projekt «Finanzen 2019» eng begleiten und ist überzeugt, dass ein beträchtliches Sparpotenzial vorhanden ist. Der Kanton Zug soll jedoch als Standort nach wie vor attraktiv bleiben – das ist das Bekenntnis der Stawiko.

**Stefan Gisler** hält fest, dass Steuererhöhungen – man möge es ihr verzeihen – offenbar keine Stärke der Stawiko-Präsidentin sind. Der Antrag auf eine Erhöhung des Steuerfusses auf 85 Prozent wurde in der Stawiko von der SP *und* der ALG gestellt, ebenso wie heute im Rat.
Der Votant hat dreizehn Jahre lang zu erklären versucht, wieso der Staat Geld braucht; vielleicht lernt es Manuel Brandenberg heute noch. Der Staat braucht Geld für wichtige Infrastrukturen und für Leistungen, die durchaus wirtschafts- und gesellschaftsrelevant sind. Zug hat – nachzulesen auf der PowerPoint-Präsentation der Volkswirtschaftsdirektion – schweizweit das höchste Bildungsniveau und für Firmen das grösste Ressourcenpotenzial auf dem Arbeitsmarkt. Das kommt nicht von ungefähr, und dafür braucht es Geld. Der Kanton Zug hat – von der ALG oft bekämpft – ein gut ausgebautes Strassennetz, er hat – von der ALG immer unterstützt – ein attraktives ÖV-Angebot und eine gute Anbindung an den Flughafen Zürich-Kloten. Manuel Brandenberg kann sich diese Zusammenhänge sicher auch vom Volkswirtschaftsdirektor nochmals erklären lassen. Und wer ist denn letztlich der Staat? Es ist jede Bürgerin und jeder Bürger. Als deren Vertreter kann der Kantonsrat über die staatlichen Mittel verfügen, wobei das Volk wiederum das Recht hat, dem Parlament über Referenden und Abstimmungen dreinzureden. Höhlt man den Staat aus, nimmt man letztlich dem Volk seine Finanzen und seinen demokratischen Spielraum weg – wobei das Volk allerdings auch entscheiden kann, über wie viel Geld es verfügen will. Wohin die Absenz des Staats führt, kann der Votant an Beispielen aus seiner praktischen Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit aufzeigen. In Somalia etc. gibt es keinen Staat mehr, profitiert aber haben nicht die Bürger, sondern einige wenige. Fazit ist: Der Staat braucht etwas Geld.

Auch für Finanzdirektor **Peter Hegglin** ist die Frage, wie viel Geld dem Staat zur Verfügung stehen soll, wichtig. Gemäss Gesetz muss es so viel sein, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Welche Aufgaben er in welchem Umfang und in welcher Qualität zu erfüllen hat, definiert das Parlament. Man kann also, wenn zu wenig Geld vorhanden ist, auch den Leistungskatalog verkleinern – was allenfalls in Zusammenhang mit «Finanzen 2019» geschehen kann.
Wichtig ist auch die Frage, wie sich der Staat am Steuersubstrat bedient. Gemäss einer Statistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung bedient sich der Kanton Zug etwa zu 13 Prozent am Substrat; der schweizerische Durchschnitt liegt etwa doppelt so hoch. Das zeigt, dass die Bevölkerung und die Unternehmen im Kanton Zug nicht übermässig mit Steuerabgaben belastet werden.
Betreffend Steuersenkungen wiederholt der Finanzdirektor, dass die Steuern der juristischen Personen um 44 Millionen Franken gesenkt wurden, damals klar mit der Absicht, den Kanton Zug für die Unternehmenssteuerreform II zu wappnen. Dieses Ziel wurde nach Ansicht des Finanzdirektors erreicht. Im Vergleich zur USR II hat die USR III nun aber einen ganz anderen Fokus. Ziel der USR II war, die Steuerbelastung für die Unternehmen zu senken, damit diese die eingesparten Steuern

für Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft einsetzen könnten. Bei der USR III geht es darum, die schweizerischen Steuerregelungen, die international zunehmend verpönt sind, so anzupassen, dass sie dem internationalen Steuerrecht entsprechen. Damit soll für die Firmen vor Ort Rechtssicherheit geschaffen werden. Dieser unterschiedliche Fokus von USR II und USR III ist wichtig.
Die Senkung des Gewinnsteuersatzes führte – wie gesagt – zu einer Steuerentlastung von 44 Millionen Franken. Weitere 78 Millionen Franken kamen den natürlichen Personen, also den Einwohnerinnen und Einwohnern, zu Gute, wobei der Mittelstand um 27 Millionen Franken entlastet wurde. Dazu kam die Erhöhung der Freibeträge bei der Vermögenssteuer, die weitere 11 Millionen Franken ausmachte. Beide Male wurde also bewusst beim Mittelstand angesetzt – und nicht dort, wo der Steuerwettbewerb stattfindet, nämlich bei den hohen Einkommen und grossen Vermögen. Es könnte nun allerdings sein, dass die Entlastung des Mittelstands, weil sie sehr viele Personen betrifft, zu höheren Steuerausfällen führt, als man damals berechnete.
Im Einklang mit der Stawiko empfiehlt der Finanzdirektor dem Rat, sowohl eine Erhöhung als auch eine Senkung des Steuerfusses abzulehnen. Beides wäre Aktivismus. Der Regierungsrat will konzeptionell vorgehen: Ein erstes Entlastungspaket liegt jetzt dem Parlament vor, ein zweites soll folgen, wenn das erste nicht reicht, wobei sich dessen Umfang aus dem schlussendlich vom Parlament beschlossenen ersten Paket ergibt. Budgetiert sind 85 Millionen Franken, sollte der Kantonsrat aber weniger oder mehr beschliessen, ändert sich der Umfang des zweiten Pakets. Im ersten Entlastungsprogramm setzte der Regierungsrat vor allem auf Effizienzsteigerungen; auch hinterfragte er gewisse Leistungen, etwa den Viertelstundentakt von Bussen bis spät in die Nacht hinein. Beim zweiten Entlastungspaket will er vor allem Leistungen überprüfen. Das bedeutet nicht, dass das Niveau schlechter wird. Wenn beispielsweise ein Angebot nicht eine kritische Grösse erreicht, kann man es auch zusammen mit einem anderen Kanton machen; über solche Fragen sollte man diskutieren dürfen. Im zweiten Programm soll aber nicht nur bei den Leistungen, sondern gegebenenfalls auch bei den Steuern angesetzt werden. Man soll also beides in Betracht ziehen: Leistungen und Erträge.
Das Vorgehen des Regierungsrats ist also geplant und strategisch-konzeptionell. Kurzfristiger Aktivismus rettet den Kanton Zug langfristig nicht. Nur der lange Schuss bringt finanzpolitisch wieder stabile Verhältnisse. In diesem Sinn bittet der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats und der Stawiko zu folgen – und damit das angesprochene Geschenk nicht Stefan Gisler, sondern ihm, dem abtretenden Finanzdirektor, zu machen.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass in der nun folgenden Dreifachabstimmung jedes Ratsmitglied *eine* Stimme hat. Die Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
• Antrag Regierungsrat und Stawiko (Steuerfuss 82 Prozent): 49 Stimmen
• Antrag ALG und SP-Fraktion: (Steuerfuss 85 Prozent): 17 Stimmen
• Antrag Manuel Brandenberg (Steuerfuss 80 Prozent): 8 Stimmen

➔ Der Rat legt den kantonalen Steuerfuss unverändert auf 82 Prozent fest.

**Genehmigung der Leistungsaufträge 2016**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Leistungsaufträge 2016 zu genehmigen. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Leistungsaufträge 2016.

**Beratung und Genehmigung des Budgets 2016**

Der **Vorsitzende** erläutert, dass das Budgetbuch anhand der institutionellen Gliederung direktionsweise und nicht Kostenstelle für Kostenstelle durchgegangen wird. Er bittet, bei Wortmeldungen zu Kostenstellen mit Leistungsauftrag die Seite im Budgetbuch sowie die Nummer und den Namen der Kostenstelle zu nennen, bei Wortmeldungen zu Kostenstellen ohne Leistungsauftrag zusätzlich die betroffene Kontonummer.

In der Detailberatung des Budgets kommen folgende Kostenstellen bzw. Konti zur Sprache:

***Gesamtverwaltung***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission eine pauschale Reduktion des Aufwands um 5,0 Millionen Franken beantragt. Über diesen Antrag wird im Sinne einer Grundsatzfrage zu Beginn der Debatte beraten und abgestimmt.

**Gabriela Ingold** bestätigt, dass die Stawiko eine pauschale Kürzung des Gesamtaufwands um 5 Millionen Franken beantragt. Die Stawiko ist der Ansicht, dass insbesondere beim Personal, bei den Dienstleistungsvergaben an Dritte sowie beim Sachaufwand Reduktionspotenzial besteht. Die beantragte Kürzung ist unter Berücksichtigung der Totalsumme des Budgets moderat. Es muss möglich sein, durch Effizienzsteigerungen, zweckmässigen Personaleinsatz und interne Analysen 5 Millionen Franken ohne Gesetzesanpassungen zu sparen. Diese 5 Millionen stellen auch nur einen Bruchteil des im Projekt «Finanzen 2019» zusätzlich benötigten Sparpotenzials dar. Beim Entlastungsprogramm werden bei Organisationen mit Leistungsauftrag teilweise linear 10 Prozent gekürzt, dies gemäss Vorschlägen aus der Verwaltung. Da das Projekt «Finanzen 2019» Ressourcen braucht, ist die Stawiko nicht noch höher gegangen; sie will, dass die Prozesse sauber ablaufen können. Selbstredend war sie im Dilemma, ob sie pauschal oder gezielt bei konkreten Leistungen den Rotstift ansetzen wollte. Es ist ihr bewusst, dass mit einer linearen Streichung diejenigen Direktionen, die bislang überdurchschnittlich sparten, bestraft werden. Trotzdem war sich die Kommission einig, dass sie die Konkretisierung der Regierung überlassen will. Sie ist überzeugt, dass im Projekt «Finanzen 2019» und auch in der anstehenden Verwaltungsreform das Gärtchendenken über Bord geworfen und die Aufgaben des Kantons neu und – wie heute schon erwähnt – ohne Tabus definiert und strukturiert werden müssen. Die Stawiko vertraut darauf, dass ihr Zeichen richtig verstanden und umgesetzt wird.
Die Genehmigung dieser Kürzung war – wie im Eintretensvotum erwähnt – in der Stawiko entscheidend. Beim Rückkommen am Schluss der Sitzung hat die Kommission diese Kürzung mit 11 zu 2 Stimmen befürwortet. Ohne die Kürzung hätte

sie das Budget 2016 verworfen. Die Stawiko-Präsidentin dankt dem Rat für die Unterstützung des Kürzungsantrags.

**Anna Bieri** spricht als Mitarbeiterin des Kantons – und sie verspricht, nicht zu jammern. Denn sie arbeitet – wie viele Kolleginnen und Kollegen – sehr gerne für den Kanton Zug. Der Kanton Zug ist ein guter Arbeitgeber, er ist verlässlich und wertschätzend, und seine Arbeitnehmenden versuchen dementsprechend täglich, eine Topleistung für die Zugerinnen und Zuger zu erbringen. Die Zuger Verwaltung wird deshalb auch vom Kantonsrat immer wieder – heute etwa von Pirmin Frei – als «sehr gut» gelobt. Das ist erfreulich.
Nun wird gespart – und die Votantin unterstellt dem Rat, dass dieser teilweise nicht mitbekommt, was er damit an der Basis auslöst. Das Entlastungsprogramm trifft die Mitarbeitenden, teils verkraftbar, teils sehr schmerzhaft. Nichtsdestotrotz hat sich das Personal im Sparprozess von Beginn an sehr kooperativ gezeigt. Während in Luzern bereits alles demonstrationsbereit auf der Strasse stünde, hat man in Zug zusammen mit der Regierung nach möglichen Sparmassnahmen gesucht. Und es gab keinerlei Entrüstungssturm, als in der vergangenen Woche an der Kanti Zug bereits die ersten Kündigungen ausgesprochen wurden. Die Votantin sitzt selbst in einer Arbeitsgruppe, die ausarbeitet, welche Schulfächer gekürzt oder gestrichen werden. Man stelle sich das vor: Das ist nicht nur ein Leistungs-, sondern auch ein direkter Stellenabbau – und die möglicherweise Betroffenen arbeiten mit! Und die Votantin wird heute alle konkreten Sparbemühungen der Regierung unterstützen, auch jene, die sie selber und ihre Kollegen treffen. Das alles zeigt, dass die Mitarbeitenden des Kantons sehr kooperativ sind. Vom kleinen Einschnitt «Verbot von A-Post» über gravierendere Massnahmen wie grössere Klassen bis hin zu einer Lebenslohnreduktion von – im Fall der Votantin – im Moment etwa 8 Prozent tragen sie einiges mit, immer im Vertrauen darauf, dass ihr Arbeitgeber, der Kanton Zug, sich im Rahmen des Notwendigen und des Möglichen zu bewegen weiss.
Die vorgeschlagenen pauschalen Budgetkürzungen erschüttern dieses Vertrauen fundamental und stornieren das wiederholte Versprechen der Regierung «Keine Rasenmäherkürzungen». Das löst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Verunsicherung und Angst aus. So geben sich an der Kanti im Moment die Zürcher Gymnasien die Türklinke in die Hand, um die Leute zu visitieren, die sich in Zürich beworben haben. Und es sind die Guten, die gehen werden! Mit einer Pauschalkürzung gibt der Rat auch die Verantwortung ab. Es ist zu verstehen, dass die Stawiko nicht jedes Detail analysieren kann. Aber wenn ihr dies nicht möglich ist und sie es damit der Regierung anvertrauen muss, dann soll sie doch bitte auch darauf vertrauen, dass diese Regierung im Rahmen des Entlastungsprogramms wirklich jeden Franken umdreht. Dass dem so ist, können die Zuger Staatsangestellten bezeugen: Sie erfahren es in den letzten Monaten tagtäglich.
Man kann den Rasenmäher also wieder einpacken, denn die Heckenschere der Regierung ist scharf genug. «Wie die Wiese, so die Weide» – oder zuhanden der Stawiko: «Man muss heuen, wenn die Sonne scheint.» Auch im Namen der Zuger Staatsangestellten dankt die Votantin für das Vertrauen in deren gute Arbeit zum Wohl der Zuger Bevölkerung. Sie machen das sehr gerne.

**Andreas Hürlimann** bekräftigt, was er bereits in der Eintretensdebatte gesagt hat: Pauschale Kürzungen sind ein Abschieben von Verantwortung. Wer, wenn nicht die Stawiko, hat so genauen Einblick in die einzelnen Direktionen und Ämter und kann damit konkret sagen, wo und in welchem Umfang zusätzlich gespart werden sollte oder eben nicht? Der Regierungsrat schreibt es im Budgetbuch auf Seite 13 selber: «Mit solchen pauschalen linearen Kürzungen kann das strukturelle Problem nicht

sachgerecht gelöst werden.» Dass es mit der pauschalen Kürzung auch der Stawiko nicht wirklich wohl war, hat auch das Prozedere mit dem Rückkommen gezeigt. Man fühlte sich nicht wirklich wohl dabei, nach einer intensiven, fast zehnstündigen Debatte am Schluss einfach einen Rasenmäher von 5 Millionen Franken hervorzuholen. Die Vorrednerin hat es auf den Punkt gebracht: Das Momentum, dass die Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung und der kantonalen Schulen mittragen, was im Kantonsrat beschlossen wird, kann man sehr schnell kaputtmachen, indem man den Rasenmäher einsetzt. Besser wäre es, wenn der Kantonsrat klar sagen würde, wo in welchem Umfang gespart werden soll. Der Votant ruft den Rat deshalb dazu auf, den Antrag auf eine pauschale Kürzung abzulehnen.

**Philip C. Brunner** weist darauf hin, dass die 5 Millionen Franken, um die das Budget pauschal gekürzt werden soll, zufälligerweise genau jenem Betrag entsprechen, welchen der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug in der Debatte zum Budget 2012 einzusparen beschloss, dies bei einem Gesamtbudget, das rund fünf Mal kleiner war als das kantonale Budget. Die 5 Millionen Franken entsprachen nach Abzug des ZFA-Beitrags ungefähr 2,5 Prozent, im nun zur Debatte stehenden Fall geht es – nach Abzug des NFA-Beitrags – also um 0,5 Prozent. Der damalige Entscheid des GGR gehörte zu den besten, welche das Stadtparlament in den letzten Jahren fällte, dies übrigens mit allen Stimmen der CVP, FDP und SVP. Er war der Beginn eines Prozesses, von dem die Stadt heute profitiert, denn sie hofft, erstmals wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen. Die Kürzung hatte interne Folgen und war – wie gesagt – ein guter und notwendiger Entscheid, und er wurde vom damals noch linken Stadtrat auch sehr gut umgesetzt. Und was die Stadt Zug kann, das kann der Kanton – bei einem prozentual deutlichen kleineren Betrag – ebenfalls.
Im Übrigen hat der Votant mit Erstaunen zu Kenntnis genommen, dass Anna Bieri angeblich für das ganze Staatspersonal gesprochen hat. Anna Bieri wurde von den Stimmbürgerinnen und -bürgern der Gemeinde Hünenberg gewählt, dies unbestrittenermassen mit einem sehr guten Resultat. Das gibt ihr aber nicht das Recht, im Namen des Staatspersonals zu sprechen. Es mag sein, dass einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons ihre Meinung teilen, es gibt aber auch andere. Und diese haben ihr nicht die Legitimation gegeben, in ihrem Namen zu sprechen. Für den Votanten zeigt sich hier eine gewisse Überheblichkeit.

**Esther Haas** kann die letzte Äusserung von Philip C. Brunner nicht unwidersprochen lassen. Auch sie spricht heute im Namen von vielen Kantonsangestellten, und als Mitglied des Staatspersonalverbands weiss sie auch, worüber in diesem Kreis gesprochen wird. Und auch Anna Bieri ist durchaus legitimiert, im Namen vieler, wohl einer grossen Mehrheit der Kantonsangestellten, zu sprechen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hält fest, dass die Haltung des Regierungsrats hier dieselbe sei wie beim Steuerfuss: Man sollte jetzt nicht einfach pauschal korrigieren. Der grosse Unterschied zur Stadt Zug ist, dass der Regierungsrat bereits ein Entlastungspaket geschnürt hat, das dem Kantonsrat nun zur Beratung vorliegt. Eine pauschale Kürzung wäre also nicht der Start zu einem Sparprogramm, sondern gewissermassen ein Einschub in eine bereits bestehende Strategie. Der Vergleich mit der Stadt Zug trifft also die Sache nicht wirklich.
Der Finanzdirektor kann bestätigen, was Anna Bieri gesagt hat. Der Regierungsrat war in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm immer in einem intensiven Kontakt mit den Personalverbänden, und er hat diesen die geplanten Massnahmen frühzeitig und transparent aufgezeigt. Die Personalverbände tragen viele Massnahmen mit. Dass es nicht alle sind, ist verständlich. So führt die Halbierung der Lohn-

stufenanstiege zu einer Kürzung des Lebenslohns – wobei die Debatte über diese Massnahme im Kantonsrat noch zu führen ist. Im Unterschied zu anderen Kantonen konnten die geplanten Massnahmen bisher in einen geordneten Prozess diskutiert werden. Es gab keine Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude oder sonstwo, was sicher auch ein Erfolg des strategischen Vorgehens ist.
In der Stawiko hat sich der Finanzdirektor noch vehement gegen pauschale Kürzungen gewehrt. Der Regierungsrat unterstützt die Rasenmähermethode nicht und wird die pauschale Kürzung – wenn der Rat sie beschliessen sollte – auch nicht mit dem Rasenmäher umsetzen. Vielmehr wird er – ohne daraus eine Strafaktion gegen einzelne Direktionen zu machen – gewichten, wer schon wieviel gespart hat, was im Entlastungspaket bereits wirksam geworden ist und was nicht. Die Argumentation des Finanzdirektors war in der Stawiko zuerst erfolgreich: Die pauschale Kürzung wurden abgelehnt. Am Schluss lehnte die Stawiko dann aber das ganze Budget ab. Und das wäre es natürlich nicht wert: dass der Rat zwar dem Antrag des Regierungsrats folgt und die pauschale Kürzung ablehnt, dafür aber das Budget insgesamt ablehnt. Der Regierungsrat findet die beantragte pauschale Kürzung nach wie vor nicht richtig, weil sie nicht einem strategisch-konzeptionellen Vorgehen entspricht, aber wenn der Rat sie beschliessen würde, wird er sie ohne Tabus umzusetzen versuchen. Allerdings ist der Handlungsspielraum ziemlich eingeschränkt: Von den total 1,4 Milliarden Franken des Budgets sind rund 1,3 Milliarden Franken durch Verträge, NFA etc. vorbestimmt. Es könnte allerdings sein, dass bestimmte Aufwände nicht so hoch ausfallen wie vorgesehen. Zusammenfassend empfiehlt der Regierungsrat aber, die pauschale Reduktion des Aufwands um 5 Millionen Franken abzulehnen.

➔ Der Rat genehmigt mit 49 zu 19 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission auf eine pauschale Reduktion des Aufwands um 5,0 Millionen Franken.

**Thomas Villiger** stellt im Namen der SVP-Fraktion zwei weitere Anträge auf pauschale Reduktionen:
• Der erste **Antrag** betrifft das Konto 313, Dienstleistungen und Honorare. Hier beantragt die SVP-Fraktion, das Konto pauschal um 1 Million Franken zu kürzen. Gemäss Finanzdirektion sind zwei Drittel des Gesamtaufwands von rund 30 Millionen Franken gebundene Verpflichtungen, zum Beispiel Versicherungsprämien. Die SVP ist der Meinung, dass bei den restlichen rund 10 Millionen Franken Einsparungen von 1 Million Franken möglich sind.
• Der zweite **Antrag** betrifft das Konto 30, Personalaufwand. Hier beantragt die SVP-Fraktion, das Konto der Teuerung anzupassen. Seit Jahren wurden die Löhne der kantonalen Angestellten der Teuerung angepasst, obwohl eine Negativteuerung vorliegt. Diese Anpassung macht der Kanton auch bei seinen Auftraggebern, deren Entschädigungen an die Teuerung gebunden sind. In der Wirtschaft werden in finanziell angespannten Zeiten die Arbeitszeiten ohne Lohnanpassungen erhöht, oder es werden gar Entlassungen ausgesprochen. Die SVP ist der Meinung, dass die Anpassung der Löhne an die Teuerung eine angemessene Massnahme darstelle, um dies bei den kantonalen Angestellten zu vermeiden. Dadurch können rund 8 Millionen Franken eingespart werden.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold:** Auch in der Staatswirtschaftskommission wurde der Antrag auf eine Kürzung im Bereich Dienstleistungen Dritter und Honorare gestellt. Beantragt wurde jedoch eine Kürzung um 0,6 Millionen Franken. Der Antrag wurde damit begründet, dass die Stawiko es nicht bei Empfehlungen belassen,

sondern konkret eine Reduktion verlangen solle. Der Antrag wurde vorerst mit 7 zu 6 Stimmen abgelehnt. Auch dazu gab es am Ende der Sitzung einen Rückkommensantrag. Anders als bei der pauschalen Kürzung um 5 Millionen Franken wurde der dieser Kürzungsantrag jedoch erneut abgelehnt, allerdings wiederum knapp mit 7 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung.
Der Ordnung halber hält die Stawiko-Präsidentin fest, dass in der Kommission weder ein Antrag auf eine Kürzung um 1 Million Franken bei den Dienstleistungen Dritter noch ein Antrag auf Anpassung an die Teuerung beim Personalaufwand gestellt wurde.

**Alois Gössi** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Präsident des Verbands der Zuger Polizei, eines der drei Personalverbände des Kantons Zug. Er selbst ist aber nicht beim Kanton angestellt.
Für 2016 sind für das Personal Ausgaben von 318 Millionen Franken budgetiert, was 4,4 Millionen Franken weniger sind als für 2015. Die bestehenden Aufgaben müssen mit den vorhandenen Personalressourcen umgesetzt werden. Es werden keine neuen Stellen geschaffen, faktisch gilt ein Personalstopp. Mehr noch: 2016 müssen im Rahmen des Entlastungsprogramms 0,5 Prozent der Stellen abgebaut werden, ebenso 2017. Das bedeutet, dass mit weniger Mitarbeitenden gleich viel bzw. wahrscheinlich mehr Aufgaben erfüllt werden müssen; bekanntlich wächst die Bevölkerung des Kantons Zug stark, was sich auch auf die zu erfüllenden Aufgaben auswirkt. Mit dem Antrag auf eine pauschale Kürzung der Personalausgaben um 8 Millionen Franken sollen diese um weitere rund 2,5 Prozent gesenkt werden, was zusammen mit den Sparbemühungen des Regierungsrats rund 4 Prozent ergibt. Begründet wird der Antrag mit dem Ausgleich der Minusteuerung, die – so die SVP – 2016 wie schon in den Vorjahren fälschlicherweise nicht berücksichtigt werde.
Der Votant lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, die Lohnsumme um 8 Millionen Franken zu kürzen, klar ab. Rechtlich ist dieser Antrag wahrscheinlich zulässig, aber es verstösst nach Meinung des Votanten dem Personal gegenüber gegen Treu und Glauben, eine Lohnkürzung wegen der Minusteuerung vorzunehmen. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Antrag der SVP auf eine pauschale Kürzung beim Personalaufwand abzulehnen.

**Stefan Gisler** möchte von der SVP bzw. von Thomas Villiger wissen, was konkret im Konto 313 enthalten ist und wo genau 1 Million Franken gespart werden soll. Möchte die SVP bei den Dienstleistungen sparen oder eher bei den Honoraren? Gibt es Versicherungen, die gekündigt werden sollen, oder soll der Baudirektor für bestimmte Abklärungen keine Fachpersonen mehr beauftragen können, sondern diese *inhouse* mit einem gewissen Mehraufwand oder zusätzlichem Personal vornehmen lassen? Anders gesagt: Wohin zielt der SVP-Antrag, auf das Personal oder auf die Dienstleistungen Dritter?

**Andreas Hausheer** hat eine Frage zum Ausgleich der Minusteuerung: Was diente der SVP als Basis für ihre Berechnung? Der Konsumentenpreisindex hat sich in den letzten drei, vier Jahren um Null bewegt: Einmal war es minus 0,7, dann minus 0,2, dann wieder plus 0,2 bzw. plus 0,7 Prozent. Wie kam die SVP auf eine Minusteuerung von 2,5 Prozent?

**Oliver Wandfluh** hält zur Frage von Andreas Hausheer fest, dass diese Zahl nach Rücksprache mit der Regierung zustande kam. Zur Frage von Stefan Gisler: Die gebundenen Ausgaben, etwa für Versicherungsprämien etc., sind in den genannten zwei Dritteln des Gesamtbetrags von 30 Millionen Franken enthalten. Diese zwei

Drittel werden nicht in Frage gestellt. Nach Ansicht der SVP muss es bei den restlichen 10 Millionen Franken aber möglich sein, die Kosten für externe Aufträge um 1 Million Franken zu reduzieren.

**Thomas Lötscher** stellt fest: Der Basar ist eröffnet. Bereits liegen zwei Anträge vor, weitere werden vermutlich folgen. Natürlich ist der Kantonsrat gehalten, zu sparen, doch sollte er das einigermassen intelligent tun. Das bedeutet auch, einen gewissen Druck auszuhalten und jetzt nicht reinzuschiessen, sondern die Situation zu analysieren, wie es die Regierung bereits begonnen hat und mit «Finanzen 2019» fortführen wird. Grundsätzlich kann sich der Kanton Zug aufgrund seiner Reserven ein oder zwei Jahre Zeit nehmen. Dann aber muss zwingend gehandelt werden, allerdings wird es dannzumal nicht mehr um eine Reduktion um 5 oder 8 Millionen, sondern um 50 bis 80 Millionen Franken gehen.
In diesem Zusammenhang stellt sich für den Votanten die Frage nach dem Unterschied zwischen dem Kantonsrat und einer Mimosa pudica bzw. einer Eidechse. Das wird sich heute zeigen. Die Mimosa pudica ist eine Pflanze, die bei einer Berührung reagiert, indem sie die Blätter zusammenzieht. Sie differenziert nicht, ob eine reale oder eine vermeintliche Gefahr besteht. Die Eidechse ist intellektuell etwas weiter entwickelt: Wenn sie angegriffen wird, stösst sie ihren Schwanz ab, einen Körperteil, auf den sie im Moment verzichten kann – ohne zu überlegen, was sie noch erwartet. Höher entwickelte Lebewesen, vor allem Wirbeltiere – also solche mit Rückgrat –, haben etwas differenziertere Problemlösungsstrategien. Der Votant ist gespannt, wie der Kantonsrat heute sparen wird: ob auf dem intellektuellen Niveau von Grünzeug, von Reptilien oder mit Rückgrat. Er empfiehlt, für substanzielle Einsparungen, für welche Prioritäten gesetzt und Leistungen hinterfragt werden müssen, die Regierung arbeiten zu lassen – und dranzubleiben. Letzteres ist auch eine Aufgabe der Stawiko, welcher der Votant angehört und die – wie schon mehrfach gehört – selber nicht sehr viele Vorschläge eingebracht hat.

**Oliver Wandfluh** wiederholt, dass die SVP-Fraktion – wie in der Eintretensdebatte erwähnt – eine schwarze Null wünscht. Transparenzhalber hält er fest, dass die SVP Kürzungsanträge im Umfang von ca. 18 Millionen Franken stellen wird. Das ergibt zusammen mit den Anträgen der Stawiko in etwa eine schwarze Null.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** empfiehlt, die zwei Anträge der SVP-Fraktion abzulehnen. Bei der vorhin beschlossenen pauschalen Kürzung hat man dem Regierungsrat freie Hand gegeben, wo er die 5 Millionen Franken einsparen will, ob beim Sachaufwand – wozu auch die Dienstleistungen Dritter gehören – oder beim Personalaufwand. Die Stawiko hat den Regierungsrat aufgefordert, beispielsweise Protokollierungen nicht mehr extern zu vergeben, was bereits auf das Konto 313 geht. Eine nochmalige pauschale Kürzung macht deshalb keinen Sinn, zumal es im Konto 313 viele Faktoren gibt, die nicht beeinflussbar sind, etwa die Portokosten.
Zum Antrag der SVP-Fraktion zur Kontengruppe 30 (Personalaufwand) hält der Finanzdirektor fest, dass er bezüglich des Teuerungsausgleichs und dessen Vollzug von niemandem kontaktiert wurde. Gemäss Personalgesetz kann der Regierungsrat jährlich nach der Genehmigung des Budgets die Teuerung ausgleichen. Er geht dabei von der Indexbasis Dezember 2010 aus. Letztmals wurde die Teuerung im Jahr 2009 ausgeglichen. Seither war sie in der Tendenz eher rückläufig, wobei der Regierungsrat den Teuerungsausgleich aber nicht zurückgenommen, sondern auf dem Stand von 2009 stehengelassen hat. Mit dieser Praxis steht er nicht alleine da, vielmehr entspricht sie derjenigen anderer Kantone. Eine negative Anpassung, wie sie von der SVP beantragt wird, würde effektiv eine Lohnkürzung bedeuten:

8 Millionen Franken bedeuteten eine Lohnkürzung um 2,7 Prozent. Das ist nach Meinung der Regierung weder sach- noch situationsgerecht. Weder Bund noch andere Kantone haben den Teuerungsausgleich zurückgenommen, und die Situation des Kantons Zug ist nicht so dramatisch, dass man das Personal in dieser Grössenordnung bestrafen müsste. Allenfalls könnte man die beantragte Kürzung auch über einen Abbau der Personalstellen umsetzen. Es würde sich um gegen 50 Stellen handeln – und da müsste der Kantonsrat dem Finanzdirektor aber wirklich sagen, wo abgebaut werden soll. Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurde bei der Bildung abgebaut, was schon viel gebracht hat. Welche Bereiche kommen denn sonst noch in Frage? Der Finanzdirektor hat die SVP noch im Ohr, die sagte, man könne überall sparen, aber nicht bei der Sicherheit. Der Sicherheitsbereich schlägt mit über 300 Personalstellen zu Buche, was bedeutet, dass ein Abbau andere Bereiche sehr einseitig treffen würde.
Zusammenfassend empfiehlt der Finanzdirektor deshalb nochmals, beide Anträge der SVP abzulehnen.

**Manuel Brandenberg** hält zur Klärung fest, dass alle Kürzungen, welche die SVP-Fraktion schon beantragt hat und noch beantragen wird, *zusätzlich* zu den bereits beschlossenen 5 Millionen Franken vorzunehmen sind.

**Andreas Hausheer** hat noch keine Antwort auf die Frage erhalten, wie die SVP auf die 2,5 Prozent Negativteuerung gekommen ist, welche sie als Begründung für ihren Kürzungsantrag anführt. Er wäre – im Sinne einer Entscheidungsgrundlage – froh um eine Auskunft.

Auf die Frage des **Vorsitzenden,** welcher SVP-Vertreter diese Frage beantworte, meldet sich niemand zu Wort.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf eine pauschale Reduktion der Kontengruppe 313 (Dienstleistungen und Honorare) um 1,0 Millionen Franken mit 55 zu 17 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf eine pauschale Reduktion der Kontengruppe 30 (Personalaufwand) um 8,0 Millionen Franken mit 54 zu 13 Stimmen ab.

***Gesetzgebende Behörden*** *(Seite 47 im Budgetbuch)*

*Kostenstelle 1000, Kantonsrat (Seite 47)*

**Stefan Gisler** stellt einen Antrag, den man auch im Stawiko-Bericht findet und der aktueller ist denn je. Die Vernehmlassungen zu den Entlastungspaketen I und II, der Stawiko-Bericht zum Budget 2016 sowie die bisherigen Abstimmungen dazu zeigen, dass die bürgerliche Ratsmehrheit hinter dem regierungsrätlichen Sparpaket steht. Der Rat geht sogar noch weiter: Er hat den an sich schon scharfen regierungsrätlichen Budgetvorschlag durch eine undifferenzierte Pauschalkürzung um 5 Millionen Franken – das bedeutet ungefähr zwanzig Polizisten weniger – noch verschärft. Auf der jetzt zur Debatte stehenden Seite 47 im Budgetbuch, welche den Kantonsrat betrifft, liest man im Kommentar: «Entlastungsprogramm: kein Beitrag.» Das geht nun wirklich nicht! Der Kantonsrat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Die ALG hat in ihrer Vernehmlassung zum Entlastungspaket II angeregt, die Sitzungsentschädigungen für Kantonsratsmitglieder zu kürzen. Das kann der Rat heute allerdings noch nicht beschliessen. Er kann bzw. muss nach der vorhin be-

schlossenen Pauschalkürzung aber schon heute mit gutem Beispiel vorangehen und bei sich selber sparen. Er kann nicht vom Personal harte Sparmassnahmen verlangen und selber die Hände in den Schoss legen. Die ALG stellt deshalb den **Antrag,** das Budget für den Kantonsrat um 50'000 Franken zu kürzen, was primär beim Konto 319 (Übriger Betriebsaufwand) umgesetzt werden soll. Man kann sparen, indem weniger Ratssitzungen durchgeführt werden, indem die Ratsmitglieder das Mittagessen an den Sitzungstagen teilweise oder ganz selbst bezahlen oder indem man auf den bezahlten Kantonsratsausflug verzichtet. Auch der Rat soll sich aus der Komfortzone herausbewegen, wie er es vom Personal und von der Bevölkerung verlangt. Man kann nicht von anderen verlangen, zu sparen, und selbst keinen Beitrag dazu leisten.
Der Votant dankt für die Zustimmung zu diesem Antrag, im Sinne der Glaubwürdigkeit des Rats – und im Sinne von Rückgrat.

**Heini Schmid** hält fest, dass jedes Ratsmitglied aus eigener Erfahrung weiss, dass das Amt einen Kantonsrats oder einer Kantonsrätin in wirtschaftlicher Hinsicht nicht lohnenswert ist. Vielleicht gibt es Staatsangestellte, die sehr grosszügige Regelungen haben, generell aber investiert man als Mitglied des Kantonsparlaments sehr viel Zeit und Energie und macht Spesen, die nie entschädigt werden. Es sollte deshalb verhindert werden, dass der Eindruck entsteht, die Ratsmitglieder würden sich bereichern. Man wird für seinen Einsatz hier wirklich nicht fürstlich bezahlt. Es ist fehl am Platz, von «Zeichen setzen» etc. zu sprechen, wenn man sieht, wie öffentlich-rechtlich Angestellte für jede Aufwendung entschädigt werden – wovon man als Ratsmitglied nicht einmal träumen kann. Die Kantonsratsmitglieder erbringen ihre Leistung, und es nicht nötig, irgendwelche Sparmassnahmen – etwa beim Mittagessen – durchzudrücken. Die gemeinsamen Mittagessen sind für den Zusammenhalt im Rat sehr wichtig, und es wäre schade, wenn jede Fraktion für sich essen und der Zusammenhalt verloren gehen würde. Eine Wertschätzung des Rats und seiner Arbeit ist wichtig, weshalb der Votant empfiehlt, den vorliegenden Kürzungsantrag abzulehnen.

**Oliver Wandfluh** ist nicht sicher, ob er den Antrag richtig verstanden hat. Soll wirklich das Konto 319 mit einem Gesamtaufwand von 144'000 Franken um 50'000 Franken, also um gut 30 Prozent, gekürzt werden? Die ALG geht damit weit über die Anträge der SVP hinaus, die Kürzungen im Bereich von 10 Prozent und weniger verlangt hat.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Kürzung der Kostenstelle 1000 (Kantonsrat) bzw. des Kontos 319 um 50'000 Franken mit 37 zu 30 Stimmen ab.

***Allgemeine Verwaltung*** *(ab Seite 49 im Budgetbuch)*

*Kostenstelle 1120, Staatskanzlei (Seiten 51–53)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission eine Reduktion des Globalbudgets um 233'700 Franken beantragt.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass bei der Staatskanzlei die vom Kantonsrat im Rahmen des Budgets 2015 beschlossene globale Budgetkürzung nicht weitergeführt wurde. Begründet wurde dies damit, dass eine Kürzung nicht möglich sei, weil keine beeinflussbaren Aufwände vorlägen. Die Delegation, welche

die Staatskanzlei visitiert, ist jedoch der Meinung, dass auch die Staatskanzlei beeinflussbare Kosten habe. Der damalige Umsetzungsbeschluss des Regierungsrats, datiert vom 9. Dezember 2014, verlangte von allen Ämtern, die Kürzung wenn möglich in der Kontengruppe 31 umzusetzen. Sofern dies nicht möglich sei, müsse die Kürzung innerhalb des Gesamtaufwands vorgenommen werden. Die Stawiko beschloss deshalb, das Globalbudget der Staatskanzlei um 233'700 Franken zu kürzen, dies mit 12 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 zu 7 Stimmen, das Globalbudget der Staatskanzlei um 233'700 Franken zu kürzen.

Der **Vorsitzende** dankt an dieser Stelle der Staatskanzlei für ihren symbolischen Beitrag zum Sparen: An den Sitzungen des Kantonsrats und des Regierungsrats steht nicht mehr Mineralwasser, sondern nur noch Leitungswasser, serviert in einer Mehrwegflasche, zur Verfügung.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

21. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 26. November 2015 (Nachmittag)
Zeit: 13.50 – 17.30 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Claudia Locatelli

## 298 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Zug; Peter Letter, Oberägeri; Pirmin Andermatt und Nicole Imfeld, beide Baar; Kurt Balmer, Risch.

## 299 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** begrüsst die stellvertretende Protokollführerin Claudia Locatelli.

Da Regierungsrätin Manuela Weichelt den Rat so schnell wie möglich verlassen muss, schlägt der Vorsitzende vor, das Budget der Direktion des Innern vorzuziehen. Der Rat ist stillschweigend damit einverstanden.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)

## 300 Budget 2016 und Finanzplan 2016–2019

Vorlagen: 2559.1 - 00000 (Gedruckter Bericht); 2559.2 - 15034 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Beratung und Genehmigung des Budgets 2016** (Fortsetzung)

***Direktion des Innern*** *(ab Seite 61 im Budgetbuch)*

In der Detailberatung des Budgets kommen folgende Kostenstellen bzw. Konti zur Sprache:

*Kostenstelle 1550, Sozialamt (Seite 79)*
*Kostenstelle 1552, Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (Seite 85)*
*Kostenstelle 1580, Amt für Denkmalschutz und Archäologie (Seite 89)*

**Thomas Villiger** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** das Konto 1550, Sozialamt, um 5 Prozent, dies entspricht 2,66 Millionen Franken, zu kürzen. Zum

einen sind nicht alle Leistungen gebunden, zum anderen befindet man sich bei den gebundenen Ausgaben nicht überall auf den minimalen Standards. Die SVP ist der Meinung, dass Sozialhilfeleistungen nach den Bundesvorgaben zu entrichten sind.
Der **zweite Antrag** der SVP-Fraktion betrifft das Konto 1552, das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz. Die SVP beantragt, dieses Konto auf das Vorjahresniveau zu reduzieren. Dies entspricht einer Kürzung von rund 520'000 Franken. Die seit Einführung des kantonalen KES stetig steigenden Kosten bereiten der SVP-Fraktion Sorgen. Die SVP ist der Meinung, dass das Amt auf dem Niveau des Vorjahres betrieben werden kann.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatwirtschaftskommission, kann zu der beantragten Kürzung beim Sozialamt keine Meinung abgeben, da an der Sitzung der Stawiko kein Antrag gestellt wurde. Um die heutige Sitzung zu beschleunigen, wird sie sich bei Anträgen nicht zu Wort melden, wenn keine entsprechenden Anträge in der Stawiko gestellt wurden.
Zum Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz: Auch dazu wurde an der Stawiko-Sitzung kein Antrag gestellt. Diskutiert wurde jedoch die Sachlage rund um die eingestellten Hilfskräfte. Dazu hat die Stawiko bereits am Morgen eine Empfehlung an die Regierung abgegeben. Auf einen Kürzungsantrag wurde aber explizit verzichtet, weil bei einer Unterbesetzung des KES für den Kanton Zug gewisse Risiken bestehen, welche die Stawiko vermeiden wollte. Sie fordert die Regierung aber auf, diese Risiken genau abzuklären, damit in Zukunft entsprechende Massnahmen ergriffen werden können.

**Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Leiter Sozialdienst Baar und hat oft mit dem KES und dem kantonalen Sozialamt zu tun. Die SVP-Fraktion hat nicht dargelegt, wie die Kürzung beim kantonalen Sozialamt umgesetzt werden soll, verlangt wird eine pauschale Kürzung. Wenn aber der Kanton Zug für Zuger Bürger ausserkantonal aufkommen muss, dann muss er die Kosten übernehmen, die bei der entsprechenden Gemeinde oder beim entsprechenden Kanton angefallen sind. Der Kanton Zug kann nicht verlangen, dass dabei auf SKOS-Richtlinien oder Ähnliches abgestützt wird. Es besteht folglich gar kein Spielraum, um Kosten einzusparen. Auch von der Gemeinde Baar ist man beispielsweise angewiesen, dass Geld, welches für einen Bürger aus dem Kanton Aargau ausgegeben wurde, entsprechend rückvergütet wird.
Zum KES: Wie die Stawiko-Präsidentin erwähnt hat, ist eine Kürzung selbstverständlich möglich. Aber die Haftpflicht des Kantons besteht, und die Betroffenen müssen entsprechend begleitet werden. Passiert dies nicht, folgt eine erneute Abschiebung auf die Gemeinden, welche die entsprechenden Aufgaben vorübergehend übernehmen müssen. Dann besteht ein rechtsfreier Raum, was nicht zu befürworten ist. Was es bedeuten würde, wenn in einer solchen Situation ein Haftpflichtfall einträte, entspräche sicher nicht der Idee eines guten Staates. Der Votant bittet den Rat deshalb, beide Anträge abzulehnen.

**Thomas Villiger** führt namens der SVP-Fraktion aus, dass die Direktorin des Innern die Leistungsaufträge selbst kürzen und anpassen kann – deshalb die pauschale Kürzung.
Die SVP-Fraktion stellt einen dritten **Antrag** zum Konto 1580, Amt für Denkmalschutz und Archäologie. Beantragt wird, das Konto 1580 um 500'000 Franken zu reduzieren. Auch hier muss bei den Leistungsaufträgen das Wünschbare vom Notwendigen getrennt werden.

**Manuela Weichelt,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die SVP-Fraktion nebst den am Vormittag angenommenen 5 Millionen Franken Pauschalkürzung bei der Direktion des Innern zusätzlich 3,68 Millionen Franken kürzen möchte.
Zum kantonalen Sozialamt: Die Direktion des Innern hat im Rahmen des Entlastungsprogramms (EP) 2016–2018 ihre Arbeit gemacht und leistet ihren Beitrag. Das Sozialamt spart in den nächsten drei Jahren von 2016 bis 2018 6,1 Millionen Franken. Die Direktion des Innern hat zudem einen Mehraufwand bzw. einen Minderertrag zu kompensieren, nämlich zusätzliche 0,75 Millionen Franken durch Einsparungen in anderen Direktionen. Das sind beispielsweise Prämienverbilligungen und Mutterschaftsbeiträge, die bei der Abteilung Asyl wegfallen werden. Die grosse Budgetreduktion wird beim Sozialamt 2017 stattfinden. Hauptanteil des Budgets machen die Leistungs- und Subventionsvereinbarungen aus: 29 von 34 Millionen Franken. In diesem Bereich hat der Regierungsrat entschieden, dass nach einem Übergangsjahr das EP erst im Jahr 2017 greifen soll. Es wäre ein Vertrauensbruch, wenn der Regierungsrat zum Beispiel beim Wohn- und Werkheim Schmetterling, bei der Stiftung Maihof, bei der Fachstelle punkto Jugend und Kind oder bei der Pro Senectute bereits 2016 diese Kürzung vornehmen würde. Würden bei diesen Institutionen Plätze gestrichen, so müssten die Betroffenen – wie dies bereits Hubert Schuler ausgeführt hat – ausserkantonal platziert werden. Diese Personen müssten dann über die Kostenübernahmegarantien finanziert werden.
Zu den Sozialhilfeausgaben, die Thomas Villiger erwähnt hat: Wirtschaftliche Sozialhilfe leisten die Einwohnergemeinde und die Bürgergemeinde. Somit entstehen keine Kostenfolgen, wenn beim Kanton gekürzt wird.
Zum Kindes- und Erwachsenenschutz: Das Amt wurde gefragt, was es bedeuten würde, 520’000 Franken zu kürzen. Würde bei der Behörde und bei den unterstützenden Diensten vier Mitarbeitenden gekündigt, so hätte dies die nachstehenden Folgen:
● Es könnten nur noch Notfälle bearbeitet werden, es gäbe keine zeitnahen Abklärungen und Vermittlungen bei den Besuchsrecht-Regelungen, Erwachsenenschutzmassnahmen könnten nicht mehr zeitig abgeklärt werden. Die Folgen – dies wurde ergänzt durch die Stawiko-Präsidentin – sind Rechtsverzögerungen und Schadenersatzklagen.
● Von Altersbeistandsschaften würde abgesehen werden. Bei fürsorgerischer Entlassung nach Ablauf der ärztlichen fürsorgerischen Unterbringung könnten keine Abklärungen mehr vorgenommen werden. Das würde bedeuten: Entweder frühzeitige Entlassung aus den Kliniken oder die rechtlichen Grundlagen, um Personen in der Klinik zu behalten, würden nicht überprüft.
● Es gäbe keine zeitnahen Abklärungen, Interventionen und Verfahrensabschlüsse von Kindesschutzmassnahmen mehr. Als Folge davon würden Kinder direkt in einem Heim platziert werden, mildernde Massnahmen könnten keine mehr getroffen werden. Der Aufenthalt eines Kindes in einem Heim kostet pro Monat zwischen 10’000 und 15’000 Franken.
● Rasche, fristgerechte Regelungen bei Erbschaften und beim Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken sowie bei der Validierung von Vorsorgeaufträgen wären nicht mehr möglich. Die Folgen wären auch hier Rechtsverzögerungen und Schadenersatzklagen.
● Vermittlungsgespräche bei gemeinsamer elterlicher Sorge könnten nicht mehr angeboten werden. Die strittigen Eltern müssten direkt ans Gericht.
Was wäre, wenn die Kosten bei der Mandatsführung eingespart würden? Man müsste 120 Mandate mit 100 Stellenprozenten bearbeiten. Das würde heissen, es könnten 13 Stunden pro Jahr für die Betreuung und Unterstützung und 1,1 Stunden pro Monat für die Bearbeitung von Einkommen und Vermögen aufgewendet werden.

Die Beiständinnen und Beistände verwalten ein Gesamtvermögen von 244 Millionen Franken. Hier noch zu kürzen und Vermögen nicht mehr richtig anzulegen, könnte zu weiteren Staatshaftungsklagen führen. Der Regierungsrat bittet, von dieser Kürzung abzusehen.
Zum dritten Kürzungsantrag der SVP: Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie hat bereits per Budget 2015 einen sehr grossen Sparauftrag erfüllt. Insgesamt wurden rund 1,1 Millionen Franken gekürzt; beim Budgetprozess des Regierungsrats, die Pauschalkürzung letztes Jahr von 5 Prozent plus die zusätzliche Kürzung des Kantonsrates von 10 Prozent. Im Rahmen des EP 2015–2018 wird das Amt noch weitere Kürzungen von mindestens 300'000 Franken vornehmen. Gesamthaft wird das Amt gegenüber der Budgeteingabe 2015 um über 20 Prozent reduzieren. Es wäre nicht fair, bei einem Amt, das einen so grossen Sparbeitrag leistet, nochmals weiter zu sparen. Besten Dank für die Unterstützung des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Globalbudget der Kostenstelle 1550, Sozialamt, um 2,66 Millionen Franken zu kürzen, mit 50 zu 18 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Globalbudget der Kostenstelle 1552, Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz, um 520'000 Franken zu kürzen, mit 49 zu 20 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Globalbudget der Kostenstelle 1580, Amt für Denkmalpflege und Archäologie, um 500'000 Franken zu kürzen, mit 40 zu 28 Stimmen ab.

Die Beratung des Budgets wird hier unterbrochen und nach Traktandum 3 weitergeführt (siehe Ziff. 306).

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**301** Traktandum 3.1: **Motion von Nicole Imfeld, Daniel Marti, Claus Soltermann und Daniel Stadlin betreffend Anpassung der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) zur Sicherung der demokratischen Mitwirkung aller im Kantonsrat vertretenen Parteien**
Vorlage: 2564.1 - 15042.

**Beni Riedi** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen. Erstens wurde die GO KR erst vor kurzem im Rat besprochen. Zweitens stellt sich die Frage, wie die Motionäre ihr Anliegen umsetzen wollen. Denn es geht nicht nur um die Absicht der GLP, in die Kommissionen eingebunden zu werden, sondern auch um die parteilosen Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Sind diese dann ebenfalls in einer Kommission vertreten? Wenn eine Kommission nach dem Proporz gebildet und die Wählerstärke der Zuger Bevölkerung darin abgebildet werden soll, müsste auch jedes parteilose Kantonsratsmitglied in eine Kommission eingebunden werden. Nur das wäre konsequent. Eine Kommission, die bis heute aus 15 Mitgliedern besteht, würde folglich extrem gross, und die Berechnung ginge nicht mehr auf. Wie viele Mitglieder sollten die Kommissionen denn haben? Die Umsetzung der Motion hätte hohe Kosten zur Folge, dagegen wehrt sich die SVP-Fraktion.

**Andreas Hostettler** merkt an, dass mit der Motion die Frage der Gerechtigkeit gestellt wird. Ist es gerecht, dass eine kleine Partei an der Fraktionsgrösse für Kommissionssitze scheitert? Ist es gerecht, dass im Kanton Zug fast so viele Frauen wie Männer wohnen, jedoch nicht entsprechend im Kantonsrat vertreten sind? Ist es gerecht, dass die 20- bis 30-Jährigen und über 60-Jährigen in diesem Rat untervertreten sind? Ist es gerecht, dass nicht alle Berufsgruppen gleichmässig im Rat vertreten sind? Ist es gerecht, dass in der Budgetdebatte gespart werden muss und die einen mehr, die anderen weniger betroffen sein werden? Ist es gerecht, dass es heute regnet? Nein, ist es nicht. Vieles ist nicht gerecht im Leben, im Land und in diesem Parlament. Gerechtigkeit ist ein hohes Gut, einverstanden. Es ist jedoch ein grosser Irrtum, zu glauben, es gebe eine absolute Gerechtigkeit und diese sei immer erstrebenswert und das Beste. Dies gilt auch für die hier von den Motionären geforderte Gerechtigkeit. In diesem Fall hat der Kantonsrat bestimmt, im Sinne einer vernünftigen Grössenordnung ungerecht zu sein. Eine mögliche Konsequenz wäre sonst die baldige Bildung einer neuen «Fraktion der Fraktionslosen» im Kantonsrat. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die Nichtüberweisung der Motion.

**Claus Soltermann:** Die Kantonsratsmitglieder repräsentieren die Kantonsbevölkerung und werden von der Stimmbevölkerung aufgrund der von den jeweiligen Parteien vertretenen Haltungen und Absichten gewählt. Mit der Einführung des doppelten Pukelsheim wurde sichergestellt, dass keine den demokratischen Prozessen und Pflichten abträgliche Zersplitterung der Parteienlandschaft entstehen kann.
Mit der Revision seiner Geschäftsordnung hat der Kantonsrat nach Einführung des doppelten Pukelsheim die Hürde für die Bildung einer Fraktion von drei auf fünf Mitglieder erhöht. Das zentrale Argument war dabei, dass eine Einsitznahme in die Kommissionen erst bei mindestens fünf Ratsmitgliedern pro Fraktion gewährleistet ist. Diese Regelung führt nun dazu, dass eine kleine Partei wie die Grünliberalen mit 6,04 Prozent Wähleranteil im ganzen Kanton und einem Anteil von 5 Prozent der Kantonsratssitze von der Mitarbeit in den Kommissionen ausgeschlossen ist.
Für die Fraktionsbildung sind 6,25 Prozent der Kantonsratssitze nötig. Das ist mehr als doppelt so viel wie im Wahlgesetz zum Einzug in den Kantonsrat verlangt wird. Zum Vergleich: Im Nationalrat genügen 5 der 200 Sitze zur Bildung einer Fraktion. Das sind gerade mal 2,5 Prozent. Dass also eine Partei mit 4 von 80 Sitzen keine Fraktion bilden darf und von der Kommissionsarbeit ausgeschlossen wird, ist höchst undemokratisch. Zwar sieht die Geschäftsordnung vor, dass Parteien Kommissionssitze abtreten können (§ 24 Abs. 4 GO KR), doch in der Realität wird dies nicht praktiziert. Eine kleine Partei ist daher gezwungen, entweder Volksvertreter zweiter Klasse zu bleiben oder sich als Juniorpartner einer anderen Partei mit in manchen Fällen gegenteiligen Haltungen anzuhängen. Dies stellt bei einem Anteil von 5 Prozent an den Kantonsratssitzen keinen wirklich demokratischen Minderheitenschutz dar.
Es kann nicht sein, dass ein Kantonsparlament als eine demokratisch gewählte Behörde eine Geschäftsordnung hat, die selbst die Grundsätze der Demokratie aushebelt. Bei einem Anteil von 5 Prozent an den Kantonsratssitzen kann niemand ernsthaft von einer vernachlässigbaren Grosse sprechen.
Alle Mitglieder des Rates bringen wertvolle Berufserfahrungen mit. Mit dieser Motion wird die Möglichkeit geschaffen, die aufgrund der Einführung des doppelten Pukelsheim unnötig gewordene doppelte Sicherung vor einer Zersplitterung der Parteienlandschaft zu überprüfen. Es können Wege gefunden werden, die es für alle Kantonsratsmitglieder zur Pflicht und gleichzeitig auch möglich machen, die vom Volk mit der Wahl erteilten Aufgaben zu erfüllen.

Was sind mögliche Lösungsansätze? Es kann beispielsweise geprüft werden, ob die Mindestgrösse einer Fraktion gemäss § 32 Abs. 1 auf vier oder wieder wie früher auf drei Ratsmitglieder gesenkt werden soll. Auch eine Pflicht zur Bildung von Fraktionsgemeinschaften könnte ein denkbarer Weg sein. Mit dem Zwang zur Bildung von Fraktionsgemeinschaften mit mindestens fünf Mitgliedern wäre gewährleistet, dass alle Parteien an der Kommissionsarbeit beteiligt sind. Widersprechende Haltungen von Fraktionspartner könnten über die Möglichkeit für Minderheitsberichte aus den Kommissionen gemäss § 31 der Geschäftsordnung in den Rat einfliessen. Dazu wäre es notwendig, dass bei Fraktionsgemeinschaften immer alle beteiligten Parteien ein Kommissionsmitglied stellen. Der Votant appelliert an das Demokratieverständnis der Ratsmitglieder und bittet, die Motion zu überweisen.

**Beni Riedi** stellt die Frage, warum eine Fraktionsgrösse von drei Mitgliedern gerechter sein soll, und verwendet mit Absicht den Begriff «gerecht». Denn dieser wurde in der Motion verwendet. Warum sind fünf Mitglieder nicht gerecht, drei hingegen schon? Warum sind die fraktionslosen Mitglieder von der Kommissionsarbeit ausgeschlossen? Der Begriff «Gerechtigkeit» ist in diesem Zusammenhang störend. Ehrlicher wäre gewesen, zu sagen, dass die GLP auch eingebunden werden möchte. Nach der Argumentation der GLP müssten aber auch die fraktionslosen Mitglieder eingebunden werden. Wie stellt sich die GLP die Kommissionsgrösse vor? Wie soll die Verteilung der Sitze unter Berücksichtigung der fraktionslosen Mitglieder aussehen? Der Votant bittet um eine Antwort.

**Andreas Hausheer** bittet darum, nicht Lösungen zu definieren, sondern entweder eine Überweisung oder eine Nichtüberweisung zu beschliessen. Es geht nun nicht darum, ob eine Fraktionsgrösse von sieben, vier etc. Mitgliedern sinnvoll wäre und wie mit den Fraktionslosen zu verfahren wäre, sondern nur darum, ob die Motion überwiesen werden soll.
Es stellt sich die Frage, an wen die Motion überwiesen werden soll, da der Regierungsrat nicht für die Geschäftsordnung des Kantonsrats zuständig ist. Wird die Motion an das Büro überwiesen – falls es zu einer Überweisung kommt? Der Votant stellt den **Antrag,** dass die Motion ans Büro überwiesen würde.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich, ob jemand gegen eine Überweisung des Büros opponiert, falls es zu einer Überweisung kommen sollte.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Andreas Hausheer stillschweigend zu.

**Claus Soltermann** bekräftigt, dass die Motion an das Büro überwiesen werden sollte. Die GLP hat Vorschläge gemacht, wie die Motion umgesetzt werden könnte. Einzelmitglieder gehören nicht in Kommissionen, eine Fraktion von drei bis fünf Mitgliedern hingegen schon.

**Stefan Gisler** ist der Meinung, dass Minderheitenschutz anders auszusehen hätte, um als Argument zu gelten. Am 1. Mai 2014 hat sich der Rat einen ganzen Tag mit der Geschäftsordnung des Kantonsrats auseinandergesetzt – und die Linken haben dafür den 1. Mai geopfert. *(Der Rat lacht.)* Bei § 32, der hier zur Debatte steht, stellte niemand einen Antrag, dass die Fraktionsgrösse von fünf Mitgliedern nicht gut wäre. *Les absents ont toujours tort* bzw. die zu spät Gekommenen haben Unrecht. Der Votant unterstützt den Antrag der SVP. Das Fass GO soll nicht nach so kurzer Zeit wieder geöffnet werden. Es war eine aufwendige Debatte, und es bestand das Risiko der Gesamtablehnung. Eine GO sollte eine gewisse Zeit Bestand haben. Man ist

damals davon ausgegangen, dass eine Kommission fünfzehn Sitze hat. Teilt man 80 durch 15, reicht es bei vier Mitgliedern nicht für einen Sitz, folglich wird die Fraktionsgrösse nicht erreicht. Für die GLP ist es nun dumm gelaufen, dass sie vier anstatt fünf Mitglieder hat. Als sie noch zwei Mitglieder hatte, war man wohl so weit davon entfernt, einen Sitz in einer Kommission zu haben, dass man am 1. Mai 2014 gar nicht daran gedacht hat, einen Antrag zu stellen. Eine Kommissionsgrösse von fünfzehn Sitzen hat sich bewährt und sollte so belassen werden. Dasselbe gilt für die Fraktionsgrösse von fünf Mitgliedern. Würde man bereits bei drei Mitgliedern einen Anspruch auf einen Sitz haben, müsste wahrscheinlich, rein rechnerisch gesehen, die FDP einen Sitz abgeben und wäre damit nicht einverstanden.

**Zari Dzaferi** bezieht sich auf das Votum von Andreas Hostettler und auf die Aufreihung von zufälligen Themen zum Begriff Gerechtigkeit. Dass es heute regnet, ist nicht fair. Ebenso kann man sich aber fragen, ob es fair ist, dass die GLP, welche durch die Listenverbindung mit FDP und CVP das Zünglein an der Waage spielte und Bruno Pezzatti in den Nationalrat hievte, nun im Gegenzug keine Unterstützung erhält, um auch in Kommissionen Verantwortung zu übernehmen.

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und merkt an, dass es nun um die Überweisung der Motion geht und nicht um die National- und Ständeratswahlen.

**Zari Dzaferi** weist darauf hin, dass andere Personen eine Viertelstunde lang zu einem anderen Thema gesprochen haben, er hingegen nicht einmal eine Minute. Er bittet den Rat, der GLP die Chance zu geben, sich in die Kommissionsarbeit einzubringen. Vielleicht kommt es dann zu interessanten Vorschlägen, die im Rat diskutiert werden können. Es ist noch nicht entschieden, wie die Umsetzung der Motion gehandhabt wird, doch das sollte keine Schwierigkeiten bereiten.

➔ Der Rat überweist die Motion mit 57 zu 12 Stimmen nicht an den Regierungsrat.

**302** Traktandum 3.2: **Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionen-Streichung**
Vorlage: 2561.1 - 15037

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**303** Traktandum 3.3: **Interpellation von Alice Landtwing und Karen Umbach betreffend Bauprojekt Sprungturm – einmal mehr die Luxusversion für Zug**
Vorlage: 2563.1 - 15041

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**304** Traktandum 3.4: **Interpellation von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Patrick Iten und Kurt Balmer betreffend öffentliche Apotheke im Zuger Kantonsspital**
Vorlage: 2568.1 - 15043

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**305** Traktandum 3.5: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend unzureichende Signalisation von Zug zwischen Sihlbrugg und Walterswil (Hauptstrasse 4) Richtung Autobahn A4a**
Vorlage: 2570.1 - 15048

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)

**306** **Budget 2016 und Finanzplan 2016–2019**
Vorlagen: 2559.1 - 00000 (Gedruckter Bericht); 2559.2 - 15034 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Beratung und Genehmigung des Budgets 2016** (Fortsetzung)

In der Detailberatung des Budgets kommen folgende Kostenstellen bzw. Konti zur Sprache:

***Direktion für Bildung und Kultur*** *(ab Seite 93 im Budgetbuch)*

*Kostenstelle 17, Direktion für Bildung und Kultur (Seite 93)*

**Thomas Villiger** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Kostenstelle 17 um 1 Million Franken zu reduzieren. Auch die Regierungsräte der SVP werden von den Sparbemühungen nicht ausgenommen. Umfangreiche Abklärungen ergaben, dass von den rund 211 Millionen Franken Gesamtaufwand rund 100 Millionen verbleiben, die direkt beeinflussbar sind. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass von diesen 100 Millionen Franken 1 Million eingespart werden muss.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bezieht sich auf die Aussage von Thomas Villiger, dass 100 Millionen Franken direkt zu beeinflussen sind. Nachdem der Bildungsdirektor in der Fraktion von diesem Antrag Kenntnis genommen hat, hat er nochmals nachgerechnet. Es wurde gesagt, die Zitrone sei noch nicht ausgepresst. Das Volumen der Direktion für Bildung und Kultur beträgt 211 Millionen Franken. Man meint, das sei eine saftige, grosse Zitrone. Das ist aber nur auf den ersten Blick so. Von diesen 211 Millionen sind 146 Millionen Franken sogenannte Beiträge an Gemeinwesen und Dritte. Das sind Normpauschalen für die Gemeinden, für die Volksschule, für die Musikschulen und Privatschulen. Darin enthalten sind auch die Fachhochschul- und Hochschulbeiträge für die Zuger Studierenden, der Beitrag für den Kulturlastenausgleich, die Leistungsvereinbarungen für die Sonderschulen etc. 211 Millionen Franken minus 146 Millionen – es verbleiben noch 65 Millionen. Von diesen 65 Millionen sind wiederum 47 Millionen Personalaufwand an den kantonalen Mittelschulen. Dieser Betrag muss abgezogen werden, da er nicht direkt beeinflussbar ist. Die Gemeinden weisen dem Kanton die Mittelschüler zu, und diese müssen in einem gesetzlich festgelegten Rahmen beschult werden. Die Klassengrössen sind definiert, sie ergeben sich als mathematisches Resultat aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Somit bleiben nur noch 18 Millionen. Diese können innerhalb des Budgetjahres 2016 bewirtschaftet werden, das stimmt. Doch die vermeintlich saftige Zitrone besteht aus 193 Millionen Schale, das Fruchtfleisch

sind nunmehr diese 18 Millionen. Darin sind 10 Millionen Personalaufwand enthalten und 8 Millionen Sach- und übriger Aufwand. Hier noch 1 Million Franken einzusparen, ist nicht möglich. Das ist auch der Grund, weshalb die Regierung bei den Sparmassnahmen nicht beim kleinen Fruchtfleisch, sondern bei der dicken Schale ansetzen möchte. Das braucht jedoch eine gewisse Zeit, die über das Budgetjahr 2016 hinausreicht. Es gilt deshalb, diesen Antrag abzulehnen und der Regierung die Zeit zu geben, den langfristigen Entlastungsprozess umzusetzen. Die Direktion für Bildung und Kultur wird diesen Prozess zwar mit wenig Begeisterung, aber sehr loyal mittragen. Doch für das Jahr 2016 ist die Zitrone ausgepresst.

**Andreas Hausheer** weiss, dass man nicht nach der Regierung spricht. Doch er fragt sich, wieso Thomas Villiger «nach umfangreichen Abklärungen» auf 100 Millionen und der Bildungsdirektor auf 18 Millionen Franken kommt. Irgendwoher muss dieser Unterschied kommen. Entweder sind die umfangreichen Abklärungen falsch, oder der SVP-Fraktion wurde ein *Mist* erzählt. Der Votant möchte wissen, wie diese Differenz von ein paar Millionen «nach umfangreichen Abklärungen» entstanden ist.

**Thomas Villiger** führt aus, dass das in der Fraktion besprochen wurde und man telefonischen Kontakt mit dem Bildungsdirektor hatte. Anscheinend gab es da Missverständnisse**.**

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass er bei den Missverständnissen nicht dabei war. Doch der Antrag lautet einfach: 1 Million Franken kürzen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Globalbudget der Kostenstelle 17, Direktion für Bildung und Kultur, um 1 Million Franken zu kürzen, mit 51 zu 17 Stimmen ab.

*Kostenstelle 1733, Kantonsschule Zug (Seite 105)*
*Kostenstelle 1734, Kantonsschule Menzingen (Seite 109)*
*Kostenstelle 1736, Fachmittelschule Zug (Seite 113)*

**Anastas Odermatt** stellt namens der ALG die folgenden drei **Anträge:**
• Das Globalbudget der Kantonsschule Zug, Kostenstelle 1733, soll um 200’000 Franken erhöht werden.
• Das Globalbudget der Kantonsschule Menzingen, Kostenstelle 1734, soll um 100’000 Franken erhöht werden.
• Das Globalbudget der Fachmittelschule, Kostenstelle 1736, soll um 20’000 Franken erhöht werden.
Die Höhe der Beträge hat sich aus den entsprechenden Kommentaren im Budget ergeben. Dort ist zu entnehmen, dass in den Bereichen Personal- und Sachaufwand bei der Kantonsschule Zug im Rahmen von etwa 260’000 Franken gespart werden soll, bei der Kantonsschule Menzingen ca. 104’000 Franken und bei der Fachmittelschule knapp 30’000 Franken. Die Anträge gehen nicht so weit, wie gespart werden soll. Die Zitrone soll ausgepresst werden, aber nicht so lange, bis nur noch Zitronenkernmehl herauskommt.
Das Bildungssystem ist sehr komplex. Wenn hier an der Stellschraube gedreht wird, hat das langfristige Auswirkungen, die wohl überlegt sein sollen. So geht es bei der Kantonsschule unter anderem um eine Reduktion des Personalaufwands, um die Streichung des Kantonsbeitrags bei Studienwochen und um die Reduktion

der Stundentafel des Untergymnasiums um eine bis zwei Lektionen pro Klassenstufe. Zu letzterer Massnahme ist heute eine Interpellation überwiesen worden. Es sind dazu noch zu viele Fragen offen, als dass man hier einfach ein Streichkonzert durchführen könnte. Nicht zu ändern bzw. nicht zu erhöhen sind die Pflichtpensen für Sport, bildnerisches Gestalten, angewandtes Gestalten und Musik. Erneut bemühte hier die Regierung die sachlich nicht nachvollziehbare Begründung, in diesen Fächern gäbe es pauschal weniger Vor- und Nachbereitungsaufwand. Achtung: Mit dieser Argumentation ist der Regierungsrat bereits einmal gescheitert. Denn aufgrund des Verwaltungsgerichtsurteils vom 25. März 2014 muss der Kanton Sportlehrpersonen nach den für Hauptlehrpersonen geltenden Grundsätzen in die gleichen Gehaltsklassen einreihen. Tatsächlich stellt eine Ungleichbehandlung bezüglich Lohn und Arbeitszeit eine Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots dar. Diese Änderung wird den Kanton erneut in ein juristisches Verfahren führen und müsste dann nachträglich wieder korrigiert werden. Das kostet mehr, als dass man einsparen könnte.
Ein Trauerspiel ist auch das angedachte Reglement für Mehr- und Minderlektionen. Zu diesem Thema folgt später mehr. Eine Frage dazu richtet sich an Bildungsdirektor Stephan Schleiss: Sind tatsächlich bereits Kündigungen ausgesprochen worden, obwohl das Budget noch gar nicht genehmigt wurde?
Es geht hier um Kürzungen im Bereich Bildung. Bildung lässt sich als sehr sinnvolle, langfristige Investition verstehen – in Wissen, Kompetenzen und Fähigkeiten. Am Vormittag ist der Begriff «Wohlfahrt» gefallen – es ist eine Investition in die Wohlfahrt. Auch beim Standortqualitätsindikator der Credit Suisse sind Fachkräfte und Ausbildungsstand Faktoren, die gemessen werden. Werden die Investitionen im Bereich Bildung heruntergefahren – und das geschieht gerade jetzt –, werden langfristig Wissen, Kompetenzen und Fähigkeiten abgebaut. Das heisst, der Wohlstand wird reduziert. Und das kann es nicht sein. Wird im Rahmen von Kahlschlagstimmung, die in diesem Saal herrscht, kurzfristig abgebaut, ohne die langfristigen Auswirkungen zu bedenken, wird es gefährlich. Denn dann werden die Bildung und damit der Wohlstand und die Wohlfahrt aufs Spiel gesetzt. Der Votant bittet den Rat deshalb, die drei Anträge zu unterstützen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bittet den Rat, diese Anträge abzulehnen. Das Budget wurde innerhalb der Direktion erarbeitet, und alle Sparmassnahmen wurden als vertretbar erachtet. Den Begriff «Kahlschlag» weist der Bildungsdirektor zurück, das trifft die Sachlage nicht.
Es wurden an der Kantonsschule Zug bereits Kündigungen ausgesprochen. Dabei handelt es sich jedoch um Änderungskündigungen, da die Manövriermasse an befristeten Anstellungsverträgen nicht mehr zur Verfügung steht. Deshalb mussten in gewissen Fachschaften unbefristete Anstellungsverträge gekündigt und neu wieder erstellt werden. Das hat aber nichts mit Sparen zu tun, sondern mit der Verlagerung von Langzeit-Gymnasiumsklassen vom Standort Zug an den Standort Menzingen. Ein Abbau hat somit an der Kantonsschule noch nicht stattgefunden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, das Globalbudget der Kantonsschule Zug, Kostenstelle 1733, um 200’000 Franken zu erhöhen, mit 54 zu 18 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, das Globalbudget der Kantonsschule Menzingen, Kostenstelle 1734, um 100’000 Franken zu erhöhen, mit 54 zu 18 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, das Globalbudget der Kantonsschule Menzingen, Kostenstelle 1736, um 20’000 Franken zu erhöhen, mit 54 zu 18 Stimmen ab.

Nachträglich bringt **Anna Bieri** nach Rücksprache mit entsprechenden Personen folgende Richtigstellung an: Wie der Bildungsdirektor gesagt hat, gab es an der Kantonsschule Zug Änderungskündigungen und Nicht-Weiterführungen von Arbeitsverhältnissen mit langjährigen Mitarbeitern ohne unbefristete Verträge – unter anderem. Denn es wurden ebenfalls ganz normale Kündigungen ausgesprochen.

*Kostenstelle 1780, Amt für Sport (Seite 128)*

**Anastas Odermatt** stellt namens der ALG den **Antrag,** das Globalbudget des Amts für Sport, Kostenstelle 1780, um 155'300 Franken zu erhöhen. Laut Budget sollen 155'300 Franken eingespart werden durch die Streichung der Beiträge an fünf Leistungszentren sowie durch Reduktion der Übernahme ungedeckter Kosten der beruflichen Ausbildung von Nachwuchssportlerinnen und -sportlern. Laut den letzten «Sport News» des Amts für Sport wurden 2014 90 Zuger Nachwuchssportlerinnen und -sportler sowie diverse Leistungszentren unterstützt, darunter das Team Zugerland von Zug 94, der Innerschweizerische Handballverband, das Zentralschweizer Leistungszentrum Unihockey, das Swiss-Knife-Valley-Ski-Team und damit die Nachwuchs-Skirennfahrerinnen und -rennfahrer der Kantone Uri, Schwyz und Zug. Der diesbezügliche Kantonsbeitrag soll jetzt zu einem Streichresultat werden, zu einem Nuller, wie es im Sport heisst. Laut Stawiko-Bericht, Seite 9, stellt die Streichung der Beiträge an die fünf Leistungszentren keine «existenzielle Bedrohung» darstellen – hoffentlich auch nicht; es müssten, so der Bildungsdirektor an gleicher Stelle, «lediglich einige Leistungen reduziert werden». Hier liegt er also vor, der Leistungsabbau des Kantons: beim Sport und bei der Bewegung, bei den Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportlern. Sowohl Breiten- als auch Spitzensport sind wichtig für die Gesellschaft, den Kanton, für die Schweiz. Es kann doch nicht sein, dass es dem Kanton Zug nichts wert ist, gute Bedingungen für den Nachwuchssport zu schaffen! Wo kommen wir denn hin, wenn alles auf Lotterie- bzw. in diesem Fall auf Sport-Toto-Gelder abgeschoben wird? Und wenn diese Gelder einmal nicht mehr so schön fliessen? Was dann? Dann kommt es zu Nullern im wahrsten Sinne des Wortes. Im Endeffekt sind und bleiben es Mittelkürzungen im Bereich Sport und Bewegung. Der Nachwuchssport und damit die Unterstützung der einzelnen Sportlerinnen und Sportler sowie der Leistungszentren als Trainingsmöglichkeiten müssen dem Kanton etwas wert sein. Der Votant bittet den Rat, den Antrag der ALG zu unterstützen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** ruft in Erinnerung, dass ein Teil dieser Beiträge kompensiert wird, da durch die neue Sportfondsverordnung die einzelnen Nachwuchstalente *ad personam* unterstützt werden können. Somit wird die Streichung der Verbandsbeiträge teilweise auf Individualebene kompensiert. Der Bildungsdirektor bittet den Rat, den Antrag der ALG abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, das Globalbudget des Amts für Sport, Kostenstelle 1780, um 155'300 Franken zu erhöhen, mit 49 zu 19 Stimmen ab.

***Volkswirtschaftsdirektion*** *(ab Seite 133 im Budgetbuch)*

*Kostenstelle 2013, Gewerblich-industrielles Bildungszentrum (Seite 151)*

**Esther Haas** spricht zum Globalbudget GIBZ, Kommentar Budget, Seite 151, und gibt damit auch ihre Interessenbindung bekannt. Namens der ALG stellt sie den

**Antrag,** das Globalbudget des Gewerblich-Industriellen Bildungszentrums um 440’000 Franken zu erhöhen. Dieser Betrag setzt sich aus zwei Positionen zusammen: Erstens sind dies 130’000 Franken, welche das GIBZ durch Umsetzung der allgemeinen Personalkosten einsparen soll. Diese Einsparung soll rückgängig gemacht werden. Bei dem Betrag geht es einerseits um Unterricht bei Abwesenheiten von Lehrpersonen, der neu mit Aufsicht statt mit echten Stellvertretungen durchgeführt werden soll. Kurz gesagt: Man lässt die Lernenden allein arbeiten, wenn eine Lehrperson beispielsweise eine Weiterbildung besucht oder an einer Kommissionsitzung teilnimmt. Eine Lehrperson, die zur gleichen Zeit Unterricht hat, betreut während dieser Zeit zwei Klassen – gratis natürlich. Es ist unseriös und widerspricht den Ansprüchen von gutem Unterricht, wenn man meint, ab und zu liege es auch drin, dass eine Lehrperson zwei Klassen gleichzeitig betreue.
Auch in diesem Betrag enthalten sind die erwähnten Mehr- und Minderlektionen, die auch die gymnasialen Schulen betreffen. Dazu ein aktuelles Beispiel: Diese Woche besuchten die Kochlernenden der Votantin die internationale Fachmesse für Hotellerie und Gastronomie in Basel. Dadurch fiel der Allgemeinbildende Unterricht für die Kochklasse aus. Die Votantin selbst konnte nicht an der Exkursion teilnehmen, weil sie an diesem Tag noch andere Klassen unterrichten musste. Stellvertretungen sind ja aus Spargründen keine Alternative. Also werden ihr nach der neuen Regelung drei Minuslektionen abgezogen, ohne dass sie etwas dafür kann. Genauso spielt es sich bei den Lehrabschlussprüfungen ab: Weil diese vom Amt für Berufsbildung bereits auf Ende Mai festgelegt werden, hat die Votantin zum einen weniger Unterrichtszeit für die Abschlussklassen zur Verfügung und wird zum anderen mit Minuslektionen bestraft. Nirgends ist eine Begründung dafür zu finden, dass diese Prüfungen so früh stattfinden müssen. Doch künftig werden alle Lehrpersonen, bei denen Stunden ausfallen, mit Minuslektionen bestraft. Die Votantin würde jedoch sehr gerne bis zum Ende des Schuljahres unterrichten.
Mehrlektionen bekommt sie für alle Arbeiten gutgeschrieben, die nicht direkt mit dem Unterricht in Zusammenhang stehen. Das bedingt einen grossen administrativen Aufwand. In Erbsenzählermanier müssen künftig alle Mehrlektionen detailliert definiert und festgehalten werden. Das ist Gift für die Stimmung in einer Schule: Extraleistungen, wie sie heute in grossem Umfang und mit Freude erbracht werden, wird künftig kaum mehr jemand übernehmen. Man kann es selbst ausrechnen: Dieser Blödsinn wird den Kanton mehr kosten als das aktuelle System! Aus diesem Grund hat der Kanton St. Gallen die Mehr- und Minderlektionen kurz nach deren Einführung wieder abgeschafft.
Der zweite Betrag sind 310’000 Franken, die durch Optimierung und Anhebung von Klassengrössen eingespart werden sollen. Auch diese Einsparung soll rückgängig gemacht werden. Das GIBZ schon seit längerem daran, die Klassengrössen zu optimieren. Das hatte bereits weitreichende Folgen: Lehrpersonen, welche die Schule verliessen, wurden nicht mehr ersetzt, was in Ordnung ist. Lehrpersonen müssen sich aber auch mit kleineren Pensen und damit tieferen Löhnen abfinden, als ihnen vertraglich zustehen würden. Die grossen Klassen führen vor allem bei der BM und den FaGe zu qualitativen und räumlichen Engpässen. Die Zimmer sind auf höchstens 20 Lernende ausgelegt, nicht auf 24 oder mehr. Sprichwörtlich stickige Luft ist nur eine der Folgen der zu stark ausgelasteten Zimmer. Eine weitere Folge der geforderten Klassengrössen sind Berufsauflösungen. Bodenleger beispielsweise werden künftig nicht mehr am GIBZ unterrichtet. Niederschwellige Berufe haben es in Zug generell schwer. Es sind nicht alle jungen Berufsleute kleine Einsteins. Vor allem bei diesen Berufen wären kleinere Klassen wegen des erhöhten Betreuungsaufwands mehr als sinnvoll. Die Votantin selbst hat dieses Schuljahr mit einer Attest-Klasse von 16 Lernenden gestartet. Diese Lernenden hätten eigentlich einen

erhöhten Förderbedarf, aus diesem Grund absolvieren sie schliesslich die EBA-Ausbildung. Immer wieder hat die Votantin das Gefühl, den einzelnen Lernenden nicht gerecht zu werden. Das ist für neu für sie und äusserst unangenehm. Es sind einfach zu viele Lernende in diesen Klassen. Die Zitrone am GIBZ ist ausgepresst! Seit Beginn des Sparprogramms hat die Schule die Ausgaben um 9,8 Prozent gekürzt. Mehr als mustergültig. Vor ein paar Stunden hat der Rat die pauschale Reduktion des Aufwandes der gesamten Verwaltung beschlossen. Für das GIBZ liegt nichts mehr drin. Die Votantin bittet den Rat, den Antrag der ALG zu unterstützen das Budget des GIBZ um die insgesamt 440'000 Franken zu erhöhen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** merkt an, dass das Pragma-Prinzip nun etwas stark strapaziert wird. Das betrifft auch vorherige Anträge. So wird im Globalbudget sehr punktuell versucht, etwas zu gewinnen – mit Anliegen, die zwar verständlich, aber sehr operativer Art sind. Diese Anliegen, die nun vielleicht etwas zufällig von der einen oder anderen Person aufgenommen werden – und es gäbe noch Dutzende solcher Punkte aus dem Sparprogramm, die hier diskutiert werden könnten – strapazieren das Solidaritätsprinzip unter Ämtern und Schulen. Das Entlastungspaket wurde von Beginn weg mit einer grossen Mitbeteiligung von Amts- und Schulleiterinnen und -leitern gestaltet. Es ist gefährlich, dieses solidarische Gesamtwerk auf dem Budgetweg nun wieder zu schwächen.
Zu den Abwesenheiten von Lehrpersonen: Es geht hier auch um das Thema des selbstorganisierte Lernens. Bei den Brückenangeboten wurden schon in der Vergangenheit Kosten gespart, indem bestimmte Gefässe zur Verfügung gestellt wurden, in deren Rahmen die Jugendlichen selbstorganisiert lernen und es weniger Unterrichtspersonal braucht. Das ist zumutbar.
Zum Thema Mehr- und Minderlektionen: Es werden nicht nur die nicht gehaltenen Lektionen angerechnet, sondern auch Mehrleistungen von Lehrpersonen. Es wird somit nach dem Fairness-Prinzip auf beide Seiten anerkannt, ob jemand mehr oder weniger Aufgaben innehat. Sowohl bei den Mehr- und Minderlektionen als auch bei den Klassengrössen wird ersichtlich, wie tief man geht beim Sparprogramm. Es wird lektionenmässig abgerechnet, die Klassenzimmer werden gefüllt. Das mag ein Beispiel dafür sein, dass man jetzt schon an die Grenze des Möglichen geht.
Es stimmt, dass das GIBZ einen enormen Sparbeitrag geleistet hat und seinen Auftrag im Hinblick auf das Sparprogramm 2018 bereits jetzt grösstenteils erfüllt hat. Es gibt andere Ämter, bei denen das erst 2017/18 der Fall sein wird. Das GIBZ hat einen grossen Schritt getan, man ist sehr weit, doch diese Massnahmen müssen so belassen werden.
Dass einige Berufe nicht mehr beschult werden, heisst nicht, dass ganze Schulen geschlossen werden müssen. Doch wo eine geringe Nachfrage besteht, wird in Zusammenarbeit mit andern Kantonen die Schulung andernorts angeboten. Wichtig ist, dass die jeweilige Schule in der Region und gut erreichbar ist.

**Andreas Hürlimann** äussert sich zum Pragma-Prinzip. Es geht ja genau um das, was der Volkswirtschaftsdirektor nun kritisiert. Man wollte mit der Einführung von Pragma weg von der Input-Steuerung und hin zu der Output-Steuerung. Man wollte sehen, welche Leistung es für welchen Preis gibt. Fordert man nun mehr Leistung und verlangt man, das Globalbudget um diesen Betrag zu erhöhen, ist das genau das Prinzip, das vom Rat gewollt wurde und nun in der Budgetdebatte praktiziert wird. Wird nun gesagt, das Pragma-Prinzip werde arg strapaziert, so hat der Votant kein Verständnis dafür. Er bittet, dieses Prinzip auch in der Regierung wieder einmal zur Kenntnis zu nehmen.

**Esther Haas** hat mit Leuten aus dem Kanton St. Gallen gesprochen. Dass die Minderlektion – also Lektionen, die nicht gehalten wurden – abgezogen werden, ist klar. Doch es geht vor allem um die Mehrlektionen. Betroffene aus dem Kanton St. Gallen haben dies als «türkischen Basar» beschrieben. So kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Schulleitung, um Mehrlektionen gutgeschrieben zu bekommen.
Zum selbstorganisierten Lernen: Genau das ist das Problem am GIBZ bei niederschwelligen Berufen. Es sind nicht die kleinen Einsteins, welche diese Ausbildungen absolvieren, und sie haben Probleme mit der Selbstkompetenz. Bei den niederschwelligen Berufen können die Schülerinnen und Schüler nicht sich selbst überlassen werden, so wünschbar das wäre.

**Andreas Hausheer** unterstützt das Votum von Andreas Hürlimann. Am Vormittag wurde verlangt, man solle nicht global etwas fordern. Nun wird ein konkreter Antrag gestellt – ob man den nun gut findet oder nicht –, und dann ist dies gemäss Volkswirtschaftsdirektor auch wieder nicht richtig. Auch die Regierung kann nicht den Fünfer und das Weggli haben. Entweder will sie globale Kürzungen oder Einzelanträge. Doch ein Weg muss möglich sein.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, das Globalbudget des Gewerblich-Industriellen Bildungszentrums um 440’000 Franken zu erhöhen, mit 50 zu 16 Stimmen ab.

*Kontengruppe 20, Volkswirtschaftsdirektion (Seite 33)*

**Thomas Villiger** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Kontengruppe 20 um 1,35 Millionen Franken zu reduzieren. Bei den Leistungsaufträgen muss das Wünschbare vom Notwendigen getrennt werden. Es wird dem Regierungsrat überlassen, zu entscheiden, was wünschbar und was notwendig ist. Somit fordert die SVP-Fraktion eine pauschale Kürzung – was ja gewünscht wird. Beantragt wird eine Kürzung von rund 1 Prozent, dies entspricht den 1,35 Millionen Franken.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hat nicht mit der SVP telefoniert, und so gab es auch keine Missverständnisse. Zudem kann er mit Pauschalkürzungen umgehen. 1,35 Millionen Franken von einem Gesamtbudget von 234 Millionen hören sich nach relativ wenig an. Doch in der Volkswirtschaftsdirektion werden zum grössten Teil Bundesgesetze und zu einem kleineren Teil kantonale Gesetze vollzogen. Auf Bundesgesetze hat die Volkswirtschaftsdirektion keinen direkten Einfluss, auf kantonale Gesetze hingegen schon – aber nicht bereits auf das nächste Jahr. Der Gesetzgebungsprozess dauert etwas länger. Natürlich kann man kann fordern, dass Gesetze effizienter und mit weniger Personal umgesetzt werden sollen. Gemäss Urteil der Stawiko-Delegation und des Volkswirtschaftsdirektors wird aber bereits sehr kostenbewusst gearbeitet. Zudem wehrt sich der Kanton Zug oft gegen bürokratischen Bundesvollzug. Die Stawiko-Mitglieder wissen, dass man auch dagegen angeht, wenn die Finanzkontrolle Kontrollaufgaben von den Direktionen verlangt, die Mehraufwand erfordern. Ein effizienter Vollzug ist der Volkswirtschaftsdirektion sehr wichtig.
Ausgehend von Bruttokosten von 150’000 Franken pro Stelle entspricht der Betrag von 1,35 Millionen neun Vollzeitstellen. Die Frage stellt sich, wo diese Stellen gestrichen werden könnten. Das Handelsregisteramt ist relativ gross, es umfasst 14,5 Stellen. Diese Stellenzahl könnte beispielsweise auf das nächste Jahr mehr als halbiert werden. Doch was heisst das? Einen Handelregisterauszug bekäme man nicht mehr nach vier oder fünf Tagen, sondern nach zwei Wochen. Die Arbeit

wird sich anstauen, irgendwann wird es dann einen Monat dauern. Das ist nicht wünschbar auf dem Platz Zug. Dieses Szenario könnte man auch für andere Bereiche durchspielen wie die Arbeitslosenkasse oder das Konkursamt usw. – der Einschnitt wäre überall substanziell. Der heute gute Vollzug des Kantons Zug sollte nicht geschwächt werden.
Hohe Kosten fallen beim öffentlichen Verkehr, bei der Berufsbildung und bei den Sozialleistungen, sprich Ergänzungsleistungen, an. Ein kurzer Blick darauf: Über kaum einen anderen Bereich wurde in diesem Jahr so viel debattiert wie über den öffentlichen Verkehr. Im Hinblick auf das nächste Jahr wurden die Kosten bereits reduziert, das Angebot wurde entsprechend bestellt. Würde man nochmals dieselbe Summe reduzieren, würde man damit die Öffentlichkeit und die Gemeinden irritieren. Um ein Angebot mit den Gemeinden zusammen anzupassen, ist ein mehrmonatiger Prozess notwendig, insbesondere wenn es um eine Reduktion geht. Das Angebot im ÖV nun noch einmal im selben Umfang zu reduzieren, wäre unverantwortlich. Zudem ist es bestellt, es wäre somit auch praktisch nicht mehr umsetzbar.
Zur Berufsbildung: Werden die Lernenden nicht im Kanton Zug ausgebildet, müssen sie in anderen Kantonen beschult werden. Und wird ein Schüler oder ein Lehrgang an einen anderen Kanton ausgelagert, bezahlt der Kanton Zug Schulgelder. Diese decken rund 80 Prozent der Kosten pro Kopf – sprich, es können 20 Prozent der Vollkosten eingespart werden. Grob ausgerechnet müssten 700 Schülerinnen und Schüler des GIBZ an andere Kantone ausgelagert werden, um den Betrag von 1,38 Millionen Franken zu erreichen. Dies geht nur auf einen Schuljahresbeginn hin, also im nächsten August. Bis zum Jahresende würden dann nur noch fünf Monate bleiben. 700 Lernende sind ein Drittel der Schülerinnen und Schüler des GIBZ. Diese auf von einem Tag auf den anderen ausserkantonal zu beschulen, wird weder möglich sein, noch ist es sinnvoll. Es handelt sich vor allem um gewerblich-industrielle Berufe, zu denen gerade die SVP eine gewisse Nähe hat. Und sie würde es wohl nicht schätzen, wenn ein Drittel des Bildungszentrums gestrichen würde.
Zu den Ergänzungsleistungen als grosser Teil unserer Sozialleistungen: Auf die Bundesergänzungsleistungen hat der Kanton Zug keinen direkten Einfluss. Zu den kantonalen Ergänzungsleistungen sind Vorschläge im Entlastungsprogramm aufgeführt. Die zwei Vorschläge haben ein Sparpotenzial von 2,5 Millionen Franken. Die SVP will dies offenbar nun noch erhöhen. Doch der Vernehmlassung ist zu entnehmen, dass die SVP die beiden Vorschläge ablehnt. Damit gibt sie der Regierung in diesem Bereich gar keinen Spielraum, noch mehr zu sparen – nicht einmal das, was geplant ist. Offensichtlich ist auch aus Sicht der SVP der Spielraum hier mehr als ausgeschöpft. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat, den Antrag der SVP abzulehnen.

Für den Fall, dass dem Antrag der SVP-Fraktion nicht zugestimmt wird, stellt **Manuel Brandenberg** den **Eventualantrag,** bei der Kostenstelle 2030, Amt für Wirtschaft und Arbeit, eine Kürzung von 590’000 Franken vorzunehmen. Das würde Folgendes betreffen: Projekte Jungunternehmerförderung, Greater-Zurich-Area-Mitgliedschaft sowie Botschafter, die bezahlt werden für diese vermeintlich so wichtige Wirtschaftsförderung.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Globalbudget der Kontogruppe 20 um 1,35 Millionen Franken zu kürzen, mit 50 zu 15 Stimmen ab.

*Kostenstelle 2030, Amt für Wirtschaft und Arbeit (Seite 163)*

**Stefan Gisler** stellt nicht ganz so drastisch wie Manuel Brandenberg ebenfalls einen – natürlich Pragma-konformen – **Antrag** zum Amt für Wirtschaft und Arbeit. Es betrifft ebenfalls die Seite 163, Wirtschaftspflege. Der Votant beantragt eine Kürzung von 100'000 Franken. Dem Stawiko-Bericht ist zu entnehmen, dass man sich intensiv mit der Wirtschaftspflege auseinandergesetzt hat. Amtsleiter Bernhard Neidhart erläuterte ausführlich die Aktivitäten. Der Volkswirtschaftsdirektor war leider nicht auf Pikett, doch er wird sicher heute Auskunft geben. 1,28 Millionen Franken kostet die Wirtschaftspflege jährlich. 680'000 Franken beträgt alleine der Personalaufwand, notabene für vier Stellen – eine stolze Summe. Im Leistungsauftrag auf Seite 163 sind die Ziele 10 bis 13 aufgeführt. Für einen solch hohen Betrag sind diese Ziele etwas mager. Mit 400 Stellenprozenten besucht man jährlich 130 Firmen. Bernhard Neidhart hat zwar erklärt, dass das sehr aufwendig sei, aber trotzdem. Weiter nimmt man an 60 wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen teil, beantwortet Fragen von Ansiedlungsinteressierten. Wie viele dies jährlich sind, ist nicht aufgeführt. Vielleicht wird darüber noch informiert. Zudem werden jährlich drei Newsletter realisiert, ein Apéro wird veranstaltet und eine Power-Point-Präsentation aktualisiert. Wie Manuel Brandenberg erwähnt hat, leisten drei sogenannte Botschafter Lobby-Arbeit in drei Branchen, deren Wirkungsgrad nicht nachvollziehbar ist. Wirtschaftspflege ist wichtig und Wirtschaftspflege in Ehren, doch es geht hier um Opfersymmetrie, und auch in dieser Abteilung sollte ein Beitrag zum Entlastungsprogramm geleistet werden. Dies wird jedoch laut Budget nicht getan. Der Volkswirtschaftsdirektor geht hier nicht so tief wie beim GIBZ, man bleibt an der Oberfläche. Im Gegensatz zum drastischen Antrag von Manuel Brandenberg beantragt der Votant eine moderate Kürzung von 100'000 Franken beim Amt für Wirtschaft und Arbeit, gemeint ist aber die Wirtschaftspflege.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** weist darauf hin, dass der Rat vor zwei Jahren die Möglichkeit hatte, die Wirtschaftspflege sehr genau zu betrachten. Es ging damals um das Wirtschaftspflegegesetz, das den rechtlichen Rahmen für diese Tätigkeit bietet. Die Aktivitäten der Abteilung Kontaktstelle Wirtschaft/Wirtschaftspflege wurden von zwei vorberatenden Kommissionen unter die Lupe genommen. Das Konzept mit den Botschaftern, mandatierten Personen, wurde vorgestellt. Es handelt sich dabei um Leute mit viel Erfahrung und viel Know-how in Bereichen wie Informationstechnologie, Medtech, Pharma – also Bereiche, die für die Vielfalt und die Zukunft des Wirtschaftsplatzes Zug wichtig sind. Dieses Know-how lässt sich nicht durch Personen, die beim Kanton Zug angestellt sind, beschaffen. Es ist ein sehr effizienter Weg, um Beziehungen mit Firmen aufzubauen; seien es neue Firmen, die sich hier ansiedeln möchten, oder bestehende Firmen, die daran denken, den Standort zu wechseln. Das Konzept wurde im Rat beschlossen. Es wurde definiert, mit wie viel Personalressourcen gearbeitet wird, und entschieden, dass diese trotz verstärkten internationalen Wettbewerbs nicht ausgebaut werden. Der Personalbestand ist seither unverändert geblieben. Der Rat hatte das Wirtschaftspflegegesetz mit 68 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Wegen des Sparprogramms ist nicht plötzlich alles anders geworden. Verändert hat sich jedoch der internationale Wettbewerb. Mehr und mehr Firmen, die im Kanton Zug angesiedelt sind, überlegen sich, ob sie ihre Tätigkeiten teilweise oder ganz auslagern müssen. Die mit der Wirtschaftspflege beauftragten Mitarbeitenden sind zurzeit primär damit beschäftigt, den Kontakt zu diesen Firmen zu pflegen. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet insbesondere die SVP, die grosse Stücke hält auf den Wirtschaftsplatz Zug, diese Tätigkeiten nicht zu schwächen. Es nützt nichts, die Steuern tief zu halten, wenn

diese Unternehmen nicht auch mit anderen Argumenten überzeugt werden. Die Welt ist etwas grösser als nur der Kanton Zug und die anliegenden Kantone.
Kürzlich hat sich ein Jungunternehmer erkundigt, ob es im Kanton Zug Zuschüsse für die Gründung eines Unternehmens, für die Schaffung von Arbeitsplätzen etc. gebe. In anderen Kantonen ist dies üblich, der Kanton Zug hingegen gibt im Bereich Jungunternehmerförderung keinen einzigen Franken für direkte einzelbetriebliche Förderung aus. Man ist hier sehr zurückhaltend. Werden nun zusätzlich die Personalressourcen reduziert, verfügt Zug über deutlich schlechtere Rahmenbedingungen als alle anderen Kantone. Die Unternehmen erzielen Gewinne, bezahlen Steuern, und es gilt, die Ertragsmöglichkeiten des Kantons nicht zu schwächen.
Falls Stefan Gisler daran zweifelt, dass Leistung und Ertrag in diesem Bereich stimmen, ist er – und ebenso die Stawiko – zu einem persönlichen Besuch eingeladen. Der Volkwirtschaftsdirektor bittet den Rat, diese Anträge abzulehnen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nun zu einer Dreifachabstimmung kommt, und jedes Kantonsratsmitglied eine Stimme hat.

**Manuel Brandenberg** zieht seinen Antrag zugunsten des Antrags von Stefan Gisler zurück.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Stefan Gisler, die Kostenstelle 2030, Amt für Wirtschaft und Arbeit um 100’000 Franken zu kürzen, mit 36 zu 31 Stimmen ab.

*Kostenstelle 2035, Amt für öffentlichen Verkehr (Seite 170)*

**Andreas Lustenberger** stellt den **Antrag,** das Globalbudget des Amts für öffentlichen Verkehr, Kostenstelle 2035, um 1,4 Millionen Franken zu erhöhen. Dieser Betrag entspricht der Einsparung, die mit der Reduktion des Angebots im öffentlichen Verkehr erzielt wurde.
Die Wichtigkeit des ÖV für einen kleinen und verkehrstechnisch stark belasteten Kanton muss nicht noch einmal im Detail erläutert werden. Dass die aktuelle Strategie der Zuger Regierung den Modalsplit gefährdet, ist bedauerlich. Der Rat hat nun die Möglichkeit, das Zufallsmehr vom 25. Juni zu korrigieren. Damals stimmten 36 zu 32 Personen gegen die Überweisung des Postulats zur Sicherung des ÖV-Angebots. Werden für das Amt für öffentlichen Verkehr nun 1,4 Millionen zusätzlich gesprochen, müssten die Kürzungen im öffentlichen Verkehr nicht vorgenommen werden.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass das Postulat mit der Forderung, Sparmassnahmen im Bereich ÖV um ein Jahr aufzuschieben, abgelehnt wurde. Unterdessen wurden die Bestellungen für den ÖV umgesetzt, natürlich unter Budgetvorbehalt. Doch die Fahrpläne sind gedruckt, und Mitte Dezember fahren die Busse nach dem neuen Plan. Zu Randzeiten werden es weniger Busse sein, zu den Hauptverkehrszeiten jedoch gleich viele, teilweise sogar mehr. Würde dem Antrag von Andreas Lustenberger zugestimmt, würde das den ganzen Prozess auf den Kopf stellen. Und es würde nicht für die Verlässlichkeit der Regierung und des Rates sprechen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Andreas Lustenberger, das Globalbudget des Amts für öffentlichen Verkehr um 1,4 Millionen Franken zu erhöhen, mit 46 zu 16 Stimmen ab.

***Baudirektion*** *(ab Seite 189 im Budgetbuch)*

*Kostenstelle 3020, Tiefbauamt (ab Seite 195)*

**Thomas Villiger** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Kostenstelle 3020 um 1,5 Millionen Franken zu reduzieren. Auch hier geht es darum, das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen, und es ist auf zugerische Standards im Tiefbau zu verzichten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission bei der Kostenstelle 3020, Tiefbauamt, eine Reduktion des Globalbudgets um 741'000 Franken beantragt, umzusetzen beim Strassenunterhalt.

**Gabriela Ingold** bestätigt, dass die Stawiko den **Antrag stellt,** das Globalbudget des Tiefbauamts um 741'000 Franken zu kürzen. Der Kürzungsantrag wurde mit 9 zu 5 Stimmen gutgeheissen.
Die Mehrheit der Kommission vertrat die Meinung, dass der Strassenunterhalt im Kanton Zug zu luxuriös ausgestaltet sei. Da die Kosten für den Strassenunterhalt dem Spezialfonds «Strassenbau-Rechnung» belastet werden, stellt sich eine entsprechende Kürzung als Knackpunkt dar, weil der Strassenbau nicht direkt dem Budget belastet wird. Die Stawiko ist jedoch der Ansicht, dass dies auch Geld darstellt. Deshalb hat sie nach Mitteln und Wegen gesucht, diese Forderung zu erfüllen, und entschied sich, das Globalbudget des Tiefbauamts um 10 Prozent der dem Fonds Strassenbau belasteten Eigenleistungen zu kürzen. Die Stawiko-Präsidentin dankt für die Unterstützung dieses Antrags.

Baudirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass der Regierungsrat dem Antrag der Stawiko zustimmt, auch wenn es aus Sicht der Baudirektion schmerzhaft ist. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der «Zuger Finish» und die entsprechenden Standards hinterfragt werden müssen. Und dies wird auch getan. Man befindet sich in einem Prozess, um die Kosten zu senken und sich auf das Notwendige zu beschränken. Eine Reduktion um 1,5 Millionen Franken hat aber mit einer gewissen Willkür zu tun. Irgendwann geht es nicht mehr nur um Standards, sondern um Projekte, die nicht mehr realisiert werden können. Dazu folgende Beispiele: So soll die Schochenmühle, die Strasse zwischen Steinhausen/Zug und Baar, aus Gründen der Sicherheit saniert werden. Eine Einsparung von 1,5 Millionen lässt sich jedoch nicht nur mit weniger hohen Standards erreichen. Sanierungsprojekte, die der Sicherheit dienen wie in der Schochenmühle, müssten gestrichen werden. Auch im Ennetsee stehen Projekte an, die nicht mehr ausgeführt werden könnten. Der Antrag der Stawiko ist deshalb insofern sinnvoll, als das Argument des «Zuger Finish» aufgenommen werden kann. Der Baudirektor bittet den Rat, den Antrag der Stawiko zu unterstützen. Eine Kürzung um 1,5 Millionen Franken hingegen ist zu hoch.

**Oliver Wandfluh** entschuldigt sich dafür, dass er nach einem Regierungsrat spricht. Es ist das erste Mal, dass er dies tut. Zur Erklärung, wie die SVP-Fraktion auf die 1,5 Millionen Franken gekommen ist: Genau solche Planungen und Vorhaben waren gemeint mit «Zuger Vorhaben» oder «vergolden». Der Votant fährt die Strecke, die der Baudirektor angesprochen hat, wöchentlich vier- bis fünfmal. Es geht scheinbar um Sicherheit. Doch die Strecke ist problemlos zu befahren, es hat keine Löcher, nur an einer Stelle beim Restaurant ist es etwas eng. Doch dort steht eine Lichtsignalanlage, und man kann gar nicht mit 100 km/h in diese Kurve fahren. Der Votant fährt diese Strecke seit über 25 Jahren. Bei Projekten dieser Art ist es

unverständlich, was denn überhaupt zu tun ist. Würde es dort regelmässig zu schweren Unfällen kommen, wäre es etwas anderes.
Besucher aus dem Ausland sagen beispielsweise: «In unseren Spitälern sieht es schlechter aus als auf euren Strassen.» Aus diesem Grund ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass nicht nur eine Einsparung von 741'000 Franken möglich ist, wie es die Stawiko vorschlägt, sondern es muss noch mehr drinliegen.

Baudirektor **Heinz Tännler** möchte nicht einen Schlagabtausch mit Oliver Wandfluh führen. Selbstverständlich kann man auch über 1,5 Millionen diskutieren – ebenso über 2,5 Millionen oder über irgendeinen anderen Betrag. Doch es sind auch Standortvorteile, wenn die Infrastrukturen des Kantons Zug einigermassen in Ordnung sind. Wird nun einfach um 1,5 Millionen Franken reduziert, führt das dazu, dass irgendwann, in fünf oder in zehn Jahren, diese Strasse total kaputt ist. Dann werden die Öffentlichkeit und vor allem die Standortgemeinden ein Sanierungsprojekt fordern. Zu diesem Zeitpunkt werden die Kosten jedoch viel höher sein. Denn ist die Strasse in einem sehr schlechten Zustand, wird eine Sanierung drei- bis viermal teurer, als wenn die Infrastruktur sukzessive und mit Vernunft in einem guten Zustand gehalten wird.
Eine Einsparung von 741'00 Franken ist in Ordnung, doch 1,5 Millionen schmerzen sehr stark. Auch der Baudirektor fährt in Italien Auto und ist der Meinung, dass «es geht». Doch das ist kein überzeugendes Argument.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Stawiko, das Globalbudget des Tiefbauamts um 741'000 Franken zu kürzen, mit 41 zu 24 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko folgenden Antrag stellt: Kostenstelle 3020, Tiefbauamt: Reduktion des Projekts TB3020.0205, «Diverse Projekte Technische Einrichtungen» in der Investitionsrechnung um 100'000 Franken.

**Gabriela Ingold**, Präsidentin der Stawiko, spricht zu beiden **Anträgen,** welche die Stawiko zum Tiefbauamt in der Investitionsrechnung stellt. Bei dem vom Vorsitzenden erwähnten Projekt «Diverse Projekte Technische Einrichtungen» geht es um eine Kürzung von 100'000 Franken. Gemäss Aussage des Baudirektors ist dort eine Verschiebung ins nächste Jahr vorgesehen. Konsequenterweise sollte man diesen Betrag im Budget streichen.
Ebenso verhält es sich beim Projekt TB3020.0283. Unter dieser Bezeichnung werden die Kantonstrassen, diverse Eiswarnanlagen/Ersatz des Glatteisfrühwarnsystems subsummiert. Gemäss Aussagen des Baudirektors wird die Hälfte dieses Projektes verschoben. Aus diesem Grund stellt die Stawiko den Antrag, das Budget 2016 um 200'000 Franken zu reduzieren.

Baudirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass der Regierungsrat den Anträgen der Stawiko zustimmt.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Stawiko, das Projekt TB3020.0205 «Diverse Projekte Technische Einrichtungen» in der Investitionsrechnung um 100'000 Franken zu kürzen, stillschweigend zu.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Stawiko, das Projekt TB3020.0283 «Kantonsstrassen, Diverse Eiswarnanlagen/Ersatz Glatteisfrühwarnsystem» in der Investitionsrechnung um 200'000 Franken zu kürzen, stillschweigend zu.

*Kostenstelle 3060, Hochbaubauamt (ab Seite 220)*

Der **Vorsitzende** führt aus, dass die Stawiko folgenden **Antrag** stellt: Kostenstelle 3060, Hochbauamt: Streichung des Projekts HB3020.0156 «Ersatz Beschattung Strassenverkehrsamt» in der Investitionsrechnung von 850’000 Franken.

Baudirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass der Regierungsrat dem Antrag der Stawiko zustimmt.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Stawiko, das Projekt HB3020.0156 «Ersatz Beschattung Strassenverkehrsamt» von 850’000 Franken in der Investitionsrechnung zu streichen, stillschweigend zu.

***Sicherheitsdirektion*** *(ab Seite 235 im Budgetbuch)*

*Kontengruppe 35, Sicherheitsdirektion (Seite 235)*
*Kostenstelle 3581, Strassenverkehrsamt (Seite 249)*

**Thomas Villiger** teilt mit, dass die SVP-Fraktion zwei Anträge zur Sicherheitsdirektion stellt. Zum einen stellt sie den **Antrag,** die Kontengruppe 35, das Globalbudget der Sicherheitsdirektion, um 540’000 Franken, was 1 Prozent entspricht, zu reduzieren. Die SVP-Fraktion sieht der personellen Entwicklung der Polizeiverwaltung mit Besorgnis entgegen. Die in den letzten Jahren gewachsenen Strukturen sind zu überdenken und allenfalls zu korrigieren. Die Bevölkerung möchte die Polizei auf der Strasse und nicht in der Verwaltung an der Arbeit sehen.
Der zweite **Antrag** betrifft die Kostenstelle 3581, das Strassenverkehrsamt. Beantragt wird eine Reduktion des Globalbudgets um 340’000 Franken. Die stetig steigenden Kosten des Strassenverkehrsamts bereiten der SVP-Fraktion Sorgen. Die Effizienz der Leistungsaufträge sollte überprüft und das Strassenverkehrsamt auf dem Niveau des Vorjahres betrieben werden.

**Jean-Luc Mösch** spricht zur Einführung der Schifffahrtssteuer und gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Besitzer eines kleines Boots. Die Schifffahrtssteuer ist im Entlastungspaket auf Seite 51 bis 57 erwähnt. Der Zugersee liegt in den Kantonen Schwyz, Luzern und Zug. Die Schwyzer haben auch Boote auf dem Zugersee mit entsprechender Nummer, die Luzerner hnicht. Das Verwenden der Luzerner Steuererhebung, wie es von der Regierung vorgegeben wird, ist falsch. Der Zugersee ist 38,3 Quadratkilometer gross, der Vierwaldstättersee 113,6 Quadratkilometer. Die Luzerner Erhebung ist die teuerste in der Schweiz. Es ist deshalb nichts anderes als fair, in Zug genau die gleiche Erhebung wie im Kanton Schwyz einzuführen. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** dass das System des Kantons Schwyz übernommen wird. Zudem stellt er den **Antrag,** dass der Erlös aus der Steuer der Seerettung und der Sturmwarnung, grundsätzlich der Seenutzung, zukommt.

**Huber Schuler** hält fest, dass die SVP 540’000 Franken weniger für die Polizei zur Verfügung stellen will. Die Begründung ist, die Bevölkerung wolle mehr Polizisten auf der Strasse sehen. Weiss denn Thomas Villiger, was Polizeiarbeit bedeutet? Es heisst nicht, einfach auf der Strasse zu sein und Patrouillen zu fahren. Es gibt Verwaltungsarbeit, die erledigt werden muss. Bei einem Einbruch ist die Polizei nur während einer sehr kurzen Zeitspanne sichtbar ist. Wenn in der Sicherheit gespart

werden soll, lässt sich das selbstverständlich machen, aber nicht mit dieser Begründung. Dann ist Polizeiarbeit falsch verstanden worden.

**Stefan Gisler** weist darauf hin, dass die Anträge von Jean-Luc Mösch nicht zulässig sind, da sie sich nicht auf das Budget, sondern das Entlastungspaket beziehen. Dazu wurde am Vormittag die Kommission bestellt. Das Anliegen von Jean-Luc Mösch kann in der Kommission platziert werden.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass er die Anträge der SVP ablehnt. Er möchte nicht das Bild der ausgepressten Zitrone bemühen, sondern den Aspekt der Willkür beleuchten. Wo sind denn die Strukturen falsch? Einerseits wurden Stellen abgebaut, und es wurde reorganisiert. Beim Strassenverkehrsamt hat man zudem die Prüfzeiten reduziert. Auf der anderen Seite besteht ein Wachstum von ca. 1,5 bis 2 Prozent, das mit weniger Stellenprozenten bewältigt wird. Wie der Volkswirtschaftsdirektor bereits ausgeführt hat, ist auch die Sicherheitsdirektion eine Vollzugsdirektion mit Bundesvorgaben. Es besteht kein grosser Spielraum bei der Polizei, beim Strassenverkehrsamt, beim Amt für Migration, beim Amt für Zivilschutz, beim Militär oder beim Amt für Justizvollzug. Es wäre sehr schwierig, solche Beträge einzusparen, und es käme zu Entlassungen. Gerade auch die Sicherheitsdirektion hat einen sehr hohen Personalaufwand, und die Flexibilität, andere Reduktionen vorzunehmen, ist fast nicht vorhanden.
Zu den Anträgen von Jean-Luc Mösch: Wie Kantonsrat Stefan Gisler ausgeführt hat, können diese erst zu einem späteren Zeitpunkt gestellt werden.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Jean-Luc Mösch seine Anträge zurückgezogen hat.

**Manuel Brandenberg** bezieht sich darauf, dass der Sicherheitsdirektor Beispiele dafür forderte, wo gespart werden soll. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Sicherheitsdirektor das grundsätzlich besser wissen sollte, da er sich – hoffentlich – wöchentlich oder täglich mit den Zahlen seiner Direktion beschäftigt. Doch falls Beispiele notwendig sind, können diese gegeben werden: So besteht die Tendenz, in der Sicherheitsdirektion zusätzlich Sozialarbeiter einzustellen, ebenso Präventionsbeauftragte oder Sozialpädagogen. Solche Stellenausschreibungen sind dem Amtsblatt zu entnehmen. Dort könnte eingespart werden, aber nicht bei der Polizei an der Front, die bewaffnet eingreifen und die Sicherheit gewährleisten kann.

**Ralph Ryser** legt seine Interessenbindung offen: Er gehört der Abteilung Sicherheit der Stadt Zug an, arbeitet jedoch nicht mehr bei der Polizei. Im Bereich der Kaderpersonen ist Handlungsspielraum vorhanden. So wurde dort kürzlich eine neue Stelle geschaffen. Wie werden die Kaderstellen inskünftig weitergeführt? Sind Kaderstellen entfallen, oder wurden in den letzten Jahren neue geschaffen?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weiss nicht, von welchen Kaderstellen Kantonsrat Ryser spricht. Er müsste das genauer wissen. Zum Votum von Manuel Brandenberg: Es gibt ganz wenige Sozialstellen im Strafvollzug. So ist dort eine Sozialarbeiterin beschäftigt, bei der Polizei und beim Strassenverkehrsamt hingegen nicht.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Globalbudget des Strassenverkehrsamts um 340’000 Franken zu kürzen, mit 45 zu 23 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Globalbudget der Sicherheitsdirektion um 540’000 Franken zu kürzen, mit 49 zu 19 Stimmen ab.

*Kostenstelle 3590, Zuger Polizei (Seite 259)*

**Andreas Lustenberger** spricht zur Kostenstelle 3590, Zuger Polizei, zum Punkt Hilfspolizei. Er stellt namens der ALG den **Antrag,** dieses Budget um 45'000 Franken zu erhöhen. Dies würde die Streichung der Hilfspolizei rückgängig machen.
Zur Begründung: Die Gewährleistung der Sicherheit ist Aufgabe des Staates und darf nicht an Dritte weitergegeben werden, wie das in der Zeitung zu lesen war. Nur so ist gewährleistet, dass der Souverän Einfluss auf die in Anspruch genommenen Sicherheitsleistungen hat, um diese falls notwendig zu korrigieren. Die Vergabe von polizeilichen Aufgaben an Dritte ist heikel. Negative Beispiele sind bekannt: So sind private Sicherheitsdienste immer wieder Auffangbecken für sogenannte *Rambos*. Noch weiter geht es in die USA, wo private Sicherheitsdienste Aufträge der Armee übernehmen und immer wieder für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind und waren. Es ist fahrlässig, das Gewaltenmonopol zu outsourcen. Die Folgekosten könnten im Nachhinein höher ausfallen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es eine falsche Annahme ist, die Hilfspolizei übernehme private Sicherheitsdienste im grundsätzlichen Sinne. Die Hilfspolizei hat nur Verkehrsdienst geleistet, und es gibt andere, gute Organisationen, die solche Aufgaben übernehmen. Es handelte sich hier um Kleinstpensen. Man kann mit gutem Gewissen auf die Hilfspolizei verzichten, auch wenn man froh war um diese Organisation. Doch es entsteht nun kein Vakuum an solchen Kräften im Kanton. Und es werden bestimmt keine *Rambos* anstelle der Hilfspolizei zum Einsatz kommen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, die Kostenstelle 3590 um 45'000 Franken zu erhöhen, mit 36 zu 25 Stimmen ab.

***Gesundheitsdirektion*** *(ab Seite 273 im Budgetbuch)*

*Kostenstelle 4000, Direktionssekretariat (Seite 277)*

**Vroni Straub** spricht zu Seite 276, Leistungsgruppe 5, Individuelle Prämienverbilligung (IPV). Die Regierung will die Einkommensobergrenze für den Bezug bzw. für die Berechtigung von IPV-Leistungen neu festlegen. Das liegt in ihrer Kompetenz, es gibt nichts einzugreifen. Trotzdem ist die ALG dagegen, denn einmal mehr fällt der Mittelstand durch die Maschen und erhält keine Subventionen mehr. Möchte dies die Regierung unbedingt umsetzen, stellt die ALG den **Antrag,** dass die gesparten 2 Millionen Franken umverteilt werden an diejenigen Menschen, die wirklich auf die IPV-Leistungen angewiesen sind und in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben.
Die Krankenkassenprämien sind in den letzten zehn Jahren um fast 60 Prozent gestiegen – das ist eine enorme Belastung für die Privathaushalte. Im letzten Jahr wurden bei den IPV bereits 3,3 Millionen Franken gespart, das ist genug. Die Votantin fordert den Rat auf, auf diese zusätzliche Sparmassnahme zulasten der Bevölkerung zu verzichten.

**Zari Dzaferi** stellt namens der SP-Fraktion einen Antrag zur Kostenstelle 4000 und fordert, dass auf die Erhöhung der Einkommensobergrenze bei der Berechnung von Prämienverbilligungen verzichtet wird, auch wenn dies in der Kompetenz der Regierung liegt. Im Rahmen des Sparpakets wurden bereits im Budget 2015

Einsparungen von 3,3 Millionen bei der Verbilligung von Krankenkassenprämien vorgenommen. Eine weitere Schröpfung der Prämienverbilligung um 2 Millionen ist nicht nachvollziehbar. Die Argumente dafür bleiben die gleichen wie vor einem Jahr: Die Wohnkosten und die Kosten für Krankenkassen- und Versicherungsprämien stellen im Kanton Zug und in der ganzen Schweiz einen wesentlichen Teil der Haushaltausgaben dar, vor allem in Familien der unteren und mittleren Einkommensschichten. Vor den Auswirkungen der Wohnkosten können sich viele nur dadurch retten, dass sie den Kanton verlassen und sich in einer angrenzenden Region nach einer günstigeren Wohnmöglichkeit umsehen. Schwieriger ist es, den Krankenkassen- und Versicherungsprämien auszuweichen, da diese durch einen Wechsel der Wohnregion kaum gesenkt werden können. Die Prämienverbilligung stellt ein Mittel dar, diesem Problem zu begegnen.
Nebst dem Votanten selbst haben sicherlich auch einige andere den Wählerinnen und Wählern versprochen, sich für bezahlbare Wohnungsmieten und tiefe Lebenshaltungskosten einzusetzen. Bei den Wohnkosten kann man sich schnell entschuldigen, da die Einflussmöglichkeiten in diesem Bereich beschränkt sind. Bei den Lebenshaltungskosten wird die Entschuldigung ein bisschen schwieriger, insbesondere wenn man genau in diesen Bereich die Sparschraube weiter anzieht. Man sollte glaubwürdig bleiben und nicht jene Posten im Budget streichen, die sich auf das Portemonnaie der Einwohnerinnen und Einwohner in den unteren und mittleren Einkommensschichten spürbar auswirken. Insbesondere dann, wenn man sich als Partei des Mittelstandes bezeichnet.
Für die SP-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, dass nach einer Reduktion um 3,3 Millionen Franken nun die Einkommensobergrenzen so angepasst werden, dass erneut 2 Millionen Franken bei Menschen im tieferen und mittleren Stand eingespart werden. Die SP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** auf die Anpassung der Einkommensobergrenze und die Reduktion um 2 Millionen Franken zu verzichten. Es ist wichtig, dass der Zuger Mittelstand nicht noch weiter geschröpft wird, dass ein guter Bevölkerungsmix gehalten werden kann und Zug langfristig nicht zu einem Monaco wird. Mindestens hinter diesen zwei letzten Sätzen können bestimmt viele Ratsmitglieder stehen.

Gesundheitsdirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass hier in einem Bereich Kürzungen vorgeschlagen werden, der sehr sensibel ist und die Bevölkerung unmittelbar trifft. Bildlich gesprochen ist das Gesundheitssystem mit einer Dampfmaschine zu vergleichen. Wird an einem Ventil geschraubt, zum Beispiel am Ventil IPV, gibt es bei einem anderen Ventil einen Überdruck. Deshalb wurde dies im Rahmen des Entlastungsprogramms sehr genau analysiert. Doch gemäss der Devise der Regierung, dass im Sinne der Opfersymmetrie in allen Bereichen Kürzungen vorgenommen werden müssen, ist dies auch bei den Prämienverbilligungen erfolgt. Die Aussagen der Votanten sind richtig. 2015 werden schätzungsweise 3,3 Millionen Franken eingespart, indem der letztjährige Prämienanstieg im Kanton Zug von rund 2,8 Prozent nicht ausgeglichen wird. Schliesslich wurde dem Bürger nicht Geld entzogen, er bekam gleich viel wie 2014. Doch der Prämienanstieg wurde nicht mehr berechnet. In der zweiten Phase dieser Anpassung der Prämienverbilligung schlägt die Regierung mit dem Budget 2016 vor, nochmals 2 Millionen Franken einzusparen, indem die Einkommensobergrenze erhöht wird. Diese Obergrenze wurde das letzte Mal 2007 festgelegt. Der Regierungsrat hat die Kompetenz, diese festzulegen, was er voraussichtlich am nächsten Dienstag tun wird. Mit weniger zur Verfügung stehenden Mitteln müssen die Gruppen, welche das Geld brauchen, noch gezielter erreicht werden. Tiefe Einkommen sind nicht betroffen. Es geht um besser Verdienende. Mit dieser Anpassung von rund 2 Millionen Franken wird der

obere Mittelstand tangiert. In diesem Jahr werden rund 30'000 Bürgerinnen und Bürger in den Genuss dieser Prämienverbilligungen kommen. Mit der vorgeschlagenen Anpassung werden rund 3500 Personen mit Bruttoeinkommen über 100'000 Franken im nächsten Jahr keine Prämienverbilligung erhalten. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass in dieser Einkommensklasse gewisse Abstriche zu verantworten sind. Es wird zwar gespart, aber es geschieht sozialverträglich.
Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass mit dem starken Anstieg der Prämien für junge Erwachsene ein Problem besteht. In diesem Bereich ist man bereit, Anpassungen zu machen. Somit handelt es sich um ein ausgewogenes Paket und nicht um einen Kahlschlag. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist Zug bei den Prämienverbilligungen nach wie vor im grünen Bereich.
Der Gesundheitsdirektor bittet den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG und der SP, auf eine Reduktion der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) um 2 Millionen Franken zu verzichten, mit 48 zu 17 Stimmen ab.

***Finanzdirektion*** *(ab Seite 303 im Budgetbuch)*

*Kontogruppe 50, Finanzdirektion (Seite 303)*

**Thomas Villiger** stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag, bei der Kontogruppe 50 eine Kürzung von 1 Million Franken vorzunehmen. Bei der Überprüfung der Leistungsaufträge muss es möglich sein, diese marginale Kürzung umzusetzen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** fragt nach, ob es sich beim Antrag um die Kürzung des Globalbudgets – des Saldos des Globalbudgets – um 1 Million Franken handelt.

**Thomas Villiger** bestätigt dies.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** merkt an, dass der Antrag in diesem Fall nicht ganz ernst gemeint sein kann, denn dies sind bei der Finanzdirektion positive Positionen. Es handelt sich um einen Nettoertrag von 664 Millionen Franken und nicht um einen Aufwand. Wird das Globalbudget um 1 Million Franken reduziert, reduziert man den Ertrag. Aber der Finanzdirektor empfiehlt dem Rat sowieso, diesen Antrag abzulehnen. *(Der Rat lacht.)*

**Thomas Villiger** hält fest, dass selbstverständlich der Aufwand und nicht der Ertrag um 1 Million Franken gekürzt werden soll.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats mit 51 zu 15 Stimmen und lehnt damit den Antrag der SVP-Fraktion ab.

*Kostenstelle 5029 (Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich), Konto 489 (Seite 323)*

**Alois Gössi** teilt den Ratsmitgliedern mit, dass sie sich nun zurücklehnen können, da er den einzigen Antrag stellt, der keine finanziellen Konsequenzen nach sich zieht. Als er im Budget 2016 auf Seite 6 unter «In Kürze» die ersten zwei Sätze des Lead las, war er sehr erfreut und erstaunt. Dort heisst es: »Das Zuger Entlas-

tungsprogramm 2015–2018 hat die Ziele erreicht. Trotzdem weist das Budget 2016 ein Defizit von 26,3 Millionen Franken aus.» Der Votant dachte, die Entlastungsmassnahmen hätten für 2016 schon mehr als geplant gegriffen und das prognostizierte höhere Defizit wäre wider Erwarten nicht eingetroffen. Erst weiter unten heisst es dann, das Defizit von 26,3 Millionen Franken sei nur möglich gewesen dank einer Entnahme von 150 Millionen Franken aus dem Eigenkapital. Es wird also effektiv mit einem operativen Ergebnis von minus 176,3 Millionen Franken gerechnet.
Im Stawiko-Bericht auf Seite werden das Ergebnis der letzten Jahre sowie die Ergebnisse bis ins Planjahr 2019 aufgezeigt. Dort, wo eine Reserve aufgelöst wurde oder eine Auflösung geplant ist, muss der entsprechende Betrag zum ausgewiesenen Ergebnis dazugezählt werden, damit das effektive Minus der Staatsrechnung ersichtlich ist. Transparenz, Aussagekraft und Vergleichbarkeit der verschiedenen Jahresrechnungen leiden darunter. Der Betrag, der durch die Reservenauflösung entstanden ist, muss nachträglich abgezogen werden, um die Jahresrechnungen vergleichen zu können.
Wie kann dem abgeholfen werden? Ganz einfach, indem die Reservenentnahmen nicht mehr budgetiert werden und der effektive Verlust bei der Budgetierung resp. bei der Rechnung im Folgejahr ausgewiesen wird. Und erst in der Rechnung wird ein Teil des Verlustes, für 2016 beispielsweise 150 Millionen Franken zulasten des Kontos 489, der Ressourcenausgleichsreserve, verbucht. Der Regierungsrat könnte jeweils mit dem Budget bekannt geben, wie das mögliche Defizit verbucht wird: beispielsweise ein Teil zulasten der Ressourcenausgleichsreserve und der andere Teil beim restlichen Eigenkapital.
Der Votant stellt den **Antrag,** dass auf Seite 323, Konto 489, Entnahmen aus dem Eigenkapital, diese 150 Millionen Franken gestrichen werden. Die Konsequenz ist, dass das Defizit, ohne die heutigen Korrekturen im Kantonsrat, neu 176,3 Millionen Franken betragen würde. Beim Verlust des Jahres 2016 würden dann 150 Millionen Franken zulasten der Ressourcenausgleichsreserve abgebucht. Buchhalterisch kommt bei beiden Varianten dasselbe heraus: Es gäbe keine Budgetkosmetik mehr, wie dies der Finanzdirektor am Vormittag erwähnte.
Der Finanzdirektor wird wahrscheinlich einwenden, dies widerspreche der Logik im HRM2, ein solches Vorgehen müsse mit einer geplanten Reservenentnahme budgetiert werden und die geplanten Reservenentnahmen seien ja offen ausgewiesen. Doch es ist problemlos auch mit HRM2 möglich. Die Gemeinde Baar wendet dieses Vorgehen an: Sie budgetiert keine Reservenentnahmen, sondern weist jeweils klar mit dem Budget aus, dass ein Teil des Verlustes zulasten der Steuerausgleichsreserve, die in Baar geführt wird, bei der Verlustverbuchung belastet werden soll.
Der Votant fordert die Ratsmitglieder auf, seinem Antrag zuzustimmen, wenn sie inskünftig Jahresrechnungen vergleichen möchten, ohne Reserveauflösungen herausrechnen zu müssen.

**Philip C. Brunner** bittet die Ratsmitglieder, diesen Antrag zu unterstützen. Er geht genau in die richtige Richtung. Im Stawiko-Bericht auf der ersten Seite in der ersten Tabelle ist ersichtlich, wie sich das Bild verzerrt. Das effektive Budget dieses Jahres weist aufgrund der Auflösung von 40 Millionen Franken, welche für dieses Jahr bewilligt wurde, ein operatives Ergebnis von 169 Millionen aus, ausgewiesen werden im Budget jedoch 129 Millionen Franken. Will man, wie dies Alois Gössi ausgeführt hat, nicht irrtümlicherweise davon ausgehen, dass nur ein geringer Verlust zu verzeichnen ist, muss nicht ein Nettoprinzip, sondern ein Bruttoprinzip geführt werden. Der Votant hat keine Kenntnis davon, dass die Gemeinde Baar dies so handhabt. Die Stadt Zug macht es jedenfalls so. Die Verluste werden ausgewiesen und dann von der Steuerausgleichsreserve abgebucht. Der Grosse Ge-

meinderat der Stadt Zug hat Versuche des Stadtrats, eine Ergebnisverbesserung von einigen Millionen vorzunehmen, mehrfach abgelehnt.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** führt aus, dass auch der Regierungsrat diskutiert hat, wie mit den Reserven in der Bilanz umzugehen ist. Im Finanzhaushaltsgesetz ist in § 7 definiert, dass das Eigenkapital aus jenem Vermögen besteht, dass die Summe der Verpflichtungen übersteigt. Es ist eingeteilt in freies Eigenkapital und Reserven. Der Kanton Zug verfügte über viel freies Eigenkapital und über 318 Millionen NFA-Reserven. Es stellte sich die Frage, wie ein allfälliger Verlust zu verrechnen ist. Im Finanzhaushaltsgesetz, § 19, ist definiert, dass der Aufwandüberschuss dem freien Eigenkapital zu belasten ist. Ist ein Aufwandüberschuss zu verzeichnen, kann dieser folglich nicht der NFA-Reserve belastet werden. Möchte man das, müsste man die NFA-Reserve als freies Eigenkapital definieren. Auch dieser Vorgang wäre möglich. Der Regierungsrat hat sich nun für den vorliegenden Weg entschieden. Alle Zahlen wurden immer transparent ausgewiesen: das operative Ergebnis, also vor Reservenauflösung, und dann das ausgewiesene Ergebnis.
Transparent ist auch der Lead auf Seite 6 im Budget: Es steht dort geschrieben, das Entlastungsprogramm hätte sein Ziel erreicht. Das hat es ja auch, denn es wurde als Ziel eine Entlastung von 80 bis 100 Millionen Franken definiert. Im Papier, das nun in die Kommission gegeben wird, ist diese Summe erreicht. Es reicht nicht für ein ausgeglichenes Budget, doch das ist eine andere Frage.
Der Regierungsrat empfiehlt, dem vorgeschlagenen Weg zu folgen. Die Reserven werden über die nächsten drei Jahre hinweg aufgelöst. Danach sind keine Reserven bzw. zweckgebundenen Rückstellung mehr vorhanden. Zukünftig würde dann jeder Aufwandüberschuss zulasten des freien Eigenkapitals gehen.

**Manuel Brandenberg** macht ebenfalls beliebt, den Antrag von Alois Gössi zu unterstützen. Hört man die Worte des Finanzdirektors, dass nun drei Jahre lang ein Defizit von 170 Millionen zu verzeichnen sein wird und dafür alle Reserven aufgebraucht werden, ist das nicht in Ordnung. Die Reserven sollten wenigstens teilweise denjenigen zurückgegeben werden, die sie bezahlt haben. Und das sind die Steuerzahler.

➔ Der Rat heisst den Antrag von Kantonsrat Alois Gössi mit 43 zu 20 Stimmen gut.

***Richterliche Behörden*** *(ab Seite 341 im Budgetbuch)*

➔ Der Rat stimmt dem Budgetantrag der Regierung stillschweigend zu.

***Gebäudeversicherung Zug*** *(Seite 363 im Budgetbuch)*

➔ Der Rat stimmt dem Budgetantrag der Regierung stillschweigend zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Budget damit durchberaten ist. Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen, das Budget 2016 mit den vorgenommenen Anpassungen zu genehmigen.

**Stefan Gisler** hält fest, dass die ALG heute einige Anträge gestellt hat, damit in den Bereichen Gesundheit, öffentlicher Verkehr und Bildung nicht zu stark zulasten der Bevölkerung gespart wird. Doch ebenso hat die ALG viele Sparanträge der Regierung mitgetragen und sogar zusätzliche Sparanträge gestellt, denen der Rat nicht gefolgt ist. Vor allem bei sich selbst wollte der Rat nicht sparen.
Es gibt zwei Hauptgründe, weshalb die ALG das Budget ablehnt: Der erste Grund ist die unqualifizierte Pauschalkürzung von 5 Millionen Franken, die inakzeptabel ist. Sie stellt ein eigentliches Misstrauensvotum an die Arbeit der Regierung und des Finanzdirektors dar und impliziert, die Regierung hätte dem Rat bezüglich Sparmassnahmen kein gutes Budget vorgelegt. Der zweite Grund ist die Weigerung des Rats, beide Seiten des *Milchbüechli* anzuschauen: Einnahmen und Ausgaben. Trotz eines operativen Verlusts von 176,3 Millionen Franken hat sich der Rat nicht bereit erklärt, eine sehr moderate, nicht wirtschafts- und standortgefährdende Steuererhöhung um 3 Prozent vorzunehmen.

**Oliver Wandfluh** hält fest, dass das Defizit 176,3 Millionen beträgt. Er fand die Debatte sehr anstrengend und bemühend. Die SVP hat nicht wie Jahre zuvor 26 Millionen Franken *over all* verlangt, sie hat sich Direktion für Direktion vorgenommen. Sie hat den einzelnen Direktionen den Spielraum gelassen, um selbst aufzuzeigen, wo es Sparmöglichkeiten gibt. Die SVP-Fraktion hat jede Direktion sehr gründlich angeschaut. Die Gesundheitsdirektion konnte die Situation sehr gut aufzeigen, auch mit Plänen für die Zukunft. Die Aufmerksamen haben festgestellt, dass die SVP-Fraktion zu dieser Direktion keine Einsparungen beantragt hat. Die Baudirektion wird ausgenommen, da sie die meisten Federn lassen musste. Alle anderen Direktionen haben schwer enttäuscht. Es wurde immer dieselbe Platte gespielt – «es ist nicht möglich», «da geht es nicht», «es ist gebunden», «die Zitrone ist ausgepresst». Dass bei einem Budget von 135 Millionen eine Einsparung von 1 Prozent nicht möglich ist, ist unverständlich. Es gibt aber gute Nachrichten für die Regierung: Da es unmöglich ist, muss sich die Regierung auch nicht um die Aufgabenreform bemühen. Wenn es heute nicht möglich ist, wie soll es in drei Jahren möglich sein – bei wachsender Bevölkerung? Bei mehr Infrastruktur? Bei Zuwanderung? Kann die Regierung erklären, wie es dann möglich sein wird, wenn es heute schon nicht möglich ist? Die SVP-Fraktion fühlt sich dem Steuerzahler verpflichtet und stellt den **Antrag,** das Budget abzulehnen.

**Zari Dzaferi** hält fest, dass er einmal mehr in einem moralischen Dilemma ist. Einerseits ist ein Budget notwendig, damit das nächste Jahr sauber verlaufen kann. Andererseits war die Debatte nicht zufriedenstellend aufgrund der linearen Rasenmäheranträge, der Kürzungen über mehrere Bereiche hinweg, der sonstigen Kürzungsanträge wie in der Bildung, bei der Prämienverbilligung usw. Die Entscheidung war schwierig, doch der Votant wie auch die SP-Fraktion werden das Budget ablehnen. Es liegen zu viele lineare Einsparungen vor, die nicht verantwortet werden können. Die eine Seite will die Steuern noch weiter kürzen, die andere Seite will noch mehr sparen. Es braucht jedoch auch Einnahmen, um alle Aufgaben zu erledigen. Es liegt eine Pattsituation vor, und die Abstimmung wird spannend sein.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Stawiko, hält abschliessend fest, dass sie enttäuscht ist. Die Anträge, welche die rechte Seite heute gestellt hat, hätten auch in der Staatswirtschaftskommission eingebracht werden können. Man hätte sich dann im Vorfeld damit auseinandergesetzt, und wer weiss, vielleicht hätten die Antragsteller für das eine oder andere Anliegen auch Support erhalten. Doch so geht das nicht. Die Ratsmitglieder haben eine Verantwortung wahrzunehmen. Dies hat die

Stawiko-Präsidentin bereits im Eintrittsvotum deutlich festgehalten. Es hilft niemandem, wenn das Budget abgelehnt wird. Das hat man in anderen Kantonen wie Schwyz und Luzern gesehen. Es wird nichts besser. Es gilt nun, in den sauren Apfel zu beissen. Das Entlastungsprogramm wird Anfang Jahr im Rat zur Abstimmung kommen. Dann kann man Rückgrat zeigen und beweisen, dass man sparen will. Die Regierung hat das Projekt «Finanzen 2019» bereits in der Pipeline, die Dringlichkeit, die Staatsfinanzen ins Lot zu bringen, ist ein Fakt. Die Stawiko-Präsidentin hofft sehr, dass dem Ergebnis der heutigen Debatte zugestimmt und das Budget genehmigt wird. Die Ratsmitglieder können sich darauf verlassen, dass die Stawiko die Regierung eng begleiten und dafür sorgen wird, dass die Finanzen bis Ende 2019 wieder ins Lot kommen.

**Oliver Wandfluh** merkt an, dass in der Stawiko Anträge gestellt wurden, die nicht durchgekommen sind, so zum Beispiel beim Personal und bei den Honoraren Dritter. Der erweiterten Stawiko gehören nur vier SVP-Mitglieder an, die Fraktion besteht aus neunzehn Mitgliedern. Die SVP-Mitglieder haben das Budget in der Stawiko auch beim zweiten Mal abgelehnt.

**Stefan Gisler** fordert die Stawiko-Präsidentin auf, nicht immer auf die rechte, sondern auch einmal auf die linke Seite zu schauen. *(Der Rat lacht.)*
Auch zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem das Budget abzustürzen droht, ist die ALG bereit für Nachverhandlungen. Aus diesem Grund stellt der Votant namens der ALG einen **Rückkommensantrag** auf den Steuerfuss. Wenn jetzt schon Nein gerufen wird, wird das Budget *abgeschossen.* Es ist ein Kompromissvorschlag. Wenn der Steuerfuss um 2 Prozent erhöht wird, von 82 auf 84, wird die ALG trotz der Pauschalkürzung das Budget gutheissen.

**Daniel Stadlin** stellt die Frage, was die Regierung denn machen wird, wenn das Budget abgelehnt wird: Die einen wollen ein tieferes Budget, die anderen wollen offenbar ein höheres. Notwendig wäre jedoch ein klarer Auftrag an die Regierung. Der Antrag, das Budget abzulehnen, ist sehr gefährlich. Man schuldet es der Regierung, an den Antrag, das Budget abzulehnen, einen klaren Auftrag zu binden.

**Thomas Werner** hält fest, dass sein Vorredner das Vorgehen als willkürlich und zu spontan bezeichnet hat. Fakt ist: Alle wissen, dass gespart werden muss und dass das Budget umstritten ist. Und alle wussten, dass heute eine intensive, lange Debatte geführt werden wird. Das Problem ist wie folgt: Stellt die SVP-Fraktion Globalanträge, so wird dies als Rasenmähermethode bezeichnet. Werden Einzelanträge gestellt, heisst es, diese seien willkürlich, so könne nicht gespart werden. Fazit ist: Man will nicht sparen, oder man will nicht sparen können. Deshalb gibt es nichts anderes, als dieses Budget, wie es heute beraten wurde, abzulehnen.

**Thomas Lötscher** ruft in Erinnerung – auch zuhanden der Presse –, dass einige SVP-Mitglieder auch Anträge unterstützt haben, welche die Ausgaben erhöht hätten. Man steht nun auf des Messers Schneide. Dank der SVP-Fraktion sieht der Votant sich gezwungen, zu überlegen, ob er eine Steuererhöhung durchwinken möchte, um das Budget zu retten. Das ist eine ekelhafte Situation. Selbst wenn dieses Budget abgelehnt wird, ist keine Ausgangslage vorhanden, wie das Daniel Stadlin richtig erkannt hat. Denn ein wesentlicher Teil der Ratsmitglieder lehnt das Budget ab, weil zu wenig gespart wird, und ein wesentlicher Teil lehnt es ab, weil zu viel gespart wird. Es wird eine Pattsituation vorliegen und gleichzeitig kein Budget. Deshalb soll die Bevölkerung sehen, wer in welchem Ausmass Verantwortung

übernimmt. Aus diesen Gründen stellt der Votant den **Antrag,** die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** weist den Vorwurf, der Regierungsrat wolle nicht sparen, entschieden zurück. Im Budget 2016 wurden über das Entlastungsprogramm Einsparungen von 35,4 Millionen Franken ausgewiesen. Ebenso wurde das Entlastungspaket geschnürt und heute der Kommission zur Beratung übergeben. Es wird dann intensiv diskutiert werden können, ob man eine Leistung will oder nicht. Nun zu sagen, der Regierungsrat sei nicht bereit zu sparen, ist sehr unqualifiziert. Der Finanzdirektor kann sich noch sehr gut an die Diskussionen in der Stawiko erinnern. So gehörte Thomas Villiger der SVP-Delegation in der Finanzdirektion an und hat bei seinem Besuch mit dem Finanzdirektor über die finanzielle Situation diskutiert. Mit keinem Wort wurde damals eine Kürzung von 1 Million Franken erwähnt. Seriös wäre es gewesen, dies zu jenem Zeitpunkt anzusprechen und auch in der Stawiko zu diskutieren. Doch einfach eine Kürzung von 1 Million zu beantragen und bei einer Ablehnung zu sagen, man wolle nicht sparen, ist eine Behauptung ohne Fundament.
Zum Regulativ: Am Vormittag wurde Eintreten auf das Budget beschlossen. Ist man nun nicht einverstanden, wäre das eine Rückweisung des Budgets an den Regierungsrat. In der Geschäftsordnung des Kantonsrat ist definiert, dass eine Rückweisung – in Kombination mit dem Finanzhaushaltgesetz würde es sich hier um eine Rückweisung handeln – nicht nur ein einfaches, sondern ein qualifiziertes Mehr benötigt. Es geht aber nicht darum, damit zu spielen. Vielmehr wäre es richtig, dass der Rat dem Budget zustimmt. Die Beispiele in anderen Kanton haben es gezeigt: Man dreht viele Ehrenrunden, hat kein verlässliches Budget, aber gewonnen wird nichts. Es ist besser, Kommissionspräsidentin Cornelia Stocker den Auftrag zu geben, das Thema aufzunehmen. Dann kann strukturiert und nach Konzept vorgegangen und debattiert werden.

Regierungsrat **Heinz Tännler** spricht in seiner Funktion als Landammann zum Rat und zur SVP-Fraktion. Der Kanton Zug hat in den letzten Jahrzehnten ein Erfolgsmodell geschaffen, hat Reserven angelegt und ist bis vor zwei, drei Jahren alles andere als auf einem Schlingerkurs unterwegs gewesen. Nun hat sich der Finanzhimmel aus exogenen Gründen verändert und nicht, weil die Regierung schlecht gearbeitet hat. Das ist nicht nur in Zug so, sondern auch in anderen Kantonen, in der Schweiz und in Europa.
Die Regierung hat die Verantwortung wahrgenommen. Der Finanzdirektor persönlich hat das Sparpaket in Angriff genommen und in die Regierung getragen. Die ganze Verwaltung und die Regierung haben das Sparpaket, das im nächsten Jahr im Rat debattiert wird, geschnürt. Da in der Finanzplanung bis 2019 nach wie vor ein Delta besteht, werden weitere Anstrengungen unternommen und der Finanzdirektor hat aufgezeigt, dass das Projekt Finanzen 2019 mehr als ernst genommen wird.
Der Landammann weist die SVP darauf hin, dass er in der Fraktion aufgezeigt hat, dass Sparen strukturiert erfolgen muss – nicht mit Hauruckübungen, Budgetablehnungen und Rasenmäheranträgen. Natürlich darf man das. Doch erzielt es Wirkung? Wirkung lässt sich erzielen, indem man Herausforderungen strukturiert bewältigt, und zwar in einem Prozess von drei bis fünf oder sechs Jahren. Die öffentliche Hand ist nicht ein privates Unternehmen, das von einem Tag auf den anderen 500 Personen entlässt.
Die Bestrebung der Regierung muss es sein und ist es, 2019 ein ausgeglichenes Budget vorzuweisen. Dies kann erreicht werden, wenn man zusammensteht und die Herausforderungen miteinander bewältigt. Das Problem kann nicht durch ein

Fingerpointing unter den Parteien und des Parlaments gegen die Regierung gelöst werden. Der Landammann fordert den Rat auf, das Budget anzunehmen. *(Der Rat applaudiert.)*

➔ Der Rat lehnt den Rückkommensantrag der ALG mit 56 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Thomas Lötscher, die Budgetgenehmigung unter Namensaufruf durchzuführen, mit 52 Stimmen zu.

**Manuel Brandenberg** ist der Meinung, dass für die Rückweisung des Budgets nicht ein Quorum, sondern ein einfaches Mehr notwendig ist. Es geht um den Antrag des Regierungsrats zur Genehmigung des Budgets. Das ist eine normale Abstimmung über einen Antrag und erfordert das einfache Mehr. Ein Zweidrittelmehr wäre nicht in Ordnung. Der Votant bittet um Klärung dieser Frage.

Landschreiber **Tobias Moser** liest § 22 Abs. 3 des Finanzhaushaltgesetzes vor: «Das Budget wird von der Legislative bis 30. November, Kanton, bzw. 31. Dezember, Gemeinden, des Vorjahres genehmigt. Im Falle der Rückweisung ist ein neues Budget, welches dem Rückweisungsbeschluss angemessen Rechnung trägt, bis Ende Februar des Budgetjahres vorzulegen.» Es stellt sich hier die Frage, ob Genehmigung und Rückweisung die beiden Gegensätze sind. Das heisst, der Rat kann das Budget genehmigen oder zurückweisen. Ist es eine Rückweisung, kann in der Geschäftsordnung nachgelesen werden, dass diese möglich ist, nach dem Eintretensbeschluss aber zwei Drittel der Stimmen benötigt. Das ist die Rechtsfrage. Das Gesetz spricht von Genehmigung oder Rückweisung. Es stellt sich nun die Frage, ob diese beiden Begriffe das Ja und das Nein darstellen. Dies wurde vorgängig nicht geklärt. Ist das aber so, ist ein qualifiziertes Mehr erforderlich. Gemäss Kommentar zur Geschäftsordnung hat aber letztlich der Kantonsrat die Verfahrenshoheit.

**Heini Schmid** würde von einem *uneigentlichen* Rückweisungsantrag sprechen. Bei einer normalen Gesetzesvorlage kann darüber entschieden werden, ob die Debatte darüber noch gewollt wird oder nicht. Ein Budget ist jedoch irgendwann notwendig. Man hat keine Wahlmöglichkeit bei der Rückweisung, in diesem Sinn ist es eine Nicht-Genehmigung des Budgets, und es ist vorgesehen, was dann zu erfolgen hat: dass es wieder in den Rat kommt und noch einmal zu beraten ist. Dafür braucht es nur eine einfache Mehrheit. Der Rat hat nicht die Möglichkeit, die ganze Vorlage zu *versenken*. Das Budget muss beschlossen werden, und es macht keinen Sinn, dies mit einem Zweidrittel-Quorum zu erschweren.

Landschreiber **Tobias Moser** erachtet die Überlegungen von Heini Schmid als eine vertretbare Rechtsauffassung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Frage nicht geklärt. Der Landschreiber empfiehlt, dass bei der nächsten Revision des Finanzhaushaltgesetzes dies formellgesetzlich geregelt wird, damit es nicht noch einmal zu Unklarheiten kommt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für die Annahme des Budgets mit «Ja» zu stimmen ist, für die Ablehnung des Budgets mit «Nein».

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag gestellt hat, das Budget nicht zu genehmigen. Das heisst, der Antrag des Regierungsrats auf Genehmigung wird abgelehnt.

In der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

**Namensaufruf**

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Nein |
| Brunner Philip C. | Nein |
| Camenisch Philippe | Ja |
| Christen Hans | Ja |
| Gisler Stefan | Nein |
| Gysel Barbara | Nein |
| Landtwing Alice | Ja |
| Marti Daniel | Ja |
| Messmer Jürg | Abwesend |
| Raschle Urs | Ja |
| Rüegg Richard | Ja |
| Sivaganesan Rupan | Nein |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Nein |
| Stadlin Daniel | Ja |
| Stocker Cornelia | Ja |
| Straub-Müller Vroni | Ja |
| Thalmann Silvia | Ja |
| Umbach Karen | Ja |
| Vollenweider Willi | Ja |
| | |
| Dittli Laura | Ja |
| Iten Patrick | Ja |
| Letter Peter | Abwesend |
| Meier Andreas | Enthaltung |
| | |
| Hess Mariann | Nein |
| Hess-Brauer Iris | Ja |
| Ingold Gabriela | Ja |
| Iten Beat | Ja |
| Ryser Ralph | Nein |
| Werner Thomas | Nein |
| | |
| Barmet Monika | Ja |
| Etter Andreas | Ja |
| Nussbaumer Karl | Ja |
| | |
| Abt Daniel | Ja |
| Andermatt Adrian | Ja |
| Andermatt Pirmin | Abwesend |
| Dzaferi Zari | Nein |
| Frei Pirmin | Ja |
| Gössi Alois | Ja |
| Hostettler Andreas | Ja |
| Hürlimann Markus | Nein |
| Imfeld Nicole | Abwesend |
| Lustenberger Andreas | Nein |

| | |
|---|---|
| Pfister Martin | Ja |
| Riboni Michael | Nein |
| Riedi Beni | Nein |
| Schmid Heini | Ja |
| Wandfluh Oliver | Nein |
| | |
| Baumgartner Hans | Ja |
| Birrer Walter | Nein |
| Bühler Olivia | Nein |
| Gander Thomas | Ja |
| Haas Esther | Nein |
| Mösch Jean-Luc | Ja |
| Renggli Silvan | Ja |
| Sieber Beat | Nein |
| Soltermann Claus | Ja |
| Suter Rainer | Nein |
| | |
| Andenmatten-Helbling Karin | Ja |
| Bieri Anna | Ja |
| Hofer Rita | Nein |
| Schuler Hubert | Nein |
| Unternährer Beat | Ja |
| Villiger Thomas | Nein |
| | |
| Burch Daniel | Nein |
| Hausheer Andreas | Ja |
| Hürlimann Andreas | Ja |
| Meierhans Thomas | Ja |
| Odermatt Anastas | Nein |
| Weber Monika | Ja |
| | |
| Balmer Kurt | Abwesend |
| Burch Daniel Thomas | Ja |
| Roos Flavio | Nein |
| Schriber-Neiger Hanni | Nein |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Nein |
| Wiederkehr Roger | Ja |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Ja |
| | |
| Henseler Emanuel | Ja |
| Lötscher Thomas | Ja |

➔ Der Rat genehmigt das Budget 2016 mit 45 zu 28 Stimmen.

***Weitere selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten***

*Pädagogische Hochschule Zug (ab Seite 357 im Budgetbuch)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, den Leistungsauftrag und das Globalbudget der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen. In ihrem Antrag e) schliesst sich die Staatswirtschaftskommission dem Regierungsrat an.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Regierung und Stawiko stillschweigend.

*Interkantonale Strafanstalt Bostadel (ab Seite 361 im Budgetbuch)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat beantragt, Leistungsauftrag und Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen. In ihrem Antrag f) schliesst sich die Staatswirtschaftskommission dem Regierungsrat an.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Regierung und Stawiko stillschweigend.

**Kenntnisnahme vom Finanzplan 2016–2019**

Der **Vorsitzende** führt aus, dass gemäss § 21 Abs. 1 Satz 2 des Finanzhaushaltgesetzes der Kantonsrat den Finanzplan lediglich zur Kenntnis nimmt. Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission, mit Antrag g), beantragen Kenntnisnahme.

➔ Der Rat nimmt den Finanzplan 2016–2019 zur Kenntnis.

**Kenntnisnahme von der Finanzierungsprognose bis 2030 zu kantonalen Investitionsprojekten**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission, mit Antrag h), beantragen, die Finanzierungsprognose zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat nimmt die Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten bis 2030 stillschweigend zu Kenntnis.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Rat damit das Budget und den Finanzplan verabschiedet hat. Bei Geschäften, die keine Erlasse sind, erfolgt praxisgemäss keine Schlussabstimmung im Sinne von § 74 Abs. 1 GO KR. Die Finanzdirektion wird eine Zusammenstellung der beschlossenen Abweichungen zum gedruckten Budgetbuch erstellen; die Staatskanzlei wird dieses Beiblatt mit dem nächsten Versand zustellen.

Aus Zeitgründen können die weiteren Traktanden nicht behandelt werden.

## 307 Nächste Sitzung

Donnerstag, 10. Dezember 2015 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

22. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 10. Dezember 2015
Zeit: 08.30 – 12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
2.1. Interpellation von Hubert Schuler betreffend Ausschreibung der Mandatsführung für Kinder und Jugendliche
2.2. Interpellation von Beat Unternährer betreffend Integration von Flüchtlingskindern in die Volksschule
2.3. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Ausbau Stadtbahn Zug
3. Kommissionsbestellungen:
3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal
4. Geschäfte, die am 26. November 2015 nicht behandelt werden konnten
5. Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011; 2. Stufe bzw. erstmalige Behandlung von fünf Motionen:
5.1. Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011
5.2. Motion von Philippe Camenisch, Cornelia Stocker, Alice Landtwing, Adrian Andermatt und Maja Dübendorfer Christen betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)
5.3. Motion von Gregor Kupper betreffend zweistufiges Verfahren für die Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)
5.4. Motion von Daniel Stadlin betreffend Weiterführung der finanziellen Beteiligung des Kantons am direkten Finanzausgleich
5.5. Motion von Thomas Lötscher betreffend Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)
5.6. Motion der SP-Fraktion betreffend Entflechtung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung und deren Finanzierung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden
6. Postulat der Fraktionen der CVP und der FDP betreffend Sistierung der interkantonalen Zusammenarbeit des Kantons Zug bis zu einer gesetzeskonformen Umsetzung des Nationalen Finanzausgleichs NFA
7. Interpellation von Willi Vollenweider und Philip C. Brunner betreffend die Armee-Halbierung «WEA» gefährdet die Sicherheit auch im Kanton Zug

**308 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Thomas Werner, Unterägeri; Pirmin Andermatt und Nicole Imfeld, beide Baar; Monika Weber, Steinhausen.

**309 Mitteilungen**

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

TRAKTANDUM 1

**310 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt am Ende der Sitzung (siehe Ziff. 323–326).

TRAKTANDUM 3

**Kommissionsbestellungen:**

**311** Traktandum 3.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal**
Vorlagen: 2572.1 - 15053 (Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats); 2572.2 - 15054 (Antrag des Büros des Kantonsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Andreas Etter, Menzingen, CVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Walter Birrer, Cham, SVP | Patrick Iten, Oberägeri, CVP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Jean-Luc Mösch, Cham, CVP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Ralph Ryser, Unterägeri, SVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG |
| Emanuel Henseler, Neuheim, CVP | Beat Sieber, Cham, SVP |
| Rita Hofer, Hünenberg, ALG | Hubert Schuler, Hünenberg, SP |
| Andreas Hostettler, Baar, FDP | Karen Umbach, Zug, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**312** Traktandum 3.2: **Erweiterte Staatswirtschaftskommission**

Per 1. Januar 2016 soll anstelle von Stefan Gisler neu Andreas Lustenberger für die ALG in die erweiterte Staatswirtschaftskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**313** Traktandum 3.3: **Ad-hoc-Kommission für die Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung**

Per 1. Januar 2016 soll anstelle von Stefan Gisler neu Esther Haas für die ALG in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**314** Traktandum 3.4: **Ad-hoc-Kommission betreffend erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011; 2. Stufe bzw. erstmalige Behandlung von fünf Motionen**

Per 1. Januar 2016 soll anstelle von Stefan Gisler neu Anastas Odermatt für die ALG in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 4
**Geschäfte, die am 26. November 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**315** Traktandum 4.1: **Gesetz über die Haltung von Hunden: 2. Lesung**
Vorlagen: 2451.4 - 15025 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2451.5 - 15046 (Antrag der SP, der ALG und von Monika Barmet auf die 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung der Antrag eingegangen ist, das vom Kantonsrat in der ersten Lesung bereinigte, danach jedoch – mit Ausnahme von Änderungen im Übertretungsstrafgesetz – abgelehnte Hundegesetz in Kraft zu setzen. Gibt es weitere, sogenannt konnexe Anträge?

**Kurt Balmer** ist etwas überrascht, dass er als Erster zu Wort kommt, nicht die Fraktionen bzw. das Ratsmitglied, welche den Antrag auf die zweite Lesung gestellt haben und üblicherweise diesen zuerst begründen. Für seinen eigenen Antrag verweist er auf das Protokoll der ersten Lesung, wo seine Ausführungen zu § 17 Abs. 2 Bst. b Übertretungsstrafgesetz wie folgt festgehalten sind: «Gemäss Bst. b können Wildhüterinnen und Wildhüter auf dem ganzen Kantonsgebiet Hundehalterinnen und -halter büssen. Der Votant erinnert sich, dass in der damaligen Debatte zum ÜStG festgehalten wurde, dass dieses nicht bei der erstbesten Gelegenheit

ergänzt und ausgedehnt werden soll. Nun geschieht genau dieser Sündenfall: Wildhüterinnen und Wildhüter sollen ermächtigt werden, gegebenenfalls auf dem ganzen Kantonsgebiet, also beispielsweise auch mitten in der Stadt, tätig zu werden und büssen zu können, wenn Hundekot nicht aufgelesen wird. So weit möchte der Votant definitiv nicht gehen. Er stellt den Antrag, dass Bst. b gegenüber dem geltenden Recht nicht geändert werden soll; eventualiter soll die Bestimmung durch die Wendung ‹in ihrem Zuständigkeitsbereich› eingegrenzt werden, so dass Wildhüter nicht im ganzen Kanton und in der Stadt Bussen verteilen können.»
Der Votant stellt den schon damals eingebrachten **Antrag** erneut: § 17 Abs. 2 Bst. b ÜStG soll um die Wendung «in ihrem Zuständigkeitsbereich» ergänzt werden. Ergänzend zu seinen damaligen Ausführungen hält der Votant fest, dass diese Änderung des ÜStG auffallenderweise weder in der Vorlage des Regierungsrats noch im Bericht der vorberatenden Kommission und schon gar nicht im Antrag auf die zweite Lesung kommentiert ist. Bekanntlich wurde das ÜStG erst vor kurzem revidiert, und es wäre deshalb mehr als wünschenswert, dass eine Begründung für diese Gesetzesänderung vorläge. Es wurde dem Votanten signalisiert, dass die Änderung nicht so wichtig sei und in der Praxis wahrscheinlich keine Anwendung finde. Umso schlimmer findet er es, dass unter dieser Prämisse ein neueres Gesetz überhaupt angetastet wird. Als Mitglied der damaligen Kommission erinnert er sich gut an die Gesetzgebungsarbeiten zum ÜStG. Es wurde damals versprochen, dass die Regelungen nicht bei der nächstbesten Gelegenheit ausgedehnt würden – was mit den Antrag von SP und ALG sowie Monika Barmet nun aber genau passiert. Der Votant ist auch nicht sicher, ob den Antragsteller bewusst war, dass aufgrund ihres Antrags auch sein Antrag zum ÜStG nochmals gestellt werden *muss.* Er besteht darauf, dass sein konnexer Antrag nochmals diskutiert wird, und bittet den Rat um Unterstützung.

Kommissionspräsidentin **Karin Andenmatten-Helbling** informiert, dass die Adhoc-Kommission Hundegesetz einstimmig beschlossen hat, vor der zweiten Lesung keine Sitzung mehr durchzuführen, und sich per Zirkularbeschluss zum Antrag von SP, ALG und Monika Barmet äusserte. Die Kommission empfiehlt mit 9 zu 6 Stimmen, bei der Version der ersten Lesung zu bleiben, also Teil I zu streichen. Vom Antrag Balmer hatte die Kommission keine Kenntnis, weshalb die Kommissionspräsidentin dazu nicht Stellung nehmen kann.

**Beni Riedi** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag auf die zweite Lesung nicht unterstützt und am Ergebnis der ersten Lesung festhält. Persönlich merkt der Votant an, dass er es höchst problematisch findet, wenn ein vom Parlament in erster Lesung gefasster Beschluss als «Zufallsmehr» abgestempelt wird; auch wenn der Entscheid mit 34 zu 33 Stimmen knapp ausfiel, gilt es ihn zu respektieren. Der Votant war mit dem Vorgehen aber grundsätzlich nicht zufrieden und fand die Debatte mühsam; man hätte auf die Vorlage gar nicht eintreten sollen.

**Florian Weber** hält als Sprecher der FDP-Fraktion fest, dass SP, ALG und Monika Barmet ihren Antrag auf die zweite Lesung damit begründen, dass der Entscheid durch ein Zufallsmehr entstanden sei. Dem ist zu entgegnen, dass ein demokratischer Entscheid immer durch die Mehrheit bestimmt wird, egal ob es um einen UNO-Beitritt, um die KESB oder um ein Hundegesetz geht. Zudem ist es auch egal, ob es beim Entscheid heiss oder 16.30 Uhr am Nachmittag war oder ob einzelne Kantonsratsmitglieder verhindert waren oder wichtigeren Aufgaben nachgingen. Im Weiteren ist der in der ersten Lesung gefällte Entscheid nicht der erste, welcher mit einer knappen Mehrheit getroffen wurde. Führt man die Gedanken der Antragsteller

weiter, sollte man vielleicht darüber diskutieren, die Kantonsratsgeschäfte in einem «Best of five»-Verfahren abzuhandeln. Man könnte dann jedes Geschäft fünf Mal diskutieren, und wer am Schluss mindestens drei Abstimmungen gewonnen hat, gewinnt die gesamte Abstimmung.
Da im Antrag auf die zweite Lesung keine neuen Argumente vorgebracht wurden, wird ihn die FDP-Fraktion einstimmig ablehnen und dem Gesetz in der Version, die in der ersten Lesung ausgearbeitet wurde, zustimmen. Der Votant empfiehlt, es der FDP gleichzutun.

**Mariann Hess** teilt mit, dass die ALG hinter dem pragmatischen Hundegesetz steht. Es ist für Tierhaltende, andere Mitmenschen, Hunde und Natur vorteilhaft. Ein liberales kantonales Gesetz würde dem gemeindlichen Regelwirrwarr ein Ende setzen; es gäbe keinen absoluten Leinenzwang, und es gäbe dem Kantonstierarzt ein taugliches Instrument in die Hand, Massnahmen gegen Hunde bzw. Hundebesitzer zu ergreifen, wenn von diesen konkret und individuell Gefährdungen ausgehen. Die Bevölkerung würde ein *Laisser-faire* kaum verstehen. Eine pauschale Rassenliste lehnt die ALG ab; das ginge zu weit und würde wohlerzogene Hunde und Hundebesitzer zu Unrecht strafen.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Es ist eher ungewohnt, dass ein in der ersten Lesung abgelehnter Gesetzesartikel oder – wie hier – ein ganzes abgelehntes Gesetz mit dem gleichen Wortlaut als Antrag auf die zweite Lesung nochmals in den Rat kommt. Ein solches Vorgehen ist für den Votanten aber legitim, wenn die erste Abstimmung erstens ein Zufallsmehr mit einer einzigen Stimme Differenz ergab und es zweitens dabei relativ viele Nichtstimmende gab. Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass so vorgegangen wird. Der gemeinsame Wahltermin für die kantonalen und gemeindlichen Wahlen kam mit dem gleichen Vorgehen zustande: Nachdem diese Regelung in der ersten Lesung abgelehnt worden war, wurde sie auf die zweite Lesung nochmals beantragt und dort relativ klar angenommen.
Wieso wird dieser Antrag auf die zweite Lesung gestellt? Die Antragsteller befürworten ein einheitliches Hundegesetz für den Kanton Zug. Es würde – dies ist ihre Erwartung – verschiedene Hundereglemente in den Gemeinden ablösen, und diejenigen Gemeinden, die bisher keine Regelung kannten, erhielten neu eine gesetzliche Grundlage. Ein Hundegesetz würde vor allem die Arbeit der Polizei vereinfachen: Eine einzige Regelung für den ganzen Kanton ist einfacher zu handhaben als mehrere unterschiedliche Hundereglemente bzw. – je nach Gemeinde – gar keine Regelung. Der Kantonstierarzt erhielte im Bereich der Hunde klare gesetzliche Grundlagen, die ihm bisher fehlen. Er könnte Massnahmen gegen Hundehalter ergreifen, falls ihre Hunde andere gefährden.
Das Hundegesetz ist gegenüber dem Entwurf des Regierungsrats vom Kantonsrat in der ersten Lesung verwässert worden. Die Antragsteller verzichten in der zweiten Lesung aber auf Änderungsanträge und wollen die vom Kantonsrat in der ersten Lesung bereinigte Version nochmals zur Abstimmung bringen. Die SP-Fraktion empfiehlt, diesem Hundegesetz zuzustimmen.

**Monika Barmet** hält fest, dass der Rat heute nochmals Gelegenheit hat, über ein allfälliges Hundegesetz abzustimmen. Sie empfiehlt, den auf die zweite Lesung gestellten Antrag zu unterstützen. Wird dieser abgelehnt, fehlt weiterhin eine gesetzliche Grundlage, um gegen renitente Hundebesitzer vorgehen zu können; es geht nämlich nicht nur um das Liegenlassen von Hundekot. Zudem würden dann – wenn überhaupt – elf oder vielleicht nur sieben oder acht unterschiedliche gemeindliche Reglemente gelten. Es gilt, politische Verantwortung zu übernehmen und eine klare,

sehr liberale gesetzliche Grundlage im Bereich der Haltung von Hunden zu schaffen. Dieser Ansicht ist auch eine Mehrheit der CVP-Fraktion.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es heute ja darum geht, entweder die in der ersten Lesung bereinigte Fassung des Gesetzes doch wieder aufzunehmen, nur der Änderung des ÜStG zuzustimmen oder letztlich gar nichts zu genehmigen. Er weist nochmals auf einige Punkte hin, welche für ein einheitliches Zuger Hundegesetz sprechen:
• Mit einem kantonalen Hundesetz macht man aus sechs, später vielleicht sogar elf gemeindlichen Reglementen ein einziges Gesetz. Es sind denn auch vor allem die Gemeinden, welche das Gesetz wollen. Aber auch viele Hundehaltende, die Landwirtschaft, die Jägerschaft sowie grosse Teile der Bevölkerung stimmen ihm zu.
• Man schafft Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit, und der Kantonstierarzt erhält eine klare Rechtsgrundlage für seine Tätigkeit.
• Die Gemeindeautonomie bleibt, was die Hundesteuer betrifft, gewahrt. Allerdings kann nicht mehr jede Gemeinde einfach tun, was sie will.
• Das Gesetz ermöglicht einen klaren Vollzug.
• Im Kanton Schwyz wurde parteienübergreifend eine Motion eingereicht, in welcher es heisst, dass man das Schwyzer Hundegesetz nach dem Musterbeispiel des Kantons Zug ändern soll. So schlecht kann dieses Gesetz also nicht sein.
• Es gibt bereits heute unterschiedliche gemeindliche Regelungen mit unterschiedlichen Bussenregelungen. Wenn nun nur das ÜStG geändert wird, erhält man ein komplettes Durcheinander: Während Verstösse gegen Gemeindereglemente nach dem Anzeigeverfahren bei der Staatsanwaltschaft geltend zu machen sind, können Hundelittering und Vergehen gegen die Leinenpflicht in Naturschutzgebieten über das ÜStG geahndet werden.
Der Sicherheitsdirektor bittet, die Chance für eine einheitliche Regelung wahrzunehmen. Natürlich muss und wird er ein Nein akzeptieren, wirklich verstehen könnte er es aber nicht. Dem Antrag von Kurt Balmer kann der Sicherheitsdirektor zustimmen. Grundsätzlich sind Wildhüter natürlich für das Waldgebiet zuständig, aber wenn jemand beispielsweise einen Marder in seinem Haus hat, kommt der Wildhüter auch in urbanes Gebiet und schaut dort zum Rechten – allerdings nicht in dem Sinne, dass er auch gleich noch Hundevergehen etc. büsst. Man kann die betreffende Bestimmung also durchaus im Sinne von Kurt Balmer ergänzen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass eine Detailberatung durchgeführt und der vorliegende konnexe Antrag bereinigt wird. Danach wird die bereinigte Fassung dem Ergebnis der ersten Lesung gegenübergestellt.

**Titel und Ingress**
**Teil I**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Teil II, Fremdänderungen**

***Übertretungsstrafgesetz***

*§ 17 Abs. 2 Bst. b*

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass Kurt Balmer den Antrag gestellt hat, die Bestimmung mit der Wendung «in ihrem Zuständigkeitsbereich» zu ergänzen.

Auf die Nachfrage von Andreas Hausheer hält Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** fest, dass sich die Regierung dem Antrag von Kurt Balmer anschliesst.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Kurt Balmer mit 54 zu 14 Stimmen zu.

Er erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zu Teil II.

**Teil III und IV**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Ergebnis der ersten Lesung nun dem bereinigten Zwischenergebnis der zweiten Lesung gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat genehmigt mit 36 zu 32 Stimmen das Ergebnis der ersten Lesung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit die Vorlage inhaltlich feststeht.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 35 zu 32 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zur Abschreibung vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

**316** Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit 2016–2021 für die Umsetzung der ersten Phase des Massnahmenplans Ammoniak 2016–2030**
Vorlagen: 2501.1/1a - 14926 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2501.2 - 14927 (Antrag des Regierungsrats); 2501.3/3a/3b - 15021 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2501.4a/4b - 15031 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat Eintreten und Zustimmung beantragt. Die vorberatende Kommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit den von ihr beschlossenen Änderungen, die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit den Änderungen gemäss Detailberatung.

EINTRETENSDEBATTE

**Daniel Thomas Burch,** Präsident der vorberatenden Kommission, nimmt es vorweg: Die Vorlage löste in der Kommission keine Begeisterung aus. Die Regierung beantragt einen Rahmenkredit in der Höhe von 5,06 Millionen Franken. Nach Abzug der Bundesbeiträge verbleiben dem Kanton 2,49 Millionen Franken.
Die Notwendigkeit und die Konsequenzen eines allfälligen Verzichts wurden intensiv diskutiert. Während die Stickoxidemissionen bei Verkehr, Industrie und Gewerbe sowie im Bereich Haushalt seit den 1990er Jahren kontinuierlich abgenommen haben, sind sie in der Landwirtschaft konstant geblieben. Anders als bei Industrie

und Gewerbe gibt es im Bereich Landwirtschaft kaum Grenzwerte und verbindliche gesetzliche Auflagen, und während Unternehmen und Private die Kosten für die Reduktion der Umweltbelastung selber tragen müssen, sind in der Landwirtschaft Reduktionsmassnahmen weitgehend freiwillig und werden von Bund und Kanton zum grössten Teil finanziert. Laut Bundesgesetz sind die Kantone verpflichtet, Massnahmen zur Reduktion der Luftbelastungen zu ergreifen. Es stellt sich die Frage, was geschehen würde, wenn der Kanton Zug den geforderten Massnahmenplan nicht oder nicht vollständig umsetzen würde. Der Bund kann dem Kanton kein Ammoniakprogramm vorschreiben, und somit würde kaum etwas geschehen.
Die Kommission anerkennt die Bemühungen zur Reduktion der Ammoniakemissionen und zum Schutz der empfindlichen Ökosysteme; sie beschloss einstimmig, auf die Vorlage einzutreten, allerdings unter dem Vorbehalt, die vorgeschlagenen Massnahmen einzeln zu diskutieren. Daher wird sich der Kommissionspräsident in der Detailberatung wieder zu Wort melden.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission: Der Massnahmenplan Ammoniak ist für die Laufzeit 2016–2030 ausgelegt. Für diesen Zeitraum wird eine Reduktion der Ammoniakemissionen um 30 Prozent angestrebt. Speziell an der Vorlage ist, dass bis 2021 noch gewisse Subventionen erfolgen, ab 2021 aber keine Unterstützungen an die betroffenen Bauern mehr ausgerichtet werden sollen, weil verschiedene Massnahmen obligatorisch werden.
Die Stawiko ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten, weil im Kanton Zug nachgewiesenermassen ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Weiter sollen insbesondere die Unterstützungsbeiträge des Bundes für die Bauern abgeholt werden. Wie sie in ihrem Bericht ausführt, hat die Stawiko die Massnahmen M1 bis M4 – alles Massnahmen, die Kosten für den Kanton zur Folge haben – einzeln diskutiert. Bei der Massnahme M1 wurde in der Stawiko berechtigterweise kritisiert, dass Umweltschutzmassnahmen in der Privatwirtschaft von den Unternehmen selber zu finanzieren sind. Auf der anderen Seite steht jedoch die eidgenössische Politik, auf welche hier kein Einfluss genommen werden kann. Deshalb beliess die Stawiko die Position als Ganzes und verzichtete auf eine Kürzung des Kantonsbeitrags.
Bei der Diskussion um die Massnahmen M2 und M3 standen mehrheitlich Gleichbehandlung und Fairness im Vordergrund, weshalb die Stawiko von einer Kürzung Abstand nahm. Bis 2015 wurden die Bauern für M2, der Abdeckung von Güllegruben, mit 92 Prozent oder maximal 115 Franken pro Quadratmeter entschädigt; neu beträgt der Beitrag nur noch 60 Prozent oder maximal 75 Franken pro Quadratmeter. Bezüglich Massnahme M4 wird die Stawiko-Präsidentin in der Detailberatung einen konkreten Antrag stellen.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion und legt vorab seine Interessenbindung vor: Er arbeitet als Jurist bei der Rechtschutzversicherung des Schweizerischen Bauernverbands.
Die SVP-Fraktion erachtet es grundsätzlich als sinnvoll, dass die Ammoniakemissionen mit gezielten Massnahmen eingeschränkt werden. Diese Massnahmen müssen jedoch nicht nur verhältnismässig und möglichst wirksam, sondern auch praxistauglich und wirtschaftlich tragbar sein. Eintreten auf die Vorlage sowie die Massnahmen M1 bis M3 waren in der SVP unbestritten, da mit diesen Massnahmen am meisten Wirkung pro eingesetzten Franken erzielt wird. Hinsichtlich der Massnahme M4 stellt die SVP jedoch fest, dass die vom Regierungsrat beantragten 1,296 Millionen Franken eine Reduktion der Ammoniakemissionen um lediglich 4,5 Prozent bewirken. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass im heutigen Zeitpunkt lediglich die mit Zug schlecht vergleichbaren Kantone Glarus und Appenzell-Ausser-

rhoden über ein Anreizsystem zur Förderung der einzelbetrieblichen Ammoniakreduktion verfügen; die landwirtschaftlich durchaus starken Nachbarkantone Aargau, Luzern und auch Zürich verfügen im heutigen Zeitpunkt über kein vergleichbares Anreizsystem. Dass ein solches Anreiz- bzw. Punktesystem eine aufwendige Administration und Kontrolle mit sich bringt, zeigt die Tatsache, dass die Regierung ursprünglich – vor der Aufgleisung des Entlastungsprogramms – 0,5 Personaleinheiten zur Überprüfung und Begleitung des Massnahmenplans Ammoniak vorsah. Angesichts der sehr düsteren finanziellen Aussichten des Kantons ist für die SVP-Fraktion nicht ersichtlich, weshalb der Kantons Zug eine Vorreiterrolle einnehmen und als erst dritter Kanton in der Schweiz ein teures und administrationsintensives Punktesystem einführen sollte, zumal das Kosten-Nutzen-Verhältnis eines solchen Systems alles andere als gut ist. Die SVP-Fraktion schliesst sich in der Detailberatung deshalb vollumfänglich den Ausführungen und Anträgen der Staatswirtschaftskommission an und unterstützt eine Kürzung des Rahmenkredits um 1,296 Millionen Franken. Es sei aber betont, dass dies kein Votum gegen die Landwirte im Kanton Zug, sondern vielmehr ein Votum gegen unnötige Bürokratie und für gesunde Kantonsfinanzen ist.

**Thomas Gander** spricht für die FDP-Fraktion und legt zuerst seine Interessenbindung vor: Die Familie seiner Frau führt einen landwirtschaftlichen Betrieb im Kanton Zug.
Wie bereits gehört, ist auch der Kanton Zug von übermässigen Stickstoffeinträgen in Böden, Grundwasser und Oberflächengewässern betroffen, was nach Massnahmen ruft. Deshalb wurde bereits das freiwillige Ressourcenprojekt Ammoniak der Zentralschweizer Kantone gestartet, welches mit dem heute zur Debatte stehenden Massnahmenplan fortgeführt werden soll. Natürlich anerkennt auch die FDP den Handlungsbedarf in diesem Bereich, doch sollen die Massnahmen massvoll und zielgerichtet sein. Das heisst, dass die kantonalen Beiträge primär dort eingesetzt werden sollen, wo die grösste Wirkung bzw. das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt werden kann. Die FDP unterstützt daher die Massnahme M1, welche aus kantonaler Optik das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist. Die Massnahmen M2 und M3 wurden in der FDP-Fraktion kritisch diskutiert. Es wurde festgehalten, dass solche Massnahmen in der Privatwirtschaft durch die Unternehmen selbst getragen werden müssen. Um die Durchgängigkeit zwischen dem freiwilligen Ressourcenprojekt Ammoniak und dem nun vorliegenden Massnahmenplan zu gewährleisten, stimmte die FDP aber auch diesen Massnahmen grossmehrheitlich zu.
Zur Massnahme M4: Das vorgeschlagene Punktesystem muss als bürokratisches Monster bezeichnet werden, mit dem primären Zweck, ein weiteres Subventionsgefäss für die Landwirtschaft zu schaffen. In Anbetracht der Schieflage der kantonalen Finanzen und der geringen Wirkung lehnt die FDP die Massnahme M4 entschieden ab.
Zusammengefasst unterstützt die FDP-Fraktion sämtliche Antrage der Stawiko inkl. den Antrag zu § 1 Abs. 2, wonach der Kanton nach 2021 keine Beiträge mehr leistet.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG. Zu viel Ammoniak in der Luft und zu viel Stickstoff in den Böden strapaziert die heiklen Ökosysteme, u. a. Wälder, Moore und Gewässer. Die Stickstoffbelastung stammt grösstenteils aus der Landwirtschaft mit Nutztierhaltung. Das Ammoniakproblem ist allseits erkannt, und so hilft die Regierung der Landwirtschaft, einen grossen Massnahmenplan zu erarbeiten. Auf das – hoffentlich positive – Resultat kann man gespannt sein.
Die ALG wünscht sich grundsätzlich die Anwendung des Verursacherprinzips per sofort; die Landwirtschaft sollte die Kosten bereits jetzt voll übernehmen. Die ALG

anerkennt, dass viele Bauern bereits Massnahmen gegen Ammoniak umgesetzt haben, wobei das Ziel aber nicht oder noch nicht erreicht wurde. Die ALG findet es bemühend, dass *lamaschige* Landwirte, die sehr lange zuwarten, noch bis 2021 vom Kanton einen finanziellen Zustupf erhalten. Ohne Begeisterung bietet die ALG aber Hand und stimmt grossmehrheitlich der abgespeckten Variante der Stawiko mit einem Kantonsbeitrag von 1,19 Millionen Franken zu. Sie unterstützt auch den Antrag der Stawiko, ab 2022 keine Beiträge mehr zu sprechen.

**Olivia Bühler** spricht für die SP-Fraktion und hält fest, dass die Ammoniakwerte im Kanton Zug deutlich zu hoch sind und der Umwelt schaden. Dass die Werte reduziert werden müssen, ist unbestritten, doch stellt sich die Frage nach dem Wie. Die Regierung empfiehlt den vorliegenden Massnahmenplan.
Der Kanton Zug nahm zusammen mit anderen Zentralschweizer Kantonen bereits am Vorgängerprogramm mit dem gleichen Ziel teil. Dieses Programm läuft Ende 2015 aus, und man sieht, dass die getroffenen Massnahmen nicht den gewünschten Erfolg – gemeint ist eine deutliche Reduktion der Ammoniakwerte – gebracht haben. Es braucht also mehr Massnahmen oder Massnahmen, die speziell auf den Kanton Zug ausgerichtet sind. Experten aus dem Landwirtschaftsamt, dem Amt für Wald und Wild sowie dem Amt für Umweltschutz haben sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was es im Kanton Zug konkret braucht, damit der neue Massnahmenplan eine grössere Wirkung zeigt als das Vorgängerprogramm und die Werte tatsächlich gesenkt werden können. Die Experten haben alle Vor- und Nachteile diverser Massnahmen diskutiert und den vorliegenden Plan mit fünf verschiedenen Massnahmen vorgeschlagen. Ihrer Meinung nach braucht es alle diese Massnahmen, da sie in einer Wechselwirkung zueinander stehen. Auch der Zuger Bauernverband wurde in die Arbeitsgruppe eingebunden und steht voll und ganz hinter dem Plan, und zwar hinter allen fünf Massnahmen. Werden einzelne davon nicht wie empfohlen umgesetzt, sinkt der Gesamtnutzen überproportional zu den gesparten Kosten. Das muss man sich bewusst sein, und es kann deshalb nicht angestrebt werden, einzelne Teile des Plans zu streichen.
Diskutiert wird hier im Rat vor allem, ob das Punktesystem bei der Massnahme M4 sinnvoll sei. Die Votantin meint klar: Ja, es ist sinnvoll. Gerade dieser Teil ist sehr relevant für den Erfolg. Es werden ja langfristige Optimierungen angestrebt, und dabei kommt man nicht um eine Verhaltensänderung der Bauern herum. Sensibilisierung, Information und ein Anreizsystem, wie in M4 vorgesehen, sind dringend notwendig, um langfristige Verhaltensänderungen bei den Bauern herbeizuführen. Man muss sich vorstellen, dass ein über mehrere Monate oder gar Jahre bestehendes Verhalten nicht leicht zu ändern ist. Ein Anreizsystem hilft dabei. Natürlich kann man die Gewinne bzw. die langfristige Ammoniakreduktion durch die Massnahme M4 nur schwer quantifizieren, und somit ist es auch schwierig, eine objektive Kosten-Nutzen-Rechnung zu machen. Es wird geschätzt, dass der volkswirtschaftliche Nutzen des Massnahmenplans um ein Mehrfaches höher ist als die Kosten, dies aber nur, wenn der Plan als Ganzes umgesetzt wird, da die Massnahmen – wie bereits erwähnt – in einer Wechselwirkung zueinander stehen. Die SP Fraktion unterstützt deshalb den vorgeschlagenen Massnahmenplan mit allen fünf Massnahmen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass man 2030 genau am gleichen Punkt steht wie heute, und zwar mit massiv überschrittenen Ammoniakwerten.
Abschliessend macht die Votantin darauf aufmerksam, dass mit dem vorliegenden Massnahmenplan Ammoniak bis 2021 eine Reduktion um 20 Prozent und bis 2030 eine Reduktion um 30 Prozent angestrebt wird. Eigentlich wäre aber schweizweit eine Reduktion um 50 Prozent nötig, um die Werte wieder in einen Bereich zu bringen, der für die Umwelt erträglich ist.

**Hans Baumgartner:** Die CVP-Fraktion ist sich bewusst, dass zum Schutz des Ökosystems etwas unternommen werden muss. Sie ist sich aber auch bewusst, dass die Massnahmen zur Emissionsminderung in der Landwirtschaft auf besondere Schwierigkeiten stossen, da die Emissionen grösstenteils bei natürlichen Prozessen in der Tierhaltung entstehen und nur bedingt beeinflusst werden können. Die Zuger Hügellandschaft mit ausgeprägten Gras- und Weideflächen eignet sich besonders für die Haltung von Nutztieren. Dementsprechend hoch ist die Tierdichte, besonders der Rindviehgattung, was sich negativ auf den Ammoniakausstoss in die Umwelt auswirkt. Verstärkt wird die Emission durch die neuen, besonders tierfreundlichen Haltungssysteme. Demgegenüber weist der Kanton Zug grosse Anteile an schützenswerten und einzigartigen sensiblen Moorlandschaften, aber auch an Wäldern und artenreiche Naturwiesen aus, die besonders vor den negativen Emissionen zu schützen sind.
Die CVP anerkennt, dass sich der Kanton Zug zusammen mit dem Bund und der Landwirtschaft finanziell an den Reduktionsmassnahmen beteiligen muss. Sie tritt ohne Gegenstimme auf die Vorlage ein. Eine Mehrheit der CVP schliesst sich dem Antrag der Stawiko an, wonach der Kredit um die Massnahme M4 gekürzt werden soll. Dies wird vor allem durch die angespannte finanzielle Lage des Kantons begründet. Die übrigen Massnahmen, also M1, M2 und M3, werden von der CVP einstimmig oder mehrheitlich unterstützt und die Kredite für die ersten sechs Jahre gutgeheissen.
Eine Minderheit der CVP-Fraktion schliesst sich der Vorlage des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission an und unterstützt alle in der Tabelle aufgeführten Massnahmen. Zu diesem Teil seiner Ausführungen legt der Votant seine Interessenbindung offen: Er ist Vorstandsmitglied des Zuger Bauernverbands, hält selber Nutztiere und wird durch den zur Debatte stehenden Massnahmenkatalog in seinen Reduktionsbestrebungen unterstützt. Auch im Namen des Zuger Bauernverbands hält er fest, dass die in der Vorlage aufgeführten Massnahmen nur in ihrer Gesamtheit die gewünschte Wirkung erzielen. Mit einer erneuten Kürzung des Kredits, also ohne die Massnahme M4, werden die Reduktionsziele nicht erreicht. Die umstrittene Massnahme M4 trägt nämlich über 20 Prozent zur angestrebten Reduktion bei, im Kostenverhältnis also gleichviel wie die unumstrittene Massnahme M1, dies gerechnet inkl. Bundesbeiträge. Wichtig sind bei dieser Massnahme die Fortbildung, Beratung und Sensibilisierung der landwirtschaftlichen Betriebsleiterinnen und -leiter. Aber ganz zentral für die Emissionsminderung ist das Punktesystem mit den Möglichkeiten, die Landwirtschaftsbetriebe bei nachhaltigen Umstellungen und bei Änderungen des Produktionsprozesses zu unterstützen, ohne dabei zu sehr in Widersprüche zu den Tierschutzanforderungen zu geraten. Natürlich ist die Massnahme M4 auch in der Landwirtschaft nicht unbestritten, da ihre Umsetzung den grössten Kostenanteil in der Landwirtschaft selber auslöst, aber eben auch – wie bereits gesagt – einen wichtigen Beitrag zur Problemlösung leistet. Zudem ist festzuhalten, dass in Hanglagen die Massnahme M1, also die emissionsarme Gülleausbringung, technisch nicht umsetzbar ist, entsprechende Betriebe also sowieso andere Massnahmen zur Reduktion anstreben müssen. Aus all diesen Gründen ist es wichtig, der Vorlage als Ganzes zuzustimmen.

Als Mitglied der vorberatenden Kommission unterstützt **Rainer Suter** die Ausführungen des Kommissionspräsidenten. In der Privatwirtschaft gibt es kein Gefäss wie das Punktesystem, um noch mehr Ertrag zu erwirtschaften. Man kennt dieses System besser unter dem Namen «Subvention». Der Votant schliesst sich hier der Stawiko an und lehnt die Massnahme M4 als Ganzes ab.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt der vorberatenden Kommission und der Staatswirtschaftskommission dafür, dass sie auf dieses Geschäft eingetreten sind. Dass die angespannte finanzielle Situation dazu führt, Projekte wie das vorliegende zu hinterfragen, ist selbstverständlich und auch richtig. Der Baudirektor ist deshalb auch für die Landwirtschaft froh, dass der Rat auf das Geschäft eintreten will und anerkennt, dass Ammoniak auch im Kanton Zug ein Problem darstellt. Er geht im Detail auf folgende Punkte ein:

• Es wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der aktuellen finanziellen Situation die Massnahme M4 gestrichen werden sollte. Es ist daran zu erinnern, dass die Regierung und die Arbeitsgruppe Ammoniak zusammen mit dem Bauernverband bereits markannte Kürzungen vorgenommen haben, bevor dieses Geschäft in den Kantonsrat kam. Man ist also nicht blindlings drauflosmarschiert, sondern hat sich schon früher entsprechende Fragen gestellt.

• Man muss anerkennen, dass – wie auf Seite 3 des Stawiko-Berichts zu sehen ist – auch die Bauern ihren finanziellen Beitrag an die vorgesehenen Massnahmen leisten. Es ist also nicht so, dass nur die öffentliche Hand, nämlich Bund und Kantone, die Massnahmen finanzieren.

• Es stimmt, dass die Landwirtschaft von Subventionen profitiert. Der Vergleich mit der Privatwirtschaft hinkt allerdings. Betrachtet man, mit welchen Auflagen und Regulativen die Landwirtschaft konfrontiert ist und unter welchen Marktbedingungen sie zu arbeiten hat, erkennt man schnell, dass sie nicht in gleichem Mass marktfähig und flexibel sein kann wie die Privatwirtschaft. So kann sie etwa die Preise nicht selber bestimmen, vielmehr werden ihr diese aufoktroyiert – dies in einem tiefen Segment, wie der Milchpreis zeigt. Man darf die Landwirtschaft also nicht *per se* mit der Privatwirtschaft vergleichen und daraus Schlüsse ziehen. Dieser Ansatz ist falsch, auch wenn er in der Politik immer wieder verwendet wird.

Zur Massnahme M4 sind einige nähere Hinweise zu machen. Durch die Berücksichtigung der Witterung, des Bodens und der Vegetationszustände sowie der Tages- und Jahreszeit können die Ammoniakemissionen bei der Ausbringung von Gülle gesenkt werden. Auch die Fütterung, die Praxis der Reinigung von Ställen und Laufhöfen, die Geschwindigkeit der Einarbeitung von Mist nach der Ausbringung sowie weitere Faktoren beeinflussen die Ammoniakverluste erheblich. Die generelle Sensibilisierung der Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter ist deshalb für die Emissionsminderung zentral. Dies hat der Regierungsrat richtigerweise erkannt, weshalb er fordert, dass neben baulichen Massnahmen auch Massnahmen zur Verhaltensänderung und Sensibilisierung umgesetzt werden sollen. Aus Sicht der Regierung und der Arbeitsgruppe Ammoniak inkl. Bauernverband ist das Punktesystem ein wichtiger Bestandteil des Massnahmenplans Ammoniak. Speziell zu beachten sind die folgenden Aspekte:

- Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter können aus einer breiten Palette von Massnahmen schöpfen.
- Die Teilnahmebedingungen sind klar geregelt und setzen den Einsatz des Schleppschlauchverteilers voraus.
- Das Punktesystem beinhaltet eine regelmässige Weiterbildung und Beratung.
- Die Massnahme M4 verstärkt die Wirkung der übrigen Massnahmen.
- M4 fördert die Aufmerksamkeit der Bewirtschaftenden gegenüber Ammoniakverlusten in der täglichen Arbeit.
- Das Punktesystem führt zu einer ganzheitlichen Betrachtungsweise.
- Der Forderung nach verhaltensändernden Massnahmen kann mit M4 wirkungsvoll nachgekommen werden
- Das Punktesystem enthält flexible Massnahmen, welche nach neuesten Erkenntnissen ergänzt oder geändert werden können.

Fazit: Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist besser als auf den ersten Blick ersichtlich. Es ist in Zusammenhang mit allen Massnahmen zu betrachten, nicht nur punktuell. Die Hauptmassnahme Schleppschlauchverteiler wird grösstenteils von Bund finanziert, das ergänzende Punktesystem aber muss von Kanton getragen werden. Man hat in der Tat einmal vorgesehen, dafür eine 50-Prozent-Stelle einzusetzen. Das ist aber nicht notwendig – und der Baudirektor kann versichern, dass M4 nichts mit übermässiger Bürokratie zu tun hat. Das Ganze wird sehr schlank gehalten – zumal Roger Bisig, der Leiter des Landwirtschaftsamts, alles andere als ein Bürokrat ist. Der Baudirektor bittet deshalb, die Massnahme M4 ebenfalls zu unterstützen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**§ 1 Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**§ 1 Abs. 2 (neu)**

Kommissionspräsident **Daniel Thomas Burch** hält fest, dass sich der Kanton Zug finanziell am Ressourcenprojekt Ammoniak Zentralschweiz 2010–2015 beteiligt. Dieses Projekt basiert auf freiwilligen Massnahmen, die von den Zentralschweizer Kantonen finanziell unterstützt werden. Das Ziel ist, im Kanton Zug 325 Landwirtschaftsbetriebe zu motivieren, Massnahmen zur Reduktion der Ammoniakemissionen zu ergreifen. Rund 64 Prozent der Betriebe haben sich freiwillig an diesem Programm beteiligt. Mit dem neuen Programm sollen nun in den Jahren 2016–2021 auch noch die restlichen Landwirtschaftsbetriebe dazu bewegt werden, ihren Beitrag zu leisten.
Für die vorberatende Kommission ist nicht verständlich, weshalb sich der Kanton auch nach 2021 noch finanziell an Massnahmen beteiligen soll. Es ist richtig, die Massnahmen – sofern nötig – auch nach 2021 weiterzuführen, aber nicht mehr mit finanzieller Unterstützung des Kantons. Wer bis dann nicht reagiert hat, soll nicht noch für das Zuwarten belohnt werden. Daher stellt die Kommission den **Antrag,** § 1 um einen neuen Abs. 2 mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: «Bund und Kanton unterstützen die im Massnahmenplan aufgeführten Massnahmen für die Jahre 2016 bis 2021; für Massnahmen nach dem Jahre 2021 leistet der Kanton keine Unterstützung mehr.»

**Hans Baumgartner:** Es sind sich wohl alle einig, dass nach 2021 die öffentliche Hand keine Beiträge mehr leisten soll. Das steht auch in der Vorlage des Regierungsrats und ist unumstritten. Trotzdem scheint es dem Votanten nicht zielführend, das jetzt schon absolut festzuschreiben. Man darf nicht vergessen, dass gerade mit der Massnahme M1 die Landwirtschaft angehalten wird, in ganz neue Technologien zu investieren, etwa in eine Maschine, welche die Gülle in den Boden einarbeitet und so den grösstmöglichen Schutz bringt. Dieser sogenannte Schleppschuh, den der Kanton in Massnahme M1 mit einem kleinen Beitrag unterstützt, ist allerdings noch nicht gebaut und muss europaweit erst noch erprobt werden. Die Landwirtschaft muss jetzt also in teure Maschinen investieren, ohne zu wissen, ob diese sich in der Praxis bewähren werden. Es wäre deshalb zielführender, die finanziellen Beiträge nicht so absolut auf Ende 2021 zu begrenzen. Vielmehr soll der Kantonsrat im Jahr 2021 mit den dannzumaligen Kenntnissen entscheiden können, ob eventuell ein kleiner Beitrag an die weitere Förderung dieser heute noch unerprobten Technologie, die sehr viel zum angestrebten Reduktionsziel beträgt, sinnvoll ist. Der Votant empfiehlt deshalb, es beim Vorschlag der Regierung zu belassen und den neuen Abs. 2 abzulehnen.
Mit Blick auf die unter § 2 in Frage gestellte Massnahme M4 teilt er mit, dass er grundsätzlich an dieser Massnahme festhalte, auch wenn der administrative Aufwand dafür gross ist. Es wäre aber eher vertretbar, M4 zu streichen, wenn die Beiträge des Kantons nicht auf 2021 begrenzt werden.

Baudirektor **Heinz Tännler** räumt ein, dass man sich in der Tat fragen kann, ob die finanziellen Beiträge des Kantons gesetzgeberisch absolut auf Ende 2021 begrenzt werden sollen. Die Regierung kann sich der Haltung der vorberatenden Kommission anschliessen, überlässt es aber dem Kantonsrat, wie er hier legiferieren will.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass die vorberatende Kommission beantragt, die Massnahmen für die Jahre 2016–2021 zu unterstützen; für Massnahmen nach dem Jahre 2021 soll der Kanton keine Unterstützung mehr leisten. Stawiko und Regierung schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt mit 59 zu 10 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

**§ 2 Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission beantragt, den Rahmenkredit zu kürzen. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** begründet den Kürzungsantrag der Staatswirtschaftskommission. Wie im Stawiko-Bericht darlegt ist, ist der Wirkungsgrad der Massnahme M4 mit 4,5 Prozent gering, das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt für die Stawiko nicht. Zudem erachtet die Stawiko das vorgesehene Punktesystem als Bürokratiemonster. Die Baudirektion hat zwar infolge des Entlastungsprogramms auf eine Stellenerhöhung verzichtet und beschlossen, die zusätzlichen Administrationsarbeiten mit den bestehenden Ressourcen zu bewältigen. Schön zu hören, dass Ressourcen für die Erfüllung zusätzlicher Aufgaben vorhanden sind! Trotzdem aber muss man aufhören, der Verwaltung immer mehr unnötige – wenn nicht gar absurde – Bürokratie aufzubürden. Die Mehrheit der Stawiko lehnt deshalb die

Massnahme M4 als Ganzes ab, zumal mit dieser Streichung stattliche 1'296'000 Franken gespart werden können.
Die Streichung von M4 hat zur Folge, dass bei § 2 Abs. 1 der Rahmenkredit auf 3'761'000 Franken zu kürzen ist. § 2 Abs. 2 war der Stawiko zu unpräzise formuliert, weshalb sie in ihrer Formulierung die Nettokosten des Kantons limitiert haben wollte. Die Votantin bittet den Rat, die Anträge der Stawiko zu unterstützen.

Kommissionspräsident **Daniel Thomas Burch** hält fest, dass in der vorberatenden Kommission die einzelnen Massnahmen intensiv diskutiert wurden. Mit der Massnahme M1 (emissionsarme Gülleausbringtechniken) sollen die Ammoniakemissionen bis 2021 um 11,2 Prozent reduziert werden. Diese Massnahme ist die wirksamste und wird vom Bund mit 2,572 Millionen Franken mitfinanziert. Die Kommission empfiehlt einstimmig und ohne Enthaltungen, diese Massnahme zu unterstützen. Über die Massnahmen M2 (Abdeckung von Güllegruben) und M3 (Begrenzung der Ammoniakemissionen bei Ställen und Laufhöfen) wurde nur kurz diskutiert. Sie wurden mit 9 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung bzw. mit 11 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.
Die Massnahme M4 (Punkteschema, Sensibilisierung, Information und Weiterbildung) löste eine intensive Diskussion aus. Steine des Anstosses sind das Punktesystem und das ungünstige Kosten-Nutzen-Verhältnis. Bei der Beratung wurde der Kommission das System zwar vorgestellt, es lag aber kein Entwurf vor; Erklärungen zum Punktesystem und der Entwurf konnten erst nachträglich in den Kommissionsbericht eingearbeitet werden, sie wurden in der Kommission aber nicht nochmals diskutiert. Einige Kommissionsmitglieder waren in der Sitzung mit dem vorgesehenen Punktesystem nicht einverstanden, oder sie fanden es zumindest unsympathisch. Man befürchtete eine aufwendige Administration und einen hohen Kontrollaufwand – wobei der Kommissionspräsident persönlich feststellen muss, dass diese Befürchtungen, wenn man den nun vorliegenden Entwurf für das Punktesystem liest, zumindest nicht von der Hand zu weisen sind. Einige Kommissionsmitglieder vertraten die Haltung, man könne die jährlichen Ausgaben für Weiterbildung und Information stehen lassen; damit könnten die Ausgaben für die Massnahme M4 auf rund 105'000 Franken gesenkt werden. Andere machten geltend, dass mit den verschiedenen Massnahmen Verhaltensänderungen, Wissensaustausch und Beratung zusammengefasst würden und es sich um reine Sensibilisierungsmassnahmen handle. Das Punktesystem umfasse eine ganze Palette von Massnahmen, die zur Optimierung des Stickstoffkreislaufs beitragen würden. Schlussendlich beschloss die Kommission mit 8 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Antrag der Regierung mit Ausgaben von 1,296 Millionen Franken Folge zu leisten.

Für Baudirektor **Heinz Tännler** ist es etwas übertrieben, von einem «Bürokratiemonster» zu sprechen. Im Übrigen kann die Baudirektion für diese Aufgabe – es handelt sich um eine Verbundaufgabe zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion – natürlich nicht irgendwelche Stellenprozente aus dem Hut zaubern, vielmehr würde es darum gehen, effizient und mit den vorhandenen Mitarbeitenden zu arbeiten.

➔ Der Rat genehmigt mit 51 zu 18 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission, den Rahmenkredit auf 3'761'000 Franken zu kürzen.

**§ 2 Abs. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission den Abzug der Bundesbeiträge auf mutmasslich 2'571'000 Franken präzisiert, so dass sich die

Nettokosten, die der Kanton zu tragen hat, auf maximal 1'190'000 Franken belaufen werden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

**§ 3 Abs. 1**
**§ 3 Abs. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**II. Fremdänderungen**
**III. Fremdaufhebungen**
**IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

**317** Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom Leistungsauftrag Hochschule Luzern – FH Zentralschweiz 2016–2019**
Vorlagen: 2527.1/1a/1b - 14966 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2527.2 - 14967 (Antrag des Regierungsrats); 2527.3 - 15028 (Bericht und Antrag der Bildungskommission); 2527.4 - 15032 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat Eintreten und Kenntnisnahme beantragt. Die Bildungskommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen Kenntnisnahme.

EINTRETENSDEBATTE

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission: Die Beratung des Leistungsauftrags der Hochschule Luzern für die Jahre 2016–2019 passt in gewisser Weise zur Budgetberatung in der letzten Kantonsratssitzung. Es geht um eine gebundene Ausgabe, die in den nächsten fünf Jahren von heute 7,5 Millionen Franken um 5,35 Millionen auf 12,9 Millionen Franken steigen wird. Davon kann der Kantonsrat einzig Kenntnis nehmen. Das ist aus Sicht der Bildungskommission richtig und gehört zum Wesen von Konkordaten. So hat der Kantonsrat 2013 bei der Beratung des ersten Leistungsauftrags des neuen Fachhochschulkonkordats explizit gefordert, die Hochschule müsse finanziell eine höhere Autonomie und Planungssicherheit gegenüber der Finanzpolitik des Kantons Luzern haben. Der Rat kann sich heute also nicht beklagen. Hinter dem Leistungsauftrag und den entsprechenden Kosten stehen auch politische Beschlüsse, zu denen die Bildungskommission nach wie vor steht. Zunächst ist es die auf den 1. Januar 2013 in Kraft getretene Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung. Zu den politischen Beschlüssen gehören auch die

mehrmals gefällten Entscheide für die Zuger Hochschulstandorte wie das IFZ in Zug oder das Informatikdepartement in Rotkreuz. Für den Kantonsrat sind die Möglichkeiten der Mitsprache bei der Steuerung der Hochschule Luzern also bescheiden. Und dennoch sind sie vorhanden: Der Rat nimmt seine Mitsprachemöglichkeiten heute mit der Diskussion des Leistungsauftrags für die kommenden vier Jahre wahr.
Die Bildungskommission nutzte die Gelegenheit und liess sich generell und vertieft über die Entwicklung der Hochschule informieren. Dazu stand ihr Professor Walter Schmid, Direktor des Departements für Soziale Arbeit, zur Verfügung. Der Volkswirtschaftsdirektor berichtete der Kommission, wie der Konkordatsrat mit den Empfehlungen des Kantonsrats bei der Beratung des ersten Leistungsauftrags umgegangen ist. So konnte der aktuelle Leistungsauftrag rechtzeitig vorgelegt werden, und das Departement Informatik, über das damals diskutiert wurde, kommt tatsächlich in den Kanton Zug. Das Wachstum der Hochschule erfolgt bedarfsorientiert primär in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Architektur, Informatik und Design sowie dank neuen Studiengängen in den Bereichen Wirtschaft und Technik. Der Nachhol- und Konzentrationsbedarf bei den Infrastrukturen wurde aktiv angegangen. Die Entwicklung der Hochschule wird mit klaren strategischen Rahmenvorgaben des Konkordatsrats gesteuert, die gleichzeitig der Hochschule die nötige operative Autonomie gewähren.
Die Bildungskommission stellt fest, dass der Leistungsauftrag 2016–2019 gut aufgebaut ist und die wesentlichen strategischen Eckwerte für die Entwicklung und Konsolidierung der Hochschule Luzern enthält. Sie anerkennt das Engagement der Zuger Vertreter im Konkordatsrat, die Hinweise des Zuger Kantonsrats für den Leistungsauftrag 2013–2015 eingebracht und sich für deren Durchsetzung eingesetzt zu haben. Die Kommission wünscht, dass sich die Hochschule nun nach einer Phase der Neustrukturierung und baulichen Erweiterung wieder verstärkt auf die Qualität der Bildungsinhalte konzentriert, um konkurrenzfähig zu bleiben. Sie begrüsst die verschiedenen Steuerungsvorgaben des Konkordatsrats und erwartet, dass diese in den nächsten vier Jahren tatsächlich auch eingehalten werden. Insbesondere erwartet die Kommission, dass die Zusammenarbeit der Hochschule mit der Wirtschaft progressiv bleibt. Dazu braucht es eine aktive Pflege des Kontakts mit den Zentralschweizer Unternehmen, wozu auch die KMU gehören. Die entsprechenden Massnahmen wurden eingeleitet. Die Bildungskommission erwartet von der Hochschule zudem, dass sie mit eigenen Projekten oder Kooperationen Forschungsgelder des Bundes, z. B. der KTI und des Nationalfonds, abholt. Dies trägt auch zur Qualität und Ausstrahlung der Hochschule bei. Hier sieht die Kommission noch ein gewisses Potenzial.
Die Fachhochschule Zentralschweiz ist eine wichtige Verbundaufgabe der Zentralschweizer Kantone. Der Kanton Zug hat ein grosses Interesse am Erfolg dieser Institution. Die Bildungskommission dankt den Verantwortlichen für ihre gute Arbeit in den letzten Jahren und wünscht ihnen eine gute Hand und viel Erfolg auch in Zukunft.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission in ihrem Bericht einerseits die rechtlichen Möglichkeiten der Kenntnisnahme durch den Kantonsrat abgehandelt und andererseits zu den finanziellen Auswirkungen Stellung bezogen hat. Es wird ausgeführt, dass eine Nicht-Kenntnisnahme gemäss Auskunft des Landschreibers nicht möglich ist. Die finanziellen Auswirkungen sind im Stawiko-Bericht transparent dargelegt; sie wurden in Zusammenhang mit der Vorlage 2489.4 zum Aufbau des Departements Informatik aufgearbeitet und im aktuellen Bericht nochmals abgedruckt. Es ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die effektiven Kosten für 2016 nicht 9,2 Millionen Franken, sondern 8,77 Millionen

Franken betragen; diese Zahlen lagen bei der Erstellung des regierungsrätlichen Berichts und Antrags noch nicht vor.
Die Tabelle oben auf Seite 2 des Stawiko-Berichts zeigt, dass die Gesamtkosten bis 2020 gegenüber dem Budget 2015 um 5,35 Millionen Franken oder um rund 71 Prozent steigen werden. In dieser Steigerung sind rund 1,7 Millionen Franken als Standortabgeltung für das neue Departement Informatik, rund 2,3 Millionen für eine Zunahme der Studentenzahl, also das Wachstum, und rund 1,4 Millionen Franken für die Erhöhung der Trägerschaftsfinanzierung infolge der sich abzeichnenden strukturellen Defizite der Fachhochschule Zentralschweiz enthalten. Das Eigenkapital der FHZ betrug Ende 2013 noch 21,67 Millionen Franken. Gemäss Planung wird es Ende 2016 nur noch 8,95 Millionen Franken betragen und damit unter die Zielgrenze von 5 Prozent fallen. Die Staatswirtschaftskommission wird die Entwicklung dieser Grösse mit der nötigen Sorgfalt verfolgen. Sie bittet den Regierungsrat nachdrücklich, sich via Konkordatsrat für einen sparsamen und wirtschaftlichen Einsatz der finanziellen Ressourcen einzusetzen. Auch wenn gemäss Volkswirtschaftsdirektor die Kosten pro Studierenden unter dem Mittelwert vergleichbarer Schulen liegen – die entsprechende Tabelle findet sich als Beilage zum Stawiko-Bericht –, verlangt die Stawiko ein hohes Kostenbewusstsein. In diesem Sinn beantragt sie, den Leistungsauftrag 2016–2019 zur Kenntnis zu nehmen.

**Jürg Messmer** spricht für SVP-Fraktion und hält fest, dass dieses Traktandum – wenn man ehrlich ist – nichts anderes als Beschäftigungstherapie ist. Der Titel sagt schon alles: «Kenntnisnahme». Was soll man also noch darüber debattieren? Etwa darüber, dass die Kosten resp. die Beiträge steigen? Oder dass mit den öffentlichen Geldern sparsam und wirtschaftlich umzugehen sei – was die Stawiko bereits gesagt hat? Die SVP begrüsst ein langfristiges Wachstum in den Bereichen Technik und Architektur sowie Informatik und Wirtschaft. In den Bereichen Kunst, Soziale Arbeit und Musik ist ein Wachstum oder ein Ausbau nicht notwendig.
Es geht hier um eine reine Kenntnisnahme. Bei der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Kantonsrats wurde die Möglichkeit, ablehnende Kenntnisnahme zu beantragen, abgelehnt bzw. verpasst. Also ist dieses Geschäft aus Sicht des Votanten und der SVP-Fraktion eine Alibiübung. Sie haben nichts zu vermelden – und nehmen den Leistungsauftrag Hochschule Luzern – FH Zentralschweiz 2016–2019 zur Kenntnis.

**Peter Letter** teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion dem Bericht und der Beurteilung der Bildungskommission anschliessen kann. Die Erläuterungen von Walter Schmid, Direktor der Hochschule Luzern, und Regierungsrat Matthias Michel betreffend Auftrag und Angebot der Fachhochschule sind für die FDP nachvollziehbar. Der Volkswirtschaftsdirektor hat als Vertreter im Konkordatsrat die Hinweise des Kantonsrats zum Leistungsauftrag 2013–2015 sehr gut eingebracht, und diese wurden entsprechend umgesetzt.
Die Zahl der Zuger Studierenden an der Fachhochschule Zentralschweiz nimmt zu, und die Tatsache, dass der Kanton Zug ebenfalls Standort eines Departements wird, ist sehr erfreulich. Die politischen Steuerungsvorgaben der Trägerkantone müssen jedoch konsequent umgesetzt werden. Dies betrifft besonders die Anforderung, ein Eigenkapital in Höhe von rund 5 Prozent des Gesamtumsatzes auszuweisen. In der Prognose für 2016 beträgt dieses lediglich 3,68 Prozent. Hier sollten auch die anderen Trägerkantone, insbesondere Luzern, ihre Verantwortung stärker wahrnehmen.
Der vorliegende Leistungsauftrag enthält die wesentlichen strategischen Eckwerte für die Weiterentwicklung und Konsolidierung der Fachhochschule. Nach Zeiten der Expansion und Reorganisation muss nun die Qualität der Bildung im Fokus stehen

und weiter entwickelt werden. Der vorgelegte Leistungsauftrag entspricht der Zuger Strategie in der Berufs- bzw. Fachhochschulbildung. Die FDP ist der Meinung, dass die Zusammenarbeit der Hochschule mit der Wirtschaft noch intensiviert werden kann. Eine enge Vernetzung zwischen Hochschule und Unternehmen kann nur von Vorteil sein. Dass Zentralschweizer Unternehmen 1 Million Franken an den Aufbau der Informatikhochschule in Rotkreuz beitragen, zeugt vom Potenzial. Gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte bringen die Wirtschaftsregion weiter.
Entgegen den Äusserungen von Jürg Messmer ist die FDP-Fraktion der Ansicht, dass es sinnvoll ist, die Leistungsaufträge regelmässig den kantonalen Parlamenten vorzulegen, damit diese Hinweise zum Inhalt des Auftrags machen können. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und nimmt den Leistungsauftrag der Fachhochschule Zentralschweiz für die Jahre 2016–2019 positiv zur Kenntnis.

**Esther Haas** spricht – ohne therapiert worden zu sein – gerne zu dieser Vorlage, deckt die Fachhochschule Zentralschweiz doch einen wichtigen Bildungsbereich ab, auch wenn der Kantonsrat nicht direkt Einfluss nehmen kann. Die ALG nimmt den Leistungsauftrag zur Kenntnis und bewertet ihn positiv. Die Fachhochschule ist die Krönung des dualen Bildungswegs. Indem man sich hinter diesen Leistungsauftrag stellt, stärkt man effektiv die duale Bildung – und zwar nachhaltiger, als wenn man beispielsweise mit einer Maturitätsquote zu liebäugeln beginnen würde. Die Bildungskommission begrüsst vor allem, dass der Hochschule verschiedene Steuerungsvorgaben gemacht wurden, beispielweise punkto Eigenkapital, und sie fordert nun von der Hochschule den Tatbeweis, dass diese Vorgaben auch eingehalten werden. Das ist schön und gut, aber die Hochschule muss genügend Gelder bekommen, und zwar von allen Kantonen. Sobald die finanziellen Mittel fehlen, werden nämlich schnell Studiengänge in Frage gestellt, denen beispielsweise die Nähe zur Wirtschaft fehlt, etwa in den Bereichen Musik, Kunst und Soziale Arbeit. Das darf nicht sein. Die ALG erwartet von der Regierung, dass sie alle Beteiligten in die Pflicht nimmt und die Kantone an deren Verlässlichkeit mahnt. Wenn die HSLU sich im Hochschulwettbewerb abheben will, spielt die Qualität des Angebots eine eminente Rolle. Die Qualität einer Hochschule fängt an bei den Dozierenden, sie spiegelt sich aber auch in einem adäquaten Betreuungsverhältnis zwischen Dozenten und Studierenden. Und das kostet. Kosten wird den Kanton Zug auch die Standortabgeltung für den neuen Informatikstandort in Rotkreuz. Das ist auch sinnvoll, darf doch erwartet werden, dass hier ein *Return on Investment* stattfindet. Diese höhere Standortabgeltung darf aber nicht zum Anlass genommen werden, gleichzeitig über Sparmassnahmen wie etwa die Schliessung der PH nachzudenken. Einen solchen Sündenfall darf sich der Kanton Zug nicht erlauben.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und teilt mit, dass die SP den Leistungsauftrag Hochschule Luzern – FH Zentralschweiz zur Kenntnis nimmt. Sie nutzt die Gelegenheit, um auf die Rahmenvorgabe 2 (Studierendenzahlen) einzugehen. Die SP-Fraktion findet es richtig, dass längerfristig ein Wachstum in den für die Zentralschweizer Wirtschaft wichtigen Bereichen Technik und Architektur, Wirtschaft sowie Informatik und Design angestrebt wird. Somit werden die Bedürfnisse der Wirtschaft abgedeckt. Gleichzeitig sollte man aber auch die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht vernachlässigen und die Bereiche Musik, Kunst und Soziale Arbeit fördern. Diese drei Bereiche mögen auf den ersten Blick wirtschaftlich nicht produktiv wirken, indirekt aber haben sie eine wichtige Bedeutung für den Standort und die Identität der Region – in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Zu denken ist beispielsweise an das KKL, das fast schon Leuchtturmcharakter für die Zentralschweiz hat. Auch wird es künftig sehr wichtig sein, gut ausgebildetes Per-

sonal in der Sozialen Arbeit zu haben, zumal dieser Bereich in den letzten Jahren komplexer geworden ist und aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren anspruchsvoller werden wird.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** dankt für die wohlwollende Aufnahme der Vorlage. Die Kritik des SVP-Sprechers, es handle sich um eine Alibiübung, wurde von diesem selbst eigentlich bereits widerlegt, indem er das Wachstum in gewissen Bereichen unterstützte, in anderen hingegen nicht. Genau solche Punkte sind für den Volkswirtschaftsdirektor wichtig. Wie man schon in der letzten Periode merken konnte, nimmt er sie auf und bringt sie aktiv in den Konkordatsrat ein. Die heutige Debatte ist in diesem Sinne wichtiger als mancher Beschluss, den der Kantonsrat fasst. Rechtlich gesehen sind die Mitwirkungsmöglichkeiten zwar tatsächlich bescheiden, aber die Mitwirkung ist spürbar. Und gerade weil der Kanton Zug ein bedeutender Standort für die Hochschule wird, ist es wichtig, dass er sich aktiv damit beschäftigt, also nicht einfach nur daran bezahlt und in der Trägerschaft vertreten ist. Dem Volkswirtschaftsdirektor ist bereits früher aufgefallen, dass das Zuger Kantonsparlament sich vertiefter mit dieser Materie befasst als die Parlamente anderer, vor allem der kleineren Zentralschweizer Kantone, wird doch die Debatte im Kantonsrat mittels zweier Kommissionsberichte vorbereitet. Das ist gut und richtig, und der Volkswirtschaftsdirektor fühlt sich dadurch in seiner Funktion als Mitglied des Konkordatsrats unterstützt.
Der Volkswirtschaftsdirektor nimmt den Input der Bildungskommission ernst, sich nun dem Inhalt und der Bildungsqualität zu widmen. Er hat bereits Gespräche mit Vertretern im Fachhochschulrat, dem obersten strategischen Gremium der Hochschule, geführt. Diesem gehören zwei neue Vertreter von Zuger Unternehmen an, nämlich die Entwicklungsverantwortlichen von Siemens und V-Zug, was zeigt, wie eng auf strategischer Ebene die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bereits ist. Auch diese Herren haben den Volkswirtschaftsdirektor darauf angesprochen, dass der Fokus auf die Qualität zu legen sei und man darauf achten müsse, dass die Qualität nicht unter den Sparbemühungen leide. Solche Hinweise sind sehr wichtig, zumal sie von Unternehmen kommen, die an der Front stehen, Abgänger der Hochschule anstellen, Mitarbeitende zur Weiterbildung an die Hochschule schicken etc.
Der Volkswirtschaftsdirektor anerkennt auch positiv, dass der Kantonsrat nicht *per se*, weil es in der nächsten Jahren mehr kosten wird, eine ablehnende Haltung einnimmt, sondern den Gegenwert wahrnimmt. Der Rat hat ja immer wieder Gelegenheit, Stellung zu nehmen, letztmals zur Zusatzfinanzierung in Zusammenhang mit der Ansiedlung des IT-Departements. Und der Rat war bisher durchaus bereits, Investitionen zu tätigen, wenn er erkannte, dass es sich um eine Investition in die Zukunft, also nachvollziehbar mit einem *Return on Investment,* handelte. Allerdings ist auch der Hinweis auf das Kostenwachstum wichtig. Es ist für den Volkswirtschaftsdirektor auch ein persönliches Ziel, dass die Fachhochschule Zentralschweiz die kostengünstigste Schule dieser Art in der Schweiz bleibt. Es gibt dabei aber – wie gesagt – gewisse Grenzen. Wenn Zari Dzaferi die Bereiche Kunst, Musik und Soziale Arbeit erwähnt, dann schaut der Volkswirtschaftsdirektor vor allem nach Luzern, das sich mit dem KKL etc. ja gerne als Kulturstadt und Kulturkanton feiert und eigentlich ein ureigenes Interesse daran haben müsste, diese Institutionen zu finanzieren. Aber wenn die Zitrone ausgepresst ist, wird Luzern sagen müssen, ob es bereit ist, eine Kunsthochschule zu schliessen oder nicht. Diese Frage wird sich irgendwann stellen, und Luzern, von wo der Druck immer wieder kommt, wird die Antwort geben müssen. Der Volkswirtschaftsdirektor zumindest ist nicht bereit, andere Schulen und deren Qualität zu vernachlässigen, nur damit Luzern eine Kunsthochschule *und* eine Musikhochschule haben kann. Entweder oder: Luzern

muss sich entscheiden, eigentlich schon heute, sicher aber in den nächsten Jahren. Wie man den Medien entnehmen konnte, versuchte übrigens Luzern, das wegen des neuen Finanzausgleichs eine weitere Sparrunde vor sich hat, das bereits verabschiedete Budget 2016 der Fachhochschule nochmals zu senken versuchte. Der Konkordatsrat wies dieses Ansinnen aber klar zurück. Man kann nicht ein verabschiedetes Budget einfach revidieren und kurzfristig um einige hunderttausend Franken kürzen. Mittlerweile hat auch das Luzerner Kantonsparlament diese Kürzung abgelehnt und den Kanton auf diese gebundene Ausgabe verpflichtet.
Abschliessend dankt der Volkswirtschaftsdirektor für die konstruktiven Beiträge und die wohlwollende Kenntnisnahme.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Eintreten zwingend ist. Der Kantonsrat hat die rechtliche Pflicht, den Leistungsauftrag zur Kenntnis zu nehmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nur eine Lesung gibt. Bildungskommission und Staatswirtschaftskommission schliessen sich für die gesamte Vorlage dem Antrag des Regierungsrats auf Kenntnisnahme an.

Aus dem Rat erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Leistungsauftrag 2016–2019 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern) stillschweigend zur Kenntnis.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen. Der Regierungsrat wird die Konkordatsorgane orientieren.

**318** Traktandum 4.4: **Motion von Ivo Hunn betreffend Erstellung eines kantonalen Sportanlagenkonzepts**
Vorlagen: 2463.1 - 14834 (Motionstext); 2463.2 - 15047 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Daniel Stadlin** orientiert, dass Alt-Kantonsrat Ivo Hunn ihn gebeten hat, zu seiner Motion zu sprechen bzw. seine Stellungnahme vorzulesen. Ivo Hunns Interessenbindung: Er ist Vater von zwei kleinen Kindern, Präsident des Veloclubs Baar-Zug, Aktuar des Snowboardclubs FlyingBeans, Radfahrer, Mountainbiker, Snowboarder und Breitensportler.
Der Motionär dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Motion. Leider ist der Bericht und Antrag unvollständig. Es fehlt eine kurze Einführung, was ein Sportanlagenkonzept beinhaltet. Im Sportanlagenkonzept des Kantons Zürich (KASAK ZH) wird das Ziel wie folgt beschrieben: «Mit dem KASAK ZH soll ein Planungs- und Steuerungsinstrument für den Kanton geschaffen werden, das zu einer bedarfsgerechten, effizienten und nachhaltigen Versorgung der Kantonsbevölkerung mit Sportanlagen beiträgt. Darüber hinaus soll es Dritten, insbesondere Gemeinden

und im Sportanlagenbereich tätigen Privaten, Orientierungshilfe bieten und die Möglichkeit eröffnen, ihre Aktivitäten im Sportanlagenbereich untereinander und mit denjenigen des Kantons abzustimmen. Vor dem Hintergrund der beschränkten finanziellen Mittel des Kantons im Sportanlagenbereich ist deren Initiative für die Versorgung mit Sportanlagen im Kanton Zürich weiterhin von entscheidender Bedeutung.» Zur ablehnenden Haltung des Zuger Regierungsrats nimmt der Motionär wie folgt Stellung:

• Koordination: Für die Bewirtschaftung benötigt es kein KASAK. Das ist richtig, denn ein KASAK ist nicht für die Bewirtschaftung von Anlagen gedacht. Dies ist somit kein Argument für die Ablehnung eines KASAK. Weiter kann jeder Kanton, egal wie gross er ist, ein Sportanlagenkonzept machen. Die Regierung schreibt, dass die Koordination unter den Gemeinden auch ohne KASAK möglich sei. Auch das ist richtig, nur findet im Kanton Zug keine Koordination statt. Ein Paradebeispiel für die fehlende Koordination zeigte sich in der Debatte um die wettkampftaugliche Dreifachturnhalle versus zwei Einfachturnhallen in der Kantonsschule Zug, welche der Grund für die vorliegende Motion war. Der Vorschlag und das Gärtchendenken der Regierung zeigten sehr deutlich, dass die Koordination fehlt. Dieses Gärtchendenken kann sich nur ein Kanton mit Gemeinden leisten, welche so viel Geld zur Verfügung haben wie im Kanton Zug. Denn ein KASAK ist eine Investition für die Zukunft. Die Mittel sollen effizient, bedarfsgerecht und nachhaltig eingesetzt werden.

• Bedarf: Die Regierung schreibt, dass bereits heute Bedarfsanalysen durchgeführt würden. Das mag richtig sein, nur hören die Bedarfsanalysen leider an der Gemeindegrenze bzw. beim Kanton bereits an der Campusgrenze der Kantonsschule auf. Ein KASAK behebt dieses Defizit. Weiter ist zu bedenken, dass die grösseren Vereine im Kanton, die eine wettkampftaugliche Halle benötigen, regionale Bedeutung haben. Deren aktive Mitglieder kommen nicht alle aus *einer* Gemeinde resp. nur aus dem Kanton Zug. Die subsidiäre Rolle des Kantons bleibt auch mit einem KASAK erhalten.

• Mitfinanzierung: In § 10 Abs. 1 des Sportgesetzes steht: «Der Regierungsrat verwendet den Sport-Toto-Anteil für die Förderung des Breitensports, zur Unterstützung der Tätigkeit von Verbänden und Vereinen und für Beitrage an Sportinfrastruktur und Sportmaterial.» Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, dass es keine Gesetzesgrundlage gebe. Wie versteht denn die Regierung diesen § 10? Was wird jährlich mit dem Sport-Toto-Fonds finanziert? Weiter wird die Mitfinanzierung der Eishalle Herti erwähnt. Auf welcher Grundlage basiert diese Mitfinanzierung? Ein Grund – so schreibt die Regierung – sei die nationale Bedeutung. Es gibt weitere Vereine im Kanton Zug, die nationale Bedeutung haben, und es gibt Vereine mit regionaler Bedeutung. Wie werden die notwendigen Sportinfrastrukturen mitfinanziert? Gibt es da eine Strategie? Besteht ein Konzept? Genau da setzt das KASAK an, bietet ein Steuerungsinstrument und lässt keine Ausnahmen mehr zu.

• Betrieb: Der Motionär findet es vorbildlich, dass der Kanton Zug seine Sportinfrastruktur den Gemeinden, Vereinen und Privaten bei Interesse zur Verfügung stellt. Alles andere wäre in der heutigen Zeit des Sparens ein Blödsinn, denn wenn dies nicht möglich wäre, müssten verschiedene Gemeinden zusätzliche Hallen erstellen.

• Planung: In den Richtplan fliessen die Bedürfnisse der Bevölkerung ein. Dies betrifft Sportzonen, Wanderwege und Radwege. Was auf den Sportzonen wie erstellt wird, fliesst nicht in den Richtplan ein. Ein KASAK würde dies – wie bereits mehrfach erwähnt – erfassen.

Der Motionär hat aufgezeigt, dass ein KASAK viele Vorteile hat und vor allem in Kantonen mit wenig finanziellen Mitteln wie etwa Bern, das als erster Kanton ein KASAK hatte, eingesetzt wird. Da die Rechnungen des Kantons Zug und seiner Gemeinden nicht mehr nur schwarze Zahlen ausweisen, macht es noch mehr Sinn,

ein kantonales Sportanlagenkonzept zu erstellen – zumal verwaltungsintern eine Fachperson mit dem nötigen Wissen vorhanden wäre.
Im Sinn dieser Ausführungen des Motionärs stellt der Votant den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären und so den Breitensport zu unterstützen.

**Ralph Ryser** spricht für die SVP-Fraktion und hält fest, dass der Motionär wünscht, mit einem kantonalen Sportanlagenkonzept ein Planungs- und Steuerungsinstrument für den Kanton zu schaffen. Dies soll zu einer bedarfsgerechten, effizienten und nachhaltigen Versorgung der Wohnbevölkerung mit Sportanlagen beitragen. Sport und Sportförderung sind gemäss Regierung in erster Linie die Aufgabe von Privaten, Verbänden, Vereinen und Gemeinden; dies besagt die Rechtsgrundlage im Kanton Zug. Der Kanton selbst hat keine Sportinfrastruktur von nationaler Bedeutung, weshalb er nicht im nationalen Sportanlagenkonzept mittut. Die Ausarbeitung eines kantonalen Sportanlagenkonzepts ist vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage wenig sinnvoll, zudem ist Zug ein überschaubarer Kanton mit wenigen, aber strukturell starken Gemeinden. Die Koordination unter den Gemeinden ist auch ohne kantonales Sportanlagenkonzept möglich und sinnvoll – und sie klappt in der Regel auch. Die SVP-Fraktion wird deshalb den Antrag des Regierungsrats unterstützen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und legt seine Interessenbindung vor: Er ist seit 1992 Mitglied des Fussballclubs Baar und amtiert zusammen mit Anna Bieri als Sportchef des Zuger Kantonsrats.
Im Grundsatz macht es Sinn, das Sportangebot gemeindeübergreifend zu koordinieren, insbesondere in einem überschaubaren Kanton wie Zug. Mit einem kantonalen Sportanlagenkonzept (KASAK) könnte der kantonale Sportanlagenbedarf evaluiert, mit den Gemeinden abgestimmt und der Betrieb der kantonalen Infrastrukturen optimiert werden. Damit könnte auch die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und zwischen Kanton und Gemeinden verbessert werden. Die Betonung liegt hier aber auf «könnte». Ein solches Konzept müsste nämlich auch leben und Verbindlichkeiten beinhalten, sonst verkommt es zu einem Papiertiger. Die Gemeinde Baar hat im November 2010 ein 102-seitiges gemeindliches Sportanlagenkonzept (GESAK) erstellen lassen. In den seither vergangenen fünf Jahren hat der Votant wenig bis nichts mitbekommen, das ausgehend von diesem GESAK im Bereich der Sport- und Bewegungsförderung unternommen worden wäre. Immerhin hat man eine Übersicht über die entsprechenden Bedürfnisse der Baarer Bevölkerung im Jahr 2010, über die damals verfügbaren Sportanlagen sowie über die Massnahmen, welche 2010 angepackt werden sollten. Ob es dafür ein GESAK brauchte, wagt der Votant heute zu bezweifeln, obschon er am Anfang viele Hoffnungen auf dieses Konzept gesetzt hatte; der FC Baar braucht nämlich mehr Fussballplätze. Vielleicht braucht es aber einfach noch mehr Zeit, bis einzelne Massnahmen umgesetzt werden können.
Beim Kanton dürfte das kaum anders sein. Immerhin kann die Gemeinde Baar – wie auch andere Gemeinden – selber über ihre Sportanlagen entscheiden. Beim Kanton ist das leider anders. Dieser besitzt und betreibt ja nur wenige Sportanlagen für den obligatorischen Schulsport der Mittel- und Berufsschulen und kann und vor allem will sich nicht in die Erstellung und Bewirtschaftung von gemeindlichen Sportanlagen einmischen. Daher betrachtet die SP-Fraktion die Erstellung eines KASAK eher nüchtern. Sie befürchtet, dass aufgrund der Gegebenheiten im Kanton Zug mit starken Gemeinden, die innerhalb ihrer Grenzen viele Entscheidungsfreiheiten haben, und einem Kanton, der praktisch keine Sportanlagen besitzt, ein KASAK zu einem Papiertiger verkommt. Deshalb wird die SP-Fraktion der

Regierung folgen, auch wenn sie eine Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden sowie zwischen Kanton und Gemeinden für erstrebenswert und sinnvoll hält.
Der Votant erlaubt sich, zu diesem Thema noch eine aktuelle Geschichte zu erzählen. Am 20. August 2016 findet im Kanton Zug das nationale Parlamentarierfussballturnier statt. Um dafür drei Fussballplätze und einige Garderoben zu erhalten, fragte der Votant beim Fussballclub Zug 94 an, ob von 7 Uhr bis 17 Uhr die Anlage Herti Nord benutzt werden könne. Leider funktionierte die Absprache mit dem Zuger Fussballclub nicht direkt resp. der Votant erhielt keine Zusage. Er musste deshalb die Stadt Zug anfragen, welche das Anliegen dem Stadtrat vorlegen musste, der nun allenfalls die Sportanlage Herti Nord zur Verfügung stellt – oder allenfalls nicht, so dass dann allenfalls der Regierungsrat angefragt werden muss, welcher auf den Stadtrat zugehen würde. Es ist also ziemlich kompliziert. Wenn man als Kanton nicht einmal bei einer solchen Lappalie schnell und einfach etwas auf die Beine stellen kann, welche Zukunft hätte dann ein kantonales Sportanlagenkonzept?
Sollte es in anderen Gemeinden unkomplizierter zu- und hergehen als in der Stadt Zug, könnte man die rund 200 fussballbegeisterten Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der ganzen Schweiz auch in einer anderen Zuger Gemeinde empfangen. Der Votant bittet seine Ratskolleginnen und -kollegen, diesbezüglich allenfalls mit ihm Kontakt aufzunehmen.

**Vroni Straub-Müller** ist Vorsteherin des Bildungsdepartements der Stadt Zug, und die Abteilung Sport gehört in ihren Bereich. Sie hat im Grundsatz Sympathien für die vorliegende Motion. Allerdings können diejenigen Kantone, welche ein KASAK haben, Sportanlagen gezielt mit finanziellen Mitteln unterstützen. Im Kanton Zug fehlt eine Rechtsgrundlage für die Mitfinanzierung von gemeindlichen oder regionalen Sportinfrastrukturen, und so lange der Kanton hierfür keine Rechtsgrundlage erarbeitet hat, ist die Votantin ebenfalls der Meinung, dass ein KASAK keinen effektiven Mehrwert generieren würde.
Wichtiger Bestandteil eines KASAK ist ein Inventar aller gemeindlichen Sportanlagen. Ein solches Inventar existiert im Kanton Zug bereits. Persönlich bedauert die Votantin jedoch, dass es keine Arbeitsgruppe der Sportabteilungen aller Zuger Gemeinden gibt. Eine solche Arbeitsgruppe könnte Grundlagen erarbeiten, um Synergien besser nutzen zu können – wobei der Kanton allenfalls sogar den Vorsitz übernehmen könnte.
Zu Zari Dzaferis Erfahrung bezüglich des nationalen Parlamentarierfussballturniers hält die Votantin fest, dass die betreffende Anfrage noch nicht beim Zuger Stadtrat eingetroffen ist. Wenn Zug 94 zur fraglichen Zeit aber schon lange geplante Spiele oder Trainingseinheiten hat, haben diese den Vorrang.

**Philip C. Brunner** findet es sehr wichtig, dass die vorliegenden Fragen hier erläutert werden, auch wenn sich die Begeisterung über die Motion in Grenzen hält. Man kennt nun einigermassen die Meinung der Fraktionen und des Rates dazu. Er bittet die GLP, dies auch Ivo Hunn auszurichten.

Auch Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** steht dem Motionsanliegen grundsätzlich positiv gegenüber: Jeder findet Sport sympathisch. Der Bildungsdirektor ist aber auch froh um Zari Dzaferis nüchterne Beurteilung und die Klarstellung, dass eine ablehnende Haltung gegenüber einem KASAK nichts mit fehlender Leidenschaft für die Anliegen des Sports zu tun hat. Selbstverständlich kann man – wie Ivo Hunn – vieles anders sehen als die Regierung, das ist legitim. Der Regierungsrat hält aber an seiner Darstellung fest. Den Vorwurf, der Regierungsrat habe unvollständig wiedergegeben, was ein KASAK ist, weist der Bildungsdirektor zurück. Ivo Hunn

hat im ersten Teil seiner Motion entsprechende Ausführungen gemacht, und der Regierungsrat hat darauf verzichtet, diese zusammenzufassen oder in indirekter Rede zu wiederholen. Zusammenfassend bittet der Bildungsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären. Den Hinweis von Vroni Straub-Müller auf eine Arbeitsgruppe der gemeindlichen Sportabteilungen und die allenfalls dem Kanton zufallende Rolle nimmt der Bildungsdirektor zuhanden des Amts für Sport gerne auf.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 61 zu 5 Stimmen nicht erheblich.

**319** Traktandum 4.5: **Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle mit Leistungsauftrag und Globalbudget**
Vorlagen: 2473.1 - 14863 (Motionstext); 2473.2 - 15036 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Motionär **Andreas Hausheer** dankt dem Regierungsrat für die Berichterstattung zur Motion. Hintergrund des Vorstosses ist die Tatsache, dass der Motionär als Stawiko-Delegationsmitglied in den letzten Jahren vom damaligen Datenschutzbeauftragten immer wieder auf diese Frage angesprochen wurde. Dieser hätte gerne ein Globalbudget gehabt, gleichzeitig aber ebenso gerne auf den im Zuger System damit direkt zusammenhängenden Leistungsauftrag verzichtet. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen lauten im Kanton Zug: Globalbudget und Leistungsauftrag gehören zusammen. Es ist im Gesetz nicht vorgesehen, dass man auf das, was man lieber nicht möchte, einfach verzichten kann. Bildlich gesprochen könnte man sagen: Die Datenschutzstelle wollte immer *de Füüfer und s Weggli*. Vielleicht erinnern sich die Ratsmitglieder auch an die letztjährige Budgetdebatte zur Datenschutzstelle und deren Stellenprozenten. Am liebsten hätte die Datenschutzstelle einfach einen einzigen Betrag ins Budget eingestellt, mit dem sie dann hätte haushalten können. Der Kantonsrat hätte zu den Stellenprozenten oder zu den Leistungen, die eingekauft werden, nichts mehr zu sagen gehabt.
Die vorliegende Motion hatte zum Ziel, in dieser Frage Klarheit für alle zu schaffen: Wer will was, und was sind die Folgen dieser Wünsche? Diese Fragestellung umfasst auch den Kantonsrat: Auch er soll heute klären, was er will und was nicht, damit nicht in der nächsten Budgetsitzung wieder darüber diskutiert werden muss. Und die Klärung ist mit der regierungsrätlichen Motionsantwort nun da: Die Ombudsstelle will kein Globalbudget und muss demnach auch keinen Leistungsauftrag vom Kantonsrat genehmigen lassen; die Datenschutzstelle ist einem Globalbudget nicht abgeneigt, möchte aber keinen Leistungsauftrag vom Kantonsrat genehmigen lassen. Letzteres wäre zwar möglich, bräuchte aber eine Gesetzesänderung nur für die Datenschutzstelle.
Der Votant geht mit dem Regierungsrat einig, dass dies nicht nötig ist. Darum stimmt er dem Antrag des Regierungsrats zu. Damit wäre ein für alle Mal geklärt, was der Kantonsrat wirklich will, und man kann sich künftig Diskussionen wie in der Budgetsitzung 2015 ersparen. Der Votant kann dem Antrag des Regierungsrats auch getrost zustimmen, weil er eh kein Freund des Systems mit Globalbudgets ist. Die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags stimmt insofern auch überein

mit seinem seinerzeitigen Abstimmungsverhalten zur Systemänderung. Stefan Gisler kann das bestätigen.
Der Votant erlaubt sich zum Schluss eine kleine Kritik am Regierungsrat: Warum wurde diese Motion nicht gleichzeitig mit jener betreffend die Gerichte beantwortet? Man hätte so die Thematik nämlich in einem Aufwisch erledigen können.
Der Motionär empfiehlt dem Rat, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und damit für die Zukunft eine für alle geklärte Situation zu schaffen.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG dem Regierungsrat folgt und auf Nichterheblicherklärung der Motion votiert. Es gibt insbesondere drei Argumente gegen eine Erheblicherklärung:
• Ein Globalbudget ist dann sinnvoll, wenn man auch Einfluss auf die entsprechenden Leistungsziele hat. Bei den fraglichen Stellen ist der Leistungsauftrag im Gesetz festgeschrieben. Man müsste also jedes Mal das Gesetz ändern, wenn man das Globalbudget ändert. Das macht keinen Sinn.
• Die zwei Stellen sind unabhängig. Die Legiferierung könnte je nachdem problematisch sein.
• Es sind sehr kleine Stellen. Mit dem System Globalbudget mit Leistungsauftrag würde man unter dem Strich mehr Aufwand als Ertrag generieren.

**Beat Iten:** Die SP-Fraktion hat die Motion betreffend Führung der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle mit Leistungsauftrag und Globalbudget kontrovers diskutiert und konnte sich zu keiner einheitlichen Meinung durchringen. Die Argumente der Datenschutz- und der Ombudsstelle sind nachvollziehbar: Beide Stellen müssen ihre Unabhängigkeit wahren, was nicht unbedingt gegen ein Globalbudget, tendenziell jedoch gegen Leistungsaufträge spricht, insbesondere wenn sich der Regierungsrat das Recht herausnimmt, Leistungsaufträge abzuändern. Die SP ist andererseits der Meinung, dass Leistungsaufträge nicht unbedingt in die Unabhängigkeit einer Stelle hineingreifen müssen. Auch bei gesetzlich definierten Aufgaben gibt es durchaus die Möglichkeit, Vorgaben mittels Leistungsaufträgen zu formulieren. Das stellt an die Autoren sicher erhöhte Anforderungen. Mehr Gehalt wäre allerdings bei gewissen Leistungszielen heute schon angesagt. Nicht alle Leistungsaufträge an die Verwaltung sind glücklich und sinnvoll gewählt, beispielsweise der Verkauf von 350 Ufer-Angelfischereipatenten bei der Leistungsgruppe Fischerei und Jagd. Was macht man, wenn nur 250 Personen ein Patent wollen? Es kann dann ja nicht darum gehen, 100 Personen zu einem Patentkauf zu zwingen. Ein anderes Beispiel sind die 70 Medienmitteilungen und 10 Medienkonferenzen bei der Baudirektion. Manchmal kann weniger auch mehr sein.
Es gibt auch sehr viele sinnvolle Leistungsaufträge und Leistungsziele. Für die SP ist es nicht undenkbar, auch im Bereich Datenschutz- und Ombudsstelle mit Globalbudget und Leistungsauftrag zu arbeiten. Beide Stellen arbeiten schon heute weitgehend mit einem Globalbudget, und auch diese Globalbudgets können mit Rücksicht auf die gesetzlichen Aufträge durchaus mit sinnvollen und geeigneten Leistungsaufträgen gekoppelt werden. Da bisher aber kein Antrag auf Erheblicherklärung der Motion gestellt wurde, wird auch die SP-Fraktion dies nicht tun.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die positive Aufnahme des regierungsrätlichen Berichts. Die Motion hat dem Regierungsrat erlaubt, die vorliegende Fragestellung zu klären. Er forderte dazu die Stellungnahme der Datenschutz- und der Ombudsstelle ein und übernahm diese eigentlich unverändert. Beat Iten hat die Ansicht geäussert, man könnte die zwei Stellen durchaus nach dem von Pragma vorgesehenen System arbeiten lassen. Die Stellen haben aber darauf hingewiesen,

dass ihr Leistungsauftrag im Gesetz normiert sei und sich Probleme ergeben würden, wenn der Kantonsrat in der Debatte über den Leistungsauftrag von den gesetzlichen Bestimmungen abweichen würde.
Andreas Hausheer hat die Frage gestellt, weshalb der Regierungsrat die vorliegende Motion nicht zusammen mit derjenigen betreffend Gerichte beantwortet habe. Das ist eine Frage der Gewaltentrennung. Der Regierungsrat nimmt Stellung zu *seinen* Direktionen und Stellen und kann natürlich nicht Stellung nehmen zu einer Motion, welche die Gerichte betrifft.
Der Finanzdirektor erinnert daran, dass Pragma, also das System mit Globalbudget und Leistungsauftrag, auf einen Vorstoss aus dem Parlament zurückgeht. Die betreffende Motion wurde von einer grossen Zahl von Parlamentsmitgliedern unterzeichnet, und an der konkreten Ausgestaltung des Systems arbeitete eine kantonsrätliche Kommission unter dem Präsidium von Werner Villiger intensiv mit. Man hat damals wirklich versucht, die Vorstellungen von Regierungsrat und Kantonsrat so zusammenzuführen, dass ein Mehrwert erzielt werden sollte.
Der Finanzdirektor bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend nicht erheblich.

**320** Traktandum 4.6: **Postulat von Rainer Suter betreffend Fahrstreifenwahl auf der Autobahn A4 von der Blegi-Kurve bis und mit Ausfahrt Rotkreuz**
Vorlagen: 2469.1 - 14852 (Postulatstext); 2469.2 - 15039 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Rainer Suter** las als Postulierender und Benutzer des betreffenden Autobahnabschnitts die Stellungnahme des Regierungsrats mit grossem Interesse. Das Postulat bot auf jeden Fall Stoff für rege Diskussionen und verschiedene Gespräche. Obwohl nach Meinung des Postulanten die Umsetzung des Postulats in die Praxis mit den Kopfüberschildern auf der Autobahn gut gelungen ist, ist er mit dem Resultat nicht zufrieden. Im Minutentakt – aber offenbar nur, wenn sich der Votant auf der Autobahn befindet – finden haarsträubende und filmreife Spurwechsel statt; denn laut Zuger Polizei können pro Stunde lediglich drei bis vier Zuwiderhandlungen gegen die Verkehrsregeln festgestellt werden!
Der Votant stimmt er Erheblicherklärung dieser Vorlage zu. Weil sich die Situation aber nicht verbessert hat, ist er dagegen, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Der Auftrag an die Regierung soll weiterhin bestehen bleiben. Die Informationskampagne «Rechts fahren, links überholen» soll intensiviert werden. Dass die in der zweiten Phase geforderte strafrechtliche Ahndung angeblich nur durch fahrende Polizeipatrouillen erreicht werden kann, ist für den Votanten unverständlich. Auf dem fraglichen Abschnitt der A4 gibt es mehrere Brücken über die drei- bzw. sechsspurige Autobahn. Auf diesen Überführungen hat die «Rennleitung» einen wunderbaren Überblick und kann fehlbare Lenker, die den Slogan nicht begreifen, im Bussenregister verewigen.
Der Postulant geht mit dem Regierungsrat also einig hinsichtlich der Erheblicherklärung des Postulats. Er stellt jedoch den **Antrag,** den Vorstoss nicht als erledigt abschreiben, um eine permanente Erhöhung der Sicherheit auf diesem Autobahnabschnitt zu erreichen. Er dankt für die Unterstützung seines Anliegens.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** verweist auf den regierungsrätlichen Bericht. Die aufgeworfenen Fragen sind berechtigt: Es gibt auf dem betreffenden dreispurigen Autobahnabschnitt ab und zu Probleme. Die Informationskampagne in Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen und das vorgesehene Ahndungssystem sollten aber genügen. Deshalb bittet der Sicherheitsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und den Vorstoss auch abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 64 zu 1 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz. Der **Vorsitzende** dankt der stellvertretenden Landschreiberin für ihren Einsatz.

TRAKTANDUM 5

**321 Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011; 2. Stufe bzw. erstmalige Behandlung von fünf Motionen:**

Traktandum 5.1: **Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011**
Vorlagen: 2331.1/1a/1b - 14535 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2331.2 - 15008 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2331.3 - 15057 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

Traktandum 5.2: **Motion von Philippe Camenisch, Cornelia Stocker, Alice Landtwing, Adrian Andermatt und Maja Dübendorfer Christen betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)**
Vorlagen: 2129.1 - 14030 (Motionstext); 2129.2/2a/2b - 14535 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2129.3 - 15008 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2129.4 - 15057 (Bericht und Antrag der Kommission).

Traktandum 5.3: **Motion von Gregor Kupper betreffend zweistufiges Verfahren für die Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)**
Vorlagen: 2355.1 - 14573 (Motionstext); 2355.2 - 15008 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2355.3 - 15057 (Bericht und Antrag der Kommission).

Traktandum 5.4: **Motion von Daniel Stadlin betreffend Weiterführung der finanziellen Beteiligung des Kantons am direkten Finanzausgleich**
Vorlagen: 2506.1 - 14937 (Motionstext); 2506.2 - 15008 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2506.3 - 15057 (Bericht und Antrag der Kommission).

Traktandum 5.5: **Motion von Thomas Lötscher betreffend Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)**
Vorlagen: 2516.1/1a - 14946 (Motionstext); 2516.2 - 15008 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2516.3 - 15057 (Bericht und Antrag der Kommission).

Traktandum 5.6: **Motion der SP-Fraktion betreffend Entflechtung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung und deren Finanzierung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden**
Vorlagen: 2523.1 - 14962 (Motionstext); 2523.2 - 15008 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2523.3 - 15057 (Bericht und Antrag der Kommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einstimmig beantragt, auf die Vorlagen einzutreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

BERATUNG ZUR SACHE

**Philip C. Brunner,** Präsident der vorberatenden Kommission, ist beeindruckt, wie effizient heute gearbeitet wird. Ziel wäre es, das vorliegende Geschäft vor dem Mittag abzuschliessen. Die vorberatende Kommission wurde am 24. September gewählt, sie hat am 12. November getagt, die Vorlagen beraten und die entsprechenden Anträge beschlossen. Damit hat sie bewiesen, dass in der Politik effizient und zielgerichtet gearbeitet wird – wenn in diesem Fall auch etwas unkonventionell: Noch bevor die Kommission das Protokoll genehmigt hatte, erhielten die Ratsmitglieder bereits den Kommissionsbericht. Der Kommissionspräsident hofft aber, dass alle damit leben können.
Der Votant verweist auf den Kommissionsbericht, dem nach Absprache mit dem Kantonsratspräsidenten bzw. dem Büro das heutige Vorgehen strukturell entspricht. Das bedeutet, dass der Vorsitzende gewissermassen die Arbeit des Kommissionspräsidenten übernimmt und sehr viele Anträge stellen wird. Der Votant dankt im Namen der Kommission allen Beteiligten. Es war eine vierfache *Win*-Situation: für die Legislative, für die Exekutive – besonders für den Finanzdirektor und künftigen Ständerat Peter Hegglin –, für die Verwaltung und für die Gemeindevertreter, die der Kommission eine Stunde lang für Auskünfte zur Verfügung standen und bestätigten, dass es so richtig ist, wie es die Regierung beantragt. Es gibt zwei, drei kleine Abweichungen. So stellt die Kommission zur Motion aus den Reihen der FDP (Vorlage 2129.1) einen etwas andern Antrag als die Regierung. Sie möchte beliebt machen, diese Motion gleich zu behandeln wie die anderen Vorstösse, wobei der Finanzdirektor dem Kommissionspräsidenten heute Morgen mitgeteilt hat, dass die Regierung sich dem Kommissionsantrag anschliesst. Die Motion Kupper (Vorlage 2355.1) hingegen kann man ruhig abschreiben, denn mit dem vom Rat beschlossenen doppelstufigen Vorgehen ist sie erfüllt. Im Übrigen hat die vorberatende Kommission einige Empfehlungen abgegeben. Der Votant kann nun – bildlich gesprochen – den Stafettenstab an Cornelia Stocker bzw. der von ihr präsidierten Kommission weitergeben, der auch einige Mitglieder der bisherigen Kommission angehören. Es geht also effizient vorwärts.
Der Kommissionspräsident dankt den Mitarbeitenden der Finanzdirektion, insbesondere Generalsekretär Martin Bucherer, aber auch dem Vorsitzenden der Gemeindepräsidentenkonferenz, Peter Hausheer, sowie dem Baarer Gemeindepräsidenten Andreas Hotz und dem Zuger Stadtrat und Finanzvorsteher Karl Kobelt. Der Kommissionspräsident kann auch mitteilen, dass die SVP-Fraktion den Kommissionsanträgen zustimmen wird und dem Rat dasselbe empfiehlt.

Motionär **Daniel Stadlin** möchte nicht auf sein sorgfältig vorbereitetes Votum, eine Stadlin'sche Schelte bezüglich ZFA, verzichten. Der Finanzausgleich hat sich für die Nehmergemeinden zu einem äusserst komfortablen Finanzbeschaffungssystem entwickelt. Daran haben die am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Anpassungen aus der ersten Teilrevision nichts Grundlegendes geändert. Ohne ersichtliche Notwendigkeit generiert der Finanzausgleich nach wie vor eine zu hohe Ausgleichs-

summe: Es wird weiterhin zu viel abgeschöpft und umverteilt. Würde es also ausschliesslich bei diesen Anpassungen bleiben, könnte das ursprüngliche Ziel der Revision, die Gebergemeinden substanziell zu entlasten und die Ausgleichssumme zu reduzieren, nicht erreicht werden. Genau darum hat der Votant seine Motion zur Weiterführung der finanziellen Beteiligung des Kantons am Finanzausgleich eingereicht. Es ist ihm bewusst, dass die Finanzausgleichssystematik grundsätzlich so ausgelegt sein muss, dass sie ohne Kantonsbeitrag auskommt. Das ist aber nur möglich, wenn die aus der Finanzausgleichsberechnung resultierenden Beiträge auf ein für die Gebergemeinden verkraftbares Mass reduziert werden.
Die aktuelle Situation ist für die Gebergemeinden nur dank den 4,5 Millionen Franken des Kantons einigermassen erträglich. Fällt diese 2019 weg, wird insbesondere die Stadt Zug wieder tiefrote Zahlen schreiben, während viele Nehmergemeinden weiterhin Überschüsse ausweisen werden. Für den Zusammenhalt des Kantons ist das Gift. Die zweite Teilrevision ist also dringend nötig. Dies im Rahmen des Projekts «ZFA-Reform 2018» zu tun und dabei die Systematik der Finanzierungsberechnung wie auch die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden zu überprüfen, ist sicher richtig. Dabei sollten auch übermässige und weitgehend unbeeinflussbare Zentrumslasten der Stadt Zug berücksichtigt werden. Das könnte durchaus einfach gehalten werden, wie zum Beispiel mit einem Pauschalabzug. Dem Votanten ist bewusst, dass der Lastenausgleich bei den Landgemeinden höchst unpopulär ist. Dennoch: Die Finanzen auszugleichen, ohne dabei auch die Lasten zu berücksichtigen, ist ungerecht. Zug ist auch der einzige Kanton, der keinen Lastenausgleich kennt.
Bei der zweiten Stufe der Teilrevision des Zuger Finanzausgleichs geht es letztlich vor allem um eines: um die Überprüfung und Anpassung der Berechnungssystematik im Finanzausgleichsgesetz mit dem Ziel, die Gebergemeinden weiter zu entlasten. Das hat der Kantonsrat am 30. Januar 2014 dem Regierungsrat in Auftrag gegeben, und das muss auch in der nun darüber hinausgehenden «ZFA-Reform 2018» das zentrale Element bleiben. Man muss aufpassen, dass der zweite Teil der ZFA-Revision nicht auf der Strecke bleibt, nur weil sich zwischenzeitlich die Gemeinden am kantonalen Entlastungsprogramm beteiligen müssen. Das sind zwei verschiedene Sachen, und sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Überprüfung der Aufgabenteilung ja, aber nicht auf Kosten der Gebergemeinden.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er beabsichtigt, nach dem jetzt zur Debatte stehenden Traktandum einen Antrag bezüglich Traktandenliste zu stellen: Er will anschliessend das Traktandum 2 (Überweisung parlamentarischer Vorstösse) behandeln und Sitzung dann beenden. Es lohnt sich nicht, für die zwei verbleibenden kleinen Traktanden nach dem Mittagessen nochmals zusammenzukommen. Der Vorsitzende bittet deshalb, auf lange Voten zu verzichten bzw. dabei die Uhr im Auge zu behalten.

**Philip C. Brunner** nimmt als Kommissionspräsident Stellung zum Votum von Daniel Stadlin. Es war so etwas wie die Magie der Arbeit in der vorberatenden Kommission, dass die Auseinandersetzung zwischen den Nehmer- und Gebergemeinden elegant umschifft werden konnte. Zum Entlastungsprogramm 2015–2018 ist nämlich ein weiteres Element dazugekommen, das Projekt «ZFA-Reform 2018», in das bekanntlich auch die Einwohnergemeinden involviert sind. Dort wird auch die Frage nach den 4,5 Millionen Franken, die der Kanton systemwidrig – da ist sich die Kommission einig – zum ZFA beiträgt, wieder gestellt werden müssen. Es ist aber wichtig, den laufenden Prozess fortzuführen. Da die GLP in der vorberatenden Kommission nicht mitarbeiten konnte, ist der Informationsstand von Daniel Stadlin

vielleicht etwas schlechter als derjenige der Fraktionen. Die Vertreter der Gemeindepräsidentenkonferenz waren auch sehr zufrieden, dass die Kommission zwar Dampf machen, aber nicht mit Motionen oder Ähnlichem den Prozess stören will. Der neue Finanzdirektor oder die neue Finanzdirektorin soll also in einer gewissen Harmonie die entsprechende Auslegeordnung machen können.

**Beat Unternährer** dankt im Namen der FDP-Fraktion einerseits der Regierung und andererseits der vorberatenden Kommission für die übersichtlichen und ausführlichen Berichte. Ziel des ZFA-Gesetzes ist es, die unterschiedliche Steuerkraft der Einwohnergemeinden teilweise auszugleichen und damit eine Annäherung der Steuerfüsse zu fördern. 2012 hielt Ernst & Young in einem Bericht fest, dass die Ziele des ZFA tendenziell erreicht werden konnten. Der ZFA hat also Gemeinden mit relativen Wettbewerbsnachteilen die Möglichkeit gegeben, sich strukturell weiterzuentwickeln. Er hat sich als Grundidee bestens bewährt.
Da sich Gemeinden stetig weiterentwickeln, darf das System des ZFA aber nicht als starr betrachtet werden. Der politische Prozess zeigt ja auch, dass dem nicht so ist. In der Debatte im Kantonsrat am 30. Januar 2014 blieb unbestritten, dass die Gebergemeinden entlastet werden sollen. Aufgrund einer Motion von Gregor Kupper wurde damals beschlossen, die Revision des ZFA-Gesetzes in einem zweistufigen Verfahren abzuwickeln. In einer ersten Teilrevision wurden bereits 2014 Gebergemeinden merklich entlastet. Ein Vorgehensvorschlag der Regierung, genannt «ZFA-Reform 2018», war am 12. November 2015 Gegenstand einer Sitzung der vorberatenden Kommission zu diesem Geschäft. Die «ZFA-Reform 2018» spielt sich vor dem Hintergrund ab, dass sich seit der ersten Teilrevision im Jahre 2014 die Finanzlage des Kantons drastisch verschlechtert hat und im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 mit den Einwohnergemeinden eine Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden beschlossen worden ist. Die FDP-Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass eine weitere Revision des ZFA-Gesetzes nicht ohne Einbezug der Resultate der Diskussion zwischen Kanton und Gemeinden betreffend Aufgabenteilung erfolgen kann. Ebenso ist die FDP-Fraktion entschieden der Ansicht, dass der ganze Prozess der Aufgabenreform zwischen Kanton und Gemeinden zügig vorangehen muss und es bezüglich Lösungsansätzen für eine weitere ZFA-Anpassung keine Scheuklappen geben darf. Vorhandene und noch entstehende Ideen sollen in die Lösungsfindung miteinbezogen werden. Bezüglich *Timing* weist die FDP darauf hin, dass im privatwirtschaftlichen Rahmen Reformierungsprojekte ähnlicher Komplexität allenfalls noch rascher durchgezogen werden. Es ist jedoch festzuhalten, dass ein Vergleich zwischen Privatwirtschaft und Staat oft nicht ganz angemessen ist. Gerade beim Projekt «ZFA-Reform 2018» muss unbedingt auf die Budgetprozesse der Gemeinden Rücksicht genommen werden. Daher begrüsst es die FDP-Fraktion, dass man bei diesem Prozess – wie beim ganzen Entlastungsprogramm – ein sehr strukturiertes Vorgehen mit einem klaren Zeitplan wählt. Die FDP wird sich stark dafür einsetzen, dass man den von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Zeitplan einhalten kann.
Die FDP-Fraktion empfiehlt dem Kantonsrat, den zehn Anträgen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

**Vroni Straub-Müller** spricht für die ALG. Der innerkantonale Finanzausgleich hat – wie der Wirksamkeitsbericht bestätigt – im Grundsatz funktioniert: Die Disparitäten zwischen den Gemeinden sind nicht mehr gar so gross. Nichtsdestotrotz sind Korrekturen angezeigt, will man die Gebergemeinden nicht über Gebühr weiter belasten. Die ALG ist grundsätzlich einverstanden mit dem aufgezeichneten Weg, dass vorderhand nicht am Mechanismus des Finanzausgleichs herumgeschraubt, sondern eine

Aufgabenreform angegangen werden soll. Dies soll sorgfältig, solid und zügig vonstattengehen. Die ALG erwartet von der Auslegeordnung aber, dass klar wird, dass die Bevölkerung gute und zahlbare Leistungen der öffentlichen Hand erwartet und verdient, und dass darum die Aufgaben gemäss Verantwortung und Kompetenz verteilt und nicht einfach gestrichen werden.
Der Empfehlung der Kommission, den Kantonsbeitrag von 4,5 Millionen Franken an den innerkantonalen Finanzausgleich für das Projekt «ZFA-Reform 2018» bis Ende 2018 zu befristen, steht die ALG kritisch gegenüber. Der Zeitplan ist äusserst ambitioniert. Damit die Gemeinden ihren Budgetprozess einhalten können, muss das Projekt zwingend im Mai, spätestens im Juni 2018 abgeschlossen sein, sonst reicht es für eine Budgetierung für 2019 nie und nimmer. Hier könnten noch Stolpersteine im Weg liegen. Aus diesem Grunde hätte es die ALG lieber gehabt, wenn man sich an die mit Kanton und den Gemeinden getroffene Vereinbarung gehalten hätte. Die 4,5 Millionen Franken an die Gebergemeinden sind nach Meinung der ALG auch nicht systemwidrig, wie es in der Kommission mehrmals postuliert wurde. Diese Entlastung kam auf demokratischem Weg – in Form einer Vereinbarung – zustande, sie ist also durchaus demokratisch legitimiert. Aber den endgültigen Entscheid zu diesem Thema fällt ja dann die Kommission Entlastungspaket 2, die Votantin kann heute also noch gelassen bleiben.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Die Ausgangslage stellt sich – wie der Kommissionspräsident schon ausgeführt hat – weitaus einfacher dar, als ursprünglich gedacht: Der Rat diskutiert nun über die Wirksamkeit des ZFA nicht *à fonds;* es geht lediglich um einen Zwischenhalt; die Herkulesaufgabe steht noch bevor. Der Kanton und die Einwohnergemeinden nehmen eine vertiefte Analyse vor, um die Aufgaben, die Kompetenzen und Verantwortungen in horizontaler und vertikaler Hinsicht zu entflechten. Damit würde die Motion der SP-Fraktion vom 9. Juni 2015 umgesetzt.
Die SP-Fraktion unterstützt auch die weiteren Anträge der Regierung und der vorberatenden Kommission. Sie wertet es als erfreulich, wie ein Konsens zum weiteren Vorgehen gefunden werden konnte; dass noch Stolpersteine im Weg liegen können, wurde bereits gesagt. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten, insbesondere auch den Einwohnergemeinden, für die aktive Mitgestaltung.

**Silvia Thalmann** kann es kurz machen: Die CVP unterstützt ebenfalls die Anträge der vorberatenden Kommission. Zum heutigen Zeitpunkt macht es tatsächlich keinen Sinn, dass sich der Kantonsrat vertieft mit dem Mechanismus des Zuger Finanzausgleichs befasst und über Sockelbeiträge, Abschöpfungsquote oder eine neutrale Zone debattiert. Denn ausgelöst durch den Spardruck sind nun der Kanton und die Gemeinden am Zug. Sie werden eine zweite Zuger Finanz- und Aufgabenreform vornehmen. Liegen die Ergebnisse vor, wird zuerst eine kantonsrätliche Kommission und anschliessend der Rat diese beraten können.
Wie die Kommission kommt auch die CVP-Fraktion zum Schluss, dass Kanton und Gemeinden sich *rasch* an die Arbeit machen sollten. Die Beschränkung des ZFA-Beitrags des Kantons von 4,5 Millionen Franken auf den 31. Dezember 2018 soll deshalb beibehalten werden. Indem die Frist für die Vorstösse ebenfalls auf diesen Zeitpunkt verlängert wird, wird der Kantonsrat 2018 die Möglichkeit erhalten, sich erstmals nach dessen Einführung vertieft mit der Wirkung des Zuger Finanzausgleichs auseinandersetzen zu können. Aufgrund dieser Überlegungen empfiehlt die CVP, den Anträgen der vorberatenden Kommission zu folgen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** dankt für die gute Arbeit in der vorberatenden Kommission und die schnelle Berichterstattung zuhanden des Rats. Mit seinem Bericht und Antrag hat der Regierungsrat eine Aufgabe erfüllt, die aus dem ersten Wirksamkeitsbericht zum ZFA resultierte: Am 30. Januar 2014 beschloss der Kantonsrat ja die Sofortmassnahmen und beauftragte den Regierungsrat, den Rat fundiert über alle denkbaren Varianten zum ZFA-System zu informieren. Das ist nun geschehen, wobei sich zwischenzeitlich eine weitere Türe geöffnet hat, indem es die Gemeinden in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm 2015–2018 ablehnten, neue Aufgaben quasi direkt übertragen zu erhalten; vielmehr sollte eine umfassende Auslegeordnung, quasi die «ZFA-Reform 2018», an die Hand genommen werden. Es wurde vorhin mehrfach gefordert, dass dies zügig geschehen soll. Der Finanzdirektor kann zusichern, dass dem so ist. Der Regierungsrat hat bereits die Struktur und Organisationsform des Projekts festgelegt, aktuell ist er an der Erarbeitung des Projektauftrags. Dieser soll im nächsten Februar erteilt werden, und im Verlaufe des nächsten Jahres soll dann die vertiefte Arbeit auf Ebene Kanton und Gemeinden erfolgen, mit dem Ziel, die Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortung und Finanzierung der richtigen bzw. besten Stelle zuzuweisen. Damit sollen weiterhin gute Leistungen der öffentlichen Hand im Kanton Zug gewährleistet werden, bei optimaler Verteilung und finanziell tragbar.
Die vorberatende Kommission hat verschiedene Anträge gestellt, welchen sich der Regierungsrat anschliessen kann. Das gilt sowohl für den Antrag, «ZFA» auszuschreiben, als auch für den Antrag, die Motion Camenisch/Stocker/Landtwing/Andermatt/Dübendorfer Christen noch nicht abzuschreiben, sondern nach der Neuverteilung der Aufgaben noch alle möglichen Finanzierungsvarianten zu überprüfen. Die weiteren Motionen gehen in eine ähnliche Richtung, und auch den diesbezüglichen Anträgen der Kommission kann der Regierungsrat zustimmen.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass bezüglich der Anträge anhand der Systematik des Kommissionsberichts vorgegangen wird.

**Antrag 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag auf Eintreten bereits erledigt wurde.

**Antrag 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, im Antrag 1 des Regierungsrats die Abkürzung «ZFA» zu ersetzen durch «Gesetz über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz, FAG)». Die Regierung hat sich diesem Antrag nachträglich angeschlossen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Antrag 3**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission in ihrem Bericht der Arbeitsgruppe «ZFA-Reform 2018» dringend empfiehlt, den vorgegebenen Zeitplan einzuhalten.

➔ Der Rat nimmt diese Empfehlung stillschweigend zur Kenntnis.

**Antrag 4**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission der Ad-hoc-Kommission Entlastungsprogramm 2015–2018 empfiehlt, im Finanzausgleichsgesetz den Kantonsbeitrag von 4,5 Millionen Franken an den innerkantonalen Finanzausgleich für das Projekt «ZFA-Reform 2018» bis Ende 2018 zu befristen.

➔ Der Rat nimmt diese Empfehlung stillschweigend zur Kenntnis.

**Antrag 5**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, der Ad-hoc-Kommission Entlastungsprogramm 2015–2018 zu empfehlen, der Arbeitsgruppe «ZFA-Reform 2018» den im Kommissionsbericht auf Seite 7 aufgeführten Zeitplan verbindlich vorzugeben.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Antrag 6**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, die Motion Camenisch/Stocker/Landtwing/Andermatt/Dübendorfer Christen (Vorlage 2129.1) entgegen dem Antrag des Regierungsrats im Rahmen des Projekts «ZFA-Reform 2018» unter Fristerstreckung bis 31. Dezember 2018 zu überprüfen. Der Regierungsrat schliesst sich nachträglich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Antrag 7**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission und der Regierungsrat beantragen, den zweiten Teil (Stufe 2) der Motion Kupper (Vorlage 2355.1) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt den zweiten Teil der Motion Kupper stillschweigend als erledigt ab.

**Antrag 8**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission und der Regierungsrat beantragen, die Motion Stadlin (Vorlage 2506.1) im Rahmen des Projekts «ZFA-Reform 2018» unter Fristerstreckung bis 31. Dezember 2018 zu überprüfen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats.

**Antrag 9**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission und der Regierungsrat beantragen, die Motion Lötscher (Vorlage 2516.1) im Rahmen des Projekts «ZFA Reform 2018» unter Fristerstreckung bis 31. Dezember 2018 zu überprüfen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats.

**Antrag 10**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission und der Regierungsrat beantragen, die Motion der SP-Fraktion (Vorlage 2523.1) im Rahmen des Projekts «ZFA-Reform 2018» unter Fristerstreckung bis 31. Dezember 2018 zu überprüfen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat abgeschlossen. Die Staatskanzlei wird das Geschäftsverzeichnis nachführen.

## 322 Änderung der Traktandenliste

Wie angekündigt, stellt der **Vorsitzende** den **Antrag,** nun Traktandum 2 (Überweisungen) zu behandeln und die Sitzung danach zu beenden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**323** Traktandum 2.1: **Interpellation von Hubert Schuler betreffend Ausschreibung der Mandatsführung für Kinder und Jugendliche**
Vorlage: 2571.1 - 15050 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**324** Traktandum 2.2: **Interpellation von Beat Unternährer betreffend Integration von Flüchtlingskindern in die Volksschule**
Vorlage: 2573.1 - 15055 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**325** Traktandum 2.3: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Ausbau Stadtbahn Zug**
Vorlage: 2574.1 - 15058 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**326** Traktandum 2.4: **Oberaufsichtsbeschwerde gegen die Ombudstelle**

Der **Vorsitzende** informiert, dass am 1. Dezember 2015 bei der Staatskanzlei eine Oberaufsichtsbeschwerde gegen die Ombudsstelle eingegangen ist. Gemäss § 19 Abs. 2 Ziff. 3 der Geschäftsordnung prüft die Justizprüfungskommission diese Eingabe, soweit sie zuständig ist. Gegebenenfalls leitet sie die Eingabe an die zuständige Behörde weiter. Die Justizprüfungskommission erstattet dem Kantonsrat dazu Bericht und Antrag.

Die Traktanden 6 und 7 werden nicht mehr beraten.

**327 Verabschiedung von ALG-Fraktionschef Stefan Gisler**

Kantonsratspräsident **Moritz Schmid** richtet folgende Worte an den aus dem Rat scheidenden ALG-Fraktionschef Stefan Gisler:
«Lieber Stefan, nach dreizehn Jahren Kantonsrat für die Alternativen – Die Grünen willst Du Dein Leben neu gestalten und verlässt den Kanton Zug Richtung Grossstadt. Dein Wegzug aus unserem Kanton hinterlässt in Deiner Partei und Deiner Fraktion sicher eine grosse Lücke. Deine konsequente Politik machte Dich für uns alle kalkulier- und berechenbar, wenn auch nicht immer bequem. Bei aller gesunden Skepsis, ob Benachteiligte wirklich benachteiligt sind oder nur so tun, zeigst Du ein ausgeprägtes Solidaritätsbewusstsein. Deine Politik ist glaubwürdig und verlässlich. Du hast immer versucht, eine Lösung zu erzielen, zu welcher alle Ja sagen könnten – und bei der dennoch schlussendlich die rechtsbürgerliche Politik obsiegt. Stefan, Du wohnst im alten Stadtteil von Zug, im sogenannten Dorf, und hast am 24. November 2011 in der «Wochenzeitung» geschrieben: «Wer weiss, wie lange ich noch hier bleiben kann?» Heute scheint die Zeit gekommen, um Dich vom Zuger Parlament und von der kantonsrätlichen Fussballmannschaft, aber auch von Zug zu verabschieden. Vielen Dank, geschätzter Stefan, für die Arbeit, die Du im Zuger Parlament für den Kanton Zug geleistet hast. Ich wünsche Dir an Deiner neuen Wirkungsstätte viel Erfolg und Genugtuung, frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr.» *(Der Rat applaudiert.)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass nach der heutigen Kantonsratssitzung Anastas Odermatt das Amt des ALG-Fraktionschefs übernimmt. Er heisst ihn im Büro des Zuger Kantonsrats herzlich willkommen.

**328 Nächste Sitzung**

Donnerstag, 28. Januar 2016 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** wünscht allen Ratsmitgliedern und ihren Familien frohe Festtage, ein gutes neues Jahr und beste Gesundheit.

**Protokoll des Kantonsrats**

23. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 28. Januar 2016 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 12.15 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 26. November und 10. Dezember 2015
3. Kantonsratsersatzwahl in der Stadt Zug:
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Susanne Giger
3.2. Ablegung des Eids oder des Gelöbnisses durch Susanne Giger
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
4.1. Motion von Manuel Brandenberg, Jürg Messmer, Karl Nussbaumer, Moritz Schmid, Beat Sieber und Thomas Villiger betreffend Aufhebung der Schenkungssteuer
4.2. Interpellation von Pirmin Frei, Daniel Abt und Walter Birrer betreffend Folgen einer Ablehnung des Gotthard-Sanierungstunnels und Auswirkungen auf den Kanton Zug
4.3. Interpellation von Silvan Renggli, Daniel Thomas Burch und Jean-Luc Mösch betreffend Vorgehen des Kantons Zug bzw. der Zentralschweiz bei der Anbindung an den Innovationspark Schweiz
4.4. Interpellation von Andreas Etter betreffend Smart City
5. Kommissionsbestellungen
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2015 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR
7. Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart»: 2. Lesung
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit 2016–2021 für die Umsetzung der ersten Phase des Massnahmenplans Ammoniak 2016–2030: 2. Lesung
9. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB; BGS 211.1) vom 17. August 1911, Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen
11. Geschäfte, die am 10. Dezember 2015 nicht behandelt werden konnten:
11.1. Postulat der Fraktionen der CVP und der FDP betreffend Sistierung der interkantonalen Zusammenarbeit des Kantons Zug bis zu einer gesetzeskonformen Umsetzung des Nationalen Finanzausgleichs NFA
11.2. Interpellation von Willi Vollenweider und Philip C. Brunner betreffend die Armee-Halbierung «WEA» gefährdet die Sicherheit auch im Kanton Zug

12. Motion von Silvan Hotz betreffend Umsetzung der Strategie 2015–2018 «Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium» und Überprüfung des Langzeitgymnasiums im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018
13. Motion von Jürg Messmer, Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Änderung des Gemeindegesetzes des Kantons Zug, insbesondere § 106 Abs. 1
14. Motion der SVP-Fraktion betreffend Stärkung der Unabhängigkeit und der Legitimation der Staatsanwälte durch Parlamentswahl
15. Interpellation von Andreas Hostettler, Monika Weber, Peter Letter, Karen Umbach und Beat Unternährer betreffend Integratives Schulmodell im Kanton Zug
16. Interpellation von Michele Kottelat betreffend: Wie kann der Respekt im Kanton Zug gefördert werden?
17. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus
18. Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Projekt FOKUS (Verwaltungszentrum 3, Hauptstützpunkt ZVB)
19. Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionen-Streichung

## 329 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle und Vroni Straub-Müller, Zug; Andreas Meier, Oberägeri; Pirmin Andermatt, Beni Riedi und Heini Schmid, Baar; Karin Andenmatten-Helbling und Beat Unternährer, Hünenberg; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 330 Mitteilungen

Heute gilt jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

An der letzten Kantonsratssitzung wurde über den Eingang einer Oberaufsichtsbeschwerde gegen die Ombudsstelle informiert. Infolge Beschwerderückzugs ist das Verfahren gegenstandslos geworden. Das Geschäft wurde von der Geschäftskontrolle des Kantonsrats abgeschrieben.

Der Generalsekretär der Vereinigten Bundesversammlung hat dem Regierungsrat mit Schreiben vom 22. Dezember 2015 mitgeteilt, dass der Standesinitiative zur Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer im Bundesparlament keine Folge gegeben wurde. Unser Parlamentsdienst hat diesen Brief und die Auszüge aus dem Amtlichen Bulletin des Bundes im Kantonsrats-Tool unter der Vorlage 2147 aufgeschaltet.

Am 17. Januar 2016 fand die Ergänzungswahl für den Regierungsrat statt. Der Vorsitzende beglückwünscht Martin Pfister zur Wahl in die kantonale Exekutive und gratuliert Zari Dzaferi zu seinem Resultat. Es ist vorgesehen, dass der Kantonsrat die Validierung der Ergänzungswahl sowie die Vereidigung von Martin Pfister am 25. Februar 2016 vornimmt.

Finanzdirektor Peter Hegglin hat heute im Kantonsrat keine Geschäfte zu vertreten. Da er eine Kommissionssitzung in Bern hat, ist er für diese Kantonsratssitzung entschuldigt.

TRAKTANDUM 1

**331 Genehmigung der Traktandenliste**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Traktandum 10 (Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem) in jedem Fall erst in der Nachmittagssitzung beraten wird, weil Kommissionspräsident Heini Schmid am Morgen verhindert ist.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Traktandenliste mit der oben erwähnten Änderung.

TRAKTANDUM 2

**332 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 26. November und 10. Dezember 2015**

Im Protokoll der Nachmittagssitzung vom 26. November 2015, Seite 631, hat ein Missverständnis zu einer ungewollten Formulierung geführt. Anastas Odermatt wollte bei seinem Vergleich mit dem Sport auf einen «Nuller» hinweisen, im Protokoll aber ist die Rede von einem «Müller». Die Staatskanzlei wird dieses sprachliche «Eigentor» im verbindlichen Protokoll korrigieren.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis von der oben erwähnten Korrektur und genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 26. November und 10. Dezember 2015 ohne weitere Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Kantonsratsersatzwahl in der Stadt Zug:**

**333** Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Susanne Giger**
Vorlage: 2579.1 - 15070 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) über die Ersatzwahl von Susanne Giger für den per 31. Dezember 2015 zurückgetretenen Kantonsrat Stefan Gisler befindet; Susanne Giger ist im Saal. Es gibt keine anders lautenden Anträge als diejenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Susanne Giger.

Der **Vorsitzende** gratuliert der neu gewählten Kantonsrätin. Diese tritt ihr Amt sofort an.

**334** Traktandum 3.2: **Ablegung des Eids oder des Gelöbnisses durch Susanne Giger**

Susanne Giger möchte den Eid ablegen. Der **Vorsitzende** bittet sie, nach vorne zu treten. Der Rat erhebt sich. Der Landschreiber liest die Eidesformel. Susanne Giger spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst Susanne Giger herzlich willkommen im Kantonsrat und wünscht ihr viel Energie und Befriedigung bei ihrer politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**335** Traktandum 5.1: **Kommission für Hochbau**

Anstelle von Stefan Gisler soll Susanne Giger für die ALG in die Kommission für Hochbau gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**336** Traktandum 5.2: **Kommission für Tiefbau und Gewässer**

Anstelle von Andreas Lustenberger soll Susanne Giger für die ALG in die Kommission für Tiefbau und Gewässer gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**337** Traktandum 5.3: **Engere Staatswirtschaftskommission**

Kantonsratsvizepräsident Thomas Lötscher hat sich aufgrund des Dikasterienwechsels im Regierungsrat, der wegen der jeweiligen Parteizugehörigkeiten auch eine Neuzusammensetzung der Delegationen der Staatswirtschaftskommission nach sich zieht, sowie im Hinblick auf sein künftiges Amt als Kantonsratspräsident entschlossen, aus der engeren Staatswirtschaftskommission auszutreten. An seiner Stelle soll neu Beat Unternährer für die FDP in dieser Kommission Einsitz nehmen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

**338 Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2015 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR**
Vorlage: 2578.1 - 15069 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 21 Abs. 4 GO KR die Konkordatskommission dem Kantonsrat jährlich eine Aufstellung der behandelten Geschäfte zur Kenntnisnahme vorlegt. Die Kenntnisnahme durch den Kantonsrat erfolgt mittels Kantonsratsbeschluss. Der vorliegende Bericht ist der erste dieser Art, weil die Rechtsgrundlage erst seit dem 18. Dezember 2014 besteht.

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, teilt mit, dass sich die Konkordatskommission in ihrem Bericht nicht auf die Einspruchverfahren beschränkt, sondern auch die Konkordatsgeschäfte auflistet, welche im Kantonsrat behandelt wurden oder noch behandelt werden.
Die Abgrenzung zwischen Verwaltungsvereinbarung und Konkordat kann gelegentlich schwierig sein. Es geht dabei insbesondere um die Frage, welches Gremium die Kompetenz hat, die entsprechende Vereinbarung abzuschliessen: der Regierungsrat oder der Kantonsrat? Wenn die Konkordatskommission bei einem Einspruchverfahren zum Schluss kommt, die Kompetenz liege beim Kantonsrat, heisst das nicht, dass sie mit dem Geschäft an sich einverstanden ist. Es geht lediglich – aber immerhin – um die Frage der Kompetenz.
Im Übrigen verweist der Votant auf den Bericht der Konkordatskommission. Diese beantragt einstimmig, vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Abschliessend dankt der Kommissionspräsident den Mitgliedern der Kommission für die Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank geht an Rita Weiss, die das Sekretariat führt und deren Arbeit der Kommissionspräsident sehr schätzt.

➔ Der Rat nimmt die Aufstellung der von der Konkordatskommission im Jahr 2015 behandelten Geschäfte zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 7

**339 Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart»: 2. Lesung**
Vorlage: 2518.3 - 15064 (Antrag der Alternativen-Grünen, CVP- und SP-Fraktion, der Mitglieder der GLP sowie von Peter Letter, Karen Umbach, Thomas Gander, Beat Unternährer und Daniel Stuber zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung der Antrag eingegangen ist, die Gesetzesinitiative abzulehnen und ihr, gestützt auf § 35 Abs. 6 der Kantonsverfassung vom 31. Januar 1894, den folgenden Gegenvorvorschlag gegenüberzustellen:
«§ 14 Schulgesetz
Abs. 4 (neu) Im Kindergarten wird grundsätzlich Mundart gesprochen.
Abs. 5 (neu) In der Primar- und Sekundarstufe wird grundsätzlich Standardsprache gesprochen.»

**Anna Bieri** hält als Vertreterin der Antragstellenden fest, dass diese – quer durch die unterschiedlichen Fraktionen – folgendes Fazit aus der Diskussion in der ersten Lesung ziehen:
- Der Anspruch, die Mundart zu pflegen und dadurch zu schützen, ist in sämtlichen Parteien unbestritten.

- Die Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart» der SVP weist erhebliche Mängel auf, die für die Bildung der Kinder und das beabsichtigte Ziel der Mundartförderung kontraproduktiv wären.
- Die Antragssteller sind sich einig, dass ein solches Anliegen nicht in ein Gesetz gehört.

Die Antragstellenden sind bereit, ihren Anspruch 3 zu opfern, um Punkt 1 zu genügen und den unverzeihbaren Fehler gemäss Punkt 2 zu beheben. Das heisst: Da sie das Anliegen der Wichtigkeit der Mundart anerkennen, bieten sie Hand für einen weitsichtigen Kompromiss. Aber sie wollen das unüberlegte Bildungsverbot der Initiative verhindern. Die Idee der Initiative war gut, die Umsetzung aber hat Verbesserungspotenzial, und dieses wird mit dem Gegenvorschlag ausgeschöpft. Die Antragsteller bieten der Bevölkerung die Möglichkeit, auf derselben Ebene zwischen dem Vorschlag der Initianten und dem bildungspolitisch breit abgestützten Gegenvorschlag zu entscheiden, wie der Mundart am besten Rechnung getragen werden soll. Sie sind überzeugt, mit dem Gegenvorschlag nicht nur einen ehrlichen und cleveren Kompromiss, sondern auch eine adäquate Gewichtung der Mundart in einem bildungsfreundlichen Stil vorzulegen – also *de Föifer und s Weggli.* Im Namen der Antragstellenden und der geschlossenen CVP-Fraktion dankt die Votantin für die Ablehnung der SVP-Initiative und die Unterstützung des Antrags auf einen Gegenvorschlag.

**Martin Pfister,** Präsident der Bildungskommission, teilt mit, dass sich die Bildungskommission am 11. Januar 2016 zu einer Kurzsitzung getroffen hat, um ihre Meinung zum vorliegenden Antrag auf die zweite Lesung abzustimmen. Die Kommission stimmt mit 8 zu 4 Stimmen dem Gegenvorschlag zu, der von verschiedenen Mitgliedern der Bildungskommission lanciert wurde. Für den Gegenvorschlag spreche insbesondere die abstimmungstaktische Überlegung, dass die Stimmbevölkerung auf gleicher Ebene über die beiden sich stellenden Fragen abstimmen könne. Zwar teilt die Mehrheit der Kommission die Meinung des Regierungsrats, dass stoffinhaltliche Fragen eigentlich nicht im Gesetz geregelt werden sollten. Materiell sollten jedoch den Stimmbürgerinnen und -bürgern diejenigen Fragen gestellt werden, um die es tatsächlich geht. Der Gegenvorschlag entspricht genau der Regelung, die der Bildungsrat bei einer Ablehnung der Initiative beschliessen würde. Es geht bei dieser Fragestellung inhaltlich nicht um die Frage «Ja oder Nein zur Mundart» sondern darum, wie weit man mit der Forcierung der Mundart im Kindergarten und in den ersten Schuljahren gehen möchte. Hier glaubt die Kommissionsmehrheit, dass der Gegenvorschlag sowohl der Stärkung der Mundart in der Schule als auch den berechtigten Bemühungen, die Schulkinder die Schriftsprache zu lehren, besser gerecht wird als die Initiative. Über den Grundsatz, dass im Kindergarten zur Hauptsache Mundart gesprochen werden soll, besteht offensichtlich ein Konsens. In diesem Sinn empfiehlt die Bildungskommission mehrheitlich, dem Gegenvorschlag zuzustimmen und am Entscheid der ersten Lesung festzuhalten, die SVP-Initiative abzulehnen.

Mit diesem kurzen Votum verabschiedet sich der Votant nach genau fünf Jahren als Präsident der Bildungskommission. Er ist überzeugt, dass die Einführung der Bildungskommission der gestiegenen Bedeutung der politischen Diskussion über Bildungsfragen Rechnung trägt und die Qualität der der bildungspolitischen Auseinandersetzung im Kantonsrat stärkt. Er dankt dem Rat für sein Vertrauen und ruft ihn auf, auch weiterhin Sorge zu tragen zu einer Bildung im Kanton Zug, die höchsten Ansprüchen genügt. Und zum Schluss: Eine gut gebildete Bevölkerung ist auch eine gesündere Bevölkerung.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Die Mundartinitiative der SVP will ein gesetzliches Verbot von Hochdeutsch im Kindergarten und eine gesetzlich festgelegte Mundartpflicht in gewissen Fächern in der Primarschule. Die Initiative wurde in der ersten Lesung sehr deutlich mit 56 zu 18 Stimmen abgelehnt, auch von der FDP-Fraktion. Diese klare Ablehnung kommt daher, dass diese gesetzlichen Verbote unnötig sind und die heutige Praxis bewährt und sinnvoll ist: Im Kindergarten wird mehrheitlich Mundart und in der Primarschule mehrheitlich Hochdeutsch gesprochen. Zwischenzeitlich ist auch klar, dass der Bildungsrat diese bewährte Praxis im Schulreglement festlegen will. Mit dieser Regelung wird der grossen Bedeutung der Mundart Rechnung getragen. Trotzdem sind die Initianten nicht bereit, ihre Initiative zurückzuziehen. Immerhin: Eine Durchsetzungsinitiative dazu wurde noch nicht angedroht. Also geht es im nächsten Schritt darum, den Abstimmungskampf vorzubereiten.
Eigentlich widerstrebt es der liberalen Einstellung der FDP, etwas ins Gesetz zu schreiben, was nicht notwendig ist. Und eigentlich sollte die Kompetenz zur Festlegung der Lehrpläne in der Kompetenz des Bildungsrats liegen. Zweifellos werden die Initianten im Abstimmungskampf zu argumentieren versuchen, wer gegen die Initiative sei, sei gegen die Mundart. Die FDP möchte jedoch den Stimmbürgern einen ehrlichen Vorschlag unterbreiten. Diese sollen klar zwischen den Varianten Initiative oder Gegenvorschlag entscheiden können.
Die FDP ist überzeugt, dass die Mundart ein wesentlicher Teil der Identität ist und gepflegt werden soll. Eine gesetzliche Mundartpflicht weist aber in die falsche Richtung. Die FDP will keine rückwärtsgerichtete Bildungspolitik. Die Schule von heute sollte die Kinder auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten. Dazu gehört auch die Kompetenz, mündlich und schriftlich in Hochdeutsch zu kommunizieren. Insbesondere im auf internationale Kunden ausgerichteten Wirtschaftsstandort Zug ist dies ein wichtiger Wettbewerbsfaktor beim Berufseintritt.
Die FDP-Fraktion spricht sich einstimmig gegen die Mundartinitiative der SVP aus. Sie steht voll hinter der aktuellen Praxislösung. Sie unterstützt den Gegenvorschlag grossmehrheitlich.

**Rita Hofer** spricht für die ALG und legt ihre Interessenbindung vor: Als Fachlehrerin für Textiles Gestalten/Hauswirtschaft auf der Oberstufe ist sie von der Initiative direkt betroffen. Deren Annahme würde bedeuten, dass sie den Unterricht nur noch in Mundart führen dürfte.
Wenn man Rückenschmerzen hat, geht man nicht zum Schlosser; wenn eine Bohrmaschine defekt ist, sucht man keinen Apotheker auf, und eine zerbrochene Fensterscheibe wird nicht in der Autogarage repariert. Es ist klar und logisch, dass man die entsprechende Fachperson sucht, um ein Problem fachgerecht zu beheben. Nur auf die Schule scheint diese Logik nicht zuzutreffen: Da wissen es alle, da können alle mitreden, und alle sind plötzlich Fachleute.
Mit der Initiative der SVP können die Lehrpersonen ihre Eigenverantwortung bezüglich Gebrauch der Mundart und Standardsprache nicht wahrnehmen. Mit dem Zwang der Initiative ist es im Kindergarten nicht möglich, Aufträge in der Standardsprache zu vermitteln, damit diese auch von Kindern verstanden werden, die nicht Schweizerdeutsch als Erstsprache haben. Es ist auch nicht möglich, dass Lehrpersonen situativ entscheiden können, wann ein Input in der Standardsprache angebracht wäre. Dass bestimmte Fächer nicht in der Standardsprache unterrichtet werden sollen, ist etwas seltsam. Es besuchen nämlich die gleichen Kinder den Unterricht in allen Fächern, und sie alle sollten die Aufgaben verstehen können, die an sie gestellt werden – auch im Fachunterricht. Mit der gesetzlichen Umsetzung der Initiative würde auch eine Aussage über die Gewichtung der Fächer gemacht:

In welchen Fächern ist es denn wichtig bzw. nicht wichtig, dass Standardsprache gesprochen wird?
Der Bildungsrat hat die Argumente im Sinne der Förderung der sprachlichen Kultur bereits aufgenommen und in Aussicht gestellt, dass Mundart und Standardsprache gleichwertig im Lehrplan 21 berücksichtigt werden. Eigentlich wäre damit die Sache geklärt, die SVP erfolgreich – und die Initiative überflüssig. Eine Volksabstimmung wird die Bevölkerung vor allem verunsichern und wohl zu einer sehr emotionalen Angelegenheit werden. Das ist der Sache nicht dienlich. Mit einem Gegenvorschlag wird dem Volk die Möglichkeit zu einer sachlicheren Diskussion geboten. Die ALG unterstützt deshalb den Antrag auf einen Gegenvorschlag und lehnt die SVP-Initiative ab.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und betont – wie bereits in der ersten Lesung –, dass die SVP mit dieser Initiative ein wichtiges und gleichzeitig emotionales Anliegen aufgenommen hat. Die Mundart gehört zur schweizerischen Kultur und ist Teil der Schweizer Identität. Das bestreitet wohl niemand. Deshalb soll die Mundart auch einen Teil der Unterrichtsprache ausmachen. Die SP-Fraktion und auch andere Fraktionen sind der SVP einen Schritt entgegengekommen und möchten ein flexibles Nebeneinander von Mundart und Standardsprache in der Schule festschreiben. Die SP-Fraktion ist sogar bereit, das ins Gesetz aufzunehmen – obwohl sie überzeugt ist, dass es nicht ins Gesetz gehört. Somit erreichen die Initianten ihr Ziel, noch bevor das Volk überhaupt über die Initiative abstimmen kann.
Der SP-Fraktion ist ein flexibles Nebeneinander von Mundart und Standardsprache wichtig. Es macht keinen Sinn, die Standardsprache aus dem Kindergarten zu verbannen und den Unterricht nur in Mundart zu halten. Es macht auch keinen Sinn, die Mundart nur für einzelne Fächer festzuschreiben. Damit hilft man weder den Kindern beim Erwerb der Grundkenntnisse in der deutschen Sprache, noch trägt man etwas zur Integration bei.
Die Grundsatzdiskussion über Mundart und Standardsprache im Unterricht war sinnvoll, und das Parlament hat einen breit abgestützten Konsens in dieser Frage gefunden. Weder soll es im Kindergarten verboten sein, ab und zu Standardsprache zu sprechen, noch soll Mundart an bestimmte Fächer gekoppelt werden. Das ist ein sinnvoller Kompromiss, der auch in der Praxis gelebt wird. Der Votant hofft, dass seine Kollegen auf der rechten Ratsseite dies ebenso sehen und ihre Initiative zurückziehen. Niemand hat etwas davon, wenn die Mundart als einzige Sprache für den Kindergarten und für einzelne Fächer in der Primarstufe festgeschrieben wird. Die von der SVP beabsichtigte Regelung führt einmal mehr zu einen unnötigen Gesetz. Die SVP nimmt für sich in Anspruch, sich für mehr Eigenverantwortung und weniger Gesetze einzusetzen. Auch im vorliegenden Fall gilt es, auf die Eigenverantwortung der Lehrpersonen zu vertrauen und kein unnötiges und so starres Gesetz zu schaffen. Die SP-Fraktion lehnt die Initiative der SVP ab und plädiert einstimmig für den Gegenvorschlag.

**Beat Sieber** teilt mit, dass die SVP-Fraktion von der Sache her weder auf den Gegenvorschlag noch beispielsweise auf die *Seven Thinking Steps* von Anna Bieri eingeht, sondern sich damit begnügt, festzustellen, dass ihre Initiative offensichtlich so ernst genommen wurde, dass sich namhafte Exponenten verschiedener Parteien bemüssigt fanden, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten – obgleich dieselben Leute die SVP massiv kritisierten, weil diese eine Gesetzesinitiative lanciert hat. Jetzt tun sie das Gleiche.
Selbstverständlich hält die SVP-Fraktion an ihrer Initiative fest. Das Volk darf entscheiden, welche Version seinem Verständnis von Bildungsfreundlichkeit entspricht.

Deshalb hat die SVP ihre Initiative nicht zurückgezogen – und ist gespannt, wie der «Experte Volk» bezüglich Bildung entscheidet.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass in der Sache nichts Neues hinzugekommen ist. Zu abstimmungstaktischen Überlegungen kann er sich namens des Regierungsrats nicht äussern, das ist Sache der Fraktionen und Parteien.
Der Bildungsdirektor hat den Bildungsrat in dessen gestriger Sitzung über den Gegenvorschlag informiert. Zum einen ist es erfreulich, dass die Regelung des Bildungsrats so viel Anklang findet; zum anderen ist zu ergänzen, dass der Bildungsrat am 2. Dezember 2015 im Nachgang zu ersten Beratung der Mundartinitiative entschied, die Reglementsanpassung voranzutreiben. Das wäre natürlich auch abstimmungstaktischer Natur gewesen, zumal der entsprechende Termin in der Beratung im Parlament explizit erfragt wurde. Mit dem heutigen Beschluss für einen Gegenvorschlag wird dieser Aspekt aber hinfällig.
Fazit: Der Regierungsrat hält an seiner Beurteilung der Lage und seinen Anträgen fest.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die Schlussabstimmung zur Gesetzesinitiative folgt. Bei Ablehnung der Gesetzesinitiative muss der Rat anschliessend über den Gegenvorschlag abstimmen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat lehnt die Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart» mit 51 zu 16 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest: Da der Rat die Gesetzesinitiative abgelehnt hat, muss er dem Volk gemäss § 35 Abs. 6 der Kantonsverfassung die Verwerfung des Begehrens beantragen oder einen Gegenvorschlag in Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfs gegenüberstellen. Es liegt ein Antrag für einen Gegenvorschlag vor.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 zu 17 Stimmen, dem Stimmvolk den Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist das Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Der **Vorsitzende** erläutert das weitere Vorgehen: Da der Kantonsrat die Gesetzesinitiative abgelehnt hat, ist gemäss § 35 Abs. 5 der Kantonsverfassung innert sechs Monaten seit der Schlussabstimmung eine Volksabstimmung über das Begehren durchzuführen. Findet innert drei Monaten nach Ablauf dieser Frist ein eidgenössischer oder kantonaler Urnengang statt, kann die Abstimmung mit diesem zusammengelegt werden. Der Regierungsrat beabsichtigt, die Volksabstimmung am 25. September 2016 durchzuführen.

TRAKTANDUM 8

340 **Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit 2016–2021 für die Umsetzung der ersten Phase des Massnahmenplans Ammoniak 2016–2030: 2. Lesung**
Vorlage: 2501.5 - 15062 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 66 zu 1 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist damit für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 9

341 **Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB; BGS 211.1) vom 17. August 1911 – Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen**
Vorlagen: 2476.1 - 14867 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2476.2 - 14868 (Antrag des Regierungsrats); 2476.3/3a/3b - 15052 (Bericht und Antrag der Kommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt:
- auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen;
- die Motion von Kurt Balmer betreffend Anpassung der zivilrechtlichen Nachbarrechtsbestimmungen im Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (Vorlage 2077.1) erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Die vorberatende Kommission beantragt:
- auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen;
- die Motion von Kurt Balmer als erledigt abzuschreiben.

Die Staatswirtschaftskommission hat die Vorlage nicht beraten, weil sie keine Auswirkungen auf die Staatsrechnung hat.

EINTRETENSDEBATTE

**Karl Nussbaumer,** Präsident der vorberatenden Kommission, erinnert daran, dass eine teilerheblich erklärte Motion von Kurt Balmer den Anstoss zur vorliegenden Teilrevision gab. Er wiederholt, dass die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den wenigen Änderungen der Kommission zuzustimmen. Grundsätzlich wird in den neuen Bestimmungen den im Kanton Zug herrschenden engen räumlichen Verhältnissen stärker Rechnung getragen. Neu gibt es zudem keine Befristung mehr, wenn sich Nachbarinnen und Nachbarn gegen zu hohe oder zu nah gepflanzte Pflanzen auf der Nachbarliegenschaft wehren wollen. Es wurden aber auch obsolete Artikel im Gesetz von 1911 aufgehoben oder qualitativ verbessert.
In der Kommission wurde in der Eintretensdebatte der gesetzgeberische Handlungsbedarf, aber auch die Bedeutung und Tragweite der einzelnen Bestimmungen

geklärt. So war die vorgeschlagene Aufhebung der obsolet gewordenen Artikel klar unbestritten. Eingehend diskutiert wurden die Gesetzesbestimmungen über die Bepflanzungen und Einzäunungen von Grundstücken, dies angesichts der Tatsache, dass Pflanzungen häufig Anlass für nachbarrechtliche Streitigkeiten bilden. Neu dürfen Pflanzen – unter Vorbehalt abweichender Vereinbarungen – nicht höher gehalten werden als der doppelte Grenzabstand, wobei bei einem Grenzabstand ab 8 Meter keine Höhenbeschränkung besteht. «Lebendige» Einzäunungen, also Hecken aus Pflanzen, durften nach bisheriger Regelung maximal 1,5 Meter hoch werden. Neu gilt eine Maximalhöhe von 1,8 Meter, wobei der Grenzabstand unverändert bei 0,5 Meter liegt. «Tote» Einzäunungen, also Hecken aus Holz o. ä., bis zu einer Höhe von 1,8 Meter dürfen gemäss neuem Nachbarrecht an die Grenze gestellt werden; nach altem Recht betrug die Maximalhöhe 1,5 Meter. Eine Änderung ergab sich auch bezüglich Neuanlage von Wald. Hier erhöhte die Kommission den Mindestabstand, der zu einem unbewaldeten Grundstück eingehalten werden muss, von bisher 10 auf 12 Meter. Bei Pflanzungen, die den Abstandsvorschriften widersprechen, kann die Eigentümerschaft des betroffenen Nachbargrundstücks die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands verlangen. Nach altem Recht war die Einsprachemöglichkeit auf fünfJahre befristet.

Die Kommission führte eine intensive Eintretensdebatte. Die Mitglieder waren sich einig, dass nachbarrechtliche Konflikte wegen der baulichen Verdichtung tendenziell zunehmen. Die Kommission ist der Meinung, dass Streitigkeiten im nachbarrechtlichen Verhältnis durch klare Regelungen vermindert werden können. Im Zentrum der Kommissionsberatung standen die gesetzlichen Bestimmungen betreffend Bepflanzung und Einzäunung von Grundstücken. In diesem Zusammenhang wurden auch die Regelungen anderer Kantone angeschaut, welche insbesondere hinsichtlich der Einspruchsfrist gegen vorschriftswidrige Bepflanzungen unterschiedliche Lösungen vorsehen. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass ein bestimmter Pflanzentyp direkt nichts über die Höhe aussagt, welche die betreffende Pflanzung im Einzelfall erreicht. Die Maximalhöhe hänge auch vom Schnitt der Pflanze sowie von der Bodenbeschaffenheit und anderen Umweltbedingungen ab. Dies müsse bei der Neuformulierung der Bepflanzungsbestimmungen berücksichtigt werden.

Die Kommission trat einstimmig auf die Teilrevision des EG ZGB ein. In der Detailberatung nahm sie an folgenden Paragrafen Änderungen vor:

• § 88 (Landanlagen und Seebauten) wurde auf den Wortlaut des geltenden Rechts geändert. Die Kommission begründet dies wie folgt: § 88 stellt keine nachbarrechtliche Bestimmung dar, wurde vom Regierungsrat aber in die Teilrevision miteinbezogen, weil die vorgeschlagene Änderung von § 88 bereits im Rahmen der Revision der Gewässerschutzgesetzgebung geplant gewesen war. In der Kommission wurde jedoch die Auffassung vertreten, dass die bisherige Formulierung beizubehalten sei. Der Landerwerb durch einen Grundeigentümer am Zugersee sei auf eine Unterlassung seitens des Kantons zurückzuführen. Dessen Eigentumserwerb basiere auf einer langjährigen Vernachlässigung des Wasserbaus seitens des Kantons. Konkret habe es die öffentliche Hand unterlassen, das sich bildende Delta kontinuierlich abzutragen und die Bildung neuen Landes zu verhindern. Unter diesen Umständen sei nicht einzusehen, dass sie dafür noch «belohnt» werden soll, indem der privaten Eigentümerschaft der Seeanstoss weggenommen werde. Wenn umgekehrt der Pegel des Sees steige und die private Eigentümerschaft Land verliere, erhalte sie vom Kanton auch keine Entschädigung.

• § 94 (Bauten) wurde von der Kommission ersatzlos aufgehoben, dies mit folgender Begründung: § 94 ist ebenfalls nicht nachbarrechtlicher Natur, hängt aber mit dem Nachbarrecht zusammen. Der Wortlaut der Bestimmung ist jedoch unvollständig. Sie müsste entweder ergänzt oder definitiv gestrichen werden. Die Kommission

ist sich bewusst, dass die Bestimmungen des Nachbarrechts mit baurechtlichem Charakter nur subsidiären Charakter haben. Vorrang hat das öffentliche Recht.

Der **Vorsitzende** unterbricht hier den Votanten. Er geht davon aus, dass die Ratsmitglieder die Vorlage gelesen haben, und bittet deshalb den Kommissionspräsidenten, sich kürzer zu fassen.

**Karl Nussbaumer** wollte dem Rat zwar die Gründe für die einzelnen Beschlüsse der Kommission erläutern, kommt nun aber direkt zum Schluss: In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission dem Antrag des Regierungsrats mit den Änderungen der Kommission einstimmig und ohne Enthaltung zu. Sie beantragt, der Vorlage mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Auch die SVP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Vorlage mit den Änderungen der Kommission grossmehrheitlich zustimmen. Einzelne SVP-Mitglieder werden in der Detailberatung noch Anträge stellen.

**Adrian Andermatt** teilt mit, dass für die FDP-Fraktion Eintreten unbestritten ist und sie vollumfänglich den Anträgen der vorberatenden Kommission folgt. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf war auch für die FDP offensichtlich, und die fraktionsinternen Diskussionen betrafen erwartungsgemäss in erster Linie die Bestimmungen über die Bepflanzung und Einzäunung von Grundstücken. Für die FDP ist es dabei zentral, dass mit den heute zur Debatte stehenden nachbarrechtlichen Gesetzesbestimmungen sowohl den berechtigten Anliegen der Grundeigentümer als auch der von Bepflanzungen allenfalls direkt betroffenen Nachbarn gebührend Rechnung getragen wird. Sehr wichtig ist ihr auch, dass die gesetzliche Regelung klar, nachvollziehbar und somit der Rechtssicherheit dienend ist. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass mit den von der vorberatenden Kommission gemachten Änderungen und Präzisierungen dieses Ziel bestmöglich erreicht werden kann – auch wenn damit nicht sämtliche Streitigkeiten unter Nachbarn vermieden werden können.

**Anastas Odermatt:** Die ALG unterstützt die Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug, konkret die Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen. Sie ist aus folgenden zwei Gründen für Eintreten:
• Mit den neuen Einführungsbestimmungen werden alte Bestimmungen – u. a. aus dem Jahre 1911 – aufgehoben oder qualitativ verbessert. Es macht Sinn, Gesetzesbestimmungen nach rund hundert Jahren hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit zu überprüfen und gegenwärtige Realitäten abzubilden.
• Mit den neuen Einführungsbestimmungen wird der Tendenz zur Verdichtung und der damit einhergehenden engeren räumlichen Verhältnisse Rechnung getragen. Die Siedlungsverdichtung ist wichtig und wird künftig immer wichtiger, um die stetige Zersiedelung der Landschaft zu stoppen. Wohnen und Infrastruktur beanspruchen in der Schweiz seit Jahren immer mehr Land. 70 Prozent der Bevölkerung wohnen heute in Städten und Agglomerationen. Ortschaften wachsen zusammen, und Landwirtschaftszonen werden aufgeweicht. Die ALG wehrt sich gegen diese Zersiedelungstendenz und fordert verdichtetes Bauen. Entsprechend ist es aus ihrer Sicht wichtig und richtig, den Folgen der Verdichtung auf gesetzlicher Ebene Rechnung zu tragen. Das erhöhte Potenzial nachbarrechtlicher Konflikte wird mit den neuen Bestimmungen gesetzlich abgebildet bzw. es werden Regeln eingeführt, wo es etwas zu regeln gibt.
Viele Bestimmungen werden in der Vorlage abgeschafft – und das ist richtig so. Grundsätzlich sollen Private ihre Streitigkeiten nämlich selbst klären. Gleichzeitig

macht es aber Sinn, wo bekannt Gesetzesbestimmungen zu konkretisieren, um Konflikte zu verhindern.

**Olivia Bühler** teilt mit, dass auch für die SP-Fraktion der Bedarf für eine Revision der nachbarrechtlichen Bestimmungen klar ist. Einzelne Artikel des geltenden Gesetzes stammen aus dem Jahre 1911 und entsprechen nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten. So wird heute deutlich verdichteter gebaut als noch vor hundert Jahren, was Konfliktstoff birgt. Mit der Revision werden klare und sich nicht widersprechende Regelungen getroffen, welche Unterstützung bieten, um den Rechtsfrieden möglichst zu gewährleisten.
Die SP befürwortet, dass eine gute Praxis bei den Gesetzesanpassungen von anderen Kantonen übernommen wird. So kann von bereits vorhandenen Erfahrungen profitiert werden. Dies ist bei § 102 (Pflanzungen) der Fall, wo die Regelung des Kantons Thurgau übernommen wurde.
Die SP-Fraktion wird den Vorschlägen der vorberatenden Kommission zur Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen zustimmen. Nicht einig mit der Kommission ist sie bei § 88, wo es um das Eigentum an neu gebildetem Land geht. Sie ist dagegen, dass neu gebildetes Land – z. B. durch Anspülen an einem Seeufer – einfach an die Grundeigentümer geht.

**Thomas Meierhans:** Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und begrüsst die Teilrevision des EG ZGB. Das aus dem Jahre 1911 stammende Gesetz braucht dringend eine Aktualisierung, und die CVP ist froh, dass dies dank der Motion von Kurt Balmer in Angriff genommen wurde. Die CVP ist vor allem auch für Eintreten im Hinblick auf die von der vorberatenden Kommission angebrachten Änderungen. Die Kommission hat den vom Regierungsrat vorgelegten Gesetzesentwurf in einigen Paragrafen stark verändert und zum Teil ganz andere Lösungen entwickelt und grossmehrheitlich beschlossen. Die CVP ist der Überzeugung, dass der von der Kommission vorgelegte Entwurf am besten dem Ziel des EG ZGB Nachbarschaftsrecht dient. Damit werden der Interessenausgleich und der Rechtsfrieden im nachbarschaftlichen Verhältnis besser gefördert als mit dem alten, aus dem Jahr 1911 stammenden Gesetz. Ein Ziel der Revision sollen auch eine grössere Rechtssicherheit und klarere Regeln sein, welche zu weniger Streitigkeiten unter den Nachbarn führen. Vor allem für den Bereich der Anpflanzungen und der lebendigen und toten Einfriedungen ist die CVP überzeugt, dass mit der Kommissionsvariante viel mehr Rechtsicherheit entsteht und man damit dem Ziel «Weniger Streitigkeiten» näher kommt. Wie dem Drehbuch für den heutigen Tag zu entnehmen ist, wird sich der Regierungsrat mehrheitlich den Anträgen der Kommission anschliessen. Das ist sehr positiv.
Die CVP ist nicht nur für Eintreten, sondern stimmt auch allen von der Kommission angebrachten und im Bericht erläuterten Änderungen zu. Eine Zustimmung zur Vorlage mit den Änderungen der Kommission trägt dazu bei, ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben auf engem Raum zu ermöglichen

**Nicole Imfeld** dankt namens der Grünliberalen der Regierung und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage und der vorberatenden Kommission für die vertiefte Bearbeitung und die Anpassungsvorschläge. Auch die GLP begrüsst die zeitgemässe Anpassung dieses Gesetzes und ist für Eintreten auf die Vorlage. Sie unterstützt die Fassung der vorberatenden Kommission, wird jedoch zu einzelnen Paragrafen noch Änderungsanträge stellen. Dies betrifft insbesondere § 102, wo die GLP einen Vorschlag zur besseren Gleichbehandlung von lebendigen und toten Einzäunungen vorlegen wird.

Selbstverständlich ist auch **Kurt Balmer** für Eintreten auf die Vorlage. Das Ziel der Revision ist der sogenannte Rechtsfrieden. Die alten Gesetzesbestimmungen entsprechen wahrscheinlich nicht mehr überall den heutigen Erfordernissen. Es geht auch um eine Koordination mit dem aktuellen öffentlichen Recht, also mit den Bauordnungen, und dem Bundeszivilrecht.
Die Gemeinden erhalten viele Anfragen zum Nachbarrecht. Es ist deshalb auch wichtig, den Gemeinden klare Leitlinien für allfällige Merkblätter etc. zu geben. Das ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen der Revision.
Wichtig ist dem Votanten auch der Hinweis, dass die Revision zumindest indirekt durch Alt-Kantonsrat Franz Hürlimann angestossen wurde. Dieser hatte in einem ersten Schritt zwar keinen Erfolg. An der aktuellen Revision hätte er aber sicher grosse Freude, insbesondere in der Variante der vorberatenden Kommission. Auch der Votant empfiehlt dem Rat die Variante der Kommission. Er bittet ausdrücklich, die regierungsrätliche und die Kommissionsvariante nicht zu vermischen; das gäbe definitiv kein gutes Gesetz.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die Anpassung der nachbarrechtlichen Bestimmungen an die aktuellen Gegebenheiten und die heutigen Bedürfnisse im Zentrum der Revision steht. Einerseits haben sich die räumlichen Verhältnisse im Kanton Zug seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 1911 stark verändert, und andererseits sind heute zahlreiche Sachverhalte in öffentlichrechtlichen Erlassen des Bundes und des Kantons geregelt – mit der Folge, dass die privatrechtliche Regelung im EG ZGB ihre Bedeutung verloren hat.
Der Regierungsrat unterstützt die vorberatende Kommission, welche eine eigene Lösung zu Mindestabständen ausgearbeitet hat. Die Direktorin des Innern dankt der Kommission und ihrem Präsidenten für die konstruktive Diskussion und die gute Vorbereitung.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Teil I**

***§ 88 Abs. 2***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei sich ausschliessende Anträge des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission vorliegen. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

**Anastas Odermatt:** Die ALG unterstützt den Regierungsrat in seinem Ansinnen, dass durch Anspülen oder durch Zurücktreten öffentlicher Gewässer gewonnene Uferfläche grundsätzlich dem Kanton verbleibt. Es kann nicht sein, dass Grundeigentümer mit Seeanstoss – was an sich schon ein Privileg ist – zusätzlich durch Gratisland privilegiert werden, das unverschuldet entsteht. Es ist aber sinnvoll, dass die anstossenden Grundeigentümer ein Vorkaufsrecht haben sollen.

**Olivia Bühler** teilt mit, dass auch die SP-Fraktion hier den Vorschlag der Regierung unterstützt. Sollte – aus welchem Grund auch immer – durch Anspülen oder durch Zurücktreten von Gewässern neues Land entstehen, soll dieses beim Kanton ver-

bleiben. Der Kanton soll die Möglichkeit haben, zu entscheiden, ob er das neue Land der Öffentlichkeit freigibt – zum Beispiel mit einem Uferweg –, oder ob er es verkauft. Dass der anstossende Grundeigentümer ein Vorkaufsrecht hat, erachtet die SP dabei als faire Lösung.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass das Bundesrecht es den Kantonen überlässt, zu entscheiden, ob durch Anschwemmung, Anschüttung, Bodenverschiebung, Veränderung im Lauf oder Stand eines Gewässers oder auf andere Weise entstandenes Land dem Kanton gehört oder – wie es das geltende Recht vorsieht – den Eigentümerinnen und Eigentümern der anstossenden Grundstücke zufällt. Der Regierungsrat möchte die geltende Regelung ändern und damit ausschliessen, dass die Bildung neuen Landes künstlich unterstützt wird. Mit der beantragten Änderung von § 88 Abs. 2 verbleibt das Land im Eigentum des Kantons, der Eigentümerschaft der anstossenden Grundstücke steht jedoch ein Vorkaufsrecht zu. So handhaben es auch andere Kantone. Diese Bestimmung sollte bereits mit der 2013 geplanten Änderung des Gesetzes über die Gewässer und der Umsetzung der bundesrechtlichen Vorschriften in Bezug auf den Gewässerraum ins kantonale Recht geändert werden. Weil der Regierungsrat die Teilrevision des Gewässergesetzes im Herbst 2013 aussetzte, drängt sich die Aufnahme der in der Vernehmlassung des Gewässergesetzes unbestrittenen Änderung von § 88 Abs. 2 in die vorliegende Teilrevision des EG ZGB auf. Die Direktorin dankt für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

➔ Der Rat folgt mit 48 zu 16 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

***§ 94 Abs. 1***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beantragt, § 94 Abs. 1 aufzuheben. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

***§ 95***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat ursprünglich eine Änderung von Abs. 1 sowie neue Abs. 2 und 3 beantragte. Die vorberatende Kommission beantragt die Aufhebung des ganzen § 95. Der Regierungsrat zieht seine Anträge zurück und unterstützt den Antrag der Kommission.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission auf Aufhebung von § 95.

***§ 97***
***§ 99***
§ ***100***
***§ 101 Abs. 1***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und vorberatende Kommission die Aufhebung von § 97, § 99, § 100 und § 101 Abs. 1 beantragen.

➔ Der Rat stimmt der Aufhebung von § 97, § 99, § 100 und § 101 Abs. 1 stillschweigend zu.

***§ 101 Abs. 2***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat eine Änderung von § 101 Abs. 2 beantragt. Entgegen der dem Rat vorliegenden Synopse hat die vorberatende Kommission Abs. 2 nicht aufgehoben, sondern ist dem Antrag der Regierung gefolgt. Die Ausführungen dazu finden sich im Kommissionsbericht auf Seite 5.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats zu § 101 Abs. 2.

***§ 101 Abs. 3***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und vorberatende Kommission die Aufhebung von § 101 Abs. 3 beantragen.

➔ Der Rat stimmt der Aufhebung von § 101 Abs. 3 stillschweigend zu.

***§ 102 Abs. 1 Bst. a bis d***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine eigene Lösung zu Mindestabständen beantragt. Der Regierungsrat zieht seine Anträge zurück und unterstützt die Anträge der Kommission.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge der vorberatenden Kommission.

***§ 102 Abs. 1a***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen neuen Abs. 1a beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

**Nicole Imfeld** ist der Meinung, dass die von der vorberatenden Kommission beantragte Formulierung nicht ganz eindeutig ist, und stellt daher den **Antrag,** Abs. 1a wie folgt zu präzisieren; «Für lebendige Einzäunungen gilt ein Grenzabstand von mindestens 0,5 Meter. *Lebendige Einzäunungen mit bis zu einer Höhe von 1,8 Meter dürfen an den Grenzabstand gesetzt werden.* Überschreitet die Einzäunung […].» Die Grünliberalen kamen in ihrer Vorberatung zum Schluss, dass die Version der Kommission zum Missverständnis führen könnte, dass eine Hecke einen Mindestgrenzabstand von 0,5 Meter haben muss und erst ab 0,9 Meter sukzessive auf 1,8 Meter erhöht werden darf. Diese Regelung birgt die Gefahr, dass Hecken gegenüber toten Einfriedungen schlechter gestellt werden. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags stellt die Votantin den **Eventualantrag,** dass die vorberatende Kommission ihre Formulierung auf die zweite Lesung hin nochmals genau überprüfen soll.

Kommissionspräsident **Karl Nussbaumer** hat mittels E-Mail-Umfrage die Haltung der vorberatenden Kommission zu den Anträgen von Nicole Imfeld bzw. der GLP

erfragt. Die Kommission hält grossmehrheitlich an ihren Anträgen fest. Die einzelnen Begründungen dafür findet man im Kommissionsbericht.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat den Antrag von Seiten der GLP ebenfalls ablehnt. Eine gewisse Ungleichbehandlung von toten und lebendigen Einzäunungen ist gerechtfertigt, weil tote Einzäunungen weniger Raum beanspruchen. Auch müssen sie im Unterscheid zu lebendigen Einzäunungen, welche regelmässig zurückzuschneiden sind, kaum bzw. erst nach Jahren unterhalten werden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Imfeld auf Ergänzung von § 102 Abs. 1a mit 56 zu 11 Stimmen ab und genehmigt damit die Fassung der vorberatenden Kommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die sprachliche Überprüfung gemäss Eventualantrag von Nicole Imfeld zur Aufgabe der Redaktionskommission gehört.

***§ 102 Abs. 1b***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission einen neuen Abs. 1b beantragt. Der Regierungsrat zieht seinen Antrag zurück und unterstützt den Antrag der Kommission.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

***§ 102 Abs. 2***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei sich ausschliessende Anträge des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission vorliegen. Der Regierungsrat zieht seinen Antrag zurück und unterstützt den Antrag der Kommission.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission einen neuen § 102a beantragt. Der Regierungsrat unterstützt diesen Antrag.

***§ 102a Überschrift***
***§ 102a Abs. 1***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

***§ 102a Abs. 2***

**Markus Hürlimann** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Anpassung der Höhen von lebendigen und toten Einzäunungen von den bisher geltenden 1,5 Meter auf neu 1,8 Meter begrüsst, weshalb sie dem neuen § 102a Abs. 1 vorbehaltlos zustimmen konnte. § 102a Abs. 2 hat jedoch zu Diskussionen und zu Kopfzerbrechen geführt.

Wie soll dieser Absatz ausgelegt werden? Er lautet: «Überschreitet die tote Einzäunung die Höhe von 1,8 Meter, gilt ab 0,9 Meter der doppelte Grenzabstand.» Was gilt denn vor 0,9 Meter? Dürfen tote Einzäunungen bis zu einem Grenzabstand von 0,9 Meter also nur in der Höhe von 1,8 Metern erstellt werden? Müsste eine 1,9 Meter hohe Holzwand in einem Abstand von 95 Zentimeter von der Grenze erstellt werden, anstelle von 20 Zentimeter gemäss geltendem Recht, damit der doppelte Grenzabstand zum Tragen kommt? Falls dies so wäre, würde Abs. 2 zu einer massiven Schlechterstellung gegenüber dem geltenden Recht führen.
Der Votant hat bis heute niemanden gefunden, der ihm die neue Regelung schlüssig erklären konnte. Abklärungen beim Kommissionspräsidenten, beim Kommissionsmitglied Heini Schmid, seines Zeichens Rechtsanwalt und Baurechtsexperte, und beim Juristen der Direktion des Innern, welcher diesen Absatz formuliert hat, haben ergeben, dass es vermutlich der Kommissionswille war, die bisherige Regelung gemäss § 105 Abs. 2 des geltenden Rechts beizubehalten. Gemäss dieser Regelung vergrössert sich der Grenzabstand nämlich jeweils um die halbe Mehrhöhe, nun jedoch ab einer Höhe von 1,80 Meter anstatt 1,50 Meter gemäss geltendem Recht. Genau dies soll angeblich mit dem fraglichen zweiten Absatz ausgesagt werden. Falls man wirklich dies ausdrücken wollte, erachtet der Votant den zweiten Absatz als nicht sehr glücklich formuliert, denn er hinterlässt zu viele Unklarheiten. Im Namen der SVP-Fraktion und in Absprache mit dem Kommissionspräsidenten stellt er deshalb den **Antrag,** dass die vorberatende Kommission auf die zweite Lesung hin § 102a Abs. 2 in ihrem Sinn neu und vor allem für jedermann verständlich formulieren soll.
Der Votant hat heute Morgen noch weitere Gespräche mit Kommissionsmitgliedern aus verschiedenen Parteien geführt. Auf diesem Hintergrund und um der Kommission die Arbeit abzunehmen, stellt er persönlich den **Antrag,** § 102a Abs. 2 wie folgt zu formulieren: «Für tote Einzäunungen, welche die Höhe von 1,80 Meter überschreiten, vergrössert sich der Grenzabstand um die halbe Mehrhöhe.» Diese Formulierung würde dem geltenden Recht entsprechen, einfach ab einer Höhe von 1,80 Meter statt wie bisher ab 1,50 Meter.

Der **Vorsitzende** fragt den Rat, ob er dem Antrag der SVP-Fraktion, § 102a Abs. 2 zur Neuformulierung an die vorberatende Kommission zurückzuweisen, zustimme.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

**Thomas Meierhans** unterstützt die von Markus Hürlimann beantragte neue Formulierung. Zwar wird an der Grenze die Höhe von 1,50 Meter auf 1,80 Meter vergrössert, gleichzeitig aber werden in Abs. 2 die Möglichkeiten der Einzäunung verschlechtert, wenn diese nicht an der Grenze steht oder eine Mehrhöhe aufweist.

Kommissionspräsident **Karl Nussbaumer** hat – wie gehört – mit Markus Hürlimann ein reges Gespräch geführt und auch mit Heini Schmid Rücksprache genommen, konnte aber nicht die Meinung aller Kommissionsmitglieder einholen. Die von Markus Hürlimann beantragte Formulierung macht Sinn, auch nach Ansicht von Robert Brunner, dem zuständigen Juristen bei der Direktion des Innern. Die von der Kommission beantragte Formulierung ist in der Tat unglücklich. Der Kommissionspräsident empfiehlt deshalb, den Antrag von Markus Hürlimann zu unterstützen. So kann die Sache für jedermann klar verständlich formuliert werden.

**Nicole Imfeld** hält fest, dass ihr der Antrag von Markus Hürlimann grundsätzlich einleuchtet. Sie gibt aber zu bedenken, dass mit dieser Formulierung ein 2 Meter hoher Holzzaun 0,60 Meter, eine ebenfalls 2 Meter hohe Hecke hingegen 1 Meter von der Grenze entfernt stehen müsste. Das scheint der Votantin nicht sehr logisch zu sein.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, erinnert an den – bereits genehmigten – Antrag, dass die Kommission den zur Debatte stehenden Paragrafen auf die zweite Lesung hin nochmals in Ruhe beraten soll. Das ist die beste Lösung, auch weil sich nicht alle Kommissionsmitglieder zum Antrag Hürlimann äussern konnten. Schon in der Kommission lagen verschiedene Versionen von § 102a vor, wobei klarzustellen ist, dass die von der Kommission verabschiedete Formulierung nicht dem Vorschlag des Mitarbeiters der Direktion des Innern entspricht. Wichtig ist, dass jetzt nicht auf die Schnelle eine Entscheidung getroffen wird, die man nachher bereut.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Markus Hürlimann mit 21 zu 19 Stimmen ab.

**Manuel Brandenberg** möchte, dass auch die Enthaltungen ausgezählt werden.

Der **Vorsitzende** erwidert, dass gemäss Geschäftsordnung die Enthaltungen nicht ausgezählt werden.

Auf die entsprechende Nachfrage von Manuel Brandenberg zitiert Landschreiber **Tobias Moser** § 80 Abs. 3 GO KR: «Die Mehrheit und die Minderheit werden immer ermittelt.»

**Manuel Brandenberg** stellt den **Ordnungsantrag,** in diesem Fall auch die Enthaltungen zu ermitteln.

➔ Der Rat lehnt den Ordnungsantrag von Manuel Brandenberg mit 46 zu 18 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen neuen § 102b und einen neuen § 102c beantragt. Der Regierungsrat unterstützt diese Anträge.

***§ 102b Überschrift***
***§ 102b Abs. 1***
***§ 102b Abs. 2***
***§ 102c Überschrift***
***§ 102c Abs. 1***
***§ 102c Abs. 2***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

***§ 103 Abs. 1***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat ursprünglich eine Änderung von § 103 Abs. 1 beantragte. Die vorberatende Kommission beantragt dessen Aufhe-

bung. Der Regierungsrat zieht seinen Antrag zurück und folgt dem Antrag der Kommission.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

***§ 104***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Kommission übereinstimmend die Aufhebung von § 104 beantragen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Aufhebung von § 104.

***§ 105***

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat seine Anträge (Änderung von Abs. 1 und Abs. 2, neuer Abs. $1^{bis}$ und Aufhebung von Abs. 3) zurückzieht und sich der vorberatenden Kommission anschliesst, welche die Aufhebung des ganzen § 105 beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Aufhebung von § 105.

***§ 106***
***§ 107***
***§ 108***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und vorberatende Kommission übereinstimmend die Aufhebung von § 106, § 107 und § 108 beantragen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Aufhebung von § 106, § 107 und § 108.

***§ 109***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***§ 110***

Der V**orsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und vorberatende Kommission übereinstimmend die Aufhebung von § 110 beantragen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Aufhebung von § 110.

**§ 111 Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei sich ausschliessende Anträge des Regierungsrats und der Kommission vorliegen. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

**Nicole Imfeld** stellt den **Antrag,** die Fassung der vorberatenden Kommission wie folgt zu ergänzen: «Das Betreten benachbarten Bodens zur Erstellung, Bewirtschaftung und zum Unterhalt von *toten und lebendigen* Einzäunungen, Bauten und Anlagen ist dem Nachbarn […].» Mit dieser Ergänzung wird klargestellt, dass mit «Einzäunungen» nicht nur Zäune aus Holz oder Metall, sondern auch lebendige Hecken gemeint sind.

Kommissionspräsident **Karl Nussbaumer** teilt mit, dass die Kommission an ihrer Formulierung festhält. Die Begründung dafür kann man im Kommissionsbericht nachlesen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat den Antrag von Nicole Imfeld ablehnt. Die gewünschte Ergänzung stellt eine Selbstverständlichkeit dar, die nicht ausdrücklich im Gesetz erwähnt werden muss.
Der Regierungsrat möchte in § 111 von Grundeigentümerinnen und -eigentümern, die vorberatende Kommission hingegen von Nachbarinnen und Nachbarn sprechen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass nicht jede Nachbarin bzw. jeder Nachbar – also auch Mieterinnen und Mieter oder Pächterinnen und Pächter – berechtigt sein soll, Nachbargrundstücke zu betreten, sondern nur benachbarte Grundeigentümerinnen und -eigentümer. Das Betretungsrecht bezieht sich nicht nur auf unmittelbar angrenzende Grundstücke, sondern kann sich auch auf weiter entfernte Grundstücke beziehen. Das wird im Vorschlag der Regierung besser zum Ausdruck gebracht.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in zwei Schritten vorgegangen wird:
- Zuerst wird der Antrag der Kommission zu Abs. 1 bereinigt, also über den Ergänzungsantrag von Nicole Imfeld abgestimmt.
- Anschliessend wird der Antrag des Regierungsrats dem gegebenenfalls ergänzten Antrag der vorberatenden Kommission gegenübergestellt.

➔ Der Rat lehnt den Ergänzungsantrag von Nicole Imfeld mit 51 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt mit 34 zu 30 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

***§ 111 Abs. 2***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei sich ausschliessende Anträge des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission vorliegen. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, weist auf die Parallele zu Abs. 1 hin. Auch hier liegt es nicht im Interesse der Eigentümerschaft, dass jede Nachbarin und jeder Nachbar – also auch Mieterinnen und Mieter oder Pächterinnen und Pächter – das Betretungsrecht haben.

➔ Der Rat folgt mit 35 zu 24 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen neuen § 111a beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

***§ 111a Abs. 1***

**Jürg Messmer** hält fest, dass es nach Meinung der SVP nicht sinnvoll ist, hier nur die hochstämmigen Bäume zu schützen. Die SVP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** die Formulierung der Kommission wie folgt zu ändern: «*Bestehende Bauten, Anlagen sowie lebendige und tote Einfriedungen* bleiben, auch wenn sie im Zeitpunkt des Inkrafttretens die Maximalhöhe gemäss § 102 Abs. 1 überschreiten, in ihrem Bestande geschützt, wenn sie […].» Die Formulierung der Kommission bedeutet nämlich, dass beispielsweise eine in der Zwischenzeit 2,20 Meter hoch gewachsene Hecke, die vom Nachbarn bisher so toleriert wurde, plötzlich zurückgeschnitten werden müsste, während der hochstämmige Baum des Nachbarn stehenbleiben kann. Man muss hier für eine Gleichstellung sorgen, weshalb der Votant bittet, den Antrag der SVP zu unterstützen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, wiederholt, dass die Regierung den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt. Bei den Hochstämmern geht es um stattliche Bäume, die auch einen Wert für das Quartier haben. Diese sollen, wenn sie vor mindestens fünf Jahren gepflanzt wurden, geschützt werden, nicht aber alle Sträucher.

➔ Der Rat lehnt den Änderungsantrag der SVP-Fraktion mit 55 zu 11 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Nicole Imfeld** stellt ebenfalls einen Antrag zu § 111a. Dieser betrifft die gleiche Thematik wie derjenige von Jürg Messmer, allerdings will sie nicht die Hecken *und* die Bäume schützen, sondern bewusst alles ausschliessend, was nicht Bäume sind. Sie stellt den **Antrag** auf Ergänzung von § 111a um den folgenden neuen Abs. 2: «Bei allen übrigen Pflanzungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens die Maximalhöhe gemäss § 102 Abs. 1a überschreiten, kann die Eigentümerschaft des betroffenen Nachbargrundstücks mit dem Inkrafttreten die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands nach § 102b verlangen.» Diese Ergänzung ist auch sinnvoll, da der Begriff «hochstämmig» – wie dem Bericht der vorberatenden Kommission zu entnehmen ist – gesetzlich offenbar nicht eindeutig definiert ist. Im Sinne der vorbeugenden Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten macht eine Präzisierung daher Sinn. Um das Beispiel von Jürg Messmer aufzunehmen: Es kann nicht sein, dass eine 3 Meter hohe Hecke, die von einem Nachbarn jahrelang toleriert wurde, bei einer Handänderung auch vom neuen Eigentümer akzeptiert werden muss und dessen halben Garten beschattet, nur weil der Vorbesitzer vielleicht schon hochbetagt war und sich nicht mehr darum kümmerte. Vielmehr sollte der neue Besitzer die Möglichkeit haben, auf die jetzt beschlossene Höhe von 1,80 Meter zurückzukommen, zumal sich eine Hecke – beispielsweise aus Lorbeer – problemlos zurückschneiden lässt.

**Thomas Meierhans** hält fest, dass die eben beschlossene Lösung sich stark an die im Kanton Thurgau geltende Regelung anlehnt. Dort wurde bei der Revision des Gesetzes allerdings keine Übergangsbestimmung beschlossen. Es ist richtig, dass die Kommission die alten, wertvollen Bäume schützen will. Es macht aber keinen Sinn, jeden kleinen Strauch schützen zu wollen – und dann in jedem einzel-

nen Fall abklären zu müssen, ob dieser Strauch schon fünf Jahre alt ist oder nicht. Man sollte diese Diskussion also abschliessen. Im Übrigen ist es auch in Zukunft zulässig, dass eine Hecke höher gehalten wird, wenn die Nachbarn sich einig sind. Die vorliegende Gesetzesbestimmung kommt also nur zum Tragen, wenn einer der Nachbarn auf seinem Recht beharrt. Der Votant warnt aber davor, alles zu schützen, weil dann die Übergangsbestimmung nämlich dreissig oder vierzig Jahre lang gültig sein wird.

Kommissionspräsident **Karl Nussbaumer** bittet ebenfalls, den vorliegenden Antrag abzulehnen. Die entsprechenden Argumente finden sich im Kommissionsbericht, und Thomas Meierhans hat die Vorteile der Kommissionsvariante nochmals klar aufgezeigt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass für Fachleute klar sei, was «hochstämmig» ist. An diese Fachmeinung kann die Rechtsanwendung anknüpfen. Eine Definition des Begriffs im EG ZGB ist unnötig und könnte – wenn sie von der Fachmeinung abweicht – zu Rechtsunsicherheiten führen.
Der von Seiten der GLP beantragte neue Abs. 2 ist unnötig. Dass sich Eigentümerinnen und Eigentümer gegen vorschriftswidrige Pflanzungen, die nicht hochstämmig sind, jederzeit zur Wehr setzen können, ergibt sich *e contrario* schon aus § 111 Abs. 1.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Imfeld auf Ergänzung von § 111a um einen Abs. 2 mit 61 zu 4 Stimmen ab.

**Philip C. Brunner** stellt fest, dass nun eine knappe Stunde lang über ein Geschäft beraten wurde, das vielleicht aus Sicht der Regierung und möglicherweise auch gewisser Kantonsräte nicht gerade weltbewegend ist. Für die Bürgerinnen und Bürger, die Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken ist dieses Gesetz aber sehr wichtig. Wenn man den Verlauf dieses – sagen wir mal: Fussballspiels zwischen Legislative und Exekutive beobachtet hat, musste man feststellen, dass zumindest in den ersten 90 Prozent der Spieldauer niemand im Tor der Regierung stand. Die Regierung hat vielmehr ihre Vorlage Stück für Stück zurückgezogen, hat sich der Kommission angeschlossen – und damit ein enttäuschendes Verhalten hingelegt. Wer hat eigentlich diese Vorlage vorbereitet? Wer hat so unsorgfältig gearbeitet, dass die Regierung 90 Prozent ihres Antrags zurückzieht und sich der Kommission anschliessen muss? Und diese Regierung will es künftig zu fünft noch besser machen!
Es ist wichtig, dass das Parlament der Regierung genau auf die Finger schaut. Es ist ein völlig anderes Gesetz, das jetzt in den zweiten Teil des Spiels geht – dies bei einem Gesetz, das für die Bürger wahnsinnig wichtig ist. Hat der Rat das verstanden?

**Teile II, III und IV**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 10
**Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen**

Das Traktandum wurde auf den Nachmittag verschoben (siehe Ziff. 331 bzw. 350).

TRAKTANDUM 11
**Geschäfte, die am 10. Dezember 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**342** Traktandum 11.1: **Postulat der Fraktionen der CVP und der FDP betreffend Sistierung der interkantonalen Zusammenarbeit des Kantons Zug bis zu einer gesetzeskonformen Umsetzung des Nationalen Finanzausgleichs NFA**
Vorlagen: 2537.1 - 14989 (Postulatstext); 2537.2 - 15049 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die folgenden Anträge stellt:
- Ziff. 1 des Postulats (Sistierung Mitgliedschaft KdK) sei nicht erheblich zu erklären.
- Ziff. 2 des Postulats (Sistierung der für den Kanton Zug nachteiligen Konkordate und Vereinbarungen) sei nicht erheblich zu erklären.
- Ziff. 3 des Postulats (Verhandlungen zusammen mit anderen NFA-Geberkantonen mit dem Bundesrat für eine gesetzeskonforme Umsetzung von Art.6 Abs. 3 FiLaG) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
- Ziff. 4 des Postulats, erstes Anliegen (Anpassung Rhythmus der Festlegung der Grundbeträge), sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
- Ziff. 4 des Postulats, zweites Anliegen (Behandlung nächster Wirksamkeitsbericht durch FDK), sei nicht erheblich zu erklären.

**Daniel Thomas Burch:** Der heutige NFA hat Konstruktionsfehler und setzt Fehlanreize. Rund 50 Prozent des kantonalen Steuerertrags liefert der Kanton Zug an den NFA ab. Dies kann und darf so nicht weitergehen.
Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für die ausführliche und detaillierte Stellungnahme. Sie hat aufgezeigt, dass einige der Forderungen des Postulats so nicht umsetzbar oder in ihrer Wirkung kontraproduktiv sind. Immerhin hat der Vorstoss einem Weckruf gleich gewirkt und dem Zuger Regierungsrat den Rücken für die Verhandlungen mit den übrigen Kantonen gestärkt. Der Druck durch die verschiedenen Vorstösse zeigt offenbar Wirkung. Den Ausführungen der Regierung kann man entnehmen, dass sich Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel als «Aussenminister» des Kantons Zug aktiv in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) engagiert hat und erste Erfolge erzielen konnte. Er hat erreicht, dass die KdK an ihrer Plenarsitzung auf den Unmut in Zug reagiert hat. Endlich wurde eine paritätisch zusammengesetzte politische Arbeitsgruppe mit je drei Vertretungen aus ressourcenstarken bzw. -schwachen Kantonen beauftragt, Empfehlungen zur Optimierung und Weiterentwicklung des Finanzausgleichssystems Bund–Kantone zu erarbeiten; das nimmt die FDP als erstes positives Zeichen des Erfolgs der Zuger Regierung in dieser Angelegenheit wahr. Aus diesem Grund scheint es sinnvoll, dass die Regierungsvertreter die Zuger Anliegen weiterhin mit dem nötigen Druck einbringen und an den Sitzungen teilnehmen. Da eine Sistierung den Kanton nicht von der Bezahlung seiner Beiträge entbinden würde, wären mit dieser Massnahme auch keine finanziellen Einsparungen zu realisieren.
Die Sistierung der 78 Konkordate und Verwaltungsvereinbarungen ist gemäss Regierungsrat vertraglich nicht möglich. Seine Erläuterungen bezüglich Nutzen kann

die FDP grösstenteils nachvollziehen. Allerdings erwartet sie vom Regierungsrat, dass er permanent alle Konkordate und Verwaltungsvereinbarung kritisch bezüglich Kosten-Nutzen-Verhältnis untersucht. Vereinbarungen mit ungünstigen Kosten-Nutzen Verhältnissen sind nicht mehr zu erneuern oder allenfalls zu kündigen. Die FDP kann auf keinen Fall akzeptieren, dass einzelne Kantone – insbesondere Nehmerkantone – sich weigern, ihre Beiträge zu leisten, oder diese kürzen. Ein besonderes Augenmerk legt die FDP auf den Kulturlastenausgleich: Angesichts des unsäglichen Ständeratsentscheids, die gesetzlichen Vorgaben zur Entlastung der Geberkantone nicht umzusetzen, empfiehlt die FDP der Regierung, diese Verpflichtungen aufzukündigen und in Zukunft nur noch den Beitrag an den Geberkanton Zürich zu entrichten. Weitere Zahlungen sind von substanziellen Fortschritten in der NFA-Problematik abhängig zu machen.
Momentan gibt es Anzeichen, dass sowohl beim Bund wie auch bei einzelnen Kantonen die Notwendigkeit einer Anpassung des NFA erkannt wurde. Aus Sicht der FDP ist eine Entpolitisierung der Dotation des Ressourcenausgleichs unerlässlich. Von der Regierung erwartet sie, dass diese weiterhin mit Druck und Engagement die Anliegen des Kantons Zug einbringen und vertreten wird. Sie hat den Druck aus den verschiedenen Vorstössen aufgenommen und in den verschiedenen Gremien interveniert. Das vorliegende Ergebnis ist zwar ermutigend, aber solange keine befriedigende Lösung vorliegt, muss der Druck aufrecht erhalten bleiben.
In Anerkennung des Erfolgs beim Aufweichen der Fronten stimmt die FDP-Fraktion den Anträgen der Regierung zu. Grundsätzliche Gesprächsbereitschaft ist das eine, die konkrete Verbesserung der Situation das andere. Deshalb behält sich die FDP-Fraktion weitere Vorstösse zur NFA-Problematik vor, sollten den Worten nicht bald einmal zielführende Taten folgen.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion die Anträge der Regierung ebenfalls unterstützt, allerdings aus anderen Gründen als die FDP. Für die SP sprechen mehrere Gründe gegen das Postulat. Sie erachtet es insgesamt als systemfremd und darüber hinaus in inhaltlicher Hinsicht zu kurzfristig gedacht. Für diese Erkenntnis hätte sie aber nicht auf die Antwort des Regierungsrats warten müssen.
Der Vorstoss fordert u. a. eine Sistierung der Mitgliedschaft in der KdK. Die politischen Resultate entsprechen nicht den Wünschen von Zug als Geberkanton resp. der bürgerlichen Vertreter in Bern. Und was tut der Kanton Zug als Verlierer nun? Er organisiert sich Schützenhilfe mittels parlamentarischer Vorstösse im Kantonsparlament. Die Sistierung einer interkantonalen, gut eingespielten Zusammenarbeit in dieser einen Frage kann – wie die Regierung ausführt – auch grosse negative Auswirkungen auf andere Bereiche der Politik haben. Die Votantin ruft den Rat daher auf, sich nicht weiterhin unnötig trotzend und als schlechte Verlierende zu präsentieren. Die Regierung hat in ihrem Bericht sachlich aufgezeigt, dass eine Sistierung der Mitgliedschaft in der KdK weder vertragsrechtlich möglich noch sinnvoll ist.
Inhaltlich interessant an der Beantwortung des Postulats sind aber die Ausführungen zur aktiven Zuger Aussenpolitik in der schweizerischen Innenpolitik. Offenbar setzt sich die Regierung seit rund fünfzehn Jahren aktiv in den interkantonalen Kooperationen ein. Als Beleg wird aufgeführt, dass heute verschiedene Regierungsratsmitglieder führende Positionen in Direktorenkonferenzen wahrnehmen, ebenso dass verschiedene Entscheide auf diesem interkantonalen Dialog beruhen – und sich durchaus auch «handfest» lohnen können; genannt werden etwa die interkantonalen Vereinbarungen für soziale Einrichtungen oder betreffend Erweiterung der Schieneninfrastruktur. Diese konkrete und aktive Partizipation erfolgt offenbar strategisch sehr gezielt, um Zugs Interessen zu vertreten. Dieser bewussten Strategie einer Zuger Aussenpolitik war sich die SP bisher nicht in dieser Form bewusst.

Zusammengefasst: Die SP-Fraktion erachtet das Postulat nicht als taktisch klug. Es ist gut, dieses Kapitel hiermit zu schliessen und nicht auf weitere Vorstösse zu warten. Der Rat tut gut daran, sich den Anträgen der Regierung anzuschliessen.

**Beat Sieber** spricht für die SVP-Fraktion. Dass der Kanton Zug pro Kopf über 2800 Franken in den NFA einbezahlen muss, stört nicht nur die Fraktionen der CVP und FDP. Es stört auch die SVP-Fraktion – sogar sehr. Es ist auch für die SVP unhaltbar, und auch sie will das ändern, allerdings nicht mit Hauruck-Übungen oder mit Trotzreaktionen. Die SVP-Fraktion möchte den Kantonsrat dafür gewinnen, weder als fleischfressende Pflanze zuzuschnappen noch als Eidechse den Schwanz abzustossen noch als hirnloses Wesen ohne Rückgrat aufzutreten, sondern als Homo sapiens mit Hirn im Schädel.
Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es nicht zielführend, vom Regierungsrat zu fordern, die Mitgliedschaft in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) bis zur Revision des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) zu sistieren und keine Beiträge mehr in diese Organisation einzuzahlen. Wenn es nach dem Willen von CVP und FDP ginge, sollte die Regierung bis zur Revision des FiLaG auch die Mitgliedschaft in weiteren interkantonalen Gremien und Konkordaten sistieren und dort ebenfalls keine Beiträge mehr in die Organisationen einzahlen. Schliesslich fordern FDP und CVP die Regierung auf, zusammen mit anderen Geberkantonen des NFA in direkte Verhandlungen mit dem Bundesrat einzutreten. Da macht die SVP-Fraktion schlichtweg nicht mit. Solche Vorstösse sind zwar publikumswirksam und schüren Emotionen, man erreicht damit aber rein gar nichts. Deshalb unterstützt die SVP Fraktion alle Anträge der Regierung.
Die Schweiz hat nach Meinung des Votanten wahrgenommen, dass die NFA-Zahlungen den Zuger Staatshaushalt über Gebühr belasten und deshalb angepasst werden müssen. Aber ein Austritt aus der KdK löst genau dieses Problem nicht und ist deshalb auch nicht angezeigt. Ein solcher Austritt wäre vielmehr kontraproduktiv. Damit würde sich der Kanton Zug aus einem sehr wichtigen Gremium verabschieden und würde nicht mehr gehört. Will der Kantonsrat dies wirklich: nicht mehr gehört werden? Dies wäre nicht im Sinne und zum Wohl des Kantons Zug und dessen Einwohnerinnen und Einwohner. Denn wer etwas bewirken, etwas beeinflussen und etwas ändern will, muss mitreden. Die SVP will mitreden, will gehört werden und mitverändern.
Die CVP und FDP haben ihren medienwirksamen Auftritt nun gehabt, er sei ihnen gegönnt. Nun aber gilt es, wieder zur politischen Tagesordnung zurückzukehren und aktiv an der Lösung dieses zweifellos grossen Problems mitzuarbeiten. Und wenn der Kantonsrat heute über dieses Postulat entscheidet, darf er nicht vergessen, dass eine Sistierung oder die Aussetzung der KdK-Mitgliedschaft bzw. eine Nichtbezahlung des Mitgliederbeitrags gar nicht möglich ist. Gemäss § 17 der KdK-Vereinbarung ist nur eine Kündigung jeweils auf das Jahresende mit einer Frist von sechs Monaten möglich, also erstmals per 31. Dezember 2016. Mit einem anderen Vorgehen würde der Kanton Zug vertragsbrüchig. Und vertragsbrüchig zu werden, erachtet nicht nur der Regierungsrat als falschen Schritt, sondern auch die SVP. Diese glaubt auch nicht, dass eine «Politik des leeren Stuhls» erfolgsversprechend wäre.
Die SVP-Fraktion nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Regierung in den letzten Monaten gehandelt und in der KdK den Unmut des Kantons Zug zum NFA zum Ausdruck gebracht hat. Und sie wurde gehört: Die KdK-Plenarversammlung hat bereits eine politische Arbeitsgruppe mit je drei Vertretungen aus ressourcenstarken bzw. ressourcenschwachen Kantonen gebildet. Der Kanton Zug ist – und das ist sehr wichtig – neben Zürich und Genf eines dieser Gebermitglieder. Geleitet

wird die Arbeitsgruppe von Alt-Regierungsrat Franz Marty aus Schwyz. Sie wird der KdK nun einen konstruktiven Vorschlag für die Entwicklung des NFA unterbreiten.
Die Mitwirkung des Kantons Zug in der KdK hat sich über viele Jahre bewährt. In der KdK ist eine erhöhte Sensibilisierung in dem Sinne spürbar, dass für den föderalen Ausgleich die Anliegen der ressourcenstarken Kantone ernsthaft beurteilt werden müssen. Diese Chance gilt es wahrzunehmen, mit Hirn und politischem Geschick – als Homo sapiens. *Les absents ont tort.*
Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, Ziff. 1 des Postulats nicht erheblich zu erklären. Sie lehnt auch die Sistierung der Mitgliedschaft in weiteren interkantonalen Gremien und Konkordaten (Ziff. 2 des Postulats) ab, wie der Regierungsrat empfiehlt. Und sie möchte den Kantonsrätinnen und Kantonsräten, die für das Wohl des Kantons Zug einstehen, beliebt machen, das Gleiche zu tun – und dankt jedem Ratsmitglied dafür, wenn es sich mit seinem Stimmverhalten zum Homo sapiens bekennt und das Postulat nicht erheblich erklärt. Da der Votant der Meinung ist, dass die Bevölkerung des Kantons Zug ein vitales Interesse daran hat zu wissen, welche ihrer gewählten Vertreter wie abstimmen, stellt er den **Antrag,** die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

**Andreas Hürlimann** hält als Sprecher der ALG fest, dass das vorliegende Postulat das Überbleibsel einer eigentlichen Vorstosshysterie der Bürgerlichen zur NFA im Vorfeld der nationalen Wahlen im vergangenen Jahr ist – und gleichzeitig einer der absurdesten Vorstösse dazu. CVP und FDP glaubten, die anderen Kantone unter Druck setzen zu können, wenn Zug die interkantonale Zusammenarbeit einstellt. Keine Zusammenarbeit, egal in welchem Thema, würde Zug massiv schaden. Die ALG ist aber auch überzeugt, dass Zug rechtsstaatlich handeln muss: Es kann nicht fast achtzig rechtsgültige Vereinbarungen, die auch vom Kantonsrat gutgeheissen wurden, missachten. Und einfach den Sitzungen fernzubleiben, würde bedeuten, dass Zugs Stimme – auch zur NFA – nicht mehr gehört würde. Das wäre kontraproduktiv. Zudem gilt es immer wieder zu betonen, dass Zug seine steigenden NFA-Kosten durch seine Politik des enormen wirtschaftlichen Wachstums selbst verursacht. Das Ressourcenpotenzial stieg überaus stark an und liegt mit rund 265 Punkten über 100 Punkte vor dem zweitplatzierten Schwyz und noch viel weiter vor den übrigen Gebern wie Genf, Basel oder Zürich. Gleichzeitig schöpft Zug nicht einmal 12 Prozent seines Steuerpotenzials aus; nur Schwyz liegt im Moment noch tiefer. Diese Tatsache hört man aus bürgerlichem Munde nicht, man lässt die Bevölkerung lieber im Dunkeln. Doch die heutige Zuger Steuerpolitik sorgt dafür, dass die NFA-Kosten so hoch und die Zuger Finanzen so schlecht sind.
Man kann Effizienzsteigerungsprogramme oder gewisse Entlastungs- resp. Sparmassnahmen begrüssen oder nicht. Eine vollständige Analyse der Situation zeigt aber klar, dass sich Zug die Sparpakete selbst eingebrockt hat. Bei einer solch unterirdischen Abschöpfungsquote bei den Steuern nun den Sparhebel zuallererst bei der Bildung oder bei der Krankenkassenprämienverbilligung anzusetzen, ist aus Sicht der ALG einfach nur unverständlich. Nicht der «böse» NFA ist schuld an den Sparmassnahmen, sondern die Politik hier in Zug. Das kantonale Sparpaket nun zu einem grossen Teil der NFA anzuhängen, ist dann doch etwas gar viel Sand in die Augen der Bürgerinnen und Bürger gestreut! Bekanntlich kann man mit dem Votanten auch gut über Effizienzsteigerungen oder gewisse Sparmassnahmen sprechen. Er hat jedoch kein Verständnis, wenn dies in der Art und Weise wie jetzt hier in Zug passiert. Gespart wird nämlich primär bei den sozial Schwachen und bei Personen, welche sicher nicht ohne Deutschkurs zur Niederlassungsbewilligung kommen. Gutverdienende oder Spezialkonstrukte bei Firmen sollen aber auf Teufel komm

raus geschützt und vor auch nur der marginalsten Steuererhöhung verschont werden. Das ist eine krasse Ungerechtigkeit.
Die ALG möchte die NFA-Diskussion möglichst rasch versachlichen und von Paukenschlägen wegkommen. Sie unterstützt deshalb die Anträge des Regierungsrats, auch wenn sie die Anliegen nicht oder nur mit grossem Vorbehalt unterstützen kann. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Glaubwürdigkeit von Zug als eigenständigem, aber zugleich auf die föderalen Strukturen vertrauendem Kanton untergraben wird. Der Votant ruft den Rat darum auf, dieses Kapitel so rasch als möglich hinter sich zu lassen.

**Andreas Hausheer** wendet sich zuerst an die SVP-Fraktion bzw. deren Sprecher, für den das vorliegende Postulat nicht mit dem Homo sapiens zu vereinbaren ist. Er bittet die SVP, mit dem Landammann oder ihrem Vertreter im Bundesparlament Rücksprache zu nehmen, welche alle in diese Geschichte involviert waren, und sie zu fragen, wer Begriffe wie «Sistierung» etc. hier eingebracht hat. Im Übrigen ist es völlig neu, dass die SVP bezüglich KdK in eine Lobhudelei verfällt. Der Votant zitiert dazu aus der Website der SVP Zürich, die ja auch bei der Zuger SVP eine gewisse Sympathie geniesst: «Die KdK und die Fachdirektorenkonferenzen weiten ihre Tätigkeiten ständig aus. Zwischen Bund und Kantonen entsteht eine neue Staatsebene, quasi ein verfassungsfreier Raum. Die KdK tritt immer häufiger als Stimme der Kantone auf, obwohl sie über keine demokratische Legitimation verfügt. Sie tritt in ein Konkurrenzverhältnis zum Ständerat. Die KdK engagiert sich mittlerweile sogar in Abstimmungskämpfen, was politisch bedenklich ist.» Das alles tönt anders, als was der Sprecher der SVP-Fraktion vorhin gesagt hat. Der Votant weiss allerdings nicht, ob hier die SVP Zürich so falsch liegt – oder ob es jemand anderer ist, der seine Meinung nicht ganz im Griff hat.
Die CVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung des Postulats. Mit dem Inhalt der Antwort ist sie nur bedingt zufrieden. So lehnt sie die Anträge des Regierungsrats zu Ziff.3 und 4 des Postulats einstimmig ab. Bei Ziff. 3 und beim ersten Teil von Ziff. 4 beantragt der Regierungsrat die Erheblicherklärung. Damit bestätigt er, dass Handlungsbedarf besteht. Er bleibt dann aber leider auf halbem Weg stehen, indem er die beiden Punkte gleich abschreiben will – obwohl beide Anliegen, für die er ein gewisses Verständnis zeigt, überhaupt noch nicht gelöst sind. Weder ist Art. 6 Abs. 3 FiLaG gesetzeskonform umgesetzt, noch ist der Rhythmus der Festlegung der Grundbeträge angepasst. Wenn es dem Regierungsrat und auch dem Kantonsrat wirklich ernst ist und diese beiden Anliegen auf der Traktandenliste verbleiben sollen, dürfen sie heute nicht als erledigt abgeschrieben werden. Darum stellt die CVP-Fraktion die Anträge, Ziff. 3 und Ziff. 4, erstes Anliegen, je erheblich erklären, aber noch nicht als erledigt abschreiben.
Beim zweiten Anliegen von Ziff. 4 geht es darum, welches Gremium den nächsten Wirksamkeitsbericht behandelt. Der Regierungsrat schreibt: «Wenn es jedoch – wie dies bei der letzten Anpassung des FiLaG der Fall war – bloss um Fragen der Ressourcenausstattung bzw. Verteilung von Finanzierungslasten geht, kann man sich mit Fug und Recht fragen, ob die KdK das richtige Gremium ist.» Damit gibt er indirekt zu, dass das Geschäft bei der KdK nicht am richtigen Ort ist, sondern in das entsprechende Fachgremium, also die Finanzdirektorenkonferenz, gehören würde. Die CVP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass für den Wirksamkeitsbericht künftig nicht mehr die KdK, sondern die Finanzdirektorenkonferenz zuständig sein muss. Sie stellt darum den Antrag, Ziff. 4, zweites Anliegen, erheblich zu erklären.
Das grosse Unbehagen gegenüber der KdK kommt in der Haltung der CVP-Fraktion zu den regierungsrätlichen Antworten zu Ziff. 1 und 2 zum Ausdruck. Es ist doch erstaunlich, dass es ein derart pointiertes Postulat wie das vorliegende brauchte,

damit Regierung und KdK endlich zumindest ein bisschen erwachten. So hat der Regierungsrat offenbar erst auf Druck des Postulats am 27. August 2015 in einem Brief an die KdK endlich den Zuger Unmut mitgeteilt. Am 25. September 2015 anerkannte dann offenbar auch die KdK an einer Plenarversammlung, dass es so nicht weitergehen kann. Und am 16. November 2015 kam es sogar zu einem Treffen zwischen dem Leitenden Ausschuss der KdK und dem Zuger Regierungsrat. *Einen* Erfolg kann das zugegeben pointiert formulierte Postulat also schon mal für sich in Anspruch nehmen: Es hat der Regierung und der KdK die Augen geöffnet. Die Regierung ist nun offenbar überzeugt davon, dass «die KdK selber erkannt hat, dass diese unerwünschte Situation sich nicht wiederholen darf».
In der CVP-Fraktion ist umstritten, ob man sich damit zufrieden geben will. Die einen möchten dem Regierungsrat resp. der KdK die Chance geben, die abgegebenen Versprechen umzusetzen. Andere möchten den Druck aufrechterhalten und sprechen sich für die Erheblicherklärung von Ziff. 1 aus. Man ist überzeugt, dass der Kanton Zug ohne Folgeschäden aus der KdK austreten kann. Der Kanton Zug geht nicht zugrunde, selbst wenn er die KdK-Mitgliedschaft faktisch sistiert und auf den nächstmöglichen Termin austritt. Das Zeichen des Postulats soll zu Ende geführt werden. Entsprechend stellt der Votant namens einer knappen Mehrheit der CVP-Fraktion den Antrag, Ziff. 1 erheblich zu erklären. Das Unbehagen gegenüber der *BlackBox* KdK, deren demokratischer Legitimation und deren Aufgabe ist aber bei allen Fraktionsmitgliedern hoch. Die CVP hat das Gefühl, dass die KdK, die in den 1990er Jahren insbesondere wegen der Europapolitik ins Leben gerufen wurde, aufgrund der Entwicklung in der Europafrage ihre eigene Daseinsberechtigung immer wieder neu finden und rechtfertigen muss.
Das Gleiche gilt für Ziff. 2 des Postulats. Als zusätzliches Argument für die Erheblicherklärung wurde hier eingebracht, dass der Regierungsrat damit dazu gezwungen wird, im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» auch die verschiedenen Konkordate wieder einmal systematisch auf deren Notwendigkeit hin zu prüfen. Sicher wird nun gesagt werden, man mache dies sowieso laufend. Das mag sein, eine Systematik dahinter ist für die CVP aber nicht erkennbar.
Zusammenfassend stellt die CVP-Fraktion also folgende **Anträge,** die ersten zwei einstimmig:
- Ziff. 3 und Ziff. 4, erstes Anliegen, seien erheblich zu erklären und nicht als erledigt abzuschreiben.
- Ziff. 4, zweites Anliegen, sei erheblich zu erklären.
- Ziff. 1 und Ziff. 2 seien erheblich zu erklären.

Abschliessend nimmt der Votant noch persönlich Stellung zur Verknüpfung von KdK-Mitgliedschaft und Konkordatsmitgliedschaften, die der Regierungsrat auf Seite 3 unten und Seite 4 oben seines Berichts macht. Eine solche Verknüpfung zu machen, ist absurd. Ob der Kanton Zug Mitglied der KdK ist oder nicht, hat nichts zu tun mit der Mitgliedschaft in einem einzelnen Konkordat, beispielsweise im erwähnten Konkordat für soziale Einrichtungen oder jenen im Bildungsbereich. Wer hier im Zusammenhang mit dem Postulat eine Verknüpfung suggeriert, betreibt bewusst oder unbewusst Desinformation. Der Kanton Zug kann selbstständig entscheiden, ob er in einem Konkordat bleiben will oder nicht, unabhängig von einer KdK-Mitgliedschaft oder -Nichtmitgliedschaft. Und ein Ausschluss eines Kantons ist in keinem Konkordat, das der Votant kennt, vorgesehen. Der Votant bittet die Regierung, hier nicht etwas miteinander zu verknüpfen, das nicht zusammenhängt, nur damit es argumentativ auf die regierungsrätliche Linie passt.

**Manuel Brandenberg** findet es immer wieder lieblich, wenn die CVP sich über die Diskrepanzen oder Konsistenzen innerhalb der SVP auslässt und dazu spitzfindige

Bemerkungen macht. Die CVP muss eigentlich nicht so nervös sein, stellt sie doch immer noch 22 Ratsmitglieder, gegenüber den 19 der SVP. Sie kann also durchaus etwas mehr Gelassenheit an den Tag legen.
Andreas Hausheer hat davon gesprochen, dass man aus der KdK austreten solle, weshalb eine knappe Mehrheit der CVP-Fraktion Ziff. 1 des Postulats erheblich erklären wolle. Nun sagt Ziff. 1 aber, dass die KdK-Mitgliedschaft *sisitiert* werden soll. Will die CVP nun eine vertragswidrige, weil im Vertrag nicht vorgesehene Sistierung der Mitgliedschaft, oder will sie aus der KdK austreten? Letzteres wäre ein anderer Antrag. Sollte die CVP beantragen, Ziff. 1 in dem Sinne erheblich zu erklären, dass der Kanton Zug aus der KdK austritt, dann gäbe es wohl auch zustimmenden Stimmen von Seiten der SVP-Fraktion. Die Sistierung hingegen ist – wie gesagt – gemäss Vertrag nicht möglich, weshalb sich die SVP dagegen ausspricht. Der Votant bittet Andreas Hausheer um Klärung.

**Andreas Hausheer** hält fest, dass der Homo sapiens eigentlich die Fähigkeit hat, zuzuhören. Er hat gesagt: «… selbst wenn er die KdK-Mitgliedschaft faktisch sistiert und auf den nächstmöglichen Termin austritt.»

**Daniel Marti** teilt mit, dass die Grünliberalen sehr viel Sympathie für die Anliegen der Postulanten haben und grundsätzlich alle wirksamen Massnahmen unterstützen, um gegen die inakzeptable Umsetzung des NFA anzukämpfen. Das vorliegende Postulat ist jedoch teilweise kontraproduktiv und nicht zielführend. Daher unterstützt die GLP den Antrag der Regierung, nur Teile des Postulats erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.
Die in Ziff. 1 und 2 des Postulats geforderte Sistierung der Zusammenarbeit mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und anderen interkantonalen Gremien, um ein Zeichen gegen die heutige Umsetzung NFA zu setzen, hält die GLP nach vertieftem Studium der Materie für nicht zielführend. Die Sistierung wirkt in letzter Konsequenz sogar den Interessen des Kantons Zug entgegen. Die GLP glaubt nicht, dass sich der Bundesrat oder das Parlament durch eine solche Trotzreaktion beeindrucken lassen, und sieht hier auch keinen konstruktiven Ansatz zur Behebung der Systemfehler des NFA. In den Augen der anderen Kantone würde ein Aussetzen der Zusammenarbeit eher als ein Zeichen der Schwäche interpretiert, das schon fast nach Verzweiflung riecht.
Die in Ziff. 3 des Postulats geforderte Zusammenarbeit mit anderen Geberkantonen, um beim Bundesrat für direkte Verhandlungen vorstellig zu werden, unterstützt die GLP dagegen vollumfänglich. Im Gegensatz zu Ziff. 1 und 2 ist dies ein konstruktiver Ansatz. Gleiches gilt für das Anliegen in Ziff. 4, in Zukunft die Festsetzung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs nicht in ein Wahljahr zu setzen. Diese unglücklich gewählte Periodizität verhindert, dass sich Vertreter der Nehmerkantone – zumindest diejenigen, die wiedergewählt werden wollen – für die Behebung der offensichtlichen Konstruktionsfehler im NFA-Mechanismus einsetzen können.
Trotz der Zustimmung zur Abschreibung des Postulats sehen die Grünliberalen den Regierungsrat in der Pflicht, weiterhin mit Nachdruck jede Gelegenheit wahrzunehmen, die NFA-Belastung für den Kanton Zug zu vermindern, und dabei aktiv die Zusammenarbeit mit anderen Geberkantonen zu suchen, damit in Bundesbern aus einer Position der Stärke heraus verhandelt werden kann.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** dankt für die grossmehrheitlich gute Aufnahme des regierungsrätlichen Berichts, der innerhalb der angekündigten Frist von drei Monaten vorgelegt wurde. Es wurde erkannt, dass der Regierungsrat gearbeitet und bei der KdK eine Sensibilisierung erreicht hat. Die KdK hat bezüglich Umgang

mit Minderheiten erkannt, dass man in Fällen, in denen es um reine Verteilfragen innerhalb der Kantone – nicht zwischen Bund und Kantonen – geht, nicht einfach mit Mehrheitsbeschluss entscheiden und Minderheiten dauernd majorisieren kann. Die KdK hat gemerkt, dass sich die Kantone so eher schwächen. Die grosse Stärke der Zusammenarbeit in der KdK und auch in anderen Konferenzen ist es ja, dass die Kantone sich einigen und gegenüber dem Bund eine einheitliche Haltung vertreten. Das ist zentral, und es geht gerne vergessen, wenn man auf Verteilfragen wie beim NFA fokussiert. Es gibt ja Dutzende Themen, bei denen die Konferenzen die Interessen der Kantone bündeln und sich aktiv in die Bundespolitik einbringen. Und hier möchte die Regierung weiter mitarbeiten, sonst verkommt der Kanton Zug zu einem rein formalen Mitglied des Bundesstaats und überlässt es anderen, die Haltung der Kantone gegenüber dem Bund zu definieren. Man darf nämlich nicht erwarten, dass der Kanton Zug vom Bund noch speziell angehört würde, wenn er nicht mehr zu den KdK-Kantonen gehörte; das wäre etwas vermessen.
Der Volkswirtschaftsdirektor möchte an Beispielen aufzeigen, wie wertvoll die interkantonale Zusammenarbeit ist. Kürzlich wurde der Regierungsrat vom Zuger CVP-Nationalrat gefragt, wie seine Haltung zur Umsetzung von Art. 121a BV, der Bestimmung betreffend Masseneinwanderung, sei, und wie er das Kontingentsystem anzuwenden gedenke, das dieser Artikel gebietet. Natürlich ist das ein Thema, das primär der Bund klären muss, aber die Kantone sind zentral davon betroffen, wie die Kontingentierung für Staatsangehörige aus der EU und aus anderen Staaten umgesetzt wird, damit die wirtschaftliche Interessen der Kantone – auch von Zug – gewahrt bleiben. Man kann sich vorstellen, dass das eine ziemlich komplexe Frage ist. Und hier arbeiten die Kantone zusammen, *poolen* die Ressourcen ihrer Fachleute – auch Zuger Fachleute machen in diesen Arbeitsgruppen mit –, um dem Bund ein System vorzuschlagen, das möglichst tief, auch bei den Kantonen, angesiedelt ist. Die Kantone kennen die Bedürfnisse ihrer Wirtschaft, wollen bedürfnisgerecht Bewilligungen erteilen können und das nicht irgendeinem Bundesamt überlassen. Dabei erzielen die Kantone nur eine Wirkung gegenüber dem Bund, wenn sie zusammenarbeiten und via Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz und KdK auf die *gepoolten* Arbeit verweisen. Auf all das zu verzichten, wäre sehr unklug – und der Kantonsrat könnte dann nicht mehr verlangen, die Regierung solle die Interessen etwa der Zuger Wirtschaft gegenüber anderen, vor allem dem Bund, einbringen.
Das Gleiche lässt sich auch zur Unternehmenssteuerreform III sagen, wo die Finanzdirektorenkonferenz die vertieften Abklärungen für die Kantone vorgenommen hat. Die Kantonsregierungen haben die Ergebnisse via KdK übernommen und sind gegenüber dem Bund mit einer klaren Haltung aufgetreten. Das gilt auch beim angekündigten Stabilisierungs- bzw. Sparprogramm des Bundes, wo der Bund da und dort versucht, Lasten auf die Kantone abzuwälzen. Hier müssen sich die Kantone über die Fachdirektorenkonferenzen und die KdK zusammentun, um stark auftreten zu können. Tun sie das nicht, verlieren sie und haben die Lasten zu übernehmen. Der Regierungsrat will hier also Wirkung erzielen, wobei sein Argumentarium unabhängig davon gilt, ob eine Sistierung der KdK-Mitgliedschaft oder ein – vertragskonform möglicher – Austritt verlangt wird.
Es ist klar, dass der Regierungsrat das vorliegende Thema seit der Überweisung des Postulats verstärkt bearbeitet hat. Der Volkswirtschaftsdirektor hat sich aber schon vorher mehrfach dafür eingesetzt, dass die KdK hier, in einer Verteilfrage, keine Vermittlerrolle übernimmt, nur fand er keine Mehrheit. Auch hat die KdK selber bereits im Juni erkannt, dass der nächste Wirksamkeitsbericht anders und proaktiv angegangen werden muss und hat die entsprechende Arbeitsgruppe bereits vor dem Postulat angedacht und vorgeschlagen. Es ist also nicht so, dass die paritätische Arbeitsgruppe erst aufgrund der Zuger Aktivitäten zustande kam. Aller-

dings konnte der Kanton Zug noch einbringen, dass die Geberkantone ihre Vertreter selber bestimmen konnten – und Zürich, Genf und Zug ist eine starke Truppe. Peter Hegglin ist Mitglied dieser Arbeitsgruppe, welche für die KdK nun neue Vorschläge erarbeitet, und er hat dem Volkswirtschaftsdirektor mitgeteilt, dass man sehr gut zusammenarbeite und dass die Anliegen der Geberkantone ernst genommen und weiterbearbeitet würden; es wäre ein Fehler gewesen, nicht in dieser Arbeitsgruppe mitzuwirken. Wenn der Kanton Zug nun die Mitgliedschaft in der KdK sistieren würde, dann würde er auch dieser Arbeitsgruppe austreten und könnte keine Wirkung mehr erzielen.
Zum Antrag der CVP-Fraktion, Ziff. 3 und 4 nicht abzuschreiben, hält der Volkswirtschaftsdirektor fest, dass gewisse Punkte bereits erledigt seien, beispielsweise die Frage der Terminierung. In der Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III, die jetzt im Ständerat ist, ist vorgesehen, dass sich die Periodizität ändert und die Beratung des Wirksamkeitsberichts nicht mehr auf ein Wahljahr fällt. Das ist auf dem richtigen Weg. Es kommt dazu, dass diese Entscheide vom Bundesparlament gefällt werden, also ausserhalb des direkten Einflussbereichs des Regierungsrats liegen. Das Postulat wird so abhängig davon gemacht, ob in Bern so oder so über das FiLaG entscheiden wird. Wenn das zur Regel wird, werden viele Vorstösse einfach hängig bleiben, bis Bern entschieden hat; der Regierungsrat wird dann wohl in einem Automatismus über den Entscheid berichten und den Vorstoss als erledigt abschreiben lassen. Hier hat der Volkswirtschaftsdirektor ein anderes Verständnis: Postulate fordern den Regierungsrat auf, etwas zu tun. Im vorliegenden Fall hat er das getan, was nötig und möglich ist; Weiteres erachtet er nicht als sinnvoll. In diesem Sinn bittet der Volkswirtschaftsdirektor, den Regierungsrat nicht mit der Bewirtschaftung von hängigen Postulaten zu belasten. Dieser möchte die Ressourcen lieber extern einsetzen, zumal er im Rahmen von Budgetdebatten immer wieder aufgefordert wird, sein Personal effizient einzusetzen. Hängige Postulate aber bleiben auf der Traktandenliste, und der Regierungsrat müsste dann rapportieren, was in Bern geschehen ist. Das aber kann man auch den Medien entnehmen.
Der Volkswirtschaftsdirektor glaubt also, dass die Stossrichtung stimmt und die erheblich erklärten Punkte abgeschrieben werden können, auch um nach vorne blicken zu können. Er dankt dem Rat, wenn er den Anträgen des Regierungsrats folgt, und versichert, dass die Regierung diesen Themen nach wie vor die nötige und wichtige Aufmerksamkeit zukommen lassen wird.

ABSTIMMUNGEN

**Ziff. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Nichterheblicherklärung, die CVP-Fraktion hingegen die Erheblicherklärung von Ziff. 1 beantragt. Zudem liegt der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf vor, über den vorgängig abgestimmt wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 29 Ja-Stimmen, die Abstimmung zu Ziff. 1 unter Namensaufruf durchzuführen. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der Abstimmung unter Namensaufruf ein «Ja» die Zustimmung zum regierungsrälichen Antrag auf Nichterheblicherklärung bedeutet. Ein «Nein» bedeutet die Zustimmung zum Antrag auf Erheblicherklärung.

Die einzelnen Ratsmitglieder stimmen unter Namensaufruf wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Ja |
| Brunner Philip C. | Ja |
| Camenisch Philippe | Enthaltung |
| Christen Hans | Ja |
| Giger Susanne | Ja |
| Gysel Barbara | Ja |
| Landtwing Alice | Ja |
| Marti Daniel | Ja |
| Messmer Jürg | Ja |
| Raschle Urs | Abwesend |
| Rüegg Richard | Nein |
| Sivaganesan Rupan | Ja |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Ja |
| Stadlin Daniel | Ja |
| Stocker Cornelia | Ja |
| Straub-Müller Vroni | Abwesend |
| Thalmann Silvia | Nein |
| Umbach Karen | Ja |
| Vollenweider Willi | Nein |
| | |
| Dittli Laura | Nein |
| Iten Patrick | Nein |
| Letter Peter | Ja |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Ja |
| Hess-Brauer Iris | Ja |
| Ingold Gabriela | Ja |
| Iten Beat | Ja |
| Ryser Ralph | Ja |
| Werner Thomas | Ja |
| | |
| Barmet Monika | Ja |
| Etter Andreas | Ja |
| Nussbaumer Karl | Ja |
| | |
| Abt Daniel | Ja |
| Andermatt Adrian | Ja |
| Andermatt Pirmin | Abwesend |
| Dzaferi Zari | Ja |
| Frei Pirmin | Ja |
| Gössi Alois | Ja |
| Hostettler Andreas | Ja |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Ja |
| Lustenberger Andreas | Ja |
| Pfister Martin | Enthaltung |
| Riboni Michael | Ja |
| Riedi Beni | Abwesend |

| | |
|---|---|
| Schmid Heini | Abwesend |
| Wandfluh Oliver | Ja |
| | |
| Baumgartner Hans | Nein |
| Birrer Walter | Ja |
| Bühler Olivia | Ja |
| Gander Thomas | Ja |
| Haas Esther | Ja |
| Mösch Jean-Luc | Nein |
| Renggli Silvan | Ja |
| Sieber Beat | Ja |
| Soltermann Claus | Ja |
| Suter Rainer | Ja |
| | |
| Andenmatten-Helbling Karin | Abwesend |
| Bieri Anna | Nein |
| Hofer Rita | Ja |
| Schuler Hubert | Ja |
| Unternährer Beat | Abwesend |
| Villiger Thomas | Ja |
| | |
| Burch Daniel | Ja |
| Hausheer Andreas | Nein |
| Hürlimann Andreas | Ja |
| Meierhans Thomas | Nein |
| Odermatt Anastas | Ja |
| Weber Monika | Ja |
| | |
| Balmer Kurt | Nein |
| Burch Daniel Thomas | Ja |
| Roos Flavio | Ja |
| Schriber-Neiger Hanni | Ja |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Ja |
| Wiederkehr Roger | Nein |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Ja |
| | |
| Henseler Emanuel | Abwesend |
| Lötscher Thomas | Ja |

➔ Der Rat erklärt Ziff. 1 des Postulats mit 56 Ja- und 12 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht erheblich.

**Ziff. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Nichterheblicherklärung, die CVP-Fraktion hingegen die Erheblicherklärung von Ziff. 2 beantragt. Zudem liegt der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf vor.

➔ Der Rat beschliesst mit 20 Ja-Stimmen, die Abstimmung zu Ziff. 1 unter Namensaufruf durchzuführen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der Abstimmung unter Namensaufruf ein «Ja» die Zustimmung zum Antrag auf Nichterheblicherklärung bedeutet. Ein «Nein» bedeutet die Zustimmung zum Antrag auf Erheblicherklärung.

Die einzelnen Ratsmitglieder stimmen unter Namensaufruf wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Ja |
| Brunner Philip C. | Ja |
| Camenisch Philippe | Ja |
| Christen Hans | Ja |
| Giger Susanne | Ja |
| Gysel Barbara | Ja |
| Landtwing Alice | Ja |
| Marti Daniel | Ja |
| Messmer Jürg | Ja |
| Raschle Urs | Abwesend |
| Rüegg Richard | Nein |
| Sivaganesan Rupan | Ja |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Ja |
| Stadlin Daniel | Ja |
| Stocker Cornelia | Ja |
| Straub-Müller Vroni | Abwesend |
| Thalmann Silvia | Nein |
| Umbach Karen | Ja |
| Vollenweider Willi | Nein |
| | |
| Dittli Laura | Nein |
| Iten Patrick | Nein |
| Letter Peter | Ja |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Ja |
| Hess-Brauer Iris | Ja |
| Ingold Gabriela | Ja |
| Iten Beat | Ja |
| Ryser Ralph | Ja |
| Werner Thomas | Ja |
| | |
| Barmet Monika | Ja |
| Etter Andreas | Ja |
| Nussbaumer Karl | Ja |
| | |
| Abt Daniel | Ja |
| Andermatt Adrian | Ja |
| Andermatt Pirmin | Abwesend |
| Dzaferi Zari | Ja |
| Frei Pirmin | Ja |
| Gössi Alois | Ja |

| | |
|---|---|
| Hostettler Andreas | Ja |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Ja |
| Lustenberger Andreas | Ja |
| Pfister Martin | Enthaltung |
| Riboni Michael | Ja |
| Riedi Beni | Abwesend |
| Schmid Heini | Abwesend |
| Wandfluh Oliver | Ja |
| | |
| Baumgartner Hans | Nein |
| Birrer Walter | Ja |
| Bühler Olivia | Ja |
| Gander Thomas | Ja |
| Haas Esther | Ja |
| Mösch Jean-Luc | Nein |
| Renggli Silvan | Ja |
| Sieber Beat | Ja |
| Soltermann Claus | Ja |
| Suter Rainer | Ja |
| | |
| Andenmatten-Helbling Karin | Abwesend |
| Bieri Anna | Nein |
| Hofer Rita | Ja |
| Schuler Hubert | Ja |
| Unternährer Beat | Abwesend |
| Villiger Thomas | Ja |
| | |
| Burch Daniel | Ja |
| Hausheer Andreas | Nein |
| Hürlimann Andreas | Ja |
| Meierhans Thomas | Nein |
| Odermatt Anastas | Ja |
| Weber Monika | Ja |
| | |
| Balmer Kurt | Nein |
| Burch Daniel Thomas | Ja |
| Roos Flavio | Ja |
| Schriber-Neiger Hanni | Ja |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Ja |
| Wiederkehr Roger | Nein |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Ja |
| | |
| Henseler Emanuel | Abwesend |
| Lötscher Thomas | Ja |

➔ Der Rat erklärt Ziff. 2 des Postulats mit 57 Ja- und 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht erheblich.

**Ziff. 3**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, Ziff. 3 erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Die CVP-Fraktion will Ziff. 3 ebenfalls erheblich erklären, aber noch nicht abschreiben.

➔ Der Rat erklärt Ziff. 3 mit 50 zu 17 Stimmen erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

**Ziff. 4, erstes Anliegen**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das erste Anliegen von Ziff. 4 erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Die CVP-Fraktion will dieses Begehren ebenfalls erheblich erklären, aber noch nicht abschreiben.

➔ Der Rat erklärt das erste Anliegen von Ziff. 4 mit 51 zu 17 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

**Ziff. 4, zweites Anliegen**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das zweite Anliegen von Ziff. 4 nicht erheblich zu erklären. Die CVP-Fraktion beantragt die Erheblicherklärung.

➔ Der Rat erklärt das zweite Anliegen von Ziff. 4 mit 51 zu 16 Stimmen nicht erheblich.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

24. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 28. Januar 2016 (Nachmittag)
Zeit: 13.30 – 17.25 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**343** **Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Urs Raschle und Vroni Straub-Müller, Zug; Andreas Meier, Oberägeri; Pirmin Andermatt und Beni Riedi, Baar; Karin Andenmatten-Helbling, Hünenberg; Emanuel Henseler, Neuheim.

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**344** Traktandum 4.1: **Motion von Manuel Brandenberg, Jürg Messmer, Karl Nussbaumer, Moritz Schmid, Beat Sieber und Thomas Villiger betreffend Aufhebung der Schenkungssteuer**
Vorlage: 2580.1 - 15076 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**345** Traktandum 4.2: **Interpellation von Pirmin Frei, Daniel Abt und Walter Birrer betreffend Folgen einer Ablehnung des Gotthard-Sanierungstunnels und Auswirkungen auf den Kanton Zug**
Vorlage: 2575.1 - 15063 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**346** Traktandum 4.3: **Interpellation von Silvan Renggli, Daniel Thomas Burch und Jean-Luc Mösch betreffend Vorgehen des Kantons Zug bzw. der Zentralschweiz bei der Anbindung an den Innovationspark Schweiz**
Vorlage: 2576.1 - 15066 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**347** Traktandum 4.4: **Interpellation von Andreas Etter betreffend Smart City**
Vorlage: 2577.1 - 15067 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**348** Traktandum 4.5: **Oberaufsichtsbeschwerde gegen die Justizprüfungskommission**

Am 4. Januar 2016 ist bei der Staatskanzlei eine Oberaufsichtsbeschwerde von S. gegen die Justizprüfungskommission eingegangen ist. Gestützt auf eine analoge Anwendung von § 27 Abs. 4, letzter Satz, der Geschäftsordnung des Kantonsrats kann für die Behandlung einer Oberaufsichtsbeschwerde gegen die Justizprüfungskommission nur die Staatswirtschaftskommission in Frage kommen. Daher hat die Staatskanzlei diese Eingabe der Staatswirtschaftskommission zur Antragstellung an den Kantonsrat weitergeleitet.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**349** Traktandum 4.6: **Petition von Lehrpersonen der Kantonsschule Zug**

Am 13. Januar 2016 reichte eine Delegation von Lehrpersonen der Kantonsschule Zug bei der Staatskanzlei eine Petition zuhanden des Regierungsrats und des Kantonsrats ein. Da diese Petition einen direkten Konnex zum Entlastungsprogramm 2015–2018, Paket 2 (Vorlage 2569), hat, wurde sie vom Ratsvorsitzenden am 14. Januar 2016 gestützt auf § 54 Abs. 2 GO KR der zuständigen vorberatenden Kommission zur Antragstellung an den Kantonsrat überwiesen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 10

**350** **Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen**
Vorlagen: 2554.1 - 15022 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2554.2 - 15023 (Antrag des Regierungsrats); 2554.3 - 15059 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sowohl der Regierungsrat als auch die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

EINTRETENSDEBATTE

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, wiederholt, dass die vorberatende Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Er dankt dem Baudirektor und seinem Team für die gute Vorbereitung und Begleitung der Kommissionssitzung.
Da der materielle Entscheid betreffend Betlehem schon 2009 im Rahmen der Richtplananpassung gefällt wurde, kann hier auf eine nochmalige Diskussion verzichtet

werden. Für die Kommission war der rein formelle Nachvollzug unbestritten. Dementsprechend hat sie hauptsächlich die neueren Entwicklungen im Kiesabbau im Kanton Zug diskutiert. Es ist ihr aufgefallen, dass in den letzten Jahren sowohl die Abbaumenge als auch der Export von Kies zugenommen haben. Beide Entwicklungen müssen insbesondere im Hinblick auf das allenfalls neu zu bewilligende Kiesabbaugebiet Hatwil im Auge behalten werden. Die Kommission ist der Meinung, dass der lokale Kiesabbau wichtig ist für eine ökologisch sinnvolle Ver- und Entsorgung der lokalen Bauwirtschaft. Zum Schutz der schönen und empfindlichen Landschaft muss der Kanton Zug aber haushälterisch mit seinen Kiesreserven umgehen. Es ist darum wichtig, das Recycling zu fördern und nicht zu viel Kies zu exportieren. Die Bewilligung neuer Gebiete ist nach Ansicht der Kommission abhängig von der Antwort auf die Frage, ob die Kieswirtschaft in der Vergangenheit verantwortungsvoll mit ihren Reserven umgegangen ist.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. Die heute zur Genehmigung vorliegende Richtplananpassung ist das Ergebnis intensiver Zusammenarbeit und Verhandlungen von Eigentümern, Regierung, WWF, Stiftung Landschaftsschutz Schweiz und Pro Natura, welche 2009 ihren Abschluss fand. Ein Formfehler macht die heutige, hoffentlich kurze Debatte notwendig. Eine erneute Grundsatzdiskussion ist aus Sicht der FDP fehl am Platz und überflüssig; sie wurde bereits 2009 geführt. Die FDP-Fraktion wird der Vorlage zustimmen und bittet den Rat, dies ebenfalls zu tun.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG. Seit der Volksabstimmung von 1988 schützt ein Gesetz die Moränenlandschaft im Raum Menzingen–Neuheim. Zudem wird diese Gegend gleich doppelt im Bundesinventar aufgeführt: als Landschaft und Naturdenkmal von nationaler Bedeutung sowie als Moorlandschaft von besonderer Schönheit. Und nun will die Regierung für den Kiesabbau im Gebiet Bethlehem Süd, also in dieser Hügellandschaft, eine versäumte Ausnahmebewilligung einholen, gestützt auf § 3 des Moränenschutzgesetzes.
Die ALG ist gegen eine Ausnahmebewilligung für den weiteren Abbau von Kies und kann kein «überwiegendes öffentliches Interesse» ausmachen. Die Bewilligung dient eher dem privaten wirtschaftlichen Interesse der Abbaufirma Kibag AG als dem öffentlichen Interesse. Ausserdem beanstandet die ALG die hohe Kiesexportmenge in andere Kantone und wünscht sich mehr Zurückhaltung und einen echten haushälterischen Umgang mit dem Kies. Es handelt sich schliesslich um einen endlichen Rohstoff. Ebenso will die ALG keine Arrondierung bzw. – treffender gesagt – keine Erweiterung des Kiesabbaugebiets in Bethlehem mit einer weiteren Narbe in der Landschaft. Der Kanton Zug muss vielmehr die mineralischen Recyclingbaustoffe fördern und die Bauherren motivieren, diesen Baustoff zu verwenden, statt den Moränenschutz zu untergraben.
Die ALG stellt **Antrag** auf Nichteintreten und will keinen erweiterten Kiesabbau.

**Barbara Gysel:** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Das Abbaugebiet Bethlehem Süd wird hier – wie schon gehört – behandelt, um einen früheren Formfehler zu beheben. Dieses Abbaugebiet ist nicht so umstritten, gleichzeitig aber auch nicht unproblematisch, und die SP findet, dass es sich sehr wohl lohnt, hier auf die künftigen Herausforderungen hinzuweisen und zu verdeutlichen, was der Kommissionspräsident bereits gesagt hat und im Kommissionsbericht steht. Im Kieskonzept 2008 wurden die Kiesabbaugebiete der folgenden zwanzig bis dreissig Jahre ausgeschieden. Als nächstes steht möglicherweise das Gebiet Hatwil in Cham zur Diskussion, das 2009 als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen wurde.

Und wie schon gehört: Der Bedarf am Rohstoff Kies ist hoch. Dem Kiesbericht 2014 zufolge, der im Mai 2015 veröffentlicht wurde, wurden im Kanton Zug 515'000 Kubikmeter abgebaut, wobei dieser Wert rund 10 Prozent über dem Mittel der Vorjahre und 34 Prozent über dem generellen Richtwert von 400'000 Kubikmeter gemäss Richtplan liegt. Kein Wunder, schwindet der Rohstoff Kies kontinuierlich.
Die Votantin hat verschiedene Medienmitteilungen der Baudirektion nochmals gelesen. Am 6. Mai 2011 titelte man: «Zuger Kiesreserven reichen noch 15 bis 20 Jahre.» Ein Jahr später, am 4. Mai 2012, hiess es: «Zuger Kiesreserven reichen noch 15 bis 18 Jahre.» Und die jüngste Mitteilung vom 4. Juni 2015 lautet: «Zuger Kiesreserven reichen noch 13 Jahre». Interessant ist, dass nicht der Bedarf innerhalb des Kantons zugenommen hat, sondern der Export stark gestiegen ist. Um dem erhöhten Bedarf entgegenzuwirken, können Recyclingmaterialien gefördert werden. Diese Intensivierung geschah in den letzten Jahren und Monaten tatsächlich. Ganz unproblematisch punkto $CO_2$-Verbrauch ist aber auch das Recycling nicht. Die SP-Fraktion begrüsst aber, dass der Recycling-Anteil gemäss Richtplantext E 11.1.3 gesteigert werden soll.
Die kurze Situationsanalyse belegt, dass beim Rohstoff Kies längerfristig grössere Herausforderungen zu bewältigen sind. Im Moment geht es aber ausschliesslich darum, einen verpassten Kantonsratsbeschluss nachzuholen. Die SP-Fraktion erachtet Bethlehem Süd als nicht zu problematisch, und auch die Umweltverbände sind einverstanden mit der Anpassung; vielleicht kann der Baudirektor dazu noch einige präzisierende Details anfügen. Abschliessend legt die Votantin noch ihre Interessenbindung offen: Sie ist Präsidentin des WWF Zug.

**Hans Baumgartner:** Die CVP Fraktion schliesst sich im Grundsatz dem Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission an, tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Wie Kommissionspräsident Heini Schmid ausgeführt hat, handelt es sich hier nicht um eine inhaltliche Diskussion, da das betreffende Abbaugebiet vom Kantonsrat bereits festgelegt wurde. Aber wie andere Fraktionen hat auch die CVP Vorbehalte und möchte darauf hinweisen, dass das jetzige rasante Tempo beim Kiesabbau klar nicht im Sinne des Kantons Zug sein kann. Die Abbaumengen liegen nämlich im langjährigen Schnitt um rund ein Drittel höher als das Abbauvolumen, das vom Kantonsrat im Richtplan vorgegeben wurde, dies nicht weil im Kanton Zug mehr verbraucht wird, sondern weil der Kiesexport in die umliegenden Kantone rasant ansteigt und der Exportanteil nach den Ausführungen im neuesten Kiesbericht bereits bei mehr als 40 Prozent liegt. Und wenn die Baudirektion in ihrem Bericht schreibt, dass die Export-Import-Bilanz der letzten fünfzehn Jahre ausgeglichen sei, so ist dies nur auf die Tatsache zurückzuführen, dass im Abbaugebiet Cham-Äbnetwald eine abgebaute Teilfläche auf dem Gemeindegebiet von Knonau, also im Kanton Zürich, lag.
Inzwischen weiss man, dass die abbaubaren Kiesvorkommen im Kanton Zug beschränkt sind und rasch schwinden. Hinzu kommt, dass das einzig mögliche neue Abbaugebiet in Cham, nämlich Hatwil–Frauental, in einer einzigartigen, vom Bund geschützten Landschaft und zudem in einer Grundwasserschutzzone liegt. Damit ist eine allfällige Bewilligung für eine neue Abbauzone sehr in Frage gestellt. Kurz gesagt: Es ist nicht weiter zu verantworten, dass im Kanton Zug Kiesabbaugebiete in sensiblen, geschützten Landschaften freigegeben und Ausnahmebewilligungen in Moränenschutzgebieten erteilt werden, um dann den Kies – meist durch ausserkantonale Firmen – zu einem grossen Teil in umliegende Kantone zu exportieren. Die CVP erwartet, dass zukünftig bei der Ausscheidung von Nutzungszonen für den Kiesabbau dem Richtplangrundsatz E 11.1, also der langfristigen Sicherung der Versorgung des Kantons Zug mit Kies, Rechnung getragen wird.

**Karl Nussbaumer** spricht für die SVP-Fraktion. In Edlibach wird schon seit mehr als 150 Jahren Kies abgebaut. Dort liegt eines der ältesten Kieswerke der Region. Im Februar 2015 ersuchte die Kibag um eine Arrondierung des Kiesabbaugebiets, um den Kiesbau in Edlibach längerfristig zu sichern. Mit der vorgesehenen Arrondierung würden ca. 896'000 Kubikmeter Rohkies erschlossen. Dies würde den Weiterbetrieb des Kieswerks Edlibach und damit die Versorgung der Region mit Kies für rund sieben Jahre sichern. Gleichzeitig könnte damit auch Deponievolumen für Aushubmaterial im selben Ausmass bereitgestellt werden, was angesichts der Bautätigkeit im Kanton Zug wichtig ist. Für den Votanten ist auch der Faktor der Weiterbeschäftigung des Personals und der Sicherung von Arbeitsplätzen für Mitarbeitende aus der Region für weitere Jahre wichtig. Im Weiteren ist auch der betroffene Landwirt einverstanden, da die Kibag als seriöser Vertragspartner bekannt ist, der gut zu bewirtschaftendes renaturiertes Land zurückgibt. Auch die Umwelt- und Landschaftsverträglichkeit des Projekts wurde geprüft, und Pro Natura Zug und die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz unterstützen die beantragte Arrondierung, insbesondere da sich die Kibag verpflichtet, Massnahmen zum Schutz der Landschaft und zur Förderung der Artenvielfalt umzusetzen.
Die SVP-Fraktion hat sich auch vor Ort ein Bild gemacht. Sie unterstützt den Antrag des Regierungsrats einstimmig.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt für die wohltuend kurzen Voten zu diesem Geschäft sowie der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten für ihre Arbeit. Er entschuldigt sich namens des Regierungsrats und der Baudirektion nochmals für den formellen Fehler, der passiert ist: In der Debatte zur Richtplananpassung wurde nur das Planungs- und Baugesetz berücksichtigt, und man hat vergessen, dass auch der Moränenschutz beachtet werden muss. Ein zweiter Fehler unterlief bei der PowerPoint-Präsentation der Baudirektion für die vorberatende Kommission Es gibt eine Vereinbarung zwischen der Kibag und der Baudirektion einerseits und Pro Natura und der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz andererseits, die sich für dieses Abbaugebiet ausgesprochen haben, dies nicht zuletzt aufgrund der Arbeitsgruppe, die 2008 breit evaluierte, wo noch abgebaut bzw. arrondiert werden sollte. Die Baudirektion hat in der genannten Präsentation gesagt, der WWF habe diese Vereinbarung auch unterzeichnet. Das ist falsch. Auch für diesen Fehler, den er dem Kommissionspräsidenten telefonisch bereits mitgeteilt hat, entschuldigt sich der Baudirektor. Wo gearbeitet wird, geschehen eben Fehler; sie sind im vorliegenden Fall aber nicht fundamental.
Der Baudirektor dankt für die mit einer Ausnahme zustimmende Haltung. Verschiedene Votanten haben den Kiesbericht angesprochen und den Exportüberschuss beim Kies kritisiert. Das ist in der Tat nicht das Gelbe vom Ei. Die Bilanz über die letzten fünfzehn Jahre ist zwar ausgeglichen, aber man muss ein Auge darauf halten. Prognosen in diesem Bereich und auch bei den Deponien sind aber sehr schwierig. Die Entwicklung hängt eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Zug zusammen, die man nicht bis ins letzte Detail im Griff haben kann. Die Baudirektion gibt sich aber grosse Mühe. Sie hat vor allem in Hinblick auf Hatwil der vorberatenden Kommission auch klar erklärt, dass hierüber eine offene und konstruktive Diskussion geführt werden müsse.
Es wäre fatal, wenn der Rat – wie von der ALG beantragt – nicht auf die Vorlage eintreten würde. In der erwähnten Arbeitsgruppe wurde klar aufgezeigt, dass die geplante Arrondierung u. a. in Menzingen-Bethlehem sinnvoll ist. Je mehr Arrondierungen dort, wo die Infrastruktur schon besteht, gemacht werden können, umso besser. Und es bleibt keine Landschaftsnarbe – wie es Hanni Schriber-Neiger genannt hat – zurück. Die Abbaugruben werden wieder aufgefüllt und aufgewertet,

und sie werden mit aller Garantie ökologisch profitieren. Schon während des Abbaus sind es fantastische Gebiete für Fauna und Tierwelt. Natürlich wird es zwanzig Jahren dauern, bis das betreffende Gelände wieder instandgestellt ist, aber es wird dann qualitativ nicht in einem schlechteren, sondern in einem besseren Zustand sein. Die Landschaftsnarbe ist also befristet. Zudem betont der Baudirektor, dass es Kies nicht nur irgendwelche Wirtschaftsinteressen braucht, sondern auch für Velowege, für Busspuren, für preisgünstigen Wohnungsbau; alles mit Holz zu bauen, ist nicht möglich. Es profitieren also nicht nur Wirtschaftsmagnaten vom Kiesabbau, sondern verschiedene Bereiche. Man muss vor diesem Hintergrund die von Seiten der ALG geäusserten Vorbehalte also relativieren.
Noch ein Wort zum Recycling: Man hat nun eine Recycling-Institution ins Leben rufen können, wobei der Kanton das Land zur Verfügung gestellt hat. Mit dieser Firma in Cham hat man jetzt die Möglichkeit, in Ausschreibungen entsprechende Bedingungen zu stellen und Recycling-Material zu fordern. Das wird auch Auswirkungen auf die Export-Import-Bilanz von Kies haben: Sie wird wieder etwas verbessert werden können.
Zusammenfassend ist es für den Baudirektor wichtig, dass dort, wo die Infrastruktur besteht und entsprechende Arbeitsplätze gesichert werden können, der Abbau von Kies weiterhin möglich sein soll. In diesem Sinn bittet er den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

**Barbara Gysel** anerkennt die Entschuldigungen des Baudirektors und weiss sie zu schätzen. Hingegen ist der Baudirektor in einem Teil seines Votums doch etwas weit gegangen. Dass man den Kiesabbau unterstützen solle, um preisgünstige Wohnungen bauen zu können, das ist – mit Verlaub – etwas weit hergeholt. Die SP hat vorhin zu sagen versucht, dass man sachlich über die Tatsache diskutieren müsse, dass im Kantons zum einen sehr viel Kies abgebaut, zum andern aber auch sehr viel Kies exportiert werde. Die SP hat sich in der Kommission und auch sonst bemüht, dieses Thema sachlich anzugehen, und die heutigen Voten aller Fraktionen waren nach Ansicht der Votantin sehr interessant. Im erwähnten Teil seines Votums aber hat der Baudirektor etwas «übertrieben».

**Thomas Lötscher** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Neuheimer. Diese Gemeinde hat nicht viel, aber sie hat viel Kies.
Die Kiesvorräte im Kanton Zug reichen – wie gehört – dreizehn bis fünfzehn Jahre, wobei aber kritisiert wird, es werde zu viel Kies exportiert. Dabei geht es nicht um Export ins Ausland, sondern in andere Schweizer Kantone. Man spricht also von einer Region, die rohstoffarm ist und nahezu sämtliche Rohstoffe importieren muss, in einem kleinen Teilbereich aber zum Exporteur wird. Was würde es bedeuten, wenn andere Kantone so handeln würden, wie es hier gefordert wird, und beispielsweise nur so viel Salz oder Zucker abbauen bzw. produzieren würden, wie sie für den eigenen Bedarf brauchen? Der Kanton Zug, der keinen Zucker und kein Salz produziert, ist auf den Export anderer Kantone angewiesen. Wenn die Gemeinden Menzingen und Neuheim nur so viel Kies abbauten, wie sie selber brauchen, und keinen Kies in andere Gemeinden des Kantons exportierten, würden die Kiesvorräte – so schätzt der Votant – wahrscheinlich zwei- bis fünfhundert Jahre reichen. Aber dieser Export ist ja willkommen. Das relativiert die Sache.
Kies wird in Gebieten abgebaut, die zum Teil intensiv landwirtschaftlich genutzt sind. Aus ökologischer Sicht sind das vielfach verarmte Landschaften. Sobald man das Land für eine Kiesgrube aufreisst, führt man – so paradox das klingt – eine ökologische Aufwertung durch. Eine ganze Reihe von Tier- und Pflanzenarten, die durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung verdrängt wurden, erhält wieder

einen Lebensraum. Ein Beispiel sind die Uferschwalben, die natürlicherweise an steilen Flussufern in den Löchern von Kies- und Sandbänken ihre Nester bauen. Solche naturbelassene Flussufer werden immer seltener, weil die Flüsse begradigt und kanalisiert werden. In Kiesabbaugebieten hingegen können die Uferschwalben noch nisten. Das Argument der Ökologie ist hier also mit Vorsicht zu handhaben.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 59 zu 8 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Teil I**

***§ 1***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teile II, III und IV**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 11 (Fortsetzung)
**Geschäfte, die am 10. Dezember 2015 nicht behandelt werden konnten:**

**351** Traktandum 11.2: **Interpellation von Willi Vollenweider und Philip C. Brunner betreffend die Armee-Halbierung «WEA» gefährdet die Sicherheit auch im Kanton Zug**
Vorlagen: 2548.1 - 15012 (Interpellationstext); 2548.2 - 15051 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellant **Willi Vollenweider** hält fest, dass es im vorliegenden Vorstoss um die Auswirkungen der bevorstehenden Halbierung der Armee auf die Sicherheit der Bevölkerung und auf den Schutz von Hab und Gut im Kanton Zug geht. Zu Beginn erzählt der Votant eine Parabel: Es war einmal ein Kanton Zug, der zu wenig Geld hatte. Seine Regierung schlug dem Kantonsrat vor, den Bestand des Staatspersonals zu halbieren und dafür bereits um acht Uhr mit der Arbeit zu beginnen. Und dank besserer technischer Hilfsmittel könnten alle staatlichen Dienstleistungen viel besser als in der Vergangenheit erbracht werden. Wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie heute noch …
Genau diese Argumente und dieses Denkschema tischen der Bundesrat und das Bundesparlament der Öffentlichkeit auf – und es gibt sogar Leute, die darauf hereinfallen. Dazu gehört der Votant nicht. Seine Interessenbindung: Er setzt sich in

mehreren militärischen Vereinen aktiv und ausschliesslich ehrenamtlich für eine starke Milizarmee, für die Landesverteidigung und für die Sicherung der Errungenschaften der Schweiz ein. Er macht sich – wie dem Interpellationstext zu entnehmen ist – grosse Sorgen um die öffentliche Sicherheit. Und die Situation hat sich weiterentwickelt, seit die Interpellation eingereicht wurde: Am 2. Dezember 2015 hat der Nationalrat der erneuten Halbierung der Armee zugestimmt. Unter dem Titel «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) wird der Bestand von 220'000 auf 100'000 reduziert. 72 Bataillone werden aufgelöst. Es bleiben noch 100 Bataillone. Es gibt dann keine Reserveformationen mehr. Die Eliminierung diverser Standorte von militärischen Anlagen und Flugplätzen sowie die Vernichtung unglaublicher Mengen an einsatzfähigem Armeematerial in den vergangenen Jahren werden nicht mehr rückgängig zu machen sein. Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit gehen unwiederbringlich verloren. Waren vor zwanzig Jahren noch 12 Prozent der Bevölkerung Angehörige der Armee, so werden es nach der Reform gerade noch 1,2 Prozent sein, also ein Abbau um den Faktor 10. Der Regierungsrat findet das gut, der Votant hingegen gar nicht. Die reformierte WEA-Armee wird ihren verfassungsmässigen Auftrag gemäss Art. 58 der Bundesverfassung nicht mehr erfüllen können.
Die Bedeutung der öffentlichen Sicherheit wird in der Antwort des Regierungsrats leider heruntergespielt – wie wenn es ohne Sicherheit auch ginge. Dabei ist die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit die zentralste Staatsaufgabe überhaupt. Sie ist nicht bloss ein Standortvorteil oder so, sondern eine Voraussetzung für die Zivilisation. Ohne Sicherheit muss man gar nicht an weitere Staatsaufgaben denken. Sicherheit kann auch nicht innert weniger Stunden oder Tage bei Bedarf aus dem Hut gezaubert werden, wenn man die vorausschauenden Massnahmen unterlassen hat, wie dies der Regierungsrat empfiehlt.
Die Sicherheit in Europa verschlechtert sich: schwelender Konflikt in der Ukraine zwischen Nato, EU und Russland, wahrhaftiger Exodus aus dem Nahen Osten und Afrika nach Europa quasi als «dritte islamische Völkerwanderung», regulärer Kriegszustand zwischen mehreren Ländern der EU und den Krisengebieten im Nahen Osten, irreguläre Kriegführung des militanten Islams gegen europäische Staaten, permanenter *état d'urgence* in Frankreich, Zeitbombe Staatsverschuldung europäischer Länder, Pulverfass Russland-Embargo. Das alles sollte eigentlich zum Nachdenken anregen.
Die Regierung Frankreichs hat nach dem Charlie-Hebdo-Anschlag den regulären Polizeikräften sofort 80'000 weitere Sicherheitskräfte beigestellt, nach den jüngsten Terroranschlägen in Paris sogar deren 120'000 – sofort und nicht erst nach zehn Tagen, wie dies die WEA für die ersten 35'000 Mann einer Mobilisierung verspricht. Letzteres ist geradezu stümperhaft, wenn man bedenkt, dass noch vor zwanzig Jahren das Gros der Armee – die älteren Semester können sich daran erinnern – innert einem bis zwei Tagen mobilisiert werden konnte. Heute kann die Armee überhaupt nicht mehr mobilisiert werden, es gibt keine Mobilmachungszettel mehr im Dienstbüchlein. Das ist nicht ein Fehler im Militärgesetz, sondern eine Schlamperei der VBS-Departementschefs. Bei den erwähnten Terrorereignissen in Frankreich war es von grösster Wichtigkeit, dass der Staat sein Machtmonopol unmissverständlich demonstrierte und das Aufflammen weiterer Unruheherde im Keim erstickte. Die Gefahr, dass aus einzelnen Terrorangriffen heraus weitere schlafende, aber kampfbereite Gruppierungen zu Nachahmungstaten schreiten, ist viel zu gross, um nicht sofort präventive Massnahmen dagegen zu ergreifen. Die französischen Sicherheitsverantwortlichen wissen das und haben mit Entschlossenheit gehandelt.
Im Kanton Zug sind diese Erkenntnisse offensichtlich bisher nicht angekommen. Wieso auch? Man hat ja den ewigen Frieden gepachtet. In der Antwort des Regierungsrats wird deklariert: «Klar ist, dass die innere Sicherheit nicht militarisiert

werden soll.» Offenbar ist man der Auffassung, dass der Bestand an regulären Polizeikräften selbst in ausserordentlichen Lagen völlig ausreiche, um die verfassungsmässige Ordnung gemäss Art 52 der Bundesverfassung im Kanton Zug sicherzustellen, dies durchhaltefähig, also 24 Stunden über mehrere Tage oder Wochen hinweg. Der Votant tut sich sehr schwer, dem Regierungsrat zu widersprechen, aber das ist Mumpitz. Es mussten ja bereits für die Bewältigung einer vergleichsweise kleinen Anti-WEF-Demonstration in Zug auswärtige Polizeikorps um Unterstützung gebeten werden. Dass der Kanton Zug a priori und kategorisch auf die Inanspruchnahme der Hilfe der Armee für die innere Sicherheit verzichtet, ist falsch, ja sogar bundesverfassungswidrig. In Art. 58 BV steht zu diesem Thema: «Die Armee unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.» Die Zuger Steuerzahler sollen zwar dieses noch vorhandene Sicherheitsinstrument brav mitfinanzieren, der Regierungsrat weigert sich aber dogmatisch, es im Bedarfsfall zu beanspruchen. Das ist grotesk.
Im Weiteren tut dem Votanten die Zuger Polizei richtiggehend leid. Sie wird im Notfall im Stich gelassen – anders als in Wildwestfilmen, wo im allerletzten Moment immer noch die Armee in Form der U.S.-Kavallerie anrückt und die bösen Angreifer zurückschlägt. Der Votant empfiehlt dem Sicherheitsdirektor dringend, sich ein paar dieser Filme anzuschauen, damit er sich die Not der im Stich gelassenen Zuger Polizei vorstellen kann. Den Linken im Rat empfiehlt der Votant, den Aufruf der besorgten Präsidentin der SP-Frauen, Nationalrätin Yvonne Feri, ernst zu nehmen. Sie frägt sich völlig zu Recht, wozu die Schweiz überhaupt eine Armee habe, wenn man nicht bereit sei, diese falls angebracht im Assistenzdienst zum Schutz der Bevölkerung bei Grossanlässen einzusetzen, wie dies beispielsweise beim Schutz internationaler Konferenzen üblich ist. Oder man schaue sich an, was die verzweifelte SPD-Sozialdezernentin Brigitte Meier aus München auf *YouTube* sagt.
Der Votant findet die aus der regierungsrätlichen Antwort herauszuhörende Vernachlässigung der Sicherheit als Staatsaufgabe und die Übereignung der öffentlichen Sicherheit in die Eigenverantwortung jedes Einzelnen keine gute Idee. Sie ist eine Teilkapitulation des Staates. Er hofft nicht, dass die Zuger und Zugerinnen eines Tages für diese Vogel-Strauss Politik bestraft werden.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Mit Schreckensdarstellungen zaubern die zwei Interpellanten ein Szenario auf das Papier, als ob der Kanton Zug von verschiedensten Seiten bereits belagert würde. Sie scheuen auch nicht davor zurück, unterschiedlichste Situationen im gleichen Atemzug zu nennen. So werden Flüchtlingsströme, Terroranschläge, Embargos, Demonstrationen und Naturkatastrophen genannt, ohne genau zu erklären, für welche Problemlösungen eine grosse Schweizer Armee nützlich sein könnte. Erneut wird versucht, mit einem nationalen Thema kantonale Politik zu betreiben. Selbstverständlich kann es Auswirkungen auf die Kantone haben, wenn das Bundesparlament entscheidet, dass die Grösse der Armee reduziert werden kann – wobei ja sogar der neue SVP-Bundesrat der Meinung ist, dass die Reduktion der Schweizer Armee gerechtfertigt sei. Die entsprechenden Stellen bei Bund und Kantonen werden dann die nötigen weiteren Entscheidungen treffen. Der Votant will den Aufruf von Bundesrätin Simonetta Sommaruga nicht wiederholen, ist aber überzeugt, dass «die Leute beim Bund und bei den Kantonen nicht so blöd sind».
Die Interpellanten schlagen vor, dass der Kanton Zug bereits jetzt mit einer vorbereitenden Planung starten soll. Wenn das nicht Geld-zum-Fenster-Rauswerfen ist, dann hat der Votant keine Idee, wie Geld vergeudet werden kann. Soll die Zuger Polizei mit Panzern und Kanonen oder mit einer berittenen Polizei ausgestattet

werden? Nur: Was nützen diese Gerätschaften bei einem Embargo oder bei einer Naturkatastrophe? Die Antwort der Regierung sagt genug aus. Der Gefahrenhysterie wird ein realistisches Bild der Sicherheitslage in der Schweiz und insbesondere im Kanton Zug entgegengehalten. Unnötige Polemik ist nicht zielführend. Die Antworten der Regierung sind nachvollziehbar, klar und realistisch. Es braucht kein sinnloses Schüren von Ängsten auch zu Themen, welche selbst mit einer sehr grossen Armee nicht verhindert werden könnten. Sicherheit kann nicht nur mit einer grossen Armee gewährleistet werden.

**Pirmin Frei** hält fest, dass die Debatte zum vorliegenden Thema eigentlich nicht in dieses Parlament gehört. Er hätte Willi Vollenweider gegönnt, dass er sein Votum in Bundesbern hätte halten können.
Der Votant hat vor kurzem nach ungefähr 1200 Diensttagen seine aktive Militärdienstzeit beendet und hat Verständnis: nicht für die Interpellation, aber für das Anliegen an sich, hinter dem er selber auch steht. Es geht den Interpellanten um die nationale, konkret die militärische Sicherheit. Führt man sich vor Augen, dass die Schweiz seit den 1990er Jahren die Ausgaben für die Armee um rund die Hälfte reduziert hat und der Anteil der Armeekosten am Gesamtbudget des Bundes noch bei knapp 5 Prozent liegt, so muss man sich auf bürgerlicher Seite schon fragen, wie viel einem die Sicherheit in diesem Lande noch wert ist bzw. ob die Armee nur noch ein Budgetpuffer sei, den man nutzen kann, wenn Ausgaben an anderen Orten für wichtiger erachtet werden. Und genau hier positionieren sich die Interpellanten: Sie betonen die Wichtigkeit der nationalen Sicherheit. Und es geht auch um die Sicherheit im Kanton Zug. Der Votant war lange Jahre Chef des kantonalen Führungsstabs und stand in dieser Funktion an der Schnittstelle zwischen Armee, Polizei und Blaulichtorganisationen. Und er weiss, dass die Armee die einzige Institution ist, welche in diesem Land über längere Zeit hinweg Sicherheit garantieren kann.
In der Sicherheitspolitik geht es immer um die Zukunft, und es geht um reale Bedrohungen. Zwar gibt es Konflikte in Syrien, in Teilen der Ukraine, in Afrika etc., doch bei allem Respekt: Das sind im Moment keine realen Bedrohungen für die Schweiz. Vielmehr ist die Schweiz bedroht und herausgefordert durch Ereignisse wie in Paris, durch Terrorakte und Sabotage, durch *Cyber War,* also Angriffe via Internet auf neuralgische zivile, militärische und wirtschaftliche Anlagen. Und für diese realen Bedrohungen braucht es keine 600'000 Mann starke Armee, vielleicht auch keine 200'000 Soldaten, keine Füsiliergruppen an jeder Brücke über den Littibach und keine Panzerdivisionen. Es braucht vielmehr hochtechnologische Abwehrmittel, kurze Reaktionszeiten, gut vorbereitete und gut ausgerüstete Interventionstruppen. Und genau das will die WEA bieten: Man will Fehler und Mängel der aktuellen Armee ausgleichen, man will die Bereitschaft der Truppen erhöhen und deren Ausrüstung und Mobilisierung verbessern. Es braucht – etwas salopp gesagt – in der zukünftigen Armee weniger *Wädli,* dafür aber mehr Grips. Es mag sein, dass die WEA nicht überall optimal ist und vielleicht im Bereich der Inneren Sicherheit mehr getan werden müsste – dazu könnte der Gesundheitsdirektor sicher mehr sagen –, aber es bringt nichts, wenn man die WEA ständig schlechtredet und die Kader der Armee inkl. die politisch Verantwortlichen diffamiert und diskreditiert. Was es braucht, ist Vertrauen in den Weg, der jetzt vorgezeichnet ist. Misstrauen gegenüber der Armee schliesst erfahrungsgemäss das Portemonnaie – und es kann nicht im Interesse der Interpellanten sein, dass plötzlich noch weniger Mittel für die nationale Sicherheit zur Verfügung stehen.

Für Mitinterpellant **Philip C. Brunner** ist genau das passiert, was er erwartet hatte: Die Interpellanten versuchen dem Rat ihr Anliegen näher zu bringen – und die bür-

gerlichen Fraktionen entziehen sich der Diskussion und zucken mit den Schultern. Einzig Pirmin Frei hat gewisse Sympathien mit den Anliegen gezeigt und verstanden, was die Interpellanten wollten. Es geht nämlich keineswegs um eine Kritik am Sicherheitsdirektor, sondern es geht um eine Sensibilisierung. Ältere Ratsmitglieder mögen sich an die – für den Votanten traumatische – Diskussion erinnern, als es um die Vernichtung der Schützenpanzer ging, und an die Reaktion einzelner, auch höherer Offiziere im Saal. In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, dass der Votant von der damaligen Kantonsratspräsidentin nicht immer wieder hätte unterbrochen und aufgefordert werden müssen, zum Punkt zu kommen.
Willi Vollenweider hat das Szenario für die nähere Umgebung aufgezeigt, der Votant wäre weiter gegangen und hätte in Nordkorea begonnen. Zwischen Weihnachten 2015 und den ersten Januartagen 2016 hat der schweizerische Geheimdienst 26 ernst zu nehmende Vorfälle registriert und teilweise abgeblockt. Das kann man in gewöhnlichen Zeitungen nicht lesen, aber die Bedrohung ist wesentlich grösser, als die Öffentlichkeit weiss. Es geht hier auch nicht – wie es den Interpellanten vom Vertreter einer Partei unterstellt wurde, deren Parteiprogramm weiterhin die Abschaffung der Armee enthält, – um Polemik oder Parteipolitik: Willi Vollenweider ist zwar Mitglied der SVP der Stadt Zug, aber nicht Mitglied der SVP-Fraktion, kann hier also nicht SVP-Politik machen.
Der Votant dankt dem Regierungsrat dafür, dass er sich mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Wie schnell es gehen kann, hat man am letzten Samstag gesehen, wobei es hier nur um ein paar hundert bedrohliche Gestalten aus dem «Schwarzen Block» ging. Der stellvertretende Kommandant der Zuger Polizei hat bei der Orientierung der Bevölkerung, bei welcher der Votant einige Kollegen aus dem Kantonsrat vermisste, gesagt, es seien 80 Prozent des gesamten, gemäss Stellenplan 330-köpfigen Polizeikorps auf dem Bundesplatz und Umgebung im Einsatz gewesen; zusätzliche Polizisten kamen aus sechs oder acht weiteren Polizeikorps. Und nun sagt Hubert Schuler als angeblicher Militärexperte, was es an Leuten brauche: nämlich gar nichts. Der Votant versichert: Wenn es bedrohlich losgeht – gemeint ist nicht eine Anti-WEF-Demonstration, sondern wirklicher Terror –, wenn es also in Walchwil erst mal *chlöpft,* so dass alle dorthin rennen, und es dann im Minutentakt weitergeht, dann braucht es Leute, viele Leute, und nicht nur Polizisten. Allein in Paris hat es 80'000 Mann, also ungefähr die Schweizer Armee, gebraucht. Und man muss Reserven haben. Natürlich braucht es Spezialisten, wie Pirmin Frei ausgeführt hat; und natürlich hat sich die Gefahr verändert; die Schweiz und grosse Unternehmen werden täglich mit Spionage-Software und zerstörerischen Trojanern angegriffen. Was Pirmin Frei aber nicht gesagt hat: Die grosse Schwäche der WEA ist, dass die Miliz, also die Bürgersoldaten, die ihr Wissen aus ihrer privaten und beruflichen Tätigkeit zugunsten der Landesverteidigen einbringen können, zerstört wird. Die WEA führt zu einem Wasserkopf mit pensionsberechtigten Generälen, die viel von den zur Verfügung stehen 5 Milliarden Franken aufbrauchen, und unten steht das gemeine Fussvolk. Auch der Votant hat tausend Diensttage geleistet, allerdings nicht in höheren Chargen, und er beurteilt die Lage so, dass nicht nur die Schweiz als Ganzes, sondern auch der Kanton Zug, die Firmen und der Wohlstand bedroht sind. Es geht hier also nicht um eine lustige Debatte, in der man der einen oder anderen Meinung sein kann, sondern um eine echte Bedrohung. Wenn man diese nicht ernst nimmt, wird man dafür büssen. Der Votant dankt deshalb jenen, welche diese Thematik ernst nehmen. Es ist eine Ironie des Schicksals: Die Interpellation wurde am 4. September 2015, einem welthistorischen Datum, eingereicht, am Tag nämlich, als Angela Merkel entschied, die Grenzen zu öffnen. Wenn man nun die heutige Weltsituation und die heutige Bedrohungslage in Betracht zieht, wird man erkennen, dass es den Interpellanten keinesfalls um Polemik ging,

sondern darum, die Regierung zu ermahnen, dass sie eine grosse Verantwortung gegenüber der Zuger Bevölkerung und den hier ansässigen Firmen trägt. Diese Verantwortung muss auch im Kantonsrat politisch spürbar sein. Und Zug kann in dieser Hinsicht durchaus schneller sein als andere Kantone, in denen auch über dieses Thema diskutiert wurde, wo aber nichts geschah. Der Votant möchte nicht dafür verantwortlich sein, dass man zwar weiss, was getan werden müsste, aber dennoch nichts unternimmt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** möchte die Emotionen etwas dämpfen und knüpft an eine Aussage seines Vorredners an: Die Bevölkerung schätzt bei der Sicherheit auch die Schnelligkeit der Intervention – und es gibt kaum einen Kanton, in dem die Polizei, die Feuerwehr oder der Zivilschutz schneller sind als im Kanton Zug. Man muss aber aufpassen, dass man hier nicht die Zuständigkeiten vermischt: Der Bund ist für das Militär, die Landesverteidigung, die Friedenssicherung und die Subsidiarität zugunsten der Kantone zuständig – und das funktioniert. Die Kantone hingegen sind für die innere Ruhe und Ordnung zuständig, und auch das läuft eigentlich ziemlich gut. Der Sicherheitsdirektor gibt den Interpellanten aber Recht: Es wird immer schwieriger, die Risiken zu beurteilen. Sie sind diffuser geworden, und es braucht mehr Kenntnisse und Zusammenarbeit, auch mit dem zivilen und militärischen Nachrichtendienst des Bundes. Auch diese Zusammenarbeit funktioniert.
Den Vorwurf, die Regierung befasse sich nicht mit Sicherheitsfragen, weist der Sicherheitsdirektor zurück. Der Kanton Zug ist immer wieder mit dem Chef der Armee und der Territorialregion in Kontakt, und die WEA entspricht auch den Ideen und Forderungen der Zuger Regierung, zum Beispiel Budgetsicherheit mit ungefähr 5 Milliarden Franken. Die Regierung hat auch Kenntnis davon, dass die WEA zur besseren Ausbildung der Führungskräfte beiträgt. Auch wird die Subsidiarität durch die WEA nicht leiden. Allein der Aspekt, dass die Territorialregionen zu Territorialdivisionen hinaufgestuft werden, ist ein Zeichen dafür, dass man die Kantone nicht im Stich lassen will. Die letzten Jahre haben auch gezeigt, dass der Kanton Zug immer Unterstützung erhielt – sei es beim Naturereignis im Lorzentobel oder bei der Tour de Suisse – und auch in Zukunft, etwa beim Eidgenössischen Schwingfest 2019, erhalten wird. Der Sicherheitsdirektor verspricht sich also auch einiges von der WEA.
Die Sicherheit in der Schweiz und im Kanton Zug ist durch Bund und Kanton gewährleistet. Es werden auch neue Projekte angestossen, etwa das nationale Lageverbundsystem Die Ereignisse machen immer weniger Halt vor den Kantonsgrenzen, und man muss gewappnet sein, vertikal und horizontal zusammen mit dem Bund über die Kantonsgrenzen hinaus möglichst schnell die Zuständigkeiten zu klären. Ein weiteres Projekt ist ein Datenverbundnetz, das auch bei Stromausfall funktioniert und geschützt ist beispielsweise gegen einen *Cyber*-Angriff. Das alles sind Elemente, welche die Sicherheit in der Schweiz weiter verbessern werden.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 12

352 **Motion von Silvan Hotz betreffend Umsetzung der Strategie 2015–2018 «Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium» und Überprüfung des Langzeitgymnasiums im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018**

Vorlagen: 2466.1 - 14845 (Motionstext); 2466.2 - 15065 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Nichterheblicherklärung der Motion beantragt.

**Philippe Camenisch** dankt namens der FDP-Fraktion der Regierung für den sehr guten Bericht. Die vom Regierungsrat ins Feld geführten Argumente sind stichhaltig. Der Schlussfolgerung, die Motion zur Nichterheblicherklärung zu empfehlen, ist die logische Konsequenz. Und es sei vorweggenommen: Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung. Ein paar ergänzende Gedanken:

• Die Ambition, eine gymnasiale Laufbahn einzuschlagen, ist nicht nur bei Schülern, sondern auch bei deren Eltern mindestens so ausgeprägt vorhanden.

• Das international geprägte zugerische Umfeld hat in den letzten Jahren auch viele Zuzüger mit einem höheren Ausbildungs- und Sozialstand angezogen. Gerade diesen Leute ist das duale Bildungssystem der Schweiz – vorsichtig ausgedrückt – wenig bekannt. Deshalb stellt das Gymnasium für ihre Kinder sehr oft die Königsklasse in der Ausbildung dar, die es zu wählen, wenn nicht gar durchzusetzen gilt. Auch viele Einheimische tragen dieses Denkmuster in sich.

• Die leider fortschreitende Deindustrialisierung der Schweiz wird die Verlagerung von Arbeitsplätzen in den Dienstleistungssektor oder in hoch- und höchstqualifizierte Berufe in der Forschung und Entwicklung bzw. in Hightech- und Spezialitätenbereiche der Industrie weiter akzentuieren. Doch selbst hier droht mittlerweile infolge der Digitalisierung die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland – ein Umstand, welcher den Drang nach höherer Bildung ebenfalls stützt, um sich im Berufsleben möglichst gute Ausgangs- und Aufstiegschancen zu erarbeiten.

• Und schliesslich ist es der Staat, der mit höheren Qualifikationsanforderungen und Aufnahmebedingungen die Maturitätsquote zusätzlich befeuert. Konkret: Viele Berufe werden «akademisiert». Nicht wenige, mitunter prominente Berufe, welche früher im Anschluss an die Sekundarschule erlernt werden konnten, setzen heute eine Maturität voraus. Das Lehrerseminar bzw. die Pädagogische Hochschule ist wohl das beste Beispiel für diese Entwicklung. Dies hat auch Kostenfolgen für den öffentlichen Haushalt, denn schliesslich entwickeln sich sowohl die Ausbildungs- als auch die anschliessenden Lohnkosten gemäss den wachsenden Anforderungen.

Dies sind einige, aber nicht abschliessende Überlegungen, weshalb die Attraktivität des Gymnasiums gegenüber der Sekundarschule gestiegen ist und ohne gezielte Besserpositionierung der Sekundarschule weiter steigen wird. Will man nun die Anforderungen für den Zutritt an das Gymnasium wie es die Regierung vorschlägt erhöhen – was die FDP unterstützt –, so erachtet die FDP den vom Regierungsrat vorgeschlagenen Weg, die Sekundarschule beispielsweise über die Einführung einer «Sek plus» zu stärken, als richtig. Das Prädikat «Sek plus» muss sich aber zwingend durch eine von den fachlichen Anforderungen her höhere Positionierung rechtfertigen, womit auch die Heterogenität der integrativen Oberstufe deutlich zu verringern ist. Oder anders ausgedrückt: Die integrative Oberstufe in der heutigen Ausgestaltung gehört auf den Prüfstand. Geschieht dies nicht, werden abgewiesene Gymi-Bewerber also ohne Aufwertung der Sekundarschule an diese verwiesen, werden die privaten Schulen noch mehr Zulauf erhalten, vor allem von Kindern aus

Familien, welche über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Das wird die ohnehin wachsenden privaten Schulen zusätzlich beflügeln. Dies aber dürfte dem schweizerischen Gedanken der Chancengleichheit zuwiderlaufen und zudem nicht helfen, die gewünschte Anhebung des Niveaus der Sekundarschule zu erreichen.
Dass Alt-Kantonsrat Silvan Hotz die Abschaffung des Langzeitgymnasiums motioniert, steht offensichtlich quer in der Landschaft. Was seine tatsächliche Motivation war – also nicht die von ihm vorgebrachten Argumente –, bleibt im Dunkeln. Der Votant vermutet, dass damit der zukünftige Fachkräftemangel im Gewerbe gelindert werden sollte. Das ist grundsätzlich ein hehres Ziel, es lässt sich so aber nicht bewerkstelligen. Im sogenannten *war of talents* haben es gewisse Berufe einfacher als andere, gute Leute für sich zu begeistern. Das gilt selbst für akademische Berufe, die sehr anspruchsvoll sind, aber auf wenig Interesse stossen. Das ist eine Tatsache und gehört zum liberalen Wirtschaftssystem, in welchem sich die Schul- und Berufswahl nicht diktieren lassen. Vielmehr sind Bemühungen von Wirtschaftsverbänden gefragt. Die 2011 ins Leben gerufene Initiative der Zuger Wirtschaftskammer zugunsten von MINT-Berufen ist gutes Beispiel, wie die oftmals verkannten Inhalte von gewissen Berufen den Kindern und Jugendlichen schon früh näher gebracht werden können.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Sie ist Mutter von zwei jungen Erwachsenen, die beide nach der 6. Primarklasse ins Langzeitgymnasium übergetreten sind. Sie selbst ist im Kanton St. Gallen aufgewachsen und kannte nur das Kurzzeitgymnasium. Der Weg führte über die Sekundarklasse, und nach der 2. Oberstufe war ein Wechsel an das Gymnasium möglich. Es gibt mehrere Kantone, die nur das Kurzzeitgymnasium kennen. Der Entscheid für ein Studium an einer Universität oder ETH ist nicht abhängig von einem Langzeitgymnasium.
Die Motion bezweckt die Stärkung der Sekundarschule. Der grosse Vorteil dieses Wegs ist die Auseinandersetzung mit der Berufswahl. Der Entscheid für einen Wechsel an das Gymnasium wird zielgerichteter, und der Weg über eine Berufslehre mit der Möglichkeit der Berufsmaturität bietet vielseitige Perspektiven. Dass ein Schüler oder eine Schülerin in der 6. Klasse bereits die Studienrichtung festlegen kann, ist doch etwas verfrüht, da hauptsächlich die Leistungsnoten entscheiden, ob ein Übertritt in ein Langzeitgymnasium erfolgt oder nicht. Für die Schüler und Schülerinnen ist einfach klar, dass sie weitere sechs Jahre in die Schule gehen. Sie können den Entscheid für ihre berufliche Ausrichtung noch länger hinausschieben. Der Druck auf die Kinder wächst damit bereits frühzeitig, wenn sie in der 5./6. Primarklasse die geforderten Leistungen für den Übertritt erbringen wollen, können oder müssen.
Für die Gemeinden hätte dies zur Folge, dass mehr Schüler und Schülerinnen den Unterricht auf der Oberstufe besuchen. Die Heterogenität würde weiterhin bestehen, und die Schüler und Schülerinnen, die das Gymnasium anstreben, müssten für den gymnasialen Weg motiviert sein und ihre Leistungen weiterhin bestätigen, um den späteren, erhöhten Anforderung gewachsen zu sein. Der gymnasiale Weg wird von der Regierung vehement verteidigt. Die Regierung spricht von «einem herben Verlust», falls das Langzeitgymnasium fallen sollte. Die Zulassung durch Kontrolle mit standardisierten Prüfungen und Abgaben der Erfahrungsnoten aus der 5./6. Klasse an die Lehrpersonen des Langzeitgymnasiums zu drosseln, lässt nichts Gutes erahnen. Der Druck auf die Lehrpersonen der Primarschule würde von zwei Seiten steigen: von Seiten des Langzeitgymnasiums als Abnehmer und von Seiten der Eltern. Die ALG lehnt diese reglementarische Fixierung des Orientierungswerts, sprich Kontingent strikt ab, da es nicht zielführend ist, sondern nur zu mehr Diskussionen führen wird. Dabei bietet die Sekundarschule mit der anschlies-

senden Berufslehre und Berufsmaturität eine Ausbildungsmöglichkeit, die auch ein Studium an einer Universität zu einem späteren Zeitpunkt offen lässt.
Mit dem heutigen integrativen Schulmodell wird die «natürliche» gesellschaftliche Durchmischung auf der Primarstufe angestrebt. Bei der Selektion für das Untergymnasium werden die leistungsstarken Schüler und Schülerinnen wieder separiert. Wenn bei der Integration das Argument betont wird, dass die Separation nicht nur vorteilhaft sei und für leistungsstarke Schüler und Schülerinnen keine Nachteile erwiesen seien, müsste dies auf das Untergymnasium ebenfalls zutreffen, denn da herrscht ein grosser Druck unter den leistungsstarken Schülern und Schülerinnen.
Die ALG unterstützt die vorliegende Motion nicht vollumfänglich. Zu rudimentär sind die Überlegungen des Motionärs. Es wären ausführliche Diskussionen und Überlegungen nötig. Die ALG fordert aber den Regierungsrat auf, im Rahmen des Entlastungsprogramms dieses Thema nochmals einer genauen Prüfung zu unterziehen. Eventuell wird dadurch das Thema Langzeitgymnasium Röhrliberg überflüssig. Der Verzicht auf diese grosse Investition birgt grosses Sparpotenzial, und die Sekundarschule und Berufslehre würden tatsächlich gestärkt.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Die Motion greift ein Anliegen auf, dass bekanntlich schon durch die Motion von Arthur Walker und Dominik Lehner thematisiert wurde. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass eine Abschaffung des Langzeitgymnasiums nur Sinn macht, um alle Lernenden besser auf die Berufswahl vorzubereiten und ihnen mehrere Möglichkeiten aufzuzeigen. So könnten auch leistungsstarke Schüler für den beruflichen Weg gewonnen werden. Aus finanzieller Perspektive macht eine Abschaffung weniger Sinn, weil die Kosten einmal mehr nur an die Gemeinden abgeschoben würden. Diese sind ja bekanntlich für gemeindliche Schüler verantwortlich, werden aber teilweise durch eine kantonale Pauschale entlastet. Fällt das Langzeitgymnasium weg, müssten vor allem grössere Schulgemeinden zusätzlichen Schulraum erstellen. Die Kosten, die irgendwo eingespart werden, fallen also an einem anderen Ort an.
Als Klassenlehrer auf der Sekundarstufe findet der Votant, dass ein Wechsel des Systems auch aus pädagogischer Sicht nicht viele Vorteile bringt. Im heutigen Schulsystem sind die Jugendlichen grundsätzlich von der 1. bis 3. Oberstufe zusammen und haben *eine* Bezugsperson, die Klassenlehrperson. Mit einer Abschaffung des Langzeitgymnasiums wären die Schüler in der 1. und 2. Oberstufe in einem Klassenverband und müssten anschliessend für das dritte und letzte Schuljahr an der Oberstufe wieder neu gemischt werden, weil ja rund 20 Prozent der Jugendlichen an das Gymnasium wechseln würden. Gerade in der 3. Oberstufe ist die heisse Phase der Berufswahl: Die Jugendlichen bewerben sich um Lehrstellen oder planen den Wechsel an eine weiterführende Schule. Da macht es wenig Sinn, dass man in der 3. Oberstufe eine neue Klassenlehrperson erhält. Es dürfte nämlich kaum jemand bestreiten, dass eine Lehrperson einen Schüler besser einschätzen und unterstützen kann, wenn sie einen Überblick über die Entwicklung des Schülers während der gesamten Oberstufe hat. Gerade deshalb sieht der Votant bei einer Abschaffung des Langzeitgymnasiums mehr Herausforderungen als Chancen im pädagogischen Bereich. Es gibt aber auch Stimmen in der SP, die in einer späteren Selektion eine höhere Chancengleichheit sehen. Die Jugendlichen sind dann nämlich reifer und können ihre schulische und berufliche Laufbahn besser einschätzen. Daher bringt eine Abschaffung des Langzeitgymnasiums nicht nur Nachteile. Wenn man das Langzeitgymnasium aber abschafft, dann müsste die Oberstufe völlig neu aufgegleist werden. Das System müsste weniger auf den Klassenverband, sondern mehr auf Individualisierung ausgerichtet werden. Es ist aber zu bezweifeln, dass ein derart einschneidender Umbau der Schullandschaft derzeit

eine politische Chance hat. Was man allerdings mit weniger Aufwand voranbringen kann, ist die Stärkung der Berufswahl im Gymnasium. Die Schülerinnen und Schüler sollten sich auch in den ersten zwei oder drei Jahren an der Kantonsschule mit der Berufswahl befassen und feststellen können, dass das Gymi nicht der einzige Weg ist – auch wenn sie bereits dort eingespurt sind.
Die SP-Fraktion wird die vorliegende Motion grossmehrheitlich nicht unterstützen und damit der Regierung folgen. Abschliessend bittet der Votant seine Ratskollegen und den Bildungsdirektor, das Projekt «Sek I Plus» nicht immer wieder als grosses Plus der Oberstufe zu bezeichnen. In seiner ursprünglichen Fassung hatte das Projekt viel Fleisch am Knochen. Dann wurde allerdings derart viel daran herumgenagt, dass nun höchstens noch ein nach Fleisch riechendes Stück Knochen übriggeblieben ist. Wer sich in einer ruhigen Minute einmal anschaut, was die letzte Fassung des Projekts im Vergleich zur angedachten Version beinhaltet, wird dem Votanten zustimmen. «Sek I Plus» ist erst dann ein Plus für die Oberstufe, wenn es bereits ab der 7. Klasse und nicht erst in der 9. Klasse sozusagen neu eingeführt wird. «Sek I Plus» hätte nach Ansicht des Votanten auch die Möglichkeit geboten, die Oberstufe wirklich zu verändern, so dass alle Kinder ihr individuelles Leistungspotenzial ausschöpfen können. «Sek I Plus» nur in der 9. Klasse, wie es das Amt für gemeindlichen Schule von den Gemeinden verlangt, wird – so prophezeit der Votant – nicht funktionieren; das ist nämlich weder Fisch noch Vogel. Der Votant bittet deshalb, gegenüber neuen Projekten in der Schullandschaft etwas kritischer zu sein und sich nicht von stilvoll ausgestalteten pädagogischen Grundsätzen blenden zu lassen.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Als Gewerbetreibendem und langjährigem Präsidenten des Zuger Gewerbeverbands liegt dem Motionär Alt-Kantonsrat Silvan Hotz die Stärkung des schulischen Wegs über die Sekundarschule, die Pflege des dualen Bildungswegs und ein schlanker Staat am Herzen. Seine Anliegen teilen wohl viele Ratsmitglieder. Der Motionär forderte vom Regierungsrat eine Auslegeordnung zu den finanziellen Auswirkungen einer Abschaffung des Langzeitgymnasiums und einer Kontingentierung des Zugangs zum Langzeitgymnasium mittels einer Quote. Zudem erwartete er vom Regierungsrat einen den Überlegungen entsprechenden Antrag.
In Bezug auf die Kosten kann man dem Bericht entnehmen, dass sowohl die Abschaffung des Langzeitgymnasiums als auch die Beschränkung des Zugangs zu einer beträchtlichen Kostenersparnis für den Kanton führen würden. Würde man den Fokus auf die Finanzen legen, wäre der Weg also vorgezeichnet: Verzicht auf das Langzeitgymnasium. Gerade in der Bildung ist teuer jedoch nicht immer besser und kostengünstig nicht immer gut. Es gilt abzuwägen, welches Schulsystem für welche Schülergruppe sinnvoll und für die künftigen Arbeitstätigen notwendig ist. Die Pflege des gymnasialen Wegs ist ebenso wichtig wie jener über das duale Bildungssystem. Es gibt nicht ein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. In diesem Sinn folgt die CVP den Überlegungen des Regierungsrats und möchte das Langzeitgymnasium beibehalten.
Gegen eine Quote zum Eintritt ins Langzeitgymnasium wehrte sich die CVP im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entlastungsprogramm. Nicht eine zahlenmässige Beschränkung soll ausschlaggebend sein, wer im siebten bis zwölften Schuljahr am Gymnasium unterrichtet wird, sondern die dafür notwendigen schulischen und persönlichen Voraussetzungen, also sowohl die Noten als auch Lernbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Stressbereitschaft. Wer diese Voraussetzungen mitbringt, dem darf der Eintritt ins Langzeitgymnasium nicht verwehrt werden. Ob die Kantonsschulen in Zug und Menzingen die Gymnasiasten während

den sechs bzw. vier Jahren so zu bilden und entwickeln vermögen, dass ihre Kenntnisse und Fähigkeiten den Erwartungen den Abnehmerschulen, nämlich den Universitäten und der ETH, entsprechen, zeigt sich an den regelmässig stattfindenden Erhebungen der Abnehmerschulen. Von diesen erhalten die Gymnasien klare Hinweise, wo Lücken zu füllen sind. Daraus hat auch der Regierungsrat Konsequenzen zu ziehen. Die Ausrichtung auf die Erfordernisse der Abnehmerschulen und der späteren Arbeitswelt ist ernst zu nehmen.
Die CVP-Fraktion geht mit der Regierung auch einig, dass der Weg über die Sekundarschule wie geplant gestärkt werden soll. Die Erfahrungen mit dem Anschluss ans Kurzzeitgymnasium sind positiv. Die Durchlässigkeit des Systems ist gegeben. Die grosse Unterstützung, die Jugendliche in der Oberstufe bei der Berufswahl erhalten, ist ein grosses Plus der gemeindlich geführten Oberstufe.
Etwas irritiert ist die CVP über den Antrag der Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären. Sie erachtet die Forderung des Motionärs als erfüllt. Der Regierungsrat hat einen Bericht erstellt, in dem er Stellung bezieht, «ob er für oder gegen die Abschaffung bzw. Kontingentierung des Zugangs zum Langzeitgymnasiums ist». Dem Bericht lässt sich zudem entnehmen, dass der Regierungsrat keine Notwendigkeit für eine Richtungsänderung sieht und dem Rat deshalb keine Gesetzesänderung beantragt. Damit sind die Anliegen der Motion erfüllt, so dass man diese aus Sicht der CVP erheblich erklären und als erledigt abschreiben kann. Genau das ist denn auch der **Antrag** der CVP-Fraktion.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass sich die SVP-Fraktion relativ intensiv mit der vorliegenden Motion auseinandergesetzt hat, in der ein Gewerbler auf einige kritische Punkte hingewiesen hat. Sie stellt den **Antrag**, die Motion nicht erheblich zu erklären. Zari Dzaferi hat in einem Nebensatz erwähnt, dass es in der SP-Fraktion verschiedene Meinungen zu diesem Thema gebe, was der Votant anhand der Berichterstattung über die Sitzung des Zürcher Kantonsrats vom 25. Januar bestätigen kann. Die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt dazu unter dem Titel «Parlament will weniger Kinder am Gymi» und dem Lead «Die Kantonsräte von SP bis FDP befürworten, dass weniger Schüler ans Langzeitgymi gehen sollen» das Folgende: «SP-Kantonsrat Moritz Spillmann ist offenbar ein Mensch, der über sich selber lachen kann. Ansonsten hätte er am Schluss seines Votums im Kantonsrat in Richtung SVP kaum gesagt: ‹Geniesst diesen Moment, in dem von mir ein Sparantrag kommt – als SPler und Mittelschullehrer.› Zuvor hatte er erklärt, weshalb er es für wichtig hält, das weniger Kinder von der Primarschule direkt ins sechsjährige Langzeitgymnasium wechseln. Spillmann findet, viele sollten erst die Sekundarschule besuchen und erst nach zwei oder drei Jahren die Prüfung für das Kurzgymnasium machen. Dann, wenn sie selbst bereit sind. Auf diese Weise könne der Kanton Geld sparen: ‹Ein Sekundarschüler ist weniger teuer als ein Gymischüler.›» Das ist auch das Fazit, das die SVP-Fraktion gezogen hat, auch nach Rücksprache mit dem Bildungsdirektor. Dieser hat von den Kosten bzw. von Bildung «produzieren» gesprochen – und genau das ist der Punkt: Die Gemeinde produzieren billiger als es der Kanton kann. Das hat entsprechende Konsequenzen.
Die SVP-Fraktion dankt der Regierung für ihre Ausführungen und die verschiedenen Antworten, welche auch in Zusammenhang mit der zukünftigen Schulraumplanung des Kantons – Stichwort Ennetsee – den einen oder anderen Hinweis gibt.

**Daniel Stadlin:** Schon wieder wird das Langzeitgymnasium politisch in Frage gestellt, diesmal wegen des kantonalen Entlastungsprogramms. Die vorliegende Motion verlangt, das Langzeitgymnasium abzuschaffen oder den Zugang zu kontingentieren, um so den Kanton finanziell zu entlasten und gleichzeitig die gemeindliche Ober-

stufe zu stärken. Zudem wird bemängelt, das Langzeitgymnasium sei für viele Jugendliche nicht die richtige Schule. Aber ist das wirklich so? Untersuchungen in anderen Kantonen, etwa Luzern, haben gezeigt, dass die Aufhebung des Langzeitgymnasiums weder pädagogisch noch finanziell Sinn macht. Monetär führt die Abschaffung zu keinen wirklichen Ersparnissen, sondern nur zu einer Verlagerung von Kosten vom Kanton auf die Gemeinden. Ein grosser Teil der Kosten bliebe dank der Normpauschalen sowieso beim Kanton hängen, und die Gemeinden hätten zusätzliche Ausgaben, müssten sie doch die Schulinfrastruktur ausbauen. Auch aus pädagogischer Sicht macht ein Systemwechsel nicht viel Sinn. Es könnte gar kontraproduktiv sein, wenn gute und begabte Schülerinnen und Schüler aufgrund der Kontingentierung in die Sekundarschule gezwungen würden. Die Heterogenität auf dieser Stufe würde erhöht und letztlich die Führung von progymnasialen Klassen, also Sek Plus, nötig machen. Zudem sind eine neue Zusammensetzung der Schüler und Schülerinnen und ein Wechsel der Klassenlehrperson nach der zweiten Oberstufe kaum sinnvoll. Die enge Begleitung und Beurteilung der Lernenden durch die Klassenlehrperson würde so unterbrochen; darauf hat auch Zari Dzaferi hingewiesen.
Das heutige Bildungssystem unternimmt zu Recht viel für Schüler und Schülerinnen mit einem besonderen Förderbedarf. Ebenso wichtig ist aber auch, dass begabten, leistungsfähigen und leistungswilligen jungen Menschen ein adäquates Bildungsangebot offensteht. Wenn im Kanton Zug 18 bis 21 Prozent eines Schülerjahrgangs im Rahmen eines funktionierenden Übertrittverfahrens die Zuweisung für das Langzeitgymnasium erhalten, so darf dies durchaus als angemessen bezeichnet werden. Für die grosse Mehrheit dieser Schülerinnen und Schüler ist das Langzeitgymnasium nicht die falsche, sondern die richtige Schule, in der ihre Fähigkeiten gezielt gefördert werden können. Die vom Bund und von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in Auftrag gegebene Evaluation der Maturitätsreform hat gezeigt, dass eine längere Dauer des Gymnasiums das fachliche Niveau positiv beeinflusst. So schnitten die Maturandinnen und Maturanden des Langzeitgymnasiums in fast allen Testbereichen besser ab als jene des Kurzzeitgymnasiums. Für gute Schülerinnen und Schüler, die den akademischen Weg einschlagen wollen, ist das Langzeitgymnasium mit zwei Jahren Untergymnasium und vier Jahren Maturitätslehrgang der richtige Weg. Vor allem in den MINT-Fächern ist das zentral, werden die Lernenden doch bereits ab der 1. Klasse an das wissenschaftliche Forschen und Arbeiten herangeführt. Im Untergymnasium wird somit wichtige Aufbauarbeit für den Maturitätslehrgang geleistet. Viele Schülerinnen und Schüler wählen denn auch Biologie, Chemie, Physik und Mathematik als Schwerpunktfach. Es kann also festgehalten werden, dass viele Schülerinnen und Schüler sehr wohl eine Vorstellung davon haben, was sie in Zukunft einmal studieren bzw. in welchen Berufsfeldern sie sich eine Zukunft vorstellen können. Eine Kontingentierung ist da wenig hilfreich.
Fazit: Langzeitgymnasium resp. Untergymnasium und Sekundarschule dürfen keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden. Beide sind wichtig und haben ihren festen Platz in der Zuger Bildungslandschaft. Weder aus pädagogischer noch aus finanzpolitischer Sicht drängt sich auf, das jetzige Bildungssystem im Bereich Sekundarstufe I zu ändern. Das Langzeitgymnasium abzuschaffen oder den Zugang zu kontingentieren, macht keinen Sinn. Die GLP unterstützt deshalb die Nichterheblicherklärung der Motion.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme und möchte Stellung nehmen zu einigen Aspekten, die in der Debatte zur Sprache kamen. Philippe Camenisch äusserte Skepsis gegenüber der integrierten bzw. ko-

operativen Oberstufe. Selbstverständlich muss im Kanton Zug die Oberstufe aufgegliedert bleiben, müssen schulartengetrennte Wege vorsehen werden; Studien belegen, dass die Homogenisierung am Ende der Primarschule den Schülerinnen und Schülern zum Vorteil gereicht. Entsprechend ist die Regierung bemüht, die Ausbildungswege zu profilieren, denn ohne Profilierung entstünde statt Durchlässigkeit lediglich Austauschbarkeit. Wie sie schon vor vier Jahren in Zusammenhang mit der mehrmals erwähnten Motion Walker/Lehner ausgeführt hat, setzt die Regierung darauf, dass individuelle Bildungswege in einem vielfältigen kantonalen Bildungsangebot erhalten bleiben, wobei für die besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die 6. Primarklasse das Langzeitgymnasium zur Verfügung steht, auf dessen positive Wirkungen für die fachliche Vorbereitung auf das Studium bereits hingewiesen wurde: In der EVAMAR-Studie II wurde belegt, dass Langzeitgymnasiasten gegenüber Kurzzeitgymnasiasten einen höheren fachlichen Level erreichen, weil sie länger in der leistungsmässig homogenen Kohorte beschult werden können.

Rita Hofer hat gesagt, dass der Orientierungswert gleichbedeutend mit der Kontingentierung oder – etwas gemildert formuliert – mindestens eine Vorstufe dazu sei. Das wäre nicht im Sinne des Erfinders. Die Orientierungswerte sind keine Notenschnitte, welche die Zuweisung determinieren, sondern Orientierungswerte für die Lehrpersonen. Der Bildungsrat hat sie festgelegt, um die bisher schon dominante Leistungskomponente beim Übertrittsverfahren auch noch in einem Notenwert auszudrücken. Das führt zu einer Objektierung, und insbesondere soll auch eine gewisse gemeindeübergreifende Norm für den Eintritt ins Langzeitgymnasium entstehen. Die Zuweisungsquoten der einzelnen Gemeinden differieren nämlich stark und können auch im Jahresvergleich innerhalb derselben Gemeinde um mehr als 10 Prozent schwanken; die entsprechenden Berichte stehen auf der Website des Amts für gemeindliche Schulen zur Verfügung. Ziel des Orientierungswerts ist also eine Versachlichung und eine grössere Zuweisungsgerechtigkeit und -angemessenheit. Der Bildungsdirektor bezweifelt auch, dass der Orientierungswert zu mehr Aufwand für die Lehrpersonen führt. Er wirkt ein Stück weit objektivierend, und als Lehrperson kann man den Eltern bei einer 4,9 sagen, dass das Langzeitgymnasium kein Thema sein könne, ausser es gibt Gründe zur Annahme, dass die verlangte 5,2 innert nützlicher Frist erreicht werden kann, beispielsweise wenn ein Kind kürzlich aus einem andern Sprachraum zugezogen ist. Der Orientierungswert kann die Lehrpersonen also auch entlasten und Diskussionen mit Eltern, die stark Einfluss nehmen wollen, versachlichen. Die Orientierungswerte werden in diesem Jahr im Übertrittsverfahren, das noch bis Mitte März läuft, erstmals angewendet, und die Bildungsdirektion wird natürlich genau prüfen, wie sie sich bewährt haben, sowohl bezüglich Einmittung der gemeindlichen Übertrittsquoten als auch bezüglich der Erfahrung der Lehrpersonen hinsichtlich Aufwand.

Eher politischer Natur ist die Forderung, während der Volksschulzeit möglichst nicht zu selektionieren oder die Selektion zumindest so spät wie möglich vorzunehmen. Das steht in einer gewissen Wechselwirkung mit der Vielfalt der Bildungswege und der Durchlässigkeit in der Schweiz. In der Regel profitiert man hier vom vielfältigen und durchlässigen Bildungssystem, und die Zuweisung der Kinder und Jugendlichen am Ende der Primarschulzeit zu einer leistungsgerechten Schulart auf der Oberstufe lässt sich gesellschaftlich auch dadurch legitimieren, dass es keine schulischen Sackgassen gibt. Das ist ein grosser Unterschied gegenüber anderen Ländern. Die Forderung nach möglichst keiner oder zumindest möglichst später Selektion wurde denn auch im Nachgang zu internationalen Bildungsvergleichsstudien kolportiert, deren Ergebnisse nach Ansicht des Bildungsdirektors nicht einfach auf die Schweiz übertragbar sind.

In Zusammenhang mit «Finanzen 2019» wird es unvermeidlich sein, auch die Kosten der Bildungswege anzuschauen und das Angebot des Kantons zu überprüfen; die Bildungsdirektion wird die entsprechenden Fakten aufbereiten. In die entsprechende Richtung hat sich auch die Sprecherin der CVP-Fraktion geäussert.
Zari Dzaferi hat argumentiert, eine Abschaffung des Langzeitgymnasiums würde die Kosten nur vom Kanton auf die Gemeinden verlagern. Das trifft so nicht zu, denn die Gemeinden können die Beschulung der betreffenden Kinder etwas billiger produzieren als der Kanton. Die Kosten pro Schüler liegen auf der gemeindlichen Oberstufe tiefer als im Langzeitgymnasium, weil in Letzterem nicht nur im Klassenverband, sondern für die Schwerpunktfächer, die Ergänzungsfächer und die Wahlfächer auch in Kursform Schule gehalten wird. Diese Diversität ist am Langzeitgymnasium grösser als an den gemeindlichen Oberstufen, zudem sind natürlich auch die Lohnkosten bzw. die Gehälter der Lehrpersonen am Langzeitgymnasium höher als an den gemeindlichen Oberstufen. Insofern käme eine Aufhebung des Langzeitgymnasiums dem Steuerzahler, dem es ja ein Stück weit egal sein kann, ob er Gemeinde- oder Kantonssteuern bezahlt, also durchaus entgegen. Für die Regierung ist das allerdings kein Motiv, auf dieses pädagogisch wertvolle Angebot zu verzichten.
Bezüglich Stärkung der Berufswahl am Langzeitgymnasium sieht der Bildungsdirektor keinen so grossen Handlungsbedarf wie die SP-Fraktion. Zum einen wird diesbezüglich schon heute einiges gemacht, zum andern ist das Langzeitgymnasium nicht primär in Richtung Beruf orientiert. Das kann die Ausnahme sein, die Regel muss aber die Vorbereitung auf die Wahl eines Studiums sein. Der Akzent der Bildungsdirektion liegt deshalb klar auf einer Profilierung der Zuweisungsentscheide, so dass wirklich diejenigen Jugendlichen dem Langzeitgymnasium zugewiesen werden, die fachlich geeignet sind und später mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Studium in Angriff nehmen werden, die also nicht im Verlauf des Untergymnasiums merken, dass sie doch lieber Richtung Berufsbildung gehen würden.
Zari Dzaferi hat angetönt, dass er sich die ursprüngliche, weitergehende Fassung von Sek I Plus gewünscht hätte, die eine Aufhebung der Schularten auf der Oberstufe anvisierte. Dem ist entgegenzuhalten, dass diese Version politisch chancenlos war. Der Bildungsrat hat sich auf die pragmatische Variante beschränkt, nach dem «Stellwerk»-Test, welcher objektivierte Daten liefert, einen Akzent im 9. Schuljahr zu setzen, und so den engen Bezug zur späteren Berufswahl hervorgehoben.
Abschliessend hält der Bildungsdirektor fest, dass die Regierung sich dem Antrag der CVP-Fraktion, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben, anschliessen kann, dies im Sinne, dass der Bericht vorliegt, aber nicht im Sinne, dass das Langzeitgymnasium abgeschafft werden soll.

**Zari Dzaferi** wurde bezüglich Sek I Plus wohl nicht ganz richtig verstanden. Es ging ihm nicht um die Aufhebung der Schularten, sondern um den Zeitpunkt von Sek I Plus. Aktuell wird Sek I Plus in der 3. Oberstufe im Unterricht eingesetzt – und das funktioniert nicht. Dafür gibt es zwei Gründe. Einerseits benötigt man für Sek I Plus eine Art Lernstudio, also ein grosses Zimmer mit Einzelarbeitsplätzen, wo individuell an verschiedenen Themen gearbeitet wird; für Inputs der Lehrperson werden die entsprechenden Schüler zusammengenommen, bevor sie wieder selbstständig weiterarbeiten. Es braucht für die 3. Oberstufe also eine ganz andere Raumgestaltung als für die 1. und 2. Oberstufe. Der zweite Grund ist, dass die Schüler nicht vorbereitet sind auf Sek I Plus. Mit Sek I Plus haben die Schüler viel mehr Freiräume. Sie planen die Woche, setzen sich Ziele, erstellen ein Arbeitsprogramm. Wenn sie das im 7. und 8. Schuljahr nicht schon gelernt haben, werden sie es im 9. Schuljahr, kurz bevor sie in die Berufslehre eintreten, nicht mehr lernen.

Es geht also nicht um verschiedene Schularten, sondern um den Zeitpunkt von Sek I Plus, und da hat man nach Meinung des Votanten sehr viel verpasst. Es gibt Schulen, die das Problem umgehen, indem sie ab dem 7. Schuljahr mit Sek I Plus beginnen, was sie ja dürfen. Beginnt man aber gemäss kantonalem Konzept erst im 9. Schuljahr, holt man nie das heraus, was auf den entsprechenden Hochglanzbroschüren formuliert ist.

Der **Vorsitzende** wiederholt fest, dass der Regierungsrat sich dem Antrag auf Erheblicherklärung und Abschreibung der Motion anschliesst.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 34 zu 32 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 13

**353 Motion von Jürg Messmer, Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Änderung des Gemeindegesetzes des Kantons Zug, insbesondere § 106 Abs. 1**

Vorlagen: 2478.1/1a/1b/1c - 14873 (Motionstext); 2478.2 - 15060 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält den Antrag des Regierungsrats fest: Die Motion sei in dem Sinn erheblich zu erklären, dass § 106 Abs. 1 des Gemeindegesetzes so abgeändert wird, dass an Stelle der zwei Stimmenzählenden eine Vertretung jeder Fraktion im Büro Einsitz nimmt und neu die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber nur noch mit beratender Stimme an den Sitzungen des Büros teilnimmt.

**Jürg Messmer** spricht als Vertreter der Motionäre. Diese freuen sich, dass der Regierungsrat die Motion als richtig und wichtig anschaut, obwohl im Kanton Zug nur gerade die Einwohnergemeinde Zug und die Reformierte Kirchgemeinde Zug davon betroffen sind. Im Gegensatz zur Kirchgemeinde hat sich die Stadt Zug immer an die gemäss Gemeindegesetz und Gemeindeordnung geltende Zahl von Büromitgliedern gehalten. Dies führte alle zwei Jahre im Grossen Gemeinderat zu grösseren Diskussionen darüber, welche vier Fraktionen in Büro des GGR Einsitz nehmen dürfen. Soll dies die Vizepräsidentin sein, die nun zur Präsidentin gewählt wird, obwohl ihre Fraktion keinen Anspruch auf einen Sitz im Büro des GGR hat? Wenn ja: Wer von einer anderen Fraktion verzichtet auf seinen Sitz? Diese Diskussionen dürften nun der Vergangenheit angehören. Der Passus, dass die Stimmenzähler in Zukunft nicht mehr Einsitz im Büro des GGR nehmen, ist aus Sicht der Motionäre akzeptabel, denn künftig kann jede Fraktion eine Vertretung stellen. Ob diese gleichzeitig auch Stimmenzähler oder Stimmenzählerin ist, ist jeder Fraktion selbst überlassen. Auch dass der Gemeinde- bzw. Stadtschreiber nur beratende Stimme hat, ist für die Motionäre positiv.
In diesem Sinn dankt der Votant der Regierung für ihren Bericht und Antrag und bittet den Rat, diesen zu unterstützen. Den Regierungsrat bittet er, die Motion, wenn sie erheblich erklärt wird, so rasch wie möglich umzusetzen, damit die neue Regelung in der kommenden Legislatur bereits zur Anwendung kommen kann.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG die Erheblicherklärung im Sinne der Regierung unterstützt. Die Änderung des besagten Artikels des Gemeindegesetzes betreffen den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug und der Reformierten Kirche des Kantons Zug; diese beiden Räte haben ein Büro. Ganz allgemein wird die

Stossrichtung begrüsst. Das kam bei den Gesprächen zwischen der Direktion des Innern und den Präsidien und Schreibenden der besagten Räte heraus. Der Votant findet es äusserst wichtig, dass in einem Büro die Fraktionen mit mindestens je einem Mitglied vertreten sind. Dies gewährleistet Transparenz und eine breitere Abstützung hinsichtlich des Parlamentsprozess und entsprechender Bürogeschäfte.

**Rupan Sivaganesan** dankt namens der SP-Fraktion dem Regierungsrat für den Bericht und Antrag. Der Dank geht auch an die Motionäre. Die SP-Fraktion begrüsst es sehr, wenn § 106 Abs. 1 des Gemeindegesetzes so geändert wird, wie es die Regierung vorschlägt. Zurzeit können aufgrund der aktuellen Regelung nicht alle Fraktionen des GGR im Büro vertreten sein. Die Präsenz und Mitsprache der Vertretungen aller Fraktionen wäre im Sinne der demokratischen Vielfalt jedoch sehr gewünscht. Diesem Umstand soll gemäss der vorliegenden Motion Rechnung getragen werden. Die Motion ist deshalb im Sinne der SP-Fraktion des GGR, die sich ebenfalls Gedanken zu einem ähnlichen Vorstoss gemacht hat. Die Einbindung sämtlicher Fraktionen im Büro ist eine elegante Lösung, um unnötige Konflikte beim Besetzen von Ämtern zu vermeiden. Die SP-Fraktion spricht sich daher für die Erheblicherklärung der Motion aus. Abschliessend legt der Votant noch seine Interessenbindung vor: Er ist Mitglied des Grossen Gemeinderat der Stadt Zug.

**Patrick Iten:** Die CVP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, wenn im Kanton einheitlich dieselbe Lösung wie im Kantonsrat angestrebt wird. Es sollen alle Fraktionen im Büro Einsitz nehmen können. So kann das Büro beispielsweise schon vor der Sitzung des Grossen Gemeinderats konstruktive Gespräche führen, was in den Fraktionssitzungen und in der Ratssitzung zu vorteilhaften Lösungen führen kann. § 106 Abs. 2 des Gemeindegesetzes des Kantons Zug soll deshalb im Sinn des Antrags des Regierungsrats geändert werden.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion und dankt den Stadtzuger SVP-Vertretern für ihren Vorstoss. Das motionierte Anliegen hat in der Tat im Grossen Gemeinderat schon öfters zu Diskussionen, ja sogar Knatsch geführt. Dem offiziellen Politbetrieb kommt die zur Diskussion stehende Lösung sicher entgegen, dass alle Fraktionen statt die Stimmenzähler im Büro vertreten sind. Ferner stärkt sie auch das Prinzip der Gewaltentrennung. Einem Schreiber obliegt eine Scharnierfunktion zwischen Exekutive und Legislative; er muss quasi den Spagat beherrschen. Daher ist es folgerichtig, wenn er nur noch beratende Stimme hat. Gelebte Gewaltentrennung ist ein hohes Gut des Staatswesens. In diesem Sinne dankt die Votantin für die Erheblicherklärung der Motion.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, dankt für die wohlwollenden Rückmeldungen. Der Wunsch nach einer schnellen Umsetzung der Motion ist verständlich, und er wurde vom Regierungsrat gehört.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Gegenantrag zum Antrag des Regierungsrats gestellt wurde.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend teilerheblich im Sinne des regierungsrätlichen Antrags.

**354 Änderung der Traktandenliste**

Der Obergerichtspräsident, der für die Beratung von Traktandum 14 anwesend sein muss, ist noch nicht im Ratssaal eingetroffen. Der **Vorsitzende** stellt deshalb den **Antrag,** Traktandum 15 vorzuziehen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 15

**355 Interpellation von Andreas Hostettler, Monika Weber, Peter Letter, Karen Umbach und Beat Unternährer betreffend Integratives Schulmodell im Kanton Zug**
Vorlagen: 2505.1 - 14936 (Interpellationstext); 2505.2 - 15071 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellant **Andreas Hostettler** gibt namens der Interpellanten – wie heute in der Schule Standard – gerne auch der Regierung ein *Feedback,* eine Rückmeldung zu ihrer Antwort auf die Interpellation. Die Tonalität der Antworten erschliesst sich bereits unter dem Punkt «Grundsätzliches». Hier wird auf die Antworten zur Interpellation Messmer/Brunner verwiesen. Auf gut Deutsch heisst das: «Liebe Interpellanten, was stellt ihr auch für ‹tolle› Fragen. Lest doch bitte das nächste Mal vorher die entsprechende Vorlage. Ihr erspart uns damit viel unnötige Arbeit.» Trotzdem danken die Interpellanten der Regierung und Verwaltung, dass auf ihre Fragen eingegangen wurde. Die Regierung darf davon ausgehen, dass hinter jeder «tollen» Fragen ein Anliegen steckt.
Der Votant legt eine Auswahl der erhaltenen Antworten zur Frage zur Qualität vor:
• Noch keine *wissenschaftliche* Erhebung …
• *Allgemein* kann gesagt werden, dass …
• Sie hat *allgemein* an Bedeutung gewonnen.
• Wesentlicher Einflussfaktor sind Berufserfahrung und Motivation der Lehrpersonen.
• Studien zeigen, dass …
• Selber vertiefen *können.*
• Daneben können alle …
Die Aussage, die hier bei den Interpellanten ankommt, lautet: Das integrative Modell hat gut zu sein, nur beweisen kann man das nicht wirklich. Die Sorge um die Qualität wurde den Interpellanten damit nicht wirklich genommen. Bei der Antwort zu den Kosten ist die Erkenntnis aus dem Papier der Regierung, dass von 2002 bis 2012 die Schülerzahl im Kanton um rund 700 abgenommen hat, die Zahl der Lehrpersonen aber konstant geblieben ist. Das bedeutet für den Votanten: Der Kanton Zug lässt sich die Integration viel kosten.
Bei der Frage, ob genügend Schulische Heilpädagogen (SHP) zur Verfügung stünden, spricht die Regierung in ihrer Antwort von ausserordentlich hohen Werten und ist sehr zufrieden. Ein Blick in das Zuger Amtsblatt von letzter Woche zeigt:
• In vier Schulhäusern der Stadt Zug wird eine SHP gesucht, und auch Oberägeri sucht eine SHP.
• In Cham sucht man eine Logopädin, in Hünenberg deren zwei.
• Steinhausen sucht eine Lehrperson für Psychomotorik.
Die Nachfrage ist also nach wie vor hoch.
Bei der Frage, ob die Lehrkörper mit dieser Situation glücklich seien, tönen die Antworten für den Votanten etwas nach Schönfärberei:
• «Die Auseinandersetzung mit heterogenen Klassen stellt eine Herausforderung dar.»

- «[…] wird auf hohem professionellen Niveau auseinandergesetzt.»
- «Die Teams bauen gemeinsame Haltungen auf.»
- «Mit der Unterstützung der SHP besteht eine hohe Zufriedenheit.»
- «Im Thurgau deuten Untersuchungen zu diesem Thema darauf hin, dass die Lehrpersonen grundsätzlich zufrieden sind.»

Der Votant zitiert noch den Schlusssatz in der Antwort der Regierung: «Es ist deshalb anzunehmen, dass die Integration in der aktuellen Ausprägung sowohl pädagogisch, betrieblich/organisatorisch wie auch finanziell erfolgreich ist.» Der Votant überlässt es dem Rat, welche Note er einer Antwort geben will, die mit der Aussage schliesst: «Es ist deshalb anzunehmen […].» Zu bedenken ist bei dieser Notengebung, wie wichtig das Thema Schule für den Kanton Zug ist und wieviel Geld er jeden Tag dafür investiert.

**Rita Hofer** spricht für die ALG und schickt voraus, dass es hier nicht um Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern geht, die den sogenannten Normen entsprechen. Das sind auch gesellschaftliche Einflüsse, die vor der Schule nicht Halt machen. Beim integrativen Modell geht es vielmehr um Kinder und Jugendliche, die eine spezielle Schulförderung benötigen.
Umstellungen auf neue Schulmodelle erfordern ein grosses pädagogisches Geschick und Anpassungen, die sich auf dem Papier als erfolgsversprechend zeigen, in der Realität dann aber doch eine grössere Herausforderung sind. Im Bericht des Regierungsrats wird die Herausforderung an die Lehrpersonen erkannt, aber auch der Mehrwert für die Schüler und Schülerinnen. Die Kosten bewegen sich in der berechneten Grössenordnung, und die Erfahrung aus der Praxis zeigt, dass das Schulmodell auf Kurs ist. Den Anstoss zur Umstellung auf die integrative Schulung gab vor allem die Invalidenversicherung, die sich aus der Steuerung und Mitfinanzierung der Sonderschulung zurückzog. Die Verantwortung und damit auch die Finanzierung wurden vollumfänglich auf den Kanton übertragen, und die Sonderschulung wurde somit Teil des Bildungsangebots. Kanton und Gemeinden teilen sich die Kosten der Sonderschulpauschalen.
Die Konsequenzen des integrativen Schulmodells sind für die Lehrpersonen wie auch für die Klassen nicht zu unterschätzen. Das Spektrum einer Klasse kann von Lernbehinderung bis zu Hochbegabung reichen. Diese Heterogenität der Klassen fordert die Lehrpersonen in grösserem Masse, um die Zielsetzung der gesetzlichen Vorgaben, als der Lehrpläne, einhalten zu können und gleichzeitig auch noch den individuellen Begabungen der Schüler und Schülerinnen gerecht zu werden. Eine wichtige Massnahme ist die Unterstützung durch die schulischen Heilpädagogen. Dies bedingt aber einen grösseren Aufwand für die Absprachen und die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachkräften. Dass der Kanton Zug einen hohen Prozentsatz, nämlich 78 bis 84 Prozent, an ausgebildeten Heilpädagogen ausweist, die in den Gemeinden im Einsatz sind, ist erfreulich.
Für die einzelnen Schülerinnen und Schüler ist die Integration ein Zugeständnis, dass sie ein Teil der Gesellschaft sind und keine Ausgrenzung in ihrer Altersgruppe durch eine Sonderschulung erfahren. Betroffene werden nicht zu einem Sonderfall gestempelt. Wenn aus der Integration auch noch ein Vorteil bei der Berufswahl/Ausbildung resultiert, dann ist dies sicher auch positiv zu werten. Der Kontakt zu anderen Schülerinnen und Schüler innerhalb einer Gemeinde besteht und kann gepflegt werden.
In einer Leistungsgesellschaft kann der Leistungsdruck für schwache, lernbehinderte und sozial benachteiligte Kinder und Jugendlichen sehr gross sein. Daher ist die zusätzliche Betreuung durch Fachkräfte in den Klassen zwingend, damit integrierte Kinder in ihrem Lerntempo unterstützt werden können. Mit Sicherheit ist das

integrative Schulmodell ein Lernfeld für die Stärkung der Sozialkompetenz. Das Erreichen der Fachkompetenzen kann für ein integriertes Kind motivierend sein, wenn es in einer Regelklasse durch bessere Schüler und Schülerinnen angespornt wird. Das dauernde Gefühl von Versagen in einer Regelklasse mit Vergleichswerten kann ein Kind im Selbstwert zweifeln lassen. Dass Massnahmen in besonderen Fällen überdacht werden müssen und dabei Entscheide aufgrund veränderter Situationen neu ausgerichtet werden müssen, ist aus Sicht der Regierung möglich; eine Sonderschulung wird also nicht ausgeschlossen.
Der Lehrplan 21 ist grundsätzlich für alle Schüler und Schülerinnen verbindlich. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass dies mit der Integration nicht in jedem Fall erreicht werden kann. Dass der Regierungsrat in Aussicht stellt, sich darüber Gedanken zu machen, ist eine wichtige Aussage, da es das Orientierungsinstrument und die verbindliche Zielsetzung zur Erreichung der Kompetenzen für die Lehrpersonen sein wird.
Der Kanton lässt den Gemeinden die Möglichkeit, Kleinklassen zu führen. Die Situationen in den Gemeinden lassen auch keine einheitliche Lösung zu. Für kurzfristige Lösungen bietet sich ein *Timeout* an, d. h. Schülerinnen und Schüler werden für kurze Zeit – eine Woche, drei Monate oder ein Jahr – aus der Klasse heraus in ein externes, der Situation entsprechendes *Setting* verlegt. Damit wird die Klasse, aber auch der betreffende Schüler während eines bestimmten Zeitraums entlastet.
Damit das Schulmodell auf Kurs bleibt, ist es wichtig, dass die Unterstützungsmassnahmen weiterhin bestehen und die Herausforderungen zielführend zugunsten aller Schüler und Schülerinnen angegangen werden können. Die Kosten für die Separation der Sonderbeschulung wären für den Kanton wie auch die Gemeinden mit Bestimmtheit viel höher. In einzelnen Fällen muss dies allerdings möglich sein. Die ALG ist aber auch der Meinung, dass die Schule nicht «pathologisiert» werden soll. Denn damit treibt man auch die Kosten unnötig in die Höhe.

**Zari Dzaferi:** Die SP Fraktion ist der Überzeugung, dass in der Antwort der Regierung zu wenig genau beschrieben wird, was ein integratives Schulmodell ist. Deshalb erlaubt sich der Votant einige Ausführungen dazu. Man muss nämlich zwei verschiedene Gruppen von zu fördernden Schülern klar unterscheiden. Spricht man von Regelschülern mit besonderen Bedürfnissen – also von Schülern, die vorher in der Kleinklasse oder Werkschule waren – oder von Sonderschülern – also Schülern mit geistiger oder körperlicher Behinderung? Diese Unterscheidung ist sehr wichtig, sonst verwechselt man Äpfel mit Birnen. Oft wird im Bericht von der Regelschule und von der besonderen Förderung gesprochen. Dies betrifft Schüler, die einen hohen Förderbedarf haben, beispielsweise weil sie aufgrund einer Lernbehinderung (Intelligenzquotient von 70/75 bis 85) oder einer Verhaltensauffälligkeit mehr Unterstützung brauchen als andere Schüler. Im separativen Schulsystem wurden einige dieser Kinder in einer Kleinklasse gefördert, z. B. in einer Kleinklasse für Kinder mit Lernbehinderungen oder einer Kleinklasse für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten. Aktuell gibt es immer noch Gemeinden, die Kleinklassen führen, etwa Cham oder Unterägeri, wobei Unterägeri sowohl auf der Primar- als auch auf der Oberstufe Kleinklassen führt und parallel Kinder im Rahmen der besonderen Förderung, d. h. integrativ, fördert. Diese Kinder waren sowohl im separativen wie jetzt im integrativen Schulsystem Schüler der Regelschule, und es gab vom Kanton keine weitere finanzielle Unterstützung in der Förderung; es sind also keine Sonderschüler.
Im separativen Schulsystem gab es nur sehr wenig Unterstützung der Klassenlehrperson durch eine schulische Heilpädagogin (SHP). Seit der Auflösung der Kleinklassen gibt es in allen Klassen eine gewisse Anzahl Stunden, in denen eine SHP im Zimmer ist. Dies sind sehr wenige Stunden. Man muss sich bewusst sein, dass

ein Kind mit einer Lernbehinderung, das vorher in einer Kleinklasse geschult wurde, in einer Regelklasse deutlich mehr Unterstützung braucht als ein anderes, regulär beschultes Kind, da es in allen Fächer angepasste Lernziele hat. Wichtig ist deshalb, dass die SHP ihre Ressourcen sinnvoll einsetzen und vom Rektorat auch einen Stundenpool erhalten, den sie während des Jahres für besondere Situationen einsetzen können. SHP für alle, im Sinne des Giesskannenprinzips, kann nicht die Lösung sein.
Den Schülern der Regelschule, die vorher in der Kleinklasse waren, stehen die behinderten Schüler, die Sonderschüler, gegenüber. Hier gab es nach Meinung des Votanten keine grossen Änderungen, ausser dass mit dem Behindertengleichstellungsgesetz der Grundsatz «Integration vor Separation» gepflegt wird und sich die IV aus der Finanzierung der Sonderschulen zurückgezogen hat. Heute werden alle Sonderschulungen zu je 50 Prozent durch die Gemeinden und den Kanton bezahlt. Damit ein Schüler den Status Sonderschüler erhält, muss er – wie bereits früher – vom Schulpsychologischen Dienst (SPD) abgeklärt werden. Es wird unterschieden zwischen geistiger Behinderung (Intelligenzquotient unter 70), Verhaltensbehinderung (Vorhandensein einer psychiatrischen Diagnose und weitere Kriterien), Sinnesbehinderung (Hör-, Sprach- oder Sehbehinderung) und Körperbehinderung. Die Zahl der Sonderschüler in der Regelschule hat zugenommen, weil vermehrt in die Regelschule integriert wird. Die Gesamtzahl der Sonderschüler blieb aber konstant.
Der Votant macht noch ein paar persönliche Bemerkungen zur regierungsrätlichen Antwort. Als Klassenlehrperson auf der Sekundarstufe hat er sich im Vorfeld sehr auf die Antworten auf diese Interpellation gefreut. Die Interpellanten haben nämlich einige tiefgründige Fragen formuliert – auf welche der Votant gerne ebenso tiefgründige Antworten erhalten hätte. Dem ist leider nicht so. So schreibt die Regierung auf Seite 2: «Studien zeigen, dass die ‹integrierten›, leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler von dieser Form der besonderen Förderung profitieren und dass die stärkeren Schülerinnen und Schüler dabei keinen Nachteil erleiden, sondern im Gegenteil den Lernstoff in kooperativen Lernformen mit den Schwächeren selber vertiefen können.» So eine Studie wünschte sich der Votant auch für den Kanton Zug. Es ist nämlich ziemlich schwer zu belegen, wie stark die schwächeren oder stärkeren Schüler von einer breiten Heterogenität profitieren. Überhaupt fehlen dem Votanten Fakten hinter den stilvoll formulierten Sätzen. Recht einfach hätte beispielsweise eine spezifische Umfrage über die Zufriedenheit der Lehrpersonen durchgeführt werden können. Die notwendigen technischen *Tools* wären vorhanden resp. die Schulen bezahlen sogar für ein solches *Tool* – es nennt sich IQES online. Stattdessen begnügt sich die regierungsrätliche Antwort mit dem Verweis auf die nationale Studie des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH). Der Votant bittet den Regierungsrat, noch genauere Ausführungen zur LCH-Studie zu machen. Wurden in dieser Studie auch Lehrpersonen der Sekundarstufe II befragt, die ja separativ unterrichten und nichts mit Integration zu tun haben? Hatte der Aspekt der schulischen Integration von Schülern mit besonderem Förderbedarf sowie Sonderschülern eine besondere Gewichtung in der Umfrage des LCH?
Im Weiteren schreibt der Regierungsrat bei Frage 7: «Der Kanton Thurgau hat eine umfassende Evaluation zu diesen und ähnlichen Fragen durchgeführt. Die Ergebnisse dort deuten darauf hin, dass Lehrpersonen grundsätzlich zufrieden mit der integrativen Schulungsform sind.» Das kann doch ehrlich nicht der Ernst des Regierungsrats sein! Man könnte hierzu auch weitere Fragen stellen, etwa: Ist das Schulsystem des Kantons Zug mit demjenigen des Kantons Thurgau vergleichbar? Vergleicht man hier Birnen und Äpfel oder einfach zwei Sorten Äpfel? Eigentlich darf man doch davon ausgehen, dass eine Vorlage des Regierungsrats durch Fakten gestützt ist. Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht auf Seite 2 weiter,

dass «die Stigmatisierung der Werkklassenschüler nicht mehr vorhanden sei». Mit welchen Fakten kann die Bildungsdirektion diese Aussage belegen?
Der Votant könnte noch weitere Stilblüten aus dieser Interpellationsantwort herausnehmen, lässt es aber sein. Stattdessen stellt er dem Bildungsdirektor noch folgende Fragen:

- Gibt es im Amt für gemeindliche Schulen nicht auch eine Abteilung Schulevaluation?
- Wäre es nicht angebracht gewesen, dass diese Abteilung diesen Fragen genauer nachgegangen wäre?
- Hat die Schulevaluation die Situation der integrierten Schüler mit besonderem Förderbedarf, also der ehemaligen Kleinklassenschüler, oder diejenige der Sonderschüler jemals analysiert?
- Hat die Schulevaluation die Situation der Regelschüler unter einer breiteren Heterogenität jemals analysiert?
- Hat die Schulevaluation die Situation der Lehrpersonen auf der Primar- und Sekundarstufe im Bereich der schulischen Integration genauer analysiert?

Fragen über Fragen! Für den Votanten sind die Antworten auf die Interpellation eher schönrednerisch als mit Fakten hinterlegt. Zumindest aber steht auf Seite 4: «Sowohl die besondere Förderung als auch die integrative Sonderschulung stellen die Lehrpersonen im Bereich der Verhaltensauffälligkeit vor eine Herausforderung. Sie haben den Planungs- und Vorbereitungsaufwand sowie die Notwendigkeit von Absprachen mit den SHP erhöht.» Damit wissen die Ratsmitglieder nun auch, weshalb sich der Votant unter anderem so sehr für eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung auf der Primar- und Sekundarstufe und auch dafür eingesetzt hat, dass die Klassengrössen nicht ins Unermessliche steigen.

**Philip C. Brunner:** Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass sie bereits vor zwei Jahre gut dokumentiert wurde, und sie begrüsst die heutige, vertiefte Diskussion. Die von Zari Dzaferi aufgeworfenen Fragen sind wahrscheinlich legitim, und das Thema wird den Kantonsrat vermutlich auch noch in Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 beschäftigen. Die Thematik wurde vom Regierungsrat möglicherweise unterschätzt, und es wird wohl eine weitere Konkretisierung nötig sein. Die SVP-Fraktion dankt deshalb den Interpellanten, dass sie das Thema nochmals aufgreifen. Vielleicht müsste man auch die von Zari Dzaferi gestellten Fragen dem Regierungsrat in Form einer Interpellation vorlegen. Die Regierung wäre möglicherweise dankbar, wenn sie etwas konkreter darauf antworten könnte.

**Willi Vollenweider** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Mitglied der Mittelschul- und der Maturitätskommission des Kantons Zug, steht aber – abgesehen von den Sitzungsgeldern – in keinem Lohnverhältnis zur Bildungsdirektion. Er ist – noch mehr als zum Zeitpunkt, da er sein Votum verfasste – erstaunt darüber, wie schlimm die Situation wirklich ist. Erstens wurde der vorliegende Bericht völlig schlampig verfasst. Es wurde nicht auf die Fragen eingegangen und von A bis Z reine Schönfärberei betrieben. Und zweitens ist es schockierend, dass auf die gestellten Fragen keine konkreten, wissenschaftlich fundierten Antworten gegeben werden können; das Integrierte Schulmodell (IS) ja seit Jahren in Betrieb. Das ist, wie wenn ein Unternehmen ein neues Verfahren einführt, aber nicht untersucht, ob dieses wirklich Wirkung zeigt. So geht es nun wirklich nicht! Die Interpellationsantwort ist leider ein Loblied auf das IS und spricht dessen Defizite gar nicht an. Dadurch wird es aber noch lange nicht gut. Natürlich erwartet der Votant von der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) nicht, dass sie die Defizite aufzeigt; sie stellt ihre Leistungen natürlich im bestmöglichen Licht dar, wofür der Votant durchaus

auch Verständnis hat. Das Aufzeigen der Defizite wäre allenfalls Bestandteil der Aufgabe einer Untersuchungskommission; so weit ist man hier.
Die im steten Rhythmus losgetretenen ewigen Schulreformen sind eine Landplage. Die Schule ist ja nicht erst gestern erfunden worden. Im Gegenteil: Die Prinzipien eines guten und wirkungsvollen Unterrichts sind längst bekannt. Trotz andauernder Schulreformitis können mit den heutigen Schulmodellen die Resultate der früheren Schulen nicht mehr erreicht werden. Den Zeitgeist allein dafür verantwortlich zu machen, ist eine einfache Ausrede. Nicht grundlos trauen die abnehmenden Lehrbetriebe sogar der Notengebung der Schulen nicht mehr und führen eigene *Assessment*-Prüfungen aller Art durch. Der Votant hat das in seinen Einstellungsverfahren in der Privatwirtschaft auch immer so praktiziert und sich auf diese Weise vor personellen Fehlentscheidungen weitgehend verschonen können.
Bereits die Antwort auf Frage 1 lässt aufhorchen. Die Verantwortung für seine Klasse obliegt im IS nicht mehr dem Klassenlehrer oder der Klassenlehrerin. Nein, sie wird verwässert auf zahlreiche Hilfspersonen verteilt. Das ist ein fundamentaler Fehler. Der Klassenlehrer oder die Klassenlehrerin muss die volle Verantwortung für das Wohlergehen und für die Erreichung der Lernziele übernehmen und tragen, und zwar allein. Ihnen muss man den Rücken stärken und wieder zu ihrer leider erodierten Autorität zurückverhelfen. Die Lehrkräfte sind die eigentlichen Führungspersonen. Sie sind matchentscheidend, nur sie. Von ihrem Können, ihrer Ausstrahlung, ihrer Sozialkompetenz und ihrem Führungsverhalten hängt es ab, ob sie ihre Schüler und Schülerinnen begeistern und motivieren können, sich für die Erreichung der Lernziele einzusetzen, um diese auch zu erreichen. Kein Betrieb der Wirtschaft ist so organisiert, dass die Führungsverantwortung auf mehrere Personen verteilt und verwässert wird und niemand die Verantwortung abschliessend übernimmt.
Ein weiterer grosser Irrtum ist die Behauptung, für jede Störung müsste eine Therapie erfunden werden. Selbstverständlich bedürfen psychische Störungen und Legasthenien, auch motorische Unzulänglichkeiten einer fachgerechten Betreuung, dies ausserhalb der Schulzeit. Dafür müssen aber nicht in fast jeder Schulstunde Parallel-Subgruppen im Unterricht gebildet werden, wie dies im IS häufig zu beobachten ist und was eine grosse Unruhe in den Schulbetrieb hineinbringt, von der Stigmatisierung ganz zu schweigen. Der Begriff der Verhaltensauffälligkeit wird leider verharmlosend missbraucht. Selbstverständlich sind Kinder aus Kulturen, welche eine Frau als Lehrerin nicht akzeptieren und die deshalb das Lernen verweigern, verhaltensauffällig. Selbstverständlich gibt es weitere Kinder, welche auf Obstruktion machen, «Störenfriede» sagte man ihnen früher. Das IS verhätschelt leider auch diese renitenten, disziplinverweigernden Kinder und bringt ihnen gegenüber sogar Verständnis auf, weil in ihrer Kultur die Frau nichts gilt und keine Rechte hat. Für diese Erscheinung braucht man nicht erst auf die Nordafrikaner und Araber zu warten. Das ist schon seit Jahren traurige Tatsache mit Balkankulturen, deren Frauenbild dem erwähnten in nichts nachsteht. Dadurch wird gerade in der Stadt Zug in bestimmten Quartierschulhäusern das Schulniveau massiv nach unten gezogen. Niemand in der DBK wagt es aber, diese wirklichen Probleme anzusprechen, geschweige denn etwas dagegen zu unternehmen. Das diesen unakzeptablen Verhaltensmustern entgegengebrachte falsche Verständnis führt zu katastrophalen Situationen im Unterrichtszimmer und auf dem Pausenplatz. Darunter leiden vor allem die mittelmässig begabten Schüler und Schülerinnen. Sie müssen erleben, wie Störenfriede und Verweigerer nicht konsequent aus dem Schulzimmer und aus der Schule weggewiesen werden und wie deren bösartigen Unterrichtsbehinderungen in einer völlig abstrusen Interpretation von Toleranz einfach tatenlos hingenommen werden. Der Regierungsrat geht sogar so weit, dass «die heterogene Klasse zum Übungsfeld der gesellschaftlichen Realität» werde. Das ist *Laisser faire, laisser aller*. Aber

die Lehrer haben doch eine Ordnung durchzusetzen, und die Rektoren und Schulleitungen haben das zu stützen! Man darf doch nicht einfach zuschauen, wie die Schule mehr und mehr vergammelt und verludert! Zum Glück gibt es Privatschulen, wo der gesunde Menschenverstand noch überlebt hat.
Die einzige Rettung des IS ist, dass zum grossen Glück die guten Schüler erfahrungsgemäss sehr robust und widerstandsfähig gegenüber negativen Umwelteinflüssen sind. Es gelingt ihnen dank ihrer Robustheit, den Schulterror der Volksschule zu überleben und es ans Gymnasium zu schaffen, wo zur grossen Zufriedenheit des Votanten ein seines Erachtens sehr guter Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten werden kann. Die Gymi-Schüler und -Schülerinnen sind dann wenigstens schon abgehärtet, so dass sich diese Erfahrung im Gymi dann erübrigt.
Zum Schluss noch eine ganz andere Bemerkung zum IS: In der Schulraumplanung der Stadt Zug steht wörtlich, dass für das IS zu jedem Klassenzimmer eine Kaskade weiterer Räumlichkeiten für Therapien aller Art benötigt würde. Die dadurch bewirkte massivste Verteuerung der Schulbauten interessiert die Bildungstheoretiker selbstverständlich in keiner Art und Weise. Sie führt aber dazu, dass gemeindlich finanzierte Schulbauprojekte künftig schon aus Kostengründen abgelehnt werden und gar nicht mehr realisiert werden können.
Statt das IS endgültig zu entsorgen, wird sie jetzt noch mit einem ebenso zweifelhaften Konstrukt namens Lehrplan 21 überpinselt. Alle paar Jahre muss eine neue Bildungsreform-Sau durch das Dorf gejagt werden, sonst müsste man ja in der aufgeblähten Bildungsbürokratie Stellen abbauen, und die Druckereien für die Hochglanzbroschüren müssten schliessen.

**Esther Haas** hält fest, dass das Integrierte Schulmodell im Kanton Zug nicht so schlecht und nicht in einem so elenden Zustand ist, wie es Willi Vollenweider eben darstellte; seine Darstellung *kann* ja nicht der Realität entsprechen. Die Votantin weiss auch nicht, ob der Vorredner absichtlich immer die Abkürzung «IS» verwendete und auch von «Schulterror» sprach. Wenn man daran denkt, was «IS» in der aktuellen weltpolitischen Realität bedeutet, dann wäre es eigentlich besser gewesen, wenn der Vorredner diese Abkürzung nicht gebraucht hätte. Die Kritik der beiden früheren Votanten war sachlich, und sie zielte in eine andere Richtung. Es ist auch nicht so, dass die Schule – wie es Willi Vollenweider schilderte – tatenlos zuschaut, wenn Kinder sich nicht korrekt benehmen. Vielmehr bemüht sich die Schule, mit allen Arten von Kindern richtig umzugehen. Die Votantin bittet, das doch bitte auch zur Kenntnis zu nehmen.

Auch **Rita Hofer** kann die Ausführungen von Willi Vollenweider nicht unwidersprochen lassen. Wenn der Vorredner von Defiziten des Integrierten Schulmodells gesprochen hat, so gilt es dem entgegenzuhalten, dass die Regierung in ihrem Bericht festgehalten hat, dass die Herausforderungen erkannt wurden. Vollenweider hat auch gesagt, dass die Klassenlehrpersonen ganz alleine für die Klassen verantwortlich sein sollten. Nur: Dann wird es schon bald keine Klassenlehrpersonen mehr geben. Diese brauchen nämlich Unterstützung, und sie sind auf die fachliche Kompetenz der Fachlehrer angewiesen, damit genau das passieren kann, was von der Schule erwartet wird: dass die Kinder möglichst individuell begleitet werden, besonders diejenigen, die einen besonderen Bedarf an Förderung haben.
Wie Willi Vollenweider die Schule dargestellt hat, hat die Votantin sehr getroffen. Und sie hält klar fest: So ist die Schule wirklich nicht. Die Votantin ist seit 28 Jahren als Lehrperson im Kanton Zug tätig, und sie ist immer noch überzeugt, dass sie einen sehr schönen Beruf hat. Natürlich ist die Schule herausfordernd, und die Schüler sind nicht mehr gleich wie vor dreissig oder vierzig Jahren. Diese Heraus-

forderung gilt es anzunehmen, und darauf ist die Votantin eigentlich jeden Tag gespannt – und sie freut sich darauf.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bestätigt, dass es – wie von verschiedenen Votanten beklagt – keine wissenschaftlichen Erhebungen und keine spezifischen zugerischen Studien gibt. Die Antwort der Regierung stützt sich im Wesentlichen auf die Aussagen der Verantwortlichen vor Ort, also der Schulpräsidenten und Rektoren. Man darf nicht vergessen, dass die Gemeinden die Kompetenz haben, in diesem Bereich aus einem breiten Spektrum auszuwählen, das von Integration bis zu separierten Kleinklassen reicht. In diesem Sinne gibt es eine gewisse systemwettbewerbliche Komponente. Die Rektoren und Schulpräsidenten müssen sich Gedanken darüber machen, wie sie die Integration möglichst korrekt und den örtlichen Verhältnissen angepasst umsetzen wollen. Man kann deshalb davon ausgehen, dass ihre Rückmeldungen reflektiert sind und eine Qualität haben, auf die man sich abstützen darf, ohne spezifische quantitative Erhebungen durchzuführen. Die Gemeinden haben – wie erwähnt – das ganze Spektrum zur Verfügung und können nach wie vor Kleinklassen führen, was beispielsweise im Kanton Luzern nicht mehr möglich ist.
Zari Dzaferi hat seine Fragen dem Bildungsdirektor vorgängig zugestellt. Die Frage, ob Lehrpersonen der Sekundarstufe II, also der Gymnasien und Berufsfachschulen, auch an der gesamtschweizerischen Umfrage des LCH zur Berufszufriedenheit teilgenommen hätten, ist insofern relevant, als dort nicht integriert, sondern nach Leistungsklassen separiert wird. Fakt ist, dass diese Lehrpersonen auch teilgenommen haben, allerdings sind sie deutlich unterrepräsentiert: Nur 7,8 Prozent der Antworten kommen von Lehrpersonen der Sekundarstufe II. Das Ergebnis der Umfrage kann in Zusammenhang mit der Integration aber durchaus als repräsentativ gelten. Zur Frage, ob der Vergleich der Bildungssysteme im Kanton Thurgau und im Kanton Zug zulässig sei, führt der Bildungsdirektor aus, dass die Volksschulen in der Deutschschweiz grundsätzlich miteinander vergleichbar sind und es immer mehr werden. Er ist deshalb überzeugt, dass die Ergebnisse der Thurgauer Evaluation auch Aussagekraft für die Verhältnisse im Kanton Zug haben können. Die Einschätzung, dass die Stigmatisierung der Werkschüler abgenommen habe, stammt von Seiten der Rektoren. Diese stellen fest, dass es für (in die Realschulklassen) integrierte Werkschülerinnen und -schüler heute eher möglich ist, eine Lehrstelle zu finden. Die Frage nach der Evaluation von Sonderschülern kann der Bildungsdirektor nicht in der gewünschten Qualität beantworten. Die Zuger Sonderschulen werden erst künftig evaluiert werden. Es brauchte die Schulgesetzrevision, um diese Evaluation extern vergeben bzw. dieses *Knowhow* extern einkaufen zu können. Entsprechende Resultate werden also erst in Zukunft vorliegen.
Willi Vollenweider hat ausgeführt, die Schulen würden vergammeln und verludern, und es werde dort ohne gesunden Menschenverstand agiert und unterrichtet. Dieses Bild trifft der Bildungsdirektor in den Zuger Schulen nicht an. Es besteht hier offenbar eine grundsätzliche Differenz in der Wahrnehmung.
Abschliessend hält der Bildungsdirektor fest, dass die Integration für die Lehrpersonen unbestrittenermassen eine grosse Herausforderung darstellt. Sie wird in den Rückmeldungen von den Lehrpersonen aber als machbar bezeichnet. Die Lehrpersonen fühlen sich ihr in der Regel gewachsen und stehen allgemein hinter dem System der Integration.

➔ Der Rat nimmt die Interpellationsantwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 14

**356 Motion der SVP-Fraktion betreffend Stärkung der Unabhängigkeit und der Legitimation der Staatsanwälte durch Parlamentswahl**

Vorlagen: 2479.1 - 14875 (Motionstext); 2479.2 - 15068 (Bericht und Antrag des Obergerichts).

Der **Vorsitzende** begrüsst Obergerichtspräsident Felix Ulrich. Er hält fest, dass das Obergericht beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Michael Riboni** spricht als Vertreter der Motionärin und dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Obergericht für Bericht und Antrag. Das Obergericht stützt sich in seiner Argumentation weitgehend auf seinen Bericht aus dem Jahre 2009 zur Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes. Kurz zusammengefasst lehnt das Obergericht eine Wahl der Staatsanwälte durch den Kantonsrat ab, unter anderem aufgrund einer Anhörung der betroffenen und sich vor einer befristeten Anstellung sowie periodischen Wiederwahl fürchtenden Staatsanwälte. Eine Wahl der Staatsanwälte durch den Kantonsrat wäre schwerfällig und zeitlich aufwändig und würde die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft schwächen, so die Antragsbegründung. Mit dieser Begründung macht es sich das Obergericht allerdings etwas gar einfach. Aber wer gibt schon gerne freiwillig Kompetenzen aus der Hand?
Folgende Gründe bewogen die SVP-Fraktion, die vorliegende Motion einzureichen:
• Die Staatsanwaltschaft vertritt bekanntlich den Staat als Ankläger. Muss der Staatsanwalt einen Fall an die zweite kantonale Instanz weiterziehen, entscheidet im Kanton Zug seine formell und personalrechtlich vorgesetzte Stelle über den Antrag und beurteilt indirekt auch seine Arbeitsleistung. Gelangt der Staatsanwalt gegen einen Entscheid des Obergerichts ans Bundesgericht, streitet er direkt gegen seinen personalrechtlichen Chef, was durchaus unangenehm sein kann, wenn vielleicht zwei Wochen später Lohngespräche stattfinden. Das Obergericht ist im Kanton Zug also gleichzeitig Arbeitgeber der Staatsanwälte und Beschwerdeinstanz. Dies führt – und das ist nicht wegzudiskutieren, sondern ganz einfach menschlich – zu Interessenkonflikten und einer ungewollten Einschränkung der Handlungsfreiheit der Staatsanwälte. Das kann und darf nicht sein. Der juristische Laie versteht diese Konstellation schlichtweg nicht; «Souhäfeli, Soudeckeli» lässt einmal mehr grüssen. Anpassungen sind deshalb notwendig, was übrigens auch vom Regierungsrat anerkannt wird: Auch der Regierungsrat sieht in seinem Mitbericht nämlich Anpassungsbedarf. Mit einer Wahl der Staatsanwälte durch das Parlament würde diese Problematik entschärft und die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft gestärkt, aber ganz sicher nicht – wie es das Obergericht befürchtet – geschwächt.
Ein Blick hinaus in die Schweiz zeigt überdies, dass in keinem anderen Kanton das Obergericht gleichzeitig Anstellungsbehörde und Beschwerdeinstanz ist. Vielmehr zeigt sich, dass schon die Tatsache, dass das Obergericht als Aufsichtsbehörde der Staatsanwaltschaft fungiert, sehr aussergewöhnlich ist. Nur noch in fünf anderen Kantonen obliegt die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft einem Gericht. In keinem dieser fünf Kantone jedoch ist das Gericht gleichzeitig auch noch Anstellungsbehörde für die Staatsanwaltschaft. In den Kantonen Nid- und Obwalden etwa, wo die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft auch einem Gericht obliegt, erfolgt die Wahl der Staatsanwälte durch das Parlament.
• Das Ermessen des einzelnen Staatsanwalts, ob und wie ein Strafverfahren geführt wird und welche Zwangsmittel im konkreten Strafverfahren eingesetzt werden, ist sehr gross. Ein Staatsanwalt muss deshalb unabhängig und frei von jeglichen sachfremden Einflüssen sein. Beim Erlass von Strafbefehlen und Einstellungsverfügungen nimmt der Staatsanwalt zudem richterliche Funktionen wahr. Dabei

sei daran erinnert, dass heute rund drei Viertel der Strafverfahren per Strafbefehl erledigt werden. Die Staatsanwälte von heute sind zu einem grossen Teil also auch Richter. Weshalb sollen sie sich deshalb nicht wie die Richter auch einer periodischen Wiederwahl stellen müssen?
• Mit der Wahl durch das Kantonsparlament würde die demokratische Legitimation der Staatsanwälte gestärkt und ihr Ansehen erhöht. Dies wird selbst vom Obergericht anerkannt. Trotzdem stellt das Obergericht die Wahl der Staatsanwälte durch den Kantonsrat in seinem Bericht als etwas Schlechtes dar. Das Obergericht befürchtet eine Verpolitisierung der Wahl. Aber: Politik ist nicht *a priori* etwas Schlechtes. Im Gegenteil: Die SVP traut dem Parlament und der von Fachpersonen besetzten Justizprüfungskommission, welche die Wahl analog den Richterwahlen vorbereiten könnte, absolut zu, dass bei der Wahl der Staatsanwälte fachliche Kriterien im Vordergrund stünden. Alle Ratsmitglieder wollen eine gut funktionierende und fachlich hochqualifizierte Staatsanwaltschaft. Die Berücksichtigung eines Parteienproporzes bei einer Wahl durch den Kantonsrat ist überdies – anders als es das Obergericht befürchtet – keinesfalls zwingend und macht bei einer Strafverfolgungsbehörde zudem auch wenig Sinn. Ebenso wäre eine Wahl eines neuen Staatsanwalts durch den Kantonsrat, welcher bekanntlich monatlich tagt, durchaus innert nützlicher Frist und somit zeitnah möglich.
Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass mit der Wahl der Staatsanwälte durch den Kantonsrat deren Unabhängigkeit und demokratische Legitimation gestärkt wird. Sie stellt deshalb den **Antrag,** ihre Motion erheblich zu erklären und dankt für die Unterstützung. Für den Fall, dass dieser Antrag keine Mehrheit finden sollte, stellt die SVP den **Eventualantrag,** künftig zumindest die Wahl des Leitenden Oberstaatsanwalts, der Oberstaatsanwälte sowie der Leitenden Staatsanwälte durch den Kantonsrat vornehmen zu lassen.

**Alice Landtwing** hält vorab fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig für die Nichterheblicherklärung dieser Motion ist. Die FDP ist der Meinung, dass einerseits eine Wahl durch das Parlament keine kompetenteren Staatsanwälte garantieren würde und anderseits bei einer Wahl auf sechs Jahre bei Fehlgriffen keine Absetzung möglich wäre. Aus Erfahrung wissen alle im Saal, dass ausser einem Verhaltenskodex für Richter nur hohe Folgekosten entstanden sind.
Die FDP-Kantonsräte Rudolf Balsiger und Thomas Lötscher forderten bereits 2009 mit einer Motion explizit eine Entflechtung der Staatsanwaltschaft vom Obergericht; als zweiter Schritt sei eine Wahl der Staatsanwaltschaft zu prüfen. In der damaligen Motion stand: «Die Staatsanwaltschaft vertritt den Staat als Ankläger. Muss der Staatsanwalt einen Fall an die zweite Instanz weiterziehen, entscheidet seine formell und personalrechtlich vorgesetzte Stelle über den Antrag und beurteilt indirekt damit seine Arbeitsleistung. Muss der Staatsanwalt aber gegen einen Obergerichtsentscheid Berufung beim Bundesgericht einlegen, streitet er direkt gegen seinen personalrechtlichen Chef.» Leider wurde diese Motion damals nicht erheblich erklärt. Wie der Regierungsrat nun in seiner Vorlage schreibt, obliegt nur noch in den Kantonen Jura, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden und Uri die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft einem Gericht. Bei allen anderen Kantonen hat die Entflechtung von Staatsanwaltschaft und Gericht längst stattgefunden. Und diese Entflechtung steht bei der FDP immer noch im Raum. Aber heute steht ja nur die Wahl durch das Parlament zur Diskussion, und darum spricht sich die FDP für die Nichterheblicherklärung der Motion aus.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Die vorliegende Motion verlangt eine Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsanwälte, indem diese künftig durch das Parlament

gewählt werden sollen. Die Motionäre begründen ihr Anliegen unter anderem damit, dass das Ermessen bezüglich Führung eines Strafverfahrens fast unermesslich sei, und sie versteigen sich zur Aussage, dass ein Staatsanwalt durch seine Zwangsmittel das Leben einer Person ruinieren könne. Haben sie vergessen, dass die Schweiz ein Rechtsstaat ist? Die Votantin lässt diese perfide Behauptung einfach mal stehen und wendet sich den Fakten zu.
Eigentlich hätte die Votantin im Votum der Motionäre Beispiele und Begründungen dafür erwartet, warum der Systemwechsel erfolgen solle; leider war davon nichts zu hören. Die Zuger Staatsanwaltschaft ist nämlich das bestkontrollierte Amt im ganzen Kanton. Sowohl das Obergericht als auch die Justizprüfungskommission haben ein Auge auf die Tätigkeit der Staatsanwälte. Seit 25 Jahren hat sich die Wahl der Staatsanwälte durch das Obergericht bewährt. Die jährlichen Visitationen durch die JPK brachten jedenfalls keine nennenswerten Mängel zutage, so dass man von einer gut funktionierenden Staatsanwaltschaft sprechen darf.
Sowohl die Opfer- als auch die Täterseite hat Anspruch auf ein faires Verfahren. Dieses wäre mit dem vorgeschlagenen Wahlverfahren in Frage gestellt. Die Tätigkeit des Staatsanwalts ist ohnehin schwierig, weil von beiden Seiten – Opfern wie Tätern – Kritik kommen kann. Der Staatsanwalt hätte im von der SVP gewünschten Verfahren nun nicht mehr nur die Fakten vor Augen, sondern vor allem auch die kantonsrätliche Wahlbehörde im Nacken. Das Parlament als Wahlbehörde muss eine Wahl bzw. Nichtwahl nicht begründen, der Willkür und politischen Ränkespielen sind damit Tür und Tor geöffnet. Die Verknüpfung mit der legislativen Politik ist also überhaupt nicht zielführend. Damit wird die Entscheidungsfindung für die Staatsanwaltschaft schwieriger, weil sie nicht mehr unabhängig Fälle führen kann. Der Staatsanwalt muss immer damit rechnen, dass bei der nächsten Wahl durch das Parlament einzelfallspezifisch Abrechnungen vorgenommen werden können. Man erinnert sich: Im Juni 2011 wurde der damalige Bundesanwalt Beyeler vom eidgenössischen Parlament nicht wiedergewählt und frühzeitig in Rente geschickt. «Beyeler konnte nichts vorgeworfen werden. Hier hat man einfach aus einer Laune heraus auf den Mann gespielt», enervierte sich damals ein FDP-Parlamentarier. Solche Situationen wünscht sich die Votantin nicht für den Kanton Zug.
Als Alternativen könnte sich die ALG eine eigene Fachbehörde oder einen Magistratsrat vorstellen. Hier wäre die totale Unabhängigkeit gegeben, allerdings ist diese Variante nicht Gegenstand der Motion. Deshalb lehnt die ALG die Motion ab und ist für deren Nichterheblicherklärung.

**Alois Gössi** teilt mit, dass auch die SP-Fraktion die Motion der SVP ablehnt. Grundsätzlich gibt es in der Schweiz verschiedene Wahlverfahren für Staatsanwälte. Die im Kanton Zug gewählte Lösung mit der Wahl durch das Obergericht – wobei für «gewöhnliche» Staatsanwälte die Auswahl durch die Staatsanwaltschaft wahrgenommen wird – hat sich bewährt. Demzufolge sieht die SP keinen Bedarf für eine Änderung. Auch ist mit dem heutigen Verfahren die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft gewährleistet. Demgegenüber würde eine Wahl durch den Kantonsrat zu einer «Verpolitisierung» führen. Anstelle der Fachkompetenz würde die politische Zugehörigkeit zu einer Partei mehr oder weniger im Vordergrund stehen. Und statt einer einfachen Anstellung durch das Obergericht würde jeweils ein Wahlverfahren durch den Kantonsrat anstehen. Das kann es nicht sein! Die SP lehnt es im Übrigen auch ab, dass nur die Oberstaatsanwälte und die Leitenden Staatsanwälte von Kantonsrat gewählt werden solle. Statt alle würden dadurch nur einige wenige, aber eben immer noch Staatsanwälte «verpolitisiert».

**Heini Schmid** teilt mit, dass die CVP-Fraktion grossmehrheitlich empfiehlt, die Motion der SVP-Fraktion nicht erheblich zu erklären. Es ist der SVP zuzugestehen, dass sie mit dieser Motion einerseits eine wichtige Frage thematisiert und andererseits richtigerweise die Rolle des Obergerichts als Aufsichts-, Beschwerde- und Anstellungsorgan der Staatsanwaltschaft in Personalunion in Frage stellt. Leider heisst die richtigen Fragen zu stellen nicht automatisch, auch die richtigen Antworten zu liefern; es kommt hinzu, dass es hier nicht nur *eine* richtige Antwort gibt. Für die CVP-Fraktion ist zentral, dass sowohl die Richter als auch die Staatsanwälte gut ausgewählt und fachkompetent beaufsichtigt werden. Nur so ist zu rechtfertigen, dass diesen Amtspersonen vom Staat eine so grosse Machtfülle übertragen wird. Es ist darum zu fordern, dass sowohl die Wahl als auch die Aufsicht professionell durchgeführt werden. Wichtig ist zudem, dass das Aufsichtsorgan ein Mitwirkungsrecht bei der Wahl und Anstellung hat. Nur so ist sichergestellt, dass unfähige Amtspersonen nicht wiedergewählt werden.
Es ist zu vermeiden, dass die Wahl der Staatsanwälte vom Parteibuch abhängig ist. Es hat sich bewährt, dass die Auswahl nicht noch durch die Parteibuchfrage erschwert wird, sondern die Fachkompetenz bei dieser vor allem vollziehenden Aufgabe im Vordergrund steht. Trotzdem aber ist eine politische Aufsicht über die Staatsanwaltschaft wichtig. Es ist nämlich eine hochpolitische Frage, ob die Ermittlungsschwerpunkte der Staatsanwaltschaft und der Polizei zum Beispiel bei den Verkehrs-, bei den Wirtschafts- oder bei den Sozialhilfedelikten liegen.
Was die Unabhängigkeit der Amtspersonen anbetrifft, ist nicht zentral, wer die Amtspersonen wählt. Vielmehr ist es wichtig, dass die Wahlen transparent und frei von sachfremden Einflüssen durchgeführt werden. Vielleicht wäre die Möglichkeit eines Rechtsmittels gegen eine Abwahl hilfreicher für die Unabhängigkeit als die Wahl durch den Kantonsrat oder durch das Volk.
Mit der Aufzählung all dieser abstrakten Grundsätze will der Votant aufzeigen, dass es nicht damit getan ist, die Frage zu beantworten, wer wen wählt, sondern es notwendig ist, die Organisation des ganzen Justizapparats im Kanton inklusive der Funktionen der Verwaltung und der Rolle des Kantonsrats und seiner Justizprüfungskommission kritisch zu hinterfragen. Die CVP glaubt nicht, dass die Lösung der SVP den oben aufgeführten Grundsätzen am besten Rechnung trägt, und sie lehnt darum die Erheblicherklärung der Motion ab. Vielleicht wäre es sinnvoller, fraktionsübergreifend zu überlegen, wie die aufgeworfenen Fragen hier im Rat angegangen werden sollen. Der Votant würde sich jedenfalls sehr gerne in dieser staatspolitisch zentralen Angelegenheit für den Kanton Zug engagieren.

**Kurt Balmer** legt seine Interessenbindung vor: Er ist Anwalt. Hinzu kommt, dass seine Tochter zurzeit ein Anwaltspraktikum bei der Staatsanwaltschaft macht. Sie ist allerdings nicht gleicher Meinung wie ihr Vater.
Der Votant stellt mit Erstaunen fest, dass von verschiedenen Seiten zwar ein gewisses Unbehagen geäussert wurde, dass aber alle «Nein, im Moment nicht!» zum Vorschlag der SVP-Fraktion sagen. Irgendwann muss man die Sache aber anpacken, und der Votant ist der Meinung, dass man heute beginnen sollte. Er weist auf einige wenige, seines Erachtens zentrale Aspekte hin.
• Im Bericht des Obergerichts steht, dass die Staatsanwaltschaft eines der bestkontrollierten Ämter des Kantons sei. Wenn dies tatsächlich zutrifft, dann stellen sich verschiedene Fragen, etwa: Wo bleibt dann die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft? Lohnt und rechtfertigt sich der enorme Kontrollaufwand, wenn die Staatanwaltschaft eigentlich doch nur – aber immerhin – dem Gesetz verpflichtet ist und Staatsanwälte überdies für den Fall, dass sie sich nicht ordentlich betätigen sollten, strengen Strafnormen unterstehen (etwa Amtsmissbrauch, ungetreue Ge-

schäftsführung, Nötigung oder Begünstigung)? Man hört ja immer wieder von Verfahren gegen einzelne Staatsanwälte. Wenn diese tatsächlich so gut kontrolliert werden, dann ist die Leine, an der sie gehalten werden, definitiv zu kurz. Unabhängig dem Gesetz verpflichtet und gleichzeitig bestkontrolliert: Das ist ein Widerspruch.
• Wenn man den Bericht des Obergerichts genau liest, stellt man fest, dass Obergericht und Regierungsrat zugegeben, dass ein demokratisches Legitimationsproblem besteht; verschiedene Votanten haben zu Recht darauf hingewiesen. Der diesbezügliche Mangel lässt sich prononciert auch als politischer Inzest beschreiben, weil nämlich die Dritte Gewalt, also die Justiz, alles selber macht: als Beschwerdeinstanz, Anklageinstanz, Aufsichtsinstanz und Wahlinstanz – dies alles im Wissen, dass die Staatsanwaltschaft in vielleicht drei Viertel aller Fälle Verfahren mittels eines Strafbefehls, also als Richter, abschliesst, und dabei Bussen in unbeschränkter Höhe und Gefängnisstrafen von bis zu sechs Monaten aussprechen kann. *Checks and balances,* also die gegenseitige Kontrolle der Instanzen, fehlen hier völlig
• Jedes Wahlsystem hat einen gewissen politischen Einfluss. Man kann die Justiz auch mit dem aktuellen System des Kantons Zug nicht völlig von der Politik lösen. Das Obergericht sagt, ein anderes Wahlsystem führe quasi automatisch dazu, dass nicht die Besten gewählt würden. Dieses Argument stimmt schlicht nicht, denn massgebend sind andere Faktoren, etwa die Anstellungsbedingungen oder der Lohn etc. Wenn die Politik tatsächlich Einfluss auf die Qualität hätte, so müsste man konstatieren, dass der Kanton Zug aktuell nicht die besten Kantons-, Straf-, Ober- und Verwaltungsrichter hat. Das würde der Votant allerdings nie behaupten.
Der Votant empfiehlt, den Antrag der SVP auf Erheblicherklärung und gegebenenfalls den Eventualantrag zu unterstützen. Er geht davon aus, dass es nicht eine Dreifachabstimmung, sondern normale Zweifachabstimmungen gibt: zuerst Erheblicherklärung gegen Nichterheblicherklärung, dann gegebenenfalls Nichterheblicherklärung gegen Teilerheblicherklärung im Sinne des SVP-Antrag.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass so abgestimmt wird, wie von Kurt Balmer angenommen.

**Manuel Brandenberg** stellt in eigenem Namen einen weiteren Antrag: Für den Fall, dass der Eventualantrag auf Wahl des Leitenden Oberstaatsanwalts, der Oberstaatsanwälte sowie der Leitenden Staatsanwälte durch den Kantonsrat nicht gutheissen wird, stellt er den **Subeventualantrag,** dass die Anstellung dieser Personen vom Parlament genehmigt werden muss; es soll also ein Genehmigungsvorbehalt gelten. Diese Lösung wird auch im Bericht und Antrag des Obergerichts erwähnt, und das Obergericht sagt dazu, es könnte damit allenfalls leben. So würde der Rat heute wenigstens *einen* Schritt tun, wenn er den ganz grossen Schritt noch nicht machen will.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich:** Das Obergericht hat die vorliegende Motion zum Anlass genommen, die im Kanton Zug geltende Regelung bezüglich Wahl bzw. Anstellung und auch die Frage der Eingliederung der Staatsanwaltschaft in die kantonale Behördenstruktur zu analysieren und zu überdenken. Es gibt – wie schon gesagt wurde – in den verschiedenen Kantonen eine Vielfalt von Wahlsystemen und Regelungen für die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft. Das liegt nicht nur am föderalistischen Aufbau des schweizerischen Staatswesens, sondern auch daran, dass die Staatsanwaltschaft verschiedene Funktionen wahrzunehmen hat. Zum einen nimmt sie eine Art richterliche Funktionen wahr beim Erlass von Strafbefehlen und Einstellungsverfügungen. Zum anderen ist sie im Vorverfahren

Untersuchungs- und Anklagebehörde. Und schliesslich ist sie im Hauptverfahren Verfahrenspartei: Ihr obliegt die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs.
Wie in andern Kantonen auch ist die Regelung im Kanton Zug speziell. Das heisst aber nicht, dass sie speziell schlecht ist, im Gegenteil. Im seinem Bericht und Antrag hat das Obergericht aufgezeigt, dass diese Regelung unter dem Aspekt der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft wohl etwas vom Besten ist, das es gibt. Warum? Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte stehen in einem unbefristeten öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis. Nur schon der Umstand, dass es ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ist, trägt ein grosses Stück dazu bei, dass die Unabhängigkeit gewährleistet ist. Das Obergericht kann und darf sich weder als Anstellungsorgan noch als Aufsichtsbehörde in die Untersuchungsführung der Staatsanwaltschaft einmischen. Wenn Michael Riboni vorher gesagt wurde, es sei eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Staatsanwaltschaft, dass das Obergericht Anstellungsbehörde sei, so ist das natürlich komplett falsch; als Mitglied der Justizprüfungskommission müsste man das eigentlich besser wissen. Das Obergericht hat gegenüber der Staatsanwaltschaft nur bei Beschwerdefällen ein Weisungsrecht im Einzelfall. Als Beschwerdeinstanz ist das Obergericht jedoch keine Ersatz-Untersuchungsbehörde, welche Einfluss auf die Untersuchungsführung nimmt. Mit dem bestehenden System ist also die Unabhängigkeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte unter jedem Aspekt gewährleistet.
Bezüglich «Verpolitisierung» wurde gesagt, das sei ja gar nichts Schlimmes. Eine Verpolitisierung heisst aber nichts anderes, als dass die Staatsanwaltschaft und damit ein Teil der Justiz verstärkt politischen Einflüssen ausgesetzt wäre. Das kann ja durchaus eine Absicht sein, aber dann soll man dieses Ansinnen bitte nicht unter dem Titel «Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsanwälte» verkaufen.
Zu einem weiteren Punkt: Bei der Staatsanwaltschaft arbeiten derzeit 25 Personen in einer staatsanwaltlichen Funktion; das sind 22 Personalstellen ohne Berücksichtigung der Assistenz-Staatsanwälte. Da gibt es immer wieder Stellen zu besetzen, im letzten Jahr waren es deren zwei. Und das Obergericht ist in der Lage, sehr schnell zu reagieren. Bei einer Wahl durch den Kantonsrat müsste befürchtet werden, dass es zu Verzögerungen kommen könnte. Dies hätte nachteilige Folgen für die Fallbearbeitung und die Pendenzensituation. Das will niemand. Es liegt weder im Interesse der Beschuldigten noch im Interesse der Geschädigten.
Bereits seit 1991 hat man im Kanton Zug das heute geltende Organisationsmodell, und es hat sich bestens bewährt. Im Zusammenhang mit der Verfassungsänderung und der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes per 1. Januar 2011 haben der Kantonsrat und das Obergericht sich eingehend mit dem Thema auseinandergesetzt. Das Obergericht, der Regierungsrat und der Kantonsrat haben sich damals – und das ist nicht allzu lange her – einhellig für die Beibehaltung des Systems und für die heute geltende Regelung ausgesprochen. Da stellt sich die Frage: Was ist denn seither, in diesen gut fünf Jahren, so Schreckliches passiert, dass man alles wieder ändern müsste? Gar nichts Schreckliches ist passiert, im Gegenteil: Das System hat sich weiterhin bewährt. Dies kann man den alljährlichen Rechenschaftsberichten des Obergerichts und den Berichten der Justizprüfungskommission entnehmen. Es besteht also kein Anlass, ein bewährtes, effizientes und gut funktionierendes System zu ändern. Das Obergericht stellt daher den Antrag, die Motion der SVP-Fraktion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion der SVP-Fraktion mit 43 zu 17 Stimmen nicht erheblich.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag auf Teilerheblicherklärung gemäss Antrag der der SVP-Fraktion mit 37 zu 22 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Subeventualantrag auf Teilerheblicherklärung gemäss Antrag von Manuel Brandenberg mit 29 zu 28 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es damit bei der Nichterheblicherklärung der Motion bleibt.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden.

## 357 Nächste Sitzung

Donnerstag, 25. Februar 2016 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** wünscht abschliessend allen Ratsmitgliedern schöne Fasnachtstage.

**Protokoll des Kantonsrats**

25. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. Februar 2016 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.50 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. Januar 2016
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Esther Haas, Andreas Hostettler, Peter Letter, Beat Unternährer, Beat Iten, Zari Dzaferi, Pirmin Andermatt und Karin Andenmatten-Helbling betreffend die Schaffung von kantonalen Integrationsklassen für schulpflichtige Kinder aus dem Asylbereich

3.2. Motion von Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Standesinitiative zur Stärkung der Privatsphäre und Freiheit durch die Verankerung der Bargeldnoten im Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel (WZG) und Einführung einer 5000-Franken-Banknote

3.3. Postulat der SP-Fraktion, der SVP-Fraktion und der Fraktion Alternative - die Grünen sowie von Thomas Lötscher, Thomas Gander, Daniel Stuber, Karen Umbach, Monika Weber, Claus Soltermann und Willi Vollenweider betreffend Projekt Regierung und Verwaltung 2019

3.4. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Stadt Zug – Verbesserung der Situation für den nicht motorisierten Verkehr auf dem Postplatz und zwischen Bahnhof und Metalli

3.5. Interpellation von Barbara Gysel, Karin Andenmatten-Helbling, Anna Bieri, Nicole Imfeld, Gabriela Ingold, Hanni Schriber-Neiger und Karen Umbach betreffend gleiche Löhne für Frau und Mann im Kanton Zug

3.6. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit – Fakten und Massnahmen erwünscht

4. Kommissionsbestellungen
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen: 2. Lesung
6. Parlamentarische Vorstösse zu Informatikthemen:

6.1. Motion der Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung

6.2. Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle

7. Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Projekt FOKUS (Verwaltungszentrum 3, Hauptstützpunkt ZVB)

8. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend unzureichende Signalisation von Zug zwischen Sihlbrugg und Walterswil (Hauptstrasse 4) Richtung Autobahn A4a
9. Interpellation von Pirmin Frei, Daniel Abt und Walter Birrer betreffend Folgen einer Ablehnung des Gotthard-Sanierungstunnels und Auswirkungen auf den Kanton Zug
10. Verabschiedung von Finanzdirektor Peter Hegglin
11. Ergänzungswahl für ein Mitglied des Regierungsrats vom 17. Januar 2016 für den Rest der Amtsdauer 2015–2018
11.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Regierungsrat Martin Pfister
11.2. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Martin Pfister
12. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG; BGS 122.5) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung
13. Geschäfte, die am 28. Januar 2016 nicht behandelt werden konnten:
13.1. Interpellation von Michele Kottelat betreffend: Wie kann der Respekt im Kanton Zug gefördert werden?
13.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus
13.3. Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionen-Streichung
14. Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Gerichte mit Leistungsauftrag und Globalbudget
15. Motion von Manuel Brandenberg und Heini Schmid betreffend Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; Gleichbehandlung der privaten Beschwerdeführer mit den Behörden
16. Interpellation von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann betreffend Versachlichung der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion
17. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Flüchtlingskonzept

## 358 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Andreas Meier, Oberägeri; Adrian Andermatt und Beni Riedi, beide Baar; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 359 Mitteilungen

In Absprache mit dem Regierungsrat und dem designierten Regierungsratsmitglied Martin Pfister wurden die Traktanden der heutigen Sitzung so gruppiert, dass am Vormittag der zurücktretende Finanzdirektor sowie der in die Finanzdirektion wechselnde Baudirektor noch Geschäfte ihrer bisherigen Direktionen vertreten können. Am späteren Vormittag folgen dann die Verabschiedung von Regierungsrat Peter Hegglin sowie die Validierung der Wahl von Martin Pfister und dessen Vereidigung. Der Amtsantritt von Martin Pfister als Regierungsrat und Gesundheitsdirektor sowie

die Übernahme der Finanzdirektion durch Heinz Tännler und die Übernahme der Baudirektion durch Urs Hürlimann erfolgen per 12.00 Uhr.

Am Vormittag ist eine Schulklasse der Kaufmännischen Grundbildung aus Zug zu Besuch. Die Klasse wird geführt von Nadine Bitschnau, der Leiterin des überbetrieblichen Kurses. Der Ratsvorsitzende heisst die Besucher herzlich willkommen.

Der Ratsvorsitzende begrüsst zudem Schülerinnen und Schüler unterschiedlichen Alters der Kantonsschule Zug, die sich im Rahmen der Begabtenförderung mit der Rhetorik im politischen Diskurs auseinandersetzen. Sie werden insbesondere die Fertigkeiten und Strategien der Politikerinnen und Politiker beobachten. Die Schülerinnen und Schüler werden begleitet von den Kantonsschullehrern Florian Horschik und Tobias Ritter.

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

TRAKTANDUM 1

## 360 Genehmigung der Traktandenliste

**Philip C. Brunner** bittet um Verständnis für seine belegte Stimme. Er wird wahrscheinlich nur zum vorliegenden Traktandum sprechen und sich krankheitsbedingt nachher entschuldigen müssen – zum ersten Mal in fünf Jahren Ratszugehörigkeit. Er stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag** auf Abtraktandierung der Geschäfte 6.1 und 6.2 und auf deren Behandlung in einem späteren Zeitpunkt. Er führt aus, dass es in dieser Angelegenheit nicht um eine politische Abrechnung geht. Der Rat steht auch nicht unter Zeitdruck und kann das Thema IT und die Fragen um das AIO jederzeit wieder angehen. Für IT-Laien im Kantonsrat war es in der Ferienzeit zeitlich aber kaum möglich, sich seriös in das zwanzigseitige Dokument einzulesen. Die Komplexität der Frage ist gigantisch. Doch das ist nicht der Hauptpunkt.
Die Regierung hat sich zwanzig lange Monate Zeit genommen, um die Motion der damaligen Kommission zu bearbeiten und dem Rat mit Post vom 12. Februar 2016 das Ergebnis zu unterbreiten. Wie Finanzdirektor Peter Hegglin dem Votanten telefonisch bestätigte, wurde das Geschäft in der Regierung dreimal diskutiert und wurden zwei Workshops mit allen Direktionen durchgeführt. Es handelt sich bei der Antwort also um einen Kompromiss, der wenig mit den damaligen Forderungen der von Thomas Wyss präsidierten Ad-hoc-Kommission ISOV zu tun hat. Mit den heutigen Direktionswechseln geht einher, dass sich der neue Finanzdirektor intensiver mit dem Thema befassen muss. Das freut ihn im Moment vielleicht nicht, aber langfristig wird er die Entscheide des Parlaments zu diesem Geschäft verantworten müssen. Es wäre deshalb besser, sich vorher in die Materie zu vertiefen, als später mit Kopfweh zu versuchen, das Ruder herumzulegen.
Der Antrag lautet also auf Abtraktandierung. Für den Fall, dass dieser allgemein gehaltene Antrag keine Mehrheit findet, stellt der Votant den **Eventualantrag** auf Abtraktandierung und direkte Zuweisung an eine kantonsrätliche Spezialkommission zur Erarbeitung einer Antwort auf die beiden Anträge der Regierung bzw. die Punkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3 sowie 2 auf Seite 20 der Motion 2407.2 und 2488.2 zuhanden der Legislative. Dazu wird es finanzielle Mittel für IT-Experten brauchen, wie dies auch die ISOV-Kommission benötigte; zudem sind Anhörungen mit den Gemeinden nötig, weil gerade dieser Punkt in der Antwort der Regierung relativ

nebensächlich beantwortet wurde. Diese Lösung hätte den Vorteil, dass der Kantonsrat heute mit einfachem Mehr bereits das weitere Vorgehen festlegen würde.
Der Votant hatte im Vorfeld der heutigen Sitzung Kontakte mit verschiedenen Mitgliedern der damaligen Kommission, welche heute im Saal anwesend sind. In der Sache sind sie sich in der Beurteilung der Motionsantwort praktisch einig. Einig war sich im Übrigen damals auch die Kommission, die nach acht Sitzungen ihren sehr detaillierten Bericht abgab und ihre Motion einstimmig unterbreitete. Die Regierung versuchte im Juni 2014, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, der Kantonsrat blieb aber mit 77 zu 1 Stimme bei der Motion. Die damalige Kommission war zwar keine PUK, aber sie hat gut hinter die Kulissen geschaut und einiges über das AIO und dessen Arbeitsweise aufgezeigt. Anzufügen ist, dass der damalige Experte der Kommission, Norbert Hoffmann, freiwillig und unbezahlt eine Beurteilung der Motionsantwort vorgenommen hat. Der Votant hat diese den Fraktionschefs sowie der GLP zur Verfügung gestellt. Darin steht: «Wenn ich den Bericht des Regierungsrats ansehe, komme ich zum Schluss, dass nur ein Teil der Empfehlungen aus dem Kommissionsbericht bzw. der Motion der Kommission aufgenommen bzw. umgesetzt wurde. Der für mich zentrale Punkt bleibt die fehlende Bereitschaft des AIO, Verantwortung zu übernehmen. Hier hat sich offensichtlich keine Änderung ergeben.»
Es wäre schön, wenn der Kantonsrat heute nicht so entscheiden würde, dass die Karawane, nämlich das AIO mit seinen Projekten, einfach weiterzieht und der Kantonsrat nur die Hunde wäre, die nutzlos hinterher bellen. In diesem Sinn dankt der Votant für die Unterstützung seiner Anträge.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Die Vorlagen zu den Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung sind komplex und haben eine lange Vorgeschichte. In guter und intensiver Arbeit hat sich eine Ad-hoc-Kommission mit den gescheiterten Informatikprojekten auseinandergesetzt. Dabei ist sie zum Schluss gelangt, dass eine Vielzahl von Ursachen zum Scheitern des Projekts EKV5 geführt hat. Zudem geht aus ihrem Bericht hervor, dass für komplexe Informatikprojekte generell ungünstige Rahmenbedingungen bestehen.
Der Regierungsrat hat sich für die Beantwortung der Motion wie auch der Interpellation reichlich Zeit gelassen – bei der Interpellation ist die Frist seit Herbst verstrichen –, obschon der Kantonsrat in fast einstimmiger Manier ein rasches Handeln bei den Forderungen der Motion verlangte. Rasch kamen die Antworten nicht, und auch ihr Inhalt überzeugt bei einem ersten kurzen Studium nur sehr bedingt. Zudem kam die komplexe Vorlage mitten in der Ferienzeit, und man wollte sie heute husch-husch noch mit der bisherigen Regierungszusammensetzung ohne grosses Getöse archivieren. Will man sich in die hochkomplexen Fragen, deren Beantwortung die IT-Zukunft der Verwaltung in Kanton und Gemeinden mit den entsprechenden Kosten prägen wird, einarbeiten, ist es nach Ansicht der ALG nicht seriös, eine solch komplexe Materie unter Zeitdruck weiterzutreiben. Es soll auch nicht zwingend weiterhin in die Vergangenheit geschaut werden. Vielmehr muss man in die Zukunft schauen und entscheiden, wie es im Bereich IT weitergehen soll. Dass es weitergeht wie bisher, daran kann niemand, auch nicht der erneuerte Regierungsrat, interessiert sein. Die ALG unterstützt daher eine Abtraktandierung und kann sich auch eine weitere Auseinandersetzung mit der Materie in einer kantonsrätlichen Kommission vorstellen.

**Florian Weber** teilt mit, dass die FDP-Fraktion ebenfalls über eine Abtraktandierung diskutiert hat, aber zum Schluss gekommen ist, davon trotz der Komplexität des Geschäfts Abstand zu nehmen. Man könnte sonst nämlich bei jedem etwas

komplexeren Geschäft die Abtraktandierung verlangen. Die FDP ist mit dem Bericht und Antrag des Regierungsrats auch nicht zufrieden, sieht aber andere Wege, dazu Stellung zu nehmen. Auch die Überweisung an eine Kommission ist für die FDP kein gangbarer Weg. Die Forderungen der Motion sind klar, und die Antwort – aus Sicht der FDP nicht akzeptierbar – liegt auf dem Tisch. Der Nutzen, den die Überweisung an eine Kommission bringen würde, ist gering.

**Alois Gössi** teilt mit, dass die SP-Fraktion gegen eine Abtraktandierung des Geschäfts ist, obwohl sie sich an der Fraktionssitzung noch dafür ausgesprochen hat. Die Rückweisung an den Regierungsrat zur Überarbeitung der Vorlage oder mindestens von Teilen davon stand bei der SP nicht zur Diskussion, sie bevorzugt nun aber dieses Vorgehen. Eine Abtraktandierung führt nur zu einer Verzögerung der Beratung dieses Geschäftes, auch wenn die Beratung der Motionsantwort einer Ad-hoc Kommission zugewiesen würde, und bringt sonst nichts. Die Erkenntnisse dieser Ad-hoc Kommission wären wahrscheinlich die gleichen, wie sie der damalige IT-Experte bereits lieferte: Viele der Empfehlungen oder der Motionsbegehren der vorberatenden Kommission wurden nicht oder nur teilweise umgesetzt, obwohl dies im Bericht des Regierungsrats beschönigend oder verschleiernd umschrieben wird. Der Votant dankt Philip C. Brunner für seine Bemühungen, dass der damalige IT-Experte der vorberatenden Kommission in seiner Freizeit den Bericht des Regierungsrats beurteilte. Zusammenfassend kann das nach Ansicht der SP-Fraktion nur heissen: Rückweisung an den Regierungsrat zur Überarbeitung. Aber dies steht erst zur Diskussion, wenn das Geschäft nicht abtraktandiert wird.

**Andreas Hausheer** hält fest, dass die CVP-Fraktion einstimmig gegen die Abtraktandierung ist. Sie ist dagegen, Geschäfte abzutraktandieren, weil für gewisse Parlamentsmitglieder angeblich zu wenig Zeit zur Verfügung stand – obwohl die entsprechenden Fristen bei der Revision der Geschäftsordnung verlängert wurden. Es ist auch unklar, wo die Grenze zwischen komplexen und nicht-komplexen Geschäften liegen soll. Offenbar unterstützt die Regierung den Antrag auf Abtraktandierung, dies mit der Begründung, es stehe dann mehr Zeit für die Vorbereitung der Debatte zur Verfügung. Wie will die Regierung künftig gegen Abtraktandierungen argumentieren, wenn sie hier dazu Hand bieten will?
Die CVP-Fraktion ist auch gegen die Einsetzung einer Ad-hoc-Kommission. Über eine allfällige Rückweisung wurde nicht diskutiert.

**Florian Weber** stellt klar, dass die FDP-Fraktion die Rückweisung an die Regierung unterstützt. Sie ist aber gegen die Überweisung an eine Ad-hoc-Kommission.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** bestätigt, dass der Regierungsrat keinen Antrag gegen die Abtraktandierung stellen wird. Die Verfahrenshoheit liegt beim Kantonsrat, und der Regierungsrat wird gegen eine Abtraktandierung nicht opponieren. Er möchte aber auch verhindern, dass wegen der Debatte über dieses Geschäft die Verabschiedung des Finanzdirektors auf den Nachmittag oder gar auf später verschoben werden muss.
Aufgrund der bisherigen Voten könnte man fast glauben, der Regierungsrat habe die Behandlung der Motion bewusst hinausgezögert oder deren Anliegen nicht ernst genommen. Das ist überhaupt nicht der Fall. Der Regierungsrat hat sich zwei Jahre lang intensiv und mit enormem Aufwand mit dem Motionsanliegen befasst. Die nun vorliegende Haltung ist nicht die Haltung des AIO oder der Finanzdirektion. Zwar lag der *Lead* beim Sekretariat der Finanzdirektion, aber der Regierungsrat war intensiv miteinbezogen: Das Geschäft war – wie von Philip C. Brunner bereits

gehört – mindestens drei Mal im Regierungsrat, zudem es gab zwei Workshops mit allen Generalsekretären und Informatikkoordinatoren der Direktionen. Es lag auch der Informatikkonferenz mit den Gemeinden vor, und es gab Stellungnahmen der Gemeindepräsidentenkonferenz. Es wurde also sehr breit abgestützt, und das vorliegende Resultat gibt die Haltung all der genannten Gremien wieder. Dem Vorwurf, man hätte die Empfehlungen und die Überprüfungsaufträge nicht ernst genommen, muss entgegengehalten werden, dass jeder einzelne Punkt abgehandelt wurde. Bei sieben oder acht von den zehn Empfehlungen wurde bereits mit der Umsetzung begonnen, und bei drei weiteren beantragt der Regierungsrat die Teilerheblicherklärung. Der Finanzdirektor versteht wirklich nicht, wie man vor diesem Hintergrund behaupten kann, die Anliegen seien nicht ernst genommen und nicht geprüft worden. Eine stärkere Zentralisierung der IT-Verantwortung wurde also sehr wohl geprüft, und es ist keineswegs das AIO, das eine Zentralisierung ablehnt. Es ist vielmehr eine Frage der Verantwortlichkeiten und der Zuständigkeiten. Soll ein Amt selber definieren können, was eine *Software* können muss, oder sagt eine zentrale Stelle, was beschafft wird und zu betreiben ist? Es ist wie bei der Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs: Ist es die Gemeindeversammlung oder die Feuerwehr, welche die Anforderungen an dieses Fahrzeug definieren soll? Richtig ist doch, dass die Stelle, welche ein Produkt braucht, die Anforderungen definiert und dafür die Verantwortung trägt.
Der Auftrag, die Informatikorganisation grundsätzlich zu überprüfen, wurde den Gemeinden ebenfalls vorgelegt. Der Regierungsrat wollte 180'000 Franken für einen externen Experten einsetzen, was von den Gemeinden aber abgelehnt wurde. Diese wollten zuerst ihre eigene Struktur bereinigen, was mit der Gründung der Interessengemeinschaft Gemeindeinformatik Zug (IGI) und der Anstellung eines Geschäftsführers an die Hand genommen wurde. Die Gemeinden wollen aufgrund ihrer Erfahrungen dann prüfen, wie die weitere Zusammenarbeit auch mit dem Kanton definiert werden soll.
Das alles zeigt, dass die Regierung nicht einfach auf Zeit spielte, sondern die Zeit nutzte. Sie widersetzt sich – wie gesagt – einer Abtraktandierung nicht, möchte aber keine blosse Rückweisung ohne materielle Diskussion. Der Regierungsrat muss ja wissen, was zu ändern ist – nicht aufgrund von einzelnen Meinungsäusserungen, sondern aufgrund von Mehrheitsbeschlüssen des Kantonsrats. Er muss also klare Aufträge erhalten, was geändert werden soll.

➔ Der Rat lehnt die Abtraktandierung des Traktandums 6 mit 47 zu 26 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag auf Abtraktandierung des Traktandums 6 und Überweisung des Geschäfts an eine kantonsrätliche Ad-hoc-Kommission mit 46 zu 25 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine weiteren Änderungsanträge zur Traktandenliste vorliegen und die vorliegende Traktandenliste damit genehmigt ist.

TRAKTANDUM 2

**361 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. Januar 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 28. Januar 2016 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen**

Das Traktandum wird in der Nachmittagssitzung beraten.

TRAKTANDUM 5

**362** **Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen: 2. Lesung**
Vorlage: 2554.4 - 15086 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 61 zu 11 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6
**Parlamentarische Vorstösse zu Informatik-Themen:**

**363** Traktandum 6.1: **Motion der Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung**
Vorlagen: 2407.1 - 14707 (Motionstext); 2407.2 - 15084 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**364** Traktandum 6.2: **Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle**
Vorlagen: 2488.1 - 14896 (Interpellationstext); 2488.2 - 15084 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat bezüglich der vorliegenden Motion beantragt:
- die Empfehlungen 1, 2, 3, 4, 5, 8 und 10 erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
- die Empfehlungen 6, 7, und 9 teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
- die beantragte Neubeurteilung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Bezüglich der Interpellation beantragt der Regierungsrat Kenntnisnahme.

**Florian Weber** spricht als Vertreter der FDP-Fraktion und erinnert daran, dass am 12. Juni 2014 die Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle eine Motion einreichte, welche auf wesentliche Probleme in der Handhabung von IT-Projekten hinweist. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats werden insgesamt fünfzehn Massnahmen vorgeschlagen, mit welchen aus Sicht der Regierung komplexe Informatikprojekte erfolgreich abgeschlossen werden sollten. Der Regierungsrat möchte diese Massnahmen im Rahmen der Überarbeitung der Informatikstrategie und Informatikverordnung umsetzen. Aus Sicht der FDP wurde jedoch nur ein Teil aus der Motion der Kommission im Bericht und Antrag der Regierung beachtet, und das Wesentliche wurde nicht umgesetzt.
Die Voraussetzung für ein gutes Funktionieren von Behörden, Firmen oder Vereinen ist die Organisation. Um diese und deren Funktionalität zu gewährleisten, müssen Verantwortung und Kompetenzen geregelt werden. Die Motion forderte von der Regierung, die Aufteilung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung zwischen dem AIO und den Direktionen einerseits und den Ämtern andererseits zu überprüfen und anzupassen. Wie im Bericht der Kommission vermerkt ist, sind es in diesem Zusammenhang folgende Ursachen, welche zum Scheitern des Projekts führten:
- Die Komplexität des Projekts wurde von den Verantwortungsträgern unterschätzt.
- In der DI verfügte man nicht über hinreichende IT-Kenntnisse und Projektleitungserfahrung, um ein Projekt dieser Komplexität führen zu können.
- Der Projektausschuss nahm bis im November 2012 die strategische Führung des Projekts nicht genügend war.
- Die lange nicht gelösten Performanceprobleme auf der zentralen Hostplattform verhinderten umfassende Tests der Funktionalität der neuen Lösung.
- Das AIO brachte sein *Know-how* zu wenig ein und nahm somit seine Verantwortung als Teil des Projektteams sowie als Betreiber der Lösung ISOV EKV5 nicht wahr.

In verschiedenen Punkten wurde darauf hingewiesen, dass das AIO mehr Verantwortung in der Durchführung von Projekten mit IT-Teil übernehmen muss. Die Verantwortlichen in den Direktionen waren mit der Aufgabe schlicht überfordert. Die Regierung führt zwar auf, dass das AIO als Massnahme Mustervorlagen erstellen und Schulungen mit den verantwortlichen Personen in den Ämtern durchführen soll; wenn das AIO möchte, kann es den Ämtern auch Unterstützungsleistungen anbieten. Auf lange Sicht kann dies jedoch keine ernst zu nehmende Lösung sein und führt in weiteren IT-Projekten unweigerlich wieder zum Scheitern. Es kann und darf nicht sein, dass in allen Ämtern und Gemeinden – wenn diese sich wieder bereit erklären, mit dem Kanton zusammenzuarbeiten – Spezialisten ausgebildet und beschäftigt werden, um grosse IT-Projekte zu stemmen. Projektcontrolling-Berichte des AIO werden kaum ausreichen, um ein grösseres Projekt zu unterstützen; dies wurde auch im Bericht der Kommission aufgeführt. Aus Sicht der FDP hat hier das AIO ganz klar die Verantwortung für die Umsetzung zu übernehmen – oder aber man schafft einen *Pool* mit Spezialisten, die diese Aufgabe übernehmen, und überdenkt die Rolle des AIO im Allgemeinen.
Die gleiche Problematik besteht auch bei den Massnahmen zur Empfehlung 2. Es besteht keine Mitwirkungspflicht durch das AIO, und die IT-Organisation kann so nicht bestehen bleiben. Was die Architektur angeht (Empfehlung 3), sei erwähnt, dass die Kommission zum Schluss gekommen ist, dass es keine IT-Architektur für die amtsübergreifenden Fachanwendungen gibt und somit eine «geeignete» Strategie für die Ablösung der ISOV-Anwendungen unmöglich ist. Die Kommission hat hier klar die Erwartung formuliert, dass das AIO Verantwortung für die Architektur übernehmen soll. Auch wenn der Bund Vorgaben macht, wie es in Bericht und An-

trag geschildert ist, so ist dies kein Hindernis für die Umsetzung der Forderung. Dies sollte eine Kernaufgabe des AIO sein. Wer sonst sollte diese anwendungsübergreifende Aufgabe übernehmen? Die Forderungen der Kommission werden hier schlicht nicht erfüllt, und die Empfehlung 4 konnte dadurch auch nicht umgesetzt werden.
Die Massnahme 12, welche mit der Empfehlung 5 verknüpft ist, ist zu begrüssen. Allerdings muss zuerst die IT-Organisation des Kantons angepasst werden, bevor die Rollen im Detail definiert werden. Auch bei der Empfehlung 6 möchte die Regierung dem AIO keine Verantwortung übertragen. Dies ist entgegen der Aussage in Bericht und Antrag trotz «Hermes» möglich.
Die Empfehlung 7 und 8 werden aus der Sicht der FDP richtig erkannt und – wenn so, wie in Bericht und Antrag formuliert – richtig umgesetzt. Bei der Empfehlung 10 spürt man jedoch bereits wieder die Enthaltsamkeit des AIO. Um auch hier auf die Organisation hinzuweisen: Im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle gab es die Situation, dass Berater und Verkäufer für IT-Hardware dieselbe Firma waren.
Noch einige Worte zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden und zur Empfehlung 10. Die Kommission forderte eine Neubeurteilung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Die Idee dahinter war nicht, dass das AIO grundsätzlich die Informatik der Gemeinden stellt. Die Gemeinden sollten aber die Möglichkeit haben, beim Kanton Dienstleistungen einzukaufen und eine zentrale Anlaufstelle für IT-Fragen zu finden. Ob dies analog zur Lösung Obwalden/Nidwalden geschehen soll, sei dahingestellt. Mit Erschrecken musste man dann feststellen, dass sich die Gemeinden zusammentaten und die Interessengemeinschaft Informatik initialisierten. Der Votant möchte hier die Frage stellen: Warum bauen die Gemeinden eine eigene Informatikorganisation auf, wenn die Hauptrechner für die Daten in Zug stehen und es bereits ein Amt für Informatik und Organisation (AIO) gibt?
Fazit: Die Regierung hat den Auftrag nicht im Sinne der Motion wahrgenommen. Die Massnahmen genügen den Forderungen nicht. Um künftig kosteneffizient und erfolgreich arbeiten zu können, muss die Regierung die IT-Organisation des Kantons anpassen. Sollte der Kantonsrat den Anträgen der Regierung Folge leisten, wird das schlussendlich mehr Geld kosten als eine richtige Umsetzung der Massnahmen. Die FDP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. Damit kann die Regierung die Empfehlungen erwartungsgemäss umsetzen und dem Kantonsrat in einem Jahr erneut Bericht und Antrag zu dieser Motion vorlegen. Für den Fall, dass die Zweidrittelmehrheit für den Rückweisungsantrag nicht erreicht werden sollte, stellt die FDP den **Antrag,** sämtliche Empfehlungen erheblich zu erklären, diese jedoch nicht abzuschreiben.
Zur Interpellation: Der geneigte Leser hat bereits bemerkt, dass die Interpellation zu spät beantwortet wurde. Es ist zwar verständlich, dass eine gewisse Dringlichkeit bezüglich Softwareablösung besteht. Es ist jedoch fraglich, ob mit einer IT-Organisation, wie sie der Kanton Zug hat, überhaupt Informatikprojekte durchgeführt werden sollten. Man hat es sich vielleicht auch etwas einfach gemacht: Man konnte einfach weitermachen wie bis anhin und musste nur auf die Beantwortung der Motion verweisen, ohne sich zuvor mit allfällig mühsamen Fragen auseinandersetzen zu müssen.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Als Vertreter der Motionärin kann niemand mehr sprechen, da die Arbeit der motionierenden Kommission ja abgeschlossen ist. Die Interpellanten werden ihre Ansichten aber in ihre Antworten als Fraktionssprechende einfliessen lassen.
Die Empfehlungen der Ad-hoc Kommission zeigten in glasklaren Punkten auf, dass das AIO mehr Verantwortung in der Gestaltung der IT-Architektur und bei der

Durchführung von IT-Projekten übernehmen müsste. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen gehen daher nur sehr bedingt in die richtige Richtung und sind klar ungenügend. Es stellt sich die Frage, welchen Mehrwert das AIO mit dem neu vom Regierungsrat spezifizierten Leistungsspektrum für den Kanton darstellt. Denn die aufgezeigten Leistungen des AIO könnte man genauso gut auch bei einer externen Beratungsfirma bei Bedarf einkaufen. Das AIO übernimmt leider nach wie vor nicht mehr Verantwortung als ein externer Berater.
Die Regierung hat aus Sicht der ALG ihre Aufgaben nicht gemacht. Darum empfiehlt die ALG: Rückweisung und zurück an den Absender. Begründung: In allen Antworten zu den Empfehlungen der Kommission lehnt der Regierungsrat eine aktivere Rolle des AIO in Projekten ab. Das AIO erstellt stattdessen Mustervorlagen und führt Schulungen zum Thema «Hermes» für Projektleiter aus den Direktionen durch. Daneben beurteilt es bei komplexen Informatikprojekten die Eignung der Projektleiter aus den Direktionen. In allen Aspekten übernimmt das AIO also auch in Zukunft nicht mehr Verantwortung.
Zu den einzelnen Empfehlungen, welchen sich der Regierungsrat nochmals annehmen sollte:
• Zu Empfehlung 1: Eine Anpassung der Aufgabenverteilung zwischen AIO und Direktionen und Ämtern wurde leider nicht vorgenommen. Nach der Projektmethodik «Hermes» muss der Projektleiter vom Anwender gestellt werden; das ist unbestritten. Eine Direktion kann als Auftraggeber die Gesamtverantwortung für ein Projekt wahrnehmen, jedoch – das ist der springende Punkt – können, ja müssen die Teilprojektleiter aus allen drei Projektbereichen, nämlich Anwender-, Ersteller- oder Betreiberseite, stammen. Nach «Hermes» kann es also einen Teilprojektleiter IT geben, der durch das AIO als Betreiber gestellt wird und der die Verantwortung für das gesamte IT-Teilprojekt übernimmt. Ein vierteljährliches Projektcontrolling für das IT-Teilprojekt reicht ganz sicher nicht aus.
• Zu Empfehlung 2: Die Antwort zeigt, dass die Mitwirkungspflicht durch das AIO nicht wahrgenommen wird. Das AIO bleibt in der unverbindlichen Beobachterrolle. Auch hier muss nachjustiert werden.
• Zu Empfehlung 3: Bei einer gesamthaften IT-Architektur muss es auch eine gesamthafte Führung geben. Gemeinsam mit den Direktionen, Ämtern und Gemeinden soll also eine gemeinsame Architektur entwickelt werden. Auf diese kann man sich künftig abstützen, und es sind klare Rahmenbedingungen für weitere Projekte und Anschaffungen gegeben. Interessanterweise lehnt der Regierungsrat wohl auf Wunsch des AIO diese wichtige Gestaltungsaufgabe ab und sieht die Rolle des AIO eher in der Nachdokumentation der durch von aussen getriebene Einwirkungen zufällig entstandenen IT-Landschaft. Auch hier besteht Handlungsbedarf.
• Zu Empfehlung 4: Da Kommissionsempfehlung 3 nicht umgesetzt wurde, konnte natürlich auch die Empfehlung 4 nicht umgesetzt werden. Der Zeitdruck ist wohl nur ein Teil der Begründung, warum die Regierung hier nicht vorwärts gemacht hat.
• Zu Empfehlung 5: In «Hermes» sind die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Rollen im Rahmen eines Projekts definiert. Die Zuordnung dieser Rollen zu konkreten Stellen im Kanton Zug fehlt bislang aber.
• Zu Empfehlung 6: Wie bereits ausgeführt, kann das AIO auch nach «Hermes» in Projekten mit Informatikanteil einen Teilprojektleiter IT stellen, welcher für den gesamten IT-Teil des Projekts die Verantwortung übernimmt.
• Zu Empfehlung 7, 8 und 9: Einzig hier hat der Regierungsrat gehandelt und die Empfehlungen der Kommission mehrheitlich umgesetzt.
• Zu Empfehlung 10: Es fällt auf, dass bei der Durchführung einer IT-Submission weder das AIO noch die kantonale Submissionskompetenzzentrum Unterstützung leisten können. Warum man die Verantwortung in jede einzelne Direktion abschie-

ben will, ist unverständlich, denn so müsste jede Direktion jeweils von weit unten mit dem Kompetenzaufbau beginnen und garantiert mehr teure externe Beratung einkaufen, als dies bei einer zentralen IT-Kompetenzstelle der Fall wäre.
Die ALG verbindet mit der Rückweisung diese eben vorgetragenen, konkreten Aufträge an die Regierung. Sie fordert den Regierungsrat auf, diese ernst zu nehmen und anzugehen. Sie erwartet spätestens in einem Jahr vom Regierungsrat konkrete Fortschritte mit einem neuen Bericht und Antrag.

**Anna Bieri** teilt mit, dass die CVP-Fraktion in ihrer Fraktionssitzung nicht über eine allfällige Rückweisung diskutiert hat. Die Votantin kann sich als Fraktionssprecherin also nicht dazu äussern. Ihr Votum als Beitrag zur materiellen Diskussion will sie im Moment aus Effizienzgründen noch nicht halten, im Fall einer Nicht-Rückweisung meldet sie wird sich aber noch zu Wort.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion und hält fest, dass eigentlich bereits alles gesagt ist, wobei sich Andreas Hürlimann in der Struktur seines Votums an die Empfehlungen des damaligen IT-Experten der Kommission, Norbert Hoffmann, gehalten hat. Ein wesentlicher Punkt ist, dass das AIO mehr Verantwortung übernehmen muss. Das ist auch klar die Meinung der SVP-Fraktion.
Da die Abtraktandierung des Geschäfts abgelehnt wurde, wird sich die SVP den von der FDP gestellten Anträgen anschliessen. Auch die SVP ist der Ansicht, dass hier nochmals über die Bücher gegangen werden muss. Es gibt nämlich – anders als von Finanzdirektor Peter Hegglin ausgeführt – Alternativen. Der Kantonsrat war seinerzeit unter Druck: Es wurden im Prinzip 2,8 Millionen Franken ausgegeben, ohne dafür ein Resultat zu erhalten. Der Kantonsrat war damals aber sehr kompakt in seinen Aufträgen.
Die Antwort auf die Interpellation nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis. Im Übrigen hält sich der Votant an das Votum von Anna Bieri: Man wird weiterdiskutieren müssen, wenn keine Rückweisung erfolgen sollte.

**Daniel Marti:** Das Scheitern des IT-Projekts ISOV-Einwohnerkontrolle hat – wie allen bekannt ist – hohe Wellen geworfen und wurde auch in der Fachpresse unter dem Namen «Zuger IT-Flop» über mehrere Jahre breitgetreten. Es hat mit der Gründung der «Interessengemeinschaft Gemeindeinformatik Zug» zu einem Alleingang der Gemeinden geführt. Damit hat man nun im Kanton Zug die unbefriedigende Situation, dass Kanton und Gemeinden zweigleisig fahren und unnötigerweise zusätzliche Kosten entstehen. Dies darf und kann man angesichts der angespannten Finanzlage des Kantons nicht so belassen.
Im Bericht der Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle wurden im April 2014 die Gründe, die zum Scheitern des Projekts führten, aufgezeigt, und die Regierung wurde in einer Motion aufgefordert, zehn Empfehlungen umzusetzen. Die im nun vorliegenden Bericht und Antrag der Regierung aufgezeigten fünfzehn Massnahmen reichen aber nicht aus, um die Forderungen aus dem Kommissionsbericht zu erfüllen. Insbesondere fällt auf, dass die nötige Verantwortung und Mitwirkungspflicht des Amtes für Informatik und Organisation (AIO) nicht genügend umgesetzt wird. Mit den immer komplexeren Anforderungen im IT-Bereich und der fortwährenden Digitalisierung von Dienstleistungen ist es aber besonders wichtig, dass nun die nötigen Strukturen geschaffen und Verantwortlichkeiten klar geregelt werden, um zukünftige IT-Grossprojekte meistern zu können.
Zusätzlich wird bei den Empfehlungen der Ad-hoc-Kommission der aktive Einbezug der Gemeinden gefordert, bevor weitere Projekte zur Ablösung bestehender ISOV-

Anwendungen gestartet werden. Explizit wird eine Neubeurteilung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden durch einen externen Experten verlangt, so dass Synergien genutzt und Kosten gespart werden können. Aus der Antwort des Regierungsrats geht jedoch hervor, dass diese Forderungen nicht erfüllt werden. In Anbetracht der Finanzlage des Kantons ist es aber wichtig, vorhandene Sparpotenziale zu nutzen. Deshalb müssen Kanton und Gemeinden zusammenspannen und darauf verzichten, eigene IT-Lösungen zu entwickeln.
Die Anliegen der Motion werden mit dem Bericht und Antrag des Regierungsrats nicht überzeugend aufgenommen. Deshalb unterstützen die Grünliberalen den Antrag auf Rückweisung.

**Alois Gössi** als Sprecher der SP-Fraktion: Rund eindreiviertel Jahre brauchte der Regierungsrat, um diese Motion zu beantworten. Das ist wahrlich eine lange Zeit, länger als es gemäss Geschäftsordnung des Kantonsrat zugelassen ist. Wenn die Antwort nun wenigstens befriedigen würde! Aber dies tut sie nicht. Die Kommission, welche das damalige IT-Debakel untersuchte, machte in Form eines Motionsbegehrens zehn Empfehlungen, damit sich ein solches Debakel nicht wiederholt. Der Regierungsrat will nun sieben dieser Empfehlungen erheblich und drei weitere teilerheblich erklären – und danach alle als erledigt abschreiben. Mit den Erheblich- resp. Teilerheblicherklärungen ist die SP-Fraktion einverstanden, aber sie wehrt sich gegen die Abschreibung. Der Regierungsrat hat in schönen Worten be- und umschrieben, was er alles zur Umsetzung dieser Empfehlungen getan hat. Aber effektiv umsetzen will er die wenigsten der klar definierten Empfehlungen. Das AIO soll weiterhin eine eher passive Rolle einnehmen und nicht strenger in die Pflicht genommen werden. Materiell haben sich Florian Weber und Andreas Hürlimann dazu bereits geäussert.
Die SP-Fraktion empfiehlt die Rückweisung dieses Geschäfts an den Regierungsrat, mit dem Auftrag, die Empfehlungen 1 bis 6 so zu überarbeiten, dass sie in der Form umgesetzt werden, wie dies die Motionäre wünschen. Falls dieses Begehren das nötige Quorum nicht erreichen sollte, stimmt die SP den Erheblicherklärungen und Teilerheblicherklärungen gemäss den Anträgen des Regierungsrats zu, ist jedoch gegen die beantragte Abschreibung.

**Heini Schmid** unterstützt die Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat, mit der Pflicht, dem AIO in diesen Prozessen einen tragende und entscheidende Rolle zuzuweisen. Es geht um typisches Problem des schweizerischen Staatswesens mit seinem departementalen System. Bei sogenannten Querschnittsaufgaben, etwa Informatikprojekten komplexerer Natur oder Hochbauprojekten, stellt sich immer dieselbe Frage: Inwiefern sollen komplexe Verfahren von den Spezialisten in der Zentrale gesteuert und damit letztlich auch die Bedürfnisse der Anwender limitiert werden? Im Hochbau hat sich durchgesetzt, dass das Hochbauamt die Bedürfnisse der Direktionen aufnimmt, das Projekt umsetzt – und am Schluss der Baudirektor geradestehen muss, wenn das Projekt aus dem Ruder läuft. So sollte es auch bei komplexen Informatikprojekten sein. Es kann ja nicht sein, dass entsprechende Spezialisten bei den einzelnen Direktionen untergebracht werden, in der Hoffnung, dass sie irgendwann etwas zu tun haben – und wenn dann tatsächlich mal ein Projekt anfällt, sind sie überfordert! So geht es nicht. Ein anderer Grund, warum der Votant dezidiert der Meinung ist, dass es hier eine Zentralisierung braucht, liegt darin, dass die Verantwortung tatsächlich dem AIO übertragen werden soll. Das AIO soll also entscheiden können, wie dieses oder jenes Bedürfnis befriedigt werden soll. Jeder kennt das von sich selbst: Man möchte bei seinen IT-Anwendungen möglichst viele Funktionen haben, und je mehr Funktionen eingebaut werden, desto

komplexer wird die Sache – und die Gefahr steigt, dass die Kosten aus dem Ruder laufen. Das ist so, wie wenn die Besteller bei einem Schulhausbau immer noch mehr Zimmer wollen und die Kosten immer mehr steigen, weil die Zentrale keine Weisungsbefugnis hat. Dieses grundsätzliche Problem sollte insbesondere in Hinblick auf die Reorganisation der kantonalen Verwaltung klar an die Regierung zurückgewiesen werden, mit dem Hinweis, dass es für Querschnittsaufgaben eine verstärkte Zentralisierung braucht. Das gilt für das Personalwesen, den Hochbau, die IT, aber auch für die Gesetzgebung. Alles, was nicht Teil des laufenden Betriebs ist, müsste wie in der Privatwirtschaft matrixartig gelöst werden. Heute gilt – wie gesagt – beim Kanton das departementale System, und jedes Regierungsmitglied und jedes Amt hat das Gefühl, je mehr es in eigener Kompetenz beschliessen könne, desto besser sei es. Die ist ein Grundproblem der an sich guten Organisation der kantonalen Verwaltung. In ausländischen Staaten ist das Zentrum stärker. Da kann beispielsweise der Bundeskanzler bestimmen, dass nicht jedes Ministerium alles selber machen kann. In der Schweiz, wo es keine Präsidenten mit Weisungskompetenzen gibt, ist die Gefahr gross, dass alles in den Departementen entschieden wird. Hier muss der Kantonsrat ein deutliches Zeichen setzen und die Regierung – auch wenn die Organisation in deren Kompetenz liegt – dazu auffordern, effizienter zu arbeiten und Querschnittsaufgaben gemeinsam und zentral zu lösen – auch wenn das für die einzelnen Direktionen zu einem Machtverlust führt.

**Silvia Thalmann** hält fest, dass hier über ein Thema im operativen Bereich diskutiert wird – und sie muss ihrem Fraktionskollegen Heini Schmid in dem Sinn widersprechen, dass sie der Überzeugung ist, dass die Verantwortung für die Definition der Arbeitsprozesse bei den Linienverantwortlichen, bei den Direktionen und zuständigen Sachverantwortlichen liegen muss. Die Informatikprojekte, welche die Votantin miterlebte und bei den die Linienverantwortlichen die Verantwortung für die Arbeitsprozesse an die Informatiker delegierten, endeten immer mit einem Desaster. Sie findet deshalb den vom Regierungsrat eingeschlagenen Weg richtig, dass die Verantwortlichen in den Direktionen, Ämtern und Abteilungen die Prozesse definieren müssen. Und dann muss man schauen, mit welchen Mitteln man diese Prozesse sinnvoll und effizient umsetzen kann. Und genau an diesem Punkt kommt die Informatik ins Spiel.

**Andreas Hausheer** möchte wissen, wie das anschliessende Abstimmungsprozedere sein wird. § 58 Abs. 3 GO KR sagt: «Der Kantonsrat verbindet mit der Rückweisung einen konkreten Überprüfungsauftrag und eine Frist zur erneuten Einreichung des Geschäfts.» Das bedeutet nach Meinung des Votanten, dass die konkreten Abklärungsaufträge bekannt sein müssen, bevor der Rat über die Rückweisung abstimmt. Es kann also nicht zuerst über die Rückweisung und erst nachher über den damit verbundenen Auftrag abgestimmt werden.

Der **Vorsitzende** geht davon aus, dass nach einer allfälligen Rückweisung die konkreten Aufträge mit den Votanten besprochen werden.

**Andreas Hausheer** stellt in diesem Fall einen **Antrag** zum Verfahren: Die Abklärungsaufträge sollen vor der Abstimmung über die Rückweisung klar definiert werden. Jedes Ratsmitglied soll also beurteilen können, ob es mit diesen Aufträgen einverstanden ist, bevor es über die Rückweisung entscheidet. Es soll also nicht zuerst der Grundsatzentscheid gefällt werden – und danach geht das Jekami bezüglich der Abklärungsaufträge los.

Landschreiber **Tobias Moser** geht davon aus, dass der Umfang oder das Portefeuille der Abklärungsaufträge in den bisher gehaltenen Voten enthalten ist. Wenn das nicht zutreffen sollte, bittet er darum, die Abklärungsaufträge schriftlich abzugeben, damit sie kopiert und allen Ratsmitgliedern vor der Abstimmung über die Rückweisung abgegeben werden können.

Für **Andreas Hausheer** ist dieses Vorgehen sehr pragmatisch, er findet es aber etwas heikel, aus dem Votum beispielsweise eines Fraktionssprechers einfach zu schliessen, dass der Rat damit einverstanden ist.

Für **Heini Schmid** ist der Auftrag, der mit der Rückweisung verbunden ist, sonnenklar: Alle Fraktionssprecher, die für eine Rückweisung plädierten, haben klar gesagt, dass dem AIO eine zentralere Rolle zukommen müsse. Alle wünschten eine grössere Verantwortung mit Weisungsbefugnis für das AIO in Zusammenhang mit Informatikprojekten. Das entspricht auch den Empfehlungen der damaligen vorberatenden Kommission. Jeder weiss also, dass der Finanzdirektion bzw. dem AIO bei der Abwicklung von Informatikprojekten auf kantonaler eine tragende, bestimmende Rolle zugewiesen werden soll. Ein Detail ist dann, wie die Projektorganisation in Zusammenarbeit mit den Direktionen gestaltet werden soll. Es braucht nach Ansicht des Votanten also keinen schriftlich formulierten Abklärungsauftrag.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt **Andreas Hausheer,** dass für ihn damit geklärt sei, welchen Auftrag die Regierung mit der Rückweisung erhält.

**Thomas Lötscher** erinnerte sich beim Lesen der Vorlage und auch in der heutigen Debatte an den alten Spruch «Wer glaubt, dass ein Projektleiter Projekte leitet, glaubt auch, dass ein Zitronenfalter Zitronen faltet.» Er glaubt, dass der Rat langsam zum Kern des Problems kommt. Bisher wurde die Abkürzung AIO noch nie ausgedeutscht: AIO heisst Amt für Informatik und Organisation. Es geht also nicht nur um die Informatik und um einige entsprechende Inputs, sondern auch um Organisation. Und Organisation heisst Führung und Projektleitung. Heini Schmid hat es auf den Punkt gebracht, auch wenn der Eindruck entstehen konnte, es gehe – was Heini Schmid aber nicht gemeint hat –um eine Zentralisierung der gesamten Verwaltung: Es geht um eine stärkere Koordination. Die heutige Organisation ist wie sieben parallele Röhren, die nirgends zusammenkommen. Das hat der Rat schon verschiedentlich festgestellt, etwa für den Personalbereich, und es ist hier ein zentraler Punkt.
Bei Informatikprojekten liegt die Krux in der Spezifikation. Finanzdirektor Peter Hegglin hat das Thema grundsätzlich richtig angesprochen, nach Meinung des Votanten aber den falschen Schluss gezogen. Um nochmals das Beispiel Feuerwehr aufzugreifen: Da ist es nicht so, dass der Kommandant mit dem Anbieter zusammensitzt, ein Bier trinkt und mal schaut, was er brauchen könnte – und das dann vor die Gemeindeversammlung bringt, welche es einfach durchwinkt. Vielmehr gibt es dort klare Prozesse, wobei Spezifikation ein wichtiger Aspekt ist. Der Votant hat selber verschiedene Projekte abgewickelt und die Erfahrung gemacht, dass es bei IT-Projekten oft sehr schwierig ist, die Spezifikationen von Seiten der Anwender so zu formulieren, dass die IT sie exakt umsetzen kann. Diese Prozesse müssen geführt werden. Und hier ist der Votant nicht derselben Meinung wie Silvia Thalmann, nämlich dass die Anwender die Spezifikationen einfach so hinlegen müssen. Natürlich müssen sie definieren, was sie brauchen. Aber das Problem entsteht an der Schnittstelle – und hier braucht es Projektleiter, welche Profis in der Methodik sind. Genau hier liegt nach Ansicht des Votanten das Problem: dass diese Profis fehlen

oder dass sie diese Aufgabe nicht wahrnehmen. Es geht nicht darum, ob das AIO gut arbeitet oder nicht. Möglicherweise hat es gar nicht den Auftrag, den es eigentlich braucht. Hier liegt der Kern des Problems. Es ist auch der Kern der Motion – und dieser Kern wurde in der Antwort des Regierungsrats nicht umgesetzt. Dieses Thema muss ein zentraler Punkt sein, und es muss – wenn die Vorlage zurückgewiesen wird – entsprechend bearbeitet werden. Vielleicht braucht es eine neue Organisation des AIO und ein neues Pflichtenheft – was nicht heisst, dass es auch neue Leute braucht. Der Votant nimmt an, dass man die entsprechende Methodik beispielsweise im Hoch- und Tiefbauamt besser im Griff hat, hat man dort doch schon einige Projekte erfolgreich abgeschlossen. Man könnte sich vielleicht kurzschliessen und vom dort vorhandenen *Know-how* profitieren.

**Kurt Balmer** ist ausdrücklich gegen eine Rückweisung. Der vorliegende, zwanzigseitige Bericht und Antrag des Regierungsrats ist – mit einem Wort gesagt – ein Papiertiger. Er führt aber dazu, dass dieses Thema heute abgeschlossen wird. Eine Rückweisung, verbunden mit weiteren Aufträgen, führt zu einem noch grösseren Papiertiger und – so ist zu befürchten – zu einer *never ending story;* wer dann welche Konklusionen daraus zieht, wird ein noch schwierigeres Thema sein. Der Votant ruft deshalb dazu auf, dieses Kapitel heute zu beenden, die Motion erheblich zu erklären und die Geschichte abzuschliessen. Entscheidend ist nämlich, welche Personen an welchem Ort wie eingesetzt werden.
Für den Fall, dass der Rat mit einer Zweidrittelmehrheit die Rückweisung beschliesst, hat der Votant noch einen konkreten Auftrag. Er hat schon mehrere Vorstösse in dieser Sache eingereicht und möchte die damaligen Aufträge wiederholen: Er möchte ergänzend zu den heute genannten Themen auch noch wissen, welche konkreten Mitarbeiter der DI resp. allenfalls des AIO welche unvorteilhaften Verträge abgeschlossen haben und weshalb gemäss den bisherigen Auskünften nie eine Sanktionierung dieser Mitarbeiter erfolgte. Das ist ein zusätzlicher, persönlicher Auftrag des Votanten an die Regierung bzw. die entsprechende Kommission, den er zu berücksichtigen bittet. Sollte das nicht möglich sein oder nicht gelingen, behält sich der Votant vor, diese Fragen zu interpellieren und so die Regierung zu beauftragen, dazu wirklich Stellung zu nehmen. Eigentlich aber möchte er die Regierung bzw. Kommission vor der Beantwortung seiner Fragen verschonen, weshalb er bittet, dem Rückweisungsantrag nicht stattzugeben.

**Manuel Brandenberg** möchte die Regierung fragen, ob sie gestützt auf § 58 Abs. 4 GO KR die Möglichkeit wahrnehmen will, die Vorlage selber zurückzuziehen. Es zeichnet sich ab, dass der Rückweisungsantrag Zustimmung finden könnte, und es ist fair, der Regierung die Möglichkeit zu geben, das Geschäft –in Kenntnis der Einwände und Aufträge, wie sie in der Debatte formuliert wurden – von sich aus zurückzuziehen.

**Andreas Hürlimann** glaubt, dass er ausführlich und klar zum Ausdruck gebracht hat, in welchen Punkten die Empfehlungen der vorberatenden Kommission nicht konkret und gut umgesetzt wurden. Der Auftrag an die Regierung scheint ihm deshalb klar zu sein. Und es muss deutlich gesagt werden: Der Kantonsrat will ein anderes AIO. Er will eine zukunftsfähige kantonale IT-Organisation, die auch sehr gut mit den Gemeinden zusammenarbeitet, also keine Parallelorganisation, wie sich sie im Moment entwickelt. Dafür muss sich die Arbeitskultur und unter Umständen auch die Führung in einem Amt ändern. Der Alleingang der Gemeinden mit dem jetzigen Kompetenzzentrum spricht diesbezüglich Bände. Wenn man sich in

den Gemeinden umhört, stehen einem die Haare zu Berge, wie die Zusammenarbeit funktioniert bzw. eben nicht funktioniert.
Im Übrigen geht es immer um Gesamtprojekte, also um Lösungen, die mit IT-Mitteln umgesetzt werden müssen. In diesen Gesamtprojekten gibt es – wie schon ausgeführt – immer wieder Teilprojekte, beispielsweise den IT-Teil, wenn es um die *Software* für die Einwohnerkontrolle geht. Und dieser Teil muss von einer zentralen Stelle im Kanton gemanagt werden.
Zu Kurt Balmer: In den Voten hat man immer wieder gesehen, dass sich der Blick primär in die Zukunft richtet. Die Ad-hoc-Kommission hat einen Blick zurückgeworfen und eine Auslegeordnung gemacht. Wenn man nun aber individuelle Fragen zu einem konkreten gescheiterten Projekt stellt, kommt man nicht zukunftsfähig und lösungsorientiert weiter. Denn eines hat sich in der Ad-hoc-Kommission auch klar gezeigt: Es ist nicht nur ein einziges Projekt gescheitert, sondern es wurden auch andere Projekte nicht vollständig umgesetzt oder in der Mitte abgebrochen. Man hat diese Abbrüche einfach etwas geschickter kaschiert oder konnte gewisse Teile noch weiterbetreiben. Aber auch die Steuer-Lösung war nicht ganz billig – um nur ein einziges Beispiel zu nennen.
In diesem Sinn ruft der Votant den Rat auf, in die Zukunft zu schauen und den Fokus auf eine Neuausrichtung zu richten. Und wie bereits gesagt: Der konkrete Auftrag in Zusammenhang mit der Rückweisung an die Regierung ist aus den Voten sehr gut hervorgegangen.

**Willi Vollenweider** spricht als Informatikingenieur, der schon etliche Informatikprojekte begleitet hat, sei es als Projektleiter oder auf der Anwenderseite. Er unterstützt ausdrücklich die Voten von Thomas Lötscher und Heini Schmid, die auf den zentralen Punkt hingewiesen haben: Wenn der Linienverantwortliche allein und ohne intensive fachmännische Betreuung agieren kann, geht es schief. Der Linienverantwortliche erstellt dann einfach einen Wunschkatalog, wie ein Kind vor Weihnachten einen Wunschzettel schreibt, ohne die entsprechenden Preise zu kennen. In einer Familie wirken die Eltern als korrigierende Aufsicht, sie kennen die Kostenfolgen. Genauso ist es bei Informatikprojekten: Der Linienverantwortliche weiss, was er gerne möchte, und das AIO muss ihm auf die Finger schauen, also gewissermassen die Rolle der Eltern übernehmen. Es muss auf die Kosten- und Risikofolgen hinweisen. Im Übrigen ist es praktisch nicht möglich, am Anfang eines IT-Projekts eine hundertprozentig richtige Anforderungsdefinition (Spezifikation) zu machen; man denkt in diesem Zeitpunkt einfach nicht an alles. Das AIO kann aber auch hier behilflich sein, hat es doch fachkompetente Leute, welche IT-Projekte erfolgreich betreut haben und über eine Systematik verfügen, wie man die Vollständigkeit von Anforderungsdefinitionen überprüfen kann.
Bei IT-Projekten ist man sich gewohnt, dass die Spezifikationen während des Projektverlaufs laufend ändern; sie bleiben nie konstant, wie das vielleicht bei einem Bauprojekt der Fall ist. Wenn der Linienverantwortliche auch hier allein den *Lead* hat, geht es schief: Er ist sich der Kosten- und Risikofolgen nicht bewusst. Deshalb muss zwingend jemand vom AIO das Projekt sehr eng betreuen und im Extremfall ein Vetorecht haben. In diesem Sinn unterstützt der Votant die Voten seiner Vorredner Thomas Lötscher und Heini Schmid: Dem AIO ist in IT-Projekten eine zentrale, verantwortenden Rolle zuzumessen.

Finanzdirektor **Peter Hegglin** hat volles Verständnis dafür, dass man das Scheitern von IT-Projekten zu verhindern sucht. Diesbezüglich ist auch in der Verwaltung viel passiert: Die Wahrnehmung wurde geschärft, man hat Prozesse zu verbessern versucht, man bemüht sich – aber eine hundertprozentige Garantie, dass nie mehr ein

IT-Projekt geändert oder gar abgebrochen werden muss, kann niemand geben. Das wird auch durch einen Blick in die Privatwirtschaft bestätigt, wo immer wieder entsprechende Projekte abgebrochen werden. Man könnte aufgrund der bisherigen Voten meinen, in der kantonalen Verwaltung sei diesbezüglich alles schlecht: Andreas Hürlimann hat es aber gesagt: Es gibt ein konkret gescheitertes Projekt und daneben noch ein, zwei Projekte, die gestoppt und geändert wurden. Es gibt aber etwa 46 IT-Projekte pro Jahr. Es ist also kein Desaster. Das bestätigt auch ein Blick auf die Kosten. Die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) erhebt Kennzahlen zu den einzelnen Kantonen, wobei dem Finanzdirektor die Kennzahlen der Jahre 2008 bis 2014 vorliegen: Abgesehen von einer einzigen Kennzahl im Jahr 2012 – man hat damals die Abschreibung geändert – hat der Kanton Zug unterdurchschnittliche Informatikkosten. Das darf man nicht ausser Acht lassen. Und der Regierungsrat hat nun durchaus versucht, die Empfehlungen der damaligen Kommission Punkt für Punkt aufzunehmen.

Zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden: Der Finanzdirektor hat an der Informatikkonferenz der Gemeinden teilgenommen und diesen ein Gutachten mit Kosten von 180'000 Franken vorgeschlagen. Er hat angeboten, dass der Kanton diese Kosten übernimmt und dass der Kanton und die Gemeinden ihre Informatikstruktur gemeinsam überprüfen sollen. Die Gemeindepräsidenten haben dieses Angebot abgelehnt und gesagt, sie möchten zuerst ihre Struktur bereinigen. Das ist grundsätzlich gut. Und es ist nicht so, dass die Gemeinden jetzt eine neue IT-Infrastruktur aufbauen. Man hat die «Interessengemeinschaft Gemeindeinformatik Zug» gegründet und eine Person, nämlich Ernst Portmann, angestellt. Das eine strategische Stelle, welche die Interessen der Gemeinden bündelt – und das ist richtig. Heute hat der Kanton elf Gemeinden mit je unterschiedlichen Anforderungsprofilen als Ansprechpartner. Wenn die Gemeinden nun versuchen, ihre Anliegen zu bündeln, ist das für den Kanton vorteilhaft: Mit einem einzigen Ansprechpartner wird es für den Kanton einfacher sein als mit der bisherigen Informatikkonferenz, die zwei Mal im Jahr tagte. Das Ganze ist also auf einem guten Weg. Die Gemeinden möchten nun während zwei Jahren mit der neuen, im Herbst geschaffenen Stelle Erfahrungen sammeln. Und die bisherigen Erfahrungen des Finanzdirektors und auch des Stelleninhabers Ernst Portmann sind positiv.

In diesem Zusammenhang ist auch die Neuaufnahme des Projekts für eine Ersatzlösung für die Einwohnerkontrolle zu sehen. Nachdem das vorherige Projekt nach Kosten von 3,2 Millionen Franken abgebrochen werden musste, hat der Finanzdirektor die Verantwortung übernommen – obwohl es sich nicht um eine *Software* des Kantons handelt; der Kanton braucht diese *Software* nicht, er braucht nur Daten daraus. Trotzdem hat der Finanzdirektor die Verantwortung übernommen, auch auf Wunsch der Gemeinden. Diese haben die Verantwortung für die Ablösung der *Software* nicht übernommen, sie haben aber zugestimmt, dass der Kanton die Ablösung organisiert und umsetzt. Und man ist inhaltlich, zeitlich und finanziell auf Kurs. Die Kosten sind auf 1,7 Millionen Franken budgetiert, und man rechnet heute damit, dass das Projekt mit 1,4 Millionen Franken abgeschlossen werden kann. Die Stadt Zug wird als Pilotgemeinde voraussichtlich im Mai *online* gehen, und die anderen Gemeinden werden folgen. Bezüglich Spezifikationen etc. sind die Gemeinden einverstanden, dass sie die Verantwortung für diese Fachlösung übernehmen. Das heisst, dass die Gemeinden die Person anstellen, welche die Verantwortung für das Hosting und die Weiterentwicklung übernimmt. Nach Ansicht des Finanzdirektors läuft diese Sache gut und richtig.

Der Regierungsrat hat auch die Empfehlung übernommen, dass ein Bedarfsnachweis erbracht und das Kosten-Nutzen-Verhältnis überprüft werden muss. Die Nutzer können also nicht einfach alles beschaffen, sondern müssen den Bedarf und die

Wirtschaftlichkeit nachweisen. Je nach Zuständigkeit kommt das Geschäft sogar bis in die Regierung. Für grosse und komplexe Projekte soll es besondere Regelungen geben. Der Regierungsrat schlägt hier Anpassungen in der Projektmethodik vor. Er verlangt, dass immer die neueste Version von «Hermes» angewandt wird; er verlangt klarere Formulierungen zu Steuerung und Führung der Projekte, auch werden die Anforderungen an die Projektleiter verschärft. Im Übrigen ist es nicht so, dass der Kanton bzw. die Direktionen und das AIO über viele kompetente Projektleiter verfügen; es gibt nur wenige Leute, die entsprechende Projekte kompetent führen können. Vor diesem Hintergrund muss man die Möglichkeit haben, kompetente Externe über den Projektkredit zuzuziehen.
Zur Empfehlung, das *Controlling* müsste verbessert werden: Auch beim gescheiterten Projekt gab es natürlich ein *Controlling.* Entscheidend aber ist, dass die Erkenntnisse der Kontrollstelle auch zu Reaktionen und Korrekturen führen. Das soll verbessert werden. Im Weiteren soll auch ein Beratungs- und Unterstützungsangebot aufgebaut werden: Die Regierung stimmt einem Fachkompetenzzentrum zu. Sie hätte es gerne besser dotiert, mit zwei, drei Personen. Es gibt heute für den Bereich Submission einen Spezialisten bei der Baudirektion und einen im Direktionssekretariat der Finanzdirektion. Gerne würde der Regierungsrat eine personell gut dotierte Stelle für Submissionen und Verträge schaffen, aufgrund des Entlastungsprogramms kann und will er aber nicht zusätzliche Personen anstellen. Trotzdem soll dieses Kompetenzzentrum aber aufgebaut werden, indem Personen aus den Direktionen zusammengezogen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass sich gewisse Vorkommnisse nicht wiederholen.
Die Beantwortung der Motion orientiert sich an der heutigen Struktur der Verwaltung. Die departementale Struktur findet sich nicht nur im Kanton Zug, sondern in fast allen Kantonen sowie beim Bund. Man kann sie nicht einfach als schlecht bezeichnen. Sie hat sich – wie man den Kosten und der Verfügbarkeit der Informatikleistungen entnehmen kann – eigentlich bewährt. Die Regierung will mit den vorgeschlagenen fünfzehn Massnahmen aber entsprechende Veränderungen und Anpassungen vornehmen. Anpassungen gibt es auch bei der Strategie und bei der Verordnung, wobei für Änderungen von Verordnungen in der Regel eine Vernehmlassung durchgeführt wird; die politischen Parteien werden dazu also Stellung nehmen können.
Abschliessend hält der Finanzdirektor fest, dass der Regierungsrat nach wie vor der Meinung ist, dass seine Antwort mit den Vorschlägen zu weiteren Verbesserungen und Anpassungen in die richtige Richtung geht. Er ist nicht der Meinung, dass die IT komplett zentralisiert und alle Fachlösungen etc. bei einer einzigen Stelle zusammengeführt werden sollen. Die zentrale Stelle soll gestärkt werden, aber ohne die Zusammenführung aller Verantwortlichkeiten. In diesem Sinn empfiehlt die Regierung, ihren Anträgen zu folgen.

**Florian Weber** stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** die Abstimmung über die Rückweisung an den Regierungsrat unter Namensaufruf durchzuführen. Zudem hält er fest, dass man doch nicht in jeder Direktion und jedem Amt IT-Spezialisten beschäftigen kann, welche ein Millionenprojekt, wie es vielleicht alle zehn Jahre mal ansteht, stemmen können. So kann man sicher kein Geld sparen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf die Zustimmung von 20 Ratsmitgliedern benötigt.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 33 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der folgenden Abstimmung ein «Ja» die Rückweisung an den Regierungsrat bedeutet. «Nein» bedeutet: keine Rückweisung.

Die einzelnen Ratsmitglieder stimmen unter Namensaufruf wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Ja |
| Brunner Philip C. | Ja |
| Camenisch Philippe | Abwesend |
| Christen Hans | Ja |
| Giger Susanne | Ja |
| Gysel Barbara | Ja |
| Landtwing Alice | Ja |
| Marti Daniel | Ja |
| Messmer Jürg | Ja |
| Raschle Urs | Ja |
| Rüegg Richard | Nein |
| Sivaganesan Rupan | Ja |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Ja |
| Stadlin Daniel | Ja |
| Stocker Cornelia | Ja |
| Straub-Müller Vroni | Ja |
| Thalmann Silvia | Nein |
| Umbach Karen | Ja |
| Vollenweider Willi | Ja |
| | |
| Dittli Laura | Ja |
| Iten Patrick | Ja |
| Letter Peter | Ja |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Ja |
| Hess-Brauer Iris | Ja |
| Ingold Gabriela | Ja |
| Iten Beat | Ja |
| Ryser Ralph | Ja |
| Werner Thomas | Ja |
| | |
| Barmet Monika | Nein |
| Etter Andreas | Nein |
| Nussbaumer Karl | Ja |
| | |
| Abt Daniel | Ja |
| Andermatt Adrian | Abwesend |
| Andermatt Pirmin | Ja |
| Dzaferi Zari | Ja |
| Frei Pirmin | Nein |
| Gössi Alois | Ja |
| Hostettler Andreas | Ja |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Ja |
| Lustenberger Andreas | Ja |

| | |
|---|---|
| Pfister Martin | Nein |
| Riboni Michael | Ja |
| Riedi Beni | Abwesend |
| Schmid Heini | Ja |
| Wandfluh Oliver | Ja |
| | |
| Baumgartner Hans | Nein |
| Birrer Walter | Ja |
| Bühler Olivia | Ja |
| Gander Thomas | Ja |
| Haas Esther | Ja |
| Mösch Jean-Luc | Nein |
| Renggli Silvan | Ja |
| Sieber Beat | Ja |
| Soltermann Claus | Ja |
| Suter Rainer | Ja |
| | |
| Bieri Anna | Ja |
| Helbling Karin | Ja |
| Hofer Rita | Ja |
| Schuler Hubert | Ja |
| Unternährer Beat | Ja |
| Villiger Thomas | Ja |
| | |
| Burch Daniel | Ja |
| Hausheer Andreas | Ja |
| Hürlimann Andreas | Ja |
| Meierhans Thomas | Nein |
| Odermatt Anastas | Ja |
| Weber Monika | Ja |
| | |
| Balmer Kurt | Nein |
| Burch Daniel Thomas | Ja |
| Roos Flavio | Ja |
| Schriber-Neiger Hanni | Ja |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Ja |
| Wiederkehr Roger | Nein |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Ja |
| | |
| Henseler Emanuel | Abwesend |
| Lötscher Thomas | Ja |

➔ Der Rat weist die Vorlage mit 63 zu 11 Stimmen an den Regierungsrat zurück.

TRAKTANDUM 7

**365 Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Projekt FOKUS (Verwaltungszentrum 3, Hauptstützpunkt ZVB)**

Vorlagen: 2540.1 - 14995 (Interpellationstext); 2540.2 - 15074 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Andreas Hausheer** dankt dem Regierungsrat für seine Antwort. Ziel der Interpellation war es, zum einen Klarheit darüber zu erhalten, was der Regierungsrat in Sachen «Fokus» wirklich will bzw. nicht will, wie er also mit dem Auftrag des Kantonsrats umzugehen gedenkt. Zum anderen ging es um die Klärung der Frage, welches Gremium für welche Entscheide zuständig sei. Der Regierungsrat hat diese Transparenz geschaffen: Nun ist endlich die Haltung des Regierungsrats als Gesamtgremium und nicht nur die individuelle Meinung einzelner Regierungsratsmitglieder bekannt. Bedauerlich ist, dass es dafür eine Interpellation gebraucht hat. Immerhin aber weiss man nun, woran man ist. Die Interpellation hat in diesem Sinne ihr Ziel zum grössten Teil erreicht. Und der Regierungsrat bestätigt, dass letztendlich doch noch der Kantonsrat und nicht er selbst beispielsweise über das Entlastungsprogramm entscheidet. Zwischenzeitlich hätte man nämlich den Eindruck gewinnen können, der Regierungsrat habe sich in dieser Sache etwas gar viele Kompetenzen herausgenommen.
Nicht ganz zufrieden ist der Interpellant mit der Antwort auf seine Frage 5: Es fehlt ihm ein klares «Ja» oder «Nein». Dieses «Ja» oder «Nein» kann begründet werden, und man kann damit einverstanden sein oder nicht. Was aber tut der Regierungsrat? Er schreibt zwar über zehn Zeilen lang irgendetwas, drückt sich aber vor einer klaren Antwort. Deshalb sei die Frage wiederholt: Ist es aus Sicht der Regierung sinnvoll oder nicht, das Areal langfristig für die Entwicklung des ÖV zu sichern? Nicht nur der Interpellant, sondern auch ÖV-Unternehmen sind hier für eine klare Antwort dankbar.
Abgesehen von diesem einen Punkt nimmt der Interpellant die Antwort des Regierungsrats mit Wohlwollen zur Kenntnis und ist gespannt auf die Vorlage, welche der Regierungsrat im Herbst dieses Jahres in dieser Sache dem Kantonsrat präsentieren wird.

**Andreas Hürlimann** musste die Antwort auf die Interpellationsfragen von Andreas Hausheer sowie die einleitenden Bemerkungen und Ausführungen mehr als einmal durchlesen, um die heutige Haltung der Regierung zu verstehen. Denn es werden hier Aussagen gemacht, welche nicht unkommentiert bleiben können, handelt es sich doch um eine veritable Kehrtwendung verglichen mit 2012. Aber auch ganz grundsätzlich stellt sich beim Vorgehen der Regierung hier die Frage, wie die Kompetenzen der Regierung und des Kantonsrats ausgelegt werden. Andreas Hausheer stellt in seiner zweiten Frage genau diese Kompetenz zur Diskussion. Leider geht der Regierungsrat bei der Beantwortung nicht wirklich darauf ein.
Der Kantonsrat hat 2012 einen Projektierungskredit in der Höhe von 33,5 Millionen Franken für die Planung von Neubauten für die Verwaltung und Gerichte des Kantons Zug sowie für die Zugerland Verkehrsbetriebe AG auf dem Areal An der Aa in Zug bewilligt. Es gab keinen Auftrag zur Etappierung oder anderweitiger Ausführung oder Neuauslegung des Projekts. Trotz dieses klaren Auftrags hat sich der Regierungsrat nun aber dazu durchgerungen, nur einen Teil umzusetzen und weiter voranzutreiben. Dies widerspricht dem Auftrag und auch der Debatte im Kantonsrat. Einige mögen sich an diese Debatte erinnern, andere haben sich vielleicht wie der Votant das Protokoll von damals nochmals angeschaut. Im Ratsprotokoll vom 29. März 2012 wird der damalige Hochbaukommissionspräsident wie

folgt wiedergegeben: «Die Kommission für Hochbauten stellt nicht den Antrag auf Etappierung, sondern dass neben dem Gesamtbaukredit auch die Möglichkeiten einer Etappierung aufgezeigt werden. Das sind zwei verschiedene Geschichten. Es soll zum Zeitpunkt Baukredit aufgezeigt werden, was es auch kostenmässig heisst, wenn das Ganze in einem Zug als Gesamtkredit bewilligt wird. Und was es heissen würde, wenn das Ganze in Teilkredite aufgeteilt und dann allenfalls auch etappiert realisiert würde.» Und von Seiten der Stawiko hiess es damals sogar, dass diese eine Etappierung aus wirtschaftlichen Gründen ablehne, weil dies zu rund 50 Millionen Franken Mehrkosten führen würde.
Vergleich man die Aussagen in der damaligen Kantonsratssitzung nun mit den vom Regierungsrat gemachten Aussagen in der Interpellationsantwort, ist eine relativ grosse Differenz erkennbar. Denn auf Seite 2 der Antwort schreibt der Regierungsrat heute: «Dieser Entscheid des Regierungsrats ist auch im Sinne der Spar- und Etappierungsaufträge der kantonsrätlichen Kommissionen.» Diese Aussage ist mindestens teilweise falsch – auch wenn die ALG damals als einzige Fraktion klar in diese Richtung votierte. Leider folgte der Kantonsrat der ALG damals aber nicht. Heute sieht alles etwas anders aus, weshalb über dieses kleine Detail nicht länger diskutiert werden muss.
Die entscheidende Frage aber ist nun: Ist ein solcher vom Parlament gefasster Beschluss als verbindlicher, unveränderbarer Auftrag zu verstehen? Oder bleibt der Regierung hier Spielraum, und handelt es sich beim Kantonsratsbeschluss eher um eine Ermächtigung? Eine Ermächtigung, bei der die Regierung entsprechende Elemente der Kantonsratsvorlage nach Gutdünken einmal vollständig umsetzen und ein andermal eine klar abgespeckte Version weitervorantreiben kann, wie dies im Projekt «Fokus» der Fall ist.
Als Mitglied des Kantonsrats hat der Votant natürlich keine Freude, wenn Entscheide dieses Rats eher als Richtschnur und weniger als klarer Auftrag verstanden werden. Als Mitglied der Fraktion der ALG hat er im konkreten Fall aber wenig Bauchschmerzen, denn die damalige Forderung der ALG nach Rückweisung der Vorlage war unter anderem darin begründet, dass diese:
• die prognostizierten Wachstumsraten bei den Verwaltungsangestellten anzweifelte;
• die Synergieeffekte einer Verwaltungszusammenlegung anzweifelte, da es dazu weder Belege noch ein Konzept gab;
• daran zweifelte, ob das Geld in diesem Projekt wirklich richtig angelegt wäre.
Nun gut: So schnell kann es gehen, und eine Minderheitsmeinung der ALG ist zur Mehrheitsmeinung in der Regierung geworden. Es ist darum zu begrüssen, wenn der Regierungsrat baldmöglichst eine grundsätzliche Klärung durch den Kantonsrat abholen will, ob und in welcher Form dieses Projekt weiterverfolgt werden soll. Dass dieser Richtungsentscheid aber erst im Herbst/Winter 2016 erfolgen soll, erachtet der Votant als zu spät. Bis dahin sind viele Fakten geschaffen, so dass der Kantonsrat fast nur noch als Kopfnickergremium den eingeschlagenen Weg der Regierung absegnen kann. Hier wünscht sich der Votant einen besseren, rechtzeitigen Einbezug des Kantonsrats, gerade wenn es um solch grosse Projektänderungen und Richtungsentscheide geht.

**Hubert Schuler** dankt namens der SP-Fraktion dem Interpellanten für die wichtigen Fragen, welche er in seinem Vorstoss stellte. Da die SP mit dem Postulat vom 30. November 2014 mit der gleichen Idee im Parlament abblitzte, ist sie für diese gut bürgerliche Zusammenarbeit sehr dankbar. Auch wenn der Regierungsrat in seiner Antwort nichts Neues bzw. nichts, was nicht schon in den Medien stand, schrieb, hat die SP jetzt eine klare Vorstellung, was mit dem gesamten Areal bei der ZVB geschehen kann. Einzig das Teilareal Nord scheint noch eine *Black Box*

zu sein. Da wäre es natürlich spannend zu wissen, welche Vorstellungen sich die Regierung dazu gemacht hat, auch mit dem Wissen, dass dieses Grundstück ebenfalls der ZVB gehört. Die Aussage, dass dieses attraktive Teilareal als langfristige Reserve verwendet werden soll, ist eine wenig klare Aussage. Die SP hofft, dass in der Vorlage, welche dem Kantonsrat im Herbst unterbreitet werden soll, dieser Punkt offener dargelegt wird. Nur so kann eine grundsätzliche Klärung durch den Kantonsrat stattfinden.

**Walter Birrer:** Die SVP-Fraktion begrüsst den Entscheid des Regierungsrats und empfiehlt, ihn im Sinne des Entlastungsprogramms 2015–2018 zu akzeptieren. Es ist ein weiser Entscheid, das Projekt «Fokus» zu stoppen und sich darauf zu besinnen, was der Kanton Zug heute braucht. Auch auf die weiteren Fragen hat der Kantonsrat ausgezeichnete Antworten erhalten, wofür der Votant bestens dankt.

**Daniel Abt** dankt Andreas Hausheer für seinen Fragen und der Regierung für den Zwischenbericht. Die FDP-Fraktion begrüsst nach wie vor die Splittung des Projekts in einzelne Etappen, wie dies bereits von der Hochbaukommission und der Stawiko angeregt wurde. Die damalige finanzielle Schönwetterlage ist leider vorbei, und heute muss man den Fränkler zweimal umdrehen, bevor man ihn ausgibt. Es geht um grosse Investitionen, die wohlbedacht getätigt werden sollen. In diesem Sinne freut sich die FDP auf die auf Ende Jahr versprochene Vorlage, welche sie dannzumal gerne bearbeiten wird.

Baudirektor **Heinz Tännler** dankt dem Interpellanten für seine Fragen. Es war auch dem Regierungsrat ein Anliegen, vor der Diskussion über das Entlastungsprogramm hier für Klarheit sorgen.
In der Antwort auf Frage 5 sagt der Regierungsrat klar, dass die ÖV-Logistik am betreffenden Standort bleibt, wobei allerdings nicht mehr das ganze Areal, sondern nur noch ein Drittel bis die Hälfte davon benötigt wird. Schon in der vorberatenden Kommission für den Projektierungskredit wurde hinlänglich geklärt, dass dies der richtige Standort sei; die Baudirektion hatte der Kommission eine entsprechende Evaluation vorzulegen. Der Standort wurde denn auch im Richtplan entsprechend festgesetzt.
Zu den Kritikpunkten von Andreas Hürlimann nimmt der Baudirektor wie folgt Stellung:
• Der Kantonsrat hat nicht gesagt, man solle den Kredit von 33,5 Millionen Franken einfach blind verplanen, sondern er hat verlangt, dass man in Varianten denken solle, sei dies in Etappen oder anderen Ansätzen. Die Baudirektion hielt damals fest, dass eine Etappierung aus ihrer Sicht aus Synergiegründen keinen Sinn mache. Das gilt im Prinzip heute noch, nur hat sich die Zeit etwas verändert: Man hat heute nicht mehr dieselbe finanzielle Situation wie damals. Das führt bei der Ausgangslage auch dazu, dass der Personalbestand stagniert bzw. zurückgeht, auch stehen heute nicht mehr die Mittel zur Verfügung, um 120 oder 130 Millionen Franken pro Jahr investieren zu können. Deshalb ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, einen Marschhalt einzulegen, auch damit die 33,5 Millionen Franken nicht einfach ausgegeben, sondern haushälterisch verwendet werden. Das fragliche Areal ist ja nicht verloren, sondern bleibt als Reserve erhalten. Eine Zentralisierung der Verwaltung wäre grundsätzlich heute noch richtig, auch ist der Grundsatz «Eigentum vor Miete» nach wie vor richtig. Aber man muss sich halt nach der Decke strecken.
• Zum Vorwurf, Herbst/Winter 2016 sei zu spät für den Richtungsentscheid, hält der Baudirektor fest, dass die betreffenden Prozesse einfach langwierig sind, dies nicht wegen der Verwaltung oder der ZVB. Man kann ein so grosses Projekt nicht husch-

husch dem Kantonsrat vorlegen, sonst kommt erstens die Kritik, es sei eine schluderige Vorlage; zweitens geht es auch darum, mit der ZVB eine gute Lösung für die Finanzierung zu finden, was nicht so einfach ist. Die Baudirektion kann die Vorgabe Herbst 2016 einhalten – und die Entscheidungskompetenz liegt selbstverständlich beim Kantonsrat. Im Übrigen sagt § 28 des Finanzhaushaltgesetzes zum Verpflichtungskredit: «Der Verpflichtungskredit ist die Ermächtigung der zuständigen Behörde, für ein bestimmtes Vorhaben […] finanzielle Verpflichtungen einzugehen […]», wobei unter anderem auch der «Objektkredit für ein Einzelvorhaben» genannt wird. Es geht also um Ermächtigung, nicht um eine Verpflichtung. Denken in Varianten ist deshalb auch hier angezeigt und entsprechend legitimiert.
Auf dem übrigen Gelände war vorgesehen, die Verwaltung zu platzieren. Davon ist der Regierungsrat abgekommen. Es gibt nun verschiedene Möglichkeiten, was dort geschehen soll. Allerdings möchte der Baudirektor heute nicht darauf eintreten. Er nimmt den Hinweis des Kommissionspräsidenten aber auf, in Hinblick auf die Debatte im Herbst auch dazu gewisse Ausführung zu machen. Selbstverständlich gibt es Vorstellungen, aber es wäre verfrüht, diese bereits vorzulegen. Vielleicht weist ja auch die Hochbaukommission noch auf interessante Möglichkeiten hin, die es ebenfalls zu diskutieren gilt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

**366 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend unzureichende Signalisation von Zug zwischen Sihlbrugg und Walterswil (Hauptstrasse 4) Richtung Autobahn A4a**

Vorlagen: 2570.1 - 15048 (Interpellationstext); 2570.2/2a - 15089 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Daniel Stadlin** brachte am 11. Februar seinen Hund ins Tierheim Stolzboden in Sihlbrugg. Was er auf dem Weg dorthin sah, konnte er kaum glauben: Die in seiner Interpellation monierte Signalisation auf der Hauptstrasse Sihlbrugg–Walterswil war bereits wie von ihm vorgeschlagen geändert worden. Der Votant muss gestehen: Dass dies überhaupt und erst noch in so kurzer Zeit geschehen würde, war für ihn eine grosse Überraschung. So schnell kann es also gehen: Am 26. November 2015 wurde die Interpellation an den Regierungsrat überwiesen, nur einen Tag später erfolgte die Anordnung des Tiefbauamts zur Neusignalisation an die Sicherheitsdirektion, am 18. Januar 2016 die Genehmigung durch die Zuger Polizei – und am 11. Februar war die neue Signalisation bereits montiert. Nach nur 49 Arbeitstagen. Das ist aussergewöhnlich – der Votant ist total beindruckt.
2013 die Blegikurve, 2014 die Westumfahrung Zürich und nun Sihlbrugg: Endlich wird die Stadt Zug aus allen Richtungen auf Autobahnen und Autobahnzubringern ordentlich signalisiert. Der Votant dankt dem Baudirektor und dem Sicherheitsdirektor ganz herzlich.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 9

**367 Interpellation von Pirmin Frei, Daniel Abt und Walter Birrer betreffend Folgen einer Ablehnung des Gotthard-Sanierungstunnels und Auswirkungen auf den Kanton Zug**

Vorlagen: 2575.1 - 15063 (Interpellationstext); 2575.2 - 15090 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellant **Pirmin Frei** dankt der Regierung für ihre Antwort, die man auch etwas früher hätte erwarten können. Die Interpellanten wollten mit ihrem Vorstoss nicht direkt in die Diskussion über den Sanierungstunnel am Gotthard eingreifen, sondern lediglich den Stimmbürgerinnen und -bürgern eine Chance geben, zu erfahren, welche Auswirkungen ein Nein am kommenden Sonntag auf den Kanton Zug haben könnte. Auslöser der Interpellation war eine Studie, die der Kanton Uri bei der ETH Zürich in Auftrag gab und in der es darum ging, alternative Konzepte für den Fall zu entwickeln bzw. zu evaluieren, dass die zweite Röhre nicht kommen sollte. In dieser Studie wurde explizit Risch-Rotkreuz als mögliche Verladestation erwähnt.
Wie der Regierungsrat in seiner Antwort schreibt, ist ihm «keine Planung des Bundes bekannt, welche in Rotkreuz einen Verlad von Lastwagen vorsieht». Das mag sein. Es wäre aber zu erwarten gewesen, dass in der Antwort die Studie des Kantons Uri zumindest erwähnt worden wäre. Nun, die Sanierung des Gotthardtunnels wird erst ab 2035 ein Thema. Damit bleibt Zeit, bei einem Nein des Volkes Alternativen zu prüfen. Aber mit Verlaub: Die Interpellanten hätten vom Regierungsrat schon erwartet, dass er ein klares Zeichen setzen und deutlich sagen würde: Im Kanton Zug gibt es keine Möglichkeit für eine Verladestation.

**Andreas Lustenberger** als Sprecher der ALG hält fest, dass es den Ausführungen des Regierungsrats eigentlich nicht viel entgegenzusetzen gibt. Im Gegenteil: Die regierungsrätlichen Antworten zeugen von grosser Sachlichkeit in einer sehr emotional geführten Debatte. Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, dass sich der Bund in keinster Weise seriös mit Alternativen beschäftigt hat. Stattdessen lässt er jeglichen Spekulationen freien Lauf, was es für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger äusserst schwierig macht, hier eine Entscheidung zu treffen. Der Regierungsrat schreibt zudem richtig, dass die Eröffnung der NEAT wichtige neue Erkenntnisse liefern werde. Aus Sicht der ALG ist es daher völlig unverständlich, dass der Bund hier frühzeitig eine Entscheidung herbeiführen möchte – gerade weil viel in die Bahninfrastruktur investiert wurde und wird. Dabei ist nicht nur an die NEAT, sondern auch an die Zweispurigkeit des Zimmerberg- und Albistunnels zu denken, die zu deutlichen Fortschritten führen wird; zu denken ist aber auch an die technologischen Fortschritte im Motorisierten Individualverkehr, die in den nächsten Jahren erzielt werden können – ganz zu schweigen von der Aushöhlung des Alpenschutzes, dessen Schutzartikel seit 1994 von Bundesrat und Parlament nicht umgesetzt wird. Und ganz zu schweigen vom Druck, welcher auf die Schweiz zukommen wird. Und da spricht der Votant nicht nur vom Druck, die dannzumal vier Spuren dann doch befahren zu können. Wenn man die jetzigen Verkehrsströme durch Österreich oder Frankreich ansieht, dann knallen dort bei einem «Ja» am kommenden Sonntag mit Sicherheit die Korken. Denn der Verkehr wird sich zwangsläufig in Richtung Schweiz verlagern. Und eine weitere Verkehrszunahme am Gotthard wird viele vor- oder nachgelagerte – je nachdem, von welcher Seite man kommt – neue Strassenprojekte zur Folge haben. Genau deshalb haben sich sowohl das Tessin als auch der Kanton Uri 1994 und beim Avanti-Gegenvorschlag gegen eine zweite Strassenröhre gewehrt. Der Votant ruft dazu auf, sich mit dem Tessin und mit Uri solidarisch zu zeigen und die zweite Röhre am Sonntag ein drittes Mal zu versenken.

**Daniel Abt** dankt für die nach dem Empfinden der FDP-Fraktion etwas lustlose Beantwortung der Interpellation. Es erstaunt die FDP, dass der vorgelegte Steilpass nicht versenkt wurde. Insbesondere zur Frage über einen allfälligen Verladeplatz im Kanton Zug hat sich die FDP von der Regierung ein deutlicheres *Statement* erhofft – so wie dies andere Kantone, zum Beispiel der Aargau, getan haben. Für die FDP-Fraktion ist klar, dass die Installation einer Verladestation im geografisch kleinen Kanton Zug keine Option ist.
Die Schlussfolgerung, dass eine temporäre Schliessung des Gotthard-Strassentunnels nur zu einer vorübergehenden Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivitäten zwischen Nord und Süd führt, erachtet die FDP als eine sehr optimistische Einschätzung, wenn nicht gar als frommen Wunsch. Und um beim Wünschen zu bleiben: Für ein nächstes Mal wünscht sich die FDP von der Regierung ein deutlicheres *Statement* und eine griffigere Beantwortung der gestellten Fragen.

**Philip C. Brunner** will keine Abstimmungsempfehlung abgegeben, aber über ein Erlebnis berichten, das er 2001 hatte und das ihm zu einer gewissen Einsicht in Sachen Gotthard verhalf. Der Zusammenhang zwischen der Zuger Wirtschaft und Norditalien ist gewaltig. Er ist wahrscheinlich gleich gross wie derjenige zwischen Zug und dem süddeutschen Raum. Wie kommt der Votant zu diesem Schluss? 2001 war der Gotthardtunnel wegen eines schrecklichen Verkehrsunfalls und des dadurch ausgelösten Brandes während mehrerer Monate gesperrt. Erst in diesem Zusammenhang merkte der Votant, wie stark er als Hotelier abhängig ist vom italienischen Markt. In der Folge sprach er auch immer wieder mit Gästen über diesen Aspekt – und es ist in der Tat so, dass sehr viele Gespräche zwischen süddeutschen und norditalienischen Handelspartnern hier in Zug stattfinden. Davon profitiert die Zuger Volkswirtschaft in mannigfacher Art und Weise. Im Übrigen ist Norditalien der drittwichtigste Handelspartner der Schweiz, und die italienische Siemens ist die viertgrösste Ländergesellschaft dieses grossen, auch in Zug wichtigen Konzerns.

**Heinz Tännler** spricht zum letzten Mal als Baudirektor. Zum Anliegen, dass man die Antwort des Regierungsrats etwas früher erwartet hätte, gibt es verschiedene Aspekte. Erstens wurde *backstage* verlangt, man solle die Interpellation mündlich beantworten, was allerdings nicht mehr möglich ist. Zweitens hätte man, wenn eine raschere Antwort gewünscht worden wäre, vielleicht besser eine Kleine Anfrage eingereicht. Und drittens ist die Geschäftsleitung der Baudirektion zum Schluss gekommen, die Interpellation erst nach der Volksabstimmung zu beantworten; möglicherweise wird die Beantwortung ja obsolet, was auch die Ressourcen geschont hätte. Der Regierungsrat war aber der Meinung, dass die Interpellation sofort beantwortet werden solle, und die Baudirektion musste die Antwort innert zwei Tagen aus dem Ärmel schütteln – obwohl die Frist noch lange nicht abgelaufen wäre.
Die Baudirektion hat die Beantwortung der Interpellation nicht lustlos, sondern sehr emotional in Angriff genommen und versucht, objektive Antworten zu geben. Bezüglich des allfälligen Verladeplatzes in Rotkreuz muss man etwas zurückblenden. Die Urner sind natürlich Schlaumeier. Baudirektor Markus Züst hat hintendurch diese Studie machen lassen; weder Bund noch Kantone hatten eine Ahnung davon. Und dann gibt es eine riesige Medienkonferenz, in der gesagt wird, die Verladestation könnte möglichweise in der Stockeri in Rotkreuz gebaut werden. Es gab darauf eine konsolidierte Antwort unter anderem der Kantone Aargau und Zug, und auch in den Medien wurde scharf geschossen. Seither spricht niemand mehr von dieser Studie. Es ist ja auch ein schwaches politisches Zeichen aus dem Kanton Uri: Einerseits will Uri keine zweite Röhre, andererseits aber auch keine Verladestation im eigenen Kanton, sondern will diese in Basel, in Zug oder sonstwo bauen

lassen. Der Baudirektor glaubt aber kaum, dass der Kanton Zug ein Thema wird – obwohl der Bund, wenn er eine Verladestation bauen will, diese dort baut, wo er will. Aber wenn eine Verladestation im Kanton Zug tatsächlich zum Thema würde, würde sich der Kanton Zug selbstverständlich mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Es gibt erwiesenermassen raumplanerisch gescheitere Orte.
Der Baudirektion ist also nicht untätig geblieben, sondern hat die erwähnte, komplett falsch aufgezogene, inhaltlich schlechte und im Fazit völlig falsche Studie regelrecht zerpflückt. Das wurde auch entsprechend kommuniziert. Man kann in dieser Sache deshalb mit Zuversicht in die Zukunft schauen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

## 368 Verabschiedung von Finanzdirektor Peter Hegglin

**Monika Barmet** würdigt Regierungsrat und Finanzdirektor Peter Hegglin mit den folgenden Worten:
«Wenn heute die Regierungsratstätigkeit von Peter Hegglin zu Ende geht, kann er bereits auf 25 Jahre politischer Tätigkeit im Kanton Zug zurückblicken. In all diesen Jahren hat sich im Kanton Zug einiges verändert – Veränderungen, die Peter Hegglin in unterschiedlichen Funktionen mitgestaltet hat. Und so war Regierungsrat Peter Hegglin:
• Kompetent: Dass Peter Hegglin 2003 die Finanzdirektion übernehmen würde, damit hatte nach seiner Wahl in den Regierungsrat niemand gerechnet – und es hat damals den einen oder andern etwas skeptisch gestimmt. Doch Peter Hegglin hat viele positiv überrascht, vor allem da es damals nötig war, die Finanzdirektion wieder etwas auf Vordermann zu bringen. Er war bereit, die grosse Herausforderung anzunehmen. Schnell hat er sich in die neuen Themen eingearbeitet, die ihm aus seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit als Landwirt nicht unbedingt alle vertraut waren. Er hat seine Direktion geführt, wichtige personelle Entscheide gefällt und ist der Finanzdirektion über all die Jahre treu geblieben. Ruhig und sachlich hat er jeweils seine Geschäfte in den Kommissionen und im Kantonsrat vertreten. Das waren in den letzten Jahren einige wichtige Geschäfte: die Budgets und Rechnungen, die Zuger Finanz- und Aufgabenreformen, Steuergesetzrevisionen, zahlreiche Interpellationen und Motionen. Er hörte jeweils aufmerksam, ruhig und geduldig zu, hat dabei höchstens ab und zu die Stirne gerunzelt. Er beantwortete anschliessend die Fragen gut verständlich und konnte mit konkreten Argumenten überzeugen. Auch Kritik gab es ab und zu, von links und von rechts – und manchmal auch aus der Mitte. Doch auch damit konnte er umgehen, vor allem wenn sachlich und konstruktiv argumentiert wurde. Es konnte ihn fast nichts aus der Ruhe bringen. Er hat in all den Jahren auch schwierige Geschäfte zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt. Für ihn war wichtig, sie im Vorfeld mit allen Involvierten zu diskutieren und gute Lösungen zu finden. Er konnte sich ein breites Sachwissen aneignen und war bereit, sich auch in komplexe Themen einzuarbeiten.
• Engagiert: Als Regierungsrat setzte sich Peter Hegglin mit grossem Engagement und viel Herzblut für den Kanton Zug ein. Nicht nur die Finanzen waren ihm wichtig, er hat auch die gesamte Entwicklung des Kantons entscheidend mitgeprägt. ‹Mit Zug einen Schritt voraus›: Diese Strategie des Regierungsrats hat er mitgestaltet und mitgetragen. Er hat aber nicht nur strategische Entscheide gefällt, sondern er hat sie auch umgesetzt und Prozesse initiiert. Die Geschäfte wurden komplexer,

und er stellte sich immer den neuen, grossen Herausforderungen. Er hat angepackt und Lösungen verwirklicht.
• Erfahren: Peter Hegglin konnte während seiner Regierungsratstätigkeit von vielseitigen Erfahrungen aus verschiedenen Tätigkeiten profitieren und diese einbringen: Kantonsrat, Fraktionschef, Kommissionspräsident, Gemeinderat, Verbandspräsident, OK-Präsident – besser konnte er sich nicht auf die Regierungsratstätigkeit vorbereiten. Er war ein stiller Schaffer. Die nötige Energie dazu konnte er höchstwahrscheinlich bei seinen Bienen tanken, Honig ist ja bekannt als Energie- und Kraftspender. Honig hat er auch ab und zu verschenkt und damit Freude bereitet. Peter Hegglin hat gewusst, worauf es ankommt. Aufmerksam auf den Zuger Finanzdirektor wurden auch die kantonalen Finanzdirektoren, die ihn zu ihrem Vorsitzenden wählten. Peter Hegglin war ein begehrter Interviewpartner und öfters Gast in der ‹Arena›. Er konnte auch zu nationalen finanzpolitischen Themen Auskunft geben, und der NFA beschäftigte ihn nicht nur im Kanton Zug. Die Arbeit in Bern schien ihn immer mehr zu interessieren und ihm zunehmend zu gefallen.
• Glaubwürdig: Peter Hegglin hat den Kontakt zur Bevölkerung immer gesucht und gepflegt. Er schätzte das gesellige Zusammensein und hatte ein offenes Ohr für die Anliegen der Zuger Bevölkerung. Die Zeit als Landammann des Kantons Zug hat er besonders genossen. Das Amt war für ihn und seine Heimatgemeinde Menzingen eine besondere Ehre. Mit seiner bescheidenen, natürlichen Art hat er überzeugend gewirkt. Die Zuger Bevölkerung schenkte ihm mit sehr guten persönlichen Wahlergebnissen immer wieder das verdiente Vertrauen. Peter Hegglin stand zu seinen Entscheidungen und setzte sie um.
Falls Sie nun angenommen haben, dass ich die vier Adjektive für Peter Hegglin selbst ausgesucht habe, liegen Sie falsch. Die Adjektive stammen aus dem Wahlflyer seines ersten Regierungsratswahlkampfs 2002, zusammen mit dem folgenden Text: ‹Als Regierungsrat setzte ich mich dafür ein, dass die Wohn- und Arbeitsbedürfnisse der Bevölkerung, der Landwirtschaft, und der Wirtschaft in einer lebenswerten Umwelt erfüllt werden. Damit wird Zug auch morgen das bleiben, was es schon heute ist: attraktiv.› Er hat damals nicht zu viel versprochen.
Im Übrigen habe ich es unterlassen, meine Interessenbindung offen zu legen: Ich kenne Peter Hegglin seit nahezu fünfzig Jahren. Wir haben zusammen die Schulzeit in Menzingen verbracht, teilweise in der gleichen Klasse oder in einer Parallelklasse. Und nun haben wir die letzten dreizehn Jahre auf politischer Ebene zusammengearbeitet, er als Regierungsrat, ich als Kantonsrätin. Zudem konnte ich ihn auch als Präsidentin der CVP Menzingen unterstützen und begleiten. Ich schätzte die Zusammenarbeit sehr und konnte ihn ab und zu um einen guten Rat fragen. Nach Bern werde ich ihm höchstwahrscheinlich nicht mehr folgen.
Lieber Peter, im Namen des Zuger Kantonsrats und der Zuger Bevölkerung danke ich Dir herzlich für Dein grosses Engagement als Regierungsrat. Ich wünsche Dir alles Liebe und Gute, viel Erfolg und Freude bei Deiner weiteren politischen Tätigkeit für den Kanton Zug. Konkrete Anliegen und Erwartungen brauchen wir Dir heute nicht mitzugeben, Du kennst sie alle sehr genau.
Die Überschrift Deines damaligen Flyers hiess ‹Natürlich›, und dies bist Du in all diesen Jahren auch geblieben. Im Wahlkampf 2002 hast Du Apfelringli verteilt. Gerne übergebe ich Dir heute einige davon. Ich bin überzeugt, dass Deine Arbeit in Bern weiterhin Früchte tragen wird. Und jetzt gilt für Dich: Auf nach Bern – damit Zug vorne bleibt.» *(Die Laudatorin überreicht Peter Hegglin ein Säckli mit Apfelringli sowie einen Blumenstrauss. Der Rat applaudiert.)*

Der scheidende Finanzdirektor **Peter Hegglin** wendet sich mit folgenden Worten an den Rat und die Anwesenden:
«Es ist schwierig, etwas zu sagen und die richtigen Worte zu finden, wenn man nichts mehr zu sagen hat. Ich versuche es trotzdem.
Zuerst danke ich Monika Barmet herzlich für die Würdigung meiner Arbeit. Dabei bin ich mir bewusst, dass ich diese Laudatio nur bedingt verdient habe. Es ist nämlich die Zuger Bevölkerung, die mir das Vertrauen geschenkt und mir damit die Möglichkeit gegeben hat, in der Regierung mitzuwirken und die Politik in unserem Kanton mitzugestalten. Meinen Mitarbeitenden in der Finanzdirektion steht ebenfalls ein grosses Stück dieses Dankes zu, denn sie haben mir geholfen, die vielen Geschäfte zu erarbeiten und vorzubereiten. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Zug und der Gemeinden, der Parteien, vor allem natürlich meiner eigenen Partei, der CVP, und vor allem Sie, sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, haben mich in all den Jahren mitgetragen, unterstützt, ertragen und ausgehalten. Sie alle verdienen ebenfalls ein grosses Dankeschön, denn Sie haben abschliessend über all unsere Vorschläge und Anträge Beschluss gefasst. Ob Sie nun zugestimmt oder abgelehnt haben: Sie haben auf jeden Fall meinen Dank verdient.
Ganz zu Beginn meiner Regierungszeit standen wir mitten in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit. Der Slogan ‹The Party is over› machte die Runde. Auf mein erstes Budget trat die Stawiko nur haarscharf mit 8 zu 7 Stimmen ein – schon damals also fast eine Rückweisung an den Regierungsrat. Zum Glück wurde danach alles besser. Es folgten viele erfolgreiche Jahre, und gemeinsam steigerten wir den Umsatz: Als ich Kantonsrat wurde, lag er bei 400 Millionen Franken pro Jahr; als ich in den Regierungsrat eintrat, waren es 800 Millionen Franken; und heute sind es über 1,4 Milliarden Franken. Und jetzt, zum Abschluss meiner Amtszeit, stehen wir wieder vor einer herausfordernden Situation – eine Sachlage, auf die wir konsequent reagiert und Massnahmen ergriffen haben. Ich bin überzeugt, dass wir die Trendwende eingeleitet haben. Wir müssen den Weg aber ohne abzuschweifen weitergehen, dann wird das Licht am Ende des Tunnels näher kommen. Und ohne dem neuen Finanzdirektor etwas vorweg zu nehmen: Der Abschluss 2015 wird besser sein als budgetiert, und selbst beim NFA wird unser stetes Bestreben allgemein anerkannt, dass es Anpassungen braucht. Konkrete Verbesserungsvorschläge sind in der Vorbereitung und dürften in der nächsten Woche publik werden. Dies dürfte den Staatshaushalt entlasten.
Nur dank der allseitigen Unterstützung und konstruktiven Zusammenarbeit darf ich persönlich auf eine insgesamt sehr bereichernde, lehrreiche und wirkungsvolle Zeit im Zuger Regierungsrat und damit auf einen schönen und wichtigen Lebensabschnitt zurückblicken. Gemeinsam haben wir neue Lösungen für den Zuger Finanzausgleich gesucht, getestet, verworfen, neue Vorschläge erarbeitet, diese feingeschliffen und eingeführt. Wir haben das Personalrecht angepasst, über gerechte Steuern gefeilscht, die angemessene Vorsorge unserer Mitarbeitenden fixiert, über den NFA debattiert und Verbesserungen gefordert. Mir war es wichtig, bis am Schluss dranzubleiben, nicht lockerzulassen, unseren Kanton und die Geschäfte vorwärtszubringen – auch wenn ich sie nun nicht alle zu Ende führen kann. Dies auch in der Erkenntnis, dass der Verteilkampf nie aufhören wird. Alle in diesem Saal und auch die zukünftigen Politikerinnen und Politiker werden immer wieder vor neuen Herausforderungen stehen. Wir haben Regelungen eingeführt, die sich im heutigen Umfeld bewährt haben, welche aber immer wieder überprüft und angepasst werden müssen. Nichts ist für die Ewigkeit, selbst die genialste Lösung nicht. Dies erfordert Mut zur Korrektur, es erfordert aber auch, das notwendige Mass zu halten.
Gerne habe ich mich für den Kanton Zug eingesetzt, er verdient es! Mit diesem Rucksack voller Erfahrungen und Wissen werde ich mich weiterhin in Bern für

unseren Kanton stark machen. Ich will bei meiner Abschiedsrede, bei meinen letzten Worten in diesem Saal, keine staatspolitischen Ratschläge und Empfehlungen abgeben. Sie haben diese auch nicht nötig, denn Sie haben immer wieder bewiesen, dass Sie die richtigen Entscheide fällen können. Ich weiss nicht, wie oft ich in den vergangenen 25 Jahren in diesem Saal das Wort ergriffen habe. Ich war aber während dieser Zeit sicher nie so ergriffen, wie ich es jetzt bin. Quasi mein halbes Leben lang – 25 Jahre lang – habe ich in diesem Saal politisiert. Ich bin hier fast ein bisschen zu Hause gewesen. Ich habe in diesem Saal viele Höhe-, aber auch Tiefpunkte erlebt: meine grössten Erfolge, meine schlimmsten Erlebnisse, auch herbe Enttäuschungen. Ich habe immer versucht, der Sache verpflichtet zu sein und nicht auf den Mann oder die Frau zu spielen. Ich habe den Diskurs geschätzt, den griffigen Austausch der Argumente, selbst wenn Diskussionen in der Sache hart geführt wurden – wohlwissend, dass Auseinandersetzungen, ja gar Streit, in einem Rahmen des gegenseitigen Respekts geführt, letztlich der fruchtbarere Weg sind, um gemeinsam weiter zu kommen und konsensfähige Lösungen zu finden. Ich hoffe, dass mir das gelungen ist, sonst möchte ich mich an dieser Stelle bei den betroffenen Personen entschuldigen.
Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und für alles, was ich von Ihnen bekommen habe. Ihnen allen wünsche ich persönlich, politisch und beruflich ‹viel Zug› und natürlich alles Gute. Über ein Wiedersehen würde ich mich freuen.» *(Der Rat dankt Peter Hegglin mit einer lang anhaltenden Standing Ovation.)*

Der **Vorsitzende** dankt Regierungsrat Peter Hegglin für seine Worte und wünscht ihm alles Gute bei seiner neuen Tätigkeit in Bern – und dieselben guten Bedingungen, wie er sie hier im Zuger Ratssaal erleben durfte.

TRAKTANDUM 11
**Ergänzungswahl für ein Mitglied des Regierungsrats vom 17. Januar 2016 für den Rest der Amtsdauer 2015–2018**

**369** Traktandum 11.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Regierungsrat Martin Pfister**
Vorlage: 2585.1 - 15092 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Gültigkeit der Ergänzungswahl von Martin Pfister in den Regierungsrat befindet. Martin Pfister ist als amtierendes Mitglied des Kantonsrats im Saal. Der Vorsitzende bittet ihn, gemäss § 64 Abs. 1 der Geschäftsordnung in den Ausstand zu treten und gemäss § 64 Abs. 6 der Geschäftsordnung den Saal zu verlassen. *(Martin Pfister verlässt den Ratssaal.)*
Der Vorsitzende hält fest, dass es keine anderslautenden Anträge als diejenigen des Regierungsrats gibt.

➔ Der Rat erklärt die Ergänzungswahl von Martin Pfister in den Regierungsrat stillschweigend für gültig.

Der **Vorsitzende** bittet Martin Pfister wieder in den Saal.

**370** Traktandum 11.2: **Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses durch Martin Pfister**

Martin Pfister möchte den Eid ablegen. Er tritt nach vorne, die Anwesenden erheben sich. Der Landschreiber liest die Eidesformel. **Martin Pfister** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** gratuliert Martin Pfister herzlich zur Wahl und wünscht ihm viel Befriedigung und Energie bei seiner Arbeit zum Wohl des Kantons Zug. Martin Pfister tritt sein Amt per heute Mittag an und legt gleichzeitig sein Kantonsratsmandat nieder.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt. Peter Hegglin nimmt als Alt-Regierungsrat zum letzten Mal am Mittagessen des Kantonsrats teil.

**Protokoll des Kantonsrats**

26. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. Februar 2016 (Nachmittag)
Zeit: 13.50 – 17.50 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

## 371 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Philip C. Brunner, Zug; Andreas Meier, Oberägeri; Adrian Andermatt und Beni Riedi, beide Baar; Andreas Hürlimann, Steinhausen; Emanuel Henseler, Neuheim.
Der Sitz des in den Regierungsrat übergetretenen Martin Pfister, Baar, ist noch nicht besetzt.

## 372 Mitteilungen

Der Vorsitzende begrüsst speziell Regierungsrat Martin Pfister und wünscht ihm herzlich alles Gute in seiner neuen Funktion.

Der Vorsitzende hat von Parlamentsmitgliedern vernehmen müssen, dass sie von einem Ratsmitglied via Twitter und Facebook belästigt werden. Er bittet die Nutzerinnen und Nutzer von *Social Media,* keine Parlamentsmitglieder mit ihren Mitteilungen zu belästigen. Das ist unanständig. Wenn etwas stört, soll man sich beim Ratsvorsitzenden melden, und dieser wird regeln, was geregelt werden muss.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

## 373 Traktandum 3.1: **Motion von Esther Haas, Andreas Hostettler, Peter Letter, Beat Unternährer, Beat Iten, Zari Dzaferi, Pirmin Andermatt und Karin Andenmatten-Helbling betreffend die Schaffung von kantonalen Integrationsklassen für schulpflichtige Kinder aus dem Asylbereich**

Vorlage: 2583.1 - 15083 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag vorliegt, diese Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 45 Abs. 2 GO KR der Zustimmung von zwei Dritteln der Stimmenden. Es wird eine einzige Diskussion sowohl zur sofortigen Behandlung als auch zur Erheblicherklärung durchgeführt. Danach gibt es zwei getrennte Abstimmungen.

**Andreas Hostettler** spricht als Vertreter der Motionäre. Das Thema Flüchtlinge, Asylunterkünfte und Kinder aus dem Asylbereich ist aktuell und wird es weiterhin bleiben. Die Motion thematisiert den Teilbereich der Beschulung von Kindern aus dem Asylbereich. Diese Kinder benötigen eine optimale Betreuung und Beschulung, andererseits soll aber auch für Schweizer Kinder weiterhin eine möglichst gute Schule gewährleistet werden. Diese zwei Anliegen in derselben Klasse umzusetzen, dient niemandem und schafft grosse Probleme. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Motion ist das Anliegen, die Verantwortung für die Beschulung von Asylkindern dem Kanton zu übergeben und die Beschulung zentral durchzuführen. Das ist ohne Gesetzesänderungen nicht möglich, da die Gemeinden für die Beschulung *aller* Kinder – mit wenigen Ausnahmen – zuständig sind. Die Regierung soll also beauftragt werden, das Gesetz so anzupassen, dass der Kanton für die Erstbeschulung der Asylkinder zuständig und verantwortlich ist. Es soll für diese Kinder eine Art Zwischengefäss, eine Vorschule, geschaffen werden, bevor sie in den Regelunterricht kommen. Es soll auch die finanzielle Verantwortung geklärt und definiert werden, was für die gemeindlichen Finanzchefs von grosser Bedeutung ist.
Die Regierung und das Amt für gemeindliche Schulen haben bereits vor der Motion mit der Arbeit begonnen und sich nun verstärkt mit den Forderungen der Motion auseinandergesetzt. Die Regierung hat die Dringlichkeit des Problems erkannt und ist bereit zu handeln. Sie wird vorschlagen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Das wäre ebenfalls ein gangbarer Weg. Die Motionäre möchten der Regierung jedoch einen Steilpass vorlegen, damit diese die notwenigen Gesetzesänderungen schnell umzusetzen und eine saubere gesetzliche Grundlage für das geforderte Zwischengefäss schaffen kann. Die Motionäre können allerdings gut damit leben, dass die Ziffern 3, 4 und 7 nur teilerheblich erklärt werden sollen, damit die Regierung bei der Ausgestaltung der Lösungen mehr Spielraum hat.
Die Regierung hat bestätigt, dass die vorliegende Motion sie nicht daran hindert, das Problem umgehend und zusammen mit den Gemeinden anzugehen. Ob dies über den Weg eines Schulversuchs oder anderswie geschieht, ist den Motionären egal. Wichtig ist den Motionären aber, dass die Verantwortung auch in finanzieller Hinsicht beim Kanton liegen soll.
Zusammenfassend bittet der Votant, die Motion zu überweisen, der sofortigen Behandlung zuzustimmen sowie die Ziffern 1, 2, 5 und 6 erheblich und die Ziffern 3, 4 und 7 teilerheblich zu erklären. Damit wird ermöglicht, dass Asylkinder eine gute Vorschulung erhalten und für die eigenen Kinder weiterhin eine gute Lernumgebung gewährleistet ist, da die Lehrpersonen sich nicht mit Kindern beschäftigen müssen, die kein Wort Deutsch sprechen, zum Teil Analphabeten sind und einen völlig anderen kulturellen Hintergrund haben.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Seine Interessenbindung: Er ist Schulpräsident von Unterägeri.
Als Mitmotionär und im Namen der SP-Fraktion dankt der Votant der Regierung für die Vorberatung der Motion und die schnelle Reaktion. Die Motion wurde offenbar ernst genommen. Die SP unterstützt weitgehend die Vorschläge der Regierung. Die Gemeinde Unterägeri hat eine reiche Erfahrung mit der Einschulung von Kindern aus dem Asylbereich. Der Aufwand für diese Kinder ist gross: Intensiv-Deutschkurse, Angewöhnung an die Gepflogenheiten in der Schule, Integration in die bestehenden Klassen, bei oft fehlender Kenntnis der Schriftsprache. Häufig handelt es sich um Kinder mit traumatischen Erlebnissen, die auf ganz andere und zusätzliche Unterstützung angewiesen sind. Unterägeri hat vor gut einem Jahr eine «Schulinsel» eröffnet, welche eigentlich zum Ziel hatte, Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten oder anderen Problemen vorübergehend aus dem Klassenverband heraus-

zunehmen, ihnen und der Klasse ein *Time-out* zu ermöglichen und so in schwierigen Situationen zu einer Beruhigung der Klasse beizutragen. Heute finden sich in dieser «Schulinsel» häufig Kinder aus dem Asylbereich, welche auf die Integration in den normalen Schulbetrieb vorbereitet werden müssen; die eigentliche Aufgabe der «Schulinsel» kann nur noch teilweise umgesetzt werden.
Die vorliegende Motion zielt darauf ab, die Vorbereitung von Kindern aus dem Asylbereich auf die Schule und deren Integration in den Schulbetrieb kantonal oder regional anzugehen. Mit kantonalen oder übergemeindlichen Angeboten im Rahmen einer separativen Förderung kann dieses Problem effizienter und vermutlich auch kostengünstiger gelöst werden. Unterägeri, das von Kindern aus dem Asylbereich überrannt wird, hat mit der «Schulinsel» ungewollt eine entsprechende Lösung kreiert. Nicht jede Gemeinde muss das Rad neu erfinden und eine eigene Infrastruktur aufbauen. Sehr interessant ist auch der Ansatz der Motion bezüglich Finanzierung. Der Kantonsrat hat verschiedentlich über die ungleiche Verteilung von Asylbewerbern auf die Gemeinden diskutiert. Mit einer solidarischen Aufteilung der Kosten für die separative Schulung könnte dieser Diskussion zumindest in einem Teilbereich der Boden entzogen werden.
Die SP kann sich damit einverstanden erklären, dass die Integrationsschulung nicht zwingend ein Jahr dauern und die Rolle des Schulpsychologischen Diensts nochmals genau geklärt werden muss. Es geht primär um eine rasche Behandlung des Anliegens und rasche Umsetzungsschritte. Trotzdem macht es Sinn, an der Motion festzuhalten. So wird der Druck aufrechterhalten, und eventuell werden gewisse Punkte auch gesetzlich geregelt werden müssen, beispielsweise die Finanzierung, wenn die Gemeinden sich nicht zu einer solidarischen Lösung zusammenfinden sollten.
Zusammenfassend empfiehlt die SP-Fraktion die Überweisung der Motion, deren sofortige Behandlung und die von der Regierung vorgeschlagene Teilerheblicherklärung.

**Thomas Werner** stellt namens der SVP-Fraktion erleichtert fest, dass nach einiger Verzögerung nun auch alle anderen Parteien erkannt haben und zugeben, dass das integrative Schulmodell bereits an seine Grenzen gestossen ist: ein Schulmodell, welches – wenn überhaupt – nur bei optimalen Bedingungen funktionieren kann; ein Schönwetter-Schulmodell, welches aus den Fugen gerät, sobald in einer Klasse ein schwieriger Fall vorkommt oder eine bestimmte Zahl zu integrierendender Schüler überschritten wird. Die SVP hofft, dass die anderen Parteien auch in der Asylpolitik möglichst bald zur Vernunft kommen und die SVP unterstützen, dann werden die Schulkassen nämlich nicht mehr – wie es Beat Iten gesagt hat – «überschwemmt» mit Kindern aus dem Asylbereich. In der Schule soll nämlich primär Stoff vermittelt werden. Die SVP-Fraktion stimmt deshalb der Überweisung und sofortigen Behandlung der Motion zu. Nicht einverstanden wäre sie mit einer Erheblicherklärung der ganzen Motion; sie ist bei einigen Punkten auch mit der beantragten Teilerheblicherklärung nicht einverstanden und wird andere Anträge stellen.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass die gemeindlichen Schulen bereits heute durch die integrative Schulungsform stark belastet sind. Diese vom Kanton festgelegte Schulungsform gibt vor, nur teilweise schulbereite, lernbehinderte und verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler sowie Kinder mit Behinderungen nach Invalidenversicherungsgesetz in Regelklassen einzuschulen. Diese Klassen jetzt noch zusätzlich durch Kinder und Jugendliche zu belasten, denen unsere Sprache und Kultur noch völlig fremd sind, erachten die Grünliberalen daher als unzumutbar. Um eine bedachte und verantwortungsvolle Integration dieser zum Teil traumatisierten Kinder

und Jugendlichen zu ermöglichen, sind vom Kanton zentral geführte Integrationsklassen mit schulpsychologischer Begleitung eine äusserst sinnvolle Massnahme. Es liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse, dass diese Zuwanderer möglichst optimal in das Schulsystem integriert werden. Die Grünliberalen unterstützen die vorliegende Motion vorbehaltlos und sind für ihre sofortige Behandlung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag auf Nichtüberweisung der Motion gestellt wurde.

➔ Der Rat überweist die Motion stillschweigend an den Regierungsrat.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass das Quorum für die sofortige Behandlung zwei Drittel der Stimmenden beträgt.

➔ Der Rat stimmt der sofortigen Behandlung der Motion mit 67 zu 3 Stimmen zu.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** spricht zur ganzen Motion. Falls nachher noch Fragen gestellt werden sollten, wird er diese anschliessend beantworten. Er hat am Vormittag mit einer Abordnung der Motionäre gesprochen, und diese haben Wert darauf gelegt, dass er gewisse Punkte ausdrücklich zu Protokoll gibt bzw. präzisierend festhält. In diesem Sinn bittet der Bildungsdirektor um Entschuldigung, dass er nun einige Zeit in Anspruch nimmt.
Kurz gesagt: Der Regierungsrat unterstützt nicht nur die Überweisung und sofortige Behandlung der Motion, sondern auch die Teilerheblicherkärung bzw. Erheblicherklärung der einzelnen Motionsbegehren, beantragt dann aber eine Umwandlung der Motion in ein Postulat. Zur Ausgangslage: Flüchtlingskinder haben das Recht auf Schulunterricht ab dem ersten Tag, und dieser Unterricht ist obligatorisch. Zuständig für den Unterricht in der obligatorischen Schulzeit ist gemäss Schulgesetz die Wohngemeinde. Für Flüchtlinge, die dem Kanton Zug zugewiesen werden, ist die Durchgangsstation Steinhausen zurzeit der erste Aufenthaltsort, und damit wird Steinhausen faktisch zur Wohngemeinde, wo die Kinder sofort eingeschult werden müssen. Sobald die Flüchtlinge und anderen Personen aus dem Asylbereich auf andere Gemeinden verteilt werden, müssen die schulpflichtigen Kinder dort in der Schule angemeldet werden.
Per 10. Februar 2016 gab es im Kanton Zug rund 163 Flüchtlingskinder oder Kinder aus dem Asylbereich im schulpflichtigen Alter, also Kindergarten, Primar- und Sekundarschule. Total leben 295 Kinder und Jugendliche zwischen null und achtzehn Jahren aus dem Asylbereich im Kanton Zug; das sei erwähnt, weil die Motion auch auf den vor- und nachobligatorischen Schulbereich ausgreift. Die steigenden Flüchtlingszahlen führen dazu, dass sich die Verweildauer in der Durchgangsstation verkürzt, weil in der gleichen Zeit mehr Personen umgeschlagen werden müssen. Ursprünglich visierte man eine Zielgrösse von bis zu einem Jahr Aufenthalt in der Durchgangsstation an, heute kann das in Spitzenzeiten nur noch wenige Wochen sein. Das ergibt für die Gemeinden eine dreigeteilte Problemlage:
• Das erste und grösste Problem ist der fehlende zeitliche Vorlauf: Es werden den Gemeinden zu gewissen Zeiten zu viele Flüchtlingskinder nach zu kurzer Zeit zugewiesen.
• Das zweite Problem sind die nicht mehr überall ausreichend vorhandenen separativen Schulstrukturen. Die Gemeinden verfügen namentlich nicht über genügend Kleinklassen für Deutschunterricht. Die Flüchtlingskinder müssen dann quasi direkt in die Regelklassen integriert werden. Das ist nicht immer von Erfolg gekrönt.

• Das dritte Problem ist die ungleiche Verteilung der Fälle und damit der finanziellen Lasten auf die Gemeinden. Die Verteilung ergibt sich aufgrund der verfügbaren Wohnplätze und ist unausgewogen. Im Resultat ist die Verteilung auch unsolidarisch.
Der Bildungsdirektor zieht das folgende Zwischenfazit: Die grundsätzliche Zuständigkeit der Gemeinden für die Volksschule hat sich bewährt. Dieses bewährte Fundament ist im Bereich der Flüchtlingskinder zurzeit aber überlastet: zu wenig Vorlauf, zu wenige Kleinklassen, ungleiche Verteilung der Lasten zwischen den Gemeinden. Die Herausforderungen in diesem Bereich sind somit eher akuter denn grundsätzlicher Natur, und entsprechend sind kantonale Massnahmen zur raschen und gezielten Vorentlastung der Gemeinden gefragt. Das ist – wie auch die heutige Debatte gezeigt hat – unbestritten.
Gerade unter Druck muss man auf Bewährtem aufbauen. Bildlich gesprochen: Wer zum Sprung ansetzen will, braucht festen Boden unter den Füssen. In diesem Sinn plädiert die Regierung dafür, nicht beim Schulgesetz anzusetzen, sondern mit kurzfristigen Massnahmen einzugreifen. Der Regierungsrat sagt deshalb Nein zu einer Gesetzesänderung und will – so der aktuelle Stand – den Kanton nicht zum Schulträger im Bereich der obligatorischen Schulzeit machen. Er will auch keine Differenzierung der Schulpflicht für Kinder aus dem Asylbereich einerseits und alle anderen Kinder andererseits. Und er will auch keine finanziellen Lasten im Bereich der obligatorischen Schule übernehmen, abgesehen von den bestehenden Verpflichtungen via Normpauschale und Sonderschulkostenteiler. Für den Regierungsrat sind also nicht eine Gesetzesänderung, sondern kurzfristige Massnahmen der erspriessliche Weg, weshalb er den Rat bittet, der Umwandlung der Motion in ein Postulat zuzustimmen.
Das Anliegen der Schaffung von zentralen, also auch gemeindeübergreifenden Integrationsklassen ist unbestritten. Unter dem Aspekt einer schnellen und flexiblen Lösung ist eine Umsetzung des Anliegens innerhalb der geltenden gesetzlichen Vorgaben anzustreben. Dies ermöglicht auch, als Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die bestehenden gemeindlichen Ressourcen – bauliche Infrastrukturen wie Schulhäuser oder Turnhallen, fachliche Führungskompetenzen in Rektoraten und Schulleitungen etc. – rasch zu operationalisieren. Der Kanton ist willens und bereit, eine aktive Koordinationsfunktion zu übernehmen und wahrzunehmen. Er hat auch die Möglichkeit, über die zuständigen Organe entsprechende Anpassungen im Bereich der Lehrpläne, Reglemente und Wochenstundentafel – hier ist der Bildungsrat zuständig – oder im Bereich der Verordnungen – zuständig ist der Regierungsrat – vornehmen zu lassen. Der Bildungsdirektor bittet deshalb nochmals, der Umwandlung der Motion in ein Postulat zuzustimmen. Man kann so genau gleich mit den raschen Massnahmen ansetzen, der Regierungsrat wird aber nicht parallel dazu in eine Gesetzeserarbeitungsschiene gestellt.
Zur Erheblicherklärung der einzelnen Ziffern der Motion stellt der Regierungsrat die folgenden Anträge:
• Ziff. 1 und Ziff. 2 können vollumfänglich erheblich erklärt werden.
• Bezüglich Ziff. 3 beantragt die Regierung die Teilerheblicherklärung: Es ist auf die fixe Dauer von einem Jahr zu verzichten. Man muss die Kinder individuell beurteilen. Falls die Kompetenzen erreicht werden, soll in der Frage der Dauer der Beschulung in Absprache mit den Rektoren eine gewisse Flexibilität herrschen. Für dieses Vorgehen spricht, dass eine starre Dauer aus pädagogischer Sicht nicht angezeigt ist. Die Teilerheblichkeit steht zudem für Flexibilität und Handlungsfreiheit.
• Auch Ziff. 4, wo es um den zwingenden Einsatz des Schulpsychologischen Diensts geht, soll teilerheblich erklärt werden. Auch hier gilt: Jedes Kind soll individuell angeschaut werden. Nicht jedes traumatische Erlebnis führt zu einem traumatisierten Kind. Der Schulpsychologische Dienst steht selbstverständlich den Lehrpersonen

und Schulleitungen zur Verfügung, es soll aber keine Abklärungen auf Vorrat geben. Erfahrungsgemäss braucht es auch Zeit, bis sich der tatsächliche Bedarf individuell zeigt.
• Bezüglich Ziff. 5 und Ziff. 6 ist der Regierungsrat einverstanden mit der Erheblicherklärung.
• Bezüglich Ziff. 7 beantragt der Regierungsrat die Teilerheblicherklärung. Die zwingende, gesetzlich vorgeschriebene Frühförderung wurde vom Kantonsrat anlässlich der letzten Schulgesetzrevision abgelehnt. Der Lösungsvorschlag der Regierung ist pragmatisch: In Zusammenarbeit mit der zuständigen Betreuungsperson, der Sozialarbeiterin oder dem Sozialarbeiter der kantonalen Sozialen Dienste Asyl, kann der Rektor vor der Einschulung eines Kindes entscheiden, ob dieses in der Gemeinde in die Regelklasse eingeschult werden soll oder ob eine separative Einschulung in einer übergemeindlichen Integrationsklasse angezeigt ist. Für dieses Vorgehen spricht die Einfachheit der Lösung bei grösstmöglicher Handlungsfreiheit.
Der Bildungsdirektor dankt dem Rat, wenn er die einzelnen Ziffern differenziert erheblich bzw. teilerheblich erklärt. Besonders aber dankt er dem Rat für die Zustimmung zur Umwandlung der Motion in ein Postulat.

**Thomas Werner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Erheblicherklärung der Ziffern 1 und 2 unterstützt. Bezüglich Ziff. 3 stellt sie den **Antrag** auf Nichterheblicherklärung. Es gibt keinen Grund für eine derart starre Regelung. Sie wird den allfälligen individuellen Stärken nicht gerecht. Warum soll ein Kind ein ganzes Jahr in der Integrationsschule festsitzen, wenn es sich schon vorher genügende Sprachkenntnisse erarbeitet hat? Die SVP sieht keinen Nutzen in Ziff. 3 und bittet um Unterstützung ihres Antrags auf Nichterheblicherklärung.

**Andreas Hostettler** hält fest, dass in Ziff. 3 festgelegt wird, dass die Schulung in den Integrationsklassen mindestens ein Jahr dauern soll. Es geht darum, dass die betreffenden Schüler nicht nach drei oder vier Monaten schon in die Regelklassen kommen. Es braucht ein Jahr, um genügend Deutsch zu lernen, ist die deutsche Sprache doch sehr schwierig. Flexibilität ja, aber es braucht diese Bestimmung. Die Schule soll davor geschützt werden, dass die Kinder aus dem Asylbereich zu schnell überwiesen werden.
Grundsätzlich wollen die Motionäre, dass die Motion erheblich erklärt wird. Sie lehnen die von der Regierung gewünschte Umwandlung in ein Postulat ab.

**Thomas Werner** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** Ziff. 4 nicht erheblich zu erklären. Dieser Punkt erstaunt die SVP sehr. Bei jeder Gelegenheit betonen FDP und CVP, dass gespart werden müsse und zusätzliche Kosten möglichst vermieden werden sollten. Niemand weiss, wie viele minderjährige Asylanten künftig von Bern nach Zug geschickt werden, und niemand weiss, wie viele Klassen schlussendlich geführt werden müssen. Wenn nun jedes dieser Kinder vom Schulpsychologischen Dienst abgeklärt und sogar noch begleitet werden soll, dann ist der Schulpsychologische Dienst entweder heute völlig überdotiert – oder er muss massiv ausgebaut werden, was zwangsläufig zu mehr Kosten führt. Man muss sich bewusst sein, dass auf unbestimmte Zeit kostenintensive Stellen geschaffen werden müssten, was nach Meinung der SVP in der momentanen finanziellen Lage des Kantons absolut unverantwortlich und vor allem überhaupt nicht notwendig ist. Es ist *deshalb* nicht notwendig, weil die Lehrpersonen im Kanton Zug auch ohne Schulpsychologischen Dienst sehr gut einschätzen können, ob ein Kind für die Regelklasse bereit ist oder nicht. Oder traut der Rat das den Lehrpersonen nicht zu? Das würde erklären, warum er eine ganze Armada von Schulpsychologen einstellen

will. Der Votant bittet den Rat, seine finanzpolitischen Versprechen einzuhalten, vernünftig und zielorientiert vorzugehen und keine Kostenexplosion zu verursachen. Das Ganze geht auch schlanker. Die SVP-Fraktion bittet deshalb, Ziff. 4 nicht erheblich zu erklären.

**Barbara Gysel** hat eine Frage zu Ziff. 3. Die SVP beantragt die Nichterheblicherklärung, der Regierungsrat die Teilerheblicherklärung. Worin liegt materiell der Unterschied? Es ist ja selbstverständlich, dass Kinder während der nötigen Zeit in den Integrationsklassen verbleiben. Wie lange aber soll das sein? Nach Meinung der Votantin herrscht Konsens darüber, dass es keine Regelung über alle Schülerinnen und Schüler hinweg geben kann.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass die Teilerheblicherklärung so zu verstehen ist, dass der Regierungsrat gewillt ist, ein entsprechendes, in der Regel auf die Dauer von einem Jahr ausgerichtetes Angebot sicherzustellen. Die Regierung will aber nicht von Gesetzes wegen verpflichtet werden, jedes Kind unabhängig vom pädagogischen Bedarf ein Jahr in der Integrationsklasse behalten zu müssen. Es ist die Starrheit, die gegen eine Erheblicherklärung spricht. Umgekehrt ist es – bei einer Nichterheblicherklärung – sicher nicht im Sinn der Erfinder, wenn die Schulung in der Integrationsklasse nur drei oder vier Wochen dauert. Die Teilerheblicherklärung ist in diesem Sinn mindestens ein Bekenntnis zum Ziel – mit der Flexibilität, im Einzelfall davon abweichen zu können.

**Esther Haas** unterstreicht, dass die Motionärinnen und Motionäre sich am Morgen vom Bildungsdirektor haben überzeugen lassen, von der vorgeschlagenen starren Regelung, die sie in Ziff. 3 und 4 gewählt hatten, abzuweichen und mehr Flexibilität zuzulassen. Die Votantin bittet deshalb, nicht den Anträgen der SVP zu folgen, sondern die Ziff. 3 und 4 teilerhbelich zu erklären. Es wäre dann auch möglich, dass die entsprechende Beschulung in den Integrationsklassen nicht starr ein Jahr, sondern gegebenenfalls weniger lang dauern würde.

**Andreas Hausheer** wollte dieselbe Frage wie Barbara Gysel stellen, möchte nun aber noch wissen, was die SVP eigentlich will. Lehnt sie Integrationsklassen gänzlich ab, oder will wie letztlich dasselbe wie der Regierungsrat?

**Thomas Werner** hält fest, dass nach Meinung der SVP Ziff. 3 problemlos gestrichen werden kann, weil ja in Ziff. 6 festgehalten wird, dass Schülerinnen und Schüler mit entsprechenden Fähigkeiten bezüglich Sprache und Verhalten an die Regelklassen weitergegeben werden.

**Esther Haas** teilt mit, dass Ziff. 6 für die Motionärinnen und Motionäre wichtig ist. Es braucht diese Koordination. In den Vorabklärungen mit den gemeindlichen Schulen mussten die Motionärinnen und Motionäre nämlich feststellen, dass viele Probleme hätten vermieden werden können, wenn zwischen den einzelnen Stellen koordiniert worden wäre. Ziff. 6 darf auf keinen Fall gestrichen werden.

**Thomas Werner** stellt klar, dass die SVP keine Streichung von Ziff. 6 beantragt hat. Sie beantragt die Streichung von Ziff. 3, weil Ziff. 6 eigentlich dasselbe besagt.

**Andreas Hausheer** hält fest, dass der Bildungsdirektor der Aussage von Thomas Werner zustimmt: Das Anliegen von Ziff. 3 ist in Ziff. 6 enthalten. Wenn das zutrifft, kann sich der Rat die Abstimmung über Ziff. 3 sparen. Ist das richtig?

Für Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** ist es irgendwie eine CVP-Krankheit, immer die Unterschiede zwischen den Regierungsmitglieder und ihren Parteien ausloten zu wollen. Fakt ist, dass zum Zeitpunkt der Fraktionssitzung die Haltung des Regierungsrats noch nicht definiert war.
Ziff. 3 legt fest, dass jedes der Integrationsklasse zugewiesene Kind mindestens ein Jahr dort bleiben muss, unabhängig von der pädagogischen Beurteilung. Das ist der Regierung zu starr. Sie bekennt sich zum Ziel von einem Jahr Vorlauf, das hat der Bildungsdirektor eingangs bei seiner Analyse der Problemlage der Gemeinden festgehalten. Auf dieses Ziel wird der Regierungsrat hinarbeiten, unabhängig davon, ob ihm mitgegeben wird oder nicht, dass die Verweildauer in der Integrationsklasse mindestens ein Jahr betragen muss. Freundlicherweise hat sich die Regierung für eine Teilerheblicherklärung ausgesprochen, dies in dem Sinne, dass sie sich zu diesem Ziel bekennt, im Einzelfall aber nicht an die starre Einjahresfrist gebunden sein will. Materiell kann man in der Tat auf Ziff. 3 verzichten, eine Teilerheblicherklärung würde aber einem noch etwas deutlicheren Bekenntnis der Regierung entsprechen, auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Was die Regierung nicht und mittlerweile auch die Motionäre nicht mehr möchten, ist, für den Einzelfall eine starre Regelung von einem Jahr vorzusehen. Es ist immer schwierig, zwischen Teil- und Nichterheblicherklärung zu unterscheiden, wenn kein konkreter Entwurf vorliegt, aber diese Klippe muss bei sofortiger Behandlung halt umschifft werden.

**Thomas Werner** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Erheblicherklärung von Ziff. 6 explizit unterstützt. Zu Ziff. 7 aber stellt sie den **Antrag** auf Nichterheblicherklärung. Dieser Punkt ist für die SVP ein absolutes *No-Go.* Ist sich der Rat bewusst, was damit angerichtet und an Kosten und Aufgaben generiert wird? Die Rede ist von Vorschulunterricht und Intensivdeutsch-Spielgruppe mit Einbezug des Schulpsychologischen Dienstes. Warum um Gotteswillen soll sich der Schulpsychologische Dienst mit Kindern in der Spielgruppe beschäftigen? Welche Begehrlichkeiten werden da geweckt? Und was heisst Intensivdeutsch-Spielgruppe? Benötigt man dafür spezialisiertes Personal mit Zusatzausbildungen? Der Votant bittet die bürgerlichen Kollegen und kostenbewussten Politikerinnen und Politiker in diesem Saal, diesen Punkt unbedingt abzulehnen. Andernfalls ist der Rat verantwortlich für mindestens eine Verdoppelung des Schulpsychologischen Dienstes bei den momentanen Zahlen; mittelfristig werden, wenn die Zahl der Asylsuchenden weiterhin so steigt wie heute, sogar noch weit höhere Kosten anfallen, weil auch mehr Räume benötigt werden. Der Votant bittet deshalb, Ziff. 7 nicht erheblich zu erklären.

**Esther Haas** hofft, dass Thomas Werner kein Problem mit dem Schulpsychologischen Dienst hat, den er immer wieder so prominent erwähnt. Die Motionärinnen und Motionäre haben auch diesen Punkt mit dem Bildungsdirektor besprochen. Dieser hat in seiner Analyse ausgeführt, dass die zwingende Frühförderung bei der Revision des Schulgesetzes abgelehnt wurde. Als Lösungsvorschlag hat er eingebracht, dass der Rektor in Zusammenarbeit mit der zuständigen Sozialarbeiterin bzw. dem zuständigen Sozialarbeiter der Abteilung Soziale Dienst Asyl vor der Einschulung eines Kindes soll entscheiden können, ob eine separative Integrationsbeschulung angezeigt sei oder nicht. Vor diesem Hintergrund sind die Motionärinnen und Motionäre einverstanden, dass Ziff. 7 teilerheblich erklärt wird. Eine Streichung kommt aber nicht in Frage. Es braucht Abklärungen, die allenfalls auf ganz tiefem Niveau erfolgen, in komplizierteren Fällen aber auch entsprechend kompliziert sein können.
Mit ihren teils sehr rigiden Aussagen sind die Motionärinnen und Motionäre mitverantwortlich für ein gewisses Durcheinander, wofür sich die Votantin entschul-

digt. Sie sind aber bereit für individuelle Lösungen und möchten auch die Türe offenhalten für kompliziertere Abklärungen, wenn es sie braucht. Das ist die Idee hinter der Teilerheblicherklärung der Ziff. 3, 4 und 7.

**Hubert Schuler** legt einleitend seine Interessenbindung vor: Er arbeitet im Sozialdienst der Gemeinde Baar, welche verschiedene Intensiv-Deutschkurse für Kinder und Spielgruppen durchführt. Es stimmt, dass damit Kosten generiert werden, aber Thomas Werner hat die Rechnung nicht zu Ende geführt: Wenn in die frühe Förderung investiert wird, erzielt man nämlich einen *Return on Investment* von bis zu 7 Franken pro investierten Franken.
Wie gesagt, führt die Gemeinde Baar sehr viele Deutsch-Spielgruppen für fremdsprachige Kinder, sogenannte Intensivdeutsch-Spielgruppen, geleitet von spezialisierten Spielgruppenleiterinnen. Der Votant ist klar der Meinung, dass die Teilerheblicherklärung von Ziff. 7 sinnvoll ist, damit entsprechende Kinder schon vor Schulbeginn die Sprache und die Schulstruktur kennenlernen und damit nachher im Schulalltag Kosten reduziert werden können.

**Jürg Messmer:** Wenn ein Kind mit drei Jahren auf der Suche nach Asyl in die Schweiz kommt, weiss man nicht, ob es in zwei oder drei Jahren, wenn es in die Schule muss, überhaupt noch in der Schweiz ist. Und für dieses Kind soll nun mit Ziff. 7 Geld ausgegeben werden: Der Schulpsychologe soll aufgeboten und das Kind zwingend in einen Deutschkurs geschickt werden. Dieselbe Thematik diskutierte der Rat schon in Zusammenhang mit dem Schulgesetz, wo man fremdsprachige Kinder zwingen wollte, vorschulisch Deutsch zu lernen. Das kann es nicht sein, weshalb der Votant den Rat bittet, Ziff. 7 ersatzlos zu streichen.

**Olivia Bühler** legt zuerst ihre Interessenbindung vor: Sie arbeitet als Schulpsychologin beim Schulpsychologischen Dienst des Kantons Zug.
Die von den Motionären in Ziff. 4 vorgeschlagene flächendeckende Abklärung macht fachlich keinen Sinn. Für Flüchtlinge sind im ersten Jahr vor allem Stabilität und Ruhe wichtig. Man kann nach einigen Wochen keine differenzierte psychologische Abklärung machen und einen Entscheid fällen. Die Lehrpersonen, welche die Kinder begleiten, können – wie bereits gesagt wurde – sehr gut einschätzen, wann die Kinder für den Übertritt in die Regelklasse bereit sind. Eine Abklärung durch den Schulpsychologischen Dienst macht erst Sinn, wenn das Kind länger in der Schweiz ist, frühestens nach einem Jahr. Das wird bereits heute so gemacht. Die Votantin hat gerade in dieser Woche ein Kind aus Thailand abgeklärt, welches das Alphabet lernen musste. Auch hier hat man die Schule darauf aufmerksam gemacht, dem Kind Zeit zu geben, bevor es beim Schulpsychologischen Dienst angemeldet wurde. Schwersttraumatisierte Kinder gibt es, aber das sind Einzelfälle – und sie brauchen vor allem ärztliche Begleitung; sie werden vom Schulpsychologischen Dienst weiterverwiesen an einen kinderpsychiatrischen Dienst.
Abklärungen beim Schulpsychologischen Dienst sind also möglich, aber man muss immer den Einzelfall anschauen.

**Thomas Werner** hält fest, dass das Votum seiner Vorrednerin die Haltung der SVP-Fraktion bestätigt. Es bestätigt auch, dass die Verfasser der vorliegenden Motion vielleicht etwas über das Ziel hinausgeschossen und zu viel in ihren Vorstoss hineingepackt haben. Das mag auch der Grund dafür sein, dass sich die Diskussion in die Länge zieht. Nach den Ausführungen der Vorrednerin dürfte aber klar sein, dass Ziff. 4 problemlos gestrichen werden kann.

Zu Ziff. 7 stellt sich die Frage: Was ist mit anderen Kindern aus dem Ausland, die ebenfalls nicht Deutsch können? Es werden hier genau jene Begehrlichkeiten geweckt, die der Rat bei der Revision des Schulgesetzes explizit ablehnte. Sie werden nun durch die Hintertür wieder in den Raum gestellt. Entweder bevorzugt man also die Asylantenkinder gegenüber anderen ausländischen Kindern, oder man unterstellt ihnen, dass sie zu wenig begabt seien, um in normalen Spielgruppen Deutsch zu lernen. In den normalen Spielgruppen wird ja Schweizerdeutsch gesprochen, und fremdsprachige Kinder können sich hier sehr schnell die nötigen Sprachkenntnisse aneignen – ohne Intensiv-Deutschkurse. Den angeführten *Return on Investment* von 7 Franken kann man zwar in den Raum stellen, der Votant zweifelt ihn aber an, da man ja nicht weiss, wie lange die betreffenden Leute in der Schweiz bleiben. Eigentlich gehen sie ja in ihr Land zurück, wenn dort wieder Friede eingekehrt ist.

**Andreas Hostettler** teilt mit, dass es nicht im Sinn der Motionäre ist, einen grossen Apparat aufzubauen und möglichst viele Kinder dem Schulpsychologischen Dienst zuzuweisen. Ziel ist es vielmehr, dass die anderen Kinder auch dann möglichst gut geschult werden können, wenn die Kinder aus dem Asylbereich in die Schule kommen. Es soll auch vermieden werden, dass der normalen Schule durch Kinder aus dem Asylbereich, welche die nötigen Kompetenzen noch nicht haben, grosse Kosten entstehen. Und zwar sollen die Kosten gespart werden, indem die Kinder aus dem Asylbereich bereits ein gewisses Vorwissen haben, wenn sie in die Regelklassen kommen. Die Probleme sollen also nicht erst dann angegangen werden; dann ist es nämlich zu spät.
Die Motionäre können sich vorstellen, Ziff. 3 zu streichen und sie in Ziff. 6 zu integrieren. Ziff. 7 soll aber bewusst teilerheblich erklärt werden. Wo nötig, sollen entsprechende Massnahmen möglich sein, in dem Sinne, dass später, wenn die betreffenden Kinder in den Regelklassen sind, diese Kosten nicht mehr anfallen und die einheimischen Kinder wirklich gut geschult werden können. Man muss sich bewusst sein, dass die Asylkinder nicht beispielsweise aus Portugal, sondern aus einem anderen Kulturbereich mit einer anderen Schrift, einer total anderen Sprache etc. kommen.

Für **Silvia Thalmann** sieht man hier, was passiert, wenn eine Motion sofort behandelt wird: Achtzig Kantonsratsmitglieder machen eigentlich Kommissionsarbeit – was sehr schwierig ist. Die Votantin hat die Schwierigkeit, dass sie inhaltlich den Unterschied zwischen dem Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung der Ziff. 3, 4 und 7 und dem Antrag der SVP-Fraktion auf Nichterheblicherklärung dieser Ziffern nicht wirklich erkennt. Inhaltlich scheinen die zwei Positionen sehr nahe beieinander zu liegen. Die Votantin tendiert im Moment dazu, in Ziff. 3 dem Regierungsrat zu folgen, dies weil die Motionäre erklärt haben, dass sie eine Schulung in der Integrationsklasse wollen, aber von der Starrheit ihrer anfänglichen Forderung abgerückt sind. Auch bei den Ziff. 4 und 7 wird die Votantin der Regierung folgen. Es wäre ihrer Meinung nach aber sehr hilfreich, wenn entweder der eine oder der andere Antrag zurückgezogen würde, weil sonst eine Art Pattsituation besteht – obwohl inhaltlich eigentlich alle dasselbe wollen.
Zur beantragten Umwandlung in ein Postulat hält die Votantin fest, dass der Rat bezüglich Flüchtlingsthematik und -schulung eine grosse Flexibilität an den Tag legen sollte. Niemand weiss, ob in einem Jahr anderthalbmal oder nur noch halb so viele Flüchtlinge wie heute zu betreuen sind; im zweiten Fall würde sich alles entschärfen. Die Votantin tendiert deshalb dazu, nicht an der Motion festzuhalten, die ja eine Gesetzesänderung zur Folge hätte. Vielmehr sollte die Situation intensiv

beobachtet und entsprechend gehandelt werden. In welche Richtung es gehen soll, wurde klar dargelegt.

Für **Esther Haas** ist wichtig, dass die Thematik grundsätzlich dem Kanton übergeben werden soll. Dieser soll die Verantwortung und den *Lead* übernehmen. Die Motionäre wollen nicht, dass die Sache bei den Gemeinden hängenbleibt. Sie bitten deshalb dringend, die Motion nicht in ein Postulat umzuwandeln.

➔ Der Rat erklärt Ziff. 1 der Motion stillschweigend erheblich.

➔ Der Rat erklärt Ziff. 2 der Motion stillschweigend erheblich.

**Esther Haas** möchte klar feststellen, dass die Motionäre mit der Teilerheblicherklärung von Ziff. 3, 4 und 7 einverstanden sind.

➔ Der Rat erklärt Ziff. 3 der Motion mit 50 zu 21 Stimmen teilerheblich.

➔ Der Rat erklärt Ziff. 4 der Motion mit 46 zu 22 Stimmen teilerheblich.

➔ Der Rat erklärt Ziff. 5 der Motion stillschweigend erheblich.

➔ Der Rat erklärt Ziff. 6 der Motion stillschweigend erheblich.

➔ Der Rat erklärt Ziff. 7 der Motion mit 41 zu 29 Stimmen teilerheblich.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Motion als Ganzes damit teilerheblich erklärt ist.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über die Umwandlung der Motion in ein Postulat abgestimmt wird.

**Zari Dzaferi** möchte dem Rat nochmals ans Herz legen, die Motion nicht in ein Postulat umzuwandeln. So wird der Druck aufrechterhalten, und der Regierungsrat wird beauftragt, am Thema dranzubleiben. Wenn der Bildungsdirektor gesagt hat, dass im Schulgesetz keine Ausnahmen eingeführt werden sollten, so ist das nicht ganz richtig. Kantonsschüler am Untergymnasium sind nämlich den Gemeinden zugeteilt, trotzdem aber trägt der Kanton die Verantwortung für sie. Das Gleiche gilt für das Integrations-Brücken-Angebot (I-B-A): Auch diese Schüler sind den Gemeinden zugeteilt, der Kanton übernimmt aber für sie die Verantwortung. Im Weiteren beteiligt sich der Kanton zu 50 Prozent an der Finanzierung von Sonderschülern in den Gemeinden.
Es ist auch deshalb wichtig, an der Motion festzuhalten, weil es – falls sich die Gemeinden nicht über die Finanzierung der Integrationsklassen einigen können – eine gesetzliche Regelung auf Kantonsebene brauchen wird, um eine gewisse Fairness zu gewährleisten. Man kann nämlich nicht Neuheim mit Steinhausen vergleichen, weil es in Steinhausen auch wegen der Durchgangsstation viel mehr Asylsuchende bzw. entsprechende Fälle gibt. Mit dem Festhalten an der Motion vergibt sich der Rat nichts, und wenn der Regierungsrat seine Arbeit so erledigt, wie es von ihm erwartet wird, kann man die Motion danach immer noch abschreiben.

**Heini Schmid** hält fest, dass es bei der Unterscheidung zwischen Motion und Postulat grundsätzlich darum geht, ob ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet werden soll oder nicht – wobei der Votant hier davon ausgeht, dass der Rat eigentlich kein Gesetzgebungsverfahren einleiten will. Vielmehr will der Rat, dass die Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Kanton und gestützt auf das bestehende Gesetz das vorliegende Anliegen umsetzen. Und wenn der Regierungsrat das Anliegen nun erfüllt, dann braucht es wirklich keine Motion, sondern dann entspricht der Vorstoss einem Postulat. Der Votant empfiehlt deshalb, der Umwandlung in ein Postulat zuzustimmen.

➔ Der Rat wandelt die teilerheblich erklärte Motion mit 41 zu 27 Stimmen in ein Postulat um.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält nachträglich fest, dass ihm in der vorangehenden Debatte eine unpassende Bemerkung an die Adresse der CVP herausgerutscht ist. Er bittet um Nachsicht, dass ihm die Pferde durchgegangen sind, und entschuldigt sich für diesen Ausrutscher.

**374** Traktandum 3.2: **Motion von Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Standesinitiative zur Stärkung der Privatsphäre und Freiheit durch die Verankerung der Bargeldnoten im Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel (WZG) und Einführung einer 5000-Franken-Banknote**
Vorlage: 2587.1 - 15095 (Motionstext).

**Hubert Schuler** als Sprecher der SP-Fraktion: Der Kantonsrat behandelt die Geschäfte, welche für den Kanton und die Bevölkerung von Zug relevant sind. Selbstverständlich ergeben sich dabei immer wieder Überschneidungen mit anderen Ebenen, nach unten und nach oben. Es gibt jedoch klare Grenzen, welche aus der Sicht der SP respektiert werden sollten. Dazu gehören die Landesverteidigung, der Aussenhandel und die Währung resp. die Zahlungsmittel.
Mit der vorliegenden Motion soll eine Standesinitiative eingereicht werden, welche fordert, dass eine neue Geldnote mit dem Nennwert von 5000 Franken geschaffen wird. Die SP ist der Meinung, dass es keine grösseren Noten als die bereits bestehenden 1000-Franken-Noten braucht, so lange die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in der Zentralschweiz einen Medianlohn von etwa 6300 Franken verdient. Wie soll denn eine 5000-Franken-Note verwendet werden, wenn heute bereits bei der Tausendernote Einschränkungen bestehen, etwa bei Tankstellen? Auch das Argument der Freiheit scheint dem Votanten weit her geholt zu sein, denn die Note kann nicht verwendet werden und müsste einfach unter der Matratze gehortet werden.
Der Kanton Zug und im Speziellen der Zuger Kantonsrat würde sich mit einem solchen Vorstoss bei der Bevölkerung lächerlich machen. Die nationale Reaktion war bereits enorm, und noch selten wurde ein politischer Vorstoss in einem kantonalen Parlament am Sonntagabend im Fernsehen thematisiert. Der Votant hört schon jetzt die entsprechenden Aussagen: Haben die denn keine anderen Probleme zu lösen? Oder: Für was erhalten diese Kantonsräte eigentlich Sitzungsgelder?
Die SP-Fraktion stellt aus diesen Gründen den **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion und bittet den Rat, diesen Antrag zu unterstützen.

**Philippe Camenisch** spricht für die FDP-Fraktion. Es ist leider nicht zu negieren, dass die Diskussion in EU-Kreisen, die 500-Euro-Note zu eliminieren, auch die Diskussion in der Schweiz befeuert, das Halten von Bargeld und dessen Einsatz als Zahlungsmittel weiter einzudämmen. Es gehört heute innerhalb der EU, aber auch zusehends in der Schweiz zum guten Ton, Bargeld unter Generalverdacht zu stellen. Vor diesem Hintergrund kommt es nicht von ungefähr, dass sich Exponenten aus der Politik gegen solche Strömungen einsetzen. Unlängst berichtete das Schweizer Fernsehen über die positiven Erfahrungen in Dänemark und lobte die dortige, mittlerweile faktisch bargeldlose Gesellschaft. Mit solchem Sukkurs soll das politische Terrain für die Einschränkung von Bargeldtransaktionen auch in der Schweiz geebnet werden.
Die FDP steht klar für Bargeld ein und will an der heutigen Situation nichts ändern bzw. Bargeld keinesfalls einschränken. Dass die OECD zusammen mit der EU die Schweiz zu diesem Thema bereits ins Visier genommen hat, ist unlängst publik geworden. Dies dürfte auch die Motivation für die SVP-Ratsmitglieder Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg gewesen sein, diesen Vorstoss einzureichen. Wenn Brunner und Brandenberg nun politisch aktiv werden, um die Eindämmung des Bargelds zu verhindern, so hegt die FDP gewisse Sympathien dafür. Was sie vorschlagen, nämlich die Einführung einer 5000-Franken-Note, ist aber leider eine reine Provokation, welche es – wie gehört – sogar in die Fernsehsendung «Giacobbo/Müller» geschafft hat und damit ein gefundenes Fressen war, um sich einmal mehr über den Kanton Zug lustig zu machen. Wenn in der Schweiz der Status Quo betreffend Bargeld und dessen Einsatz gehalten werden kann, ist das bereits ein Sieg für den Erhalt einer freiheitliche Geldordnung. Der Votant ruft die SVP auf, sich dafür einzusetzen, beispielsweise mithilfe ihres Vertreters in Bern, Thomas Aeschi. Stattdessen aber nimmt sich die SVP einmal mehr mit solchen überzeichneten Vorstössen gleich selber wieder aus dem Rennen. Das ist schade, denn die SVP kann nicht auf die FDP zählen, wenn es darum geht, Eigentore zu schiessen. Die SVP lehnt die Überweisung dieser Motion *pour la galerie* deshalb ab.

Mitmotionär **Manuel Brandenberg** gliedert seine Ausführungen zur vorliegenden Motion in zwei Teile: Zuerst spricht er in einem formellen Teil über die Zuständigkeit des Kantonsrats in dieser Frage; nachher geht er in der inhaltlichen Begründung einerseits der Frage nach der Verankerung der bestehenden Bargeld- bzw. Noten-Nennwerte im *Gesetz* nach – also nicht mehr in der Kompetenz des Direktoriums der Nationalbank, das in jeder Sitzungen etwas Neues beschliessen kann –, andererseits spricht er über das Anliegen, zusätzlich im Gesetz eine 5000-Franken-Note zu verankern.
Die Frage der formellen Zuständigkeit kommt im Kantonsrat immer wieder zur Sprache. Die SP hat gesagt, der Rat sei nicht zuständig für die Aussenpolitik oder die Landesverteidigung; die FDP hat die Motionäre in verdankenswerter Weise an deren Nationalrat Thomas Aeschi erinnert. Der Votant hat dazu die Bundesverfassung konsultiert und zitiert Art. 45 Abs. 1: «Die Kantone wirken nach Massgabe der Bundesverfassung an der Willensbildung des Bundes mit, insbesondere an der Rechtsetzung.» Rechtsetzung ist zum Beispiel eine Änderung des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel – da wäre der Kantonsrat also schon mal kompetent. Genaueres sagt Art. 160 Abs. 1 BV: «Jedem Ratsmitglied, jeder Fraktion, jeder parlamentarischen Kommission und jedem Kanton steht das Recht zu, der Bundesversammlung Initiativen zu unterbreiten.» Es ist nicht die Rede davon, dass dieses Recht beschränkt sei. Vielmehr betrifft es sämtliche Gesetzgebungskompetenzen der Bundesversammlung, also auch in der Aussen-, Sicherheits- oder Währungspolitik. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Kritik an der vorlie-

genden Motion hält der Votant fest, dass es von Seiten der SVP mit Sicherheit noch weitere Vorstösse für Standesinitiativen geben wird, wenn nötig schon bald, auch wenn die FDP dies als «Eigentor» betrachtet. Die Verfassung des Kantons Zug sagt über die Kompetenz zu Standesinitiativen in § 41 Abs. 1 Bst. r: «Die Ausübung der den Kantonen in der Bundesverfassung eingeräumten bundesstaatlichen Mitwirkungsrechte ist in der Kompetenz des Kantonsrats.» Der Kantonsrat ist also vollumfänglich kompetent für ein Volksanliegen und kann dieses beim Bund einbringen, selbstverständlich nur wenn die Mehrheit des Rats zustimmt. Der Votant hat sich auch schon überlegt, ob man allenfalls die Kantonsverfassung so ändern sollte, dass im Kanton Zug die Zuständigkeit für die Einreichung einer Standesinitiative bei jedem Bürger liegen würde. Er hat diesen Gedanken noch nicht vertieft abgeklärt, ist aber der Meinung, eine solche Änderung wäre möglich, ist doch der Kanton zuständig für die Definition, wer im Namen eines Kantons eine Standesinitiative einreichen kann.
Das Hauptanliegen der Motionäre ist inhaltlich einfach: Sie wollen die bestehenden Noten-Nennwerte – also 10, 20, 50, 100, 200 und 1000 Franken – im Gesetz festlegen. So würde sichergestellt, dass die Nennwerte nicht sehr schnell abgeändert werden können, zum Beispiel aufgrund von Druck von aussen. Der Votant glaubt zwar nicht, dass das jetzige Direktorium der Nationalbank etwas ändern würde – er hält Thomas Jordan für einen sehr charakterstarken und hervorragenden Notenbanker –, man sollte solche Entscheide aber nicht anhand von Personen, sondern anhand der Landesinteressen treffen. Wenn die Nennwerte nicht mehr in der Kompetenz der Nationalbank liegen würden, sondern im Gesetz festgeschrieben wären, müsste das Gesetz geändert werden, wenn beispielsweise die 1000-Franken-Note abgeschafft werden sollte. Dieser Prozess in Bundesbern würde lange dauern, so dass man nicht aufgrund von einigen Wochen Drucks eine so einschneidende Massnahme treffen könnte.
Zur 5000-Franken-Note: Natürlich war dieser Vorschlag ein wenig auch ein Marketing-Zückerchen für die heutige Debatte; dass der Vorschlag es sogar in die Sendung «Giacobbo/Müller» schaffte, war dem Votanten nicht bekannt – und eigentlich ist das ja auch nichts Unehrenhaftes. Auch vor diesem Hintergrund ist der Votant der Meinung, dass die Motion überwiesen werden kann. Es geht ja nur um die Überweisung. Der Regierungsrat kann dann einen Bericht und Antrag vorlegen, und der Kantonsrat kann immer noch eine Teilerheblicherklärung – ohne die 5000-Franken-Note – beschliessen, so dass wenigstens die Noten-Nennwerte im Gesetz verankert und damit eine gewisse Sicherheit geschaffen würde. Das wäre ein vernünftiges Vorgehen. Der Votant hätte sogar ein gewisses Verständnis, wenn der Rat die 5000-Franken-Note ablehnen würde – obwohl er persönlich das eine gute Idee findet. In diesem Sinne bittet er, den Antrag der SP-Fraktion nicht zu unterstützen und die Motion zu überweisen.

**Philippe Camenisch** hat eine formelle Frage: Ist es überhaupt möglich, die vorliegende Motion aufzuteilen? Aus der Reaktion des Landschreibers schliesst er, dass dies nicht möglich ist.

Auch **Pirmin Andermatt** stellt den **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion. Der Auftrag der Schweizerischen Nationalbank zur Bargeldversorgung lautet wie folgt: «Die Nationalbank verfügt über das Monopol zur Ausgabe von Banknoten. Sie versorgt die Schweizer Wirtschaft nach den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs mit Noten, die hohen Qualitäts- und Sicherheitsansprüchen genügen.» Der Notenumlauf der Nationalbank per 31. Dezember 2015 betrug 67,4 Milliarden Schweizer Franken, davon 41,8 Milliarden Franken, also zwei Drittel, in Tausendernoten.

Denkt da wirklich jemand, dass die Tausendernoten einfach abgeschafft werden? Zwei Drittel des Bargelds wären dann einfach weg. Schon heute ist es vielerorts schwierig, eine Tausendernote als Zahlungsmittel zu gebrauchen, da schlicht das Retourgeld fehlt.
Staatspolitisch fragwürdig ist der zweite Satz unter Ziff. 5 der Motion: «Bargeld ist vergleichbar mit der Waffe des wehrhaften Schweizer Bürgers zuhause.» Was soll dieser Satz?
Falls die Motionäre wirklich gegen den schleichenden Abbau des Bargelds sind, sollen sie die Motion genauso formulieren, wie Manuel Brandenberg es vorhin gesagt hat. Einfach eine Motion einzureichen, welche bei «Giacobbo/Müller» als Witz hingestellt wird, bringt nichts. Der Kantonsrat ist in den letzten Monaten schon genug gebeutelt worden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Quorum für eine Nichtüberweisung gemäss § 45 Abs. 2 GO KR zwei Drittel der Stimmenden beträgt.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 zu 16 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

**375** Traktandum 3.3: **Postulat der SP-Fraktion, der SVP-Fraktion und der Fraktion Alternative - die Grünen sowie von Thomas Lötscher, Thomas Gander, Daniel Stuber, Karen Umbach, Monika Weber, Claus Soltermann und Willi Vollenweider betreffend Projekt Regierung und Verwaltung 2019**
Vorlage: 2586.1 - 15094 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**376** Traktandum 3.4: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Stadt Zug – Verbesserung der Situation für den nicht motorisierten Verkehr auf dem Postplatz und zwischen Bahnhof und Metalli**
Vorlage: 2582.1 - 15078 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**377** Traktandum 3.5: **Interpellation von Barbara Gysel, Karin Andenmatten-Helbling, Anna Bieri, Nicole Imfeld, Gabriela Ingold, Hanni Schriber-Neiger und Karen Umbach betreffend gleiche Löhne für Frau und Mann im Kanton Zug**
Vorlage: 2584.1 - 15087 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**378** Traktandum 3.6: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit – Fakten und Massnahmen erwünscht**
Vorlage: 2588.1 - 15096 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**379** Traktandum 4.1: **Bildungskommission**

Anstelle von Martin Pfister soll ab sofort Silvia Thalmann das Präsidium der Bildungskommission übernehmen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**380** Traktandum 4.2: **Sportchefin des Kantonsrats**

Anna Bieri stellt per Ende Februar 2016 ihr Amt als Sportchefin zur Verfügung. Sie wird zwar weiterhin sportlich tätig sein, legt aus erfreulichen Gründen derzeit die Priorität aber auf das Schwangerschaftsturnen. Der Vorsitzende wünscht ihr im Namen des Rats für die Schwangerschaft und die Geburt alles Gute.
Anna Bieri schlägt Laura Dittli als ihre Nachfolgerin per 1. März 2016 vor. Es gibt keine Gegenkandidaturen.

➔ Der Rat wählt Laura Dittli zur Sportchefin des Kantonsrats.

Der **Vorsitzende** gratuliert Laura Dittli zu ihrem Amt und wünscht ihr viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit.

TRAKTANDUM 12

**381** **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG; BGS 122.5) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung**
Vorlagen: 2529.1 - 14972 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2529.2 - 14973 (Antrag des Regierungsrats); 2529.3/3a - 15077 (Bericht und Antrag der Kommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sowohl der Regierungsrat als auch die vorberatende Kommission beantragen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die Staatswirtschaftskommission hat die Vorlage nicht beraten, weil sie keine finanziellen Auswirkungen auf die Staatsrechnung hat.

EINTRETENSDEBATTE

**Hanni Schriber-Neiger,** Präsidentin der vorberatenden Kommission: Gute Kenntnisse der deutschen Sprache oder einer Landessprache gelten seit knapp drei Jahren im Kanton Zug als Voraussetzung für die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung. Die Regierung stellt dazu einen Antrag auf Änderung des EG AuG: Neu sollen Personen bei einem wichtigen «öffentlichen Interesse» von dieser Voraussetzung ausgenommen werden. Diese Ergänzung bei § 8 hat es in sich. Sie

löste sie in der vorberatenden Kommission viele Fragen aus, die von Sicherheitsdirektor Beat Villiger, von der Generalsekretärin Meret Baumann und vom Leiter für Migration Georg Blum beantwortet wurden.
Gestützt auf einen bundesrechtlichen Rechtsanspruch erhalten Ausländerinnen und Ausländer, welche über eine Aufenthaltsbewilligung B verfügen, nach fünf Jahren eine Niederlassungsbewilligung C. Das Bundesrecht sieht die Möglichkeit vor, dass Personen auch nur wegen «öffentlichen Interesses» eine Aufenthaltsbewilligung bekommen können. Die Interpretation des «öffentlichen Interesses» stand in der Kommissionssitzung denn auch im Mittelpunkt der Diskussion. Eine grosse Mehrheit fand, dass ein Interesse an der Anwesenheit von sehr vermögenden Personen im Kanton vorliegt, hauptsächlich wegen des Steuersubstrats. Eine kleine Minderheit bezweifelte jedoch, dass ein gesamtkantonales Interesse bestehe, und glaubt nicht, dass die zwanzig sehr reichen Personen aus dem Kanton wegziehen würden.
Weiter wurde der Frage nachgegangen, ob mit dieser Vorlage Rechtsungleichheit geschaffen werde, was die Mehrheit der Kommission verneinte. Sie vertrat die Meinung, dass mit dieser Ergänzung sogar Transparenz geschaffen werde, dies im Unterschied zu anderen Kantonen. Es wurde dem Einwand der Minderheit widersprochen, dass eine Käuflichkeit zur Schau gestellt werde. Weiter hielt die Kommission fest, dass Integration nicht nur über eine Landessprache stattfinden kann, sondern auch über Wirtschaftsförderung und Sponsoring. Gleichzeitig hegt man aber Bedenken, dass es dabei nicht immer um reine Gemeinnützigkeit geht, sondern *Goodwill* bei der Bevölkerung erkauft wird. Schliesslich sprach sich die Kommission mit 13 zu 2 Stimmen für Eintreten auf die Vorlage aus.
Eine Debatte wurde ausgelöst zu § 8 Abs. 2, um den Rechtsbegriff des «unverschuldeten Unvermögens» noch mehr zu konkretisieren. Bereits heute sieht das Gesetz dies als Ausnahme bezüglich Deutschkenntnissen für Personen mit einer Behinderung vor. Das Amt für Migration versicherte glaubhaft, dass jeweils eine strenge Auslegung dieser Ausnahme gemacht werde. Der Änderungsantrag wurde dann mit 11 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung abgewiesen.
Ein weiterer Antrag wollte die Streichung der vorgeschlagenen Gesetzesänderung unter anderen mit der Begründung, dass einige Gemeinden in der Vernehmlassung fanden, dass die Änderung finanziell irrelevant und die Rechtsgleichheit in Gefahr sei. Die Kommission lehnte auch diesen Antrag mit 12 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, ab.
Mit der Vorlage 2529 werden noch zwei technische Anpassungen bei § 6 und § 9 vorgenommen, die unbestritten waren. Es geht um die Mitteilungspflichten der Zivilstandsbehörden an das Migrationsamt und um die Anpassung eines Verweises bei der Dublin-Haft. Die zwei Kommissionsaufträge zur Abklärung wurden ausführlich beantwortet.
In der Schlussabstimmung stimmte die vorberatende Kommission der Vorlage mit 13 zu 2 Stimmen zu.

**Esther Haas** stellt namens der ALG den **Antrag,** nicht auf das vorliegende Geschäft einzutreten. Die gesamte Fraktion war von Anfang an einstimmig und ohne irgendwelche Relativierungen gegen dieses Gesetz. Und es gibt bis heute kein einziges Argument, welches sie vom Gegenteil überzeugen könnte.
Das Signal, welches mit der vorgesehenen Gesetzesänderung ausgesendet würde, ist verheerend: Im Kanton Zug kann man sich eine Niederlassungsbewilligung C kaufen. Sowohl die Regierung als auch die vorberatende Kommission, welche mit 13 zu 2 Stimmen die Gesetzesänderung befürwortete, wollen diese für die ALG völlig unverständliche Regelung: Vermögende Personen sollen von der gesetzlich

vorgeschriebenen Integration, konkret dem Erlernen der deutschen Sprache, befreit werden. Als «problematisches Signal» bezeichnete SVP-Generalsekretär Martin Baltisser die geplante Gesetzesänderung bezüglich der Niederlassungsbewilligung C. Damit soll eine in der Schweiz seit 1848 noch nie dagewesene Ungleichheit geschaffen werden, vergleichbar mit mittelalterlichen Zuständen, als es noch klare Grenzen zwischen dem Adel, der Kirche und dem Volk gab. Die Schweiz kennt jedoch seit der Gründung des Bundesstaats den Grundsatz «Gleiche Rechte bei gleichen Pflichten». Mit einer Ausnahmeklausel soll im Kanton Zug dieser Grundsatz nun über den Haufen geworfen werden. Als Begründung führt die Regierung «wichtige öffentliche Interessen» ins Feld. Das vermeintlich öffentliche Interesse – deklariert als «erhebliche kantonale fiskalische Interessen» – rechtfertigt ein solches Vorgehen in keiner Art und Weise. Für die ALG spielt es überhaupt keine Rolle, ob eine oder zwanzig Personen von solch einer Ausnahmebewilligung profitieren würden. Sollte es sich bei den Betroffenen nur um ein paar wenige handeln, dann findet die ALG das Ganze umso tragischer, sind doch solche Einzelfallgesetze sonst die Spezialität von Bananenrepubliken. Wenn der Kanton Zug sich nur mit zwanzig Top-Verdienenden finanziell über Wasser halten kann, dann hat er vieles andere falsch gemacht. Für die ALG ist es insgesamt erschreckend, dass man der Rechtsungleichheit Tür und Tor öffnet. Erschreckend ist auch die Art und Weise, wie das geschieht: offen und ohne jegliche Scham.

Die Gesetzesänderung wirbelt die rechtsstaatlichen Grundsätze gehörig durcheinander und ist einer demokratischen und liberalen Gesellschaft wie dem Kanton Zug unwürdig. Man darf doch von Personen, auch *weil* sie viel Geld besitzen, voraussetzen, dass sie sich nach zehn Jahren um den Spracherwerb bemühen – oder wie es der designierte Präsident der CVP Schweiz Gerhard Pfister im «Tagesanzeiger» sagte: «Es ist durchaus zumutbar, wenn auch die reichen Ausländer ein halbes Jahr lang einen Deutschkurs besuchen sollen.» Von einem ausländischen Arbeiter beispielsweise aus der Türkei, der auf dem Bau arbeitet, also während zehn Jahren in einem Umfeld tätig ist, in welchem nur Fremdsprachen gesprochen werden, wird das Erlernen der deutschen Sprache erwartet, nicht aber von einem sogenannten Kosmopolit, der eigentlich die Zeit und Finanzen hätte, um sich bei gutem Willen auch nur ansatzweise – das wäre ja keine Hexerei – die deutsche Sprache anzueignen. Das stösst der ALG gehörig auf. Es stellt für sie eine Rechtsungleichheit dar, wenn Personen, die sich nicht integrieren wollen, aufgrund ihres Geldes trotzdem eine Niederlassungsbewilligung C erhalten. 1 Million Franken bot die Witwe Claire Zachanassian im «Besuch der alten Dame» von Friedrich Dürrenmatt den Dörflern aus Güllen für ein – sagen wir – unmoralisches Angebot. Mit ihrem Angebot spekulierte die alte Dame auf die menschliche Gier nach finanziellen Vorteilen. Für einmal geht es hier nicht um Diskriminierung infolge der Herkunft oder der religiösen Überzeugung. Nein, mit dieser Gesetzesvorlage wird eine klare Unterteilung zwischen finanziell nützlicheren und etwas weniger nützlichen Personen gesucht. Niederlassungswillige, die aber kein Deutsch sprechen wollen, könnten also durchaus auf die Gier des Kantons Zug zählen.

Das Beherrschen einer Landessprache ist für die erfolgreiche Integration zentral. Dies gilt für den Topmanager genauso wie für den Landschaftsgärtner oder die Krankenpflegerin. Die Gefahr einer internationalen Parallelgesellschaft ist real. Das gilt es zum Wohl eines gut funktionierenden Kantons zu vermeiden. Es wäre sogar ein Gewinn für den Kanton Zug, wenn auch sehr vermögende Personen einen öffentlichen Sprachkurs belegen würden. Der Zusammenhalt im Kanton, der Austausch unter den verschiedenen sozialen Schichten, würde eher gefördert.

Die Regierung ist sich nicht zu schade, die Vorlage mit dem Hinweis auf andere Kantone zu rechtfertigen, weil dort diese Rechtsungleichheit offenbar im Geheimen

stattfindet. Die Regierung rühmt sich sogar noch für ihre transparente Haltung. Die ALG verurteilt eine solche Haltung aufs Schärfste, denn wenn andere Kantone käuflich sind, muss sich der Kanton Zug dem doch nicht anschliessen! Der Rechtsstaat darf doch nicht Regeln machen für Unrechtmässigkeiten, nur weil es sonst sowieso im Geheimen passiert. Die ALG hat den Anspruch, dass die Sicherheitsdirektion oder die Ämter kontrollieren, ob die Gesetze eingehalten werden. Sie kapituliert nicht vorzeitig mit dem Argument, dass dies geheim stattfinden würde. Es ist erschreckend genug, wenn dies andernorts so gemacht wird; da muss der Kanton Zug nicht noch die Kopie abliefern.
Mit dieser Vorlage stehen wesentliche rechtsstaatliche Grundwerte auf dem Prüfstand, und letztlich geht es um wichtige Eckpfeiler der Gesellschaft, deren Fortbestand in Frage gestellt ist. Deshalb stellt die ALG den Antrag auf Nichteintreten. Sollte sich der Rat trotzdem für Eintreten entscheiden, wird die ALG die Streichung des zweiten Nebensatzes von § 8 Abs. 2 bzw. die Beibehaltung des geltenden Rechts beantragen. Die ALG dankt für die Unterstützung.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Geht es in der Politik um Ausländerinnen und Ausländer, ist Populismus nicht weit, wie man dieser Tage und Wochen leider mehrfach feststellen muss. Und so löst auch die vom Regierungsrat neu vorgeschlagene Ausnahmeklausel bei § 8 Abs. 2 EG AuG vielerorts Kopfschütteln aus: Personen, die sogenannt «wichtige öffentliche Interessen» aufweisen, werden beim Beantragen der Niederlassung von der Sprachpflicht befreit. Zug erklärt einmal mehr Superreiche & Co. zum Sonderfall. Leider! Die SP lehnte die regierungsrätliche Extraklausel für Megareiche schon in der Vernehmlassung mit deutlichen Worten ab. Sie bleibt bei dieser Haltung und stellt ebenfalls den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten.
Wer die Vorlage des Regierungsrats richtig verorten will, muss die bestehenden Rechtsgrundlagen begreifen. Das heutige Recht, seit bald drei Jahren in Kraft, geht mit § 8 EG AuG auf eine Motion zurück, die u. a. von der SP und Vertretungen auch bürgerlicher Parteien lanciert und mitgetragen wurde. Bei einem Gesetzgebungsprojekt sollte man sich immer auch die Frage stellen, bei welchen Personengruppen es zur Anwendung gelangen wird. Sinn und Geist der damaligen Motion resp. des heutigen Gesetzes sind Anreize, die Ausländerinnen und Ausländer mit bisher wenig Perspektiven im Leben und auf dem Arbeitsmarkt zugutekommen. Das jetzige Gesetz greift bei jenen Personen, die keinen automatischen Anspruch auf den C-Ausweis haben, etwa bei den meisten Drittstaatsangehörigen. Es hat sich bewährt. Der Regierungsrat bilanziert in seinem Bericht und Antrag auf S. 2: «[…] sehr positives, denn bei gewissen Gruppen von Ausländerinnen und Ausländern zeigt sich erfreulicherweise tatsächlich eine erhöhte Bereitschaft zum Erlernen der Sprache bzw. zum Ablegen von entsprechenden Prüfungen – teils sogar zu einem höheren als dem geforderten Niveau.» Man höre und staune! Die frühere Legiferierung zielte erfolgreich darauf ab, den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern durch eine verkürzte Wartefrist auf die Niederlassung einen Anreiz zum Deutschlernen schaffen. Daraus resultiert in der sozialen Wirklichkeit nicht nur der C-Ausweis in der Hand, sondern *de facto* ein Fundament für gesellschaftliches Vorankommen und für gesellschaftliche Teilhabe. Deutsch beim Niederlassungsantrag ist insofern keine Strafaktion, sondern eine Investition, auch wenn der bestehende § 8 Abs. 1 staubtrocken lautet: «Ausländerinnen und Ausländern, die keinen Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung haben, kann die Niederlassungsbewilligung nur erteilt werden, wenn sie die erforderlichen Deutschkenntnisse nachweisen können.» Der Kanton Zug ist mit dieser Regelung einer allgemeinen Tendenz der Einführung von Sprachregelungen gefolgt, die gemäss dem

Wissensstand der SP auch bereits in anderen Kantonen erfolgt ist: in Zürich, Solothurn, Schwyz, Thurgau, Uri, Luzern und Glarus. Im Kanton Bern ist beispielsweise seit 2015 das Integrationsgesetz in Kraft, das gemäss «Berner Modell» obligatorische Erstgespräche, vertiefte Beratungen und verpflichtende Integrationsvereinbarungen mit den Migrationsbehörden vorsieht. In einem Merkblatt zum neuen Berner Gesetz steht: «Als dritte Stufe verfügen die Migrationsbehörden die Integrationsvereinbarung aufgrund der Einschätzung der Ansprechstellen Integration. [...] Die Einhaltung dieser Vereinbarung wird bei der Erteilung, Verlängerung oder beim Widerruf der Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung berücksichtigt.» In weiteren Kantonen ist eine solche Regelung in Abklärung. Was man in Zug hat, ist wirksam und innovativ. Anders als etwa in Basel, einer sozialdemokratischen Hochburg, werden erstens in Zug die Sprachkenntnisse an die Niederlassung und nicht an den Aufenthalt, also nicht an den Ausweis B, gekoppelt. In Basel gibt es dafür erfreulicherweise aber kostenlose Deutschkurse für Zuziehende. In Zug wird die Anwesenheit mit dem jetzigen System nicht grundsätzlich gefährdet.
Zweitens ist das Anreizsystem, das hinter dem bestehenden Gesetz steht, in § 8 Abs. 1 nicht auf Anhieb ersichtlich. Die eigentliche Motivationsförderung findet sich in Berufung auf Art. 34 Abs. 3 und vor allem Abs. 4 AuG. Abs. 3 lautet: «Die Niederlassungsbewilligung kann nach einem kürzeren Aufenthalt erteilt werden, wenn dafür wichtige Gründe bestehen.» Und Abs. 4 heisst: «Sie kann bei erfolgreicher Integration, namentlich wenn die betroffene Person über gute Kenntnisse einer Landessprache verfügt, nach ununterbrochenem Aufenthalt mit Aufenthaltsbewilligung während der letzten fünf Jahre erteilt werden.» Damit bietet das Bundesrecht den Kantonen Hand, den ausländischen Zielgruppen einen Anreiz durch den vorzeitigen Erhalt der Niederlassung nach fünf statt erst nach zehn Jahren Wartefrist zu schaffen.
Es ist bekannt, dass das geltende EG AuG nur bei einer begrenzten Anzahl Personen greift. Gerade Drittstaatsangehörigen ohne automatischen Anspruch erhalten einen reellen Anreiz und die gleiche Ausgangslage wie Personen aus dem EU/Efta-Raum. Wie schon mehrfach gehört, geht es um das Gleichheitsgebot – wobei es im Migrationsrecht *per se* eine ungleiche Behandlung von Personen aus dem EU/Efta-Raum oder einem Drittstaat gibt. Wer Deutsch kann, kann also schon nach fünf Jahren den C-Ausweis beantragen, wie auch die meisten Personen aus dem EU-Efta-Raum. Dieses frühe Anreizsystem zum Deutscherwerb für jene, die dauerhaft hier bleiben wollen, ist für die gesellschaftliche Teilhabe sinnvoll und innovativ. Dies belegt auch ein Zitat aus der damaligen Motion: «Da jedoch Personen aus Drittstaaten oftmals über besonderen Integrationsbedarf verfügen und sich ihr Zugang zum Arbeitsmarkt und anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht immer einfach gestaltet, ist der Schwerpunkt auf ihre Förderung zu legen.»
Und nun zur Ausnahmeklausel der Regierung: Wer so oder so überdurchschnittlich viele Möglichkeiten hat, ist schlicht und ergreifend nicht auf institutionalisierte und staatliche Anreize und Förderungen angewiesen. Niemand wird behaupten wollen, dass Megareiche und andere zwecks Chancenerhalt gefördert werden müssten; sie sind sowieso schon *on the top*. Die Schweizer Gesellschaft ist grundsätzlich ja mindestens dreifach stratifiziert: «Oben» finden sich mehrheitlich Ausländerinnen und Ausländer, in der Mitte der Gesellschaft sind es meistens Einheimische, und «unten» trifft man wieder mehrheitlich ausländische Personen. Das belegen neuere Forschungsbefunde.
Die jetzt vorgelegte Argumentation geht grundsätzlich auch um Gleichheitsfragen. In der aktuellen, auch öffentlichen Debatte wird unterschieden zwischen den Prinzipien «Equity» und «Equality» – wobei bei der Berichterstattung zu dieser Vorlage es nicht einmal die NZZ geschafft hat, diese Begriffe korrekt wiederzugeben. Dabei

weiss es sogar Google besser: Gibt man «Equity» und «Equality» bei der Bildsuche ein, erhält man wunderbare Veranschaulichungen. «Equity» als Gleichheitsprinzip heisst, *angemessen* zu fördern; nicht alle haben die gleichen Massnahmen nötig, um gleich weit zu kommen. Bei «Equality» hingegen sollen alle haargenau gleich behandelt werden können. Und dass Megareiche eine eigene Förderung bräuchten, wird niemand ernsthaft behaupten und ist abzulehnen.
Das ist das grosse Aber der SP-Fraktion: Das bestehende Gesetz ist positiv, aber die von der Regierung vorgeschlagene Ausnahmeregelung muss dringend abgelehnt werden, weil sie das absolute Gleichheitsgebot, die «Equality», sträflich missachtet. Für die SP ist schlicht nicht nachvollziehbar, warum jemand mit einem grösseren Portmonee oder einer grossartigen kulturellen Leistung eine gesetzliche Sonderregelung in diesem Ausmass erhalten sollte. Gemäss Bericht der Regierung geht es um null bis zwei Fälle pro Jahr. Sonderrechte einzig aufgrund von fiskalischen oder kulturellen Interessen zu gewähren, lehnt die SP ab. In ihrer Vernehmlassungsantwort von Ende März 2015 forderte die SP die Regierung zu einem Verzicht auf und hoffte, dass es sich um einen einmaligen Ausrutscher handle.
Man kann solche Ausführungen nun als zu kompliziert abtun, man kann gar das Kommissionsgeheimnis verletzen und Erläuterungen als zu umständlich oder zu intellektuell kritisieren. Soziale Realitäten sind aber nun mal komplex. Damit muss man leben können. Schaden tut es der Welt aber nicht, wenn sie differenziert betrachtet wird.
Die SP bleibt ihrer Haltung treu: Sie lehnt den neuen § 8 Abs. 2 ab. Man sollte nicht unnötig an einem guten Gesetz herumflicken. Für den politischen Prozess sieht die SP-Fraktion drei Szenarien, die der Transparenz halber aufgezeigt seien:
• Durch Nicht-Eintreten auf die Vorlage spart sich der Rat weitere Debattierzeit. Der Regierung bleiben aber die Hausaufgaben: Materiell ging die Votantin vorhin einzig auf § 8 ein, allerdings ist nicht zu vergessen, dass in § 6 und § 9 dringend «technische» Anpassungen vorgenommen werden müssen. Diese rechtlich notwendigen Modifikationen kann die Regierung aber separat in einer neuen Vorlage bringen.
• Sollte der Rat beschliessen, auf die Vorlage einzutreten, wird die SP-Fraktion § 8 Abs. 2 zur Ablehnung beantragen. Sie will beim geltenden Recht bleiben.
• Wäre auch dieser Antrag erfolglos, würde die SP als dritte Option in der Schlussabstimmung die Vorlage ablehnen und dann das Behördenreferendum beantragen.
Um diesen Prozess zu beschleunigen, empfiehlt die Votantin namens der SP-Fraktion, nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie dankt für die Unterstützung.

**Anna Bieri** teilt mit, dass die CVP-Fraktion auf die Vorlage eintritt, denn diese enthält – etwas stiefmütterlich behandelt – weitere Aspekte als § 8. Diese sind unbestritten richtig und wichtig.
Zum heiss diskutierten § 8: Nach Meinung der CVP gilt es auch in heissen Diskussionen einen kühlen Kopf zu bewahren. Die Votatin kündigt deshalb jetzt schon an, dass die CVP in der Detailberatung den Antrag stellen wird, § 8 ganz zu streichen. Für die Mehrheit der CVP geht eine Bevorzugung einiger Ausländer aus verschiedenen Gründen, vor allem aber aufgrund finanzieller Aspekte, klar *contre coeur*. Sie würde die bisherige der regierungsrätlichen Fassung vorziehen. Es ist ihr wichtig, das Empfinden der Zugerinnen und Zuger, dass es vor dem Gesetz keine Privilegierungen aufgrund des Portmonees gibt, ernst zu nehmen und hoch zu gewichten. Dies entspricht auch ihrem Gerechtigkeitsempfinden.
Soviel zur heissen Diskussion über § 8. Und nun zum Appell an den kühlen Kopf, insbesondere an einige eifrige Schreiberlinge in der Leserbriefspalte: So simpel, wie von ihnen manchmal dargestellt, ist die Sache dann doch nicht. Das wissen

eigentlich auch die betreffenden Schreiberlinge. Die Politlandschaft mit dieser Frage in Gut und Böse einteilen zu wollen, ist nicht lauter. Der Regierungsrat hat mit seiner Vorlage den transparenten Weg gewählt. Als Politikerinnen und Politiker setzen sich alle für einen sozial agierenden Kanton Zug ein, der Menschen – auch aus dem Ausland –, denen es nicht rund läuft, aufnimmt und unterstützt. Es ist aber auch die Aufgabe der Politikerinnen und Politiker, im Interesse des Kantons diesen für wichtige und notwendige Fachkräfte oder potente Steuerzahler attraktiv zu gestalten. Das dient dem Wohl aller, ist legitim – und dazu sind die Politikerinnen und Politiker verpflichtet. Auch die heutige Diskussion sollte daher ein kühles, ehrliches Abwägen aller Aspekte sein. Und die CVP glaubt, mit der Streichung von § 8 eine gute Lösung vorzuschlagen.
Der Bund lässt den Kantonen einen grossen Ermessensspielraum. Bei der ordentlichen Erteilung der Niederlassungsbewilligung haben die Behörden den «Integrationsgrad» zu überprüfen. In einigen Kantonen gibt es dazu nur eine Praxis, andere haben Merkblätter oder interne Weisungen erlassen. Einzig der Kanton Zug hat eine generelle gesetzliche Regelung. Bei deren Ausarbeitung hat der Kantonsrat im löblichen Bestreben, die sprachliche Integration zu fördern, offensichtlich einige Ungereimtheiten geschaffen. Zudem erreicht man damit nur gerade 10 Prozent der Niederlassungswilligen. Mit der gänzlichen Streichung von § 8 wird diese Ungleichbehandlung aufgehoben und für den Kanton Zug wieder dieselbe Ausgangslage wie für andere Kantone geschaffen.
Das Amt für Migration hat im Kanton Zug übrigens bereits ein Merkblatt erarbeitet. Dieses könnte bei einer Streichung von § 8 beibehalten werden. Damit wäre sichergestellt, dass auch weiterhin bei der Prüfung des Integrationsgrads die Sprache berücksichtigt wird. Gemäss Bericht der Regierung war dieses Spracherfordernis offenbar ein Erfolg und hat viele Leute zum Besuch eines Sprachkurses motiviert. Die CVP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Kanton Zug auf dieser Ebene damit weiterfahren sollte.
Die Votantin ruft die Ratsmitglieder auf, heisses Temperament in der Debatte und einen kühlen Kopf beim Abwägen aller Aspekte zu zeigen. Sie bittet, auf die Vorlage einzutreten und den Antrag der CVP auf gänzliche Streichung von § 8 zu unterstützen, unabhängig davon, welche Variante für § 8 Abs. 2 obsiegen wird.

**Thomas Werner** spricht für die SVP-Fraktion und bittet einleitend die Präsidentin der vorberatenden Kommission, das Schlussresultat der Abstimmung in der Kommission bekanntzugeben, da es aus dem Kommissionsbericht nicht ersichtlich ist. Er selbst möchte das Kommissionsgeheimnis nicht verletzen, hat aber in Erinnerung, dass die Vorlage unbestritten war. Er bittet die CVP, nicht dem eigenen Regierungsrat in den Rücken zu fallen und einen Rückzieher zu machen. Von Seiten der Ratslinken wurde gesagt, dass einiges schiefgelaufen sein müsse, wenn der Kanton Zug wegen der finanziellen Situation zwei bis drei extrem vermögenden Personen die Niederlassung geben müsse. Nun ist es aber so, dass die Kosten meistens von der Ratslinken in die Höhe getrieben werden. Da dürfen wohl auch eine oder zwei reiche Personen mithelfen, die Rechnung zu begleichen.
Der Votant nimmt es vorweg: Die SVP Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt ihr ohne Änderung zu – ausser es ergibt sich in der Debatte noch eine andere Situation; dann würde sich die SVP das Recht vorbehalten, weitere Anträge zu stellen. Wer die Vorlage genau liest, sieht schnell, dass sich dadurch niemand den Aufenthaltsstatus kaufen kann und dass auch keine Rechtsungleichheit entsteht. Vielmehr ist die Vorlage Ausdruck einer Politik die sich an den Interessen der Gesamtbevölkerung und der Allgemeinheit orientiert. Jeder Staat, jeder Kanton soll doch selber entscheiden können, welche Voraussetzungen für eine Nieder-

lassung gelten und welche nicht. In der Vorlage 1531.1, eingereicht im Jahre 2007 durch Markus Jans, Eusebius Spescha, Rupan Sivaganesan und andere Kantonsratsmitglieder, die heute nicht mehr im Rat sind, steht: «Sprache ist ein Faktor unter mehreren, die im Integrationsprozess von Ausländerinnen und Ausländern eine Rolle spielen. Gerade für wenig privilegierte Personengruppen ist sie jedoch einerseits ein bedeutendes Mittel für Teilhabe an der Zuger Gesellschaft, andererseits auch einer der wichtigsten Wege, um Selbstverantwortung für die eigene Integration zu übernehmen.» Die genannten SP-Mitglieder anerkennen also, dass für weniger privilegierte Personengruppen das Erlernen der Sprache wichtiger sein kann als für andere. Dem stimmt der Votant zu. Ein grosser Teil der nicht privilegierten Personen, die eine Niederlassung anstreben oder bereits erhalten haben, kosten Geld. Sie kosten während des ganzen Integrationsprozesses, leider aber auch noch darüber hinaus. Man muss sich bewusst sein, dass es sich hier nicht um eine Extrawurst für Superreiche handelt. Vielmehr gibt es die Extrawurst bereits, nämlich für Bürger aus der EU: Diese erhalten die Niederlassung unabhängig von ihren Deutschkenntnissen, ob reich oder arm. Die EU-Bürger sind also gegenüber allen anderen ausländischen Bürgern bevorzugt. Wenn man also hunderten oder tausenden Menschen aus der EU und dem Efta-Raum in der Schweiz die Niederlassung gibt und viele von ihnen sehr viel Geld kosten, dann will der Votant doch auch null bis zwei Mitmenschen aus dem Rest der Welt aufnehmen können, die dem Kanton Zug Geld bringen, die hohe Steuern bezahlen, die Wirtschaft unterstützen und für Arbeitsplätze sorgen. Der Kanton Zug wäre ja blöd, wenn er genau diese Personen vertreiben und nicht willkommen heissen und nur jene aufnehmen würde, welche Geld kosten.
Man sieht: Entgegen allen Befürchtungen ist die SVP nicht einfach immer gegen Ausländer. Vielmehr ist die SVP dafür, dass der Kanton Zug selber entscheidet, wen er in seine Gesellschaft aufnimmt und wen nicht. Und wenn das öffentliche Interesse derart gross ist und der Verbleib einer Person wichtig ist für den Standort Zug, warum soll es dann keine Regelung geben, die genau dies erlaubt?

**Cornelia Stocker** teilt mit, dass die FDP-Fraktion für Eintreten ist und Verständnis hat für den Antrag der Regierung. Im Vorfeld dieses Geschäfts wurde in den Medien eine sehr emotionale Debatte bezüglich Ungleichbehandlung resp. Zweiklassengesellschaft geführt. Verschiedene Tatsachen wurden geflissentlich oder gar bewusst ausgeblendet. Fakt ist, dass mit der geltenden Gesetzgebung und wegen bilateralen Niederlassungsvereinbarungen gar nie eine Gleichbehandlung aller Personen anvisiert werden kann. 90 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer können sich ohne zwingende Deutschkenntnisse im Kanton niederlassen, weil sie entweder mit einem Schweizer oder einer Schweizerin oder bereits Niedergelassenen verheiratet sind oder aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen darauf Anspruch haben. Eine Aufstellung in der «Zuger Presse» zeigt, dass mit Spanien, Portugal etc. entsprechende Abkommen bestehen, mit Schweden und Grossbritannien hingegen nicht. In der Praxis heisst das, dass beispielsweise von Spaniern keine Deutschkenntnisse verlangt werden müssen, während für Schweden und Briten ein gewisses Deutschniveau Bedingung ist. Ist das Gleichbehandlung? Sind tatsächlich alle vor dem Gesetz gleich? Ganz sicher nicht! Wenn die linken Parteien in der Volksabstimmung allenfalls so argumentieren wollen, sind sie weit von der Wahrheit entfernt. Mit ihrem heftigen Reichen-*Bashing* versucht die Ratslinke auch ihre Doppelmoral zu übertünchen. Sie sollte doch mal überlegen, wer all ihre bildungspolitischen Forderungen, ihre sozialen Ausbauwünsche und ihre kulturellen Postulate finanzieren soll. Gerade gewisse sehr reiche Personen identifizieren sich mit dem Standort Zug nicht über die Sprache, sondern mit ihrem finanziellen Engagement

für Sport und Kultur. Wer dies verwerflich findet, soll bitte seine Anspruchshaltung in solchen Belangen drastisch zurücknehmen.
Wie gesagt, lässt sich unter den geschilderten Prämissen eine gänzliche Gleichbehandlung gar nicht erwirken. Daher ist es für die FDP kein Vergehen, wenn die Regierung zur Wohlfahrt des Kantons ganz vereinzelte Ausnahmen für Personen von wichtigem öffentlichem Interesse machen will, genauso wie sie es in Härtefällen für Personen mit unverschuldetem Unvermögen auch tut. Entgegen den verschiedenen Behauptungen ist der Antrag der Regierung weder verfassungs- noch bundesrechtswidrig; und in verschiedenen Kantonen wird die vorgeschlagene Lösung sowieso stillschweigend angewendet.
So löblich die Absicht der Regierung nach Transparenz war, so stark war auch die Aussenwirkung. Die FDP könnte für einmal auch damit leben, wenn die Verantwortung wie einst in den Händen der Regierung und der Verwaltung belassen würde. Sie hat deshalb grosse Sympathie für den Vorschlag der CVP, § 8 gänzlich zu streichen.

**Daniel Stadlin:** Juristen, aber auch Politiker haben die Tendenz, die Dinge zu verrechtlichen und zu verkomplizieren. Alles muss mittels Gesetzen, Verordnungen oder sonstwelchen Vorschriften geregelt werden, die wiederum mehr oder weniger einfallsreiche bürokratische Verfahren nötig machen. Das Zuger Asylgesetz mit dem verlangten Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung ist genau so ein Fall: gut gemeint, aber leider nicht zu Ende gedacht. Offenbar wurde damals bei der Beratung im Kantonsrat – der Votant schliesst sich selber ein – der § 8 innewohnende gesellschaftspolitische Sprengstoff nicht gesehen oder zu wenig beachtet. Sonst sähe das Gesetz anders aus, und der Rat müsste heute nicht darüber diskutieren, ob vor dem Gesetz alle gleich sind oder nicht. Denn da gibt es nichts zu diskutieren: Im schweizerischen Rechtsstaat ist das ein unumstösslicher Grundsatz, der gilt – und zwar immer. Eine Ausnahmeregelung für sehr Reiche ins Gesetz schreiben zu wollen, geht einfach nicht! Die vom Regierungsrat gewollte Transparenz ist zwar löblich, trotzdem hätte er eine solche Gesetzesanpassung gar nie vorschlagen dürfen, auch wenn Bundesrecht dies letztlich zulässt. Dass er es trotzdem getan hat, ist irgendwie mutig, aber halt eben auch gesellschaftspolitisch – mit Verlaub – etwas naiv. Jedenfalls hat er dadurch in der Bevölkerung völlig unnötig eine Diskussion um moralische Grundprinzipien lanciert und die Thematik emotional aufgeladen. Sollte der Kantonsrat diese Ausnahmeregelung also tatsächlich ins Gesetz schreiben, wird es hundertprozentig zum Referendum kommen. In diesem Kontext wird es ausserordentlich schwierig wenn nicht gar aussichtslos werden, der Bevölkerung den monetären Nutzen dieser Ausnahmeregelung zu vermitteln. Der Vorschlag des Regierungsrats lässt wahrlich den Eindruck entstehen, dass im Kanton Zug vor dem Gesetz nicht alle gleich sind. So wird sich die Diskussion nur um die Kernfrage drehen, ob es moralisch und rechtlich zulässig ist, das eine ganz kleine, aber sehr vermögende Personengruppe vor dem Gesetz eben doch ungleich ist. Das ist geradezu ein Steilpass für all jene, die die Reichen als Feindbild bewirtschaften. Sie werden daraus eine Neiddebatte machen – und sie werden ein leichtes Spiel haben. Denn moralische Entrüstung besteht meistens aus ganz wenig Moral und ganz viel Neid. Und das Stereotyp, dass man sich im Kanton Zug für reiche Ausländer prostituiere, wird so für viele in der Schweiz wieder einmal bestätigt. Die nationalen Medien jedenfalls haben bereits darauf reagiert und zu einer gehörigen Portion Zug-*Bashing* ausgeholt. Das ist sicher auch im Hinblick auf zukünftige Diskussionen rund um den NFA schlecht. Zudem schreckt diese öffentliche Diskussion niederlassungswillige reiche Ausländer ab, da sie kaum Projektionsfläche emotionsgeladener Dis-

kussionen werden wollen. Jetzt geht es also darum, den bereits angerichteten Schaden zu begrenzen. Und das kann nur heissen, die vom Regierungsrat vorgeschlagene Ausnahmeregelung nicht ins Gesetz zu schrieben. auch wenn dadurch vielleicht die Fiskaleinnahmen etwas kleiner werden. Diese unschöne Konsequenz muss man in Kauf nehmen.
Was lässt sich daraus lernen? Übereifer kann kontraproduktiv sein und das Gegenteil von dem bewirken, was man eigentlich erreichen wollte. Es besteht nämlich überhaupt keine Notwendigkeit, alles und jedes bis ins letzte Detail gesetzlich regeln zu müssen. Es genügt vollauf, sich am Pragmatismus anderer Kantone zu orientieren. Dies würde nicht nur vieles vereinfachen, sondern auch erheblich weniger Kosten verursachen. Denn «Zuger *Finish*» kann Zug sich je länger je weniger leisten. Was der Kanton Zug sich aber künftig vermehrt wird leisten müssen, ist die nüchterne Leidenschaft zur praktischen Vernunft.
Die GLP ist für Eintreten auf die Vorlage, wird in der Detailberatung den neu formulierten § 8 aber ablehnen

**Andreas Lustenberger** möchte etwas in die Debatte einbringen, was bisher noch nicht diskutiert wurde, nämlich die Frage der Investition in den Boden des Kantons Zug. Wie bekannt, ist der Kauf von Boden und Immobilien ohne eine Niederlassungsbewilligung C nicht möglich. Mit dem vorliegenden Vorschlag des Regierungsrats wird die sogenannte Lex Koller ausgehebelt. Es wundert den Votanten sehr, dass die Regierung so sorglos mit dem wohl kostbarsten Gut in der Schweiz umgeht. Mit einer höheren Anzahl finanzkräftiger Investoren aus dem Ausland wird der Druck auf die Bodenpreise zunehmen. Und wenn auch ein paar wenige davon profitieren würden, so hiesse das für den grössten Teil der Bevölkerung: Wohnen wird teurer, und die Schweiz bietet ihr eigenes Land zum Ausverkauf an.
Zum Vorschlag der CVP-Fraktion: Es ist äusserst bedenklich, dass § 8 komplett gestrichen werden soll. Das tönt nach einem *Buebetrickli,* mit dem die Kompetenz durch die Hintertüre an die Regierung zurückzugeben und dieser damit die Möglichkeit gegeben werden soll, mit Verordnungen, Merk- oder sonstigen Informationsblättern genau diese Ungleichheit doch noch herbeizuführen. Der Votant würde sich wünschen, dass der zuständige Regierungsrat dazu noch einige Ausführungen macht. Er ist überzeugt, dass die Zuger Bevölkerung eine solche Ungleichbehandlung nicht goutieren wird, und bittet den Rat deshalb, den Anträgen der ALG zu folgen.

**Jürg Messmer** teilt mit, dass die Haltung der SVP-Fraktion zu dieser Frage nicht so klar war, wie man allenfalls den Ausführungen von Thomas Werner entnehmen könnte. Man war auf jeden Fall nicht *einstimmig* derselben Meinung, weshalb sich der Votant nun auch noch zu Wort meldet.
Dass die Regierung eine Gesetzesänderung für ein Handvoll Personen vorschlägt, ist doch sehr überraschend. Eigentlich könnte man sich die Zeit und das Geld für diese Vorlage sparen: die Zeit, indem man nicht auf die Vorlage eintritt, und das Geld, indem nicht das Referendum ergriffen und ein Abstimmungskampf geführt werden muss. Dem Votanten ist nämlich völlig unklar, wie man der Bevölkerung dieses Gesetz verkaufen will, so dass sie ihm zustimmt. All das Geld, das von den fraglichen fünf bis zwanzig Personen vielleicht einfliessen würde, reicht mit Sicherheit nicht, um dieses Gesetz in der Volksabstimmung durchzubringen. Das Anliegen ist schlicht zu abgehoben.
Sollte der Rat tatsächlich auf die Vorlage eintreten, wird der Votant der Streichung von § 8 zustimmen. Man hat heute zwar eine Zweiklassengesellschaft, man muss daraus aber keine Dreiklassengesellschaft machen; allenfalls ergibt sich aus der

Debatte eine Eineinhalbklassengesellschaft. Der Votant empfiehlt deshalb, den Antrag auf Nichteintreten zu unterstützen und so Zeit zu sparen, damit der Rat zum nächsten Traktandum kommen kann.

**Thomas Werner** hat Mühe mit der Angsthasenpolitik, die jetzt betrieben wird. Die Vorlage war in der vorberatenden Kommissionvöllig unbestritten. Dann aber gab es einige Presseartikel, die vielleicht etwas aufrüttelten, und es gibt die Angst, die Abstimmung sei schwierig zu gewinnen, die Medien könnten einem Ungemach bereiten, und eine schlechte Presse könnte die Folge sein. Wenn man seine Politik danach richtet, wie man in der Presse dargestellt wird, dann ist es schlecht bestellt um diese Politik. Wenn die Abstimmung tatsächlich schwierig wird, dann wird sie halt schwierig! Man muss dann halt der Bevölkerung erklären, worum es geht! Dafür sind Politiker schliesslich da, und dafür sollten sie sich auch einsetzen.

Wenn Thomas Werner Mühe hat mit der angeblichen Angsthasenpolitik – wie er sie nennt –, dann hat **Zari Dzaferi** Mühe mit einer Politik, in der einfach pauschale, nicht durch Fakten gestützte Äusserungen gemacht werden. In seinem ersten, hitzigen Votum hat Thomas Werner zwischen EU-Ausländern und übrigen Ausländern unterschieden und davon gesprochen, dass die EU-Ausländer in der Schweiz nur Kosten verursachten. Tatsache aber dürfte sein, dass der grösste Teil dieser Personen die Wirtschaft stärkt und Arbeitsplätze und Wohlstand bringt. Einen Teil dieser Personen einfach in den Dreck zu ziehen, wie das Thomas Werner tut, ist nicht richtig. Das gilt auch in einer solchen Debatte wie heute. Und völliger Unsinn ist es, der SP eine Neiddebatte vorzuwerfen. Ebenso unsinnig ist es, Politik nach dem Grundsatz «Wer zahlt, befiehlt» zu betreiben. Das geht nicht! Die Schweiz ist ein Rechtsstaat. Es gibt nie eine komplette Chancengleichheit für alle, aber man muss sich möglichst an diesem Ziel orientieren. Und was die Regierung mit ihrem Vorschlag anstrebt, ist nicht korrekt.

**Kurt Balmer** stellt den **Antrag,** die Vorlage noch vor dem Eintretensbeschluss an den Regierungsrat zurückzuweisen; dafür wäre die einfache Mehrheit erforderlich. Er gibt zu: In der vorberatenden Kommission stimmte er der Gesetzesänderung zu, und im Prinzip will er sie eigentlich heute noch. An der aktuellen Diskussion überrascht ihn aber, dass zwischenzeitlich offenbar grosse Teile auch der bürgerlichen Fraktionen ihre Haltung geändert haben und dazu tendieren, die Regierung nicht zu unterstützen. Und aus der Tendenz der regierungsrätlichen Äusserungen hat er schliessen müssen, dass eventuell auch die Regierung nicht mehr in jedem Fall geneigt ist, vollumfänglich hinter ihrem Änderungsantrag zu stehen, und gegebenenfalls mit einer Streichung von § 8 leben kann. Der Votant drückt sich bewusst vorsichtig aus, aber möglicherweise wird in der Detailberatung darüber diskutiert werden, § 8 ruckzuck zu streichen. Ohne das Kommissionsgeheimnis verletzen zu wollen: Die vorberatende Kommission hat über eine komplette Streichung von § 8 nicht diskutiert. Sie hat zwar über andere Themen und die Vor- und Nachteile von § 8 diskutiert, nicht aber über dessen Streichung. Es wäre deshalb verfehlt, in einer Hauruck-Übung heute zu sagen, es interessiere niemanden, was der damalige Kantonsrat in Zusammenhang mit der entsprechenden Änderung in den Jahren 2012 und 2013 überlegt hat. Eine Streichung von § 8 würde nach Meinung des Votanten zu weit gehen; zumindest müsste eine Kommission nochmals darüber beraten können. Denn nimmt man das Schema im Kommissionsbericht nochmals zur Hand, sieht man, dass von einer Streichung nicht nur die Sonderfälle, sondern auch anerkannte Flüchtlinge und Fachkräfte betroffen wären. Massgebend wäre bei Letzteren gemäss Bundesgesetz dann einfach der Begriff «Integration». Die

Kenntnis der deutschen Sprache wäre also nicht mehr unbedingt die Voraussetzung, sondern nur noch die «Integration», was immer man darunter versteht. Das würde bedeuten, dass der Behörde ein grosses Ermessen – um nicht zu sagen: Willkür – zustehen würde. Die kantonale Migrationsbehörde hätte dann – so die Lesart des Regierungsrats – gestützt auf irgendwelche Merkblätter die Flexibilität, im Einzelfall eine Niederlassungsbewilligung zu erteilen. Das kann nach Ansicht des Votanten nicht der richtige Weg sein. Der Kantonsrat muss darauf achten, dass er die richtigen Kompetenzen festlegt und diese nicht einfach an die Verwaltung überträgt. Es braucht ein überlegtes System. Wenn § 8 einfach gestrichen wird, schüttet man das Kind definitiv mit dem Bad aus. Der Votant bittet deshalb, seinen Rückweisungsantrag gutzuheissen, und er dankt dafür.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass nach seinem Verständnis ein Rückweisungsantrag gemäss § 58 Abs. 1 GO KR erst zur Abstimmung gebracht werden kann, wenn der Rat auf die Vorlage eingetreten ist. Und in diesem Fall wäre das qualifizierte Mehr von zwei Drittel der Stimmenden erforderlich.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** spürt nicht erst heute, dass über diese Vorlage sehr emotional diskutiert wird. Zu betonen ist, dass es nicht nur um die Ausnahmeregelung in § 8 geht, sondern auch um zwei weitere Anpassungen, welche für die Verwaltung sehr wichtig sind. Der Sicherheitsdirektor bittet deshalb, auf die Vorlage einzutreten. Er dankt der vorberatenden Kommission und ihrer Präsidentin für die intensive Arbeit und breite Diskussion.
Am häufigsten kommt der Vorwurf der Ungleichbehandlung, so auch heute von der Ratslinken. Dabei sieht man – wissentlich oder unwissentlich – darüber hinweg, dass es im Ausländerrecht sehr viele Ungleichheiten gibt, vor allen in Zusammenhang mit der Erteilung der Niederlassungsbewilligung. Wer sich – wie bereits gehört – nach mehreren Jahren Aufenthalt in der Schweiz hier niederlassen will, hat in der Regel einen Rechtsanspruch darauf. Das heisst, dass er die Niederlassungsbewilligung erhält, ohne Bedingungen erfüllen zu müssen, also auch ohne Sprachkenntnisse. Das betrifft ca. 90 Prozent aller Ausländerinnen und Ausländer, etwa die Personen aus dem EU/Efta-Raum, Ehegatten von Schweizerinnen oder Schweizern sowie Personen aus Staaten mit Niederlassungsvereinbarungen. Es gibt aber auch – was Barbara Gysel nicht ganz korrekt dargelegt hat – bereits nach fünf Jahren die Möglichkeit, die Niederlassungsbewilligung zu erhalten, wobei das Staatssekretariat für Migration (SEM) für diese Fälle eine Deutschprüfung vorschreibt, was auch im Kanton Zug beachtet wird. Das ist aber nicht Gegenstand der Gesetzesbestimmung im EG AuG.
Sinnvollerweise müsste man im Ausländerrecht nicht von einer ungleichen Behandlung, sondern wertfrei von einer unterschiedlichen Behandlung sprechen. Die Gegner der beantragten Änderung machen immer wieder den Vorwurf, dass der Rechtsgrundsatz «Gleiche Rechte und Pflichten für alle» verletzt werde. Man müsste dann aber auch zugeben, dass auch das Freizügigkeitsabkommen diesen Grundsatz verletzt, weil es Drittstaatsangehörige massiv benachteiligt. Fakt ist, dass im Ausländerrecht nicht alle Personen gleich behandelt werden; es gibt Unterschiede, je nachdem aus welchem Staat sie kommen, wie alt sie sind, ob und mit wem sie verheiratet sind, welchem Beruf sie nachgehen etc. Diese unterschiedliche Beurteilung und Einteilung in Klassen gibt es in der Schweiz allerdings auch in anderen Bereichen, etwa in der Medizin, beim ÖV, beim Fliegen und so fort. Und das Bundesrecht sieht vor, dass wichtige öffentliche Interessen ein Grund sind für eine besondere Behandlung. Betroffen davon sind allerdings nur wenige Personen, nämlich solche, von denen der Kanton noch vor ihrem Umzug in die Schweiz explizit gesagt

hat, dass er sie gerne bei sich wohnen lassen würde, dies nach einer Abwägung und Beurteilung der Interessen. Es ist einzig ein wichtiges öffentliches Interesse, das zu einer Sonderaufenthaltsbewilligung führt. Und diese Ausnahme betrifft keineswegs alle reichen Ausländerinnen und Ausländer. Vielmehr gibt es Personen, die weit mehr verdienen und ein grösseres Vermögen haben, aber nicht unter den Aspekt des öffentlichen Interesses fallen. Nach Ansicht des Sicherheitsdirektors wäre es unfair, die betreffenden Personen in die Schweiz zu holen, sie hohe Steuern bezahlen zu lassen, sie nach zehn Jahren aber, wenn sie etwas mehr Rechte erhalten sollen, schlechter zu behandeln als über 90 Prozent der übrigen Ausländerinnen und Ausländer. Und ist es nicht auch unsinnig, strenger zu sein als andere Kantone? Für diese hochmobilen Personen ist es nämlich ein Leichtes, sich in einen anderen Kanton abzusetzen, wo kein Sprachniveau vorgeschrieben ist. Und alle wissen: Der Kanton Zug muss sparen. Diese Vorlage kam denn auch mit Blick auf das Entlastungsprogramm zustande. Natürlich ist sie nicht populär, aber es wird in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm noch einiges im Kantonsrat behandelt werden müssen, das nicht populär ist.
Das vorliegende Geschäft aus reiner Prinzipienreiterei abzulehnen, ist nach Ansicht des Sicherheitsdirektors nicht richtig und zeigt eine gewisse Doppelmoral. «Schweiz aktuell» und auch «10vor10» haben sich schon ausführlich der heute zur Debatte stehenden Frage angenommen, Umfragen in allen Kantonen gemacht – und nach anfänglich kritischer Beurteilung des Kantons Zug feststellen müssen, dass in anderen Kantonen eigentlich bereits Praxis ist, was Zug jetzt einführen will. Man muss auch beachten, dass die heute geltende Lösung bezüglich Deutschniveau vielleicht auch etwas aus Trotz eingeführt wurde, weil das Integrationsgesetz abgelehnt wurde; man wollte mit der Deutschvorgabe für die ca. 10 Prozent Personen, die es betrifft, doch noch einen kleinen Rest der damaligen Forderungen in das EG AuG aufnehmen. Dass man diesen Personen Deutschkenntnisse vorschreiben wollte, ist grundsätzlich nicht schlecht, können sie sich damit doch auf dem Arbeitsmarkt besser behaupten und werden weniger abhängig von der Sozialhilfe. Heute aber geht es um einen anderen Personenkreis, nämlich um Personen, die nie in diesen Bereich kommen. Sie zuerst zu rufen, dann aber nicht mehr Ja zu sagen zu einem weiteren Schritt, ist falsch. Die damalige Gesetzgebung beruhte – wie schon gesagt wurde – auf einer Fehlüberlegung.
Es wurde vom Referendum gesprochen. Der Sicherheitsdirektor hat die Erfahrung gemacht, dass man Thematiken wie die vorliegende der Bevölkerung durchaus erklären kann, wenn man aufzeigt, was in den anderen Kantonen praktiziert wird, welche Unterschiede bestehen und welche Überlegungen hinter der Legiferierung stehen. Der Sicherheitsdirektor ist überzeugt, dass man auch die Zuger Bevölkerung entsprechend informieren kann, was allerdings eine gewisse Zeit benötigt.
Zusammenfassend: Es geht in der beantragten Änderung von § 8 Abs. 2 um sehr wenige Ausländerinnen und Ausländer, für die ein öffentliches Interesse geltend gemacht werden kann. Man sollte dieser Ausnahmeregelung deshalb zustimmen.
Der Regierungsrat hat sich nochmals über die von der CVP beantragte gänzliche Streichung von § 8 unterhalten. Er hält an seinem Antrag fest. Falls der Kantonsrat den regierungsrätlichen Antrag aber ablehnt, kann sich der Regierungsrat mit der gänzlichen Streichung von § 8 einverstanden erklären. Das heisst aber nicht – wie Kurt Balmer ausgeführt hat –, dass es dann bezüglich Deutschkenntnissen keine Regelung mehr gäbe. Vielmehr würde dann die Weisung der wie in anderen Kantonen bereits vorhandenen internen Merkblätter gelten, dass der gesamte Integrationsgrad und -rahmen beurteilt werden muss. Das kann auch den Aspekt der Sprachkenntnisse umfassen, wobei bei Asylbewerbern diesbezüglich sicher Vorgaben gemacht werden. Hier aber würden im Gesamtrahmen andere, nämlich wirtschaftlich-

fiskalische Überlegung im Vordergrund stehen, und es wäre – wie in anderen Kantonen – eine flexiblere Beurteilung innerhalb der Verwaltung, beim Amt für Migration, möglich. Auch der Leumund würde natürlich beurteilt: keine Betreibungen, keine Arbeitslosigkeit, keine Sozialhilfeabhängigkeit etc. Auch der Wille zur Teilnahme am Wirtschaftsleben wird bei der Beurteilung miteinbezogen.
Zum Rückweisungsantrag von Kurt Balmer: Die Sicherheitsdirektion hat in der vorberatenden Kommission genügend Ausführungen gemacht. Es bringt nichts, wenn die Kommission nochmals darüber berät, was eine Streichung von § 8 bedeuten würde. Die Kommission könnte nur noch beurteilen, ob eine andere Regelung ins Gesetz aufgenommen werden soll; der Kantonsrat ist ja nicht zuständig für interne Weisungen oder Vorgaben. Und er ist nach Ansicht des Sicherheitsdirektors genug urteilsfähig, um abschätzen zu können, was die vom Regierungsrat vorgeschlagene Bestimmung oder aber die gänzliche Streichung von § 8 bedeutet. Auch aus Zeit- und Kostengründen bittet der Sicherheitsdirektor deshalb, von einer Rückweisung abzusehen. Er dankt dem Rat, wenn er dem Antrag des Regierungsrats zustimmt.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 45 zu 23 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat lehnt die von Kurt Balmer beantragte Rückweisung an die vorberatende Kommission mit 47 Ja- zu 23 Nein-Stimmen ab.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil I**

***§ 6 Abs. 1 bis 3***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***§ 8 Abs. 2***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst. Er erläutert das Vorgehen:
• Zuerst wird § 8 Abs.2 bereinigt: In einem ersten Schritt wird das geltende Recht dem Antrag des Regierungsrats und der Kommission gegenübergestellt; im zweiten Schritt wird über die Streichung von Abs.2 abgestimmt.
• Anschliessend wird über den Antrag auf gänzliche Streichung von § 8 abgestimmt.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die Beratung beim Kern des Gesetzes angelangt ist. Sprache ist nicht der einzige, aber ein zentraler Faktor für Integration; viele andere Integrationsfaktoren laufen schlussendlich über die Sprache. Darum wurde richtigerweise eine entsprechende Regelung ins Gesetz geschrieben.
Nun steht der Vorschlag des Regierungsrats für eine Sonderregelung für sehr vermögende Personen im Raum. Man hat jetzt aber gemerkt, dass die Bevölkerung diese Regelung wohl nicht goutieren würde – und sucht nun einen Ausweg. Am besten wäre es natürlich, beim bisherigen Recht zu bleiben. Dagegen aber gibt es Bedenken, weshalb der Antrag gestellt wurde, § 8 ganz zu streichen und das Problem mittels Merkblättern etc. zu lösen – wobei der Regierungsrat wortwörtlich bestätigt hat, dass bei der Regelung mittels Merkblättern beispielsweise auch wirtschaftliche Interessen und finanzielle Faktoren eine Rolle spielen könnten. Das bedeutet, dass es wohl auch so gemacht wird. Damit würden die Bestimmungen intransparent, im Sinne von: Hintenrum wird ein bisschen gemauschelt etc.
Der Votant stellt den **Antrag,** die folgende Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen. Es ist eine hochemotionale Frage, über die in der Bevölkerung ausgiebig diskutiert wurde. Die Bevölkerung hat deshalb ein Interesse zu wissen, wie das einzelne Ratsmitglied abstimmt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt **Anastas Odermatt,** dass die erste Abstimmung, also die Gegenüberstellung des bisherigen Rechts gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrats, unter Namensaufruf durchgeführt werden soll.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Anastas Odermatt auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 28 Ja- und 33 Nein-Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Ja-Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf ein «Ja» die Zustimmung zum geltenden Recht, ein «Nein» die Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission bedeutet.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Nein |
| Brunner Philip C. | Abwesend |
| Camenisch Philippe | Nein |
| Christen Hans | Nein |
| Giger Susanne | Ja |
| Gysel Barbara | Ja |
| Landtwing Alice | Nein |
| Marti Daniel | Ja |
| Messmer Jürg | Ja |
| Raschle Urs | Ja |
| Rüegg Richard | Ja |
| Sivaganesan Rupan | Ja |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Ja |
| Stadlin Daniel | Ja |
| Stocker Cornelia | Nein |
| Straub-Müller Vroni | Ja |
| Thalmann Silvia | Ja |
| Umbach Karen | Nein |
| Vollenweider Willi | Ja |

| | |
|---|---|
| Dittli Laura | Ja |
| Iten Patrick | Abwesend |
| Letter Peter | Nein |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Ja |
| Hess-Brauer Iris | Ja |
| Ingold Gabriela | Nein |
| Iten Beat | Ja |
| Ryser Ralph | Nein |
| Werner Thomas | Nein |
| | |
| Barmet Monika | Ja |
| Etter Andreas | Ja |
| Nussbaumer Karl | Nein |
| | |
| Abt Daniel | Nein |
| Andermatt Adrian | Abwesend |
| Andermatt Pirmin | Ja |
| Dzaferi Zari | Ja |
| Frei Pirmin | Ja |
| Gössi Alois | Ja |
| Hostettler Andreas | Nein |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Ja |
| Lustenberger Andreas | Ja |
| Pfister Martin | Abwesend |
| Riboni Michael | Ja |
| Riedi Beni | Abwesend |
| Schmid Heini | Ja |
| Wandfluh Oliver | Nein |
| | |
| Baumgartner Hans | Ja |
| Birrer Walter | Nein |
| Bühler Olivia | Ja |
| Gander Thomas | Nein |
| Haas Esther | Ja |
| Mösch Jean-Luc | Ja |
| Renggli Silvan | Ja |
| Sieber Beat | Nein |
| Soltermann Claus | Ja |
| Suter Rainer | Nein |
| | |
| Bieri Anna | Ja |
| Helbling Karin | Nein |
| Hofer Rita | Ja |
| Schuler Hubert | Ja |
| Unternährer Beat | Nein |
| Villiger Thomas | Nein |
| | |

| | |
|---|---|
| Burch Daniel | Ja |
| Hausheer Andreas | Ja |
| Hürlimann Andreas | Abwesend |
| Meierhans Thomas | Ja |
| Odermatt Anastas | Ja |
| Weber Monika | Nein |
| | |
| Balmer Kurt | Nein |
| Burch Daniel Thomas | Nein |
| Roos Flavio | Nein |
| Schriber-Neiger Hanni | Ja |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Nein |
| Wiederkehr Roger | Ja |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Nein |
| | |
| Henseler Emanuel | Abwesend |
| Lötscher Thomas | Ja |

➔ Der Rat verbleibt mit 44 zu 27 Stimmen bei der Fassung gemäss geltendem Recht.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über die Streichung bzw. Beibehaltung von § 8 Abs. 2 abgestimmt wird.

**Jürg Messmer** hat die vorangehende Abstimmung so verstanden, dass man bei der Fassung gemäss geltendem Recht bleibt, also bei der Formulierung: «Ausgenommen vom Nachweis von Deutschkenntnissen sind Personen, die aus unverschuldetem Unvermögen das geforderte Referenzniveau nicht erreichen.» Gibt es tatsächlich einen Antrag, dass *dieser* Abs. 2 gestrichen werden soll? Lautete der Antrag nicht vielmehr, dass allenfalls Abs. 2 in der Fassung des Regierungsrats gestrichen werden soll? Für jemanden, der beispielsweise geistig leicht behindert ist und deshalb nicht das nötige Niveau erreicht, muss es ja eine Ausnahmeregelung geben. Der Votant bittet um Klärung.

**Anna Bieri** weiss auch nicht, ob jemand den Antrag gestellt hat, nur Abs. 2 zu streichen. Die CVP hat diesen Antrag nicht gestellt, und die Votantin kann sich im Sinne von Jürg Messmer auch nicht vorstellen, dass eine solche Streichung für jemanden Sinn macht. Die CVP-Fraktion hat den Antrag gestellt, § 8 gänzlich, also mit allen Absätzen, zu streichen, dies unabhängig von Ausgang der vorherigen Abstimmung.

Für **Zari Dzaferi** geht es jetzt um den Kern des Gesetzes, also die Sonderregelung für Gutbetuchte, welche die Niederlassungsbewilligung auch ohne Deutschkenntnisse erhalten sollen. Er stellt den **Antrag,** diese Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen. Es geht um politische Transparenz.

**Barbara Gysel:** Es wurde die Frage gestellt, wer den Antrag auf Streichung von Abs. 2 gestellt habe. Die SP-Fraktion wollte beim geltenden Recht bleiben, was der Rat in der vorherigen Abstimmung nun auch beschlossen hat. Sie hätte allenfalls

die Streichung von Abs. 2 in der Fassung des Regierungsrats beantragt, in der jetzigen Situation muss die vom Vorsitzenden eben vorgeschlagene Abstimmung zu Abs. 2 aber nicht durchgeführt werden.
Zum Vorwurf des Sicherheitsdirektors, sie habe ungenau argumentiert, hält die Votantin fest, dass sie dazu genauer wissen müsste, was sie angeblich gesagt haben soll. Sie hat zum einen nie etwas anderes behauptet, als dass der Anspruch auf eine Niederlassung nach fünf Jahren automatisch bestehe. Zum andern hat sie in Hinblick auf die Abstimmung über die gänzliche Streichung von § 8 das Gefühl, dass es dabei um etwas geht, worüber es in den letzten Jahren keinen grossen Dissens gab. Es gab unter CVP, FDP, den Einwohnergemeinden und teilweise auch den linken Parteien den Konsens, die Niederlassung an die Verpflichtung zu Sprachkenntnissen zu knüpfen. Wenn § 8 gesamthaft gestrichen wird, fällt der Einfluss des Parlaments in einer Frage, die in der Vergangenheit wenig kontrovers diskutiert wurde – es gab mehrere Beschlüsse dazu –, praktisch weg.
Schliesslich möchte die Votantin eine Replik geben auf die angebliche «Neiddebatte» und «Angsthasenpolitik». Das jetzige Gesetz beruht auf einem breiten politischen Konsens. Beim neuen Vorschlag aber geht es nicht um Förderung, sondern um Standortpolitik. Eine fiskalische Standortförderung mit dieser Ausnahmeklausel lehnt die SP entschieden ab. In diesem Sinne – es sei wiederholt – braucht es die Abstimmung über die Streichung von § 8 Abs. 2 nicht.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält bezüglich der Frage von Barbara Gysel fest, dass es gewisse Länder gibt, deren Staatsangehörige einen rechtlichen Anspruch darauf haben, nach fünf Jahren die Niederlassungsbewilligung zu erhalten. Die entsprechenden Vorgaben werden vom Bund gemacht und vom Kanton übernommen. Ganz ohne Auflagen erhalten auch Bürger der betreffenden Länder die Bewilligung nach fünf Jahren nicht – dies im Unterschied zur Bewilligung nach zehn Jahren.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich beim Rat, ob dieser damit einverstanden sei, dass auf die vorgeschlagene Abstimmung über die Streichung von § 8 Abs. 2 verzichtet werden kann. Aus dem Stillschweigen des Rats schliesst er auf Zustimmung.

**Thomas Lötscher** erläutert, dass nicht mehr über die Streichung von § 8 Abs. 2 abgestimmt wird. Die nächste Abstimmung betrifft die Streichung des ganzen § 8.

➔ Der Rat genehmigt mit 26 Ja-Stimmen den Antrag von Zari Dzaferi, die folgende Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf ein «Ja» die Beibehaltung von § 8, ein «Nein» dessen gänzliche Streichung bedeutet.

Nachdem knapp zwanzig Ratsmitglieder unter Namensaufruf ihre Stimme abgegeben haben, entsteht Unruhe im Saal: Das Abstimmungsprozedere ist nicht allen Ratsmitgliedern klar. **Philippe Camenisch** stellt deshalb den **Ordnungsantrag,** nochmals mit der Abstimmung zu beginnen.

Der **Vorsitzende** ruft die Ratsmitglieder auf, während der Abstimmung unter Namensaufruf nicht miteinander zu sprechen. Andernfalls ist es fast nicht möglich, eine solche Abstimmung durchzuführen.

**Oliver Wandfluh** stellt den **Antrag,** die begonnene Abstimmung zu Ende zu führen und erst dann über den Ordnungsantrag von Philippe Camenisch abzustimmen. Er möchte vom Landschreiber wissen, wie gemäss Geschäftsordnung vorgegangen werden muss.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass gemäss § 65 GO KR ein Ordnungsantrag jederzeit nach Abschluss eines Votums gestellt werden kann. Zulässig ist auch eine kurze Debatte über den Ordnungsantrag, und der Ordnungsantrag kann gestellt werden, so lange die Beanstandung anhält. Nach dem Verständnis des Landschreibers kann nun über den Ordnungsantrag von Philippe Camenisch abgestimmt werden.

**Manuel Brandenberg** stellt den Antrag, über den Ordnungsantrag von Philippe Camenisch unter Namensaufruf abzustimmen. *(Der Rat lacht schallend.)*

**Thomas Lötscher** bittet den Rat, sich für die letzten paar Minuten der Sitzung nochmals zu konzentrieren und Voten zu unterlassen, die den Rat einfach nur noch der Lächerlichkeit preisgeben. Eine Abstimmung über einen Ordnungsantrag unter Namensaufruf durchzuführen, ist grenzwertig. Der Votant appelliert an den Rat, diesem Unsinn Einhalt zu gebieten.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Manuel Brandenberg, über den Ordnungsantrag von Philippe Camenisch unter Namensaufruf abzustimmen, mit 58 zu 2 Stimmen ab.

➔ Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Philippe Camenisch mit 37 zu 31 Stimmen zu.

Landschreiber **Tobias Moser** hält nochmals fest, dass in der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf ein «Ja» die Beibehaltung von § 8, ein «Nein» die gänzliche Streichung von § 8 bedeutet.

Unter Namensauruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Nein |
| Brunner Philip C. | Abwesend |
| Camenisch Philippe | Ja |
| Christen Hans | Abwesend |
| Giger Susanne | Ja |
| Gysel Barbara | Ja |
| Landtwing Alice | Ja |
| Marti Daniel | Nein |
| Messmer Jürg | Nein |
| Raschle Urs | Nein |
| Rüegg Richard | Nein |
| Sivaganesan Rupan | Ja |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Ja |
| Stadlin Daniel | Nein |
| Stocker Cornelia | Nein |
| Straub-Müller Vroni | Ja |
| Thalmann Silvia | Nein |
| Umbach Karen | Nein |
| Vollenweider Willi | Nein |

| | |
|---|---|
| Dittli Laura | Nein |
| Iten Patrick | Abwesend |
| Letter Peter | Nein |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Ja |
| Hess-Brauer Iris | Nein |
| Ingold Gabriela | Nein |
| Iten Beat | Ja |
| Ryser Ralph | Nein |
| Werner Thomas | Nein |
| | |
| Barmet Monika | Ja |
| Etter Andreas | Ja |
| Nussbaumer Karl | Nein |
| | |
| Abt Daniel | Nein |
| Andermatt Adrian | Abwesend |
| Andermatt Pirmin | Nein |
| Dzaferi Zari | Ja |
| Frei Pirmin | Nein |
| Gössi Alois | Ja |
| Hostettler Andreas | Ja |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Ja |
| Lustenberger Andreas | Ja |
| Pfister Martin | Abwesend |
| Riboni Michael | Nein |
| Riedi Beni | Abwesend |
| Schmid Heini | Nein |
| Wandfluh Oliver | Nein |
| | |
| Baumgartner Hans | Nein |
| Birrer Walter | Nein |
| Bühler Olivia | Ja |
| Gander Thomas | Nein |
| Haas Esther | Ja |
| Mösch Jean-Luc | Nein |
| Renggli Silvan | Nein |
| Sieber Beat | Nein |
| Soltermann Claus | Nein |
| Suter Rainer | Nein |
| | |
| Bieri Anna | Nein |
| Helbling Karin | Nein |
| Hofer Rita | Ja |
| Schuler Hubert | Ja |
| Unternährer Beat | Nein |
| Villiger Thomas | Nein |
| | |

| | |
|---|---|
| Burch Daniel | Ja |
| Hausheer Andreas | Abwesend |
| Hürlimann Andreas | Abwesend |
| Meierhans Thomas | Nein |
| Odermatt Anastas | Ja |
| Weber Monika | Ja |
| | |
| Balmer Kurt | Nein |
| Burch Daniel Thomas | Nein |
| Roos Flavio | Nein |
| Schriber-Neiger Hanni | Ja |
| Stuber Daniel | Nein |
| Werder Matthias | Abwesend |
| Wiederkehr Roger | Nein |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Ja |
| | |
| Henseler Emanuel | Abwesend |
| Lötscher Thomas | Ja |

➔ Der Rat beschliesst mit 41 zu 27 Stimmen die gänzliche Streichung von § 8.

***§ 9 Abs. 3***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil II, III und IV**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

## 382 Nächste Sitzung

Donnerstag, 31. März 2016 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** informiert, dass nach dem jetzigen Stand der Planung die am 14. April 2016 vorgesehene ausserordentliche Kantonsratssitzung ebenfalls stattfinden wird (Ganztagessitzung). Abschliessend erinnert er daran, dass am kommenden Samstag das Parlamentarier-Skirennen der Kantone Zug und Schwyz im Alpthal stattfindet.

**Protokoll des Kantonsrats**

27. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 31. März 2016 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 25. Februar 2016
3. Kantonsratsersatzwahlen in der Einwohnergemeinde Baar:
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Barbara Häseli
3.2. Ablegung des Eides durch Barbara Häseli
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
4.1. Motion von Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Standesinitiative zur Verankerung der bestehenden Bargeldnotennennwerte (CHF 10, 20, 50, 100, 200, 1000) im Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel (WZG)
4.2. Motion von Peter Letter, Philip C. Brunner, Daniel Thomas Burch, Daniel Marti, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker und Silvia Thalmann betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der gemeindlichen Lehrpersonen
4.3. Motion von Kurt Balmer, Heini Schmid, Manuel Brandenberg, Thomas Lötscher und Anastas Odermatt betreffend Beseitigung der institutionellen Mängel bei der Staatsanwaltschaft
4.4. Postulat von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Markus Hürlimann, Peter Letter, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker, Silvia Thalmann und Florian Weber betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der kantonalen Lehrpersonen sowie der Mitarbeitenden der Zuger Polizei
4.5. Postulat der SP-Fraktion betreffend Reputationsschaden verhindern: genügend Mittel für unsere Hochschule
4.6. Interpellation von Rainer Suter betreffend Konklusion Flüchtlingsunterkunft Schluecht Cham 2016
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans. L 4.3 Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion; V 3.3 Kantonsstrassen; V 10 Kantonales Wanderwegnetz; Entlastungsprogramm 2015–2018 Massnahmen 2.22a, IR 5.12 und 5.08
5.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Fertigstellung und Nutzung des sechsten Geschosses im Neubau Trakt 5, Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug (GIBZ)

6. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB; BGS 211.1) vom 17. August 1911 – Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen: 2. Lesung
7. Entlastungsprogramm 2015-2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung
8. Geschäfte, die am 25. Februar 2016 nicht behandelt werden konnten:

8.1. Interpellation von Michele Kottelat betreffend: Wie kann der Respekt im Kanton Zug gefördert werden?
8.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus
8.3. Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionenstreichung
8.4. Interpellation von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann betreffend Versachlichung der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion
8.5. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Flüchtlingskonzept

**383 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Andreas Meier, Oberägeri; Zari Dzaferi und Beni Riedi, beide Baar; Walter Birrer, Cham; Daniel Stuber, Risch.

**384 Mitteilungen**

Am 27. Februar 2016 fand in Alpthal SZ das Parlamentarier-Skirennen der Kantone Schwyz und Zug statt. Anna Bieri und Zari Dzaferi, die *Chief Sport Officers* des Kantonsrats, organisierten diesen Anlass mit viel Herzblut zusammen mit dem Skiclub Unterägeri. Der Vorsitzende dankt für dieses Engagement. Im Kantonsrat gibt es zahlreiche Ski-Asse, etwa Iris Hess, die Siegerin bei den Damen, und Snowboard-Cracks wie Zari Dzaferi. Herzliche Gratulation an alle, die an diesem traditionellen Anlass teilgenommen haben, sei es auf der Piste, am Pistenrand oder – mit längerer Präsenzzeit – am Jasstisch.

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

TRAKTANDUM 1

**385 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**386 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 25. Februar 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 25. Februar 2016 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3
**Kantonsratsersatzwahlen in der Einwohnergemeinde Baar:**

**387** Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Barbara Häseli**
Vorlage: 2594.1 - 15110 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Barbara Häseli befindet. Barbara Häseli ist im Saal. Es gibt keine anders lautenden Anträge als denjenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Barbara Häseli.

Der **Vorsitzende** gratuliert Barbara Häseli herzlich zu ihrer Wahl. Die neue Kantonsrätin tritt ihr Amt sofort an.

**388** Traktandum 3.2: **Ablegung des Eides durch Barbara Häseli**

Barbara Häseli möchte den Eid ablegen. Der **Vorsitzende** bittet sie, nach vorne zu treten. Die Anwesenden erheben sich. Der Landschreiber liest die Eidesformel. Barbara Häseli spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst Barbara Häseli herzlich willkommen im Kantonsrat und wünscht ihr viel Energie und Befriedigung bei ihrer politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**389** Traktandum 5.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans. L 4.3 Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion; V 3.3 Kantonsstrassen; V 10 Kantonales Wanderwegnetz; Entlastungsprogramm 2015–2018 Massnahmen 2.22a, IR 5.12 und 5.08**
Vorlagen: 2596.1/1a/1b - 15114 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2596.2 - 15115 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

**390** Traktandum 5.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Fertigstellung und Nutzung des sechsten Geschosses im Neubau Trakt 5, Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug (GIBZ)**
Vorlagen: 2599.1/1a - 15122 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2599.2 - 15123 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Hochbau.

**391** Traktandum 5.3: **Bildungskommission**

Anstelle von Martin Pfister soll neu Barbara Häseli für die CVP-Fraktion in die Bildungskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

**392** **Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB; BGS 211.1) vom 17. August 1911 – Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen: 2. Lesung**
Vorlagen: 2476.4 - 15085 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2476.5/5a - 15111 (Antrag der Kommission zur 2. Lesung); 2476.6 - 15118 (Antrag von Markus Hürlimann, Michael Riboni und Oliver Wandfluh zur 2. Lesung); 2476.7 - 15119 (Antrag von Kurt Balmer und Thomas Meierhans zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung drei Anträge eingegangen sind.

**Karl Nussbaumer,** Präsident der vorberatenden Kommission, erinnert daran, dass der Kantonsrat anlässlich der ersten Lesung verlangte, dass die vorberatende Kommission § 102 auf die zweite Lesung hin klarer formulieren solle. Damit nicht die ganze Kommission nochmals tagen musste, haben Heini Schmid, Thomas Meierhans und der Sprechende § 102 und auch § 111a Abs. 1 klarer formuliert und den Willen der Kommission deutlicher zum Ausdruck gebracht. In einer E-Mail-Umfrage wurden anschliessend sämtliche Kommissionsmitglieder über die Vorschläge informiert, und diese haben den Anträgen der Kommission auf die zweite Lesung grossmehrheitlich zugestimmt. Im Detail geht es um Folgendes:
• § 102 mit dem (teilweise neuen) Titel «Pflanzungen, lebendige Einfriedungen und Waldungen»: Der zweite Satz von § 102 Abs. 1a wird neu zu § 102 Abs. 1aa. Damit wird klargestellt, dass lebendige Einfriedungen bei einem Grenzabstand von 0,5 bis 0,9 Meter maximal 1,8 Meter Höhe haben dürfen. Die Kommission ist auch der Meinung, dass der Begriff «Einfriedungen» als Oberbegriff sowohl für lebendige als auch für tote Einfriedungen vorzuziehen ist. «Einzäunungen» taugt nur für tote Materialien.
• § 102a, betitelt «Tote Einfriedungen»: Mit dem zweiten Satz von 102 a Abs. 1 wurde klarer formuliert, dass tote Einfriedungen im Grenzabstandsbereich von 0,0 bis 0,9 Meter eine Maximalhöhe von 1,8 Meter haben dürfen. In Abs. 2 wird auf § 102 Abs. 1 verwiesen
• §102b «Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands»: Auch hier wurde «Einzäunungen» durch «Einfriedungen» ersetzt.

• § 111a «Übergangsbestimmungen»: Die neue Formulierung lautet: «Hochstämmige Bäume, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmung die Maximalhöhe gemäss § 102 Abs. 1 überschreiten, bleiben in ihrem Bestand geschützt, wenn sie fünf Jahre vor Inkrafttreten dieser Bestimmung gepflanzt worden sind.»
Im Namen der Kommissionsmehrheit bittet der Votant, den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

**Oliver Wandfluh** hält fest, dass die SVP-Fraktion mit dem neuen Begriff «Einfriedungen» einverstanden ist. Sie unterstützt auch mehrheitlich den Antrag bzw. Eventualantrag von Kurt Balmer und Thomas Meierhans, in § 111 Abs. 1 den Begriff «Grundeigentümer» durch «Nachbarn» zu ersetzen. Die Begründung dafür ist nachvollziehbar und stichhaltig. Die Änderung schafft Klarheit und schliesst sich der Begrifflichkeit im Gesetz nahtlos an. Nicht einverstanden ist die SVP mit § 102 Abs. 2, da dieser eine zusätzliche und beträchtliche Beschneidung der Rechte der benachbarten Eigentümerin oder des benachbarten Eigentümers bedeutet. Die Erhöhung des Mindestabstands beschneidet die Möglichkeiten der Grundstücknutzung und führt zu einer Einbusse an Wohn und Lebensqualität. Der Votant wird anhand einer Tabelle detailliert auf die Auswirkungen in der Praxis eingehen.
Zusätzlich stellt die SVP-Fraktion einen Antrag zu § 111a Abs. 1. Sie ist der Meinung, dass sämtliche hochstämmigen Bäume in ihrem Bestand geschützt werden sollen, unabhängig davon, wann sie gepflanzt wurden.

**Kurt Balmer** möchte seinen Antrag direkt beim entsprechenden Paragrafen konkretisieren und nicht schon jetzt auf die Details eingehen.

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion und teilt mit, dass die CVP sich dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliessen wird. Die sprachlich überarbeiteten Artikel sind klarer. Wichtig ist für die CVP, dass damit keine materiellen Änderungen verbunden sind, denn die in der ersten Lesung beschlossene Überarbeitung des Nachbarschaftsrechts ist eine sehr gute Lösung und wird viel zum Rechtsfrieden im nachbarschaftlichen Verhältnis beitragen.
Den Antrag von Markus Hürlimann, Michael Riboni und Oliver Wandfluh wird die CVP nicht unterstützen. Sie begrüsst eine Erhöhung der toten Einfriedungen auf 1,8 Meter an der Grenze, um damit einen Sichtschutz zwischen Sitzplätzen zu erreichen. Übergrosse Mauern will die CVP aber nicht.
Eine grosse Mehrheit der CVP unterstützt den Antrag von Kurt Balmer und dem Votanten. Es geht darum, den *Nachbarn* zu informieren, wenn man seine Hecke schneiden will und dafür das Nachbargrundstück betreten muss. Den *Grundeigentümer,* der vielleicht sogar im Ausland weilt, kontaktieren müssen, macht wenig Sinn. Weitere Argumente dazu wird Kurt Balmer liefern.

**§ 102 Überschrift (neu)**
**§ 102 Abs. 1, Abs. 1a und Abs. 1aa**
**§ 102 Abs. 2**
**§ 102 Abs. 3**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission

**§ 102a Überschrift (neu)**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

**§ 102a Abs. 1**

**Oliver Wandfluh:** Wie der Regierungsrat in seinem Bericht vom 27. Januar 2015 zu den Prinzipien im Nachbarrecht ausführt, ist das Recht auf Eigentum in der Bundesverfassung verankert, und die Eigentumsgarantie wird als elementare Voraussetzung für eine freiheitliche Rechtsordnung betrachtet. Der Eigentümer einer Sache kann in den Schranken der Rechtsordnung nach seinem Belieben über diese verfügen. Die Regierung führt weiter aus, dass jede zusätzliche Beschneidung der Befugnisse der benachbarten Eigentümerin oder des benachbarten Eigentümers, insbesondere durch Erhöhung des Mindestabstands, die Möglichkeit sämtlicher Eigentümer bei der Grundstücknutzung schmälert und für alle mit einer Einbusse an Wohn- bzw. Lebensqualität verbunden ist.
Der Antrag der vorberatenden Kommission geht aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Der Antrag beschneidet das Recht der Eigentümerinnen und Eigentümer auf die Grundstücksnutzung massiv. Wie die bereits erwähnte und den Ratsmitgliedern nun vorliegende Tabelle zeigt, beträgt der Grenzabstand gemäss Kommissionsantrag, Hauptantrag und Eventualantrag bis zu einer Einfriedungshöhe von 180 Zentimeter neu 0 Zentimeter, ist also gleich. Sobald die Einfriedung aber 190 Zentimeter hoch ist, verlangt die Kommission einen Grenzabstand von neu bereits 95 Zentimeter. Gegenüber geltendem Recht von 20 Zentimeter Abstand macht das einen Mehrabstand von 75 Zentimeter aus, was fast das Vierfache ist.
Bei Hauptantrag und Eventualantrag sind die Grenzabstände bis 209 Zentimeter leicht geringer als im bestehenden Recht. Ab 200 Zentimeter Einfriedungshöhe ist der Hauptantrag leicht unter dem bestehenden Recht, was gemäss Bundesverfassung in Bezug auf Recht auf Eigentum absolut in Ordnung ist. Der Eventualantrag ist ab einer Höhe der Einfriedung von 220 Zentimeter leicht höher als bestehendes Recht, aber immer noch enorm weniger als das Ergebnis der ersten Lesung und der Antrag der vorberatenden Kommission. Dies geht eindeutig zu weit. Die Mindestabstände werden gegenüber geltendem Recht verdoppelt, verdreifacht und sogar vervierfacht. Das kann nicht im Interesse der Grundeigentümerinnen und -eigentümer sein. Ein letztes Beispiel: Wenn man eine Einfriedung von 3 Meter Höhe hat, muss diese nach geltendem Recht einen Grenzabstand von 75 Zentimeter haben. Gemäss Antrag der Kommission betrüge dieser Abstand das Doppelte: sage und schreibe 1,5 Meter.
Zusammen mit Markus Hürlimann und Michael Riboni und unterstützt von der SVP-Fraktion stellt der Votant deshalb den **Antrag,** in § 102a Abs. 1 den zweiten Satz («Bis 0,9 Meter Grenzabstand gilt […]») zu streichen und § 102a Abs. 2 wie folgt zu formulieren: «Überschreitet die tote Einfriedung die Höhe von 1,8 Meter, vergrössert sich der Grenzabstand um die halbe Mehrhöhe.» Das ist immer noch viel, aber weniger als in der ersten Lesung beschlossen und von der Kommission beantragt. Für den Fall, dass dieser Antrag keine Mehrheit findet, stellen die genannten Kantonsräte den **Eventualantrag** auf folgende Formulierung von § 102a Abs. 2: «Überschreitet die tote Einfriedung die Höhe von 1,8 Meter, vergrössert sich der Grenzabstand um die Mehrhöhe.» Der Votant dankt für die Unterstützung.

Kommissionspräsident **Karl Nussbaumer** teilt mit, dass die Kommissionsmehrheit hier beim Ergebnis der ersten Lesung bleiben will. Sie lehnt die Anträge von

Markus Hürlimann, Michael Riboni und Oliver Wandfluh ab und bittet den Rat, beim Ergebnis der ersten Lesung zu bleiben. So wird auch hier der verdichteten Bauweise besser Rechnung getragen.

**Heini Schmid** fühlt sich herausgefordert durch die Ausführungen von Oliver Wandfluh zur Eigentumsfreiheit. Es geht im Nachbarrecht um eine Güterabwägung: Die Freiheit des einen Eigentümers ist die Einschränkung des anderen. Es muss ein Interessenausgleich gefunden und nicht nur das Interesse des einen Eigentümers geschützt werden, der eine möglichst hohe Einfriedung errichten will. Wichtig ist auch der Grundgedanke, dass Mauern und Einfriedungen nicht höher sein sollen als Bäume. Die Mehrheit der Kommission wollte eine Harmonisierung der Vorschriften für Bäume und Sträucher einerseits und für tote Einfriedungen andererseits. Es wäre nämlich paradox, wenn Bäume und Sträucher, die man als Eigentümer wohl lieber hat als gesichtslose Mauern und Holzwände, kleiner gehalten werden müssten als tote Einfriedungen. Im Übrigen ist vorgesehen, dass bestehende Mauern und Einfriedungen, die dem Baubewilligungsverfahren unterworfen sind, in ihrem Bestand geschützt sind. Früher wurde diesbezüglich oft ohne Baubewilligung gebaut, heute aber sind die Vorschriften sehr streng: Schon ein *Chüngelistall* braucht eine Baubewilligung. Die meisten Abschrankungen und toten Einfriedungen sind heute also baubewilligungspflichtig bzw. in ihrem Bestand geschützt. Und für neu zu erstellende Abschrankungen wäre – wie gesagt – eine Harmonisierung wichtig, nämlich dass für lebendige und tote Einfriedungen dasselbe Recht gilt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern: Markus Hürlimann, Michael Riboni und Oliver Wandfluh lehnen die vom Kantonsrat in erster Lesung beschlossene Fassung von § 102a Abs. 2 bzw. den Antrag der vorberatenden Kommission mit der Begründung ab, dass diese die Eigentumsbefugnisse zu stark beschneide. Dies sei mit der Eigentumsgarantie unvereinbar. Zunächst ist festzuhalten, dass die vom Kantonsrat in erster Lesung beschlossene Fassung bzw. der Antrag der Kommission die Maximalhöhe von toten Einfriedungen auf der Grenze um 0,3 Meter auf 1,8 Meter erhöht. Von daher ist die neue Regelung eigentumsfreundlicher als die bisherige. Der Vorschlag der vorberatenden Kommission berücksichtigt die Interessen beider benachbarter Grundeigentümerinnen und -eigentümer. Die Kommission ist der Auffassung, dass eine tote Einfriedung, also eine Mauer oder eine Holzwand, von 1,8 Meter auf der Grenze genügenden Sichtschutz gewährt. Jede Überschreitung von 1,8 Meter muss genügend weit von der Grenze erstellt werden. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die vom Kantonsrat in erster Lesung beschlossene Fassung von Abs. 2 bzw. der Antrag der Kommission nicht gegen die Eigentumsgarantie verstösst. Die antragstellenden Kantonsräte möchten tote Einfriedungen von mehr als 1,8 Metern viel näher beim nachbarlichen Grundstück erlauben. Die Regierung und die vorberatende Kommission sind der Meinung, dass den Interessen der Nachbarschaft viel zu wenig Rechnung getragen wird, wenn diese fast gefängnisartig eingeschlossen wird: Heini Schmid hat sehr gut ausgeführt, dass man immer beide Interessen berücksichtigen müsse. Es ist daher den Erstellerinnen und Erstellern von toten Einfriedungen zuzumuten, dass sie bei der Überschreitung der Höhe von 1,8 Meter einen grösseren Grenzabstand einhalten müssen. Der Regierungsrat bittet deshalb, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen und beide Anträge von Markus Hürlimann, Michael Riboni und Oliver Wandfluh abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt mit 56 zu 14 Stimmen den Antrag, in § 102a Abs. 1 den zweiten Satz zu streichen, ab und genehmigt damit den Antrag der vorberatenden Kommission.

**§ 102a Abs. 2**

➔ Der Rat spricht sich mit 56 zu 14 Stimmen für den Antrag der vorberatenden Kommission aus und lehnt damit den Antrag und Eventualantrag von Markus Hürlimann, Michael Riboni und Oliver Wandfluh ab.

**§ 102b Abs. 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat in § 102a den Begriff «Tote Einfriedungen» eingeführt hat. Somit ist dieser Begriff auch in § 102b zu verwenden. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

**§ 111 Abs. 1 und 2**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Kurt Balmer und Thomas Meierhans eine andere Fassung von Abs. 1 und 2 beantragen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag nicht an.

**Kurt Balmer** weist darauf hin, dass der konkrete Antrag bzw. Eventualantrag und die Begründung dafür der schriftlichen Eingabe zu entnehmen sind. Wesentlich ist, dass der Begriff «Nachbar» aufgenommen wird. Es geht hier um ein Recht zur Erstellung, Bewirtschaftung und zum Unterhalt von Einzäunungen, Bauten und Anlagen, also um ein sehr umfassendes Recht eines Nachbarn oder benachbarten Grundeigentümers. Einerseits soll sich nicht jedermann in den Unterhalt einmischen können, andererseits ist der Begriff «Grundeigentümer» etwas unklar. Es gibt auch den nachbarlichen Mieter, der allenfalls notfallmässig Unterhaltsarbeiten ausführt, der im Begriff «Grundeigentümer» aber nicht enthalten ist. Der Begriff «Nachbar» kam im Gesetz schon vor, und es ist nicht einzusehen, weshalb er nun völlig aus dem Gesetz gestrichen werden soll; schliesslich geht es hier um das Nachbarrecht. In den Materialien, also in den Berichten des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission, ist mit keinem Wort erläutert, warum «Eigentümer» anstelle von «Nachbar» Eingang in das Gesetz finden soll. Es geht hier ja um Nachbarn und nicht um irgendwelche fremde Grundeigentümer. Sonst würden Tür und Tor geöffnet, dass jeder Grundeigentümer, unabhängig von der Nachbarschaft, sich in den Unterhalt einmischen könnte. Der Votant illustriert das an einem Beispiel, das von Grundbuchinspektor Robert Brunner von der Direktion des Innern stammt: Ein Einfamilienhaus ist von einer naturbelassenen Wiese umgeben, und irgendein entfernter Grundeigentümer, nicht ein Nachbar, ist damit nicht einverstanden. Er findet, der Unterhalt dieser Wiese sei nicht geregelt, und es bestehe dringender Bedarf, den Rasen zu schneiden. Gemäss der von der Kommission beantragten Formulierung dürfte dieser entfernte Grundeigentümer aktiv werden. Aber es darf doch nicht sein, dass irgendwelche Grundeigentümer Unterhaltsarbeiten auf einem fremden Grundstück vornehmen können! Gemeint ist vielmehr, dass Nachbarn – und nur Nachbarn – gegebenenfalls entsprechende Unterhaltsarbeiten vornehmen können. Es geht also um eine nachbarrechtliche Risikominimierung. Das geschilderte Problem war auch für Grundbuchinspektor Robert Brunner einsichtig; die Problematik war ihm so bisher nicht bewusst, und es besteht auch für ihn ein entsprechender Handlungsbedarf. In der ersten Lesung wurde

diese Problematik nicht diskutiert, vielmehr wurden damals etwas widersprüchliche Ausführungen zum Begriff «Nachbar» gemacht. Nach Ansicht des Votanten versteht es sich von selbst, dass damit nicht nur die unmittelbaren Nachbarn, sondern auch mittelbare Nachbar gemeint sind; das gilt es auch zuhanden der Materialien bzw. des Protokolls festzuhalten.
Es ist den Antragstellenden also wichtig, dass der Begriff «Nachbar» entweder über den Hauptantrag oder den Eventualantrag ins Gesetz integriert wird. Der Votant bittet den Rat um Unterstützung für den Antrag Balmer/Meierhans.

Kommissionspräsident **Karl Nussbaumer** hält fest, dass die Kommissionsmehrheit beim Ergebnis der ersten Lesung bleiben will. Sie findet auch, dass der Begriff «Grundeigentümer» klarer definiert ist als «Nachbar». Der Kommissionspräsident bittet deshalb, den Antrag von Kurt Balmer und Thomas Meierhans abzulehnen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern: Der Antrag von Kurt Balmer und Thomas Meierhans hätte zur Folge, dass beispielsweise sämtliche Mieterinnen und Mieter eines benachbarten Mehrfamilienhauses fremden Boden betreten dürften. Dies kann doch nicht der Wille der zwei antragstellenden Kantonsräte sein! Vielmehr möchten diese die Zahl der betretungsberechtigten Personen reduzieren. Das Gleiche streben auch die Regierung und die vorberatende Kommission an. Die Antragstellenden verfehlen mit den Begriffen «Nachbarin» bzw. «Nachbar» und «nachbarlich» das angestrebte Ziel. Sie erreichen das Gegenteil und erweitern den Kreis der Zutrittsberechtigten, weil nach Bundesrecht nicht nur unmittelbare Anstösserinnen und Anstösser Nachbarinnen und Nachbarn sein können. Es kann sich auch um Grundeigentümerinnen und -eigentümer handeln, die weiter entfernt sind. Auch sie haben ein Betretungsrecht, beispielsweise um eine defekte Leitung zu reparieren. In der ersten Lesung wurde die Frage gestellt, was eine «beauftragte Person» sei. Eine beauftragte Person kann – beispielsweise zum Heckenschneiden – eine Mieterin oder ein Mieter sein, die bzw. der den Unterhaltsauftrag bereits mit dem Mietvertrag erhalten hat. Es kann aber auch eine Fachperson beauftragt worden sein, für den Unterhalt einer Hecke zu sorgen oder eine Leitung zu reparieren. Der Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrat engt den Kreis derjenigen, welche Grundstücke betreten dürfen, mehr ein. Der Regierungsrat bittet deshalb, die zwei Anträge von Kurt Balmer und Thomas Meierhans abzulehnen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über Abs. 1 und Abs. 2 *en bloc* abgestimmt wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Kurt Balmer und Thomas Meierhans mit 33 zu 32 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt mit 42 zu 24 Stimmen den Eventualantrag von Kurt Balmer und Thomas Meierhans.

**§ 111a Abs. 1**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

**Oliver Wandfluh** stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag auf folgende Formulierung von § 11a Abs. 1: «Hochstämmige Bäume bleiben, auch wenn sie im Zeitpunkt des Inkrafttretens die Maximalhöhe gemäss § 102 Abs. 1 überschreiten, in

ihrem Bestand geschützt.» Den Zusatz «wenn sie fünf Jahre vor Inkrafttreten dieser Bestimmung gepflanzt worden sind» möchte die SVP streichen. Sie ist der Meinung, dass die Besitzstandwahrung wie in anderen Gesetzen angewendet werden soll. Es darf nicht sein, dass ein Grundeigentümer einen schönen Hochstämmer, den er vor vier Jahren gepflanzt hat, wieder fällen muss, während der Nachbar, der seinen Baum vor fünf Jahren pflanzte, diesen stehen lassen kann. Sorge macht der SVP auch die Beweisbarkeit: Wer weiss schon genau, wann sein Nachbar seinen oder seine Hochstämmer gepflanzt hat? Der Zusatz kann für Grundeigentümer enorme Kosten verursachen, er generiert Juristenfutter und entbehrt jeglicher Grundlage. Im Sinne der Gerechtigkeit bittet der Votant, den Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern: Der Bestandesschutz erstreckt sich nach der vom Kantonsrat in erster Lesung beschlossenen Fassung nur auf hochstämmige Bäume. Die Fünfjahresfrist soll verhindern, dass Grundeigentümerinnen und -eigentümer vor Inkrafttreten der revidierten Bestimmungen noch rasch hochstämmige Bäume pflanzen, in der Absicht, von den attraktiveren Grenzabstandsbestimmungen des noch geltenden Rechts zu profitieren und danach Bestandesschutz zu geniessen. Aus diesem Grund soll der Schutz bestehender Hochstämmer nach der von der Kommission beantragten Fassung nur zum Tragen kommen, wenn die betreffende Pflanzung mindestens fünf Jahre von Inkrafttreten der geänderten Bestimmungen gepflanzt wurde. Der Regierungsrat bittet deshalb, die Fassung der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

➔ Der Rat genehmigt mit 51 zu 18 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 60 zu 10 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zur Beratung vor: Der Regierungsrat beantragt, die Motion von Kurt Balmer betreffend Anpassung der zivilrechtlichen Nachbarrechtsbestimmungen im Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (Vorlage 2077.1 - 13881) erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Die vorberatende Kommission spricht sich ebenfalls dafür aus, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion Balmer stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**393 Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung**

Vorlagen: 2569.1/1a/1b - 15044 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2569.2 - 15045 (Antrag des Regierungsrats [Synopse]); 2569.3/3a/3b - 15099 (Bericht und Antrag der Kommission); 2569.4/4a - 15100 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die vorberatende Kommission beantragt:
- auf die Vorlage einzutreten und ihr mit Änderungen zuzustimmen;
- die Petition «Für starke Zuger Schulen» des Lehrer- und Lehrerinnenkonvents der Kantonsschule Zug vom 13. Januar 2016 zur Kenntnis zu nehmen und ihr keine Folge zu leisten.

Die Staatswirtschaftskommission beantragt:
- auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den in der Detailberatung von der Stawiko beantragten Änderungen zuzustimmen;
- die Petition «Für starke Zuger Schulen» des Lehrer- und Lehrerinnenkonvents der Kantonsschule Zug zur Kenntnis zu nehmen und ihr keine Folge zu leisten.

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** bittet, in der Eintretensdebatte nur zu Fragen des Eintretens und nicht bereits zu Anliegen der Detailberatung zu sprechen.

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, geht davon aus, dass sich alle intensiv mit der Materie befasst haben. Und alle wissen es: Die finanzielle Lage des Kantons ist ernst, ja mehr als ernst. Der Rat muss heute die Komfortzone verlassen, ob er will oder nicht, und allen ist klar: Man kommt nicht um das Sparen herum. Heute wird darüber debattiert, wo und wie gespart werden soll resp. wie die Reise weitergeht. Die Regierung hat ein umfassendes Massnahmenpaket vorgelegt. Sie verlangt Optimierungen auf der Einnahmenseite und verhehlt nicht, dass sie gewisse Umlagerungen und Lastenverschiebungen an das Volk und die Gemeinden vornehmen will. Zentral ist, dass die Gemeinden sind bereit, dem Kanton zu helfen, und ihren Beitrag leisten wollen.
In der vorberatenden Kommission wurde moniert, die Arbeits- und Prozessabläufe seien nicht hinterfragt und der Personaletat von der Regierung mit Samthandschuhen angefasst worden. Im Wissen, dass das vorliegende Entlastungsprogramm immer noch nicht ausreichen wird für die Gesundung der kantonalen Finanzen, bittet die Kommission die Regierung dringend, diese Punkte im Folgeprojekt «Finanzen 2019» genau zu durchleuchten.
Die Regierung hat – anders als vereinzelte Nachbarkantone – die Handbremse rechtzeitig gezogen und vor allem den Prozess fair und unter Einbezug der Betroffenen aufgegleist. Sicher mussten einige über ihren Schatten springen, doch sie haben den Ernst der Lage erkannt. Auch die Kantonsrätinnen und Kantonsräte werden heute im Sinne des angestrebten übergeordneten Ziels, den Staatshaushalt nachhaltig zu entlasten, ihre persönlichen und parteipolitischen Interessen hintanstellen müssen. Die Votantin ist überzeugt, dass schlussendlich alle die Gnade dazu finden werden.
Wie viele aus dem bürgerlichen Lager zieht auch die Kommissionspräsidentin gern Vergleiche zur Privatwirtschaft. Dasselbe Handlungsspektrum wie private Unter-

nehmen hat die öffentliche Hand allerdings nicht. Die Mitglieder des Kantonsrats wären die ersten, die lautstark protestieren würden, wenn die Verwaltung beispielsweise Druckaufträge nach Deutschland vergeben oder die Regierung die HR-Abteilung nach Polen auslagern würde. Nichts einzuwenden ist aber, wenn die Anwendung des Verursacherprinzips so weit wie möglich forciert wird. Intentionen in diese Richtung hat die Regierung eingeleitet.
Die Kommission hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die viel zitierte Opfersymmetrie grösstenteils von allen involvierten Stellen und Betroffenen mitgetragen wird. So wurde der Rat glücklicherweise heute Morgen von Protestkundgebungen vor dem Regierungsgebäude verschont, dies vielleicht auch deshalb, weil das Staatspersonal auch nicht dazu verdonnert wird, länger zu arbeiten. Auch dieses ist sich bewusst, dass man im Kanton Zug in verschiedenen Belangen im schweizweiten Vergleich grosszügige Lösungen hat – also immer noch zu viel Fett und Übergewicht. Dieses gilt es nun weitgehend dem nationalen Durchschnitt anzugleichen. Andernfalls wird Zug in seinem Wehklagen über die exorbitante NFA-Belastung nicht ernst genommen und gar nur belächelt.
Der Kantonsrat darf nicht der Versuchung des Prinzips Hoffnung im Sinne von «Die Sache wird nicht so heiss gegessen wie gekocht» oder «Es kommt schon irgendwie gut» erliegen. Die Ankündigung des Finanzdirektors, dass das Defizit für 2015 weniger hoch als erwartet ausfallen werde, ist zwar eine positive Nachricht. Eine Entwarnung ist sie aber keineswegs. Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III kann man heute noch nicht abschliessend beziffern. Für Zug tönt es zwar vorsichtig positiv. Man darf jedoch nicht vergessen, dass Zug in dieser Frage quasi in Sippenhaft mit seinen Geber-*Gspändli* ist: Sollte die USR III diese empfindlich treffen, könnte dies seinen Niederschlag im NFA-Schlüssel finden. Die ersehnte Entlastung, für die sich Zug in der jüngsten Vergangenheit mühselig etwas Gehör verschaffen konnte, ist also auch unter diesem Aspekt noch keineswegs besiegelt.
Zur Arbeitsweise der Kommission: Die vorberatende Kommission hat sämtliche Massnahmen im Beisein des ehemaligen Finanzdirektors Peter Hegglin und in Anwesenheit der betroffenen Direktionsvorsteher, meist sekundiert von einzelnen Kaderpersonen, beraten. Sie hat der Verwaltung über ein Dutzend zum Teil umfangreiche Abklärungsaufträge erteilt und diese anschliessend beraten. Sie hat engagiert debattiert. Aufgrund des Umfangs des Kommissionsauftrags und wegen des engen Zeitrasters musste die Kommissionspräsidentin die eine oder andere Grundsatzdiskussion zum Leidweisen einzelner abbrechen, was ihr die Kommissionsmitglieder ebenso wie ihre Ermahnungen, sich kurz zu halten, verzeihen mögen. Sie dankt den Mitgliedern der Kommission herzlich für ihr engagiertes Mitwirken. Bis auf eine einzige krankheitsbedingte Absenz war die Kommission immer vollzählig anwesend.
Mit 11 zu 4 Stimmen ersucht die Kommission den Rat um Eintreten auf die Vorlage. Sollte das vorliegende Entlastungsprogramm heute geschröpft werden oder je nachdem schlussendlich vor dem Volk durchfallen, gibt es nur eine Alternative, nämlich eine Steuererhöhung. Diese müsste aufgrund der aktuellen Zahlen für die Planjahre 2017 und 2018 rund 25 Prozent betragen. Die Votantin ruft nochmals in Erinnerung, dass der Rat von Gesetzes wegen verpflichtet ist, das strukturelle Defizit zügig zu eliminieren. Sie fordert den Rat auf, diesen Auftrag gemeinsam anzupacken und sich zusammenzuraufen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die erweiterte Staatswirtschaftskommission die Vorlage an zwei Sitzungsterminen intensiv beraten hat. Sie dankt der Regierung und der gesamten Verwaltung für die

Erarbeitung des Entlastungsprogramms sowie der vorberatenden Kommission für die speditive Bearbeitung. Im Eintretensvotum fokussiert sie auf drei Punkte:
• Der Kantonsrat wird es heute nicht allen recht machen können – besser gesagt: er wird es sogar sehr vielen nicht recht machen können: nicht dem Staatspersonalverband, nicht den Lehrpersonen, nicht den Privatschulen, nicht den Gerichten, nicht den werdenden Müttern, nicht den Bezügern von Ergänzungsleistungen, nicht den Zuger Kulturschaffenden, nicht den Verkehrsunfallverursachern, nicht den Bootsbesitzern und nicht den Schifffahrtsgesellschaften, nicht den Pendlern und Eltern und auch nicht den gebührenzahlenden Personen. 79 Stellungnahmen sind im Rahmen der Vernehmlassung zu den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen eingegangen. Am meisten mobilisiert haben Massnahmen beim Personal, bei der Bildung sowie im Sozialbereich. Dabei darf durchaus erwähnt werden, dass die Kürzungen im Allgemeinen moderat ausgefallen sind, im Einzelfall aber eine grosse Wirkung haben können. Dafür hat die Staatswirtschaftskommission Verständnis. Sparen tut immer weh. Sparen löst grosse Emotionen aus – das sieht man nicht zuletzt an den zahlreichen Leserbriefen und Zeitungsberichten und an den bei den Kantonsräten eingegangenen Bekundungsschreiben. Mitreden beim Sparen kann jeder – und jeder hat sein Patentrezept. Dieses lautet: Sparen unbedingt, aber nicht bei mir, sondern bei den anderen.
• Der Kantonsrat berät heute ein Entlastungsprogramm, welches aus der Küche der Verwaltung und der Regierung kommt. Es wurde nicht auf Druck des Kantonsrats zusammengestellt, sondern aufgrund eines hinsichtlich Umfang und Tempo geradezu spektakulären verwaltungsinternen Prozesses. Am Anfang wurden über 900 Massnahmen – sprich: Sparideen – durch die Verwaltung ermittelt, welche danach verwaltungsintern diskutiert wurden. Der Regierungsrat hat in der Folge am 17. März 2015 ein Entlastungsprogramm von 258 Massnahmen beschlossen, mit denen er die laufende Rechnung dauerhaft um 111 Millionen Franken entlasten will. Die Massnahmen, welche in der Kompetenz des Regierungsrats lagen, hat er im Budgetprozess 2016 bereits umgesetzt und die notwendigen Verordnungsänderungen als erstes Paket im August 2015 verabschiedet. Der Regierungsrat ist davon überzeugt, dem Kantonsrat heute ein ausgewogenes Sparprogramm vorzulegen. Leistungsabbau, Mehreinnahmen, Effizienzsteigerung und Beiträge der Gemeinden halten sich etwa die Waage; dies ist eine Aussage des geschätzten Alt-Regierungsrats Peter Hegglin. Weiter war der Regierung eine gewisse Opfersymmetrie wichtig: Alle *Stakeholder* – hier verweist die Votantin auf den ersten Punkt ihres Votums – müssen ihren Beitrag leisten. Die Verwaltung hat übrigens noch zusätzliche 5 Millionen Franken beizutragen, welche der Kantonsrat im letzten November beschloss. Die Regierung wird die Kürzung bei gleichbleibenden Leistungsaufträgen umsetzen. Die Stawiko erwartet von der Regierung, dass zukünftig jeder Franken, der ausgegeben werden soll, zuerst umgedreht wird. Gewiss kann man nun geteilter Meinung darüber sein, ob das vorliegende Entlastungsprogramm der richtige Weg sei. Es liegt nun aber auf dem Tisch. Der Kantonsrat hat keine wirkliche Alternative, innert nützlicher Frist ein anderes oder besseres Sparprogramm zu haben. Trotz einzelner Kritikpunkte ist die Staatswirtschaftskommission der Meinung, dass die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen austariert und die Leistungsreduktionen und verursachergerechte Gebührenerhöhungen vertretbar sind.
• Der Zuger Staatshaushalt ist arg in Schieflage. Dies ist allen Kantonsräten bekannt und wird zudem dokumentiert auf Seite 2 im Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission. Man sieht dort, dass das operative Defizit trotz Entlastungsprogramm im Jahr 2018 noch immer rund 100 Millionen Franken betragen wird. Wenn man nichts unternimmt, wird das Eigenkapital schmelzen wie Schnee an der Sonne. Ohne Gegensteuer wird das Eigenkapital Ende 2019 komplett aufgebraucht

sein – und dies ohne weitere, heute noch nicht bezifferbare Ausgaben für das Asylwesen, für mehr Sicherheit und für die Kosten der demografischen Entwicklung. Obwohl der Kanton Zug noch nicht wirklich im Sparmodus angekommen ist, werden weitere Programme folgen müssen: Am Sparen führt kein Weg vorbei. Das Projekt «Finanzen 2019», die Reform des ZFA sowie die Verwaltungsreform sind bereits in Arbeit. Dabei müssen aus Sicht der Staatswirtschaftskommission die Entschlackung der Verwaltung, Aufgabenüberprüfung und Effizienzsteigerung im Vordergrund stehen. Die Staatswirtschaftskommission als finanzielles Gewissen des Kantons betrachtet es als ihre Kernaufgabe, das absolut übergeordnete Ziel, nämlich die Einhaltung des Finanzhaushaltsgesetzes und – damit verbunden – die Eliminierung der Defizite bis spätestens im Jahr 2020, mit aller Kraft zu unterstützen. Denn nur ein gesunder Staat kann sich weiterentwickeln und für zukünftige Generationen die richtigen Weichen stellen. Die Staatswirtschaftskommission und der Kantonsrat haben eine grosse Verantwortung: einerseits gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, andererseits auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.
Die Staatswirtschaftskommission befürwortet mit grosser Mehrheit, nämlich mit 6 zu 1 Stimmen, auf das Entlastungsprogramm einzutreten. Sie wird in der Detailberatung einige wenige Änderungsanträge stellen. Die Votantin dankt dem Rat, wenn er diese unterstützt und es unterlässt, Rosinen picken zu wollen. Viele Augen sind derzeit auf den Kanton Zug gerichtet. Es gilt zu zeigen, dass Zug nicht nur Geld ausgeben, sondern auch den Gürtel enger schnallen kann.

**Alois Gössi** teilt mit, dass die SP-Fraktion das vorliegende Entlastungspaket 2015–2018 ablehnt, weil es unausgeglichen ist. Mit Sparmassnahmen bei Bildung, Behinderten, Kultur, Sozialem, Gesundheit, Umwelt usw. wird die grosse Mehrheit der Bevölkerung zur Kasse gebeten.
Das aktuelle Sparpaket ist nichts anderes als das Resultat der Finanzpolitik der letzten Jahre. Die bürgerliche Regierung und die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats senkten die Steuern mehrmals unnötig, ein Faktum, das bei den jetzigen Sparübungen vergessen zu gehen droht. Nach der Totalrevision des Steuergesetzes im Jahr 2001 gab es seit 2007 vier Steuergesetzrevisionen, von denen der Mittelstand mittelmässig, die Vermögenden und Unternehmen hingegen sehr stark profitiert haben. Die Mindereinnahmen sind enorm: Der Kanton Zug hat durch die Steuergesetzrevisionen seit 2001 steuerliche Mindererträge in der Höhe von mehr als 700 Millionn Franken erwirtschaftet, wie der Regierungsrat in der Antwort auf eine SP-Interpellation ausweist. Die seit Herbst 2014 von der SP formulierten Zielsetzungen für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben nach wie vor Gültigkeit:
- Steigerung der Einnahmen, auch mit einer Erhöhung des Steuerfusses oder mit der Aufhebung von durchgeführten Steuerreduktionen;
- Reduktion bei den geplanten Investitionen, was mittelfristig zu weniger Abschreibungen sowie auch zu weniger Unterhaltskosten führt;
- Anpassung der Ausgaben, wo es sozial- und umweltverträglich ist.

Einnahmenseitig werden die Einnahmenoptimierung und verbesserte Steuerausschöpfung aussen vor gelassen. Stattdessen will die Regierung und die Mehrheit der vorberatenden Kommission und der Stawiko das Defizit primär ausgabenseitig steuern. Die SP wird daher beantragen, eine Massnahme aus der Steuergesetzrevision von 2012 rückgängig zu machen.
Ausgabenseitig wird die SP-Fraktion mehrere Anträge stellen, um Einsparungen auf Kosten der kantonalen Mitarbeitenden, von Nicht-Reichen und sozial Schwachen, auf Kosten der Umwelt oder zuungunsten der Gemeinden zu verhindern oder zu reduzieren. Versteckte Privilegien zugunsten von wenigen Reichen soll Einhalt

geboten werden. Der Regierungsrat spricht von Opfersymmetrie: Die Entlastungsmassnahmen sollen allen ein bisschen wehtun. Aber soll denjenigen, die schon jetzt wenig haben, ein Teil davon auch noch weggenommen werden?
Die SP stellt sich entschieden gegen das Sparpaket in der jetzigen Form, das auf der Ausgabenseite unausgeglichen die Bevölkerung trifft, längerfristig gar nicht überall zu Spareffekten führt und sozial nicht verantwortbar ist. Mehreinnahmen zu generieren, erschöpft sich nicht in der Versteigerung von Motorfahrzeugschildern oder der Aufhebung von einigen Abzügen bei den Steuern: Die Regierung ist gefordert, den Finanzhaushalt nicht nur über die Ausgaben zu steuern, sondern eine glaubwürdige und ernsthafte Finanzstrategie vorzulegen, um auch die Fiskaleinnahmen zu erhöhen. Die SP begrüsst es daher ausdrücklich, dass der Regierungsrat mittelfristig Steuererhöhungen in Aussicht gestellt hat.
Aufgrund dieser Ausführung stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage betreffend Entlastungsprogramm 2015–2018 einzutreten. Falls der Rat Eintreten beschliesst, wird sie einige Änderungsanträge stellen. Aufgrund der vorliegenden Anträge des Regierungsrats, der vorberatenden Kommission und der Staatswirtschaftskommission geht sie schon jetzt davon aus, dass sie nach der Schlussabstimmung das Behördenreferendum beantragen wird.

**Silvia Thalmann** hält fest, dass sich die CVP sehr früh mit den verschiedenen Elementen des Entlastungsprogramms auseinandergesetzt und immer wieder betont hat, dass sie den Sparwillen des Regierungsrats begrüsst und diesen unterstützt. Zur Debatte stehen heute Gesetzesänderungen, die als drittes und letztes Element zur Entlastung des Staatshaushalts beitragen sollen. Der heutigen Beratung vorausgegangen sind Änderungen über Verordnungen durch den Regierungsrat – insgesamt sechzehn Massnahmen – und Kürzungen über den Budgetbeschluss durch den Kantonsrat – rund 230 Massnahmen. Für die CVP war stets klar, dass das Entlastungsprogramm nur als Ganzes seine grösste Wirksamkeit entfaltet. Sie wird sich deshalb der heutigen Diskussion nicht verwehren und ist für Eintreten auf die Vorlage. In der Detailberatung wird sie sich bei jenen Themen zu Wort melden, für die sie sich seit Bekanntmachung des Entlastungsprogramms einsetzt. Gerne ruft die Votantin diese in Erinnerung.
• Durch das Entlastungsprogramm erfahren die Verwaltung, die Einwohner, die Gemeinden, aber auch Dritte einschneidende Kürzungen oder haben höhere Beiträge zu leisten. Mit Opfersymmetrie wird ausgedrückt, dass die verschiedenen Akteure in gleichem Masse von den schmerzhaften Eingriffen betroffen sind. Das Entlastungsprogramm ist diesem Anspruch nicht vollumfänglich gerecht geworden. Ist Sparen angesagt, legt jedes Wirtschaftsunternehmen den Fokus primär auf die Kostenoptimierung innerhalb des Unternehmens, bevor es für Kunden geringere Leistungen erbringt oder ihnen höhere Kosten aufbürdet. Nach wir vor erwartet die CVP, dass die Verwaltung nicht nur von Aufgaben entlastet wird, sondern effizient arbeitet. Mit der Optimierung von Arbeitsprozessen werden Personalressourcen besser genutzt. Dies hat Einsparungen bei den Personalkosten zur Folge. Im angekündigten Programm «Finanzen 2019» soll diesem Aspekt mehr Rechnung getragen werden.
• Ein zentrales Anliegen der CVP war, dass der Kanton nicht Kosten auf die Gemeinden abschiebt, sondern mit diesen nach Kostenoptimierungen sucht. Die CVP begrüsst deshalb den eingeschlagenen Weg, bei dem die Gemeinden einen wesentlichen Teil zum Entlastungsprogramm beitragen und gleichzeitig der Kanton zusammen mit den Gemeinden eine Entflechtung der Aufgaben und der Reduktion des Aufwands vorbereitet.

• Verschieben ist nicht Sparen. Dies gilt sowohl für das Verschieben von Ausgaben auf der Zeitachse wie für das Berappen von Ausgaben aus einer anderen Kasse. Dem Vorschlag, dass Gelder aus dem Lotteriefonds neu für Ausgaben verwendet werden sollen, die bisher über die Staatsrechnung beglichen wurden, kann die CVP nur zähneknirschend zustimmen. Damit der Lotteriefonds nicht vollständig für sachfremde Zwecke geplündert wird, wird die CVP in der Detailberatung dazu einen Antrag stellen.
• Die Zusammenlegung von Polizeidienststellen beurteilt die CVP sachlich und ziemlich emotionslos. Eine Polizeidienststelle ist zwar ein Orientierungspunkt für die Bevölkerung, zu einer Verbesserung der Sicherheitslage im Kanton trägt sie jedoch nur bedingt bei. Wesentlich wirkungsvoller ist die Präsenz der Polizei mittels Patrouillen in den Quartieren der Gemeinden, ob zu Fuss oder im Wagen. Mehr dazu folgt in der Detailberatung.
• Gute Bedingungen für Familien sind ein zentrales Anliegen der CVP. Sie wehrt sich deshalb vehement gegen die Abschaffung des Eigenbetreuungsabzugs und setzt sich für einen gleich hohen Eigen- und Fremdbetreuungsabzug ein.
• Es ist ein falsches Zeichen, den Entschädigungssatz für Landwirtschaftsland zu reduzieren. Zudem ist die Auswirkung auf den Staatshaushalt gering, da dieser von der Massnahme kaum betroffen ist. Zu Enteignungen von landwirtschaftlichem Land kommt es in der Regel, wenn Strassen gebaut werden. Diese werden – wie allen bestens bekannt ist – nicht über die Staatsrechnung, sondern über einen Spezialfonds finanziert.
• Dem sprunghaften Kostenanstieg bei den Ergänzungsleistungen will der Regierungsrat mit drei Massnahmen Einhalt gebieten. Während die CVP den Systemwechsel bei der Abgeltung der stationären Langzeitpflege und den höheren Vermögensverzehr bei der Berechnung des Beitragsanspruchs bei Personen, die in Heimen oder Spitälern leben, befürwortet, ist sie der Meinung, dass der Regierungsrat bei der Reduktion des Betrags für persönliche Ausgaben den Bogen überspannt hat. Hier wird sie Gegensteuer geben.
Bezüglich der vom SP-Sprecher thematisierten Steuererhöhung war für die CVP-Fraktion klar, dass im Rahmen des Entlastungsprogramms eine Erhöhung nicht zur Diskussion steht. Ein heiss diskutiertes Thema wird die Regelung des fakultativen Referendums sein. Die CVP ist dezidiert der Meinung, dass nur gegen den Rahmenbeschluss in seiner Gesamtheit das Referendum ergriffen werden kann. Alle anderen Varianten führen zu einem Auseinanderrupfen des Gesamtpakets, einer Verwässerung der Opfersymmetrie und zu einer für das Stimmvolk unübersichtlichen Abstimmungsvorlage.
Die CVP-Fraktion empfiehlt dem Rat, auf die Vorlage einzutreten und sich der gut vorbereiteten «Entlastungsdebatte» nicht zu entziehen.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass auch die SVP-Fraktion das Entlastungsprogramm ausgiebig beraten hat. Eintreten auf die Vorlage war nicht unbestritten, und der Entscheid fiel nicht einstimmig. Es wurde darüber debattiert, ob am richtigen Ort gespart werde: zu wenig intern bei der – überaus gut dotierten – Verwaltung, zu viel hingegen extern in der Wirkung bei den Bürgern, bei armen Personen, bei Benachteiligten, etwa IV-Rentnern oder Bezügern von Ergänzungsleistungen. Der Votant erinnert auch daran, dass die SVP-Fraktion in den Budgetdebatten der letzten Jahre immer Anträge auf pauschale Kürzungen stellte. Mit der Zustimmung zu solchen Anträgen hätte man sehr viel sparen können, und man hätte vieles vorweggenommen, was jetzt in einer grossen gesetzgeberischen Übung durchexerziert werden muss. In Hinblick auf die kommende Budgetdebatte bittet der Votant, das im Gedächtnis zu behalten.

Schlussendlich ist die SVP-Fraktion aber mit einer klaren Mehrheit auf die Vorlage eingetreten, dies auch im Vertrauen auf die Zusicherung des Finanzdirektors, dass bereits weitere Massnahmen geprüft würden, um den Kanton Zug finanziell wieder auf Vordermann zu bringen; dazu gehöre auch eine Aufgabenüberprüfung, in der Staatsleistungen, die nicht nötig sind, weil Private oder die Wirtschaft sie besser erbringen können, ebenfalls überprüft würden. Vor diesem Hintergrund sprach sich die SVP-Fraktion schliesslich für Eintreten aus: ohne Begeisterung, aber im Vertrauen darauf, dass weitere Massnahmen folgen und die Verwaltung und der Staat dann wirklich an die Kandare genommen werden, nicht die Bürger. Es geht dabei auch um eine inhaltliche Überlegung: Die SVP ist der Ansicht, dass der Staat heute zu viel tut. Vieles, was früher Familien, Private, Freunde, Vereine, gesellschaftliche Netzwerke taten, macht heute der Staat. Und das Argument, die Zeiten hätten geändert, zieht nicht wirklich: Die Zeiten haben geändert, weil der Staat alles macht, alles bezahlt und falsche Anreize schafft. Täte er das nicht mehr, würden sich die Zeiten auch wieder ändern, allerdings halt wieder in eine andere Richtung.
In der Detailberatung wird die SVP-Fraktion verschiedene Anträge stellen und nicht einfach überall zustimmen. Inhaltlich und auch politisch ein absolutes *No-Go* für die SVP sind Steuererhöhungen, auch zukünftige, und ebenfalls ein *No-Go* sind kalte oder versteckte Steuererhöhungen. So will die SVP den Eigenbetreuungsabzug unverändert beibehalten. Er ist auch gesellschaftspolitisch wertvoll, dass Mütter, die ihre Kinder möglichst daheim in der Familie erziehen und beeinflussen – selbstverständlich in gutem Sinne –, einen Abzug machen können. Es war vor einigen Jahren ein grosser Kampf, den Eigenbetreuungsabzug einzuführen – und jetzt soll er einfach wieder gestrichen werden! Finanzpolitisch ist das sicherlich eine Überlegung wert, gesellschaftspolitisch hingegen ist es ein falsches Signal. Die SVP steht dazu, dass die Kinder, wo es möglich ist – und es ist an vielen Orten möglich, auch wo es heute nicht passiert, weil man eigene Bedürfnisse zurückstellen müsste –, in der Familie von den Müttern erzogen werden sollen. Das ist auch für die Gesellschaft wertvoll, weil es Bürger mit mehr Rückgrat für das ganze Leben ergibt, weil es ein Fundament gibt, das *nur* die Mutter – der Vater kann es nicht im selben Ausmass – geben kann.
Die SVP-Fraktion wird auch den Antrag bezüglich Pendlerabzug nicht unterstützen. Im Kanton Zug gibt es auch nach FABI den Spielraum, den Pendlerabzug für Leute, die für ihren Arbeitsweg ein Auto brauchen, grosszügig zu gewähren, und man muss die Reduktion, welche der Bund vorgenommen hat, nicht mitmachen. Die SVP wird deshalb beantragen, im kantonalen Steuerrecht die heutige Regelung unverändert zu belassen.
Nicht gut findet die SVP auch die Einführung einer neuen Steuer. Das hängt natürlich auch mit der grundsätzlichen Haltung zusammen, dass man dem Staat möglichst wenige Mittel zur Verfügung stellen sollte, damit er nicht zu gross wird. Nun aber will der Regierungsrat eine Schiffssteuer einführen. Die SVP-Fraktion stellte sich in diesem Zusammenhang die Frage, welches denn die Kriterien für die Einführung einer Steuer seien. Der Regierungsrat begründete seinen Antrag damit, dass einfach gratis auf den Seen herumgefahren werde. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Seen so zur Verfügung stehen, wie Gott sie geschaffen hat; es ist ja nicht der Regierungsrat, der den See gebaut hat und nun der Bevölkerung zur Verfügung stellt. Warum also sollte man nun plötzlich eine Schiffssteuer einführen? Man könnte dann ja auch eine Steinsteuer, eine Bildersteuer oder eine Wandsteuer einführen. Darüber wurde in der SVP intensiv debattiert, und sie kam zum Schluss, die Schiffssteuer abzulehnen. Dies geschah keineswegs, weil alle SVP-Ratsmitglieder ein Boot haben – einziger Bootsbesitzer ist das von den Freisinnigen gekommene Fraktionsmitglied *(der Rat lacht)*.

Summa summarum tritt die SVP-Fraktion auf die Vorlage zum Entlastungsprogramm ein und stimmt in vielen Bereichen zu, dies im Vertrauen darauf, dass weitere Massnahmen folgen, die wirklich etwas bringen, den Staat verkleinern und nicht die Bürger belasten. Im vorliegenden Entlastungsprogramm steht leider Letzteres im Vordergrund.
In der SVP-Fraktion wurden auch Überlegungen zur Frage angestellt, ob das Referendum gegen die einzelnen Gesetze oder nur gegen den ganzen Beschluss möglich sein soll. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass es nur gegen den Beschluss als Ganzes möglich sein soll, dies um ein Hickhack zu vermeiden. Der Votant weist aber darauf hin, dass das bei Prof. Isabelle Häner in Auftrag gegebene Rechtsgutachten zum Schluss kommt, dass streng genommen gegen jeden einzelnen Erlass das Referendum möglich sein müsste, um die Unverfälschtheit der Willenskundgabe der Stimmbürger, wie sie die Verfassung vorschreibt, zu garantieren. Nun, die SVP will das Referendum nur gegen den Beschluss als Ganzes zulassen. Ob das Bundesgericht einen solchen Entscheid schützt, wenn von linker Seite eine Beschwerde dagegen eingereicht werden sollte, weiss die SVP natürlich nicht.

**Peter Letter** nimmt es vorweg: Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Aufgrund der aktuellen und der budgetierten hohen Verluste ist das Entlastungsprogramm der Regierung ein wichtiges politisches Projekt, welches Unterstützung verdient. Die FDP erachtet das vorliegende Entlastungsprogramm als ersten notwendigen Schritt, um die Kantonsfinanzen nachhaltig wieder ins Lot zu bringen. Positiv ist, dass im Kanton Zug frühzeitig Massnahmen diskutiert und beschlossen werden – nicht erst, wenn das Eigenkapital verbraucht ist, sondern solange noch Reserven vorhanden sind. Die Situation ist ernst, aber es bleibt Zeit, um besonnen breit abgestützte Lösungen zu suchen. Die FDP konnte sich davon überzeugen, dass die Regierung bei der Entwicklung des Entlastungsprogramms trotz des hohen Zeitdrucks strukturiert und systematisch vorgegangen ist.
Grosses Gewicht wurde darauf gelegt, dass möglichst alle Anspruchsgruppen ihren Beitrag dazu leisten. Die viel zitierte «Opfersymmetrie» spielt nach Ansicht der FDP. So ist es vermutlich ein Zeichen der Ausgewogenheit, wenn sich Interessenvertreter unterschiedlichster Couleur, beispielsweise Personalverbände, Sozialorganisationen, Gegner von Steuer- und Gebührenerhöhungen, Gemeinden oder Schifffahrtsgesellschaften melden und eine Beschneidung ihrer Interessen anmelden. Ob eine Sparvorlage auch für wirtschaftlich benachteiligte Anspruchsgruppen tragbar ist, ist eine sehr wichtige Fragestellung. Bei wenigen Punkten hat die Regierung diesbezüglich die Grenzen der Sozialverträglichkeit ausgelotet. Die Kommission hat dann mit einer Entschärfung reagiert. Die FDP erachtet die in der Kommission erzielten Lösungen auch aus sozialer Sicht vertretbar. Ähnliches gilt für die Erhöhung von Steuern und Gebühren. Aus liberaler Sicht sollten diese massvoll und möglichst nach dem Verursacherprinzip erhoben werden. Die Lösungen der Regierung, teilweise korrigiert durch die Kommission, erachtet die FDP im Rahmen des Gesamtpakets als vertretbar.
Im vergangenen Jahrzehnt haben im Kanton Zug rekordhohe Steuereinnahmen pro Kopf von der Tatsache abgelenkt, dass die Kosten und Ausgaben des Kantons zu stark angestiegen sind. Im Vergleich zu Nachbarkantonen hat man in verschiedenen Bereichen Luxuslösungen implementiert. In einigen Bereichen knabbert nun das Entlastungsprogramm 2 den sogenannten «Zuger Finish» an: Die überdurchschnittlich grosszügigen Leistungen, welche sich Zug in den komfortablen Jahren leisten konnte, werden nun auf ein normales, mit anderen Kantonen vergleichbares Niveau gebracht.

Es ist zentral, dass das Entlastungsprogramm zügig umgesetzt werden kann, denn jede Zeitverzögerung ginge mit dem Schwinden der Reserven einher. Nur wenn die Kantonsfinanzen im Lot sind, können die staatlichen Kernaufgaben wie Bildung, Sicherheit, Soziales und Infrastruktur nachhaltig in konstant guter Qualität erfüllt werden. Die FDP ist überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Gedanken nachvollziehen können und dass das Gesamtpaket auch in einem allfälligen Referendum bestehen würde. Einige der Massnahmen erscheinen auf den ersten Blick etwas kleinlich und wenig zielführend. Trotzdem haben gerade sie auch den wichtigen Effekt, dass ein Mentalitätswandel herbeigeführt wird: Der Staat konzentriert sich auf das Wesentliche und nicht auf das Wünschbare.
In den von der Regierung vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen vermisst die FDP noch den Mut zu grösseren Taten. Das Ausgabenwachstum wird zwar etwas reduziert, nicht aber werden die Ausgaben wirklich gesenkt. Die Arbeits- und Prozessabläufe wurden noch nicht durchleuchtet; dazu war die Zeit wohl zu kurz. Zwar wurde ein Personaleinstellungsstopp verfügt, vor weitergehenden Massnahmen scheut sich die Regierung allerdings bisher. Die FDP erwartet, dass dies im von der Regierung in Aussicht gestellten weiteren Sparpaket angepackt wird. Unangenehme Dinge sollten nicht zu lange hinausgezögert werden.
Die FDP-Fraktion ist sich im Klaren: Ein grosser Dampfer der Kanton Zug braucht im Vergleich zur Privatwirtschaft mehr Zeit, um einen Kurswechsel zu vollziehen. Zudem braucht es den politischen Willen, auch unbequeme Entscheidungen und Massnahmen zu treffen. Im Wissen, dass dieses zweite Paket nicht ausreichen wird, um die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bringen, folgt die FDP weitestgehend den Anträgen der vorberatenden Kommissionen. Jeder Franken, der jetzt nicht eingespart wird, ist später durch eine Steuererhöhung zu bezahlen. Als nächsten Schritt im Hinblick auf das noch zu definierende dritte Entlastungspaket erwartet die FDP von der Regierung eine Aufgabenüberprüfung und ein Priorisierung der Staatsaufgaben. Wesentliche Erfolgsfaktoren für den Kanton Zug bleiben wettbewerbsfähige Steuern und ein auf Kernaufgaben fokussiertes, effizientes und dienstleistungsorientiertes Staatswesen. Insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III kann die anstehende Schlankheitskur dem Kanton Zug gegenüber anderen Kantonen wieder Vorteile verschaffen.

**Anastas Odermatt:** Die ALG lehnte und lehnt das regierungsrätliche Ent- bzw. Belastungsprogramm entschieden ab, so auch das Paket 2, um welches es heute geht. Paket 2: ein verdorbener Fruchtsalat von Gesetzesänderungen. Aber nicht einmal das trifft es ganz genau, denn ein Fruchtsalat wäre zumindest im Ansatz ausgewogen. Was vorliegt, ist aber ein äusserst unausgewogenes Sammelpaket, betrachtet man die Konsequenzen für die Bevölkerung: unausgewogen und nicht opfersymmetrisch.
Stichwort Opfersymmetrie: Aus Sicht der Regierung sollte das Entlastungspaket alle Direktionen etwa gleich treffen; alle sollten etwa 10 Prozent einsparen. Von dieser im Grundsatz zumindest nachvollziehbaren Argumentation aber das Argument «Alle aus der Bevölkerung müssen halt etwas dazu beitragen» abzuleiten, ist absurd. Dann würde man nämlich voraussetzen, dass die Bevölkerung von der Tätigkeit aller Direktionen gleich betroffen sei – und das stimmt ja nicht! Der Kantonsrat aber muss die Perspektive der Bevölkerung einnehmen und also schauen, wen das Paket wie stark belastet. Sind es bei allen 10 Prozent? Nein, eben nicht! Wenn bei Ergänzungsleistungen 40 Prozent eingespart, eine kantonale Arbeitslosenversicherung gesamthaft abgeschafft, IV-Beziehenden die Verbilligung des Zuger Passes verwehrt und im Endeffekt insbesondere in den Bereichen Kultur, Soziales und Bildung eingespart werden soll, dann ist das vielleicht Opfersymmetrie aus

technokratisch-mathematischer Sicht der Regierung mit Blick auf die Direktionen, aber sicherlich nicht Opfersymmetrie aus Sicht der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger.
Und dennoch liegen diese unsymmetrischen Gesetzesvorschläge nun vor. Wie aber kam es überhaupt dazu? Die Regierung mit Rückendeckung des Kantonsrats hat mit ihrer wenig vorausschauenden Finanz- und Wirtschaftspolitik den Kanton Zug in die roten Zahlen geführt. Die ALG hat stetig davor gewarnt, dass die für die Standortattraktivität unnötigen Steuersenkungen den Zuger Staatshaushalt gefährden würden. Werden bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum immer mehr Steuererleichterungen gemacht, kann das nur zu einem Kollaps führen; die Linien von Ausgaben und Einnahmen werden sich zwingend kreuzen. Die jahrelang vermeintlich funktionierende Strategie, mit Steuersenkungen mehr Substrat anzuziehen und so in kürzester Zeit wieder zu mehr Einnahmen zu kommen, konnte auf Dauer nicht funktionieren, erst recht nicht, wenn man weiss, dass das Ressourcenpotenzial ein Hauptkriterium beim NFA ist. Sobald man den Überlegungshorizont über den Kanton Zug oder sogar über die Schweiz hinaus erweitert, geht das *per se* nicht mehr auf. Dieser blinde Wachstumsglaube war und ist absurd. Sobald andere Kantone die gleichen Überlegungen machen und dann verständlicherweise, aber ein bisschen blind, nachziehen, kann das im einzelnen Kanton nicht mehr aufgehen. Genau das passiert gegenwärtig. Man stachelt sich gegenseitig an und spart sich innerlich kaputt.
Die Kantonsfinanzen sind aus dem Lot. Das war und ist klar, doch gibt es auch hier viele Wege, die nach Rom führen. Das Problem ist die beschränkte Sicht nur auf das Kriterium Steuern. Die Standortattraktivität hängt aber nicht nur von den Steuern ab, sondern auch von der Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften, dem Ausbildungsstand der Gesamtbevölkerung, der verkehrstechnischen Erreichbarkeit oder der Wirtschaftsstruktur an sich – Stichwort *Cluster*. Der Kanton Zug ist dabei überall weit führend, sowohl bei den Steuern, vor allem aber gerade beim Gesamtpaket. Zug hat eine Top-Ausgangslage – und gleichwohl schafft er es nicht, diese auszunützen und den Beweis anzutreten, dass er ein gerechtes staatliches System so aufbauen kann, dass es allen zugutekommt, dass es allen gut und auch immer wieder besser geht. Anstatt bei einem Parameter, bei dem man weit führend ist, nämlich bei den Steuern, gezielt einzugreifen – Zug wäre auch anschliessend noch weit führend –, soll nun aber die breite Bevölkerung die Suppe auslöffeln. Ein Grossteil der Bevölkerung hat aber von der Wachstums- und Tiefststeuerpolitik schon länger nicht mehr profitiert. Vielmehr wurde er durch hohe Wohn- und Lebenskosten sowie durch Mehrverkehr, Zubetonierung der Landschaft und das Schüren von Identitätsängsten belastet. Jetzt soll er für diese Politik auch noch bezahlen und belastet werden.
Der Regierungsrat will laut seiner Strategie mit «Zug einen Schritt voraus» sein. Mit den hier beantragten, teils – mit Verlaub – äusserst *gschämigen* Massnahmen katapultiert er den Kanton Zug aber zurück in die Provinz und begnügt sich mit dem Mittelmass oder sogar unterdurchschnittlichen Leistungen. Ein Kanton, der 1 Milliarde Franken auf der hohen Kante hat und standortsmässig top aufgestellt ist, spart bei Armen, Alten, Kranken und Familien, bei Bildung, Kultur und Sozialem: Das ist – wenn überhaupt – nur schwer nachvollziehbar und ist des Kantons Zug, wie der Votant ihn kennt, nicht würdig. Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich doch daran, wie die Mehrheit mit den Minderheiten und den Schwächeren umgeht! Und würden einzelne Massnahmen wirklich wie vorgeschlagen umgesetzt, ohne dass der Kantonsrat korrigierend eingreifen würde, dann zeigt das ein äusserst schwaches Bild. Das kann und darf nicht sein! Es darf doch nicht sein, dass Personen, die bereits benachteiligt sind, noch mehr benachteiligt werden!

Mit seinem «Belastungsprogramm» beweist der Regierungsrat, dass seine Steuer- und Finanzstrategie nicht zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung und damit schlichtweg nicht mehr haltbar ist. Die ALG erwartet klar, dass das rote Tuch «Steuererhöhung» endlich gelüftet wird und auch gezielte Steuererhöhungen vorgenommen werden. Im vorliegenden Paket zeigt sich diesbezüglich aber nicht der Ansatz an Einsicht: Gezielte Steuererhöhungen und damit eine faire Aufteilung der Kosten werden nicht einmal angedacht. Vielmehr sollen Personal, Bildung, IV-Beziehende, Behinderte, Ältere und Familien belastet werden. Die ALG stellt daher den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, wird sie vor allem bei jenen Gesetzen Anträge stellen, in denen es um diejenigen geht, die eben nicht so rosig gebettet sind. Der Rat wird aber auch sehen, dass die ALG nicht *per se* gegen alle Massnahmen ist, dient das Paket doch auch dazu, teils alte Zöpfe abzuschneiden und Gesetze den aktuellen Bedingungen anzupassen. Dazu wird die ALG sehr wohl Hand bieten. Sie wird sich aber wehren, wenn es um Solidarität und Gerechtigkeit geht.

**Daniel Stadlin:** Die Finanzen des Kantons kennen zurzeit nur eine Richtung: abwärts. Seit 2013 sind die Steuerträge rückläufig, bei gleichzeitig wachsenden Ausgaben. Wirtschaftlich stehen harte und fiskalisch magere Jahre bevor. Wird nicht möglichst rasch Gegensteuer gegeben, gerät der Zuger Finanzhaushalt ausser Rand und Band. Eine auf mehr Mass und Weitsicht ausgerichtete Finanzpolitik ist dringend nötig. Bisher kann davon nicht wirklich die Rede sein, weniger ausgeben trifft es eher, zumal auch mit dem Entlastungsprogramm bis Ende 2019 ungedeckte operative Kosten von über 500 Millionen Franken geplant sind. Das Finanzproblem des Kantons ist riesig. Schon sind die Umrisse des Pleitegeiers am Horizont erkennbar, bereit über dem Kanton Zug zu kreisen. Die Ausgabendynamik muss möglichst rasch gestoppt und auf eine finanzierbare Grösse gebracht werden. Dazu ist das Ausgabenniveau mittelfristig über das jetzige Entlastungsprogramm hinaus um weitere 100 Millionen Franken zu reduzieren. Die desolate Finanzperspektive lässt keine andere Wahl. Dies zu negieren, hiesse Vogel-Straus-Politik zu betreiben und die Einengung des finanziellen Spielraumes bewusst in Kauf zu nehmen oder eine Steuererhöhung zu erzwingen. Bevor jedoch ernsthaft über Steuererhöhungen nachgedacht werden soll, müssen die Ausgaben erst einmal zurückgefahren und wieder näher an die Einnahmen herangeführt werden. Denn es sind vor allem die überbordenden Ausgaben, die den Finanzhaushalt in Schieflage gebracht haben und nicht – wie von linker Seite moniert – die über alle Einkommensklassen tiefen Steuern – und schon gar nicht Steuergeschenke an Reiche und weniger Reiche. Schenken kann man nur, was einem gehört. Der Staat kann also nicht Steuern schenken, denn diese gehören ja den Steuerzahlenden. Sie sind es, die einen Teil ihrer Einkünfte dem Staat überlassen, damit dieser im gemeinsamen Interesse öffentliche Aufgaben wahrnehmen kann; und sie entscheiden letztlich, wie viel ihnen diese wert sind. Und da die Steuern bis vor vier Jahren überaus reichlich flossen, wurde halt auch überaus reichlich ausgegeben, und zwar in allen Direktionen. Heute hat der Kanton Zug mehr Ausgaben als Einnahmen. Er lebt zusehends über seine Verhältnisse.
Die Grünliberalen unterstützen das vom Regierungsrat vorgelegte zweite Paket des Entlastungsprogramms. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind ihres Erachtens massvoll und ausgewogen. Die Einsparungen wie auch der Leistungsabbau sind jedenfalls weit weg von irgendwelcher «Sparwut», bewegen sie sich doch mehrheitlich im Komfortbereich des «Zuger-Finish». Und diesen kann sich Zug je länger desto weniger leisten. Eine Reduktion der Ausgaben kombiniert mit einer moderaten Steigerung der Einnahmen durch eine Erhöhung von leistungsabhängigen Gebühren

ist in der heutigen finanzpolitischen Situation des Kantons unumgänglich. So ist es entscheidend, dass die dem Entlastungsprogramm zugrundeliegende Opfersymmetrie, auch wenn sie nicht linear ist, nicht zugunsten von Partikularinteressen aufgebrochen wird. Nur wenn sämtliche Massnahmen als Teil des übergeordneten Ganzen realisiert werden, erreicht das Entlastungsprogramm seinen Zweck und kann die erhoffte Wirkung entfalten. Das Prinzip «Sparen ja, aber nicht in unserem Bereich» darf heute nicht das Motto sein. Das Gesamtwohl verträgt keine Klientelpolitik. Natürlich wird die eine oder andere Massnahme einzelne durchaus hart treffen, insbesondere die Kürzung der Ergänzungsleistungen zu AHV und IV. Hier eine Korrektur zu machen, ist sicher angebracht. Ferner schiesst bei der konzessionierten Schifffahrt auf dem Zuger- und Ägerisee, immerhin das wichtigste touristische Angebot im Kanton, die Erhöhung des Kostendeckungsgrads über das Ziel hinaus. Und den Kulturlastenausgleich nur in ein anderes Konto zu verschieben, trägt nichts zum Sparen bei. Gleichwohl: Auch nach Umsetzung des Entlastungsprogramms bietet der Kanton Zug sehr gute Dienstleistungen, die weiterhin über dem Niveau der meisten anderen Kantone liegen. Der Kantonsrat muss also kein schlechtes Gewissen haben, wenn er den Massnahmen grundsätzlich in der regierungsrätlichen Fassung zustimmt. Das ist in keiner Weise unsozial, sondern einfach der Situation geschuldeter Pragmatismus zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Kantons. Denn man muss aufpassen, dass am Schluss das Geld nicht für jene fehlt, die wirklich der helfenden Hand des Staates bedürfen.
Alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden und ausgeglichenen Staatshaushalt. Der Votant ruft den Rat auf, seine Verantwortung wahrzunehmen, ideologische Barrieren zu überwinden und heute eine Allianz der finanzpolitischen Vernunft zu bilden. Er dankt für die Unterstützung.

**Barbara Gysel** stellt fest, dass der Kantonsrat inmitten einer historischen Debatte steht: Der erfolgsverwöhnte Zuger Finanzhaushalt wird einer Rosskur unterzogen. Der Regierungsrat wird – wie auch einige Vorrednerinnen und Vorredner – nicht müde zu betonen, dass er von der Ausgewogenheit des Programms überzeugt sei. Die Votantin will dem Regierungsrat und der Finanzdirektion keinen Realitätsverlust vorwerfen, aber die nüchterne Betrachtung zeigt zahlreiche Massnahmen zulasten von Personen, die sowieso schon benachteiligt sind. Und hier scheint sich interessanterweise eine unheilige Allianz zwischen Links und Rechts abzuzeichnen, und es sind auch kritische Stimmen von liberaler Seite zu hören. Die Votantin gehört nicht zur Krakeelen-Fraktion, aber die Tatsachen, dass viele Endnutzerinnen und Endnutzer – wie man im Informatik-Jargon sagen würde – die Massnahmen direkt im Alltag spüren werden, darf niemanden emotionslos lassen; dies sei besonders an die Adresse von Silvia Thalmann gesagt. Die SP ist einverstanden, dass es eine nüchterne Betrachtung und analytische Herangehensweise braucht, aber emotions- und regungslos darf es den Kantonsrat nicht lassen.
Erwartungsgemäss war in den bisherigen Voten mehrfach das Reizwort «Steuererhöhung» zu hören. Die Votantin möchte deshalb zu Beginn dem Regierungsrat eine Frage stellen, dies vor dem Hintergrund, dass der Kantonsrat in den letzten Jahren und Monaten widersprüchliche Signale dazu erhalten hat. «Die Finanzpolitik des Kantons Zug ist ein Erfolgsmodell» und noch deutlicher: «Keine strukturelle Gefahr für den Finanzhaushalt des Kantons Zug»: Das ist nachzulesen in der Finanzstrategie 2012–2020, die Zitate stammen aus dem regierungsrätlichen Bericht und Antrag vom 29. März 2011. Schönwetterlage also. Die globale Finanzkrise lag damals bereits zurück – und die Votantin muss dem Rat nicht vorrechnen, dass man aktuell genau in der Halbzeit der «Finanzstrategie 2012–2020» steckt. Keine Schönwetterlaune mehr, sondern Sorgenfalten oder – mit den Worten der Präsidentin der

vorberatenden Kommission – eine «ernste» Lage seit der ersten Ankündigung des Sparpakets im Juli 2014: Der Regierungsrat muss und will die Defizite abwenden und muss und will verschiedene Massnahmen planen. Zuerst schloss der Regierungsrat damals die Erhöhung der Fiskaleinnahmen explizit aus. Der Fokus lag auf einem rigorosen Massnahmenkatalog zwecks Leistungsabbau und -verschiebungen. Das rief unter anderem auch die Gemeinden auf den Plan, wohlgemerkt geeint wie selten. Und nach langem Warten kündigte die Regierung an: «Der Regierungsrat wird [...] die Finanzstrategie grundlegend überarbeiten und mit dem Projekt ‹Finanzen 2019› den Finanzhaushalt langfristig ausgleichen. Dazu gehört möglicherweise auch eine Steuererhöhung». So stand es in der Medienmitteilung der Finanzdirektion vom 23. September 2015. Der offizielle Tenor vor einem halben Jahr war also: Erhöhung der Fiskaleinnahmen sind nicht ausgeschlossen. Damit wurde verkündet, was die Linken schon lange gehofft und die Bürgerlichen lange befürchtet haben. Oder doch nicht? «Dafür soll [...] der ordentliche Gewinnsteuersatz für alle Zuger Unternehmen massvoll von heute 14,6 Prozent auf neu etwa 12 Prozent [...] gesenkt werden». So stand es in der Medienmitteilung des neuen Finanzdirektors Heinz Tännler vom 17. März 2016 in Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform III. Nun ist man sich vom früheren Baudirektor Tännler ja gewohnt, dass er mit grosser Kelle anzurühren weiss. Aber nach nur zwei Wochen im Amt schon die totale Kehrtwendung? Vor wenigen Jahren herrschte eitel Sonnenschein und jetzt die Schlechtwetterlage; vor einem halben Jahr das Inbetrachtziehen von Steuererhöhungen und nun vor wenigen Tagen das Ankünden von Steuersenkungen! Diese Signale müssen nicht zwingend widersprüchlich sein, aber sie können es, und deshalb wünscht sich die SP eine Aussage dazu. Denn über allem stehen das Ziel und die Pflicht, für einen ausgeglichenen Zuger Finanzhaushalt zu sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Hü-und-Hott-Ansätze nicht dienlich. Dazu kommt ein komplexes, sich änderndes Umfeld; zu denken ist etwa an die USR III, an die nicht versiegenden NFA-Debatten und innerkantonal an die lancierte ZFA-Reform 2018. Und gerade weil die Votantin explizit die Komplexität des finanzpolitischen Umfelds anerkenne, bittet sie den Finanzdirektor um eine kurze Verortung.
Das jetzige Entlastungspaket bildet ein Puzzleteil für die Finanzstrategie. Eine konkrete Frage zur jetzigen Situation: Welche Massnahmen sind bei der Regierung in der Pipeline? Welche Massnahmen plant die Regierung oder setzt sie schon um, um einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu erhalten? Wie steht sie konkret zu Steuererhöhungen oder -senkungen? Selbstredend ist es dem Regierungsrat unbenommen, eigene Vorlagen vorzubereiten, und selbstverständlich kann es hier nur um eine kurze Darstellung und Verortung gehen. Die Votantin ist aber der Meinung, dass Regierung und Parlament angesichts der Relevanz des vorliegenden Geschäfts es der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und der Gesellschaft, schuldig sind, diese Rechenschaft abzulegen.

**Philip C. Brunner** dankt für die interessanten Voten von Seiten der CVP, FDP und SVP sowie GLP und von Seiten der beiden Kommissionspräsidentinnen. Vieles wurde bereits gesagt. Richtig ist, dass die finanzielle Situation des Kantons besorgniserregend, ja dramatisch geworden ist. Man muss den Blick aber in die Zukunft richten. Der Votant möchte das anhand des Bilds von einem Reitplatz tun, wo Pferd und Reiter in Position sind, um das Rennen zu beginnen. Alle sind etwas nervös, kennen die Strecke zwar einigermassen, aber das Rennen wird noch einige Überraschungen bereithalten. Und so steht der Kantonsrat heute vor dem ersten Hindernis, dem Eintreten. Wenn er dieses Hindernis nicht schafft, wird es sehr schwierig sein, das Rennen überhaupt zu schaffen. Dazu kommt die Schwierigkeit, dass gemäss Sprichwort «zu viele Hunde des Hasen Tod» sind, und dass, wenn

alle nach dem Sankt-Florians-Prinzip agieren, die Reiter zu Fall kommen. Und das bevorstehende Rennen wird dauern: Es ist Ausdauerrennen von mindestens fünf Jahren Dauer. Schätzungsweise 2020 wird man die Früchte der jetzigen Arbeit und Entscheide ernten können. Und zuhanden der Ratslinken sei gesagt: Gerade die Schwächsten und Hilfsbedürftigsten sind auf einen starken, fitten Staat angewiesen. Der Starke kann dem Schwachen nur helfen, wenn er stark ist – oder populär ausgedrückt: wenn er Speck abbaut und fit und sportlich bleibt.
Für den Votanten sind es die folgende Hindernisse, die auf dem Weg liegen:
- Budget 2017 und Finanzplan bis 2020.
- Saubere Investitionsplanung und möglicherweise Verzicht auf gewisse Projekte, die der Kantonsrat in besseren Zeiten beschlossen hat. Die Investitionen werden sich bei 80 bis 100 Millionen Franken einpendeln müssen. Diese Grössenordnung wird man sich leisten müssen, damit die Infrastrukturen nicht auseinanderfallen.
- Entlastungsprogramm 2019 als Folgeprojekt des heute vorliegenden Programms.
- ZFA-Aufgabenreform zwischen Gemeinden und Kanton.
- Verwaltungsreform und Neuorganisation der kantonalen Verwaltung, Stichwort «Fünf sind vielleicht besser als sieben» (dem der Votant allerdings nicht zustimmt, sonst könnte man ja auch sagen: «*Ein* Diktator ist besser und kostengünstiger als *drei* Regierungsräte»).
- Herausforderungen beim NFA.
- Grosse Herausforderung bei der USR III, die zuletzt noch in kantonales Recht umgegossen werden muss.

Die kommenden Hürden sind also einigermassen bekannt, und der heutige Tag ist der Rennstart. Nun gilt es das Rennen anzupacken. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, und man darf dazu durchaus verschiedener Meinung sein. Wichtig ist aber, das Ganze im Auge behalten. Darum ist es total falsch, heute mit der Einstellung in die Debatte zu gehen, anschliessend das Referendum zu ergreifen. Erst die Debatte wird zeigen, ob ein solcher Schritt nötig ist oder nicht. Es gilt mutig und kooperativ zu sein und zusammenzuarbeiten. Es geht um die Zukunft des Kantons Zug, seiner Bewohner und seiner Wirtschaft.
Abschliessend dankt der Votant vor allem Cornelia Stocker und Gabriela Ingold für ihre Arbeit in den Kommissionen. Er dankt auch der Regierung und den Direktionen. Er ruft den Rat auf, auf die Vorlage einzutreten. Alles andere ist Realitätsverweigerung und löst keine Probleme, sondern schafft nur neue. Kurz vor dem Start Forfait zu geben wegen der Unfähigkeit, sich der Debatte stellen zu können, wäre auch ein verheerendes Signal an die Gemeinden und die Verwaltung und ein Misstrauensvotum an die Regierung. Das will der Votant nicht.

**Andreas Lustenberger** erinnert an die Standortpräsentation des Kantons Zug: «Every Zuger an Ambassador» heisst es auf der kantonalen Seite der Volkswirtschaftsdirektion. Die dort abgelegte Präsentation zeigt den Kanton Zug von der vermeintlich besten Seite: Top-Infrastruktur, der beste ÖV, eine kundenorientierte Verwaltung, beste Bildungsmöglichkeiten, ein wunderschöner See und weitere touristische Aktivitäten. Und jetzt, im Jahr 2016? Welche Botschaften können all die Zuger *Ambassadors* heute oder in Zukunft noch verkünden? In Zug hat es leider keinen Platz mehr für die *Büezerinnen* und *Büezer* sowie für ältere Menschen ohne Kaderrente oder goldenen Fallschirm? In Zug gib es leider keine renommierten Bildungsstätten mehr? In Zug nimmt man weniger Rücksicht auf Menschen mit einer Behinderung? Die Liste könnte endlos weitergeführt werden.
Das vorliegende Sparpaket ist ein vorläufiges Endprodukt einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik – und nicht nur einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der Vergangenheit. Vielmehr handelt es sich ganz generell um eine Politik, die auf einer

völlig verkorksten kapitalistischen Ideologie basiert, welche die Welt in ein paar wenige Besitzende und den Rest unterteilt, alles dem Ziel untergeordnet, die Umverteilung von unten nach oben möglichst rasch und kompromisslos voranzutreiben. In einer solchen verblendeten Ideologie steht nicht der Mensch, sondern das Kapital im Zentrum, und der Staat wird höchstens toleriert, lieber aber geschwächt und von einigen am liebsten wohl ganz abgeschafft.
Das vorliegende Sparpaket ist – wie gehört – unsolidarisch und in keiner Weise ausgeglichen oder symmetrisch, denn es betrachtet nur die Ausgabenseite. Es belastet die sozial schwächer gestellten Zugerinnen und Zuger sowie den Mittelstand, führt zu einem nachhaltigen Qualitätsverlust in der Verwaltung, und mit dem Abbau im Bereich Bildung ist es zukunftsschädigend. Es ist für einen Kanton, wie es der Kanton Zug ist und wie er sich auch selber darstellt, einfach nur *gschämig.*
Zum Schluss macht der Votant einen Alternativvorschlag für den Slogan in der Standortpräsentation der Volkswirtschaftsdirektion. Vielleicht sollte man den heutigen Slogan einfach umdrehen: «An Ambassador for every Zuger», ein Botschafter also, der alle Zuger vertritt. Ein Botschafter – oder sieben –, der sich für die gesamte Bevölkerung einsetzt. Der Botschafter wären dann die Dame und Herren Regierungsräte. Der Votant ruft den Regierungsrat und den Kantonsrat auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen, indem sie sich für alle Zugerinnen und Zuger einsetzen. Er ruft dazu auf, den Nichteintretensantrag zu unterstützen.

**Thomas Werner** versteht seinen Vorredner Andreas Lustenberger wirklich nicht: Einerseits fordern die Linken ab und zu Anarchie und möglichst wenig Staat, jetzt aber wird gefordert, den Staat besser zu finanzieren und mit mehr Geld zu versorgen. Diese Logik geht nicht auf.
Nach Meinung des Votanten ist ein Aspekt bisher zu kurz gekommen: Er findet, dass sich die Regierung etwas aus der Verantwortung stiehlt. Dass gespart und auf die Finanzen achtgegeben werden soll, war in den letzten Budgetdebatten von bürgerlicher Seite immer ein Thema. Die Regierung hat das auch zur Kenntnis genommen und versprochen, künftig sehr genau und sehr knapp zu planen. Der jetzt vorliegende Vorschlag, dieses Sammelsurium, mit dem letztlich der gewöhnliche Bürger gepeinigt wird, ist aus Sicht der Regierung zu verstehen, denn der Kantonsrat wird sich jetzt die Köpfe einschlagen, am Schluss kommt es vielleicht zum Referendum – und es wird nicht gespart. Aus Sicht der Bevölkerung müsste der Kantonsrat aber den Regierungsrat, der einige fette Jahre hinter sich hat, an die finanziell kurze Leine nehmen und ihn gegenüber seiner eigenen Verwaltung unterstützen, indem er ihm weniger Geld gibt. Diese Chance wurde in den letzten Budgetdebatten leider verpasst. In den nächsten Budgetdebatten wird der Kantonsrat aber zusammenstehen und sich auch selber an der Nase nehmen müssen, auch wenn es darum geht, dem Regierungsrat neue Aufgaben zu geben. Davon wird zwar immer gesprochen, aber es wird nicht umgesetzt. Man darf deshalb nicht nur auf die Regierung einprügeln, sondern muss ihr in den nächsten Budgets auch die Mittel kürzen. Die in den letzten Jahren jeweils beantragten wenigen Prozente hätte die Regierung problemlos aus eigener Kraft und ohne die jetzt nötige grosse Sparübung einsparen können. Davon ist der Votant überzeugt.

**Andreas Hürlimann:** Der Kanton Zug hat ein rasantes Wachstum hinter sich, mit Wachstumsraten, die eher an asiatische Tigerstaaten und deren Bevölkerungswachstum erinnern als an das alte Europa. Zug ist führend in der Steuerattraktivität, der Verfügbarkeit von Fachkräften und bietet sich als optimalen Standort in einer vernetzten, internationalen Wirtschaft im Einzugsgebiet des Metropolitanraums Zürich an. Das ist eine Ideale Ausgangslage für eine florierende Entwicklung. Doch

es herrscht Katzenjammer bei den kantonalen Finanzen. Darum diskutiert der Kantonsrat heute ein Sparpaket des Kantons, vorgeschlagen durch den Regierungsrat. Die nächsten Sparrunden sind aber bereits angekündigt: nochmals im etwa gleichen Umfang sparen und Leistungen abbauen. Doch ist dies die beste Herangehensweise an das Finanzierungsproblem? Bei jedem Problem geht es nämlich auch um eine Einordnung, hier konkret um eine Aussensicht auf den Kanton Zug. Und egal, welchen Indikator man heranzieht: Die Entwicklung im einst beschaulichen Zug war rasant. Die Bevölkerung nahm von Mitte des 20. Jahrhunderts von etwa 50'000 um 70'000 auf heute über 120'000 Einwohnerinnen und Einwohner zu. Auch bei der Zahl der Arbeitsplätze ist die Entwicklung erstaunlich: Sie machte einen Sprung von 22'000 auf heute über 103'000. Dies zeigt sich auch in den Pendlerbewegungen: Heute pendeln mehr Leute von Zürich nach Zug zur Arbeit als umgekehrt. Nicht weniger rasant war auch die Entwicklung bei den Motorfahrzeugen, wo der Kanton Zug mittlerweile bei den Nummernschildern die magische Marke von 100'000 überschritten hat. Nirgends in der Schweiz gibt es zudem so viele Luxuskarossen wie in Zug. Zug war in den vergangenen letzten x Jahren der «Porsche» unter den Kantonen. Er fuhr allen anderen davon. Heute stottert der Motor. Sportwagenpionier Ferdinand Porsche sagte einst: «Wir bauen Autos, die keiner braucht, die aber jeder haben will.» Im Kanton Zug leben offensichtlich auffallend viele Leute, die sich diesen Luxus leisten können und wollen. Und die politische Mehrheit tut aktuell noch alles, damit dies auch so bleibt und auch das Wachstum bei den Firmen und Gesellschaften, aber auch die Wohlfühlzone besonders für reiche Privatpersonen erhalten bleibt oder gar weiter ausgebaut wird. Das verlangt natürlich auch wieder mehr öffentliche Leistungen oder Infrastruktur – was aktuell aber nicht gern gehört wird, weil Zug ja im Sparmodus sein sollte. Nirgends in der Schweiz verdienen die Menschen mehr als im Kanton Zug. Nirgends zahlen Reiche aber auch so wenig Steuern wie in Zug. Dabei zeigt sich, dass durch die letzten grossen Steuergesetzrevisionen Einnahmeausfälle geschaffen wurden, welche nun im Staatshaushalt ein Loch hinterlassen. Die Regierung verteidigte jedoch jede Steuersenkung und jeden Einnahmeausfall als finanzierbar und ausgewogen. Schaut man sich die Fakten an, zeigt sich, dass Zug aber problemlos Spielraum auch für gewisse steuerliche Anpassungen nach oben hätte und diese angehen könnte. Auch so kann und muss das Loch im kantonalen Finanzhaushalt gestopft werden. Reporte von grossen Steuerberatungsfirmen wie etwa KPMG oder PWC zeigen, dass der Kanton Zug international hervorragend platziert ist, was auch für die Schweiz insgesamt gilt, dies nicht nur für Unternehmen, sondern – nicht unwichtig – auch für Hochqualifizierte. Auf die UBS hat im März 2014 Zug topplatziert, als sie Wettbewerbsindikatoren verglich: Zug war auch hier mit Abstand Schweizer Spitzenreiter. Interessant ist dabei, dass die UBS unter anderem auch die Finanzeffizienz und den Finanzspielraum der Kantone untersuchte. Der Kanton Zug schneidet auch hier – nicht ganz überraschend – sehr gut ab, und zwar ohne Sparpaket oder Entlastungsprogramm, um den Staat wieder «fit zu trimmen».

Die alles entscheidenden Fragen sind nun also: Warum nutzt Zug seine ausgezeichnete Platzierung nicht? Und warum liefert das enorme Wachstum der vergangenen Jahre nicht genug Steuererträge, um die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren? Für den Votanten ist klar: Es handelt sich um ein wenig ausgewogenes Sparpaket. Nicht nur Effizienzsteigerungen und Leistungsabbau müssen im Fokus stehen, sondern es gilt auch die Einnahmeseite zu betrachten. Und hier hat Zug Spielraum, welcher nicht genutzt wird. Denn nach wie vor liegt Zug weit unter dem Schweizer Durchschnitt, was die steuerliche Ausschöpfung anbelangt. Und nicht die NFA-Zahlungen, sondern mit dieser tiefen Steuerausschöpfung zusammenhängende hohe Ressourcenpotenziale sind das Problem und spielen hier die ent-

scheidende Rolle. Aber die NFA-Diskussion soll ein anderes Mal wieder geführt werden.
Fazit: Der Votant ist für Nichteintreten auf die Vorlage, weil einseitig nur die Leistungen gekürzt werden und nicht auch massvoll auf der Einnahmenseite korrigiert wird. Und dabei geht es nicht um einen Realitätsverlust, wie Philip C. Brunner angetönt hat, sondern um eine Gesamtschau, die letztlich zur Erkenntnis führt muss, dass nicht nur bei den Leistungen, sondern auch einnahmeseitig etwas unternommen werden muss.

**Philippe Camenisch** möchte nach den vielen Voten, die man je nach politischem Standpunkt nachvollziehen kann oder nicht, noch etwas zu bedenken geben: Man muss in der Schweiz weit suchen, um einen Kanton zu finden, in dem so vielen Personen oder Familien keine Steuern bezahlen müssen wie im Kanton Zug. Auf der Steuertabelle ist zu sehen, wie hoch die entsprechenden Einkommen bzw. Vermögen sein können. Niemand spricht heute davon, dass diese Personen bei einer Zustimmung zum Sparpaket zu Schaden kommen. Sollte die Vorlage aber abgelehnt werden, wird man darüber diskutieren müssen, wer von der Steuererhöhung betroffen sein wird. Und der Votant kann versichern, dass dann leider auch Leute zur Kasse gebeten werden müssen, die heute keinen Franken Steuern bezahlen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** beginnt mit der Frage, was der Normalzustand der Erdatmosphäre sei. Es ist die Turbulenz. Die Atmosphäre ist immer voller Wirbel, auch wenn man sie kaum sieht. Daran hat man sich auch im Kanton Zug seit Jahren gewöhnt: ein paradiesisches Idyll für alle. Aber mit dem gegenwärtigen Umbruch hat auch dem finanzstarken Kanton Zug die Stunde geschlagen, ob man es wahrhaben will oder nicht. Man kann es verharmlosen, verdrängen oder verleugnen – es nützt nichts! Es ist ein Faktum, dass sich der finanzpolitische Himmel dramatisch verdüstert hat. Der Zwang zum Sparen und Kürzertreten ist gegeben und nicht etwa herbeigeredet. Und wie ein Meteorologe muss man nun vorausschauen, und zwar alle, nicht nur die Regierung: mit Vernunft, Intelligenz und Verantwortung für den Kleinstaat Zug. Es muss heute nicht das primäre Thema sein, wer die Verantwortung für die finanzpolitischen Turbulenzen ganz allgemein oder konkret in Zug hat oder hatte; der Rat würde sich in dieser Frage sicher nicht einig. Der Regierungsrat ist zusammen mit dem Kantonsrat aber verantwortlich für den Zukunftskurs des Kantons. Es gilt in die nächste und übernächste Geländekammer zu schauen. Langfristige Planung ist angesagt. Das aber ist in einer Welt, die den kurzfristigen Erfolg bevorzugt, nicht einfach. Die grossen Linien sind gefragt, nicht numismatisches Erbsenzählen. Die Regierung weiss, dass sie den parlamentarischen Auftrag hat zu sparen. Das ist nicht lustig, aber es trifft alle.
Zu einigen Fakten: Stabilität ist selten, der Wandel ist konstant. Es herrschen heute weltweit Zivilisationsdynamiken, wirtschaftlich, finanzpolitisch und sozial gegensätzliche Strömungen, und der Kanton Zug befindet sich inmitten eines komplexen Feldes solcher Strömungen. Um einige vornehmlich exogene Faktoren in willkürlicher Reihenfolge und auch nicht abschliessend zu nennen:
• NFA
• Investitionsdruck
• stetig zunehmender Sozialausgabendruck
• wirtschaftliche Verwerfungen in Europa und weltweit
• konjunkturelle Situation
• Frankenstärke
• Zinssituation und Negativzinsen
• billiges Geld flutet die Finanzmärkte

• Unternehmenssteuerreform III, wohl *das* Projekt für den Kanton Zug in den nächsten zwei bis drei Jahren.

Als Folge davon gibt es im Kanton Zug ein strukturelles Problem: ein strukturelles Defizit. Seit 2012, seit dem Börsengang einer allen bekannten Firma, schreibt und budgetiert der Kanton Zug rote, zum Teil gar tiefrote Zahlen. Das ist, vergleicht man mit anderen Kantonen, eigentlich erstaunlich: Ein kürzlicher Austausch hat gezeigt, dass sämtliche Innerschweiz Kantone in der Rechnung schwarze Zahlen schreiben und für 2017 auch schwarz budgetieren; und von den 26 Schweizer Kantonen schreiben 19 oder 20 in der Rechnung schwarze Zahlen und budgetieren für 2017 ebenfalls schwarz. Damit ist nicht gesagt, dass Zug schlecht arbeitet, sondern es zeigt, dass nicht nur Zug den Sparhebel ansetzen muss; die anderen Kantone hat es schon längst getroffen. Was heute zur Debatte steht, ist also kein Novum. So musste beispielsweise der Kanton Zürich in den vergangenen fünfzehn Jahren alle zwei Jahre ein Sparpaket schnüren.

Über die genannten externen Ursachen hinaus ist es ein Faktum, dass der Kanton Zug ein überdurchschnittliches Leistungsangebot gemacht hat. Das hat die Studie von BAK Basel deutlich aufgezeigt. Dieses Angebot kam nicht nur aufgrund von Entscheiden des Regierungsrats, sondern auch des Parlaments oder des Volks – das Volk ist nicht gerecht, aber es hat recht – zustande. Setzt man den schweizerischen Durchschnitt bei 100 Punkten an und macht einen Vergleich mit Kantonen wie Luzern, Aargau, Schwyz etc., so zeigt sich, dass Zug in allen Bereichen weit über dem Durchschnitt liegt, bei 130 bis 180 oder 190 Punkten. Deshalb hat der Regierungsrat reagiert. Er hat die Zeichen der Zeit erkannt und legt heute das erste – und nicht das letzte! – Entlastungsprogramm vor. Man steht heute vor einer Sollbruchstelle, einem Meilenstein. Heute wird der Grundstein gelegt, um die Finanzen in weiteren Prozessen und mit weiteren Projekten in den Griff zu bekommen. Scheitert das heutige Programm, wird es schwierig, weitere Prozesse und Programme in die richtige Richtung zu steuern.

Es wurde verschiedentlich gesagt, das Entlastungspaket 2 sei enttäuschend. Die Regierung ist klar anderer Meinung. In einem geradezu umwerfenden Prozess, wie ihn die anderen Kantone nicht hingekriegt haben, wurde Grosses geleistet. Die Verwaltung hat intern bis 900 Massnahmen diskutiert, am Schluss kamen 260 Massnahmen in Umsetzung. Das ganze Paket ist 111 Millionen Franken schwer, geht also weit über die heute zur Diskussion stehenden 42 Millionen Franken hinaus; dazu kommt – was bisher nicht gesagt wurde – eine Reduktion der Investitionen um 100 Millionen Franken. Heute nun ist das Parlament am Zug. Dieser Prozess ist mit Blick auf andere Kantone einmalig. Und es ist klar: Entlastung bzw. Sparen ist schwierig, denn man spart immer am falschen Ort. Der Regierungsrat dankt deshalb seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Gemeinden, den Partnerorganisationen, aber auch dem Parlament, das in der letzten Budgetdebatte der Regierung sein Vertrauen aussprach für einen strukturierten Prozess; er dankt den vorberatenden Kommission und der Stawiko, die ebenfalls viel zu diesem Prozess beitrugen. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass ein intelligentes Paket geschnürt wurde. Er ist auch der Meinung, dass die heute verschiedentlich in Frage gestellte Opfersymmetrie funktioniert. Es ist kein Rasenmäherprogramm, sondern es wurde darauf geachtet, dass einerseits bei den Gemeinden, andererseits bei der Verwaltung über Abbau von Personalkosten, über Effizienzsteigerung, aber auch Leistungsabbau eine Opfersymmetrie erreicht wird, die alle gleichermassen trifft. Es ist ein austariertes Werk. Wenn nun einzelne Elemente herausgebrochen werden sollten, kippt das Projekt aus dem Gleichgewicht. Das wäre verhängnisvoll.

Im Vorfeld war immer wieder zu hören, der Kanton schiebe vieles einfach auf die Gemeinden ab. Dazu ist zu sagen, dass einerseits ein sehr guter Prozess stattfand

– eine Vereinbarung mit den Gemeinden bezüglich dem Projekt ZFA 2018 bzw. der Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton und nun der Projektauftrag, der auch mit den Gemeinden besprochen wurde, ebenfalls in einvernehmlicher Stimmungslage –, andererseits die 18 Millionen Franken, die man relativiert betrachten muss. Denn die Gegenpositionen sind Mehreinnahmen von 9,32 Millionen Franken. Die Nettobelastung im Rahmen des Entlastungsprogramms 2 beträgt für die Gemeinden also nicht ca. 11,5 Millionen Franken, wie es vorgerechnet wurde, sondern etwa 8 Millionen Franken. Auch hier wurde im Rahmen der Opfersymmetrie also ein gerechtfertigter Weg gefunden.
Es wurde gefragt, was mit der Verwaltung bzw. dem Personal geschehe. Man steht am Anfang eines Wegs, aber man darf nicht vergessen, was bezüglich Personal bereits passiert ist: Einerseits wurden im Finanzplan per 2019 bereits 61 Stellen gestrichen, andererseits wurde eine Reduktion von 1 Prozent bis 2019, das sind 15 Stellen, beschlossen, und im Rahmen dieses Massnahmenpakets wurden 52 Stellen abgebaut. Das ergibt immerhin schon 131 Stellen. Es ist also nicht einfach nichts geschehen. Und es geht weiter: Nebst der allgemeinen Strategie, welche der Regierungsrat noch wird festlegen müssen, ist die Finanzstrategie mit dem Projekt «Finanzen 2019» ein Thema. Die Leistungen sollen gezielt hinterfragt werden, die Verwaltung soll reduziert und effizienter werden. Auch der ZFA-2018-Prozess mit den Gemeinden birgt Sparpotenzial und selbstverständlich auch das Projekt USR III. Und im Budgetprozess 2017 soll zum ersten Mal mit Budgetvorgaben operiert werden, dies bezüglich Sachaufwand, Personalkosten, Abschreibungen, Investitionen etc. Diese Vorgaben werden dazu führen, dass schon im Budget 2017 reduziert wird.
Es ist also ein strukturierter Sparprozess. Der Regierungsrat ist auf breiter Front tätig. Es ist eine herausfordernde Zeit, aber der Regierungsrat ist überzeugt, dass man es gemeinsam schaffen wird. In schwierigen Zeiten haben sich die politischen Reihen im Kanton Zug – auch wenn es schmerzliche Schicksalsschläge waren – immer wieder geschlossen. Mit einem politischen *esprit d'equipe*, mit gemeinsamer Verantwortung wird man es schaffen. Im Namen des Gesamtregierungsrats appelliert der Finanzdirektor deshalb an den Kantonsrat, gemeinsame Sache zu machen und die Verantwortung gemeinsam wahrzunehmen.
Zu den einzelnen Voten nimmt der Finanzdirektor wie folgt Stellung:
• Es wurde mehrmals gesagt, dass weitere Sparbemühungen folgen müssten. Mit den schon angestossenen Projekten und Prozessen per 2019 sind solche Bemühungen bereits aufgegleist. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass das aktuelle Entlastungspaket nicht der letzte, sondern der erste Schritt eines Gesamtkonzepts ist.
• Alois Gössi und weitere Redner haben Steuersenkungen angesprochen. Festzuhalten ist, dass auch der Mittelstand stark von den letzten Steuersenkungen profitiert hat. Und letztlich hat das Parlament und das Volk diese Strategie gutgeheissen. Wie schon vorhin gesagt: Das Volk ist nicht immer gerecht, aber es hat immer recht. Es ist deshalb auch der Massstab und der Richtungsweiser für die Regierung.
• Zu den Ausführungen von Anastas Odermatt und seiner Charakterisierung des Sparpakets als «Fruchtsalat»: Sparen ist – wie bereits gesagt – nicht lustig, und man spart immer am falschen Ort. Einerseits könnte man nur beim Personal sparen, was sicher falsch ist; andererseits könnte man die Steuern erhöhen, was aus Sicht der bürgerlichen Ratsseite ebenso falsch ist. Die Terminologie «Fruchtsalat» weist der Finanzdirektor aber klar zurück: Der Regierungsrat hat nicht nur Fruchtsalat angerichtet.
• Barbara Gysel hat verschiedene Aussagen zur Finanzstrategie bzw. zur Frage von Steuererhöhungen resp. -senkungen in Zusammenhang mit der USR III gegen-

übergestellt. Ganz allgemein: Die USR III ist eine hochkomplexe Angelegenheit. Der Regierungsrat hat sich kürzlich wieder sehr intensiv damit auseinandergesetzt, nur um überhaupt zu verstehen, worum es geht. Es geht in der USR III – vereinfacht gesagt – primär auf Druck der EU darum, die Privilegien für Domizilgesellschaften, Holdings und Gemischte Gesellschaften abzuschaffen. Dazu gibt es für den Kanton Zug das Modell, die zwei Steuersätze von 14,7 Prozent für die ordentliche Besteuerung der juristischen Personen und von ca. 8 oder 9 Prozent für die privilegierten Gesellschaften auf 12 Prozent anzugleichen – sofern die bundesrechtliche Grundlage in der Differenzbereinigung zwischen Ständerat und Nationalrat entsprechend geschaffen wird. Es geht dabei also nicht um eine Steuersenkung, sondern um ein Austarieren, so dass es keine Privilegien mehr gibt: Die einen müssen etwas mehr, die anderen – und das freut die hiesigen Unternehmer – etwas weniger tief in die Tasche greifen. Und so wird auch einer Forderung der OECD entsprochen. Das ist also ein anderes Paar Schuhe als die Aussage in der Finanzstrategie bezüglich möglicher Steuererhöhungen. Dort wird tatsächlich gesagt, dass auf der Fiskalertragsseite eine Erhöhung denkbar ist. Zuerst aber will der Regierungsrat die Hausaufgaben machen, müssen die sehr grosszügigen Leistungen hinterfragt werden. Erst dann kann eine allfällige Erhöhung des Fiskalertrags zum Thema werden. Man muss dazu aber wissen, um wieviel man erhöhen will und soll, um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen. Eine Steuererhöhung muss einmal und nachhaltig erfolgen, denn Steuern in Etappen und jedes Jahr zu erhöhen, sorgt für Rechtsunsicherheit. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat entschieden, prioritär auf der Aufgabenseite anzusetzen; sekundär ist eine Erhöhung des Fiskalertrags denkbar.
• Auf Andreas Lustenbergers Bemerkungen zu einer kapitalistischen Ideologie will der Finanzdirektor nicht eingehen. Er hält aber fest: Andreas Lustenberger hat einen Kanton Zug gezeichnet, den der Finanzdirektor so nicht kennt.
Der Finanzdirektor bittet, auf das vorliegende Geschäft einzutreten. Er teilt mit, dass in der Detailberatung die jeweils zuständigen Regierungsratsmitglieder zu den einzelnen Anträgen sprechen werden.

EINTRETENBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 57 zu 17 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der **Vorsitzende** bittet, Anträge, die nicht bereits in der vierspaltigen Synopse (Beilage zu Vorlage 2569.4) enthalten sind, gemäss § 68 GO KR schriftlich abzugeben.
Der Regierungsrat hält grundsätzlich an seinen Anträgen fest.*

**Teil I**

***Titel***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat sich dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst: Statt «in das Entlastungsprogramm» heisst es neu «an das Entlastungsprogramm».

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass die Gemeinden den Kanton bei seinem Entlastungsprogramm mit einem Solidaritätsbeitrag von jährlich rund 18 Millionen Franken unterstützen. Im Gegenzug wird die ZFA-Reform 2018 die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinde neu definieren. Dieses Projekt ist aufgegleist, und es macht Sinn abzuwarten, bis der Prozess abgeschlossen ist. Die Kommissionspräsidentin möchte dem Rat deshalb ans Herz legen, in der heutigen Debatte mit Änderungsanträgen, von welchen die Gemeinde betroffen sind, zurückhaltend zu sein. Da sich der Kanton mit den Gemeinden gefunden hat, macht es wenig Sinn, wenn der Kantonsrat und eingreift und dreinpfuscht. Beide Institutionen sind sich der Wichtigkeit ihrer Zweckehe bewusst. Es gilt also, das Ergebnis abzuwarten, zumal die zeitliche Limite gesetzt ist. Technisch gilt es noch einige Nüsse zu knacken, und allen ist klar, dass es letztendlich ein politischer *Hosenlupf* werden wird. Das Ergebnis wird aber essentiell sein für die zukünftige Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** möchte dem Rat einen Grundsatzentscheid der Staatswirtschaftskommission erläutern. Es gab bekanntlich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Gemeinden und des Kantons, welche alle Schnittstellen des Entlastungsprogramms zu den Gemeinden umfassend und detailliert analysierte. Darauf wurde eine Vereinbarung ausgearbeitet, welche vom Kanton einerseits und allen Gemeinden andererseits unterzeichnet wurde. Diese Vereinbarung lag der Staatswirtschaftskommission vor. Dort herrschte die Meinung, nicht einseitig von Seiten des Kantons in diese Vereinbarung einzugreifen und Gesetze zu ändern zu versuchen, welche die Gemeinden betreffen; dazu besteht keine Notwendigkeit. Dieser Grundsatzentscheid zieht sich seitens der Stawiko durch die gesamte Vorlage. Es mag nun sein, dass man gewisse Anträge oder Haltungen der Stawiko nicht auf den ersten Blick, sondern erst vor dem Hintergrund dieses Grundsatzentscheids versteht. Die Stawiko-Präsidentin ist dankbar, wenn der Rat dann jeweils den Anträgen der Stawiko folgt.

***§ 1***
***§ 2***
***§ 3***
***§ 4***
***§ 5***
***§ 6***
***§ 7***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II: Fremdänderungen**

***Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz) vom 29. Januar 1981 (Stand 10. Mai 2014)***

*§ 1 Abs. 1 (geändert) und Abs. 2 (aufgehoben)*
*§ 3 Abs. 1 (geändert)*
*§ 4 Abs. 1 (geändert*
*§ 5 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu) und Abs. 3 (neu)*
*§ 5a (neu)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (Stand 6. November 2014)***

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass der Regierungsrat in § 46 und § 48 kleinere, aber mehr Lohnstufen sowie die Kürzung der Beförderungssumme um 50 Prozent für zwei Jahre beantragt. Diese Massnahmen wurden in der Kommission wegen ihres kausalen Zusammenhangs zusammen beraten. Vor ihrer Beratung hörte die Kommission die Personalverbände, den Lehrerinnen- und Lehrerverein Kanton Zug, den Staatspersonalverband und den Verband der Zuger Polizei, an. Die Personalvertretungen lehnen eine Veränderung des Lohnstufensystems unisono ab, ebenso eine Kürzung der Altersentlastung bei den kantonalen Lehrpersonen. Mit der zeitweisen Senkung bzw. Flexibilisierung der Beförderungssumme hingegen könnten sie leben.
Nach intensiver Diskussion befürwortet die Kommission mit 11 zu 4 Stimmen die Erhöhung der Anzahl Gehaltsstufen. Zahlreiche Kommissionsmitglieder stören sich jedoch daran, dass der automatische Stufenanstieg bei den kantonalen und auch den gemeindlichen Lehrpersonen bzw. der Beförderungsmechanismus bei der Zuger Polizei beibehalten wird. Ein entsprechendes Postulat, mitunterzeichnet von Kommissionsmitgliedern, ist mittlerweile eingereicht. Die Stawiko stellt zu § 48 einen eigenen Antrag, der von der vorberatenden Kommission nicht mehr beraten werden konnte. Die Votantin kann diesem Antrag persönlich zustimmen: Es ist eine Präzisierung. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der Stawiko ebenfalls zustimmen.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

28. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 31. März 2016 (Nachmittag)
Zeit: 13.45 – 17.20 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**394 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Andreas Meier, Oberägeri; Zari Dzaferi, Andreas Lustenberger und Beni Riedi, alle Baar; Walter Birrer, Cham; Daniel Stuber, Risch.

**395 Mitteilungen**

Der Vorsitzende teilt nachträglich noch mit, dass die Zuger Kantonsrätinnen am Parlamentarier-Skirennen der Kantone Schwyz und Zug in Alpthal den Mannschaftswettbewerb der Damen gewonnen haben. Er gratuliert dazu herzlich. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**396** Traktandum 4.1: **Motion von Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Standesinitiative zur Verankerung der bestehenden Bargeldnotennennwerte (CHF 10, 20, 50, 100, 200, 1000) im Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel (WZG)**
Vorlage: 2592.1 - 15107 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**397** Traktandum 4.2: **Motion von Peter Letter, Philip C. Brunner, Daniel Thomas Burch, Daniel Marti, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker und Silvia Thalmann betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der gemeindlichen Lehrpersonen**
Vorlage: 2598.1 - 15120 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**398** Traktandum 4.3: **Motion von Kurt Balmer, Heini Schmid, Manuel Brandenberg, Thomas Lötscher und Anastas Odermatt betreffend Beseitigung der institutionellen Mängel bei der Staatsanwaltschaft**
Vorlage: 2600.1 - 15124 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Erweiterte Justizprüfungskommission (unter Mitbericht des Regierungsrats und des Obergerichts).

**399** Traktandum 4.4: **Postulat von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Markus Hürlimann, Peter Letter, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker, Silvia Thalmann und Florian Weber betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der kantonalen Lehrpersonen sowie der Mitarbeitenden der Zuger Polizei**
Vorlage: 2591.1 - 15102 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**400** Traktandum 4.5: **Postulat der SP-Fraktion betreffend Reputationsschaden verhindern: genügend Mittel für unsere Hochschule**
Vorlage: 2595.1 - 15112 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**401** Traktandum 4.6: **Interpellation von Rainer Suter betreffend Konklusion Flüchtlingsunterkunft Schluecht Cham 2016**
Vorlage: 2593.1 - 15109 (Interpellationstext)

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 7 (Fortsetzung)

**402** **Entlastungsprogramm 2015-2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung**
Vorlagen: 2569.1/1a/1b - 15044 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2569.2 - 15045 (Antrag des Regierungsrats [Synopse]); 2569.3/3a/3b - 15099 (Bericht und Antrag der Kommission); 2569.4/4a - 15100 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Teil II: Fremdänderungen** (Fortsetzung)

***Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (Stand 8. November 2014)*** (Fortsetzung)

*§ 46 Abs. 1*

**Anna Bieri:** Ja zum Sparen – und das von einem Personalverband! Die Votantin ist Kantonsangestellte und Mitglied des Staatspersonalverbands. Damit ist auch ge-

sagt, was von ihrem Votum zu erwarten ist. Im Rahmen des Entlastungsprogramms ist es jedoch legitim, den kantonalen Angestellten Gehör zu verschaffen.
«Ja zum Sparen» ist die Überschrift eines an die Kantonsratsmitglieder gerichteten Briefs des Staatpersonalverbands. Alt-Finanzdirektor Peter Hegglin hat bei verschiedenen Gesprächen betont, dass sich die kantonalen Angestellten und insbesondere die Vertretung des Staatspersonalverbands bei Lösungsfindungen im Rahmen des Sparprozesses stets sehr kooperativ gezeigt hätten. Die Votantin ist auch dem neuen Finanzdirektor dankbar für seine positiven Äusserungen von heute Morgen bezüglich der kantonalen Angestellten. Das ist nicht selbstverständlich. Es erschreckt die Votantin aber, wenn die Präsidentin der vorberatenden Kommission in ihrem Eintretensvotum feststellt, die Tatsache, dass der Kantonsrat heute von Protestkundgebungen vor dem Regierungsgebäude verschont geblieben sei, zeige, dass beim Personal noch immer zu viel Fett vorhanden sei. Das ist nicht die Vorstellung der Votantin von einem loyalen Mitarbeiter bzw. einem klugen Arbeitgeber – und schon gar nicht von einer fruchtbaren Zusammenarbeit, wie sie im Kanton Zug in den letzten Jahren Usus war und bis heute ist. Die vorliegenden Massnahmen sind sehr wohl einschneidend und machen nur einen Teil aus. Mit dem Paket 1 hat die Regierung bereits Massnahmen umgesetzt, welche nebst Stellenabbau – wie gehört, wurden bzw. werden über 130 Stellen gestrichen – weitere gravierende Einschnitte für das Personal zur Folge haben. Gejammert wird trotzdem nicht. Und so lange es dem Kanton schlecht geht, tragen alle mit. Deshalb soll mit § 48 auch die Möglichkeit zur Anpassung der Beförderungssumme an die aktuelle Finanzlage geschaffen werden. Diesen Paragrafen unterstützt die Votantin. Mit der Halbierung der Lohnstufen in § 46 jedoch wird ein nachhaltiger Systemabbau getätigt. Natürlich könnte der Kanton rein theoretisch bei toller Finanzlage doppelte Stufenanstiege ermöglichen. Aber glaubt das wirklich jemand? Seit der letzten Kommissionssitzung hat der Finanzdirektor gewechselt. Sieht nun jede und jeder das Problem? Die Votantin ist dem aktuellen Finanzdirektor dankbar für Ausführungen zu den Absichten des Kantons in guten wie in schlechten Zeiten.
Die Votantin stellt den **Antrag,** bei § 46 Abs. 1 beim geltenden Recht zu bleiben. Der Rat behält damit die Flexibilität zur Reaktion auf die Gesundheit der Kantonsfinanzen, spart den Betrag wie geplant, aber ohne dem Personal unnötigerweise einen nachhaltigen Systemabbau aufzubürden. Dasselbe gilt auch für § 57 Personalgesetz: Auch hier vergibt sich der Rat mit der «kann»-Formulierung keinerlei Sparvolumen. Die Votantin dankt für die Unterstützung.

**Rita Hofer:** Motivation ist die Bereitschaft, berufliche Höchstleistungen zu erbringen, wenn die nötigen Rahmenbedingungen gegeben sind. Dies scheint aus heutiger Sicht beim Kanton als Arbeitgeber aus dem Ruder zu laufen. Trotz starkem Wachstum des Kantons mit entsprechender Mehrarbeit für die Verwaltung werden Stellen gestrichen, Arbeitszeiten erhöht und finanzielle Leistungen für das Personal reduziert. Erhöhte Personalfluktuation sowie mehr gesundheitlich bedingte Ausfälle sind Folgen von überhöhten Arbeitsbelastungen. Das Entlastungsprogramm schafft Verunsicherung, das Personal steht unter Zeitdruck, was für das Arbeitsklima alles nicht förderlich ist und das Ganze immer mehr zu einem Belastungsprogramm macht. Zudem werden so die Leistungen für die Bevölkerung des Kantons mittel- bis langfristig viel langsamer und in schlechterer Qualität erbracht werden. Das liegt nicht am Willen des Personals, aber auch dessen Leistungsfähigkeit hat unter diesen Voraussetzungen Grenzen.
Es dauert 24 Jahre, bis mit dieser Massnahme ein Sparpotenzial erreicht würde. Die Massnahme wird längerfristig zu einer Abflachung der Lohnentwicklung und zur Absenkung der individuellen Lohnsumme führen, mit direkten Auswirkungen auf die

Altersvorsorge bei der Pensionskasse. Die eifrige Sparwut wird nichts herausholen für das Sparprogramm, aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehrfach bestrafen:
• Mit dem tieferen Lohn kann weniger in die Pensionskasse eingezahlt werden, und entsprechend tiefer wird die Rente ausfallen.
• Mit dem Personalstopp bzw. -abbau wird es weniger aktiv Einzahlende geben, während die Zahl der pensionierten Bezüger zunimmt.
• Die Kosten bei einer allfälligen Unterdeckung müssen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch den Kanton als Arbeitgeber ausgeglichen werden. Der Bumerang kommt bekanntlich zurück!
Es wird zu viel aufs Spiel gesetzt mit dieser Massnahme, die nur Nachteile mit sich bringen wird. Vor allem ist sie gar nicht nötig, da sie im Zeitraum 2015–2018 zu keinem von der Regierung beabsichtigten Spareffekt führt. Die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber wird gefährdet, und der Kanton Zug wird die Spitzenposition im nationalen Vergleich verlieren. Die hohen Wohn- und Lebenskosten werden bei einer Senkung der Lohnstufen direkte Auswirkungen auf die Kaufkraft der Angestellten haben und somit auch schädlich sein für die Wirtschaft.
Die ALG ist der Meinung, dass der Kanton als Arbeitgeber dem Personal Sorge tragen muss und stellt zu § 46 Abs. 1 ebenfalls den **Antrag,** das geltende Recht mit zehn Gehaltsstufen beizubehalten

**Silvia Thalmann** hält fest, dass ihre Fraktionskollegin Anna Bieri zwar sehr überzeugend argumentierte, die CVP-Fraktion sich aber trotzdem grossmehrheitlich für eine Erhöhung der Zahl der Lohnstufen ausspricht. Zusammen mit der Verkleinerung der Lohnsumme ergibt sich die Möglichkeit, die Beförderungssumme zu kürzen, wenn die finanzielle Situation des Kantons dies erfordert. In § 48 Abs. 5 folgt die CVP einstimmig dem Antrag der Stawiko. In den Antrag ist die Ergänzung der vorberatenden Kommission aufgenommen, zudem wird explizit darauf hingewiesen, dass der Kantonsrat im Rahmen seines Budgetbeschlusses die Beförderungssumme definiert. Es handelt sich bei der Beförderungssumme also ausdrücklich nicht um eine gebundene Ausgabe.
Zu bedenken ist, dass die Einstufung in eine Lohnklasse aufgrund der Funktion erfolgt und innerhalb der Lohnklasse ein stufenweiser Anstieg vorgesehen ist, mit dem die Mitarbeiter in guten Zeiten eigentlich rechnen konnten. Zusätzlich – und das ist ein Thema, das der Regierungsrat hoffentlich in der nächsten Runde anpackt – erhalten Mitarbeitende ab dem dritten Arbeitsjahr jeweils einen Fünfzehntel ihres Gehalts, nach fünfzehn Jahren also einen vierzehnten Monatslohn. Dieses Faktum ist bei einem Vergleich mit der Privatwirtschaft ebenfalls zu berücksichtigen. Der Vorschlag des Regierungsrats ist deshalb durchaus annehmbar.

**Peter Letter:** Die FDP-Fraktion begrüsst die Massnahme zu kleineren, aber mehr Lohnstufen sowie zur Flexibilisierung der Beförderungssumme. Sie ist der Ansicht, dass damit für eine Flexibilisierung der Lohnentwicklung gesorgt wird. Finanziell wirkt sich diese Massnahme erst im Zusammenhang mit der Kürzung der Beförderungssumme aus, welche im Entlastungspaket mit 50 Prozent geplant ist. Dass damit das Kostenwachstum eingeschränkt wird, ist im jetzigen Umfeld wichtig. Eine Lohnentwicklung für die Mitarbeitenden durch Beförderung wie auch der Teuerungsausgleich bleiben auch mit der Flexibilisierung möglich. Es ist nichts als natürlich, dass nebst der Leistungsbeurteilung auch die allgemeinen Wirtschaftslage und der Finanzhaushalt als Kriterien für die zur Verfügung stehende Beförderungssumme eingeführt werden. In der Privatwirtschaft gehören solche Automatismen weitestgehend längst der Vergangenheit an.

Bei § 48 Abs. 5 betreffend Festlegung der Beförderungssumme durch den Regierungsrat mit abschliessender Budgetkompetenz durch den Kantonsrat schliesst sich die FDP der erweiterten Formulierung der Stawiko an. Zum Votum von Rita Hofer ist zu sagen, dass der Kanton Zug trotz dieser Massnahme ein attraktiver Arbeitgeber bleibt; man muss hier nicht allzu schwarz malen. Der Aussage, dass der Personalabbau Auswirkungen auf das Verhältnis von einzahlenden und beziehenden Arbeitnehmern bei der Pensionskasse habe, ist entgegenzuhalten, dass ein Personalabbau nicht bedeutet, dass die betreffenden Leute nicht mehr arbeiten. Vielmehr sind sie dann vielleicht bei einer anderen Pensionskasse versichert und zahlen ihre Beiträge dort ein.

**Alois Gössi** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Präsident des Verbands der Zuger Polizei, was auch bei anderen Anträgen noch von Bedeutung sein wird. Die drei Personalverbände beim Kanton Zug, nämlich der Lehrerinnen- und Lehrerverein Kanton Zug, der Staatspersonalverband sowie der Verband Zuger Polizei, lehnen die Erhöhung von zehn auf neunzehn Lohnstufen pro Lohnklassen klar ab. Für sich allein hat diese Massnahme kein Sparpotenzial, warum aber sind die Personalverbände trotzdem dagegen? Der Regierungsrat beabsichtigt, 2017 und 2018 die Beförderungssumme zu halbieren. Er will jedoch, dass anzahlmässig immer noch gleich viele Angestellte in den Genuss einer Beförderung kommen. Dies geht jedoch nur, indem die Lohnstufen pro Lohnklassen von zehn auf neunzehn quasi verdoppelt werden und so die Beförderungssumme pro Lohnstufe quasi halbiert wird. Kurzfristig geht diese Rechnung auf, aber die Personalverbände befürchten mittel- bis langfristig eine Verminderung der Lohnsumme. Mit den bisher jährlich möglichen Beförderungen dauert es zehn Jahre, bis man vom Minimum einer Lohnklasse zum Maximum aufgestiegen ist; neu wird es neunzehn Jahre dauern. Gemäss Modellrechnungen des Staatspersonalverbands kommt es so zu einer Verminderung der Lohnsumme in zwanzig Jahren von rund 4,89 bis 6,2 Prozent, je nach Lohnklasse. Dies ist ein systemrelevanter Abbau des Lohnniveaus, der wegen des Beitragsprimats auch direkte Auswirkungen auf die Altersvorsorge bei der Pensionskasse hat und den die Personalverbände deshalb ablehnen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinen Anträgen sowohl zur Zahl der Lohnstufen als auch zur Halbierung der Beförderungssumme festhält. Zur Verstreichung der Lohnstufen will er keine Versprechungen machen; er muss zuerst Rücksprache mit Peter Hegglin nehmen, um zu erfahren, was dieser in der Kommission wirklich gesagt hat. Erst dann kann er dazu Stellung nehmen. Die Anträge der Regierung erlauben mehr Flexibilität, führen allerdings zu einer langsameren Lohnentwicklung und einem geringeren Lebenslohn. Sie bergen aber auch ein erkleckliches Sparpotenzial – und der Kanton Zug bleibt trotzdem ein attraktiver Arbeitgeber. Der Finanzdirektor bittet, dem Antrag der Regierung zu folgen.

➔ Der Rat genehmigt mit 53 zu 19 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 48 Abs. 5*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Staatswirtschaftskommission anschliesst.

**Alois Gössi** teilt mit, dass er den Antrag des Regierungsrats mit dem Zusatz, dass zur Sanierung des Finanzhaushalts auch bei Funktionsgruppen mit Beförderungs-

mechanismen – es geht um die Polizei und die kantonalen Lehrpersonen – Beförderungen ausgesetzt werden können, ablehnt. Mit dem restlichen Teil ist er einverstanden. Er nimmt dazu Stellung aus der Sicht des Verbands Zuger Polizei.
Bei der Zuger Polizei werden Polizeisoldaten in der Regel nach fünf Jahren zum Polizeigefreiten und nach weiteren fünf Jahren zum Polizeikorporal befördert; weitere Beförderungen sind von anderen Faktoren abhängig. Diese Beförderungen setzen aber eine gute Qualifikation voraus, so dass es sich nicht um einen wirklichen Automatismus handelt. Polizistensoldaten werden in der Lohnklasse 10 angestellt und können im Verlaufe der Jahre und der Beförderung zum Polizeikorporal in die Lohnklasse 13 aufsteigen. Die bestehende Regelung mit den «automatischen» Beförderungen trägt dem Umstand Rechnung, dass es sich beim Polizeiberuf um einen klassischen Beruf handelt, in welchem das Erfahrungswissen von zentraler Bedeutung ist. Dies gilt sowohl für das sich durch die Praxis entwickelnde breiten Fachwissen, insbesondere aber für die durch unterschiedlichsten Fälle geförderten sozialen Kompetenzen. Eine solche Entwicklung mit den Beförderungen soll und muss möglich sein für Männer und Frauen, die den Polizeiberuf als Zweitberuf wählen, oft auch schon Familien haben oder gründen. Wenn der Kantonsrat möchte, dass der Polizeiberuf im Kanton Zug für fähige junge Leute auch in Zukunft seine Attraktivität behält, sollte er diesen eine verbindliche Perspektive bei der Gehaltsentwicklung geben. Junge Polizisten und Polizistinnen sollen – bei entsprechend guter Leistung – sich auch finanziell entwickeln können. Jedermann will ja, dass Polizeiangehörige glaubwürdig sind, recht- und verhältnismässig handeln sowie unbestechlich und rechtschaffen sind. Man sollte ihnen, die wegen wachsenden Gefahren zunehmend anspruchsvollere Aufgaben zu erfüllen haben, mindestens salärmässig in den ersten zehn Jahren auch eine entsprechend sichere Perspektive ermöglichen.
Aus diesen Gründen stellt der Votant den **Antrag,** in § 48 Abs. 5 den Passus «und können zu dessen Sanierung auch bei Funktionsgruppen mit Beförderungsmechanismen Beförderungen aussetzen» zu streichen. Für den Fall, dass dieser Antrag keine Zustimmung findet, stellt er den **Eventualantrag,** dass der betreffende Satz in dem Sinne ergänzt werden soll, dass bei Funktionsgruppen mit Beförderungsmechanismen Beförderungen maximal zweimalig ausgesetzt werden können. So möchte er sicherstellen, dass Beförderungen u. a bei der Polizei aus finanziellen Gründen nicht jahrelang ausgesetzt werden können, sondern maximal während zwei Jahren. Im Übrigen kann er gut damit leben, dass der Regierungsrat die Beförderungssumme festlegt und nicht abschliessend der Kantonsrat, wie die Stawiko beantragt. In diesem Sinn stellt er auch **Antrag** auf Streichung des entsprechenden Zusatzes.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass zuerst der Antrag der Stawiko bereinigt, d. h. den Streichungsanträgen von Alois Gössi gegenübergestellt wird, wobei der Regierungsrat weiterhin den Antrag der Stawiko unterstützt.

➔ Der Rat folgt mit 54 zu 17 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun der Antrag der Stawiko demjenigen der vorberatenden Kommission gegenübergestellt wird. Anschliessend wird noch über den Eventualantrag von Alois Gössi abgestimmt.

➔ Der Rat folgt mit 51 zu 20 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Alois Gössi mit 53 zu 17 Stimmen ab.

*§ 55 Abs. 1*

**Esther Haas** legt zuerst ihre Interessensbindung offen: Sie ist Lehrerin am GIBZ, einer kantonalen Schule. Die neue Regelung würde sie aber nicht persönlich betreffen. Es ist ihrer frühen Geburt und der in Aussicht gestellten Besitzstandwahrung geschuldet, dass sie nach altem Recht entlastet würde.
Eine Altersentlastung gibt es in vielen Kantonen, und sie trägt wesentlich dazu bei, dass Lehrpersonen bis zum Ende ihrer beruflichen Tätigkeit den Anforderungen gerecht werden können. Die Schönheiten des Lehrerberufs sind für die Votantin unbestritten, die Belastungen sind aber vielfach belegt und rechtfertigen eine entsprechende Regelung der Altersentlastung. In anderen Berufen der öffentlichen Verwaltung können ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allenfalls Tätigkeiten mit geringeren Belastungen wahrnehmen. Bei den Lehrpersonen ist dies aber nicht möglich, weil deren Aufgaben bis zur Pensionierung die gleichen bleiben. Und die Votantin hält fest: Sie betreibt heute einen höheren Aufwand als vor beispielsweise zehn Jahren, um die gleiche Leistung beim Unterrichten erbringen zu können. Mit ihrem aktuell um zwei Lektionen reduzierten Arbeitspensum kann sie weiterhin ihre volle Leistung erbringen.
Die Votantin stellt den **Antrag,** die bestehende Regelung zur Altersentlastung beizubehalten. Im Namen aller betroffenen Lehrpersonen, die bis zum Tag ihrer Pensionierung eine Top-Leistung abrufen wollen, bittet sie den Rat, diesem Antrag zu folgen. Für den Fall, dass der Rat entgegen der Erwartung der Votantin ihrem Antrag nicht Folge leistet, stellt sie den folgenden **Eventualantrag** zu § 55 Abs. 1: «Lehrkräften mit einem vollen Unterrichtspensum an kantonalen Schulen wird ab dem Schuljahr, in welchem sie das 55. Altersjahr erfüllen, das Pensum um 90 Minuten oder zwei Lektionen gekürzt. Diese Regelung gilt bis zum Eintritt ins ordentliche Pensionsalter.»

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass die vorberatende Kommission die Situation der Lehrerinnen und Lehrer natürlich auch analysiert hat und mit Esther Haas einig ist: Lehrer zu sein ist heute wesentlich schwieriger als in früheren Zeiten. Die Regierung beantragt, die Altersentlastung zu reduzieren. Man muss dazu bedenken, dass die heutige Altersentlastung über das hinausgeht, was Verwaltungsangestellten mit der zusätzlichen Ferienwoche gewährt wird, und die vorberatende Kommission war grossmehrheitlich der Meinung, dass es sinnvoll ist, die kantonalen Lehrpersonen und Verwaltungsangestellten so weit wie möglich gleich zu behandeln. Sie folgte – nach verschiedenen Unterabstimmungen – letztendlich mit einer komfortablen Mehrheit dem Antrag des Regierungsrats

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** kann sich im Wesentlichen der Argumentation der Kommissionspräsidentin anschliessen. Die beantragte Änderung ist ein sicherlich schmerzhafter, aber insgesamt als verkraftbar zu taxierender Einschnitt. Es ist eine Angleichung an die Regelung für das übrige Verwaltungspersonal und an die Regelungen in anderen Kantonen, etwa in Zürich und Luzern. Insgesamt sind die Anstellungsbedingungen auch für kantonale Lehrpersonen nach wie vor als angemessen und gut zu taxieren. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats Folge zu leisten, und dankt dafür.

➔ Der Rat genehmigt mit 55 zu 17 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Esther Haas mit 55 zu 17 Stimmen ab.

*§ 55 Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 4*
*§ 55a Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats

*§ 57 Abs. 1*

**Andreas Hürlimann:** Auch in der Privatwirtschaft werben Arbeitgeber mit Gehaltsnebenleistungen gezielt um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und so soll auch ein öffentlicher Arbeitgeber in der Grösse des Kantons Zug – immerhin ein Arbeitgeber mit rund 2300 Angestellten – auf der Suche nach den besten Mitarbeitenden sogenannte *Fringe Benefits* einsetzen können. Solche Zusatzleistungen sind in der heutigen Zeit ganz und gar nicht mehr exotisch, sondern gehören zu einem guten Arbeitgeber. Alle, die bei einem etwas grösseren Arbeitgeber arbeiten, kennen diverse Möglichkeiten, von solchen Nebenleistungen und Angeboten zu profitieren, seien es Vorzugskonditionen bei eigenen Produkten, Eintritte oder Vergünstigungen bei Kultur, Musik oder Sport oder eben Reka-Checks. Mehrere Untersuchungen bei Arbeitgebern haben zudem deutlich gezeigt, dass der Wegfall resp. das Nichtvorhandensein von *Fringe Benefits* zu einer Unzufriedenheit bei den Mitarbeitenden führen kann.
Bei besonders schlechter Finanzlage hat der Regierungsrat aufgrund der «kann»-Formulierung bereits heute die Möglichkeit, keine verbilligten Reka-Checks mehr abzugeben. Diese gänzlich zu streichen, zeugt aber von wenig Weitsicht oder Vertrauen in einen zukünftig auch finanziell wieder erstarkenden Kanton Zug. Zudem wird mit Reka-Checks auch der Schweizer Tourismus in Schwung gebracht. Die ALG sagt deshalb Nein zu einem weiteren Abbau bei den Anstellungsbedingungen und zu einer weiteren Verschlechterung bei den Lohn- und Lohnnebenleistungen. Sie stellt den **Antrag,** § 57 Abs.1 in der bisherigen Form zu belassen.
Die ALG stellt weiter den **Antrag,** auch § 57 Abs. 2 Bst. b in der heute geltenden Form beizubehalten. Denn auch Sport oder Gesundheitsförderung soll weiterhin durch den Kanton koordiniert angeboten werden können und muss grundsätzlich möglich sein. Die ALG sieht auch hier keinen Grund, diese Handlungs- und Rechtsgrundlage zu streichen.

Für **Alois Gössi** als Sprecher der SP-Fraktion ist es völlig unnötig, § 57 Abs. 1 zu streichen. Der Regierungsrat hat per Ende 2015 eine Verordnung aufgehoben, welche die Abgabe von Reka-Checks an das kantonale Personal regelte. Es besteht im Moment also keine Rechtsgrundlage mehr für die Abgabe von Reka-Checks. Als Folge davon hat der Regierungsrat den Vertrag mit der Reka gekündigt. Die SP findet es unnötig, dass jetzt auch noch dieser Gesetzesparagraf, eine «kann»-Formulierung, aufgehoben werden soll. Kommen wieder einmal finanziell gute oder deutlich bessere Zeiten – was auch für das Personal zu hoffen ist –, könnte der Regierungsrat – der Votant braucht hier bewusst den Konjunktiv – in eigener Kompetenz wieder Reka-Checks für das Personal einführen: er müsste dazu einfach eine neue Verordnung erstellen. Mit der Aufhebung dieses Gesetzesparagrafen wird kein einziger zusätzlicher Franken gespart, denn gespart wurde bereits mit der Aufhebung der Verordnung. Der Votant bittet deshalb, diesen Gesetzesartikel nicht zu streichen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass der Antrag, § 57 Abs. 1 unverändert beizubehalten, schon in der Stawiko gestellt wurde. Er wurde mit der Be-

gründung, dass der Vertrag mit Reka bereits gekündigt und die Massnahme von der Regierung schon umgesetzt worden sei, mit 6 zu 1 Stimmen abgelehnt.
Bezüglich § 57 Abs. 2 Bst. b weist die Stawiko-Präsidentin darauf hin, dass die vorberatende Kommission diese Bestimmung aufheben wollte, während die Stawiko beim geltenden Recht bleiben will. Es handelt sich um bewährte *Soft Facts,* die zur Motivation der Mitarbeitenden beitragen, und finanziell gesehen ist beispielsweise «Sport über Mittag» sogar rentabel. Die Stawiko will das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, und sie will diese wichtigen Motivationsfaktoren beibehalten.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Die beantragte Streichung von § 57 Abs. 1 ist die Folge davon, dass auf ein Relikt, nämlich die Abgabe von Reka-Checks, verzichtet wird. Vor dreissig oder vierzig Jahren hatte diese Abgabe möglicherweise einen wirklichen Wert und erzielte Wirkung im Ziel, heute aber ist sie – wie gesagt – ein Relikt aus einer Zeit, in der sich die Arbeitnehmerschaft nur schwer Ferien leisten konnte.
Zu § 57 Abs. 2 Bst. b ist der Regierungsrat der Meinung, dass es nicht *per se* eine Staatsaufgabe ist, hier eine Leistung zu erbringen. Natürlich wird anerkannt, wenn sich Mitarbeitende über Mittag sportlich betätigen, der Regierungsrat ist aber der Ansicht, dass auf die entsprechende Unterstützung verzichtet werden. Immerhin geht es um ca. 400'000 Franken Einsparungen.

➔ Der Rat folgt mit 54 zu 16 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und hebt § 57 Abs. 1 auf

*§ 57 Abs. 2 Bst. b*

➔ Der Rat folgt mit 35 zu 34 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission, beim geltenden Recht zu bleiben.

***Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (Stand 6. Dezember 2014)***

*§ 62a Abs. 1*

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält vorab fest, dass er nicht die vorgesehenen Änderungen des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) vertritt, sondern vielmehr die Bedenken, welche das Obergericht gegen diese Änderungen ins Feld zu führen hat.
Zunächst zu § 62a Abs. 1 GOG: Wie im Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission vom 25. Januar 2016 festgehalten wurde, handelt es sich bei § 62a Abs. 1 GOG um eine unnötige Wiederholung von Bundesrecht. Gemäss Art. 422 Abs. 2 lit. d der schweizerischen Strafprozessordnung sind die Auslagen für die Mitwirkung anderer Behörden, unter anderem der Polizei, auch ohne Anpassung des kantonalen Rechts zu ersetzen. Die Stawiko hielt in ihrem Bericht und Antrag vom 9. März 2016 fest, es erscheine sinnvoll, diese Bestimmung hier explizit aufzuführen; sie sei eine Grundvoraussetzung für § 62a Abs. 2 GOG. Das ist aber grundlegend falsch. Hier liegt offensichtlich ein Missverständnis vor. Bei § 62a Abs. 1 GOG geht es um die Auslagen, bei Abs. 2 um die Gebühren. Das Bundesrecht, die juristische Literatur und die Rechtsprechung trennen strikt zwischen den Auslagen

einerseits und den Gebühren anderseits, über welche unter anderem der gerichtspolizeiliche Aufwand weiterverrechnet wird. Auf diese klare Trennung zwischen Auslagen und Gebühren hat das Bundesgericht etwa in einem Urteil vom 5. November 2015 hingewiesen und einen Entscheid des Obergerichts das Kantons Thurgau aufgehoben, der diese zwei Kategorien nicht auseinandergehalten hatte.
Zu § 62a Abs. 2 GOG: Danach sollen Gebühren, welche die Staatsanwaltschaft und die Gerichte einnehmen, teilweise an die Polizei abgeliefert werden. Das Geld soll also von der einen in die andere Tasche umgelagert werden. Mit dieser Umlagerung wird das Geld nicht vermehrt. Unter dem Strich hat man nicht mehr Geld in den Taschen. Die vorberatende Kommission hielt in ihrem Bericht auf Seite 14 denn auch fest, man sei sich einig, dass es sich dabei nicht um eine Entlastung für den Kanton handle. Von der einen Tasche in die andere: Das einzige, was bleibt, ist der Aufwand, um abzuzählen, wieviel denn in jeder Tasche sein soll. Und dazu – zum zusätzlichen Aufwand – ist im Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 3. November 2015 auf S. 29 festgehalten: «Bei der Polizei fallen zusätzliche Aufwendungen beim Erstellen und Verarbeiten der Rechnungen im Umfang von gesamthaft rund einer Personaleinheit an.» Im Bericht und Antrag des Regierungsrats steht weiter zu lesen: «Wenn die Staatsanwaltschaften und die Gerichte die in ihre Zuständigkeiten fallenden polizeilichen Aufwendungen […] konsequent in Rechnung stellen, fliessen zusätzlich geschätzte 456'000 Franken pro Jahr in die Staatskasse.» Das klingt zunächst danach, als ob die Gerichtskasse diese Kosten nicht konsequent in Rechnung stellen würde. Das wäre ein massiver Vorwurf, der in aller Form zurückgewiesen werden müsste. Das Team von der Gerichtskasse leistet nämlich sehr gute Arbeit, und die den Beschuldigten auferlegten Gebühren werden selbstverständlich bereits jetzt konsequent in Rechnung gestellt.
Im Bericht und Antrag der Stawiko wird angedeutet, was dahinter stehen soll. Auf S. 6 wird festgehalten, interne Verrechnungen seien nötig, «um den Verursachenden die korrekten Gebühren in Rechnung stellen zu können». Im Klartext heisst dies: Das Obergericht bzw. die Staatsanwaltschaft soll mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung dazu gebracht werden, die Gebühren zu erhöhen. Dabei wird aber offensichtlich übersehen, dass dies bereits geschehen ist. Unter Ziff. 6.17 der Massnahmenliste zum Regierungsratsbeschluss vom 17. März 2015 wurde eine Erhöhung der Spruchgebühren und Bussen bei der Staatsanwaltschaft vorgenommen mit erwarteten Mehreinnahmen von 300'000 Franken. Dabei handelte es sich um eine direkt budgetwirksame Massnahme des Entlastungsprogramms. Die Erhöhungen per 1. Januar 2015 wurden mit Augenmass vorgenommen; allerdings gibt es Rückmeldungen der Gerichtskasse, wonach sich Betroffene beschweren, dass die ihnen auferlegten Gebühren in keinem Verhältnis zu den Bussen stehen. Das Obergericht ist dezidiert gegen eine weitere Erhöhung der Gebühren, da sie mit einer unabschätzbaren Mehrbelastung der Justiz und einer Aufblähung des Verwaltungsapparats verbunden wäre. Nebst dem höheren Aufwand für die interne Verrechnung wäre aufgrund fehlender Zahlungswilligkeit und -fähigkeit auch mit einem Mehraufwand für die Gerichtskasse zu rechnen. Überdies würde die Zahl der Einsprachen bzw. Rechtsmittel ansteigen, was für die Staatsanwaltschaft und die Gerichte mit Mehraufwand und Mehrkosten verbunden wäre. Und noch etwas: Wen würde es treffen, wenn die Gebühren nach 2015 schon wieder erhöht würden? Es sind nicht die Grosskriminellen, sondern vielmehr könnte es jede Bürgerin und jeden Bürger treffen, wenn – etwa wegen Nichtbeherrschens des Fahrzeuges – ein Verkehrsunfall verursacht wird. Es ist nämlich die grosse Summe der kleinen Delikte, die im Strafbefehlsverfahren geahndet wird und Geld in die Staatskasse spült. Im Übrigen ist die ganze Strafjustiz – leider – defizitär, weil von den Verurteilten in der Regel nichts zu holen ist.

Bei der vorgeschlagenen Änderung des GOG geht es nach dem Wortlaut von § 62a Abs. 2 nur um die Umlagerung: von einer Tasche in die andere. Dies führt nicht zu Mehreinnahmen, sondern zu Mehraufwand. Zusammenfassend muss der Obergerichtspräsident mit aller Deutlichkeit festhalten, dass die vorgesehenen Änderungen des Gerichtsorganisationsgesetzes nach Auffassung des Obergerichts keine Spar- oder Entlastungsmassnahmen darstellen.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass Obergerichtspräsident Felix Ulrich auch in der vorberatenden Kommission zu Gast war und seine Überlegungen vortrug. Es besteht eine Diskrepanz zwischen dem Regierungsrat und dem Obergericht, was in der Kommission zu Irritationen geführt hat, da diese davon ausging, dass die Angelegenheit im Vorfeld abgesprochen worden sei. Beim anstehenden Entscheid ist zu bedenken, dass der Kantonsrat die Kostentransparenz sehr hoch hält und dies mit der Verpflichtung der einzelnen Direktionen zur Führung einer Kosten-Leistungs-Rechnung schon verschiedentlich untermauert hat.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** wagt es selbstverständlich nicht, in juristischen Fragen dem Obergerichtspräsidenten zu widersprechen. Die Ausführungen im Bericht der Stawiko zu § 62a Abs. 1 basieren aber immerhin auf den Auskünften des Generalsekretärs der Finanzdirektion; Entsprechendes gilt für Abs. 2. Sicher aber wird der Sicherheitsdirektor hierzu Klarheit verschaffen können.

**Thomas Werner** kann dem Obergerichtspräsidenten aus eigener Erfahrung nur zustimmen. Er hat in der Stadt Zürich miterlebt, wie der Transparenz halber die Kosten gegenseitig in Rechnung gestellt wurden und dazu überall zusätzliche Personen für die Verrechnung eingestellt werden mussten. Das Geld wurde tatsächlich einfach von einer Tasche in die andere geschoben, mit höherem Aufwand und ohne die geringste Einsparung. Der Votant empfiehlt deshalb dringend, beim geltenden Recht zu bleiben.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig dem Antrag des Regierungsrats folgt. Zur Frage, ob es die Wiederholung von Bundesrecht in Abs. 1 brauche oder nicht, will sich die Votantin nicht äussern. Zu Abs. 2 hält sie fest, dass sich der Kantonsrat wiederholt für eine Kosten-Leistungs-Rechnung ausgesprochen hat, und diese wird in den Ämtern sukzessive eingeführt. Im vorliegenden Fall wird die Leistung durch die Polizei erbracht, während die Einnahmen beim Gericht bleiben. Natürlich kann man nun sagen, dass das in der Gesamtbetrachtung in Ordnung sei, allerdings wünscht man sich auch Transparenz. Und da das Gericht sich entschieden hat, keine Kosten-Leistungs-Rechnung zu führen, ist die interne Verrechnung hier nötig. Die Votantin möchte Transparenz, und sie möchte, dass sich die Einnahmen dort in der Rechnung zeigen, wo auch die Leistung erbracht wurde. Nicht wirklich beurteilen konnte bis zuletzt auch die Kommission die Frage, ob es nun zu Mehreinnahmen kommt oder nicht.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass die Sicherheitsdirektion als ehemalige Justizdirektion der verlängerte Arm der Regierung zum Obergericht ist. Das Verhältnis ist gut, in der vorliegenden Frage aber liegt man sich etwas in den Haaren – wobei in einer Demokratie oft um gute Lösungen gestritten werden muss. Zu Abs. 1 ist festzuhalten, dass die Strafprozessordnung sich nur auf Straftaten nach Bundesrecht bezieht, und gemäss den verwaltungsrechtlichen Abklärungen der Sicherheitsdirektion braucht es zusätzlich eine kantonale Regelung. Der Sicherheitsdirektor hat etwas Mühe mit der Argumentation des Obergerichts und anderer:

Zwar wird immer das hohe Lied von der schweizweit beispielhaften Gewaltentrennung im Kanton Zug gesungen, wenn man nun aber auch eine genaue Kostenabgrenzung will, spielt die Gewaltentrennung plötzlich keine Rolle mehr. Und der Bericht von BAK Basel zeigt auf, dass der Polizei viel Aufwand zugeschanzt wird, der eigentlich andernorts verbucht werden müsste. Dieser Aspekt muss hier ebenfalls berücksichtigt werden – der Kantonsrat wollte mit der Kosten-Leistungs-Rechnung ja Kostentransparenz schaffen. Tatsächlich erfordert die interne Verrechnung etwas Mehraufwand. Es ist aber auch für die Gerichte und ihre Entscheide wichtig, dass sie bei der Beurteilung eines Strafrechtfalls genau wissen, welches die Leistungen und die Aufwendungen der Polizei etc. waren. Und man wird ohne grosse Bürokratie eine Pauschalabgeltung absprechen. Es wird also kein Geld von einer in die andere Tasche geschoben, sondern es ist eine rein buchhalterische Sache. Deshalb bittet der Sicherheitsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen, dies auch im Sinne der grundsätzlichen Haltung des Kantonsrats bezüglich Kosten-Leistungs-Rechnung. Im Übrigen wird hier nichts Neues eingeführt: Die entsprechende Regelung gilt auch in anderen Kantonen.

**Andreas Hausheer** hat eine Verständnisfrage: Was ändert sich für den Bürger? Erhält dieser vom Obergericht die gleiche oder eine höhere Rechnung? Der Obergerichtspräsident hat gesagt, dass sich bezüglich Höhe der Gebühren nichts ändere, andere haben das Gefühl, es ändere sich etwas. Was trifft zu, ganz unabhängig von der Verrechnung?

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass genau dies das Problem des Obergerichts sei: Man spürt die Erwartung der Regierung, dass die Gebühren ansteigen sollen – wobei aber offensichtlich übersehen wurde, dass die Gebühren per Anfang 2015 bereits erhöht wurden: nicht im Gerichtsorganisationsgesetz oder in einer Verordnung, sondern in einer internen Weisung, den Strafmassempfehlungen. Und diese Weisung wurde als direkt budgetrelevante Massnahme im Rahmen des Entlastungsprogramms bereits umgesetzt. Der Obergerichtspräsident will deshalb in Zusammenhang mit Abs. 2 einzig darauf hinweisen, dass man hier nicht schon wieder Mehreinnahmen erwarten kann.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** wiederholt, dass es sich hier nicht in erster Linie um eine Sparmassnahme handelt. Ziel ist eine genaue Kostenübersicht für die Richter, die in ihrem Urteil dann je nachdem auch eine höhere Verrechnung festlegen können. Es ist ein Systemwechsel, der im GOG grundgelegt werden muss.

**Manuel Brandenberg** hat den Eindruck, dass das Parlament hier Zeuge eines kleinen Machtkampfs zwischen Exekutive und Judikative wird und gefordert ist, die Funktion des Schiedsrichters zu übernehmen. Persönlich neigt der Votant dazu, den Überlegungen des Obergerichts zu folgen.

**Thomas Lötscher** teilt die Auffassung von Manuel Brandenberg, zumindest was den ersten Teil betrifft, kommt aber zu einem andern Schluss. Was hier diskutiert wird, hat überhaupt nichts mit dem Entlastungsprogramm zu tun und gehört eigentlich nicht hierher. Aber wenn es nun vorliegt, sollte man die richtige Entscheidung treffen. Und der Kantonsrat hat beschlossen, dass die Verwaltung mit der Kosten-Leistungs-Rechnung arbeiten soll und dass vor allem auch Querschnittsämter ihre Leistungen verrechnen sollen. So soll man erkennen können, ob diese Leistungen allenfalls zu teuer sind, um gegebenenfalls darauf zurückkommen zu können. Es geht also um ein Wechselspiel und eine gegenseitige Kontrolle und dort, wo man

Leistungen verrechnet, um ein richtiges Ansetzen der Verrechnungsansätze. Wenn der Kantonsrat nun tatsächlich in die Funktion des Schiedsrichters gedrängt wird, muss er aufpassen, dass er fair bleibt. Seit Jahren drängt das Parlament die Verwaltung, die Kosten-Leistungs-Rechnung einzuführen. Die Verwaltung tut dies mit unterschiedlicher Begeisterung und brauchte je nachdem etwas mehr oder weniger Druck. Seit Jahren aber nimmt sich die Judikative das Recht heraus, es bleiben zu lassen. Sie hat auch Begründungen geliefert, weshalb es bei ihr nicht nötig sei. Jetzt aber liegt eine Konstellation vor, in der es ganz offensichtlich sinnvoll wäre zu wissen, was wo anfällt. Und nur schon aus Fairness gegenüber der Verwaltung sollte die Judikative hier gleich behandelt werden. Es geht nicht um Gewaltentrennung oder um eine Einmischung ins Kerngeschäft der Judikative, sondern um eine rein organisatorische Frage. Und in dieser Frage sollte der Kanton eine einheitliche Lösung haben und nicht einzelne Einheiten gegenüber anderen bevorteilen. Der Votant unterstützt deshalb den Antrag des Regierungsrats.

**Barbara Gysel** muss gestehen, dass sie sich mit der vorliegenden Frage nicht näher auseinandergesetzt hat, bittet aber um Aufklärung in zwei Punkten:
• Wenn diese Massnahme nicht direkt mit dem Entlastungspaket zusammenhängt, bittet sie um einen Hinweis dazu, warum diese Änderung überhaupt in die Vorlage gekommen ist.
• Gibt es in diesem umfangreichen Paket noch weitere Massnahmen, die eigentlich nichts mit dem Entlastungsprogramm zu tun haben, also analoge Fälle wären?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hat die Antwort auf die Fragen von Barbara Gysel eigentlich bereits gegeben: Die vorgeschlagene Änderung hat nicht in erster Linie mit Sparen zu tun. Es entsteht in zweiter Linie allerdings – dieser Gedanke steht natürlich auch dahinter – etwas mehr Druck auf die Gerichte. Die Grundidee der Kostenverrechnung findet sich auch in anderen Punkten des Sparprogramms, und es war deshalb sinnvoll, diesen Aspekt auch hier aufzunehmen. Nach Wissen des Sicherheitsdirektors gibt es in der Vorlage keine anderen Gesetzesanpassungen, die mit dem Sparpaket nichts zu tun haben.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass das Obergericht keinen Antrag in dieser Sache gestellt hat. Und seiner Meinung nach liegt auch kein anderslautender Antrag von anderer Seite vor.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** korrigiert: Die vorberatende Kommission vertritt hier eine andere Haltung als der Regierungsrat und die Stawiko und hat den Antrag gestellt, § 62a Abs. 1 zu löschen.

➔ Der Rat genehmigt mit 38 zu 33 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

*§ 62a Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Schulgesetz vom 27. September 1990 (Stand 1. August 2016)***

*§ 48 Abs. 1*

**Esther Haas:** Die intensive Nutzung der Lehrerberatung ist dem Kanton bekannt. Der Kanton verkennt aber deren Bedeutung und setzt die Finanzierung dieser Beratungsstelle leichtfertig aufs Spiel. Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Kanton Zug (LVZ) schrieb in seiner Vernehmlassung: «Der Nutzen davon kann nicht in Franken beziffert werden, muss aber ein Vielfaches der intendierten Einsparung von Fr. 84'000.- betragen. Gemäss PK Rück, dem Lebensversicherer, der sich auf das Decken von Invaliditäts- und Todesfallrisiken spezialisiert hat, sind 48 % der neuen Invaliditätsfälle auf psychische Erkrankungen zurückzuführen. Der Anteil psychischer Erkrankungen bei den Neurenten der IV ist in den letzten zwanzig Jahren um 40 % gestiegen. Für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ist gemäss PK Rück essentiell, dass schnell und professionell Hilfe zur Verfügung steht.» Eine rechtzeitige und gute Beratung kann präventiv zur Sicherung der Gesundheit von Lehrpersonen und kostensparend wirken. Zudem tragen die Gemeinden diese Beratungsstelle mit; eine Reduktion des Kantonsbeitrags könnte statt zu Leistungskürzung zu einer Mehrbelastung der Gemeinden führen, weil *Burnout* oder andere psychische Erkrankungen eben sehr teuer sind. Die Beratungsstelle für Lehrpersonen und Schulleitende muss auch weiterhin für Ratsuchende offenstehen und mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden. Die Votantin bittet dringend, von der Kürzung der Beratungsstelle für Lehrpersonen abzusehen, und stellt den **Antrag,** die bisherige Regelung beizubehalten.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass hier der erste jener Fälle vorliegt, wo die Stawiko eine von der vorberatenden Kommission beantragte Aufhebung rückgängig machen will, weil es sich um einen Eingriff in die Gemeindehoheit handelt. Sie empfiehlt, die bisherige Regelung beizubehalten.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bittet den Rat, der Regierung und der Stawiko zu folgen. Wichtig ist festzuhalten, dass die Junglehrerberatung nicht das gleiche Angebot ist wie die Beratungsstelle gemäss Abs. 2. Die Streichung der Junglehrerberatung wäre für den Regierungsrat kontraproduktiv, hätte keine Entlastungsfunktion für den Kanton und wurde von den Gemeinden nie gefordert. Ein guter Berufseinstieg für Lehrpersonen ist wichtig, und entsprechend wichtig ist eine Verpflichtung der Gemeinden, für ein entsprechendes Angebot besorgt zu sein.

➔ Der Rat genehmigt mit 42 zu 27 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission auf Beibehaltung bisherigen Rechts.

*§ 48 Abs. 2*

**Esther Haas** stellt klar, dass sich ihr Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts sowohl auf Abs. 1 als auch Abs. 2 bezog.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko dahingehend informiert wurde, dass diese Frage Bestandteil der Vereinbarung mit den Gemeinden war. Man kann hier also der Regierung folgen und § 48 Abs. 2 aufheben.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass der Regierungsrat die Streichung des Kantonsbeitrags an die Beratungsstelle als vertretbar erachtet; Ausführungen dazu finden sich im Bericht. Man kann dieses Angebot reduzieren und den Zugang etwas einschränken, ohne dass damit gleich das ganze Angebot wegfallen muss. Im Übrigen ist es – etwas plakativ formuliert – auch die einzige Beratungsstelle für eine spezifische Kategorie von Staatsangestellten, die es im Kanton Zug gibt; es gibt beispielsweise keine Beratungsstellen für Polizisten oder Tiefbaumitarbeiter. Es ist Aufgabe der Linie, dass Angestellte mit beruflichen oder persönlichen Nöten Zugang zu Beratungsangeboten haben – und der Hauptteil der Angestellten sind gemeindliche Lehrpersonen. Der Bildungsdirektor bittet daher, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

➔ Der Rat genehmigt mit 54 zu 14 Stimmen den Antrag des Regierungsrats auf Aufhebung von § 48 Abs. 2.

*§ 78 Abs. 2*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass die vorberatende Kommission hier letztendlich dem Antrag der Regierung folgte; Anträge auf andere Beitragsgrössen wurden abgelehnt. Für die Votantin handelt es sich um ein klassisches Beispiel für «Zuger Finish», also für die Tatsache, dass Zug mit seinen Leistungen über den durchschnittlichen schweizerischen Level hinausgeht. Zwanzig Kantone unterstützen Privatschulen mit keinem roten Rappen. Auch mit der von der Regierung beantragten Kürzung liegt Zug schweizweit gesehen diesbezüglich immer noch im Spitzensegment. Es gibt im Kanton Zug übrigens achtzehn Privatschulen. Für das internationale Umfeld sind nicht nur monetäre und fiskalische Aspekte wichtig, sondern auch eine generelle Willkommenskultur, wie sie im Kanton Zug gelebt wird. Deshalb empfiehlt die Kommissionspräsidentin, dem Antrag des Regierungsrats guten Gewissens zu folgen.

**Barbara Gysel** kann sich den Ausführungen der Kommissionspräsidentin anschliessen, möchte aber auf einen weiteren Aspekt aufmerksam machen und namens der SP-Fraktion beantragen, noch einen Schritt weiterzugehen: Die SP stellt zum einen den **Antrag,** § 78 Abs. 2 ersatzlos zu streichen, zum anderen stellt sie den **Eventualantrag** auf Halbierung der Schulgeldbeiträge, nämlich auf 500 Franken auf der Kindergarten- und Primarstufe und 1000 Franken auf der Sekundarstufe I. Die Aufhebung der Spezialbehandlung und der Privilegierung von Privatschulen – namentlich im Umfeld von *International Schools* – ist eigentlich überfällig. Es geht in diesem Kontext nicht nur um die Unterstützung durch die öffentliche Hand mittels Schulgeldbeiträgen. Es gibt nämlich mindestens drei Unterstützungen der Privatschulen durch die öffentliche Hand:

- Erstens hat der Kantonsrat zinsgünstige Darlehen gewährt, so in seinem Beschluss vom 11. Februar 2011 der *International School of Zug and Lucerne* für das Bauprojekt am neuen Standort in Hünenberg.
- Zweitens können Expats-Familien Steuerabzüge für besondere Berufskosten geltend machen.
- Drittens erhalten die Schulen die zur Debatte stehenden Beiträge pro Schülerin und Schüler.

Diese Fakten zeigen, dass im Kanton Zug die von der Kommissionspräsidentin erwähnte Willkommenskultur wirklich gelebt wird. Deshalb kann § 78 Abs. 2 ersatzlos

gestrichen oder können allenfalls die Beiträge gemäss Eventualantrag halbiert werden.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Privatschulen haben im Kanton Zug eine wichtige Funktion im Sinne einer Diversität und Verbreiterung des Angebots, dies sowohl im Bereich von international ausgerichteten Angeboten als auch im Bereich von Spezialschulen. Ein breites Schulangebot ist wichtig für den Bildungsstandort Zug und für die Attraktivität der Region. Eine gewisse Unterstützung von im Kanton wohnhaften Schülern mit Schulgeldbeiträgen ist somit sinnvoll. Die bisherigen Beiträge sind im überkantonalen Vergleich jedoch sehr grosszügig, und eine massvolle Kürzung ist angebracht. Die FDP unterstützt deshalb den Antrag des Regierungsrats und ist gegen den Antrag der SP-Fraktion. Sie betont aber, dass die Reduktion der kantonalen Beiträge nicht als Votum gegen Privatschulen aufgefasst werden soll, sondern als Ajustierung dieser Beiträge auf einem vernünftigen Level.

**Silvia Thalmann** hält fest, dass die CVP den Privatschulen eine grosse Bedeutung zumisst. Indem diese in Spezialbereichen Schulangebote bereitstellen, entlasten sie die öffentlichen Schulen und tragen zu einem attraktiven Wohn- und Lebensraum bei. Als Mitglied des Verwaltungsrats der Schulen St. Michael AG möchte die Votantin auf das Votum von Barbara Gysel zurückkommen, die einseitig nur einen Bereich der privaten Schulen beleuchtet hat. Die Schulen St. Michael sind seit über hundert Jahren als Privatschule in Zug tätig. Sie profitieren von den kantonalen Beiträgen, leisten ihren Beitrag aber in einem Bereich, in dem es nicht nur Wohlhabende, sondern auch viele einfache Leute und Familien gibt, die sich das Schulgeld zusammensparen müssen, oft auch mit Hilfe der Grosseltern. Und mit dem Besuch einer Privatschule entlasten die betreffenden Schüler die öffentliche Schule wesentlich. Dieser Aspekt ist wichtig.
Die CVP-Fraktion heisst die vorgeschlagene Kürzung der kantonalen Beiträge an die Privatschulen gut. Sie vermisst in der vorliegenden Formulierung aber den zeitlichen Aspekt. Sie geht davon aus, dass der betreffende Kantonsbeitrag *pro Jahr* erstattet wird und stellt deshalb den **Antrag,** den zweiten Satz von § 78 Abs. 2 wie folgt zu ergänzen: «Der Kantonsbeitrag pro Schüler *und Schuljahr* entspricht […]».

Für **Barbara Gysel** ist es wichtig, dass Privatschulen nicht mit den *International Schools* gleichgesetzt werden. Die Schulen St. Michael sind ihres Wissens allerdings eine Ausnahme unter den Privatschulen, weil sie sich in einem ganz anderen Umfeld bewegen. Die Votantin gibt zu, dass die SP-Fraktion diesen Aspekt bei der Formulierung ihres Antrags nicht berücksichtigt hat, und entschuldigt sich dafür. Sie möchte beliebt machen, diese Frage auf die zweite Lesung hin zu klären.
Die Votantin möchte auch klarstellen, dass sie mit ihrer Argumentation nicht ausdrücken wollte, dass *International Schools* im Kanton Zug keine Legitimation hätten. Sie versuchte vielmehr darauf hinzuweisen, dass diese Schulen bereits verschiedene Privilegien geniessen. Es soll diese Schulen im Kanton Zug weiterhin geben, es ist aber kein Automatismus für diese Art von öffentlicher Förderung notwendig.

Auch für Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** haben *International Schools* sehr wohl ihre Berechtigung. Wenn Kinder von *Expats* die öffentlichen Schulen besuchen müssen, weil keine *International School* zur Verfügung steht, führt das für die gemeindlichen Schulen und insbesondere für deren Lehrer zu Problemen und zu einem Mehraufwand. Es braucht zusätzliche Unterstützung für die Lehrer, Heilpädagogen etc. Man kann die entsprechenden Kosten nicht beziffern, aber es gäbe

sicher eine Umlagerung von Kosten in Richtung Gemeinden. Die regierungsrätliche Lösung mit der von der CVP beantragten Präzisierung ist deshalb sinnvoll. Darin war sich auch die vorberatende Kommission einig.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die regierungsrätliche Lösung unterstützt. Mit Blick auf die Unternehmenssteuerreform III weist er darauf hin, dass nicht nur steuerliche Gründe den Entscheid einer Firma beeinflussen, ob sie in Zug bleibt oder nicht; auch Privatschulen und weitere Aspekte können wichtig sein. Der Votant empfiehlt deshalb, dem Antrag der Regierung zu folgen und das Kind nicht mit dem Bad auszuschütten. Der SVP wurde in der Fraktionssitzung gesagt, es gehe um einen Betrag von etwa 1,9 Millionen Franken. Es ist also ein beträchtlicher Einschnitt für die achtzehn Privatschulen. Der Votant konnte mit seinen Kindern selber Erfahrungen mit Privatschulen sammeln, allerdings nicht im Kanton Zug. Deren Arbeit ist sehr wertvoll, auch im Vergleich mit der öffentlichen Schule. Und es tut der öffentlichen Schule gut, wenn sie eine Konkurrenz hat. Es ist für sie ein Spiegel, der ihr bis zu einem gewissen Grad aufzeigt, was möglich ist. In diesem Sinn bittet der Votant, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

**Hubert Schuler** stellt klar, dass der Antrag der SP-Fraktion nicht das Ziel hat, die internationalen Schulen oder die Privatschulen abzuschaffen. Es geht einzig darum, die kantonalen Beiträge an diese Schulen zu streichen. Wenn ein Kind an den gemeindlichen Schulen nicht mehr beschult werden kann, hat die Gemeinde mit dem Kanton dafür zu sorgen, dass eine entsprechende Schule gefunden wird. St. Michael, eine reine Privatschule, wird vom Kanton aber nie bezahlt, also wird auch nie eine Gemeinde ein Kind dort platzieren. Es ist also eine Entscheidung der Eltern, ihr Kind dorthin zu schicken, und diese müssen dann gemäss Schulgesetz die Kosten voll übernehmen. Und es ist nur logisch und konsequent, dass Privatschulen sich selber finanzieren bzw. Eltern, die ihr Kind in eine solche Schule schicken, das Schulgeld selber bezahlen müssen. Es ist überhaupt nicht verständlich, wenn von bürgerlicher Seite die Haltung vertreten wird, es handle sich eine Ausnahme, die es brauche, und nur der kantonale Beitrag reduziert wird.

**Silvia Thalmann:** Der Staat geht sehr gerne auf Privatschulen zu, besonders wenn diese auch Internatsleistungen anbieten. Ausserkantonale, aber auch kantonale Stellen bezahlen sehr viel Geld, um Schüler, die in den öffentlichen Schulen nicht mehr haltbar, in diese Institutionen zu bringen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** möchte an die Voten von Peter Letter und Philip C. Brunner anknüpfen: Vielfalt und Wettbewerb sind wichtig, gerade im Bildungsbereich und gerade im Kanton Zug. Auf der ersten Seite der Kantonsverfassung steht in § 4 geschrieben: «Die Errichtung von Privatschulen ist gewährleistet.» Deshalb tritt der Kanton Zug den Privatschulen, die einen wichtigen Beitrag zur Vielfalt und zum Wettbewerb leisten, seit jeher mit Wohlwollen entgegen, nicht nur mit der halben Normpauschale, sondern auch mit weiteren Leistungen. So können die Privatschulen beim Kanton Lehrmittel zu den gleichen Konditionen wie die gemeindlichen Schulen beziehen, die Gemeinden berappen die logopädischen Massnahmen der Privatschulen, der Kanton leistet gratis die externe Evaluation und stellt den Sonderpädagogischen Dienst zur Verfügung; der Bildungsdirektor kann in diesem Sinn den von Barbara Gysel angeführten Katalog von Massnahmen – nicht Privilegien – also noch erweitern. Auch Silvia Thalmann hat recht: Die Privatschulen leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Schule. Es kann Gründe geben, weshalb bestimmte Kinder in eine Privatschule geschickt

werden, oder es sind die Eltern, die ihr Kind in eine Privatschule schicken möchten. Und dieser wichtige Beitrag der Privatschulen soll adäquat abgegolten werden – wobei die Reduktion, welche der Regierungsrat vorschlägt, substanziell ist: 1,9 Millionen Franken. Das bedeutet, dass 60 Prozent des heutigen Volumens wegfallen. Und diese 1,9 Millionen Franken verteilen sich nicht gleichmässig auf achtzehn Schulen: Massgeblich betroffen ist die grösste der privat getragenen Schulen, die *International School of Central Switzerland*. Aber auch diese Medaille hat zwei Seiten: Der Wegfall des Beitrags tut weh, aber im interkantonalen Vergleich ist die Massnahme nach Meinung des Regierungsrats vertretbar. Der Kanton Zug ist noch immer grosszügig gegenüber diesen Schulen, und seine Behörden treten ihnen über den pekuniären Beitrag hinaus weiterhin wohlwollend entgegen. Der Bildungsdirektor ruft den Rat auf, das Kind nicht mit dem Bad auszuschütten und dem regierungsrätlichen Antrag, der auch von der vorberatenden Kommission und der Stawiko mitgetragen wird, zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der CVP-Fraktion auf Ergänzung des zweiten Satzes von § 78 Abs. 2 anschliesst. Er geht davon aus, dass niemand gegen diese Ergänzung opponiert.

➔ Der Rat genehmigt mit 59 zu 7 Stimmen den gemäss CVP-Antrag ergänzten Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der SP-Fraktion auf Halbierung der Kantonsbeiträge mit 56 zu 10 Stimmen ab.

***Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) vom 21. Oktober 1976 (Stand 1. August 2013)***

*§ 10 Abs. 2 Bst. a*
*Titel nach § 20*
*§ 20$^{bis}$*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung) vom 30. August 2001 (Stand 1. August 2013)***

*§ 2 Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 6 Abs. 6*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Staatswirtschaftskommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

***Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (Stand 1. Oktober 2013)***

**Anastas Odermatt** findet die neue Fassung von § 7 Abs. 1 und Abs. 2 nachvollziehbar, besonders mit Blick auf das Gesamtpaket. Klassen sollen grundsätzlich gefüllt werden; der relevante Faktor ist seines Erachtens die Maximalgrösse von Klassen.
Der Votant stellt aber den **Antrag,** bei § 7 Abs. 3 beim bisherigen Recht zu bleiben. Es geht hier um Zusatz-, Ergänzungs- und Freifächer. Bisher galt eine Mindestgrösse von «in der Regel» zehn Schülerinnen und Schülern, also um einen Regelwert; neu soll der Durchschnittswert bei zwölf liegen. Gewisse Angebote werden so wegfallen und nicht mehr durchgeführt werden können. Das Angebot würde damit eingeschränkt. Dem Votanten ist bewusst, dass auch mit dieser Reduktion ein gewisses Angebot möglich ist, letztendlich aber handelt es sich um eine klare Qualitätsverminderung in der Bildung. Gerade die Zusatz-, Ergänzungs- und Freifächer bieten besonders interessierten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich zu vertiefen und so den Horizont zu erweitern. «Mit Zug einen Schritt voraus» scheint in der Bildung nicht wirklich zu gelten: Hier sollen die Schülerinnen und Schüler gefälligst nur Mittelmass erhalten.

**Beat Iten** erinnert daran, dass der Kantonsrat im vergangenen Jahr ausführlich über Richt- und Höchstzahlen in der Primar- und Sekundarstufe sprach. Der Votant hat damals vergeblich appelliert, die Richt- und Höchstzahlen in der Primarschule tiefer anzusetzen; gerne wiederholt er seine damaligen Aussagen.
Auf der Primarstufe ist die Heterogenität am grössten. Es findet auf dieser Stufe keine Niveauunterscheidung statt, eine Primarklasse vereinigt begabte, durchschnittliche begabte sowie Kinder mit Lernschwächen, Verhaltensauffälligkeiten oder Behinderungen. Bereits auf der Oberstufe findet eine Aufteilung mit Niveaufächern und Niveaukursen statt. Auf den nachfolgenden Ausbildungsstufen wird diese Unterscheidung noch weiter verfeinert: Jugendliche absolvieren je nach ihren Fähigkeiten eine Attestausbildung, eine Lehre oder besuchen ein Gymnasium. Es ist nicht nachvollziehbar, warum auf der Schul- und Ausbildungsstufe mit der grössten Heterogenität die Höchstzahlen höher sind als auf anderen Stufen. Man kann durchaus über Klassengrössen sprechen, vielleicht müsste man dann jedoch bei jenen Stufen darüber besprechen, bei denen die Heterogenität am geringsten und die Selbständigkeit am grössten ist, nämlich bei der Kantonsschule.
Der Votant möchte heute den umgekehrten Antrag stellen und nimmt damit einen Antrag auf, der bereits in der Kommission gestellt wurde. Im Namen der SP-Fraktion stellt er den **Antrag,** für die kantonalen Schulen die Höchstzahl wie in der Primar- und Sekundarschule auf 24 Schülerinnen und Schüler festzulegen. § 7 Abs. 1 soll also lauten: «Die durchschnittliche Klassengrösse beträgt 19, die maximale Klassengrösse 24 Schülerinnen und Schüler.»

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bestätigt, dass der Antrag der SP-Fraktion schon in der vorberatenden Kommission gestellt wurde, und er glaubt dort zumindest sinngemäss argumentiert zu haben, dass diese Änderung kaum praxisrelevant sein werde. Die Kantonsschule ist nämlich sehr gross und hat viele Parallelklassen, so dass relativ eng Klassen gebildet werden können; wenn nötig und im Sinne einer Ausnahme kann die maximale Klassengrösse von 22 Schülern auch überschritten werden, um eine bestehende Klasse nicht auflösen zu müssen, bloss weil sie 23 oder 24 Schüler umfasst. Der praktische Nutzen bzw. Schaden des SP-Antrags wäre also relativ gering. Trotzdem aber hält der Regierungsrat an seinem Antrag

fest, da die Bildungsdirektion – wie gesagt – mit der erwähnten Ausnahmeklausel den nötigen Spielraum bereits hat.
Zum Antrag von Anastas Odermatt hält der Bildungsdirektor fest, dass die wesentliche Änderung in § 7 darin liegt, dass man von einem Richtwert zu einem Durchschnittswert wechselt. Dieser Durchschnittwert ist jeweils auch im Geschäftsbericht ausgewiesen, und es wird sehr darauf geachtet, dass er erreicht wird. Von den Rektoren wird ein Durchschnittwert als vorteilhaft erachtet, weil man in einem Kurs mal neun, dann dreizehn und im dritten Jahr vielleicht acht Schüler hat. Mit einer Richtzahl von zehn muss man sich in zwei Fällen fragen, ob der Kurs überhaupt geführt werden kann – und tut es dann trotz Minderbestand den Repetenten zuliebe. Ein Durchschnittswert ist viel praktischer und gibt den Rektoren mehr Spielraum. Die Kursgrösse ist wohl relevant für die Finanzen, es ist damit aber kein wirklich massiver Sparbeitrag verbunden. Es ist einfach systematisch richtig, die Kursgrössen ebenfalls auf Durchschnittswerte abzustellen. Und man darf Richtzahl und Durchschnittszahl nicht miteinander vergleichen: Es ist nicht so, dass die tiefere Zahl die strengere sei als die höhere, vielmehr steht eine andere Aussage dahinter. Der Bildungsdirektor bittet den Rat also, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen, auch weil dieser von den Schulen erarbeitet und von diesen als vorteilhaft erachtet wird, um die betreffenden Kurse über die Jahrgänge hinweg konstant anbieten zu können.

Für **Anastas Odermatt** handelte es sich schon bisher um eine Durchschnittszahl, weil im Gesetz explizit steht «in der Regel»; seines Wissens wurde das auch entsprechend gehandhabt. Wenn im Gesetz neu wirklich nur Durchschnittszahlen stehen sollen, um die nötige Flexibilität zu haben, und die Änderung eh keine grossen Auswirkungen hat, stellt er für den Fall, dass das bisherige Recht nicht beibehalten wird, den **Eventualantrag,** in § 7 Abs. 3 die Durchschnittszahl bei 10 Schülerinnen und Schülern festzusetzen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Eine Durchschnittszahl von zehn Schülerinnen und Schülern ist teurer als ein Durchschnitt von zwölf, ein Durchschnitt von zwölf ist aber nicht unbedingt teurer als eine Richtzahl zehn. Durchschnittszahlen kann man also miteinander vergleichen, man kann aber nicht Durchschnitts- mit Richtzahlen vergleichen.

**Barbara Gysel** ist heute zum zweiten Mal verwundert: Sie hat im vorletzten Votum des Bildungsdirektors wiederum gehört, die vorgeschlagene Massnahme habe keinen eigentlichen Spareffekt. Und sie hat die Frage bereits gestellt, ob und warum es im vorliegenden Entlastungspaket weitere Massnahmen gebe, die keinen oder keinen grossen Spareffekt haben. Sie bittet die zuständigen Direktionen ausdrücklich, deutlich zu deklarieren, wenn Gesetzesanpassungen in die Vorlage hineingerutscht sind oder bewusst aufgenommen wurden, die keinen direkten Spareffekt haben. Sie hält explizit fest, dass sie ein solches Vorgehen sehr verwunderlich findet.

**Andreas Hausheer** zitiert aus Seite 34 des regierungsrätlichen Berichts: «Kursgrösse Mittelschulen: Geplant ist eine Änderung des Richtwerts 10 in einen Durchschnittswert 12 im gesamten Wahlbereich (Freifächer, Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer, etc.). Daraus ergibt sich eine Entlastung für das Jahr 2016 von 220'000 Franken, für das Jahr 2017 von 440'000 Franken sowie für das Jahr 2018 von 510'000 Franken.» Es gibt also einen Spareffekt. Ob dieser gross oder klein ist, kann man unterschiedlich beurteilen.

*§ 7 Abs. 1*

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 34 zu 31 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

*§ 7 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 7 Abs. 3*

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Anastas Odermatt mit 58 zu 11 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Anastas Odermatt mit 57 zu 11 Stimmen ebenfalls ab.

***Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens vom 25. März 1965 (Stand 1. Januar 2000)***

*§ 4 Abs. 1a*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass die Kommission sich hier weitgehend einig ist, dass die vorgeschlagene Massnahme zwar eine Entlastung der laufenden Rechnung, nicht aber eine eigentliche Sparmassnahme ist. Faktisch ist es eine Kostenumlagerung. Die Mehrheit der Kommission schliesst sich nach Studium eines Abklärungsauftrags der Meinung der Regierung an, dass diese Verschiebung legitim sei. Allerdings konnten Bedenken, dass der Lotteriefonds bald einmal aufgebraucht sein könnte, nicht restlos ausgeräumt werden. Die Kommission diskutierte auch darüber, ob und wie die Zahlungen an den interkantonalen Kulturlastenausgleich reduziert werden könnten. Eine solche Reduktion hätte aber einen Austritt aus dem Konkordat zur Folge, was entsprechend motioniert werden müsste und der Volksabstimmung bedürfte. Die Votantin bittet, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

**Barbara Gysel** hält fest, dass die Gelder des Lotteriefonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke verwendet werden müssen, wobei der Aspekt «kulturell» hier gegeben wäre. In Ergänzung zu den Ausführungen ihrer Vorrednerin fügt sie aber an, dass es letztlich auch um soziale Gerechtigkeit geht. Es gab verschiedene unrühmliche Beispiele der Vergabe von Lotteriefondsgeldern, was mehrfach auch im Kantonsrat ein Thema war. Die SP hat auch da auf Studien hingewiesen, welche besagen, dass primär Personen mit einem kleineren Portemonnaie Lotto und Sport-Toto spielen und entsprechend relativ tief in ihr Portemonnaie greifen. Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen speisen also in überdurchschnittlichem Mass die betreffenden Fonds, und es müsste hier eigentlich mehr soziale Gerechtigkeit hergestellt werden. Der prototypische Lottospieler ist kein klassischer KKL-Besucher. Sein Geld muss daher nicht primär zur Finanzierung grosser Kulturinstitutionen genutzt werden.

Die SP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** den vom Regierungsrat beantragten Abs. 1a ersatzlos zu streichen. Sie stellt ferner den **Eventualantrag,** die Unterstützung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs aus dem Lotteriefonds zeitlich auf drei Jahre zu begrenzen.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass auch die CVP-Fraktion grundsätzlich der Meinung ist, dass nur verschoben, nicht aber gespart wird. Andererseits gilt es zu bedenken, dass der Lotteriefonds prall gefüllt ist und im bisherigen Rahmen nicht reduziert werden konnte. Die CVP hat aber Bedenken, dass mit der beantragten Änderung der Lotteriefonds so stark reduziert werden könnte, dass er seinen eigentlichen Zweck nicht mehr erfüllen kann. Sie stellt deshalb den **Antrag,** die Formulierung von Abs. 1a wie folgt zu ergänzen: «Die Finanzierung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs erfolgt über den Lotteriefonds, *solange der Lotteriefondsbetrag mindestens 10 Millionen Franken beträgt*.» Würde diese Grenze erreicht, müsste man eine andere Lösung suchen, allenfalls wieder über die Laufende Rechnung.

Für **Peter Letter** ist die Brücke zur sozialen Gerechtigkeit, die Barbara Gysel gebaut hat, recht abenteuerlich und schwer nachvollziehbar; wo diese Brücke letztendlich hinführt, ist eine andere Frage. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Finanzierung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs aus dem Lotteriefonds sinnvoll ist. Der Lotteriefonds ist mit 31 Millionen Franken Reserven geäufnet, und die jährlichen Beiträge von 2,6 Millionen Franken würden die Finanzierung von zugerischen Projekten im Kultur- und Sportbereich im bisherigen Umfang weiterhin sicherstellen.

**Anastas Odermatt** stellt im Namen der ALG ebenfalls den **Antrag,** § 4 Abs. 1a nicht einzuführen. Mit der Einführung dieses Artikels und der entsprechenden Massnahme soll der interkantonale Kulturlastenausgleich neu über den Lotteriefonds finanziert werden. Abgesehen davon, dass diese Massnahme nur eine relativ plumpe Kostenverschiebung darstellt, ist diese Verschiebung nach Meinung der ALG nicht legitim. Die Lotteriefondsgelder werden von Swisslos jährlich den einzelnen Kantonen ausgeschüttet, damit diese ihren Anteil am Reinertrag der Lotterien ausschliesslich für gemeinnützige und wohltätige Zwecken verwenden, dies gemäss Art. 106 der Bundesverfassung, Art. 3 des Bundesgesetzes betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten und Art. 7 der Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien.
Gegen die Verschiebung des Kulturlastenausgleichs in den Lotteriefonds sprechen zwei Gründe:
• Erstens *sollen* mit dem Geld kantonale Projekte unterstützt werden, darum auch die Verteilung über die Kantone. Die Gelder *müssen* aber gemeinnützigen Projekten zugutekommen, und zwar in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales. Der Begriff der Gemeinnützigkeit ist insoweit definiert, als dass sich eine Institution steuerrechtlich als gemeinnützig klassifizieren lassen kann und dann von den Steuern befreit wird. Gemeinnützig ist eine Institution dann, wenn sie einerseits keinen Erwerbs-, anderseits keinen Selbsthilfezweck verfolgt. Die Institution oder das Projekt ist dann gemeinnützig, wenn die Leistung altruistisch zum Wohle Dritter erbracht wird. Dieser Gemeinsinn fehlt, wo die Verfolgung des Zwecks zugleich den persönlichen Interessen der Beteiligten dient. Selbsthilfeorganisationen sind deshalb grundsätzlich nicht gemeinnützig und wohltätig.
Schauen man nun, wohin die Gelder des interkantonalen Kulturlastenausgleichs fliessen, so sind dies beispielsweise das Opernhaus Zürich, das Schauspielhaus Zürich oder das Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL), ihres Zeichens Aktien-

gesellschaften mit einem klaren Erwerbszweck. Im Gesetzestext zum interkantonalen Kulturlastenausgleich steht entsprechend auch nirgends geschrieben, dass dieser nur für gemeinnützige Institutionen gedacht ist; daher macht es schon Sinn, dass das so geregelt ist. Der Votant will nicht falsch verstanden werden: Er findet diese Häuser und ihre Aktivitäten sehr wohl unterstützenswert, aber es geht nicht, dass diese Unterstützung über den Lotteriefonds abgewickelt wird. Dieser darf nur für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Übrigens wurde kürzlich der Kanton Baselland von der Comlot, der interkantonalen Lotterie- und Wettkommission, gerügt, weil dieser neu auch Lotteriefondsgelder vorsieht für die Unterstützung von kommerziellen Veranstaltungen. Zusammengefasst: Rechtlich ist die beantragte Änderung nicht zulässig.
• Zweitens und fast noch wichtiger: Wenn auch die Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen – worüber der Rat noch beraten wird – aus dem Lotteriefonds finanziert werden soll, so ist dieser nach vier bis fünf Jahren aufgebraucht. Es würden also Gelder nach Zürich und Luzern ausgeschüttet, die kulturellen Institutionen und Veranstaltung im eigenen Kanton hätten aber darunter zu leiden. Entsprechend kann die ALG sowohl den Antrag der CVP als auch denjenigen der SP unterstützen. Es ist wichtig, dass mit den Lotteriefondsgeldern wie vorgesehen kantonale gemeinnützige Institutionen und Projekte in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales unterstützt werden. In diesem Sinn bittet der Votant um Unterstützung für den Antrag, § 4 Abs. 1a nicht neu ins Gesetz aufzunehmen

**Thomas Werner** unterstützt den Antrag, § 4 Abs. 1a nicht ins Gesetz aufzunehmen, ebenfalls. Es ist heute mindestens das dritte Mal, dass über einen Vorschlag des Regierungsrats beraten wird, der überhaupt keinen Spareffekt hat, sondern nur eine Umlagerung von Kosten bedeutet. Dazu kommt, dass hier kein wirklicher Sparwille zu erkennen ist, sondern höchstens der Wille, das Resultat etwas zu retuschieren. Der Votant will sich selbst und den Kantonsrat nicht dazu missbrauchen lassen, einer blossen Umlagerung ohne Spareffekt zuzustimmen. Und wenn sich im Lotteriefonds tatsächlich so viel Geld befindet, darf man ruhig die kantonalen und lokalen Vereine etwas grosszügiger unterstützen; so wird sich der Saldo auch verkleinern.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko die vorliegende Frage sehr kontrovers diskutierte; sie diskutierte auch darüber, ob es gegebenenfalls nicht konsequent wäre, das Konkordat zu kündigen. Dieses wurde seinerzeit aber in einer Volksabstimmung angenommen, weshalb ein solcher Entscheid motioniert und wiederum dem Volk vorgelegt werden müsste. Die Stawiko hat sich schliesslich mit 5 zu 2 Stimmen mit dem Vorschlag des Regierungsrats einverstanden erklärt. Der Finanzdirektor argumentierte gegenüber Stawiko auch, dass auch andere Kantone die Verwendung der Lotteriefondsgelder so handhaben; die Frage, ob das rechtlich zulässig sei oder nicht, müsste vermutlich durch ein entsprechendes Gutachten geklärt werden. Im Kanton Zug wurde in der Vergangenheit auch immer wieder moniert, dass im Lotteriefonds Gelder gehortet würden, und dieses Argument gab in der Stawiko schlussendlich auch den Ausschlag, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Martin Bucherer, der Generalsekretär der Finanzdirektion, konnte der Stawiko zudem darlegen, dass die vorhandenen Gelder rund acht bis zehn Jahre reichen würden, um Gesuche im bisherigen Rahmen gutzuheissen und gleichzeitig die zusätzlichen Lasten zu übernehmen.

**Anastas Odermatt** möchte zum Argument, andere Kantone handelten gleich, Stellung nehmen. Dieses Argumentationsmuster legt man doch eigentlich schon im

Kindergarten ab, und nur weil andere einen *Seich* machen, muss man diesen *Seich* nicht auch machen. Bezogen auf den vorliegenden Fall: Gut, dann sollen andere es halt machen, der Kanton Zug weiss es aber besser, nämlich dass es rechtlich nicht geht, und er macht es so, wie er es eben will.
Im Übrigen weiss der Votant bis heute nicht genau, von welchem Vorvermögen er ausgehen soll. Gemäss der letzten Staatsrechnung sind 11 Millionen Franken im Lotteriefonds, dann aber hört man wieder, es gäbe auch noch weitere Fonds, wobei der Votant annimmt, dass damit die Überschüsse aus der Bewirtschaftung des Fondsvermögens ab 2009 gemeint sind. Das sind aber Reserven, die aus allen Fonds entstanden sind, nicht nur aus dem Lotteriefonds. Es ist ja ein hehres Anliegen, dass der Regierungsrat diese Reserven zugunsten des Lotteriefonds auflösen und damit allen zugänglich machen will, welche gemeinnützige Projekte realisieren. Aber auch wenn man diese Reserven berücksichtigt, ändert nichts daran, dass die Lotteriefondsgelder in zehn Jahren aufgebraucht sind. Zusammengefasst ist es dem Votanten wichtig, dass der kantonale Lotteriefonds für kantonale gemeinnützige Institutionen und Projekte zur Verfügung steht – heute und auch in Zukunft.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** versucht Klarheit zu schaffen. Das erste Argument gegen den Antrag des Regierungsrats war, es handle sich nur um eine Umlagerung. Das kann man so nicht stehen lassen. Buchhalterisch gesehen, handelt es sich klar um einen Spareffekt, um eine Entlastung der Laufenden Rechnung. Natürlich könnte man nun lange darüber diskutieren, ob man die Massnahme buchhalterisch anschauen solle oder nicht, aus Sicht der Regierung aber wird damit gespart.
Über die Frage, ob ein Gutachten bezüglich Legitimität der Massnahme erstellt werden solle, hat der Regierungsrat intensiv beraten, und er ist der Meinung, der Vorschlag sei rechtlich haltbar. Die gegenteilige Aussage von Anastas Odermatt ist für den Finanzdirektor eine reine Behauptung, und er stellt ihr seine eigene Behauptung gegenüber: Es ist zulässig. Wirkliche Klärung könnte nur ein juristisches Gutachten bringen. Im Kanton Zürich beispielsweise hat man offenbar eine weniger hohe Hemmschwelle. Da werden denkmalpflegerische Beiträge aus dem Lotteriefonds ausgerichtet, dies im Umfang erklecklicher Millionenbeträge, und auch Kulturhäuser in der Stadt Zürich werden grosszügig und spendabel aus dem Lotteriefonds unterstützt. Der regierungsrätliche Vorschlag ist also nicht einfach ein *Seich.*
Dass der Kanton Zug aus der Kulturlastenvereinbarung aussteigen und allenfalls freiwillig noch gewisse Beiträge leisten soll, ist für den Regierungsrat keine Option; er hält den Volksentscheid hoch. Er ist aber der Meinung, dass die entsprechenden Kosten aus dem Lotteriefonds bezahlt werden sollen. Und an diesem Entscheid hält er fest.
Eine dreijährige Befristung lehnt der Regierungsrat ab. Er will Tabula rasa: Entweder man macht es, oder man lässt es bleiben. Den Antrag der CVP hat die Regierung am Morgen noch kurz beraten; sie findet ihn recht intelligent *(der Rat lacht)*, und sie kann ihm zustimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der folgenden Abstimmung der gemäss Antrag der CVP-Fraktion bereinigte regierungsrätliche Antrag dem Antrag der SP und der ALG auf Nichtaufnahme von Abs. 1a gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat genehmigt mit 43 zu 26 Stimmen den gemäss Antrag der CVP-Fraktion bereinigten Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der SP-Fraktion auf eine zeitliche Begrenzung mit 44 zu 24 Stimmen ab.

***Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizei-Organisationsgesetz) vom 30. November 2006 (Stand 3. Mai 2014)***

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er die Änderung dieses Gesetzes später beraten möchte, da Sicherheitsdirektor Beat Villiger die Sitzung in Kürze verlassen muss.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

***Kantonsratsbeschluss betreffend sofortige Hilfeleistungen bei Katastrophen und Kriegen vom 25. April 2002 (Stand 6. Juli 2002)***

*§ 1 Abs. 1*

**Barbara Gysel** hält fest, dass es mit dem Antrag des Regierungsrats möglich wäre, humanitäre Hilfe zulasten des Lotteriefonds auszurichten. Im Anschluss an die vorhergehende Diskussion stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** den regierungsrätlichen Antrag zu § 1 Abs. 1 abzulehnen, also beim geltenden Recht zu bleiben.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält.

➔ Der Rat genehmigt mit 40 zu 29 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats, § 1 Abs. 3 aufzuheben.

***Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 (Stand 1. September 2011)***

*§ 37a*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass es sich hier wieder um ein komplexes Thema handelt, und entsprechend kontrovers wurde in der vorberatenden Kommission darüber diskutiert. Die Kommission erteilte einen Abklärungsauftrag und verlangte auch Einsicht in den Entwurf der Verordnung, der dem Rat mittlerweile ebenfalls bekannt ist. Richtig glücklich mit Abs. 1 wurde in der Kommission niemand, und der Entscheid fiel mit 8 zu 7 Stimmen äusserst knapp aus. Ausschlaggebend für die Zustimmung war wohl die Erkenntnis, dass sich der Staat schon heute in Richtung Mitfinanzierung durch Dritte bewegt. Es gibt dafür schon Beispiele, so die Vereinbarung der Stadt Zug mit der Firma Bossard AG bezüglich *Naming* der Eishockey-Arena – wobei die Kommission den Inhalt der Vereinbarung nicht kennt und deren Legitimation nicht beurteilen kann.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass das Thema *Fundraising* auch in der Stawiko kontrovers diskutiert wurde. Mit 4 zu 3 Stimmen beantragt die Stawiko,

§ 37a nicht ins Gesetz aufzunehmen. Die Hauptargumente der Stawiko liegen in der ihres Erachtens zwingenden Unabhängigkeit des Staats und den durch den regierungsrätlichen Antrag entstehenden Interessenkonflikten. Da durch den beantragten Paragrafen eine neue Aufgabe formuliert würde, sieht die Stawiko zusätzlich die Schwierigkeit, dass der Staat neue Anforderungen erfüllen müsste, sei es in Form von personellen Ressourcen oder von finanziellen Verpflichtungen. Es besteht zudem die Gefahr, dass durch Spenden ein gewisser Luxus finanziert wird, was nachher entsprechend hohe Unterhalts- und Betriebskosten mit sich bringt. Ferner könnten dadurch private Hilfswerke konkurrenziert werden, da bei Unternehmen und Privaten nur ein bestimmter Topf an Spendengeldern zur Verfügung steht.
Nach Ansicht der Stawiko hat es der Kanton Zug wirklich nicht nötig, öffentliche Aufgaben durch Spenden zu finanzieren. Dafür ist der Steuerzahler da. Die Votantin bittet deshalb, den Stawiko-Antrag zu unterstützen.

**Vroni Straub-Müller** teilt mit, dass die ALG den Antrag der Stawiko begrüsst, auf diese Massnahme zu verzichten. Sie ist klar der Meinung, dass der Kanton Zug angesichts seiner wirtschaftlichen Stärke genügend Mittel für öffentliche Aufgaben generieren kann. Dabei kann der Kanton auch die Spielregeln selbst bestimmen, während es bei *Fundraising* die geldgebenden Firmen sind, welche die Spielregeln bestimmen und unter Umständen auch gewisse Gegenleistungen erwarten. Das möchte die ALG nicht. Insbesondere lehnt sie *Sponsoring* bei Schulen kategorisch ab, da die Möglichkeit der Einflussnahme zum Beispiel auf Lehrpläne beträchtlich ist. Und es schadet dem *Image* des Kantons Zug, wenn er um Spenden bettelt.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass sich die SP-Fraktion den bisherigen Voten anschliessen kann und es begrüsst, dass auch die Stawiko den Antrag des Regierungsrats ablehnt. Die SP hat den Eindruck, dass mit der Aufnahme dieses Paragrafen so viele Folgeprobleme ausgelöst werden könnten, dass schlussendlich keine wirkliche Problemlösung vorliegt und man viel häufiger Feuerwehr spielen muss. Der Staat hat – wie bereits erwähnt wurde – andere Möglichkeiten, seine Erträge zu erhöhen aus; zudem kann *Fundraising* zu einem Verdrängungseffekt für Dritte und zu einer Reihe von heiklen Fragen führen, nicht nur in Zusammenhang mit der Schule. Es geht unter Umständen um Grossinvestoren, über deren Verhältnis zum Staat man in der Öffentlichkeit sehr kontrovers wird diskutieren müssen. Die SP warnt deshalb davor, eine solche Gesetzesbestimmung aufzunehmen. Es ist eine Büchse der Pandora.

**Peter Letter** teilt mit, dass die FDP-Fraktion mehrheitlich den Überlegungen der Stawiko folgt und die Streichung von § 37a unterstützt. Eine gesetzliche Festschreibung könnte dazu führen, dass externe Finanzierungen von Staatsaufgaben zu exzessiv erfolgen, was Interessenkonflikte nach sich ziehen kann; dazu kommt, dass eine diesbezügliche gesetzliche Regelung schlicht nicht nötig ist.
In der Praxis gibt es sehr wohl Beispiele für die sinnvolle Zusammenarbeit des Staats mit Firmen und Privatpersonen auch im finanziellen Bereich, so etwa in der Berufsbildung oder bei Infrastrukturprojekten. Das Beispiel Bossard-Halle wurde bereits genannt, aber auch die Anschubfinanzierung der Informatik-Hochschule in Rotkreuz gehört dazu. Die FDP möchte explizit festhalten, dass eine Zusammenarbeit mit finanzieller Beteiligung der Privatwirtschaft an staatlichen Aufgaben auch ohne gesetzliche Regelung möglich sein sollte. Dass die FDP die Streichung des vorliegenden Paragrafen unterstützt, bedeutet nicht, dass sie diese Möglichkeit verhindern möchte. Es bedeutet auch nicht, dass sie diese Sparmöglichkeit ablehnt.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass auch die SVP-Fraktion grossmehrheitlich gegen den Antrag des Regierungsrats ist. Er persönlich ist dafür. Wenn gesagt wurde, der Kanton Zug habe das nicht nötig, dann muss man die Frage stellen, wozu die heutige Debatte dient. Natürlich hat der Kanton Zug das nötig, sogar sehr! Es ist auch eine Frage des Vertrauens in die Regierung. Diese verfügt über ein Budget von jährlich 1,4 Milliarden Franken – und nun hat man plötzlich Bedenken, dass sie von einer Firma wie Novartis oder Roche über den Tisch gezogen werden könnte, die in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsdirektion irgendeinen Anlass in Sachen Gesundheit durchführt und dazu ein Sponsoring von 20'000 Franken leistet, um vielleicht einen Gastredner aus den USA einfliegen zu können. Man darf doch Vertrauen in die Regierung haben, zumal der Entwurf einer entsprechenden Verordnung bereits bekannt ist, welche zeigt, dass sich die Regierung weitgehende Überlegungen dazu gemacht hat. Und der Votant möchte nicht genau hinschauen, ob es nicht auch in der Bildung bereits Beispiele von *Sponsoring* gibt – was ja auch in Ordnung ist. Man sollte diese Idee kreativ aufnehmen und nicht päpstlicher sein als der Papst. Man darf in dieser Hinsicht auch etwas mutig sein. Die Kontrolle ist ja gewährleistet, sei es durch die Medien oder durch den Kantonsrat mittels der Jahresrechnung; die Transparenz ist also gegeben. Er bittet persönlich deshalb darum, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen

Wenn **Heini Schmid** sich die vorgeschlagene Formulierung auf der Zunge zergehen lässt, stellt er mit Erstaunen fest, dass die Regierung tatsächlich ihre ureigensten Aufgaben durch Private finanzieren lassen will! *Fundraising* dient dazu, Gemeinschaftsaufgaben von Privaten und dem Staat allenfalls unter Mithilfe von privaten Beiträgen zu finanzieren. So organisiert man beispielsweise eine Tour-de-Suisse-Ankunft, wobei der Staat und die Wirtschaft je ihren Teil dazu beitragen, möglicherweise im Rahmen eines Vereins. Da ist *Fundraising* sinnvoll. Was hier aber vorgeschlagen wird, öffnet nicht die Büchse, sondern ein Scheunentor der Pandora. Der Regierungsrat und die Verwaltung soll verpflichtet werden, bei Privaten für ihre eigentliche Tätigkeit Geld aufzutreiben: Das kann es nun wirklich nicht sein! Ist man dann als Privater, der nichts bezahlt, ein schlechter Bürger? Der Votant glaubt aber, dass der Kantonsrat den Braten gerochen hat und hier einen klaren Riegel vorschieben wird. Die Diskussion, wie Private mit der öffentlichen Hand zusammenwirken können, kann durchaus geführt werden. Die vorgeschlagene Regelung aber ist klar abzulehnen.

**Pirmin Frei** erinnert daran, dass der Kantonsrat vor einigen Jahren im Rahmen des Übertretungsstrafrechts auch über das Bettelverbot diskutierte und dieses Verbot einführte. Und nun will derselbe Staat selbst zu betteln beginnen! Das geht irgendwie nicht auf!

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hofft, dass sein Votum jetzt nicht *z bättle versuumet* ist – und er ist sich bewusst, dass er eine schwierige Aufgabe hat. Eigentlich aber ist das von Heini Schmid erwähnte Scheunentor bereits weit offen, und *Fundraising* funktioniert eigentlich schon heute bestens. So ist der Hochschulstandort Rotkreuz ein klassischer *Fundraising*-Fall: Ein Drittel der Aufbaukosten, nämlich 1 Million Franken, wurde über *Fundraising* generiert. Ein anderes Beispiel ist die Zusammenarbeit mit der Prof.-Otto-Beisheim-Stiftung, die jedes Jahr einen siebenstelligen Betrag für gewisse Aufgaben des Staats in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur und Jugendförderung beiträgt. Ein weiteres Beispiel ist die Gewerbeschule, die Vereinbarungen mit verschiedenen Sparten des Gewerbes trifft, auch zur Unterstützung von gewissen Lehrgängen. Man soll also nicht so tun, als ob *Fundraising*

eine komplett neue Erfindung wäre. Und der Kanton hat damit noch nie schlechte Erfahrungen gemacht. Und im Übrigen hat *Public Private Partnership* nichts mit *Fundraising* zu tun, sondern geht in eine ganz andere Richtung.
Die Formulierung «zur Durchführung und Finanzierung ihrer Tätigkeiten» im vorliegenden Antrag mag in der Tat etwas verunglückt sein; das kann man auf die zweite Lesung hin noch verbessern. Immerhin aber muss man festhalten, dass der Regierungsrat mit seinem Vorschlag für Transparenz und Klarheit sorgen will. § 8 des Verordnungsentwurfs sagt klar, wie bei *Fundraising* vorzugehen ist und welche Gesetzgebungen zu beachten sind. So etwas gab es bislang nicht. Es wurden Vereinbarungen unterschiedlichster Art geschlossen oder eben nicht geschlossen, während hinter der Verordnung nun ein klares Konzept steht, eine *Guideline* für *Fundraising,* beispielsweise auch bezüglich der Abhängigkeiten etc. In diesem Sinn hält der Regierungsrat an seinem Antrag fest. Es geht um nichts anderes als um das Festschreiben der bisherigen Praxis.

➔ Der Rat folgt mit 51 zu 13 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission, § 37a nicht ins Gesetz aufzunehmen.

**Barbara Gysel** hat im Anschluss an die Abstimmung eine Frage in Bezug auf das Votum des Finanzdirektors. Sie hat gelernt, dass der Regierungsrat mit seinem Antrag eine gängige Praxis festschreiben wollte. Nach der Ablehnung stellt sich nun die Frage, wie künftig mit dieser Frage bzw. entsprechenden Geldern – genannt wurde ein siebenstelliger Beitrag der Prof.-Otto-Beisheim-Stiftung– umgegangen wird. Gibt es einen Bedarf, in Hinblick auf die zweite Lesung diesbezüglich etwas vorzubereiten?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** stellt klar, dass «gängige Praxis» so zu verstehen ist, dass es entsprechende Fälle gibt, dass aber nicht jeden Tag *Fundraising* betrieben wird und Millionenbeträge für staatliche Aufgaben entgegengenommen werden. Zum Beispiel Hochschulstandort Rotkreuz ergänzt er, dass diese Zusammenarbeit ausdrücklich mit Wissen des Kantonsrats erfolgte.
Es wurde in keinem Votum gefordert, dass auf die heutige Praxis verzichtet werden solle. Man hat zwar den vorliegenden Vorschlag abgelehnt, der Finanzdirektor geht aber davon aus, dass man die bisherige Praxis beibehalten kann. Wenn der Kantonsrat der Meinung ist, dass das Korsett eingeengt werden müsse, insbesondere was die staatlichen Aufgaben anbelangt, müsste auf die zweite Lesung hin ein entsprechend restriktiverer Vorschlag eingebracht werden.

**Heini Schmid** unterstützt das Votum des Finanzdirektors. Der Kantonsrat hat zwar *Fundraising* nicht ausdrücklich erlaubt, er hat es aber auch nicht ausdrücklich verboten. Es bleibt in einem Graubereich also erlaubt. Die weise Grenze liegt wohl da, dass *Fundraising* in *Ergänzung* staatlicher Tätigkeit zulässig sein soll. Vor allem in traditionell gemeinsamen Bereichen wie etwa der Berufsbildung ist *Fundraising* unbedenklich und kann weitergeführt werden. Nach Meinung des Votanten gibt es keinen zusätzlichen Klärungsbedarf, so lange nicht ureigenste staatliche Tätigkeiten durch Fundraising finanziert werden.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** schliesst sich der Meinung ihres Vorredners an. Die Zusammenarbeit mit der Prof.-Otto-Beisheim-Stiftung beispielsweise ist ja langjährige Praxis, und wenn der Kantonsrat jeweils die Jahresrechnung genehmigt, genehmigt er auch die entsprechenden Beiträge. Er hat auch das Budget für

die Hochschule Informatik in Rotkreuz mit den entsprechenden Beiträgen genehmigt. Auch die Stawiko-Präsidentin sieht deshalb keinerlei Handlungsbedarf, hier mit einer gesetzlichen Regelung einzugreifen.

Die Beratungen werden hier wegen der fortgeschrittenen Zeit unterbrochen.

## 403 Nächste Sitzung

Donnerstag, 14. April 2016 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

29. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 14. April 2016 (Vormittag)
Zeit: 8.30–12.30 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (zu Beginn der Nachmittagssitzung)

2.1 Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Publikation der Gemeindeerlasse
2.2 Interpellation von Richard Rüegg betreffend öffentlichen Wettbewerb – Einhalten des Submissionsrechts
2.3 Interpellation der Fraktion Alternative – die Grünen betreffend Axpo und Misswirtschaft bei Atomkraftwerken

3. Kommissionsbestellungen:

3.1 Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU)
3.2 Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann
3.3 Kantonsratsbeschluss betreffend Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten

4. Oberaufsichtsbeschwerde gegen die Justizprüfungskommission
5. Geschäfte, die am 25. Februar 2016 nicht behandelt werden konnten:

5.1 Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung: Fortsetzung der 1. Lesung
5.2 Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus
5.3 Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionen-Streichung

6. Motion von Andreas Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen
7. Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch
8. Interpellation von Kurt Balmer und Andreas Hausheer betreffend Pflegebettmoratorium
9. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Ausbau Stadtbahn Zug

## 404 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Andreas Meier, Oberägeri; Ralph Ryser, Unterägeri; Zari Dzaferi und Andreas Lustenberger, beide Baar; Monika Weber, Steinhausen.

**405 Mitteilungen**

Der Vorsitzende begrüsst für die Vormittagssitzung die stellvertretende Protokollführerin Claudia Locatelli.

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden:
CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

TRAKTANDUM 1

**406 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**407 Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 3
**Kommissionsbestellungen**

**408** Traktandum 3.1: **Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU)**
Vorlagen: 2602.1/1a - 15126 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2602.2 - 15127 (Antrag des Regierungsrats).

Die Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Hans Baumgartner, Cham, CVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Daniel Abt, Baar, SVP | Markus Hürlimann, Baar, SVP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Patrick Iten, Oberägeri, CVP |
| Daniel Thomas Burch, Zug, FDP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Andreas Etter, Menzingen, CVP | Ralph Ryser, Unterägeri, SVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Hanni Schriber-Neiger, Rotkreuz, ALG |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Daniel Stuber, Rotkreuz, FDP |
| Mariann Hess, Unterägeri, ALG | Rainer Suter, Cham, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**409** Traktandum 3.2: **Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann**
Vorlagen: 2603.1 - 15128 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2603.2 - 15129 (Antrag des Regierungsrats).

Die Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Beat Sieber, Cham, SVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Daniel Abt, Baar, SVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Anastas Odermatt, Steinhausen, ALG |
| Laura Dittli, Oberägeri, CVP | Beni Riedi, Baar, SVP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Richard Rüegg, Zug, CVP |
| Karin Helbling, Hünenberg, CVP | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Iris Hess-Brauer, Unterägeri, CVP | Karen Umbach, Zug, FDP |
| Rita Hofer, Hünenberg, ALG | Florian Weber, Walchwil, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**410** Traktandum 3.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten**
Vorlagen: 2604.1 - 15130 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2604.2 - 15131 (Antrag des Regierungsrats)

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Hochbau.

TRAKTANDUM 4

**411** **Oberaufsichtsbeschwerde gegen die Justizprüfungskommission**
Vorlagen: 2590.1 - 15101 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** verweist auf den Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission vom 9. März 2016 (Vorlage 2590.1 - 15101). Die Staatswirtschaftskommission beantragt:
• der Oberaufsichtsbeschwerde sei keine Folge zu geben;
• es sei Kenntnis zu nehmen von der Empfehlung an die Behörden des Kantons Zug, unter Vorbehalt von prozessualen Vorschriften auf gleiche oder gleich gelagerte Eingaben von S. künftig nicht mehr einzutreten.

➔ Der Rat genehmigt die Anträge der Staatswirtschaftskommission stillschweigend.

TRAKTANDUM 5
**Geschäfte, die am 31. März 2016 nicht behandelt werden konnten**

**412** Traktandum 5.1: **Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung: Fortsetzung der 1. Lesung**
2569.1/1a/1b - 15044 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2569.2 - 15045 (Antrag des Regierungsrats [Synopse]); 2569.3/3a/3b - 15099 (Bericht und Antrag der Kommission); 2569.4/4a - 15100 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Teil II: Fremdänderungen** (Fortsetzung)

***Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizei-Organisationsgesetz) vom 30. November 2006 (Stand 3. Mai 2014)***

*§ 18a Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 26b*

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, hält fest, dass die Diskussion über die Aufhebung der Polizeidienststellen in den Gemeinden Steinhausen, Hünenberg und Menzingen in der Kommission kontrovers und sehr emotional geführt wurde. Die beantragte Lösung wurde in einer Namensaufrufabstimmung mit dem knapp möglichsten Resultat ermittelt. Ob eine Kommissionszusammensetzung mit Vertretern aus anderen Gemeinden ein anderes Resultat ergeben hätte, ist Kaffeesatzlesen. Fakt ist, dass vier Gemeinden gar nicht in der Kommission vertreten waren. Die Stadt Zug hingegen war mit fünf Personen übervertreten.
In der Kommission wurde der Antrag diskutiert, in allen elf Zuger Gemeinden eine Polizeidienststelle zu unterhalten. Dieses Begehren wurde jedoch mit 11 zu 4 Stimmen verworfen. Vieles spielt sich bei diesem Thema auf der psychologischen Ebene ab und lässt sich nicht rational und schon gar nicht abschliessend beurteilen. Die Ansichten und Wahrnehmungen sind subjektiv. Der Polizeikommandant hat versichert, dass kurze Interventionszeiten auch mit der regierungsrätlichen Lösung gegeben wären.
Der Antrag auf Streichung von Abs. 2 kommt einer Kompetenzfrage gleich. In der Kommission herrschte die Meinung vor, dass die Aufhebung der Polizeiposten in die Kompetenz des Kantonsrats gehört. Als Konsequenz davon beantragt die Kommission die Streichung von Abs. 2.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Stawiko, teilt mit, dass sich die Stawiko in der Frage der Polizeidienststellen der Regierung anschliesst. Der Kanton Zug ist kleinräumig; die Gemeinden können mit schnellen Reaktionszeiten von Zug aus bedient werden. Die gemeindlichen Polizeidienststellen sind nur sporadisch besetzt, in einzelnen Gemeinden wenige Stunden pro Tag. Damit zählen die Argumente der Befürworter nicht mehr. Kriminelle Taten passieren oft nachts und an den Wochenenden. Dann sind die Posten sowieso nicht besetzt. Wir erachten es mehrheitlich als zumutbar, dass einzelne Gemeinden keinen eigenen Polizeiposten mehr haben. Schliesslich ist es sehr selten der Fall, dass man einen Polizeiposten aufsucht.
Zu § 18 Abs. 2: Die Stawiko möchte das bisherige Recht beibehalten und stellt den **Antrag,** in der Synopse beim Antrag der Stawiko «Diese» zu ersetzen durch «Polizeidienststellen». Damit besteht die gesetzliche Grundlage, in jeder Gemeinde des

Kantons bei Bedarf eine Polizeidienststelle neu zu eröffnen. Es kann Fälle geben wie Asylprobleme oder Bedrohung durch Terror, die es notwendig machen, in einer bestimmten Gemeinde eine Dienststelle zu eröffnen. Die Votantin bittet den Rat, den Anträgen der Stawiko zu folgen.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Die CVP beurteilt die Zusammenlegung der Polizeidienststellen sachlich und mit geringen Emotionen. Eine Polizeidienststelle ist zwar ein Orientierungsstandort für die Bevölkerung, zu einer Verbesserung der Sicherheitslage im Kanton trägt eine solche aber nur bedingt bei. Wesentlich wirkungsvoller ist die Präsenz der Polizei mittels Patrouillen, zu Fuss oder im Wagen. Seit der letzten Kantonsratssitzung hat die Votantin eine nichtrepräsentative Umfrage bei Kantonsräten und Bekannten durchgeführt. Die Frage lautete, wann und weshalb jemand das letzte Mal auf einem Polizeiposten war. Nach einem Stirnrunzeln und kurzem Überlegen antworteten die einen, dies sei anlässlich einer Vermisstmeldung der Fall gewesen, bei den anderen war das Aufgeben einer Anzeige der Grund gewesen. Die CVP folgt sowohl bei Abs. 1 als auch Abs. 2 von § 18a den Anträgen der Stawiko. Karin Helbling wird eine Präzisierung in § 18a Abs. 2 beantragen, welcher die CVP-Fraktion zustimmen wird.
Zu § 26b: Solange das Bundesasylzentrum Gubel betrieben wird, soll die Polizeidienststelle Menzingen weiterbestehen. Anschliessend erfolgt ein Zusammenschluss mit Unterägeri.
Die CVP hat Überlegungen angestellt, auf die Aussenstellen gänzlich zu verzichten und der Bevölkerung im Polizeihauptgebäude eine einzige Anlaufstelle zur Verfügung zu stellen. Obwohl dieser Idee einiges an Sympathie entgegengebracht wird, wird die CVP einem ähnlich lautenden Antrag in der heutigen Debatte nicht zustimmen.

**Karl Nussbaumer,** SVP-Fraktionssprecher, bittet den Rat, das geltende Recht zu unterstützen. Es wird an falscher Stelle gespart. Schon mehrmals wurde versucht, diverse Polizeidienststellen zu schliessen. Es verwundert deshalb nicht, dass unter dem Deckmantel von Sparmassnahmen dieser Antrag erneut gestellt wird. Es ist klar, dass die Sicherheit nicht gefährdet ist, aber die Nähe zur Bevölkerung, die Qualität der Dienstleistungen, die unkomplizierte Handhabung und Aufklärungsarbeit bei diversen Fällen werden auf der Strecke bleiben, wenn Polizeidienststellen geschlossen werden. Die Nähe zu Kindern und Jugendlichen wird abnehmen, und die Prävention wird dadurch entfallen. Ein subjektives und objektives Sicherheitsgefühl wird verloren gehen. Im Kanton Aargau wird die Schliessung von Polizeidienststellen bereut, und es lassen sich bereits gegensätzliche Entwicklungen beobachten. Auch die Stapo Zürich hat die Zentralisierung gestoppt und wieder Quartierwachen geschaffen. Schliesst der Kanton Zug Polizeidienststellen, macht er dieselben Fehler wie andere Kantone, welche die Schliessung nach kurzer Zeit bereuen und – mit Mehrkosten verbunden – die Dienststellen nun wieder eröffnen. Der Votant bittet den Rat, der Streichung der Polizeidienststellen Steinhausen, Hünenberg und Menzingen nicht zuzustimmen, und stellt namens der SVP den **Antrag,** bei § 18a Abs. 1 und Abs. 2 das geltende Recht beizubehalten.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Im Kanton Zug wurden die Polizeikorps der Stadt und des Kantons im Jahr 2002 zusammengelegt. Eine effizientere und umfassendere polizeiliche Dienstleistung waren die Argumente dafür. Nun beantragt die Regierung, dass in einzelnen Gemeinden die Dienststellen aufgehoben werden sollen. Mit dem Argument, dass die Schliessung dieser Dienststellen für die Bevölkerung keine negativen Auswirkungen hat, können gleich alle Dienststellen

aufgehoben werden. Der Kanton Zug ist klein, und die Verbindungswege sind kurz und sehr gut ausgebaut. Die Einsatzkräfte können schnell und effizient im ganzen Kanton eingreifen. Es ist nicht konsequent, nur in einigen Gemeinden die Dienststellen zu schliessen. Weiter wird begründet, dass die verbleibenden Dienststellen nur eine beschränkte Zeit geöffnet seien und deshalb der lokalen Bevölkerung nicht dienlich seien. Selbstverständlich muss die Polizei den direkten Kontakt zur Bevölkerung pflegen. Der Kontakt zur Jugend besteht momentan auch nicht, da die Dienststellen tagsüber geöffnet sind, und die Jugendlichen dann in der Schule oder der Ausbildung sind. Es würde niemandem in den Sinn kommen, verschiedene Sanitätsposten zu eröffnen. Auch da gibt es einen Haupteinsatzstützpunkt im Kanton. Die Konsequenz aus der gesamten Zusammenlegung wäre, dass die Polizei sichtbarer in den Gemeinden auftreten müsste. Denn das Sicherheitsgefühl stellt sich nicht ein mit einer Dienststelle, die nur zwei bis drei Stunden geöffnet ist, sondern mit der Präsenz auf Strassen und Plätzen. Wenn schon gespart werden soll, wie es die Mehrheit des Rates will, dann sollte richtig gespart werden. Aufgrund dieser Überlegungen stellt die SP den **Antrag,** § 18a Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Das Polizeihauptgebäude in Zug ist die einzige Dienststelle im Kanton Zug.» Folglich stellt die SP zudem den **Antrag,** § 18a Abs. 2 zu streichen, sowie den **Antrag,** § 26b ebenfalls zu streichen. Menzingen ist in keiner aussergewöhnlichen Situation. Das Argument des Bundesasylzentrums ist fadenscheinig, denn diese Dienststelle war schon vorher in Betrieb, und seit das Bundeszentrum eröffnet wurde, mussten keine ausserordentlichen Einsätze geleistet werden. Solche würden auch nicht von der Dienststelle Menzingen aus erfolgen, sondern durch Einsatztruppen. Auch wenn der Bund eine hundertprozentige Stelle für die Sicherheit finanziert, bedeutet das nicht, dass damit die Dienststelle weiterhin betrieben werden muss.

**Laura Dittli** ist der Meinung, dass die Polizeiposten in den Gemeinden veraltet sind. Es sind nicht die Büros mit Polizeibeamten, die nur wenige Stunden am Tag geöffnet haben, die das Sicherheitsgefühl vermitteln. Zumindest die Generation der Votantin braucht diese Posten nicht mehr. Alle haben ein Mobiltelefon und können bei Bedarf die Polizei anrufen oder Meldungen am Online-Schalter tätigen. Dann ist es egal, wo der Polizist am anderen Ende des Telefons sitzt, und es ist nicht notwendig, ihn auf dem Posten aufzusuchen. Dennoch ist es wichtig, dass in den Gemeinden Polizisten präsent sind, die mit den lokalen Gegebenheiten vertraut sind. Diesem Anliegen kann auch ohne Posten Rechnung getragen werden. Es sollten in allen Gemeinden Patrouillen für Sicherheit und Ordnung sorgen, welche die Verhältnisse kennen und zugleich auch zeitnah vor Ort sind für erste Abklärungen. Die Votantin macht deshalb beliebt, den Antrag von Hubert Schuler, zu unterstützen. Mit dieser Massnahme kann wahrscheinlich sogar über den Vorschlag der Regierung hinaus gespart werden.

Als Vertreterin einer betroffenen Gemeinde setzt **Monika Barmet** sich für den Erhalt der Polizeidienststelle in Menzingen ein. Was auf den ersten Blick verständlich und nachvollziehbar erscheinen mag, hat aber insgesamt einschneidende Auswirkungen in den betroffenen Gemeinden. Die Präsenz, die persönlichen Kontakte, die Ortskenntnisse der Zuger Polizei durch die Polizeidienststelle vor Ort werden positiv wahrgenommen und geschätzt. Deshalb besteht eine Verunsicherung. Die Bürgernähe wird im Kanton Zug immer wieder als Stärke hervorgehoben, dies wird hier aber vernachlässigt. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ist überall gleich, unabhängig von der Grösse der Gemeinde. Deshalb gibt es keinen Grund, die Dienststellen zu schliessen. Die effektiven Einsparnisse wären relativ bescheiden.

Die Votantin bittet den Rat, das geltende Recht beizubehalten und somit die Polizeidienststellen in den Gemeinden bestehen zu lassen.

Für den Fall, dass der Antrag der SVP, bei § 18a Abs. 1 und 2 das geltende Recht beizubehalten, abgelehnt würde, stellt **Manuel Brandenberg** den **Eventualantrag,** § 18a Abs. 1 wie folgt zu formulieren**:** «Die Polizei ist in jeder Einwohnergemeinde mit mindestens einer Polizeidienststelle mit 24-Stunden-Betrieb vertreten.» Sollte diesem Antrag nicht zugestimmt werden, stellt der Votant den **Subeventualantrag,** § 18a Abs. 1 folgendermassen zu ändern**: «**Die Polizei ist in jeder Einwohnergemeinde mit mindestens einer Polizeidienststelle vertreten.»
Zur Begründung: Sparen ist immer gut, aber nicht am falschen Ort, nicht bei der Sicherheit. Sicherheit ist eine der wenigen Grundaufgaben, die der Staat erfüllen muss. Es gibt allzu viele andere Aufgaben, die er übernommen hat, obwohl Private wie Familien, Freunde oder Vereine sie besser erfüllen. Sicherheit ist jedoch ein staatliches Monopol. Gibt es keine Sicherheit, gibt es gar nichts mehr, und es besteht rasch einmal Anarchie, Rechtsunsicherheit, Chaos. Der Votant bittet den Rat, seine Anträge ernsthaft zu prüfen, falls das alte Recht nicht beibehalten werden sollte. Mit einem 24-Stunden-Betrieb ist sichergestellt, dass im Notfall zu jeder Tag- und Nachtstunde eine Polizeidienststelle aufgesucht werden kann, an der eine bewaffnete Person vor Ort ist, die eingreifen kann.

**Daniel Stadlin** erkundigt sich, wie gross die Einsparungen gegenüber der Variante in der Vorlage wären, falls dem Antrag der SP zugestimmt würde.

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, stellt fest, dass das gesamte Spektrum von Meinungen dargelegt wurde – und divergierender könnten diese nicht sein. Der Antrag der SP, der von Laura Dittli unterstützt wird, wurde in der Kommission nicht diskutiert. Der pragmatischste Weg ist wahrscheinlich der Antrag der Kommission. Der Polizeikommandant hat versichert, dass die Lösung der Kommission absolut vertretbar sei. Der Antrag Brandenberg, der zu höheren Kosten führen würde, wurde in der Kommission diskutiert. Es lässt sich jedoch nicht abschliessend beziffern, welches Modell schlussendlich kostspieliger wäre. Es ist bekannt, wie viel der Betrieb einer Polizeidienststelle kostet, doch was unter dem Strich wirkungsvoll ist, lässt sich hier und heute nicht beziffern. Die Votantin bittet den Rat, dem Antrag der Kommission zu folgen.

**Silvia Thalmann** erläutert die Überlegungen der CVP-Fraktion. Im Kanton Zug ist es üblich, dass der Regierungsrat bei geplanten Änderungen auf die Gemeinen zugeht und das Gespräch sucht. Wird dem Antrag der SP, der von Laura Dittli unterstützt wird, zugestimmt, so wird dieser Schritt ausgelassen. Deshalb stimmt die CVP zum jetzigen Zeitpunkt und im Rahmen des Entlastungsprogramms einer Schliessung der Dienststellen nicht zu und lehnt den Antrag den SP ab.

**Thomas Lötscher** dankt dem Stadtzuger Manuel Brandenberg, dass er sich so stark für die kleinen Gemeinden einsetzt. Der Votant hätte es nie gewagt, für Neuheim eine eigene Polizeidienststelle zu verlangen, und wird dies auch nicht tun. Doch zumindest der Posten Menzingen sollte bestehen bleiben. Es geht dabei nicht um die Interventionszeiten, auf welche der Polizeiposten keinen Einfluss hat, sondern um konkrete Ansprechpersonen. Weiss man in der Gemeinde, welcher Polizist zuständig ist, so schafft das Vertrauen. Ein örtlich zuständiger Polizist kennt die lokalen Verhältnisse. Das hilft bei Situationen, in denen die «üblichen Verdäch-

tigen» im Spiel sind, z. B. bei Vandalismus. Durch das Vertrauen, das diese Polizisten geniessen, können sie auch deeskalierend wirken.
Im Rat wurde der Unmut darüber geäussert, dass einzelne Gemeinden keine oder zu wenige Flüchtlinge aufnehmen Der Kanton verhandelt derzeit mit Neuheim über die Erstellung einer Asylunterkunft für eine grössere Anzahl von Flüchtlingen. Ein Polizeiposten für ein Gebiet mit zwei Asylunterkünften ist sinnvoll. Führt man sich zusätzlich die Bevölkerungsstruktur und die Topografie der Berggemeinden vor Augen, liegt nahe, dass bei einem einzigen Posten in Unterägeri der Fokus auf dem Ägerital liegen und Menzingen und Neuheim unter «ferner liefen» fungieren würden. Wird nun entgegnet, die Argumentation sei nicht stichhaltig und alles könne von Patrouillen abgedeckt werden, so wäre die logische Schlussfolgerung, dass man überhaupt keine Polizeidienststellen bräuchte – ausser der Zentrale. Dann würde der Votant den Antrag der SP unterstützen, unter der Bedingung dass für jede Gemeinde namentlich bekannte Polizisten zuständig sind, die ihren Arbeitsplatz aber durchaus an einem zentralen Ort haben können. Das wäre ein Paradigmenwechsel, jedoch besser als eine Mischform, die weder Fisch noch Vogel ist. Dieser Paradigmenwechsel würde allen Gemeinden dieselben Voraussetzungen bieten und gewährleisten, dass alle Gemeinden ihre persönliche Ansprechperson haben. Aus Sicht der Gemeinde Neuheim ist dies ein Anliegen.

**Thomas Werner** hält fest, dass anscheinend viele Ratsmitglieder noch nie in einer Situation waren, in der sie rasch die Hilfe der Polizei benötigt haben. Es wurde oft gesagt, dass die Posten nur aufgesucht würden, um eine Anzeige zu erstatten. Das ist falsch. Die Polizeiposten in den Gemeinden sollen nicht nur dazu dienen, dass die Einwohner ihr gestohlenes Fahrrad melden können, sondern es geht um den Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung, Jugendlichen, Schulen, Vereinen und Institutionen. Dieser Kontakt fördert das Vertrauen und den gegenseitigen Informationsaustausch. Mit einer Patrouille, die im ganzen Kanton unterwegs ist, kann dieses Vertrauen nicht aufgebaut werden. Ausserdem müsste bekannt sein, um wie viele Patrouillen aufgestockt würde. Der Votant hatte einen Verkehrsunfall und musste eine Stunde im Schneetreiben warten, bis die Patrouille vor Ort war. Geschehen mehrere Unfälle zur selben Zeit und herrscht gleichzeitig Feierabendverkehr, kann es lange dauern, bis eine Patrouille eintrifft. In solchen Fällen wäre man sehr froh um die Dorfpolizisten.
Es geht hier nicht um eine Kosteneinsparung, sondern um eine Verschiebung der Sicherheitskosten vom Kanton zu den Gemeinden. Dies konnte man schon in vielen anderen Kantonen beobachten: Der Kanton spart bei Sicherheit und Polizei, und die Gemeinden rufen dann Gemeindepolizeien ins Leben. Im Kanton Zürich gibt es schon sehr kleine Gemeindepolizeien. Das muss nicht schlecht sein, führt aber in der Bevölkerung auch nicht nur zu Goodwill. Und: Die Kosten entstehen in den Gemeinden und nicht beim Kanton. Dies alles ist somit nicht eine Einsparung, sondern eine Abnahme von Sicherheit und eine blosse Verschiebung der Kosten.
Zum Votum von Thomas Lötscher: Die Asylunterkünfte sind der Grund dafür, weshalb am geltenden Recht festgehalten werden sollte. Nach geltendem Recht kann die Sicherheitsdirektion Polizeiposten schliessen oder eröffnen, je nach Bedürfnis und in Absprache mit den Gemeinden. Es ist noch nicht allzu lange her, seit dieses Gesetz verabschiedet wurde, und es wurde damals geprüft, was die optimale Lösung wäre. Anstatt nun einfach Kosten zu verlagern und Abstriche bei der Sicherheit zu machen, bittet der Votant den Rat, dem Antrag der SVP zu folgen und das geltende Recht beizubehalten.

**Hubert Schuler** weist darauf hin, dass ein Missverständnis oder ein absichtliches Nicht-Sehen-Wollen vorherrscht. Benötigt er im Sozialdienst Baar im Notfall die Polizei, ruft er nicht die Dienststelle Baar, sondern die Notfallnummer an. Dann kommt aber bestimmt niemand von der Dienststelle Baar, sondern eine Einsatztruppe. Die Argumentation, dass Polizisten der Dienststellen ausrücken würden, ist ein Märchen.
Zum Kontakt mit der Bevölkerung: Es besteht ein Jugenddienst; in Baar umfasst dieser sieben Personen. Davon sind zwei oder drei auf den auswärtigen Dienststellen tätig, die anderen arbeiten am Hauptposten. Diese spezialisierten Personen haben den Kontakt zur Jugend. Und kommt es zu einem Vorfall im Bereich häuslicher Gewalt, sucht nicht jemand vom Polizeiposten Baar die betroffene Familie zu Hause auf. Vielmehr ist es eine spezialisierte Patrouille der Dienststelle häusliche Gewalt, die heute schon besteht. Der Votant bittet, bei den Fakten zu bleiben.

**Thomas Werner** bestätigt, dass man in einem Notfall selbstverständlich nicht die Telefonnummer einer Polizeidienststelle sucht, sondern die Zentrale anruft. Diese entscheidet dann, wen sie ausrücken lässt. Ist eine Patrouille aber im Kanton unterwegs, die beispielsweise bei einem Autounfall in Steinhausen beschäftigt ist, dann wäre Hubert Schuler froh, wenn die Zentrale ihm den Mann vom Posten vorbeizuschicken würde. Das müsste ja nicht das fixe Konzept sein. Aber kommt es beispielsweise wegen Schneetreibens zu vielen Verkehrsunfällen und sind die Patrouillen deswegen überfordert, ist man froh, wenn es noch andere Möglichkeiten gibt, Einsatzkräfte aufzubieten.

**Hubert Schuler** arbeitet seit 27 Jahren in Baar auf der Gemeinde. Pro Jahr kommt es zu ca. zwei bis drei Notfallsituationen, und Tatsache ist: In all diesen Jahren ist noch nie ein Polizist der Dienststelle Baar vorbeigekommen. Es waren immer die Patrouillen.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass es in dieser Diskussion um die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung geht. Wie Thomas Werner ausgeführt hat, hat die Bevölkerung das Bedürfnis nach einem Gefühl von Sicherheit, und der Staat hat diese Aufgabe zu erfüllen. Die Frage ist, wie dieses Bedürfnis abgedeckt werden soll. Gemäss dem aktuellen Gesetz geschieht dies, indem in den Gemeinden Polizeidienststellen bestehen. Das Vorhandensein der entsprechenden Räumlichkeiten und der Infrastruktur in den Gemeinden ist gesetzlich vorgeschrieben. Doch damit ist das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung noch nicht abgedeckt. Vielmehr ist dies dann der Fall, wenn bekannt ist, an wen man sich in einem Notfall wenden muss. Eine Bezugsperson macht dabei mehr Sinn als nur ein Bezugsort. Kennt man den verantwortlichen Polizisten persönlich und ist dieser regelmässig bei Anlässen und Versammlungen in der Gemeinde mit dabei, so hat man keine Scheu, mit ihm in Kontakt zu treten. Falls der Antrag der SVP, bei § 18a Abs. 1 bisheriges Recht beizubehalten, nicht angenommen würde, stellt der Votant deshalb den **Eventualantrag,** den Absatz wie folgt zu formulieren: «Die Polizei ist in allen Einwohnergemeinden mit namentlich bezeichneten Polizeiangehörigen vertreten und präsent.» Dies entspricht der Idee eines Dorfpolizisten. Damit wird zum einen dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung getragen, zum anderen bewegt man sich weg vom System der Infrastruktur und des rein räumlichen Denkens auf die Ebene der Beziehung. Dies ist sehr wichtig für das subjektive Sicherheitsgefühl, denn Sicherheit entsteht durch Beziehung.
Der Eventualantrag umfasst ebenfalls die Streichung von §18a Abs. 2, da dieser nach der beantragten Umformulierung von Abs. 1 keinen Sinn mehr machen würde.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist etwas verwundert, dass die Diskussion über das Sparprogramm bei der grossen Auslegeordnung der Ideen auf der Strecke geblieben ist. Würde der Antrag von Manuel Brandenberg angenommen, hätte dies massive Mehrkosten zur Folge. Es gilt zu überlegen, wie die Polizei ihre Aufgaben am wirkungsvollsten erfüllen kann und wie viele Polizisten pro Einwohner sich der Kanton leisten kann. Die Polizei muss so organisiert sein, dass mit dem vorhandenen Personalbestand die grösstmögliche Wirkung erzielt wird. Im Kanton Zug besteht ein Verhältnis von einem Polizisten pro 500 Einwohnerinnen und Einwohnern. In grösseren Städten wie Basel-Stadt sind es 230 bis 250 Einwohner, in Nidwalden hingegen gibt es einen Polizisten auf rund 700 bis 800 Einwohner. Für den Kanton Zug ist es wichtig, die bestehende Anzahl Polizisten beizubehalten. Den hohen Stellenwert von Sicherheit in allen Ehren, doch es bestehen auch Bedürfnisse bezüglich der Höhe des Personalbestands in der kantonalen Verwaltung und innerhalb der Sicherheitsdirektion. Es ist wichtig, nicht in erster Linie den Personalbestand zu verändern, sondern die Organisation zu verbessern und kostengünstiger aufrechtzuerhalten. In der Schweiz gibt es ca. 80 Polizeieinsatzleitzentralen. Verglichen mit dem Ausland handelt sich um eine sehr dichte Abdeckung. Der Sicherheitsdirektor hat bereits vor Jahren beantragt, für alle sechs Zentralschweizer Kantone eine Einsatzleitzentrale zu erstellen. Das ist zurzeit politisch nicht möglich, doch es müsste das Ziel sein. Zumindest ist man heute so weit, dass gewisse Kantone sich aushelfen, um die Spitzen zu brechen. Es gilt, die Redundanz aufzuheben. Im Kanton Zug besteht heute ein Notfallkonzept. Fällt die Einsatzzentrale aus, muss in einem Zivilschutzkeller eine Notanlage betrieben werden können. Dieses Konzept wird nun aufgehoben, und es wird dafür mit dem Kanton Schwyz zusammengearbeitet. Solche Kooperation müssen viel stärker vorangetrieben werden. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest. Die Kürzung um die drei Polizeidienststellen kann verantwortet werden. Es wird dafür gesorgt, dass die Kontakte zu den Gemeinden auch weiterhin aufrechterhalten bleiben. Die Polizisten werden bezüglich der Bedürfnisse der Gemeinden geschult.

Bei einer Umfrage in der Bevölkerung im Jahr 2009 wurde die Frage gestellt: «Was ist für Sie wichtiger? Dass die Polizei nahe bei Ihnen einen Posten hat, der während der Bürozeiten geöffnet ist, oder dass die nächste Polizeidienststelle etwas weiter weg ist, aber Tag und Nacht schnell eingreifen kann?» Damals haben sich 83 Prozent der Befragten für die schnelle Einsatzmöglichkeit ausgesprochen.

Thomas Werner hat ein etwas antiquiertes Polizeidenken aufgezeigt. Je nach Tageszeit und Rushhour stehen im Kanton Zug verschiedene Polizeipatrouillen im Einsatz. Dabei werden die Einsätze priorisiert. Das bedeutet nicht, dass ein Blechschaden nicht ernst genommen wird. Aber es kann durchaus sein, dass andere Vorfälle Priorität haben.

Zur Frage der Einsparungen, wenn alle Posten aufgehoben würden: Diese Berechnungen wurden nicht abschliessend gemacht, doch es würde natürlich zu noch höheren Einsparungen führen. Mit der Aufhebung von drei Polizeidienststellen können ca. 200’000 Franken pro Jahr eingespart werden. Die Idee ist nicht neu, sie wurde schon in den Jahren 2008/09 im Rat diskutiert. Der Rat hatte sich dazumal im Rahmen der Polizeistellenerweiterung dagegen ausgesprochen. Zurzeit bestünde keine Möglichkeit, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Hauptposten in Zug zu zentrieren. Zudem würde auch dies wieder Kosten verursachen.

Zu den Frequenzen auf den Polizeidienststellen: Der Posten Menzingen hatte im März ca. 35 physische Kontakte. Bei der Dienststelle Hünenberg waren es 60, in Steinhausen 82. Weder Walchwil noch Neuheim oder Oberägeri, deren Polizeidienststelle kürzlich aufgehoben wurde, haben jemals geäussert, sie würden eine Wiedereröffnung wünschen. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, dem Antrag von

Manuel Brandenberg nicht zuzustimmen. Der Kanton Zug kann sich eine solche Lösung nicht leisten. Mit der neuen Variante, wie sie der Regierungsrat vorschlägt, ist die polizeiliche Sicherheit vollumfänglich gegeben.
Zu der Situation im Kanton Aargau: Es ist korrekt, dass teilweise wieder Regionalpolizeien aufgebaut werden. So befand sich beispielsweise ein Hauptposten in Muri, nun wurde wieder einer in Sins eingerichtet. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass die Strecke zwischen Muri und Dietwil 20 Kilometer beträgt und sich in diesem Gebiet eine Vielzahl von Gemeinden befindet. Der Kanton Zug ist viel kleinräumiger. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Der Regierungsrat hat Kenntnis genommen vom Antrag von Karin Helbling, der zu § 18a Abs. 2 folgen wird, und schliesst sich diesem an.

**Karl Nussbaumer** entschuldigt sich, dass er nach dem Sicherheitsdirektor spricht, doch es hat ihm *den Hut gelüpft*. Es stimmt nicht, dass es viel mehr kostet. Viele Polizeidienste sind in den Räumlichkeiten der Verwaltung angesiedelt. Werden diese Personen auf die Gemeinden verteilt, kommt es eventuell zu Mehrkosten, da Mietzinse bezahlt werden müssen. Es ist nicht so, dass die Gemeinden die Schliessungen wollen. Menzingen wehrt sich beispielsweise vehement dagegen. Es mag sein, dass es im März nur rund 30 physische Kontakte gab, aber der Votant wohnt in Menzingen und nimmt tagtäglich die Präsenz der Polizisten wahr. Es stellt sich auch die Frage, wem mehr Vertrauen entgegengebracht wird – einem Dorfpolizisten, den man kennt, oder einem fremden Polizisten? Kommt es im Dorf zu einem Überfall oder einem sonstigen *krummen Ding*, wird kein Mensch einem fremden Polizisten irgendetwas verraten. Kennt man jedoch den Dorfpolizisten, werden die Informationen fliessen. Der Votant hat seit der letzten Kantonsratssitzung mit diversen Polizisten gesprochen, und alle bestätigten ihn in seiner Haltung. Den Ratsmitgliedern wird hier Sand in die Augen gestreut. Es würden nicht viele Mehrkosten entstehen. Die Sicherheit wird in den nächsten Jahren noch massiv zu reden geben. Kürzlich hat der Votant in einem Interview zum Thema Asylwesen gesagt, es werde nicht mehr lange dauern, bis die Schweizer Armee an die Grenze gestellt werde. Und genau das wird jetzt passieren. Wird in den Gemeinden bei der Sicherheit abgebaut, hat man schlechte Karten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass keine Kostenverschiebung zulasten der Gemeinden erfolgen wird. Der Kanton Zug macht nichts Neues, vielmehr wird ein System übernommen, das sich in anderen Kantonen bewährt hat.
Zum Antrag der SP-Fraktion: Es ist etwas gefährlich, denn die Gemeinden reagieren in diesem Bereich sehr emotional. Würde der Kantonsrat diesem Antrag ohne Einbezug der Gemeinden zustimmen, käme das nicht gut an. Der bessere Weg wäre eine Motion bzw. ein Auftrag an den Regierungsrat, ein solches System zu prüfen und dem Kantonsrat eine neue Gesetzesvorlage zu unterbreiten.

*§ 18a Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass zu § 18a Abs. 1 als Erstes eine Dreifachabstimmung durchgeführt wird. Es liegen die folgenden drei Anträge vor:
- Antrag des Regierungsrats und der Stawiko: nebst dem Polizeihauptgebäude in Zug Dienststellen in Unterägeri, Baar, Cham und Rotkreuz.
- Antrag der vorberatenden Kommission: nebst dem Polizeihauptgebäude in Zug Dienststellen in Unterägeri, Baar, Cham, Rotkreuz und Steinhausen.
- Antrag der SP-Fraktion: Polizeihauptgebäude in Zug und Schliessung aller anderen Dienststellen.

Der Vorsitzende hält fest, dass in der nun folgenden Dreifachabstimmung jedes Ratsmitglied eine Stimme hat.

Die Dreifachabstimmung ergibt die folgenden Resultate:
• Antrag von Regierungsrat und Stawiko: 32 Stimmen.
• Antrag der Kommission: 23 Stimmen.
• Antrag der SP-Fraktion: 15 Stimmen.
Der Vorsitzende teilt mit, dass das absolute Mehr nicht erreicht wurde. Nachfolgend werden die beiden schlechteren Resultate einander gegenübergestellt.

Die Abstimmung ergibt die folgenden Resultate:
• Antrag der Kommission: 49 Stimmen.
• Antrag der SP-Fraktion: 19 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun der Antrag des Regierungsrats (und der Stawiko) dem Antrag der Kommission gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat genehmigt mit 43 zu 27 Stimmen den Antrag des Regierungsrats (und der Stawiko).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der nun genehmigte Antrag dem Antrag der SVP-Fraktion, geltendes Recht beizubehalten, gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat lehnt mit 38 zu 28 Stimmen den Antrag der SVP-Fraktion ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats (und der Stawiko).

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Manuel Brandenberg mit 54 zu 9 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Subeventualantrag von Manuel Brandenberg mit 53 zu 12 Stimmen ab.

➔ Bei 32 Ja- und 32-Nein-Stimmen lehnt der Rat mit Stichentscheid des Vorsitzenden den Eventualantrag von Anastas Odermatt ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats (und der Stawiko) auf folgende Formulierung von § 18 Abs. 1: «Nebst dem Polizeihauptgebäude in Zug unterhält die Polizei Dienststellen in Unterägeri, Baar, Cham und Rotkreuz.»

*§ 18a Abs. 2*

**Karin Helbling** hält fest, dass gemäss dem soeben neu bestimmten § 18 Abs. 1 künftig nicht mehr in allen Zuger Gemeinden Polizeidienststellen erhalten bleiben werden. Das heisst, gewisse Gemeinden werden mit Polizeileistungen von anderen Gemeinden bedient. Wird nun beschlossen, eine Dienststelle aufzuheben, haben Gemeinde, die von dieser Stelle versorgt werden, laut derzeitigem Abs. 2 kein Mitspracherecht. Das ist falsch, und die CVP wird den nachfolgenden Antrag der Votantin ebenfalls unterstützen. Denn sollte eine Polizeidienststelle, die auch die Versorgung anderer Gemeinden sicherstellt, geschlossen oder neu eröffnet werden, müssen alle Betroffenen mitreden dürfen. Unabhängig davon, ob die Version des Regierungsrats oder der Stawiko angenommen wird, stellt die Votantin den **Antrag,**

dass § 18 Abs. 2 wie folgt lauten soll: «Diese können von der Sicherheitsdirektion *und den Gemeinderäten, deren Gemeindegebiet von der betreffenden Polizeidienststelle versorgt wird,* in gegenseitigem Einvernehmen aufgehoben oder neu eröffnet werden.»
Dieser Antrag ist kompatibel mit dem Antrag der Stawiko, und die Ergänzung kann eingefügt werden. Der Antrag soll nicht überladen werden, und deshalb wird eine Verschiebung der Polizeidienststelle innerhalb einer Gemeinde nicht mit aufgenommen. Die Votantin geht davon aus, dass ein solches Vorhaben mit den betroffenen Gemeinden abgestimmt würde.

**Thomas Lötscher** weist auf Folgendes hin: Wie Stawiko-Präsidentin Gabriela Ingold bereits ausgeführt hat, können Polizeidienststellen, die in Abs. 1 nicht aufgeführt sind, nicht neu eröffnet werden, wenn § 18a Abs. 2 mit dem Wort «Diese» beginnt. Die Formulierung im vorliegenden Antrag der Stawiko sieht deshalb vor, «Diese» durch «Polizeidienststellen» zu ersetzen. Dies würde es erlauben, bei Bedarf eine Polizeidienststelle wiederzueröffnen, die nun als geschlossen definiert ist bzw. in Abs. 1 nicht aufgeführt ist. Der Votant erkundigt sich bei Karin Helbling, ob sie tatsächlich die Formulierung «Diese» in ihrem Antrag beibehalten möchte.

**Karin Helbling** teilt mit, dass sie ihren Antrag so beibehalten möchte wie formuliert. Wenn nur «Diese» durch «Polizeidienststellen» ersetzt würde, so würde das heissen, dass beispielsweise die Gemeinden Risch oder Hünenberg kein Mitsprachrecht haben, wenn es um eine Aufhebung der Dienststelle Cham ginge. Die beiden Anträge sind nicht beliebig austauschbar.

**Thomas Lötscher** stellt die beantragte Ergänzung von Karin Helbling nicht in Frage. Es geht ihm nur um das erste Wort. Wird «Diese» beibehalten, so bezieht sich Abs. 2 nur auf die in Abs. 1 explizit aufgeführten Gemeinden. Sollte man später beispielsweise die Dienststelle Steinhausen wiedereröffnen wollen, so wäre dies nicht möglich, da Steinhausen in Abs. 1 nicht aufgeführt ist. Beginnt Abs. 2 hingegen mit «Polizeidienststellen», könnte bei Bedarf die Dienststelle Steinhausen wiedereröffnet werden. Das hat nichts zu tun mit der Ergänzung, die Karin Helbling beantragt. Der Antrag würde dann wie folgt lauten: «*Polizeidienststellen* können von der Sicherheitsdirektion *und den Gemeinderäten, deren Gemeindegebiet von der betreffenden Polizeidienststelle versorgt wird,* in gegenseitigem Einvernehmen aufgehoben oder neu eröffnet werden.»

**Karin Helbling** teilt mit, dass sie damit einverstanden ist.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** präzisiert, dass nicht sie einen Antrag gestellt hat, sondern die Stawiko. Die Entscheidung für diesen Antrag ist in der Stawiko einstimmig gefällt worden. Mit der beantragten Formulierung wird das geltende Recht beibehalten. Der Einschub, den Karin Helbling beantragt, wird das Gesetz eher komplizierter machen. Wenn eine Dienststelle geschlossen werden soll, die mehrere Gemeinden bedient, ist nach Treu und Glauben davon auszugehen, dass alle betroffenen Gemeinden ein Mitspracherecht haben werden. Deshalb wäre diesem Punkt mit der Beibehaltung des geltenden Rechts Genüge getan.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass Abs. 2 sich auf den bisherigen Abs. 1 bezieht. Nur dann macht Abs. 2 Sinn. Das bisherige Recht lautete, dass die Polizei mit Dienststellen in den Einwohnergemeinden vertreten ist. Dabei waren die einzelnen Polizeidienststellen nicht aufgeführt, ergo brauchte es Abs. 2 für deren Definition.

Wie im Antrag von Karin Helbling formuliert, müssen alle Gemeinden, die von Schliessungen und Öffnungen betroffen sind, miteinbezogen werden. Neu enthält Abs. 1 nun eine abschliessende Aufzählung, da Unterägeri, Baar, Cham und Rotkreuz und das Polizeihauptgebäude in Zug explizit aufgeführt sind. Das heisst, wenn zukünftig Dienststellen neu eröffnet oder geschlossen werden sollen, muss sich der Regierungsrat mit Bericht und Antrag an den Kantonsrat wenden, um das entsprechende Gesetz ändern. Deshalb macht es keinen Sinn, überhaupt einen Abs. 2 aufzuführen. Entsprechend unterstützt der Votant den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Andreas Hausheer** ist nicht derselben Meinung wie Anastas Odermatt. Mit Abs. 2 würde man dem Regierungsrat die Kompetenz geben, im gegenseitigen Einvernehmen mit den zuständigen Gemeinderäten Polizeidienststellen zu eröffnen oder zu schliessen. Der Regierungsrat müsste sich dafür nicht an den Kantonsrat wenden. Nur bei einer Aufhebung von Abs. 2 hat der Regierungsrat diese Kompetenz nicht mehr.
Sollte Steinhausen wiedereröffnet werden, müsste gemäss jetziger Formulierung der Gemeinderat nicht eingeladen werden, sondern es wäre eine Sache zwischen Cham und der Sicherheitsdirektion, darüber zu entscheiden. Aus diesem Grund ist der Votant einverstanden mit dem beantragten Einschub von Karin Helbling.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** stellt fest, dass anscheinend eine gewisse Verwirrung herrscht. Aus diesem Grund wiederholt sie den Antrag der Stawiko. In Abs. 2 wird das erste Wort «Diese» ersetzt durch «Polizeidienststellen». Damit ist gemeint, dass Polizeidienststellen in jeder Gemeinde des Kantons Zug von der Sicherheitsdirektion und dem jeweils zuständigen Gemeinderat im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben oder neu eröffnet werden können – egal, ob die Gemeinden nach dem neuen Gesetz noch eine Polizeidienststelle haben oder nicht.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass der Antrag der Stawiko eine *Carte blanche* für die Regierung bzw. die Sicherheitsdirektion darstellt. Diese kann Dienststellen öffnen und schliessen, wie sie möchte; zwar in Absprache mit dem jeweiligen Gemeinderat, aber nicht mit dem Kantonsrat. Wird jedoch dem Antrag der vorberatenden Kommission gefolgt, liegt es beim Kantonsrat, zu entscheiden, ob Polizeiposten wiedereröffnet oder geschlossen werden. Das ist der Unterschied zwischen den Anträgen der Stawiko und der Kommission. So gilt es nun, die Frage zu beantworten, ob man der Sicherheitsdirektion diese *Carte blanche* ausstellen möchte.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass mit dem Antrag von Karin Helbling beabsichtigt wird, zum Beispiel bei einer Schliessung von Cham auch Hünenberg in die Entscheidung miteinzubeziehen. Diese Berichtigung ist gegeben. Ebenso könnte Walchwil im gegenseitigen Einverständnis mit der Sicherheitsdirektion einen Polizeiposten eröffnen.
Zum Einwand der *Carte blanche* für den Regierungsrat: Dies muss der Kantonsrat entscheiden. Der Regierungsrat unterstützt die erweiterte und bereinigte Fassung von Abs. 2 des Antrags der Stawiko.

**Kurt Balmer** ist nicht ganz sicher, ob der Stawiko-Antrag zu § 18a Abs. 2 mit «Diese» weiterhin besteht. Sollte dies nicht der Fall sein, stellt der Votant den **Antrag,** die Formulierung mit «Diese» stehen zu lassen. Denn mit einer Änderung in «Polizeidienststellen» bekäme der Regierungsrat tatsächlich eine *Carte blanche.*

Die Regierung soll nicht die Möglichkeit haben, entgegen Abs.1 in allen Gemeinden wieder Polizeidienststellen einzurichten, wenn die Stimmung dementsprechend ist. Aus diesem Grund ist es wichtig, «Diese» beizubehalten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Kurt Balmer damit den Antrag stellt, am geltenden Recht festzuhalten.
Er hält fest, dass bei der nachfolgenden Abstimmung vom Antrag der Stawiko ausgegangen wird.

➔ Der Rat genehmigt mit 43 zu 22 Stimmen den Ergänzungsantrag von Karin Helbling.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion und von Kurt Balmer auf Beibehaltung des geltenden Rechts ab und genehmigt mit 63 zu 3 Stimmen die ergänzte Fassung der Stawiko.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission mit 38 zu 22 Stimmen ab und genehmigt damit die nachfolgende Formulierung von § 18a Abs. 2: «Polizeidienststellen können von der Sicherheitsdirektion und den Gemeinderäten, deren Gemeindegebiet von der betreffenden Polizeidienststelle versorgt wird, in gegenseitigem Einvernehmen aufgehoben oder neu eröffnet werden.»

*§ 25 Abs. 3 Bst. f, g, h, i*

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** spricht zu § 25 Abs. 3 Bst. g. Die Stawiko hat dazu einen Änderungsantrag gestellt mit der Ergänzung der Grobfahrlässigkeit. Es störte die Stawiko sehr, dass einmal mehr der Autofahrer zur Kasse gebeten werden soll. Bussen im Strassenverkehr sind beispielsweise je nach Einkommen um ein Vielfaches höher als bei allen anderen Straftaten. Ein Verkehrsunfall ist schnell passiert. Meistens muss aus versicherungstechnischen Gründen die Polizei aufgeboten werden. Die Stawiko war der Meinung, dass ein gewisser Aufwand eine Grunddienstleistung der Polizei – also ein Service public – sein sollte. Während der Beratungen, die bis spät in die Nacht andauerten, einigte sich die Stawiko auf die Formulierung von Grobfahrlässigkeit, obwohl man damit nicht ganz glücklich war. Deshalb hat die Stawiko den Regierungsrat beauftragt, eine sinngemässe Alternative zu erarbeiten. Die Regierung hat nun die Formulierung präzisiert und schlägt vor, anstatt «grobfahrlässig» neu folgende Formulierung zu verwenden: «[…] die einen Verkehrsunfall verursachen, der mehr als zwei Stunden Aufwand zur Folge hat.» Dem Anliegen der Stawiko wird damit Rechnung getragen. Die Stawiko folgt mit 5 zu 2 Stimmen der neuen Formulierung der Regierung.
Nach Meinung der Stawiko dürfte das Verursacherprinzip auch bei andern Polizeieinsätzen Anwendung finden und nicht nur bei Verkehrsunfällen. Dies könnte zum Beispiel der Fall sein beim Anzetteln von Schlägereien, bei unbewilligten Demonstrationen usw. Die Stawiko stellt dazu keinen Antrag, möchte diesen Input aber der Regierung mit auf den Weg geben.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass in der CVP-Fraktion sehr kontrovers diskutiert wurde, was zu den Grundleistungen der Polizei zählt. Schliesslich wurde beschlossen, bei § 25 Abs. 3 Bst. f dem Antrag der Kommission zu folgen. Diese Ergänzung ist sinnvoll. Bei Bst. g begrüsst die CVP-Fraktion die von Gabriela Ingold erläuterte

Änderung. Den Begriff «grobfahrlässig» hätte die CVP nicht unterstützt. Bei den Bst. h und i folgt die CVP dem Antrag der Regierung.

**Oliver Wandfluh** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 25 Abs. 3 Bst. g, h, i und Abs. 4 komplett zu streichen. Hier wird explizit nur der Autofahrer zur Kasse gebeten. Bei einem Verkehrsunfall, der für alle Beteiligten schon schlimm genug und zum Teil mit enormen Kosten verbunden ist, will man nun den Verursacher nochmals zur Kasse beten. Er soll die gesamten Kosten für die polizeilichen Leistungen bezahlen. Wenn jedoch zwei oder mehrere Personen in eine Kneipenschlägerei verwickelt sind, kostet das nichts. Ebenso kostet es nichts, wenn eine Polizeipatrouille wegen Lärmbelästigung ausrücken muss, wenn ein Velofahrer auf einem Fussgängerweg jemanden überfährt und wenn die Polizei dreimal in der Woche ausrücken muss, weil ein Mann seine Frau misshandelt. Das sind nur einige wenige Beispiele, die die exorbitante Ungleichbehandlung aufzeigen. Es ist Aufgabe der Polizei, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Und dafür bezahlen alle mit den Steuern. Es kann nicht sein, dass eine einzelne Gruppe doppelt und dreifach zur Kasse gebeten wird. Der Votant bittet den Rat, diese Ungleichbehandlung nicht zuzulassen und dem Antrag der SVP zu folgen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinen Anträgen festhält. Bei Bst. f ist der Regierungsrat einverstanden mit der Bereinigung der Kommission.
Zu Bst. g: Es bestehen bereits heute Verrechnungsmöglichkeiten. Es ist jedoch nicht möglich, in einer Generalklausel zu regeln, dass der Regierungsrat vorgehen kann, wie er möchte. In einem Gesetz muss klar dargelegt werden, wo Kosten verrechnet werden. Es stärkt auch die Eigenverantwortung, wenn Bürgerinnen und Bürger wissen, in welchen Fällen sie etwas bezahlen müssen.
Zum Antrag der SVP-Fraktion: Es ist nicht sinnvoll, alles zu streichen, nur weil die Autofahrer belastet werden. Wird nichts verrechnet, arbeitet man nur für die Versicherungen; dies wurde abgeklärt. Denn diese bezahlen solche Aufwendungen im Rahmen der Haftpflichtversicherung.
Es gibt auch in anderen Bereichen Mittel, um Kosten zu verrechnen. Bei Lärm gilt beispielsweise das Übertretungsstrafgesetz, und die Polizei kann eine Ordnungsbusse ausstellen, wenn sie deswegen ausrücken muss. Auch Velofahrer könnten gebüsst werden, wenn sie über den Zebrastreifen fahren. Bei häuslicher Gewalt kommt es zu einem strafrechtlichen Verfahren, wenn eine Anzeige erfolgt. Dann verrechnet das Gericht die entsprechenden Kosten. Es wurde überlegt, das Ausrücken bei häuslicher Gewalt zu verrechnen, wenn es zu keiner Anzeige kommt. Das kann jedoch dazu führen, dass Opfer die Polizei nicht mehr zu Hilfe rufen, weil sie wissen, dass dann für sie Kosten entstehen.
Es geht darum, genau zu definieren, wo zusätzliche Kosten verrechnet werden sollen. Dafür ist eine Pauschale vorgesehen. Das ist nichts Neues und wurde bereits von anderen Kantonen eingeführt. Dem Anliegen der Stawiko wurde Rechnung getragen. Die ersten zwei Stunden des Polizeieinsatzes sind gratis. Dies würde man in einer Verordnung regeln, wie das heute schon gemacht wird. Pro Jahr kommt es zu ca. 900 Verkehrsunfällen, die statistisch erhoben werden. Zudem gibt es rund 120 Kleinunfälle, bei denen die Polizei gerufen wird, aber alles vor Ort geregelt werden kann. Diese Unfälle kommen nicht zur Anzeige und werden statistisch nicht erfasst. Insbesondere dort kommen die zwei Stunden, die nicht verrechnet werden, zum Tragen. Gegenüber der ursprünglichen Berechnung der Einnahmen werden nun ca. 30’000 bis 35’000 Franken pro Jahr weniger zu verzeichnen sein. Der Sicherheitsdirektor dankt dem Rat für die Unterstützung und präzisiert den Antrag

des Regierungsrats zu § 25 Abs. 3 Bst. g wie folgt: «die einen Verkehrsunfall verursachen*, der mehr als zwei Stunden Aufwand zur Folge hat,* für sicherheitspolizeiliche Massnahmen wie insbesondere (…)»

**Thomas Werner** bittet den Sicherheitsdirektor darum, zu erläutern, ab wann diese zwei Stunden berechnet werden. Erfolgt dies ab Eingang des Telefonanrufs oder ab Eintreffen der Patrouille vor Ort?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** erläutert, dass auch bei kleinen Unfällen üblicherweise eine Zweierpatrouille ausrückt. Deshalb muss der Zeitaufwand mit zwei multipliziert werden. Der Zeitaufwand wird berechnet ab dem Zeitpunkt, in dem die Einsatzkräfte ins Auto steigen, also für die Zufahrt, die Arbeiten vor Ort, die Rückfahrt und allfällige Nachfolgearbeiten. Was einen Aufwand von zwei Stunden übersteigt, wird verrechnet.

**Thomas Werner** weist darauf hin, dass die Polizisten bereits unterwegs sind, wenn sie auf Patrouille sind. Es ist damit schwer nachzuvollziehen, ab wann diese zwei Stunden gelten. Da es Zweierpatrouillen sind, sind nach einer Stunde zwei Mannstunden bereits aufgebraucht. Der Votant musste bei seinem Unfall eine Stunde auf die Patrouille warten. Die zwei Polizisten sassen folglich schon eine Stunde im Auto, eine Stunde haben sie vor Ort gebraucht, damit sind das insgesamt bereits vier Mannstunden, welche die Unfallverursacherin hätte bezahlen müssen. Die Definition «zwei Stunden» ist sehr unklar, und der Votant wird dem nicht zustimmen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass ganz bestimmt keine Kosten für Wartezeiten verrechnet werden. Ist die Patrouille unterwegs, wird ab dem Aufgebot über die Einsatzleitzentrale gerechnet.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich bei § 25 Abs. 3 Bst. f der Regierungsrat der vorberatenden Kommission anschliesst. Bei § 25 Abs. 3 Bst. g schliesst sich die Stawiko dem Regierungsrat an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission zu § 25 Abs. 3 Bst. f.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion ab, § 25 Abs. 3 Bst. g zu streichen, und genehmigt mit 44 zu 27 Stimmen den präzisierten Antrag der Regierung.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion ab, § 25 Abs. 3 Bst. h zu streichen, und genehmigt mit 48 zu 22 Stimmen den Antrag der Regierung.

**Andreas Hausheer** weist darauf hin, dass es helfen würde, wie üblich im ersten Mehr über den Antrag des Regierungsrats abzustimmen und im zweiten Mehr über andere Anträge.

**Michael Riboni** geht davon aus, dass nun die Abstimmung über Bst. i folgen wird. Dazu stellt sich folgende Frage: Ab wann ist man in einem erkennbaren Rauschzustand? Hier werden Tür und Tor für Willkür geöffnet. Wer entscheidet darüber, und wie wird entscheiden? Es wäre besser, diesen Buchstaben zu streichen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es Alkoholkontrollen gibt. Ein Polizist oder eine Polizistin kann sehr wohl erkennen, ob man eine Person sich selber überlassen kann oder ob sie ins Spital eingeliefert werden muss. Das ist Sache der Polizei. Muss eine Massnahme ergriffen werden, ist dies mit Aufwand verbunden. Es erregt auch immer wieder öffentlichen Anstoss, dass die Polizei solche Arbeiten verrichten muss. Ebenfalls kommt es in den Spitälern und im Gesundheitswesen immer wieder zu Problemen, wenn solche Vorfälle nicht krankenkassenmässig verrechnet werden können. Es geht hier nicht um einen riesengrossen Betrag. Man schätzt, dass es sich um ca. 8000 bis 9000 Franken im Jahr handelt. Diese Bestimmung ist jedoch auch eine prophylaktische Massnahme. Der Regierungsrat bittet den Rat, dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion ab, § 25 Abs. 3 Bst. i zu streichen, und genehmigt mit 39 zu 32 Stimmen den Antrag der Regierung.

*§ 25 Abs. 4*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Antrag zurückzieht, § 25 Abs. 4 zu streichen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 25 Abs. 4a*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Stawiko anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

*§ 26b*

Der **Vorsitzende** informiert, dass die SP-Fraktion den Antrag gestellt hat, § 26b zu streichen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass die Regierung an ihrem Antrag festhalten möchte. Es geht hier explizit um das Bundesasylzentrum Gubel, das den Anspruch auf den weiteren Betrieb der Polizeidienststelle begründet. Sollte irgendwo in Menzingen eine andere Asylunterkunft realisiert werden, besteht dieser Anspruch nicht mehr. Der Regierungsrat möchte den Wortlaut seines Antrags beibehalten, da andere Gemeinden in ähnlichen Situationen sonst dieselben Ansprüche stellen würden.

**Karl Nussbaumer** weist darauf hin, dass im Antrag der vorberatenden Kommission nicht von irgendeinem anderen Asylzentrum in Menzingen die Rede ist. Es ist explizit ausgeführt, dass es um ein Asylzentrum Gubel geht. Grund dafür ist, dass es immer mehr Flüchtlinge geben wird, die auch in die Schweiz kommen werden. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass nach der Schliessung des Bundesasylzentrums auf dem Gubel weiterhin eine Asylunterkunft betrieben wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission ab und genehmigt mit 37 zu 34 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, § 26b zu streichen, ab und genehmigt mit 40 zu 29 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über den direkten Finanzausgleich vom 30. August 2007 (Stand 1. Januar 2015)***

*§ 9a Abs. 1*

**Silvia Thalmann** führt aus, dass die vorberatende Kommission beantragt, die Befristung des Kantonsbeitrags an den Zuger Finanzausgleich bei 2018 zu belassen. Eine Mehrheit der CVP-Fraktion möchte den Gemeinden und dem Kanton mehr Zeit für die Erarbeitung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform geben. Damit bringt die CVP keineswegs zum Ausdruck, dass sie für die Beibehaltung des Kantonsbeitrags ist. Im Gegenteil: Sie erwartet von den Gemeinden und vom Kanton eine Aufgabenreform, bei der der Kantonsbeitrag entfällt. Finanziell starke Gemeinden sollen den Topf äufnen, finanziell schwache Gemeinden sollen daraus einen Ausgleich erhalten.

**Vroni Straub** teilt mit, dass die ALG die Regierung und die Stawiko unterstützt. Diese Massnahme wurde an der Einigungskonferenz vom 9. Juni zwischen einem Ausschuss des Regierungsrats und einem Ausschuss der Gemeindepräsidentenkonferenz ausgehandelt und beschlossen. Die Verlängerung des Entlastungsbeitrags des Kantons an die Gebergemeinden im Umfang von diesen 4,5 Millionen Franken war eine Forderung der Gemeindepräsidentenkonferenz und muss im Zusammenhang mit dem Beitrag der Gemeinden an das Entlastungsprogramm angesehen werden. Die beiden Beiträge brauchen zwingend gleich lange Laufzeiten. Sie wurden gleichzeitig geschaffen und bilden eine Einheit. Es geht auch um einen nahtlosen Übergang in die quasi neue Welt nach ZFA 2018. Es ist im Sinne aller, diese Reform zügig über die Runden zu bringen. Doch Stolpersteine können sich in den Weg legen – es ist nicht verständlich, weshalb die vorberatende Kommission ohne Not eine andere Befristung will, als die Regierung und die Gemeinden ausgehandelt haben. Das verstösst gegen Treu und Glauben. Die Votantin bittet den Rat, die Regierung und die Stawiko zu unterstützen.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** möchte sich wehren gegen die Worte von Vroni Straub. Von einem Verstoss gegen Treu und Glauben kann keine Rede sein. In der Kommission ging man davon aus, dass sich der Kanton, die damalige Kommission und die damaligen Gemeindedelegation einig waren, eine Realisierung bis 2018 vornehmen zu können. Nach einem Entscheid im letzten Herbst war es auch Wunsch der Gemeindepräsidentenkonferenz, 2018 so stehen zu lassen. In Anbetracht dessen war sich die Kommissionsmehrheit einig, den Zeitdruck aufrechtzuerhalten. Mittlerweile sieht die Lage etwas anders aus. Sind sich die Gemeinden und der Kanton einig, ist es am besten, im Rat nichts zu unternehmen und dem Antrag der Stawiko zuzustimmen. Wichtig ist, dass man rasch zu einem guten und nachhaltigen Entscheid gelangt.

**Daniel Stadlin:** Der jetzige Finanzausgleich ist für die Gebergemeinden, vor allem für die Stadt Zug, nur dank dem Kantonsbeitrag von 4,5 Millionen Franken halbwegs erträglich. Diesen bloss bis 2018 zu gewähren, wie es die vorberatende Kommission vorschlägt, widerspricht der Vereinbarung vom 9. Juni 2015 zwischen den Gemeinden und dem Kanton, in der unter Punkt 7 Folgendes steht: «Der Kanton führt die jährliche Entlastung der Gebergemeinden im Zuger Finanzausgleich von 4,5 Millionen Franken weiter bis 2019 resp. bis zum Inkrafttreten der ‹ZFA-Reform 2018›». Gelänge es nämlich nicht, wie in der Roadmap der ZFA-Reform 2018 geplant, die neue Zuger Finanz- und Aufgabenreform auf den 1. Januar 2019 in Kraft zu setzen, schriebe die Stadt Zug unverschuldet bereits 2019 wieder tiefrote Zahlen, während dessen viele Nehmergemeinden weiter mit satten Überschüssen rechnen könnten. Mit dem Vorschlag der vorberatenden Kommission wird ein wichtiger Pfeiler der Vereinbarung einseitig zulasten der Gebergemeinden geändert. Das ist nicht nur stossend, sondern auch höchst unsolidarisch. Die Stadt Zug als Hauptträgerin des Finanzausgleichs wird so krass benachteiligt. Der Votant bittet den Rat, die Entlastung der Gebergemeinden in der heutigen Form bis zum Inkrafttreten der ZFA-Reform 2018 beizubehalten und dem Antrag des Regierungsrats und der Stawiko zuzustimmen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bittet den Rat, den Antrag der Stawiko zu unterstützen. Wie von Vroni Staub ausgeführt, besteht eine Vereinbarung, in der die Beibehaltung des Kantonsbeitrags bis längstens 2020 festgelegt ist. Das Projekt ZFA-Reform 2018 ist aufgegleist, die Arbeitsgruppen haben ihre Tätigkeit aufgenommen, und per Ende dieses Jahres sind erste Resultate zu erwarten. Wenn die Roadmap eingehalten werden kann, sollte das Projekt bis 2019 abgeschlossen sein. Der Puffer bis 2020 wurde mit den Gemeinden vereinbart. Man wird sich bemühen, die ZFA-Reform 2018 so schnell wie möglich umzusetzen. Was in der vorberatenden Kommission diesbezüglich diskutiert worden ist, weiss der Finanzdirektor nicht.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Kommission ab und genehmigt mit 58 zu 6 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

***Steuergesetz vom 25. Mai 2000 (Stand 1. Januar 2016)***

*§ 25 Abs. 1 und Abs.2*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** stellt fest, dass man langsam *zum Fleisch am Knochen* gelangt. Bei § 25 Abs. 1, dem sogenannten Pendlerabzug, hat die Regierung ein Einsparpotenzial von rund 1,5 Millionen Franken ausgemacht. Die Regierung will von einer unlimitierten Abzugsmöglichkeit absehen, was mit 10 zu 5 Stimmen von der Kommission unterstützt wird. Der neu festgesetzte Betrag von 6000 Franken entspricht ziemlich genau dem Preis für ein Generalabonnement in erster Klasse. Damit liegt man immer noch besser, als es die Bundesgesetzgebung vorschreibt. Dieser «Zuger Finish» kann so verantwortet werden. In der Kommission wurde auch darauf hingewiesen, dass diese Ansicht eine versteckte Steuererhöhung sei. Aber da man gezwungen ist zu sparen, bittet die Kommissionspräsidentin den Rat, dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

**Markus Hürlimann** teilt mit, dass die SVP-Fraktion das zweite Paket des Entlastungsprogramms mehrheitlich mitträgt. Dieses soll einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Die Fraktion wird im Verlauf

der Beratungen deshalb auch einige Kröten widerwillig schlucken, damit ein sinnvolles, breit abgestütztes Paket zustande kommt, das auch vor dem Volk bestehen kann. Die geplanten Steuererhöhungen – nichts anderes als das stellt das Aufheben von Steuerabzügen dar – werden aber nicht einfach hingenommen. Insbesondere wird mit der ganzen oder teilweisen Aufhebung des Eigenbetreuungsabzugs gemäss § 33 Abs. 2 die Schmerzgrenze erreicht bzw. überschritten. Im Namen der SVP-Fraktion wird der Votant deshalb später die Anträge stellen, § 25, § 30 und § 33 des Steuergesetzes gemäss geltendem Recht beizubehalten.
Bei den Kosten für die Fahrt zwischen Wohn- und Arbeitsort möchte der Regierungsrat nur noch maximal 6000 Franken zum Abzug zulassen. Die Kürzung der Fahrkosten hat bekanntlich bei der direkten Bundessteuer mit der Abstimmung über die Fabi-Vorlage Eingang in das Bundessteuerrecht gefunden. Die Kürzung des Steuerabzugs ist nämlich Teil der Finanzierung und des Ausbaus der Bahninfrastruktur. Gemäss Bundesamt für Verkehr soll mit dieser Massnahme das Pendeln über lange Distanzen steuerlich weniger begünstigt und der Trend zu immer längeren Arbeitswegen abgeschwächt werden. Dies sei aus raumplanerischen und umweltpolitischen Gründen angezeigt, so das Bundesamt. Während das Geld, das den Pendlern aus dem Sack gezogen wird, auf Bundesebene einer mehr oder weniger sinnvollen Verwendung zugeführt wird, schöpft man es auf kantonaler Ebene einfach für die Staatskasse ab, weil gerade ein Entlastungsprogramm läuft, mit dem man dies tun kann. Unser Kanton muss und sollte dies aber nicht tun, denn es gibt einige Kantone, die diesen Abzug aus guten Gründen so belassen, wie er ist.
Nach geltendem Recht können Kosten für die Fahrt zwischen Wohn- und Arbeitsort unbegrenzt in Abzug gebracht werden, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Abzugsfähig sind solche Kosten nämlich nur, wenn am Wohn- oder Arbeitsort ein öffentliches Verkehrsmittel fehlt, wenn man durch die Nutzung des Privatfahrzeugs eine tägliche Zeitersparnis von 75 Minuten gegenüber dem öffentlichen Verkehrsmittel nachweisen kann, wenn man ständig und gegen Entschädigung des Arbeitgebers sein Privatfahrzeug nutzt oder wenn man wegen Krankheit oder Gebrechen auf sein Privatfahrzeug angewiesen ist. Niemand pendelt wohl gerne, schon gar nicht über längere Strecken. Die meisten würden gerne in der Nähe ihres Arbeitsorts wohnen bzw. in der Nähe ihres Wohnorts eine Arbeitsstelle finden, die ihnen entspricht. Doch leider erfüllen sich diese Wünsche in den seltensten Fällen. Um den Lebensunterhalt zu verdienen, müssen auch längere Wege in Kauf genommen werden, und viele Menschen sind an ihren Wohnort gebunden, sei es durch Familie, Herkunft oder Eigentum. Nicht umsonst arbeiten in der kantonalen Verwaltung 40 Prozent Ausserkantonale, genau wie täglich Tausende aus dem Kanton Zug in alle Himmelsrichtungen pendeln, um vielfach einen höheren Lohn zu erarbeiten, den sie dann im Kanton Zug versteuern. Zudem dürfen diejenigen nicht vergessen werden, denen es nicht möglich ist, auf das Privatfahrzeug zu verzichten, zum Beispiel, weil sie im Gastgewerbe oder im Schichtdienst arbeiten. Es ist somit klar ersichtlich, dass solche Kosten nicht einfach aus Plausch entstehen. Sie werden von der Steuerverwaltung genau geprüft und nur gewährt, wenn jemand tatsächlich auf sein Privatfahrzeug angewiesen ist und die Lebensqualität erheblich verbessert wird. Es braucht auf kantonaler Ebene keine ideologische Steuerpolitik. Denn genau das stellt diese grüne Lenkungsmassnahme dar. Wenn mit Steuerabzügen Umweltpolitik gemacht wird wie im vorliegenden Fall, kommt es selten gut. Die Limitierung des Pendlerabzugs bei der Bundessteuer führt in der Praxis zu unerwünschten Nebenwirkungen. Wer von seinem Arbeitgeber ein Geschäftsfahrzeug zur Verfügung gestellt bekommt, wird inskünftig – über den Privatanteil hinaus, den er versteuern muss – noch stärker zur Kasse gebeten. Firmen, die ihren Aussendienstmitarbeitern ein Geschäftsauto zur Verfügung stellen, müssen den prozentualen Anteil der

Aussendiensttätigkeit mühsam in Kleinarbeit ausfindig machen und auf dem Lohnausweis ihrer Mitarbeiter bescheinigen, damit diesen allfällige Pendlerkosten belastet werden können. Mit dieser unnötigen Massnahme wird der Bürokratie also weiter Vorschub geleistet. Pendler – und damit Steuerzahler –, welche teilweise lange Arbeitswege auf sich nehmen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, werden mit der vorgesehenen Massnahme bestraft. Dies lehnt die SVP-Fraktion ab. Namens der SVP-Fraktion stellt der Votant deshalb den **Antrag,** § 25 Abs. 1 Bst. a und § 25 Abs. 2 des Steuergesetzes gemäss geltendem Recht beizubehalten. Gleichzeitig stellt der Votant den **Antrag,** über § 25 Abs. 1 Bst. a unter Namensaufruf abzustimmen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** tut es gut, so detaillierte Ausführungen von jemandem zu hören, der Steuerveranlagungen vornimmt. In der Regel erlebt sie es anders. Insbesondere im Kanton Zürich werden ihr immer wieder berufsbedingte Auslagen gekürzt. Der Antrag, wie ihn Markus Hürlimann namens der SVP-Fraktion stellt, ist auch in der Stawiko gestellt worden. Er wurde mit 5 zu 2 Stimmen abgelehnt. In der Stawiko herrscht die Ansicht vor, dass man bezüglich Entlastung des Mittelstandes bei der Revision 2012 zu weit gegangen ist. Deshalb ist es vertretbar, diesen Abzug auf Kosten von maximal 6000 Franken zu limitieren. Immerhin wurde bei der eidgenössischen Abstimmung die Fabi-Vorlage angenommen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Stimmbürger nicht darauf schlossen, der Abzug bei den Kantonssteuern würde deshalb nicht gestrichen. Der Kanton geht jedoch nicht so weit wie der Bund, der nur Abzüge für Kosten bis max. 3000 Franken gewährt.

**Michael Riboni** weist darauf hin, dass der Regierungsrat in seinem Bericht und Antrag ausführt, dass die neu einzuführende Grenze von 6000 Franken sämtliche Generalabonnement-Kosten abdeckt. Das stimmt vielleicht zum jetzigen Zeitpunkt. Die SBB haben aber bereits Anfang März dieses Jahres bekannt gegeben, dass das GA ab dem kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2016 um durchschnittlich drei Prozent steigen wird. Es kostet dann also bereits 6150 Franken. SSB-Chef Meyer hat ebenso angekündigt, dass weitere Tariferhöhungen in den kommenden Jahren folgen werden. Der Rat muss sich bewusst sein, dass mit der Begrenzung von 6000 Franken eine weitere Ungleichbehandlung zwischen ÖV-Teilnehmern erfolgt, nämlich zwischen 1.-Klasse- und 2.-Klasse-Fahrenden. Somit kommt es im Rat einmal mehr zu *Reichen-Bashing à la Linke.*

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Die FDP unterstützt die Begrenzung des Pendlerabzugs auf maximal 6000 Franken pro Jahr. Man ist sich im Klaren, dass es sich hier um eine indirekte Steuererhöhung im Vergleich zum Status quo handelt. Grundsätzlich befürwortet die FDP den Abzug von Gestehungskosten für die Berufsausübung. Pendler nehmen längere Wege auf sich und zeigen Flexibilität im Arbeitsmarkt, die gefragt ist. Dies soll nicht bestraft werden. Im Sinne eines ausgewogenen Entlastungspakets unterstützt und akzeptiert die FDP trotzdem gewisse Mehrsteuern mit Mass. Die Limitierung der Abzüge für Pendlerfahrten bei 6000 Franken ist massvoll und vernünftig. Die Kosten eines 1.-Klasse-GA werden fast gedeckt, und der abzugsberechtigte Betrag ist immer noch höher als beim Bund. Auch in anderen Kantonen gilt der Betrag von 6000 Franken. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Regierung zu folgen.

**Nicole Imfeld** teilt mit, dass die GLP die Diskussion noch etwas verschärfen möchte. Sie ist der Ansicht, dass mit einem liberalen Ansatz den Bürgerinnen und Bürgern Eigenverantwortung übertragen werde für den Weg zu Arbeitsstelle. Die Beispiele,

die Markus Hürlimann aufgezählt hat, sind legitim, aber es ist immer auch eine eigene Entscheidung, ob jemand 200 oder nur 40 Kilometer pendeln möchte. Eine weitere Kürzung dieses Abzugs auf das Niveau des Bundes ist deshalb denkbar und würde eine einfache Einsparmöglichkeit für den Kanton darstellen. Die Votantin stellt den **Antrag,** § 25 Abs. 1 Bst. a folgendermassen anzupassen: «Als Berufskosten werden abgezogen: a) die notwendigen Kosten bis zu einem Maximalbetrag von 3000 Franken für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte;»

**Barbara Gysel** teilt dem Finanzdirektor mit, dass nicht die Absicht besteht, einen Basar zu eröffnen, wie er gemunkelt hat. Die SP-Fraktion unterstützt ebenfalls eine Kürzung auf 3000 Franken, wie dies die GLP beantragt. Michael Riboni hat ein wenig weit ausgeholt mit dem *Reichen-Bashing*. Es geht bei diesem Abzug bestimmt nicht darum, dass vermögende oder sehr reiche Personen Steuern einsparen. Es handelt sich im Wesentlichen um eine verkehrspolitische und steuertechnische Frage. Die Limitierung ist de facto eine Steuererhöhung, auch wenn nicht diejenige, welche die SP zusätzlich wünschen würde. Aus formellen Gründen kann jedoch die gewünschte Steuererhöhung jetzt nicht beantragt werden, da dies nicht Gegenstand von Bericht und Antrag war.
Die Begrenzung auf 3000 Franken ist gerechtfertigt, verkehrspolitisch sinnvoll und bietet sich finanzpolitisch im Rahmen des Entlastungsprogramms an.

**Manuel Brandenberg** fragt nach, ob Peter Letter vorhin tatsächlich gesagt hat, die Mehrheit der FDP-Fraktion unterstütze diese faktische Steuererhöhung und die Begrenzung des Pendlerabzugs auf 6000 Franken.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass bereits vieles ausgeführt wurde, insbesondere von Peter Letter, der die Haltung des Regierungsrats dargestellt hat.
Zu Markus Hürlimann, der die Fabi-Vorlage angesprochen hat: Die Reduktion auf 3000 Franken bei den Bundessteuern war nicht zweckgebunden mit der Fabi-Vorlage. Die Steuereinnahmen fliessen in die Bundeskasse und werden dann entsprechend verteilt. Zudem war in der Fabi-Vorlage transparent ausgeführt, dass eine Reduktion auf 3000 Franken erfolgen würde.
Zum Thema Wohn- und Arbeitsort: Es gibt sicherlich Fälle, in denen am Arbeitsort keine Wohnung gefunden wird, vielfach ist das Pendeln aber auch gewollt. Den Vorwurf der ideologischen Steuerpolitik weist der Sicherheitsdirektor zurück.
Auch der Kanton Zürich verfolgt zurzeit ein Sparprogramm und schlägt einen Pendlerabzug von 3000 Franken vor. In St. Gallen hat das Volk bereits einen Abzug von 3600 Franken gutgeheissen. Das entspricht ungefähr einem 2.-Klasse-GA. Somit ist der Kanton Zug in guter Gesellschaft mit einer Beschränkung auf 6000 Franken.
Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, den Antrag der GLP nicht zu unterstützen. Die 3000 Franken erscheinen der Regierung zu tief. Damit würden nicht einmal die Kosten für ein 2.-Klasse-GA abgedeckt. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, dem Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission zu folgen.

*§ 25 Abs. 1*

➔ Der Rat lehnt den Antrag der GLP ab und genehmigt mit 55 zu 18 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat stimmt mit 22 Stimmen dem Antrag zu, die Abstimmung zur Höhe der abzugsberechtigen Berufskosten für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte unter Namensaufruf durchzuführen. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der Abstimmung unter Namensaufruf ein «Eins» die Zustimmung zum Antrag der Regierung (Abzug bis maximal 6000 Franken), ein «Zwei» die Zustimmung zum Antrag der SVP-Fraktion (Beibehaltung geltenden Rechts) bedeutet.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Zwei |
| Brunner Philip C. | Zwei |
| Camenisch Philippe | Zwei |
| Christen Hans | Eins |
| Giger Susanne | Eins |
| Gysel Barbara | Eins |
| Landtwing Alice | Eins |
| Marti Daniel | Eins |
| Messmer Jürg | Zwei |
| Raschle Urs | Eins |
| Rüegg Richard | Eins |
| Sivaganesan Rupan | Eins |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Eins |
| Stadlin Daniel | Eins |
| Stocker Cornelia | Eins |
| Straub-Müller Vroni | Eins |
| Thalmann Silvia | Eins |
| Umbach Karen | Eins |
| Vollenweider Willi | Eins |
| | |
| Dittli Laura | Eins |
| Iten Patrick | Eins |
| Letter Peter | Eins |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Eins |
| Hess-Brauer Iris | Eins |
| Ingold Gabriela | Eins |
| Iten Beat | Eins |
| Ryser Ralph | Abwesend |
| Werner Thomas | Zwei |
| | |
| Barmet Monika | Eins |
| Etter Andreas | Eins |
| Nussbaumer Karl | Zwei |
| | |
| Abt Daniel | Eins |
| Andermatt Adrian | Zwei |
| Andermatt Pirmin | Eins |
| Dzaferi Zari | Abwesend |
| Frei Pirmin | Eins |
| Gössi Alois | Eins |
| Häseli Barbara | Eins |
| Hostettler Andreas | Abwesend |

| | |
|---|---|
| Hürlimann Markus | Zwei |
| Imfeld Nicole | Eins |
| Lustenberger Andreas | Abwesend |
| Riboni Michael | Zwei |
| Riedi Beni | Zwei |
| Schmid Heini | Eins |
| Wandfluh Oliver | Zwei |
| | |
| Baumgartner Hans | Eins |
| Birrer Walter | Zwei |
| Bühler Olivia | Eins |
| Gander Thomas | Eins |
| Haas Esther | Eins |
| Mösch Jean-Luc | Eins |
| Renggli Silvan | Eins |
| Sieber Beat | Zwei |
| Soltermann Claus | Eins |
| Suter Rainer | Zwei |
| | |
| Bieri Anna | Eins |
| Helbling Karin | Eins |
| Hofer Rita | Eins |
| Schuler Hubert | Eins |
| Unternährer Beat | Eins |
| Villiger Thomas | Zwei |
| | |
| Burch Daniel | Zwei |
| Hausheer Andreas | Eins |
| Hürlimann Andreas | Eins |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Eins |
| Weber Monika | Abwesend |
| | |
| Balmer Kurt | Eins |
| Burch Daniel Thomas | Eins |
| Roos Flavio | Zwei |
| Schriber-Neiger Hanni | Eins |
| Stuber Daniel | Eins |
| Werder Matthias | Zwei |
| Wiederkehr Roger | Eins |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Eins |
| | |
| Henseler Emanuel | Eins |
| Lötscher Thomas | Eins |

➔ Der Rat genehmigt mit 55 zu 18 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 25 Abs.2*

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP ab, geltendes Recht beizubehalten, und genehmigt mit 54 zu 13 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 30 und § 33*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** spricht zu § 30 und zu § 33, da diese in einem kausalen Zusammenhang stehen. Dies wurde auch in der Kommission so gehandhabt. Diese Massnahme ist mit 3,5 Millionen Franken nicht nur monetär, sondern auch politisch ein grosser Brocken im Entlastungsprogramm. Folgt man dem Antrag der Regierung, ist es insbesondere ein Systemwechsel.
Das Bundesrecht sieht einen Fremdbetreuungsabzug vor. Der Eigenbetreuungsabzug hingegen ist dem Kapitel «Zuger Finish» zuzuordnen und wurde im Zuge der Mittelstandsentlastung bei der letzten Steuergesetzrevision erstmals eingeführt und vom Volk entsprechend gutgeheissen. Die Kommission hat eine familienpolitische Diskussion mit all ihren Facetten geführt. Die verschiedenen Argumente werden sicherlich in den Fraktionsstandpunkten ausführlich dargelegt. Die Kommissionspräsidentin verzichtet deshalb auf eine Auslegeordnung.
Eine konsistente Gesetzgebung – der Abzug wurde erst 2012 eingeführt – gewichten die meisten Kommissionsmitglieder als recht hoch. Verschiedene Unterabstimmungen, u. a. auch über die Variante der Stawiko, führten zum knappen Entscheid, den Eigenbetreuungsabzug wie von der Regierung beantragt wieder aufzuheben. Bilateral hat der neue Finanzdirektor darauf hingewiesen, dass eine betragsmässige Ungleichbehandlung des Fremd- und Eigenbetreuungsabzugs – beispielsweise 6000 Franken versus 0 Franken – Software-Anpassungen mit sich ziehen würde. Solche sind beim Kanton bekanntlich immer äusserst kostspielig. In der Vorlage fehlt dieser Hinweis gänzlich, und in der Kommission war es kein Diskussionspunkt, da man keine Kenntnis davon hatte. Der Finanzdirektor wird dazu wohl noch weitere Ausführungen vorbringen.
Die Kommission folgt mit 8 zu 7 Stimmen dem Vorschlag der Regierung.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass diese Paragrafen auch in der Stawiko ausführlich diskutiert wurden. Da der Antrag der Regierung und der Kommission in der Stawiko nicht mehrheitsfähig war, wurde der vorliegende Kompromissvorschlag eingebracht. Die Stawiko ist grossmehrheitlich der Ansicht, dass die Entlastungen des Mittelstandes in der vorletzten Steuergesetzrevision von 2011 zu grosszügig waren und bei der heutigen Finanzlage vermutlich nicht mehr gewährt würden. Der Eigenbetreuungsabzug ist für viele Ratsmitglieder *eine heilige Kuh*, obwohl er steuersystematisch falsch ist, weil keine entsprechenden Ausgaben für einen Abzug vorliegen. Es handelt sich bei der Variante Stawiko um einen politischen Entscheid bzw. um einen Kompromiss. In der Politik herrschen ab und zu andere Gesetze. Das war schon bei der Einführung dieses Abzugs der Fall. Die Stawiko-Präsidentin kann sich gut daran erinnern, war sie doch Präsidentin der damaligen Kommission zur Steuergesetzrevision. Sämtliche Änderungen hätten keine Chance gehabt ohne Einführung eines Eigenbetreuungsabzugs. Die Stawiko-Präsidentin bittet den Rat, im Sinne eines Kompromisses dem Antrag der Stawiko zu folgen.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. «Über die steuerliche Berücksichtigung von Faktoren im Zusammenhang mit der Fremd- und Eigenbetreuung von Kindern wurde anlässlich der Teilrevision des Steuergesetzes per 2012 in der kan-

tonsrätlichen Kommission ausführlich diskutiert und mehrfach abgestimmt. Der damals geäusserte politische Wille ging dahin, Fremd- und Eigenbetreuung mit gleich hohen Steuerabzügen zu honorieren.» Dies ist ein Zitat aus dem Bericht des Regierungsrates. Die CVP hat sich damals und wird sich auch heute für einen gleich hohen Fremd- und Eigenbetreuungsabzug einsetzen. In diesem Punkt waren die Fraktionsmitglieder einer Meinung. Unterschiedlich gewichtet wurde die Höhe des Abzugs. Die eine Hälfte der Fraktion votierte für das bisherige Modell, also jeweils 6000 Franken, für das sich die CVP in den letzten Jahren starkgemacht hat. Bei der anderen Hälfte hingegen überwog die Notwendigkeit zum Sparen. Sie wird sich für die Variante 3000/3000 einsetzen.

**Markus Hürlimann** spricht aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur zu § 30. Nachdem sich in der vorberatenden Kommission bereits abgezeichnet hat, dass das vollständige Streichen des Eigenbetreuungsabzugs gemäss § 33 Abs. 2 nicht diskussionslos sein würde, unterbreitet die Stawiko nun einen Kompromissvorschlag, der teilweise auch dankend aufgenommen wird. Sowohl der Fremdbetreuungsabzug gemäss § 30 Abs. 1 Bst. l als auch der Eigenbetreuungsabzug gemäss § 33 Abs. 2 des Steuergesetzes sollen von je 6000 Franken auf je 3000 Franken reduziert werden.
Aus der Senkung des Fremdbetreuungsabzugs resultiert eine Steuererhöhung, welche die SVP-Fraktion nicht unterstützt. Doch nicht nur dies bewegt die SVP-Fraktion dazu, dem Antrag der Stawiko nicht zuzustimmen und am geltenden Recht festzuhalten. Für die Fremdbetreuung an sich gibt es viele Fürsprecher genau wie für den Fremdbetreuungskostenabzug. Bisher war dieser Abzug stets unbestritten, da er die Steuerbelastung derjenigen Familien lindert, die ihr Kind fremdbetreuen lassen, damit beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen und somit ihren Lebensunterhalt ohne Einschränkungen oder staatliche Hilfe bestreiten können. Aber auch Alleinerziehende, die in der Regel darauf angewiesen sind, arbeiten zu können, nehmen die Fremdbetreuung gerne in Anspruch. Es mutet seltsam an, wenn Politiker aus verschiedenen Parteien – vor allem auch aus der Mitte – jahrein, jahraus für die Fremdbetreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Entlastung des Mittelstands und tiefe Steuern plädieren, dann aber den Fremdbetreuungsabzug auf eine fast nicht mehr ernst zu nehmende Höhe reduzieren wollen.
Der Fremdbetreuungsabzug bei der direkten Bundessteuer wurde auf 10’100 Franken festgesetzt. Wer seine Kinder fremdbetreuen lässt, weiss, dass dieser Betrag auch realistischer ist als die weit davon entfernten 3000 Franken. Weshalb sollte der Kanton Zug in eine andere, rückwärtsgewandte Richtung gehen? Nur, um einen faulen Kompromiss einzugehen? Eine solche Ent- bzw. Belastungsmassnahme unterstützt die SVP-Fraktion nicht und stellt deshalb den **Antrag,** § 30 Abs. 1 Bst. l des Steuergesetzes gemäss geltendem Recht beizubehalten. Gleichzeitig stellt der Votant den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.

**Peter Letter** spricht als Vertreter der FDP-Fraktion sowohl zu § 30 als auch zu § 33, da man diese in der Argumentation nicht voneinander trennen kann. Die FDP spricht sich grossmehrheitlich dafür aus, die beiden Abzüge gleich hoch zu halten. Grundsätzlich wird die Beibehaltung des Fremdbetreuungsabzugs als wesentlicher gewichtet. Die Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass die Abzüge auf 3000 Franken gekürzt werden sollen. Dies ist ein Kompromissbeitrag zum Entlastungsprogramm. Es wichtig, eine tragfähige Lösung zu haben. Sympathie wurde auch einer Lösung mit 3000 Franken für Fremdbetreuung und 0 Franken für Eigenbetreuung entgegengebracht. Sie fand in der FDP-Fraktion aber keine Mehrheit. Betreffend die Gleichbehandlung des Fremd- und Eigenbetreuungsabzugs hat die Fraktion *zwei Seelen in der Brust*. Es zeichnet sich ab, dass eine Gleichbehand-

lung wichtig ist, damit die Vorlage des Entlastungsprogramms eine breite Unterstützung erhält. Dies ist das prioritäre Ziel in dieser Fragestellung. Aus Sicht der Steuersystematik sollten Abzüge jedoch vornehmlich aufgrund von effektiv entstandenen Kosten erfolgen. Bei der Fremdbetreuung ist dies der Fall, bei der Eigenbetreuung jedoch nicht. Auch die Zielsetzung, die Berufstätigkeit beider Partner für Familien attraktiver zu machen, spricht für eine Beibehaltung des Fremdbetreuungsabzugs. Mit der Argumentation von Markus Hürlimann, es sei rückwärtsgerichtet, beide Abzüge zu kürzen, hat der Votant Mühe. Behandelt man diese unabhängig voneinander, kürzt man allenfalls den einen Abzug, den anderen hingegen nicht. Wenn beide Abzüge gleich hoch sind, könnte man auch von einem Kinderabzug sprechen, und die Unterteilung in Fremd- und Eigenbetreuung wäre nicht notwendig.
Wenn immer wieder über Fachkräftemangel und das nicht ausgeschöpfte Potenzial von Arbeitskräften im Inland gesprochen wird, sollten auch die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Der Fremdbetreuungsabzug wäre ein solches Instrument, das auch in die Steuersystematik passen würde.
Im Sinne des Gesamtpakets wird die FDP-Fraktion grossmehrheitlich dem Kompromiss mit Gleichbehandlung und Reduktion auf 3000 Franken zustimmen.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Ein Steuersystem ist dann gerecht, wenn Steuerpflichtige nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Familien mit Kindern haben zusätzliche Kosten, wenn sie ihre Kinder gegen Bezahlung durch Dritte betreuen lassen. Diese zusätzlichen Kosten verringern das Einkommen und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Deshalb dürfen solche Kosten im Kanton Zug bis zu einem Betrag von 6000 Franken von den Steuern abgezogen werden. Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, haben für die Kinderbetreuung keine Mehrausgaben. Es ist folglich richtig, wenn sie keinen Betreuungsabzug beanspruchen können. Sie werden steuerlich nicht benachteiligt. Darum ist der Vorschlag des Regierungsrats zu begrüssen. Mit der Annahme des Stawiko-Vorschlags hingegen würden Eltern mit eigenbetreuten Kindern weiterhin klar bevorzugt. Und Eltern, die ihre Kinder gegen Bezahlung durch Drittpersonen betreuen lassen müssen, sind aufgrund der Reduktion des Abzugs nochmals benachteiligt. Das darf nicht sein! Klar ist: Über die richtige Form der Kinderbetreuung bestehen unterschiedliche Ansichten. Jedoch sollten gesellschaftspolitische Wertvorstellungen nicht primär über das Steuerrecht gefördert werden. Eltern handeln verantwortungsbewusst, wenn sie eine Betreuungsform wählen, die den Bedürfnissen der Familie und dem Wohl des Kindes dient. Das Steuerrecht soll sich daher gegenüber den verschiedenen Familienmodellen neutral verhalten. Dies tut es mit dem Vorschlag der Regierung und der vorberatenden Kommission.
Ein Abzug für die Betreuung zu Hause widerspricht den elementarsten Steuergrundsätzen. Wer keine effektiven Auslagen hat, soll auch keine Abzüge geltend machen können. Mit der steuerlichen Bevorzugung der traditionellen Familien richtet sich der Vorschlag der Stawiko gegen die Erwerbstätigkeit beider Elternteile. In der Praxis wirkt sich das vor allem negativ auf die Erwerbstätigkeit von Müttern aus. Dies widerspricht dem in der Verfassung postulierten Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau in Familie, Ausbildung und Arbeit. Unter dem Stichwort Fachkräftemangel gibt es einen ganzen Strauss von weiteren Argumenten einzubringen. Die ALG unterstützt daher den Antrag des Regierungsrats auf Beibehaltung des bisherigen Rechts bei § 30 und unterstützt die Aufhebung von § 33 Abs. 2 und Abs. $2^{bis}$.

**Hubert Schuler** hält namens der SP-Fraktion fest, dass die Fremdbetreuung direkte Kosten verursacht, aber auch Einnahmen generiert, sodass das Steuersubstrat vergrössert wird. Es ist nicht ersichtlich, weshalb für den Arbeitsweg der Betrag

von 6000 Franken abgezogen werden kann, für die Kinderbetreuung jedoch nicht. Wie wird Familien erklärt, dass sie einen kleineren Abzug geltend machen können als Berufstätige für die tägliche Fahrt mit dem ÖV oder dem Auto? Sind Kinder dem Staat so wenig wert? Die SP stellt den **Antrag,** geltendes Recht beizubehalten.
Mit dem Abzug für die Eigenbetreuung wurde eine systemwidrige Erleichterung gewährt. Wird diese nicht geändert, können mit dem Argument des «Zuger Finish» in Zukunft keine anderen Kosten mehr reduziert werden. Denn mit diesen Abzügen werden keine zusätzliche Einnahmen und somit kein höheres Steuersubstrat erwirtschaftet, und es wird eine Entlastung gewährleistet für etwas, das keine Auslagen verursacht. Gemäss Eintretensvotum der SVP sind die Mütter für die richtige und gute Erziehung verantwortlich. Sogar die Väter wurden davon ausgenommen. Diese Aussage ist kein Argument, den Eigenbetreuungsabzug nicht abzuschaffen. Ein politischer Kompromiss wäre es, den Eigenbetreuungsabzug weiterhin zu ermöglichen, wenn im Gegenzug die Mutterschaftsbeiträge auch nicht gestrichen werden. Denn es geht um die Arbeit der Mütter für ihre Kinder. Im Weiteren unterstützt die SP-Fraktion den Antrag der Regierung, denn damit wurde nur eine Steuerreduktion für Besserverdienende geschaffen.

**Andreas Hausheer** weist darauf hin, dass der Pendlerabzug eine *Kröte* war, die Andreas Hürlimann nicht bereit war zu schlucken. Nun führt er dasselbe Argument bzw. steuersystematische Gründen beim Thema Eigenbetreuungsabzug auf. Er sagt, wer keine effektiven Kosten habe, solle keine Abzüge geltend machen können. Das ist steuersystematisch richtig. Doch konsequenterweise hätte Andreas Hürlimann dann aussagen müssen, er lehne eine Beschränkung der Höhe des Pendlerabzugs ab. Denn wer Kosten aufgrund des Arbeitsweges hat, müsste diese folglich ebenfalls geltend machen können.
Den Eigenbetreuungsabzug gab es bereits vor der Steuergesetzrevision 2012. Der Regierungsrat wollte dasselbe, wie er jetzt will. Schon dazumal wurde dies vom Kantonsrat und vom Volk nicht genehmigt. Nun bringt der Regierungsrat genau diesen Punkt wieder auf. Der Vorschlag der Stawiko war wohl als Steilpass an den Regierungsrat gedacht. Doch offenbar will der Regierungsrat an seinem Antrag festhalten, und er verursacht dadurch Kosten.

**Manuel Brandenberg** appelliert an die Linke, etwas ehrlicher zu sein und nicht scheinheilig festzuhalten, es gehe ihr nicht um Familienpolitik. Wenn nur Abzüge für Fremdbetreuung zugelassen werden, wird Familienpolitik gemacht. Und die Linke will ja, dass Kinder möglichst schnell von der Familie weg in ein staatliches, kollektivistisches Umfeld kommen.
Zum Eigenbetreuungsabzug: Wenn ein Elternteil für die Betreuung des Kindes zu Hause bleibt, dann wird ein Einkommen weniger erzielt. Auch das sind auch Kosten. Der Eigenbetreuungsabzug ist aus wirtschaftlicher Perspektive zu betrachten, wie dies im Steuerrecht gang und gäbe ist. Es ist nicht richtig, für einen einzelnen ideologischen Punkt die formal-juristische Betrachtungsweise zu wählen. Es geht bei dieser Diskussion um Inhalte, nicht um Systematik oder Strukturen. Mit dem Begriff Steuersystematik verwendet man ein inhaltsleeres Argument. Wird beispielsweise alles Einkommen mit 90 Prozent besteuert ausser das Beamteneinkommen, das mit 10 Prozent besteuert wird, dann ist das steuersystematisch auch falsch. Doch für den einzelnen Beamten wäre es vielleicht gut und inhaltlich richtig. Formalistische Argumentationsweisen führen nicht weiter.

**Barbara Gysel** ergreift das Wort ungern, doch Manuel Brandenberg provoziert. Er wirft der Linken eine formal-juristische Argumentation vor, hat aber in seinem Ein-

tretensvotum ganz klar anti-feministische Äusserungen vorgebracht. Unter anderem hat er gesagt, dass nur Mütter die Betreuung von Kindern übernehmen könnten. Es lohnt sich nicht, darauf einzugehen. Doch festzuhalten ist Folgendes: Es geht um Systemfremdheit beim Eigenbetreuungsabzug, wie dies Andreas Hürlimann ausgeführt hat, und selbstverständlich geht es auch um Familienpolitik. Das Ziel der Linken ist jedoch die Wahlfreiheit und nicht die Benachteiligung eines Systems. Die SVP hingegen will das traditionelle Familienmodell stärken. Die Votantin verwehrt sich gegen den Vorwurf, die Linke wolle die Kinder möglichst rasch aus dem Haus haben. Zudem geht es nicht um eine rein familienpolitische, sondern auch um eine volkswirtschaftliche Frage. Die FDP hat ein bemerkenswertes, interessantes und gutes Votum gehalten. Auch die Frage, wie der Arbeitsmarkt gepflegt wird, Fachkräfte-Initiativen usw. sind zu berücksichtigen. Die Votantin weist den Vorwurf zurück, dass die Linke nur formal-juristische Argumente anbringe.

**Nicole Imfeld** ist der Meinung, dass es in erster Linie um Wirtschaftspolitik und nicht um Familienpolitik geht. Natürlich entstehen indirekte Kosten, wenn nur ein Elternteil arbeitet und der andere zu Hause die Kinder betreut. Doch letzten Endes geht es darum, ob ein grosser Teil des Potenzials an Arbeitskräften der Wirtschaft vorenthalten werden soll. Es ist stossend, wenn man als Frau auf Schemen reduziert wird, wie dies Manuel Brandenberg bereits anlässlich der letzten Sitzung getan hat. Es gilt auch, zu berücksichtigen, was eine höhere Ausbildung der Gesellschaft bringt, und was es bedeutet, wenn jemand mit einem Studienabschluss schliesslich keiner Berufstätigkeit nachgeht. Damit schadet man der Volkswirtschaft.

**Alice Landtwing** *lüpft es nun auch den Hut.* Sie ist seit einem Jahr Grossmutter, und in ihrem Umfeld gibt es viele Frauen, die ihre Kinder betreuen. Jede dieser Frauen arbeitet zumindest Teilzeit. Auch ihre Tochter arbeitet 50 Prozent, die Votantin betreut ihre Enkelkinder eineinhalb Tage, der Schwiegersohn einen Tag. Was herrscht denn für ein Familienbild im Rat? Haben die Ratsmitglieder überhaupt Kinder? Eigenbetreuung heisst auch, dafür verantwortlich zu sein, dass jemand zu den Kindern schaut, wenn man selbst abwesend ist. Wenn sich Familien gegenseitig aushelfen, ist auch dies Eigenbetreuung. Es besuchen ja nicht alle Kinder ein Tagesheim. Die Vollkosten für die Fremdbetreuung werden sowieso nie vollständig verrechnet, also hat man diese auch noch zu tragen.

**Markus Hürlimann** stellt fest, dass die Debatte langsam zu einem Kampf zwischen Eigen- und Fremdbetreuung wird. Die SVP lehnt die Fremdbetreuung nicht ab, sie unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wenn jemand einen Fremdbetreuungskostenabzug von 9000 oder 12000 Franken beantragen würde, würde die SVP-Fraktion auch dies akzeptieren. Denn sie ist sowohl für Eigenbetreuung als auch für Fremdbetreuung und spielt die beiden Systeme nicht gegeneinander aus. Berufstätige Eltern sollen ihre Kosten abziehen können. Aus diesem Grund hat die SVP schliesslich beantragt, geltendes Recht und damit den Kostenabzug von 6000 Franken beizubehalten. Bei § 33 wird der Votant ausführen, aus welchen Gründen die SVP den Eigenbetreuungsabzug unterstützt.

**Heini Schmid** ruft in Erinnerung, dass der Hauptzweck der Debatte ein Sparprogramm ist. Führt der Rat zu jeder Frage eine grundsätzliche politische Debatte, kommt er nirgendwo hin. Es geht nicht darum, dass jeder beim Sparprogramm seine Vorlieben möglichst zu schonen versucht. Vielmehr gilt es, eine Gesamtverantwortung zu tragen. Deshalb ist es seltsam, dass die Regierung im vorliegenden Fall den ursprünglichen politischen Entscheid wieder umgeworfen hat. Damit erntet

sie genau das, was sich jetzt im Rat abspielt. Anstatt sich an der einst getroffenen Grundentscheidung zu orientieren – der Gleichbehandlung der beiden Abzüge –, macht die Regierung nun wieder Politik, aber nicht Sparpolitik. Für die Stawiko, die FDP und die CVP war es matchentscheidend, dass gespart wird. Alle müssen bestimmte Kröten schlucken. Es gilt, zu beurteilen, ob die getroffenen Massnahmen richtig sind. Natürlich kann nun jeder sein *Pläsierchen* pflegen. Doch dann nimmt der Rat die Gesamtverantwortung für den Kanton nicht wahr.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bestätigt die Aussage von Heini Schmid, auch wenn er ihm in der Konsequenz nicht hundertprozentig folgt. Doch es geht um die Frage, was in dieser Debatte Priorität hat. Der Regierungsrat hat das Entlastungsprogramm initiiert, um zu sparen, und alles in seiner Macht Stehende unternommen, um Kosten zu hinterfragen. Ob alles zu Recht hinterfragt wurde, liegt nicht nur in der Verantwortung der Regierung, sondern auch des Kantonsrats. Vielleicht kann man dem Regierungsrat einen Vorwurf machen, dass er den Eigenbetreuungsabzug hinterfragt hat, obwohl das Volk im Jahr 2012 darüber entschieden hat. Doch es besteht in diesem Punkt ein Widerspruch zu den Steuergrundsätzen. Auch auf Bundesebene wurde darüber kürzlich anders entschieden, als es im kantonalen Recht verankert ist. Da die erste Priorität beim Sparen liegt, hat die Regierung den Eigenbetreuungsabzug in Frage gestellt. Es gibt nicht *die* Steuergerechtigkeit. Schliesslich bestehen viele Abzugsmöglichkeiten, die man nicht als systematisch richtig bezeichnen kann. Es sind stets auch Spielräume vorhanden.
Der Regierungsrat hat sich noch einmal mit dem Thema beschäftigt, nachdem er seinen Antrag gestellt hat, und tut sich schwer damit. Priorität hat, dass das Entlastungsprogramm vom Rat gutgeheissen wird. Die Regierung möchte nicht provozieren, dass wegen eines einzigen Punktes möglicherweise das Referendum oder das Behördenreferendum ergriffen wird. Deshalb wird teilweise auch im Regierungsrat die Haltung vertreten, dass man sich mit dem vorgeschlagenen Kompromiss der Stawiko anfreunden könnte. Es wäre dann sozusagen eine Win-win-win-Situation, das heisst: ein gleiches Level des Eigen- und Fremdbetreuungsabzugs, und zwar nicht 6000 Franken, sondern 3000 Franken. Dies entspricht auch der Haltung der SVP. Des Weiteren kommt man der FDP entgegen. Vor diesem Hintergrund ist die Regierung auch etwas unsicher geworden. Sie hält aber an ihrem Antrag fest und bittet, zur Kenntnis zu nehmen, dass eine Spardebatte geführt wird und somit das Sparen oberste Priorität hat. Doch der Regierungsrat könnte damit leben, wenn der CVP- bzw. Stawiko-Antrag gutgeheissen würde. Es wäre immer noch ein sattes Sparpotenzial, das gesichert werden könnte.
Die Kommissionspräsidentin hatte angemerkt, dass der Aufwand sich entsprechend vergrössern würde, wenn unterschiedliche Levels für den Abzug der Fremd- und Eigenbetreuungskosten vorliegen würden. Doch der ist Aufwand natürlich nicht so gross wie das Sparpotenzial, das dahintersteckt. Wenn beispielsweise für die Fremdbetreuung ein Abzug von 6000 Franken und für die Eigenbetreuung 0 Franken gelten würden, müsste abgeklärt werden, ob die Voraussetzungen für Fremdbetreuung vorliegen. Dies müsste entsprechend belegt und überprüft werden, was zu einem grossen Aufwand führt. Das Pensum von Personen, die Veranlagungen vornehmen, würde deutlich reduziert werden. Man geht dabei von ca. 50 bis 100 Fällen pro Jahr aus.

**Andreas Hausheer** stellt richtig, dass es sich nicht um einen Antrag der CVP-Fraktion handelt, sondern um einen Antrag der Stawiko.

*§ 30 Abs. 1 Bst. l*

➔ Der Rat lehnt Antrag der SVP-Fraktion auf Abstimmung unter Namensaufruf ab. Mit 14 Stimmen wurde das erforderliche Quorum von 20 Stimmen nicht erreicht.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Stawiko ab und genehmigt mit 36 zu 29 Stimmen den Antrag der Regierung, der SVP und der SP geltendes Recht beizubehalten.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

30. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 14. April 2016 (Nachmittag)
Zeit: 14.10 – 17.45 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

## 413 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Andreas Meier, Oberägeri; Ralph Ryser, Unterägeri; Adrian Andermatt, Zari Dzaferi, Pirmin Frei, Andreas Hostettler und Andreas Lustenberger, alle Baar; Monika Weber, Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

## 414 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** orientiert über eine sprachlich-redaktionelle Bereinigung der Vorlage 2476 (Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, nachbarrechtliche Bestimmungen): Gestützt auf § 20 Abs. 2 Ziff. 5 der Geschäftsordnung des Kantonsrats hat die Redaktionskommission nach der zweiten Lesung und der Schlussabstimmung zur Vorlage am 31. März 2016 in § 111 Abs. 2 EG ZGB zwei Mal das Adjektiv «nachbarliche» ergänzt, damit es bei der künftigen Auslegung dieser Gesetzesbestimmung nicht zu Missverständnissen kommt.

➔ Der Rat nimmt diese Information stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** teilt ferner mit, dass die heutige Nachmittagssitzung maximal bis 18.00 Uhr dauern wird. In Absprache mit den Fraktionsvorstehenden wird auf den 3. Mai 2016 eine zusätzliche Kantonsratssitzung einberufen.

**Anastas Odermatt** verweist auf § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung, der besagt, dass mindestens 41 Kantonsratsmitglieder anwesend sein müssen, um gültig verhandeln und beschliessen zu können.

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**415** Traktandum 2.1: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Publikation der Gemeindeerlasse**
Vorlage: 2605.1 - 15133 (Motionstext).

**Jürg Messmer:** Im Rahmen der Revision des Gemeindegesetzes und der Einführung des Öffentlichkeitsgesetzes wurden die Gemeinden gestützt auf § 69 Ziff. 2 des Gemeindegesetzes von der Direktion des Innern verpflichtet, alle gemeindlichen Erlasse und Verordnungen öffentlich zugänglich zu machen. Gemäss der von Jolanda Spiess-Hegglin eingereichten Motion soll es schwierig sein, die Gemeindeordnung sowie allgemeinverbindliche Erlasse der Zuger Gemeinden online zu finden.
Wenn man mit der Suche auf einer Homepage nicht zurechtkommt, gibt es die Möglichkeit, einen Telefonanruf zu tätigen oder per E-Mail eine schriftliche Anfrage an die Gemeinde zu senden. Der Votant hat selbst einen Versuch gestartet: Am Sonntag, 3. April 2016, um 21.30 Uhr, hat er die elf Gemeinden des Kanton Zug per E-Mail angeschrieben und je zwei Fragen gestellt:
• Können Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde die Gemeindeordnung im Internet herunterladen? Wenn ja: Welches ist der entsprechende Link?
• Sind die allgemeinverbindlichen Reglemente der Gemeinde online abrufbar? Wenn ja: Welches ist der entsprechende Link?
Innert 68 Minuten hatte der Votant von der ersten Gemeinde eine Antwort – und das an einem Sonntagabend: Gratulation an die Gemeinde Cham! Zehn der elf Zuger Gemeinden beantworteten innerhalb eines Arbeitstags die Anfrage. Aus allen Antworten war ersichtlich, dass die Reglemente und Verordnungen online abrufbar sind, und der Votant erhielt den jeweiligen Link zugestellt. Zu den von Jolanda Spiess-Hegglin nicht gefundenen sieben Gemeindeordnungen ist Folgendes zu beachten: Aus den Antworten dieser Gemeinden geht hervor, dass eine Gemeindeordnung noch nicht existiert und erst in Erarbeitung ist. Daher ist es nachvollziehbar, dass sie nicht gefunden wurden. Fazit: Es gibt also keinerlei Probleme, an die gewünschten Dokumente – soweit es sie überhaupt gibt – zu kommen.
Ein weiterer Punkt. Aus Sicht des Votanten ist die Forderung von Jolanda Spiess-Hegglin gar nicht motionsfähig. Denn sollte eine Zuger Gemeinde die von der Direktion des Innern verlangte, eingangs erwähnte Bestimmung nicht erfüllen, wäre es an der Direktion des Innern, die Aufsicht wahrzunehmen und diese Gemeinde zu ermahnen. Eine allfällige Aufführung der gemeindlichen Gemeindeordnungen in der Rechtssammlung des Kantons, wie von der Motionärin gefordert, würde aus Sicht des Votanten gegen die Gemeindeautonomie verstossen. § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) lautet nämlich: «Die Gemeinden erlassen die für ihre Organisation und für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Gemeindeordnungen, Organisationsbeschlüsse oder Statuten. Darüber hinaus regeln sie ihre Aufgabenerledigung in Reglementen. Sämtliche Erlasse sind systematisch zu ordnen und öffentlich zugänglich.» Das motionierte Anliegen ist also eine Aufgabe der Gemeinden und nicht des Kantons. Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant daher den **Antrag,** die vorliegende Motion von Jolanda Spiess-Hegglin nicht zu überweisen.

Motionärin **Jolanda Spiess-Hegglin** hält fest, dass Abläufe und Strukturen im Laufe der Jahrzehnte gerne auch mal angepasst und optimiert werden dürfen. Die zentrale Stelle für die kantonalen Erlasse existiert ja bereits, und es bietet sich an, dass

hier auch die gemeindlichen Erlasse gesammelt und strukturiert aufgeschaltet werden. Ansonsten müsste man auch hinterfragen, warum die Gemeinden sonstige Strukturen des Kantons nutzen, beispielsweise den Internet-Auftritt oder das Einwohnerverwaltungssystem. Selbstverständlich können die Gemeinden ihre Reglemente auch in Zukunft zusätzlich auf jede erdenkliche Art publizieren.
Die Motionärin ruft den Rat auf, es zuzulassen, dass alte Zöpfe und Strukturen ab und an mal entstaubt werden. Sie dankt für die Unterstützung.

**Thomas Lötscher** teilt mit, dass die FDP-Fraktion ebenfalls den **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion stellt. Selbstverständlich ist die gemeindliche Website heute die sinnvollste und effizienteste Sicherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit. Somit haben die Gemeinde selber ein grundsätzliches Interesse, dieses elektronische Instrument zu nutzen; weshalb es zum Teil noch nicht so weit ist, hat Jürg Messmer ausgeführt. Auf der Website von Neuheim, der kleinsten Zuger Gemeinde, ist man mit zwei Mausklicks bei den gemeindlichen Erlassen.
Dem Kanton eine Verantwortung für das *Monitoring,* die Bewirtschaftung und Dokumentierung gemeindlicher Erlasse auf diesem Niveau aufzuzwingen, ist ein bürokratischer *Overkill*, der absolut unnötig ist – ähnlich unnötig wie Vollräusche an Landammannfeiern. Der Votant fordert den Rat deshalb auf, der Verwaltung diesen Bürokratietiger zu ersparen und die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für die Nichtüberweisung der Motion ein Quorum von zwei Dritteln der Stimmenden nötig ist.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 49 zu 14 Stimmen ab.

**416** Traktandum 2.2: **Interpellation von Richard Rüegg betreffend öffentlichen Wettbewerb – Einhalten des Submissionsrechts**
Vorlage: 2601.1 - 15125 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**417** Traktandum 2.3: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Axpo und Misswirtschaft bei Atomkraftwerken**
Vorlage: 2606.1 - 15134 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)

**418** Traktandum 5.1 (Fortsetzung): **Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung: Fortsetzung der 1. Lesung**
Vorlagen: 2569.1/1a/1b - 15044 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2569.2 - 15045 (Antrag des Regierungsrats [Synopse]); 2569.3/3a/3b - 15099 (Bericht und Antrag der Kommission); 2569.4/4a - 15100 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Teil II: Fremdänderungen** (Fortsetzung)

***Steuergesetz vom 25. Mai 2000 (Stand 1. Januar 2016)*** *(Fortsetzung)*

*§ 33 Abs. 2*

**Markus Hürlimann** teilt mit, dass der SVP die Eigenbetreuungskosten mindestens genauso sehr am Herzen liegen wie die Fremdbetreuungskosten. Sie spielt die zwei Betreuungsmodelle nicht gegeneinander aus, sondern vertritt die Ansicht, dass die Eigenbetreuung in der Familie mindestens die gleiche Wertschätzung erhalten sollte wie die Fremdbetreuung in einem Kinderhort, dies nicht nur gesellschaftlich, sondern auch steuerrechtlich, indem der Eigenbetreuungsabzug mindestens gleich hoch angesetzt ist wie der Fremdbetreuungsabzug und dies in einer würdigen Höhe. Dass der Regierungsrat den erst 2012 eingeführten Eigenbetreuungsabzug durch die Hintertüre wieder abschaffen will, trifft die SVP sehr und ist für sie unverständlich. Wie der Votant bereits zu Beginn der Beratungen zu den Massnahmen zum Steuergesetz erwähnt hat, ist für die SVP damit die Schmerzgrenze erreicht. Nicht einmal der Kompromissvorschlag der Stawiko vermag diesen Schmerz zu lindern. Die SVP wird sich mit allen Mitteln gegen die Streichung oder Beschneidung des Eigenbetreuungsabzugs wehren, denn diese Massnahme trifft nicht nur die Familie als kleinste und wichtigste Zelle der staatlichen Gemeinschaft, sondern setzt vielmehr die Eigenbetreuung herunter.
Während man bei der Fremdbetreuung eine Rechnung des Kinderhorts vorweisen kann, ist dies bei der Eigenbetreuung nicht möglich. Den Wert der Eigenbetreuung kann man aber nicht genug hoch aufwiegen. Bei einigen Paaren gehen beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nach und organisieren die Kinderbetreuung eigenverantwortlich in der Familie, mit dem *Grosi,* dem *Gotti* oder dem Bekanntenkreis, und verzichten darauf, ihre Kinder in staatlich subventionierten Einrichtungen erziehen zu lassen. Diese Personen sollen für ihr eigenverantwortliches Handeln einen Abzug machen können. Bei anderen Paaren reduziert ein Ehepartner sein Arbeitspensum, um voll für die eigenen Kinder da zu sein, und verzichtet damit freiwillig auf Einkünfte. Die SVP findet, man sollte diesen Personen steuerlich entgegenkommen, damit sie ihren Lebensunterhalt trotzdem ohne weitere staatliche Hilfe bestreiten können. Wie bereits erwähnt, geht es nicht darum, die Betreuungsmodelle gegeneinander auszuspielen. Familien sollen selbst entscheiden, welches Modell für sie stimmt. Aber die Eigenbetreuung soll den Platz behalten, den sie verdient, gesellschaftlich wie auch im Zuger Steuergesetz.
Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant deshalb den **Antrag** auf Beibehaltung des geltenden § 33 Abs. 2 und Abs. $2^{bis}$ des Steuergesetzes. Gleichzeitig stellt er den **Antrag** auf Abstimmung unter Namensaufruf gemäss § 81 GO KR.

**Manuel Brandenberg** stellt für den Fall, dass der eben gestellte Antrag der SVP-Fraktion auf Beibehaltung bisherigen Rechts abgelehnt wird, den **Eventualantrag,** § 33 Abs. 2 wie folgt zu formulieren: «Für jedes am Ende der Steuerperiode weniger als 15 Jahre alte Kind, für das ein Abzug gemäss Abs. 1 Ziff. 2 geltend gemacht werden kann, kann das letzte Nettoeinkommen nach Steuern derjenigen Person abgezogen werden, welche zufolge der Kinderbetreuung ihr Einkommen reduziert hat oder nicht mehr erzielt.»

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hat am Morgen mit etwas verzogener Miene aufzuzeigen versucht, wo die Kompromissbereitschaft der Regierung liegen könnte, obwohl diese an ihren Anträgen zu § 30 und § 33 Abs. 2 festgehalten hat bzw. festhält. Die Regierung folgt mit ihrem Antrag einem Steuergrundsatz, nämlich dass bei einer Eigenbetreuung keine effektiven Auslagen anfallen und somit auch keine Abzüge gemacht werden können. Wenn man der Argumentation von heute Morgen gefolgt ist, muss man konsequenterweise jetzt auch den Antrag der Regierung unterstützen. Markus Hürlimann hat die Worte gebraucht, es «liege seiner Partei am Herzen». Ja, natürlich, aber dem Finanzdirektor und der Regierung und wohl auch dem Kantonsrat und der Bevölkerung liegt es auch am Herzen, dass der Kanton Zug im Jahr 2019 – so Gott will – ein ausgeglichenes Budget hat. Und hier geht es um einen substanziellen Betrag: 3 Millionen Franken für den Kanton und weitere fast 2 Millionen Franken für die Gemeinden. Man darf nicht aus den Augen verlieren, dass es hier um ein Sparprogramm geht. Und wenn es ums Sparen geht, darf man – da muss der Finanzdirektor der Ratslinken Recht geben – auch an Grundsätze appellieren und auf die Systematik hinweisen. Dem Finanzdirektor ist bewusst, dass das Volk 2012 anders entschieden hat, aber damals war der Finanzhimmel noch nicht so düster wie heute. Aus diesen Gründen bittet er, den Anträgen des Regierungsrats zu § 33 Abs. 1 und Abs. 2 zu folgen. Den Eventualantrag von Manuel Brandenberg hat er nicht wirklich verstanden, und es wäre seiner Meinung nach fahrlässig, einen so kurzfristig eingebrachten Antrag gutzuheissen.

**Karl Nussbaumer** korrigiert: Auch Leute, die ihre Kinder zuhause erziehen, haben Betreuungskosten, nicht nur diejenigen, welche arbeiten gehen und ein Doppeleinkommen erzielen. Wer die Kinder zuhause erzieht, hat am Ende des Monats nämlich weniger im Geldbeutel und kann vielleicht – anders als Doppelverdienende – nicht noch schön auswärts essen gehen. Der Votant appelliert deshalb an den Rat, hier die Gleichberechtigung walten zu lassen. Immer wird von der Gleichberechtigung von Mann und Frau gesprochen, hier aber kann nun mal ein Zeichen dafür gesetzt werden: Sowohl Leute, die arbeiten gehen, als auch jene, die zuhause ihre Kinder erziehen, sollen je 6000 Franken abziehen können. Der Votant bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

**Michael Riboni** möchte auf Widersprüche in der Debatte hinweisen. Der Finanzdirektor argumentiert mit effektiven Auslagen. Kosten für die Fahrt zum Arbeitsplatz sind aber auch effektive Auslage, man hätte mit dieser Argumentation den Pendlerabzug also nicht beschränken dürfen. Das ist ein weiteres Beispiel, das zeigt, wie irrsinnig die Spardebatte im Kantonsrat geführt wird. Und wenn so weitergemacht wird, dann freut sich der Votant darauf, im Referendumskomitee mitzuarbeiten.

**Beni Riedi** war in der letzten Sitzung, als zum ersten Mal über das Entlastungspaket – für den Votanten ist es ein *Be*lastungspaket – debattiert wurde, leider nicht anwesend. Er kann sich den Ausführungen seines Vorredners aber nur anschliessen. Der Finanzdirektor sagte, der Zuger Bevölkerung liege ein ausgeglichenes

Budget am Herzen. Fakt aber ist, dass am Morgen kein einziger Franken eingespart wurde. Es wurden nur Kosten verlagert: weniger Pendlerabzüge, mehr Gebühren für die Polizei etc. Es wurde heute noch kein einziger Franken gespart.

Für **Oliver Wandfluh** war klar, dass die heutige Debatte emotional geführt wird: Es geht um Familien und Kinder, um Steuerabzüge, um den Mittelstand und um untere Einkommensschichten. Es wird – auch von der Regierung – gesagt: «Jetzt müssen wir», «Es ist Zeit», «Es ist fünf nach zwölf» etc. Der Votant möchte aber in Erinnerung rufen, dass es keine fünf Monate her ist, seit die SVP moderat 26 Millionen Franken Einsparpotenzial vorgeschlagen hat – und alles wurde abgelehnt, dies in Zusammenhang mit einem Gesamtbudget von 1,4 Milliarden Franken: Es waren 1,85 Prozent, welche die SVP sparen wollte. Von jedem Regierungsrat aber war der gleiche Satz zu hören: «Die Zitrone ist ausgepresst, es geht nicht mehr.» Heute aber will der Kantonsrat bei den Ärmsten sparen, nämlich bei denjenigen, welche diesen Abzug brauchen können. Das ist total falsch. Auch der Votant ist der Meinung, dass Kompromisse geschlossen und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden muss; es ist nämlich wirklich fünf nach zwölf. Aber die 26 Briefe, die er in den letzten Wochen erhalten hat – von Lehrervereinen, der Schifffahrtsgesellschaft, dem Wanderwegverein etc. –, zeigen alle dasselbe: Keiner will bei sich sparen. Sicher aber ist nach Meinung des Votanten: Hier, beim Eigenbetreuungsabzug, wird am falschen Ort gespart.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ging eigentlich davon aus, dass die Eintretensdebatte längst abgeschlossen sei. Was er nun aber von seiner eigenen Fraktion zu hören bekommt, erstaunt ihn doch sehr. So wird etwa von Beni Riedi – eben von einer Weltreise zurückgekehrt – getan, als ob der Regierungsrat in fahrlässiger Art und Weise ein Entlastungsprogramm vorlegen würde, das nichts mit Sparen zu tun hat, nur Kosten verlagert etc. Im Namen des Regierungsrats hält der Finanzdirektor in aller Deutlichkeit fest, dass der Kanton Zug und seine Regierung hier ein gutes Programm vorlegen. Das möge bitte auch die SVP zur Kenntnis nehmen. Es wird getan, als ob die Mitglieder des Regierungsrats nur Weicheier seien und irgendetwas vorlegen würden, das nichts bringt. *(Der Finanzdirektor ist sichtlich erzürnt.)* Wenn dieses auf dem Prinzip der Opfersymmetrie basierende Entlastungsprogramm nicht funktioniert, dann möchte der Finanzdirektor wissen, wie die SVP mit ihren pauschalen Streichungsanträgen durchkommen will. Regierung und Verwaltung haben zwei Jahre lang an diesem Programm gearbeitet und die Grundlage geschaffen, um mit einem Fortsetzungsprogramm 2019 ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu können. Im Namen des Regierungsrats hält der Finanzdirektor in aller Klarheit fest, dass er sich nicht dauernd vorwerfen lässt, die Regierung habe den *Puck* nicht ge*checkt* – wie der EVZ, der im Viertelfinal ausgeschieden ist. Der Regierungsrat ist bemüht, mit Vorschlägen und Varianten eine Grundlage zu schaffen, um den Staatshaushalt um 111 Millionen Franken zu entlasten. «Entlasten» heisst, den berühmten «Zuger Finish» einzudämmen, wobei der Kanton Zug auch dann noch weit über dem schweizerischen Durchschnitt liegen wird. Den «Zuger Finish» einzudämmen heisst: in der Verwaltung sparen, Leistungen hinterfragen. Es heisst aber auch: die Gemeinden mit ihrem «Zuger Finish» ebenfalls ins Boot nehmen. Und es heisst auch, dass *Böötchen* nicht gratis auf dem Zugersee herumfahren können. Auch da – bei Steuern und Gebühren – ist es angezeigt, den Hebel anzusetzen, wie das auch andernorts der Fall ist. Genau vor diesem Hintergrund muss man das vorliegende Entlastungsprogramm betrachten – und den ersten Schritt tun, um die Voraussetzungen für einen zweiten Schritt zu schaffen. In diesem Sinn bittet der Finanz-

direktor um die Grandezza, nicht dauernd dem Regierungsrat vorzuwerfen, er verlagere nur die Kosten, spare nicht wirklich etc. Das ist schlicht nicht der Fall.

**Karen Umbach** legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie ist Präsidentin des grössten Anbieters von schulergänzender Kinderbetreuung im Kanton Zug.
Nur 28 Prozent der Zuger Paarhaushalte haben eine konservative Struktur, bei der nur der Mann erwerbstätig ist. Selbstzahlende zahlen bei der von der Votantin präsidierten Institution – und sie ist nicht die teuerste – für fünf Tage pro Woche für ein Kind unter zwei Jahre 2940 Franken und für ein Kind über zwei Jahre 2600 Franken im Monat. Pro Jahr macht dies für ein Kind unter zwei Jahre und ein Kind über zwei Jahre 66'480 Franken. Mit diesem Betrag könnte man sehr oft auswärts essen gehen. In der Stadt Zug befinden sich mehr als 220 Kinder im Vorschulalter auf der Warteliste für einen Kinderkrippenplatz. Zu erwähnen ist auch, dass erwerbstätige Haushalte mehr Steuern bezahlen. Die Votantin bittet den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

**Manuel Brandenberg** möchte festhalten, dass die SVP-Fraktion nicht immer pauschal den Regierungsrat kritisiert. Die SVP-Sprecher haben Argumente vorgetragen und klargemacht, dass man nicht bereit ist, den Eigenbetreuungsabzug, der 2012 als Gegenklang zum Fremdbetreuungsabzug in gleicher Höhe neu eingeführt wurde, jetzt wieder fallen zu lassen. Sie haben auch Konsequenzen angesprochen für den Fall, dass das Fuder aus Sicht einer politischen Richtung im Parlament, der SVP, überladen wird – und eine mögliche Konsequenz ist das Referendum. Ein solches Vorgehen ist normal und gehört zu einer parlamentarischen Debatte. In diesem Sinne bittet der Votant den Regierungsrat, sich hier nicht allzu viele Sorgen zu machen: Die SVP nimmt nur ihre Funktion als Vertreterin ihrer Wähler wahr.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die Abstimmung zur Höhe des Eigenbetreuungsabzugs unter Namensaufruf durchzuführen, mit 22 Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der Abstimmung unter Namensaufruf ein «Eins» die Zustimmung zum Antrag auf Beibehaltung bisherigen Rechts (Eigenbetreuungsabzug 6000 Franken), ein «Zwei» die Zustimmung zum Antrag der Stawiko (Eigenbetreuungsabzug 3000 Franken) bedeutet.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Eins |
| Brunner Philip C. | Zwei |
| Camenisch Philippe | Zwei |
| Christen Hans | Enthaltung |
| Giger Susanne | Zwei |
| Gysel Barbara | Zwei |
| Landtwing Alice | Zwei |
| Marti Daniel | Zwei |
| Messmer Jürg | Eins |
| Raschle Urs | Zwei |
| Rüegg Richard | Eins |
| Sivaganesan Rupan | Zwei |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Zwei |
| Stadlin Daniel | Zwei |

| | |
|---|---|
| Stocker Cornelia | Zwei |
| Straub-Müller Vroni | Eins |
| Thalmann Silvia | Eins |
| Umbach Karen | Zwei |
| Vollenweider Willi | Eins |
| | |
| Dittli Laura | Eins |
| Iten Patrick | Zwei |
| Letter Peter | Zwei |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Zwei |
| Hess-Brauer Iris | Zwei |
| Ingold Gabriela | Zwei |
| Iten Beat | Zwei |
| Ryser Ralph | Abwesend |
| Werner Thomas | Eins |
| | |
| Barmet Monika | Eins |
| Etter Andreas | Eins |
| Nussbaumer Karl | Eins |
| | |
| Abt Daniel | Zwei |
| Andermatt Adrian | Abwesend |
| Andermatt Pirmin | Eins |
| Dzaferi Zari | Abwesend |
| Frei Pirmin | Abwesend |
| Gössi Alois | Zwei |
| Häseli Barbara | Eins |
| Hostettler Andreas | Abwesend |
| Hürlimann Markus | Eins |
| Imfeld Nicole | Zwei |
| Lustenberger Andreas | Abwesend |
| Riboni Michael | Eins |
| Riedi Beni | Eins |
| Schmid Heini | Eins |
| Wandfluh Oliver | Eins |
| | |
| Baumgartner Hans | Eins |
| Birrer Walter | Eins |
| Bühler Olivia | Zwei |
| Gander Thomas | Zwei |
| Haas Esther | Zwei |
| Mösch Jean-Luc | Eins |
| Renggli Silvan | Eins |
| Sieber Beat | Zwei |
| Soltermann Claus | Zwei |
| Suter Rainer | Eins |
| | |
| Bieri Anna | Zwei |
| Helbling Karin | Zwei |

| | |
|---|---|
| Hofer Rita | Zwei |
| Schuler Hubert | Zwei |
| Unternährer Beat | Zwei |
| Villiger Thomas | Eins |
| | |
| Burch Daniel | Eins |
| Hausheer Andreas | Eins |
| Hürlimann Andreas | Zwei |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Zwei |
| Weber Monika | Abwesend |
| | |
| Balmer Kurt | Zwei |
| Burch Daniel Thomas | Eins |
| Roos Flavio | Eins |
| Schriber-Neiger Hanni | Zwei |
| Stuber Daniel | Zwei |
| Werder Matthias | Abwesend |
| Wiederkehr Roger | Eins |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Zwei |
| | |
| Henseler Emanuel | Eins |
| Lötscher Thomas | Zwei |

➔ Der Rat folgt mit 38 zu 31 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission und legt den Eigenbetreuungsabzug bei 3000 Franken fest.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass nun über den Eventualantrag von Manuel Brandenberg abgestimmt wird. Er bittet Manuel Brandenberg, seinen Antrag nochmals vorzulesen.

**Manuel Brandenberg** formuliert seinen Eventualantrag zu § 33 Abs. 2 nochmals: «Für jedes am Ende der Steuerperiode weniger als 15 Jahre alte Kind, für das ein Abzug gemäss Abs. 1 Ziff. 2 geltend gemacht werden kann, kann das letzte Nettoeinkommen nach Steuern derjenigen Person abgezogen werden, die ihr Einkommen zufolge von Kinderbetreuung nicht mehr erzielt.»

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Manuel Brandenberg mit 52 zu 14 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass abschliessend nun der Antrag der Stawiko (Eigenbetreungsabzug 3000 Franken) dem Antrag des Regierungsrats auf Aufhebung von § 33 Abs. 2 gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat folgt mit 46 zu 19 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission.

*§ 33 Abs. 2$^{bis}$*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Staatskanzlei mit der Steuerverwaltung abklären wird, wie § 33 Abs. 2$^{bis}$ formuliert werden muss. Das Resultat dieser Abklärungen fliesst in das Ergebnis der ersten Lesung ein. Bei Bedarf stellt der Regierungsrat auf die zweite Lesung einen entsprechenden Antrag.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Andreas Hausheer** teilt mit, dass es der CVP ein Anliegen ist, dass Eigen- und Fremdbetreuung steuerlich gleich behandelt werden. Namens der CVP-Fraktion stellt er deshalb gemäss § 71 GO KR den **Rückkommensantrag,** nochmals über § 30 Abs. 1 Bst. l zu beraten und den Eigen- und Fremdbetreuungsabzug gleich zu behandeln.

➔ Der Rat stimmt dem Rückkommensantrag mit 52 zu 13 Stimmen zu.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die SVP-Fraktion umschwenkt und Antrag der Stawiko auf 3000 Franken Fremdbetreuungsabzug unterstützt.

➔ Der Rat folgt in der erneuten Abstimmung zu § 30 Abs. 1 Bst l mit 52 zu 11 Stimmen dem Antrag der Stawiko und legt den Fremdbetreuungsabzug bei 3000 Franken fest.

***Kantonsratsbeschluss über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif) vom 11. März 1974 (Stand 1. April 2015)***

*§ 4a Abs. 1*

**Barbara Gysel** hält fest, dass es hier um die Erhebung von Gebühren geht, die gemäss der Dokumentation in der Vernehmlassung einzig von der SVP in Frage gestellt wurde. Sie selbst möchte wissen, ob diese Gebühren nur erhoben werden *können,* wenn dem Archiv ein Auftrag erteilt wird, oder ob sie sämtliche Dienstleistungen eines Archivs betreffen. Der Votantin ist aus den Berichten nicht ganz klar geworden, was hier gilt. Zu bedenken ist auch, dass es gemäss Bericht des Regierungsrats um lediglich 2000 Franken Mehreinnahmen pro Jahr geht, dies auf Kosten von Bürgerinnen und Bürgern. Wenn die Gebühren bei der normalen Nutzung eines Archivs erhoben werden sollen, stellt die Votantin den **Antrag,** hier beim geltenden Recht zu bleiben.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** glaubt sich zu erinnern, dass in der Kommission kurz darüber diskutiert wurde, dass heute viele Archivleistungen elektronisch abrufbar sind. Die Kommission hat sich vom Verursacherprinzip leiten lassen und die Eigenverantwortung in den Vordergrund gestellt. Sie ist auch der Meinung, die genannten 2000 Franken seien für den Archivbenutzer, der Dienstleistungen in Anspruch nehmen will, verkraftbar. Sie hat dem Antrag des Regierungsrats mit 11 zu 3 Stimmen zugestimmt.

Auf Nachfrage des Präsidiums präzisiert **Barbara Gysel** ihren Antrag: Er bezieht sich auf § 4a Abs. 1 Ziff. 38.1.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung von Ziff. 38.1 mit 34 zu 22 Stimmen ab.

➔ Der Rat genehmigt § 4a Abs. 1 stillschweigend gemäss Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973 (Stand 2. Mai 2015)***

*§ 6 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass die beantragte Massnahme als solches in der Kommission komplett unbestritten war. Es gab allerdings eine Diskussion über die Abgeltung der Staatsgarantie für die Zuger Kantonalbank. Es wurde diskutiert, ob diese in Anbetracht des grösseren Risikos im Vergleich zu früher für den Kanton zu bescheiden bemessen sei. Im gleichen Atemzug wurde hoch emotional das Verhältnis der Saläre der Regierungsräte zu denjenigen der Geschäftsleitung der Kantonalbank angesprochen. Im Wissen darum, dass der Regierungsrat – wie der damalige Finanzdirektor Peter Hegglin der Kommission bekräftigte – dem Kantonsrat die Revision des Kantonalbankengesetzes bis Ende 2016 vorlegen wird, verzichtete die Kommission auf weitergehende Massnahmen als beantragt. Letztendlich würden solchen mindestens zum Teil die Zustimmung der Generalversammlung der Zuger Kantonalbank zugrunde liegen. Vielleicht kann der neue Finanzdirektor noch einige Aussagen dazu machen, wie weit die Verhandlungen mit der Zuger Kantonalbank fortgeschritten sind und bis wann der Kantonsrat mit der entsprechenden Vorlage rechnen kann.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass er sich zu den angesprochenen Salären nicht äussern will. Dieses Thema betrifft nicht den Kantonsrat, auch wenn es allenfalls in Zusammenhang mit der Abgeltung der Staatsgarantie diskutiert werden wird. Zur Thematik der Abgeltung der Staatsgarantie wurde eine interne Kommission gebildet, die noch vor den Sommerferien tagen wird und in der das Thema der Revision des Kantonalbankgesetzes ausserhalb des Entlastungspakts bzw. nach der ersten und zweiten Lesung dazu aufgenommen wird. Bis Ende 2016 werden die Resultate auf dem Tisch liegen, so dass 2017 die entsprechende Vorlage im Kantonsrat diskutiert und beraten werden kann. In diesem Sinne ist die Finanzdirektion am Ball und wird nichts verzögern.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

***Kantonsratsbeschluss betreffend Landerwerb für kantonale Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone vom 24. September 2009 (Stand 1. Dezember 2009)***

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** verweist auf den Bericht der vorberatenden Kommission.

Es ist Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** ein Anliegen, vorab noch eine Bemerkung zur vorangehenden Diskussion über das Steuergesetz zu machen: Der theaterreife Umweg von zwei Stunden Dauer hat den Steuerzahler rund 7000 Franken gekostet.
Zum Kantonsratsbeschluss betreffend Landerwerb in der Landwirtschaftszone: Der Umstand, dass die Investitionsrechnung – wie auf Seite 44 des regierungsrätlichen Berichts ausgeführt wird – höchstens mit 200'000 Franken statt mit 1 Million Franken belastet wird, sowie das Argument, dass die Rechtssicherheit der Landbesitzer höher zu gewichten sei, liess die Stawiko mit 4 zu 3 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission folgen.

**Alois Gössi:** Die SP-Fraktion empfiehlt, dem Antrag des Regierungsrats zu § 2 Abs. 1 Folge zu leisten und nicht zu warten, bis die Frage der Entschädigung bei der Revision des Bau- und Planungsgesetzes wahrscheinlich im kommenden Herbst geregelt werden könnte. Die SP-Fraktion hat sich schon beim Kantonsratsbeschluss vom 24. September 2009 dagegen ausgesprochen, die Entschädigung beim Landerwerb von 20 auf 80 Franken pro Quadratmeter zu erhöhen. Sie unterstützt deshalb eine Reduktion bei diesen Entschädigungen, dies auch aufgrund des Vergleichs mit den Entschädigungen, die das Bundesamt für Strassen bezahlt, wenn es Land benötigt: Hier beträgt der Ansatz rund 8 Franken pro Quadratmeter.
Falls Abs. 1 aber in der Fassung des Regierungsrats angenommen wird, lehnt die SP-Fraktion Abs. 2 ab. Es soll hier weiterhin das geltende Recht gültig sein. Es kann nämlich nicht sein, dass Landeigentümer, die zuerst Widerstand gegen die Landübernahme leisten und anschliessend einer gütlichen Regelung zustimmen, mit einer Verdoppelung des Preises pro Quadratmeter belohnt werden. Da wäre ja jeder Landbesitzer der Dumme, der sein Land von Anfang an einvernehmlich an den Kanton abtritt. Es ist erstens zu befürchten, dass mit dieser Regelung sich die betroffenen Landbesitzer am Anfang gegen eine einvernehmliche Lösung wehren, aber dann umschwenken und eine Vereinbarung mit dem Kanton unterzeichnen; so kommt es wahrscheinlich generell zu einer Verdoppelung der Entschädigung. Und zweitens hat der Votant persönlich Mühe damit, dass Landbesitzer belohnt und mit der Verlockung auf höhere Entschädigungszahlungen dazu gebracht werden, sich auf gütlichem Wege mit dem Kanton zu einigen, nur damit der Kanton eher in den Besitz des Landes kommt. Der Kanton kauft sich hier also ein Wohlergehen der Landbesitzer durch eine doppelt so hohe Entschädigungssumme.

**Michael Riboni** legt vorab seine Interessenbindung offen: Er arbeitet beim Schweizer Bauernverband und ist Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Agrarrecht.
Der Votant hält fest, dass die öffentliche Hand beim Erwerb von Land für öffentliche Bauten nicht an die Preiskontrolle und die Höchstpreise des bäuerlichen Bodenrechts gebunden ist. Das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht sieht für solche Fälle nämlich explizit eine Ausnahmeklausel vor. Dies ist auch richtig, denn der Schutzgedanke des Gesetzes war und ist es, Spekulationen mit Landwirtschaftsland, also Bodenspekulationen, Einhalt zu gebieten. Und man kann der öffentlichen Hand ja kaum unterstellen, dass sie aus rein spekulativen Zwecken Landwirtschaftsland erwirbt.
Der Kanton ist beim Landerwerb für kantonale Bauvorhaben also nicht an das bäuerliche Bodenrecht und dessen Höchstpreise gebunden. Es geht deshalb nicht an, ja es ist gar stossend und systemwidrig, wenn sich der Kanton in der Entschädigungsfrage trotzdem auf das bäuerliche Bodenrecht beruft und sich an Höchstpreisen orientiert, welche beim Handel von Landwirtschaftsland unter zwei Land-

wirten gelten. Dies erkannte 2009 wohlweislich auch der Kantonsrat und legte mit deutlicher Mehrheit – das damalige Stimmenverhältnis lautete 49 zu 19 – einen Richtpreis von 80 Franken pro Quadratmeter für Land ausserhalb der Bauzone fest. Auch der Regierungsrat stellte sich immer hinter diesen Beschluss. Gerne stellte die Regierung den Kanton Zug in der Folge schweizweit auch als Vorbilds- und Vorreiterkanton dar. Noch im September 2015, also vor sieben Monaten, rühmte der damalige Baudirektor in einem hervorragenden Referat an der Fachtagung der Schweizerischen Gesellschaft für Agrarrecht die geltende Entschädigungspraxis des Kantons Zug als Beispiel einer fairen und sich am volkswirtschaftlichen Nutzen orientierenden Landerwerbspolitik.
Nun, rund ein halbes Jahr später will die Regierung davon nichts mehr wissen. Der vom Kantonsrat 2009 beschlossene Richtpreis soll wieder aus dem Gesetz verschwinden. Künftig soll nur noch der nach dem bäuerlichen Bodenrecht zulässige Höchstpreis – das sind im Kanton Zug rund 10 bis 15 Franken pro Quadratmeter – bezahlt werden. Den Landwirten soll das Land also quasi wieder für ein Butterbrot weggenommen werden können. Diese Koppelung des Preises an das bäuerliche Bodenrecht ist – wie in Kürze bereits dargelegt – aus rechtlicher Sicht systemwidrig und deshalb abzulehnen. Wenn der Kanton den betroffenen Bauern keinen Realersatz bieten kann, ist es nichts als fair, dass ein Landpreis bezahlt wird, der sich am volkswirtschaftlichen Nutzen der betreffenden Infrastrukturbaute orientiert. Und dieser Nutzen ist weiss Gott nun mal grösser als 10 bis 15 Franken pro Quadratmeter.
Der regierungsrätliche Änderungsantrag und Sparvorschlag würde den hiesigen Landwirten also ein auch in rechtlicher Hinsicht nicht gerechtfertigtes Sonderopfer abverlangen. Der Votant bittet deshalb im Namen der SVP-Fraktion, die vom Regierungsrat beantragte Änderung des Kantonsratsbeschlusses abzulehnen.

**Hans Baumgartner:** 2009 wurde eine längst überfällige Ungerechtigkeit im Bereich des Landerwerbs für kantonale Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone mit einem Beschluss des Kantonsrats, der die Entschädigung auf 80 Franken pro Quadratmeter festlegte, etwas entschärft. Mittlerweile sind Bestrebungen für eine gerechtere Abgeltung in vielen weiteren Kantonen sowie beim Bund in Bearbeitung. Diese Anpassung nach kurzer Zeit wieder rückgängig zu machen, ist ein klarer Verstoss gegen Treu und Glauben.
Als Argument führt die Regierung an, dass der Kanton Zug diesbezüglich als Preistreiber gelte. Hier stellt sich die Frage, wer denn der eigentliche Preistreiber ist. Tatsächlich ist in kaum einem anderen Kanton ein derart grosses Missverhältnis zwischen dem Baulandpreis und dem Landpreis, der für den Bau von Infrastrukturen bezahlt wird, auszumachen. Grundsätzlich fragwürdig ist, wenn – wie die Regierung es vorsieht – die Landpreise für Infrastrukturbauten aus den Bestimmungen über das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) abgeleitet werden. Dieses Gesetz regelt die Landpreise, um sie der landwirtschaftlichen Nutzung zu erhalten, und ist überdies nur für Selbstbewirtschafter bestimmt; ebenfalls gilt für solche Parzellen ein Teilungsverbot. Keinesfalls aber regelt dieses Gesetz den Preis für Land, welches der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen und für Infrastrukturvorhaben verbaut wird.
Wenn die Regierung überdies in Aussicht stellt, bei einem «konstruktiven» Verhalten der Grundeigentümer bei der Landabgabe diese offerierten Kleinstpreise zu verdoppeln – im Wissen darum, dass mit solch minimalen Geldbeträgen sich kaum jemand rechtlich zu wehren vermag –, so zeigt dies die minderwertige Haltung den Grundeigentümern und dem Kulturland gegenüber. Überdies sind solche Flächenabgaben auch bei einer vordergründig freiwilligen Zustimmung faktisch immer Ent-

eignungen. Denn kein Grundeigentümer wird aus wirklich freiem Willen Boden – meist sind es Landstreifen aus einer arrondierten Parzelle – abgeben. Der Votant erkennt in einem solchen Vorgehen deshalb keine Sparmassnahme, sondern vielmehr die Absicht des Staats, sich auf fragwürdige Art und Weise Privateigentum anzueignen. Um die Staatsrechnung zu entlasten, müsste hier vielmehr die im Raumplanungsgesetz vorgesehene Mehrwertabschöpfung auf Ein- und Aufzonungen umgesetzt werden, um damit diese Landerwerbe zu fairen Preisen finanzieren zu können.
Zusammenfassend fordert der Votant den Rat auf, die vom Regierungsrat beantragte Änderung unbedingt abzulehnen. Abschliessend legt er noch seine Interessenbindung offen: Er besitzt Landwirtschaftsland, und es könnte sein, dass dieses für Infrastrukturbauten benötigt wird.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Argumente auf dem Tisch liegen und in den Kommissionen und Fraktionen intensiv besprochen wurden; die Debatte muss also nicht nochmals geführt werden. Es geht hier um ein Sparprogramm, und die Regierung hatte die Aufgabe, nach möglichen Einsparungen zu suchen, dies nach dem Prinzip der Opfersymmetrie. Die Regierung unterbreitet dem Rat hier einen Vorschlag, und sie hält an ihrem Antrag fest. Die finanzielle Lage des Kantons Zug ist nicht mehr dieselbe wie 2009 oder 2012. Der Regierungsrat hat auch im vorliegenden Fall mit dem schweizerischen Mittel verglichen, und die im Kanton Zug geltende Abgeltung mit 80 Franken pro Quadratmeter gehört schweizweit zu den höchsten. Mit der vorgeschlagenen Massnahme versucht der Regierungsrat, wieder auf den schweizerischen Mittelwert einzuschwenken, wobei der Kanton nach dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht bezüglich Höchstpreis natürlich einen gewissen Spielraum hat. Dass Hans Baumgartner dem Regierungsrat eine hinterhältige Haltung vorwirft, ist etwas hart, denn der Regierungsrat war – wie gesagt – gefordert, Spass- äh Sparmassnahmen *(der Rat lacht)* nach dem Prinzip der Opfersymmetrie zu suchen – und der vorliegende Vorschlag entspricht diesem Prinzip. Der Baudirektor bittet den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über § 2 Abs. 1 und Abs. 2 separat abgestimmt wird.

*§ 2 Abs. 1*

➔ Der Rat folgt mit 39 zu 20 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission, beim geltenden Recht zu bleiben.

*§ 2 Abs. 2*

➔ Der Rat folgt mit 50 zu 14 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission, beim geltenden Recht zu bleiben.

*§ 3 Abs. 1 und Abs. 2*

➔ Der Rat folgt mit 58 zu 1 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission, beim geltenden Recht zu bleiben.

***Gesetz über den Feuerschutz vom 15. Dezember 1994 (Stand 1. Oktober 2013)***

*§ 54 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif) vom 29. Januar 2004 (Stand 1. Februar 2015)***

*§ 1 Abs. 1 Bst. a, b und c*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** verweist auf den Bericht der vorberatenden Kommission.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass in der Stawiko ein Antrag gestellt wurde, bisheriges Recht beizubehalten. Weiter wurden die verschiedenen Änderungsanträge der vorberatenden Kommission diskutiert, wobei die Stawiko infolge fehlender Argumentation im Kommissionsbericht weder die verschiedenen Anträge nachvollziehen noch eine einheitliche Vorgehensweise und eine klare Systematik erkennen konnte; die Vorschläge der vorberatenden Kommission erinnerten die Stawiko etwas an einen Basar. Die Stawiko folgte mit 5 zu 2 Stimmen deutlich dem Vorschlag der Regierung, da sie die vom Regierungsrat angestrebte Opfersymmetrie im Grundsatz anerkennt.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass möglichst *en bloc* über die einzelnen Paragrafen, Absätze und Ziffern abgestimmt wird.

➔ Der Rat genehmigt § 1 Abs. 1 Bst. a und b *en bloc* stillschweigend gemäss Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt § 1 Abs. 1 Bst. c mit 48 zu 11 Stimmen gemäss Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 1 Bst. d Ziff. 1–5*

➔ Der Rat genehmigt § 1 Abs. 1 Bst. d Ziff. 1–5 *en bloc* mit 48 zu 16 Stimmen gemäss Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 1 Bst. d Ziff. 6*

➔ Der Rat genehmigt § 1 Abs. 1 Bst. d Ziff. 6 stillschweigend gemäss Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 1 Bst. e Ziff. 1–2*

➔ Der Rat genehmigt § 1 Abs. 1 Bst. e Ziff. 1–2 *en bloc* mit 49 zu 13 Stimmen gemäss Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 1 Bst. e Ziff. 3–4*

➔ Der Rat genehmigt § 1 Abs. 1 Bst. e Ziff. 3–4 *en bloc* stillschweigend gemäss Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 1 Bst. f*

➔ Der Rat genehmigt § 1 Abs. 1 Bst. f mit 45 zu 11 Stimmen gemäss Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 3*
*§ 2 Abs. 1*
*§ 6 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über die Steuern im Strassenverkehr vom 30. Oktober 1986 (Stand 1. Januar 1999)***

*§ 1a Abs. 1 und Abs. 1a*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass – im Unterschied zum vorhergehenden Thema – sich hier jeder etwas vorstellen kann und es jedermann treffen kann. Die vorberatende Kommission hat sich im Beisein des Leiters des Strassenverkehrsamts sehr intensiv mit dieser Massnahme auseinandergesetzt. Man war sich grundsätzlich einig, dass dem Kanton die Möglichkeit der Versteigerung von Nummernschilder eingeräumt werden soll. Auch andere Kantone kennen eine solche Praxis. Wichtig war der Kommission, dass der beliebte private «Weiterverkauf», also die entgeltliche Abtretung, nicht eingeschränkt werden soll und im bisherigen Rahmen möglich sein muss. Es muss also weiterhin möglich sein, dass man seine drei- oder vierstellige Autonummer im Amtsblatt ausschreiben bzw. gegen die Entrichtung der entsprechenden Gebühren übernehmen kann. Der Sicherheitsdirektor hat dies der Kommission explizit zugesichert. Der Kommission ist es wichtig, dass dies in den Materialien und im Protokoll festgehalten wird.
Die Kommissionsmitglieder haben sich sehr detailliert mit den verschiedensten Optionen und Ausgestaltungsmöglichkeiten sowie entsprechenden Formulierungen auseinandergesetzt. Sie hat sich auch die betreffende Verordnung vorlegen lassen. Entsprechende rechtliche Abklärungsaufträge haben dann letztendlich zum vorliegenden Antrag geführt, der in der Kommission ziemlich einstimmig verabschiedet wurde. Die Kommissionspräsidentin bittet um Zustimmung zu dieser Massnahme.

**Hubert Schuler** als Sprecher der SP-Fraktion ist etwas erstaunt darüber, dass hier nicht mehr Anträge gestellt werden. Es ist nicht ersichtlich, weshalb staatliches Eigentum – und dazu gehören die Fahrzeugnummern – von Privaten verkauft oder weiterverschenkt werden sollen. Bei einem privaten Verkauf können in der Regel massive Gewinne eingesteckt werden, für welche die verkaufenden Personen nichts tun mussten. Der vorgeschlagene Artikel führt zu einem Diebstahl gegenüber dem Staat. Im Alltag würde so etwas geahndet – und jetzt soll es ins Gesetz aufgenommen werden!

Die SP-Fraktion empfiehlt, bei § 1a Abs. 1 den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen, sie stellt aber den **Antrag,** Abs. 1a zu streichen. Bei Abs. 2 unterstützt die SP die Regierung.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat der vorberatenden Kommission anschliesst.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bittet, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen. Wenn eine Familie über viele Jahre hinweg eine bestimmte Fahrzeugnummer hatte und diese innerhalb der Familie weitergeben möchte, bezahlt man heute eine Änderungsgebühr von 250 Franken. Das ist fast eine Art Gewinnsteuer – und der Kanton verdient recht gut an diesem Geschäft. Wenn solche Nummern den betreffenden Familien oder Betrieben weggenommen werden, bekommt man andere Probleme. Insofern war es auch der Kommission ein grosses Anliegen, dass die heutige Praxis beibehalten werden kann.
Für die Versteigerung von Nummern, die das Strassenverkehrsamt zurückbehält – beispielsweise die Nummern 1 bis 100 – gibt es einen Markt im Umfang von 200'000 bis 300'000 Franken pro Jahr. Auch Nummern von kantonalen Fahrzeugen sollen verkauft werden können. Das ist zwar nicht im Gesetz enthalten, soll aber intern geregelt oder sogar in die Verordnung aufgenommen werden.

**Hubert Schuler** nimmt Bezug auf die Aussage des Sicherheitsdirektors, es werde Probleme geben, wenn eine Nummer nicht mehr intern in der Familie weitergegeben werden könne. Welche Probleme sind hier genau gemeint? Es reicht dem Votanten nicht, wenn einfach von Problemen gesprochen wird. Immerhin handelt es sich bei diesen Nummern um Staatseigentum, und deshalb kann nicht irgendeine Familie darüber verfügen.

Für Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** wollte der Sicherheitsdirektor vor allem darauf hinweisen, dass der Staat an der Weitergabe von Nummer Geld verdient. Wenn ein Vater nicht mehr Auto fahren kann und sein Sohn seine Nummer übernehmen will, muss dieser dem Staat eine Gebühr von 250 Franken entrichten, dies für die blosse Übertragung. Und es wechseln sehr viele Autonummern die Hand. Das generiert für den Staat eine stattliche Summe, und darauf möchte der Sicherheitsdirektor zu Recht nicht verzichten. Und wenn ein Privater bereit ist, für eine drei- oder vierstellige Autonummer oder für irgendeine Schnapszahl viel Geld auszugeben, soll er diese Möglichkeit weiterhin haben. Es wollen nicht alle Leute mit einer 97'000er Nummer herumfahren, und wenn jemand eine vierstellige Nummer will, soll er dafür eben bezahlen.

**Kurt Balmer** möchte einen Antrag zu Abs. 1a stellen, den er analog schon in der CVP-Fraktion gestellt hat. Er stellt fest, dass sich die vorberatende Kommission offensichtlich sehr detailliert mit der Thematik auseinandergesetzt hat, trotzdem aber erkennt er einen Widerspruch in Abs. 1 und Abs. 1a. Einerseits kann das Strassenverkehrsamt Kontrollschildnummern versteigern, andererseits können Fahrzeughaltende – dazu gehören auch der Kanton und die Gemeinden – entgeltlich oder unentgeltlich Kontrollschilder abtreten. Der Widerspruch liegt darin, dass die Kommission doch eigentlich möchte, dass Schilder von der öffentlichen Hand nicht freihändig verkauft, sondern versteigert werden. Deshalb drängt sich in Abs. 1a eine Präzisierung auf, nämlich «*Private* Fahrzeughaltende können […].» Der Votant stellt also den **Antrag,** hier das Wort «private» einzufügen. Damit kommt seiner Ansicht nach die Meinung der Kommission richtig zum Ausdruck. Gemäss der Ver-

sion der Kommission könnte der Kanton zukünftig nämlich alles machen, und das will der Rat ja eigentlich nicht. Gesetze sollen mindestens einigermassen klar sein, ansonsten kann man sie gleich weglassen, im vorliegenden Fall also nur Abs. 2 stehen lassen, der die Delegation an den Regierungsrat festlegt. Wenn der zuständige Regierungsrat in der Fraktionssitzung sagte, das sei so gemeint und werde auch so gehandhabt, dann soll es auch so ins Gesetz geschrieben werden, weil andernfalls ein Ermessen ins Spiel kommt, das nicht der Meinung des Kantonsrats entspricht. Der Votant bittet deshalb, seinen Antrag zu unterstützen und der kleinen Präzisierung zuzustimmen.

**Philip C. Brunner** möchte von Kurt Balmer wissen, ob sein Antrag bedeutet, dass eine Gemeinde, wenn das Wörtchen «privat» in Abs. 1a eingefügt wird, die Nummern ihrer Gemeindefahrzeuge, die ebenfalls interessant sein können, nicht mehr in eigener Kompetenz veräussern oder versteigern kann. Wenn das der Fall ist, wird er den Antrag nicht unterstützen. Die Gemeinden verfügen bei den Feuerwehren und gemeindlichen Werkhöfen über Nummern, und sie sollen diese – beispielsweise unter finanziellem Druck – in eigener Kompetenz veräussern können.

Für Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** schimmert bei Kurt Balmer eine gewisse Skepsis gegenüber dem Kanton durch, nämlich dass kantonale Angestellte mit Nummernschildern handeln könnten. Der Sicherheitsdirektor hat in der vorberatenden Kommission bereits gesagt, dass man das intern entsprechend regeln werde und eine Aufnahme ins Gesetz nicht nötig sei. Es geht ja darum, dass der Kanton nicht intern Nummern verkaufen kann oder darf; das käme fast einer Begünstigung gleich, und es gibt entsprechende Kontrollmechanismen. Man muss also keine Angst haben. Der Sicherheitsdirektor würde auch die Gemeinden nicht bevormunden, sondern ihnen das Recht belassen, mit ihren Nummern gleich umzugehen wie andere Fahrzeughaltende. Es gibt aus Sicht des Sicherheitsdirektors also keinen Grund für eine Präzisierung oder Änderung.

**Kurt Balmer** ist selbstverständlich der Meinung, dass die Gemeinden und der Kanton ihre bzw. seine Fahrzeugnummern nicht beliebig übertragen und verkaufen sollen. Vielmehr sollen genau diese Nummern versteigert werden, zugunsten des Kantons bzw. der Gemeinde. Das Entlastungsprogramm betrifft ja nicht nur den Kanton, sondern auch die Gemeinden. Es hält deshalb an seinem Antrag fest.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend § 1a Abs. 1 gemäss Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Kurt Balmer zu § 1a Abs. 1a mit 58 zu 6 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, § 1a Abs. 1a zu streichen, mit 61 zu 6 Stimmen ab.

*§ 1a Abs. 2*
*§ 1a Abs. 3*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der Kommission.

***Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 29. September 1988 (Stand 1. Januar 1999)***

*Ingress*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 3 Abs. 3*
*§ 8 Abs. 1*
*§ 10 Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*Titel nach § 12*

**Manuel Brandenberg** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** den geänderten Titel nach § 12 sowie die nachfolgenden Paragrafen, mit welchen die neue Schiffssteuer stipuliert werden soll, zu streichen. Die SVP will beim geltenden Recht bleiben. Sie ist grundsätzlich gegen die Einführung neuer Steuern. Und es ist – wie schon im Eintretensvotum ausgeführt – willkürlich, Schiffe zu besteuern: Man könnte ja auch Steine oder Uhren besteuern. Die Argumentation des Regierungsrats für die Einführung einer Steuer nur für Schiffe ist für die SVP nicht genügend, auch wenn die Regierung natürlich mit einem gewissen Recht sagt, die Schiffe benutzten den See, der ein beschränktes Gut ist. Das genügt aber nicht für eine derart einschneidende Massnahme, wie es eine neue Steuer ist. Der Votant bittet deshalb den Rat, dem Antrag der SVP-Fraktion zu entsprechen und die neue Steuer nicht einzuführen. Er wendet sich dabei insbesondere an die FDP als liberale, staatskritische Partei, welche die Eidgenossenschaft massgeblich, wenn nicht sogar alleine gegründet hat.

**Beat Sieber** legt seine Interessenbindung dar: Er ist Eigner eines Schiffs, das aber nicht auf dem Zugersee verkehrt; dort, wo es verkehrt, muss er Steuern bezahlen. Der Hochsee-Club, dem er als Präsident vorsteht, betreibt sechs Schiffe auf den Weltmeeren, und auch dort müssen Steuern bezahlt werden, nämlich Flaggensteuern in Basel, um unter Schweizer Flagge fahren zu dürfen. Insofern hat er also keine eigentliche Interessenbindung in Bezug auf den Zugersee und die Zuger Gesetzgebung.
In der SVP-Fraktion schlugen die Gebühren für die Schifffahrt recht hohe Wellen. Schliesslich beschloss die SVP, dass sie die Gebühren nicht einführen will, dies nicht aus finanziellen Gründen, sondern weil sie sich ihrer Wählerschaft verpflichtet fühlt: Sie möchte, dass ihre Wähler auf dem Zugersee keine Gebühren bezahlen müssen. Die SVP-Fraktion schliesst sich also nicht dem Regierungsrat an.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass die vorgeschlagene Einführung einer neuen Steuer in der Kommission einen mässigen Sturm auslöste und zu intensiven Diskussionen Anlass gab – wobei letztendlich der Pragmatismus obsiegte. Nebst der Fiskaldiskussion wurde eine technische Diskussion über Bootsmotoren geführt, was wiederum zu verschiedenen Anträgen führte; im Kommissionsbericht nehmen diese eine ganze Seite in Anspruch. Zu den Details will sich die Kommissionspräsidentin nicht äussern, zumal sie nicht wirklich technikaffin ist oder

explizit etwas von Motoren versteht. Zu sagen ist aber, dass mit Ausnahme des Kantons Graubünden sämtliche Schweizer Kantone Schiffssteuern erheben. Die Regierung beantragt hier also lediglich eine weitere Eliminierung des «Zuger Finish».

**Peter Letter** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Mitglied der IG Boot-Ägerisee und des Wasserski-Clubs Cham und ist Besitzer eines Motorboots. Er spricht als Einzelsprechender, also nicht für die FDP-Fraktion. Natürlich ist auch er nicht begeistert, dass in Zug neu die Schiffe besteuert werden sollen. Mit dem Argument der Opfersymmetrie im Entlastungspaket und gewisser Kosten der öffentlichen Hand, welche durch das Verursacherprinzip teilweise den Booten zugewiesen werden können, lässt sich die Einführung einer neuen Schiffssteuer begründen und nachvollziehen. Der Votant unterstützt im Grundsatz das Entlastungspaket 2 und kann deshalb auch eine massvolle Besteuerung von Booten akzeptieren. Auch erachtet er die Bemessungsprinzipien mit Motorenleistung und Bootslänge als sinnvoll, da diese Daten bereits im Fahrzeugausweis erfasst sind.
Das grosse Aber: Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Höhe der Besteuerung ist unverhältnismässig. Wohl auch deshalb entschied sich die vorberatende Kommission mit einer klaren Mehrheit von 10 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Besteuerung zu einem Tarif von 3 Franken pro Kilowatt Motorenleistung statt zu 6 Franken pro Kilowatt, wie der Regierungsrat vorschlug. Die Stawiko folgte dem Antrag des Regierungsrats mit der Argumentation, dass im Kommissionsbericht eine Begründung fehle. Aus diesem Grund möchte der Votant etwas ausholen und die Begründung nachliefern. Die Zahlen finden sich im Kommissionsbericht in Beilage 4 tabellarisch zusammengestellt.
Die Kommission erteilte verschiedene Abklärungsaufträge, die zusammengefasst die folgenden wesentlichen Erkenntnisse erbrachten:
• Der gesamte Aufwand des Kantons im Zusammenhang mit der Seesicherheit beträgt pro Jahr durchschnittlich 425'000 Franken, dies für Seerettungsdienst Sturmwarnung, Seepolizei und Abschreibungen von Investitionen (Boote der Seepolizei). Bezüger dieser kantonalen Dienstleistungen sind alle Seebenützer, also Motorboot- und Segelbootbesitzer, Ruderer, Surfer, Pedalos, Standup-Paddler, Schwimmer usw.
• Mit dem aktuellen Bootsbestand im Kanton Zug würden die Steuereinnahmen mit dem regierungsrätlichen Tarif von 6 Franken pro Kilowatt Motorenleistung rund 620'000 Franken pro Jahr betragen. 92 Prozent davon sollen nach dem vorliegenden Vorschlag durch die Motorbootbesitzer getragen werden. Diese extrem überproportionale Zuweisung der Gebühren an eine einzige Benutzergruppe entspricht nach Ansicht des Votanten nicht dem Gedanken der Rechtsgleichheit. Interessanterweise budgetiert der Regierungsrat Einnahmen von 500'000 Franken; er scheint also schon einzukalkulieren, dass rund 20 Prozent der Bootsbesitzer sich diese Steuer nicht leisten können und ihr Boot nicht mehr immatrikulieren werden.
• Zug würde gemäss Regierungsrats-Tarif zu einem der teuersten Kantone bezüglich Schiffsteuer, würde also von Null in die ersten Ränge aufsteigen. Konkret müsste man für ein kleines Sportboot mit einem Aussenbordmotor und einer Maximalgeschwindigkeit von 40 Stundenkilometer 578 Franken Steuern bezahlen; ein einfaches Wasserskiboot, das 60 Kilometer pro Stunde erreicht, würde 1052 Franken im Jahr kosten; und ein grösseres Boot, mit einer Kabine und mit einer Maximalgeschwindigkeit von 75 Kilometer pro Stunde auch *Wakeboard*-tauglich, würde 2053 Franken kosten. Vergleicht man diese Steuern mit der kantonalen Motorfahrzeugsteuer für Autos, zeigt sich folgendes Bild: Ein VW Polo kostet 215 Franken, ein Porsche Cayenne 653 Franken pro Jahr. Dabei kann ein Auto während zwölf Monaten im Jahr genutzt werden, während die Saison für ein Boot nur etwa fünf

Monate dauert. Zudem wird ein Auto zu je 50 Prozent für Freizeit und Arbeit genutzt, während ein Sportboot zu 100 Prozent der Freizeit dient.
Der Tarifvorschlag des Regierungsrats liegt also wirklich zu hoch. Der Votant steht hinter dem Entlastungsprogramm und hinter dem Prinzip, Gebühren und Steuern nach dem Verursacherprinzip zu erheben, hier aber wird der Bogen überspannt. Das Argument «Hoch besteuern, weil nur Freizeit» oder «Hoch besteuern, weil Motor» ist gefährlich. Aus diesem Grund empfiehlt der Votant den Alternativvorschlag, den die Mehrheit der vorberatenden Kommission beschlossen hat, nämlich 3 Franken pro Kilowatt. Das ergibt einen Steuerertrag von 360'000 Franken pro Jahr, also nur geringfügig weniger als die Zielsetzung des Regierungsrats. Für den einzelnen Bootsbesitzer ist damit die Besteuerung moderater: Ein kleines Sportboot mit Aussenbordmotor kostet dann etwa 300 Franken, ein einfaches Wasserskiboot 560 Franken und ein *Wakeboard*-Boot rund 1000 Franken – was immer noch rund 60 Prozent teurer ist als der Porsche Cayenne. Der Votant bittet den Rat also, dem Vorschlag der vorberatenden Kommission zu folgen. Damit wird die Verhältnismässigkeit gewahrt und zugleich ein substanzieller Beitrag zum Entlastungsprogramm geleistet.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden bestätigt **Peter Letter,** dass sich seine Empfehlung auf § 13d Abs. 2 bezieht.

**Silvia Thalmann** hält fest, dass Manuel Brandenberg wohl die FDP, nicht aber die CVP in die Pflicht genommen hat – und die CVP ist nicht grundsätzlich gegen die Einführung der Schiffsteuer. Sie erachtet die Besteuerung der Motorboote aber als zu hoch und wird deshalb der Argumentation von Peter Letter folgen, die im Kommissionsbericht etwas gar knapp, nämlich überhaupt nicht, ausgeführt ist. Die Besteuerung der Motorboote ist auch mit dem reduzierten Satz eine Lenkungssteuer mit dem Ziel, die Staatskasse zu füllen und die Motorboote vom Zugersee zu verdrängen. Die CVP-Fraktion wird deshalb den tieferen Satz unterstützen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass man es hier mit einer gesteigerten Nutzung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Flächen zu tun hat. Zug ist – wie gehört – neben Graubünden der einzige Kanton, der keine Schiffssteuer kennt. Steuern werden ja aufgrund der Auslagen bemessen, die dem Kanton entstehen, auch in den nächsten Jahren. Und da ist der Sicherheitsdirektor nicht ganz einverstanden mit der Kostenrechnung von Peter Letter. Er selbst hat eine andere, höhere Zahl der Auslagen, nämlich 400'000 bis 500'000 Franken pro Jahr für Seerettungsdienst, Sturmwarnungsdienst, Seepolizei etc. Diese Dienste werden nötig aufgrund der Schiffe, die den See benutzen. Insofern ist es sinnvoll, die Auslagen dafür den Verursachern zu belasten.

**Jean-Luc Mösch** legt einleitend seine Interessenbindung offen: Es ist seit Jahren *Böötler* und ein freier Bootsbesitzer im Hafen von Cham. Er dankt der vorberatenden Kommission, welche sich innerhalb des Entlastungspakets 2 der Thematik der Schiffsbesteuerung angenommen hat und zum Schluss gekommen ist, dass der Ansatz bei 3 Franken pro Kilowatt Motorenleistung liegen sollte. Bedauerlicherweise wurden genau die Ausführungen dazu nicht in den Bericht der Kommission eingebracht, so dass die Stawiko zu einem anderen Entscheid kam. Somit kommt es, wie es kommen muss: Der Rat debattiert mit hohem Wellengang über dieses Thema. Aber keine Angst: Der Seerettungsdienst und die Sturmwarnlichter bringen ihn gut und sicher ans Ufer oder ins Trockene. Der Votant weist ergänzend auf folgende Punkte hin:

• Für die Mehrheit der Bootsbesitzer am Zuger- und Ägerisee ist das *Böötlen* ein Hobby, ob als Fischer oder für die Familie, dies sehr oft seit Generationen, angefangen mit der kleinen Nussschale bis zum heutigen schönen Boot. Eine Besteuerung der Boote wird zum heutigen Zeitpunkt nicht bestritten, jedoch wird mit dem vom Regierungsrat beantragten Ansatz weit über das Ziel hinaus geschossen. Man muss auch bedenken, dass Bootsbesitzer in Zusammenhang mit dem Entlastungspaket noch weiter zur Kasse gebeten werden, da die Abgaben für Bootsplätze, Bojen und Landliegeplätze angehoben werden.
• Mit dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Ansatz würde der Kanton Zug bezüglich der Schiffssteuern etwa in der Höhe des Kantons Luzern liegen. Dort aber stehen 118,4 Quadratkilometer Seefläche auf dem Vierwaldstättersee zur Verfügung, auf dem Zugersee sind es lediglich 38,3 Quadratkilometer.
Aus diesen Gründen bittet der Votant, dem Antrag der vorberatenden Kommission zu folgen und den Ansatz auf 3 Franken pro Kilowatt Motorenleistung festzusetzen.

**Philip C. Brunner** hat *kein* Boot, und er hat in der vorberatenden Kommission mitgearbeitet. Er erinnert daran, dass er als Steuerzahler durch die Aktivitäten auf dem See belastet wird, diese mitbezahlt – und sich dieser Verpflichtung nicht entziehen kann. Im Unterschied zu seiner eigenen Fraktion ist er der Meinung, dass die Kosten für Seerettungsdienst, Sturmwarndienst etc. verursachergerecht von jenen Leuten bezahlt werden müssen, welche diese Dienste benötigen. Es geht hier also nicht um eine Steuer, sondern einzig um eine Entschädigung für den Gebrauch des Sees und der genannten Dienste. Der Votant möchte Peter Letter ein Kränzchen winden. Dieser hat detaillierte Berechnungen angestellt – der Votant bedauert ebenfalls, dass die Tabellen nicht in den Kommissionsbericht aufgenommen wurden – und aufgezeigt, dass die Steuereinnahmen mit dem Ansatz des Regierungsrats 619'00 Franken und mit der von der Kommission beschlossenen Alternative 363'000 Franken betragen würden. Etwas überrascht war der Votant von der Tabelle auf Seite 17 des Kommissionsbericht, wo das Potenzial der Kommissionsvariante auf 200'000 Franken geschätzt wird; es gibt also eine Differenz zu den Zahlen von Peter Letter, die allerdings mit Blick auf die Dimensionen, über die heute debattiert wird, vernachlässigt werden kann.
Zusammenfassend ist der Votant der Meinung, dass der Gebrauch des Sees und der genannten Dienste von den Verursachern abgegolten werden müsse. Er dankt Peter Letter nochmals für seine intensive Auseinandersetzung mit der Materie – auch wenn dabei natürlich ein gewisser Eigennutz im Spiel war.

**Markus Hürlimann** nimmt Bezug auf die Aussage von Peter Letter, dass nach dem Vorschlag des Regierungsrats 92 Prozent der Steuern von den Motorbootbesitzern übernommen werden sollen. Der Sicherheitsdirektor hat von den Kosten für Seerettung, Sturmwarnung, Seepolizei etc. gesprochen. Allerdings wird die Seerettung ja nicht nur wegen der Motorboote benötigt, sondern auch für die Segler, die sehr bescheiden zur Kasse gebeten werden sollen, für die Pedalofahrer, die Schwimmer, die Stand-up-Paddler, die Ruderer und so fort. Der Votant möchte vom Sicherheitsdirektor wissen, wie viele Kosten wirklich für die Motorbootfahrer anfallen. Sind tatsächlich in 92 Prozent der Fälle Motorboote betroffen? Oder sind es auch Schwimmer, Pedalofahrer etc.?

Auch **Hubert Schuler** ist gerne auf dem See. Sein verstorbener Vater hatte ebenfalls ein Boot, zur Freude der ganzen Familie. Was hier aber geschieht, ist ganz starker Tobak: Klüngel, die nur sich und die eigene Klientel schützen. Wenn staatliche Leistungen angeboten werden – bisher gratis –, kann man sich doch nicht da-

gegen wehren, dass der Staat künftig diese Leistungen verursachergerecht bezahlt haben will! Das geht wirklich nicht.

**Thomas Werner** verwehrt sich gegen die Aussage, dass hier einfach ein Klüngel geschützt werde. Es gab diese Steuer bis anhin nicht, und die betreffenden Kosten waren bisher nie ein Thema. Nun aber soll dafür neu eine Steuer eingeführt werden, wobei man die wirklichen Kosten – entsprechende Ausführungen des Sicherheitsdirektors vorbehalten – gar nicht kennt. Der Kantonsrat aber führt da neue Steuern, dort neue Gebühren ein – völlig willkürlich und nicht durchdacht. Der Votant hat selber kein Boot. Aber wenn er für ein Boot nun plötzlich Steuern bezahlen müsste, warum wird dann sein motorisierter Rasenmäher nicht auch besteuert? Es gibt unzählige Möglichkeiten, wo man auch noch Steuern einführen könnte: für die Wanderwege im Wald, für das Blumenpflücken etc. Man kann irgendwo anfangen und nirgends mehr aufhören. So geht es wirklich nicht.

**Michael Riboni** schliesst sich den Worten seines Vorredners an. Man muss sich die Argumentation des Regierungsrats auf der Zunge zergehen lassen: Alle anderen Kantone machen es genauso. Aber springt man wirklich auch von der Brücke, nur weil der Nachbar es getan hat? Einmal mehr: Der Vorschlag ist völlig willkürlich.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** will sich zum Votum von Michael Riboni nicht äussern. Thomas Werner ist entgegenzuhalten, dass es hier um eine gesteigerte Nutzung öffentlicher Flächen geht, wobei bisher jeder Steuerzahler die Kosten mitbezahlen musste; der Vergleich mit dem Rasenmäher hinkt also.
Die Frage von Markus Hürlimann kann der Sicherheitsdirektor nicht beantworten. Seines Wissens wird keine Statistik über die einzelnen Nutzergruppen geführt, für die seepolizeiliche Einsätze nötig sind. Die Situation ist aber ähnlich wie auf den Strassen, wo der Fussgänger oder der Velofahrer ja auch nicht besteuert wird. Der Sicherheitsdirektor glaubt aber sagen zu können, dass ein sehr grosser Teil der Seepolizei und der anderen Dienste für die Schifffahrt benötigt wird.
Peter Letter geht bei seiner Berechnung des Steuerertrags von der heutigen Anzahl Schiffe aus und kommt auf ungefähr 620'000 Franken. Der Regierungsrat geht davon aus, dass bei der Einführung dieser Steuer vielleicht 10 bis 20 Prozent der Boote nicht mehr eingelöst werden, und er kommt dadurch auf ca. 500'000 Franken pro Jahr. Die Kosten liegen in den nächsten Jahren bei 390'000 bis 400'000 Franken, sogar bis 500'000 Franken. Auf dieser Basis wurde der Ansatz für die neue Steuer berechnet. Und der Regierungsrat möchte diese Steuer nun tatsächlich einführen, und er hält an seinem Antrag fest.

**Markus Hürlimann** findet es schade, dass die Zahlen der Seerettung nicht wenigstens ungefähr bekannt sind. Er kann sich nämlich nicht vorstellen, dass die Motorbootfahrer zu 92 Prozent dafür verantwortlich sind, dass es die Seerettung braucht. Es wurde auch argumentiert, dass es um die Nutzung der öffentlichen Seefläche gehe. Segelschiffe, die in der Regel grösser sind als Motorboote, nutzen diese Fläche ebenfalls, werden aber nur minimal zur Kasse gebeten. Der Votant, der ja gegen die Steuer ist, findet das okay, seiner Meinung nach müssten Segelschiffe überhaupt nichts bezahlen; es zeigt aber, dass es hier letztlich nur um eine Umweltschutzmassnahme geht: Man will die Motorboote verdrängen und sie, weil sie etwas Abgase produzieren, besteuern. Es ist aber daran zu erinnern, dass Motorbootfahrer pro Liter bleifreies Benzin bereits 86 Rappen Abgaben an den Bund bezahlen – und dabei keine Strassen benutzt, für welche diese Abgaben eigentlich vorgesehen sind.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass nun über den Titel nach § 12 sowie über § 13 und § 13a bis 13f beschlossen wird. Anschliessend wird über den Antrag der SVP-Fraktion abgestimmt, diese Paragrafen zu streichen und beim geltenden Recht zu bleiben.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den geänderten Titel nach § 12.

*§ 13 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 13a*
*§ 13b*
*§ 13c*
*§ 13d Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 13d Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier zwei Anträge vorliegen: Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen eine Steuer von 6 Franken pro Kilowatt Motorenleistung, die vorberatenden Kommission beantragt 3 Franken.

➔ Der Rat genehmigt mit 36 zu 32 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 13d Abs. 3, Abs. 4 und Abs. 5*
*§ 13e*
*§ 13f*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Beibehaltung geltenden Rechts mit 50 zu 11 Stimmen ab.

***Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die eidgenössisch konzessionierte Schifffahrt auf den Zuger Seen vom 25. November 2010 (Stand 1. Januar 2012)***

*§ 2 Abs. 2*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass es hier um den Kostendeckungsgrad der Schifffahrtsgesellschaften auf den Zuger Seen geht. Bisher galten 60 Prozent, die Regierung möchte neu 80 Prozent – und die vorberatende Kommission schlägt mit 9 zu 5 Stimmen einen typisch schweizerischen Kompromiss vor, ermittelt in einer Dreifachabstimmung: 70 Prozent. Man kann es aber auch so sagen: Die Kommission wollte der Ägerisee-Schifffahrt nicht den Todesstoss versetzen bzw. deren Fortbestehen nicht den Anliegergemeinden auferlegen. Die Kommissionspräsidentin bittet deshalb, dem Vorschlag der Kommission zu folgen.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Kompromissvorschlag der vorberatenden Kommission unterstützt. Die CVP hat aber eine Frage zum Sparpotenzial. Den Unterlagen lässt sich entnehmen, dass der Regierungsrat bei 80 Prozent Deckungsgrad von 240'000 Franken ausgeht. Wie viel aber wird gespart bei einem Kostendeckungsgrad von 70 Prozent?

**Beat Sieber:** Beim Leistungsangebot unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag der Regierung, dies vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Sie will wie die Regierung, dass die eidgenössisch konzessionierten Schifffahrtsgesellschaften auf den Zuger Seen einen Kostendeckungsgrad von 80 Prozent erreichen, so vom Status von höchstsubventionierten Gesellschaften wegkommen und vermehrt wirtschaftliche Eigenverantwortung tragen müssen.

**Peter Letter** teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion mehrheitlich für den Vorschlag der Regierung ausspricht. Mit einer Zielsetzung von 80 Prozent Deckungsbeitrag wird der Entlastungsgedanke höher gewichtet.
Als Ägerer und mit seinem Herzen für Wassersport ganz allgemein plädiert der Votant persönlich aber für 70 Prozent Deckungsgrad. Es geht hier effektiv um die Schifffahrt auf dem Ägerisee, die etwas stärker gefährdet ist. Er ist auch gespannt auf die regierungsrätliche Antwort auf die Frage der CVP; im Stawiko-Bericht hat er nämlich gesehen, dass mit 70 Prozent gleichviel eingespart wird wie mit 80 Prozent. Der Votant ist überzeugt, dass die Schifffahrt einen gewissen Spielraum hat: Sie kann ihr Angebot besser vermarkten, sie kann sparen oder die Preise moderat erhöhen. Das Ziel von 70 Prozent sollte erreichbar sein – und gleichzeitig wird ein Beitrag an das Entlastungsprogramm geleistet.

Auch **Beat Iten** ist Ägerer, und auch ihm liegt die Schifffahrt auf dem Ägerisee am Herzen. Man kann generell wohl sagen, dass der Kanton Zug nicht unbedingt von touristischen Angeboten strotzt. Mit seinen zwei Seen verfügt er aber über zwei Perlen, die im Bereich Freizeit, Erholung und auch Tourismus viel bieten. Bereits heute haben die Schifffahrtsgesellschaften zu kämpfen, damit sie den geforderten Kostendeckungsbeitrag von 60 Prozent erreichen. Dieser hängt ja auch von vielen unbeeinflussbaren Faktoren wie dem Wetter ab. Wie realistisch ist es also, einen Kostendeckungsgrad von 70 oder 80 Prozent zu fordern? Möglich wird dies wohl nur mit drastischen Einschränkungen im Angebot oder gar mit der Einstellung des Betriebs. Will der Kantonsrat das wirklich? Will er mit dem Entlastungsprogramm einen wichtigen Teil des Zuger Tourismusangebots abwürgen? Als Ägerer muss der Votant davon ausgehen, dass das Angebot auf dem Ägerisee wohl sehr schnell geopfert werden müsste. Es gilt mit den Forderungen realistisch zu bleiben: Ein Kostendeckungsgrad von 70 oder 80 Prozent ist für die Zuger Schifffahrt ohne massive Abstriche kaum realistisch. Der Votant stellt daher namens der SP-Fraktion den **Antrag,** den Kostendeckungsgrad für die Schifffahrtsgesellschaften auf den Zuger Seen bei 60 Prozent zu belassen, also beim geltenden Recht zu bleiben.

**Daniel Stadlin** stellt den **Antrag,** den Kostendeckungsgrad auf mindestens 65 Prozent festzulegen. Die Kursschiffe auf dem Zuger- und Ägerisee gehören zur Zuger Identität und sind das wichtigste touristische Angebot im Kanton. Daher ist der Vorschlag des Regierungsrats, den Kostendeckungsgrad von 60 auf künftig 80 Prozent zu erhöhen, keine wirklich gute Idee. Auch 70 Prozent, wie dies die vorberatenden Kommissionen vorschlagen, ist zu hoch. Die Begründung des Regierungsrats, die Schiffe hätten keine Erschliessungsfunktion, greift zu kurz. Natürlich handelt es sich hier um ein vom Bund nicht unterstütztes touristisches Angebot. Daraus zu

schliessen, die Kursschiffe hätten keine öffentliche Aufgabe wahrzunehmen, ist jedoch nicht zutreffend. Wenn keine öffentliche Aufgabe, welche dann? Auch das monetäre Argument, alle anderen touristischen Unternehmen im Kanton erhielten ebenfalls keine Beiträge dieser Grössenordnung, ist nicht stichhaltig. Der Kanton Zug hat nicht viel Touristisches anzubieten, aber die Zuger Schiffe sind klar etwas vom Attraktivsten, dies nicht nur für Touristen, sondern auch für die Zuger Bevölkerung. Wenn nun das in den letzten Jahren bereits reduzierte Kursangebot noch weiter ausgedünnt würde, bliebe von der Zuger Schifffahrt am Schluss leider nicht mehr viel übrig; zudem wäre diejenige auf dem Ägerisee akut gefährdet. Aus diesem Grund beantragt der Votant die begrenzte Erhöhung des Kostendeckungsgrads auf mindestens 65 Prozent. So leisten die beiden Schifffahrtsgesellschaften ihren Beitrag an das Entlastungsprogramm, ohne jedoch dabei in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten.

**Laura Dittli:** Grundsätzlich geht es bei dieser Sparmassnahme um die Frage, ob der Kantonsrat eine Schifffahrt auf den Zuger Seen will oder nicht. Das ist keine Sparvorlage mehr, sondern eine Existenzvorlage.
Die Schifffahrt ist ein touristisches Angebot, von welchen es im Kanton Zug nicht allzu viele gibt. Der Tourismus ist ein wichtiger Teil der Standortattraktivität. Ein kleines touristisches Angebot sollte im Kanton Zug Platz haben. Bei der vorliegenden Massnahme geht es nicht nur um den blossen Erhalt, sondern auch um die Tradition eines touristischen Angebots, welches auch bei der Zuger Bevölkerung, insbesondere bei Familien, Anklang findet. Von einer möglichen Einstellung der Schifffahrt ist vor allem die Schifffahrt auf dem Ägerisee betroffen, weil schwierige Randbedingungen wie die kürzere Saison und das kleinere Einzugspotenzial vorliegen. Welche touristischen Angebote hat das Ägerital bei einer Einstellung der Schifffahrt denn noch zu bieten? Etwas überspitzt gesagt, kann man dann noch das Morgartendenkmal und die Schlachtkapelle besuchen – wobei aber auch diese Angebote üblicherweise mit einer Schifffahrt verbunden werden.
Für die Votantin wird das touristische Image des Kantons durch die Schifffahrt sehr positiv und sympathisch bereichert. Sie bittet den Rat und vor allem jene Ratsmitglieder, welche vom Tourismus profitieren oder selber das Angebot auf den beiden Seen nutzen, den Kostendeckungsgrad bei 60 Prozent zu belassen. Sie ruft den Rat auf, nicht die Schifffahrt, sondern diese Hauruckübung der Regierung zu versenken. Übrigens findet in Oberägeri in genau einem Monat, am 14. Mai, die Eröffnung des neu gestalteten Seeplatzes inkl. Schiffssteg statt. Es wäre jammerschade, wenn dann kein Schiff mehr dort stehen würde.

**Jean-Luc Mösch** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Vorstandsmitglied von Cham Tourismus, welcher über 700 Mitglieder hat und in Cham und im Ennetsee tätig ist.
Es scheint dem Votanten, als habe er soeben von einem kleinen Boot auf ein grosses Schiff gewechselt. Im Grundsatz stimmt er in der Sache dem Antrag der vorberatenden Kommission zu. Er weist aber darauf hin, dass die zwei Schifffahrtsgesellschaften, auch wenn sie keine Erschliessungsaufgaben zu erfüllen haben, auf beiden Seen wichtige touristische Leistungen erbringen, bedauerlicherweise nicht kostendeckend. Trotzdem ist der Nutzen der Schifffahrt für das Gastgewerbe am See sehr wichtig und existentiell. Auch das Gewerbe und die Zulieferbetriebe profitieren davon, womit wiederum auch der Fiskus profitiert. Sicher ist die Schifffahrt hauptsächlich touristisch zu gewichten:Es kommen Tagesausflügler und Personen aus dem In- und Ausland, welche an den Seen verweilen. Die Schifffahrt trägt also auch zur Standortattraktivität des Kantons Zug bei, die sehr wichtig ist.

Der Sparkurs zwingt alle zum Handeln, auch die Schifffahrt. Sicherlich ist es auch zielführend, wenn die Zuger Schulen, die öffentliche Hand oder Institutionen, welche durch die öffentliche Hand unterstützt werden, ihre Schulreisen resp. Ausflüge mit einer Schifffahrt auf einem der beiden Seen verbinden. Und die Tourismusorganisationen im Kanton Zug sind eingeladen, sich mit konzeptionellen Ideen einzubringen, um das Angebot Schifffahrt im Kanton Zug und dessen Auslastung längerfristig sicherzustellen. Schiff ahoi!

**Heini Schmid** hat eine zweifache Interessenbindung: Einerseits hat er – in positivem Sinn – als Präsident von Zug Tourismus ein grosses Interesse, dass es auf den Zuger Seen ein möglichst gutes Angebot gibt; andererseits konkurrenziert die Schifffahrt die Höllgrotten in Baar, weshalb der Votant – in negativem Sinn – durchaus ein Interesse daran haben könnte, dass diese Schiffe versenkt würden.
In der bisherigen Diskussion wurde noch nicht beleuchtet, dass auf den Zuger Seen ein grosser Schatz schwimmt. Man erinnert sich: Praktisch jeder Präsident der Geschäftsleitung der Zuger Kantonalbank hat es sich zu seiner Aufgabe gemacht, entweder dem Zugersee oder dem Ägerisee zu einem schönen Schiff zu verhelfen. Und so verfügt man heute über eine tipptoppe, hochmoderne Flotte. Jedermann weiss, dass der Markt für solche Schiffe nicht unbegrenzt ist. Wenn man hier nun unbesehen kürzt, läuft man Gefahr, dass die für teures Geld angeschafften Schiffe nicht mehr verwertet werden können. Eine solche Kürzung wäre ein echter Schildbürgerstreich. Laura Dittli hat es wunderbar ausgeführt: Die ganze Gemeinde Oberägeri freut sich auf den neuen Steg – und plötzlich kommt kein Schiff mehr. Der Votant bittet den Rat deshalb, der Schifffahrt auf dem Ägerisee nicht den Hals umzudrehen und mindestens den Vorschlag der vorberatenden Kommission, mit dem die Existenz der Schifffahrt auf dem Ägerisee knapp gesichert werden kann, zu unterstützen. Es wäre wirklich nicht schön, wenn der Landammann an der Feier zur Eröffnung des neuen Schiffsstegs teilnehmen würde – und es kommt kein Schiff.

**Jürg Messmer** hält fest, dass die Schifffahrtsgesellschaft insgesamt sechs Schiffe hat: zwei auf dem Ägerisee, nämlich die MS Ägerisee und die MS Ägeri, und vier auf dem Zugersee, nämlich die MS Schwan, die MS Schwyz, die MS Rigi und die MS Zug. Egal, ob man dem Antrag des Regierungsrats auf einen Kostendeckungsgrad von 80 Prozent oder demjenigen der vorberatenden Kommission auf 70 Prozent folgt: Vielleicht müsste man grundsätzlich darüber nachdenken, wie viele Schiffe es auf diesen Seen tatsächlich braucht. Aus Sicht des Votanten müssen auf dem Zugersee nämlich nicht vier Schiffe verkehren. Und wenn man ein Schiff zwar geschenkt bekommt, aber den Betrieb und Unterhalt selber übernehmen muss, dann kann sich schlussendlich niemand dagegen wehren, dass der Kostendeckungsgrad vom Kantonsrat höher als bisher angesetzt wird. Vielleicht könnte man auf dem Zugersee auch auf das eine oder andere Schiff verzichten, um den höheren Deckungsgrad zu erreichen.

**Vroni Straub-Müller** wird den Antrag von Daniel Stadlin auf 65 Prozent unterstützen, denn sowohl 70 wie auch 80 Prozent bedeuten für die Ägerisee-Schifffahrt den Todesstoss. Und weshalb sollten die Berggemeinden dann noch finanzielle Beiträge an die Zugersee-Schifffahrt leisten? Das Finanzierungskonstrukt, das im Kantonsrat erarbeitet wurde, wäre dann wohl zerstört, und die weitere Finanzierung wäre eine schwierige Aufgabe. Die Votantin bittet den Rat, ebenfalls den Antrag auf 65 Prozent, zumindest aber denjenigen auf 70 Prozent zu unterstützen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält, und bittet, zumindest den heutigen Deckungsgrad von 60 Grad zu erhöhen. Es sind – wie schon mehrfach gehört – andere Zeiten angebrochen, und es muss erlaubt sein, von den Schifffahrtsgesellschaften mehr Kostendeckung zu verlangen. Der Volkswirtschaftsdirektor verwendet bewusst den Plural: Es geht nämlich keineswegs darum, die eine oder die andere Gesellschaft zu versenken.
Zur Frage nach dem Sparpotenzial: Ziel der Regierung war in diesem Zusammenhang, per 2018 für Kanton und Gemeinden insgesamt 300'000 Franken einzusparen. Dieses Ziel wird nur erreicht, wenn man jetzt mit 80 Prozent beginnt. Ehrlicherweise muss man sagen, dass das Sparziel dann über die Jahre erhöht wird, haben die Schifffahrtsgesellschaften doch – wie im Gesetz festgeschrieben – fünf Jahre Zeit, diese 80 Prozent zu erreichen. Einige Jahr später würde man mit 80 Prozent die angestrebten 300'000 Franken überschiessen, bis hin zum Doppelten. 2018 aber werden 300'000 Franken erreicht, davon 240'000 Franken zugunsten des Kantons und 60'000 Franken zugunsten der Gemeinden. Nun kann man natürlich die Meinung vertreten, 300'000 Franken in zehn Jahren reiche auch. Die Regierung ist aber etwas ambitiöser. Das Sparziel des Entlastungsprogramms lag ursprünglich bei 111 Millionen Franken, da und dort geht aber bereits etwas verloren.
Dem Vorwurf, es handle sich um eine Haurückübung, mit welcher die Schifffahrt auf dem Ägerisee versenkt werde, hält der Volkswirtschaftsdirektor entgegen, dass der Deckungsgrad für die gesamte Schifffahrt gilt. Ägerisee und Zugersee werden also nicht einzeln betrachtet. Schon heute erreicht der Zugersee in guten Jahren 80 Prozent, und je besser der Zugersee rentiert, desto besser steht auch der Ägerisee da. Die Vorstellung, dass der Ägerisee geschlossen werden und nur der Zugersee verbleiben soll, ist also falsch. Die Schifffahrtsgesellschaften sind frei, wie sie damit umgehen – wobei der Regierungsrat ihnen nicht befiehlt zu fusionieren. Gesamthaft aber müssen sie einen Deckungsgrad von 80 Prozent erreichen. Im Weiteren steht im Gesetz schon heute, dass die Gesellschaften bei Unterdeckung fünf Jahre Zeit haben, die entsprechende Deckung zu erreichen. In den Verlautbarungen bzw.in den an die Kantonsräte versandten Briefe der Schifffahrtsgesellschaften fällt auf, dass man quasi davon ausgeht, dass nichts geschieht, dass also keine Massnahmen erfolgen: keine Kostenminderung und keine Ertragsoptimierung. Dann ist es in der Tat eine existenzielle Frage. Der Regierungsrat geht aber davon aus, dass Massnahmen möglich sind.
Es steht ausser Frage, dass die Schifffahrtsgesellschaften einen Nutzen erbringen. Die Frage ist nur, wer diesen bezahlt bzw. wie hoch der Anteil des Staats sein soll. Und da darf die Frage gestellt werden und sie wird auch dem Regierungsrat immer wieder gestellt: Ist es Kernaufgabe des Staats, die Schifffahrt zu betreiben bzw. mindestens zu unterstützen, und dies in welchem Ausmass? Wenn man davon ausgehen würde, es gehöre nicht zu Aufgaben des Staates, dann müsste man konsequenterweise gar nichts bezahlen. So weit will der Regierungsrat aber nicht gehen. Vielmehr geht er davon aus, dass der Staat eine subsidiäre Funktion hat. Ob man diese nun mit 20 Prozent Steuergeldern, wie der Regierungsrat vorschlägt, mit 30 Prozent wie die vorberatende Kommission oder mit 40 Prozent wie bisher bemisst, ist eine Ermessensfrage, zu der man durchaus verschiedener Ansicht sein kann. Wichtig ist aber, dass der Regierungsrat mit seinem Vorschlag nicht die Existenz der Schifffahrtsgesellschaften in Frage gestellt hat. Vielmehr haben diese genügend Zeit für Massnahmen und können zusammenarbeiten. Und der Volkswirtschaftsdirektor glaubt nicht, dass irgendjemand die Zuger Schifffahrt als solche untergehen lassen will.
Im Übrigen hat heute auch der Kanton Zürich seine Sparpläne vorgestellt. Auch dort sind Mehrerträge bei der Schifffahrt ein Thema. Dort wird vorgeschlagen, dass

pro Ticket ein Zuschlag von 5 Franken verlangt werden soll. Das hat die Zürcher Regierung interessanterweise den Schifffahrtsgesellschaften direkt vorgeschlagen. Im Unterschied dazu äussert sich die Zuger Regierung nicht zu den konkreten Massnahmen und belässt diese in der unternehmerischen Verantwortung der Gesellschaften. Das ist sicher der liberalere Weg.
Zusammenfassend bittet der Volkswirtschaftsdirektor, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen, zumindest aber einer Erhöhung des Kostendeckungsgrads gegenüber heute zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass vier gleichwertige Anträge vorliegen und es demnach eine Vierfachabstimmung gibt:
- Antrag der SP-Fraktion: geltendes Recht beibehalten (Kostendeckungsgrad 60 Prozent);
- Antrag des Regierungsrats: Kostendeckungsgrad 80 Prozent;
- Antrag der vorberatenden Kommission: Kostendeckungsgrad 70 Prozent;
- Antrag von Daniel Stadlin: Kostendeckungsgrad 65 Prozent.

In der ersten Abstimmung erreichen die einzelnen Anträge folgende Stimmenzahlen:
- Antrag der SP-Fraktion (60 Prozent): 16 Stimmen
- Antrag des Regierungsrats (80 Prozent): 18 Stimmen
- Antrag der vorberatenden Kommission (70 Prozent): 28 Stimmen
- Antrag von Daniel Stadlin (65 Prozent): 4 Stimmen

In der folgenden Abstimmung werden die zwei Anträge mit den schlechtesten Resultaten einander gegenübergestellt, dies mit folgenden Ergebnissen:
- Antrag der SP-Fraktion (60 Prozent): 14 Stimmen
- Antrag von Daniel Stadlin (65 Prozent): 47 Stimmen

Der Antrag von Daniel Stadlin bleibt damit im Rennen.

Die folgende Dreifachabstimmung ergibt folgende Resultate:
- Antrag des Regierungsrats (80 Prozent): 19 Stimmen
- Antrag der vorberatenden Kommission (70 Prozent): 28 Stimmen
- Antrag von Daniel Stadlin (65 Prozent): 18 Stimmen

Die Gegenüberstellung der zwei Anträge mit den schlechtesten Resultaten ergibt die folgenden Ergebnisse:
- Antrag des Regierungsrats (80 Prozent): 29 Stimmen
- Antrag von Daniel Stadlin (65 Prozent): 36 Stimmen

Der Antrag von Daniel Stadlin bleibt damit weiterhin im Rennen.

➔ In der abschliessenden Abstimmung genehmigt der Rat mit 42 zu 20 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission (Kostendeckungsgrad 70 Prozent).

Die Beratungen werden hier wegen der fortgeschrittenen Zeit unterbrochen.

## 419 Nächste Sitzung

Dienstag, 3. Mai 2016 (Ganztagessitzung). Sitzungsbeginn ist um **8.00 Uhr.**

**Protokoll des Kantonsrats**

31. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Dienstag, 3. Mai 2016 (Vormittag)
Zeit: 08.00 – 12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle vom 31. März 2016
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Finanzstrategie 2017–2025 des Kantons Zug

4. Geschäfte, die am 14. April 2016 nicht behandelt werden konnten:

4.1. Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderungen: Fortsetzung der 1. Lesung:
4.2. Motion von Andreas Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen
4.3. Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch
4.4. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus
4.5. Interpellation von Kurt Balmer und Andreas Hausheer betreffend Pflegebettmoratorium
4.6. Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionen-Streichung
4.7. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Ausbau Stadtbahn Zug

5. Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Gerichte mit Leistungsauftrag und Globalbudget
6. Motion von Manuel Brandenberg und Heini Schmid betreffend Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; Gleichbehandlung der privaten Beschwerdeführer mit den Behörden
7. Interpellation von Michele Kottelat betreffend: Wie kann der Respekt im Kanton Zug gefördert werden?
8. Interpellation von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann betreffend Versachlichung der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion
9. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Flüchtlingskonzept

## 420 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 67 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Philippe Camenisch und Jürg Messmer, beide Zug; Andreas Meier, Oberägeri; Beat Iten, Unterägeri; Nicole Imfeld und Andreas Lustenberger, beide

Baar; Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Beat Sieber und Claus Soltermann, alle Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Andreas Hürlimann, Steinhausen; Emanuel Henseler, Neuheim.

**421 Mitteilungen**

Urs Raschle und seine Lebenspartnerin Sarah Morlok sind am 27. April 2016 glückliche Eltern von Ramona geworden. Der Kantonsratspräsident gratuliert herzlich zu diesem freudigen Ereignis und wünscht den Eltern ruhige, erholsame Nächte. *(Der Rat applaudiert.)*

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

TRAKTANDUM 1

**422 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**423 Genehmigung der Protokolle vom 31. März 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 31. März ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3
**Kommissionsbestellungen:**

**424** Traktandum 3.1: **Finanzstrategie 2017–2025 des Kantons Zug**
Vorlage: 2597.1 - 15117 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Direktüberweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

**425** Traktandum 3.2: **Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann**

Für die ALG-Fraktion soll anstelle von Rita Hofer neu Esther Haas und für die SP-Fraktion anstelle von Barbara Gysel neu Olivia Bühler in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**426** Traktandum 3.3: **Gesetz über die Nutzung des Untergrunds**

Anstelle von Barbara Gysel soll neu Olivia Bühler für die SP-Fraktion in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4
**Geschäfte, die am 14. April 2016 nicht behandelt werden konnten:**

**427** Traktandum 4.1: **Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderungen: Fortsetzung der 1. Lesung**
Vorlagen: 2569.1/1a/1b - 15044 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2569.2 - 15045 (Antrag des Regierungsrats [Synopse]); 2569.3/3a/3b - 15099 (Bericht und Antrag der Kommission); 2569.4/4a - 15100 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass vorab ein Anliegen des Regierungsrats behandelt wird: Der Regierungsrat bittet den Kantonsrat, die in der Sitzung vom 31. März 2016 beschlossene Formulierung von § 4 Abs. 1a des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens zu präzisieren. Die betreffende Bestimmung wurde mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Die Finanzierung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs erfolgt über den Lotteriefonds, solange der Lotteriefondsbetrag mindestens 10 Millionen Franken beträgt.» Aus buchhalterischer, finanzhaushaltrechtlicher und fachtechnischer Sicht ist es präziser, statt des Begriffs «Lotteriefondsbetrag» das Wort «Fondsvermögen»zu verwenden. «Fondsvermögen» ist wegen der expliziten Erwähnung des Lotteriefonds im gleichen Satz inhaltlich gleichbedeutend mit dem Bestand des Lotteriefonds.

➔ Der Rat stimmt sowohl dem Rückkommensantrag als auch dem Ersatz des Begriffs «Lotteriefondsbetrag» durch «Fondsvermögen» in § 4 Abs. 1a des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens stillschweigend zu.

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Teil II: Fremdänderungen** (Fortsetzung)

Für die weitere Debatte bittet der **Vorsitzende,** alle Anträge, die nicht in ihrem Wortlaut bereits in der Synopse enthalten sind, gemäss § 68 der Geschäftsordnung schriftlich abzugeben.

***Spitalgesetz vom 29. Oktober 1998 (Stand 1. Januar 2012)***

Für **Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, war das Spitalgesetz eines der komplexeren Themen, mit welchen sich die Kommission zu befassen hatte. Entsprechend sorgfältig wurde sie vom damaligen Gesundheitsdirektor und der Leiterin seines Rechtsdiensts in die Materie eingeführt. Nach vorerst grosser Skepsis – sie musste sich hier in einen sensitiven Bereich mit sozialen Elementen

vortasten – liess sich die Kommission von den Beweggründen der Regierung im Grundsatz grossmehrheitlich überzeugen. Sie unterstützt mit 11 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung die regierungsrätliche Absicht. Es geht darum, die mittel- und langfristige Kostenentwicklung in der Langzeitpflege zu bremsen. Effizienzsteigerung ist ein Element, das es weiterzuverfolgen gilt. Dazu bedarf es eines Systemwechsels. Die Kommission hat sich grossmehrheitlich überzeugen lassen, dass mit dem eingeschlagenen Weg kein Sozialabbau betrieben wird. Dass Personen, welche Ergänzungsleistungen beziehen, gewisse Einschränkungen in ihrer Wahlfreiheit in Kauf nehmen müssen, hält die Kommission für vertretbar. Die Kommissionspräsidentin bittet deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Gemäss Aussagen von Interessengruppen ist der vom Regierungsrat vorgeschlagene Systemwechsel bei Beiträgen an die Pensionstaxen von Ergänzungsleistungsbezügern in § 10 Abs. 1a Bst. c umstritten. Die Ergänzungsleistungsbeiträge für Pensionstaxen sollen auf das 45. Perzentil aller Betten für stationäre Langzeitpflege im Kanton beschränkt werden. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission aus drei Gründen:
• Diese Praxisänderung ist kein Sozialabbau. Die medizinische Versorgung und Pflege sind nicht betroffen, es geht einzig um die Pensionstaxen, also um Kost und Logis. Es werden weiterhin Beiträge an Ergänzungsleistungsbezüger bezahlt, und zwar in ausreichender Höhe, so dass diese in einem anständigen Zimmer leben können. Niemand wird abgeschoben oder schläft in einem fensterlosen Kellerzimmer, jedoch sollen jene Pflegepatienten, für deren Kosten der Staat aufkommt, nicht in den teuersten Zimmern, sondern in Zimmern mit mittlerem Standard untergebracht werden. Dies ist man den Steuerzahlern schuldig.
• Gemäss Aussage des Regierungsrats sind ausreichend Pflegebetten im Kostenstandard bis zum 45. Perzentil vorhanden, dies sowohl für Ergänzungsleistungsbezüger wie auch für jene Selbstzahler, welche ein solches Standardzimmer wählen. Die FDP erachtet es insbesondere als wichtig, dass kostenbewusste Selbstzahler nicht gezwungen werden, ungewollt ein teures Zimmer beziehen und dieses finanzieren zu müssen, weil alle günstigeren Betten durch Ergänzungsleistungsbezüger besetzt sind. Sollte sich erweisen, dass zukünftig zu wenig Betten zu Kosten bis zum 45. Perzentil verfügbar sind, hat der Regierungsrat gemäss dem Gesetzesartikel die Kompetenz, das Perzentil bei ausgewiesenem Mangel zu erhöhen. Somit sind die Instrumente für eine sinnvolle und praktikable Umsetzung vorhanden.
• Mittel- bis langfristig werden die Pflegeheimbetreiber durch diesen Systemwechsel motiviert, kosteneffizient zu wirtschaften und ihre Betten etwas mehr marktorientiert zu managen. Teurere Betten können mit Mehrwertleistungen und gutem Marketing an vermögende Selbstzahler platziert werden. Kurzfristig werden allenfalls jene Pflegeheimbetreiber leiden, welche zu hohe Kosten haben oder teurere Betten nicht entsprechend besetzen können.
Die FDP-Fraktion erachtet die Einführung des Perzentil-Konzepts für Ergänzungsleistungs-Pensionstaxen als ein faires und nachhaltiges Steuerungssystem, welches keinen Sozialabbau bedeutet. Sie unterstützt deshalb den Vorschlag des Regierungsrats einstimmig.

**Hubert Schuler** hat den Eindruck, dass die Staatswirtschaftskommission diese Gesetzesänderung nicht beraten hat, ist in ihrem Bericht doch nichts dazu vermerkt. Der Votant fragt sich da natürlich, was der Grund dafür ist. Wurde es einfach vergessen, oder gibt es einen anderen Grund? Menschen mit Ergänzungsleistungen haben die Komfortzone längst verlassen, es geht bei ihnen oft ums nackte Über-

leben. Die genauen Auswirkungen dieser Gesetzesänderung sind sehr nebulös und unklar, dies entgegen der Meinung der FDP. Zusätzlich wurde ein Zeitdruck aufgebaut, so dass keine seriöse Vernehmlassung bei den Gemeinden durchgeführt werden konnte; wenn die FDP ihre Gemeinderätinnen und -räte fragen würde, käme sie zu einem anderen Schluss. Dies schreibt die Regierung in ihrem Bericht auf Seite 63 selber. Es scheint auch, dass nicht einmal die Gesundheitsdirektion und allenfalls die Volkswirtschaftsdirektion genau wissen, welche Auswirkungen diese Änderung hat. Zuerst hiess es, dass rund 40 Prozent der Heimbewohnenden Ergänzungsleistungen beziehen würden; dann wurde dieser Prozentsatz einfach auf 30 Prozent reduziert. Der Votant geht nicht davon aus, dass sich innert einiger Monate die Anzahl ergänzungsleistungsbeziehender Bewohnerinnen und Bewohner so markant verringert hat. Auch die Aussage der Regierung, dass es nur in vier Alters- und Pflegeheimen keine sozialverträglichen Zimmer gebe, lässt sich nicht nachvollziehen. Etwas salopp ausgedrückt: Die Zahlen wurden erwürfelt und nicht ausreichend abgeklärt. Mit der Festsetzung auf einem tiefen Perzentil der Pensionstaxen besteht die Gefahr, dass alte Menschen im Kanton Zug umhergeschoben werden. Die Übergangsfrist verhindert dies nicht, auch wenn sich dadurch eine gewisse Abschwächung besonders am Anfang ergeben kann. Denn wie steht es dann mit dem freien Markt für die Betten? Was bedeutet es, wenn ein Heim dann höhere Taxen verlangt und jemand Ergänzungsleistungen beziehen muss? Möchte irgendein Mitglied des Kantonsrats, dass seine Mutter oder sein Vater vom jetzigen Wohnort in irgendeines der Alters-und Pflegeheime im Kanton ziehen müsste, nur weil vor Ort das Zimmer nicht finanziert werden kann? Bis vor einem Jahr propagierte die Regierung Einzelzimmer und unterstützte die Heime und Gemeinden, die entsprechende Infrastruktur auf- und auszubauen. Dabei wurde mit den gemeindlichen Behörden bewusst auf diesen Standard gesetzt. Damit erhalten Menschen, welche in Heimen leben – es geht nicht um kurze Spitalaufenthalte – ihre Privatsphäre und ihre eigenen vier Wände. Nun soll das plötzlich alles keinen Wert mehr haben resp. die Einsparungen für den Kanton sollen wichtiger sein als die Würde dieser Menschen. Mit diesem System würde sich eine Zweitklassengesellschaft ergeben. Weiter wäre es mit dieser Gesetzesänderung der Regierung überlassen, wie sie den Standard von Zimmern definieren will. Das könnte heissen, dass im nächsten, bereits angekündigten Sparpaket eine weitere Reduktion stattfindet.
Ein Punkt, welcher in den Berichten der Regierung und der Kommission gar nicht beleuchtet wurde, betrifft diejenigen Leute, welche keine Ergänzungsleistungen beziehen. Wenn alle günstigen Zimmer zwingend von Menschen mit Ergänzungsleistungen belegt werden, gibt es für die anderen nur noch die teureren Zimmer. Deren Einkommen und Vermögen werden dahinschmelzen wie der Schnee an der Frühlingssonne – und schon bald benötigen auch diese Leute Ergänzungsleistungen.
Aus all diesen Überlegungen stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** diese Gesetzesänderung an den Regierungsrat zurückzuweisen, verbunden mit dem Auftrag, daraus eine eigene Vorlage zu erarbeiten. Diese soll die Auswirkungen auf die betroffenen Menschen, die Institutionen und die Gemeinden detailliert aufzeigen. Die Gemeinden sind bei der Erarbeitung der Vorlage entsprechend einzubinden.
Für den Fall, dass die Variante des Regierungsrats angenommen wird, stellt die SP den **Eventualantrag,** dass die Gemeinden verpflichtet werden sollen, die höheren Kosten zu übernehmen, auch wenn in einer Nachbargemeinde noch ergänzungsleistungstaugliche Zimmer zur Verfügung stehen. Wenn der vorher beschlossene Gesetzesartikel wirksam wird, müssten die Gemeinden finanziell geschützt werden, mit der Konsequenz, dass Leute in anderen Gemeinden ihr Zuhause haben würden. Der Eventualantrag zu § 10 Abs. 1b lautet demnach: «Bei Personen, die in einem Listenpflegeheim leben und ~~trotz Ergänzungsleistungen die Heimkosten nicht~~

~~decken können~~ *für die im Kanton kein mit Ergänzungsleistungen finanzierbares Bett zur Verfügung steht,* sorgen die Gemeinden durch eigene Beiträge dafür, dass durch den Heimaufenthalt keine Sozialhilfe-Abhängigkeit begründet wird. […].»

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, stellt klar, dass die vorliegende Gesetzesänderung in der Stawiko sehr wohl beraten und diskutiert wurde; es wurden jedoch keine Anträge gestellt. Die Stawiko schliesst sich hier dem Regierungsrat und der vorberatenden Kommission an. Aus verwaltungsökonomischen Gründen verzichtet sie dort, wo sie keine neuen Argumente ins Spiel bringt, auf besondere Ausführungen in ihrem Bericht. Es werden weitere Themen folgen, für die das ebenfalls gilt. In diesen Fällen schliesst sich die Stawiko dem Regierungsrat oder der vorberatenden Kommission an.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass die CVP-Fraktion die vorliegende Thematik in einer Gesamtsicht betrachtet hat, geht es doch in Zusammenhang mit den Ergänzungsleistungen hier um den Heimkostensatz, später dann um den Beitrag für die persönlichen Auslagen und den Vermögensverzehr. Es sind hohe Beträge, die in diesem Zusammenhang eingespart werden sollen: Gemäss Vorschlag des Regierungsrats wären es beim Heimkostensatz 1,3 Millionen Franken, beim Betrag für persönliche Auslagen 1,8 Millionen Franken und beim Vermögensverzehr 700'000 Franken. Mit den drei genannten Elementen sollen die steigenden Kosten bei den Ergänzungsleistungen reduziert werden. Der CVP war deshalb eine Gesamtbetrachtung wichtig: Wo drückt der Schuh am meisten, und wo soll bzw. soll nicht dem Regierungsrat gefolgt werden?
Beim Heimkostensatz handelt es sich um einen Systemwechsel, dem die CVP zustimmt. Beim Betrag für die persönlichen Auslagen geht es für Personen, welche Ergänzungsleistungen beziehen, an das Eingemachte. Hier hat der Regierungsrat nach Ansicht der CVP den Bogen überspannt, weshalb sie den vorberatenden Kommissionen folgen. Den regierungsrätlichen Vorschlag bezüglich Vermögensverzehr findet die CVP gerechtfertigt, hier folgt sie dem Regierungsrat.
Beim Heimkostensatz geht es – wie schon erwähnt wurde – darum, Druck auf die Gemeinden zu machen. Diese stehen in einem Spannungsfeld zwischen der Forderung nach sogenannten Standardzimmern und einem vernünftigen Kostenniveau. Und wie Hubert Schuler bereits gesagt hat, geht es dabei nicht nur um Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen, sondern auch um solche, die einfach ein gewöhnliches Standardzimmer haben wollen. Der vorgeschlagene Systemwechsel ist aus Sicht der CVP sinnvoll. Sie hat sich sagen lassen, dass im Moment diese Zimmer bis zum 30. Perzentil gebraucht werden; in der Vernehmlassung schlug der Regierungsrat noch vor, die Limite beim 40. Perzentil anzusetzen, aufgrund der Rückmeldungen ist man jetzt beim 45. Perzentil. Für die CVP ist hier ein gewisser Spielraum gegeben, wobei jene Gemeinden, welche diesbezüglich eine teure Infrastruktur zur Verfügung stellen – etwa die Stadt Zug –, sehr stark gefordert sind, kostengünstigere Angebote bereitzustellen.

**Urs Raschle** stellt ebenfalls den **Antrag** auf Rückweisung an den Regierungsrat, dies insbesondere in seiner Funktion als Gemeindevertreter: Als Sozialvorsteher der Stadt Zug hat er die Verantwortung für die Altersheime der Stadt Zug, sitzt aber auch in den Stiftungsräten der Alterszentren Zug und des Pflegezentrums Baar. Damit ist auch seine Interessenbindung dargelegt.
Der Vorschlag der Regierung ist lobenswert, aber zu wenig durchdacht; er sollte deshalb von einer Kommission intensiv beraten werden. Dabei spielen zwei Faktoren eine grosse Rolle. Einerseits werden Äpfel mit Birnen verglichen. Heute liegt die

Grenze der Sozialverträglichkeit bei rund 183 Franken pro Person und Tag; so viel wird via Ergänzungsleistung an einen Heimaufenthalt vergütet, wenn dieser nicht selber finanziert werden kann. Nun schlägt der Regierungsrat den Wert des 45. Perzentils vor. Die grosse Problematik insbesondere für die Gemeinden liegt darin, mit welchem Wert hier verglichen werden muss. Silvia Thalmann hat vom 30. Perzentil gesprochen, seitens der Gemeinden aber ist man sich nicht einig ist, ob dies stimmt, fehlen doch die Fakten dazu. Wie dem auch sei: Die Regierung spricht von 172 Franken pro Tag und Person mit der zukünftigen Ergänzungsleistung. Wo aber bleiben die rund 12 Franken pro Person und Tag? Diese verschwinden ja nicht einfach, nein, gemäss dem Vorschlag des Regierungsrats müssen die Gemeinden sie bezahlen. Diese haben zwei Möglichkeiten: Entweder sie bezahlen den verbleibenden Betrag – mit der Problematik, dass eine Person, welche AHV und gleichzeitig Ergänzungsleistungen bezieht, eigentlich nicht mehr über die Sozialhilfe finanziert werden darf –, oder sie setzen die Heime unter Druck und verlangen sogenannte Standardzimmer. Das tönt auf den ersten Blick zwar ziemlich gut, ist aber nicht ganz einfach, denn das Standardzimmer, welches die Regierung postuliert, gibt es so nicht, sondern ist im Kanton Zug sehr unterschiedlich. Somit bleibt die dritte Variante, welche für die Gemeinden sehr interessant ist, aber Tür und Tor öffnet für den sogenannten Altersheimtourismus: Die Gemeinden hätten die Möglichkeit, Personen, welche ihren Heimaufenthalt nicht mehr berappen können, in andere Heime innerhalb des Kantons zu schicken. Aber welches Kantonsratsmitglied will in zwei Jahren im Wahlkampf seinen Wählerinnen und Wählern erklären müssen, weshalb Tante X oder Mutter Y plötzlich in einem anderen Heim im Kanton lebt? Dazu kommt – für den Votanten bedeutend wichtiger –, dass man mitten in einem Paradigmenwechsel steht. Seit dem 1. Januar 2016 gibt es das sogenannte *Taxtool,* welches mit den Vollkosten rechnet: Anlage-, Miet- und Baukosten fliessen ebenfalls in die Pensionstaxen ein. Dies liegt klar im Interesse der öffentlichen Hand: Es sollen dadurch Rückstellungen ermöglicht werden, damit die Heime künftig ihre Investitionen selber berappen können bzw. müssen. Man steht also vor einem Absurdum: Einerseits steigen die Taxen aufgrund der neuen Kostenberechnung, andererseits aber droht die Regierung, die Grenze der Sozialverträglichkeit zu senken, was dazu führt, dass eine grössere Anzahl von Bewohnenden vor die Problematik gestellt ist, die Taxen nicht mehr bezahlen zu können.
Die Gemeinden sind nicht gegen eine Anpassung der Ergänzungsleistungen, aber sie sind gegen eine Hauruck-Übung. Um eine gute und nachhaltige Lösung zu finden, braucht es Zeit und vor allem entsprechende Unterlagen und Fakten, denn Prozente sind nicht Perzentile. Die Gemeinden sind offen für eine Mitarbeit, brauchen dazu aber die entsprechende Chance, die sie bisher nicht hatten. Sie sind auch bereit, einen Solidaritätsbeitrag zu bezahlen. Falls der Rat aber dem Antrag des Regierungsrats folgt, besteht die Gefahr, dass die Kosten für die Gemeinden bedeutend grösser werden. So rechnet die Gemeinde Risch mit mehreren hunderttausend Franken Mehrkosten pro Jahr. Das kann es nicht sein und ist weder im Interesse der Gemeinden noch des regierungsrätlichen Entlastungsprogramms. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Antrag auf Rückweisung zu unterstützen. Man vergibt sich damit nichts, ausser vielleicht die Tatsache, dass man dann nicht plötzlich vor einem emotionalen Scherbenhaufen steht.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** ist überzeugt, dass es keinen Scherbenhaufen geben wird. Die beantragte Gesetzesänderung ist wichtig, auch weil sie langfristige Wirkungen haben wird. Der Gesundheitsdirektor steht mit Überzeugung dafür ein.
Planung und Finanzierung der Langzeitpflege sind zweifellos eine komplexe Thematik, mit einer Vielzahl von Verantwortlichkeiten auf verschiedenen Ebenen. Ins-

besondere gibt es im Pflegebereich eine starke und nicht immer einfach zu verstehende Verschränkung zwischen Gemeinden und Kanton, die letztlich partnerschaftlich zu lösen ist. Und wie andernorts gilt auch hier der Grundsatz, dass komplizierter nicht besser ist. Es geht also auch hier darum, möglichst einfach zu bleiben – was allerdings nicht einfach ist.
Der Gesundheitsdirektor bittet, bei der vorliegenden Gesetzesänderung dem Vorschlag des Regierungsrats, der auch von der vorberatenden Kommission und der Stawiko unterstützt wird, zuzustimmen. Die vorgeschlagene Massnahme hat wie nur wenige andere Entlastungsmassnahmen eine nachhaltig kostendämmende Wirkung. Ein Entlastungsprogramm ist letztlich nur sinnvoll, wenn auch starke Kostensteigerungen gezielt angegangen werden. Es ist nämlich gut möglich, dass viele Massnahmen allein durch Kostensteigerungen im Gesundheitswesen wieder kompensiert werden. Zu den stark steigenden Kosten gehören auch die Ergänzungsleistungen, die vom Kanton getragen werden: Allein zwischen 2010 und 2014 stiegen die Ergänzungsleistungen zur AHV um 56 Prozent, jene zur IV um 45 Prozent. Alleine in den Pflegeheimen nahm die Zahl der Bezüger von Ergänzungsleistungen zwischen 2010 und 2015 um 33 Prozent zu.
Die vorgeschlagene Massnahme ist sozialpolitisch unproblematisch, auch wenn heute anderes behauptet wurde. Es geht um die Pensionskosten, in der Pflege und Betreuung werden keine Unterschiede gemacht; es ist nicht die Aufgabe von Ergänzungsleistungen, eine teure Pflege zu finanzieren. Es ist sozialpolitisch keine Zumutung, wenn Ergänzungsleistungsbezüger in Standardzimmern untergebracht werden – wobei für bisherige Bewohner die Besitzstandwahrung gilt. Ein Vorteil des Perzentilsystems ist zudem die Flexibilität. Der Kanton nimmt seine soziale Verantwortung auch wahr, falls die Kosten in Zukunft weiter steigen würden. Für Menschen mit einer Behinderung besteht kein Nachteil; für sie übernimmt die Ergänzungsleistung weiterhin alle Kosten. Und für Ergänzungsleistungsbezüger, die in einer eigenen Wohnung leben, gibt es bereits heute eine Beschränkung. Es ist nicht unsozial, wenn auch Bezüger, die in einem Heim leben, eine Kostenbeschränkung bei der Pension haben. Als Nebeneffekt damit verbunden ist zudem der Anreiz, Geld für das Alter auf die Seite zu legen. Es ist sozialpolitisch wichtig, die Kosten der Ergänzungsleistungen im Griff zu haben, denn die enormen Kostensteigerungen bergen auch sozialpolitschen Zündstoff.
Der Gesundheitsdirektor hat ein gewisses Verständnis für die Gemeinden und für Urs Raschles Votum. Die Gemeinden sind von der vorgeschlagenen Gesetzesänderung sehr unterschiedlich betroffen. Es gibt einzelnen Gemeinden – möglicherweise die Stadt Zug –, welche die Gesetzesänderung etwas kosten wird; einzelne wenige Gemeinden haben sehr viele teure Pflegeplätze. Noch vor kurzem sprach man von einem Pflegebettennotstand, und die Gemeinden haben reagiert. Heute ist die Situation komplett anders: Es besteht in den meisten Kantonen, auch in Zug, ein Überangebot an Pflegeplätzen – wobei dieses paradoxerweise nicht zu tieferen, sondern zu höheren Kosten führt. Nach Meinung des Regierungsrats ist es wichtig, dass die Gemeinden ihre Verantwortung wahrnehmen und die Pflegekosten in den Griff bekommen müssen. Das ist aber nur möglich, wenn das Ventil Ergänzungsleistungen nicht voll offen steht. Der Gesundheitsdirektor verspricht, dass die Gesundheitsdirektion die Gemeinden auf ihrem Weg unterstützen wird. Er dankt der vorberatenden Kommission und der Stawiko sowie auch den Fraktionen, welche die beantragte Gesetzesänderung unterstützen.
Zu Votum von Hubert Schuler ist zu sagen, dass das Gesetz weder nebulös noch unklar ist und auch nicht unter zu hohem Zeitdruck entstanden ist. Natürlich gab es – wie für das gesamte Entlastungspaket – einen Zeitdruck, es wurden aber sehr genaue Abklärungen getroffen, und die entsprechenden Zahlen liegen vor. Dass

der Regierungsrat auf das 40. Perzentil angestiegen ist, war ein Zugeständnis aufgrund der Rückmeldungen in der Vernehmlassung; auch wollte er den Gemeinden etwas entgegenkommen, damit der Druck nicht allzu hoch wird.
Im Weiteren wird niemand herumgeschoben. Bereits heute wohnen in den meisten Pflegeheimen viele aussergemeindlichen Personen, in vielen Pflegeheimen sind es über 50 Prozent. Man findet schon heute nicht immer in seiner Wohngemeinde einen Pflegeplatz; wenn die dortigen Plätze belegt sind, muss man bereits jetzt in eine andere Gemeinde gehen. Und der Regierungsrat sieht auch keine Zumutung darin, wenn man beispielsweise von Zug nach Baar oder Cham gehen muss.
Zur Frage der Einzelzimmer und der Würde: Es entsteht keine Zweiklassengesellschaft. Es ist auch keine Zumutung, wenn einzelne Pflegeheimbewohner ein Zweierzimmer bewohnen müssen, sind doch viele der Zimmer als Zweierzimmer konzipiert worden. Und der grosse Teil der Zimmer im Standardpreisbereich sind heute Einzelzimmer. Das bedeutet, dass die meisten Ergänzungsleistungsbezüger auch weiterhin in Einzelzimmern untergebracht werden können. Zudem hat die Perzentilrechnung den grossen Vorteil der Flexibilität: Wenn die Kosten sich verändern, verändert sich auch der Kostenansatz.
Dem Eventualantrag der SP-Fraktion könnte der Regierungsrat zustimmen. Er definiert etwas genauer, was in der regierungsrätlichen Vorlage für den Fall angedacht ist, dass in einer Gemeinde kein Standardzimmer vorhanden ist. Die von Urs Raschle zum Ausdruck gebrachte Angst vor einem Alters- oder Pflegeheimtourismus ist unbegründet. Es gibt eine Übergangsfrist von zwei Jahren – was der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in einem Pflegeheim entspricht –, und es ist nicht davon auszugehen, dass die Gemeinden Personen, die zwei Jahre in einem Pflegeheim lebten, nach Ablauf dieser Frist in ein anderes Heim schicken, auch wenn sie heute nicht in einem Standardzimmer wohnen.
Es werden hier nicht Äpfel mit Birnen verglichen. Die Zahlen liegen vor und stehen den Gemeinden zur Verfügung. Natürlich hängt der Betrag davon ab, wo das 40. Perzentil liegt, und er kann sich verändern. Im Weiteren handelt es sich auch nicht um eine Hauruck-Übung. *Taxtool,* das für die Pflegeheime eingeführt wird, ist ja gerade für die Gemeinden ein gutes Instrument, um die Situation in den Griff zu bekommen.
Zusammenfassend bittet der Gesundheitsdirektor, der beantragten Gesetzesänderung zuzustimmen. Sie hat eine langfristig kostendämmende Wirkung, weil sie die Gemeinden zwingt, die Kosten hier in den Griff zu bekommen – und die Gemeinden werden das schaffen. Die Gesundheitsdirektion unterstützt sie dabei, und man wird eine langfristig gute Kostenentwicklung hinkriegen, gerade auch dank dieser Gesetzesänderung.

**Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung offen: Er arbeitet beim Sozialdienst der Gemeinde Baar, hat mit der Langzeitpflege aber nichts zu tun.
Betreffend Bettennotstand bestätigt er, dass der Kanton die Oberaufsicht über die Belegung der Betten hat und den Gemeinden die entsprechenden Betten bewilligt. Plötzlich hat man nun aber zu viele Betten. Wo bleibt da die Steuerung des Kantons? Und wer garantiert, dass mit dem Vorschlag, wonach die Regierung die Kompetenz zur Festlegung des Perzentils erhalten soll, dieses nicht einfach abgeändert wird? Da fehlt dem Votanten noch das nötige Vertrauen, auch wegen der Art und Weise, wie der vorliegende Gesetzesartikel vorbereitet wurde.
Gemäss Aussage des Gesundheitsdirektors will der Regierungsrat die Gemeinden zwingen, Kosten einzusparen. Wieso aber soll dann eine Gemeinde nach der Übergangsfrist entsprechende Personen – es sind nicht ja nur alte Menschen, die in einem Heim wohnen, sondern auch sehr viele jüngere Leute – nicht an einen ande-

ren Ort verpflanzen, um Kosten einzusparen? Dieses Argument ist also in keiner Art und Weise stichhaltig. Nochmals: Es ist eine Haurück-Übung und eine schlechte Vorlage. Der Votant bittet deshalb um Unterstützung für den Antrag auf Rückweisung an die Regierung.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** hält fest, dass Hubert Schuler zum zweiten Mal gesagt hat, der Regierungsrat wäre frei in der Festlegung des Perzentils. Dem ist entgegenzuhalten, dass das Perzentil in § 10 Abs. 1a Bst. c festgelegt ist und der Regierungsrat eine Änderung dem Kantonsrat vorlegen müsste. Natürlich hat die Perzentilrechnung eine gewisse Flexibilität. Das ist aber bewusst so gewählt, damit bei einem Anstieg der Kosten genügend Standardzimmer zur Verfügung stehen. Im Übrigen fallen viele jüngere Heimbewohner nicht unter diese Berechnung, weil ihre Kosten von anderer Seite übernommen werden. Es kommt also darauf an, von welchen jüngeren Heimbewohnern man hier spricht. IV-Bezüger, aber auch jüngere Heimbewohner, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, können in einem Standardzimmer untergebracht werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag auf Rückweisung an den Regierungsrat die Zustimmung von zwei Dritteln der Stimmenden benötigt.

➔ Der Rat lehnt die Rückweisung an den Regierungsrat mit 35 Nein- zu 26 Ja-Stimmen ab.

*§ 10 Abs. 1a*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 10 Abs. 1b*

Der **Vorsitzende** liest den Eventualantrag der SP-Fraktion nochmals vor.

➔ Der Rat stimmt dem Eventualantrag der SP-Fraktion zu § 10 Abs. 1b mit 38 zu 23 Stimmen zu.

***Gesetz über die Ausrichtung kantonaler Mutterschaftsbeiträge vom 1. September 1988 (Stand 1. Januar 2013)***

*§ 15*

**Vroni Straub-Müller** hält fest, dass der Kanton Zug Frauen, deren Einkommen tiefer ist als der individuelle Lebensdarf, seit 1988 sogenannte Mutterschaftsbeiträge gewährt. Geschaffen wurde dieses Gesetz, um finanzschwachen Frauen zu ermöglichen, ein Jahr bei ihrem Neugeborenen zu Hause bleiben zu können. Für alleinerziehende Frauen oder auch junge Eltern in Ausbildung sind diese Beiträge eine echte Überlebenshilfe und mitunter sogar mitentscheidend für oder gegen das ungeborene Kind. Nun wollen die Regierung, die vorberatende Kommission und die Stawiko diese Beiträge streichen. Das ist ein Leistungsabbau für die Schwächsten und zudem familienfeindlich. Werden diese Beiträge gestrichen, wäre für die Eltern

ein Gang aufs Sozialamt und damit eine Stigmatisierung unvermeidlich. Das ist keine Sparmassnahme, sondern eine Lastenverschiebung hin zu den Gemeinden. Der Kanton Zug wird oft als Mekka für Reiche bezeichnet. Ja, den Reichen und Vermögenden geht es gut im Kanton Zug. Man konnte bisher aber immer dagegenhalten, dass der Kanton Zug auf der anderen Seite auch viele wertvolle Unterstützungsinstrumente für sozial Schwächeren hat. Das hat die Votantin stolz darauf gemacht, im Kanton Zug leben zu dürfen. Nun beginnt sich diese Balance schmerzlich zu verschieben: Die Privilegien der Reichen bleiben unangetastet, bei den wenig Verdienenden aber wird gespart. Und Hand aufs Herz: Auch aus Sicht der Babys gibt es viele Gründe, warum eine anfängliche Unterstützung der Mütter sinnvoll und richtig ist. Die Votantin stellt darum den **Antrag,** auf den neuen § 15 zu verzichten, also beim geltenden Recht zu bleiben.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass derselbe Antrag auch in der vorberatenden Kommission gestellt und dort mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt wurde. Die grosse Mehrheit der Kantone kennt keine solchen Beiträge, es geht also auch hier um «Zuger Finish». Vroni Straub-Müller hat die finanzschwachen Frauen ins Spiel gebracht. Deren Kinder haben aber auch Väter, die man nicht einfach aus der Verantwortung entlassen soll. Es stimmt auch nicht, dass die Balance zugunsten der Reichen verschoben werde. In den früheren Sitzungen wurden auch Steuern und Abgaben beschlossen, die alles etwas in die statistische Mitte rücken. Und die fetten Jahre sind einfach vorbei. Es müssen Abstriche gemacht werden, ob man will oder nicht, und dies auf beiden Seiten.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass der Antrag auf ersatzlose Streichung von § 15 auch in der Stawiko gestellt wurde. Er wurde dort mit 5 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Auch die Stawiko ist grossmehrheitlich davon überzeugt, dass es sich hier um einen «Zuger Finish» handelt, auf den verzichtet werden kann bzw. soll. Es gibt andere Möglichkeiten, um sozial schwache Personen, zu denen auch werdende Mütter gehören können, zu unterstützen.
Dem Stawiko-Bericht lässt sich entnehmen, dass aus dieser Massnahme netto eine Entlastung von rund 1 Million Franken resultiert. Von brutto rund 1,6 Millionen Franken weniger Mutterschaftsbeiträge müssen rund 600'000 Franken von der Direktion des Innern für Mütter mit Asylstatus übernommen werden. Diese Mehrbelastung kann jedoch zu 92 Prozent dem Bund überwälzt werden. Die Massnahme hat zudem auch Wirkungen auf die Gemeinden. Die Mehrbelastung ist jedoch beim Solidaritätsbeitrag, also dem *Deal* mit den Gemeinden, wie alle anderen Positionen berücksichtigt. Zusammenfassend bittet die Stawiko-Präsidentin, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

**Olivia Bühler** spricht für die SP-Fraktion. 1988 wurde das Gesetz über die kantonalen Mutterschaftsbeiträge erlassen. Der Kanton Zug nahm hier eine Pionierrolle ein. Ziel war der Schutz der jungen Mütter und ihrer Kinder. Die Bezügerinnen sind oft junge, alleinstehende Frauen in einer sensiblen Phase ihres Lebens. Und jetzt soll im Rahmen des Entlastungsprogramms dieser Schutz wieder gestrichen werden? Die SP-Fraktion erlebt diese Massnahme als deutlichen Rückschritt in der Stärkung der Frauen und lehnt sie klar ab.
Schwierig zu verstehen ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage der Regierung, dass durch den Verzicht auf die Mutterschaftsbeiträge die Eigenverantwortung der Betroffenen gestärkt werde. Wie genau sollen diese Frauen ihre Eigenverantwortung stärker wahrnehmen? Ist darunter ein Schwangerschaftsabbruch zu verstehen? Die Schwangerschaft und die erste Zeit nach der Geburt eines Kindes sind

sehr sensible Phasen, und nach Meinung der SP ist es der falsche Zeitpunkt, um von den Frauen «mehr Eigenverantwortung» einzufordern. In dieser Zeit sollen die Mutter und das Kind möglichst geschützt sein. Das Argument, dass die Frauen bereits durch die gesetzlich vorgegebene Mutterschaftsversicherung abgesichert seien, greift zu kurz. Die Mutterschaftsversicherung unterstützt während vierzehn Wochen nur Frauen, die im Berufsleben stehen oder selbstständig erwerbend sind. Andere Frauen haben keinen Anspruch. Und auch vierzehn Wochen sind sehr kurz, nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Kinder, die dann allenfalls mit dreieinhalb Monaten bereits fünf Tage pro Woche in die Krippe gehen.
Der Kanton Zug soll nach Meinung der Regierung keine Beiträge über das Leistungsniveau des Bundes hinaus ausrichten. Weshalb nicht? Will der Kanton Zug sein Entlastungsprogramm tatsächlich auf Kosten der Schwächsten – zu ihnen zählen auch die Kinder – ausrichten? Die Votantin will aber nicht falsch verstanden werden: Eine Unterstützung für alle Mütter im Sinne des Giesskannenprinzips könnte auch sie nicht unterstützen. Hier aber geht es um fünfzig bis siebzig Frauen jährlich im ganzen Kanton, die einen klar ausgewiesenen Bedarf belegen können und eine zeitlich beschränkte finanzielle Unterstützung erhalten. Die Alternative dazu wäre wohl in den meisten Fällen der Gang zum Sozialamt und somit eine Umlagerung der finanziellen Belastung auf die Gemeinden.
Neben Zug richten neun weitere Kantone solche Mutterschaftsbeiträge aus, es ist also nicht nur ein «Zuger Finish». Will Zug sich wirklich an den schwächeren Kantonen wie etwa dem Jura orientieren? Ist dies das Signal, das der Kanton Zug aussenden will? Für Reiche und Firmen gibt es Sonderlösungen und einen Schonraum, für die schwächsten Gruppen in der Gesellschaft hingegen nicht? Die Streichung der kantonalen Mutterschaftsbeiträge ist ein konkretes Beispiel dafür, dass das Entlastungspaket auf Kosten von sozial Schwachen ausgetragen wird. Die Votantin bittet deshalb, auf diese Massnahme zu verzichten.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** erinnert daran, dass die kantonalen Mutterschaftsbeiträge im Jahr 1988 eingeführt wurden, also lange vor der Mutterschaftsversicherung des Bundes. Es wurde kritisiert, dass dort nur berufstätige Frauen versichert seien und unterstützt würden, aber genau das war ursprünglich die Motivation: dass nämlich Frauen, die voll- oder teilzeitlich arbeiten, längere Zeit mit einer ökonomischen Absicherung zuhause bleiben und dann wieder in den Arbeitsprozess einsteigen können. Es ging also nicht darum, nicht berufstätige Frauen, die ohnehin zuhause sind, zu unterstützen. Die kantonale Regelung setzte deshalb ebenfalls – wie die Mutterschaftsversicherung – bei der Berufstätigkeit an.
Es hat eine gewisse Logik und Richtigkeit, dass man beim Sparen zuerst dort ansetzt, wo der Kanton überdurchschnittliche Leistungen erbringt. Und im vorliegenden Punkt steht der Kanton Zug weit über dem Durchschnitt, dies völlig freiwillig, ohne Vorschriften des Bundes. Wo sollte man denn sonst ansetzen? Es gibt auch kein Sparen, ohne dass querbeet ein Leistungsabbau erfolgt. Und wenn eine Leistung nicht mehr vom Staat erbracht oder finanziert wird, gibt es – wenn diese Leistung weiterhin erbracht werden soll – logischerweise eine Verschiebung, in diesem Fall auf die Eigenverantwortung der Familie. Und es geht hier immerhin um ein Volumen von 1 Million Franken. Darüber hinaus sind es 0,5 Personalstellen, welche dieses System heute bewirtschaften – und der Kantonsrat fordert ja immer wieder, es müsse Personal eingespart werden. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet deshalb, der Regierung, der vorberatenden Kommission und der Stawiko zu folgen.

➔ Der Rat genehmigt mit 34 zu 20 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

***Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EG ELG) vom 8. Mai 2008 (Stand 1. Januar 2011)***

*§ 2 Abs. 1 und Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 3*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission der grossen sozialpolitischen Tragweite dieser Massnahme bewusst war. Betroffen sind Personen, die dauernd oder über eine längere Zeit in einem Heim oder Spital leben. Bis anhin ging der Kanton Zug weniger weit, als es die bundesrechtliche Gesetzgebung zulassen würde. Einige Kommissionsmitglieder argumentierten, dass nicht auf dem Buckel der Schwächsten gespart werden dürfe. Dem wurde entgegnet, dass die vorliegenden Massnahmen nur Personen mit einem Vermögen über dem Freibetrag von 37'500 Franken betreffe. Unter diesem Aspekt kam der typisch schweizerische Kompromiss der Kommission mit 8 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung zustande: Bisher galt ein Drittel, die Regierung wollte ein Fünftel, die Kommission schlägt ein Viertel vor. Dieser Mittelweg lässt sich verantworten. Zudem sind nicht alle AHV- und IV-Bezüger *per se* finanzschwach. Es gibt auch unter diesen Personen vermögende Leute.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold:** Aus Sicht der Staatswirtschaftskommission ist der Regierungsrat in § 2 Abs. 3 mit einer Kürzung des Betrags für persönliche Auslagen von einem Drittel auf ein Fünftel über das Ziel hinausgeschossen. Der interkantonale Vergleich zeigt, dass der Kanton Zug mit einem Drittel des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf bei Alleinstehenden sehr gut dasteht: typisch «Zuger Finish». Mit einem Fünftel würde er sich im interkantonalen Vergleich aber auf der anderen Seite der Skala befinden. Das will die Stawiko auch nicht. Der Vorschlag der vorberatenden Kommission ist als Kompromiss massvoll und vertretbar. Die Stawiko-Präsidentin bittet deshalb, diesem Vorschlag zu folgen.
Hingegen erachtet es die Stawiko grossmehrheitlich als legitim, wenn in § 2 Abs. 4 der Vermögensverzehr erhöht wird. Immerhin sind unantastbare Freibeträge definiert. Es geht nicht an, dass Vermögen verschenkt und vererbt wird und Vater Staat dann die vollen Kosten für Heime und Spitäler berappen muss. Die Votantin bittet, hier dem Antrag der Regierung und Kommission zu folgen, gemäss welchem der Vermögensverzehr bis zum Erreichen des AHV-Alters ein Fünftel beträgt. Nach Erreichen des AHV-Alters war der Vermögensverzehr im bisherigen Recht bereits ein Fünftel.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Diese möchte, dass Sozialleistungen so ausgestaltet sind, dass sie die notwendigen Bedürfnisse abdecken und im Vergleich mit anderen Kantonen weder nach oben noch nach unten stark ausscheren. Diese Voraussetzungen sind mit den Vorschlägen der Regierung zu § 2 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 4 erfüllt. Die FDP unterstützt die entsprechenden Anträge.
Mit der Kürzung der persönlichen Auslagen in § 2 Abs. 3 hat der Regierungsrat den Bogen überspannt. Bisher war der Kanton Zug im interkantonalen Vergleich mit Beiträgen von einem Drittel des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf sehr grosszügig. Mit der Kürzung gemäss Vorschlag der Regierung auf einen Fünftel

würde Zug zu einem der striktesten Kantone. Die FDP will, dass den Ergänzungsleistungsempfängern adäquate Mittel für persönliche Auslagen zur Verfügung stehen. Dies ist mit dem moderateren Vorschlag der vorberatenden Kommission mit Beiträgen in Höhe von einem Viertel der allgemeinen Lebenshaltungskosten gegeben. Die FDP-Fraktion unterstützt hier den Antrag der Kommission.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Die Ergänzungsleistungen sind zentral, damit Menschen in Heimen nicht von der Sozialhilfe abhängig werden. Damit können sie in Alter und Krankheit ein würdiges Leben führen. Gemäss Regierung beziehen ein Drittel der Heimbewohnerinnen und -bewohner Ergänzungsleistungen. Sie alle wären von einer Kürzung in § 2 Abs. 3 betroffen. Die Einsparungen betreffen Kosten für Kleidung, Mobilität, Hygieneartikel, Nutzung des Internets und anderer Medien sowie Freizeitausgaben. Aktuell stehen dafür 536 Franken zur Verfügung – und jedermann weiss, wie schnell 536 Franken für diese Posten aufgebraucht sind. Künftig sollen Bezügerinnen und Bezüger – wenn es nach dem Willen der Regierung geht – nur noch 322 Franken oder – nach Ansicht der vorberatenden Kommission und der Stawiko – nur noch 400 Franken für persönliche Auslagen zur Verfügung haben. Für die ALG schiesst die Regierung mit diesem Vorschlag den Vogel ab, und wenn die Stawiko im Zusammenhang mit den aktuell anrechenbaren Beträgen von «Zuger Finish» spricht, findet die ALG dies daneben. Sollte man nicht eher bei den tiefen Steuern von «Zuger Finish» sprechen? Oder – um von optionalen oder bereits getätigten Investitionen zu sprechen – beim geplanten Trakt 5 des GIBZ, der womöglich mit einem Zusatzstockwerk vergoldet werden soll? Oder vielleicht bei der Realisierung des Sprungturms beim Strandbad Zug, wo kantonale Auflagen das städtische Projekt offenbar enorm verteuern? Oder doch beim Personalhaus des alten Kantonsspitals, wo vier Stockwerke tiefbauamttauglich gemacht wurden, das Tiefbauamt aber gar nie eingezogen ist? Für Letzteres gibt es sicher Gründe, aber wie erklärt man einem Bezüger von Ergänzungsleistungen, dass die fertig renovierten Büroräumlichkeiten während eines ganzen Jahres leer stehen? Das ist «Zuger Finish» der besonderen Art, von der niemand spricht. Aber bei den Ergänzungsleistungen, da spricht man von Luxus. Für die ALG ist das *gschämig,* denn hier wird bei den Schwächsten gespart, bei Menschen nämlich, die keine Lobby haben und die letztlich als Wählergruppe unbedeutend sind. Eine solche Kürzung darf sich der Kanton Zug nicht erlauben. Die ALG stellt deshalb den **Antrag,** § 2 Abs. 3 mit der bisherigen Regelung zu belassen. Danach soll als Betrag für persönliche Auslagen ein Drittel des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf bei Alleinstehenden angerechnet werden. Die Votantin ruft ihre Ratskolleginnen und -kollegen auf, über ihren Schatten zu springen, dem Antrag der ALG zu folgen und den Bezügerinnen und Bezügern von Ergänzungsleistungen ein kleines Stück Luxus in Form von etwas mehr Lebensqualität zu gönnen. Dabei gilt es sich vor Augen zu halten, dass dieses kleine Stück Luxus, für Kantonsrätinnen und -räte, die über die Höhe des persönlichen Bedarfs entscheiden, kein Luxus, sondern ganz gewöhnlicher Standard ist.

**Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung offen: Er hat wöchentlich mit Ergänzungsleistungen zu tun.
Die SP-Fraktion stellt ebenfalls den **Antrag,** bei § 2 Abs. 3 beim geltenden Recht zu bleiben. Mit dem neuen Abs. 3 wird der zur freien Verfügung stehende Betrag auf 322 Franken festgesetzt. Dies ist eine Reduktion um satte 40 Prozent. Die Argumentation der Regierung, dass es sich um das Taschengeld handle, ist sehr despektierlich gegenüber den betroffenen Menschen und total falsch. Mit diesem Betrag müssen die Leute, welche dauernd in einem Heim leben, ihre ganzen per-

sönlichen Kosten für Kleider, Mobilität, soziale Kontakte, Toilettenartikel, Körperpflege, Telefon und eben auch das Taschengeld finanzieren. Man stelle sich vor, man selbst müsste mit diesem Betrag all diese Auslagen berappen! Wie soll damit die Eigenverantwortung gestärkt oder ein selbstbestimmter Lebensabend ermöglicht werden? Es erstaunt weiter, dass bei diesen Punkten die hohen Lebenshaltungskosten im Kanton Zug nicht mehr gelten sollen. Aber auch die Menschen, welche Ergänzungsleistungen benötigen, haben diese hohen Kosten. Eine Differenzierung der Höhe des frei verfügbaren Betrags nach der Pflegebedürftigkeit kann fachlich sehr wohl begründet werden. Da scheint der Regierungsrat dem einfachsten Weg der Begründung und der Problemlösung gefolgt zu sein. Das System, welches schon früher bestand, ist kostengünstiger, auch wenn es vielleicht arbeitsintensiver ist. Jemand, der nicht mehr mobil ist, braucht weniger Kleider, keine Kosten für den ÖV usw. Sollte diese Reduktion des Betrags für persönliche Auslagen auf 322 oder 400 Franken umgesetzt werden, wäre dies eine Schande für den reichsten Kanton der Schweiz, der über Jahrzehnte die Steuern für Firmen und Wohlhabende reduziert hat und jetzt den ärmsten Menschen das nötige Geld vorenthalten will.
In der Grussbotschaft der Regierung an der Generalversammlung der Zuger Kantonalbank vom letzten Samstag erklärte der Landammann, dass sich die Regierung bei den Entlastungspakten an die Aussage der Präambel in der Bundesverfassung halten wolle. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird diese Aussage mehr als unglaubwürdig. Die SP-Fraktion bittet die Regierung, hier und in zukünftigen Vorschlägen mehr Augenmass zu beweisen und sich an ihre Versprechungen zu halten.

**Silvia Thalmann** hat bereits erwähnt, dass die CVP-Fraktionen die drei Elemente in Zusammenhang mit der Reduktion der Ergänzungsleistungen in einer Gesamtschau betrachtet hat. Und auch die CVP ist der Meinung, dass der Regierungsrat hier über das Ziel hinausgeschossen hat. Die Frage war, ob das bisherige Niveau beibehalten oder doch eine gewisse Kürzung vorgenommen werden soll. Die CVP kam zum Schluss, dass eine Kürzung angebracht sei, und eine Mehrheit wird den Antrag der Kommission unterstützen. Die Votantin möchte aber Esther Haas und Hubert Schuler zustimmen, dass man hier eine sehr einschneidende Kürzung vornimmt. Sie betrifft Personen, die in Heimen und Spitälern leben und finanziell nicht gut situiert sind. Ihnen steht heute ein Betrag von 536 Franken zur Verfügung. Das ist wirklich nicht viel für all das, was damit an Ausgaben gedeckt werden muss. Die Vorredner haben Beispiele ausgeführt: Körperpflege, zwei Reisen jährlich zu Verwandten etc. – da kommt einiges zusammen. Die vom Regierungsrat beantragte Reduktion auf 322 Franken ist in der Tat massiv.
Im Übrigen hat die CVP-Fraktion die Ausführungen von Esther Haas betreffend nicht vermieteten Liegenschaften etc. mit sehr grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Sie erwartet, dass der Regierungsrat auch hier Massnahmen ergreift.

**Monika Barmet** legt einleitend ihre Interessenbindungen offen: Sie engagiert sich im Kanton Zug im Verein Zuwebe, im Verwaltungsrat der Luegeten AG in Menzingen und in einem privaten Mandat der KESB für Personen, die von der vorgeschlagenen Herabsetzung des Betrags für persönliche Auslagen betroffen wären.
Die Votantin kann die in § 2 Abs. 3 beantragte Massnahme keinesfalls unterstützen, und sie stellt ebenfalls den **Antrag,** hier geltendes Recht beizubehalten. Nur wenige Ratsmitglieder sind durch das Entlastungsprogramm direkt betroffen, die Opfersymmetrie greift also nur beschränkt. Dass aber bei benachteiligten Personen, die mit besonderen Herausforderungen resp. Einschränkungen konfrontiert sind, an ihren persönlichen Auslagen gespart werden soll, kann die Votantin nicht nachvollziehen und keinesfalls unterstützen. Der Betrag, den der Regierungsrat vorge-

schlagen hat, schränkt ein – und das kann es nun wirklich nicht sein! Diese Personen verdienen mehr Respekt und Solidarität. Auch sie haben persönliche Auslagen, die sie mit diesem Betrag bestreiten können und müssen.
In den «Zuger Ansichten» vom 4. März 2016 hat Kommissionspräsidentin Cornelia Stocker geschrieben: «Von Protestkundgebungen, wie geschehen in unserem Nachbarkanton, ist die Zuger Politik Gott sei Dank verschont geblieben.» Ja, diese betroffenen Personen können zu keiner Protestkundgebung aufrufen, und sie können auch keine Leserbriefe schreiben. Deshalb setzt sich die Votantin für sie ein und fordert den Rat dringend auf, geltendes Recht beizubehalten und von Kürzungen abzusehen. Die beantragte Änderung beim Vermögensverzehr in § 2 Abs. 4 hingegen wird sie unterstützen.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** muss auch namens der Kommission etwas klarstellen. Esther Haas hat den Bogen genauso überspannt wie die Regierung. Niemand, weder in der Kommission noch hier am Rednerpult, hat behauptet und in keinem Bericht, weder des Regierungsrats noch einer der vorberatenden Kommissionen, steht geschrieben, dass die bisherige Lösung eine Luxuslösung sei. Das ist eine anmassende Unterstellung, die es entschieden zu negieren gilt. Esther Haas legt Andersdenkenden Worte nach ihrem Gutdünken in den Mund. Das geht nicht. Es gilt bei den Fakten zu bleiben.

Für **Barbara Gysel** steht der Rat mitten in einer denk-würdigen Debatte, und bei Cornelia Stocker ist sich die Votantin nicht immer sicher, ob sie als Kommissionspräsidentin oder als FDP-Vertreterin spricht. Bleibt man bei den Fakten, so ist es eine Tatsache, dass das vorliegende Entlastungspaket sehr unterschiedliche Ansätze aufweist. Teilweise wird der interkantonale Vergleich herangezogen, andererseits spricht der Regierungsrat davon, dass der Hebel bei den frei steuerbaren Beträgen angesetzt werden müsse – wobei Letzteres eigentlich auf der Hand liegt. In der vorliegenden Frage aber geht es um Menschen, die wirklich nicht viel haben. Die SP spricht sich nicht *per se* gegen Kürzungen im Finanzhaushalt aus, aber hier ist der Vergleich mit den interkantonalen Gegebenheiten nicht angebracht. Es ist zynisch, von «Zuger Finish» zu sprechen, wenn es um Personen geht, die nicht viel haben. Die Votantin ist stolz auf den Kanton Zug, der in der Vergangenheit und hoffentlich auch in der Gegenwart genauso wie in der Zukunft auch für ärmere Personen gesorgt hat bzw. sorgen wird. Der Kanton Zug hat sehr wohl dafür gesorgt, dass Superreiche und Vermögende sehr gut gestellt sind, er hat aber auch eine humane Tradition, dass es denjenigen, welche nicht viel haben, ebenfalls nicht zu schlecht ging. Nun aber soll bei genau diesen Personen gekürzt werden. Damit ist die Votantin nicht einverstanden.

**Daniel Marti:** Mitbürger, die über längere Zeit in einem Heim oder Spital leben müssen und auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, sind in ihrer persönlichen Freiheit durch ihr Gebrechen und die finanzielle Abhängigkeit vom Staat bereits stark beeinträchtigt. Ihnen nun auch noch den Betrag für persönliche Auslagen – oftmals die einzigen Mittel, über die sie noch frei verfügen können – drastisch zusammenzustreichen, schiesst weit über das Ziel hinaus und darf so nicht angenommen werden. Die von der Regierung vorgeschlagene Kürzung um 40 Prozent würde die Bedürftigen im Kanton Zug schlechter stellen als die Bürger in den NFA-unterstützten Nachbarkantonen. Das darf nicht sein, und es wurde von der vorberatenden und der Staatswirtschaftskommission denn auch zu Recht bemängelt und die Kürzung auf vertretbare 25 Prozent geändert. Die GLP unterstützt diesen Antrag der Kommissionen und bittet den Rat, ihr ebenfalls zu folgen.

**Esther Haas** wiederholt, dass es hier um eine wegweisende Abstimmung für den Kanton Zug geht. Namens der ALG stellt sie deshalb den **Antrag,** die Abstimmungen über § 2 Abs. 3 unter Namensaufruf durchzuführen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** nimmt zur Kenntnis, dass der Vorschlag des Regierungsrats betreffend Vermögensverzehr, also § 2 Abs. 4, nicht bestritten ist und dazu kein Gegenantrag gestellt wurde. Mit der Kritik, in Abs. 3 sei er über das Ziel hinausgeschossen, kann der Regierungsrat leben: Wenn die Zielrichtung stimmt, darf man auch mal über das Ziel hinausschiessen. Es gehört zum Risiko eines Gesamtpakets, wie es das Entlastungsprogramm ist, dass man da und dort die Grenzen – auch die politischen – auslotet. Schwieriger wäre für den Regierungsrat wahrscheinlich der Vorwurf, er habe zu wenige Themen auf den Tisch gebracht. In diesem Sinn versteht der Regierungsrat die vorgebrachte Kritik, er zieht seinen Antrag aber nicht zurück.
Es ist an die Motivation für die Änderungen in § 2 zu erinnern. Wie vom Gesundheitsdirektor schon erwähnt, haben die Kosten im Bereich der Ergänzungsleistungen zu IV und AHV enorm zugenommen, gesamtschweizerisch in den letzten Jahren um 50 Prozent, wobei seit dem NFA die Kantone zwei Drittel der Kosten tragen. Jeder Franken, der hier nicht gekürzt wird, wird also primär durch den Steuerzahler des Kantons Zug bezahlt. Dessen muss sich der Rat bei seinem Entscheid bewusst sein. Man muss sich auch bewusst sein, dass der Vermögensverzehr und der Betrag für persönliche Auslagen praktisch die einzigen Hebel sind, welche der Kanton ansetzen kann; alles andere ist bundesrechtlich geregelt. Bezüglich des Betrags für persönliche Auslagen bittet der Volkswirtschaftsdirektor den Rat – wenn dieser nicht dem Antrag des Regierungsrats folgen will –, auf jeden Fall nicht den Status quo zu belassen, also nicht auf dem hohen Niveau von 536 Franken pro Monat zu bleiben. Es geht – wie bei den Ergänzungsleistungen generell – auch beim persönlichen Betrag nicht um Wünschbares, sondern um Existenzsicherung. Man kann diesen Betrag deshalb nicht mit dem Sackgeld von Jugendlichen vergleichen, die damit Kleidung, Telefon, Ausgang etc. finanzieren müssen, also Dinge, die über Existenzsicherung hinausgehen. Natürlich ist es verständlich, dass man auch Bezügerinnen und Bezügern von Ergänzungsleistungen noch dieses und jenes finanzieren möchte. Die Vorgabe ist allerdings Existenzsicherung, und da kann man sehr unterschiedlicher Meinung sein, ob 500, 400 oder 300 Franken der richtige Betrag für persönliche Auslagen sind. Der Regierungsrat hat hier keineswegs die Wahrheit gepachtet, er will einzig das bisherige, sehr hohe Niveau korrigieren. Mit dem Vorschlag der vorberatenden Kommission und der Stawiko befände sich der Kanton Zug im schweizerischen Mittel, mit dem Vorschlag des Regierungsrats würde er zugegebenermassen eher zu den Kantonen im tieferen Bereich gehören.
Der Volkswirtschaftsdirektor bittet, bei § 2 insgesamt dem Antrag des Regierungsrats zu folgen, dies auch mit Blick auf das Sparvolumen: Mit dem Antrag der SP-Fraktion würden 1,8 Millionen Franken nicht eingespart, und es ist davon auszugehen, dass dieser Betrag durch Steuern finanziert werden müsste.

**Hubert Schuler** fühlt sich durch das Votum des Volkswirtschaftsdirektors herausgefordert. Natürlich darf man die politischen Grenzen ausloten – aber bitte nicht auf dem Buckel von Ergänzungsleistungsbeziehenden. Es ist richtig, dass Ergänzungsleistungen der Existenzsicherung dienen. Das heisst aber nicht, dass man auf ein tieferes Niveau gehen soll. Gehören denn zum Beispiel die Handcreme oder die Körperlotion nicht zum Existenzminimum? Oder wie steht es mit den sozialen Kontakten und der gesellschaftlichen Teilhabe an der Familie, ein Kaffee in der Cafeteria des Heims oder zwei Mal pro Jahr eine Fahrt nach Basel mit der Tageskarte à 40

Franken? Das zehrt am Portemonnaie, wenn nur 322 Franken verfügbar sind. Selbstverständlich gilt es die finanzielle Situation des Kantons zu berücksichtigen, dies aber nicht auf dem Buckel von Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass zur materiellen Frage gemäss § 76 Abs. 4 GO KR zwei Abstimmungen durchgeführt werden: Zuerst wird der Antrag des Regierungsrats (ein Fünftel) demjenigen der vorberatenden Kommission (ein Viertel) gegenübergestellt. Dann wird der obsiegende Antrag dem Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts (ein Drittel) gegenübergestellt. Vor jeder der beiden Abstimmungen wird einzeln über den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf abgestimmt.

➔ Der Rat stimmt für die erste Abstimmung dem Antrag auf Namensaufruf mit 26 Ja-Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf ein «Eins» die Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats, ein «Zwei» die Zustimmung zum Antrag der vorberatenden Kommission bedeutet.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Eins |
| Brunner Philip C. | Zwei |
| Camenisch Philippe | Abwesend |
| Christen Hans | Zwei |
| Giger Susanne | Eins |
| Gysel Barbara | Zwei |
| Landtwing Alice | Zwei |
| Marti Daniel | Zwei |
| Messmer Jürg | Abwesend |
| Raschle Urs | Zwei |
| Rüegg Richard | Zwei |
| Sivaganesan Rupan | Eins |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Eins |
| Stadlin Daniel | Zwei |
| Stocker Cornelia | Zwei |
| Straub-Müller Vroni | Zwei |
| Thalmann Silvia | Zwei |
| Umbach Karen | Zwei |
| Vollenweider Willi | Eins |
| | |
| Dittli Laura | Eins |
| Iten Patrick | Zwei |
| Letter Peter | Zwei |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Zwei |
| Hess-Brauer Iris | Zwei |
| Ingold Gabriela | Zwei |
| Iten Beat | Abwesend |
| Ryser Ralph | Zwei |

| | |
|---|---|
| Werner Thomas | Zwei |
| | |
| Barmet Monika | Zwei |
| Etter Andreas | Zwei |
| Nussbaumer Karl | Zwei |
| | |
| Abt Daniel | Zwei |
| Andermatt Adrian | Abwesend |
| Andermatt Pirmin | Zwei |
| Dzaferi Zari | Eins |
| Frei Pirmin | Zwei |
| Gössi Alois | Zwei |
| Häseli Barbara | Zwei |
| Hostettler Andreas | Zwei |
| Hürlimann Markus | Eins |
| Imfeld Nicole | Abwesend |
| Lustenberger Andreas | Abwesend |
| Riboni Michael | Zwei |
| Riedi Beni | Zwei |
| Schmid Heini | Zwei |
| Wandfluh Oliver | Zwei |
| | |
| Baumgartner Hans | Zwei |
| Birrer Walter | Eins |
| Bühler Olivia | Eins |
| Gander Thomas | Zwei |
| Haas Esther | Zwei |
| Mösch Jean-Luc | Abwesend |
| Renggli Silvan | Abwesend |
| Sieber Beat | Abwesend |
| Soltermann Claus | Abwesend |
| Suter Rainer | Eins |
| | |
| Bieri Anna | Zwei |
| Helbling Karin | Zwei |
| Hofer Rita | Zwei |
| Schuler Hubert | Eins |
| Unternährer Beat | Zwei |
| Villiger Thomas | Abwesend |
| | |
| Burch Daniel | Zwei |
| Hausheer Andreas | Zwei |
| Hürlimann Andreas | Abwesend |
| Meierhans Thomas | Zwei |
| Odermatt Anastas | Zwei |
| Weber Monika | Zwei |
| | |
| Balmer Kurt | Zwei |
| Burch Daniel Thomas | Zwei |
| Roos Flavio | Eins |
| Schriber-Neiger Hanni | Zwei |

| | |
|---|---|
| Stuber Daniel | Zwei |
| Werder Matthias | Eins |
| Wiederkehr Roger | Zwei |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Zwei |
| | |
| Henseler Emanuel | Abwesend |
| Lötscher Thomas | Zwei |

➔ Der Rat folgt mit 51 zu 14 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ Der Rat stimmt für die zweite Abstimmung dem Antrag auf Namensaufruf mit 27 Ja-Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf «Eins» die Zustimmung zum Antrag der vorberatenden Kommission, «Zwei» die Zustimmung zum Antrag auf Beibehaltung bisherigen Rechts bedeutet.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Zwei |
| Brunner Philip C. | Eins |
| Camenisch Philippe | Abwesend |
| Christen Hans | Eins |
| Giger Susanne | Zwei |
| Gysel Barbara | Zwei |
| Landtwing Alice | Eins |
| Marti Daniel | Eins |
| Messmer Jürg | Abwesend |
| Raschle Urs | Eins |
| Rüegg Richard | Eins |
| Sivaganesan Rupan | Zwei |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Zwei |
| Stadlin Daniel | Eins |
| Stocker Cornelia | Eins |
| Straub-Müller Vroni | Zwei |
| Thalmann Silvia | Eins |
| Umbach Karen | Eins |
| Vollenweider Willi | Zwei |
| | |
| Dittli Laura | Zwei |
| Iten Patrick | Zwei |
| Letter Peter | Eins |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Zwei |
| Hess-Brauer Iris | Zwei |
| Ingold Gabriela | Eins |
| Iten Beat | Abwesend |

| | |
|---|---|
| Ryser Ralph | Zwei |
| Werner Thomas | Zwei |
| | |
| Barmet Monika | Zwei |
| Etter Andreas | Zwei |
| Nussbaumer Karl | Zwei |
| | |
| Abt Daniel | Eins |
| Andermatt Adrian | Eins |
| Andermatt Pirmin | Eins |
| Dzaferi Zari | Zwei |
| Frei Pirmin | Zwei |
| Gössi Alois | Zwei |
| Häseli Barbara | Eins |
| Hostettler Andreas | Eins |
| Hürlimann Markus | Eins |
| Imfeld Nicole | Abwesend |
| Lustenberger Andreas | Abwesend |
| Riboni Michael | Zwei |
| Riedi Beni | Zwei |
| Schmid Heini | Eins |
| Wandfluh Oliver | Zwei |
| | |
| Baumgartner Hans | Zwei |
| Birrer Walter | Zwei |
| Bühler Olivia | Zwei |
| Gander Thomas | Eins |
| Haas Esther | Zwei |
| Mösch Jean-Luc | Abwesend |
| Renggli Silvan | Abwesend |
| Sieber Beat | Abwesend |
| Soltermann Claus | Abwesend |
| Suter Rainer | Eins |
| | |
| Bieri Anna | Eins |
| Helbling Karin | Zwei |
| Hofer Rita | Zwei |
| Schuler Hubert | Zwei |
| Unternährer Beat | Eins |
| Villiger Thomas | Abwesend |
| | |
| Burch Daniel | Zwei |
| Hausheer Andreas | Eins |
| Hürlimann Andreas | Abwesend |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Zwei |
| Weber Monika | Eins |
| | |
| Balmer Kurt | Eins |
| Burch Daniel Thomas | Eins |
| Roos Flavio | Eins |

| | |
|---|---|
| Schriber-Neiger Hanni | Zwei |
| Stuber Daniel | Eins |
| Werder Matthias | Eins |
| Wiederkehr Roger | Eins |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Zwei |
| | |
| Henseler Emanuel | Abwesend |
| Lötscher Thomas | Eins |

➔ Bei 33 Ja- und 33 Nein-Stimmen genehmigt der Rat mit Stichentscheid des Präsidenten den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 2 Abs. 4*

**Hubert Schuler** erinnert daran, dass der Volkswirtschaftsdirektor davon ausging, dass der Antrag des Regierungsrats betreffend Vermögensverzehr unbestritten sei. Dem ist aber nicht so. Namens der SP-Fraktion stellt er den **Antrag,** bei § 2 Abs. 4 das geltende Recht beizubehalten. Der Vorschlag des Regierungsrats zeugt von einer sehr kurzsichtigen Politik und einem Abschieben auf spätere Generationen. Mit dem doppelten Abbau des Vermögens müssen die Leute früher Ergänzungsleistungen beanspruchen. Weiter ist bekannt, dass die Lebenserwartung – auch diejenige von Leuten, welche in Heimen wohnen – stetig steigt. Es geht hier ja nicht um Menschen mit einer AHV-Rente, sondern um solche mit einer IV-Rente. Es scheint der Regierung um eine momentane Verbesserung der Kantonsrechnung zu gehen und nicht um nachhaltige Massnahmen. Auch in dieser Frage ist es mehr als beschämend, wenn der Kanton Zug, welcher in den letzten zehn Jahren über 40 Prozent weniger Steuern verlangte, bei diesen Menschen eine unangepasste Härte durchsetzen will.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** entschuldigt sich für seine vielleicht etwas vorschnelle Folgerung. Er ruft in Erinnerung, dass die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats einstimmig zugestimmt hat. Eigenverantwortung ist hier am Platz. Mit dem Antrag der SP-Fraktion würden 700'000 Franken nicht eingespart, bei der letzten Abstimmung gingen – im Vergleich mit dem regierungsrätlichen Antrag – 650'000 Franken verloren. Wenn man sich bei jeder Abstimmung eine halbe Million Franken Sparpotenzial ans Bein streicht, kommt das irgendwie zurück: entweder als Einsparung an einem anderen Ort – viele Alternativen gibt es allerdings nicht – oder aber in Form von höheren Steuern. Wie erwähnt, gibt es für die Kantone nicht allzu viele Hebel, wo sie ansetzen können. Zu erinnern ist auch an die bundesrechtlichen Vermögensfreigrenzen. Hier ist wirklich Eigenverantwortung angezeigt. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet deshalb, den kleinen Spielraum, den die Kantone haben, auszuschöpfen und dem regierungsrätlichen Antrag zu folgen

➔ Der Rat genehmigt mit 49 zu 8 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 17 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung vom 15. Dezember 1994 (Stand 1. Oktober 2013)***

*§ 5 Abs. 1*

**Rupan Sivaganesan** teilt mit, dass die SP-Fraktion die vorgeschlagene Gesetzesänderung ablehnt und den **Antrag** stellt, geltendes Recht zu belassen. Der Regierungsrat hat bereits in der ersten und zweiten Phase markante Kürzungen vorgenommen; jetzt, in der dritten Phase, strebt er mehr Kompetenzen an, damit er eigenverantwortlich noch mehr Sparmassnahmen beschliessen kann. Generell will die Regierung mit dem Einbezug von besonderen Versicherungsmodellen wie HMO, Hausarztmodellen oder Telemedizin die Durchschnittskrankenkassenprämien nach unten drücken. So soll die Bevölkerung sich vermehrt um billigere Versicherungsvarianten bemühen, also bevormundet werden. Eine echte Auswahl wird so verhindert, und der freie Markt spielt in keiner Weise mehr. Eine zentrale Frage wird dabei nicht beantwortet: Hat es überhaupt genügende Angebote wie HMO und Hausarztmodelle?
Bei den Richtprämien müsste mindestens ein Drittel der billigsten Prämienangebote berücksichtigt werden. Nur so kann der Wettbewerb spielen, was ja eigentlich die Idee des ganzen Systems ist. In der Vorlage macht die Regierung selber den Vergleich. So gibt es für erwachsene Personen nur sechs Krankenkassen, welche an oder unter den Richtprämien liegen. Die restlichen vierzig Krankenkassen sind teurer.
Rund 30'000 Personen haben im letzten Jahr im Kanton Zug Prämienverbilligung erhalten. Das sind 25 Prozent der Bevölkerung, ein sehr grosser Teil davon Kinder und Jugendliche. Mit dem Vorschlag des Regierungsrats würde es ein weiteres Mal den Mittelstand treffen. Der Votant ruft den Rat auf, den Antrag des Regierungsrats abzulehnen.

**Anastas Odermatt** stellt namens der ALG ebenfalls den **Antrag,** in § 5 Abs. 1 weiterhin bisheriges Recht anzuwenden. Um wieder Handlungsautonomie zu gewinnen – so schreibt der Regierungsrat –, sei es erforderlich, künftig auch die Prämien der besonderen Versicherungsformen nach Art. 62 KVG mitzuberücksichtigen. Dazu zählen die Modelle, bei denen die Wahl der Leistungserbringer gegen eine Prämienermässigung eingeschränkt ist, so etwa beim Hausarztmodell. Mit Handlungsautonomie ist hier wohl gemeint, die Parameter so definieren, dass die Prämienverbilligungen möglichst tief ausfallen.
Ein zentraler Punkt wird missachtet: Die erwähnten Unterschiede bei den Prämien der Krankenversicherung sind politisch gewollt, um die Bevölkerung freiwillig dazu aufzufordern, mitzuhelfen, die Kosten im Gesundheitsbereich zu minimieren. Dieses liberale Anreizsystem macht Sinn. Würden nun aber bei den Berechnung der Prämienverbilligung die entsprechenden Modelle mitberücksichtigt und daher im Endeffekt die Prämienverbilligungen gesenkt, so werden all jene, denen es finanziell nicht so gut geht, *de facto* gezwungen, auf ein solches Modell umzusteigen, und ihre Handlungsfreiheit bezüglich der Leistungserbringung bei Krankenversicherungen wird eingeschränkt. Das ist dann nicht mehr ein freiwilliger, liberaler Anreiz, sondern ein staatlicher Eingriff ins Private sondergleichen. Der Votant bittet daher, den Antrag auf Beibehaltung bisherigen Rechts zu unterstützen.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** geht davon aus, dass die Nicht-Votanten den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zustimmen. Wenn er die zwei Gegner dieser Anpassungen richtig verstanden hat, geht es ihnen in erster Linie um § 5 Abs. 1

Hier stellt sich die Frage, ob die Handlungsfreiheit der Personen, welche Prämienverbilligung beziehen, zu stark eingeschränkt werde, wenn man von ihnen verlangt, sich beispielsweise einem Hausarzt- oder HMO-Modell anschliessen zu müssen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass das keine Zumutung ist, zumal sehr viele Leute, die keine Prämienverbilligung beziehen, sich solchen Modellen anschliessen. In diesem Sinn empfiehlt der Gesundheitsdirektor, den entsprechenden Gesetzesanpassungen zuzustimmen. Dies gilt auch für die bisher nicht speziell thematisierten weiteren Paragrafen. In § 6 etwa wird das massgebliche Einkommen genauer justiert, damit keine Fehlanreize geschaffen werden. Wenn beispielsweise jemand sein Haus umbaut und die entsprechenden Kosten bei den Steuern abziehen kann, soll das nicht dazu führen, dass er – vielleicht als Grossverdiener – plötzlich zum Bezüger von Prämienverbilligungen wird.

➔ Der Rat folgt mit 46 zu 13 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 6 Abs. 1*

**Anastas Odermatt** stellt auch hier namens der ALG den **Antrag,** beim bisherigen Recht zu bleiben. Die Kompetenz zur Definition des massgebenden Einkommens soll beim Kantonsrat bleiben. Gerade bei den Parametern zur Berechnung der individuellen Prämienverbilligung soll eine breitere demokratische Abstützung gewährleistet werden. Die Regierung soll diese Parameter auch weiterhin in den Kantonsrat tragen müssen. Die angedachten Veränderungen auf Verordnungsebene sollen und können sehr wohl angegangen werden, und allfällige Verzerrungen sollen verhindert werden. Dies soll aber transparent und mit einer Debatte auf Stufe Kantonsrat geschehen.

➔ Der Rat folgt mit 50 zu 14 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 7$^{bis}$ Abs. 2 und Abs. 3*
*§ 7$^{ter}$ Abs. 1*
*§ 17*

➔ Der Rat folgt genehmigt stillschweigend dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung vom 29. August 1996 (Stand 1. Januar 2008)***

*§ 29*

**Esther Haas** spricht für die ALG. Wohn- und Lebenskosten im Kanton Zug sind im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Menschen in Arbeitslosigkeit mit 70 bzw. 80 Prozent ihres vorherigen Verdiensts geraten schneller als anderswo in finanzielle Schwierigkeiten. Dies betrifft vor allem Menschen mit tiefen Löhnen. Deshalb braucht es die Zuger Arbeitslosenhilfe. Es ist zynisch, wenn die Regierung schreibt: «Mit dem Verzicht auf ergänzende Leistungen zur bundesrechtlichen Arbeitslosenversicherung werden die Eigenverantwortung der Stellenlosen gestärkt

und ein Anreiz geschaffen, eine zumutbare Stelle anzunehmen.» Mit dieser Aussage kultiviert die Regierung das falsche Klischee des angeblich arbeitsscheuen Arbeitslosen. Und dabei wissen doch alle hier im Rat – nein, sie wissen es nicht, sie können es höchstens vermuten, weil die wenigsten diese Situation selber erfahren mussten –, sie können also vermuten, wie schnell bei der Suche nach einer Arbeitsstelle die Zeit zerrinnt, vor allem, wenn man bereits ein gewisses Alter erreicht hat. Und sie können allenfalls vermuten, wie zermürbend es sein kann, auch bei der dreissigsten Bewerbung eine Absage zu bekommen. Und man darf hier auch nicht vergessen: Gespart wird wohl kaum mit dieser Massnahme, müssten doch die Gemeinden mit Sozialhilfe entstehende Engpässe überbrücken.
In diesem Sinn stellt die ALG den **Antrag,** bisheriges Recht beizubehalten und den neuen § 29 nicht ins Gesetz aufzunehmen.

**Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung vor: Er hat mehrmals pro Woche mit Leuten zu tun, welche sich mit Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosenversicherung befassen.
Auch wenn diese Massnahme vordergründig die Gemeinden entlastet, ist sie aus sozialpolitischer Sicht unverständlich. Der Kanton kann damit nur 0,8 Stellenprozente sparen. Die Regierung argumentiert mit der Stärkung der Eigenverantwortung der betroffenen Personen. Diese Aussage ist sehr zynisch, vor allem wenn man bedenkt, dass die Menschen, welche Arbeitslosenhilfe beziehen, nun plötzlich – nach zwei Jahren bei der Arbeitslosenversicherung – eigenverantwortlich sein müssen. Was wurde denn vorher gemacht? Reicht die Begleitung und Unterstützung der Arbeitslosenversicherung und des RAV aus, um den Einstieg in den Arbeitsprozess zu ermöglichen? Und wo ist die Verantwortung der Arbeitgebenden?
Das Zeichen, welches der Kanton Zug mit dieser einseitigen Massnahme in der Schweiz setzt, ist alles andere als rühmlich. Erneut wird Zug reduziert auf tiefe Steuern, hohe Mieten und die Gleichgültigkeit gegenüber sozial Schwächeren oder solchen, welche nicht so vernetzt sind, um sofort wieder einen Verwaltungsratsposten zu erhalten. Die SP-Fraktion stellt deshalb ebenfalls den **Antrag,** § 29 nicht ins Gesetz aufzunehmen, also beim geltenden Recht zu bleiben.

**Philip C. Brunner** stellt fest, dass sich die Debatte zu einem Links-Rechts-Pingpong entwickelt hat, wobei sich die Linke für alle Zukurzgekommenen einsetzt, die selbstverständlich viel Verständnis verdienen. Der heute abwesende Philippe Camenisch hat in seinen «Zuger Ansichten» vor einigen Tagen quasi geschrieben: Augen zu und durch. Der Votant teilt diese Auffassung keineswegs, und er akzeptiert, dass die Linke hier ihre Anliegen einbringt. Er findet es allerdings schon etwas dick aufgetragen, wenn Hubert Schuler so tut, als ob der Kanton Zug keine Solidarität mehr aufbringen würde mit sozial Schwächeren, Arbeitslosen, Älteren oder Personen, die sonstwie in die Bredouille geraten sind. Der Votant möchte dazu nur eine einzige Zahl nennen: Die Stadt Zug hat im letzten Jahr 7,5 Millionen Franken für Sozialhilfe ausgegeben. Man kann nun natürlich sagen, dass sei wenig für eine Stadt mit Steuereinnahmen in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken. Man kann diesen Betrag aber auch in Relation zu den Steuern der ach so bösen juristischen Personen setzen. Diese betragen gut 75 Millionen Franken. Die Stadt Zug gibt also 10 Prozent des Steuerertrags von juristischen Personen für Sozialhilfe aus. Da zeigt sich doch sehr viel Solidarität! Und auch die bürgerliche Seite kann zur Kenntnis nehmen: Es gibt – auch in den Gemeinden und in der Stadt – viel Solidarität mit denjenigen, die irgendwo vielleicht zu kurz gekommen sind. Es ist kein derartiger Sozialabbau, wie die Linke es jetzt darstellt.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass mit der vorgeschlagenen Änderung das Leistungsniveau des Bundes erreicht wird. Es handelt sich ebenfalls um eine sozialpolitische Massnahme. Die Stawiko schliesst sich hier dem Regierungsrat und der vorberatenden Kommission an.
Es ist der Votantin ein Anliegen, sich zu der bereits in Zusammenhang mit den Ergänzungsleistungen geführten Diskussion zu äussern. Auch die bürgerliche Seite würde gerne weiterkutschieren wie bisher: grosszügig sein und Geld verteilen. Leider geht das einfach nicht mehr. Wenn das Sparpaket nicht durchgeht, bestehen die Alternativen darin, 10 bis 15 Prozent der Personalstellen beim Kanton abzubauen oder die kantonalen Steuern um sage und schreibe 30 Prozent zu erhöhen. Was würde die Ratslinke denn dazu sagen? Da fehlt der Linken leider ein gewisser Weitblick: Wenn Letzteres geschieht, werden die Steuereinnahmen noch mehr zurückgehen. Es ist auch daran zu erinnern, dass einige wenige Steuerzahler für einen erheblichen Teil der heutigen Steuereinnahmen aufkommen und die Zahl derjenigen, welche Steuern bezahlen, immer kleiner wird. Wenn man das Szenario Steuererhöhung fährt, wird sich die Negativspirale drehen: Die Steuereinnahmen werden weiter zurückgehen, und bald wird man neue Sparpakete schnüren müssen, welche viel einschneidender sein werden als das heute vorliegende Paket, das einer gewissen Opfersymmetrie folgt. Die Votantin will entschieden nicht in eine Negativspirale geraten, sondern sie will wieder auf den Pfad der Erfolgreichen zurückkehren. Und nur wer erfolgreich ist und sich nicht um sein eigenes Überleben kümmern muss, kann grosszügig und solidarisch sein.

**Hubert Schuler** hält fest, dass die Sozialhilfekosten unbestritten auf einem hohen Niveau sind, verglichen mit andern Kantonen aber nicht wirklich. Interessant wäre aber auch zu wissen, wie hoch die Kosten für den Strassenunterhalt in der Stadt Zug sind. Der Votant geht davon aus, dass sie massiv höher sind als 7,5 Millionen Franken.
Selbstverständlich müssen *alle* den Gürtel enger schnallen. Aber wenn man einen sehr weiten Gürtel hat, kann man ihn leichter enger schnallen, als wenn man schon abgemagert ist und den Gürtel eng trägt. Im Übrigen hat die SP-Fraktion die juristischen Personen nie als «böse» bezeichnet. Diese nehmen einfach das, was ihnen angeboten wird, und wenn die Mehrheit des Kantonsrats Steuererleichterungen beschliesst, nehmen sie das gerne an. In den letzten Jahren – es sei wiederholt – hat der Kanton Zug über 1 Milliarde Franken verschenkt, und da muss man schon die Frage stellen, wo denn da die Opfersymmetrie ist und wo der Gürtel enger geschnallt werden muss.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** will nicht auf die allgemeine Diskussion eintreten, die hier geführt wird und eigentlich in die Eintretensdebatte gehörte. Der Regierungsrat ist der Meinung, die zur Debatte stehende Arbeitslosenhilfe sei auch systematisch falsch. Erstens ist sie eine Verpflichtung, die der Kanton den Gemeinden auferlegt, an die er selber aber nichts bezahlt. Und nach dem Grundsatz «Wer zahlt, befiehlt», soll derjenige, welcher bezahlt, selber entscheiden können, ob er diese Hilfe leisten will oder nicht. Gerade aus gemeindlicher Sicht sollte man sich dagegen wehren, dass der Kanton hier den Gemeinden rund 2 Millionen Franken aufbürdet. Zweitens ist es gesellschaftlicher Konsens, dass die Absicherung bei Arbeitslosigkeit über die Arbeitslosenversicherung geschieht, also durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Hier spielt mit der Sozialpartnerschaft ein schweizerischer Grundsatz, und es irgendwie fremd, dass der Kanton Zug – als einer von nur drei Kantonen – mit Steuergeldern noch etwas ins System hineingibt.

Eigentlich sollte die entsprechende Verantwortung in der ganzen Schweiz einzig von der Arbeitslosenversicherung getragen werden.
Bezüglich Eigenverantwortung: Es ist eine Erfahrungstatsache, dass die Chance, wieder eine Stelle zu finden, nicht zunimmt, wenn man Arbeitslosigkeiten mit Zahlungen über zwei Jahre hinaus verlängert. Da setzt man besser auf Programme, wie sie der Kanton Zug bereits kennt, und es ist etwas dick aufgetragen, wenn man dem Regierungsrat hier Gleichgültigkeit gegenüber Betroffenen vorwirft. Es steht heute noch eine Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50plus auf der Traktandenliste, und der Regierungsrat hat in seiner Antwort einen kleinen Teil der Massnahmen aufgelistet, welche VAM und RAV auch für Langzeitarbeitslose anbieten. Dazu gehört beispielsweise «Energy 45+», ein dreiwöchiges Seminar mit Coachingmodulen für über 45-Jährige, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind; weiter gibt es massgeschneiderte Programme für Hochqualifizierte, Kader oder Jugendliche sowie ein neues Programm mit spezieller Beratung für Personen, die nach der Hälfte der Beitragszeit der Arbeitslosenversicherung – rund einem Jahr – von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind. Hier wird über VAM und RAV viel investiert, zum grossen Teil durch die Arbeitslosenversicherung und zu einem kleinen Teil auch durch den Kanton Zug finanziert. Hier zu investieren, ist wirkungsgerecht, während es klar der falsche Weg ist, die Zeit der Arbeitslosentaggelder einfach durch Steuergelder zu verlängern. Und es ist sicher kein falsches Signal an die Schweiz, wenn sich der Kanton Zug dem anschliesst, was die anderen Kantone tun. Und nochmals: Die Gemeinden würden um brutto 2 Millionen Franken entlastet; wenn man abzieht, dass rund ein Drittel der Betroffenen bei der gemeindlichen Sozialhilfe Gesuche stellt, sind es 1,4 Millionen Franken, um welche die Gemeinden entlastet werden. Zusätzlich wird der Kanton um knapp eine Personalstelle entlastet. Aus all diesen Gründen bittet der Volkswirtschaftsdirektor, dem regierungsrätlichen Antrag zuzustimmen.

➔ Der Rat genehmigt mit 48 zu 15 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz) vom 16. Dezember 1982 (Stand 1. Januar 2011)***

*§ 27 Abs. 1 Bst. c*
*§ 30 Abs. 2 Bst. e und f*
*§ 33 Abs. 1 Bst. b und c*
*§ 33 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Pacht und das bäuerliche Bodenrecht (EG Landwirtschaft) vom 29. Juni 2000 (Stand 1. Oktober 2013)***

*§ 9 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz) vom 17. Dezember 1998 (Stand 1. Oktober 2013)***

*§ 21 Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 24 Abs. 1*

**Barbara Gysel** möchte einen Zusammenhang aufzeigen. Wer A sagt, muss nicht auch B sagen. Die SP-Fraktion kann den regierungsrätlichen Schritt nachvollziehen, dass der Anspruch auf finanziellen Support bei Forstmassnahmen aufgeweicht wird. Der neue § 24 Abs. 1 soll mehr Handlungsspielraum bei der Beitragsvergabe schaffen. Das ist wichtig, um Prioritäten setzen zu können, wenn es um besonderes öffentliches Interesse oder um die Ausrichtung an Biodiversität geht.
Nun das Aber: Die SP ist explizit nicht damit einverstanden, dass in direktem Bezug auf diese Entlastung bestimmte Waldschutzgebiete aus dem Richtplan gestrichen werden sollen. Vor einigen Wochen hat die Regierung den Bericht und Antrag zu einer Richtplananpassung veröffentlicht, wonach im Kapitel L4.3 (Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion) gewisse Gebiete aus dem Richtplan entlassen werden sollen; es betrifft beispielsweise das Lorzentobel. Das hat längerfristige Folgen, die inhaltlich in keinem direkten Bezug zum Sparpaket stehen.
Die Regierung erhält mit den Änderungen in § 24 Abs. 1 mehr Steuerungspotenzial durch eine Priorisierung. Das ist als Beitrag zum ausgeglichenen Finanzhaushalt verständlich. Die SP stimmt hier, in diesem finanziellen Zusammenhang, zu, nicht aber der Streichung aus dem Richtplan, die in einer separaten Vorlage behandelt werden wird.

**Anastas Odermatt** stellt namens der ALG-Fraktion den **Antrag,** bei § 24 und als Folge auch bei § 30 den Status quo beizubehalten und weiterhin bisheriges Recht anzuwenden. Bei den hier beschriebenen Massnahmen handelt es sich um Forstmassnamen, die von Gesetzes wegen von besonderem öffentlichem Interesse sind. Es kann also nicht einfach eine Forstbehörde kommen und nach Lust und Laune einen Beitrag für eine x-beliebige Massnahme im entsprechenden Wald verlangen. Das besondere öffentliche Interesse muss nachgewiesen sein; andernfalls hätte das betreffende Amt seine Aufgabe nicht erfüllt. Die Försterinnen und Förster vor Ort sind am besten informiert, was in einem Wald gemacht werden muss. Wenn beschlossen wird, Massnahmen, bei denen ein besonderes öffentliches Interesse gegeben ist, umzusetzen, dann sollen diese auch umgesetzt werden können.
Mit der Einführung einer Priorisierung wird die Qualifikation der Massnahme als «von besonderem öffentlichem Interesse» leerer Buchstabe. De facto läuft es dann ja darauf hinaus, dass das Budget x-beliebig gekürzt werden kann und entsprechend weniger Massnahmen ergriffen werden können. Dann müsste der Förster mit wichtigen Vorhaben, die eben im besonderen öffentlichen Interesse sind, zuwarten, was zu Folgekosten führt, weil in Schutzwäldern wichtige Pflegearbeiten nicht erledigt werden können.
Die vom Regierungsrat verlangte Flexibilisierung kann aber heute schon erreicht werden, indem man mit den entsprechenden Forstbehörden spricht. Dazu braucht es keinen finanziellen Hebel im Gesetz. Mit der Priorisierung und dem finanziellen Hebel wird es nämlich heissen: Sorry, Budget nicht gesprochen, die Massnahmen können nicht umgesetzt werden – auch wenn sie wichtiges «öffentliches Interesse»

wären, was ja weiterhin im Gesetz steht. Wenn der Staat aber für Massnahmen, die nach eigener Definition im öffentlichen Interesse sind, nicht mehr selbst aufkommt, dann hat er seine eigene Legitimation verschenkt bzw. verkauft.
In diesem Sinn bittet der Votant, den Antrag auf Beibehaltung bisherigen Rechts zu unterstützen.

Für **Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, kann die von Barbara Gysel angesprochene Richtplananpassung nicht ins Feld geführt werden. Sie bestätigt, dass hier besondere öffentliche Interessen im Bereich Naturgefahren, Naturschutz und Erholung vorliegen. Man kann allerdings zehn Fachleute befragen und erhält – wie überall – zehn verschiedene Meinungen dazu, was wirklich dringend nötig sei. Heute besteht ein Anspruch auf Kantonsbeiträge, wenn ein begründetes Gesuch eingereicht wird. Die Regierung ist der Ansicht, dass auch in diesem Bereich gespart werden kann und muss. Das geht nur, wenn priorisiert wird und nicht mehr zwingend jedes Gesuch positiv beantwortet werden muss. Die Direktorin des Innern dankt deshalb für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

➔ Der Rat genehmigt mit 52 zu 9 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 30 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass aufgrund des Abstimmungsresultats zu § 24 Abs. 1 der Antrag zu § 30 Abs. 3 hinfällig geworden ist.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (Stand 1. Oktober 2013)***

*§ 27$^{bis}$ Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil III: Fremdaufhebungen**

***Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf vom 29. Oktober 2009 (Stand 16. Juli 2011)***

**Daniel Marti** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Besitzer eines Energieberatungsbüros und Mitglied des Energieberaterteams und des Vorstands des Vereins energienetz-zug. Der Verein hat eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton zur Führung einer Energieberatungsstelle. Der Votant hat sich also beruflich der Energieeffizienz verpflichtet und sieht es daher nicht gerne, wenn im Kanton Zug Gebäudesanierungen und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen nicht mehr unterstützt werden sollen.
Bei der Argumentation des Regierungsrats, dass die geförderten Massnahmen technisch ausgereift seien und dem Stand der Technik entsprächen, wird über-

sehen, dass wegen der zur Zeit tiefen Ölpreise oftmals eine alte Ölheizung durch eine neue Ölheizung ersetzt wird und der Förderbeitrag für die Wärmepumpe genau den Unterschied bei der Wirtschaftlichkeit ausgemacht hätte. Zudem gibt es eine Reihe zusätzlicher Gründe, wieso die bisherige Förderung beibehalten werden sollte. Zum einen unterstützt der Bund kantonale Förderprogramme mit Globalbeiträgen und wird dies künftig in noch grösserem Ausmasse tun. Ohne ein kantonales Förderprogramm gibt es aber auch keine Globalbeiträge mehr. Zum anderen hat die Förderung eine positive Wirkung für das Zuger Gewerbe. Studien haben gezeigt, dass ein Förderfranken bis zu 10 Franken Investitionen auslösen kann, die grösstenteils dem lokalen Gewerbe zugutekommen. Zu guter Letzt wird durch diese Förderung natürlich auch die Abhängigkeit von $CO_2$-intensiven Energieträgern verringert, was nicht nur im Sinne der nationalen Energiestrategie und des Klimaschutzes ist, sondern auch mithilft, die Abhängigkeit von erdöl- und gasfördernden Ländern zu minimieren, indem auf einheimische erneuerbare Energieträger gesetzt wird.
Nichtsdestotrotz stimmt der Votant der Argumentation zu, dass ein Grossteil der Fördermassnahmen durch ein griffiges kantonales Energiegesetz ersetzt werden kann und hier die Möglichkeit besteht, den Kanton kurzfristig um ca. 1 Million Franken zu entlasten. Die Revision des Energiegesetzes ist auf Ende 2016/Anfang 2017 geplant, um die neuen Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn 2014) im Gesetz zu verankern.
Der langen Rede kurzer Sinn: Die Grünliberalen sind vom vorzeitigen Abschluss des Förderprogramms für geringeren Energiebedarf nicht begeistert. Da sie als liberale Partei jedoch grundsätzliche Vorbehalte gegenüber staatlichen Förderprogrammen haben und es sich hier nicht um eine Anschubfinanzierung für neue Technologien handelt, können sie der frühzeitigen Sistierung zustimmen. Sie hoffen jedoch auf die Unterstützung des Kantonsrats, wenn es darum gehen wird, die MuKEn 2014 umzusetzen und ein griffiges kantonales Energiegesetz zu verabschieden.

**Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die ALG am Programm zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf festhält und den **Antrag** stellt, den entsprechenden Kantonsratsbeschluss nicht aufzuheben.
Die ALG will am Förderprogramm für eine umweltfreundliche und energieeffiziente Gebäudesanierung festhalten und auch den Restbetrag von 1,5 Millionen Franken für die angedachte Gebäudesanierung verwenden. Im Dezember 2011 – in der Schlussabstimmung gab es nur 7 Gegenstimmen – debattierte der Rat über den Antrag der Regierung, und Baudirektor Heinz Tännler meinte: «Wir haben zwei grosse Probleme: Das eine ist das Energieproblem und damit gekoppelt das $CO_2$-Problem. Und wir haben Zeitdruck bei beidem.» Und weiter: «Wir setzen hier den Hebel an, wo die Wirkung beim $CO_2$-Ausstoss sehr gross ist. Wir sprechen von 40 Prozent $CO_2$-Ausstoss, der vom Bau und Betrieb von Gebäuden kommt.» Diese Aussagen haben auch heute noch ihre Gültigkeit. Die $CO_2$-Problematik gibt es auch 2016 noch, und man muss unbedingt dafür sorgen, dass der $CO_2$-Ausstoss reduziert wird, um die Klimaerwärmung zu stoppen.
Die ALG unterstützt weiterhin die kantonale Strategie einer nachhaltigen ressourcenschonenden Energiepolitik. Die Votantin bittet, dem Antrag der ALG auf Weiterführung des Förderprogramms zuzustimmen.

**Barbara Gysel** stellt namens der SP-Fraktion ebenfalls den **Antrag,** das geltende Recht beizubehalten. Ergänzend zu ihren Vorrednern macht sie darauf aufmerksam, dass über Energiefragen aktuell auch im nationalen Parlament debattiert wird.

Der Bundesrat und die eidgenössischen Räte haben 2011, also schon vor geraumer Zeit, den Grundsatzentscheid für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie gefällt. Im Moment läuft die Differenzbereinigung. Zu den wichtigsten Inhalten gehören die Massnahmen, um die Energieeffizienz zu steigern. Neben Mobilität und Industrie sind dabei auch die Gebäude ganz wesentlich. Die Förderprogramme von Bund und Kanton richten sich zu Recht an Hauseigentümer, die ihre Liegenschaft zeitgemäss bauen oder sanieren wollen. Wenn man dieser nationalen Perspektive folgt, wundert man sich bei der Lektüre des regierungsrätlichen Berichts, Seite 47: «Gleichzeitig muss man sich aber bewusst sein, dass mit der Aufhebung des Förderprogramms der bestehende Gebäudepark weniger schnell saniert und damit der $CO_2$-Ausstoss weniger schnell reduziert wird». Das ist der Beweis dafür, dass das Entlastungspaket konkret auch zuungunsten der Umwelt läuft.
Die Vernehmlassenden haben die vom Regierungsrat vorgeschlagene Massnahme abgelehnt. Der Regierungsrat antwortet darauf, dass die MuKEn am Kommen seien, was aber etwas gar optimistisch ist. Denn die MuKEn sind noch längst nicht in trockenen Tüchern, obwohl sie als wesentliches Mittel zur Energiestrategie 2015 des Bundes gelten. Die Votantin fragt den Baudirektor deswegen an, zu welchem Zeitpunkt die MuKEn in den Kantonsrat gebracht werden sollen. Wie sieht der Zeitplan konkret aus? Wie lange wäre möglicherweise der *gap* zwischen der vorzeitigen Beendigung des Förderprogramms und dem allfälligen Beginn der MuKEn? Und den Kantonsrat bittet die Votantin, der Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf nicht aufzuheben.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass das kantonale Förderprogramm ein Jahr früher als geplant beendet werden soll. Der ursprüngliche Rahmenkredit von rund 10 Millionen Franken wurde bis heute bis auf einen Rest von 3,3 Millionen Franken ausgeschöpft; Ende 2016 dürften noch geschätzte 1,5 Millionen Franken vorhanden sein. Am 1. Januar 2017 beginnt ein neues nationales Förderprogramm, an welchem der Kanton Zug gemäss den Berechnungen der Baudirektion mit bis zu rund 3 Millionen Franken partizipieren kann.
In der Energiepolitik des Kantons geht es im Moment schwergewichtig darum, das Gesetz über die Nutzung des Untergrunds in die Kommissionsarbeit zu geben; die entsprechende Kommission wurde bereits bestellt. Dann geht es darum, die Sanierung der Kraftwerkanlagen Hammer, Obermühle, Frauental und Obere Lorze sowie die Neukonzessionierung des Etzelwerks voranzutreiben. Gleichzeitig gilt es die Abwicklung des erwähnten neuen Förderprogramms des Bundes aufzugleisen und dessen Organisation per 2017 festzulegen. Und in einem dritten energiepolitischen Bereich geht es darum, die Vorgaben des Richtplans bezüglich Energieplanung und Energiestatistik voranzubringen. Eine weitere Priorität ist selbstverständlich die Umsetzung der MuKEn 2014. Im Moment wird mit den MuKEn 2008 gearbeitet, und die Vorschriften 2014 enthalten weitergehende Vorschriften wie die Sanierungspflicht für Elektroheizungen, den Verzicht auf fossile Energieträger und die Eigenstromerzeugung. Die Baudirektion hat im Moment keinen konkreten Auftrag des Kantons- oder Regierungsrats für die Umsetzung der MuKEn 2014. Die Energiedirektorenkonferenz empfiehlt aber, diese per 1. Januar 2018 umzusetzen, und daran möchte sich auch der Kanton Zug halten. Der Baudirektor wird als ersten Schritt im Juni mit einem Aussprachepapier in den Regierungsrat gehen und die regierungsrätliche Meinung dazu abholen, in welchem Umfang die MuKEn 2014 umgesetzt werden sollen. Anschliessend folgt die direktionsinterne Bearbeitung, mit dem Ziel, 2017 allenfalls mit einem Vorschlag an das Parlament zu gelangen und die MuKEn 2014 per 1. Januar 2018 umzusetzen. Im Kanton Uri hat die

Umsetzung der MuKEn 2014 im März dieses Jahres bereits in der vorberatenden Kommission Schiffbruch erlitten: Die Kommission ist nicht auf die Vorlage eingetreten. Es ist also keine ganz einfache Sache, die der Kantonsrat zu beraten haben wird. Deshalb wird der Baudirektor – wie gesagt – in einem ersten Schritt den Umfang der Umsetzung der MuKEn 2014 durch den Gesamtregierungsrat festlegen lassen.
Abschliessend bittet der Baudirektor, dem Antrag des Regierungsrats auf vorzeitige Beendung des kantonalen Förderprogramms zuzustimmen.

➔ Der Rat genehmigt mit 44 zu 17 Stimmen den Antrag des Regierungsrats auf Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses.

***Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons an die Veranstalter von Grossanlässen für die Kosten von Extrabussen und Extrazügen vom 29. November 2012 (Stand 1. September 2012)***

**Beni Riedi** legt seine Interessenbindung offen: Er war 2012 Mitunterzeichner des Vorstosses von Alice Landtwing zu den Extrabussen bei Grossveranstaltungen bzw. bei EVZ-Spielen. Er hat gelesen, dass der EVZ sich zur vorgeschlagenen Aufhebung des entsprechenden Erlasses nicht geäussert hat. Seine Frage dazu: Hat sich der EVZ einfach nicht geäussert, oder hat er bewusst keine Stellung dazu genommen? Und ein zweiter Punkt: Gemäss Auskunft des Volkswirtschaftsdirektors ist nicht damit zu rechnen, dass die Extrabusse gestrichen werden. Für den Votanten ist diese Information sehr relevant, und er möchte sie bestätigt erhalten. Wenn die Extrabusse gestrichen werden, ist das nämlich nicht eine Sparmassnahme. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Sicherheitskosten wieder beträchtlich ansteigen werden, da die Matchbesucher nicht direkt abtransportiert werden können und damit das Risiko auf der Fanmeile grösser wird – was wiederum mehr Polizei erfordert.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** kann die Intentionen des EVZ natürlich nicht voraussagen. Der EVZ wurde zur Stellungnahme eingeladen, hat sich aber nicht geäussert, und dem Volkswirtschaftsdirektor ist auch nicht bekannt, dass er dagegen wäre. Er hat Patrick Lengwiler, CEO des EVZ, darauf angesprochen und ihm dafür gedankt, dass von Seiten des EVZ nicht gegen die Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses opponiert werde. Patrick Lengwiler hat nicht explizit gesagt, dass die Extrabusse nicht weitergeführt würden, allerdings gibt es auch keine schriftliche Zusage, dass die Busse weitergeführt werden – wobei es dem Volkswirtschaftsdirektor nicht in den Sinn käme, eine solche Zusage einzuverlangen. Es gibt also keinerlei Anzeichen, dass diese Busse gefährdet sind, sonst hätte sich der EVZ sicher gemeldet. Vor Jahren war die Drohung, die Busse zu streichen, ein Argument in der Diskussion um die Sicherheitskosten, allerdings hat sich seither die Situation deutlich beruhigt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats auf Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses.

***Kantonsratsbeschluss betreffend Abgabe des Verbundabonnements «Zuger Pass» an IV-Bezügerinnen und -Bezüger sowie an blinde und sehbehinderte Personen vom 30. November 2000 (Stand 9. Dezember 2000)***

**Susanne Giger:** Dass sich die Stärke einer Gesellschaft am Wohl der Schwächsten zeigt, kann man nicht genug betonen. Die ALG wehrt sich entschieden gegen eine Belastung der IV-Bezügerinnen und -Bezüger durch die Streichung der Vergünstigung des Zuger Passes. Hier von Opfersymmetrie zu sprechen, ist wohl besonders zynisch. Es darf nicht sein, dass Personen, die bereits benachteiligt sind, noch mehr benachteiligt werden. Die ALG empfindet diese Massnahme als kleinlich und unsolidarisch. Die Streichung der Beiträge führt für viele in die soziale Isolation und nicht selten auch zu psychischen Problemen. Die Mehrkosten, die dadurch entstünden, dürften die geplanten Einsparungen von 90'000 Franken bei weitem übersteigen. Die ALG beteiligt sich nicht an Massnahmen, die zu Einsparungen führen, die benachteiligten Menschen das Leben zusätzlich erschweren. Zum Beispiel möchte die Votantin, dass jener Mann mit Behinderung, der auf ihrer Buslinie mit Freude seine Runden dreht und den alle vermissen würden, dies weiterhin tun kann.
Die ALG lehnt den Antrag des Regierungsrats ab und stellt den **Antrag,** den vorliegenden Kantonsratsbeschluss nicht aufzuheben. Zusätzlich stellt sie den **Antrag,** die Abstimmung dazu unter Namensaufruf durchzuführen.

**Rupan Sivaganesan** schliesst sich grundsätzlich seiner Vorrednerin an. Es ist tatsächlich so, dass IV-Bezügerinnen und -Bezüger nicht automatisch arm und bedürftig und auf ausserordentliche finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Es gibt auch IV- Bezügerinnen und -Bezüger, die finanziell nicht schlecht gestellt sind, weil sie ergänzend eine Pensionskassen- oder eine Unfallrente erhalten.
Es gibt jedoch IV-Bezügerinnen und -Bezüger, die nur die IV-Rente oder lediglich eine kleine Zusatzrente erhalten und zur Bestreitung des Lebensunterhalts auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Der Rat hat heute bereits über die Reduktion des Betrags für persönliche Auslagen bei den Ergänzungsleistungen debattiert und diesen grosszügig gekürzt. Mit der Streichung der Vergünstigung für den Zuger Pass wird diese Bevölkerungsgruppe nochmals bestraft.
Grundsätzlich kann man diese Vergünstigung hinterfragen. Die SP erachtet es als angezeigt, eine sozialverträgliche Lösung anzustreben. Sie stellt deshalb ebenfalls den **Antrag,** die Vergünstigung für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen weiterhin zu gewähren und diesen Kantonsratsbeschluss nicht aufzuheben.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass die CVP-Fraktion kontrovers über die Frage der Aufhebung dieser Vergünstigung diskutierte. Sie ist mit einer knappen Mehrheit für die Beibehaltung bisherigen Rechts. Es muss aber deutlich gesagt werden, dass hier ein Giesskannenprinzip angewandt wird. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats kann man lesen: «Es handelt sich bei der bisherigen Vergünstigung um eine allgemeine Unterstützungsmassnahme, bei der weder auf die wirtschaftliche Bedürftigkeit der Bezügerinnen und Bezüger noch auf den Grad der körperlichen und geistigen Behinderung Rücksicht genommen wird. Vergleichbare Vergünstigungen aus anderen Tarifverbunden in der Schweiz sind nicht bekannt.» Es muss auch betont werden, dass die Vergünstigung für den Ausbildungs- oder Berufsweg von Betroffenen von der IV finanziert wird.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass auch in der vorberatenden Kommission eine sehr emotionale Diskussion über die vorliegende Frage geführt wurde. Die 90'000 Franken, die eingespart werden können, sind ein grosser Betrag, es wurde heute allerdings schon über deutlich grössere Beträge gesprochen. Richtig ist, dass nicht alle IV-Bezüger und -Bezügerinnen *per se* unterstützungsbedürftig sind: Es gibt auch Millionäre, welche eine IV-Rente beziehen. Die heutige Subventionierung macht da aber keine Unterschiede, der Begriff «Giesskanne» trifft also durchaus zu. Zu betonen ist auch, dass es hier nur um die Freizeitmobilität geht: Die Kosten für Arbeits- und Ausbildungswege werden – wie gehört – von der IV bezahlt. Wenn der Rat den vorliegenden Kantonsratsbeschluss aufrecht erhalten will, wird man sich überlegen müssen, ob nicht in einem nächsten Schritt das Giesskannenprinzip eliminiert werden sollte, so dass nur noch wirtschaftliche wirklich Unterstützungsbedürftige in den Genuss dieser Subventionierung kommen.
Die vorberatende Kommission hat sich mit 8 zu 7 Stimmen für den regierungsrätlichen Antrag ausgesprochen.

**Monika Barmet** könnte eigentlich ihr Votum zur Höhe des Betrags für persönliche Auslagen für den allgemeinen Lebensbedarf bei Bezügerinnen von Ergänzungsleistungen wiederholen. Aufgrund des enttäuschenden Abstimmungsresultats zu dieser Frage ruft sie den Rat auf, wenigstens den jetzt zur Debatte stehenden Beitrag weiterhin zu leisten. Für diese Personen ist der Wert jeder Abwechslung in ihrem Alltag höher zu gewichten als bei jedem Anwesenden. Die Votantin stellt ebenfalls den **Antrag,** den Kantonsratsbeschluss von 2000 zu belassen, diese nur schon in Anbetracht des relativ bescheidenen Sparvolumens von 90'000 Franken.

**Hubert Schuler** kann der Kommissionspräsidentin für einmal Recht geben: Es ist tatsächlich ein Giesskannensystem. Und genau aus diesem Grund beantragt die SP, den Kantonsratsbeschluss beizubehalten – nämlich um ihn nachher abändern zu können. Man kann an diesem Beschluss ja nichts ändern, wenn er aufgehoben wird. In diesem Sinn bittet der Votant um Unterstützung für den Antrag, den Kantonsratsbeschluss nicht aufzuheben.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel:** Analog zur kantonalen Arbeitslosenhilfe vertritt der Regierungsrat auch hier die Meinung, dass durch Behinderungen entstehende ökonomische Bedürftigkeiten durch die IV abgesichert werden sollen, dies in der ganzen Schweiz in gleichem Mass. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass es diese spezielle Vergünstigung in keinem anderen Kanton gibt. Es ist auch nicht sachgerecht, dass ein Tarifverbund via Steuergelder solche Spezialvergünstigungen gewährt. Und es wurde bereits erwähnt, dass Vergünstigungen dort, wo sie notwendig sind, durch die IV bezahlt werden. Dort kommen auch Vermögen und Einkommen zur Anrechnung, was bei der kantonalen Hilfe nicht der Fall ist. Diese ist in mehrfacher Hinsicht ein Giesskannnenprinzip mit fraglichen Kriterien. So wird erstens nicht gefragt, ob und wie oft jemand einen «Zuger Pass» braucht oder nicht; die Begünstigung ist also völlig bedarfsunabhängig. Zweitens erhalten Personen, die ausserhalb des Tarifverbunds unterwegs sind, keine Vergünstigung. Diese Begrenzung kann mit Fug als ungerecht betrachtet werden; wenn schon, soll man über das Gebiet des Tarifverbunds hinaus reisen können. Drittens wird nicht auf den Grad der Behinderung abgestützt und alle Behinderten über den gleichen Leisten geschlagen. Und das Wichtigste wurde bereits erwähnt: Die Vergünstigung wird völlig unabhängig von der finanziellen Situation des Behinderten gewährt. Leute mit grossen Einkommen erhalten sie ebenso wie Personen ohne Einkommen und Vermögen. Zuletzt gilt es auch noch die Feinziselierung zu beachten: IV-Beziehende

erhalten eine Vergünstigung, Sehbehinderte und Blinde hingegen erhalten den «Zuger Pass» gratis. Eine bestimmte Behinderung wird also privilegiert. Auch diese Abgrenzung ist mehr als fraglich.
Aus all diesen Gründen ist der Regierungsrat der Meinung, dass der «Zuger Pass» der falsche Ort ist, um IV-Beziehende zu unterstützen. Besser ist es, in die Behindertengerechtigkeit zu investieren. Hier ist daran zu erinnern, dass die ZVB durchwegs behindertengerechte Niederflurbusse fährt. *Das* ist wirkungsgerecht eingesetztes Geld. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet deshalb, den vorliegenden Kantonsratsbeschluss gänzlich aufzuheben – und nicht irgendwelche Feinheiten anzupassen, um ihn zu optimieren; das ist es nicht wert.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass der Rat bei einer Annahme des SP-Antrags darauf verzichtet, 90'000 Franken einzusparen. Das kann sich der Kanton Zug leisten, zumal es hier um die gesellschaftlich Schwächsten geht. Und diese 90'000 Franken kann man locker einsparen, indem man auf das Gleichstellungsgesetz verzichtet.

**Hubert Schuler** ist froh über diese Debatte. Er kündigt an, dass die SP-Fraktion auf zweite Lesung einen ausformulierten Antrag stellen wird, wie das Giesskannenprinzip und die Ungleichheiten in diesem Erlass beseitigt werden können.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun zuerst über den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf abgestimmt wird.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 25 Ja-Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf «Eins» die Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats, «Zwei» die Zustimmung zum Antrag der ALG und der SP, den Kantonsratsbeschluss nicht aufzuheben.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Zwei |
| Brunner Philip C. | Eins |
| Camenisch Philippe | Abwesend |
| Christen Hans | Eins |
| Giger Susanne | Zwei |
| Gysel Barbara | Zwei |
| Landtwing Alice | Eins |
| Marti Daniel | Eins |
| Messmer Jürg | Abwesend |
| Raschle Urs | Eins |
| Rüegg Richard | Eins |
| Sivaganesan Rupan | Zwei |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Zwei |
| Stadlin Daniel | Zwei |
| Stocker Cornelia | Eins |
| Straub-Müller Vroni | Zwei |
| Thalmann Silvia | Eins |
| Umbach Karen | Eins |

| | |
|---|---|
| Vollenweider Willi | Zwei |
| | |
| Dittli Laura | Zwei |
| Iten Patrick | Zwei |
| Letter Peter | Eins |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Zwei |
| Hess-Brauer Iris | Zwei |
| Ingold Gabriela | Eins |
| Iten Beat | Abwesend |
| Ryser Ralph | Zwei |
| Werner Thomas | Zwei |
| | |
| Barmet Monika | Zwei |
| Etter Andreas | Enthaltung |
| Nussbaumer Karl | Zwei |
| | |
| Abt Daniel | Eins |
| Andermatt Adrian | Eins |
| Andermatt Pirmin | Eins |
| Dzaferi Zari | Zwei |
| Frei Pirmin | Eins |
| Gössi Alois | Zwei |
| Häseli Barbara | Eins |
| Hostettler Andreas | Eins |
| Hürlimann Markus | Eins |
| Imfeld Nicole | Abwesend |
| Lustenberger Andreas | Abwesend |
| Riboni Michael | Eins |
| Riedi Beni | Zwei |
| Schmid Heini | Eins |
| Wandfluh Oliver | Zwei |
| | |
| Baumgartner Hans | Zwei |
| Birrer Walter | Eins |
| Bühler Olivia | Zwei |
| Gander Thomas | Zwei |
| Haas Esther | Zwei |
| Mösch Jean-Luc | Abwesend |
| Renggli Silvan | Abwesend |
| Sieber Beat | Abwesend |
| Soltermann Claus | Abwesend |
| Suter Rainer | Enthaltung |
| | |
| Bieri Anna | Zwei |
| Helbling Karin | Zwei |
| Hofer Rita | Zwei |
| Schuler Hubert | Zwei |
| Unternährer Beat | Eins |
| Villiger Thomas | Abwesend |

| | |
|---|---|
| Burch Daniel | Zwei |
| Hausheer Andreas | Zwei |
| Hürlimann Andreas | Abwesend |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Zwei |
| Weber Monika | Zwei |
| | |
| Balmer Kurt | Eins |
| Burch Daniel Thomas | Eins |
| Roos Flavio | Eins |
| Schriber-Neiger Hanni | Zwei |
| Stuber Daniel | Eins |
| Werder Matthias | Eins |
| Wiederkehr Roger | Eins |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Zwei |
| | |
| Henseler Emanuel | Abwesend |
| Lötscher Thomas | Eins |

➔ Der Rat beschliesst mit 34 zu 30 Stimmen, den Kantonsratsbeschluss nicht aufzuheben.

**Teil IV: Referendumsklausel und Inkrafttreten**

***Fakultatives Referendum***

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass sich die Kommission einig war, dass die vom Regierungsrat beantragte Lösung, diesen Rahmenbeschluss nur *en bloc* dem fakultativen Referendum zu unterstellen, rechtens ist. Ein extra dafür eingeholtes Rechtsgutachten bestätigt dies. Was *politisch* die beste Lösung ist, ist letztendlich ein politischer Entscheid. Grundsätzlich kommen für ein Referendum drei Varianten in Frage:
• dem Volk das Gesamtpaket vorlegen
• dem Volk einzelne Massnahmen vorlegen
• eine Kombination der obigen zwei Möglichkeiten.
Will man über mehrere Massnahmen abstimmen lassen, braucht es pro Massnahme einen Unterschriftenbogen. Die Kommission hat auch darüber diskutiert, ob es allenfalls zulässig wäre, alle sozialpolitischen oder alle bildungspolitischen Massnahmen auf je einem Bogen aufzuführen etc. Nach Meinung der Kommission geht das aus rechtlichen Gründen nicht und ist auch politisch nicht opportun. Die Kommission hat dann in einer Ausmarchung über die drei möglichen Varianten abgestimmt. Am Schluss obsiegte der Antrag der Regierung auf «en bloc»-Abstimmung, wahrscheinlich auch, weil es der pragmatischste Weg ist.
Am besten aber ist es, wenn es gar nicht so weit kommt. Man könnte so erstens Beschwerden verhindern, welche Kosten generieren würden, und man würde zweitens die Abstimmungskosten sparen. Die Kommissionspräsidentin ruft deshalb den Rat auf, Grösse zu zeigen und das Ganze im Auge zu behalten. In den Beratungen

der letzten Wochen konnten weder Links noch Rechts noch die Mitte ihre politischen Überzeugungen immer ins Trockene bringen. Alle mussten Abstriche machen. Das ist bei einem Paket mit so zahlreichen und unterschiedlichen Elementen letztendlich auch nichts als logisch. Schliesslich gibt es ein gemeinsames, übergeordnetes Ziel, die Gesundung der Kantonsfinanzen. Wer meint, mit diesem Sprint sei man nun am Ziel, liegt komplett falsch. Der Rat befindet sich in einem Marathon und ist kurz vor dem Erreichen der zweiten Zwischenzeit. Es braucht noch einen langen Schnauf. Würgt man diesen jetzt schon ab, dann liegen die gesellschaftlich Schwächeren zuerst auf der Intensivstation und genesen nie mehr richtig. Genau das wollen ja jene verhindern, die schon länger mit dem Referendum wedeln. Also: Es gilt für alle, über den eigenen Schatten zu springen und die Sehschärfe auf Weitsicht zu stellen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass das Gutachten von Prof. Isabelle Häner auch der Stawiko vorlag. Die Argumente für oder gegen eine Abstimmung *en bloc* wurden intensiv diskutiert. Die Stawiko folgte schliesslich stillschweigend der Regierung und der vorberatenden Kommission, nämlich dass das vorliegende Paket bei einem Referendum *en bloc* zur Abstimmung kommen soll.
Persönlich ist es für die Stawiko-Präsidentin wichtig, dass es kein Rosinenpicken geben darf. Das Entlastungsprogramm basiert auf der vielbesagten Opfersymmetrie. Alle müssen ihren Beitrag leisten, sonst wird die Rechnung – oder mit den Worten der Kommissionspräsidentin: das Zwischenergebnis – nicht aufgehen.

**Peter Letter** erinnert daran, dass der Regierungsrat in eigener Kompetenz bereits 57 Millionen Franken gespart hat und man nun – wenn die Beschlüsse des Kantonsrats angenommen werden – weitere rund 40 Millionen Franken spart. Es ist zentral, dass dieses Entlastungpaket zügig umgesetzt wird; jede Zeitverzögerung würde bedeuten, dass die Reserven schwinden, und sie würde auch weitere Sanierungsschritte blockieren. Nur mit Kantonsfinanzen im Lot können die staatlichen Kernaufgaben wie Bildung, Sicherheit, Soziales und Infrastruktur konstant und in guter Qualität erfüllt und finanziert werden. Die FDP ist überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Gedanken nachvollziehen und bei einem allfälligen Referendum auch vom Gesamtpaket überzeugt werden können. Sie steht hinter dem Entlastungspaket, und sie unterstützt den Regierungsrat und die Kommissionen auch im Antrag, dass ein Referendum nur gegen das Gesamtpaket ergriffen werden kann. Das Paket ist in der Gesamtheit ausgewogen. Werden einzelne Massnahmen herausgelöst, kann das Gesamtprogramm in Schieflage geraten. Im Falle von Referenden gegen einzelne Gesetzesartikeln oder Massnahmen kann es zu Überschneidungen, Widersprüchen und Verwirrung bei der Abstimmung kommen. Das will die FDP nicht. Die Stimmbürgerinnen und -bürger sollen erstens zur Gesamtheit der Massnahmen mit der darin enthaltenen Opfersymmetrie eine Aussage machen und zweitens über den Grundsatz der Haushaltssanierung mit Sparmassnahmen abstimmen können. Die FDP ist deshalb klar für die «en bloc»-Variante.

**Daniel Stadlin:** Sparvorlagen bestehen meistens aus einer Vielzahl von einzelnen Massnahmen. Diese nun einzeln oder gar als Kombination von Gesamtpaket und Einzelmassnahmen zum Referendum zuzulassen hiesse, die aufgrund eines einheitlichen Konzepts aufeinander abgestimmten Massnahmen einer Selbstbedienungsmentalität zu opfern und aus dem Entlastungsprogramm einen löchrigen Emmentalerkäse zu machen. Für so etwas ist die finanzielle Situation aber einfach zu ernst. Staatsrechnung wie Finanzstrategie haben brutal aufgezeigt, wie schlecht es um die Kantonsfinanzen steht. Die strukturellen Probleme von heute dürfen

nicht die Steuern von morgen werden. Die Grünliberalen unterstützen deshalb die Variante, bei der nur gegen das ganze zweite Paket des Entlastungsprogramms das Referendum ergriffen werden kann. Will man den Finanzhaushalt des Kantons substanziell entlasten, braucht es zwingend das Gesamtpaket, dies aufgrund folgender drei Grundsätze:

- Alle Massnahmen sind gleichrangig. Die Ausgewogenheit des zweiten Pakets verlangt eine gleichzeitige öffentliche Diskussion über sämtliche Massnahmen.
- Gemeinwohl vor Partikularinteressen: Die Belastungen sind von allen zu tragen. Das Gesamtpaket garantiert die Opfersymmetrie und wirkt unsolidarischem Handeln nach dem Prinzip «Sparen ja, aber nicht in unserem Bereich» entgegen.
- Wirkung nur als Ganzes: Die anvisierte Spar- und Entlastungswirkung wird nur erreicht, wenn das zweite Paket integral umgesetzt wird.

Nun ist aber die «en bloc»-Variante nicht ganz ohne Gefahr. Es könnte nämlich sein, dass aus ideologischen oder sonstwelchen unkooperativen Gründen gegen das gesamte zweite Paket des Entlastungsprogramms das Referendum ergriffen wird. Sollte dieses dann an der Urne scheitern, wird auch aus der ZFA-Reform 2018 nichts. Die Arbeiten an der Aufgaben- und Finanzreform könnten nicht weitergeführt werden, fehlten ihnen doch die rechtliche Grundlage. Ein solches Risiko darf der Kantonsrat keinesfalls eingehen, dazu ist dieses Projekt für Kanton und Gemeinden viel zu wichtig. Um also die ZFA-Reform nicht zu gefährden, stellt der Votant den **Antrag,** bei der «en bloc»-Variante wie auch beim Gesamtpaket der kombinierten Variante den Kantonsratsbeschluss zum Beitrag der Gemeinden an das Entlastungsprogramm 2015–2018 und das Gesetz über den direkten Finanzausgleich als eigenständigen Teil dem Referendum zu unterstellen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** möchte vorab dem Kantonsrat ein Kränzchen winden und ihm im Namen des Regierungsrats für die konstruktive Diskussion über das Entlastungsprogramms danken. Er dankt auch der vorberatenden Kommission und der Stawiko für ihre grosse Arbeit.

Über den Antrag von Daniel Stadlin hat sich der Regierungsrat nicht unterhalten. Die Gründe, weshalb die Regierung davon überzeugt ist, dass das Referendum nur *en bloc* ergriffen werden kann, wurden bereits dargelegt. Der ganze Prozess war von Anfang an auf ein Paket – in sich geschlossen und mit inneren Zusammenhang – ausgerichtet. So sollte die Einheit der Materie gewährleistet werden, und der innere Zusammenhang ist auch sachlich begründet. Wenn man nun die Thematik ZFA herausbricht, gibt es gute Gründe, auch andere Punkte herauszubrechen – und dann beginnen das Rosinenpicken und ein Jekami-Spiel. Das ist auch nicht praktikabel. Wenn *en bloc* und zusätzlich zu Einzelpunkten das Referendum ergriffen werden kann, ergeben sich eine Reihe von formellen und inhaltlichen Fragen, die für die Bevölkerung das Ganze auch prozessual unverständlich machen. Es ist eine Chance, aber auch ein Risiko, dem Volk – sofern das Referendum ergriffen wird – diese Vorlage *en bloc* vorzulegen. Es gibt gute Argumente für die Vorlage, und das Risiko ist aus Sicht des Regierungsrats vernünftig und kalkulierbar. Das «en bloc»-Verfahren ist gemäss Gutachten auch juristisch haltbar. Natürlich beleuchtet eine Gutachterin oder ein Gutachter verschiedene Aspekte, aber insgesamt kommt das erwähnte Gutachten gestützt auf einen Bundesgerichtsentscheid klar zum Schluss, dass die Vorlage bei einem Referendum dem Volk *en bloc* vorgelegt werden kann.

Aus diesen Gründen bittet der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats Folge zu leisten: Wenn das Referendum ergriffen werden sollte, soll die Vorlage dem Volk *en bloc* vorgelegt werden. Alles andere ist aus Sicht des Regierungsrats nicht praktikabel.

**Silvia Thalmann** hat im Eintretensvotum gesagt, dass die CVP-Fraktion für ein allfälliges Referendum die «en bloc»-Variante bevorzugt. Es ist der CVP ein grosses Anliegen, dass nun das gesamte Sparpaket realisiert werden kann. Was auf Verordnungsebene bzw. in der Kompetenz des Regierungsrats liegt, konnte – mit Unterstützung des Kantonsrats beim Budget – bereits umsetzt werden. Für die jetzige dritte Phase war zu befürchten, dass das Parlament grosszügiger sein könnte und viel weniger sparen möchte. Die CVP-Fraktion wird auf die zweite Lesung hin sicher über die Bücher gehen und das vorläufige Ergebnis beurteilen: Was wurde wo gespart? Welche Kröten musste sie schlucken? Sie wird das Ergebnis auch politisch abwägen und beurteilen, welche Risiken ein «en bloc»-Referendum mit sich bringt etc. Heute aber unterstützt die CVP den Antrag, ein allfälliges Referendum nur *en bloc* zuzulassen.

**Daniel Stadlin** zieht seinen Antrag zurück.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass aufgrund der Beschlüsse zu Teil III (Fremdänderungen) der Text zum fakultativen Referendum in zwei Punkten geändert werden muss:
• Ziff. 1: Der Satzteil «mit Ausnahme des (einfachen) Kantonsratsbeschlusses betreffend Abgabe des Verbundabonnements ‹Zuger Pass› an IV-Bezügerinnen und -Bezüger sowie an blinde und sehbehinderte Personen vom 30. November 2000 (BGS 841.8)» wird gestrichen.
• Ziff. 3: Ebenfalls gestrichen wird die Einschränkung «–von der vorstehend in Ziff. 1 genannten Ausnahme abgesehen –».

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den im obigen Sinn in Ziff. 1 und Ziff. 3 korrigierten Antrag des Regierungsrats betreffend Referendum.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

32. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Dienstag, 3. Mai 2016 (Nachmittag)
Zeit: 13.45–17.20 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**428** **Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 65 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Philippe Camenisch, Hans Christen, Jürg Messmer, Vroni Straub-Müller, Silvia Thalmann, alle Zug; Andreas Meier, Oberägeri; Beat Iten, Unterägeri; Adrian Andermatt, Baar; Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Beat Sieber, Claus Soltermann, alle Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Andreas Hürlimann, Steinhausen; Emanuel Henseler, Neuheim.

TRAKTANDUM 4 (Fortsetzung)
**Geschäfte, die am 14. April 2016 nicht behandelt werden konnten:**

**429** Traktandum 4.1: **Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderungen: Fortsetzung der 1. Lesung** (Fortsetzung)
Vorlagen: 2569.1/1a/1b - 15044 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2569.2 - 15045 (Antrag des Regierungsrats [Synopse]); 2569.3/3a/3b - 15099 (Bericht und Antrag der Kommission); 2569.4/4a - 15100 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Teil IV: Referendumsklausel und Inkrafttreten** (Fortsetzung)

***Inkrafttreten***

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass es im Falle eines Referendums zu Unwägbarkeiten beim Inkrafttreten des Binnenschiffahrtsgesetzes kommen kann. Konkret geht es um die Einführung der Schiffssteuer, für die eine gewisse Vorlaufzeit notwendig ist und die hohe Umsetzungskosten in der IT verursacht. Solange man noch nicht weiss, ob das Entlastungspaket genehmigt wird, möchte man nicht unnötige Kosten verursachen. Die Steuer kann nicht unterjährig eingeführt werden, sondern frühestens auf den 1. Januar 2017 oder 2018. Deshalb stellt der Regierungsrat den **Antrag,** eine neue Ziffer 7 einzuführen, die wie folgt

lauten soll: «Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt: Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten dieser Änderung.»
Abhängig vom zeitlichen Ablauf hat der Regierungsrat so die Möglichkeit, entsprechende Aufträge zu erteilen und das Gesetz auf Januar 2017 oder 2018 einzuführen.

➔ Der Rat genehmigt die Anträge des Regierungsrats mit 60 zu 0 Stimmen.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

**430** Traktandum 4.2: **Motion von Andreas Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen**
Vorlagen: 2293.1 - 14449 (Motionstext); 2293.2 - 15105 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Motionär **Andreas Hausheer** dankt dem Regierungsrat für Bericht und Antrag. Es fällt auf, dass der Regierungsrat die vom Kantonsrat verlängerte Frist für seinen Bericht nicht eingehalten hat. Dafür verdient er kein Lob.
Es wurde eine acht Seiten umfassende Theorie-Fleissarbeit abgeliefert. Für Herrn oder Frau Normalbürger, die nicht ein Studium in Staatspolitik absolviert haben, übersteigt diese das Mass des Erträglichen. Das alles wurde erarbeitet, um zum Fazit zu kommen, es sei alles schon so geregelt, wie die es die Motionäre wollen. Wenn das Fazit so einfach ist, wieso ist dann das Ergebnis eine solch umfangreiche Fleissarbeit? Hat die Regierung verstanden, was die Motionäre wollen? Es ist ganz einfach: Der Regierungsrat soll die Entscheide des Kantonsrats ohne Wenn und Aber nach aussen vertreten. Die einzige Ausnahme: wenn der Kantonsrat Entscheide trifft, die verfassungswidrig sind. Es geht nicht das Wahlrecht. Man kann davon ausgehen, dass im Rat zu 99,9 Prozent Entscheide gefällt werden, die verfassungskonform sind. Deshalb dürfte diese Ausnahme in der Realität kaum eine Rolle spielen. Was hier verlangt wird, ist auch in Bundesbern üblich. So war der Bundesrat zum Beispiel anfangs für die Initiative gegen die Heiratsstrafe, aufgrund des Entscheides des Parlaments musste er aber vor der Abstimmung «contre coeur» eine andere Haltung vertreten. Warum soll das im Kanton Zug nicht auch gelten? Schliesslich gesteht der Regierungsrat «die grundsätzliche Vorrangstellung des Parlaments gegenüber den volksgewählten Regierungen in den Kantonen» ein. In seinem Fazit zieht er den Schluss, dass er dem Anliegen der Motionäre heute schon Rechnung trage. Nur stimmt dieses Fazit nicht mit dem überein, was andernorts im Bericht geschrieben steht. So ist beispielsweise unter Ziffer 7 festgehalten: «Eine Teilnahme am Abstimmungskampf sowie die freie Meinungsäusserung zu einer Abstimmungsvorlage in Form einer Empfehlung in den Abstimmungserläuterungen sind mithin auch dann zulässig, wenn diese von der Auffassung des Kantonsrats abweicht. Massgebend ist, dass die Abstimmungserläuterungen den Grundsätzen der Objektivität, Transparenz und Verhältnismässigkeit genügen und sich der Regierungsrat bezüglich Teilnahme an Abstimmungskämpfen im Sinne seiner diesbezüglichen Beschlüsse bundesverfassungskonform verhält.» Hier werden ganz andere Kriterien aufgeführt. Es wird nicht nur die Verfassungskonformität erwähnt, man spricht von Objektivität, Transparenz und Verhältnismässigkeit – dann könne die Regierung vom Entscheid des Kantonsrats abweichen. Die Motionäre verstehen das so, dass der Regierungsrat davon ausgeht, auch bei verfassungskonformen Beschlüssen des Kantonsrats eine andere Meinung vertreten

zu dürfen, solange er objektiv informiert. Sollte diese Interpretation richtig sein, würde dies der Idee hinter der Motion widersprechen. Solange die Motionäre vom Regierungsrat nicht glasklar zu hören bekommen, dass er die Entscheide des Kantonsrats immer zu vertreten hat – ausgenommen bei verfassungswidrigen Entscheiden –, solange beantragen sie, die Motion erheblich zu erklären. Wo käme man hin, wenn sich der Regierungsrat die Freiheit nähme, die Entscheide des Kantonsrats so zu kommentieren, wie es ihm gerade beliebt? Der Motionär bittet den Rat, den Anfängen zu wehren und die Motion erheblich zu erklären, solange keine Klarheit herrscht. Die CVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag.

Landammann **Heinz Tännler** entschuldigt sich im Namen der Staatskanzlei und des Regierungsrats, dass der Termin nicht eingehalten wurde. Es wurde ein ausführlicher Bericht abgegeben – ein Stück Staatskunde für den Regierungsrat, aber auch für den Kantonsrat. Für die Bevölkerung ist es möglicherweise ein nicht einfach zu verstehendes Papier. Ein Dank geht an die Staatskanzlei für die geleistete Arbeit. Der Landammann konnte sein Wissen über Gewaltentrennung auffrischen.
Zur Frage des Motionärs: Liest man das Fazit des Regierungsrats, ist festzustellen, dass man sich einig ist, was die Gewaltenteilung, die verschiedenen Staatsebenen und deren verfassungsmässige Rechte betrifft, die unbestritten sind. Zudem ist man sich einig, dass der Kantonsrat über dem Regierungsrat steht, was die Entscheidungskompetenz anbelangt. Der Kantonsrat ist die gesetzgebende Behörde, der Regierungsrat die vollziehende, ausführende Behörde. Ebenfalls besteht die übereinstimmende Meinung, dass der Regierungsrat die Entscheidungen des Kantonsrats grundsätzlich zu respektieren und zu akzeptieren hat. Trifft der Kantonsrat jedoch verfassungswidrige Entscheide, soll der Regierungsrat eingreifen können und dürfen. Dieses Recht ist wohl unbestritten. Wie im Fazit explizit ausgeführt ist, ist dies die einzige Ausnahme. In allen anderen Fällen hält sich der Regierungsrat an die Vorgaben des Parlaments. Der Landamman hofft, dass diese Aussage für die Motionäre klar und deutlich ist. Er bittet den Rat, die Motion im Sinne des regierungsrätlichen Antrags nicht erheblich zu erklären.

**Andreas Hausheer** bezieht sich nochmals auf Ziffer 7. Dort steht geschrieben, dass eine Teilnahme am Abstimmungskampf mit einer vom Kantonsrat abweichenden Meinung möglich sei, sofern die Erläuterungen objektiv, transparent und verhältnismässig seien – also nicht nur dann, wenn die Entscheide des Kantonsrats verfassungswidrig sind. Es gilt, hier Klarheit zu schaffen, da die Aussagen im Bericht widersprüchlich sind.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats zu und erklärt die Motion mit 31 zu 20 Stimmen nicht erheblich.

**431** Traktandum 4.3: **Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch**
Vorlagen: 2248.1 - 14323 (Postulatstext); 2248.2 - 14489 (Bericht, Antrag und Antwort des Regierungsrats); 2248.3/3a - 15121 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Iris Hess-Brauer** spricht für die postulierende CVP-Fraktion: «Nous savons tous, combien les langues nationales sont importantes. Elles sont d'une grande utilité que ce soit à Zoug, sur le plan économique ou pour les affaires mais pas seule-

ment, dans la vie de tous les jours aussi. En effet, de plus en plus de personnes ne maîtrisent pas parfaitement l'allemand.» (Sie alle wissen, wie wichtig Fremdsprachen sind. Vor allem am Wirtschaftsstandort Zug braucht man heute nicht nur Fremdsprachen im Geschäftsleben, sondern auch im Alltag hat man immer mehr Leute um sich, die Deutsch nicht so gut beherrschen.)
Seit dem Schuljahr 2005/2006 wird im Kanton Zug ab der 3. Klasse Englisch und ab der 5. Klasse Französisch unterrichtet. Mit dem Postulat der CVP und der Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Stefan Gisler sollte in Erfahrung gebracht werden, wie sich der Fremdsprachenunterricht in der Primarschule in den letzten zehn Jahren entwickelt hat. Deshalb hat der Regierungsrat entschieden, eine umfassende Evaluation durch das Institut für Mehrsprachigkeit (IfM) der Uni Fribourg durchführen zu lassen. Diese Stichproben wurden von Mai bis Juni 2015 in den 6. und 8. Klassen erhoben. Mit der Evaluation sollten die folgenden Fragen beantwortet werden:
● Welchen Einfluss hat der Startpunkt des Fremdsprachenunterrichts, und wie wirken sich die Jahreswochenlektionen (JWL) auf die Kompetenzen aus?
● Werden die Lehrplanziele erreicht?
● Sind Unterschiede in Französisch und Englisch erkennbar?
Zuerst das Positive: Die Leistungen Lernenden der 8. Klassen in Englisch sind erfreulich, und die angestrebten Ziele werden grossmehrheitlich (60 bis 70 Prozent) erreicht. Dies resultiert aus dem früheren Beginn und der grossen Motivation für diese Sprache. Die Resultate im Französischen sind mehr als ernüchternd. Was die Lernenden am Ende der obligatorischen Schulzeit an Französisch beherrschen, ist in den Zentralschweizer Kantonen ein grössere und in Zug eine mittlere Katastrophe. Die CVP kann und will dies so nicht stehen lassen. Die Ergebnisse geben all jenen Recht, die dem Modell 3/5 kritisch gegenüberstehen. Zum heutigen Zeitpunkt das Ruder herumzureissen und den geordneten Rückzug anzutreten, ist verfrüht. Vielmehr soll der Regierungsrat mit geeigneten Massnahmen veranlassen, dass die Lernziele von einer Mehrheit der Schülerinnen und Schüler erreicht werden. Die grossen Investitionen im Französisch-Unterricht wie Lehrerausbildung, Lehrmittel und Unterrichtshilfen sollen nicht überstürzt abgeschrieben werden. Auf keinen Fall sollen die Lernziele nach unten korrigiert werden, um so bessere Auswertungen zu erhalten. Im Gegenteil: Die Lernziele sind zu belassen, der Weg dahin ist jedoch anzupassen.
Der Regierungsrat hat mit dieser Evaluation seinen Auftrag erfüllt. Er hat eine Analyse vorgenommen und nimmt Stellung dazu. Dabei hält er am Modell 3/5 und der grosszügigen Stundendotation fest. Da 2017 eine schweizweite Überprüfung der Grundkompetenzen (UGK) durchgeführt werden soll, möchte der Regierungsrat mit Massnahmen noch zuwarten. Dann müssen aber Taten folgen! Sind zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe sinnvoll, und werden gute Ergebnisse auch in Französisch grossmehrheitlich erreicht? Oder heisst es zurück auf ein Modell 3/7 oder 5/7? «Le français est une langue nationale qui mérite d'être valorisée.» Die CVP-Fraktion empfiehlt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**Beni Riedi,** Sprecher der SVP-Fraktion, hat es leider verpasst, sein Votum auf Französisch zu schreiben. *(Der Rat lacht.)* Am liebsten würde er das Votum aber auf Schweizerdeutsch halten. In der SVP wurden die Ausführungen der Regierung an der vergangenen Fraktionssitzung rege diskutiert. Es ist erfreulich, dass die Zuger Schülerinnen und Schüler in Französisch besser als ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Zentralschweizer Kantonen abschliessen. Dies hat einen direkten Zusammenhang mit der Anzahl Lektionen, die für das Erlernen einer Sprache aufgewendet werden. Genau hier hebt sich Zug im Vergleich zu den anderen Zentral-

schweizer Kantonen ab. Die SVP begrüsste den Entscheid, dass mit der Einführung des Modells 3/5 im Kanton Zug kein Abbau in den Fächern Deutsch oder Mathematik stattfand, wie dies in anderen Kantonen geschah.
Bekanntlich soll und darf man jede Umfrage oder Statistik kritisch hinterfragen. So sind die guten Resultate im Kanton Zug auf der einen Seite positiv, auf der anderen Seite liesse sich auch sagen: Was die Erreichung der Lehrplanziele betrifft, sind die Schülerinnen und Schüler in Zug ein bisschen weniger schlecht als diejenigen in den anderen Zentralschweizer Kantonen. Die daraus folgende Massnahme ist nun entscheidend. Es sollten nicht noch mehr Lektionen für Sprachen aufgewendet werden, sondern die Lehrplanziele müssen kritisch hinterfragt werden. Natürlich werden Sprachen für die berufliche Weiterentwicklung immer wichtiger. Doch die Grundlage für einen positiven Start in die Berufslehre wird bei den meisten Ausbildungen mittels Allgemeinbildung, Mathematik usw. gelegt.

**Karen Umbach** dankt der Regierung namens der FDP-Fraktion für den ausführlichen und fundierten Bericht. Es ist erfreulich, dass die geforderten Ziele in Französisch und in Englisch grösstenteils erreicht werden, da insbesondere die Beherrschung der französischen Sprache für den Landeszusammenhalt sehr wichtig ist. Als jemand, der nie Deutsch lernen wollte und lieber ein Studium in Französisch abgeschlossen hat, betont die Votantin ihr persönliches Interesse an der französischen Sprache.
Wenn man den Kanton Zug benoten würde, erhielte er wahrscheinlich eine Vier – man ist weder sehr schlecht noch sehr gut in Fremdsprachen. Verbesserungspotenzial ist vorhanden!
Die FDP-Fraktion begrüsst die Absicht des Regierungsrats, das Modell 3/5 beizubehalten, und hat die aktuelle Stundendotation für Französisch zur Kenntnis genommen. Die Korrelation zwischen Anzahl Unterrichtsstunden und Erfolg in einem Fach ist einleuchtend – ganz nach dem Motto: «Je mehr man übt, desto besser wird man.» Allerdings muss man berücksichtigen, dass die Unterrichtsstunden für Sprachen bereits am oberen Rand der Empfehlung für den Lehrplan 21 liegen und bis zur 8. Klasse sogar darüber sind. Auch Deutsch und Mathematik sind sehr wichtige Bestandteile der Bildung. Aus diesem Grund ist die FDP gegen die Einführung von zusätzlichen Unterrichtsstunden für Sprachen.
Die Unterschiede zwischen den produktiven Fertigkeiten – dem Sprechen und Schreiben – und den rezeptiven Fertigkeiten – dem Hören und Lesen – sind normal. Wie in der Muttersprache ist der aktive Wortschatz viel grösser als der passive. Etwas beunruhigend ist, dass die rezeptive Fertigkeit des Lesens von Französisch zwischen der 6. und der 8. Klasse deutlich abfällt und dass in der 8. Klasse nur 34 Prozent des angestrebten Lernplanziels erreicht werden. Hier scheint es Handlungsbedarf zu geben. Interessant ist, dass in einem Kompetenzvergleich zwischen Englisch und Französisch eine grosse Verlagerung zum Englischen stattfindet. Dabei würde man denken, Französisch sei *sexy* ... Doch Spass beiseite: Woran liegt das? Kann es sein, dass die Lehrpersonen sich in Englisch sicherer fühlen als in Französisch? Ein Sprachdiplom allein reicht nicht. Wichtig ist auch die Selbstsicherheit in der gesprochenen Sprache. Es ist bekannt, dass die Lernkurve in Englisch anfangs sehr flach ist und man mit wenig Beherrschung der Sprache relativ weit kommen kann. In Französisch ist dies allerdings genau umgekehrt.
Wie die Regierung deutlich macht, ist es unumgänglich, Freude an einer Sprache zu entwickeln. Muss man nicht an der Qualität des Unterrichts arbeiten, damit die Freude an der Sprache geweckt wird? Hier könnte man etwas kreativer sein. Während ihres Französisch-Studiums verbrachte die Votantin ein Jahr in Frankreich. Dort hat sie in einem kleinen Dorf gelebt und als Assistente de langues an einer

Schule gearbeitet. Allein die Tatsache, mit einer *Person* konfrontiert zu sein, hat das Interesse und die Freude an der Sprache bei den Schülern geweckt. Es könnte vieles bewegen, jemanden in der Primarschule punktuell beizuziehen – ohne grosse Kosten zu verursachen! Und vielleicht könnte Französisch dann doch *sexy* werden ... Klar ist: Je früher man eine Sprache lernt, desto grösser ist die Erfolgsquote. Wenn zusätzlich die Freude an der Sprache geweckt wird, steigt die Erfolgsquote umso mehr. Notwendig ist nicht *mehr* Unterricht, sondern eine bessere Qualität des Unterrichts. Daran muss gearbeitet werden.

**Rita Hofer,** Sprecherin für die ALG, ist nicht Lehrperson für Sprachen, sie unterrichtet im Bereich musische Hauswirtschaft. Die Geschichte würde einen was lehren, würde man zurückblicken. Die Einführung des Frühfranzösischen sollte spielerisch erfolgen. Der Einstieg sollte sanft erfolgen, und die Lernenden sollten möglichst positive Erfahrungen mit einer Fremdsprache machen können. Kein Druck und keine zusätzliche Belastung durch ein neues Fach war die Devise. Die Gesamtlektionen sollten sich durch die Einführung einer Sprache nicht erhöhen, d. h., andere Fächer mussten Federn lassen. Die Lehrpersonen der 5./6. Klassen wurden durch Kurse und Sprachaufenthalte ausgebildet. Die Interpretation des spielerischen Heranführens an die französische Sprache hatte zur Folge, dass beim Übertritt in die Oberstufe grosse Unterschiede in der Sprachkompetenz ausgemacht wurden. Mit Zielvorgaben und Lehrmitteln wurde dem spielerischen Umgang ein Ende gesetzt. Bei der Einführung von Englisch auf der Primarstufe wurden gleich Nägel mit Köpfen gemacht, sprich Lehrplan und Lehrmittel waren beim Start zur Hand. Die Einführung in der 5./6. Klasse erfolgte auf Kosten anderer Fächer. Bei einer Stichprobe von 450 Lernenden der 6. Klasse und 600 der 8. Klasse wurden die Sprachkompetenzen Französisch und Englisch evaluiert. Eine Differenzierung der Teilnehmenden fehlt im Bericht. Auf der Primarstufe wird die ganze Klasse in Französisch und Englisch unterrichtet, auf der Oberstufe bestehen separate Niveau-Gruppen (Sek./Real). Die Gymnasiasten sind nicht in die Evaluation aufgenommen worden. Diese leistungsstarken Lernenden waren in der 6. Klasse in Untersuchen mit einbezogen, auf der Oberstufe hingegen nicht mehr. Folglich müssen die Resultate mit einem Fragezeichen versehen werden.
Die Evaluation bringt – ironisch formuliert – eine unglaubliche Tatsache hervor: mehr Lektionen gleich bessere Ergebnisse. Das könnte auch für all die anderen Fächer gelten, die zugunsten der Fremdsprachen auf der Primarstufe abgebaut wurden. Die Resultate aus der Überprüfung der Sprachkompetenzen sind für die Regierung nicht befriedigend. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats ist festgehalten, es sei «nicht zuletzt dem Landeszusammenhalt geschuldet», dafür zu sorgen, dass eine deutliche Mehrheit der Schülerinnen und Schüler die Lehrplanziele erreiche. Dann müsste aber von politischer Seite eine andere Priorität in der Reihenfolge der Sprachen gesetzt werden.
Die Motivation der Lernenden für das Englische verwundert nicht, denn es hat sich auch im deutschen Wortschatz etabliert. Man drückt «on» und «off», schreibt «e-mails», kommuniziert auf «facebook» und ist mit dem «bike» unterwegs. Die Berührungspunkte sind bei den Jugendlichen gross. Ebenso priorisiert die Haltung der Erziehungsberechtigten die englische Sprache. Dies widerspiegelt sich in den Vorstellungen und Wünschen der Eltern für die berufliche Zukunft ihrer Kinder. Eltern haben hohe Erwartungen an die Bildung ihrer Kinder und unterstützen diese bei Bedarf mit privatem Nachhilfeunterricht. Dass die beruflichen Aussichten als besser beurteilt werden, wenn jemand über Englischkenntnisse verfügt, geht aus dem Bericht deutlich hervor (97,2 Prozent). Im Kanton Zug mit den zahlreichen

Niederlassungen internationaler Firmen und der International School überraschen diese Aussagen nicht.
Eltern und Lernende bewerten den Fremdsprachen-Unterricht positiv. Damit erhalten die Lehrpersonen eine Bestätigung für ihre Arbeit. Dass Mädchen und Knaben ihre Lernziele unterschiedlich gut erreichen, erstaunt wenig. In Studien wurde nachgewiesen, dass Knaben leichter ablenkbar sind bzw. sich weniger gut fokussieren können als Mädchen. Es ist ein wichtiger Faktor für alle Schülerinnen und Schüler, wenn das Lerntempo und die Anforderungen erhöht werden.
Wieso ein substanzieller Anteil an Lehrpersonen eine geringe Motivation aufweist (14,9 Prozent), wird nicht begründet. Eine Vermutung, dass dies im Zusammenhang mit Lernenden steht, die weder eine intrinsische noch extrinsische Motivation aufbringen können, ist wahrscheinlich. Wenn diese Voraussetzungen fehlen, schafft auch eine grössere Anzahl Lektionen keinen Mehrwert. Wenn bereits ein Fünftel der Lernenden mit privatem Nachhilfeunterricht unterstützt wird und auch damit die gewünschten Ziele nicht erreicht, dann besteht Handlungsbedarf.
Eine Arbeitsgruppe wird beauftragt, sich vertieft mit den Resultaten auseinanderzusetzen und nach Lösungen zu suchen. Dies ist wichtig, um den Handlungsbedarf zu eruieren. Zwei verschiedene Fremdsprachen lassen sich nicht vergleichen und auch nicht gleich machen. Ebenso ist die Erstsprache mit einzuschliessen. 50 Prozent der Polizisten beherrschen die deutsche Sprache nicht, und 15 Prozent der Bevölkerung schliessen die obligatorische Schulzeit als Analphabeten ab. Dies ist ein Resultat aus einer Erhebung und eine Äusserung in einem Referat des bekannten Zugers Dr. Carl Bossard. Mit Analphabeten sind Schüler gemeint, die lesen können, aber den Zusammenhang des Textes nicht verstehen und über keinen differenzierten Wortschatz verfügen.
Zu den nachfolgenden Fragen kann vielleicht Bildungsdirektor Stefan Schleiss Auskunft geben:
● Wie ist die Tendenz bezüglich Wahl der Fremdsprachen der angehenden Lehrpersonen an der Pädagogischen Hochschule?
● Ist ein Stufenwechsel von Lehrpersonen der Mittelstufe 2 (5./6. Klasse) auf die Mittelstufe 1 (3./4. Klasse) häufiger festzustellen?
● Ist eine Tendenz feststellbar, dass in Realklassen in den letzten Jahren deutlich mehr Knaben eingestuft worden sind? Was sind mögliche Gründe, falls sich eine solche Entwicklung zeigen würde?

**Olivia Bühler** spricht für die SP-Fraktion: Im Bericht der Regierung sowie des Instituts für Mehrsprachigkeit der Universität Fribourg und der Pädagogischen Hochschule Fribourg wird aufgezeigt, dass die Anzahl der Jahreswochenlektionen (JWL) einen erheblichen Einfluss auf den Schulerfolg der Kinder hat. Kinder, die eine intensivere Förderung in einer Fremdsprache erhalten, zeigen deutlich bessere Leistungen. Ein Abbau der JWL in einem Schulfach hat einen direkten Einfluss auf die Qualität der Bildung. Dem Kanton Zug ist eine gute Bildung der Schülerinnen und Schüler ein wichtiges Anliegen, und deshalb sollte diese Erkenntnis immer präsent sein, wenn Diskussionen zu einem Lektionenabbau geführt werden. Im Hinblick auf die Entlastungsprogramme ist es wichtig, nicht an der Bildung zu sparen, da dies zu einem Qualitätsabbau führt und somit langfristige Folgen für die Berufswelt hat.
Weiter zeigt sich, dass die Schülerinnen und Schüler im Fach Französisch weniger motiviert sind als im Englisch. Sinnvoll wäre es, zu prüfen, ob vermehrt Sprachaufenthalte oder Schüler- und Klassenaustausche durch die Gemeinden oder den Kanton mitfinanziert werden könnten, um die Motivation und die Leistungsbereitschaft der Lernenden zu erhöhen. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Bildungsdirektor **Stefan Schleiss** ist froh über die positive Aufnahme des Berichts und darüber, dass die Erkenntnisse und Konsequenzen, welche die Regierung daraus gezogen hat, nicht bestritten werden. Die Erkenntnisse sind solide und konnten so erwartet werden. Der Modellwechsel ist kein Thema. Dieser ist in Zug demokratisch abgesichert. In anderen Zentralschweizer Kantonen mag das anders sein.
Zum Zusammenhang zwischen Jahreswochenlektionen und dem Erfolg: Hier gilt es, auch den finanziellen Aufwand zu berücksichtigen. Beim Französischunterricht befindet sich der Kanton Zug schon heute über dem im Lehrplan 21 empfohlenen Mass. Die Regierung hat darauf hingewiesen, dass eine Änderung der Lehrplanziele, wie dies der Rat wünscht, zurzeit kein Thema sein kann. Die Zielerreichung wird erst nächstes Jahr bei der Überprüfung der Grundkompetenzen schweizweit zum Thema. Es wäre deshalb verfrüht, Konzessionen zu machen. Als Massnahme bleibt deshalb, den bestehenden Unterrichts gemeinsam mit den anderen Zentralschweizer Kantonen zu optimieren. Verschiedene Votanten haben bereits einen stärkeren Fokus auf die produktiven Fähigkeiten gefordert. Insbesondere das Mündliche und die Motivation sollen gefördert werden, damit die Lernenden einen einfacheren Zugang zum Französischen finden. Die Ausgangslage ist komplex. Was dem Französischunterricht in der Zentralschweiz fehlt, sind ausserschulische Lerngelegenheiten. Fast alles, was ausserhalb der Schule im Bereich Sprachen stattfindet, betrifft das Englische. So nützt der Appell an den Landeszusammenhalt wenig, denn das Französische hat hier einen schweren Stand. Es gilt, gemeinsam Gegensteuer zu geben.
Zum Wahlverhalten der angehenden Lehrpersonen an den Pädagogischen Hochschulen: Dieses Verhalten ändert immer wieder und ist von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich. Eine Faustregel ist, dass rund die Hälfte der Studierenden Englisch als Fremdsprache wählt, ein Drittel wählt das Französische und rund ein Sechstel belegt beide Fächer. Mit der Generalistenausbildung in Zug und Schwyz ist es möglich, diese als Zusatzmodul zu wählen. Der Bildungsdirektor wird Rita Hofer die detaillierten Zahlen zustellen. Er bittet den Rat, dem Antrag der Regierung zuzustimmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats zu und schreibt das Postulat als erledigt ab.

**432** Traktandum 4.4: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus**
Vorlagen: 2538.1 - 14990 (Interpellationstext); 2538.2 - 15073 (Antwort des Regierungsrats).

**Rupan Sivaganesan** spricht für die Interpellantin, die SP-Fraktion. Als er seine vierjährige Lehre als Drucker abschloss, sagte ihm sein Arbeitgeber: «Du musst jetzt in mehreren Betrieben arbeiten und Erfahrungen sammeln. Ab 35 Jahren solltest du dich dann in einem Betrieb verankern.» Das war vor rund 15 Jahren. Es stellt sich die Frage, ob der damalige Arbeitgeber heute noch dasselbe sagen würde. Verliert man mit über 50 Jahren den Job, ist es schwierig, wieder ins Berufsleben zurückzufinden – trotz vieler Erfahrungen, die man im Laufe der Jahre gesammelt hat. Es ist zu bezweifeln, ob Berufserfahrung allein noch so viel zählt.
Als Gruppenleiter betreut der Votant unter anderem Langzeitarbeitslose der Generation 50 plus. Diese Personen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, ist nicht einfach. Die Angst vor dem Jobverlust ist bei älteren Arbeitnehmenden weit

verbreitet. Leider zu Recht: Die Arbeitslosenquote von Menschen zwischen 55 und 65 hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Dem Bericht der Regierung ist zu entnehmen, dass in nur einem Jahr mehr als 160 Personen im Alter über 50 Jahren ausgesteuert wurden – Tendenz steigend.
Dass immer mehr Menschen in der Schweiz Sozialhilfe beziehen, ist grundsätzlich eine Mär. Obschon die Anzahl der Sozialhilfebeziehenden in absoluten Zahlen zugenommen hat, ist der Anteil an der wachsenden Gesamtbevölkerung nicht gestiegen. Sogar tendenziell sinkend ist die Anzahl der Sozialhilfebeziehenden bei der Altersgruppe der bis 35-Jährigen. Diese machen mit 58,3 Prozent den grössten Anteil aus. Nur gerade in der Altersgruppe der 46- bis 64-Jährigen steigt die Anzahl. Die Quote der Sozialhilfebeziehenden 50 plus ist seit 2005 um 5,7 Prozent gestiegen, stärker als bei allen anderen Kohorten.
Es ist der Vorwurf laut geworden, es komme aufgrund der strikteren Rentenpraxis der IV vermehrt zu einer Verschiebung in die Sozialhilfe. Anstatt in den Arbeitsmarkt zurückzufinden, werden ältere Menschen zunehmend zu Sozialhilfeempfängern. Der Zürcher Stadtrat Martin Waser, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, sagte gegenüber dem «Tagesanzeiger» (3.9.2013): «Man muss heute kränker sein, um in die IV zu kommen. Und fitter, um in den Arbeitsmarkt zurückzufinden.» Menschen über 50 fallen sozusagen durch die Maschen. Zudem ist in der Altersgruppe 50 plus die Anzahl der Langzeitbeziehenden am höchsten. Mehr als die Hälfte der über 50-Jährigen, die Sozialhilfe beziehen, tun dies während mehr als drei Jahren, und nur 20 Prozent weniger als ein Jahr. Im Vergleich dazu sind es bei den 18- bis 35-Jährigen doppelt so viele, die weniger als ein Jahr von der Sozialhilfe abhängig sind.
Bei der Langzeitarbeitslosigkeit zeigt sich ein ähnliches Bild: Obschon der Anstieg der über 50-Jährigen zum Teil auf den steigenden Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung zurückzuführen ist, stieg die Erwerbslosenquote zwischen 2013 und 2014 von 2,6 auf 3,4 Prozent. Dies ist ein besorgniserregender Wert, der weiter ansteigt. Damit sich diese Entwicklung nicht weiter fortsetzt, will die Regierung das Thema nun endlich ernst nehmen. Die SP-Fraktion begrüsst deshalb die Kampagne «Alter hat Potenzial», die stereotype und negativ besetzte Bilder über das Altern und die älteren Arbeitskräfte aufbricht und stattdessen deren Potenziale aufzeigt. Allerdings reichen diese Massnahmen allein noch nicht aus. Die SP-Fraktion fordert die Regierung auf, weitere Massnahmen in Angriff zu nehmen. So könnten sich Stellenlose der Generation 50 plus besser auf den Arbeitsmarkt ausrichten, wenn sie sich gezielt spezifische Qualifikationen aneignen würden. Dafür bietet sich ein Weiterbildungsfonds an, der Zusatzausbildungen und Umschulungen finanziert. Auch die Unternehmen sollten mehr in die Pflicht genommen werden und Massnahmen gegen eine Altersdiskriminierung ergreifen. Es kann schliesslich nicht sein, dass das Rentenalter steigt und gleichzeitig ältere Menschen immer mehr Schwierigkeiten haben, eine Stelle zu finden.

**Daniel Thomas Burch** dankt der Regierung namens der FDP-Fraktion für die ausführliche Antwort. Sie zeigt, dass der Kanton das Thema «Arbeitslos und 50 plus» aufgenommen und ein breites und gutes Angebot für die Betroffenen zur Verfügung stellt. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist es unerlässlich, Wege zu finden, um ältere Personen im Arbeitsmarkt zu halten. Nachfolgend einige Ausführungen und Erklärungen aus der Sicht eines Industrievertreters:
In der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie ist dieser Themenbereich schon lange bekannt. Allein in der Maschinenindustrie müssten jedes Jahr 6000 bis 7000 Mitarbeitende ersetzt werden. Der Verband ist daher mit verschiedenen Playern im Kontakt und im Dialog. Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bietet

der Verband verschiedene Lösungen und Handlungsvorschläge an. Beide Parteien sind gefordert, insbesondere unter dem Aspekt der demografischen Entwicklung und des daraus resultierenden Fachkräftemangels. Die Unternehmen sind daher gefordert, auch das Potenzial der älteren Mitarbeitenden zu nutzen, was einige bereits mit Erfolg tun. Die älteren Arbeitnehmer sind ebenso in der Pflicht, arbeitsmarktfähig zu sein bzw. zu bleiben. Ein hohes Mass an Eigenverantwortung ist nötig. Das heisst unter anderem, sich fachlich weiterzubilden, Bereitschaft für Veränderungen zu zeigen und solche anzunehmen, selber Interesse zu entwickeln und auf seine Gesundheit zu achten.
Die heutigen Lohn- und Pensionskassensysteme benachteiligen ältere Arbeitnehmende im Arbeitsmarkt. Neue Konzepte sind gefragt und angepasste Regelungen unerlässlich. In der Regel benötigen junge Familien mehr finanzielle Mittel als ältere Personen. Wieso muss der Lohn ständig steigen, und wieso sind in der Pensionskasse die Sparbeiträge der Älteren höher als jene der Jüngeren? Während in der Privatwirtschaft Lohnplafonierungen angewendet werden, setzt die öffentliche Hand immer noch falsche Anreize. Wieso muss z. B. der Lohn der Lehrpersonen oder der staatlichen Angestellten primär altersbedingt regelmässig steigen? Gilt die Forderung «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» nur zwischen den Geschlechtern? Könnte sie nicht auch zwischen Alt und Jung umgesetzt werden?
Der Votant teilt die Haltung der Regierung. Staatliche Eingriffe in den liberalen Arbeitsmarkt schaffen Fehlanreize und führen zu Wettbewerbsverzerrungen. Verschiedene Aktivitäten aus linken Kreisen und von Gewerkschaften setzen dem liberalen Arbeitsmarkt zu. Die Forderungen nach Mindestlöhnen, Allgemeinverbindlichkeit von Arbeitsverträgen, Kündigungsschutz für Arbeitnehmervertreter und Kündigungsschutz für ältere Mitarbeitende sind kontraproduktiv. Dabei werden die Betroffenen nicht gestärkt, sondern geschwächt. Wer wird eine ältere Person einstellen, wenn dieser nicht mehr gekündigt werden kann? Es ist nicht zulässig, den liberalen Arbeitsmarkt mit weiteren unsinnigen Forderungen und Vorschritten einzuengen. Nur in einem liberalen Arbeitsmarkt ist es möglich, die Arbeitslosenzahl niedrig zu halten und auch älteren Arbeitswilligen eine sinnvolle Arbeit zu ermöglichen.

**Susanne Giger,** Sprecherin für die ALG, hat kürzlich gelesen, jüngere Besen würden zwar schneller kehren, aber die alten wüssten besser, wo der Dreck liegt. Nur scheint man das noch nicht überall gemerkt zu haben. Das Thema der schwierigen Jobsuche für über 50-Jährige beschäftigt die Votantin seit einiger Zeit, die Schicksale von älteren Arbeitssuchenden geben ihr immer wieder zu denken. Die Gründe sind bekannt, und durch eine Charmeoffensive wie «Alter hat Potenzia» und andere flankierende Massnahmen durch RAV und VAM usw. wird sich wohl substanziell wenig ändern. Handfestere sozialpolitische Massnahmen, wie sie der Kanton Neuenburg und der Kanton Waadt ergriffen haben, helfen da sicher weiter. Es würde die ALG darum interessieren, welche Erfahrungen die beiden Kantone gemacht haben. Auch ein Solidaritätsfonds und steuerliche Anreize wären zu diskutieren. Allfällige Fehlanreize und Wettbewerbsverzerrungen sind das kleinere Übel. Auch würden sozialpolitische Massnahmen einer Benachteiligung von weniger qualifizierten Arbeitnehmern entgegenwirken. Für viele von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen ab 50 ist die Situation aber schlecht genug, sodass auch im Kanton Zug weit über eine Charmeoffensive hinaus gehandelt werden muss. Schon zu viele Jahre ist nun zu hören, dass im Alter Potenzial steckt. Nur wird dieses Potenzial von der Wirtschaft auch heute noch viel zu wenig abgerufen. Die ALG fordert die Regierung auf, neue Wege zu beschreiten und griffige Massnahmen gegen die Altersdiskriminierung zu ergreifen.

**Philip C. Brunner** hat die Vorlage nicht genau studiert, nun aber sehr interessiert zugehört. Als Arbeitgeber wurde er in den letzten Wochen genau mit diesem Problem konfrontiert. Es ging um eine 80-Prozent-Stelle im Bereich Unterhalt, die sehr geeignet gewesen wäre für eine ältere Person mit der Bereitschaft, mitzudenken und mitzuziehen. Von den 30 eingegangenen Bewerbungen konnte der Votant 25 gleich weglegen. Man kann sich nicht vorstellen, was da an Bewerbungsschreiben eingeht. Mehrere Personen wurden zu Gesprächen eingeladen. Insbesondere das Auftreten der Schweizer lud nicht dazu ein, diese einzustellen. Sie sagten stets gleich, sie wüssten, dass sie zu alt seien, zu wenig verdienten und dass sie sich im Übrigen aufgrund der Vorgaben des RAV bewerben müsste. Bewerbungsgespräche auf diese Art zu beginnen, ist sehr schwierig. Was die Kleidung betrifft: Es wird nicht verlangt, dass die Bewerber mit Anzug und Krawatte auftreten, aber auch für eine handwerkliche Tätigkeit hat man sich bei einem Bewerbungsgespräch korrekt zu kleiden. Auch das weitere Auftreten ist teilweise fragwürdig: Jeder Bewerber fährt mit dem Auto vor, besonders die Schweizer beginnen die Gespräche ziemlich aufgeblasen. Sie haben kaum Weiterbildungen absolviert, man hat ein Leben lang in der Industrie oder im Gewerbe gearbeitet und nicht einen einzigen Kurs besucht. Das Resultat der Personalselektion ist schliesslich diversen Überzeugungen des Votanten und seiner Frau entgegengelaufen: Eingestellt wurde ein junger Kosovo-Albaner, der sich gerade in einer Weiterbildung befindet und dem der Votant zutraut, der Herausforderung gerecht zu werden. Aus dieser Geschichte folgt, dass ein grosses Umdenken erforderlich ist. Der Aspekt der Selbstverantwortung, den Daniel Thomas Burch erwähnt hat, ist wichtig. Damit sich ein Bewerber professionell vorstellen kann, ist Unterstützung notwendig. Kommt jemand mit einer negativen Einstellung und geht davon aus, dass er nicht eingestellt wird, da er bereits ein Jahr auf Jobsuche ist, dann wird es auch nicht klappen. Gerade in der Arbeitslosigkeit beginnt vieles im Kopf. Der Votant sagt das als jemand, der auch schon arbeitslos war.

Volkwirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass Rupan Sivaganesan viele statistische Daten bekannt gegeben hat wie dies auch die Regierung in ihrem Bericht getan hat. Es ist wichtig, die Problematik differenziert zu betrachten und nicht einfach Schwarzmalerei zu betreiben. Zwar ist man im Alter über 50 Jahren länger arbeitslos, als wenn man jünger ist. Das Risiko hingegen, arbeitslos zu werden, ist bei älteren Personen geringer. Die neusten Daten zeigen, dass nach den internationalen Statistiken (ILO) das Risiko der Erwerbslosigkeit der über 55-Jährigen in der Schweiz 3,9 Prozent beträgt und damit unter dem durchschnittlichen Wert von 4,5 Prozent bei den 15- bis 74-Jährigen liegt.
Bei den Statistiken ist aufgrund der demografischen Verhältnisse Vorsicht geboten: Im Arbeitsmarkt befinden sich mehr ältere Personen, damit nimmt auch der Anteil älterer Arbeitsloser zu. Erfreulich ist, dass die älteren Personen inzwischen mehr und länger arbeiten. Die Mehrheit der in der Schweiz Erwerbstätigen arbeitet über das gesetzliche Rentenalter von 65 Jahren hinaus. Dieser Wert hat sich markant erhöht. Ein Thema ist sicherlich die Langzeitarbeitslosigkeit. Aus diesem Grund wurde die Kampagne «Alter hat Potenzial» initiiert.
Rupan Sivaganesan führt zu Recht auf, dass Weiterbildungen bei älteren Personen notwendig sind. Dieses Angebot besteht beim RAV oder bei kantonalen Bildungsinstituten bereits heute. Ein schönes Beispiel konnte auch Bundesrat Johann Schneider-Ammann bei seinem Besuch in Zug aufgezeigt werden: Am Gewerblich-industriellen Bildungszentrum wird eine Nachholbildung im Bereich Fachangestellte Gesundheit angeboten. Innerhalb von vier Monaten bis zwei Jahren kann das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis (EFZ) erworben werden. Die Dauer ist abhängig

davon, welches Fachwissen die Studierenden bereits mitbringen. Das Angebot richtet sich auch an über 50-Jährige. So konnte eine 59-jährige Dame das EFZ erwerben und war dann noch sechs bis sieben Jahre erwerbstätig. Die Weiterbildungsgelegenheiten, die es heute bereits gibt, sollten genutzt werden.
Die Kampagne «Alter hat Potenzial» ist mehr als nur eine Charme-Offensive, wie sie Susanne Giger bezeichnet hat. Es werden nicht einfach Plakate aufgehängt, vielmehr stehen Veranstaltungen und Workshops mit Fachpersonen aus verschiedensten Organisation im Mittelpunkt. Grund dafür ist, dass es sich die Regierung nicht anmasst, wirksame Konzepte einfach so aus dem Ärmel zu schütteln. Man wird dem Thema nur gerecht, wenn die Gesellschaft und die Wirtschaft aufgerüttelt werden und erkennen, dass dieses Potenzial vorhanden ist. Darum werden Fachkreise in die Kampagne mit eingebunden. Die Regierung hat die Kampagne initiiert, doch es muss mehr passieren als nur die Lancierung von staatlichen Massnahmen. Es ist gefährlich zu erwarten, der Staat könne durch Interventionen zum Rechten sehen. In Neuenburg beispielsweise bezahlt der Kanton Privatunternehmen bei Neuanstellungen von über 50-Jährigen während zweier Jahre die Arbeitgeberbeiträge. Damit wird der Arbeitgeber anfänglich entlastet. Nach zwei Jahren fallen jedoch die vollen Kosten an, und der Arbeitgeber kann die entsprechende Person ohne Konsequenzen wieder entlassen. Davor schützt der Staat nicht. Des Weiteren wäre es absurd, wenn private Unternehmen über 50-Jährige einstellen würden, um Lohnnebenkosten zu senken und dafür jüngere Personen entliessen.
Ein weiteres Beispiel aus Freiburg: Während drei, vier Jahren wurden Pensionskassenzuschüsse des Staates eingeführt. Ziel war primär, der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Nach kurzer Zeit hat der Kanton Freiburg diese Massnahme wieder gestoppt, da es zu viele Trittbrettfahrer gab bzw. zu viele Kollateralschäden entstanden. Es gibt also mehrere Negativbeispiele von punktuellen staatlichen Massnahmen. Deshalb ist es vorzuziehen, auf eine gesellschaftliche Bewegung zu setzen wie sie mit der Kampagne «Alter hat Potenzial» bezweckt wird. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt den Ratsmitgliedern, wenn sie bei dieser Kampagne – in welcher Art auch immer – mitwirken.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

**Jolanda Spiess-Hegglin** hält fest, dass der Rat sich heute in einer extra dafür einberufenen Sitzung dem Sparprogramm gewidmet hat. Diese Sitzung wurde notwendig, weil Arbeit vorhanden ist, aber vor allem auch, weil die Effizienz des Rates besser hätte sein können. Statt zügig Entscheide zu fällen, diskutierte der Rat an der letzten Sitzung Grundsatzfragen wie zum Beispiel, ob eine Kinderbetreuung auswärts oder zu Hause stattfinden soll. Darum ist der Rat heute ausserplanmässig noch einmal zusammengekommen. Aus diesem Grund kommt die Votantin noch einmal zurück zum Sparprogramm und macht beliebt, dass die Ratsmitglieder gegenüber der Zuger Bevölkerung ein Zeichen setzen und im Sinne der Opfersymmetrie heute freiwillig auf das Sitzungsgeld verzichten. Zuhanden der Staatskanzlei bzw. der Administration meldet die Votantin ihren Verzicht an. Wenn alle an einem Strang ziehen und diesem Entscheid folgen, kann der Kanton auf einen Schlag knapp 35’000 Franken einsparen. Die Votantin dankt allen Ratsmitgliedern, die ebenfalls verzichten, im Namen der Zuger Bevölkerung. Die Staatskanzlei wird sicherlich einen administrativen Weg finden, um die inzwischen abwesenden Ratsmitglieder mit diesem Anliegen zu erreichen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es sich hier um eine rechtlich nicht verbindliche Anregung handelt. Folglich kann darüber nicht abgestimmt werden. Der Standesweibel wird mit einer Liste durch die Reihen gehen und jene Ratsmitglieder, die auf ihr Sitzungsgeld verzichten, aufnehmen. Über den Mittag hat es einen Wechsel der anwesenden Ratsmitglieder gegeben, somit können einige nicht kundtun, ob sie sich auf der Liste eintragen möchten. Der Vorsitzende wünscht an dieser Stelle keine Diskussion.

**Kurt Balmer** stellt einen **Ordnungsantrag** und beantragt, dass die Liste nicht herumgegeben wird. Es gibt keinen Grund, weshalb dies ohne irgendwelchen verlässlichen Antrag erfolgen soll. An dieser Stelle wäre nur ein persönlicher Antrag zulässig. Leider kann man ein Votum nicht unterbrechen, sondern erst dann einen Ordnungsantrag stellen, nachdem jemand gesprochen hat.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag von Kurt Balmer mit 46 zu 1 Stimmen.

**433** Traktandum 4.5: **Interpellation von Kurt Balmer und Andreas Hausheer betreffend Pflegebettmoratorium**
Vorlagen: 2560.1 - 15035 (Interpellationstext); 2560.2 - 15132 (Antwort des Regierungsrats).

**Kurt Balmer** dankt der Regierung auch namens des Mitinterpellanten für die relativ zügige Beantwortung der Fragen und stellt fest, dass die Thematik nach wie vor hochaktuell ist und mindestens indirekt auch das Entlastungspaket betrifft. Am Vormittag ist bereits ein Hinweis auf diese Interpellation erfolgt. Der Votant stimmt mit dem Regierungsrat überein, dass unnötige Eintritte in Pflegeheime zulasten der Allgemeinheit vermieden werden sollen. Für diesen Bereich engagiert er sich gerne und verweist gleichzeitig auf seine Interessensbindung als Präsident der Alzheimervereinigung Zug.
Der Regierungsrat weist in der Beantwortung der Fragen zu Recht darauf hin, dass gemäss Bundesrecht die Kantone beauftragt sind, eine Pflegeheimliste zu erlassen und damit die maximale Anzahl Krankenkassen-subventionierter Pflegeheimplätze festzusetzen. Es geht in dieser Diskussion nur um subventionierte Pflegebetten; ohne Subventionen sind auch die Gemeinden frei in der Planung und im Betrieb. Im Bundesrecht ist aber nicht festgehalten, wer Kanton für die stationäre Langzeitpflege zuständig ist. In der kantonalen Gesetzgebung sind gemäss Frage 1 die Gemeinden zuständig. Dabei hat der Kanton lediglich eine beratende Aufgabe ohne Entscheidungskompetenz. Über die Verordnung hat sich der Regierungsrat dann doch, anscheinend gesetzeswidrig, die Kompetenz angemasst, Entscheidungen zu treffen. Die Frage 1 ist also eigentlich gar nicht beantwortet worden, und der Interpellant bleibt dabei, dass allein mit der gesetzlichen Beratungstätigkeit der Regierungsrat eine verpflichtende Pflegeheimliste erstellt hat. Die gesetzliche Situation im Kanton Zug ist unklar. Nun kann man sagen, das sei doch alles halb so schlimm und etwas spitzfindig juristisch argumentiert, denn schliesslich habe man alles einvernehmlich mit den Fachleuten und sämtlichen Gemeinden fixiert: Das stimmt zwar; aber dann ist es nicht verständlich, weshalb der Kantonsrat als Legislative überhaupt eine diesbezügliche Gesetzgebung festlegt.
Der Gesundheitsdirektor hat dem Interpellanten vor kurzem einen anscheinend massgebenden Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes St. Gallen aus dem Jahr 2009 übermittelt. Aus diesem Entscheid ergibt sich aber auch nicht die Kom-

petenz des Regierungsrats zum einstweiligen Verbot der Aufnahme von Pflegebetten auf die subventionsberechtigte Liste. Ein Zitat aus dem entsprechenden Entscheid: «Im vorliegenden Fall bestehen Anhaltspunkte dafür, dass die Gemeinden als relativ kleine Gebietskörperschaften überfordert sein könnten, das gesamte Planungsgebiet zu überblicken und federführend eine bedarfsgerechte Planung vorzunehmen.» Es ist davon auszugehen, dass dies für den Kanton Zug nicht anwendbar ist. Es wären ganz neue Töne.
Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 3.12.2015 ist einvernehmlich mit den massgebenden Fachleuten und den Gemeinden bis Ende 2020 eine Obergrenze von 1189 Pflegebetten für den Kanton Zug festgesetzt worden. Auch seien die Mitglieder der Sovoko damit einverstanden, dass im ganzen Kanton keine neuen Pflegebetten realisiert werden sollen. Wenn man die Antwort genau liest, ergibt sich nicht, ob sämtliche Sovoko-Mitglieder damit einverstanden waren. Zudem sind die Sovoko-Mitglieder nur ein beratendes Gremium der Gemeinden. Im Einzelfall muss abgeklärt werden, ob bereits ein Mandat sämtlicher Gemeinden für die Sovoko-Mitglieder vorliegt oder ob es sich nur um eine Empfehlung zuhanden der Gemeinden handelt. Die Antwort der Regierung ist etwas ungenau. Sollte sich nun bei einer genaueren Betrachtung, gestützt auf ergänzende Erläuterungen, ergeben, dass sämtliche Gemeinden voll einverstanden waren, so käme der Votant nicht darum herum, auch seine Wohngemeinde mangels Weitsicht zu rügen. Denn wenn man damit einverstanden war, so ist nicht einzusehen, dass als Konsequenz die aktuelle gemeindliche Planung de facto sistiert werden muss. Nach dem Motto «De schneller isch de gschwinder» hätten gewisse Gemeinden geschickter handeln müssen. Es ist auch etwas gefährlich, quasi mit einer neuen Studie sofort ein Moratorium bis 2020 einzuführen. Wo bleibt die Planungssicherheit, wenn gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass ungefähr in einem Jahr neue Zahlen erscheinen?
Die Frage 3 wird eigentlich gar nicht beantwortet. Konklusion: Offensichtlich hört der Regierungsrat das Wort Moratorium ungern. Zumindest gab es das Gerücht, ein Moratorium sei gar nicht vorhanden. Es ist aber nicht erkennbar, inwiefern der Stopp der Neurealisierung anders interpretiert werden kann. Hinzu kommt, dass gemäss Bevölkerungsstatistiken im Kanton Zug schweizweit eine leicht unterdurchschnittliche Anzahl der Langzeitplätze in Alters- und Pflegeheimen existiert (vgl. NZZ vom 23. März 2016). Aufsichtsrechtlich würde für den Regierungsrat kein Anlass für ein kantonales Moratorium bestehen. Auch wenn man der erwähnten Quelle (NZZ) Glauben schenkt und ein kantonales Moratorium sachlich für gerechtfertigt hält, so könnten dies, gestützt auf die erwähnte Zuständigkeitsregel, aktuell nur die Gemeinden tun.
Anhand der beschriebenen Zuständigkeit sollten kantonsinterne Verschiebungen oder regionale Planungen möglich sein. Dies ist im Kanton Zug offensichtlich nicht der Fall. Was sagt der Regierungsrat zu dieser Anregung? Die aufgezeigten Defizite müssten geklärt werden, auch mit Blick auf die zukünftige neue Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton. Es könnte sonst der Eindruck entstehen, dass eine finanzielle Entlastung durch die Gemeinden gewünscht wird, aber der Regierungsrat trotzdem noch überall die Entscheidungsbefugnis haben will. Der Interpellant bittet die Regierung, ihm aufzuzeigen, dass er sich täuscht.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Nach dem Votum von Kurt Balmer hat er sich überlegt, ob er sich zu Wort melden soll. Doch es gibt zwei, drei Punkte, die nicht ganz stimmen. Mit den Interpellationsfragen wird ein Verhalten der Regierung impliziert, das aufzeigt, dass die beiden Interpellanten das System der Alters- und Pflegebetten im Kanton Zug nicht ganz verstanden haben. Das Ganze ist nicht einfach zu durchschauen. Trotzdem hätte mit wenig Aufwand eine Einsparung erzielt

werden können. Mit einem Telefongespräch bei der Gesundheitsdirektion hätten die Interpellanten die nötige Auskunft erhalten. Auch die Gemeinderätinnen und -räte, die der Sovoko angehören, wissen, wie die Festlegung der Betten organisiert ist. Die Sovoko hat keine beratende Funktion, es handelt sich um eine von den Gemeinden einberufene Konferenz der Sozialvorsteherinnen und -vorsteher. Weitere Ersparnisse hätten sich bei der kantonalen Verwaltung sowie im Kantonsrat ergeben. Inhaltlich gibt es keine Ergänzungen zu den Ausführungen der Regierung. Die nötige und sinnvolle Hierarchie ist gegeben und wird eingehalten. Der Bund verpflichtet die Kantone, Listen zu führen; der Regierungsrat legt fest, wie viele Betten im Kanton Zug zur Verfügung stehen; die Gemeinden organisieren diese Betten. Es ist durchaus möglich, dass zwei Gemeinden zusammen diese Betten organisieren wie zum Beispiel Hünenberg und Cham oder Zug und Baar. Ob Risch den Zug verpasst hat, zusammen mit anderen Gemeinden etwas zu bauen, ist in Risch zu klären.
Die politischen und fachlichen Absprachen werden getroffen, sodass eine optimale Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden kann. Der Gesundheitsdirektor hat am Vormittag darauf hingewiesen, dass eine Überkapazität besteht. Der Kanton ist nun gefordert, und die Gemeinden haben dann zu bezahlen.
Die Betten, die bewilligt werden, sind nicht subventioniert. Es handelt sich um Betten, die von der Krankenkasse und durch die Gemeinden restfinanziert werden müssen. Erstellt eine Gemeinde zusätzliche Betten, muss sie diese Kosten zu 100 Prozent übernehmen, und die Krankenkasse bezahlt nichts. Das darf Risch selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen.
Es wäre schlecht, wenn jede Gemeinde ohne Rücksicht und Absprache Pflegebetten produzieren würde. Dass die Menschen immer seltener und später in Pflegeheimen eintreten wollen, ist allgemein bekannt. Deshalb sind ambulante Angebote und alternativen Wohnformen notwendig. Ob der Koordinationsauftrag des Kantons, wie dies im Gesetz festgelegt ist, weiterhin genügt, wird sich weisen müssen. Auf jeden Fall sind der Kanton und die Gemeinden gemeinsam in der Zukunft gefordert, besonders auch mit dem Entscheid vom Vormittag.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** erachtet es als gut möglich, dass in einigen Jahren einige Ratsmitglieder zusammen in einem Pflegeheim untergebracht sind, obwohl sie aus unterschiedlichen Wohngemeinden kommen. Das entspricht dem heutigen System und ist auch richtig so.
Der Gesundheitsdirektor dankt Hubert Schuler für die Ausführung. Diese decken sich mit der Meinung des Regierungsrats. Kurt Balmer kritisiert zum einen die Kompetenz des Kantons, eine Pflegeheimliste festzulegen, zum anderen stellt er in Frage, ob das Planungsgebiet für die Pflegeheimliste richtigerweise auf Kantonsstufe und nicht auf gemeindlicher Ebene angesiedelt ist.
Zur Kompetenz des Kantons: Der Gesundheitsdirektor hat Kurt Balmer mit den bundesrechtlichen Vorgaben ausführlich dokumentiert. Aus Sicht der Gesundheitsdirektion bestehen keine Zweifel, dass der Kanton für die Bettenplanung von Pflegeheimen zuständig ist. Dazu folgendes Zitat aus dem von Kurt Balmer erwähnten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts: «Es ist festzuhalten, dass die Planung gemäss Art. 39 KVG eine kantonale Aufgabe ist. Die Zuständigkeit zur Spital- bzw. Pflegeheimplanung liegt beim Kanton. Auch wenn das kantonale Recht Planungskompetenzen an die Gemeinden delegiert, wird der Kanton aufgrund dieser bundesrechtlichen Vorgabe dadurch nicht aus seiner Verantwortung entlassen.» Es liesse sich noch zwei, drei Seiten weiter zitieren, auf denen alles ausgeführt ist, was im KVG geregelt ist. Selbst wenn die Zuständigkeit an die Gemeinden delegiert werden könnte, wäre es sinnvoll, wenn der Kanton zuständig bleiben würde. Auch die Gemeinden würden diese Kompetenz dem Kanton zuweisen.

Zum zweiten Kritikpunkt: Ist es richtig, dass das Planungsgebiet der Kanton ist, weil eine Gemeinde zu klein ist? Plant jede Gemeinde selbst Pflegebetten, würde das unweigerlich noch zu einer stärkeren Mengenausweitung führen als sie heute bereits vorhanden ist. Bereits heute gibt es schon zu viele Pflegeplätze. Dies wird momentan in allen Kantonen thematisiert, und wöchentlich erscheinen mehrere Zeitungsartikel zu diesem Problem. Vor ein paar Jahren sprach man noch von einem Pflegebettnotstand, unterdessen hat sich die Situation verändert. Verschiedene Gründen, unter anderem auch, dass die Leute dank Spitex länger zu Hause bleiben können, führten dazu. Das ist nicht nur in finanzieller Hinsicht positiv, sondern auch in Bezug auf das Wohlbefinden der Betroffenen. In einem idealen Markt müssten bei einem Überangebot die Preise sinken. Das Gesundheitswesen ist jedoch kein idealer, sondern ein geregelter Markt und reagiert bei einem Überangebot mit einer Mengenausweitung. Deshalb ist eine Bettenbeschränkung nötig. Darüber sind sich im Grundsatz alle einig, auch die Gemeinden – ob die Sovoko-Mitglieder ein Mandat des Gemeinderats haben oder nicht. Man kann dies Moratorium nennen, der Begriff ist allerdings irreführend. Denn grundsätzlich steht es Investoren und Gemeinden frei, weitere Pflegebetten zu planen und zu realisieren. Solche Pflegebetten lassen sich aber nicht gemäss der Krankenpflegeversicherung abrechnen.
Die Langzeitpflege ist eine grosse Herausforderung für die Gemeinden und den Kanton, auch finanziell. Es ist wichtig, dass diese mit Sorgfalt und im Dialog zwischen Gemeinden und Kanton angegangen wird und die Mengenausweitung eingeschränkt wird. Die Pflegeheimliste ist dazu unerlässlich.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** verabschiedet Landschreiber Tobias Moser und begrüsst die stellvertretende Landschreiberin, Renée Spillmann Siegwart.

**434** Traktandum 4.6: **Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionen-Streichung**
Vorlagen: 2561.1 - 15037 (Interpellationstext); 2561.2 - 15075 (Antwort des Regierungsrats).

**Anastas Odermatt** nimmt namens der Interpellanten die Beantwortung der Fragen zur Kenntnis und möchte dazu einige Bemerkungen machen. Eine Interessenbindung seinerseits liegt momentan nicht vor, er weist aber darauf hin, dass er Religionswissenschaftler ist und bereits als Religionslehrer an der Kantonsschule unterrichtet hat, zurzeit aber in keinem Anstellungsverhältnis steht.
Der Regierungsrat schiebt in seiner Interpellationsbeantwortung die Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen auf die Schulkommission und die Schulleitung. Schlussendlich hat aber der Regierungsrat entschieden, Lektionen zu streichen – ohne die Möglichkeit, dass die entsprechenden Fachpersonen dem auf sachlicher Ebene hätten entgegenwirken können. Sie sollten die Streichung von Lektionen auf irgendeine Art und Weise umsetzen und begründen. Und die Farce an der Geschichte: Am Schluss heisst es nun, die Schulkommission und die Schulleitungen hätten entschieden, wie viel und wo eingespart werden soll. Sie konnten ja nicht anders, sie standen unter Druck und mussten es tun.
Zu der Anzahl Wochenlektionen: Das Argument baut auf dem Vergleich mit anderen Kantonen auf. So werden stets Zürich und Luzern als Vergleichskantone genannt.

Da macht man es sich zu einfach. Denn als Gegenbeispiele können ebenso die Kantonsschule Chur mit 38,5 Lektionen, Stans mit 36,5 oder Solothurn mit 36 Lektionen im Untergymnasium genannt werden. Das Argument überzeugt deshalb nicht.
Zum einzigen inhaltlichen Argument für die Lektionenstreichungen: dem selbstständigen, eigenverantwortlichen, ICT-gestützten Lernen. Es scheint dem Regierungsrat sehr angenehm gewesen zu sein, dass die Schulkommission eine Art Strategie im Köcher hatte, an den Schulen mehr Freiräume dafür schaffen. Das Ziel, selbstständiges, eigenverantwortliches, ICT-gestütztes Lernen zu fördern, besteht. Spannend ist die Umsetzungsstrategie, um dies zu erreichen: weniger Lektionen. Dann haben die Schülerinnen und Schüler ja mehr Zeit für das selbstständige, eigenverantwortliche, ICT-gestützte Lernen. Mehr freie Zeit, also mehr Freizeit, ist aber etwas fundamental anderes als mehr Freiraum. Der Freiraum für selbstständiges Lernen muss methodisch innerhalb von Lektionen genutzt werden – mit Anleitung, entsprechenden Aufträgen und Coaching. Oder hat der Regierungsrat tatsächlich das Gefühl, dass Schülerinnen und Schüler, die mehr Freizeit haben, sich sagen: «Hey, wir haben jetzt mehr Freiraum für selbstständiges, eigenverantwortliches, ICT-gestütztes Lernen, los, lasst uns mal zusammensitzen und diesen Freiraum im Sinne der Schulkommission füllen.» Das ist völlig realitätsfremd.
Zur Streichung eines Viertels der Lektionen beim Religionskunde-Unterricht: Es stimmt, dass die Stundentafel und die Promotionswirksamkeit in diesem Fall nicht direkt zusammenhängen. Der Regierung gebührt ein Dank für die explizite Bestätigung, dass Religionskunde promotionswirksam ist und auch bleiben soll. Genau auf diese Aussage des Regierungsrats hat man sich aber zu berufen, wenn die Promotionsordnung in einigen Jahren überarbeitet wird und es eventuell heisst, das Fach Religionskunde habe so wenig Lektionen, dass es nicht mehr als promotionsrelevant betrachtet werden könne.
In der Kantonsschule Zug wird seit rund 20 Jahren ein bekenntnisunabhängiges Fach Religionskunde unterrichtet. Wie in anderen Kantonen hat man durchwegs positive Erfahrungen gemacht. Vergleicht man die Kantonsschule Zug mit den anderen Deutschschweizer Gymnasien, die ein Untergymnasium im Rahmen ihres Langzeitgymnasiums führen, so war Zug mit seiner bisherigen Anzahl Lektionen Religionskunde an der untersten Grenze. Nur Zürich hatte bis anhin weniger Lektionen. Doch dort besteht aktuell die Absicht, den Religionskunde-Unterricht aufzubauen. In Zug hingegen soll er nun abgebaut werden, und der Kanton macht sich zum nationalen Schlusslicht. Und das geschieht in Zeiten, in denen es wichtig ist, Bescheid zu wissen über andere Kulturen, in denen man mit Extremismen und Fundamentalismen konfrontiert wird und in denen es immer wichtiger wird, über sich, seine eigenen Werte, Lebens- und Weltvorstellungen im Klaren sein. In solchen Zeiten soll jener Unterricht abgebaut werden, in dem es um genau diese Fragen geht? Das ist in Anbetracht der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen die falsche Stossrichtung. Der Votant fordert die Regierung daher auf, bezüglich des Fachs Religionskunde und der anderen Lektionenkürzungen bei der Entwicklung der Stundentafel 2017 nochmals über die Bücher zu gehen. Gleichzeitig soll die Regierung aber nicht den schulinternen Entwicklungsprozessen vorgreifen und keine kurzsichtigen Entscheidungen treffen.

**Zari Dzaferi** gibt seine Interessensbindung bekannt: Er unterrichtet an einer Zuger Schule. Die SP-Fraktion empfindet die Antworten der Regierung auf diese Interpellation als Slalomfahrt. Die Regierung sollte hinstehen und keine Ausreden suchen. Bei dieser Stundenkürzung geht es primär um Einsparungen im Bildungswesen. Dem Rat weismachen zu wollen, dass man mit einer Stundenkürzung in erster Linie das selbstverantwortliche und eigenständige Lernen fördern möchte, ist *absoluter*

*Humbug* – die Wortwahl sei zu entschuldigen. Nach diesem Denken könnte man gleich die gesamte Volksschule abschaffen und dies damit begründen, dass jedes Kind seinen Platz in der Gesellschaft auf individuellem Weg, in individuellem Tempo erreichen und dabei lernen sollte, eigenverantwortlich mit den persönlichen Freiräumen und Herausforderungen des Alltags umzugehen. Das Blatt Papier lässt sich einfach mit pädagogisch sinnvoll wirkenden Floskeln füllen. Ist man ehrlich, geht es hier aber primär um Einsparungen im Bildungswesen. Wenn man diese macht, soll man auch dafür geradestehen. In der vorherigen Diskussion zum Französischunterricht war bereits zu erfahren, dass die Anzahl Lektionen in einem Fach einen Einfluss auf die erworbenen Kompetenzen hat. Das liegt auf der Hand. Genauso liegt es aber auf der Hand, dass mit einer Stundenkürzung in erster Linie die Bildungsausgaben gesenkt werden und nicht das selbstverantwortliche und eigenständige Lernen gefördert wird. Es steht dem Rat offen, in der Bildung einzusparen. Dann müssen die Ratsmitglieder aber auch das Rückgrat haben, zu diesen Einsparungen zu stehen – und diese nicht als fördernd für den Kompetenzzuwachs der Lernenden zu vermarkten. Das macht keinen Sinn.

Bildungsdirektor **Stefan Schleiss** weist darauf hin, dass Anastas Odermatt namens der ALG der Regierung vorwirft, sie würde die Verantwortung an die Mittelschulkommission abschieben. Das ist nicht so. Diese Delegation ist im Gesetz vorgeschrieben. In der Verordnung legt der Regierungsrat fest, wie viele Lektionen maximal zur Verfügung stehen, und die Mittelschulkommission ist dafür zuständig, innerhalb dieses Rahmens die Lektionen zu definieren. Diese Kompetenzdelegation besteht seit jeher und hat sich bewährt.
Der Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm (EP) besteht natürlich, und wie beim Huhn und dem Ei stellt sich die Frage, was zuerst da war. Dieses *Ei* wurde von der Mittelschulkommission schon vorher gelegt, und da es die gewünschte finanzielle Wirkung hat, wurde es dem EP zugeschrieben. Dies wurde in der Antwort der Regierung entsprechend aufgeführt. Die Regierung musste nie einen Entscheid fällen, da es der Mittelschulkommission vorbehalten ist, die maximale Grenze von 35 Lektionen zu unterschreiten. Die Alternative wäre gewesen, diesen absehbaren Beitrag zum EP nicht anmelden zu müssen und den geforderten Betrag an einem anderen Ort einzusparen. Doch es ist genauso pragmatisch wie korrekt, absehbare Einsparungen rechtzeitig für das EP anzumelden.
Die Mittelschulkommission ist zwar weitgehend frei, die zu Verfügung stehenden Lektionen inhaltlich zu füllen. Leitplanken setzen jedoch auch die eidgenössischen Vorschriften aus dem Maturitätsreglement. Die Mittelschulkommission hat somit auch die Gewichtung der sprachlichen und der mathematischen Fächer zu berücksichtigen. Im Kanton Zug werden alle diese Auflagen erfüllt.
Zum Votum von Zari Dzaferi: Es ist sowohl der Mittelschulkommission als auch der Regierung bewusst, dass ein Zusammenhang zwischen zur Verfügung stehender Lernzeit und Bildungserfolg besteht. Und selbstverständlich geht es auch darum, Einsparungen im Bildungsbereich zu erzielen. Sparen tut überall weh, und ganz besonders im Bildungswesen.
Der Vorwurf, nicht zuständige Gremien hätten Entscheide getroffen, den die Interpellation implizit enthält, konnte der Regierungsrat entkräften.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

**435** Traktandum 4.7: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Ausbau Stadtbahn Zug**
Vorlagen: 2574.1 - 15058 (Interpellationstext); 2574.2 - 15103 (Antwort des Regierungsrats).

**Olivia Bühler** dankt der Regierung namens der SP-Fraktion für die ausführlichen Antworten. Es ist erfreulich, dass die Regierung einen bedarfsgerechten Ausbau der Stadtbahn als verkehrspolitische Grundlage des Kantons anerkennt. Ein attraktives ÖV-Angebot ist ein Bedürfnis der Zuger Bevölkerung. Dies wurde auch in Umfragen nach der Stadttunnel-Abstimmung deutlich. Deshalb ist es zu begrüssen, dass sich die Regierung bei den Planungen für den Ausbauschritt 2030 aktiv beim BAV einsetzt, um das Angebot im Regionalverkehr zu optimieren und auszubauen. Da voraussichtlich nicht alle national geplanten Projekte für den Ausbauschritt 2030 zeitnah finanziert werden können, unterstützt die SP-Fraktion die durch die Regierung angesprochene Möglichkeit einer Vorfinanzierung, beispielsweise beim Bau eines dritten Gleises zwischen Baar Lindenpark und Baar sowie beim Bau einer vierten Perronkante im Bahnhof Baar. Die SP-Fraktion möchte beim Regierungsrat nachfragen, ob er etwas zum Zeitplan betreffend das dritte Gleis zwischen Baar Lindenpark und Baar sagen kann. Bestehen bereits konkretere Pläne?

**Hanni Schriber-Neiger,** Sprecherin für die ALG, weist darauf hin, dass die Antwort der Regierung auf dem Wissenstand *vor* der Bekanntgabe der Verzögerung beim Sanierungsprojekt Zugersee Ost basiert. Die Angaben unter Ziffer 1 «Vorbemerkungen» sind grösstenteils richtig, bis auf eine relevante Ausnahme: «Die Planungsregion Zentralschweiz sieht einen halbstündlichen, beschleunigten Regionalexpress (RE) Luzern–Zug–Zürich vor. Dieser soll halbstündlich die potenzialstarken Zwischenzentren Ebikon, Rotkreuz, Zug, Baar, Thalwil verbinden und schafft attraktive direkte Verbindungen zwischen den Agglomerationen Luzern, Zug und Zürich.» Voraussetzung für diese RE-Verbindung ab/nach Luzern sind Infrastruktur-Ausbauten in der Zufahrt Luzern. Diese dürften aber in den nächsten 15 bis 20 Jahren nicht zur Verfügung stehen, weil der Tiefbahnhof frühestens 2030 oder noch später realisiert sein wird und noch nicht finanziert ist. Also dürfte der angekündigte RE nur bis bzw. ab Ebikon nach Zürich verkehren. Im Kanton Luzern laufen aktuell Bestrebungen, den Busknoten Bahnhof Ebikon auszubauen. Im Kanton Zug muss insbesondere sichergestellt sein, dass für dieses neue RE-Angebot neben den Halten in Rotkreuz, Zug und Baar auch ein Halt in Cham geplant wird.
Auch die Steinerhauserinnen und Steinhauser würden sich freuen, wenn ihre Gemeinde von einem zusätzlichen Bahnangebot profitieren könnte. Ein direktes Gleis von Rotkreuz und Cham nach Steinhausen gab es bereits einmal, leider wurde es vor Jahrzehnten rückgebaut. Heute würde dieses Gleis aus raumplanerischer Sicht Sinn machen und die aufstrebenden Regionen Rontal, Ennetsee/Steinhausen und das Knonaueramt mit dem Raum Zürich rund um Altstetten verbinden.
Der Fokus bei der ÖV-Entwicklung muss wieder ganzheitlich werden. Zug war mit der Stadtbahn einmal sehr innovativ. Seit diesem grossen Schritt ist aber leider nicht mehr viel passiert. Gerade das Busnetz hat aufgrund der jüngsten Sparanstrengungen abends und am Wochenende massiv an Attraktivität eingebüsst. Doch auch der Busverkehr hätte eine visionäre Neukonzeption, eine Priorisierung oder neue, schnelle Linien verdient. Der Fokus muss auf den Gemeinden liegen, die keinen Stadtbahn-Anschluss haben. Eine ÖV-Entwickelung ist auf jeden Fall zu bejahen, aber der Fokus muss auf Bahn *und* Bus liegen.

**Roger Wiederkehr** dankt namens der CVP-Fraktion für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die Mühlen mahlen langsam im Ausbau der Bahninfrastruktur. Ein gewisses Verständnis ist dafür aufzubringen, da es um viel Geld geht und Fehlplanungen vermieden werden sollten – zumal die Forderungen ein Mehrfaches des vorhandenen Geldes übersteigen. Eine starke Vertretung des Kantons Zug in der Planungsregion Zentralschweiz ist unerlässlich, um im Ausbauschritt 2030 der FABI die geforderten und nötigen Ausbauen erreichen zu können. Insbesondere ist die Realisierung des dritten Gleises zwischen Baar und Zug voranzutreiben. Dasselbe gilt für die vierte Perronkante in Baar. Eine Massnahme, die zur Kapazitätssteigerung betragen könnte, fehlt der CVP-Fraktion in der Beantwortung der Interpellation. Die sogenannte Führerstandssignalisierung könnte die Zugfolgezeiten um rund drei Minuten verringern, was einer Kapazitätssteigerung entsprechen würde. Dabei entfallen die Aussensignale, und der Lokomotivführer erhält seine Fahranweisungen auf dem Bildschirm. In diesem Zusammenhang ist das Stichwort Digitalisierung zu erwähne. Dieses System wird von den SBB bereits erfolgreich eingesetzt und könnte auch für die Line Luzern–Zug–Zürich realisiert werden. Die CVP-Fraktion bittet die Regierung, diese mögliche Massnahme für die Planungsregion Zentralschweiz aufzunehmen, sofern sie es nicht schon gemacht hat. Oder vielleicht kann der Volkswirtschaftsdirektor dazu bereits Auskunft geben.

**Philip C. Brunner** dankt der SP-Fraktion, dass sie dieses Thema aufgenommen hat. Nach Ablehnung des Stadttunnels sollte man der Stadtbahn, die 2004 in Betrieb genommen wurde, Sorge tragen. Folgende Fragen stellen sich:
- Welche Kapazitätserweiterungen sind mit den geplanten Projekten möglich?
- Wie soll die zu erwartende Nachfragesteigerung während der Zeit bis zur frühestmöglichen Fertigstellung der Ausbauten im Jahr 2025 befriedigt werden bzw. was kann kurzfristig getan werden?
- Die Massnahmen c) und g) auf Seite 3 unten werden als langfristig definiert. Was heisst langfristig in Jahren ausgedrückt?

Wahrscheinlich wird man nicht darum herumkommen, gewisse Projekte als Investitionen vorzufinanzieren. Trotz Entlastungprogramm sollte bei Investitionen in diesem Bereich nicht gespart werden. Gespart werden muss bei den laufenden Kosten, wie dies ja auch ausführlich diskutiert und gemacht wurde. Was ist geplant hinsichtlich Investitionen in den ÖV und insbesondere bei der Stadtbahn, die gut funktioniert, attraktiv ist und von der Bevölkerung geschätzt wird?

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** dankt für die gute Aufnahme der Antwort des Regierungsrats. Es war die Gelegenheit, den Fächer einmal zu öffnen und aufzuzeigen, wo und in welchen Zeithorizonten aus Sicht der Regierung Ausbauten der Stadtbahn möglich und sinnvoll sind.
Zum Zeithorizont bei der Realisierung eines dritten Gleises in Baar: Auf Seite 6 in der Antwort des Regierungsrats unter Ziffer 3 ist ganz am Schluss festgehalten, dass die Finanzierung dieses dritten Gleises Bundessache ist. Frühestens gegen Ende 2018, mit dem nächsten FABI-Ausbauschritt, wird das Bundesparlament über die Mittel beschliessen. Dann weiss man, ob der Realisierung des dritten Gleises finanziert wird. Erst dann, wenn das Projekt ins Programm aufgenommen wurde, kann es vorfinanziert werden. Geht der Zeitplan auf, könnte man im Idealfall mit einer Realisierung bis 2025 rechnen. Im Moment geht es also darum, dass das Projekt in Bundesbern überhaupt in den Ausbauschritt mit aufgenommen wird.
Zum Thema Regionalexpress (RE), das Hanni Schriber-Neiger erwähnt hat: Auf Seite 3 seiner Antwort hat der Regierungsrat ausgeführt, dass es dank des dritten Gleises zwischen Baar und Zug möglich werden kann, zusätzliche RE-Züge

zwischen Zürich und Luzern verkehren zu lassen, bevor die Grossbauwerke am Zimmerberg und in Luzern erstellt werden. Dieses Ziel besteht als mittelfristiges Projekt. Denn die Grossprojekte haben eine derart lange Vorlauf-, Planungs- und Realisierungszeit, dass der Bund in der Zwischenzeit hoffentlich eine Entlastung realisieren kann, auch wenn das Nadelöhr Zimmerberg noch besteht. Ob und wie die Züge nach Luzern reinfahren, ist noch zu klären.
Die SBB haben kürzlich ihren Rahmenplan vorgelegt. Dabei handelt es sich um eine Grobplanung bzw. eine raumplanerische Annahme mit fünf Ausbauschritten bis ins Jahr 2050. Es wird darin aufgezeigt, in welchen Zeiträumen die SBB damit rechnen, Ausbauten realisieren zu können. Ob die Finanzierung von politischer Seite her genehmigt wird, ist dabei noch offen. In der Planung vorgesehen sind jedoch auch Ausbauten im Bahnhof Cham. Offensichtlich planen die SBB, den RE auch in Cham halten zu lassen.
Es wurde vorgebracht, man solle einen gesamtheitlichen Fokus legen. Auf Seite 1 seiner Antwort hält der Regierungsrat genau das fest: Es geht nicht nur um den Bus oder die Stadtbahn, vielmehr hängt alles zusammen. Das beste Beispiel dafür ist, dass es zu einer Verschiebung weg von der Stadtbahn auf Fernverkehrszüge kommen wird, wenn der Bahnverkehr auf der Gotthardlinie zunimmt. Dann macht es keinen Sinn, die Stadtbahn auf der Linie Arth-Goldau–Zug zusätzlich auszubauen.
Zum Busverkehr: Die Busse leiden zurzeit unter Verstopfungen auf der Strasse. Die Hotspots sind bekannt. So bereiten die Verspätungen auf der Linie Oberwil–Zug Probleme. Der Stadttunnel hätte hier eine Entlastung gebracht. Der zweite Hotspot ist Cham, wo es zu ebenfalls zu verschiedenen Verspätungen kommt. Die Lösung dafür ist die Umfahrung Cham-Hünenberg, doch es dauert noch Jahre, bis diese realisiert ist. Bis dann ist es für den ÖV sehr unangenehm, das Nadelöhr Cham zu passieren. Es stellt sich deshalb die Frage, ob Linien gebrochen werden müssen, damit man nicht auf einer Gesamtlinie Verspätungen einholt. Man überlegt sich zudem, ob es noch Möglichkeiten gibt, Separat-Trassees zu realisieren. Alle diese Infrastrukturen sind sehr langfristig zu planen.
Zu den Führerstandssignalisierungen: Wo diese bereits in Betrieb sind, ist dem Volkswirtschaftsdirektor nicht bekannt. Im Bericht wurden unter «Weitere Massnahmen» nur diejenigen aufgeführt, auf die man einen direkten Einfluss hat. Die Führerstandssignalisierungen sind eine Sache der SBB. Der Volkswirtschaftsdirektor wird aber der Frage nachgehen, ob bezüglich Zugfolgezeiten Optimierungen möglich sind.
Zu Philip C. Brunner: Es lässt sich nicht klar sagen, welche zusätzlichen Kapazitäten an Personen transportiert werden können. Ein Beispiel: Als der Regierungsrat seine Antwort im Februar erstellt hat, ging er davon aus, dass die Verstärkungen mit zwei zusätzlichen Flirts im Ennetsee-Gebiet auf der Linie S1 erst im Sommer verkehren werden. Nun sind sie aber bereits seit April im Einsatz, und es verkehren täglich 24 Doppelkompositionen. Damit sind in den Hauptverkehrszeiten morgens und abends die Kapazitäten verdoppelt worden. Dies konnte durch regelmässige Interventionen erreicht werden. Im Sommer wird es noch eine weitere Verbesserung geben, wenn die jetzigen Doppelkompositionen abgelöst werden durch zwei neue Flirts, die mehr Stehplätze und somit 10 Prozent mehr Kapazität bieten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er zu den Traktanden 5 und 6 Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald und Obergerichtspräsident Felix Ulrich begrüsst.

TRAKTANDUM 5

**436 Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Gerichte mit Leistungsauftrag und Globalbudget**

Vorlagen: 2475.1 - 14865 (Motionstext); 2475.2 - 15081 (Bericht und Antrag des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts).

Motionär **Andreas Hausheer** dankt dem Obergericht und dem Verwaltungsgericht für die Beantwortung und verweist auf seine Ausführungen anlässlich der Kantonsratssitzung vom 10. Dezember 2015 zur thematisch gleichen Motion in Sachen Datenschutz und Ombudsstelle. Bereits damals drückte der Motionär sein Bedauern darüber aus, dass es nicht gelungen ist, beide Motionen gleichzeitig zu behandeln. Dann hätte man sich eine separate Traktandierung ersparen können. Auch bei der vorliegenden Motion ging es darum, Klarheit für alle zu schaffen. Diese Klärung ist nun neben der Ombuds- und der Datenschutzstelle auch für die Gerichte möglich. Wie auch am 10. Dezember 2015 stimmt der Motionär dem Antrag zur Nichterheblicherklärung der Motion zu, dies auch deshalb, da er kein Freund des Systems mit Globalbudgets ist. Die Unterstützung des Antrags der Gerichte entspricht seinem seinerzeitigen Abstimmungsverhalten zur Systemänderung. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag von Ober- und Verwaltungsgericht ebenfalls zu.

**Thomas Werner** teilt mit, dass sich die SVP-Fraktion einstimmig für Nichterheblicherklärung der Motion ausspricht, und verweist auf den Antrag des Verwaltungsgerichts und des Obergerichts. Angesichts der Probleme, die Pragma mit sich brachte, sind kein Effizienzgewinn und kein Nutzen durch ein Globalbudget. Der Leistungsauftrag der Gerichte ist die Rechtsprechung, und diese ist gesetzlich vorgegeben. Dabei müssen die Gerichte Fristen einhalten und werden zudem durch die Justizprüfungskommission beaufsichtigt. Im Dezember hat der Rat bei der Ombudsstelle und bei der Datenschutzstelle eine Motion betreffend Leistungsauftrag und Globalbudget nicht erheblich erklärt. Die SVP-Fraktion empfiehlt deshalb, es bei den Gerichten gleichzutun, und bittet um Nichterheblicherkärung der Motion.

**Daniel Thomas Burch** dankt dem Obergericht und dem Verwaltungsgericht namens der FPD-Fraktion für die ausführliche Antwort. Die FDP geht mit der Justiz einig, dass für sie Leistungsauftrag und Globalbudget keinen Sinn machen. In den Leistungsaufträgen würde kaum mehr stehen als «Verfassung und Gesetze vollziehen». Verfahren und Fristen sind in diesen verbindlich geregelt und bieten keinen Handlungsspielraum. Auch können Gerichte nur einen marginalen Einfluss auf die Einnahmen und Ausgaben ausüben. Für die verschiedenen Vergehen sind die Strafen in Gesetzen definiert und können nicht willkürlich verfügt werden. Einzig bei den Personalkosten könnte in beschränkten Mass Einfluss genommen werden. Allerdings hat die Bevölkerung den Anspruch, dass die Gerichte ihren verfassungsmässigen Auftrag korrekt ausführen. Dass sie dies im Kanton Zug tun, zeigen die jährlichen Visitationen der Justizprüfungskommission. In der Vergangenheit konnte immer festgestellt werden, dass die Zuger Gerichte korrekt funktionieren, speditiv und kostenbewusst handeln. Aus diesen Gründen unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag des Obergerichtes und des Verwaltungsgerichtes, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die ALG dem Ober- und Verwaltungsgericht folgt und sich für eine Nichterheblicherklärung ausspricht. Die Argumente konnte man bereits in der Sitzung vom letzten Dezember hören und lassen sich im Protokoll

nachlesen. Entsprechend fasst sich der Votant kurz: Erstens ist der Leistungsauftrag durch Bundesrecht und kantonales Recht festgelegt, und die Leistungserbringung orientiert sich an der Nachfrage. Zweitens führt es aufgrund der Gewaltentrennung und der entsprechenden Unabhängigkeit in eine absurde Situation, wenn der Rat pro forma das Globalbudget absegnen würde, gleichzeitig aber den Leistungsauftrag nicht beeinflussen kann, da er im Gesetz niedergelegt ist.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Die Gerichte sind ein Sonderfall: Der Rat kann nur beschränkt und nur auf den äusseren Geschäftsgang Einfluss nehmen. Sehr vieles ist vorgegeben, sei es durch die Verfassung oder durch Gesetze wie z. B. die Strafprozessordnung. Die Gerichte verfügen über einen beschränkten Spielraum bei den zu erbringenden Leistungen. Ein Gerichtsfall ist ein Gerichtsfall und muss behandelt werden. Es ist deshalb sinnvoll, dass der Rat keine Leistungsaufträge zu den Gerichten genehmigen muss. Bei den Kosten kommen vor allem Personalaufwände zum Tragen. Somit würde es keinen grossen Unterschied machen, ob der Rat einzelne Kontenarten oder ein Globalbudget genehmigen würde. Es wäre vorstellbar gewesen, dass die Gerichte dem Rat Leistungsaufträge vorlegen würden, jedoch nur zur Kenntnisnahme und nicht zur Genehmigung wie bei der Verwaltung. Denn dies könnte die Unabhängigkeit der Gerichte taxieren.
Im Bericht des Verwaltungsgerichts werden Leistungsaufträge von Gerichten aus anderen Kantonen aufgeführt, die z. B. wie folgt lauten: «Das Verwaltungsgericht entscheidet die eingehenden Fälle und Begehren innert angemessener Frist sowie unabhängig und nur dem Recht verpflichtet. Die angemessene Frist ist pro Geschäftsart/Rechtsgebiet festgelegt.» Nachdem diese Beispiele begutachtet wurden, kam die SP-Fraktion zum Schluss, dass keine Leistungsaufträge besser sind als derartige. Deshalb schliesst sie sich dem Antrag zur Nichterheblicherklärung an.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich:** Die vorliegende Motion bot die Gelegenheit, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob eine Führung der Gerichte mit Leistungsauftrag und Globalbudget möglich und sinnvoll ist. Wenn es üblicherweise heisst, «zwei Juristen – drei Meinungen», so trifft das bei der Beantwortung dieser Frage nicht zu, haben doch das Verwaltungsgericht und das Obergericht einen gemeinsamen Antrag gestellt.
Die in der Zivil- und Strafrechtspflege zu erbringenden Leistungen sind vom Bundesrecht und teilweise vom kantonalen Recht vorgegeben. Auch das Verfahren ist gesetzlich geregelt, nämlich in der schweizerischen Zivilprozessordnung und in der schweizerischen Strafprozessordnung. Bleibt da noch Raum für einen Leistungsauftrag? Es gibt Kantone, bei denen auch die Gerichte mit Leistungsaufträgen arbeiten. Dazu gehört der Kanton Luzern. Für das Kantonsgericht, im Kanton Luzern das oberste Gericht, wurde unter anderem festgehalten: «Urteile und Entscheide werden innert angemessener Frist und qualitativ hochstehend gefällt.» Da ist doch der alljährliche Rechenschaftsbericht der Zuger Gerichte viel aussagekräftiger: Diesem ist zu entnehmen, wie viele von welchen Verfahren bei welcher Instanz in welcher Zeit und auf welche Weise erledigt wurden.
Leistungsauftrag und Globalbudget sollen unter anderem ein Steuerungs-, Planungs- und Kontrollinstrument sein. Das Problem ist nun aber, dass sich die Anzahl und Komplexität der Fälle, die zu beurteilen sind, weder steuern noch planen lassen. Beim Obergericht arbeitet man zurzeit am Budget für das Jahr 2017. Dabei kann man nur auf Erfahrungswerte von vergangenen Jahren abstellen. Es ist aber – vermutlich sogar für Wahrsager – ein Ding der Unmöglichkeit, jetzt schon zu wissen, wie viele und wie umfangreiche Fälle im Jahr 2017 zu bearbeiten sein werden. Erst recht ist es nicht möglich, eine zuverlässige Prognose etwa darüber abzugeben,

wie viele Gebühren in Rechnung gestellt, welche Kosten auf die Staatskasse genommen werden müssen, wie hoch die Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege und für die amtlichen Verteidigungen sein werden. Ein fixes Budget ist im Bereich der Rechtspflege nicht einzuhalten oder müsste so hoch angesetzt werden, dass alle Eventualitäten eingeschlossen wären. Denn schliesslich könnte nicht – etwa gegen Ende Jahr, oder wenn es dumm läuft, schon früher – in ein Urteil geschrieben werden, «dem amtlichen Verteidiger wird keine Entschädigung zugesprochen, weil das Budget ausgeschöpft ist». Da wären auch die hier anwesenden Rechtsanwälte wenig begeistert.
Das Obergericht ist – wie das Verwaltungsgericht – zum Schluss gelangt, dass eine Führung der Gerichte mit Leistungsauftrag und Globalbudget nicht sinnvoll wäre. Es stellt daher den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Verwaltungsgerichtspräsident **Peter Bellwald** hält fest, dass es sich angesichts der Anträge der Fraktionen eigentlich erübrigen würde, noch ein Votum abzugeben. Da er aber mutmasslich nicht mehr allzu oft die Gelegenheit haben wird, vor dem Rat zu sprechen, hat er sich trotzdem ans Mikrofon gewagt. Dem Verwaltungsgericht ist bekannt, dass es vereinzelt Gerichte gibt, die man nach den Regeln des New-Public-Managements zu führen versucht. Eine Lektüre von in diesem Zusammenhang formulierten Leistungszielen zeigt, wie schwierig und schlussendlich auch wenig ernsthaft solche Zielformulierungen sind, dienen sie doch eher der Erheiterung als einer seriösen Auseinandersetzung mit der zu erledigenden Arbeit. Die Zuger Gerichte bevorzugen es, dem Rat gegenüber auch künftig in einem Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeiten Auskunft zu geben und auf mit frivoler Leichtigkeit vorgebrachte Allgemeinplätze und Selbstverständlichkeiten im Rahmen der Budgetierung zu verzichten. In diesem Sinne beantragt auch das Verwaltungsgericht, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts, die Motion nicht erheblich zu erklären.

TRAKTANDUM 6

**437 Motion von Manuel Brandenberg und Heini Schmid betreffend Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; Gleichbehandlung der privaten Beschwerdeführer mit den Behörden**

Vorlagen: 2508.1/1a - 14938 (Motionstext); 2508.2 - 15080 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

**Heini Schmid** dankt auch im Namen seines Mitmotionärs Manuel Brandenberg der erweiterten Justizprüfungskommission (JPK) für die wohlwollende Aufnahme des Anliegens und beantragt die Erheblicherklärung der Motion im Sinne der erweiterten JPK. Es geht darum, einen alten Zopf in der Verwaltungsrechtspflegegesetzgebung abzuschneiden. Einzig die Kantone Luzern, Ob- und Nidwalden kennen neben dem Kanton Zug die Bestimmung, dass der Private beim Obsiegen in einem Beschwerdeverfahren nur dann eine Parteientschädigung erhält, wenn die unterliegende Vorinstanz einen Verfahrensfehler oder eine offenbare Rechtsverletzung begangen hat. Dies widerspricht dem allgemeinen Grundsatz, dass die unterliegende Partei die obsiegende Partei zu entschädigen hat. Die Lehre, das Bundesgericht und auch das Zuger Verwaltungsgericht sind sich einig, dass die heutige Lösung nicht mehr sachgerecht ist. Der Rat als Gesetzgeber ist darum aufgefordert, eine dem

Grundsatz der Waffengleichheit entsprechende Lösung zu treffen. Etwas unverständlich ist darum die ablehnende Haltung der Regierung. Es dient dem Sparprogramm nicht, wenn unbestrittene und wichtige Anliegen an geringfügigen Mehrkosten scheitern sollten. Mit der Erweiterung des Begehrens auf die Frage der Prozesskosten sind die Motionäre einverstanden. In der Annahme, dass nun im Falle der Erheblicherklärung der Regierungsrat eine Vorlage zu erarbeiten hat, danken die Motionäre für eine Erheblicherklärung.

**Thomas Werner** spricht sowohl als Präsident der JPK als auch für die SVP-Fraktion. Die Motion von Manuel Brandenberg und Heini Schmid wurde Ende Mai an die erweiterte JPK zu Bericht und Antrag überwiesen. Der obsiegenden Partei bei Beschwerdeverfahren soll unabhängig davon, ob die unterliegende Vorinstanz einen Verfahrensfehler oder eine offenbare Rechtsverletzung begangen hat, eine Parteientschädigung zugesprochen werden. Die Motionäre beantragen, dass das Verwaltungsrechtspflegegesetz und allenfalls weitere Spezialgesetze, die eine Privilegierung der Behörden gegenüber Privaten vorsehen, geändert werden. Im Juni 2015 hat die JPK den Regierungsrat und das Verwaltungsgericht zu einem Mitbericht eingeladen. Mit Schreiben vom 8. September 2015 nahm die Regierung Stellung zur Motion und beantragt eine Nichterheblicherklärung. Sie merkt an, dass die aktuelle Rechtssprechung weder verfassungswidrig noch EMRK-widrig sei. Zudem würden es die Grundsätze der Waffengleichheit und der Gleichbehandlung verlangen, auch der Vorinstanz ein Anspruch auf Parteientschädigung im Rechtsmittelverfahren zuzugestehen, wenn sie obsiegt. Derzeit werden einer unterliegenden beschwerdeführenden Partei lediglich die Verfahrenskosten der Rechtsmittelinstanz auferlegt. Zusätzlich befürchtet der Regierungsrat erhöhte Ausgaben durch Parteientschädigungen, die bezahlt werden müssten. Als Beispiel nennt er Zahlen aus dem Jahr 2014, als bei elf Fällen Parteientschädigungen hätten bezahlt werden müssen. Dies hätte zu ca. Mehrausgaben von ca. 44’000 Franken geführt.
Nach einer Fristverlängerung ging Ende Oktober der Mitbericht des Verwaltungsgerichts ein. Entgegen dem Regierungsrat erachtet das Verwaltungsgericht die Gesetzesänderung als gerechtfertigt und beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Dabei sei auf den detaillierten Bericht und Antrag der JPK verwiesen.
Die aktuelle Rechtssprechung gilt nur noch in Zug und einigen wenigen Innerschweizer Kantonen. In Schwyz z. B. ist die Gleichstellung von Gemeinden und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Privaten bereits erfolgt. Das Argument der erhöhten Ausgaben für den Kanton ist vernachlässigbar. Die Rechtstaatlichkeit und die Waffengleichheit sind höher zu gewichten als die marginale Mehrbelastung der laufenden Rechnung. Zudem muss sich ein Gemeinwesen überlegen, ob es einen Entscheid weiterziehen will oder nicht. Die Privaten würden auch mit der neuen Regelung nicht zum Weiterzug motiviert, da sie ein Kostenrisiko tragen. Gleichzeitig kann mit einer neuen Regelung der Tendenz entgegengewirkt werden, dass Gemeinden z. B. bei Baugesuchen Entscheidungen treffen, die sie vor den Gesuchstellern nicht Ungnade fallen lassen, und den Ball der nächsten höheren Instanz überlassen. Die JPK stellt einstimmig den Antrag, die Motion im Sinne der Erwägungen erheblich zu erklären. Auch die SVP-Fraktion spricht sich einstimmig für eine Erheblicherklärung aus.

**Andreas Hostettler,** Sprecher für die FDP-Fraktion, bittet die Herren Rechtsverteter, seine von ihm als Laie vereinfachte Darstellung mit Nachsicht zu betrachten. Man stelle sich folgende Situation vor: Herr Müller und Herr Meier streiten sich darüber, wer von ihnen für einen Autounfall verantwortlich ist. Da beide davon überzeugt sind, Recht zu haben, nehmen sie sich je einen Rechtsvertreter und wenden sich

ans Gericht. Dieses entscheidet, dass Herr Müller Recht hat. Gleichzeitig wird verfügt, dass Herr Meier die Kosten zu übernehmen hat. Das ist logisch, konsequent und gerecht. Wenn jedoch im genau gleichen Fall Herr Meier die Gemeinde oder der Kanton ist, bekommt Herr Müller wohl Recht, bleibt aber nach heutigem Gesetz auf seinen Kosten sitzen. Es ist offensichtlich, warum sich Herr Müller im Vorfeld genau überlegt, ob er sein Recht überhaupt gerichtlich einfordern will. Denn die Kosten dafür, begleicht er aus eigener Tasche. Diese Situation will die Motion ändern, und zwar mit gutem Recht. Die FDP-Fraktion wird die Motion erheblich erklären und unterstützt die Ausweitung auf eine Teilrevision des VRG und der Überprüfung weiterer Bestimmungen und Erlasse.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG die Motion erheblich erklären wird. Es geht um eine Frage der Gerechtigkeit. Die Regelung der Parteienentschädigung im Rechtsmittelverfahren soll so angepasst werden, dass die behördliche Verantwortung für durch das Gemeinwesen verursachte Parteikosten gleich geregelt wird wie bei Privaten. Parteientschädigungen dienen als Ersatz für die den Parteien aus ihrer Rechtsverfolgung erwachsenen Kosten. Es ist nichts als gerecht, dass es eine Entschädigung gibt für Aufwände, die entstehen, wenn sich eine Privatperson gegen das Gemeinwesen wehrt und gewinnt, weil ein Fehlentscheid getroffen wurde. Die Gefahr, dass die Verwaltung in heiklen Fällen nicht mehr sachlich und frei entscheiden kann, besteht nicht. Es ist umgekehrt: Die Verwaltung muss erst recht sachlich und frei entscheiden. Und wenn die ausgelösten Gesetzesänderungen dazu führen, dass die Verwaltung Entscheidungen gesetzestreuer fällt, ist das zu begrüssen. Gerechtigkeit und Parteiengleichheit sind höher zu gewichten als allfällige Belastungen für die laufende Rechnung.

**Alois Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion der Erheblicherklärung der Motion zustimmt. Obsiegende private Kläger sollen vor dem Verwaltungsgericht immer entschädigt werden, genauso wie es ihnen vor dem Kantons- oder Obergericht zusteht, wenn sie mit ihrer Klage durchkommen. Heute wird eine Entschädigung nur dann ausgesprochen, wenn die unterliegende Vorinstanz einen Verfahrensfehler oder eine offenbare Rechtsverletzung wie die Nichtgewährung des rechtlichen Gehörs begangen hat. Zug ist heute mit den Kantonen Luzern, Ob- und Nidwalden ein Exot, der bis jetzt keine Entschädigung in solchen Fällen ausrichtet.
Es besteht ein grosser Unterschied zum Kantons- oder Obergericht. Verliert ein privater Kläger vor dem Verwaltungsgericht, muss er keine Entschädigung bezahlen, vor dem Kantons- oder Obergericht hingegen schon. Der Votant macht nicht beliebt, dass eine private Partei, die vor dem Verwaltungsgericht unterliegt, immer die Gegenpartei, also Gemeinde oder Kanton, entschädigen soll. Aber dies sollte zumindest in den Fällen passieren – und sei es auch nur für einen Teil der Kosten –, bei denen die Gemeinde oder der Kanton für die Klage vor dem Verwaltungsgericht externe Unterstützung benötigen. Dazu ein Beispiel: Der Votant war während einiger Jahre Mitglied der Grundstückgewinnsteuer-Kommission in Baar. Rund alle zwei Jahre kam es zu einem Fall, der an das Verwaltungsgericht weitergezogen wurde. Dann hat sich die Gemeinde Baar jeweils einen externen juristischen Beistand geholt. Für diese Aufwendungen sollten die Gemeinden oder der Kanton mindestens teilweise entschädigt werden, falls sie vor dem Verwaltungsgericht obsiegen. Dies sollte bei der Umsetzung der Motion mit berücksichtigt werden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Justizprüfungskommission und erklärt die Motion damit erheblich im Sinne der Erwägungen (Ausweitung auf die Kostenregelung im Rechtsmittelverfahren).

TRAKTANDUM 7

438 **Interpellation von Michele Kottelat betreffend: Wie kann der Respekt im Kanton Zug gefördert werden?**

Vorlagen: 2530.1 - 14976 (Interpellationstext); 2530.2 - 15072 (Antwort des Regierungsrats).

**Nicole Imfeld** liest die Stellungnahme vor, die alt Kantonsrätin Michele Kottelat zur Antwort des Regierungsrats auf ihre Interpellation verfasst hat:

«Das Thema Respekt scheint den Regierungsrat des Kantons Zug wenig zu interessieren. Er lebt offensichtlich auf einer Insel der Glückseligen in einem Kanton, in dem ‹das Zusammenleben, als geordnet und von gegenseitiger Wertschätzung, Achtung und Freundlichkeit geprägt ist›. Im Nachsatz räumt er zwar ein, dass Einzelfälle von aggressivem Handeln vorkommen.

Anscheinend leben wir nicht in derselben Welt, oder der Regierungsrat ist zu wenig oft in den Bussen und Zügen der Zugerland Verkehrsbetriebe unterwegs. Sonst wäre ihm aufgefallen, dass sich in den letzten Jahren die Sitten stark verändert haben. Am krassesten sind die Verhältnisse zu den Stosszeiten auf den stark frequentierten Linien. Am besten bekannt ist mir die Linie 6, die ich fast täglich nutze. Von Wertschätzung, Achtung und Freundlichkeit zahlreicher Passagiere kann keine Rede sein. Rücksichtslosigkeit und Egoismus sind an der Tagesordnung. Und kaum jemand wagt es, sich zu wehren. Weder die alten Leute, denen kein Sitzplatz angeboten wird, noch die einsteigenden Passagiere, die sich kaum in den Bus quetschen können, da die Eingänge immer versperrt sind, oder die Leute, die nicht sitzen können, da die Sitzplätze mit Taschen belegt sind. Sie ärgern sich, schweigen aber vor Angst, sich lächerlich zu machen, als altbacken zu wirken, eine schroffe Antwort zu kriegen oder aus schierer Resignation.

Wer Bus fährt, hat auch die Möglichkeit, das Verhalten der Schülerinnen und Schüler zu beobachten. Der Umgang zwischen den Jugendlichen ist schleichend härter und gröber geworden. Viele junge Männer, so ungern ich das sage – oft Jugendliche mit Migrationshintergrund –, respektieren die Mädchen überhaupt nicht. Die jungen Frauen schaffen es kaum, sich Respekt zu verschaffen. Meine Frage an den Regierungsrat: auch da wegschauen oder vielleicht doch reagieren? Wollen wir warten, dass Vorfälle wie in Köln auch bei uns geschehen oder endlich Respekt einfordern, und zwar klar und bestimmt?

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat kürzlich in diversen Interviews erklärt, dass Respekt gegenüber Frauen unerlässlich in jeder Gesellschaft sei. Wer das nicht verstehe, habe seinen Platz nicht unter uns. Wer diese Kultur nicht kenne, dem sei sie zu erklären. Und wie erklärt man den Männern, dass sie die Frauen zu respektieren haben? Indem man sensibilisiert und indem man Respekt einfordert! Wir haben in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig von den neuen Mitgliedern unserer Gesellschaft eingefordert – aus Angst, politisch nicht korrekt zu handeln. Das Resultat: Der Respekt ist verloren gegangen respektloses Verhalten schon fast salonfähig geworden.

Ich frage Sie nochmals: kein Handlungsbedarf? Ach ja, die fehlenden Finanzen! Die Verwaltung hat da ein wunderbares Killerargument gefunden, um keine Aufgaben mehr zu übernehmen. Dass Kampagnen teuer sind, ist ein Irrglaube. Gerade in der heutigen Zeit mit der gut vernetzten Jugend lassen sich Kampagnen über die Social Media kostengünstig realisieren. Eine solche Kampagne wäre inhouse und mithilfe von kantonalen Organisationen und Vereinen machbar. Aber eben: lieber zuschauen, Tee trinken und warten, dass es noch schlimmer wird.

Ich werde weder wegschauen noch schweigen und mich weiterhin dafür einsetzen, dass Frauen von Männern, Erwachsene von Kindern, ältere Menschen von den

Jüngeren und Schwächere von Stärkeren respektiert werden, damit wir in einer Gesellschaft leben können, die von gegenseitiger Wertschätzung, Achtung und Freundlichkeit leben können.»

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

**439 Interpellation von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann betreffend Versachlichung der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion**

Vorlagen: 2555.1 - 15024 (Interpellationstext); 2555.2 - 15093 (Antwort des Regierungsrats).

**Markus Hürlimann** spricht für die Interpellanten. Der letztjährige Sommer ist nicht nur wegen des wunderbaren Wetters in Erinnerung geblieben, sondern auch wegen eines gewaltigen Flüchtlingsstroms, der unvermittelt über Europa hereingebrochen ist. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz spielten sämtliche Medien das gleiche Lied. Man sah Familien, Frauen und Kinder, und man suggerierte, sie alle seien auf der Flucht aus Kriegsgebieten, vor allem auf der Flucht vor der Terrormiliz IS. Die Asyl-Euphorie hatte im Spätsommer 2015 zuweilen bedenkliche Ausmasse angenommen. Mit wenigen Fragen bzw. Antworten wollten die Interpellanten die Diskussion versachlichen und aufzeigen, wer denn wirklich in die Schweiz kommt, für wen neue Asylunterkünfte gebaut werden müssen und wer vielleicht noch lange Zeit im Kanton Zug leben wird. Wer nun erwartet hätte, es würde uns eine kurze Liste mit Menschen aus Kriegs- und Konfliktgebieten präsentiert, der hat sich getäuscht. Von Januar bis August 2015 sind Asylbewerber aus 30 Nationen eingetroffen. 231 Personen sind illegal und ohne gültige Reisepapiere in den Schengen-Raum gereist, sofern sie nicht wegen Geburt, Familienzusammenführung oder im Rahmen von humanitären Aktionen kontrolliert in die Schweiz geholt worden sind. 104 Personen bzw. 45 Prozent der zugewiesenen Asylbewerber stammen aus Eritrea, und erst an dritter Stelle mit nur gerade 17 Personen bzw. 7 Prozent der zugeteilten Personen sind Menschen aus Syrien zu finden, also noch weniger als solche aus Sri Lanka. Von einer Flucht aus Kriegs- oder Konfliktgebieten kann da nicht gesprochen werden, und es zeigt sich jetzt, dass die Medien ein völlig falsches Bild vermittelt haben.
Die gleiche Situation zeigt sich bei den anerkannten Flüchtlingen, die überwiegend aus Eritrea stammen. Weshalb aus Eritrea, kann man sich fragen. Nach einem Urteil aus dem Jahr 2006 der damaligen Asylrekurskommission wurde eine grosse Anzahl Wehrdienstverweigerer aus Eritrea als Flüchtlinge anerkannt. Um die in der Folge massiv ansteigende Anzahl Asylgesuche von Eritreern einzudämmen, wurde am 9. Juni 2013 per Volksabstimmung das Asylgesetz verschärft. In Art. 3 Abs. 3 des Asylgesetzes wurde extra eingefügt, dass Wehrdienstverweigerer keine Flüchtlinge sind. Da hat man die Rechnung aber ohne die Asyl-Richter gemacht. Das Bundesverwaltungsgericht liess dies nämlich nicht zu und kam in einem Urteil vom Februar 2015 zum Schluss, dass eine drohende Strafe wegen Wehrdienstverweigerung und Desertion grundsätzlich nicht als asylrechtlich relevante Verfolgung zu qualifizieren sei, sofern sie der Sicherstellung der Wehrpflicht diene. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz liege aber vor, wenn eine wegen Missachtung der Dienstpflicht drohende Strafe diskriminierend höher ausfalle oder derart unverhältnismässig hoch sei, dass auf ein flüchtlingsrechtlich relevantes Verfolgungsmotiv geschlossen werden müsse. Das würde aber bedeuten, dass fast ausnahmslos alle

Asylbewerber aus Eritrea nicht nur einfache Wehrdienstverweigerer sind, sondern Regimegegner, Oppositionelle oder Menschen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Anschauungen an Leib und Leben gefährdet sind. Schaut man sich die Eritreer in den öffentlichen Verkehrsmitteln, den Einkaufszentren oder in der Stadt an und vor allem die sehr hohe Anzahl von anerkannten Flüchtlingen, kann man sich das nur schlecht vorstellen.
Doch wie prüfen die Bundesbehörden die Angaben zum Fluchtgrund eines Asylbewerbers, der ohne gültige Ausweisdokumente in die Schweiz reist und von dem sie nicht einmal wissen, ob seine Identität stimmt? Ein Blick auf das auf der Homepage des Staatssekretariats für Migration (SEM) öffentlich zugängliche «Handbuch Asyl und Rückkehr», das als Arbeitsanweisung für die Asylentscheider zu verstehen ist, macht einiges klar. Dort schreibt das SEM als Zusammenfassung, wie der Nachweis der Flüchtlingseigenschaft zu erbringen sei, Folgendes: «Asylsuchende Personen begehren Schutz vor Verfolgung im Heimat- oder Herkunftsstaat. Für ihre Gefährdung können sie aber selten Beweismittel vorlegen, weil die Ereignisse nicht dokumentiert sind oder weil es ihnen nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, Beweismittel zu beschaffen. Das Asylgesetz berücksichtigt diese Schwierigkeiten und verlangt von einer asylsuchenden Person, dass sie ihre Verfolgung zumindest glaubhaft macht. Bei der Beurteilung der Glaubhaftmachung geht es um eine Gesamtbeurteilung aller Elemente, die für oder gegen die asylsuchende Person sprechen. Für die Prüfung der Glaubhaftigkeit sind die Behörden im Wesentlichen auf die Aussagen der asylsuchenden Person angewiesen.
Gemäss Rechtsprechung ist die ‹wahrheitsgemässe Schilderung einer tatsächlichen Verfolgung gekennzeichnet durch Korrektheit, Originalität, hinreichende Präzision und innere Übereinstimmung›. Bei der Beurteilung der Glaubhaftigkeit eines Vorbringens ist den Faktoren, die erschwerend wirken können, Rechnung zu tragen, wie zum Beispiel dem soziokulturellen Hintergrund einer Person.»
Oder auf gut Deutsch: Mit einer gut vorgetragenen Geschichte wird man als Flüchtling anerkannt, auch wenn es dafür keinerlei Beweise gibt. Da muss man sich nicht wundern, wenn diese Asylpraxis zu völlig übertriebenen Anerkennungsquoten führt. Während der Jugoslawien-Kriege in den Jahren 1991 bis 1999 wurde ungefähr jeder zwanzigste Asylbewerber als Flüchtling anerkannt. Die Anerkennungsquote lag also bei rund 5 Prozent. 2004 betrug die Anerkennungsquote in der Schweiz noch 8,6 Prozent. Inzwischen ist sie bereits auf über 25 Prozent angestiegen. Jeder vierte Asylbewerber wird demnach inzwischen als Flüchtling anerkannt. Doch das ist noch nicht alles. Wer nicht als Flüchtling anerkannt wird, kann auf eine vorläufige Aufnahme hoffen, die ebenfalls eine lebenslange Anwesenheit in der Schweiz garantiert. Das heisst, dass der abgelehnte Asylbewerber zwar keine glaubwürdige Geschichte präsentieren konnte, aber die Schweizer Behörden dennoch davon ausgehen, dass er in seinem Heimatland gefährdet sein könnte, weshalb er die Schweiz ebenfalls nicht verlassen muss.
Von den im Zeitraum Januar bis August 2015 erfolgten Asylentscheiden haben zwei Drittel bzw. 167 der dem Kanton Zug zugeteilten Personen ein dauerndes Bleiberecht erhalten, als Flüchtlinge oder als vorläufig Aufgenommene. Von den restlichen Personen tauchen erfahrungsgemäss viele unter, reisen wenige freiwillig aus, werden einige ausgeschafft, und wieder andere bleiben als Nothilfebezüger ebenfalls im Kanton Zug, weil man sie nicht ausschaffen kann. Dass so viele Asylbewerber in unserem Land bleiben können, ist unhaltbar und ein Missstand im Asylwesen, den man dringend beheben sollte. Diesen Missstand, kann die SVP nicht allein beheben. Es wäre wünschenswert, wenn die anderen bürgerlichen Parteien das Schweizer Asylwesen und seine unerwünschten Auswüchse auch kritischer hinterfragen würden, auch im Kanton Zug.

Auf den ersten Blick könnte man den Interpellanten vorwerfen, das Asylwesen sei eine Bundesangelegenheit, und der Verfasser der Interpellationsantwort schreibt auch bereits im ersten Satz, dass die Fragen vorwiegend den Zuständigkeitsbereich des SEM betreffen, da dieses für die Prüfung der Asylgesuche und für das Asylverfahren zuständig sei. Das mag administrativ so sein. Doch wo halten sich diese Personen in den Monaten und Jahren auf, in denen sie im Asylprozess sind? Und wo danach? Im Kanton Zug und nicht in Bern. Sie beschäftigen kantonale Ämter, die Polizei, die Justiz, die Schulen, die Sozialämter usw. Die Interpellation bzw. die Interpellationsantwort sollte zumindest den Entscheidungsträgern im Kanton Zug vor Augen führen, wer überhaupt in den Kanton kommt und weshalb es genau diese Menschen sind. Damit soll klar werden, für wen man in Baar mitten im Dorf an bester Lage eine Asylunterkunft bauen, Begleitgruppen organisieren und sich mit ihnen solidarisieren will – und wer inskünftig vermutlich die Sozialabteilungen der Gemeinden übermässig belasten wird. Denn schliesslich bezahlt der Bund für einen anerkannten Flüchtling nur gerade fünf Jahre lang, für einen vorläufig aufgenommen sieben Jahre. Danach fallen die Kosten zuerst beim Kanton und später bei den Gemeinden an. Bei einer Erwerbsquote der im Kanton Zug lebenden anerkannten Flüchtlinge aus Eritrea von gerade einmal 30 Prozent sind das nicht allzu rosige Aussichten. Ein anerkannter Flüchtling aus Eritrea kostet die Sozialhilfe bis zum Eintritt ins Rentenalter rund eine Million Franken. Das rechnete Felix Wolffers, Co-Präsident der SKOS und Leiter des Sozialamts der Stadt Bern, kürzlich in einer Fernsehsendung vor. Auch Rudolf Strahm, alt Nationalrat der SP, warnte vor wenigen Wochen in der Presse vor der steigenden Anzahl Flüchtlinge in der Sozialhilfe und sprach von einer tickenden Zeitbombe. Er sagte weiter, dass die Sozialhilfekosten wegen der Asylpersonen jetzt schon jedes Jahr durchschnittlich 4 bis 6 Prozent steigen würden und er sich gerade als Linker deswegen Sorgen mache. Denn wenn es so weitergehe, werde es einen massiven Druck für Sozialhilfekürzungen geben. «Vorsorgen heisst: jetzt handeln», sagte er, und er hat damit vollkommen Recht.
Die gegenwärtige Situation macht der SVP grosse Sorgen, vor allem in Hinblick auf die kommenden Jahre. Bereits jetzt spürt man einen grossen Unmut in der Bevölkerung. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger können es nicht akzeptieren, dass es sich eine immer grösser werdende Anzahl sogenannter Flüchtlinge in der Schweiz in der sozialen Hängematte gemütlich macht, während die «Büezer» jeden Tag für deren Unterhalt arbeiten gehen. Die Schweiz ist auf dem Asylmarkt zu attraktiv und vergibt den Asylstatus und die vorläufigen Aufnahmen zu leichtfertig. Man vollzieht die Wegweisungen zu wenig konsequent, und es muss dringend gehandelt werden, damit dieses Asylwesen, dass den Bund inzwischen schon 1,3 Milliarden Franken pro Jahr kostet, seinen ursprünglichen Zweck nicht vollends aus den Augen verliert. Es wäre wünschenswert, dass der Regierungsrat solche Missstände von sich aus aufdeckt und zur Sprache bringt und wie beispielsweise die Kantone Luzern und Obwalden eine öffentliche Diskussion anregt, damit die schwerwiegenden Probleme im Asylwesen endlich angegangen werden.

**Beat Unternährer,** Sprecher der FDP-Fraktion, dankt der Regierung für die aussagekräftige Beantwortung der Interpellation. Es ist zu begrüssen, wenn die Flüchtlingsdiskussion versachlicht wird. Es gibt andere Parlamente, in denen bei dieser Diskussion die Emotionen allzu stark hochkommen. Moralisierung und Populismus sind fehl am Platz, geht es doch bei der gegenwärtigen Krise um enorme Herausforderungen, beispielweise bezüglich Finanzierung und Integration.

Es ist zweckmässig, dass sich die Interpellanten bei ihren Fragen auf quantitative Aspekte für den Kanton Zug fokussieren. Politische Lösungen müssen auf nationaler Ebene erarbeitet werden.
In Zusammenhang mit den Angaben über die Herkunft der Flüchtlinge sei auf die Definition des Flüchtlingsbegriffs im Schweizerischen Asylgesetz unter Art. 3 verwiesen. Die Antwort zur Frage 1 der Interpellation zeigt, dass zwischen dem 1. Januar und dem 31. August 2015 dem Kanton Zug 231 Asylsuchende zugewiesen worden sind. Davon stammen 104 Personen aus Eritrea. Mit weitem Abstand folgen Sri Lanka, Syrien, Afghanistan, Somalia, Nigeria, Gambia und China. Im Sinne einer Versachlichung der Diskussion ist es legitim, die Frage zu stellen, ob alle Asylsuchenden dem Flüchtlingsbegriff des Asylgesetzes entsprechen. Im Sinne der Humanität ist es zentral, dass die Anstrengungen auf die wirklich Verfolgten fokussiert werden. Diesen ist eine sichere und gute Umgebung zu bieten. Vielleicht lässt sich ja das Asylproblem mit einer Versachlichung der Diskussion über die Zeit hinweg wirklich entschärfen.

**Rupan Sivaganesan** spricht für die SP-Fraktion. Die Interpellanten monieren das Fehlen von Sachlichkeit, Sachverstand und Realitätsnähe in der öffentlichen politischen Diskussion über Flüchtlinge. Mit dem von ihnen eingereichten Vorstoss möchten sie Klarheit schaffen und beabsichtigen, die gegenwärtigen Fakten in der aktuellen Flüchtlingskrise in Bezug auf die Schweiz zu verdeutlichen. Nach dem Votum von Markus Hürlimann ist einiges verdeutlicht worden. Doch begreifbar wurde das Thema der Flüchtlingskrise nicht und wird es auch nach den Worten des Votanten nicht sein. Das Phänomen ist zu komplex.
In den Medien wird tagtäglich über eine unvorstellbar grosse Zahl von Menschen berichtet, die sich auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung oder unzumutbaren Lebensumständen in ihren Heimatländern befinden. Gemäss aktuellen Zahlen der UNO befanden sich im ersten Halbjahr 2015 mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Es handelt sich dabei um Personen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea usw., die momentan bedauerlicherweise Statistiken anführen, weil in ihren Heimatländern Krieg herrscht oder autoritäre Regimes an der Macht sind. Kein zentraleuropäisches, wirtschaftlich besser gestelltes Land zählt zu den Nationen, die am meisten Flüchtlinge aufnehmen. Vielmehr sind dies Länder wie die Türkei, Pakistan, Libanon, der Iran oder Jordanien. Im Libanon z. B. sind innert kürzester Zeit zur Bevölkerung von 4,3 Millionen über eine Million syrische Flüchtlinge hinzugekommen. Jordanien mit 6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner hat 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, die Türkei mehr als 2 Millionen. In ganz Europa hingegen wurden bisher ca. 250’000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, vornehmlich in Deutschland und in Schweden. Europäische Länder fordern zurzeit Obergrenzen, und auch Bundesrat Johann Schneider-Ammann liess Ende Januar verlauten, die Schweiz sei bei der Aufnahme von Asylsuchenden an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen. Jedoch haben insgesamt gerade mal 35’000 Menschen, die nach einer gefährlichen Reise und auf zwangsläufig meist illegalen Wegen in der Schweiz angekommen sind, einen Asylantrag gestellt. Auch diese Zahlen sind Realität.
Gemäss UNO ertrinken seit September 2015 durchschnittlich zwei Kinder im Mittelmeer. Mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit werden es noch mehr sein. Es wird denjenigen in die Hände gespielt, die aus dem Elend und der Verzweiflung von Flüchtlingen Profit schlagen, etwa international agierende Schlepperbanden. Das menschenverachtende Handwerk der Schlepper muss beendet werden. Es sind die Schlepperbanden, die bekämpft werden müssen, und nicht die Menschen, die in der Hoffnung auf eine friedliche Zukunft unterwegs sind. In der gegenwärtigen Situation gibt es keine Möglichkeit, die Flüchtlinge auf legalem Weg nach Europa

einreisen zu lassen. Leider hat die Schweiz 2013 als letztes Land in Europa den legalen Weg mittels Botschaftsasyl abgeschafft.

**Karl Nussbaumer** hat es ein bisschen *den Deckel gelüpft*. Er ist auch dafür, in der Schweiz Asylbewerber aufzunehmen, welche die Gesetze achten und die Gastfreundschaft respektieren. Doch was man momentan erlebt, ist etwas anderes. Die Gastfreundschaft wird missachtet, wenn in Bauernhäusern eingebrochen, Ware entwendet, ein nicht abgeschlossenes Auto oder eine Kamera gestohlen wird. Solche Leute sind nicht als Flüchtlinge zu bezeichnen. An Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen ist zu helfen, aber die Personen, die sich jetzt in der Schweiz befinden und für ihre Reise 10'000 Euro bezahlen konnten, sind keine Flüchtlinge. Der Votant kann es Rupan Sivaganesan schwarz auf weiss beweisen, dass eine Frau, die in die Schweiz flüchtete, diese 10'000 Euro bezahlen hat. Es gilt, endlich die Augen zu öffnen. Man muss die richtigen Flüchtlinge aufnehmen und nicht diejenigen, welche die Gesetze in der Schweiz missachten.

**Zari Dzaferi** hält fest, dass die Ratsmitglieder stets gerne vom Sparen sprechen und sich als die grossen Sparer hervortun. Doch in seinen jungen Jahren als Parlamentarier erlebt er immer wieder, dass im Rat nationale Themen diskutiert werden. Das Asylwesen ist ein nationales Thema, und der Kanton Zug hat nationale Vertreter, die sich damit auseinandersetzen. Es ist gut und recht, dass sich der Rat damit beschäftigt und jeder eine Geschichte erzählt, die er im Alltag erlebt hat. Aber schlussendlich kostet das den Rat nur Zeit, und es bringt nichts.
Zu Karl Nussbaumer, der den Fall von Menzingen aufrollte: Idioten gibt es überall auf der Welt – unter den Fussballern, unter den Politikern und auch unter den Asylbewerbern. Das ist einfach so und wird immer so sein. Doch wegen einiger Idioten kann nicht eine ganze Gruppe unter Generalverdacht gestellt werden. Das Thema sollte nicht im Rat aufgebläht werden, der nicht direkt für das Asylwesen zuständig ist. Im Rahmen einer nächsten nationalen Kandidatur könnten solche Themen durchaus platziert werden. Ebenso könnte Nationalrat Thomas Aeschi das Votum von Markus Hürlimann ein zu eins in Bern halten, wo es auch hingehört.

**Philip C. Brunner** ist der Meinung, dass Zari Dzaferi verstanden hätte, um was es geht, wenn er Markus Hürlimann zugehört hätte: Es dauert zwischen fünf und sieben Jahren, und dann müssen die Gemeinden und der Kanton die Kosten für Asylbewerber übernehmen. Folglich ist es sehr wohl ein zugerisches Problem, das aufgegriffen wird. Markus Hürlimann ist zu gratulieren für die Art und Weise, wie er das auf den Punkt gebracht hat. Der Rat wird sich damit beschäftigen müssen. In anderen Kanton, in denen man sich bereits seit längerem mit dem Asylthema auseinandersetzt, mussten einzelne Gemeinden bereits die Steuern erhöhen, damit sie die zusätzlichen Belastungen, insbesondere die Sozialkosten, tragen können. Es ist zu kurz gegriffen, das Asylwesen als ein rein nationales Thema zu bezeichnen. Es gilt, über die Nasenspitze hinauszudenken.

**Andreas Lustenberger** äussert sich zur tiefen Erwerbstätigkeit bei den Flüchtlingen. Es ist eine Herausforderung, dass die Erwerbsquote auch bei anerkannten Flüchtlingen sehr tief ist. Aufgrund einer Sitzung bei der Volkswirtschaftsdirektion ist dem Votanten bekannt, dass es einen Ansatz gibt, um die Flüchtlinge schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei wird auch mit dem Bauernverband zusammengearbeitet. Der Votant bittet den Volkswirtschaftsdirektor oder die Direktion des Innern, aufzuzeigen, was geplant ist, um die Erwerbsquote zu erhöhen und damit dem erwähnten Anstieg der Sozialkosten entgegenzuwirken.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bestätigt, dass Asylpolitik eine Sache des Bundes ist. Markus Hürlimann hat die Thematik umfassend dargelegt. Was das Vorgehen in Luzern und Obwalden betrifft, so gilt es zu berücksichtigen, dass es kantonale Unterschiede in der Rhetorik gibt. Zug ist nicht ein Kanton, der an die Öffentlichkeit geht, vielmehr werden die Fragen direkt Bundesrätin Sommaruga oder Mario Gattiker, dem Direktor des SEM, gestellt. Zu diesem Zweck wurde Mario Gattiker vor einiger Zeit zu einer Sitzung nach Zug eingeladen. Als Vertreter der Zuger Regierung hat der Sicherheitsdirektor zudem in der Zentralschweizer Regierungskonferenz vorgeschlagen, eine konsolidierte Fragestellung durchzuführen, damit Mario Gattiker an der nächsten Plenarversammlung Red und Antwort stehen kann.
Der Kanton Zug ist ständig mit dem SEM in Kontakt, auch wenn das Asylwesen Bundespolitik ist. Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Asylgesetzes hat Zug ebenfalls seine Ideen. Man forderte, dass die Flüchtlinge schneller beurteilt und weniger schnell in die Kantone verteilt werden.
Die Unterstellung, dass sich die Zuger Verwaltung zu wenig um die Rückweisungen kümmert, weist der Volkswirtschaftsdirektor entschieden zurück. Als Beispiel zu Frage 5: Vom 1. Januar bis Ende August 2015 waren 37 Dublin-Fälle zu verzeichnen, 34 Fälle ausserhalb des Dublin-Verfahrens und 13 freiwillige Rückweisungen. Insgesamt konnten also 84 Personen zurückgeschafft werden. Der Kanton Zug weist hier gute Zahlen auf. Für diesen grossen Einsatz ist den zuständigen Personen in der Verwaltung und der Polizei ein Kränzchen zu winden. Es sind nicht immer einfache Aufgaben, die wahrgenommen werden müssen. Das grosse Problem ist, dass Rückschaffungen oftmals wegen fehlender staatlicher Kooperationen nicht vorgenommen werden können. Auch diesbezüglich ist der Kanton Zug immer wieder beim Bund vorstellig geworden.
Zum Vorfall, den Karl Nussbaumer erwähnt hat: Es ist natürlich nicht gut, was auf dem Gubel passiert ist. Doch es sind heute weniger kriminelle Vorfälle zu verzeichnen als noch vor einigen Jahren. Das hat damit zu tun, dass früher mehr sogenannte NAE-Personen in Zug waren, die nichts zu verlieren hatten. Sie konnten nicht ausgeschafft werden, befanden sich ständig in der Überlebenskriminalität und pendelten sozusagen zwischen Strafanstalt und Asylunterkunft. Heute gibt es vermehrt Flüchtlinge mit dem Status «vorläufig aufgenommen». Diese dürfen arbeiten, sie können aber aus den erwähnten Gründen nicht zurückgewiesen werden. Nach einigen Jahren könnten sie allenfalls ein Härtefallgesuch stellen. Sind sie delinquent geworden, vermindert das ihre Chancen, dass ihrem Gesuch entsprochen wird. Das ist sicherlich ein Grund für die geringere Anzahl krimineller Vorfälle.
Die Probleme im Bereich des Asylwesens können sich in nächster Zeit verschärfen, wenn beispielsweise der Brenner gesperrt wird, wenn Österreich oder Frankreich ihre Grenzen schliessen. Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat dem Gesamtbundesrat ein Schreiben zugestellt und sich danach erkundigt, was der Bundesrat in Sachen Notrecht, Steuerung der Zuwanderung usw. zu tun gedenkt und wie es sich mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verhält. Zu diesen Fragen wird nun eine Antwort erwartet

**Manuela Weichelt,** Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass bei den Sozialhilfeausgaben einiges nicht korrekt dargestellt wurde. In Zug bezahlt der Kanton die Sozialhilfe für die Asylsuchenden und nicht die Gemeinden. Die Gemeinden müssen erst dann Kosten übernehmen, wenn die Personen eine C-Niederlassung haben. Diese C-Niederlassung wird aber nicht erteilt, wenn jemand Sozialhilfebezüger ist oder z. B. kein Deutsch spricht.

Auch bezüglich Integration und Erwerbstätigkeit wurde einiges nicht korrekt aufgezeigt. Die Zahlen von Markus Hürlimann zur Erwerbstätigkeit im Kanton Zug stimmen nicht. Zug ist je nach Kategorie schweizweit an zweitbester oder an viertbester Stelle, was die Integration und die Erwerbstätigkeit betrifft. Zudem kann Zug einen sehr grossen Anteil an jungen Personen in der Lehre verzeichnen. Der Kanton schneidet sehr gut ab. Das ist auch das Resultat von jahrelangen Integrationsbemühungen der Volkswirtschaftsdirektion, der Sicherheitsdirektion und der Direktion des Innern, die es auch einmal zu würdigen gilt. Aktuell überarbeiten die betroffenen Direktionen das Integrationskonzept für den Bereich Asyl. Dazu ist man auch in Gesprächen mit den Bauern, mit dem Gastgewerbe etc.

**Markus Hürlimann** möchte es nicht auf sich sitzen lassen, er hätte falsche Zahlen geliefert und Unwahrheiten erzählt. Die Direktorin des Innern hatte gesagt, es stimme nicht was er gesagt habe und die Kosten würden nicht sofort bei der Gemeinde anfallen, sondern erst später. Der Votant hat wörtlich gesagt: «Denn schliesslich zahlt der Bund für einen Flüchtling nur fünf Jahre lang, für einen vorläufig aufgenommenen sieben, danach fallen die Kosten zuerst beim Kanton und danach bei den Gemeinden an.» Genau das passiert: Zuerst bezahlt der Kanton, und mit Erteilung der Niederlassungsbewilligung sind die Gemeinden zuständig. Folglich waren das keine falschen Aussagen.

**Manuela Weichelt,** Direktorin des Innern, stellt klar, dass die Gemeinden nichts zu bezahlen haben. Sozialhilfebezügern wird keine C-Niederlassung erteilt, und die Gemeinden müssen erst dann Kosten übernehmen, wenn eine C-Niederlassung vorliegt. Die Sozialhilfe für die Asylsuchenden wird in Zug vom Kanton bezahlt.

**Markus Hürlimann** sieht das nicht so. Zur Erwerbsquote bei den Eritreern: Auf Bundesebene ist diese ist mit ca. 23 Prozent viel tiefer als im Kanton Zug, wo sie aktuell bei 30 Prozent liegt. Der Votant hat die Zuger Zahlen sauber recherchiert, da er wusste, man würde ihm unterstellen, mit falschen Zahlen zu jonglieren.
Zur Aussage des Sicherheitsdirektors, man würde dem Kanton unterstellen, nicht alles richtig zu vollzuziehen: In seinem Bericht hat der Regierungsrat vieles beantwortet, das man gar nicht wissen wollte. Der Votant weiss, dass der Vollzug durch den Kanton korrekt abläuft, und er weiss auch, wie die Verwaltung Interpellationen beantwortet. Schliesslich war er während elf Jahren Leiter der Abteilung Rückführung beim Amt für Migration und verantwortlich für den Wegweisungsvollzug. Dabei hat er auch einige Jahre für den Sicherheitsdirektor gearbeitet.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

Aus Zeitgründen kann das weitere Traktandum nicht behandelt werden.

## 440 Nächste Sitzung

Donnerstag, 12. Mai 2016 (Halbtagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

33. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 12. Mai 2016
Zeit: 08.30 – 12.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 14. April 2016
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Philip C. Brunner und Jürg Messmer betreffend Sanierungstunnel Sihlbrugg–Horgen Oberdorf

3.2. Motion von Cornelia Stocker und Daniel Abt betreffend verfahrenstechnische Gleichstellung von Interpellationen mit Motionen und Postulaten

3.3. Motion der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Abschaffung der Briefkastenfirmen

3.4. Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend wie weiter mit der Eisenbahn am Zugersee Ost

3.5. Interpellation der Justizprüfungskommission betreffend Vollzug von Art. 64a Krankenversicherungsgesetz (KVG, Nichtbezahlung von Prämien und Kostenbeteiligungen im Kanton Zug)

3.6. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Lieferkettenverantwortung durch in Zug ansässige Rohstoffunternehmen und deren Tochtergesellschaften wie etwa die BASF Metals GmbH

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum von Junge Alternative Zug und JUSO JungsozialistInnen

4.2. Kantonsratsbeschluss über den Beitritt zum Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die psychiatrische Versorgung (Psychiatriekonkordat) vom 17. März 2016

4.3. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)

5. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG; BGS 122.5) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung: 2. Lesung
6. Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung
7. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug
8. Geschäfte, die am 3. Mai 2016 nicht behandelt werden konnten

**441 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Cornelia Stocker, Zug; Andreas Meier, Oberägeri; Daniel Abt, Baar; Monika Weber, Steinhausen; Florian Weber, Walchwil.

**442 Mitteilungen**

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Am Nachmittag gehen die Fraktionen auf ihre traditionellen Fraktionsausflüge.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel wird die Sitzung um 11 Uhr verlassen. Er empfängt die Botschafterin der Niederlande.

Heute gilt jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

TRAKTANDUM 1

**443 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste stillschweigend.

TRAKTANDUM 2

**444 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 14. April 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 14. April 2016 stillschweigend und ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**445** Traktandum 3.1: **Motion von Philip C. Brunner und Jürg Messmer betreffend Sanierungstunnel Sihlbrugg–Horgen Oberdorf**
Vorlage: 2609.1 - 15146 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**446** Traktandum 3.2: **Motion von Cornelia Stocker und Daniel Abt betreffend verfahrenstechnische Gleichstellung von Interpellationen mit Motionen und Postulaten**
Vorlage: 2610.1 - 15147 (Motionstext).

**Barbara Gysel** stellt im Namen der SP-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Es gibt dafür drei Gründe:
• Mehr Pragmatik: Die Motionärinnen und Mitunterzeichnerinnen – Männer sind mitgemeint – kratzen an den demokratischen Grundrechten, anstatt nach pragmati-

schen Lösungen zu suchen. Bevor man institutionelle Rahmenbedingungen ändert, kann man sich gegenseitig im konkreten Fall und in sozialer Interaktion auf Fälle aufmerksam machen, die einem fragwürdig dünken.
• Deutungshoheit: Wer definiert, was frag-würdig ist? In unbestrittenen Fällen dürfte aus Sicht der SP auch das Kantonsratspräsidium mit den betreffenden Personen das Gespräch suchen. In weniger eindeutigen Fällen liegt die Gefahr von *Powerplay* der politischen Mehrheit gegenüber politischen Minderheiten nahe. Das wäre reichlich ademokratisch.
• Balanceakt zwischen Vorbereitung und Veröffentlichung: Die Motion ist in sich widersprüchlich begründet. Die Motionärinnen und Mitunterzeichnerinnen empfehlen die Selbstrecherche oder das vorgängige Fragen bei der Verwaltung oder der Regierung. Diese Strategie kann kurzsichtig sein, wie die Stadt Zug zeigt. Konkret erhielten die städtischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier eben erst eine Aufforderung, die aufhorchen lässt: Die Präsidentin des GGR mahnte vorgestern am Ende der Ratsdebatte, dass sich die GGR-Mitglieder nicht mehr direkt an die Verwaltung wenden, sondern ihr Anliegen zuerst dem Stadtschreiber schildern sollen. Offenbar bilanzierte die städtische Verwaltung den Aufwand zum Bearbeiten aller Selbstrecherchen und vorgängiger Anfragen als zu hoch ein.
Was lernt man daraus? Es ist ein Aufruf an alle Ratsmitglieder, ihre Rolle verantwortungsbewusst wahrzunehmen und Fraktions- oder Ratskollegen in konkreten Fällen auch direkt anzusprechen. Die institutionellen Hürden aber sollen nicht erhöht werden – der Demokratie zuliebe.

**Jürg Messmer** hält fest, dass die vorliegende Motion auf eine Beschneidung der demokratischen Rechte des Rats abzielt. Ratsmitglieder sollen aber auch weiterhin selber entscheiden können, ob sie den Regierungsrat zur Beantwortung von Fragen im Ratsplenum auffordern wollen – und eben nicht im stillen Kämmerlein wie mit einer Kleinen Anfrage. Es überrascht den Votanten auch, wer diesen Vorstoss eingereicht hat: Es ist ein langjähriges GGR-Mitglied. Und unter den Mitunterzeichnern befindet sich sogar ein ehemaliger Stadtrat. Und trotzdem steht in der Begründung als letzter Satz: «Im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug bewährt sich dieses Prozedere seit Jahren.» Als ehemaliger GGR-Präsident weiss der Votant: Das ist grundfalsch. Die Behandlung von Interpellationen ist in § 23 GSO geregelt. Dort ist festgelegt, dass Interpellationen zur Kenntnis gebracht werden, und weiter: «Falls die Interpellantin keine schriftliche Antwort verlangt, ist sie [= die Interpellation] nach Wunsch des Stadtrates sofort oder in der folgenden ordentlichen Sitzung zu beantworten. Verlangt die Interpellantin schriftliche Beantwortung, so hat diese innert drei Monaten nach Einreichung bei der Stadtkanzlei zu erfolgen.» Es gibt auch in der Stadt Zug keine Variante, eine Interpellation abzulehnen.
Der Rat soll nicht päpstlicher sein als der Papst und sich sein demokratisches Recht, jederzeit eine Interpellation einreichen zu können, nicht nehmen lassen. Die SVP-Fraktion stellt deshalb ebenfalls den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen.

**Daniel Stadlin:** Interpellationen sind ein wichtiges Oberaufsichtsrecht des Kantonsrats, um die Tätigkeit von Verwaltung, Regierungsrat und Gerichten öffentlich zu hinterfragen. Gerade weil dies öffentlich geschieht, hat es als Kontrollinstrument einen sehr hohen Stellenwert. Dieses den Volksvertreter zustehende Recht mit dem Argument einschränken zu wollen, der Kantonsrat soll im Zusammenhang mit den laufenden Sparmassnahmen von Regierung und Verwaltung ebenfalls seinen Beitrag leisten, greift zu kurz. Denn diesem demokratischen Instrument die Zähne ziehen zu wollen, nur um zu sparen, ist keine gute Idee – auch wenn die Kritik der Motionäre, mit der heute geltenden Regelung hätte der Kantonsrat keine Möglich-

keit, zu verhindern, dass Interpellationen unnötig zur politischen oder persönlichen Profilierung und Themenbewirtschaftung verwendet werden, nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Trotzdem ist diese Argumentationslinie gefährlich und letztlich auch etwas vermessen. Denn wer definiert, wann ein Vorstoss der persönlichen Profilierung und Themenbewirtschaftung dient und wann nicht?
Sparen ja, aber nicht zulasten demokratischer Rechte. Der Votant stellt ebenfalls den **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion und bittet, diesen zu unterstützen.

**Karen Umbach** spricht im Namen der heute abwesenden Motionäre – und staunt eigentlich, dass überhaupt eine Debatte zu diesem Thema geführt wird. Zusammengefasst verlangen die Motionäre, dass die Geschäftsordnung so angepasst wird, dass Interpellationen die gleichen Kriterien erfüllen müssen wie eine Motion oder ein Postulat. Das hat nichts mit Demokratieabbau zu tun. Die Demokratie funktioniert weiterhin, und auch die Möglichkeit für eine Kleine Anfrage ist nach wie vor gegeben. Der Kanton Zug rühmt sich immer wieder seiner kurzen Wege in der Verwaltung. Verschiedene Interpellationen der jüngsten Vergangenheit hätten mit einem Telefonanruf an den entsprechenden Direktionsvorsteher oder an die Verwaltung unbürokratisch erledigt werden können. Einzig die politische Effekthascherei oder die mediale Aufmerksamkeit wären auf der Strecke geblieben.
Eine fundierte Interpellationsbeantwortung nimmt erhebliche Ressourcen der Verwaltung und der Regierung in Anspruch. Und alle wissen: Zeit ist Geld. Für Themen – und seien sie noch so spannend –, für welche die Regierung nicht die richtige Adressatin ist, dürfen nicht auf Kosten des Steuerzahlers deren Ressourcen belastet werden. Ein Beispiel ist die Interpellation zur Förderung von Respekt, welche in der letzten Sitzung behandelt wurde. Bei aller Liebe zum Thema: Der Kantonsrat ist nicht das Forum, um eine solche Frage zu behandeln. Die Antwort auf diese Interpellation umfasste vier Seiten, und auf Seite 3 gibt es eine spannende Antwort zur vierten Frage: «Für eine umfassende, breite Kampagne […] sieht der Regierungsrat keine Notwendigkeit; dies hat im Übrigen offenbar auch der Kantonsrat so aufgefasst, als er am 25. Juni 2015 das praktisch die gleichen Ziele verfolgende Postulat […] nicht an den Regierungsrat überwiesen hat.» Die jetzige Situation erlaubt es, dass solche Dinge geschehen, selbst wenn es der Kantonsrat nicht will. Und Sparprogramm hin oder her: Das lässt sich einfach nicht weiter verantworten. Und alle Mitglieder des GGR, wo die Votantin übrigens noch nie eine Interpellation erlebte, für die keine schriftliche Beantwortung verlangt wurde, können bestätigen: Der GGR praktiziert die von den Motionären vorgeschlagene Praxis ohne Probleme. Mit der beantragten Zweidrittelmehrheit ist die Hürde für eine Nichtüberweisung immer noch hoch. Man wird also weiterhin diskutieren und entscheiden können – einfach vorher.
Mit der Überweisung der Motion werden die Bemühungen unterstützt, einen effizienten Ratsbetrieb zu fördern, ohne dass die Demokratie auf der Strecke bleibt. Und letztendlich kann der Kantonsrat so auch seinen Beitrag zum Sparen leisten, weil Verwaltungsressourcen unbeansprucht bleiben. Statt Sitzungsgelder zu spenden, darf man sie durchaus auch einsparen. In diesem Sinn bittet die Votantin um die Überweisung der Motion.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Quorum für eine Nichtüberweisung zwei Drittel der Stimmenden beträgt.

➔ Der Rat beschliesst mit 26 Ja- und 44 Nein-Stimmen die Überweisung der Motion an das Büro des Kantonsrats (unter Mitberichten des Regierungsrats, des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts).

**447** Traktandum 3.3: **Motion der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Abschaffung der Briefkastenfirmen**
Vorlage: 2613.1 - 15151 (Motionstext).

**Silvan Renggli** stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** diese Motion nicht zu überweisen, dies aus zwei Gründen:
• Zurzeit wird in Bern die Unternehmenssteuerreform III beraten. Diese wichtige Reform auf Bundesebene berücksichtigt inhaltlich bereits die Anliegen der zur Debatte stehenden kantonalen Motion.
• Die Unternehmenssteuerreform III soll 2019 eingeführt werden. Dieser zeitliche Horizont wird auch für die Umsetzung dieser Motion notwendig sein.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Nichtüberweisung unterstützen wird.

**Andreas Lustenberger** erläutert als Sprecher der Motionärin, wieso die ALG diesen Vorstoss als sehr wichtig erachtet. In den vergangenen Tagen wurden alle Schweizer Adressen veröffentlicht, welche in den «Panama-Papers» enthalten sind. Es überrascht wenig, dass der Kanton Zug mit sehr vielen Adressen vertreten ist. Auf fünfzehn Personen gibt es in Zug eine Briefkastenfirma, auf die Schweiz hochgerechnet wären dies eine halbe Million.
Dass ein Nichtüberweisungsantrag gestellt wurde, überrascht die ALG nicht wirklich, aber es erstaunt sie doch immer wieder. Dem Motionstext kann man entnehmen, dass die Privilegierung von Verwaltungsgesellschaften im Kanton Zug nicht einfach gottgegeben war. Nein, bereits bei deren Einführung gab es kritische Stimmen, und zwar von der politisch rechten Seite. Persönlichkeiten aus FDP und CVP zeigten sich äusserst kritisch gegenüber diesen Gesellschaften. Und der Votant weist gerne auf ein kürzlich erschienenes Zitat hin, welches im Zusammenhang mit der kommenden Abstimmung über die Asylgesetzrevision steht: «Man kann das Asylproblem nicht lösen, solange es auf der Welt ein derartiges Wohlstandsgefälle gibt.» Dieses Zitat könnte beispielsweise von Jean Ziegler stammen, es sind aber die Worte des in diesem Jahr abgetretenen Präsidenten der FDP Schweiz, Philipp Müller. Die Erkenntnis, so sagt man, sei der erste Weg zu Besserung. Eine Verbesserung wäre es, wenn Gewinne und Vermögen dort versteuert werden, wo sie die Ressourcen und die Infrastruktur benutzen, wo sie Teil des Bildungswesens sind oder wo sie das Gesundheitswesen in Anspruch nehmen.
Die einzig legitime Briefkastenfirma ist jene Firma, die Briefkästen produziert. In diesem Sinn dankt der Votant für die Überweisung der Motion.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Quorum für eine Nichtüberweisung zwei Drittel der Stimmenden beträgt.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 52 zu 17 Stimmen ab.

**448** Traktandum 3.4: **Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend wie weiter mit der Eisenbahn am Zugersee Ost**
Vorlage: 2608.1 - 15144 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**449** Traktandum 3.5: **Interpellation der Justizprüfungskommission betreffend Vollzug von Art. 64a Krankenversicherungsgesetz (KVG, Nichtbezahlung von Prämien und Kostenbeteiligungen im Kanton Zug)**
Vorlage: 2612.1/1a - 15150 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**450** Traktandum 3.6: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Lieferkettenverantwortung durch in Zug ansässige Rohstoffunternehmen und deren Tochtergesellschaften wie etwa die BASF Metals GmbH**
Vorlage: 2614.1 - 15152 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**451** Traktandum 4.1: **Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum von Junge Alternative Zug und JUSO JungsozialistInnen**
Vorlagen: 2565.0 - 00000 (Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum: Wortlaut); 2565.1 - 15140 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Walter Birrer, Cham, SVP | Andreas Lustenberger, Baar, ALG |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Jürg Messmer, Zug, SVP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Richard Rüegg, Zug, CVP |
| Laura Dittli, Oberägeri, CVP | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Alois Gössi, Baar, SP | Daniel Stuber, Risch, FDP |
| Barbara Häseli, Baar, CVP | Karen Umbach, Zug, FDP |
| Rita Hofer, Hünenberg, ALG | Thomas Werner, Unterägeri, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**452** Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss über den Beitritt zum Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die psychiatrische Versorgung (Psychiatriekonkordat) vom 17. Marz 2016**
Vorlagen: 2607.1 - 15142 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2607.2/2a - 15143 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Konkordatskommission und die Gesundheitskommission.

**453** Traktandum 4.3: **Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)**
Vorlage: 2611.1 - 15148 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2611.2 - 15149 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Adrian Andermatt, Baar, FDP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Pirmin Andermatt, Baar, CVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Richard Rüegg, Zug, CVP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Rupan Sivaganesan, Zug, SP |
| Susanne Giger, Zug, ALG | Vroni Straub-Müller, Zug, ALG |
| Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP | Oliver Wandfluh, Baar, SVP |
| Alice Landtwing, Zug, FDP | Florian Weber, Walchwil, FDP |
| Jürg Messmer, Zug, SVP | Roger Wiederkehr, Risch, CVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**454** Traktandum 4.4: **Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU)**

Für die FDP-Fraktion soll anstelle von Daniel Thomas Burch neu Karen Umbach und für die SVP-Fraktion anstelle von Rainer Suter neu Walter Birrer in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**455** **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG; BGS 122.5) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung: 2. Lesung**
Vorlage: 2529.4 - 15108 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

**Barbara Gysel** stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** die Schlussabstimmung über diese Vorlage unter Namensaufruf durchzuführen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die Schlussabstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, mit 30 Ja-Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der folgenden Abstimmung unter Namensaufruf ein «Ja» die Zustimmung zu Vorlage, ein «Nein» deren Ablehnung bedeutet.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Nein |
| Brunner Philip C. | Nein |
| Camenisch Philippe | Ja |
| Christen Hans | Ja |
| Giger Susanne | Ja |
| Gysel Barbara | Nein |
| Landtwing Alice | Nein |
| Marti Daniel | Ja |
| Messmer Jürg | Nein |
| Raschle Urs | Ja |
| Rüegg Richard | Ja |
| Sivaganesan Rupan | Nein |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Ja |
| Stadlin Daniel | Ja |
| Stocker Cornelia | Abwesend |
| Straub-Müller Vroni | Ja |
| Thalmann Silvia | Ja |
| Umbach Karen | Ja |
| Vollenweider Willi | Ja |
| | |
| Dittli Laura | Ja |
| Iten Patrick | Ja |
| Letter Peter | Enthaltung |
| Meier Andreas | Abwesend |
| | |
| Hess Mariann | Ja |
| Hess-Brauer Iris | Ja |
| Ingold Gabriela | Ja |
| Iten Beat | Nein |
| Ryser Ralph | Nein |
| Werner Thomas | Nein |
| | |
| Barmet Monika | Ja |
| Etter Andreas | Ja |
| Nussbaumer Karl | Nein |
| | |
| Abt Daniel | Abwesend |
| Andermatt Adrian | Ja |
| Andermatt Pirmin | Ja |
| Dzaferi Zari | Nein |
| Frei Pirmin | Ja |
| Gössi Alois | Nein |
| Häseli Barbara | Ja |
| Hostettler Andreas | Ja |
| Hürlimann Markus | Nein |
| Imfeld Nicole | Nein |
| Lustenberger Andreas | Ja |
| Riboni Michael | Nein |
| Riedi Beni | Nein |

| | |
|---|---|
| Schmid Heini | Ja |
| Wandfluh Oliver | Nein |
| | |
| Baumgartner Hans | Ja |
| Birrer Walter | Nein |
| Bühler Olivia | Nein |
| Gander Thomas | Ja |
| Haas Esther | Ja |
| Mösch Jean-Luc | Ja |
| Renggli Silvan | Ja |
| Sieber Beat | Nein |
| Soltermann Claus | Nein |
| Suter Rainer | Nein |
| | |
| Bieri Anna | Ja |
| Helbling Karin | Ja |
| Hofer Rita | Ja |
| Schuler Hubert | Nein |
| Unternährer Beat | Ja |
| Villiger Thomas | Nein |
| | |
| Burch Daniel | Nein |
| Hausheer Andreas | Ja |
| Hürlimann Andreas | Ja |
| Meierhans Thomas | Ja |
| Odermatt Anastas | Ja |
| Weber Monika | Abwesend |
| | |
| Balmer Kurt | Ja |
| Burch Daniel Thomas | Ja |
| Roos Flavio | Nein |
| Schriber-Neiger Hanni | Ja |
| Stuber Daniel | Ja |
| Werder Matthias | Nein |
| Wiederkehr Roger | Ja |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Abwesend |
| | |
| Henseler Emanuel | Ja |
| Lötscher Thomas | Nein |

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 45 zu 28 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vorliegen.

**Barbara Gysel** stellt im Namen der SP-Fraktion den **Antrag,** die eben verabschiedete Vorlage dem Behördenreferendum gemäss § 74 Abs. 3 GO KR zu unterstellen. Alle machen mal Fehler. Im Protokoll der ersten Lesung im Kantonsrat am 25. Februar 2016 ist auf Seite 815 nachzulesen, dass ein Anspruch auf die Nieder-

lassung bestehe: «Gestützt auf einen bundesrechtlichen Rechtsanspruch erhalten Ausländerinnen und Ausländer, welche über eine Aufenthaltsbewilligung verfügen, nach fünf Jahren eine Niederlassungsbewilligung C.» Diese Aussage der Kommissionspräsidentin ist nicht korrekt: Nur in ganz bestimmten Fällen besteht nach fünf Jahren ein Anspruch auf die Niederlassung, beispielsweise wenn die Ehepartnerin Schweizerin ist. Ein genereller Anspruch auf die Niederlassung wurde vor über zehn Jahren zwar vom Bundesrat vorgeschlagen …

Der **Vorsitzende** unterbricht die Votantin und fordert sie auf, nur zum Behördenreferendum zu sprechen.

**Barbara Gysel** erklärt, dass sie verschiedene unkorrekte Aussagen, die im Vorfeld gemacht wurden, klären bzw. richtigstellen möchte. Die Sachlage ist nicht so trivial, sondern komplex.

Der **Vorsitzende** unterbricht erneut und hält fest, dass keine inhaltliche Diskussion geführt, sondern nur über das Behördenreferendum gesprochen wird.

Für **Barbara Gysel** gibt es nur jetzt die Möglichkeit zu erwähnen, dass gewisse Aussagen, die in der ersten Lesung gemacht wurden, nicht korrekt sind.

Der **Vorsitzende** besteht darauf, dass jetzt nur über den Antrag auf ein Behördenreferendum gesprochen werden kann.

**Barbara Gysel** hält fest, dass sie den Antrag auf ein Behördenreferendum gestellt hat. Dem Vorsitzenden steht das Recht zu, ihr das Wort zu entziehen. Sie wiederholt, dass verschiedentlich Falschaussagen zur Thematik gemacht wurden …

Der **Vorsitzende** unterbricht erneut und fordert die Votantin auf, das Rednerpult zu verlassen. *(Barbara Gysel kehrt zurück an ihren Platz im Saal.)*

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG den Antrag auf ein Behördenreferendum nicht unterstützt. Sie war von Anfang an und ist auch heute noch einstimmig gegen jegliche Sonderbehandlungen. In der ersten Lesung wurde § 8 als Ganzes gestrichen, Sonderbehandlungen sind damit auf kantonaler Ebene nicht mehr möglich. Damit verlagert sich die Frage auf die bundesrechtliche Ebene. Die ALG hat deshalb zwischen der ersten und der zweiten Lesung geprüft, was diesbezüglich laut Bundesrecht möglich bzw. nicht möglich ist. Die juristischen Abklärungen haben ergeben, dass eine Sonderbehandlung auch bundesrechtlich nicht möglich ist.
Fakt ist, dass § 8 in der ersten Lesung gestrichen und auf die zweite Lesung kein diesbezüglicher Antrag gestellt wurde. Damit ist eine Sonderbehandlung definitiv vom Tisch. Die ALG erwartet vom Regierungsrat, dass er das Kopfschütteln der Bevölkerung über den regierungsrätlichen Vorschlag und dessen Ablehnung durch den Kantonsrat respektiert und nicht durch irgendwelche Hintertüren torpediert. Die ALG wird die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer genau im Auge behalten und jegliche Ungleichbehandlung bekämpfen.

**Barbara Gysel** ist etwas verunsichert darüber, dass ihr das Wort entzogen wurde, unmittelbar danach aber dem Sprecher einer anderen Fraktion erlaubt wurde, ausführlicher zur Thematik zu sprechen. Sie teilt mit, dass die SP-Fraktion davon ausgeht, dass Sonderrechte im Rahmen des Ermessensspielraums der Behörden nach wie vor möglich sind. Rechtlich ist die Frage nicht ganz trivial.

Für **Manuel Brandenberg** ist es nicht so wichtig, wovon die SP-Fraktion in dieser Frage ausgeht. Es geht jetzt einfach um eine Abstimmung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 34 Abs. 4 der Kantonsverfassung für ein Behördenreferendum ein Quorum von einem Drittel aller Mitglieder des Kantonsrats erforderlich ist. Das sind 27 Stimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf ein Behördenreferendum mit 59 Nein- und 12 Ja-Stimmen ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**456 Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung**

Vorlagen: 2553.1 - 15017 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2553.2 - 15018 (Antrag des Regierungsrats); 2553.3/3a/3b - 15082 (Bericht und Antrag der Kommission); 2553.4/4a - 15136 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt:
- auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen;
- die Sicherheitsdirektion zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und unter Einbezug der Redaktionskommission die redaktionellen Änderungen gemäss Ziff. II (Gesetz über den Feuerschutz) vorzunehmen.

Die vorberatende Kommission beantragt:
- auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der vorberatenden Kommission zuzustimmen;
- die Sicherheitsdirektion zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und unter Einbezug der Redaktionskommission die redaktionellen Änderungen gemäss Ziff. II vorzunehmen.

Die Staatswirtschaftskommission beantragt:
- auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den von der Stawiko beantragten Änderungen gemäss Detailberatung zuzustimmen.

EINTRETENSDEBATTE

**Alois Gössi,** Präsident der vorberatenden Kommission: Das Gesetz über die Gebäudeversicherung wird einer Totalrevision unterzogen. Die heutige Organisationsstruktur der Gebäudeversicherung genügt den Anforderungen an eine moderne Geschäftsführung nicht mehr und soll deshalb angepasst werden. Es soll eine klare Trennung zwischen den strategischen und operativen Aufgaben geben, auf der einen Seite mit einem Verwaltungsrat, auf der anderen Seite mit einer Geschäftsleitung, welche die operative Führung der Geschäfte wahrnimmt. Der Verwaltungsrat soll im Vergleich zu einer AG jedoch deutlich weniger Kompetenzen erhalten. Der Regierungsrat soll inskünftig – zumindest nach seinen eigenen Vorstellungen – vor allem Aufsichtsfunktionen übernehmen. Er nimmt weiterhin eine eingeschränkte Steuerungsfunktion wahr, da er das Budget genehmigt. Die vorberatende Kommission ist hier der Meinung, dass sich der zuständige Regierungsrat stärker für die Gebäudeversicherung engagieren muss, indem er auch im Verwaltungsrat Platz nimmt. Der Kantonsrat soll inskünftig – gemäss den Vorstellungen der vorberatenden

Kommission – die Rechnung und Geschäftsbericht genehmigen und das Budget zur Kenntnis nehmen.
Der kantonale Feuerschutz, eigentlich ein eigenes Amt, de facto jedoch schon heute in die Gebäudeversicherung integriert, soll auch gesetzlich in diese integriert werden; damit sind die Aufgaben der Prävention, der Intervention und der Versicherung unter einem Dach angesiedelt. Der kantonale Feuerschutz war immer wieder ein Thema an den Sitzungen der vorberatenden Kommission: Wieso gelten welche Vorgaben etc.? Der kantonale Feuerschutz ist jedoch kein Thema beim Gesetz über die Gebäudeversicherung, es wird jeweils nur auf dieses Gesetz verwiesen. Gemäss Sicherheitsdirektor ist aber auch hier mittelfristig eine Gesetzesrevision geplant.
Mit der Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung werden im Bereich der Versicherung wichtige Aktualisierung vorgenommen, beispielsweise dass Schäden durch Meteore nicht mehr versichert sind. In der Synopse der vorberatenden Kommission ist ersichtlich, welche Gesetzesartikel wirklich änderten. Das Monopol und die Rechtsform der öffentlichen-rechtlichen Anstalt haben sich bewährt und sollen nicht geändert werden.
Die vorberatende Kommission beantragt Eintreten auf die Vorlage, stellt in der Detailberatung jedoch Änderungsanträge zu verschiedenen Paragrafen. Die SP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und wird die Anträge der vorberatenden Kommission mehrheitlich unterstützen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission: Obwohl die Vorlage gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats für den Kanton keine finanziellen Auswirkungen hat, hat die Staatswirtschaftskommission das revidierte Gesetz beraten. Das hat seinen Grund. Die Gebäudeversicherung war in den letzten Jahren immer wieder ein Thema in den Sitzungen und Berichten der erweiterten Stawiko zum Budget und zur Jahresrechnung. Dabei formulierte die Stawiko etliche Empfehlungen. Es ging um Überarbeitung von Anlagestrategien, um Einhaltung der Personalverordnung und des Finanzhaushaltgesetzes, um Rückstellungen und Rückversicherung. Seit 2010 wurde die Stawiko von der Regierung bezüglich der Umsetzung ihrer Forderungen immer wieder auf die in Aussicht gestellte Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung vertröstet. Mittels Protokollauszug vom 6. September 2012 verlangte die Stawiko explizit die Beratung des vorliegenden Geschäfts in ihrer Kommission. Diese Auflage wurde erfüllt, obwohl sie im Ablauf und Zeitplan der Regierung nicht vorgesehen war. Ergänzend zur vorberatenden Kommission hat die Gebäudeversicherung der Stawiko diverse Fragen beantwortet, welche teilweise in Zusammenhang mit den früheren Empfehlungen der Stawiko stehen. Auf Seite 7 des Berichts und Antrags der Regierung wird ausführt, dass die Gebäudeversicherung nicht über ausreichende Reserven verfügt. Deshalb hat sich die Stawiko über die zukünftige Entwicklung des Reservefonds erkundigt. Durch das grosse Bauaufkommen im Kanton Zug hinkt der Reservefonds naturgemäss hintennach. Deshalb wurde per 1. Januar 2013 eine moderate Prämienerhöhung um 0,05 Promille vorgenommen, um die mittel- bis langfristig notwendigen Reserven zu äufnen. Zudem können in Jahren mit geringen Schadenzahlungen weitere Reserven geäufnet werden. Obwohl per Ende 2015 bei den versicherungstechnischen Rückstellungen ein Fehlbetrag von rund 45 Millionen Franken resultiert, ist keine Sorge angebracht. Gemäss Geschäftsleitung der Gebäudeversicherung werden aufgrund der abgeschlossenen Rückversicherungen auch schadenreichere Jahre zu keinen existenzbedrohenden Situationen bei der Institution führen.
Die Konkretisierung möglicher Nebentätigkeiten der Gebäudeversicherung ist der Stawiko wichtig. Sie will sicherstellen, dass die Versicherung nicht mit Prämien-

geldern der Versicherten Konkurrenzgeschäfte gegenüber der Privatwirtschaft aufbaut. Eine zentrale Nebentätigkeit stellt insbesondere Beteiligung am schweizerischen Pool für Erdbebendeckung dar. Weiter kann man sich die Mitbeteiligung an der Entwicklung von Hagelwarnsystemen oder das Einrichten eines Wetterwertemesssystems oder Wetteralarms vorstellen, also alles Tätigkeiten, die unmittelbar mit dem Versicherungsgeschäft der Gebäudeversicherung zu tun haben und den Prämienzahlenden unmittelbar zugutekommen.
Eintreten auf das Geschäft war in der Staatswirtschaftkommission unbestritten. Die Monopolstellung der Gebäudeversicherung ist nach Ansicht der Stawiko auch heute noch angebracht. Obwohl die Aufgaben, die Kompetenzen und die Verantwortung nicht gleich wie diejenigen bei einer privatrechlichen Aktiengesellschaft ausgestaltet sind, begrüsst die Stawiko die Installierung eines Verwaltungsrats. Die Verwaltungsräte müssen jedoch die benötigten Fachkompetenzen abdecken – und die Regierung darf nach Erachten der Stawiko nicht Einsitz nehmen. Mehr dazu folgt in der Detailberatung.
Die Zuweisung des Amts in der Stawiko für Feuerschutz war umstritten. Obwohl das Amt voll an die Gebäudeversicherung angeschlossen wird, trägt der Kanton weiterhin einige Kosten dafür. Es handelt sich um Aufwendungen für kantonale Aufgaben, die von der Stützpunktfeuerwehr zugunsten des Kantons wahrgenommen werden. Die gesetzlichen Grundlagen sind entsprechend vorhanden. Der Stawiko ist es ein Anliegen, dass der Feuerschutz moderat vollzogen wird. Ein allzu strenger Vollzug hat in der Konsequenz Auswirkungen auf die Baukosten. Die Stawiko erwartet von der Gebäudeversicherung in diesem Bereich einen Vollzug, der einerseits den Vorschriften entspricht und andererseits interkantonal vergleichbar ist.
Als wichtigen Punkt hat die Stawiko eine mögliche Staatshaftung thematisiert. Nach Auffassung der Regierung kann aufgrund der nun gewählten Organisationsform eine Staatshaftung ausgeschlossen werden.

**Hans Christen** spricht für die FDP-Fraktion. Das Gesetz über die Gebäudeversicherung wurde letztmals 1979 revidiert. Die Rahmenbedingungen haben sich seither markant verändert. Die vorliegende Totalrevision soll Herausforderungen wie klare Trennung der strategischen und operativen Aufgaben, klare Regelung der Aufgaben der Aufsicht, Anpassung des Gesetzes an die Anforderungen an eine moderne Geschäftsführung für einen Versicherungsbetrieb sowie an die heutige Praxis gerecht werden. Den Organen der Gebäudeversicherung Zug (GVZG), nämlich der Geschäftsleitung, dem Verwaltungsrat, dem Regierungsrat und der externen Revisionsstelle, sollen klare Verantwortlichkeiten und Kompetenzen zugewiesen werden.
Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Sie vertritt ebenfalls die Meinung, dass die GVZG das Monopol, welches in § 14 der Kantonsverfassung festgeschrieben ist, weiterhin behalten soll. Liegenschafts- und Wohneigentumsbesitzerinnen und -besitzer wie auch Mieterinnen und Mieter profitieren von sehr guten Leistungen zu sehr moderaten Prämien bei Feuer- und Elementarschäden, einem Prämiensatz, den private Versicherungsgesellschaften nicht anbieten könnten, wenn der Kanton Zug keine öffentlich-rechtliche Gebäudeversicherung hätte. Kurz gesagt: Alle profitieren vom Prämiensatz der GVZG. Und deren Leistungen gehen weit über die eigentliche Versicherung hinaus. Sie fördert Massnahmen zur Verhütung, Verminderung und Bekämpfung von Feuer- und Elementarschäden, und mit grosszügigen Beiträgen beispielsweise an die Beschaffungskosten von Feuerwehrfahrzeugen und Geräten entlastet sie die Rechnungen der Gemeinden. Das Modell der GVZG hat sich seit über zweihundert Jahren bewährt und soll beibehalten werden.

Die FDP-Fraktion empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten und die Anträge der vorberatenden Kommission bis auf eine Ausnahme zu unterstützen. Der Antrag der Kommission zu § 4 Abs. 2, dass das zuständige Regierungsratsmitglied von Amtes wegen dem Verwaltungsrat angehören soll, hat in der FDP-Fraktion eine längere Diskussion ausgelöst. Schlussendlich hat der Antrag des Regierungsrats und der Stawiko grossmehrheitlich obsiegt.
Dem Vernehmen nach sollen in der Detailberatung folgende Anträge gestellt werden:
• § 29 Abs. 1: Ergänzung mit «Dabei berücksichtigt sie ökonomische, ökologische und soziale Aspekte.»
• § 29 Abs. 2: Ergänzung mit «Im Bereich der Immobilien berücksichtigt sie einen angemessenen Anteil an preisgünstigen Wohnungen.»
Die FDP-Fraktion ist wie die Mehrheit der vorberatenden Kommission der Meinung, dass der Verwaltungsrat mit den Reserven, die aus Einzahlungen von Hauseigentümerinnen und -eigentümern stammen, eine maximale Rendite erwirtschaften soll. Es ist nicht Aufgabe der GVZG, mit ihren Reserven preisgünstigen Wohnungsbau zu betreiben. Alle profitieren beispielsweise bei einem grossen Schadenereignis, wenn die Gebäudeversicherung über genügende finanzielle Reserven verfügt. Und auch der Zuger Kantonalbank wird nicht vorgeschrieben, wie sie ihre Anlagen tätigen soll. Die FDP-Fraktion ersucht den Rat, diese Anträge, sollten sie gestellt werden, abzulehnen.
Die FDP-Fraktion empfiehlt – wie bereits gesagt –, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Schlussabstimmung zuzustimmen.

**Andreas Hürlimann** teilt mit, dass für die ALG Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist, sind doch zweckmässige und zeitgemässe Organisationsstrukturen heute ein Muss. Und genau hier besteht bei der GVZG seit längerem Handlungsbedarf. Die ALG begrüsst daher deren Neustrukturierung. Der vom Regierungsrat vorgeschlagene Weg scheint der ALG aber zu wenig ausgegoren. Die Version der vorberatenden Kommission, welche die nötige Nähe zum und die Kontrolle durch den Kantonsrat sicherstellt, ist aus Sicht der ALG für den Kanton Zug zu begrüssen. Das Monopol und die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt haben sich bewährt und werden darum auch von der ALG nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Spannend an der Diskussion um dieses Monopol sind aber die flammenden Voten und vielen Fürsprecher aus den bürgerlichen Parteien. Es ist noch nicht lange her, da gab es von dieser Seite nur kritische Stimmen zu einer staatlichen Monopolversicherung – gemeint ist die Krankenversicherung. Für die ALG ist wichtig, dass bei einem staatlichen Monopol der Einfluss der öffentlichen Hand via Kantonsrat gegeben ist und gewisse soziale und ökologische Aspekte im Gesetz berücksichtigt werden.
Auch der nun noch formellen Integration des Amts für Feuerschutz in die Gebäudeversicherung stimmt die ALG zu. Grundsätzlich würde auch die ALG eine gewisse Unabhängigkeit des kantonalen Feuerschutzes befürworten. Sie geht aber davon aus, dass die gesetzlichen Grundlagen und Bestimmungen unabhängig von der Organisationsform im Bereich des Feuerschutzes massgebend sind und eingehalten werden, dies aber bitte ohne «Zuger Finish» mit strengeren Vorgaben als anderswo.
Die ALG wird den Antrag stellen, bei der Reservenbewirtschaftung Nachhaltigkeits- und entsprechende Ausschlusskriterien zu definieren. Zudem möchte sie bei einem staatlichen Monopol den gemeinnützigen Aspekt des preisgünstigen Wohnungsbaus berücksichtigt haben. Auch hierzu wird sie in der Detailberatung einen Antrag stellen. Die ALG ist überzeugt, dass das Kapital der Gebäudeversicherung auch nach ökologischen, ethischen und sozialen Kriterien angelegt werden soll und so ein positiver Beitrag für Gesellschaft und Volkswirtschaft herausschaut. Indem

Gelder verantwortungsvoll investiert werden, könnte auch die GVZG einen Beitrag an die langfristig sinnvolle Entwicklung von Wirtschaft, Lebensraum und Gesellschaft leisten. Dass dies nicht im Widerspruch mit guten Renditevorstellungen stehen muss, zeigen Jahr für Jahr diverse nachhaltig investierende Anlagestiftungen, welche gegenüber herkömmlichen, konservativen Anlagevehikeln teilweise sogar eine bessere Performance aufweisen.
Fazit: Zeitgemässe Organisationsstrukturen sind ein Muss, die Kontrolle durch den Kantonsrat ist gerade bei einer staatlichen Monopolversicherung wichtig, und ein staatliches Monopol soll einen zusätzlichen Beitrag an die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft, Lebensraum und Gesellschaft leisten, indem sie Gelder nach ökologischen, ethischen und sozialen Kriterien investiert und sich dabei an vorher definierte Ausschlusskriterien im Anlagereglement hält.

**Roger Wiederkehr** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf die Vorlage ist. Sie anerkennt die markante Veränderung der Rahmenbedingungen in den letzten 37 Jahren. Der Strukturwandel und die nach wie vor hohe Bautätigkeit mit einem Zuwachs des Versicherungswerts von 1,5 Milliarden Franken im letzten Jahr sind nur zwei Gründe, um das geltende Gesetz genauer zu betrachten. Die CVP erachtet insbesondere die bestehende Organisation, die unklaren Kompetenzen, die heutige Struktur der Gebäudeversicherung und die unübersichtliche Aufgabenverteilung als die Hauptgründe, um auf die Vorlage einzutreten.
Die Gebäudeversicherung, ein über zweihundertjähriges Solidarsystem, ist für alle Gebäudeeigentümer obligatorisch, versichert zu günstigen Konditionen gegen Feuer- und Elementarschäden, fördert den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz und betreibt damit aktive Prävention und Schadenabwehr. Diese Werte will die CVP-Fraktion weiterhin erhalten. Sie unterstützt auch die Einbindung des Amts für Feuerschutz in die Gebäudeversicherung. Das macht Sinn und entspricht der heutigen Praxis, denn der Leiter des Amts für Feuerschutz ist auch der Leiter der Gebäudeversicherung. Die CVP-Fraktion unterstützt auch weiterhin die Monopolstellung der Gebäudeversicherung. Wie im Kommissionsbericht steht, ermöglicht dies einen Risikoausgleich zwischen guten und schlechten Risiken und bündelt die Versicherung und präventive Aufgaben. Zudem sind die Prämien tiefer als bei Privatversicherern. In der Zwischenzeit gibt es genügend Beispiele von Privatisierungen von aus Sicht der CVP staatlichen Aufgaben, die zu höheren Prämien und schlechteren Leistungen führten.
Der Regierungsrat beantragt mit der Totalrevision die Anpassung des Gesetzes an die heutige Praxis. Grossmehrheitlich ist die CVP-Fraktion mit den angepassten Paragrafen einverstanden. Nicht einverstanden ist sie mit dem vorgeschlagenen Organigramm und den damit verbundenen Kompetenzen. Die Regierung ist mit dem vorgeschlagenen Funktionsdiagramm auf gutem Weg, sie ist den Weg aber nicht ganz zu Ende gegangen. Die vorberatende Kommission hat mit ihrem Vorschlag den eingeschlagenen Weg leider noch früher abgebrochen und ist auf halben Weg stecken geblieben. Sie vermischt nach Ansicht der CVP wieder die Kompetenzen. Die Gebäudeversicherung ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt und soll eine neue, der Zeit angepasste Organisationsform mit einem Verwaltungsrat erhalten. Diese Chance soll genutzt werden, um der Gebäudeversicherung eine schlanke Struktur zu verpassen, ohne Vermischung mit der Politik und nach oben hin abgeschwächter Mitwirkung. Die strategische Hauptverantwortung soll der neue Verwaltungsrat mit fachkompetenten Mitgliedern tragen; dafür ist er nämlich vorgesehen. Die CVP wird in der Detailberatung die entsprechenden Anträge stellen. Im Erlasstext selbst ist es nicht ganz einfach, den Überblick zu gewinnen; am besten eignet sich dazu das Funktionsdiagramm im Bericht der vorberatenden Kommission.

Der Votant erläutert deshalb noch kurz die Anträge der CVP, damit der Rat den Zusammenhang versteht:
• Der Kantonsrat hat die Oberaufsicht. Eine Kenntnisnahme der Rechnung und des Geschäftsberichts reicht völlig aus. Eine Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts und eine Kenntnisnahme des Budgets sind nicht stufengerecht.
• Es ist eine klassische Aufgabe des Verwaltungsrats, nicht des Regierungsrats, die Geschäftsleitung zu wählen. Der Regierungsrat soll das Budget zur Kenntnis nehmen und die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht genehmigen.
Das sind nicht grosse, aber aus Sicht der CVP-Fraktion sehr wichtige Änderungen, um eine schlanke und mit klaren Kompetenzen ausgestattete Organisation zu erhalten. Die CVP bittet deshalb, ihren Anträgen Folge zu leisten.

**Walter Birrer** teilt mit, dass sich die SVP-Fraktion in ihrer letzten Sitzung intensiv mit dem neuen Gesetz über die Gebäudeversicherung auseinandergesetzt hat. Sie dankt der Regierung für die Vorlage und bedauert, dass sich der Rat erst fünf Monate nach Abschluss der Kommissionsarbeit mit diesem Thema beschäftigen kann – ausnahmsweise geht es nicht um eine Sparvorlage.
Insgesamt ist die SVP der Meinung, dass die vorliegende Gesetzesrevision nur wenig Neues gegenüber den bisherigen Gesetz und somit nur wenig Vorteile aufweist. Das neue Gesetz entspricht zwar den Erwartungen der SVP, indem es die Aufgaben und Kompetenzen von Kanton und GVZG klar und verbindlich regelt. Die SVP-Fraktion wird mehrheitlich die Vorschläge der Kommission unterstützen, welche doch noch eine Steuerungsmöglichkeit beim Kantonsrat belässt. Dazu weist der Votant auf drei Punkte hin:
• Die SVP begrüsst den Grundsatz, dass die über zweihundert Jahre alte Zuger Gebäudeversicherung auch morgen erfolgreich weiterbestehen soll; die Vorredner haben dies bereits zur Genüge ausgeführt. Die SVP-Fraktion glaubt im Grundsatz zwar, dass möglichst viele Aufgaben durch private Unternehmen mindestens so gut, wenn nicht besser und vor allem preisgünstiger als durch staatliche Organisationen übernommen werden können. Bei der Gebäudeversicherung handelt es sich aber um eine sehr bewährte, schlanke, auch in Krisen-und Kriegszeiten und bei grossen Elementarschäden überprüfte und bewährte Organisation, welche die SVP keinesfalls abschaffen möchten. Sie hält deshalb an der Monopolstellung der Gebäudeversicherung fest und sieht diesbezüglich keine wirklichen Alternativen. Im Gegenteil: Mit den von der Kommission vorgeschlagenen Massnahmen, mit denen die SVP allerdings nicht in allen Punkten einverstanden ist, wird der Zuger Bevölkerung bzw. den zahlenden Gebäudebesitzern eine kleine, aber wichtige Reorganisation vorgeschlagen.
• Bezüglich des vorgeschlagenen Verwaltungsrats ist die SVP eindeutig der Meinung, dass der Sicherheitsdirektor bzw. ein anderes Regierungsratsmitglied nicht dort Einsitz nehmen sollten. Als positives Beispiel dazu sei das Kantonsspital in Baar angeführt, wo der Gesundheitsdirektor nur indirekt involviert ist. Er kann somit aus einer kritischen Distanz seine wirkliche Führungsaufgabe wahrnehmen. Weniger begeistert ist die SVP-Fraktion von der Lösung bei der Zuger Kantonalbank, wo sie von Seiten des Regierungsrats eine etwas kritischere Haltung gegenüber dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt erwarten würde. Diesbezüglich ist Handlungsbedarf angesagt.
• Die SVP-Fraktion behält sich vor, im Verlaufe der Detailberatung zu einzelnen Punkten Anträge zu stellen, sei es heute in der ersten Lesung oder situativ auf die zweite Lesung hin.
Die SVP-Fraktion empfiehlt grossmehrheitlich, auf die Vorlage einzutreten, und dankt bereits im Voraus für die Unterstützung ihrer Anträge.

**Nicole Imfeld** dankt namens der Grünliberalen der Regierung und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Gesetzes und den Kommissionen für die Vorberatung. Die GLP begrüsst die zeitgemässe Anpassung dieses Gesetzes und ist für Eintreten auf die Vorlage. Die Grünliberalen werden die Fassung der Regierung unterstützen. Insbesondere sind sie gegen die von der vorberatenden Kommission und der Stawiko vorgeschlagene Kompetenzübertragung bei Jahresrechnung, Geschäftsbericht und Budget. In ihren Augen ist es keine Aufgabe einer Legislative, also des Kantonsrats, Jahresrechnung, Geschäftsbericht und Budget einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zu genehmigen, notabene einer Organisation, die über eine Geschäftsführung und einen Verwaltungsrat verfügt und nicht mehr dem Finanzhaushaltgesetz untersteht. Eine derartige operativ-strategische Tätigkeit gehört in die Organe der Gebäudeversicherung, wovon die Exekutive – also die Kantonsregierung – selbst eines ist. Im Sinne einer liberalen Gesetzgebung sieht sich die GLP verpflichtet, nicht Gesetzesartikel und Aufgabendelegationen da zu schaffen, wo – um es volkswirtschaftlich zu sagen – kein Marktversagen vorliegt. Zudem ist daran zu denken, dass der Kantonsrat zweieinhalb Tage lang über ein Sparpaket beraten hat. Und nun sollen mit einer unnötigen Delegation an den Kantonsrat wieder zusätzliche Kosten generiert werden für einen Alibiprozess zu einer rein operativ-strategischen Tätigkeit, die keinerlei gesetzgeberische Relevanz hat? Das ist schlicht nicht glaubwürdig! Die Votantin dankt deshalb schon jetzt für die Unterstützung beim entsprechenden Paragrafen.

**Pirmin Frei** hält fest, dass Eintreten unbestritten zu sein scheint. Er möchte das Votum seines Fraktionskollegen Roger Wiederkehr nicht relativieren, und er steht voll und ganz hinter den Anträgen, welche die CVP in der Detailberatung stellen wird. Er hat sich als Mitglied der vorberatende Kommission und der engeren Stawiko aber sehr intensiv mit dieser Vorlage beschäftigt, zudem hat er als Direktor des Verbands Schweizerischer Anbieter von Sonnen und Wetterschutz-Systemen (VSR), auch beruflich gelegentlich mit Gebäudeversicherungen zu tun; damit ist auch seine Interessenbindung deklariert.
Wenn man über die Organisation der Gebäudeversicherung diskutiert, tut man gut daran, sich die Organisationsstruktur genau vorzustellen. Wenn nämlich zu Beginn der Detailberatung beispielsweise bei § 3a ein Entscheid gefällt wird, hat das Konsequenzen auf spätere Paragrafen – und am Schluss hat man unter Umständen ein Ergebnis, das nicht dem entspricht, was man anfänglich wollte. Es bietet sich heute die Chance, ein 35-jähriges Gesetz so zu revidieren, dass es mindestens wieder 35 Jahre lang zweckmässig und pragmatisch angewendet werden kann. Es gilt also einen Blick in die Zukunft zu werfen. Der Votant möchte deshalb beliebt machen, die folgende Diskussion im Geist der kürzlich abgeschlossenen Debatte über das Entlastungspaket zu führen. Der Rat sollte sich erstens vornehmen, ein schlankes, klares und verwaltungsökonomisch sinnvolles Gesetz zu schaffen. Zweitens sollte er bedenken, dass es um eine Versicherung geht, die bisher zwar beim Staat angesiedelt war, gut und gerne aber auch privat organisiert werden könnte. Es ist deshalb sinnvoll, sich in der Diskussion auch die Grundsätze der *Corporate Governance,* wie sie in der modernen Betriebswirtschaftslehre entwickelt wurden, stets vor Augen zu halten. Der Rat sollte den Mut haben, etwas mehr Betriebswirtschaft in die Debatte einzubringen, selbstverständlich immer mit politischem Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit.
Herzstück der Vorlage ist ein Verwaltungsrat. Vorgesehen ist kein Klub honorabler Altpolitiker oder Feuerwehrmänner, idealerweise mit 25 Jahren Atemschutzerfahrung, sondern ein Gremium von Personen mit spezifischer Fachkompetenz und nachweisbarer beruflicher Erfahrung in Spezialgebieten. Der Votant macht deshalb

beliebt, unter dem Kürzel «VR» weniger den «Verwaltungsrat», sondern mehr einen «Verantwortungsrat» zu verstehen: Der VR wird künftig die Verantwortung für die gesamte Zuger Gebäudeversicherung haben. Und wird ein neues Organ in der Form des Verantwortungsrats geschaffen, muss ein anderes, bestehendes Organ wegfallen oder es muss zumindest von Aufgaben und Kompetenzen entlastet werden. Es wäre völlig falsch, ein neues Organ zu schaffen und einem bestehenden – nämlich dem Kantonsrat – noch zusätzliche Kompetenzen zu geben, wie es die vorberatende Kommission in Bezug auf Geschäftsbericht und Budget vorschlägt. Wird ein Verantwortungsrat geschaffen, sollen ihm die Verantwortung und auch Kompetenzen gegeben werden. Es wäre völlig falsch, ihm eine der wichtigsten Verantwortungen, nämlich die Budgetverantwortung, nicht zu geben, sondern sie dem Regierungsrat zu überlassen. Will man dem Regierungsrat künftig mehr Zeit lassen, sich mit strategischen Fragen zu befassen – vielleicht sogar mit nur fünf Mitgliedern –, sollte man nicht ein Mitglied der Regierung verpflichten, im Verantwortungsrat der Gebäudeversicherung mitzuwirken, wo – hoffentlich – vorwiegend Fachthemen besprochen werden.
Ein wichtiges Element sind die Kontrollmöglichkeiten. Es stellen sich zwei Fragen: Was will man kontrollieren, und wer soll kontrollieren? Zu beachten ist, dass der Verantwortungsrat gemäss § 6 Abs. 2 die umfassende Kontrollaufgabe hat. Er kontrolliert den Geschäftsgang, die Finanzen, die Anwendung der Reglemente etc. Als zweite Kontrolle ist eine Revisionsstelle vorgesehen. Die politische Kontrolle kann sich deshalb nur auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung beziehen. In keiner Aktiengesellschaft und keinem Unternehmen bewilligt oder genehmigt ein anderes Gremium als der Verwaltungsrat das Budget. Es reicht deshalb völlig, wenn bei der Gebäudeversicherung ein politisches Gremium den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung im Nachhinein genehmigt. Und wer soll das tun? Idealerweise ist es der Regierungsrat – nicht der Kantonsrat, wie es die vorberatende Kommission vorschlägt. Denn die Regierung verfügt über Personal, das ihn unterstützen und die Anlagefragen, um die es bei der Gebäudeversicherung vor allem geht, auch wirklich beurteilen kann. Der Kantonsrat hat dank des Öffentlichkeitsprinzips die Möglichkeit, Einsicht in alle Unterlagen der Gebäudeversicherung zu nehmen und mit seinen politischen Rechten – Motion, Postulat, Interpellation, Einfache Anfrage – allenfalls aktiv zu werden. Und zu guter Letzt gibt es auch noch eine Stawiko-Delegation mit kritischen Kantonsrätinnen und Kantonsräten.
Zusammenfassend: Es gibt erstens einen Verwaltungsrat mit Kompetenz und einer demokratischen Legitimation. Zweitens gibt es eine Revisionsstelle. Drittens soll dem Regierungsrat die Möglichkeit gegeben werden, Rechnung und Geschäftsbericht zu genehmigen – aber nicht mehr. Und letztlich soll der Kantonsrat maximal Kenntnis nehmen von den Tätigkeiten der Gebäudeversicherung, unter Beibehaltung aller seiner politischen Aktivrechte.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten sowie der Staatswirtschaftskommission für die sachliche Diskussion der Vorlage. Mit dem geänderten Gesetz und den angepassten Strukturen wird die Zuger Gebäudeversicherung auch künftig den Herausforderungen gewachsen sein. Es scheint unbestritten zu sein, dass die Monopolstellung der Gebäudeversicherung und eine Einheitsprämie im Sinne einer Solidaritätsprämie beibehalten werden; auch soll der Feuerschutz dort belassen werden und so die Kombination von Versicherung und vorbeugendem Brandschutz auch in Zukunft bestehen bleiben. Von der Stawiko-Präsidentin war zu hören, dass die Beurteilung bzw. Umsetzung des Brandschutzes moderater sein könnte. Darüber wird auch intern oft diskutiert, und der Spielraum, den die Vorschriften der Vereinigung kantonaler Feuerversicherungen

(VKF) zulassen, wird durchaus genutzt. Diese Vorschriften sind zwar keine gesetzliche Regelung, aber sie sind auch von den Gerichten anerkannt, und die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) wirkt hier stark mit. Den Vorwurf, der Feuerschutz sei der Totengräber des «Musikantenstadls» in der Bossard-Arena gewesen, weist der Sicherheitsdirektor zurück. Die betreffende Organisation wollte die entsprechende Verantwortung einfach nicht selber übernehmen.
Auf die Fragen von Roger Wiederkehr und Pirmin Frei wird der Sicherheitsdirektor in der Detailberatung eingehen, aber eigentlich hat Pirmin Frei das diesbezügliche regierungsrätliche Votum bereits gehalten. Es geht um ein Unternehmen, das einen Wert von 45 Milliarden Franken versichert, dies zu sehr tiefen Prämien; eine private Versicherung wäre bis zu 80 Prozent teurer. Die grosse Bautätigkeit führte in den letzten Jahren im Kanton Zug zu einem Wertzuwachs von jährlich über 1 Milliarde Franken. Mit den Mehreinnahmen aus den Prämien kann die geforderte Eigenkapitalisierung nicht erreicht werden, vielmehr muss versucht werden, diese längerfristig wieder zu erreichen. In diesem Sinne dankt der Sicherheitsdirektor für die Zustimmung zum Eintreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 2 Abs. 1 und Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko den Anträgen des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, explizit auf das Gesetz über den Feuerschutz zu verweisen. Stawiko und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 3 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 3a Abs. 1*

Kommissionspräsident **Alois Gössi** hält fest, dass gemäss dem Vorschlag des Regierungsrats der Kantonsrat einzig noch die Oberaufsicht über die Gebäudeversicherung wahrzunehmen hätte. Gemäss der aktuellen Praxis genehmigt der Kantonsrat die Rechnung der Gebäudeversicherung; festgelegt ist diese Praxis allerdings in keinem Gesetz. Die vorberatende Kommission beschloss einstimmig mit 14 zu 0 Stimmen – ein Kommissionsmitglied war abwesend –, dass der Kantonsrat weiterhin die Rechnung der Gebäudeversicherung genehmigen soll, ebenso den Geschäftsbericht. Mit der Genehmigung von Jahresrechnung und Geschäftsbericht soll der Kantonsrat also weiterhin in der Verantwortung stehen. Im Weiteren beantragt die Kommission mit 9 zu 5 Stimmen, dass der Kantonsrat das Budget nur zur Kenntnis nehmen soll, wobei in der Kommission eine gewisse Skepsis herrschte, ob der Kantonsrat das Budget überhaupt zur Kenntnis nehmen soll. Ein Antrag auf eine Genehmigung des Budgets durch den Kantonsrat wurde in der Kommission nicht gestellt. Es wurde jedoch die Meinung geäussert, dass der Kantonsrat wahrscheinlich gar nicht in der Lage wäre, das Budget versicherungstechnisch zu prüfen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Einflussnahme durch den Kantonsrat in der Stawiko sehr umstritten war. Gemäss § 1 Abs. 2 untersteht die Gebäudeversicherung nicht mehr dem Finanzhaushaltgesetz. Somit obliegt dem Kantonsrat keine Beschlussfassung mehr. Die in § 3a definierten Kompetenzen stellen daher einen Systembruch dar. Wegen der Monopolstellung der Gebäudeversicherung erachtet es jedoch eine knappe Mehrheit der Stawiko als legitim, dass der Kantonsrat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht genehmigt. Die Stawiko unterstützt auch den Vorschlag, dass der Kantonsrat weiterhin das Budget zur Kenntnis nimmt.

**Roger Wiederkehr** stellt namens der CVP-Fraktion die folgenden **Anträge:**
- § 3a Abs. 1 sei wie folgt zu formulieren: «Der Kantonsrat nimmt die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung zur Kenntnis.»
- § 3a Abs. 2 sei zu streichen

Mit der Genehmigung der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts steht der Kantonsrat als Legislative in der Verantwortung. Das kann es nicht sein! Diese Aufsichtspflicht gehört stufengerecht zu den Aufgaben des Regierungsrats, der auf Antrag des Verwaltungsrats die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht genehmigt. Mit der Kenntnisnahme kann der Kantonsrat über Motionen, Postulate oder Interpellationen jederzeit die Oberaufsicht aufnehmen. Die Votant bittet, den Anträgen der CVP Folge zu leisten

Für **Manuel Brandenberg** argumentiert die CVP-Fraktion hier sehr dogmatisch und nach der reinen Lehre. Es geht aber auch um eine politische Frage, und die SVP begrüsst es deshalb, wenn der Rat den Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko unterstützt. Im Übrigen wäre die SVP froh, wenn die CVP im politischen Leben des Kantons Zug auch sonst immer so dogmatisch sauber wäre.

**Pirmin Frei** versuchte bereits in seinem Eintretensvotum darauf hinzuweisen, dass es hier um eine entscheidende Frage geht. Wenn der Kantonsrat die Kompetenz für die Genehmigung der Jahresrechnung und den Geschäftsbericht erhält, hat das Folgen für die Kompetenzen des Regierungsrats. Und ein Indiz dafür, dass § 3a in der vorberatenden Kommission ziemlich emotional zustande kam, ist der Umstand, dass in § 4 der Kantonsrat nicht als Organ der Gebäudeversicherung erwähnt wird.

Wenn dieser tatsächlich die Rechnung und den Geschäftsbericht genehmigt, dann hat er Organstellung. Aber will der Rat das wirklich? Im Übrigen ist dem Votanten keine andere öffentlich-rechtliche Anstalt bekannt, welche dem obersten Organ des Kantons ihr Budget vorlegt, und sei auch nur zur Kenntnisnahme. Hier wird Neuland betreten. Und ist das wirklich im Sinne eines schlanken Staats und einer stufengerechten Verantwortungs- und Kompetenzordnung? Mit Dogmatik hat diese Frage im Übrigen wenig zu tun.

**Philip C. Brunner** hat in der vorberatenden Kommission ein Beispiel gemacht: Die Altstadt brennt, ein Erdbeben erschüttert den Rest der Stadt, und gleichzeitig passiert ein weiteres grosses Unglück – der GAU also. Mit den Mitteln der Gebäudeversicherung wären diese Schäden nicht zu decken, und wie beim grossen wirtschaftsgeschichtlichen Fall vor einigen Jahren würde der Staat zur Kasse gebeten. Und die Legislative vertritt diesen Staat. Man kann das Ganze – wie es Manuel Brandenberg getan hat – auch machtpolitisch sehen: Wer bestimmt den Verwaltungrat? Es beginnt ein machtpolitisches Pingpong, und diejenigen Leute, welche wirklich die Verantwortung tragen, nämlich der Kantonsrat, haben gar nichts mehr zu sagen. Der Votant bittet deshalb, dem Antrag der Kommission zu folgen, auch wenn damit vielleicht Neuland betreten wird. Bei der Kantonalbank hat man explizit eine Staatsgarantie. Der Votant fordert für die Gebäudeversicherung nicht dasselbe, aber in der Praxis, bei einem hoffentlich nicht eintretenden GAU, wird faktisch eine Staatsgarantie zum Tragen kommen. Davon ist der Votant überzeugt.

**Pirmin Frei** bittet um Entschuldigung für seine Hartnäckigkeit, aber die zur Debatte stehende Frage ist wirklich wichtig. Der von Philip C. Brunner geschilderte GAU ist ein *To-big-to-fail*-Geschehnis, und Philip C. Brunner geht wohl kaum davon aus, dass man ihn budgetieren kann. Wenn er eintritt, dann tritt er eben ein, und dann wird man ihn auch lösen, wohl unter Einbezug der Gebäudeversicherung, auch derjenigen anderer Kantone. Wenn man diesen GAU aber nicht budgetieren kann, gibt es auch keine Notwendigkeit, das Budget dem Kantonsrat vorzulegen. Im Übrigen kann jeder Kantonsrat dank des Öffentlichkeitsprinzips das Budget der Gebäudeversicherung problemlos einsehen. Wenn der geschilderte GAU tatsächlich eintritt, wird er sich unbudgetiert irgendwo in der Rechnung niederschlagen, aber man wird der Rechnung deshalb nicht die Genehmigung verweigern können. Der Kantonsrat gewinnt also nichts, indem er sich die hier beantragte Kompetenz gibt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass auch im Regierungsrat ausgiebig über die Zuweisung der Kompetenzen diskutiert wurde. Die Frage von Pirmin Frei, ob es im Kanton Zug diesbezüglich vergleichbare Institutionen gebe, lässt sich nicht beantworten, da entsprechende Institutionen – PHZ, Kantonsspital, Pensionskasse – sich nicht eins zu eins vergleichen lassen.
Ziel der Gesetzesrevision ist eine moderne Verwaltungsorganisation auch unter dem Aspekt der *Governance.* Der Gebäudeversicherung soll auch genügend unternehmerische Freiheiten und einen Verwaltungsrat erhalten, der für ihre Führung vertiefte Kenntnisse haben muss. Dem Regierungsrat ist bewusst, dass sein Vorschlag nicht der klassischen Trennung von operativer und strategischer Führung sowie Aufsicht entspricht. Das hat auch damit zu tun, dass die Gebäudeversicherung mit dem Feuerschutz auch hoheitliche Aufgaben erfüllt und dort auch das kantonale Personalgesetz Anwendung findet. Der regierungsrätliche Vorschlag enthält aber die notwendigen *Controlling*-Instrumente, und mit der Genehmigung des Budgets kann genügend Einfluss genommen werden, damit die Gebäudeversicherung auch künftig gut funktioniert. Der regierungsrätliche Vorschlag verschlankt die Organisa-

tion. Dass der Kantonsrat nichts mehr zu sagen hätte, ist völlig falsch. Mit seinen politischen Mitteln und parlamentarischen Instrumenten kann er sich wie bis anhin einbringen. Aus Sicht des Regierungsrats ist es deshalb die Zusatzschlaufe über den Kantonsrat unnötig. Der Sicherheitsdirektor bittet daher, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** legt das Abstimmungsverfahren fest: In der ersten Abstimmung zu § 3a Abs. 1 wird der Antrag der vorberatenden Kommission demjenigen der CVP-Fraktion gegenübergestellt. Die obsiegende Variante wird dem Antrag des Regierungsrats auf Verzicht auf § 3a gegenübergestellt.

➔ In der ersten Abstimmung folgt der Rat mit 38 zu 31 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ In der zweiten Abstimmung genehmigt der Rat mit 40 zu 31 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 3a Abs. 2*

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass dem Antrag der Kommission hier derjenige des Regierungsrats und der CVP-Fraktion auf Streichung gegenübersteht.

➔ Der Rat genehmigt mit 39 zu 32 Stimmen den Antrag der Kommission.

*§ 4 Abs. 1*

**Pirmin Frei** hält fest, dass sich der Rat eben Kompetenzen bezüglich Gebäudeversicherung erteilt hat. Es ist deshalb folgerichtig, den Kantonsrat in § 4 Abs. 1 auch als Organ aufzuführen. Der Votant stellt den entsprechenden **Antrag.**

Kommissionspräsident **Alois Gössi** teilt mit, dass die vorberatende Kommission kurz über diese Frage diskutierte. Nach Meinung der Kommission ist ein Organ in der Regel für das Funktionieren des Betriebs unbedingt notwendig. Der Kantonsrat, der Rechnung und Geschäftsbericht genehmigt sowie vom Budget Kenntnis nimmt, ist folglich nicht als eigentliches Organ zu bezeichnen. Er wirkt im Geschäft der Gebäudeversicherung nicht mit, sondern nimmt eine Oberaufsichtsfunktion wahr. Die ausdrückliche Nennung des Kantonsrats als Organ der Gebäudeversicherung ist nach Ansicht des Kommissionspräsidenten deshalb nicht nötig.

Auch für Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist die Nennung des Kantonsrats als Organ der Gebäudeversicherung nicht nötig. Wenn er aufgeführt würde, müssten seine Aufgaben in einem speziellen Paragrafen umschrieben werden. Der Sicherheitsdirektor schlägt aber vor, auf die zweite Lesung hin die Frage genau abzuklären, ob es notwendig und rechtlich überhaupt möglich sei, den Kantonsrat als Organ aufzuführen.

**Pirmin Frei** versteht die Unsicherheit nicht. Der Kantonsrat hat sich die Kompetenz gegeben, Rechnung und Geschäftsbericht zu genehmigen. Damit ist er doch ein Organ! Der Votant sieht keine Notwendigkeit, auf die ausdrückliche Nennung zu verzichten.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass der Kantonsrat ein Organ des Kantons ist. Ob er auch ein Organ der Gebäudeversicherung, einer eigenständigen Anstalt, sein kann bzw. soll, ist unsicher. Wenn ja, müsste der Systematik halber ein zusätzlicher Paragraf mit dem Aufgabenkatalog eingefügt werden. Ob es aber überhaupt zulässig ist, den Kantonsrat als Organ einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt aufzuführen, möchte der Landschreiber abklären lassen. Wenn Pirmin Frei seinen Antrag aber aufrechterhält, muss darüber abgestimmt werden.

**Manuel Brandenberg** folgt der Linie des Landschreibers. Der Kantonsrat würde sich selbst marginalisieren und schwächen, wenn er als verfassungsmässig höchstes Organ des Kantons Zug sich im Gebäudeversicherungsgesetz zu einem «Orgänchen» machen würde. Er wird – wie eben beschlossen – einfach die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht genehmigen, muss damit aber keineswegs – der reinen Lehre vielleicht nicht entsprechend – auch zu einem Organ werden.

**Pirmin Frei** erinnert daran, dass der Landschreiber diese Frage genauer abklären wollte. Er schlägt vor, seinen Antrag im Moment einfach zu Protokoll zu nehmen und die anstehende Frage auf die zweite Lesung hin zu klären. Er erhält seinen Antrag aufrecht.

**Andreas Hausheer** hält fest, dass die erwähnte juristische Abklärung vom Regierungsrat nur vorgelegt werden muss, wenn der Kantonsrat als Organ aufgeführt wird. Insofern ist es also sinnvoll, den Antrag aufrechtzuerhalten und ihm zuzustimmen. Andernfalls ist das Thema erledigt.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Pirmin Frei mit 38 zu 28 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** fragt, ob auf die zweite Lesung hin die Aufgaben des Kantonsrats in einem zusätzlichen Paragrafen definiert werden sollen.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** findet die entsprechenden Abklärungen unnötig. Der Rat hat entschieden, den Kantonsrat nicht als Organ aufzuführen, und seine Aufgaben sind in § 3a bereits genügend definiert.

➔ Der Rat schliesst sich stillschweigend dieser Meinung an.

*§ 4 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest: Die Kommission beantragt, dass ein Regierungsratsmitglied von Amtes wegen dem Verwaltungsrat anzugehören habe. Staatswirtschaftskommission und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag nicht an.

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Die vorberatende Kommission beschloss mit 14 zu 0 Stimmen, dass ein Regierungsratsmitglied dem Verwaltungsrat der Gebäudeversicherung angehören soll. Argumentiert wurde, dass es aufgrund der Grösse und Wichtigkeit der Gebäudeversicherung richtig und nötig sei, dass der für die Gebäudeversicherung zuständige Regierungsrat im Verwaltungsrat, dem strategischen Organ, Einsitz nimmt. Der Eventualantrag, dass nicht das für die Gebäudeversicherung zuständige Regierungsratsmitglied, sondern – analog zur Regelung beispielsweise beim Kantonsspital – ein Vertreter des Regierungsrats den Sitz im Verwaltungsrat übernehmen soll, wurde mit 9 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko hier ganz und gar nicht gleicher Meinung wie die vorberatende Kommission ist. Der Regierungsrat übt gemäss § 5 Abs. 1 die Aufsicht über die Gebäudeversicherung aus. Wenn nun ein Mitglied der Regierung von Amtes wegen Einsitz in den Verwaltungsrat nehmen muss, ist die Unabhängigkeit nicht mehr gegeben. Dies führt unweigerlich zu Interessenskonflikten und ist mit *Good Governance* nicht zu vereinbaren. Die Gesamtregierung müsste dann einem Regierungsmitglied bei allfälligen Differenzen oder Schwierigkeiten in den Rücken fallen. Das tut man nicht gerne. Die Unabhängigkeit muss gewährleistet sein. Die Stawiko-Präsidentin bittet deshalb, den Antrag des Regierungsrats und der Stawiko zu unterstützen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass der Regierungsrat den Verwaltungsrat wählt, was die Wahl eines Regierungsratsmitglieds ja nicht ausschliesst. Interessenkollisionen müssen aber vermieden werden. Mit dem Amt für Feuerschutz übernimmt die Gebäudeversicherung – wie erwähnt – auch hoheitliche Funktionen, was eine Vertretung des Regierungsrats im Verwaltungsrat begründen würde. Der Sicherheitsdirektor empfiehlt aber, die Entscheidung darüber dem Regierungsrat zu überlassen.

➔ Der Rat genehmigt mit 53 zu 17 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

*§ 5 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die Streichung der Wendung «durch die Sicherheitsdirektion» beantragt. Stawiko und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 5 Abs. 2 Bst. a bis Bst. c*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 5 Abs. 2 Bst. d*

**Roger Wiederkehr** stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag** auf folgende Formulierung: «[Der Regierungsrat …] wählt ~~die Geschäftsleitung und~~ die Revisionsstelle auf Antrag des Verwaltungsrats». Wenn neu ein Verwaltungsrat eingeführt wird, soll dieser auch entsprechende Kompetenzen erhalten. Die CVP-Fraktion geht davon aus, dass im Verwaltungsrat Fachleute sitzen – und es gehört zu dessen klassischen Aufgaben, die Geschäftsleitung zu wählen. Der Regierungsrat soll und darf hier nicht das letzte Wort haben. Die Revisionsstelle hingegen soll nicht vom Verwaltungsrat gewählt werden können.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält – auch wenn in den meisten anderen Kantonen der Verwaltungsrat die Geschäftsleitung wählt. Für den Regierungsrat spielt die Überlegung mit, dass das kantonale Personalrecht auch für die Gebäudeversicherung gilt, dazu kommen die

erwähnten hoheitlichen Funktionen. Der Regierungsrat ist deshalb der Meinung, dass die Geschäftsleitung auf Antrag des Verwaltungsrats durch den Regierungsrat gewählt werden soll.

➔ Bei einem Stimmenverhältnis von 34 zu 34 Stimmen genehmigt der Rat mit Stichentscheid des Präsidenten den Antrag des Regierungsrats.

*§ 5 Abs. 2 Bst. e*

**Roger Wiederkehr** stellt namens der CVP-Fraktion aus Konsequenzgründen den **Antrag** auf folgende Formulierung: «[Der Regierungsrat …] ~~genehmigt~~ *nimmt* das Budget *zur Kenntnis und genehmigt* den Geschäftsbericht […]». Es liegt in der Verantwortung des aus Fachleuten bestehenden Verwaltungsrats, das Budget zu erstellen. Es reicht völlig aus, dass der Regierungsrat das Budget zur Kenntnis nimmt und nicht die Verantwortung dafür trägt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält.

Nach Meinung von Kommissionspräsident **Alois Gössi** hat der Rat in § 3a bereits beschlossen, dass der Kantonsrat den Jahresrechnung und den Geschäftsbericht genehmigt. Es kann hier also nur noch darum gehen, ob der Regierungsrat das Budget *genehmigt* (so der Antrag der vorberatenden Kommission) oder *zur Kenntnis nimmt* (so der Antrag der CVP-Fraktion). Wenn der Rat beschliesst, dass der Regierungsrat das Budget zur Kenntnis nehmen soll, muss in § 6 Abs. 2 dem Verwaltungsrat die Kompetenz zur Genehmigung des Budgets zugewiesen werden.

Der **Vorsitzende** stimmt den Überlegungen von Kommissionspräsident Alois Gössi zu. In der Abstimmung stehen sich der Antrag der vorberatenden Kommission («genehmigt das Budget sowie das Reglement […]») und die Formulierung der CVP-Fraktion («nimmt das Budget zur Kenntnis und genehmigt das Reglement […]») gegenüber.

➔ Der Rat genehmigt mit 38 zu 31 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 5 Abs. 2 Bst. f*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 5 Abs. 2 Bst. g*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Antrag der Stawiko einzig durch die Korrektur eines Tippfehlers vom Antrag des Regierungsrats unterscheidet.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

*§ 5 Abs. 2 Bst. h*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der Kommission mit § 3a zusammenhängt, wo sich der Rat für die Fassung der Kommission entschieden hat.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 5 Abs. 3*
*§ 6 Abs. 1*
*§ 6 Abs. 2 Bst. a bis Bst. g*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 6 Abs. 2 Bst. h und Bst. i*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko die Korrektur des Fehlers in der Reihenfolge beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

*§ 6 Abs. 2 Bst. j*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beantragt, das Gesetz über den Feuerschutz explizit zu erwähnen. Die Stawiko schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 7 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 8 Abs. 1 bis Abs. 3*
*3. Versicherte Gefahren*
*§ 9 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 10 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 11 Abs. 1 und Abs. 2*
*4. Gegenstand und Umfang der Versicherung*
*§ 12 Abs. 1 bis Abs. 3*
*§ 13 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 14 Abs. 1 und Abs. 2*
*5. Versicherungsverhältnis*
*§ 15 Abs. 1 bis Abs. 3*
*§ 16 Abs. 1 bis Abs. 4*
*§ 17 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 18 Abs. 1*
*§ 19 Abs. 1 bis Abs. 3*
*§ 20 Abs. 1 und Abs. 2*
*6. Finanzierung*
*§ 21 Abs. 1 bis Abs. 3*
*§ 22 Abs. 1 bis Abs. 3*
*§ 23 Abs. 1 bis Abs. 3*

*§ 24 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 25 Abs. 1 und Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 26 Abs. 1*

**Kurt Balmer** stellt den **Antrag,** § 26 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen: «Die Prämienrechnungen, *versehen mit einer Rechtsmittelbelehrung,* sind einem vollstreckbaren Urteil […] gleichgestellt.» Wenn eine Prämienrechnung nicht bezahlt wird, kann man gegebenenfalls eine Betreibung einleiten, bei Rechtsvorschlag Rechtsöffnung und dann Pfändung verlangen. Wichtig ist dabei aber, dass die Rechnung eine Rechtsmittelbelehrung enthält und irgendwo das Wort «Verfügung» steht. Mit der beantragten Ergänzung kann verhindert werden, dass die Verwaltung, vielleicht um die Rechnungen etwas einfacher zu gestalten, die Rechtmittelbelehrung weglässt. Das würde bedeuten, dass die Versicherten nichts mehr gegen die Rechnung unternehmen könnten und einer Betreibung und Pfändung ausgesetzt wären, obwohl die Rechnung – was immer wieder vorkommen kann – vielleicht Fehler enthält. Zum Vergleich: Auch eine Steuerfestsetzung oder Steuerrechnung enthält immer eine Rechtsmittelbelehrung, auch wenn sie dem Adressaten nicht eingeschrieben zugestellt wird. Der Votant bittet deshalb, seinem Antrag zuzustimmen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass die Zahlungsmoral bei der Gebäudeversicherung hervorragend ist, und es ist ihm nicht bekannt, dass diesbezügliche Verfahren eingeleitet werden mussten. Auf dem heutigen Rechnungsformular wird bereits explizit auf die Einsprachemöglichkeit innert 20 Tagen hingewiesen. Mit dem Vorschlag von Kurt Balmer, auf der Rechnung auch noch das Wort «Verfügung» zu platzieren, hat der Sicherheitsdirektor etwas Mühe. Mit der Ergänzung «versehen mit einer Rechtsmittelbelehrung» könnte er leben, er möchte die Rechnungen aber nicht in Form von Verfügungen zustellen müssen.

**Heini Schmid** bestätigt, dass eine Verfügung gemäss SchKG eine Rechtsmittelbelehrung enthalten muss. Enthält sie das nicht, erleidet man bei der Rechtsöffnung Schiffbruch, weil die Bedingungen für eine Verfügung nicht erfüllt sind. Man muss hier aber an die Gesetzestechnik denken: Die Voraussetzungen, die für einen Rechtsöffnungstitel erfüllt sein müssen, sind im SchKG und im Verwaltungsrecht geregelt und gehören nicht ins vorliegende Gesetz. Vielleicht macht das die Sache etwas schwieriger, aber die Juristen leben ja davon, dass man nicht alles in einem einzigen Gesetz findet, sondern Gesetze kombinieren muss.

Für **Kurt Balmer** ist es auch keine gute Gesetzestechnik, wenn man – wie es hier faktisch geschieht – hinschreibt, die Rechnung sei ein Rechtsöffnungstitel, und in einem anderen Gesetz steht genau das Gegenteil. Das sind Widersprüche, die man nach Möglichkeit vermeiden sollte.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Kurt Balmer mit 35 zu 13 Stimmen zu und genehmigt damit den um die Wendung «versehen mit einer Rechtsmittelbelehrung» ergänzten Antrag des Regierungsrats

*§ 26 Abs. 2 und Abs. 3*
*§ 27 Abs. 1 bis Abs. 3*
*§ 28 Abs. 1*
*§ 29 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 29 Abs. 2*

**Andreas Lustenberger** stellt namens der ALG den **Antrag,** § 29 Abs. 2 wie folgt zu ergänzen: «Sie [= die Gebäudeversicherung] legt die Mittel sicher und ertragbringend an. *Im Bereich der Immobilien ist ein Anteil von 20 Prozent an preisgünstigen Wohnungen zu berücksichtigen.*» Aus Sicht des Investors Gebäudeversicherung kann es durchaus Sinn machen, bewusst in ein tieferes Mietpreissegment zu investieren, um so sein Risiko zu diversifizieren. Dass nüchtern kalkulierende Investoren sich für preisgünstigen Wohnungsbau engagieren können, haben diverse Untersuchungen gezeigt. Und dabei stimmte nicht nur die Rendite, sondern es zeigten sich auch zusätzliche positive gesellschaftliche Aspekte, welche die Zustimmung zum vorliegenden Antrag noch einfacher machen.
Es ist der ALG klar: Aus Investorensicht wurde das Segment des preisgünstigen Wohnungsbaus in den letzten Jahren stark vernachlässigt, obwohl oder gerade weil in den Portfolios institutioneller Anleger oftmals bedeutende Altbestände vorhanden sind. Ein solcher Altbestand – ist er in einem guten und zukunftsfähigen Zustand – genügt oftmals den Kriterien des günstigen Wohnens. Meistens erfolgen jedoch eine Totalsanierung oder gar der Abbruch und der Neubau, und danach orientieren sich die Mieten in der Regel am Markt und sind oft vergleichbar mit denjenigen von Neubauwohnungen im oberen Segment. So haben sich viele Immobilienportfolios in den letzten Jahren kontinuierlich in ein höheres Mietpreissegment «saniert». Dennoch gilt es zu beachten, dass günstige Wohnungen einen Beitrag zur Vielfalt auf dem Wohnungsmarkt leisten. Sie helfen nicht nur den weniger zahlungskräftigen Nachfragern, von denen es auch im Kanton Zug noch genügend gibt. Nein, sie helfen auch – wie erwähnt–, das Risiko für Anleger zu diversifizieren. Darüber hinaus sind günstige Wohnungen auch eine Form der Verdichtung: Auf einem Grundstück können bei gleicher Ausnützung bis zu 20 Prozent mehr Haushalte wohnen.
Das sind aus Sicht der ALG alles Gründe, um ihrem Antrag zuzustimmen. Dabei ist ihr klar, dass mit den Prämien eine angemessene Rendite erzielt werden soll. Aber eine angemessene Rendite und ein Investment in preisgünstige Wohnungen schliessen sich eben nicht aus. Der Votant bittet den Rat deshalb, mit diesem kleinen Schritt einem für viele Zuger grossen Problem eine Wendung zu geben.

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Der Hintergrund für den Antrag der ALG ist das aktuelle Bauvorhaben der Gebäudeversicherung in der Siedlung Gartenstadt in Zug. Hier sollen ältere Häuser abgebrochen und dafür neue Wohnungen erstellt werden. Die Mieten für die neuen Wohnungen werden um einiges höher als diejenigen für die bestehenden Wohnungen sein, aber immer noch im mittleren Preissegment liegen. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission war der Meinung, dass das Geld aus den Prämien der Hauseigentümer dazu da ist, um allfällige Schäden zu decken, nicht um den preisgünstigen Wohnungsbau zu unterstützen; die Prämien sollen nicht zweckentfremdet eingesetzt werden. Der Bau von preisgünstigen Wohnungen sei durch allgemeine Steuermittel zu unterstützen, nicht

durch die Prämiengelder der Gebäudeversicherung. Ein ähnlicher Antrag – mit einem «angemessenen» Anteil statt einem solchen von 20 Prozent – wurde in der Kommission mit 10 zu 4 Stimmen abgelehnt.

**Philip C. Brunner** empfiehlt, den Antrag der ALG abzulehnen. Dieser schränkt die Freiheit der Gebäudeversicherung unnötig ein. Der Votant ist aber froh, dass der Antrag gestellt wurde. Er war nach der GGR-Debatte über das Bauvorhaben im Unterfeld nämlich nicht mehr sicher, ob die Grünen und die mit ihnen verbundene Linke den preisgünstigen Wohnungsbau tatsächlich noch wollen, da sie die dortige Überbauung mit rund 60 Prozent preisgünstigen Wohnungen vehement bekämpften. Der Votant ist froh, dass die ALG hier bei ihrem Thema bleibt.

**Anastas Odermatt** stellt namens der ALG den **Antrag,** bei § 29 einen neuen Abs. 3 einzufügen, der wie folgt lautet: «Im Reglement für die Anlagebereiche sind Nachhaltigkeits- und entsprechende Ausschlusskriterien zu definieren.» Folgende Überlegungen sprechen für diese Ergänzung:
• Laut § 6 Abs. 2 Bst. e erlässt der Verwaltungsrat ein Reglement für die Anlagebereiche. Dass ein solches Reglement durch den Verwaltungsrat erlassen wird, ist gut und richtig: Im Verwaltungsrat sitzt nicht *per se* ein Regierungsrat, und auch der Kantonsrat kann diesbezüglich künftig keinen Einfluss nehmen.
• Gemäss § 1 ist die Gebäudeversicherung eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Diese wird mittels § 3 mit einer Monopolstellung versehen, was verständlich und auch in Ordnung ist: Es gibt gute Gründe dafür. Man kann aber nicht eine staatliche Monopolstellung definieren, ohne diese mit flankierenden Massnahmen zu beschränken und Verantwortung zu übernehmen, ganz konkret beispielsweise zur Frage, wie die Gelder angelegt werden.
• Im Antrag geht es konkret darum, dass der Verwaltungsrat in der Legung des Reglements für die Anlagebereiche Nachhaltigkeits- und entsprechende Ausschlusskriterien definiert. Dabei geht es der ALG insbesondere um den Ausschluss von Anlagen in Sektoren der Waffen- und Kriegsindustrie, der Pornografie sowie von Industrien und Betrieben, die systematisch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte verletzen – Stichwort Kinderarbeit – oder systematisch gegen Natur-, Tier- und Umweltschutz verstossen. Vielleicht kommt der Verwaltungsrat zum Schluss, diese Kriterien teilweise anders zu formulieren – ein Beispiel wäre die Schweizerische Nationalbank –, weshalb der Antrag bewusst offen formuliert ist. Entscheidend ist einzig, *dass* solche Ausschlusskriterien definiert werden. Wenn man vorschreibt, dass *alle* ihre Gebäude bei einer staatlichen Versicherung zu versichern haben, also ein Monopol einführt, ist man es den Versicherten schuldig, die problematischsten Finanzanlagen auszuschliessen und damit zu verhindern, dass bewusst oder unbewusst in problematische Finanzanlagen investiert wird. Wenn es keine Monopolstellung gäbe, bräuchte es das nicht, denn dann könnten die Versicherten selbst entscheiden, zu wem sie gehen, und dabei als Kriterium auch das Anlagereglement bzw. die entsprechende Ausschlusskriterien berücksichtigen. Mit einer Monopolversicherung können sie das nicht. Und man kann die These in den Raum stellen, dass kein Hausbesitzer will, dass seine Versicherungsbeiträge in der Waffen- und Kriegsindustrie oder in menschenrechtsverachtende Betriebe investiert werden. Der Votant dankt für die Unterstützung des Antrags.

**Manuel Brandenberg** stellt für den Fall, dass der Antrag der ALG zu § 29 Abs. 2 angenommen wird, den **Eventualantrag,** den zusätzlichen Satz wie folgt zu formulieren: «Im Bereich der Immobilien berücksichtigt sie [= die Gebäudeversicherung] einen angemessenen Anteil an preisgünstigen Wohnungen sowie an Wohnungen

für SVP-Wähler.» Normalerweise wohnen in preisgünstigen Wohnungen sehr unterschiedliche Personen, die politisch in der Regel aber nicht zu den SVP-Wählern gehören. Mit der vorgeschlagenen Formulierung wird die Gleichbehandlung sichergestellt.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** teilt mit, dass der Antrag der ALG auf einen neuen Abs. 3 in ähnlicher Form auch in der vorberatenden Kommission gestellt wurde, die damalige Formulierung lautete: «Dabei berücksichtigt sie ökonomische, ökologische und soziale Aspekte.» Der Antrag wurde mit 7 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Gelder der Gebäudeversicherung sollen sicher und ertragbringend angelegt werden, so steht es in Abs. 2. Die Mehrheit der Kommission war der Meinung, dass mit den Reserven eine maximale Rendite erreicht werden soll, unter der Berücksichtigung entsprechender Sicherheiten. Dabei braucht es keine weiteren Einschränkungen, wie sie die Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte mit sich bringen würde. Es wurde befürchtet, dass soziales Anlegen von Geldern ein Verschenken von Geldern mit sich bringt, zumindest bei der Rendite. Auf der anderen Seite wurde argumentiert, dass für die Anlage der Mittel gewisse Rahmenbedingungen gesetzt werden sollten, so dass beispielsweise keine Investitionen in Betriebe, in denen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen herrschen oder Kriegsgeräte hergestellt werden, getätigt werden können. Die knappe Mehrheit der Kommission lehnt aber – wie gesagt – eine Einschränkung bei der Anlage der Mittel ab.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass der von Andreas Lustenberger vorgebrachte Antrag zu § 29 Abs. 2 auch in der Stawiko gestellt und dort mit 6 zu 1 Stimmen abgelehnt wurde. Zu den zwei anderen Anträgen führt die Votantin aus, dass es ihrer persönlichen Meinung nach zu weit führt, wenn der Gebäudeversicherung gesetzlich solche Vorgaben gemacht würden. Im Übrigen wird hier einmal mehr eine Kantonsratsdebatte für ideologisches Gedankengut missbraucht.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass er den in der vorberatenden Kommission gestellten Antrag bewusst von der Berücksichtigung sozialer ökologischer und ökonomischer Aspekte hin zu Ausschlusskriterien weiterentwickelt hat. Dass Ausschlusskriterien definiert werden, ist nicht unüblich, und auch mit solchen Kriterien lassen sich gute Renditen erzielen. Und die Definition von Ausschlusskriterien in Stiftungen etc. hat wenig mit Ideologie zu tun, sondern vielmehr mit der Frage, ob man Menschenrechtsverletzungen einfach hinnehmen will oder nicht. Falls das aber ideologisch ist, zählt sich der Votant gerne zu den Ideologen.

Für **Heini Schmid** stellt Anastas Odermatt die These auf, dass Gelder aus Zwangsabgaben nur mit politischen Vorgaben investiert werden dürfen. Analog müsste man dann auch verlangen, dass die Politik auch die Anlagerichtlinien für Pensionskassen – auch da handelt es sich um Zwangsabgaben – definieren muss. Die Debatte zeigt aber deutlich, wie schwierig das ist und man wohl gut beraten ist, möglichst wenige Vorgaben zu machen. Im Vordergrund steht nämlich die Rendite, und man ist schlecht beraten, wenn man diese durch gerade *en vogue* seiende Anlagevorschriften verwässert. Das macht die Sache für den Verwaltungsrat enorm schwierig. Denn was heisst zum Beispiel «preisgünstige Wohnungen»? Nimmt das Bezug auf das entsprechende Reglement der Stadt Zug? «Preisgünstig» ist nämlich nicht *per se* definiert. Man stellt dem Verwaltungsrat also eine Aufgabe, die unmöglich zu lösen ist. Wenn schon, müsste man genau definieren, was preisgünstige Wohnungen sind. Sind sie zwar teuer, aber im Verhältnis zum gebotenen Standard

günstig? Oder sind es Altwohnungen, die nicht mehr renoviert werden dürfen, mit der Zeit nicht mehr marktgängig sind, keine Rendite mehr abwerfen – aber eben günstig sind? Beide Anträge der ALG führen den Verwaltungsrat in seichtes, untiefes Gewässer und verwässern die Rendite. Der Votant empfiehlt deshalb dringend, sie abzulehnen

**Thomas Lötscher** ist Versicherungsnehmer der Gebäudeversicherung, und deshalb bereiten ihm die Anträge der ALG etwas Sorge. Sie sind vergleichbar mit der aktuell zur Debatte stehenden Konzernverantwortungsinitiative. Es geht nicht nur darum, dass Anlage- und Investitionsvehikel eingeschränkt werden, sondern auch um eine Aufblähung des Verwaltungsapparats. Der Verwaltungsrat wird vor dem Hintergrund einer umgekehrten Beweislast nämlich sicherstellen müssen, dass er dokumentieren kann, wirklich konform investiert zu haben. Er muss damit eine Verantwortung übernehmen, die man nach gesundem Menschenverstand gar nicht übernehmen kann. Selbstverständlich soll man seriös, anständig und ethisch vertretbar investieren, aber eine hundertprozentige Garantie, dass man das immer getan hat, wird man – wenn überhaupt – oder nur mit riesigem Aufwand abgeben können. Und das schlägt sich auf den Verwaltungsaufwand und letztlich auf die Prämien nieder. Eine Versicherung hat eine klare Aufgabe gegenüber den Versicherungsnehmern, und es geht in deren Interesse, die im vorliegenden Fall ja an einen Monopolbetrieb gebunden sind, nicht an, der Versicherung derartige Aufwände zu überbürden. Der Votant bittet deshalb, die Anträge der ALG abzulehnen.

**Andreas Lustenberger** nimmt Bezug auf das Votum von Heini Schmid und hält fest, dass im kantonalen Gesetz über die Wohnraumförderung sehr genau geregelt ist, was im Kanton Zug als preisgünstige Wohnung gilt und was nicht. Genau daran könnte sich auch der beantragte Einschub halten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat die Anträge der ALG auch aus ordnungspolitischen Überlegungen ablehnt. Bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt geht es um die Auslagerung einer Verwaltungseinheit, mit einem klaren Kreis von Betroffenen. Es geht um keinen einzigen Franken Steuergeld und auch nicht um eine Staatsgarantie, weshalb die Gebäudeversicherung schlicht nicht der richtige Ort ist, um ihr andere öffentliche Aufgaben zu überbinden. Sie muss sich ja mit entsprechenden Prämien und einer guten Anlagestrategie über Wasser halten können – und der Sicherheitsdirektor ist überzeugt, dass eine Annahme der ALG-Anträge zu höheren Prämien führen würde. Der Bau von preisgünstigem Wohnraum ist Aufgabe des Staates, nicht der Gebäudeversicherung. Im Übrigen hat auch der Kanton – wie ein Blick ins Finanzhaushaltgesetz zeigt – keine Anlagevorgaben. Und der Sicherheitsdirektor ist überzeugt, dass der Verwaltungsrat der Gebäudeversicherung genügend sensibilisiert ist, seine Anlagen auch ohne Vorgaben von Seiten der Politik sorgfältig zu tätigen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG zu § 29 Abs. 2 mit 56 zu 15 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Eventualantrag von Manuel Brandenberg damit hinfällig wird.

➔ Der Rat den Antrag der ALG, in § 29 einen neuen Abs. 3 einzufügen, mit 51 zu 18 Stimmen ab.

An dieser Stelle begrüsst der **Vorsitzende** die Botschafterin der Niederlande, Anne Elisabeth Luwema, im Kantonsratssaal und heisst sie herzlich willkommen in Zug. *(Der Rat applaudiert.)*

*§ 30 Abs. 1 und Abs. 2*
*7. Schadenfall*
*§ 31 Abs. 1 bis Abs. 3*
*§ 32 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 33 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 34 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 35 Abs. 1 und Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 35 Abs. 3*

**Pirmin Frei** weist darauf hin, dass die Regelung in § 35 Abs. 3 im alten Recht eine «kann»-Vorschrift war. Die vom Regierungsrat neu vorgeschlagene Regelung wird ungemein hohe Kostenfolgen haben. Es gibt Schäden an Gebäuden, die zwar vorhanden sind, die aber nicht einsehbar sind und die Gebrauchsfähigkeit des betreffenden Gebäudeteils auch nicht beeinträchtigen. So kann es auf dem Dach nicht einsehbare Hagelschäden geben, die zwar den Wert des Gebäudes reduzieren, dessen Gebrauchsfähigkeit aber in keiner Weise tangieren. Wenn die Gebäudeversicherung nun verpflichtet wird, den Minderwert zwingend zu entschädigen, hat das grosse Kostenfolgen. Der Votant stellt deshalb den Antrag, hier eine «kann»-Formulierung zu wählen, also den Teilsatz «wird ein Minderwert entschädigt» durch «kann ein Minderwert entschädigt werden» zu ersetzen.

Kommissionspräsident **Alois Gössi:** Die vorberatende Kommission diskutierte hier über eine allfällige «kann»-Formulierung, es wurde jedoch kein entsprechender Antrag gestellt; die Kommission hat also keine Meinung zum Antrag von Pirmin Frei. Persönlich unterstützt der Kommissionspräsident den Antrag. Aus einem geringen Schönheitsfehler an einem Gebäude entsteht nicht zwingend ein Minderwert, weshalb wegen Unverhältnismässigkeit allenfalls auf eine Entschädigung verzichtet werden kann.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat kurz über diesen Antrag diskutiert hat und ihm ebenfalls unterstützt. Es kommt oft zu Schäden, die gar nicht einsehbar sind, wobei der Minderwert nach der regierungsrätlichen Formulierung aber dennoch entschädigt werden müsste. Für die Gebäudeversicherung wird es mit dieser Formulierung schwierig, Vergleichsverhandlungen zu führen, zumal viele Eigentümer sofort mit Expertisen und klaren Entschädigungsforderungen kommen. Die «kann»-Formulierung führt zu einem grösseren Spielraum bei der Diskussion um solche Schäden, und der Minderwert muss nicht einfach immer bezahlt werden.

➔ Der Rat stimmt der von Pirmin Frei beantragten «kann»-Formulierung stillschweigend zu.

*§ 36 Abs. 1*
*§ 37 Abs. 1*
*§ 38 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 39 Abs. 1*
*§ 40 Abs. 1 und Abs. 2*
*§ 41 Abs. 1 bis Abs. 3*
*§ 42 Abs. 1 und Abs. 2*
*8. Rechtspflege*
*§ 43 Abs. 1 bis Abs. 3*
*9. Schlussbestimmungen*
*§ 44 Abs. 1 und Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen)

***Gesetz über den Feuerschutz***

*§ 3 Abs. 2*
*§ 3 Abs. 3 (neu)*
*§ 57a (neu)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil III** (Fremdaufhebungen)

***Gesetz über die Gebäudeversicherung vom 20. Dezember 1979***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr behandelt werden.

## 457 Nächste Sitzung

Donnerstag, 2. Juni 2016 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** wünscht abschliessend allen Fraktionen für den Nachmittag einen interessanten Ausflug.

**Protokoll des Kantonsrats**

34. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 2. Juni 2016 (Vormittag)
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 3. Mai 2016
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
- 3.1. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ablösung der Gruppe Postenschacher durch einen Justizrat
- 3.2. Motion der CVP-Fraktion betreffend städtebauliche Vision für die Agglomeration Zug
- 3.3. Motion der CVP-Fraktion betreffend Chancen und Risiken der Digitalisierung des Verkehrs im Kanton Zug
- 3.4. Postulat der SP-Fraktion betreffend «Panama Papers»: Schweizer Steuer- und Strafrecht anwenden
- 3.5. Interpellation von Ralph Ryser, Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Bundesasylunterkunft Gubel und die Auswirkungen auf die Zuger Bevölkerung
4. Kommissionsbestellungen:
- 4.1. Geschäftsbericht 2015
- 4.2. Zwischenbericht zu den per Ende März 2016 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
- 4.3. Rechenschaftsbericht 2015 des Obergerichts
- 4.4. Bericht 2015 der Ombudsstelle Kanton Zug
- 4.5. Tätigkeitsbericht 2015 der Datenschutzstelle
5. Geschäfte, die am 12. Mai 2016 nicht behandelt werden konnten:
- 5.1. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug
- 5.2. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Flüchtlingskonzept
6. Petition von X. V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie
7. Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
8. Ersatzwahl eines hauptamtlichen Richters am Obergericht für den Rest der Amtsperiode 2013–2018
9. Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (EG BGFA)
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal

11. Zwei Motionen zu politischer Bildung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen:
11.1. Motion von Thomas Lötscher betreffend die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments
11.2. Motion von Laura Dittli betreffend Einführung einer Abstimmungshilfe für junge Erwachsene im Kanton Zug
12. Motion der Kommission zur Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) betreffend individuell-konkrete Anweisungen des Kantonsrats im gesetzlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats und der Gerichte
13. Motion von Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Standesinitiative zur Verankerung der bestehenden Bargeldnotennennwerte (CHF 10, 20, 50, 100, 200, 1000) im Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel (WZG)
14. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend das beabsichtigte Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung in die EU
15. Interpellation von Alice Landtwing und Karen Umbach betreffend Bauprojekt Sprungturm - einmal mehr die Luxusversion für Zug
16. Interpellation von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Patrick Iten und Kurt Balmer betreffend öffentliche Apotheke im Zuger Kantonsspital
17. Interpellation von Hubert Schuler betreffend Ausschreibung der Mandatsführung für Kinder und Jugendliche
18. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Stadt Zug – Verbesserung der Situation für den nicht motorisierten Verkehr auf dem Postplatz und zwischen Bahnhof und Metalli

## 458 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Andreas Meier, Oberägeri; Thomas Villiger, Hünenberg; Monika Weber, Steinhausen; Roger Wiederkehr, Risch.

## 459 Mitteilungen

Gesundheitsdirektor Martin Pfister wird heute an der Gesundheitsdirektorenkonferenz in deren Vorstand gewählt. Nach dem Traktandum 5.1 wird er die Kantonsratssitzung verlassen und sich in den Kanton Jura begeben.

Heute gilt jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

TRAKTANDUM 1

## 460 Genehmigung der Traktandenliste

Wie den Ratsmitgliedern mit E-Mails vom 27. und 30. Mai 2016 mitgeteilt wurde, sind zu Traktandum 6 (Petition von X. V. zur Änderung der Verfassung betreffend

die Einheit der Materie) zwei Folgepetitionen eingegangen, die gemäss § 54 Abs. 1 GO KR der Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag zu unterbreiten sind. Die Staatskanzlei hat den Eingang der beiden Folgepetitionen am 30. Mai 2016 bestätigt und diese an die Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag an den Kantonsrat weitergeleitet. In Absprache mit dem Präsidenten der Justizprüfungskommission stellt der Vorsitzende den **Antrag:**

- Traktandum 6 nicht zu behandeln, um dieses dann zusammen mit dem Bericht und Antrag zu den Folgepetitionen zu beraten;
- unter Traktandum 3 die beiden Folgepetitionen der Justizprüfungskommission zur Berichterstattung und Antragstellung zu überweisen.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 2

**461** **Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 3. Mai 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 3. Mai 2016 stillschweigend und ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen:**

**462** Traktandum 4.1: **Geschäftsbericht 2015**
Vorlage: 2617.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats [gedruckter Bericht]).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

**463** Traktandum 4.2: **Zwischenbericht zu den per Ende März 2016 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**
Vorlage: 2618.1/1a - 15156 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

**464** Traktandum 4.3: **Rechenschaftsbericht 2015 des Obergerichts**
Vorlage: 2628.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Obergerichts [gedruckter Bericht]).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**465** Traktandum 4.4: **Bericht 2015 der Ombudsstelle Kanton Zug**
Vorlage: 2615.1 - 00000 (Bericht der Ombudsstelle).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**466** Traktandum 4.5: **Tätigkeitsbericht 2015 der Datenschutzstelle**
Vorlage: 2629.1 - 00000 (Bericht der Datenschutzstelle).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**467** Traktandum 4.6: **Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum von Junge Alternative Zug und JUSO JungsozialistInnen**

Anstelle von Richard Rüegg soll für die CVP-Fraktion neu Patrick Iten in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

An dieser Stelle übernimmt die Stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 5
**Geschäfte, die am 12. Mai 2016 nicht behandelt werden konnten**

**468** Traktandum 5.1: **Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug**
Vorlagen: 2547.1 - 15010 (Bericht und Antrag des Regierungsrat); 2547.2 - 15011 (Antrag des Regierungsrats); 2547.3/3a - 15079 (Bericht und Antrag der Kommission für Gesundheit und Soziales); 2547.4/4a - 15135 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat Eintreten und Zustimmung beantragt. Die Kommission für Gesundheit und Soziales und die Staatswirtschaftskommission beantragen Eintreten und Zustimmung mit Änderungen.

EINTRETENSDEBATTE

**Vroni Straub-Müller,** Präsidentin der Kommission Gesundheit und Soziales, teilt mit, dass die Kommission das vorliegende Geschäft an einer Halbtagessitzung behandelte. Der damalige Gesundheitsdirektor Urs Hürlimann informierte die Kommission, dass der Kanton Zug in Bezug auf die Gesundheitspolitik vor drei grossen Herausforderungen stehe:
• demografische Entwicklung mit ihren Folgen;
• Zunahme von chronischen Krankheiten;
• Zunahme von psychischen Erkrankungen.

Es müsse verhindert werden, dass es zu einem Mangel in der ärztlichen Versorgung und beim Pflegepersonal komme. Hierzu sind Änderungen im Gesundheitsgesetz nötig.
Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Kommissionspräsidentin verweist im Grundsatz auf Bericht und Antrag der Gesundheitskommission, erläutert aber kurz die drei Kernpunkte der Vorlage aus Sicht der Kommission:
• Bei § 29 Abs. 1 will die Regierung die gesetzliche Grundlage schaffen, um Betriebe im Gesundheitswesen in der Aus- und Weiterbildung besser unterstützen zu können. Die Neuformulierung dient dazu, die bestehende Einschränkung auf Personal mit Wohnsitz im Kanton Zug aufzuheben. Zug ist in einen kantonsübergreifenden Gesundheitsraum eingebettet. Gerade im Bereich Herz- oder Hirnchirurgie arbeitet Zug mit Zürich oder dem Aargau zusammen. Insofern muss zur Sicherstellung des Versorgungsauftrags überregional gedacht werden. Der Staat hat in Bezug auf die Gesundheitsversorgung einen Versorgungsauftrag, weshalb er darauf hinwirken muss, dass genügend Fachpersonal zur Verfügung steht. Dieser Meinung war eine Mehrheit der Kommission. Ein Antrag auf Streichung von § 29 Abs. 1 wurde mit 4 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Der Kommission war und ist es aber wichtig, dass die «richtigen» Betriebe vom Beitragssystem profitieren können. Es wurde deshalb explizit eine Aufzählung der berechtigen Betriebe in den Gesetzestext aufgenommen.
• § 50a betrifft den Rettungsdienst des Kantons Zug. Für die Notfallversorgung im Kanton Zug soll die Zusammenarbeit aller Beteiligten mit der Rettungsorganisation verbessert werden. Die Kommission schlägt vor, dass der Regierungsrat die Aufgabe an Dritte übertragen kann. Dieser Änderungsantrag wurde mit 9 zu 4 Stimmen unterstützt. Mit dieser Formulierung ist der Kanton für den Rettungsdienst zuständig, kann aber, falls ein privater Anbieter mit gleicher Qualität, aber kostengünstiger auf dem Markt erscheinen würde, diese Aufgabe auch übertragen.
• In § 51 Abs. 1 wird die gesetzliche Grundlage geschaffen, dass der Kanton ein psychiatrisches Tagesambulatorium führen könnte. Insbesondere in der Kinderpsychiatrie gibt es Lücken bzw. keine ambulanten Angebote. Im Grundsatz ist die Kommission damit einverstanden: Ambulant vor stationär wird immer als kostengünstiger verstanden. Die Kommission schlägt aber auch hier eine «kann»-Formulierung vor. Der Gesundheitsdirektor informierte die Kommission, dass noch keine konkreten Projekte auf dem Tisch lägen; über eine effektive Umsetzung werde später zu entscheiden sein. Im Rahmen des Projekts «Integrierte Psychiatrie» – in der letzten Sitzung wurde die Kommissionen dazu bestellt – sollen die Versorgungsbereiche ambulant, stationär und teilstationär der Konkordatskantone unter ein Dach kommen.
Die Kommission empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten und der Gesetzesanpassung mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission: Im Budget 2014 hatte die Gesundheitsdirektion den Aufbau eines psychiatrischen Tagesambulatoriums beantragt. Damals waren die Stawiko und der Kantonsrat der Auffassung, dass dieses Vorhaben eine separate Vorlage benötige. Diesem Anliegen wird nun auf dem Weg der Teilrevision des Gesundheitsgesetzes Rechnung getragen. Die Einschätzung der finanziellen Auswirkungen ist schwierig. Im Grunde genommen müssten durch die Einführung von Tagesambulatorien Kosten gespart werden können. Die Stawiko musste jedoch feststellen, dass das neue Angebot zu einem Mehraufwand von netto 764‘000 Franken führt. Dies bedeutet, dass aufgrund einer Mengenausweitung im stationären Bereich mit keiner Entlastung zu rechnen ist. Es handelt sich hier um eine gesellschaftliche Entwicklung, die man als Tatsache

akzeptieren muss. Eine weitere Tatsache ist aber auch, dass ambulante Plätze wesentlich günstiger sind als stationäre. Deshalb ist die Stawiko trotz kantonaler Sparprogramme einverstanden, dieses neue Angebot zu schaffen.
Bei der Option der Übertragung des Rettungsdiensts an Dritte folgt die Stawiko mit einem knappen Entscheid der vorberatenden Kommission. Dies bedeutet nicht, dass der Rettungsdienst an Dritte vergeben werden *muss.* Die Regierung soll mit dieser Bestimmung die Möglichkeit haben, einen Teilbereich oder den Dienst als Ganzes bei Bedarf an Dritte zu vergeben. In der Praxis ist dies bereits heute der Fall, wenn es beim Zuger Rettungsdienst zu Engpässen kommt, oder bei Sondereinsätzen.
Die Beiträge für Aus- und Weiterbildung von Personen in Berufen des Gesundheitswesens wurde in der Stawiko intensiv diskutiert. Sie wird es wagen, in der Detailberatung dieser «Subventionitis» ein Ende zu bereiten.
Die Stawiko ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten. Sie bittet, insbesondere bei § 29 dem Antrag zu folgen, den die Stawiko-Präsidentin in der Detailberatung näher erläutern wird.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Das 2008 totalrevidierte Gesundheitsgesetz hat sich im Grundsatz bewährt. Die heutigen Anpassungen sind nachvollziehbar, um die Aufgaben im Gesundheitsbereich zukunftsgerichtet erfüllen zu können. Mit den Vorschlägen der Regierung ist die ALG mehrheitlich einverstanden. Im Bereich der Psychiatrie für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene sind Anpassungen mit erweiterten Strukturen und Möglichkeiten der Behandlung nötig. Die ALG erachtet es als wichtig, dass Tagesambulatorien Bestandteile der Gesundheitsversorgung sind. Wenn eine Behandlung ambulant durchgeführt werden kann, ist sie schon aus Kostengründen einer stationären Behandlung vorzuziehen. Dies bedingt, dass bedarfsgerechte Lösungen bereitgestellt werden.
Der Staat hat in Bezug auf die Gesundheitsversorgung einen Versorgungsauftrag. Die Prognose, dass der Bedarf an Fachkräften im Gesundheitswesen steigen wird und mit den jährlich ausgebildeten Fachleuten nicht ausgeglichen werden kann, sollte im Fokus des Versorgungsauftrags stehen. Damit es künftig nicht zu Engpässen bei den Fachkräften im Gesundheitsbereich kommt, sind die Angebote an Ausbildungsplätzen in den Gesundheitsinstitutionen des Kantons Zug sehr wichtig. Dass die Regierung in diesem Zusammenhang Betriebe mit finanziellen Beiträgen unterstützen kann, erachtet die ALG als sinnvoll. Sie wird bei § 29 Abs. 1 einen Antrag auf eine Umformulierung stellen. Sie ist für Eintreten auf die Vorlage.

**Beat Iten:** Die SP-Fraktion teilt grundsätzlich die Meinung, dass sich das Gesundheitsgesetz des Kantons Zug seit seiner Einführung im Jahr 2009 bewährt hat. Sie sieht auch die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Änderungen ein und unterstützt diese weitgehend. Eintreten auf die Vorlage steht für sie daher ausser Frage.
Zu kurzen Diskussionen führten bei der SP die Änderungen beim Rettungswesen. Die SP begrüsst die Klärungen, ist allerdings der Meinung, dass die Führung dieses Dienstes klar beim Kanton bleiben soll. Mit der Ergänzung der Kommission, dass der Kanton diese Aufgabe an Dritte übertragen *kann,* kann die SP jedoch leben. Bei der psychiatrischen Versorgung bereitete ihr die «kann»-Formulierung der Kommission deutlich mehr Mühe. Sie ist der Meinung, dass der Kanton in diesem Bereich eine Lücke hat, die geschlossen werden muss und die nicht der Willkür im jeweiligen Budgetprozess ausgeliefert sein sollte.
Anlass zu kontroversen Diskussionen gaben in der SP-Fraktion die Beiträge an die Ausbildungsbetriebe. Der Kanton hat in diesem Bereich sicher eine erhöhte Verantwortung für die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und qualitativ guten Gesund-

heitsversorgung. Ob die Subventionierung von Ausbildungsbetrieben das richtige Mittel dafür ist, ist für die SP fraglich. Man hat im Kantonsrat in den letzten Wochen sehr oft die Begriffe «Zuger Finish» und «Giesskannenprinzip» gehört, und diese Beiträge könnten durchaus auch damit in Verbindung gebracht werden. Die SP-Fraktion wird in der Detailberatung daher Anträge zu den Tagesangeboten und zu den Ausbildungsbeiträgen stellen.

**Urs Raschle** teilt mit, dass die CVP-Fraktion klar für Eintreten ist und der Vorlage zustimmt. Auch in der CVP wurde aber intensiv über § 29 diskutiert. In Zeiten des Sparens tönt es interessant und beinahe verlockend, keine Beträge mehr für die Ausbildung zu bezahlen. Diese Denkweise ist aus Sicht der CVP aber zu kurzfristig. Der Bereich der Pflege erlebt eine grosse Wandlung und braucht deshalb auch in Zukunft gutes Fachpersonal. Dieses muss nicht nur das nötige Pflege-*Knowhow* mitbringen, sondern auch genügend Sozialkompetenz, Empathie und Effizienz bei der Arbeit besitzen und zeigen. Was von aussen leicht aussieht, ist in der Tat schwere und nicht immer angenehme Arbeit, welche entsprechende Erfahrung braucht – auf gut Deutsch: Auch *Füdliputzen* muss gelernt sein. Zudem entwickeln sich im Bereich der Pflege und Betreuung immer neue Angebote und Möglichkeiten, und auch dieses Wissen wird als selbstverständlich angenommen. Deshalb liegt es im Interesse des Kantons, auch zukünftig gut geschultes Personal anstellen zu können, welches auch die lokalen Begebenheiten kennt. Der CVP ist es deshalb wichtig, die bereits gemachten Erfahrungen besser zu kennen, und sie wartet mit grossem Interesse auf eine entsprechende Auswertung. Bevor eine solche vorliegt, ist es für die CVP zu früh, zu entscheiden, ob Heime und Institutionen auch für ausserkantonale Auszubildende eine Unterstützung erhalten sollen. Sie stellt deshalb den **Antrag,** den bestehenden § 29 unverändert zu belassen.
Im Bereich Tagesambulatorium folgt die CVP der vorberatenden Kommission. Sie erachtet es als sinnvoll, die gesetzlichen Grundlagen für ein solches Angebot zu schaffen und damit den *Kick-off* für die Umsetzung zu geben. Dabei vertraut sie ihrem neuen Regierungsrat Martin Pfister, dass das Angebot kosteneffizient und im Sinne der Nutzung des grossen Synergiepotenzials ausgestaltet wird.

**Rainer Suter** spricht für die SVP-Fraktion. Wie schon erwähnt wurde, sind drei hauptsächliche Herausforderungen ausgemacht worden: die demografische Entwicklung, die zu einer grösseren Bedeutung der Alterserkrankungen und der Pflege im Alter führen wird, sowie die chronischen Krankheiten und psychischen Erkrankungen. Die SVP ist – wie schon in den Kommissionen – für Eintreten. Kostenrelevante Erhöhungen im Gesundheitswesen lehnt sie ab, weshalb sie bei § 29 die Stawiko unterstützen wird.

**Daniel Stuber** hält fest, dass Eintreten auf die Vorlage in der FDP-Fraktion unbestritten war. Die FDP begrüsst grundsätzlich sowohl die Anpassungen beim Rettungsdienst als auch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für ein psychiatrisches Tagesambulatorium. Am meisten zu diskutieren gab § 29 betreffend Beiträge für die Aus- und Weiterbildung. Gemäss dem Antrag der Stawiko stellt sich auch der FDP die Frage, ob diese Beiträge tatsächlich ein wirkungsvolles Instrument sind. Die finanzielle Situation hat sich in den letzten Monaten leider nicht verbessert, da selbst eine vollständige Umsetzung des an der vorletzten Sitzung behandelten Entlastungspakets das strukturelle Defizit nicht vollständig beseitigen dürfte. Angesichts dieser Situation müssen weiterhin sämtliche Ausgaben auf ihre Notwendigkeit hinterfragt werden. Aber nicht nur aus finanzpolitischen Gründen wurden die Beiträge hinterfragt, sondern auch wegen der Ungleichbehandlung im

Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen. Es gibt diverse Berufe, für welche die Unternehmen nur schwer geeignete Fachkräfte finden. Das gilt zweifellos auch für den Pflegebereich. Dass nun aber einzelne Betriebe direkt mit Beiträgen unterstützt werden, erachtet die FDP-Fraktion als fragliche Massnahme. Jeder Betrieb hat ein eigenes Interesse daran, genügend qualifiziertes Personal zu finden und dieses nach Möglichkeit auch selbst auszubilden. Es wurde daher bezweifelt, dass die Betriebe wegen der – nicht allzu grossen – Beiträge wirklich mehr Ausbildungsplätze anbieten als ohne Beiträge. Vor diesem Hintergrund hat sich die Mehrheit der FDP-Fraktion für den Antrag der Stawiko ausgesprochen, § 29 Abs.1 komplett aufzuheben. Bei den restlichen Anträgen stimmt die FDP jeweils den «kann»-Formulierungen der vorberatenden Kommission zu.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** dankt für die gute Aufnahme der Gesetzesrevision. Er vertritt in diesem Frühsommer verschiedene Geschäfte, die noch auf die Leistung seines Vorgängers zurückgehen. Sie bilden gewissermassen den Abschluss der Tätigkeit des «alten» Gesundheitsdirektors. Der neue Gesundheitsdirektor geht davon aus, dass auch er dereinst mehr an dem gemessen wird, was er seinem Nachfolger an gut vorbereiteten Geschäften übergeben wird, als an den Geschäften, die er während seiner Amtszeit selbst erfolgreich umsetzen konnte.
Bei den zur Debatte stehenden Änderungen im Gesundheitsgesetz handelt es sich um drei Themenbereiche, die innerlich nicht zusammenhängen, ausser dass sie im Gesundheitsgesetz geregelt sind. Der Gesundheitsdirektor ist froh über die gute Aufnahme der Vorlage. Er wird in der Detailberatung genauer auf die Punkte eingehen, die in der Eintretensdebatte angesprochen wurden. Im Sinne eines Überblicks nimmt er aber generell Stellung zu den drei Themenbereichen.
• Der Antrag für eine gesetzliche Grundlage für ein Tagesambulatorium geht – wie richtig erwähnt wurde – auf das entsprechende Insistieren der Stawiko zurück. Das Schliessen dieser Lücke in der integrierten psychiatrischen Versorgung ist wichtig, wobei für das Tagesambulatorium für Erwachsene bereits viele Grundlagen, insbesondere auch die räumlichen Voraussetzungen in der psychiatrischen Klinik Zugersee, vorhanden sind. Bei der ambulanten psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen besteht eine hohe Dringlichkeit, weil es im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie im ambulanten wie in stationären Bereich generell viel zu wenige Angebote gibt. Die Folge ist, dass es praktisch permanent teilweise gravierende Fälle gibt, die nicht adäquat behandelt werden können, weil für sie keine Behandlungsplätze vorhanden sind. Die Nähe des Behandlungsorts zum Wohn- und Lebensort ist zudem bei Kindern und Jugendlichen von grosser Bedeutung. Die Gesundheitsdirektion legt Wert darauf, eine Mengenausweitung mit dem Tagesambulatorium zu verhindern, auch wenn diese Angebote – die Zustimmung des Kantonsrats vorausgesetzt – ab 2018 im neuen Psychiatriekonkordat integriert werden. Ambulante Angebote sollen primär stationäre ersetzen oder ergänzen, unter anderem auch deshalb, weil ambulante Angebote in der Regel kostengünstiger sind als stationäre.
• Ein gut funktionierender Rettungsdienst gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Die Qualität des Rettungswesens ist standortrelevant, und der Kanton Zug legt deshalb seit längerer Zeit grossen Wert auf einen guten Ausbaustandard des Rettungsdienst. Die Ausführungen des Regierungsrats erlauben einen ausführlichen Einblick in den Rettungsdienst. Die Anpassungen im Gesetz entstanden im Wesentlichen aus dem Bedarf der Praxis.
• Die Förderbeiträge für Ausbildungsplätze im Gesundheitswesen gehen auf die letzte Änderung des Gesundheitsgesetzes im Jahr 2008 zurück. Der Kanton nimmt damit wie bei der Sicherheit und der Polizei seine Verantwortung im Bereich der

Gesundheit wahr. Wie bei der Polizei kann der Staat seine Versorgungsaufgabe nicht erfüllen, wenn nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Mit der vorgeschlagenen Formulierung, die den Ausbildungsbetrieb und nicht die Herkunft der Auszubildenden in den Fokus rückt, kann der Regierungsrat Ausbildungsbetriebe künftig noch gezielter unterstützen. Die geschieht selbstverständlich aber nur, wenn die Massnahme wirkungsvoll ist. Deshalb wird zuerst die Wirksamkeit dieser Förderbeiträge überprüft.
Der Gesundheitsdirektor dankt dem Rat für sein Eintreten auf die Vorlage.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 7 Abs. 1*
*§ 19 Abs. 2*
*§ 28 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 29 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatenden Kommission beantragt, die Unterstützung auf die explizit aufgezählten Betriebe zu beschränken. Die Stawiko stellt den Antrag auf Streichung des ganzen Paragrafen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko zuerst die Unterschiede zwischen den verschiedenen Versionen herausschälte; die Details dazu finden sich auf Seite 2 des Stawiko-Berichts im ersten Abschnitt zu § 29. Danach stellte sie das bisherige Recht, die Version der Regierung und diejenige der vorberatenden Kommission einander gegenüber. Mit 4 zu 3 Stimmen entschied sich die Stawiko für die Version der Kommission. Damit war sie jedoch noch nicht zufrieden: Wie schon gesagt, stellt die Stawiko hier den Antrag auf Streichung. Eine ausführliche Begründung dafür findet sich in ihrem Bericht. Die wichtigsten Gründe sind:
• Es muss das ureigene strategische Ziel eines jeden Unternehmers, Betriebsleiters oder Geschäftsführers sein, den Berufsnachwuchs selber sicherzustellen.
• Das Gesundheitswesen erhält vom Kanton, aber auch von den Gemeinden unter verschiedenen Titeln finanzielle Unterstützung.
• Die kleinen Beiträge, welche für die Aus- und Weiterbildung bezahlt werden, vergrössern die Bürokratie und den administrativen Aufwand. Denn wie überall, wo

etwas bezahlt wird, muss auch kontrolliert werden, ob es zu Recht bezahlt wird, Und wie vorhin selbst von der Regierung ausgeführt, muss auch noch der Nutzen evaluiert werden.
• Es ist den meist staatsnahen Betrieben zuzumuten, ihre volkswirtschaftlichen Verpflichtungen wahrzunehmen und ihren eigenen Berufsnachwuchs zu fördern.
• Wie der «Neuen Zuger Zeitung» vom 18. April und letzte Woche dem Pressebericht zur Generalversammlung des Zuger Kantonsspitals zu entnehmen war, *boomen* die Pflegeberufe zurzeit. Es gibt genügend Ausbildungsplätze, und die Berufe sind attraktiv. Die Auszubildenden haben festgestellt, dass in diesen Berufen keine Gefahr des Jobverlusts droht und gute Löhne bezahlt werden. Selbstverständlich braucht es in den Pflegeberufen verschiedenste, teilweise auch erschwerende Kompetenzen. Das gilt aber auch für andere Berufe.
• Es ist gegenüber dem Gewerbe und den KMU nicht fair, wenn für Ausbildungsplätze im Pflegebereich Unterstützungsbeiträge gewährt werden, denn KMU und Gewerbe erhalten keine solchen Beiträge. Und wer weiss, dass der Schweiz allmählich die Metzger ausgehen? Viele Lehrstellen für diesen Beruf bleiben unbesetzt. Und der Metzgerberuf ist – ähnlich wie die Pflegeberufe – doch auch sehr wichtig. Aber hier denkt weder die Verwaltung noch die Politik daran, die Lehrbetriebe zu subventionieren.
Die Stawiko stellt mit 6 zu 1 Stimmen den **Antrag,** § 29 Abs. 1 zu streichen. Die Votantin dankt für die Unterstützung.

Für **Rita Hofer** ist der Vergleich mit dem Metzgerberuf in diesem Zusammenhang etwas unpassend. Das Gesundheitswesen liegt in der Verantwortung des Kantons und sollte daher die nötige Unterstützung bekommen, damit in der Versorgung der Bevölkerung keine Lücken entstehen. Der Druck für die Fachkräfte in der Pflege ist spürbar. Dem wirtschaftlichen Druck und gleichzeitig den professionellen Anforderungen gegenüber den Patienten gerecht zu werden, ist das tägliche Spannungsfeld und die Herausforderung. Die Bedürfnisse der Patienten werden bei diesen Vorgaben auch schon mal ausgeblendet. Die Abläufe sind ziemlich strukturiert und der zeitliche Bedarf vorgegeben. Unter diesen Bedingungen auch noch Fachkräfte ausbilden, ist für die Betriebe nicht wirklich lukrativ. Dass Betriebe das Verhältnis von Aufwand und Nutzen hinterfragen, ist verständlich. Weil man für Auszubildende etwas mehr Zeit braucht, stellen Betriebe die Ausbildungsplätze in Frage bzw. überlegen sich, weniger davon zur Verfügung zu stellen. Für die Gewährleistung des Versorgungsauftrags im Gesundheitswesen ist die finanzielle Unterstützung der Ausbildungsbetriebe deshalb von zentraler Bedeutung und mehr als gerechtfertigt.
Die ALG unterstützt vollumfänglich den Antrag der vorberatenden Kommission, schlägt aber die Änderung eines Worts vor: «Der Regierungsrat kann folgende Betriebe gemäss § 26 Abs. 2 mit ~~Sitz~~ *Tätigkeit* im Kanton Zug durch Beiträge für die Aus- und Weiterbildung unterstützen: [...].» Sie begründet diesen **Antrag** wie folgt: Die Beitragsberechtigung sollte an die faktische Tätigkeit im Kanton anknüpfen und nicht an einen juristischen Sachverhalt wie den Sitz einer juristischen Person. Betriebe, die im Kanton Zug Pflegebetten betreiben, sich in der Ausbildung von Pflegefachpersonen engagieren und damit zur Versorgungssicherheit beitragen, sollen unterstützt werden können, dies unabhängig davon, ob sie ihren juristischen Sitz hier oder in einem anderen Kanton haben. Die St.-Andreas-Klinik etwa ist an die Privatklinik Hirslanden angeschlossen, die ihren Sitz nicht im Kanton Zug hat.

**Beat Iten** hat schon in seinem Eintretensvotum erwähnt, dass § 29 in der SP-Fraktion zu Diskussionen führte. Einerseits sieht die SP die Notwendigkeit der Ausbildungen im Gesundheitswesen für die Versorgungssicherheit und die besondere

Verpflichtung des Kantons in diesem Bereich ein. Andererseits fragt sie sich, ob mit der Gewährung von Ausbildungsbeiträgen tatsächlich eine höhere Motivation der Betriebe erreicht werden kann. Konkret hat sie sich gefragt, ob sich ein Ausbildungsbetrieb wegen der Ausbildungsbeiträge gemäss heutiger Regelung tatsächlich für eine Zuger Bewerberin oder einen Zuger Bewerber entschieden hat, wenn dieser bzw. diesem eine bessere ausserkantonale Kandidatin oder ein besserer ausserkantonaler Kandidat gegenüberstand. Die SP bezweifelt dies und geht davon aus, dass dies wohl das letzte Kriterium bei der Auswahl gewesen sein dürfte. Sie hat zwar gehört, dass in den grösseren Kantonen teilweise ein aufwendiges Bonus-Malus-System zur Anwendung kommt. Ansonsten handelt es sich bei diesen Ausbildungsbeiträgen wohl einmal mehr um eine besondere Zuger Eigenheit.
Andere Berufsgattungen haben ebenfalls Rekrutierungsprobleme bei den Lernenden. Es ist zwar klar, dass dort nicht die gleiche Verantwortung von Seiten des Kantons besteht wie im Gesundheitswesen. Dennoch könnten diese Betriebe mit dem gleichen Recht auf Ausbildungsbeiträge pochen. Es gibt ja auch andere Berufe, die für die Gesellschaft und die Wirtschaft wichtig und unverzichtbar sind.
Die SP ist der Meinung, dass auch im Gesundheitswesen aus Eigeninteresse genügend Motivation vorhanden ist oder sein müsste, Jugendliche auszubilden und damit das eigene Fortbestehen zu sichern. Ansonsten lädt sie den Regierungsrat ein, sich zusammen mit den Betrieben darüber Gedanken zu machen, warum dies nicht so ist und was in diesem Bereich geändert werden könnte und müsste, um die Motivation der Betriebe und der Jugendlichen zu erhöhen. Die SP schliesst sich daher dem Antrag der Stawiko an, § 29 Abs. 1 aufzuheben. Für den Fall, dass dieser Antrag nicht mehrheitsfähig ist, stellt sie den **Eventualantrag,** die Ausbildungsbeiträge bis Ende 2018 zu befristen und den Regierungsrat zu beauftragen, sich bis dann Gedanken über andere Anreizsysteme zu machen.

**Urs Raschle** hat es bereits angetönt: Die CVP-Fraktion stellt den **Antrag,** bei § 29 Abs. 1 vorerst beim geltenden Recht zu bleiben. Die CVP hat sich verschiedene Überlegungen einerseits in Richtung Stawiko, andererseits zum Vorsorgeauftrag resp. zur Verpflichtung des Kantons gemacht, entsprechende Angebote sicherzustellen. Der CVP wurde aber in Aussicht gestellt, dass bald eine Auswertung vorliege, wie effizient diese Gelder in letzter Zeit eingesetzt wurden. Diese Auswertung möchte die CVP abwarten, um dann abschliessend entscheiden zu können, ob sich solche Beiträge lohnen oder nicht. Dies wäre nach Ansicht der CVP der Königsweg, um eine fundierte Entscheidung fällen zu können. Der Votant bittet deshalb, dem Antrag der CVP-Fraktion zu folgen und § 29 vorerst unverändert zu belassen.

Für **Rainer Suter** zeigt sich, dass § 29 der Knackpunkt der ganzen Vorlage ist. Wie er schon im Eintrittsvotum erwähnt hat, ist die SVP gegen Kostenerhöhungen im Gesundheitswesen. Die Einführung einer formellen Ausbildungsverpflichtung würde in der Gesundheitsdirektion einen Stellenausbau um 50 Stellenprozente nach sich ziehen. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der Stawiko, diesen Paragrafen aufzuheben.

Wie für verschiedene Vorredner ist es auch für **Daniel Marti** nicht ersichtlich, wieso Unternehmen im Gesundheitsbereich anders behandelt werden als sonstige Betriebe und Anspruch auf spezielle Aus- und Weiterbildungsbeiträge haben sollen. In anderen Branchen sorgen die Betriebe und ihre Verbände in ihrem eigenen Interesse für die Ausbildung des Nachwuchses und für geeignete Weiterbildungsmöglichkeiten. Mit den geplanten Weiterbildungsbeiträgen nach dem Giesskannenprinzip kann auch nicht wirkungsvoll gegen Fachkräftemangel vorgegangen wer-

den. Dazu würde es gezielte Programme – wahrscheinlich auf Bundesebene – brauchen. Nicht zuletzt führen solche staatlichen Beiträge und Förderungen oft zu Fehlanreizen und ungewollten Entwicklungen und sicher zu zusätzlichem administrativem Aufwand auf Seiten des Kantons und der Beitragsempfänger.
Durch die Aufhebung der Aus-und Weiterbildungsbeiträge kann die Staatskasse direkt um 430'000 Franken und indirekt durch reduzierte Administrationskosten entlastet werden, was angesichts der Finanzlage des Kantons sicher nicht ungelegen kommt. Der Votant bittet daher, den Antrag der Stawiko zu unterstützen und § 29 ersatzlos zu streichen.

In ihrer beruflichen Tätigkeit im Gesundheitswesen und als Verwaltungsrätin eines Pflegeheims im Kanton Zug beschäftigt **Monika Barmet** der Fachkräftemangel nicht gerade täglich, aber doch immer wieder und immer mehr, denn die Prognosen sind beunruhigend. In Fachzeitschriften wird dieses Thema praktisch in jeder Ausgabe behandelt, an Fachtagungen wird darüber diskutiert und werden Lösungen erarbeitet, so auch vor einem Monat in Luzern am Zentralschweizer Ärzte-Forum. Der Handlungsbedarf ist erkannt: Es braucht langfristig mehr gut ausgebildetes medizinisches Fachpersonal in den verschiedenen Bereichen.
Der aktuellste Bericht des Bundesrats über die Perspektiven der Langzeitpflege enthält folgende Prognosen: Für die Pflege von betagten Menschen in der Schweiz werden bis 2020 (!) rund 17'000 neue Vollzeitstellen geschaffen werden müssen. Zudem müssen ca. 60'000 Gesundheitsfachleute wegen Pensionierungen ersetzt werden. Davon wird auch der Kanton Zug betroffen sein. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind vielfältige Massnahmen erforderlich. Eine davon wird in § 29 geregelt. Mit dessen Anpassung können Beiträge an alle, die im Kanton Zug ausgebildet werden, bezahlt werden; es gibt keine Einschränkung mehr betreffend Wohnsitz. Es zeigt sich immer wieder, dass der Ausbildungsort oft auch die zukünftige Arbeitsstelle ist. Es lohnt sich also, in diesem Bereich zu investieren. Die Universitäten Luzern und St. Gallen prüfen die Einführung eines Medizin-Studiengangs gerade deshalb, damit möglichst viele Studierende nach der Ausbildung in den dortigen Spitälern bleiben.
Es braucht also Anstrengungen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die zur Debatte stehenden Beiträge können ein Anreiz dazu sein. Es geht nicht darum, eine Branche zu bevorzugen; gute Ausbildungen sind überall wichtig. Aber der Kanton ist für die medizinische Grundversorgung im Kanton Zug verantwortlich, und um diese sicherzustellen, ist gut ausgebildetes Fachpersonal nötig. Die Erhaltung und Schaffung von Ausbildungsplätzen ist eine Daueraufgabe und ist nicht abgeschlossen, sondern muss auch vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung – sprich: der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative – weiterhin mit hoher Priorität behandelt werden. Die Votantin vermutet, dass die Stawiko sowie die SVP, FDP, SP und GLP den Ernst der Lage nicht erkannt haben, denn es macht Sinn, die vorgeschlagenen Massnahmen weiterhin umzusetzen resp. Beiträge zu sprechen. Den Vorschlag, die erwähnten 430'000 Franken zu sparen, kann die Votantin nicht nachvollziehen und schon gar nicht unterstützen. Und die Aussage der Stawiko-Präsidentin, Berufe im Gesundheitswesen erlebten einen regelrechten *Boom,* gilt leider nicht für die Langzeitpflege; in der Akutpflege ist die Situation aktuell tatsächlich nicht so gravierend. Festzuhalten ist schliesslich auch, dass ein Wegfallen der Ausbildungsbeiträge unter Umständen Auswirkungen auf die Taxen in den Heimen haben kann.
Zusammenfassend bittet die Votantin den Rat, den Vorschlag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

Kommissionspräsidentin **Vroni Straub-Müller** hat schon in ihrem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass der Antrag auf Streichung von § 29 Abs. 1 auch in der vorberatenden Kommission gestellt wurde. Er wurde dort mit 4 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Es setzte sich damit die Meinung durch, dass der Kanton hier explizit in der Verantwortung stehe und diese Beiträge weiterhin bezahlen solle. Der Kommission war es aber wichtig, dass die richtigen Betriebe unterstützt werden, weshalb sie diese in ihrem Antrag aufzählt. Es war der Kommission ein Anliegen, dass beispielsweise die Apotheken, welche stark in Nebennischen tätig sind, nicht von diesen Beiträgen profitieren sollen. Im Übrigen profitieren sowieso nur Betriebe oder Berufsgruppen, welche zulasten der sozialen Krankenversicherung abrechnen können. Namens der Kommission ersucht die Kommissionspräsidentin den Rat, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst, den Kreis der Beitragsberechtigten auf die relevanten Betriebe einzuschränken; er unterstützt diese Präzisierung. Er kann auch dem Antrag der ALG zustimmen, die Beitragsberechtigung von der Tätigkeit im Kanton Zug, nicht vom Sitz im Kanton Zug abhängig zu machen. Diese Änderung würde heute zu keiner Ausweitung führen, es ist aber denkbar, dass es künftig Betriebe gibt, die zwar im Kanton Zug tätig sind, ihren Sitz aber anderswo haben.
Der Gesundheitsdirektor ist froh, dass über die Ausbildungsbeiträge diskutiert wird, kann man so doch erklären, wie sie gemeint sind; es ist ja auch eine politische Frage, wie weit der Versorgungsauftrag im Gesundheitswesen gehen soll. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass der Kanton im Gesundheitsbereich einen grundlegenden Versorgungsauftrag hat und es deshalb gerechtfertigt ist, Beiträge an Institutionen zu bezahlen, die im Bereich der Ausbildung ihren Beitrag leisten, ihn sonst aber vielleicht nicht leisten würden.
Zu der von zwei Votanten angesprochenen Bürokratie hält der Gesundheitsdirektor fest, dass die Gesundheitsdirektion in diesem Zusammenhang mit acht Stunden Aufwand rechnet; es sind etwa sechzehn Institutionen, die ein Gesuch einreichen können. Der Gesundheitsdirektor ist dankbar, wenn die SVP ihm dafür 50 Stellenprozente geben will, nötig ist es aber nicht, und man kann nicht von einem exorbitanten bürokratischen Auswand sprechen.
In den letzten Jahren wurde tatsächlich viel unternommen, um Berufe im Pflegebereich attraktiv zu machen. Daraus abzuleiten, dass es keinen Bedarf nach weiteren Fachleuten mehr gebe, ist aber falsch. Man ist heute in der Schweiz im Pflegebereich in hohem Mass auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Wenn man im Ausbildungsbereich aktiv wird, tut man also direkt auch etwas gegen die Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften, die im Gesundheitswesen besonders ausgeprägt ist. Der Gesundheitsdirektor bittet, diesen Aspekt ebenfalls zu berücksichtigen.
Natürlich sind auch Metzger und andere gewerbliche Berufe wichtig für die Gesellschaft und die Versorgung. Metzger aber gleichzustellen mit dem grundlegenden Versorgungsauftrag im Gesundheitswesen oder in der Sicherheit – dem anderen Bereich, in dem sich der Staats auch in der Ausbildung engagiert –, dünkt den Gesundheitsdirektor aber übertrieben. Wenn der Kantonsrat beschliesst, die Versorgung mit Fleisch sei ein grundlegender Versorgungsauftrag des Kantons, wird sich der Gesundheitsdirektor selbstverständlich auch dafür einsetzen, dass die Ausbildung im Metzgereibereich unterstützt und attraktiver gemacht wird. Der Staat unterscheidet aber zu Recht zwischen grundlegender Versorgung und freier Marktwirtschaft. Und wenn der Kantonsrat der Meinung ist, das Gesundheitswesen sei ein grundlegender Versorgungsauftrag des Kantons, dann sollte er den Ausbildungs-

beiträgen zuzustimmen. Dann hat der Staat nämlich eine Verantwortung dafür, dass möglichst viele, genügend ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen.
Es ist nicht so, dass dank der Beiträge den Betrieben mehr Zeit für die Ausbildung zur Verfügung stehen würde. Ziel ist es vielmehr, einen Anreiz zu schaffen, dass möglichst alle Institutionen der Langzeitpflege und der Spitex Ausbildungsplätze anbieten. Natürlich kann und soll man auch andere Anreizsysteme suchen, allerdings wird es kaum andere Anreize für diese Institutionen geben, die den Kanton nichts kosten würden. Man soll sich da keine Illusionen machen.
Zum Antrag der CVP-Fraktion, an der alten Formulierung festzuhalten, hält der Gesundheitsdirektor fest, dass beim Anreiz, Ausbildungsstellen im Gesundheitswesen zu schaffen, nicht die Herkunft der Auszubildenden im Fokus steht, sondern die Institution. Zuger Kliniken, Pflegeheime und Spitex rekrutieren ihre Lernenden nicht nur im Kanton Zug, die Rekrutierung kommt jedoch den Zuger Gesundheitseinrichtungen und damit den Zuger Patientinnen und Patienten direkt zugute. Der Gesundheitsdirektor empfiehlt, das Festhalten an der alten Formulierung nicht zu unterstützen, denn wenn der Ende Jahr vorliegende Bericht etwas anderes sagen würde, müsste nächstes Jahr nochmals eine neue Gesetzesanpassung vorgelegt werden. Die «kann»-Formulierung ermöglicht es, Beiträge zu sprechen. Wenn das aufgrund des Berichts nicht nötig sein sollte, verzichtet der Regierungsrat selbstverständlich darauf. Er macht die Förderbeiträge auch von ihrer Wirksamkeit abhängig.
Zusammenfassend hält der Gesundheitsdirektor fest: Wenn der Kantonsrat politisch Ja sagt zum Versorgungsauftrag des Kantons Zug im Gesundheitswesen – ähnlich wie bei der Polizei –, dann sollte er auch Ja sagen zur vorliegenden neuen Gesetzgebung. Es ist keine «Subventionitis», sondern es sind gezielte Beiträge, die einen Anreiz schaffen, um im Gesundheitswesen im Rahmen des Grundversorgungsauftrags genügend schweizerische Fachkräfte zur Verfügung zu haben. Der Gesundheitsdirektor dankt für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

Der **Vorsitzende** legt das Abstimmungsverfahren fest:
• Zuerst wird die Variante «mit Sitz in Kanton Zug» (Antrag der vorberatenden Kommission) dem Vorschlag «mit Tätigkeit im Kanton Zug» (Antrag der ALG) gegenübergestellt.
• In der zweiten Abstimmung wird die obsiegende Variante dem Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts (Antrag der CVP-Fraktion) gegenübergestellt.
• In der dritten Abstimmung wird das Resultat der zweiten Abstimmung dem Antrag der Staatswirtschaftskommission auf Streichung gegenübergestellt.
• Je nach Verlauf kommt auch noch der Eventualantrag der SP-Fraktion auf Befristung der Beiträge zur Abstimmung.

➔ Der Rat genehmigt mit 50 zu 22 Stimmen der Formulierung «mit Sitz im Kanton Zug».

➔ Der Rat gibt mit 54 zu 17 Stimmen der bereinigten Fassung der vorberatenden Kommission den Vorzug gegenüber dem geltenden Recht.

➔ Der Rat beschliesst mit 45 zu 30 Stimmen die Streichung von § 29 Abs. 1.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Eventualantrag der SP-Fraktion damit entfällt.

*§ 39 Abs. 4*
*§ 40 Abs. 4*
*Titel nach § 44*
*Titel nach Titel 6.*
*Titel nach § 48*
*Titel nach § 50*
*Titel nach Titel 6a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 50a Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission folgende Ergänzung beantragt: «Der Regierungsrat kann die Aufgabe an Dritte übertragen.» Stawiko und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 50b*
*§ 50c Abs. 1 bis 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 50d*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

**Kurt Balmer** stellt den **Antrag,** § 50d zu streichen. Seiner Ansicht nach handelt es sich um eine völlig überflüssige Bestimmung. Sie ist ein unnötiger Freipass für den Regierungsrat. Es steht bereits in § 20 des Gesetzes über die Organisation der Polizei, dass Anlässe der Polizei zu melden sind, wenn eine Gefahr für Leib und Leben bestehen könnte. Der Votant sieht keinen Unterschied zur neu beantragten Bestimmung im vorliegenden Gesetz. Er fragt sich aber, ob man mit dieser neuen Bestimmung eine zusätzliche Bewilligung bei einer anderen kantonalen Instanz einholen muss. In den Unterlagen wird die Tour de Suisse als Beispiel erwähnt, allerdings muss dieser Anlass schon aufgrund des Polizeiorganisationsgesetzes gemeldet werden. Es stellt sich auch die Frage, was der Regierungsrat bezüglich der Meldepflicht hier überhaupt plant. Es ist ja eine Kompetenznorm zugunsten des Regierungsrats, der damit Anlässe meldepflichtig erklären kann. Möchte er ergänzend auch noch Sanktionen einführen? Oder handelt es sich um einen neuen «Zuger Finish»? Unabhängig von der Antwort auf diese Fragen empfiehlt der Votant, § 50d ersatzlos zu streichen.

**Manuel Brandenberg** hat Sympathien für den Antrag seines Vorredners. Was genau heisst «Publikumsveranstaltungen mit erhöhtem Gesundheitsrisiko»? Bergen beispielsweise Bratwurststände aus Sicht der Gesundheitsdirektion ein erhöhtes Gesundheitsrisiko? Bratwürste sind gesundheitlich ja nicht unumstritten. Müsste man Anlässe, bei denen Bratwurststände aufgestellt werden, also melden – mit entsprechendem bürokratischem Auswand? Der Rat tut wohl gut daran, diese Bestimmung zu streichen.

**Jean-Luc Mösch** weist als OK-Präsident des Fasnachtsumzugs in Cham und als Organisator verschiedener Vereinsanlässe darauf hin, dass man für Veranstaltungen schon heute bei der Zuger Polizei ein Gesuch einreichen muss, was zu einer Risikoanalyse seitens der Polizei führt. Das reicht vollends. Wenn man einen Bratwurststand aufstellen will, erhält man von der Gemeinde die Information, was zu beachten sei. Wenn neu nun § 50d dazukommt, wird noch ein anderes Amt tätig werden, was für die veranstaltenden Vereine weitere Kosten bedeutet – ohne dass das Risiko sich verändert. Und sicher werden auch in der Verwaltung zusätzliche Kosten anfallen. Für den Votanten geht die neue Bestimmung zu weit, und die Veranstalter brauchen sie für die Beurteilung des Risikos nicht.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** erläutert, dass § 50d auf eine interkantonale Diskussion im Jahr 2003 zurückgeht, die sich aus den Erfahrungen beim Weltwirtschaftsforum in Davos ergab. Es geht nicht um Fasnachtsumzüge, sondern um Grossanlässe, die allenfalls auch im Kanton Zug stattfinden könnten. Es braucht eine gesetzliche Grundlage, um bei solchen Grossanlässe ein Risikokonzept bezüglich Gesundheitsfragen einfordern zu können. Bisher brauchte es noch nie eine solche Regelung, und der Gesundheitsdirektor sieht im Moment auch keine Wahrscheinlichkeit, dass ein WEF oder ein ähnlicher Grossanlass im Kanton Zug stattfinden könnte. Der Regierungsrat hat sich bei seinem Antrag aber an solchen internationalen Anlässen und an der Abmachung unter den Rettungsdiensten orientiert, die es für nötig halten, einen entsprechenden Passus ins Gesetz aufzunehmen; das Polizeigesetz reicht dafür nicht aus. Es braucht auch keine Sanktionen, sondern einfach die Möglichkeit, ein solches Konzept einzufordern. Der Regierungsrat hat auch nicht die Maximalforderung der interkantonalen Vereinigung der Rettungsdienste eingefügt, sondern die kleinstmögliche, liberalste Formulierung gewählt; andere Kantone haben bereits heute deutlich ausführlichere und weiterführende gesetzliche Regelungen. Es muss auch nicht speziell definiert werden, was ein erhöhtes Gesundheitsrisiko ist; gemäss Auskunft von Fachleuten ist das im Regelfall völlig klar. Es handelt sich also nicht um einen «Zuger Finish», sondern um die Möglichkeit, bei gewissen grossen Veranstaltungen vom Veranstalter entsprechende Unterlagen verlangen zu können.

**Jean-Luc Mösch** hat das Gefühl, dass hier eine Gesetzesbestimmung auf Vorrat geschaffen wird. Wenn man diese Regelung im Kanton Zug noch nie gebraucht hätte und aller Wahrscheinlichkeit auch nie brauchen wird, braucht es diese Bestimmung ja nicht. Wenn die Zuger Polizei und die Gemeinden eine Veranstaltung bewilligen, klären sie das bestehende Risiko für Leib und Leben, für Sache und Güter etc. eingehend ab. Als Veranstalter bekommt man dann eine umfangreiche Bewilligung, in welcher alle Details vorgeschrieben sind. Das kann die bewilligende Behörde schon heute in Absprache mit den verschiedenen Stellen lösen, ohne dass es dazu eine neue Gesetzesbestimmung braucht. Und eine Frage an den Landammann, der ja OK-Präsident des eidgenössischen Schwing- und Älplerfests 2019 ist: Wie käme denn dieser Anlass mit der neuen Gesetzesbestimmung zustande?

**Heini Schmid** stellt ebenfalls den **Antrag,** § 50d zu streichen, zumindest in der ersten Lesung, und die Regierung einzuladen, gestützt auf die Ausführungen des Gesundheitsdirektors dem Kantonsrat auf die zweite Lesung einen Vorschlag zu unterbreiten, der das heute Gesagte wiedergibt und dem wirklichen Bedürfnis entspricht. Der vorliegende Antrag spricht von einer Meldepflicht, gesprochen wird aber von der Möglichkeit, gewisse Auflagen machen zu können. Es hat sicher niemand etwas dagegen, dass Veranstalter von Grossveranstaltung ein Gesundheitskonzept o. ä. vorlegen müssen. Wichtig ist das Anliegen, dass nicht eine zweite Meldepflicht eingeführt wird; diese ist bei der Polizei am richtigen Ort. Allenfalls aber braucht es eine gesetzliche Grundlage, dass bei riesigen Veranstaltungen – wenn nötig – auch ein Gesundheitskonzept verlangt werden kann.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** kann mit dem Vorschlag von Heini Schmid gut leben und spürt auch Zustimmung auf der Regierungsratsbank. Nach Ansicht der Regierung ist das Anliegen mit der beantragten Formulierung bereits erfüllt, aber die Regierung kann die Bestimmung natürlich auch etwas anders und genauer formulieren, wenn der Kantonsrat das wünscht

**Philip C. Brunner** gratuliert seinen Ratskollegen aus der CVP dafür, dass sie so klar sagen, was die bürgerliche Regierung hier dem Rat vorlegt. Er muss auch den neuen Gesundheitsdirektor in Schutz nehmen, der nicht alleine verantwortlich ist für diesen regierungsrätlichen Antrag. Aber eigentlich hat die Regierung hier versagt. Der Votant ruft den Rat auf, § 50d zu streichen. Natürlich geht es hier nur um ein paar Stunden, aber die vorgeschlagene Bestimmung zeigt genau die Krux: Ständig werden mittels Gesetzen ein paar Stunden hinzugefügt, und immer wird gesagt, das sei kein Problem und koste nicht viel und die Bürokratie wachse nicht an. Das wird seit hundert Jahren so gemacht – und genau deshalb hat man heute diese unglaublichen Dossiers. Man hört es auch aus den Vereinen in der Stadt Zug: Es ist nicht mehr möglich, einen grossen Anlass ohne Professionalisierung mit Geschäftsführer etc. durchzuführen. Die CVP hat hier hundertprozentig Recht, und der Votant bittet, den Antrag von Kurt Balmer und Heini Schmid zu unterstützen.

➔ Der Rat genehmigt mit 67 zu 6 Stimmen den Antrag auf Streichung von § 50d.

*§ 50e Abs. 1 und 2*
*Titel nach § 50e*
*Titel nach Titel 6.3.*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 51 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine «kann»-Formulierung beantragt. Staatswirtschaftskommission und Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko für die folgenden Bestimmungen den Anträgen des Regierungsrats anschliessen.

*§ 51 Abs. 1*
*§ 52*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen)

***Kantonsratsbeschluss über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif)***

*§ 13 Abs. 1 Ziff. 116*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Spitalgesetz***

*§ 7 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

**469** Traktandum 5.2: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Flüchtlingskonzept**
Vorlagen: 2556.1 - 15026 (Interpellationstext); 2556.2 - 15091 (Antwort des Regierungsrats).

**Thomas Meierhans** dankt namens der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation und die Ausführungen über die Notfallplanung im Kanton Zug. Wie den Ausführungen zu entnehmen ist, wurden im November des letzten Jahres in der Schweiz 5800 Asylgesuche verzeichnet. Der Bund kann maximal 6000 Gesuche pro Monat bearbeiten. Es fehlten also nur 200 Personen, bis der Bund überfordert gewesen wäre und die Kantone hätten einspringen müssen.

Die Frage, ob es ein ziviles Notfallkonzept im Kanton Zug gebe, ist also mehr als berechtigt. Betrachtet man die momentane Situation mit unzähligen Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen, liegt die Zahl von potenziellen Flüchtlingen nicht nur bei ein paar wenigen, sondern bei Hundertausenden.
Dank der regierungsrätlichen Ausführungen kann man sich nun vorstellen, dass in einer ersten Phase, also bei einem ausserordentlichen Notfall, das Konzept funktioniert und kein Chaos ausbrechen würde. Gemäss geplanter Notorganisation sind der Einsatzleitung weitreichende Mittel direkt unterstellt: die Zuger Polizei, Zivilschutz, Krankenanstalten und Feuerwehr. Die CVP bittet den Regierungsrat, zu bedenken, dass zum Beispiel die Feuerwehr den Gemeinden unterstellt ist. Es kommt sehr schlecht an, wenn diese von einem möglichen Einsatz in einem Flüchtlingskonzept nichts wissen. Allgemein fordert die CVP den Regierungsrat auf, die Gemeinden auch in Flüchtlingsfragen offen zu informieren.
Wie gesagt, geht die CVP nach den Ausführungen der Regierung davon aus, dass in einer ersten Phase die verschiedenen Akteure gut geführt werden. Wo aber bald darauf die zusätzlichen Unterkünfte bereitgestellt werden sollen, scheint dem Votanten etwas konzeptlos. Vor fünf Jahren gab es die Idee, die zwei obersten Stockwerke des ehemaligen Kantonsspitals für Flüchtlinge bereitzuhalten. Der Regierungsrat ging davon aus, dass dies gemäss damaligem Planungshorizont bis 2014 möglich sein werde. Als die Flüchtlingszahlen bis 2014 weiter rückläufig waren, wurden – so macht es den Anschein – die Liegenschaftsfrage und die Suche nach Unterkünften wieder vernachlässigt. Der Regierungsrat hatte 2015 grosses Glück, dass sich die Planung auf dem ehemaligen Kantonspitalareal verzögert hatte und man auf die obersten zwei Stockwerke zurückgreifen konnte. Der Votant hat aber überhaupt keine Freude an diesem Glück und fragt sich, warum sich die Neuplanung beim ehemaligen Kantonspital so lange verzögert? 2003 stimmte das Volk dem Objektkredit für den Bau des neuen Spitals in Baar zu, und dreizehn Jahre später weiss man immer noch nicht, was mit dem ehemaligen Spitalareal geschehen soll. Es ist klar, dass sich nach der Referendumsabstimmung von 2008 alles verzögert hat. Diese Abstimmung liegt aber auch schon wieder acht Jahre zurück. Auf diesem Areal liegt für den Kanton pures Geld. Der Votant findet es bedenklich, dass im Kanton Zug Flüchtlinge an bester Lage einquartiert werden. Oder hat man mit der Einquartierung von Flüchtlingen endlich eine öffentliche Nutzung für das Gelände gefunden? Das Notfallkonzept muss also dringend mit einer Liegenschaftenstrategie ergänzt werden, und diese muss dann laufend aktualisiert werden. Zu seiner Interessenbindung hält der Votant hier fest, dass er bei einem Zuger Immobilienunternehmen angestellt ist.
Zur Frage der raumplanerischen Massnahmen sagt die Regierung, dass sie sich als Bauherr an die Gesetze und Vorschriften zu halten habe. Der Votant ist der Meinung, dass man die nötigen gesetzlichen Anpassungen an die Hand nehmen muss. So kann man sinnvollere Unterkunftsorte finden, und gleichzeitig könnten in einem Notfall auch sinnvollere Plätze für Flüchtlinge in Betrieb genommen werden.
Die CVP dankt Regierungsrat Beat Villiger, dass er eine Anpassung der strengen Brandschutzvorschriften erreichen konnte. Warum diese jedoch nur befristet gelten sollen, begreift der Votant nicht. Brennt es in zwei Jahren anders als heute?

**Vroni Straub-Müller** dankt namens der ALG der Regierung für die Antwort auf die Interpellation; die ALG nimmt diese positiv zur Kenntnis. Die Antwort zeigt, dass im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen der Kanton Zug vorausschauend handelt und auf Eventualitäten vorbereitet ist. Die Regierung zeigt in dieser Krise als Ganzes Führung und widerspricht allen, die behaupten, der Kanton Zug stehe der Flüchtlingsproblematik kopf- und konzeptlos gegenüber. Die Regierung sorgt zusammen

mit den Gemeinden für das Absehbare vor, wobei die Votantin hier nicht nur an das Bereitstellen von Unterkunftsmöglichkeiten denkt, sondern auch an die gute Zusammenarbeit mit den gemeindlichen Schulen. Je mehr und je besser es gelingt, die Flüchtlinge, die in den Kanton Zug kommen, von den hiesigen Werten zu überzeugen, desto besser wird sich die gesamte Gesellschaft entwickeln.

Für **Jürg Messmer** ist es beruhigend zu wissen, dass der Kanton Zug ein Notfallkonzept hat. Das ist das Positive an der regierungsrätlichen Antwort, die aber auch Fragen auslöst. In der Antwort auf Frage 1b wird gesagt, die Bereitstellung von Notunterkünften erfolge nach Prioritäten, und als zweite Priorität wird angeführt: «Mögliche vorhandene Unterkünfte, welche noch nicht belegt sind, sind in Betrieb zu nehmen, und weitere sind zu suchen.» Wenn wirklich ein Notfall vorliegt, sollte man nicht mehr Unterkünfte suchen müssen, vielmehr müssten dann genügend Plätze zur Verfügung stehen. Es stellt sich nämlich nicht die Frage, *ob* ein Notfallkonzept irgendwann umgesetzt werden müsse; die Frage ist einzig, *wann* es umgesetzt werden muss. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass weitere Flüchtlinge kommen – und es werden viele sein. Allgemein ist zu sagen, dass neben der Unterbringung von Flüchtlingen auch Sicherheit und Ordnung ein Thema sind. Die Unterkunft auf dem Gubel lässt grüssen: Auch dort läuft nicht alles so rund, wie man es weismachen will. Zu Vroni Straub-Müller: Personen, die als Flüchtlinge in die Schweiz kommen, von den hiesigen Werten überzeugen – das klingt gut. In der heutigen «Neuen Zuger Zeitung» liest man, dass Daniel Stadlin und Richard Rüegg eine Interpellation zur Frage eingereicht haben, wieso christliche Bilder im alten Kantonsspital übermalt wurden. In der Tat: Wie will man den Flüchtlingen hiesige Werte beibringen, wenn man Zeichen dieser Werte schon vorgängig übermalt?
Zusammenfassend: Die Regierung ist gut beraten, das Notfallkonzept nochmals zu überdenken und es bezüglich Sicherheit und Ordnung sowie allfälligen weiteren Unterkünften weiterzuentwickeln.

**Heini Schmid** trägt das Votum von Pirmin Andermatt vor, der die Sitzung wegen einer wichtigen Verpflichtung verlassen musste. Pirmin Andermatt ist Gemeinderat von Baar und als Vorsteher der Abteilung Sicherheit/Werkdienst der politische Chef der Feuerwehr Baar.
Bis anhin wurde den Gemeinden gesagt, dass die Verantwortlichkeiten für Unterbringung und Organisation in Zusammenhang mit Asylanten beim Kanton liege. Es erstaunt deshalb sehr, wenn man auf Seite 4 der regierungsrätlichen Antwort liest, dass via § 4 des Gesetzes betreffend Massnahmen für Notlagen vom 22. Dezember 1983 die Gemeinden durch die Hintertür nun doch in die Verantwortung genommen werden. Es steht nämlich: «Dies sind namentlich die Zuger Polizei, die Feuerwehren, der Zivilschutz, die Krankenanstalten und die übrigen sanitätsdienstlichen Einrichtungen, aber auch die Mittel der kantonalen Verwaltung und der Gemeinden.» Es geht hier vor allem um die Feuerwehren. Diese sind den Gemeinden unterstellt, und ihre Kernaufgaben sind klar geregelt. Irgendeine Form von Asylantenbetreuung gehört nicht dazu. Pirmin Andermatt wehrt sich aus folgenden Gründen gegen den Einsatz von Feuerwehrleuten im Asylbereich:
• Feuerwehrleute haben keine entsprechende Ausbildung.
• Was passiert, wenn ein Brand ausbricht oder sich eine Naturkatastrophe wie jetzt gerade in Deutschland ereignet und die Feuerwehrleute bereits im Einsatz sind?
• Es gibt schon genügend Erklärungsbedarf bei den Arbeitgebern wegen der Abwesenheiten von Mitarbeitern, die sich in der Feuerwehr engagieren.
Aus diesen Gründen bittet Pirmin Andermatt den Regierungsrat dringend, auf den Einsatz von Feuerwehrleuten im Asylwesen zu verzichten.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, dankt für die wohlwollende Aufnahme des regierungsrätlichen Konzepts. Bezüglich Einsatz der Feuerwehren: Die Regierung zitierte in ihrer Antwort einzig aus dem Notorganisationsgesetz von 1983 und der entsprechenden Verordnung. Diese Erlasse sind die Rechtsgrundlage für den Fall einer ausserordentlichen Lage, auch im Bereich Flüchtlinge. Es ist dort festgehalten, dass der Einsatzleitung für die Dauer des Einsatzes die Zuger Polizei, die Feuerwehren, die wirtschaftliche Landesversorgung, der Zivilschutz, die Krankenanstalten sowie die Mittel der kantonalen Verwaltung und der Gemeinden unterstellt sind. Schlussendlich wird aber die Einsatzleitung entscheiden, in welchem Fall sie welche Mittel braucht. Die Stabsstelle Notorganisation hat die Frage, ob aus heutiger Sicht bei einer Notlage Asyl die Feuerwehren gebraucht würden, mit Nein beantwortet. Gemäss Notorganisationsgesetz besteht aber diese Möglichkeit.
Es ist für die Baudirektion und die Direktion des Innern eine ständige Aufgabe geworden, immer wieder neue Liegenschaften als mögliche Asylantenunterkünfte zu akquirieren. Sie bemühen sich, möglichst günstigen Wohnraum zu mieten; häufig sind es Liegenschaften, die wegen Abbruch dann wieder wegfallen. Der Regierungsrat hat die Baudirektion und die Direktion des Innern bereits 2014 aber auch beauftragt, eine weitere grössere kantonale Unterkunft zu evaluieren; auch das ist nicht ganz einfach, und die Bemühungen sind noch nicht abgeschlossen.
Bezüglich der Kritik am alten Kantonsspital merkt die Direktorin des Innern an, dass Thomas Meierhans als Mitarbeiter bei Alfred Müller AG die Thematik in Zusammenhang mit dem Salesianum, bei dem es gewisse Analogien zum Kantonsspital gibt, sehr gut kennt. Er kennt also auch die Möglichkeiten sowie die Hindernisse und Herausforderungen in all den Verfahren, bis wirklich etwas gebaut werden kann.
Abschliessend betont die Direktorin des Innern, dass der Regierungsrat und alle Direktionen und Ämter im Bereich Asyl ausserordentlich gut zusammenarbeiten. Nur so können die Herausforderungen im Gesundheits-, Schul-, Bau- und weiteren Bereichen wirklich gemeistert werden.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

TRAKTANDUM 6

**Petition von X. V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie**

Vorlage: 2567.1 - 15158 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Das Geschäft wurde zu Beginn der Sitzung abtraktandiert (siehe Ziff. 460).

TRAKTANDUM 7

**470 Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**

Vorlage: 2619.1/1a - 15157 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** begrüsst den Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich. Er hält fest, dass es um die Validierung einer Wahl ohne Urnengang, also einer stillen Wahl ge-

mäss § 40 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen geht. Der Kantonsrat muss feststellen, dass diese Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattgefunden hat, und sie für gültig erklären. Ohne Gegenantrag ist die Wahl von Stephan Scherer als Mitglied des Obergerichts stillschweigend für gültig erklärt und validiert.

➔ Der Rat erklärt die Wahl von Stephan Scherer als Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 stillschweigend für gültig.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit das neue Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsperiode 2013–2018 definitiv gewählt ist. Er wünscht Stephan Scherer viel Erfolg bei dieser fachlich und menschlich anspruchsvollen Tätigkeit.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**471 Ersatzwahl eines hauptamtlichen Richters am Obergericht für den Rest der Amtsperiode 2013–2018**

Vorlage: 2623.1 - 15162 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest: Nachdem der Kantonsrat die stille Wahl von Stephan Scherer als Mitglied des Obergerichts validiert hat, folgt nun die Ersatzwahl eines hauptamtlichen Richters am Obergericht. Gemäss § 41 Bst. l Ziff. 2 der Kantonsverfassung wählt der Kantonsrat aus den Mitgliedern des betreffenden Gerichts die hauptamtlichen Richterinnen und Richter für die Dauer von sechs Jahren. Der Kantonsrat bestimmt somit, welche der vom Volk gewählten Richterinnen und Richtern hauptamtlich tätig sein sollen.
Konkret nimmt er die Wahl eines hauptamtlichen Mitglieds des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 vor. Gemäss § 85 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung gilt: Gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Der Präsident nimmt an den Wahlen teil. Der Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder, die Person ihrer Wahl mit Namen und Vornamen auf den Wahlzettel zu schreiben. Wenn sie eine nicht wählbare Person hinschreiben, ist der betreffende Stimmzettel ungültig. Zu beachten ist auch, dass es sich um eine echte Wahl und nicht um eine Bestätigungswahl handelt. Das bedeutet, dass man nicht «Ja» oder «Nein», sondern den Namen und Vornamen hinschreiben muss. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts. Die Justizprüfungskommission stellt den Antrag, Stephan Scherer zu wählen.

Die Stimmenzählenden teilen die Wahlzettel aus und sammeln sie später wieder ein. Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der Vorsitzende das Ergebnis bekannt:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 4 | 0 | 70 | 36 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Stephan Scherer | 70 |

➔ Der Rat wählt Stephan Scherer für den Rest der Amtsperiode 2013–2018 zum hauptamtlichen Richter am Obergericht.

Der **Vorsitzende** gratuliert Stephan Scherer zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei der Ausübung dieser anspruchsvollen Tätigkeit.

TRAKTANDUM 9

**472 Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (EG BGFA)**

Vorlagen: 2543.1 - 14999 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2543.2 - 15000 (Antrag des Obergerichts); 2543.3/3a - 15154 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Obergericht beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die erweiterte Justizprüfungskommission beantragt Eintreten und Zustimmung zur Vorlage mit den Änderungen der JPK.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, hält fest, dass das Obergericht in vier wesentlichen Punkten eine Änderungen des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (EG BGFA) beantragt:
• Das EG BGFA soll dem geltenden Bundesrecht angepasst werden.
• Die Zulassung zur Anwaltsprüfung soll durch ein um sechs Monate verlängertes Praktikum verschärft werden, einerseits um die Qualität der Abschlüsse zu verbessern und den Prüfungstourismus einzudämmen, andererseits um die Kosten und den Aufwand der Anwaltsprüfungskommission zu verringern.
• Die Berechtigung zur Führung des Titels «Rechtsanwalt» soll in bestimmten Fällen, etwa bei strafbarem Verhalten, entzogen werden können.
• Eintragungen ins Anwaltsregister und in die öffentliche Liste sollen auch unter dem Aspekt des Entlastungsprogramms kostenpflichtig werden.
Die erweiterte Justizprüfungskommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen, nämlich am 15. Januar und 24. Februar 2016, beraten. Eintreten auf die Vorlage war unbestritten. Eine längere Diskussion gab es einzig zur Verlängerung der Praktikumsdauer. Es wurden viele Varianten durchdiskutiert, am Ende kam die Kommission mit einem knappen Entscheid zum Schluss, dass die vom Obergericht vorgeschlagene Variante am besten durchdacht und am praktikabelsten sei. Der JPK-Präsident wird in der Detailberatung auf die einzelnen Punkte eingehen.
Die JPK empfiehlt mit 10 zu 2 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den von der JPK angebrachten Änderungen zuzustimmen.

**Esther Haas** teilt mit, dass Eintreten für die ALG unbestritten ist. Die wesentlichen zwei Punkt der vorliegenden Gesetzesänderung betreffen – wie gehört – erstens die Dauer des Praktikums, das die angehenden Anwältinnen und Anwälte zu absolvieren haben, und zweitens die Frage, ob der Entzug eines einmal erlangten Titels möglich sei. Glücklicherweise ist dies laut Bundesrecht möglich. Dies ist für ALG die minimalste Bestimmung, um das Publikum vor kriminellen Anwältinnen und Anwälten zu schützen.
Weit mehr Wellen warf in der JPK die Diskussion um die Praktikumsdauer. Die ALG folgt bei § 6a Abs. 1 mehrheitlich dem Antrag des Obergerichts, das 18 Monate

vorsieht, wovon mindestens 12 Monate im Kanton Zug absolviert werden müssen. Auch in Abs. 2 unterstützt die ALG die Meinung des Obergerichts, das mindestens je 6 Monate Praktikum bei einer in einem kantonalen Anwaltsregister eingetragenen Rechtsanwältin bzw. einem entsprechenden Rechtsanwalt sowie in der Rechtspflege vorschreiben will. Die ALG ist der Meinung, dass durch diese klare Vorgabe die Ausbildung breiter abgestützt ist. Es macht letztlich einen grossen Unterschied aus, ob man die praktischen Erfahrungen in einer Anwaltskanzlei, bei einer Bank, bei einer kantonalen Direktion oder bei einem Gericht gesammelt hat. Der Kanton Zug wäre mit einem 18-monatigen Praktikum im schweizerischen Mittelfeld zu finden. Es gibt Kantone, die verlangen 24 Monate, andere sind bei 12. Eine national angedachte Lösung, die eventuell mittelfristig kommt, sieht voraussichtlich ebenfalls 18 Monate vor.
Bei einer Erhöhung der Praktikumsdauer stellt sich die Frage, ob denn genügend Praktikumsplätze vorhanden sind. Aktuell sind auf der Website der Zuger Anwaltskammer über 20 Stellen ausgeschrieben, deren 6 beim Kanton Zug, d.h. bei Gerichten und Direktionen. Dies scheinen nicht wenige zu sein, und dass es Stellen gibt, die sofort oder im Juli oder August, also recht kurzfristig, zu besetzen sind, ist ein Hinweis, dass der Markt nicht ausgetrocknet ist.
Die Votantin kann gut nachvollziehen, dass angehende Anwältinnen und Anwälte an einer Verlängerung des Praktikums wenig Freude haben, vor allem auch wenn sie sich bewusst macht, dass diese Gesetzesänderung nicht *per se* die Qualität der Prüfungen hebt. Die in den letzten Jahren rückläufige Quote bestandener Prüfungen war der eigentliche Grund, weshalb die Gesetzesänderung in die Wege geleitet wurde. Andererseits – so liess sich die Votantin sagen – scheint es schweizweit bekannt zu sein, dass die Zuger Anwaltsprüfungen in erster Linie einfach mal schwierig seien. Die hohe Durchfallquote lässt die Votantin noch an etwas ganz anderes denken: Wehe dem, der Böses denkt, aber wäre es nicht auch denkbar, dass die Prüfungskommission mit der Schwere der Prüfungen Nachfrage und Angebot gleich selbst reguliert? Alle wissen: Wenn es zu viel auf dem Markt hat, wirkt sich dies negativ bzw. je nach Betrachtungsweise eben positiv auf die Preise aus.
Trotz all dieser Relativierungen und Bedenken stimmt die ALG bei § 6a Abs. 1 und 2 dem Antrag des Obergerichts zu.

**Alois Gössi** hält einleitend fest, dass es für Aussenstehende nicht ersichtlich ist, warum die JPK für die Vorberatung einer so kleinen Vorlage gleich zwei Sitzungen benötigte. Er teilt mit, dass auch die SP-Fraktion auf die Vorlage eintritt. Diese bringt einige Änderungen, die für die SP unbestritten sind. So soll für Anwälte, die im Zuger Anwaltsregister eingetragen sind, im brieflichen wie neu auch im elektronischen Schriftverkehr «Eingetragen im Anwaltsregister des Kantons Zug» stehen. Die SP begrüsst auch, dass neu die Voraussetzungen klar definiert sind, unter welchen ein Anwaltspatent aberkannt oder entzogen werden kann. Unklar ist für die SP noch, ob mit § 9 Abs. 2 und 3 zwingend eine Meldepflicht besteht, und wenn ja, für wen. Die SP ist dem Obergerichtspräsidenten dankbar für eine Erklärung.
Bis jetzt war noch nicht geregelt, wie ein Disziplinarverfahren der Aufsichtskommission vor sich gehen soll. Mit dem neuen § 16 Abs. 1 wird dies nun geregelt. Umstritten war in der SP-Fraktion die Dauer des Praktikums als Voraussetzung für die Zulassung zur Anwaltsprüfung. Ein Teil fand, die neu 18-monatige Praktikumsdauer sei gerechtfertigt, um damit die Qualität der Prüflinge zu steigern; die Durchfallquote ist ja relativ hoch. Und mit dieser Massnahme könne zusätzlich der Prüfungstourismus, der ja auch wegen der vorteilhaften Prüfungsbedingungen herrscht, eingedämmt werden. Der andere Teil – zu ihm gehört auch der Votant – fand, dass es in der Eigenverantwortung der Prüflinge stehe, ob ein 12-monatiges Praktikum als

Voraussetzung für ein erfolgreiches Absolvieren der Anwaltsprüfung genüge oder ob es besser wäre, ein längeres Praktikum zu absolvieren. Mit einer Verlängerung des Praktikums auf 18 Monate würden also alle diejenigen bestraft werden, die eine Prüfung auch mit 12 Monaten Praktikum bestehen würden. Und dies ist im Moment doch eine grosse Zahl von Prüflingen. Ein Antrag auf Reduzierung der Praktikumsdauer gegenüber dem Vorschlag des Obergerichts wird von Seite der SP also einige Unterstützung erhalten.

**Silvan Renggli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion die Teilrevision des EG BGFA ausführlich und intensiv beraten hat und einstimmig für Eintreten ist. In der Detailberatung folgt sie mehrheitlich der vorberatenden Kommission. Sie ist aber mit der Verlängerung der Praktikumsdauer nicht einverstanden, weshalb sie in der Detailberatung bei § 6 entsprechende Anträge stellen wird.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion und hält hinsichtlich seiner Interessenbindung fest, dass er nach seinem Studium der Rechtswissenschaften vor rund sechs Jahren auch ein Anwaltspraktikum in Zug absolvierte. Zur Anwaltsprüfung ist er jedoch nie angetreten. Er ist also in keiner Art und Weise vorbelastet durch irgendwelche negative Prüfungserfahrungen oder sonstige ungute Gefühle gegenüber der Zuger Anwaltschaft oder der Prüfungskommission.
Eintreten ist in der SVP-Fraktion unbestritten. Die SVP wird in der Detailberatung jedoch einige Änderungsanträge stellen, ist sie doch der festen Überzeugung, dass insbesondere die von der Anwaltsprüfungskommission heraufbeschworenen Probleme mit einer Verlängerung der Praktikumsdauer nicht gelöst werden können.

**Adrian Andermatt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Vorlage mit den Anträgen der JPK unterstützt. Sie ist überzeugt, dass nebst der unbestrittenen Anpassung an das Bundesrecht auch die weiteren Revisionspunkte grundsätzlich richtig sind. Dies betrifft einerseits die Verlängerung der Praktikumsdauer für Anwaltskandidatinnen und -kandidaten von heute 12 auf neu 18 Monate. Diese Massnahme kann sowohl der Qualität als auch der Einschränkung des Prüfungstourismus nach Zug dienen. Die FDP unterstützt hier die Variante der JPK, da der vom Obergericht vorgesehene Zwang zu Praktika sowohl beim Gericht als auch bei einem Anwalt aufgrund der limitierten Anzahl von Praktikumsplätzen zu sachlich nicht gerechtfertigten Verzögerungen führen könnte. Entgegen der Annahme von Esther Haas schwankt die Zahl der Praktikumsplätze von Jahr zu Jahr stark; dazu kommt, dass Stellen beim Gericht bzw. bei der Verwaltung nicht in einen Topf geworfen werden können, da die vorgeschlagene gesetzliche Regelung zwischen Stellen beim Gericht und solchen bei der Verwaltung unterscheidet. Die Variante der JPK entschärft die Situation massgeblich, indem sie auf den Kumulationszwang verzichtet. Einige Mitglieder der FDP-Fraktion werden aber auch den angekündigten Antrag auf Beibehaltung des Status quo unterstützen, denn auch bei der FDP war umstritten, ob die zeitliche Verlängerung wirklich der Qualität des Praktikums diene. Im Übrigen fühlt sich der Votant bezüglich Interessenbindung sehr unbelastet: Er hat sich den zur Debatte stehenden Anforderungen vor vielen Jahren gestellt, die Prüfung bestanden und ist von den geplanten Änderungen weder positiv noch negativ tangiert.
Die FDP-Fraktion unterstützt auch die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit, die Berechtigung zum Führen des Titels «Rechtsanwalt» bzw. «Rechtsanwältin» in bestimmten Fällen und zum Schutz des rechtsuchenden Publikums entziehen zu können. Sie stimmt auch der Einführung der Kostenpflicht bei Eintragungen ins Anwaltsregister etc. zu. Gleichzeitig muss der Votant persönlich aber wieder einmal ganz allgemein festhalten, dass das Verursacherprinzip kein Freipass für die Ein-

führung neuer Gebühren oder für deren Erhöhung sein darf, so lange man nicht die allgemeine Steuerlast senkt. Wenn man den Verursacher in die Pflicht nehmen will, müssten solche Erhöhungen kostenneutral erfolgen, ansonsten handelt es sich um eine versteckte Steuererhöhung.
Zu den weiteren Revisionspunkten meldet sich der Votant im Rahmen der Detailberatung nur im Bedarfsfall. Die FDP folgt – wie gesagt – grossmehrheitlich der Variante der JPK.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** dankt der Justizprüfungskommission dafür, dass er an deren zweiten Sitzung vom 26. Februar 2016 dabei sein durfte und die Gelegenheit erhielt, die Anliegen des Obergerichts zu erläutern. Das mag mit ein Grund gewesen sein, weshalb die JPK eine zweite Sitzung durchführte.
Das schweizerische Anwaltsgesetz ist in Bearbeitung. Vermutlich wird es aber noch Jahre dauern, bis es in Kraft tritt. Deshalb sieht das Obergericht Handlungsbedarf in den vier Punkten, für die es eine Revision des EG BGFA vorschlägt – und erfreulicherweise hat sich die JPK in vielem dem Antrag des Obergerichts angeschlossen. Der Obergerichtspräsident ersucht den Rat, auf die Vorlage einzutreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 2 Abs. 2*
*§ 3a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die erweiterte Justizprüfungskommission dem Obergericht anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Obergerichts.

*§ 4 Abs. 2*

**Michael Riboni** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag** auf Beibehaltung geltenden Rechts. Der Antrag der JPK ist zwar gut gemeint, aber nicht ganz zu Ende gedacht, und schiesst deshalb über das Ziel hinaus. In der Fassung der JPK muss ein Anwalt, wenn er mit einem Klienten per E-Mail korrespondiert, zwingend in jedem einzelnen E-Mail eine Signatur mit dem Vermerk «Eingetragen im Anwaltsregister des Kantons Zug» verwenden. Wenn diverse Mails hin und her gehen, kann eine solche Signatur erfahrungsgemäss schnell einmal vergessen gehen. Die Folge wäre ein Gesetzesverstoss und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Dies geht der SVP eindeutig zu weit, weshalb sie ihren Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts stellt.

JPK-Präsident **Thomas Werner** erläutert, dass die JPK dem Umstand Rechnung tragen will, dass heute der grösste Teil der Korrespondenz nicht mehr per Brief, sondern via E-Mail geführt wird. Technisch ist ihre Forderung mit einer einfachen Änderung der Programm-Einstellungen lösbar. Die JPK hat mit ihrer Formulierung schlicht versucht, im Gesetz die aktuellen Gepflogenheiten abzubilden.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass das Obergericht zu § 4 Abs. 2 keinen Antrag gestellt hat. Diese Bestimmung bildete nicht Gegenstand der Vorlage des Obergerichts. Für das Obergericht besteht hier keine spezielle Problematik. Auch elektronische Eingaben an die Gerichte müssen mit einer Signatur versehen sein, und für das Obergericht deckte die bisherige Formulierung auch die elektronischen Eingaben ab. Das Obergericht sieht hier keinen Handlungsbedarf.

➔ Der Rat folgt mit 46 zu 19 Stimmen dem Antrag der Justizprüfungskommission.

*§ 4 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die erweiterte Justizprüfungskommission dem Obergericht anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Obergerichts.

*§ 6 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die erweiterte Justizprüfungskommission dem Obergericht anschliesst.

**Silvan Renggli** hält fest, dass die vorgeschlagene Verlängerung des Anwaltspraktikums aus Sicht der CVP-Fraktion keinen Nutzen bringt. Die CVP unterstützt deshalb mit klarem Mehr die Beibehaltung geltenden Rechts. Sie stellt den **Antrag,** auf den neuen § 6a zu verzichten und beim geltenden Recht zu bleiben. Dabei steht für die CVP die Eigenverantwortung der Praktikantinnen und Praktikanten im Vordergrund. Wer die Prüfung absolvieren will, soll nach 12 Monaten selber entscheiden, ob sie bzw. er bereit ist für die Prüfung. So verschärft sich auch die Nachfrage nach Praktikumsplätzen nicht. Der heute mit 12 Monaten Praktikumsdauer hohe Level der Anwaltsprüfung soll beibehalten werden, dies zum Schutz des Recht suchenden Publikums.
Bei Annahme des Antrags der CVP-Fraktion, also bei der Beibehaltung geltenden Rechts, benötigt der vom Obergericht beantragte § 6 Abs. 2 eine neue Nummerierung. Die CVP stellt deshalb den zusätzlichen **Antrag,** § 6 Abs. 2 in der vom Obergericht beantragten Formulierung neu als § 6 Abs. 3 zu nummerieren.

**Laura Dittli** ist Mitglied der Interessengemeinschaft der Zuger Anwaltspraktikanten und absolviert gerade ihr Anwaltspraktikum bei einer Kanzlei in Zug. Sie kann daher aus der Sicht einer von der neuen Gesetzgebung direkt Betroffenen berichten und ihre bereits gemachten Erfahrungen einbringen.
Wenn alles ideal läuft, ist ein Jus-Studium nach fünf Jahren beendet. Über den Daumen gepeilt, ist man dann ungefähr 25 Jahre alt. Anschliessend folgt ein Jahr mit einem oder mehreren intensiven Praktika. Man wird bereits richtig in die Mühlen der Justiz – im wahrsten Sinne des Wortes – eingespannt. Man macht wichtige,

praxisrelevante Erfahrungen, lernt einiges dazu und erhält bereits sehr viel Verantwortung. Entlöhnt wird man mit einer Entschädigung, mit der man gerade so über die Runde kommt. Dann ist aber noch nicht Schluss: Es folgt ein weiteres intensives halbes oder sogar ganzes Jahr Lernen für die Anwaltsprüfung. Im guten Schnitt wird man dann mit 27 oder 28 Jahren zur Anwältin bzw. zum Anwalt erkoren. Man sieht: Diese Ausbildung dauert auch ohne künstliche Verlängerung bereits eine ganze Weile. Vor allem für Frauen, die vielleicht irgendwann noch Kinder haben möchten, macht es diese unnötige Praktikumsverlängerung nicht einfacher. Nicht zu vergessen ist auch die finanzielle Abhängigkeit einer angehenden Anwältin oder eines angehenden Anwalts von den Eltern, die verlängert wird.
Der Kanton Zug bietet derzeit zehn Praktikumsplätze bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft und zwei bei der Verwaltung an. Gemäss telefonischer Nachfrage bei der zuständigen Stelle von gestern sind zurzeit 38 Personen auf der Warteliste für ein Praktikum. Gleichzeitig gibt es jedes Jahr plus/minus gleich viele Absolventen. Wenn dann nur noch alle anderthalb Jahre eine Praktikumsstelle frei wird, weil das Praktikum neu ja 18 Monate dauern soll, wird diese Liste immer länger. Mathematik ist zwar nicht eines Juristen Stärke, aber dass dies nicht aufgehen kann, kann die Votantin auch mit ihren bescheidenen Kenntnissen beurteilen. Wie stellt sich das Obergericht das vor? Werden dann alle Zuger Anwälte verpflichtet, Praktikanten aufzunehmen? Das würde wohl nicht alle freuen, zumal mit einem Praktikanten durchaus auch viel Aufwand verbunden sein kann.
Zum «Prüfungstourismus», welchen das Obergericht in seinem Bericht und Antrag erwähnt: Bei den Bewerbungen für das Praktikum beim Kanton werden Personen mit Bezug zum Kanton Zug bevorzugt. Weiter müssen bereits nach geltendem Recht 6 Monate des Praktikums im Kanton absolviert werden. Da kann sich die Votantin einfach schwer vorstellen, dass es so viele «Prüfungstouristen» gibt. Sie bittet den Obergerichtspräsident, genau auszuführen, wo das Obergericht einen «Prüfungstourismus» sieht. Und wie sieht dies in den Nachbarkantonen aus?
Das Gute an der liberalen Lösung von 12 Monaten Praktikumsdauer ist, dass jeder bzw. jede für sich selbst entscheiden kann, wann er bzw. sie an die Prüfung will. Die Votantin war beispielsweise im letzten Jahr noch drei Monate auf dem Gericht im Kanton Luzern, um zusätzliche Erfahrungen zu sammeln. Sie traut auch ihren Kolleginnen und Kollegen zu, selbst entscheiden zu können, wann sie für die Prüfung bereit sind. Aus diesem Grund stellt die Votantin ebenfalls den **Antrag,** geltendes Recht beizubehalten und das Praktikum nicht unbegründet zu verlängern.

**Michael Riboni** teilt mit, dass die SVP inhaltlich denselben **Antrag** stellt wie die CVP-Fraktion, nämlich die Beibehaltung einer Mindestdauer des Praktikums von 12 Monaten. Ob dies mit der Beibehaltung geltenden Rechts in § 6 Abs. 2 oder einem neuen § 6a mit einer entsprechenden Änderung in Abs. 1 umgesetzt wird, spielt grundsätzlich keine Rolle; persönlich hat der Votant durchaus Sympathien für die von der CVP vorgeschlagene Lösung.
Das Obergericht begründet seinen Antrag auf Erhöhung der Mindestpraktikumsdauer auf 18 Monate mit der Feststellung der Anwaltsprüfungskommission, dass die universitäre wie auch die praktische juristische Ausbildung der Kandidaten immer mehr bzw. immer wieder zu wünschen übrig lasse, was zur Folge habe, dass nur gerade rund 30 Prozent der Kandidaten die Prüfung auf Anhieb besteht. Eine längere Praktikumsdauer löst das Problem der zu hohen Durchfallquote aber nicht. Sie alleine führt nämlich noch lange nicht zu mehr Praxis in den prüfungsrelevanten Fächern und damit zu einer Qualitätssteigerung. So kann ein Kandidat beispielsweise sein 18-monatiges Praktikum wie folgt gestalten: 6 Monate bei der Direktion des Innern, 6 Monate beim Verwaltungsgericht und 6 Monate beispielsweise bei

einem auf Sozialversicherungsrecht spezialisierten Rechtsanwalt: 18 Monate Praktikum zwar, die den Kandidaten aber nicht wirklich auf die Anwaltsprüfung vorbereiten. Denn in diesen 18 Monaten wird er kaum oder gar nicht weder mit dem Beurkundungs- noch mit dem Strafrecht in Kontakt kommen. Beide genannten Bereiche werden im Rahmen der Anwaltsprüfung aber gesondert als Prüfungsfach geprüft. Auch die vom Obergericht bzw. eben von der Anwaltsprüfungskommission erwähnten Defizite in der universitären Ausbildung werden mit einer Erhöhung der Praktikumsdauer nicht behoben. Hier liegt das Problem vielmehr beim Bologna-System, welches im Masterstudiengang die freie Fächerwahl vorsieht. An der Uni Luzern beispielsweise kann man heute ein Masterstudium bestehen, wenn man in den folgenden Fächern *Credits* erwirbt: Bioethik und Menschenwürde, Rechts- und Staatsphilosophie, Rechtssoziologie, Rechtsgeschichte, Europäische Verfassungsgeschichte, Klimawandel und Energierecht, Internationales Migrationsrecht, Völkerstrafrecht oder Menschenrechte im Strafprozess. Eine solche Fächerauswahl bereitet vielleicht optimal auf eine Tätigkeit bei der Caritas oder einem anderen Hilfswerk – und das soll in keiner Weise wertend verstanden werden – vor, aber sicher nicht auf die Anwaltsprüfung. Wenn man die Defizite in der Universitätsbildung beheben möchte, muss man beim Bologna-System, diesem irrsinnigen europäischen Professoren-Konstrukt, den Hebel ansetzen und mit den Universitäten das Gespräch suchen. Dies hat die Anwaltsprüfungskommission jedoch nicht gemacht. Vielmehr möchte sie den Weg des geringsten Widerstands beschreiten und an der Praktikumsdauer herumschrauben.
Eine junge Juristin oder ein junger Jurist mit dem Berufsziel Rechtsanwalt hat es selbst in der Hand, das Studium und anschliessend das Anwaltspraktikum zu planen. Wer sorgfältig vorgeht, schon sein Studium auf die Anwaltsprüfung ausrichtet, sich ein entsprechendes Basiswissen aneignet und auch schaut, dass er einen Praktikumsplatz findet, an welchem er auch mal eine öffentliche Urkunde entwerfen kann, kann die Prüfung mit 12 Monaten Praktikum bestehen, wenn er sich nach dem Praktikum nochmals intensiv hinter die Bücher setzt. Dieses intensive Lernen braucht es, auch bei einem 18-monatigen Praktikum. Ohne eine intensive Lernphase ist es schlicht nicht möglich, die Anwaltsprüfung zu bestehen. Wer sich nach 12 Monaten Praktikum noch nicht prüfungsreif fühlt bzw. das Gefühl hat, noch über zu wenig Berufspraxis zu verfügen, dem steht es schon heute frei, ein weiteres Praktikum anzuhängen. Es liegt also in der Eigenverantwortung jedes einzelnen Kandidaten, sich optimal auf die Prüfung vorzubereiten. An dieser Eigenverantwortung gilt es festzuhalten. Man soll junge eigenverantwortliche Menschen also nicht strafen, indem man ihnen zusätzliche 6 Monate Praktikumszeit aufbrummt.
Vor Augen führen sollte man sich nicht zuletzt auch die Tatsache, dass insbesondere die grossen Anwaltskanzleien auf dem Platz Zug, die ja auch in der Anwaltsprüfungskommission, welche diese Revision angestossen hat, gut vertreten sind, ein Interesse an einer verlängerten Praktikumsdauer haben. Sie können dann nämlich die jungen Juristinnen und Juristen für weitere sechs Monate zu relativ tiefen Bruttolöhnen von 4000 bis 4500 Franken monatlich arbeiten lassen. Ein Gesetz auch aufgrund solcher Partikularinteressen zu verschärfen, kommt für die SVP nicht in Frage. Die SVP hält die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bzw. in diesem Fall der Prüfungskandidaten hoch und beantragt deshalb – wie bereits gesagt – ebenfalls eine Praktikumsdauer von 12 Monaten. Bezüglich der Umsetzung macht der Votant beliebt, dem Vorschlag der CVP-Fraktion zu folgen.

**Barbara Gysel** spricht nicht explizit zur Praktikumsdauer für angehende Anwälte. Da ihr Vorredner ausdrücklich nicht wertend aufgezählt hat, welche Fächer man während eines Jus-Studiums besuchen kann, geht sie davon aus, dass er sie in

der Aussage unterstützt, dass menschenrechtliche Prinzipien, internationales Migrations- und Strafrecht etc. materiell nicht irgendwie weltfremde Güter sind und auch nicht nur bei NGOs wie der Caritas oder dem WWF genutzt werden, sondern – durchaus seriös gemeint – auch in verwaltungsrechtlichen Fragen Alltag sind. Sie sind beispielsweise bei Kindesanhörungen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, wie sie zum Alltag der Verwaltung und Behörden gehören, sehr relevant. Da der Vorredner seine Aufzählung zwar als nicht wertend bezeichnet hat, indirekt aber doch eine gewisse Wertung zu spüren war, erlaubt sich die Votantin diese Replik.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass Michael Riboni nur aufzeigen wollte, dass man gewisse Fächer für die Anwaltsprüfung besser brauchen kann als andere. Er hat tatsächlich keine Wertung vorgenommen.

JPK-Präsident **Thomas Werner** kann das Eigeninteresse von Laura Dittli gut nachvollziehen, aber letztendlich wird dieses Gesetz nicht für die angehenden Anwältinnen und Anwälte gemacht. Vielmehr muss man auch den Aufwand der Anwaltsprüfungskommission und den finanziellen Aufwand im Auge behalten. Auch muss man die ratsuchenden Personen in dem Sinne schützen, als gute Prüfungen abgelegt werden sollen.
In der JPK wurde intensiv über die Praktikumsdauer diskutiert. Es gab diverse Vorschläge und Anträge aus den Reihen der Kommissionsmitglieder. Einerseits wurde die Beibehaltung bestehenden Rechts gefordert und an die Eigenverantwortung der Prüfungsabsolventen appelliert; auch eine Kürzung auf 9, ja sogar auf 6 Monate wurde gefordert. Andererseits stand die Festlegung einer Nettopraktikumszeit zur Diskussion. Ein weiterer Antrag forderte, § 6a in § 6 zu implementieren. An der ersten Sitzung wurde schliesslich mit 11 zu 4 Stimmen entschieden, die Mindestdauer des Praktikums bei 12 Monaten festzulegen. Mit 11 zu 3 Stimmen entschied die JPK, § 6a nicht in § 6 zu implementieren, weil die zwei Paragrafen unterschiedliche Titel haben und auch vom Inhalt her nicht zusammenpassen. In der weiteren Diskussion zeigte die Formulierung der Abwesenheiten, also Ferien, Krankheit etc., dass es schwierig ist, in einer einzigen Sitzung eine gut durchdachte Lösung zu finden. § 6a Abs. 1 wurde deshalb in einer zweiten Sitzung nochmals im Detail diskutiert. Die erweiterte JPK stellte fest, dass eine Nettoarbeitszeit im Gesetz nicht praktikabel ist. Die Bruttoarbeitszeit ist nur schon deshalb wichtig, weil üblicherweise Bruttoarbeitszeitverträge abgeschlossen werden. Dabei haben die Praktikanten den berechtigten Anspruch auf Ferien. Es folgte deshalb ein Rückkommensantrag, die Praktikumsdauer wie vom Obergericht gefordert auf 18 Monate festzulegen. Dabei geht es auch um die Eindämmung des Prüfungstourismus. Ungefähr die Hälfte aller Prüfungsabsolventen kommt aus anderen Kantonen. Sie werden durch die kurze Praktikumsdauer im Kanton Zug angezogen; es gibt Kantone, in denen das Praktikum 24 Monate dauert. Dies führt auch bei der Prüfungskommission zu mehr Aufwand. Zusätzlich wurde festgestellt, dass die Prüfungsqualität nur noch mässig gut und die Durchfallquote hoch ist: Nur ein Drittel besteht die Prüfung auf Anhieb. Dem kann mit der Verlängerung der Praktikumsdauer entgegengewirkt werden. Es ist klar, dass das verlängerte Praktikum nicht alle Probleme löst, aber es ist ganz sicher mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen.
Während des Praktikums kann es zu verschiedenen Abwesenheiten kommen, zusätzlich zu den Ferien etwa durch Krankheit oder Militärdienst, was schnell zu einer Absenz von mehreren Monaten führen kann. Es wäre heikel, wenn die Prüfungskommission in jedem Fall selber beurteilen müsste, ob diese Personen zur Prüfung zugelassen werden oder nicht. Es ist Sache des Gesetzgebers, hier eine klare Regelung festzusetzen. Bei einer Regelung mit 12 Monaten brutto bleibt, wenn Ferien

und anderer Absenzen abgezogen werden, nicht mehr viel von der Praktikumszeit übrig. Dass der Appell an die Eigenverantwortung alleine nichts bringt, zeigen die heutige Situation und die Tatsache, dass diese Gesetzesrevision überhaupt vorgelegt wurde.
Dem erwähnten Rückkommensantrag wurde schliesslich mit 9 zu 3 Stimmen zugestimmt. Es folgte ein weiterer Antrag, die Praktikumsdauer auf 15 statt 18 Monate zu erhöhen. Es handelt sich bei der Teilrevision des Gesetzes ja auch um eine Anpassung an das Bundesgesetz, weshalb die JPK entschied, bei den 18 Monaten zu bleiben. Bei der Dreifachabstimmung, in welcher sich 12, 15 und 18 Monate gegenüberstanden, setzte sich am Schluss der Vorschlag des Obergerichts (18 Monate) gegen den Antrag auf 15 Monate bei 6 zu 6 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten durch. Der JPK-Präsident bittet deshalb, dem Antrag des Obergerichts auf 18 Monate Praktikumsdauer zu folgen.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich:** Die Verlängerung der Praktikumsdauer auf 18 Monate ist für die Anwaltsprüfungskommission und das Obergericht ein wichtiges Anliegen. Die Anwaltsprüfungskommission hat schon vor Jahren eine Verlängerung beantragt, und zwar auf 24 Monate. In diesem Sinne sind 18 Monate also bereits ein Kompromiss. Mit der Verlängerung der Praktikumsdauer sollen die praktischen Kenntnisse vertieft werden. Es geht um die für die Ausübung des Anwaltsberufs erforderlichen praktischen Kenntnisse. Dies liegt auch im Interesse der Rechtsuchenden, welche den Anspruch haben, dass sie fachgerecht beraten und vor Gericht vertreten werden. Verschiedene Votanten haben die Eigenverantwortung der Kandidatinnen und Kandidaten betont. Fakt ist leider aber, dass nur ein Drittel der Teilnehmer die Prüfung auf Anhieb besteht. Das bedeutet beträchtliche Mehrarbeit für die Prüfungskommission
Längere Praktika führen unbestreitbar zu einer grösseren Nachfrage nach Praktikumsplätzen. Es mag sein, dass es nicht jedem Uni-Absolventen – namentlich solchen mit weniger gutem Abschluss – gelingt, zum gerade passenden Zeitpunkt an dem von ihm gewünschten Ort eine passende Praktikumsstelle zu finden. Das ist aber bei jedem anderen Beruf auch so. Es ist nicht einzusehen, weshalb gerade Jus-Absolventen bevorzugt behandelt werden sollten. Auch ist nicht einzusehen, weshalb der Kanton Zug auf eine Verbesserung der Ausbildung von Anwälten verzichten sollte, um Interessenten aus anderen Kantonen genügend Ausbildungsplätze anbieten zu können. Zu bedenken ist auch, dass Praktikanten mit zunehmender Praktikumsdauer auch vermehrt produktiv eingesetzt werden können und daher auch mit einem grösseren Interesse von Anwaltskanzleien gerechnet werden kann, Praktikanten zu beschäftigen.
Der Anteil des Praktikums, der im Kanton Zug absolviert werden muss, soll erhöht werden. Kandidaten, die nicht im Kanton Zug wohnen, aber hier zur Prüfung kommen wollten, haben sich während sechs Monaten nur in der Arbeitszeit in einem Büro in Zug und die restliche Zeit an ihrem auswärtigen Wohnort aufgehalten. Dies kann aber nicht genügen, um die für das zugerische Anwaltspatent erforderlichen Kenntnisse der lokalen Verhältnisse zu erwerben. An der Prüfung äussert sich das beispielsweise so, dass Kandidatinnen und Kandidaten nicht wissen, welche Betreibungskreise und welche Schlichtungsbehörden es im Kanton Zug gibt. Man ist einfach nicht vertraut mit den örtlichen Gegebenheiten. Daher ist es aus Sicht des Obergerichts erforderlich, den Anteil des Praktikums, der im Kanton Zug absolviert werden muss, auf zwölf Monate festzusetzen.
Bezüglich «Prüfungstourismus» hat sich das Obergericht die Frage gestellt, was unter diesem Begriff überhaupt zu verstehen sei. Sind es einfach diejenigen Kandidaten, die ihren Wohnsitz nicht im Kanton haben, aber hier das Praktikum machen

und zur Prüfung antreten? Immerhin 37 Prozent der Kandidaten haben bei der Anmeldung zur Prüfung ihren Wohnsitz nicht im Kanton Zug. Das ist eine erhebliche Zahl, zumal auch für diese Kandidaten Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt wurden. Man kann mit Fug und Recht die Frage stellen, ob das richtig sei. Zumindest sieht das Obergericht kein Problem bezüglich der Praktikumsplatze, wenn das Praktikum verlängert würde.
Für den Fall, dass der Rat beim bestehenden Recht bleibt, wäre es von Vorteil, wenn man die Bruttopraktikumszeit genauer regeln würde, wie es das Obergericht in § 6a Abs. 3 vorschlägt, nämlich dass die Dauer der Unterbrüche in den Praktikumsbestätigungen angegeben werden muss. Das wäre sehr nützlich. Wenn beispielsweise eine Praktikantin schwangerschaftsbedingt sechs Monate oder ein Praktikant wegen unbezahlten Urlaubs vier Monate fehlt, dann sollte man das wirklich nicht an die Praktikumsdauer anrechnen dürfen.
Der Obergerichtspräsident empfiehlt, dem Antrag des Obergerichts zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass zuerst der Antrag des Obergerichts zu § 6 Abs. 2 dem Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts gegenübergestellt wird. In einer zweiten Abstimmung wird über den Antrag abgestimmt, Abs. 2 in der Fassung des Obergerichts neu zu Abs. 3 zu machen.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 zu 22 Stimmen, § 6 Abs. 2 des geltenden Rechts beizubehalten.

➔ Der Rat beschliesst mit 66 zu 0 Stimmen, den Antrag des Obergerichts zu § 6 Abs. 2 als § 6 Abs. 3 ins Gesetz aufzunehmen.

Der **Vorsitzende** fragt den Rat, ob § 6a damit auch seiner Meinung nach obsolet geworden sei.

➔ Der Rat stimmt stillschweigend zu.

*§ 8 Abs. 1 Bst. c und d*
*§ 9 Abs. 2 und Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die erweiterte Justizprüfungskommission dem Obergericht anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Obergerichts.

*§ 9 Abs. 4*

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich:** Das Obergericht schlägt mit dieser Bestimmung eine Meldepflicht der Behördenmitglieder und Angestellten vor für Umstände, welche eine Aberkennung des Anwaltspatents oder den Entzug der Titelführung zur Folge haben könnten. Es ist durchaus denkbar, dass die Anwaltsprüfungskommission oder die Aufsichtskommission von solchen Umständen ohne diese Meldepflicht gar nie etwas erfahren würden. Das wiederum hätte zur Folge, dass jemand als Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt Leute beraten und vor Gericht vertreten könnte, der dazu eigentlich gar nicht berechtigt wäre. Es geht letztlich also um den Schutz

der Rechtsuchenden. Im Bericht und Antrag der JPK ist dazu festgehalten, eine Unterlassung der Bekanntgabe solches Tatsachen hätte für die betroffenen Behördenmitglieder disziplinarrechtliche Massnahmen zur Folge. So etwas geht aus dem Wortlaut von § 9 Abs. 4 jedoch nicht hervor. Der Obergerichtspräsident bittet, dem Antrag des Obergerichts zuzustimmen.

JPK-Präsident **Thomas Werner** teilt mit, dass diese Bestimmung der JPK klar zu weit ging. Sie befürchtet, dass eine Unterlassung für die betreffenden Personen ein Disziplinarverfahren zur Folge hätte. Überdies enthält das Gerichtsorganisationsgesetz in § 93 bereits eine entsprechende Bestimmung. Die erweiterte JPK empfiehlt mit 13 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, § 9 Abs.4 zu streichen.

➔ Der Rat folgt mit 65 zu 5 Stimmen dem Antrag der Justizprüfungskommission.

*§ 14 Abs. 1*
*§ 16 Abs. 1a*
*§ 24 Abs. 1*
*§ 30*
*§ 31*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die erweiterte Justizprüfungskommission den Anträgen des Obergerichts anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Obergerichts.

**Teil II und III**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens)

*Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*Abs. 2*

**Heini Schmid** stellt den **Antrag,** Abs. 2 zu streichen. Diese Übergangsbestimmung ist durch den Beschluss des Rats zur Praktikumsdauer obsolet geworden.

JPK-Präsident **Thomas Werner:** Nach der Variante des Obergerichts hätten Kandidaten vor Inkrafttreten der neuen Bestimmungen noch nach altem Recht hinsichtlich des Praktikums beurteilt werden müssen. Diese Bestimmung ist nun überflüssig geworden, und der Votant geht davon aus, dass die JPK-Mitglieder mit der Streichung einverstanden sind.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Streichung von Abs. 2.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

35. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 2. Juni 2016 (Nachmittag)
Zeit: 13.35 – 17.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil
bzw. Kantonsratsvizepräsident Thomas Lötscher, Neuheim

**Protokoll**
Beat Dittli

**473 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Peter Letter und Andreas Meier, beide Oberägeri; Thomas Villiger, Hünenberg; Monika Weber, Steinhausen; Roger Wiederkehr, Risch.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**474** Traktandum 3.1: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ablösung der Gruppe Postenschacher durch einen Justizrat**
Vorlage: 2625.1 - 15164 (Motionstext).

**Jürg Messmer:** Wer «Postenschacher» hört, denkt in erster Linie an Hinterzimmerabmachungen und Filz. Dass mit einem Vorstoss Transparenz geschaffen werden soll, befürwortet die SVP grundsätzlich, auch im Rückblick auf ihre eigenen Anfänge im Kanton Zug. Die vorliegende Motion schiesst aber weit über das Ziel hinaus. Die «Gruppe Postenschacher» besteht aus Vertretern von CVP, SVP, FDP, SP/Alternative und hat das Ziel, die Richterposten nach Parteienproporz einvernehmlich zu verteilen und damit Volkswahlen mit Wahlkämpfen zu vermeiden. Sie ist jedoch lediglich eine Art Koordinationsgremium, und wie dem Votanten mitgeteilt wurde, wird in Zukunft auch die Piratenpartei dazu eingeladen. Die Mitglieder der «Gruppe Postenschacher» haben aber keinerlei Befugnisse, sondern fungieren als eine Art Botschafter ihrer Parteien im Zuger Rechtswesen. In den vergangenen Jahren kam es trotz einiger Richterwahlen zu keinen eigentlichen Treffen dieser Gruppe; die Absprachen finden per E-Mail, also schriftlich und somit völlig transparent statt. Wenn Parteien mit ihrer Vertretung oder der Eignung von fremden Kandidaten nicht einverstanden sind, steht ihnen die Volkswahl offen. Die «Gruppe Postenschacher» ist trotz ihres fragwürdigen Namens eine Institution, welche eine politisch ausgewogene und fachlich qualifizierte Besetzung der Zuger Richterstellen garantiert.
Die fachliche und charakterliche Eignung der Richterkandidaten wurde bisher von den Parteien geprüft, was einwandfrei funktionierte. Dass ein ebenfalls politisch zusammengesetzter Justizrat in Zukunft die charakterliche und fachliche Eignung

besser beurteilen könnte, ist mehr als fraglich. Zudem müsste auch die charakterliche und fachliche Eignung des Justizrats festgelegt und geprüft werden. Gemäss der Motion müsste der Justizrat für jeden Richterposten mindestens zwei Kandidaten, wovon einen ohne Parteibindung, suchen. Diese Bestimmung macht schlicht keinen Sinn. Die Parteibindung legt die grundsätzliche Denkhaltung offen. Zudem ist nicht auszuschliessen, dass die Person ohne Parteibindung dennoch Mitglied oder zumindest Sympathisant einer Partei ist. Das Offenlegen der Parteizugehörigkeit ergibt eine grössere Transparenz und ermöglicht eine ausgewogene Besetzung der Richterstellen.
Zur Amtszeitbeschränkung: Weder Kantons-, noch Gemeinde- oder Regierungsräte unterstehen einer Amtszeitbeschränkung. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb Richter einer solchen Beschränkung unterstehen sollten; da steht kein verständlicher Grund dahinter. Gerade bei Richtern kann eine grössere Berufs- und Lebenserfahrung bestimmt nicht schaden.
Zur Wahl der Staatsanwälte: Die SVP unterstützt vorbehaltslos die Wahl der Staatsanwälte durch das Volk. Ihre Motion betreffend Stärkung der Unabhängigkeit und Legitimation der Staatsanwälte durch Parlamentswahl wurde am 28. Januar 2016 nicht erheblich erklärt. Sämtliche Parteien mit Ausnahme der SVP haben sich gegen diese Motion gestellt. Es ist deshalb kaum davon auszugehen, dass das Parlament nur wenige Monate später diesem Anliegen positiver gegenübersteht.
Auch um dem Regierungsrat zusätzliche Arbeit zu ersparen, stellt die SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion betreffend Ablösung der «Gruppe Postenschacher» durch einen Justizrat nicht zu überweisen.

**Esther Haas** findet das Anliegen der Motion prüfenswert. So, wie es in einem weit ausholenden, bereits inhaltlichen Votum nun dargelegt wurde, läuft es in der «Gruppe Postenschacher» allerdings nicht. Die Votantin ist selber Mitglied dieser Gruppe, und ab und zu beschleicht sie dort schon ein ungutes Gefühl. Zur Aussage von Jürg Messmer, die Piratenpartei werde künftig ebenfalls eingeladen, hält die Votantin fest, dass die grünliberale Partei schon lange im Kantonsrat vertreten war, bis man irgendwann auf die Idee kam, sie ebenfalls einzuladen. Ein bisschen Willkür spielt hier also auch mit. Erstaunt über das Votum ihres Vorredners ist die Votantin auch deshalb, weil diese diskutablen Punkte auch schon mit Vertretern der SVP besprochen wurden. Zusammenfassend bittet die Votantin den Rat, der Überweisung der vorliegenden Motion zuzustimmen. Nicht alle ihre Anliegen sind prüfenswert, aber der Grundtenor ist richtig.

Motionärin **Jolanda Spiess-Hegglin** hält fest, dass das Hauptanliegen der Piratenpartei Zentralschweiz zusammengefasst wie folgt aussieht: Wir haben genug von der Postenschacherei, sie ist einer Demokratie absolut nicht würdig. Natürlich praktiziert man das schon lange so. Umso mehr ist jetzt die Zeit für ein Umdenken da. Wie wäre es denn, wenn alle Kantonsrätinnen und -räte nicht durch eine Wahl hier im Ratssaal die Zukunft des Kantons mitgestalten könnten, sondern allesamt nur «nachgerutscht» wären? Nichts gegen die «Nachgerutschten», aber die eigentlich Gewählten sind der Votantin als Wählerin doch lieber.
Die «Gruppe Postenschacher» arbeitet alles andere als transparent. Man bekommt einen Kandidaten vorgesetzt und darf weder Fragen stellen noch auswählen zwischen Mann oder Frau, jung oder alt, erfahren oder neu. Das stört die Votantin und ihre Partei. Sie gingen eigentlich davon aus, dass hier – wie üblich – auch mit den Kosten argumentiert würde. Das ist nun zwar nicht geschehen, aber es ist richtig: Demokratie kostet. Die nordkoreanischen Ergebnisse bei den Richterwahlen stören

die Piratenpartei aber derart, dass der Preis, um am Ende den besten Kandidaten wählen zu können, nicht stören darf.
Die Motionärin und ihre Partei haben übrigens gemerkt, dass für die Umsetzung eine Verfassungsänderung nötig wird. Sie haben bereits Vorarbeit geleistet: Der neue Gesetzestext ist auf dem Server der Piratenpartei Zentralschweiz resp. auf demjenigen von Stefan Thöni als Entwurf gespeichert; Stefan Thöni hat hierfür einige Stunden investiert.
Es wurden viele einzelne Punkte erwähnt bzw. was da und dort nicht optimal sei. Was vorliegt, ist der Vorschlag der Piratenpartei, einer jungen Partei ohne Erfahrung in Parlamentsangelegenheiten. In Interviews wurden bürgerliche und linke Parteiexponenten zitiert, die Piraten sollten doch mit dem Rest des Rats zusammenarbeiten. Das tun sie gerne. Die Votantin bittet deshalb um die Möglichkeit, die vorgeschlagene Lösung für einen unabhängigen Justizrat zu optimieren und umzusetzen. Sie dankt für die Überweisung der Motion.

**Hubert Schuler** gehört auch der «Gruppe Postenschacher» an. Er war eigentlich dafür, die Motion zu überweisen. Nach dem Votum der Motionärin aber wird er gegen die Überweisung stimmen. Es herrschen nämlich keineswegs nordkoreanische Verhältnisse, und es wird auch niemandem einfach etwas vorgesetzt, sondern es geht darum, einen freiwilligen Proporz zu pflegen. Es kam auch schon vor, dass ein von einer Partei vorgeschlagener Kandidat für die Mehrheit der Gruppe nicht valabel war und die betreffende Partei dann die Verantwortung übernahm, diesen Kandidaten auszuwechseln.

**Andreas Hausheer** hat seiner Fraktion am Montag noch ans Herz gelegt, die vorliegende Motion zu überweisen. Es gibt bestimmte Punkte, über die man tatsächlich diskutieren kann. Es ist aber festzuhalten, dass heutige Vertretung der Piratenpartei nicht für diese Partei in den Kantonsrat gewählt wurde. Der Votant überlässt es deshalb den Mitgliedern seiner Fraktion, wie sie sich aufgrund des Votums der Motionärin nun verhalten wollen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für die Nichtüberweisung gemäss § 45 Abs. 2 GO KR ein Quorum von zwei Drittel der Stimmenden nötig ist.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 46 zu 20 Stimmen ab.

**475** Traktandum 3.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend städtebauliche Vision für die Agglomeration Zug**
Vorlage: 2626.1 - 15165 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**476** Traktandum 3.3: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Chancen und Risiken der Digitalisierung des Verkehrs im Kanton Zug**
Vorlage: 2627.1 - 15166 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**477** Traktandum 3.4: **Postulat der SP-Fraktion betreffend «Panama Papers»: Schweizer Steuer- und Strafrecht anwenden**
Vorlage: 2616.1 - 15153 (Postulatstext).

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen. Es ist grundsätzlich falsch, fordert es doch etwas, was die Steuerverwaltung ohnehin tut, nämlich das Gesetz von Gesetzes wegen anzuwenden. Das Postulat ist überdies bereits obsolet, da die «Panama Papers» mittlerweile im Internet aufgeschaltet und für jedermann einsehbar sind. Man braucht die Regierung also nicht damit zu beschäftigen.

**Claus Soltermann** erläutert, dass es sich bei den «Panama Papers» um eine riesige Datenmenge von über 2,5 Terabyte und über 11,5 Millionen Dokumenten zu Offshore-Firmen handelt es, welche durch eine Anwaltskanzlei in Panama gegründet wurden oder verwaltet werden. Am 9. Mai 2016 stellte das ICIJ eine Datenbank online, die Namen und Adressen von über 300'000 Briefkastenfirmen und Trusts sowie die ihrer Vermittler und einiger Tausend Anteilseigner enthält. Die eigentlichen Dokumente wurden jedoch nicht freigegeben. In dieser Datenbank fand der Votant innert kürzester Zeit, nämlich innerhalb von etwa zehn Minuten, ca. 150 Adressen mit Bezug auf den Kanton Zug. Es sollte somit auch für die kantonalen Behörden möglich sein, die notwendigen Schlüsse zu ziehen und bei einem konkreten Verdacht die notwendigen Dokumente zu erhalten, ohne dass ihnen vom Kantonsrat ein entsprechender Auftrag erteilt werden muss. Die GLP unterstützt daher die Nichtüberweisung des Postulats.

**Barbara Gysel:** Weder dramatisieren, noch banalisieren! So könnte man die Ausrichtung des vorliegenden Vorstosses zusammenfassen. Befragt zu den «Panama Papers», antwortet der Ständerat und ehemalige Zuger Finanzdirektor Peter Hegglin in der «Neuen Zuger Zeitung»: «Man sollte sich vor undifferenzierten Verallgemeinerungen hüten.» Dem bleibt nichts hinzuzufügen – eigentlich. Allerdings findet man in der Öffentlichkeit das ganze Spektrum an Haltungen. Auf der einen Seite werden Briefkastenfirmen als illegale Steuerhinterziehungsvehikel verteufelt. Das ist rechtlich nicht korrekt, ihre Existenz ist grundsätzlich nicht illegal – auch wenn nicht alles richtig ist, was erlaubt ist. Auf der anderen Seite des Spektrums vernimmt man die beschwichtigenden Verlautbarungen etwa von Finanzdirektor Heinz Tännler in der «Neuen Zuger Zeitung» Anfang April: «Briefkastenfirmen schaden dem Image des Wirtschaftsstandorts Zug nicht. [...] Schliesslich sind alle diese Firmen in Zug legal, und wir haben keine Probleme mit ihnen.» Da ist man geneigt zu fragen: Worauf gründet diese Gewissheit, Herr Finanzdirektor? Andernorts scheint man die Situation anders einzuschätzen, wie die Berichterstattung der letzten Wochen zeigt. Die SP-Fraktion hat ihren Vorstoss am 29. April eingereicht, also vor über einem Monat. Erst seit dem 9. Mai, also mehrere Tage später, sind 320'000 Daten von Offshore-Firmen zugänglich, die «Panama Papers» also für alle einsehbar. Daraufhin gab die eidgenössische Steuerverwaltung bekannt, dass die Daten genauer angeschaut würden; man suche Steuerpflichtige mit Bezug zur Schweiz. Der Mediensprecher der Steuerverwaltung des Bundes hielt fest: «Für die eidgenössische Steuerverwaltung sind die steuerrechtlich relevanten Informationen in diesen ‹Panama Papers› interessant.» Es gebe verschiedene Personen, sogar in verschiedenen Abteilungen, die speziell mit dieser Aufgabe betraut seien. Und dem Journalisten brannte das Gleiche auf der Zunge wie wohl vielen: «Lohnt sich denn der Aufwand?» Die Antwort der eidgenössischen Steuerverwaltung: «Ob sich der Aufwand lohnt, kann eigentlich nicht der einzige Punkt sein für die Steuerverwaltung, sich diese Daten genau vorzunehmen. Die Steuerverwaltung ist ja daran interessiert,

möglichst gerecht Steuern zu erheben. Dazu gehört auch, dass man Personen, die sich nicht an die Steuergesetze halten, versucht dingfest zu machen.»
Genau das ist die Absicht der SP-Fraktion: Sie lädt ausschliesslich zum Zugriff auf die Dokumente und zur Prüfung nach Anzeichen von Steuerhinterziehung resp. -betrug ein. Dabei verweist sie explizit auf die mögliche Zusammenarbeit mit dem Bund oder anderen Kantonen; andere Kantone haben sich mittlerweile nämlich einiges aktiver gezeigt. Der vorliegende Vorstoss bedeutet nicht, dass die SP die Existenzberechtigung der Briefkastenfirmen kritisiert; deren Tage sind national und international so oder so gezählt. Hingegen ist es sowohl Tugend als auch Pflicht, für Gewissheit zu sorgen, dass allfällige Regelverstösse des geltenden Rechts aufgedeckt und geahndet werden. Man kann nach einem Skandal wie die «Panama Papers» doch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen! Der Rat soll sich nicht dem Vorwurf aussetzen, nicht hinsehen zu wollen. Das wäre auch ein Reputationsrisiko. Wenn bei der Prüfung keine Unregelmässigkeiten auftauchen, ist es umso besser. Aber gerade jetzt steckt man noch in einem Dilemma. Die Medien schwärzen an. Die Strafverfolgungsbehörden und/oder die Steuerverwaltung werden nicht einfach bei blosser Information, sondern nur bei konkreten Verdachtsmomenten aktiv. Wie nun im Fall der «Panama Papers» effektiv vorgegangen werden kann, ist nicht so trivial; zu erwähnen ist, dass die SP vor dem Einreichen des Vorstosses mehrere Rückmeldungen von der Steuerverwaltung eingeholt hat sowie Kontakt mit der Staatsanwaltschaft und dem Landschreiber hatte. Nach Ansicht der SP lohnt es sich, dass die Behörden, gestärkt durch einen politischen Auftrag, sauber klären, welche Prüfungen möglich und sinnvoll sind – das weder dramatisierend noch banalisierend.

Für **Heini Schmid** sind Postulate, welche die Regierung auffordern, eine ihr vom Gesetz sowieso übertragene Aufgabe korrekt auszuführen, unnötig. Seine Vorrednerin hat richtigerweise ausgeführt, dass die eidgenössischen Steuerverwaltung allen Hinweisen auf Steuerhinterziehung oder -betrug, auch solchen in den «Panama Papers», nachgehen muss, wenn sie der Schweiz unterworfene Steuersubjekte betreffen. Und nichts anderes fordert auch das vorliegende Postulat. Der Votant stellt deshalb ebenfalls den **Antrag,** das Postulat nicht zu überweisen. Es ist nämlich die verdammte Pflicht auch der kantonale Steuerverwaltung, solchen Hinweisen nachzugehen. Eine zusätzliche politische Schaumschlägerei, wie es dieses Postulat ist, lehnt der Votant entschieden ab.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** wurde persönlich angegangen, weshalb er sich zu Wort meldet. Er hält fest, dass in der Schweiz das Legalitätsprinzip gilt. Es gibt gesetzliche Grundlagen – und der Kanton Zug und der Finanzdirektion halten diese gesetzlichen Grundlagen zu 100 Prozent ein. Der Finanzdirektor diskutiert täglich mit dem Chef der Steuerverwaltung, auch bezüglich der «Panama Papers». Und wie Heini Schmid bereits gesagt hat, ist es die verdammte Pflicht der Regierung, der Finanzdirektion und der Steuerverwaltung, irgendwelchen Unzulänglichkeiten, die nicht gesetzeskonform sind, nachzugehen. Bisher hat der Finanzdirektor aber keine entsprechenden Hinweise erhalten. Das hat er auch der Zeitung gesagt. Und man muss aufpassen: Wenn man den Medien alles glaubt, wenn sie irgendeine Person oder Institution durch den Dreck ziehen – am Schluss mit dem Hinweis auf die Unschuldsvermutung –, richtet man viel Schaden an. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass der Kanton und die Steuerverwaltung sich der Herausforderungen und Verantwortung bewusst sind, wiederholt der Finanzdirektor, dass der Kanton Zug und seine Regierung die gesetzlichen Pflichten, die ihnen übertragen sind, zu 100 Prozent erfüllen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Nichtüberweisung gemäss § 45 Abs. 2 GO KR ein Quorum von zwei Drittel der Stimmenden benötigt.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 53 zu 15 Stimmen ab.

**478** Traktandum 3.5: **Interpellation von Ralph Ryser, Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Bundesasylunterkunft Gubel und die Auswirkungen auf die Zuger Bevölkerung**
Vorlage: 2620.1 - 15160 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**479** Traktandum 3.6: **(Folge-)Petitionen vom 27. und 28. Mai 2016 von X. V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie**

➔ Stillschweigende Überweisung an die Justizprüfungskommission.

TRAKTANDUM 10

**480** **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal**
Vorlagen: 2572.1/1a - 15053 (Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats); 2572.2 - 15054 (Antrag des Büros des Kantonsrats); 2572.3 - 15097 (Bericht und Antrag der Kommission); 2572.4/4a - 15098 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Für dieses Traktandum übernimmt Kantonsratsvizepräsident Thomas Lötscher den Ratsvorsitz. Kantonsratspräsident Moritz Schmid als Vertreter des antragstellenden Kantonsratsbüros nimmt Platz auf dem Stuhl des Vizepräsidenten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Büro des Kantonsrats beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen sowie vom Reglement betreffend elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal vom 20. November 2015 Kenntnis zu nehmen. Die vorberatende Kommission beantragt Eintreten und Zustimmung, die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit den Änderungen der Staatswirtschaftskommission

EINTRETENSDEBATTE

**Andreas Etter,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass sich die Kommission am 25. Januar in einer rund zweistündigen Sitzung zur Besprechung der Vorlage getroffen hat. Das Ziel einer elektronischen Abstimmungsanlage ist es, den Ratsbetrieb transparenter zu machen – und dies wurde mit der Einführung der GO KR bereits manifestiert.
Es ist eine drahtgebundene Lösung mit zwei fest montierten Bildschirmen an der Südseite und zwei mobilen Bildschirmen für die Nordseite vorgesehen. Zudem sollen alle Kantonsratsplätze mit einer 230-Volt-Steckdose ausgerüstet werden.

Zusätzlich soll zwischen dem Rednerpult und dem Platz des Vizepräsidenten ein *Visualizer* installiert werden, der zur Veranschaulichung von komplexen Abstimmungsvorlagen dient.
Die Kommission beschloss mit 10 zu 4 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten. In der Eintretensdebatte standen Punkte wie Transparenz, Kosten-Nutzen-Verhältnis und das Interesse der Öffentlichkeit in Sachen Abstimmungsverhalten der einzelnen Kantonsräte im Vordergrund. In der Detailberatung zum Reglement – dieses ist Sache des Büros des Kantonsrats – wurde zu § 10 nur nochmals die Frage bezüglich der Anzahl notwendiger Bildschirme gestellt. Zum Erlasstext betreffend Objektkredit erfolgten keine Wortmeldungen, wohl auch weil in der Fragerunde die feste Überzeugung entstand, dass der vorgesehene Objektkredit auf der sicheren Seite steht, sprich: eingehalten werden kann. Auch dem im Bericht der Stawiko neu aufgeführten Objektkredit von 425'000 Franken stimmt die Ad-hoc-Kommission mit sehr grosser Mehrheit zu. Im Bericht und Antrag des Kantonsratsbüros muss der Zeitplan angepasst werden: Die allfällige Realisierung der Abstimmungsanlage ist neu auf Sommer 2017 vorgesehen.
In der Schlussabstimmung stimmte die vorberatende Kommission der Vorlage mit 10 zu 4 Stimmen und ohne Enthaltung zu. Sie beantragt dem Kantonsrat, auf die Vorlage einzutreten und dieser zuzustimmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission: Der Bedarf für eine elektronische Abstimmungsanlage ist auch für die Stawiko ausgewiesen. Diese will sich keineswegs dagegen verwehren, mit der Zeit zu gehen. Grosse Bedenken hat die Stawiko hingegen, wenn sie von der starren Ratsführung in Luzern hört. Es darf auf keinen Fall sein, dass die Spontanität der Debatten verloren geht. Die Stawiko hat auf die finanziellen Aspekte der Vorlage fokussiert. Technische und rechtliche Fragestellungen hat sie ausser Acht gelassen, dies ist Sache der vorberatenden Kommission. Aufgrund der Diskussion in ihrer eigenen Fraktion muss die Votantin jedoch klar festhalten, dass ein Variantenvergleich wünschenswert wäre.
Wie ihrem Bericht zu entnehmen ist, hat die Stawiko zwischen dem Bericht und Antrag des Büros und demjenigen der vorberatenden Kommission finanzielle Differenzen festgestellt. Nach intensiven Abklärungen wurde der Stawiko die detaillierte Aufstellung zugestellt, die sich auf Seite 6–8 ihres Berichts findet. Daraus resultiert der Antrag, in § 1 Abs. 1 den Objektkredit 470'000 Franken auf 425'000 Franken zu reduzieren.
Die Stawiko sieht keine Dringlichkeit für den Bau der Anlage. Der Kantonsrat kann nicht Wasser predigen und Wein trinken. Er verlangt von der Regierung und der Verwaltung, Wünschenswertes vom Notwendigen zu trennen. Nach Meinung der Stawiko ist die Anlage höchstens wünschenswert, jedoch auf keinen Fall dringend notwendig. Seit 1894 tagt der Zuger Kantonsrat. Seit mehr als 120 Jahren werden die Stimmen von Hand gezählt – und sie können auch noch während weiteren vier bis fünf Jahren von Hand gezählt werden. Man kann durchaus darüber diskutieren, wann der richtige Zeitpunkt für den Bau der elektronischen Abstimmungsanlage ist. Mit Bestimmtheit aber lässt sich sagen: *Jetzt* ist nicht der richtige Zeitpunkt. Man denke an das Entlastungsprogramm, welches noch nicht in trockenen Tüchern ist. Wie will der Kantonsrat Sparprogramme durchbringen, wenn er sich selbst nicht mässigt? Weil das Bedürfnis jedoch ausgewiesen und die Anlage in der neuen GO KR vorgesehen ist, stellt die engere Stawiko in § 3 den Antrag, die Ausgabe erst zu tätigen, wenn die Finanzen des Kantons wieder im Lot sind. Die Stawiko-Präsidentin bittet den Rat mit Nachdruck, den genannten Anträgen zu folgen.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird; vom entsprechenden Reglement nimmt sie Kenntnis. Das Kantonsratsbüro, die vorberatende Kommission und die Stawiko haben sich intensiv mit den Fakten auseinandergesetzt. Der Votant führt drei Punkte aus:
• Zu § 1: Die ALG unterstützt es selbstverständlich, wenn sich die Anlage kostengünstiger realisieren lässt. Wenn es sogar noch günstiger geht als von der Stawiko vorgeschlagen, wird sie das ebenfalls unterstützen.
• Zu § 3 betreffend Zeitpunkt der Investition: Die Investition einfach nach hinten zu verschieben, wie es die Stawiko vorschlägt, ist keine Einsparung und macht keinen Sinn. Deshalb soll die Realisierung jetzt angepackt werden. Das Geschäft ist reif.
• Es kommt bei diesem Geschäfte auf die Umsetzung an. Man kann lange darüber diskutieren, welches System das beste sei etc. Wie eine elektronische Abstimmung genau abläuft, wird man erst bei der konkreten Umsetzung sehen. Wichtig ist dann nicht mehr die *Hardware,* sondern die *Software.* Und hier scheint es extrem wichtig zu sein, pragmatisch und niederschwellig vorzugehen. Ziel des Ganzen ist es, die Abstimmungsergebnisse transparent zu machen; ein Nebeneffekt liegt darin, dass man – hoffentlich – ein wenig Zeit spart. Mehr nicht! Natürlich könnte man mit einem ausgefeilten Supersystem versuchen, alle möglichen Parlamentsprozesse abzubilden, auch die Anmeldung für ein Votum etc. Das scheint man in Luzern versucht zu haben – und nun bestimmt dort das System den Ratsbetrieb. Das war zumindest der Eindruck, den der Votant anlässlich des Besuchs des Kantonsratsbüros in Luzern erhielt. Nebenbei bemerkt: In Luzern galt schon vor der elektronischen Abstimmungsanlage die ungeschriebene Regel, Anträge vorgängig einzureichen; das System hat nun diese Regel abgebildet und den entsprechenden Druck erhöht. Aber nein, nicht das System soll den Ratsbetrieb bestimmen, sondern es muss umgekehrt sein: Der Ratsbetrieb bestimmt das System, heute und in Zukunft. Anträge müssen spontan gestellt werden können, und dann muss man darüber abstimmen können – mehr nicht. Die Abstimmungen laufen zukünftig elektronisch – mehr nicht. Sie müssen nicht noch gross abgebildet und archiviert werden können etc. Der Rat will einfach abstimmen. Punkt.
Ein elektronisches Abstimmungssystem muss grundlegende Sicherheitsanforderungen bezüglich Vertraulichkeit und Verfügbarkeit erfüllen. Die Stimme muss eindeutig identifizier- und zuordenbar sein, und eine Manipulation muss möglichst ausgeschlossen werden können. Eine solche Anlage darf auch nicht zu einem riesigen zeitlichen Mehraufwand für die Stimmenzählenden führen, schliesslich geht es um ein Milizparlament. Zürich soll ein relativ einfaches System haben, und der Votant selbst hat das System im Berner Grossratssaal kennengelernt: Nach einer zehnminütigen Einführung durch einen Laien konnte eine Versammlung mit elektronischer Abstimmung etc. problemlos durchgeführt werden. *So* schwierig kann es also nicht sein!
Wie gesagt: Man muss pragmatisch und niederschwellig bleiben, vor allem auch in der Anfangszeit. Wenn es dannzumal Anpassungen im Reglement braucht, müssen diese zeitnah vorgenommen werden. Denn zum heutigen Zeitpunkt bezweifelt die ALG, ob die Stimmenzählenden in solch grossem Umfang wie angedacht für die Bedienung der Anlage zuständig sein sollen. Der Betrieb der Anlage wird aber zeigen, ob das Reglement angepasst werden muss. Wie es bei der Einführung neuer Systeme üblich ist, wird es realistischerweise eine Einführungszeit geben, in der Prozesse optimiert werden müssen.
Schlussendlich ist es wohl eine Willensfrage: Will man der Öffentlichkeit Transparenz, wie es die Geschäftsordnung schon vorsieht, zugestehen oder nicht? Die ALG sagt Ja zur Transparenz und stimmt deshalb der Abstimmungsanlage zu.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Die Stawiko macht in ihrem Bericht zwei Vorschläge, wie mit der angedachten elektronischen Abstimmungsanlage umgegangen werden kann. Sie schlägt vor, den Objektkredit auf 425'000 Franken zu senken. Mit diesem Vorschlag kann die SP gut leben, da sie überzeugt ist, dass die Kosten für Bauteile, speziell für die Monitore, bis zum Sommer 2017 noch sinken werden. Im zweiten Vorschlag der Stawiko sieht die SP hingegen keinerlei Nutzen. Es wäre ehrlicher, die Vorlage ganz zu versenken, statt ein Ausweichmanöver zu fahren. Die Idee, Investitionen nur zu tätigen, wenn der Staat einen Gewinn erzielt, könnte ja in eine absolut absurde Richtung führen. So könnten die Steuern jedes Jahr gesenkt werden, so dass der Staat gar nie einen Überschuss erzielen würde. Wenn der Rat sich heute auf so etwas einlässt, wird er in Zukunft wenige bis keine neuen Infrastrukturen für die Bevölkerung mehr beschliessen können. Dies kann nicht die Aufgabe des Kantonsrats sein! Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Anträge der vorberatenden Kommission, mit der Anpassung des Objektkredits auf 425'000 Franken gemäss Antrag der Stawiko.
Der Votant möchte noch eine kreative Idee einbringen: Vielleicht könnte man in den Zeiten zwischen den Abstimmungen auf den Monitoren gesponsorte Werbung zeigen. So liessen sich die Kosten in kurzer Zeit wieder einspielen. *(Der Rat lacht.)*

**Patrick Iten** teilt mit, dass die CVP-Fraktion mehrheitlich gegen Eintreten auf diese Vorlage ist. Sie ist der Meinung, dass die geplante Anlage für den Ratsbetrieb nicht nur Vorteile bringt. Wie dem Bericht der Staatswirtschaftskommission zu entnehmen ist, leidet auch die Flexibilität des Ratsbetriebs. Das zeigt auch das Beispiel von Luzern. Und alle haben in der Debatte zum Entlastungsprogramm miterlebt, dass es spontan zu mehreren Anträgen zu einem Geschäft kommen kann. Man müsste dann während der Sitzung die Anträge eingeben, was zu Verzögerungen führt. In Luzern hat sich gezeigt, dass der Ratsbetrieb durch die Eingabe der Anträge litt; aus diesem Grund werden dort auch weniger spontane Anträge gestellt. Auch mit der elektronischen Abstimmungsanlage kommt es zu Wartezeiten, da es Zeit braucht, bis die Anträge formuliert und eingegeben sind. Man muss dazu auch bedenken, dass man alle zwei Jahre, mit der Wahl von zwei neuen Stimmenzählern, von vorne beginnt: Man muss diese einschulen – was auch kostet.
Die elektronische Abstimmungsanlage ist in Anbetracht der heutigen Finanzlage des Kantons überrissen. Der Rat hat erst noch darüber debattiert, wie möglichst viel gespart werden könne – und nur einen Monat später soll alles vergessen sein und die Kassen wieder geöffnet werden. Und wenn man die Anlage mal hat, geht es erst richtig los: Die Daten müssen ausgewertet, Tabellen erstellt und veröffentlicht werden – also noch einmal mehr Kosten. Und das alles für eine Anlage, die es nicht zwingend braucht.
Man hört immer wieder, der Rat schulde seinen Wählerinnen und Wählern Transparenz. Für den Votanten ist das ein Hirngespinst. Er hat in den letzten Tagen oft Leute auf diese Anlage angesprochen. Die Antwort lautete fast nur, dass die Anlage überrissen teuer sei und der Rat seinen Job auch ohne Anlage machen könne. Von Transparenz war nie die Rede, auch wenn man die Leute direkt darauf ansprach. Für den Votanten ist die Diskussion um die Abstimmungsanlage deshalb nur «Politgeplänkel» und hat mit dem Ratsbetrieb nichts zu tun.
Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die vorgesehene Anlage ein weiterer Fall von «Zuger Finish» ist. Andere Kantone haben gezeigt, dass es günstiger und einfacher geht. Natürlich kann man auch teurere Anlagen für den Vergleich heranziehen, die CVP vertritt aber klar die Meinung, dass mit Sorgfalt investiert werden sollte. Auch der Votant hat den Vergleich mit dem Ständeratssaal gelesen, bittet aber darum, hier nicht einen Elefanten mit einer Maus zu vergleichen.

Aus all diesen Gründen stellt die CVP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Und der Transparenz halber hält der Votant fest: Auch er selbst ist gegen diese Anlage.

**Ralph Ryser** spricht für die SVP-Fraktion. Im Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission wird unter der Rubrik «Ausgangslage» darauf hingewiesen, dass die elektronische Abstimmungsanlage eine rasche und fehlerfreie Ermittlung der Resultate bei Abstimmungen ermögliche. Dieser Umstand ist umso mehr zu unterstreichen, als es Ratsmitglieder gibt, die es den Stimmenzählern mit dem Hochhalten der Hand nicht immer einfach machen. Eine umfassende Transparenz gegenüber dem Volk soll und muss im 21. Jahrhundert gewährleistet sein. Die Anlage wird Zeitersparnis während des Parlamentsbetriebs bringen, einzig die Vor- und Nachbehandlung kann für zwei der achtzig Ratsmitglieder etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen. Das wird sich nach der Einarbeitung aber relativieren.
Der Antrag der Stawiko auf eine tiefere Kreditlimite von maximal 425'000 Franken ist unbestritten. Der Vorschlag der Stawiko zu § 3 Abs. 2, die Investition zu verzögern, ist hingegen abzulehnen. Die SVP-Fraktion steht geschlossen hinter der Anschaffung einer elektronischen Abstimmungsanlage.

**Andreas Hostettler** teilt mit, dass die FDP-Fraktion auf die Vorlage eintritt und einer elektronischen Abstimmungsanlage mehrheitlich zustimmt. Sie ist aber gegen eine Anlage zu diesem Preis, auch in der von der Stawiko beantragten Höhe. Sie stellt den **Antrag,** den Objektkredit auf 100'000 Franken festzusetzen. Dabei geht sie nicht von einer drahtgebundenen, sondern von einer funkgestützten Anlage aus. Das Beispiel einer solchen Anlage findet sich in der Stadt Wil (SG), sie dient dem Stadtparlament mit 45 Mitgliedern – und wurde 2013 für 11'500 Franken gebaut. Die Anlage funktioniert gemäss Nachfrage einwandfrei. Die Parlamentarier erhalten beim Eintritt in den Saal ihre persönlichen Sender, womit sie als anwesend registriert sind. Der Sender hat drei Knöpfe, nämlich für «Ja», «Nein» und «Enthaltung»; wenn jemand bei einer Abstimmung keinen Knopf drückt, wird er als «Nicht abgestimmt» registriert. Die im Voraus bekannten Abstimmungsfragen werden vom Parlamentsdienst vorgängig eingegeben, spontane Anträge erhalten eine Nummer, welche im Protokoll mit dem Abstimmungsresultat verknüpft wird. Die Anlage ist ein Schweizer Produkt, der Wartungsaufwand praktisch gleich Null. Gemäss Nachfrage des Votanten steigert die Anlage die Effizienz bei Abstimmungen erheblich: Prozedere und Resultate werden klarer. Das Stadtparlament von Wil möchte heute nicht mehr auf die Anlage verzichten. Und es gibt noch weitere Beispiele: Uri etwa hat für sein sechzigköpfiges Kantonsparlament für 50'000 Franken eine Abstimmungsanlage installiert.
Natürlich besteht bei einer funkgestützten Anlage die Möglichkeit, dass sie abgehört wird. Aber genau das will man ja: Transparenz! Gefunkt wird natürlich nur während des Abstimmungsvorgangs, also je nach Einstellung während 10 oder 15 Sekunden. Auszugehen ist von einer *Stand-alone*-Lösung, die nicht eingebunden ist in eine grosse, hackbare Informatikumgebung. Man drückt einen Knopf, die Resultate werden auf Bildschirmen dargestellt, und man kann überprüfen, wie man selber und auch die Kollegen links und rechts abgestimmt haben. Im Betrag von 100'000 Franken wären auch die Steckdosen in den einzelnen Pulten enthalten, die später vielleicht für ein elektronisches Parlamentssystem dienen können; leider gibt es solche Steckdosen noch nicht im Funkmodus.
Zusammengefasst: Es wäre eine einfache und zweckdienliche Anlage, dies zu einem sehr guten Preis. Wenn man die Steckdosen nicht realisiert, genügen sogar 50'000 Franken: das ist ein Zehntel des ursprünglich veranschlagten Preises. Es

geht letztlich also um den Grundsatz: Will der Rat diese Transparenz, oder will er sie nicht? Der Votant glaubt, dass er die Argumente gegen die Anlage – Kosten Sicherheit, Ratsbetrieb – entkräften konnte. Er beantragt – wie gesagt – einen Objektkredit von 100'000 Franken. Sollte sich dieser Betrag in den Detailabklärungen als zu hoch erweisen, kann er auf die zweite Lesung hin immer noch tiefer angesetzt werden. Dem Argument, dass seit über hundert Jahren von Hand abgestimmt werde, hält der Votant entgegen, dass vor hundert Jahren die Frauen ausschliesslich von Hand waschen mussten. Zumindest er ist froh, dass er heute einfach einen Knopf an der Waschmaschine drücken kann.

**Daniel Stadlin** teilt mit, dass die Grünliberalen die Ausrüstung des Kantonsratssaals mit einer elektronischen Abstimmungsanlage unterstützen und dem Geschäft zustimmen werden. Welche Ausstattung und welcher Preis richtig sind, wird die Detailberatung zeigen, vermutlich aber geht es in die Richtung von Andreas Hostettlers Vorschlag. Den Antrag der Staatswirtschaftskommission, wegen des Entlastungspakets ein Zeichen zu setzen und den Kredit erst auszulösen, wenn der Staatshaushalt ausgeglichen ist, findet die GLP keine wirklich gute Idee. Das hiesse nämlich, die Abstimmungsanlage auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zurückzustellen, und dies nur, um eine kurzlebige öffentliche Wirkung zu erzielen. Das ist nicht wirklich seriös. Natürlich könnte man noch lange mit Handerheben abstimmen, aber ist das noch zeitgemäss? Wohl eher nicht.
Die Abstimmung per Knopfdruck ermöglicht eine sichere Ermittlung der Resultate. Sie wird von allen Ratsmitgliedern aber auch eine höhere physische und geistige Präsenz erfordern. Aus dem Ständerat ist bekannt, dass sich seit der Installation einer Abstimmungsanlage die Anwesenheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier erhöht hat, vor allem an Nachmittagssitzungen, während derer nur Motionen, Postulate und Interpellationen beraten werden. Auch laufen die Abstimmungen geordneter ab. Man kann nicht mehr wie früher in letzter Sekunde mit erhobener Hand in den Saal stürzen und darauf zählen, vom Stimmenzähler als gültige Stimme berücksichtigt zu werden. Es ist davon auszugehen, dass dies auch für den Zuger Kantonsrat gelten wird. Die Abstimmung per Knopfdruck fordert von den Ratsmitgliedern aber auch mehr Mut, zum Beispiel zu abweichenden Fraktionsmeinungen, fällt doch künftig die angenehme Fraktionsanonymität weg. Und die Grünliberalen meinen: Das ist gut so. Durch die transparente Abbildung des Abstimmungsverhaltens eines jeden Ratsmitglieds werden für Bevölkerung, aber auch für den Rat selbst politische Entscheide besser nachvollziehbar. Ein jedes Ratsmitglied erhält dadurch, gewollt oder ungewollt, ein fassbareres politisches Profil. In Zukunft wird man wissen, wer für was steht. So wird die elektronische Abstimmungsanlage mit grosser Wahrscheinlichkeit die Politik beeinflussen – nach Meinung der Grünliberale zum Guten. Und zum Schluss: Eigentlich muss die geplante Anlage nur eines können: das Handerheben durch einen Knopfdruck ersetzen, nicht mehr und nicht weniger.

Als Mitglied der Stawiko möchte **Oliver Wandfluh** zuerst die Ausführungen der Stawiko-Präsidentin etwas relativieren. Die Stawiko hat die Probleme, die sich in Luzern gezeigt haben, nicht so dramatisch empfunden und sich in der Abstimmung bei 3 zu 3 Stimmen mit Stichentscheid der Präsidentin für ihre Haltung entschieden. Man muss die Probleme in Luzern nicht zu seinen eigenen machen, zumal es viele Beispiele gibt, wo solche Anlagen bestens funktionieren und man sie nicht mehr hergeben würde. Wenn die Anlage – wie von Andreas Hostettler ausgeführt – viel billiger kommen könnte, muss die Vorlage zurückgewiesen und ein neuer Vorschlag ausgearbeitet werden. Die Grundsatzfrage aber lautet: Will der Rat eine solche Anlage oder nicht? Und die CVP will einfach die Anlage nicht! Der CVP-Sprecher

hat ein wunderbares Votum mit tausend Ausreden gehalten. Besser wäre es, hinzustehen und ehrlich zuzugeben, dass man einfach nicht will, dass die Wähler sehen, dass man anders abstimmt als im Wahlkampf versprochen.

**Zari Dzaferi** nimmt Bezug auf die Aussage der Stawiko-Präsidentin, die Stimmen im Kantonsrat würden seit 120 Jahren von Hand gezählt. Vor 120 Jahren hat man wahrscheinlich Liebesbriefe noch mit Brieftauben losgeschickt, was sicher sehr romantisch war; heute aber ist man schneller unterwegs. Die Bedenken, das Ganze sei sehr komplex, hinterlassen den Eindruck, man müsse hier ein Raumschiff bedienen. Tatsächlich ist es mit der heutigen Technologie aber sehr einfach. Viele arbeiten während der Sitzung auf ihren Laptops – und das ist die Zukunft. Diesem Wechsel sollte man offen gegenüberstehen, natürlich sofern man mit der entsprechenden Transparenz leben kann. Und die Transparenz sollte man hoch halten. Man kann nicht davon ausgehen, dass Wählerinnen und Wähler frei nehmen und an einer Kantonsratssitzung teilnehmen können, nur um sich über das Abstimmungsverhalten eines bestimmten Ratsmitglieds zu informieren. Es braucht keine komplizierte Anlage, weshalb der Votant auch den Vorschlag von Andreas Hostettler unterstützt; sie muss nur das Hochhalten der Hände ersetzen können. Und die Anlage führt auch nicht zu einem Zeitverlust, musste der Rat wegen Unklarheiten doch schon oft ein zweites Mal abstimmen; vielmehr wird man mit der Anlage Zeit sparen können.

Für **Beni Riedi** geht es nicht um eine Zeitersparnis beim Zählen der Stimmen. Das Hauptargument für eine solche Anlage ist schlicht die Transparenz. Dass man mit der Anlage weniger flexibel sei, ist ein Scheinargument, und der Votant bittet darum, bei der allfälligen Umsetzung eine diesbezüglich vernünftige Lösung zu wählen. Man muss nicht jeden Antrag detailliert eingeben können. Der Votant kann sich zum Beispiel nicht erinnern, dass im Nationalrat je ein Antrag schriftlich formuliert eingegeben worden wäre. Es gab einfach ein erstes und ein zweites Mehr – und so funktioniert es aktuell ja auch im Kantonsrat. Für den Votanten gibt es keinen einzigen Anhaltspunkt, dass mit der Anlage die Flexibilität des Ratsbetriebs eingeschränkt würde.
Im nächsten Traktandum geht es darum, mit staatlichen Fördermassnahmen Jugendliche für ein Mitwirken in der Politik zu motivieren. Wenn der Rat nicht bereit ist, sein Abstimmungsverhalten öffentlich zu machen, damit dieses in Schulen etc. diskutiert werden kann, gleichzeitig aber auf Kosten der Steuerzahler staatliche Propagandamittel einsetzen will, versteht der Votant die Welt nicht mehr. Natürlich sind auch ihm die Kosten der Anlage ein Dorn im Auge, aber es geht um transparente Politik. Wenn der Rat diese Transparenz nicht will, soll er im folgenden Traktandum bitte auch die staatlichen Massnahmen für politikinteressierte Jugendliche ablehnen.

**Anastas Odermatt** hat sich am Morgen noch kurz informiert: Kantonsparlamente haben meist fix in die Pulte installierte und entsprechend teure Anlagen, während Stadtparlamente offenbar eher mobile und damit deutlich kostengünstigere Anlagen haben. Es scheint, dass Städte eher auf das Geld schauen müssen, während Kantone sich noch die teurere Variante leisten. Der Votant ist sehr wohl für vertiefte Abklärungen, ob eine funkgestützte Anlage möglich und praktikabel sei. Wenn das Ergebnis positiv ausfällt, soll man eine *solche* Anlage installieren; das würde auch die Bauzeit wesentlich verkürzen. Ob der Objektkredit schon jetzt oder erst in der zweiten Lesung im Gesetz festgeschrieben wird, ist unwichtig. Wichtig ist einzig, dass schlussendlich die möglichst praktikable und kostengünstige Variante ins Ge-

setz aufgenommen wird. In diesem Sinn soll auf die zweite Lesung hin auch abgeklärt werden, ob die genannten 100'000 Franken für die funkgestützte Lösung genügen.

Kantonsratspräsident **Moritz Schmid** als Vertreter des antragstellenden Büros des Kantonsrats teilt mit, dass das Büro des Kantonsrats an mehreren Sitzungen über die elektronische Abstimmungsanlage im Parlamentssaal beraten hat. Die Frage, ob eine solche Anlage eingebaut werden soll, wird bereits seit mehreren Jahren diskutiert. Die Anlage war schon bei der Sanierung und Renovation des Kantonsratssaals ein Thema: Um bei einer späteren Installation der Abstimmungsanlage nicht unnötige Kosten zu verursachen, wurden bereits damals Unterputz-Installationen wie die Montage von Leerrohren vorgenommen.
Die SVP-Fraktion hat am 27. Januar 2011 eine Motion betreffend Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsrat eingereicht. Das Rechtsbegehren der Motion lautete: «In der Geschäftsordnung des Kantonsrats sollen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um im Kantonsrat eine elektronische Abstimmungsanlage inkl. Ergebnisdarstellung einzurichten. Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder soll – ausser bei geheimen Wahlen – für die Allgemeinheit auf dem Internet zugänglich gemacht werden.» Der Regierungsrat beantragte im Bericht und Antrag vom 1. Mai 2012, die Motion erheblich zu erklären, und der Kantonsrat hat sie an der Sitzung vom 5. Juli 2012 mit 47 zu 22 Stimmen erheblich erklärt. Die erheblich erklärte SVP-Motion wurde in der neuen Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 28. August 2014 umgesetzt. Diese trat am 18. Dezember 2014 in Kraft. Mit der neuen Geschäftsordnung wurde die Funktion der Stimmenzählenden und der stellvertretenden Stimmenzählenden erheblich aufgewertet, weil sie für die Bedienung der Anlage während der Kantonsratssitzung sowie für die Bereinigung der Reports zuständig sind.
Die neue Abstimmungsanlage soll eine rasche und fehlerfreie Ermittlung der Resultate bei Abstimmungen im Kantonsrat ermöglichen. Sie bezweckt zudem eine umfassende Transparenz des Abstimmungsverhaltens der einzelnen Ratsmitglieder gegen innen und gegen aussen. Die vorgesehene Anlage kostet korrigiert rund 425'000 Franken und soll im Sommer/Herbst 2017 in Betrieb genommen werden. Am 28. September 2015 wurden die beiden Mitbenutzer des Kantonsratsaals, die Reformierte Kirchgemeinde Zug und der Grosse Gemeinderat Zug, schriftlich betreffend Mitbenutzung der Abstimmungsanlage angefragt. Kirchgemeinde und GGR verzichten zu diesem Zeitpunkt dankend auf eine Mitbenutzung.
Über die anfallenden, korrigierten Kosten informiert der Stawiko-Bericht eingehend. Kosten können eingespart werden wegen des Kostenzerfalls in der IT-Branche. Es wird eine kabelgebundene Technik mit Einbau von drei Bedienungsknöpfen an jedem Sitz der Ratsmitglieder eingesetzt. Der Zweck der drei Bedienungsknöpfe lässt sich aus § 9 des beiliegenden Reglements entnehmen. Ein Video-*Streaming* in TV-Qualität ins Internet ist gemäss § 13 des Reglements nicht vorgesehen. Die neue Anlage wird einen Mehraufwand für die beiden Stimmenzählenden zur Folge haben. Sie erfassen die bereits bekannten Abstimmungsfragen vor der Kantonsratssitzung und bereinigen nach der Sitzung die provisorischen Reports. Es wird für die beiden Stimmenzählenden mit je zwei Zusatzstunden pro Sitzung gerechnet. Deren Entschädigung richtet sich nach sinngemässer Anwendung von § 5 Abs. 3 des Nebenamtsgesetzes vom 27. Januar 1994 und beträgt für die Vor- und Nachbereitung je 26 Franken pro halbe Stunde nach effektivem Zeitaufwand. Die Anlage wird zudem bei der Staatskanzlei einen vermehrten Aufwand für verschiedene Mitarbeitende bewirken, die durch interne Optimierungen aufgefangen werden müssen. Diese Arbeiten werden mit dem bestehenden Personal bewältigt.

Der Objektkredit untersteht nicht dem fakultativen Referendum gemäss § 34 Abs. 1 der Kantonsverfassung, der die Grenze für das Referendum bei 500'000 Franken festlegt. Bis auf eine Arbeitsgattung überschreiten die einzelnen Lieferungen und Dienstleistungen der verschiedenen Arbeitsgattungen die Auftragswerte nicht, für welche eine freihändige Vergabe vorgesehen ist. Diese Schwellenwerte betragen für Lieferungen je 100'000 Franken, für Dienstleistungen je 150'000 Franken und für das Baunebengewerbe je 150'000 Franken. Die Abstimmungsanlage inkl. Media kann im Einladungsverfahren vergeben werden. Der neu angesetzte Zeitplan kann dem Bericht der Stawiko entnommen werden.
Am 12. Mai 2016 beriet das Büro des Kantonsrats seine Haltung zum Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission und kam zu folgendem Schluss.
• § 1 Abs. 1: Das Büro schliesst sich dem Antrag der Staatswirtschaftskommission und der vorberatenden Kommission an.
• § 3 Abs. 1 und Abs. 2: Das Büro schliesst sich der vorberatenden Kommission an.
Der Kantonsratspräsident bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Ebenso bittet er, vom Reglement betreffend elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal vom 20. November 2015 Kenntnis zu nehmen.

Der **Vorsitzende** bringt eine Korrektur an: Die Vorlage untersteht doch dem fakultativen Referendum, nicht des Betrags wegen, sondern wegen § 2 Abs. 1, welcher ein Verpflichtung Dritter schafft und den Erlass damit allgemeinverbindlich macht.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 62 zu 10 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem Büro des Kantonsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich das Büro und die vorberatende Kommission dem Antrag der Stawiko auf einen Objektkredit von 425'000 Franken anschliessen. Daneben gibt es den Antrag von Andreas Hostettler auf einen Objektkredit von 100'000 Franken. Dieser Antrag geht von einer *Wireless*-Anlage aus, was eine Anpassung der Planung bedingen würde.

**Alois Gössi** hält fest, dass der Kantonsrat vom Reglement betreffend elektronische Abstimmungsanlage, das vom Büro beschlossen wurde, nur Kenntnis nimmt. Dort heisst es in § 10 bezüglich Bildschirmen: «Es werden Bildschirme im Norden und Süden des Saals montiert oder aufgestellt.» Vorgesehen sind vier Bildschirme, je zwei vorne und hinten im Saal. Die zwei Bildschirme im Norden sind für die Mit-

glieder des Kantonsrats, diejenigen im Süden für die Journalisten, die Regierungsräte und das Ratspräsidium. Es ist nach Ansicht des Votanten zumutbar, dass im Süden nur ein einziger Bildschirm montiert wird, und zwar auf der Südostseite. Da dieses Detail im Reglement geregelt wird, das der Kantonsrat nur zur Kenntnis nimmt, stellt der Votant einen **Antrag** zum Objektkredit: Dieser soll um 500 Franken reduziert werden, so dass nur drei statt vier Bildschirme angeschafft werden können. Der Betrag von 500 Franken ist eine Annahme, vielleicht liegen die Kosten für einen Bildschirm höher oder tiefer. Ziel des Antrags ist es aber, dass nur drei statt vier Bildschirme installiert werden.

Für **Anastas Odermatt** scheint der Entscheid für eine funkgestützte Anlage bereits gefallen zu sein. Es ist wichtig, dass die technischen und finanziellen Abklärungen sofort nach der ersten Lesung getroffen werden und dem Rat in der zweiten Lesung die genauen Kosten – ob 11'500 Franken wie in Wil oder 100'000 Franken wie jetzt beantragt – bekannt sind. In diesem Sinne ist es nicht so wichtig, welcher Betrag heute festgelegt wird.

**Patrick Iten** stellt klar, dass nicht die gesamte CVP-Fraktion gegen eine elektronische Abstimmungsanlage ist. Einig ist sie sich aber, dass es keine komplizierte und damit kostenintensive Anlage braucht. Der Rat muss mit den Steuergeldern verantwortungsvoll und haushälterisch umgehen. Eine einfachere Anlage bedeutet nicht weniger Qualität, wie grosse Generalversammlungen und die Erfahrungen in anderen Parlamenten zeigen. Die CVP-Fraktion ist nicht gegen eine Modernisierung, aber sie ist für Verhältnismässigkeit. Sie kann sich deshalb eine Anlage für 100'000 Franken gut vorstellen.

**Beni Riedi** ist etwas erstaunt über die Reduktion des Objektkredits von ursprünglich 470'000 Franken auf 425'000 Franken und nun gar auf 100'000 Franken. Natürlich ist ihm diese Kostenreduktion sympathisch, wirklich relevant aber ist, dass die Daten sauber erfasst und transparent veröffentlicht werden können. Wenn das mit der kostengünstigeren Lösung nicht möglich ist, wird er dem tieferen Objektkredit nicht zustimmen. Entscheidend ist nicht der Zeitgewinn von einigen Sekunden bei den Abstimmungen – dafür wären auch 100'000 Franken nicht verhältnismässig –, sondern die Transparenz. Die Resultate müssen gleichzeitig öffentlich einsehbar sein, um Schulen oder Bürgerinnen und Bürger etc. zu motivieren, sich für die Abläufe und das Abstimmungsverhalten zu interessieren.

**Jean-Luc Mösch** hält fest, dass eine *Wireless*-Anlage die Möglichkeiten bezüglich Transparenz keineswegs einschränkt. Die Daten werden per Funk an einen einzelnen Rechner mit einfacher *Software* übermittelt, der mit keinem Netzwerk verbunden ist. Von dort werden sie mit einem Stick zu einem anderen Rechner transportiert, wo sie *online* gestellt werden können. Die Transparenz ist also kein Problem. In Deutschland gibt es übrigens zwei Bundesländer, wo das Parlament mittels App auf dem persönlichen Handy abstimmt, also ohne separates Gerät. Dem Votanten ist das separate Gerät allerdings lieber.

**Gabriela Ingold** stellt persönlich den **Antrag,** die Vorlage an das Büro des Kantonsrats zurückzuweisen. Die heutigen Voten haben gezeigt, dass der Rat eine einfache, kostengünstige Anlage will. Seriöserweise muss die Vorlage nun an das Büro zurückgewiesen werden, mit dem Auftrag, die nötigen Abklärungen schnellstmöglich vorzunehmen. So kann die Vorlage nach den Sommerferien, in der Augustsitzung, neu beraten werden; auf eine erneute Vorberatung in den Kommissionen kann man

verzichten. Und auf den 1. Januar 2017 kann die Anlage dann wohl bereits in Betrieb genommen werden.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er die bereits angemeldeten Votanten noch sprechen und dann über den Antrag auf Rückweisung abstimmen lässt.

**Andreas Hostettler** hält fest, dass die Bildschirme im Betrag von 100'000 Franken problemlos inbegriffen sind; ob es vier oder drei sind, spielt keine Rolle. Bezüglich der Übertragung der Daten auf einen anderen Sever, von wo aus sie ins Internet gestellt werden können, gibt es auch von seiner Seite keinerlei Bedenken. Der Votant empfiehlt aber, die Vorlage nicht zurückzuweisen, sondern den Objektkredit heute auf 100'000 Franken festzusetzen und dem Büro den Auftrag zu geben, ihn auf die zweite Lesung hin sauber zu verifizieren.

**Oliver Wandfluh** unterstützt den Vorschlag seines Vorredners. Er möchte die Vorlage nicht an das Büro zurückweisen und sie dann allenfalls sogar noch in die Kommissionen geben. Wenn möglich, soll die Regierung auf die zweite Lesung hin die nötigen Abklärungen treffen, so dass zwei Varianten vorliegen und der Kantonsrat darüber entscheiden kann.

Der **Vorsitzende** stellt klar, dass die Regierung nicht in dieses Geschäft involviert ist, sondern die Vorlage einzig den Kantonsrat betrifft.

Für **Andreas Etter** hat die Debatte Züge eines Basars. Die Bedürfnisse wurden durch das Büro definiert, und sie lassen sich sowohl mit einer kabelgebundenen wie auch mit einer *Wireless*-Lösung abdecken. Der Votant ist ebenfalls der Meinung, dass das Büro auf die zweite Lesung hin den benötigten Kredit für die eine bzw. die andere Lösung festlegen soll. Die Bedürfnisse an sich aber sind geklärt.

Kantonsratspräsident **Moritz Schmid** ist sehr überrascht. Seit mehreren Jahren wird über die Abstimmungsanlage diskutiert, und immer wurde – auch im Reglement – von einer kabelgebundenen Lösung gesprochen. Seit gestern werden nun plötzlich neue Zahlen genannt. Sie erschrecken den Votanten, weil man einfach annimmt, dass sich die Lösung, die in Wil realisiert wurde, unbesehen auf Zug übertragen lasse. Das kann nur in einem Debakel enden. Seit langem wurde von einem Objektkredit von 470'000 Franken gesprochen, den das Büro in seiner letzten Sitzung nochmals diskutierte und auf 425'000 Franken reduzierte; ein Antrag auf 400'000 Franken wurde abgelehnt. Heute nun wird eine Rückweisung beantragt, nur weil es irgendwo eine Anlage geben soll, die 100'000 Franken kostete. Der Rat hat heute über einen Objektkredit von 425'000 Franken zu beschliessen, der allerdings noch mit konkreten Offerten überprüft werden muss und am Schluss – davon ist der Votant überzeugt – unter 400'000 Franken liegen wird. Wenn jetzt noch lange hin und her diskutiert wird, hat man in vielen Jahren noch keine Abstimmungsanlage. Die Anlage in Luzern ist zugegebenermassen etwas kompliziert, aber es gibt auch einfachere Lösungen. Der Votant bittet, dem Antrag des Büros zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass nun über den Antrag abgestimmt wird, das Geschäft an das Büro des Kantonsrats zurückzuweisen. Eine Rückweisung benötigt zwei Drittel der Stimmenden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts an das Büro des Kantonsrats mit 52 zu 21 Stimmen ab.

➔ Der Rat folgt mit 47 zu 25 Stimmen dem Antrag von Andreas Hostettler, den Objektkredit auf 100'000 Franken festzusetzen.

Der **Vorsitzende** orientiert, dass das Reglement entsprechend angepasst werden muss, da dort explizit eine kabelgebundene Anlage erwähnt ist. Er hält weiter fest, dass noch der Antrag von Alois Gössi hängig ist, den Objektkredit um weitere 500 Franken für einen Monitor zu reduzieren.

**Oliver Wandfluh** kann sich nicht vorstellen, dass ein Bildschirm für diese Anlage nur 500 Franken kosten wird. Er schlägt deshalb vor, den Antrag entsprechend zu modifizieren: Die Anlage soll um einen Bildschirm reduziert werden. Es kann sein, dass diese Reduktion schlussendlich mit 5000 Franken zu Buche schlägt.

**Alois Gössi** ist dieser Modifizierung seines Antrags einverstanden.

**Beni Riedi** findet die Diskussion mittlerweile etwas lächerlich. Er möchte festhalten, dass die von Andreas Hostettler vorgeschlagene Anlage gemäss dessen Aussage offenbar für 100'000 Franken realisierbar ist. Wehe, wenn dem nicht so ist! Dann wird man nämlich einen Nachtragskredit beantragen müssen – und das Parlament wird die ganze Vorlage killen. Und das ist letztlich die Absicht.

➔ Der Rat lehnt den modifizierten Antrag von Alois Gössi mit 58 zu 7 Stimmen ab.

*§ 2 Abs. 1 und Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem Büro des Kantonsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

*§ 3 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge vorliegen: jener des Büros, dem sich die vorberatende Kommission anschliesst, und jener der Stawiko.

➔ Der Rat genehmigt mit 45 zu 17 Stimmen den Antrag des Büros.

*§ 3 Abs. 2*

Für **Daniel Stadlin** hat der Rat das von der Stawiko verlangte Zeichen bereits gesetzt: Er hat 75 Prozent der Kosten eingespart. Gab es so etwas schon einmal? Abs. 2 ist deshalb wirklich hinfällig. Alle Ratsmitglieder können heute erhobenen Hauptes den Saal verlassen – und den von der Stawiko beantragten neuen Abs. 2 weglassen.

**Philip C. Brunner** hat seinen Augen nicht getraut, als er den Antrag der Stawiko las – zumal die Stawiko ihrem Antrag offenbar grossmehrheitlich zugestimmt hat. Er ist mit dem Votum seines Vorredners komplett einverstanden. Es gibt in der Schweiz die «IG Freiheit», präsidiert von CVP-Präsident Gerhard Pfister, die jedes

Jahr den «Rostigen Paragraphen» für das dümmste, unnötigste Gesetz vergibt. Wenn der Rat den von der Stawiko beantragten Abs. 2 annimmt, wird der Votant das der IG Freiheit melden *(der Rat lacht)* – und die ganze Schweiz wird über den Kanton Zug lachen.

**Oliver Wandfluh** korrigiert seinen Vorredner: Die Stawiko genehmigte diesen Antrag mit Stichentscheid.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Staatswirtschaftskommission mit 58 zu 12 Stimmen ab.

**Teil II und III**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratspräsident Moritz Schmid wieder den Vorsitz.

TRAKTANDUM 11
**Zwei Motionen zu politischer Bildung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen:**

**481** Traktandum 11.1: **Motion von Thomas Lötscher betreffend die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments**
Vorlagen: 2477.1 - 14872 (Motionstext); 2477.2 - 15106 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

**Thomas Lötscher** dankt der Regierung, dass sie das Jugendparlament und die Abstimmungshilfe als wichtige Anliegen anerkennt. Es ist erfreulich, dass sie viele Gründe erkennt, die politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern und zu unterstützen, wie sie im Bericht schreibt. Es ist toll, dass sie die Mitwirkung der Jungen als wichtigen Teil der Demokratie sieht. Und es ist geradezu euphorisierend, dass die Regierung erkennt, dass die praktische Teilhabe an politischen Prozessen einerseits Wissen und Fähigkeiten der Jungen fördert und umgekehrt auch wertvolle Impulse in bestehende Strukturen einbringen kann. Der Votant dankt der Regierung dafür, dass sie dies erkannt und

in ihrem Bericht so festgehalten hat; er dankt auch dafür, dass die Regierung aufzeigt, dass der Fortbestand der demokratischen Kultur vom Interesse und Verständnis der kommenden Generation abhängt, und dass viele Gründe dafür sprechen, auch etwas dafür zu tun.

Schade ist nur, dass die Regierung nichts tun *will.* Die müde Erklärung, den sehr guten Jugendpolittag endlich so zu bewerben, dass vielleicht auch mal ein Kantischüler teilnimmt, ist wirklich keine Leistung. Sie zeigt höchstens auf, wie marode bis inexistent die Koordination der verschiedenen für die Jugend zuständigen Stellen abläuft, und welches Potenzial ungenutzt brach liegt. Es mag verwegen wirken, im Umfeld des Entlastungsprogramms mit der Idee eines Jugendparlaments zu kommen. Komplett naiv sind der Motionär und seine Mitunterzeichnenden allerdings nicht. Die Direktion des Innern hat aufgrund der Motion eine Arbeitsgruppe aus Jungpolitikern und von der Thematik betroffenen Stellen eingesetzt. Diese erkannte als primäres Ziel, den Jugendlichen den Zugang zur Politik zu erleichtern, so dass sie mit Erlangung des Stimm- und Wahlrechts nicht überfordert, sondern gut vorbereitet wären. Ein Jugendparlament wäre ein Mittel dazu – aber nicht das einzige. Somit sollte man unbedingt weitere, günstige Massnahmen koordinieren, damit die Jugendlichen theoretische Grundlagen und praktischen Anschauungsunterricht erhalten.

Das ist an sich eine gute Ausgangsbasis. Von einer Regierung, welche viele Gründe erkennt, die politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern und zu unterstützen – wie sie im Bericht schreibt –, könnte man nun erwarten, dass sie klärt, wie man ein solches Parlament pragmatisch und günstig organisieren könnte und vor allem, was das kosten würde. Dazu könnte sie mit dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) zusammenarbeiten. So käme sie mit wenig Aufwand aus, denn der DSJ kennt die verschiedenen Modelle und auch die Kosten. Ganz wichtig ist natürlich auch, dass die Jugendlichen überhaupt interessiert sind. Indizien für dieses Interesse sind der Jugendliche, der die vorliegende Motion vorbereitet und eine Facebook-Seite mit immerhin 95 Followern eingerichtet hat, sowie der Umstand, dass inzwischen neunzehn Kantone über kantonale Jugendparlamente verfügen und in drei weiteren Kantonen Gründungen im Gang sind. Das lässt doch auf ein substanzielles Interesse schliessen! Natürlich könnte man das auch mit einer Umfrage an den Schulen einfach und günstig verifizieren.

Aufgrund einer sauberen Klärung von Bedarf, Möglichkeiten und Kosten, wie das Standard bei jeder seriösen Projektevaluation ist, hätte der Motionär gerne eine Diskussion geführt, ob Zug sich ein Jugendparlament leisten könne und wolle, oder ob man nur die rechtliche und organisatorische Basis legen wolle, dass private Initianten bei ausreichendem Interesse dies einfach und schnell realisieren können – oder ob man es ganz bleiben lassen wolle. Dazu bräuchte man aber saubere Entscheidungsgrundlagen. Leider hat die Regierung, welche viele Gründe erkennt, die politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern und zu unterstützen – wie sie im Bericht schreibt –, es unterlassen, die elementaren Basisinformationen zu liefern. Auf das Angebot des DSJ, eine Offerte für «easyvote» zu erstellen, verzichtete sie sogar. Sie wollte die Kosten offensichtlich gar nicht wissen. Von einer Regierung, welche viele Gründe erkennt, die politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern und zu unterstützen – wie sie im Bericht schreibt –, könnte man weiter erwarten, dass sie den Ball der Arbeitsgruppe aufnimmt, bestehende Bildungsgefässe koordiniert und diese günstig ausbaut. So soll die politische Bildung der Jugendlichen nicht vom zufälligen Interesse der Lehrperson abhängen, sondern institutionalisiert werden. Dazu gehören beispielsweise auch Gemeindeversammlungsbesuche mit

Vor- und Nachbearbeitung, Polittage oder -arbeitswochen an Schulen. Man könnte auch mit dem Landschreiber sprechen, der für die «International School» eineinhalbstündige Parlamentssitzungen organisiert, die es in sich haben. Eine solche koordinierende Stelle, welche Schule, Jugendarbeit, Parteien, Politik, Gemeinden und Kanton miteinander vernetzt und Angebot und Nachfrage abstimmt, kann mit bestehenden Ressourcen abgedeckt werden. Leider unterblieb auch dies, und die Arbeitsgruppensitzungen müssen von den ehrenamtlichen Teilnehmern als verlorene Zeit abgebucht werden.
Der Motionär könnte damit leben, wenn aufgrund einer vorhin skizzierten sauberen Informationsbasis im Kantonsrat eine Debatte geführt würde, in deren Verlauf er mit seinem Anliegen unterläge, auch wenn es ihm für die Jugendlichen leid täte. Das ist Demokratie, das ist Politik. Er hat aber echt Mühe, wenn der Kantonsrat auf der Basis von Mutmassungen Entscheide treffen muss, weil die Regierung die relevanten Informationen nicht aufbereitet hat. Das tut dem Votanten nicht nur für die Jugendlichen leid, sondern auch für den Kantonsrat. Denn hier wird offenbar ein Vorstoss von 21 Ratsmitgliedern, der von der Mehrheit des Rats überwiesen wurde, von der Regierung nicht ernst genommen. Das ist unwürdig, das ist Arbeitsverweigerung. Eigentlich müsste man deshalb den Bericht des Regierungsrats zurückweisen zur Fertigstellung. Das geht aber verfahrensrechtlich nicht. Der Motionär stellt deshalb **Antrag** auf Teilerheblicherklärung der Motion im folgenden Sinn: Die Schaffung der Grundlagen soll erheblich erklärt werden, nicht aber das Vorstossrecht und Anhörungsrecht sowie die Errichtung des Parlaments. Damit verfolgt der Motionär das Ziel, dass die Grundlagen sauber erarbeitet werden. Aufgrund derer kann die Regierung in einem nächsten Schritt selber aktiv werden, falls sie im Verlaufe der Arbeit doch noch einige Gründe erkennt, die politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern und zu unterstützen; oder es kann seitens des Parlaments ein neuer, stärker konkretisierter Vorstoss eingereicht werden. Zu den zu erarbeitenden Grundlagen gehören für den Motionär:
• Die Regierung soll den Bedarf für ein Zuger Jugendparlament seriös abklären.
• Sie soll eine kostengünstige Variante für ein Jugendparlament evaluieren. Zudem soll sie mögliche Bundesbeiträge für den Jugendpolittag und das Jugendparlament in die Kalkulation einbeziehen.
• Sie soll die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen für ein Jugendparlament so ausgestalten, dass ein solches auf Initiative interessierter Jugendlicher schnell und einfach installiert werden könnte.
• Unabhängig von der Realisierung eines Jugendparlaments sollen einfache, aber koordinierte Instrumente zur Stärkung der politischen Bildung geschaffen werden, wie von der Arbeitsgruppe gefordert.
Zum Schluss noch ein Zückerchen für die Sparfreunde im Kantonsrat: Der Motionär hat inzwischen erfahren, dass der Bund den Kantonen für Aufbau und Weiterentwicklung ihrer Kinder- und Jugendpolitik Beiträge in der Höhe ihrer Eigenleistung entrichtet. Bisher hat der Kanton Zug, soweit der Motionär weiss, keine Beiträge abgeholt, auch nicht für den Jugendpolittag. Da besteht also auch noch prüfenswertes Potenzial. Zumindest liessen sich die Kosten für den Jugendpolittag seitens Kanton halbieren, womit zwar noch nichts für Jugendliche getan wäre, aber immerhin etwas für das Entlastungsprogramm. Und das ist ein weiterer Grund, die vorliegende Motion teilerheblich zu erklären.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG das Anliegen der Motion und auch den Antrag auf Teilerheblicherklärung unterstützt, dort aber noch etwas weiter gehen möchte als der Motionär. Das Verhältnis Jugendlicher zur Politik ist für eine funktio-

nierende Demokratie sehr wichtig. Die Bereitschaft zur politischen Beteiligung wird während der ersten Wahlen und Abstimmungen, die ein junger Mensch miterlebt, geprägt. Die politische Identität beginnt sich früh zu entwickeln, aufgrund der aktuellen Gegebenheiten in der Schweiz vor allem ab dem achtzehnten bis ungefähr zum fünfundzwanzigsten Lebensjahr. Die in diesen Jahren entwickelte politische Identität wird im Erwachsenenleben weitestgehend beibehalten. Es ist deshalb sehr wichtig, dass sie beispielsweise mittels eines Jugendparlaments früh eingeübt werden kann.
Auch der Votant ist der Meinung, dass der Regierungsrat mit dem vorliegenden Bericht seinen Auftrag nicht erfüllt hat. Er zeigt zwar ausführlich auf, wie wichtig die Partizipation Jugendlicher sei, was schon gemacht wird und was noch alles möglich wäre. Schlussendlich aber wird gesagt, eigentlich reiche der jährlich stattfindende Jugendpolittag; man könne ihn stärken, aber mehr müsse nicht getan werden. Ja, der Jugendpolittag soll gestärkt werden. Er könnte sich aber auch zum jährlichen Höhepunkt eines Jugendparlaments weiterentwickeln, dies je nach Konzeption sogar mit Geldern des Bundesamts für Sozialversicherungen. Dort gibt es – wie gehört – aufgrund des 2012 beschlossenen Kinder- und Jugendförderungsgesetzes einen entsprechenden Förderungsfonds. Und der Kanton Zug hat dort dem Vernehmen nach noch nie Geld abgeholt, im Unterschied zu den meisten anderen Kantonen.
Die in der Schweiz bestehenden Jugendparlamente sind unterschiedlich organisiert. Allen gemeinsam ist, dass sich Jugendliche für Jugendliche einsetzen; sie wollen mitbestimmen und konkret etwas erreichen. Jugendparlamente führen daher entsprechende Projekte durch und sind in Jugendfragen Ansprechpartner für Behörden und Politik. Die Jugendlichen übernehmen dabei Verantwortung und erwerben politische, soziale und organisatorische Fähigkeiten. Jugendparlamente fördern die politische Partizipation und betreiben gleichzeitig Jugendförderung im politischen Bereich. Die Erfahrungen mit Jugendparlamenten sind durchwegs positiv, insbesondere auch in der Innerschweiz mit den sehr aktiven Jugendparlamenten in den Kantonen Luzern und Schwyz, die alljährlich Jugendsessionen mit zahlreichen jugendlichen Teilnehmern organisieren. Nach Ansicht des Votanten *muss* ein Jugendparlament von Jugendlichen organisiert werden, nicht vom Staat. Das Bedürfnis muss daher klar ausgewiesen sein. Das Problem besteht allerdings darin, dass ein Kanton, wenn das Interesse tatsächlich da ist, längere Zeit braucht, bis ein Jugendparlament wirklich installiert werden kann bzw. die entsprechenden gesetzlichen Strukturen geschaffen sind. In diesem Sinn stellt die ALG den **Antrag,** die Motion Lötscher in dem Sinne teilerheblich zu erklären, dass die Regierung die gesetzlichen Grundlagen für ein Jugendparlament inkl. Vorstossrecht zuhanden des Kantonsrats erarbeitet und dem Kantonsrat unterbreitet, so dass ein Jugendparlament auf Eigeninitiative interessierter Jugendlicher schnell und einfach installiert werden kann. Mit dem Vorstossrecht meint der Votant das Recht, einen Vorstoss, maximal bis zu einem Postulat – sicher nicht mehr, vielleicht aber auch weniger – im Kantonsrat einreichen zu dürfen, über den im Kantonsrat im üblichen Sinn debattiert und der auch abgewiesen werden kann.

**Zari Dzaferi** erzählt zunächst eine kurze Geschichte zu diesem Thema. Ein engagierter Zuger SP-Politiker entdeckte einmal einen Flaschengeist. Dieser wollte ihm für die Freilassung danken und ihm einen Wunsch erfüllen. Der Politiker sagte, er habe schon immer gerne mal mit dem Auto auf die Malediven fahren wollen, weil er Flugangst habe. Deshalb wünsche er sich eine Autobahn dorthin. Der Flaschengeist sagte jedoch, er könne diesen Wunsch unmöglich erfüllen. So viel Beton und Eisen gäbe es gar nicht. Man müsste zudem internationale Verträge abschliessen,

was unglaublich aufwendig sei, und dann gebe es noch Greenpeace etc. Das sei einfach unmöglich. Er könne ihm aber jeden anderen Wunsch erfüllen. Der SP-Politiker dachte nach und sagte: «Also gut, ich habe hin und wieder einen guten politischen Vorstoss im Köcher. Das Parlament überweist ihn jedoch nie oder höchst selten, weil er aus meiner politischen Ecke kommt. Könntest du das ändern?» Der Flaschengeist grübelte und sagte schliesslich: «Kommen wir nochmals auf die Autobahn zurück: Willst du sie zweispurig, vierspurig, beleuchtet, unbeleuchtet – mit oder ohne ‹Zuger Finish›?»
Wenn man einen Witz erzählt hat, freut man sich über das lachende Publikum. Für den Votanten aber ist das der ernste politische Alltag. Nach der rekordverdächtig tiefen Wahlbeteiligung im Oktober 2014 lud er im Namen der SP in einem Postulat den Regierungsrat dazu ein, Massnahmen zu prüfen, um kurz- und langfristig die Stimmbeteiligung insbesondere bei Wahlen zu erhöhen. Der Antrag war bewusst offen formuliert, um auf breiter Basis Vorschläge auszuarbeiten und keine Altersgruppen auszuschliessen. Das Postulat wurde mit 36 zu 16 Stimmen – wohl aus parteipolitischen Gründen – nicht überwiesen. Kurze Zeit später kommt das Thema, von anderen politischen Kreisen nochmals aufgegriffen, wieder auf den Tisch. Die SP freut sich, dass das von ihr eingebrachte Thema über einen Umweg erneut ins Parlament findet. Sie ist nämlich besorgt über die tiefe Stimm- und Wahlbeteiligung und ruft alle relevanten Akteurinnen und Akteure dazu auf, sich ernsthaft für eine Verbesserung einzusetzen. Für die SP ist klar, dass die politischen Parteien oder Bildungsinstitutionen hier in der Pflicht sind. Sie stimmt der Regierung zu, dass die bisherigen Angebote weiterhin genutzt und auch ausgebaut werden sollten. Dennoch ist die SP-Fraktion der Überzeugung, dass auch weitere Massnahmen ins Auge gefasst werden müssten, um mehr Menschen zu erreichen. Seit 1848 hat sich nun mal vieles verändert; darüber wurde beim vorherigen Traktandum eingehend diskutiert. Insbesondere die Kommunikationskanäle haben in den letzten Jahren einen krassen Wandel erfahren. Man schaue nur im Kantonsrat, wer nur noch digital arbeitet und keine Vorlagen mehr in Papierform zugestellt bekommt. Ähnlich geht es draussen zu und her. Deshalb macht es Sinn, dass der Staat über die Bücher geht und neue Wege prüft, um mehr Menschen zu erreichen. Die SP plädiert deshalb dafür, beide zur Debatte stehenden Motionen teilerheblich zu erklären. So kann der Regierungsrat auf breiter Basis Massnahmen überlegen, um mehr Menschen zu erreichen. So werden auch nicht einzelne Wählerinnen- und Wählersegmente bewirtschaftet. Vielmehr kann sich der Regierungsrat generell überlegen, wie mehr Menschen für politische Anliegen erreicht werden. Angebote wie «easyvote» sind und bleiben ein interessanter Ansatz. Mit der Teilerheblicherklärung kommt das Parlament dem Regierungsrat, der beide Motionen nichterheblich erklären möchte; einen Schritt entgegen, verpflichtet ihn aber gleichzeitig, an diesem Thema dranzubleiben. Das liegt im Interesse aller.
Noch eine kleine Anmerkung: Die SP hat sich schon seit längerem für eine höhere Stimmbeteiligung eingesetzt und bereits 2007 ein Postulat für die Prüfung eines E-Votings eingereicht, um der tiefen Stimmbeteiligung entgegenzutreten. Die Regierung sprach sich damals dagegen aus, weil sie die Ergebnisse der Pilotkantone Genf, Neuenburg und Zürich abwarten wollte. Nun sind erneut fast zehn Jahre vergangen, und in diesem Bereich hat sich im Kanton Zug kaum etwas getan. Es ist also ähnlich wie beim vorherigen Geschäft: Entweder will man wirklich etwas verändern und verpflichtet den Regierungsrat dazu, oder man hält zwar schöne Reden, tut eigentlich aber nichts. *Lifere statt lafere* heisst deshalb heute die Devise. Das bedeutet, den Ball an die Regierung zurückzuspielen, damit in dieser Frage tatsächlich etwas geschieht.

**Barbara Häseli** spricht für die CVP-Fraktion. Sie beginnt nicht mit dem Geist aus der Flasche, sondern stellt eine konkrete Frage: Wer erinnert sich, wie er bzw. sie politisch sensibilisiert wurde? Bei der Votantin war es ein engagierter Geschichtslehrer, der staatspolitische Themen in den Unterricht einbaute. Bei anderen war es ein konkretes politisches Thema, vielleicht die Sicherheit des Schulwegs oder die Vorgaben der Gemeinde beim Bau des Eigenheims. Wieder andere kamen über einen Verein oder den Familien- und Freundeskreis zu einer Partei. Am Schluss war es wahrscheinlich von allem ein bisschen. Es gibt also viele Möglichkeiten, politisches Wissen, Interesse und Engagement bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern. Der Regierung hat sie in seinem Bericht ebenfalls aufgeführt, aber er macht nichts Konkretes daraus – ausser dass er weder ein kantonales Jugendparlament noch eine Abstimmungshilfe für Jungwähler schaffen will. Auch steht nichts dazu, welche Ziele erreicht werden sollen, und auch nichts über die Kosten einzelner Massnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten, beispielsweise über Verbände oder – wie gehört – über den Bund. Es entsteht dadurch der Eindruck, dass man die in den zwei Motionen vorgebrachten Fragestellungen auf den Bund und die Gemeinden abschieben will.
Es geht hier nicht nur um die Institution Jugendparlament oder eine Abstimmungshilfe, sondern insgesamt um die staatspolitische Bildung und Förderung der Jugend. Die Weitergabe der demokratischen Werte darf dem Kantonsrat nicht egal sein, und sie darf nicht dem Zufall überlassen werden. Man sieht anderswo, dass dann sehr schnell andere Ideologien in die Bresche springen. Politische Jugendförderung muss auch nicht viel kosten. Es braucht kein von oben aufgedrücktes Jugendparlament, in dem zuletzt kein Jugendlicher sitzt. Man kann auch nicht erwarten, dass sich plötzlich alle Jugendlichen für Politik interessieren, wenn man entsprechende Massnahmen umsetzt. Man kann aber einige der vom Regierungsrat skizzierten Möglichkeiten kostengünstig, also ohne den mittlerweile bekannten «Zuger Finish», realisieren. Die Votantin denkt hier beispielsweise an die stärkere Einbindung der staatspolitischen Bildung in den Lehrplan und an eine institutionalisierte Koordination der beteiligten Stellen. Darüber kann der Kantonsrat heute aber nicht entscheiden, weil schlicht die Grundlagen fehlen. Eine Mehrheit der CVP-Fraktion will diese Fragen konkret abgeklärt haben. Der Regierungsrat soll darlegen, welcher Bedarf besteht, welche Ziele mit welchen Massnahmen erreicht werden sollen – und das am besten mit einem Preisschild versehen. Dann kann der Kantonsrat entscheiden, welche Instrumente er will und welche eben nicht. In diesem Sinn bittet die Votantin, der Teilerheblicherklärung der Motion Lötscher und später der Erheblicherklärung der Motion Dittli zuzustimmen.

**Beni Riedi** hält fest, dass die SVP in dieser Frage von Anfang an sehr konsequent war, egal von welcher Seite die Vorstösse kamen. Sie wird deshalb den Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung und Abschreiben unterstützen. Bereits bei der Überweisung der Motion Lötscher war sie erstaunt über das Gefühl der Motionäre, mit der Schaffung einer pseudopolitischen Institution den Jugendlichen eine ernstzunehmende Stimme geben zu können. Geschaffen wird damit nur ein neues Gesetz, das organisatorischen und finanziellen Aufwand verursacht, ohne für die Jugendlichen ein wirkliches Mitspracherecht zu ermöglichen. Verantwortung ist nicht delegierbar. Es ist Aufgabe der Parteien, Jugendliche in das politische Geschehen zu integrieren. Dazu braucht man kein Staatspersonal und keine Lehrer, welche Kosten verursachen und die Jugendlichen korrigieren oder – noch schlimmer – künstlich motivieren sollen. Die SVP sieht auch keinen Handlungsbedarf für die Einführung einer Abstimmungshilfe für junge Erwachsene. Mit dem Erreichen der Volljährigkeit kann jede und jeder sein Stimm- und Wahlrecht wahrnehmen. Dass

der Staat bzw. der Kanton oder die Gemeinde mit Staatspropaganda eine spezielle Zielgruppe zusätzlich informieren sollte, erachtet die SVP als sehr heikel. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats steht kurz und bündig ein ausschlaggebendes Argument gegen beide Motionen: «Es ist indes nicht die Aufgabe der kantonalen Behörden, einzelne Wählerinnen- und Wählersegmente zu bewirtschaften, da eine solche Handlungsweise gegen die politische Neutralität verstösst.»
Die Politik braucht ein offenes Ohr für die Anliegen der Jugendlichen und nicht ein neues Gesetz, das eine pseudopolitische Institution schaffen möchte. Genauso möchte die SVP nicht eine Aufgabe an den Kanton delegieren, für welche die Parteien zuständig sind. Noch schlimmer als ein Jugendparlament wäre dessen erweiterte Stufe, nämlich ein Vorstossrecht zuhanden des Kantonsrats. Da macht der Votant wirklich grösste Fragezeichen. Das würde bedeuten, dass man als Jugendlicher – womöglich sogar ohne Schweizer Pass – mehr Rechte hätte als später als Erwachsener: Bis zum achtzehnten Geburtstag könnte man ein Anliegen direkt in das Kantonsparlament einbringen, ein Jugendlicher unter achtzehn Jahren hätte also ein Recht, dass seine volljährigen Eltern nicht haben. Das geht auch staatspolitisch nicht! Bereits erwähnt wurde, dass unklar ist, welche Ziele mit den geforderten Abstimmungshilfen erreicht werden sollen. Wenn es das Ziel ist, das Interesse von Jugendlichen zu wecken, muss man sich bewusst sein, dass die Ansichten der verschiedenen Parteien weit auseinanderliegen. Und wer ist verantwortlich, wenn die Ziele nicht erreicht werden? Wenn man die Verantwortung delegiert, ist es natürlich die Regierung bzw. der Staat. In Wahrheit aber ist jeder einzelne Bürger, sind die Parteien verantwortlich dafür, dass die Bevölkerung sich für die Politik interessiert. Denn jeder Bürger und jede Bürgerin sollte stolz sein auf das demokratische System in der Schweiz.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass es in der Schweiz zurzeit – wie gehört – neunzehn kantonale Jugendparlamente gibt. Ein Jugendparlament ist also nichts Exotisches, sondern eine in viele Kantonen seit Jahren etablierte Form, wie Jugendliche verstärkt für die politische Arbeit motiviert werden können. Jugendparlamente sind eine Plattform für engagierte und aktive Jugendliche, die sich für Anliegen von Jugendlichen einsetzen, Projekte entwickeln und diese umsetzen. Auch nach Ansicht der Regierung sprechen viele Gründe dafür, die politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern, zu unterstützen und ihre praktische Teilhabe am politischen Prozess zu fördern. Ihr Wissen und ihre Fähigkeiten können wertvolle Impulse einbringen. Darum ist es elementar, dass die politische Bildung in den Sekundarschulen, Gymnasien und Berufsschulen im Lehrplan verankert ist. Aber es braucht auch initiative Lehrpersonen, die den Jugendlichen die Besonderheiten des Schweizer Systems und die Möglichkeiten der politischen Teilhabe verständlich beibringen. Die politische Bildung ist jedoch massgebend von der Motivation und dem Engagement der Lehrperson abhängig. Es gibt also keine Gewähr, dass die politische Bildung an den Schulen in genügender Tiefe stattfinden kann. Wohl gibt es ergänzend den Jugendpolittag, der dieses Jahr von hundert Schülern genutzt wurde. Trotzdem ist dieser Anlass leider wenig nachhaltig. Die Jugendlichen verbringen zwar einen intensiven Tag, das Programm ist jedoch sehr straff, und es bleibt wenig Zeit für eine vertiefe Auseinandersetzung mit den Themen. Die Jugendlichen erfahren so nichts vom politischen Prozess. Zudem kommen Nachfolgetreffen selten zustande. Fazit: Der Jugendpolittag ist sicher besser als nichts, aber mit Sicherheit kein Ersatz für ein Jugendparlament. Dieses wäre jedenfalls nachhaltiger als der Jugendpolittag, könnten doch die Jugendlichen durch direkt an sie gerichtete Themen angesprochen werden. Für die Zukunft des Kantons wäre es wichtig, bei Jugendlichen das politische Interesse zu wecken und sie an der Politik

partizipieren zu lassen. Ein Jugendparlament gäbe ihnen eine Plattform für politische Diskussion und würde sie so zur politischen Arbeit motivieren. Deshalb unterstützt die GLP im Gegensatz zum Regierungsrat die Einführung eines kantonalen Jugendparlaments ganz grundsätzlich. Dass der Regierungsrat in seinem Bericht verschweigt, dass der Bund bis zu 50 Prozent der Kosten übernehmen würde, findet die GLP ziemlich daneben, ist dieser Fakt in der heutigen monetären Situation des Kantons doch von zentraler Bedeutung. Es entsteht dadurch zumindest der Eindruck, dass der Regierungsrat das Motionsanliegen nicht wirklich ernst nimmt. Das ist unverständlich, wäre es doch ein Gewinn für die ganze Gesellschaft und auch für die politischen Parteien. Die GLP unterstützt deshalb die Teilerheblicherklärung, wie vom Motionär beantragt.
Zur Motion von Laura Dittli: Die GLP erachtet es als sinnvoll, mit der vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) betreuten Abstimmungs- und Wahlhilfe «easyvote» junge Erwachsene einfach, verständlich und politisch neutral über kantonale Abstimmungsvorlagen und Wahlen zu informieren und sie so vermehrt an die Urne zu bringen. Wieso sich der Regierungsrat im Mai 2014 gegen die Einführung von «easyvote» entschieden hat, geht aus dem regierungsrätlichen Bericht leider nicht hervor. Überhaupt findet sich im Bericht kein stichhaltiges Argument, das gegen die Einführung der Abstimmungs- und Wahlhilfe sprechen wurde. Die GLP ist deshalb für die Erheblicherklärung der Motion Dittli.

**Philip C. Brunner** hat eigentlich erwartet, dass heute fünfzig Jugendliche gespannt die Debatte verfolgen. Und er hätte erwartet, dass um halb zwei eine Gruppe von mindestens dreissig Jugendlichen vor dem Regierungsgebäude demonstriert und auf ihre Anliegen aufmerksam macht. Passiert ist nichts. Der Votant hat einen Jahrgang, der es ihm erlaubte, 1968 in den Globuskrawall verwickelt zu werden, und er hat auch erlebt, wie die Frauen 1971 für das Frauenstimmrecht kämpften; auch die Jugendunruhen von 1980 hat er miterlebt. Damals war «Dampf» vorhanden, den er heute vermisst. 1990 hat man mit den genau gleichen Argumenten wie heute gefordert, das Stimmrechtsalter auf achtzehn Jahre zu senken. Man hat vorhergesagt, dass die Stimmbeteiligung und das politische Interesse der Bürger steigen würden. In Tat und Wahrheit aber ist beides gesunken – bis zum 14. Februar 2016, zur Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative der SVP. Da ging es plötzlich um etwas. Da ist die Zivilgesellschaft angeblich erwacht, ist an die Urne gegangen und hat etwas unternommen. Ist das vorliegende Geschäft denn tatsächlich ein Thema ausserhalb der Köpfe von einigen Parteipolitikern, welche Angst haben, dass ihre Partei überaltert? Der Votant – und das ist auch seine Interessenbindung – ist Präsident einer kleinen Parteisektion, in welcher von den sieben Vorstandsmitgliedern drei unter vierundzwanzig Jahre sind. Diese jungen Leute interessieren sich für die Politik und sind unheimlich engagiert – auch wenn sie nie in einem Jugendparlament sassen. Sie haben vielmehr die Zeitung gelesen, haben unbefriedigende Zustände festgestellt – und haben sich gemeldet. Und der Votant kann festhalten: Die SVP hat zunehmend Anmeldungen von jungen Leuten. Und wie Beni Riedi betont auch der Votant die Selbstverantwortung: In der vorliegenden Frage sind die einzelnen Politiker und die Parteien gefordert. Debatten wie heute Nachmittag machen jungen Leuten nicht unbedingt Lust, sich in ein Parlament wählen zu lassen. Trotzdem sind aber sitzen sowohl im Grossen Gemeinderat als auch im Kantonsrat Leute, von denen der Votant sagen muss: Wow, mit diesem Alter schon im Parlament! Er selbst war in diesem Alter noch nicht einmal mit dem Studium fertig. Zusammenfassend empfiehlt der Votant, die beiden Vorstösse nicht zu überweisen.

**Thomas Lötscher** erwidert seinem Vorredner, dass die Jugend von heute kaum mit jener von 1968 vergleichbar ist. Sie nimmt ihre Verpflichtungen in der Schule und am Arbeitsplatz wahr und ist an einem Donnerstagnachmittag eben anders verpflichtet. Es würde den Votanten aber ebenfalls reizen, das zu sehen – und vor allem würde ihn interessieren, wie lange die SVP bei Demonstrationen und Krawallen zuschauen würde, bis sie nach Ruhe und Ordnung und der Polizei rufen würde!
Der Votant möchte noch zwei Fehlüberlegungen im Bericht der Regierung richtigstellen, die auch von Beni Riedi aufgegriffen wurden:
• Die Regierung behauptet, es sei nicht Aufgabe der kantonalen Behörden, einzelne Wählersegmente zu bewirtschaften, da eine solche Handlungsweise gegen die politische Neutralität verstosse. Das ist absurd. Erstens sind Jugendliche kein Wählersegment, da sie ja noch nicht über das Stimm- und Wahlrecht verfügen. Zweitens ist ein Jugendparlament ja gerade ein neutrales Terrain für die Vielfalt politischer Meinungen und quasi eine Kurzausbildung für Politiker und Stimmbürger von morgen.
• Die Regierung behauptet, es sei Aufgabe der Jungparteien, die Jugendlichen in den Schulen für politische Themen zu gewinnen und in die Politik einzuführen. Das stimmt ebenfalls nicht. Jungparteien sind meist personell knapp bestückt, sammeln selber erst politische Erfahrungen und richten sich an junge Erwachsene, nicht an Jugendliche. Zudem sollte die politische Bildung auf neutraler Ebene bzw. parteienübergreifend stattfinden, sollen doch die Jugendlichen nicht von einer einzelnen Partei vereinnahmt werden, sondern auf neutralem Terrain die unterschiedlichen Meinungen und Parteien kennenlernen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern: Man kann sicherlich davon ausgehen, dass sich alle einig sind, dass die politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein wichtiger Teil der Demokratie ist. Es besteht aus gesellschaftlicher und demokratischer Sicht ein grosses Interesse, diese Partizipation und die politische Bildung im Fokus zu behalten. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die bereits zur Verfügung stehenden Elemente gute Möglichkeiten bereithalten, um dieses Anliegen weiter verfolgen und umsetzen zu können. Innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen kann das politische Interesse bei Jugendlichen geweckt und bereits bestehendes Interesse verstärkt werden. So leisten die Schulen einen wichtigen Teil, die Jugendlichen an die Demokratie heranzuführen. Der Politik und der demokratischen Herbeiführung allgemeinverbindlicher Entscheide wird sowohl in den bestehenden Lehrplänen als auch im kommenden Lehrplan 21 ein prominenter Platz eingeräumt. Auch die Parteien spielen eine wichtige Rolle. Jugendliche, die sich aus einer eigenen Betroffenheit oder aus allgemeinem Interesse für eine Sachthematik interessieren, haben durch die Parteien und Jungparteien gute Möglichkeiten, um aktiv zu werden und sich für die ihnen wichtigen Themen einzusetzen. Die Parteien und Jungparteien übernehmen damit gleichzeitig einen wertvollen Anteil der politischen Bildung. Mit dem Jugendpolittag besteht im Kanton Zug zudem ein erfolgreiches Konzept für einen Mitwirkungstag für Jugendliche. Dieser hat immer mehr Zulauf, sowohl von Seiten der Jugendlichen als auch von Politikerinnen und Politikern. Die Jugendlichen können in direktem Kontakt mit Politikerinnen und Politikern eigene Ideen, Vorschläge und Verbesserungswünsche thematisieren. Entsprechend wird der Jugendpolittag weitergeführt.
Für die Beantwortung der vorliegenden Vorstösse hat der Regierungsrat auch die Jungparteien eingeladen. Diese konnten nicht bestätigen, dass heute ein Bedürfnis für ein Jugendparlament bestehe. Wenn der Kantonsrat der Meinung ist, dass noch eine diesbezügliche Umfrage durchgeführt werden müsse, muss er auch bereit sein, für eine flächendeckende Umfrage 20'000 Franken auszugeben. Ein Jugendparlament gab es auf Initiative der Jungen CVP bereits früher, nämlich von 1997 bis

2007. Danach scheint es nicht mehr gefragt gewesen zu sein. Zur Anregung von Thomas Lötscher, der Regierungsrat solle sich bezüglich Organisation eines Jugendparlaments vom DSJ beraten lassen, vertritt dieser die Meinung, dies sei nicht seine Sache bzw. nicht Sache des Staats. Wenn die Jungen ein Jugendparlament möchten, sollen sie selbst die Initiative ergreifen und dieses auch organisieren.
Zur Kritik bezüglich «easyvote» hält die Direktorin des Innern fest, dass sich der Regierungsrat im Mai 2014 mit «easyvote» beschäftigt hat, nachdem sich der DSJ diesbezüglich an den Regierungsrat gewandt hatte. Die Regierung diskutierte die Einführung der Abstimmungshilfe im Sinne eines Pilotprojekts über drei Jahre. Es wurde mit Kosten von 40'000 Franken pro Jahr gerechnet, dies bei 8000 Adressatinnen und Adressaten. Der Regierungsrat entschied sich damals gegen «easyvote» und hält an seinem Entscheid fest. Er ist skeptisch, dass einzelne Segmente der Bevölkerung punktuell gefördert werden, und fragt sich, ob die bevorzugte Behandlung wirklich eine staatliche Aufgabe sei. Den Gemeinden steht es aber frei, sich am Projekt «easyvote» zu beteiligen, wie dies Cham und Hünenberg bereits tun.
Es wurde gesagt, dass der Kanton beim Bund bisher noch nie Finanzhilfen für die politische Förderung Jugendlicher angefordert habe. Die Regierung hat ein Legislaturziel «Entwicklung Leitbild Konzept für Kinder- und Jugendförderung in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Organisationen». Dieses Jahr hat die Direktion des Innern beim Bund einen Antrag auf finanzielle Unterstützung eingereicht. Der Bund bearbeitet lediglich vier kantonale Gesuche pro Jahr, weshalb Zug letztes Jahr kein Gesuch mehr einreichen konnte. Soweit die Direktorin des Innern informiert ist, ist es nicht möglich, dass Kantone ein Gesuch um Unterstützung eines Jugendparlaments stellen können, vielmehr müssen solche Gesuche von Jugendorganisationen eingereicht werden.
Der Regierungsrat bittet aufgrund dieser Überlegungen, beide Vorstösse nicht erheblich zu erklären.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass zwei Abstimmungen stattfinden. Zuerst wird darüber abgestimmt, welche Version der Teilerheblicherklärung allenfalls zum Zug kommt, jene von Motionär Thomas Lötscher oder diejenige der ALG. Die obsiegende Version wird dann dem Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung gegenübergestellt.

➔ Der Rat folgt mit 31 zu 14 Stimmen der Teilerheblicherklärung gemäss Antrag von Thomas Lötscher.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 36 zu 30 Stimmen teilerheblich im Sinne des Motionärs.

**482** Traktandum 11.2: **Motion von Laura Dittli betreffend Einführung einer Abstimmungshilfe für junge Erwachsene im Kanton Zug**
Vorlagen: 2509.1 - 14939 (Motionstext); 2509.2 - 15106 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Der Motionärin **Laura Dittli** ist klar, dass politische Bildung nicht nur durch eine Abstimmungshilfe erreicht werden kann. Dennoch findet sie es wichtig, dass man

die jungen Erwachsenen einfach und verständlich über die politischen Vorlagen informiert. Es sollte nicht nur, aber auch im Interesse des Staates liegen, sich aktiv an der politischen Bildung zu beteiligen. Die vielen Kantone, welche die Broschüre von «easyvote» bereits für ihre jungen Stimmbürger abonnieren, tun dies bestimmt nicht aus Spass oder weil sie über mehr Geld als Zug verfügen, sondern weil es eine gute Möglichkeit ist, die politische Bildung und aktive Teilnahme sicherzustellen. Im Bericht der Regierung sind viele zentrale Fragen zu dieser Thematik offen geblieben. Die Votantin wusste nach der Lektüre im ersten Moment nicht, wie sie diese Stellungnahme einordnen sollte, da nicht einmal konkret auf die Ausgestaltung und Folgen von möglichen Abstimmungshilfen eingegangen wird. In einem kleinen Abschnitt wird «easyvote» immerhin erwähnt. Es wird berichtet, dass beispielsweise in Cham den jungen Erwachsenen die Broschüre bereits zugestellt wurde. Dies zu hören, freut die Votantin natürlich und bestärkt sie zugleich in ihren Bestrebungen. Aber was heisst das nun für den Kanton Zug? Sprechen die Erfahrungen in Cham für eine Einführung im ganzen Kanton? Oder ist man zum Schluss gekommen, dass es gar nichts bringt? Und welche Kosten würden auf den Kanton zukommen? «Easyvote» wollte dem Kanton Zug offenbar eine Offerte unterbreiten, dieser war aber nicht interessiert. Mit der Offerte hätte man doch ohne weitere Verpflichtungen zumindest einen Anhaltspunkt erhalten. Hat man das Ganze also gar nie ernsthaft geprüft? Die Finanzierung ist sicherlich ein wichtiges Thema, besonders in diesen Zeiten. Wie bereits gehört, könnten für solche Projekte aber Bundesbeiträge im Umfang der Eigenleistung abgeholt werden. Hat der Kanton Zug dies geprüft? Diese Frage stellt sich auch in Zusammenhang mit dem Jugendpolittag.
Der Votantin liegt die Förderung der politischen Partizipation der jungen Stimmbürger wirklich am Herzen. Aus diesem Grund stellt sie den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären. Sie bittet den Rat, bewusst ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass ihm das politische Interesse und die aktive Teilnahme der jungen Erwachsenen wichtig sind und er sie aktiv fördern will. Dazu braucht es einen angemessenen Beitrag des Kantons.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG das Anliegen der Motion und deren Erheblicherklärung unterstützt. Im Rahmen der Workshops in diesem Zusammenhang und in weiteren Gesprächen hat die ALG aber festgestellt, dass bezüglich der politischen Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Zug vor allem eine Stelle fehlt, die zwischen Schulklassen, Politik, Jugendarbeit, Gemeinden und Kanton koordiniert. Mittels einer solchen Koordination könnten niederschwellige und vor allem auch billige Instrumente und Angebote entstehen, die wirklich auch funktionieren, weil sie an die richtigen Stellen hinkoordiniert werden. Deshalb stellt die ALG für den Fall einer Nichterheblicherklärung den **Eventualantrag,** die Motion Dittli teilerheblich zu erklären, dies im Sinne von Ziff. 2, nämlich dass der Regierungsrat eine bezüglich politischer Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen koordinierende Stelle schafft, die Schule, Jugendarbeit, Politik, Gemeinde, Kanton und Parteien miteinander vernetzt und Angebot und Nachfrage abstimmt. Ziel sind niederschwellige Instrumente, die zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beitragen. Ganz zentral ist dabei, dass diese Aufgabe mit bestehenden Ressourcen erfüllt werden soll.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 38 zu 27 Stimmen erheblich.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Eventualantrag der ALG damit hinfällig ist.

TRAKTANDUM 12

**483 Motion der Kommission zur Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) betreffend individuell-konkrete Anweisungen des Kantonsrats im gesetzlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats und der Gerichte**

Vorlagen: 2412.1 - 14720 (Motionstext); 2412.2 - 15056 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für dieses Geschäft die Staatskanzlei zuständig ist, gemäss § 4 Abs. 2 des Organisationsgesetzes vertreten durch den Landammann. Der Regierungsrat beantragt, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Heini Schmid** teilt mit, dass die Präsidentin der damaligen Kommission, Silvia Thalmann, die Sitzung bereits verlassen musste. Er vertritt hier seine eigene Meinung – und auch diejenige seiner Fraktion, der CVP. Er möchte auf die Grundsätze hinweisen, aufgrund derer es der damaligen Kommission und auch der CVP wichtig war, die vorliegende Frage zu thematisieren. Es geht um das Zusammenwirken der Staatsgewalten, um die Frage der Gewaltenteilung und um die Rollen, welche das Parlament, die Regierung und die Gerichte je zu spielen haben. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass bei den Gerichten und der Regierung zunehmend die Tendenz besteht, ihren Zuständigkeitsbereich gegen Interventionen, Beaufsichtigungen und Visitationen abzuschirmen. Es ist im Kantonsrat oft zu hören, etwas Bestimmtes gehöre in den Bereich des Regierungsrats, und Gewaltenteilung bedeute, dass jede Instanz die andere in ihrem ureigenen Bereich schützen müsse. Genau um diese Grundsatzfrage geht es im vorliegenden Vorstoss. Es ist festzustellen, dass die schweizerischen Auffassung, dass das Volk die oberste Instanz ist und das Parlament als gewählte Vertretung des Volks eigentlich über den anderen Gewalten steht, zunehmend in Frage gestellt wird. Dies ist verständlich, weil die übrige europäische und die amerikanische Rechtstradition nicht von einem durch das Volk beherrschten Staat ausgeht, sondern von einem ewigen Kampf des Volkes gegen den absoluten Herrscher. Da war es natürlich wichtig, dass die Gewalten strikt getrennt wurden, das Gericht also unabhängig war, musste es doch das Volk schützen. Die Schweiz hat eine andere Tradition. Der Staat ist der Staat des Volkes, und dieses hat das letzte Wort. Und das gewählte Parlament ist der Vertreter des Volkes. Man spricht vom «demokratischen Prinzip». Deshalb ist auch der Parlamentspräsident bzw. die Parlamentspräsidentin, nicht der Präsident der Exekutive, der oberste Schweizer bzw. die oberste Schweizerin.
Der langen Rede kurzer Sinn: Aufgabe des Parlaments ist es, bei *allen* Gewalten für Recht und Ordnung zu schauen. Auch gemäss § 41 Abs. 1 Bst. c der Kantonsverfassung hat der Kantonsrat «die Oberaufsicht […] über die Erhaltung und Vollziehung der Verfassung und der Gesetze». Der Kantonsrat ist also von der Verfassung her verpflichtet, genau hinzusehen, was die anderen Gewalten tun. Er muss deshalb aufpassen, wenn ihm andere Instanzen vorhalten, das sei ihr Bereich, und da habe der Kantonsrat nichts zu sagen. Umso genauer muss man in solchen Fällen hinschauen: Was ist genau los? Wie ist das Verhältnis der Richter untereinander? Ist es wirklich sinnvoll, dass die Forstdirektion der Direktion des Innern und nicht in der Baudirektion untersteht? Dem Votanten als altgedientem Parlamentarier ist es wichtig, dass auch die jüngeren Parlamentarier aufmerksam und genau auch auf die anderen Instanzen schauen. Und wenn eine Rechtsverletzung besteht, ist der Kantonsrat verpflichtet, auch bei anderen Instanzen zu intervenieren, sei es mit einer parlamentarischen Untersuchungskommission oder mit Wünschen oder Hinweisen an die Regierung. Als Kantonsrätin oder Kantonsrat darf man sich nicht den

Schneid abkaufen lassen, sondern muss hinschauen und sich bei Unzulänglichkeiten zu Wort melden.

**Hanni Schriber-Neiger** dankt namens der ALG der Regierung für den ausführlichen und umfangreichen Bericht. Die Motion beschränkt sich ausdrücklich auf individuell-konkrete, also auf konkrete Einzelfälle bezogene Anweisungen. Je nach Umständen erlässt beispielsweise die untergeordnete Behörde aufgrund der innerdienstlichen Weisung eine verbindliche Verfügung. Diese ist im Verwaltungsrechtspflegegesetz geregelt. Die ALG erwartet, dass Weisungen und Verfügungen auseinandergehalten werden und auch der Gewaltenteilung die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Somit kommt die ALG zum gleichen Schluss wie die Regierung in ihrem Bericht: «Die Regierung ist in der Lage, für eine rechtmässige Ordnung in der Verwaltung zu sorgen.» Die ALG unterstützt deshalb den Antrag der Regierung, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben

**Barbara Gysel:** Die Gewaltenteilung ist generell als hohes Gut einzuschätzen. Die SP-Fraktion unterstützt daher, dass der Kantonsrat kein weitergehendes Recht erhält, einzelfallweise individuell-konkrete Anweisung zu erteilen, dies entsprechend den interessanten staatsrechtlichen Erläuterungen von Heini Schmid. Kurz gesagt: Die SP-Fraktion kam zum Schluss, die Erheblicherklärung und Abschreibung der Motion zu unterstützen.

**Philip C. Brunner** dankt der Regierung für den interessanten und fundierten Bericht, der auch juristisch von hoher Qualität ist. Manchmal übertrifft die Regierung tatsächlich sich selbst – was sie mit diesem Papier wirklich gelungen ist. Er dankt auch Heini Schmid für seine Ausführungen, hinter denen auch die SVP-Fraktion vollumfänglich stehen kann.

**Adrian Andermatt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Position des Regierungsrats vollumfänglich unterstützt und diesem für die ausführlichen und detaillierten Erläuterungen dankt. Der Votant unterstützt die Ausführungen von Heini Schmid im Grundsatz vollumfänglich und hält ergänzend fest, dass in einem Rechtsstaat auch die höchste Gewalt, die Legislative, bzw. der Souverän sich an die Regeln halten muss, die er sich selbst auferlegt hat. In der Verfassung wird bestimmt, dass es drei Staatsgewalten mit je spezifischen Ausgaben und Kompetenzen gibt. Diese Gewalten muss man in ihrem je eigenen Rahmen handeln lassen, denn nur so können sie Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und dafür auch verantwortlich gemacht werden. Der Votant ist froh, in einem Land zu leben, in welchem das Volk als Souverän das letzte Wort hat, nicht die Regierung. Der Souverän muss sich aber – wie gesagt – auch an die Regeln halten, die er sich selbst gegeben hat. In diesem Sinn folgt die FDP-Fraktion dem Antrag des Regierungsrats.

Landammann **Heinz Tännler:** Dem Grundsatz, dass das Volk über allem steht, ist nichts entgegenzuhalten, auch nicht der Tatsache, dass das Parlament hierarchisch über der Exekutive steht – und der Landammann fügt sich auch der Tatsache, dass nicht er, sondern der Kantonsratspräsident der Höchste im Kanton ist. *(Der Rat lacht).* Dass das in § 41 Abs. 1 der Kantonsverfassung definierte Weisungsrecht des Kantonsrats in ganz konkreten Fällen zur Anwendung kommt, hat der Regierungsrat in seinem Bericht hinlänglich ausgeführt. Und zu Philip C. Brunner: Der Landammann ist sich von der Regierung nichts anderes gewohnt als gute Arbeit – auch in juristischer Hinsicht.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 484 Nächste Sitzung

Donnerstag, 30. Juni 2016 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

36. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. Juni 2016 (Vormittag)
Zeit: 8.30–12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. Mai 2016
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Postulat von Peter Letter, Laura Dittli, Iris Hess-Brauer, Gabriela Ingold, Patrick Iten und Thomas Werner betreffend die Anwendung der Kriterien gemäss regierungsrätlichem Paradigmenwechsel in der Revision des Inventars schützenswerter Denkmäler in den restlichen Gemeinden

3.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Umsetzung Raumplanungsgesetz: Planerischer Mehrwertausgleich

3.3. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Areal ehemaliges Kantonsspital

3.4. Interpellation von Daniel Stadlin und Richard Rüegg betreffend übermalten Wandbildern in der ehemaligen Kapelle des alten Kantonsspitals

3.5. Interpellation von Daniel Marti betreffend Besteuerung von Startup-Unternehmen

3.6. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Priorisierung von Infrastrukturprojekten durch den Regierungsrat

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse 381, Abschnitt Nidfuren-Schmittli einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens, Gemeinden Menzingen und Baar

5. Geschäftsbericht 2015
6. Finanzstrategie 2017–2025 des Kantons Zug
7. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)
8. Geschäfte, die am 2. Juni 2016 nicht behandelt werden konnten:

8.1. Motion von Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Standesinitiative zur Verankerung der bestehenden Bargeldnotennennwerte (CHF 10, 20, 50, 100, 200, 1000) im Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel (WZG)

8.2. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend das beabsichtigte Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung in die EU

8.3. Interpellation von Alice Landtwing und Karen Umbach betreffend Bauprojekt Sprungturm – einmal mehr die Luxusversion für Zug

8.4. Interpellation von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Patrick Iten und Kurt Balmer betreffend öffentliche Apotheke im Zuger Kantonsspital
8.5. Interpellation von Hubert Schuler betreffend Ausschreibung der Mandatsführung für Kinder und Jugendliche
8.6. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Stadt Zug – Verbesserung der Situation für den nicht motorisierten Verkehr auf dem Postplatz und zwischen Bahnhof und Metalli
9. Postulat von Philip C. Brunner betreffend permanente Perronverlängerungen in Rotkreuz – mehr Sitzplätze und weniger Stehplätze – eine kostengünstige infrastrukturelle Verbesserung – mit sofortigem direktem Nutzen für OV-Benützer
10. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit – Fakten und Massnahmen erwünscht

## 485 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jolanda Spiess-Hegglin, Zug; Ralph Ryser und Thomas Werner, beide Unterägeri; Adrian Andermatt und Zari Dzaferi, beide Baar; Thomas Villiger, Hünenberg; Anastas Odermatt, Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

Nach dem Rücktritt von Andreas Meier, Oberägeri, ist im Wahlkreis Oberägeri ein Sitz vakant (siehe Ziff. 486).

## 486 Mitteilungen

Der Bildungsdirektor muss die Sitzung gegen 15.45 Uhr verlassen. Er wird an den Maturafeiern der Kantonschulen Zug und Menzingen mitwirken.

Der Gesundheitsdirektor nimmt heute an der Vorstandssitzung der Gesundheitsdirektorenkonferenz teil und ist deshalb nicht anwesend. Er wird vertreten durch die stellvertretende Gesundheitsdirektorin Manuela Weichelt-Picard.

Andreas Meier ist mit Schreiben vom 20. Juni 2016 per sofort aus dem Kantonsrat ausgetreten. Die Ergänzungswahl im Wahlkreis Oberägeri findet am 25. September 2016 im Majorzverfahren statt. Der Sitz bleibt bis auf Weiteres vakant.

Heute gilt jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

TRAKTANDUM 1

## 487 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**488 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. Mai 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 12. Mai 2016 stillschweigend und ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen**

**489** Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse 381, Abschnitt Nidfuren–Schmittli einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens, Gemeinden Menzingen und Baar**
Vorlagen: 2635.1/1a/1b/1c/1d - 15185 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2635.2 - 15186 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Tiefbau und Gewässer.

TRAKTANDUM 5

**490 Geschäftsbericht 2015**
Vorlagen: 2617.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats [gedruckter Bericht]); 2617.2 - 15155 Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nebst dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht 2015 die Anträge der erweiterten Staatswirtschaftskommission auf Seite 14 des Geschäftsberichts 2015 vorliegen.

EINTRETEN

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Stawiko, hält fest, dass die erweiterte Stawiko die Vorlage an der Sitzung vom 8. Juni 2016 beraten hat. Sie dankt der Finanzdirektion für die Unterstützung der Kommission und allen Direktionen für die gute Zusammenarbeit im Rahmen der Stawiko-Visitationen. Gemäss §18 GO KR übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus.
Der Kanton Zug verzeichnet zum dritten Mal in Folge einen operativen Verlust. Das Ergebnis ist mit rund 126,6 Millionen Franken gegenüber dem budgetierten Defizit von rund 169 Millionen um 42,4 Millionen Franken besser ausgefallen – ein erster kleiner Lichtblick über den dunkeln Wolken am Zuger Staatshaushaltshimmel.

Wie jedes Jahr ist im Stawiko-Bericht die Personalstellenübersicht aufgeführt. Es handelt sich dabei um eine Stichtagsbetrachtung. Per 31. Dezember 2015 waren rund 38 der budgetierten Stellen nicht besetzt. Der Minderaufwand beim Personal betrug rund 9 Millionen Franken. Beim Sachaufwand wurden gegenüber dem Budget rund 4,8 Millionen Franken eingespart. Durch die Umsetzung erster Massnahmen des EP 1 und durch freiwillige Einsparungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung konnten diese Reduktionen erzielt werden. Die Stawiko dankt den Verwaltungsangestellten und der Regierung für den Effort. Auf der Einnahmenseite konnten die Fiskalerträge seit 2012 erstmals wieder zulegen. Gegenüber dem Vorjahr wurden rund 42 Millionen mehr und gegenüber dem Budget 2015 rund 13,4 Millionen Franken mehr eingenommen.
Die Bilanz des Kantons Zug ist immer noch solide. Die flüssigen Mittel und Festgelder betrugen am Stichtag 31. Dezember 2015 rund 730 Millionen Franken. Negativzinsen mussten bislang noch keine bezahlt werden. Immerhin – das ist auch eine Leistung. Nach Verbuchung des Verlustes, der Auflösung der Reserve Ressourcenausgleich, den Veränderungen der Spezialfinanzierungen sowie der Neubewertungsreserve Finanzvermögen beträgt das Eigenkapital des Kantons Zug per Jahresende rund 893 Millionen Franken.
Die NFA-Ressourcenausgleichsreserve von 340 Millionen Franken wurde auf Initiative des Kantonsrats ins freie Eigenkapital übertragen. Dies entspricht einer modernen Rechnungslegung nach dem «True and fair view»-Prinzip.
Das Nettovermögen pro Einwohner hat um beträchtliche 1155 Franken abgenommen und beträgt nun noch 3530 Franken. Zum zweiten Mal in Folge musste im abgeschlossenen Geschäftsjahr ein negativer Selbstfinanzierungsgrad von 52,7 % hingenommen werden.
Die Finanzkontrolle des Kantons Zug hat die Jahresabschlüsse vorschriftsgemäss geprüft und dabei keine Unstimmigkeiten festgestellt. Aus ihrer Sicht werden der Geschäftsbericht 2015, die Separatfonds und die Jahresrechnungen der Strafanstalt Bostadel, der PHZ und der Gebäudeversicherung zur Genehmigung empfohlen. Diese Empfehlung ist für die Stawiko eine wichtige Grund- und Ausgangslage für ihre Beratungen. Auf die systematische Erkennung von Risiken mit Rückstellungsbedarf, Eventualverpflichtungen und Ereignissen nach dem Bilanzstichtag wird neu ein besonderes Augenmerk gelegt.
Die Stawiko-Delegationen haben die Direktionen visitiert. Die an die Direktionen gestellten Fragen wurden zur Zufriedenheit der Stawiko beantwortet. Dadurch erhielt die Stawiko einen vertieften Einblick in die Umsetzung und Erledigung der durch den Kantonsrat erteilten Leistungsaufträge. Die Delegationen haben wertvolle Erkenntnisse gewonnen, die im Stawiko-Bericht zusammengefasst sind.
Obwohl 2015 gegenüber dem Vorjahr rund 28’454 Stunden an Überstunden, Arbeitszeitsaldi und Ferienzeitsaldi abgebaut wurden, sind die kumulierten Guthaben der Mitarbeiter nach wie vor exorbitant. Per 31. Dezember 2015 verbleibt immer noch ein Saldo von 122’000 Stunden. Zur Veranschaulichung: Das sind so viele Stunden, dass 57 Mitarbeiter rund ein Jahr zu Hause bleiben könnten. In Franken beträgt der Wert dieser Arbeitsleistung 9 Millionen. Der diesbezügliche Forderungskatalog ist auf Seite 4 im Stawiko-Bericht zu finden. Die Stawiko appelliert an die Regierung und alle Amtsleitenden, einen Mentalitätswechsel herbeizuführen. Die Stunden müssen abgebaut werden, und die Bildung von neuen Guthaben darf nur die Ausnahme sein. Die Finanzkontrolle hat von der Stawiko den Auftrag erhalten, dies zu kontrollieren und ihre Feststellungen der Stawiko mitzuteilen.
Ein leidiges Thema sind wie schon in den Vorjahren die Hilfskräfte. Hier ist wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Die Stawiko will nicht, dass dadurch der Personalstellenstop unterlaufen wird. Ebenfalls darf kein Staatspersonal, das sich frühzeitig

pensionieren liess und dadurch von vorteilhaften Umwandlungssätzen profitiert hat, über die Hintertür wieder beschäftigt werden. Die anstehenden Aufgaben sind grundsätzlich mit internem Personal zu erbringen.
Befremdend ist zudem die Kompetenzuntergrabung im Bereich der Gutachten Dritter durch diverse Ämter. Die Finanzkontrolle musste in ihren Berichten oft monieren, dass bei Erteilung von Aufträgen die Rechtsgrundlagen nicht eingehalten worden sind. Es wurde jeweils entgegengehalten, es sei nicht klar, ob es sich dabei um Gutachten im Sinne der Vorschriften handle. Obwohl aus Sicht der Stawiko die Genehmigung klar geregelt ist, verlangt sie nun eine Klärung durch die Regierung, damit Unklarheiten aus dem Weg geräumt werden. Aufträge in der Höhe von über 50'000 Franken sollen durch die Regierung in letzter Instanz genehmigt werden.
Weiter kann es nicht im Sinne des Erfinders sein, wenn Budgetkürzungen durch den Kantonsrat durch günstigere Beschaffungen im Ausland kompensiert werden. Die Stawiko bittet die Regierung, dafür besorgt zu sein, dass sich die Denkweise ändert und sich ein Fall, wie er in der Kantonsschule Zug passiert ist, nicht bei anderen Ämtern wiederholen kann.
Die im Folgenden ausgeführten drei Punkte bergen grosse Risiken für Zug:
1. Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im Kanton Zug ist der Asylbereich von Kosten getrieben. So verzeichnet die Kostenstelle Asylbereich einen Aufwandüberschuss von rund 1,9 Millionen Franken. Hier ist mit einer weiteren Kostensteigerung zu rechnen. Diese wird die Stawiko mit Argusaugen verfolgen. Rund 8 % des Aufwands sind nicht kostendeckend. Dies rührt insbesondere daher, dass die Integrationspauschale, die der Bund mit 6000 Franken entschädigt, bei Weitem nicht ausreicht. Effektiv fallen Kosten von rund 20'000 Franken an. Gemäss eigenen Aussagen wird die Direktion des Innern beim Bund vorstellig werden und eine Erhöhung dieser Pauschale verlangen. Nach der gestrigen Medienkonferenz des Bundes muss jedoch bezweifelt werden, ob diese Forderung Gehör finden wird.
2. Die Entwicklung beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz wird von der Stawiko speziell beobachtet. Das Personalwachstum ist weitestgehend proportional zur Anzahl der Fälle oder Mandate. Sorge bereitet dennoch die Zunahme der Meldungen. Diese sind einerseits ein gesellschaftliches Problem. Andererseits zeigt sich aber auch deutlich, dass niemand mehr Verantwortung übernehmen will. Vorsichtshalber macht man eine Meldung. Es wäre wünschenswert, wenn auf eidgenössicher Ebene Gesetzesanpassungen vorgenommen würden, die Entlastungen brächten. Da für die KESB eine Staatshaftung besteht, wird die Stawiko auf dieses Amt weiterhin ein spezielles Augenmerk legen.
3. Zum AIO: Immer wieder tauchen verschiedene Unzulänglichkeiten in den Berichten der Finanzkontrolle auf. Es ist offensichtlich, dass in diesem Amt einiges nicht im Lot ist. Die Stawiko begrüsst es, dass die geplante Neuausrichtung nun endlich umgesetzt wird. Beim AIO, aber auch bei allen dezentralen Informatikstellen in den Direktionen und Ämtern besteht ein beträchtliches Sparpotenzial.
Der Kanton Zug ist auf einem guten Weg – aber noch lange nicht am Ziel. Man wird die nächsten Jahre mit dem Finanzhaushalt, aber auch mit neuen Kostenzunahmen enorm gefordert sein. Die Stawiko stellt den Antrag, den sieben Anträgen der Regierung auf Seite 5 im Geschäftsbericht zuzustimmen.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Die laufende Rechnung 2015 fiel besser aus als budgetiert: ein Minus von 126 Millionen Franken, die budgetierte Auflösung von 40 Millionen Franken nicht einbezogen, anstelle eines budgetierten Minus von rund 145 Millionen Franken. Der Verlust ist gegenüber 2014 von 139 Millionen minim kleiner geworden. Vergleicht man die Rechnungen der Kantone 2015 miteinander, wie dies kürzlich die NZZ getan hat, ergibt sich folgendes Bild: Zug ist zusammen

mit Genf, Obwalden, Tessin, Solothurn und Baselland einer der Kantone, die ein Defizit zu verzeichnen haben. Die meisten anderen Kantone konnten in den letzten Jahren ihre Defizite in ein Plus verwandeln. Zug ist der Kanton mit dem grössten Defizit, dies unter Ausklammerung der Sonderfaktoren wie beispielsweise die Pensionskasse im Kanton Solothurn. Gemessen am Gewinn oder Defizit pro Kopf fällt in Zug der Verlust mit 720 Franken pro Einwohner am grössten aus. Das Tessin ist zweitschlechtester Kanton in dieser Rangliste und verzeichnet ein Defizit von 257 Franken pro Kopf. Am anderen Ende der Skala steht der rote Kanton Basel-Stadt mit einem Plus von 2254 Franken pro Einwohner. Aber Zug ist auch einer von nur sieben Kantonen, die immer noch über ein Nettovermögen verfügen.
Das verbesserte Minus gegenüber dem Budget ist auf folgende hauptsächlichen Abweichungen zurückzuführen:
● Der Sachaufwand war mit 101,4 Millionen Franken rund 5 Millionen kleiner als budgetiert. Und dies, obwohl der Kantonsrat den Sachaufwand bei der Budgetdebatte bereits pauschal um 5,7 Millionen Franken gekürzt hatte. Die SP-Fraktion hatte sich bei der Beratung des Budgets 2015 wie bereits in den Vorjahren gegen Pauschalkürzungen ausgesprochen. Aber wenn es Kürzungen bei den Ausgaben geben soll, ist es wohl zielgerechter, diese mittels Pauschalkürzungen vorzunehmen und die Art der Umsetzung dem Regierungsrat zu überlassen. Gezielte Kürzungen bei einzelnen Ämtern bedingen relativ grosse Leistungsanpassungen. Dies zeigte sich für das Jahr 2015 beim Amt für Archäologie und Denkmalpflege, das zusätzlich mit weiteren grösseren Kürzungen quasi *abgestraft* wurde.
● Der Personalaufwand ist um einiges geringer ausgefallen als budgetiert, da viele Vakanzen erst mit einer zeitlichen Verzögerung wieder besetzt werden konnten.
● Zum ersten Mal seit einigen Jahren konnten 2015 wieder mehr Steuereinnahmen als budgetiert verzeichnet werden: Hier ergab sich ein Plus von rund 15 Millionen Franken. Mit 632 Millionen Franken Steuereinnahmen wurde ein neues Hoch, mit Ausnahme des durch Sondereffekte geprägten Jahres 2011, erreicht.
● Wie üblich nahm der Zuger Beitrag an den NFA wieder zu. Die Mechanismen zur Berechnung des NFA, die nicht zugunsten der Geberkantone ausgerichtet sind, seien hier beiseitegelassen. Doch der Kanton Zug nutzt sein überdurchschnittlich hohes Steuersubstrat schweizweit gesehen sehr wenig aus: Die Abschöpfungsquote ist miserabel tief. Dazu kommt, dass Zug aufgrund seiner fünf Steuergesetzrevisionen, die hauptsächlich aus Steuerreduktionen bestanden, pro Jahr rund 180 Millionen Franken weniger Steuern einnimmt, als dies ohne die Revisionen der Fall wäre. Ohne diese Reduktionen liesse sich das Minus leicht verkraften.
● Die Nationalbank zahlte 2015 den doppelten Beitrag aus; dies als Kompensation für den Ausfall im Jahre 2014.
Alles in allem führte dies zu einem Defizit, ohne die Auflösung der Reserven, von 126 Millionen Franken. Ein Entlastungsprogramm, wie es schon läuft und ab 2016 und vor allem ab 2017 mit den geplanten Gesetzesanpassungen grössere Einsparungen mit sich bringt, ist nötig. Doch mit der Art der Entlastung in gewissen Bereichen resp. mit der Nichtbelastung im Steuerbereich ist die SP-Fraktion teilweise nicht einverstanden. Mit den geplanten weiteren Programmen soll es ab 2019 wieder ausgeglichene Rechnungen geben. Ohne solche finanziellen Entlastungen und zusätzliche Einnahmen in den nächsten Jahren würde das Eigenkapital wie Butter an der Sonne schmelzen, und innert Kürze wäre kein Nettovermögen mehr vorhanden. Die SP-Fraktion wird auf den Geschäftsbericht eintreten und die Jahresrechnung 2015 sowie die Jahresrechnungen der PHZ, der kantonalen Strafanstalt Bostadel und der Gebäudeversicherung genehmigen. Ebenfalls stimmt sie dem Übertrag der Ressourcenausgleichsreserve von 340 Millionen Franken in das freie Eigenkapital zu.

**Pirmin Frei** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Geschäftsbericht 2015 an der letzten Fraktionssitzung eingehend diskutierte und ihm im Sinne der Anträge der Stawiko zustimmen wird. Zwar schliesst der Kanton Zug besser als budgetiert ab, der Aufwandüberschuss von über 126 Millionen Franken ist jedoch eklatant. Die Gründe dafür hat die Stawiko-Präsidentin ausgeführt.
Dies alles ist nicht Folge einer «verfehlten Steuerpolitik», wie die Linke ständig und wider besseres Wissens behauptet, und auch nicht Folge von unkontrolliertem Verwaltungsschlendrian, wie die Rechte stets weismachen will. Vielmehr haben sich innert kürzester Zeit die Parameter, auf die man während Jahren zählen konnte, massiv verändert: stotternde Konjunktur ausser- und innerhalb der Schweiz; damit verbunden Druck auf die Löhne, insbesondere auf die höheren Löhne, und folglich abnehmende Steuererträge bei den natürlichen Personen; aggressiver Steuerwettbewerb im Ausland; steigende gebundene Ausgaben; wiederum höhere NFA-Belastungen. Doch auch der Rat trug dazu bei, indem er grosszügig, vielleicht auch zu unkritisch, legiferierte oder Ausgaben beschloss. Trotz Entlastungsprogramm stieg der Aufwand, wenn auch nicht so rasch wie erwartet. Eine Erholung gab es auf der gesamten Ertragsseite, wobei die Gewinnsteuern der juristischen Personen besonders positiv zu Buche schlugen.
Die CVP, mit dem ehemaligen Kollegen Gregor Kupper als Wortführer, war die erste Partei, die – mit Zahlen belegt – die Trendwende angekündigt hatte. Der legendäre Mahnruf von Gregor Kupper im April 2014 ging im Rat jedoch völlig unter. Dies soll nicht erwähnt werden, um der CVP im Nachhinein auf die Schultern zu klopfen. Vielmehr geht es darum, dass in den finanzpolitischen Debatten etwas mehr Demut wünschenswert wäre. Nur allzu oft wird im Rat mit dem Finger emotional, teilweise faktenwidrig und undifferenziert auf die politischen Mitbewerber, die Regierung und die Verwaltung gezeigt. Beispiele dazu wären griffbereit, Abstimmungen mit Namensaufruf sei Dank.
Alle Ratsmitglieder tragen Verantwortung oder zumindest Mitverantwortung für die aktuelle Finanzlage und sind nun gefordert, in demokratischer Weise den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Die nächste Gelegenheit bietet sich bereits nächste Woche, wenn in 2. Lesung über das Entlastungspaket debattiert wird.
«Gouverner c'est prevoir» (regieren heisst vorausschauen) – regieren heisst aber auch führen. Diese Führungsverantwortung liegt bei der Regierung. Das beginnt bei der Personalführung und endet bei der strategischen Führung des Kantons.
Zum Bereich Personalführung zählt das Thema Überstunden. Der Regierungsrat hat dafür zu sorgen, dass die rund 120'000 Stunden, die der Kanton vor sich herschiebt, innert nützlicher Frist reduziert werden. Ein Beispiel zum Thema Führungsverantwortung konnte man mit der Entlassung des Chefs des AIO erleben. Die CVP-Fraktion unterstützt diesen Schritt. Es ist wichtig, dass der Finanzdirektor diejenigen Personen an seiner Seite hat, die er braucht, um die anstehenden Aufgaben zu erfüllen. Die CVP möchte wissen, wie viel Einsparungspotenzial mit der Entlassung des Chefs AIO innert welcher Frist zu erwarten ist.
Zur politischen Führung: Die CVP hat die Regierung für ihr zupackendes Handeln mit dem Entlastungsprogramm stets gelobt. Sie trägt das Entlastungspaket mit – auch wenn die eine oder andere Kröte geschluckt werden musste – und ist gespannt, was die Regierung im Rahmen von «Finanzen 2019» vorschlägt. Damit weitere Einsparungen und Mehreinnahme durch Gebühren und Abgaben von der Bevölkerung akzeptiert werden, muss der Wille zum Sparen deutlicher erkennbar sein als bisher. Kann trotzdem kein ausgeglichener Finanzhaushalt erreicht werden, sind Anpassungen bei den Steuern kein Tabu.

Die Regierung ist in der Pflicht. Sie kann auch in der nächsten Phase auf die CVP zählen. Ein Dank gebührt allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung, die im letzten, schwierigen Jahr einen Effort zugunsten des Kantons Zug geleistet haben.

**Karl Nussbaumer** führt aus, dass die SVP-Fraktion die Jahresrechnung 2015 detailliert besprochen hat und den ausgewiesenen Jahresverlust von 87,9 Millionen Franken mit Bedauern zur Kenntnis nimmt. Aufgrund verschiedener Umstände schliesst die Rechnung um 41 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Die zahlreichen Anstrengungen der Regierung und der kantonalen Verwaltung zu sparen, sind zu würdigen. Allen, die etwas dazu beigetragen haben, gebührt ein Dank. Die finanzielle Situation des Kantons ist aber nicht zufriedenstellend. Dies wird die Regierung und die kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nächsten Jahren noch mehr fordern, zu sparen, wo man kann und das Nötige vom Wünschbaren zu trennen. Die SVP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht 2015 ein stimmt allen Anträgen der erweiterten Stawiko zu.
Zum Traktandum 6, Finanzstrategie des Kantons Zug: Mit den drei Finanzprojekten Entlastungsprogramm 2015–2018, ZFA-Reform 2018 und Finanzen 2019 sind die Segel für eine langfristige Besserung richtig gesetzt worden. Damit wird nach einem voraussichtlich steinigen Weg bis ins Jahr 2020 wieder eine ausgeglichene Rechnung ausgewiesen werden können. Es gilt weiterhin, generelle Steuererhöhungen abzuwenden. Die SVP-Fraktion würdigt vor allem das Engagement von Landammann und Finanzdirektor Heinz Tännler, die eingeleiteten Schritte mit der Regierung und der Verwaltung weiterzuverfolgen. Darunter fallen auch eine faire Ausgestaltung des NFA und die vorteilhafte Ausgestaltung der USR III, auch mit der kommenden kantonalen Umsetzung. Die SVP-Fraktion nimmt die Finanzstrategie 2017–2025 zu Kenntnis.

**Beat Unternährer** teilt mit, dass die FDP-Fraktion auf den Geschäftsbericht 2015 eintritt und allen Anträgen zustimmt. Es wurde bereits erwähnt, dass der Kanton einen effektiven Verlust von 126 Millionen Franken zu verzeichnen hat. Geht man davon aus, dass etwas mehr als die Hälfte der Kosten des Kantons direkt beeinflussbar ist, so ist das immer noch ein enorm hoher struktureller Verlust. Erfreulicherweise konnten 2015 erste Sofortmassnahmen aus dem ersten Entlastungsprogramm umgesetzt werden. Bei einem Selbstfinanzierungsgrad von –52,7 Prozent im Geschäftsjahr 2015 ist das aber auch bitter nötig. Zum geringer als erwarteten Verlust haben auch etwas höhere Kantonssteuereinnahmen beigetragen. Hier wird eine ziemlich gute Strategie verfolgt. Die Bilanz und die Liquiditätssituation sind zwar noch kerngesund, doch der Cashflow des Kantons Zug war wiederum dreistellig negativ. Wenn man berücksichtigt, dass das Wachstum der Kantonsausgaben in den letzten Jahren im Jahresdurchschnitt das BIP-Wachstum des Kantons pro Kopf übertroffen hat, so ist klar, dass der Kanton Zug ohne grosse strukturelle Optimierungsmassnahmen früher oder später seine Reserven aufgebraucht haben wird. Die Regierung hat die Problematik erkannt und arbeitet mit Hochdruck an einer Verbesserung der Situation. Dies beinhaltet strukturelle Änderungen wie beispielweise im Bereich des AIO oder den weiteren Abbau von Überzeit- und Ferienguthaben. Allein wenn in vielen Bereichen der sogenannte Zuger Finish abgebaut wird, kann schon viel erreicht werden. Hier sei auf den BAK-Bericht aus dem Jahr 2014 verwiesen, wo im Quervergleich mit anderen Kantonen ein Einsparungspotenzial im dreistelligen Millionenbereich identifiziert worden ist. Einen schlanken, leistungsfähigen Staat aufrechtzuerhalten, ist eine Daueraufgabe. Denn es entstehen immer wieder Kosten, die nur schwer beeinflussbar sind. Man denke beispielsweise an die enormen Herausforderungen im Asylbereich.

Der Kanton Zug hat nach wie vor ein grosses strukturelles Finanzproblem. Die Umsetzung des ausgewogenen EP 2 ist notwendig. Nur mit gesunden Finanzen und steuerlich attraktiven Rahmenbedingungen kann Zug ein sozialer Kanton bleiben. Der Votant dankt der Verwaltung, der keine einfache Aufgabe bevorsteht.

**Andreas Hürlimann,** Sprecher für die ALG, erinnert daran, dass im Rat noch vor wenigen Jahren von einem «strukturelle Überschuss» gesprochen wurde. Diese Terminologie wurde von der bürgerlichen Mehrheit sehr gerne ins Feld geführt, um die vielen Steuersenkungen der letzten Jahre zu verkaufen. Wie sich spätestens jetzt zeigt, war der «strukturelle Überschuss» nichts anderes als eine ideologische Verschleierung, um erneut Steuergeschenke und eine neue Steuersenkungsrunde durchzudrücken. Die ALG hat man leider zu oft belächelt, als sie vor zukünftigen Defiziten warnte. Auch der frühere CVP-Stawiko-Präsident hat die letzten Steuersenkungen moniert und darauf hingewiesen, dass übertrieben wurde.
Und so kommt es, dass Finanzdirektor Heinz Tännler wie sein Vorgänger Peter Hegglin im Jahr davor ein Defizit präsentiert. Dieses fällt rund einen Drittel tiefer aus als budgetiert. Das haben wir von diversen Votanten gehört. Die Regierung musste bereits vor mehr als einem Jahr zugeben, dass fehlende Steuereinnahmen der Hauptgrund für die Defizite sind. Die direkten Steuern der natürlichen Personen liegen zwar gut 2 Prozent über dem Vorjahresstand, verfehlten das Budget aber dennoch um knapp 20 Millionen Franken – trotz erneuter Zunahme der Bevölkerung und der budgetierten Wachstumsraten. Ungenügende Steuererträge sind eine direkte Folge der verfehlten Finanz- und Steuerpolitik. In den letzten Jahren wurden die Steuern mehrfach massiv gesenkt. Dies führte unter anderem zu weiteren hohen Wachstumsraten bei natürlichen wie juristischen Personen. Doch diese mehrheitlich gut verdienenden und ressourcenstarken Personen bescheren dem Kanton Zug hohe NFA-Kosten, beteiligen sich aber nur unterproportional an den ständig steigenden Solidaritätszahlungen innerhalb der Schweiz.
Der Regierung und der Mehrheit im Rat dient diese finanzpolitische Ausgangslage nun als Rechtfertigung für das «Belastungsprogramm», das der Rat an der Sitzung von Anfang Juli in zweiter Lesung berät. Der Leistungsabbau ist im Geschäftsbericht bereits spürbar, bei diversen Ausgaben wie auch Leistungszielen.
Zug ist schweizweit und global bestens aufgestellt: top bei der Verfügbarkeit von Fachkräften, bei einem liberalen Arbeitsmarkt, der Steuerattraktivität und im Moment auch noch bei der Verkehrsinfrastruktur, d. h. beim öffentlichen Verkehr und beim Individualverkehr. Doch Zugs bürgerlich dominierte Politik schafft es leider nicht, diese gute Ausgangslage zu nutzen und daraus genügend Steuererträge für gute und auch zukünftig innovative Leistungen für eine Mehrheit der Bevölkerung zu generieren. Solche Leistungen müssten aufgrund der hervorragenden Ausgangslage problemlos finanzierbar sein. Doch eine Mehrheit von Zugerinnen und Zugern leidet bereits seit Jahren unter den hohen Wohn- und Lebenskosten. Jetzt kommen mittelmässige öffentliche Leistungen hinzu – und dies alles bei einer unterdurchschnittlichen Steuerabschöpfung.
Es besteht die Gefahr, dass Zug das nach wie vor massive Wachstum bei Firmen und Bevölkerung nicht mehr abfangen und in zukunftsfähige Wege leiten kann. Das darf nicht sein! So halten sich zum Beispiel Mobilitätsbedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung nicht an geplante Sparmassnahmen des Kantons. Bei der Mobilität, aber auch in vielen anderen Bereichen muss dringend investiert werden. Nur so hat Zug in einem härter werdenden Konkurrenzkampf auch zukünftig eine Chance. Die ALG fordert Kantonsrat und Regierung deshalb auf, bei der Sanierung der Staatsfinanzen nicht in Sparhysterie auszubrechen und zu viele Baustellen miteinander anzugehen. Zudem gilt es, nicht nur die Ausgaben-, sondern auch die Einnahmen-

seite zu beachten. Zug muss massvolle Steuererhöhungen vornehmen – nicht primär bei Familien und Mittelstand, sondern bei den Hauptprofiteuren der Tiefsteuerstrategie: den Hauptverursachern der hohen NFA-Zahlungen. Es kann nicht sein, dass die einfache Bevölkerung mit höheren Gebühren und Steuern sowie gleichzeitig schlechteren Leistungen aufgrund der Sparpakete die Zeche bezahlt!
Die ALG tritt auf den Geschäftsbericht 2015 ein und stimmt den vorliegenden Anträgen zu. Die Stawiko und die Finanzkontrolle haben keine Verfehlungen entdeckt, die in dieser Vergangenheitsbewältigung zu einem anderen Fazit führen würden.
Die ALG dankt den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung für ihren Einsatz für den Kanton Zug. Sie sind neben der ordentlichen Aufgabenerfüllung durch diverse Sparprogramme und -projekte zusätzlich stark belastet.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass dem Geschäftsbericht auf 403 Seiten Informationen über die wesentlichen Tätigkeiten des Regierungsrats und der sieben Direktionen zu entnehmen sind. Die GLP dankt der Regierung und der Verwaltung für den umfassenden Bericht und anerkennt den Willen, die Kosten zu senken und den Staatshaushalt zu entlasten. Sie spricht dem Regierungsrat ihr Vertrauen aus und wird seinen Anträgen zustimmen.
Der Votant weiss nicht, wie es den Ratsmitgliedern beim Studium der Jahresrechnung ergangen ist. Er jedenfalls hatte seine liebe Mühe. Und dies, obwohl er bis Mitte letztes Jahr Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung war und Kenntnis hat, wie der Budgetprozess abläuft, wie Zielsetzungen, Indikatoren sowie Zielgrossen definiert und die entsprechenden Informationen aufbereitet und formuliert werden. Auch für seine Parteikollegin und seinen Parteikollegen war es keine leichte Aufgabe. Nichtsdestotrotz hat sich auch die GLP eingehend mit dem Geschäftsbericht auseinandergesetzt. Dabei zeigte sich vor allem die Jahresrechnung eher als Buch mit sieben Siegeln, denn als Buch der Offenbarung, stellt doch die Finanzkommunikation eine besondere Herausforderung dar. Die gewählte Tabellenform und die Informationsgrafik sind zwar logisch und gut strukturiert, erschweren jedoch die Nachvollziehbarkeit und lassen mangels Beurteilungskriterien viel Interpretationsspielraum zu. Ohne Hintergrundwissen und zusätzliche verwaltungsinterne Informationen sind keine relevanten Aussagen zum abgebildeten Datenmaterial möglich. Deshalb kommentiert die GLP keine einzelnen Positionen, sondern bringt nur einige grundsätzliche Bemerkungen zur monetären Situation des Kantons an.
Es ist erfreulich, dass Zug 2015 etwas über 40 Millionen Franken weniger ausgegeben hat als budgetiert. Dennoch reicht dies offensichtlich nicht, resultiert doch auch so bereits zum dritten Mal in Folge ein Minus. Mit fast 127 Millionen Franken operativem Verlust fällt dieses sogar massiv aus. In Anbetracht der Reserven wäre ein solcher Rechnungsabschluss nicht allzu schlimm – wäre da nicht der Finanzplan 2016–2019 mit ungedeckten operativen Kosten von insgesamt über 500 Millionen Franken. Das Entlastungsprogramm 2015–2018 ist dabei bereits eingerechnet. Eine halbe Milliarde. Das ist krass. Wenn sich diese Entwicklung über den Finanzplanhorizont hinaus in derselben Art fortsetzt, wird sich Zug aller Voraussicht nach spätestens in fünf Jahren auf dem Geld- und Kapitalmarkt verschulden müssen. Das macht der GLP grosse Sorgen. Der Kanton rast quasi mit offenem Visier in ein gewaltiges strukturelles Defizit. Die Diskrepanz zwischen dem, was tatsächlich abläuft, und dem, was ablaufen sollte, ist eklatant. Gesellschaftspolitischer Anspruch und monetäre Realität klaffen sehr weit auseinander. Diese höchst unbefriedigende Situation kann nicht genug ernst genommen werden, gerade auch im Hinblick auf das voraussichtliche Referendum gegen das Entlastungsprogramm und die nachfolgende Abstimmung.

Mit 8,7 Prozent ungedeckten Ausgaben ist der Abschluss 2015 besorgniserregend, entspricht dies doch etwa zusätzlichen 18 Steuerprozenten. Gleichwohl ist der Kanton Zug nach wie vor ein attraktiver Wirtschafts- und Wohnstandort mit guten Rahmenbedingungen. Daran wird auch das Entlastungsprogramm nichts ändern. Auch so verfügt Zug über eine hervorragende Infrastruktur, komfortable Dienstleistungen sowie grosszügige Wohlfahrts-, Sozial- und Subventionsleistungen. Doch auch diesen etwas reduzierten Standard zu halten, wird mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln, aber auch wegen nicht beeinflussbarer finanzpolitischer Entscheide in Bundesbern künftig sehr schwierig werden. Eigentlich wissen alle, dass es nicht möglich sein wird. Ohne tiefgreifende Korrekturen hat die Situation das Potenzial, den Kanton Zug relativ bald grundlegend zu verändern, und zwar ganz und gar nicht zum Guten. Man wird nicht darum herumkommen, die Verwaltungstätigkeiten und Leistungsaufträge über das Entlastungsprogramm hinaus zu hinterfragen und zu reduzieren. Das sollte nicht in einer Ruck-Zuck-Übung erfolgen, sondern planmassig und mit klarem Zeithorizont. Hierzu wird neben dem Projekt Finanzen 2019 die geplante Regierungs- und Verwaltungsreform 2019 hilfreich sein. Der Fokus darf dabei nicht nur auf die Machtfrage «Fünf statt sieben Regierungsrate» gerichtet werden, sondern vor allem auf die Reorganisation der Verwaltung. Ziel muss sein, diese neu zu organisieren sowie schlanker und günstiger zu machen. Will der Rat den Kanton auch künftig fit halten, muss er Mut aufbringen. Denn der Wind lässt sich nicht ändern, aber die Segel können richtig gesetzt werden.

**Philip C. Brunner** bezieht sich auf den Bericht des BAK Basel und den festen Willen der Regierung vor einigen Jahren, an diesen Zahlen festzuhalten. Wenn Piloten in ihrem Cockpit Instrumente haben, die falsche Angaben liefern, muss man sich nicht wundern, wenn das Flugzeug in Turbulenzen gerät.
Ein Blick voraus: Zurzeit findet die Europameisterschaft statt, und ein Fussballspiel dauert bekanntlich 90 Minuten. Der Anpfiff ist jetzt gerade erfolgt. Es wird ein kräfteraubendes Spiel werden. Dabei sind Fairplay und Teamwork zu berücksichtigen. Zudem gibt es einen Trainer, der unterstützt und kritisiert. Im Fall des Kantons Zug heisst der Trainer Heinz Tännler. Ihm und dem Regierungsrat gebührt ein Dank, dass sie dieses harte Spiel austragen. Es ist nicht besonders nützlich, wenn gewisse Votanten aus den Fraktionen faktenwidrige Dinge auftischen. Es kommt nicht mehr darauf an, wer zuerst den Finger hochgehalten hat. Die CVP war es nicht, und schon gar nicht ihr Regierungsrat. Doch das ist Schnee von gestern, und diese Diskussionen sollten nicht mehr geführt werden.
Es wurde das Stichwort AIO erwähnt. Der Kantonsrat und insbesondere die Kommission haben der Regierung schon sehr früh signalisiert, dass ein Führungswechsel notwendig wäre. Es ist erfreulich, dass dieser Schritt nun getan wurde. Es ist ein Wagnis, doch wenn man sich nicht bewegt oder – fussballtaktisch gesprochen – keinen neuen Angriff auslöst, wird man auch kein Tor erzielen. In der Finanzdirektion wurden weitere personelle Änderungen aufgegleist. Auch hier gilt es, mit diesen Personen zusammenzuarbeiten und das Beste aus der Situation zu machen. In Bezug auf den Finanzplan ist darauf zu achten, dass man sich nicht übernimmt. Allzu viele Projekte und Änderungen könnten kontraproduktiv sein. Das Vorgehen muss *step by step* erfolgen, und die Zusammenarbeit ist wichtig. Beim Entlastungsprogramm wird es im Sinne des Ganzen notwendig sein, dass die Ratsmitglieder – und auch die SVP-Fraktion – den einen oder anderen Kompromiss in Kauf nehmen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass er nicht mehr Fussball spielt, sondern nur noch eine Funktion am Spielfeldrand innehat. Er bezieht sich auf die Worte der Stawiko-Präsidentin, dass der Geschäftsbericht ein Lichtblick für die Zukunft sei.

Dies kann sowohl bejaht als auch verneint werden. Ein Geschäftsbericht ist nichts anderes als Historie, es wird Geschichte geschrieben. Doch er ist auch die Grundlage für die nächsten Budgetjahre und für die Bewältigung der kommenden Herausforderungen. Ein Lichtblick ist, dass es zumindest wieder in eine andere Richtung geht, als zu befürchten war. Das Fazit: Der Geschäftsbericht zeigt auf, dass der Regierungsrat die Zeichen der Zeit erkannt hat. Wie Gabriela Ingold bereits ausgeführt hat, konnte auf der Aufwandseite – beim Sachaufwand, Personalaufwand usw. – ein besseres Ergebnis erzielt werden als budgetiert. Dies ist den enormen Anstrengungen der Direktionen zu verdanken.
Die zukünftigen Herausforderungen für den Regierungsrat und den Kantonsrat sind grösser, als man heute annimmt. Die Regierung beschäftigt sich momentan mit den Finanzen 2019. Dieser Prozess braucht Zeit, und im Regierungsrat finden intensive, aber konstruktive Diskussionen statt. Dem Kanton steht in den nächsten Monaten und Jahren ein anspruchsvoller Hürdenlauf bevor. Dabei sind der Kantons- und der Regierungsrat gefordert, diesen Prozess abzuschliessen bis ins Jahr 2019 – oder 2020. Denn vielleicht dauert das Fussballspiel länger als 90 Minuten, und es kommt zu einer Verlängerung. Dann muss im Penaltyschiessen *abgedrückt* werden, anders als dies die Schweizer Nationalmannschaft getan hat.
Zu den Negativzinsen, die Gabriela Ingold erwähnt hat: Vor zwei Tagen hat eine Bank dem Kanton Zug eine Limite von 130 Millionen Franken gekündigt. Der Regierungsrat hat ausgeführt, dass im schlechtesten Fall mit Negativzinsen von bis zu 4 Millionen Franken gerechnet werden muss. Doch es ist nicht alles planbar. 130 Millionen Franken bei einer anderen Bank zu platzieren, damit keine Negativzinsen bezahlt werden müssen, bedingt tagtägliches Verhandeln. Solche Herausforderungen werfen den Kanton immer wieder zurück. Es ist nicht voraussehbar, was andere Banken in den nächsten Tag und Wochen tun werden.
Zum Negativfinanzierungsgrad: Der Wert von –52 Prozent tatsächlich ist furchtbar. Der Kanton Zug steht schweizweit mit Abstand am schlechtesten da. Aus der laufenden Rechnung können die Nettoinvestitionen bei Weitem nicht mehr finanziert werden. Der Hebel muss in eine andere Richtung gezogen werden. Dies soll mit dem Prozess Finanzen 2019 und der Revision des Finanzhaushaltgesetzes (FHG), der Schuldenbremse, realisiert werden. Diese wichtigen Instrumente müssen eingeführt werden, auch wenn es schmerzlich ist.
Zu den Hinweisen bzw. den Empfehlungen der Stawiko in Bezug auf Überstunden, Ferienguthaben, Hilfskräften sowie Pensionären, die weiterbeschäftigt werden: Der Regierungsrat nimmt diese Empfehlungen ernst und wird sie besprechen. Im Hinblick auf die erweiterte Stawiko-Sitzung im Herbst wird er konkrete Antworten dazu geben. Ebenso werden der Stawiko und dem Rat Antworten geliefert zu den Gutachten Dritter. Diese Abklärungen sind bereits in Bearbeitung.
Zu den Risiken, welche die Stawiko-Präsidentin aufgeführt hat: Der Asylbereich, das Personalwachstum bei der KESB und das AIO sind nicht die einzigen Risiken. Es gibt noch viele andere wie z.B. die Negativzinsen und den NFA. Letzterer ist sehr volatil, da das ganze System nicht stimmt. Der Regierungsrat wirkt in einer Arbeitsgruppe mit, die bereits Empfehlungen abgegeben hat. Diese werden noch in diesem Jahr verfeinert. Es herrscht eine grosse Ungleichheit unter den Kantonen. Die Zahlen zeigen, dass es den Nehmern besser geht als den Gebern. Doch trotzdem wird der Topf weiter geäufnet, und der Kanton Zug muss mehr bezahlen.
Beim Thema Nationalbank stellt sich die Frage, ob der Betrag von 10 Millionen Franken budgetiert werden soll. Mit dem Brexit hat sich die Situation nochmals verschärft. Ob der Kanton Zug überhaupt Dividenden erhält, ist ungewiss. Die Reihe von Risiken könnte noch weiter fortgesetzt werden. In all diesen Bereichen ist es nicht einfach, zu planen und zu budgetieren. Oftmals wird die Regierung in ihren

Bestrebungen wieder zurückgeworfen: Es werden 10 Millionen Franken eingespart, dann passiert etwas, das den Kanton wieder 10 Millionen kostet. Auch der Bund gibt immer wieder Aufgaben an die Kantone weiter. Um diese ausführen zu können, müssen jeweils Ressourcen geschaffen werden.
Zu Alois Gössi: Es ist richtig, dass Zug ein strukturelles Problem hat. Das wurde aber schon vor einem Jahr gesagt und nicht erst heute. Aufgrund dieses Problems ist der Prozess Finanzen 2019 ausserordentlich wichtig.
Zu den Steuern und den 180 Millionen Franken Reduktionen in den letzten Jahren, die Andreas Hürlimann angesprochen hat: Diese basieren auf Kantonsrats- und Volksentscheiden. Es ist einfach, zu sagen, dies sei eine fehlerhafte bürgerliche Politik. Doch die bürgerliche Politik hat nun mal in Zug die Mehrheit. Die Frage kann aber zurückgeben werden: Was wäre denn sonst mit diesen 180 Millionen passiert? So wurden sie immerhin dem Mittelstand und den schlechter Verdienenden zurückgegeben. Vielleicht wären die 180 Millionen sonst irgendwo im See versenkt worden.
Zum Votum von Pirmin Frei bezüglich AIO: Der Finanzdirektor dankt ihm für sein Votum und ist froh, dass nun Sachverstand, Sachpolitik und nicht Emotionalität im Vordergrund stehen. Das Gleiche lässt sich zu Karl Nussbaumer sagen.
Zum «Belastungsprogramm», das Andreas Hürlimann erwähnt hat: Es ist bekannt, dass das Entlastungsprogramm linken Kreisen nicht passt. Doch es ist ein intelligentes Programm mit einer Opfersymmetrie. Es liegt in der Natur der Sache, dass es allen am einen oder anderen Punkt weh tut. Die Opfersymmetrie lässt sich vergleichen mit einem gerichtlichen Vergleich: Er ist nur dann gut, wenn beide Parteien nachgeben müssen. Wie Andreas Hürlimann angemerkt hat, ist keine Hysterie angebracht. Das Sparprogramm muss mit Sachverstand und in der dafür notwendigen Zeit erarbeitet werden.
Zum BAK Basel: 2012 wurden mit dem BAK Basel Diskussionen geführt, aus denen hervorging, dass die Welt im Kanton Zug 2019/20 in Ordnung sein würde, sprich, man würde keine strukturellen Defizite schreiben. Doch solche Studien sind immer mit Vorbehalt zu geniessen. Deshalb sollte nun nicht mit dem Finger auf das BAK Basel gezeigt werden. Seit 2013 hat sich die Welt verändert, und der Kanton muss sich den neuen Herausforderungen stellen – BAK Basel hin oder her.
Grund für das strukturelle Defizit sind nicht nur die fehlenden Steuereinnahmen. Es gibt viele andere Punkte, die dazu beigetragen haben. Dazu zählt, dass in den guten Zeiten erstklassige Verwaltungen aufgebaut wurden. Es wurden Leistungen angeboten, die eine Anspruchshaltung unterstützt haben und die Geld kosten. Es gilt nun, über die Bücher zu gehen und Sparpotenzial zu orten.
Der Finanzdirektor dankt für die gute Aufnahme des Geschäftsberichts. Der Kanton Zug verfügt über eine solide Bilanz und eine gute Ausgangslage, um die künftigen Herausforderungen ohne Hysterie anzunehmen und zu bewältigen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Geschäftsbericht eine Vorlage ist, auf die der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. g der Kantonsverfassung zwingend eintreten muss.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt. Der Obergerichtspräsident bzw. der Verwaltungsgerichtspräsident stehen auf Pikett und würden kurzfristig hergebeten, falls sich Fragen ergeben sollten.

Es erfolgen Wortmeldungen zu den folgenden Abschnitten:

***Direktion des Innern (ab S. 83)***

**Monika Barmet** bezieht sich auf Seite 104 des Geschäftsberichts, Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz. Dort ist im letzten Satz erwähnt, dass im Berichtsjahr 2015 rund 382 Private Mandatspersonen (PriMa) Mandate im Erwachsenenschutzbereich führten. Im Vergleich zu den Ausführungen im Geschäftsbericht 2014, S. 97, ebenfalls beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz, ist eine deutliche Abnahme der Anzahl PriMa festzustellen. Dort wurde erwähnt, dass von 2013 auf 2014 die Anzahl erfreulicherweise von 380 auf 416 erhöht werden konnte. Damals wurden 55 Prozent der Erwachsenenschutzmassnahmen durch PriMa betreut. 2015 liegt die Anzahl PriMa nun wieder bei 382, das heisst, innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl um 34 Personen reduziert. Die Fragen an die Vorsteherin der Direktion des Inneren, Manuela Weichelt-Picard, lauten deshalb: Warum betreuen weniger PriMa Erwachsenenschutzmassnahmen? Wie ist die aktuelle prozentuale Verteilung der Betreuungsmandate? Wird dieser Abwärtstrend der PriMa anhalten? Zur Erinnerung: Bei der Beratung zur ZGB-Revision 2011 wurde wiederholt erwähnt, dass es insbesondere den hohen Anteil an PriMa zu bewahren gelte. Dies sollte als Ziel weiterverfolgt werden: einerseits, um die finanzielle Belastung des Kantons in Grenzen zu halten, und andererseits, um an die gesellschaftliche und soziale Verantwortung und Mitwirkung jedes Einzelnen zu appellieren und Bürgerinnen und Bürger aufzufordern, einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten. Oder sind die Anforderungen an die Mandatsführung mit den umfassenden Änderungen doch zu hoch?

**Manuel Brandenberg** unterstützt das Votum von Monika Barmet. Es ist wichtig, dass die Anforderungskriterien für PriMa nicht zu noch angesetzt werden. Bei der KESB besteht die Tendenz, zu hohe Anforderungen an Private, sogar an Familienmitglieder, zu stellen, um dann die eigenen Sozialarbeiter und Berufsbeistände einzusetzen. Dies führt zu erhöhten Personalkosten des Kantons. Es ist zu unterstützen, dass Familienmitglieder, Freunde und Bekannte von Betroffenen Mandate übernehmen. Privatpersonen sind in der Lage, solche Mandate zu bewältigen. Der Votant hat in seiner Berufstätigkeit festgestellt, dass KESB-Mitarbeitende vorgeben, es wäre furchtbar schwierig, eine Steuererklärung auszufüllen und ein paar Zahlungen zu machen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass gemäss Rückfrage bei der KESB kein Rückgang der Anzahl PriMa seit Übernahme der Gemeinden zu verzeichnen ist. Die Zahl, die Monika Barmet genannt hat, ist aufgrund einer Bereinigung entstanden. Denn man hatte festgestellt, dass auch Fachanwältinnen, Fachanwälte und gar Berufsbeistände von Punkto als PriMa tätig waren. Deshalb wurde in den letzten Jahren eine Bereinigung vorgenommen, und seit Ende 2015 besteht diese Gruppe nur noch aus PriMa. Dies hat den Anschein erweckt, als würden nun weniger PriMa eingesetzt als im Vorjahr. Die KESB hat bestätigt, dass

sie weiterhin über eine Liste mit Personen verfügt, die gerne ein PriMa-Amt ausüben würden. Es gibt genügend Interessierte. Zudem wies die Behörde darauf hin, dass zurzeit ein Wandel bei den PriMa stattfinde: Behinderte Kinder werden in der heutigen Zeit älter. Und so kommt es vor, dass Eltern, die für ihr Kind ein PriMa-Mandat geführt haben, versterben. Die lebenden Familienangehörigen sind oftmals nicht bereit, das PriMa-Amt, beispielsweise für ein Geschwister, weiter auszuüben. Dies führt zu einer Verlagerung zu anderen PriMa ohne verwandtschaftliche Verbindung oder zu einem Berufsbeistand.
Zurzeit gibt es keine Hinweise, dass das Ziel, PriMa zu gewinnen und einzusetzen, nicht erfolgreich verfolgt würde. Das ist auch ein Anliegen des Regierungsrats, der dies weiterhin im Auge behalten wird.

***Direktion für Bildung und Kultur (ab S. 113)***

**Rita Hofer:** Mit der Eröffnung des Langzeitgymnasiums in Menzingen verfügt der Kanton über zwei Standorte. Nebst ein bisschen mehr Flexibilität für die Kantonsschule Zug bezüglich Räumlichkeiten erreicht die Kantonsschule Menzingen eine pädagogisch wie auch wirtschaftlich sinnvolle Grösse. Die Rückmeldungen von Lehrern, Schülern und Eltern sind positiv ausgefallen. Die Einführung des Langzeitgymnasiums in Menzingen führt bis Ende Schuljahr 2020/21 zu einem jährlichen Wachstum der Schule um zwei Klassen. Im Vollausbau werden an der Kantonsschule Menzingen 24 bis 28 Klassen unterrichtet. Hingegen wird von einem Schrumpfungsprozess an der Kantonsschule Zug gesprochen. Die Erweiterung in Menzingen und die Sparmassnahmen (Erhöhung der Klassengrössen, Reduktion der Stundentafel, reglementarisch fixierter Noten-Orientierungswert) prognostizieren gar eine weitere Verkleinerung der Kantonsschule Zug. Ist diese Aussage korrekt? Kann der Bildungsdirektor detailliertere Erklärungen oder Ausführungen dazu geben?

Für Bildungsdirektor **Stefan Schleiss** ist es schwierig, diese Frage konkret zu beantworten. Im Votum von Rita Hofer sind keine fehlerhaften Ausführungen auszumachen. Es ist tatsächlich so, dass in Menzingen aufgestockt wird. Jährlich werden zwei Klassen von Zug nach Menzingen verlagert. Die Zuweisungen im Bereich Kurzeitgymnasium sind erfreulich, liegen aber über den Erwartungen. Es wird auch in diesem Jahr eine Klasse mehr geben als geplant. Man ging von drei Parallelklassen à vier Jahrgängen aus, nun wird zusätzlich eine vierte Klasse gebildet. An der Kantonsschule Zug wird der geplante bzw. erwartete Abbau der Anzahl Klassen ein Stück weit kompensiert durch die hohen Zuweisungen. In Menzingen werden zwei Langzeitgymnasiumsklassen pro Jahr eröffnet. Weitere Zuweisungen aus den gemeindlichen Schulen ins Langzeitgymnasium muss die Kantonsschule Zug auffangen. Der Bildungsdirektor bestätigt, dass die Ausführungen von Rita Hofer korrekt sind, und hofft, die Frage so ausreichend beantwortet zu haben.

***Finanzdirektion (ab S. 311)***

**Alois Gössi** hält fest, dass seine Fragen in dieselbe Richtung gehen wie diejenigen von Pirmin Frei. Sie betreffen das Jahr 2016 und nicht 2015, aber da dies die Stawiko in ihrem Bericht auch erwähnte, erlaubt sich der Votant, diesbezügliche Fragen zu stellen.
Der Regierungsrat strebt einen Strategiewechsel bzw. eine Neuausrichtung beim Amt für Informatik und Organisation (AIO) an. Dies hauptsächlich, weil der Kantons-

rat die Beantwortung einer Motion zurückwies, in der es unter anderem um die Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung ging. Die Stawiko schreibt in ihrem Bericht, dass mit der geplanten neuen strategischen Ausrichtung erhebliche finanzielle Einsparungen erzielt werden konnten. Welcher Art sind diese Einsparungen, und mit welchen Einsparungen rechnet der Regierungsrat für den Kanton Zug resp. die Einwohnergemeinden?
Die zweite Frage betrifft den Wechsel bei der Leitung des AIO. In einer Medienmitteilung des Kantons hiess es: «Der Leiter des AIO beendet bedauerlicherweise seine Tätigkeit als Leiter des AIO auf eigene Initiative. Grund für den Weggang sind unterschiedliche Auffassungen über die strategische Neuausrichtung der Informatik im Kanton Zug.» Pirmin Frei erwähnte vorhin jedoch, dass der Weggang aufgrund einer Entlassung erfolgte. Da der Leiter des AIO seine Tätigkeit gemäss Medienmitteilung aber selbst beendete, hat ihm der Kanton Zug keine finanziellen Abgeltungen zu entrichten. Ist dies korrekt? Und falls es nicht korrekt sein sollte: Wie gross war die zusätzliche finanzielle Abgeltung?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt Alois Gössi für die vorgängige Zustellung der Fragen. Ausgangspunkt für den Strategiewechsel war die Motion, die im Februar im Rat behandelt worden ist und an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen wurde. Dieser Debatte konnte man entnehmen, dass im AIO mehr Verantwortung und Zuständigkeit gewünscht würden. Die Situation wurde in der Finanzdirektion und mit Fachleuten analysiert. Dabei kam man zum Schluss, dass im AIO die Sensibilität fehlt, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung übernehmen, heisst auch, eine Schatten-IT in den Direktionen zu verhindern, wie diese teilweise vorhanden ist. Das ist nicht ein Vorwurf an die Direktionen, vielmehr hat sich dies aus der Struktur ergeben. Doch es führt zu erheblichen Redundanzen und zu Doppelspurigkeiten, die kostenrelevant sind. Dazu kommt, dass das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden bzw. AIO und gemeindlichen IT-Vertretern leicht zerrüttet ist. Das Vertrauen fehlt, und das ist eine schlechte Situation im IT-Bereich eines Kantons mit elf Gemeinden und 120’000 Einwohnern. Arbeitet man nicht zusammen, geht viel Kosteneinsparungspotenzial verloren. Im AIO sind 36 Mitarbeitende beschäftigt, ausserhalb des AIO ebenfalls 36. Zudem ist in den Gemeinden eine grosse Anzahl an IT-Mitarbeitenden tätig. Aus der Analyse ging hervor, dass bei einem Aufwand von ca. 40 Millionen Franken im ganzen Kanton Einsparungen von rund 20 Prozent erreicht werden müssen. Das ist das Ziel dieses Prozesses, der jedoch drei bis fünf Jahre dauern wird. Die Strategie muss der Regierungsrat noch im Detail definieren. Es handelt sich um eine Stossrichtung, gestützt auf die Beantwortung der Motion. Ebenso muss die Strategie mit den Gemeinden abgesprochen werden. Die Gemeindeautonomie ist zu berücksichtigen, Kanton und Gemeinden müssen zusammenarbeiten.
Bezüglich AIO-Leiters wurde gegenseitiges Stillschweigen vereinbart. Mehr als das, was in der Medienmitteilung steht, kann der Finanzdirektor nicht dazu sagen.

### *Richterliche Behörden (ab S. 347)*

**Kurt Balmer** weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren ausschliesslich er selbst zu den richterlichen Behörden gesprochen hat, und er tut das auch dieses Jahr. Die Stawiko-Präsidentin hat ihm vor geraumer Zeit versprochen, dass im Stawiko-Bericht zumindest ein Satz über die Prüfung der Gerichte aufgenommen würde. Die Gerichte haben keinen Leistungsauftrag und verursachen im Kanton Zug zu Recht einen Aufwand von ca. 20 Millionen Franken. Im Stawiko-Bericht ist

kein Wort über die Gerichte enthalten, und an der heutigen Sitzung nimmt niemand Stellung zu diesen. Es ist jedoch zumindest eine mündlich Bestätigung angebracht, dass die Gerichte rechnungsmässig ordentlich geprüft wurden und keine Fehler festzustellen waren. Denn schliesslich befindet man sich zurzeit in einem Entlastungsprogramm. Diesbezüglich ist ein Beitrag der Gerichte zu vermissen. Es wurde zwar versichert, dass auch die Gerichte im EP integriert seien. Der Votant möchte das Gefühl loswerden, dass bei den Gerichten die Rechnung nicht so genau geprüft wird. Er bittet die Stawiko-Präsidentin um eine mündliche Bestätigung.

**Hans Christen** hält fest, dass er und Karl Nussbaumer beauftragt waren, die Position richterliche Behörden zu prüfen. Diese Aufgabe wurde entsprechend wahrgenommen. Es war das erste Mal, dass der Votant vom Obergerichtspräsidenten persönlich empfangen wurde. Die Rechnung wurde zusammen mit dem Rechnungsführer besprochen und geprüft. Die Beauftragten haben den Delegationsbericht der erweiterten Stawiko eingereicht, und es wurden keine Fehler gefunden. Die Finanzkontrolle hat ebenfalls keine Unregelmässigkeiten festgestellt. Es kann bestätigt werden, dass alles in Ordnung war.

***Bilanz (ab S. 363)***

**Manuel Brandenberg** gibt eine Empfehlung ab zur Problematik der Negativzinsen. Er empfiehlt der Regierung, die Position 1002, Bank, etwas zu entlasten zugunsten der Position 1000, Kasse*. (Der Rat lacht.)*

***Anträge des Regierungsrats (Seite 5)***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die erweiterte Staatswirtschaftskommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst. Der Vorsitzende liest die Anträge des Regierungsrats vor:

- Es sei der Geschäftsbericht 2015, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung, zu genehmigen.
- Es seien die im Anhang zur Jahresrechnung 2015 als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen.
- Es sei die Jahresrechnung 2015 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen.
- Es sei die Jahresrechnung 2015 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.
- Es sei die Jahresrechnung 2015 der Gebäudeversicherung Zug zu genehmigen.
- Es sei die Ressourcenausgleichsreserve von 340 Millionen Franken ins freie Eigenkapital zu übertragen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** begrüsst die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart.

TRAKTANDUM 6

**491 Finanzstrategie 2017–2025 des Kantons Zug**

Vorlagen: 2597.1 - 15117 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2597.2 - 15170 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

EINTRETEN

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** widmet der Finanzstrategie in diesem Jahr ein separates Votum. Aufgrund der dramatischen Veränderung der letzten Jahre bedarf die Finanzstrategie einer erhöhten Aufmerksamkeit. Obwohl das Entlastungsprogramm 2015–2018 erste Wirkungen zeigt, ist das zweite Paket noch nicht in trockenen Tüchern. Und auch wenn das EP 2 umgesetzt werden kann, klafft weiterhin ein strukturelles Defizit von gegen 100 Millionen Franken pro Jahr.
Im Grundsatz begrüsst die Stawiko den Bericht und Antrag der Regierung vom 8. März 2016 zur Finanzstrategie 2017–2025. Die Ziele der zukünftigen Finanz- und Steuerpolitik – ein ausgeglichener Staatshaushalt, ein gutes staatliches Leistungsangebot und weiterhin eine attraktive Steuerbelastung – decken sich mit denjenigen der Stawiko. Die neue Finanzstrategie der Regierung umfasst zwei Perioden: Bis Ende 2019 soll das strukturelle Defizit mit geeigneten Massnahmen abgebaut werden. Eine rote Null soll danach in der Staatsrechnung resultieren. Mit dem Projekt Finanzen 2019 will die Regierung ähnlich wie beim EP 1 und 2 die Umsetzung von Massnahmen definieren. Zurzeit beschäftigt sie sich mit der Methodik. Aus Sicht der Stawiko muss der Fahrplan unbedingt eingehalten werden, sodass bis 2019 die Defizite eliminiert werden können. Dabei fordert die Stawiko, dass sämtliche Leistungen überprüft werden. Bürokratie und unnötige Arbeitsschritte müssen abgebaut werden. Aufgaben, die nicht wirklich notwendig sind, dürfen aufgehoben werden – notfalls mittels Gesetzesänderungen oder durch die Aufhebung eines Gesetzes. Gesetze müssen nicht immer in der Luxusvariante umgesetzt werden. Oft ist ein Opel stabiler und viel weniger anfällig als ein Maserati.
Die Stawiko-Präsidentin ist nicht derselben Meinung wie Andreas Hürlimann, dass die Leistungen des Kantons Zug Mittelmass seien. Dass das nicht stimmt, erlebt sie immer wieder selbst im Berufsleben und im Gespräch mit ausserkantonalen Personen, die ein Loblied singen auf die Verwaltung des Kantons Zug.
Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Effizienz und Effektivität der Leistungserbringung durch das Personal der kantonalen Verwaltung. Im Papier der Regierung fehlt dazu eine klare Stellungnahme. Der Finanzdirektor hat der Stawiko jedoch versichert, dass diese Kriterien Bestandteil des Projektes Finanzen 2019 seien. Man wird auch über den Stellenetat sprechen müssen. Das Projekt Finanzen 2019 darf zudem kein Verschiebungsprojekt auf die Gemeinden werden, denn es sollen Kosten reduziert werden. Dem Steuerzahler ist es egal, über welches Gemeinwesen eine Aufgabe finanziert wird. Am Ende muss das Gesamtpaket stimmen.
Als Ultima Ratio werden immer wieder Steuererhöhungen genannt. Zu diesem Thema hält sich die Regierung in ihrem Papier vornehm zurück, weil zuerst die Aufwandpositionen durchleuchtet werden müssen. Analysen der Ertragsseite sind aber unabdingbar. Die engere Staatswirtschaftskommission hat hierzu der Finanzdirektion einen Auftrag erteilt. In Bezug auf das Votum der ALG ist anzumerken, dass die Steuersenkungen der letzten Jahre grossmehrheitlich dem Mittelstand zugutegekommen sind.
Der Bewirtschaftung der Immobilien sowie der Büroraumplanung wird eine besondere Beachtung geschenkt werden. Dabei hat der Finanzdirektor vernehmen lassen, dass nicht desinvestiert werden soll. Die Stawiko begrüsst dies.

Die zweite Periode der Finanzstrategie umfasst die Jahre 2020–2025. In diesen Jahren sollen die Defizite definitiv eliminiert und die Staatsrechnung nachhaltig ausgeglichen sein. Hier spricht man von einer schwarzen Null. Dabei wird die Schuldenbremse, die Teil der anstehenden Revision des Finanzhaushaltsgesetzes ist, wertvolle Dienste zu leisten haben. Wesentlich wird die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III sein. Der Kanton Zug ist gemäss Experten gut positioniert. Das Verhalten insbesondere der mobilen Gesellschaften wird dabei jedoch entscheidend sein. Der Pflege der Wirtschaft muss weiterhin Beachtung geschenkt werden, und die Entwicklung der Weltwirtschaft ist zu berücksichtigen. Sobald die Unternehmenssteuerreform III definitiv ist, muss der Kanton die Umsetzung zügig an die Hand nehmen.
Daniel Stadlin hat in seinem Votum Schwarzmalerei betrieben. Hysterie ist nicht am Platz. Die Regierung und der Rat haben den Ernst der Lage erkannt und werden ihr Bestes geben. Der Kanton Zug befindet sich auf dem richtigen Weg – ist aber noch lange nicht am Ziel. Es wird von allen Beteiligten viel Ausdauer, Anstrengungen und Energie erfordern, diese Projekte erfolgreich abzuschliessen. Die Stawiko fordert den Rat auf, die Regierung in ihren Vorhaben zu unterstützen.

**Alois Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion mit den Zielsetzungen der Finanzstrategie einverstanden ist. Kurzfristig, bis 2019, soll die laufende Rechnung ausgeglichen gestaltet werden. Dasselbe gilt mittel- bis langfristig für die Jahre von 2020 bis 2025. Vor allem das erste Ziel ist sehr ambitiös: Innerhalb von vier Jahren, von 2015 bis 2019, muss ein Minus von 126 Millionen Franken ausgeglichen werden. Dies soll gemäss Regierungsrat mit folgenden Massnahmen erreicht werden: Die Leistungen sind zu überprüfen und, wo möglich und sinnvoll, abzubauen oder ganz wegzulassen; die Leistungsniveaus sind zu überprüfen und wenn möglich zu reduzieren; die Investitionen sind zu überprüfen und – im Rahmen der vom Regierungsrat vorzugebenden Werte – auf das absolut Notwendige zu beschränken; es ist darzulegen, wie und in welchem Ausmass der Fiskalertrag erhöht werden kann.
Mit der Umsetzung dieser Massnahmen wird die die SP-Fraktion teilweise Mühe haben. Die Ziele der Finanzstrategie sollen nicht nur einseitig durch Ausgabenreduktion, sprich Leistungsabbau oder Leistungsverzicht, erreicht werden. Die SP-Fraktion wird bestimmte Leistungsreduktionen ablehnen. Höhere Steuereinnahmen sind zwingend notwendig. Im Bericht des Regierungsrats ist dies eher zögerlich aufgeführt. Die SP-Fraktion nimmt die Finanzstrategie 2017–2025 zur Kenntnis.

**Pirmin Frei,** Sprecher für die CVP-Fraktion, hält fest, dass der Rat von der Finanzstrategie lediglich Kenntnis zu nehmen hat. Alles, was dazu gesagt wird, ist daher mehr oder weniger für die Galerie und allenfalls für die Geschichtsbücher.
Die CVP begrüsst den vom Regierungsrat eingeschlagenen Weg und hat zur Strategie 2017–2025 keine wesentlichen Einwände. Es ist wichtig, dass die Regierung die Finanzen mittelfristig ins Auge fasst. Wichtiger, als eine Strategie zu Papier zu bringen, ist allerdings, sich an die eigenen strategischen Vorgaben zu halten. Diesbezüglich stechen zwei Leitlinien besonders ins Auge:
Die erste Leitlinie besagt, dass sich der Aufwand und die Investitionen nach der zu erwartenden Ertragsentwicklung richten. Man darf gespannt sein, wie der Regierungsrat diese strategische Leitlinie umsetzen will. Denn vor etwas mehr als zwei Jahren wollte er von solchen Ideen noch gar nichts wissen – damals hat der Rat einen 900-Millionen-Franken-Kredit für den Stadttunnel gutgeheissen, obwohl erste dunkle Wolken am Zuger Finanzhimmel erkennbar waren. In seiner Antwort vom 18. April 2014 zur Interpellation von Daniel Thomas Burch mit dem Titel «Priorisierung von Infrastrukturprojekten» erklärte der Regierungsrat, allein der Kantonsrat

könne bei Infrastrukturvorhaben Priorisierungen vornehmen, nämlich im Rahmen der Richtplanung. Regierung und Verwaltung seien an den Richtplan und die dortigen Prioritäten gebunden. Ähnlich hatte die Regierung schon argumentiert bei der Behandlung der CVP-Motion «Finanzierung von Infrastrukturprojekten» vom 26. September 2013. Es scheint, dass zwischenzeitlich nicht nur Direktionswechsel stattgefunden haben, sondern seit sehr kurzer Zeit in der Regierung auch ein wundersamer Gesinnungswandel im Gange ist. So wundersam, dass die CVP-Fraktion vor 14 Tagen eine Interpellation mit dem zugegebenermassen etwas fantasielosen Titel «Priorisierung von Infrastrukturvorhaben» eingereicht hat. Die Fraktion möchte wissen, ob sie die neue Finanzstrategie richtig verstanden hat oder ob das, was die Regierung bisher verlauten liess, plötzlich keine Gültigkeit mehr hat.
Erfreulich ist die zweite Leitlinie: «Die kumulierten Ergebnisse der laufenden Rechnung sind mittel- und langfristig auszugleichen.» Damit öffnet die Regierung den Weg zu einem Instrument, das die CVP seit nunmehr drei Jahren – zunächst in Baar – stets gefordert hat: zu der Schuldenbremse.
Der Votant dankt dem Finanzdirektor, dass er die sistierte Revision des FHG wieder aufgenommen hat. Der Finanzdirektor wird in schwierigen, zuweilen vermutlich einsamen Zeiten mit der CVP eine Partei an der Seite haben, auf die er zählen kann.

**Beat Unternährer:** Die FDP-Fraktion unterstützt die Intentionen des Regierungsrats zur Gesundung der Staatsfinanzen. Mit den verschiedenen Programmen geht der Regierungsrat sehr strukturiert vor. Die Staatsfinanzen lassen sich nicht mit Hauruck-Übungen wieder ins Lot bringen. Eine Analyse der Finanzrechnungen der letzten Jahre zeigt, dass eher ein Aufwand- als ein Ertragsproblem besteht. Trotz Krisenjahren waren die Steuererträge von juristischen und natürlichen Personen im Jahr 2007 tiefer als im Jahr 2015. Daraus ist zu schliessen, dass der Kanton Zug über eine gute Struktur von Unternehmen und Privatpersonen verfügt. Starke Steuerzahler ermöglichen es, eine soziale Steuerpolitik zu verfolgen. Fallen diese weg, wird Zug auch für mittelständische Familien rasch zum steuerlichen Normalfall.
In den vergangenen Jahren war die Finanzpolitik des Kantons Zug zu wenig darauf ausgerichtet, die Ausgaben tief zu halten. Exekutive und Legislative sind nun verpflichtet, dafür zu sorgen, dass das strukturelle Defizit bis Ende 2019 abgebaut wird. Das EP 1 und das EP 2 generieren rund 110 Millionen Franken an Verbesserungen der Erfolgsrechnung. Dies reicht nicht aus, um das Defizit zu verringern. Es ist davon auszugehen, dass die Erfolgsrechnung für eine nachhaltige Gesundung der Finanzen um weitere 100 Millionen Franken verbessert werden muss. Die FDP-Fraktion begrüsst daher das Projekt Finanzen 2019. Der Regierungsrat sollte relativ zügig definieren, welche Einsparungen neben dem EP 1 und dem EP 2 noch möglich sind. Steuererhöhungen sind nur als Ultima Ratio zu sehen.
Ebenso dürfen keine weiteren Kosten auf die Gemeinden verlagert werden. Daher darf die Regierung bei der Gestaltung des Projektes Finanzen 2019 in Bezug auf die Kantonsadministration keine Scheuklappen haben. Es wäre allenfalls hilfreich, eine externe Begleitung bei der Definition und Umsetzung des Programms beizuziehen. Richtigerweise stellt die Regierung in ihrem Bericht vom 8. Marz 2016 auf Seite 14 fest, dass sowohl Leistungen als auch Investitionen zu überprüfen sind. Was fehlt, sind Hinweise auf Produktivitätssteigerungen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die heute definierten Leistungen im einen oder anderen Bereich noch effizienter erbracht werden können.
Die Regierung sollte nun relativ rasch entscheiden, welches für sie die Kernaufgaben sind und wie diese effizient erfüllt werden können. Daraus lässt sich ein angemessenes Sparpotenzial ableiten. Besteht dann immer noch eine Lücke, kann diese

nur mit Mehreinnahmen gedeckt werden. Diese mussten so gestaltet sein, dass die guten Steuerzahler im Kanton behalten werden können.

**Andreas Lustenberger** spricht für die ALG. Die Stawiko schreibt in ihrem Bericht zur Finanzstrategie, dass der Zuger Finanzhaushalt ein strukturelles Defizit aufweise. Es wird weiter erwähnt, dass die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre den Fiskalertrag negativ beeinflusst haben. Davor hat die ALG stets gewarnt. Die ewigen Steuersenkungen verkommen nun zum Bumerang. Wichtiger als ein einseitiger Staats- und Fiskalquotenfetischismus sind andere Standortfaktoren wie Bildung, bezahlbare Gesundheit, soziale Sicherheit, eine intakte Umwelt, geringe Verkehrsbelastung, günstige öffentliche Dienstleistungen, familiengerechte Infrastrukturen oder eine motivierte und gute Verwaltung für die Wirtschaft sowie die Gesellschaft; zumal tiefe Quoten nicht einmal die wirtschaftliche Standortattraktivität garantieren. Länder mit weit höheren Fiskalquoten liegen laut diversen Rankings vor der Schweiz. Der Kanton Zug muss deshalb auch in Zeiten von angespannten finanziellen Zahlen in echte Standortvorteile investieren. Er muss seine Aufgaben zur Milderung der negativen Effekte des Wachstums im Kanton wahrnehmen. Dafür braucht es Mehreinnahmen.
Zug hat für die normal verdienende Bevölkerung eine der höchsten Wohn- und Lebenskosten in der Schweiz. Dies ändert sich nicht, nur weil eine bürgerliche Mehrheit im Rat gerade das Sparen zelebriert. Werden nun öffentliche Leistungen abgebaut, dann leiden gerade diese Bevölkerungsgruppen nochmals. Denn von Opfersymmetrie kann beim aktuellen «Belastungsprogramm» keine Rede sein. Diese hätte zumindest eine Änderung der Einnahmenseite verlangt. Gerade deshalb wehrt sich eine breite Allianz von Betroffenen gegen das Kaputtsparen und setzt sich für ein lebenswertes Zug ein.
Die ALG fordert den Regierungsrat auf, dem Rat aufzuzeigen, welche Massnahmen er in welchen Bereichen ergreifen möchte, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Der Regierungsrat soll strukturiert darlegen, welche Leistungen abgebaut, welche mittels Steuererhöhungen finanziert werden sollen und wo durch eine andere, effizientere Leistungserbringung noch Potenzial besteht. Steuererhöhungen müssen ein Thema sein, und zwar nicht erst, wenn man sich von allen innovativen Ideen verabschiedet und den Anschluss an die Top-Standorte in Sachen Leistungserbringung verpasst hat.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass die GLP die regierungsrätliche Finanzstrategie begrüsst und die Zielvorgabe unterstützt, das strukturelle Defizit bis Ende 2019 mit geeigneten Massnahmen abzubauen und ab dann Aufwand und Investitionen den Einnahmen anzupassen, sodass ausgeglichene Rechnungen resultieren – sofern dies in erster Priorität über Aufwandreduktionen erreicht wird. Der GLP ist bewusst, dass der Handlungsspielraum der kantonalen Finanzpolitik durch die angespannte Wirtschaftslage und durch politische Unsicherheiten zurzeit sehr beschränkt ist. Doch ein wesentlicher Teil des monetären Problems respektive des strukturellen Defizits hat sich der Kanton selbst eingebrockt − zum Beispiel, indem in finanziell guten Zeiten nicht nur Notwendiges, sondern auch viel Wünschbares in die Gesetze geschrieben und so der administrative Aufwand unnötig verkompliziert und aufgebläht wurde. Es wäre angebracht, alle kantonalen Gesetze und Verordnungen auf Sparpotenzial zu durchforsten und die Projekte ZFA-Reform 2018, Finanzen 2019 und Regierungs- und Verwaltungsreform 2019 durch ein Projekt Gesetze 2019 zu ergänzen. Dieser Vorschlag ist ernst gemeint.
Sollte sich zeigen, dass das anvisierte Ziel der Finanzstrategie nachweislich nicht durch Senkung der Kosten erreicht werden kann, wird sich die GLP nicht gegen

entsprechende Ertragserhöhungen stellen, eventuell auch in Form einer moderaten Steuererhöhung. Eine Erhöhung von 12 Prozent, wie dies nötig wäre, um das aktuell prognostizierte Defizit für das Jahr 2019 von etwa 82 Millionen Franken auszugleichen, kommt für die GLP aber nicht in Frage. Die GLP dankt dem Regierungsrat für die Finanzstrategie 2017–2025. Möge sie die monierten Ursachen beseitigen und die gewollte Wirkung bringen – zu wünschen ist es.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass die Votanten vieles korrekt aufgeführt haben. Einiges muss jedoch richtiggestellt werden. Wie Gabriela Ingold erwähnt hat, gibt es diesen ominösen Triangel: auf der einen Seite die Steuerbelastung, bei der Zug weiterhin als attraktiver Kanton auftreten will; auf der anderen Seite die Leistungen, welche die Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erbringt; und zu guter Letzt die Rechnung, die ausgeglichen sein soll. Diesen Triangel im Gleichgewicht zu halten, ist schwierig. Notwendig sind politische Abwägungen und Schwerpunkte. Deshalb ist der Prozess Finanzen 2019 ein Teil der Strategie. Der Terminplan ist dabei einzuhalten. Es braucht jedoch den Kantonsrat dazu. Um den Aufwand zu reduzieren, sind Gesetzesanpassungen notwendig. Termin ist das Jahr 2019, aber bis Reduktionen Wirkung zeigen, kann es länger dauern.
Die Methodik, wie ein derartiger Prozess angegangen wird, ist nicht trivial. Es gibt verschiedenste Ideen, wie 100 Millionen Franken eingespart werden können. Die Regierung ist auf gutem Weg und wird die Diskussion zur Methodik vor den Sommerferien abschliessen. Diese muss für alle Regierungsräte stimmen. Ist dies nicht der Fall, muss weiterdiskutiert werden, bis alle im selben Boot sitzen. Leistungen müssen hinterfragt werden, Effizienz, Stellenetat – all diese Themen wurden ausgeführt, und darauf wird der Regierungsrat den Fokus legen. Der Handlungsspielraum liegt aber nicht bei 1,5 Milliarden Franken, sondern nur bei den Positionen, die geändert werden können. Das sind ungefähr 630 Millionen. Davon 100 Millionen einzusparen, ist eine Herkulesaufgabe. Ziel ist die schwarze Null.
Eine weitere Herausforderung wird die Unternehmenssteuerreform II sein, deren Umsetzung 2019 ansteht. Ebenso wird die USR III den Kanton noch beschäftigen. Die Aufgaben sind schwierig und müssen gemeinsam gelöst werden.
Alois Gössi spricht sich für Steuererhöhungen aus und sieht in diesem Bereich die besten Möglichkeiten, um die finanzielle Situation zu verbessern. Die Regierung hat aufgezeigt, dass die kantonale Verwaltung gute Mitarbeitende beschäftigt und gute Leistungen erbringt, aber gegenüber anderen Kantonen und dem Schweizer Durchschnitt viel zu hoch liegt. Grund dafür ist, dass Zug ein Wachstumskanton ist und gute Zeiten hinter sich hat. Vielleicht hat man da und dort zu wenig hingeschaut. Die Exekutive nimmt sich hierbei nicht heraus. Deshalb ist es richtig, den Hebel zuerst auf der Aufwandseite anzusetzen. Es ist zu überprüfen, wie Leistungen reduziert und effizienter gestaltet werden können. Beat Unternährer hat das Stichwort Produktivitätssteigerung aufgebracht. Das ist richtig: Innovation ist ein wichtiger Teil dieses Prozesses. Es ist eine Chance, die Leistungen effizienter, besser und kostengünstiger zu erbringen – ohne dass Qualität eingebüsst wird.
Zum Votum von Pirmin Frei: Die Aussage «Finanzstrategie für die Galerie» ist nicht richtig. Der Regierungsrat hört zu, was im Kantonsrat gesagt wird. Natürlich kann die Finanzstrategie nur zur Kenntnis genommen werden, aber die Regierung nimmt die Meinungen aus dem Rat ernst. Was den Stadttunnel betrifft, so weiss sicherlich auch Pirmin Frei, dass solche Megaprojekte viel früher beginnen – in sonnigen Zeiten, wenn die Finanzen in Ordnung sind. Wenn man dann am Punkt steht, an dem es zu entscheiden gilt, sieht die Situation manchmal anders aus.
Beat Unternährer hat die externe Begleitung und die Steuererhöhungen als Ultima Ratio erwähnt. Eine externe Begleitung wird punktuell notwendig sein, da der

Regierungsrat nicht alles allein stemmen kann. Diese wird aber so tief wie möglich gehalten. Doch es ist wichtig, Personen beizuziehen, die den Prozess kritisch von aussen beurteilen. Was die Steuererhöhungen als Ultima Ratio betrifft, so ist dies eine Frage der Methodik. Wenn die 100 Millionen Franken nicht auf der Aufwandseite eingespart werden können, sind Steuererhöhungen im entsprechenden Ausmass nicht per se wegzudenken.
Zum Votum von Andreas Lustenberger: Der Kanton Zug macht nicht nur Furore, weil er eine attraktive Steuerbelastung für natürliche und juristische Personen bietet, sondern weil in allen Bereichen, die Andreas Lustenberger genannt hat, attraktive Angebote hat, die auch in Zukunft finanzierbar sind. Der Kanton sollte nicht immer in ein solch schlechtes Bild gerückt werden.
Der Finanzdirektor dankt dem Rat für die Kenntnisnahme und hält fest, dass sich die Regierung an die eigenen Vorgaben halten wird. Der Regierungsrat ist auf gutem Weg, dieses Ziel zu erreichen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er die Finanzstrategie seitenweise durchgeht und bittet um allfällige Wortmeldungen bei den einzelnen Seiten.

➔ Stillschweigende Kenntnisnahme.

TRAKTANDUM 7

492 **Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)**
Vorlagen: 2611.1 - 15148 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2611.2 - 15149 (Antrag des Regierungsrats); 2611.3/3a - 15175 (Bericht und Antrag der Kommission).

Der **Vorsitzende** informiert, dass folgende Anträge vorliegen:

Antrag des Regierungsrats:
1. Eintreten und Zustimmung.
2. Die teilweise erheblich erklärte Motion (Vorlage Nr. 2478.1 - 14873) von Jürg Messmer, Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Änderung des Gemeindegesetzes des Kantons Zug vom 29. Januar 2015 sei als erledigt abzuschreiben.

Antrag der vorberatenden Kommission:
1. Eintreten und Zustimmung mit Änderungen.
2. Die teilweise erheblich erklärte Motion (Vorlage Nr. 2478.1 - 14873) von Jürg Messmer, Philip C. Brunner, Manuel Brandenberg betreffend Änderung des Gemeindegesetzes des Kantons Zug, insbesondere § 106 Abs. 1, vom 29. Januar 2015 sei als erledigt abzuschreiben.

**Adrian Andermatt,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission dieses Geschäft in rund 30 Minuten durchberaten hat. Entsprechend optimistisch ist er, dass es auch im Rat effizient behandelt werden kann. Wesentlich sind die folgenden Punkte:

● Für die Kommission war Eintreten auf die Vorlage unbestritten.

● Zu § 106 Gemeindegesetz: Es geht um die Frage, ob der kantonale Gesetzgeber einem Grossen Gemeinderat bzw. einem gemeindlichen Parlament die Selbstkonstituierung einräumen will oder ob die Zusammensetzung des Büros vorgegeben werden soll. Aktuell betrifft dies den GGR der Stadt Zug und das Parlament der reformierten Kirchgemeinde. Die Regierung vertritt die liberale und die Gemeindeautonomie stärkende Variante der Selbstkonstituierung und die vorberatende Kommission mit 7 zu 6 Stimmen die Variante Regelung der Zusammensetzung des Büros auf Stufe Kanton. Das knappe Ergebnis kam auch deshalb zustande, weil gewisse Kommissionsmitglieder der Meinung waren, dass der Kantonsrat diesen Variantenentscheid fällen sollte und nicht der Regierungsrat, der einen Auftrag des Kantonsrats zur Regelung auf Stufe Kanton erhalten hat. Die Selbstkonstituierung ist somit nur sehr knapp in der Kommission gescheitert, und dies auch deshalb, weil aus grundsätzlichen Überlegungen für die Variante Regelung auf Stufe Kanton gestimmt wurde und nicht, weil diese Regelung überzeugender wäre. Letzteres ist zumindest die Interpretation des Kommissionspräsidenten.

● Bei § 69 Gemeindegesetz geht es um die Kompetenz, Gemeindeordnungen, Organisationsbeschlüssen oder Statuten zu erlassen. Diese Kompetenz soll wieder der Gemeindeversammlung übertragen werden. Diese Bestimmung wurde anlässlich der Revision des Gemeindegesetzes im Jahr 2013 durch den Kantonsrat versehentlich aufgehoben. Deshalb ist die erneute Regelung und Klarstellung für die Kommission unbestritten.

Die vorberatende Kommission bittet den Rat, den Anträgen im Sinne der Kommission zuzustimmen. Dabei gilt es jedoch auch die zuvor gemachten Ausführungen zu § 106 zu berücksichtigen.

Zur Position der FDP-Fraktion: § 69 war unbestritten, bei § 106 obsiegte einstimmig die Variante der Regierung. Denn für die FDP ist zentral, dass den Gemeinden nicht unnötig Vorgaben gemacht werden und dem Subsidiaritätsprinzip nachgelebt wird. Die Liberalen sind für die liberale Lösung.

Die vorberatende Kommission dankt der Direktorin des Innern und ihrem Team für die kompetente Begleitung durch das Geschäft.

**Rupan Sivaganesan** hält fest, dass die SP-Fraktion auf die Vorlage eintritt und den Vorschlägen der Kommission zustimmt. Aufgrund der aktuellen Regelung im Gemeindegesetz ist es nicht möglich, dass alle Fraktionen des Grossen Gemeinderats im Büro vertreten sind. Dies wäre jedoch wichtig. Deswegen ist es zu begrüssen, wenn § 106 Abs. 1 des Gemeindegesetztes so geändert wird, wie es von der Kommission vorgeschlagen wird. Für das nächste Jahr wird ein neues GGR-Präsidium gewählt, somit kann die neue Regelung unverzüglich eingeführt werden. Gemäss dem Vorschlag der vorberatenden Kommission sollte der GGR seine Geschäftsordnung nicht ändern. Damit erfüllt der Vorschlag auch die Forderung der Motionäre. Mit der Unterstützung der Vorschläge der Kommission können unnötige, nicht konstruktive Diskussionen und *Knatsch* im GGR vermieden werden.

**Jürg Messmer,** Sprecher der SVP-Fraktion, dankt dem Regierungsrat und der vorberatenden Kommission für die zügige Erarbeitung der Berichte. Als Stadtzuger Parlamentarier freut er sich, wenn die Änderung des Gesetzes noch vor Jahresende umgesetzt werden kann.

§ 69 Abs. 1 ist unbestritten, und die SVP-Fraktion stimmt diesem vorbehaltslos zu. Dieser Paragraf regelte, dass die Gemeindeversammlung die Befugnis zum Erlass einer Gemeindeordnung hatte. An der letzten Revision des Gemeindegesetzes im Jahr 2013 wurde der Paragraf irrtümlicherweise aufgehoben. Obwohl er während rund dreier Jahre nicht vermisst wurde, ist es wichtig, diesen heute wieder im Gemeindegesetz zu verankern.
Bei § 106 wurden in der Fraktion die Vor- und Nachteile der beiden Varianten Regierungsrat versus Kommission ausführlich beraten. Einerseits ist es verlockend, dem Antrag der Kommission zuzustimmen. Die Gemeinden hätten sofort eine pfannenfertige Regelung bezüglich der Zusammensetzung des Büros. Auch würde so eine unter Umständen in jeder Gemeinde anders aussehende Version der Bürozusammensetzung verhindert. Die Regelung wäre also im ganzen Kanton einheitlich. Anderseits gibt es auch starke Argumente für den regierungsrätlichen Vorschlag. Denn mit dieser Lösung können die Gemeinden selber über die Zusammensetzung ihres Büros befinden. Was für das Stadtparlament richtig ist, muss für ein allfällig in Baar oder Neuheim eingeführtes Parlament nicht zwingend ebenso passend sein. Zudem wird in der Fassung des Regierungsrats die Gemeindeautonomie berücksichtigt und sogar noch gestärkt. Und dies sollte das oberste Ziel sein: den Gemeinden so viel Eigenkompetenz wie möglich zuzugestehen.
Aufgrund des baldigen Mittagessens liegt ein Vergleich mit der Küche auf der Hand: Der Rat kann zwischen einem Fertigmenü – der Version Kommission – und einem individuellen Zutaten frisch zubereiteten Mahl – der Version der Regierung – wählen. Der SVP-Fraktion spricht sich gegen das Fertigmenü aus und unterstützt die Fassung der Regierung. An der konferenziellen Anhörung sprachen sich die Vertreter der Parteien, der Einwohner- sowie Kirchgemeinden ebenfalls einheitlich für die Fassung des Regierungsrats aus. Auch die Motionäre machen dem Rat die regierungsrätliche Fassung beliebt. Sollte wider Erwartung die Fassung der Kommission obsiegen, würde der Votant einen Eventualantrag zu Ziffer 1a stellen.

**Vroni Straub-Müller** spricht für die ALG und gibt ihre Interessensbindung bekannt: Sie ist Stadträtin der Stadt Zug. Der Stadtrat hat aber zu diesem Geschäft keine offizielle Haltung – dies aus Respekt vor der Gewaltenteilung Exekutive/Legislative. Folglich spricht die Votantin als Kantonsrätin und als Staatsbürgerin.
Die ALG unterstützt den Vorschlag der Kommission. Dieser entspricht dem Auftrag des Kantonsrats vom Januar dieses Jahres. Die Vorteile liegen auf der Hand: Der Grosse Gemeinderat verfügt per sofort über eine Regelung, die überdies derjenigen des Kantonsrats gleicht. Des Weiteren entspricht diese Formulierung dem Auftrag des Rates. Die ALG will keine Regelung haben, bei der unter Umstanden nicht alle Fraktionen vertreten sind bzw. eine Regelung, die grosse Parteien begünstigt. Zudem könnte ein zu grosses Büro vorgesehen werden, was wiederum zu Mehrkosten und einer verlangsamten Entscheidungsfindung führen konnte.

**Manuela Weichelt-Picard**, Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat am 1. Dezember 2015 vom Kantonsrat die teilweise erheblich erklärte Motion zur weiteren Bearbeitung erhalten hat. Nach weniger als fünf Monaten lag bereits die Vorlage des Regierungsrats vor, sodass am 23. Mai die vorberatende Kommission die Vorlage diskutieren konnte. Es war eine schnelle, tolle Arbeit der Verwaltung, der Regierung sowie der vorberatenden Kommission und ihres Präsidenten; allen ganz herzlichen Dank. Wenn der GGR in diesem Tempo weitermacht, wird das Büro bis im Januar neu zusammengesetzt sein.
Der Regierungsrat hat die Vor- und Nachteile der beiden Varianten diskutiert. Die Variante der Regierung bietet die Möglichkeit, auf die individuellen Bedürfnisse der

Gemeinden zu reagieren und die Gemeindeautonomie so weit wie möglich zu gewährleisten. Der kleine Wermutstropfen ist, dass rein theoretisch eine andere Regelung getroffen werden könnte, die nicht im Sinne der Motionäre ist. Doch dies ist rein theoretisch. Die Variante der vorberatenden Kommission hat den Vorteil, dass die Regelung sofort in Kraft treten könnte und keine Änderung der Geschäftsordnung im GGR vorgenommen werden müsste. Zudem würde sie dem Sinne des Kantonsrats, also der teilerheblich erklärten Motion, entsprechen.
Nach Abwägen der Vor- und Nachteile der zwei Varianten hat sich der Regierungsrat entschieden, der Gemeindeautonomie den Vorrang zu geben. Deshalb hat er sich erlaubt, vom ursprünglichen Auftrag des Kantonsrats abzuweichen. Die Direktorin des Innern dankt für die Unterstützung der Variante der Regierung.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 69 Abs. 1 Ziff. 1a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 106 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Kommission beantragt, bestehendes Recht beizubehalten und den Wortlaut mit der weiblichen Form zu ergänzen. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

➔ Der Rat genehmigt mit 52 zu 14 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 106 Abs. 1a (neu)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Kommission beantragt, die Zusammensetzung des Büros des Grossen Gemeinderats verbindlich festzuhalten. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

➔ Der Rat genehmigt mit 50 zu 14 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 106 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass diese Abstimmung aufgrund der Resultate der vorherigen Abstimmungen entfällt.

**Teil II und III (Fremdänderungen und Fremdaufhebungen)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und Fremdaufhebungen gibt.

**Teil IV (Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens)**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 8
**Geschäfte, die am 2. Juni 2016 nicht behandelt werden konnten:**

**493** Traktandum 8.1: **Motion von Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg betreffend Standesinitiative zur Verankerung der bestehenden Bargeldnotennennwerte (CHF 10, 20, 50, 100, 200, 1000) im Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel (WZG)**
Vorlagen: 2592.1 - 15107 (Motionstext); 2592.2 - 15167 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Manuel Brandenberg,** Vertreter der Motionäre, erinnert an die Vorgeschichte der Motion: Ursprünglich forderten Philip C. Brunner und der Votant eine 5000er-Note, da sie gerne mit Bargeld bezahlen. Der Rat kritisierte dies heftig. Die Motionäre haben dieser Kritik Rechnung getragen und die Motion abgeändert. Gefordert wird nun, die bestehenden Bargeldnotennennwerte im Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel zu verankern. Es geht darum, die bestehenden Nennwerte rechtlich zu stabilisieren, damit es nicht kurzfristig möglich ist, aufgrund von sachfremden, äusseren Einflüssen auf das Direktorium der Nationalbank diese Nennwerte zu ändern oder abzuschaffen.
Der Druck auf das Bargeld ist momentan sehr hoch, es gilt schon fast als etwas Kriminelles. In Strafverfahren wird rasch einmal nachgefragt, wenn jemand beispielsweise 2000 Franken in bar bezieht, um Rechnungen zu bezahlen – auch wenn er über ein Monatseinkommen von 8000 Franken verfügt. Die zunehmende Tendenz, Bargeld als etwas Schlechtes zu betrachten, soll gestoppt werden. Ebenso sollen Druckversuche aus dem Ausland und aus internationalen Gremien auf das Bargeld abgewehrt werden können. Wenn die Nennwerte im Gesetz sind, kann man sie nicht einfach kurzfristig ändern. Zurzeit ist es rechtlich möglich, dass das Direktorium der Nationalbank beispielsweise beschliesst, die 1000er- oder die 200er-Note abzuschaffen. Mit der Verankerung der Nennwerte im Gesetz wird auch ein Beitrag geleistet an die Freiheit, die das Bargeld verkörpert: nicht beobachtet zu

werden. Die Motionäre und die SVP-Fraktion bitten den Rat**,** die Motion erheblich zu erklären und die Standesinitiative beim Bundesparlament in Bern einzureichen.

**Heini Schmid** teilt mit, dass eine knappe Mehrheit der CVP-Fraktion die Motion unterstützt. Die Europäische Zentralbank hat vor zwei Monaten beschlossen, keine neuen 500-Euro-Scheine mehr zu drucken, um die organisierte Kriminalität und die Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Durch die Einführung von Obergrenzen für Bargeldtransaktionen wird der Gebrauch von Bargeld mit dem gleichen Ziel eingeschränkt. Generell nimmt infolge des elektronischen Zahlungsverkehrs die Bedeutung von Bargeld als Zahlungsmittel ab. Die Motion scheint somit völlig quer in der Landschaft zu stehen. Nur wer Kriminellen helfen will oder antiquierte Vorstellungen hat, wie er seine Rechnung bezahlen will, setzt sich noch für das Bargeld ein. Bei dieser Betrachtungsweise wird aber ausgeblendet, dass Bargeld auch dazu dient, Vermögen sicher aufzubewahren. Bezeichnenderweise sind 28 Prozent des Bargeldes im Euroraum in 500-Euro-Noten angelegt, obwohl man diese Scheine im Zahlungsverkehr fast nicht gebrauchen kann. In der Schweiz sind 62 Prozent des Bargeldes in 1000-Franken-Noten angelegt. Insbesondere in Zeiten hoher Staatsverschuldung, Notenbankgeldschwemmen und maroder Banken ist es den Sparern nicht zu verübeln, dass sie ihr Geld lieber in Bargeld anlegen wollen, als darauf zu hoffen, dass die Bank ihr Schuldversprechen auch einlösen wird. In Zeiten von Negativzinsen bildet das Bargeld einen Schutz davor, dass die Zinsen nicht ins Bodenlose fallen. Für die Nationalbanken wäre eine bargeldlose Welt von Vorteil, könnten sie doch ihre Geldpolitik ungehindert umsetzen, und die Banken müssten sich nicht mehr vor einem Banken-Run fürchten. Ohne Bargeld hätten wir endgültig den gläsernen Bürger geschaffen. Nicht nur über den Computer oder das Handy, auch über das Bankkonto liesse sich dann jeder einzelne Schritt eines Bürgers nachverfolgen.
In einem solchen Umfeld darauf zu vertrauen, dass es auch weiterhin Bargeld in grosser Stückelung geben wird, erscheint blauäugig. Und wenn scheinbar niemand in der Schweiz die 1000er-Note abschaffen will, so kann man das auch getrost in das Gesetz aufnehmen. Denn nur so ist garantiert, dass das Volk in dieser Frage das letzte Wort hat.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** merkt an, dass gemäss Art. 7 des Bundesgesetzes über die Währung und Zahlungsmittel (WZG) die Nationalbank Noten nach den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs herausgibt. In der Bundesverfassung ist zudem festgehalten, dass die Nationalbank als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes zu führen hat. Wie im Bericht des Regierungsrats ausgeführt, müssen dabei die funktionelle, die finanzielle, institutionelle und personelle Unabhängigkeit berücksichtigt werden. Aufgrund der funktionellen Unabhängigkeit kann weder Bundesrat noch Parlament noch sonst jemand Weisungen erteilen bezüglich des geld- und währungspolitischen Aufgabenbereichs der Nationalbank. Diese Unabhängigkeit wurde der Nationalbank durch den Gesetzgeber verliehen. Sie bestand jedoch nicht immer: Von ungefähr 1950 bis in die späten Neunzigerjahre – Irrtum vorbehalten – wurden die Nennwerte zuerst im Gesetz festgeschrieben und mussten dann durch den Bundesrat genehmigt werden. Um die Jahrtausendwende hat das Parlament dieses Vorgehen geändert, da die Meinung vorherrschte, die Nationalbank müsse über ökonomische Freiheit und somit funktionelle Unabhängigkeit verfügen.
Der Notenumlauf hat in den letzten 10 bis 15 Jahren zugenommen, und das Bedürfnis nach Bargeld ist folglich ausgewiesen. Gerade deshalb werden nun bis 2019 neue Scheine emittiert, die neue 50er-Note ist bereits im Umlauf, die nächsten

werden folgen, unter anderem auch die 1000er-Note. Die neuen Noten werden sicherlich rund 20 Jahre lang bestehen bleiben, die 1000er-Note wird also nicht abgeschafft, denn das Bedürfnis danach besteht. Der Regierungsrat beantragt deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 35 zu 28 Stimmen erheblich.

**494** Traktandum 8.2: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend das beabsichtigte Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung in die EU**
Vorlagen: 2544.1 - 15003 (Interpellationstext); 2544.2 - 15116 (Antwort des Regierungsrats).

**Philip C. Brunner,** Vertreter der Interpellanten, hält fest, dass die SVP diese Interpellation nicht nur in Zug, sondern auch in anderen Kantonen eingereicht hat, so zum Beispiel in ähnlicher Art und Weise in den Kantonen Aargau und Luzern. Der Votant dankt der Regierung, die sich für die Beantwortung der Interpellation teilweise mit anderen Kantonen abgesprochen hat. Im Kanton Aargau wird jede Beantwortung einer Anfrage aus dem Parlament mit einem Preisschild versehen. Dort hat die Beantwortung 1230 Franken gekostet. Wird der Zuger Finish dazugezählt, sind 2000 Franken Arbeit für die grösste Fraktion im Parlament doch akzeptierbar.
Die Beantwortung enthält eine Fülle von Informationen, und sie ist sehr interessant. Auf alles einzugehen, würde den Rahmen sprengen. Zudem diskutierten die wichtigsten Personen am Tag der NEAT-Eröffnung im 1.-Klasse-Abteil der SBB bereits über das Rahmenabkommen. Seit dem Brexit hat sich so viel verändert, dass die Beantwortung der Interpellation praktisch hinfällig ist.
Der Votant gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist auf dem Papier Schweizer, aufgrund seiner Abstammung ist er Europäer, und zwar Schotte, Waliser, Engländer, Deutscher und Schweizer. Grosse Teile seines Lebens hat er im Ausland verbracht. Er möchte zu einem Thema sprechen, das nicht Teil dieser Interpellation ist, doch der Kantonsratspräsident wird ihm sicher eine gewisse Freiheit gewähren.

Der **Vorsitzende** fordert Philip C. Brunner auf, nicht zu lange zu sprechen.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass Europa dem Vereinigten Königreich viel zu verdanken hat. Zweimal in den letzten 100 Jahren haben die «englisch boys» ihr Leben auf den Schlachtfeldern des Kontinents verloren. Die Verwandten des Votanten haben für die Befreiung von Europa in Nordafrika, Malaysia und Italien gekämpft. Mehrere Verwandte, darunter der Bruder seiner Grossmutter, kamen nicht mehr aus Frankreich zurück. Die Art und Weise, wie Brüssel heute England behandelt, ist ein Skandal. England ist das Land, dem Europa und die Schweiz am meisten verdanken. Es ist ein Skandal, dass das Land, das mit rund 1 Milliarde Pfund pro Monat am meisten für die EU bezahlt, derart beleidigt wird. Die Engländer haben einige Sportarten erfunden und den Begriff von Fairplay geprägt. Auch in der Politik sollte man fair miteinander umgehen.
Die Zukunft des Kantons Zug ist durch die jüngsten Ereignisse in der EU äussert schwierig einzuschätzen. Schön wäre es, wenn es gelingen würde, England − oder zumindest Teile davon − in die Efta einzubinden. Dass es mit dem EWR klappen könnte, ist eher unwahrscheinlich.
Auch Zug dürften schwierige Jahre bevorstehen. Es gilt, wachsam zu bleiben und im Rahmen der Möglichkeiten Kontakte und gute Beziehungen zu Institutionen wie

Wirtschaftskammern in England aufzubauen. Der Regierungsrat betreibt keine klassische Aussenpolitik, aber er müsste sich mit diesen Fragen auseinandersetzen, sei es für die Zuger Wirtschaft, sei es für den gesamten Schweizer Wirtschaftsraum. Der Votant selbst hat auch schon die Greater Zurich Area kritisiert. Doch vielleicht ist das eine der Möglichkeiten, um zusammen mit Zürich gewisse Verbindungen nach London zu knüpfen.
Es geht immer um die *Kohle*. Es wird sehr interessant sein, zu sehen, wer die enormen Geberbeträge der Briten schliesslich bezahlt. Davon war bis jetzt in den Medien nichts zu lesen. Länder wie Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und Frankreich werden wohl weiterhin auf üppige EU-Subventionen zählen genauso wie die Freunde des Kantons Zug in den Nehmerkantonen. Nach Brexit wäre ja vielleicht einmal darüber nachzudenken, wie ob ein «Zugexit» eine Option wäre.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist froh, dass die koordinative Antwort hinsichtlich Effizient positiv gewürdigt wurde. Im Vergleich mit anderen Kantonen und dem Bund weisen die Antworten der Regierung einen Zuger Finish auf, denn es werden oft umfangreichere, vertieftere Antworten abgegeben. Im Hinblick auf die finanziellen Herausforderungen bittet der Volkswirtschaftsdirektor um Verständnis, wenn die Antworten ab und zu knapper ausfallen sollten. Die Mitarbeitenden müssen effizienter eingesetzt werden und werden die Weisung erhalten, schlanker, kürzer und politischer zu antworten. Die Ratsmitglieder sind gefordert, dies mitzutragen, denn hier besteht durchaus Sparpotenzial.
Die Interpellation ist beispielhaft dafür, dass der Regierungsrat mit anderen Kantonen zusammenarbeitet, in denen dieselben Fragen eingereicht werden. Diese Interpellation hätte aber im Bundesparlament behandelt werden sollen. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet, zu berücksichtigen, auf welcher Ebene Fragen eingereicht werden. Auch das betrifft die Effizienz: Werden gleichlautende Fragen, die die Bundespolitik betreffen, in verschiedenen Kantonen eingereicht, so werden mehrere Verwaltungen beschäftigt und zu Antworten und zur Koordination gezwungen.
Zur Greater Zurich Area: Die Erkenntnis, dass ein kleiner Kanton internationale Wirtschaftspolitik nur im Verbund betreiben kann, besteht seit Längerem. Der Wirtschaftsraum Zürich ist ein Beispiel für gemeinsame Tätigkeiten in Märkten wie China und den USA. Nur so können Ressourcen richtig eingeschätzt werden. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt für das unterstützende Votum von Philip C. Brunner.

➔ Stillschweigende Kenntnisnahme.

**495** Traktandum 8.3: **Interpellation von Alice Landtwing und Karen Umbach betreffend Bauprojekt Sprungturm – einmal mehr die Luxusversion für Zug**
Vorlagen: 2563.1 - 15041 (Interpellationstext); 2563.2 - 15145 (Antwort des Regierungsrats).

**Karen Umbach,** Sprecherin für die Interpellantinnen, hält fest, dass ihr Votum Makulatur ist: Der Sprungturm steht, und man kann springen. Das Portemonnaie der Stadt Zug ist um 500’000 Franken leichter, der Kanton hat 600 Franken verdient, und das Votum im Namen der Interpellantinnen und der FDP bringt nichts. Der Bericht ist so herausgekommen, wie die Interpellantinnen es vorausgesagt haben: Erklärungen (oder Ausreden) häufen sich – keine Spur von Selbstkritik oder einer Überlegung, ob die Massnahmen vielleicht etwas übertrieben waren. Sicher nicht – man hat doch alle Pflichten erfüllt. Das Dossier kann zu den Akten gelegt

werden, und nächstes Jahr wird man nicht mehr darüber nachdenken müssen. Doch es gibt einige Punkte, die man nicht kommentarlos stehen lassen darf.
Ein Zitat aus dem Bericht: «Es liegt in der Natur der Sache, dass bauliche Eingriffe in Gewässer einem grösseren Kreis von Fachstellen unterbreitet werden müssen.» Dazu eine ganz ketzerische Frage: Wieso? Es waren fünf Ämter involviert, und es ist zu bezweifeln, dass die in Rechnung gestellten 600 Franken ausreichen, um die Verwaltungskosten zu decken. Der Denkmalpfleger ist ein Beispiel für den übertriebenen Eifer der Verwaltung. Auch er musste seinen Senf dazugeben – wegen eines Bootshauses, das mindestens 250 Meter vom Turm entfernt liegt. Die Interpellantin ist auf einem Boot dorthin gefahren, um den Umgebungsschutz beurteilen zu können: Es liegen eine Wiese, Wasser, Bäume und die Hälfte des Strandbads dazwischen – der Denkmalpfleger hat da gar nichts zu suchen.
Zum Fischereigesetz: Wie im Bericht geschrieben stimmt es, dass «Eingriffe in die Gewässer» eine Bewilligung brauchen. Aber es heisst auch, «soweit sie die Interessen der Fischerei berühren können». Offen bleibt die Frage, ob die Interessen der Fischerei mit dem Bau dieses Turms überhaupt berührt wurden. Liest man im Gesetz weiter, stösst man auf folgende Beispiele von Eingriffen, welche die Interessen der Fischerei beeinträchtigen: Unter anderem sind das die Nutzung der Wasserkräfte, Seeregulierung, Wasserentnahme. Dass bei solchen Eingriffen begleitende Massnahmen erforderlich sind, ist verständlich. Aber hier geht es um einen Sprungturm, der eine sehr kurze Bauzeit hatte. Es ist fraglich, ob für den Bau alle geforderten Massnahmen notwendig waren – wie zum Beispiel ein versenktes, grosses Holzbündel mit ca. 1,2 Metern Durchmesser und 5 Metern Länge, das sich jetzt 250 Meter entfernt beim Naturschutzgebiet Aloisiusinsel befindet (mit Kosten für die Stadt Zug von ca. 25’000 Franken). Dies ist ein Beispiel für den Zuger Finish: der Zwang, alles richtig – aber richtig richtig zu machen –, statt mit einem gewissen Augenmass das Vorhaben zu prüfen und vielleicht Abstriche zu machen. Schlussendlich, wie im Bericht erwähnt, steht der Turm in «einem sensiblen landschaftlichen Umfeld». Man könnte zwar denken, der Turm stehe im Wasser beim Strandbad – wie man sich täuschen kann ...
Man kann nur hoffen, dass unter Wasser die Bauprofile aufgestellt wurden, damit die Fische und Krebse genug Zeit und Gelegenheit hatten, von ihrem Einspracherecht Gebrauch zu machen. Hoffentlich waren während der kurzen Bauzeit auch schriftliche Anweisungen in Egli- und anderen Fischsprachen erhältlich, damit die Fische den Weg zu dem von der Stadt zur Verfügung gestellten Unterschlupf leicht hätten finden können. Natürlich gäbe es weitere Beispiele, um zu unterstreichen, wie übertrieben dienstbeflissen der Bau des Sprungturms angegangen wurde, aber wie bereits erwähnt: Der Turm steht, und das Geld ist wortwörtlich versenkt! Der Turm ist, wie vom Kanton gewünscht, absolut unscheinbar – schade nur, dass die dadurch verursachten Kosten es nicht sind. Schade auch, dass der Regierungsrat diese Gelegenheit nicht genutzt hat, um zu reflektieren, ob die Verwaltung doch über das Ziel hinausgeschossen ist.

**Jürg Messmer,** Sprecher der SVP-Fraktion, dankt Alice Landtwing und Karen Umbach für die Interpellation. Diese hält dem Rat einen Spiegel vor die Augen. Denn es sind die Ratsmitglieder, welche die Gesetze machen, die alles verteuern. Würde bestimmten Gesetzen nicht zugestimmt, könnte einiges an Geld eingespart werden. Das ist Selbstkritik. Der Rat hat sich selbst – und nicht den Regierungsrat – an der Nase zu nehmen. Als Laie ist es schwer, zu beurteilen, ob mit den baulichen Massnahmen die Zuger Forelle oder das Egli ein wenig besser im Zugersee leben können, wenn jemand ins Wasser springt. Diese Beurteilung wurde einem Experten übertragen, und das kostet. In Zukunft muss sich der Rat bewusst sein, dass es

Kosten für Kanton und Gemeinden zur Folge hat, wenn Gesetze verabschiedet werden. Man hätte den Sprungturm verhindern können, wenn er im Stadtparlament abgelehnt worden wäre. So wäre es vielleicht zu einer günstigeren Variante gekommen, oder es würde keinen Sprungturm mehr geben. Auch das wäre kein Weltuntergang. Es wird auf hohem Niveau geklönt. Ist man ehrlich, muss man eingestehen, dass die Stadt Zug es gewohnt ist, Gelder aus dem Fenster zu werfen: Sie hat einen goldenen Kiosk für 1 Million Franken, eine Treppe, die ins Wasser führt, für 250'000 Franken, und nun hat sie einen Sprungturm für eine halbe Million Franken. Und vielleicht wird sie in naher Zukunft einen Partyraum im Park Tower für rund 450'000 Franken haben. Die Ratsmitglieder haben es in der Hand, die Gesetze zu ändern, sodass keine Gelder rausgeschmissen werden müssen. Die Interpellation ist zur Kenntnis zu nehmen, und der Rat hat daraus etwas zu lernen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** merkt an, dass ein Bild mehr als tausend Worte sagt. *(Er zeigt zwei Plakate: eines mit der Abbildung des ursprünglichen Projekts, eines mit dem realisierten neuen Sprungturm.)* Das Resultat ist eine gute Lösung für Zug und die Umwelt an diesem sensiblen Standort. Der Turm bietet eine wunderbare Aussicht auf die Gegend von Zug und die Alpen.
Die Aufforderungen zu Selbstkritik und Demut müssen ernst genommen werden. Deshalb soll nicht nur das eindrückliche Bild gezeigt werden. Mit den zahlreichen Einsprachen bei allen Bauprojekten, gelangt der Rechtsstaat an seine Grenzen. Wie bereits festgehalten wurde, hat der Kanton der Stadt dieses Projekt nicht aufgezwungen. Im Rahmen der Baubewilligung hat die Baudirektion ihre Berichte nach bestem Wissen und Gewissen eingegeben. Es wird kritisiert, dass fünf kantonale Ämter involviert waren. Grund dafür ist: Es gibt ein Gewässerschutz-, ein Raumplanungs-, ein Natur- und Heimatschutzgesetz sowie ein Bundesgesetz für die Fischerei. Nebst diesen fünf Bundesgesetzen sind die kantonalen Verordnungen oder Gesetzgebungen zu berücksichtigen: das Planungs- und Baugesetz (PBG), das Baurecht usw. In all diesen Gesetzen werden der Exekutive Auflagen gemacht hinsichtlich Kontrollen, Bewilligungsverfahren usw. Die Demut muss vielleicht beim Rechtsstaat gesucht werden. Der Baudirektor unterstützt das Votum von Jürg Messmer: Man stösst an Grenzen. Die Mitarbeitenden der Verwaltung haben nur den Auftrag erfüllt, der ihnen von Gesetzes wegen gegeben wird. Es ist schwer zu beurteilen, ob vielleicht ein wenig zu viel gemacht wurde. Selbstverständlich wurden die Mitarbeitenden der Baudirektion über die Interpellation in Kenntnis gesetzt. Es wurde ihnen mitgeteilt, dass diese die Aussenwirkung ihrer Arbeit bei den Politikerinnen und Politikern und der Bevölkerung widerspiegelt. Zu bedenken ist aber, dass sich die öffentliche Hand als Bauherrschaft in dem sensiblen Umfeld, in dem der Sprungturm steht, vorbildlich und gesetzeskonform verhalten muss.
Der Regierungsrat hat verstanden, was man ihm mit dieser Interpellation mitteilen wollte. Aufgrund der erwähnten gesetzlichen Rahmenbedingungen stellen die Abläufe in der Verwaltung die einzige Stellschraube dar: Hier kann auf die Verhältnismässigkeit und auf eine schnelle, unkomplizierte Erledigung hingewiesen werden. Der Baudirektor fordert die Ratsmitglieder auf, noch einmal das schöne Bild zu geniessen. *(Er hält das Plakat in die Höhe; der Rat lacht.)* Im Vergleich zu dem, was ursprünglich geplant war, ist etwas Schönes entstanden.

➔ Stillschweigende Kenntnisnahme.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

37. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. Juni 2016 (Nachmittag)
Zeit: 13.40 Uhr – 15.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**496** **Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jolanda Spiess-Hegglin und Willi Vollenweider, beide Zug; Ralph Ryser, Unterägeri; Adrian Andermatt und Zari Dzaferi, beide Baar; Thomas Villiger, Hünenberg; Anastas Odermatt, Steinhausen.
Der Sitz von Andreas Meier, Oberägeri, ist im Moment vakant (siehe Ziff. 486).

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**497** Traktandum 3.1: **Postulat von Peter Letter, Laura Dittli, Iris Hess-Brauer, Gabriela Ingold, Patrick Iten und Thomas Werner betreffend die Anwendung der Kriterien gemäss regierungsrätlichem Paradigmenwechsel in der Revision des Inventars schützenswerter Denkmäler in den restlichen Gemeinden**
Vorlage: 2636.1 - 15187 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**498** Traktandum 3.2: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Umsetzung Raumplanungsgesetz: Planerischer Mehrwertausgleich**
Vorlage: 2630.1 - 15168 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**499** Traktandum 3.3: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Areal ehemaliges Kantonsspital**
Vorlage: 2632.1 - 15172 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**500** Traktandum 3.4: **Interpellation von Daniel Stadlin und Richard Rüegg betreffend übermalten Wandbildern in der ehemaligen Kapelle des alten Kantonsspitals**
Vorlage: 2633.1 - 15173 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**501** Traktandum 3.5: **Interpellation von Daniel Marti betreffend Besteuerung von Startup-Unternehmen**
Vorlage: 2634.1 - 15176 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**502** Traktandum 3.6: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Priorisierung von Infrastrukturprojekten durch den Regierungsrat**
Vorlage: 2637.1 - 15188 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**503** Traktandum 3.7: **(Folge-)Petition vom 19. Juni 2016 von X.V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie**

➔ Stillschweigende Überweisung an die Justizprüfungskommission.

**504** Traktandum 3.8: **(Folge-)Petition vom 24. Juni 2016 von X.V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie**

➔ Stillschweigende Überweisung an die Justizprüfungskommission.

TRAKTANDUM 8 (Fortsetzung)
**Geschäfte, die am 2. Juni 2016 nicht behandelt werden konnten:**

**505** Traktandum 8.4: **Interpellation von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Patrick Iten und Kurt Balmer betreffend öffentliche Apotheke im Zuger Kantonsspital**
Vorlagen: 2568.1 - 15043 (Interpellationstext); 2568.2 - 15139 (Antwort des Regierungsrats).

**Jean-Luc Mösch** dankt als Vertreter der Interpellanten der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Er legt seine Interessenbindung offen: Er ist Gewerbetreibender und Inhaber eines KMU-Betriebs. Als solcher betrachtet er wirtschaftliche Tätigkeiten durch Unternehmen, welche zu 100 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand sind, mit Skepsis.
Die Interpellanten erachten die regierungsrätliche Antwort, welche noch durch den damaligen Gesundheitsdirektor Urs Hürlimann erarbeitet wurde, als teils ausweichend und sehr stark beschwichtigend. 1999 wurde das Kantonsspital Zug (KSZ)

mit der Annahme des neuen Gesetzes über das Kantonsspital zu einer Betriebsgesellschaft in Form einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft, welche auch so zu führen ist. Diese Aktiengesellschaft ist zu 100 Prozent im Besitz des Kantons. Der eingeschlagene Weg zeigt seine Wirkung, konnte man doch kürzlich mit Entzücken der Tagespresse entnehmen, dass sich das KSZ nach wie vor sich auf Erfolgskurs befindet. 2015 war wie schon 2014 ein Rekordjahr. Man konnte einen Umsatz von 41,8 Millionen Franken ausweisen, 5 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Jahresgewinn ging zwar leicht zurück, liegt aber bei 1,5 Millionen Franken. Das verdient Respekt, und es gilt den Mitarbeitern, welche sich tagtäglich für das KSZ und für die Patienten einsetzen, zu danken.
Der Wandel im Gesundheitswesen ist enorm. Das Wachstum des KSZ kommt von innen heraus: mehr Geburten, mehr Patienten. Wenn dies zur Maximierung nicht reicht, müssen neue Betätigungsfelder gefunden werden, welche zur Erfolgsgeschichte beitragen. Spitaldirektor und Verwaltungsrat haben sich visionär der Herausforderung gestellt und zusätzliche Massnahmen realisiert. So wurde mit der Eröffnung einer gynäkologischen Praxis in Risch, welche dem KSZ angehört, die dortige Versorgungslücke geschlossen; auch wurde innerhalb des KSZ eine öffentliche Spitalapotheke eröffnet. Dies geschieht nicht von heute auf morgen, sondern braucht strategische Überlegungen, viel Fingerspitzengefühl und Verschwiegenheit. Denn wie man so schön sagt: Schlafende Hunde soll man nicht wecken. Alles wurde ordnungsgemäss abgewickelt, wie der Antwort der Regierung zu entnehmen ist.
Die Interpellanten und insbesondere der Votant als Gewerbler sehen aber auch die Kehrseite der Medaille: Es fehlt nur noch, dass die ZVB auch als Taxiunternehmen aktiv wird. Der Staat wird im Bereich von Privatunternehmen tätig, dies unter dem Aspekt der Dienstleistung. Tatsächlich aber geht es um Gewinnoptimierung. Im Fall der öffentlichen Apotheke im Kantonsspital fehlen dafür allerdings die gesetzlichen Grundlagen. Im Gesetz über das Kantonsspital wird unter § 1 dessen Zweck wie folgt umschrieben: «Das Zuger Kantonsspital dient der akutmedizinischen Schwerpunktversorgung der Bevölkerung des Kantons Zug. Es stellt insbesondere auch die Versorgung in der Notfallbehandlung und Intensivpflege sicher.» Es liegt der Regierung ein Zwei-Parteien-Gutachten vor, welches vom Kantonspital Aarau und vom Aargauer Apothekerverband in Auftrag gegeben wurde. Die Gutachter Prof. Dr. iur. George Müller und Prof. Dr. iur. Stefan Vogel kommen darin zum Schluss, dass die Eröffnung einer öffentlichen Spitalapotheke in Aarau – und demzufolge auch in Zug – Art. 27 und Art. 94 der Bundesverfassung verletzen.
Die Interpellanten vermissen hier seitens der Gesundheitsdirektion Weitsicht und die richtige Einschätzung der Sachlage. Ebenso vermissen sie das klare Zutun der Volkswirtschaftsdirektion in Bezug auf die Folgen für die privaten Apotheken. Jede Zuger Apotheke bildet im Schnitt zwei Lehrlinge pro Jahr aus. Sollten die Umsätze einbrechen, sind diese Ausbildungsplätze gefährdet. Das gilt auch für die Teilzeitstellen von älteren Mitarbeitenden. Eine weitere Folge könnte die Schliessung einer weiteren Apotheke in den Gemeinden sein, was zu Versorgungslücken führt. Die Interpellanten erwarten deshalb von der Regierung, namentlich von der Gesundheitsdirektion, dass sie sich der Sache annimmt und eine konzeptionelle Lösung im Sinne einer interdisziplinären Kooperation zwischen Ärzten, Spital und Apothekern zum Tragen bringt. Als Beispiele dürfen der Kanton Aargau oder das Spital Winterthur genannt werden. Sollte sich die Regierung der Sache nicht genügend annehmen, behalten sich die Interpellanten vor, weitere Vorstösse nachzureichen.

**Vroni Straub-Müller** spricht für die ALG. Vor einigen Jahren wurde das Kantonsspital Zug in die unternehmerische Freiheit entlassen. Die Votantin war damals gegen diese Privatisierung. Gesundheit ist für sie keine Ware wie jede andere und

damit kein Fall für den freien Markt. Aber der Schritt ist vollzogen, und mit Blick auf den damaligen Entscheid ist es nur folgerichtig, dass sich die Unternehmensführung Gedanken zur Steigerung des Umsatzes und zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit macht.
Spitaleintritt und -austritt sind besonders riskante Momente für Fehler in der Medikamenteneinnahme. Typisch an diesen Schnittstellen sind das Weglassen oder Vergessen von Medikamenten oder auch Dosierungsfehler. Kann eine Patientin oder ein Patient beim Spitalaustritt direkt bei der Apotheke vorbeigehen, können solche Fehler reduziert und sowohl Leid wie Kosten vermieden werden. Die ALG begrüsst deshalb das neue Dienstleistungsangebot, das gerade für betagte oder nicht sehr mobile Menschen einen Komfortzuwachs darstellt.

**Kurt Balmer** hat die zur Debatte stehende Interpellation aus Sorge um das Gewerbe mitunterschrieben. Unnötige staatliche Eingriffe in die Gewerbe- und Handelsfreiheit sind definitiv zu unterlassen. Der Staat hat hier ja immer einen Startvorteil – eine sogenannte Patientenbeziehung – gegenüber anderen Unternehmenr, den er allerdings nicht einfach ausnutzen darf. Dass mit der Interpellation eine Klientenbewirtschaftung betrieben werde, stellt der Votant energisch in Abrede. Er selbst ist lediglich Mitglied im Gewerbeverein Risch und hat keinerlei Mandat für oder gegen das Kantonsspital; es geht ihm einzig um die Sorge für das Gewerbe. Das Kantonsspital Zug soll sich ganz einfach an das Gesetz halten, das seinen Zweck in § 1 definiert: Es dient – wie bereits gehört – der akutmedizinischen Schwerpunktversorgung und nicht irgendwelchen zusätzlichen gewerblichen Tätigkeiten. Solche sogenannte «sonstige gewerbliche Tätigkeiten» des Staats müssen nach dem erwähnten juristischen Gutachten verschiedene Anforderungen erfüllen: Es muss eine klare gesetzliche Grundlage geben, es muss ein öffentliches Interesse bestehen, und der Eingriff muss verhältnismässig sein. Diesbezüglich bestehen klare Mängel: Es wurde nie aufgezeigt, dass die zusätzliche Tätigkeit des Kantonsspitals die genannten Anforderungen erfüllt. Eine Kooperation mit den Apotheken wäre nach Ansicht der Votanten klar im öffentlichen Interesse und verhältnismässig. Die Antwort der Regierung befriedigt deshalb nicht. Man darf nicht einfach die Augen verschliessen und sich auf die angeblich unbegrenzte unternehmerische Freiheit berufen.

**Manuela Weichelt-Picard** spricht als stellvertretende Gesundheitsdirektorin und hält fest, dass die Apotheke im Zuger Kantonsspital in den vergangenen Wochen und auch heute Emotionen geweckt hat. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf die Interpellation darauf hingewiesen, dass das Zuger Kantonsspital seinen Entscheid in eigener Kompetenz gefällt hat; der Entscheid fällt nicht in die Zuständigkeit der Politik. Der Kantonsrat und die Zuger Stimmbevölkerung haben 1999 und 2010 deutlich entschieden, dass das Kantonsspital privatrechtlich organisiert und betrieben werden soll. Die Botschaft war und ist klar: Das Kantonsspital soll unabhängig agieren, die Politik soll sich nicht einmischen. Das gilt es auch bei diesem Entscheid zu respektieren. Mit dem Übergang zur Neuen Spitalfinanzierung 2012 ist die Gleichbehandlung aller Spitäler und Kliniken gesetzlich festgeschrieben worden. Der Kanton Zug verfolgt diesen Grundsatz konsequent. Bei der Finanzierung der Leistungen werden seit 2012 alle Spitäler und Kliniken auf der Spitalliste gleich behandelt; separate Investitionsbeiträge sind kein Thema mehr. Es gilt das Prinzip der gleich langen Spiesse.
Vor diesem Hintergrund ist der Entscheid des Verwaltungsrats des Kantonsspitals, eine öffentliche Apotheke einzurichten, zu respektieren. Der Regierungsrat hat sich bis heute bei betrieblichen Entscheiden des Kantonsspitals zurückgehalten. Es

geht dabei auch um Gleichbehandlung. Hätte die Andreasklinik in Cham eine Publikumsapotheke eröffnet, hätte man diesen Entscheid wohl ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Im Sinne der gleich langen Spiesse muss auch dem Kantonsspital der entsprechende Spielraum gewährt werden.
Man darf bei dieser Frage auch die Bevölkerung nicht vergessen. Das Kantonsspital hat auf den Wunsch und die Erwartungen der Patientinnen und Patienten reagiert. Zudem hat es sämtliche gesundheitspolizeilichen Anforderungen erfüllt. Damit besteht ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Bewilligung. Im Übrigen haben die Apotheken keinen Heimatschutz nötig. Ein Besuch in den Betrieben zeigt, dass die Zuger Apotheken gute, innovative und kreative Unternehmen sind, welche die Konkurrenz nicht zu fürchten brauchen.
Man kann auch in dieser Frage nicht den Fünfer und das Weggli haben. Wer von einem Spital unternehmerisches Handeln fordert, muss ihm auch die Freiheit des Handelns lassen. Dass das Zuger Kantonsspital unternehmerisch erfolgreich ist, wurde bereits erwähnt. Dabei überzeugt das Spital nicht nur mit Rekordzahlen, sondern auch – wie Vergleiche zeigen – mit einer hohen Wirtschaftlichkeit. Dies kommt nicht zuletzt auch der Bevölkerung zugute, gehören doch die Krankenkassenprämien im Kanton Zug trotz sehr guten Leistungsangeboten zu den tiefsten in der ganzen Schweiz.
Die Apothekervereinigung hat unabhängig vom vorliegenden Vorstoss ein Rechtsgutachten vorgelegt, das für ein anderes Spital erstellt wurde. Nun steht der Vorwurf im Raum, dass der Kantons Zug nicht rechtens gehandelt habe. Das erwähnte Gutachten äussert sich sehr allgemein und bezieht sich nicht auf die konkrete Situation im Kanton Zug. Es handelt sich um ein Parteigutachten, und wie immer bei juristischen Fragen gibt es zu jedem Argument ein Gegenargument. Letztlich wäre die Frage deshalb durch ein Gericht zu klären.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**506** Traktandum 8.5: **Interpellation von Hubert Schuler betreffend Ausschreibung der Mandatsführung für Kinder und Jugendliche**
Vorlagen: 2571.1 - 15050 (Interpellationstext); 2571.2 - 15141 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Hubert Schuler** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Leiter des Sozialdiensts der Gemeinde Baar und in dieser Funktion auch Leiter der Beratungsstelle für Kinderschutz. Er dankt der Regierung für die ausführliche Antwort auf die Interpellation. Gewisse Aussagen erstaunten ihn allerdings. So wird dargelegt, dass sich Fachstellen zu kompetenten Leistungserbringerinnen entwickelt hätten. Weiter wird dargelegt, dass ohne den Einsatz und die Fachlichkeit der zwei Fachstellen die gesetzliche Pflicht des Kantons zu einer ordentlichen, effektiven und am Kindswohl ausgerichtete Führung von Kindesschutzmandaten in Frage gestellt gewesen wäre. Und nun, nach drei Jahren, wird argumentiert, dass der Kanton die gleiche Arbeit billiger und in gleicher Qualität leisten könne.
Aus budgettechnischen Gründen wurde 2013 die Menge der Kindermandate auf 60 bis 70 erhöht. Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurde diese Zahl nun – entgegen der Empfehlung eines Gutachtens – auf 80 erhöht. Weshalb wurde eigentlich ein Gutachten in Auftrag gegeben, wenn schon feststand, dass gespart werden soll? Man hätte dieses Geld doch sparen können, aber man wollte eben die eigene Vorstellung umsetzen. Die Arbeit für und mit Kindern braucht mehr Zeit als jene mit

Erwachsenen. Denn oft müssen Kontakt und Austausch nicht nur mit den Kindern gepflegt werden, sondern auch mit den Eltern und der Schule, vielleicht auch mit Ausbildungsfirmen oder allenfalls mit Bezugspersonen in Heimen. All dies ist mit einem Sollpensum von 1,7 Stunden pro Monat ohne Abstriche an der Qualität schlicht nicht machbar. Und wie sieht es in zwei, drei Jahren aus, wenn noch mehr gespart werden soll? Wird dann die Anzahl Mandate einfach erhöht? Es stellt sich auch die Frage, wie es mit der Staatshaftung aussieht, wenn Fehler gemacht werden oder eine massive Nichtbetreuung durch die mandatsführende Person stattfindet. Schon jetzt werden Aufgaben, welche durch Beiständinnen und Beistände erledigt werden müssten, von den gemeindlichen Sozialdiensten eingefordert. Der Votant hofft für die Kinder, dass nichts geschieht – und er hofft gleichzeitig, dass die Regierung auf ihren Entscheid zurückkommt und die Anzahl Mandate pro 100 Prozent Arbeitspensum wieder reduziert. Denn dass *diese* Kostensenkung auf Zeit wirklich günstiger ist, bezweifelt er sehr.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass die Regierung in mehreren Sitzungen über die 80 Mandate auf 100 Stellenprozent diskutiert und dazu auch aussenstehende Personen eingeladen hat. Sie hat sich in Anbetracht der finanziellen Situation des Kantons zu diesem Schritt entschieden. Mit dem Thema Staatshaftung befasst sich die Sicherheitsdirektion. Nach dem Kenntnisstand der Direktorin des Innern gibt es bisher zehn Staatshaftungsfälle, und die Regierung wird weiter verfolgen, ob diese Zahl zunimmt oder nicht.
Der Entscheid des Regierungsrats erlaubte für das kommende Budget eine Reduktion um rund 400'000 Franken, was im Rahmen des Entlastungsprogramms und in Hinblick auf «Finanzen 2019» doch ein beträchtlicher Betrag ist.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**507** Traktandum 8.6: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Stadt Zug – Verbesserung der Situation für den nicht motorisierten Verkehr auf dem Postplatz und zwischen Bahnhof und Metalli**
Vorlagen: 2582.1 - 15078 (Interpellationstext); 2582.2/2a/2b - 15159 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Daniel Stadlin** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Er kann es kurz machen: Die Antwort ist nicht das, was er sich gewünscht hat, aber immerhin ist sie unmissverständlich: Der Kanton ist nicht willens, die Aufenthaltsqualität in der Zuger Innenstadt auch nur marginal zu verbessern. Die Dominanz des Durchgangsverkehrs soll unangetastet bleiben. Seit sich der Votant erinnern kann, behindert die Nord-Süd-Verkehrsachse des motorisierten Individualverkehrs massgeblich die städtebauliche Entwicklung und Organisation der Stadt. Geht es nach dem Regierungsrat, soll daran nichts geändert werden. Das kann der Votant nicht verstehen. Zug ist doch nicht irgendein Kaff, sondern ein pulsierendes internationales Wirtschaftszentrum und die Kerngemeinde der zehntgrössten Agglomeration der Schweiz mit über 125'000 Einwohnerinnen und Einwohnern, gleich nach Winterthur. Zudem erwirtschaftet die Stadt mit 1,16 Milliarden Franken fast 47 Prozent des gesamten Steuerertrags im Kanton. Jedenfalls verdient sie ein attraktiveres Zentrum mit höherer Wohn-, Arbeits- und Aufenthaltsqualität als heute. Natürlich ist eine Stadt ein höchst fragiles Gebilde mit unzähligen Anspruchsgruppen und widersprüchlichen Interessen. Trotzdem könnte man

mit etwas mehr Gestaltungswillen aus dem brachliegenden Potenzial der Stadt Zug *viel* mehr machen. Selbstverständlich steht da in erster Linie die Stadt in der Pflicht, aber eben nicht nur: Auch der Kanton muss das Seinige beitragen. Ohne ihn kann die Innenstadt nicht wirklich aufgewertet werden. Denn die stadtdurchquerenden Hauptstrassen sind von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, die Situation für die Fussgänger zu verbessern, den Veloverkehr attraktiver zu machen, den öffentlichen Verkehr zu priorisieren und den motorisierten Durchgangsverkehr zu beschränken. Der Votant bittet deshalb den Regierungsrat: Bitte mehr Herzblut für die Stadt Zug, denn sie verdient es.

**Susanne Giger** spricht für die ALG. Die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Daniel Stadlin lässt vermuten, dass die Stadt Zug den Fussverkehrspreis «Flaneur d'Or» in absehbarer Zeit wohl nicht erhalten wird. Die Votantin geht aber davon aus, dass die Verkehrsexperten des Kantons die Planungsphilosophie des «Shared Space» kennen, waren sie doch auch an den Begegnungszonen am Bahnhof Baar und in Rotkreuz beteiligt. Die Möglichkeiten, um den kommenden neuen Postplatz in Zug in einen identitätsstiftenden Raum für alle zu verwandeln, ohne dass die Pünktlichkeit des ÖV und die Verkehrssicherheit beeinträchtigt werden, sind gegeben. Eine Tempo-30-Zone zwischen Casino und Metalli wäre da ein wichtiger Anfang, der noch ausgeweitet werden kann. Aus städtischer Sicht wäre es auch einen Versuch wert, die Lichtsignalanlage am Postplatz für alle Verkehrsteilnehmenden aus- bzw. auf gelb blinkend zu schalten, damit die Fussgänger aufgrund ihres gesetzlich geregelten Vortrittsrechts an den Kreuzungen die Kapazität bestimmen würden. Auch gilt es endlich eine taugliche Lösung für eine Veloführung am Postplatz für die Ost-West-Verbindung zu finden.

**Pirmin Andermatt** weiss natürlich, dass die vorliegende Interpellation die Stadt Zug betrifft, trotzdem aber spricht er als Baarer dazu. Seine Interessenbindung: Er ist Gemeinderat von Baar.
Es geht ihm um die Antwort auf die Frage 4 auf Seite 3 der regierungsrätlichen Interpellationsantwort. Dort steht: «Des Weiteren ist festzuhalten, dass auf Fussgängerstreifen an ungesteuerten, stark verkehrsbelasteten Knoten mehr Konflikte zwischen motorisiertem und Langsamverkehr entstehen. Die Unfallzahlen an ähnlichen, jedoch nicht geregelten Knoten, namentlich am Kreuzplatz in Baar oder am Kolinplatz, belegen diesen Effekt eindrücklich.» Der Vergleich mit Baar ist aus Sicht des Votanten unangebracht und auch nicht fair, aus folgenden Gründen:
• Der Kreuzplatz in Baar wird täglich von rund 20'000 Fahrzeugen befahren. Die polizeiliche Unfallstatistik umfasst zwei Jahre, also rund 14,6 Millionen Fahrzeuge. Rapportiert wurden exakt 7 Unfälle, davon 1 mit Personenschaden. Natürlich ist jeder Unfall bedauerlich, besonders wenn Personen zu Schaden kommen. Es sei aber jedem Ratsmitglied überlassen, zu beurteilen, ob ein Platz mit sieben Unfällen bei 14,6 Millionen Fahrzeugen ein Unfallschwerpunkt ist oder nicht
• Würde auf dem Kreuzplatz eine Lichtsignalanlage realisiert, gäbe es auf knapp 1 Kilometer Länge vier Lichtsignalanlagen. Der Gemeinderat von Baar ist klar der Ansicht, dass dies zu einem Verkehrsinfarkt führen würde.
• Der Gemeinderat von Baar hat mit dem kantonalen Baudirektion deshalb vereinbart, bis auf Weiteres auf eine Lichtsignalanlage zu verzichten. Nun aber wird Baar als Negativbeispiel angeführt. Das geht nicht! Mit der Nichtrealisierung einer Lichtsignalanlage leistet die Gemeinde Baar zudem einen Beitrag in Millionenhöhe an das Entlastungspaket. Der Votant bittet den Regierungsrat, bei Vergleichen unter Gemeinden inskünftig etwas mehr Fingerspitzengefühl walten zu lassen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die Rückmeldungen und möchte einige Ausführungen im übergeordneten Sinn machen. Die Auswirkungen, die sich an der verkehrstechnischen Achillessehne am Postplatz zeigen, haben ihren Grund in der Gesamtverkehrskonzeption des Kantons. Diese basierte in den letzten Jahren darauf, mit der Tangente Zug/Baar und der Umfahrung Cham–Hünenberg eine starke Ost-West-Verbindung herzustellen, mit der Tangente die Berggemeinden an das Autobahnnetz anzubinden und mit dem dritten wesentlichen Element, dem Stadttunnel Zug, das Konzept abzurunden. Nach der Realisierung all dieser Bauwerke würde die Mobilität und Verkehrsstruktur im Kanton Zug wesentlich anders aussehen. Mit der Tangente Zug/Baar, für die gestern der Spatenstich vollzogen wurde und die 2020/21 in Betrieb geht, werden insbesondere die Zentren von Zug und Baar massiv entlastet. So wurde für die Ägeristrasse in Zug ein Minus von 30 Prozent, für die General-Guisan-Strasse ein Minus von 12 Prozent und für die Nordstrasse ein Minus von 57 Prozent errechnet. Nun aber wird ein wesentliches Element dieser Gesamtverkehrskonzeption, nämlich der Stadttunnel, nicht gebaut, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Planung der Stadt bezüglich Veloverkehr, Fussgänger etc. Deshalb arbeitet die Baudirektion daran, bis ungefähr Ende 2017 eine neue Gesamtverkehrskonzeption vorzulegen. Diese wird ein Ausfluss aus der heutigen Strategie der räumlichen Entwicklung sein, welche von einer Gesamtbevölkerung von 148'000 Einwohnerinnen und Einwohnern und 120'000 bis 125'000 Arbeitsplätzen im Jahr 2040 ausgeht. Aus dieser Raumentwicklungsstrategie wird nun die Gesamtverkehrskonzeption für die Zukunft abgeleitet. Das bedeutet, dass man sich mit der Situation, wie sich sie heute in der Innenstadt von Zug präsentiert, noch über mehrere Jahre wird abfinden müssen. Das Nadelöhr durch die Stadt Zug lässt sich mit keinem andern Projekt als einem Stadttunnel aufheben – was das Volk jedoch nicht wollte. Der Baudirektor versichert aber, dass die Baudirektion und das Baudepartement der Stadt Zug in der jetzigen Zwischenphase ständig versuchen, verkehrssteuernde und -lenkende Massnahmen zu denken und zu realisieren; der nötige Gestaltungswille ist vorhanden. Er weist aber nochmals deutlich darauf hin, dass ein wesentliches Element der bisherigen Gesamtverkehrskonzeption nicht realisiert werden kann. Die stadtquerende Achse bleibt also bestehen. Bestehen bleibt auch ein gewisser Vorrang für den ÖV, wobei eine Umschaltung der Lichtsignalanlagen auf Orange eher mehr Probleme schaffen würde als das jetzige ausgeklügelte System. Die Möglichkeit zu viel Herzblut in der Planung ist im Übrigen etwas eingeschränkt durch den Umstand, dass die Situation in Zug wenig Spielraum für neue Lösungsansätze bietet.

Die Möglichkeit von Tempo-30-Zonen wurde intensiv studiert, besonders für die Grabenstrasse. Es gibt einen klaren Entscheid des Bundesgerichts, dass dieses Thema nochmals studiert und eine Versuchsanlage eingerichtet werden muss. Die Baudirektion wird sich nächste Woche mit den Beschwerdeführern und den betroffenen Organisationen zu einer Aussprache treffen, bei welcher die nächsten Schritte aufgezeigt werden. Im nächsten Jahr gibt es gemäss der Anweisung des Bundesgerichts eine Versuchsphase, die dann ausgewertet und auf deren Basis entschieden wird, was gemacht werden kann. Der Entscheid des Bundesgerichts stellt im Übrigen einen Präzedenzfall dar und hat eine grosse Bedeutung nicht nur für Zug, sondern auch für andere Schweizer Städte und verschiedene Kantone. Bis die Situation an der Grabenstrasse sauber analysiert ist, werden aber wiederum mindestens anderthalb bis zwei Jahr vergehen.

Pirmin Andermatt sei daran erinnert, dass für die Situation in Baar in freundeidgenössischer Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und der Gemeinde Baar eine gute Lösung gefunden wurde. Der Kanton war der Meinung, dass für die Verkehrssicherheit eine Lichtsignalsteuerung richtig sei, und er hat entsprechende Argu-

mente vorgelegt. Die Gemeinde hingegen wollte keine Lichtsignalanlage. Der Kanton hat sich einverstanden erklärt, nach dem Willen der Gemeinde vorzugehen und mal zu schauen, wie sich das Ganze entwickelt. Das ist nach Ansicht des Baudirektors eine gute Lösung. Der entsprechende Hinweis in der regierungsrätlichen Antwort ist keineswegs despektierlich gemeint; der Baudirektor entschuldigt sich aber, wenn Pirmin Andermatt das so empfunden haben sollte.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 9

**508 Postulat von Philip C. Brunner betreffend permanente Perronverlängerungen in Rotkreuz – mehr Sitzplätze und weniger Stehplätze – eine kostengünstige infrastrukturelle Verbesserung – mit sofortigem direktem Nutzen für OV-Benützer**

Vorlagen: 2403.1 - 14701 (Postulatstext); 2403.2 - 14793 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2403.3 - 15169 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Postulant **Philip C. Brunner** erinnert sich an lebhafte Diskussionen im Kantonsrat zum Thema seines Postulats. Mittlerweile ist die Regierung erfreulicherweise auf denselben Kurs eingeschwenkt. Mit Bedauern hat der Votant zur Kenntnis genommen, dass die Regierung das Postulatsanliegen zusammen mit der SBB umzusetzen versuchte, offenbar hat man dieses Mal den *Slot* aber nicht getroffen. Der Votant ist froh, dass die Motion Stuber/Schmid/Lötscher bezüglich Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern hängig bleibt, und in diesem Sinne ist er einverstanden mit dem Antrag der Regierung, sein eigenes Postulat als erledigt abzuschreiben. Die Bedeutung der Strecke Zürich–Zug–Luzern hat wegen der Hochschule Informatik zugenommen, und es ist wichtig, dass bezüglich der Kapazitäten alle am selben Strick ziehen. Der Votant erhielt, als er das Postulat einreichte, keine Unterstützung aus Rotkreuz, sieht sich heute aber rehabilitiert. Auch wird der Volkswirtschaftsdirektor noch einige neue Informationen geben können, wie es in dieser Sache weitergeht.

**Olivia Bühler** teilt mit, dass die SP-Fraktion erneut erfreut zur Kenntnis nimmt, dass die Stärkung des ÖV im Kanton Zug der Regierung ein grosses Anliegen ist und sie in diesem Zusammenhang auch einen Kapazitätsausbau durch eine Perronverlängerung in Rotkreuz unterstützt und sich dafür auch bei der SBB eingesetzt hat. Es ist nachvollziehbar, dass eine Perronverlängerung oder ein zweiter Interregio-Halt weitere Folgen für den Bahnverkehr haben und deshalb durch die SBB genau geprüft werden müssen. Trotzdem ist es schade, dass die SBB auf ihrem Entscheid beharren will, dass die provisorische Verlängerung in Rotkreuz zurückgebaut werden muss.
Die SP hofft, dass sich die Regierung weiterhin für den Ausbau des ÖV im Kanton Zug einsetzt und dass in Hinblick auf den Ausbauschritt 2030 von FABI dann tatsächlich ein Kapazitätsausbau realisiert wird. Die SP-Fraktion unterstützt die Haltung der Regierung und wird das Postulat als erledigt abschreiben.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG. Eine Kapazitätserhöhung auf der stark frequentierten Bahnlinie Zürich–Zug–Luzern ist dringend nötig. Aus dem Bericht des Regierungsrats wird klar, dass ein Kapazitätsausbau mit längeren Zügen auf den bestehenden Gleisanlagen möglich ist. Diese Forderung gilt es weiter zu ver-

folgen. Voraussetzung ist aber, dass genügend lange Perrons zur Verfügung stehen, auch in Rotkreuz. Der ALG fehlt dazu ein Hinweis der Regierung, dass in Rotkreuz die geplante Überführung Ost für den Langsamverkehr einen direkten Personenzugang zu den verlängerten Perrons haben muss. Für die ALG ist es logisch, dass provisorische Perronverlängerungen wenig Sinn machen, sondern unbedingt eine definitive Lösung mit verlängerten Perrons angestrebt werden muss. Von Bedeutung wird wohl der Entscheid des Bundesrats im Jahr 2019 sein, wenn dieser die weiteren Ausbauschritte bis 2030 priorisiert und dem Parlament vorlegt. Der Tiefbahnhof Luzern ist zwingende Voraussetzung für einen Angebotsausbau auf der Linie Zürich–Zug–Luzern. Die ALG fordert, dass die Regierungen und Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier der Zentralschweiz sich mit aller Kraft für dieses Anliegen einsetzen.
Die ALG ist dafür, das vorliegende Postulat abzuschreiben, da mit der Motion Stuber/Schmid/Lötscher der Druck betreffend höhere Bahnkapazitäten aufrecht gehalten wird. Sie erwartet vom Regierungsrat aber etwas mehr Feuer und Enthusiasmus und kein Verstecken hinter anderen Akteuren.

**Andreas Hürlimann** erinnert daran, dass der Druck des Postulats und der Motion nötig war, um den Regierungsrat, die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für öffentlichen Verkehr zu mehr Engagement zu bewegen. Engagement und Druck müssen aufrecht erhalten bleiben; das geschieht mit der noch pendenten Motion Stuber/Schmid/Lötscher. Ziel muss eine Verbesserung des Angebots auf der ganzen Achse Luzern–Zug–Zürich sein. Dabei braucht es innovative Ansätze und Ideen – gerne auch aus dem Kanton Zug, aus der Volkswirtschaftsdirektion und dem Amt für öffentlichen Verkehr. Bis jetzt nimmt man das Engagement wenig wahr, man verweist lieber auf Planungsschwierigkeiten bei der SBB. Es ist aber nicht die SBB alleine, die hier entscheidet. Wenn man Referenzkonzepte des BAV studiert, sieht man, dass 400 Meter lange Züge auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern angedacht sind. Dabei stellt man fest, dass verschiedene Varianten mit längeren Zügen und somit mehr Kapazität fahrbar sind. Weiter wird festgestellt, dass es für einen zweiten Interregio-Halt in Rotkreuz Lösungen gibt. Hier erwartet der Votant aktives Mittun und Aufzeigen von Lösungen, auch durch das Amt für öffentlichen Verkehr. Es gilt sich einzubringen und das Feld nicht anderen zu überlassen. Dabei ist auch festzuhalten, dass es lediglich um 400 Meter lange Züge zur Hauptverkehrszeit im genannten Korridor geht. Hinweise in der regierungsrätlichen Vorlage zu Problemen mit 400-Meter-Zügen über diesen Korridor hinaus sind eher als Nebelpetarden zu verstehen. Die Anpassungen in diesem Korridor sind nämlich überschaubar.
Aus Sicht eines Pendlers sind 400 Meter lange Züge kein Segen. Wege werden länger, und ein schnelles Umsteigen und das Erreichen von Anschlusszügen werden teilweise schwierig. Dennoch ist es aufgrund der Kapazitätsprobleme nötig, sich auch für solche längeren Züge einzusetzen. Dies ist nicht nur aufgrund der finanziellen Situation sinnvoll. Es ist auch schlicht der einfachste Weg, um rasch zu einer Kapazitätssteigerung zu kommen und mehr Platz, auch mehr Sitzplätze, anbieten zu können.
Fazit: Zug muss seine Chance nutzen und sich aktiv einbringen. Kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen müssen weiterverfolgt werden. Der Votant ist gespannt auf die innovativen und zukunftsträchtigen Ideen und Massnahmen im Rahmen der Beantwortung der Motion.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass man sich im Resultat einig ist: Die Kapazitäten auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern müssen erhöht werden. Allerdings genügt es nicht, einfach die Perrons zu verlängern, vielmehr bleibt noch

einiges mehr zu tun. Man war sich auch einig, dass die Perronverlängerungen nicht nur provisorisch, sondern definitiv realisiert werden sollen. Unterschiede bestanden allerdings in der Beurteilung der Frage, wie ein politischer Vorstoss in diesem Zusammenhang taktisch eingesetzt werden soll. Und der Regierungsrat hat durchaus gelernt, dass Vorstösse aus dem Kantonsrat Druck und Rückenwind erzeugen, die man ausnutzen kann. Er hat auch aufgezeigt, dass er das Anliegen mehrfach, auch bei den höchsten Stellen der SBB, platziert hat. Der Regierungsrat hat den Schwung also so gut wie möglich ausgenutzt. Mittlerweile sind die entsprechenden Verfahren aber beendet, und leider wird nun halt nur provisorisch ausgebaut.
Der Regierungsrat hat unter Ziff. 3 das weitere Vorgehen skizziert. Er vertraut darauf, dass dereinst, wenn die Strecke Zugersee-Ost gesperrt ist und die Züge via Rotkreuz verkehren, auch der Bund und die SBB zur Einsicht gelangen, dass ein Rückbau für ein oder zwei Jahre und ein anschliessender definitiver Ausbau wenig sinnvoll ist. Die Macht des Faktischen dürfte dannzumal wichtig sein. Der Regierungsrat lässt auch keine Gelegenheit aus, das Thema Wachstum im Ennetsee zu thematisieren und auf die Bedeutung des Knotens Rotkreuz hinzuweisen. Dabei haben auch weitere Anliegen ihren Platz, etwa der zweite Halt von Fernverkehrszügen, was betrieblich heute nicht möglich ist. Auch dieses Thema ist bei der SBB und beim Bund ausreichend platziert. Die SBB anerkennt die Notwendigkeit eines zweiten Halts, hat aber die betriebliche Lösung noch nicht gefunden.
Den Hinweis von Hanni Schriber-Neiger bezüglich Überführung Ost nimmt der Volkswirtschaftsdirektor auf. Zum Vorwurf von Andreas Hürlimann, man sehe wenig von den Aktivitäten der Volkswirtschaftsdirektion und des Amts für öffentlichen Verkehr, hält er fest, dass nicht jeder Schritt den Medien kommuniziert und von diesen kommentiert werden müsse. Er versichert aber, dass das Amt für öffentlichen Verkehr gerade in der Frage des zweiten Halts in Rotkreuz immer wieder bei der SBB vorstellig wurde und auch durch externe Fachleuten prüfen liess, ob ein solcher Halt nicht möglich sei. Das Thema ist mittlerweile ausgereizt. Auch die Ennetseegemeinden haben – ebenfalls mit externer Unterstützung – keine Alternative zur Lösung der SBB gesehen. Ein weiteres Beispiel: Wegen der Verzögerung der Sanierung der Linie Zugersee-Ost und des Doppelspurausbaus in Walchwil gibt es ab kommendem Jahr Konflikte zwischen Fernverkehrszügen und der Stadtbahn. Die Volkswirtschaftsdirektion hat provoziert, dass Trasse Schweiz, die Trassevergabestelle, einen Entscheid fällen musste, wer Priorität hat. Aus Sicht der Volkswirtschaftsdirektion hätte natürlich die Stadtbahn Priorität, benutzt sie doch diese Geleise schon länger als die Fernverkehrszüge. Leider gilt hier aber nicht das Anciennitätsprinzip, sondern hat der sogenannte vertaktete Fernverkehr Priorität vor dem Regionalverkehr. Der Entscheid von Trasse Schweiz hat nun zur Folge, dass in einem Dutzend Fällen der Trassekonflikt zulasten der Stadtbahn gelöst werden muss, was bedeutet, dass nicht mehr alle Stadtbahn-Züge bis nach Walchwil fahren können. Das ist eine Folge der Verzögerung, die sich aus den Einsprachen ergeben hat; der Kantonsrat hat mit der Anpassung des Richtplans ja rechtzeitig grünes Licht für die Sanierung und den Doppelspurausbau gegeben. Auch dieses Beispiel zeigt, dass das Amt für öffentlichen Verkehr wirklich am Ball ist.
Zur Frage der 400-Meter-Züge: Ob längere Züge wirklich die richtige Lösung für mehr Kapazität sind, sei dahingestellt; vielleicht liegt die Lösung auch in kürzeren, aber in schnellerer Abfolge verkehrenden Zugskompositionen, etwa den neuen RE-Zügen. Man muss hier verschiedene technische Möglichkeiten im Auge behalten. Das Ziel liegt in einer grösseren Kapazität – mit welcher Lösung auch immer. Auch dazu ein Beispiel: Zu den neuen *Flirt*-Kompositionen, die in der Hauptverkehrszeit eingesetzt werden und etwas mehr Stehplätze haben, wurde in einem Leserbrief vorgerechnet, dass es doch besser wäre, Doppelstockzüge mit entsprechend mehr

Sitzplätzen einzusetzen. Was der Leserbriefschreiber aber nicht beachtete: Doppelstockzüge sind zu träge, um als Stadtbahn-Züge eingesetzt zu werden. Die erstbeste Lösung ist also nicht immer die richtige.
Der Votant hält nochmals fest, dass die Linie Zürich–Zug–Luzern für den Kanton Zug hohe Priorität hat. Er dankt dem Rat, dass er dem regierungsrätlichen Antrag folgt.

➔ Der Rat schreibt das Postulat stillschweigend als erledigt ab.

TRAKTANDUM 10

**509 Interpellation der SP-Fraktion betreffend Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit – Fakten und Massnahmen erwünscht**
Vorlagen: 2588.1 - 15096 (Interpellationstext); 2588.2/2a - 15184 (Antwort des Regierungsrats).

**Rupan Sivaganesan** dankt als Vertreter der Interpellantin dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen. Das Thema Fachkräftemangel wurde in letzter Zeit immer wieder aufgegriffen, so in Zusammenhang mit der Masseneinwanderungsinitiative. Auch nach dieser Abstimmung wird weiterhin über den Mangel an Fachkräften diskutiert. Die Statistiken zeigen, dass bei Personen über fünfzig Jahren die Arbeitslosigkeit weiterhin steigt; darüber wurde auch in der letzten Kantonsratssitzung gesprochen. Die Regierung räumt einen Fachkräftemangel ein und verweist auf verschiedene Studien, ohne jedoch die für den Kanton Zug relevanten Fakten zusammenzufassen. Das Total der Arbeitslosen und der Stellensuchenden, also der nicht ausgesteuerten Personen, wird für den Kanton Zug auf 2633 Personen im April 2016 beziffert. Im ganzen Bericht ist dies das einzige Faktum. Bei Frage 7 verweist die Regierung auf drei noch nicht ausgeschöpfte Potenziale: die Erwerbsbeteiligung von Frauen, von älteren Arbeitskräften sowie von Personen im Asyl- und Flüchtlingsbereich. Wie sie das Problem konzeptionell angehen will, geht aus dem Bericht jedoch nicht hervor.
Die SP-Fraktion fordert die Regierung auf, vorhandene Ressourcen nachhaltig zu fördern. So könnten stellenlose Personen der Gruppe 50+ besser wieder für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden, wenn sie sich gezielt spezifische Qualifikationen aneignen. Hier bietet sich ein Weiterbildungsfonds an. Ebenso gilt es zu konkretisieren, welche Massnahmen zur Förderung von Frauen in der Arbeitswelt getroffen werden. Hier ist insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein Thema. Was tut die Regierung, um Frauen den Wiedereinstieg nach der Babypause zu ermöglichen sowie die Kinderbetreuung zu gewährleisten? Ist die Förderung von Teilzeitarbeitsmodellen für beide Geschlechter vorgesehen? Auch die Integration von anerkannten und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen in den hiesigen Arbeitsmarkt ist zurzeit ein Thema. So hat der Bundesrat eine sogenannte «Flüchtlingslehre» lanciert. Wie im Kanton Zug solche Aus- und Fortbildungsmassnahmen für Flüchtlinge umgesetzt werden oder welche konkreten Massnahmen etwa zur erleichterten Anerkennung von ausländischen Diplomen geplant sind, geht aus dem Bericht ebenfalls nicht hervor. Die SP fordert die Regierung auf, bezüglich Fachkräftemangel weitere Fakten und insbesondere Information zu geplanten Massnahmen vorzulegen und zu konkretisieren.

**Esther Haas** als Sprecherin der ALG beleuchtet zwei Aspekte des Fachkräftemangels:
• Die Rekrutierung von Fachkräften stellt offenbar für jede zweite hier ansässige Unternehmung ein Problem dar. Genannt werden in der Antwort des Regierungs-

rats u. a. Bereiche wie Gesundheit, Tourismus, Unterricht und Bildung sowie technische Berufe. Im Bereich Gesundheit leistete sich der Kantonsrat – mit Unterstützung der Interpellantin – in der letzten Kantonsratssitzung einen Aussetzer, indem er die Ausbildungsbeiträge für Gesundheitsberufe strich. Ein Ja zu diesen Beiträgen wäre ein wichtiger Beitrag zur Beseitigung der Engpässe bei den Fachkräften im Gesundheitswesen gewesen. Der Kantonsrat wollte dies nicht und muss mit diesem Entscheid eine Mitverantwortung übernehmen, wenn im Gesundheitswesen nach einheimischen Fachkräften geschrien wird.
• Eine Ausbildung – sei es Lehre oder Studium – in Angriff zu nehmen, ist heute in der Schweiz Standard. Staat und Wirtschaft investieren viel Geld in die Ausbildung. Doch sobald die Familienplanung beginnt, ziehen sich die Frauen häufig aus dem Erwerbsleben zurück, weil familienkompatible Voraussetzungen fehlen. Auch im Kanton Zug fehlt es nach wie vor an genügend Möglichkeiten, damit sich die Frauen *nachhaltig* im Erwerbsprozess integrieren würden. Und auch hier war sich der Kantonsrat bei der ersten Lesung zum Sparprogramm für einen Aussetzer nicht zu schade. Während der Kanton Uri – beileibe nicht bekannt für progressive Schritte – den Eigenbetreuungsabzug abschaffte, entschied sich der Zuger Kantonsrat für dessen Beibehaltung. Mit solchen Entscheiden trägt er dazu bei, dass sich die gut und mit viel Geld ausgebildeten Frauen vom Erwerbsleben für längere Zeit oder ganz zurückziehen. Mit einem auf Kurzsichtigkeit ausgelegten Zückerchen – man kann einen Steuerabzug machen für einen Aufwand, der gar nie generiert wurde – werden die Frauen zu diesem Schritt geradezu ermuntert. Dies ist bestimmt keine schlaue Idee, denn damit wird dem Fachkräftemangel Vorschub geleistet.

**Daniel Thomas Burch** nimmt mit Wohlwollen zur Kenntnis, dass der Kanton Zug die Probleme erkannt und Massnahmen und Projekte eingeleitet hat bzw. bereits umsetzt. BSS Basel hat im Auftrag von Swissmem den Arbeitsmarkt in der MEM-Industrie anhand von elf Berufsfeldern analysiert; es geht dabei um technische Fachkräfte wie Ingenieure, Informatiker u. ä. Es zeigt sich, dass aufgrund des demografischen Wandels jährlich 17'000 bis 21'000 Arbeitnehmende – sprich: Fachkräfte – ersetzt werden müssen, in fünf Jahren also rund 100'000 Mitarbeitende. Vor diesem Hintergrund sind kreative Lösungen gefragt. Leider sind geeignete Fachleute nur selten bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren zu finden. Fakt ist: Wenn man heute eine Assistentin oder eine Bürofachkraft sucht, erhält man über hundert Bewerbungen, wenn man aber einen Verkaufsingenieur oder Projektleiter sucht, kann man froh sein, wenn fünf Bewerbungen eingehen. In der MEM-Industrie will man den Fachkräftemangel mit einer Drei-Säulen-Strategie mit je vier konkreten Massnahmen angehen:
• Es gilt erstens die Nachwuchsförderung zu intensivieren, die Ausbildung der Kinder auf die künftigen Herausforderungen auszurichten. Hier bietet der Lehrplan 21 gute Voraussetzungen.
• Es gilt zweitens das Potenzial der Frauen und drittens der älteren Mitarbeitenden besser zu nutzen. Letzteres bedingt und verlangt von Mitarbeitenden und Arbeitgebern Flexibilität und Bereitschaft zur Weiterbildung.
Um dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können, braucht es einen liberalen Arbeitsmarkt. Forderungen nach Mindestlöhnen, allgemein verbindlichen Arbeitsverträgen sowie Kündigungsschutz für ältere Mitarbeitende sind ungeeignet und gehören im Giftschrank unter Verschluss.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** geht vorerst auf die Kritik ein, der Regierungsrat habe keine kantonsspezifischen Fakten vorgelegt, und die Massnahmen – so wird suggeriert – seien nicht wissenschaftlich hinterlegt. Der Regierungsrat hat

erstens ausgeführt, welche Studien und Erkenntnis es zur vorliegenden Frage gibt; im Übrigen gibt es auch empirisches Wissen, auf das man sich abstützen kann. Zweitens ist der Kanton Zug keine Insel. Mit täglich 30'000 Zupendlern und 25'000 Wegpendlern ist er Teil des Wirtschaftsraums Zürich oder gar Deutschschweiz. Man kann deshalb gesamtschweizerische Erkenntnisse auch auf den Kanton Zug anwenden. So wurden vor einer Woche neue Zahlen und Karten zum Fachkräftemangel publiziert; sie zeigen, dass die Zentralschweiz zusammen mit Zürich zu jenen Regionen gehört, die in den letzten Jahren am meisten an Fachkräftemangel litten. Auch solche Informationen gilt es wahrzunehmen – ohne dass es dazu noch eigene Studien für teures Geld braucht. Zur Kritik, der Kanton gehe nicht genügend konzeptionell vor, führt der Volkswirtschaftsdirektor aus, man setze lieber konkrete Massnahmen um, statt theoretische Konzepte zu erarbeiten. Eine Liste der Massnahmen findet sich in der regierungsrätlichen Antwort – und diese spricht für sich.
Zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird auf Seite 5 des Berichts ausgeführt, dass der Kanton Zug Spitzenreiter ist bezüglich neuen Kinderbetreuungsplätzen. Der Volkswirtschaftsdirektor erinnert auch daran, dass staatliche Tätigkeiten und Subventionen im Bereich Gleichstellung eine gesetzliche Grundlage brauchen. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat mit dem Gleichstellungsgesetz eine solche Grundlage vorgeschlagen. Es liegt nun am Kantonsrat, bei der Beratung dieses Gesetzes die entsprechenden Möglichkeiten zu schaffen.
Bezüglich Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen hätte der Volkswirtschaftsdirektor eigentlich erwartet, dass positiv erwähnt wird, dass der Kanton Zug auch hier Spitzenreiter ist. Und wer an erster Stelle liegt, muss nicht als Erster neue Massnahmen erfinden; das gehört eher zu den Aufgaben derjenigen, welche die Massnahmen des Kantons Zug kopieren sollten. Nichtsdestotrotz: Die Direktion des Innern und die Volkswirtschaftsdirektion arbeiten gemeinsam an einem Arbeitsmarktkonzept für Flüchtlinge und Asylanten, sind also keineswegs untätig – und dies auf hohem Niveau. Und gerade wegen des hohen Niveaus von Massnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen und Migranten im Kanton Zug kam im April Bundesrat Johann Schneider-Ammann nach Zug. Er wollte sich gute Beispiele ansehen, wie man dem Fachkräftemangel vor Ort und mit eigenem Potenzial begegnet. Im Gewerblich-industriellen Bildungszentrum konnte ihm die Ergänzende Bildung Fachangestellte Gesundheit präsentiert werden, ebenso die Bildungs- und Qualifikationsmodule im Bereich Küche, die besonders von Migranten besucht werden. Bundesrat Schneider-Ammann wäre sicher nicht nach Zug gekommen, wenn ihm hier nicht ein leuchtendes Beispiel für andere Kantone hätte präsentiert werden können. Der Kanton Zug kann sich in dieser Hinsicht also sehen lassen. Er gibt sich aber keineswegs mit dem bereits Erreichten zufrieden, sondern knüpft daran an – immer darauf bedacht, Kosten und Nutzen im Gleichgewicht zu behalten: Die Massnahmen müssen auch finanziert werden können bzw. mindestens so viel an Nutzen einbringen, wie investiert wird.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 510 Nächste Sitzung

Donnerstag, 7. Juli 2016 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

38. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 7. Juli 2016 (Vormittag)
Zeit: 8.30–12.45 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse L, Abschnitt Margel–Talacher einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Baar

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel P Agglomerationsprogramm)

4. Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderungen: 2. Lesung
5. Rechenschaftsbericht 2015 des Obergerichts
6. Bericht 2015 der Ombudsstelle Kanton Zug
7. Tätigkeitsbericht 2015 der Datenschutzstelle
8. Zwischenbericht zu den per Ende Marz 2016 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
9. Geschäfte, die am 30. Juni 2016 nicht behandelt werden konnten
10. Interpellation von Beat Unternährer betreffend Integration von Flüchtlingskindern in die Volksschule
11. Interpellation von Silvan Renggli, Daniel Thomas Burch und Jean-Luc Mösch betreffend Vorgehen des Kantons Zug bzw. der Zentralschweiz bei der Anbindung an den Innovationspark Schweiz
12. Interpellation von Andreas Etter betreffend Smart City

## 511 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Willi Vollenweider, Zug; Ralph Ryser, Unterägeri; Matthias Werder, Risch.

Nach dem Rücktritt von Andreas Meier, Oberägeri, ist im Wahlkreis Oberägeri ein Sitz vakant (siehe Ziff. 486).

**512 Mitteilungen**

Heute gilt jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

TRAKTANDUM 1

**513 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**514 Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Es stehen keine Vorstösse zur Überweisung an.

TRAKTANDUM 3

**Kommissionsbestellungen**

**515** Traktandum 3.1: **Änderung des Rechtstellungsgesetzes, des Personalgesetzes und der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Abgangsentschädigungen**
Vorlagen: 2639.1 - 15195 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 2639.2 - 15196 (Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die engere Stawiko beantragt, auf die Bestellung einer Ad-hoc-Kommission zu verzichten. Die Gründe dafür sind folgende:
Der Rat hat am 3. Juli 2014 drei Motionen erheblich bzw. teilerheblich erklärt und gestützt auf den Bericht und Antrag der Regierung vom 1. April 2014 an die Stawiko zu Bericht und Antrag überwiesen. Die Kommissionsarbeit ist bereits durch die Stawiko geleistet worden. Die Synopse zeigt das geltende Recht, den Vorschlag der Regierung und denjenigen der Stawiko.
Das Finanzhaushaltsgesetz verlangt in § 2 eine Haushaltsführung nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit. Mit der Oberweisung dieses Geschäfts wird diesem Paragrafen nicht nachgelebt. Denn der Rat und die Fraktionen sind über die geplanten Änderungen im Bilde, basieren diese doch eben auf den erwähnten Motionen des Rates. Die Zusatzschlaufe durch eine weitere Kommission ist unnötig. Alle Fraktionen und Kantonsräte können sich aufgrund der vorhandenen Unterlagen in das Geschäft einarbeiten, dieses beraten und zu den Vorschlägen der Stawiko Stellung beziehen. Der Rat

sollte mit gutem Beispiel vorangehen und eine sparsame, effiziente und wirtschaftliche Arbeitsweise an den Tag legen.
Die Stawiko hat im Rahmen der Erarbeitung von Bericht und Antrag ein Vernehmlassungsverfahren bei allen Beteiligten durchgeführt. In der Vorlage 2639.1 werden die Eingaben detailliert abgehandelt. Die Stawiko liess sich von den Grundsätzen der Good Governance leiten, die Vorschläge sind ausgewogen und fair.
Der Vorschlag für eine Ad-hoc-Kommission wurde nicht im Büro besprochen, sondern vom Landschreiber nach Absprache mit dem Kantonsratspräsidenten entsprechend traktandiert. Gemäss GO KR beschliesst der Rat abschliessend über die Einsetzung einer nicht ständigen Kommission. Die Stawiko-Präsidentin bittet den Rat, dem Antrag der Stawiko zu folgen und das Geschäft nicht an eine weitere Kommission zu überweisen.

**Manuel Brandenberg** weist darauf hin, dass sich das Büro im Rahmen einer Doodle-Abstimmung zu diesem Thema geäussert und sich mit grösster Mehrheit für eine Kommission ausgesprochen hat.

**Andreas Hausheer** hat es so verstanden, dass das Büro darüber befunden hat, ob der Kantonsrat eine Kommission einsetzen darf und nicht, ob er eine einsetzen soll. Das Büro ist zum Schluss gekommen, dass der Rat die Kompetenz hat, eine Kommission einzusetzen. Der Votant empfiehlt, dem Antrag der Stawiko zu folgen. Denn vier Stunden Kommissionssitzung plus Protokoll kosten ca. 6500 Franken, und zwar ohne die Aufwendungen des Regierungsrats, bei acht Stunden sind es bereits 13’000 Franken.

**Barbara Gysel** findet es staatspolitisch nicht zielführend, wenn eine Ökonomisierung vorgenommen wird. Vor dem Hintergrund des Entlastungspakets mag dies ein kreativer Vorschlag sein, doch staatspolitisch ist es falsch, ökonomische Gründe anzuführen. Die Votantin plädiert für die Einsetzung einer Kommission.

➔ Der Rat folgt mit 43 zu 26 Stimmen dem Antrag der Stawiko und spricht sich gegen eine Kommissionsbestellung aus.

**516** Traktandum 3.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse L, Abschnitt Margel–Talacher einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Baar**
Vorlagen: 2640.1/1a/1b - 15201 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2640.2 - 15202 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Tiefbau und Gewässer.

**517** Traktandum 3.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel P Agglomerationsprogramm)**
Vorlagen: 2641.1/1a - 15203 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2641.2 - 15204 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

TRAKTANDUM 4

**518 Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderungen: 2. Lesung**

Vorlagen: 2569.5 - 15138 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2569.6 - 15181 (Anträge der SVP-Fraktion zur 2. Lesung); 2569.7 - 15189 (Antrag von Anastas Odermatt, Thomas Werner, Silvan Renggli, Jean-Luc Mosch und Zari Dzaferi zur 2. Lesung); 2569.8 - 15191 (Antrag der SP-Fraktion, der ALG und Monika Barmet zur 2. Lesung); 2569.9 - 15192 (Antrag der SP-Fraktion zur 2. Lesung); 2569.10 - 15194 (Antrag von Philippe Camenisch zur 2. Lesung); 2569.11 - 15197 (Antrag von Laura Dittli und Urs Raschle zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Anträge zur zweiten Lesung gemäss der Systematik im Ergebnis der ersten Lesung beraten werden.

**II. Fremdänderungen**

***Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens vom 25. März 1965***

*§ 4 Abs. 1a*

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag von Anastas Odermatt, Thomas Werner, Silvan Renggli, Jean-Luc Mösch und Zari Dzaferi vorliegt, den Paragrafen wie folgt zu ergänzen: «Dabei werden die Beiträge an den interkantonalen Kulturlastenausgleich letztrangig behandelt.» Die Kommission unterstützt den Ergänzungsantrag.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass die Kommission drei Tage nach Ablauf der Frist zur Einreichung der Anträge für die zweite Lesung getagt hat. Aufgrund des engen Zeitplans war es nicht möglich, zu den eingegangenen Anträgen schriftlich Bericht zu erstatten. Daher wird die Kommissionspräsidentin bei den jeweiligen Anträgen über die Beschlüsse und die Abstimmungsresultate informieren.
Zum Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens: Beim Antrag von Anastas Odermatt wurde in der ersten Lesung festgelegt, dass das Fondsvermögen mindestens 10 Millionen Franken betragen soll. Die Kommission unterstützt den Antrag von Anastas Odermatt und Mitunterzeichnern im Verhältnis 9:3 ohne Enthaltungen. Den Antragsstellern ging es um die Frage, welche Anträge prioritär behandelt werden sollen, also um die praktikable Anwendung der 10-Millionen-Regel. Das heisst, wenn ein Level in der Höhe von 10 Millionen Franken eingeführt wird, stellt sich die Frage, ob zuerst die innerkantonalen Anträge behandelt würden und erst am Schluss des Jahres der Beitrag an den interkantonalen Kulturlastenausgleich in der Höhe von 2,6 Millionen Franken folgen würde oder umgekehrt. Die Antragsteller wollen das Prinzip «first come, first served» verhindern. Der Finanzdirektor hat der Kommission versichert, dass die Zahlung der 2,6 Millionen Franken letztranging erfolge. Er bestätigte der Kommission ebenfalls, dass eine sogenannte Mischfinanzierung nicht möglich sei. Sollte das Fondsvermögen noch 11 Millionen betragen, könnten folglich nicht 1 Million aus dem Fonds genommen und die restlichen 1,6 Millionen der laufenden Rechnung belastet werden. Trotz dieser Aussage des Finanzdirektors ist die Kommissionsmehrheit der Auffassung, dass eine Präzisierung im Sinne der Antragsteller richtig ist. Die Kommissionspräsidentin bittet den Rat, dem Ergänzungsantrag zuzustimmen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko die Anträge auf die zweite Lesung besprochen hat. Beim Antrag von Anastas Odermatt und Mitunterzeichnern war die Kommission gespalten. Die eine Meinung war: Nützt nichts, so schadet es nichts. Die andere Meinung war, es sei in den Materialien ausreichend dokumentiert, dass der Kulturlastenausgleich hinten anstehe und letztrangig behandelt bzw. ausbezahlt werde. Es lag eine Pattsituation vor, die Stawiko-Präsidentin hatte den Stichentscheid zu fällen und sich für die Version der ersten Lesung ausgesprochen. Doch die Stawiko ist offen für beide Versionen.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass der Antrag verlangt, § 4 Abs. 1a des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens vom 25. Marz 1965 wie folgt zu ergänzen: «Dabei werden die Beiträge an den interkantonalen Kulturlastenausgleich letztrangig behandelt.» Gemäss der ersten Lesung soll der interkantonale Kulturlastenausgleich neu über den Lotteriefonds finanziert werden – die rechtlichen Bedenken dazu hat der Votant in der ersten Lesung vorgebracht, diese sind nun nicht mehr Gegenstand der Beratung. Neu wurde festgelegt, dass die Finanzierung nur so lange über den Lotteriefonds erfolgt, wie das Fondsvermögen mindestens 10 Millionen Franken beträgt. Wichtig bei der Verteilung der Gelder ist die qualitative, vor allem aber auch die zeitliche Priorisierung der Mittelausschüttung. Der interkantonale Kulturlastenausgleich soll letztrangig behandelt und nur dann über den Lotteriefonds finanziert werden, falls nach den Vergaben für alle anderen Projekte im jeweiligen Jahr noch genügend Geld im Fonds vorhanden ist. Das heisst, nach der Entrichtung der Beiträge an den interkantonalen Kulturlastenausgleich muss der Fonds noch 10 Millionen Franken aufweisen. Es ist wichtig, dass mit den Lotteriefondsgeldern wie vorgesehen primär kantonale, gemeinnützige Institutionen und Projekte in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales unterstützt werden. Kürzlich haben Jungwacht Blauring und die Pfadi des Kantons Zug aufgrund des erhöhten Interesses nach Ausbildung mehr Mittel beantragt. Es ging um minimale Erhöhungen der Beiträge um 2500 bzw. 5500 Franken, total um 8000 Franken. Diese Erhöhungen wurden nicht gesprochen mit der Begründung, dass dies gegenüber den Jugendlichen ein falsches Signal in Zeiten des Entlastungspakets sei. Der Votant war lange in der Kantonsleitung von Jungwacht Blauring Kanton Zug und ist seit mehreren Jahren ehrenamtlich Co-Präsident von Jungwacht Blauring Schweiz. Daher weiss er von diesem Antrag. Dieses Beispiel zeigt Folgendes auf:
Einerseits sollen im Rahmen des Entlastungspakets diverse Mittel neu aus dem Lotteriefonds entnommen und über den interkantonalen Kulturlastenausgleich an gewinnorientierte Kulturhäuser in Zürich und Luzern vergeben werden. Dies wurde unter anderem damit begründet, dass der Lotteriefonds prall gefüllt sei und im bisherigen Rahmen nicht reduziert werden könne. Daher mache es Sinn, den Fonds anzuzapfen. Doch anderseits werden den Institutionen, die wichtige, gemeinnützige Arbeit im Kanton Zug leisten, minimale Beitragserhöhungen verwehrt. Das ist doch absurd! Da gibt es kantonale Projekte und Institutionen, bei denen die Gelder des Lotteriefonds sehr sinnvoll und direkt eingesetzt würden, aber Minimalerhöhungen von wenigen tausend Franken werden nicht gesprochen mit dem Verweis auf das Entlastungspaket. Gleichzeitig aber sagt man, der Lotteriefonds habe so viele Mittel, dass ruhig noch ein paar Millionen für ausserkantonale, nicht einmal gemeinnützige Projekte bzw. Institutionen verwendet werden könnten. Das geht so nicht.
Es ist sehr wichtig, ob etwas im Gesetz steht oder nicht. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag auf Präzisierung des Gesetzestextes zuzustimmen, sodass die Mittel für den interkantonalen Kulturlastenausgleich letztrangig behandelt werden.

**Silvia Thalmann,** Sprecherin für die CVP-Fraktion, konnte aufgrund ihrer Tätigkeit in der erweiterten Stawiko die Bildungskommission visitieren. Dabei hatte sie die Gelegenheit, sich über die Vergabepolitik der Gelder aus dem Lotteriefonds informieren zu lassen. Es zeigte sich, dass eine klare Vergabepolitik unabdingbar ist. Das heisst, es müssen eindeutige Regeln und Anforderungen für die Antragstellung definiert sein, und die Beurteilungsmassstäbe müssen transparent sein. Ist dies nicht der Fall, kommt es sofort zu Unstimmigkeiten unter den Personen, die im kulturellen Bereich tätig sind. Anhand dieses einzelnen Beispiels, das Anastas Odermatt mit grosser Vehemenz vorgebracht hat, ist es sehr schwierig, zu beurteilen, ob die Vergabepolitik richtig ist. Im operativen Geschäft ist eine klare Vergabepolitik zentral. Diese liegt beim Regierungsrat bzw. bei den verschiedenen Ämtern, die aus dem Lotteriefonds Gelder vergeben können.
Bei den meisten Anträgen zur zweiten Lesung wird die CVP mit sehr knappen Voten Stellung nehmen. Zum Antrag von Anastas Ordermatt hingegen wird die Haltung ausführlicher begründet, da es sich um eine vermeintliche Präzisierung des CVP-Antrags der ersten Lesung handelt. Die Erfahrung aus vergangenen Jahren zeigt, dass die Entnahmen aus dem Lotteriefonds meist niedriger sind als die Zuflüsse und die zulässige Maximalhöhe, die beim doppelten Swisslos-Jahresbeitrag liegt, nicht selten überschritten wird. Der übersteigende Betrag wird bei der Fondsrechnung übertragen. Deshalb sind bei der Überlegung die Beträge aus der Fondsrechnung zu berücksichtigen, mit denen der Lotteriefonds gemäss langjähriger Praxis alimentiert wird, wenn die Dotation des Lotteriefonds zurückgeht. Auch wenn es offensichtlich ist, dass es sich bei der Finanzierung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs über den Lotteriefonds nicht um eine Kostenersparnis, sondern um eine Kostenverschiebung handelt, ist es sinnvoll, diesen während einer gewissen Zeit über den Lotteriefonds zu finanzieren. Es bietet sich damit die Gelegenheit, vorhandene Mittel sinnvoll zu nutzen und gleichzeitig – wenn auch nur vorübergehend – den Staatshaushalt zu entlasten.
Anastas Odermatt thematisiert mit seinem Antrag die berechtigte Frage nach der Priorisierung der Anträge. Die CVP ist der Meinung, dass der Wortlaut der ersten Lesung genügt und der Handlungsspielraum des Regierungsrats klar umschrieben ist. Zeichnet sich ab, dass der Lotteriefonds unter die 10-Millionen-Grenze zu fallen droht, ist dem Kantonsrat eine alternative Finanzierung vorzuschlagen. Den Antrag von Anastas Odermatt lehnt die CVP ab. In Form einer Handlungsanweisung an den Regierungsrat wird festgehalten, dass die CVP die Finanzierung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs vorübergehend aus dem Lotteriefonds duldet und frühzeitig die Unterbreitung einer alternativen Finanzierung erwartet.
Der Lotteriefonds darf Ende Jahr maximal den doppelten Swisslos-Jahresbeitrag aufweisen. Geht man davon aus, dass ungefähr 5 Millionen Franken an Vergaben erfolgen, darf das Fondsvermögen ungefähr 10 Millionen Franken betragen. Das ist der Maximalbetrag. Es dürfen somit nicht mehr, aber durchaus weniger – auch wesentlich weniger Mittel – im Lotteriefonds sein. Dies zeigt anschaulich, dass der Gesetzgeber will, dass die Gelder der Unterstützung des kulturellen Lebens zugeführt – und eben nicht gehortet – werden sollen. Die CVP bittet den Rat, dem Antrag der ersten Lesung zu folgen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bezieht sich auf die Aussage von Anastas Odermatt, der Kulturlastenausgleich komme gewinnorientierten Institutionen zugute. Dem ist nicht so. Es handelt sich um steuerbefreite, nicht gewinnorientierte Institutionen.
Wie bereits Silvia Thalmann zwischen den Zeilen sagte: Man muss sich bemühen, die Gelder zu verteilen. Was die Handlungsanweisung betrifft, die Silvia Thalmann ausgesprochen hat, so hat der Regierungsrat verstanden, was gefordert ist.

Der Antrag der CVP lautete wie folgt: «Die Finanzierung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs erfolgt über den Lotteriefonds, solange der Lotteriefondsbetrag mindestens 10 Millionen Franken beträgt.» Das ist ganz klar so zu verstehen, dass der Kulturlastenausgleich letztrangig zu beurteilen ist. Folglich wurde dies bereits in der ersten Lesung so beschlossen. Deshalb ist es unnötig, einen weiteren Nebensatz anzufügen, der das aussagt, was bereits festgehalten ist. Selbst wenn die 10-Millionen-Grenze nicht mehr gehalten werden könnte, wäre der Kulturlastenausgleich weiterhin letztrangig zu behandeln. Doch wie in der Handlungsanweisung von Silvia Thalmann gefordert, würde der Regierungsrat rechtzeitig Alternativen vorschlagen. Das könnten beispielsweise die Bezahlung über die laufende Rechnung sein oder der Austritt aus dem Kulturlastenkonkordat. Vielleicht würde es weitere, sinnvollere Alternativen geben.
Der Regierungsrat bittet den Rat, der Version der ersten Lesung zu folgen und den Antrag von Anastas Odermatt – der das Thema jedoch zu Recht aufgebracht hat – und Mitunterzeichnenden abzulehnen.

➔ Der Rat genehmigt den Ergänzungsantrag von Anastas Odermatt, Thomas Werner, Silvan Renggli, Jean-Luc Mösch und Zari Dzaferi mit 38 zu 34 Stimmen.

***Polizei-Organisationsgesetz***

*§ 18a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Beibehaltung des geltenden Rechts bei gleichzeitiger Streichung von § 26b beantragt.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass die Kommission die materielle Diskussion über die Wirkung von kommunalen Polizeidienststellen nicht erneut geführt hat. Es herrschen divergierende Meinungen über Sinn oder Unsinn von gemeindlichen Polizeidienststellen, sei es hier im Rat, im Regierungsrat, bei Gemeindeverantwortlichen oder der Bevölkerung. Welche monetäre Grösse in der Gesamtbetrachtungsweise die Schliessung von weiteren Polizeidienststellen mit sich bringt, ist schwer zu sagen. Die Einsparung von 194’000 Franken, welche der Regierungsrat aufführt, ist eine Annahme. Erstellt man eine Vollkostenrechnung, ist diese Zahl schwierig zu beziffern. In diesem Punkt war sich die Kommission einig.
Mit dem geltenden Recht, insbesondere mit Abs. 2, der die Sicherheitsdirektion ermächtigt, im gegenseitigen Einverständnis mit dem zuständigen Gemeinderat Polizeidienststellen zu schliessen oder neu zu eröffnen, ist die nötige Flexibilität zur Genüge vorhanden. Die Sicherheitsdirektion hat so den gewünschten Verhandlungsspielraum. Es gab und gibt Gemeinden, die sich nicht gegen die Schliessung ihrer Polizeidienststelle wehren oder gewehrt haben. Wieso in Menzingen weiterhin oder zumindest vorläufig eine Dienststelle aufrechterhalten werden soll, in Steinhausen aber nicht, ist rational nicht zu erklären. Beide Gemeinden haben ein Asyldurchgangsheim und damit gewisse Probleme.
Die prognostizierten Einsparungskosten wurden von einigen Kommissionsmitgliedern nochmals in Frage gestellt und angezweifelt. Neu gibt es Signale aus Gemeinden, wonach die Mietkosten für Dienststellen, die die Gemeinden dem Kanton verrechnen, verhandelbar sein sollen. Dies alles veranlasste die Kommission, dem SVP-Antrag und damit der Rückkehr zum geltenden Recht mit 8 zu 4 Stimmen zuzustimmen. Falls der Rat dieser Kommissionempfehlung ebenfalls folgt, kann in der Konsequenz § 26b – der Ausnahmeparagraf für Menzingen – gestrichen werden.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass seit der ersten Lesung keine substanziellen neuen Erkenntnisse dazugekommen sind. Der Kanton Zug ist kleinräumig, die Gemeinden können mit schnellen Reaktionszeiten von Zug aus bedient werden. Die gemeindlichen Polizeidienststellen sind zudem nur sporadisch besetzt, je nach Gemeinde wenige Stunden pro Tag. Deshalb zählen die Argumente der SVP nicht. Kriminelle Taten geschehen oft nachts und an Wochenenden, so auch in der Asylunterkunft in Menzingen. Doch dann sind die Posten sowieso nicht besetzt. Die Stawiko erachtet es mehrheitlich als zumutbar, dass einzelne Gemeinden keinen eigenen Posten mehr haben und der Weg in eine andere Gemeinde gemacht werden muss. Wichtig ist, dass gemäss erster Lesung bei Bedarf in jeder Gemeinde wieder ein Polizeiposten eröffnet werden kann. Die Stawiko folgt deshalb dem Ergebnis der ersten Lesung.

**Karl Nussbaumer** bittet den Rat namens der SVP-Fraktion, bei § 18a das bisherige Recht zu unterstützen und infolgedessen § 26b zu streichen. Hier wird an falscher Stelle gespart. Es ist klar, dass die objektive Sicherheit nicht gefährdet ist, aber der persönliche Kontakt zur Bevölkerung, den die Dorfpolizisten noch haben, wird verloren gehen. Viele wertvolle Hinweise aus der Bevölkerung werden durch den persönlichen Kontakt an die jeweiligen Dorfpolizisten herangetragen. Dies geschieht nur, weil man sich kennt und gegenseitig schätzt. Kein Polizist, der auf Patrouille ist, kann das ersetzen, denn die Bevölkerung ist dann zurückhaltender mit Informationen. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, die Posten seien sowieso nicht besetzt. Doch dies stimmt nicht! Die meisten Posten sind täglich besetzt, aber die Öffnungszeiten für die Bevölkerung sind beschränkt. Dies ist verständlich, da die Polizisten noch viele andere Arbeiten zu erledigen haben. Auch Selbstständigerwerbende können nicht immer für die Kunden da sein, genauso ist es bei den Dorfpolizisten. Der Votant hat persönlich auf einer Dienststelle nachgefragt, und es wurde ihm gesagt, dass der Posten während der Öffnungszeiten durch die Bevölkerung sehr rege genutzt werde.
Man spricht von einer Einsparung von 194’500 Franken, aber man ist nicht ehrlich: Es entstehen Kosten, die nicht offengelegt werden. Der Posten Menzingen würde beispielsweise nach Unterägeri verlegt, und es müssten Büros neu eingerichtet werden. Das würde bestimmt Kosten verursachen. Auch Mehrkosten für die Fahrten von Unterägeri nach Menzingen oder Neuheim und zurück würden entstehen. Unter dem Strich gäbe es nur Verlierer, wenn die drei Dienststellen geschlossen würden. Nicht umsonst werden in Zürich wieder Quartierswachen geschaffen, wo Dienststellen geschlossen wurden. Zug sollte nicht die gleichen Fehler machen wie die Nachbarkantone, die diese nach kurzer Zeit bereuen. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der SVP-Fraktion zuzustimmen und das geltende Recht zu unterstützen.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Wie bereits in der ersten Lesung ausgeführt, ist die CVP der Meinung, dass die Polizeidienststellen, um die es hier geht, zwar Orientierungspunkte für die Bevölkerung sind, jedoch nur bedingt zu einer Verbesserung der Sicherheitslage im Kanton beitragen. Wesentlich wirkungsvoller ist die Präsenz der Polizei vor Ort mittels Patrouillen – zu Fuss oder im Wagen – in den Quartieren der Gemeinden. Die CVP-Fraktion wird deshalb grossmehrheitlich dem Antrag der ersten Lesung folgen.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass es in der Diskussion einerseits um die objektive Sicherheit und andererseits um das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung geht. Das Bedürfnis nach einem Gefühl von Sicherheit ist ein grundlegendes Bedürfnis, und für eine Gemeinschaft, einen Staat ist es wichtig, diesem Bedürfnis

Genüge zu tun. Die Frage ist, wie diesem Bedürfnis entsprochen werden kann. Gemäss dem aktuellen Gesetz geschieht dies, indem in den Gemeinden Polizeidienststellen bestehen. Das Vorhandensein der entsprechenden Räumlichkeiten und der Infrastruktur in den Gemeinden ist gesetzlich vorgeschrieben. Mit der Vorgabe, dass ein Büro bestehen muss, hat der Votant Mühe, denn damit ist das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht per se abgedeckt. Vielmehr ist dies dann der Fall, wenn die Bevölkerung erstens weiss, an wen sie sich in einem Notfall wenden kann, und zweitens davon überzeugt ist, dass, wenn sie sich an die Polizei wendet, diese auch reagiert und schnell vor Ort ist. Bezugspersonen würden mehr Sinn machen als nur ein Bezugsort bzw. ein Büro, das vielleicht gar nicht besetzt ist. Kennt man die verantwortlichen Polizeiangehörigen persönlich und sind diese, immer dieselben, auch regelmässig bei Anlässen und Versammlungen in der Gemeinde mit dabei, so hat man keine Scheu, mit ihnen in Kontakt zu treten.
Der Votant stellt den **Eventualantrag,** den Absatz wie folgt zu formulieren, falls der Antrag der SVP abgelehnt würde: «Die Polizei ist in allen Einwohnergemeinden mit namentlich bezeichneten Polizeiangehörigen vertreten und präsent.» Es geht darum, dass die Polizeipräsenz nicht an ein Büro gebunden ist, sondern an die Polizeiangehörigen. Die Bevölkerung soll wissen, wer zuständig ist – ob ein Büro für den Zuständigen notwendig ist, sei dahingestellt. Dies entspricht der Idee der Dorfpolizisten. Damit wird zum einen dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung getragen, zum anderen bewegt man sich weg vom starren System der Polizeiposten, die nach der ersten Lesung im Gesetz Gemeinde für Gemeinde festgehalten sind. Eine Änderung würde folglich immer auch eine Gesetzesänderung erfordern. Namentlich bekannte Polizisten sind sehr wichtig für das subjektive Sicherheitsgefühl, denn Sicherheit entsteht durch Beziehung. Der Antrag umfasst auch die Streichung von § 18a Abs. 2, da dieser nach der beantragten Umformulierung von Abs. 1 keinen Sinn mehr machen wurde.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an den Beschlüssen der ersten Lesung festhält und die beiden Anträge ablehnt. Es ist nicht mehr notwendig, eine Grundsatzdebatte zu führen. Die Sparmassnahmen sind vertretbar und machen Sinn. Trotzdem ist die Polizei in allen Gemeinden präsent. Der Kantonsrat hat in der ersten Lesung eine praxistaugliche, zukunftsorientierte Lösung beschlossen. Die Anzahl Dienststellen im Kanton wurde um drei Posten reduziert, die Polizei ist aber noch in allen Regionen ausreichend vertreten. Wie Anastas Odermatt gesagt hat, ist es wichtig, dass die Bevölkerung die Polizeiangehörigen kennt, die in den Gemeinden zuständig sind – nicht nur in Krisen, sondern auch im Alltag. Es ist nicht notwendig, dass man dies im Gesetz aufführt, denn es entspricht bereits der heutigen Praxis. Zudem wäre es eine Einmischung des Gesetzgebers in das operative Geschäft der Polizei. Je nachdem, was Sinn macht, kommen Spezialisten aus Zug oder die Zuständigen vor Ort zum Einsatz. Es geht um Sparmassnahmen in der Höhe von 200’000 Franken, die sich verantworten lassen. Es ist wichtig, den Personalbestand der Polizei halten zu können und dort Sparmassnahmen zu treffen, wo es weniger ins Gewicht fällt. Denn es sind die Polizisten, welche die Sicherheit im Kanton generieren.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, geltendes Recht beizubehalten, mit 48 zu 26 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Anastas Odermatt mit 48 zu 21 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung.

*§ 25 Abs. 3 Bst. g*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass ein Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 25 Abs. 3 Bst. g Polizei-Organisationsgesetz vorliegt.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass die Antragsteller der Meinung sind, es gehe hier einmal mehr um die klassische Abstrafung des Autofahrers. Die Polizei solle der Freund und Helfer sein und nicht mit der Stoppuhr ihre Leistungen, die eigentlich mit den Steuern abgegolten sein sollten, weiterverrechnen. Dies auch dann nicht, wenn letztendlich die Versicherungen dafür aufzukommen haben. In der Kommission wurde diskutiert, dass man bei der Ressourceneinteilung ansetzen könnte. Bei einem Bagatellunfall sollte die Polizei nicht mit einer grossen Armada ausrücken, vielleicht würde auch eine Zweier-Patrouille reichen. Doch die materielle Diskussion wurde nicht mehr neu aufgerollt. Die Kommission teilt die Überlegungen der Antragsteller nicht und bittet den Rat im Verhältnis 8 zu 3, den SVP-Antrag abzulehnen und am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko mit einer Zweidrittelsmehrheit am Ergebnis der ersten Lesung festhält. In der Stawiko wurde der Eventualantrag gestellt, den zu verrechnenden Kostensatz auf 4000 Franken zu beschränken. Dieser Antrag wurde mit gleichem Stimmenverhältnis abgelehnt.

Für den Fall, dass der Antrag auf Streichung von § 25 Abs. 3 Bst. g abgelehnt würde, stellt **Thomas Werner** namens der SVP-Fraktion folgenden **Eventualantrag:** «Ersatz der Kosten für polizeiliche Leistungen bis maximal 1500 Franken wird verlangt von Personen, die grobfahrlässig einen Verkehrsunfall verursachen; für sicherheitspolizeiliche Massnahmen wie insbesondere die Sicherstellung der Unfallstelle und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit.» Die Begründung ist folgende: Die Autofahrer werden einseitig abgestraft, und es entsteht eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Polizeieinsätzen, die nicht abgegolten werden müssen. Zudem neigen tendenziell eher junge Autofahrer dazu, einen Verkehrsunfall zu verursachen, vor allem einen grobfahrlässigen. Besteht keine Deckelung des Betrags, kann das schwerwiegende Auswirkungen auf die Zukunft einer jungen Person haben, wenn sie das halbe Leben lang die Schulden für den Polizeieinsatz abstottern muss. Schliesslich decken diese 1500 Franken einen Einsatz von mindestens 10 Stunden ab. Dies sollte reichen, um die meisten Verkehrsunfälle abzudecken.
Sollte dem Eventualantrag nicht zugestimmt werden, stellt die SVP-Fraktion folgenden **Subeventualantrag:** «Ersatz der gesamten Kosten für polizeiliche Leistungen bis maximal 1000 Franken wird verlangt von Personen, die einen Verkehrsunfall verursachen; für sicherheitspolizeiliche Massnahmen wie insbesondere die Sicherstellung der Unfallstelle und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit.» Der Betrag wurde auf 1000 Franken reduziert, dafür sind alle Unfälle inbegriffen, nicht nur die grobfahrlässig verursachten. Die 1000 Franken decken immer noch Polizeieinsätze von 7 bis 10 Stunden ab. Personen, die das Pech haben, einen Unfall zu verursachen, bei dem sehr hohe Polizeikosten entstehen, wären geschützt. Im Namen der SVP-Fraktion bittet der Votant um die Unterstützung des Rats.

**Silvia Thalmann** hält fest, dass die CVP-Fraktion dem Antrag der ersten Lesung folgen wird. Da keine neuen Argumente vorliegen, verzichtet sie auf eine Wiederholung ihrer Standpunkte. Auch das Thema Grobfahrlässigkeit wurde bereits in der ersten Lesung abgehandelt. Bei der zweiten Lesung die Obergrenze betragsmässig festzulegen, ist schwierig. Dafür müsste sehr überzeugend argumentiert werden.

**Kurt Balmer** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist als entsprechender Fachanwalt tätig. Ist man an einem Verkehrsunfall beteiligt und trägt keine Schuld daran, so muss man auch keine Kosten tragen. Diese Grundsatzbemerkung ist wichtig. Der Votant bittet den Sicherheitsdirektor, dies zu bestätigen. Doch oftmals hat man bei einem Unfall zumindest ein kleines strafrechtliches Verschulden zu verantworten. In diesem Fall muss man sich an den Kosten beteiligen. Autofahren ist grundsätzlich eine gefährliche Tätigkeit, das wissen die Leute im Allgemeinen nicht, wenn sie sich ans Steuer setzen. Man zahlt Versicherungsprämien, man bezahlt relativ viel für das Auto. Dann soll man einen gewissen polizeilichen Aufwand gegebenenfalls auch mitfinanzieren. Auch dies ist eine Grundsatzbemerkung.
Zur Grobfahrlässigkeit: Ursprünglich hat die Stawiko gefordert, dass bei einem grobfahrlässig verursachten Unfall Kosten überwälzt werden. Doch wer bestimmt, ob eine Grobfahrlässigkeit vorliegt? Der Votant wünscht dem Rat viel Vergnügen beim Warten, bis das Bundesgericht in gewissen Fällen darüber entscheidet. Ebenso stellt sich die Frage, ob die strafrechtliche oder die zivilrechtliche Grobfahrlässigkeit massgebend ist. Es gibt sehr viele Interpretationsfragen dazu. Deshalb ist davor zu warnen, den Begriff Fahrlässigkeit ins Gesetz aufzunehmen. Der Votant empfiehlt, die relativ klare Version der ersten Lesung beizubehalten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass der Regierungsrat an den Beschlüssen der ersten Lesung festhält.
Zum Antrag von Thomas Werner: Kurt Balmer hat das richtig ausgeführt. Die Polizei kann und darf nicht zum Richter werden und die Schuldfrage beurteilen. Dies müssten gerichtliche Institutionen und die Staatsanwaltschaft übernehmen.
Die Kosten werden den Verursachern verrechnet, und diese sind der Polizei bekannt. Andere Kantone handhaben dies längst so. Nachfragen haben ergeben, dass es zu keinen Differenzen kommt. In der Praxis ist dies gut handhabbar.
Zur Frage der Deckelung: Der Regierungsrat erhält aufgrund der ersten Lesung die Kompetenz, Kosten zu verrechnen und nach Pauschalen zu beurteilen. Es ist von gut 1000 Unfällen auszugehen. Davon verursachen ca. 100 wenig Arbeit, das heisst weniger als zwei Stunden. Diese sind gratis. Bei ungefähr 700 Unfällen ist die Polizei zwischen zwei und vier Mannstunden im Einsatz. Hier beträgt die tiefste Pauschale 300 Franken. Ca. 90 Unfälle erfordern vier bis acht Mannstunden Einsatz, dies entspricht 600 Franken. Einen Aufwand von über acht Mannstunden verursachen nur etwa 10 Unfälle, die mit 1000 Franken verrechnet werden. Der Betrag von 4000 Franken wird fast nie erreicht. Wenn man dies ins Gesetz aufnehmen will, so nützt es nichts und schadet auch nichts. Doch der Regierungsrat hält am Ergebnis der ersten Lesung fest.
Wäre ein sehr grosser Einsatz notwendig, beispielsweise wenn ein Lastwagen mit Orangen kippt und die Ware beseitigt werden muss, kommt das nicht in diese Rechnung. Denn bei solchen Unfällen gelten andere kostenverursachende Elemente, die von externer Seite in Rechnung gestellt werden. Diese werden dann den Verursachern weiterverrechnet. Das ist aber heute schon so.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, § 25 Abs. 3 Bst. g Polizei-Organisationsgesetz zu streichen, mit 50 zu 22 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der SVP-Fraktion mit 51 zu 18 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Subeventualantrag der SVP-Fraktion mit 36 zu 33 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung.

***Steuergesetz***

*§ 25 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass zu § 25 Abs. 1 Steuergesetz die folgenden zwei Anträge vorliegen:
- Antrag von Philippe Camenisch auf Änderung
- Antrag der SVP-Fraktion auf Beibehaltung des geltenden Rechts

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Beibehaltung des quasi unlimitierten Pendlerabzugs beantragt, während Philippe Camenisch die Höhe beim Preis für das 1.-Klasse-GA festgeschrieben haben will. Faktisch liegen nun drei Anträge vor. In der ersten Lesung hat sich der Rat für einen Pendlerabzug von 6000 Franken entschieden. In der Kommission wurde zuerst über den Antrag von Philippe Camenisch abgestimmt. Dieser wurde mit 8 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt. Den Ausschlag ergab die Überlegung, dass es nicht sinnvoll ist, die Betragslimite an ein System – das GA – zu koppeln. Niemand weiss, wie lange das GA in der heutigen Form Bestand haben wird. Klar ist, dass es demnächst teurer wird. Über neue Modelle im ÖV-Pricing wird heute schon laut nachgedacht. Es handelt sich also um eine unbekannte Grösse.
Den SVP-Antrag, die Beibehaltung des geltenden Rechts, hat die Kommission dem Ergebnis aus der ersten Lesung gegenübergestellt. Neue oder zusätzliche Argumente für oder gegen eine Limitierung wurden nicht aufgeführt. Die Kommission bestätigt mit 8 zu 4 Stimmen das Ergebnis der ersten Lesung und bittet um Ablehnung des SVP-Antrags. Über allfällige andere Beträge, die über 6000 Franken hinausgehen, hat sich die Kommission nicht unterhalten.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** gibt bekannt, dass auch die Stawiko am Ergebnis der ersten Lesung festhält. Der Antrag Camenisch hatte in der Stawiko ebenfalls keine Chancen, da er systemmässig schwierig zu handhaben ist und zu einer Bürokratie führt, die nicht wünschenswert ist. Der Antrag der SVP wurde mit 1 zu 5 Stimmen abgelehnt.

**Philippe Camenisch** gibt seine Interessensbindungen bekannt: Er ist Berufspendler und fährt täglich nach Zürich zur Arbeit. Ein GA besitzt er nicht, fährt aber in der Regel mit den SBB, obschon er einen selbst bezahlten und berufsbedingten Parkplatz in Zürich hat. Somit ist er nicht betroffen.
Das Pendeln zum Arbeitsort macht niemandem Spass. Entweder tut man es freiwillig, weil man einem aus persönlicher Sicht möglichst guten Job nachgehen will, aber seinen Wohnort nicht verlegen will oder kann. Oder jemand tut es weniger freiwillig, weil sie oder er in der Nähe keine geeignete Stelle findet oder der Job im Zuge einer Zentralisierung in ein Ballungszentrum verlegt wurde. Die Betroffenen wollen oder können ihren Wohnort nicht verlegen. So ist es offensichtlich, dass die anfallenden Mobilitätskosten Gewinnungskosten sind. Das heisst, die Kosten entstehen, um einer Arbeit nachzugehen, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten und die Steuern zu bezahlen. Bisher war der Pendlerabzug bei entsprechendem Nachweis unlimitiert. Neu soll er beschränkt werden. Obschon wenig sympathisch, aber notwendig, ist ein Kompromiss unausweichbar. Es fragt sich nur, auf welcher Höhe. Mit der Koppelung der Pendlerkosten an das GA soll ein Zeichen gesetzt werden, dass die Kosten für eine uneingeschränkte Mobilität weiterhin voll abzugsfähig bleiben sollen und nicht den Preiserhöhungen und der kalten Progression zum Opfer fallen. Lediglich das Verkehrsmittel beschränkt sich auf den ÖV. Unlängst wurde

das Mobility-Pricing auf die politische Agenda gesetzt. Zu diesem Ansinnen sei hier gar nichts gesagt, und damit ist alles gesagt. Aber eines ist sicher: Es wird teurer. Alles andere ist Augenwischerei. Mit dem Antrag soll dem begegnet und die Mobilität weiterhin als unbeschränkt steuerlich absetzbar erhalten werden.
Die Tage des GA in der aktuellen Form sind mit grosser Wahrscheinlichkeit gezählt. Trotzdem lässt sich dies im Steuergesetz abbilden, denn es wird auch in Zukunft ein Abo geben, das eine unbeschränkte Mobilität zulässt. Im Falle eines Wegfalls des GA in der heutigen Form lässt sich das Steuergesetz auf dem Verordnungsweg entsprechend anpassen.
Abschliessend ist Folgendes zu bedenken: Im Gegensatz zu Angestellten sind die Freiberufler von dieser Einschränkung nicht betroffen. Sie können die Fahrtkosten weiterhin voll absetzen. Zudem käme es zu Recht niemandem in den Sinn, bei den Unternehmen gewisse Kosten als nicht mehr als steuerlich absetzbar zuzulassen. Dabei sind nicht Aufrechnungen gemeint, die heute bereits Usus sind, sondern die Umgehung dieser Einschränkung in Zukunft. Es geht um das Gebot der Gleichbehandlung. Der Votant bittet den Rat, seinem Antrag zuzustimmen. Sollte dies nicht der Fall sein, stellt der Votant folgenden **Eventualantrag:** Der Betrag gemäss erste Lesung von 6000 Franken sei auf 8000 Franken zu erhöhen.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Diese lehnt den Antrag von Philippe Camenisch ab. Je nach Ausgang der Abstimmung über die SVP-Anträge könnte gegenüber dem Eventualantrag von Philippe Camenisch eine gewisse Offenheit da sein. Der Votant dankt Philippe Camenisch für die Ausführungen zur Motivation der Pendler. Diese gelten nicht nur für Benützer des ÖV bzw. Inhaber eines GA, sondern auch ganz allgemein.
Die SVP beantragt, am geltenden Recht festzuhalten. Dies lautet wie folgt: «Als Berufskosten werden abgezogen: die notwendigen Kosten für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte.» Die Begründung ist, dass die Reduktion auf 6000 Franken gemäss der ersten Lesung eine kalte Steuererhöhung darstellt. Davon soll man absehen. In der letzten Zeit wurde in den Medien sehr viel diskutiert über Mobility-Pricing. In diesem Bereich kann einiges erwartet werden. Zusätzlich hat der Nationalrat höhere Benzinpreise für die Finanzierung der Infrastrukturen beschlossen. Bei der SVP ist eine sehr hohe Sensibilität zu diesem Thema vorhanden. Es ist in verschiedenen Kantonen zu Abstimmungen gekommen. Die Kürzungen wurden nicht goutiert. Im Kanton Schwyz wurde vor kurzem ein Abzug von 8000 Franken beschlossen, im Aargau sind es 7000 Franken, im Kanton Zürich ist der Abzug gemäss der bestehenden Zuger Lösung unbegrenzt.
Da das Thema der SVP-Fraktion sehr wichtig ist, stellt sie nebst dem Antrag, am bisherigen Recht festzuhalten, den **Eventualantrag,** den Pendlerabzug auf 8000 Franken zu beschränken, und den **Subeventualantrag** auf eine Beschränkung von 7000 Franken. Diesem Betrag sollten alle zustimmen können.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** klärt den Sachverhalt, dass gemäss Philippe Camenisch Freiberufler unbeschränkt Abzüge machen können. Seit Fabi sind diese Zeiten bei Freiberuflern und Personen mit Geschäftswagen jedoch vorbei. Ab 1. Januar 2016 besteht die Limitierung durch Fabi. Fährt jemand einen Geschäftswagen und hat einen Arbeitsweg von mehr als 10 Kilometern, so muss er jeden Kilometer, der über die Limite von 10 Kilometern hinausgeht, à 70 Rappen als Einkommen in der Steuererklärung deklarieren. Quintessenz ist, dass der Arbeitnehmer besser gestellt ist. In Zug kann er gemäss erster Lesung 6000 Franken abziehen. Die 10 Kilometer à 70 Rappen mal 240 Arbeitstage, die Personen mit Geschäfts-

wagen abziehen können, ergeben nur einen Betrag von 3360 Franken. Alles, was darüber hinausgeht, wird in der Steuererklärung als Einkommen deklariert.

**Silvia Thalmann** hält fest, dass der CVP-Fraktion bei ihrer Beratung die folgenden drei Varianten vorlagen: der unbegrenzte Abzug, der Abzug von 6000 Franken aufgrund der ersten Lesung und der Antrag von Philippe Camenisch. Diese drei Anträge wurden diskutiert und beraten. Mit grosser Mehrheit ist die Fraktion der Meinung, dass das Ergebnis der ersten Lesung sinnvoll ist, obwohl eine indirekte Steuererhöhung vorliegt, die auch bei der CVP nicht auf Begeisterung stösst. Doch unter den gegebenen Umständen ist eine Erhöhung vertretbar. Zu den neuen Anträgen, also dem Basar, der hier eröffnet wird mit Beträgen von 6000, 7000 oder 8000 Franken, kann die Votantin die Haltung der CVP-Fraktion nicht kundtun.

**Peter Letter,** Sprecher für die FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass die Korrektur des Pendlerabzugs mit rund 1,5 Millionen Franken substanziell zum EP beiträgt. Entsprechend unterstützt die FDP-Fraktion die Beschränkung auf 6000 Franken pro Jahr gemäss erster Lesung. Die Eventualanträge konnte auch die FDP nicht besprechen, und es kann deshalb keine Aussage zur diesbezüglichen Haltung der Fraktion gemacht werden.
Im Vergleich zum Status quo handelt es sich bei der Beschränkung des Pendlerabzugs um eine indirekte Steuererhöhung. Grundsätzlich ist der Abzug von Gestehungskosten für die Berufsausübung zu begrüssen. Pendler nehmen längere Wege auf sich und zeigen Flexibilität im Arbeitsmarkt. Dies sollte nicht bestraft werden. Doch im Sinne eines ausgeglichenen Entlastungspakets sind gewisse Mehrsteuern akzeptabel. Die Limitierung der Abzüge für Pendlerfahrten bei 6000 Franken – oder auch bei 7000 oder 8000 Franken – pro Jahr ist massvoll und deckt die Kosten eines 1.-Klasse-GA zum heutigen Preis. Eine Koppelung an ein bestimmtes Produkt ist eher schwierig, auch wenn es umsetzbar wäre. Doch ein Abzug im Bereich von 6000 Franken geht in eine ähnliche Richtung. Im Vergleich lassen der Bund und auch einige Kantone lediglich Abzüge von 3000 Franken zu. Philip C. Brunner hat einige Beispiele von Kantonen genannt, die höhere Abzüge zulassen. Doch mit 6000 Franken befindet sich Zug sicherlich in einem guten Benchmark.

**Andreas Hürlimann** teilt mit, dass sich die ALG eine Reduktion auf 6000 Franken im Sinne eines Kompromisses sehr gut vorstellen kann. Auch eine nochmalige Reduktion auf die Höhe eines 2.-Klasse-GA wäre denkbar. Die ALG verzichtet jedoch auf einen zusätzlichen Antrag. Höheren Abzugsmöglichkeiten wird sie aber nicht zustimmen.

**Andreas Hausheer** weist darauf hin, dass im Kanton Nidwalden ein Pendlerabzug von 6000 Franken gutgeheissen wurde, in St. Gallen wurde bei einer Volksabstimmung dem Abzug in der Höhe eines 2.-Klasse-GA zugestimmt. Im Aargau wurde noch nicht abgestimmt, sondern erst ein Referendum angekündigt. Der Zürcher Regierungsrat schlägt eine Reduktion auf 6000 Franken vor. Man findet also Beispiele, die in verschiedenste Richtungen gehen.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass bereits von Steuererhöhungen gesprochen wird. Abzüge, die vorgenommen werden können, bevor das steuerbare Einkommen ausgewiesen wird, werden verkleinert. Faktisch sind dies kalte Steuererhöhungen. Folglich ist es nicht mehr glaubwürdig, zu sagen, es gebe erst dann Steuererhöhungen, wenn das EP nicht umgesetzt würde. Denn der Rat ist bereits jetzt daran, Steuern zu erhöhen, obwohl man grossmehrheitlich der Meinung ist, dass auf

Steuererhöhungen verzichtet werden sollte. Der Votant bittet insbesondere die FDP, diese Position nochmals zu überdenken und dem Antrag der SVP-Fraktion zuzustimmen. Damit können wenigstens im Bereich der Kantonssteuern, um den es hier geht – Fabi betrifft die Bundessteuern –, höhere Abzüge zugelassen werden.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** stellt fest, dass nun wieder eine Grundsatzdiskussion aufflackert. Steuererhöhungen auf dem kalten Weg – ja oder nein? Das Sparpaket macht niemandem Spass, auch der Finanzdirektor hat an einzelnen Positionen keine Freude. Doch vor dem Hintergrund der Opfersymmetrie in diesem Sparpaket gibt es verschiedene Aspekte: Leistungsreduktionen, Leistungsabbau, Personalabbau, gewisse Gebühren und Steuern, die auch mitberücksichtigt werden sollen und müssen. Ebenso sind die Gemeinden miteinzubeziehen. Der Rat sollte sich vor Augen halten, dass es sich um ein Gesamtpaket handelt.
Natürlich kann nun der türkische Basar eröffnet und über 6000, 7000 und 8000 Franken oder den Antrag von Philippe Camenisch diskutiert werden. Alles ist richtig, und alles ist falsch. Der Regierungsrat hat sich auf 6000 Franken fokussiert, da dies in etwa dem Preis eines GA in 1. Klasse entspricht. Dies wurde als vernünftige Richtschnur betrachtet. Auch im Vergleich zu anderen Kantonen liegt Zug damit in der Mitte, es gibt Abweichungen nach oben und nach unten. Vor dem Hintergrund, dass der Zuger Finish immer wird thematisiert wird, hat sich der Regierungsrat auf 6000 Franken festgelegt. Wie in der Kleinen Anfrage ausgeführt, gilt es zu berücksichtigen, dass jeder Franken, der jetzt nicht eingespart wird, das Risiko mutmasslicher Steuererhöhungen erhöht. Wird an diesen 6000 Franken nun geschraubt, muss man sich dessen bewusst sein. Eine Erhöhung von 6000 auf 8000 Franken führt zu substanziellen Beträgen, die im Sparpaket fehlen. Ist dann eine Steuererhöhung notwendig, trifft dies alle Bürgerinnen und Bürger. Der Regierungsrat ist überzeugt, mit 6000 Franken einen vernünftigen Rahmen gefunden zu haben.
Zum Antrag von Philippe Camenisch: Es würde sich hier um eine Volatil-Gesetzgebung handeln. Der Regierungsrat wehrt sich dagegen, da dies nicht praktikabel ist. Der Preis kann sich ständig verändern, mutmasslich nach oben. Man muss sich auf einem fixen Betrag festlegen. Die Regierung bittet den Rat deshalb, auch den Antrag von Philippe Camenisch abzulehnen.

**Manuel Brandenberg** weist darauf hin, dass das Gespenst der Steuererhöhungen, das der Finanzdirektor nun auch wieder thematisiert hat, hinterfragt werden sollte. Denn es ist der Rat, der über eine Steuererhöhung im Kanton Zug entscheidet – entweder über Gesetzesänderungen oder über eine Erhöhung des Steuerfusses im Rahmen des Budgets. Der Rat hat es in der eigenen Hand, ob er Steuern erhöht oder den Druck nochmals steigert, staatliche Leistungen substanziell zu hinterfragen. Dieses Hinterfragen von staatlichen Leistungen fehlt im vorliegenden Entlastungsprogramm.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass Steuererhöhungen nicht ein Gespenst, sondern Realität sind. Das muss einmal gesagt werden. Es ist eine Illusion, zu glauben, dass der Kanton Zug die nächsten drei Jahre ohne Steuererhöhungen durchkommen werde.
Zur Aussage von Manuel Brandenberg, die staatlichen Leistungen würden nicht hinterfragt: Das ist nicht korrekt, selbstverständlich hinterfragt der Regierungsrat Leistungen. Mit dem Prozess Finanzen 2019 wird genau dies getan.

**Philippe Camenisch** lässt sich gerne belehren, was die Praktikabilität seines Antrags anbelangt. Es sollte zwar keine grosse Sache sein, diese Änderung in ein

Gesetz zu schreiben. Schliesslich sind in der Steuergesetzgebung viele Parameter variabel, so auch die Einnahmen und die Ausgaben. Doch wichtig ist, dass weiterhin ein Abzug in der Höhe eines 1.-Klasse-GA möglich ist. Die Ratslinke hat eine Reduktion auf die Höhe eines 2.-Klasse-GA erwähnt, doch das GA der 1. Klasse sollte nicht verteufelt. Genau deshalb fahren sehr viele Leute mit den SBB, auch der Votant würde zu Stosszeiten nicht 2. Klasse fahren.
Der Votant ändert seinen **Antrag** deshalb wie folgt: Der Betrag gemäss erster Lesung von 6000 Franken sei auf 8000 Franken zu erhöhen.

➔ Der Rat lehnt den modifizierten Antrag von Philippe Camenisch, den Pendlerabzug auf 8000 Franken zu erhöhen, mit 55 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, geltendes Recht beizubehalten, mit 57 zu 15 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der SVP-Fraktion, den Pendlerabzug auf 8000 Franken zu erhöhen, mit 53 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Subeventualantrag der SVP-Fraktion, den Pendlerabzug auf 7000 Franken zu erhöhen, mit 54 zu 18 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung.

**Philip C. Brunner** ist es klar, dass die Debatte nun gelaufen ist. Er möchte sich jedoch beim Finanzdirektor erkundigen, ob er sich versprochen hat. Hat er klar gesagt, es gebe Steuererhöhungen? Eigentlich wäre es dann eine unnütze Diskussion, die hier geführt wird. Denn so, wie sich der Finanzdirektor ausgedrückt hat – zumindest wurde es von einigen Ratsmitgliedern so verstanden –, wird es Steuererhöhungen geben. Das ist offenbar der «hidden plan» der Regierung. Der Votant bittet um eine Stellungnahme des Finanzdirektors.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hat Bezug genommen auf die Kleine Anfrage. Dort wurde ausgeführt, was passiert, wenn das EP 2 im Kantonsrat bzw. vom Volk abgelehnt würde. Es wurde dort explizit festgehalten, dass es zu Steuererhöhungen kommen könnte. Wenn ein Delta von 100 Millionen sowie zusätzliche 40 Millionen allein über Leistungsabbau abgedeckt werden müssen, so ist es eine Illusion zu glauben, dies wäre locker zu erreichen. Es ist jedoch verfehlt, nun eine Steuerdebatte zu führen. Aber man muss sich der Realität stellen. Es besteht eine beeinflussbare Grösse von ca. 650 Millionen Franken. Davon 140 Millionen lediglich über Leistungsabbau einzusparen, ist nicht einfach. Bei einem Delta von 100 Millionen Franken muss das Augenmerk auch auf den Fiskalertrag gerichtet werden. Das hat die Regierung bereits in der Finanzstrategie und in der Kleinen Anfrage so festgehalten, und es ist keine «hidden agenda».

**Manuel Brandenberg** fordert den Rat dazu auf, etwas dafür zu tun, damit das erwähnte Delta nicht entsteht und das Entlastungsprogramm nicht vor dem Volk scheitert. Auch wenn der Rat schon einiges versäumt hat, kann er immer noch etwas tun. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, den kommenden Anträgen der SVP, die keine weiteren kalten Steuererhöhungen vorsehen, zuzustimmen und das Delta zu verhindern.

*§ 30 Abs. 1*
*§ 33 Abs. 2 und Abs. 2bis*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag der SVP-Fraktion zu § 30 Abs. 1 Steuergesetz auf Beibehaltung des geltenden Rechts vorliegt. Diese Bestimmung handelt vom Drittbetreuungsabzug.
Ebenso liegt ein Antrag der SVP-Fraktion zu § 33 Abs. 2 und Abs. 2bis Steuergesetz auf Beibehaltung des geltenden Rechts vor. Diese Bestimmung handelt vom Eigenbetreuungsabzug.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass in der Kommission nochmals über alle Varianten und Positionen debattiert wurde. Mittels verschiedener Abstimmungen, Unterabstimmungen und Rückkommen wurde letztendlich das Resultat der ersten Lesung knapp bestätigt. Allerdings hatte die Kommission auch Absenzen zu verzeichnen. Zentral ist, dass Fremd- und Eigenbetreuungsabzug gleich hoch sind, wie dies in der ersten Lesung festgesetzt wurde. Alles andere, das hat die Finanzdirektion nochmals bekräftigt, würde die Steueradministration verkomplizieren und aufblähen. Das löst bekanntlich auch Kosten aus. Die Kommission ersucht den Rat mit knapper Mehrheit, das Resultat der ersten Lesung zu bestätigen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** spricht sowohl zum Fremdbetreuungs- als auch zum Eigenbetreuungsabzug. Eine Grundsatzdiskussion soll nicht mehr geführt werden. Der Vorschlag der Stawiko zur ersten Lesung, der vom Rat genehmigt wurde, ist bereits ein Kompromiss. Der Eigenbetreuungsabzug ist in Zug eine heilige Kuh. Obwohl steuersystematisch falsch, akzeptiert auch die Stawiko diesen politischen Willen. Wichtig ist, dass der Fremdbetreuungsabzug gleich hoch ist wie der Eigenbetreuungsabzug. Die Stawiko-Präsidentin bittet die Ratsmitglieder, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten und Anträge auf Erhöhung des Betrags oder auf Streichung des Eigenbetreuungsabzugs abzulehnen.

**Markus Hürlimann** spricht für die SVP-Fraktion. In der bisherigen Beratung des Entlastungspakets hat sich gezeigt, dass der Dritt- und der Fremdbetreuungsabzug bei den gegenwärtigen Mehrheiten im Rat untrennbar zusammengehören und deshalb von Vorteil gemeinsam betrachtet werden. Jedes Schrauben am einen Abzug, ruft unweigerlich eine Reaktion beim anderen hervor. Dies war auch bei der ersten Lesung der Fall, bei der der Rat zuerst beim Drittbetreuungsabzug am geltenden Recht festhalten wollte und erst nach der Reduktion des Eigenbetreuungsabzugs auf 3000 Franken mittels Rückkommensantrag auch den Drittbetreuungsabzug auf 3000 Franken reduzierte. Der Votant wird deshalb zu beiden Anträgen der SVP-Fraktion sprechen, d. h. zum Festhalten am bisherigen Recht bei je 6000 Franken für den Drittbetreuungsabzug gemäss § 30 Abs. 1 Bst. I des Steuergesetzes und für den Eigenbetreuungsabzug gemäss § 33 Abs. 2 des Steuergesetzes.
Viele Argumente sprechen sowohl für die Dritt- wie auch für die Eigenbetreuung von Kindern. Der Drittbetreuungsabzug war bisher stets unbestritten, da er die Steuerbelastung derjenigen Familien lindert, die ihr Kind fremdbetreuen lassen, damit beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihren Lebensunterhalt ohne Einschränkungen oder staatliche Hilfe bestreiten können. Aber auch alleinerziehende Mütter oder Väter, die in der Regel darauf angewiesen sind, arbeiten zu können, nehmen die Drittbetreuung gerne in Anspruch. Die Betreuung muss dabei nicht zwangsläufig in einer Kinderkrippe erfolgen, sondern beispielsweise auch zu Hause durch Privatpersonen, die gegen Entgelt auf die Kinder aufpassen.

Ähnlich kann sich auch die Eigenbetreuung gestalten, wenn beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen und die Kinderbetreuung selbstständig organisieren, sei es innerhalb ihrer Familie oder mit unentgeltlichen Betreuungsmodellen im Bekanntenkreis. Während man bei der Fremdbetreuung eine Rechnung des Kinderhorts vorweisen kann, ist dies bei der Eigenbetreuung nicht möglich. Doch die Eigenbetreuung ist deshalb nicht weniger wert, im Gegenteil. Wer die Eigenbetreuung selbstständig organisiert, benutzt keinen staatlich subventionierten Krippenplatz und entlastet somit das Gemeinwesen massiv. Und wenn die beiden Ehepartner ein Teilzeitmodell finden, mit dem sie ihre Kinder allein betreuen können, verzichten sie dabei auf Einkünfte. Deshalb sollten diese Familien ebenfalls steuerlich entlastet werden.
Bei der vorliegenden Thematik geht es aber um viel mehr als bloss um eine Bewertung von Betreuungsmodellen, und es lohnt sich, auch einen Blick in die jüngere Vergangenheit zu werfen. Bis zur 4. Steuergesetzrevision waren der Dritt- und der Eigenbetreuungsabzug bei 3300 Franken festgelegt. Nachdem mit dem Bundesgesetz über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern erstmals bei der direkten Bundessteuer ein Fremdbetreuungskostenabzug in der Höhe von 10’000 Franken eingeführt wurde, beantragte der Regierungsrat Ende 2010, dass der Drittbetreuungskostenabzug im Steuergesetz ebenfalls auf 10’000 Franken zu erhöhen, der Eigenbetreuungsabzug hingegen auf 3000 Franken zu senken sei – so viel zum Thema, man könne bei der Steuerverwaltung ein Problem haben, wenn die beiden Abzüge nicht gleich hoch sind. Ende 2010 war das sogar der Vorschlag des Regierungsrats.
Weder in der vorberatenden Kommission, in der Stawiko noch im Kantonsrat stiess dieser Vorschlag jedoch auf Anklang, weshalb sowohl der Dritt- als auch der Eigenbetreuungsabzug auf je 6000 Franken festgesetzt wurden. Gerade diese Erhöhung und die Gleichstellung der Betreuungsabzüge wurden als gewichtige Argumente für die darauffolgende Urnenabstimmung vom 27. November 2011 ins Feld geführt, und vermutlich auch gerade deshalb wurde die Revision des Steuergesetzes mit 62,38 Prozent Ja-Stimmen komfortabel angenommen. Wie bei der damaligen Beratung gibt es auch heute noch zwei grosse Lager: das derjenigen, die einen höheren Fremdbetreuungsabzug möchten und die Eigenbetreuung eher tiefer gewichten, und das derjenigen, die einen hohen Eigenbetreuungsabzug anstreben und denen eine Gleichstellung dieser beiden Abzüge sehr wichtig ist. Bei der erwähnten Steuergesetzrevision von 2011 hat man dies sehr gut umgesetzt, im Gegensatz zur gegenwärtigen Vorlage.
Es geht nicht darum, die Betreuungsmodelle gegeneinander auszuspielen. Familien sollen selbst entscheiden, welches Modell für sie stimmt. Sowohl Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch die Förderung von Teilzeitmodellen sind mit beiden Modellen gleichermassen zu erreichen. Der Rat sollte sich hier keine ideologischen Schranken aufbauen, denn schlussendlich wollen alle das Gleiche: Familien mit Kindern entlasten, sie in ihrer Entfaltung nicht unnötig behindern und ihnen nicht den steuerlichen Anreiz nehmen, weiterhin erwerbstätig zu sein. Wird den Beträgen gemäss erster Lesung zugestimmt, haben alle verloren. Der Dritt- und der Eigenbetreuungsabzug sind dann noch tiefer als vor der 4. Steuergesetzrevision, und Familien werden mit einer versteckten Steuererhöhung belastet. Zudem wird der Volkswille von Ende 2011 missachtet. Ob dieses Entlastungsprogramm so vor dem Volk bestehen kann, ist deshalb fraglich. Es ist verständlich, dass sich die Ratsmitglieder Sorgen um den Finanzhaushalt machen und eine persönliche Gewichtung vornehmen. Doch der Rat muss sich bewusst sein, welche Botschaft er mit der Senkung dieser beiden Betreuungsabzüge aussendet. Genau wie man 2011 ein gesellschafts- und familienpolitisches Zeichen für die Gleichbehandlung des Dritt-

und des Eigenbetreuungsabzugs setzen wollte, wird auch nun ein solches gesetzt. Wird für den Finanzhaushalt oder für Volk und Familie entschieden? Wenn mit dem Entscheid für Volk und Familie dem Entlastungsprogramm ebenfalls zu einer komfortablen Mehrheit verholfen werden könnte, wäre wohl allen gedient. Der Votant bittet deshalb, die beiden Anträge zur Beibehaltung des geltenden Rechts zu unterstützen. Falls der Rat diesen Anträgen nicht zustimmt, stellt die SVP-Fraktion folgende **Eventualanträge:**
1. Der Drittbetreuungskostenabzug gemäss § 30 Abs. 1 Bst. l des Steuergesetzes sei auf 5000 Franken festzusetzen.
2. Der Eigenbetreuungsabzug gemäss § 33 Abs. 2 des Steuergesetzes sei auf 5000 Franken festzusetzen.

**Silvia Thalmann,** Sprecherin für die CVP, dankt Markus Hürlimann für seine Aufführungen. Diese haben aufgezeigt, wie lange sich der Rat bereits mit dieser Thematik beschäftigt und wie schwierig es ist, eine Lösung zu finden. Die CVP hat sich in der Vergangenheit sehr stark engagiert für den Eigenbetreuungsabzug. In der ersten Lesung hat sich der Rat nun auf einen Kompromissvorschlag geeinigt, der vorsieht, dass beide Abzüge bei 3000 Franken liegen. Die Abzüge für Fremd- und Eigenbetreuung müssen gleich hoch sein. Sollte es aufgrund des Abstimmungsprozederes zu unterschiedlichen Beträgen kommen, wird die CVP einen Rückkommensantrag stellen.

**Peter Letter** wird namens der FDP-Fraktion für beide Paragrafen sprechen. In der ersten Lesung erzielte der Rat einen Kompromiss betreffend die Höhe der Fremd- und Eigenbetreuungsabzüge. Die verschiedenen Parteien bewegten sich von ihrer Idealvorstellung weg, hin zu einer für die Mehrheit des Rates akzeptablen Lösung. Die FDP-Fraktion steht auch in der zweiten Lesung einstimmig hinter diesem Mittelweg. Die beiden Abzüge sollen gleich hoch sein und auf 3000 Franken gekürzt werden. Dies entlastet die jährliche Rechnung um 2,8 Millionen Franken.
Betreffend die Gleichbehandlung des Fremd- und Eigenbetreuungsabzugs hat die FDP zwei Seelen in der Brust. Steuerabzüge sollten vornehmlich aufgrund von effektiv entstandenen Kosten erfolgen. Bei der Fremdbetreuung ist dies der Fall, bei der Eigenbetreuung jedoch nicht. In der Schweiz wird über Fachkräftemangel geklagt, und das Inländerpotenzial soll besser ausgeschöpft werden. Es stellt sich die Frage, wie es für Familien attraktiver wird, dass beide Partner im Berufsleben aktiv sind. Hierzu wäre der Fremdbetreuungsabzug ein Instrument, das auch in die Steuersystematik passt. Sympathisch wäre eine Lösung mit 3000 Franken Abzug für Fremdbetreuung und 0 Franken für Eigenbetreuung. Dann wäre der Betreuungsabzug zielorientierter und würde nicht zu einem weiteren Pauschalabzug verkommen. Auch die FDP bewegt sich weg von ihrer Idealvorstellung, damit das Entlastungsprogramm eine breite Unterstützung erhalt. Dies ist das prioritäre Ziel. Im Sinne des Gesamtpakets stimmt die FDP-Fraktion deshalb einer Gleichbehandlung beider Abzüge und der Reduktion auf 3000 Franken zu, damit ein Effekt für das Sparprogramm erzielt werden kann.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Der Rat hat in der ersten Lesung beschlossen, dass für die Fremdbetreuung nur noch 3000 Franken von den Steuern abziehbar sind. Im Gegenzug macht der Rat Familien, die keine Ausgaben für Fremdbetreuung haben, weiterhin ein Steuergeschenk. Dieses Geschenk ist zwar kleiner als heute, steht aber völlig quer in der Landschaft. Das Steuersystem sollte so ausgelegt sein, dass sich ein Zweitverdienst lohnt. Wenn fast der vollständige zusätzliche Lohn in Steuern und Betreuungskosten fliesst, ist dies ein grober Fehl-

anreiz. Mit einem höheren Fremdbetreuungsabzug, als dies in der ersten Lesung beschlossen wurde, kann wenigstens einem kleinen Teil dieser negativen Effekte entgegengewirkt werden. Denn wenn beide Elternteile erwerbstätig sind, wird ein höheres steuerbares Einkommen erzielt, und die Eltern müssen aufgrund der Progression höhere Steuern bezahlen. Ein Fremdbetreuungsabzug ist darum gerechtfertigt. Das Fazit der ALG ist deshalb: Ja zur freien Wahl der Kinderbetreuungsform, aber nein zur Halbierung des Fremdbetreuungsabzugs.
Zum Eigenbetreuungsabzug: Dieser ist nicht gerechtfertigt, da er systemfremd ist und dem Volkswillen nicht Rechnung trägt. Das Zuger Stimmvolk hat die SVP-Familieninitiative 2013 mit 56,2 Prozent der Stimmen abgelehnt. Auch darüber hinaus ist eine Tendenz weg vom Eigenbetreuungsabzug erkennbar. So hat im ebenfalls konservativ geprägten Luzern der Kantonsrat kürzlich den Eigenbetreuungsabzug auf Vorschlag des Regierungsrats abgeschafft. Auch wenn nicht alles positiv ist, was Luzern entscheidet: In diesem Punkt sollte der Kanton Zug dem Beispiel folgen. Neben den reinen Sparüberlegungen gibt es auch Grundsätzliches zu kritisieren: Eltern mit eigenbetreuten Kindern werden durch den Eigenbetreuungsabzug bevorzugt. Dies ist ein steuerpolitischer Unsinn und aufgrund dieser Argumentation systemfremd. Denn so werden Abzüge gewährt, auch wenn effektiv keine Kosten anfallen. Dies entspricht einem Pendlerabzug, den man machen könnte, auch wenn man nicht pendelt. Volkswirtschaftlich macht es keinen Sinn, gut ausgebildete Frauen – und vor allem diese trifft es hier – vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Stichworte sind Fachkräftemangel und Zuwanderung. Folglich muss der Eigenbetreuungsabzug gestrichen werden. Die ALG stellt deshalb den **Antrag,** § 33 Abs. 2 zu streichen.

**Andreas Hausheer** erinnert daran, dass sich die SVP in der Vernehmlassungsvorlage genau für die Variante ausgesprochen hat, die in der ersten Lesung resultierte, nämlich jeweils 3000 Franken bei der Fremd- und bei der Eigenbetreuung.

**Markus Hürlimann** bestätigt, dass sich die SVP-Fraktion 2010 für die Variante 3000/3000 ausgesprochen hatte. Später hat sie sich in den Beratungen für 10’000/10’000 und auch für 6000/6000 starkgemacht. Es ist schön, dass Andreas Hausheer dies alles noch anschaut.
Die Linke bezeichnet den Eigenbetreuungsabzug als systemfremd und ist der Meinung, dass es diesen nicht brauche. Doch der Votant hat viele Argumente geliefert, dass dem nicht so ist. Wenn die Linke den Eigenbetreuungsabzug abschaffen will, riskiert sie, dass der Fremdbetreuungsabzug ziemlich tief ist. Warum sagt sie nicht Ja zu 6000 Franken Eigenbetreuungsabzug, wenn sie im Gegenzug einen Fremdbetreuungsabzug von 6000 Franken erreicht? Dann hätten alle gewonnen. Doch so besteht das Risiko, dass auch der Fremdbetreuungsabzug auf 3000 Franken reduziert wird.
Der Votant hat den Eindruck, dass die 5000 oder 6000 Franken einen schweren Stand haben werden, und stellt deshalb den **Subeventualantrag,** den Drittbetreuungsantrag gemäss § 30 Abs. 1 Bst. l auf 4000 Franken festzusetzen, und den **Subeventualantrag,** der Eigenbetreuungsabzug gemäss § 33 Abs. 2 sei auf 4000 Franken festzusetzen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass die Regierung mit dem Ergebnis der ersten Lesung leben kann. Wichtig ist – auch nach nochmaliger Debatte im Regierungsrat –, dass die Abzüge aus Praktikabilitätsgründen gleich hoch bleiben, also jeweils 3000 Franken. Das Übrige überlässt die Regierung dem Kantonsrat.

*Abstimmungen zu § 30 Abs. 1 Bst. l*

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, geltendes Recht beizubehalten, mit 39 zu 30 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der SVP-Fraktion, den Drittbetreuungsabzug bei 5000 Franken festzusetzen, mit 38 zu 32 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Subeventualantrag der SVP-Fraktion, den Drittbetreuungsabzug bei 4000 Franken festzusetzen, mit 36 zu 32 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung.

*Abstimmungen zu § 33 Abs. 2*

➔ Der Rat lehnt den Antrag der ALG, den Eigenbetreuungsabzug zu streichen, mit 40 zu 15 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, geltendes Recht beizubehalten, mit 53 zu 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der SVP-Fraktion, den Eigenbetreuungsabzug bei 5000 Franken festzusetzen, mit 54 zu 13 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Subeventualantrag der SVP-Fraktion, den Drittbetreuungsabzug bei 4000 Franken festzusetzen, mit 53 zu 15 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung.

***Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die eidgenössisch konzessionierte Schifffahrt auf den Zuger Seen vom 25. November 2010***

*§ 2 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass ein Änderungsantrag vorliegt von Laura Dittli und Urs Raschle zu § 2 Abs. 2 des Kantonsratsbeschlusses betreffend Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die eidgenössisch konzessionierte Schifffahrt auf den Zuger Seen vom 25. November 2010.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass das Resultat der ersten Lesung ein gutschweizerischer Kompromiss ist. Der Kostendeckungsgrad wurde bei 70 Prozent festgelegt. Die Kommission hat dies nicht weiter diskutiert und sieht keinen Anlass, von diesem Kompromiss abzuweichen. Sie bittet den Rat mit 7 zu 4 Stimmen, am Resultat der ersten Lesung festzuhalten.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko einstimmig am Ergebnis der ersten Lesung festhält. Die Zuger Schifffahrtsgesellschaft wird es in der Hand haben, wo sie das Geld investieren will. Das dargestellte Horrorszenario, die Ägeri Schifffahrt würde eingehen, ist nicht wahrscheinlich. Als liberale Vertreterin aus dem Ägerital ist die Votantin überzeugt, dass man vorher zusammenstehen und die Ärmel hochkrempeln würde. Die Ägerital Schifffahrt wird es immer geben.

**Urs Raschle,** Vertreter der Antragsteller, hat diese Worte von Gabriela Ingold gerne gehört und wird sie auch gerne weiterleiten. Er kann sich vorstellen, was sich dir Ratsmitglieder gedacht haben beim Lesen des Antrags: «Nei, nid scho wieder. Darüber haben wir doch schon abgestimmt.» Ja, das ist so. Und trotzdem wird der Antrag nochmals gestellt. Der Votant gibt seine Interessensbindung bekannt: Als Stadtrat der Stadt Zug vertritt er die Interessen der Stadt auch im Verwaltungsrat der Schifffahrtsgesellschaft Zugersee.
Zu Beginn ein kleines Quiz: Ein Vater hat sechs Kinder und bringt sechs Schokoladen nach Hause. Wie viele Tafeln bekommt also jedes Kind? Nun, die Antwort ist klar. Genau eine. Oder doch nicht? Im Falle der Schifffahrtsgesellschaft wären es nämlich gerade 2,5. Doch im Falle des Entlastungsprogramms ist der Vater nicht derjenige, der gibt, sondern eben nimmt. Zu Beginn des Sparprozesses informierte der Regierungsrat sämtliche Partner über eine Leistungsreduktion von jährlich 10 Prozent. Doch bei den beiden Schifffahrtsgesellschaften schaute er nicht auf die Leistungsvereinbarung, sondern auf den Kostendeckungsgrad. Dieser sollte bekanntlich gleich um 20 Prozent erhöht werden. Bei der ersten Lesung wurde dies auf 70 Prozent korrigiert, doch dies entspricht nicht dem Wert von 10 Prozent, wie dies bei anderen Leistungsvereinbarungen der Fall ist. 2014 betrug die Abgeltung seitens Kantons 1,3 Millionen Franken, was einem Wert von 40 Prozent des Kostendeckungsgrad entspricht. 2 Millionen erwirtschafteten die beiden Schifffahrtsgesellschaften selber. Eine Änderung von 10 Prozent wären somit 130’000 Franken, was zu einem Wert von rund 2,1 Millionen Franken der Schifffahrtsgesellschaften führt. Dies entspricht aber nicht einem Kostendeckungsgrad von 70 Prozent, sondern von 64 Prozent. Sage und schreibe 2,3 Millionen Franken müssten die beiden Gesellschaften bei einem Kostendeckungsgrad von 70 Prozent erwirtschaften, was rund 300’000 Franken mehr sind, als dies heute der Fall ist. Dabei handelt es sich um 25 Prozent und nicht um 20 Prozent, deshalb die Anspielung beim Quiz, dass die Schifffahrtsgesellschaft 2,5 Mal mehr bezahlen muss. Mit dem Vorschlag von 65 Prozent Kostendeckungsgrad kommen die Antragsteller dem Rat etwas entgegen.
Die Antworten auf diesen Antrag liegen auf der Hand: Alle müssen sparen, und es kann ja ein Schiff verkauft werden. Die stehen ja nur am Hafen und kosten zu viel. Doch so ist es nicht: Die Schiffe sind kostengünstig für die Unternehmungen, sie sind Geschenke der Zuger Kantonalbank. Deshalb sind die Fixkosten eher tief. Wird ein Schiff verkauft, wird zudem ein wirtschaftlicher Ast abgesägt. Die beiden kleineren Schiffe sind gut für Spezial- und Extrafahrten, das grosse für die Kursschifffahrt. Beides sind wichtige Bereiche der Schifffahrtsgesellschaft. Wenn der Rat nicht als Eisberg beim Untergang der hiesigen Schifffahrtsgesellschaft in die Annalen der Zuger Geschichte eingehen möchte, so möge er dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** teilt mit, dass der Regierungsrat das Ergebnis der ersten Lesung unterstützt, das bereits ein Kompromiss ist. Doch damit kann das Entlastungsziel in diesem Bereich per 2018 erreicht werden.
Im Vergleich zu anderen Kantonen, die zum Teil sehr viel touristischer sind, ist der Zuger Beitrag relativ hoch. Es gibt auch Kantone, die finanzieren deshalb mehr, weil die Schifffahrt eine Erschliessungs- bzw. ÖV-Funktion hat. Das ist in Zug nicht der Fall. Hier ist die Schifffahrt ein rein touristisches Angebot. Man muss sie nicht nur als «nice to have» bezeichnen, doch es besteht kein gesetzlicher Auftrag.
Mit etwas mehr Druck durch den Kostendeckungsgrad werden die Gesellschaften gezwungen, das Angebot auf diejenigen Bereiche zu konzentrieren, in denen die Nachfrage höher ist und welche wirtschaftlicher sind. Die Einhaltung dieses Grundsatzes, also ein unternehmerischer effizienter Mitteleinsatz, wird auch von der Re-

gierung verlangt – wenn nicht dort, wo gesetzliche Aufträge vorhanden sind, dann umso mehr in Bereichen, in denen kein solcher Auftrag besteht.
Zum Vergleich von Urs Raschle mit den Schokoladen: Der Volkswirtschaftsdirektor hat zwar nicht sechs, sondern vier Kinder. Es ist nicht immer gerecht, jedem dasselbe zu geben. Wenn ein Kind eine sechsjährige Berufsausbildung macht und das andere eine dreijährige, ist es dann richtig, dem einen nicht das zu geben, was es braucht? Die Ausganglage ist im Bereich Schifffahrt etwas anders. Wie auch der ÖV gehört die Schifffahrtsgesellschaft nicht dem Pool von Drittpartnern an. Hier gelten Kostendeckungsgrade, anderen Partnern schreibt der Kanton keine Kostendeckungsgrade vor. Die Schifffahrtsgesellschaft hat fünf Jahre Zeit, um sich auf diese Situation einzustellen. Bei anderen Partnern gelten die Änderungen bereits ab nächstem oder übernächstem Jahr. Der Situation wurde Rechnung getragen. Die Drittpartner mit Leistungsauftrag haben eine gesetzliche Aufgabe bzw. sie übernehmen den gesetzlichen Auftrag des Kantons. Das ist bei der Schifffahrt nicht so. Es gibt also durchaus Unterschiede, und folglich kann man nicht sagen, dass die 10 Prozent überall gelten. Diese 10 Prozent bei den Drittpartnern waren eine Richtgrösse. Einzelne Partner werden auch hier unterschiedlich behandelt. Je nach Notwendigkeit und Bedarf wird der eine Partner 15 Prozent einsparen müssen, ein anderer nur 8 Prozent. Mit dem Schokoladen-Vergleich kann die Beweisführung nicht vorgenommen werden. Den Schifffahrtsgesellschaften wird keine existenzbedrohende, sondern eine machbare Vorgabe gemacht. Gegenmassnahmen, welche die Gesellschaften bisher noch nicht aufgezeigt haben, sind möglich. Würde der Rat dem Antrag folgen, würde das Sparziel in diesem Bereich um 180’000 Franken verfehlt werden, und der Betrag müsste an einem anderen Ort eingespart werden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Laura Dittli und Urs Raschle mit 48 zu 21 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung.

***Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung auf Beibehaltung des geltenden Rechts***

*§ 2 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass ein Antrag der SP-Fraktion, der ALG und von Monika Barmet zu § 2 Abs. 3 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung auf Beibehaltung des geltenden Rechts vorliegt.

**Cornelia Stocker** hält fest, dass die Antragssteller für Beibehaltung des geltenden Rechts plädieren. Ausschlaggebend sei für sie, dass die sozial Schwachen keine Kürzung der Beiträge für den allgemeinen Lebensbedarf erleiden dürften. Im Wissen, dass der Kompromiss aus der ersten Lesung eine Angleichung an den schweizerischen Durchschnitt ist, hält die Kommission mit 6 zu 5 Stimmen am Ergebnis der ersten Lesung fest.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass auch die Stawiko dem Ergebnis der ersten Lesung folgt. Die Antragsteller fordern einen Kompromiss des Kompromisses, der in der ersten Lesung definiert wurde. Die Stawiko-Präsidentin ist stolz darauf, dass dieser Kompromiss zustande kam, und ist überzeugt davon, dass es sich um eine gute Lösung handelt.

**Hubert Schuler** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Leiter Sozialdienst der Gemeinde Baar und hat immer wieder mit Personen zu tun, die Ergänzungsleistungen beziehen. Mit dem Entscheid der ersten Lesung kann der Kanton pro Jahr 950'000 Franken sparen. Dies ist ein grosser Betrag. Das eingesparte Geld wird als persönlicher Beitrag bei den Menschen, die in Heimen oder Kliniken leben, abgezweigt. Für diese sind die Kürzungen eine einschneidende Massnahme und werden viele verzweifeln lassen. Denn sie müssen sich fragen, wie sie ihren Lebensalltag gestalten sollen. Können sie sich nur noch die Zahnpasta von M-Budget leisten? Dürfen sie sich eine neue Hose oder einen neuen Rock kaufen? Wie sieht es mit der Hautcreme aus? Müssen sie auf die bewährte Marke verzichten? Der Besuch bei der Nichte oder beim Neffen fällt sowieso ins Wasser, das Ticket für die Bahn können sie sich nicht leisten. Das geltende Recht ist kein Kompromiss, wie es die Stawiko-Präsidentin gesagt hat. Das geltende Recht ist geltendes Recht. Der Kanton Zug muss sparen, und er will dies auf dem Buckel derjenigen machen, die den Gürtel jetzt schon eng bis sehr eng geschnallt haben. Wollen die Ratsmitglieder das wirklich? Gibt es keine Alternative, als dort die Opfersymmetrie einzufordern, wo bereits viele Opfer geleistet werden? Es ist zu hoffen, dass die Mehrheit den Entscheid der ersten Lesung ablehnt und den Antrag der SP, ALG und von Monika Barmet auf Beibehaltung des geltenden Rechts unterstützt.

**Esther Haas** hält fest, dass der Antrag auf Beibehaltung des geltenden Rechts für die ALG grundlegend ist. Die Ergänzungsleistungen sind wichtig und Voraussetzung dafür, dass Menschen in Heimen nicht von der Sozialhilfe abhängig werden. Damit ist es auch für die Schwächsten der Gesellschaft möglich, ein würdiges Leben zu führen. Dies muss im Kanton Zug möglich sein – trotz Sparpaket.

**Monika Barmet** weist darauf hin, dass sie ihre Interessensbindung bereits an der ersten Lesung offengelegt hat: Sie engagiert sich für Personen in verschiedenen Bereichen im Kanton Zug, die teilweise Ergänzungsleistungen beziehen und somit direkt durch die beantragten Kürzungen aus der ersten Lesung betroffen sind. Auch im Namen einer Mehrheit der CVP-Fraktion empfiehlt die Antragstellerin, geltendes Recht zu unterstützen, damit ein Drittel für den allgemeinen Lebensbedarf weiterhin angerechnet wird. Der Zuger Finish wurde in der ersten Lesung des Entlastungsprogramms immer wieder erwähnt. Alle haben von ihm profitiert und profitieren weiterhin in unterschiedlichen Bereichen. Überall wurde der Zuger Finish noch lange nicht abgeschafft. Solange dies so ist, können die Beiträge für persönliche Auslagen bei Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezügern nicht reduzieren. Welches Zeichen würde man damit setzen? Sparen bei den Schwächsten der Gesellschaft resp. bei Menschen mit Beeinträchtigungen? Diese Botschaft kann und will die Antragstellerin gegenüber der Bevölkerung nicht vertreten. Sie bittet die Ratsmitglieder, diese unsolidarische Sparmassnahme nicht zu unterstützen.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Die Sozialleistungen müssen so ausgestaltet sein, dass sie die notwendigen Bedürfnisse abdecken und im Vergleich mit anderen Kantonen weder nach oben noch nach unten stark ausscheren. Mit der Kürzung der persönlichen Auslagen hatte der Regierungsrat den Bogen überspannt. Bisher war der Kanton Zug im interkantonalen Vergleich mit Beiträgen für persönliche Auslagen in Höhe von einem Drittel des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf sehr grosszügig. Nun würde Zug mit der Kürzung gemäss Vorschlag der Regierung auf einen Fünftel zu einem der restriktivsten Kantone. Den Ergänzungsleistungsempfängern sollen adäquate Mittel für persönliche Auslagen zur Verfügung stehen. Dies ist mit dem moderaten Vorschlag der vorberatenden Kom-

mission mit Beiträgen für persönliche Auslagen von einem Viertel der allgemeinen Lebenshaltungskosten gegeben. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Kommission und somit das Resultat der ersten Lesung.

**Daniel Marty** hält fest, dass die Diskussion über die Kürzung der Beiträge für persönliche Auslagen für Heimbewohner im Rat gezeigt hat, dass der Vorschlag der Regierung zu weit ging und Bedürftige im Kanton Zug schlechter gestellt wären als Bürger der Nachbarkantone. Daher hat sich der Rat in der ersten Lesung auf eine moderatere Kürzung geeinigt, bei der sich Zug immer noch im oberen Mittelfeld vergleichbarer Kantone befindet. Mit dem nun vorliegenden Antrag soll dieser vernünftige Kompromissentscheid wieder rückgängig gemacht werden. An der Faktenlage hat sich jedoch in der Zwischenzeit nichts geändert, und es gibt keinen Grund, nun anders zu entscheiden. Der Votant bitte die Ratsmitglieder daher, am Resultat der ersten Lesung festzuhalten und alle anders lautenden Anträge abzulehnen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** erinnert daran, dass die Beiträge für persönliche Auslagen zusammen mit dem Vermögensverzehr, der nicht mehr zur Diskussion steht, die einzigen Hebel sind, mit denen die Kantone bei den Ergänzungsleistungen ihre Ausgaben steuern können. Der Bereich verzeichnet ein grosses Wachstum. Die heutige Lösung, welche die Antragsteller beibehalten möchten, ist eine der grosszügigsten in der Schweiz. Damit der Rat nochmals entscheiden kann, stellt die Regierung erneut den ursprünglichen **Antrag,** dass ein Fünftel des Beitrags für den allgemeinen Lebensbedarf angerechnet wird. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass dies vielleicht unpopulär ist. Der Vorwurf wurde laut, es ginge zu weit. Doch es ist die Aufgabe der Regierung, Sparvorschläge zu machen und auszuloten, was politisch machbar ist. Wird es nicht getan und kommt es zu Steuererhöhungen, heisst es rasch, es seien nicht alle Möglichkeiten ausgelotet worden.
Würde der Rat dem Antrag der SP, der ALG und von Monika Barmet folgen, so könnten 1,8 Millionen Franken nicht eingespart werden. Das ist ein hoher Betrag. Die 1,8 Millionen würden in das Paket Finanzen 2019 verlagert, und es ist offen, wie sie finanziert werden könnten. Bereits durch die erste Lesung ging die Hälfte davon verloren. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet deshalb, den Antrag auf Beibehaltung des geltenden Rechts abzulehnen.

Der **Vorsitzende** hält fest, das gemäss § 76 GO KR wie folgt vorgegangen wird: In der ersten Abstimmung wird das Ergebnis der ersten Lesung dem Änderungsantrag des Regierungsrats gegenübergestellt. In der zweiten Abstimmung wird der obsiegende Antrag aus der ersten Abstimmung dem Antrag der SP, der ALG und von Monika Barmet auf Beibehaltung des geltenden Rechts gegenübergestellt.

**Silvia Thalmann** versteht nicht, weshalb keine Dreifachabstimmung durchgeführt wird. Es liegen drei gleichwertige Anträge vor: ein Drittel, ein Viertel und ein Fünftel.

Der **Vorsitzende** hat vorgesehen, dass zwei Abstimmungen durchgeführt werden.

➔ Der Rat lehnt mit 71 zu 0 Stimmen den Änderungsantrag des Regierungsrats ab, die Beiträge für persönliche Ausgaben der Bezüger von Ergänzungsleistungen bei einem Fünftel der allgemeinen Lebenskosten festzulegen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, der ALG und von Monika Barmet, geltendes Recht beizubehalten, mit 36 zu 32 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung.

## III. Fremdaufhebungen

### *Kantonsratsbeschluss betreffend Abgabe des Verbundabonnements «Zuger Pass» an IV-Bezügerinnen und -Bezüger sowie an blinde und sehbehinderte Personen*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Änderungsantrag der SP-Fraktion vorliegt zu § 1 des Kantonsratsbeschlusses betreffend Abgabe des Verbundabonnements «Zuger Pass» an IV-Bezügerinnen und -Bezüger sowie an blinde und sehbehinderte Personen.
In der ersten Lesung hat der Rat beschlossen, diesen Kantonsratsbeschluss gemäss geltendem Recht beizubehalten.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass der ursprünglich von der SP eingereichte Antrag in der Kommission modifiziert wurde. Die Formulierung, über die nun abzustimmen ist, lautet: «Der Kanton finanziert im Kanton Zug wohnhaften EL-Bezügerinnen und -Bezügern mit IV-Rente, blinden oder sehbehinderten Personen den Erwerb von vergünstigten Fahrausweisen des Tarifverbunds Zug (persönlicher Monats- oder Jahres-Zuger-Pass zum reduzierten Preis).» Neu profitieren nur IV-Bezüger mit Ergänzungsleistungen von der Subvention. Mit dem ursprünglichen Kantonsratsbeschluss, der bis zur ersten Lesung Gültigkeit hatte, galt das System Giesskanne. Auch Millionäre, die eine IV beziehen, hätten für ihre Freizeitmobilität von dieser Subvention profitieren können. Das will niemand, es ist nicht im Interesse der Steuerzahlenden. Mit dem Zusatz bzw. der Einschränkung, dass nur EL-Beziehende mit IV-Rente, Blinde oder Sehbehinderte davon profitieren können, stimmt die Kommission der Aufrechterhaltung mit 10 zu 2 Stimmen zu.

**Hubert Schuler** zeigte in der ersten Lesung auf, dass die vergünstigten Fahrausweise des Tarifverbunds gemäss Kantonsratsbeschluss eine pauschale Lösung darstellen. Aus diesem Grund reichte die SP auf die zweite Lesung einen entsprechenden Antrag ein. In der Sitzung der Stawiko wurde dieser noch modifiziert. Die SP-Fraktion unterstützt diese Anpassung. Mit der Einschränkung, dass nur IV-Beziehende mit Ergänzungsleistungen, Blinde oder Sehbehinderte eine Vergünstigung geltend machen können. Dies ist nicht kumulativ gemeint, sprich nicht EL-beziehend und blind bzw. EL-beziehend und sehbehindert. Dadurch werden alle AHV-Rentnerinnen und Rentner, die auch EL beziehen müssen, ausgeschlossen. Dies schafft eine erneute Ungleichheit, denn es gibt grundsätzlich keinen wirklichen Grund, diesen Leuten eine Vergünstigung zu verweigern. Da es aber für diese Personen keine Kürzung oder finanzielle Minderleistung darstellt, denn sie hatten bis anhin ja auch keine Vergünstigung, akzeptiert die SP-Fraktion diese Ungleichheit. Doch mit der ursprünglichen Variante der SP wäre die Anzahl der Menschen, die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen würde – nämlich alle EL-Beziehenden, nicht wirklich erhöht würde. Doch das Fuder soll nicht überladen werden, und deshalb unterstützt die SP-Fraktion die Variante, die in der Stawiko angenommen wurde.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass die CVP-Fraktion bei ihren Beratungen zu diesem geänderten Antrag etwas ratlos war. Zudem war zu vernehmen, dass die Änderung, die mit diesem Antrag angeregt wird, auch zu administrativem Aufwand führt. Die Votantin bittet den Regierungsrat um Ausführungen dazu. Die Ratslosigkeit und die kritische Haltung haben dazu geführt, dass die CVP dem Antrag der ersten Lesung zustimmen wird.

Der **Vorsitzende** bittet Hubert Schuler, den modifizierten Antrag vorzulegen.

**Susanne Giger** teilt mit, dass die ALG am Resultat der ersten Lesung festhält. Das heisst, es sollen alle IV-Bezügerinnen und -Bezüger sowie blinde und sehbehinderte Personen und nicht nur jene mit Ergänzungsleistungen, wie es der Antrag fordert, Anrecht auf einen vergünstigten Zuger Pass haben. Bereits benachteiligte Menschen dürfen nicht noch mehr benachteiligt werden, und sie sollen auch nicht in zwei Anspruchsgruppen unterteilt werden. Das ist kleinlich und unsolidarisch!

**Monika Barmet** bittet den Regierungsrat Folgendes zu klären: Die Aussage, der Kommissionspräsidentin, dass Millionäre auch Ergänzungsleistungen beziehen können, stimmt so nicht.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** weist darauf hin, dass sie nicht von Ergänzungsleistungen, sondern von der IV gesprochen hat.

**Monika Barmet** hatte dies falsch verstanden.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hat sich rückversichert: Der Antrag wird durch die Änderung nicht besser. Das Ansinnen, keine Giesskanne zu wollen, ist zu anerkennen. Doch es ist nicht ganz ausgeschlossen. Bei Blinden und Sehbehinderten ist der Anspruch auf die Subvention nicht an Ergänzungsleistungen geknüpft. Dort kann es jedoch um sehr vermögende Personen gehen. Eine weitere Unstimmigkeit ist, dass es vielleicht IV-Bezüger mit anderen Behinderungen gibt, die keine Ergänzungsleistungen beziehen, aber im Gegensatz zu den Blinden und Sehbehinderten keinen vergünstigten Zuger Pass erhalten. Hubert Schuler hat diejenigen erwähnt, die aus Altersgründen bedürftig werden und EL beziehen müssen, aber keine Vergünstigung erhalten. Diese Unstimmigkeiten werden mit dem Antrag verstärkt. Folglich ist der Antrag, auch wenn er gut gemeint ist, nicht zielführend.
Der Regierungsrat stellt nochmals den ursprünglichen **Antrag.** Einer der Gründe dafür sind diese Unstimmigkeiten. Wird der Version der ersten Lesung zugestimmt, gilt nach wie vor das Giesskannenprinzip. Dort ist die Subvention nicht auf EL-Bezüger beschränkt, Einkommen oder Vermögen sind nicht ausschlaggebend.
Zum Aufwand und zum Ablauf: Die Sehbehinderten müssen den SBB alle fünf Jahre ein ärztliches Attest vorlegen. Die SBB haben dieses und den Wohnort zu überprüfen und müssen eine Liste der Sehbehinderten im Kanton führen. Dann holen die Sehbehinderten den Pass am Schalter ab, die SBB müssen aufgrund der vorher erstellten Liste prüfen, ob diese Person berechtigt ist. Zweimal pro Monat wird dem Kanton Rechnung gestellt. Das führt zu einem gewissen Zeitaufwand. IV-Rentnerinnen und -Rentner können ihren IV-Ausweis vorweisen. Die SBB prüfen den Wohnort, erfassen die AHV-Nummer und stellen dem Kanton Rechnung. Das Amt für ÖV nimmt alle sechs Monate einen Abgleich vor. Dies alles verursacht einen Aufwand von schätzungsweise rund 10’000 Franken. Im Vergleich zu den 90’000 oder 100’000 Franken, die ausgegeben werden, ist dies unverhältnismässig. Der Rat fordert die Regierung auf, effizient zu arbeiten. Hier wird am falschen Ort investiert. Für die vorherige Diskussion über die Ergänzungsleistungen hingegen hat die Regierung Verständnis. Der persönliche Beitrag bei den Ergänzungsleistungen wurde im oberen Mittelfeld belassen, dazu gehören auch Kosten für Transporte, ob Taxi, Tixi oder Bus. Somit ist der Betrag für die Freizeitmobilität dort bereits enthalten. Wo es beruflich oder medizinisch notwendig ist, übernimmt die IV die Transportkosten. Man kann also mit gutem Gewissen auf diesen Sonder-KRB verzichten. Es gibt auch keinen Sonder-KRB für Jugendliche oder EL-Bezüger im

AHV-Alter. Es wird hier ein Status gefordert, der nicht gerechtfertigt ist. Aus Gründen der Verhältnismässigkeit bittet der Volkswirtschaftsdirektor, dem Antrag der Regierung zu folgen und den KRB zu streichen.

**Hubert Schuler** stellt fest, dass eine grosse Verunsicherung herrscht. Aus diesem Grund stellt er einen weiteren **Antrag.** Er schlägt vor, den Begriff «Blinde und sehbehinderte Personen» zu streichen. Dies würde bedeuten, dass alle IV-Rentnerinnen und Rentner, die Ergänzungsleistungen beziehen, einen vergünstigten Fahrausweis kaufen können. Der Aufwand von 10'000 Franken im Verhältnis zu 90'000 Franken ist sicherlich gross. Auf der anderen Seite ist man es den Menschen schuldig, die am unteren Limit der Gesellschaft leben müssen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** weist darauf hin, dass damit die Ungleichbehandlung zu den EL-Bezügern aus Altersgründen bestehen bleibt. Ebenso stellt sich die Frage, was gilt, wenn ein IV-Rentner, der Ergänzungsleistungen bezieht, im Alter von 65 Jahren zum AHV-Rentner wird. Hat er dann keinen Anspruch auf die Vergünstigung mehr? Gilt er als AHV-Bezüger oder als ehemaliger IV-Bezüger? In der Durchführung hilft dieser Antrag folglich nicht weiter. Die Unverhältnismässigkeit bleibt bestehen, deshalb ist es besser, diesen KRB aufzuheben.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass man den wirklich Bedürftigen helfen will. Das ist dann der Fall, wenn alle, die Ergänzungsleistungen beziehen – auch AHV-Rentner, die Vergünstigung erhalten. Der Votant stellt den **Antrag,** den KRB so zu ändern, dass alle EL-Bezüger von der Subvention profitieren.

**Hubert Schuler** schätzt diesen Antrag sehr. Wie bereits ausgeführt, hat die SP dies nicht gewagt, weil es dann geheissen hätte, die Linken würden das Geld zum Fenster hinauswerfen. Die SP-Fraktion wird den Antrag von Manuel Brandenberg unterstützen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist der Meinung, dass es sich nun um eine unsorgfältige Gesetzgebung handelt. Es werden Anträge gestellt, die über die jemals – auch in den Kommissionen – diskutierten Anträge hinausgehen. Die Kostenfolgen hat niemand abgeschätzt. Der ursprüngliche Antrag der SP ging in diese Richtung. Es wären dann rund 2800 Personen anspruchsberechtigt gewesen, ein Doppeltes oder Mehrfaches von heute mit entsprechenden Kostenfolgen. Der Volkswirtschaftsdirektor dachte, der Kanton befände sich in einem Entlastungsprogramm. Es wäre sehr erstaunlich, wenn Leistungen nun noch weiter ausgebaut würden. Auch ohne diese spezielle Zuger Vergünstigung, die es in der Schweiz sonst nirgendwo gibt, ist mit den Ergänzungsleistungen der Grundbedarf gesichert. Mit der Festlegung des persönlichen Beitrags bei einem Viertel der allgemeinen Lebenskosten wurde der Standard weiter optimiert. Das ist in Ordnung, aber Sondervergünstigungen mit Abgrenzungen, die nicht mehr stimmen, führen nicht weiter. Im Sinne der Sorgfalt bittet der Volkswirtschaftsdirektor, dem Antrag der Regierung zu folgen oder zumindest an der Version der ersten Lesung festzuhalten.

**Hubert Schuler** bestätigt die Aussage, dass rund 2800 Menschen EL beziehen. Aber nicht alle werden einen vergünstigten Fahrausweis beziehen. Ab BESA-Stufe 6 wird wohl kein Monats- oder Jahres-Abo mehr gekauft. Die Anzahl dieser Personen muss abgezogen werden. Die Kosten werden sicher tiefer sein als jetzt.

**Manuel Brandenberg** weist den Volkswirtschaftsdirektor darauf hin, dass nicht ausgebaut wird, es wird ja auch etwas weggenommen. Sehbehinderte und Blinde, die keine Ergänzungsleistungen beziehen, werden nicht mehr von einer Vergünstigung profitieren, sondern nur noch die wirklich Bedürftigen, die das Geld zum Leben brauchen.

➔ Der Rat lehnt den doppelt modifizierten Änderungsantrag der SP, unterstützt von Manuel Brandenberg, mit 55 zu 15 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Regierung, den Kantonsratsbeschluss aufzuheben, mit 54 zu 16 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hat es bereits in ihrem Eintretensvotum gesagt: Die Ratsmitglieder können es nicht allen recht machen. Sparen tut weh und löst grosse Emotionen aus. Die Schweizer sind Weltmeister in der Forderung nach Besitzesstand. Der Kanton Zug hat aber leider ein strukturelles Defizit. Die Staatsfinanzen sind nicht mehr im Lot. Dem Zuger Finish muss «ghaue oder stoche» Ade gesagt werden, und es müssen weitere Abstriche gemacht werden. Darin sind sich die Ratsmitglieder sicherlich einig. Ohne geht es einfach nicht. Die Massnahmen des Entlastungsprogramms sind moderat und vertretbar. Die Regierung hätte da und dort sogar im EP 1 von sich aus einschneidender vorgehen können.
Der Rat hat in der ersten Lesung und auch heute kleine Justierungen am EP vorgenommen. Das ist gut so. Es waren allesamt gute Kompromisse, und die Ratsmitglieder können sich auf die Schultern klopfen: In der ersten Lesung wurde sehr gut gearbeitet. Trotz dieser Änderungen konnte die von der Regierung gewünschte Opfersymmetrie bewahrt werden. Diese ist enorm wichtig, um die Akzeptanz aller Beteiligter zu erhalten. Die Verwaltung, die Regierung und der Rat haben sehr viel Zeit und Energie in das Entlastungsprogramm gesteckt. Der Kantonsrat musste sogar eine Zusatzsitzung einschieben. Alles in allem ist es ein gutes Programm und nur ein Etappenziel, also ein kleiner Bergpreis. Die Druckversuche von gewissen Seiten sind etwas problematisch. Was würde geschehen, wenn alle Parteien dies täten? Dann hätte man einen Stillstand, und Stillstand bedeutet Rückschritt. Gerade höhere Abzüge bei den Paragrafen des Steuergesetzes würden den Steuerzahler nur kurzfristig entlasten. Der CVP gebührt ein Dank, dass sie bei den Betreuungsabzügen Grösse gezeigt und diesen zugestimmt hat. Die schnelle Antwort der Regierung auf die Kleine Anfrage der Stawiko-Mitglieder Frei und Hausheer zeigt auf, dass am Ende der Steuerzahler im Allgemeinen zur Kasse gebeten wird, wenn jetzt nicht gespart wird. Der Finanzdirektor hat das Thema bereits erläutert, es muss deshalb nicht mehr weiter ausgeführt werden.
Es ist die Kernaufgabe des Rats, das vorliegende EP mit aller Kraft zu unterstützen. Das übergeordnete Ziel von gesunden Staatsfinanzen muss eingehalten werden. Nur ein gesunder Staat kann Wohlfahrt betreiben, ist ein guter Arbeitgeber und kann in allen Belangen zum Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger sowie zugunsten der Wirtschaft handeln. Die Stawiko-Präsidentin bittet die Ratsmitglieder, ihre Verantwortung wahrzunehmen und dem Entlastungspaket zuzustimmen.

➔ Der Rat genehmigt die Vorlage mit 48 zu 23 Stimmen.

**Andreas Lustenberger** stellt im Namen der SP, der ALG und vieler von diesem Sparprogramm betroffenen Zugerinnen und Zuger den **Antrag** auf Behördenreferendum. Von Opfersymmetrie kann beim vorliegenden Paket keine Rede sein, hätte dies zumindest auch eine Diskussion über die Fiskaleinnahmen benötigt. Die Stärke einer Gesellschaft misst sich am Wohle der Schwachen. Hier liegt eine der wichtigsten Vorlagen für die Zukunft des Kantons vor. Dazu sollen und müssen sich alle Zugerinnen und Zuger äussern dürfen und können. Der Votant bittet deshalb darum, den Antrag auf Behördenreferendum zu unterstützen.

**Jürg Messmer** hält fest, dass man sich jetzt auf der Zielgerade befindet. Es wurde tagelang über dieses Programm debattiert. Der Votant fordert dazu auf, nun nicht falsch abzubiegen. Der Rat ist fähig und hat gute Kompromisse gefunden. Alle müssen irgendwo Abstriche machen. Kommt das Behördenreferendum durch, kommt die Vorlage vors Volk und wird sie abgelehnt, so wird es zu massiven Steuererhöhungen kommen. Das ist nicht zu verantworten, das Sparpaket hingegen schon. Die Bevölkerung möchte im Falle einer Ablehnung des Sparpakets sicherlich genau wissen, wer für allfällige Steuererhöhungen zuständig ist. Der Votant stellt deshalb den **Antrag** auf Abstimmung mit Namensaufruf.

**Daniel Stadlin** weist darauf hin, dass das fakultative Referendum ein wertvolles Instrument der direkten Demokratie ist. Leider wird es in letzter Zeit gerne zur Profilierung oder Durchsetzung eigener Interessen missbraucht. Gerade kann man dies mit der Unternehmenssteuerreform III erleben. Dasselbe bahnt sich nun beim Entlastungsprogramm an. Nur weil einem aus ideologischen Gründen dies oder das nicht passt, das gesamte zweite Paket zum Absturz bringen zu wollen, ist höchst unsolidarisch und unsozial. Partikularinteressen höher zu gewichten als das Gemeinwohl, ist keine verantwortungsvolle Politik. Das Prinzip «Sparen ja, aber nicht in unserem Bereich» ist in der finanziellen Situation, in der sich der Kanton Zug befindet, brandgefährlich. Diese Vogel-Strauss-Politik bedroht nicht nur den Finanzhaushalt des Kantons, sondern auch den Zusammenhalt der Gesellschaft. Mit dem Behördenreferendum würde dieser unkooperativen und eigennützigen Art des Politisierens unnötig Vorschub geleistet. Wer mit dem Resultat des Entlastungsprogramms nicht einverstanden sind, soll den normalen Weg des Referendums gehen und die nötigen Unterschriften zusammentragen. Den Aufwand, 1500 Unterschriften in 60 Tagen zu sammeln, sollte das wert sein. Der Votant bittet den Rat, das Behördenreferendum nicht zu unterstützen.

**Manuel Brandenberg** unterstützt das Behördenreferendum. Das Volk soll mitreden, wenn ihm vieles aufgebrummt wird. Das Entlastungsprogramm belastet den Einzelnen sehr stark und weniger das Kollektiv des Staates, der staatlichen Behörden und der Verwaltung. Das ist unausgegoren. Das Volk soll entscheiden, wenn man ihm etwas wegnimmt. Der Votant unterstützt den Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf. Die Leute sollen wissen, wer sich im Rat für die Volksrechte einsetzt. Der Votant spricht nicht für die SVP-Fraktion, sondern als Einzelsprecher.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass sich die CVP-Fraktion gegen das Behördenreferendum ausspricht. Sie setzt sich jetzt wie auch in einer allfälligen Volksabstimmung für das soeben beschlossene Entlastungspaket ein. Mit dieser Gesetzesvorlage wird ein erster, wesentlicher Schritt zur Gesundung des Finanzhaushalts geleistet. Dabei müssen alle Federn lassen. Auch die Interessen von CVP-Vertretern wurden nicht alle berücksichtigt. Die CVP ist zu Konzessionen bereit,

setzt das Gemeinwohl über Partikularinteressen und wird alles daransetzen, damit die Gesetzesvorlage umgesetzt wird. Wer sich gegen das Entlastungsprogramm ausspricht, ist für noch grössere Steuern- und Gebührenerhöhungen in der Zukunft, denn die Defizite von heute sind Steuern von morgen.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Das Entlastungsprogramm ist eine ausgewogene und notwendige Sparaktion für gesunde Finanzen. Rekordhohe Steuereinnahmen haben lange davon abgelenkt, dass die Ausgaben des Kantons zu stark angestiegen sind. Dieser «Zuger Upgrade» wird nun mit dem Entlastungsprogramm etwas korrigiert. Gewisse Leistungen werden vom bisher überdurchschnittlichen Niveau auf ein interkantonal vergleichbares Niveau gesenkt. Die FDP ist überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Gedanken nachvollziehen können. Wenn die Bürgerlichen mit einer Stimme sprechen, wird das Gesamtpaket auch in einem allfälligen Referendum bestehen. Jede Partei hat die Möglichkeit, Unterschriften für ein Referendum zu sammeln. Notwendig sind 1500 Unterschriften. Wenn das jemand wirklich will, sollte das machbar sein. Einen Antrag auf ein Behördenreferendum lehnt die FDP-Fraktion einstimmig ab. Wer für das Behördenreferendum stimmt, ist für Steuererhöhungen, ohne vorher auch nur ein erstes Sparpotenzial auszuschöpfen. Dafür haben die bürgerlichen Ratskollegen überhaupt kein Verständnis.

**Barbara Gysel** ist der Meinung, dass es um die Abstimmung über das Behördenreferendum geht und nicht um eine materielle Beurteilung. Die Kurzformel «Behördenreferendum ja = Steuererhöhung ja» stimmt nicht. In diesem Punkt ist Peter Letter deutlich zu widersprechen. Erstaunlich ist zudem, dass Gabriela Ingold ein Votum halten konnte. Schliesslich heisst es in der GO KR § 74 Abs. 1, dass die Schlussabstimmung ohne Diskussion vorgenommen wird. Die Votantin staunt über das Politikverständnis im Rat. Ein Behördenreferendum ermöglicht es, die Politik, die im Rat in der Schlussabstimmung angenommen wurde, vom Volk bestätigen zu lassen. Es geht nicht um eine Links-rechts-Frage, sondern um die Legitimation der Ratsmitglieder als Volksvertretungen. Deswegen ist die Kurzformel zu verneinen, das Behördenreferendum mit einer inhaltlichen Forderung zu koppeln. Das ist staatspolitisch nicht korrekt. Man kann mit vollem Bewusstsein für das Behördenreferendum sein und gleichzeitig dem Sparpaket zustimmen – oder dieses ablehnen, wenn es dann so weit sein wird.

**Heini Schmid** bittet die Ratsmitglieder, sich beim Thema Behördenreferendum in Zukunft die Frage zu stellen, warum dem Volk ausnahmsweise eine Vorlage unterbreiten werden soll. Es gibt Beispiele, bei denen zeitliche Dringlichkeit vorlag oder es um existenzielle Fragen im Kanton ging, als der Rat das Behördenreferendum unterstützte. Bei der jetzigen Diskussion gibt es kein einziges Argument, warum diese Vorlage dem Volk vorzulegen ist. Es geht nicht darum, ob man dies aus politischen Gründen will oder nicht, sondern der Rat ist gut beraten, sich an den Kriterien, die für ein Behördenreferendum sprechen, zu orientieren.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält kein materielles Votum mehr. Man muss nicht erklären, wie die Situation aussieht. Das wissen die Ratsmitglieder. Dass mit dem Prozess Finanzen 2019 die Leistungen überprüft werden müssen, ist dem Regierungsrat bewusst.
Vor rund zwei Jahren wurde mit dem ersten Sparprogramm begonnen. Der Finanzdirektor dankt im Namen des Regierungsrats den Ratsmitgliedern, den Kommissionen, aber auch der Verwaltung, die aktiv mitgearbeitet hat, für den

Durchhaltewillen. Alle haben über zwei Jahre durchgehalten, und es konnte ein substanzielles Programm vorgelegt werden.
Zur Bemerkung, es handle sich um ein «Belastungsprogramm»: Es wurde hier über das EP 2 gesprochen, das 40 Millionen Franken umfasst. Der Regierungsrat hat jedoch ein Paket von über 100 Millionen Franken geschnürt. Es gilt, die 60 Millionen Sofortmassnahmen und Verordnungsänderungen, in welche Einsparungen bei der Verwaltung, beim Personal und bei Leistungen inkludiert sind, nicht auszublenden und den Blick nicht nur isoliert auf die rund 40 Millionen Franken des EP 2 zu richten, über die im Rat debattiert wurde. Das Paket war und ist 100 Millionen Franken schwer.

➔ Der Rat stimmt mit 47 Stimmen dem Antrag zu, die Abstimmung zum Behördenreferendum unter Namensaufruf durchzuführen. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Ja |
| Brunner Philip C. | Nein |
| Camenisch Philippe | Nein |
| Christen Hans | Nein |
| Giger Susanne | Ja |
| Gysel Barbara | Ja |
| Landtwing Alice | Nein |
| Marti Daniel | Nein |
| Messmer Jürg | Nein |
| Raschle Urs | Nein |
| Rüegg Richard | Nein |
| Sivaganesan Rupan | Ja |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Ja |
| Stadlin Daniel | Nein |
| Stocker Cornelia | Nein |
| Straub-Müller Vroni | Ja |
| Thalmann Silvia | Nein |
| Umbach Karen | Nein |
| Vollenweider Willi | Abwesend |
| | |
| Dittli Laura | Nein |
| Iten Patrick | Nein |
| Letter Peter | Nein |
| Sitz vakant | – |
| | |
| Hess Mariann | Ja |
| Hess-Brauer Iris | Nein |
| Ingold Gabriela | Nein |
| Iten Beat | Ja |
| Ryser Ralph | Abwesend |
| Werner Thomas | Ja |
| | |

| | |
|---|---|
| Barmet Monika | Nein |
| Etter Andreas | Nein |
| Nussbaumer Karl | Nein |
| | |
| Abt Daniel | Nein |
| Andermatt Adrian | Abwesend |
| Andermatt Pirmin | Abwesend |
| Dzaferi Zari | Ja |
| Frei Pirmin | Nein |
| Gössi Alois | Ja |
| Häseli Barbara | Nein |
| Hostettler Andreas | Nein |
| Hürlimann Markus | Ja |
| Imfeld Nicole | Nein |
| Lustenberger Andreas | Ja |
| Riboni Michael | Ja |
| Riedi Beni | Ja |
| Schmid Heini | Nein |
| Wandfluh Oliver | Nein |
| | |
| Baumgartner Hans | Nein |
| Birrer Walter | Nein |
| Bühler Olivia | Ja |
| Gander Thomas | Nein |
| Haas Esther | Ja |
| Mösch Jean-Luc | Nein |
| Renggli Silvan | Nein |
| Sieber Beat | Nein |
| Soltermann Claus | Nein |
| Suter Rainer | Nein |
| | |
| Bieri Anna | Nein |
| Helbling Karin | Nein |
| Hofer Rita | Ja |
| Schuler Hubert | Ja |
| Unternährer Beat | Nein |
| Villiger Thomas | Nein |
| | |
| Burch Daniel | Nein |
| Hausheer Andreas | Nein |
| Hürlimann Andreas | Ja |
| Meierhans Thomas | Nein |
| Odermatt Anastas | Ja |
| Weber Monika | Nein |
| | |
| Balmer Kurt | Nein |
| Burch Daniel Thomas | Nein |
| Roos Flavio | Nein |
| Schriber-Neiger Hanni | Ja |
| Stuber Daniel | Nein |
| Werder Matthias | Abwesend |

| | |
|---|---|
| Wiederkehr Roger | Nein |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Nein |
| | |
| Henseler Emanuel | Nein |
| Lötscher Thomas | Nein |

➔ Der Rat lehnt den Antrag auf Behördenreferendum mit 51 zu 22 Stimmen ab.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

39. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 7. Juli 2016 (Nachmittag)
Zeit: 14.10 – 16.45 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**519 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 70 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jolanda Spiess-Hegglin, Vroni Straub-Müller und Willi Vollenweider, alle Zug; Mariann Hess und Ralph Ryser, beide Unterägeri; Pirmin Andermatt und Zari Dzaferi, beide Baar; Hans Baumgartner, Cham; Matthias Werder, Risch.
Der Sitz von Andreas Meier, Oberägeri, ist im Moment vakant (siehe Ziff. 486).

TRAKTANDUM 5

**520 Rechenschaftsbericht 2015 des Obergerichts**
Vorlagen: 2628.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Obergerichts [gedruckter Bericht]); 2628.2 - 15199 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission.

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell Obergerichtspräsident Felix Ulrich.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission: Seit der Einführung der neuen Geschäftsordnung Ende 2014 hat die erweiterte Justizprüfungskommission nun innert zwei Jahren sämtliche dem Ober- oder Verwaltungsgericht unterstellten kantonalen Behörden sowie die Datenschutzstelle, die Ombudsstelle und den Strafvollzug visitiert. Der JPK-Präsident dankt allen Mitgliedern der erweiterten JPK sowie der juristischen Sekretärin Annatina Caviezel für die tolle Arbeit und den tollen Einsatz. Sein Dank gilt auch dem Obergerichts- und Verwaltungsgerichtspräsidenten sowie allen besuchten Stellen mit ihren Mitarbeitenden, die kompetent Auskunft gaben und über ihre spannenden, bis dahin nicht allen JPK-Mitgliedern bekannten Arbeitsbereiche berichteten.
Zum Vorgehen: Im Vorfeld der Visitationen wurde den betreffenden Behörden jeweils ein Fragenkatalog zugestellt. Anlässlich der Visitationen stellten die Mitglieder der erweiterten JPK Ergänzungsfragen. Dabei ging es vornehmlich um den äusseren Geschäftsgang, z. B. um Pendenzen, Arbeitsbelastung, Personalfluktuation und Arbeitsklima im Allgemeinen. Nach der Visitation des Obergerichts hat die erweiterte JPK am 13. Juni 2016 den Rechenschaftsbericht des Obergerichts beraten und an-

schliessend genehmigt. Die erweiterte JPK stellt fest, dass der Geschäftsgang in der Zivil-und Strafrechtspflege intakt ist und im Allgemeinen sehr gut funktioniert. Trotz teilweise hoher Arbeitsbelastung hat sich die Pendenzensituation mehrheitlich verbessert, und die Fälle konnten innert angemessener Frist bearbeitet werden. Das Arbeitsklima wird als gut bis sehr gut bezeichnet. Der JPK-Präsident geht auf einzelne Punkte des JPK-Berichts kurz ein:

• Die Staatsanwaltschaft und die Jugendanwaltschaft berichteten ausführlich und transparent. Die erweiterte JPK konnte sich von einer gut funktionierenden Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft und deren engagierter Amtsführung überzeugen. Unter anderem zeigte der Jugendanwalt auf, dass im Bereich der jugendstrafrechtlichen Schutzmassnahmen in naher Zukunft die Kosten markant steigen werden, dies wegen einer bundesgesetzlichen Änderung: Per 1. Juli 2016 wurde das gesetzliche Höchstalter für die Dauer der Schutzmassnahmen vom vollendeten 22. Altersjahr auf das 25. Altersjahr angehoben, und zwar rückwirkend auf alle sich bereits in einer jugendstrafrechtlichen Schutzmassnahme befindlichen Jugendlichen. Leider musste der Jugendanwalt auch eine markante Steigerung im Suchtmittelmissbrauch durch Jugendliche feststellen. Schon im Oberstufenalter werden oft die ersten Erfahrungen nicht nur mit Cannabis, sondern mit harten Drogen gemacht. Diese Entwicklung gilt es im Auge zu behalten.

• Das Strafgericht funktioniert gut. Auch dank eines Eingangsrückgangs konnten die Ziele vollumfänglich erreicht und die Pendenzen abgebaut werden. Zu diskutieren gab der Ferienübertrag der Strafgerichtspräsidentin von 25 Arbeitstagen. Auch wenn die Richterinnen und Richter sich grundsätzlich nach dem Personalrecht richten müssen, geht, um Rechtsverzögerungen zu meiden, die zeitgerechte Erledigung der Pendenzen vor. Die Richterinnen und Richter bewältigen ihr Arbeitspensum unabhängig und selbständig. Es kann deshalb ausnahmsweise zu solch grossen Überträgen kommen. Diese sollten aber die Ausnahme sein. Die Strafgerichtspräsidentin hat denn auch den Abbau dieser Ferientage im Jahre 2016 in Aussicht gestellt. Je nach Umsetzung der Verfassungsinitiative betreffend Ausschaffung krimineller Ausländer wird mit einem Anstieg des Arbeitsaufwands gerechnet, dies vor allem dann, wenn Fälle, die bis anhin mit einem Strafbefehl erledigt werden konnten, zwingend beim Gericht zur Anklage gebracht werden müssten.

• Beim Kantonsgericht haben sich die Eingänge gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Erledigungsquote ist leicht zurückgegangen, dies unter anderem durch den Weggang resp. die Funktionsänderung von zwei erfahrenen Gerichtsschreibern und den temporären schwangerschaftsbedingten Ausfall einer Mitarbeiterin. Längere Bearbeitungslücken traten beim Präsidenten der 2. Abteilung und beim Kantonsgerichtspräsidenten auf. Die Situation in der 2. Abteilung konnte mittlerweile bereinigt werden. Die Überhänge aus dem Jahre 2014 rührten daher, dass einige vom ehemaligen Kantonsrichter Beglinger übernommene Fälle arbeitsintensiver waren als angenommen. Beim Kantonsgerichtspräsidenten besteht der Überhang schlicht aufgrund fehlender Kapazitäten. Seine ohnehin grosse Arbeitsbelastung hat sich durch die Erhöhung der Neueingänge nochmals gesteigert. Die erweiterte JPK ist der Meinung, dass hier allmählich das Mass des Erträglichen überschritten ist. Der Kantonsgerichtspräsident schätzt sein momentanes Arbeitspensum auf 125 Prozent, was auf Dauer ein ungesunder Zustand ist. Trotz Versuchen, ihn zu entlasten, z. B. durch die Zuteilung von weniger komplexen Verfahren, ist eine wirksame Entlastung des Kantonsgerichtspräsidenten gescheitert, dies u. a. auch darum, weil die anderen Mitglieder des Kantonsgerichts selber einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind. Die Entlastung entsprach dann jeweils dem kleinsten gemeinsamen Nenner, was gemäss Meinung der erweiterten JPK auch damit zu tun haben kann, dass – verursacht durch die Probleme im Zusammenhang mit Kantonsrichter

Beglinger – die Geschäftsleitung auf Antrag der damaligen Obergerichtspräsidentin durch den Kantonsrat auf fünf Mitglieder aufgestockt wurde. Dadurch wurden die Kompetenzen stark verteilt und die Führungskompetenz des Präsidenten eingeschränkt. Die erweiterte JPK ist der Meinung, dass dem Kantonsgericht als grösstem Spruchkörper im Kanton die nötigen Kapazitäten für die Führung zur Verfügung gestellt werden müssen und appelliert für mehr Solidarität durch die Richterkolleginnen und -kollegen. Das Plenum muss sich über die Arbeitsteilung einig werden. Sollte sich innert nützlicher Frist keine spürbare Entlastung des Kantonsgerichtspräsidenten abzeichnen, muss über eine erneute Änderung der Geschäftsordnung diskutiert werden. Die Geschäftsleitung könnte in Anbetracht der Erledigung des Konflikts beim Kantonsgericht personell wieder verkleinert werden. Diese Ansicht vertrat auch das Obergericht anlässlich der Visitation. Immerhin – und das ist erfreulich – bestehen zurzeit keine Anzeichen, dass die Qualität der Urteile unter dieser Belastung gelitten hätte. Auch Rechtsverzögerungs- oder Verweigerungsbeschwerden gegen das Kantonsgericht blieben aus.
Für die weiteren visitierten Stellen verweist der JPK-Präsident auf den Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission. Im Namen der erweiterten JPK und des Kantonsrats spricht er allen in der Justiz tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein grosses Dankeschön für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit aus. Die erweiterte Justizprüfungskommission empfiehlt mit 10 zu 0 Stimmen einstimmig, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts zu genehmigen. Die SVP-Fraktion stimmt der Genehmigung ebenfalls einstimmig zu.

**Kurt Balmer** dankt namens der CVP-Fraktion den Gerichten und untergeordneten Behörden ebenfalls für den Einsatz zugunsten des Kantons Zug. Zu Recht wurde im Bericht der JPK darauf hingewiesen, dass trotz gewisser Probleme die Arbeitsqualität in positivem Sinn als «Zuger Finish» bezeichnet werden kann. Die CVP-Fraktion genehmigt den Rechenschaftsbericht denn auch ohne grössere Einwände. Zu den einzelnen Institutionen:
• Staatsanwaltschaft: Die JPK konnte sich einmal mehr überzeugen, dass diese Behörde gut funktioniert und gut organisiert ist. Dabei muss man aber wissen, dass der Kanton Zug bezüglich Aufwand für diese Untersuchungsbehörde «Schweizer Meister» ist – eine Bezeichnung, die von einem anerkannten Zuger Strafrichter stammt. Dementsprechend kostet diese Behörde den Kanton relativ viel. Der Votant kritisiert die Grösse dieser Behörde nicht grundsätzlich, aber man darf sich – auch mit Blick auf das Entlastungsprogramm – durchaus auch Gedanken darüber machen, ob die Zuger Bevölkerung wirklich deliktischer als andere veranlagt und die Wirtschaftskriminalität tatsächlich so ausgeprägt sei, wie das dem Kanton Zug zum Teil nachgesagt wird. Und persönlich merkt der Votant an: Die Motion bezüglich Wahl und Aufsicht der Staatsanwaltschaft betrifft selbstverständlich den Schlechtwetterfall. Es wäre seines Erachtens also falsch zu argumentieren, bei dieser gut funktionierenden Behörde brauche es keinerlei Änderungen.
• Strafgericht: Es mutet zumindest etwas komisch an, dass es bei noch tieferer Arbeitsbelastung als in der Vergangenheit der Strafgerichtspräsidentin nicht gelungen ist, den erheblichen Ferienübertrag zu reduzieren. Zu Recht weisen sodann das Strafgericht und auch die JPK in ihren Berichten darauf hin, dass die neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, gültig ab 1. Oktober 2016, mindestens zu Unsicherheiten und wahrscheinlich zu deutlichen verfahrensrechtlichen Mehrkosten führen dürften.
• Kantonsgericht: Der Votant kommt hier nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass das Gesamtgericht als Schicksalsgemeinschaft sich auch führungsmässig wieder zeitgerecht organisieren muss, damit die Auswirkungen des vergangenen Konflikts

definitiv bereinigt werden können. Die Richter sind aber vom Volk direkt gewählt, weshalb im aktuellen System vom Obergericht oder vom Kantonsrat angeordnete Korrekturen nicht oder kaum funktionieren. Es gäbe aber andere Möglichkeiten, über die sich die JPK vielleicht bei Gelegenheiten Gedanken machen sollte.
• Obergericht: Es ist erfreulich, dass es nach einem Präsidiumswechsel gelungen ist, auf hohem Niveau und dank Sondereinsätzen die gesetzten Ziele zumeist zu erreichen.
• Amt für Justizvollzug: Offensichtlich war die Ämterzusammenlegung ein Erfolg, und die JPK konnte sich auch versichern, dass bereits vor dem Fall «Flucht aus dem Gefängnis Limmattal» eine solche Flucht in Zug nicht möglich ist.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Die Eindrücke, die sie als Mitglied der JPK bei den jeweiligen Visitationen mitnehmen durfte, sind positiv. Das nimmt die ALG anerkennend zur Kenntnis. Die Gerichte meistern die teilweise hohen Arbeitsbelastungen sehr gut. Die Qualität der Gerichtsurteile scheint sehr gut zu sein, offenbar auch beim Kantonsgericht, wo sich die Arbeitssituation nach wie vor nicht ganz beruhigt hat. Zu den einzelnen Gremien und Gerichten:
• Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft: Im Bericht wird erwähnt, dass der Jugendanwalt den zunehmenden, insbesondere unreflektierten Suchtmittelmissbrauch – auch von harten Drogen – als besorgniserregend bezeichnet. Die ALG fordert, dass hier mit gezielter Aufklärungs- und Präventionsarbeit Gegensteuer gegeben wird. Die Prävention darf keinesfalls allfälligen weiteren Sparrunden zum Opfer fallen.
• Strafgericht: Dass ein Gericht auch einmal von einer aktuell etwas tieferen Arbeitsbelastung schreiben kann, ist erfreulich. Für das Strafgericht ergab sich im Berichtsjahr aber auch eine erschwerende Veränderung, nämlich die neuen Verfassungsbestimmungen über die Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer. Die Ausschaffungsinitiative treibt also ihre ersten Blüten. Weil alle Entscheide nun über das Gericht gehen, begünstigt die Ausschaffungsinitiative eine weitere Bürokratisierung – ein Beispiel, wie nicht zu Ende gedachte politische Entscheide die Gerichte belasten können.
• In den letzten Jahren waren die Querelen beim Kantonsgericht immer wieder ein Thema. Auch wenn sich die Situation inzwischen etwas beruhigt hat, scheint die Geschichte noch nicht ausgestanden zu sein. Als Folge der Streitereien bekam das Kantonsgericht eine neue Organisationsstruktur mit flacheren Hierarchien. Dem Präsidenten des Kantonsgerichts fehlen nun aber offensichtlich die Ressourcen, um seinen Führungsaufgaben gerecht zu werden, und die Aufteilung der Pensen ist offenbar suboptimal. Auf dem Höhepunkt des Konflikts wurde im Kantonsrat bewusst davon abgesehen, weitere Massnahmen zu ergreifen. Jetzt ist nach Ansicht der ALG das Kantonsgericht daran: Die Probleme müssen endlich zur Zufriedenheit aller gelöst werden.
• Die Visitation beim Konkursamt bestätigte den direkten Konnex zwischen der Konjunkturlage und der Anzahl Konkurseröffnungen. Die schwierige Wirtschaftslage war ein Grund für die erhöhte Arbeitsbelastung. Die starke internationale Verflechtung des Wirtschaftsstandorts Zug führt zudem zu immer komplexeren Situationen beim Konkursamt.
• Scheinbar hat man beim Obergericht einen Modus vivendi gefunden, auch sehr hohe Arbeitsbelastungen schadlos und ohne Querelen zu überstehen. Da weiss man offensichtlich, wie schwierige Arbeitssituationen durch kollegiales Verhalten überstanden werden können. Die ALG unterstützt die Aufforderung des JPK-Präsidenten an das Obergericht, beim Kantonsgericht wegen nicht gelöster Konflikte bei den Arbeitszuteilungen korrigierend einzugreifen.

**Daniel Thomas Burch** dankt namens der FDP-Fraktion den Mitarbeitenden der Zuger Zivil- und Strafrechtspflege für ihren Einsatz und schliesst dabei auch die in diesem Jahr nicht visitierte Verwaltungsrechtspflege ein. Der Präsident der JPK hat das meiste bereits gesagt, weshalb der Votant nicht auf Details eingehen wird.
Für die FDP erstaunlich sind die Beobachtungen der JPK zur Situation am Kantonsgericht in Bezug auf die Führungssituation bzw. die diesbezügliche Einschätzung des Kantonsgerichtspräsidenten. Die vom Volk gewählten Richterinnen und Richter sind in erster Linie der Verfassung und den Gesetzen bzw. dem Recht und dem eigenen Gewissen verpflichtet. In zweiter Linie sind sie aber auch dafür verantwortlich, dass der jeweilige Spruchkörper – im vorliegenden Fall das Kantonsgericht – bestmöglich funktioniert. Und dies geht nur dann, wenn jede Richterin und jeder Richter nicht nur die eigene Arbeitslast im Auge hat, sondern auch diejenige des Gesamtgerichts, und dabei akzeptiert, dass die Führung eines Gerichts genau wie die Fallbearbeitung Zeit in Anspruch nimmt und entsprechender Ressourcen bedarf. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass sich das Kantonsgericht innert vernünftiger Frist eine Geschäftsordnung gibt, die eine nachhaltig funktionierende erstinstanzliche Zivilrechtspflege sicherstellt. Es wäre äusserst bedauerlich, wenn das Kantonsgericht diese primär organisatorische Herausforderung nicht selbst in den Griff bekäme und dadurch ein Eingreifen des Gesetzgebers provozieren würde. Denn die mehr oder weniger detaillierten Eckwerte einer Geschäftsordnung könnten durchaus auch im Gerichtsorganisationsgesetz – und somit im Kompetenzbereich des Kantonsrats – geregelt werden. Es kann nicht sein, dass, nachdem der alte Konflikt am Kantonsgericht gelöst ist, der nächste bereits vor der Türe steht bzw. schon am Entstehen ist.
Abschliessend hält der Votant fest, dass sich die FDP-Fraktion den Anträgen der JPK anschliesst. Bezüglich der Berichte der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle spricht er bereits an dieser Stelle den Dank der FDP an alle Involvierten aus, um nicht nochmals das Wort ergreifen zu müssen. Die FDP erachtet die Visitationen der JPK bzw. die Oberaufsicht durch den Kantonsrat gerade bei diesen Institutionen als zentral, da diese nicht in das klassische Gebilde des Staatswesens mit Legislative, Exekutive und Judikative passen. Für die FDP ist es auch äusserst wichtig, dass diese Institutionen offen und transparent den äusseren Geschäftsgang mit der JPK diskutieren, damit die Oberaufsicht ihre Aufgabe wahrnehmen kann. Sowohl die Ombudsstelle als auch die Datenschutzstelle erledigen ihren gesetzlichen Auftrag gemäss den entsprechenden Berichten sowie der Beurteilung der JPK im besten Interesse des Kantons Zug. Das freut die FDP-Fraktion – weiter so!

**Alois Gössi** hält namens der SP-Fraktion fest, dass die Gerichte im letzten Jahr im Grossen und Ganzen gut bis sehr gut gearbeitet haben. Die Justiz funktioniert gut. Die Geschäftslage, die Anzahl der Fälle, zeigt auf, dass leider weiterhin auf einem hohen Niveau gearbeitet werden muss. Einzig im Bereich des Strafgerichts gab es eine spürbare Entlastung. Dies zeigt auch der Bericht der erweiterten Justizprüfungskommission. Erwähnenswert sind für die SP die folgenden Punkte:
• Die Geschäftsordnung des Kantonsgerichts wurde vor ein paar Jahren revidiert, dies als Folge des Konflikts mit einem Richter. Ein Punkt war, dass die Geschäftsleitung auf fünf Mitglieder erweitert wurde, dies bei neun gewählten Richtern. Der Konflikt ist nun überwunden, und es wäre empfehlenswert, die Geschäftsleitung wieder auf eine vernünftige Grösse zu reduzieren, d. h. die Geschäftsordnung entsprechend zu revidieren.
• Der Kantonsgerichtspräsident hat zusätzliche Aufgaben, die in der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts aufgeführt werden. Allerdings erhält er von den anderen Richtern praktisch kein Zeitgefäss für diese zusätzlichen Aufgaben: Er erhält

quasi gleich viele Fälle zum Richten. Hier drängt sich ebenfalls eine Änderung auf, wobei eine Änderung das Einverständnis der anderen acht Richter voraussetzt.
• Die Strafgerichtspräsidentin hat seit längerer Zeit ein Ferienguthaben von 25 und mehr Tagen. Es gelingt ihr einfach nicht, dieses Guthaben per Ende Jahr auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Bei den Angestellten des Kantons wird sehr grosser Wert darauf gelegt, dass Ferienguthaben bis spätestens Frühling des folgenden Jahrs aufgebraucht ist. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass ein Ferienguthaben von 25 Tagen per Ende Jahr nicht geht. Dank der Entspannung beim Strafgericht bzw. dank der kleineren Anzahl Fälle sollte es aber – so versicherte auch die Strafgerichtspräsidentin – möglich sein, das Ferienguthaben per Ende 2016 massiv zu reduzieren.
• Zum kürzlich am Strafgericht verhandelten Fall Romer war in der Presse zu lesen, dass das Urteil gegen Ende Jahr erwartet werden dürfe. Es steht zwar nicht im Bericht der erweiterten Justizprüfungskommission, aber beim Gespräch mit dem Strafgericht zeigte es sich, dass es einzelne Fälle gab, bei denen das Urteil – wie in Fall Romer – erst rund ein halbes Jahr nach den Beratungen vor dem Strafgericht eröffnet wurde. Für die SP-Fraktion ist es zu lange, wenn ein Beschuldigter oder eine Beschuldigte ein halbes Jahr warten muss, bis er oder sie weiss, ob es zu einem Schuldspruch kommt und wie hoch das Strafmass ist.
Die SP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Ombudsstelle, der Datenschutzstelle sowie des Vollzugs- und Bewährungsdiensts für ihre gute, nicht immer einfache Arbeit im letzten Jahr. Sie genehmigt den Rechenschaftsbericht des Obergerichts und – bei den folgenden Traktanden – die Tätigkeitsberichte der Ombuds- und der Datenschutzstelle.

**Silvia Thalmann** äussert sich nicht zur Arbeit der visitierten Stellen, sondern zur Arbeitsweise der Justizprüfungskommission. Sie könnte dies auch beim nächsten oder übernächsten Traktandum tun, tut es aber hier, weil im JPK-Bericht unter «Vorgehen» steht, dass die Friedensrichterämter bis heute nicht visitiert wurden.
Der Kantonsrat ist manchmal sehr hart in seiner Kritik an der Regierung und der Verwaltung, und er erwartet eine hohe Effizienz. Wenn die Votantin sieht, dass die erweiterte Justizprüfungskommission die Ombudsstelle und die Datenschutzstelle mit vier resp. fünf Personen visitierte, macht sie ein grosses Fragezeichen. Sie wird das Gefühl nicht los, dass die JPK das, was der Kantonsrat mit der neuen Geschäftsordnung wollte, nicht richtig umsetzt. Die Staatswirtschaftskommission prüft mit Zweierdelegationen ganze Direktionen, wobei die Stawiko-Präsidentin an den Visitationen nicht teilnimmt, aber die Fäden in der Hand hält und die Delegationen mit Fragen anleitet, wo sie die Schwerpunkte setzen sollen. Anders die Justizprüfungskommission: Im vergangenen Jahr wurde das Obergericht von der kompletten JPK, also – sofern niemand fehlte – von fünfzehn Personen visitiert; dieses Jahr waren es weniger, aber immer noch wesentlich mehr als zwei Personen.
Die Oberaufsicht des Kantonsrats insbesondere über die Gerichte war jahrelang Gegenstand von Diskussionen. Dies veranlasste die vorberatende Kommission für die neue Geschäftsordnung des Kantonsrats, die Ausübung der Oberaufsicht durch die Staatswirtschaftskommission und die Justizprüfungskommission als zentrales Thema dieser Revision zu beraten. Unter «Oberaufsicht» wird die umfassende Kontrolle des Kantonsrats über alle kantonalen Stellen bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität verstanden. Der Kantonsrat war sich einig, dass diese Oberaufsicht gestärkt werden soll und dass durch die Justizprüfungskommission mehr geprüft werden soll. Gemäss § 19 Abs. 1 und 4 GO KR prüft die fünfzehnköpfige JPK im Auftrag und Namen des Kantonsrats die folgenden Stellen: Obergericht, Verwaltungsgericht, Kantonsgericht, Straf-

gericht, Friedensrichterämter, Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht, Schlichtungsbehörde Miet- und Pachtrecht, Anwaltsprüfungskommission, Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte, Prüfungskommission für Betreibungsbeamte, Schätzungskommission, Staatsanwaltschaft, Betreibungsämter, Konkursamt, Vollzugs- und Bewährungsdienst, Jugendanwaltschaft, Datenschutzstelle und Ombudsstelle. Diese Prüfung hat die JPK wahrgenommen. Bei der Beratung der neuen Geschäftsordnung war sich der Kantonsrat bewusst, dass die Ausdehnung der Visitationen mit Mehraufwand verbunden ist. Zudem wurden der JPK mit der neuen Geschäftsordnung mehr Aufgaben übertragen. Die engere JPK sollte dabei aber entlastet werden, indem die Visitationen durch die fünfzehn Mitglieder der erweiterten JPK vorgenommen werden. Der Kantonsrat wollte der JPK so bewusst mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stellen, dies aus der Idee heraus, dass diese vermehrt und vertieft hinschauen solle. Wie und in welchem Rhythmus visitiert wird, kann weitgehend vom Präsidenten der JPK bestimmt werden. Die Votantin hat den JPK-Präsidenten mehrfach darauf hingewiesen, dass sie mit der heutigen Umsetzung der Oberaufsicht nicht zufrieden ist. Sie erwartet, dass der Kantonsrat im nächsten Jahr orientiert wird, wie und in welcher Form die Visitationen der JPK stattfinden. Ihre Abklärungen haben ergeben, dass das Kommissionsgeheimnis damit nicht geritzt wird. Es interessiert sie auch nicht, wer genau die Visitationen vornimmt. Sie möchte sich aber vertreten fühlen, und sie möchte auch, dass die einzelnen Stellen regelmässig von denselben Personen geprüft werden. Dieses Jahr war es nämlich so, dass die zu visitierenden Stellen festgelegt wurden und man sich dann je nach Interessenlage für die Visitation dieser oder jener Stelle eintragen konnte. Die Kontinuität ist in diesem Zusammenhang wichtig. Als Mitglied der Staatswirtschaftskommission ist die Votantin froh, dass sie über mehrere Jahre hinweg dieselbe Stelle prüfen kann: Ihr Verständnis wird grösser, und sie kann ihre Aufgabe im Auftrag des Kantonsrats besser wahrnehmen und kritischere Fragen stellen.
Die Votantin möchte hiermit ihr eigenes Unbehagen und dasjenige weiterer Ratsmitglieder deutlich zum Ausdruck bringen.

**Philip C. Brunner** ist überrascht über das *Statement* seiner Vorrednerin. Er ist seit 2011 Mitglied der erweiterten JPK, und er kann das, was die Präsidentin der damaligen vorberatenden Kommission für die neue Geschäftsordnung eben gesagt hat, nicht bestätigen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Der Votant hatte in den letzten Jahren wenig Einblick in das Gerichtswesen, was sich durch die Visitationen nun aber grundlegend geändert hat. Natürlich muss sich die neue Regelung noch etwas einspielen, aber der Votant möchte den JPK-Präsidenten ausdrücklich in Schutz nehmen: Es war wichtig, dass nicht nur eine kleine Delegation, sondern die ganze JPK das Obergericht visitierte und anschliessend auch darüber diskutieren konnte; insgesamt waren gut zwei Drittel der JPK-Mitglieder anwesend. Der Votant findet es etwas speziell, dass sich Silvia Thalmann hier zur Hüterin, zur Helvetia der Geschäftsordnung des Kantonsrats aufspielt. Er war selber auch Mitglied der vorberatenden Kommission für die neue Geschäftsordnung, und da lief auch nicht alles rund. Die CVP hat dort mit ihrer Fünferdelegation keine besonders rühmliche Rolle gespielt und ihre Interessen durchgedrückt. Dass nun von dieser Seite etwas hämisch der Vorwurf kommt, in der JPK habe man die Sache nicht im Griff, findet der Votant unfair. Es ist aber richtig, dass es in der JPK Verbesserungspotenzial gibt. Sie hat das Verfahren nun zwei Mal durchgeführt, dies keineswegs mit schlechten Resultaten. Sie hat in der letzten Sitzung aber auch intensiv darüber diskutiert, ob es richtig sei, dass der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle von verschiedenen Seiten – von der Stawiko und von der JPK – ähnliche oder gar die gleichen Fragen gestellt werden. Es ist hier darauf hinzuweisen, dass der Kantonsrat keine Politiker-

kaste ist, die fünf oder sechs Tage pro Woche Politik betreibt, sondern nur einmal pro Monat zusammenkommt. Es ist aber genau die Stärke der Miliz, dass die einzelnen Ratsmitglieder verschiedene Eigenschaften und Fähigkeiten zugunsten des Gesamten einbringen. Man darf gerne kritisch sein, aber es würde den Votanten doch noch interessieren, woher Silvia Thalmann ihre Informationen hat. Er selbst nimmt den JPK-Präsidenten ausdrücklich in Schutz. Dieser versucht mit seinen Möglichkeiten, das Beste zu tun. Er hat in seinen Ausführungen auch Annatina Caviezel erwähnt und ihr für ihren Teil der Arbeit gedankt. Der Votant schliesst sich diesem Dank an.

Auch JPK-Präsident **Thomas Werner** ist erstaunt über die Ausführungen von Silvia Thalmann. Vorab hält er fest, dass nicht entscheidend ist, was seine Vorrednerin persönlich will, sondern vielmehr das, was die JPK bezüglich ihres Vorgehens beschlossen hat. Der Votant will auch nicht die Stawiko und die JPK gegeneinander ausspielen: Die zwei Kommissionen bearbeiten bzw. visitieren komplett andere Bereiche, und ein Vergleich ist völlig unnötig. Der Behauptung von Silvia Thalmann, sie habe den JPK-Präsidenten mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass sie mit dem Vorgehen der JPK nicht einverstanden sei, hält dieser entgegen, dass Silvia Thalmann ihm ein einziges Mal gesagt habe, sie finde es übertrieben, dass fünfzehn Personen das Obergericht visitierten. Und man kann dazu natürlich verschiedener Meinung sein. Die Behauptung, dass mit der neuen Geschäftsordnung bewusst eine Kommission mit fünfzehn Mitgliedern geschaffen worden sei, um die engere JPK zu entlasten, ist nach Meinung des Votanten ein schlechter Witz. Mit der personellen Aufstockung der erweiterten JPK und der Übertragung der Visitationen an sie wollte man, dass politisch breit abgestützt visitiert wird, und man wollte auch für alle Kommissionen eine einheitliche Grösse mit gleicher Vertretung der Parteien. Es ging also keineswegs um eine Entlastung der engeren JPK, und der Votant hat in der damaligen Debatte ausdrücklich darauf hingewiesen, dass mit einem beträchtlichen Mehraufwand zu rechnen sei. Im Übrigen geht es, wenn die erweiterte JPK beschliesst, dass sie mit Dreier-, Fünfer- oder Sechserdelegationen bestimmte Stellen visitiert, genau darum, dass Mitglieder aller Parteien an der Visitation teilnehmen können. Je nach Stelle sind das Interesse und die Fragen unterschiedlich, und die JPK ist auch überzeugt, dass mit einer grösseren Delegation, der auch nicht immer dieselben Mitglieder angehören müssen, viel breitere Fragestellungen abgedeckt sind als mit einer Zweierdelegation aus immer denselben Mitgliedern. Das ist aber – wie gesagt – Ansichtssache, und es ist den Kommissionen überlassen, wie sie sich organisieren wollen. Die JPK kann auch die Kadenz bestimmen, mit welcher sie die ihr zugewiesenen Stellen visitiert. Sie hat entschieden, in den ersten zwei Jahren so viele Stellen wie möglich – möglichst alle ausser den Friedensrichterämtern – zu visitieren und jetzt dann, nach der Sommerpause, die Kadenz für die einzelnen Stellen festzulegen.
Die Kritik von Silvia Thalmann ist nach Ansicht des Votanten also unangebracht. Es ist aber richtig, dass gewissen Stellen von verschiedener Seite – von der Stawiko, von der JPK und vielleicht auch noch von der Finanzkontrolle – dieselben Fragen gestellt werden. Es hat diesbezüglich tatsächlich keine Absprache gegeben. Das kann man – wenn es gewünscht wird – verbessern. Man kann aber auch die Meinung vertreten, dass die Fragen aus einem je anderen Blickwinkel gestellt werden.

**Andreas Hausheer** war einer der fünf CVP-Vertreter in der vorberatenden Kommission für die neue Geschäftsordnung. Er weist den pauschalen Vorwurf von Philip C. Brunner, die CVP sei für alles Negative verantwortlich, klar zurück, möch-

te aber doch gerne konkret wissen, wo die CVP denn derart versagt und einen derartigen Blödsinn gemacht haben soll.

**Philip C. Brunner** möchte eigentlich nicht zurückblicken, packt aber, da er ausdrücklich dazu aufgefordert wurde, gerne aus. Die CVP war in der damaligen Kommission mit der Kommissionspräsidentin und vier weiteren Mitgliedern vertreten. Weiter gehörte der Kommission der damalige Kantonsratspräsident Hubert Schuler von der SP an, und es waren der Landschreiber und seine Stellvertreterin – abwechselnd und teilweise gleichzeitig – sowie in einem Spezialmandat Alt-Landschreiber Tino Jorio von der CVP anwesend. Insgesamt nahmen an den Beratungen zusammen mit der Protokollführerin jeweils über zwanzig Personen teil. In neun Sitzungen – wenn sich der Votant richtig erinnert – wurde die Vorlage durchberaten. Es ging der CVP damals, in den Jahren 2013/14, darum, ihre Ausgangslage für die jetzige Legislatur zu festigen. So hat man beispielsweise die Anforderung für die Bildung einer Fraktion von drei auf fünf Mitglieder erhöht. Es war – das ist der Vorwurf an die CVP – ein machtpolitischer Poker. Höhepunkt war, dass durch eine Indiskretion bekannt wurde, wie hoch die Aufwendungen der einzelnen Kommissionsmitglieder waren: Die Präsidentin hat dem Kanton für diese neun Sitzungen ungefähr neunzig – vielleicht waren es achtundachtzig – Stunden Arbeitszeit in Rechnung gestellt.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass die Zivil- und Strafjustiz im Kanton Zug nach wie vor auf Kurs ist und in der Zuger Justiz sehr gute Arbeit geleistet wird. Die Verfahren werden in aller Regel zügig durchgeführt, und die Entscheide und Urteile sind von hoher Qualität. In einigen Bereichen konnte die Pendenzensituation verbessert werden. Die Arbeitsbelastung ist allerdings hoch. Teilweise bewegen sich die Betroffenen an der Belastungsgrenze, und mit einer Abnahme der Arbeitsbelastung kann weder im Zivil- noch im Strafbereich gerechnet werden. Aufgrund von Gesetzesänderungen muss vielmehr davon ausgegangen werden, dass es noch mehr Arbeit gibt bzw. die Arbeit noch aufwendiger wird. Wie auch die JPK in ihrem Bericht und Antrag festhält, wird das Arbeitsklima von den Mitarbeitenden als gut bis sehr gut beurteilt. Das ist ein wichtiger Punkt. Denn wo das Klima, die Stimmung gut ist, da wird auch gut gearbeitet.
Die JPK hat die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft, der Gerichte und in diesem Jahr speziell der Prüfungskommission Betreibungsbeamte sowie der Schlichtungsbehörde Miet- und Pachtrecht einer eingehenden Prüfung unterzogen. Auch die JPK gelangte dabei zum Schluss, der Geschäftsgang in der Zivil- und Strafrechtspflege sei intakt. Der Obergerichtspräsident dankt der JPK für die offene Gesprächskultur und die angenehme Atmosphäre bei den Visitationen.
Ein Rechtsstaat ohne funktionierende Justiz ist kein Rechtsstaat. Nur eine funktionierende Justiz kann die Rechtssicherheit und den Rechtsfrieden gewährleisten, welche für die Qualität des Zusammenlebens in der Gesellschaft, aber auch für den Wirtschaftsstandort entscheidende Faktoren sind. Es ist deshalb wichtig, dass für die Justiz auch die erforderlichen Mittel gesprochen werden. Der Obergerichtspräsident dankt dem Kantonsrat dafür, dass er der Zivil- und Strafjustiz die erforderlichen Mittel für eine ordnungsgemässe und effiziente Erledigung ihrer Aufgaben bewilligt.
Zur angesprochenen Entlastung des Kantonsgerichtspräsidenten weist der Obergerichtspräsident darauf hin, dass die Grösse der Geschäftsleitung – wenn überhaupt – nur sehr marginale Auswirkungen auf die Belastungssituation des Präsidenten hat. Einen Umverteilung der Fälle oder eine anderweitige Entlastung des Präsidenten muss – wie bereits richtig gesagt wurde – vom Plenum des Kantons-

gerichts beschlossen werden. Die Möglichkeiten des Obergerichts, hier einzugreifen, sind beschränkt. Das Obergericht hat der JPK-Delegation bei der Visitation erklärt, wie komplex die Angelegenheit ist. Die Problematik muss auch im Spannungsfeld zwischen der Aufsicht des Obergericht und der Autonomie des Kantonsgerichts betrachtet werden. In § 55 des Gerichtsorganisationsgesetzes heisst es unter dem Titel «Leitung der Gerichte»: «Die Gerichte organisieren und verwalten sich im Rahmen von Verfassung und Gesetz selbst.» Der Obergerichtspräsident versichert aber, dass das Obergericht mit dem Kantonsgericht in einem offenen Dialog steht, um eine Lösung zu finden.
Der Obergerichtspräsident ist nun seit vierzehn Monaten und sieben Tagen in seinem Amt. Es gab in dieser Zeit verschiedene Kontakte und Begegnungen mit dem Kantonsrat und dem Regierungsrat, am meisten mit den Mitgliedern der JPK und dem Sicherheitsdirektor. Der Obergerichtspräsident hat alle diese Begegnungen sehr positiv erlebt, wofür er dankt. Er dankt auch dem Landschreiber und der stellvertretenden Landschreiberin, welche ihn in den Kantonsratssaal rufen, wenn es nötig ist, und ihn über Gepflogenheiten und Abläufe informieren, damit er nicht in zu viele Fettnäpfe tritt. Abschliessend dankt er im Namen des Obergerichts allen, die in der Zivil- und Strafjustiz des Kantons Zug tätig sind, für die geleistete Arbeit, für das Engagement und den grossen Einsatz im vergangenen Jahr.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Rechenschaftsbericht 2015 des Obergerichts.

Der **Vorsitzend**e dankt im Namen des Kantonsrats den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafjustiz für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 6

**521 Bericht 2015 der Ombudsstelle Kanton Zug**

Vorlagen: 2615.1 - 00000 (Bericht der Ombudsstelle); 2615.2 - 15193 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell Ombudsfrau Katharina Landolf.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, teilt mit, dass eine Delegation der erweiterten Justizprüfungskommission am 18. Mai 2016 die Ombudsstelle visitierte. Auch hier wurden im Vorfeld Fragen zugestellt und an der eigent-

lichen Visitation Ergänzungsfragen gestellt. Im Grossen und Ganzen verweist der JPK-Präsident auch hier auf Bericht und Antrag der JPK.
Dem Bericht der Ombudsstelle ist auf der ersten Seite zu entnehmen, dass die Zahl der als Fälle erfassten Neueingänge im Vergleich zu den Vorjahren wiederum etwas rückläufig war. Die überwiegende Anzahl von erfassten Fällen konnte mit einer Beratung erledigt werden. Auch im Berichtsjahr mussten die budgetierten 170 Stellenprozente nicht ausgeschöpft werden: Wie in den Vorjahren war die Ombudsstelle mit 155 Stellenprozenten besetzt und konnte ihre Aufgaben erfolgreich bewältigen.
Prozentuale Angaben zu den verschiedenen Tätigkeiten der Ombudsstelle konnte die Ombudsfrau nicht machen. Sie wäre nur bereit, solche Angaben zu liefern, wenn ein triftiger Grund vorläge und ihr ein angemessenes Geschäftsverwaltungsprogramm zur Verfügung gestellt würde. Wie bei allen anderen Stellen prüft die JPK im Sinne der parlamentarischen Oberaufsicht den äusseren Geschäftsgang, d. h. das einwandfreie Funktionieren der Stelle. Darunter fallen Arbeitsaufwand, Pendenzen, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Einhaltung von Fristen, Arbeitsbelastung etc. Die Frage nach der Gewichtung, nach dem Schwerpunkt der Arbeit liegt im Interesse der parlamentarischen Oberaufsicht. Die erweiterte JPK erwartet deshalb, dass die Ombudsfrau im kommenden Jahr an der Visitation zumindest eine Einschätzung über die prozentualen Anteile der verschiedenen Tätigkeiten im Vergleich zum Gesamtarbeitsaufwand abgeben kann.
Anlässlich der Visitation monierte die Ombudsfrau, dass ihr dieses Jahr von verschiedenen Kommissionen vereinzelt dieselben Fragen gestellt worden seien. Sie habe das Gefühl, überkontrolliert zu sein, und frage sich, ob solche Fragen – insbesondere zu Überzeit, Ferien, Budget – überhaupt gestellt werden dürfen, da sie ja eine unabhängige Stelle und nicht weisungsgebunden sei. Sie verstehe auch nicht, warum die Kommissionen sich im Vorfeld nicht absprechen, damit ihr nicht zwei Mal dieselben Fragen gestellt werden. Stawiko, JPK und Finanzkontrolle visitieren die verschiedenen Stellen unabhängig voneinander aus verschiedenen Blickwinkeln. Untereinander haben die verschiedenen Kommissionen auch keinen Einblick in die Protokolle. Die erweiterte JPK erachtet es als Pflicht der Ombudsfrau, die ihr von der jeweiligen Kommission gestellten Fragen zu beantworten. Die Stawiko bzw. zumindest deren Präsidentin teilt diese Meinung.
Gemäss Ombudsfrau sind die Fälle nicht komplexer geworden. *Whistleblowing*-Fälle waren im Berichtsjahr keine zu verzeichnen. In Zusammenhang mit dem erneuten Rückgang der Fallzahlen weist die Ombudsfrau darauf hin, dass andernorts Ombudsstellen in der Bevölkerung besser bekannt seien als im Kanton Zug und ihnen auch ein Budget für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stünde. Die Ombudsfrau würde es begrüssen, wenn ihrer Stelle mehr Geld für Werbezwecke, sprich Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt würde. Die erweiterte JPK sieht allerdings keinen Bedarf für mehr Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Ombudsstelle. Die Ombudsstelle ist im Internet sehr gut zu finden und erscheint auch regelmässig im Amtsblatt. Zudem geht die erweiterte JPK davon aus, dass die Ombudsstelle verwaltungsintern mit Sicherheit bekannt ist und seit den letzten Wahlen auch verwaltungsextern von ihr Notiz genommen wird.
Der Votant dankt namens der JPK und des Kantonsrats der Ombudsfrau und ihren Mitarbeiterinnen für die gute Arbeit, an der es nichts zu bemängeln gibt. Probleme von verzweifelten Bürgern, die durch die Ombudsstelle niederschwellig gelöst werden können, kommen für den Kantons Zug günstiger zu stehen als Fälle, aus denen Gerichtsverfahren entstehen. Die erweiterte JPK empfiehlt mit 13 zu 0 Stimmen einstimmig, den Tätigkeitsbericht 2015 der Ombudsstelle zur Kenntnis zu nehmen.
Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht ebenfalls zur Kenntnis.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG der kantonalen Ombudsstelle gute Arbeit attestiert und den Bericht wohlwollend zu Kenntnis nimmt. Er macht zwei Hinweise:
• Dass die Ombudsfrau zwecks Nachvollziehbarkeit ihrer Arbeit prozentuale Angaben zu ihren verschiedenen Tätigkeiten machen bzw. abschätzen soll, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Ebenso nachvollziehbar ist auch, dass hierfür, also für die Zeiterfassung, ein entsprechendes Geschäftsverwaltungsprogramm angeschafft werden müsste. Dieses wurde dazumal beantragt, vom Kantonsrat aber abgelehnt. Damit ist der Kantonsrat selber schuld an der jetzigen Situation. Wenn künftig der Zeitaufwand für die einzelnen Tätigkeiten abgeschätzt werden soll, so müsste klar vorgegeben werden, auf welche Bereiche die Stunden aufzuteilen wären. Und da es sich um Einschätzungen handelt, kann nicht mehr erwartet werden als ungefähre Angaben, etwa «ein Viertel» oder «die Hälfte». Ob solche Angaben einen Mehrwert bedeuten, bezweifelt der Votant allerdings.
• Die Tätigkeiten der Ombudsfrau werden von der Bevölkerung rege genutzt und auch geschätzt. Die bürgerfreundlichen Dienstleistungen der Ombudsstelle dienen oft der Verhinderung von aufwendigen Verfahren in Form von Beschwerden etc. Die Ombudsstelle wirkt als Ventil. Sie versucht, deeskalierend und vermittelnd in Konfliktsituationen einzuwirken und zu begleiten. Ein solches Ventil ist für eine gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Privatpersonen sehr wichtig. Wenn nämlich Privatpersonen mit ihren je eigenen Vorstellungen und Erfahrungen Kontakt mit der Verwaltung haben, kann das zu Konflikten führen – ohne dass *per se* jemand Schuld daran hätte. Genau dann ist eine Ombudsstelle mit Ventilfunktion extrem wichtig und wertvoll. Sie kann neutral erklären, unabhängig vermitteln und je nachdem auch Klartext reden, dies gegenüber beiden Seiten. In diesem Sinne dankt der Votant namens der ALG der Ombudsstelle, der Ombudsfrau und ihren Mitarbeitenden für ihre wertvolle Arbeit. Die ALG nimmt den Bericht 2015 der Ombudsstelle zur Kenntnis.

Ombudsfrau **Katharina Landolf** dankt vorab den Mitgliedern der Justizprüfungskommission für das Vertrauen, das diese ihr durch den einstimmigen Antrag auf Abnahme des Geschäftsberichts ausgesprochen haben. Trotzdem sieht sie sich veranlasst, einige Worte an den Kantonsrat zu richten.
Liest man den Bericht der JPK, erhält man den Eindruck, die Ombudsfrau sei eine renitente, rechthaberische, jeder Kontrolle abgeneigte Person. Dieser Eindruck ist falsch. Die Ombudsfrau schätzt die Visitationen aller drei Kommissionen, sind sie doch Ausdruck des Interesses an ihrer Arbeit. Sie hat auch noch nie irgendwelche Informationen nicht weitergegeben. Die Finanzkontrolle prüft die Organisation der Ombudsstelle bis ins Detail, nimmt Einblick in deren Organisationshandbuch, in Arbeitsverträge und -rapporte, in die Rapporte zu den Mitarbeitergesprächen – und hat nichts zu beanstanden. Das bedeutet: Die Ombudsstelle ist gut organisiert, Regeln und Verträge werden eingehalten. Die Staatswirtschaftskommission prüft jährlich das Budget und die Jahresrechnung der Ombudsstelle, und auch von dieser Seite gab es nie Beanstandungen. Dem Kantonsrat gegenüber ist die Ombudsstelle rechenschaftspflichtig über den äusseren Geschäftsgang, was im Geschäftsbericht geschieht. Die Ombudsfrau führt auch ohne Geschäftsverwaltungssystem eine aufwendige Statistik zuhanden des Kantonsrats, welcher man die einzelnen Tätigkeiten entnehmen kann. Sie bemüht sich sogar, jeden einzelnen Fall kurz darzustellen, damit der Kantonsrat eine Vorstellung von der Tätigkeit der Ombudsstelle erhält. Bei der diesjährigen Visitation der JPK hat sich die Ombudsfrau aber den Hinweis erlaubt, dass drei Kontrollen zum selben Thema bei ihr den Eindruck erwecken, man misstraue ihr. Sie hat aber keinerlei Auskünfte verweigert, sondern sämtliche Fragen beantwortet und alle Unterlagen vorgelegt. Und was sie nicht hat,

kann sie nicht geben. Sie hat bis anhin ihre verschiedenen Tätigkeiten – Beratungen, Vermittlungen, E-Mails, Telefonate, Öffentlichkeitsarbeit etc. – nie zeitlich erfasst. Zum einen erfasst sie diese Aufteilung nicht, weil sie sie nicht beeinflussen kann. Wenn beispielsweise der Kantonsrat viele Gesetze erlässt, muss die Ombudsstelle entsprechend mehr Vernehmlassungen und Mitberichte schreiben, hat aber keinen Einfluss auf deren Menge. Sie kann sich höchstens darauf berufen, dass ihr Hauptgeschäft die Ombudstätigkeit sei und sie deshalb keine Zeit für eine Vernehmlassung habe. Sie kann auch nicht beeinflussen, weil viele Leute in die Beratung kommen. Im Weiteren hat sich die Ombudsfrau bei der diesjährigen Visitation der JPK die Frage erlaubt, wozu denn solche Angaben überhaupt benötigt würden. Hätte sie die Antwort der JPK überzeugt, hätte sie allenfalls das AIO um eine entsprechende Excel-Tabelle gebeten. Die Ombudsfrau weist auch darauf hin, dass sie eine 80-Prozent-Stelle innehat und davon sicher gegen 90 Prozent für die Tätigkeit verwendet, die ihr vom Gesetz vorgegeben ist. Sie hat schlicht nicht die Ressourcen für eine detaillierte Zeiterfassung. Entsprechende Forderungen der JPK erachtet sie deshalb als Misstrauensvotum, dies bis zum Zeitpunkt, da die JPK ihr sagen kann, wozu sie diese Angaben benötigt.
Im Übrigen weist die Ombudsfrau darauf hin, dass die Ombudsstelle schon seit 2014 nur noch 1,55 Stellen budgetiert, nicht 1,7 Stellen, wie es im Bericht der JPK steht. Und es ist sehr anspruchsvoll, mit 1,55 Stellen die anfallende Arbeit zu erledigen und nicht allzu viele Pendenzen auf das Folgejahr zu übertragen. Die Ombudsfrau dankt dem Rat und vertraut darauf, dass dieser der Ombudsstelle wie in den letzten fünfeinhalb Jahren sein Vertrauen ausspricht.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Bericht 2015 der Ombudsstelle stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats der Ombudsstelle für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 7

**522 Tätigkeitsbericht 2015 der Datenschutzstelle**

Vorlagen: 2629.1 - 00000 (Bericht der Datenschutzstelle); 2629.2 - 15198 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell die Datenschutzbeauftragte Claudia Mund.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, teilt mit, dass eine Delegation der erweiterten Justizprüfungskommission am 11. Mai 2016 die Daten-

schutzstelle visitierte. Auch hier wurden im Vorfeld die Fragen zugestellt und an der eigentlichen Visitation Ergänzungsfragen gestellt. Der JPK-Präsident verweist vollumfänglich auf den Bericht und Antrag der JPK. Er erwähnt lobend, dass die neue Datenschutzbeauftragte Claudia Mund trotz eines etwas unerfreulichen Starts – der Kantonsrat kürzte ihr als Erstes die Stellenprozente – sich mit Elan an die Arbeit machte und die Prioritäten den neuen Rahmenbedingungen anpasste. Ziel der Datenschutzbeauftragten ist es zum Beispiel, die gesetzgeberischen Prozesse schon früh zu begleiten, um spätere Probleme zu vermeiden. Es ist ihr auch wichtig, dass der Datenschutz nicht als Verhinderer betrachtet wird, sondern dass gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Die erweiterte JPK ist der Meinung, dass dies der Datenschutzbeauftragten sehr gut gelingt, dass die eingeschlagene Richtung stimmt und dass die Kommunikation und Zusammenarbeit mit den übrigen Stellen richtig ist. Namens der erweiterten JPK und des Kantonsrats dankt der JPK-Präsident der Datenschutzbeauftragten und ihrem Team für die gute Arbeit im vergangenen Jahr. Die erweiterte JPK empfiehlt mit 13 zu 0 Stimmen einstimmig, den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle zur Kenntnis zu nehmen. Dies tut auch die SVP-Fraktion.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Sowohl bei der Visitation 2015 als auch bei jener im Frühling 2016 hat die Datenschutzbeauftragte auf die knappe Pensensituation hingewiesen. Die Votantin findet, dass der Kantonsrat diese Hinweise ernst nehmen muss. Die Datenschutzstelle muss Aufgaben hintanstellen, die sie von Gesetzes wegen eigentlich erfüllen müsste. Konkret geht es um Datenschutzkontrollen bei Stellen, die mit Schengen-Daten zu tun haben. Und hier bedarf es wohl einer Klärung für all jene, die beim Wort «Schengen» gleich in einen Abwehrreflex verfallen. Es geht hier nicht um «Schengen ja oder nein», sondern darum, dass Persönlichkeitsrechte geschützt werden: Der Umgang mit Personendaten muss sauber ablaufen. Genau das müsste von der Datenschutzstelle geprüft werden, nämlich ob man dem Schutz der Persönlichkeit die vorgeschriebene Beachtung schenkt – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Seit 2011 wurden diese Stellen nicht mehr kontrolliert, obwohl dies von Gesetzes wegen jedes zweite Jahr geschehen müsste. 2017 steht eine solche Kontrolle offenbar an. Ein Sechs-Jahres-Rhythmus statt der vorgeschriebenen zwei Jahre: Da nimmt sich der Kanton Zug ein Sonderrecht heraus. Die ALG ist der Meinung, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Zug kann es sich nicht leisten, auf die Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben zu verzichten.
Abschliessend dankt die Votantin im Namen der ALG der Datenschutzbeauftragten für ihre wertvolle Arbeit im Dienste des Datenschutzes.

**Andreas Hausheer** stellt klar, dass der Kantonsrat der Datenschutzstelle keine Stellenprozente gestrichen, sondern einzig den Antrag auf eine Pensenerhöhung nicht genehmigt hat.

Die Datenschutzbeauftragte **Claudia Mund** dankt der erweiterten Justizprüfungskommission für die Visitation und das Interesse an ihrer Arbeit. Sie empfindet die Diskussionen immer als sehr fruchtbar, und sie freut sich, dass sie in diesen Sitzungen ihre Arbeit vorstellen kann.
Wie auch im Tätigkeitsbericht dargelegt, sind die Ressourcen immer wieder ein Thema: Die Ressourcen sind knapp, und es braucht Verzichtsplanung. Datenschutzkontrollen waren im letzten Jahr schlicht nicht möglich und sind auch für dieses Jahr nicht geplant, es sei denn, es würden konkrete Missstände sichtbar; dann würde die Datenschutzbeauftragte natürlich alles in Bewegung setzen. Im nächsten Jahr ist aber – wie gehört – definitiv eine Kontrolle der Schengen-Daten vorge-

sehen; diese ist nötig und auch gesetzlich vorgegeben. Dafür sind der Datenschutzstelle die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, denn alleine kann sie diese Kontrolle nicht durchführen
Die Datenschutzbeauftragte dankt dem Regierungsrat, der Verwaltung und dem Kantonsrat für das Vertrauen, das ihr entgegengebracht wurde. 2015 war für sie ein gutes und konstruktives Jahr, und sie freut sich auf die weitere Zusammenarbeit.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht 2015 der Datenschutzstelle stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats der Datenschutzstelle für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 8

**523 Zwischenbericht zu den per Ende Marz 2016 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**
Vorlagen: 2618.1/1a - 15156 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2618.2 - 15171 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die erweiterte Staatswirtschaftskommission beantragt, die Fristen für die Behandlung der fälligen parlamentarischen Vorstösse gemäss den Einzelanträgen in der Beilage zur Vorlage 2618.1 zu erstrecken.

EINTRETENSDEBATTE

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** verweist auf den Bericht der Staatswirtschaftskommission. Die Liste der parlamentarischen Vorstösse, für die eine Fristverlängerung beantragt wird, war schon sehr viel länger als dieses Mal. Von den drei aufgeführten Geschäften werden zwei bis Ende 2016 erledigt, das dritte – die ZFA-Reform 2018 – braucht bekanntlich etwas mehr Zeit. Die Stawiko ist einverstanden mit den beantragten Fristverlängerungen.

**Urs Raschle** hatte vor gut einem Monat eine unangenehme Begegnung mitten in der Altstadt. Er ging danach zur Polizei, musste dort aber feststellen, dass man zwar eine Anzeige machen kann, es aber kein umfassendes Bedrohungsmanagement gibt, beispielsweise mit Austausch der Daten unter den Kantonen. Er bittet deshalb den Regierungsrat, das Postulat betreffend Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Bedrohungspotenzial zügig zu bearbeiten und nicht eine *Light*-Version, sondern ein umfassendes Konzept vorzulegen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass die Justizprüfungskommission klare Vorstellungen hat, wie das Bedrohungsmanagement aufgebaut werden soll. Die

Sicherheitsdirektion hat diesen Vorschlag geprüft, sie hat sich auch das Solothurner Modell vorstellen lassen und ist in diese Richtung gegangen. Es hat sich aber gezeigt, dass dieses Modell mit sehr grossen personellen und finanziellen Aufwendungen verbunden ist, weshalb diese Arbeiten vor dem Hintergrund des Entlastungsprogramms und in Absprache mit dem Regierungsrat gestoppt wurden und nun ein redimensioniertes Modell ausgearbeitet wird. Zu dem von Urs Raschle geschilderten Vorfall stellt sich die Frage, ob es sich nicht um ein Offizialdelikt handelte, das von der Polizei sowieso hätte bearbeitet werden müssen. Die Risiken sind vorhanden, und wenn entsprechende Vorfälle der Polizei gemeldet werden, macht diese je nach Situation eine Gefährdungsanalyse. Sie muss dabei aber auch Datenschutzbestimmungen beachten, was die Sache nicht einfacher macht, und eine zentrale Informationsstelle wäre natürlich auch mit Kosten verbunden. Die Sicherheitsdirektion wird aber zeitgerecht ein Konzept vorlegen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nur eine einzige Lesung gibt.

**Kurt Balmer** erinnert daran, dass beim letzten Mal die beantragten Fristverlängerungen stillschweigend gewährt wurden. Er stellt den **Antrag,** die Fristverlängerungen ausdrücklich nicht zu gewähren. Als Begründung verweist er – wie schon früher – darauf, dass man abgelaufene Fristen schlichtweg nicht verlängern kann.
Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt der Votant, dass sich sein Antrag auf alle drei beantragten Fristverlängerungen bezieht.

Landammann **Heinz Tännler** hält fest, dass der Kantonsrat durchaus bestimmen kann, ob Fristen verlängert werden oder nicht. Die drei aufgeführten Geschäfte stellen eine Pendenzenliste dar, die schweizweit erstklassig ist, und man soll wegen drei Geschäften – wie immer die Fristverlängerungsgesuche juristisch zu qualifizieren sind – kein grosses Aufheben machen. Zum Postulat betreffend Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Risiko hat der Sicherheitsdirektor bereits gesprochen. Die Vorlage bezüglich der CVP-Motion betreffend Infrastrukturfinanzierung kommt im August in den Regierungsrat und dann in den Kantonsrat. Die fraglichen Geschäfte sind also in Bearbeitung. Der Landammann bittet den Rat deshalb, die Fristen für alle Vorstösse gemäss Antrag zu verlängern.

➔ Der Rat genehmigt mit 56 zu 2 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 9
**Geschäfte, die am 30. Juni 2016 nicht behandelt werden konnten**

Das Traktandum entfällt, da am 30. Juni alle traktandierten Geschäfte behandelt werden konnten.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 10

524 **Interpellation von Beat Unternährer betreffend Integration von Flüchtlingskindern in die Volksschule**

Vorlagen: 2573.1 - 15055 (Interpellationstext); 2573.2 - 15190 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Beat Unternährer** dankt dem Regierungsrat für die kurze Beantwortung der Interpellation. Die Antworten auf die Fragen sind für ihn zufriedenstellend ausgefallen. Wie schon in der Einleitung zur Interpellation erwähnt, haben Flüchtlingskinder in der Schweiz unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus das Recht und die Pflicht, die Volksschule zu besuchen. Es ist gut, dass Flüchtlingskinder in die Schule gehen müssen; es darf nicht sein, dass sie die Hauptleidtragenden von Flüchtlingsschicksalen werden. Gerade vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, dass die Integration der Kinder sorgfältig und professionell erfolgt. Der Votant begrüsst es daher, dass der Kanton dem Anliegen von Integrationsklassen und der Ausweitung der Betreuungskapazitäten positiv gegenübersteht. Bei zwei Entwicklungen hat er jedoch grundlegende Bedenken:

• Die Zahl der Flüchtlinge hat ein Ausmass erreicht, das eine fundierte Integrationsarbeit sehr schwierig macht.

• Eine zunehmende Verlagerung von Kosten auf Gebietskörperschaften, welche die Asylpolitik nur schwer beeinflussen können, ist sehr heikel.

Der Votant erlebt gerade in seinem gemeindlichen Umfeld, wie anspruchsvoll es ist, Flüchtlingskinder in die ordentliche Schule zu integrieren, selbst wenn diese intelligent und motiviert sind. Die Integration der Kinder von zwei bis drei Familien kann bedeuten, dass eine Betreuungsperson zu Beginn einen wesentlichen Teil ihrer Arbeitszeit dafür aufwendet. Eltern von Flüchtlingen haben oft Probleme, sich im Schulbetrieb zurecht zu finden und ihre Kinder richtig anzuleiten. Wenn noch kulturell unterschiedliche Ansprüche hinzukommen, kann das rasch zu einer Überlastungssituation führen. Im Idealfall kann eine solche Situation durch eine freiwillig tätige gemeindliche Flüchtlingsgruppe entschärft werden. In der Antwort zur Interpellation ist festgehalten, dass die Gemeinden mit ihrer Aufgabe dann an Grenzen stossen, wenn ihnen in kurzer Zeit zu viele Flüchtlingskinder zugewiesen werden. Genau vor dieser Situation stehen heute verschiedene Gemeinden.

Der Votant fragt sich, ob es angemessen sei, die Gemeinden zu den Trägern der Finanzierung der Integrationsklassen zu machen, wie das in der Antwort auf Frage 1 der Interpellation festgehalten ist. Im Flüchtlingsbereich sind die Gemeinden vollumfänglich der Bundesgesetzgebung und deren Umsetzung ausgeliefert; auf allfällige Fehlentwicklungen können sie kaum Einfluss nehmen. Es kann doch nicht sein, dass die Gemeinden, das letzte Glied in der föderalistischen Kette, die Leidtragenden der Bundespolitik werden. Es ist auch die Frage gerechtfertigt, ob die vom Bund bezahlten integrationspauschalen nicht stark erhöht werden müssten, um die zunehmenden Asylkosten in den Kantonen und Gemeinden vollumfänglich zu kompensieren. Hierzu hat die Direktion des Innern ja einen lobenswerten Vorstoss gemacht. Es entspricht dem Verständnis des Votanten von einem föderalistischen System, dass den lokalen Gebietskörperschaften vom Bund nicht zunehmend Kosten aufgedrückt werden.

Fazit: Auch wenn es sehr schwierig erscheint, wird eine Flüchtlingspolitik benötigt, welche eine gute Integration aller Kindern ermöglicht und gleichzeitig die gemeindlichen Strukturen finanziell und organisatorisch nicht überlastet.

**Andreas Hausheer** teilt mit, dass die CVP-Fraktion die sehr verkürzte Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis nimmt, sie aber nicht als Präjudiz bezüglich des künftigen Kantonsratsbeschlusses zu dieser Frage betrachtet. Im Moment ist eine Vernehmlassung bei den Gemeinden in Gang, welche genau die vorliegende Frage anspricht. Die CVP wird sich zur Thematik äussern, wenn die entsprechende Vorlage dann in den Kantonsrat kommt.

**Philip C. Brunner** gratuliert Beat Unternährer zu seiner Interpellation, die – wie eben gehört – etwas früh kommt und wohl deshalb nach dem Motto «In der Kürze liegt die Würze» beantwortet wurde. Die Vernehmlassung zur Thematik wurde eben abgeschlossen, sie wird jetzt ausgewertet, und der Kantonsrat wird sich dann mit ähnlichen Fragen auseinandersetzen müssen. Es liegt in der Tat ein Problem vor, nicht nur für die Gemeinden, die Kosten auf sich zukommen sehen; das Problem liegt auch in der verfehlten Politik auf Bundesebene, welche die Kantone ausbaden müssen. Man wird versuchen müssen, den Familiennachzug so unattraktiv wie möglich zu machen. Deutschland hat diesen richtigerweise und mit einigem Erfolg ausgesetzt. Natürlich gibt es das Menschenrecht auf Bildung, das unabhängig vom Aufenthaltsstatus des Kindes besteht. Die Regierung weist aber zu Recht auf die Schwierigkeiten hin: mangelnde Vorbildung der Kinder, Traumatisierung etc.
Der Votant dankt dem Regierungsrat für die Antwort, auch für deren Kürze. Das Problem liegt – es sei wiederholt – klar beim Bund und in der fehlgeleiteten Asylpolitik der Schweiz. Das Problem, dass die Gemeinden als kleine Körperschaften die Kosten dafür auffangen müssen, wird noch viel grösser werden. Man spricht ja davon, dass die entsprechenden Kosten auf allen Ebenen bereits die Grenze von 3 Milliarden Franken überschritten haben. Das ist mehr, als einer der finanzstärksten Kantone der Schweiz, nämlich Zug, insgesamt an Steuern einnimmt. Im Übrigen sind die direkten Bundessteuern in den letzten vier Jahren von etwa 16 auf 20 Milliarden Franken angestiegen. Man sieht also, wie wichtig der Beitrag von Zug für die Finanzen der Schweiz geworden ist.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Das Thema stand ja bereits Ende Januar auf der Traktandenliste, und im Kantonsrat manifestierte sich damals ein selten gesehener Konsens bezüglich Inhalt und Dringlichkeit. Der Kantonsrat will vorwärts machen, damit Flüchtlingskinder zielgerichtet und nachhaltig in die Primarschule integriert werden können. Der Interpellant hat, um der Dringlichkeit Ausdruck zu verleihen, einfach noch nachgedoppelt. Der ALG sind dabei zwei Dinge wichtig:
• Man muss für die Kosten einen gerechten Verteilschlüssel zwischen den Gemeinden und dem Kanton finden, wobei der Kanton nicht das Gefühl haben darf, er könne die Kosten einfach auf die Gemeinden abwälzen.
• Es darf weder auf Seiten des Kantons oder der Gemeinden und schon gar nicht auf der Seite der Schule und der Kinder Verlierer geben.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** dankt für die vorwiegend positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort und möchte drei Punkte präzisieren:
• Die Vernehmlassung ist – wie gehört – abgeschlossen, die entsprechende Frist ist am vergangenen Montagabend abgelaufen. Der Regierungsrat setzt alles daran, die knappe Frist nicht nur an die Gemeinden weiterzugeben – alle Gemeinden haben fristgerecht geantwortet –, sondern das Geschäft in der ersten Sitzung nach den Sommerferien hin dem Parlament vorzulegen. Die Dringlichkeit ist also ein grosses Anliegen aller Involvierten
• Beat Unternährer hat verlangt, dass die Gemeinden nicht Träger der Integrationsklassen sein sollen. Es ist gesetzlich geregelt, dass im Volksschulalter grundsätz-

lich die Gemeinden die Schulträger sind. Diese Regelung hat sich bewährt, und gerade in Krisen sollte man auf soliden Fundamenten aufbauen. Es gibt allerdings auch in der Volksschule Bereiche, die vom Kanton getragen werden. So ist der Kanton im Bereich der Integrations-Brückenangebote heute schon stark engagiert.
• Dass Kosten nach unten verlagert werden, weil die vorgelagerte Staatsebene das Problem nicht lösen kann, ist – berechtigterweise – nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für den Kanton Grund zur Klage. Das könnte man vermutlich aber bis auf Stufe Bund durchkonjugieren, denn auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga würde wohl kaum behaupten, dass das System, das ja zu grossen Teilen an Schengen-Dublin delegiert wurde, so funktioniert, wie man es sich wünschen würde – mit dem Effekt eben, dass die Dysfunktionalitäten jeweils auf einer Staatsebene auszuhalten sind und weiter delegiert werden.
• Nochmals zur Dringlichkeit: Beat Unternährer hat mit seiner Interpellation nicht nachgedoppelt, sondern seinen Vorstoss vor der Motion eingereicht. Materiell ist der Bildungsdirektor aber einverstanden: Die Interpellation hat die Dringlichkeit des Anliegens betont und durchaus Wirkung gezeigt: Wenn alles weiterhin planmässig verläuft, wird bald wird auch der Kantonsrat gefordert sein.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 11

**525 Interpellation von Silvan Renggli, Daniel Thomas Burch und Jean-Luc Mösch betreffend Vorgehen des Kantons Zug bzw. der Zentralschweiz bei der Anbindung an den Innovationspark Schweiz**

Vorlagen: 2576.1 - 15066 (Interpellationstext); 2576.2 - 15205 (Antwort des Regierungsrats).

**Silvan Renggli** dankt als Vertreter der Interpellanten der Regierung für die informativen und umfassenden Antworten. Die Interpellanten haben auch zur Kenntnis genommen, dass die Eckpunkte des Innovationsprozesses im Geschäftsbericht 2015 auf Seite 152 erwähnt sind.
Der Bund hat sich für zwei Innovationsparks, sogenannte *Hubs,* nahe bei den Eidgenössischen Technischen Hochschulen entschieden: für das EPFL in Lausanne und die ETH Zürich am Standort Dübendorf. Dabei hat jeder *Hub* seine eigenen Innovationsschwerpunkte. Als Unterstützung der *Hubs* können Netzwerkstandorte aufgebaut werden, wobei sich die Zentralschweiz für einen solchen Netzwerkstandort mit den Innovationsthemen «Intelligente Gebäude im System» und «Aviatikindustrie» beworben hat. Überraschend wurde die Zentralschweizer Bewerbung abgelehnt. Die Begründung, dass kein zentrales Areal zur Verfügung stehe, ist für die Interpellanten nicht nachvollziehbar. Zum einen verfügt die Zentralschweiz an der Hochschule Luzern mit dem Departement Technik & Architektur über ein Kompetenzzentrum mit dem nötigen Fachwissen und der Infrastruktur, im welchem das Thema «Intelligente Gebäude im System» durchaus hätte platziert werden können. Die Begründung, es stehe kein zentrales Areal steht zur Verfügung, ist deshalb innovationsfremd. Die Aviatik dagegen ist sehr investitionsintensiv und standortgebunden. Entwicklung und Forschung sind idealerweise im Firmenareal platziert, wo auch die Produktion stattfindet. Diese Infrastruktur kann nicht einfach verschoben oder gezügelt werden.
Der Regierungsrat hat nach dem Negativentscheid die direkte Anbindung an den Innovationspark in Dübendorf angestrebt und mit der Unterzeichnung einer Ab-

sichtserklärung richtungsweisend gehandelt. Dies ist begrüssenswert und zeigt den aktiven Willen der Regierung, der Innovation in den Unternehmen und Fachhochschulen den Weg zu ebnen. Der Regierungsrat schreibt, dass der Innovationsschwerpunkt «Intelligente Gebäude im System» im Fokus stehe. Aus Zuger Sicht und auch aus Sicht der Fachhochschule Zentralschweiz mit Ausbildungsschwerpunkt Technik und Architektur passt diese Priorisierung. In Zug finden sich einige Marktführer auf diesem Gebiet. Die Fachhochschule bildet die Fachkräfte aus und schafft die Basis für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Fachhochschule – wahrlich eine *Win-Win*-Situation.
Zur Antwort auf Frage 7: Die Aviatikindustrie wird nicht vordringlich behandelt, weil es im Kanton Zug kein Aviatikunternehmen gibt. Im Kanton Zug gibt es aber verschiedene Unternehmen, die Zulieferer dieser Branche sind. So haben beispielsweise zwei Marktführer in der Verbindungstechnik – einer für mechanische, der andere für klebende Verbindungen – ihren Hauptsitz im Kanton Zug. Sollte es der Aviatikindustrie, einer investitions- und personalintensiven Branche, wirtschaftlich schlechter gehen, wird dies spürbare Auswirkungen auf den jeweiligen Kanton und schlussendlich auch auf den Ressourcenindex, sprich NFA, haben.
Der Regierungsrat, namentlich die Volkswirtschaftsdirektion, war federführend beim Projekt Netzwerkstandort, bei der Auswahl der Themen und erneut bei der Anbindung an Dübendorf. Gerne überlassen die Interpellanten dem Regierungsrat auch die Federführung beim Thema Aviatikindustrie.

**Michael Riboni:** Die SVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort zur Kenntnis und dankt dem Regierungsrat für seine Ausführungen. Sie weist aber ausdrücklich darauf hin, dass die Kosten mit 2000 Franken pro Jahr für die Mitgliedschaft im Trägerverein aktuell zwar überblickbar sind, mögliche Folgekosten des Projekts aber keinesfalls ausser Acht gelassen werden dürfen. Denn alle haben gelesen, dass die Projektbeteiligten mit einer Anschubfinanzierung rechnen, an der sich unter Umständen ja auch der Kanton beteiligen soll. Aber müsste man sich nicht fragen, ob bei einem Projekt, welches mit öffentlichen Mitteln angeschoben werden muss, überhaupt von einem ernsthaften Bedarf bzw. einer ausgewiesenen Nachfrage ausgegangen werden kann? Und wer finanziert das Projekt, wenn die Gelder der Anschubfinanzierung aufgebraucht sind? Wieder der Kanton? Weiter muss man sich auch vor Augen führen, dass Firmen wie Microsoft, Apple, Google oder Instagram nicht in staatlich subventionierten Innovationsparks ausgetüftelt wurden, sondern in Autogaragen oder an Küchentischen. Und nicht der Staat hat in den 1980er Jahren die Schweizer Uhrenindustrie gerettet. Vielmehr waren dies der visionäre Unternehmensberater Nicolas Hayek und der mutige Industrielle Stephan Schmidheiny. Um ehrlich zu sein: Der Staat erfindet nichts, produziert nichts und trägt nie irgendeine Verantwortung. Er ist für Innovationen deshalb denkbar ungeeignet. Wer wirklich Innovationen fördern will, muss die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die hier ansässigen Unternehmen verbessern und insbesondere die Bürokratie reduzieren. Dies sollte sich der Kantonsrat zu Herzen nehmen. Die SVP steht einer möglichen Anschubfinanzierung für einen Anschluss an den Innovationspark Dübendorf deshalb skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält als Erstes fest, dass sich die Zentralschweiz bei der Bewerbung bewusst war, dass sie über kein zentrales Areal verfügte. Man war aber der Meinung, dass mit der Zusammenarbeit verschiedener Unternehmen mit der Hochschule Luzern ein Netzwerkstandort entstehen könne und es nicht von vorne herein ein halbes Fussballfeld mit einem Gebäude darauf brauche, in das viel Geld investiert werden muss. Diese Idee hat aber nicht funktio-

niert: Die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz, der Bund und die von den Kantonen mit der Bewertung der strengen Kriterien beauftragte Jury haben befunden, es brauche für diesen Park auch einen physischen Standort. Zwar verfügt die Hochschule Luzern über Areale in Horw, doch liegen diese erstens nicht besonders zentral – auch nicht für die Unternehmen, mit denen man eng zusammenarbeitete –, und zweitens müssten sie ausgebaut werden und stehen nicht zeitgerecht zur Verfügung. Der Bereich Aviatik wird nicht weiterverfolgt, weil die hochkarätige Jury der Zentralschweiz keine *Excellence,* also keine hervorragende internationale Ausstrahlung, zusprach. Zwar gibt es entsprechende Unternehmen in der Zentralschweiz, besonders in Ob- und Nidwalden, aber die wissenschaftliche Basis, welche die Zentralschweiz in der Gebäudetechnik mit der Hochschule Luzern hat, fehlt für diesen Bereich. Hier kann die Zentralschweiz national und international schlicht nicht mithalten, und es hat keinen Sinn, auf ein Pferd zu setzen, das nicht genügend *Power* hat. Man hat deshalb entschieden, sich auf *Building Excellence* bzw. Gebäudetechnik zu konzentrieren.

Die Frage nach der Rolle des Staats bei der Innovationsförderung ist berechtigt. Es ist auch die Überzeugung des Regierungsrats, dass der Staat nicht keine, aber eine subsidiäre Rolle innehat. Es war immer das Zuger Verständnis, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Vor etwa zwanzig Jahren kamen die sogenannten Technoparks auf. In Zürich wurde mit viel Beton und viel öffentlichem Geld ein Technopark gebaut. Der Kanton Zug ist nicht mitgeschwommen auf dieser Welle. Er wollte nicht in Beton und Gebäude investieren, sondern in *brain* und in Netzwerke. Er hat damals das Technologie-Forum angeschoben und mitgegründet – mit wenig Geld und viel Netzwerk. Das Technologie-Forum gibt es heute noch, während gewisse Technoparks in anderen Kantonen noch heute von öffentlichen Geldern leben. Es war übrigens Hans Durrer mit einer Equipe von der SVP, welche damals die Technoparks mit privaten, aber auch öffentlichen Geldern *pushten.* Natürlich ist das lange her, aber man ändert die Ideologie eigentlich nicht alle paar Jahre.

Auf Ebene Bund wurden nun die Rahmenbedingungen für die staatliche Förderung von Innovationsparks diskutiert und festgelegt. Daraus ist die Stiftung *Innovation Switzerland* entstanden, wo über alle Kantone hinweg ein Netzwerk von Innovationsparks entsteht: Lausanne, Zürich etc. In dieses Netzwerk sind alle Kantone mit Standorten eingebunden, nur die Zentralschweiz präsentierte sich bei der Gründung der Stiftung Anfang Jahr als weisse Fläche. Dabei will es der Volkswirtschaftsdirektor nicht bewenden lassen. Nochmals: Die Zentralschweiz hat sich ohne zentrales Areal beworben, weil sie öffentliche Gelder nicht in Infrastruktur, sondern in *brain* investieren will. Nun steht man in einer neuen Phase, in der Zug sich mit dem *Hub* Zürich verbunden hat. Mit einem Vorprojekt, das ein Verein trägt, der heute gegründet wird, soll abgeklärt werden, ob man sich in Zürich einmieten oder in der Hochschule Luzern selber einen Ableger schaffen soll. Treibend sind dabei nicht die Kantone, sondern die Hochschule zusammen mit den Unternehmen. Schon die Mitgliederliste dieses Vereins zeigt ein klares Bild: Es sind neun Unternehmen, davon gut die Hälfte aus Zug, die Hochschule und sechs Kantone. Der Verein wird also richtigerweise von privater Seite getragen, die Kantone sollten aber nicht abseits stehen. Die Idee dieser Innovationsparks ist es ja, die Stärke der Region, ihrer Unternehmen und der Hochschule zu zeigen und sie in Zusammenarbeit international zu verwerten. Letztlich geht es also darum, Zuger und Schweizer Qualitäten ins rechte Licht zu rücken.

Vor zwei, drei Jahren wurde der Zentralschweiz vorgeworfen, sie habe den Anschluss verschlafen. Ein namhafter Politiker sagte damals, die Kandidatur der Zentralschweiz sei zwar gut, sie sei aber zu spät gekommen. Der Volkswirtschaftsdirektor will nun nichts verschlafen, sondern den Fuss in der Türe halten, in engem

Kontakt mit den Unternehmen und der Hochschule. Die erwähnte Kritik kam übrigens von Nationalrat Felix Müri von der SVP; es gibt also in jeder Partei, auch in der SVP, Exponenten, die diese Aktion richtig und gut finden. Man sollte die Türe also nicht voreilig zuschlagen, zumal das Projekt berechenbar ist: In gut einem halben Jahr liegt als neuer Meilenstein ein Vorprojekt vor, und dann kann man das weitere Vorgehen festlegen. Und *last but not least:* Wo und wie ein solcher Innovationsstandort entstehen könnte – in Zug oder sonstwo in der Zentralschweiz –, ist noch offen. Wenn die Hochschule diesen aber an eine bestimmte Stelle anbinden will – und das könnte die IT-Hochschule Rotkreuz sein – hat der Kanton Zug alles Interesse, diesen Standort zu stärken.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 12

**526 Interpellation von Andreas Etter betreffend Smart City**

Vorlagen: 2577.1 - 15067 (Interpellationstext); 2577.2 - 15206 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Andreas Etter** dankt für die umfangreiche und ausführliche Beantwortung seiner Interpellation. Ja, der Kanton Zug ist teilweise schon richtig *smart* unterwegs. Beispiele in den Antworten sind aus Sicht des Interpellanten aber *state of the art,* so die Parkhausbewirtschaftung oder die Fahrgastinformation. Damit der Kanton Zug hier an vorderer Front mittun kann, sollte man im geografisch überschaubaren Kanton Zug bereit sein, die Extrameile zu gehen, dies auch über Gemeindegrenzen hinweg. Gezielte Investitionen werden so auch zu einer höheren Effizienz führen.
Eine intelligente, eben *smarte* Raumplanung soll den Bewohnern maximale Lebensqualität bieten, dies bei minimalem Ressourcenverbrauch. In der Antwort auf Frage 2 erkennt die Regierung richtig, dass mit der Verknüpfung von bestehenden und/ oder neu dazukommenden Infrastrukturen der *Information and Communication Technology* (ICT) eine gewichtige Rolle zukommt.

**Rainer Suter** spricht für die SVP-Fraktion. Erstaunlich ist die abwechslungsreiche Antwort des Regierungsrats nicht, da dieser bei den vier sehr allgemein gestellten Fragen über die Digitalisierung im Kanton Zug aus dem Vollen schöpfen konnte. Auf den ersten drei Seiten der Antwort sind so viele Informationen wie selten zu lesen – teilweise etwas schwere Kost. Der Regierungsrat führt aus, dass bereits sehr vieles im umfassenden Thema «Smart City» erarbeitet, erstellt und erreicht wurde, beispielsweise die Digitalisierung der Verwaltung mit Internetplattform für alle, die Rahmenbedingungen für *Smart Metering*, das Parkleitsystem in der Stadt Zug oder in Zusammenhang mit der UCH das autoarmen Zentrum in Cham, wo der Verkehr in ein paar Jahren mit Kameras gesteuert wird. Vieles ist aber nicht die Sache des Kanton, sondern der Gemeinden oder von Privaten. Nicht zu vergessen sind bei dieser vielfältigen Pracht die Kosten, die diese Projekte generieren. Jede und jeder findet etwas anderes wichtig bei der *Smart City*, und alle greifen ihr Filetstück heraus, um dieses zu bewirtschaften – was dann richtig Geld kostet. Und damit ist man wieder bei Morgenthema «Sparen», und der Spruch «Weniger ist mehr» ist angebracht. In diesem Sinne wünscht der Votant allen erholsame und preiswerte Sommerferien.

**Thomas Gander** dankt namens der FDP-Fraktion dem Regierungsrat ebenfalls für die Beantwortung der Fragen. Dass die *Smart City* nicht vom Kanton erbaut werden kann, ist auch der FDP klar. Viele Themenbereiche fallen in die Zuständigkeit der Gemeinden oder von Privaten – und das ist gut so. Wenn der Kanton entsprechende Pilotprojekte dennoch punktuell unterstützt, begrüsst das die FDP. Ebenso begrüsst sie den Ausbau des E-Government. Dass die Steuererklärung für natürliche Personen ab 2018 vollständig auf elektronischen Weg eingereicht werden kann, steht sinnbildlich dafür. Der eingeschlagene Weg kann in diesem Sinn fortgeführt werden.
Bezüglich ROK16 und Mobilität ist eine ganzheitliche Sicht gefragt. So sollen Entwicklungsgebiete nicht nur gemeindlich, sondern regional betrachtet werden. Dies trifft auch auf die Mobilität zu, welche *smarter,* also effizienter und intelligenter, gestaltet werden soll. Dafür wird man sich von der klassischen Denkweise lösen müssen, welche sich auf das Verkehrsmedium fokussiert. So sollen die einzelnen Verkehrsträger verknüpft werden, ohne die Individualität des Einzelnen zu beeinflussen: Individualität in der Peripherie, *Share Mobility* in den Zentren.

**Hanni Schriber-Neiger** hält fest, dass ein *Smart-City*-Programm für die ALG die Antwort auf aktuelle globale Herausforderungen für die nächsten Jahrzehnte ist: eine langfristige Strategie, in der Ressourcen, Lebensqualität und Innovation eine wichtige Rolle spielen. Der Kanton Zug als *Smart City* ist für die ALG vorstellbar, denn einiges kann man noch besser machen, sei es im Verkehr, im Umweltschutz, im Wohnungsbau oder in der Stadtentwicklung. Es würden nicht nur Umweltziele definiert, sondern sämtliche Lebenswelten der Städte und Agglomerationsgemeinden abgedeckt; dazu gehören fast alle Zuger Gemeinden. Die ALG begrüsst gute Lebensqualität für alle bei grösstmöglicher Schonung der Ressourcen. Das kann mit umfassenden Innovationen gelingen.
Die Votantin schlägt noch eine Brücke zum Bund. «Die Schweiz muss schonender mit natürlichen Ressourcen umgehen.» Das unterstreicht selbst der Bundesrat mit der Kenntnisnahme des Berichts «Grüne Wirtschaft – Massnahmen des Bundes für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Schweiz». Die Initiative «Grüne Wirtschaft» der Grünen, die im September 2016 zur Abstimmung kommt, ist ebenfalls eine Antwort auf die Interpellation zum Thema *Smart City.* Sie nimmt die Anliegen von Ressourcenschonung und Innovation auf und schafft endlich verbindliche Ziele. Zudem fördert sie die Qualität und Langlebigkeit von Produkten und deren konsequente Wiederverwertung als Rohstoffe, also eine Kreislaufwirtschaft. Die Votantin ruft die Ratsmitglieder auf, Ja zu stimmen zur Initiative «Grüne Wirtschaft», denn diese bringt längst fällige Standards, schafft faire Spielregeln und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Sie fördert die Qualität und Innovation und spart dank Energie- und Materialeffizienz auch noch Kosten.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion und hält drei Punkte fest:
• Die SP findet das vorliegende Thema extrem relevant und wichtig.
• Es darf nicht dazu kommen, dass es einfach zu altem Wein in neuen Schläuchen wird. Gewisse Dinge sind – wie bereits gesagt wurde – einfach Standard.
• Zwar anerkennt die Regierung die Relevanz des Themas, die Konkretisierung und Umsetzung bleiben aber sehr anspruchsvoll. Man darf sich da nichts vormachen.
Zum Schluss deshalb die Frage: Gibt es Pläne des Kantons, solche Aspekte konkret mit den Gemeinden zu behandeln?

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gute Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort und die Rückmeldungen darauf. Er möchte kurz aufzeigen, wie der Regierungsrat diese Aufgabe anpacken will. Der Kanton Zug mit der kleinen Stadt Zug

und vor allem ländlichen Regionen bildet wahrscheinlich nicht die ideale Voraussetzung für eine *Smart City*. Barcelona, Hamburg, Oslo und Wien sind die vier Vorzeigestädte in Europa, wo intensiv an dieser Problematik gearbeitet wird. In Schweizer Städten beschränkt sich der *Smart-City*-Gedanke vor allem auf Fragen der Energie. Eine Fachzeitschrift schreibt denn auch: «Die Schweizer Städte hinken noch ein wenig hinterher.» Nichtsdestotrotz ist die *Smart City* eine wichtige Herausforderung, was auch der Satz «‹Stadtmachen› wird zum Abenteuer des 21. Jahrhunderts» in der genannten Zeitschrift ausdrückt. Damit wird aber auch gesagt: Es sind Menschen, welche die Städte machen. Und was ist dabei die Aufgabe des Staats? Der Kanton Zug kann allenfalls gute Rahmenbedingungen schaffen, für die Realisierung aber sind die Wirtschaft, die Industrie und Private sowie insbesondere die Städte und Städteverbände gefordert.
Der Regierungsrat hat schon in der Strategie 2010–2018 versucht, mit den beschränkten Möglichkeiten der räumlichen Entwicklung erste Weichen zu stellen und *smarte* raumplanerische Lösungen im Sinne von Rahmenbedingungen vorzugeben. Mit dem Raumordnungskonzept 2016 (ROK16) werden die Voraussetzungen für die strategische räumliche Entwicklung nun vertieft. Gedacht wird dabei an die Digitalisierung, die Mobilität und Wohnkultur der Zukunft, das Freizeitverhalten, dies nicht nur in den Grenzen des Kantons Zugs, sondern auch in dessen Interessengebieten, sprich dem Rontal, dem Freiamt, dem Albisgebiet, dem Talkessel von Arth und Schwyz. Die Überlegungen zum ROK16 werden demnächst in der kantonsrätlichen Kommission beraten, und sie werden die vom Kantonsrat zu beschliessenden Richtpläne beeinflussen; ein wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses ist die neue Gesamtverkehrskonzeption. Es gilt also, für die nicht aufzuhaltende und für die Zukunft sicher auch nutzbringende Entwicklung die nötigen Rahmenbedingungen festzulegen. In diesem Sinn dankt der Baudirektor für die Kenntnisnahme der regierungsrätlichen Antwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 527 Nächste Sitzung

Donnerstag, 25. August 2016 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** wünscht allen Ratsmitgliedern schöne und erholsame Sommerferien.

**Protokoll des Kantonsrats**

40. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. August 2016 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 2. Juni, 30. Juni und 7. Juli 2016
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion der CVP-Fraktion betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht
3.2. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Belastung der Zuger Bevölkerung durch die steigenden Gesundheitskosten
3.3. Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend behördliche Algorithmen
3.4. Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ausrüstung der Zuger Polizei
3.5. Interpellation von Monika Weber, Laura Dittli und Pirmin Frei betreffend die Mandatsführung im Kanton Zug
3.6. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend budgetierte Kostensteigerung beim Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) trotz sinkender Arbeitslosigkeit im Kanton Zug

4. Wahl der Kantonsratsvizepräsidentin oder des Kantonsratsvizepräsidenten
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Integrationsklassen auf der Primarstufe für Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich

6. Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (EG BGFA): 2. Lesung
7. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug: 2. Lesung
8. Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung: 2. Lesung
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal: 2. Lesung
10. Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum von Junge Alternative Zug und JUSO JungsozialistInnen
11. Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU)

12 Änderung des Rechtsstellungsgesetzes, des Personalgesetzes und der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Abgangsentschädigungen

13. Motion von Thomas Werner und Beni Riedi betreffend Standesinitiative für eine Ergänzung im BüG (Bürgerrechtsgesetz), dass künftig keine Doppelbürgerschaft mehr möglich ist

14. Postulat der SP-Fraktion betreffend Reputationsschaden verhindern: genügend Mittel für unsere Hochschule
15. Interpellation von Barbara Gysel, Karin Andenmatten-Helbling, Anna Bieri, Nicole Imfeld, Gabriela Ingold, Hanni Schriber-Neiger und Karen Umbach betreffend gleiche Löhne für Frau und Mann im Kanton Zug
16. Interpellation von Rainer Suter betreffend Konklusion Flüchtlings-Unterkunft Schluecht Cham 2016
17. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Lieferkettenverantwortung durch in Zug ansässige Rohstoffunternehmen und deren Tochtergesellschaften wie etwa die BASF Metals GmbH

## 528 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Peter Letter, Oberägeri; Daniel Abt, Baar; Olivia Bühler, Cham; Anna Bieri, Hünenberg; Kurt Balmer, Risch.
Der Sitz von Andreas Meier, Oberägeri, ist im Moment vakant (siehe Ziff. 486).

## 529 Mitteilungen

Stimmenzähler Kurt Balmer ist für die heutige Sitzung entschuldigt. An seiner Stelle waltet gemäss § 4 Abs. 3 GO KR der stellvertretende Stimmenzähler Richard Rüegg.

Der «Verein Nationales Parlamentarierfussballturnier 2016 Zug» hat am Freitag/Samstag, 19./20. August 2016, in Cham das 31. Eidgenössische Parlamentarier-Fussballturnier durchgeführt. Unter der Leitung der Kantonsratsmitglieder Zari Dzaferi, Laura Dittli, Thomas Gander, Jean-Luc Mösch und Rainer Suter durften die Gäste und die Gastgebenden einen sportlich und gesellschaftlich gelungenen Anlass geniessen. Das Organisationskomitee erhielt tatkräftige Unterstützung durch die Staatskanzlei. Es ist schade, dass unter den Schlachtenbummlern trotz eines grosszügigen Beitrags aus dem Lotteriefonds keine Regierungsräte ausgemacht werden konnten. Der Vorsitzende gratuliert nicht nur der Siegermannschaft, sondern auch dem Zuger Team für seinen grandiosen vierten Schlussrang, den besten Platz in der Fussballgeschichte des Zuger Parlaments. Der Vorsitzende hofft, dass Muskel- und sonstige Kater mittlerweile wieder verheilt bzw. abgeklungen sind. Er präsentiert den Pokal für den vierten Rang und bittet die beteiligten Spieler, sich kurz von den Sitzen zu erheben. *(Der Rat applaudiert.)*

Heute Vormittag offerieren die Zuger Bäuerinnen und Bauern in der Sitzungspause traditionsgemäss verschiedene Früchte und Obstsaft. Der Vorsitzende dankt im Namen des Rats herzlich für diese freundliche Geste. *(Der Rat applaudiert.)*

Anna Bieri und ihr Ehemann Mario Lubini sind am 27. Juli glückliche Eltern von Leonardo Pietro geworden. Der Vorsitzende gratuliert und wünscht den jungen Eltern ruhige Nächte. *(Der Rat applaudiert.)*

Auch Thomas Gander und seine Gattin sind Eltern geworden. Auch ihnen wünscht der Vorsitzende alles Gute. *(Der Rat applaudiert.)*

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

TRAKTANDUM 1

**530 Genehmigung der Traktandenliste**

In Absprache mit dem Präsidenten der Konkordatskommission und dem Regierungsrat beantragt der **Vorsitzende,** Traktandum 11 (Gesetz über die Nutzung des Untergrunds) abzutraktandieren, da die kantonsrätliche Konkordatskommission noch nicht einbezogen wurde. Gleichzeitig soll dieses Geschäft an die Konkordatskommission zur Vorberatung überwiesen werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Es liegen keine weiteren Änderungsanträge zur Traktandenliste vor.

➔ Der Rat genehmigt die Traktandenliste mit der obigen Änderung stillschweigend.

TRAKTANDUM 1

**531 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 2. Juni, 30. Juni und 7. Juli 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 2. Juni, 30. Juni und 7. Juli 2016 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss zu Beginn der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 4

**532 Wahl der Kantonsratsvizepräsidentin oder des Kantonsratsvizepräsidenten**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Thomas Lötscher per 25. August 2016 als Vizepräsident des Kantonsrats demissioniert hat, um die Wahl seiner Nachfolge an der heutigen Kantonsratssitzung zu ermöglichen. Er verabschiedet Thomas Lötscher mit folgenden Worten als Kantonsratsvizepräsidenten:
«Thomas Lötscher ist auf die heutige Sitzung hin als Kantonsratsvizepräsident zurückgetreten. Er hat mehrfach bewiesen, dass man im Vizepräsidium geplanterweise und auch unplanmässig den Vorsitz im Rat übernehmen muss. Ich danke meinem Stellvertreter für die engagierte und kompetente Zusammenarbeit im Büro des Kantonsrats sowie hier oben auf dem «Bock». Es freut mich, dass Du, lieber

Thomas, uns noch bis Ende Jahr in der Legislative erhalten bleibst. In der Zeit nach dem Kantonsrat wirst Du dem Kanton Deine reiche Erfahrung als Generalsekretär der Finanzdirektion zur Verfügung stellen. Dazu wünschen wir Dir viel Freude, Ausdauer und Erfolg. Als äusseres Zeichen unseres Danks und im Hinblick auf Deine neuen Herausforderungen überreiche ich ein kleines «Bhaltis». Aufgrund der laufenden Entlastungsprogramme ist dieses Präsent bewusst symbolischer Natur.» *(Der Vorsitzende überreicht Thomas Lötscher ein mit dem Zuger Wappen geschmücktes Sparschwein, sowie einen Gutschein für ein Nachtessen in Begleitung. Der Rat applaudiert.)*

**Thomas Lötscher** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden:
«Ich danke Dir, lieber Moritz, für Deine wohlwollenden Worte und die freundschaftliche und angenehme Zusammenarbeit in der kurzen Zeit, in welcher die zwei kleinsten Gemeinden im Kantonsrat Regie führen durften. Ich danke auch für das passende Geschenk, habe ich doch das Spargebot auch immer gepredigt – nun werde ich damit leben müssen.
In letzter Zeit werde ich öfters gefragt, ob es nicht schwer falle, auf dieses Amt zu verzichten. Natürlich tut es das! Sehr gerne hätte ich das allererste Kantonsratspräsidium überhaupt nach Neuheim gebracht. Ich habe mit viel Herzblut politisiert und hoffe, dass man das auch gemerkt hat. Die Arbeit mit Ihnen hat zwar manchmal auch Nerven gekostet – umgekehrt sicher auch –, aber grossmehrheitlich hat sie mir Freude bereitet. Gerne hätte ich diesen Rat in den kommenden zwei Jahren geführt und beim gemeinsamen Mittagessen das Dessert wieder eingeführt. Sie verdienen es! Nun muss ich aber aufpassen, dass mein zukünftiger Chef nicht den Eindruck bekommt, ich wolle eigentlich gar nicht bei ihm arbeiten. Wissen Sie, es ist ja nicht so, dass ich den Kanton Zug mag. Vielmehr *liebe* ich diesen Kanton von ganzem Herzen. Es gibt keinen, in dem ich lieber leben und arbeiten würde. Und deshalb freue ich mich sehr, dass ich in Zukunft nicht mehr einen Teil meiner Freizeit, sondern meine volle Arbeitskraft in seinen Dienst stellen darf. Und ich freue mich sehr auf die spannenden und wichtigen Aufgaben, die mich erwarten.
Ein Anliegen habe ich noch an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie haben mir am 2. Juni den Rücken gestärkt, als Sie die Regierung verpflichteten, die Grundlagen für ein Jugendparlament und vor allem eine Stärkung der politischen Bildung zu schaffen. Bitte bleiben Sie dran! In der kurzen Zeit seither haben wir traurigen Anschauungsunterricht erhalten, wie schnell eine nicht gefestigte Demokratie Schritt für Schritt in eine Autokratie abdriften kann. Um aber einen demokratischen Rechtsstaat zu schützen, muss man ihn wollen. Und um ihn zu wollen, muss man ihn kennen. Der Preis für einen funktionierenden freiheitlichen Staat mag hoch sein, sein Wert aber ist um ein Vielfaches höher. Das sollten wir den Jugendlichen vermitteln. Danke, wenn Sie sich weiterhin dafür einsetzen.
Ich danke Ihnen ganz herzlich für die bereichernde Zusammenarbeit und das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich freue mich auf die verbleibende Zeit im Rat und anschliessend auf weitere Begegnungen mit Ihnen in meiner neuen Funktion. Ganz zum Schluss und ganz herzlich danke ich meiner geliebten Frau Esther. Dass Du seit 23 Jahren mein politisches Engagement mitträgst, ist nicht selbstverständlich. Auch dafür liebe ich dich.» *(Der Rat applaudiert.)*

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats für den Rest der Amtsdauer 2015–2016 in das Vizepräsidium gewählt werden kann. Wahlzettel mit anderen Namen sind ungültig. Er hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, Daniel Thomas Burch zum Vizepräsidenten für den Rest der Amtsdauer 2015–2016 zu wählen.

**Adrian Andermatt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion an einer ausserordentlichen Fraktionssitzung Mitte August ihren Fraktionschef Daniel Thomas Burch zur Wahl als Vizepräsident des Kantonsrats nominiert hat. Mit Daniel Thomas Burch schlägt sie dem Kantonsrat einen überzeugenden Kandidaten vor. Daniel Thomas Burch ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Er sitzt seit 2003 für die Gemeinde Risch im Kantonsrat. Seit 2011 ist er Fraktionschef der FDP und in dieser Funktion auch Mitglied des Büros des Kantonsrats. Er arbeitete in zahlreichen Ad-hoc-Kommissionen als Mitglied oder als Präsident mit, zudem ist er seit über zehn Jahren Mitglied der engeren Justizprüfungskommission und seit 2008 auch Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer. Er ist mit den Gepflogenheiten des Ratsbetriebs also bestens vertraut. Zudem war er Mitglied der vorberatenden Kommission für die neue Geschäftsordnung des Kantonsrats, was gerade in Hinblick auf eine effiziente Ratsführung von Nutzen sein dürfte. Genauso wichtig ist aber, dass Daniel Thomas Burch schlicht ein flotter Kerl ist: ein überzeugter Milizpolitiker mit starker Verankerung in der Wirtschaft, insbesondere in der Maschinenindustrie. Aufgrund seiner fachlichen, aber auch menschlichen Qualitäten sowie seiner politischen Erfahrung wird er die Aufgabe als Kantonsratsvizepräsident und dann auch als Kantonsratspräsident und höchster Zuger in den Jahren 2017–2018 mit dem notwendigen Respekt vor dieser Aufgabe und der erforderlichen Hingabe bestens meistern. Der Votant bittet den Rat, Daniel Thomas Burch zum Kantonsratsvizepräsidenten zu wählen, und dankt für die Unterstützung.

Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Daniel Thomas Burch verlässt den Saal. Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst den Wahlzettel für die Wahl der neuen Vizepräsidentin oder des neuen Vizepräsidenten aus und sammeln sie nach einigen Minuten wieder ein.

Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der **Vorsitzende** das Resultat bekannt:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 5 | 0 | 68 | 35 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Daniel Thomas Burch | 38 |
| Cornelia Stocker | 24 |
| Adrian Andermatt | 4 |
| Hans Christen | 1 |
| Jolanda Spiess-Hegglin | 1 |

➔ Der Rat wählt Daniel Thomas Burch zum Kantonsratsvizepräsidenten für den Rest der Amtsdauer 2015–2016.

Der Gewählte tritt wieder in den Saal. Der **Vorsitzende** gratuliert ihm zu seiner Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem neuen Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Kantonsratsvizepräsident **Daniel Thomas Burch** dankt für das Vertrauen und die ehrenvolle Wahl; sie ist für ihn und seine Familie, aber auch für seine Wohn- und Bürgergemeinde Risch eine grosse Ehre. Gerne stellt er sich der Verantwortung, die dieses Amt mit sich bringt. Er dankt Thomas Lötscher, der sein Amt vorzeitig zur Verfügung gestellt hat und damit seinem Nachfolger die Möglichkeit gibt, dem Präsidenten während einiger Wochen über die Schulter zu schauen und sich die-

sen oder jenen Trick anzueignen. Er nimmt die Wahl gerne an. Er dankt auch seiner Frau Beatrice für die tolle Unterstützung. *(Der Rat applaudiert.)*

Der **Vorsitzende** bittet Daniel Thomas Burch, den Platz des Kantonsratsvizepräsidenten einzunehmen.

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**533** Traktandum 5.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Integrationsklassen auf der Primarstufe für Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich**
Vorlagen: 2644.1/1a - 15218 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2644.2 - 15219 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Bildungskommission.

TRAKTANDUM 6

**534** **Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (EG BGFA): 2. Lesung**
Vorlage: 2543.4 - 15179 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 71 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**535** **Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug: 2. Lesung**
Vorlagen: 2547.5 - 15177 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2547.6 - 15231 (Antrag von Monika Barmet zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Monika Barmet auf die zweite Lesung den folgenden Antrag stellt: «§ 29 Abs. 1: Der Regierungsrat kann folgende Betriebe gemäss § 26 Abs. 2 mit Sitz im Kanton Zug durch Beiträge für die Aus- und Weiterbildung unterstützen: Spitäler und Kliniken, Pflegeheime und weitere Einrichtungen mit stationärer Langzeitpflege sowie Institutionen der spitalexternen Gesundheits- und Krankenpflege (Spitex). Die Betriebe sind nur beitragsberechtigt für Berufe, deren Tätigkeit zulasten der sozialen Krankenversicherung abgerechnet werden kann.»

**Monika Barmet** hält fest, dass sie ihre Interessenbindung bereits in der ersten Lesung offengelegt hat. Insbesondere wegen ihrer beruflichen Erfahrungen und der

düsteren Prognosen betreffend Mangel an Fachpersonal vor allem im Langzeitpflegebereich hat sie nochmals den Antrag gestellt, dass der Regierungsrat weiterhin Institutionen mit Aus- und Weiterbildungsbeiträgen unterstützen kann.
Falls das Ergebnis der ersten Lesung bestehen bleibt, § 29 Abs. 1 also gestrichen wird, findet eine Ungleichbehandlung bei der finanziellen Unterstützung von Betrieben statt. Spitäler und Kliniken werden weiterhin mit Ausbildungsbeiträgen unterstützt, Institutionen mit stationärer Langzeitpflege und Spitex aber erhalten keine Beiträge mehr. Im Langzeitbereich ist es aber wichtig, dass möglichst viele ausgebildet werden. Dort werden in wenigen Jahren Fachkräfte fehlen, auch im Kanton Zug. Der Kanton ist verantwortlich für die Gesundheitsversorgung, sowohl in der Akut- als auch in der Langzeitpflege. Dazu braucht es zwingend gut ausgebildetes Personal. Im Unterschied zu allen anderen Berufen, denen es auch an Fachkräften mangelt, liegt die Verantwortung in diesem Bereich beim Kanton. Die Zuger Bevölkerung hat Anspruch auf qualitativ gute pflegerische Betreuung. Die Beiträge sind für die Betriebe einerseits eine Wertschätzung, andererseits können sie einen Anreiz geben, entsprechende Fachkräfte auszubilden.
Die Votantin bittet den Rat, ihrem Antrag zuzustimmen, die Verantwortung zu übernehmen, Ja zu sagen zu einer Massnahme, welche die Betriebe weiterhin in der Ausbildung unterstützt – und zu bedenken, dass es schlussendlich um Menschen geht, die es verdienen, gut betreut zu werden.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, erinnert daran, dass die Stawiko in der ersten Lesung tatsächlich gewagt hat, hier einen Streichungsantrag zu stellen. Sie wiederholt gerne die Argumente, welche für die Streichung dieser Lehrlingsbeiträge sprechen:
• Es kann nicht sein, dass man Betriebsleiter von Pflegeinstitutionen mittels finanziellen Anreizen dazu motivieren muss, Ausbildungsplätze anzubieten. Es ist doch eines jeden Unternehmers, Betriebsleiters und Geschäftsführers ureigenes Interesse, den Berufsnachwuchs sicherzustellen.
• Das Gesundheitswesen erhält vom Kanton, aber auch von den Gemeinden unter verschiedenen Titeln finanzielle Unterstützung. Diese Branche ist nach Meinung der Stawiko übersubventioniert und kennt keinen oder zumindest nur selten einen Kostendruck.
• Die kleinen Beiträge, welche für die Aus- und Weiterbildung ausbezahlt werden, vergrössern die Bürokratie und den administrativen Aufwand. Es ist den meist staatsnahen Betrieben zuzumuten, ihre volkswirtschaftlichen Verpflichtungen wahrzunehmen und ihren eigenen Berufsnachwuchs zu fördern.
• Im Unterschied zur Antragstellerin hält die Votantin fest, dass die Pflegeberufe boomen. Die Ausbildungsplätze haben massiv zugenommen. Das bestätigen die Spitäler, aber auch Anbieter entsprechender Bildungsangebote. Gestern Abend hat die engere Staatswirtschaftskommission in ihrer Sitzung den Antrag bezüglich Ausbau des zusätzlich bewilligten 6. Stock des GIBZ beraten. Ausgebaut wird dieser Stock insbesondere für die Pflegeberufe.
• Gegenüber dem Gewerbe und den KMU ist die Gewährung von Beiträgen nicht fair, denn diese erhalten keine Unterstützungsbeiträge. Im Gegenteil: Sie müssen teure Ausbildungsbeiträge leisten.
• Nicht zuletzt kann ein gewisser finanzieller Druck auch positive Energien bei den Betroffenen auslösen.
Die Stawiko-Präsidentin fordert den Rat auf, endlich damit aufzuhören, mit der Giesskanne zu subventionieren. Sie empfiehlt, den Antrag von Monika Barmet abzulehnen und beim Ergebnis der ersten Lesung zu bleiben.

**Vroni Straub-Müller,** Präsidentin der Kommission Gesundheit und Soziales, teilt mit, dass die Kommission den vorliegenden Antrag in einer Sitzung zu einem anderen gesundheitspolitischen Thema unter «Varia» behandelt hat. Sie empfiehlt mit 6 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Antrag von Monika Barmet zuzustimmen Für den Antrag spricht einerseits die drohende Ungleichbehandlung von Akutspitälern und Pflegeheimen, auch wiesen die Befürworter auf die gesundheitspolitische Verantwortung des Staats hin. Die Gegner argumentierten, dass der Staat hier keine Verantwortung habe und nicht einzelne Berufe bevorzugen dürfe, zudem würden die fraglichen Betriebe auch ohne diese Beiträge Ausbildungsplätze anbieten. Insgesamt sprach sich aber – wie gesagt – eine hauchdünne Mehrheit für den Antrag von Monika Barmet aus.

**Daniel Stuber** teilt mit, dass die FDP-Fraktion mehrheitlich an der Version der ersten Lesung festhält. Der Antrag von Monika Barmet zur Beibehaltung der Ausbildungsbeiträge wurde in der Fraktion zwar erneut kontrovers diskutiert, aber die Argumente waren eigentlich die gleichen wie bei der ersten Lesung. Eine Mehrheit der Fraktion stellte schlussendlich die Wirksamkeit des Instruments grundsätzlich in Frage. Mit Blick auf die eher kleine Beitragssumme pro Ausbildungsplatz bezweifelt sie, dass diese eine grosse Änderung bewirkt. Die Betriebe haben doch nebst dem finanziellen Zustupf ein eigenes Interesse, genügend Personal auszubilden, gerade weil sich die Suche nach neuem Personal schwierig gestaltet. Auch die schon in der ersten Lesung diskutierte Ungleichbehandlung mit anderen Berufsgruppen wurde negativ ins Feld geführt.
Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage muss der Rat jede Ausgabe kritisch hinterfragen. Der Votant ruft dazu auf, die Gelegenheit für eine weitere Entlastung der Rechnung zu nutzen und am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Bereits in der ersten Lesung wurde ausgiebig über die finanziellen Beiträge an die Ausbildungsinstitutionen diskutiert. Die Prognose, dass der Bedarf an Fachkräften im Gesundheitswesen steigen werde und mit den jährlich ausgebildeten Fachleuten nicht ausgeglichen werden könne, sollte im Fokus der Diskussion stehen. Den Kostendruck spüren die Fachkräfte, wenn es darum geht, den persönlichen Bedürfnissen der Patienten gerecht zu werden. Der Anspruch, sowohl der Professionalität als Fachkraft als auch dem wirtschaftlichen Druck gerecht zu werden, ist eine tägliche Herausforderung im Umgang mit den Schwächsten der Gesellschaft.
Der Rat geht bei seinen Beratungen stets von der bestmöglichen Situation aus, und so scheint es eine recht einfache Sache zu sein: Jugendliche, die leistungsstark sind, eine schnelle Auffassungsgabe haben und gleich vom ersten Tag an mitanpacken. Auf dem Papier lässt sich vieles ganz einfach planen, die Realität ist aber oft eine andere. Alle, die selber Lehrlinge ausbilden, kennen die Herausforderungen: Es braucht Zeit, Geduld und Sensibilität, um gut qualifizierte Fachleute auszubilden. Wer schon als Patient im Spital war, weiss, dass nicht viele Fragen gestellt werden können, da die Zeit des Pflegepersonals zu stark limitiert ist, um auf die persönlichen Bedürfnisse eingehen zu können. Es ist keine Produktion, die man effizienter gestalten kann, sondern es sind Menschen in besonders sensiblen Situationen, die auf das nötige Fingerspitzengefühl angewiesen sind.
Die ALG war schon in der ersten Lesung für die Beiträge und unterstützt den Antrag von Monika Barmet. Sie ist auch der Meinung, dass der finanzielle Anreiz für Ausbildungsplätze längerfristig eine sinnvolle Strategie zur Sicherung des Versorgungsauftrags ist und zu weniger Engpässen bei den Fachkräften im Gesundheitsbereich führen wird. Sicher ist etwas mehr Druck – wie von Gabriela Ingold gesagt –

manchmal nicht schlecht. Im Gesundheitswesen aber kann Druck verheerend sein, passieren unter Druck doch oft Fehler, die unter Umständen nicht so leicht zu korrigieren sind. Es ist der Votantin daher ein Anliegen, genügend und gut ausgebildete Fachleute auf dem Arbeitsmarkt zu haben.

**Hubert Schuler** hält fest, dass der Antrag von Monika Barmet, welcher dem geltenden Gesetz entspricht, für die SP-Fraktion zwei sehr unterschiedliche Seiten mit entsprechend divergierenden Konsequenzen hat.
Auch wenn das Gesundheitswesen nur teilweise eine staatliche Aufgabe ist – der Wettbewerb spielt in diesem Bereich ja überhaupt nicht –, ist es fraglich, weshalb ein Berufsfeld speziell und zusätzlich unterstützt werden soll. Es gibt ja auch andere Berufsfelder, in denen Auszubildende fehlen; als Vegetarier will der Votant hier nicht den Metzger- oder Schlachterberuf erwähnen. Auf der anderen Seite fehlen Berufsleute in den Gesundheitsberufen, und sie werden in Zukunft noch mehr fehlen. Dies nicht einfach geschehen zu lassen, ist eine Aufgabe der Politik. Auch wenn die zur Diskussion stehende Unterstützung weiterhin bezahlt würde, müssen andere, zusätzliche Veränderungen umgesetzt werden. Es besteht auch die Gefahr, dass die Institutionen, wenn sie diese Zuwendungen weiterhin erhalten, nicht bereit sind, kreativ neue Wege zu suchen und zu beschreiten.
Für die SP ist nicht die Zahl der Auszubildenden das Problem. Viel öfter verlassen junge ausgebildete Fachpersonen das Berufsfeld, weil die Anstellungsbedingungen zu wenig attraktiv sind: lange Arbeitstage, unregelmässige Arbeitszeiten, unrhythmische Arbeitseinsätze, hektische Arbeitstage mit herausfordernden Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörigen, dazu noch oft ein echter oder künstlicher Personalmangel, weil die Politik Druck ausübt und eine höhere Wirtschaftlichkeit erwartet, dies an einem Ort, wo Menschlichkeit mehr zählen müsste. Die Tochter des Votanten absolvierte die Lehre in einem Pflegezentrum und arbeitete anschliessend noch einige Monate in einem anderen Pflegeheim. Die Beispiele, welche sie erzählte, und die Situationen, in welchen die Eltern sie motivieren mussten weiterzumachen, sind vielfältig, aber sehr oft sehr belastend für die Angestellten, welche im alltäglichen Umgang mit Mitmenschen gefordert sind.
Trotz dieser Ausführungen unterstützt die SP-Fraktion den Antrag von Monika Barmet, denn es ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um mit einer Kürzung ein Zeichen zu setzen.

**Hans Christen** legt vorerst seine Interessenbindung offen: Er ist Präsident der Stiftung Alterszentren Zug. Diese betreibt mit einem Leistungsauftrag der Stadt Zug die Alterszentren Herti, Neustadt und Frauensteinmatt und beschäftigt in diesen drei Zentren ca. 320 Angestellte.
Monika Barmet hat es bereits gesagt: Bei einer allfälligen Streichung von § 29 Abs. 1 gemäss Ergebnis der ersten Lesung würden die Institutionen der Langzeitpflege und die Spitex benachteiligt und ungleich behandelt. Sie bekämen im Gegensatz zu den Spitälern und Kliniken keine Ausbildungsleistungen mehr. Diese Leistungen werden über die Spitaltarife bzw. über gemeinwirtschaftliche Leistungen gemäss § 6 Abs. 1 Bst. c des Spitalgesetzes unterstützt. Das Gesundheitswesen ist eine staatliche Aufgabe, und dazu gehört auch die Ausbildung des Pflegepersonals. Im Bereich der Langzeitpflege wird der Fachkräftemangel ein immer dringenderes Problem, das ernst genommen werden muss. Es ist in der Verantwortung und auch im Interesse des Kantons, dass die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Pflegeheimen untergebracht werden müssen, rund um die Uhr und während sieben Tagen in der Woche eine kompetente und fachgerechte Pflege bekommen. Dies bedingt, dass der Ausbildung des Pflegepersonals grosse Aufmerksamkeit ge-

schenkt wird und diese auch unterstützt werden muss. Auch der Votant achtet und schätzt den Beruf des Metzgers, des Bäckers oder der Angestellten im Finanzwesen. Diese Ausbildungen jedoch z. B. mit einer Pflegefachfrau oder einem Pflegefachmann in einen Topf zu werfen, ist nicht angebracht. Wer Verwandte oder Bekannte hat, die in einem Heim gepflegt werden müssen, weiss sicher, was dort geleistet wird. Der Pflegeberuf fordert die Angestellten tagtäglich psychisch und physisch, und es ist nicht immer leicht, geeignetes Personal zu rekrutieren. Die Zuger Pflegeinstitutionen versuchen bereits heute, dem drohenden Mangel an Fachkräften vorzubeugen. Ohne Ausbildungsbeiträge ist dies nicht mehr im gleichen Mass möglich. Dies hätte negative Folgen für die Heimbewohnerinnen und -bewohner in den Pflegeheimen im Kanton Zug – und das kann nicht im Interesse des Kantons bzw. des Kantonsrats liegen. Der Votant ersucht den Rat deshalb, den Antrag von Monika Barmet zu unterstützen, damit die künftigen Herausforderungen im Bereich der Langzeitpflege gemeistert werden können.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** dankt zunächst Hans Christen für die Lanze, die er in seinem Votum für die anspruchsvolle Arbeit der Pflegenden in den Institutionen der Langzeitpflege, in den Spitälern und bei der Spitex gebrochen hat. Der Antrag von Monika Barmet auf die zweite Lesung entspricht dem Antrag der Kommission Gesundheit und Soziales auf die erste Lesung. Dieser schränkte den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats zwar etwas ein bzw. präzisierte ihn, der Regierungsrat schloss sich ihm aber bereits in der ersten Lesung an und unterstützt deshalb nun auch den Antrag von Monika Barmet. Mit der Zustimmung würde es dem Regierungsrat weiterhin ermöglicht, an Institutionen der Langzeitpflege und an die Spitex Ausbildungsbeiträge auszubezahlen und so einen Anreiz zu schaffen, Ausbildungsplätze anzubieten. Wie der Regierungsrat bereits mehrmals betont hat, tut er dies jedoch nur, wenn die Beiträge tatsächlich auch Wirkung entfalten; dazu ist eine Untersuchung bei den Heimen geplant. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass ein solches Anreizsystem zur Ausschöpfung des Ausbildungspotenzials von Pflegeinstitutionen weit sinnvoller ist als administrativ aufwendige Ausbildungsverpflichtungen, wie sie verschiedene andere Kantone kennen.
Der Gesundheitsdirektor will die Diskussion in der ersten Lesung nicht nochmals führen und nicht im Einzelnen auf die heutigen Voten eingehen, er möchte aber doch einige Überlegungen anbringen. Die Rede ist hier von gut 200'000 Franken. 2015 wurden 236'000 Franken Ausbildungsbeiträge an 14 von 17 Institutionen der Langzeitpflege und an die Spitex ausbezahlt. Der höchste Betrag betrug 38'000 Franken, der tiefste 4000 Franken. Der Antrag von Monika Barmet fokussiert auf die Gleichbehandlung der Betriebe im Gesundheitswesen. Tatsächlich unterstützt der Kanton – wie auf Seite 14 seines regierungsrätlichen Berichts ausgeführt ist – die Ausbildungstätigkeit von Spitälern und Kliniken gemäss den Bestimmungen des KVG, nicht aber Institutionen der Langzeitpflege und Spitex. Es trifft deshalb zu, dass diese Institutionen bezüglich Unterstützung ihrer Ausbildungsbemühungen nicht gleich behandelt werden.
Zwar entsprechen die heutigen Ausbildungsbeträge weniger als 1 Prozent der Erträge dieser Institutionen. Die Rekrutierung von Fachkräften ist hier jedoch besonders schwierig, und der Bedarf an Fachkräften wird aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren nochmals stark ansteigen. Studien gehen bis 2025 von einem Zusatzbedarf von 20 Prozent für das Pflege- und Betreuungspersonal aus. Trotz grosser Bemühungen entspricht heute die Zahl der Abschlüsse nur rund 56 Prozent des geschätzten jährlichen Nachwuchsbedarfs – und jedermann kann sich ausrechnen, wo die fehlenden 44 Prozent rekrutiert werden müssen. Immerhin zeigt die Ausbildungsoffensive seit 2010, zu der auch diese Ausbildungs-

beiträge gehören, Wirkung: 2009 wurden im Kanton Zug noch 75 Ausbildungsplätze im Pflegebereich angeboten, 2015 waren es schon 135 Plätze.
Für die Erfüllung des staatlichen Versorgungsauftrags im Bereich der Pflege, insbesondere der Langzeitpflege, ist eine genügend grosse Zahl von Fachkräften entscheidend. Die Ausbildungsbeiträge sind ein kleiner Hebel des Kantons, darauf Einfluss zu nehmen. Im Namen des Regierungsrats empfiehlt der Gesundheitsdirektor dem Rat deshalb, dem Antrag von Monika Barmet zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Monika Barmet mit 37 zu 34 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 64 zu 6 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Staatskanzlei zusammen mit der Gesundheitsdirektion aufgrund der Beschlüsse in der ersten Lesung folgende Anpassungen bei der Nummerierung der Paragrafen vornehmen wird:
- § 50e wird zu § 50d.
- In § 19 Abs. 2 und § 28 Abs. 2 wird folglich auf § 50d und nicht auf § 50e verwiesen.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**536 Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung: 2. Lesung**

Vorlagen: 2553.5 - 15161 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2553.6 - 15174 (Antrag von Richard Rüegg und Andreas Hausheer zur 2. Lesung); 2553.7 - 15217 (Anträge der CVP-Fraktion zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Sicherheitsdirektion in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und unter Einbezug der Redaktionskommission auftragsgemäss die redaktionellen Änderungen im Gesetz über den Feuerschutz vom 15. Dezember 1994 gemäss Ziff. II der Vorlage in das Ergebnis der ersten Lesung eingearbeitet hat. Auf die zweite Lesung sind folgende Anträge eingegangen:
- Antrag von Richard Rüegg und Andreas Hausheer zu § 35 Abs. 3;
- Anträge der CVP-Fraktion zu § 3a Abs. 1 und 2, zu § 5 Abs. 2 Bst. e und h sowie zu § 6 Abs. 2 Bst. f und i;
- Eventualantrag der CVP-Fraktion zu § 4 Abs. 1 Bst. aa, falls am Ergebnis der ersten Lesung zu § 3a festgehalten wird.

*§ 33 Abs. 3*

**Richard Rüegg** als Vertreter der Antragsteller fasst den Antrag zu § 33 Abs. 3 zusammen: Es gelte die Fassung, mit der ein Minderwert entschädigt wird.
Die Gebäudeversicherung mit ihrer Monopolstellung soll einen Versicherungsnehmer im Schadenfall immer entschädigen. Der Versicherungsnehmer hat keine Möglichkeit, eine Versicherungsgesellschaft mit besseren Leistungen auszuwählen.

Mit einer «kann»-Formulierung, wie sie in der ersten Lesung beschlossen wurde, ist es fraglich, ob in einem Schadenfall die Rechtsgleichheit zu anderen Geschädigten gewahrt ist. Das bedeutet, dass dem einen Geschädigten ein Minderwert bezahlt wird, einem anderen aber nicht. Aber auch wenn der Schaden keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gebrauchstauglichkeit des Gebäudes hat, wird bei einer Schätzung oder einem Verkauf trotzdem ein Minderwert geltend gemacht. Darum soll ein Geschädigter immer entschädigt werden. Mit einem Selbstbehalt hat die Gebäudeversicherung immer noch die Möglichkeit zu regulieren, um Bagatellfälle auszuschliessen.
Namens der Antragsteller bittet der Votant, den Antrag zu unterstützen.

**Alois Gössi,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass sich die Kommission hier sehr einig war: Mit 13 zu 0 Stimmen wurde der Antrag Rüegg/Hausheer in einer Doodle-Umfrage abgelehnt. Die Antragsteller wollen, dass auf die Fassung gemäss Antrag des Regierungsrats zurückgekommen wird, der wie folgt lautete: «Wenn ein beschädigter Gebäudeteil noch gebrauchstauglich ist, dessen Reparatur oder Neuanschaffung aber unverhältnismässig wäre, wird ein Minderwert entschädigt.» In der ersten Lesung beschloss der Rat auf Antrag von Pirmin Frei, dass ein Minderwert entschädigt werden *kann,* aber nicht *muss.*
Heute handhabt die Gebäudeversicherung die «kann»-Formulierung wie folgt: Bei einem Schaden unterscheidet die Gebäudeversicherung, ob der beschädigte Bauteil grundsätzlich noch gebrauchstauglich ist und somit seine Funktion erfüllen kann, oder ob er so stark beschädigt ist, dass er ersetzt werden muss. So kommt es z. B. bei einem Schadenereignis durch Hagel häufig vor, dass es sich lediglich um einen optischen Schaden, also einen reinen Schönheitsfehler, handelt, etwa an einer Blechabdeckung am Dachrand, welche nicht einsehbar ist. Da die Gebrauchstauglichkeit zu 100 Prozent gegeben und der Schaden auch optisch nicht offensichtlich erkennbar ist, wird heute in einem solchen Fall kein Minderwert entschädigt. Als weiteres Beispiel kann eine leichte optische Beeinträchtigung durch drei bis vier kleine Hagelbeulen an einer Lamellenstore angeführt werden. Auch hier wird heute kein Minderwert entschädigt, da die Funktionstüchtigkeit der Store vollumfänglich gegeben ist.
Mit der beantragten «muss»-Formulierung» hat der Schadenexperte keinen Beurteilungsspielraum mehr. Die Ausrichtung einer – wenn auch sehr geringen – Minderwertentschädigung ist zwingend. Diese würde oft unter dem Selbstbehalt liegen und müsste vom Versicherten selber getragen werden. Die Sicherheitsdirektion hat übrigens eingeräumt, dass die Praxisverschärfung, welche der Regierungsrat in seiner Vorlage beantragte, eigentlich nie geplant war, sondern irgendwie in die Vorlage hineinrutschte. Sie würde gegenüber heute höhere Kosten bei der Gebäudeversicherung auslösen. Die vorberatende Kommission bittet deshalb, den Antrag Rüegg/Hausheer abzulehnen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass der Antrag Rüegg/Hausheer in der Stawiko keine Chance hatte. Die Argumente dagegen wurden von Kommissionspräsident Alois Gössi bereits ausgeführt.

Für **Andreas Hausheer** geht es – ergänzend zu Richard Rüegg – einfach nicht, dass in Fällen, in denen ein Minderwert ausgewiesen ist, die Gebäudeversicherung diesen nicht bezahlt. Als Versicherungsnehmer bezahlt man Prämien, und im Gegenzug hat man ein Anrecht darauf, dass ein Minderwert ausgeglichen wird. Zum Beispiel von Alois Gössi: Bei einem rein «kosmetischen» und nicht einsehbaren Schaden stellt sich in der Tat die Frage, ob ein Minderwert vorliege. Wenn Hagel

beispielsweise die Bleche auf dem Dach beschädigt, sind sie zwar noch gebrauchsfähig, sie haben aber einen Minderwert. Und da geht es nicht an, dass die Gebäudeversicherung von sich aus entscheidet, diesen Minderwert nicht zu entschädigen. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag Rüegg/Hausheer.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** verweist auf die detaillierten Ausführungen des Kommissionspräsidenten. Es ging etwas vergessen, dass im revidierten Gesetz die heutige Praxis abgebildet werden soll, zumal diese kaum je zu Problemen führte. Der Gebäudeversicherung soll also die Möglichkeit belassen werden, den Minderwert flexibel zu beurteilen und ihn nicht immer hundertprozentig abdecken zu müssen, dies insbesondere dort, wo man einen Schaden nicht sehen kann. In diesem Sinne bittet der Sicherheitsdirektor, beim Ergebnis der ersten Lesung zu bleiben.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Richard Rüegg und Andreas Hausheer mit 51 zu 15 Stimmen ab.

*§ 3a Abs. 1 und 2, § 5 Abs. 2 Bst. e und h sowie § 6 Abs. 2 Bst. f und i*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Anträge der CVP-Fraktion zu § 3a Abs. 1 und 2, § 5 Abs. 2 Bst. e und h sowie § 6 Abs. 2 Bst. f und i ein in sich geschlossenes, anderes System von sachlichen Zuständigkeiten zum Ziel haben. Die Änderungen in den betroffenen Paragrafen bedingen sich gegenseitig, weshalb über diese Anträge *en bloc* bzw. als Paket abgestimmt wird.

**Roger Wiederkehr** spricht für die CVP-Fraktion und erinnert daran, dass deren Anträge zur Organisation der Verantwortlichkeiten und Kompetenzen in der ersten Lesung des neuen Gebäudeversicherungsgesetzes knapp gescheitert sind. Es war damals mit all den Anträgen und Abstimmungen nicht leicht, den Überblick zu behalten, so dass eine in sich schlüssige und sinnvolle Kompetenzregelung herauskommen konnte. Aus diesem Grund erlaubt sich die CVP-Fraktion, ihr Anliegen aus nochmals sauber und begründet vorzulegen. Damit hat der Rat die Möglichkeit gehabt und hoffentlich auch genutzt, die Überlegungen bezüglich Verantwortlichkeiten und Kompetenzen nachzuvollziehen. Zusätzlich möchte der Votant einige ergänzende Überlegungen vorlegen.
Nach der ersten Lesung steht fest, dass:
• die Gebäudeversicherung Zug (GVZG) ihre Monopolstellung behält;
• die GVZG eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt bleibt;
• ein Verwaltungsrat die strategische Führung der GVZG übernimmt;
• die Geschäftsleitung der GVZG auf die operative Führung beschränkt wird;
• eine Verbindung zum Kanton bestehen bleiben muss.
Aus den Materialien geht hervor, dass die Zusammensetzung des Verwaltungsrats nach fachlichen Kriterien erfolgen muss und die relevanten Themenbereiche wie Versicherung, Immobilien, Finanzanlagen, Hauseigentümer und Brandschutz abgedeckt sein müssen. Dies ist ein Bekenntnis zu Qualität, die heute mit der bloss politischen Aufsichtsbehörde Regierungsrat fraglich ist. In der Privatwirtschaft haben sich folgende Grundsätze der Unternehmensführung *(Corporate Governance)* eingespielt:
• Der Verwaltungsrat wird von der Generalversammlung als oberstem Organ mit Oberaufsicht gewählt, der Verwaltungsrat wählt die Geschäftsleitung.
• Der Verwaltungsrat legt die strategischen Ziele fest, die Geschäftsleitung setzt diese um.

- Der Verwaltungsrat trägt die finanzielle Gesamtverantwortung, die Geschäftsleitung führt die Finanzen nach Massgabe der Budgetvorgaben des Verwaltungsrats.
- Die Geschäftsleitung erstellt den Jahresabschluss, der Verwaltungsrat verabschiedet den Jahresabschluss zuhanden der Generalversammlung.
- Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung die Genehmigung des Jahresabschlusses, die Generalversammlung beschliesst über den Jahresabschluss.

Ein schlanker, effizienter Staat sollte sich diese *Corporate-Governance*-Grundsätze zu Eigen machen. Wählt er Spezialisten in den Verwaltungsrat einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt, sollten diesem die Kompetenzen zuerkannt werden, die ein Verwaltungsrat in einer privatrechtlichen Unternehmung hat. Die Oberaufsicht muss bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt in jedem Fall beim Staat bleiben. Zudem müssen politische Einflussnahmen im gesetzlich vorgesehenen Rahmen möglich sein bzw. bleiben. Als Grundsatz muss gelten: Je qualifizierter ein Verwaltungsrat ist, desto eher kann die Oberaufsicht auf Exekutivstufe bleiben. Eine Aufteilung der politischen Oberaufsicht auf Exekutive und Legislative ist ineffizient und widerspricht dem Wunsch nach einem schlanken, effizienten Staat.

Nach der ersten Lesung ist nun vorgesehen, dass:

- der Verwaltungsrat das Budget der GVZG nicht selbständig genehmigen kann, sondern es dem Regierungsrat vorlegen muss. Dies widerspricht den Grundsätzen der Unternehmensführung. In einem privaten Unternehmen wird das Budget vom Verwaltungsrat, nicht von der Generalversammlung beschlossen; diese nimmt das Budget höchstens zur Kenntnis. Die Budgetgenehmigung durch das oberste Organ kennt man bei Vereinen, aber auch das immer seltener.
- das Budget dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht werden muss. Nimmt der Regierungsrat das Budget zur Kenntnis, ist eine Kenntnisnahme durch den Kantonsrat aber nicht mehr notwendig, das wäre eine Doppelspurigkeit. Den Kantonsratsmitgliedern bleiben alle politischen und rechtlichen Einflussmöglichkeiten erhalten: Motion, Interpellation, Akteneinsicht etc.
- dass die Jahresrechnung vom Kantonsrat genehmigt wird, obwohl der Regierungsrat Oberaufsichtsbehörde ist bzw. sein müsste.

Zusammengefasst beinhalten die Anträge der CVP-Fraktion in Bezug auf die Organisation der GVZG folgendes:

- Die Budgetkompetenz liegt beim Verwaltungsrat.
- Der Regierungsrat hat die Oberaufsicht mit Kenntnisnahme des Budgets und Genehmigung der Jahresrechnung.
- Der Kantonsrat erhält den Jahresabschluss zur Kenntnisnahme.

Wie bereits gehört, machen diese Anträge nur Sinn, wenn sie als Gesamtpaket zur Anwendung kommen. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für diese Lösung. Auch die Regierung hat sich im Hinblick auf die zweite Lesung diesen Überlegungen angeschlossen, was die CVP sehr begrüsst. Für den Fall, dass der Kantonsrat wider Erwarten am Ergebnis der ersten Lesung festhält, stellt die CVP den Eventualantrag, dass der Kantonsrat in § 4 Abs. 1 explizit als Organ der Gebäudeversicherung Zug aufzuführen sei. Der Kantonsrat würde in diesem Falle eine zentrale Aufsichtsfunktion wahrnehmen, und im Sinne der Transparenz ist dies zu erwähnen. Der Votant dankt für die Unterstützung.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** hält fest, dass die CVP-Fraktion auf die zweite Lesung den Antrag stellt, dass der Kantonsrat inskünftig die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung nur noch zur Kenntnis nehmen und nicht mehr genehmigen soll, wie dies in der ersten Lesung beschlossen wurde. Das Budget soll der Kantonsrat überhaupt nicht mehr erhalten, nicht einmal mehr

zur Kenntnisnahme; es soll künftig vom Verwaltungsrat verabschiedet und nur noch vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen werden.
Die vorberatende Kommission lehnte diese Anträge in einer Doodle-Abstimmung relativ knapp mit 8 zu 6 Stimmen ab. Die Mehrheit gewichtete es höher, dass der Kantonsrat auch künftig mehr Einflussmöglichkeiten im Bereich des Budgets – auch wenn er dieses nur zur Kenntnis nimmt – sowie des Geschäftsberichts und der Rechnung, die er genehmigt, haben soll. Die Argumente der CVP, nämlich dass die zusätzliche Aufteilung der Kompetenzen ineffizient sei und den allgemein anerkannten *Governance*-Regeln und dem politisch weit verbreiteten Wunsch nach einem schlanken, effizienten Staat widerspräche, wurden weniger hoch gewichtet.
Vielleicht erinnert sich der Rat an die Debatte zum Budget der Gebäudeversicherung in deren Jubiläumsjahr. Die Gebäudeversicherung plante damals eine Jubiläumsaktion für ihre Kunden, nämlich die verbilligte oder sogar unentgeltliche Abgabe von Blitzableitern. Die Geschäftsleitung der Gebäudeversicherung plante diese Aktion, der Regierungsrat nahm sie mit dem Budget zur Kenntnis – und erst der Kantonsrat stoppte sie. Ob das vernünftig war oder nicht, will der Votant nicht beurteilen. Sicher aber ist, dass nach dem Vorschlag der CVP-Fraktion dies künftig nicht mehr möglich wäre: Der Kantonsrat hätte keine Einflussmöglichkeiten mehr, wenn er das Budget nicht zur Kenntnis erhält. Er würde erst im Nachhinein die Rechnung und den Geschäftsbericht zur Kenntnis nehmen.
Beim Eventualantrag der CVP gab es ebenfalls es eine knappe Mehrheit: Mit 8 zu 7 Stimmen stimmt die vorberatende Kommission dem Eventualantrag zu. Gegen diesen Antrag kann angeführt werden, dass der Kantonsrat mit der Kenntnisnahme des Budgets sowie der Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts seine Willensbildung und den Geschäftsgang der Gebäudeversicherung nicht massgebend beeinflussen kann. Folglich könnte der Kantonsrat auch nicht für die Handlungen der Gebäudeversicherung zur Verantwortung gezogen werden. Eine Organstellung des Kantonsrats sollte deshalb vermieden werden. Die knappe Mehrheit der Kommissionsmitglieder fand jedoch, dass der Kantonsrat als Organ der Gebäudeversicherung explizit aufgeführt werden soll, da er in diesem Fall eine zentrale Aufsichtsfunktion wahrnimmt.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Diese lehnt die Anträge der CVP einstimmig ab, ebenso den Eventualantrag. Die SVP hört zwar die *message* der CVP, findet es politisch aber wenig stilvoll, wenn man auf die zweite Lesung hin alle Entscheidungen des Kantonsrats ins Gegenteil wenden will – und dazu noch das Märchen erzählt, der Rat habe die Zusammenhänge nicht wirklich verstanden. In Wahrheit hat der Rat sehr genau verstanden, worüber er abgestimmt hat, und die SVP bleibt beim Ergebnis der ersten Lesung.

**Hans Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Anträge der CVP intensiv diskutiert hat und diese grossmehrheitlich unterstützt. Die beantragte Anpassung von § 3a, § 5 und § 6 trägt der heutigen Auffassung von *Good Governance* stärker Rechnung. Bei der bevorstehenden neuen Ausrichtung der Gebäudeversicherung Zug sind diese Anpassungen sinnvoll. Bei einer Ablehnung müsste folgerichtig dem Eventualantrag zugestimmt werden.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG und dankt für die Anträge auf die zweite Lesung, sie haben in der ALG zu spannenden Diskussionen geführt. Wichtig scheint der ALG, dass sowohl Rechnung als auch Bericht von einem staatlichen Gremium genehmigt werden. Das ist so oder so der Fall, was gut ist. Die Anschlussfrage ist – und sie wird durch den CVP-Antrag gestellt –, inwieweit diese Prüfung entpolitisiert

werden soll oder nicht: Wie nah soll der Kantonsrat dran sein an der Gebäudeversicherung? Die ALG gewichtet die politische Steuerung und die Nähe des Kantonsrats höher als die Entpolitisierung, dies insbesondere mit Blick auf die Monopolstellung der Gebäudeversicherung. Gäbe es diese Monopolstellung nicht, könnte die ALG den Überlegungen der CVP folgen, dass im Sinne von *Good Governance* bzw. *Public Good Governance* mehr Freiheit gebraucht werde, weil sich die Institution als öffentlich-rechtliche Anstalt ja auf dem freien Markt bewegen würde. Nun aber gibt es diese Monopolstellung, und daher soll der Kantonsrat nahe dran sein.
Den Eventualantrag der CVP unterstützt die ALG mehrheitlich. Wenn der Kantonsrat die Rechnung und den Geschäftsbericht genehmigt, hat er sehr wohl Organfunktion. Denn dann kann er zumindest mittelfristig relativ stark in die Geschicke der Gebäudeversicherung eingreifen, beispielsweise indem er die Rechnung und den Geschäftsbericht ablehnt. Dann wäre die Gebäudeversicherung unter Umständen handlungsunfähig. Es braucht also diese Organfunktion des Kantonsrats.

**Andreas Hausheer** hält der Kritik von Philip C. Brunner, dass die CVP ein Anliegen aus der ersten Lesung nochmals vorbringe, eine rhetorische Frage entgegen: Wer hat vor nicht einmal zwei Monaten im Rahmen des Entlastungsprogramms auf die zweite Lesung genau die gleichen Anträge gestellt wie schon in der ersten Lesung? Die Antwort ist allen bekannt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** teilt mit, dass sich der Regierungsrat nochmals intensiv mit den Anträgen der CVP-Fraktion auseinandergesetzt hat. Welches sollen – im Sinne von Kontrollfunktionen – die Aufgaben des Regierungs- und des Kantonsrats sein, und welches sind die Aufgaben des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung? Die jetzige Revision bietet die einmalige Chance, ein praxis- und zukunftstaugliches Gesetz im Sinne von *Good Governance* zu beschliessen. Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat beschlossen, den Anträgen der CVP auf die zweite Lesung zuzustimmen. Man kann nicht einen kompetenten Verwaltungsrat einsetzen, ihn aber zugleich wieder bevormunden und seine Kompetenzen zu stark beschneiden. Der künftige Verwaltungsrat wird sich in den komplexen Fragen von Versicherung etc. auskennen und mit einer grossen Verantwortung umgehen müssen, und er wird für die finanzielle Stabilität der Gebäudeversicherung und die Festlegung der Prämien zuständig sein. Es ist daher nur konsequent, wenn er auch über das Budget entscheidet. Dem Kantonsrat wird auch in Zukunft die oberste Aufsicht obliegen. Er hat, wenn die Gebäudeversicherung nicht funktionieren sollte, immer die Möglichkeit, mit parlamentarischen Vorstössen einzugreifen. In diesem Sinn bittet der Sicherheitsdirektor, die Kompetenzen im Sinne der CVP-Anträge zuzuordnen.
Nicht einverstanden ist der Regierungsrat mit dem Eventualantrag bezüglich Organstellung. Er stützt sich dabei auf das Bundesgerichts ab, das sagt: «Als mit der Verwaltung oder Geschäftsführung betraut im Sinne dieser Bestimmung gelten nicht nur Entscheidungsorgane, die ausdrücklich als solche ernannt worden sind. Dazu gehören auch Personen, die tatsächlich Organen vorbehaltene Entscheide treffen oder die eigentliche Geschäftsführung besorgen und so die Willensbildung der Gesellschaft massgebend mitbestimmen.» Mit Bezug auf den Kantonsrat stellt sich folglich die Frage, ob dieser auf die Entscheide der Gebäudeversicherung so stark Einfluss nehmen kann, dass er für deren Handlungen auch verantwortlich gemacht werden kann, beispielsweise wenn zu hohe Entschädigungen ausbezahlt werden etc. Gemäss dem Ergebnis der ersten Lesung soll der Kantonsrat ja das Budget zur Kenntnis nehmen und die Rechnung und den Geschäftsbericht genehmigen. In dieser Funktion kann er nicht direkt und sofort auf das operative Ge-

schäft und die Entscheide der Gebäudeversicherung Einfluss nehmen, so dass eine Organstellung zu verneinen und der Eventualantrag folglich abzulehnen ist. Der Sicherheitsdirektor erinnert im Übrigen daran, dass früher das Budget und die Rechnung der Gebäudeversicherung nie dem Kantonsrat vorgelegt wurden und erst er – auch in Absprache mit der Stawiko – die heutige Praxis eingeführt hat.

**Manuel Brandenberg** bittet, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten. Es wurden heute keine neuen, nicht bereits in der ersten Lesung diskutierten Argumente vorgebracht. Es gibt also keinen Grund, von einem demokratisch legitimierten Entscheid in der ersten Lesung abzuweichen, nur weil die Antragsteller mit ihrer Begründung in der ersten Lesung nicht durchgekommen sind.
Es wird heute viel von *Corporate Governance* und neuen *Standards* gesprochen, um die eigenen pekuniären Machtinteressen zu verschleiern. Hier geht es aber nicht um einen Markt, sondern *de facto* um ein staatliches Monopol: um eine Versicherung, die in diesem Bereich im Kanton Zug alles tun kann. Man kann also nicht so tun, als ob man im freien Markt wäre und die Kriterien des freien Marktes an eine Aktiengesellschaft *telquel* übernehmen könnte. Es ist eben gerade nicht so. Es geht um ein Monopol, ausgelagert in eine öffentlich-rechtliche Anstalt, *de facto* also um eine Staatsaufgabe, einfach in einem anderen Kleid. Und diese Staatsaufgabe ist wie alles, was der Staat tut, auch eine politische Frage. Und damit ist es naheliegend, dass das Parlament dazu auch etwas zu sagen hat. Und damit muss das Argument der gesicherten, normalen *Good Corporate Governance* etwas zurücktreten gegenüber dem Aspekt der politischen Mitwirkung des Parlaments, das den Souverän vertritt, des Souveräns wiederum, der verpflichtet ist, seine eigenen Häuser bei ebendieser Versicherung versichern zu lassen. Der Votant bittet deshalb, bei den Entscheiden der ersten Lesung zu bleiben.

➔ Der Rat stimmt den Anträgen der CVP-Fraktion zu § 3a Abs. 1 und 2, § 5 Abs. 2 Bst. e und h sowie § 6 Abs. 2 Bst. f und i mit 40 zu 33 Stimmen *en bloc* zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Eventualantrag der CVP-Fraktion damit hinfällig wird.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 54 zu 18 Stimmen zu.

**Manuel Brandenberg** stellt den **Antrag** auf das Behördenreferendum. Es geht hier um ein staatliches Monopol, und der Rat hat nun die Mitwirkungsrechte derjenigen, welche sich dieser Versicherung anschliessen müssen, gegenüber der ersten Lesung beschnitten. Die Betroffenen, nämlich die Stimmbürger mit Wohneigentum, sollen deshalb mitentscheiden können.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für ein Behördenreferendum die Zustimmung von mindestens einem Drittel aller Ratsmitglieder, also mindestens 27 Stimmen, nötig ist.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf das Behördenreferendum mit 28 Stimmen zu. 43 Ratsmitglieder stimmen dagegen.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 9

**537 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal: 2. Lesung**

Vorlage: 2572.5 - 15178 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind. Gestützt auf § 74 Abs. 1 GO KR folgt ohne Diskussion die Schlussabstimmung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 59 zu 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** orientiert, dass der Stadtschreiber sowie ein Mitarbeiter der Informatik der Stadtverwaltung von Wil (Kanton St. Gallen) dem Büro des Kantonsrats hier im Haus die Abstimmungsanlage vorgeführt haben, wie sie im Stadtparlament von Wil im Einsatz steht. Diese Anlage überzeugte das Büro. Die Staatskanzlei wird zusammen mit der Baudirektion eine solche mobile Abstimmungsanlage beschaffen. Die Inbetriebnahme der Anlage erfolgt voraussichtlich am 15. Dezember 2016. Der Rat darf sich darauf freuen.

**Kenntnisnahme des Reglements**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Büro des Kantonsrats das Reglement betreffend elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal aufgrund der Änderung im Kantonsratsbeschluss und der Voten in der ersten Lesung grundlegend überarbeitet hat. Das aktuelle Reglement in der Fassung vom 9. August 2016 wurde den Ratsmitgliedern auf die heutige Sitzung hin zugestellt. Das Büro beantragt, das Reglement zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat nimmt das Reglement betreffend elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal zur Kenntnis.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 10

**538 Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum von Junge Alternative Zug und JUSO JungsozialistInnen**

Vorlagen: 2565.0 - 00000 (Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum: Wortlaut): 2565.1 - 15140 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2565.2/2a/2b - 15224 (Bericht und Antrag der Kommission); 2565.3 - 15234 (Bericht und Antrag der Kommissionsminderheit).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Initiative abzulehnen. Die vorberatende Kommission beantragt Ablehnung der Initiative ohne Gegenvorschlag, eine Kommissionsminderheit beantragt Annahme der Initiative. Die Staatswirtschaftskommission hat dieses Geschäft nicht vorberaten.

EINTRETEN

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Eintreten – weil es sich um eine Gesetzesinitiative handelt – rechtlich zwingend ist, sofern nicht ein formeller oder anderer rechtlicher Mangel geltend gemacht wird. Die Staatskanzlei hat mit Verfügung vom 13. Oktober 2015 festgestellt, dass die Gesetzesinitiative formell richtig zustande gekommen ist. Es wird somit keine Eintretensdebatte geführt.

➔ Eintreten ist unbestritten.

BERATUNG ZUR SACHE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine eigentliche Detailberatung gibt. Es wird zur Sache an sich gesprochen.

**Andreas Hausheer,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission die Vorlage am 4. Juli beraten hat. Zur Kommissionssitzung war auch eine Delegation der Initianten eingeladen, welche ihre Argumente vorbrachte. Zu den Argumenten der Initianten sowie denjenigen des Regierungsrats gegen die Initiative finden sich im Kommissionsbericht ausführliche Erläuterungen. Der Votant führt einige Punkte auf:
• Die Initianten hielten fest, dass der regierungsrätliche Bericht inhaltlich, methodisch und argumentativ schwach und irreführend sei sowie falsche Behauptungen enthalte.
• Dass der Regierungsrat den Begriff der Kostenmiete als «irrtümlich verwendet» kategorisiere, sei Ausdruck des unsauber recherchierten und verfassten Berichts.
• Im Bericht des Regierungsrats gebe es Abbildungen, die keine verwertbare Erkenntnis für die politische Arbeit liefern oder teilweise nichts aussagen würden.
• Es sei nicht richtig, dass der Regierungsrat mit Verweis auf andere Orte festhalte, dass Zug kein Sonderfall sei. Von den genannten Orten liege einzig St. Moritz in einer vergleichbaren Grössenordnung, ein Refugium für eine vermögende Elite.
• Die Initianten bestritten nicht, dass Wohnraum im unteren Preissegment tatsächlich existiere. Dessen Anteil sei aber massiv zu klein.
• Die Behauptung im regierungsrätlichen Bericht, dass der Anstieg der Reallöhne den Anstieg der Mietpreise relativiere, sei falsch.
• Die Nachfrage nach Wohnraum und die daraus folgende Verteuerung der Miet- und Immobilienpreise sei zum einen auf steigende Ansprüche und zum anderen auf das Bevölkerungswachstum von fast 15 Prozent zwischen 2000 und 2010 zurückzuführen. Als Hauptgrund für das Bevölkerungswachstum wurde Zugs aggressive Standort- und Steuerpolitik genannt.
• Zug werde so immer mehr zum Monaco der Schweiz. Letztlich führe dies dazu, dass junge, in Zug aufgewachsene Menschen immer mehr Mühe hätten, eine bezahlbare Wohnung zu finden, und oftmals gezwungen seien, in benachbarte Gebiete wegziehen.
• Der Kanton Zug verfüge zwar über ein Wohnraumförderungsgesetz, der damit eingeschlagene Weg sei aber ungenügend. Statt klare und messbare Ziele zu setzen, zielten die bestehenden Förderungsmassnahmen auf punktuelle Projekte und Subventionierungen von teurem Wohnraum ab.
• Eine nachhaltige Wohnraumförderung im Sinne der Initiative bedeute, dass der Staat Boden kaufe und diesen Wohnbaugenossenschaften – auch privaten – zur Verfügung stelle. Somit würde das Land der schädlichen Spekulation entzogen und brächte dem Kanton nachhaltigen Gewinn.

• Der Markt habe versagt, was zu einer Verdrängung von Zugerinnen und Zugern führe. Deshalb brauche es die Initiative.

Mit diesen Argumenten und Schlussfolgerungen war die Vertretung von Regierung und Verwaltung nicht einverstanden. Im Sinne eines Abklärungsauftrags erteilte der Votant in seiner Funktion als Kommissionspräsident vor der Kommissionssitzung der Verwaltung den Auftrag, aufzuzeigen, wie sich die Situation im Kanton Zug in Bezug auf den preisgünstigen Wohnungsbau präsentiert. Dies geschah mit der Absicht, die Diskussion auf der Basis einer objektiven Grundlage und nicht auf der Basis subjektiv gefühlter Zustände der einen oder anderen Seite führen zu können. Die Verwaltung erstellte eine Übersicht, die zeigt, wie viele Wohnungen im Kanton Zug im Sinne des Wohnraumförderungsgesetzes als preisgünstig gelten; die entsprechende Tabelle ist dem Kommissionsbericht als Beilage angefügt. Als Ergebnis der Auslegeordnung wurde festgehalten, dass 27 Prozent des gesamten Wohnungsbestands im Kanton Zug als preisgünstig gemäss den Kriterien des Wohnraumförderungsgesetzes gelten. Von daher sei im Verständnis der Regierung die Zielvorgabe der Initiative, nämlich 20 Prozent preisgünstige Wohnungen, erfüllt. Es liegt auf der Hand, dass in der Kommission unterschiedliche Ansichten betreffend der Interpretation dieser Tabelle bestanden. Die Diskussion hier im Rat und dann vor der Volksabstimmung wird letztlich wohl dahin laufen, ab wann eine Wohnung «preisgünstig» ist. In seiner Funktion als Kommissionpräsident überlässt der Votant diese Diskussion seinen Nachrednern. Die Kommissionsminderheit wird den Rat zu überzeugen versuchen, dass das Berechnungsmodell tatsächlich «absurd» sei – wie sie es in ihrem Bericht qualifiziert –, die Regierung wird den Rat von der Richtigkeit der erwähnten Tabelle zu überzeugen versuchen. Somit dürfte die Tabelle eine wichtige Grundlage im politischen Entscheidungsprozess darstellen. In der Kommission hatte die Tabelle sicher einen nicht zu unterschätzenden Einfluss.

Losgelöst von der erwähnten Tabelle unterstrichen Regierung und Verwaltung an der Kommissionssitzung ihre Überzeugung, dass sich die bestehenden Instrumente der Zuger Wohnraumförderung bewährt hätten. Diese Überzeugung wurde der Kommission mit Verweis auf verschiedene grössere Überbauungen – im Kommissionsbericht auf Seite 4 nachzulesen – erläutert. Der in Zug eingeschlagene Weg geniesse auch die Unterstützung von Bundesbern, habe doch der Bundesrat den entsprechenden Richtplaneintrag als vorbildlich genehmigt. Auch in der Revision des Planungs- und Baugesetzes sei der preisgünstige Wohnungsbau ein Thema. Letztlich sei die Initiative deshalb unnötig, unverhältnismässig und kontraproduktiv.

Wie gesagt, war in der Kommission die erwähnte Tabelle eine wichtige Diskussionsgrundlage. Während es Kommissionsmitglieder gab, welche die Initiative nicht zuletzt aufgrund der präsentierten Zahlen als überholt erachteten, wurde von der die Initiative befürwortenden Seite ausgeführt, dass die Wohnungen wohl nach den Kriterien des Wohnraumförderungsgesetzes preisgünstig seien, nicht aber mit Blick auf die Einkommen der Mieterinnen und Mieter. So lässt sich nun trefflich darüber streiten, welche Kriterien die richtigen sind für die Beurteilung, wie viele Wohnungen als preisgünstig gelten sollen. Der Kommissionspräsident überlässt diese Diskussion dem Rat.

Weitere Argumente für oder gegen die Initiative, über welche die Kommission diskutierte, sind im Kommissionsbericht nachzulesen. Letztlich hat sich die Kommission mit 11 zu 3 Stimmen gegen die Initiative ausgesprochen. Mit 12 zu 2 Stimmen hat sie entschieden, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Sie beantragt somit, die Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

**Andreas Lustenberger** spricht als Vertreter der Kommissionsminderheit und nimmt seine Interessenbindung vorweg: Er ist Mitinitiant der vorliegenden Initiative.
Dass der Kantonsrat bereits heute über dieses Geschäft debattiert, ist für die Kommissionsminderheit unbefriedigend, weil aus ihrer Sicht die Beratung in der Kommission etwas «speziell» vonstatten ging. Gemäss GO KR obliegt es den Kommissionen, der Regierung Abklärungsaufträge zu erteilen. Ob der Kommissionspräsident ohne Zustimmung der Kommission einen grösseren Abklärungsauftrag beantragen kann, darüber könnte man sich wohl streiten. Demokratisch höchst fragwürdig ist es aber, wenn die Resultate einer solchen Abklärung den Kommissionsmitgliedern erst in der Sitzung vorgelegt werden, also ohne Zeit für das Aktenstudium. Eine sachlich korrekte Debatte wurde damit verunmöglicht. Diese Vorgehensweise passt jedoch zum gesamten Bild, welches die Regierung in Zusammenhang mit dieser Initiative hinterlässt. Bei der Lancierung der Initiative vor rund zwei Jahren sprach der Regierungsrat von einem Anteil an bezahlbarem Wohnraum von 4 bis 5 Prozent, so die Aussage des damaligen Baudirektors in einem Beitrag von Tele1. Gleichzeitig wird stets betont, wie angespannt die Lage auf dem Zuger Wohnungsmarkt sei; dies bestätigen auch die Gemeinden. In seinem Bericht vom 5. April 2016 zieht der Regierungsrat dann Statistiken herbei – gemeint ist hier die Lohn- und Mietzinsstatistik –, die ganz offensichtlich zu einem Fehlschluss führen. Denn wie man lesen konnte, sind hauptsächlich die Löhne im oberen Segment stark angestiegen. Zudem wird die Initiative als zu starr und nicht tragbaren Eingriff in den Wohnungsmarkt beschrieben. Nur spielt – wie alle wissen – der Markt im Wohnungswesen insbesondere im Kanton Zug leider schon lange nicht mehr.
In der Kommissionssitzung vom 4. Juli ist dann plötzlich alles anders: Die Probleme auf dem Zuger Wohnungsmarkt sind weggezaubert, die vom Regierungsrat präsentierte Statistik bescheinigt dem Kanton Zug 27 Prozent bezahlbaren Wohnraum. Für jene, die sich in normalen Bevölkerungsschichten beheimatet fühlen, tönen diese 27 Prozent wie ein schlechter Scherz. Im ersten Moment könnte man meinen, gemeint seien 27 Prozent bezahlbarer Wohnraum mit dem Lohn beispielsweise eines Regierungsrats. Das Bundesamt für Wohnungswesen schätzt den Anteil des bezahlbaren Wohnraums im Kanton Zug im Jahr 2013, also im selben Jahr wie die Statistik des Regierungsrats, auf rund 2 Prozent. Mit den vom Regierungsrat veröffentlichten Zahlen wäre der Kanton Zug im schweizweiten Vergleich auf Platz 1, mit drei Mal mehr bezahlbarem Wohnraum als das zweitplazierte Basel-Stadt. Will der Kantonsrat der Zuger Bevölkerung nun weismachen, dass er trotz dieser unklaren Faktenlage heute eine definitive Entscheidung fällen möchte? Für die Kommissionsminderheit wäre das völlig unverständlich. Sie verlangt deshalb – wie in ihrem Bericht bereits angekündigt – eine erneute Diskussion in der Kommission und stellt den **Antrag** auf Rückweisung der Vorlage an die Kommission.
Die Kritik der Kommissionsminderheit an der erwähnten Statistik lässt sich in deren Bericht detailliert nachlesen. Auf eine ausführliche Darlegung hier im Rat verzichtet der Votant, weil sie zu einer Diskussion führen würde, die in der vorberatenden Kommission hätte geführt werden sollen. Wenn aber der Wunsch danach bestehen sollte, ist die Kommissionsminderheit gerne bereit, alle Details zu besprechen. Im Übrigen ist die Kommissionsminderheit davon überzeugt, dass die herbeigezogenen Obergrenzen der Bestandesmieten nicht als Messgrösse für den Anteil bezahlbaren Wohnraums genutzt werden können. Auch das Bundesamt für Wohnungswesen zeigt sich überrascht über diese Statistik und kann dem Einsatz der benutzten Parameter im Sinne einer lösungsorientierten Diskussion nicht viel abgewinnen. Noch im April dieses Jahres wurde der Kanton Zug unter anderem mit St. Moritz verglichen, und das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» titelte schon mehrfach: «Zug als

Paradies für Alte und Reiche». Und nun, im August 2016, soll alles plötzlich Friede, Freude, Eierkuchen sein?
Um was geht es denn den Initiantinnen und Initianten? Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt ist einem vielleicht nicht mehr so präsent, wenn man zum Establishment gehört. Aber vielen Zugerinnen und Zugern, insbesondere aus dem Mittelstand und jungen Leuten und Familien, bietet der Kanton Zug keine Zukunft. Man muss sich bewusst werden, was diese «Entzugerung» für den Kanton Zug bedeutet. Vereins- und Beizensterben sind kein Zufall. Dass die Gemeinde Baar in den letzten Jahren konstant gewachsen ist, an der Gemeindeversammlung jedoch immer die gleichen paar Nasen aufkreuzen, ist nicht einfach eine Zeiterscheinung – und dass man sich auf einmal gegen Kirchenglocken wehrt, auch nicht. Es hat damit zu tun, dass immer mehr mit Zug verwurzelte Personen den Kanton verlassen mussten und müssen. Die Kommissionsminderheit sieht es als Auftrag des Kantons, den Wohnungsmarkt so zu beeinflussen, dass genügend Wohnraum für alle Bewohnerinnen und Bewohner bereitsteht. Im Sinne einer allgemeinen Anregung bietet die Initiative die einmalige Chance, lösungsorientiert über ein tatsächliches Problem zu diskutieren und gemeinsam Lösungen zur Entspannung des Wohnungsmarkts zu finden. Vorschläge und Ideen, wie diese Entspannung erreicht werden soll, gibt es zur Genüge. Es liegt nun am Kantonsrat, das Heft in die Hand zu nehmen und eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt hinzukriegen. Nur so kann eine langfristig positive gesellschaftliche Entwicklung für den Kanton Zug garantiert werden. Die Kommissionsminderheit empfiehlt deshalb die Annahme der Initiative, sollte der Rat ihrem Rückweisungsantrag wider Erwarten nicht Folge leisten.

**Daniel Stuber:** Die FDP-Fraktion ist sich des hohen Preisniveaus auf dem Zuger Wohnungsmarkt bewusst. Mit dem bestehenden Wohnraumförderungsgesetz (WFG) gibt es aber bereits ein Instrument, um günstigen Wohnraum zu fördern. Den Initianten scheint dies offensichtlich nicht weit genug zu gehen, und sie fordern einen Bestand von preisgünstigen Wohnungen von mindestens 20 Prozent.
Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass mit dem WFG ein Konsens gefunden wurde, mit welchen Mitteln vergünstigter Wohnraum gefördert werden kann. Eine Mindestquote, wie in der Initiative gefordert, lehnt die FDP klar ab. Die interessante Tabelle im Kommissionsbericht mit den Daten aus der Steuerverwaltung zeigt den Ist-Zustand gut auf. Die Daten zeigen, dass es einen beachtlichen Anteil an erschwinglichen Wohnungen gibt. Wo bei der Definition von «preisgünstig» die Grenze angesetzt wird, ist eine andere Frage. Es ist klar, dass die Wohnungssuche in Zug dadurch noch lange nicht einfach ist, aber die Nachfrage nach preiswerten Wohnungen übersteigt nun mal das Angebot deutlich.
Die Forderung der Kommissionsminderheit nach einer Rückweisung des Geschäfts kann die FDP-Fraktion nicht nachvollziehen. Man kann bezüglich Vergleich mit der Mietzinsobergrenze aus dem WFG anderer Meinung sein, doch für die FDP ist der Vergleich durchaus legitim. Sie sieht nicht ein, dass sich an der Grundsatzdiskussion etwas ändern sollte, ob die Tabelle nun vorliegt oder nicht. Schlussendlich geht es doch um die Frage, ob man mit der Initiative eine Quotenlösung unterstützen will oder nicht. Diese Frage kann die FDP auch ohne Rückweisung beantworten.
Fazit: Die FDP-Fraktion lehnt die vorliegende Gesetzesinitiative einstimmig ab.

**Walter Birrer:** Die SVP-Fraktion lehnt – kaum überraschend – die von den JUSO eingereichte und von linker Seite breit unterstützte Volksinitiative entschieden ab. Es wird Andreas Lustenberger aber freuen, dass sie stattdessen fordert, dass das Bauen von Wohnungen generell günstiger werden soll, was sich auch auf die Mieten auswirken wird. Erreicht werden soll dies, indem unzählige einschränkende und

verteuernde gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen auf allen Stufen gezielt aufgehoben werden. «Zum Teufel mit dieser ganzen Baubürokratie», ist man geneigt auszurufen. Als KMU-Unternehmer ist der Votant täglich betroffen von den Vorschriften und Normen, welche bei den Bauherren zur Frage führen, warum Bauen eigentlich so teuer sei. Und der Votant könnte aus persönlicher Erfahrung einiges über diese Reglementierungen berichten, allerdings würde nur schon das Stichwort «Energiefragen» zwei volle Tagessitzungen beanspruchen.
Die gleichen Linken, welche diese Initiative eingereicht haben, fordern bei nächster Gelegenheit ständig weitergehende Einschränkungen, welche sich dann eben ganz direkt auf den Preis und das Angebot von neuem Wohnraum auswirkt. Doch es gibt noch andere Gründe, warum die Preise hoch bleiben. Der Votant legt dazu einige Überlegungen vor:
• Das Schweizer Volk hat vor zweieinhalb Jahren die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Seither diskutiert die Politik, wie diese umzusetzen sei. Tatsache ist, dass jährlich weiterhin 80'000 Personen in die Schweiz strömen. Das sind zwei Drittel der Bevölkerung des Kantons Zug, wobei es hier nur um die jährliche Nettoeinwanderung geht. Anders ausgedrückt: In sechs Jahren wird der Kanton Zug vier Mal auf die Schweizer Karte gesetzt. Jeder dieser Menschen braucht Wohnraum und Ressourcen, und es ist ein kleines Wunder, dass der Markt diese Menschen überhaupt zu schlucken vermag.
• Wie sollen die geforderten Wohnungen fair an die richtigen Nachfrager verteilt werden? «Kein Problem», sagen die Linken – aber nur sie. Wie man bei der Überbauung Roost in der Stadt Zug gesehen hat, sind am Schluss die falschen Bewohner, nämlich solche mit hohen und höchsten Löhnen, in die subventionierten Wohnungen eingezogen. Was der Zuger Stadtrat zu diesem Thema bzw. zur diesbezüglichen Motion von Beat Bühlmann sagt, kann man im städtischen Dokument G2388 nachlesen, es ist sehr interessant.
• Die im Kommissionbericht aufgeführte Statistik über preisgünstige Wohnungen (Stand 2013) zeigt klar auf, dass es in den Gemeinden des Kantons Zug insgesamt 14'515 preisgünstige Wohnungen gibt; das sind rund 27 Prozent des gesamten Bestands von über 53'000 Wohnungen im ganzen Kanton. Diese Zahlen dürften sich 2016 nicht dramatisch geändert haben, auch wenn das hier bestritten werden sollte.
Der Wohnungsmarkt im Kanton Zug funktioniert besser, als man es wahrhaben will. Die Probleme werden von linker Seite hochgespielt. Die ganz teuren Wohnungen am Zugerberg stehen – wie alle wissen – teilweise seit Jahren leer; die Investoren tragen das Risiko für ihre Fehlinvestitionen eigenverantwortlich.
Der Votant dankt für die Ablehnung dieser überflüssigen Initiative, welche nur den freien Markt erschwert, den Wohnungsbau verteuert und den Kanton Zug in eine Wohnungs-Planwirtschaft führt.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Der Regierungsrat erkennt im Bericht, dass der Wohnungsmarkt im unteren bis mittleren Preissegment angespannt ist. Der Nachfrageüberhang und der gestiegene Wohlstand mit grösseren Wohnflächen, aber auch die Verknappung des Baulands sind laut Regierung Preistreiber im Wohnungsmarkt. Dass auch die Tiefsteuern eine Rolle spielen und sehr bewusst mit teuren Wohnungen spekuliert wird, lässt sich auch nicht von der Hand weisen. Durch die solventen Zuzüger steigen die Wohnkosten und verteuert sich das Bauland. Mit dieser Entwicklung werden nicht die gleichen Personen angesprochen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Leute mit tiefen und mittleren Einkommen werden immer mehr verdrängt und müssen unter Umständen den Kanton Zug verlassen. Dass umliegende Kantone das Zuger Wohnproblem lösen sollen,

wird nicht direkt ausgesprochen, aber diesen Eindruck erweckt es, wenn eine Regulierung per Gesetz von der Regierung als unverhältnismässig und nicht zielführend beurteilt wird, dies ganz nach dem Motto «Das Problem haben wir erkannt, aber unternehmen werden wir nichts». Laut Medien hat es in Zug künftig nur noch Platz für Alte und Reiche.
Mit dem Wohnbauförderungsgesetz wurden Instrumente geschaffen, um erschwinglichen Wohnraum anbieten zu können. Die Wohnraumversorgung bleibt aber ungeachtet der Massnahmen eine Aufgabe der Privatwirtschaft. Wenn Private nicht interessiert und nur auf Profitmaximierung ausgerichtet sind, greifen die Massnahmen zur Förderung des preisgünstigen Wohnraums nicht. Eine bedeutende Rolle kommt den Gemeinden zu. Sie fördern nach dem WFG finanziell tragbaren Wohnraum. Der Kanton hat keine gesetzlichen Vorgaben definiert, d. h. die Gemeinden haben keine Verpflichtung, diesem Auftrag nachzukommen. Die Gemeinden lehnen die vorliegende Initiative ab, betonen aber gleichzeitig, dass die Schaffung und der Erhalt von preisgünstigem Wohnraum eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand sei und ein entsprechendes Engagement verlange. Dieses Bekenntnis allein reicht aber nicht aus für die Umsetzung, bzw. die öffentliche Hand ist vom *Goodwill* privater oder gemeinnütziger Bauträgerinnen und -träger abhängig. Die im Bericht verbuchten Erfolge zeigen, dass das Thema sehr aktuell und eine gesetzliche Regulierung nötig ist. Dass der Staat immer mehr Geld aufwenden muss, um Wohnungen für untere und mittlere Einkommen bezahlbar zu machen, ist mehr als fragwürdig. Wie können Bürger und Bürgerinnen ihre Eigenverantwortung wahrnehmen, wenn mit einem Erwerbseinkommen die Lebenskosten ohne staatliche Unterstützung nicht mehr berappt werden können? Bei Annahme der Initiative stünde der Kanton bzw. die Gemeinden in der Pflicht und müssten bezahlbaren Wohnraum fördern. Dies würde aber nicht verhindern, dass im teuren Preissegment weiterhin Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.
Der Erhalt von Natur- und Erholungsräumen ist eine wichtige Strategie und vor allem ein Bedürfnis der Bevölkerung. In diesem Sinne ist der Entscheid, keine Neueinzonungen zu tätigen, nachvollziehbar. Die Bodenpreise sind nicht allein aus diesem Grund gestiegen; die Anreize für wohlhabende und vermögende Personen zeigen die heutige Realität. Vergleichbar mit dem Kanton Zug ist die Situation in St. Moritz: Für die einheimische Bevölkerung hat die Anziehung reicher Bevölkerungsschichten nicht nur Segen gebracht.
Die Votantin ruft dazu auf, die Chance für ein lebenswertes Wohnen im Kanton Zug zu packen. Im Sinne des Erhalts einer breiten gesellschaftlichen Durchmischung unterstützt die ALG die Initiative.

**Beat Iten:** Es erstaunt wohl niemanden, dass sich die SP für die Gesetzesinitiative einsetzt. Es handelt sich bei diesem Thema um ein ureigenes Anliegen der SP, gerade im Kanton Zug, wo die Mieten sehr hoch und für Normalverdienende oder Familien oft kaum mehr tragbar sind.
Der Rat hat schon viel über Statistiken und Berechnungsmodelle gelesen und gehört. Der Votant könnte jetzt noch weitere Statistiken und Berechnungen anführen, die das eine oder das andere beweisen. Mit Statistiken lässt sich bekanntlich sehr viel beweisen. Statistische Werte bilden jedoch immer nur einen Teil der Wahrheit ab, sie sind gefärbt von der Sichtweise des Auftraggebers. Vermutlich heisst es ja auch deshalb: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.
Manchmal lohnt es sich, sich auf sein Gefühl oder vielleicht sogar auf das Gespräch am Stammtisch zu verlassen. Vermutlich haben viele Ratsmitglieder Verwandte oder Bekannte, die den Kanton Zug verlassen mussten, weil sie hier keine zahlbare Wohnung mehr fanden. Das sind Tatsachen und keine Hirngespinste. Das

Zustandekommen der vorliegenden oder ähnlicher Initiativen in der Stadt Zug zeigt, dass es sich um ein Problem handelt, das die Bevölkerung stark beschäftigt.
Es ist nicht so, dass der Kanton Zug bisher nichts unternommen hätte. Es stellt sich aber die Frage, ob die bisherigen Anstrengungen und Instrumente ausreichend waren und ob sie auch für die Zukunft genügen. Wie der Regierungsrat richtig festhält, ist der Kanton Zug ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum, das Neuwohnungsangebot steigt jährlich massiv. Neueinzonungen wird es in Zukunft nicht mehr geben, was sich auf die Bodenpreise auswirken wird. Verdichten ist das Gebot der Stunde. Dies läuft in etwa so ab: Ganze Häuserzeilen werden von Immobilienfirmen und Bauunternehmungen aufgekauft, abgerissen, mit einem Bebauungsplan maximal ausgenutzt – und schon entsteht ein Gebäudekomplex an attraktiver, sonniger Lage mit Geschäften und ÖV-Anbindung in unmittelbarer Nähe. Damit die Renditen einigermassen stimmen, müssen die neuen Wohnungen natürlich zu deutlich höheren Preisen vermietet werden als die früheren Altwohnungen. So verschwindet sukzessive der heute noch bezahlbare Wohnraum in den Zuger Gemeinden. Solche Abläufe lassen sich in allen Gemeinde beobachten. Die Gemeinden oder gemeinnützige Bauträger haben keine Chance mehr, an dieses Land heranzukommen und es für günstigen Wohnraum zu nutzen oder zur Verfügung zu stellen. Die Initiative zielt also darauf ab, bezahlbaren Wohnraum für die Zukunft zu sichern. Sie überlässt es der Regierung und dem Kantonsrat, dafür wirksame und geeignete Instrumente zu erarbeiten.
Viele Ratsmitglieder haben im Wahlkampf damit geworben, sich für Familien, bezahlbaren Wohnraum und eine intakte Landschaft einzusetzen. Heute hat der Rat dazu die Gelegenheit. Der Votant dankt für die Unterstützung der Initiative.

**Barbara Häseli** spricht für die CVP-Fraktion. Die bereits gehörten Voten zeigen es: Es gibt einen grossen Unterschied zwischen Statistik und persönlichem Empfinden in der Bevölkerung. Der Rat muss dieses Empfinden ernst nehmen und versuchen, es nachzuvollziehen. Ein Hickhack um die verschiedenen Kriterien oder um die Berechnungen des Regierungsrats dient der Sache nicht, und wenn man bereits neue Kriterien definieren wollte, würde man eigentlich schon an einem Gegenvorschlag arbeiten. Beides haben die Kommission und auch die CVP-Fraktion abgelehnt.
Denn die Probleme werden offensichtlich nicht mit einer Quote gelöst. Man kann dem Regierungsrat vorwerfen, er habe unsinnige Berechnungen getätigt, tatsächlich aber hat er sich daran gehalten, was der Kantonsrat schon beschlossen hat, nämlich an das Wohnbauförderungsgesetz. Es ist auch richtig, dass er den ganzen Wohnungsbestand unter die Lupe genommen hat, nicht nur diejenigen Wohnungen, die nach WFG gefördert wurden; dies ist dank des Steuergesetzes möglich.
Woran kann es nun liegen, dass gemäss Steuererklärungen etwa ein Viertel der Bevölkerung in einer gemäss WFG-Kriterien preisgünstigen Wohnung lebt und man doch das Gefühl hat, auf einer Hochmietpreisinsel zu leben? Die Votantin legt drei Annahmen vor:
• Qualität: Die Zugerinnen und Zuger, vor allem auch die jungen, die bei den Eltern ausziehen wollen, sind sich an hohe Standards gewohnt. Diese Qualität kostet – und stimmt oft nicht mit dem Budget überein, wenn er oder sie wieder dasselbe haben will. Es sind also Abstriche beim persönlichen Komfort nötig. Und will man tiefere Höchstgrenzen für preiswerte Mietwohnungen, muss man wohl auch über die Standards reden. Aber soll man Standards tatsächlich staatlich vorgeben?
• Eigenheim statt Miete: Wie gehört, ziehen viele junge Familien aus dem Kanton Zug fort, weil sie keine günstige Wohnung finden. Die Votantin kennt aber viele, die nicht wegen hoher Mieten weggezogen sind, sondern weil sie sich ein Eigenheim wünschten. Ein eigenes Haus zu erwerben, ist aber nicht nur im Kanton Zug schwie-

rig, wenn man nicht Land erbt oder ein Haus aus der Familie kaufen kann. Deshalb haben einzelne Zuger Gemeinden bereits damit begonnen, auch Überbauungen für erschwingliche Eigentumswohnungen zu fördern. Die Familien werden in einem Bewerbungsprozess ausgewählt. Damit ergibt sich dann ein Eigentumsverhältnis, dies ohne Vorgaben, beispielsweise dass die Wohnung weiterverkauft werden muss, wenn die ursprünglichen Kriterien nicht mehr erfüllt sind, etwa wenn die Kinder aus der Schule und beide Elternteile wieder voll erwerbstätig sind.
• Wer eine günstige Wohnung hat, gibt sie nicht mehr her. Wenn nur wenige günstige Wohnungen auf dem Markt sind, heisst das nicht, dass es sie nicht gibt. Vielmehr sind sie einfach schon belegt. Wohnbaugenossenschaften haben Kriterien für die Vermietung ihrer preisgünstigen Wohnungen aufgestellt. Die Prüfung dieser Kriterien findet bei der Bewerbung für eine Wohnung statt, anschliessend aber nicht mehr. Es gibt also keine regelmässige Überprüfung der Lebenssituation der Mieter. Das ist auch richtig so, denn andernfalls müssten auch hier staatliche Kriterien vorgegeben werden, die dann von Amtes wegen auch geprüft werden müssten. Und die noch schwierigere Frage: Wer würde oder müsste dann nicht mehr berechtigte Personen aus der betreffenden Wohnung werfen?
Diese drei Annahmen und die Folgefragen zeigen, dass eine Quote für preisgünstigen Wohnraum nur neue Probleme und neue Kontrollaufgaben für den Staat schafft. Beides sollte man vermeiden und den eingeschlagenen Weg mit WFG und anderen Gesetzesprojekten, beispielsweise dem Planungs- und Baugesetz, weitergehen. Die CVP-Fraktion empfiehlt, dem Antrag auf Rückweisung an die Kommission nicht stattzugeben und die Initiative abzulehnen.

**Claus Soltermann:** Die Initianten rennen mit ihrer Initiative offene Türen ein, hat doch der Kantonsrat im Richtplan entsprechende Vorgaben gemacht und haben doch die Gemeinden spezielle Bauzonen für preisgünstigen Wohnraum geschaffen. Dies sei an einigen Beispielen der Gemeinde Cham aufgezeigt:
• Anfang Jahr wurde das durch die Gemeinde für über 9 Millionen Franken gekaufte und renovierte «Technikum» mit achtzehn preisgünstigen Wohnungen fertiggestellt und bezogen.
• Auf dem Papieri-Areal sollen mindestens 20 Prozent preisgünstige Wohnungen gebaut werden.
• Von privater Seite werden durch die gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft verschiedene Liegenschaften mit preisgünstigen Wohnungen zur Verfügung gestellt.
Das Anliegen der Initianten ist also rechtlich bereits aufgegleist, teilweise ist es sogar schon umgesetzt. Die Initiative geht zudem in die falsche Richtung: Staatliche Überregulierung und zu starke Einmischung in den freien Markt bewirken meistens das Gegenteil vom Gewollten. Man stelle sich vor, was es bedeuten würde, wenn die Eigentümer aus den Mieten keinen Gewinn mehr erzielen dürften. Wer soll dann den Unterhalt, Renovationen oder gar weiteren bezahlbaren Wohnraum finanzieren? Die sehr restriktive Initiative bedeutet eine unnötige Schwächung des liberalen und sehr erfolgreichen Kantons Zug, sie ist nicht zu Ende gedacht und würde mehr Probleme schaffen als lösen. Die GLP lehnt deshalb die Initiative als untaugliches Instrumentarium ab.

**Patrick Iten** hat im Wahljahr auch damit geworben, dass er sich für günstigen Wohnraum einsetzen werde, und er unterstützt preisgünstiges Wohnen klar. Es soll – wie heute mit dem Wohnbauförderungsgesetz – weiterhin möglich sein, günstige Wohnungen zu fördern. 27 Prozent günstige Wohnungen im Kanton Zug ist noch keine Zahl, um sich auszuruhen; 10 Prozent mehr wären angebracht. Die vorliegende Initiative zielt aber in die falsche Richtung: Sie will eine zu starke Steuerung.

Der Votant würde eine Variante unterstützen, welche den preisgünstigen Wohnungsbau zusätzlich fördert oder gar attraktiver macht. Er denkt da speziell an die Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes, wo diesbezüglich Einfluss genommen werden kann. Zusammengefasst ist er klar für günstiges Wohnen, aber gegen eine zu starke Regelung. Und darum ist er gegen diese Initiative.

**Jürg Messmer** fragt sich manchmal, ob die linken Parteien auch miteinander diskutieren und sich austauschen. Dieselben Parteien, welche heute diese Gesetzesinitiative unterstützen, waren auch in der Sitzung des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug vom 10. Mai dabei, als in erster Lesung über das Gebiet Unterfeld beraten wurde – und sie haben dort bekanntgegeben, dass sie das Projekt ablehnen würden. Und dabei waren dort über 60 Prozent des Wohnraums für preisgünstiges Wohnen vorgesehen: 370 Wohnungen in der Gemeinde Zug und 70 Wohnungen in der Gemeinde Baar. Dieselben Linken, die das ablehnten, wollen nun den Kanton dazu verpflichten, genau solche Vorgaben gesetzlich zu verankern. Wo wollen sie denn bauen? Sie hätten diese Wohnungen bekommen, wollten sie aber nicht.
Der Votant bittet, die vorliegende Initiative klar abzulehnen, und die linken Parteien bittet er, sich untereinander auszutauschen.

Kommissionspräsident **Andreas Hausheer** hält fest, dass man in der Sache unterschiedlicher Meinung sein kann. Der vorberatenden Kommission aber die Verletzung oder auch nur die Ritzung der Geschäftsordnung vorzuwerfen, ist – mit Verlaub – ein absoluter Blödsinn. Allenfalls soll man bitte klar sagen, welcher Paragraf angeblich nicht eingehalten wurde. Auch wurde durch die Blume gesagt, der Kommissionspräsident habe mit seinem Vorgehen explizit die Regierung unterstützt. Da müsste man allerdings den betreffenden Regierungsrat fragen, wie diese Vorbesprechung verlaufen sei: ob da einfach Freude, Freude, Eierkuchen herrschte, oder ob es allenfalls auch kritische Stimmen gab.
In der Geschäftsordnung des Kantonsrats steht, der Kommissionsbericht solle ausgewogen sein. Es wurde dem Votanten auch schon vorgeworfen, der Bericht sei *zu* ausgewogen. In diesem Sinne weist der Votant den Vorwurf an die Kommission, sie habe die Geschäftsordnung verletzt oder auch nur geritzt, klar zurück.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** geht zuerst auf die Aussage von Andreas Lustenberger ein, man habe vor Jahren gesagt, der Anteil an preisgünstigen Wohnungen liege im Kanton Zug bei 3 oder 4 Prozent. Wie schon in der Vorlage gesagt, ergab sich diese Angabe aus der Zahl der vom Staat direkt subventionierten Wohnungen. Nicht bekannt war bisher aber der Gesamtanteil an preisgünstigen Wohnungen, der nun – wie im Bericht transparent erklärt – gestützt auf die Steuerdaten erstmals erhoben wurde. Man muss also unterscheiden: Die neue Zahl basiert auf einer neuen Erhebung. Der Aussage, die Initiative werde zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führen, hält der Volkswirtschaftsdirektor entgegen, dass mehr Staat und mehr Regulierung nicht zu mehr Investitionen führen. Vielmehr würde – wie im Bericht ausgeführt – entweder nicht mehr investiert, weil keine Rendite mehr erwirtschaftet werden darf, oder die Investitionen würden irgendwie zwangsweise erfolgen, dies aber nicht im preisgünstigen Wohnungsbau, sondern in Hochrenditeliegenschaften, um doch noch eine Rendite erzielen zu können. Verlierer wäre in jedem Fall der Mittelstand, und Investitionsverhinderung führt nicht zu mehr Wohnraum.
Es ist auch nicht so, dass die Gemeinden – wie von Rita Hofer gesagt – hier völlig frei sind. Der Richtplan ist behördenverbindlich, und die Gemeinden haben hier einen klaren Auftrag. Dieser wird beispielsweise bei der Begutachtung und Geneh-

migung von Bebauungsplänen umgesetzt, und man kann sich heute gerade bei Bebauungsplänen in urbanen Gebieten nicht mehr erlauben, das Thema preisgünstiger Wohnungsbau nicht zu berücksichtigen. Natürlich wird im Rahmen der heutigen Debatte auch Sozialpolitik betrieben, allerdings kann sich Sozialpolitik nicht auf Wohnraumförderung beschränken.
Beat Iten hat richtigerweise gefordert, man müsse zukunftsorientiert denken. Der richtige Weg sind Investitionsanreize. Es gibt Beispiele, etwa in der Stadt Zug, wo man einen zusätzlichen Ausnützungsbonus bekommt, wenn man preisgünstige Wohnungen baut. Staatliche Regulierung, wie sie die Initiative – mit welchen Limiten auch immer – fordert, ruft auch nach entsprechenden Kontrollen. Das führt zu mehr Administration und zu mehr Personalaufwand, und zwar insbesondere in den Gemeinden, auf welche die Aufgabe ja heruntergebrochen werden muss. Es entsteht eine zusätzliche Verpflichtung für die Gemeinden, dies in einer Zeit, in der man gerade das Gegenteil anstrebt: Deregulierung, grössere Effizienz, weniger kantonale Kontrollitis, mehr Gemeindeautonomie etc. Im Übrigen ist der Volkswirtschaftsdirektor ist froh, dass Patrick Iten auf die Revision des Planungs-und Baugesetzes hingewiesen hat, die in der Vernehmlassung ist. Es geht dort um die Abschöpfung von Mehrwert, die dann in den preisgünstigen Wohnungsbau investiert werden könnte. Ob dabei *Cash* in die Kasse des Kantons fliessen oder allenfalls entsprechender Wohnraum realiter zur Verfügung gestellt werden soll, ist noch zu überlegen; es gibt hier verschiedene Möglichkeiten. Und Jürg Messmer hat zu Recht gesagt: Den Tatbeweis, dass man günstige Preise auch in neuen, verdichteten Überbauungen erreichen will, erbringt man mit der Genehmigung von Bebauungsplänen wie Unterfeld. Und der Volkswirtschaftsdirektor hält es für gescheiter, dort anzusetzen, als den Kanton mit generellen Verpflichtungen zu binden.
Im Bericht der Kommissionsminderheit steht auf der ersten Seite, die kantonale Politik habe es bisher versäumt, die Wohnraumproblematik adäquat anzugehen. Der Volkswirtschaftsdirektor erinnert daran, dass der Kantonsrat vor drei Jahren den Richtplan mit einem ausführlichen Passus zur Wohnraumförderung verabschiedet hat. Es herrschte diesbezüglich ein breiter Konsens von links bis rechts, und namentlich die SP unterstützte die Vorschläge des Regierungsrats. Es gab keinen Antrag, verbindlicher zu werden. Dieser Entscheid von damals war ein klares politisches Statement des Kantonsrats, und er ist für den Regierungsrat Richtschnur. Die Kritik, der Regierungsrat habe mit ungenauen oder absurden Berechnungen bzw. irgendwelchen Tricks gearbeitet, weist der Volkswirtschaftsdirektor klar zurück. Die Berechnungen und die Grundlagen, auf die man sich abstützt, sind sehr transparent. Dass die Obergrenzen der Wohnraumförderungsgesetzgebung die falschen sein sollen, hat der Volkswirtschaftsdirektor noch nie gehört, aber natürlich gibt es da verschiedene Definitionen. Die Regierung hat auch die Argumentarien der Initianten angeschaut. Dort wird gesagt, dass man sich für die Definition von «preisgünstig» an die Anlagekosten gemäss Bundesamt halten könne. Die Zuger Wohnraumförderungsgesetzgebung übernimmt diese Anlagekostengrenzen, richtigerweise mit einem Zuschlag von 10 Prozent – was bisher aber auch immer *common sense* war –, und diese Grenzen wurden bei der Definition von «preisgünstig» auch jetzt umgesetzt. Der Volkswirtschaftsdirektor sieht darin kein falsches Vorgehen. Es kommt ihm etwas vor, dass hier, weil einem der Inhalt der Erhebung nicht passt, das Vorgehen kritisiert bzw. der Überbringer der Botschaft mit Verbalattacken eingedeckt wird. Im Minderheitenbericht wird weiter gesagt, die Initiative sei sehr klar. Begriffe wie «preisgünstiger Wohnungsbau» oder «Kostenmiete» seien klar definiert, und es gebe hier keinen Spielraum. Es stellt sich dann aber die Frage, weshalb die Kommissionsminderheit trotzdem eine neue Definition von «preisgüns-

tig» einzubringen versucht. Wenn angeblich schon Klarheit herrscht, braucht es diesbezüglich eigentlich keine neuen Vorschläge.
Und *last but not least* muss man einfach ehrlich sein. Am Schluss des sogenannten «Gegenberichts» zum regierungsrätlichen Bericht steht: «Die Wohnraumpolitik, die der Kanton Zug momentan betreibt, ist weder effektiv noch nachhaltig. Mit Subventionen werden die Baulobby und die VermieterInnen durchgefüttert, welche ihrerseits die MieterInnen abzocken.» Das heisst, dass mit den Beiträgen gemäss WFG, die – politisch total akzeptiert – an Wohnbauträger wie Genossenschaften oder Korporationen gehen, welche damit die Mieten verbilligen, angeblich eine Baulobby subventioniert werde. Diese Aussage ist eine Faust ins Gesicht all jener, die sich freiwillig für diese Wohnraumförderung engagieren. Weiter steht im «Gegenbericht»: «Eine nachhaltige Wohnraumförderung im Sinne unserer Initiative bedeutet, dass der Staat Boden kauft und ihn auch privaten Wohnbaugenossenschaften zur Verfügung stellt.» Das ist genau der Punkt: Der Staat und die Gemeinden müssten also aktiv Boden aufkaufen, diesen – vermutlich – auch selbst bebauen und die Wohnungen dann wohl auch noch selbst vermieten. Der Volkswirtschaftsdirektor will diese Vorstellung nicht weiter ausführen, aber man ist hier genau beim Kern der Initiative. Dagegen wehrt sich der Regierungsrat, zumal ein grosser Teil der von der Initiative vorgeschlagenen Instrumente bereits vorhanden sind und umgesetzt werden. Und gegen starre Quoten wehrt sich die Regierung, weil diese schlussendlich investitionshinderlich sind.
Aus diesen Gründen bittet der Volkswirtschaftsdirektor, die Initiative abzulehnen.

**Zari Dzaferi** möchte auf die Aussage von Jürg Messmer zurückkommen, die Linken würden sich nicht miteinander absprechen und hätten ja beim Bebauungsplan Unterfeld die Chance, preisgünstige Wohnung zu realisieren. Wenn man die Diskussion zum Unterfeld verfolgt hat, weiss man, dass dieses Projekt insbesondere deshalb kritisiert wurde, weil es überdimensioniert ist, weil ein zu grosser Anteil für Gewerbebauten und nicht für Wohnungen vorgesehen ist und weil ein Verkehrskonzept fehlt. Die heute zur Debatte stehende Frage mit dem Projekt Unterfeld zu vermischen, ist nicht fair.

**Manuel Brandenberg** empfiehlt dem Rat, die vorliegende Initiative abzulehnen. Er glaubt, dass preisgünstiger Wohnungsbau, der von den Behörden ja organisiert werden muss, schon fast Anstiftung zur Korruption ist.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag auf Rückweisung eine Zweidrittelmehrheit benötigt.

➔ Der Rat lehnt die Rückweisung des Geschäfts an die vorberatende Kommission mit 53 zu 14 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt die Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum mit 53 zu 17 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest: Da es sich um eine Initiative auf Gesetzesstufe mit der Möglichkeit eines Gegenvorschlags auf derselben Stufe handelt, erfolgt eine zweite Lesung und danach die Schlussabstimmung, dies in der Kantonsratssitzung vom 27. Oktober 2016. Sofern die Initiative vom Kantonsrat abgelehnt wird, findet die Volksabstimmung im Jahr 2017 statt.

TRAKTANDUM 11
**Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU)**

Das Geschäft wurde abtraktandiert (siehe Ziff. 530).

TRAKTANDUM 12

539 **Änderung des Rechtsstellungsgesetzes, des Personalgesetzes und der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Abgangsentschädigungen**
Vorlagen: 2639.1 - 15195 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 2639.2 - 15196 (Antrag der Staatswirtschaftskommission [Synopse]).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell den Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich und den Verwaltungsgerichtspräsidenten Peter Bellwald. Er hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission folgende Anträge stellt:
• auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen;
• die erheblich erklärte Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz (Vorlage 2243.1 - 14317) als erledigt abzuschreiben;
• die teilerheblich erklärte Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend gleiche Abgangsentschädigungen (Vorlage 2303.1 - 14469) als erledigt abzuschreiben;
• die teilerheblich erklärte Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats (Vorlage 2373.1 - 14632) als erledigt abzuschreiben.

EINTRETENSDEBATTE

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, erinnert daran, dass der Kantonsrat am 3. Juli 2014 drei Motionen der engeren Stawiko zu Bericht und Antrag überwiesen hat. Dieses Vorgehen ist selten, jedoch nicht unüblich, wenn die Regierung unmittelbar betroffen ist. Im Namen der Stawiko dankt die Votantin der juristischen Mitarbeiterin der Finanzdirektion Rita Weiss Schregenberger und dem Kommissionsekretär Marc Strasser für die grosse Unterstützung bei der anspruchsvollen Aufgabe. Die drei Motionen betreffen folgende Sachverhalte:
• Die Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz verlangte, die Anstellungsbedingungen der Zuger Regierung zu analysieren und allfällige Anpassungen an heutige Gegebenheiten vorzuschlagen.
• Mit einer Motion der Stawiko sollen die Abgangsentschädigungen für alle gewählten Behördenmitglieder vereinheitlicht werden, um eine Gleichstellung zu erreichen.
• Eine Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi verlangte, dass die Mitglieder des Regierungsrats auch Sitzungsgelder bis zu 300 Franken pro Sitzung sowie Entschädigungen für besondere Funktionen an die Staatskasse abliefern sollen.
Ausgangspunkt für die Beratungen der Stawiko war der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 1. April 2014. Die Kommission liess sich von den Grundsätzen der *Good Governance* leiten. Sie brach die komplexe Materie herunter und hatte den Anspruch, eine logische, vereinfachte und einheitliche Lösung zu finden. Im Rahmen ihrer Arbeit erteilte sie diverse Abklärungsaufträge. Die gestellten Fragen wurden transparent und zur vollen Zufriedenheit der Kommission beantwortet. Wo möglich und sinnvoll, stellte die Kommission interkantonale Vergleiche an. Des Weiteren führte die Stawiko ein Vernehmlassungsverfahren durch. Die Antworten wurden sorgfältig geprüft und im Bericht auf Seite 10–15 detailliert abgehandelt. Die engere Stawiko erachtet die dem Rat unterbreiteten Änderungsvorschläge als

ausgewogen und fair. Der Regierungsrat folgt mit Beschluss vom 15. Juni 2016 dem Bericht und Antrag der Stawiko.
Die Stawiko-Präsidentin begründet die wesentlichen Änderungen im Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats wie folgt:
• Gemäss geändertem § 5 Abs. 4 sollen neu sämtliche Honorare und Entschädigungen aus externen Mandaten in die Staatskasse fliessen. Das Mitmachen bei interkantonalen Arbeitsgruppen und Konferenzen sowie die Übernahme von Funktionen in öffentlich-rechtlichen oder gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften und Institutionen gehören nach Meinung der Stawiko zu den ureigenen Aufgaben eines Regierungsrats. Die Stawiko ist dezidiert der Meinung, dass diese Tätigkeiten, ob freiwillig oder nicht, mit dem ordentlichen Gehalt abgedeckt sein müssen. Trotz dieser Änderung, welche sich konkret auf das Portemonnaie eines jeden Regierungsrats auswirken wird, erwartet sie von der Regierung im Interesse des Kantons Zug weiterhin volles Engagement.
• In § 8 Abs. 1 wird für die Belange der Pensionskasse zwischen der Regierung und den übrigen Angestellten der kantonalen Verwaltung eine Gleichstellung herbeigeführt. Für die Stawiko ist unumstritten, dass diese Änderung einer Übergangsbestimmung bis zum Ende der aktuellen Legislatur bedarf. Es ist gegen Treu und Glauben, mitten im Spiel die Spielregeln zu ändern.
• Bei den Abgangsentschädigungen hat die Stawiko als Erstes zwischen den durch das Volk gewählten Behördenmitgliedern wie Regierung und Richtern und den durch den Kantonsrat gewählten Behördenmitgliedern unterschieden. Sinn und Zweck einer Abgangsentschädigung ist, einem Behördenmitglied zu ermöglichen, sich bis zum Ende der Amtszeit voll und ganz auf seine Aufgabe konzentrieren und sich dann während sechs Monaten ohne finanziellen Druck beruflich neu ausrichten zu können. Bei den Abgangsentschädigungen will die Stawiko eine einheitliche, unbürokratisch und einfach umsetzbare Lösung. Es war völlig unumstritten, dass nicht Rücksicht darauf genommen werden sollte, wie lange ein Behördenmitglied im Amt war. Ebenfalls ist es für die Stawiko unerheblich, ob es sich um einen freiwilligen Rücktritt oder um eine unverschuldete Nichtwiederwahl handelt. Selbstverständlich war für die Stawiko auch, dass nach der Vollendung des 65. Altersjahrs kein entsprechender Anspruch mehr besteht. Diese Grundsätze kommen neu für die Regierung sowie die Richter zur Anwendung. In der Vernehmlassung wurde einerseits die gänzliche Streichung einer Abgangsentschädigung sowie die Ausdehnung auf zwölf Monate beantragt. Aufgrund eines Vergleichs mit den Kantonen Aargau, Luzern, Nidwalden, Schwyz und Zürich ist die Stawiko der Überzeugung, dass sechs Monate in Anlehnung an die Privatwirtschaft eine angemessene Frist ist.
• Die Abgrenzung zwischen freiwilligem und nicht freiwilligem Rücktritt wurde ebenfalls vertieft geprüft. Wenn ein Regierungsrat nicht mehr antritt, weil er ausgelaugt oder krank ist oder familiäre Pflichten wahrnehmen muss: Ist das freiwillig oder unfreiwillig? Komplexe Fragen stellen sich auch bei der unverschuldeten Nichtwiederwahl. Diese Fragen können schlicht nicht abschliessend beantwortet werden.
• Zu guter Letzt wollte die Stawiko in Zusammenhang mit Abgangsentschädigungen auch Kürzungen oder Rückzahlungspflichten einführen, dies einerseits in Anlehnung an die Privatwirtschaft für den Fall, dass das Behördenmitglied während der Dauer der Abgangsentschädigung bereits Einkommen generiert, andererseits bei Amtspflichtverletzungen oder Verbrechen.
• Weder die Datenschutzbeauftrage noch die Ombudsperson haben Anspruch auf eine Abgangsentschädigung. Bei der Revision der entsprechenden Gesetze hat der Kantonsrat den Wahltermin explizit sechs Monate vor Beginn der neuen Amtsperiode festgesetzt, damit kein Anspruch auf eine Abgangsentschädigung besteht. Diese Willensäusserung des Kantonsrats wollte die Stawiko beibehalten, die hier vorge-

schlagene Lösung ist also nichts Neues. Konsequenterweise muss diese Regelung jedoch aus Gründen der Gleichbehandlung auch auf die Funktion des Landschreibers ausgedehnt werden, weshalb die Stawiko einen neuen § 84 Abs. 3 in die GO KR eingefügt hat und den Wahltermin für den Landschreiber vorverlegt.
Falls nötig, wird die Stawiko-Präsidentin in der Detailberatung noch weitere Ausführungen machen. Sie dankt für die gute Aufnahme der Vorlage und für die Zustimmung zu den Anträgen der Stawiko.

Der **Vorsitzende** bittet, die Voten wegen der fortgeschrittenen Zeit auf das Eintreten zu beschränken.

**Oliver Wandfluh** teilt mit, dass Eintreten für die SVP-Fraktion unbestritten ist. Sie folgt meist auch den Anträgen der Stawiko, mit zwei Ausnahmen: Zu § 7 und § 27 wird sie eigene Anträge stellen. Zum einen sieht sie nicht ein, warum ein Regierungsrat oder ein Richter, der sein Amt freiwillig verlässt, eine Entschädigung erhalten soll. Zum anderen ist sie nicht einverstanden mit der Höhe der Entschädigung und wird beantragen, diese von sechs vollen auf sechs halbe Monatslöhne zu reduzieren.

**Beat Unternährer** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Vorschläge der Stawiko vollumfänglich unterstützt. Die Stawiko hat sehr sorgfältig gearbeitet und umfangreiche Zusatzabklärungen getroffen.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Einheitliche Regelungen bezüglich Abgangsentschädigungen für die vom Volk oder Parlament gewählten Behördenmitglieder sind zu begrüssen. Dass die Mitglieder des Regierungsrats auf die bisherigen zusätzlichen Sparbeiträge verzichten, ist nachvollziehbar und unter Berücksichtigung der aktuellen Spar- und Abbaudiskussionen zu begrüssen. Bei der Diskussion gilt es allerdings auch zu beachten, dass unabhängige Behördenvertreter ein hohes Gut sind. Es ist der ALG wichtig, dass die gewählten Personen bis zum letzten Amtstag unabhängig ihre Geschäfte vertreten können. Auch sollen sie ihre Zeit voll und ganz für ihr Amt verwenden können, ohne bereits in einem möglichen Stellensuch- oder Bewerbungsverfahren zeitlich absorbiert zu sein. Die ALG ist für Eintreten. Sie wird in der Detailberatung einen Antrag zu § 5 stellen.

**Alois Gössi** teilt mit, dass die SP-Fraktion auf die Vorlage eintritt. Sie hat aber vor allem im Bereich der Abgangsentschädigungen andere Ansichten und wird in der Detailberatung entsprechende Anträge stellen.

**Andreas Hausheer:** Die CVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein.

Landammann **Heinz Tännler** bestätigt, dass der Regierungsrat die Anträge der Stawiko vollumfänglich unterstützt. Im Weiteren hat der Regierungsrat in dieser Debatte gelernt, dass er an sieben Tag während vierundzwanzig Stunden im Einsatz steht. Er nimmt diese Erwartung sehr ernst und wird weiterhin mit Engagement und Leidenschaft auch Mandate wahrnehmen – auch wenn er dafür keine Spesenentschädigung mehr erhält.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Protokoll des Kantonsrats**

41. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. August 2016 (Nachmittag)
Zeit: 14.00 - 17.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**540 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Peter Letter, Oberägeri; Daniel Abt, Baar; Olivia Bühler, Cham; Anna Bieri, Hünenberg; Kurt Balmer, Risch.
Der Sitz von Andreas Meier, Oberägeri, ist im Moment vakant (siehe Ziff. 486).

TRAKTANDUM 3
Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

**541** Traktandum 3.1: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht**
Vorlage: 2642.1 - 15207 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an das Verwaltungsgericht.

**542** Traktandum 3.2: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Belastung der Zuger Bevölkerung durch die steigenden Gesundheitskosten**
Vorlage: 2645.1 - 15221 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**543** Traktandum 3.3: **Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend behördliche Algorithmen**
Vorlage: 2646.1 - 15225 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**544** Traktandum 3.4: **Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ausrüstung der Zuger Polizei**
Vorlage: 2647.1 - 15226 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**545** Traktandum 3.5: **Interpellation von Monika Weber, Laura Dittli und Pirmin Frei betreffend die Mandatsführung im Kanton Zug**
Vorlage: 2649.1/1a - 15235 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**546** Traktandum 3.6: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend budgetierte Kostensteigerung beim Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) trotz sinkender Arbeitslosigkeit im Kanton Zug**
Vorlage: 2650.1 - 15236 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**547** Traktandum 3.7: **(Folge-)Petitionen vom 25. Juli 2016, vom 1. August 2016 und vom 6. August 2016 von X. V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie**

➔ Stillschweigende Überweisung an die Justizprüfungskommission.

TRAKTANDUM 12 (Fortsetzung)

**548** **Änderung des Rechtsstellungsgesetzes, des Personalgesetzes und der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Abgangsentschädigungen**
Vorlagen: 2639.1 - 15195 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 2639.2 - 15196 (Antrag der Staatswirtschaftskommission [Synopse]).

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Teil I** (Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats)

*§ 5 Abs. 4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission eine Änderung von Abs. 4 beantragt.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG grundsätzlich der Version der Stawiko folgt, aber den **Antrag** stellt, dort den Satzteil «bei öffentlich-rechtlichen oder gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften und Institutionen» zu streichen. Nach Ansicht der ALG ist dieser Satzteil überflüssig. Regierungsräte sollen Einkünfte aus *allen* Mandanten, die sie im Auftrag des Kantons erfüllen, abgeben. Die Spezifizierung «im Auftrag des Kantons» reicht.

Wenn Landammann **Heinz Tännler** den Antrag der ALG richtig verstanden hat, soll der Regierungsrat sämtliche anderweitigen Spesenentschädigungen an die Staatskasse abliefern müssen. Der Landammann macht ein Beispiel: Sein Engagement am Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest 2019 ist ein privates Mandat. Er kann dort ausschliesslich seine Spesen geltend machen, genauer gesagt nur ein Kilometergeld. Gemäss Antrag der ALG soll ein Regierungsrat nun auch die Spesenentschädigung bei einem solchen privaten Mandat abliefern müssen. Ist das wirklich die Meinung der ALG? Mit dem Grundsatz ist der Regierungsrat einverstanden,

aber soll dieser Grundsatz tatsächlich auch für private Mandate gelten? Der Landammann bittet um eine Präzisierung.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass es der ALG nur um Mandate geht, die ein Mitglied des Regierungsrats *im Auftrag des Kantons* ausübt. Mandate, die ein Regierungsrat privat übernimmt, sind nicht betroffen, und Entschädigungen aus solchen Mandaten müssen nicht abgeliefert werden.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass es hier vor allem um die Mitarbeit in interkantonalen Kommissionen und die Spesenpauschalen geht, die dafür ausbezahlt werden. Man sollte das Kind aber nicht gleich mit dem Bad ausschütten, zumal es hierfür ja auch eine Kontrolle bräuchte und es sich nicht um Tausende von Franken handelt. Die Votantin ist der Ansicht, dass die Version der Stawiko genügt.

**Zari Dzaferi** erinnert daran, dass diese Änderung auf eine Motion von Eusebius Spescha und ihm selbst zurückgeht. Die Motionäre haben sich damals überlegt, dass solche Nebenämter eigentlich zu den Aufgaben eines jeden Regierungsrats gehören. Die Funktion bei der Pensionskasse beispielsweise, welche der Regierungsrat von Amtes wegen wahrnimmt, wird mit über 10'000 Franken pro Jahr entschädigt, und die Motionäre waren klar der Meinung, dass dieses Geld der Staatskasse zurückbezahlt werden sollte.
Nebenbei gesagt: Den Linken ja immer vorgeworfen, sie seien nicht für das Sparen. Als die Motionäre damals ihren Vorstoss einreichten, erhielten sie nicht dieselbe Unterstützung wie jetzt, da ihr damaliges Begehren von anderer Seite aufgegriffen wird. Es zeigt sich einmal mehr, dass ein Anliegen, das von linker Seite kommt, zuerst im Rat keine Chance hat – vielleicht *weil* es von dieser Seite kommt –, später dann aber plötzlich salonfähig wird. Das ist doch sehr interessant, und der Votant möchte wieder einmal darauf hinweisen – wie im Unterricht, wo man gewisse Dinge oft auch mehrmals sagen muss, bis sie ankommen und vielleicht zu jener Veränderung führen, die man sich erhofft.

Landammann **Heinz Tännler** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der ALG anschliessen kann, weil hier auch § 3 Abs. 2 dieses Gesetzes berücksichtigt werden muss. Dort sind unter dem Titel «Unvereinbarkeit» diejenigen Tätigkeiten aufgeführt, welche mit dem Regierungsratsamt unvereinbar sind. Vor diesem Hintergrund kann man den Antrag der ALG mit Fug und Recht unterstützen.

➔ Der Rat folgt mit 57 zu 9 Stimmen dem Antrag der ALG.

*§ 6*

**Alois Gössi:** Gemäss § 5 verdient ein Regierungsrat 279'744 Franken im Jahr, dazu kommen die Teuerungs-, Familien- und Kinderzulagen. Der Landammann und der Statthalter bzw. die Frau Landammann und Frau Statthalter erhalten eine Zulage von 10 resp. 5 Prozent. Im Weiteren werden jedem Regierungsrat und jeder Regierungsrätin 13'980 Franken als pauschale Spesenvergütung pro Jahr ausbezahlt. Ein Regierungsrat oder eine Regierungsrätin verdient pro Jahr also rund 280'000 bis 305'000 Franken und erhält dazu 13'980 Franken als pauschale Spesenvergütung.
§ 6 mit dem Titel «Spesen» sagt nun Folgendes: «Den Mitgliedern des Regierungsrates wird eine pauschale Spesenvergütung von 5 Prozent des Gehaltes aus-

gerichtet. Damit sind sämtliche Auslagen für Dienstfahren, Verpflegung usw. im Inland abgegolten.». Man könnte also meinen, dass der Posten Verpflegung mit der pauschalen Spesenvergütung klar geregelt ist. Dem ist aber nicht so: Der Regierungsrat handhabt dies ganz anders. Er nimmt an ganztägigen Regierungsratssitzungen zusammen mit der bzw. dem Landschreibenden das Mittagessen ein. Dafür sowie für Früchte, Biskuits und Schokoladen an den Regierungsratssitzungen gab er 2013 insgesamt 11'685.15 Franken aus, die gemäss Bericht der Stawiko über den freien Kredit des Regierungsrats abgerechnet wurden. Das stört den Votanten gewaltig: Trotz der klaren gesetzlichen Regelung in § 6, dass die Verpflegung mit der pauschalen Spesenvergütung abgegolten ist, wird dies vom Regierungsrat in keiner Art und Weise so gehandhabt. Und trotz einer jährlichen Spesenpauschale von 13'980 Franken wird die Verpflegung nicht den Spesen belastet, sondern dem freien Kredit des Regierungsrats. Wofür wird denn diese Spesenpauschale überhaupt genutzt?
Da die Regelung in § 6, dass die Verpflegung mit der Spesenpauschale abgegolten sei, offensichtlich nicht genügt, stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** § 6 um einen neuen Abs. 2 mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: «Als Verpflegung gemäss Abs. 1 gelten insbesondere Esswaren und Mahlzeiten an oder nach Regierungsratssitzungen.» Der Votant dankt für die Unterstützung dieses Antrags.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass ein ähnlicher Antrag schon im Vernehmlassungsverfahren gestellt wurde, weshalb die Stawiko auf Seite 5 ihres Berichts die Spesen detailliert aufgelistet hat. Die Stawiko ist dezidiert der Ansicht, dass es zu weit gehen würde, wenn man an Regierungsratssitzungen Buch führen müsste über die konsumierten Früchte etc. Man sollte über solchen Dingen stehen.

**Manuel Brandenberg** ist der Meinung, man sollte den Antrag der SP-Fraktion ernst nehmen. Es geht immerhin um rund 11'500 Franken pro Jahr, also um rund 1500 Franken pro Regierungsratsmitglied, und der Wortlaut des Gesetzes ist klar. Der Votant unterstützt deshalb den Antrag – und würde dem Regierungsrat doch wünschen, dass er sich an das Gesetz hält.

Landammann **Heinz Tännler** hält fest, dass es immer schwierig ist, über die eigene Tasche zu diskutieren, aber man sollte jetzt doch etwas aufpassen. Seit eh und je ist es Tradition, dass der Regierungsrat – ähnlich wie der Kantonsrat – nach seiner allwöchentlichen Sitzung zusammen das Mittagessen einnimmt, dies zulasten des freien Kredits. Diese gemeinsamen Essen haben sehr positive Auswirkungen, und es besteht – wenn jedes Regierungsratsmitglied sein Essen selber bezahlen muss – durchaus die Gefahr, dass man ausschwärmt und nicht mehr zusammen isst. Der Landammann will nicht mit anderen Kantonen vergleichen, hält aber klar fest, dass die Zuger Regierung bezüglich Spesen und anderen Kosten sehr zurückhaltend ist; andere Regierungen sind in diesem Zusammenhang deutlich grosszügiger. Er zweifelt, ob es ein richtiges Zeichen sei, wenn der Regierungsrat künftig die Bisquits und das Getränk im Sitzungszimmer aus der eigenen Tasche bezahlen muss. Das ist am falschen Ort gespart. Im Übrigen diskutiert der Regierungsrat im Rahmen des Budgetprozesses, den freien Kredit als Ganzes abzuschaffen, und für die gemeinsamen Mittagessen ist beantragt, dass nur noch das Mineralwasser bezahlt werden soll; ein Glas Wein soll aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Dem Regierungsrat ist also bewusst, dass er auch in dieser Hinsicht etwas auf die Bremse treten muss, der Landammann bittet aber, jetzt nicht – im Sinne eines untauglichen Versuchs – Sparübungen am falschen Objekt zu machen.

**Barbara Gysel** ist sehr erstaunt über das Votum des Finanzdirektors und dessen Aussage, man wolle hier am falschen Ort sparen. Das erweckt den Eindruck, dass man zwar an vielen Orten sparen darf, es aber heikel wird, wenn es um das Portemonnaie des Regierungsrats geht. Die gesetzliche Grundlage sagt in § 6 Abs. 1 klar, dass die Verpflegung Bestandteil der Spesen sei. Es geht hier also nicht um die Frage, ob es sinnvoll sei, dass Regierungsratsmitglieder beim gemeinsamen Mittagessen Wein trinken oder nicht oder Mineralwasser mit oder ohne *Blöterli* bevorzugen. Für die SP ist nur relevant, dass eine klare Gesetzesgrundlage vorliegt – und dass gegen diese verstossen wird. Das ist der Hintergrund des Antrags. Die SP wird gerne weiterverfolgen, wie der Regierungsrat mit der vorliegenden Frage in Zukunft – auch im Rahmen des Budgets – umgehen wird. Hier wird aber keine Mineralwasserdebatte geführt, sondern es geht um eine klare Gesetzesgrundlage.

**Beni Riedi** ist etwas erstaunt über die Aussage, das gemeinsame Mittagessen diene dem Zusammenhalt, es bestehe aber die Gefahr, dass es entfalle, wenn der betreffende Betrag gestrichen werde. Geht der Regierungsrat denn nur zusammen essen, weil die gemeinsame Mahlzeit bezahlt wird? Der Votant hofft, dass dem nicht so ist.

Für **Heini Schmid** muss man hier klar unterscheiden. Die Spesenregelung betrifft Auslagen, welche ein Regierungsrat im Rahmen seiner Amtstätigkeit ausserhalb der gemeinsamen Sitzungen, etwa bei auswärtigen Verpflichtungen etc. hat. Man stelle sich nun aber vor, dass in einem Unternehmen bei einer Sitzung des Verwaltungsrats oder der Geschäftsleitung jeder das Brötchen, das um neun Uhr serviert wird, über seine Spesen abrechnen muss! Das hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Niemand auf der Welt rechnet die im Rahmen der gemeinsamen Tätigkeit servierte Verpflegung oder das gemeinsame Essen nach einer Sitzung über die Spesen ab. Das geht überall zulasten des Unternehmens, alles andere wäre absurd. Der Votant fragt sich, welche Geisteshaltung hinter dem vorliegenden Antrag steckt. Sind die Regierungsräte vielleicht die Prügelknaben für den eigenen Frust, weil man nicht denselben Lohn wie ein Regierungsrat oder keine entsprechende Spesenregelung hat? Der Votant bittet, Vernunft walten zu lassen und dem Regierungsrat zu gönnen, was für jeden Verwaltungsrat und jeden Geschäftsleiter völlig selbstverständlich ist.

**Manuel Brandenberg** weist auf § 6 Abs. 1 des Rechtsstellungsgesetzes hin: «Den Mitgliedern des Regierungsrates wird eine pauschale Spesenvergütung von 5 Prozent des Gehaltes ausgerichtet. Damit sind sämtliche Auslagen für Dienstfahrten, Verpflegung, Unterkunft usw. im Inland abgegolten.» Der Votant teilt die Auffassung von Heini Schmid, dass es nicht unter diesen Passus fällt, wenn der Regierungsrat im Ausland zu Mittag isst.

**Hubert Schuler** ist erstaunt über das Votum von Heini Schmid. Dass einem Verwaltungsrat, der sich alle drei Monate zu einer Sitzung trifft, das Essen bezahlt wird, ist richtig. Der Votant ist auch damit einverstanden, dass im Regierungsrat die Znünibrötchen nicht einzeln abgerechnet werden müssen. Bezüglich Mittagessen ist es aber so, dass Angestellte, die den ganzen Tag arbeiten, das Essen nicht einfach vom Arbeitgeber bezahlt erhalten, nur weil sie zusammen essen gehen. Man könnte also differenzieren: Das Znüni wird bezahlt, das Mittagessen hingegen berappt jeder aus einer eigenen Tasche.

Für **Daniel Stadlin** muss man nun wirklich aufpassen, dass man die Regierungsräte nicht dafür bestraft, dass sie Regierungsräte sind. Die Regelungen im Rechts-

stellungsgesetz sind schon jetzt sehr restriktiv, und der Kanton Zug hat wohl eines der strengsten Reglemente für Regierungsräte in der Schweiz. Und die Kosten, über die hier diskutiert wird, sind doch nicht relevant! Der Votant findet den vorliegenden Antrag ausserordentlich kleinlich, und er bittet, ihn abzulehnen. Die Regierungsratsmitglieder arbeiten wahrlich genug für den Kanton Zug, nämlich – wie gehört – vierundzwanzig Stunden an sieben Tagen. Da soll man doch eine gewisse Grosszügigkeit walten lassen!

**Manuel Brandenberg** möchte wissen, ob mit den 11'500 Franken nur das Znüni bezahlt wird, und wenn ja: Wie wird das gemeinsame Mittagessen bezahlt? Dafür reichen die 11'500 Franken pro Jahr ja mit Sicherheit nicht. Wird es aus den 5 Prozent Spesenvergütung oder vom Staat noch zusätzlich bezahlt?

Der **Vorsitzende** liest den von der SP beantragten neuen Abs. 2 nochmals vor.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 55 zu 6 Stimmen ab.

*§ 7 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission eine Änderung von § 7 Abs. 1 beantragt.

**Oliver Wandfluh** stellt namens der SVP Fraktion zwei **Anträge** zu § 7 Abs. 1. Zum einen soll es im ersten Satz heissen: «Bei *unfreiwilligem* Ausscheiden aus dem Amt […].» Der ursprüngliche Zweck der Abgangsentschädigung gemäss OR Art. 339b und folgende war das Auffangen von arbeitnehmerischen Härtefällen bei unfreiwilliger Beendigung eines Arbeitsverhältnisses. Entschädigung setzt zudem begrifflich einen Schaden voraus, mit einer kausal zusammenhängenden Ursache. Die Ursache muss naturgemäss gegen den Willen des Betroffenen wirken. Mit der aktuellen Regelung soll unabhängig von der Ursache – allein aufgrund der Tatsache, dass das Amt in einer gewählten Behörde durch einen Amtsträger beendigt wird – eine Geldleistung in Höhe eines halben Jahreslohns ausgelöst werden. Diese Lösung, unabhängig von Ursache und Wirkung, hat mit einer Abgangsentschädigung nichts zu tun. Gerade in Zeiten, in denen der Kanton den Gürtel enger schnallen muss und die Regierung mit ihren Sparprogrammen von der Bevölkerung Zugeständnisse in Form von neuen Steuern sowie von Steuer-, Gebühren- und Tariferhöhungen verlangt, findet es die SVP-Fraktion störend und vom Regierungsrat unsensibel, dass er nicht – wie für den Stadtrat von Zug bereits umgesetzt – ganz auf die nicht mehr zeitgemässen Abgangsentschädigungen verzichtet. Die SVP schlägt aus den genannten Gründen deshalb vor, eine Abgangsentschädigung nur bei unfreiwilligem Ausscheiden aus dem Amt zu gewähren.
Der zweite Antrag betrifft den zweiten Satz von § 7 Abs. 1. Dieser soll neu heissen: «Diese [= die Gehaltsfortzahlung] beträgt 6 *halbe* Monatsgehälter.» Die vorgeschlagene Lösung mit sechs vollen Monatsgehältern ist eine ungerechtfertigte Bevorzugung von Personen, die ohnehin schon bessergestellt sind. Sie ist auch ungerechtfertigt in Hinblick darauf, dass die Regierung in naher Zukunft dem Kantonsrat ein Sparprogramm 3 vorlegen wird, mit dem bei den Verwaltungsangestellten massiv gespart werden soll. Auch hier hätte sich die SVP-Fraktion gewünscht, dass die Regierung mit gutem Beispiel vorangeht.
Es ist noch keine drei Monate her, seit der Kantonsrat das Sparprogramm 2 behandelte, und die Voten der Regierungsräte und der Regierungsrätin klingen dem

Votanten noch jetzt in den Ohren: «Jeder muss seinen Beitrag leisten.» Da der Regierungsrat nicht von sich aus bereit ist, seinen Beitrag zu leisten, sollte der Kantonsrat die Verantwortung übernehmen und die Courage haben, die unzeitgemässen Abgangsentschädigungen wenn schon nicht ganz zu streichen, so doch wenigstens zu kürzen.
Für den Fall, dass der Rat noch nicht überzeugt ist: Eine Abklärung bei der Arbeitslosenkasse ergab, dass auch Regierungsräte in den Genuss von Arbeitslosenentschädigungen kommen. Der Leiter der Arbeitslosenversicherung rechnete vor, dass im Fall von sechs ganzen Monatsgehältern die Arbeitslosenentschädigung das Maximum von 148'200 Franken im Jahr beträgt, dies zusätzlich zur Abgangsentschädigung. Das ergibt zusammengerechnet im ersten Jahr ein Jahreseinkommen von 298'200 Franken, also genau gleich viel, wie ein aktiver Regierungsrat erhält. Mit dem Vorschlag der SVP-Fraktion kommt man immer noch auf ein Jahreseinkommen von 223'200 Franken. Der Votant ist der Meinung, dass damit auch ein Regierungsrat über die Runden kommen sollte.
Der Rat entscheidet hier, wie ernst es ihm mit dem bereits laufenden Sparprogramm ist und ob wirklich jeder seinen Beitrag leisten muss. In diesem Sinn dankt der Votant für die Unterstützung der zwei Anträge.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hat bereits in ihrem Eintretensvotum ausgeführt, dass die Abgangsentschädigung dem Behördenmitglied die Chance geben soll, sich ohne jeglichen Druck neu orientieren zu können. Die von der Stawiko vorgeschlagene Lösung ist einfach zu handhaben. Die Stawiko will es der Verwaltung nicht zumuten, abklären zu müssen, ob bei einer Nichtwiederwahl ein Verschulden vorliegt oder nicht. Wenn die Antragsteller nur bei einer unverschuldeten Nichtwiederwahl eine Abgangsentschädigung bezahlen wollen ist, das in den Augen der Stawiko nicht fair. Was ist, wenn ein Behördenmitglied – wie am Morgen schon gesagt – beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr antritt? Es ist auch möglich, dass ein Behördenmitglied in einen Skandal verwickelt wird und dann von sich aus nicht mehr antritt. Die von den Antragstellern geforderte Lösung könnte dazu führen, dass ein solches Behördenmitglieder sich nochmals aufstellen lässt und eine Nichtwiederwahl provoziert, nur um eine Abgangsentschädigung zu erhalten. Das kann nicht im Interesse des Kantons sein, und man sollte ihn von solchen Übungen verschonen.
Bereits in der Vernehmlassung wurde die Ausdehnung der Lohnfortzahlung auf zwölf Monate beantragt, und ein entsprechender Antrag soll dem Vernehmen nach auch heute folgen. Die SVP hingegen beantragt, während sechs Monaten nur das halbe Gehalt auszurichten. Die Stawiko-Präsidentin muss hier in aller Deutlichkeit festhalten, dass auch die Regierung ihren Beitrag zum Sparen leistet. Die Änderung des Rechtsstellungsgesetzes hat Auswirkungen auf die Entschädigung für die Regierungsratsmitglieder, insbesondere auch bei den Pensionskassenbeiträgen, wo sie 30 Prozent zusätzliche Sparbeiträge verlieren, was je nach Situation zwischen 40'000 und 60'000 Franken ausmacht. Der Vorschlag der Stawiko, also volle Entschädigung während sechs Monaten, ist auch im Vergleich mit der Privatwirtschaft eine gute Lösung. Jedermann will ja gute Köpfe im Regierungsrat, und dafür muss man auch einigermassen akzeptable Konditionen bieten, sonst bewirbt sich niemand mehr für dieses Amt. Und es gibt im Kanton Zug keine goldenen Fallschirme, das zeigt auch der interkantonale Vergleich. Man soll aber den Regierungsräten, die sich jahrelang für den Kanton Zug eingesetzt haben, die Möglichkeit geben, sich nach einem Abgang ohne finanziellen Druck neu orientieren zu können. Die Stawiko-Präsidentin bittet deshalb, dem Antrag der Stawiko zu folgen.

**Alois Gössi** teilt mit, dass die SP-Fraktion mit einer Abgangsentschädigung von sechs Monatsgehältern einverstanden ist, und zwar unabhängig davon, ob der Abgang freiwillig oder unfreiwillig erfolgte und wie lange das betreffende Regierungsratsmitglied im Amt war. Ein Rücktritt ist eine einschneidende Sache, und die Suche nach einem neuen Job kann wahrscheinlich erst nach dem Ablauf der Tätigkeit als Regierungsrat begonnen werden, dies insbesondere bei einem erzwungenen Rücktritt infolge Nichtwiederwahl.
Prinzipiell ist es richtig, dass ein Ersatzeinkommen während der Zeit, in der die Abgangsentschädigung bezahlt wird, angerechnet wird und zusammen mit der Abgangsentschädigung das im Amt erzielte Bruttogehalt nicht überschreiten darf. Der Votant hätte es aber gerne anders: Ein erzieltes Einkommen während der sechs Monate, in denen die Abgangsentschädigung bezahlt wird, soll an diese angerechnet werden. Oder anders gesagt: Verdient ein zurückgetretenes Regierungsratsmitglied etwas, soll dies an die Abgangsentschädigung angerechnet werden. Zwei Beispiele dazu: Ein Regierungsrat verdient 300‘000 Franken, die Abgangsentschädigung beträgt 150'000 Franken. Ein zurückgetretener Regierungsrat muss eine Reduktion der Abgangsentschädigung erst in Kauf nehmen, wenn er zusätzlich mehr als 150'000 Franken verdient, das Totaleinkommen also über 300'000 Franken liegt. Das ist der Vorschlag der Staatswirtschaftskommission. Mit dem Vorschlag des Votanten würde jedes erzielte Einkommen die Abgangsentschädigung schmälern. Erzielt ein ehemaliger Regierungsrat in den ersten sechs Monaten nach seinem Rücktritt ein Einkommen von 100'000 Franken, würde die Abgangsentschädigung um diesen Betrag gekürzt, also nur noch 50'000 Franken betragen. In diesem Sinn stellt der Votant den **Antrag,** § 7 Abs. 4 neu wie folgt zu formulieren: «Die Abgangsentschädigung ist um ein erzieltes Einkommen zu kürzen. Ein entsprechendes Einkommen ist unverzüglich dem Personalamt zu melden.»
Der Votant hat in diesem Zusammenhang noch einen zweiten Antrag. Ein Ziel dieser Gesetzesrevision war es ja, gleiche Abgangsentschädigungen sowohl beim Regierungsrat als auch bei den Richtern festzulegen. Dies ist grösstenteils gelungen. Eine Differenz besteht jedoch noch: Bei den Richtern gibt es den Zusatz, dass eine Abgangsentschädigung mit dem Bezug einer Pensionskassenrente entfällt. Beim Regierungsrat fehlt dieser Zusatz. So wäre es dann theoretisch möglich, dass ein Regierungsrat mit 64 Jahren zurücktritt, sich eine Pensionskassenrente auszahlen lässt – unter gewissen Bedingungen ist dies ab 58 Jahren möglich – und dann noch eine sechsmonatige Abgangsentschädigung erhält. Bei einem Richter ist dies nicht möglich: Mit einer vorzeitigen Pensionskassenrente gibt es keine Abgangsentschädigung. Leider fehlt im Bericht der Stawiko ein Hinweis, wieso dieser Zusatz beim Regierungsrat nicht zur Anwendung kommt. Der Votant stellt deshalb den **Antrag** auf einen neuen Abs. 1a: «Die Abgangsentschädigung entfällt mit dem Bezug einer Pensionskassenrente.»

**Jürg Messmer** wiederholt, dass es hier – wie von Oliver Wandfluh bereits angemerkt – auch um die Leistungen der Arbeitslosenversicherung geht: Wenn ein Regierungsrat aus seinem Amt ausscheidet, kommt die Arbeitslosenkasse zum Zug. Der Votant legt seine Interessenbindung offen: Er ist einerseits Steuerzahler im Kanton Zug und finanziert damit eine Abgangsentschädigung mit, andererseits ist er Arbeitnehmer und bezahlt somit mit seinen Beiträgen auch einen Teil der Arbeitslosengelder eines abgetretenen Regierungsrats.
Eine doppelte Bezahlung macht hier wirklich keinen Sinn. Und es ist in der Tat so: Wenn ein Regierungsrat am 1. Januar aus seinen Amt scheidet, kommt die Arbeitslosenkassen zum Zug; er steht also nicht ohne Einkommen da. Dem Argument von Gabriela Ingold, man könne ohne Abgangsentschädigungen keine guten Kandida-

ten mehr finden könne, hält der Votant entgegen, dass die Stadt Zug 2009 aufgrund einer Initiative die Abgangsentschädigungen für Stadträte abgeschafft hat, dies mit 57,5 Prozent Zustimmung. Es gibt trotzdem weiterhin Stadträte – und der Votant wagt zu behaupten: Die Stadträte von heute sind nicht schlechter als jene von vor 2009.
Daniel Stadlin hat in Zusammenhang mit der Spesenregelung angebracht, dass man sich auf die relevanten Kosten konzentrieren solle. Hier nun geht es wirklich um relevante Kosten, nämlich um einen hohen fünfstelligen oder tiefen sechsstelligen Betrag. Und Zari Dzaferi hat angebracht: Sparprogramm! Hier kann tatsächlich gespart werden, und zwar ohne dass ein Regierungsrat am 1. Januar 2018 als Sozialhilfeempfänger dasteht und unter der Brücke schlafen muss. Als Regierungsrat erhält man ein Jahresgehalt von 300'000 Franken. Da ist doch zu erwarten, dass man auch etwas auf die Seite gelegt hat.
Nochmals: Abgangsentschädigung und Arbeitslosengeld bedeuten doppelten Lohn, dies auf Kosten der Steuerzahler. Das geht nicht. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** § 7 ersatzlos zu streichen. Anzumerken ist noch, dass der Leiter der Arbeitslosenkasse die obigen Ausführungen bestätigt hat: Die Arbeitslosenkasse bezahlt auch im Falle eines Regierungsratsmitglieds.

**Oliver Wandfluh** muss die Aussage der Stawiko-Präsidentin präzisieren: Die SVP hat nicht von «unverschuldeter Nichtwiederwahl» gesprochen, sondern von «unfreiwilligem Ausscheiden». Gemeint ist damit jemand, der sich zur Wiederwahl stellt, aber nicht mehr gewählt wird. Das ist nicht dasselbe wie «unverschuldet», etwa weil – Gott behüte – die Frau krank ist. Im Weiteren mag der Votant allen alles gönnen, er ist ein glücklicher, mit seinem Leben zufriedener Mensch, und dass der eine mehr und der andere weniger verdient, ist ihm komplett egal. Hier aber hat der Kantonsrat eine Verantwortung gegenüber den Zuger Bürgern. Man ist mitten in einem Sparprogramm, und da kann der Votant nicht verstehen, dass jemand, der zu arbeiten aufhört – freiwillig oder unfreiwillig –, noch ein komplettes Jahresgehalt von 298'000 Franken erhält. Die SVP-Fraktion kommt hier auch nicht mit dem grossen Hammer und will die Lohnfortzahlung nicht gänzlich streichen. Sie versteht gewisse Argumente, und ihre Lösung bedeutet einen Jahresverdienst von immer noch 223'000 Franken. Das ist ihrer Ansicht nach genug.

**Thomas Meierhans** möchte Folgendes wissen: Wenn man dem Vorschlag der Stawiko folgt, hat dann ein Regierungsrat, der nach seinem Rücktritt während sechs Monaten keine neue Stelle findet, mit der Abgangsentschädigung plus der Arbeitslosenentschädigung, die er zu Recht beanspruchen kann, ein grösseres Einkommen als vorher? Oder ist das Einkommen dann ungefähr gleich oder allenfalls etwas tiefer als vorher? Nach Meinung des Votanten sollte eine Abgangsentschädigung maximal die Lücke zwischen Arbeitslosenentschädigung und dem vorherigen Einkommen füllen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass in der Stawiko nicht über die Thematik Arbeitslosenentschädigung diskutiert wurde. Aus ihrer Berufserfahrung weiss sie aber, dass ein Regierungsrat, der ab dem ersten Tag, da er die Abgangsentschädigung erhält, stempeln geht, diese als sogenannten Zwischenverdienst angeben muss und dann keine Arbeitslosenentschädigung mehr kriegt. Natürlich kann man jetzt etwas anderes behaupten, man müsste das aber seriös abklären.
Es ist richtig, dass der Kantonsrat eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler hat. Er hat aber auch eine Verantwortung gegenüber den Behördenmitgliedern, seien es Richter oder Regierungsräte. Und die Abgangsentschädigung entspricht

eigentlich einer simulierten Kündigungsfrist. Jedermann will doch, dass das Behördenmitglied bis zum letzten Tag seiner Amtszeit mit voller Kraft arbeitet und nicht bereits auf Stellensuche gehen muss. Letzterem dienen die sechs Monate, während denen es weiterhin seinen Lohn erhält. Und jedermann weiss, was alles mit einem Gang zur Arbeitslosenkasse verbunden ist. Die Stawiko-Präsidentin möchte auf jeden Fall keine Lösung vertreten müssen, mit der man einem abgetretenen Regierungsrat das alles vom ersten Tag an zumutet. Sie bittet deshalb eindringlich, der Version der Stawiko zu folgen.

**Oliver Wandfluh** hat die Fakten, und er vertraut dem Leiter der Arbeitslosenversicherung, von dem er sie erhalten hat. Er liest vor: «Gehaltsfortzahlungen von sechs Monaten: Nach Art. 11a AVIG werden freiwillige Leistungen wie Abgangsentschädigungen und auch Leistungen zugunsten der Pensionskasse ab einem gewissen Betrag als nicht anrechenbarer Arbeitsausfall betrachtet. Da § 7 unter dem Titel «Vorsorge» geregelt ist, ist die Abgangsentschädigung im Sinne einer freiwilligen Leistung nach Art. 11a AVIG zu bewerten. Nach Art. 11a Abs. 2 AVIG haben freiwillige Abgangsentschädigungen bis 148'200 Franken unberücksichtigt zu bleiben. Dies bedeutet, dass bis zum Betrag von 148'200 Franken ein Freibetrag besteht und eine Arbeitslosenentschädigung ab Ausscheiden besteht.»

Für **Jürg Messmer** ist den Worten von Oliver Wandfluh nicht mehr viel beizufügen. Die Abgangsentschädigung ist unter «Vorsorge» geregelt und damit nicht lohnrelevant. Für alle, welche nachlesen möchten, was in Art. 11 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung (AVIG) genau steht, hat der Votant einen entsprechenden Auszug dabei.

**Andreas Hausheer** gibt zu, dass bei ihm mittlerweile sämtliche Klarheiten beseitigt sind. Er hat verstanden, dass abtretende Regierungsräte sechs Monate lang eine Lohnfortzahlung oder Abgangsentschädigung erhalten sollen, wobei aber alles, was an sonstigem Einkommen erzielt wird – sei es von der Arbeitslosenversicherung oder woher auch immer –, anzurechnen ist. Wenn das die Intention des Antrags von Alois Gössi ist, würde er diesem zustimmen.

Landammann **Heinz Tännler** kennt die neu eingebrachte Thematik Arbeitslosenentschädigung zwar, hat sich damit juristisch aber nicht genauer auseinandergesetzt. Er versucht, nicht politisch Stellung zu nehmen – was sowieso falsch herauskommen würde –, sondern aufzuzeigen, wie sich die Situation heute präsentiert. Nach heutigem Recht kann ein nach einer gewissen Dienstzeit abtretender Regierungsrat während zwölf Monaten 50 Prozent seines Gehalts geltend machen bzw. es wird ihm als Abgangsentschädigung ausbezahlt. Geht man von den genannten 300'000 Franken aus – in Wirklichkeit ist es weniger –, handelt es sich also um 150'000 Franken brutto; netto liegt man damit weit unter den rund 148'000 Franken, die Oliver Wandfluh als Freibetrag nannte. Was ausbezahlt wird, ist keine Lohnfortzahlung, sondern eine Abgangsentschädigung, somit kommt der Freibetrag zur Anwendung. Weiter gilt: Im Grundsatz hat jeder Regierungsrat, der aus dem Amt scheidet – ob freiwillig oder unfreiwillig, verschuldet oder unverschuldet – Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Diese ist limitiert auf 12'400 Franken monatlich, mehr kann man auch mit dem hohen Lohn eines Regierungsrats – auf 100 Prozent gerechnet – nicht erhalten. Dann aber wird reduziert: auf 80 Prozent, wenn man eine Familie mit Kindern hat, bzw. auf 70 Prozent, wenn man kinderlos ist. 70 Prozent entsprechen etwa 8500 Franken, 80 Prozent etwa 9800 Franken. Der betreffende Regierungsrat würde in einem Jahr also 120'000 bis 130'000 Franken als

Abgangsentschädigung und einen Betrag in ähnlicher Grössenordnung von der Arbeitslosenkasse erhalten, Letzteres unter der Voraussetzung, dass er alle Hürden auf sich nimmt und beim Arbeitslosenamt und beim RAV etc. vorspricht. *(Auf eine Zwischenbemerkung von Manuel Brandenberg hin bittet der Finanzdirektor darum, ihn aussprechen zu lassen.)* Sein Einkommen überschiesst also in jedem Fall nicht den Lohn, den er als amtierender Regierungsrat erhalten hat.
Das ist die objektive Ausgangslage aufgrund des geltenden Rechts. Weiter will der Landammann zu den Voten keine Stellung nehmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion zu § 7 Abs. 1 Satz 1 mit 46 zu 21 Stimmen ab und folgt damit dem Antrag der Staatswirtschaftskommission.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion zu § 7 Abs. 1 Satz 2 mit 43 zu 25 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission zu § 7 Abs. 1 Satz 3.

*§ 7 Abs. 1a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatwirtschaftskommission die Löschung von § 7 Abs. 1a beantragt. Von Seiten der SP-Fraktion wurde der Antrag auf einen neuen Abs. 1a eingebracht.

➔ Der Rat genehmigt 45 zu 16 Stimmen den Antrag der SP-Fraktion.

*§ 7 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatwirtschaftskommission sich dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 7 Abs. 4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatwirtschaftskommission eine Änderung von § 7 Abs. 4 beantragt. Von Seiten der SP-Fraktion wurde der Antrag auf eine Neuformulierung eingebracht.

➔ Der Rat folgt mit 27 zu 26 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass abschliessend nun über die von Jürg Messmer beantragte komplette Streichung von § 7 abgestimmt wird.

Für **Thomas Werner** geht es hier um die Glaubwürdigkeit des Kantonsrats. Es wurde in letzter Zeit oft vom Sparen gesprochen, und immer wieder hat die Regierung betont, dass *alle* in den sauren Apfel beissen müssten und niemandem irgendein *Guetsli* zugesprochen werde. Das Parlament muss jetzt Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht eine Ausnahme machen und viel Geld – mit Verlaub – an den Allerwertesten streichen, indem es den Mitgliedern des Regierungsrats eine Abgangsentschädigung zugesteht, im klaren Wissen, dass diese wie alle anderen Arbeitnehmer auch durch die Arbeitslosenkasse abgesichert sind. Es gibt keinen Grund, nicht auf diese Abgangsentschädigung zu verzichten. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die folgende Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Es bereitet **Oliver Wandfluh** Sorge, dass der Kantonsrat Sparprogramm um Sparprogramm verabschiedet – als nächstes wird bekanntlich die Verwaltung zur Kasse gebeten –, bis heute aber bei der Regierung keinen Millimeter nachgegeben hat. Der Votant fürchtet sich vor dem Tag, da eine Motion mit dem Inhalt eingereicht wird, der Kantonsrat müsse sein Essen selber bezahlen – was selbstverständlich abgelehnt werden wird. Am Schluss wird wirklich jeder geblutet haben, mit Ausnahme des Kantonsrats und des Regierungsrats. Der Votant geht nach den heutigen Abstimmungen davon aus, dass auch Jürg Messmers Antrag keine Mehrheit finden wird, und er ist zutiefst enttäuscht vom Kantonsrat.

Wie bereits gesagt, möchte **Andreas Hausheer**, dass aus dem Amt ausgeschiedene Regierungsratsmitglieder noch sechs Monatslöhne erhalten, unter Abzug aller in dieser Zeit erzielten anderen Einkünfte. Er wird beim Finanzdirektor in Hinblick auf die zweite Lesung eine Formulierung einverlangen, mit welcher dieses Ziel, das weitgehend unbestritten ist, erreicht werden kann. In der kommenden Abstimmung wird er sich der Stimme enthalten, weil ihm – wie wohl noch weiteren Ratsmitgliedern – unklar ist, wo man nun genau steht.

Für **Manuel Brandenberg** ist mit der Zustimmung zu der von der Stawiko beantragten Formulierung in § 7 Abs. 4 das eben genannte Ziel erreicht. Zu den Einkünften, die an das Bruttojahreseinkommen angerechnet werden müssen, gehört für den Votanten auch eine allfällige Arbeitslosenentschädigung, die ja Lohnersatz ist. Letztlich wird das je nachdem aber die Justiz entscheiden, nicht das Parlament.

Landammann **Heinz Tännler** erinnert daran, dass für das vorliegenden Geschäft drei Motionen bearbeitet wurden:
• Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz von 16. April 2013 betreffend Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats. Die Regierung hat sich freiwillig diesem Motionsbegehren unterworfen und damit auf einen nicht unerheblichen Betrag verzichtet.
• Motion der Staatswirtschaftskommission vom 7. Oktober 2013 betreffend gleiche Abgangsentschädigung für gewählte Behördenmitglieder des Kantons. Der Regierungsrat hat sich mit der Vereinheitlichung einverstanden erklärt.
• Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi vom März 2014 betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats. Auch hier hat der Regierungsrat zugestimmt und damit auf Spesenentschädigungen etc. verzichtet.
Es ist also keineswegs so, dass die Regierung ihren Anteil nicht leisten würde. Sie hat sich mit den obigen Kürzungen einverstanden erklärt, und sie erklärt sich selbstverständlich auch mit den Entscheiden einverstanden, welche der Kantonsrat heute fällt. Und er wird weiterhin im Amt bleiben und seine Aufgaben mit Leidenschaft und Passion erfüllen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag, die Abstimmung über die Streichung von § 7 unter Namensaufruf durchzuführen, mit 21 Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass «Eins» die Genehmigung des bereinigten § 7 bedeutet. Wer «Zwei» sagt, stimmt der Streichung von § 7 gemäss Antrag von Jürg Messmer zu.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Zwei |
| Brunner Philip C. | Zwei |
| Camenisch Philippe | Eins |
| Christen Hans | Eins |
| Giger Susanne | Eins |
| Gysel Barbara | Zwei |
| Landtwing Alice | Eins |
| Marti Daniel | Eins |
| Messmer Jürg | Zwei |
| Raschle Urs | Enthaltung |
| Rüegg Richard | Enthaltung |
| Sivaganesan Rupan | Zwei |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Zwei |
| Stadlin Daniel | Eins |
| Stocker Cornelia | Eins |
| Straub-Müller Vroni | Eins |
| Thalmann Silvia | Eins |
| Umbach Karen | Eins |
| Vollenweider Willi | Eins |
| | |
| Dittli Laura | Eins |
| Iten Patrick | Eins |
| Letter Peter | Abwesend |
| [Sitz vakant] | –– |
| | |
| Hess Mariann | Enthaltung |
| Hess-Brauer Iris | Enthaltung |
| Ingold Gabriela | Eins |
| Iten Beat | Zwei |
| Ryser Ralph | Zwei |
| Werner Thomas | Zwei |
| | |
| Barmet Monika | Eins |
| Etter Andreas | Eins |
| Nussbaumer Karl | Zwei |
| | |
| Abt Daniel | Abwesend |
| Andermatt Adrian | Eins |
| Andermatt Pirmin | Enthaltung |
| Dzaferi Zari | Abwesend |
| Frei Pirmin | Eins |
| Gössi Alois | Eins |
| Häseli Barbara | Eins |
| Hostettler Andreas | Eins |
| Hürlimann Markus | Zwei |

| | |
|---|---|
| Imfeld Nicole | Eins |
| Lustenberger Andreas | Eins |
| Riboni Michael | Zwei |
| Riedi Beni | Zwei |
| Schmid Heini | Eins |
| Wandfluh Oliver | Zwei |
| | |
| Baumgartner Hans | Eins |
| Birrer Walter | Zwei |
| Bühler Olivia | Abwesend |
| Gander Thomas | Eins |
| Haas Esther | Eins |
| Mösch Jean-Luc | Eins |
| Renggli Silvan | Eins |
| Sieber Beat | Zwei |
| Soltermann Claus | Eins |
| Suter Rainer | Zwei |
| | |
| Bieri Anna | Abwesend |
| Helbling Karin | Eins |
| Hofer Rita | Eins |
| Schuler Hubert | Zwei |
| Unternährer Beat | Eins |
| Villiger Thomas | Zwei |
| | |
| Burch Daniel | Zwei |
| Hausheer Andreas | Enthaltung |
| Hürlimann Andreas | Eins |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Eins |
| Weber Monika | Eins |
| | |
| Balmer Kurt | Abwesend |
| Burch Daniel Thomas | Eins |
| Roos Flavio | Zwei |
| Schriber-Neiger Hanni | Eins |
| Stuber Daniel | Eins |
| Werder Matthias | Zwei |
| Wiederkehr Roger | Eins |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Eins |
| | |
| Henseler Emanuel | Eins |
| Lötscher Thomas | Eins |

➔ Der Rat lehnt die Streichung von § 7 mit 44 zu 22 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

*§ 8 Abs. 1 Bst. a, c, d und e*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Staatwirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats auf Aufhebung anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 10 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatwirtschaftskommission eine Änderung von § 10 Abs. 3 beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

**Teil II** (Fremdänderungen)

***Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014***

*§ 84 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission bei § 84 einen neuen Abs. 3 beantragt. Der Landschreiber befürwortet den Antrag der Stawiko.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

***Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994***

*§ 27 Abs. 1*
*§ 27 Abs. 1a*
*§ 27 Abs. 2*
*§ 27 Abs. 2a*
*§ 27 Abs. 2b*
*§ 27 Abs. 4*
*§ 27 Abs. 5*
*§ 27 Abs. 6*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission zu § 27 beantragt:
• Abs. 1, 4 und 5 zu ändern;
• Abs. 2, 2a und 2b aufzuheben bzw. zu löschen;
• neu einen Abs. 1a und einen Abs. 6 einzufügen.
Der Landschreiber befürwortet die Anträge der Staatswirtschaftskommission, soweit sie ihn betreffen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der Staatswirtschaftskommission.

*§ 72 Abs. 8*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission bei § 72 einen neuen Abs. 8 beantragt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

**Teil III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdaufhebungen gibt.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats ein sogenannt einfacher Kantonsratsbeschluss und damit kein referendumsfähiger Erlass ist. Die Referendumsklausel ist daher wie folgt zu ergänzen: «Diese Änderungen unterliegen *mit Ausnahme der Änderung des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats* dem fakultativen Referendum […]».

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag mit der obigen Ergänzung.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 13

**549 Motion von Thomas Werner und Beni Riedi betreffend Standesinitiative für eine Ergänzung im BüG (Bürgerrechtsgesetz), dass künftig keine Doppelbürgerschaft mehr möglich ist**

Vorlagen: 2528.1 - 14970 (Motionstext); 2528.2 - 15209 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Thomas Werner** spricht für die Motionäre. Die Regierung schreibt, dass es zu diesem Thema bereits politische Vorstösse gegeben habe, macht Ausführungen zur Geschichte der Doppelbürgerschaft, erklärt das Verfahren der Standesinitiative, vergleicht das internationale Recht und zitiert die Zuger Wirtschaftskammer und die Auslandschweizerorganisation – der Vollständigkeit halber hätte der Votant erwartet, dass auch noch die Organisation der einbürgerungswilligen Eritreer zitiert worden wäre. Stichhaltige Argumente gegen die Abschaffung der Doppelbürgerschaft hat der Votant keine gelesen. Im Gegenteil: Die Behauptung, dass die Doppelbürgerschaft nichts mit Integration zu tun habe bzw. nichts am Integrationswillen ändere,

ist schlicht falsch. Wenn jemand wegen der Doppelbürgerschaft keinen Schweizer Pass will oder erhält – der Votant kennt verschiedene Italiener, Deutsche oder Österreicher, die bewusst auf den Schweizer Pass verzichten, weil sie sich ihrem Heimatland verbunden fühlen –, hat er keinerlei Nachteile gegenüber jenen, die den Schweizer Pass annehmen. Es geht hier um den Abschluss der Integration: Der Schweizer Pass soll nicht Ansporn zur Integration, sondern Abschluss einer geglückten Integration sein. Es geht auch um das Bekenntnis zum Vaterland bzw. neuen Vaterland, welches zumindest Männer – das ist in der heutigen Zeit auch wichtig – unter Einsatz des eigenen Lebens verteidigen müssten. Der Entscheid, für welches Vaterland man sein Leben hingeben würde, fällt anders aus, wenn man weiss, worum es geht und woher man kommt. Wenn man an zwei Orten dabei sein kann, ist es nicht dasselbe, als wenn man sich für ein einziges Land entscheiden muss. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären. Es spricht nichts dagegen, diese Standesinitiative einzureichen.

**Andreas Hostettler** spricht für die FDP-Fraktion. Er versteht die Motionäre. Als Mitglied des Bürgerrats von Baar – dies ist auch seine Interessenbindung – ist er an jeder Sitzung an der Einbürgerung mehrerer Personen beteiligt, welche alle notwendigen Voraussetzungen erfüllen. Sein persönliches Empfinden ist jedoch schon so, dass es bei einigen Einbürgerungswilligen nicht darum geht, an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen und an den Gemeindeversammlungen dabei sein zu können, Teil der abendländischen Kultur zu sein – kurz: ein Schweizer zu sein. Vielmehr geht es oft schlicht darum, den Schweizer Pass zu haben. Dahinter stehen auch der Wunsch nach Sicherheit und der Glaube daran, nicht mehr gehen zu müssen.
Fakt ist auch, dass sich mit der gewünschten Regelung weniger Kandidaten werden einbürgern lassen. Nachdem Deutschland die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht hat, ist dort die Zahl der Einbürgerungen stark gestiegen. Soweit versteht der Votant das Anliegen der Motionäre. Ob aber eine Standesinitiative das richtige Vehikel sei, um Migrationspolitik zu betreiben, ist zu hinterfragen. Leider gibt die Motion keine Hilfestellung für die Verhinderung von Einbürgerungen, bei denen es nur um den Schweizer Pass geht. Zudem werden mit der Motion weder die Zuwanderung noch die Asylsituation verbessert. Ein gutes, praktikables und klares Bürgerrechtsgesetz, welches die Eigenverantwortung und die sorgfältige Arbeit der Bürgergemeinden unterstützt, wäre das Anliegen des Votanten. Die Motion für eine Standesinitiative hilft hier nicht. Deshalb kann der Votant, auch wenn er das Anliegen in Teilen nachvollziehen kann, diese Motion nicht unterstützen. Dies ist auch die Meinung der FDP-Fraktion. Festzuhalten ist, dass die meisten eingebürgerten Menschen dankbar, stolz und mit grosser Achtung das Schweizer Bürgerrecht und den Schweizer Pass annehmen.

**Susanne Giger: D**ie ALG-Fraktion glaubt nicht, dass der Entzug des Doppelbürgerrechts nach erfolgter Einbürgerung zu einer besseren Integration führen würde. Sie begrüsst darum die Antwort des Regierungsrats, die klar ausführt, dass ein solches Verbot sehr einfach umgangen werden könnte und seine Kontrolle sehr viele Kosten verursachen würde. Aus der Motionsantwort geht auch hervor, dass diesem Anliegen in anderen Kantonen bisher kein Erfolg beschieden war und es wohl auch im Nationalrat keine Chance haben wird. Die ALG folgt dem Antrag der Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Rupan Sivaganesan** spricht für die SP-Fraktion. Das Schweizer Bürgerrecht zu besitzen, heisst nicht einfach, gut integriert zu sein, sondern es bedeutet auch mehr Pflichte und Rechte. Gleichzeitig ermöglicht der Schweizer Pass, hierzulande

politisch partizipieren zu können. Dieser Teilnahme an der direkten Demokratie sollte man Sorge tragen.
Dass die SVP die Doppelbürgerschaft abschaffen will, ist keine Überraschung und auch nichts Neues. Auf Bundesebene und in anderen Kantonen wurden mehrmals ähnliche Vorstösse eingereicht, die alle entweder abgelehnt oder zurückgezogen wurden. Wie der Regierungsrat in seinem Bericht auf Seite 8 schreibt, ist auf nationaler Ebene aktuell zudem eine Motion mit fast identischer Begründung hängig. Schon alleine deshalb ist dieser Vorstoss überflüssig.
Die Integration wird durch eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht behindert. Es ist im Gegenteil positiv, sich am Wohnort einbürgern zu lassen und mitzuarbeiten, ohne die eigenen Wurzeln verleugnen zu müssen. Der Regierungsrat drückt es auf Seite 7 treffend aus: «Das Doppelbürgerrecht ist nicht Ausdruck einer mangelnden Integration, sondern eine Konsequenz der internationalen Mobilität.» Eine lasche Einbürgerungspolitik, wie sie von den Motionären behauptet wird, gehört – wie der Votant aus eigener Erfahrung weiss – ins Reich der Phantasie. Die Einbürgerung wird seriös überprüft, und nur nach strengen Kriterien geprüfte Personen erhalten die Schweizer Staatsbürgerschaft. Damit hat die Doppelbürgerschaft nichts zu tun.
Gemäss Angaben des EDA besitzen rund 73,4 Prozent der Auslandschweizerinnen und -schweizer neben der schweizerischen Staatsangehörigkeit eine zusätzliche Nationalität. Was will die SVP mit diesen Personen tun? Will sie sie ausbürgern lassen? Im Übrigen hat die Schweiz im europäischen Vergleich bereits heute eine der längsten Wartezeiten für die Einbürgerung. Ist es im Sinne der Regierung, hier noch weitere Hürden zu schaffen, wenn die Einbürgerung doch als ein Ausdruck des Integrationswillens zu verstehen ist? Der Votant bittet den Rat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Patrick Iten** spricht für die CVP-Fraktion. Wie schon erwähnt, liegt hier kein speziell zugerisches Interesse vor. Im Gegenteil: Mit einer Erheblicherklärung würde der Kanton Zug als internationaler Wirtschaftsraum ein falsches Signal aussenden. Die Wirtschaft ist auf zusätzliche, spezifische Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. So ist auch die Zuger Wirtschaftskammer grundsätzlich gegen ein Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft. Dazu kommt, wie es im Bericht des Regierungsrats beschrieben ist, dass bei einem Verbot die Kontrollen massiv verstärkt werden müssten, da das Verbot durch eine nachträgliche Wiedereinbürgerung im Drittstaat leicht umgangen werden könnte. Zugleich gibt es bereits die Möglichkeit, jene Personen nicht einzubürgern, welche der Sprache nicht mächtig oder gar straffällig geworden sind. Damit sind die Gesetze vorhanden, damit keine zu «lasche» Einbürgerungspolitik, wie sie von den Motionären umschrieben wird, betrieben werden muss. Zugleich erhoffen sich die Motionäre, dass durch ein Verbot eine bessere Integration stattfinden würde. Aber wie alle wissen, passiert die Integration in der Gesellschaft und nicht im Passbüro.
Dass die fast identischen Anliegen bereits auf Bundesebene durch die noch hängige Motion von Nationalrat Erich Hess eingebracht wurden, ist ein weiterer Grund, die vorgeschlagene Standesinitiative nicht zu unterstützen. Die CVP-Fraktion folgt deshalb dem Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung.

**Daniel Stadlin:** Wieso sich gerade der international ausgerichtete Kanton Zug für eine Standesinitiative zur Abschaffung des Doppelbürgerrechts einsetzen soll, ist nicht einsichtig. Die Grünliberalen finden, dass dieses Anliegen nicht zum liberalen, weltoffenen Kanton Zug passt.
Der Bundesrat lehnt ein generelles oder partielles Verbot des Doppelbürgerrechts ab, sind doch seit dessen Einführung 1992 keine grossen Probleme entstanden. Es

hat sich offensichtlich bewährt und ist auch Ausdruck der Schweizer Konsensdemokratie und der Fähigkeit der Schweiz, unterschiedliche kulturelle Gruppen zu integrieren. Auch ist das heute bestehende Doppelbürgerecht bei der Totalrevision des schweizerischen Bürgerrechtsgesetzes nicht in Frage gestellt worden. Es besteht also kein zwingender Grund, dies jetzt nach der Zustimmung des Parlaments zur revidierten Fassung ändern zu wollen. Das Doppelbürgerrecht ist heute in den meisten europäischen Staaten möglich und macht durchaus Sinn. Es steht im Interesse der Schweiz, dass sich Ausländerinnen und Ausländer hier integrieren, sich einbürgern lassen und sich für die Gemeinschaft engagieren. Sie deswegen zur Aufgabe ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit zu zwingen, wäre unverhältnismässig. Die Identität definiert sich letztlich nicht nur über den Pass, sondern auch über die Herkunft. Das heisst aber noch lange nicht, dass die Doppelbürgerschaft die betreffenden Personen zu nur halben Schweizerinnen oder Schweizer macht. Und wie das Ausland auf die Abschaffung des automatischen Doppelbürgerrechts reagieren würde, lässt sich zwar nicht sagen, Sympathiepunkte dürfte sich die Schweiz damit jedoch kaum holen. Die GLP ist aus diesen Gründen dafür, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Beni Riedi** weist darauf hin, dass das motionierte Anliegen nichts Neues ist: Bis 1992 gab es in der Schweiz kein Doppelbürgerrecht. Den demokratischen Prozess mit Argumenten dafür und dagegen gilt es auch hier zu respektieren. Das Argument des Regierungsrats aber, ein Verbot der doppelten Staatszugehörigkeit könne relativ leicht umgangen werden, ist für den Votant nicht stichhaltig: Es gibt sehr viele Vorschriften, die leicht umgangen werden können, beispielsweise eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Autobahn. Noch mehr aber ist dem Votanten aufgestossen, dass der Regierungsrat auf Seite 8 seines Berichts schreibt, eine Standesinitiative müsse von einem Interesse des Kantons ausgehen – was es zu respektieren gilt –, hier aber könne kein zugerisches Interesse geltend gemacht werden. Das ist die Haltung der Zuger Wirtschaftskammer – und damit hat der Votant seine liebe Mühe. Denn nicht die Zuger Wirtschaftskammer entscheidet, was im Interesse des Kantons Zug liegt, sondern das Parlament und die Bevölkerung. Hier bittet der Votant um eine Differenzierung.

**Karl Nussbaumer** hat den bisherigen Voten interessiert zugehört. Oft ging es um Integration. Vor Jahren sind viele Italiener in die Schweiz gekommen, sie haben sich in der Schweiz sehr gut integriert – und viele von ihnen sind stolz darauf, noch immer den italienischen Pass zu besitzen. Integration hat also nichts mit der Schweizer Staatsbürgerschaft zu tun. Im Übrigen hat der Votant einer Person, die eben eingebürgert wurde, die Frage gestellt, welchen Pass sie in den *Shredder* werfen würde, wenn sie sich für einen einzigen entscheiden müsste: denjenigen ihres Herkunftslands oder denjenigen der Schweiz? Die Antwort war völlig klar: Natürlich würde sie den Pass ihres Herkunftslands behalten und den Schweizer Pass in den *Shredder* werfen – dies zehn Minuten nach der Einbürgerung! Das zeigt doch, dass es komplett falsch läuft. Man muss die Doppelbürgerschaft abschaffen und den Einbürgerungswilligen sagen: «Das ist Integration, und dann bist Du Schweizer mit allen Rechten und Pflichten.» Nur so geht es. Der Votant bittet deshalb, die vorliegende Motion zu unterstützen

**Philip C. Brunner** hat in den bisherigen Voten das Wort «Gleichheit» vermisst. Alle Schweizer seien gleich, heisst es in der Bundesverfassung. Es gibt aber ein paar Schweizer, die gleicher sind als die anderen, das sind diejenigen mit einem zweiten Pass. Sie haben *Figgi und Müli* und können sich zwischen zwei Staats-

zugehörigkeiten entscheiden, dies nicht nur bei Fussballspielen. Der Votant hat nur einen einzigen Pass, trotz seiner nichtschweizerischen Wurzeln. In seinem Fall hat man ihm die Entscheidung abgenommen, gewissen Leuten überlässt man es aber, sich selber zu entscheiden – wobei keiner seinen zweiten Pass freiwillig abgibt. Und das sind – mit Verlaub – doch keine richtigen Schweizer! Sie entscheiden sich nämlich nicht für die verfassungsmässige Gleichheit. Man muss ihnen diese Entscheidung deshalb abnehmen. In diesem Sinn bittet der Votant um Unterstützung der Motion.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern: Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass mit den aktuellen Einbürgerungsrecht und insbesondere mit dem per Anfang 2018 in Kraft tretenden revidierten Einbürgerungsgesetz des Bundes hinreichend sichergestellt wird, dass nur integrierte Personen das Schweizer Bürgerrecht erhalten. Die Behörden treffen bereits heute sehr sorgfältige Abklärungen und erteilen nur Personen das Bürgerrecht, welche die Einbürgerungskriterien des Kantons und des Bundes erfüllen. Wegen Missbrauchs hat der Regierungsrat zudem in den letzten drei Jahren in vier Fällen die Einbürgerung für nichtig erklärt. Die Doppelbürgerschaft ist nach Ansicht des Regierungsrats nicht Ausdruck fehlender Integration oder fehlenden Einsatzes für das Mutter- oder Vaterland, sondern die Konsequenz der internationalen Mobilität. Diese liegt im Interesse gerade des Kantons Zug, der als Wirtschaftsstandort zahlreiche internationale Unternehmungen und deren Mitarbeitende herzlich willkommen heisst. Es ist dem Regierungsrat ein Anliegen, dass sich auch diese Menschen im Kanton Zug heimisch fühlen und die Möglichkeit erhalten, sich hier einbürgern zu lassen. Dabei erachtet er es als nicht zielführend, dass diese Menschen ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben müssen, um als integriert zu gelten. Mit einer allfälligen Abschaffung der Doppelbürgerschaft würde zudem auch nicht verhindert, dass Personen eingebürgert werden, welche allenfalls nicht integriert sind. Ein Verbot des Doppelbürgerrechts würde eher das Gegenteil bewirken, indem gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer sich nicht einbürgern lassen, weil sie ihre Wurzeln aufgeben müssten. Dies entspricht nicht dem Anliegen der Motionäre. Und dass diese Wurzeln wichtig sind, zeigt sich auch bei den Zuger Bürgerinnen und Bürgern. Was viele wohl nicht wissen: Lassen sich diese in einem anderen Kanton einbürgern, verlieren sie das Zuger Bürgerecht von Gesetzes wegen, wenn sie nicht eine Erklärung abgeben, dieses behalten zu wollen. Die meisten geben diese Erklärung ab, möchten ihre zugerische Herkunft also nicht aufgeben.
Ein Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft kann zudem relativ leicht umgangen werden. Die meisten Staaten kennen Verfahren zur Wiedereinbürgerung von aus dem Bürgerrecht entlassenen Personen. Nicht zuletzt wurde das Anliegen der Motionäre bereits durch eine Motion mit fast identischer Begründung auf Bundesebene eingebracht. Bevor nicht feststeht, wie es auf Bundesebene mit der Doppelbürgerschaft weitergeht, ist eine solche Standesinitiative aus Sicht der Regierung wirklich nicht sinnvoll. Der Regierungsrat beantragt daher, die Motion nicht erheblich zu erklären, und ersucht den Rat um Unterstützung dieses Antrags.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 42 zu 15 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 14

**550 Postulat der SP-Fraktion betreffend Reputationsschaden verhindern: genügend Mittel für unsere Hochschule**

Vorlagen: 2595.1 - 15112 (Postulatstext); 2595.2 - 15210 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Barbara Gysel** trägt als Vertreterin der Postulierenden ein von Zari Dzaferi verfasstes Votum vor. Das Bildungswesen läuft Gefahr, einen massiven Qualitätsabbau zu erleiden, wobei alle wissen, dass Bildung der wichtigste Rohstoff der Schweiz ist. Eine Schule, egal ob Hochschule, Sekundarschule oder Primarschule, ist nur so nur gut wie ihr Personal, die Dozenten und Lehrpersonen etc. Daher ist eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Personals eine falsche Massnahme, sei dies bei den Volksschulen, den Gymnasien oder den Hochschulen. Es ist deshalb richtig, dass Lohnkürzungen bei der Fachhochschule Zentralschweiz zumindest vorerst kein Thema mehr sind und auch kein Thema sein werden. Die SP-Fraktion bleibt aber gespannt, wie sich das Konsolidierungsprogramm des Kantons Luzern entwickelt. Sie befürchtet nämlich, dass der Kanton Luzern je länger je mehr seine Ausgaben als Bildungsstandort nicht zu decken vermag und entweder auf höhere Beiträge der Konkordatskantone pocht oder bei diesen seine Rotstiftpolitik durchdrückt. Der Kanton Zug muss hier deshalb für mehr Mitsprache plädieren und nicht einfach die Sparvorgaben aus Luzern schlucken. Eine hohe Qualität der Hochschule ist nämlich auch für den Kanton Zug extrem wichtig. Notfalls müsste Zug die Qualität der Hochschule über einen neuen Leistungsauftrag sicherstellen.
Wenn der Rat dem vorliegenden Postulat zustimmt, vergibt er sich nichts. Er verpflichtet höchstens den Regierungsrat dazu, sich im Konkordatsrat weiterhin effektiv für eine hohe Qualität an der Hochschule einzusetzen. Die SP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären.

**Barbara Häseli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats unterstützt. Der momentane Spardruck trifft zwar alle, hier aber geht es nicht um ein neues Sparprogramm, sondern auch darum, alte Defizite auszuräumen. Der Regierungsrat tut gut daran, der Hochschule Luzern alle Möglichkeiten offenzulassen, um alle Strukturen überprüfen zu können. Dabei geht es nicht um Lohnkürzungen, sondern es soll möglich sein, auch Personalstrukturen wie beispielsweise die Anzahl Professuren pro Departement kritisch anzuschauen. In diesem Sinn bittet die Votantin, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass der Kanton Luzern nicht einfach bei den anderen Konkordatskantonen höhere Beiträge verlangen kann. Der Verteilschlüssel der Restfinanzierung – also des Teils, der nicht durch Studien- und Bundesbeiträge gedeckt ist – ist im Konkordat festgelegt und kann nicht einseitig geändert werden. Im Konkordat ist auch festgelegt, dass der Standort jeder Hochschule – und die meisten davon stehen im Kanton Luzern – eine Abgeltung von 6 Prozent des Umsatzes an diesem Ort bezahlen muss. Diese Regelung wurde vor vier, fünf Jahren hart erarbeitet. Der Kanton Luzern hatte damals das Gefühl, diese Standortabgeltung sei zu hoch; eine Hochschule zu führen, bedeute keinen Vorteil mehr, sondern eher Lasten. Eine von Luzern selber beauftragte Hochschule fand dann aber heraus, dass der Standortvorteil mindestens 6 Prozent des Umsatzes betrage. Diese Zahl steht nun im Konkordat, und der Kanton Luzern kann sich

dieser Verpflichtung nicht entziehen. Im Weiteren braucht ein Globalbudget, das schlussendlich massgebend ist für die kantonalen Beiträge, die Zustimmung jedes einzelnen Trägerkantons, neben Luzern also von fünf weiteren Kantonen. Dieses Konsensprinzip bedeutet, dass das Budget nicht gilt, wenn ein Kanton nicht zustimmt. Es gibt aber eine damals von Zuger Seite eingebrachte Auffangklausel: Wenn ein Globalbudget nicht genehmigt wird, gilt automatisch das Budget des Vorjahrs. Die Hochschule hat also auf jeden Fall ein Budget und damit die Möglichkeit, die kantonalen Beiträge mindestens in der Höhe des Vorjahrs bei den Kantonen als gebundene Ausgabe einzufordern. Die Hochschule kann also nicht weniger kriegen als im Vorjahr, ausser es gibt einen entsprechenden Konsens unter den Trägerkantonen. Ein einzelner Kanton kann damit nicht einseitig eine Sparpolitik umsetzen. Es war klug, diese Sicherungsmassnahmen einzubauen. Gleichwohl sollte – wie gesagt – die Handlungsfreiheit auch für die Finanzpolitik gewahrt bleiben, weshalb der Regierungsrat bittet, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 47 zu 12 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 15

**551 Interpellation von Barbara Gysel, Karin Andenmatten-Helbling, Anna Bieri, Nicole Imfeld, Gabriela Ingold, Hanni Schriber-Neiger und Karen Umbach betreffend gleiche Löhne für Frau und Mann im Kanton Zug**

Vorlagen: 2584.1 - 15087 (Interpellationstext); 2584.2/2a - 15213 (Antwort des Regierungsrats).

**Barbara Gysel** spricht als Vertreterin der Interpellantinnen. Zug hat die Gleichstellungskommission abgeschafft und hat keinen Massnahmenplan, um die Gleichstellung der Geschlechter insgesamt zu realisieren. Man zählt aber das Jahr 2016, und es ist Zeit zumindestens den kleinen Unterschied auf dem Lohnausweis zu kennen. Die Antwort der Regierung zeigt indes: Zug kann noch keine Zahlen zur Lohngleichheit von Frau und Mann liefern. So wird die Regierung nicht darum herumkommen, die Saläre zu analysieren, jetzt oder in absehbarer Zeit; das darf man erst recht nach der Lektüre der regierungsrätlichen Antwort vermuten. Falls die Analyse dann zeigen wird, dass Zug auch punkto Lohngleichheit von Frau und Mann Spitzenreiter ist – umso besser.
Die Regierung sollte umsichtig und umfassend gegen Geschlechterdiskriminierung vorgehen. Denn man weiss: Qualifizierte Frauen stossen in Männerdomänen an «gläserne Decken». Sogar wenn sich männliche Mitarbeiter in typischen Frauenberufen bewegen, steigen sie wie in einem gläsernen Fahrstuhl viel schneller die Hierarchie hoch als ihre zahlreichen weiblichen Arbeitskolleginnen und ergattern Leitungspositionen. Und sie verdienen mehr. Wenn man Karriereverläufe untersucht, können also nicht nur gläserne Decken, sondern auch «gläserne Fahrstühle» entlarvt werden. Über die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann Bescheid zu wissen, ist deshalb keine übertriebene Forderung, sondern das Mindeste. Aber eben: Es gibt hier einen blinden Fleck. Es gibt keine handfesten Belege für die Einhaltung der Lohngleichheit. Die Regierung schreibt selbstbewusst, die internen Vorgaben würden gewährleisten, dass keine unerklärbaren Lohnunterschiede entstehen (so auf Seite 2 zu Frage 1), zudem würden Aufträge nur an Firmen vergeben, welche die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann einhalten (Seite 1, Vorbemerkung). Das ist schön und gut. Doch mit welcher Sicherheit kann die Regierung dies festhalten, wenn die möglichen indirekten Lohnungleichheiten bei den

Angestellten nie gemessen wurden und die externen Mandatsnehmenden ausschliesslich eine Selbstdeklaration abgeben müssen? Die Votantin persönlich ist optimistisch, dass die Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann bei der öffentlichen Verwaltung nicht gross sind. Aber die Interpellantinnen würden es gerne schwarz auf weiss belegt haben. Das System «Persuisse» reicht dafür nicht aus, denn damit wird nur die direkte Lohnungleichheit gemessen. Daher arbeitet man andernorts mit «Logib». In Beantwortung der Frage 2 schreibt die Regierung im letzten Satz zur Prüfung mit «Logib»: «Würde die Prüfung einen Mehrwert ergeben, ist eine Einführung nicht ausgeschlossen.» Daher fragt die Votantin die zuständige Regierungsrätin:

- Wann und wie wird entschieden, ob sich ein Mehrwert ergibt?
- Gehen die Interpellantinnen richtig in der Annahme, dass man in Bälde mit der Einführung von «Logip» im Kanton Zug rechnen darf?

Die Antwort der Regierung kann auf verschiedene Arten gelesen werden: zum einen etwas schulterzuckend, weil man auch sieben Jahre nach der letzten Behandlung dieses Themas im Kantonsrat offenbar keinen Schritt weitergekommen ist. Noch immer kann nicht mit *hard facts* belegt werden, wie gering bzw. wie gross die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern im Kanton Zug sind – wobei Zug zu den wenigen Kantonen gehört, die dies nicht tun können. Die Votantin wählt aber die optimistische Lesart: Die Regierung macht Hinweise darauf, dass man nicht mehr so lange warten muss, bis entsprechende Analysen vorliegen. Diese Hinweise finden sich – wie erwähnt – in der Antwort auf die Frage 2 und ganz am Schluss der Antwort auf Frage 3.

Der Kanton Zug ist in vielem Spitzenreiter. Es ist höchste Zeit, mit nackten Zahlen belegen zu können, dass Zug entweder keine grösseren Differenzen bei den Löhnen zwischen den Geschlechtern hat oder dass diese ernsthaft angegangen werden. Namens der Mitunterzeichnerinnen, die sich aus einer Allianz aus FDP, CVP, ALG, Grünliberalen und SP zusammensetzen, dankt die Votantin der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Es ist Hoffnung erkennbar.

**Karen Umbach** dankt namens der beiden Interpellantinnen aus der FDP der Regierung für ihre Antwort. Die Motivation, bei dieser Interpellation mitzumachen, war die Tatsache, dass Lohngleichheit noch nicht überall vollzogen ist, obwohl dies heute eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Es ist deshalb erfreulich zu erfahren, dass die Verwaltung die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes ernst nimmt, indem sie das «Persuisse»-Lohnvergleichssystem benutzt. Weniger erfreulich ist allerdings die widersprüchliche Antwort betreffend Einführung vom «Logib», welches nicht eingeführt werden soll. Die Regierung schreibt, dass das Selbsttesttool positive Rückmeldungen von 1300 bereits anbietenden Unternehmen bekommen hat, plant selber aber keine Einführung. Dies ist eine verpasste Chance. Die FDP-Interpellantinnen sind nicht dafür, dass Arbeitgeber gesetzlich zu regelmässigen Analysen verpflichtet werden, aber man könnte durch die Einführung dieses Tools ein positives Zeichen setzen.

Die Gründe für fehlende Lohngleichheit sind vielschichtig. Teilweise sind die Aufgabengebiete nicht kongruent und schwierig zu vergleichen. Frauen verfügen im Durchschnitt über eine kürzere Berufserfahrung als gleichaltrige Männer. Sie arbeiten häufiger Teilzeit, und werden sie Mütter, unterbrechen sie öfter ihre Karriere. Eigentlich liegt die Problematik in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Viele Frauen nehmen eine Teilzeitbeschäftigung an und sind dadurch nicht auf dem gleichen Stand wie Männer, da sie viel zu viele kleine Arbeitspensen haben. Die beruflichen Ambitionen werden nach der Gründung einer Familie beiseitegelegt. Die Unterschiede bestehen weniger zwischen Männern und Frauen als zwischen

Vätern und Müttern. Wenn man dieses Problem beseitigen könnte, würde man vieles in Sachen Lohngleichheit verbessern können.
Die Interpellation war als Anregung an den Regierungsrat gedacht, das jetzige Vorgehen zu prüfen und darüber nachzudenken, was in Zukunft besser gemacht werden kann. Die Interpellantinnen wollen keine Lohnpolizei oder mehr Kontrollen, sie möchten aber das Thema wieder einmal besprechen. Sie möchten auch Frauen Mut machen. Es ist bekannt, dass diese in Lohnsachen zu wenig mutig und selbstsicher verhandeln. Die Votantin ruft die Frauen auf, sich zu wehren, für ihre persönliche Lohngleichheit einzustehen, Präsenz zu zeigen und Aufgaben anzunehmen.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG und dankt der Regierung für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. «Niemand kann öffentlich ungerechte Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern gutheissen»: Soweit sind sich sicher alle einig. Das Ziel ist also klar, und bereits seit Jahrzehnten gilt der in der Verfassung und im Gleichstellungsgesetz verankert Grundsatz: Frauen und Männer erhalten den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Beim Bund möchte man mit der Fachkräfteinitiative erreichen, dass die Frauen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dafür müssen Grundlagen geschaffen werden. Zu Lohngleichheit und Aufstiegschancen gehört auch ein Vaterschafts- oder Elternurlaub. Wenn man über Gleichstellung diskutiert, gehört Familienfreundlichkeit dazu. Und es braucht auch mehr Lohntransparenz und gerechte Löhne, um den Fachkräftemangel zu beheben.
Gleichstellungspolitik muss ernst genommen werden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Gleichberechtigung der Geschlechter sollen gefördert werden. So ist es nun Zeit, in der Verwaltung eine Lohnanalyse durchzuführen und allfällige Lohndiskriminierung auszuräumen, auch aus sozialer Verantwortung. Lohndiskriminierungen sind auch wirtschaftliche Fallen für betroffene Frauen. Ihnen fehlen die vorenthaltenen Lohnsummen, und einige sehen sich auch gezwungen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Die Votantin und ihre Fraktion erwarten, dass das Gleichstellungsgesetz zur Lohngleichheit in der kantonalen Verwaltung umgesetzt wird. Um dies kontrollieren zu können, braucht es einen Bericht mit einer Lohnanalyse.

**Karin Helbling** hält fest, dass die CVP die Anliegen der Interpellantinnen unterstützt. Sie freut sich deshalb, ihr Votum als Fraktionssprecherin halten zu dürfen.
Führen Männer und Frauen dieselbe Arbeit aus, erhalten sie gleich viel Lohn. So sagt man. Dennoch liegen bei allen Studien zu Löhnen in Verwaltungen die Löhne der Frauen tiefer als diejenigen der Männer. Der Grossteil der Differenz ist auf sogenannt strukturelle Unterschiede in der Qualifikation oder in der Erfahrung zurückzuführen, aber immerhin mehr als ein Drittel der Lohnunterschiede im öffentlichen Sektor lässt sich schlicht nicht erklären. Die Regierung erzählt dem Rat nun, bei den Angestellten im Kanton Zug entstünden keine solchen Unterschiede, weil das Personalamt zu Einreihungen Stellung nehmen müsse. Als ob andere Kantone keine solchen Vorgaben hätten! Es sind nicht die wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den vergangenen fünf Jahren eingestellt wurden, vielmehr liegen die grossen ungerechtfertigten Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen bei den Angestellten, die seit zwanzig oder noch mehr Jahren dabei sind und den Grossteil der Belegschaft ausmachen. Die Regierung ist aber nicht bereit, das zu überprüfen. Wenn man von Missständen Kenntnis hat oder von solchen ausgehen muss, so lange nicht der Gegenbeweis erbracht ist, was tut man dann? Man überprüft und verifiziert oder falsifiziert die Hypothese. Anders in Zug: Hier verschliesst man die Augen.
Natürlich findet man immer Gründe dafür, weshalb man etwas nicht tun *kann,* was man ganz einfach nicht tun *will.* Beispielsweise dass im Submissionswesen viele

KMU beauftragt würden, für die keine elektronischen Tools zur Überprüfung bestünden. Man könnte doch ganz einfach bei den grossen Unternehmen anfangen. Die CVP-Fraktion ist auch nicht der Meinung, dass KMU im Submissionsverfahren mit unverhältnismässigen Lohnanalysen geknebelt werden sollen. Aber man kann auch dort anfangen, wo schon etwas vorhanden ist. Und wenn das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) verlauten lässt, dass man im Kanton Zug bisher keine Anhaltspunkte für Lohnungleichheiten gefunden habe, dann empfiehlt die Votantin, über den Tellerrand von Schwarzarbeiter-, Entsende- und Ausländergesetz hinauszuschauen. Denn Siemens Schweiz, ein nicht unwesentlicher Arbeitgeber im Kanton Zug, veröffentlicht die Zahlen über Lohnungleichheit sogar, beispielsweise in einer Pressemitteilung von 2014, die auf dem Internet einsehbar ist. Die Differenz war gering, aber dennoch – oder erst recht – eine Pressemitteilung wert. Grossunternehmen erheben Zahlen zu geschlechtsabhängigen Lohnunterschieden schon längst im Rahmen der *Corporate Social Responsibility,* denn Arbeitgeber, die soziale Verantwortung übernehmen, sind im Trend. Das lässt sich sogar vermarkten. Und wie auch die FDP hat verlauten lassen, würde dem Kanton Zug eine Vorbildrolle in dieser Hinsicht gut anstehen. Die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau ist nämlich kein linker Zopf, sondern etwas, womit man sich neben hohen Löhnen und erst recht noch viel kostengünstiger als Arbeitgeber positionieren kann. Lohngleichheit und ihre Überprüfung und Veröffentlichung ist etwas, was auch für den Kanton Zug chic und schicklich wäre.
Die Votantin tritt per Ende August aus dem Kantonsrat zurück. Sie dankt allen Ratsmitgliedern und Anwesenden für die vielen interessanten und bereichernden Begegnungen, wünscht dem Rat und der Regierung alles Gute und verabschiedet sich. *(Der Rat applaudiert.)*

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, wäre während der letzten Voten am liebsten in den Boden versunken, scheint die Regierung bei ihrer Interpellationsantwort doch alles falsch gemacht zu haben: Sie verschliesst die Augen, ist blauäugig, sieht das Problem nicht. Dem ist nicht so. Die Regierung hat sich auf ihre Fachleute abgestützt, und das Amt für Wirtschaft und Arbeit und das Personalamt haben bestätigt, dass sie keine Hinweise auf Lohnungleichheiten gefunden haben. Der Regierungsrat hat aussprachehalber deshalb entschieden, «Logib» vermutlich nicht in Bälde einzuführen. Es ist also keine Prüfung geplant. Der Regierungsrat ist der Meinung, es müsste ein Mehrwert ersichtlich sein, zumal das Personal durch Projekte wie «Finanzen 2019», Entlastungsprogramm sowie Regierungs- und Verwaltungsreform bereits stark belastet ist. Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag müsste stimmen. Aber wie bereits gesagt wurde, stirbt die Hoffnung zuletzt, und der Regierungsrat kann irgendwann auch zu einem anderen Schluss kommen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 16

**552 Interpellation von Rainer Suter betreffend Konklusion Flüchtlingsunterkunft Schluecht Cham 2016**

Vorlagen: 2593.1 - 15109 (Interpellationstext); 2593.2 - 15220 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Rainer Suter** dankt der Regierung auch im Namen der SVP-Fraktion für die schönen, flauschigen Worte, mit der die Situation rund um die Flüchtlings-

unterkunft Schluecht in Cham beschrieben wurde. Schon bei Frage 1 («Wie viele Flüchtlinge waren total in dieser Zeit in der Zivilschutzanlage Schluecht in Cham untergebracht?») wird ausgewichen: Es ist zwar sehr schön zu lesen, wie viele Personen pro Monat untergebracht waren, aber diese Personen wechselten nicht jeden Monat die Unterkunft. Wenn man die Monatszahlen zusammenzählt, ergibt sich die Summe von 453. Kann man mit dieser Zahl etwas anfangen? Die Frage lautete: «Wie viele Flüchtlinge?» Zugegeben, man kann dies mit viel Mühe anders verstehen, und der Interpellant würde sich auch gerne belehren lassen, wie genau oder wie anders dies geschrieben werden müsste, damit man es nicht anders verstehen kann. Die Zahl der Flüchtlinge ist wichtig, um bei Frage 4b, wie viele Einsätze von Polizei und Securitas erforderlich gewesen seien, ein realistisches Bild zu erhalten. Das gilt auch für Frage 3c, wie viele in Cham untergebrachte Personen untergetaucht seien. Die Antwort: «acht Personen» – aber von wie vielen Besuchern total? Frage 4a, bei der es um Einsätze von Polizei und Securitas ging, wurde mit «drei Hilfeleistungen» beantwortet. Dies bedeutet schon eine sprachliche Steigerung gegenüber der Antwort auf Frage 2, bei deren Beantwortung der fünfeinhalbmonatige Betrieb noch ohne grössere Zwischenfälle dargestellt wurde. Drei Einsätze der Polizei mit zwei bis drei Polizisten: Das wird im Bericht mit «ohne grössere Zwischenfälle» tituliert und in einem Interview in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 5. Februar 2016 mit «keine Zwischenfälle» abgetan. Der Votant fragt sich, ob ein «Besuch» der Zuger Polizei von der Regierung als das Normalste der Welt angesehen wird. Bei ihm zuhause ist dies auf jeden Fall nicht so.
Von der Gemeinde Cham wurde gefordert und an der Orientierungsversammlung für die Bevölkerung von der Regierung zugesagt, dass die neuen Bewohner der Schluecht an einem Beschäftigungsprogramm teilnehmen würden. Diese Vorgabe wurde aber nicht erfüllt, nach Angaben der Regierung wegen der knappen finanziellen und personellen Ressourcen. Die regierungsrätliche Zusage war also – wie von vielen Kreisen erwartet – nur ein Lippenbekenntnis.
In der regierungsrätlichen Antwort kann man lesen: «Grundsätzlich muss festgehalten werden: Eine unterirdische Unterbringung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich ist, wenn immer möglich, aufgrund des fehlenden Tageslichts nur über kürzere Zeit hinweg eine Option.» Es ist zu hoffen, dass Leute vom Zivilschutz oder von der Landesverteidigung diese Worte nicht mitbekommen. Ebenso ist zu wünschen, dass das Konzept «Eventualplanung Ausserordentliche Lage Asyl im Kanton» nie umgesetzt werden muss und die vier Gemeinden Unterägeri, Oberägeri, Baar und Cham nicht bei 80 Prozent 780 Plätze oder bei 100 Prozent sogar gegen 1000 Plätze in Zivilschutzanlagen ohne Tageslicht mit Personen belegen müssen. Nach solch einem Szenario könnte die Situation nicht mehr mit schönen Worten um- oder beschrieben werden wie in der Beantwortung der Interpellation.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Wie auf die meisten Unterkünfte für Asylsuchende wurde im Vorfeld auch auf die Schluecht ein kritisches Auge geworfen. Der Interpellant stellte in einem Leserbrief in Frage, ob diesen Flüchtlingen überhaupt geholfen werden müsse. Junge Männer seien es, und erst noch aus Eritrea. Nun, die Skepsis war voreilig, da kann der Interpellant noch so sehr das Haar in der Suppe suchen. Die Antworten der Regierung zeigen es: Der Betrieb verlief ohne grössere Zwischenfälle. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Chamer Bevölkerung. Spontane Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, wie man helfen könne, bewogen die Gemeinde, via Gemeinwesenarbeit zu koordinieren. Und damit kommt die Votantin zu ihrer Interessenbindung: Sie ist im Vorstand der Freiwilligenorganisation KISS. Diese und auch «Zukunft Kinder» sowie der «Interkulturelle Dialog» halfen mit, den Einsatz der Freiwilligen zu koordinieren. So entstand ein ganzes

Bündel von Anlässen, an denen sich Asylsuchende und die Chamer Bevölkerung begegnen konnten. Man bekochte sich beispielsweise gegenseitig, oder es wurde Fussball gespielt. Der Alltag der Asylsuchenden bekam dadurch die so wichtige Struktur. Wenn man Flüchtlingen Aufgaben gibt und sie sich nützlich fühlen, dann gelingt auch die Integration besser. Gerade im Falle der Schluechtbewohner waren solche Struktur gebende Tätigkeiten wichtig. Bei ihnen war eine gemeinnützige Beschäftigung – die Regierung hat es geschrieben – wegen fehlender personeller Ressourcen nicht möglich. Auch wegen der knappen personellen Besetzung gestaltete sich die Arbeit für die Betreuungspersonen schwierig. Für eine Einerbesetzung, wie dies in der Schluecht der Fall war, wird ein Konfliktfall zu einem Sicherheitsrisiko. Zudem ist das permanente Arbeiten in einer unterirdischen Anlage ungesund und unattraktiv. Bei einer möglichen weiteren Benützung der Zivilschutzanlage Schluecht muss dieser Punkt unbedingt beachtet werden.
Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Die Votantin hat selber an solchen Flüchtlingsbegegnungen teilgenommen. Leider hat sie an diesen Anlässen niemanden aus dem asylkritischen Umfeld angetroffen. Das ist schade. Es wäre doch die Gelegenheit gewesen, sich ein Stück weit ein eigenes Bild zu machen, statt dem steten Hörensagen zu vertrauen. Vom Hörensagen lernt man bekanntlich lügen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bestätigt, dass die Beurteilung des Regierungsrats, des Gemeinderats, der Freiwilligen und der Polizei positiv ausfiel. Der Regierungsrat ist aber auch froh, dass man zurzeit auf diese Anlage verzichten kann, sie ist bei Bedarf aber jederzeit wieder bezugsbereit. Auch die Mitarbeitenden im Asylbereich arbeiten nämlich lieber ober- als während Jahren unterirdisch. Die Direktorin des Innern spricht allen, die daran beteiligt waren, dass die Beurteilung positiv ausfiel, ihren herzlichen Dank aus.

**Jean-Luc Mösch** dankt vorab dem Interpellanten für die eingereichten Fragen und der Regierung für deren Beantwortung. Basierend auf den Vorrednern, geht er auf einige Bereiche ein. Festzuhalten ist: Das Problem liegt im Detail.
• Zivilschutzanlagen: Um eine Zivilschutzanlage korrekt zu nutzen, sei es militärisch oder für den Zivilschutz, braucht es ein gewisses Prozedere für die Inbetriebnahme und die laufende Wartung der Lüftung während des Betriebs. Geschieht dies nicht, entstehen in der Unterkunft ungünstige Klimasituationen. Es können sich schnell Feuchtigkeit und Schimmel bilden, und in der Folge lassen Krankheitserreger nicht lange auf sich warten. Als ausgebildeter Anlagewart der Schweizer Armee durfte der Votant einige Luftschutzanlagen in Betrieb nehmen und weiss daher, wovon er spricht. Er möchte deshalb von der Regierung wissen, wie diese bei weiteren Unterbringungen in Zivilschutzanlagen folgende Punkte sicherzustellen gedenkt: Kontrolle und Überwachung des Raumklimas (Luftqualität, Umluft, Abluft, Frischluft). Welche Ressourcen sind dafür vorgesehen, namentlich in den im Bericht genannten Anlagen?
• Arbeitsrecht: In ihrem Bericht auf Seite 3, Kapitel A, letzter Abschnitt, stützt sich die Regierung auf Art. 15 Abs. 3 der Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz vom 18. August 1993. Auf den nachfolgenden Zeilen wird bestätigt, dass für die Aufsicht nur eine einzige Person vorhanden ist und diese die Räumlichkeiten nicht verlassen darf, auch nicht für die ihr zustehenden Pausen – und wahrscheinlich auch nicht für den Gang auf die Toilette. Der Votant geht deshalb davon aus, dass die Regierung – wie schon von den Vorrednern erwähnt – wissentlich einen Verstoss gegen das Arbeitsrecht tolerierte. Im Weiteren hat es die Regierung nicht in Erwägung gezogen, mit minimalem Aufwand die Beleuchtung so anzupassen, dass für die Personen in der Anlage eine sonnenlichtähnliche Grundlage entsteht. Sogenannte

Vollspektrumlicht-Lampen der Serie BIO vital besitzen neben dem kompletten Spektrum im sichtbaren Bereich zusätzliche Anteile im UVA- und UVB-Bereich des Spektrums und entsprechen in ihrer Wirkung damit praktisch dem natürlichen Sonnenlicht mit seinem bekannten wohltuenden Effekt. Darüber hinaus haben diese Lampen eine exzellente Farbwiedergabe. Zum Einsatz kommen sie überall dort, wo der Mangel an natürlichem Sonnenlicht ausgeglichen werden soll. Der Votant möchte deshalb von der Regierung wissen, wie diese bei weiteren Unterbringungen in Zivilschutzanlagen folgende Punkt sicherzustellen gedenkt: mehr Personal, damit die Pausen sichergestellt sind; angepasste Lichtquellen.
• Gesundheit: Wie im Bericht zu lesen war, gab es einen Fall von Krätze. In der Antwort der Regierung kommt zum Ausdruck, dass sich einige gesundheitliche Situationen ergeben haben, welche es genauer zu analysieren gilt. Mittels Telefonaten bei Bundesstellen, nämlich beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) und beim Staatssekretariat für Migration (SEM), konnte der Votant in Erfahrung bringen, dass das Vorkommen von Milben und Bettwanzen durch das Waschen der Kleider und Bettutensilien sehr gut behoben werden kann. Hier stellt sich die Frage an die Regierung, ob es in den Unterkünften genügend Möglichkeiten zum Waschen gibt, selbstverständlich unter Anleitung einer Person, welche die vorhandenen Geräte kennt. Der gemeldete Fall von Krätze scheint auf den ersten Blick nicht dramatisch zu sein. Doch bereits im November 2015 wurde durch einen Bericht in der NZZ bekannt, dass es Dermatologen gab, welche die Behandlung von Krätzepatienten ablehnten, da das einzige wirklich wirksame Medikament «Invermectin» in der Schweiz nicht zugelassen ist, ebenso die Alternative, die Salbe «Permethin 5 %». Der Bezug dieser Produkte wäre viel einfacher, wenn die Hersteller diese in der Schweiz registrieren würden. Da die Registrierung jedoch teuer ist, verzichten die Hersteller bewusst darauf. Die Kantone müssen sich mit Sonderlösungen behelfen. Zu diesem Thema gab es im April eine Telefonkonferenz der Kantonsärztinnen und -ärzte der Schweiz. Hier stellt sich die Frage an die Regierung: Wie beschafft der Kanton Zug diese Produkte? Wer bezahlt sie? Der Votant konnte in einem Gespräch in Erfahrung bringen, dass der Idealfall wäre, wenn der Bund – ohne ein Präjudiz zu schaffen – die Kosten für die Registrierung dieser Produkte übernehmen würde. So wären sie schnell und ohne grosse Mühe einsetzbar. Hier stellt sich die Frage: Ist die Zuger Regierung bereit, innerhalb der GDK zu fordern, dass die Kosten für die Registrierung dieser Medikamente durch den Bund übernommen werden, damit das Medikament rasch auf dem normalen Weg zur Verfügung steht?
Im Übrigen ist der Votant sehr erstaunt, dass es ihm nicht gelungen ist, eine Statistik über die Krankheitsfälle im Asylbereich zu erhalten. Im Bulletin des BAG werden diese nicht geführt, ebenso nicht beim SEM, und nach Aussage des BAG existiert diese Statistik tatsächlich nicht. Eine Ausnahme gibt es: Da bei der grenzsanitarischen Gesundheitskontrolle die Tuberkulose untersucht wird, gibt es dazu Zahlen. Es wäre aus Sicht des Votanten angebracht, die Krankheiten statistisch zu erfassen, um auch präventiv vorgehen zu können. Er fordert die Regierung deshalb auf, anlässlich der nächsten GDK-Sitzung zwingend einzubringen, dass der Bund ein zentrales Melderegister dazu erstellt. Vorab sollte eine Erfassung im Kanton Zug vorgenommen werden.

**Rainer Suter** kann die Aussage von Esther Haas, vom Hörensagen lerne man lügen, nicht im Raum stehen lassen. Er bezieht diese Aussage auf sich und möchte wissen, wo er etwas Falsches gesagt haben soll.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bittet Jean-Luc Mösch, ihr seine Fragen schriftlich zuzustellen. Sie wird versuchen, sie per E-Mail zu beantworten,

kann aber nicht garantieren, dass das in jedem Fall zur Zufriedenheit des Fragestellers möglich ist. Sicher wird sie noch Rücksprache mit dem Kantonsarzt und dem Amt für Zivilschutz nehmen. Es besteht auch die Möglichkeit, eine weitere Interpellation einzureichen.

**Esther Haas** hat die Redewendung «Vom Hörensagen lernt man lügen» nicht auf Rainer Suter bezogen. Falls das aber so angekommen sein sollte, entschuldigt sie sich. Sie kennt diesen Satz von ihrer Mutter, welche damit die Kinder aufzufordern pflegte, bei Unsicherheiten direkt nachzufragen und sich nicht auf Aussagen anderer zu verlassen. Die Votantin wollte auf die Tatsache hinweisen, dass zwar Veranstaltungen mit Asylanten stattfinden, asylkritische Kreise daran aber nicht teilnehmen. Sie weist auch auf eine Umfrage hin, die in den Sommerferien unter jenen Gemeinden durchgeführt wurde, die ursprünglich keine Asylsuchenden aufnehmen wollten. Vier von fünf Gemeinden haben später Asylanten aufgenommen, und sie alle haben ausgesagt, dass es damit keinerlei Probleme gegeben habe.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 17 kann aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Kantonsrätin Karin Helbling heute an ihrer letzten Kantonsratssitzung teilgenommen hat. Sie hat aus beruflichen Gründen per 31. August 2016 ihren Rücktritt erklärt. Der Vorsitzende dankt der scheidenden Kantonsrätin im Namen des Rats für ihren Einsatz zum Wohl des demokratischen Freistaats Zug und wünscht ihr privat und beruflich alles Gute. *(Der Rat aplaudiert.)*

Am Dienstag, 27. September, 19.00 Uhr, findet in der St-Oswalds-Kirche in Zug ein schlichter ökumenischer Anlass zum Gedenken an das Attentat von 2001 statt. Die Ratsmitglieder sind dazu herzlich eingeladen.

## 553 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. September 2016 (Halbtagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

42. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 29. September 2016
Zeit: 8.30 – 12.20 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle vom 25. August 2016
3. Kantonsratsersatzwahl in der Einwohnergemeinde Hünenberg:
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Remo Peduzzi
3.2. Ablegung des Eides durch Remo Peduzzi
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
4.1. Motion der SVP-Fraktion betreffend Änderung des Schulgesetzes: Genehmigung des Lehrplans durch das Parlament als Repräsentantin der Stimmbürger
4.2. Motion Daniel Stadlin betreffend Überprüfung der Zuger Gesetzessammlung auf Sparpotential
4.3. Motion von Thomas Werner, Karl Nussbaumer und Beni Riedi betreffend Warnung vor Radaranlagen im Strassenverkehr
4.4. Motion der FDP-Fraktion betreffend Regierungsreform: Regierungspräsident als Direktor des Äussern
4.5. Interpellation von Patrick Iten betreffend kantonaler ÖV
4.6. Interpellation von Claus Soltermann betreffend Umfahrung Cham–Hünenberg
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Projekt «Regierung und Verwaltung 2019»: Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 und des Kantonsratsbeschlusses betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013
5.2. Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz, FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)
5.3. Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz)
5.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham
5.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der Berichterstattung zum mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)
6. Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 («Vakanz Stephan Scherer»,

entsteht am 1. Januar 2017), eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 («Vakanz Rolf Meyer», entsteht am 1. Februar 2017) sowie eines Ersatzmitglieds des Kantons- und des Strafgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 («Vakanz Peter Kottmann», entstanden am 30. März 2016), je für den Rest der Amtsdauer 2013–2018

7. Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz): 2. Lesung
8. Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU)
9. Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Fertigstellung und Nutzung des sechsten Geschosses im Neubau Trakt 5, Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug (GIBZ)
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten
12. Geschäft, das am 25. August 2016 nicht behandelt werden konnte:

12.1. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Lieferkettenverantwortung durch in Zug ansässige Rohstoffunternehmen und deren Tochtergesellschaften wie etwa die BASF Metals GmbH

13. Postulat von Jürg Messmer, Beni Riedi, Roland von Burg und Thomas Wyss betreffend volle Unterrichtsbefähigung der Absolventen der PH (Pädagogische Hochschule) Zug für alle Fächer (sprich: Ausbildung von Generalisten als Primarlehrer)
14. Postulat von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Markus Hürlimann, Peter Letter, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker, Silvia Thalmann und Florian Weber betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der kantonalen Lehrpersonen sowie der Mitarbeitenden der Zuger Polizei
15. Interpellation von Ralph Ryser, Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Bundesasylunterkunft Gubel und die Auswirkungen auf die Zuger Bevölkerung
16. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Umsetzung Raumplanungsgesetz: Planerischer Mehrwertausgleich

## 554 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Gabriela Ingold und Beat Iten, beide Unterägeri; Olivia Bühler, Cham; Kurt Balmer, Risch.
Ein Sitz der Gemeinde Oberägeri ist im Moment unbesetzt (Vakanz Andreas Meier, siehe Ziff. 486).

## 555 Mitteilungen

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Ab Mittag geht der Rat auf den traditionellen Kantonsratsausflug. Dazu sind auch der Gemeinderat und der Kirchenrat von Walchwil eingeladen. Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel muss sich für den

Ausflug entschuldigen. Er vertritt am Nachmittag die Interessen des Kantons Zug an der Regierungskonferenz in Zürich.

Kantonsrätin Olivia Bühler und ihr Partner sind am 5. September 2016 Eltern von Mila Helena geworden. Im Namen des Rats gratuliert der Vorsitzende den glücklichen Eltern herzlich und wünscht ihnen ruhige Nächte. *(Der Rat applaudiert.)*

Stimmenzähler Kurt Balmer ist für die heutige Sitzung entschuldigt. An seiner Stelle amtet gemäss § 4 Abs. 3 GO KR der stellvertretende Stimmenzähler Richard Rüegg.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP

TRAKTANDUM 1

**556 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 1

**557 Genehmigung der Protokolle vom 25. August 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 25. August 2016 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Kantonsratsersatzwahl in der Einwohnergemeinde Hünenberg:**

**558** Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Remo Peduzzi**
Vorlage: 2664.1 - 15265 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Remo Peduzzi befindet. Remo Peduzzi ist im Saal. Es gibt keine anders lautenden Anträge als diejenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Remo Peduzzi.

Der **Vorsitzende** gratuliert Remo Peduzzi zu seiner Wahl und teilt mit, dass der Gewählte sein Amt per sofort antritt.

**559** Traktandum 3.2: **Ablegung des Eids durch Remo Peduzzi**

Remo Peduzzi möchte den Eid ablegen. Der **Vorsitzende** bittet ihn, nach vorne zu treten. Der Rat erhebt sich.
Der Landschreiber liest die Eidesformel. **Remo Peduzzi** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der Vorsitzende heisst Remo Peduzzi herzlich willkommen im Rat und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**560** Traktandum 4.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Änderung des Schulgesetzes: Genehmigung des Lehrplanes durch das Parlament als Repräsentantin der Stimmbürger**
Vorlage: 2654.1 - 15242 (Motionstext).

**Peter Letter** stellt im Namen der FDP-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Motion der SVP-Fraktion nicht zu überweisen. Erst kürzlich, nämlich bei der Revision des Schulgesetzes im Jahr 2013, wurden die Zusammensetzung und die Kompetenzen des Bildungsrats neu geregelt. Der Kantonsrat entschied, dass das Parlament nicht in operative Fragen des Bildungsrats eingreifen soll. Dieser Grundsatzentscheid wurde – wie gesagt – erst vor drei Jahren getroffen, und eine neue Vernehmlassung und Vorlage dazu sind nicht notwendig. Die in der Motion verlangte verkürzte Frist für den Bericht und Antrag durch den Regierungsrat zeugt vom Schnellschuss dieser Motion. Nur dass aktuell ein Lehrplan erarbeitet wird, begründet nicht ein solch überhastetes Vorgehen. Es wäre unseriös, innerhalb von nur drei Monaten einen fundierten Bericht und Antrag erstellen zu wollen, und eine Vernehmlassung bliebe dann wohl ganz aus. Für den Fall, dass der Antrag auf Nichtüberweisung nicht das erforderliche Quorum findet, stellt die FDP deshalb den **Eventualantrag,** dass auf die verkürzte Frist verzichtet wird.
Die FDP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass Lehrpläne und Stundentafeln nicht verpolitisiert werden sollen. Der Bildungsrat ist das richtige Fachgremium, um die Schwerpunkte der Bildungsziele und die Lehrpläne mit der notwendigen Tiefe, Kompetenz und Sachlichkeit zu erarbeiten und zu beschliessen. Die Zusammensetzung des Bildungsrats berücksichtigt sowohl fachliche als auch parteipolitische Kriterien. So ist zum Beispiel die SVP mit zwei Mitgliedern im Bildungsrat vertreten: Sie stellt mit dem Bildungsdirektor den Präsidenten und hat ein weiteres Mitglied in diesem Rat. Die breite Zusammensetzung gibt Gewähr, dass auch die Bedürfnisse des Gewerbes resp. der Praxis einfliessen.
Seit dreiviertel Jahren arbeitet der Bildungsrat an der Ausgestaltung des Lehrplans 21, und dieser geht in Kürze in die Vernehmlassung. Detailliert wurde abgewogen, wie genau die Stundentafel jedes Jahrgangs aussehen soll. Der Kanton Zug hat hierbei klug gehandelt, als er die Einführung des Lehrplans 21 erst für 2019 plante; dadurch kann von Fehlern anderer Kantone bereits gelernt werden. All diese Abwägungen sind in einem breit abgestützten Fachgremium wie dem Bildungsrat gut aufgehoben. Es ist schade, dass die SVP so wenig Vertrauen in das von ihrem Regierungsrat geführte Gremium hat.
Die FDP erachtet es nicht als opportun, wenn im Parlament eine politische Diskussion darüber geführt würde, ob nun in der 5. Klasse eine Stunde Deutsch mehr und dafür in der 6. Klasse eine Stunde Deutsch weniger besser sei als umgekehrt. Und im Falle eines fakultativen Referendums würde diese Frage dann wohl auch noch im Abstimmungskampf thematisiert. Das ist nicht zielführend. Aus all diesen Gründen legt die FDP-Fraktion legt dem Rat nahe, den Antrag auf Nichtüberweisung der Motion zu unterstützen.

**Jürg Messmer** kann den Antrag auf Nichtüberweisung der Motion nicht nachvollziehen. Es geht ja nicht darum, dass sich der Kantonsrat als Fachexperte aufspielen will. Vielmehr soll er einen Lehrplan vorgelegt erhalten und darüber befinden können. Schliesslich ist der Kantonsrat jenes Gremien, das massgeblich die Gesetze des Kantons Zug bestimmt und dessen die Zukunft gestaltet. Dass dieses Gremium nicht fähig sein soll, über einen Lehrplan zu befinden, versteht der Votant nicht. Er ruft dazu auf, Vertrauen in den Kantonsrat zu haben und die Motion zu überweisen. So kann der Regierungsrat dem Parlament ein Papier vorlegen, und dieses kann dann weiter entscheiden. Jetzt schon zu sagen, der Kantonsrat sei nicht fähig, über einen Lehrplan zu befinden, ist an den Haaren herbeigezogen. In diesem Sinn bittet der Votant, die Motion zu überweisen.

**Willi Vollenweider** erinnert daran, dass das Zuger Volk im Jahr 2009 Nein sagte zu Harmos, der Gleichschaltung der obligatorischen Schule. Das bedeutet, dass die Schulhoheit beim Kanton Zug verbleibt und nicht nach Bern delegiert wird. Es bedeutet auch, dass die Erziehungsberechtigung bei den Eltern bleibt und dass man von der nationalen Schulüberwachungsbürokratie verschont bleibt. In grober Missachtung dieses Volksentscheids von 2009 wird nun versucht, den Lehrplan 21 über das Volk hinweg durch die Hintertür einzuführen. Der nicht nachvollziehbare, ja geradezu groteske Entscheid des Bildungsrats, den Lehrplan 21 trotz Harmos-Nein den Zuger Schulen aufzuzwingen, verstösst gegen das Handlungsprinzip von Treu und Glauben, wie es Art. 5 der Bundesverfassung vorschreibt. Lehrplan 21 ohne Harmos ist schlicht bundesverfassungswidrig.
Der Lehrplan 21 ist nicht ein marginales, unbedeutendes weiteres Schulreförmli, wie es eben dargestellt wurde. Er stellt vielmehr die Volksschulbildung auf den Kopf. Die Schule soll neu erfunden werden. Bewährte pädagogische Konzepte werden leichtsinnig über Bord geworfen. Der Lehrplan 21 ist ein gefährliches Experiment. Er ist weder erprobt noch ist irgendein Nutzen praktisch nachgewiesen. Seine Einführung hätte für das Zuger Schulwesen derart gravierende Folgen, dass die Zuständigkeit für einen solchen Entscheid aufgrund seiner grossen Auswirkungen unbedingt dem Kantonsrat übergeben werden muss. Dieser befindet dann, ob überhaupt oder in welchem Umfang allenfalls einzelne Teile des Lehrplans 21 in das Zuger Schulwesen eingeführt werden sollen. Gegen einen solchen demokratischen Struktur- und Lehrplanentscheid des Kantonsrats kann dann – falls gewünscht – das Volksreferendum ergriffen werden. Das Volk wird somit das letzte Wort haben. Man muss dem Zuger Volk dieses Mitentscheidungsrecht geben. Es hat einen Anspruch darauf.
Der Votant möchte daran erinnern, dass Bildung der wichtigste Rohstoff der Schweiz ist. Eine hervorragende Bildung ist für das Fortbestehen der Gesellschaft und für die Wahrung des Wohlstands unabdingbare Voraussetzung. Entscheide über grundlegende Schulreformen dürfen nicht durch den Bildungsrat und somit ohne jegliche Rekurs-, Einsprache- oder Korrekturmöglichkeiten …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und ermahnt ihn, keinen Vortrag zum Thema zu halten, sondern zur Überweisung zu sprechen.

**Willi Vollenweider** fährt fort und bittet den Rat, zum Zuger Bildungswesen Sorge zu tragen und ihm denjenigen Stellenwert zu geben, den es verdient. Er bittet anzuerkennen, dass Volk und Wirtschaft die Folgen einer falschen Bildungspolitik zu tragen haben werden. Er bittet den Rat, seine Verantwortung als Kantonsparlament wahrzunehmen und die vorliegende Motion zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 34 Ja- und 36 Nein-Stimmen die Überweisung der Motion. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum von zwei Drittel der Stimmen wird nicht erreicht.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag, die verkürzte Frist für den Bericht und Antrag des Regierungsrats nicht zu gewähren, mit 50 zu 17 Stimmen ab.

**561** Traktandum 4.2: **Motion Daniel Stadlin betreffend Überprüfung der Zuger Gesetzessammlung auf Sparpotential**
Vorlage: 2656.1 - 15250 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**562** Traktandum 4.3: **Motion von Thomas Werner, Karl Nussbaumer und Beni Riedi betreffend Warnung vor Radaranlagen im Strassenverkehr**
Vorlage: 2657.1 - 15251 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**563** Traktandum 4.4: **Motion der FDP-Fraktion betreffend Regierungsreform: Regierungspräsident als Direktor des Äussern**
Vorlage: 2660.1 - 15259 (Motionstext).

**Philip C. Brunner** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Zum einen kommt die FDP-Fraktion mit ihrem Ansinnen im allerletzten Moment, wird heute doch die Ad-hoc-Kommission für die Vorberatung des Projekts «Regierung und Verwaltung 2019» gewählt bzw. eingesetzt. Überdies ist die Begründung, welche die FDP liefert, nämlich dass der Direktor des Äussern sich in Sachen USR III und NFA in Bern für den Kanton Zug einsetzen werde, doch etwas naiv. Wo soll denn dieser Direktor des Äussern seine technischen Informationen herholen? Es würde doch dazu führen, dass der Finanzdirektor mit seinem *Knowhow* und dem Wissen, das er und seine Mitarbeiter aufgrund von Steuerdaten etc. erarbeitet haben, zusammen mit dem Direktor des Äussern in Bern aufkreuzen würde. Das will doch niemand! Wie man sieht, ist der Volkswirtschaftsdirektor schon jetzt absolut in der Lage, im Rahmen seines Wissens heute Nachmittag an einer schweizerischen Konferenz in Zürich teilzunehmen und die Position des Kantons Zug zu vertreten. Dazu braucht es keinen Direktor des Äussern, welcher zusätzlich wohl mit weiteren interessanten Fragen wie der Kultur oder dem Sport mandatiert und dort seine Schaffenskraft finden würde …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und ermahnt ihn, ausschliesslich zur Überweisung zu sprechen.

**Philip C. Brunner** fährt fort: Er empfiehlt, das bewährte System eines alternierenden Landammanns beizubehalten und die Motion der FDP-Fraktion nicht zu überweisen.

**Adrian Andermatt** will im Gegensatz zu seinem Vorredner keine materielle Diskussion über das Modell eines Regierungspräsidenten als Direktor des Äussern führen. Namens der FDP-Fraktion möchte er den Rat aber davon überzeugen, dass eine Überweisung der Motion durchaus Sinn macht – auch wenn es zeitlich etwas spät ist. Das von der Zuger Regierung gestartete Projekt «Regierung und Verwaltung 2019» zielt einerseits auf die Reduktion der Anzahl Mitglieder des Regierungsrats von aktuell sieben auf fünf Mitglieder und andererseits auf eine Reorganisation der kantonalen Verwaltung. Nicht Bestandteil des Projekts bildet jedoch eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage, mit welchem Regierungsmodell die zukünftigen Herausforderungen an den Kanton bestmöglich bewältigt werden können. Denn dies ist nicht in erster Linie eine Frage von sieben oder fünf Regierungsmitgliedern und auch nicht der Überlegungen dazu, welches Amt in welcher Zusammensetzung welcher Direktion zugeteilt werden soll. Aus Sicht der FDP ist es jedoch essentiell, die Gelegenheit zu nutzen und gerade auch die Frage des künftigen Regierungsmodells vertieft zu diskutieren und zu analysieren.
Das von der FDP aufgezeigte Modell einer Regierung mit einem vom Volk gewählten Regierungspräsidenten als Direktor des Äussern muss nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Es ist aber eine mögliche Variante, die im Rahmen einer Regierungsreform eine vertiefte Prüfung durch die Regierung mit anschliessender Stellungnahme in Form eines regierungsrätlichen Antrags auf Erheblicherklärung, Teilerheblicherklärung oder allenfalls Nichterheblicherklärung verdient. Und dass die Regierung in diesem Kontext auch das aktuelle und andere mögliche Regierungsmodelle prüfen und deren Vor- und Nachteile aufzeigen kann, ist ein weiterer positiver Effekt dieser Motion.
Es geht heute nicht darum, ob der Kantonsrat die Volkswahl des Regierungspräsidenten begrüsst oder eine Direktion des Äussern wünscht oder nicht. Es geht vielmehr darum, dass die Regierung sich vertieft mit diesen Fragen auseinandersetzen sollt. Eine Nichtüberweisung der Motion kommt nach Ansicht des Votanten einer Diskussionsverweigerung gleich, was nicht im Interesse der Sache sein kann. Der Votant dankt deshalb für die Überweisung der Motion.

➔ Der Rat beschliesst mit 28 Ja- und 39 Nein-Stimmen die Überweisung der Motion. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum von zwei Drittel der Stimmen wird nicht erreicht.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass eine direkte Weiterleitung gemäss § 47 Abs. 1 GO KR an die vorberatende Kommission der Vorlage 2659 erfolgt, unter Mitbericht des Regierungsrats.

**564** Traktandum 4.5: **Interpellation von Patrick Iten betreffend kantonaler ÖV**
Vorlage: 2651.1 - 15237 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**565** Traktandum 4.6: **Interpellation von Claus Soltermann betreffend Umfahrung Cham–Hünenberg**
Vorlage: 2663.1 - 15264 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**566** Traktandum 4.7: **(Folge-)Petitionen vom 6. September 2016 von X. V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie**

➔ Stillschweigende Überweisung an die Justizprüfungskommission.

**567** Traktandum 4.8: **Einreichung einer Petition**

Der **Vorsitzende** orientiert, dass Kantonsrätin Mariann Hess, Unterägeri, zusammen mit weiteren Beteiligten am 30. August 2016 die an die SAE Immobilien AG, den Regierungsrat des Kantons Zug und den Gemeinderat Unterägeri gerichtete Petition «Für den Erhalt der historischen Linde beim Dorfeingang Unterägeri» mit 1136 Unterschriften eingereicht hat. Die Staatskanzlei bestätigte den Eingang der Petition. Die Forderungen betreffen nicht die sachliche Zuständigkeit des Kantonsrats. Es liegt kein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vor. Der Regierungsrat wird prüfen, ob er bzw. eine Direktion zuständig ist. Die Direktion des Innern bearbeitet das Dossier; sie wird die Baudirektion zum Mitbericht einladen.

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**568** Traktandum 5.1: **Projekt «Regierung und Verwaltung 2019»: Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 und des Kantonsratsbeschlusses betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013**
Vorlagen: 2659.1 - 15255 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2659.2 - 15256 (Antrag des Regierungsrats [Verfassung]); 2659.3 - 15257 (Antrag des Regierungsrats [Organisationsgesetz]); 2659.4 - 15258 Antrag des Regierungsrats [GO RR]).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Anastas Odermatt, Steinhausen, ALG, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Adrian Andermatt, Baar, FDP | Michael Riboni, Baar, SVP |
| Monika Barmet, Menzingen, CVP | Beni Riedi, Baar, SVP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Heini Schmid, Baar, CVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Beat Sieber, Cham, SVP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Vroni Straub-Müller, Zug, ALG |
| Andreas Hostettler, Baar, FDP | Silvia Thalmann, Zug, CVP |
| Jean-Luc Mösch, Cham, CVP | Florian Weber, Walchwil, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**569** Traktandum 5.2: **Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz, FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)**
Vorlagen: 2652.1 - 15239 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2652.2 - 15240 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Alois Gössi, Baar, SP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Manuel Brandenberg, Zug, SVP | Andreas Lustenberger, Baar, ALG |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Pirmin Frei, Baar, CVP | Silvan Renggli, Cham, CVP |
| Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Patrick Iten, Oberägeri, CVP | Karen Umbach, Zug, FDP |
| Peter Letter, Oberägeri, FDP | Matthias Werder, Risch, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**570** Traktandum 5.3: **Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz)**
Vorlagen: 2665.1 - 15267 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2665.2 - 15268 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an Kommission für Gesundheit und Soziales.

**571** Traktandum 5.4: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham**
Vorlagen: 2655.1/1a - 15243 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2655.2 - 15244 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an Kommission für Hochbau.

**572** Traktandum 5.5: **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der Berichterstattung zum mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)**
Vorlagen: 2661.1/1a - 15260 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2661.2 - 15261 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an Bildungskommission.

**573** Traktandum 5.6: **Engere Justizprüfungskommission**

Anstelle von Karin Helbling soll für die CVP-Fraktion neu Laura Dittli in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**574** Traktandum 5.7: **Erweiterte Justizprüfungskommission**

Anstelle von Laura Dittli soll für die CVP-Fraktion neu Remo Peduzzi in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**575** Traktandum 5.8: **Redaktionskommission**

Anstelle von Karin Helbling soll für die CVP-Fraktion neu Kurt Balmer in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**576** Traktandum 5.9: **Ad-hoc-Kommission betreffend Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz)**

Anstelle von Karin Helbling soll für die CVP-Fraktion neu Monika Barmet in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

**577** **Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 («Vakanz Stephan Scherer», entsteht am 1. Januar 2017), eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 («Vakanz Rolf Meyer», entsteht am 1. Februar 2017) sowie eines Ersatzmitglieds des Kantons- und des Strafgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 («Vakanz Peter Kottmann», entstanden am 30. März 2016), je für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**
Vorlage: 2658.1/1a/1b/1c - 15253 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es sich um die Validierung von Wahlen ohne Urnengang, also von stillen Wahlen gemäss § 40 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen handelt. Der Kantonsrat muss feststellen, dass diese Wahlen in rechtlich einwandfreier Form stattgefunden haben, und die Wahl für gültig erklären.

➔ Der Rat erklärt die Wahl von Carmela Frey zum Mitglied des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 stillschweigend für gültig und validiert sie.

➔ Der Rat erklärt die Wahl von Laurent Krähenbühl zum Mitglied des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 stillschweigend für gültig und validiert sie.

➔ Der Rat erklärt die Wahl von Felizia Huber Meier zum Ersatzmitglied des Kantons- und des Strafgerichts je für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 stillschweigend für gültig und validiert sie.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die zwei genannten Mitglieder des Kantonsgerichts sowie das Ersatzmitglied des Kantons- und des Strafgerichts damit für den Rest

der Amtsperiode 2013–2018 definitiv gewählt sind. Er wünscht ihnen viel Erfolg bei ihrer fachlich und menschlich anspruchsvollen Tätigkeit. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**578 Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz): 2. Lesung**

Vorlage: 2611.4 - 15214 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 65 zu 0 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor:
• Der Regierungsrat beantragt, die teilweise erheblich erklärte Motion von Jürg Messmer, Philip C. Brunner und Manuel Brandenberg (Vorlage 2478.1 - 14873) als erledigt abzuschreiben. Die vorberatende Kommission spricht sich ebenfalls dafür aus, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**579 Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU)**

Vorlagen: 2602.1/1a - 15126 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2602.2 - 15127 (Antrag des Regierungsrats); 2602.3/3a - 15229 (Bericht und Antrag der Kommission); 2602.4/4a - 15252 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Hans Baumgartner,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission das Gesetz an einer Vormittagssitzung eingehend diskutierte. Für viele Kommissionsmitglieder war es nicht ganz einfach, sich in diese schwierige Thematik mit vielen Fachbegriffen einzuarbeiten. Der Votant dankt für die sorgfältige Ausschaffung des Gesetzes und die kompetente Unterstützung bei der Beratung. Der Kommission standen Baudirektor Urs Hürlimann, Rainer Kistler vom Amt für Umweltschutz und Daniel Lienin, juristischer Mitarbeiter der Baudirektion, zur Seite.
Als Grundlage für das neue Gesetz wurde das vom Bund erarbeitete Mustergesetz herangezogen. Dieses wurde erarbeitet, um eine gewisse Vereinheitlichung unter den Kantonen zu erlangen. Das Gesetz für den Kanton Zug wurde aber bewusst kurz gehalten. Seine Aufgabe besteht darin, die Nutzung des Untergrunds zu regeln und damit Investorensicherheit zu schaffen, wie dies die 2013 erheblich erklärte Motion verlangt. Für ein besseres Verständnis der Thematik ist dem Bericht und Antrag des Regierungsrats eine Beilage angefügt, die den Anwendungs- und Geltungsbereich des Gesetzes aufzeigt.

Seit der Aufhebung des Erdölkonkordats gibt es im Kanton Zug keine Regelung in Bezug auf den Abbau von Bodenschätzen und keine Nutzungs- und Konzessionsbestimmungen mehr. Diese Lücke gilt es zu schliessen. Im Fokus des neuen Gesetzes steht aber ganz besonders die Geothermie. Es geht darum, die Grundlagen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik zu schaffen.
In der Kommission führte im Besonderen die Methode zur Gewinnung der Energie, also das *Fracking*, zu Diskussionen. Dabei ist wichtig zu wissen, dass auch für die Geothermie das Gestein in der Tiefe aufgebrochen, also *gefrackt* werden muss, um an die Wärme in den heissen Gesteinsschichten zu gelangen. Klar ist: Bei der Anwendung von *Fracking* sowohl für die Förderung von fossilen Brennstoffen als auch für die Geothermie gilt es immer alle anderen Gesetzesvorgaben einzuhalten, insbesondere diejenigen des Umweltgesetzes und des Gewässerschutzgesetzes. Demnach dürfen keinerlei unerlaubte Stoffe in den Boden gelangen. Des Weiteren war für die Kommission wichtig, dass der Kantonsrat ein Projekt allenfalls verhindern können soll, wenn er zur Auffassung gelangt, die Risiken einer Geothermieanlage seien noch zu gross. Diese Möglichkeit besteht, indem er den Richtplaneintrag, der für jedes Projekt parzellenscharf erforderlich ist, verweigert.
Bei der Beratung stellte sich eine Kommissionsminderheit auf den Standpunkt, dass ein neues Gesetz momentan nicht nötig sei. Die Geothermievorhaben in Basel und St. Gallen, wo durch das Bohren kleine Erdbeben ausgelöst wurden, hätten gezeigt, wie riskant die Tiefengeothermie ist, und deshalb komme diese Technologie vorderhand sowieso nicht zur Anwendung. Ein Gesetz solle nur dann gemacht werden, wenn unmittelbar Handlungsbedarf bestehe. Die grosse Kommissionsmehrheit war aber der Auffassung, dass sich diese Technologie stark weiterentwickelt habe und sich noch weiter entwickeln werde, denn gerade in der Schweiz werde intensiv daran geforscht. Dabei ist man sich bewusst, dass nie alle Risiken ausgeschlossen werden können. Im Übrigen lehnte es der Bund ab, auf Bundesebene diesbezügliche Regelungen zu erlassen. Auch stehen die Bodenschätze unter der Hoheit des Kantons, und dieser soll und muss regeln, wann und zu welchen Bedingungen eine Bewilligung oder eine Konzession erforderlich ist. Zudem soll er die Erschliessung neuer, einheimischer Energiequellen begünstigen, aber gleichzeitig jegliche Gefährdung der Umwelt bestmöglich ausschliessen. Allerdings ist sich die Kommission auch bewusst, dass der Regierungsrat und die zuständige Direktion mit dem neuen Gesetz grosse Kompetenzen in Bezug auf Bewilligungs- und Konzessionserteilung erhalten, während Parlament und Volk nur sehr beschränkt Einfluss nehmen können. Darum stellt die Kommission in der Detailberatung verschiedene Änderungsanträge.
Wie gesagt, empfiehlt die vorberatende Kommission mit grossem Mehr, auf die Vorlage einzutreten. Die CVP-Fraktion schliesst sich vorbehaltlos dem Antrag auf Eintreten an.

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, verweist grundsätzlich auf den Kommissionsbericht. Er will nicht auf das Versäumnis des Regierungsrats bezüglich Aufhebung des Erdölkonkordats eingehen. Es soll auch hier das Motto gelten: Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Der Votant appelliert aber an den Regierungsrat, dass solche Fehler in interkantonalen Angelegenheiten nicht mehr so oft vorkommen sollten. Im Übrigen wird der Präsident der Konkordatskommission bei Einspracheverfahren künftig die Vorlage zurückweisen, wenn keine gesetzlichen Grundlagen genannt oder diese nicht erläutert werden oder man sich lediglich auf § 24 der Kantonsverfassung oder § 2 des Organisationsgesetzes beruft.
Der Votant empfiehlt, dem Antrag der Konkordatskommission im Sinne der Ausführungen in deren Bericht zuzustimmen.

**Thomas Gander** spricht für die FDP-Fraktion. Der Untergrund bietet verschiedene Möglichkeiten der Nutzung, etwa Geothermie, Abbau von Bodenschätzen oder Lagerung. 1955 wurde das Erdölkonkordat ins Leben gerufen. Dieses bildete die Grundlage für die Schürfkonzession, welche 1957 der Aktiengesellschaft für Schweizerisches Erdöl (SEAG) erteilt und in der Folge mehrfach erneuert wurde. 2012 wurde das Erneuerungsgesuch nicht mehr gutgeheissen und als Folge das Konkordat per Ende 2013 aufgelöst. Das vorliegende Gesetz ist eine Nachfolgeregelung für dieses Konkordat.
Mit dem neuen Gesetz wird Rechts- und Investitionssicherheit geschaffen. Ohne dieses Gesetz sind weiterhin alle Nutzungen im Untergrund erlaubt, doch gibt es keine klaren Regeln und Zuständigkeiten. Die Grundeigentümer könnten den Untergrund für sich beanspruchen, und es könnten weder Konzessionsgebühren noch Versicherungspflichten etc. eingefordert werden. Kurz gesagt: Es wäre alles erlaubt, aber nichts geregelt. Deshalb ist die FDP für Eintreten und folgt der Regierung.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG. Das Gesetz über die Nutzung des Untergrunds definiert die Rahmenbedingungen und koordiniert das Verfahren bei Nutzungen etwa im Bereich Tiefengeothermie. Das theoretische Potenzial zur Wärme- und Stromproduktion ist beträchtlich. Grundsätzlich befürwortet die ALG das neue Gesetz, denn die Nutzung der Erdwärme ist umweltfreundlich und $CO_2$-arm. Auf keinen Fall unterstützt die ALG die Zulassung von *Fracking,* genauer gesagt den Abbau von unkonventionellem Erdgas und Erdöl wie Schiefergas, *Tight*-gas oder Kohleflözgas, wie dies der Regierungsrat im Gesetzesvorschlag möchte. Die ALG nimmt zur Kenntnis, dass mit dem Umweltschutz- und Gewässerschutzgesetz gewisse Leitplanken gesetzt sind. Doch dies beruhigt die ALG nicht, denn sie will auf keinen Fall ein *Fracking*-Risiko eingehen, das zum Beispiel das Grundwasser vergiftet. Das lässt sich nicht verantworten. Bei *Fracking* für fossile Brennstoffe presst man nicht nur Wasser, sondern ein Gemisch aus Wasser, Sand und vielen schädlichen Chemikalien in den Boden. Angesichts der grossen Umweltrisiken und der schlechten Energieeffizienz ist die ALG für ein Verbot von *Fracking.* Das sorgt für Klarheit und ist besser für Mensch und Umwelt. Es ist an der Zeit, dass man sich von den fossilen Energieträgern verabschiedet und konsequent erneuerbare Technologien fördert. Das schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze und unterstützt erst noch das regionale Gewerbe.
Die ALG ist für Eintreten auf die Vorlage und unterstützt alle Anträge der vorberatenden Kommission.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Es ist wichtig, dass die Erkundung, Erschliessung und Nutzung des tiefen Untergrunds rechtlich geregelt wird. Im Hinblick auf die Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes spielt gerade die Geothermie eine wichtige Rolle. Erdwärme ist emissionsarm, nachhaltig und – in menschlichen Zeiträumen gerechnet – unerschöpflich. Hinzu kommt, dass sie nahezu ununterbrochen zur Verfügung steht. Auf der Basis der aktuellen Kenntnisse gehen die Umweltorganisationen – hier legt die Votantin ihre Interessenbindung vor: Sie ist Präsidentin des WWF Zug – davon aus, dass Geothermie im Jahr 2035 rund 2,2 Terawattstunden Strom pro Jahr produzieren kann. Im Bericht der vorberatenden Kommission ist nachzulesen, dass Ende letzten Jahres im Kanton Zug rund 1500 Erdsondenanlagen installiert waren. Die Schweiz ist in der Tat überdurchschnittlich für die geothermische Energiegewinnung geeignet. Daher sollte diese auch genutzt werden können. Und bereits heute hat kein anderes Land der Welt eine höhere Dichte an Erdwärmesonden.

Die SP unterstützt das Eintreten und die Änderungen der vorberatenden Kommission. Sie begrüsst explizit, dass die Gewinnung von fossilen Brennstoffen, also nicht erneuerbaren Energien, nicht erlaubt wird. Die Anwendung der *Fracking*-Technologie soll im Kanton Zug nicht zugelassen werden. Wichtig ist dabei, begrifflich sauber zu sein: Bei *Fracking* geht es um die Gewinnung von Erdgas oder Erdöl und nicht um die hydraulische Stimulation für die Geothermie. Dies erlaubt es, *Fracking* zu verbieten, ohne dass die Geothermie davon betroffen ist.
Wie gesagt, tritt die SP-Fraktion auf die Vorlage ein. Sie wird in der Detailberatung einzelne Anträge stellen.

**Markus Hürlimann** teilt mit, dass die SVP-Fraktion für Nichteintreten ist. Dafür gibt es verschiedene Gründe. 1956 vereinbarten zehn Kantone das «Konkordat betreffend die Schürfung und Ausbeutung von Erdöl», dies mit dem Ziel, die Erdölförderung gemeinsam anzugehen bzw. zu regeln. In den vergangenen sechzig Jahren war die Suche nach Erdöl und Erdgas mehr oder weniger erfolglos, trotz 35 Bohrungen und Investitionen von mehr als 300 Millionen Franken. 1965 wurde auch in Hünenberg erfolglos nach Öl und Gas gebohrt. Das ausgelaufene Konkordat bedarf also keiner Erneuerung, denn die Förderung von Erdöl oder Erdgas im Kanton Zug kann man sich ganz einfach aus dem Kopf schlagen. Für diesen Zweck braucht es das neue Gesetz nicht.
Es geht hier also einzig um die tiefe Geothermie, welche in der jüngeren Vergangenheit an Glanz eingebüsst hat. Ende 2010 teilte ein Schweizer Stromkonzern mit, dass man stärker auf die Erdwärme setzen und die Grundlagen für Geothermie-Kraftwerke in der Schweiz schaffen möchte. Sofort setzten sich verschiedene politische Exponenten für dieses Anliegen ein, und im August 2012 wurde in Zug der Verein «Geothermische Kraftwerke Zug» gegründet, mit den Nationalräten Pfister und Aeschi als Präsident bzw. Vizepräsident. Ziel des Vereins ist bzw. war es, bis 2020 für die Realisation eines Geothermie-Kraftwerks im Kanton Zug zu sorgen. Dazu sollten günstige gesetzgeberische und raumplanerische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Einen Monat später wurde prompt eine Motion betreffend Geothermie eingereicht, welche der Kantonsrat im September 2013 erheblich erklärte. Und nun berät der Kantonsrat dieses Gesetz, welches die Tiefengeothermie regeln soll.
Die Baudirektion hat in den vergangenen Jahren das Potenzial für die Tiefengeothermie zur Stromerzeugung eingehend abklären lassen; die entsprechenden Berichte stehen Interessierten im Internet zur Verfügung. Bei der Nutzung der Tiefengeothermie gilt es die zwei wesentlichen Verfahren auseinanderzuhalten. Es gibt zum einen die hydrothermalen Anlagen, für die man mehrere Kilometer in die Tiefe bohrt, um auf warmes Wasser zu stossen, welches für die Energiegewinnung genutzt wird. Zum anderen gibt es die petrothermalen Anlagen, bei welchen man Wasser, Chemikalien und Mineralstoffe in mehreren Kilometern Tiefe mit Hochdruck in kleinste Risse in heissen Gesteinsschichten presst, das so erhitzte Wasser mit Förderbohrungen an die Oberfläche pumpt und es ebenfalls zur Energiegewinnung nutzt. Diese zweite Technik nennt man auch hydraulische Frakturierung, was landläufig als *Fracking* bekannt ist. Und hier muss der Votant seiner Vorrednerin widersprechen: Auch bei der Geothermie wird in petrothermalen Anlagen *Fracking* eingesetzt. Was das Erdbebenrisiko und das Risiko eines Gasaustritts anbelangt, sind beide Methoden gleichermassen gefährlich.
Gemäss den vorliegenden Gutachten kommt eine hydrothermale Nutzung im Kanton Zug aus verschiedenen Gründen nicht in Frage. Es bleibt also nur noch die petrothermale Nutzung, das *Fracking,* welches man aber auch nur in kleinen Teilen des Kantons anwenden könnte, nämlich vorwiegend in den Gemeinden Cham und

Risch. In ganz Europa gibt es zurzeit nur gerade zwei petrothermale Forschungsanlagen und eine einzige, kürzlich realisierte kommerzielle Anlage im Elsass. In der Schweiz befindet sich eine Anlage erst in Planung. Die Forschung steckt also noch in den Kinderschuhen.
Nach verschiedenen Fehlschlägen in Basel und St. Gallen, bei welchen Erdbeben ausgelöst wurden, und dem Projekt in Zürich, wo nach einer 20-Millionen-Bohrung gerade mal warmes Wasser für zweihundert Haushalte gefördert werden konnte, wurden die Geothermie-Projekte weitestgehend begraben. So teilte der eingangs erwähnte Stromkonzern seinen Aktionären im März 2015 mit, dass man keine neuen Geothermie-Projekte weiterverfolgen werde; so lange die Technologie nicht marktreif sei, seien die Projektrisiken zu hoch. Und tatsächlich sind die Risiken bei Geothermie-Projekten sehr hoch, nicht nur das Erdbebenrisiko, sondern vor allem das finanzielle Risiko. In St. Gallen, wo man glaubte, man könne die Hälfte der städtischen Haushalte mit Erdwärme versorgen, stimmte das Volk 2010 einem Rahmenkredit von 159 Millionen Franken zu. Bis zum Abbruch des Projekts wurden über 55 Millionen Steuerfranken im Erdreich versenkt – und dies ohne Ausbeute.
Das zur Debatte stehende Gesetz ist aber nicht nur hinsichtlich Erdbeben- und finanzieller Risiken gefährlich, sondern es schränkt auch die Eigentumsrechte der Privaten ein. Gemäss Art. 641 ZGB kann der Eigentümer in den Schranken der Rechtsordnung nach Belieben über eine Sache verfügen, in diesem Fall über sein Grundstück. Das Eigentum an Grund und Boden erstreckt sich so weit in den Luftraum und in das Erdinnere, wie der Eigentümer ein Ausübungs- und Nutzungsinteresse hat. Bisher kann man auf seinem Grundstück ohne weiteres nach Bodenschätzen bohren; das Hoheitsrecht des Staates erstreckt sich lediglich auf alle gewerblich verwertbaren Mineralien, die unter der Erdoberfläche gewonnen werden. Nun werden dem Kanton die Rechte zur Erforschung und zum Abbau sämtlicher vorhandener Bodenschätze eingeräumt, welche er auch noch an Dritte weitergeben kann. In § 53 Abs. 2 Bst. e des Planungs- und Baugesetzes soll zudem neu auch noch die Enteignung für die Nutzung des Untergrunds möglich sein, wobei das Enteignungsrecht sogar an Dritte übertragen werden kann. Das ist eine klare Verschlechterung der Stellung des Privaten gegenüber dem Staat und ist abzulehnen. Wie bereits ausgeführt, besteht bei Bohrungen immer die Gefahr, dass ein Erdbeben ausgelöst wird. Es können massive Schäden entstehen, welche von der Gebäudeversicherung explizit von der Deckung ausgeschlossen sind. Ob und in welchem Umfang diese Schäden von einer Haftpflichtsicherung des Konzessionärs übernommen werden, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden. Das Eigentum von Bürgern und auch der öffentlichen Hand grundlos in Gefahr zu bringen, ist nach Ansicht der SVP fahrlässig und unnötig.
Wie man sieht, kommt dieses Gesetz zu spät und gleichzeitig zu früh. Es kommt zu spät, um blindlings dem Geothermie-*Hype* zu folgen, denn es ist schon zu viel über die erheblichen Risiken bekannt, welche mit der Tiefengeothermie auf den Kanton Zug zukommen können. Gleichzeitig ist es viel zu früh, um hier gesetzgeberisch aktiv zu werden – und dann möglicherweise Pilotkanton für unausgereifte und unerforschte Technologien zu werden.
Zusammenfassend hält der Votant fest, dass es keinen Ersatz für das ausgelaufene Erdölkonkordat braucht, dass der Kanton Zug ohnehin denkbar schlecht für die kommerzielle Nutzung von Geothermie geeignet ist, dass die finanziellen und materiellen Risiken dieses Gesetzes zu hoch sind und es das Eigentum der Privaten einem unnötigen Risiko aussetzt. Wenn die Forschung betreffend Geothermie weiter vorangeschritten und solche Bohrungen gefahrlos möglich sein werden, wird man dereinst schnell ein neues Gesetz aus dem Hut zaubern können. Jetzt aber ist einfach nicht der richtige Zeitpunkt dafür. Im Namen der SVP-Fraktion stellt der

Votant deshalb den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten, und er bittet den Rat, diesen Antrag zu unterstützen

**Daniel Marti** dankt namens der GLP der Regierung und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Gesetzes und den Kommissionen für die Vorberatung. Die Grünliberalen sind für Eintreten auf die Vorlage, da sie die Schaffung einer Rechts- und Investitionssicherheit bei der Nutzung des tiefen Untergrunds befürworten. Ein Abwarten mit der Gesetzgebung, bis eine Technologie etabliert ist, heisst sehenden Auges das Risiko einzugehen, dereinst ohne eine klare rechtliche Regelung dazustehen. Es würde heissen, dass die Gesetzgebung – wie es schon häufig der Fall war – der Realität hinterherhinkt. Wozu dieses unnötige Risiko eingehen, wenn man jetzt eine Lösung anbieten kann?
Zum Inhalt des Gesetzes hält der Votant fest, dass die Grünliberalen erfreut zur Kenntnis nehmen, dass die meisten Änderungsvorschläge, die sie im Rahmen der Mitwirkung eingebracht haben, in die Gesetzesvorlage aufgenommen wurden. Die zusätzlichen Anpassungen der vorberatenden Kommission finden sie sinnvoll und unterstützen diese. Insbesondere das Verbot des Abbaus von Erdgas und Erdöl aus unkonventionellen Lagerstätten durch *Fracking* in § 5 finden sie eine wichtige und richtige Ergänzung des Gesetzes.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass das vorliegende Gesetz nach Ansicht des Regierungsrats eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige Energiepolitik des Kantons Zug bildet. Es ist eine Chance, in schlanker Form die nötigen Rahmenbedingungen für neue Wege in der zugerischen Energieversorgung zu schaffen. Zum einen ist der Regierungsrat aufgefordert, die Motion Winter/Hächler/Wandfluh, welche eine gesetzliche Regelung für den Untergrund verlangt, umzusetzen und insbesondere auf das Hauptanliegen Rechts- und Investitionssicherheit einzugehen. Zum anderen ist 2013 das Erdölkonkordat ausgelaufen, was bedeutet, dass diesbezüglich keine Konzessionen oder Bewilligungen mehr erteilt werden können. Dass der Untergrund grosses Potenzial hat, ist in den Eintretensvoten unbestritten geblieben. An der ETH wird dazu intensiv geforscht, und es werden zahlreiche Geothermieprojekte vorangetrieben. Der Kanton Zug sollte sich als innovativer Wirtschaftsstandort dieser Entwicklung nicht verschliessen.
Mit dem vorliegenden Gesetz werden Rahmenbedingungen für die Nutzung des Untergrunds geschaffen. Wenn ein Investor weiss, dass gesetzlich alles klar geregelt ist, ist er eher bereit, allfällige Investitionen zu tätigen. Sämtliche kantonalen Parteien haben an der öffentlichen Vernehmlassung teilgenommen und dem Gesetz im Grundsatz zugestimmt – auch die SVP. Wichtig ist, dass das Gesetz keine neuen Kosten auslöst. Im Gegenteil: Wenn eine Konzession erteilt wird, generiert das in der Regel Einnahmen für den Staat. Blickt man über die Kantonsgrenzen hinaus, so haben die Kantone Schwyz, Aargau, Luzern und Thurgau bereits Gesetze bezüglich der Nutzung des Untergrunds erlassen, und die meisten anderen Kantone sind mitten im Gesetzgebungsprozess.
Der Regierungsrat hat ein äusserst schlankes Gesetz mit neunzehn Paragrafen vorgelegt. Mehr kann man nicht mehr weglassen; andere Kantone haben Gesetze mit über dreissig Bestimmungen erlassen. Die Zuständigkeit und Verantwortung liegt beim Kanton, dies in Abstimmung mit den Gemeinden: In der Vernehmlassung haben sich alle Gemeinden mit dieser Lösung einverstanden erklärt. Ein konkretes Geothermieprojekt erfordert einen Eintrag im Richtplan. Der Kantonsrat kann dazu Ja oder Nein sagen, hat insofern also immer ein Vetorecht. Im Weiteren sind im Gesetz die Versicherungspflicht, die Schadloshaltung des Gemeinwesens, geologi-

sche Begleitmassnahmen, eine öffentliche Ausschreibungspflicht, Strafbestimmungen bei Verstössen und die Gebühren geregelt.
In der vorberatenden Kommission wurde auch darüber diskutiert, was es bedeuten würde, wenn kein Gesetz erlassen, der Kantonsrat also nicht auf die Vorlage eintreten würde. Die Antwort ist klar: Kein Gesetz bedeutet, dass alles erlaubt und nichts geregelt ist. Das will der Regierungsrat auf keinen Fall. Ohne Gesetz ist unklar, ob der Kanton oder die Gemeinden zuständig sind, bleiben die Bewilligungs- und Konzessionsverfahren undefiniert, gibt es keine Versicherungspflicht und keine Schadloshaltung des Gemeinwesens und sind die geologischen Begleitmassnahmen nicht aufgeführt. Es gäbe Rechtsunsicherheit und eine grosse Unsicherheit für die Investoren. Wenn kein Gesetz erlassen wird, hat man im Untergrund tatsächlich Chaos. Deshalb bittet der Baudirektor, auf die Vorlage einzutreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 55 zu 15 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1*
*§ 2 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

**Barbara Gysel** stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** in § 2 Abs. 2 das Wort «insbesondere» zu streichen. Der betreffende Einleitungssatz würde dann lauten: «Die Nutzungen des Untergrunds umfassen:». Die folgende Aufzählung soll also abschliessend sein. Falls in Zukunft neue Nutzungen dazukämen, würde es sich nicht um so schnelle Entwicklungen handeln, und das Gesetz könnte gegebenenfalls rechtzeitig angepasst werden.

Kommissionspräsident **Hans Baumgartner** teilt mit, dass über diese Frage bereits in der vorberatenden Kommission diskutiert wurde. Die Kommission entschied mit knapper Mehrheit, das Wort «insbesondere» zu belassen, um bei neuen Techno-

logien nicht das Gesetz gleich wieder anpassen zu müssen. Der Kommissionspräsident empfiehlt deshalb, bei der vorliegenden Formulierung zu bleiben.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 33 zu 27 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 3 bis 5*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Barbara Gysel** ist nicht sicher, ob sie ihren Antrag an der richtigen Stelle einbringt. Die SP-Fraktion möchte, dass – analog zu § 2 Abs. 4, wo der Begriff «Geothermie» definiert wird – auch eine Definition des Begriffs «Fracking» ins Gesetz aufgenommen wird. Der ganze § 2 beinhaltet Begriffe und Definitionen. Das Wort «Fracking» kommt im ganzen Gesetz zwar nicht vor, wird in der öffentlichen Diskussion aber oft gebraucht. Deshalb stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** dass auf die zweite Lesung eine Definition des Begriffs «Fracking» erarbeitet und diese ins Gesetz aufgenommen werden soll. Ob das in § 2 als neuer Abs. 5 oder als Abs. 8 geschieht, sei der Regierung überlassen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass bereits in der vorberatenden Kommission die Frage besprochen wurde, ob § 2 oder § 5 die richtige Stelle für eine Definition von «Fracking» sei. Man ist in der Kommission zum Schluss gekommen, dass § 5 gesetzestechnisch der richtige Ort wäre. Natürlich kann man diese Definition auch bereits in § 2, also bei den übrigen Begriffsdefinitionen, aufnehmen – am besten wohl als neuen Abs. 8. Hingegen sollte § 5 nicht verändert werden.

**Barbara Gysel** präzisiert, dass der Antrag der SP-Fraktion nicht § 5 betrifft. Dort wird materiell geregelt, dass der Abbau von unkonventionellem Erdgas und Erdöl, also das *Fracking,* nicht zulässig sei. Der Antrag der SP betrifft einzig die Begrifflichkeit, und § 2 trägt als Ganzes den Titel «Geltungsbereich und Begriffe». Es müsste also in § 2 definiert werden, was unter «Fracking» zu verstehen ist. § 5 kann unverändert bleiben.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, in § 2 einem neuen Absatz den Begriff «Fracking» zu definieren, mit 37 zu 26 Stimmen ab.

*§ 2 Abs. 6*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Kommission einen Änderungsantrag stellt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 2 Abs. 7*
*§ 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 4 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Kommission einen Änderungsantrag stellt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 4 Abs. 2*
*§ 5 Abs. 1 und 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 5 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, einen zusätzlichen Abs. 3 mit einem Fracking-Verbot ins Gesetz aufzunehmen. Der Regierungsrat lehnt diesen Antrag ab.

Kommissionspräsident **Hans Baumgartner** teilt mit, dass es zum sogenannten Fracking, also der Methode, bei der das Gestein im Untergrund aufgebrochen wird – in der Fachsprache spricht man von unkonventionellem Abbau – in der Kommission zwei Ansichten gibt. Soll Fracking für alles, also auch für den unkonventionellen Abbau von Schiefergas und Öl zugelassen werden, oder nur für die Geothermie, also für die Gewinnung von Wärme, eben erneuerbarer Energie, erlaubt sein? Eine Kommissionshälfte unterstützt die Version des Regierungsrats und sagt zu Recht, für das Fracking müssten alle gesetzlichen Vorgaben, insbesondere das Umweltschutz- und Gewässerschutzgesetz eingehalten, werden. Es seien also keine diesbezüglichen Umweltschäden zu erwarten, und die Risiken zur Auslösung von seismischen Aktivitäten seien nicht grösser als bei Geothermieprojekten. Warum also soll im Gesetz eine solche Technologie zum vorneherein ausgeschlossen werden? Die andere Kommissionshälfte argumentiert, es gehe hier nicht um ein Technologieverbot, sondern vielmehr darum, ohne grosse politische Hürden die Gewinnung erneuerbarer Energie zu ermöglichen. Denn die Bewilligungen für Fracking würden mit diesem Gesetz relativ einfach ermöglicht: mit einem einfachen Kantonsratsbeschluss in einer einzigen Lesung, einem Entscheid, der nicht referendumsfähig sei. Zudem würden die Enteignungskompetenzen ausgeweitet, so dass nicht einmal der Grundeigentümer sich wehren könne, wenn sein Grundstück für ein Fracking-Projekt beschlagnahmt werde. Das alles könne toleriert werden für das

Erreichen der Energiewende, aber nicht dazu, um die herkömmlichen fossilen Energieträger Gas oder Öl mit einer risikoreichen Abbaumethode zu fördern. Zudem sei mit diesem Gesetz der konventionelle Abbau von Öl und Gas jederzeit möglich. Wenn wirklich das Bedürfnis entstehen sollte, im Kanton Zug eine grossflächige Anlage zu erstellen, um mittels Fracking Öl oder Gas zu fördern, dann sollten immerhin die Bewilligungshürden höher sein, sprich eine referendumsfähige Gesetzesanpassung voraussetzen.
Für den Kommissionspräsidenten persönlich steht ohne diese Ergänzung eine Zustimmung zum neuen Gesetz grundsätzlich in Frage. Mit dem Gesetz sollen Projekte für erneuerbare Energie ohne grosse Hürden ermöglicht werden, es soll aber nicht dazu missbraucht werden, um Schiefergas-Fracking am Volk vorbei zu bewilligen. Mit Stichentscheid des Präsidenten entschied die Kommission, in § 5 einen zusätzlichen Abs. 3 einzufügen, der den Abbau von unkonventionellem Erdgas und Erdöl wie Schiefergas, Tightgas und Kohleflözgas nicht zulässt. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, dem neuen Abs. 3 zuzustimmen. Die Mehrheit der CVP-Fraktion folgt der Argumentation, dass Fracking nur für die Gewinnung erneuerbarer Energie zugelassen werden soll und unterstützt den Antrag der Kommission.

**Thomas Gander** teilt mit, dass die FDP grundsätzlich gegen zusätzliche Einschränkungen oder Verbote ist. Ob es um hydrothermale Anlagen, um petrothermale Anlagen oder um den in diesem Zusammenhang oft gehörten Begriff «Fracking» geht: Es gilt darauf zu achten, dass keine unnötigen Verbote ins Gesetz geschrieben werden. Der Begriff «Fracking» kommt oft in Zusammenhang mit dem unkonventionellen Abbau von Schiefergas vor. Dabei wird Wasser zusammen mit Chemikalien unter grossem hydraulischen Druck in das aufzubrechende Gestein gepresst, um das Schiefergas herauszulösen. Aber auch bei der petrothermalen Geothermie können Chemikalien eingesetzt werden. Dabei werden mit Hilfe des hydraulischen Drucks Risse im Gestein erzeugt, um die Durchgängigkeit von Wasser zu erhöhen; das Gestein dient dabei als Wärmetauscher. Fracking kommt also auch bei Geothermie zum Einsatz, nicht nur bei der Förderung von unkonventionellem Erdöl und Erdgas, etwa Schiefergas oder Tightgas. Entscheidend ist jedoch, dass die bestehenden Gesetze eingehalten werden. So ist im Umweltschutzgesetz der Einsatz von giftigen Stoffen verboten, auch im Untergrund. Das Gewässerschutzgesetz verbietet den Einsatz von Stoffen, welche das Wasser verunreinigen können. Einem Exploranden bzw. potenziellen Konzessionsträger soll deshalb bezüglich der Frage, was abgebaut werden soll, keine Vorschrift auferlegt werden.
Aus diesen Überlegungen folgt die FDP-Fraktion dem Antrag der Regierung. Falls doch eine Einschränkung festgeschrieben werden soll, soll dies gemäss dem Vorschlag der vorberatenden Kommission geschehen, welcher ohne explizites Verbot von Fracking auskommt. Denn nur ohne ein solches Verbot ist auch die petrothermale Geothermie möglich.

**Daniel Marti:** Das von der vorberatenden Kommission in § 5 Abs. 3 vorgeschlagene Verbot des Abbaus von Erdgas und Erdöl aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking setzt ein wichtiges Zeichen dafür, dass sich der Kanton Zug für eine nachhaltige, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung einsetzt. Die grossen Risiken des Fracking sind allerseits bekannt und reichen von der Verunreinigung von Grund- und Trinkwasser durch Chemikalien über die Lärm- und Luftemissionen durch den Bau und Betrieb der Anlagen bis hin zum extrem hohen Wasserverbrauch. Aus welchem Grund sollte sich der Kanton Zug solchen Risiken aussetzen bei nahezu null Chancen, dass hier ein Erdgas- oder Erdölabbau jemals wirtschaftlich erfolgreich durchgeführt werden kann? Was verbaut man sich, wenn

man ein Fracking-Verbot ins Gesetz aufnimmt? Die Antwort ist einfach: Man verbaut sich mit einem Verbot nichts, weil der Abbau fossiler Energieträger durch Fracking im Kanton Zug sowieso nie Sinn machen würde. Mit dem Verbot sind auch kein zusätzlicher administrativer Aufwand und keine Kosten verbunden. Aber man kann zeigen, dass Zug ein zukunftsgerichteter Kanton ist und langfristig Abschied nimmt von nicht erneuerbaren Energieträgern. Der Votant ruft den Rat auf, es den Kantonen Waadt und Freiburg und den Nachbarländern Frankreich und Deutschland gleichzutun, wo Fracking zum Erdgasabbau bereits verboten wurde.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass § 5 Abs. 3 in der Kommission der umstrittenste Artikel der Vorlage war. Der Regierungsrat steht nach wie vor hinter seinem Antrag. Im Umwelt- und Gewässerschutzgesetz sind – wie bereits gehört – alle entsprechenden Punkte geregelt und zumeist auch abschliessend aufgezählt. Das zur Debatte stehende Gesetz ist zukunftsorientiert und soll auch die Anwendung moderner Techniken ermöglichen. Der Regierungsrat will deshalb kein Verbot aussprechen und dem Kanton Zug damit Chancen verbauen, zumal die fraglichen Aspekte in den zwei erwähnten Gesetzen bereits berücksichtigt sind.
Der Baudirektor geht davon aus, dass Daniel Marti nicht von einem generellen, sondern von einem spezifisch auf Schiefergas bezogenen Fracking-Verbot sprach. Andernfalls würde diese Gesetzgebung in Hinblick auf die Geothermie ja keinen Sinn machen.

➔ Der Rat stimmt dem von der vorberatenden Kommission beantragten neuen Abs. 3 mit 51 zu 19 Stimmen zu.

*§ 6*
*§ 7*
*§ 8*
*§ 9 Abs. 1 bis 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 9 Abs. 4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen zusätzlichen Abs. 4 beantragt. Der Regierungsrat stimmt diesem Antrag im Grundsatz zu, stellt aus Gründen der Gesetzessystematik aber den Antrag, die neue Norm im Kapitel 5, betitelt «Gemeinsame Bestimmungen», als neuen Abs. 2 von § 12 zu verankern.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die zusätzliche Bestimmung der vorberatenden Kommission als neuen § 12 Abs. 2.

*§ 10*
*§ 11*
*§ 12*
*§ 13 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 13 Abs. 2 und 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission je einen Änderungsantrag stellt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission in beiden Punkten an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 14*
*§ 15*
*§ 16 Abs. 1*
*§ 16 Abs. 2 Bst. a und b*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 16 Abs. 2 Bst. c*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Änderung beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der vorberatenden Kommission.

*§ 16 Abs. 2 Bst. d*
*§ 16 Abs. 3 und 4*
*§ 17*
*§ 18*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 19 Abs. 1 und 2*

**Manuel Brandenberg** stellt den **Antrag,** die Busse in Abs. 1 auf den Höchstbetrag von 25'000 Franken statt 250'000 Franken und in Abs. 2 auf höchstens 10'000

Franken statt 100'000 Franken zu beschränken. Eine Busse ist eine Strafe für eine Übertretung, also für das in der strafrechtlichen Kaskade Verbrechen–Vergehen–Übertretung am wenigsten Gravierende. Im StGB ist der Grundsatz festgehalten, dass eine Busse maximal 10'000 Franken betrage, es sei denn, ein Spezialgesetz sehe einen höheren Betrag vor. Man hat heute die Tendenz, die Bussen in allen Spezialgesetzen exorbitant hoch anzusetzen, um damit – das ist der Verdacht des Votanten – für den Fiskus zusätzliche Mittel zu generieren. Das widerspricht aber dem Grundsatz, dass eine Übertretung etwas nicht allzu Schlimmes ist und deshalb mit einer Busse geahndet wird. Eine Erhöhung des normalen Höchstbetrags gemäss StGB von 10'000 auf 25'000 Franken genügt deshalb. Hier auf 250'000 Franken bzw. bei Fahrlässigkeit auf 100'000 Franken zu gehen, findet der Votant nicht seriös. Es ist zu sehr fiskalistisch und nicht mehr im Sinn der Sache gedacht.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Höchstbusse nicht aus fiskalischen Überlegungen bei 250'000 Franken festgelegt wurde. Grund war vielmehr, dass es hier um wichtige Umweltgüter geht. Im Planungs- und Baugesetz (PBG) gibt es eine Höchstbusse von 100'000 Franken, und der Regierungsrat war der Meinung, dass die im vorliegenden Gesetz geregelten Bereiche – etwa Grossanlagen für Geothermie, bei denen man bis 5000 Meter tief in den Boden geht – sich unterscheiden vom Bau eines gewöhnlichen Hauses, wo man vielleicht ein oder zwei Stockwerke in den Boden geht. Die Bussen müssen deshalb höher angesetzt werden als im PBG, wobei die 250'000 Franken aus der Mustergesetzgebung des Bundes übernommen wurden. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest, und der Baudirektor bittet den Rat, der Regierung zu folgen.

**Manuel Brandenberg** möchte wissen, wer das vom Baudirektor erwähnte Mustergesetz geschaffen hat.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass das erwähnte Mustergesetz von den dreizehn Kantonen erarbeitet wurde, welche Mitglieder des Erdölkonkordats waren, dies als Vorlage für die Kantone, um einen entsprechenden Ersatz zu schaffen.

**Barbara Gysel** stimmt dem Baudirektor spontan zu, dass es notwendig ist, einen hohen Bussenbetrag festzulegen. Gleichwohl scheint ihr aber die Argumentation von Manuel Brandenberg logisch zu sein, wenn es hier – rechtlich gesehen – um eine Busse gemäss StGB geht. Sie möchte vom Baudirektor wissen, ob es möglich wäre, an der Höhe des Betrags festzuhalten, aber das Wort «Busse» zu vermeiden. So liesse sich zumindest ein Teil des Problems von Manuel Brandenberg lösen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** kann hier nicht entgegenkommen: Die Regierung bleibt bei ihrem Antrag.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Manuel Brandenberg, in § 19 Abs. 1 die Höchstbusse bei 25'000 Franken festzulegen, mit 61 zu 4 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

**Manuel Brandenberg** zieht seinen Antrag zu § 19 Abs. 2 zurück.

➔ Der Rat genehmigt § 19 Abs. 2 gemäss Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

***Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1)***

*§ 89*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Aufhebung von § 89.

***Planungs- und Baugesetz (PBG) vom 26. November 1998 (BGS 721.11)***

*§ 9 Abs. 1 Bst. b und c*
*§ 53 Abs. 2 Bst. d*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 53 Abs. 2 Bst. e*

**Markus Hürlimann** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** den neu vorgesehenen § 53 Abs. 2 Bst. e ersatzlos zu streichen. Die SVP lehnt ein Enteignungsrecht im vorliegenden Kontext entschieden ab. Eine Enteignung ist ein Extremfall, der verhältnismässig, im öffentlichen Interesse und gut begründet sein muss. Die SVP sieht deshalb keinen Grund, weshalb man jemanden wegen Bodenschätzen, Erdwärme oder der Einlagerung von Stoffen enteignen müsste oder können sollte. Dass das Enteignungsrecht sogar noch an Dritte übertragen werden kann, ist zusätzlich stossend. Der Votant bittet deshalb, dem Antrag der SVP zuzustimmen.

Kommissionspräsident **Hans Baumgartner** teilt mit, dass dieses Anliegen auch in der Kommission diskutiert wurde; es wurde dort auch ein entsprechender Antrag gestellt. Auch die Kommission machte sich Sorgen um die ständige Beschneidung der in der Bundesverfassung festgeschriebenen Eigentumsgarantie. Es ist in der Tat nicht erfreulich, wenn je länger je mehr Enteignungen möglich sind. Dem wurde aber entgegengehalten, dass es im Kanton Zug nur wenige Standorte für allfällige Geothermieanlagen gibt, was auch bedeutet, dass es kaum möglich wäre, eine solche Anlage zu erstellen, wenn Enteignungen nicht möglich wären oder nicht zumindest angedroht werden könnten. Die grosse Mehrheit der Kommission unterstützte schliesslich die Beibehaltung des Enteignungsrechts.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass man das von Markus Hürlimann vorgebrachte Anliegen ernst nehmen muss. Es muss ein Extremfall vorliegen, und eine Enteignung muss gut begründet sein. Man muss bedenken, dass es sich um eine Infrastrukturanlage von grossem öffentlichem Interesse handeln würde, analog zu einer Strasse von entsprechender Bedeutung, wo der Staat als *ultima ratio* ebenfalls enteignen kann. In diesem Sinn bittet der Baudirektor, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 40 zu 23 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über die Gewässer (GewG) vom 25. November 1999 (BGS 731.1)***

*§ 71 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil III** (Fremdaufhebung)

***Konkordat betreffend die Schürfung und Ausbeutung von Erdöl vom 24. September 1955 (BGS 742.21)***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst und der Aufhebung des Konkordats betreffend die Schürfung und Ausbeutung von Erdöl vom 24. September 1955 zustimmt. Die Konkordatskommission beantragt dem Rat die Änderung von Ziff. III der Vorlage. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Konkordatskommission.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttretensregelung)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 9

**580 Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann**

Vorlagen: 2603.1 - 15128 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2603.2 - 15129 (Antrag des Regierungsrats); 2603.3 - 15208 (Bericht und Antrag der Kommission); 2603.4/4a - 15241 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die vorberatende Kommission beantragt Nichteintreten, die Staatswirtschaftskommission Eintreten und Zustimmung mit den von ihr beantragten Änderungen.

EINTRETENSDEBATTE

**Beat Sieber** teilt als Präsident der vorberatenden Kommission mit, dass diese mit 8 zu 6 Stimmen beschlossen hat, nicht auf das Geschäft einzutreten. Als Folge

davon hat sie keine Detailberatung durchgeführt. Die Gründe für das Nichteintreten lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen:
• Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes sind weder für den Kanton noch für die Gemeinden klar. Klar ist aber, dass sich aus dem Gesetz finanzielle Ansprüche ableiten lassen.
• Das Bundesgericht hat den Kanton Zug in keiner Weise angewiesen, zur Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau explizit ein Gesetz zu erlassen.
Die vorberatende Kommission bittet den Rat, diese Gründe bei der Beschlussfassung über Eintreten bzw. Nichteintreten zu berücksichtigen.

**Beat Unternährer** als Sprecher der Staatswirtschaftskommission orientiert, dass die Stawiko die Vorlage in zwei Sitzungen beraten hat und dem Rat empfiehlt, darauf einzutreten und den von der Stawiko beantragten Änderungsvorschlägen zuzustimmen. Sie begründet dies wie folgt:
• Der Grundsatz der Gleichberechtigung ist in Art. 8 Abs. 3 der Bundesverfassung geregelt. Dort ist festgehalten, dass Mann und Frau rechtlich und tatsächlich vor allem in den Bereichen Familie, Ausbildung und Arbeit gleichgestellt werden müssen. Die Wichtigkeit dieses Ziels wird auch von Vertretern der Wirtschaft und des Gewerbes hervorgehoben. Mit dem Fachkräftemangel ist es entscheidend, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit möglichst viele gut ausgebildete Frauen in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Anstrengungen zur Gleichstellung der Geschlechter sind selbstverständlich auch für Männer relevant. Zu erwähnen sind hier beispielsweise die divergierenden Schulerfolge von Jungen und Mädchen in der Grundschule, welche wohl kaum mit unterschiedlichen Intelligenzquotienten zu tun haben. Auf weitere Ausführungen – beispielsweise zu Männern, die von einer Scheidung betroffen sind – verzichtet der Votant.
• Die Stawiko hat eingehend diskutiert, ob das Anliegen der Gleichstellung nicht auch auf anderem Weg als mit einem Gesetz geregelt werden könnte, da ein neues Gesetz immer auch Folgekosten auslöst. Im konkreten Fall ist sie jedoch klar zum Schluss gekommen, dass ein schlankes Gesetz, welches sich im Wirkungsbereich eins zu eins an die Bundesverfassung anlehnt und dem Kantonsrat über den Budgetierungsprozess eine Kontrollmöglichkeit bezüglich Kosten der Massnahmen gewährt, sehr zweckmässig und griffig ist.
Fazit: Die Stawiko ist der Ansicht, dass das vorliegende Gesetz mit den vorgeschlagenen Änderungen pragmatisch und zielgerichtet der Umsetzung des Gleichstellungsanliegens dient und eine Ausuferung von kostenintensiven Massnahmen verhindert. Sie ist mit 5 zu 2 Stimmen und ohne Enthaltung auf die Vorlage eingetreten und bittet den Rat, ebenfalls einzutreten und den Änderungsvorschlägen der Stawiko zuzustimmen.

**Karen Umbach** teilt mit, dass die FDP-Fraktion mehrheitlich den **Antrag** stellt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Ohne die lange Geschichte nochmals zu erzählen, vertritt die FDP die Meinung, dass das Bundesgerichtsurteil nicht zwingend zur Einführung eines Gesetzes führt. Der Kanton wurde zwar gerügt, dass es einen Ersatz für die damals abgesetzte Kommission brauche, das Bundesgericht lässt aber viel Freiraum, wie dieser Ersatz auszusehen hat. Der Kanton ist also verpflichtet zu handeln, aber die Antwort auf die Fragen «Was ist zu tun?» und «Wie hat es auszusehen?» wird ihm überlassen. Die FDP ist der Auffassung, dass die Umsetzung auch ohne Gesetz machbar ist.
Die Gleichstellung ist in der Verfassung verankert, und sie ist zu respektieren. Die FDP hat in der Antwort auf ihre Interpellation betreffend Gleichstellung gehört, dass der Kanton seine Aufgabe diesbezüglich wahrnimmt und dass bisher keine

Reklamationen bezüglich Lohngleichheit eingegangen sind. Zudem ist im Stawiko-Bericht zu lesen, dass 2016 in der Verwaltung bereits ein Vollzeitäquivalvent von 9 Prozent für die Umsetzung von Massnahmen im Bereich Gleichstellung zur Verfügung steht. Anders gesagt: Der Kanton Zug unternimmt bereits etwas. Die FDP ist auch der Ansicht, dass das Bundesgericht den Kanton Zug kaum wieder rügen kann, solange bei der AHV, im Militärdienst usw. keine konkreten Massnahmen bezüglich Gleichstellung beschlossen und umgesetzt werden. Aus diesen Gründen bittet die FDP-Fraktion um Unterstützung ihres Antrags auf Nichteintreten.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG auf das Geschäft eintreten möchte und den Antrag der vorberatenden Kommission auf Nichteintreten nicht unterstützt. Einerseits ist der Verfassungsauftrag klar und das Gesetz rechtlich notwendig. § 5 Abs. 2 der Kantonsverfassung lautet: «Der Kanton fördert die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.» Der Auftrag an den Kantonsrat ist also klipp und klar. Es stellt sich aber die Frage, wie er umgesetzt wird. Das Bundesgericht kam richtigerweise zum Schluss, dass definiert werden müsse, von wem, wie und mit welchen Mitteln dieser Auftrag im Kanton Zug umgesetzt wird. Die Idee hinter dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetz ist nun, dass der Regierungsrat diesem Auftrag nachkommt – und er tut dies, indem er einen entsprechenden Massnahmenplan aufstellt. Damit der Regierungsrat aber Fördermassnahmen im Sinne dieses Verfassungsartikels ergreifen kann, braucht es eine gesetzliche Grundlage oder einen Kantonsratsbeschluss, der besagt, dass die *Regierung* das macht. Die Kompetenz muss zugewiesen und das Handeln der Regierung per Gesetz oder Kantonsratsbeschluss legimitiert sein – im wahrsten Sinne des Wortes. Entweder wird diese Legitimität durch ein relativ offenes, schlankes, aus Sicht der ALG schon fast *zu* schlankes Gesetz hergestellt, was nach Meinung der ALG am praktikabelsten wäre; oder aber der Kantonsrat müht sich früher oder später mit Katalogen von operativen Massnahmen ab, was nach Ansicht der ALG definitiv nicht *seine* Aufgabe, sondern die Aufgabe der Regierung wäre. Zum allfälligen Argument, dass diesbezüglich schon bisher Massnahmen ergriffen worden seien und dies ja auch möglich gewesen sei, hält der Votant fest, dass tatsächlich schon Massnahmen ergriffen wurden, dies aber im Rahmen der Erfüllung eines anderen Verfassungsauftrags, zum Beispiel im Rahmen der Bildung.
Anderseits ist das Gesetz auch inhaltlich notwendig, denn obwohl die Verfassung hier Klartext spricht, besteht nach wie vor in diversen Bereichen keine tatsächliche Gleichstellung. Insbesondere gibt es noch Probleme in den Bereichen Arbeit, Familie und Beruf sowie bezüglich sexueller Belästigungen.
Die Politik ist dazu da, gesellschaftliche Probleme zu lösen – mehr noch: Das Lösen gesellschaftlicher Probleme ist die Kernaufgabe jeglichen politischen Handelns. Es gilt, die Aufgabe im Sinne des Verfassungsauftrags anzupacken und es der Regierung mit dem vorliegenden schlanken Gesetz zu ermöglichen, dem Verfassungsauftrag zumindest im Ansatz nachzukommen. Der Votant bittet den Rat deshalb, auf die Vorlage einzutreten. Im Weiteren stellt er namens der ALG den **Antrag,** die Abstimmung über Eintreten bzw. Nichteintreten unter Namensaufruf durchzuführen.

**Barbara Gysel** hält fest, dass die SP-Fraktion zähneknirschend auf die Vorlage eintreten wird. Es ist kein schlankes, sondern ein mageres Gesetz, und so ist die SP ohne Begeisterung dabei. Sie hat keine Gewissheit und verspürt kaum Optimismus, dass die *tatsächliche* Gleichstellung der Geschlechter im Kanton Zug zunehmen wird. Der Regierungsrat weist in seinem Bericht und Antrag zwar darauf hin, dass bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann in vielen Bereichen Handlungsbedarf bestehe. So nennt er die Lohn- und Bildungsunterschiede, die Vereinbarkeit

von Beruf und Familienleben für Mütter *und* Väter – es geht hier nicht nur um ein Frauenthema – sowie Ungleichheiten bezüglich der Vertretung der Frauen auch in der Politik. Trotz der Fortschritte bezüglich der formalen Ungleichbehandlungen sei in vielen Bereichen die tatsächliche Gleichstellung noch nicht realisiert. Die SP teilt ausdrücklich die Einschätzung des Regierungsrats, dass in den genannten Handlungsfeldern Aktivitäten zur Erreichung der Gleichstellung gefragt sind. Gleichzeitig bedauert sie, dass die Regierung versäumt, glaubhaft, konkret und konsequent aufzuzeigen, wie der Handlungsbedarf effektiv umgesetzt werden soll. Sie weist darauf hin, dass zur Erreichung des Ziels der Gleichstellung die Nennung und Formulierung konkreter Massnahmen angezeigt ist, was sowohl im Erlassentwurf als auch im zugehörigen Bericht des Regierungsrats leider nicht der Fall ist. Auch erachtete es der Regierungsrat nicht für notwendig, seinen Entwurf des Massnahmenplans allen vorzulegen. In der vorliegenden allgemeinen Formulierung von Gesetz und Bericht vermisst die SP-Fraktion ausdrücklich die Verbindlichkeit und damit den spürbaren echten Willen der Regierung, konkrete Massnahmen zur Umsetzung der Gleichstellungsziele zu ergreifen. Die Regierung kann aber gerne den Gegenbeweis antreten: Der Entwurf des Massnahmenplans steht offenbar und war auch den Kommissionen zugänglich.
Es ist weder überraschend noch einzigartig, dass sich der Kantonsrat über die Massnahmen nicht einig würde. Dass es einen Handlungsbedarf in der sozialen Realität gibt, um die Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen, steht allerdings ausser Frage. Ebenso ist unbestritten, dass der Kanton aktiv sein muss. Andernfalls ist er verfassungswidrig. In § 5 der Kantonsverfassung steht: «Der Kanton fördert die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.» Doch damit nicht genug: Es gibt insgesamt mindestens drei Rechtsgrundlagen, die den Kanton verpflichten, die Geschlechtergleichstellung umzusetzen. Neben der erwähnten kantonalen Verfassung ist es zweitens Art. 8 Abs. 2 Satz 2 der Bundesverfassung. Drittens gibt es – ob einem das passt oder nicht – einen völkerrechtlichen Gleichstellungsauftrag. Er leitet sich ab aus Art. 2 lit. A des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Die Schweiz hat dieses sogenannte CEDAW-Abkommen 1997 ratifiziert. Darin wird vorgeschrieben, dass das Prinzip der Gleichstellung von Frau und Mann in der Verfassung oder anderen adäquaten Rechtsgrundlagen verankert – plus praktisch realisiert wird. In der Schweiz fällt die Umsetzung von völkerrechtlichen Aufträgen häufig in den Kompetenzbereich der Kantone.
Die Nichtfortführung der Gleichstellungskommission im Jahr 2010 als Beschluss des Kantonsrats war Anlass zum Gang ans Bundesgericht. Und zur Interessenbindung der Votantin: Sie war selbst ebenfalls Beschwerdeführerin.
Legislative *und* Exekutive müssen sich verantwortlich fühlen, die Gleichstellung umzusetzen. Unabhängig davon, ob der Kantonsrat auf das Gesetz eintritt oder nicht beschliesst, hat der Kanton Zug diesen Auftrag. Die Regierung kann Massnahmen auch ohne parlamentarischen Beschluss realisieren oder einen Kantonsratsbeschluss vorbereiten. Nichteintreten oder Streichungen in der Detailberatung entbinden nicht von der Verpflichtung, tätig zu sein. Um gleichwohl eine minimalste Gesetzesgrundlage zu ermöglichen, wird die SP-Fraktion – wie erwähnt – auf die Vorlage eintreten. Was am Ende des Tages aber zählt, ist nicht die formale, sondern die tatsächliche Gleichstellung. Insofern lässt sich mit der Bibel schliessen: «An ihren Taten sollt ihr sie erkennen» (1. Johannes 2, 1–6).

**Monika Barmet** spricht für die CVP-Fraktion. Die Gleichstellung von Frau und Mann ist ein Thema, das beinahe in jeder Legislaturperiode auf der Traktandenliste des Kantonsrats zu finden ist. Dieses Mal beantragt der Regierungsrat eine gesetz-

liche Grundlage dazu. Der Grund dafür ist allen bekannt. In der CVP-Fraktion konnte sich keine Mehrheit für dieses Gesetz begeistern, die Anzahl Stimmen für Eintreten und Nichteintreten war die gleiche. Für ein Eintreten spricht, dass eine gesetzliche Grundlage dem Regierungsrat ermöglicht, mit dem Massnahmenplan konkrete Projekte zu unterstützen, wobei der Kantonsrat bei der Budgetberatung direkten Einfluss nehmen kann; die Votantin bedauert aber, dass der Massnahmenplan dem Kantonsrat nicht vorgelegt wurde. Für Eintreten spricht zudem, dass in der Detailberatung Verbesserungen resp. Anpassungen beantragt werden könnten.
Als Argument für Nichteintreten wurde vorgebracht, dass konkrete Massnahmen und ein deutliches Zeichen für die Gleichstellung von Frau und Mann seitens des Regierungsrats fehlen. Das Gesetz bewirkt also zu wenig, und es braucht es daher nicht. Da das Bundesgericht die Umsetzung offen lässt, könnte der Regierungsrat unter Umständen auf dem Verordnungsweg Massnahmen beschliessen.
Falls Eintreten auf dieses Gesetz beschlossen wird, unterstützt die CVP-Fraktion die Stawiko bei § 1 Abs. 1, bei § 2 Abs.2 und bei § 3 Abs. 2. Für § 5 beantragt die CVP-Fraktion jedoch die Streichung. Dass nun auch noch in den Gemeinden Gleichstellungsexperten eingestellt werden sollen, erachtet sie als wenig sinnvoll.
Die Votantin kann seitens der CVP-Fraktion keine abschliessende Empfehlung für oder gegen Eintreten abgeben. Sie erlaubt sich aber eine persönliche Empfehlung. Wie auch immer man abstimmt: Die Gleichstellung von Frau und Mann ist ein gesellschaftspolitisches Anliegen, für das sich alle einsetzen können und müssen, in der Familie, im Arbeitsbereich, in der Partei, in Vereinen und Verwaltungsräten. Die Votantin ist nach wie vor überzeugt, dass es das Engagement für die Gleichstellung braucht und dass Handlungsbedarf besteht. Nur: *Dieses* Gesetz wird wenig Konkretes dazu beitragen. Deshalb wird die Votantin den Antrag auf Nichteintreten unterstützen.

**Beni Riedi:** Für die SVP-Fraktion ist die Gleichstellung von Frau und Mann eine Selbstverständlichkeit. Sie ist in der eidgenössischen, kantonalen und gemeindlichen Verfassungs- und Gesetzgebung bereits umgesetzt und wird auch in breiten Teilen der Bevölkerung als Selbstverständlichkeit aufgefasst. Den zahlreichen Forderungen, welche oft mit dem Schlagwort der Gleichstellung einhergehen, ist jedoch mit grosser Skepsis zu begegnen, denn sie dienen oft der Durchsetzung eines bestimmten Gesellschaftsbilds oder eines politischen Programms.
Die verfassungs- und völkerrechtliche Ausgangslage im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann wird vom Regierungsrat in seinem Bericht zum Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann ausführlich dargestellt. Zu Recht wird erwähnt, dass in der schweizerischen Gleichstellungspolitik im Laufe der letzten Jahrzehnte auf rechtlicher und institutioneller Ebene Verschiedenes getan und einiges erreicht worden ist. In den Jahren 1998 bis 2010 bestand im Kanton Zug eine verwaltungsexterne Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. Eine Weiterführung der Kommission wurde vom Kantonsrat im Jahre 2010 abgelehnt. Der darauf von Privatpersonen und Vereinen erwirkte Bundesgerichtsentscheid vom 21. November 2011 verpflichtet den Kanton Zug, einen Ersatz für die bisherige Kommission für die Gleichstellung bzw. die Chancengleichheit von Frau und Mann vorzusehen. Dagegen lässt sich gemäss Bundesgericht weder aus verfassungs- noch aus völkerrechtlichen Bestimmungen eine Verpflichtung zu einer bestimmten institutionellen Massnahme ableiten. Die Wahl derselben stehe vielmehr im Ermessen des Kantons. Dieser sei daher nicht verpflichtet, eine Kommission oder Fachstelle zu schaffen, sondern könne die Umsetzung des Gleichstellungsauftrags auch mit anderen Mitteln verfolgen. Das Bundesgericht stellt fest, es müsse bestimmt werden, welche staatlichen Stellen zur Förderung der Gleichstellung berufen sind, welche Kompetenzen

ihnen hierbei zustehen und über welche personellen und finanziellen Ressourcen sie verfügen.
Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass der vorliegende Gesetzesentwurf viel zu weit geht, in seiner Formulierung zu schwammig und in Bezug auf seine Auswirkungen unklar ist. Zur Umsetzung des Verfassungsauftrags würde es genügen, eine bereits existierende verwaltungsinterne oder -externe Stelle, etwa die Ombudsstelle des Kantons Zug, als Anlaufstelle für Fragen rund um die Gleichstellung zu bezeichnen. Ein Ausbau personeller Ressourcen oder mehr finanzielle Ressourcen sind dafür nicht nötig.
Die SVP Fraktion lehnt den vorliegenden Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes ab. Die vom Bundesgericht gestützt auf den verfassungsrechtlichen Gleichstellungsauftrag geforderten Massnahmen sind genügend klar, bestimmt und ohne personelle und finanzielle Auswirkungen festzulegen und nicht wie vorliegend in Gestalt eines allgemeinen und offenen Gesetzestextes mit unabsehbaren Folgen umzusetzen. Der vom Bundesgericht den Gemeinwesen in der Wahl der Mittel eingeräumte erhebliche Ermessensspielraum ist zu nutzen: Es genügt, eine schon vorhandene verwaltungsinterne oder -externe Stelle als Ansprechpartnerin für Fragen im Zusammenhang mit der Gleichstellung zu bezeichnen.
Im Namen der SVP Fraktion stellt der Votant ebenfalls den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten.

**Nicole Imfeld** dankt im Namen der GLP für die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs und für die Vorberatung in den Kommissionen. Der Grundsatz der Gleichstellung von Frau und Mann ist auch für die Grünliberalen unbestritten. Darüber muss man heute nicht mehr diskutieren – auch wenn die Gleichstellung nicht in allen Fraktionen umgesetzt ist. Für die GLP zählen der Mensch und seine Fähigkeiten, nicht das Geschlecht oder andere Kriterien. Dennoch haben die Grünliberalen eingehend über die Notwendigkeit dieses Gesetzes diskutiert. Aus liberaler Sicht sind sie grundsätzlich dann für neue Gesetze, wenn diese dort Regelungen schaffen, wo der «freie Markt» keine oder keine ausreichende Selbstregulierung zur Folge hat. Die in den Unterlagen der Regierung und der vorberatenden Kommission aufgezeigten möglichen Massnahmen und Regelungen von Abläufen und Zuständigkeiten, die ohne ein neues Gesetz machbar sind, bieten nach Ansicht der GLP einen grossen Handlungsspielraum.
Die Analyse der einzelnen Artikel hat der GLP gezeigt, dass mit dem Gesetz lediglich zwei Punkte geregelt werden:
• Der Regierungsrat kann Massnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann veranlassen.
• Der Kantonsrat beschliesst das Budget für die vorgeschlagenen Massnahmen.
Massnahmen kann der Regierungsrat im Rahmen seiner Tätigkeit als politisch-strategisches Organ und im Rahmen seiner Kompetenzen aber sowieso veranlassen, und der Kantonsrat genehmigt so oder so das Budget. Was also bringt das neue Gesetz? Letztlich ist es nur die Erwähnung der Gleichstellung von Frau und Mann in einem weiteren Gesetz. Aus Sicht der GLP ist damit die Wirksamkeit des neuen Gesetzes wirklich fraglich. Damit ist auch anzunehmen, dass das neue Gesetz nur zu einer Erhöhung der Reglementierungsdichte beitragen würde. Nach Ansicht der GLP ist es weit wirkungsvoller und auch ressourcenschonender, basierend auf den vorhandenen rechtlichen Grundlagen und Kompetenzen die notwendigen Massnahmen zur weiteren Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann zu ergreifen, anstatt ein inhaltsleeres neues Gesetz zu schaffen. Aus diesem Grund sind die Grünliberalen für Nichteintreten auf die Vorlage und unterstützen damit die Position der vorberatenden Kommission.

**Philip C. Brunner** hat den bisherigen Verlauf der Debatte nicht wirklich verstanden. Falls seine Vorrednerin mit ihrer Bemerkung über die unterschiedliche Umsetzung der Gleichstellung in den Fraktionen aber die SVP gemeint haben sollte, hält er fest, dass die SVP schon lange vor Nicole Imfelds Wahl in den Kantonsrat Frauen in ihrer Fraktion hatte – und keine hat sich beklagt, sie sei nicht gleichgestellt.
Grundsätzlich findet der Votant die heutige Diskussion eine Beleidigung für die Frauen. Er ist seit über dreissig Jahren mit der gleichen Frau verheiratet; seine Mutter, seine Grossmütter und seine Urgrossmütter waren in unterschiedlicher Form Geschäftsfrauen, hatten Familie und haben Kinder und Grosskinder in unterschiedlichen Zeiten – auch in Kriegszeiten – grossgezogen. Sie haben all das gemacht, was Frauen viel besser können als Männer. Männer wären ohne Frauen hilflos, schwach, hätten keinen Anstand, keine Manieren und schon gar keine Kultur. *(Der Rat lacht.)* Frauen haben in allen Zeiten Grossartiges geleistet. Der Votant denkt etwa an Katharina die Grosse, eine deutsche Prinzessin in Russland, oder an Queen Victoria, die einem ganzen Zeitalter den Namen gegeben hat; er denkt an Marie Curie, die als erste Frau einen Nobelpreis erhielt, nämlich 1903 in Physik und 1911 auch noch in Chemie – und 1935 wurde ihre Tochter ebenfalls mit einem Nobelpreis geehrt. Mächtige Frauen in heutiger Zeit sind beispielsweise Christine Lagarde, Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, die erste Frau an der Spitze dieser Institution – dies als Juristin, nicht Ökonomin – und zuvor Finanzministerin in Frankreich, oder in den USA Janet Yellen, Präsidentin der amerikanischen Notenbank, und Hillary Clinton, Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei, während vier Jahren Aussenministerin der USA und zuvor Senatorin in New York. In Deutschland ist es Bundeskanzlerin Angela Merkel …

Der **Vorsitzende** unterbricht und erinnert den Votanten daran, dass es um Eintreten bzw. Nichteintreten auf das Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann geht. *(Der Rat lacht.)*

**Philip C. Brunner** fährt fort und erwähnt *last but not least* die Ratskollegin Gabriela Ingold *(der Rat lacht)*, die in der Eintretensdebatte zum zweiten Entlastungspaket als Präsidentin der Staatswirtschaftskommission sagte: «Am Sparen führt kein Weg vorbei. Das Projekt ‹Finanzen 2019›, die Reform des ZFA sowie die Verwaltungsreform sind bereits in Arbeit. Dabei müssen aus Sicht der Staatswirtschaftskommission die Entschlackung der Verwaltung, Aufgabenüberprüfung und Effizienzsteigerung im Vordergrund stehen. Die Staatswirtschaftskommission als finanzielles Gewissen des Kantons betrachtet es als ihre Kernaufgabe, das absolut übergeordnete Ziel, nämlich die Einhaltung des Finanzhaushaltgesetzes und – damit verbunden – die Eliminierung der Defizite […] mit aller Kraft zu unterstützen.» Es ist deshalb völlig uneinsichtig, wieso die Stawiko der von ihrer Präsidentin formulierten Prämisse plötzlich untreu wird und auf das vorliegende Gesetz, das dem Sparbekenntnis der Stawiko diametral widerspricht, eintreten will. Wo bleibt da die hehre Absicht der Stawiko?
Es tut dem Votanten leid, dass er dem Rat nicht noch weitere interessante Damen aus aller Welt präsentieren konnte. *(Der Rat lacht.)* Auch in Asien und in Afrika gibt es nämlich grossartige Frauen, die …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten erneut, und dieser verlässt das Rednerpult.

**Esther Haas** hält fest, dass Philip C. Brunner zwar die Lacher auf seiner Seite hatte, mit seinem Votum der Thematik aber nicht gerecht wurde. Als gesetzgebende Be-

hörde kann der Kantonsrat nicht vom Einzelnen auf das Ganze schliessen; diesen Grundsatz sollte er sich hinter die Ohren schreiben. Und bei Philip C. Brunners Aufzählung hat leider eine Schweizer Frau gefehlt. *(Der Rat lacht erneut.)*

**Barbara Gysel** hält fest, dass man im Kantonsrat durchaus unterschiedliche Positionen vertreten darf, und sie weiss Philip C. Brunners oft innovative Voten durchaus zu schätzen. Der Vorredner hat beispielsweise Marie Curie erwähnt. Wenn man aber ins Heute kommt, dann ist es eine Tatsache, dass im Erwerbsleben Frauen im Schnitt noch immer einen Fünftel weniger verdienen als Männer. Und es ist erst 34 Jahre her, seit das Bundesgericht verboten hat, Mädchen und jungen Frauen für den Eintritt ins Gymnasium höhere Hürden in den Weg zu stellen. Das war 1982, man stelle sich das vor! Die formale Gleichstellung wurde in der Schweiz erst sehr spät ein Thema. Philip C. Brunners Ahnengeschichte und die erfolgreichen Frauen in seiner Familie freuen die Votantin. Hier aber geht es um die Realität im Kanton Zug und in der Wirtschaft und Gesellschaft. Die Votantin ermahnt den Rat deshalb, bei allem Humor das Thema gewissenhaft anzugehen.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass das in der Bundesverfassung verankerte Prinzip der Gleichberechtigung von Frau und Mann unbestritten ist. Er erinnert daran, dass das Bundesgericht es noch 1887 in einem bekannten Entscheid ablehnte, dass eine Frau, nämlich Emilie Kempin, das Anwaltspatent des Kantons Zürich erwerben könne. Das Bundesgericht hielt damals fest, wenn Frau Kempin aus dem Gleichheitssatz von Art. 4 der Bundesverfassung ableiten wolle, dass die Frauen in sämtlichen Gebieten des Öffentlichen und Privatrechts den Männern gleichgestellt seien, so sei «diese Auffassung ebenso neu wie kühn. Jedenfalls kann sie nicht gebilligt werden.» Heute ist man diesbezüglich viel weiter und hat die Gleichstellung. Auch deshalb kann man auf das vorliegende unnötige Gesetz verzichten.

**Anastas Odermatt** stimmt seinem Vorredner zu: Zum Glück ist man heute weiter! Er weist darauf hin, es rechtssystematisch ein Gesetz oder einen Kantonsratsbeschluss braucht, der die entsprechenden Befugnisse zuweist. Ohne eine entsprechende Regelung kann die Verfassung nicht umgesetzt werden, denn die Regierung muss sich bei allfälligen Massnahmen auf einen Erlass stützen können. Es braucht deshalb einen Kantonsratsbeschluss oder ein möglichst schlank formuliertes Gesetz. Der vorliegende Entwurf mit seinen sechs Paragrafen, von denen einzelne unter Umständen in der Detailberatung sogar noch gestrichen werden, entspricht genau dieser Anforderung.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, dankt einleitend Philip C. Brunner für seine humoristische Einlage. Die Hinweise auf starke Frauen sind richtig, sie helfen dem Staat aber nicht weiter, da dieser ohne gesetzliche Grundlage nicht handeln kann.
Die Ausgangslage ist klar: Nicht nur der Bund, sondern auch der Kanton und die Gemeinden sind dazu verpflichtet, zur Schaffung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann tätig zu werden. Diese Verpflichtung ergibt sich sowohl aus Art. 8 Abs. 3 der Bundesverfassung und § 5 Abs. 2 der Kantonsverfassung als auch aufgrund des UNO-Abkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das den sehr allgemein gehaltenen Gleichstellungsauftrag der Bundesverfassung konkretisiert und ergänzt. Bis 2010 kam der Kanton Zug dieser Verpflichtung nach, indem er eine Kommission mit der Gleichstellung von Frau und Mann beauftragte. Seit der Kantonsrat diese Kommission im Oktober 2010 abgeschafft hat, herrscht im Kanton Zug ein verfassungs- und völkerrechtswidriger

Zustand. Das hat das Bundesgericht in seinem Urteil vom November 2011 bestätigt. Fraglich ist also nicht, *ob* der Kanton zur Verwirklichung der Gleichstellung tätig werden muss. Er ist wie alle staatlichen Instanzen verpflichtet, zur Herstellung von tatsächlicher Gleichheit tätig zu werden. Das Bundesgericht hat in seinem Urteil geschrieben, der Kanton Zug sei verpflichtet, eine Ersatzlösung zu treffen, d. h. vorzusehen, von wem, wie und mit welchen Mitteln der Gleichstellungsauftrag künftig umgesetzt werden soll; ein Verzicht auf staatliche Gleichstellungsmassnahmen ist verfassungswidrig. Fraglich ist nun, *wie* der Kanton Zug diesen Verfassungs- und Völkerrechtsauftrag umsetzen wird. Das Bundesgericht hat nicht vorgeschrieben, wie die Ersatzlösung für die Kommission auszugestalten sei. Dem Gemeinwesen steht in der Wahl der Mittel ein erheblicher Ermessensspielraum zu. Vorausgesetzt ist die Schaffung gewisser institutioneller organisatorischer Vorkehrungen, Dazu gehört auch der Erlass von Normen. Wenn vorhin von verschiedenen Seiten gesagt wurde, man möchte kein Gesetz, dann bittet der Regierungsrat darum, ihm konkret einen Vorschlag zu machen, wie der Auftrag des Gerichts, der Verfassung und des CEDAW-Abkommens umgesetzt werden soll.
Warum braucht es ein Gesetz? Diese zentrale Frage wurde von Professor Kurt Pärli im Februar 2014 in einem Kurzgutachten, das der Stawiko und der vorberatenden Kommission vorliegt, abgehandelt. Der Gutachter hielt zunächst fest, dass sich aus der eidgenössischen und kantonalen Verfassung keine genügende Rechtsgrundlage für die Erfüllung des Gleichstellungsauftrags ableiten lasse. Zwar ist in der Verfassung das Ziel der Verwirklichung der Gleichstellung enthalten. Für die Feststellung der konkreten Aufgabe mangelt es den Verfassungsbestimmungen jedoch an ausreichender Bestimmtheit. Im Kanton Zug gibt es bisher auch keine anderen Normen mit inhaltlichen Aussagen darüber, wie der im Bundesgerichtsentscheid erwähnte Ermessenspielraum auszuschöpfen sei. Professor Pärli erachtet es aufgrund des Legalitätsprinzips und des Grundsatzes der Parallelität der Rechtsformen als notwendig, Bestimmungen zur Umsetzung des Gleichstellungsauftrags in einem Gesetz in formellem Sinn zu erlassen. Nach dem Legalitätsprinzip sind Fragen von grosser politischer Bedeutung in einem Gesetz in formellem Sinn zu verankern. Diese Voraussetzung ist im vorliegenden Fall gegeben. Im Kanton Zug sind Massnahmen zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung offensichtlich politisch umstritten. Anders lässt es sich nicht erklären, dass der Kantonsrat die finanziell doch einigermassen unbedeutende Verlängerung des Mandats für die Gleichstellungskommission abgelehnt hat. Auch die Arbeit in den Kommissionen und die heutige Diskussion zeigen auf, wie politisch umstritten das Geschäft ist. Der Kantonsrat ist somit das formell zuständige Organ für die Umsetzung des Gleichstellungsauftrags. Der erwähnte Massnahmenplan ist eine operative Sache, also Sache der Exekutive. Er lag aber sowohl der Stawiko als auch der vorberatenden Kommission vor, wobei die Regierung keine Kenntnis davon hatte, dass auch andere Kantonsratsmitglieder diesen Plan gerne zur Verfügung gehabt hätten.
Auch der Grundsatz der Parallelität der Rechtsformen führt gemäss Professor Pärli dazu, dass es ein Gesetz braucht. Dieser Grundsatz besagt, dass eine Behörde ihre Anordnungen nur in der Form gültig ändern kann, in welcher sie auch erlassen wurde. Bekanntlich hat der Kantonsrat formal gültig entschieden, die Gleichstellungsarbeit im Kanton Zug sei nicht weiterzuführen. Folglich kann nur der Kantonsrat einen anderslautenden Entscheid fällen. Wenn der Kantonsrat anderer Meinung sein sollte, bittet der Regierungsrat um eine konkrete Anweisung. Erachtet der Kantonsrat eine Verordnung als genügende Rechtsgrundlage? Will er die ganze Sache in die Kompetenz des Regierungsrats geben? Der Regierungsrat nimmt konkrete Anweisungen auch gerne nach seinem eigenen Votum entgegen.

Abschliessend hält die Direktorin des Innern fest, dass die Regierung mit dem vorliegenden pragmatischen Gesetzesentwurf den Verfassungs- und Völkerrechtsauftrag für die Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann umsetzt. Der Gesetzesentwurf ist schlank, und mit dem dazugehörenden Massnahmenplan ist es möglich, aktuell zu bleiben und die Gleichstellung von Frau und Mann voranzutreiben. Eine Einigkeit darüber, wie der Gleichstellungsauftrag im Kanton Zug umgesetzt werden soll, wird im Parlament nie erreicht werden. Anstatt aber noch weitere Jahre darüber zu diskutieren, sehr viel Arbeitszeit von Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung zu beanspruchen und womöglich noch ein weiteres Bundesgerichtsurteil zu riskieren, bittet die Regierung den Kantonsrat, über seinen Schatten zu springen, auf das Gesetz einzutreten und nachher die Ressourcen dafür einzusetzen, dass Massnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann auch wirklich umgesetzt werden können. In diesem Sinn dankt die Direktorin des Innern für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags auf Eintreten. Die Regierung ist überzeugt: Es ist der goldene Mittelweg.

**Barbara Gysel** möchte von der Direktorin des Innern wissen, welchen Plan B die Regierung für den Fall hat, dass Nichteintreten beschlossen wird. Die Regierungsrätin hat zwar ein Wunschkonzert an das Parlament formuliert, was aber gedenkt die *Regierung* bei Nichteintreten zu tun?

**Daniel Abt** möchte die Aussage der Direktorin des Innern, das Kurzgutachten von Professor Pärli sei der vorberatenden Kommission vorgelegen, präzisieren: Wenn er sich richtig erinnert, wurde dieses Gutachten den Kommissionsmitgliedern erst nach Abschluss der Kommissionsarbeit zugestellt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, stimmt Daniel Abt zu. Der Regierungsrat hat über das weitere Vorgehen bei einem Nichteintretensentscheid noch nicht diskutiert. Die Direktorin des Innern geht aber davon aus, dass die Regierung in diesem Fall die heutigen Voten vermutlich so auffassen würde, dass die Thematik eine Sache der Regierung sei, und dass sie eine Verordnung erlassen und die erforderlichen Mittel ins Budget einstellen würde. Der Regierungsrat würde also annehmen, dass der Kantonsrat entgegen der juristischen Fachmeinung der Ansicht sei, die Verfassung und das CEDAW-Abkommen genügten als Rechtsgrundlage.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat folgt mit 29 Ja-Stimmen dem Antrag, die Abstimmung über Eintreten bzw. Nichteintreten unter Namensaufruf durchzuführen. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der Abstimmung unter Namensaufruf ein «Eins» die Zustimmung zum Eintreten bedeutet; wer «Zwei» sagt, stimmt für Nichteintreten.

Unter Namensaufruf stimmen die Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Zwei |
| Brunner Philip C. | Zwei |
| Camenisch Philippe | Zwei |
| Christen Hans | Zwei |
| Giger Susanne | Eins |
| Gysel Barbara | Eins |

| | |
|---|---|
| Landtwing Alice | Zwei |
| Marti Daniel | Zwei |
| Messmer Jürg | Zwei |
| Raschle Urs | Zwei |
| Rüegg Richard | Zwei |
| Sivaganesan Rupan | Eins |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Eins |
| Stadlin Daniel | Enthaltung |
| Stocker Cornelia | Zwei |
| Straub-Müller Vroni | Eins |
| Thalmann Silvia | Eins |
| Umbach Karen | Zwei |
| Vollenweider Willi | Zwei |
| | |
| Dittli Laura | Zwei |
| Iten Patrick | Zwei |
| Letter Peter | Eins |
| Sitz vakant | –– |
| | |
| Hess Mariann | Eins |
| Hess-Brauer Iris | Zwei |
| Ingold Gabriela | Abwesend |
| Iten Beat | Abwesend |
| Ryser Ralph | Zwei |
| Werner Thomas | Zwei |
| | |
| Barmet Monika | Zwei |
| Etter Andreas | Eins |
| Nussbaumer Karl | Zwei |
| | |
| Abt Daniel | Zwei |
| Andermatt Adrian | Eins |
| Andermatt Pirmin | Zwei |
| Dzaferi Zari | Eins |
| Frei Pirmin | Eins |
| Gössi Alois | Eins |
| Häseli Barbara | Zwei |
| Hostettler Andreas | Zwei |
| Hürlimann Markus | Zwei |
| Imfeld Nicole | Zwei |
| Lustenberger Andreas | Eins |
| Riboni Michael | Zwei |
| Riedi Beni | Zwei |
| Schmid Heini | Eins |
| Wandfluh Oliver | Zwei |
| | |
| Baumgartner Hans | Eins |
| Birrer Walter | Zwei |
| Bühler Olivia | Abwesend |
| Gander Thomas | Zwei |
| Haas Esther | Eins |

| | |
|---|---|
| Mösch Jean-Luc | Zwei |
| Renggli Silvan | Zwei |
| Sieber Beat | Zwei |
| Soltermann Claus | Zwei |
| Suter Rainer | Zwei |
| | |
| Bieri Anna | Eins |
| Hofer Rita | Eins |
| Peduzzi Remo | Eins |
| Schuler Hubert | Eins |
| Unternährer Beat | Eins |
| Villiger Thomas | Zwei |
| | |
| Burch Daniel | Enthaltung |
| Hausheer Andreas | Eins |
| Hürlimann Andreas | Eins |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Eins |
| Weber Monika | Zwei |
| | |
| Balmer Kurt | Abwesend |
| Burch Daniel Thomas | Zwei |
| Roos Flavio | Zwei |
| Schriber-Neiger Hanni | Eins |
| Stuber Daniel | Zwei |
| Werder Matthias | Zwei |
| Wiederkehr Roger | Zwei |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Zwei |
| | |
| Henseler Emanuel | Zwei |
| Lötscher Thomas | Zwei |

➔ Der Rat beschliesst mit 45 zu 27 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 10

**581 Kantonsratsbeschluss betreffend Fertigstellung und Nutzung des sechsten Geschosses im Neubau Trakt 5, Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug (GIBZ)**

Vorlagen: 2599.1/1a - 15122 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2599.2 - 15123 (Antrag des Regierungsrats); 2599.3 - 15228 (Bericht und Antrag der Kommission für Hochbau); 2599.4 - 15232 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die vorberatende Kommission beantragt Eintreten

und Zustimmung, die Staatswirtschaftskommission Eintreten und Zustimmung mit den von ihr beantragten Änderungen.

EINTRETENSDEBATTE

**Huber Schuler,** Präsident der Kommission für Hochbau, dankt einleitend dem Baudirektor und seinen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit. Der Kantonsrat beschloss an der Sitzung vom 29. August 2013, gegen den Willen der Regierung im Neubau von Trakt 5 der GIBZ ein weiteres, sechstes Geschoss – vorerst im Rohbau und als Reserve – erstellen zu lassen. Seit diesem weitsichtigen Entscheid änderte sich die Auslastung des GIBZ in gewissen Berufsfeldern stark. Insbesondere die Bereiche Gesundheit und Gastronomie entwickelten sich überdurchschnittlich, auch der theoretische Unterricht sowie die individuelle Förderung mussten ausgebaut werden. Die Zahlen dazu finden sich dem Bericht der Hochbaukommission. Zug ist ein attraktiver Bildungsstandort und soll dies auch bleiben. Das GIBZ ist auf Erfolgskurs, und das ist gut so. Mit dem Ausbau des sechsten Geschosses von Trakt 5 können sämtliche Gesundheitsberufe in Praxis und Theorie am GIBZ ausgebildet werden. So erhält man gut ausgebildete Fachleute, was wichtig ist für den Kanton Zug.
Die Ausbaukosten wurden bereits im Rahmenkredit für die Aufstockung budgetiert. Jetzt geht es um die Freigabe dieses Kredits. Der Baudirektor und die Baudirektion konnten der Hochbaukommission aufzeigen, dass die einzelnen Kostenstellen realistisch sind. Die Reserve muss auch für einen Ausbau mitgerechnet werden. Reserve bedeutet ja, einen Betrag zur Verfügung zu haben, wenn etwas Unerwartetes eintreten sollte. Die Baudirektion wird dies auch bei diesem Projekt so handhaben. Die Stawiko, die Finanzkontrolle und der Kantonsrat werden die Bauabrechnung prüfen können. Beim Posten «Diverse Arbeiten Innenausbau» handelt es sich z. B. um Tapezierarbeiten, Wandbeläge, innere Oberflächenbehandlung, Bautrocknung und -reinigung. Auch diese Arbeiten müssen gemacht und selbstverständlich bezahlt werden.
Die Stawiko beantragt, den Kredit um 50'000 Franken zu kürzen. Das ist selbstverständlich möglich. Eine E-Mail-Umfrage hat ergeben, dass 6 Mitglieder der Hochbaukommission den Antrag der Stawiko unterstützen und 3 dagegen sind. Namens der Kommission für Hochbau beantragt der Votant, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen entsprechend zuzustimmen. Die SP-Fraktion folgt dem Antrag der Hochbaukommission und der Regierung.

**Beat Unternährer** spricht für die Staatswirtschaftskommission. Diese hat die Vorlage am 24. August 2016 beraten und empfiehlt dem Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den von der Stawiko beantragten Änderungen zuzustimmen.
Der Votant erinnert daran, dass der Regierungsrat damals kein sechstes Stockwerk beantragte. Es war der Kantonsrat, der diese Raumreserve beschloss. Der Regierungsrat hat in der Zwischenzeit aufgezeigt, dass es am GIBZ bei den Bildungsangeboten und in den Bereichen Gesundheit und Gastronomie eine starke Zunahme gibt. Da ein Rohbau keinen unmittelbaren Nutzen generiert und der Bedarf nachgewiesen ist, stimmt die Stawiko dem Ausbau des sechsten Geschosses zu. Getreu ihrer Aufgabe hat sie den Kostenvorschlag des Regierungsrats für den Vollausbau des sechsten Geschosses geprüft. Es ist vorauszuschicken, dass es sich um keinen komplizierten Ausbau handelt. Die Stawiko hat festgestellt, dass die Kosten für «Diverse Arbeiten Innenausbau» mit 40'000 Franken und für «Unvorhergesehenes» mit 60'000 Franken relativ hoch veranschlagt sind. Sie beantragt des-

halb, den Gesamtbetrag der beiden Positionen von insgesamt 100'000 Franken um 50 Prozent zu kürzen.
Namens der Stawiko bittet der Votant, auf die Vorlage einzutreten, so dass das bereits in den Rohbau des sechsten Stockes investierte Kapital nicht ungenutzt bleibt.

**Thomas Gander** spricht für die FDP-Fraktion. Das sechste Geschoss von Trakt 5 am GIBZ soll aufgrund der starken Zunahme in den Bereichen Gesundheit und Gastronomie ausgebaut werden. Im Gesundheitsbereich wurde das Angebot z.B. durch das eidgenössische Berufsattest für Fachangestellte Gesundheit erweitert, aber auch im Bereich der berufsorientierten Weiterbildung wurde das Angebot ausgebaut. So findet im Schuljahr 2016/17 am GIBZ die erste Berufsprüfung für den eidgenössischen Fachausweis in Langzeitpflege und -betreuung statt. Im Bereich Gastronomie wird insbesondere durch den Ausbau der ergänzenden Bildung mit Validierungsprozessen mehr Platz benötigt. Diese Angebote sind wichtig, insbesondere für die Umschulung bzw. die Anlehre von Arbeitslosen, um diesen den beruflichen Wiedereinstieg zu ermöglichen.
Aus diesen Gründen ist die FDP für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage. Sie unterstützt den Antrag der Stawiko auf Kürzung des Objektkredits um 50'000 Franken, dies aus zwei Gründen: Einerseits handelt es sich beim Betrag von 630'000 Franken um eine Kostenschätzung und nicht um ein konkretes Angebot, andererseits ist die Reserve von 60'000 Franken relativ hoch für ein überschaubares Projekt.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG. Mit dem Bau des fünften Trakts am GIBZ setzt der Kanton Zug ein wichtiges Zeichen für die Berufsbildung, die für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung des Kantons von grosser Bedeutung ist. Insbesondere würdigt der Kanton damit die innovativen Leistungen, welche das GIBZ in den Bereichen Höhere Berufsbildung und Ergänzende Bildung in den letzten Jahren erbracht hat. Neben Bern und Zürich ist Zug der einzige Kanton, der Validierungsverfahren anbietet, die es Erwachsenen einfacher machen, ein Fähigkeitszeugnis über diesen Weg statt über die herkömmliche Berufslehre zu erlangen. Nach diesem Werbespot für die Zuger Berufsbildung im Allgemeinen und das GIBZ im Speziellen wendet sich der Votant nun aber dem vorliegenden Geschäft zu. Da geht es um die Frage, ob es notwendig sei, das Zusatzstockwerk auszubauen oder nicht. Gerade in Anbetracht der neusten Nachrichten aus der Finanzdirektion bezüglich «Finanzen 2019» und der zukünftigen Finanzstrategie sagt die ALG grossmehrheitlich Nein zu diesem Geschäft und stellt den **Antrag** auf Nichteintreten. Die ALG begründet ihren Antrag wie folgt:
• Ursprünglich waren bloss fünf Stockwerke geplant. Aus der Hochbaukommission erwuchs die Idee, sozusagen proaktiv ein Zusatzstockwerk zu bauen. Der Kantonsrat stimmte dieser Idee gegen den Willen der ALG zu und bewilligte das Zusatzstockwerk im Rohbau. War der Baudirektion und den Mitgliedern der Hochbaukommission damals nicht bewusst, dass ein Zusatzstockwerk im Rohbau kostenmässig gar keinen Sinn macht? Dieses Vorgehen – zuerst den Rohbau zu erstellen und im Nachhinein den Ausbau zu beschliessen – ist Salamitaktik sondergleichen. Das geht nicht.
• 630'000 Franken für das Zusatzstockwerk auszugeben, ist im Zug der aktuellen Sparhysterie und mit Blick auf «Finanzen 2019» und die zukünftige Finanzstrategie unverständlich. Ein Entscheid heute für den Ausbau des sechsten Stockwerks, ist «Zuger Finish» im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich unnötig Geld in Mauern und Beton zu giessen. Platz für die besagten Bereiche ist nämlich vorhanden. Während der Debatte zum Objektkredit im Sommer 2013 sagte ALG-Fraktionskollegin Esther Haas: «Selbstverständlich schätzen es alle, über grosszügige Platz-

verhältnisse zu verfügen. Der Vorschlag käme aber einer Luxuslösung gleich. Die geplanten fünf Stockwerke entsprechen exakt dem Raumkonzept des GIBZ. Die Schule stützt sich in diesem Konzept auf Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung des Bundesamtes für Statistik. Diese Zahlen liefern die grösstmögliche Sicherheit, dass fünf Stockwerke genügen.» Der Kantonsrat sah dies aber anders und stimmte damals dem Zusatzstockwerk zu. Das GIBZ musste nicht einmal darum bitten. Der Kantonsrat entschied sich einfach so für dieses Geschenk – wir haben es ja! Man muss sich bewusst sein, welche Signale man mit solchen Entscheiden aussendet.
• Es ist besser, statt in die Mauern in die Menschen zu investieren, welche die Berufsbildung weiterentwickeln und den guten Ruf des GIBZ erst möglich machen. Die Sparanstrengungen haben bis jetzt – vor allem in der Bildung – das Personal getroffen. Zu einer tollen Unterrichtsinfrastruktur sagt keine Lehrperson Nein, letztlich hängt die Unterrichtsqualität aber nicht davon ab, in welchen Mauern man unterrichtet, sondern wer vor den Klassen steht. Die Lehrpersonen sind der entscheidende Faktor. Das Geld muss deshalb in eine gute Auswahl der Lehrpersonen und in deren Aus- und Weiterbildung fliessen – also in die Menschen, nicht in den Mörtel.
Im Namen der ALG bittet der Votant, dieser Argumentation zu folgen, und nicht auf das Geschäft einzutreten. Falls Eintreten beschlossen wird, folgt die ALG den Anträgen der Stawiko.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Es gibt verschiedene Projekte im Kanton Zug, bei denen unglücklich und wenig vorausschauend gehandelt wurde. Beispielsweise hat man beim Kantonsspital den Bau so konzipiert, dass man bei Bedarf eine Etage aufstocken könnte; das Gleiche gilt beim Pflegezentrum Baar, wo man ebenfalls ein Stockwerk hinzufügen könnte. Die Betonung liegt hier auf «könnte». Es zeigt sich nämlich, dass man theoretisch zwar aufstocken könnte, es aus finanziellen und betrieblichen Überlegungen faktisch aber lieber sein lässt. Es ist der weisen Voraussicht der Hochbaukommission und von 37 Kantonsrätinnen und -räten zu verdanken, dass beim GIBZ kein solch kapitaler Fehler gemacht wurde. Die Stawiko lehnte nämlich ein sechstes Geschoss ab, da sie die zusätzlichen Investitionskosten für nicht verantwortbar hielt. Für die ALG wäre die Erstellung eines sechsten Stockwerkes einer Luxuslösung gleichgekommen, und auch die Mehrheit der FDP und Einzelpersonen aus anderen Parteien lehnten ein sechstes Stockwerk ab.
Nun kommt aber alles anders. Der zusätzliche Raum wird aufgrund von Entwicklungen im Bildungswesen viel früher benötigt, als in den Prognosen vorgesehen. Damit zeigt sich einmal mehr, dass die Erstellung eines sechsten Stockwerks die richtige Entscheidung war, und es zeigt sich auch, dass Prognosen ungefähr denselben Wert haben wie Kaffeesatzlesen. Eigentlich hätte man sogar ein siebtes Stockwerk erstellen können oder sogar müssen, wenn man bedenkt, dass nur wenige Meter entfernt an der Baarerstrasse bereits zwei Wohntürme stehen, die noch viel höher sind. «Verdichten nach innen» heisst bekanntlich die Devise.
Die SP stimmte dem Bau des sechsten Stockwerk bereits 2013 zu, und sie stimmt nun auch dessen Ausbau zu. Es macht Sinn, Synergien zu nutzen und den Ausbau zusammen mit den restlichen Arbeiten durchzuführen. Den Vorschlag der Stawiko, den Objektkredit um 50'000 Franken zu kürzen, wird die SP-Fraktion ebenfalls unterstützen. Wenn es nämlich darum geht, ein Gebäude zu erstellen, ist der Kanton immer noch sehr grosszügig. Den darin arbeitenden Personen zieht er jedoch allmählich einen XS-Gürtel an und versucht an allen Ecken und Enden zu sparen. Sparen kann man aber auch bei den Investitionen. Es geht dabei nicht um irgendwelche Ramschmobilien, allerdings braucht es auch keine Mahagoniböden und Designermöbel. Betrachtet man die Kosten des Ausbaus im Einzelnen, kann man durchaus gewisse Fragen stellen, und der Votant erwartet von seinen in der Bau-

branche tätigen Kollegen, dass sie die entsprechenden Zahlen hier oder ein andermal etwas genauer unter die Lupe nehmen. Denn wenn man sieht, dass allein die Bodenbeläge 110'000 Franken kosten sollen, kann man mit Fug und Recht fragen, welcher Art denn diese Bodenbeläge sind.

**Jean-Luc Mösch** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf die Vorlage ist. Die Hochbaukommission hat das Projekt und den Antrag der Regierung in einer halbtägigen Sitzung eingehend besprochen. Der Bedarf für die neuen Schulräume ist ausgewiesen. So kann die Ausbildung der Berufe im Gesundheitsbereich auf einem Geschoss konzentriert werden, was grosse Synergien mit sich bringt. Ebenso kann auf das Zumieten von Räumlichkeiten verzichtet werden. In Bezug auf den Ausbau muss einzig das Notwendige umgesetzt werden, nicht das Wünschenswerte. Daher stimmt die CVP grossmehrheitlich dem Antrag der Stawiko zu, den Objektkredit um 50'000 Franken zu reduzieren. Sie bittet den Rat, diesem Antrag ebenfalls zu folgen.
Persönlich möchte der Votant betonen, dass es Zeit ist, bei kantonalen Hochbauprojekten den «Zuger Finish» endgültig wegzulassen und sich auf Zweckbauten zu konzentrieren, welche einzig den geforderten Anwendungen dienen. Auf Sonderlösungen und Wünsche ist in jedem Bereich zu verzichten. Solche Bauten kann sich der Kanton Zug nicht mehr leisten, und der Steuerzahler kann sie nicht nachvollziehen.

**Matthias Werder** hält fest, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist und den Antrag der Stawiko unterstützt. Der Bedarf für den Ausbau ist – wie schon mehrfach gehört – ausgewiesen, zudem fallen Mietkosten für externe Räumlichkeiten weg.
Es ist noch nicht lange her, seit der Kantonsratsbeschluss, ein sechstes Stockwerk als Reserve zu bauen, belächelt wurde. Es wurde sogar behauptet, der Kantonsrat werfe Geld zum Fenster hinaus. Heute ist von derselben Seite zu hören, dass eine Raumreserve automatisch zu einer entsprechenden Nachfrage führe. Die SVP hält fest, dass das Raumangebot bereits vor Fertigstellung des Baus zu klein gewesen wäre, wenn der sechste Stock nicht genehmigt worden wäre.
Fazit: Es macht Sinn, den sechsten Stock auszubauen und den Bau in kompletter Form der Schulleitung zu übergeben.

Baudirektor **Urs Hürlimann** entnimmt den Voten, dass es sich hier mehr um eine bildungspolitische als um eine baupolitische Vorlage handelt. Selbstverständlich stehen hier die Bildung und das Anliegen, genügend Raum für eine hervorragende Ausbildung der Berufsleute zu schaffen, im Vordergrund. Und das ist gut so. Und die Regierung muss zugeben: Der Kantonsrat hat weitsichtig gehandelt und damals richtig entschieden. Die Entwicklung in gewissen Berufsfeldern war sehr eindrücklich, und das Erstarken der Berufsbildung ist ein gutes Zeichen für die Zukunft des Kantons Zug. Zum Glück also wurde der sechste Stock rechtzeitig geplant und kann nun rasch realisiert werden.
Beat Wenger, der Rektor der GIBZ, wurde von der vorberatenden Kommission anderthalb Stunden lang mit Fragen richtiggehend gelöchert. Er hat den Bedarf im beantragten Umfang glaubwürdig und mit vielen Dokumenten nachgewiesen. Bezüglich des eigentlichen Bauprojekts hat der Baudirektor den Eindruck, dass immer noch die Meinung besteht, der Kanton bzw. die Baudirektion verwirkliche sich in grossen Bauten. Es gilt hier zur Kenntnis zu nehmen, dass die Verwaltung und insbesondere die Baudirektion die Zeichen der Zeit erkannt hat. Im vorliegenden Projekt geht es um einen Bau, in dem Berufsausbildung betrieben wird, und der Baudirektor ist überzeugt, dass hier keineswegs geklotzt wird. Er nimmt heute aber

nochmals klar zur Kenntnis, dass der Kantonsrat Nutzbauten ohne «Zuger Finish» erwartet. Mit einer gut begründeten und wirtschaftlichen Investition soll den aktuellen Raumbedürfnissen der GIBZ Rechnung getragen und gute Voraussetzungen für die Ausbildung junger Berufsleute geschaffen werden. Der Baudirektor bittet, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 60 zu 6 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission beantragt, den Objektkredit um 50'000 Franken auf 580'000 Franken zu reduzieren. Die Kommission für Hochbau schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat folgt mit 61 zu 2 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission.

**Teile II und III**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Regelung des Inkrafttretens)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 582 Nächste Sitzung

Donnerstag, 27. Oktober 2016 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

43. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 27. Oktober 2016 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.20 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls vom 29. September 2016
3. Ergänzungswahl vom 25. September 2016 für ein Mitglied des Kantonsrats im Wahlkreis Oberägeri infolge Freiwerdens eines Sitzes während der Amtsdauer (Rest der Amtsperiode 2015–2018; «Vakanz Andreas Meier», entstanden am 20. Juni 2016):
3.1. Feststellung der Gültigkeit der Wahl von René Kryenbühl
3.2. Ablegung des Gelöbnisses von René Kryenbühl
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
4.1. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend keinen Kostenvorschuss bei Kostenbefreiung
4.2. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Persönlichkeitswahl des Regierungsrats
4.3. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von «genderfit» mit der weltanschaulichen und religiösen Neutralität des Staates und weiteren Aspekten (z. B. staatliche Finanzierung) von «genderfit»
4.4. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend die bisherigen Erfolge für mehr Fairness beim NFA
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020
5.2. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz)
6. Geschäfte betreffend das Verwaltungsgericht des Kantons Zug:
6.1. Feststellung der Gültigkeit der Ergänzungswahl eines Mitglieds des Verwaltungsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
6.2. Ergänzungswahl für ein Mitglied des Verwaltungsgerichts infolge Freiwerdens eines Sitzes während der Amtsdauer (Rest der Amtsperiode 2013–2018) und Wahl des Verwaltungsgerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
6.2.1. Ersatzwahl eines hauptamtlichen Richters am Verwaltungsgericht für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
6.2.2. Wahl des Verwaltungsgerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
6.3. Verabschiedung von Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald
7. Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum von Junge Alternative Zug und JUSO JungsozialistInnen: 2. Lesung

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Integrationsklassen auf der Primarstufe für Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich
9. Änderung des Rechtsstellungsgesetzes, des Personalgesetzes und der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Abgangsentschädigungen: 2. Lesung
10. Geschäfte, die am 29. September 2016 nicht behandelt werden konnten:
10.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Fertigstellung und Nutzung des sechsten Geschosses im Neubau Trakt 5, Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug (GIBZ)
10.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten
10.3. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Lieferkettenverantwortung durch in Zug ansässige Rohstoffunternehmen und deren Tochtergesellschaften wie etwa die BASF Metals GmbH
10.4. Postulat von Jürg Messmer, Beni Riedi, Roland von Burg und Thomas Wyss betreffend volle Unterrichtsbefähigung der Absolventen der PH (Pädagogische Hochschule) Zug für alle Fächer (sprich: Ausbildung von Generalisten als Primarlehrer)
10.5. Postulat von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Markus Hürlimann, Peter Letter, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker, Silvia Thalmann und Florian Weber betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der kantonalen Lehrpersonen sowie der Mitarbeitenden der Zuger Polizei
10.6. Interpellation von Ralph Ryser, Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Bundesasylunterkunft Gubel und die Auswirkungen auf die Zuger Bevölkerung
10.7. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Umsetzung Raumplanungsgesetz: Planerischer Mehrwertausgleich
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans L 4.3 Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion; V 3.3 Kantonsstrassen; V 10 Kantonales Wanderwegnetz; Entlastungsprogramm 2015–2018 Massnahmen 2.22a, IR 5.12 und 5.08
12. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel P Agglomerationsprogramm)
13. Motion von Cornelia Stocker und Daniel Abt betreffend verfahrenstechnische Gleichstellung von Interpellationen mit Motionen und Postulaten
14. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Areal ehemaliges Kantonsspital
15. Interpellation von Daniel Stadlin und Richard Rüegg betreffend übermalten Wandbildern in der ehemaligen Kapelle des alten Kantonsspitals
16. Interpellation von Daniel Marti betreffend Besteuerung von Startup-Unternehmen
17. Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ausrüstung der Zuger Polizei

## 583 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jolanda Spiess-Hegglin, Zug; Heini Schmid, Baar, Olivia Bühler, Cham; Beat Unternährer, Hünenberg; Matthias Werder und Roger Wiederkehr, beide Risch.

**584 Mitteilungen**

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im «Restaurant am See» an der Zuger Messe ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

Regierungsrat Martin Pfister nimmt heute an der Vorstandssitzung der Gesundheitsdirektorenkonferenz teil. Er ist für die Kantonsratssitzung entschuldigt.

Regierungsrat Stephan Schleiss verlässt nach Traktandum 8 die Kantonsratssitzung. Er reist ins Wallis an die Plenarjahresversammlung der kantonalen Erziehungsdirektoren.

Die Ratsmitglieder finden auf ihren Plätzen eine kleine Arbeit aus dem Fachbereich Textiles Gestalten, Werken und Hauswirtschaft. Es soll auf die Wichtigkeit einer handelnden Tätigkeit im Schulunterricht und den damit verbundenen Erwerb von wichtigen Erfahrungen und Kompetenzen aufmerksam machen.

TRAKTANDUM 1

**585 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 1

**586 Genehmigung des Protokolls vom 29. September 2016**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 29. September 2016 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Ergänzungswahl vom 25. September 2016 für ein Mitglied des Kantonsrats im Wahlkreis Oberägeri infolge Freiwerdens eines Sitzes während der Amtsdauer (Rest der Amtsperiode 2015–2018; «Vakanz Andreas Meier», entstanden am 20. Juni 2016)**

**587** Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der Wahl von René Kryenbühl**
Vorlage: 2672.1/1a - 15284 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ergänzungswahl von René Kryenbühl be-

findet. René Kryenbühl ist im Saal. Es gibt keine anders lautenden Anträge als denjenigen des Regierungsrats

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ergänzungswahl von René Kryenbühl.

Der **Vorsitzende** gratuliert René Kryenbühl herzlich. Der Gewählte tritt sein Amt sofort an.

**588** Traktandum 3.2: **Ablegung des Gelöbnisses von René Kryenbühl**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass René Kryenbühl das Gelöbnis ablegen will. Er bittet ihn, nach vorne zu treten. Die Anwesenden erheben sich. Der Landschreiber liest die Gelöbnisformel. **René Kryenbühl** spricht stehend die Worte: «Ich gelobe es.»

Der **Vorsitzende** heisst René Kryenbühl herzlich willkommen im Kantonsrat und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum wird später in der Sitzung behandelt (siehe Ziff. 596–599).

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**589** Traktandum 5.1: **Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020**
Vorlage: 2678.1 - 00000 (Gedruckter Bericht).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden beschlossen hat, den Antrag des Regierungsrats vom 20. September 2016 betreffend Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020 direkt der erweiterten Staatswirtschaftskommission zu überweisen, dies gemäss § 17 in Verbindung mit § 18 Abs. 1 und Abs. 3 Ziff. 1 GO KR.

➔ Der Rat ist mit der Direktüberweisung stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Budgetbuch seit dem 14. Oktober 2016 im Kantonsrats-Tool online verfügbar ist. Die gedruckte Fassung liegt heute auf jedem Platz im Kantonsratssaal auf. Dieses Vorgehen ist mit § 42 Abs. 2 Satz 2 GO KR vereinbar.

**590** Traktandum 5.2: **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz)**
Vorlagen: 2670.1 - 15276 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2670.2 - 15277 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Daniel Abt, Baar, FDP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Hans Baumgartner, Cham, CVP | Remo Peduzzi, Hünenberg, CVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Richard Rüegg, Zug, CVP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Ralph Ryser, Unterägeri, SVP |
| Mariann Hess, Unterägeri, ALG | Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG |
| René Kryenbühl, Oberägeri, SVP | Florian Weber, Walchwil, FDP |
| Alice Landtwing, Zug, FDP | Matthias Werder, Risch, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**591** Traktandum 5.3: **Bildungskommission**

Anstelle von Daniel Burch soll für die SVP-Fraktion neu René Kryenbühl in die Bildungskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**592** Traktandum 5.4: **Ad-hoc-Kommission betreffend Änderung Finanzhaushaltgesetz**

Anstelle von Thomas Meierhans soll für die CVP-Fraktion neu Pirmin Andermatt in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6
**Geschäfte betreffend das Verwaltungsgericht des Kantons Zug**

Das Traktandum wird aus organisatorischen Gründen erst später in der heutigen Vormittagssitzung behandelt (siehe Ziff. 600–603).

TRAKTANDUM 7
**593** **Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum von Junge Alternative Zug und JUSO JungsozialistInnen: 2. Lesung**

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass die vorliegende Gesetzesinitiative an der Kantonsratssitzung vom 25. August in erster Lesung ohne Gegenvorschlag abgelehnt wurde. Auf die heutige zweite Lesung sind keine Anträge eingegangen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat lehnt die Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum mit 54 zu 15 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest: Da der Rat die Gesetzesinitiative abgelehnt hat, muss er dem Volk gemäss § 35 Abs. 6 der Kantonsverfassung die Verwerfung des Be-

gehrens beantragen oder der Initiative einen Gegenvorschlag in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfs gegenüberstellen. Es liegt kein Antrag für einen Gegenvorschlag vor. Es liegen auch keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.
Zum weiteren Vorgehen: Da der Kantonsrat die Gesetzesinitiative abgelehnt hat, ist gemäss § 35 Abs. 5 der Kantonsverfassung innert sechs Monaten seit der Schlussabstimmung eine Volksabstimmung über das Begehren durchzuführen. Findet innert drei Monaten nach Ablauf dieser Frist ein eidgenössischer oder kantonaler Urnengang statt, kann die Abstimmung mit diesem zusammengelegt werden. Der Regierungsrat beabsichtigt, die Volksabstimmung am 21. Mai 2017 durchzuführen.

TRAKTANDUM 8

**594 Kantonsratsbeschluss betreffend Integrationsklassen auf der Primarstufe für Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich**

Vorlagen: 2644.1/1a - 15218 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2644.2 - 15219 (Antrag des Regierungsrats); 2644.3 - 15297 (Bericht und Antrag der Bildungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrats beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die Bildungskommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit der Änderung der Kommission in § 2 Abs. 1 (Erhöhung von 15'000 auf 20'000 Franken).

EINTRETENSDEBATTE

**Silvia Thalmann,** Präsidentin der Bildungskommission, weist darauf hin, dass seit dieser Woche Kinder in die von der Stadt Zug geführte Integrationsklasse aufgenommen werden. Heisst der Rat den vorliegenden Beschluss gut, werden auch in Zukunft Kinder auf der Primarschulstufe während maximal eines Jahres in gemeindeübergreifenden Kleinklassen mit der deutschen Sprache, den hiesigen Gepflogenheiten und dem Primarschulstoff ihrer Alterskameraden vertraut gemacht.
Die Bildungskommission hat sich an zwei Halbtagessitzungen vertieft mit der Betreuung und der Schulung von Kindern und Jugendlichen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich auseinandergesetzt. Ihrem Bericht lassen sich detaillierte Informationen dazu entnehmen. Bei der Ankunft der vom Bund zugewiesenen Flüchtlinge im Kanton ist die Abteilung Soziale Dienste Asyl der Direktion des Innern zuständig, von der eine grosse Flexibilität gefordert ist, da die Personenzahl, die Herkunft, das Alter und die Gruppenzusammensetzung der asylsuchenden Personen stark variieren. In einer ersten Phase wohnen Asylsuchende während rund sieben bis zwölf Monaten in einer kantonalen Durchgangsstation. In dieser Phase liegt der Schwerpunkt auf dem Erlernen der deutschen Sprache und dem Sich-Eingewöhnen an die schweizerischen Lebensverhältnisse. Dazu ist zu bemerken, dass bei einer hohen Zuweisung von Flüchtlingen die geplante Verweildauer von sieben bis zwölf Monaten nicht eingehalten werden kann; so reduzierte sie sich in den vergangenen Monaten bis auf einen Monat hinunter. In dieser ersten Phase wird auch über das Asylgesuch entschieden. In der zweiten Phase erfolgt der eigentliche kantonale Integrationsprozess. Die Familien ziehen in Wohnungen und Unterkünfte in den Gemeinden, und die Schulung der Kinder beginnt.

Die Bildungskommission konnte sich davon überzeugen, dass das Modell, welches der Regierungsrat für die Schulung von Kindern bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit vorschlägt, bei den Rektoren, den Schulpräsidenten, der Leiterin der Abteilung Soziale Dienste Asyl und dem Leiter des Amts für Brückenangebote grundsätzlich auf positive Resonanz stösst. Die verschiedenen Altersgruppen und die geplante Schulung resp. Förderung lassen sich kurz wie folgt umschreiben:
• Kindern im Vorschulalter wird der Besuch einer Spielgruppe oder einer Kindertagesstätte ermöglicht. Zuständig ist die Abteilung Soziale Dienste Asyl. Die Finanzierung liegt beim Kanton.
• Die obligatorische Schulzeit fällt in die Verantwortung der Gemeinden, die dazu Klassen im Kindergarten, in der Primarschule und in der Oberstufe (Sekundarstufe I) führen. 2015 wurden dem Kanton Zug etwa 30 Kinder im Schulalter zugewiesen. Für Flüchtlingskinder im Kindergartenalter ist keine Speziallösung vorgesehen. Sie besuchen die gemeindlichen Kindergärten und erhalten – sofern notwendig – ergänzende Förderung, die von den Gemeinden festgelegt und finanziert wird. Der Kanton beteiligt sich an den Kosten mittels der Normpauschale.
Die Bildungskommission stellte fest, dass die Einschulung von Asylsuchenden in eine Regelklasse der Primarschule die Gemeinden stark belasten. Um Kinder im Primarschulalter möglichst gut und rasch auf den Eintritt in eine Regelklasse zu ermöglichen, sollen sie während rund eines Jahres darauf vorbereitet werden. Dazu werden Kleinklassen geführt, die von den Gemeinden solidarisch finanziert werden. Der Besuch der Oberstufe (Sekundarstufe I) ist nur dann sinnvoll, wenn alle drei Jahre durchlaufen werden können. Somit werden in der Regel jene Asylsuchenden die Oberstufe besuchen, die in eine Primarklasse eingeschult werden konnten. Für Jugendliche im Alter von 13 bis 16 Jahren ist der Besuch der Oberstufe keine ideale Lösung. Diese Altersgruppe muss rasch Deutsch lernen und anschliessend auf den Berufswahlprozess vorbereitet werden. Das Amt für Brückenangebote bietet dazu ein passendes Bildungsangebot an, welches auf die Bedürfnisse von Jugendlichen aus dem Asylbereich auf Sekundarstufe-I-Niveau angepasst werden kann. Bei der Schulung handelt es sich um das Integrations-Brücken-Angebot (I-B-A), das seit 25 Jahren erfolgreich angeboten wird.
Die Bildungskommission prüfte im Weiteren, ob das Führen von Integrationsklassen eine Sonderschulung darstellt, die vom Kanton stärker mitfinanziert wird. Eine Mehrheit sah die Voraussetzungen dazu nicht gegeben. Eine Sonderschulung erhalten Kinder und Jugendliche mit einer bleibenden oder schwer zu korrigierenden motorischen, geistigen oder verhaltensmässigen Beeinträchtigung. Da die Gemeinden darauf hinwiesen, dass sie die Schulung und Betreuung von Asylsuchenden nur dank dem Einsatz von Freiwilligen zu leisten vermögen, die insbesondere bei den Eltern wesentliche Integrationsarbeit leisten, setzte sich die Kommission auch mit dieser Thematik auseinander. Sie stellte fest, dass die Abteilung Soziale Dienste Asyl einen Leitfaden für die ehrenamtliche Tätigkeit erstellt hat. Im Flüchtlings- und Asylbereich leisten Freiwillige wertvolle Integrationsarbeit. Dazu müssen jedoch – wie die Erfahrung der genannten Stelle zeigen – klare Richtlinien und Verantwortungsbereiche vereinbart werden.
In der Bildungskommission war unbestritten, dass das Führen von Integrationsklassen einen Kantonsratsbeschluss benötigt. Die jährliche Abgeltung für das Führen einer Kleinklasse mit 180'000 Franken erachtet die Kommission als zu gering, weshalb sie beantragt, die Summe auf jährlich 240'000 Franken zu erhöhen. Zu mehr Diskussionen führte die Frage, ob sich der Kanton über die Normpauschale hinaus an den Kosten für die Integrationsklassen zu beteiligen habe. Die Befürworter führten an, dass die Postulanten davon ausgingen, dass das Führen von Integrationsklassen eine *kantonale* Aufgabe sei. Die Normpauschale sei zudem auf die

Regelklasse und nicht auf eine Kleinklasse ausgerichtet. Bei den Asylkindern handle es sich jedoch weder um Regel- noch um Sonderschüler. Sie seien zwischen diesen zwei Gruppen anzusiedeln, da der Betreuungsaufwand wesentlich grösser sei als in einer Regelklasse. Demzufolge sollte auch die finanzielle Beteiligung des Kantons höher ausfallen. Gegen eine höhere Beteiligung wurde argumentiert, dass es sich um ein gemeindeübergreifendes Projekt handle, mit dem die Gemeinden Synergien nutzten und die ungleiche Verteilung von Asylsuchenden auf die Gemeinden finanziell ausgeglichen werde. Im Rahmen des Entlastungsprogramms fänden zurzeit Diskussionen zwischen dem Kanton und den Gemeinden statt. Der Zeitpunkt für eine Sonderlösung sei mehr als unpassend. Es liege zudem im Interesse der Gemeinden, die Kosten für die Integrationsklassen möglichst tief zu halten, wenn der Kanton sich lediglich im ordentlichen Rahmen – nämlich mittels Normpauschale – beteiligen würde. Mit 5 zu 6 Stimmen folgte die Kommission schliesslich der Argumentation des Regierungsrats.
Nach Abschluss der Kommissionsarbeit wurde die Kommissionspräsidentin mit der Frage konfrontiert, ob das Amt für Brückenangebot verpflichtet sei, Schülerinnen und Schüler aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich in das Integrations-Brücken-Angebot (I-B-A) aufzunehmen. Hintergrund dieser Frage ist die Befürchtung und auch Erfahrung der Gemeinden, dass zugewiesene Schülerinnen und Schüler nicht aufgenommen wurden. Heinz Amstad, Leiter des Amts für Brückenangebote (AfB), legte anlässlich der Einladung in die Kommission dar, wie das aktuelle Schulungsmodell des I-B-A auf die Bedürfnisse der Aslyanten angepasst werden kann. Auf die Nachfrage der Kommissionspräsidentin hin versicherte er, dass die Bereitschaft vorhanden sei, diese Jugendlichen auch tatsächlich aufzunehmen.
In der Frage, ob das Amt für Brückenangebote zugewiesene Jugendliche aufnehmen muss oder nicht, sind zwei gesetzliche Grundlagen relevant: einerseits das Reglement über die Brückenangebote, andererseits ein Regierungsratsbeschluss aus dem Jahr 2008. In keinem der beiden Dokumente ist geregelt, dass das AfB Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I aus dem Asylbereich aufnehmen muss resp. ablehnen darf. Auch wenn es vermutlich nicht allzu viele Jugendliche sein werden, welche die Gemeinden dem I-B-A zuweisen werden – bezogen auf die Werte von 2015 geht die Votantin von 5 bis 6 Jugendlichen aus –, ist eine klare Regelung zu begrüssen. Die Kommissionspräsidentin bittet Bildungsdirektor Stephan Schleiss oder Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel, hierzu Stellung zu nehmen. In welcher Form soll die notwendige Klärung erfolgen? Aus Sicht der Votantin gibt es verschiedene Lösungsansätze: von einem Vertrag zwischen der Volkswirtschaftsdirektion mit den Gemeinden über einen Regierungsrats- oder Kantonsratsbeschluss bis hin zur Ergänzung einer bestehenden gesetzlichen Grundlage.
In Bezug auf den heute zur Debatte stehenden Kantonsratsbeschluss empfiehlt die Kommissionspräsidentin, den Anträgen der vorberatenden Kommission zu folgen.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Mit der momentanen Situation würden Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich ohne grosse Vorkenntnisse der Sprache und Kultur in die ihrem Alter entsprechenden Klassen integriert. Das ist mit Blick auf das integrative Schulmodell des Kantons Zug eine grosse zusätzliche Herausforderung für die Lehrpersonen, aber auch für die Klassen. Da sich aufgrund des grossen Flüchtlingsstroms die Aufenthaltsdauer in der Durchgangsstation von sieben bis zwölf Monaten auf durchschnittlich einen Monat reduzierte, ist die Eingewöhnungsphase sehr kurz und bedingt, dass die Gemeinden bzw. die Schulen den zusätzlichen Aufwand erbringen müssen. Es ist im Interesse aller Gemeinden, die Integrationsklasse zentral zu führen und mittels einer solidarischen Kostenregelung zu finanzieren.

Der Regierungsrat hat erkannt, dass die Integration von Kindern aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich eine zusätzliche Belastung für die Regelklassen bedeutet. Dass durch separative Strukturen die gemeindlichen Regelstrukturen entlastet werden und gleichzeitig den speziellen Bedürfnissen von Kindern aus dem Flüchtlingsbereich Rechnung getragen werden kann, entspricht dem Anliegen des Postulats. Für die ALG stellt sich indes die Frage: Warum beschränkt sich die Integration auf die Primarstufe? Die obligatorische Schulzeit dauert nach Gesetz neun Jahre. Dies bedeutet, dass die Oberstufe zwingend in dieses Integrationsmodell aufgenommen werden müsste. Die Oberstufe mit dem anschliessenden Übertritt in die Berufslehre oder die weiterführenden Schulen braucht ebenfalls klare Regelungen für eine erfolgreiche Integration. Es darf nicht sein, dass sich der Kanton aus dieser Verantwortung herausschleicht und wo möglich bei Bedarf keine Lösung anbieten kann. Im Kommissionsbericht heisst es: «Auf der Sekundarstufe I fehlt die Perspektive für die ‹Integration in die Regelstrukturen›. Hier ist mit den bereits vorhandenen Strukturen des Integrationsbrückenangebots I-B-A auf kantonaler Ebene ein Gefäss vorhanden, das bereits heute von den Gemeinden genutzt werden kann, jedoch für eine zielführende Integration von Jugendlichen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich allenfalls um ein Jahr (I-B-A Basisjahr) erweitert werden muss.» Mit der kurzen Dauer der Sekundarstufe I von drei Jahren und den damit verbundenen Vorbereitungen auf die Sekundarstufe II wird eine Integration ohne Sprachkenntnisse sehr problematisch. Dass die Integration von Oberstufenschülerinnen und -schülern in die Regelstrukturen in den Gemeinden nicht sinnvoll ist, dazu äussert sich der Regierungsrat deutlich. Die im Bericht erwähnten Vorschläge zu dieser Thematik machen durchaus Sinn, es fehlt aber eine Verbindlichkeit. Angedacht ist ein Basisjahr, ein «Vorjahr Basisintegration», das von den Flüchtlingen zu absolvieren wäre bzw. noch erweitert werden müsste. Diese Investition wird sich mehrfach auszahlen, wenn Jugendliche so weit gebracht werden, dass sie der deutschen Sprache mächtig sind. Mit einem Berufsabschluss auf eigenen Beinen stehen und sich nach Möglichkeit auch weiterentwickeln zu können, sollte aus volkswirtschaftlichen Gründen im Interesse aller sein. Die ALG erwartet von der Regierung, dass dieses Anliegen aufgenommen und ebenfalls geregelt wird, damit auch für die Oberstufe eine erfolgreiche Integration gewährleistet wird. Die ALG ist in diesem Sinn für die Abschreibung des Postulats für die Primarstufe, erwartet aber noch Verbindlichkeiten für die Oberstufe.

**Zari Dzaferi** teilt mit, dass die SP-Fraktion dem Geschäft zustimmen wird. So wird ermöglicht, dass Kinder aus dem Flüchtlings- und Asylbereich während ihrer ersten Zeit im Kanton Zug zentral geschult werden können. Die einzelnen Gemeinden müssen nicht mehr eine je eigene Lösung erarbeiten. Das macht aus pädagogischen und finanziellen Überlegungen Sinn. Der Kanton muss jedoch auch dafür besorgt sein, dass die Führung einer Integrationsklasse für Standortgemeinden nicht zum finanziellen Bumerang wird. In diesem Sinne heisst die SP-Fraktion die Erhöhung der Abgeltung an die durchführenden Gemeinden, wie es die Stadt Zug bereits ist, von monatlich 15'000 auf 20'000 Franken klar gut. Es handelt sich nämlich bei diesen Integrationslassen um praktisch ein Sonderschul-Setting – teilweise mit 1:1-Betreuung –, was deutlich mehr kostet als die Regelschule. Dabei ist zu beachten, dass ein Sonderschüler je nach Betreuungsgrad ab 80'000 Franken aufwärts kostet. Die SP-Fraktion wird deshalb in der Detailberatung beantragen, dass sich der Kanton finanziell stärker als vorgeschlagen beteiligt. Sie möchte nicht, dass Gemeinden, welche eine Integrationsklasse auf die Beine stellen, finanzielle Einbussen hinnehmen und das Projekt wieder aufgeben müssen. Der Votant bittet die Ratsmitglieder zu bedenken, dass sie einerseits Kantonsvertreter sind, anderer-

seits aber auch die Anliegen ihrer Wohngemeinde vertreten. Und alle wissen, dass der Kanton insbesondere im Rahmen des Sparprogramms immer mehr Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen versucht. Es ist wohl die Meinung aller Ratsmitglieder, dass Integrationsklassen sinnvoll sind. Sie sind es aber nur, wenn die notwendigen Ressourcen gesprochen werden, damit die Standortgemeinden diese Arbeit seriös durchführen können.

**Thomas Meierhans** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist und dem Regierungsrat für das rasche Erarbeiten der vorliegenden Lösung dankt. Sie dankt auch der Stadt Zug für ihr Engagement in Zusammenhang mit der Eröffnung einer ersten Integrationsklasse.
Mit dem gemeindeübergreifenden Schulprojekt können die Regelstrukturen in den Gemeinden entlastet und kann ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Sondersituation im Asyl- und Flüchtlingsbereich geleistet werden. Die CVP hofft natürlich, dass die vorliegende besondere Lage nicht ewig andauert und bald wieder die Regelstrukturen für eine Integration genügen. Und alle hoffen, dass sich die Lage im Asyl- und Flüchtlingsbereich bald wieder entspannt.
Der zur Debatte stehende Kantonsratsbeschluss regelt vorwiegend die Finanzierung der Sonderstrukturen, ohne grosse gesetzliche Anpassungen. Fehlende gesetzliche Regelungen gaben jedoch auch Anlass zu Diskussionen. Die CVP-Fraktion begrüsst aber die Variante eines Kantonsratsbeschlusses, um damit eine rasche Lösung herbeizuführen. In der Frage, ob die Beteiligung des Kantons über die Normpauschale der richtige Weg oder – wie von den Gemeinden gefordert – eine höhere Kantonsbeteiligung gerechtfertigt sei, ist in der CVP-Fraktion umstritten. Eine knappe Mehrheit wird dem Antrag der Regierung folgen und sich für eine Beteiligung über die Normpauschale aussprechen. In § 2 folgt eine Mehrheit der Bildungskommission und stimmt einer auf 20'000 Franken pro Monat erhöhten Vergütung an eine Standortgemeinde zu.
Der CVP fehlt in der Vorlage eine Verbindlichkeit bei der vorgesehenen Lösung auf Sekundarstufe. Das I-B-A kann Zuweisungen je nach Auslastung seiner Strukturen abweisen. Es besteht also keine Verbindlichkeit. Dies wurde von Gemeindevertretern zu Recht kritisiert. Die CVP hofft, dass heute oder in der zweiten Lesung nicht nur die Primarstufe geregelt, sondern auch eine verbindliche Lösung für die Sekundarstufe gefunden wird.
Persönlich wird der Votant für Eintreten auf die Vorlage stimmen, er möchte zum Zweck und zur Dauer des Besuchs einer Integrationsklasse aber doch festhalten, dass man mit Sonderstrukturen eigentlich keine Integration von Schülerinnen und Schülern aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich bewirken kann. Mit Sonderstrukturen kann nicht integriert werden. Die eigentliche Integration kann nur in der Regelklasse unter Schweizer Schülern und Schülerinnen stattfinden. In den neuen Integrationsklassen werden aber Voraussetzungen geschaffen, um später erfolgreich eine Integration in den Regelstrukturen zu starten. Deshalb sollte der Zweck dieses Einführungsjahrs vor allem die Vermittlung von Deutschkenntnissen und hiesiger Werte sein. Das unterstützt den späteren Integrationsprozess. Mit den neuen Sonderstrukturen darf auch der Beginn der Integration in den Regelstrukturen nicht allzu weit herausgezögert werden, weshalb die Dauer eines Jahres nur in Ausnahmefällen überschritten werden darf.

**Jürg Messmer** hält fest, dass sich die SVP-Fraktion beim vorliegenden Geschäft einig ist: Es braucht Massnahmen, um die Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich angemessen zu unterrichten. Die heutige Situation ist unbefriedigend, sowohl für die Asyl- und Flüchtlingskinder als auch für die bereits hier wohnhaften

Kinder. Wenn einer bestehenden Schulklasse Kinder zugewiesen werden, welche die deutsche Sprache nicht oder nur ungenügend beherrschen, wird die Qualität des Unterrichts beeinträchtigt, und für die Lehrpersonen und die Schüler entsteht eine schwierige, eigentlich unakzeptable Situation. Mit dem vorliegenden Beschluss wird eine gute Lösung angestrebt. Die Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingswesen werden in Zukunft in einer Integrationsklasse separat beschult. Das Hauptziel in dieser Klasse muss sein, dass die Kinder so rasch als möglich die deutsche Sprache lernen, um danach in eine Regelklasse integriert zu werden. Leider werden im vorliegenden Entwurf Ziel und Zweck des Kantonsratsbeschlusses mit keinem Wort erwähnt. Daher wird die SVP-Fraktion bei § 1 den **Antrag** auf folgende Ergänzung stellen: «Sinn und Zweck der Integrationsklasse ist das Erlernen der deutschen Sprache und das Heimischwerden mit der hiesigen Kultur.» Mit dieser Ergänzung wird gewährleistet, dass das oberste Ziel der Integrationsklasse das Erlernen der deutschen Sprache ist. Dass auch Mathematik oder Mensch und Umwelt unterrichtet werden, ist für die SVP eine Selbstverständlichkeit, dies jedoch immer mit dem Hauptziel vor Augen: dem Erlernen der deutschen Sprache.
Den Antrag der Bildungskommission zu § 2, den monatlichen Beitrag an die Standortgemeinde von 15'000 um 5000 auf 20'000 Franken zu erhöhen, lehnt die SVP ab. Sie ist der Meinung, dass 15'000 Franken pro Monat ausreichen müssen, um die Standortgemeinde zu unterstützen. Es muss ja nicht eine Zuger Luxuslösung angestrebt werden. Im Teil IV stellt die SVP-Faktion den **Antrag** auf einen neuen Absatz mit folgendem Wortlaut: «Der Kantonsratsbeschluss ist befristet bis 31. Juli 2019.» Niemand kann heute nämlich garantieren, dass die vorliegende Lösung wie gewünscht funktioniert. Ebenso weiss niemand, ob sich die heutige Situation im Asyl- und Flüchtlingsbereich auf die eine oder andere Art verändert. Selbstverständlich kann der Regierungsrat, wenn sich das vorliegende Modell bewährt hat, wieder beim Kantonsrat vorstellig werden und eine Verlängerung beantragen.
Abschliessend bringt der Votant noch einen **Antrag** der SVP-Fraktion auf eine weitere Ergänzung in Teil IV an. Diese lautet: «Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat nach dem abgeschlossenen zweiten Betriebsjahr der Integrationsklasse einen Zwischenbericht vorzulegen, in welchem er die Erkenntnisse zur Integrationsklasse ausweist.» Nur so kann der Kantonsrat nämlich entscheiden, ob der eingeschlagene Weg richtig ist.

**Peter Letter** dankt namens der FDP-Fraktion der Regierung für die zügige Erarbeitung und Umsetzung dieser pragmatischen Lösung für ein dringliches Problem. Die FDP ist mit dem gewählten Ansatz zufrieden. Meistens verstreicht in der Politik sehr viel Zeit, bis ein Anliegen umgesetzt wird. Die Umgestaltung der Gesetzgebung zur Denkmalpflege zeigt – als anderes Beispiel – die Langsamkeit der Politik exemplarisch auf. Rekordschnell setzte sich dagegen die Idee durch, dass Asylkinder nicht sofort nach ihrer Ankunft in eine gemeindliche Schulklasse integriert werden sollten. Fünf Monate von der Motion bis zur Vorlage – das ist rekordverdächtig. Offensichtlich hat die Motion ein echtes Problem aufgezeigt.
Aus Sicht der FDP besteht das Hauptanliegen darin, die gemeindlichen Schulen von einer zu frühen Integration von Kindern aus dem Asylbereich zu entlasten. Denn eine zu frühe Integration beeinträchtigt die Unterrichtsqualität für die Schüler und Schülerinnen der Regelklassen, erhöht die Belastung der Lehrpersonen, erfordert einen hohen Einsatz von Heilpädagogen-Stunden, bringt enorme organisatorische Herausforderungen für die Schulen und führt zu hohen Zusatzkosten für die Gemeinden. Auch ist den Flüchtlingskindern besser geholfen, wenn sie zuerst in einer Integrationsklasse genügend Deutsch erlernen, die Schriftzeichen und Zahlen sowie die hiesigen Gegebenheiten besser kennen. Diese Anliegen werden nach

Ansicht der FDP mit dem vorliegenden Kantonsratsbeschluss erfüllt. Die Gemeinden bleiben weiterhin verantwortlich für die obligatorische Schulzeit. Die vorgeschlagene Finanzierung erachtet die FDP als richtig: Der Kanton bezahlt wie bereits jetzt die Normpauschale, die Gemeinden berappen den Rest solidarisch anteilig nach Anzahl Einwohner. Jene Gemeinden, die mehr Flüchtlingsfamilien unterbringen, dürfen nicht zusätzlich mit höheren Kosten bestraft werden. Die gewählte Solidarität ist korrekt. Damit das Konzept funktioniert, braucht es Standortgemeinden für die Integrationsklassen. Die FDP dankt der Stadt Zug, welche bereits in Vorleistung gegangen ist.
Die Bildungskommission hat sich fundiert mit der Kostenentschädigung auseinandergesetzt. Es braucht eine ausreichende, aber nicht zu hohe Entschädigung an die Standortgemeinde. Der FDP-Fraktion scheint der Betrag von 20'000 Franken pro Monat, wie ihn die Kommission beantragt, richtig zu sein. Auch ist die Kostenneutralität für den Kanton gewährleistet.
Die Motion verlangte eine Lösung für die Flüchtlingskinder aller Stufen der obligatorischen Schulzeit, also auch für die Sekundarstufe I. Die Primarstufe ist mit dem vorliegenden Vorschlag gut abgedeckt. Damit das Postulat aber als erledigt abgeschrieben werden kann, müssen auch die anderen Stufen funktionieren. Der Kommissionsbericht stellt die Lösungen für die Kindergarten- und Sekundarstufe gut dar. Die FDP trägt diese mit. Auch für die Sekundarstufe wird auf bestehende Strukturen zurückgegriffen. Die Gefässe der Brückenangebote passen hier. In einem Bereich drückt der Schuh aber noch: Wird das Amt für Brückenangebote in der Lage sein, bei Bedarf genügend Kapazitäten bereitzustellen? Es sollte nicht dazu kommen, dass die Gemeinden hier auflaufen und lange Wartelisten geführt werden müssen. In der Bildungskommission bestätigt der Leiter des Amts für Brückenangebote, dass dies gewährleistet werden könne. Im Bericht fehlt diese Aussage leider. Zwar wurde sie von der Präsidentin der Bildungskommission in ihrem Votum ergänzt, etwas mehr Klarheit wäre hier aber gut, beispielsweise in Form eines kurzen Berichts des Regierungsrats auf die zweite Lesung oder eines entsprechenden Regierungsratsbeschlusses. Der vollen Abschreibung des parlamentarischen Vorstosses kann die FDP nur zustimmen, wenn hierzu eine ausreichend verbindliche Aussage vorliegt.
Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und spricht sich einstimmig für den Kantonsratsbeschluss aus. Sie unterstützt ebenfalls einstimmig den von der vorberatenden Kommission beantragten höheren Betrag von 20'000 Franken pro Monat für die Standortgemeinde.

**Daniel Stadlin** teilt mit, dass die GLP die Intention unterstützt, von den Gemeinden gemeinsam finanzierte Integrationsklassen auf Primarstufe für Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich zu schaffen. Grundsätzlich sind die Gemeinden für alle Kinder und Jugendlichen im Alter der obligatorischen Schulzeit zuständig. Darum ist es angebracht, die über die Normpauschale hinausgehenden Kosten den Gemeinden zu belasten. Diese entsprechend der ständigen Wohnbevölkerung anteilmässig auf die elf Gemeinden zu verteilen, ist methodisch richtig und auch gerecht. Sie nun aber – wie von der Regierung vorgeschlagen – nicht voll abzugelten und der Standortgemeinde damit Restkosten von jährlich ca. 60'000 Franken aufzubürden, ist nicht einsichtig und widerspricht dem im Gesetz festgehaltenen Grundsatz, dass die Einwohnergemeinden die Integrationsklassen gemeinsam finanzieren. Die GLP findet es deshalb unerlässlich, sämtliche Kosten anteilmässig auf die elf Gemeinden zu verteilen und die monatliche Vergütung von 15'000 auf 20'000 Franken zu erhöhen. Gerne nimmt die GLP zudem zur Kenntnis, dass die anfallenden Koordinationsaufgaben mit den bestehenden Ressourcen bewältigt werden können

und mit keinen neuen Kosten seitens des Kantons zu rechnen ist. Die Grünliberalen sind für Eintreten und werden der Vorlage mit der Anpassung der Bildungskommission zustimmen.

**Vroni Straub-Müller** legt ihre Interessenbindung offen: Sie ist Schulpräsidentin der Stadt Zug, wo seit vier Tagen – wie gehört – die Integrationsklasse geführt wird. Diese Aufgabe kann gelegentlich aber durchaus auch von einer anderen Gemeinde übernommen werden.
Die Votantin begrüsst den Beschluss, die Kinder im Vorschulalter in die Strukturen der Spielgruppen einzubinden, jene im Kindergartenalter in den Kindergarten einzuschulen und auf der Primarschulstufe Integrationsklassen für Kinder und Jugendliche aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich zu führen. Für die Beschulung auf der Sekundarstufe I sollen die Jugendlichen die kantonalen Angebote des I-B-A nutzen können. In diesem Bereich sind aber in der Tat noch Klärungen nötig. Die Votantin empfiehlt jedoch, diese Fragen nicht mit dem vorliegenden Kantonsratsbeschluss, der die Finanzierung auf der Primarschulstufe regelt, zu vermischen. Sie weiss, dass die Arbeitsgruppe Asyl diesbezüglich auf einem guten Weg ist. Sie erwartet einfach einen fairen Finanzierungsschlüssel, dies nicht nur zulasten der Gemeinden, denn damit würde wiederum die Stadt Zug bestraft, welche in der Unterkunft Waldheim am meisten unbegleitete minderjährige Asylsuchendende betreut.
Die Stadt Zug will mit der Integrationsklasse weder einen Gewinn erzielen noch einen Verlust machen. Sie muss die Kosten aber transparent ausweisen können und ist gegenüber ihren eigenen politischen Organen zur Rechenschaft verpflichtet. Sie ist bereits in eine grosse Vorleistung gegangen. Das ist okay und richtig, denn besondere Situationen bedürfen besonderer Massnahmen. Nach den eigenen Berechnungen belaufen sich die Vollkosten für eine Integrationsklasse auf der Primarschulstufe für die Stadt auf 240'000 Franken pro Jahr bzw. 20'000 Franken pro Monat. In diesem Betrag sind die Lohnkosten der Klassenlehrperson, die Sekretariatsarbeiten, die Dolmetscherdienste, das Mobiliar, die Hauswartung, das Material, die Miete etc. enthalten. Es sind nicht aus den Fingern gesaugte Zahlen, sondern Erfahrungswerte aus der Kleinklasse Deutsch. Und zu beachten ist, dass die genannten Kosten unabhängig davon anfallen, ob fünf, sieben, zwölf oder vierzehn Kinder betreut werden. Die Votantin ersucht den Rat deshalb, bei § 2 dem Antrag der Bildungskommission zuzustimmen.
Gegen die von der SVP beantragte Befristung des Kantonsratsbeschlusses hat die Votantin keine Einwände. Zum Antrag, in § 1 das Erlernen der deutschen Sprache als Kernaufgabe der Integrationsklasse festzuschreiben, hält sie fest, dass dieses Anliegen unbestritten ist. Genauso wichtig für eine erfolgreiche Integration ist aber die Vermittlung hiesiger Werte. Diese zwei Elemente sind für die Votantin gleichwertig. Gestern kamen zum Beispiel zwei Schüler nicht zum Unterricht in der Integrationsklasse, weil es regnete und man in ihrem Herkunftsland bei Regen nicht zur Schule geht; man geht dort nur zur Schule, wenn schönes Wetter ist. Wenn eine F/A-18 vorüberfliegt oder auf der Strasse ein Autoauspuff knallt, gehen Schüler zitternd unter dem Pult in Deckung und müssen dann eine oder zwei Stunden lang speziell betreut werden, bis sie wieder bereit für den Unterricht sind. Unter diesen Umständen zu verlangen, dass einfach die deutsche Sprache erlernt werden müsse, ist weit von der Realität entfernt.
Auch im Namen der Stadt Zug, welche die Führung der Integrationsklasse übernommen hat, ersucht die Votantin abschliessend den Rat, dem Antrag der Bildungskommission auf Erhöhung des Beitrags an die Standortgemeinde auf 20'000 Franken monatlich zuzustimmen.

**Andreas Hausheer** wurde im Vorfeld der heutigen Debatte von verschiedenen Mitgliedern von Gemeindeexekutiven auf dieses Geschäft angesprochen. Ein Punkt, auf den alle elf Gemeinden in ihren Vernehmlassungsantworten hinwiesen, ist noch ungeklärt: die Frage der Kindergartenstufe. Die Gemeinden fordern nicht, dass man diese Stufe ebenfalls zentral führt, sie fordern aber, dass – wie auf der Primarschulstufe – auch für die Finanzierung des Kindergartens ein Solidaritätsprinzip gelten soll. Denn auch auf der Kindergartenstufe generieren Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich für die betroffenen Gemeinden einen Mehraufwand. Die Gemeinden sehen deshalb nicht ein, weshalb das für die Primarschule unbestrittene Solidaritätsprinzip nicht auch für den Kindergarten gelten soll. Es ist klar, dass diese Frage nicht im jetzt zur Debatte stehenden Kantonsratsbeschluss geregelt werden soll, der Votant möchte aber von der Regierung wissen, ob und wie sich dieses Problems annehmen will bzw. ob es einen parlamentarischen Vorstoss braucht, damit dieses Anliegen aufgenommen wird.
Eine weitere Problematik ist – wie schon angesprochen – die Sekundarstufe I. Es gab diesbezüglich einen regen E-Mail- und Telefonverkehr, und mittlerweile sollte die Botschaft, dass es noch etwas zur Regelung der Verbindlichkeit braucht, auch beim Regierungsrat angekommen und auch dort unbestritten sein. Der Votant unterstützt daher die diesbezüglichen Fragen seiner Vorredner an den Regierungsrat. Er möchte nicht, dass der Kantonsrat in der zweiten Lesung hüftschussartig irgendeine Regelung hinzimmern muss.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** dankt für die Bereitschaft, auf das vorliegende Geschäft einzutreten. Er ist froh, dass die Stadt Zug, die bereits in Vorleistung gegangen ist, nicht im Stich gelassen wird. Zu den angekündigten Anträgen wird er sich in der Detailberatung äussern.
Wie verschiedentlich erwähnt, wurde die zur Debatte stehende Vorlage sehr zügig erarbeitet. Dazu brauchte es auch den Beitrag der Gemeinden, denen vor den Sommerferien eine Kürzestvernehmlassung zugemutet wurde. Auch die Bildungskommission musste kurzfristig Sitzungen ansetzen, um die Vorlage durchzuberaten, und nicht zuletzt musste auch die Bildungsdirektion, allen voran der Generalsekretär und die neue Leiterin des Amts für gemeindliche Schulen, unter Zeitdruck verschiedene Dokumente erstellen. Der Bildungsdirektor dankt allen bestens für ihre Arbeit, und speziell dankt er der Stadt Zug für ihre Vorleistung. Es ist ein Privileg, wenn der Rat heute über ein Geschäft beraten kann, das dank dem Mut und der Tatkraft der Stadt Zug eigentlich schon der Lösung zugeführt ist. Es ist dem Bildungsdirektor wichtig, dies hier festzuhalten.
Die grösste Knacknuss in der vorliegenden Frage scheint das Brücken-Integrations-Angebot zu sein. Von verschiedener Seite wurde die Verbindlichkeit angemahnt, und es steht die Frage im Raum, wie diese mit den Gemeinden geklärt wird. Nach Aussage des Volkswirtschaftsdirektors soll die Verbindlichkeit nicht gesetzlich, sondern vertraglich geregelt werden. Der Vertrag liegt im Entwurf vor und wird den Gemeinden vorgelegt, wenn der Kantonsratsbeschluss verabschiedet ist. Und es sind keine materiellen Hürden vorgesehen, welche zu einer Abweisung von Sekundar-I-Jugendlichen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich führen könnten. Dass es keine Abweisungen geben wird, hat Heinz Amstad, der Leiter des Amts für Brückenangebote, per E-Mail verschiedenen Kantonsrätinnen und -räten bestätigt. Es heisst dort: «Schülerinnen und Schüler der Sek I werden wir nicht ablehnen. Unsere Erwartung ist aber, dass die Gemeinde bei der Triage Soziale Dienste Asyl - Gemeinde - I-B-A genau hinschaut, ob das I-B-A die optimale Lösung ist. Es gibt ja auch die Möglichkeit, das Kind in die sechste Primarklasse oder in die reguläre Oberstufe zu integrieren.» Es geht also um diese Schnittstelle, die primär von Alter her bestimmt

ist: Besteht die Perspektive, die gemeindliche Oberstufe ab der ersten Klasse zu durchschreiten, oder ist das Kind bzw. der Jugendliche schon zu alt und damit besser am I-B-A aufgehoben? Diese Triage – es sei wiederholt – ist wichtig. Zur Frage, ob das I-B-A zeitgerecht genügend grosse Kapazitäten aufbauen könne, hat der Amtsleiter in der Bildungskommission speziell drei Punkte erwähnt:
• Das Angebot ist gut skalierbar und kann kontinuierlich aufgebaut werden. Es gibt keine sprungfixen Klassengrössen, die im Weg stünden.
• Es ist aber in erster Linie eine Frage des Mengengerüsts. So lange nicht zu viele Jugendliche kommen – drei bis fünf auf der Sek-I-Stufe – braucht es das erwähnte Basisjahr nicht. Diese Kapazität ist im regulären Angebot noch vorhanden.
• Es ist auch eine Frage der Ressourcen: Der Ausbau eines kantonalen Angebots kostet Geld. Hier kann sich allenfalls – bei einem sich aus dem Bedarf ergebenden Ausbau – eine Budgetüberschreitung abzeichnen. Das möchte der Bildungsdirektor schon an dieser Stelle zur Kenntnis bringen – und anmerken, dass auch im Bildungsbereich nichts gratis ist.
Bezüglich Kindergarten steht glücklicherweise nicht die Frage im Raum, ob die Gemeinden die Situation pädagogisch bewältigen können. Das haben die Rektoren und Schulpräsidenten immer zugesichert, man kann also dezentral agieren. Da keine zentrale Klasse gebildet wird, kann die Finanzierung nicht nach dem im Kantonsratsbeschluss vorgesehenen *meccano* erfolgen. Der Bildungsdirektor wird das von Andreas Hausheer angesprochene Anliegen auf die zweite Lesung hin prüfen, ist aber froh, wenn es nicht heute in den Kantonsratsbeschluss hineingewürgt wird.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

**Jürg Messmer** hält namens der SVP-Fraktion fest, dass der Erlass nur dann einen Sinn bekommt, wenn der Zweck der Integrationsklassen definiert wird. Andernfalls wird einfach beschlossen, dass es eine Integrationsklasse für Asyl- und Flüchtlingskinder geben soll. Was dort aber unterrichtet wird, wird mit keinem Wort erklärt oder begründet. Es ist deshalb zwingend notwendig, eine entsprechende Ergänzung einzufügen: Es geht in der Integrationsklasse darum, die deutsche Sprache und die hiesige Kultur kennenzulernen. Um das Beispiel von Vroni Straub-Müller aufzunehmen: Man muss diesen Kindern erklären, dass die Luftwaffe in der Schweiz oder eine Fehlzündung in einem Auspuff keine Gefahr bedeuten. Der Votant bittet daher, den im Eintretensvotum formulierten Ergänzungsantrag zu unterstützen.

Kommissionspräsidentin **Silvia Thalmann** hält fest, dass die Bildungskommission – wie im Kommissionsbericht festgehalten – über dieses Anliegen ebenfalls diskutierte. Sie hat schliesslich nicht über einen konkret ausformulierten Antrag, sondern über den Grundsatz abgestimmt. In der Diskussion zeigte sich nämlich, wie schwierig es ist, den Zweck so zu definieren, dass er der Situation wirklich gerecht wird. Vroni Straub-Müller hat aufgezeigt, mit welchen Problemen die Pädagogen und Lehrpersonen bei der Schulung von Asyl- und Flüchtlingskindern konfrontiert sind – und Politiker haben oft die Tendenz, etwas zu regeln, wovon sie keine wirkliche Ahnung haben. Die Kommissionspräsidentin empfiehlt deshalb dringend, auf einen Zweckartikel zu verzichten und die Vorlage als reinen Finanzierungserlass zu belassen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass Thomas Meierhans die vorliegende Frage auf den Punkt gebracht hat: Die Integration geschieht in der Regelklasse. Zweck der Integrationsklasse – auf einen kurzen Nenner gebracht – ist es, die Kinder schulbereit zu machen, die Voraussetzungen für den Besuch der Regelklasse zu schaffen und damit auch die Regelklassen zu entlasten. So wird der Zweck der Integrationsklassen auch im regierungsrätlichen Bericht ausgeführt. Die Umschreibung des Zwecks wurde nicht in den Kantonsratsbeschluss aufgenommen, weil dieser nur die solidarische, gemeinsame Finanzierung dieses Angebots durch die Gemeinden regelt. Mit der zusätzlichen Umschreibung des Zwecks würde der Kantonsratsbeschluss an Klarheit und Schlankheit verlieren. Dieses Argument ist zugegebenermassen etwas akademisch, und der Erlass würde seinen Zweck natürlich auch mit der beantragten Ergänzung nicht verlieren. Man macht mit der Ergänzung also nichts kaputt, der Erlass wäre legislatorisch aber etwas weniger schön. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, den Ergänzungsantrag abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt den Ergänzungsantrag der SVP-Fraktion mit 44 zu 25 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 2*

**Beat Iten** ist Gemeinderat und Schulpräsident von Unterägeri. Seine Gemeinde war in den letzten Jahren durch die Integration von Kindern aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich sehr stark belastet. Die Schulung dieser Kinder ist mit grossem Aufwand verbunden: mit Intensivdeutschkursen, mit heilpädagogischer und teilweise sonderpädagogischer Betreuung, nicht selten beinahe mit einer 1:1-Betreuung. Die Betreuung ist mit einem Sonderschulsetting vergleichbar.
Der Kanton stellt sich bei der Finanzierung auf den Standpunkt, dass die Gemeinden grundsätzlich für das Volksschulwesen zuständig sind. Dies stellt niemand in Frage oder will daran rütteln. Bei der Integrationsklasse entstehen jedoch Kosten, die weit über den Kosten der Regelklasse liegen, vergleichbar mit den Kosten einer Sonderschulung. Bei der Regelung mit dem Stichtag 15. November für die Ausrichtung der Normpauschale bezahlt der Kanton zudem gar nichts, wenn ein Schüler nach diesem Stichtag in die Integrationsklasse eintritt und im folgenden Sommer in die Regelklasse wechselt. Es scheint dem Votanten daher gerechtfertigt, bei der Integrationsklasse nicht den Tarif der Regelklasse anzuwenden, sondern dass sich der Kanton hier analog zur Sonderschulung an den Mehrkosten beteiligt. Er stellt im Namen der SP-Fraktion daher den bereits in der Kommission diskutierten und dort knapp abgelehnten **Antrag,** dass sich der Kanton analog zur Sonderschulung mit einem Beitrag von 50 Prozent an den Kosten der Integrationsklasse beteiligt.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass es der Regierungsrat bei der Normalpauschale belassen will. Zum einen sind die Gemeinden für den Volksschulbereich zuständig, wobei sich der Kanton mit der Normpauschale beteiligt. Bei deren Einführung wurden seinerzeit auch die schwierigen Kinder und Klassen mitberechnet, die Normpauschale deckt also entgegen einer weit verbreitetet Meinung nicht nur die Regelklassen, sondern auch die Kleinklassen ab. An dieser grundsätzlichen Zuständigkeit der Gemeinden für die Volksschule soll festgehalten werden. Dabei stiehlt sich der Kanton keineswegs aus der Verantwortung heraus. Er leistet die Normpauschale unabhängig davon, ob das Kind aus dem Asylbereich in der Regelklasse beschult werden kann oder der Integrationsklasse zugewiesen wird. Der Kanton entlastet sich also nicht, er möchte aber auch nicht zusätzlich belastet werden. Im Weiteren ist daran zu erinnern, dass der Kanton 2009 die finanzielle Zuständigkeit für den gesamten Asylbereich übernommen hat – mit Ausnahme der Schulkosten. Und wie dem regierungsrätlichen Bericht zu entnehmen ist, trägt der Kanton mit der Bundespauschale auch zusätzliche Leistungen für Kinder in der Integrationsklasse; zu erwähnen sind der Mittagstisch oder die Randzeitenbetreuung. Es ist also beileibe nicht so, dass der Kanton nicht auch in der Pflicht stünde. Die grundsätzliche Zuständigkeit der Gemeinden für die Volksschule hat sich aber bewährt.
Zum anderen geht es auch um die Frage der Anreize. Wenn sich der Kanton nur bei den Kindern und Jugendlichen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich finanziell über die Normpauschale hinaus engagiert, schafft man einen gewissen Anreiz, die Kinder in die Integrationsklasse zu schicken, auch wenn das pädagogisch nicht unbedingt notwendig wäre. Das wäre für die Kinder schlecht, und es wäre für den Kanton schlecht. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, dem auch von der Bildungskommission unterstützen Antrag des Regierungsrats zu folgen.

➔ Der Rat genehmigt mit 48 zu 12 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs.3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Bildungskommission beantragt, die monatliche Vergütung an die Standortgemeinde von 15'000 Franken auf 20'000 Franken zu erhöhen. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag nicht an.

➔ Der Rat genehmigt mit 45 zu 22 Stimmen den Antrag der Bildungskommission.

*§ 3*
*§ 4*
*§ 5*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen)
**Teil III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens)

**Jürg Messmer** erinnert daran, dass er namens der SVP-Fraktion den Antrag gestellt hat, den vorliegenden Beschluss auf drei Jahre, also bis zum 31. Juli 2019, zu befristen. Man wird dannzumal drei Schuljahre Erfahrung haben – und man weiss nicht, wie es in zwei oder drei Jahren im Flüchtlingswesen aussieht. Er bittet deshalb, der beantragten Befristung zuzustimmen.
Im Weiteren hat die SVP-Fraktion den Antrag auf einen Zwischenbericht nach dem zweiten Betriebsjahr gestellt. Nur mit einem solchen Bericht kann der Kantonsrat dereinst darüber befinden, ob eine Weiterführung des vorliegenden Beschlusses sinnvoll ist oder nicht. Vielleicht kommen die Regierung oder die Gemeinden dann zum Schluss, dass man den falschen Weg gewählt hat, und schlagen eine bessere Lösung vor. Der Votant bittet deshalb, auch den Antrag auf einen Zwischenbericht zu unterstützen.

**Vroni Straub-Müller** findet die Befristung nicht nötig. Sollte sich die Idee der Integrationsklasse als Flop erweisen und sollten in einem halben Jahr nur noch drei Schülerinnen und Schüler diese Klasse besuchen, wird man das Angebot selbstverständlich sofort wieder aufgeben. Wenn aber viele Gemeinden Kinder in die Integrationsklasse schicken, dann wird man dieses Angebot nicht einfach kappen. Mit dem Zwischenbericht ist die Votantin einverstanden, auch wenn er mehr Bürokratie bedeutet. Es dürfte aber für alle Beteiligten interessant sein zu erfahren, wie die Integrationsklasse läuft.

**Silvia Thalmann,** Präsidentin der Bildungskommission, hält fest, dass in der Kommission nicht detailliert über eine Befristung diskutiert wurde. Mit dem Beschluss, dass sich der Kanton finanziell nur mit der Normpauschale beteiligt, tragen die Gemeinden nicht nur die Verantwortung, sondern auch den grösseren Teil der Kosten. Und wenn sie zum Schluss kommen, dass dieses Angebot nicht mehr sinnvoll ist, werden sie von sich aus aktiv werden. So wurde in der Kommission argumentiert, eine eigentliche Empfehlung kann die Votantin aber nicht abgeben.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass mit der beantragten Befristung eine Art *Sunset Legislation* Einzug halten würde, wogegen sich die Regierung schon verschiedentlich ausgesprochen hat. Letztes Beispiel dafür war das Kinderbetreuungsgesetz, das in der letzten Legislatur nach einem auf drei Jahre befristeten Status unbefristet verlängert wurde. Der Bildungsdirektor bittet, auch im vorliegenden Fall dem Prinzip von unbefristeten Erlassen zu folgen. Eine Befristung ist – wie es schon gesagt wurde – unnötig. Die Aufhebung des Erlasses ist jederzeit möglich, die Initiative kann von den Gemeinden kommen. Und wenn sich das Modell bewährt, wäre eine Befristung letztlich eine unnötige Belastung des Parlamentsbetriebs. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, den Antrag abzulehnen.

**Jürg Messme**r hält fest, dass es doch dem Kantonsrat überlassen ist, ob er seinen Beschluss befristen will oder nicht. Die Regierung kann dem Parlament zeitgerecht wieder einen entsprechenden Antrag vorlegen, wenn sich der heutige Beschluss bewährt. Der Votant geht jede Wette ein, dass die Integrationsklasse bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag weitergeführt wird, wenn der Beschluss nicht befristet wird. Für die Gemeinden spielt es keine Rolle, ob fünf oder zehn Kinder diese Klasse besuchen, denn sie sind sowieso verpflichtet, ihren Beitrag zu bezahlen. So hat Neuheim im Moment keine Asylbewerber, muss sich aber ebenfalls an den Kosten beteiligen. Mit einer Befristung verbaut man sich nichts. Aufgrund des Zwischenberichts wird der Kantonsrat entscheiden können, ob die Integrationsklasse weitergeführt wird oder nicht.

**Manuel Brandenberg** macht ein Fragezeichen hinter die Strategie des Regierungsrats, sich grundsätzlich gegen eine *Sunset Legislation* zu stellen. Gerade vor dem Hintergrund des Sparprogramms kann eine *Sunset Legislation* durchaus Sinn machen, ist man doch, wenn der Ablauf des Gesetzes droht, dazu gezwungen, dessen weitere Notwendigkeit zu überprüfen.

➔ Der Rat stimmt der Befristung des vorliegenden Erlasses bis zum 31. Juli 2019 mit 38 zu 27 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf einen Zwischenbericht nach dem zweiten Betriebsjahr mit 43 zu 23 Stimmen zu.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Der **Vorsitzende** informiert, dass die zweite Lesung am 24. November 2016 stattfindet. Damit werden einerseits die Vorgaben von § 72 Abs. 3 Ziff. 1 und Abs. 4 GO KR eingehalten, anderseits wird die fristgerechte Einreichung von Anträgen auf die zweite Lesung gemäss § 73 Abs. 1 GO KR ermöglicht. Das Ergebnis der ersten Lesung erhalten die Ratsmitglieder spätestens am zwanzigsten Tag vor der zweiten Lesung per E-Mail zugestellt; mit diesem Vorgehen ist § 72 Abs. 6 GO KR eingehalten.

TRAKTANDUM 9

**595 Änderung des Rechtsstellungsgesetzes, des Personalgesetzes und der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Abgangsentschädigungen: 2. Lesung**

Vorlagen: 2639.3 - 15249 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 2639.4 - 15283 (Antrag der SVP-Fraktion zur 2. Lesung); 2639.5 - 15294 (Antrag von Alois Gössi zur 2. Lesung); 2639.6 - 15295 (Antrag von Andreas Hausheer und Alois Gössi zur 2. Lesung); 2639.7 - 15296 (Antrag von Andreas Hausheer zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft auch Obergerichtspräsident Felix Ulrich. Er weist einleitend auf eine Besonderheit hin: Bei § 7 Abs. 1a hat Alois Gössi namens der SP-Fraktion beantragt, statt der kompletten Löschung – wie von der Staatswirtschaftskommission vorgeschlagen – den folgenden Wortlaut aufzunehmen: «Die Abgangsentschädigung entfällt mit dem Bezug einer Pensionskassenrente.» Diesem Antrag hat der Kantonsrat mit 45 zu 16 Stimmen zugestimmt. Dabei wurde übersehen, dass genau diese Formulierung schon in § 7 Abs. 2, der nicht Teil der Revision war, steht. So ergab sich, dass in § 7 Abs. 1a und in § 7 Abs. 2 exakt dasselbe steht. Die Finanzdirektion hat diese Redundanz erkannt und den neuen § 7

Abs. 1a nicht in das Ergebnis der ersten Lesung aufgenommen. Der Landschreiber hat die Redaktionskommission gebeten, die Nichtaufnahme von § 7 Abs. 1a gutzuheissen. Die Redaktionskommission war damit einverstanden.
Auf die zweite Lesung sind die folgenden Anträge eingegangen:
- Anträge der SVP-Fraktion zu § 7 Rechtsstellungsgesetz und zu § 27 Personalgesetz;
- Antrag von Alois Gössi zu § 27 Abs. 1 Personalgesetz;
- Anträge von Andreas Hausheer und Alois Gössi zu § 7 Abs. 4 Rechtsstellungsgesetz und § 27 Abs. 5 Personalgesetz
- Anträge von Andreas Hausheer zu § 7 Abs. 1 Rechtsstellungsgesetz und § 27 Abs. 1 Personalgesetz

***Rechtsstellungsgesetz***

*§ 7 Abs. 1*

**Andreas Hausheer** stellt fest, dass zur Frage von Abgangsentschädigungen nun vier Möglichkeiten zur Auswahl stehen:
- Variante der ersten Lesung: Alle kriegen etwas.
- Variante der SVP-Fraktion: Niemand kriegt etwas.
- Variante Gössi: die Richter so, der Regierungsrat anders.
- Variante Hausheer.

Mit seinem eigenen Antrag versucht der Votant eine etwas differenziertere Betrachtungsweise einzubringen, nämlich ob das Ausscheiden aus dem Amt freiwillig oder unfreiwillig erfolgte. Diesem Unterschied soll bei der Beurteilung der Frage, ob eine Abgangsentschädigung gerechtfertigt ist oder nicht, ebenfalls Rechnung getragen werden. Die Regelung, welche der Votant nun eingebracht hat, wurde übrigens bereits vom Regierungsrat in seiner Beantwortung verschiedener parlamentarischer Vorstösse im April 2014 vorgeschlagen.
Im Sinne einer pragmatischen, differenzierten Lösung unterstützt die CVP-Fraktion den Antrag Hausheer grossmehrheitlich.

**Manuel Brandenberg** dankt Andreas Hausheer im Namen der SVP-Fraktion für seinen Antrag. Die SVP hat in der ersten Lesung praktisch denselben Antrag gestellt, dieser wurde vom Rat und auch von der CVP verworfen. Die SVP freut sich natürlich, dass ihr Antrag nun nochmals zur Abstimmung kommt, und sie wird ihm natürlich zustimmen. Der Votant möchte aber zu bedenken geben, dass der Rat sachlich politisieren und den Inhalt, nicht den Absender, ins Zentrum stellen sollte.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** äussert sich summarisch zu allen Anträgen auf die zweite Lesung. Sie hat in der ersten Lesung detailliert erklärt, dass nach Meinung der Stawiko die Abgangsentschädigungen vereinheitlicht werden sollten. Dem Behördenmitglied soll die Chance gegeben werden, sich bis zum Ende seiner Amtszeit voll und ganz zum Wohl des Kantons einzusetzen. Die Stawiko ist der Ansicht, dass damit der Kanton auch seine Verantwortung als Arbeitgeber wahrnimmt. Die Stawiko hat die Anträge auf die zweite Lesung in einer Kurzsitzung heute Morgen beraten. Die Votantin dankt der Staatskanzlei für die übersichtliche Synopse; beim Antrag Gössi fehlt nach Ansicht der Stawiko allerdings ein Satz, was für das jetzige Votum allerdings nicht relevant ist. Die Staatswirtschaftskommission vertritt zu den Anträgen auf die zweite Lesung die folgende Haltung:

• Bei § 7 Abs. 1 folgt sie dem Antrag von Andreas Hausheer. Die Stawiko will nun doch nicht mit der Giesskanne Abgangsentschädigungen ausrichten, sondern nur bei einer unverschuldeten Nichtwiederwahl.
• Bei § 7 Abs. 4 folgt sie dem Antrag Hausheer/Gössi. Zwar weicht die neue Formulierung inhaltlich von ihrem Vorschlag gemäss erster Lesung ab, die Stawiko ist heute aber zur Überzeugung gelangt, dass der genannte Antrag klipp und klar ist und einen einfachen Vollzug gewährleistet.
• Den Antrag der SVP-Fraktion, § 7 gänzlich zu streichen, lehnt die Stawiko ab.
• Bei § 27, wo es um die Richterinnen und Richter geht, ist die Haltung der Stawiko kongruent mit jener zu § 7: Bei Abs. 1 unterstützt sie den Antrag Hausheer, bei Abs. 5 folgt sie wiederum dem Vorschlag Hausheer/Gössi, und konsequenterweise lehnt sie auch in Zusammenhang mit den Richterinnen und Richtern den Streichungsantrag der SVP-Fraktion ab.

**Alois Gössi** spricht gleich zu allen Anträgen. In der ersten Lesung beschloss der Rat sehr knapp, dass bei der Abgangsentschädigung an Regierungsräte und Richter erst eine Rückzahlung erfolgen soll, wenn das neue Einkommen inkl. Abgangsentschädigung von sechs Monaten ein Jahresgehalt überschreitet. Hier wird die Abgangsentschädigung von sechs Monatsgehältern mit einem Jahreseinkommen verglichen.
Ziel der Regelung sollte sein, dass ein Regierungsrat oder Richter während sechs Monaten eine Entschädigung in der Höhe seines vormaligen Gehalts erhält. Erzielt er während dieser Zeit ein neues, zusätzliches Einkommen, soll die Abgangsentschädigung um diesen Betrag gekürzt werden. Mit dem Antrag Hausheer/Gössi wird die Abgangsentschädigung von sechs Monatsgehältern an ein erzieltes Einkommen, sei es der Lohn an einer neuen Stelle oder Geld aus der Arbeitslosenversicherung, angerechnet. Die Bemessungsgrundlage zwischen der Bezahlung der Abgangsentschädigung von sechs Monatsgehältern und der Dauer der Anrechnung ist also gleich gross, was Sinn macht. Kurt Balmer wird einen konnexen Antrag stellen, dass die Arbeitslosengelder an die Abgangsentschädigung anzurechnen seien, auch wenn sie nicht geltend gemacht werden. Dem kann der Votant auch zustimmen. In diesem Sinne bittet er, dem Antrag Hausheer/Gössi zu folgen.
Ein zweiter Antrag des Votanten will, dass die Abgangsentschädigungen bei den Richtern nur noch ausbezahlt werden, wenn diese gegen ihren Willen vor Erreichen der Altersgrenze nicht wiedergewählt werden. Im Kanton Zug gibt es 21 vollamtliche Richter. Bei dieser grossen Zahl ist es normal, dass es ab und zu vorzeitige freiwillige Rücktritte gibt, beispielsweise beim Wechsel in eine selbständige Tätigkeit oder wegen der Berufung an ein höheres nationales Gericht. Der Votant ist klar der Meinung, dass in solchen Fällen keine Abgangsentschädigung bezahlt werden soll. Was vielleicht untergegangen ist: Die Richter haben schon heute keinen Anspruch auf eine Abgangsentschädigung, wenn sie freiwillig zurücktreten.
Während sich der Antrag Gössi nur auf die Richter bezieht, hat Andreas Hausheer sinngemäss den gleichen Antrag sowohl für die Regierungsräte als auch für die Richter eingereicht. Beide Antragsteller möchten bei einem freiwilligen Rücktritt von Richtern keine Abgangsentschädigung ausrichten. Beim Antrag Gössi fehlt jedoch – wie die Stawiko bemerkt hat – die Definition der Abgangsentschädigung, die in der ersten Lesung beschlossen wurde. In diesem Sinn macht der Votant beliebt, den Antrag Hausheer zu unterstützen, da er seinen eigenen Antrag ja nicht zurückziehen kann.
Die Frage, ob den Regierungsräten eine Abgangsentschädigung ausbezahlt werden soll oder nicht, war in der SP-Fraktion sehr umstritten. Schlussendlich sprach sich eine knappe Mehrheit dagegen aus.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** dankt der Stawiko für die Möglichkeit, sich zur Sache zu äussern. Es ist den Gerichten ein Anliegen, dass die vom Volk gewählten Behördenmitglieder bezüglich einer allfälligen Abgangsentschädigung gleich behandelt werden, wie immer diese im Detail aussieht. Der Antrag von Alois Gössi widerspricht diesem Grundsatz. Zu den übrigen Anträgen will sich der Obergerichtspräsident nicht äussern; man spricht ja – um eine Aussage des Landammanns in der ersten Lesung zu übernehmen – nicht gerne in die eigene Tasche.

**Silvia Thalmann** geht davon aus, dass sie den Rat kaum von ihrer Haltung wird überzeugen können, will es aber trotzdem versuchen. § 7 Abs. 1 Rechtsstellungsgesetz und § 27 Personalgesetz legen fest, *wer* eine Abgangsentschädigung erhält. Die Anträge auf die zweite Lesung sehen vor, dass dies nur bei unfreiwilligem Rücktritt geschehen soll. Die Votantin ist der Ansicht, dass man diesbezüglich grosszügiger sein und am Ergebnis der ersten Lesung festhalten sollte. In Abs. 4 hingegen sollte man strenger sein: Wenn jemand in einer neuen Tätigkeit – beispielsweise aufgrund einer Berufung – ein neues Einkommen erzielt oder aber – wie es Kurt Balmer vorschlagen wird – eine Arbeitslosenentschädigung bezieht, sollte man strenger sein. Es wird immer wieder mit der Privatwirtschaft verglichen. Wenn dort eine Kaderperson sich nach zwölf oder sechzehn Jahren beruflich neu orientiert, sucht man eine faire Lösung. Diese Personen lassen sich nicht vom RAV betreuen, sondern es wird ihnen zumindest teilweise ein *Outplacement* finanziert, braucht es doch eine gewisse Zeit, um eine neue Stelle zu finden. Man kann diesen Vergleich hier durchaus wagen, und die Votantin macht deshalb beliebt, in Abs. 1 am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten und in Abs. 4 strenger zu verfahren.

**Andreas Hausheer** möchte sich noch zu § 7 Abs. 4 äussern. Die erste Lesung verlief in diesem Punkt etwas seltsam, wurde da doch plötzlich von der Arbeitslosenversicherung etc. gesprochen, und der Votant kündete schon damals an, dass man auf die zweite Lesung hin mehr Klarheit schaffen werden müsse. Der Antrag Hausheer/Gössi wurde von der Finanzdirektion gegengelesen, aber nun wird Kurt Balmer einen noch klareren Vorschlag unterbreiten. Der Votant und auch die CVP-Fraktion werden den Antrag Balmer unterstützen.

➔ Der Rat genehmigt mit 47 zu 17 Stimmen den Antrag von Andreas Hausheer zu § 7 Abs. 1.

*§ 7 Abs. 4*

**Kurt Balmer** legt nun endlich seinen bereits mehrmals erwähnten Antrag vor. Er war an der ersten Lesung nicht anwesend und hat sich erst nachträglich anhand des Protokolls mit der Angelegenheit befasst. Insbesondere die Voten aus den Reihen der SVP-Fraktion haben ihn zum Schluss geführt, dass die Arbeitslosenentschädigung in die Lösung integriert werden sollte. Der Vorschlag Hausheer/Gössi beinhaltet das «erzielte Einkommen». Zwar gehört eine Arbeitslosenentschädigung auch zum Einkommen und wird mitberücksichtigt. Eine gewisse Problematik besteht aber darin, dass ein abtretendes Regierungsratsmitglied es für nicht statusgerecht halten könnte, stempeln zu gehen, und bewusst auf Gelder der Arbeitslosenversicherung verzichtet. Nach dem Vorschlag Hausheer/Gössi müsste in diesem Fall die Arbeitslosenentschädigung, auf die mutwillig verzichtet wurde, nicht berücksichtigt werden. Aus diesem Grund stellt der Votant ergänzend zum Antrag Hausheer/Gössi den konnexen **Antrag** auf folgende Formulierung einerseits bei § 7 Abs. 4 Rechtstellungsgesetz, andererseits bei § 27 Abs. 5 Personalgesetz: «Die

Abgangsentschädigung ist um ein erzieltes Einkommen *oder einen Anspruch gegenüber der Arbeitslosenversicherung* während 6 Monaten […].» Mit dieser Präzisierung ist davon auszugehen, dass der allfällige Arbeitslosenanspruch auf jeden Fall berücksichtigt wird. Natürlich könnte man noch weiter gehen und auch einen mutwilligen Verzicht auf Einkommen – beispielsweise mit der Abmachung mit dem neuen Arbeitgeber, die ersten sechs Monate unentgeltlich, die nächsten sechs Monate dann aber zum doppelten Lohn zu arbeiten – abdecken. So weit möchte der Votant aber definitiv nicht gehen, es soll nur der mutwillige Verzicht auf den Anspruch gegenüber der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden. In diesem Sinn bittet der Votant um Unterstützung für seine Ergänzung.

➔ Der Rat stimmt dem Ergänzungsantrag von Kurt Balmer mit 47 zu 19 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt dem gemäss Antrag Balmer ergänzten Antrag Hausheer/Gössi mit 62 zu 0 Stimmen zu.

**Oliver Wandfluh** stellt namens der SVP Fraktion den **Antrag**, § 7 komplett zu streichen. Der ursprüngliche Zweck der Abgangsentschädigung gemäss Art. 339b ff. OR war das Auffangen von arbeitnehmerischen Härtefällen eines Arbeitsverhältnisses. Gerade in Zeiten, in denen der Kanton den Gürtel finanziell enger schnallen muss und die Regierung in ihren Sparprogrammen von der Bevölkerung Zugeständnisse in Form von neuen Steuern sowie Steuer-, Gebühren- und Tariferhöhungen verlangt, findet es die SVP-Fraktion störend und vom Regierungsrat unsensibel, dass er nicht – wie für den Stadtrat von Zug und den Regierungsrat verschiedener Kantone bereits umgesetzt – ganz auf die nicht mehr zeitgemässe Abgangsentschädigungen verzichtet. Die vorgeschlagene Lösung ist eine ungerechtfertigte Bevorzugung von Personen, die ohnehin besser gestellt sind. Ungerechtfertigt ist sie auch mit Blick darauf, dass die Regierung aktuell im ganzen Kanton für die Zustimmung zum Sparprogramm 2 weibelt und in naher Zukunft dem Kantonsrat ein Sparprogramm 3 vorlegen wird, womit bei den Verwaltungsangestellten massiv gespart werden soll. Hier hätte sich die SVP-Fraktion gewünscht, dass die Regierung mit gutem Beispiel vorangeht. Es ist noch keine vier Monate her, seit der Kantonsrat das Sparprogramm 2 beriet, und die Voten der Regierungsratsmitglieder klingen dem Votanten noch jetzt in den Ohren: «Jeder muss seinen Beitrag leisten!» Der Votant war am Montag in Baar an der Informationsveranstaltung zum Sparpaket 2, und die erste Folie der regierungsrätlichen PowerPoint-Präsentation hat ihn im Zusammenhang mit der heute zur Diskussion stehenden Abgangsentschädigung doch sehr überrascht. Da stehen folgende Argumente für das Sparprogramm 2:

- Nötiges von Wünschbarem trennen.
- Nicht über den Verhältnissen leben.
- Sich nicht aus der Verantwortung stehlen.
- Alle Verwaltungseinheiten müssen sparen.
- Jeder muss seinen Beitrag leisten.

Letzteres ist der Lieblingsspruch des Votanten. Der Regierungsrat besteht aber – im Gegensatz zu seinen Ansprüchen an die Verwaltung und die Bevölkerung, die massive Einsparungen hinnehmen müssen – auf seiner Abgangsentschädigung. Bei sieben Regierungsräten geht es um eine Summe von knapp 2 Millionen Franken, die vom Steuerzahler berappt werden müssen. Der Votant kann versichern: Das versteht der normale Arbeitnehmer und Steuerzahler – also die Wählerschaft – nicht.
Wie gehört, kommt auch ein Regierungsrat in den Genuss von Arbeitslosenentschädigung. Sie beträgt im Falle der Regierungsräte das Maximum von 148'200

Franken im Jahr. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Zuger Steuerzahlers beträgt nicht die Hälfte davon. Die SVP-Fraktion ist der Meinung: So geht das nicht. Dem Votanten ist aus den letzten zwanzig Jahren kein Regierungsrat bekannt, der nicht vor seiner Pensionierung das Amt abgab, nicht direkt nach Bern berufen wurde oder nach seiner Regierungstätigkeit – ob bei freiwilligem Rücktritt oder bei Nichtwiederwahl – nicht direkt einen Job in der Privatwirtschaft angenommen hat. Es gibt also keinen vernünftigen Grund, die nicht mehr zeitgemässen goldenen Fallschirme, sprich Abgangsentschädigungen, aufrecht zu erhalten. Da der Regierungsrat aber nicht von sich aus bereit ist, seinen Beitrag zu leisten, sollte der Kantonsrat die Verantwortung übernehmen und die Courage haben, die unzeitgemässen Abgangsentschädigungen ganz zu streichen.
Die SVP-Fraktion appelliert an die Verantwortung des Kantonsrats gegenüber seinen Wählern und an seinen gesunden Menschenverstand und bittet den Rat, den Antrag auf Streichung der überrissenen und unzeitgemässen Abgangsentschädigungen zu unterstützen

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** möchte klarstellen, dass der Regierungsrat durchaus seinen Beitrag zum Sparprogramm leistet. Man kann auf Seite 7 des Stawiko-Berichts lesen, dass auf die zusätzlichen Sparbeiträge bei der Pensionskasse verzichtet wird, was im Entlastungsprogramm 2 mit 270'000 Franken zu Buche schlägt; welcher Betrag dabei auf das einzelne Regierungsratsmitglied entfällt, lässt sich nicht sagen, da die Sparbeiträge vom Alter etc. abhängig sind. Überschlagsmässig verzichtet aber jedes Mitglied des Regierungsrats mit dieser Vorlage auf 20 bis 25 Prozent seines Einkommens. Das sei auch zuhanden der Medienvertreter hier in aller Deutlichkeit festgehalten. Es trifft nicht zu, dass die Regierung sich selber nicht am Entlastungsprogramm beteiligt.

**Andreas Hostettler** kann die Argumentation von Oliver Wandfluh verstehen: Aus der Sicht eines einfachen Arbeitnehmers ist der zusätzliche Verdienst während sechs Monaten unverständlich. Man spricht hier aber nicht von einem einfachen Mitarbeiter, sondern vom Topkader. Der Regierungsrat führt einen grossen Betrieb mit vielen Mitarbeitern und trägt die finanzielle Verantwortung. Da braucht es auch eine Salärgestaltung, welche dieser Aufgabe entspricht und mit welcher die Regierungsratsmitglieder mit ihrem Können und ihren Fähigkeiten auch in einem privatwirtschaftlichen Betrieb rechnen könnten. Ein Spitzenmitarbeiter arbeitet auch dort nicht zum Lohn einen Hilfsarbeiters, sondern verlangt ein angemessenes Salär, andernfalls wird er die Stelle nicht annehmen. Man muss also die Relation beachten: Es geht hier um das Topkader, nicht um einfache Mitarbeiter. Der Votant empfiehlt deshalb auch im Namen der FDP-Fraktion, den Antrag der SVP abzulehnen.

Es ist nicht so, dass **Oliver Wandfluh** irgendjemandem die vorgeschlagene Lösung missgönnen würde, aber sie ist einfach nicht mehr zeitgemäss. Ein Regierungsrat, der vier Jahre im Amt ist, verdient in dieser Zeit knapp 1,2 Millionen Franken; in acht Amtsjahren ist es das Doppelte. Dieser Verdienst müsste doch eigentlich auch für den Fall reichen, dass er keinen unmittelbaren beruflichen Anschluss findet und 148'000 Franken Arbeitslosenentschädigung erhält.

Für **Esther Haas** ist es ein Anliegen, eine Lanze für die Arbeit der Regierung zu brechen. Mit einem jährlichen Einkommen von 280'000 Franken ist ein Mitglied des Regierungsrat nicht überbezahlt. Und es hier um eine Abgangsentschädigung bei einem unfreiwilligen Rücktritt, also bei einer Nichtwiederwahl. Eine solche Entschädigung ist gerechtfertigt.

**Thomas Lötscher** hält fest, dass Anträge auf die zweite Lesung ein gewisses Risiko in sich tragen: In der ersten Lesung bespricht man die Vorlage als Ganzes, während in der zweiten Lesung oft Einzelanträge gestellt werden. Der Vorschlag einer Abgangsentschädigung steht in klarem Zusammenhang mit der Idee, bei Abgängen von Regierungsräten eine Situation zu schaffen, wie man sie auch in der Privatwirtschaft kennt. Dort arbeitet man auf dieser Stufe mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten. Insofern war auch die Präzisierung von Alois Gössi und Andreas Hausheer richtig und wichtig. Man will also in die bestehenden Systeme einen Mechanismus einbauen, dass der Lohn während sechs Monaten weiterbezahlt wird. Das ist richtig und fair – und es ist mit Blick auf die Privatwirtschaft vor allem auch zeitgemäss. Es besteht hier ein gewisses Risiko, dass die Diskussion in eine Neiddebatte abdriftet. Der Votant bittet, die ursprüngliche Absicht, die man mit der Abgangsentschädigung verfolgte, nicht aus den Augen zu verlieren.

Für Landammann **Heinz Tännler** haben die zwei letzten Votanten den Nagel auf den Kopf getroffen. Anlass für die zur Debatte stehende Vorlage waren drei parlamentarische Vorstösse, worin es auch um die Gleichbehandlung der vom Volk gewählten Behörden ging; die Regierung – das sei hier klar festgehalten – hat allen diesen Vorstössen zugestimmt.
Im vorliegenden Paragrafen geht es um die Situation, dass jemand unfreiwillig aus dem Amt scheidet – mit anderen Worten: Es geht um eine Kündigung. Dabei handelt es sich – wie schon gesagt wurde – um eine Stelle im Topkader, die sicherlich mit der Stelle eines Amtsleiters oder einer Amtsleiterin verglichen werden kann. Für Amtsleitende gilt gemäss Personalgesetz eine sechsmonatige Kündigungsfrist. Für das Topkader, also einen Regierungsrat, aber soll nun, wenn er nicht mehr gewählt wird und unfreiwillig aus dem Amt scheidet, gemäss Antrag der SVP eine Kündigungszeit von zwei Monaten gelten. Die Topkader sollen diesbezüglich also drei Mal schlechter gestellt werden als die ihnen unterstellten Amtsleitenden. Diese Überlegung möchte der Landammann im Namen des Regierungsrats hier doch noch platzieren.

➔ Der Rat lehnt die von der SVP-Fraktion beantragte komplette Streichung des bereinigten § 7 mit 46 zu 19 Stimmen ab.

***Personalgesetz***

*§ 27 Abs. 1*

**Alois Gössi** teilt mit, dass er seinen Antrag zu § 27 Abs. 1 zurückzieht und den Antrag von Andreas Hausheer unterstützt.

➔ Der Rat genehmigt mit 60 zu 0 Stimmen den Antrag von Andreas Hausheer.

*§ 27 Abs. 5*

Der **Vorsitzende** fragt den Rat, ob er damit einverstanden sei, dass die von Kurt Balmer beantragte Ergänzung analog zu § 7 Abs. 4 Rechtsstellungsgesetz in den Antrag Hausheer/Gössi integriert wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat stimmt dem gemäss Antrag Balmer ergänzten Antrag Hausheer/Gössi mit 64 zu 0 Stimmen zu.

**Oliver Wandfluh** teilt mit, dass die SVP-Fraktion ihren Antrag auf komplette Streichung von § 27 Personalgesetz zurückzieht. Er glaubt im Übrigen nicht, dass der eben gefällte Beschluss im Abstimmungskampf zum Sparpaket 2 hilfreich sein wird.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigen Vorlage mit 65 zu 1 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die folgenden parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vorliegen:
• Die erheblich erklärte Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz vom 16. April 2013 betreffend Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats (Vorlage 2243.1 - 14317) sei als erledigt abzuschreiben.
• Die teilweise erheblich erklärte Motion der Staatswirtschaftskommission vom 7. Oktober 2013 betreffend gleiche Abgangsentschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons (Vorlage 2303.1 - 14469) sei als erledigt abzuschreiben.
• Die teilweise erheblich erklärte Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi vom 10. März 2014 betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats (Vorlage 2373.1 - 14632) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die drei genannten Motionen stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**596** Traktandum 4.1: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend keinen Kostenvorschuss bei Kostenbefreiung**
Vorlage: 2668.1 - 15274 (Motionstext).

**Kurt Balmer** zeigt sich erstaunt darüber, dass die Motionärin heute abwesend ist. Er stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen. In Verwaltungsverfahren kann die Behörde mit einem grossen Ermessensspielraum von demjenigen, der eine Amtshandlung verlangt, einen Kostenvorschuss einfordern. Die Motionärin will nun eine bereits klar ausformulierte, jedoch in zweifacher Hinsicht widersprüchliche Änderung. Der erste Widerspruch liegt – wenn man den Vorschlag umsetzen würde – darin, dass die Bevorschussung zwar entfallen würde, nachher aber eventuell doch wieder Kosten auferlegt werden könnten. Der Vorschlag ist überhaupt nicht durchdacht. Die nachherige Kostenauflage wurde nicht berücksichtigt, und die Behörde hätte zudem ein erhöhtes Inkassorisiko.
Der zweite Widerspruch: Es wird verlangt, dass für die Kostenbefreiung die Voraussetzungen gemäss § 25 vorliegen. Es bleibt völlig unklar, welche Voraussetzungen – die Mehrzahl ist wichtig – gemeint sind, wenn bei der Kostenbefreiung eine

einzige Voraussetzung reicht, es beim Kostenvorschuss aber zwei oder mehrere Voraussetzungen braucht. Der Vorschlag ist also schlecht formuliert. Aber selbst wenn die erwähnte Frage geklärt wäre, bleibt aufgrund des Hinweises auf § 25 völlig offen, was passieren würde, wenn nur eine Kostenherabsetzung erfolgt. Dann wäre eigentlich eine reduzierte Bevorschussung logisch, die Motionärin verlangt in diesem Fall inkonsequenterweise aber eine volle Vorschussbefreiung. Das geht nicht auf. Heute hat die Behörde sowohl für den Kostenvorschuss als auch für die definitive Kostenauflage einen relativ grossen Ermessensspielraum – und dabei soll es bleiben. Die Motionärin verlangt im Prinzip auch keine Kostenbefreiung, obwohl dies vielleicht ihr eigentliches Anliegen wäre. Das wird aber nicht gesagt, wohl damit die Klientenbewirtschaftung zulasten der Allgemeinheit noch besser möglich ist.
Die vorliegende Motion ist überflüssig, schafft grosse Verwirrung und passt überhaupt nicht in die Gegenwart mit dem – aktuell etwas umstrittenen – Entlastungspaket. Der Votant bittet namens der CVP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass eine Nichtüberweisung ein Quorum von zwei Drittel der Stimmenden benötigt.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 55 zu 1 Stimmen ab.

**597** Traktandum 4.2: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Persönlichkeitswahl des Regierungsrats**
Vorlage: 2669.1 - 15275 (Motionstext).

**Jürg Messmer** erinnert daran, dass der Kanton Zug vor nicht allzu langer Zeit ein neues Wahlgesetz einführte. Das Resultat davon war eine grosse Zahl von ungültigen oder falsch ausgefüllten Wahlzetteln. Nun wird eine Motion eingereicht, welche eine proportionale Persönlichkeitswahl des Regierungsrats wünscht. Allerdings ist die heutige Majorzwahl bereits eine Persönlichkeitswahl: Man gibt als Wähler jener Person seine Stimme, die man unterstützen möchte. Die Rechenbeispiele auf Seite 2 der Motion konnte der Votant – er hat zugegebenermassen kein Mathematikstudium absolviert – schlichtweg nicht nachvollziehen, und er geht davon aus, dass es den Wählerinnen und Wählern, die sich vielleicht zehn Minuten lang mit der Sache beschäftigen, gleich ergehen wird. Und es ist absehbar, dass mit dem vorgeschlagenen Verfahren das Ergebnis der Wahl lange unklar bleibt. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen. Sie ist nicht umsetzbar und schlichtweg eine Katastrophe.

**Cornelia Stocker** stellt namens der FDP-Fraktion ebenfalls den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Zum einen ist es noch keine fünf Jahre her, seit sich das Zuger Volk für das Majorzwahlsystem ausgesprochen hat. Zum andern ist ein System, das auf einer ganzen A4-Seite erklärt werden muss, schlichtweg *Chabis.* Eigentlich wollte die FDP-Fraktion die Motionärin heute bitten, das System in zwei, drei Sätzen zu erklären – wobei die Votantin aber annimmt, dass die Erklärung zwanzig Minuten in Anspruch nehmen würde. Sie bittet den Rat um Unterstützung des Nichtüberweisungsantrags.

**Barbara Gysel** äussert sich nicht zur Überweisung der Motion, sondern möchte dazu aufrufen, mit einem gewissen Respekt über parlamentarische Vorstösse zu sprechen. Sie findet es unangemessen, das Wort «Chabis» zu verwenden und das

Anliegen als zu kompliziert zu bezeichnen. Es gibt im Kantonsrat viele Geschäfte, die nicht mit zwei, drei Sätzen erklärt werden können. Die Votantin appelliert deshalb an den Respekt, auch wenn eine Person abwesend ist. Es gehört sich für den Rat, sich etwas kultivierter zu äussern.

Für **Manuel Brandenberg** war das Votum seiner Vorrednerin nun wirklich *Chabis.* Die vorangehenden Voten waren durchaus anständig, und «Chabis» ist ein völlig normales schweizerdeutsches Wort, das man in jeder Diskussion – auch im Parlament – verwenden kann. Auch das von Jürg Messmer mit Blick auf die Folgen des in der Motion angedachten Wahlsystems verwendete Wort «Katastrophe» war anständig. Der Rat ist der Repräsentant der Stimmbürger, der Herrschaft, und er sollte sich keine Maulkörbe auferlegen. Es gibt hier keine Sprachpolizei.

Der **Vorsitzende** hält wiederum fest, dass eine Nichtüberweisung ein Quorum von zwei Drittel der Stimmenden benötigt.

➔ Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 54 zu 6 Stimmen ab.

**598** Traktandum 4.3: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von «genderfit» mit der weltanschaulichen und religiösen Neutralität des Staates und weiteren Aspekten (z. B. staatliche Finanzierung) von «genderfit»**
Vorlage: 2667.1 - 15273 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**599** Traktandum 4.4: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend die bisherigen Erfolge für mehr Fairness beim NFA**
Vorlage: 2674.1 - 15286 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 6
**Geschäfte betreffend das Verwaltungsgericht des Kantons Zug**

**600** Traktandum 6.1: **Feststellung der Gültigkeit der Ergänzungswahl eines Mitglieds des Verwaltungsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**
Vorlage: 2643.1 - 15215 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald sowie Aldo Elsener. Er hält fest, dass es in Traktandum 6.1 um die Validierung einer Ergänzungswahl handelt: Am 5. Juni 2016 wurde Aldo Elsener vom Volk zum Verwaltungsrichter gewählt. Der Kantonsrat muss nun feststellen, dass diese Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattgefunden hat, und die Wahl für gültig erklären.

➔ Der Rat erklärt die Wahl von Aldo Elsener zum Mitglied des Verwaltungsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 stillschweigend für gültig und validiert sie.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Aldo Elsener damit definitiv gewählt ist und wünscht ihm viel Erfolg bei dieser fachlich und menschlich anspruchsvollen Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

Traktandum 6.2: **Ergänzungswahl für ein Mitglied des Verwaltungsgerichts infolge Freiwerdens eines Sitzes während der Amtsdauer (Rest der Amtsperiode 2013–2018) und Wahl des Verwaltungsgerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**
Vorlage: 2673.1 - 15285 (Bericht und Antrag Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald per Ende Oktober 2016 seinen Rücktritt als Richter und Präsident des Verwaltungsgerichts erklärt hat. Auch hat der Rat eben die Wahl von Aldo Elsener zum Mitglied des Verwaltungsgerichts validiert. Gemäss § 41 Abs. 1 Bst. l Ziff. 2 der Kantonsverfassung wählt der Kantonsrat für die Dauer von sechs Jahren die hauptamtlichen Richterinnen und Richter aus den Mitgliedern des betreffenden Gerichts. Er bestimmt also, welche der vom Volk gewählten Richterinnen und Richtern hauptamtlich tätig sein sollen.
Der Rat nimmt nun die Wahl eines hauptamtlichen Richters am Verwaltungsgericht sowie die Wahl der Verwaltungspräsidentin oder des Verwaltungspräsidenten für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 vor. Für beide Wahlen gilt gemäss § 85 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung: Gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Der Kantonsratspräsident nimmt an den Wahlen teil.

Die Stimmenzählenden verteilen die Wahlzettel für die folgenden Wahlen. Der **Vorsitzende** bittet die Ratsmitglieder, auf beiden Wahlzetteln die Person ihrer Wahl mit Namen und Vornamen aufzuschreiben. Wird eine nicht wählbare Person aufgeschrieben, ist der betreffende Wahlzettel ungültig. Es handelt sich hier um echte Wahlen und nicht nur um Bestätigungswahlen. Es muss somit nicht «Ja» oder «Nein», sondern Name und Vorname auf den Wahlzettel geschrieben werden.

**601** Traktandum 6.2.1: **Ersatzwahl eines hauptamtlichen Richters am Verwaltungsgericht für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Justizprüfungskommission beantragt, Aldo Elsener für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 zum hauptamtlichen Richter am Verwaltungsgericht zu wählen. Wählbar ist nur ein Mitglied des Verwaltungsgerichts.

Nach dem Einsammeln der Stimmzettel und der Auszählung der Stimmen durch die Stimmenzählenden teilt der **Vorsitzende** das Wahlresultat mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 71 | 69 | 5 | 0 | 64 | 33 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Aldo Elsener | 62 |
| Matthias Suter | 2 |

➔ Der Rat wählt Aldo Elsener für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 zum hauptamtlichen Richter am Verwaltungsgericht.

Der **Vorsitzende** gratuliert Aldo Elsener zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei dieser anspruchsvollen Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

**602** Traktandum 6.2.2: **Wahl des Verwaltungsgerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Justizprüfungskommission beantragt, Aldo Elsener zum Verwaltungsgerichtspräsidenten für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 zu wählen. Wählbar ist auch hier nur ein Mitglied des Verwaltungsgerichts.

Nach dem Einsammeln der Stimmzettel und der Auszählung der Stimmen durch die Stimmenzählenden gibt der **Vorsitzende** das Wahlresultat bekannt:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 71 | 69 | 5 | 0 | 64 | 33 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Aldo Elsener | 59 |
| Matthias Suter | 5 |

➔ Der Rat wählt Aldo Elsener für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts.

Der **Vorsitzende** gratuliert Aldo Elsener zur ehrenvollen Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei der Ausübung dieser anspruchsvollen Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert, und die Ehrendame überreicht Aldo Elsener einen Blumenstrausss.)*

Der neu gewählte Verwaltungsgerichtspräsident **Aldo Elsener** richtet die folgenden Worte an den Kantonsrat:
«Ich danke Ihnen herzlich für meine Wahl zum hauptamtlichen Richter und zum Präsidenten des Zuger Verwaltungsgerichts. Ich freue mich sehr, getragen von Ihrem Vertrauen dieses anspruchsvolle Amt antreten zu dürfen. Ich werde mich anstrengen, es mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit auszuüben.
Das Verwaltungsgericht ist für die Bürgerinnen und Bürger da. Demnächst feiert es seinen vierzigsten Geburtstag. Zusammen mit dem Ober-, Kantons- und Strafgericht bildet es die dritte Säule unseres Staatswesens. In meiner neuen Funktion möchte ich mit Herz und Verstand dazu beitragen, dass unser demokratischer und freiheitlicher Rechtsstaat erhalten und gestärkt wird. Ich versichere Ihnen: Der Kantonsrat und insbesondere seine Justizprüfungskommission werden in mir stets einen konstruktiven, verantwortungsbewussten Partner finden. Dies gilt natürlich auch im Verhältnis zum Regierungsrat, auch wenn das Gericht Entscheide der Regierung im Falle von Beschwerden natürlich unabhängig, unparteiisch und völlig neutral beurteilen muss.
Ihre Wahl ehrt mich, Ihr Vertrauen stärkt mich und macht mir Mut für meine Tätigkeit. Ich erkläre Annahme der Wahl.» *(Der Rat applaudiert.)*

**603** Traktandum 6.3: **Verabschiedung von Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald**

**Pirmin Frei** würdigt den scheidenden Verwaltungsgerichtspräsidenten wie folgt:
«Einen Gerichtspräsidenten zu verabschieden, gehört zu den höchsten Ehren, die einem Mitglied dieses Rates zuteil werden kann. Ich danke dafür. Ich fühle mich geschmeichelt. Der Respekt ist freilich gross, zum einen weil schon im antiken Griechenland die Laudatio als die Königsdisziplin der Redekunst galt; zum anderen weil mich mit dem abtretenden Dr. Peter Bellwald mehr verbindet als die Achtung vor dem hohen Amt. Denn vor rund zwanzig Jahren bewegten wir uns auf demselben beruflichen Parkett, nämlich beide als Gerichtsschreiber im Gerichtsgebäude an der Aa:
• Peter Bellwald am Verwaltungsgericht, zuoberst im Gebäude, geheimnisvoll versteckt hinter einer Milchglasscheibe, hinter der brisant-komplexe staats- und verwaltungsrechtliche Fragen reflektiert, kolloquiert und redigiert wurden; ich selbst am Kantonsgericht, zuunterst im Gebäude, wo zuweilen schon vor den Gerichtssälen die Fetzen flogen und psychotherapeutische Qualitäten oft mehr denn juristische gefragt waren;
• er bereits ausgestattet mit Doktorhut – sein Dissertationsthema lautete: «Die disziplinarische Verantwortlichkeit der Beamten» –, ich selbst mit Abschluss lic.iur. HSG, wobei schon damals nur wirklich böse Zungen behaupteten, «HSG» stehe für «halb so gut»;
• er rein erscheinungsmässig schon sympathisch gerundet, respektabel meliert und fein frisiert, ich dagegen militärisch ausgemergelt und des intensiven Helmtragens wegen zunehmend mit der Frage beschäftigt, ob es angesichts des dünner werdenden Haupthaars nicht ratsam wäre, den Scheitel von der Seite an den Hinterkopf zu verlegen und das Verbleibende von hinten nach vorne zu arrondieren.
Ich lüge nicht: Peter Bellwald war für mich damals ein Vorbild, dem nachzueifern es sich lohnte. Was mich an Peter Bellwald aber fast am meisten imponierte, war, dass er sich damals im Umfeld des Gerichts sehr oft in spürbar wohlgesinnter Damenbegleitung bewegte. Der Nachrichtendienst meldete mir, dass es sich bei den Damen um Sekretärinnen des Verwaltungsgerichts handelte, die ihren Gerichtsschreiber, einem Hofstaat gleich, ehrerbietig zum Mittagessen ins nahegelegene Restaurant Aabächli begleiteten. Man hätte gut und gerne vermuten können, es hätte in jenen Tagen im Aabächli täglich «Hähnchen im Körbchen» gegeben. Welch' Perspektiven eröffneten sich mir da!
Begegneten wir uns ausserhalb des Milchglases, grüssten wir uns jeweils mit förmlichem «Guten Tag, Herr Kollege». Dies änderte sich, als wir beide einmal Gast am Weihnachtsessen der CVP-Fraktion waren. Fraktion und Gäste mussten sich das Essen mit vorgängigem gemeinsamem Singen von Weihnachtsliedern verdienen. Der Chorleiter reihte mich als – sagen wir mal – «situativ modulierenden Tenor» direkt neben Meistersänger Bellwald ein. Im Anschluss an dieses – ich muss es leider zugeben – gescheiterte Gesangsexperiment bot mir Peter Bellwald das vertrauensvolle «Du» an – ich vermute, aus Mitleid.
Trotz phantastischer Aussichten verliess ich das Gericht, und die beruflichen Wege von Peter Bellwald und mir trennten sich. Er wurde nach siebzehn Jahren als Verwaltungsgerichtsschreiber und Kanzleivorsteher bzw. Generalsekretär 1997 zum Verwaltungsrichter gewählt und übernahm sechs Jahre später, im Juli 2003, das Präsidium des Verwaltungsgerichts von Dr. Albert Dormann. Seine immense Erfahrung auf dem Gebiet des Staats- und Verwaltungsrechts, sein orientierungssicherer juristischer Kompass, vor allem aber seine menschliche Ausgewogenheit prädestinierten ihn für dieses Amt, das er nun während rund dreizehn Jahren ausgeübt hat.

Innerhalb des Gerichts befasste sich Peter Bellwald mit praktisch allen verwaltungsrechtlichen Themen, war zuletzt Einzelrichter im Ausländer- und im Steuerrecht, leitete die verwaltungs- und die abgaberechtliche Kammer persönlich und half immer wieder auch in der sozialversicherungsrechtlichen und der fürsorgerechtlichen Kammer aus.

Wir – oder mindestens die Nicht-JPK-Mitglieder unter uns – begegneten Peter Bellwald in diesem Saal in der Regel einmal jährlich, nämlich bei der Behandlung des verwaltungsgerichtlichen Rechenschaftsberichts. Nun, die Güte eines Dirigenten misst man auch an der Unaufgeregtheit seines Auftritts vor seinem Orchester. Ich wage die Analogie: Die Güte eines Gerichtspräsidenten misst man auch an der Unaufgeregtheit seines Rechenschaftsberichts. So bin ich denn im Hinblick auf die heutige Verabschiedung ins Archiv hinabgestiegen. Tatsächlich fand ich in den Rechenschaftsberichten der Amtszeit Bellwald keinen einzigen Hinweis auf irgendwelche Fallleichen, auf Ohrfeigen aus Lausanne und auch keine personellen Querelen, ja nicht einmal arbeitsklimatisch heikle Liebeleien. Angesichts dieser Öde am Verwaltungsgericht blieb uns gar eine Interpellation von Kollege Kurt Balmer versagt – und das will was heissen! Doch genau hier liegt das grosse Verdienst von Peter Bellwald, der sein Gericht souverän lenkte, ohne es führen zu müssen; der Mitarbeitende gleichermassen forderte und förderte; der – einem Leuchtturm gleich – stets Übersicht wahrte und nie von oben herab, sondern stets mit Weitsicht urteilte.

Das Spektakulärste an der Bellwald'schen Rechenschaft im Kantonsrat war jeweils der mündliche Vortrag, gespickt mit feinem Humor, durchaus melodiös gehalten – er hätte ihn vermutlich auch singen können! –, vorgetragen allerdings in einem ziemlich urtümlichen, um nicht zu sagen kruden Hochdeutsch. Denn seine Walliser Herkunft kann Peter Bellwald bis heute nicht verleugnen.

Dies leitet über zur Frage, was Peter Bellwald denn überhaupt zu uns geführt hat. War er des Raclettes überdrüssig und sehnte sich, wie vor Jahren Sophia Loren, nach einer Baarer Räbe? Zog es ihn, den begnadeten Sänger, näher an damals gefeierte Musengrössen wie Peter Alexander oder gar Iwan Rebroff? Oder flüchtete er vielleicht gar vor dem Wolf? Weit gefehlt! Es war reiner Pragmatismus: Eine offene Praktikumsstelle in der Zuger Justiz und eine Schwester in Baar – mit Waschmaschine! – brachten ihn – für uns ein Geschenk – nach Zug. Seither hat er in Baar Wurzeln geschlagen, stets bedacht, kein Efeu an sich heran zu lassen; ist er vielen Menschen inner- und ausserhalb der Justiz, mit weisem, unaufdringlichem Rat zur Seite gestanden; und hat er seine sonore, wohltimbrierte Stimme verschiedenen Zuger Chören zur Verfügung gestellt, was ihm vor kurzem sogar die päpstliche Verdienstmedaille «Benemerenti» eingetragen hat.

Sehr geehrter Herr Verwaltungsgerichtspräsident, lieber Peter, der Kanton Zug hatte in Dir während 35 Jahren einen engagierten und loyalen Staatsdiener. Wir in diesem Saal durften – ich betone: durften – Dich als Verwaltungsrechts- und Justizspezialisten erleben und mit Dir zusammenarbeiten, und seit Deiner Ankunft in unserem Kanton hast Du Anteil genommen am Leben vieler Zugerinnen und Zuger, sei es als Richter, als Chorsänger und Chorleiter oder einfach als Mensch. Dafür gebühren Ihnen unser aller Dank und unsere uneingeschränkte Anerkennung. Gäbe es eine Zuger «Benemerenti»-Medaille, Du hättest auch diese verdient.

«Mit 65 Jahren, da fängt das Leben an.» So oder so ähnlich verewigte sich ein anderer Seelenverwandter von Dir. Wie recht er doch hatte! Mit Deiner Pensionierung per Ende dieses Monats eröffnen sich Dir nämlich blühende Lebensperspektiven. Mit Deinem Talent, Deiner Ausdauer und Deinem spirituellen *feu sacré* kannst Du Dir noch locker Deinen ehemals zurückgesteckten Studienwunsch Kirchenmusik erfüllen. Die Welt erwartet Dich, Deine Neugier und Deinen Entdeckergeist, und so schenkt Dir denn der Kanton ein gut dotiertes SBB-Bahnbillet, nutzbar für die ganze

Schweiz, also kein Streckenbillet ins Wallis. Und schliesslich lockt für Dich in Baar auch noch das allerhöchste Amt auf Erden: das des Räbevaters. Die Ehrendamen stehen schon bereit! Alles Gueti, heb's guet und bliib, wie d' bisch.» *(Der Rat applaudiert.)*

**Peter Bellwald** verabschiedet sich mit folgenden Worten vom Kantonsrat:
«Es ist nun an mir zu danken. Zu danken für eine sehr interessante Arbeit, die ich während fast 37 Jahren im Dienst des Kantons Zug leisten durfte. Ich danke vor allem dafür, dass Sie als Vertreterinnen und Vertreter des Kantons für die Anliegen des Verwaltungsgerichts stets ein offenes Ohr hatten, sei es für Gesetzesänderungen oder für unsere Anliegen in finanzieller und personeller Hinsicht. Nur dank Ihrem Verständnis und Ihrer Unterstützung stehen wir heute als gut funktionierendes und effizientes Gericht da.
Ich habe mich während all der Jahre bemüht, ein guter Gerichtsschreiber, ein guter Richter und ein guter Präsident zu sein. Ein guter Richter ist wie ein guter Schiedsrichter. Er sollte das Spiel korrekt leiten, nicht durch auffälliges Pfeifen den Spielfluss stören oder unnötige Fehlentscheide fällen. Ein Schiedsrichter war dann gut, wenn man wenig oder gar nicht von ihm spricht. In diesem Sinn war ich all die Jahre bemüht, ein guter und auch unauffälliger Schiedsrichter zu sein. Ich habe versucht, weder mich noch das Verwaltungsgericht unnötig in den Vordergrund zu stellen. Wir hätten uns sicher zum Beispiel durch eine offensivere Publikationspraxis noch intensiver in den Fokus der Öffentlichkeit drängen können, doch dagegen sprachen in vielen Fällen die Interessen der betroffenen Parteien. Und die waren mir stets ebenso wichtig wie ein ungehemmtes Öffentlichkeitsprinzip.
Es war mir immer wichtig, nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen, denn niemand steht gerne am Ende eines Gerichtsverfahrens als dummer Verlierer da. Vielfach ist das auch gelungen, doch leider sind im öffentlichen Recht Vergleiche nicht ohne weiteres zulässig. Ich habe auch immer versucht, mich in die Person desjenigen hineinzufühlen, der vom Gericht eben nicht Recht bekommen hat. Wir haben jeweils in unseren Entscheiden auch die unterliegende Position zu würdigen versucht und nie eine andere Meinung in beleidigender oder herabwürdigender Weise kommentiert. Ich kann Ihnen auch versichern, dass alle Entscheide des Gerichts jeweils ohne Rücksicht auf die Person des Beschwerdeführers und ebenso ohne Rücksicht auf die betroffene Behörde gefällt wurden. Wir waren stets bemüht, möglichst gerecht zu entscheiden, doch Recht haben und Recht bekommen lässt sich in den wenigsten Fällen in völlige Übereinstimmung bringen. Jeder Betroffene hat nämlich ein subjektives Empfinden, was Recht ist und warum gerade er Recht hat. Und wenn das Gericht Recht gesprochen hat, so geschah dies jeweils im Wissen darum, dass Gerechtigkeit nur von Gott und nicht von weltlichen Richtern gewährt werden kann.
Abschliessen möchte ich mit dem Wunsch, dass Sie meinem Nachfolger das gleiche Verständnis und Wohlwollen entgegenbringen werden, welches ich geniessen durfte. Ich weiss um seine menschlichen und fachlichen Qualitäten. Er wird das Vertrauen, das Sie mit der heutigen Wahl in ihn gesetzt haben, nicht enttäuschen. Ich kann morgen Abend getrost in Pension gehen, denn am Verwaltungsgericht wird es übermorgen mindestens gleich gut, wenn nicht besser weitergehen. Ich danke nochmals allen herzlich, die während meiner Amtszeit im Kanton Zug Verantwortung getragen haben, vergelt's Gott.» *(Der Rat applaudiert.)*

An dieser Stelle wird die Sitzung unterbrochen. Die weiteren Traktanden werden am Nachmittag beraten.

**Protokoll des Kantonsrats**

44. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 27. Oktober 2016 (Nachmittag)
Zeit: 14.10 – 17.15 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

Der Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

**604 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Urs Raschle und Jolanda Spiess-Hegglin, alle Zug; Heini Schmid, Baar; Anna Bieri und Beat Unternährer, beide Hünenberg; Anastas Odermatt, Steinhausen; Matthias Werder und Roger Wiederkehr, beide Risch.

**605 Mitteilung**

Landammann Heinz Tännler muss die Sitzung spätestens um 16.00 Uhr verlassen. Er nimmt in Neuheim an der Gemeindepräsidentenkonferenz teil.

TRAKTANDUM 10
**Geschäfte, die am 29. September 2016 nicht behandelt werden konnten**

**606** Traktandum 10.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Fertigstellung und Nutzung des sechsten Geschosses im Neubau Trakt 5, Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug (GIBZ)**
Vorlagen: 2599.1/1a - 15122 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2599.2 - 15123 (Antrag des Regierungsrats); 2599.3 - 15228 (Bericht und Antrag der Kommission für Hochbau); 2599.4 - 15232 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dem Kantonsrat in der letzten Kantonsratssitzung irrtümlich eine zweite Lesung zu diesem Geschäft in Aussicht gestellt wurde. Die Vorlage bedarf aber nur einer einzigen Lesung und hätte somit in der letzten Sitzung nach der Detailberatung zur Schlussabstimmung kommen sollen. Dies wird heute nachgeholt. Zur Erinnerung: Der Rat hat den Objektkredit in der letzten Sitzung von 630'000 auf 580'000 Franken gekürzt.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 60 zu 6 Stimmen zu.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

**607** Traktandum 10.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten**
Vorlagen: 2604.1 - 15130 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2604.2 - 15131 (Antrag des Regierungsrats); 2604.3 - 15230 (Bericht und Antrag der Kommission für Hochbau); 2604.4 - 15233 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat, die Kommission für Hochbau und die Staatswirtschaftskommission Eintreten und Zustimmung beantragen.

EINTRETENSDEBATTE

**Hubert Schuler,** Präsident der Kommission für Hochbau, dankt namens der vorberatenden Kommission dem Baudirektor und den Mitarbeitenden der Baudirektion für die gute Zusammenarbeit bei der Behandlung dieses Geschäfts. Er verweist auf den Bericht der Kommission. Mit dem Vorschlag der Regierung wird das berechtigte Anliegen der Staatswirtschaftskommission vollständig übernommen. Das bewährte Verfahren wird weitergeführt und mit § 3 – das zweistufige Verfahren gilt auch für Projekte, für welche die Regierung zuständig ist – noch konkretisiert, was sehr zu begrüssen ist. Die klare Aussage der Regierung, dass das einstufige Verfahren nur in gut begründeten Ausnahmefällen möglich sein soll, nimmt die Hochbaukommission positiv auf. Ebenfalls richtig ist die Zuweisung der Kompetenz betreffend Wettbewerbsergebnisse an den Regierungsrat in § 1 Abs. 1 Bst. d. Diese Aufgabe ist klar eine operative Angelegenheit, und dafür ist die Exekutive zuständig.
Die Hochbaukommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen sowie die erheblich erklärte Motion der Stawiko als erledigt abzuschreiben. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Hochbaukommission

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission: Die Bestimmungen zum Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten waren im Rahmenkredit vom 24. September 1992 enthalten. Der Kantonsrat hat am 2. April 2015 die Schlussabrechnung dieses Kredits genehmigt. Damals forderte die Stawiko per Motion einen neuen Beschluss zu diesem Verfahren, welches nun nicht mehr geregelt war. Der Regierungsrat hat jetzt vorgeschlagen, das Verfahren weitgehend unverändert weiterzuführen. Die Stawiko ist der Ansicht, dass das bisher praktizierte Verfahren zweckmässig ist und auch genügend Kontrollmöglichkeiten bietet. Das zweiphasige Vorgehen für die Planung kantonaler Hochbauten hat sich bewährt. Die Phasen beinhalten die Vorbereitung und die Kreditgenehmigung durch den Kantonsrat bei Bauvorhaben mit Projektierungskosten von über 250'000 Franken. Dabei ist nach Meinung der Stawiko die Kostenkontrolle in allen Phasen des Projekts sichergestellt. Für die Aufwendungen in der Vorbereitungsphase muss die laufende Rechnung einen entsprechenden Budgetposten enthalten. Im Rahmen des Globalbudgets ist dieser Posten nicht ersichtlich, doch hat die visitierende Stawiko-Delegation Einsicht in die Detailinformationen. Gemäss Ordnung SIA, Art. 7.9, sind die Planungsphasen konkret definiert, was einen weiteren Rahmen setzt.

Weiter ist geregelt, dass der Kantonsrat bei Bauvorhaben mit Projektierungskosten von über 250'000 Franken einen allgemeinverbindlichen Beschluss fassen muss. Kredite über 250'000 Franken fallen zulasten der ordentlichen Investitionsrechnung an, die einzelne Projekte sind daher für den Kantonsrat im Budget oder in der Jahresrechnung ersichtlich.
Zusammengefasst: Das bis anhin geltende Verfahren ist operativ sinnvoll und bietet dem Kantonsrat die notwendigen Kontroll- und Einflussmöglichkeiten. Daher empfiehlt die Stawiko, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

**Patrick Iten** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist, sich also der Einstimmigkeit der Hochbaukommission und der Staatswirtschaftskommission anschliesst. Wie in den Berichten erwähnt ist, gibt es nach wie vor einen Kontrollmechanismus, sei es durch die Finanzkontrolle, den Kantonsrat oder die Stawiko. Auch die Höhe des Betrags, der in der Kompetenz des Regierungsrats liegt – bis 250'000 Franken –, ist in Ordnung, da es sich nicht um Grossprojekte handelt. Auch ist es nach wie vor angebracht, ein zweistufiges Verfahren anzuwenden. So kann man in der Vorprojektphase die Bedürfnisse, den Standort, die Wirtschaftlichkeit und die anderen Punkte, die in § 1 umschrieben sind, prüfen. Die Kosten und das Vorhaben können so genauer umschrieben und/oder erfasst werden.
Mit der Zustimmung zu dieser Vorlage kann auch die Motion der Stawiko als erledigt abgeschrieben werden.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. Mit einem Planungsaufwand von 250'000 Franken wird ein Bauvolumen von ca. 1,5 Millionen Franken ausgelöst. Die FDP erachtet es als zweckmässig, dass die Regierung die Kompetenz erhält, die Planung bis zu dieser Limite direkt auszulösen. Elementar ist auf jeden Fall die Phase, in welcher das Raumbedürfnis definiert wird. Dabei gilt es Wünschenswertes und Notwendiges klar zu unterscheiden. Sinnvoll und kostensparend wäre auch, wenn in dieser Phase bereits der Baustandard definiert werden könnte, beispielsweise durch die Vorgabe eines SIA-Kubikmeterpreises, der aus Vergleichsobjekten herangezogen werden kann. Zusammenfassend erachtet die FDP das vorgeschlagene Verfahren als effizient und zweckmässig. Sie unterstützt die Vorlage einstimmig.

Baudirektor **Urs Hürlimann** kann sich den Vorrednern anschliessen: Das Verfahren hat sich bewährt, ist zweckmässig, das Controlling ist sichergestellt, und es ermöglicht der Baudirektion effiziente Arbeit. Der Baudirektor dankt für die Unterstützung.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1 Bst. a bis d*
*§ 1 Abs. 2*

*§ 1 Abs. 3 Bst. a und b*
*§ 2 Abs. 1 Bst. a und b*
*§ 3 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen)
**Teil III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Regelung des Inkrafttretens)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen, Zuhanden der Redaktionskommission weist die Stawiko darauf hin, dass in § 2 Abs. 1 ein Tippfehler zu korrigieren ist. Es folgt eine zweite Lesung.

**608** Traktandum 10.3: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Lieferkettenverantwortung durch in Zug ansässige Rohstoffunternehmen und deren Tochtergesellschaften wie etwa die BASF Metals GmbH**
Vorlagen: 2614.1 - 15152 (Interpellationstext); 2614.2 - 15211 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Andreas Lustenberger** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Sie steht in Zusammenhang mit der Übergabe eines Forderungskatalogs, welche eine Delegation aus Südafrika in Zug der BASF Metals GmbH bzw. deren Briefkasten übergeben hat. Die Delegation, bestehend aus zwei Witwen des Massakers sowie dem zuständigen Bischof, war für mehrere Tage in Deutschland und der Schweiz.
Wie der Regierungsrat feststellt, ist es nicht der erste Vorstoss in Zusammenhang mit hier ansässigen multinationalen Unternehmen. Solche Vorstösse werden nicht aus Langeweile eingereicht, sondern weil sich Vorfälle mit Verletzungen der Menschenrechte oder im Umweltbereich gehäuft haben und der Kanton Zug verschiedene grössere Unternehmen des internationalen Rohstoffbereichs beheimatet. Und damit kommt der Votant zum ersten Punkt der regierungsrätlichen Antwort, mit welchem er nicht einverstanden ist: Ein allfälliger Reputationsschaden mag sich bei einem einmaligen Ereignis vielleicht vermeiden, nicht aber, wenn sich solche Ereignisse häufen. Nebst dem tragischen Marikana-Massaker in der Lonmin-Mine in Südafrika, die früher der Firma Xstrata gehörte, wären auch noch die Umweltverschmutzungen durch das Unternehmen Glencore im Kongo zu erwähnen. Oder

die grosse Ölkatastrophe im Golf von Mexiko mit der Zuger Firma Transocean und dem damaligen BP-Chef Tony Hayward, der heute im Verwaltungsrat des eben genannten Unternehmens sitzt.
Der Regierungsrat verweist mehrfach auf den Rohstoffbericht des Bundes und die *Round Tables* mit anderen Kantonen. Der erwähnte Bericht hat deutliche Regulationslücken diagnostiziert. Es reicht nun einfach nicht, dass man diesen Bericht gut findet und jahrelang irgendwelche *Round Tables* stattfinden. Es wäre zentral, dass sich der Kanton Zug dafür einsetzt, dass die im Grundlagenbericht Rohstoffe skizzierten Rahmenbedingungen und Regulierungen für den Rohstoffhandel innert nützlicher Frist konkretisiert und dem Bundesparlament zur Verabschiedung vorgelegt werden. Hand dazu bietet zum Beispiel die im letzten Monat eingereichte Konzernverantwortungsinitiative.
Zum Schluss möchte der Votant die Dringlichkeit verbindlicher Regulierungen untermauern. BASF hat bezüglich der Arbeits- und Sozialstandards von Lonmin ein Audit erstellen lassen, das der Analyse und Gesamtwürdigung dieses südafrikanischen Lieferanten zugrunde lag. Demnach hat Lonmin alle ausstehenden Probleme in Ordnung gebracht. Dieser Audit, welcher der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurde, wird durch den Bericht von Amnesty International South Africa vom 15. August 2016 vollständig desavouiert. Amnesty stellt fest, dass die miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lonmin-Arbeiterinnen und -Arbeiter seit 2012, dem Zeitpunkt des Massakers, nicht verbessert wurden und menschenunwürdig sind. Die von Lonmin gemachten Versprechungen wurden in keiner Weise umgesetzt. Die freiwilligen Arbeits- und Sozialstandards sind keine Lösung, da deren Verletzungen weder überwacht noch sanktioniert werden können. Es braucht zwingend verbindliche Regulierungen für die gesamte Lieferkette.

**Hubert Schuler** dankt als Sprecher der SP-Fraktion dem Regierungsrat für die ausführliche Antwort. Sie zeigt, dass das Thema leider immer wieder aktuell wird und dass sich nicht nur die Zuger Regierung, sondern auch der Bund und die internationalen Gremien damit beschäftigen müssen. Die SP wünscht sich, dass die von der Regierung geäusserte Sensibilität in Zukunft unaufgefordert gezeigt und geäussert wird.
Der Regierungsrat betont in den einleitenden Bemerkungen, dass er von den internationalen Unternehmungen erwartet, dass sie die globalen Standards sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen der entsprechenden Länder einhalten. Die SP nimmt es wunder, ob die Regierungsvertreter diese Themen auch aufgreifen, wenn sie in Kontakt mit den Verantwortlichen dieser Unternehmen stehen. Selbstverständlich erwartet die SP keine detaillierten Antworten zur Frage, in welcher Form dies geschieht. Ein einfaches Ja oder Nein reicht ihr.

**Thomas Lötscher** dankt im Namen der FDP-Fraktion der Regierung für die Antwort. Sie hat es zum wiederholten Mal auf den Punkt gebracht, weil zum wiederholten Mal ein politisches Instrument missbraucht wurde, um hier ansässige Firmen zu diskreditieren und auch eine vermeintliche Verantwortung des Kantons für das Geschäftsgebaren von Firmen zu konstruieren. In diesem Fall soll der Kanton Zug sogar in die Verantwortung genommen werden für eine Firma, deren nicht im Kanton ansässige Geschäftspartnerin in der Kritik steht. Wo führt das noch hin?
Bevor der Votant auf zwei Punkte der Interpellation eingeht, macht er drei Vorbemerkungen:
• Was in Südafrika geschehen ist, ist eine Katastrophe, und es ist zu verurteilen. Auch die FDP-Fraktion erwartet von hiesigen Unternehmen, dass sie ethisch verantwortungsvoll handeln, Gesetze und globale Standards einhalten und – soweit

praktikabel – auch ihre Geschäftspartner in die Pflicht nehmen. Dabei attestiert die FDP, dass die totale Korrektheit kaum garantiert werden kann, vor allem wenn die Behörden vor Ort korrupt sind. Trotzdem ist *Corporate Social Responsibility* wichtig.
• Die Interessenbindung des Votanten: Er steht in keiner wissentlichen Beziehung zur Firma BASF. Allenfalls nutzt er deren Produkte, ohne es zu wissen. Bis Ende Jahr arbeitet er noch bei einer konzernmässig geführten, etablierten, international tätigen Zuger Unternehmung.
• Die Antwort der Regierung auf die Interpellation zeigt auf, dass die Firma BASF erstens keine direkte Verantwortung trägt und zweitens auf die Vorfälle angemessen reagiert hat. Vor diesem Hintergrund grenzt es an Rufschädigung, wenn der Firmenname in den Titel einer solchen Interpellation gesetzt wird. Besonders perfid ist, dass durch die öffentliche Ausschreibung im Amtsblatt und die Berichterstattung der Eindruck entstehen kann, der Kanton Zug kritisiere oder vorverurteile die betreffende Firma. Wenn der Interpellant einen persönlichen Feldzug gegen ansässige Unternehmungen und deren Mitarbeiter führen will, dann soll er tun, was er *partout* nicht lassen kann. Der Votant ruft ihn aber dazu auf, mit offenem Visier zu kämpfen, sich direkt an seinen Gegner zu adressieren und nicht ein politisches Instrument zu missbrauchen, welches den Kontrahenten nicht zur Verfügung steht. Das ist auch eine Frage von Anstand und Stil.
Nun zu zwei fragwürdigen Punkten der Interpellation:
• In Frage 4 will der Interpellant wissen, wie die Regierung gegen mögliche Reputationsschäden vorgehen will. Nun, der Kantonsrat kann die Regierung dabei unterstützen: Wenn man nicht öffentlich eine Mitverantwortung des Kantons konstruiert, wo keine ist, kann der Ruf des Kantons auch nicht Schaden nehmen. Eigentlich ist es trivial: Wer sich selber ans Bein pinkelt, beginnt irgendwann zu stinken. Die Lösung ist einfach: Man muss achtgeben beim Pinkeln.
• Der zweite fragwürdige Punkt findet sich in Frage 6, welche die Absicht des Interpellanten entlarvt: Offensichtlich will dieser auf dem Buckel einer ansässigen Unternehmung Werbung für die Konzernverantwortlichkeitsinitiative machen. Die Regierung hat dies elegant abgeblockt. Gut so. Die Konzernverantwortlichkeitsinitiative und viele, die sie unterstützen, verfolgen hehre Ziele; das sei keinesfalls negiert. Nur ist in diesem Fall gut gemeint eben nicht gut gemacht. Als Liberaler kriegt der Votant das Grauen, wenn er das Quietschen der sich öffnenden Büchse der Pandora hört. Aus der Zeit der Inquisition kennt man die Umkehr der Beweislast, die Folter und letztlich die Todesstrafe als tragende Säulen einer menschenverachtenden Justiz. Moderne Rechtsstaaten haben diese grauenvolle Phase zum Glück überwunden – vielleicht mit Ausnahme eines grossen westlichen Landes, das sich gern als Hüter von Freiheit und Menschenrechten sieht. Durch dieses Land fasste die Umkehr der Beweislast in der Schweiz wieder Fuss und transferierte horrende Summen von Schweizer Banken quasi als extraterritoriales Steuersubstrat in besagtes Land. Aufgrund der Machtverhältnisse konnte die Schweiz diesen Kelch nicht an sich vorbeigehen lassen. Das heisst aber nicht, dass man dieses inquisitorische Instrument salonfähig machen darf. Willkürliche Klagen und eine horrende Bürokratie wären die Folge. Deshalb gilt es, den liberalen Rechtsstaat zu schützen und die Konzernverantwortlichkeitsinitiative abzulehnen. Der Votant kann sich vorstellen, dass die Regierung sinngemäss diese Antwort auf Frage 6 gegeben hätte, wäre sie nicht so vornehm zurückhaltend gewesen.

**Andreas Lustenberger** hält fest, dass *Corporate Social Responsibility* zwar gut tönt und ganz oben auf vielen Websites steht. Er hätte den erwähnten Forderungskatalog gerne mit Vertretern von BASF Metals diskutiert, die Firma hat es aber abgelehnt, die Delegation aus Südafrika zu empfangen.

**Manuel Brandenberg** weist darauf hin, dass gemäss heutigem Medienbericht BASF in der Schweiz rund 160 Stellen abbaut. Wenn der Interpellant mit seinem Vorstoss und der entsprechenden Rufschädigungen dazu beigetragen hat, dann hat er mitgeholfen, dass 160 Personen ihre Stelle verlieren. Gratulation!

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** bringt zuerst eine Korrektur an: Auf Seite 4 der regierungsrätlichen Antwort steht zur Tabelle bei Ziff. 2, es sei der «Gesamthandel in 1000 Franken» angegeben; richtig ist: «in 1'000'000 Franken». Der Interpellant wurde unmittelbar nach dem Versand der Antwort über diesen Fehler informiert. An der Aussage, dass der Platinhandel deutlich zurückgegangen sei, ändert diese Korrektur aber nichts.
Es kommt oft vor, dass ein Interpellant mit der Antwort des Regierungsrats nicht zufrieden ist und dann zwei, drei Punkte herausgreift, die er kritisieren kann. Hier aber hätte der Volkswirtschaftsdirektor auch erwartet, dass der Interpellant zwei, drei Punkte in der Antwort, in denen er von der Regierung unterstützt wird, positiv gewürdigt hätte. Man wäre so etwas stärker, auch über die verschiedenen Grundhaltungen hinaus. So will der Interpellant stärkere, auch national verbindliche Regelungen. Der Regierungsrat sagt dazu, dass Regelungen international abzustimmen seien, ansonsten gelte der Grundsatz der Selbstregulierung. Der Regierungsrat hat auf Seite 1 seiner Antwort explizit die Erwartungen wiederholt, die er schon seit längerem an die Unternehmen richtet: dass man die globalen *Standards* einhält, sich in den Produktionsländern um ein anständiges Verhältnis mit der Bevölkerung bemüht, Konflikte friedlich löst etc. Nicht jede Regierung vertritt diese Haltung. Der Regierungsrat hat auch gesagt, dass Transparenz wichtig sei, und er hat verschiedene Vorstösse des Bundes in diese Richtung – konkret etwa zur Frage des Handels mit Derivaten – unterstützt. Man sollte sich als Interpellant wirklich überlegen, ob man im Parlament einfach Kritik üben und Innenpolitik machen will, oder ob man gemeinsame Haltungen auch mal würdigen soll. Letzteres würde gegen aussen eine stärkere Wirkung entfalten.
Zur Aussage des Interpellanten, es gebe Regulierungslücken, hält der Volkswirtschaftsdirektor fest, dass der Regierungsrat hier *in line* mit dem Bundesrat ist. Dieser vertritt die Haltung, dass es in einem derart internationalisierten Geschäft internationale Regeln und Vereinbarungen brauche. Und da geht es halt etwas länger, als wenn ein Kleinstaat wie die Schweiz einseitig ein Gesetz erlässt, das erstens eine nur sehr beschränkte Wirkung entfaltet und zweitens dazu führt, dass die verschiedenen Firmen im globalen Markt unterschiedlich behandelt werden; wer zufällig in der Schweiz ansässig ist, fällt unter die schweizerische Gesetzgebung, alle anderen nicht. Wenn die Selbstregulierung wirklich nicht genügt, müssen Regelungen international abgestimmt sein.
Hubert Schuler hat gefragt, ob der Regierungsrat in Gesprächen mit Unternehmen auch unaufgefordert solche Themen anspreche. Ansprechpartner der Regierung ist die Zug Commodity Association, deren Gründung der Regierungsrat vor Jahren aktiv gefördert hat. Er war schon mehrfach an Anlässen dabei, bei denen es um *Corporate Social Responsibility* und um Rahmenbedingungen und Regulierungen ging, und er wirbt bei allen im Rohstoffbereich tätigen Unternehmen, mit denen er im Gespräch ist, dafür, dass sie sich dieser Organisation anschliessen. Es gibt ja Hunderte von Unternehmen in diesem Bereich. Die ganz Grossen sind bekannt, andere sind sehr klein und importieren vielleicht Getreide oder Reis, gehören aber auch zum Rohstoffbereich. Wichtigste Ansprechpartner für die Regierung aber sind wie auch in anderen Bereichen die Branchenorganisationen.

**Philip C. Brunner** dankt dem Interpellanten für seinen Vorstoss. Er findet die aufgezeigten Missstände sehr traurig, ist da aber – wie es auch Thomas Lötscher aufgezeigt hat – ein bisschen hilflos. Er ist aber empört über die Antwort der Regierung, die auf internationale Gremien verweist, welche die Probleme lösen sollen. Wenn die Schweiz in den letzten zehn Jahren – Bankenkrise etc. – etwas gelernt hat, dann sollte sie wissen, dass internationale Organisationen nicht die Lösung sind. UNO und OECD haben versagt, und man schaue sich an, was die USA mit den Schweizer Banken gemacht haben – wobei sie heute zum Nachteil der Schweiz genau dasselbe tun, was diese und andere europäische Staaten damals getan haben. Wenn es tatsächlich die Meinung des Regierungsrats ist, dass internationale Organisationen die Probleme lösen würden – und das geht weit über die vom Interpellanten angesprochenen Fragen zum Rohstoffhandel hinaus –, dann ist der Votant entsetzt über diese Haltung. Es braucht hier vielmehr eine eigenständige Haltung, und die Schweiz kann als neutrales Land sehr wohl Einfluss nehmen, beispielsweise indem sie ihre Guten Dienste zur Verfügung stellt oder sich als Konferenzort anbietet; auch wenn sie das IKRK, dessen Generalsekretäre normalerweise schweizerischer Herkunft sind, unterstützt, ist das Geld gut angelegt. Dank WikiLeaks und Snowden weiss man heute, welche Schweinereien auf der internationalen Bühne geschehen – und da wagt die Zuger Regierung zu sagen, man solle sich auf die internationalen Organisationen verlassen! Das ist oberpeinlich.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** möchte diese Unterstellung von Philip C. Brunner nicht kommentieren. Der Regierungsrat versucht seinen Weg zu finden, ist proaktiv, kommuniziert seine Haltung offen – das findet man bei keinem anderen Kanton. Vor Jahren hat die «Neue Zürcher Zeitung» anlässlich eines ähnlichen Vorstosses geschrieben, der Kanton Zug sei diesbezüglich mutiger und bringe die Themen auf den Punkt, statt sich unter dem Tisch zu verstecken. Im Übrigen gibt es auch privat initiierte Initiativen wie die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), an der sich sowohl Unternehmen als auch Staaten beteiligen können. Auch das ist eine internationale Organisation, allerdings nicht von der Art, wie sie Philip C. Brunner vor Augen hat. Die Hälfte aller Produktionsstaaten und sehr viele produzierende Unternehmen sind dort dabei und halten sich an die *Standards* – und genau darauf zählt die Regierung. Man kann das nicht einfach schlechtreden.
Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass sich die SVP – zumindest in ihren Parteiprogrammen – immer stark macht für den freien Handel und für Freihandelsabkommen mit vielen Staaten. Mit solchen Abkommen wird der liberale Handel gesichert, wobei auf Vertragsebene flankierende Bestimmungen festlegen, unter welchen Bedingungen der freie Handel stattfindet. Und dort haben auch Bestimmungen Platz, dass der Freihandel nicht unter jeglicher Bedingung akzeptiert wird, sondern dass gewisse *Standards,* die in der regierungsrätlichen Antwort angetönt sind, eingehalten werden müssen. Jede Nation ist frei, entsprechende Verhandlungen zu führen, und gerade die SVP fordert ja Freihandel und Freihandelsabkommen. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet, hier etwas kohärent mit den eigenen Grundsätzen zu sein.

**Manuel Brandenberg** findet es etwas schwach, dass der Volkswirtschaftsdirektor nicht auf Philip C. Brunners Votum eingehen will. Die Aussage des Volkswirtschaftsdirektors war ja, man müsse da selber nichts tun, sondern auf internationale Regulierungen warten. Genau diesen Punkt hat Philip C. Brunner zu Recht angesprochen: nicht einfach darauf zu warten, dass internationale Gremien Vorschriften erlassen. Der Kanton Zug und die Schweiz können doch selber Regulierungen erlassen! Sie müssen nicht auf irgendwelche demokratisch nicht legitimierte Gremien warten, die ihnen Vorschriften machen – und sie schwächen!

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** pflegt die Tradition, dass der Regierungsrat das letzte Wort hat – sei es mit oder ohne Abgangsentschädigung. Als Jurist kennt Manuel Brandenberg die Staatsebenen: Auch für einen starken und föderalistisch selbstbewussten Kanton gibt es gewisse Handlungsebenen. Und die Debatte über das internationale Wirtschaftsrecht findet nicht in den Kantonsparlamenten, sondern im Bundesparlament statt. Wenn die SVP also eigenständige Regelungen will, soll sie diese in Bundesbern fordern. Allerdings ist die SVP für den Volkswirtschaftsdirektor nicht dafür bekannt, dass sie in diesem Bereich auf Bundesebene mehr Regulierungen fordert.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**609** Traktandum 10.4: **Postulat von Jürg Messmer, Beni Riedi, Roland von Burg und Thomas Wyss betreffend volle Unterrichtsbefähigung der Absolventen der PH (Pädagogische Hochschule) Zug für alle Fächer (sprich: Ausbildung von Generalisten als Primarlehrer)**
Vorlagen: 2348.1 - 14556 (Postulatstext); 2348.2 - 14795 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2348.3 - 15263 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Beni Riedi** dankt namens der Postulanten der Regierung für ihren Bericht und Antrag. Es freut die Postulanten, dass ihr Anliegen aufgenommen wurde und bereits per Studienjahr 2016/17 umgesetzt wird. Mit den getroffenen Massnahmen wird die Ausbildung an der PHZ noch besser und bekommt der Lehrerberuf einen höheren Stellenwert.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Der Wechsel vom Lehrerinnen- bzw. Lehrerseminar zur Pädagogischen Hochschule war ein starker Umbruch. Die Generalisten wurden abgelöst durch Lehrpersonen, die eine zu ihrem Fächerprofil angebotene Stelle suchten; sie waren nicht mehr in allen Fachgebieten auf der Primarstufe einsatzfähig. Ein Pensum einer Primarlehrperson konnte nicht mehr durch eine einzige Person besetzt werden. Bei den realen Stellenbesetzungen war dieses Konzept nicht sehr tauglich: Die richtige Stellenpartnerin oder den richtigen Stellenpartner zu finden, war eine Herausforderung. Für die Lehrperson war eine Anstellung zu 100 Prozent nicht gewiss, da ihre Fachkompetenz nicht sämtliche Fächer einer Klasse abdeckte. Nach Möglichkeit musste ein zusätzliches Pensum in einer oder gar zwei Klassen erteilt werden. Für die Schülerinnen und Schüler hatte dies zur Folge, dass schon auf der Primarstufe mehrere Fachlehrpersonen in einer Klasse unterrichteten. Wenn man bedenkt, dass Unterricht für diese Altersgruppe auch mit einer guten Beziehung von Schülern und Lehrpersonen einhergeht, erschwerten diese Umstände das Alltagsgeschäft für alle Beteiligten, besonders auch das der Klassenlehrperson.
Die Forderung nach Generalisten war denn auch bei den Schulverantwortlichen nach kurzer Zeit wieder ein Thema. Der Hochschulrat hat reagiert und eine Anpassung vorgenommen. Die Implementierung erfolgt auf das Studienjahr 2016/17; mit dem erfolgten Semesterstart im September werden die Primarlehrpersonen also nach dem geänderten Studienreglement ausgebildet. Wie aus dem Bericht hervorgeht, haben die Studierenden am Ende die grundsätzliche Befähigung in allen Fächern. Im Kanton Schwyz wie auch im Kanton Luzern werden ebenfalls wieder *Allrounder* ausgebildet. Die Kantone haben die Kernfächer definiert, eine Fremdsprache ist Pflicht, die zweite Fremdsprache ist wählbar resp. eine Fremdsprache

kann abgewählt werden. Die Anpassung knüpft an die Realität an und ermöglicht eine etwas flexiblere Auswahl der Lehrpersonen bei der Stellenbesetzung, dies über die Kantonsgrenzen hinaus. Mit der Lehrbefähigung bleibt der Kanton Zug auch wettbewerbsfähig mit den umliegenden Kantonen. Dass die Entwicklung der *Allrounder*-Ausbildung durch den Hochschulrat mit Interesse verfolgt wird, ist wichtig, damit allfällige Korrekturen jederzeit möglich sind. Erfahrungswerte sind aufgrund der eben erst erfolgten Anpassung des Studiengangs keine vorhanden.
Die ALG ist für Abschreiben des Postulats, da die Anpassungen der Ausbildung an der PH Zug aufgenommen und umgesetzt wurden.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Am 13. November 2014 hat der Kantonsrat positiv zur Kenntnis genommen, dass der Hochschulrat der PH Zug beabsichtigt, die Primarlehrerausbildung so umzugestalten, dass die Studierenden nach erfolgreichem Abschluss alle zehn Fächer unterrichten können. Heute nimmt der Rat zur Kenntnis, dass diese Absicht umgesetzt wurde. Das Ausbildungsreglement wurde angepasst, so dass ab Studienjahr 2016/17 grundsätzlich die Lehrbefähigung in allen Fächern erreicht wird. Das ist zu begrüssen. Ganz ohne Ausnahme kommt die Regel allerdings nicht aus. So soll es weiterhin möglich sein, eine Fremdsprache abzuwählen und sich in begründeten Fällen von einem Fach zu dispensieren. Die Votantin möchte vom Regierungsrat wissen, ob er mit Zahlen aufwarten kann, mit wie vielen Studierenden ins Studienjahr 2016/17 gestartet wurde und wie viele davon den «Zehnkämpfer-Abschluss» avisieren? Wer hat eine Fremdsprache abgewählt? Und welche? Wie viele haben eine Dispens erhalten?
Der Votantin ist bewusst, dass eine Interpellation schriftlich einzureichen ist. Doch bei der Kürze des regierungsrätlichen Berichts drängen sich diese Fragen geradezu auf. Gemäss ihren Abklärungen ist die Fremdsprache Französisch bei den Studierenden wenig beliebt. Dies hat dazu geführt, dass der Arbeitsmarkt bezüglich Primarlehrpersonen, die Französisch unterrichten können, ausgetrocknet ist. Das vorliegende Reglement schafft hierzu keine Abhilfe. Und deshalb eine weitere Frage: Welche Massnahmen sieht der Hochschulrat vor, damit die Anzahl Lehrbefähigter in Französisch erhöht wird?
Dem Antrag, das Postulat als erledigt abzuschreiben, stimmt die CVP-Fraktion zu. Sie ist zuvor jedoch gespannt auf die Ausführungen des Bildungsdirektors.

Regierungsrat **Urs Hürlimann** dankt als stellvertretender Bildungsdirektor für die positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Am 13. November 2014 wurde ja ein Mechanismus eingebaut, um die Umsetzung dieses Anliegen kontrollieren zu können, und heute scheint es, dass der Rat mit der Erledigung zufrieden ist. Es freut den stellvertretenden Bildungsdirektor auch persönlich, dass man wieder zu einer *Allrounder*-Ausbildung zurückkehrt, war er doch vor vierzig Jahren selbst Lehrer mit einer solchen Befähigung.
Insgesamt haben an der PH Zug 145 Studierende im Studienjahr 2016/17 diese neue Ausbildung in Angriff genommen. Von der Möglichkeit, eine Fremdsprache – entweder Englisch oder Französisch – abwählen können, haben per Stichtag 27. Oktober 2016 total 97 Studierende Gebrauch gemacht. 72 haben Französisch und 5 Englisch abgewählt. Wie der Hochschulrat auf diese Entwicklung Einfluss nehmen will, kann der Votant nicht sagen; er wird die Frage aber an den Bildungsdirektor weiterleiten.

➔ Der Rat schreibt das Postulat stillschweigend als erledigt ab.

**610** Traktandum 10.5: **Postulat von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Markus Hürlimann, Peter Letter, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker, Silvia Thalmann und Florian Weber betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der kantonalen Lehrpersonen sowie der Mitarbeitenden der Zuger Polizei**
Vorlagen: 2591.1 - 15102 (Postulatstext); 2591.2 - 15266 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Nichterheblicherklärung des Postulats beantragt.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Offenbar verfolgen die Postulierenden zwei Ziele: Erstens wollen sie die Gleichbehandlung von Lehrpersonen und Angehörigen der Polizei mit allen anderen Kantonsangestellten, und zweitens sehen sie in einer entsprechenden Gesetzesanpassung eine nachhaltige Sparmassnahme.
Das Postulat ist eine gute Idee, denn betroffene Lehrpersonen und Angehörige der Polizei könnten in einem vertieften, professionellen Beurteilungsverfahren zeigen, was sie können. Immer wieder geäusserte Zweifel an der Arbeitsqualität würden mit einem hieb- und stichfesten Leistungsbeurteilungssystem der Vergangenheit angehören. Ein überzeugendes Leistungsbeurteilungssystem zu generieren, überlässt die Votantin aber gerne anderen – als Praktikumslehrperson für Studierende der PH Zürich kennt sie die Schwierigkeiten bei Unterrichtsbeobachtungen nur zu gut. Sie hat sich bei gemeindlichen Schulen erkundigt, wie diese Beförderungen bzw. Leistungsbeurteilungen handhaben und welches die Kriterien sind. So wird beispielsweise geschaut, wie zeitgerecht die Lehrpersonen ihren administrativen Verpflichtungen nachkommen oder wie intensiv sie in den Teams etwa zur Schulentwicklung mitarbeiten. Wie die Lehrpersonen aber ihr Kerngeschäft, das Unterrichten, ausüben, scheint eher zweitrangig zu sein. Dabei ist es doch gerade die Arbeit im Schulzimmer, die Interaktion zwischen Schülern und Lehrpersonen, deren Vorbereitungen und Umsetzung im Unterricht, was die Qualität der Lehrperson ausmacht.
Leistungsbeurteilungen für Lehrpersonen bei wegfallender automatischer Beförderung müssten folgendermassen ablaufen:
- Pro Jahr werden die Lehrpersonen mindestens vier Mal bei ihrer Arbeit beobachtet.
- Vor und nach jedem Beobachtungsblock findet eine Vor- bzw. Nachbesprechung statt.
- Vor- und Nachbesprechung sowie die Unterrichtsbesuche bilden die Grundlage für das Mitarbeitergespräch und damit für die Beförderung bzw. Nichtbeförderung.

Leistungsbeurteilungen bei Lehrpersonen der grossen kantonalen Schulen wie Kanti, GIBZ oder KBZ haben etwas Spezielles an sich: Die Lehrpersonen erfüllen ihre Arbeit autonom und in eigener Verantwortung. Es kann vorkommen, dass man als Lehrperson den Prorektor oder Rektor, also die direkten Vorgesetzten, über längere Zeit nicht zu Gesicht bekommt. Vorgesetzte können die Arbeitsweise der Lehrpersonen nicht *per se* beurteilen, ausser sie besuchen diese im Unterricht. So gesehen sind vier Unterrichtsbesuche ein absolutes Minimum; das im Bericht der Regierung angesprochene Beurteilungssystem *light*, wie man es bei der automatischen Beförderung hat, würde nicht genügen. Für eine Schule in der Grösse des GIBZ bedeutet dies Folgendes: Bei einer durchschnittlichen Führungsspanne von rund 40 Lehrpersonen führt dies zu rund 160 Unterrichtsbesuchen pro Schulleitungsmitglied und Jahr. Dies ergibt für jedes Mitglied der Schulleitung mehr als 4 Besuche pro Woche. Packt man diese Aufgabe seriös an, sind pro Schulleitungsmitglied zwei Tage pro Woche realistisch. Rechnet man dies auf ein ganzes Schul-

jahr hoch, bedeutet es zwei ganze Stellen. Zwei ganze Stellen für die lohnrelevante Leistungsbeurteilung? Man rechne selber. Kostenneutral lässt sich diese Aufgabe auf jeden Fall nicht durchführen, im Gegenteil: Leistungsbeurteilungen werden den Kanton eine ganze Stange Geld kosten. Für eine Schule wie das GIBZ macht das pro Jahr rund 400'000 Franken, und hochgerechnet auf alle kantonalen Schulen ist man schnell bei 1,5 Millionen Franken. Sieht so das erhoffte Sparpotenzial aus? Fehlanzeige! Die ALG stimmt deshalb dem Regierungsrat zu und unterstützt die Nichterheblicherklärung des Postulats.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Er unterrichtet seit mehreren Jahren in einer Zuger Gemeinde, weshalb er in seinem Votum vor allem auf die Situation für Lehrpersonen eingeht. Sein Fraktionskollege Alois Gössi wird als Einzelsprecher die Situation für die Mitarbeitenden der Zuger Polizei thematisieren.
Die Postulanten fordern eine Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der kantonalen Lehrpersonen und der Mitarbeitenden der Zuger Polizei. Indirekt fordern sie damit Leistungslöhne. Ein ähnlicher Vorstoss für gemeindliche Lehrpersonen ist ebenfalls in der Pipeline und wird demnächst hier im Rat beraten. Grundsätzlich muss in der Frage nach dem Lohnsystem geklärt werden, was damit erreicht werden soll – eine Überlegung, die ja auch jede Firma machen muss. Geht es darum, möglichst billiges Personal einzustellen, also zu sparen resp. zu kürzen? Oder geht es darum, die besten Leute in den Job zu holen und im Job zu halten, also Anreize zu schaffen? Wenn die Qualität der Schule wichtig ist, müsste es bei den Lehrpersonen darum gehen, die besten Leute für den Lehrberuf zu gewinnen. Die PISA-Studie zeigt deutlich auf, dass der Lernerfolg in jenen Ländern am grössten ist, wo sehr viele Personen in den Lehrberuf einsteigen möchten.
Dass die Lehrerlöhne im Vergleich zu jenen in der Wirtschaft nicht mehr besonders attraktiv sind, zeigte 2010 die Untersuchung von Kuipers und Jans der Firma PricewaterhouseCoopers. Es bräuchte allerdings keine Studie, um zu zeigen, dass die Lehrerlöhne an Attraktivität verloren haben. Man könnte sich allein schon fragen, warum die Männerquote im Lehrerberuf in den letzten Jahren so drastisch gesunken und in der Primarschule sogar eingebrochen ist. Und wenn man schon Leistungslöhne einführen will, sollte man das richtig machen. Dann stellt sich nämlich die grosse Frage, wie die Leistung definiert und gemessen wird; auch müssten die Kosten der Beurteilung miteinberechnet werden. Zudem müssten auch die Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit sämtlichen Kontextfaktoren erfasst werden: sozioökonomischer Status der Kinder, der Schule und der Gemeinde, Wissensstand bei Schuleintritt, Klassenkomposition usw. Anders kann der Einfluss oder die Leistung der Lehrperson gar nicht ausgemacht werden. Es bräuchte also mehr Tests – und da fragt sich der Votant schon, ob das wirklich ernsthaft gewünscht wird.
Andere Kantone haben diesbezüglich bereits in den sauren Apfel gebissen. Jene Systeme, die in der Schweiz zur Anwendung kamen, sind wieder verschwunden oder bringen – worum es den Postulanten wohl geht – keine wirklichen Sparmöglichkeiten. So hat beispielsweise der Kanton St. Gallen, der 1999 ein lohnwirksames Qualifikationssystem für Lehrkräfte der Volksschule einführte, Leistungslöhne bereits wieder eingestellt. Auch die Erfahrungen mit Beförderungsregelungen, wie sie beispielsweise der Kanton Zürich beim Lehrpersonal eingeführt hat, zeigen, dass der Aufwand für die Beurteilungen zwar stark angestiegen ist, sich an der Anzahl gewährter Beförderungen aber wenig änderte. Auch der Kanton Zug wollte einst Leistungslöhne einführen und investierte Steuergelder in Studien, um die Sachlage abzuklären. Vor rund sechzehn Jahren wurde ein Wirtschaftsprüfungsinstitut – PricewaterhouseCoopers, McKinsey oder Ernst & Young – beauftragt, eine Studie bezüglich Einführung eines Leistungslohns beim Lehrpersonal durchzuführen. Es

wurde damals versucht, eine möglichst objektivierte Leistungsmessung der Lehrpersonen zu *designen*. Scheinbar war der Bericht aber so vernichtend, dass der Regierungsrat das Projekt sofort sistierte. Der administrative Aufwand hätte die vorhandenen Schulleitungsstrukturen völlig überfordert. Der Votant bittet den Landammann, in seinem Votum kurz auf diese Studie einzugehen.
Seit der Votant als Kantonsrat politisiert, hört er von CVP, FDP und SVP immer die gleiche Floskel: Man müsse die Bürokratie abbauen, um Kosten einzusparen. Die FDP nahm sich dem Bürokratieabbau nicht nur auf nationaler, sondern auch kantonaler Ebene an. Die Zuger FDP schreibt noch heute auf ihrer Webseite, dass sie absurde Bürokratie bekämpfen wolle. Dafür brauche es einfache Regeln und transparente und einfache Verfahren, und statt neue Gesetze einzuführen, müsse man bestehende Gesetze konsequent umsetzen. Gleich daneben steht auf der Website, dass die FDP «das beste Bildungssystem der Welt» wolle. Bildung, Forschung und Innovation seien zentral und eng miteinander verbunden; Erhalt und Entwicklung der hervorragenden Schweizer Bildung seien der FDP ein Anliegen. Der Votant dankt für diese Werbung in Sachen Bildung.
Wollen die bürgerlichen Ratskolleginnen und -kollegen nun tatsächlich ein neues Bürokratiemonster für die Schule entwickeln oder die Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen derart verschlechtern, dass sich nur noch jene als Lehrperson zur Verfügung stellen, die nicht rechnen können? Wer nämlich rechnet, weiss, dass er heute mit einer Matura und einem Studium in anderen Berufszweigen exorbitant mehr Geld verdienen kann als im Lehrberuf. Und wie wollen sich die Bürgerlichen für das beste Bildungssystem einsetzen, wenn sie die Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen, welche unbestrittenermassen den grössten Einfluss auf den Lernerfolg haben, mit verschiedenen Vorstössen derart zu verschlechtern versuchen?
Zum Schluss noch etwas Persönliches: Manchmal kommt sich der Votant – mit Verlaub gesagt – etwas verarscht vor. Praktisch alle betonen bei jeder Gelegenheit, dass Bildung der wichtigste Rohstoff sei. Nichtsdestotrotz berät der Rat immer wieder Vorstösse, die nachweislich einen Qualitätsabbau in der Bildung zur Folge haben. Das macht keinen Sinn. Der Votant bittet, die Folgen dieses Vorstosses in Betracht zu ziehen und diesen entschieden abzulehnen. Selbst der stramm bürgerliche Regierungsrat, der momentan beim Personal jeden Rappen zwei- oder dreimal umdreht, plädiert ja gegen diesen Vorstoss. Und ganz zum Schluss: Der Votant war etwas irritiert, dass die Postulanten keine Stellung zu ihrem Antrag genommen haben. Vielleicht können sie ihre Beweggründe noch erläutern. Es interessiert den Votanten nämlich wirklich, welches Ziel dieser Vorstoss verfolgte.

**Thomas Meierhans** gehört zu den Postulanten, und er dankt auch namens der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für den Bericht und Antrag. Eine grosse Mehrheit der CVP ist mit den Schlussfolgerungen und dem Antrag auf Nichterheblicherklärung nicht einverstanden, sondern dezidiert der Meinung, dass Automatismen bei der Beförderung von kantonalen Angestellten nicht mehr zeitgemäss sind. Die CVP vermisst im Bericht einleuchtende Argumente, weshalb für die kantonalen Lehrpersonen «besondere Verhältnisse» gelten sollen.
Im Bericht der Regierung wird das Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II erwähnt. Darin ist aufgeführt, dass mit jeder Lehrperson durchschnittlich alle zwei Jahre ein Mitarbeitergespräch stattfinden soll. Leider ist der Begriff «durchschnittlich» sehr schwammig. Der Votant muss festhalten, dass diese Mitarbeitergespräche zum Teil mehrere Jahre ausgelassen und einfach nicht abgehalten werden. Das ist keine moderne Personalführung. Der Votant erachtet es als Pflicht eines jeden Vorgesetzten, sich einmal im Jahr mit dem unterstellten Mitarbeiter zusammenzusetzen, ihm eine Beurteilung über seine Leistungen abzu-

geben und mit ihm über seine Entwicklung zu sprechen, auch über die Entwicklung seines Lohns. Eine Mitarbeiterbeurteilung muss auch lohnrelevant sein, dann wird sie nämlich sicher abgehalten.
Den Postulanten geht es in ihrem Vorstoss nicht ums Sparen, sondern um eine zeitgemässe Personalführung. Dazu gehört auch ein positives Mitarbeitergespräch. Eine positive Ausgangslage für dieses Gespräch zwischen dem Vorgesetzen und dem unterstellten Mitarbeiter heisst, dass man seinem Mitarbeiter sagen kann: Du machst das gut, deshalb hast Du eine Lohnerhöhung verdient. Die heutigen Mitarbeitergespräche haben – wenn sie überhaupt abgehalten werden – eine komplett verkehrte Ausgangslage. Eine Lehrperson sagt: Ich habe grundsätzlich sowieso eine Lohnerhöhung zugute. So wird das Gespräch negativ, weil man Angst um die bereits im Voraus versprochene Lohnerhöhung haben muss. Ein regelmässiges jährliches Mitarbeitergespräch ist auch für den Angestellten von grosser Wichtigkeit. Es tut doch einfach auch gut, vom Chef eine Bestätigung zu erhalten, dass man seine Arbeit zufriedenstellend erledigt. Daraus kann viel positive Energie entstehen. Dass der Zeitaufwand für ein jährliches Mitarbeitergespräch zu gross sei, zählt nicht. In der Privatwirtschaft hätte man dieses sehr wirkungsvolle Personalführungsinstrument schon lange abgeschafft, wenn es keine Wirkung zeigte. Das Gegenteil ist der Fall: Sich Zeit nehmen für den Mitarbeiter, ist in der modernen Personalführung absolut zentral.
Wie im Bericht der Regierung aufgeführt, gibt es in der zweiten Funktionsgruppe, die Polizei, lediglich zwei einmalige Beförderungen: zum Gefreiten und zum Korporal. Die FDP-Fraktion wird einen Antrag auf Teilerheblicherklärung stellen und damit die zwei einmaligen Beförderungen bei der Polizei weiterhin zulassen; die Argumente wird Peter Letter vorbringen. Eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen, und der Votant bittet auch den Rat, das Postulat gemäss Antrag der FDP teilerheblich zu erklären. Abschliessend ruft er dazu auf, mit dem Kulturwandel in der Lehrpersonalführung zu beginnen, dies nicht zuletzt auch zum Wohle der kantonalen Lehrpersonen, denn auch sie haben ein jährliches *Feedback* über ihre tägliche Arbeit zugute. Es gilt, eine moderne Personalführung für die Lehrpersonen einzuführen.

**Peter Letter** dankt namens der FDP-Fraktion für die Beantwortung des Postulats. Die FDP ist – wie gehört – mit den Ausführungen der Regierung nur teilweise zufrieden und beantragt, das Postulat teilerheblich zu erklären.
Mit den Ausführungen zur Zuger Polizei kann sich die FDP zufrieden geben. Lediglich in zwei Konstellationen – bei Gefreiten und Korporalen – kommt es zu getakteten Beförderungen. Wie der Regierungsrat ausführt, gibt es dabei früheste Beförderungstermine und Richtwerte, jedoch keine fixen Automatismen. Diese Lösung erachtet die FDP für die Konstellation bei der Polizei als angebracht. Mit den Erläuterungen der Regierung zu den Beförderungsmechanismen bei kantonalen Lehrpersonen ist sie jedoch nicht glücklich geworden – wobei zu unterstreichen ist, dass es hier nicht um einen Sparvorlage, sondern um eine Grundsatzfrage geht: Wie geht man mit Mitarbeitern um? Die Intention des Postulats ist, dass die kantonalen Lehrpersonen betreffend Beförderungsmechanismen gleich behandelt werden wie das allgemeine Staatspersonal. Für alle diese Mitarbeiter – ausser die Lehrer – hat der Rat eine grundsätzliche Flexibilisierung der Lohnentwicklung beschlossen. Beförderungskriterium ist nicht mehr ausschliesslich die Anzahl Dienstjahre, sondern auch Befähigung, Leistungsbeurteilung und Finanzhaushalt. Von automatischen Beförderungen ausschliesslich durch längeres Dabeisein hat der Rat beim Staatspersonal abgesehen. Die FDP ist der Meinung, dass man dies auch bei den Lehrpersonen analog tun sollte. Eine Lohnentwicklung der Mitarbeitenden durch

Beförderung ist dennoch weiterhin möglich und soll auch möglich sein. Ziel ist eine marktgerechte Entlöhnung, in der auch Leistung belohnt wird und bei der gegebenenfalls auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates berücksichtigt werden kann. In der Privatwirtschaft ist dies der Normalfall, und Automatismen gehören weitestgehend der Vergangenheit an.
Die Regierung zeigt in ihrer Antwort auf, dass Instrumente für die Beurteilung und Entwicklung von Lehrpersonen bestünden. Das ist gut so, und die FDP hofft, dass diese in der Praxis professionell gehandhabt werden und zielorientiert greifen; wenn man allerdings die Voten der Vorredner von linker Seite gehört hat, ist man nicht sicher, dass das heute wirklich geschieht. Die FDP-Fraktion ist auch überzeugt, dass die Qualität der Schule wesentlich von der Qualität und der Motivation der Lehrpersonen abhängt. Allerdings kann der Votant die Angst vor Beurteilungsgesprächen und Diskussionen um Ziele und deren Erreichen nicht wirklich nachvollziehen. Er ist überzeugt, dass beispielsweise Zari Dzaferi als junger, motivierter und innovativer Lehrer hervorragende Beurteilungen und ein *top ranking* erhalten würde.
Die FDP-Fraktion möchte also einen Systemwechsel auch in der Schule. Die Vorgesetzten, seien dies Schulleiter oder Rektoren, haben auf jeden Fall die Verantwortung, ihre Mitarbeiter zu führen, zu fördern, zu entwickeln und zu beurteilen. Professionelle Personalführung sollte nicht vor den Türen der Schulhäuser halt machen. Die Befürchtung, dass dies alles nur mehr Administration bedeuten würde, lässt der Votant nicht gelten. Wäre dem so, so würde die Privatwirtschaft auch nur nach Dienstjahren befördern – was sie aber nicht tut. Eine Alternative könnten *Flat*-Löhne sein, denn das Jobprofil ist nach zehn oder zwanzig Jahren ja noch dasselbe wie am Anfang – wieso also soll es Beförderungen geben? Dieser Ansatz entspricht nicht der Intention der FDP, sie möchte aber nicht, dass Absitzen und das Erfüllen einiger *checkboxes* für eine Beförderung reichen. Vielmehr sollte nach qualitativen, professionellen Kriterien befördert werden. Die neue Verordnung über die Lohneinreihung der Lehrpersonen der Mittel- und Berufsschule sowie der Brückenangebote ist ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Gleichbehandlung mit dem übrigen Staatspersonal ist jedoch noch nicht gegeben.
Im Fazit ergibt sich für die FDP-Fraktion einstimmig der **Antrag,** das Postulat für den Bereich der kantonalen Lehrpersonen teilerheblich zu erklären.

**Daniel Marti** hält fest, dass mit der neuen Verordnung über die Lohneinreihung der Lehrpersonen der Mittel- und Berufsfachschulen sowie der Brückenangebote, die am 1. August 2016 in Kraft trat, der bisherige starre Automatismus der Einteilung der Lehrpersonen in Lohnklassen nach Dienstjahren dahingehend abgeschwächt wurde, dass vor einer Beförderung in eine höhere Lohnklasse eine Leistungsbeurteilung vorzunehmen ist. Wie diese Beurteilung vollzogen wird, wird aus dem Bericht des Regierungsrats nicht ganz klar. Der Votant geht aber davon aus, dass die erwähnte «kollegiale Unterrichtsentwicklung» und das Mitarbeiterinnengespräch auch Elemente einer lohnwirksamen Leistungsbeurteilung enthalten. Im Bericht ist eine solche Leistungsbeurteilung explizit nur beim Anstellungsverfahren und am Ende der Probezeit erwähnt – was eigentlich selbstverständlich und kaum erwähnenswert ist. Es ist also auch nach der neuen Verordnung immer noch so, dass die Lehrpersonen verglichen mit den übrigen Staatsangestellten bevorzugt behandelt werden. Denn falls die Leistung stimmt, besteht immer noch ein Automatismus zur Beförderung in eine höhere Lohnklasse oder auf einen Anstieg der Lohnstufe innerhalb einer Lohnklasse nach Dienstjahren.
Angesichts der Tatsache, dass mit zunehmendem Alter die Leistungsfähigkeit und die finanziellen Bedürfnisse eher abnehmen, entspricht das nicht mehr einem zeit-

gemässen Beförderungssystem. Zudem werden damit – wie bereits vom Vorredner angesprochen – Beförderungen unabhängig von der Finanzlage des Kantons ausgesprochen. Unter Berücksichtigung der Diskussionen vor der Abstimmung zum Entlastungspaket 2 und der breiten Opposition aus den Reihen der Lehrerschaft hält die GLP aber den Zeitpunkt für die Umsetzung weiterer Änderungen bei der Entlöhnung der Lehrpersonen für ungünstig. Sie unterstützt daher zähneknirschend den Antrag der Regierung, das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Alois Gössi** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Präsident des Verbands der Zuger Polizei, eines der drei Personalverbände beim Kanton Zug.
Aufgrund des Reglements über die Beförderung der Angehörigen der Zuger Polizei können jährlich rund sechs bis acht Polizeiangehörige zu Gefreiten und Korporälen befördert werden; diese Regelung ist nur relevant für die untersten zwei Grade. Die Beförderungen passieren in der Regel nach fünf bzw. zehn Dienstjahren, und sie sind in dem Sinne nicht zwingend, als für eine Beförderung immer gute Leistungsbeurteilungen vorausgesetzt werden; ansonsten erfolgt keine Beförderung. Diese Regelung ist übrigens keine Zuger Besonderheit, auch in anderen Kantonen geht man ähnlich vor. Der Regierungsrat hat diese Beförderungen in den untersten Rängen auch sachlich begründet: Die Polizisten erhalten eine einjährige Grundausbildung und gewinnen in den ersten Praxisjahren einen erheblichen Zuwachs an Wissen und Erfahrungen. Dies soll sich in den Beförderungen niederschlagen, in der Regel nach fünf und zehn Jahren Dienst. Die Polizei erhält deswegen nicht mehr Geld, vielmehr sie muss die Beförderungen zu Gefreiten und Korporälen aus der ordentlichen Beförderungssumme speisen. Anders ausgedrückt: Die restlichen Mitarbeitenden der Polizei erhalten eine kleinere Beförderungssumme. Würde das vorliegende Postulatsbegehren bei der Polizei umgesetzt, würde also kein einziger Franken gespart, wahrscheinlich ginge dann einfach die Verteilung ein bisschen anders vor sich. In diesem Sinne macht der Votant beliebt, das Postulatsbegehren abzulehnen oder höchstens eine Teilerheblicherklärung zu unterstützen.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion das Postulat nicht erheblich erklären wird, obwohl ihre vier Vertreter in der damaligen vorberatenden Kommission für das Entlastungspaket 2 die Idee prüfenswert fanden und den Vorstoss mitunterzeichneten. Sie liess sich von der Antwort der Regierung überzeugen, dass die vorgeschlagene Änderung kein Sparpotenzial enthalte; die vier Kommissionsmitglieder gingen damals – die Kommission hatte kurz darüber diskutiert – davon aus, dass sich hier eine Sparmöglichkeit ergeben könnte. Die SVP folgt auch deshalb dem Antrag des Regierungsrats, weil zwei Fraktionsmitglieder von entsprechenden Erfahrungen in den Stadtzürcher Schulen und bei der Stadtzürcher Polizei berichten konnten. Und diese Erfahrungen sind katastrophal. Einerseits ist die Lohnsumme gestiegen, andererseits herrscht unter den Mitarbeitern ein grosser Frust, weil die von der FDP und der CVP eben erläuterte Transparenz und ehrliche Beurteilung offenbar doch nicht möglich ist und – wie überall im Leben – auch Sympathien und Antipathien eine Rolle spielen. Wie zu vernehmen ist, diskutiert man auch auf politischer Ebene darüber, das System wieder abzuschaffen.
Fazit: Mit der Nichterheblicherklärung des Postulats vermeidet der Rat zusätzliche Bürokratie, die viel Geld kosten würde. Auch ist das heutige System einfacher und gerechter. In diesem Sinn kommt der Votant zum gleichen Schluss wie Zari Dzaferi in seiner Wahlkampfrede und Esther Haas in ihrem Votum – auch wenn er inhaltlich mit deren Äusserungen nicht ganz einverstanden ist. Auch der Hinweis von Daniel Marti, dass man in der derzeitigen Phase keine zusätzlichen Elemente politischer Art ins Spiel bringen sollte, ist wichtig: Im Moment stehen die Fragen um das

Entlastungspaket und das Projekt «Finanzen 2019» und nicht das Anliegen des Postulats im Zentrum. Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion wird deshalb die Nichterheblicherklärung, einige Mitglieder vielleicht auch die Teilerheblicherklärung des Postulats unterstützen.

**Vroni Straub-Müller** legt ihre Interessenbindung offen: Sie ist Präsidentin der Stadtschulen Zug, der grössten aller gemeindlichen Schulen im Kanton Zug, die mit über 350 Lehrpersonen, 2300 Schülern und einem Budget von 40 Millionen Franken auch ein gehöriges KMU ist. Und die Votantin hält klar fest: Es gibt hier keinen Beförderungsautomatismus. Die Lehrpersonen, die über 40 Prozent arbeiten, haben jährlich ein Mitarbeitergespräch; wer weniger als 40 Prozent arbeitet, hat alle zwei Jahre ein solches Gespräch, in den Zwischenjahren erfolgt ein Unterrichtsbesuch. Die Votantin lädt Peter Letter und Thomas Meierhans gerne zu einem Besuch ein, um sich zeigen zu lassen, wie sorgfältig diese Mitarbeitergespräche durchgeführt werden. Natürlich ist dabei auch der Lohn ein Thema, und es wird – vor dem Hintergrund der geleisteten Arbeit – auch über eine allfällige Beförderung gesprochen. Man ist aber weit entfernt von einem Automatismus, und mit der hier geübten *Feedback*-Kultur kann man sich ohne Weiteres mit der Privatwirtschaft messen. Das Postulat muss also wirklich nicht erheblich erklärt werden.

**Silvia Thalmann** möchte vom Regierungsrat wissen, ob der im Postulat angesprochene Automatismus überhaupt noch besteht. In der «Verordnung über die Lohneinreihung der Lehrpersonen der Mittel- und Berufsfachschulen sowie der Brückenangebote» steht in § 2 Abs. 1: «Bei guter Leistung, Fähigkeit und Eignung werden Lehrpersonen wie folgt in den Lohnklassen befördert: […].» In Abs. 2 heisst es: «Bei guter Leistung, Fähigkeit und Eignung erfolgt der Anstieg innerhalb der Lohnklasse in einjährigen Stufen jeweils auf Beginn eines Kalenderjahres […].» Die Votantin fragt sich nun, worüber hier eigentlich diskutiert wird. Sie hat den Eindruck, dass der Automatismus aufgrund der neuen Verordnung gar nicht mehr gegeben ist. Und sie fragt sich: Wird dieser Automatismus denn gelebt, wurde das Gelebte also nicht der neuen Regelung angepasst? Von den Gegnern der Erheblicherklärung und von Seiten der Kantonsschule war zu hören, dass eine Änderung einen riesigen Aufwand bedeuten würde, während Vroni Straub-Müller erklärte, dass in der Stadt Zug genau die intendierte Regelung gilt.
Ein anderer Aspekt betrifft die Begriffe «Beförderung» und «Lohnerhöhung». Für die Votantin bedeutet Beförderung, dass man eine zusätzliche, grosse Aufgabe erhält und damit auch mehr Lohn. Im Schulbetrieb aber unterrichtet man sein Fachgebiet, und wenn man ein Jahr länger unterrichtet hat, bekommt man eine Lohnerhöhung. Das ist eigentlich keine Beförderung. Man muss in dieser Diskussion auch noch die Treue- und Erfahrungszulage berücksichtigen – diese deckt ja ab, dass man ein Jahr länger beim selben Arbeitgeber gearbeitet hat. Die Votantin ist sehr froh um eine Klärung.

**Beni Riedi** möchte auf das Votum von Zari Dzaferi zurückkommen. Dass dieser als Lehrer aktiv für seinen Berufsstand und damit auch für seine persönlichen Interessen lobbyiert, ist in Ordnung. Wenn er aber davon spricht, dass Lehrer zu rechnen beginnen und je nachdem ihren Beruf weiterhin ausüben oder nicht, hat der Votant etwas Mühe, besonders wenn solche kapitalistischen Gedanken aus dem Mund eines Sozialisten kommen. Wie will Zari Dzaferi denn den Kapitalismus überwinden – so steht es im Parteiprogramm der SP –, wenn er so argumentiert? Im Übrigen heisst mehr Geld für die Bildung nicht zwangsläufig mehr Lohn für die Lehrer. Vielmehr geht es darum, den Kindern den Zugang zur Bildung zu ermöglichen bzw. zu

vereinfachen. Das steht im Vordergrund. Es ist auch nicht so, dass die bestbezahlten Lehrer die gescheitesten Kinder haben. Diese Argumentation ist für den Votanten sehr penetrant, zumal er in seinem Kollegenkreis sehr viele Lehrerinnen und Lehrer hat, die mit ihrem Beruf und den Rahmenbedingungen sehr zufrieden sind. Und mit Rahmenbedingungen ist hier nicht nur den Lohn gemeint, sondern auch die Freizeit, die Ferien, die Möglichkeit, sich den Job einzuteilen. Für den Votanten ist es wichtig, dass Lehrpersonen nicht immer den Lohn in den Vordergrund stellen, sondern ihre Arbeit mit Leidenschaft ausüben.

Auch **Esther Haas** hat ihren Beruf als Lehrerin sehr gerne und kehrt nach den Ferien immer gerne an die Schule zurück. Zur Frage von Silvia Thalmann hält sie fest, dass es zwischen den gemeindlichen und den kantonalen Schulen einen Unterschied gibt, den sie in ihrem Votum aufgezeigt zu haben glaubt. In den gemeindlichen Schuler arbeiten die Lehrpersonen mehr im Team, und die Vorgesetzten haben einen guten Einblick in die Arbeit der einzelnen Lehrperson. Das ist bei den grossen kantonalen Schulen anders, weshalb die Votantin von mindestens vier Unterrichtsbesuchen pro Jahr ausgegangen ist.
Im Übrigen hat sich die Votantin daran gestört, wie Thomas Meierhans sein Votum heruntergebetet hat. Sie fragt sich, ob ihr Vorredner wirklich weiss, wie das in der Schule funktioniert. Sie war am letzten Montag als Ko-Expertin an der PH Zürich und beobachtete zwei Lektionen einer Lehrprobe, also lehrbuchmässigen Unterricht. Sie hätte einzig aufgrund dieses Besuchs die Lehrperson aber nie beurteilen und lohnmässig einstufen wollen. Dazu braucht es deutlich mehr, es braucht seriöse Abklärungen. Das erklärt, warum die Votantin auf einen so hohen Betrag für die Beurteilung kommt. Sie hat keinerlei Angst vor einer Beurteilung, aber wenn man das seriös tun will – und das fordert die Votantin –, dann kostet es Geld.

**Zari Dzaferi** wurde mehrmals persönlich angesprochen und möchte zwei, drei Punkte klären. Dass eine Lehrperson ihren Beruf mit Leidenschaft ausüben soll, ist klar, und der Votant spricht auch nicht einfach grundlos über den Lohn von Lehrpersonen. Hier aber geht es um einschneidende Massnahmen. Den Vorwurf, er argumentiere als Sozialist mit kapitalistischen Argumenten, lässt der Votant nicht gelten. Es geht ihm gleich wie wohl allen Menschen: Je nach Fragestellung stehen mal diese, mal jene Argumente im Vordergrund.
Man muss sich ernsthaft die Frage stellen, warum es im Lehrerberuf immer weniger Männer gibt. Das hat sicherlich auch mit der Entlöhnung zu tun, die seit 1993 für die gemeindlichen Lehrpersonen im Kanton Zug dieselbe geblieben ist. Berücksichtigt man die Teuerung, war ein Lehrer damals viel besser bezahlt als heute. Der Votant will keineswegs über den Lohn jammern, er möchte den Rat aber dazu aufrufen, den Lehrerberuf nicht noch weniger attraktiv zu machen. Mit der vorgeschlagenen Änderung bürdet man der Schule noch mehr Bürokratie auf, macht eine Lehrperson immer mehr zu einem normalen Firmenmitarbeiter und beschneidet ihre Freiheiten auch bezüglich Unterrichtsgestaltung etc. Auch als Lehrperson ist man Angestellter, hat jährlich ein Mitarbeitergespräch, erhält Zielvorgaben etc.; man ist nicht einfach sein eigener Chef, sondern man *hat* einen Chef, der das Erreichen der Ziele beurteilt und über eine allfällige Beförderung entscheidet. Das alles gibt es schon, und der Votant lädt alle Ratsmitglieder, welche dieses Postulat eingereicht haben bzw. einen weiteren Vorstoss in der *Pipeline* haben, dazu ein, sich in den Schulzimmern ein Bild von der Arbeit der Lehrerpersonen zu machen – und nicht einfach blind einen Vorstoss auszuarbeiten. Wenn der Votant selbst so gearbeitet hätte, wäre er hier im Rat auch an den Pranger gestellt worden.

**Thomas Werner** hält fest, dass es öffentliche Aufträge gibt, welche erfüllt werden müssen. Dazu gehören die Bildung und die Schule: Die Kinder sollen für das spätere Leben und das Berufsleben fit gemacht werden. In den letzten Jahren ist diese Kernaufgabe der Schule zunehmend von anderen Aufgaben bedrängt worden. Es schaudert dem Votanten, wenn Esther Haas davon spricht, dass ein Schulleiter seine Lehrpersonen aufgrund ihrer Mitarbeit in Projekten und nicht aufgrund des Kerngeschäfts der Schule beurteilt. Genau das aber würde geschehen, wenn das Postulat erheblich erklärt würde. Wenn die Lehrer mit einem Leistungslohn arbeiten müssen, wird die Schulleitung irgendwelche Kriterien einführen, anhand derer sie die Arbeit der Lehrpersonen vergleichen kann. Der Schulleitung steht ja eine bestimmte Summe zur Verfügung, und der eine Lehrer wird etwas erhalten, der andere nichts; im schlimmsten Fall müssten Lehrpersonen gar mit einem Lohnabbau rechnen. Für seine Beurteilung kann der Schulleiter entweder – wie es Esther Haas geschildert hat – einen riesigen Aufwand betreiben und alle Schulklassen mehrmals jährlich besuchen; das wäre fair, und jeder Schulleiter, der seinen Job ernst nimmt, würde genau das tun. Oder er beurteilt die Lehrperson aufgrund der Zusammenarbeit im Schulteam, nach Sympathie oder aufgrund von Elternrückmeldungen; das wäre – auch weil Eltern nicht immer einfach sind – alles andere als fair.
Der Votant kann von seinen eigenen Erfahrungen als Polizist in der Stadt Zürich berichten. Vor einigen Jahren – die Banken hatten Probleme, es gab weniger Steuereinnahmen, die Stadt musste sparen – führte Zürich Leistungskriterien für die Beurteilung der Polizeimitarbeitenden ein. Man hoffte, damit Geld sparen zu können, in den ersten Jahren geschah aber genau das Gegenteil. Aufgabe der Polizei ist die Wahrung der Sicherheit. Die Sicherheitspolizei nimmt Verkehrsunfälle auf, überwacht den ruhenden und fahrenden Verkehr, ist rasch vor Ort, wenn jemand überfallen wird etc. Der Chef sitzt aber nicht im Streifenwagen, sondern im Büro. Wie soll er nun die Leistung seiner Leute beurteilen? Man musste irgendwelche Messkriterien einführen, beispielsweise Listen, wer wie viele Bussen ausgestellt oder wie viele Rapporte geschrieben hat. Das bringt aber kein bisschen mehr Sicherheit, sondern nur Ärger und Frust. Auch intern, bei den Polizisten, gab es Ärger und Frust, weil das alljährliche Mitarbeitergespräch, das es schon vorher gab, für alle nur noch mit Stress verbunden ist. Der Votant empfiehlt deshalb mit guten Gründen, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Andreas Hausheer** hat keine Interessenbindung, ausser dass er Vater eines Sohnes ist, der in die zweite Klasse geht. Er versteht nicht, warum etwas, das in gemeindlichen Schulen – in der Stadt Zug und offenbar auch in anderen Gemeinden – möglich ist und bestens funktioniert, in kantonalen Schulen nicht möglich sein soll. Seiner Meinung nach ist es entweder überall möglich oder überall unmöglich. Der Regierungsrat soll doch bitte diesen Widerspruch lösen, indem er bei Teilerheblicherklärung entweder mit den gemeindlichen oder mit den kantonalen Schulen ins Gericht geht. Auf jeden Fall aber bittet der Votant um Klärung.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass es nicht ganz einfach ist, die disperse Diskussion zu strukturieren und in jedem Detail Klarheit zu schaffen. Es geht den Postulanten wesentlich um die Automatismen bei der Beförderung von Lehrpersonen und Polizisten. Es geht also nicht um die Qualität von Lehrern oder um die Frage, ob Lehrpersonen gut oder schlecht entlöhnt würden. Die Frage von Alois Gössi, was der Regierungsrat bei einer Erheblicherklärung mit diesem Postulat machen werde, kann der Finanzdirektor natürlich nicht beantworten. Selbstverständlich wird die Regierung in diesem Fall das Anliegen vertieft analysieren und dann einen entsprechenden Entscheid fällen; wie dieser ausfällt, lässt sich heute nicht sagen.

Die gesetzliche Grundlage bietet die Möglichkeit, für spezielle Verhältnisse einen Spielraum auszunützen. Das hat man für die Lehrpersonen und die Polizei denn auch getan. Der heutigen Diskussion entnimmt der Finanzdirektor, dass die zwei funktionsgebundenen Beförderungsmöglichkeiten bei der Polizei – nach fünf Jahren zum Gefreiten, nach zehn Jahren zum Korporal – kein Thema sind; diese Regelung scheint von Rat akzeptiert zu sein. Bezüglich der Lehrpersonen weist der Finanzdirektor auf das Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II hin. Dieses hat sich bewährt. Der Finanzdirektor war damals, als PwC mit der von Zari Dzaferi erwähnten Studie beauftragt wurde, auch ein Befürworter sogenannt moderner Beurteilungsmethoden. Er musste dann aber einsehen, dass diese nicht überall funktionieren. Der PwC-Bericht war im Fazit vernichtend, und er zeigte klar auf, dass die Umsetzung des von verschiedenen Votanten geforderten Führungskonzepts schwierig ist. Vroni Straub-Müller hat ausgeführt, dass die Leistung jüngerer Lehrpersonen jährlich und diejenige erfahrener Lehrpersonen alle zwei Jahre beurteilt wird, und vor allem beim Übergang von einer befristeten zu einer unbefristeter Anstellung gibt es eine umfassende Beurteilung mit Gesprächen, Portfoliostudien, Leistungsüberprüfung etc. Es handelt sich also um eine Mischform: Der Automatismus beschränkt sich auf das Jahr zwischen den Evaluationen.
Springender Punkt ist aber eine organisatorische Frage. Wenn man Amtsleiter in einer Direktion ist, hat man einen völlig anderen Bezug zu seinen Mitarbeitern: Man hat Sitzungen, erteilt Aufträge, erhält Resultate, hat bilaterale Gespräche und einen engen Kontakt. Das ist beim Lehrerberuf anders. Lehrer haben sehr verschiedene Aufgaben, und das ergibt eine völlig andere Ausgangslage und Führungsspanne. Man kann die Situation hinsichtlich Leistungsbeurteilung durch den Vorgesetzten, den Schulleiter oder Rektor, deshalb nicht mit der Situation in der übrigen Verwaltung gleichstellen. Wenn Thomas Meierhans nun aber möchte, dass das Beurteilungsverfahren für Lehrpersonen geändert wird, dann ist das ein riesiges Projekt, weil man es – wie von Esther Haas zu Recht gefordert – auch wirklich richtig tun soll. Und dazu braucht es Ressourcen. Und hat nicht gerade die CVP – wie man in der Zeitung lesen konnte – eine Entschleunigung bei politischen Projekten gefordert? Hier aber würde man genau das Gegenteil tun, ganz abgesehen von den Kosten. Und es wurde schon darauf hingewiesen: *New Public Management* hat in den 1990er Jahren zu vielen Projekten geführt. Heute muss man ehrlicherweise aber sagen, dass sie in der öffentlichen Verwaltung und bei den Lehrpersonen eigentlich nicht *schampar* viel gebracht haben. In St. Gallen hat man die damaligen Ideen knallhart umgesetzt. Der damalige Bildungsdirektor Stöcklin, ein überzeugter Befürworter, musste am Schluss aber auch eingestehen: Ausser Spesen herzlich wenig oder sogar gar nichts gewesen. Man schafft dort das ganze System nun wieder ab. Man hat es ökonomisch analysiert und festgestellt: Es war ein Fehlschuss. Im Falle von Zürich hält man als Fazit fest, dass eine lohnwirksamen Mitarbeiterbeurteilung – so das einhellige Urteil auch von bürgerlicher Seite – mit ausserordentlichem Aufwand verbunden ist. Und liest man die Broschüre «Mitarbeiterbeurteilung für Lehrpersonen» des Kantons Zürich, dann wird es jedem Antibürokraten schon in der Einleitung schlecht. Es graut dem Finanzdirektor davor, diesen Weg zu beschreiten – gerade in einer Zeit, in der man Ressourcen sparen will und angesichts der Erfahrung in Zürich und St. Gallen, dass bezüglich der Qualität letztlich keine Differenz gegenüber dem Zuger Modell besteht. Vor diesem Hintergrund bittet der Finanzdirektor eindringlich, das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären. Das geforderte neue Modell bringt keine Vorteile, sondern nur Aufwand und Bürokratie – und das veritablen Risiko, dass es bei der Umsetzung stirbt oder aber nach fünf bis zehn Jahre wieder abgeschafft wird.

Vielleicht hat **Silvia Thalmann** etwas verpasst, aber gemäss § 2 der bereits erwähnten Verordnung über die Lohneinreihung der Lehrpersonen der Mittel- und Berufsfachschulen sowie der Brückenangebote (BGS 154.236) müssen drei Elemente gegeben sein, damit eine Beförderung – eigentlich ist es ein Lohnstufenanstieg – erfolgt. Die Votantin möchte nun wissen, ob sie hier die richtige Verordnung heranzieht und diese auch richtig versteht. Wenn das der Fall ist, wäre im Gesetz nämlich gar kein Automatismus vorgesehen. Sie möchte hier Klarheit, denn je nachdem wird sie der Erheblicherklärung des Postulats zustimmen oder nicht.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** geht davon aus, dass Silvia Thalmann den fraglichen Erlass richtig zitiert hat. Die dort aufgeführten Elemente sind relevant, einerseits wenn es von einer befristeten zu einer unbefristeten Anstellung geht, andererseits beim jährlichen Beurteilungsgespräch mit jungen Lehrpersonen bzw. zweijährlich mit älteren Lehrpersonen. Es handelt sich in der Tat nicht um einen Automatismus, sondern um eine Mischlösung: Im Zwischenjahr gibt es einen Automatismus, aber alle zwei Jahre müssen bei den älteren Lehrpersonen diese Qualitätsmerkmale überprüft werden.

**Thomas Meierhans** versteht den Erlass so, dass ein beschränkter Automatismus besteht: Wenn keine gute Beurteilung vorliegt, kann die eigentlich versprochene Beförderung verhindert werden. Ein gewisser Teil bleibt aber automatisch.

➔ Der Rat erklärt das Postulat mit 44 zu 18 Stimmen nicht erheblich.

**611** Traktandum 10.6: **Interpellation von Ralph Ryser, Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Bundesasylunterkunft Gubel und die Auswirkungen auf die Zuger Bevölkerung**
Vorlagen: 2620.1 - 15160 (Interpellationstext); 2620.2 - 15254 (Antwort des Regierungsrats).

**Ralph Ryser** dankt namens der Interpellanten für die Beantwortung. Die Regierung ist in der Antwort auf Frage 4 zum Schluss gekommen, dass es in den ersten acht Monaten seit Inbetriebnahme des Bundeszentrums Gubel statistisch zu keiner Verschlechterung der Sicherheit gekommen ist. Der Votant möchte darauf hinweisen, dass sich die Situation erst Anfang 2016 verschärft hat und die Interpellation auf *diese* Verschlechterung der Situation hinzielt. Die Verschlechterung ist auch in der Statistik auf der letzten Seite der Antwort des Regierungsrats ersichtlich. In den ersten acht Monaten, vom 26. Mai bis 31. Dezember 2015, wurden 18 Einsätze der Zuger Polizei gezählt. In den ersten vier Monaten des Jahres 2016 stieg die Zahl der Einsätze dann auf 37 an, was einem Anstieg um 200 Prozent in der Hälfte der Zeit entspricht. Das bedeutet auch einen erheblichen Anstieg der Einsatzzeiten für die Zuger Polizei.
Die Antwort der Regierung ist ernüchternd, auch wenn darauf verwiesen wird, dass die Zahlen für 2016 noch nicht vorliegen. Natürlich kann die Regierung hoffen, dass die in den ersten vier Monaten stark angestiegenen Deliktzahlen bis Ende Jahr wieder auf einen Durchschnittswert fallen und die gemachten Aussagen dann zutreffen. Das kann man aber auch bezogen auf einen Wasserschaden sagen: Wenn man das Pech hat, innerhalb eines halben Jahres drei Wasserschäden zu erleiden, wird sich das Ganze in der Zehn-Jahres-Statistik wieder relativieren. Die betroffene Wohnbevölkerung hat aber ein Interesse daran, im Moment der Häufung von schwierigen Situationen eine passende Antwort und Unterstützung durch den

Staat resp. dessen Institutionen, die für Ruhe, Sicherheit und Ordnung zuständig sind, zu erhalten und nicht erst Jahre später, wenn die Statistik diese Situationen als normalen Durchschnitt ausweist. Die Interpellanten erwarten deshalb, dass die Sicherheit der Anwohner durch die Präsenz und durch Kontrollen seitens der Sicherheitsfirma und der Zuger Polizei bis zur Schliessung der Bundesasylunterkunft hochgehalten wird.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Bereits die Fragen der Interpellation erwecken den Anschein, dass mit der Aufnahme von Flüchtlingen auf dem Gubel gleich der Notstand ausgerufen werden muss. Für den Betrieb des Bundeszentrums Gubel haben der Kanton Zug, vertreten durch die Direktion des Innern, und die Einwohnergemeinde Menzingen mit dem Bund, vertreten durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) und den Führungsstab der Armee (FSTA), eine Vereinbarung abgeschlossen. Diese regelt die Zuständigkeiten, unter anderem mit dem Ziel, einen sicheren Betrieb des Zentrums zu gewährleisten und negative Auswirkungen auf die Bevölkerung von Menzingen und Unterägeri zu vermeiden.
Im Bericht wird die Vernetzung der Verantwortlichen ersichtlich. Sie zeigt, wie wichtig eine gute und konstruktive Zusammenarbeit ist. Gemäss Bericht gibt es keine Verschlechterung der Sicherheit, und die Erwartung der SVP, dass nun für alles die Asylsuchenden an den Pranger gestellt werden können, bestätigen sich nicht. Die meisten Delikte werden nach Statistik immer noch von Schweizerinnen und Schweizern begangen. Bei den Asylsuchenden war sogar eine Abnahme von Beschuldigten zu verzeichnen, wie die Zahlen im Bericht belegen. Bei Sexualdelikten, Sachbeschädigungen und Littering ist in Menzingen und Unterägeri eine Abnahme feststellbar. Die Sicherheitslage bezüglich Vermögensdelikte bewegt sich in Menzingen und Unterägeri im Rahmen der Vorjahre. Der Bund vergütet dem Kanton Zug für seine mit dem Betrieb der Asyleinrichtung zusammenhängenden Sicherheitskosten jährlich 110'000 Franken für 100 Plätze bzw. 180'000 Franken für 168 Betten. Die Kosten werden somit primär vom Bund getragen.
In Menzingen wie auch in anderen Gemeinden leisten Freiwillige unentgeltliche Einsätze und unterstützen damit die Verantwortlichen in ihrer Arbeit. Die Votantin ist überzeugt, dass der Einsatz der Bevölkerung zur Unterstützung der Verantwortlichen ein wichtiger Beitrag ist, um die asylsuchenden Menschen mit den hiesigen kulturellen Werten und Begebenheiten vertraut zu machen. Dies war keine Frage der Interpellanten, aber eine wichtige Botschaft aus der Bevölkerung und eine positive Antwort, um die Behörden bei dieser Herausforderung zu unterstützen.
Im Februar 2016 stellte die Regierung das Flüchtlingskonzept vor und zeigte auf, wie das Notfallszenario im Kanton Zug aussieht. Eine enge Zusammenarbeit innerhalb der Regierung war erforderlich. Die *Task Force* der Regierung, bestehend aus den Direktionen Sicherheit, Bau und Inneres, ermöglicht kurze und schnelle Wege für Entscheide, die keinen Aufschub zulassen. Für die politische Steuerung ist die Direktorin des Innern zuständig. Was die Vorsteherin sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu leisten haben, ist alles andere als einfach, und vor allem ist fast nichts planbar. Die Herausforderung ist für alle Beteiligten gross, und sie haben das wirklich gut gemeistert. Der Bericht bestätigt, dass vieles vorausschauend und richtig gemacht wurde und dass es trotz den teils schwierigen Umständen der zuständigen Regierungsrätin Manuela Weichelt zusammen mit ihren Mitarbeitenden gelungen ist, für einen geordneten und sicheren Umgang von Asylsuchenden und Bevölkerung zu sorgen. Damit dies gewährleistet ist, braucht es eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei, was der Bericht ebenfalls zum Ausdruck bringt.
Sind es wirklich die Flüchtlinge, die für alles verantwortlich gemacht werden sollen, oder möchten die *Mannen* der SVP einfach die übliche Polemik an den Tag legen?

Die ALG erwartet auch von der SVP, dass sie sich für das humanitäre Gedankengut der Schweiz und für den sozialen Frieden einsetzt und die Leistung der Regierung und insbesondere der Direktion des Innern honoriert. Sie nimmt die Antwort des Regierungsrats mit grosser Anerkennung und mit Dank zur Kenntnis.

**Rupan Sivaganesan** dankt im Namen der SP-Fraktion dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen. Die SP bedauert und verurteilt jegliche Delikte und Straftaten, die mutmasslich stattgefunden haben. Leider gibt überall schwarze Schafe, oder wie es ein Fraktionskollege in einem ähnlichen Zusammenhang formuliert hat: «Idioten gibt es überall auf der Welt: unter den Fussballern, unter den Politikern und auch unter den Asylbewerbern.» Leider wird in der Debatte über Flüchtlinge – wie die Berichterstattung in den Medien immer wieder zeigt – oft pauschalisiert und stigmatisiert. Gerade als Mitglied des Kantonsrats hat man die Verantwortung, die Problematik differenziert anzuschauen und differenziert darüber zu diskutieren.
Die Unterkunft Gubel wird als Bundeszentrum für Asylsuchende und Schutzbedürftige – umgangssprachlich als «Wartezentrum» – betrieben und ist mit rund 120 Personen belegt. Durchschnittlich bleiben die Asylsuchenden rund zehn Wochen oder sogar mehr auf dem Gubel. Über die aktuelle Flüchtlingskrise muss der Votant nichts erzählen; darüber hat der Rat bereits ausführlich und kontrovers diskutiert. Bezüglich der Situation vor Ort hat sich die SP-Fraktion anlässlich eines Besuchs im Bundeszentrum orientiert. Und wie der Regierungsrat in seinem Bericht schreibt, wurden dem Kanton Zug wegen des Bundeszentrums Gubel rund 100 Personen weniger zugewiesen. Das ist eine wichtige Information für diejenigen, welche die Zahl der Asylsuchenden im Kanton Zug monieren.
Die oft jungen Asylsuchenden warten also in einem «Wartezentrum» wochen- oder gar monatelang auf einen Entscheid, ohne Tagesstruktur und Beschäftigung. Warten ist hier vorgeschrieben, was unter Umständen dazu führen kann, dass Spannungen entstehen. Gemäss Auskunft des Regierungsrats liegen die polizeilichen Einsätze aber im Rahmen des Erträglichen. Die SP ist der Meinung, dass es faire und rasche Asylverfahren und nach einem Entscheid auch eine speditive Integration in der Arbeitsmarkt braucht. Gerade die SVP hat aber das Referendum gegen rasche Verfahren ergriffen, sie hatte vor dem Volk damit aber keinen Erfolg.
Die SP dankt der IG Gubel sowie den Menzinger Schwestern, die täglich den Asylsuchenden freiwillige, regelmässige Aktivitäten anbieten. Sie geben zum Beispiel Deutschkurse, malen mit den Kindern, machen Spaziergänge mit den Jugendlichen, bieten Computerkurse und unzählige weitere Aktivitäten an. Obwohl die Asylsuchenden nur eine kurze Zeit hier bleiben, demonstrieren diese Freiwilligen eine Willkommenskultur und etwas Freundlichkeit.

**Monika Barmet** spricht für die CVP. Sie liest das Votum von Andreas Etter vor, der aus beruflichen Gründen die Sitzung frühzeitig verlassen musste. Wie Andreas Etter wohnt auch die Votantin in Menzingen.
Die CVP-Fraktion dankt für die umfangreiche und ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ja, es gibt und gab Probleme mit Littering und dem Genuss von Alkohol. Gemeinsam mit den Zuständigen in den jeweiligen Gemeinden und dem Betreiber wurden aber jeweils schnell Lösungen angestrebt und umgesetzt. Eine Problematik besteht sicher darin, dass das Bundesasylzentrum nicht für 168 Bewohner und Bewohnerinnen ausgelegt wurde und zudem nicht wie vorausgesagt mehrheitlich mit Familien, sondern während eines langen Zeitraums immer wieder mit jungen männlichen Asylbewerbern belegt ist. Diese Umstände führen oft unweigerlich zu verstärkten Problemen. Dieser Thematik muss künftig vermehrt Auf-

merksamkeit zukommen. Von echten Missständen kann aber aus Sicht der Gemeinde und deren Bewohner und Bewohnerinnen nicht gesprochen werden.
Die CVP geht davon aus, dass die Räumlichkeiten und das Gelände des Bundesasylzentrums Gubel nach drei Jahren Betriebsdauer wieder dem ursprünglichen Zweck zugeführt werden, wie dies anlässlich der Informationsveranstaltung vom 25. Juni 2014 mehrfach bestätigt wurde. Bis es so weit ist, darf, kann und muss man die schweizerischen Werte von den Bewohner und Bewohnerinnen einfordern, um dem anlässlich der erwähnten Informationsveranstaltung ausgesprochenen Schlusssatz auch Inhalt zu geben: «Empfangen wir die Menschen hier in Menzingen und behandeln sie menschenwürdig.»

**Thomas Werner** spricht für die SVP-Fraktion. Er hält einleitend fest, dass Rita Hofer als Hünenbergerin natürlich gut reden hat. Sie ist weitab vom Schuss. Es nähme den Votanten wunder, ob sie dasselbe sagen würde, wenn ihr ständig die Schuhe aus dem Haus und der Wein aus dem Keller gestohlen und die leeren Bierdosen in den Garten geworfen würden. Vielleicht hätte sie dann eine andere Meinung. Und die Linke spricht wie bei einer Miss-Schweiz-Wahl immer wieder vom Weltfrieden und vom humanitären Gewissen und ruft dazu auf, etwas sozial zu sein. Das ist gut und recht: Auch die SVP will den Weltfrieden. Vor allem aber will die SVP ein faires Asylverfahren. Wer missbräuchlich hierher kommt, soll wieder nach Hause geschickt werden, damit diejenigen, die tatsächlich an Leib und Leben gefährdet sind, richtig aufgenommen werden können.
Aber eigentlich geht es in der vorliegenden Interpellation um etwas anderes: Die Interpellanten wollten wissen, mit welchen Auswirkungen des Bundesasylzentrums Gubel die Zuger Bevölkerung konfrontiert ist. Die Interpellation entstand nicht aus einer Laune heraus, sondern wegen zahlreichen Telefonaten und persönlichen Gesprächen, in welchen Bürgerinnen und Bürger aus Unterägeri und Menzingen ihren Unmut über diverse Verfehlungen der auf dem Gubel untergebrachten Asylanten kundtaten. Und die SVP-Fraktion ist enttäuscht, der Votant sogar schockiert über die «Alles ist in Butter»-Antwort, die nicht einmal alle Fragen beantwortet und stattdessen undurchsichtige und beschönigende Statistiken enthält. Einmal mehr wurde im Asylbereich vertuscht und verheimlicht, und die Bevölkerung wurde hintergangen und angelogen. Das Bundesasylzentrum Gubel sei auf drei Jahre beschränkt, hiess es ursprünglich, und die Rede war von 120 Plätzen. Und danach? In Anwendung der Salamitaktik beschloss der Gemeinderat Menzingen und die Regierung eine auf sechs Monate befristete Erweiterung auf 168 Plätze. Natürlich wusste das Staatssekretariat für Migration, die Zuger Regierung und der Gemeinderat Menzingen schon zu diesem Zeitpunkt, dass sie die Erweiterung auf 168 Betten beliebig verlängern können und verlängern werden. Und was ist geschehen? Im Mai 2016 wurde ohne entsprechende Kommunikation die Erweiterung ein weiteres Mal verlängert. Wenn eine Regierung so vorgeht und die Tatsachen derart verschleiert, dann muss ja die Vermutung aufkommen, dass irgendetwas faul an der Sache ist! Wenn alles ohne Hintergedanken und transparent durchgeführt worden wäre, hätte ja von Beginn an offen und ehrlich kommuniziert werden müssen, dass auf dem Gubel fix und unbefristet 168 Personen untergebracht werden sollen.
Weiter schreibt die Regierung, dass für den Betrieb die Direktion des Innern, die Einwohnergemeinde Menzingen und der Bund eine Vereinbarung abgeschlossen hätten. Diese Vereinbarung – so steht es – regelt die Zuständigkeiten mit dem Ziel, den sicheren Betrieb des Zentrums zu gewährleisten und negative Auswirkungen auf die Bevölkerung zu verhindern. Erstens wurde in der Interpellation keine Frage in diese Richtung gestellt. Und zweitens: Was soll man jetzt von dieser Antwort halten? Wenn die Vereinbarung schon erwähnt wird: Was steht denn da überhaupt

drin? Wer ist für was zuständig, und warum nützt die Vereinbarung nichts? Wer hat versagt, wer ist seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen? Gibt es Konsequenzen? Oder haben alle versagt und wollen es nicht zugeben? Fakt ist, dass es nicht funktioniert: Das genannte Ziel, negative Auswirkungen auf die Bevölkerung zu verhindern, wurde bei weitem verfehlt. Für die Bürger von Unterägeri und Menzingen ist die Erwähnung dieser Vereinbarung ein Hohn. Der Votant weiss nicht, ob sich die Vorsteherin der Direktion des Innern bewusst ist, was sie mit ihrer Botschaft beim Empfänger anrichtet.

Es sei alles in Ordnung, schreibt die Regierung. Aber nur schon die Notwendigkeit, dass die Securitas oder andere private Sicherheitsfirmen sowie die Polizei ihre Präsenz im Gebiet Gubel massiv verstärken mussten, ist doch ein alarmierendes Zeichen und weist auf alles andere als eine normale Situation hin. Die Regierung sagt auch, dass es zu keiner Verschlechterung der Sicherheit gekommen sei. Dabei beruft sie sich auf eine nichtssagende Statistik, aus welcher nicht einmal ersichtlich ist, um welche Delikte es sich handelt. Die Frage war übrigens, wie viele Polizeieinsätze im Kanton Zug durch Asylanten verursacht wurden. Die Regierung sah sich nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten – wahrscheinlich wären es zu viele gewesen. Stattdessen präsentiert sie auf Seite 3 eine Statistik, welche ein beschönigendes, verschleierndes und vor allem realitätsfremdes Bild zeigt. Wann merkt die Regierung, speziell die Vorsteherin der Direktion des Innern, endlich, dass sie mit dieser Art Politik, mit der Salamitaktik *für* die Asylanten, mit der Täuschung und Desinformation der eigenen Bevölkerung den wirklich verfolgten Menschen, die dringend Hilfe brauchen, einen Bärendienst erweist? Dass sie mit dieser intransparenten und unfairen Asylpolitik in der Bevölkerung das Vertrauen schwinden und das Misstrauen wachsen lässt; dass sich die Bevölkerung für dumm verkauft, hintergangen und im Stich gelassen fühlt?

Ein weiteres Beispiel für die Beschönigung: Der Betrieb werde sich positiv auf den Kanton auswirken, weil sonst etwa 100 Personen mehr aufgenommen werden müssten. Bei einer Belegung von 120 Personen wäre dieses Verhältnis noch einigermassen in Ordnung. Nun aber sind es 168 – und wer weiss, wie viele es in sechs Monaten sein werden? Platz hat es ja. Der Votant würde von der Regierung gerne wissen, ob da mit Bern nachverhandelt wurde. Muss der Kanton Zug nun 168 Personen weniger aufnehmen? Und wenn nicht: warum nicht? Und warum hat sich der Regierungsrat nicht für eine solche Reduktion eingesetzt?

Auf Seite 5 erwähnt die Regierungsrätin, dass es in den Bereichen Sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, Sachbeschädigung, Littering etc. seit der Eröffnung des Bundeszentrums auf dem Gubel keine Verschärfung der Situation gegeben habe. Der Votant weiss ja nicht, woher sie diese Antwort hat, aber in Unterägeri und Menzingen wurde bestimmt nicht nachgefragt. Diebstähle, weggeworfene Kleidungsstücke, Müll, leere Wein- und Schnapsflaschen sowie Bierdosen: All das findet man neuerdings auf dem Weg von Unterägeri und Menzingen zum Gubel. Wo ist hier eigentlich die Empörung der Grünen, die sich für den Umweltschutz einsetzen? Kühe mussten notgeschlachtet werden, weil sie sonst wegen scharfkantigen Alustückchen von Bierdosen elendiglich innerlich verblutet wären. Wo ist da die Empörung der Linken und die Grünen, die sich sonst gerne mit dem Tierschutz brüsten? Pflückt ein Einheimischer zur falschen Zeit am falschen Ort einen falschen Pilz oder einen falsche Blume oder lässt er das Häufchen seines Hundes liegen, kriegt er eine Busse. Jetzt müsste die linke Ratsseite eigentlich mehr Polizeipräsenz auf dem Gubel fordern, um all die Abfallsünder und Tierquäler zu büssen. Wird das gemacht? Nein, es wird nichts gefordert.

Der Antwort der Regierung entnimmt der Votant nicht viel Aussagekräftiges. Er entnimmt ihr aber Statistiken, aus denen er nicht schlau wird – und er entnimmt, dass

angeblich keine relevante Veränderung im Bereich Sicherheit und Littering zu verzeichnen ist, dass die Regierung keine Missstände sieht, welche eine zusätzliche Unterstützung der Gemeinden Menzingen und Unterägeri nötig macht, dass alles bestens funktioniert und dass die Regierung nicht einmal zusichert, sich nach drei Jahren für die Schliessung des Bundesasylzentrums einzusetzen, wie es versprochen wurde. Er entnimmt der Antwort auch, dass die Regierung sich nicht dafür einsetzen will, dass der Normalbestand nach Ablauf der Frist wieder von 168 auf 120 Asylanten reduziert wird; dazu würde der Votant im Übrigen von der Regierung gerne wissen, warum das nicht geschieht. Zusammengefasst entnimmt der Votant der regierungsrätlichen Antwort, dass die Regierung die Bevölkerung der Berggemeinden Unterägeri und Menzingen mit dem notabene von der Regierung verursachten Problem alleine im Regen stehen lässt und nichts für sie tun will. Sie tut aber sehr viel dafür, dass das Problem kleingeredet und kleingeschrieben wird. Sie nimmt die Bedenken der Bevölkerung nicht ernst, sondern setzt ihre Ideologie eiskalt durch. Sie ist der verlängerte Arm von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Anders kann sich der Votant nicht erklären, warum der Kanton Zug nicht besser mit Bern verhandelt. Wenn 168 Personen im Bundeszentrum auf dem Gubel sind, dann sollten dem Kanton Zug auch exakt 168 Personen weniger zugewiesen werden. Aber es lässt sich schlecht in Bern verhandeln und Druck aufsetzen, wenn man selber das Problem nicht wahrhaben will.

Auf der letzten Seite der regierungsrätlichen Antwort findet sich eine aufschlussreiche Auflistung aller Einsätze, welche die Polizei auf dem Gubel tätigte. Da gibt es zum Beispiel einen Drogenfund, eine Anzeige wegen Drohung – der Beschuldigte war alkoholisiert und musste nach einem Sturz ins Spital gebracht werden –, den Fund einer kompostierten Hanfpflanze ausserhalb des Gubels, Drohung gegen einen ZVB-Kontrolleur, zehn Fälle von Ladendiebstahl – der Votant will die Dunkelziffer nicht wissen, es wird nämlich nicht jeder erwischt –, der Sicherheitsdienst musste wegen aggressiven Verhaltens gerufen werden, es brauchte Unterstützung für den Sicherheitsdienst, es gab eine Auseinandersetzung mit Körperverletzung zwischen sieben Personen, die Festnahme von fünf Personen wegen Raufhandels, Festnahme nach Auseinandersetzung zwischen Asylanten, Personenkontrollen, auch mit Sicherstellung von Betäubungsmitteln, und nochmals Drohung gegen einen ZVB-Kontrolleur. Die Kosten für all diese Einsätze werden mit 47'000 Franken beziffert. Auch das stimmt einfach nicht. Dieser Betrag reicht vielleicht gerade mal für den Streifendienst der Polizei. Die Festnahmen wegen Raufhandels beispielsweise aber ergeben einen immensen Stundenaufwand für die Polizei – und dann geht es noch weiter: Staatsanwalt, ein ganzes Verfahren etc. Diese Kosten sind hier mit Sicherheit nicht ausgewiesen. Und abgesehen von den Kosten: Verhält man sich so in einem Land, in dem man Schutz findet und aufgenommen wird, weil man an Leib und Leben bedroht ist?

Und das alles nennt der Regierungsrat nicht erwähnenswert und nicht von der Norm abweichend. Der Votant bittet eindringlich, endlich mit dem bedingungslosen Schutz sämtlicher Zuwanderer aufzuhören, die um Asyl ersuchen. Es wäre wichtig, die Spreu vom Weizen zu trennen und endlich auch den Anti-SVP-Reflex abzulegen. Merkt die Regierung denn nicht, dass es schon lange nicht mehr um die SVP, sondern um die Bevölkerung geht, welche langsam, aber sicher die Geduld verliert, sich allein gelassen und verkauft vorkommt? Mit ihrer einseitigen und tendenziösen Politik wird es die Regierung schaffen, dass es in der Schweiz nicht mehr nur gewaltbereite Linksextreme, sondern vermehrt auch wieder rechtsextrem eingestellte Menschen geben wird. Und die Regierung wird *nie* sagen dürfen, die SVP hätte sie nicht eindringlich auf dieses Problem hingewiesen! Der Votant bittet, das Thema nun endlich ernst zu nehmen, mit Bern bessere Konditionen auszuhandeln und dort

endlich etwas mehr unter Druck aufzusetzen, damit der Kanton Zug nebst all den NFA-Zahlungen, die er nach Bern leistet, nicht auch noch das von Frau Sommaruga veranlasste Asylschlamassel ausbaden muss. Und ein Letztes: An einer öffentlichen Informationsveranstaltung in Menzingen hiess es, dass sämtliche Asylbewerber sich spätestens um 17 Uhr wieder im Bundeszentrum befinden würden. Auch diesbezüglich wurde die Bevölkerung angelogen oder es wurde ihr etwas vorgegaukelt, wovon man im vorneherein wusste, dass man es nicht durchsetzen kann. Denn regelmässig werden auch um 23 Uhr noch betrunkene Asylbewerber auf dem Weg von Menzingen oder Unterägeri zum Gubel angetroffen. Die Bevölkerung fühlt sich wirklich veräppelt.

**Laura Dittli** legt ihre Interessenbindung offen: Sie ist in der Nähe des Gubels aufgewachsen, und ihr Vater bewirtschaftet dort noch immer seinen Bauernhof. Er hat der Votantin während des Sommers immer wieder erzählt, dass Asylanten vom Gubel an seinem Hof vorbeispaziert seien – und keiner habe ihm bei seinen landwirtschaftlichen Arbeiten geholfen. Eigentlich hätten diese Asylanten unter Aufsicht des staatlichen Betreuungspersonals doch anpacken und mithelfen können, so wären sie ja auch beschäftigt gewesen. Dass das nicht geschieht, findet die Votantin schade. Die Auswirkungen des Asylzentrums Gubel auf die Zuger Bevölkerung – so der Titel der Interpellation – könnten ja auch positiv sein. Die Asylanten könnten positiv etwas für die Zuger Bevölkerung tun. Das wäre doch so einfach.

**Philip C. Brunner** möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern, hat aber etwas Mühe mit der vorliegenden Interpellation. Er versteht, dass Menzingen und Unterägeri vom Bundesasylzentrum auf dem Gubel besonders betroffen sind. Es ist aber immer noch die Stadt Zug, die mit Abstand am meisten Asylanten aufnimmt, und zwar ein Mehrfaches der zwei genannten Gemeinden, wobei die Auswirkungen zugegebenermassen anders sein mögen. Der Votant muss der Direktorin des Innern aber ein – vielleicht unerwartetes – Kompliment machen: Die Direktion des Innern bzw. das Sozialamt des Kantons schaltet im Internet jeden Monat ein recht aussagekräftiges, etwa vierseitiges Dokument zur Situation im Asylbereich auf. Ende September gab es in Zug 1346 Asylbewerber. 2007 – Christoph Blocher war noch Bundesrat – waren es 485 Personen. Das entspricht einer Verdreifachung. Auf der erwähnten Internetseite finden sich auch interessante Zahlen zu den Kosten des Asylwesens für den Kanton. 2012 betrug die Differenz zwischen den Ausgaben des Kantons und den Zahlungen des Bundes 64'000 Franken. Im Budget 2016 sind 2,09 Millionen Franken vorgesehen, wobei man aber von nur 1080 Asylbewerbern ausgeht. Rechnet man das auf die tatsächliche Zahl von 1346 Asylbewerbern im September hoch, kommt man auf mindestens 2,6 Millionen Franken. Es bereitet dem Votanten Sorgen, wie diese Kosten nach oben schnellen, abgesehen von den Fragen bezüglich Sicherheit, wie sie von Ralph Ryser und Thomas Werner ausgeführt wurden, und den dort anfallenden Kosten. Man muss also die Kosten genau im Auge behalten, und der Votant bittet die Stawiko, diese in Zusammenhang mit der Budgetdiskussion genau abzuklären. Denn im dem Budget lassen sich die Kosten wegen Pragma und den Globalbudgets nicht genau eruieren. Und das Ganze ist nicht nur ein Problem des Sicherheitsdirektion, sondern – für die soziale Komponente – auch der Direktion des Innern.

Für **Beni Riedi** war vor allem die regierungsrätliche Antwort auf Frage 10 der Interpellation schockierend. Die Frage lautete: «Was tut die Regierung zur Behebung dieser Missstände und zur Unterstützung der betroffenen Gemeinden?» Die Regierung schreibt dazu: «Der Regierungsrat macht keine Missstände aus, welche eine

zusätzliche Unterstützung der Gemeinden Menzingen und Unterägeri notwendig erscheinen liessen.» Der Votant wohnt in Baar, wo eine neue Asylantenunterkunft geplant wird. Betrachtet man die erwähnte Liste der Polizeieinsätze in Zusammenhang mit dem Gubel, wird deutlich, dass man die Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen und über die Sicherheit diskutieren muss. Das gilt speziell für Baar, wo eine Asylantenunterkunft mitten im Dorfzentrum, zwischen Schulhäusern, Kindergärten und Familiensiedlungen, erstellt werden soll. Und der Votant fragt sich natürlich, ob die Regierung auch in Baar keine Missstände ausmachen würde, wenn man dort – was der Votant nicht hofft – ebenfalls die in der Liste erwähnten Probleme bekäme.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Die Situation ist eine Herausforderung für alle Beteiligten, und die Sicherheitsdirektion ist mit der Sicherheitschefin der Gemeinde Menzingen und der Direktion des Innern denn auch immer wieder in Kontakt. Im Übrigen kann man fast nirgends alles so gut machen, dass man es nicht noch besser machen könnte. Das gilt auch für den Gubel.
Das Votum von Thomas Werner hat den Sicherheitsdirektor ziemlich aufgewühlt. Da wurden die Regierung und die Direktion des Innern beschuldigt, sie hätten gelogen und würden alles beschönigen. Was soll die Regierung denn beschönigen? Warum haben sich die erwähnten Bürgerinnen und Bürger nicht an die Polizei gewandt, wenn sie strafrechtlich relevante Tatbestände zu melden hatten? Die Polizei nimmt solche Meldungen immer entgegen und verfolgt sie weiter. Die Fragen der Interpellanten bezogen sich nur auf die Sicherheit. Wie kann man denn die Sicherheit besser objektivieren als mit statistischen Angaben? Für die Jahre 2014 und 2015 lagen die Zahlen abschliessend vor, für 2016 – das weiss jeder – erhält man sie erst Anfang 2017. Der Sicherheitsdirektor weist Thomas Werners Anschuldigungen in aller Form zurück. Er spricht jedes Jahr mit den Sicherheitszuständigen der Gemeinden, und der Gubel ist auch während des Jahres immer wieder ein Thema. Man bespricht, was vorgefallen ist und was es zu ändern gilt, und auch die Polizei ist in ständigem Austausch mit den Gemeinden. Hinter das von Thomas Werner heraufbeschworene Szenario ist deshalb ein grosses Fragezeichen zu setzen. Der angesprochene Vorfall mit den Kühen beruht auf einem Artikel im «Blick», der gerüchteweise die Vermutung äusserte, es könnten Asylanten gewesen sein, welche Gegenstände liegen gelassen hätten. Ähnliches gilt für eine Meldung bezüglich Vandalismus in einer Kapelle. Die Polizei klärt diese Fälle gründlich ab und setzt alles daran, die Täter zu finden. Man hat auch die Asylunterkunft auf dem Gubel genau durchleuchtet, und man ist auf kein Verdachtsmoment gestossen. Es gilt deshalb die Unschuldsvermutung.
Die Erhöhung der Anzahl Betten wurde zwischen dem Bund, der Gemeinde und dem Kanton abgesprochen, und die Zuständigkeiten sind klar geregelt. Die Polizei erhält für den grösseren Aufwand ca. 180'000 Franken, und das Bundeszentrum wird an die Zuteilung von Asylanten angerechnet, dies nach einem schweizweit geltenden Schlüssel. Unter dem Strich profitiert der Kanton. Dass der Regierungsrat nur der verlängerte Arm von Bundesrätin Sommaruga sei, weist der Sicherheitsdirektor zurück. Er fordert Thomas Werner auf, an eine dieser Sitzungen mitzukommen, in welchen er immer wieder auch die Situation und die Probleme des Kantons Zug darlegt. Die Asylpolitik ist letztlich eine Sache von Bundesbern. Die Kantone tun sehr viel im Vollzug, übernehmen die zugewiesenen Asylanten und machen das Beste daraus. Zu Laura Dittlis Idee bezüglich Arbeit hält der Sicherheitsdirektor fest, dass Asylbewerber nach den geltenden Regelungen nicht arbeiten dürfen – wobei es in Menzingen auch von der Gemeinde unterstützte Beschäftigungsprogramme

gibt. Und wenn Beni Riedi der Politik vorwirft, sie tue nichts, dann soll er doch mal die gemeindlichen Sicherheitschefs fragen, ob da wirklich nichts laufe.
Natürlich ist das subjektive Sicherheitsgefühl durch die Asylunterkunft auf dem Gubel nicht besser geworden. Damit muss man halt auch leben, und andere Kanton und Gemeinden haben dieses Problem auch. Man kann aber nicht von einem Missstand sprechen. Die beteiligten Stellen nehmen die Probleme auf und stellen sich dieser Herausforderung.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 612 Nächste Sitzung

Donnerstag, 10. November 2016 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

45. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 10. November 2016 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.25 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
1.1. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
2. Kommissionsbestellungen
3. Geschäfte, die am 27. Oktober 2016 nicht behandelt werden konnten:
3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans L 4.3 Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion; V 3.3 Kantonsstrassen; V 10 Kantonales Wanderwegnetz; Entlastungsprogramm 2015–2018 Massnahmen 2.22a, IR 5.12 und 5.08
3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel P Agglomerationsprogramm)
3.3. Motion von Cornelia Stocker und Daniel Abt betreffend verfahrenstechnische Gleichstellung von Interpellationen mit Motionen und Postulaten
3.4. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Umsetzung Raumplanungsgesetz: Planerischer Mehrwertausgleich
3.5. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Areal ehemaliges Kantonsspital
3.6. Interpellation von Daniel Stadlin und Richard Rüegg betreffend übermalten Wandbildern in der ehemaligen Kapelle des alten Kantonsspitals
3.7. Interpellation von Daniel Marti betreffend Besteuerung von Startup-Unternehmen
3.8. Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ausrüstung der Zuger Polizei
4. Interpellation von Richard Rüegg betreffend öffentlichen Wettbewerb – Einhalten des Submissionsrechts
5. Interpellation von Claus Soltermann betreffend Umfahrung Cham–Hünenberg

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

## 613 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 70 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Philippe Camenisch, Susanne Giger, Jürg Messmer, Jolanda Spiess-Hegglin und Cornelia Stocker, alle Zug; Barbara Häseli, Baar; Anna Bieri und Thomas Villiger, beide Hünenberg; Emanuel Henseler und Thomas Lötscher, beide Neuheim.

**614 Mitteilungen**

Es ist eine Ganztagessitzung geplant. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Rathauskeller ein.

Sicherheitsdirektor Beat Villiger trifft wegen einer frühmorgendlichen externen Sitzung erst gegen 9.30 Uhr ein.

Vor einer Woche ist die neue Nummer des TUGIUM erschienen. Das TUGIUM ist das wissenschaftliche Jahrbuch des Kantons Zug. Es berichtet über die Arbeit des Staatsarchivs, des Amts für Denkmalpflege und Archäologie, des kantonalen Museums für Urgeschichte(n) und des Museums Burg Zug. Zudem werden im TUGIUM neue Forschungsergebnisse zur Geschichte des Kantons Zug veröffentlicht, dieses Jahr beispielsweise über die Mammutfunde in Rotkreuz von 2015 oder über den Kanton Zug im Kriegsjahr 1916. Ratsmitglieder, welche ein Exemplar des TUGIUM wünschen, können dieses beim Protokollführer beziehen.

Heute gilt jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

TRAKTANDUM 1

**615 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 1.1

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse oder Eingaben eingegangen.

TRAKTANDUM 2

**Kommissionsbestellungen:**

**616** Traktandum 2.1: **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz)**

Anstelle von René Kryenbühl soll für die SVP-Fraktion neu Thomas Werner in diese Ad-hoc-Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 3
**Geschäfte, die am 27. Oktober 2016 nicht behandelt werden konnten:**

**617** Traktandum 3.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans L 4.3 Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion; V 3.3 Kantonsstrassen; V 10 Kantonales Wanderwegnetz; Entlastungsprogramm 2015–2018 Massnahmen 2.22a, IR 5.12 und 5.08**
Vorlagen: 2596.1/1a/1b - 15114 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2596.2 - 15115 (Antrag des Regierungsrats); 2596.3/3a - 15222 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt); 2596.4 - 15223 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass neben dem Antrag des Regierungsrats die folgenden Anträge vorliegen:
- Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt: Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission.
- Antrag der Staatswirtschaftskommission: Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission.

Der vorliegende Kantonratsbeschluss ist nicht allgemeinverbindlich, sondern behördenverbindlich. Es gibt daher nur eine einzige Lesung.

EINTRETENSDEBATTE

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, wiederholt, dass die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Er dankt im Namen der Kommission dem Baudirektor und seinem Team für die gute Vorbereitung und Begleitung der Kommissionssitzung.
Der Votant verzichtet darauf, noch einmal auf die unbestrittenen Punkte der Richtplananpassung einzugehen, er weist aber darauf hin, dass die Kommission sehr froh ist, dass die Wälder mit besonderen Naturschutzfunktionen nicht aus dem Richtplan gestrichen werden. Seine Interessenbindung in dieser Frage liegt darin, dass er Geschäftsführer der Familienstiftung Höllgrotten ist, deren Wald sich in einem der besagten Gebiete befindet.
Einziger verbleibender Zankapfel in dieser Vorlage ist die Ausdehnung des Zuger Wanderwegnetzes. Es liegen drei Varianten vor:
- ursprüngliche Variante der Regierung mit einer Länge von 384 Kilometern, entspricht dem Antrag der Stawiko;
- Kompromissvorschlag der Regierung mit einer Länge von 446 Kilometern;
- heutiges Netz mit einer Länge 558 Kilometern gemäss Antrag der Mehrheit der Kommission für Raumplanung.

Die Kommission hat sich mit 6 zu 8 Stimmen für die Beibehaltung des bisherigen Streckennetzes ausgesprochen. Sie ist der Meinung, dass das bisherige Netz funktioniert, und sie wollte insbesondere den Bedenken der Gemeinden und des Vereins Zuger Wanderwege Rechnung tragen. Da der Ablauf der Beratungen in den Kommissionen – diplomatisch gesprochen – etwas unorthodox ablief, verzichtet der Votant auf weitere Ausführungen. Er weiss nämlich nicht mehr sicher, wer im Moment welche Haltungen vertritt, haben doch die Gemeinden und der erwähnte Verein Zustimmung zur Kompromissvorschlag signalisiert. In diesem Sinne bittet der Kommissionspräsident um Zustimmung zur Vorlage. Die CVP-Fraktion wird mehrheitlich dem Kompromissvorschlag der Regierung folgen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko einzig die finanzrelevanten § 1 Abs. 1 Bst. a und g, also die Streichung der drei Waldschutzgebiete sowie das Wanderwegnetz, behandelte. Sie beriet die Vorlage an zwei Sitzungen. Zwei Sitzungen waren nötig, da bezüglich der finanziellen Auswirkungen im Bereich der Waldnaturschutzgebiete ein ziemliches Durcheinander bestand und immer wieder neue Zahlen ins Spiel gebracht wurden. Auch nach der zweiten Anfrage waren die Fragen der Stawiko nicht abschliessend beantwortet. Es wurde erklärt, dass den zusätzlich gesprochenen Bundesgeldern keine Aufwände gegenüberstünden. Weil auf Seite 1 im Bericht und Antrag der Regierung steht, dass mit der Streichung jährlich 40'000 Franken Pflegeaufwand eingespart werden kann, geht die Stawiko davon aus, dass ohne Streichung aus dem Richtplan nach Adam Riese ein Aufwand von 140'000 Franken verbleibt. Sie ist aber nicht hundertprozentig sicher, dass diese Aussage stimmt. Aus verwaltungsökonomischen Gründen hat die Stawiko ihre Beratungen dann aber abgeschlossen. Sie folgt bei der Streichung der Waldschutzgebiete aufgrund der ihr zur Verfügung gestellten Informationen dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt.
Auch der Ablauf in Zusammenhang mit den Fragen um das Wanderwegnetz stimmte für die Stawiko nicht. Weil der Antrag auf Kürzung des Wanderwegenetzes auf grosse Kritik stiess, arbeitete die Baudirektion noch während der Kommissionsarbeiten einen Kompromiss aus, der danach sogar noch in die Vernehmlassung geschickt wurde. Wo käme man hin, wenn bei allen Geschäften so gearbeitet würde? Es gäbe das reinste Chaos. Aufgrund dieser Abläufe und weil sie kein Präjudiz für diese Arbeitsweise schaffen möchte, folgt die Stawiko dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats. Das bedeutet, dass sie mit der Ausdünnung des doch sehr dichten und gut ausgestatteten Wanderwegnetzes einverstanden ist.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Wer A sagt, muss nicht auch B sagen. Als im März dieses Jahres die Richtplananpassung zu den Wäldern mit besonderer Naturschutzfunktion im Rahmen des Entlastungsprogramms behandelt wurde, stimmte die SP-Fraktion den Beitragskürzungen im Sinn eines Kompromisses zu. Sie kündigte aber im Hinblick auf die heutige Diskussion schon damals explizit an, dass es nicht angehe, die entsprechenden Waldgebiete aus dem Richtplan zu streichen. Waldgebiete sind zentral für die Biodiversität, das belegt etwa das Lorzentobel. Der *meccano,* dass im Rahmen des Sparprogramms eine Beitragskürzung erfolgt und gleichzeitig eine Richtplanänderung aufgegleist wird, darf keinesfalls Schule machen. Hier zeigte sich nämlich exemplarisch, wie ein Sparpaket dazu instrumentalisiert werden könnte, weiterführende politische Entscheide zu provozieren, die materiell aber nicht zwingend zusammenhängen. Mit der Kürzung im Rahmen des Sparpakets schloss sich der eine Finanztopf, aber mittlerweile ging ein neuer auf, nämlich die Kasse des Bundes. Insofern hat sich die Sachlage seit März dahingehend beruhigt, dass genügend finanzielle Mittel erwartet werden dürfen und die Richtplananpassung erst recht hinfällig wird. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Raumplanungskommission, also die Beibehaltung der Gebiete im Richtplan – und sie hätte dies explizit auch ohne zusätzliche Mittel von Seite des Bundes getan.
Der Kommissionspräsident hat das Wanderwegnetz als Zankapfel bezeichnet, die Votantin würde eher von einer Slalomfahrt sprechen. Die augenfälligen Reaktionen der Gemeinden und vor allem des Vereins Zuger Wanderwege führten zu einem Kompromissvorschlag der Regierung an die Kommission, welche diesen aber ablehnte. Nichtsdestotrotz unterbreitet die Regierung einen Kompromissvorschlag, der vom genannten Verein angenommen wurde. Wenn das keine Slalomfahrt ist! Dieses Vorgehen darf auch keinen Fall Schule machen. Wandern und die entspre-

chenden Instandhaltungen sind unbestritten wichtig. Der Abschluss diesbezüglichen Leistungsvereinbarung obliegt aber dem Regierungsrat. So liegt es gar nicht in der Kompetenz des Kantonsrats, über diese 140'000 Franken zu befinden. Die SP-Fraktion nimmt deshalb die Abgeltungen pro Kilometer Wegnetz, die im Kanton Zug um ein Vielfaches höher sind als in den Nachbarkantonen, zur Kenntnis. Sie stellt fest: Der Regierungsrat folgt schlicht seiner eigenen Logik, wenn er auch das Wanderwegnetz interkantonal vergleicht und entsprechende Kürzungen vornimmt. Die Mitglieder der SP-Fraktion sind keine Wandermuffel, im Gegenteil. Sie wagen aber doch einzubringen, dass die Behandlung dieses Geschäfts teilweise so hitzig und unübersichtlich erfolgte, dass die Intervention der Stawiko nötig war – wofür die SP dankt.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten und folgt auch bei den übrigen Anpassungen der Raumplanungskommission.

**Karl Nussbaumer** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Anpassungen des Richtplans bezüglich Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion, Kantonsstrassen und Wanderwegnetz an ihrer Fraktionssitzung besprochen hat. Wie zu erwarten war, gab das letzte Thema viel zu reden. Die SVP wird auf die Vorlage eintreten und bei der Detailberatung wie folgt stimmen:
• Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion: Hier unterstützt eine Mehrheit der SVP den Kommissionsvorschlag, vor allem weil Bundesgelder gesprochen worden sind. Mit diesen Geldern können die drei Naturschutzgebiete im Richtplan belassen und die Vorgaben des Entlastungsprogramms eingehalten werden. Deshalb wird die Mehrheit der Fraktion dem Kommissionsantrag zustimmen.
• Bei der Umfahrung Unterägeri unterstützt die SVP, dass der Umfahrungstunnel Unterägeri im Richtplan enthalten bleibt. Eine Mehrheit der Fraktion unterstützt auch die zeitliche Verschiebung und wird dem Antrag der Regierung zustimmen.
• Der Stadttunnel Zug wurde vom Volk klar abgelehnt. Es macht daher Sinn, diesen nun aus dem Richtplan zu streichen. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Entscheid.
• Bei der Diskussion über das kantonale Wanderwegnetz gingen die Wogen ein wenig höher. Ein grosser Teil der Fraktion ist der Meinung, das Wanderwegnetz sei immer noch gross genug, auch wenn es gemäss ursprünglichem Antrag des Regierungsrats verkleinert wird. Andere Teile der Fraktion fanden die neue Lösung der Regierung sinnvoll oder möchten wie die Kommission das bestehende Netz unverändert beibehalten. Der Votant selbst ist ein grosser Verteidiger des bestehenden Wanderwegnetzes – und er wird zu diesem Thema in der Detailberatung noch genauer Stellung nehmen.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. Diese geht davon aus, dass die Doppelberatung des vorliegenden raumplanerischen Geschäfts durch die Kommission für Raumplanung und Umwelt und die Staatswirtschaftskommission eine einmalige Ausnahme bleibt. Die FDP unterstützt die Kommission in der Frage der Wälder mit Schutzfunktion, ebenso bezüglich Umfahrung Unterägeri und Richtplanänderungen in Zusammenhang mit dem Projekt Stadttunnel Zug. In der Frage des Wanderwegnetzes unterstützt sie mit grosser Mehrheit den Kompromissvorschlag der Regierung, obwohl dieser von der Raumplanungskommission abgelehnt wird.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG. Nachhaltig bewirtschaftete Wälder leisten einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität und zum Klimaschutz. Doch aus Spargründen wollte die Regierung drei Waldnaturschutzgebiete aus dem Richtplan streichen. Das kann die ALG nicht nachvollziehen, zumal es ohne fachliche Prüfung geschah und weil zufälligerweise diese drei Waldgebiete noch nicht unter Vertrag

stehen bzw. nicht umgesetzt sind. Dank des höheren Beitrags des Bundes, der die Wald-Biodiversität künftig verstärkt fördern will, kommt es nun hoffentlich nicht dazu. Wandern und Spazieren sind gesund und bei der Bevölkerung sehr beliebt. Sich zu bewegen, ist gut für Herz, Lunge, Knochen, Blutdruck, Stoffwechsel etc., es ist also Gesundheitsprävention in höchstem Masse, die wenig kostet und den Menschen sehr viel bringt. Deshalb kann die ALG nicht nachvollziehen, warum der Regierungsrat das kantonale Wanderwegnetz aus Spargründen ausdünnen will. Man sollte dieses Angebot vielmehr noch *gluschtiger* machen, um die Zuger Bevölkerung noch mehr zum Gehen, Spazieren und Joggen zu animieren. Die ALG will keine Reduzierung des heute 558 Kilometer langen Zuger Wanderwegnetzes, weder auf 384 Kilometer noch auf 446 km, wie es der nachträgliche sogenannte Kompromissvorschlag der Baudirektion vorsieht. Als Argument kommt noch dazu, dass trotz der Reduzierung des Wanderwegnetzes kein einziger Wanderkilometer auf Hartbelag wegfallen würde.
Ob das Wanderwegnetz auf 384 oder 446 Kilometer gekürzt würde, macht keinen grossen Unterschied, denn viel Aufwand bleibt schlussendlich viel Aufwand für die Verwaltung und den Werkhof der Gemeinden. Man soll das Wanderwegnetz also wie bis anhin belassen. Attraktive Wanderwege bedeuten Lebensqualität und beste Erholung für die Bevölkerung, und sie sind erst noch ein attraktives Tourismusangebot. Die Idee, allfällig gestrichene Wanderwege an die Gemeinden abzuschieben, ist eine schlechte Lösung, müssten doch die gelben Wanderwegtäfeli ab- und ummontiert und neue weisse Täfeli angeschraubt werden. Die neue Signalisation und die Änderung der Beschriftung würden für die Gemeinden einen unglaublichen Aufwand bedeuten. Zudem wären die sogenannten Gemeindefusswege auf keiner kantonalen Wanderkarte und auf keiner App mehr zu finden. Das ist absurd und kann es nicht sein. Fazit: Das ganze Zuger Wanderwegnetz von 558 Kilometer Länge soll deshalb so bestehen bleiben, wie es heute ist. Man vermeidet damit riesige Mehrarbeiten und Mehrkosten auf allen Ebenen, die unter dem Strich nichts bringen.
Zusammengefasst unterstützt die ALG die Anträge der Kommission für Raumplanung und Umwelt zu den Naturschutzwäldern und zum Wanderwegnetz. Bei den Anpassungen in verschiedenen Kapiteln zum Thema Kantonsstrassen stimmt sie der Regierung zu. Zum Schluss noch dies: Das seltsame Vorgehen der Regierung zur Reduzierung des Wanderwegnetzes befremdet nicht nur die Stawiko, sondern auch die ALG. Das Verfahren ist undurchsichtig und nicht nachvollziehbar. Deshalb möchte die ALG wissen: Wer hat den Kompromissvorschlag ins Spiel gebracht, die Baudirektion oder der Regierungsrat? Die ALG kann auch nicht verstehen, dass nach der Sitzung der Raumplanungskommission noch eine Vernehmlassung bei den Gemeinden durchgeführt wurde.

**Nicole Imfeld** teilt mit, dass auch die Grünliberalen für Eintreten auf die Vorlage sind. Die Streichung des Stadttunnels aus dem Richtplan und die Zurückstufung der Umfahrung Unterägeri machen aufgrund der veränderten Ausgangslage Sinn. Die Ablehnung des Stadttunnels durch die Bevölkerung ist ein Zeichen dafür, dass Verkehrsprojekte grundsätzlich neu zu beurteilen sind. Es scheint fast, als ob teure, infrastrukturlastige Bauten bei der breiten Bevölkerung nicht mehr auf Gegenliebe stossen. Eine Umfahrung von Unterägeri gehört in diese Kategorie. Deren Zurückstufung ist daher konsequent, ihr Belassen im Richtplan als langfristige Option hingegen vorsichtig und richtig. Die übrigen Anpassungen betreffend Kantonsstrasse in der Stadt Zug gehen in dieselbe Richtung. Es sollen Optionen offen bleiben, die zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls eine clevere Lösung der Verkehrsproblematik in der Altstadt Zug erlauben können.

Die beabsichtigte Straffung des Wanderwegnetzes hat im Rahmen der Mitwirkung zahlreiche Reaktionen ausgelöst. Einerseits leuchtet die sehr technisch anmutende Begründung seitens der Regierung ein. Andererseits stellt sich jedoch die Frage, ob bei einer stetig und nicht zu knapp wachsenden Bevölkerung die Dienstleitung von vielen markierten Wanderwegen nicht ein besonderer Mehrwert für die Naherholung darstelle. Die Markierung und der Unterhalt der Wege seien heute nicht überall bestens, lautet die Argumentation. Doch ist das immer notwendig? Es muss ja nicht jedes Fitzelchen Weg in der Natur top unterhalten sein; manchmal reicht ein einfaches Schild, damit man weiss, wo man durchlaufen kann. Die Natur hält sich ja auch nicht an Unterhaltsregelungen. Die Grünliberalen sind daher für die Beibehaltung des heutigen Wanderwegnetzes oder – falls diese Lösung unterliegen sollte – für die leicht reduzierte Kompromissvariante.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die Bereitschaft, auf die Vorlage einzutreten. Es war zu erwarten, dass die Wanderwege und die Waldnaturschutzgebiete zu reden geben würden. Das Thema Wanderwege hat sogar ein mittleres Erdbeben ausgelöst, nicht nur in den Medien, sondern auch bei den betroffenen Verbänden und Gemeinden – und heute nun im Kantonsrat. Von «seltsamem Vorgehen» und «Slalomfahrt» wurde in der Eintretensdebatte gesprochen. Politik sollte nach Lösungen suchen, und der – damals noch sehr neue – Baudirektor hat gespürt, dass hier nach einem Kompromiss gesucht werden sollte. Er hat sich erlaubt, in der Kommissionssitzung einen Kompromissvorschlag einzubringen und zur Diskussion zu stellen. Die Diskussion hat dann gezeigt, dass man am Wanderwegnetz arbeiten möchte. Der Baudirektor ist der Meinung, dass mit dem Kompromissvorschlag eine gute Lösung für die Bevölkerung und den Kanton Zug vorliegt. Er hat ihn nach der Kommissionssitzung im Sinne eines Aussprachepapiers auch dem Regierungsrat erläutert und von diesem das Okay erhalten, ihn im Rahmen der Gemeindepräsidentenkonferenz nochmals aufzuzeigen und zu erklären – und er hat die Gemeindepräsidenten um ein *Feedback* gebeten. Das ist für den Baudirektor keine Vernehmlassung, sondern ein konstruktives Zugehen auf die Gemeinden, einen wichtigen Partner in diesem Geschäft. Es wurde dem Baudirektor auch auferlegt, das Gespräch mit dem Verein Zuger Wanderwege zu führen. Der Verein ist auf die Lösung mit 446 Kilometer Länge eingegangen – es war ursprünglich ja auch seine Idee, ein Netz von 446 Kilometer Länge festzulegen. Im Anschluss daran hat der Baudirektor den Kompromissvorschlag in die politische Diskussion gebracht. Von einer Slalomfahrt kann hier nicht die Rede sein. Vielmehr handelt es sich um politische Arbeit aus der Erkenntnis heraus, dass eine Lösung nicht wirklich ankommt und allenfalls ein Kompromiss weiterhelfen könnte. Dass eine Lösung alle zu 110 Prozent glücklich macht, ist nicht möglich, vielleicht aber erreicht man, dass alle zu 99 Prozent einverstanden sind. Weitere Ausführungen dazu wird der Baudirektor in der Detailberatung machen.
Im Kanton Zug gibt es 26 Wälder mit besonderen Naturschutzfunktionen, diskutiert wurde über drei davon. Am 18. Mai, wenige Tage vor der Sitzung der Kommission für Raumplanung und Umwelt, kam die Mitteilung, dass der Bund mehr Gelder für die Pflege der Biodiversität in den Wäldern spricht. Vertreter des Amts für Wald und Wild führten darauf intensive Verhandlungen mit dem Bund. Ende September konnte der Kanton mit dem Bund eine sehr gute Lösung treffen, so dass die vom Regierungsrat vorgeschlagene Massnahme obsolet wurde. Deshalb schliesst sich die Regierung dem Antrag der Kommission an. Es ist eine *Win-win*-Situation, und für einen NFA-Geberkanton ist es erfreulich, dass er auch mal etwas von Bern zurückerhält. Wenn hier von «Durcheinander» gesprochen wurde, dann gilt es zu Kenntnis zu nehmen, dass seit Mitte Mai mit dem Bund diese Vereinbarung ausge-

arbeitet wurde, dies mit immer besseren Verhandlungsergebnissen. Das Geld des Bundes fliesst übrigens nicht nur in Planungs- und Kontrollaufgaben, sondern auch zu den Waldeigentümern.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

***Richtplan***

*L 4.3 Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt den Antrag des Regierungsrats auf Streichung ablehnt. Die Stawiko folgt der Raumplanungskommission, und der Regierungsrat schliesst sich ebenfalls an. Somit erübrigt sich eine Abstimmung.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*V 3.2 Kantonsstrassen*
*V 3.3 Umfahrung Unterägeri*
*V 3.6 Kantonsstrassen*
*V 3.8 Teilkarte langfristiges Kantonsstrassennetz*
*V 3.9 Kantonsstrassennetz*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

*V 10 Kantonales Wanderwegnetz*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats ablehnt; die Stawiko hingegen unterstützt diesen Antrag. Der Regierungsrat hält an seinem Kompromissantrag fest, nämlich das Wanderwegnetz nicht auf 384 Kilometer, sondern bloss auf 446 Kilometer auszudünnen.

**Karl Nussbaumer** bittet den Rat, das Wanderwegnetz unverändert zu belassen und den Antrag der Raumplanungskommission zu unterstützen. Mit der Massnahme V10 im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 sieht der Richtplanentwurf eine Reduktion des kantonalen Wanderwegnetzes vor von derzeit 558 Kilometer auf 384 bzw. auf 446 Kilometer, wie es der Kompromissantrag der Regierung neu möchte. Damit soll eine Budgetentlastung von 40'000 Franken pro Jahr erreicht werden. Im Gegenzug kostet die Umsetzung aber x Tausende von Franken, unter anderem aufgrund des enormen Aufwands für die Änderung der Signalisation und der Pläne. Der Votant kann diese Massnahme und das Vorgehen ganz und gar nicht unterstützen. Verschiedene Naherholungsgebiete sind gut zu Fuss erreichbar, und sie bieten der Bevölkerung Gelegenheit, in die Nachbargemeinden zu wandern oder zu spazieren. Auch die vielen Leute, die im Kanton Zug arbeiten, sollen sich in der Mittagspause oder in der Freizeit ohne grossen Aufwand im Freien bewegen

können. Wandern, Joggen und Spazieren sind zur Entspannung und für die Gesundheit sehr wichtig. Es ist auch enorm wichtig, dass sich die Wanderer und Spaziergänger auf offiziellen Wegen bewegen und sich nicht über die Wiesen und Felder oder im Wald unkontrollierte Wege suchen. Durch gepflegte Wege ergeben sich für die Bauern nur Vorteile, was sich bei einer Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahme aber ändern könnte. Wenn die Gemeinden die aufgehobenen Wanderwege übernehmen würden, hätte dies Mehrkosten und Mehrarbeit zur Folge – und es würden einfach Kosten auf die Gemeinden verschoben, wie das in diversen andern Entlastungsmassnahmen auch geschieht. Der Votant bittet aus diesen Gründen eindringlich, dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt zuzustimmen.

Baudirektor **Urs Hürlimann:** Der Bund verlangt, dass man die verschiedenen Aussagen im Richtplan periodisch überprüft, insbesondere wenn sich die Verhältnisse geändert haben. Deshalb hat man in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm das Zuger Wanderwegnetz überprüft, was letztmals vor rund fünfzehn Jahren geschah und damals ohne jegliche Nebengeräusche zu leichten Anpassungen führte. Grundlage des Wanderwegnetzes bilden definierte Routen, die von einem Anfangspunkt – beispielsweise dem Bahnhof Zug – zu einem Endpunkt – etwa Menzingen Dorf – führen, möglichst mit ÖV-Anschluss. Die Kantone koordinieren diese Routen mittels eines digitalen Informationssystems, und nun wurden alle Anschlusspunkte an den Kantonsgrenzen untereinander abgesprochen. Zugerinnen und Zuger, die im Kanton wandern, kennen beispielsweise vom Dorf Hünenberg hinunter in den Reussspitz auch ohne Beschriftung vielleicht zehn oder zwölf Varianten, die sie je nach Vorliebe auswählen. Der Luzerner aber, der in den Kanton Zug wandern kommt, möchte wissen, welches für ihn die optimale Route ist. Deshalb müssen die Anschlusspunkte zu den anderen Kantonen abgesprochen werden. Es geht um einen Mehrwert, nämlich um die regionale Koordination des Wanderwegnetzes. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Reduktion, auch kann nur eine in sich stimmige Planung digital vernünftig abgebildet werden.
Ein weiterer Grund für die Reduktion liegt darin, dass das heutige Netz viele Parallelführungen aufweist. So führen etwa vier verschiedene Wege von Zug nach Walchwil. Zudem verfügt Zug im Vergleich mit den umliegenden Kantonen über das dichteste Netz, was zu entsprechenden Kosten bei der Signalisation führt. Der erste Vorschlag für das neue Wanderwegnetz war zugegebenermassen etwas sehr technisch geprägt und zu stark optimiert. Deshalb wurde der vorhin geschilderte Prozess in Gang gesetzt, mit dem auf die Reaktionen aus der Öffentlichkeit und der betroffenen Organisationen eingegangen wurde. Die Baudirektion hatte im ersten Schritt zu wenig Rücksicht auf die kommunalen Anliegen genommen, und das «Njet» im Vorfeld der Kommissionsberatungen öffnete ihr – wenn auch etwas spät – die Augen. Der Baudirektor brachte deshalb einen Kompromissvorschlag in die Raumplanungskommission; die Karte auf Seite 5 des Kommissionsberichts zeigt bereits auf, zu welchen Änderungen der Kompromiss mit 446 Kilometer Länge führt. Man suchte einen Kompromiss, der das Konzept von definierten Routen berücksichtigt, mit den Nachbarkantonen kompatibel ist, vom Verein Zuger Wanderwege unterstützt wird, mit dem digitalen Programm abgebildet werden kann, was den Unterhalt und die Signalisation vereinfacht und verbilligt. Zudem wurden die Wünsche der Gemeinden wieder aufgenommen und nicht alle, aber die meisten Bedürfnisse von dieser Seite abgedeckt. Die wegfallenden Wanderwege sind nicht verloren. Ein grosser Teil davon sind Waldstrassen oder breite, ausgebaute Feldwege, die auch ohne gelbe Wanderwegtafeln bestehen bleiben. Die Gemeinden können sie in ihren eigenen Planungen schützen, ganz im Sinn der Aufgabendelegation an

die richtige staatliche Ebene. Zusammengefasst ist der Kompromiss des Regierungsrats gut und ausgewogen, und er berücksichtigt die Anliegen der Bevölkerung und der in diesem Bereich tätigen Organisationen. Der Baudirektor bittet deshalb, ihm zuzustimmen.
Zur Leistungsvereinbarung mit dem Verein Zuger Wanderwege hält der Baudirektor fest, dass der Regierungsrat eine Neuverhandlung dieser Vereinbarung anstrebt. Ziel ist es, die Kosten von bisher 140'000 Franken um 40'000 Franken zu reduzieren. Erste Vorgespräche sind erfolgt, und der Baudirektor ist zuversichtlich und überzeugt davon, dass nach dem heutigen Entscheid mit dem Verein Zuger Wanderwege eine Lösung gefunden werden kann.

**Andreas Lustenberger** weist erstens darauf hin, dass die Dichte des Wanderwegnetzes auch mit der geografischen Grösse des Kantons zusammenhängt. Wenn man ein attraktives Wanderwegnetz haben will, hat man als kleiner Kanton zwangsläufig ein sehr dichtes Netz. Zweitens weist er bezüglich Parallelführung von Wanderwegen darauf hin, dass in solchen Fällen eine Route vielleicht sehr steil, die andere aber deutlich leichter zu begehen ist. Es gibt gute Gründe für drei bis vier Wanderwege zwischen A und B: Möglicherweise kann eine ältere Person einen Wanderweg nicht mehr meistern, den Jüngere problemlos begehen. In diesem Sinne unterstützt der Votant die Ausführungen von Karl Nussbaumer und bittet den Rat, dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt zu folgen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun in einer ersten Abstimmung das Ausmass einer allfälligen Ausdünnung festgelegt wird. Danach befindet der Rat darüber, ob das bisherige Wanderwegnetz beibehalten oder ob eine Ausdünnung gemäss der ersten Abstimmung vorgenommen werden soll.

➔ Der Rat folgt in der ersten Abstimmung mit 52 zu 7 Stimmen dem Kompromissvorschlag des Regierungsrats auf eine Ausdünnung auf 446 Kilometer.

➔ Der Rat genehmigt in der zweiten Abstimmung mit 36 zu 29 Stimmen den Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt auf Beibehaltung des heutigen Wanderwegnetzes.

*V 12.2 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben*
*P 3.1.2 Agglomerationsprogramm/Subventionierung durch den Bund*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

***Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion, Umfahrung Unterägeri, Stadttunnel Zug, Kantonales Wanderwegnetz) (Vorlage 2596.2 - 15115***

*Titel und Ingress*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt aufgrund ihrer Anträge eine Änderung des Erlasstitels beantragt: «Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (~~Wälder mit besonderer Naturschutzfunktion,~~ Umfahrung Unterägeri, Stadttunnel Zug, ~~Kantonales Wanderwegnetz~~)» Der Antrag der Kommission ist aufgrund der Ergebnisse der Abstimmun-

gen zu den Wäldern mit besonderen Naturschutzfunktionen und zum kantonalen Wandernetz umzusetzen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*§ 1 Abs. 1 Bst. a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Bst. a gemäss dem Ergebnis der entsprechenden Abstimmung gelöscht wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*§ 1 Abs. 1 Bst. b bis f*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

*§ 1 Abs. 1 Bst. g*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Bst. g gemäss dem Ergebnis der entsprechenden Abstimmung gelöscht wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*§ 1 Abs. 1 Bst. h*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

*Teil II (Fremdänderungen)*
*Teil III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 65 zu 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

**618** Traktandum 3.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel P Agglomerationsprogramm)**
Vorlagen: 2641.1/1a - 15203 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2641.2 - 15204 (Antrag des Regierungsrats); 2641.3/3a - 15271 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass neben dem Antrag des Regierungsrats ein Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt vorliegt: Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kommission.
Dieser Kantonratsbeschluss ist nicht allgemein verbindlich, sondern behördenverbindlich. Es gibt daher nur eine einzige Lesung.

EINTRETENSDEBATTE

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, bestätigt, dass die vorberatende Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Er dankt im Namen der Kommission dem Baudirektor und seinem Team auch hier für die gute Zusammenarbeit. Da sich der Regierungsrat den Änderungsanträgen der Kommission anschliesst, kann auf Ausführungen zu den materiell nicht relevanten, formell aber richtigen Änderungen der Kommission verzichtet werden. Was bleibt, ist erstens der Hinweis, dass die Kommission sich fragt, ob die Agglomerationsprogramme zuhanden des Bundes noch gerechtfertigt seien, wird doch der Aufwand immer grösser, die Beiträge aber werden immer kleiner. Zweitens sei noch einmal betont, dass der Inhalt des Agglomerationsprogramms für den Kantonsrat keine bindende Wirkung hat. Erst durch die Umsetzung im Richtplan oder durch die Genehmigung eines Vorhabens werden die im Agglomerationsprogramm vorgesehenen Massnahmen für den Kantonsrat massgeblich.
Der Votant dankt für die Zustimmung zur Vorlage, was eine Voraussetzung dafür ist, dass der Kanton Zug die entsprechenden Beiträge des Bundes in Anspruch nehmen kann. Er teilt mit, dass die CVP-Fraktion der Vorlage mit den Änderungen der Kommission zustimmen wird.

**Barbara Gysel** hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist und ihr zustimmen wird. Das vorgelegte Agglomerationsprogramm hat – salopp gesagt – den Status eines nichtbindenden Projektgesuchs an den Bund. Dass die SP der Vorlage zustimmt, mag einen gewissen symbolischen Wert haben, darf aber nicht überbewertet werden. Die einzelnen Projekte mit Baubeginn zwischen 2019 und 2022 sind nämlich – wie der Kommissionspräsident bereits erwähnt hat – weder gesichert noch verbindlich. Insofern dankt die SP allen Beteiligten für die umfangreichen Vorbereitungen. Sie begrüsst es aber ebenso, wenn als flankierende Massnahme auch Bemühungen zu einer Verschlankung des Verfahrens getätigt werden.

**Daniel Abt** fasst sich kurz: Die FDP-Fraktion nimmt das Agglomerationsprogramm im Sinne der vorberatenden Kommission zur Kenntnis und stimmt ihm zu.

**Nicole Imfeld** teilt mit, dass auch die Grünliberalen auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Mit der Anpassung des Richtplans werden die Eingaben des Kantons an den Bund aus dem Agglomerationsprogramm in den Richtplan überführt. Damit werden die Absichten aus dem Programm behördenverbindlich verankert und dem Bund gegenüber der Wille zur Umsetzung dokumentiert. Das ist einerseits wichtig für die Beanspruchung der entsprechenden Gelder, andererseits bei der Umsetzung entsprechender Massnahmen beispielsweise auf kommunaler Ebene.

Die Streichung der Massnahmen des Verkehrsmanagements aus dem Richtplan ist aus der Optik einer möglichen Mitfinanzierung durch den Bund sachlogisch; der Bund finanziert nur Infrastrukturmassnahmen mit. Da mit Massnahmen zur Verkehrssteuerung jedoch sehr viel erreicht werden kann und unter Umständen teure Ausbauten der Infrastruktur vermieden werden können, ist für die vorausschauende Verankerung von möglichen Lösungen aus diesem Themenbereich ein Eintrag im kantonalen Richtplan nötig, allerdings nicht an dieser Stelle. Die Verankerung von Massnahmen der Verkehrssteuerung ist im Gesamtpaket mit der Verankerung der Massnahmen auf den Kantonsstrassen wie der Verschiebung der Umfahrung Unterägeri zu sehen. Die Grünliberalen bitten die Baudirektion, dieses Thema in Hinblick auf künftige Richtplananpassungen aufzunehmen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Der Regierungsrat schliesst sich den Anträgen der vorberatenden Kommission an. Mit der Vorlage soll gesichert werden, dass der Kanton im Rahmen des Agglomerationsprogramms 3 beim Bund vorstellig werden und entsprechende Bundesgelder beanspruchen kann. Die Zustimmung des Kantonsrats verleiht das nötige Gewicht für eine positive Beurteilung durch den Bund.
Mit den Agglomerationsprogrammen 1 und 2 wurde schon einiges erreicht. Im Rahmen der dringlichen Projekte vor dem Agglomerationsprogramm 1 erhielt der Kanton Zug 25 Millionen Franken Bundesbeiträge für die Stadtbahn und 35 Millionen Franken für die Nordzufahrt. Im ersten Agglomerationsprogramm wurden 63 Millionen Franken Bundesbeiträge zugesichert und teilweise bereit ausbezahlt, beispielsweise für das Parkleitsystem und 36 Millionen Franken für die Umfahrung Cham-Hünenberg. Im zweiten Agglomerationsprogramm wurden 21 Millionen Franken Bundesbeiträge zugesichert, die bei der Umsetzung der vom Kantonsrat bewilligten Projekte beim Bund beantragt werden können. Pro Kopf der Bevölkerung erhielt der Kanton Zug bisher also rund 1250 Franken, nicht zuletzt weil er entsprechende Projekte konsequent beim Bund angemeldet hat.
Den Hinweis des Kommissionspräsidenten bezüglich Vereinfachung unterstützt der Baudirektor voll und ganz. Er wird bei der Konferenz der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren bei nächster Gelegenheit das Anliegen einbringen, diesbezüglich ein vernünftiges Vorgehensmodell zu erarbeiten. Auch den Hinweis bezüglich Verkehrsmanagement nimmt die Baudirektion gerne auf. Bei der Arbeit an einer neuen Gesamtverkehrskonzeption wird auch diesbezüglich einiges gehen, und der Hinweis ist sicher richtig platziert.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

***Richtplan***

*P Agglomerationsprogramm*
*P 1. Strategie für die Agglomeration Zug*
*P 1.1*
*P 1.1.1*
*P 1.2 Gremium für die Agglomeration Zug*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

*P 1.2.1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt der vom Regierungsrat beantragten Anpassung zustimmt und dem Rat eine Anpassung zur sprachlichen Gleichbehandlung von Frau und Mann beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesbezüglich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*P 1.2.2*
*P 3 Subventionierung durch den Bund*
*P 3.1 Anerkennung und Mitfinanzierung durch den Bund*
*P 3.1.1*
*P 3.1.2*
*Streichung von Bst. a bis h*
*neu Bst. a bis c*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

*neu Bst. d*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Raumplanungskommission die Streichung von Bst. d beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat folgt stillschweigend der vorberatenden Kommission.

*neu Bst. e und f*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass wegen der Streichung von Bst. d die Zählung ändert: Bst. e wird neu zu Bst. d, Bst. f wird neu zu Bst. e.

***Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel P Agglomerationsprogramm) (Vorlage 2641.2 - 15204)***

*Titel und Ingress*
*§ 1 Abs. 1 Bst. a bis c*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

*Teil II (Fremdänderungen)*
*Teil III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 66 zu 0 Stimmen zu.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser seinen Platz.

**619** Traktandum 3.3: **Motion von Cornelia Stocker und Daniel Abt betreffend verfahrenstechnische Gleichstellung von Interpellationen mit Motionen und Postulaten**
Vorlagen: 2610.1 - 15147 (Motionstext); 2610.2 - 15278 (Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats).

Für dieses Geschäft übernimmt Kantonsratsvizepräsident Daniel Thomas Burch den Vorsitz. Kantonsratspräsident Moritz Schmid vertritt das Büro des Kantonsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Büro des Kantonsrats beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Daniel Abt** dankt als Vertreter der Motionierenden allen Involvierten für die zügige Stellungnahme. Der Argumentation des Büros können die Motionierenden zwar folgen, trotzdem sind sie – bei allem Demokratieverständnis – der Ansicht, dass sich der Kantonsrat die Möglichkeit zum Ziehen der Notbremse analog zum Verfahren bei Motionen geben soll. Sie verlangen in ihrer Motion dafür ja ein qualifiziertes Mehr, und das ist, wie die Praxis zeigt, keineswegs eine niedrige Hürde. Dass der Rat sich der Möglichkeit eines Vollstopps für Interpellationen verschliessen soll, wenn ihm immer noch das Instrument der Kleinen Anfrage zur Verfügung steht, ist für die Motionierenden nicht ganz logisch, denn der ins Feld geführten Oberaufsicht und auch dem Demokratieverständnis kann mit einer Kleinen Anfrage genügend Rechnung getragen werden. Aber eben: Die Kleine Anfrage ist als Marketing-Instrument weniger geeignet. Mit ihr erhascht man weniger *Publicity*, und somit ist das Profilierungspotenzial ungleich geringer. Das kann es nicht sein.
Sollte der Rat dem Wunsch bzw. dem **Antrag** der Motionierenden auf Erheblicherklärung nicht entsprechen, möchten diese den Regierungsrat ermuntern bzw. auffordern, sich vermehrt sich an § 51 Abs. 4 GO KR anzulehnen; unter Punkt 3.3 der Vorlage ist das sogenannte Expressverfahren wunderbar beschrieben. Wenn man diesen Paragrafen richtig lebt, können die kostbaren Ressourcen der Verwaltung effizient und zielorientiert eingesetzt werden. Jüngstes positives Beispiel ist die Interpellation bezüglich Ausrüstung der Zuger Polizei; die Antworten auf diesen unnötigen Vorstoss sind kurz und sec gehalten.
Der Effizienz halber sei gleich auch die Meinung der FDP-Fraktion kundgetan: Diese unterstützt mehrheitlich die Erheblicherklärung der Motion.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er kann sich gut an seine erste Reaktion auf das Motionsbegehren von Cornelia Stocker und Daniel Abt erinnern: Jetzt wird versucht, auch bei den Interpellationen eine Zensur einzuführen. Sinngemäss gilt das ja schon für Motionen und Postulate, auch wenn es für eine Nichtüberweisung eine Zweidrittelmehrheit braucht. Die Erfahrung lehrt, dass die Nichtüberweisung vor allem Vorstösse der kleineren Parteien trifft. Und nun soll also auch eine Interpellation, deren Thema nicht genehm ist, nicht mehr überwiesen werden können, auch wenn auch dafür eine Zweidrittelmehrheit der Stimmenden nötig wäre.
Es kann nicht angehen, dass die Mitglieder des Kantonsrats ihre Frageinstrumente – dazu gehört die Interpellation – nicht mehr resp. nur noch sehr eingeschränkt einsetzen können. Im Unterschied zu einer Kleinen Anfrage erlaubt eine Interpellation, die Fragestellung nach der Beantwortung durch den Regierungsrat im Kantonsrat zu diskutieren. Und gemäss Bericht des Büros des Kantonsrats müsste der Rat mit einer Beschränkung der Obliegenheit zur Oberaufsicht leben, wenn Interpellationen nicht mehr zwingend überwiesen würden. Zugegeben: Nicht jede Interpellation mag sinnvoll sein – auch wenn das der oder die Verfasser anders sehen. Es ist aber komplett falsch, deswegen die Rechte des Rats einzuschränken.
Der Bericht des Büros zeigte im Übrigen auf, dass der Regierungsrat bei seinen Antworten auch vieles steuern kann. Mit dem Expressverfahren kann er dringliche Interpellationen umgehend beantworten, wobei er die Dringlichkeit selber definieren kann. Und Interpellationsantworten müssen nicht zwingend sehr ausführlich ausfallen. Es können auch kurze Antworten sein, insbesondere wenn die gestellten Fragen mittels Recherche im Internet oder mit einem Telefonanruf bei der Verwaltung hätten beantwortet werden können. Und der Votant geht mit Daniel Abt einig: Bei der Beantwortung der letzte Interpellation hat der Regierungsrat diese Möglichkeit bereits umgesetzt: kurze, knappe Antworten.
Der Votant ruft den Rat auf, es dem Büro des Kantonsrats gleichzutun und die Erheblicherklärung dieser Motion abzulehnen.

Auch **Kurt Balmer** als Sprecher der CVP-Fraktion bittet den Rat, den Antrag des Büros zu unterstützen und die Motion nicht erheblich zu erklären. Die Begründung dafür ergibt sich aus dem Bericht des Büros. Seit der ausführlichen Diskussion im Rahmen der GO KR haben sich keine neuen entscheidenden Argumente ergeben. Die CVP will auch nicht, dass gegebenenfalls eine bürgerliche Mehrheit jede Interpellation von linker Seite sofort erledigen kann. Wenn das Anliegen der Motion umgesetzt und dann allenfalls häufig benützt würde, würde der Votant als potenzieller Interpellant vermehrt zum Instrument Kleine Anfrage greifen und die Diskussion mit Leserbriefen usw. in die Zeitung verlegen. Wäre das wirklich sinnvoll?
Es schadet einem Parlament nicht, wenn es sich ab und zu auch mit vielleicht – subjektiv und objektiv betrachtet – unsinnigen Interpellationen herumschlagen muss. Es soll nicht jede Diskussion vermieden werden, und bekanntlich kann der Regierungsrat oder das Gericht eine Interpellation auch sehr kurz beantworten. Natürlich besteht eine Missbrauchsgefahr, und vielleicht hat der Votant selbst auch schon gesündigt. Aber einerseits ist ein total effizienter Ratsbetrieb ein Widerspruch in sich, und andererseits gibt es im Kanton Zug keinen Eric Weber wie in Basel, was im Extremfall wirklich dazu führen könnte, dass man sich überlegen müsste, eine Bremse einzuführen; für die Details verweist der Votant auf den Bericht im «Tages-Anzeiger» vom 25. Oktober 2016. Aus Basel weiss man zwischenzeitlich aber auch, dass dieser Hyperaktivismus zur logischen Konsequenz führte, nämlich zu Abwahl.
Der Votant bittet den Rat, nicht übereilt die parlamentarischen Rechte zu beschneiden, sondern dem Antrag des Büros zu folgen.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass ALG-Fraktion einstimmig dem Büro folgt und die Motion nicht erheblich erklären wird. Die Interpellation ist eines der zentralen Instrumente der parlamentarischen Oberaufsichtsfunktion. Mit ihr können – im Unterschied zur Kleinen Anfrage – komplexere Sachverhalte bei der Regierung und der Verwaltung erfragt und vor allem dann im Ratsplenum thematisiert und diskutiert werden. Es geht also auch um den gleichen Informationsstand für die Diskussion, was gerade im Rahmen der Oberaufsicht sehr wichtig ist. Könnten Interpellationen – wie es die Motionäre vorschlagen – vom Kantonsrat erst gar nicht überwiesen werden, würde diese Art der Aufsichtsfunktion massiv eingeschränkt. Das ist für die ALG ein *No-Go*. Sie bittet daher, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass sich Motion, Postulat, Interpellation und Kleine Anfrage in der jetzigen rechtlichen Ausgestaltung nicht nur bewährt haben, sondern als demokratische Instrumente geradezu unverzichtbar sind. Dabei kommt der Interpellation eine zentrale Rolle zu, steht doch der Kantonsrat als gesetzgebende und aufsehende Gewalt des Kantons in der Pflicht, die Tätigkeit von Verwaltung, Regierungsrat und Gerichten öffentlich zu hinterfragen. Und dies kann nicht – wie von den Motionären moniert – mit einem Telefonanruf gemacht werden, nur weil das vielleicht schneller und günstiger ist. Diese Argumentation greift entschieden zu kurz. Weil die Interpellation die Öffentlichkeit miteinbezieht und eine breite Diskussion ermöglicht, hat sie als demokratisches Kontrollinstrument einen sehr hohen Stellenwert. Natürlich kommt es vor, dass Interpellationen auch zur politischen oder persönlichen Profilierung und Themenbewirtschaftung verwendet werden. Aber nur deshalb dieses parlamentarische Recht einschränken zu wollen, hiesse das Kind mit dem Bad auszuschütten. Diese Argumentationslinie ist gefährlich und letztlich auch etwas vermessen. Denn wer definiert, wann ein Vorstoss der persönlichen Profilierung und Themenbewirtschaftung dient und wann nicht? Es gibt keinen überzeugenden Grund, weshalb das Interpellationsrecht restriktiver ausgestaltet werden soll. Es nur wegen eines gefühlten Missbrauchs einschränken zu wollen, ist keine gute Idee. Die GLP bittet deshalb, dem Antrag des Kantonsratsbüros zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

Kantonsratspräsident **Moritz Schmid** erinnert daran, dass der Kantonsrat in seiner Sitzung vom 12. Mai 2016 die Motion Stocker/Abt an das Büro des Kantonsrats zu Bericht und Antrag überwies. Das Obergericht hielt mit Schreiben vom 5. September 2016 fest, dass es auf eine eigentliche Vernehmlassung verzichte, da kein direkt die Justiz betreffender Erlass zur Diskussion stehe. Wegen der in der Motion aufgeworfenen Fragen verzichtete das Verwaltungsgericht in seiner Eingabe vom 7. September 2016 ebenfalls auf eine Stellungnahme. Der Regierungsrat liess am 20. September 2016 verlauten, dass der Erlass und die Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats in die Zuständigkeit desselben fallen. Er erlaubte sich aber den Hinweis, dass die Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse zunehmend die Ressourcen von Regierung und Verwaltung binde. Diese Tatsache veranlasse den Regierungsrat jedoch nicht, dem Kantonsrat eine Empfehlung betreffend Beibehaltung oder Änderung von dessen Geschäftsordnung abzugeben. Letztlich sei die Steuerung der kantonsrätlichen Geschäfte Sache des Parlaments.
Interpellationen gehören zu den Frageinstrumenten der Kantonsratsmitglieder. Würde der Kantonsrat in seiner Geschäftsordnung die verfahrensrechtliche Möglichkeit einer Nichtüberweisung von Interpellationen schaffen, würde er sich letztlich ohne Not einen Kanal für die notwendige politische Auseinandersetzung zuschütten. Der Kantonsrat als gesetzgebende und aufsehende Gewalt des Kantons kann gerade mit Interpellationen seiner Obliegenheit zur Oberaufsicht nachkom-

men. So bewirken Interpellationsantworten immer auch einen Informationsgleichstand für alle Mitglieder des Kantonsrats. Der Schutz politischer Minderheiten hat im Kanton Zug Tradition und daher höher zu gewichten als das Bedürfnis des Regierungsrat und der Gerichte, sich nicht mit zahl- und umfangreichen Interpellationen abgeben zu müssen. Der Kantonsrat soll jedenfalls nicht mithelfen, sich dem Vorwurf auszusetzen, den politischen Diskurs unterbinden oder gar zensurieren zu wollen, indem er die Rechte der Parlamentsmitglieder beschneidet. Sollte die Arbeitslast des Regierungsrats oder der Gerichte durch Interpellationen übermässig steigen, ist es der Exekutive und der Judikative unbenommen, Interpellationen im sogenannten Expressverfahren gemäss § 51 Abs. 4 GO KR zu erledigen. Zudem dürfen prägnante Interpellationsantworten auch kürzer oder kurz ausfallen.
Das Büro des Kantonsrats beantragt einstimmig, die Motion Stocker/Abt nicht erheblich zu erklären. Die SVP-Fraktion folgt einstimmig diesem Antrag.

➔ Der Rat erklärt die Motion mit 53 zu 8 Stimmen nicht erheblich.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratspräsident Moritz Schmid wieder den Ratsvorsitz. Den Platz des Landschreibers übernimmt wieder die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart.

**620** Traktandum 3.4: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Umsetzung Raumplanungsgesetz: Planerischer Mehrwertausgleich**
Vorlagen: 2630.1 - 15168 (Interpellationstext); 2630.2 - 15238 (Antwort des Regierungsrats).

**Barbara Gysel** spricht für die Interpellantin. Generell schafft eine Interpellation der Verwaltung die Gelegenheit, ein Thema darzustellen, dessen Bedeutung aufzuzeigen, über den Stand allfälliger Arbeiten zu berichten und das Feld für die kommende politische Diskussion vorzubereiten. Der Regierungsrat kommt diesem Anliegen im vorliegenden Fall in keiner Art und Weise nach. Die Interpellation wird vielmehr als Störung dargestellt. Antworten finden sich nicht. Vielmehr wird auf Dokumente verwiesen, die gefälligst konsultiert werden sollen. Dieses Verhalten verdient keine Zustimmung, zumal der Regierungsrat in der Sache Überlegungen angestellt hat, die der Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) und damit der Einführung der Mehrwertabgabe sicherlich zugrunde lagen. Leider finden sich in den Revisionsunterlagen die erwarteten Abwägungen nicht. Die kurzen Ja-/Nein-Antworten lassen es nicht zu, allfällige Spielräume zu erkennen, die der Regierungsrat sieht. Als Beispiel sei die Antwort auf Frage 2 erwähnt, wo steht: «Der Mehrwertausgleich kann auch in einer Leistung oder in Sachwerten erfolgen.» Es wäre sinnvoll gewesen, die kreativen Ideen hinter dieser Möglichkeit zu kennen, zumal sich aus der zitierten Vorlage auch keine genaueren Umrisse der angedachten Möglichkeiten ergeben. Inhaltlich erstaunen Widersprüche, die auch in die PBG-Revision eingeflossen sind. Zum einen geht der Regierungsrat davon aus, dass die Bauzonengrössen stimmen und es keine neuen Einzonungen geben soll. Und trotzdem erwartet er aus Neueinzonungen einen Ertrag von 20 Millionen Franken, die dann wohl zweckgebunden irgendwo verschwinden werden. Denn die Auszonungen und die Kostenpflichtigkeit sind nicht geregelt. Erstaunlicherweise glaubt der Regierungsrat aber – so in der Antwort auf Frage 3 –, die kleine Summe genüge, um die seit langem gehorteten Flächen bei einer Auszonung entschädigen zu können. Die hektische Beantwortung lässt gewisse Aspekte ausser Acht. So ist nicht bekannt, wie

der Regierungsrat einen allfälligen Überschuss verwenden wird (Frage 3c). Die Antwort hätte doch davon abhängen müssen, wie viele Mehrwerte mit anderen Massnahmen ausser mit Geld abgegolten werden.
Die Umsetzung der Mehrwertabgabe hängt letztlich nicht von der Schätzungskommission ab. Es stellen sich hier vielmehr Fragen der Zusammenarbeit und Zuständigkeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Die Antwort der Regierung verweist darauf, dass Gemeinde und Kanton «über die Verwendung der Einnahmen nach Massgabe der ihnen zustehenden Mittel» befinden. Diese Aussage erstaunt. Soll denn nicht – so die Antwort auf Frage 4a – die Zuständigkeit für raumplanerische Massnahmen entscheidend sein, welche Mittel wo zweckgerichtet eingesetzt werden? Es kann doch durchaus sein, dass die Prozentabgabe an den Kanton den Gemeinden Mittel wegnimmt und sie ihre planerischen Massnahmen nicht erfüllen können, wogegen der Kanton seine Gelder irgendwo unterbringt.
Die SP-Fraktion ist eigentlich überzeugt, dass man Interpellationen kurz beantworten kann. Hier aber ist die Antwort ungenügend ausgefallen, weil sich die Abwägungen in den anderen Dokumenten nicht finden liessen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** widerspricht: Die Interpellation wurde keineswegs als störend empfunden und hektisch und nichtssagend beantwortet. Die Vernehmlassungsfrist für das PBG ist vor zwei Wochen abgelaufen, und es hat selten auf eine Vorlage so viele Vernehmlassungsantworten gegeben – mit 5 bis maximal 29 Seiten Umfang. Die Vernehmlassung betraf das PBG als gesetzliche Ebene. Die Baudirektion arbeitet im Moment auch an der dazugehörenden Verordnung, wo der grosse Teil der von Barbara Gysel angesprochenen Fragen geregelt werden muss.
Die Vernehmlassung hat gezeigt, dass die Frage der Mehrwertabgabe sehr unterschiedlich beurteilt wird. Sehr kontrovers sind auch die Rückmeldungen bezüglich Gebietsverdichtung, und insbesondere wird die Enteignung als massivste Verletzung des Eigentumsrechts und wenig liberales Instrument zur Diskussion gestellt. Auch die Frage der Arealbebauung wird in den Vernehmlassungen kontrovers diskutiert, ebenso das Anliegen der Motion von Thomas Villiger betreffend monetäre Abgeltungen für Einsprachen. Es wird aber nicht nur kritisiert, sondern es werden auch konkrete Vorschläge gemacht, wie die Gesetzesartikel aus der Sicht der Vernehmlassenden ausgestaltet werden sollen.
Die PBG-Revision wird im nächsten Jahr wohl eines der intensivsten Geschäfte für den Kantonsrat sein. Mitte Mai 2016, nach der ersten Lesung im Regierungsrat, wurde die Vernehmlassung eröffnet, Ende September wurde sie grundsätzlich abgeschlossen; einigen Gemeinde wurde noch eine Fristerstreckung bis Ende Oktober gewährt. Bis März 2017 wird die Baudirektion nun die Vernehmlassung auswerten, dann wird die Arbeitsgruppe, welche die Revision erarbeitet hat, mit den Ergebnissen konfrontiert. Gleichzeitig sollen die gemeindlichen Bauchefs zu einem Gespräch eingeladen werden. Nach der Konsultation dieser zwei Gremien geht die Vorlage Ende März 2017 in die zweite Lesung des Regierungsrats. Im April 2017 wird die kantonsrätliche Kommission bestellt, diese soll ihre Arbeit bis Ende September 2017 abschliessen. Im Oktober 2017 findet die erste und im Dezember 2017 die zweite Lesung im Kantonsrat statt. Im Januar 2018 erfolgt die Publikation im Amtsblatt, und im März 2018 läuft die Referendumsfrist ab. Falls das Referendum nicht ergriffen wird, tritt die Revision am 1. Januar 2019 in Kraft, andernfalls soll im Juni 2018 die Volksabstimmung stattfinden. Parallel zur PBG-Revision soll im nächsten Jahr bereits auch die entsprechende Vorordnung in die politische Diskussion gegeben werden. Das ist der ambitiöse Fahrplan für diese Vorlage.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**621** Traktandum 3.5: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Areal ehemaliges Kantonsspital**
Vorlagen: 2632.1 - 15172 (Interpellationstext); 2632.2 - 15291 (Antwort des Regierungsrats).

**Beat Iten** dankt als Vertreter der Interpellantin der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Die Antworten geben eine gute Übersicht über die Absichten und das weitere Vorgehen beim Areal des ehemaligen Kantonsspitals. Die SP begrüsst insbesondere die Absicht, das Land nicht zu verkaufen, sondern es im Baurecht abzugeben. Dies ist der richtige Weg: Es ist nicht sinnvoll, Land ohne Not zu verkaufen. Zu viel Geld führt heute ja dazu, dass dafür Negativzinsen bezahlt werden müssen. Da macht es mehr Sinn, das Land zu behalten, es im Baurecht abzugeben und dafür Baurechtszinsen einzunehmen.
Die SP begrüsst es auch, dass die Baufelder C für preisgünstigen Wohnungsbau vorgesehen sind. Die SP setzt sich seit Jahren für bezahlbaren Wohnraum ein. Erst kürzlich hat der Kantonsrat über die Initiative für bezahlbaren Wohnraum der Jungen Alternativen und der Juso diskutiert. Sollte die Initiative im kommenden Jahr angenommen werden, stehen im Kantonsspitalareal bereits Flächen für dieses Anliegen zur Verfügung. Die SP ist überzeugt, dass bei einer Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften kreative, innovative und bezahlbare Wohnideen umgesetzt werden können. Sie empfiehlt für den Bau von günstigem Wohnraum die Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften, die primär keine Renditen erwirtschaften wollen und müssen, sondern sich darauf konzentrieren, die Bauten zu erhalten und in die Werterhaltung zu reinvestieren.

**Alice Landtwing** hält namens der FDP-Fraktion fest, dass der Kanton in Etappen vorgehen soll, wie es der neue Bebauungsplan der Stadt vorsieht. Der FDP ist es auch wichtig, dass der Kanton, wenn er nicht als Bauherr auftritt, das Land im Baurecht abgeben soll, dass also keinesfalls ein Landverkauf stattfinden soll. Der neue Bebauungsplan Areal ehemaliges Kantonsspital ist seit Mai 2016 genehmigt. Es ist jetzt Zeit, dass der Kanton vorwärtsmacht und dieses städtische Areal an bester Lage in hoher Qualität realisiert.

Für **Philip C. Brunner** ist das Areal des ehemaligen Kantonsspitals die Perle der Stadt südlich der Altstadt. Von linker Seite werden in diesem Zusammenhang preisgünstige Wohnungen gefordert. Auch der Votant ist für preisgünstige Wohnungen – aber bitte nicht dort! Aus diesem Areal muss man finanziell das Maximum herausholen, genossenschaftlichen Wohnungsbau kann man auf anderen Parzellen auf Stadzuger Boden, in der Lorzenebene, realisieren. Die Belastungen der Stadt sind enorm. Allein vom Budget 2016 auf das Budget 2017 springen sie um 13,3 Millionen Franken in die Höhe. Das entspricht etwa der Hälfte des Budgets der Gemeinde Menzingen. Dieser Anstieg setzt sich zusammen aus dem Beitrag für den ZFA, den 6 Prozent für den NFA und den neuen Kosten durch das Entlastungsprogramm. Wo soll dieses Geld denn herkommen? Es braucht dazu Steuerzahler mit einem gewissen finanziellen Rahmen. Der Votant bittet den Regierungsrat dringend, diesem Punkt bei seinen Überlegungen zum Areal des ehemaligen Kantonsspitals die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Man muss sich nicht schämen, gut situierte Personen nach Zug zu holen, auch Ausländerinnen und Ausländer – der Ausländeranteil in der Stadt Zug beträgt heute schon 33 Prozent. Dann kann die Linke sehr wohl die Hand ausstrecken und profitieren. Die zusätzlichen Belastungen im Sozialbereich werden nämlich genau von diesen Leuten bezahlt. Im Übrigen sei noch angefügt – es gehört zwar nicht ganz zum Thema – …

Der **Vorsitzende** unterbricht und ermahnt den Votanten, ausschliesslich zum Thema zu sprechen. Im Grossen Gemeinderat hätte man ihm – wie der Vorsitzende kürzlich sehen konnte – schon längst das Wort entzogen. *(Der Rat lacht.)*

**Philip Brunner** verspricht, nur noch zwei Sätze zu sagen. In Zusammenhang mit der USR III hat der Zuger Stadtrat aufgezeigt, woher eigentlich das Geld kommt. Bei den juristischen Personen stammen 63,36 Prozent der Steuereinnahmen, nämlich 46 Millionen Franken von insgesamt 75 Millionen Franken Steuerertrag, von genau 38 Firmen, was 0,6 Prozent der domizilierten Unternehmen entspricht. Die entsprechenden Zahlen für die natürlichen Personen hat der Votant nicht präsent, sie dürften dort aber ähnlich sein. Von freisinniger Seite wird ihm zugenickt – und dort wird man es wohl wissen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die positive Aufnahme der Antwort. Dem Regierungsrat ist klar, dass der Kanton mit seinen Immobilien und seinen Landreserven unternehmerisch umgehen muss. Er hat die entsprechende Strategie im Dezember 2015 klar definiert: Es wird in der Regel kein Land verkauft, sondern es werden Baurechtslösungen oder allenfalls – besonders mit öffentlichen Institutionen wie Gemeinden etc. – Tauschgeschäfte angestrebt. Es ist der Regierung bewusst, dass sie zu den vorhandenen Parzellen und Landreserven Sorge tragen muss.
Der Prozess bezüglich Kantonsspitalareal findet in zwei Schritten aufgrund öffentlicher Ausschreibungen statt. Zuerst werden für den Baubereich B, wo ursprünglich das neue Kunsthaus vorgesehen war, konkrete Vorschläge für eine publikumsattraktive öffentliche Nutzung mit Ausstrahlungskraft gesucht. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass das Areal ein Eingangstor zum Kantonshauptort Zug ist, die entsprechenden Vorgaben sind im Bebauungsplan definiert. Auch für den Baubereich D, den denkmalgeschützten Südflügel, und die Hotellerie sind die Vorgaben im Bebauungsplan definiert. Auf der Basis des besten Vorschlags wird anschliessend der vom Bebauungsplan vorgeschriebene Architekturwettbewerb durchgeführt. Der Fahrplan sieht vor, dass die Ausschreibung betreffend Nutzungskonzept im ersten Halbjahr 2017 stattfindet – die entsprechenden Arbeiten in der Baudirektion sind praktisch fertig –, mit Abschluss Ende 2017. Dann folgt 2018 der Architekturwettbewerb, und frühester Baubeginn ist 2020.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**622** Traktandum 3.6: **Interpellation von Daniel Stadlin und Richard Rüegg betreffend übermalten Wandbildern in der ehemaligen Kapelle des alten Kantonsspitals**
Vorlagen: 2633.1 - 15173 (Interpellationstext); 2633.2 - 15290 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellant **Daniel Stadlin** dankt dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung. Mit den Antworten sind die Interpellanten jedoch ganz und gar nicht zufrieden. Wie sollen sie auch, sind die Antworten doch derart inhaltsleer geraten, dass es sich eigentlich gar nicht lohnt, sie zu kommentieren. Die Interpellanten tun es trotzdem, ist der monierte Sachverhalt doch nicht so banal, wie der Regierungsrat weismachen will. Natürlich ist – emotionslos betrachtet – die Rechtslage klar: Die Bilder waren nicht geschützt und konnten demzufolge übermalt werden. Nur fragt sich, ob das auch angebracht war und es nicht eine andere Lösung gegeben hätte.

Dass sich die ehemalige Spitalkapelle in einem nicht geschützten Gebäudetrakt befindet, wussten auch die Interpellanten; sie wiesen schon im Interpellationstext darauf hin. Diesem Aspekt die Hälfte des Antworttextes zu widmen, wäre grundsätzlich in Ordnung, wenn darauf erklärende Antworten folgen würden. Nur: Da kommt nichts. Zur Frage, wie sich der Regierungsrat grundsätzlich dazu stellt, christliche Symbole zugunsten fremder Kulturen zu entfernen, antwortet er, dass sich diese Frage in diesem Kontext gar nicht stelle. Die Interpellanten verstehen die Antwort aber so: Der Regierungsrat schleicht sich aus seiner Verantwortung. Er mimt den Unschuldigen und tut, als sei nichts geschehen und alles bestens. Offenbar fehlte ihm der Mut zu sagen: Das war ein Fehler und hätte so nicht passieren dürfen. Lieber sagt er, die Belichtung des Raumes sei sehr düster gewesen, und die einfachste und kostengünstigste Lösung zu einer Verbesserung sei eben das Übermalen der Wände mit weisser Farbe gewesen. Ginge es um irgendeinen Graffiti-versprayten Luftschutzkeller, wäre das in Ordnung. Aber hier geht es um einen ausgemalten sakralen Raum mit sechs Szenen aus der Leidensgeschichte Christi. Wenn die kantonale Denkmalpflege die Passionsbilder als nicht erhaltenswert eingestuft hat, bedeutet dies nicht, tun und lassen zu können, was immer man will. Diese Bilder so mir nichts dir nichts zugunsten Andersgläubiger zu übermalen, nur um möglichen Problemen aus dem Weg zu gehen, war unverantwortlich. Es bestand jedenfalls keinerlei Notwendigkeit, in der erfolgten Art zu handeln. Man hätte die Wandbilder auch mit weissen Tüchern abdecken können, eine ebenso einfache wie kostengünstige und zudem reversible Lösung. Wieso dies nicht geschah, bleibt ein Rätsel. Mit der vollflächigen Übermalung der Wandbilder wurden letztlich nichts anderes als christliche Werte auf radikale Weise entfernt – wie beim Bildersturm im 16. Jahrhundert.
Rücksichtnahme auf religiöse Gefühle gegenüber Nichtreligiösen oder Nichtchristen ist eine schweizerische Selbstverständlichkeit. Das heisst aber nicht, dass man christliche Symbole möglichst entfernen soll. Auch wenn laut Bundesamt für Statistik der Anteil seit 1990 um knapp 20 Prozent gesunken ist, gehören nach wie vor rund 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung der christlichen Glaubensgemeinschaft an. Jedermann will gegenüber anderen Kulturen und anderen Religionen tolerant und offen sein. Toleranz stösst aber dort an ihre Grenzen, wo man deswegen seine eigenen Traditionen verleugnet oder gar ausmerzt. Und man darf nicht vergessen: Christliche Werte bilden nach wie vor das geschichtlich-kulturelle Fundament der hiesigen Leitkultur. In der Schweiz sind christliche Inhalte Nichtchristen durchaus zumutbar. Daher ist es nicht nachvollziehbar, dass der Regierungsrat die Wandbilder so bedenkenlos übermalen liess. Man hätte von ihm mehr Respekt erwarten können.

**Richard Rüegg** spricht für die CVP-Fraktion. Die Antwort des Regierungsrats auf die Fragen betreffend Übermalen der sechs Szenen aus der Leidensgeschichte Christi von Fritz Pauli aus dem Jahr 1938 ist nicht zufriedenstellend. Wie das Vorgehen in dieser Angelegenheit ist auch die Antwort oberflächlich und unsensibel. Die Vorgehensweise wirft Fragen auf. Eine klärende Vorinformation über das Vorhaben, die Wände zu streichen, wäre ehrlicher gewesen und hätte kaum Aufwand verursacht. Die Massnahme, den Raum quasi in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zu übertünchen, hinterlässt einen schalen Nachgeschmack. Der Votant fragt sich:
- Wurde dieses Vorgehen bewusst gewählt, damit nicht eine allfällige Diskussion zu Verzögerungen im Bauablauf führte?
- Hätte man den vielleicht heiklen Raum nicht einfach von der Benutzung durch Asylsuchende ausschliessen können?
- Dass der Raum sehr düster war und nur darum weiss gestrichen werden musste, ist eine fadenscheinige Begründung. Da gäbe es ohne Zweifel noch andere Mass-

nahmen, die nicht teuer sein müssen, um Licht ins Düstere zu bringen. Zudem stellt sich die Frage: Muss ein Ruheraum hell sein?

Alle Ratsmitglieder wissen, welches die Kernfrage der Interpellation war; die Bilder sind jetzt ja nicht mehr zu retten. Es ist die Frage 5: «Wie stellt sich der Regierungsrat grundsätzlich dazu, christliche Symbole zugunsten fremder Kulturen zu entfernen?» Diese Frage ist unmissverständlich und kann – ob die Bilder nun überstrichen sind oder nicht – beantwortet werden, denn sie wurde grundsätzlich gestellt.
Das vorschnelle Übertünchen der Wandbilder ist ein weiterer kleiner Akt, der aufzeigt, wie unachtsam am Fundament der christlichen Kultur gekratzt wird und in diesem Fall stillschweigend christliche Bilder zerstört wurden. Diese Zerstörung ist ein weiteres Kapitel der schleichenden Ausmerzung eigener Traditionen und Werte, vergleichbar mit der schon laufenden Diskussion um die Entfernung der Kreuze in Spitälern, Schulzimmern und öffentlichen Gebäuden. Die CVP erwartet, dass die Regierung in Zukunft mit solchen sensiblen Themen bedachtsamer umgeht.

**Markus Hürlimann** dankt im Namen der SVP-Fraktion den Interpellanten für die wichtigen Fragen, welche über die vordergründige Thematik, den Erhalt eines Kunstwerks im alten Kantonsspital, hinausgingen. Der Zuger Heimatschutz reichte wegen des Übermalens der Wandbilder bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung und weiterer Straftatbestände ein. Wie es um das Verfahren steht, konnte der Votant nicht in Erfahrung bringen. Wahrscheinlich handelte man aber legal und – nachdem Fachleute der kantonalen Denkmalkommission mehrfach feststellten, dass man die Kapelle nicht erhalten müsse – in den Augen des Regierungsrats auch legitim. Weshalb gab es also einen solchen Aufschrei wegen Wandmalereien in einer Kapelle, die dereinst ohnehin der Abrissbirne zum Opfer fallen wird? Wegen des künstlerischen Werts der Wandmalereien wohl nur am Rande, und der Votant möchte dem Rat auch gar nicht vorgaukeln, dass es der SVP hier um den Erhalt eines Kunstwerks oder um den Denkmalschutz geht. Das Übertünchen der Leidensgeschichte Christi in einem Asylantenheim mit Andersgläubigen zeigt exemplarisch auf, wie man mit der hiesigen Kultur und dem kulturellen Erbe umzugehen gedenkt – und das ist es wohl, was viele Menschen stört. Viele Bürger haben vermehrt das Gefühl, dass man in der Schweiz zu viel Rücksicht nimmt auf Menschen, welche die Schweiz freiwillig und unaufgefordert als temporäre oder dauerhafte Heimat gewählt haben, sich aber damit schwer tun, sich an Gesetze und Gebräuche des Gastlandes zu halten, insbesondere wenn die erwähnten Leitplanken angeblich mit ihren Vorstellungen von Religionsfreiheit in Konflikt geraten. Noch viel störender ist es jedoch, wenn Schweizer Behörden von sich aus Schritte einleiten, welche darauf hinzielen, Teile der eigenen Herkunft und Kultur zu verstecken, damit sich ungebetene Gäste hier wohlfühlen.
Mit der Beantwortung der Fragen ist die SVP ebenfalls nicht zufrieden. Die Antwort auf die ersten zwei Fragen ist sachlich nicht nachvollziehbar. Dass der Raum nur wegen der düsteren Belichtungssituation weiss gestrichen wurde, ist wenig glaubhaft. Bilder der Kapelle vor dem Übertünchen der Wandmalereien zeigen, dass die Wände in freundlichen, hellen Farbtönen gehalten waren und – wenn überhaupt – nur die farbigen Fensterscheiben den Raum dunkler erscheinen liessen. Georg Frey, der langjährige kantonale Denkmalpfleger, schrieb in einem Zuger Kulturblog im Mai 2016: «Ganz in der Nähe, im oberen Stockwerk des ursprünglichen Bürgerspitals, befindet sich die ehemalige Spitalkapelle, die der Künstler Fritz Pauli mit sechs Szenen aus der Leidensgeschichte Christi ausgemalt hat. Der Altar steht noch, Tabernakel und Sitzbänke wurden jedoch entfernt. Die Sakristei mit integriertem Beichtstuhl hat Staub angesetzt, und die liturgischen Gerätschaften sind verschwunden. Durch die etwas ausgebleichten Farbfenster dringen Sonnenstrahlen

und Seelicht und erhellen den kühl-kahlen Raum für einen kurzen Moment fast freundlich.» Dieser Text, der nach einem Gebäuderundgang mit Fachpersonen entstanden ist, zeigt ein ganz anderes Bild dieses Raums, welcher als Ort der Stille und Andacht gerade als Ruheraum prädestiniert gewesen wäre. Das Übertünchen der Wandbilder war einfach nur unnötig, und bestimmt hätte auch ein anderer Raum im alten Kantonsspital in einen Ruhe- und Aufenthaltsraum umgewandelt werden können, wenn es denn überhaupt eines solchen bedarf. Der Votant wird einfach das Gefühl nicht los, dass es eben doch nur darum ging, christliche Inhalte zu entfernen, um Andersgläubige nicht vor den Kopf zu stossen. Deshalb möchte er explizit noch einmal die fünfte Frage der Interpellation stellen, welche nach Meinung der SVP nicht ausreichend beantwortet wurde, diese aber brennend interessiert: Wie stellt sich der Regierungsrat grundsätzlich dazu, christliche Symbole zugunsten fremder Kulturen zu entfernen?

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis nimmt. Er macht folgende Hinweise:
• Die Regierung ist im vorliegenden Fall mit den Herausforderungen und Veränderungen äusserst pragmatisch umgegangen. Dabei ist grundsätzlich alles korrekt verlaufen. Das zeigen die Antworten auf – und das ist grundsätzlich gut so.
• Aber: Pragmatismus hat seine Grenzen. Gerade in so sensiblen, emotional schnell aufgeladenen Politikfeldern wie der Flüchtlings- und Religionspolitik kann pragmatisches Handeln problematisch sein, schnell kippen und dann auf andere unüberlegt und komisch wirken. Die Interpellation ist deshalb sehr berechtigt. Dass es in seiner Wirkung problematisch sein könnte, wenn religiöse Wandbilder übermalt werden, hätte den ausführenden Verantwortungsträgern klar sein müssen. Die ALG fordert die Regierung auf, gerade in diesen Politikfeldern entsprechende Sensibilität an den Tag zu legen. In diesem Sinne wäre eine Antwort auf die von den Interpellanten gestellte fünfte Frage sehr wohl wünschenswert.
• Dass in diesem Fall Personen betroffen sind und Fragen gestellt werden, konnte man sich denken. Die Frage ist aber, welche Fragen wie gestellt werden. Im vorliegenden Fall unterstellen nämlich die Interpellanten in den ersten zwei, sehr suggestiv gestellten Fragen, dass erstens Asylsuchende generell einer anderen Religionsgemeinschaft angehören – was bei vielen, aber nicht bei allen zutrifft – und dass ihnen zweitens christliche Inhalte eventuell nicht zuzumuten seien; nach Ansicht des Votanten sind sie ihnen sehr wohl zumutbar. Problematisch sind die Verallgemeinerungen. Mit den Fragen wird nämlich versucht, auf den Schultern von Flüchtlingen und Asylsuchenden zumindest indirekt politisches Kapital herauszuschlagen. Die Interpellanten setzen sich dabei in die Rolle des Beschützers des Christentums und geben sich besonders christlich. Das ist aus christlicher Perspektive höchst fragwürdig. Gerade die Passionsgeschichte, die im alten Kantonsspital abgebildet war, verweist auf einen Kernwert des Christentums schlechthin: die Nächstenliebe – gegenüber Eigenen, vor allem aber gegenüber Fremden und Andersgläubigen. Es gibt unter den unterschiedlichen Geboten im christlichen Glauben wenige, die dem Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen an Gewicht und Eindeutigkeit gleichkommen. So heisst es im 3. Buch Mose: «Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.» Wenn nun die Interpellanten mit dem Verweis auf die Passionsgeschichte und auf christliche Werte ein implizit negatives Bild von Flüchtlingen zeichnen und daraus politisches Kapital schlagen wollen, zeugt das von äusserst wenig Verständnis des christlichen Glaubens.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass es nie die Absicht der Baudirektion oder des Regierungsrats war, einen solchen Aufruhr und eine politische Diskussion um christliche Symbole und Werte auszulösen. Es ging – wenn man die Fakten betrachtet – schlicht darum, im alten Kantonsspital, einem Abbruchobjekt, für zwei Jahre einen Raum für eine Übergangsnutzung im Asyl- und Flüchtlingswesen zur Verfügung zu stellen. Das war der Auftrag an die Baudirektion. Wenn man das Ganze unter diesem pragmatischen Aspekt betrachtet, wurde absolut richtig gehandelt: Die nötigen Abklärungen wurden vorgenommen, die richtigen Absprachen getätigt. Ob das Vorgehen gegenüber der Öffentlichkeit hätte kommuniziert werden sollen, darüber kann man streiten. Das Bauvorhaben wurde in der Meinung umgesetzt, im betreffenden Raum eine helle und freundliche Begegnungsstätte zu schaffen. Weder den Mitarbeitenden der Baudirektion noch dem Baudirektor selbst und wohl auch nicht dem Regierungsrat war bewusst, dass man dieses Vorgehen in der eben gehörten Art sehen kann. Es ist daran zu erinnern, dass der Regierungsrat hier niemals zu Glaubensfragen Stellung genommen hat. Am 7. November 2013 hat er sich im Rahmen eines Vorstosses der SVP-Fraktion zu Kreuzen in öffentlichen Räumen klar dazu geäussert, wie er zu christlichen Symbolen steht. Es war nach Meinung des Regierungsrats deshalb nicht nötig, nochmals auf diese Frage einzugehen. Bei seinem Vorgehen im Kantonsspital hat er nie einen anderen Gedanken gehabt, als in diesem Abbruchobjekt eine kostengünstige Lösung für eine Übergangsfrist von zwei Jahren zu finden. Die Antworten auf die Interpellation sind deshalb nicht inhaltleer, sondern zeigen auf, welche Überlegungen vor diesem Hintergrund gemacht wurden. Es kann deshalb auch nicht von einem Fehler gesprochen werden. Die Baudirektion hat vielmehr einen Auftrag ausgeführt und nie den Hintergedanken gehabt, Zeugnisse der christlichen Kultur und Tradition entfernen zu wollen; sie hat auch nie Überlegungen dazu angestellt, ob diese christlichen Inhalte den dort lebenden Asylanten und Flüchtlingen zugemutet werden können oder nicht. Die Regierung verleugnet auch nicht die Traditionen, wie es gesagt wurde.

Das Überstreichen der Bilder mit weisser Farbe war die kostengünstigste Lösung. Natürlich kann man im Nachhinein die Frage stellen, warum man die Gemälde nicht einfach mit einem Leintuch bedeckte. Es ging aber nicht um eine Respektlosigkeit. Der Regierungsrat geht auch mit Asylanten und Flüchtlingen respektvoll um und wollte ihnen im alten Kantonsspital gute Bedingungen schaffen. Es war auch keine Nacht-und-Nebel-Aktion. Das Vorgehen wurde in der Baudirektion sauber geplant, mit den Unternehmern klar abgesprochen und entsprechend ausgeführt. Auch dem Projektleiter ging es nie um respektloses Entfernen von christlichen Symbolen.

Der Regierungsrat ist immer bereit, dazuzulernen. Die Baudirektion ist sich bewusst, dass sie mit ihrem Vorgehen die vorliegende Interpellation ausgelöst hat. Aus Sicht des Baudirektors war die gewählte Lösung aber pragmatisch und in Ordnung. Die Frage 5 kann der Baudirektor wie folgt beantworten. Es werden keine christlichen Symbole entfernt, weil sie Personen einer anderen Religion nicht zugemutet werden könnten. Für den Regierungsrat sind alle Religionen und alle Menschen, für die er einen Sorgeauftrag hat, gleichgestellt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**623** Traktandum 3.7: **Interpellation von Daniel Marti betreffend Besteuerung von Startup-Unternehmen**
Vorlagen: 2634.1 - 15176 (Interpellationstext); 2634.2 - 15280 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Daniel Marti** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Teilhaber einer vor wenigen Jahren in Zug gegründeten Kleinfirma, die nach der Definition des Regierungsrats als Startup gilt.
Die Zürcher Finanzdirektion hat vor gut einer Woche angekündigt, ihre bisherige Praxis der Besteuerung von Startup-Unternehmen zu ändern. Jungunternehmen sollen neu so lange günstiger besteuert werden, bis sie repräsentative Geschäftsergebnisse vorweisen können. Von Investoren erhaltenes Geld kommt nun bei der Aktienbewertung erst nach dieser Aufbauphase zum Zug. Damit haben sich die der Interpellation zugrunde liegenden Befürchtungen zerstreut, dass der Kanton Zürich Druck auf andere Kantone ausüben könnte, seine damalige Steuerbewertungsmethode für Startup-Unternehmen zu übernehmen. Trotzdem möchte der Votant seiner Freude und Genugtuung Ausdruck geben, dass der Regierungsrat schon vorher keinen Anlass sah, dem Beispiel des Kantons Zürich zu folgen und die Aktien von Startups nach Preisen der letzten Finanzierungsrunde zu bewerten. Dieses Vorgehen hätte nicht nur Jungunternehmen, die sich noch in der Aufbauphase befinden und keine nachhaltigen Gewinne schreiben, mit unbezahlbaren Vermögenssteuern belastet, sondern auch Investoren abgeschreckt, überhaupt in Startups zu investieren. Insbesondere positiv ist die Bereitschaft der Regierung, bei der Steuerbewertung von Firmen einen pragmatischen Ansatz zu wählen und anstatt einfach dem Wortlaut einer Bestimmung deren Sinn und Zweck zu folgen. Zusammen mit den günstigen steuerlichen Bedingungen im Kanton Zug und den effizienten Steuerbehörden sind das bereits beste Voraussetzungen, um Startups zu unterstützen. Wie wichtig dies ist, zeigt die Ansiedlung von mehr als einem Dutzend Pionieren der digitalen Finanzbranche im Kanton Zug, die das Potenzial haben, diesen zu einem globalen Zentrum für Kryptowährungen zu machen und ihm somit zu einem qualitativ hochstehenden Wachstum verhelfen, das wenig Ressourcen verbraucht. Mit dieser guten Ausgangslage ist es verständlich, dass im Kanton Zug keine weiteren besonderen steuerlichen Anreize für Startups geschaffen werden.
Der Votant ist mit der Beantwortung seiner Fragen durch vollauf zufrieden und dankt allen Beteiligten, insbesondere den betroffenen Sachbearbeitern in der Verwaltung, herzlich für ihren Effort.

**Silvan Renggli** dankt namens der CVP-Fraktion dem Interpellanten für die Fragen und der Regierung für deren aufschlussreiche Beantwortung. Der Kanton Zürich hat durch seine Steuerpraxis den Unmut von Startup-Unternehmern und Firmengründern auf sich gezogen, weil die Vermögenssteuer deren Einkommen übersteigt und sie in finanzielle Nöte bringt. Und wohlverstanden: Der Kanton Zürich soll der *Hub* für Innovationen werden. Wie aber besteuert der Kanton Zug Startup-Unternehmen? Zug kennt keine Neugründersteuer, sondern richtet sich nach den Empfehlungen der schweizerischen Steuerkonferenz, welche im Kreisschreiben Nr. 28 nachzulesen sind. Diese Wegleitung ist praxisnah und hat sich bestens bewährt.
Neben den Steuern sind die Rahmenbedingungen entscheidend. Diese sollen für alle ansässigen und an einem Zuzug interessierten inländischen und ausländischen Unternehmen attraktiv sein – und sind es auch. Anfänglich hat der Regierungsrat das Neugründerzentrum, den heutigen Businesspark, mit einer Anschubfinanzierung unterstützt. Heute gibt es im Kanton Zug über zehn private Anbietende von sogenannten Businessparks. Die Rahmenbedingungen werden stetig weiterentwickelt

und angepasst. Dabei darf auf wirtschaftsnahe Organisationen wie die Zuger Wirtschaftskammer oder das Technologie Forum Zug, auf behördliche Institutionen wie die Kontaktstelle Wirtschaft und die Zuger Politik gebaut werden. Allein das Technologie Forum Zug organisiert den Jungunternehmerpreis und den Innovationstag – übrigens gerade heute – und bietet Beratung durch den Innovationscoach an.
Die CVP-Fraktion begrüsst die regierungsrätliche Antwort auf Frage 6, nämlich dass jeder Kanton für die Bewertung und Besteuerung von Startup-Unternehmen selber verantwortlich sei, weshalb Zug auch anderen Kantonen diesbezüglich keine Vorschriften mache. In der Zwischenzeit hat der Kanton Zürich seine Steuerpraxis überdacht und eingelenkt. Zusammenfassend kann man sagen: Zug ist zugverlässig.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion. Neugründungen von Unternehmen in sämtlichen Branchen tragen zur wirtschaftlichen Dynamik des Kantons bei. Die SVP setzt sich denn auch seit jeher für gute Rahmenbedingungen zur Stärkung der Innovationskraft im Kanton Zug ein. Zu guten Rahmenbedingungen gehört auch ein optimales steuerliches Anreizsystem für die Gründung und Entwicklung von neuen Unternehmen, sogenannten Startups.
Die bis letzte Woche geltende Regelung des Kantons Zürich, wonach das über Finanzierungsrunden und Kapitalerhöhungen eingebrachte Kapital als Bemessungsgrundlage bei der Vermögenssteuer massgebend war, konnte zu hohen Steuerforderungen gegenüber den Gründern und Aktionären führen und ist sachlich falsch. Neugründungen und damit auch der stete wirtschaftliche Erneuerungsprozess wurden mit dieser Regelung erschwert. Die SVP begrüsst deshalb die Praxis der Zuger Steuerverwaltung, bei der Besteuerung von Startups bzw. deren Gründern und Aktionären den konkreten Umständen differenziert und einzelfallgerecht Rechnung zu tragen. Genauso stellt sich die SVP eine bürgernahe und am Puls der Wirtschaft agierende Steuerverwaltung vor.
Die SVP-Fraktion dankt deshalb dem Regierungsrat für die vorliegende Antwort und nimmt diese wohlwollend zur Kenntnis.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Er dankt dem Interpellanten für seine Fragen zu dieser Problematik, die durch die jüngste Entwicklung in Zürich zwar entschärft wurde, für den Kanton Zug aber noch immer eine erhebliche Relevanz hat. Die FDP-Fraktion dankt auch der Regierung für die fachgerechte und zügige Beantwortung. Der Ansatz der Regierung und der Steuerverwaltung betreffend Besteuerung von Startup-Unternehmen ist genau richtig.
Der Votant hält einige Elemente der Problemstellung und der Beantwortung für besonders relevant. Es geht um die Kontinuität und die Kundenorientierung der Steuerverwaltung. In der Schweiz zahlt man Steuern auf dem Vermögen, dies zusätzlich zu den Einkommenssteuern auf Erträgen dieser Vermögenswerte. Bei Aktien zahlt man also Vermögenssteuern auf dem Aktienwert *und* Einkommenssteuern auf den Dividenden; es liegt eine Doppelbelastung vor. Börsenkotierte Aktien haben eine klare Bewertung, für nicht börsenkotierte Aktien, also solche von KMU und Startups, ist die Bewertung schwieriger. Diese Aktien sind nicht jederzeit verkaufbar, weshalb auch die Unternehmensbewertung eine Herausforderung ist. Es werden der Substanz- und der Ertragswert nach einer gewissen Methode herangezogen. Der Kanton Zug wendet diese anerkannte Methode seit Jahrzehnten an, und sie funktioniert grundsätzlich auch für Startup-Unternehmen, wie die Antwort des Regierungsrats zeigt.
Nun zeigt sich die Mentalität verschiedener Steuerverwaltungen. In Zürich kam die Verwaltung, basierend auf der gleichen Wegleitung, auf die Idee, als Berechnungsbasis von Unternehmensbeteiligungen für die Vermögenssteuer die Preise von

Kapitalerhöhungen beizuziehen. Und dies ist eben insbesondere relevant für die Startup-Unternehmen im Technologiebereich. Ein Beispiel soll dies aufzeigen: Ein Uni-Absolvent gründet ein Biotechnologie-Spinn-off. Nach drei Jahren investiert ein *Venture Capital Investor* 10 Millionen Franken zur Entwicklung der Technologie bis zur Marktreife. Er erhält dafür 20 Prozent der Aktien aus einer Kapitalerhöhung. Das Unternehmen schreibt noch Verluste und zahlt keine Dividende aus, hat auf dem Papier aber einen Wert von 50 Millionen Franken. Der Gründer hält noch 80 Prozent der Aktien – und zahlt dann Vermögenssteuer auf der Basis von 40 Millionen Franken. Das sind rund 70'000 Franken pro Jahr, ohne dass er seine Aktien verkaufen könnte oder eine Dividende erhält. Der Votant hat in seiner beruflichen Tätigkeit auch mit Startup-Unternehmen und Nachfolgeregelungen von KMU zu tun. Es kann vorkommen, dass das Produkt des Startups es nicht an den Markt schafft, das Unternehmen scheitert und nach fünf Jahren nichts mehr wert ist. Der Gründer, der Innovation und Unternehmertum bewiesen und viel Geld und Zeit investiert hat, kann keinen Wert aus einem Aktienverkauf realisieren, hat aber während mehrerer Jahr hohe Vermögenssteuern bezahlt.

Die Empörung in der Zürcher Startup-Szene war entsprechend gross, und die Medien und die Politik wurden mobilisiert. Zwischenzeitlich ist die Zürcher Regierung in zwei Schritten zurückgekrebst. Im März wurde beschlossen, die beschriebene Regelung für Startups in den ersten fünf Jahren nach der Gründung nicht anzuwenden. Dabei ging aber vergessen, dass die Gründung und der Unternehmensaufbau auch mehr als fünf Jahre dauern können. Im November nun der zweite Schritt zurück: Für Startups in der Aufbauphase gilt der Substanzwert, danach die Investorenpreise. Als Startups gelten in Zürich Unternehmen, die innovative technologische Produkte oder Dienstleistungen entwickeln und marktfähig machen wollen. Das tönt zwar gut, kann aber eine krasse Ungleichbehandlung sein, und Abgrenzungsprobleme sind vorprogrammiert. Rechtssicherheit sieht anders aus.

Da macht der Zuger Weg viel mehr Sinn. Zwei Stellen in der Antwort der Regierung gefallen dem Votanten besonders:

• «Dem Regierungsrat ist es wichtig, dass die Zuger Rahmenbedingungen für alle ansässigen und an einem Zuzug interessierten inländischen und ausländischen Unternehmen attraktiv sind.» Grundsätzlich sind die Regeln also für alle Unternehmen gleich.

• «Falls sich besondere Fallkonstellationen stellen, nimmt die Steuerverwaltung die nötigen Abklärungen und Rücksprachen zusammen mit der Steuerkundschaft vor.» Das ist ein pragmatischer Ansatz, der sich an die erwähnte Wegleitung anlehnt. Vor allem aber wird der Steuerzahler als «Steuerkundschaft» bezeichnet.

Die Stellungnahme der Regierung zeigt am Beispiel der Besteuerung von Startup-Unternehmen hervorragend auf, wie die Zuger Steuerpolitik und -praxis seit Jahrzehnten auf Langfristigkeit und Kontinuität ausgerichtet ist. Diese Praxis ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den starken Wirtschaftsstandort Zug, wo es deshalb viele attraktive und gut bezahlte Arbeitsstellen gibt. Man möchte in Zug Unternehmen, die stark werden, um langfristig Arbeitsplätze anzubieten und Steuern zu bezahlen. Die kurzfristige Maximierung von Steuererträgen durch das Schröpfen von Steuerpflichtigen ist nicht zielführend. Entsprechend gab es in Zug kein politisches Hickhack betreffend Besteuerung der Startups wie in Zürich. Denn dafür braucht es keine spezielle Behandlung. Kontinuität, Berechenbarkeit und Kundenorientierung der Steuerbehörden sind von höchster Wichtigkeit. Dies muss beibehalten und sogar weiter ausgebaut werden. Steuerzahler sind Kunden und sollten als solche behandelt werden, dann bleiben sie auch eher hier.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** kann die Ausführungen von Peter Letter und auch der übrigen Votanten vorbehaltlos unterstützen. Er dankt Daniel Marti für seine interessanten Fragen.
Es hat in diesem Jahr verschiedene Anfragen an die Steuerverwaltung und die Finanzdirektion bezüglich Startups gegeben, immer mit dem Hinweis auf Zürich als schlechtes Beispiel; auch andere Steuerämter und Finanzdirektionen waren mit derselben Frage konfrontiert. Man kann sich nun fragen, weshalb die Finanzdirektion nicht längst medial reagiert hat. Grund dafür war, dass der Kanton Zug sein Steuerregime für Spin-offs und Startups nicht an die grosse Glocken hängen und so die Kollegen in Zürich, mit denen Zug sehr gut zusammenarbeitet, an den Pranger stellen wollte. Vielmehr sollte Zürich sich zuerst des Themas annehmen und das Problem lösen, wofür es schon früh Anzeichen gab. Deshalb hat man in Zug medial mit Zurückhaltung agiert.
Nicht nur die Finanzdirektion, sondern auch die Volkswirtschaftsdirektion hat viele Gespräche mit Startup-Firmen geführt. Grundsätzlich sind die Startups mit dem Steuerregime des Kantons Zug sehr zufrieden, viel mehr Mühe bereitet ihnen die Bürokratie auf allen Ebenen, die administrativ bewältigt werden muss. Das von Peter Letter angesprochene Stichwort Gleichbehandlung ist ein Steuergrundsatz, an den sich der Kanton Zug mit seinem Regime bestens hält. Er setzt seit jeher auch alles daran, gute Rahmenbedingungen anbieten zu können. Was ein Startup ist, hat der Regierungsrat in seinem Bericht ausgeführt, in einem engeren und einem weiteren Sinne. Der Kanton Zürich hat den Begriff «Startup» als erster Kanton definiert, nämlich als AG oder GmbH – die Einzelfirma fehlt – mit einem innovativen, üblicherweise technologiegetriebenen Geschäftsmodell, das sich im Aufbau befindet, sich am Markt aber noch nicht etabliert hat; das Unternehmen muss darauf ausgerichtet sein, in multiplizierter Form marktfähig zu werden. Der Finanzdirektor geht mit den Votanten einig, dass diese Definition zu einschränkend ist. Der Kanton Zug hat diesbezüglich eine flexiblere Lösung – und der Finanzdirektor ist überzeugt, dass Zug damit besser fährt als mit einer so eingeschränkten Definition.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**624** Traktandum 3.8: **Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ausrüstung der Zuger Polizei**
Vorlagen: 2647.1 - 15226 (Interpellationstext); 2647.2 - 15293 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die Interpellantin nicht anwesend ist. Es sind auch keine Fraktionssprechenden gemeldet.

**Willi Vollenweider** teilt die Meinung von Daniel Abt nicht, dass die Diskussion über die öffentliche Sicherheit bzw. über die vorliegende Interpellation überflüssig sei. Dem Votanten liegt die öffentliche Sicherheit sehr am Herzen – und er macht sich grosse Sorgen. Beim Lesen der Interpellationsantwort läuten bei ihm gleich mehrere Alarmglocken. In der Kantonsverfassung überträgt das Zuger Volk seinen Vertretern unter § 41 Abs. 1 Bst. c die Oberaufsicht über die Behörden, wobei «überträgt» für den Votanten «verpflichtet» bedeutet. Es heisst an der betreffenden Stelle: «Dem Kantonsrat kommen folgende Obliegenheiten zu: […] die Oberaufsicht über die Behörden sowie über die Erhaltung und Vollziehung der Verfassung und der Gesetze.»

Ohne diese zentrale Bestimmung verkäme das Kantonsparlament zu einem Kaffeekränzchen, und seine Mitglieder könnten sich ihre wertvolle Zeit sparen.
Die Regierung verweigert in vorliegendem Fall ihre Auskunftspflicht gegenüber einer gewählten Vertreterin der Oberaufsicht ziemlich leichtfüssig, vor allem aber ohne nachvollziehbaren Grund. Ohne Angabe einer eventuellen gesetzlichen Grundlage die Auskunft zu verweigern, das geht nicht. Geheimhaltungswürdig wären höchstenfalls die Bestände an Waffen und Munition, sicher nicht deren Arten. Die Interpellantin frägt ja auch gar nicht nach den Beständen, auch nicht nach den Modellen, wie es die Interpellationsantwort unterstellt, sondern explizit bloss nach den Arten. Bei der Schweizer Armee weiss das Schweizer Volk aufgrund der Rüstungsprogramme des Bundes, über welche Waffen und Munition die Armee verfügt. Sogar Modelle und Anzahl der Waffen sind bekannt. Und bei der Zuger Polizei soll das nicht gehen? Das ist absurd. Es handelt sich ja nicht um eine Geheimpolizei. Irgendetwas stimmt da nicht.
Im Weiteren stört es den Votanten, dass es für die Regierung bezüglich Auskunftsverhalten offensichtlich ein Klassensystem innerhalb des Kantonsrats gibt, nämlich Kantonsräte erster, zweiter und dritter Klasse. Erster Klasse sind die Mitglieder der Stawiko, zweiter Klasse die Mitglieder von Fraktionen und dritter Klasse die Kantonsräte und -rätinnen, die keiner Fraktion angehören. Auch für dieses Verhalten gibt es keinerlei gesetzliche Grundlage. Das ist aus Sicht des Votanten nicht nur arrogant, sondern schlicht der Demokratie unwürdig. Die hier praktizierte Geheimniskrämerei schürt leider im Volk das Misstrauen gegenüber Behörden. Als Volksvertreter ist es Pflicht des Votanten, seinen Verstand bestmöglich dazu einzusetzen, zu beurteilen, ob die Exekutive ihre Aufgaben erfüllt, mangelhaft erfüllt oder gar nicht erfüllt. Vermutungen helfen nicht weiter. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, ja zwingend notwendig. Ausgerechnet im äusserst wichtigen Bereich der öffentlichen Sicherheit soll nun die Bevölkerung im Ungewissen gelassen werden, ob die Polizei mit adäquaten Mitteln ausgerüstet ist, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Das ist grotesk. Es geht ja nicht nur um die Durchführung von Verkehrskontrollen, um das Austeilen von Parkbussen oder um die Verhaftung von Einbrechern. Im Polizeigesetz (BGS 512.1) steht in § 36 Abs. 4 Bst c zum Thema Schusswaffengebrauch völlig zu Recht: «Die Polizei kann von der Schusswaffe Gebrauch machen, insbesondere zur Verhinderung eines unmittelbar drohenden schweren Verbrechens oder schweren Vergehens an Einrichtungen, die der Allgemeinheit dienen oder die für die Allgemeinheit wegen ihrer Verletzlichkeit eine besondere Gefahr bilden». Mit «Einrichtungen, die der Allgemeinheit dienen», sind auch wichtige Teile der zivilen Infrastruktur gemeint. Insbesondere die kritische technische Infrastruktur, ohne welche die moderne Zivilgesellschaft unmöglich funktioniert und deren böswillige Ausserbetriebssetzung zweifelsfrei eine besondere Gefahr darstellt. Als Mitglied des Kantonsrats, das sich für die öffentliche Sicherheit interessiert, ist der Votant verpflichtet, zu beurteilen, ob die Zuger Polizei auch diese Aufgabe glaubwürdig wahrnehmen kann. Die Interpellationsantwort verweigert jedoch einen Teil der Beurteilungs- und somit Entscheidungsgrundlagen. Gemäss der sehr saloppen Beantwortung der Interpellation darf der Votant offensichtlich gemäss einseitiger Meinung der Regierung auch gar nicht erfahren, was da gespielt oder eben unterlassen wird. Hier wird die kantonsrätliche Arbeit nicht nur behindert, sondern verhindert. Das macht dem Votanten grosse Sorgen. Er will nicht, dass der Kantonsrat zum Kaffeekränzchen deklassiert wird.
Die Mitglieder des Kantonsrats haben die historische Präsidentenwahl in den USA zur Kenntnis genommen. Der Votant kann dazu nur sagen: Man wird die öffentliche Sicherheit noch brauchen. Verheimlichen, verschleiern, wegschauen oder gar schönreden ist völlig fehl am Platz.

**Jean-Luc Mösch** bleibt trotz des eben Gehörten bei seinem vorbereiteten Votum. Er verweist darauf, dass Erika Hedwig Bertschinger-Eicke alias Uriela sich das «Sprachrohr Gottes» nennt. Bei der Interpellantin erkennt er zunehmend, dass sie das Sprachrohr der Piratenpartei ist.
Der Votant dankt der Regierung für die knapp gehaltene und doch präzise Antwort, auch zum Schutz der Polizistinnen und Polizisten. Es kann wirklich nicht sein, dass mittels Interpellationen – aus welchen taktischen Gründen auch immer – die Polizei in Bezug auf ihre Möglichkeiten, die Bewaffnung und die technischen Mittel, durchschaubar wird. Hier geht es um die Innere Sicherheit und um die der Beamten, welche tagtäglich rund um die Uhr für die Sicherheit der Bevölkerung unterwegs sind.
Die Piratenpartei könnte sich anders profilieren, beispielsweise durch Anwesenheit im Ratsbetrieb, wenn ihre Vorlagen behandelt werden.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** sieht das Ganze etwas weniger aufgeregt als Willi Vollenweider. Welche Waffen und Ausrüstung die Polizei haben soll und muss, ist auf Verordnungsstufe geregelt; die letzte Veränderung gab es, als der *Taser* eingeführt wurde. Die Polizei hat einen gesetzlichen Auftrag und nimmt diesen wahr, und der Kantonsrat erhält jedes Jahr einen Bericht über ihre Leistungen, auch im Vergleich zu andern Kantonen.
Die regierungsrätliche Antwort auf die Interpellation ist keine Auskunftsverweigerung. Die Regierung hat auch Überlegungen dazu angestellt, welche Detailinformationen der Kantonsrat bzw. seine Gremien erhalten sollen. § 18 Abs. 2 GO KR sagt: «Die Staatswirtschaftskommission übt die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus.» Wenn diese Institution des Kantonsrats nähere Angaben wünscht, wird sie sie auch erhalten.
Auslöser der Interpellation war nach Ansicht des Sicherheitsdirektors die Meldung, dass in Dallas (USA) ein Amokläufer, der mehrere Polizisten erschoss und sich dann in einem Raum verschanzte, mit einem Sprengroboter getötet wurde. Die Regierung sagt in ihrer Antwort, dass die Zuger Polizei kein entsprechendes Gerät habe, bei einem entsprechenden Vorfall aber auf die Unterstützung eines der drei sogenannten Sprengstandorte, nämlich Zürich, Bern oder Genf, oder subsidiär auch der Armee zurückgreifen könne. Der Kanton Zug ist also auch auf solche Vorfälle vorbereitet.

**Willi Vollenweider** hält fest, dass man als aufmerksamer Leser der erwähnten Verordnung über die Ausrüstung der Polizei bemerkt, dass diese die Wahl der Waffen offen lässt: Unter § 5 Abs. 1 Bst. b werden «weitere Waffen gemäss Waffengesetz» genannt. Wenn man im Waffengesetz (SR 514.54) nachsieht, findet man dort unter Art. 2 aber, dass dieses Gesetz weder für die Armee noch für den Nachrichtendienst des Bundes noch für die Zoll- und die Polizeibehörden gelte. Man referenziert in der Verordnung also ein Gesetz, das in Art. 2 festhält, dass es für die Polizei gar nicht relevant ist. Man bewegt sich hier also auf Glatteis. Vor diesem Hintergrund ist die Interpellation sehr wohl berechtigt, auch wenn die Interpellantin wohl in eine andere Richtung zielte. Der Votant hat grossen Respekt vor den Herausforderungen, welche auf die Sicherheitsdirektion zukommen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 4

**625 Interpellation von Richard Rüegg betreffend öffentlichen Wettbewerb – Einhalten des Submissionsrechts**

Vorlagen: 2601.1 - 15125 (Interpellationstext); 2601.2 - 15299 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Richard Rüegg** hält vorab fest, dass er in keiner Art und Weise an der Fachkompetenz des Architekturbüros Wiederkehr Krummenacher zweifle. Die Argumentation, dass eine Dringlichkeit bei der Vergabe des Architekturauftrags ausschlaggebend war, weist er aber zurück. Dass bei den Sportplätzen sowie in der Mensa der Kantonsschule Platzmangel herrscht, ist seit längerem bekannt. Dass die korrekte Planung durch diverse Evaluationsverfahren verzögert wurde, ist Eigenverschulden und selbst verursacht – und somit keine Dringlichkeit. Der Votant kann sich nicht erinnern, dass dem Kantonsrat die Frage gestellt wurde, ob er damit einverstanden sei, dass die Architekturleistung freihändig vergeben werden dürfe. Im Übrigen kann der Kantonsrat mit seiner Zustimmung nicht einen Verstoss gegen geltendes Recht heilen. Die Regierung soll also bitte dem Kantonsrat keinen Sand in die Augen streuen: Die Verantwortung für die Wahl des richtigen Verfahrens hat die Regierung.
Auch das Argument «Vorwissen des vorherigen Architekten» ist nicht zulässig. Es wurde ein neues Gebäude erstellt. Wie soll da das Urheberrecht verletzt sein? Auch bei der letzten Erweiterung der Kantonsschule wurden keine Vorkenntnisse des Campus verlangt. Da wurde ein ordentliches Verfahren durchgeführt und danach das Architekturbüro Enzmann Fischer mit der Ausführung beauftragt.
Die Kantonsschule Zug ist – wie im Bericht erwähnt – seit 2014 im Inventar der schützenswerten Denkmäler aufgeführt. Mit diesem Wissen und dem Anspruch an hohe Qualität hätte man erst recht einen Wettbewerb durchführen müssen. Dass die Kantonsschule ein Zeitzeugnis hoher Qualität ist, ist in Fachkreisen unumstritten. Nicht umsonst gilt der Erweiterungsbau von Enzmann Fischer aus dem Jahr 2003 als eines der teuersten Schulhäuser schweizweit.
Mit der Frage 5 der Interpellation wurde nicht suggeriert, dass sich der Regierungsrat nicht an das Submissionsrecht gehalten habe, denn das ist in diesem Fall eine Tatsache. Nicht umsonst wurde am 21. März 2016, drei Tage nach Einreichen der Interpellation, am Jahresgespräch der Baudirektion mit den Fachverbänden SIA und BSA sowie Bauforum Zug dieses Vorgehen gerügt.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Regierung niemandem Sand in die Augen streuen wollte. Der damalige Baudirektor hat sowohl in der vorberatenden Kommission als auch im Kantonsrat das Verfahren aufgezeigt und auch begründet, einerseits mit dem Schutz des geistigen Eigentums, andererseits mit der Dringlichkeit. Letzteres ist natürlich eine Frage der Abwägung, der Baudirektor erinnert aber an die Zusatzschlaufe wegen der Zwei- bzw. Dreifachturnhalle. Und die Baudirektion wollte der Kantonsschule den neuen Bau zeitgerecht bereitstellen.
Es ist unbestritten, dass die Verantwortung für die Einhaltung des Submissionsrechts beim Regierungsrat liegt. Der Baudirektor hält ausdrücklich fest, dass sich die Baudirektion sehr genau an die submissionsrechtlichen Vorgaben hält. In diesem Fall hat sie eine etwas andere Beurteilung vorgenommen. Sie hat die vorberatende Kommission und das Parlament aber ordentlich und richtig informiert, und das Parlament hat dem gewählten Vorgehen und dem Projekt zugestimmt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 5

**626 Interpellation von Claus Soltermann betreffend Umfahrung Cham–Hünenberg**

Vorlagen: 2663.1 - 15264 (Interpellationstext); 2663.2 - 15300 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Claus Soltermann** dankt für die rekordverdächtig schnelle Beantwortung der Interpellation. Sie kommt gerade zum richtigen Zeitpunkt. Vor zwei Wochen legte ein querstehender Lastwagen den halben Kanton lahm. Es entstand gewaltiges Verkehrschaos. Auch wenn man die Umfahrung Cham-Hünenberg (UCH) schon gehabt hätte, hätte sich nicht viel geändert, denn die Kreuzung Alpenblick hätte den Verkehr nicht schlucken können, da diese auch bei normalem Feierabendverkehr schon stark belastet ist. Dazu wäre der gesamte Verkehr gekommen, der normalerweise über die Autobahn geht.
Der Votant ist über die Antwort der Regierung wirklich enttäuscht. Es kann nicht sein, dass ein Projekt, das vor weit über zehn Jahren geplant wurde, trotz markant veränderter Rahmenbedingungen fast unverändert Gültigkeit hat. Dies zeigt, dass die Regierung die UCH möglichst schnell bauen möchte. Da ist zum einen die zur Jahrtausendwende wenig befahrene Autobahn, die heute sechs bzw. acht Spuren aufweist; mit der UCH wären es dann zehn Spuren. Da ist auch das gewaltige Verkehrsaufkommen aus dem Aargau, das zusätzlich bei Lindencham auf die Autobahn oder die UCH strömt bzw. strömen würde. Im Weiteren hat Cham heute über 16'000 Einwohner. Mit den neuen, noch nicht gebauten und zum Zeitpunkt der Planung nicht einmal in der Idee vorhandenen Quartieren im Papieri-Areal und beim Zythus kommen nochmals weit über 5000 Einwohner dazu.
Noch ein Gedanke zu den Kosten: Braucht es wirklich alle Kammern, die damals geplant wurden? Die Kammer D von Bösch bis Schlatt ist nicht nötig, der betreffende Verkehr kann über die Autobahn bzw. die Kantonsstrasse abgeführt werden. Über die Kammer A lässt sich streiten. Sicherlich könnte viel Geld gespart und viel wertvolles Kulturland vor dem Zubetonieren verschont werden.
Der Votant möchte die UCH weder verhindern noch deren Bau unnötig verzögern. Er möchte einzig eine gute und den heutigen Gegebenheiten angepasste Lösung.

**Rainer Suter** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die vorliegende Interpellation mit Unverständnis zur Kenntnis nahm. Bereits im November 2014 wurde ein ähnliches Anliegen durch die SP eingereicht – mit wenig Erfolg: Der Rat beschloss am 11. Dezember 2014 mit 56 zu 12 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.
Die Regierung beantwortet die Fragen der Interpellation klar und sachlich und legt eine gute Zusammenfassung der bisherigen Planung für die UCH vor. Das war wohl auch nicht allzu schwer, da die meisten Sachverhalte bereits bekannt waren. Die Antworten auf die Fragen sind für ein Mitglied des Kantonsrats ohne Probleme erhältlich oder in Protokollen nachzulesen. Dass einem Chamer Kantonsratsmitglied zusätzlich noch mehrere Optionen offenstehen, um sich noch besser oder genauer über die UCH zu informieren, versteht sich von selbst. Beispiele sind das Mitwirkungsverfahren und die Runden Tische mit den Gemeinden, die 2013 von der Baudirektion unter der Leitung des damaligen Baudirektors Heinz Tännler durchgeführt wurden. Entweder war man da nicht anwesend, oder man das Gesagte schon wieder vergessen. Der Votant durfte beim kantonalen Projekt mitarbeiten und ist überzeugt von der gemeinsam erarbeiteten Lösung.
Was steckt also hinter dieser Interpellation? War es wieder einmal eine Attacke auf den motorisierten Individualverkehr, oder geht es um die Verzögerung oder gar Verhinderung eines vom Stimmvolk bewilligten Projekts? Zuerst wollte der Interpellant das Projekt UCH mittels einer gemeinsamen Motion der Chamer Kantonsrätinnen

und -räte auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Auf Anraten des grössten Teils der Chamer Kantonsräte wurde von dieser Motion Anstand genommen. Der Votant sieht in der Interpellation und eventuell weiteren Vorstössen eine reine Verzögerungstaktik oder eine gewollte Nichtrealisierung der UCH. In Zusammenhang mit der neuen Papieri-Überbauung wäre die Nichtrealisierung der geplanten Umfahrung fatal und würde zu einem Verkehrskollaps in der Gemeinde Cham führen. Bei einer etappierten Inbetriebnahme könnten die flankierenden Massnahmen nicht umgesetzt werden. Der Prozess müsste komplett neu gestartet werden, obwohl keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse und Vorgaben vorliegen. Nach Jahren des Wartens auf die neue, gewinnbringende Strasse käme es zu einer zusätzlichen Verzögerung um x Jahre. Weitere Resultate wären höhere Kosten für dasselbe Projekt durch neue Planung, Prozesse etc. oder ein verkehrstechnisches Fiasko durch die Streichung gewisser relevanter Komponenten, um das Projekt billiger zu realisieren und nicht das Gesicht zu verlieren für die unnötige Planungsvorlage der UCH. Sinnvolle Kosteneinsparungen wären unerreichbar.
Für den Votanten gilt es, endlich vorwärts zu machen. Der Ennetsee und der ganze Kanton brauchen diese neue Umfahrungs- und Erschliessungsstrasse.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Im nächsten Frühjahr wird es zehn Jahre her sein, seit die Zuger Bevölkerung dem Strassenbauprojekt UCH äusserst knapp zugestimmt hat. Nach wie vor sind keine Baumaschinen vor Ort. Die Antworten auf die gestellten Fragen sind leider nicht sehr ergiebig. Sie können es gar nicht sein, weil die Fragen am Hauptproblem der Verzögerung vorbeigehen. Es geht nicht um die Finanzierung und auch nicht um allfällige Änderungen am Projekt. Wo liegt denn bei der UCH das Problem? Die Tangente Baar, ein vergleichbares Projekt, wurde erst 2009 vom Volk genehmigt, ist aber bereits im Bau.
Das Problem liegt bei den flankierenden Massnahmen. Wenn Cham diese nicht hinkriegt, wird der Bund die 36 Millionen Franken Subvention nicht bezahlen. Und das Bundesamt für Raumplanung hat bezüglich Perimeter klare Vorstellungen: Diese müssen dem Bau- und Auflageprojekt entsprechen. Nach dem Mitwirkungsverfahren meinte man, mit dem «Autoarmen Zentrum» *die* Lösung gefunden zu haben. Weit gefehlt: 124 Einsprachen gingen gegen eine Lösung ein, um die man während zwei Jahren zwischen 2013 und 2014 heftig gerungen hatte. So lässt sich fragen, ob das einstufige Verfahren bei der Abstimmung, mit welchem man über Planung und Bau gleichzeitig abstimmen liess, dazu führte, dass die Bevölkerung ein gutes Stück weit die Katze im Sack kaufte. Der Kanton sucht jetzt mit den Einsprechenden eine einvernehmliche Lösung. Wie aber will der Kanton Einvernehmlichkeit herstellen bei dieser grossen Anzahl von Einsprechenden? Welche Konzessionen macht er, damit die Einsprechenden einlenken und er 2019 mit dem Bau beginnen kann? Was ist, wenn die Einsprachen weitergezogen werden und das Projekt sich um weitere Jahre verzögert? Das sind Fragen, deren Beantwortung für die Chamer Verkehrssituation wichtig ist. Die Votantin zweifelt nicht die Abstimmung an, selbst wenn diese denkbar knapp ausgefallen ist. Sie stellt sich aber die Frage, ob das Abstimmungsprojekt genügend Informationen bereitstellte, damit sich die Stimmbürgerinnen und -bürger ein klares Bild machen konnten, vor allem bezüglich der immensen Schwierigkeiten, die flankierenden Massnahmen umzusetzen.

**Jean-Luc Mösch** dankt dem Interpellanten für die Interpellation resp. dafür, dass er keine Motion eingereicht hat. Eine solche hätte unter Umständen nämlich die sprichwörtliche Büchse der Pandora sein können.
Am 25. Oktober hat sich wieder gezeigt, wo die Achillesferse im Zuger Strassennetz liegt: Es ist der Ennetsee. Ein Verkehrsunfall in der Plegikurve, welcher nicht

rasch geräumt werden kann, reicht aus, dass in den Talgemeinden des Kantons nichts mehr geht. Am 25. März 2011 gab es schon einmal eine solche Situation, als im Bereich Rütihof/Bösch ein Lastwagen verunglückte.
Der Baudirektor hat nach dem jüngsten Ereignis gesagt, man arbeite mit Hochdruck an der Realisierung der UCH. Betrachtet man aber die Zeitspanne, welche seit der kantonalen Volksabstimmung vom 11. März 2007 über die UCH vergangen ist, erkennt man – trotz schwieriger Umstände und nach erfolgtem Mitwirkungsverfahren – noch keinerlei Hochdruck. Es ist nicht spürbar, dass die Regierung mit Hochdruck an der Sache arbeitet. Wann beispielsweise gibt es ein Bulletin dazu, wie viele Einsprachen noch hängig sind? Wann fahren die ersten Maschinen auf? Der Votant und einige besorgte Bürger haben den Eindruck, dass die Regierung beschlossene Projekte auf die lange Bank schiebt. Um diesem Eindruck entgegenzuwirken, ist eine offene Informationspolitik der Regierung gefordert. So hätte endlich einer der vielen Kommunikationsberater der Direktionen wieder etwas zu tun. Das ist keine Schelte an die Adresse der Regierung, doch sollte bei der UCH nun etwas Spürbares geschehen. Die Bürger warten.
Im Weiteren ist der Votant der Meinung, dass die Regierung mit dem Bau der Kammern B und C beginnen könnte, ohne im Widerspruch zum Beschluss vom 11. März 2011 zu stehen. Dies wäre ja keine Etappierung, sondern eine Priorisierung; die anderen Kammern werden im Anschluss ja auch realisiert. Was erstellt ist, soll der Nutzung zugeführt werden. Es trifft nämlich zu, dass aus logistischen Gründen nicht alle Kammern gleichzeitig gebaut werden können. Ansonsten wäre dies unter Umständen – spitzfindig gedacht – ja auch eine Etappierung. Der Votant möchte aber gerne wissen, ob eine Etappierung rechtlich möglich wäre. Diese Frage ist nicht wirklich beantwortet.
Für den Wirtschaftsstandort Zug und für ZugWest, insbesondere für Cham mit dem Papieri-Areal, ist der Bau der UCH dringendst umzusetzen. Es gilt alle Ressourcen und Hebel ein- bzw. anzusetzen, damit die UCH zügig vorankommt.

**Hans Baumgartner** nimmt es vorweg: Er war nie begeistert von der land- und geldvernichtenden UCH. Es sind über 20 Hektaren Land, welche diese Strasse verschlingt, und zu einem kleinen Teil betrifft es auch den Landwirtschaftsbetrieb des Votanten – womit auch seine Interessenbindung offengelegt ist.
Der Votant möchte nicht auf die fachlichen Belange dieses Projekts eingehen, sondern den Blick etwas in die Weite richten. Auch von der Regierung hätte er sich bei der Beantwortung dieser Interpellation, besonders der Frage, ob die UCH noch zeitgemäss sei, etwas mehr Weitsicht gewünscht. Es genügt nicht, aus den Lehrbüchern der 1980/90er Jahre über die verkehrstechnischen Dimensionierungen zu berichten. In den letzten zehn Jahren hat sich nämlich einiges getan, und die Berichte über die Zukunft des Verkehrs lassen aufhorchen. Durch die fortschreitende Digitalisierung der Mobilität wird es Entwicklungen geben, die vor wenigen Jahren noch unvorstellbar waren. «Das Potenzial der intelligenten Mobilität ist enorm», sagte der höchste Strassenbauer der Schweiz, Jörg Röthlisberger, Direktor des ASTRA. Fachleute rechnen damit, dass sich die Kapazität der Strassen durch eine Automatisierung des Autoverkehrs verdoppeln lässt. Es wird demnach kaum noch Sinn machen, in eine Parallelstrasse neben der bestehenden Autobahn zu investieren. Vielmehr wird es darum gehen, diese besser zu nutzen. Zudem entscheiden sich immer mehr Autokäufer für emissionslose Fortbewegungsmittel, also etwa elektrobetriebene Fahrzeuge. Damit verschwinden langsam die negativen Verkehrsemissionen wie Luft- und Lärmbelastung, dafür wird ein haushälterischer Energieaufwand in der Mobilität immer wichtiger. Mit diesen Aussichten sollte man sich wirklich fragen, ob eine grossflächige, der Autobahn entlangführende Umfahrungs-

strasse noch zeitgemäss ist – dies umso mehr, wenn man die Zahlen der nun erfolgten Planauflage zur UCH betrachtet, welche aufzeigen, dass durch Umwegfahrten der tägliche Autoverkehr mehr als 22'000 Kilometer längere Fahrstrecken zurücklegen muss. Weitere Erkenntnisse zu solchen Fragen wird bestimmt nächstens die von der CVP-Fraktion eingereichte Motion betreffend Chancen und Risiken der Digitalisierung des Verkehrs im Kanton Zug aufzeigen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die verschiedenen Voten, möchte den Blick zuerst aber auf das Ganze lenken. 2007 wurde eine Gesamtverkehrskonzeption erarbeitet. Man ging für 2030 von rund 135'000 Einwohnern und 115'000 Arbeitsplätzen aus. Eine wesentliche Komponente der damaligen Konzeption war eine tragfähige Ost-West-Verbindung, einerseits mit der Tangente Baar/Zug, andererseits mit der UCH. Die Tangente Baar/Zug ist seit Sommer 2016 im Bau, mit Vorlosen im Margel und im Dorf Baar, wo die Vorbereitungen getroffen werden, um im Frühling 2017 mit den Arbeiten an den beiden Hauptlosen beginnen zu können. Die Fertigstellung dieses ersten Elements der Ost-West-Verbindung ist auf 2020 geplant. Bereits realisiert ist die Erhöhung der Autobahnkapazität durch den Ausbau auf sechs Spuren.
Die zweite wichtige Komponente der Verkehrskonzeption von 2007 war eine tragfähige Anbindung der Berggemeinden. Als erstes Element wird momentan die Strasse Sihlbrugg–Neuheim ausgebaut; die Eröffnung erfolgt Ende 2016. Im Weiteren ist die Baudirektion im Moment mit zwei Vorlagen in der Tiefbaukommission, in denen es einerseits darum geht, die Kapazitäten der Tangente Baar/Zug mit der Hauptverkehrsstrasse Margel–Talacher abnehmen zu können; andererseits geht es um den Abschnitt Schmittli–Nidfuren bzw. um die Kapazitäten auf der Verbindung Zug–Ägeri–Schwyz.
Das dritte Element in der Gesamtverkehrskonzeption von 2007 war der Stadttunnel Zug, den die Bevölkerung abgelehnt hat. Grundsätzlich ist man heute aber daran, die Konzeption von 2007 zu realisieren, einfach ohne Stadttunnel. Im Frühling 2017 will die Baudirektion das Okay des Kantonsrats einholen, um die nächste Gesamtverkehrskonzeption in Angriff zu nehmen. Diese soll den Herausforderungen im Jahr 2040 gerecht werden, mit all den Fragen, die bereits angetönt wurde. Man geht von einer Bevölkerungszahl von 148'000 und von 125'000 Arbeitsplätzen aus, dazu kommen die Fragen bezüglich Mobilität der Zukunft, wie sie Hans Baumgartner dargelegt hat.
Verschiedene Votanten haben den Unfall auf der Autobahn erwähnt. Der Baudirektor ist überzeugt, dass dessen Auswirkungen nicht so gravierend gewesen wären, wenn alle Teile der Verkehrskonzeption 2007 fertiggestellt gewesen wären. Natürlich hätte es auch einen Stau gegeben, aber nie in diesem Ausmass.
Für das Projekt UCH erfolgte die öffentliche Auflage im Sommer 2015. Der Prozess bezüglich Einsprachen und Baubewilligung ist am Laufen, er soll bis Frühling 2017 abgeschlossen sein. 2017/18 erfolgt die Planersubmission. Die Entscheide des Verwaltungs- und Bundesgerichts – die Baudirektion geht davon aus, dass die Einsprachen weitergezogen werden – liegen Ende 2019 vor. Baubeginn soll dann im Jahr 2021 sein. Die zeitliche Planung der Regierung sieht also vor, die UCH nach der Fertigstellung der Tangente Zug/Baar zu realisieren. Und der Baudirektor will nichts beschönigen: Fertig wird die UCH im Jahr 2026, also zwanzig Jahre nach dem Volksentscheid. Die Umsetzung des Konzepts «Autoarmes Zentrum» in Cham ist dann für 2026/27 vorgesehen.
Insgesamt sind 124 Einsprachen gegen die UCH eingegangen. 40 davon betreffen das Projekt an sich, 84 das Konzept «Autoarmes Zentrum». 18 Einsprachen wurden zurückgezogen, rund 70 sind im Moment noch in Bearbeitung. Ein Jurist der

Baudirektion arbeitet voll daran, die Einsprachen abzuarbeiten, mit dem Ziel, dass der Entscheid des höchsten Gerichts – wie gesagt – Ende 2019 vorliegt. Die Baudirektion ist hier wirklich mit Vollgas an der Arbeit.
Natürlich hat es lange gedauert, bis die flankierenden Massnahmen erarbeitet waren. In einem demokratischen Rechtsstaat und nach dem Verständnis der zugerischen Politik ist ein Mitwirkungsverfahren aber selbstverständlich. Allerdings war man nach vier Jahren wieder am selben Punkt wie zu Beginn – die Zuger Bevölkerung ist im Umgang eben nicht nur einfach. Und wenn Einsprachen unter Bedingung, in den Perimeter aufgenommen zu werden, zurückgezogen werden, bedeutet das massive Änderungen, welche eine neue Auflage erfordern. Und jedermann weiss: Eine neue Auflage bedeutet zwei Jahre Zeitverlust.
Natürlich könnte man bezüglich Information mehr tun, und der Baudirektor nimmt die Anregung gerne entgegen, die Öffentlichkeit wieder mal über den Stand bei den Einsprachen und über den Zeitplan zu informieren.
Hinter der Gesamtverkehrskonzeption 2007 steckten – wie der Baudirektor aufzuzeigen versuchte – sehr viele Überlegungen, dies mit einem Zeithorizont 2030/35. Alle Projekte, die man damals schon kannte, sind in die Kapazitätsplanung für die UCH eingeflossen. Es braucht diese Strasse, und der Regierungsrat möchte sie möglichst schnell realisieren, wobei der oben aufgezeigte Zeitplan wahrscheinlich nicht gross verändert werden kann. Im Moment kann auch keine dritte Spur vom Alpenblick zum Bahnhof Cham gebaut werden; es fehlt schlicht an den Verkehrsflächen. Auch die Idee, beim Alpenblick einen Busbahnhof zu bauen, damit man auf die Stadtbahn umsteigen kann, statt jeden Abend zehn, fünfzehn oder zwanzig Minuten lang mit dem Bus im Stau zu stehen, ist unrealistisch. Um diese Probleme lösen zu können, gilt es, möglichst schnell die Umfahrung zu bauen. Dasselbe gilt für die Stadt Zug: Vielleicht kann man die verkehrsleitenden Massnahmen noch verbessern und Lichtsignale noch etwas besser steuern, das Nadelöhr Postplatz aber bleibt bestehen und kann erst in einer neuen Gesamtverkehrskonzeption thematisiert werden.
Der Baudirektor hofft aufgezeigt zu haben, welche strategischen Überlegungen der Regierungsrat macht und welches operativ der Stand der UCH ist.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 627 Nächste Sitzung

Donnerstag, 24. November 2016 (Ganztagessitzung)

**Protokoll des Kantonsrats**

46. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 24. November 2016 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 11.50 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
2.1. Postulat von Daniel Thomas Burch, Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Stadlin betreffend NFA Umverteilung nimmt immer groteskere Formen an
2.2. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Inhaftierung einer afghanischen Familie und Dublin-Ruckschaffung
2.3. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Altersarmut im Kanton Zug
2.4. Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend POLYCOM Projektstand im Kanton Zug
3. Kommissionsbestellungen
4. Kantonsratsbeschluss betreffend Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten: 2. Lesung
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Integrationsklassen auf der Primarstufe für Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich: 2. Lesung
6. Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020 sowie die mit dieser Vorlage zusammenhängenden Geschäfte:
6.1. Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020
6.2. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Priorisierung von Infrastrukturprojekten durch den Regierungsrat
7. Geschäfte, die am 10. November 2016 nicht behandelt werden konnten
8. Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend wie weiter mit der Eisenbahn am Zugersee Ost

## 628 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Barbara Häseli und Nicole Imfeld, beide Baar; Beat Sieber, Cham; Monika Weber, Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

## 629 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Parkhotel Zug ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

Gesundheitsdirektor Martin Pfister ist abwesend. Er nimmt an der Gesundheitsdirektorenkonferenz teil. Seine Stellvertretung übernimmt die Direktorin des Innern, Regierungsrätin Manuela Weichelt.

Im Auftrag der Gemeinde Risch drehen die Filmemacher Jonas Erni und Daniel Grunder einen Film für die Kantonsratspräsidentenfeier vom 15. Dezember 2016. Dazu brauchen sie Aufnahmen aus dem Saal, zum Teil werden Ratsmitglieder gefilmt. Gemäss § 38 Abs. 3 GO KR braucht es dazu die Zustimmung des Rats.

➔ Der Rat stimmt den Bild- und Tonaufnahmen stillschweigend zu.

Der Vorsitzende begrüsst Irene Teismann, Gisela Wendriner und Dali Brändle mit ihren drei Klassen des Deutsch- und Alphabetisierungskurses. Die Teilnehmenden stammen aus Afghanistan, Äthiopien, Eritrea und Somalia. Sie behandeln in ihrem Kurs auch das Thema «Demokratie».

Das traditionelle Parlamentarier-Skirennen der Kantone Schwyz und Zug findet am Samstag, 18. Februar 2017, auf dem Hoch-Ybrig statt. Die Sportchefs bitten, diesen Termin bereits heute zu reservieren.

TRAKTANDUM 1

## 630 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegende Traktandenliste.

TRAKTANDUM 2

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum wird am Ende in der Vormittagssitzung behandelt (siehe Ziff. 634–637).

TRAKTANDUM 3

**Kommissionsbestellungen**

Es sind keine neuen Kommissionen zu bestellen.

TRAKTANDUM 4

**631 Kantonsratsbeschluss betreffend Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten: 2. Lesung**

Vorlage: 2604.5 - 15305 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 67 zu 0 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor: Die erheblich erklärte Motion der Staatswirtschaftskommission (Vorlage 2483.1 gemäss Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission Vorlage 2450.2 – 14824) sei als erledigt abzuschreiben

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 5

**632 Kantonsratsbeschluss betreffend Integrationsklassen auf der Primarstufe für Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich: 2. Lesung**

Vorlage: 2644.4 - 15303 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

**Peter Letter** erinnert daran, dass in der ersten Lesung dem Regierungsrat verschiedene Fragen gestellt wurden, die in der zweiten Lesung beantwortet werden sollten. Er möchte die Antworten des Regierungsrats vor der Schlussabstimmung hören.

Landschreiber **Tobias Moser** erläutert, dass gemäss GO KR direkt die Schlussabstimmung folgt, wenn keine Anträge auf die zweite Lesung vorliegen. Die Fragen, die in der ersten Lesung gestellt wurden, wird der Bildungsdirektor vor der Abschreibung des parlamentarischen Vorstosses beantworten.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 67 zu 0 Stimmen zu.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** erinnert daran, dass die in der ersten Lesung vom 27. Oktober im Kantonsrat gestellten Fragen bzw. Forderungen zum einen die Verbindlichkeit des Integrationsbrückenangebots und zum anderen die solidarische Finanzierung der Kindergartenstufe betrafen. Frage 1 lautete: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass das Integrationsbrückenangebot als Lösung für Jugendliche

aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich verbindlich und für die Gemeinden verlässlich geregelt wird?
Per Stichtag 9. September 2016 gab es im Kanton Zug insgesamt 52 Jugendliche aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich, die in den gemeindlichen Schulen auf der Sekundarstufe I beschult wurden. Sie sind nicht linear auf die Gemeinden verteilt. Der Bildungskommission wurde diese Zahl zur Kenntnis gebracht. Im Rahmen der ersten Lesung im Kantonsrat wurde über die gesetzliche Grundlage für das I-B-A diskutiert. In § 11 des Reglements über die Brückenangebote werden die Kriterien für die Aufnahme in die drei Angebote – Schulisches Brückenangebot (S-B-A), Kombiniertes Brückenangebot (K-B-A) und Integrations-Brückenangebot (I-B-A) – aufgelistet. Da aber für Jugendliche aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich keinerlei Kriterien für die Aufnahme ins I-B-A gelten sollen, muss das Reglement entsprechend ergänzt werden. Der Vorschlag für den neuen § 11 Abs. 2 des Reglements über die Brückenangebote lautet: «Jugendliche aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich, Sekundarstufe I, werden ohne Erfüllen von Kriterien in das I-B-A aufgenommen.» Die Volkswirtschaftsdirektion wird sich der Anpassung des Reglements umgehend annehmen und dieses insgesamt überarbeiten. Die notwendigen Kapazitäten beim I-B-A werden von der Volkswirtschaftsdirektion bereitgestellt, so weit dies organisatorisch möglich ist und die dafür notwendigen Mittel im Budget durch den Kantonsrat bereitgestellt werden sowie allfällige notwendige Überschreitungen des Budgets toleriert werden. Für das skizzierte «Vorjahr Basisintegration» kann von tieferen Kosten bzw. einem hohen Abdeckungsgrad durch die Normpauschale ausgegangen werden, der die Einwohnergemeinden entlastet. Dies wird erreicht, indem Stundentafel und Lehrplan angepasst werden und das Angebot in Anwendung von § 4 Abs. 2 des Schulgesetzes an einen Dritten ausgelagert werden kann.
Das I-B-A ist darauf angewiesen, dass bei der Zuweisung genau geschaut wird, ob es für die konkrete Person die optimale Lösung ist. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, den Jugendlichen in die 6. Primarklasse oder in die reguläre Oberstufe zu integrieren. Der entsprechende Entscheid liegt beim Rektor. Auf dieses Thema wurde bereits im Bericht und Antrag der Bildungskommission auf Seite 7 hingewiesen: «Bezogen auf die Jugendlichen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich ist im Bereich des Übertritts von der Primär- in die Sekundarstufe I individuell zu prüfen, ob ein Jugendlicher das Potential hat, die Integrationsklasse Primarstufe noch während rund eines Jahres zu besuchen, um dann in eine Regelklasse der Sekundarstufe I in den Gemeinden integriert werden zu können, oder ob er direkt in die 1. Klasse der Oberstufe integriert werden kann. Wenn dies möglich ist, besteht für den Jugendlichen die Chance, den ordentlichen Berufsfindungsprozess während der Oberstufe zu durchlaufen. Sofern dies nicht gegeben ist, sollten die Jugendlichen im Integrationsbrückenangebot eingeschult werden, wobei das bestehende Angebot um ein sogenanntes ‹Basisjahr am I-B-A› erweitert werden soll.» Sobald der Kantonsratsbeschluss in Kraft ist, wird die konkrete Umsetzung der Abläufe rund um die Zuweisung der Jugendlichen durch die Gemeinden an das I-B-A mit einer Vereinbarung mit den Gemeinden anhand genommen.
Frage 2 lautete: Weshalb hat der Regierungsrat das im Zuge der Vernehmlassung von zehn Gemeinden geäusserte Anliegen, die Kindergartenstufe sei ebenfalls unter Kostenbeteiligung durch den Kanton und anteilsmässig durch die Gemeinden zu finanzieren, nicht übernommen bzw. im vorliegenden Kantonsratsbeschluss nicht abgebildet?
Per Stichtag 9. September 2016 gab es im Kanton Zug insgesamt 25 Kinder aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich, die in den gemeindlichen Schulen auf der Kindergartenstufe beschult wurden. Sie sind nicht linear auf die Gemeinden verteilt. Der Bildungskommission wurde auch diese Zahl zur Kenntnis gebracht. Der Regierungs-

rat hat in seinem Bericht und Antrag auf Seite 5 auf die vorliegende Frage wie folgt geantwortet: «Auf der Kindergartenstufe werden keine Integrationsklassen geführt. Für die Regelstrukturen soll weiterhin auf das bestehende System der Normpauschale abgestützt werden. Ein Abweichen von diesem Prinzip bzw. eine Vermischung der beiden Finanzierungsmodelle erachtet der Regierungsrat als nicht zielführend.» Der vorliegende Kantonsratsbeschluss regelt eine Spezialfinanzierung für einen Spezialfall. Kinder und Jugendliche aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich im Primarschulalter werden in eigens geschaffenen Klassen zentral und separativ beschult und so auf den späteren Besuch einer Regelklasse vorbereitet. Mit dem Übertritt in eine Regelklasse enden der Spezialfall und damit auch die Spezialfinanzierung. Diese zeitlich und räumlich klare Regelung erleichtert auch die Arbeit des Kantons, der für die Lenkung der Geldströme im Modell verantwortlich zeichnet. Im Unterschied zur Lösung für die Primarstufe findet im Bereich des Kindergartens aus pädagogischen Überlegungen keine zentral geführte, separative und dem Kindergarten vorgelagerte Beschulung statt, sondern eine direkte Integration in die Regel-Kindergartenklasse. Damit liegt auf Kindergartenstufe kein Spezialfall vor. Aus Sicht des Regierungsrats soll daher auf eine solidarische Spezialfinanzierung verzichtet werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das teilerheblich erklärte Postulat von Esther Haas, Andreas Hostettler, Peter Letter, Beat Unternährer, Beat Iten, Zari Dzaferi, Pirmin Andermatt und Karin Andenmatten-Helbling (Vorlage 2583.1 - 15083) als erledigt abzuschreiben.

**Anastas Odermatt** stellt namens der Mehrheit der ALG-Fraktion den **Antrag,** das teilerheblich erklärte Postulat noch nicht abzuschreiben. Grund ist die Verbindlichkeit des Reglements und der Vereinbarung bezüglich I-B-A. Wenn der Vorstoss jetzt abgeschrieben wird, müsste ein neues Postulat eingereicht werden, wenn die Umsetzung nicht im Sinne des Kantonsrats erfolgen würde. Mit einer Aufrechterhaltung des Postulats vergibt sich der Rat nichts und erhält nochmals eine detaillierte Auskunft. Andernfalls müsste das ganze *Rösslispiel* nochmals in Gang gesetzt werden.

**Peter Letter** ist einer der Postulanten, spricht aber für sich persönlich. Seiner Meinung nach kann der Vorstoss abgeschrieben werden. Die Lösung für die Primarschule entspricht der Vorstellung der Postulanten, die Erklärungen des Regierungsrats bezüglich Oberstufe und den Kindergarten sind wasserdicht und entsprechen den Lösungen, wie sie in der Kommission mit Fachleuten diskutiert wurden. Man kann das Geschäft also abschliessen, zumal das Ergebnis der Schlussabstimmung deutlich zeigt, dass der politische Wille eindeutig ist, und auch die Regierung und die Gemeinden an einer gemeinsamen Lösung sehr interessiert sind.

➔ Der Rat schreibt das Postulat mit 61 zu 11 Stimmen als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020 sowie die mit dieser Vorlage zusammenhängenden Geschäfte:**

**633** Traktandum 6.1: **Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020**
Vorlagen: 2678.1 - 00000 (Gedruckter Bericht); 2678.2 - 15301 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für dieses Geschäft im Allgemeinen die Finanzdirektion zuständig ist. Er macht folgende Hinweise:
- Auf Seite 5 im Budgetbuch finden sich die Anträge des Regierungsrats.
- Die Angaben zum Budget 2017 sind im Budgetbuch jeweils in der grauen Spalte aufgeführt.
- Budget und allfällige Leistungsaufträge werden jeweils zusammen behandelt.
- Die Detailberatung folgt ab Seite 47 der Institutionellen Gliederung.
- In der Detailberatung werden die Abstimmungen über die Anträge des Regierungsrats bzw. der Stawiko zu den Leistungsaufträgen und zum Budget durchgeführt.
- Nach der Beschlussfassung zum Budget folgt die Kenntnisnahme des Finanzplans.
- Am Schluss nimmt der Rat Kenntnis von der Finanzierungsprognose bis 2031.

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission Eintreten beantragen. Gemäss § 41 Abs. 1 Bst. h der Kantonsverfassung muss der Kantonsrat zwingend auf das Budget eintreten.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die erweiterte Stawiko das Budget und den Finanzplan am 2. November 2016 in einer Ganztagessitzung behandelt hat. Sie dankt der Finanzdirektion für die Unterstützung sowie allen Direktionen und den Gerichten für den Empfang der Delegationen und die offene und konstruktive Zusammenarbeit.
Die Ausgangslage ist mehr als schwierig. Die strukturellen Defizite schlagen trotz Entlastungsprogramm voll durch. Das vom Regierungsrat vorgelegte Budget 2017 mit einem Minus von rund 130 Millionen Franken sowie die Planzahlen mit jährlichen Defiziten zwischen 120 und 133 Millionen Franken bis 2020 lösen bei der Stawiko eine gewisse Frustration aus. § 2 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes wird nicht eingehalten, denn die laufende Rechnung kann über fünf Jahre nicht ausgeglichen werden. Es tut weh, anschauen zu müssen, wie das Eigenkapital vernichtet wird.
Aus Sicht der Stawiko sind die Abläufe und Termine des Entlastungsprogramms und des Projekts «Finanzen 2019» sehr unbefriedigend. Die Massnahmen des Entlastungsprogramms sind im Budget und im Finanzplan berücksichtigt, obwohl dieses noch nicht in trockenen Tüchern ist. Der Rat berät heute also ein Budget, welches unter Umständen nächste Woche bereits zu einem grossen Teil überholt sein wird. Bei einer Ablehnung des Entlastungsprogramms müssen notabene zu den Defiziten der Jahre 2017 bis 2020 noch je satte 40 Millionen dazu addiert werden.
Auf der anderen Seite ist «Finanzen 2019» omnipräsent. Die Stawiko kennt zwar die Zielvorgabe, jedoch noch keine Details. Sie weiss nicht, was wie realisierbar sein wird. Bei den Visitationen wurde überall auf das Projekt hingewiesen. Konkretes erfuhr die Stawiko jedoch wenig, weil der Abgabetermin erst am 13. November, also nach ihrer Sitzung, war und die Regierung erste Entscheide erst im Dezember fällen wird. Seitens der Verwaltung wurde immer wieder diskutiert, ob eine Kosten-

reduktion im Budget 2017 an das Projekt «Finanzen 2019» angerechnet werde oder nicht. Da fragte sich die Stawiko-Präsidentin ab und zu schon, ob sie im richtigen Film sei. Es liegen Sparmöglichkeiten auf dem Präsentierteller. Sie werden aber nicht oder noch nicht umgesetzt, weil sie sonst nicht dem Projekt «Finanzen 2019» angerechnet werden.
Zusammengefasst hält die Stawiko-Präsidentin fest, dass die Stawiko von den vorgelegten Zahlen ernüchtert, ja alarmiert ist. Es muss dringend Gegensteuer gegeben werden – die Regierung ist bereits aktiv –, um zum Jahrzehntwechsel wirklich wieder ausgeglichene Ergebnisse präsentieren zu können. Es hat sich bei den Visitationen der Stawiko gezeigt, dass einzelne Ämter schneller sparen könnten, als es die internen Vorgaben verlangen. Die heutige Budgetdebatte sei deshalb als Gelegenheit genutzt, die Regierung aufzufordern, konsequent und zeitnah umzusetzen. Das Jahr 2019 kommt schneller, als allen lieb ist. Der Zeitfaktor ist nicht zu unterschätzen. Defizite sind für alle Beteiligten demotivierend. Das Personal ist verunsichert, weil Massnahmen im Personalbereich unumgänglich sein werden. Die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft wissen nicht, ob die oft ins Spiel gebrachten Steuererhöhungen kommen und wie hoch sie ausfallen könnten. Deshalb will die Stawiko den Spardruck erhöhen und die Prozesse forcieren. Unter dieser Prämisse ist sie auf das Budget 2017 eingetreten.
Im Budget 2017 ist die Artengliederung der laufenden Rechnung konsistent zu den Vorjahren. Wo es Abweichungen gibt, sind diese begründet. Allerdings sind keine wirklich grossen Verzichtsmassnahmen zu erkennen. Die laufende Rechnung soll nach dem Willen der Stawiko deshalb beim Aufwand um 14,9 Millionen Franken entlastet werden. Diesen Antrag wird die Stawiko-Präsidentin in der Detailberatung vertieft begründen. Die Investitionsrechnung mit Nettoausgaben von 123 Millionen Franken heisst die Stawiko hingegen gut. Die Ausgaben basieren teilweise auf Kantonsratsbeschlüssen, andernfalls sind die Investitionsanträge begründet und sinnvoll. Die Stawiko ist überzeugt, dass trotz strukturellen Defiziten nachhaltige Investitionen sinnvoll sind und vorgenommen werden sollen. Dennoch muss es für alle das oberste Ziel sein, die Finanzen des Kantons Zug so schnell wie möglich wieder ins Lot zu bringen. Die Stawiko erwartet deshalb ein rollendes Fortschreiben der Finanzpläne.
Wie man ihrem Bericht entnehmen kann, hat die Stawiko dieses Jahr den Fokus vermehrt auf die Leistungen, die Leistungsaufträge und deren Preis gelegt. Dabei ist sie auf die altbekannte Problematik der Kosten-Leistungs-Rechnung gestossen und auf die Tatsache, dass diese nicht flächendeckend von der gesamten Verwaltung angewandt wird. 2016 sind einige Ämter neu zu den Anwendern gestossen. Seitens der Finanzdirektion wird nun das System, welches bis heute nicht wirklich gelebt wurde, in Frage gestellt. Die Stawiko ist diesbezüglich in erhöhter Alarmbereitschaft und wird dieses Thema mit Argusaugen weiterverfolgen. Im Übrigen findet sich auf Seite 8 des Stawiko-Berichts ein ganzer Kratten von Vorschlägen zur Optimierung der Kantonsfinanzen. Diese sind ein Resultat der diesjährigen Visitationen, und die Stawiko würde es sehr begrüssen, wenn die Regierung diese Hinweise im Rahmen von «Finanzen 2019» vertieft prüfen würde.
In der Detailberatung wird sich die Stawiko-Präsidentin vertieft zum Antrag auf eine pauschale Kürzung sowie zur dramatischen Entwicklung im Bereich des Asylwesens und zu den Fallzahlen der KESB äussern. Sie bittet den Rat im Namen der Stawiko um Eintreten auf das Budget 2017 sowie um Kenntnisnahme des Finanzplans.

**Pirmin Frei** spricht für die CVP-Fraktion. Die Eckwerte des Budgets 2017 sind bekannt. Seit Montag weiss man – ganz nach dem Motto «Wunder geschehen immer wieder» –, dass 2016 und 2017 Sondereffekte in Millionenhöhe den Finanzhaushalt

entlasten werden. Und die Stawiko-Präsidentin hat es bereits gesagt: Der Rat führt die Budgetdiskussion zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, nämlich zwischen dem formellen Abschluss des Entlastungsprogramms 2015–2018 und dem Projekt «Finanzen 2019». Am kommenden Sonntagabend wird bekannt sein, ob das Entlastungsprogramm umgesetzt werden kann oder ob zu den für 2017 budgetierten 130 Millionen Franken Aufwandüberschuss noch 40 Millionen Franken hinzukommen. Im Februar 2017 wird der Rat dann von der Regierung erfahren, wie diese unter dem Titel «Finanzen 2019» das strukturelle Defizit von jährlich rund 100 Millionen Franken auffangen will. Und bald darauf wird er den Geschäftsbericht 2016 erhalten und wissen, ob die trüben Budgetvorhersagen für 2016 mit einem Defizit von sagenhaften 170 Millionen Franken Realität wurden. Und heute also hat der Rat ein Budget für das nächste Jahr zu verabschieden. Eine Alternative zur heutigen Verabschiedung des Budgets gibt es nicht. Ob eine Verschiebung des Budgetentscheids rechtlich möglich ist, muss der Landschreiber sagen. Ob eine Verschiebung sachlich richtig wäre, ist eine politische Frage, über die zu entscheiden ist, wenn ein entsprechender Antrag gestellt würde. Und die Ablehnung des Budgets wäre ganz einfach eine Dummheit, über die der Votant gar nicht sprechen will.
Die CVP-Fraktion hat das Budget, die Finanzplanung 2018–2020 sowie die Finanzierungsprognosen zu kantonalen Investitionsprojekten bis 2031 studiert. Sie unterstützt nach vertiefter Diskussion die Anträge der Stawiko, stimmt also der Pauschalkürzung des Budgets um 14,9 Millionen Franken bei unverändertem Steuerfuss von 82 Prozent der Einheitssätze zu. Ein paar grundsätzliche Bemerkungen:
• Der Kanton Zug schaut auf ein halbes Jahrhundert Prosperität, Vollbeschäftigung und einen beispiellosen Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen und des Dienstleistungsangebots zurück. *Alle* Zugerinnen und Zuger haben davon profitiert. Vor zwei Jahren bekam der Zuger Finanzhaushalt Schlagseite. Die Gründe dafür sind vielfältig. Niemand hat dafür die Erklärungshoheit – und selbstverständlich sind allein die anderen daran schuld.
• Der Regierungsrat hat im letzten Jahr die finanzpolitischen Zügel in die Hand genommen. Er hat das Entlastungspaket geschnürt. Dieses wurde vom Kantonsrat ausführlich beraten, und wo nötig, wurden Korrekturen vorgenommen. Mit einer satten Mehrheit wurde das Entlastungsprogramm schliesslich vom Kantonsrat genehmigt. Gegen den Kantonsratsbeschluss wurde das Referendum ergriffen, und am kommenden Sonntag wird darüber abgestimmt.
• Die CVP hat – notabene als einzige bürgerliche Partei – von Anfang an nicht nur das Entlastungsprogramm unterstützt, sondern die klare Erwartung an den Regierungsrat gerichtet, im Rahmen von «Finanzen 2019» Vorschläge für Steueranpassungen zu erhalten, falls das Spar- und Kostenoptimierungspotenzial als ausgeschöpft erachtet wird. *Wann* dieses ausgeschöpft ist, ist eine politische Frage. Für die CVP ist das der Fall, wenn wesentliche Erfolgsfaktoren des Kantons in Frage gestellt würden. Zu diesen Erfolgsfaktoren zählen etwa das hochstehende Dienstleistungsangebot für Unternehmen und Privatpersonen, die hohe Qualität der bestehenden öffentlichen Infrastrukturen, der hohe Sicherheitsstandard und das leistungsfähige ÖV-Angebot. In diesem Zusammenhang plädiert die CVP denn auch für eine differenzierte Beurteilung des Begriffs «Zuger Finish», der in letzter Zeit etwas gar schlecht geredet wurde. Wer in der Top-Liga der Kantone spielen will – und das will die CVP –, sollte auch einen gewissen Finish bieten. Dass dieser nicht nur wenigen, sondern der gesamten Bevölkerung zugutekommen soll, versteht sich von selbst.
• Weil der Kanton Zug in den letzten fünfzig Jahren nie sparen musste, erlebt man in der aktuellen finanzpolitischen Diskussion noch nie dagewesene argumentative und emotionale Amplituden. Der Votant erinnert sich nicht, in kantonalen Abstim-

mungskämpfen je derart tendenziöse, teilweise schwachsinnige, ja gar falsche Aussagen gehört zu haben wie in den letzten Wochen. Andererseits staunt er über das Staats- und Politikverständnis gewisser Kreise, die einen Rechtsstaat, der an Gesetze gebunden ist, mit einem Unternehmen gleichsetzen, das sich im Markt völlig frei bewegen und schroffste Massnahmen wie etwa Massenentlassungen durchsetzen kann. Wo die Wellen hoch gehen, sollte man versuchen, den Kurs des Schiffs, auf dem man sich befindet, zu halten. Schnellschüsse, politisches «Zeichensetzen» und Betroffenheitsaktionen bringen in einem Staat, der sich mit einem Öltanker vergleichen lässt, nichts – dies umso weniger, wenn wie heute wichtige Informationen – der Votant hat sie erwähnt – fehlen. Übersetzt auf das Budget 2017 heisst das: Eine Steuererhöhung, wie sie allenthalben schon für 2017 gefordert wird, ist nicht angezeigt. Allerdings ist nicht auszuschliessen, ja, es zeichnet sich schon fast ab, dass der Rat sich mit dem Thema «Steuern» nicht erst im Rahmen von «Finanzen 2019» befassen muss.
• Ein Wort zu pauschalen Budgetkürzungen: Die Stawiko hat den Budgetvorschlag der Regierung ausführlich diskutiert. Als Stawiko-Mitglied stellt der Votant fest, dass die Stawiko sich die Arbeit nicht leicht gemacht hat. Lobend erwähnt er die SVP-Fraktion, die anders als in den Vorjahren bereits in der Stawiko konkrete Budgetkürzungsanträge gestellt hat. So konnte die Stawiko diese Anträge umgehend politisch beurteilen und wird heute – so ist wenigstens zu hoffen – nicht von irgendwelchen saloppen Rasenmäheranträgen überrumpelt. Die Abkehr von der bisherigen «Schaufensterpolitik» der SVP bietet die Chance, dass das Budget heute innert vernünftiger Zeit abschliessend beraten werden kann. Am Schluss setzte sich in der Stawiko und auch in der CVP-Fraktion die Erkenntnis durch, dass es sinnvoller ist, die Regierung entscheiden zu lassen, wo gespart werden soll. Dieses Vorgehen steht durchaus im Einklang mit der Idee von Pragma.
• Es ist nun das dritte Mal in Folge, dass die Stawiko dem Kantonsrat eine pauschale Budgetkürzung vorschlägt. Was dies für Pragma, die vielgepriesene Wunderwaffe für öffentliche Haushalte, mittel- und langfristig bedeutet, lässt der Votant offen, weil es schon genug Baustellen gibt. Die Frage nach der Allwettertauglichkeit von Pragma muss aber bei Gelegenheit ernsthaft diskutiert werden, umso mehr, als mit dem geltenden Personalstellenstopp Pragma ein wichtiger Zahn gezogen wurde – dies völlig zu Recht.

**Thomas Villiger** spricht für die – angeblich gebändigte – SVP-Fraktion. Das Sprichwort «Steter Tropfen höhlt den Stein» passt gut zur heutigen Budgetdebatte. Die die SVP-Fraktion war sehr überrascht über den Stawiko-Bericht, vor allem über den pauschalen Kürzungsantrag. Sie stimmt dem Antrag auf eine pauschale Reduktion des betrieblichen Aufwands um knapp 15 Millionen Franken praktisch einstimmig zu. Sie sieht den Antrag der Stawiko allerdings nur als minimalen Kompromiss. Seit Jahren hat sie immer wieder genau den nun gewählten Weg von Pauschalkürzungen gefordert, wenn auch mit erheblich höheren Kürzungsbeträgen. Hätte man sich bereits vor vier Jahren vertieft mit ihren Anträgen auseinandergesetzt, ginge es dem Kanton Zug bereits heute besser. Die jahrelange konsequente Sachpolitik der SVP trägt jetzt Früchte. Die SVP erkannte als erste Fraktion, dass der damalige Finanzdirektor den völlig abstrusen konjunkturellen Fehlbeurteilungen von BAK Basel aufgesessen war. Die anderen Fraktionen lehnten damals die Anträge der SVP immer wieder ab, mit dem Hinweis, diese solle doch aufzeigen, wo genau gespart werden solle. Nun hat der Wind aber gedreht. Die Stawiko schlägt, wenn auch auf bescheidenem Niveau, genau die Art Kürzungen vor, wie sie die SVP in den letzten Jahren vorbrachte. Die SVP ist darüber selbstverständlich erfreut. Denn es ist Sache der Exekutive, zusammen mit der Verwaltung die Details auszuarbeiten.

Zum Budget 2017: Die SVP-Fraktion war über den Aufwandüberschuss von rund 130 Millionen Franken sehr erstaunt und ist der Meinung, dass der Spardruck hoch gehalten werden muss. Die Einstellung der Sofortmassnahmen von rund 9,4 Millionen Franken in das Budget 2017 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Schade ist nur, dass es noch nicht mehr Massnahmen von «Finanzen 2019» in das vorliegende Budget geschafft haben. Zu grossem Unmut haben die Zahlen im Asyl- und im Flüchtlingsbereich geführt. Die Kosten in dieser Abteilung explodieren förmlich. Der Bund beteiligt sich zwar an den Kosten, die Beiträge sind jedoch bei weitem nicht kostendeckend. Gegenüber dem Vorjahresbudget steht den Mehraufwendungen von 9,8 Millionen Franken ein Mehrertrag von lediglich 6,5 Millionen Franken gegenüber. Die SVP macht einmal mehr auf die Missstände im Asylbereich aufmerksam und ist der Meinung, dass die Regierung alles daran setzen muss, dass dieses Delta aufgehoben werden kann. Die vom Bund geforderten Leistungen müssen erbracht werden, jedoch auf einem Minimum und ohne «Zuger Finish».
Den Finanzplan 2017–2020 nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis. In Zukunft werden der Regierungsrat und auch der Kantonsrat bei Investitionen angehalten sein, das Wünschbare klar vom Notwenigen zu trennen. Die Investitionen bewegen sich auf rekordhohem Niveau. Man muss sie klar überdenken und ihre Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit genauestens überprüfen. Auch sollte man den Mut aufbringen, gewisse Investitionen zurückzustellen, zu kürzen oder gar zu streichen. Dies betrifft sämtliche Investitionen, insbesondere Hoch- und Tiefbauprojekte.
Landammann und Finanzdirektor Heinz Tännler arbeitet mit enormer Tatkraft zusammen mit dem Regierungsrat und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern daran, dass die kantonalen Finanzen wieder auf den Weg zur Besserung kommen, unter anderem mit dem Projekt «Finanzen 2019». Die SVP will ihn dabei tatkräftig unterstützen, lehnt aber jegliche Steuererhöhung entschieden ab. Sie unterstützt die Anträge des Regierungsrats auf Seite 5 im Budgetbuch grossmehrheitlich mit den Änderungen, wie sie die Stawiko vorschlägt. Eine Verschiebung der Budgetdebatte lehnt sie ab.

**Beat Unternährer** spricht für die FDP-Fraktion. Diese empfiehlt, auf das Budget einzutreten, und unterstützt sämtliche Anträge der Staatswirtschaftskommission. Insbesondere unterstützt sie den Antrag, das Budget mit der Änderung zu genehmigen, dass eine pauschale Reduktion des betrieblichen Aufwands von 14,9 Millionen Franken vorgenommen werden soll, wobei vorgezogene Massnahmen dem Projekt «Finanzen 2019» angerechnet werden können.
Die finanzielle Lage des Kantons Zug hat sich seit dem letzten Jahr nicht massgeblich zum Besseren verändert. Es ist dem Regierungsrat jedoch zugute zu halten, dass er mit dem Entlastungsprogramm 1 rasch Massnahmen umgesetzt und mit dem Entlastungsprogramm 2 eine ausgewogene Vorlage entwickelt hat. Es zeigt sich jedoch unter Einbezug der Finanzplanung, dass die Mittelwerte der jeweils letzten fünf Jahre seit der Rechnung 2014 negativ sind und die Forderung von § 2 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes nicht eingehalten werden kann. Trotz der erwähnten Aktionen des Regierungsrats zählt am Schluss nur die Rückkehr zu ausgeglichenen Ergebnissen. Vor diesem Hintergrund begrüsst es die FDP, dass der Regierungsrat mit dem Projekt «Finanzen 2019» eine weitere Entlastung anstrebt. Nach Meinung der FDP ist ein strukturiertes, jedoch rasches Vorgehen anzustreben. Eine jahrelange Auseinandersetzung mit Verlusten würde die Leistungsbereitschaft und Moral jeder Organisation erodieren. Bei den weiteren Schritten haben die Regierung und der Kantonsrat Hand in Hand zu arbeiten. Am Ende des Tages muss der Kantonsrat als gewählte Volksvertretung die Verantwortung für die Kantonsfinanzen übernehmen.

Zum Budget 2017 stellt die FDP-Fraktion fest, dass der geplante Verlust mit rund 130 Millionen Franken immer noch enorm gross ist und rund 20 Prozent der direkten Steuereinnahmen beträgt. Zug weist inzwischen den grössten Pro-Kopf-Verlust aller Kantone aus. Es wird gelegentlich darauf hingewiesen, dass der Kanton Zug noch über grosse Reserven verfüge und man daher genügend Zeit habe, die Finanzen zu sanieren. Das ist nur bedingt richtig: Es kann nicht sein, dass man über Jahre wertvolle Substanz vernichtet, die in zukunftsträchtige Projekte investiert werden könnte. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass in der kantonalen Administration noch wesentliches Potenzial für Produktivitätssteigerungen und Optimierungen besteht. Daher unterstützt sie den Vorschlag der Stawiko für eine weitere Entlastung des betrieblichen Aufwands um 14,9 Millionen Franken.
Zum Asylbereich, welcher vom Regierungsrat von den Budgetvorgaben ausgenommen wurde: Die Kostensituation im Asylbereich entwickelt sich für den Kanton Zug sehr negativ: Die Kosten sind nicht mehr vom Bund gedeckt, und im laufenden Geschäftsjahr wird man mit Budgetüberschreitungen von Millionen von Franken konfrontiert sein. Im Budget 2017 rechnet der Kanton im Asylbereich mit Kosten von 5,4 Millionen Franken. Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass die Finanzkontrolle überprüft, ob es allenfalls auch im Asylbereich einen «Zuger Finish» gibt. Da der Bund nur während einer gewissen Zeit einen Teil der Kosten für Asylsuchende trägt, besteht hier ein enormes Risiko für das Sozialwesen des Kantons. Angesichts des Ausmasses des Problems scheint es der FDP zentral, dass die nationalen Parlamentarier des Kantons Zug sich auf Bundesebene der Thematik mit hoher Priorität annehmen.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Wenn man sich die Berichterstattung zum Budget 2017 in den Medien und die heutigen Voten vor Augen führt, wird die heutige Sitzung wohl nicht übermässig in die Länge gezogen. Es scheint eine breite Zustimmung zu der von der Stawiko beantragten Pauschalkürzung zu geben. Den *Statements* konnte man aber auch entnehmen, dass die ALG hier anderer Meinung ist.
Der Regierungsrat hat für die Erarbeitung von Budget und Finanzplan einschränkende Vorgaben gesetzt. Diese wurden von den Direktionen und Ämtern umgesetzt und sogar um 6,2 Millionen Franken unterschritten. Dies ist für die ALG ein Beleg, dass bereits viele Leistungen hinterfragt und eher zurückhaltend budgetiert wurde. Es ist für die ALG daher nicht verständlich, warum die Stawiko nochmals eine pauschale Kürzung von 14,9 Millionen Franken beantragt; die 6,2 Millionen Franken, um die bereits tiefer budgetiert wurde, werden mit keinem Wort erwähnt. Doch selbst die erweiterte Stawiko anerkennt in ihrem Bericht und Antrag, dass der Regierungsrat mit dem Entlastungsprogramm, der Überarbeitung der Finanzstrategie und der Initialisierung des Projekts «Finanzen 2019» wichtige Schritte unternommen hat. Man kann vom Inhalt dieser Schritte halten, was man will, man muss der Regierung jedoch zugestehen, dass sie sich damit den Herausforderungen mit einer gewissen Systematik und koordiniert annimmt. Diesen Prozess nun mit weiteren, wenig durchdachten und eher planlos wirkenden Kürzungsanträgen zu torpedieren oder nochmals beschleunigen zu wollen, ist aus Sicht der ALG wenig zielführend. Zudem kann die ALG einer pauschalen Budgetkürzung auch aus rechtlicher Sicht wenig abgewinnen. Die verfassungsmässig verankerte Budgethoheit ist dem Parlament übertragen. Dieses hat nicht nur die Berechtigung, das Budget zu beschliessen, sondern auch eine Verpflichtung, dieses selbst festzulegen. Die Rollen von Exekutive und Legislative sind fest verteilt: Die Exekutive entwirft den Voranschlag, das Parlament beschliesst darüber. Mit einer pauschalen Budgetkürzung wird die Arbeit des Parlaments an den Regierungsrat delegiert. Anstatt Schwerpunkte zu setzen und bei einzelnen Positionen und Ämtern Vorgaben zu machen, übergibt man die

politische Budgetverantwortung der Regierung und nimmt sie als Parlament nicht wahr. Dieses Vorgehen ist nicht nur in der aktuellen Diskussion rund um verschiedene Sparpakete wenig zielführend. Wer sparen will, sagt, welche Leistung in welchem Amt reduziert wird, und versteckt sich nicht hinter dem Rasenmäher. Dieser Satz hatte seine Gültigkeit im letzten Jahr, ist aber auch heute richtig. Und er gilt auch bei einem Budget mit einem Aufwandüberschuss von 132 Millionen Franken.
Zu Punkt 3.4 im Stawiko-Bericht: Der Votant ist es aus den vergangenen Jahren nicht gewohnt, in den Berichten der Stawiko krasse Fehler zu entdecken. Aber die Berichterstattung zum Kindes- und Erwachsenschutz gibt kein korrektes Bild der Beratung in der Stawiko wieder. Die Direktorin des Innern war anwesend, konnte Stellung beziehen und informierte die Kommission, wie sich die Stellen verteilen, welche Stellen für die Mandatsbearbeitung zuständig sind und welche weiteren Arbeiten wahrgenommen werden müssen. Wenn nun im Bericht steht, die Regierungsrätin habe der Stawiko diesbezüglich keine näheren Angaben machen können, ist das schlicht falsch. Man wird den Eindruck nicht los, dass hier gezielt auf die Frau gespielt wird, um einmal mehr sagen zu können, was in der Direktion des Innern alles nicht gut laufe – obwohl es dazu keinerlei Anlass gibt. Die ALG erwartet hier eine korrekte, korrigierende Erklärung seitens der Stawiko.
Zum Schluss: Die bürgerlich dominierte Finanz- und Wirtschaftspolitik schafft es leider nach wie vor nicht, Zugs nationale und internationale Spitzenposition in der Wirtschaft für die ganze Bevölkerung positiv zu nutzen. Nach hohen Wohn- und Lebenskosten folgen mit Sparpaketen wenig durchdachte und zum Teil schädliche und deshalb inakzeptable Sparideen unter anderem bei Bildung, Gesundheit, Sozialem, Familien oder beim öffentlichen Verkehr, dies notabene in einem Wachstumskanton. Die ALG setzt sich für ein lebenswertes Zug ein und fordert eine Abkehr von der reinen Spardiskussion. Sie wird deshalb den Antrag stellen, auch die Einnahmeseite zu beachten und den Steuerfuss um 5 Prozentpunkte zu erhöhen.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Diese findet es sehr unglücklich, dass der Kantonsrat über ein Budget 2017 beschliessen wird, das letzte Wort dazu wegen der Abstimmung zum Entlastungsprogramm am kommenden Sonntag aber der Souverän und nicht der Kantonsrat hat. Gemäss Finanzhaushaltgesetz muss das Budget im November verabschiedet werden. Dieses Gesetz ist im Moment in Revision, und der Votant wird auf jeden Fall beantragen, diese Bestimmung zu ändern.
«Die sieben fetten Jahre sind vorbei, jetzt kommen die sieben mageren Jahre.» Das hat der Votant bereits früher in einer Budgetdebatte gesagt – damals, als der Kanton Zug die ersten Defizite budgetierte. Nun nähert man sich gemäss Finanzplanung der Mitte der sieben mageren Jahre. Die budgetierten Defizite werden kleiner und pendeln sich ab 2018 bei einem Minus von rund 100 Millionen Franken ein – und gemäss «Finanzen 2019» sollen diese 100 Millionen Franken dann verschwinden. Das tönt sehr einfach, aber das Referendum gegen das Entlastungsprogramm 2015–2018 zeigt, wie schwer die Reduktion von Ausgaben resp. die Erzielung zusätzlicher Einnahmen ist. Bei einem Nein zum Entlastungsprogramm am kommenden Wochenende wird das Defizit 140 Millionen Franken betragen. Ob 100 oder 140 Millionen Franken: Eine ausgeglichene Rechnung wird nicht ohne Steuererhöhungen zu erreichen sein. Für die SP könnten diese Steuererhöhungen auch schon 2017 erfolgen, um das budgetierte Defizit zu vermindern. Zwar kann sich der Kanton Zug diese Defizite im Moment noch leisten, da er in den sieben fetten Jahren rund 1 Milliarde Franken an Eigenkapital angespart hat. Aber endlos kann und soll er nicht grössere Defizite schreiben.
Enttäuschend ist, dass der für 2017 budgetierte betriebliche Aufwand mit 1,47 Milliarden Franken gegenüber dem Budget 2015 mit 1,43 Milliarden Franken um rund

37 Millionen Franken höher liegt, dies trotz der Massnahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018. In diesem Sinn ist der Pauschalkürzungsantrag der Stawiko von 14,9 Millionen Franken verständlich und wird von einer Mehrheit der SP-Fraktion unterstützt. Die drei grössten Aufwandposten, die der Kanton nicht oder zumindest nicht kurzfristig beeinflussen kann, nämlich die Steigerung der NFA- und ZFA-Beiträge sowie die Steigerung im Asyl- und Flüchtlingsbereich, aus der Berechnung für die Aufwandsteigerung resp. aus der Pauschalkürzung herauszunehmen, ist sinnvoll. Die SP sprach sich bisher immer gegen Pauschalkürzungen aus, gibt der Kantonsrat damit doch einen Teil seiner Budgethoheit an die Regierung ab. Und mit gewissen Empfehlungen der Stawiko zu Einsparungen tut sich die SP sehr schwer. Es schien ihr ein Jekami zu sein, bei dem jedes Stawiko-Mitglied seine Wünsche – etwa die Abschaffung des Innovationspreises, die Reduktion auf das absolut Notwendige beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz, die Reduktion bzw. das Aussetzen von Machbarkeitsstudien etc. – einbringen konnte. Da ist es der SP lieber, wenn die Regierung die Pauschalkürzung umsetzt – in der Hoffnung, dass es so besser herauskommt als mit Einzelkürzungen durch den Kantonsrat.
Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge, auf das Budget 2017 einzutreten, dieses sowie die Leistungsaufträge zu genehmigen, das Budget und den Leistungsauftrag der PH Zug und der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen sowie vom Finanzplan 2017–2020 und von der Finanzierungsprognose bis 2031 zu den Infrastrukturprojekten Kenntnis zu nehmen. Sie wird aber beantragen, den Steuerfuss für das Jahr 2017 auf 87 Prozent festzusetzen.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass die kantonalen Finanzen nun schon das fünfte Jahr in Folge defizitär sind. Die Steuerträge stagnieren, bei gleichzeitig wachsenden Ausgaben. Mit 1,2 Prozent wachsen diese zwar nur moderat; das ist schon mal positiv. Leider korreliert dieser Wert aber nicht mit den ungedeckten Kosten. Mit 132 Millionen Franken Aufwandüberschuss präsentiert der Kanton Zug für nächstes Jahr ein ausgesprochen schlechtes Budget: das defizitärste aller Kantone, dies nicht im Verhältnis, sondern absolut. Und laut Finanzplan 2017–2020 wird es nicht besser, rechnet dieser doch mit weiteren ungedeckten Kosten von 434 Millionen Franken. Sollte es am nächsten Sonntag ein Nein an der Urne geben, werden es sogar 594 Millionen Franken sein. Das ist dramatisch, ja geradezu furchterregend. Und wie es nach 2020 weitergeht, steht in den Sternen. Der Zuger Finanzhaushalt bewegt sich auf verhängnisvoller Abwärtsspirale, angetrieben durch das nimmersatte Ungeheuer NFA, dessen Hunger sprichwörtlich grenzenlos ist, verschlingt es doch mittlerweile die Hälfte des Zuger Fiskalertrags. Wahrlich, Zug befindet sich auf einer Reise, die nichts mit einer Kaffeefahrt oder einem Vergnügungsausflug zu tun hat, sondern immer mehr mit einer Expedition über Stromschnellen und Untiefen in unbekanntem Gebiet.
Auch wenn die eingeleiteten Massnahmen aus dem ersten Paket des Entlastungsprogramms nur wenig spürbar sind, anerkennt die GLP den Willen des Regierungsrats, den Negativtrend stoppen zu wollen. Obwohl das Geheimnis des Könnens im Wollen liegt, geht sie aber davon aus, dass der Zuger Staatshaushalt über den Finanzplanhorizont hinaus deutlich defizitär bleiben wird. Der Kanton Zug ist heute an jenem Punkt angelangt, wo er das Verhältnis zwischen der definierten Qualität der vorgegebenen Ziele und dem Aufwand, der zur Erreichung dieser Ziele nötig ist, dringend zugunsten des auch langfristig Finanzierbaren verschieben muss. Dazu ist eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung sicher hilfreich, besteht ihr Sinn doch darin, dass die Leistungen der Verwaltung die beabsichtigten Wirkungen möglichst erreichen, dies so effizient wie möglich. Das nun aber über das Globalbudget zu kontrollieren, ist durch die Zusammenfassung der wichtigsten Aufwand-

arten und die Auswahl der abgebildeten Indikatoren nur schwer möglich. Erschwerend kommt hinzu, dass bei den Kennzahlen nicht unterschieden wird zwischen denjenigen, die als gegeben angesehen werden müssen, und denjenigen, welche durch den Aufgabenbereich beeinflusst werden – obwohl das Globalbudget Transparenz bezüglich Leistungsangebot, Leistungsstandard und Wirkung des staatlichen Handelns garantieren und die Verknüpfung von Leistungen und Wirkungen mit den Ressourcen aufzeigen soll. Kurzum: Der Kantonsrat hat zwar laut Verfassung die Oberaufsicht über den Staatshaushalt, diese Pflicht aber mit der erforderlichen Seriosität auszuüben, ist mittels jetziger Systematik und Form des Budgets nur schwer möglich, zumindest für die GLP. Womöglich sehen das die Mitglieder der Staatswirtschaftskommission – was die GLP hofft – aber grundlegend anders.
Zum Antrag der Stawiko: Die pauschale Reduktion des betrieblichen Aufwands um 14,9 Millionen Franken ist zweifelsohne richtig und ein Schritt Richtung gesunde Kantonsfinanzen. Den Gesamtaufwand um 1 Prozent zu kürzen, ist jedoch nicht viel; bei der Migros entspricht dies 1 Cumuluspunkt. Bei 132 Millionen Franken oder 9 Prozent mehr Ausgaben als Einnahmen hätte man durchaus mutiger sein können. So aber bewegt man sich nach wie vor im unkritischen Bereich der Budgettoleranz. Trotzdem: Auch wenn die finanzielle Situation des Kantons nach einer wesentlich grösseren Budgetkürzung verlangt, sollte man dem Projekt «Finanzen 2019» nicht zu stark vorgreifen und der Regierung und Verwaltung die nötige Zeit zur systematischen Leistungsüberprüfung geben. Dieses strukturierte Finanz- und Aufgabenoptimierungsprojekt ist für den Kanton Zug von absolut zentraler Bedeutung und muss zwingend zum ultimativen finanzpolitischen Befreiungsschlag werden. Hier muss also gelingen, das zu tun, was erforderlich ist, um die finanzielle Autonomie des Kantons auch künftig zu garantieren.
Die GLP ist für Eintreten und wird dem Antrag der Regierung, den Steuerfuss auf 82 Prozent zu belassen, zustimmen. In Anbetracht der vorgängig gemachten Äusserungen erachtet sie es als zwingend nötig, das Gesamtbudget wie von der Staatswirtschaftskommission beantragt zu kürzen.

**Kurt Balmer** hält fest, dass die Stawiko als Fachkommission in ihrem Bericht die finanzielle Situation des Kantons als «besorgniserregend», «äusserst unbefriedigend», ja sogar «dramatisch» beschreibt. Solche Wörter sind Alarmzeichen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass § 2 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes nicht eingehalten werden könne, die Rechnung also über fünf Jahre hinweg nicht ausgeglichen sei. Dazu sagt die Stawiko beschönigend: «Die Forderung [des Finanzhaushaltgesetzes] kann nicht eingehalten werden.» Fakt ist aber: Es ist eine klare Gesetzesverletzung, die nicht leichthin zur Kenntnis genommen werden darf. Vielmehr muss jetzt gehandelt werden. Und da stellt sich der Votant als Bürgerlicher die Frage, wie es denn mit allfälligen Steuererhöhungen und mit allfälligen *grösseren* Pauschalkürzungen aussieht. Allerdings ist er unsicher wegen des unglücklichen Zeitplans, nämlich dass der Kantonsrat heute abschliessend und ohne Vorbehalt über das Budget diskutiert und in drei Tagen das Volk über das Entlastungspaket entscheidet – womit das Budget nächste Woche vielleicht bereits überholt ist. Das ist keine koordinierte Finanzpolitik. Die Budgetdebatte hätte unbedingt nach der Volksabstimmung stattfinden müssen, dann hätte man eine klare Ausgangslage gehabt. Bei richtiger Planung hätte man das durchaus so organisieren können, ja sogar müssen. Der Votant deponiert diesbezüglich eine persönliche Protestnote beim Regierungsrat und hätte Lust, mit geeigneten Anträgen noch weiter zu gehen. Verschiedene Gespräche in den letzten Tagen sowie die Vernunft halten ihn heute aber davon ab, Abtraktandierungs-, Rückweisungs- oder Verschiebungsanträge zu stellen. Es ist aber eine unmögliche Situation. Zwar ist der Votant zuversichtlich be-

züglich der Abstimmung über das Entlastungspaket – wobei Volksabstimmungen bekanntlich aber immer erst gewonnen werden müssen –, es bleibt aber eine Verunsicherung bzw. Ratlosigkeit, wie er sich bei allfälligen Anträgen auf eine Steuererhöhung, die angesichts der Ausgangssituation vernünftig sein könnten, oder auf eine grössere Pauschalkürzung, wie sie von der SVP verlangt werden könnte, verhalten soll.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** möchte die Budgetdebatte 2017 in einen etwas grösseren Zusammenhang stellen, dies sowohl ideell als auch historisch und bezüglich Zukunft. Denn nach Meinung des Regierungsrats darf man das Budget 2017 nicht als singulären Prozess und ohne Rücksicht auf Umfeld und Zeitachse betrachten.
Die heutige Welt ist gekennzeichnet durch globale Verunsicherungen, dies aus verschiedensten Gründen. Die Sortierung und Gewichtung dieser Gründe mag unterschiedlich sein, aber die globale Situation schlägt sich mental auch auf den Kanton Zug nieder. Und genau in dieser Stimmung allgemeiner Verunsicherung und grosser Zweifel kommt die Entlastungsdebatte. Diese Debatte, die auch über – nicht durch – die Medien geführt wird, emotionalisiert die finanzielle Situation, was nicht unproblematisch ist. In einer solch anforderungsreichen Zeit wäre eine punktuelle Hüst-und-Hott-Politik fragwürdig, nicht zielführend und langfristig möglicherweise sogar schädlich. Vor diesem Hintergrund darf konstatiert werden, dass der Regierungsrat und der Kantonsrat als Volksvertretung zur Bewältigung der Herausforderungen konstruktiv und gut zusammengearbeitet haben. Mit Blick auf das Entlastungsprogramm trifft dies wirklich zu. Der Druck war gross, aber Regierung und Parlament hielten ihm stand. Das ist gut so, und es hat den Kanton Zug bezüglich Spar- und Entlastungsprozessen bis dato womöglich auch von anderswo unterschieden. Der Finanzdirektor ruft dazu auf, in dieser Situation eine gewisse staatsmännische Ruhe zu bewahren, die Bodenhaftung nicht zu verlieren, nicht in heftige Emotionen zu verfallen – wie teilweise in den Medien nachzulesen ist – und gerade jetzt nicht den Blick für die grösseren Zusammenhänge zu verlieren.
Bis 2013 war die Staatsrechnung immer erfreulich. Es resultierten hohe Erträge, und es konnten ein hohes Eigenkapital und eine hohe Liquidität erwirtschaftet werden. Davon profitiert der Kanton Zug immer noch. Die jetzige Finanzlage ist düster, aber keineswegs so düster, wie es medial und von allen Seiten her dargelegt wird. Zug weist immer noch ein hohes Eigenkapital von über 800 Millionen Franken und eine hohe Liquidität von über 700 Millionen Franken aus; die Bilanz ist solide, das Pro-Kopf-Vermögen hoch, schweizweit das zweithöchste. Zug ist kein Sanierungsfall, der Betreibungsbeamte steht nicht vor der Tür.
2013 kam die grosse Zäsur. Ertrag und Aufwand drifteten auseinander, man musste ein strukturelles Defizit konstatieren. Die Gründe dafür sind mannigfaltig:
• die hohen NFA-Beiträge und deren Entwicklung, d. h. der jährliche Anstieg um durchschnittlich 8–10 Prozent bis zum heutigen Betrag von 341,5 Millionen Franken;
• niedrigere Erträge, besonders wegen des Steuerrückgangs, begründet durch die Konjunktur, den Rückgang der Boni etc.;
• höhere Leistungen der Verwaltung, mit guten Argumenten auch vom Kantonsrat gefordert für den Wachstumskanton Zug;
• die Negativzinsen als neues Phänomen, das den Kanton Zug mehr und mehr einholt und die wahrscheinlich sogar zu optimistisch budgetiert sind, da die Nationalbank ihre diesbezügliche Politik weiterführen wird.
Der Regierungsrat hat bei dieser Wende reagiert. Er liess sich nicht übersteuern und hat das Heft in die Hand genommen. Er hat zusammen mit der Verwaltung, die ausgezeichnet mitzog, zahlreiche Sparmassnahmen entweder sofort umgesetzt (Entlastungsprogramm 1) bzw. nach einer äusserst zeitaufwendigen internen Suche

nach Einsparungsmöglichkeiten unverzüglich dem Kantonsrat vorgelegt (Entlastungsprogramm 2). Allein der Umfang der Abstimmungsbroschüre zeigt, wie komplex und zeitintensiv dieser Prozess war. Der Kantonsrat hat ebenfalls sehr kooperationsbereit und flexibel mitgezogen, so dass im November 2016, gut zweieinhalb Jahre nach dem Ende des Jahrs 2013, bereits Dutzende von Entlastungsmassnahmen dem Volk unterbreitet werden können. Auch die Gemeinden haben ihren konstruktiven Beitrag geleistet. Da kann man nur den Hut ziehen: Chapeau!
Das Hauptanliegen dieses Eintretensvotums besteht darin, die heutige Budgetberatung in einem Gesamtzusammenhang und nicht als singuläres Ereignis darzustellen. Der Regierungsrat hat umgehend nach der Trendwende 2013 verschiedene Massnahmen für die Zukunft getroffen. Die Finanzstrategie wurde komplett neu erarbeitet, mit einem realistischen Szenario von ca. 1,5 Prozent Steuerwachstum pro Jahr und weiteren überarbeiteten Faktoren, die der Kantonsrat zur Kenntnis genommen hat. Ferner wird nicht mehr mit Wachstumsvorgaben, sondern mit Budgetvorgaben gearbeitet, also mit Vorgaben, welche den Regierungsrat in der Budgetierung einschränken und kein Wachstum vorgeben lassen. Der Regierungsrat ist auch transparent bezüglich des nächsten finanziellen Grossprojekts, der Vorbereitung von «Finanzen 2019». Der Prozess wurde Mitte 2016 aufgegleist. Eigentlich hätte man ja auch das Ergebnis des Entlastungsprogramms 2 abwarten und je nachdem reagieren können. Der Regierungsrat ist nahtlos weitergegangen, hat die Methodik festgelegt und vorgegeben, dass 100 Millionen Franken mittels entsprechender Massnahmen eingespart werden müssen. Die Massnahmen werden kategorisiert: A-Massnahmen müssen zwingend umgesetzt werden, B-Massnahmen werden im Regierungsrat diskutiert und dann teilweise oder ganz umgesetzt; eine weitere Kategorie betrifft Massnahmen, die vorgeschlagen werden müssen, die politisch wahrscheinlich aber nicht gewollt sind und bei denen man entsprechend vorsichtig agieren muss. Dieser Prozess war und ist ebenfalls zeitaufwendig; er wurde in der Verwaltung von zweieinhalb Wochen abgeschlossen. Es war nicht möglich, während dieses Prozesse laufend Informationen gegen aussen abzusetzen, zumal auch der Regierungsrat nicht über sämtliche Informationen verfügte. Gewisse Informationen wurden deshalb in den Delegationsbesprechungen etwas «nebulös» abgesetzt. Jetzt aber liegen die Ergebnisse so vor, dass der Regierungsrat Mitte Dezember darüber diskutieren kann. Und der Regierungsrat hat gesagt, dass auch Steuererhöhungen ein Thema sind, wenn das Delta bestehen bleibt– was sich vor allem am kommenden Abstimmungssonntag weisen wird. Der Regierungsrat versteckt sich diesbezüglich nicht.
Das heutige Budget ist also eingebettet in einen komplexen, mehrstufigen Prozess. Der Regierungsrat beachtet dabei folgende fünf Grundsätze:

- Der Prozess ist strukturiert und transparent.
- Der Prozess erfolgt nach bestimmten, in sich zusammenhängenden Regeln. Es gilt folgende kommunizierende Röhren zu berücksichtigen: EP I, EP II, Finanzstrategie, Budgetvorgaben, «Finanzen 2019».
- Der Prozess braucht Zeit – und vor dem Hintergrund der soliden finanziellen Basis *hat* man die notwendige Zeit: Es soll nichts verschleppt, aber auch nichts überstürzt werden.
- Der Prozess erfolgt in gegenseitigem Vertrauen zwischen Regierungsrat, Kantonsrat und Volk.
- Sparen in diesen Dimensionen ist schwierig. Es darf aber nicht überstürzt, thematisch punktuell und emotional gespart werden.

Der Regierungsrat ist in diesem komplexen Prozess auf Kurs. EP I ist umgesetzt, EP II steht vor der Volksabstimmung, wobei der Regierungsrat seine Arbeit gemacht und Massnahmen im Rahmen seiner staatsrechtlichen Befugnisse umge-

setzt hat. Im Weiteren steht man mitten in der Revision des Finanzhaushaltgesetzes, wo auch die Schuldenbremse thematisiert wird; die Arbeiten sind weit fortgeschritten, die Kommissionssitzungen sind am Laufen. Umgesetzt sind auch die Finanzstrategie und die Budgetvorgaben 2017. Für «Finanzen 2019» steht man mitten im Prozess, wobei Sofortmassnahmen bereits ins Budget 2017 eingeflossen sind.
Aus übergeordneter, das Budget 2017 übersteigender Sicht ergibt sich demnach folgendes Fazit:
• Der Regierungsrat hat seit der finanziellen Wende 2013 die Situation sofort analysiert, und er hat reagiert.
• Er hat den Ernst der Lage in seiner ganzen Tragweite erkannt.
• Er stellt fest, dass die finanzielle Situation angespannt, in Anbetracht der hohen Reserven und der aufgegleisten Massnahmen zwar ernst, aber nicht so dramatisch ist, wie es teilweise dargestellt wird.
• Daraus ergibt sich: keine Überreaktionen!
Zum Budget 2017: Die Staatswirtschaftskommission beantragt eine pauschale Kürzung um 14,9 Millionen Franken. Der Finanzdirektor dankt der Stawiko vorerst für ihr konstruktives Mitdenken und anerkennt deren grosse und notwendige Verdienste auch in diesem Prozess. Vor dem Hintergrund seiner Ausführungen erlaubt er sich aber einige Fragen: Ist der Antrag der Stawiko wirklich kompatibel mit dem Gesamtzusammenhang und dem Prozessganzen? Ist er nicht etwas prozessfremd? Weicht er nicht etwas von den vernetzten Vorstellungen, wie der Prozess bis 2019 zielgerichtet zu laufen hat, ab? Geht es allenfalls nur um Zeichensetzung? Der Regierungsrat akzeptiert voll und ganz und ohne Wenn und Aber, dass die Stawiko und der Kantonsrat Anträge stellen und Beschlüsse fassen, aber er nimmt sich hier das Recht heraus, prozessrelevante Fragen zu stellen. Entscheiden wird der Kantonsrat. Es sei in diesem Zusammenhang aber auf Fakten hingewiesen, welche die finanzielle Lage nicht als dermassen düster erscheinen lassen und es erlauben, den Prozess wie angedacht umzusetzen. Diese Fakten waren zum Zeitpunkt der Delegations- und Stawiko-Sitzungen noch nicht bekannt, und es gab sie – häufiger als heute – auch schon in früheren Jahren:
• Gemäss Einschätzung der Finanzdirektion und der Steuerverwaltung wird sich die Ertragslage bezogen auf die Finanzplanjahre positiv entwickeln.
• In den Jahren 2016 und 2017 sind positive finanzielle Sondereffekte zu erwarten. Für das Rechnungsjahr 2016 sind diese Effekte schon seit einiger Zeit bekannt, sie waren aber nicht Bestandteil der Budgetdiskussion und wurden deshalb nicht kommuniziert. Der Sondereffekt für 2016 beträgt rund 20 Millionen Franken, was in Kombination mit der Ausgabendisziplin des Regierungsrats bedeutet, dass die Rechnung 2016 weit unter dem Budget abschliessen wird. Für 2017 ist seit anderthalb Wochen bekannt, dass es aufgrund einer Umstrukturierung komplexer Natur und eines wundersamen Ereignisses in diesem Zusammenhang – es wurde keineswegs etwas gedealt – zu einem Sondereffekt von 33 Millionen Franken kommt, aus heutiger Sicht nachhaltig. Das Ergebnis der Rechnung 2017 wird somit besser ausfallen als budgetiert. Bekannt ist das – wie gesagt – erst seit anderthalb Wochen.
• Die langjährigen Bemühungen des Regierungsrats, insbesondere des früheren Finanzdirektors, bezüglich NFA könnten – wie eine Konferenz der Finanzdirektoren und der entsprechenden Arbeitsgruppe am letzten Samstag gezeigt hat – nun tatsächlich zu einem Erfolg führen. Ohne auf die Details einzugehen: Es sieht danach aus, dass eine Mehrheit der Nehmerkantone gewonnen werden kann, so dass die Konferenz der Kantonsregierungen Ende März ein positives Ergebnis in Richtung Bund und Bundesrat absetzen kann. Wenn das gelingt – und es sieht im Moment nicht so schlecht aus –, kann es *à la longue*, bis 2022, zu einer Entlastung von

etwa 45 Millionen Franken führen. Auch das zeigt auf, dass der Finanzhimmel nicht so wahnsinnig düster ist.
Generell kann man sagen, dass sich eine Entspannung anbahnt. Die Massnahmen des Regierungsrats beginnen zu greifen, müssen aber zwingend weiter vorangetrieben werden. Das strukturelle Abarbeiten des Aufwandüberschusses muss weitergeführt werden. Der Regierungsrat darf und wird nicht nachlassen – und er ist überzeugt, dass er auf Kurs ist.
Noch einige Bemerkungen zu Einzelvoten:
• Verschiedentlich wurde die Kosten-Leistungs-Rechnung angesprochen Der Regierungsrat wird sich überlegen, wie mit diesem Instrument umzugehen ist.
• Wenn der Kantonsrat heute eine pauschale Kürzung um 14,9 Millionen Franken beschliesst, wird der Regierungsrat die Empfehlungen der Stawiko selbstverständlich ernsthaft prüfen.
• Dass die Budgetdebatte zu einem unglücklichen Zeitpunkt stattfindet, mag zutreffen, ist letztlich aber eine klare Vorgabe des Finanzhaushaltgesetzes. Der Regierungsrat hat Ende 2015 den Zeitplan bezüglich EP II aufgezeigt, und alle wussten, dass im Falle eines Referendums die Volksabstimmung am 27. November 2016, diesem nationalen Abstimmungstag, stattfindet. Das ist nichts Überraschendes, und somit wurde bezüglich Zeitpunkt auch nicht falsch geplant. Allenfalls hätte man Ende 2015 intervenieren müssen. Dass es in einem rollenden Prozess zu solch ungünstigen zeitlichen Koinzidenzen kommen kann, sei aber nicht bestritten.
• Die Finanzdirektion hat in der Stawiko aufgezeigt, dass sie einen Vorschlag bezüglich Pragma unterbreiten möchte. Dieser soll dem Kantonsrat eine bessere Beurteilung des Budgets ermöglichen.
• Zu Kurt Balmers Hinweis, dass Regierungs- und Kantonsrat das Finanzhaushaltgesetz nicht einhalten und damit rechtswidrig handeln würden: In § 2 Abs. 2 dieses Gesetzes steht: «Die laufende Rechnung ist mittelfristig, in der Regel innert fünf Jahren, auszugleichen.» Die heutige Situation ist unschön, aber «in der Regel» heisst, dass der Zeitrahmen auch mal etwas ausgedehnt werden kann, um letztlich zum Ziel zu kommen.
Abschliessend bittet der Finanzdirektor den Rat, auf das Budget 2017 einzutreten. Zu den einzelnen Anträgen wird er sich in der Detailberatung äussern.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten auf das Budget 2017 ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

**Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2017**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Stawiko beantragen, den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen. Die Rechtslage betreffend Steuerfuss präsentiert sich nach § 2 Abs. 2 des Steuergesetzes vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1) wie folgt: «Der gesetzliche Steuerfuss für die Kantonssteuer beträgt 82 Prozent der einfachen Steuer. Der Kantonsrat kann den Steuerfuss jeweils für ein Budgetjahr erhöhen oder herabsetzen. Ein solcher Beschluss bedarf der einmaligen Beratung. Er unterliegt dem fakultativen Referendum. Bei Ablehnung eines solchen Beschlusses durch das Volk gilt für das betreffende Budgetjahr der Steuerfuss des Vorjahres.»

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Er hat deren Antrag zum Steuerfuss bereits in seinem Eintretensvotum angekündigt. Die ALG ist entschieden der Meinung, dass die Stabilisierung der kantonalen Finanzen nur mit einer Diskussion beider Seiten, also der Ausgaben *und* der Einnahmen, nachhaltig angegangen werden kann. Die Frage höherer Einnahmen wurde bis heute aber nicht ernsthaft diskutiert: Man hält an den einseitigen Sparübungen fest, was umso erstaunlicher ist, wenn man die Ausführungen des Finanzdirektors zu den Sondereffekten, die offenbar nachhaltig sind, berücksichtigt. Es stellt sich allerdings schon die Frage, warum diese Informationen genau drei Tage vor der Abstimmung über das Sparpaket öffentlich werden.
Die ALG stellt den **Antrag** auf eine Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 87 Prozent. Die so zusätzlich eingenommenen Millionen helfen, eine gesündere Staatskasse zu erhalten, und ermöglichen überlegteres Sparen. Qualität und gute Leistungen sind für einen lebenswerten Kanton Zug wichtig. Zudem ist der Wachstumskanton Zug mit Herausforderungen konfrontiert, welche er nicht mit Sparen allein lösen kann. Und der Kanton Zug kann sich moderate Steuererhöhungen locker leisten. Einen Massenexodus betroffener Steuerzahler wird es kaum geben, zumal Zug auch nach einer Steuererhöhung im schweizerischen, aber auch im internationalen Vergleich noch immer sehr gut dasteht. Die ALG-Fraktion bittet deshalb, ihren Antrag auf eine moderate Steuererhöhung zu unterstützen.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er hält fest, dass nun das jährliche Ritual folgt, das der Kantonsrat seit ein paar Jahren – seit die Budgets ein Defizit ausweisen – pflegt: Die SP-Fraktion stellt den **Antrag,** den Steuerfuss um 5 Prozent von 82 auf 87 Prozent zu erhöhen. Auch die Begründungen – sei es für eine Erhöhung oder eine Beibehaltung des Steuerfusses – werden in etwa die gleichen sein wie in den Vorjahren.
Seit einigen Jahren weist der Kanton Zug ein Defizit aus, was sich bis 2018 weiter hinziehen dürfte. Die SP ist klar der Meinung, dass nicht nur mittels Entlastungsprogramm einseitig bei den Ausgaben gespart werden kann, sondern dass auch die Erträge im Bereich der Steuern erhöht werden müssen. Sie beantragt deshalb eine moderate Steuerfusserhöhung. Auch mit 87 Prozent ist Zug im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb immer noch Spitze. Allerdings haben Rituale ja immer die gleiche Abfolge. Die SP rechnet deshalb damit, dass ihr Antrag abgelehnt wird. Trotzdem bittet sie den Rat, ihren Antrag zu unterstützen. Es lohnt sich.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass der Antrag auf Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 87 Prozent auch in der Stawiko gestellt wurde. 1 Prozentpunkt ergibt einen jährlichen Mehrertrag von 7 Millionen Franken, mit verzögerter Wirkung: 2017 wären rund 20 Millionen Franken, ab 2018 dann rund 35 Millionen Franken pro Jahr zu erwarten. Das tönt verlockend, die Stawiko war nach intensiver Diskussion aber mehrheitlich gegen eine solche Erhöhung. Sie möchte, dass allfällige Steuererhöhungen strukturiert in dem vom Regierungsrat vorgezeigten Prozess erfolgen. Es muss diskutiert werden, ob der Steuerfuss oder die Steuerkurve oder was auch immer verändert werden soll. Die Stawiko-Präsidentin bittet deshalb, den Antrag abzulehnen.

**Philip C. Brunner** dankt dem Finanzdirektor für seine staatsmännischen und staatsphilosophischen Ausführungen in der Eintretensdebatte. Er dankt auch für die Transparenz bezüglich Vorgehen und für die Information betreffend Rechnung der kommenden Jahre. Das Manna, das da von Himmel fallen soll, entspricht ziemlich genau dem Betrag, der mit einer Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozentpunkte erreicht werden könnte. Es sieht also nicht so schlecht aus, und der Votant möchte

dem allgemeinen Pessimismus etwas entgegenwirken. Wenn man die Fiskalerträge studiert und mit der Rechnung 2015 vergleicht, sieht man, dass die Regierung sehr konservativ budgetiert hat. Eine Steuererhöhung ist nicht nötig. Es ist auch wichtig, ein Zeichen der Stabilität zu setzen. Die SVP-Fraktion wird den Antrag auf eine Steuererhöhung deshalb ablehnen; einzelne Fraktionsmitglieder wollen sogar noch weiter gehen. Der Votant bittet die bürgerliche Mitte, den Antrag auf eine Steuererhöhung ebenfalls abzulehnen. Man soll hier, wie der Finanzdirektor aufgezeigt hat, nicht die Nerven verlieren.

Für **Manuel Brandenberg** hat der Finanzdirektor überzeugend dargelegt, dass es wichtig ist, langfristig zu denken und die grösseren Zusammenhänge zu sehen. Dazu gehört, als Wirtschaftsstandort attraktiv zu sein und nicht, wenn es auf der Ausgabenseite Probleme gibt, sofort daran zu denken, die Einnahmenseite durch Steuererhöhungen zu korrigieren. Diesbezüglich sind sich die Bürgerlichen wohl ziemlich einig. Der Votant glaubt aber, dass man in diesen grösseren Zusammenhängen noch einen Schritt weiter gehen und als Wirtschaftsstandort, der immer noch über beträchtliche Reserven verfügt und auf gutem Weg ist, seine Ausgabenproblematik zu lösen, ein Bekenntnis zu weiterhin attraktiven, tiefen Steuern, die letztlich allen zugutekommen, weil sie *in the long run* immer Arbeitsplätze schaffen, abgeben könnte. Man könnte also auch zum Schluss kommen, sich eine Steuersenkung – eine *kleine* Steuersenkung – zu überlegen. Die linke Seite hat einen Antrag auf eine – wie sie es nannte – moderate Steuererhöhung von 5 Prozent gestellt. Wenn 5 Prozent moderat sind, dann sind 2 Prozent *sehr* moderat oder wirklich minimal. Sie sind im genannten grösseren Zusammenhang aber ein Signal. In diesem Sinn stellt der Votant den **Antrag,** den Steuersatz von 82 auf 80 Prozent zu reduzieren. Wie gehört, gibt es zwischen Budget und Jahresrechnung immer Unwägbarkeiten, etwa gute Sondereffekte, die um Millionen höhere Erträge als budgetiert bewirken. Bei einer Steuersenkung um 2 Prozent kommt man auf rund 15 Millionen Franken weniger Einnahmen. Die heute kommunizierten Sondereffekte machen zusammen über 50 Millionen Franken Mehreinnahmen aus, man wäre also auch mit einer Steuersenkung um 2 Prozent immer noch auf einem guten Weg. Und natürlich ist Verlässlichkeit wichtig: Man sollte nicht jedes Jahr die Steuern ändern, sondern verlässlich mit einem Steuerfuss von 80 Prozent in die nächsten Jahre schreiten. Der Votant bittet den Rat, seinem Antrag zuzustimmen.

**Heini Schmid** erinnert an den Hinweis des Finanzdirektors, dass in der Politik zunehmend mit Symbolik agiert wird. Auch der Steuerfuss ist ein solches Symbol. Bisher galt unter den Bürgerlichen das Dogma, dass man zuerst die Zitrone auspressen müsse, bevor man die Steuern erhöht. Der Votant hofft, dass das Entlastungsprogramm 2 vom Volk angenommen wird und die 40 Millionen Franken eingespart werden können. Es ist aber auch an der Zeit, über die Signale zu diskutieren, welche der Kantonsrat an die Bevölkerung und die Verwaltung aussenden will. Es war störend, dass schon in der Diskussion um das Entlastungsprogramm 2 mit den 100 Millionen Franken operiert wurde, die man darüber hinaus einsparen muss. Für die Verwaltung, die bereits einen Parforce-Ritt hingelegt hat, ist es – nach fünfzehn Jahren mit Steuersenkungen – wenig motivierend, in den zweiten und dritten solchen Ritt getrieben zu werden und vom Kantonsrat nur die kalte Schulter zu spüren. Wer so arbeiten muss, wird kaum mehr mit vollem Elan seine Aufgabe wahrnehmen und nach Sparmöglichkeiten suchen. Der Kantonsrat ist deshalb aufgefordert, ein partnerschaftliches Verhältnis mit der Regierung, der Verwaltung und der Bevölkerung zu schaffen. Man sieht überall auf der Welt, wohin es führt, wenn die Reichen nicht für die Armen schauen, die Globalisierung einfach durchgedrückt

wird und sich niemand für die Verlierer interessiert. Der Votant ist stolz darauf, dass im Kanton Zug ein anderer Geist herrscht. Es ist deshalb Zeit, gegen aussen klare Signale auszusenden. Der Votant wird das tun, indem er bei der Abstimmung über den Steuerfuss die Erhöhung auf 87 Prozent unterstützt. Alle im Saal wissen nämlich, dass es unmöglich sein wird, 100 Millionen Franken strukturelles Defizit allein mit Sparen zu beseitigen. Die Erhöhung um 5 Prozent würde längerfristig etwa einen Drittel dieser Summe abdecken, und es wäre sinnvoll, ein klares Signal an die Verwaltung und die Bevölkerung zu senden, dass es nicht möglich sein wird, den Staatshaushalt nur mit Einsparungen zu sanieren. Der Votant bittet den Rat, dieses Signal heute auszusenden. Es motiviert die Verwaltung und beseitigt die Ängste in der Bevölkerung, dass der Kantonsrat einfach nur sparen will. Man muss sich bewusst sein, dass viele – auch die Wirtschaft – auf einen leistungsfähigen Staat angewiesen sind. Und auch in diesem Bereich soll Zug einen Spitzenplatz einnehmen. Der Votant hat keine Lust auf Verhältnisse wie im Kanton Schwyz, wo sich alle damit brüsten, dass der Staat auf mehr oder weniger kaputten Rädern und zerschlissenen Felgen herumfährt. Im Kanton Zug hat man ein anderer Staatsverständnis, und deshalb ist es wichtig, rechtzeitig den Hebel umzulegen und klar zu deklarieren: Sparen allein genügt nicht, und Mehreinnahmen zum richtigen Zeitpunkt helfen allen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hat das Gefühl, dass seine Ausführungen bezüglich Sondereffekte nun geradezu zu einer Euphorie und zum Glauben geführt haben, dass es dem Kanton wieder besser oder gar bestens gehe. Dem ist keineswegs so. Der Regierungsrat wollte aufzeigen, dass sich der finanzielle Himmel zwar nicht ganz so dramatisch eingeschwärzt hat, dass die Situation aber dennoch ernst ist und man die entsprechenden Massnahmen nicht aus den Augen verlieren darf. Man soll aber nicht überreagieren, auch wenn Symbolik und das Setzen von Zeichen in der Politik wichtig sind und der Finanzdirektor dafür auch Verständnis hat; wahrscheinlich würde er – es sei nicht verhehlt – als Parlamentarier ähnlich reagieren.
Nun gibt es Anträge auf eine Steuererhöhung und auf eine Steuersenkung. Man kann es einfach machen: Nach schweizerischem Prinzip ist der Mittelweg goldrichtig, man kann also bei 82 Prozent bleiben. Den Steuerfuss nach unten oder oben zu korrigieren, ist politisch nicht unbedingt intelligent. Der Steuerfuss ist nämlich im Gesetz festgeschrieben, und eine Veränderung gilt nur für ein Jahr. Das ist nicht nachhaltig. Wenn man wirklich eine Veränderung des Steuerfusses möchte, müsste man über eine Änderung des Steuergesetzes diskutieren, so dass der Steuerfuss nachhaltig geändert würde. Man müsste dann auch über weitere Fragen sprechen: Welche Tarife und Gesellschaftsschichten sollen betroffen sein, wie werden juristische Personen behandelt etc.? Nach Ansicht des Regierungsrats muss das alles im Paket «Finanzen 2019» angegangen werden. Ein Schnellschuss wäre falsch und würde nicht dazu beitragen, das Problem nachhaltig zu lösen. Und es kommt dazu, dass in diesem wie in jenem Fall das Referendum ergriffen würde, letztlich also das Volk über die Änderung des Steuerfusses entscheiden müsste.
Es ist in der Tat mühsam, wenn immer nur gespart werden muss. Man darf aber festhalten, dass die Verwaltung sehr motiviert ist. Auch für «Finanzen 2019» wurde mit der Verwaltung zusammengearbeitet – mit erstaunlichen Resultaten. Und der Regierungsrat will nicht *partout* einen Kahlschlag: Auch «Finanzen 2019» muss vernünftig und verhältnismässig, aber nachhaltig umgesetzt werden. Und der Regierungsrat vertritt nach wie vor die Haltung, dass – wenn nötig – in diesem Zusammenhang auch über eine Steuererhöhung diskutiert werden muss.
Für den Antrag, die Steuern euphorisch von 82 auf 80 Prozent zu senken, gilt technisch dasselbe wie für eine Steuererhöhung – und es wäre die falsche Symbolik.

Bei der von Andreas Hürlimann vertretenen Ansicht, dass bei einer moderaten Steuererhöhung niemand – weder natürliche noch juristische Personen – aus dem Kanton Zug wegziehen würde, ist als weiterer Aspekt die Unternehmenssteuerreform III zu berücksichtigen, auch wenn das nicht allen passt. Zu den erwähnten Sondereffekten hält der Finanzdirektor nochmals fest, dass nur der Sondereffekt per 2017 nachhaltig ist, nicht aber derjenige per 2016.

Für **Michael Riboni** ist es wichtig, dass bei der Frage einer Steuererhöhung oder Steuersenkung gegenüber der Bevölkerung Transparenz herrscht. Es stellt deshalb den **Antrag,** die diesbezügliche Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 35 Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der Abstimmung unter Namensaufruf «Eins» die Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission (Steuerfuss 82 Prozent) bedeutet. Wer «Zwei» sagt, stimmt für den Antrag der ALG und SP (Steuerfuss 87 Prozent), und wer «Drei» sagt, folgt dem Antrag von Manuel Brandenberg (Steuerfuss 80 Prozent).

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Drei |
| Brunner Philip C. | Eins |
| Camenisch Philippe | Eins |
| Christen Hans | Eins |
| Giger Susanne | Zwei |
| Gysel Barbara | Zwei |
| Landtwing Alice | Eins |
| Marti Daniel | Eins |
| Messmer Jürg | Eins |
| Raschle Urs | Eins |
| Rüegg Richard | Eins |
| Sivaganesan Rupan | Zwei |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Zwei |
| Stadlin Daniel | Eins |
| Stocker Cornelia | Eins |
| Straub-Müller Vroni | Zwei |
| Thalmann Silvia | Eins |
| Umbach Karen | Eins |
| Vollenweider Willi | Eins |
| | |
| Dittli Laura | Zwei |
| Iten Patrick | Zwei |
| Kryenbühl René | Drei |
| Letter Peter | Eins |
| | |
| Hess Mariann | Zwei |
| Hess-Brauer Iris | Eins |
| Ingold Gabriela | Eins |

| | |
|---|---|
| Iten Beat | Zwei |
| Ryser Ralph | Eins |
| Werner Thomas | Drei |
| | |
| Barmet Monika | Eins |
| Etter Andreas | Eins |
| Nussbaumer Karl | Eins |
| | |
| Abt Daniel | Eins |
| Andermatt Adrian | Eins |
| Andermatt Pirmin | Eins |
| Dzaferi Zari | Zwei |
| Frei Pirmin | Eins |
| Gössi Alois | Zwei |
| Häseli Barbara | Abwesend |
| Hostettler Andreas | Eins |
| Hürlimann Markus | Drei |
| Imfeld Nicole | Abwesend |
| Lustenberger Andreas | Zwei |
| Riboni Michael | Eins |
| Riedi Beni | Eins |
| Schmid Heini | Zwei |
| Wandfluh Oliver | Eins |
| | |
| Baumgartner Hans | Zwei |
| Birrer Walter | Eins |
| Bühler Olivia | Zwei |
| Gander Thomas | Eins |
| Haas Esther | Zwei |
| Mösch Jean-Luc | Eins |
| Renggli Silvan | Eins |
| Sieber Beat | Abwesend |
| Soltermann Claus | Eins |
| Suter Rainer | Eins |
| | |
| Bieri Anna | Zwei |
| Hofer Rita | Zwei |
| Peduzzi Remo | Eins |
| Schuler Hubert | Zwei |
| Unternährer Beat | Eins |
| Villiger Thomas | Eins |
| | |
| Burch Daniel | Eins |
| Hausheer Andreas | Eins |
| Hürlimann Andreas | Zwei |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Zwei |
| Weber Monika | Abwesend |
| | |
| Balmer Kurt | Eins |
| Burch Daniel Thomas | Eins |

| | |
|---|---|
| Roos Flavio | Eins |
| Schriber-Neiger Hanni | Zwei |
| Stuber Daniel | Eins |
| Werder Matthias | Abwesend |
| Wiederkehr Roger | Zwei |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Eins |
| | |
| Henseler Emanuel | Eins |
| Lötscher Thomas | Eins |

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Abstimmung folgende Resultate ergeben hat:
• Antrag des Regierungsrats und der Stawiko (Steuerfuss 82 Prozent): 47 Stimmen.
• Antrag der ALG- und SP-Fraktion (Steuerfuss 87 Prozent): 23 Stimmen.
• Antrag von Manuel Brandenberg (Steuerfuss 80 Prozent) 4 Stimmen.

➔ Der Rat legt den kantonalen Steuerfuss unverändert auf 82 Prozent fest.

**Genehmigung der Leistungsaufträge 2017**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Leistungsaufträge 2017 zu genehmigen. Die Stawiko schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Leistungsaufträge 2017.

**Beratung und Genehmigung des Budgets 2017**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Budgetbuch anhand der Institutionellen Gliederung direktionsweise und nicht Kostenstelle für Kostenstelle durchgegangen wird. Er bittet, bei Wortmeldungen zu Kostenstellen mit Leistungsauftrag folgende Angaben zu machen: Seite im Budgetbuch, Kostenstellennummer und Name der Kostenstelle. Bei Wortmeldungen zu Kostenstellen ohne Leistungsauftrag ist zusätzlich die Kontonummer zu nennen.

In der Detailberatung des Budgets kommen folgende Kostenstellen bzw. Konti zur Sprache:

***Gesamtverwaltung***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission eine pauschale Reduktion des Aufwands um 14,9 Millionen Franken beantragt, wobei einzelne vorgezogene Massnahmen dem Projekt «Finanzen 2019» angerechnet werden können. Dieser Antrag kommt im Sinne einer Grundsatzfrage zu Beginn der Debatte zur Beratung und zur Abstimmung.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** möchte kurz auf die Voten in der Eintretensdebatte zurückkommen. Erstens schleckt wirklich keine Geiss weg, dass die Zahlen des Budgets 2017 schlecht sind, grottenschlecht. Auch ist das *Timing* der Budgetdebatte unglücklich. Zweitens würdigt die Stawiko – auch in ihren Berichten – den

Effort des Regierungsrats, sie hält aber an ihrem Antrag auf eine pauschale Kürzung fest. Die Stawiko-Präsidentin dankt dem Finanzdirektor für die Zusatzinformationen. Es sind für einmal positive *News;* man hat auch schon das Gegenteil erlebt. Im Übrigen war es früher so, dass der Finanzdirektor den Präsidenten der Staatswirtschaftskommission informierte, bevor er solche Informationen dem Kantonsrat vorlegte. Das soll gemäss Besprechung mit dem Finanzdirektor auch in Zukunft wieder so sein. Aber wer weiss: Vielleicht wurde die Stawiko-Präsidentin auch deshalb nicht vorinformiert, weil sie und der Finanzdirektor nicht in derselben Partei sind …
Zum Antrag der Staatswirtschaftskommission auf eine Pauschalkürzung: Bereits zu Beginn ihrer Detailberatung des Budgets musste die Stawiko feststellen, dass es sehr schwierig sein würde, für alle Direktionen und Ämter faire Kürzungen vorzunehmen. Der Mehrheit der Stawiko war klar, dass der Aufwand nach unten korrigiert werden muss. Die vorgebrachten Anträge variieren allerdings von Delegation zu Delegation: Die eine Delegation ist strenger, die andere etwas nachsichtiger. Nach offener und intensiver Diskussion entschied sich die Stawiko deshalb für eine Pauschalkürzung, dies immerhin im Rahmen von Pragma. Der Regierungsrat weiss selber am besten, wo er den Hebel ansetzen kann.
Bislang wurde vor allem ein Drosseln der Ausgaben praktiziert. In den Budgetvorgaben der Regierung hiess es, dass der Aufwand denjenigen von 2015 nicht übersteigen soll. Diese Vorgabe wurde nicht eingehalten. Die Stawiko hat deshalb den Aufwand des Jahres 2015 als Basis herangezogen. Dabei hat sie den Anstieg der NFA-Beiträge, den erfolgsneutralen innerkantonalen Finanzausgleich sowie die Zunahme im Asylwesen ausgeklammert. Daraus ergibt sich ein maximaler Aufwand von 1,456 Milliarden Franken, das Budget aber ist um 14,9 Millionen Franken höher als der von der Stawiko errechnete Wert. Es sei aber zugegeben: Vermutlich hätte es noch weitere Beträge gegeben, die man hätte addieren bzw. abziehen müssen.
Beim Sachaufwand wurde in den letzten Jahren einiges gespart. Beim Personaletat hingegen wird etwas herumgedruckst, gewisse Personalmassnahmen werden aber unumgänglich sein. Die Stellenübersicht der kantonalen Verwaltung weist für das Jahr 2017 total 1718 Stellen aus. Das sind 21 Stellen mehr als vor drei Jahren. Bei einzelnen Ämtern gab es kleine Veränderungen, grundsätzlich aber blieb es beim Status quo. Die Hauptursachen der Zunahme ist allen bekannt: Es sind die Fallzunahmen beim KESB, der Ausbau des KESB durch die Übernahme von Aufträgen von «punkto» sowie die Zunahme im Asylbereich.
Aufgrund der im Eintretensvotum und der soeben gemachten Ausführungen ist die Stawiko überzeugt, dem Rat einen akzeptablen und auch nachvollziehbaren Antrag zu unterbreiten. Sie ist weiter überzeugt, dass diese Kürzung zielführend ist und den Sparprozess beschleunigen wird. Und entgegen der Meinung des Finanzdirektors ist der Antrag auch kompatibel mit dem Vorgehen des Regierungsrats und keineswegs prozessfremd. Die Arbeit muss zwingend weitergeführt werden, und die Ausgabendisziplin bleibt wichtig. Wie vom Finanzdirektor zu hören war, wird das Rechnungsergebnis 2016 auch deshalb besser sein als budgetiert, weil die Ausgabendisziplin im Jahr 2016 tatsächlich gelebt wurde. Wenn man diesen Weg konsequent weitergeht, wird man schon einen grossen Teil der beantragten 14,9 Millionen Franken eingespart haben. Und selbstredend kann dieser Betrag beim Projekt «Finanzen 2019» angerechnet werden. In diesem Sinn dankt die Stawiko-Präsidentin für die Unterstützung des Kürzungsantrags.

**Andreas Lustenberger** stellt im Sinne seines Ratskollegen vom rechten Flügel Michael Riboni namens der ALG den **Antrag,** die Abstimmung über eine pauschale Budgetkürzung unter Namensaufruf durchzuführen. Die Bevölkerung soll wissen, wer für bzw. gegen diese Kürzung stimmt, zumal der Kantonsrat ja das Heft aus

der Hand gibt und nicht weiss, wo diese 14,9 Millionen Franken gespart werden, ob wieder bei der Sicherheit oder bei den Ergänzungsleistungen oder wo auch immer.

**Zari Dzaferi** teilt mit, dass die SP-Fraktion grundsätzlich gegen pauschale Kürzungen ist. Sie hat sich in früheren Debatten stets bemüht, ihre Kürzungsanträge einer Direktion und – wenn möglich – einer Kostenstelle zuzuordnen. Sie hat damit Verantwortung übernommen und sich nicht davor gedrückt, ihren Sparwillen transparent zu machen. Dennoch wird die SP-Fraktion in diesem Fall der Kürzung des betrieblichen Aufwands um 14,9 Millionen Franken grossmehrheitlich zustimmen. Es ist für den Kantonsrat nämlich sehr schwierig geworden, die Ausgaben direkt durch einzelne Ausgabeposten zu steuern. Die SP appelliert aber an die Sensibilität des Regierungsrats, die Kürzungen zu priorisieren. Es gibt gewiss auch Ausgabeposten, die zu hoch dotiert sind. Beispielsweise reichen weniger Personalstellen bei der Kommunikation. Selbst mit zahlreichen Kommunikationsbeauftragten passierten Fehler, die kantonal und sogar national für Schlagzeilen sorgten. Wo gehobelt wird, fliegen Späne und passieren Fehler – dafür hat die SP Verständnis. Sie begrüsst auch eine Reduktion bei den Fahrspesen. Wenn gewisse Leistungen für die Bevölkerung in die 3. oder gar 4. Klasse verlegt werden, genügt bei Reisen auch die 2. Klasse. Auch finden immer noch zahlreiche Sitzungen und Besprechungen statt, die mit einem bezahlten Mittag- oder Abendessen abgerundet werden. Das muss nicht sein. Es könnte auch gespart werden, wenn noch mehr Ratsmitglieder die Kantonsratsunterlagen elektronisch erhalten und auch damit arbeiten würden.
Und auch bei Sanierungen muss nicht mit der goldenen Kelle angerührt werden. Nicht jeder Bordstein muss zwingend saniert werden. Auf *High End* kann man verzichten. Beispielsweise wurde kürzlich das Kommissionszimmer im Regierungsgebäude saniert und mit neuen *High-End*-Mobilien ausgestattet. Die vorhandenen schönen und zeitlosen Möbel wurden für 41'520 Franken durch neue Möbel ersetzt. Die Arbeit des *Beamers* übernimmt nun ein Bildschirm für 11'330 Franken. Der Raum wurde ausserdem baulich saniert: Brandschutz, Oberflächen, Akustik, Beleuchtung, Beschattung und Technik wurden auf den neuesten Stand gebracht. Kostenpunkt 123'000 Franken. Vielleicht kann der zuständige Regierungsrat einige Anmerkungen machen, nach welchen Kriterien dieser Raum in diesem Ausmass saniert werden musste. Es gibt womöglich auch andere Beispiele, in denen nach einem ähnlichen Muster gehandelt wurde.
Für den Votanten, die SP-Fraktion und sicherlich auch andere Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist eine solche Investition unverständlich. Solche Luxusaktionen liegen nicht drin, wenn man in vielen anderen Bereichen und insbesondere bei der Bevölkerung den dicken Rotstift hervorgeholt hat und ihn künftig noch fleissiger einzusetzen gedenkt. Bei der Priorisierung der Ausgaben sind auch Sensibilität, Vernunft und eine gewisse Bodenständigkeit gefragt. Das war – wie gewisse Beispiele gezeigt haben – nicht immer gegeben.
Der Votant möchte der Regierung eine Flasche Wein schenken. Schliesslich hat sie sich kürzlich grosszügigerweise bereit erklärt, beim regierungsrätlichen Mittagessen künftig den Wein selber zu bezahlen. Das ist sehr löblich und zeigt, dass der Regierungsrat bereit ist, in diesen finanziell eher schwierigen Zeiten, in welchen in etlichen Bereichen der Rotstift angesetzt wird, auch bei sich selber einschneidende Kürzungen hinzunehmen. Gerne würde der Votant auch mal für den Regierungsrat kochen, wenn dieser sich dazu bereit erklären sollte, bei Regierungsratssitzungen künftig auch das Essen selber zu bezahlen. Vielleicht kommt der Regierungsrat ja auch zum Entschluss, dass man seinem Schlagwort «Opfersymmetrie» auch anders gerecht werden könnte.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass der Regierungsrat nicht einfach *jeden* Wein trinkt. Er ist diesbezüglich etwas wählerisch, weshalb er den Wein in Zukunft ja auch selber bezahlt. Ein «Domaine des Faverges» ist aber okay. Der Finanzdirektor dankt Zari Dzaferi dafür.
Der Regierungsrat hat seine Überlegungen, weshalb am Budget mit einem Minus von 131 Millionen Franken festgehalten werden soll, des Langen und Breiten dargelegt. Der Finanzdirektor will diese Überlegungen nicht wiederholen und auch nicht im Detail auf die Argumente der Stawiko-Präsidentin eingehen. Wenn der Kürzungsantrag gutgeheissen wird, wird sich der Regierungsrat selbstverständlich – es sei wiederholt – den von der Stawiko vorgelegten Katalog der Empfehlungen zu Gemüte führen. Vor allem aber würde er auf «Finanzen 2019» fokussieren, natürlich auch weil der eingesparte Betrag dort angerechnet werden könnte.
Die Stawiko-Präsidentin hat angemerkt, dass man nebst NFA, ZFA mit 4,4 Millionen Franken und Asylkosten mit 3,3 Millionen Franken noch weitere Positionen hätte ausnehmen können. Eine wesentliche Position, die auch zu berücksichtigen wäre, ist die Erhöhung des Kantonsanteils von 53 Prozent auf 55 Prozent bezüglich Krankenversicherung zwischen der Rechnung 2015 und dem Budget 2017. Diese Erhöhung ist getrieben durch die Bundesgesetzgebung. Sie macht vor dem Hintergrund der entsprechenden Fallzahlen – ebenfalls ein exogener Faktor – satte 8,3 Millionen Franken aus. Der Regierungsrat stellt für den Fall, dass die pauschale Kürzung beschlossen wird, deshalb den **Eventualantrag,** diese 8,3 Millionen Franken – der Logik der Stawiko folgend – ebenfalls zu berücksichtigen, so dass sich die eigentliche Kürzung auf 6,6 Millionen Franken beschränken würde. Im Weiteren stellt der Regierungsrat den **Eventualantrag,** dass der Prozess «Finanzen 2019» komplett zu berücksichtigen sei, dass also vom Saldo, nicht nur vom Aufwand her zu rechnen sei und sich der Regierungsrat Ertragspositionen innerhalb der Verwaltung – die Rede ist nicht von Steuer- oder Gebührenerhöhungen – ebenfalls anrechnen lassen könnte. Vor dem Hintergrund der Anrechenbarkeit von «Finanzen 2019» wäre das nichts als konsequent.
Die Sanierung des Kommissionszimmers hat in der Tat einen nicht unerheblichen Betrag gekostet. Allerdings hat dieses Zimmer seinen Namen nicht mehr wirklich verdient. Es gab viel zu wenig Platz, und die Akustik war ungenügend. Auch musste die Beschattung dringend verbessert werden.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 30 Stimmen zu. Das erforderliche Quorum beträgt 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** legt fest, dass in der Abstimmung unter Namensaufruf ein «Eins» die Zustimmung zum Antrag gemäss Budgetbuch bedeutet. Wer «Zwei» sagt, unterstützt den Antrag der Stawiko auf eine pauschale Kürzung des Budgets um 14,9 Millionen Franken.

Unter Namensaufruf stimmen die einzelnen Ratsmitglieder wie folgt:

| | |
|---|---|
| Brandenberg Manuel | Zwei |
| Brunner Philip C. | Zwei |
| Camenisch Philippe | Zwei |
| Christen Hans | Eins |
| Giger Susanne | Eins |
| Gysel Barbara | Eins |
| Landtwing Alice | Zwei |
| Marti Daniel | Zwei |

| | |
|---|---|
| Messmer Jürg | Eins |
| Raschle Urs | Zwei |
| Rüegg Richard | Zwei |
| Sivaganesan Rupan | Zwei |
| Spiess-Hegglin Jolanda | Enthaltung |
| Stadlin Daniel | Zwei |
| Stocker Cornelia | Zwei |
| Straub-Müller Vroni | Eins |
| Thalmann Silvia | Zwei |
| Umbach Karen | Eins |
| Vollenweider Willi | Zwei |
| | |
| Dittli Laura | Zwei |
| Iten Patrick | Zwei |
| Kryenbühl René | Zwei |
| Letter Peter | Zwei |
| | |
| Hess Mariann | Eins |
| Hess-Brauer Iris | Zwei |
| Ingold Gabriela | Zwei |
| Iten Beat | Zwei |
| Ryser Ralph | Zwei |
| Werner Thomas | Zwei |
| | |
| Barmet Monika | Eins |
| Etter Andreas | Zwei |
| Nussbaumer Karl | Zwei |
| | |
| Abt Daniel | Zwei |
| Andermatt Adrian | Zwei |
| Andermatt Pirmin | Zwei |
| Dzaferi Zari | Zwei |
| Frei Pirmin | Zwei |
| Gössi Alois | Eins |
| Häseli Barbara | Abwesend |
| Hostettler Andreas | Zwei |
| Hürlimann Markus | Zwei |
| Imfeld Nicole | Abwesend |
| Lustenberger Andreas | Eins |
| Riboni Michael | Zwei |
| Riedi Beni | Zwei |
| Schmid Heini | Zwei |
| Wandfluh Oliver | Zwei |
| | |
| Baumgartner Hans | Zwei |
| Birrer Walter | Zwei |
| Bühler Olivia | Zwei |
| Gander Thomas | Zwei |
| Haas Esther | Eins |
| Mösch Jean-Luc | Zwei |
| Renggli Silvan | Zwei |

| | |
|---|---|
| Sieber Beat | Abwesend |
| Soltermann Claus | Zwei |
| Suter Rainer | Zwei |
| | |
| Bieri Anna | Eins |
| Hofer Rita | Eins |
| Peduzzi Remo | Eins |
| Schuler Hubert | Zwei |
| Unternährer Beat | Zwei |
| Villiger Thomas | Zwei |
| | |
| Burch Daniel | Zwei |
| Hausheer Andreas | Zwei |
| Hürlimann Andreas | Eins |
| Meierhans Thomas | Eins |
| Odermatt Anastas | Eins |
| Weber Monika | Abwesend |
| | |
| Balmer Kurt | Zwei |
| Burch Daniel Thomas | Zwei |
| Roos Flavio | Zwei |
| Schriber-Neiger Hanni | Eins |
| Stuber Daniel | Zwei |
| Werder Matthias | Abwesend |
| Wiederkehr Roger | Zwei |
| | |
| Schmid Moritz | –– |
| Weber Florian | Zwei |
| | |
| Henseler Emanuel | Eins |
| Lötscher Thomas | Zwei |

➔ Der Rat stimmt der pauschalen Kürzung des Budgets um 14,9 Millionen Franken mit 54 zu 19 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Kantonsrat nun über die Eventualanträge des Regierungsrats beschliessen muss.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass die Stawiko den Vorschlag des Regierungsrats, die Reduktion auf 6,6 Millionen Franken zu beschränken, nicht besprochen hat. Die erweiterte Stawiko hat aber explizit gesagt, dass die beantragten 14,9 Millionen Franken beim Aufwand gespart werden sollen. In der engeren Stawiko wurde darüber gesprochen, ob Erträge allenfalls angerechnet werden könnten; die Mehrheit war aber der Meinung, dass beim Aufwand gespart werden müsse.

**Andreas Hausheer** hat eine Frage zum jetzt eröffneten Basar. Beim zweiten Eventualantrag des Regierungsrats ist von möglichen Erträgen die Rede. Was ist damit gemeint, und kann man diese Erträge quantifizieren?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** kann die Erträge nicht im Detail quantifizieren, immerhin handelt es sich um 593 Massnahmen, die er hätte durchforsten müssen. Eine

mögliche Ertragsposition hat der Finanzdirektor in der engeren Stawiko kurz erläutert. Es handelt sich insgesamt aber um einen kleinen Betrag.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag des Regierungsrats, die Erhöhung des Kantonsanteils bei der Krankenversicherung um 8,3 Millionen Franken bei der pauschalen Kürzung ebenfalls anzurechnen, mit 50 zu 20 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag des Regierungsrats, Ertragspositionen bei der pauschalen Kürzung anzurechnen zu können, mit 52 zu 17 Stimmen ab.

An dieser Stelle wird die Beratung des Budgets unterbrochen. Die Fortsetzung folgt in der Nachmittagssitzung (siehe Ziff. 639).

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**634** Traktandum 2.1: **Postulat von Daniel Thomas Burch, Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Stadlin betreffend NFA Umverteilung nimmt immer groteskere Formen an**
Vorlage: 2682.1 - 15306 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**635** Traktandum 2.2: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Inhaftierung einer afghanischen Familie und Dublin-Ruckschaffung**
Vorlage: 2680.1 - 15302 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**636** Traktandum 2.3: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Altersarmut im Kanton Zug**
Vorlage: 2681.1 - 15304 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**637** Traktandum 2.4: **Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend POLYCOM Projektstand im Kanton Zug**
Vorlage: 2683.1 - 15312 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

Die Beratungen werden hier unterbrochen und am Nachmittag fortgesetzt.

**Protokoll des Kantonsrats**

47. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 24. November 2016 (Nachmittag)
Zeit: 13.45 – 16.35 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**638 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Jolanda Spiess-Hegglin, Zug; Mariann Hess, Unterägeri; Barbara Häseli und Nicole Imfeld, beide Baar; Monika Weber, Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)
**Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020 sowie die mit dieser Vorlage zusammenhängenden Geschäfte:**

**639** Traktandum 6.1: **Budget 2017 und Finanzplan 2017–2020** (Fortsetzung)
Vorlagen: 2678.1 - 00000 (Gedruckter Bericht); 2678.2 - 15301 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

**Beratung und Genehmigung des Budgets 2017** (Fortsetzung)

Es kommen folgende Kostenstellen bzw. Konti zur Sprache:

***Direktion des Innern***

*Kostenstelle 1580, Amt für Denkmalpflege und Archäologie (Seiten 86–90)*

**Laura Dittli** hält fest, dass sich die Interessengemeinschaft Dorfkern Oberägeri mit der Motion «Denkmalschutz mit Mass» für die Anliegen der Bevölkerung und Eigentümer im Zusammenhang mit der Denkmalpflege einsetzt. Die Motionäre verlangen unter anderem, dass eine kürzere Inventarliste mit weniger, dafür wirklich schützenswerten und schützbaren Objekten anzustreben sei, mit dem Ziel, das charakteristische Dorfbild von Oberägeri in vernünftigem Rahmen zu erhalten. Mit einer gewaltigen Mehrheit von über 400 Stimmen und nur wenigen Gegenstimmen wurde die Motion an der Gemeindeversammlung im Dezember 2015 erheblich erklärt. Aufgrund einiger Vorstösse und öffentlicher Diskussionen sind nun auch Reformbemühungen seitens des Kantons im Gange, was die Votantin sehr begrüsst. Die

Regierung hat konkret eine Revision des Denkmalschutzgesetzes auf Anfang 2018 angekündigt. Künftig sollen deutlich weniger Objekte als potentielle Schutzkandidaten neu ins Inventar schützenswerter Denkmäler aufgenommen werden. Auch die Mitwirkungsrechte der betroffenen Eigentümer im Verfahren sollen gestärkt werden. Im Sommer dieses Jahres hat dieser Rat zudem ein Postulat von einigen Ägerer Kantonsräten betreffend Sistierung der Inventarrevision bis zur angekündigten Gesetzesrevision 2018 überwiesen. Das Postulat wurde von der Regierung noch nicht behandelt. Die Anzahl der neu ins Inventar aufgenommenen Objekte deutet aber leider nicht daraufhin, dass die angekündigten Änderungen bereits berücksichtigt werden. Weiterhin werden die Inventare in den Gemeinden deutlich ausgebaut. Es macht nach Meinung der Votantin keinen Sinn, kurz vor der willkommenen Revision des Gesetzes viele neue Objekte ins Inventar aufzunehmen, um sie später mit viel Mühe und Aufwand wieder zu entlassen. Dies kostet insbesondere den Kanton sehr viel Geld. Gemäss Abklärungen bei der Verwaltung – die Votantin dankt der Generalsekretärin der Direktion des Innern herzlich für die detaillierte Auskunft – kostet die Inventarisierung im nächsten Jahr rund 340'000 Franken. Diese Kosten lassen sich sparen, indem die Inventarisierung bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes sistiert wird. Die Votantin stellt deshalb den **Antrag,** das Globalbudget des Amts für Denkmalpflege und Archäologie um mindestens 340'000 Franken zu kürzen. Diese Kürzung soll erreicht werden, indem 2017 auf die Inventarisierungsaktivitäten verzichtet wird. Sie soll Teil der von der Stawiko beantragten pauschalen Reduktion des betrieblichen Aufwands sein, also keine zusätzliche Kürzung in der Gesamtschau. Der gesetzliche Auftrag, eine Inventarisierung vorzunehmen, ist nach Meinung der Votantin nicht befristet, so dass die Inventarisierung nicht unbedingt im nächsten Jahr stattfinden muss. Der Rat vergibt sich mit dieser Sparmassnahme also nichts.

**Daniel Stadlin** hatte das unterschwellige Gefühl, dass aus Oberägeri ein Antrag in der eben gestellten Art kommen könnte, und hat sich entsprechend vorbereitet. Seine Interessenbindung: Er war bis Mitte 2015 Mitarbeiter des Amts für Denkmalpflege und Archäologie. Heute aber ist er ein freier Mann und hat gegenüber diesem Amt weder institutionelle noch persönliche Verpflichtungen. Geblieben ist ein Interesse am bauhistorischen Erbe des Kantons Zug und am Umgang damit.
Das Inventar der schützenswerten Denkmäler dient der Rechts- und Planungssicherheit. Diese Aufgabe kann es nur erfüllen, wenn es vollständig und aktuell ist. Die rasche Vervollständigung wurde von verschiedenen Seiten verlangt: von Hauseigentümern, Generalunternehmungen, Verbänden und auch von den Gemeinden. Den Zuger Zeitungen ist zu entnehmen, dass die Inventarisierung auf Kurs ist und in enger und guter Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden erfolgt.
Der Inventareintrag für ein Objekt soll sicherstellen, dass im Fall eines Bauvorhabens frühzeitig geklärt werden kann, ob und – wenn ja – in welchem Umfang denkmalpflegerische Auflagen zu berücksichtigen sind. Der Inventareintrag bedeutet jedoch keineswegs eine automatische Unterschutzstellung; bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Im Rahmen der laufenden Teilrevision des Denkmalschutzgesetzes wird der Kantonsrat die Möglichkeit haben, die nötigen Anpassungen beim Denkmalschutz vorzunehmen. Auch aus Sicht des Votanten besteht hier ein klar ausgewiesener Handlungsbedarf. Ein Budgetkürzungsantrag quasi aus dem Affekt, also ein überstürzter Übungsabbruch kurz vor Abschluss der Inventararbeiten, ist jedoch nicht sachdienlich. Es hiesse, das Kind mit dem Bad auszuschütten. Es entstünde eine Rechtsungleichheit zwischen den Gemeinden Neuheim, Zug, Baar, Menzingen, Cham, Risch und Steinhausen, welche die Revision bereits durchgeführt haben, und jenen, die wie Hünenberg und Walchwil mitten im

Prozess sind oder wie Unterägeri und Oberägeri kurz davorstehen. Auch wären die Hauseigentümer der noch nicht inventarisierten Gemeinden wesentlich benachteiligt, könnten sie sich doch nicht darauf verlassen, dass das heute im Internet abrufbare Inventar vollständig ist. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Kürzungsantrag von Laura Dittli abzulehnen.

**Peter Letter** ist mit einigen Punkten von Daniel Stadlin einverstanden: Es ist wichtig, dass Rechtssicherheit herrscht, das Inventar der schützenswerten Bauten vervollständigt wird und Eigentümer wissen, ob ihr Objekt im Inventar steht oder nicht. Das Ganze hat aber einen Haken: Es ist jetzt der falsche Zeitpunkt. Der Votant unterstützt deshalb den Antrag von Laura Dittli. Der Rat vergibt sich nichts, wenn er die beantragte spezifische Budgetkürzung vornimmt, so dass im nächsten Jahr keine weiteren Aktivitäten bezüglich Inventarisierung erfolgen. Der Regierungsrat hat beschlossen und kommuniziert, dass ein Paradigmenwechsel erfolgen soll. Es sollen weniger Objekte in das Inventar der schützenswerten Denkmäler aufgenommen und die entsprechenden Kriterien angepasst werden; eine weitere wesentliche Änderung soll sein, dass die Eigentümer und die Gemeinden stärker einbezogen werden. Das ist heute leider nicht der Fall, denn die Direktion des Innern und die Mitarbeitenden der Denkmalpflege beziehen sich richtigerweise auf das heute gültige Gesetz, das eine Änderung der Praxis nicht zulässt. Fakt ist, dass das Inventar in allen Gemeinden, die neu inventarisiert werden, massiv mehr Objekte enthält als vorher. Wahrscheinlich 2018 wird der Kantonsrat über das neue Gesetz bzw. den Paradigmenwechsel beraten. Trotzdem sollen im nächsten Jahr 340'000 Franken ausgegeben und die Inventarisierung weitergeführt werden. Wenn die Gesetzesänderung aber tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel führt, andere Kriterien angewandt und weniger Objekte aufgenommen werden, dann werden die Eigentümer rekurrieren und eine Neuinventarisierung verlangen. Das ist administrativer Stumpfsinn. Die Rechtssicherheit kann ruhig noch ein, zwei Jahre lang warten, und es lässt sich auch verkraften, dass auch mit dem Inventar, das über viele Jahre hinweg nicht mehr aktualisiert wurde, noch ein, zwei Jahre zugewartet wird. Zudem hilft der Rat mit der Zustimmung zum Antrag von Laura Dittli der Regierung, die bereits beschlossenen 14,9 Millionen Franken einzusparen, dies an einem Ort, wo es wirklich niemandem wehtut – ausser dass etwas weniger Bürokratie betrieben wird. Der Votant plädiert deshalb vehement dafür, den Antrag Dittli zu unterstützen.

**Hubert Schuler** teilt mit, dass die Hünenberger Kantonsrätinnen und -räte heute vom Gemeinderat Hünenberg einen Brief erhalten haben. Darin wird auf den jetzt zur Debatte stehenden Antrag hingewiesen. Der Gemeinderat Hünenberg schreibt: «In der Gemeinde Hünenberg wurden die Bestandesaufnahmen der historischen Bauten durchgeführt. In einem nächsten Schritt sollen die von der kantonalen Denkmalpflege zur Inventaraufnahme vorgeschlagenen Objekte mit der Gemeinde besprochen werden, bevor sie der kantonalen Denkmalkommission vorgelegt werden. Der Abschluss der Inventarrevision in unserer Gemeinde ist für Herbst 2017 geplant. Wir erachten die Inventarrevision im Interesse der Rechtssicherheit der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer als sehr wichtig. Auch wir wollen – wie bereits die Mehrheit der anderen Zuger Gemeinden – über ein vollständiges und rechtlich gesichertes Inventar der schützenswerten Denkmäler verfügen. Es macht auch keinen Sinn, das laufende Projekt kurz vor dem Abschluss abzubrechen und damit diejenigen Zuger Gemeinden, bei denen die Revision der Inventarisierung noch nicht abgeschlossen ist, zu benachteiligen.» Für den Votanten kann es nicht sein, dass einzelne Gemeinden durch die Streichung des Budgetpostens bestraft werden. Er bittet, den Antrag von Laura Dittli abzulehnen.

**Karl Nussbaumer** bittet den Rat, den Antrag von Laura Dittli zu unterstützen. Der Kanton Zug ist drauf und dran, ein zweiter Ballenberg zu werden. Das kann es aber nicht sein. Zum Votum von Hubert Schuler hält der Votant fest, dass gewisse Gemeinden in der Tat *für* die Inventarisierung sind und andere dagegen. Hünenberg ist eine Nehmergemeinde. Ist dem Rat bewusst, dass die Standortgemeinde sehr viel bezahlen muss, wenn ein Objekt unter Denkmalschutz gestellt wird? Es müssen aber alle sparen, auch die Gemeinden. Deshalb ist es richtig, dem Antrag Dittli zuzustimmen.

**Daniel Abt** hält fest, dass der Antrag von Laura Dittli verlockend tönt. Er selbst kämpft seit Jahren für eine Denkmalpflege, welche die Interessen der Eigentümer hoch hält. Einerseits sind Unterschutzstellungen gegen den Eigentümerwillen einzuschränken, andererseits ist es ihm auch ein grosses Anliegen, dass für sämtliche Immobilienbesitzer im Kanton Zug baldmöglichst Klarheit über die Schutzwürdigkeit ihrer Bauten herrscht. Dazu muss die Inventarisierung sorgfältig, aber dennoch so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Nach Meinung des Votanten dauert die Inventarisierung bereits viel zu lange und wird noch zu lange dauern. Er ist sich aus seinem Berufsalltag gewohnt, Projekte in deutlich anderen Zeiträumen zu realisieren, und ist überzeugt, dass die Inventarisierung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln viel effizienter als heute ablaufen könnte. Auch die zeitliche Abwicklung der Motion betreffend Denkmalpflege verläuft zwar in den gesetzlich vorgegebenen Fristen, nach dem Empfinden des Votanten aber sehr gemütlich.
Die Denkmalpflege hat anlässlich der Sitzungen der Begleitgruppe, welche die Revision des Denkmalschutzgesetzes vorbereitet, zugesichert, dass das Inventar der drei erstinventarisierten Gemeinden kritisch überprüft und ausgedünnt wird, da zu grosszügig inventarisiert wurde. Der Antrag auf eine sofortige Einstellung der Inventarisierung zeugt von zu wenig Verständnis für die Materie und ist dringend abzulehnen. Die Inventarisierung muss endlich im ganzen Kanton abgeschlossen werden – und zwar mit Augenmass, damit für alle Eigentümer Klarheit herrscht. Nur so können Bauprojekte entwickelt und Liegenschaften gehandelt werden.
Aufgrund einer Kurzumfrage in der Fraktion geht der Votant davon aus, dass die FDP seine Meinung unterstützt.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Ein Blick in den Kanton zeigt, dass Zug sehr, sehr weit davon entfernt ist, ein zweiter Ballenberg zu werden.
Wer bereits etwas länger im Kantonsrat ist, kennt diverse Episoden rund um das Amt für Denkmalpflege und Archäologie. Dieses hat bereits vor über zehn Jahren eine vollständige Nachführung des Inventars geplant. Dazu kam es allerdings nicht, weil die Auswirkungen der Staatsaufgabenreform, des Projekts STAR, sowie die Motion betreffend Änderung des Denkmalschutzgesetzes bzw. die Teilrevision des Denkmalschutzgesetzes per 2009 das nicht zuliessen. Zudem wurden die für die Inventarrevision erforderlichen Mittel bereits im Budget 2011 vom Kantonsrat nicht bewilligt, und auch 2015 gab es bei diesem Amt eine Budgetkürzung, welche die Aufgabe nicht einfacher machte. Es wurde auch in vergangenen Jahren im Kantonsrat schon moniert, warum es bei der Inventarisierung nicht schneller vorangehe und dass dadurch die Kundenzufriedenheit und vor allem die Rechtssicherheit leide. Auch aktuell läuft – wie gehört – eine Gesetzesrevision; im nächsten Jahr wird es dazu eine externe Vernehmlassung geben. Es ist anzunehmen, dass der seit mehreren Jahren anhaltende politische Druck Wirkung zeigt und sich der Regierungsrat zu grösseren Änderungen im Denkmalschutzgesetz durchgerungen hat oder diese mindestens in die Vernehmlassung schicken wird. Der Votant bittet dar-

um, im nächsten Jahr die Gelegenheit wahrzunehmen und sich dann zur Revision des Denkmalschutzgesetzes zu äussern.
Als Bauchef der Gemeinde Steinhausen ist es ihm aber schon heute ein Anliegen, den Sinn und die Idee der Inventarrevision nochmals zu betonen. Ein aktuelles Inventar schafft Klarheit und verbessert die Rechtssicherheit im Hinblick auf anstehende Bewilligungsverfahren. Allen Eigentümern ist nach einer Inventarisierung klar, ob sie vom Denkmalschutz betroffen sind oder nicht, und es kommt nicht erst im Verlauf des Baubewilligungsverfahrens zu einer Verzögerung oder einer Überraschung für die Bauherrschaft. Das war und ist der Grund, warum der Regierungsrat der Inventarisierung eine hohe Bedeutung zumisst und diese auch vom Kantonsrat immer wieder gefordert wurde. Zudem funktioniert die Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem Denkmalschutz gut; das können mehrere Gemeinden bestätigen. Es hat hier wirklich ein erkennbarer Paradigmenwechsel stattgefunden.
Auch muss betont werden, dass mit der Aufnahme ins Inventar erst festgestellt wird, dass für ein Gebäude eine *Schutzvermutung* besteht. Das Gebäude ist damit noch keineswegs rechtsverbindlich geschützt. Erst wenn grössere Bauvorhaben anstehen oder die Eigentümerschaft einen entsprechenden Antrag stellt, wird die Schutzwürdigkeit abschliessend geklärt. Dann erfolgt nach Abwägung aller öffentlichen und – ganz wichtig – auch der privaten Interessen die Unterschutzstellung oder eben die Entlassung aus dem Inventar. Dies ist im Übrigen auch der Grund, warum es gemäss dem geltenden Gesetz keine Beschwerdemöglichkeit gegen eine Inventaraufnahme gibt. Die Eigentümerschaft kann aber im eigentlichen Unterschutzstellungsverfahren ihre Interessen geltend machen und allenfalls Rechtsmittel ergreifen. Bauliche Veränderungen an inventarisierten Gebäuden und in deren Umgebung sind möglich, müssen aber auf die schützenswerten Teile Rücksicht nehmen. Die gemeindlichen Bewilligungsbehörden müssen entsprechende Baugesuche deshalb dem Amt für Denkmalpflege und Archäologie zur Prüfung zustellen. All dies ist mit einem vollständigen Inventar einfacher und klarer. Das Inventar schafft Rechtssicherheit und hilft, die Verfahren so kurz wie möglich zu halten. Der Votant bittet deshalb auch im Namen der ALG, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Auch **Patrick Iten** weiss, dass die Inventarisierung Klarheit schafft. Aber muss man deswegen Hunderte von Gebäuden in das Inventar aufnehmen und damit beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie viel Arbeit auslösen? Es braucht ja auch Arbeit, um ein Gebäude wieder aus dem Inventar zu entlassen, muss es doch vor der Entlassung genau beurteilt werden. Und wann ist ein Inventar vollständig? Heute werden Häuser bis 1975 erfasst, in zwanzig Jahren werden es Bauten bis ins Jahr 2000 sein. Deshalb betont der Votant die Forderung nach Denkmalschutz *mit Mass* – wogegen wohl die meisten nichts einzuwenden haben.
Der Votant stellt für den Fall, dass der Antrag von Laura Dittli abgelehnt wird, den **Eventualantrag,** die 340'000 Franken nicht im Rahmen der am Morgen beschlossenen Pauschale von 14,9 Millionen Franken einzusparen, sondern das Budget des Amts für Denkmalpflege und Archäologie um diesen Betrag zu kürzen.

Die Direktorin des Innern, **Manuela Weichelt-Picard,** hält fest, dass die Inventarisierung einerseits vom Gesetz vorgeschrieben ist; andererseits fordern aber auch die Eigentümerinnen und Eigentümer, der Hauseigentümerverband, die gemeindlichen Bauabteilungen und Bauchefs sowie die Generalunternehmen die Inventarisierung seit Jahren. Es gab nämlich Fälle, in denen die Eigentümerschaft – mit entsprechenden Kosten – den Umbau oder den Abbruch und Neubau eines Hauses plante und dann von Nachbarn, der Gemeinde oder der Denkmalpflege darauf aufmerksam gemacht wurde, dass das betreffende Gebäude schutzwürdig sei. Die

Denkmalpflege sagte dann drei Minuten vor zwölf Uhr, dass nicht mehr weiter geplant werden könne, vielmehr werde das Haus jetzt begutachtet und allenfalls unter Schutz gestellt. So kann man mit Eigentümern nicht umgehen – und der Grund für solche Vorkommnisse war, dass das Inventar nicht vollständig ist.
Es wurde bereits erwähnt, dass die Inventarisierung in nur noch vier Gemeinden nicht abgeschlossen ist. In Neuheim, Menzingen, Zug, Baar, Cham, Risch und Steinhausen sind die Inventare fertiggestellt. Dort haben die Eigentümerinnen und Eigentümer die entsprechende Rechtssicherheit. An der Informationsveranstaltung in Risch sagte Ruedi Knüsel, der Bauchef der Gemeinde, gerade die ältere Generation verfolge das Wachstum in der Gemeinde auch mit Skepsis und begrüsse es, wenn die Gemeinde dem baukulturellen Erbe Sorge trage, denn dieses sei wichtig für die Identifikation mit dem Dorf. Ziel der Inventarisierung sei es aber auch, Rechtssicherheit für die Eigentümerinnen und Eigentümer zu schaffen. Der Stadtrat von Zug äusserte sich wie folgt: «Wir begrüssen es sehr, dass mit diesem letzten Schritt die Revision des kantonalen Inventars der schützenswerten Denkmäler in der Stadt Zug abgeschlossen wird. Dies schafft Transparenz und im Fall der nicht inventarisierten Gebäude auch Planungssicherheit für die Stadt und die Grundeigentümerinnen und -eigentümer. Für den Einbezug als Standortgemeinde und die offene, konstruktive Zusammenarbeit sei an dieser Stelle nochmals gedankt.»
Wer dem Antrag von Laura Dittli folgt, bestraft die Behörden sowie die Bevölkerung und Eigentümerschaften in vier Gemeinden. Will der Kantonsrat diese Rechtsungleichheit wirklich? Wie gehört, hat der Gemeinderat Hünenberg bereits dezidiert Stellung genommen: Er möchte auf keinen Fall, dass in seiner Gemeinde die planmässige Inventarisierung gestoppt wird. Auch Sepp Ribary, der Gemeindepräsident von Unterägeri, möchte auf keinen Fall einen Stopp der Inventarisierung, sondern er möchte Rechtssicherheit für die Einwohnerinnen und Einwohner. Es ist ihm klar, dass im Einzelfall eine Diskussion stattfinden könne, aber auch er sagt, das Dorf lebe mit den schönen alten Häusern, und mit der heutigen Denkmalpflegerin finde man auch Kompromisse.
Die Revision des Denkmalschutzgesetzes geht 2017 in die interne und vor den Sommerferien dann in die externe Vernehmlassung. Zu Oberägeri ist im Übrigen darauf hinzuweisen, dass dort seit 2006 genau drei Objekte, nämlich zwei Häuser und eine Wegkapelle, unter Denkmalschutz gestellt wurden. Ist das wirklich Ballenberg? Man muss die Dimensionen beachten, und diese zeigen: Die Denkmalpflege agiert seit Langem mit Augenmass. Der Regierungsrat bittet deshalb, den Antrag von Laura Dittli abzulehnen. Für Oberägeri wäre es gut, wenn der Gemeinderat ebenfalls eine Arbeitsgruppe einsetzen und die Inventarisierung seitens der Gemeinde begleiten würde, wie es sich in anderen Gemeinden bereits gelohnt und bewährt hat; so kann die Diskussion nämlich auch in der Gemeinde stattfinden.

**Oliver Wandfluh** spricht zum ersten Mal in sechs Jahren *nach* dem Regierungsrat bzw. der Regierungsrätin – und entschuldigt sich dafür. Die Direktorin des Innern hat gesagt, in nur noch vier Gemeinden sei das Inventar nicht abgeschlossen. Bei elf Zuger Gemeinden heisst das allerdings, dass mehr als ein Drittel noch nicht inventarisiert ist. Der Votant möchte wissen, wie lange die Inventarisierung in den bisherigen sieben Gemeinden gedauert hat und wie lange es dauert, bis die Inventare in den restlichen vier Gemeinden abgeschlossen sind.

**Michael Riboni** findet es etwas engstirnig, dass vor allem über die Inventarisierung und die Gemeinde Oberägeri gesprochen wird. Schaut man das Ganze etwas allgemeiner an, würde es den Votanten beispielsweise interessieren, über wie viele Stellenprozente das Amt für Denkmalpflege und Archäologie insgesamt verfügt.

Wenn man mit dem flächenmässig sechs Mal grösseren Kanton Aargau vergleicht, wo es diverse habsburgische Altstädte und Römersiedlungen gibt, ist das Amt für Denkmalpflege und Archäologie im Kanton Zug massiv überdotiert. Der Votant macht deshalb beliebt, die Kürzungsanträge nicht konkret auf die Inventarisierung, sondern allgemein auf das Budget dieses Amts zu beziehen. Dann ist es der Regierung überlassen, dem Kantonsrat allenfalls einen revidierten Leistungsauftrag vorzulegen; ob sie die Einsparung bei der Inventarisierung vornehmen will, sei dahingestellt. Der Votant macht also beliebt, den Antrag von Patrick Iten zu unterstützen.

**Manuel Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, kann spontan keine Vergleiche mit anderen Kantonen vorlegen, das wird aber sicher im Rahmen von «Finanzen 2019» thematisiert. Tatsache ist, dass kein anderes Amt seit 2015 so viele Einsparungen vorgenommen hat wie das Amt für Denkmalpflege und Archäologie, nämlich rund 20 Prozent des Budgets.
Zur Frage nach den verbleibenden Gemeinden: In den Gemeinden Walchwil und Hünenberg ist die Inventarisierung weit fortgeschritten; sie wird 2017 abgeschlossen. In Unterägeri und Oberägeri werden die Inventare 2018 fertig sein.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass Patrick Iten einen Eventualantrag gestellt hat. Er macht beliebt, diesen Antrag unabhängig vom Antrag Dittli zur Abstimmung zu bringen, ihn also zu einem eigentlichen Antrag zu erheben.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass Laura Dittli ihre Kürzung um 340'000 Franken in die pauschale Kürzung um 14,9 Millionen Franken inkludieren will. Das ist eigentlich ein Rückkommensantrag, denn die Kürzung um 14,9 Millionen Franken wurde am Morgen ohne Bedingungen beschlossen. Es müsste zuerst also ein Rückkommen beschlossen werden, erst danach kann über die Kürzung an sich diskutiert werden. Findet das Rückkommen keine Zustimmung, ist auch der Eventualantrag hinfällig, weil dann die Grundlage dazu fehlt. Zwar hat Manuel Brandenberg vorgeschlagen, direkt über den Antrag von Patrick Iten abzustimmen, der Rat muss aber auch über den Antrag Dittli beschliessen. Der Finanzdirektor schlägt Laura Dittli vor, ihren Antrag zurückzuziehen, das würde das Verfahren erleichtern.

**Laura Dittli** zieht ihren Antrag zugunsten des Antrags von Patrick Iten zurück.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Patrick Iten, das Budget des Amts für Denkmalpflege und Archäologie um 340'000 Franken zu kürzen, mit 42 zu 28 Stimmen ab.

*Kostenstelle 1550, Sozialamt*
*Kostenstelle 1552, Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz*

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass die Stawiko eingehend über die Thematik Asylwesen – von den Medien als «tickende Zeitbombe» bezeichnet – diskutiert hat. Auch wenn die Stawiko keinen Antrag dazu stellt, sollte auch im Rat darüber gesprochen werden.
Der Asyl- und Flüchtlingsbereich wurde von den Budgetvorgaben der Regierung ausgenommen. Gegenüber dem Vorjahr resultiert aufgrund der Zunahme der Asylsuchenden ein Mehraufwand von 3,3 Millionen Franken. Auch wurde der Stawiko-Delegation eine massive Budgetabweichung für 2016 prophezeit. Da der Bund für die Asylkosten aufkommen muss, stellen sich der Stawiko die folgenden Fragen:

- Wo liegt der Kanton Zug mit den Kosten im Allgemeinen und bei den ungedeckten Kosten des Kantons in Vergleich mit anderen Kantonen?
- Ist es richtig, dass das Asylwesen von den Budgetvorgaben ausgenommen wird und eine Art *carte blanche* erhält?
- Werden die Bundesvorgaben übererfüllt, oder gibt es im Zuger Asylwesen gar einen «Zuger Finish»?
- Werden die vorhandenen Gelder zielgerichtet eingesetzt?
- Wie können beim Bund kostendeckende Pauschalen erreicht werden?

Anlässlich ihrer Sitzung zum Budget 2017 wurde die Stawiko von Regierungsrätin Manuela Weichelt und der Amtsleiterin Jris Bischof aus erster Hand über die dramatischen Entwicklungen informiert. Vor allem schlagen die Zunahme der Zahl unbegleiteter Minderjähriger sowie die neu eröffneten Kollektivunterkünfte zu Buche. Eine Eins-zu-Eins-Betreuung gebe es nicht. Weitere Details finden sich im Stawiko-Bericht auf Seite 5.

Die Direktion des Innern sowie die Staatswirtschaftskommission sind sich des Ernsts der Lage bewusst. Man muss diese Kosten unbedingt in den Griff bekommen, im Allgemeinen und pro Fall. Leider reicht die Zeit, welche den Stawiko-Delegationen zur Verfügung steht, nicht aus, um Detailprüfungen vorzunehmen. Deshalb hat die Stawiko der Finanzkontrolle den Auftrag erteilt, zwanzig Fallanalysen vorzunehmen und einen Kantonsvergleich zu erstellen. Dieser Auftrag wurde von allen Beteiligten positiv aufgenommen. Die Finanzkontrolle hat bereits mit den Arbeiten begonnen, und die Direktorin des Innern hat volle Kooperation zugesichert. Dafür dankt die Stawiko-Präsidentin, denn die Erkenntnisse aus diesem Auftrag sind wichtig und werden zeitnah vorliegen. Weiter sieht die Stawiko vor, im ersten Quartal 2017 Asylunterkünfte zu besichtigen, um sich selbst ein Bild zu machen. Die Stawiko und vor allem die visitierende Delegation werden am Ball bleiben und falls nötig entsprechende Massnahmen auf Kantonsebene beantragen. Handlungsbedarf ist aber vor allem auf Bundesebene auszumachen. Die Stawiko fordert daher eine Sensibilisierung der Zuger National- und Ständeräte durch die Gesamtregierung. Von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren erwartet sie mehr, nämlich ein forsches und umgehendes Handeln. Sie ruft die Direktorin des Innern auf, einen entsprechenden Antrag an dieses Gremium vorzubereiten.

Auch das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES) wurde in der Stawiko thematisiert. Wie in der Eintretensdebatte und im Stawiko-Bericht auf Seite 6 ausgeführt, gibt es beim KES wiederum eine Erhöhung der Personalstellen, dies um 5,35 Vollzeitstellen. Die Zunahme erklärt sich durch die Übernahme der Kindesschutzmandate der Fachstelle «punkto Jugend und Kind»; der Hinweis der Stawiko, dass die Stellen im Mandatszentrum nicht mit den im Leistungsauftrag angegebenen Fallzahlen korrespondieren, hat sich in der Zwischenzeit aufgeklärt. Wohl hat die Direktorin des Innern an der Budgetsitzung der Stawiko erwähnt, dass zusätzlich zur Sozialarbeit pro 80 Mandate 1 Vollzeitstelle für Sachbearbeitung sowie gewisse Prozente für Leitung und priMa-Fachstelle anfallen. Eine Rückrechnung des Personaletats des Mandatszentrums war der Stawiko aber trotzdem nicht möglich. Auch hier hat die Finanzkontrolle kurzfristig einen Abklärungsauftrag übernommen und Licht ins Dunkel gebracht. Insgesamt sind 9,8 Vollzeitstellen für Sozialarbeit tätig, die im Durchschnitt 85,7 Fälle betreuen, also mehr als der von der Regierung festgelegte Durchschnitt von 80 Fällen. Dazu kommen 7 Stellen für die Sachbearbeitung, welche im Durchschnitt 120 Fälle pro Vollzeitstelle bearbeiten. Hinzu kommen 2,5 Stelleneinheiten für Leitungsaufgaben und priMa-Fachstelle. Total beträgt der Personalbestand im Mandatszentrum für das Jahr 2017 demzufolge 19,3 Vollzeitstellen. Diese Angaben hat die Stawiko-Präsidentin gestern Abend per E-Mail erhalten und

bereits an die Mitglieder der visitierenden Delegation weitergeleitet. Auch hier sei der Direktorin des Innern für die schnelle und konstruktive Zusammenarbeit gedankt. Da die Übernahme der Kindesschutzmandate vom Verein «punkto Jugend und Kind» von verschiedener Seite kritisiert wurde, hat die Stawiko auch zu diesem Thema einen Auftrag an die Finanzkontrolle erteilt. Es wird eine Nachkalkulation geben, welche einen Kostenvergleich ermöglicht.

**Philip C. Brunner** dankt der Stawiko, dass sich die Zeit und Mühe genommen hat, das Asylwesen unter die Lupe zu nehmen und entsprechende Aufträge zu erteilen. Man sieht hier deutlich die Schwäche von Pragma. Das Sozialamt weist ein Globalbudget von 75,5 Millionen Franken aus, abzüglich Erträge sind es 52 Millionen Franken. Nur dank der Stawiko erfährt der Kantonsrat etwas über den Asylbereich. Im Internet kann man die Entwicklung der Kostenstelle 1550.0920, Soziale Dienste Asyl, in den letzten Jahren nachverfolgen, im Budget und im Budgetprozess aber ist nichts davon bekannt. Um das nachzuholen: 2012, also vor fünf Jahren, betrug die Belastung des Kantons in diesem Bereich gerade mal rund 64'000 Franken. 2013 waren als knapp 600'000 Franken, also das Zehnfache. In der Rechnung 2014 waren es bereits über 1,9 Millionen Franken, eine erneute Verdreifachung. 2015 waren es wiederum 1,89 Millionen Franken, budgetiert war ein deutlich tieferer Betrag. Im Budget 2016 ging man von 1080 Personen aus. In Tat und Wahrheit waren es Ende Oktober 1356 Personen, und im Budget 2017 rechnet man nun bereits mit 1500 Personen. Im Stawiko-Bericht steht auf Seite 4: «Für die Sozialen Dienste Asyl war im Budget 2016 ein Aufwand von 2,1 Millionen Franken eingestellt, im Budget 2017 sind es 5,4 Millionen Franken.» In fünf Jahren sind die Kosten in diesem Bereich also von 60'000 Franken auf 5,4 Millionen Franken angestiegen. So kann es nicht weitergehen. Der Votant bittet den Finanzdirektor, dass das Thema Asyl künftig in den Budgets separat beachtet wird, so dass man es als Kantonsrat verfolgen kann. Und man muss auch das Verhältnis beachten: Von den genannten 52 Millionen Franken Nettoaufwand des Sozialamts gehen 5 Millionen Franken, also 10 Prozent, in den Asylbereich, dies für 1400 Leute – bei einer Gesamtbevölkerung von 120'000 Personen. Und zum Schluss noch der entscheidende Satz der Stawiko: Heute leistet der Bund gewisse Beiträge, der Kanton bezahlt einzig – so die Stawiko-Präsidentin – den «Zuger Finish». In fünf bis sieben Jahren aber wird der Kanton die gesamten Kosten von rund 20 Millionen Franken vollständig tragen müssen. Es ist also keineswegs so, dass die SVP – wie immer gesagt wird – die Situation dramatisiert. Es sind aber Kosten, die nicht NFA-gebunden sind, sondern sich beeinflussen lassen. Der Votant bittet den Finanzdirektor deshalb dringend, diesen Bereich künftig im Budgetbuch transparent aufzuzeigen. Man hat sich hier bezüglich Transparenz mit Pragma nämlich ein Problem eingehandelt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält einleitend zur Aufforderung der Stawiko-Präsidentin, auf Bundesebene aktiv zu werden, fest, dass die Zentralschweizer Sozialdirektorenkonferenz bereits im Herbst 2015 mit der Forderung an die schweizerische Sozialdirektorenkonferenz gelangte, die Integrationspauschale zu erhöhen. Die beträgt heute einmalig 6000 Franken pro Person. Das reicht für Personen, die kein Deutsch sprechen und vielleicht nur über eine minimale Schulbildung verfügen, nirgendwo hin. Die zweite Forderung der Zentralschweizer Sozialdirektorenkonferenz betraf die Einführung einer Pauschale für die unbegleiteten Minderjährigen (UMA). Es kostet die Kantone sehr viel, diese so zu schulen und zu betreuen, dass sie nachher nicht bis 65 von der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe abhängig sind. Die schweizerische Sozialdirektorenkonferenz hat diese Anträge noch nicht an den Bundesrat weitergeleitet, weil es schwierig zu sagen ist,

wie viel die Kantone für die UMA und deren Integration tatsächlich aufwenden. Sie hat eine externe Firma mit einer schweizweiten Analyse beauftragt. In der morgigen Sitzung werden die Zahlen bezüglich Integrationspauschale vorgelegt; die Ergebnisse bezüglich UMA-Pauschale folgen später. Im Dezember geht das Anliegen in die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), im Januar in die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), und nachher wird die Forderung, dass die Kantone hier mehr Geld möchten, dann hoffentlich an den Bundesrat weitergeleitet. Im Weiteren findet am 1. Februar 2017 das nächste Treffen aller Zentralschweizer Bundesparlamentarier statt, an dem auch das Thema Asyl und die Entschädigung der Kantone durch den Bund zur Sprache kommen.
Zum Budgets des Sozialamts ist festzuhalten, dass der Saldo um knapp 600'000 Franken abgenommen hat. Es wurde also auch in diesem Amt gespart. Bei der Anzahl Personen wurden immer die Zahlen übernommen, welche der Bund prognostizierte. Es ist zum Zeitpunkt der Budgetierung aber sehr schwierig vorauszusagen, was im kommenden Jahr wirklich abgeht. Für 2017 wurde nun eine Zunahme der Personen um 40 Prozent budgetiert, in der Meinung, dass das genügen sollte. Im Übrigen weist nicht nur der Kanton Zug Mehrkosten aus: Der Bund musste einen Nachtragskredit von rund 1 Milliarde Franken verlangen, im Kanton Luzern waren es rund 10 Millionen Franken.
Neben dem Anstieg der Personenzahl gibt es noch weitere Gründe, warum höhere Kosten budgetiert sind. Ein Grund ist die Forderung der Bevölkerung, die Unterkünfte im Waldheim und im Salesianum sowie das zweite Durchgangszentrum in Zug müssten auch in der Nacht betreut werden. Das ist verständlich, bedeutet aber einen Mehraufwand an Personal, das bezahlt werden muss. Weiter gibt es im Kanton Zug mittlerweile rund 60 UMA, also Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern geflüchtet sind oder diese auf der Flucht verloren haben, und pro Woche kommen ein bis drei weitere dazu. Der Personalaufwand für diese Gruppe ist sehr gross, vergleichbar mit einem Kinderheim.
Auch das Entlastungsprogramm mit der Streichung der kantonalen Mutterschaftsbeiträge und der Reduktion der Prämienverbilligung hat zur Folge, dass es im Sozialamt zu Mehrkosten kommt: budgetiert sind rund 600'000 Franken wegen der Streichung der Mutterschaftsbeiträge und 500'000–600'000 Franken wegen der reduzierten Prämienverbilligung. Ein weiterer Punkt ist die Negativteuerung, welche dazu führt, dass die Beiträge des Bundes tiefer ausfallen, 2016 vermutlich um rund 140'000 Franken. Schliesslich wurde bereits erwähnt, dass in fünf bis sieben Jahren die Zahlungen des Bundes im Asylbereich aufhören. Das bedeutet, dass der Kanton im Moment sehr viel investieren muss, damit diese Personen Deutsch lernen, integriert werden und auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle finden. Ansonsten verbleiben dem Kanton über Jahre hinweg hohe Kosten.
Die Stawiko hat nach der Vergleichbarkeit der Kosten gefragt. Auch die Direktion des Innern möchte die Kosten mit andern Kantonen vergleichen können. Man sieht im Zusammenhang mit der Integrationspauschale aber, wie gross der Aufwand für einen Vergleich wäre. In vielen Kantonen ist das Asylwesen auf Gemeindeebene angesiedelt, so dass eine entsprechende Umfrage schlichtweg sinnlos ist. Die Direktion des Innern begrüsst aber die Aufträge der Stawiko an die Finanzkontrolle, sowohl bezüglich Asylwesen als auch bezüglich KES.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** nimmt Stellung zum Hinweis von Philip C. Brunner bezüglich Problematik von Pragma und Beurteilungsmöglichkeit des Budgets durch den Kantonsrat. Das Problem wurde – wie schon am Morgen ausgeführt – auch in der Stawiko diskutiert. Die Finanzdirektion wird zusammen mit der Stawiko unter Berücksichtigung der Verfassungsmässigkeit – Pragma ist in der Verfassung ver-

ankert – eine Lösung bezüglich besserer Lesbarkeit und Verfügbarkeit der Zahlen erarbeiten. Die Finanzdirektion wird der Stawiko entsprechende Vorschläge unterbreiten, damit hier ein Fortschritt erzielt werden kann.

**Heini Schmid** war ein engagiertes Mitglied der Pragma-Kommission. Man wollte der Verwaltung mehr Handlungsspielraum geben, es war aber völlig klar, dass die Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) integraler Bestandteil von Pragma ist. Die Regierung bekniete damals die Kommission, ihr keinen fixen Zeitplan für die Einführung von KLR vorzugeben. Die Schwierigkeiten, mit denen Philip C. Brunner nun aber konfrontiert ist, wenn er die Zahlen für den Asylbereich eruieren will, entsprechen nicht der Idee von Pragma. Sie sind vermutlich nur die Folge davon, dass die Direktion des Innern, welche Pragma immer an vorderster Front bekämpfte, KLR nicht eingeführt hat. Es war immer klar, dass die detaillierten Informationen, welche die Finanzdirektion zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht, auch der Stawiko zur Verfügung stehen müssen. Wenn Pragma nun darauf hinausläuft, dass der Kantonsrat im Blindflug fliegt und die Stawiko als Kettenhunde des Kantonsrats ebenfalls im Blinden tappt, dann ist Pragma gestorben. Dann ist der Votant der Erste, der zur einstigen Bleiwüste zurückkehren will, in der man jede einzelne Position überprüfte. Das wäre ein klarer Rückschritt. Pragma funktioniert aber nur, wenn Leistungen mit den Zielen verbunden und finanziell überprüft werden können. Der Votant bittet die Stawiko deshalb, hier dranzubleiben. Es kann nicht sein, dass KLR aus Spar- oder irgendwelchen anderen Gründen nicht umgesetzt wird.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** informiert, dass die Direktion des Innern die Kosten-Leistungs-Rechnung 2016 eingeführt hat – und dieses Instrument mittlerweile sogar schätzt. Nach Aussage des KLR-Fachmanns bei der Finanzdirektion besteht die Problematik darin, dass KLR in gewissen Direktionen zwar eingeführt wurde, aber nicht wirklich gelebt wird: Man macht es zwar, braucht es aber nicht als Führungsinstrument, für Auswertungen etc. Dieser Problematik muss man auf den Grund gehen und nachher entscheiden, wie es weitergehen soll.

### *Sicherheitsdirektion*

*Kostenstelle 3590, Zuger Polizei*

**Hanni Schriber-Neiger** hat einige Fragen betreffend Anzahl Sicherstellungen von Drogen; sie hat diese dem Sicherheitsdirektor bereits vorgängig zugestellt. Im Budgetbuch findet sich auf Seite 246 oben unter Nr. 6 in der Spalte «Indikatoren und Zielgrösse 2016» die Angabe «250 Sicherstellungen von Drogen». Für 2017 ist als Zielgrösse «500 Sicherstellungen von Drogen» angegeben, die Tendenz für 2018–2020 wird als «steigend» bezeichnet. Die Votantin hat darüber hinaus aus den letzten Budgetbüchern die folgende Zahlen zu «Sicherstellungen von Drogen» zusammenzutragen:
2013: 65 Sicherstellungen;
2014: 150 Sicherstellungen;
2015: 200 Sicherstellungen.
Unten auf Seite 247 des Budgetbuchs wird die Zielgrösse für 2017 mit «Anpassung an die aktuelle Realität» begründet. Dazu die folgenden Fragen der Votantin:

- Was genau versteht die Sicherheitsdirektion unter «Anpassung an die aktuelle Realität»?
- Was sind die Gründe für die steigende Zahl von Drogensicherstellungen?

- Was ist die Erklärung für die Verdoppelung innerhalb eines Jahres bzw. die Steigerung um fast das Achtfache in fünf Jahren?
- Ist eine Gesellschaftsschicht besonders betroffen? Oder sind es eher bestimmte Anlässe, bei denen die Sicherstellungen erfolgen?

Für Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** sind diese Fragen berechtigt. 2013 und 2015 gab es je ungefähr 1200 Drogenvorfälle. Durch eine Änderung des eidgenössischen Betäubungsmittelgesetzes gab es ab Oktober 2013 aber die Möglichkeit, kleinere Drogenvergehen mit Ordnungsbussen zu ahnden. Die Sicherheitsdirektion ging davon aus, mehr solche Vorfälle mit Bussen ahnden zu können, als es nachher tatsächlich der Fall war. Es geht hier also um eine Justierung, eine starke Zunahme im Drogenbereich liegt nicht vor. Die Ahndung von Drogendelikten und die Überprüfung der öffentlichen Plätze geschehen im Rahmen der normalen polizeilichen Präsenz. Im letzten Jahr gab es ungefähr 600 Verzeigungen an die Staatsanwaltschaft. Wenn jemand Cannabis raucht, wird er mit 100 Franken gebüsst. Wenn er aber mehr als 10 Gramm Cannabis auf sich trägt, erfolgt die Anzeige an die Staatsanwaltschaft; dasselbe geschieht, wenn jemand die Busse nicht bezahlt oder dagegen Einspruch erhebt. Diese Fälle werden als Verzeigungen erfasst, und ihre Zahl war im letzten Jahr viel höher als früher. Für 2017 geht man nun von 500 Fällen aus – wobei man eigentlich sogar von 600 Fällen ausgehen müsste. Es handelt sich aber nicht um ein Schwerpunktthema der Polizei, das Verfahren bleibt dasselbe. Die Zahlen werden aber der Realität angepasst: 600 Bussen und 600 Verzeigungen an die Staatsanwaltschaft.

**Thomas Werner** hat eine weitere Frage an den Sicherheitsdirektor. Aus den Medien weiss man, dass ziemlich oft Drogen bei Asylanten gesichert werden. Gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen der steigenden Zahl von Drogenfunden und der steigenden Zahl von Asylanten?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** wiederholt, dass die Zahl von Drogenvorfällen seit 2013 nicht gestiegen ist. In der Statistik wird unterschieden zwischen Schweizern und Ausländern, Asylanten werden aber nicht separat erfasst. Bei Kontrollen in Asylunterkünften kommt es ab und zu vor, dass kleine Drogendelikte geahndet werden müssen. Das ist für die Polizei aber kein grosses Problem.

### *Richterliche Behörden*

*Kostenstellen 6106 und 6107, Strafgericht*

**Kurt Balmer** hat vorgängig zur heutigen Sitzung dem Obergericht einige Fragen zugestellt. Vor deren Beantwortung hält er fest, dass er im Stawiko-Bericht nicht viel zu den Gerichten gefunden hat. Immerhin dankt man den Gerichten für die konstruktive Kooperation und für die Beantwortung der gestellten Fragen; ob die Fragen positiv und zufriedenstellend beantwortet wurden, steht nicht im Bericht. Es würde den Votanten auch interessieren, was die Gerichte zur Pauschalkürzung um 14,9 Millionen Franken – sie betrifft nach Meinung des Votanten auch die Gerichte – sagen, nachdem sich die Gerichtspräsidenten am Morgen dazu nicht geäussert haben. Der Votant geht davon aus, dass die Gerichte der Meinung des Finanzdirektors teilen und mindestens ihre Haltung vorher bilateral abgesprochen haben. Oder sind sie mit der Kürzung stillschweigend einverstanden?
Nun zu den eigentlichen Fragen, die sich auf das Strafgericht beziehen:

• Gemäss Konto 300, Vergütungen an Richter, scheinen die Löhne tendenziell zu steigen, obwohl ein langjähriger Strafrichter vor kurzem ans Obergericht wechselte. Andererseits nehmen aber – subjektiv betrachtet und vielleicht falsch – die Fallzahl und Arbeit beim Strafgericht tendenziell nicht zu bzw. sogar ab. Wie geht dieses System mittel- bis langfristig auf? Steigen die Lohnkosten beim Strafgericht nun ständig an? Wenn man mit den entsprechenden Kosten bei anderen Gerichten oder bei der Staatsanwaltschaft vergleicht, stellt man beim Strafgericht eine unverhältnismässige Zunahme fest.
• Bei Kontostelle 6107, Konto 319, Übriger Betriebsaufwand, ist im Vergleich zur Rechnung 2015 ein deutlich tieferer, unrealistischer Betrag budgetiert. Mutmasslich handelt es sich bei dieser Position um sogenannte amtliche Verteidigungskosten, welche nach Aussage des Strafgerichts anlässlich der letzten Visitation kaum realistisch budgetiert werden. Hat das Obergericht einfach die strengen Budgetvorgaben des Regierungsrats übernommen? Und wie sieht es mit der Budgetwahrheit aus? Nach Ansicht des Votanten ist dieser nicht Genüge getan.
• Im Konto 427, Bussen, ist im Vergleich zur Rechnung 2015 ein deutlich höherer Betrag budgetiert. Um welche konkreten, allenfalls neuen Bussen geht es hier? Und wieso erfolgt im Vergleich zum Budget 2016 eine Reduktion um 20 Prozent?

Obergerichtsvizepräsident **Alfred Iten** dankt Kurt Balmer für die vorgängige Zustellung seiner Fragen. Er beantwortet diese wie folgt:
• Kostenstelle 6106, Konto 300: Es trifft zu, dass die Vergütungen an die Richter des Strafgerichts im Vergleich zum Budget 2016 etwas höher sind. Der Grund liegt fast ausschliesslich darin, dass auf Beginn 2017 zwei vollamtliche Mitglieder des Strafgerichts aufgrund ihrer Amtsjahre gleichzeitig in die nächsthöhere Gehaltsklasse aufsteigen, dies gemäss § 45 Personalgesetz. Demgegenüber wurde die Reduktion der Vergütungen aufgrund des Wechsels eines langjährigen Strafrichters ans Obergericht im Frühjahr 2015 bereits im Budget 2016 berücksichtigt. Zur Anschlussfrage, ob die Lohnkosten weiterhin ansteigen würden, obwohl die Fallzahlen abgenommen haben, hält der Obergerichtsvizepräsident fest, dass der bisherige Anstieg ja erklärbar sei. Wie dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts entnommen werden kann, haben die Anklagen an das Kollegialgericht nach einer stetigen Zunahme in den letzten beiden Jahren leicht abgenommen, und auch die Anklagen an den Einzelrichter sind erst in den letzten beiden Jahren etwas zurückgegangen. Ob hier bereits von einer Trendwende gesprochen werden kann, ist höchst fraglich. Die Fallzahlen allein lassen ohnehin nur sehr beschränkte Rückschlüsse auf die tatsächliche Arbeitslast zu. Entscheidend sind die Fallstruktur, die Komplexität und der Umfang der einzelnen Fälle. Dazu kommt, dass aufgrund der neu eingeführten Landesverweisung am Strafgericht mit markant mehr Anklagen gerechnet werden muss, da das einfache Strafbefehlsverfahren, welches über die Staatsanwaltschaft läuft, in solchen Fällen wohl in der Regel nicht mehr zur Anwendung kommen kann.
• Kontostelle 6107, Konto 319 beinhaltet namentlich Entschädigungen bei Freisprüchen sowie für amtliche Verteidigungen und unentgeltliche Rechtsbeistände. Diese Ausgaben lassen sich naturgemäss kaum auch nur einigermassen verlässlich budgetieren. Sie sind nicht steuerbar und hängen von den verschiedensten Unwägbarkeiten ab. Entsprechend werden Budgetanpassungen in der Regel erst vorgenommen, wenn eine mehrjährige Entwicklung sichtbar wird. Nachdem das Obergericht 2015 und 2016 gegenüber den Rechnungen 2013 und 2014 noch markant tiefer budgetiert hatte, wurde das Budget 2017 etwas angehoben. Man hat also die Budgetvorgaben des Regierungsrats nicht einfach unbesehen übernommen. In der Tendenz haben sich die Gerichte aber den regierungsrätlichen Vorgaben angeschlossen und – soweit vertretbar – entsprechend budgetiert, im Wissen darum,

dass eine auch nur einigermassen verlässliche Budgetierung aus den erwähnten Gründen ohnehin unmöglich ist. Die Budgetwahrheit ist damit aber nicht tangiert.
• Kostenstelle 6107, Konto 427: Dieses Konto beinhaltet neben den Bussen auch unbedingt ausgesprochene Geldstrafen. Das Budget 2017 wurde zwar gegenüber demjenigen von 2016 etwas reduziert, liegt aber noch immer deutlich über der Rechnung 2015. Das Resultat der Rechnung 2015 wurde aber in seinem Ausmass – fast 50 Prozent tiefer als im Vorjahr – aufgrund der früheren Zahlen eher als Ausreisser denn als künftiger Gradmesser erachtet. Gleichwohl korrigierte man vorsichtshalber das Budget etwas nach unten, zumal die Rechnung 2014 ebenfalls etwas tiefer als das Budget ausgefallen ist. Dass diese Korrektur nicht bereits im Budget 2016 vorgenommen wurde, liegt daran, dass die Rechnung 2015 in jenem Zeitpunkt noch nicht vorlag. Man wird deshalb die künftige Budgetierung erst nach Vorliegen der Rechnung 2016 gegebenenfalls anpassen. Die Mutmassung von Kurt Balmer ist also nicht richtig: Es wurden keine neuen Bussen einkalkuliert.
Zur pauschalen Kürzung des Budgets haben sich die Gerichte nicht geäussert, weil sie im Bericht der Stawiko nirgends erwähnt sind. Selbstverständlich sind sie aber bereit, im Rahmen von «Finanzen 2019» mit der Regierung zusammenzuarbeiten und den ihnen möglichen Anteil wie bisher beizusteuern. Man muss sich aber bewusst sein, dass Einsparungen im Bereich der Rechtspflege sehr schwierig sind. In den meisten Fällen können nur kleine Beträge eingespart werden, beispielsweise beim Sachaufwand. Alles andere ist vorgegeben bzw. nicht durch die Gerichte steuerbar. Die stark ins Gewicht fallenden Aufwendungen für unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsbeistände sowie amtliche Verteidigungen beispielsweise sind nicht beeinflussbar, sondern werden den Gerichten letztlich als Sozialrechte aufgezwungen. Die Gerichte werden sich aber – wie gesagt – um Einsparungen beim Personal bemühen, das den grössten Brocken ausmacht. Auch das wird aber schwierig sein, da sich Reduktionen in diesem Bereich auf die Verfahrensdauer und allenfalls auf die Qualität auswirken können – was letztlich wieder zu neuen Kosten führt, indem häufiger Rechtsmittel ergriffen würden.
Abschliessend noch ein Wort in eigener Sache: Der Votant scheidet Ende Jahr aus dem Obergericht aus. Kurt Balmer hat ihm mit seinen Fragen zum Budget die Möglichkeit eines letzten der raren Auftritte im Kantonsrat eröffnet, welche der Obergerichtsvizepräsident gerne wahrnimmt. Er verabschiedet sich hiermit vom Rat und dankt diesem für das in all den Jahren entgegengebrachte Vertrauen herzlich. Immerhin kann er sich der Oberaufsicht des Kantonsrats noch nicht ganz entziehen, nachdem er sich entschlossen hat, weiterhin in der Anwaltsprüfungskommission mitzuarbeiten.

Der **Vorsitzende** dankt Alfred Iten im Namen des Kantonsparlaments für seine Arbeit am Obergericht und wünscht ihm alles Gute. *(Der Rat applaudiert.)*

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zum Budget. Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat damit das Budget 2017 durchberaten hat. Regierungsrat und Stawiko beantragen die Genehmigung des Budgets 2017 mit den vorgenommenen Anpassungen. Der Vorsitzende fragt den Rat, ob jemand eine Abstimmung wünsche.

**Anastas Odermatt** wünscht im Namen der ALG, dass über das Budget abgestimmt wird.

➔ Der Rat genehmigt mit 56 zu 8 Stimmen das Budget 2017 mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen.

***Weitere selbständige Öffentlich-rechtliche Anstalten***

*Pädagogische Hochschule Zug*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2017 für die Pädagogische Hochschule Zug zu genehmigen. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2017 für die Pädagogische Hochschule Zug stillschweigend.

*Interkantonale Strafanstalt Bostadel*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das Budget 2017 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend das Budget 2017 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

**Kenntnisnahme des Finanzplans 2017–2020**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Kantonsrat gemäss § 21 Abs. 1 Satz 2 des Finanzhaushaltgesetzes vom Finanzplan lediglich Kenntnis nimmt. Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen Kenntnisnahme.

➔ Der Rat nimmt den Finanzplan 2017–2020 stillschweigend zur Kenntnis.

**Kenntnisnahme der Finanzierungsprognose bis 2031 zu kantonalen Investitionsprojekten**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Staatswirtschaftskommission beantragen, die Finanzierungsprognose zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat nimmt die Finanzierungsprognose bis 2031 zu kantonalen Investitionsprojekten stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat damit das Budget und den Finanzplan verabschiedet hat. Bei Geschäften, die keine Erlasse sind, erfolgt praxisgemäss keine Schlussabstimmung im Sinne von § 74 Abs. 1 GO KR. Die Finanzdirektion wird eine Zusammenstellung der beschlossenen Abweichungen zum gedruckten Budgetbuch erstellen; die Ratsmitglieder erhalten dieses Beiblatt mit dem nächsten Versand.

**640** Traktandum 6.2: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Priorisierung von Infrastrukturprojekten durch den Regierungsrat**
Vorlagen: 2637.1 - 15188 (Interpellationstext); 2637.2/2a/2b - 15292 (Antwort des Regierungsrats).

**Pirmin Frei** spricht für die CVP-Fraktion. «Der Zuger Finanzhaushalt ist robust und gesund. Dies erlaubt es dem Kanton Zug, durch interessante Investitionen im Standortwettbewerb mitzuhalten sowie die Standortvorteile nachhaltig auszubauen, und dies erst noch weitgehend mit eigenen Mitteln.» Diese wunderbaren Worte fielen in der Nachmittagssitzung des Kantonsrats vom 10. April 2014. Der Rat debattierte damals über die Motion der CVP betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Einige Ratsmitglieder werden sich an diese legendäre Debatte erinnern: Man befand sich in der Anflugschneise der Abstimmung über den Stadttunnel.
Es ist nicht entscheidend, wer dies damals sagte und welcher Fraktion diese Person angehörte. Interessant ist vielmehr ein anderes Zitat aus der damaligen Debatte von einem Ratskollegen, dessen Name ebenfalls verschwiegen sein soll. Er sagte im Anschluss an das Votum des damaligen Stawiko-Präsidenten: «Die Ausführungen von Gregor Kupper vermitteln das Gefühl von dunklen Wolken, die am Himmel aufziehen. Es ist nicht ganz so schlimm.» Und weiter: «Der Kanton Zug hat ein Finanzvermögen von 1,31 Milliarden Franken und ein Eigenkapital von 1,1 Milliarden Franken. Kein anderer Schweizer Kanton oder keine Provinz in irgendeinem europäischen Land hat einen solchen finanziellen Rückhalt.» Alle wissen, wie die Geschichte weiterging: Die Motion der CVP wurde hochkant verworfen. Und es wird niemanden verwundern, dass der zitierte Votant innerhalb einer geschlossenen Fraktion zu den flammendsten Befürwortern des Stadttunnels gehörte.
Es liegt dem Votanten fern, in alten Wunden zu wühlen, umso mehr, als der betreffende Ratskollege in derselben Debatte auch noch sagte: «Ich attestiere der CVP, dass sie den Warnfinger in die Luft hält und darauf aufmerksam macht, dass man nicht einfach nach Belieben agieren kann.» Aufgrund solch weiser Erkenntnis billigt der Votant seinem Kollegen durchaus auch die Fähigkeit zu politischer Demut zu. Selbstverständlich erwartet er nicht, dass er *hic et nunc* vor der CVP-Fraktion zu Kreuze kriecht; aber er erwartet schon, dass er die CVP heute Abend ins Nachtgebet einschliesst!
Tatsache ist: Die CVP machte sich schon im April 2014 Sorgen um die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, weil sie damals eben tatsächlich dunkle Wolken aufziehen sahen. Mit einer Verschuldungslimite von 300 Millionen Franken bzw. einer zeitlich beschränkten Verschulungsdauer wollte sie die Regierung zu einer Priorisierung der bestehenden Infrastrukturprojekte zwingen. Dass die Regierung heute für dieses Anliegen ganz anders sensibilisiert ist, stimmt zuversichtlich. Der damalige Vorstoss bewirkte immerhin, dass man heute eine bessere Transparenz hat, wo, wann und wieviel investiert werden soll. In schwierigen Zeiten ist Transparenz äusserst wertvoll.
Dem Votanten erschien beim Lesen der Interpellationsantworten unweigerlich das Bild der berühmten heissen Kartoffel vor dem geistigen Auge: Die Regierung möchte das Problem möglichst elegant dem Kantonsrat weitergeben. Etwa indem sie auf die Prioritätenliste des Richtplans und einzelne teure Kantonsratsbeschlüsse hinweist und schon fast traurig anfügt, sie könne sich «nur in einem engen, bereits vom Kantonsrat vorgegebenen Rahmen bewegen». Der Votant erinnert die Regierung daran, dass der Kantonsrat zwar entscheidet, der Regierung aber eine eigentliche Führungsverantwortung obliegt, auch im Infrastrukturbereich. Mit den Budgetvorgaben, die sie sich offenbar selber setzt, manifestiert sie dies exemplarisch. Dass sie sich dann nicht daran hält, ist höchst bedauerlich. Worte wie «Man muss

das Wünschbare vom Notwenigen trennen» und «Investitionen müssen auf das absolut Notwendige beschränkt werden» lesen und verkaufen sich gut. Die CVP misst die Regierung jedoch nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten. So befremdet es beispielsweise, dass die Baudirektion bei gewissen Strassenabschnitten zweiseitige Radwege plant, obwohl einseitige reichen würden, und die beidseitige Variante mit der Ungewissheit künftiger Mobilität begründet. Beidseitige Radstreifen mögen vermutlich sachlich richtig sein, aber wenn das Geld fehlt, dann baut man halt nur einen einzigen Radstreifen. So einfach ist das!
Die CVP-Fraktion dankt der Regierung für die rasche Beantwortung der Interpellation. Sie wird die Planungs- und Bautätigkeit des Kantons weiterhin aufmerksam verfolgen und wartet gespannt auf die nächsten Vorlagen aus der Baudirektion. Sie nimmt an, dass sich der Baudirektor auch noch mündlich dazu äussern wird. Gerne würde die CVP bei dieser Gelegenheit erfahren, wie es möglich ist, dass in der Finanzierungsprognose für 2017 ff. – zu finden im Budgetbuch auf Seite 21 ff. – ein Hochbauprojekt mit Gesamtinvestitionskosten von 42 Millionen Franken im Zeitraum 2018–2022 erscheint – die Rede ist von der Shedhalle an der Hofstrasse in Zug –, dieses Projekt in der Investitionsprognose 2014 ff. jedoch nicht oder mindestens nicht explizit bzw. – wenn es damals irgendwie versteckt erfasst gewesen wäre – mit einem massiv geringeren Investitionsvolumen erwähnt wurde.

**Andreas Hostettler** spricht für die FDP-Fraktion. Infrastrukturprojekte sind in Beton und Stahl gegossene Politik. Sie sind auch eine grosse Versuchung in der Politik, über die Verhältnisse zu leben, haben sie doch einen direkten und sichtbaren Nutzen für die Wähler. Allerdings beginnt mit der Begleichung der Bau-Schlussrechnung erst der grössere Teil der Kosten, nämlich die des Unterhalts und später der Sanierungen. Darum ist die Frage der Priorisierung von langfristigen Infrastrukturprojekten richtig. Nach Meinung der FDP wurden hier die richtigen Fragen gestellt – und die Regierung hat die richtigen Antworten geliefert, indem sie sagt, sie orientiere sich bei der Priorisierung:
• an den Vorgaben des Kantonsrats: Richtplananpassungen, Budgetgenehmigungen;
• an den Vorgaben für die Planjahrperioden von vier Jahren: Finanzierungsprognose, Finanzplan;
• am langfristigen Finanz- und Terminplan.
Zudem informiert die Regierung aufgrund einer teilerheblich erklärten CVP-Motion von 2014 jährlich über die Finanzierung der Infrastrukturprojekte. Man darf auch nicht vergessen, dass der Kantonsrat mit seinen Beschlüssen die Priorisierung der Infrastrukturbauten wesentlich mitgestaltet; zu erinnern ist etwa an die Dreifachturnhalle an der Kantonsschule oder das sechste Obergeschoss an der GIBZ.
Die Kernaussage der regierungsrätlichen Antwort steckt in der Strategie «Werterhaltung von Bestehendem *vor* Neubau». Zuerst werden also die notwendigen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten ausgeführt; werden diese nicht rechtzeitig gemacht, sind die Folgekosten immer viel höher. Erst dann baut man neue Projekte, welche dann wieder Unterhaltskosten generieren. Als grössere Sanierung steht beispielsweise die Kanti in Zug an, nebst weiteren Projekten. Die zweite Kernaussage lautet: «Wenn etwas gebaut wird, dann unverzüglich und auch richtig.» Die beiden Aussagen passen in die heutige Zeit, in der man weise und haushälterisch mit den Mittel umgehen muss, ohne jedoch in Panik zu verfallen und die Zukunft aus dem Blick zu verlieren.
Fazit: Die FDP-Fraktion dankt für die Fragen, sie waren richtig. Sie dankt auch für die Antworten, sie sind einleuchtend. Und als Grundsatz gilt: zuerst Werterhalt, dann Neubau.

**Gabriela Ingold** möchte das Loblied auf die CVP etwas relativieren. Die Finanzen waren bis zur finanzpolitischen Wende ja voll in der Hand der CVP, die dadurch sicher auch über die nötigen Informationen für gute Vorstösse verfügte.
Die Stawiko hat an ihrer Budgetsitzung selbstredend auch das Thema Investitionen intensiv besprochen. Die Votantin dankt der Regierung für die Interpellationsantwort und insbesondere für die detaillierte Darstellung, welche teilweise die Ausgabefreudigkeit des Kantonsrats in früheren Jahren dokumentiert. Die Strategie «Werterhaltung von Bestehendem vor Neubau» kann die Votantin persönlich nachvollziehen, wobei diese Strategie jedoch nicht immer zur günstigsten Lösung führt. Zu denken ist da etwa an Brandschutzauflagen, welche ein Projekt massiv verteuern können. Bei der Vorfinanzierung für Bahnanlagen muss sich der Rat Gedanken machen, ob man nach der Annahme von FABI mit dem Kantonsratsbeschluss vom 26. November 2009 noch auf dem richtigen Weg ist. Der damalige Entscheid fiel in einer Zeit, als das Geld gewissermassen noch vom Himmel regnete.
Die Stawiko anerkennt, dass für das Budget 2017, aber auch für «Finanzen 2019» die Investitionen auf der zeitlichen Achse gedehnt wurden bzw. werden. Das ist klar erkennbar. Für die Stawiko ist es vom Grundsatz her aber störend, dass an Projekten gearbeitet wird, welche quasi zu Hochkonjunkturzeiten in Auftrag gegeben wurden oder in Eigendynamik der Verwaltung vorangetrieben werden. Zu denken ist dabei an das VZ3, die Projekte Röhrliberg und viele kleinere Bauprojekte. Der Stawiko ist es ein Anliegen, dass der Kantonsrat so bald als möglich über die in der Pipeline steckenden Projekte befinden kann, damit die zukünftigen Ausgaben, die in der regierungsrätlichen Übersicht rot markiert sind, entsprechend – vielleicht mit anderen Beträgen – legitimiert oder eben gestrichen werden können.

**Heini Schmid** hält fest, dass die Frage der Gesamtinvestitionen pro Jahr einem Schwarz-Peter-Spiel gleicht: Die Regierung sagt, sie möchte eigentlich nur 40 Millionen Franken investieren, der Kantonsrat beschliesse dann aber Dreifachturnhallen und ähnliches. Der Votant möchte beliebt machen, dass Regierungsrat und Kantonsrat konkret festlegen, wieviel an Investitionen es pro Jahr im Durchschnitt erträgt. Um diese Frage wird man nämlich nicht herumkommen, und dem Kantonsrat wird dadurch bewusst werden, dass seine Investitionsbeschlüsse auch Folgen für andere Projekte haben. Strategische Zielsetzung muss die Nachhaltigkeit der Investition sein. Regierungsrat und Kantonsrat müssen gemeinsam die Verantwortung übernehmen und gemeinsam festlegen, was sich der Kanton Zug leisten kann und will, unter Berücksichtigung der Konsequenzen für andere Projekte.
Die Regierung weist zu Recht darauf hin, dass es im Richtplan eine Prioritätenordnung gibt. Es erfüllt den Votanten – auch als Präsidenten der Kommission für Raumplanung und Umwelt – schon seit längerem mit Sorge, dass zu einem sehr frühen Zeitpunkt Prioritäten festgelegt werden, die sich dann als nicht sinnvoll oder als gar nicht umsetzbar erweisen können, wobei die Verwaltung dann aber darauf verweist, dass sie einen Auftrag habe, den sie umsetzen müsse. Hier muss man klüger werden und nicht umsetzbare Projekte aus dem Richtplan streichen. Auch muss man die Regierung ermutigen, eine Priorisierung, die vor Jahren vielleicht als sinnvoll erachtet wurde, zu ändern bzw. Projekte abzubrechen, wenn sich die Situation verändert hat oder Projekte schlicht nicht mehr finanzierbar sind. Es macht keinen Sinn, Leute jahrelang vor sich hin werkeln zu lassen, weil entsprechende Budgets gesprochen wurden – obwohl jedermann weiss, dass das betreffende Projekt kaum je realisiert wird. Und der Kantonsrat muss die Regierung in Schutz nehmen, wenn sie ihre Führungsverantwortung wahrnimmt und solche Projekte abbricht. So wird man bei den Investitionen sicher bessere Resultate erzielen.

**Philip C. Brunner** fühlt sich durch das Votum von Pirmin Frei etwas herausgefordert. Er würde auch heute noch für die Kantonsschule Menzingen mit über 100 Millionen Franken Kosten, für die Dreifachturnhalle an der Kantonsschule Zug und auch für den Stadttunnel stimmen. Er wird vor der CVP-Fraktion zwar nicht zu Kreuze kriechen, aber er wird sie heute in sein Nachtgebet einschliessen, denn sie ist eine gute Fraktion und hat einen guten Vorstoss eingereicht – und die Regierung hat sehr gut geantwortet. Allerdings herrscht eine gewisse Verwirrung, wobei dem Votanten aber unklar ist, ob man die Verwirrung bewusst gestiftet hat, weil man ein *Chrüsimüsi* möchte, oder ob man es schlicht nicht besser weiss.
Es wurden verschiedene Strassenbauprojekte angesprochen, darunter auch das Projekt Nidfuren–Schmittli, das 40 Millionen Franken kostet. Dieses Projekt wird aber zu grossen Teilen aus dem Strassenbaufonds finanziert. Auch der Stadttunnel wäre nur zu einem Viertel zulasten der Investitionsrechnung finanziert worden, und die ersten Zahlungen wären erst 2023 fällig geworden. Und der Votant ist sehr optimistisch für die Zukunft. Der Kanton Zug ist noch immer ein sehr guter Standort, von der Credit Suisse auf praktisch jedem Gebiet topge*rankt*. Er muss den Kopf nicht in den Sand stecken, er ist nicht am Ende – ganz im Gegenteil. Natürlich gibt es auch schlechte Nachrichten, da gibt der Votant den Linken recht; aber diese schlechten Neuigkeiten haben nicht mit dem Standort Zug zu tun. Wenn der Schweizer Franken derart stark bzw. der Euro derart schwach ist, kostet das in der Tat leider Arbeitsplätze in der Schweizer Industrie.
Die Zürcher Zeitungen berichteten in den letzten Tagen, dass im Säuliamt eine Mittelschule in Affoltern am Albis gefordert werde. Die kreativ-unternehmerische Idee für den Kanton Zug wäre doch nun, mit dem Kanton Zürich zu sprechen. Vielleicht steht die nächste Mittelschule dann in Knonau oder in Steinhausen – und für den Röhrliberg könnte man sich dann andere Möglichkeiten überlegen. Damit soll gesagt sein, dass man gerade bei den Investitionen etwas kreativ sein muss, wie bei der erwähnten Dreifachturnhalle, wo man die Interessen des Kantons und jene der Stadt Zug zusammenführte. Natürlich kann man der Meinung sein, der Beitrag der Stadt sei mit 3 Millionen Franken viel zu klein und müsste verdoppelt werden; darüber wird man in solchen Fällen immer streiten. Wenn man aber hört, was die Dreifachturnhalle nun bei den Vereinen auslöst, muss man zugeben, dass dieser Entscheid wirklich klug war. Und es werden sich viele Entscheide des Kantonsrats, die jetzt kritisiert werden, langfristig als richtig erweisen.
Der Votant steht weiterhin zu seinen Zitaten im Votum von Pirmin Frei. Er ist weiterhin optimistisch und bittet auch seine Ratskollegen, gerade als Politiker optimistisch in die Zukunft zu blicken. Es ist noch nicht aller Tage Abend, und der Weltuntergang steht nicht bevor – speziell nicht im Kanton Zug.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die positive Aufnahme der Interpellationsantwort. Mit den Einwänden ist er durchwegs einverstanden. Ziel der Antwort war es, den aktuellen Stand aufzuzeigen. Es ist dem Regierungsrat klar, dass es in der Finanzpolitik und in der Baupolitik Änderungen braucht. Die Finanz- und die Baudirektion haben im Frühjahr intensiv diskutiert und Zwischenresultate auch mit dem Regierungsrat abgesprochen. Immobilienstrategie, Investitionsplanung und Budgetvorgaben wurden intensiv beraten, ebenso die von der Baudirektion vorgeschlagenen Leitsätze. Als erster Grundsatz gilt, dass die übergeordnete Planung zuoberst steht. Der Baudirektor teilt die Meinung von Heini Schmid, dass das wohl zu gewissen Anpassungen im Richtplan führen wird. Die grosse Chance besteht aber darin, dass das Konzept der räumlichen Entwicklung neu erarbeitet wird, die Auflage erfolgt im Dezember. Aus dieser Arbeit werden sich voraussichtlich die entscheidenden Anpassungen des Richtplans ergeben. Der Baudirektor ist diesbezüglich guter

Dinge und spürt auch in der Kommission für Raumplanung und Umwelt viel Zustimmung. Kleine Anpassungen sollen bei Bedarf schon kurzfristig vorgenommen werden, die mittel- und langfristige Perspektive aber soll im neuen Konzept für die räumliche Entwicklung und im neuen Gesamtverkehrskonzept aufgezeigt werden. Daraus werden sich auch Antworten auf die Frage ergeben, wo sinnvollerweise investiert werden soll.
Auch der zweite Grundsatz, nämlich «Werterhaltung von Bestehendem vor Neubau» ist wichtig. Wahrscheinlich kann er ungefähr ab 2019 umgesetzt werden. Im Moment müssen noch gewisse Infrastrukturprojekte im Hoch- und Tiefbau realisiert werden. Anschliessend wird es darum gehen, die 162 Liegenschaften im Eigentum des Kantons zu bewirtschaften. So muss die 1972 erbaute Kantonsschule saniert und renoviert werden, wobei nur schon für eine Pinselrenovation – ohne Schulraumerweiterung – mit Kosten von 50–55 Millionen Franken gerechnet werden muss. Auch der dritte strategische Grundsatz, nämlich «Abwägen der divergierenden Interessen», wird natürlich beachtet werden.
Der Regierungsrat will keineswegs einen heissen *Herdöpfel* an das Parlament weitergeben. Der Baudirektor möchte im Gegenteil aufzeigen, dass die Regierung Führungsverantwortung übernehmen will. Die Schwierigkeit liegt aber darin, dass man sich bei der Planung der Zukunft immer auf Fakten und Informationen von heute abstützen muss. Es gibt zwar viele Vorstellungen über den Verkehr und die Mobilität der Zukunft, planen muss aber aufgrund der heute vorliegenden Daten und Fakten. Und wie das funktioniert, sieht man bei der UCH: 2002 wurde mit der Planung begonnen, 2007 stimmte das Volks über die Vorlage ab, 2019 werden wahrscheinlich alle Einsprachen abgehandelt sein, 2020 soll mit dem Bau begonnen werden, und 2026 soll die Strasse fertig sein. Die Umsetzung dieses Projekts dauert also über zwanzig Jahre. Der Baudirektor will aber niemandem einen Vorwurf machen. Es ist das politische System mit all seinen Mit- und Einsprachemöglichkeiten, das es aber auch erschwert, auf gesellschaftspolitische oder wirtschaftliche Entwicklungen schnell reagieren zu können. In der Hochkonjunkturzeit wurden verschiedene Projekte angepackt: Röhrliberg, ZVB-Hauptstützpunkt etc. Einige Bemerkungen zum Röhrliberg: Die Mittelschulplanung wird im Rahmen von «Finanzen 2019» überdacht. Als erste Massnahme wurde der geplante Ausbau der FMS mit Kosten von 50 Millionen Franken definitiv gestrichen. Auch arbeitet der Bildungsdirektor daran, die bildungspolitischen Fragen für einen Entscheid aufzuarbeiten: Wie hoch soll die Maturitätsquote sein, wie gross sind die Klassen etc.? Diese Rahmenbedingungen müssen vom Kantonsrat beschlossen werden. Nachher ist es für die Baudirektion einfach, die Zahl der Schulräume etc. festzulegen. Tatsache ist: An der Kantonsschule Menzingen werden 40 Klassenzimmer gebaut, und es wird dort keine Erweiterung vorgesehen. An der Kantonsschule Zug gibt es heute rund 1000 Schüler, und die Baudirektion analysiert gegenwärtig, welches die Anforderung im Jahr 2040 sein werden. Aufgrund dieses Zahlenmaterials ergeben sich zwei oder drei Varianten. Variante 1 ist eine Erweiterung am bestehenden Standort in Zug. In Zürich gibt es Mittelschulen mit über 2000 Schülern, und die Politik wird entscheiden müssen, ob es auch in Zug so grosse Schulen geben soll. Variante 2 ist ein neuer Mittelschulstandort, vorzugsweise im Ennetsee. Eine dritte Variante kann die von Philip C. Brunner vorgebrachte, fast revolutionäre Idee sein, gemeinsam mit dem Kanton Zürich irgendwo im Grenzraum eine Mittelschule zu bauen. Diese Idee in den Prozess der Entscheidfindung einzubauen, ist keineswegs abwegig.
Für den ZVB-Hauptstützpunkt wird mit Kosten von 200–220 Millionen Franken gerechnet. Dem Regierungsrat ist es sonnenklar, dass die entsprechende Vorlage hieb- und stichfest sein muss. Deshalb nimmt die Baudirektion momentan verschiedene Abklärungen bezüglich dieses Projekts vor. Die Vorlage wird deshalb wohl

erst im Sommer 2017 in den Kantonsrat kommen. Es ist aber anzunehmen, dass dieser mit einer Überprüfung und Überarbeitung des Projekts aufgrund der neuen Ausgangslage einverstanden ist.
In den 1980/90er Jahren wurde im Kanton Zug im Verhältnis zur damaligen Entwicklung und zum Entwicklungspotenzial wenig in die Infrastruktur investiert. Das spürt man heute schmerzlich: Man musste viele Projekte nachholen und ist heute nun an deren Realisierung. Der Baudirektor bittet denn auch um Unterstützung, dass die vom Volk oder vom Kantonsrat bereits beschlossenen Projekte schnell realisiert werden können.
Für 2040 rechnet man im Kanton Zug mit 140'000 bis 145'000 Einwohnern und mit 125'000 bis 130'000 Arbeitsplätzen. Das ist eine Herausforderung. Es stellen sich Fragen: Wie sieht die Mobilität aus? Welche Kapazitäten müssen bereitgestellt werden, damit die Wirtschaft und das Gewerbe weiterhin erfolgreich arbeiten können? Was braucht es an Bildungsinfrastruktur etc.? Im Rahmen seiner Führungsverantwortung ist der Regierungsrat daran, Antworten auf solche Fragen zu erarbeiten. Ein klassisches Beispiel ist die Kantonsstrasse Schmittli–Nidfuren. Vor fünf Jahren wäre diese Vorlage wahrscheinlich in zwei Stunden beraten und erledigt gewesen. Nun aber gab es eine fünfstündige intensive Diskussion: Braucht es Radstreifen rechts und links etc.? Hauptargument der Baudirektion war, dass es um eine Hauptverbindungsstrasse vom Kantonszentrum in die Berggemeinden geht, die nicht für ein oder zwei Jahre, sondern für die nächsten vierzig bis fünfzig Jahre gebaut wird. Man weiss aber nicht, wie die künftige Mobilität aussehen wird – sicher wird es nicht weniger Velofahrer geben –, auch Aspekte der Sicherheit standen im Zentrum. Nach einer intensiven Diskussion beschloss die Tiefbaukommission, das nun vorliegende Projekt in den Kantonsrat zu bringen. Ein anderes Beispiel ist das Projekt Margel: Die Stawiko hat fast zwei Stunden lang über dieses kleine, 5 Millionen Franken teure Vorhaben beraten, und die Baudirektion hat aufgezeigt, dass es dort aus Sicherheitsgründen eine Begradigung bzw. bergwärts einen Velostreifen braucht.
Der Regierungsrat hat die Projekte bis 2031 aufgezeigt, und die in der Interpellation erwähnten Projekte sind in der langfristigen Finanzplanung enthalten. Der Strassenbaufonds ist im Moment mit 245 Millionen Franken geäufnet; jährlich kommen 5–7 Millionen Franken neu dazu. Mit allen Projekten, die bekannt sind – Tangente Zug/Baar, UCH, Verbindungselemente ins Ägerital, Reparaturarbeiten – wird man 2025 nahe an die Nullgrenze, aber nicht ins Negative kommen; nachher wird man wieder steigende Zahlen haben. Dieses Geld soll nach Ansicht des Baudirektors in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden – und es soll sinnvoll verwendet werden. Die Botschaft, dass nicht mit einem «Zuger Finish» gebaut werden soll, ist bei der Baudirektion angekommen. Diese überprüft die Planungen, und selbstverständlich kommt ihr auch die Situation im Baugewerbe entgegen: Sie kann exzellente Vergabeerfolge erzielen. Diese lagen beim 19 Millionen Franken teuren Projekt Amt für Verbraucherschutz bei 1,7 Millionen Franken. Es ist eine gute Zeit für Bauherren.
Bezüglich Shedhalle hält der Baudirektor fest, dass die Planung im ganzen Bereich Hofstrasse neu überdacht wird: Ist ein anderer Bebauungsplan möglich etc.? Das Theilerhaus und auch die Shedhalle sind in einem desolaten Zustand. In der Liste der Hochbauprojekte auf Seite 8 jener Motion war unter «Hofstrasse, Diverse Projekte» die Shedhalle tatsächlich nicht enthalten. Im Rahmen der Schulraumplanung für die Mittelschule wurde Ende 2013 definitiv auf das Neubauprojekt für die WMS/FMS an der Hofstrasse verzichtet. Dabei wurde immer darauf hingewiesen, dass trotz dieses Verzichts an der Hofstrasse Investitionsbedarf besteht, beispielsweise für die Sanierung der Shedhalle, des Theilerhauses etc. Der aktuelle Stand: 2014 wurden die Bauvorhaben an der Hofstrasse – wie gesagt – erneut überprüft. Im

März 2015 beschloss der Regierungsrat, die Sanierung von Theilerhaus, Shedhalle und Hochbau mittels einer vertieften Machbarkeitsstudie voranzubringen, ebenso die notwendigen Anpassungen für den weiteren Betrieb der FMS an der Hofstrasse. Ende 2015 lagen die Resultate vor. Die Grobkostenschätzung für die Sanierung von Shedhalle und Hochbau inkl. Ersatz der Gebäudetechnik, neues Museum für Urgeschichte und Provisorien lag deutlich über 50 Millionen Franken. Im Rahmen des Entlastungsprogramms legte der Regierungsrat für den Komplex Hofstrasse einen Kostenrahmen von 42 Millionen Franken fest. Dieser Betrag wurde nun in die Finanzierungsprognose aufgenommen.
Der Baudirektor dankt nochmals für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort und für die Unterstützung der Investitionsplanung des Kantons.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 7
**Geschäfte, die am 10. November 2016 nicht behandelt werden konnten**

Es gibt keine Restanzen aus der Sitzung vom 10. November 2017. Die Traktandenliste konnte vollständig abgearbeitet werden.

TRAKTANDUM 8
**641 Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend wie weiter mit der Eisenbahn am Zugersee Ost**
Vorlagen: 2608.1 - 15144 (Interpellationstext); 2608.2 - 15310 (Antwort des Regierungsrats).

**Andreas Hürlimann** hält namens der Interpellanten fest, dass die Antwort des Regierungsrats leider in dieser Form zu erwarten war. Die Kürze der Antwort steht jedoch in einem krassen Gegensatz zum Engagement bei der Anpassung des Richtplans vor drei Jahren. Es ist schade, dass man die Zeichen der Zeit nicht bereits damals erkannte. Bereits damals wurde nämlich von Anwohnern eine Beschwerde in Aussicht gestellt, für die man auch mehrere Instanzen bemühen werde. Schade ist auch, dass sich der Kanton bei seinen planerischen Arbeiten und der Einflussnahme auf die überregionale Erschliessung stark zurücknimmt und diesbezüglich keine Einflussmöglichkeiten sieht. Das macht für weitere Anliegen wenig Mut, etwa für weitere Interregio-Halte in Rotkreuz. Dazu würde auch das Mitdenken an einem allfälligen Plan B gehören, für den Fall, dass das jetzige Vorhaben festfahren würde. Immerhin geht es um eine optimale Anbindung von Zug an Zürich sowie in Richtung Gotthard und Italien.
Im Rahmenkonzept der SBB findet man für den Bereich Zug fünf Entwicklungsschritte. Im Entwicklungsschritt 1 sind beispielsweise der Doppelspurausbau Freudenberg–Rotkreuz oder die Ausbauten in Walchwil enthalten; die weiteren Ausbauschritte umfassen diverse Infrastrukturprojekte. Im Zielkonzept liest man dann aber: «Mit einem Kapazitätsausbau des Streckenabschnitts Baar–Zug ändert das Betriebskonzept im Ostteil des Bahnhofs Zug. Das Gleis 1 muss in das Streckengleis Zug–Walchwil eingebunden werden.» Es gibt in Zukunft also grundlegende Umwälzungen. Diese können dem Kanton Zug nicht egal sein, weshalb es das Mitdenken des Amts für öffentlichen Verkehr, des Regierungsrats, der Stadt Zug und anderer

Gemeinden braucht. Es kann nicht sein, dass hier einfach keine Einflussnahme von Zuger Seite sichtbar wird.
Gemäss seiner Antwort sieht der Regierungsrat keinen weiteren Handlungsbedarf. Stabilere, schnellere Verbindungen sind in Aussicht gestellt, wozu der Votant aber ein grosses Fragezeichen macht: Es sind nicht primär Probleme mit dem neuen Basistunnel am Gotthard, sondern das Zugsicherungssystem ETCS, welches immer wieder für Chaos sorgt. Auch Pendler von Zug nach Zürich oder in andere Richtungen sind des Öfteren davon betroffen. Eventuell kann der Regierungsrat zumindest hier informieren, wie die SBB weiter vorgehen und ob bald auch Probleme von Zuger Pendlern gelöst werden.
Es gäbe bezüglich ÖV- und insbesondere Bahnentwicklung noch vieles zu diskutieren, der Votant verzichtet im Moment aber auf weitere Ausführungen. Es ist beiden Interpellanten aber ein Anliegen, sich der Kanton Zug nicht einfach auf die planerischen Arbeiten der SBB oder irgendwelcher anderer Organisationen stützt, sondern sich aktiv einbringt und die Möglichkeiten der Einflussnahme wahrnimmt. Mit der vorliegenden Antwort wird aber genau das Gegenteil postuliert.

**Roger Wiederkehr** spricht für die CVP-Fraktion. Er dankt für die Interpellation und deren Beantwortung durch den Regierungsrat. Nun weiss man also, dass man nichts darüber weiss, wie es mit der Sanierung der Strecke Zugersee Ost und der Doppelspurinsel in Walchwil weitergeht. Die CVP kann nachvollziehen, dass sich der Regierungsrat als nicht involvierte Partei nicht in das laufende Beschwerdeverfahren einmischen will. Vermutungen und gesunder Menschenverstand können zu Annahmen führen, welche von den Gerichten zum Teil völlig anders bewertet werden. Manchmal finden die Gerichte auch Begründungen, auf die man als einfacher Bürger kaum gekommen wäre – im Positiven wie im Negativen. Immerhin profitiert der Kanton Zug ab dem Fahrplanwechsel am 11. Dezember von wesentlich besseren Anschlüssen und Reisezeiten in den Süden. Es sind bessere Verbindungen, als beispielsweise Luzern sie hat.
Enttäuschend ist die Antwort des Regierungsrats auf die Fragen 4a und 4b, den vermutlichen Kernpunkt der Beschwerde. Insbesondere wäre es interessant zu erfahren, wie der Mechanismus funktioniert, dass schlussendlich Güterzüge auf der Linie Zugersee Ost fahren könnten. Die SBB entscheiden diesbezüglich ja nicht alleine, vielmehr obliegt das Trassenmanagement der Trasse Schweiz AG. Hier ist die Meinung des Regierungsrats und dessen Interessenvertretung schon von Interesse, da die Bevölkerung zu einem wesentlichen Teil betroffen sein könnte.

Auch Interpellant **Philip C. Brunner** dankt der Regierung für die Antwort, die korrekt ausgefallen ist – nicht mehr und nicht weniger. Es erstaunt ihn auch nicht, dass das Interesse, zu dieser Interpellation zu sprechen, nicht besonders gross ist. In der Tat ist die Angelegenheit für den Kantonsrat vermeintlich gegessen. Michail Gorbatschow soll gesagt haben: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Der Votant sagt es so: «Wer nicht merkt, wenn und wann es darauf ankommt, den bestraft das Leben noch für längere Zeit.» Wer den Richtplaneintrag – wie es vor drei Jahren geschehen ist – ganz im Sinne der SBB vornimmt und sich nicht wehrt, der darf sich nicht wundern, wenn er über den Tisch gezogen wird.
Das Ganze ist ein schönes und nicht nur ein politisches Lehrstück. Es gilt genauso für das Geschäftsleben. Und selbst beim Jassen muss man aufpassen, wann man trumpfen kann oder soll. Auftrumpfen, *trumpshen*: Man muss sich überlegen, wie man es anders macht als alle anderen. Donald Trump hat genau das getan und so alle Konkurrenten distanziert und Unmögliches möglich gemacht. Wo liegt die Parallele zum Zuger Kantonsrat und zur Zuger Regierung? Als kleiner Kanton mit be-

schränkten Ressourcen muss sich Zug auf seine ureigenen, exklusiven Erfolgsfaktoren besinnen. Es gibt sie noch. Ein Trumpf ist auch die vermeintliche Kleinheit: Kleine Fische sind bekanntlich manchmal schneller als die grossen. Es anders zu machen, ist das Erfolgspotenzial des Kantons Zug, ganz besonders dann, wenn er mit anderen Kantonen oder – Stichwort NFA – mit dem Bund oder dem Bundesamt für Verkehr, dem ASTRA oder über das Agglomerationsprogramm verhandelt. Der Kanton Zug darf durchaus stolz sein und sich etwas aufplustern, er ist immer noch ein Erfolgskanton. Es anders machen: Das hat der Kanton Zug in der Vergangenheit mehrfach getan und damit Erfolg gehabt. Der Votant wünscht sich deshalb Regierungsräte, welche Nein sagen können, sich nicht mit der erstbesten vermeintlichen Lösung zufrieden geben und die Interessen des Zugerlands und seiner Bevölkerung schützen und wahren.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hat das Gefühl, die intensive Debatte von vor drei Jahren über die Richtplananpassung im Bereich Zugersee Ost wiederhole sich. Zwei Kommissionen, nämlich die Raumplanungskommission und die Kommission für den öffentlichen Verkehr, haben damals die Vorlage vorberaten. Insgesamt dreissig Kantonsräte haben sich also vertieft mit der Thematik auseinandergesetzt, wobei die Mitglieder der ÖV-Kommission damals sagten, es sei die intensivste Debatte seit Jahren gewesen. Schlussendlich genehmigte der Kantonsrat mit 51 zu 8 Stimmen den entsprechenden Richtplaneintrag und gab damit grünes Licht für das so oft gescholtene SBB-Projekt. Wenn hier wieder mal SBB-*Bashing* betrieben wird, dann ist es also auch Kantonsrats-*Bashing.*
Andreas Hürlimann hat über vieles, auch über Zugsicherungskonzepte, aber eigentlich nicht über den Inhalt der vorliegenden Interpellation gesprochen. Und er hat suggeriert, der Regierungsrat sei nicht aktiv. Wenn die Aktivität darin bestehen soll, mit den Beschwerdeführern zu reden – mit welcher Zielrichtung auch immer, vermutlich aber im Sinne des Kantonsrats, nämlich dass man die Beschwerde zurückziehen soll –, dann ist dem entgegenzuhalten, dass der Regierungsrat sich an das Prinzip der Gewaltenteilung hält und sich nicht in ein laufendes Gerichtsverfahren einmischt. Und hätte der Regierungsrat im Sinne des Kantonsrats – nämlich das Projekt voranzubringen – auf die Beschwerdeführer Einfluss genommen, von ihrer Beschwerde abzusehen, käme mit Sicherheit von gleicher Seite – die Interpellanten haben das Projekt ja zu verhindern versucht – berechtigte Schelte. Der Volkswirtschaftsdirektor kann dieses Vorgehen nicht wirklich einordnen. Zur Unterstellung, der Regierungsrat würde sich bezüglich eines zweiten Interregio-Halts in Rotkreuz zu wenig einsetzen: Die Volkswirtschaftsdirektion tut – wie auch andere Regierungsmitglieder bestätigen können – in dieser Hinsicht sehr viel. So hat sie die SBB dazu gebracht, mit ihren Experten vertiefte Abklärungen vorzunehmen. Diese Abklärungen wurden durch weitere externe Experten, die von ZugWest mit den Gemeinden Rotkreuz, Hünenberg und Cham beauftragt wurden, bestätigt. Der Regierungsrat hat hier also einen guten Leistungsausweis.
Zum Aussage von Roger Wiederkehr, die Fragen 4a und 4b seien zu seiner Enttäuschung nicht beantwortet worden: Die Interpellation ist inhaltlich offensichtlich motiviert durch Fragen, die das Gerichtsverfahren betreffen. Der Volkswirtschaftsdirektor geht davon aus, dass auch der Kantonsrat den Rechtsstaat und die Gewaltenteilung hochhält und versteht, dass der Regierungsrat hier nicht eingreifen darf. Und zu guter Letzt: Wenn Philip C. Brunner sagt, er wünsche sich, dass die Regierung sich für die Interessen des Kantons einsetze, so ist darauf zu antworten, dass der Regierungsrat genau im Sinne des Kantonsrats und des Richtplans agiert und im Interesse des Kantons handelt. Und in diesem Interesse hofft der Volkswirtschaftsdirektor, dass die Gerichte bald entscheiden, zumal es – auch wenn es in

einer der Interpellationsfragen suggeriert wird – keinerlei Anzeichen gibt, dass die SBB auf dieses Projekt verzichten wollen. Bei jedem grossen Bauprojekt gibt es Einsprachen und Beschwerden. Man zieht deshalb aber nicht einfach den Kopf ein, sondern zeigt Rückgrat, wie es die SBB auch in diesem Fall tun. Es ist zu hoffen, dass das Gerichtsurteil rechtzeitig kommt, damit auf die Eröffnung des Ceneri-Basistunnels Anfang 2021 die Zugersee-Strecke saniert und die Doppelspurstrecke erstellt ist, so dass es auch nicht zu Einschränkungen bei der Stadtbahn kommt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 642 Nächste Sitzung

Donnerstag, 15. Dezember 2016 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** orientiert, dass in der nächsten Sitzung die Einführung der Abstimmungsanlage erfolgt. Er bittet die Ratsmitglieder, im Sinne einer Hausaufgabe das entsprechende Reglement zu studieren, so dass die Anlage wirklich in Betrieb genommen werden kann.

**Protokoll des Kantonsrats**

48. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 15. Dezember 2016 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.50 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Moritz Schmid, Walchwil

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 27. Oktober und 10. November 2016
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Kanton Zug als TiSA-freie Zone

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)
4.2. Teilrevision des Steuergesetzes - Grundstückgewinnsteuer: rechtsverbindliche Vorprüfung und Rechtsmittellegitimation
4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 2 Siedlungsbegrenzungslinie; L 5.1 Kantonale Naturschutzgebiete; L 7 BLN-Gebiet; E 10 Störfallvorsorge; E 11 Abbau Steine und Erden)

5. Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU): 2. Lesung
6. Kantonsratsbeschluss über den Beitritt zum Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die psychiatrische Versorgung (Psychiatriekonkordat) vom 17. März 2016
7. Interpellation der Justizprüfungskommission betreffend Vollzug von Art. 64a Krankenversicherungsgesetz (KVG, Nichtbezahlung von Prämien und Kostenbeteiligungen im Kanton Zug)
8. Inbetriebnahme der elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal: Testabstimmung
9. Verabschiedungen:

9.1. Verabschiedung des Standesweibels
9.2. Verabschiedung des Kantonsratspräsidenten
9.3. Verabschiedung des Landammanns

10. Wahlen:

10.1. Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten
10.2. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Kantonsrats
10.3. Wahl von zwei Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzählern des Kantonsrats
10.4. Wahl von zwei stellvertretenden Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzählern des Kantonsrats
10.5. Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns
10.6. Wahl der Statthalterin oder des Statthalters

**643 Namensaufruf**

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit aller 80 Ratsmitglieder.

**644 Mitteilungen**

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Fontana in Baar ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

Sicherheitsdirektor Beat Villiger ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Er nimmt an einer Beerdigung teil.

Baudirektor Urs Hürlimann hat sich für die heutige Sitzung ebenfalls entschuldigt. Er befindet sich zusammen mit seiner Frau auf einer Reise nach Neuseeland, die sie sich gegenseitig zu ihrem je sechzigsten Geburtstag geschenkt haben.

Heute wird Standesweibel Hans Peter Rosenberg verabschiedet. Er schwingt den Weibelstab noch bis und mit zur morgigen Landammannfeier. Danach übernimmt Pascale Schriber als Standesweibelin im Kanton das Zepter bzw. zumindest den Weibelstab. Die neue stellvertretende Standesweibelin heisst Barbara Ulmann. Sie kommt bereits heute zum Einsatz. Der Vorsitzende heisst sie herzlich willkommen. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 1

**645 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**646 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 27. Oktober und 10. November 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 27. Oktober und 10. November 2016 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**647 Traktandum 3.1: Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Kanton Zug als TiSA-freie Zone**

Vorlage: 2690.1 - 15326 (Postulatstext).

**Heini Schmid** stellt namens der CVP-Fraktion den **Antrag,** das vorliegenden Postulat nicht zu überweisen, dies aus drei Gründen:

• Gemäss Art. 101 der Bundesverfassung ist die Aussenwirtschaftspolitik eine Angelegenheit des Bundes. Entsprechende Verhandlungen werden durch den Bundesrat geführt, den Kantonen kommt in diesem Bereich keine Rechtssetzungskompetenz zu. Die CVP pflegt den Grundsatz, dass nur Postulate und Motionen überwiesen werden sollten, die einen unmittelbaren Bezug zum Kanton Zug haben oder – bei nationalen Themen – den Kanton Zug speziell betreffen. Diese Bedingung sieht die CVP hier nicht erfüllt.
• Das Postulat fordert nur eine sogenannt TiSA-freie Zone und keine generelle Stellungnahme wie in der Stadt Zug, wo ein ähnliches Postulat eingereicht wurde. Die Forderung widerspricht nach Ansicht der CVP klar Art. 49 der Bundesverfassung, wo festgehalten ist, dass Bundesrecht kantonalem Recht vorgeht. Würde im Kanton Zug eine TiSA-freie Zone umgesetzt, der Bund aber den Beitritt zu TiSA beschliessen, würde das zu einem Konflikt zwischen Bund und Kanton führen. Da in einem Bundesstaat das höherrangige Recht immer vorgeht, ist die Forderung des Postulats im Kern also bundesrechtswidrig.
• Auch materiell ist die Stossrichtung des Postulats nach Ansicht der CVP falsch und widerspricht der DNA des Kantons Zug. Die Diskussion über die Globalisierung erinnert den Votanten immer an Seminare an der Universität zur Handels- und Gewerbefreiheit in der Schweiz. Im 19. Jahrhundert musste der schweizerische Bundesstaat durchsetzen, dass alle Gewerbegenossen gleichberechtigt waren. Natürlich hatten die Walliser keine Freude, wenn Waadtländer an ihre Märkte kamen, und die Zuger hatten keine Freude, wenn Luzerner oder Zürcher kamen. Deshalb gibt es eine ausführliche Judikatur, mit welcher der Bund und das Bundesgericht die Gleichberechtigung aller Gewerbegenossen durchsetzen mussten. TiSA will genau dasselbe weltweit – und weltweit ist man diesbezüglich heute etwa in derselben Situation wie die Schweiz im 19. Jahrhundert. Man kann das Wallis durch Burundi und Zürich mit den USA ersetzen, und man sieht genau dieselben Probleme. Denn dauerte es früher einen Tag, bis man im Wallis war, so erreicht man heute in einem Tag irgendeinen Punkt der Erde. Wenn man berücksichtigt, dass die Welt fast zu einem Dorf oder einem Land geworden ist, dann macht es Sinn, alle Menschen, Dienstleistungen und Waren unabhängig von ihrer Herkunft gleich zu behandeln. Genau das will TiSA. Und warum widerspricht das Postulat der DNA des Kantons Zug? Zug war immer ein kleiner Kanton, der fremden Einflüssen ausgesetzt war und unter starkem Einfluss von Zürich, Luzern und Schwyz stand. Er war nie so stark, dass er seine Vorstellungen unabhängig von andern durchsetzen konnte. Das hat zu einer Offenheit für andere Ideen und in der Wirtschaft geführt. Eine TiSA-freie Zone aber bedeutet Abschottung und keine Globalisierung – und es bedeutet, die Chancen der Globalisierung ausser Acht zu lassen. Der Untergang beginnt nämlich immer im Kopf: Wer immer nur die Gefahren sieht und nicht den Mut hat, die Chancen zu sehen, wird mit Sicherheit nicht erfolgreich sein.

**Andreas Lustenberger** spricht für die ALG. TiSA, dieses Abkommen, über welches hinter verschlossenen Türen verhandelt wird und das nicht einmal mehr verändert werden kann, ist wohl das unschweizerischste Abkommen, das der Votant kennt. Es geht der ALG denn auch keineswegs darum, irgendeine Gewerbefreiheit zu verunmöglichen oder sich nicht weltoffen zu zeigen. Mit diesem Abkommen aber bringt man die Versorgung der Zuger und Schweizer Bevölkerung mit Grundleistungen etwa in den Bereichen Energie, Wasser oder Gesundheit arg in Bedrängnis. Es kann soweit führen, dass sich die Schweiz internationalem Druck beugen und diese Dienstleistungen an internationale Unternehmen privatisieren muss. Jedermann kennt die Berichte über gescheiterte Privatisierungsversuche zum Beispiel in Südamerika oder aktuell auch in den USA. Die Leittragenden ist immer die grosse

Mehrheit der Bevölkerung, während ein paar wenige von den Privatisierungen profitieren. Es geht aber noch weiter – und hier liegt der von Heini Schmid in Frage gestellte Bezug zum Kanton Zug: Mit diesen Abkommen käme auch der Dienstleistungssektor, welcher mit der digitalen Revolution bereits vor grossen Herausforderungen steht, noch weiter unter Druck. Gerade für den Kanton Zug mit seinen vielen Arbeitsstellen im Dienstleistungssektor birgt dies eine immense Gefahr.
Mit der Überweisung des Postulats kann der Kantonsrat ein wichtiges Signal nach Bern senden. Die ALG bittet deshalb, das Postulat zu überweisen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für die Nichtüberweisung zwei Drittel der Stimmenden erforderlich sind.

➔ Der Rat überweist das Postulat mit 29 Ja- und 39 Nein-Stimmen an den Regierungsrat. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum wird nicht erreicht.

**648** Traktandum 3.2: **Eingabe von X. vom Dezember 2016 an die Staatskanzlei**

Der **Vorsitzende** informiert, dass am 9. Dezember 2016 bei der Staatskanzlei ein Schreiben einging, das unter anderem als Oberaufsichtsbeschwerde gegen verschiedene staatliche Organen formuliert ist. Für die Prüfung von Oberaufsichtsbeschwerden sowie für die Berichterstattung und Antragstellung an den Kantonsrat ist gemäss § 19 Abs. 3 GO KR die Justizprüfungskommission zuständig. Das Dossier wird daher an die Justizprüfungskommission weitergeleitet. Die Staatskanzlei wird X. dieses Vorgehen schriftlich bestätigen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**649** Traktandum 4.1: **Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)**
Vorlagen: 2687.1 - 15317 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2687.2 - 15318 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Hans Christen, Zug, FDP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Alice Landtwing, Zug, FDP |
| Andreas Etter, Menzingen, CVP | Silvan Renggli, Cham, CVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Beat Sieber, Cham, SVP |
| Alois Gössi, Baar, SP | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Esther Haas, Cham, ALG | Vroni Straub-Müller, Zug, ALG |
| Barbara Häseli, Baar, CVP | Thomas Werner, Unterägeri, SVP |
| Markus Hürlimann, Baar, SVP | Roger Wiederkehr, Risch, CVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**650** Traktandum 4.2: **Teilrevision des Steuergesetzes – Grundstückgewinnsteuer: rechtsverbindliche Vorprüfung und Rechtsmittellegitimation**
Vorlagen: 2688.1 - 15319 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2688.2 - 15320 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Pirmin Andermatt, Baar, CVP | Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG |
| Manuel Brandenberg, Zug, SVP | Markus Hürlimann, Baar, SVP |
| Philippe Camenisch, Zug, FDP | Gabriela Ingold, Unterägeri, FDP |
| Hans Christen, Zug, FDP | René Kryenbühl, Oberägeri, SVP |
| Laura Dittli, Oberägeri, CVP | Michael Riboni, Baar, SVP |
| Alois Gössi, Baar, SP | Heini Schmid, Baar, CVP |
| Susanne Giger, Zug, ALG | Florian Weber, Walchwil, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**651** Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 2 Siedlungsbegrenzungslinie; L 5.1 Kantonale Naturschutzgebiete; L 7 BLN-Gebiet; E 10 Störfallvorsorge; E 11 Abbau Steine und Erden)**
Vorlagen: 2689.1/1a - 15321 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2689.2 - 15322 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

TRAKTANDUM 5

**652** **Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (GNU): 2. Lesung**
Vorlage: 2602.5 - 15281 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 53 zu 17 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor: Die Motion von Leonie Winter, Thiemo Hächler und Oliver Wandfluh betreffend Nutzung des tiefen Untergrunds vom 28. September 2012 (Vorlage 2187.1 – 14167) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

653 **Kantonsratsbeschluss über den Beitritt zum Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die psychiatrische Versorgung (Psychiatriekonkordat) vom 17. März 2016**

Vorlagen: 2607.1 - 15142 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2607.2/2a - 15143 (Antrag des Regierungsrats); 2607.3 - 15269 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission); 2607.4 - 15270 (Bericht und Antrag der Kommission für Gesundheit und Soziales); 2607.5 - 15287 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrats, die Konkordatskommission, die Kommission für Gesundheit und Soziales und die Staatswirtschaftskommission beantragen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Er führt weiter aus, dass es sich hier um den Beitritt zu einem Konkordat handelt. Dem Konkordat kann nur als Ganzes zugestimmt werden; eine Detailberatung des Konkordats ist nicht möglich, und es wird in den kantonalen Gesetzessammlungen nur als Anhang publiziert. Die Detailberatung des Kantonsrats beschränkt sich also auf den Kantonsratsbeschluss betreffend Konkordatsbeitritt. Selbstverständlich sind politische Meinungsäusserungen möglich.

EINTRETENSDEBATTE

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, teilt mit, dass die Konkordatskommission das vorliegende Geschäft am 29. August 2016 beraten hat. Diese Beratung bildete den Abschluss eines längeren Prozesses, während dem die Kommission immer wieder in den Revisionsprozess eingebunden wurde. Ausführungen dazu finden sich auf Seite 2 des Kommissionsberichts. Nachdem der Votant die Regierung in der Vergangenheit immer wieder tadeln musste in Bezug auf die Verfahren bei interkantonalen Angelegenheiten, darf er ihr dieses Mal ein uneingeschränktes Lob aussprechen: Die Konkordatskommission erachtet ihren Einbezug in den Prozess der Totalrevision seit dem Jahr 2011 als vorbildlich und beispielhaft für die Zukunft. Namens der Kommission dankt der Votant dem Regierungsrat dafür. Die von der Kommission im Verlauf des Prozesses eingebrachten Kommentare und/oder Empfehlungen wurden zu deren Zufriedenheit berücksichtigt. Entsprechend war der Beitritt des Kantons Zug zum totalrevidierten Psychiatriekonkordat in der Konkordatskommission letztlich unbestritten und wurde einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen.
Der Präsident der Konkordatskommission will nicht auf alles eingehen, was sich mit der Totalrevision ändert; dazu findet man – neben dem ausführlichen Bericht des Regierungsrats – eine Zusammenfassung unter Ziffer 3.1. im Kommissionsbericht. Er möchte aber auf einen Punkt speziell hinweisen, der die Kompetenzen des Kantonsrats betrifft. Eine schematische Übersicht mit den aktuellen und den neu geplanten Kompetenzordnungen findet sich auf Seite 4 des Kommissionsberichts. Bezüglich der kantonsrätlichen Kompetenzen ergibt sich eine einzige Änderung, sie betrifft den ambulanten Bereich: Bislang hat der Kantonsrat den Leistungsauftrag des Ambulanten Psychiatrischen Dienstes (APD) – bisher ein kantonales Amt innerhalb der Gesundheitsdirektion – und das zugehörige Budget im Rahmen der jährlichen Budgetdebatte genehmigt. Künftig wird diese Kompetenz beim Konkordat liegen, da der APD kein Amt des Kantons mehr sein wird, sondern – bildlich gesprochen – in die neue Betriebsgesellschaft übergeht. Für die Konkordatskommission ist diese Kompetenzverschiebung eine logische Folge der angedachten Struktur

des neuen Konkordats. Wer zu dieser angedachten Struktur Ja sagt, muss konsequenterweise auch dieser Kompetenzänderung zustimmen, und darum ist diese Kompetenzänderung für die Konkordatskommission kein Grund, der Totalrevision nicht zuzustimmen.
Einige weitere Punkte:
• Es ist der Konkordatskommission ein Anliegen, der bisherigen Trägerschaft, den Barmherzigen Brüdern, für ihre grossen Verdienste herzlich zu danken. Die Barmherzigen Brüder haben sich während über neunzig Jahren mit viel Engagement für die Zuger Bevölkerung und die psychisch kranken Menschen im Konkordatsgebiet eingesetzt. Sie waren stets verlässliche Partner und glaubwürdige Repräsentanten der Klinik. Das ausgeprägte Verantwortungsbewusstsein zeigt sich nicht zuletzt in der Art und Weise, wie der Ablösungsprozess eingeleitet und gestaltet wurde. Dies alles verdient grossen Dank und Respekt.
• Bezüglich der finanziellen Folgen der Totalrevision muss insbesondere zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich unterschieden werden. Im stationären Bereich ändert sich bezüglich der finanziellen Abgeltung nichts; diese richtet sich weiterhin nach Bundesrecht. Im ambulanten Bereich ergeben sich insofern Änderungen bei der Finanzierungsorganisation, als dass die Entschädigung für die Leistungen der Betriebsgesellschaft neu im Rahmen von Leistungsaufträgen, die der Konkordatsrat an die Betriebsgesellschaft erteilt, geregelt wird. Der Regierungsrat geht in einer Modellrechnung davon aus, dass sich im ambulanten Bereich der Aufwandüberschuss durch die neue Struktur um rund 55'000 Franken erhöht. Ob dies in der Realität so sein wird, hängt davon ab, dass die Entschädigung an die neue Betriebsgesellschaft für den ambulanten Bereich letztlich nicht höher ausfällt als die direkten und indirekten Aufwände für den bisherigen ambulanten Dienst. Letztlich kann nur die Forderung an den Regierungsrat gerichtet werden, dass mit dem neuen Leistungsauftrag nicht mehr abgegolten wird, als bisher im ambulanten Bereich aufgewendet wurde.
• Über die neuen Beteiligungsverhältnisse wurde im ganzen Prozess lange diskutiert. Für den Kanton Zug scheint die Regelung auf den ersten Blick nicht so gut zu sein, hat er doch einen Stimmrechtsanteil, der tiefer als der Kapitalanteil ist. Dabei ist wichtig zu wissen, dass sich der Stimmrechtsanteil nach der aktuellen Inanspruchnahme der Klinik durch die beteiligten Kantone richtet. Für die Konkordatskommission war immer zentral, dass der bisherige Anteil der Kantone an der Vermögenssubstanz gleich bleibt – und das war eben nur mit einer Kapitalbeteiligung von 57 Prozent erreichbar. Darum hat die Konkordatskommission dieser Lösung, die letztlich wohl Ergebnis eines politischen Aushandelns zwischen den Kantonen war, zugestimmt.
Ein Nein zum totalrevidierten Psychiatriekonkordat bringt den Kanton Zug keinen Schritt weiter – im Gegenteil: Das bisherige Konkordat würde zwar weiterbestehen, es ist aber sicher, dass die Barmherzigen Brüder den Vertrag mit dem Konkordat aufkündigen. Somit würden alle bisherigen Abmachungen obsolet, allfällige neue Lösungen könnten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nur zu massiv schlechteren Konditionen für den Kanton Zug erreicht werden. Die Konkordatskommission empfiehlt deshalb einstimmig und ohne Enthaltung, dem totalrevidierten Psychiatriekonkordat zuzustimmen.

**Vroni Straub-Müller,** Präsidentin der Kommission für Gesundheit und Soziales, hält fest, dass die Kommission von Beginn weg wusste, dass sie am Konkordatstext keine Änderungen vornehmen konnte. Das löste ein gewisses Unbehagen aus, nichtsdestotrotz war Eintreten aber unbestritten, dies bei zwei Enthaltungen. In der Kommissionsberatung ging es um eine gesundheitspolitische Würdigung des vor-

liegenden Konkordats. Die Kommission wurde in den letzten Jahren immer wieder über den Stand der Arbeiten informiert, es wäre von ihrer Seite also ein Leichtes gewesen, mittels Vorstössen einzugreifen. Nach einem historischen Rückblick auf hundert Jahre Zusammenarbeit des Kantons Zug mit der Psychiatrischen Klinik Franziskusheim bzw. Zugersee und dreissig Jahre Zusammenarbeit mit den Kantonen Uri und Schwyz wurden der Kommission Zweck, Struktur und Aufgaben des neuen Konkordats im Vergleich zum bestehenden erläutert. Fragen ergaben sich vor allem zum Zustand der Gebäude, zur Situation der Pensionskasse und allgemein zum Personal. Die Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. Der Vorteil des neuen Konkordats liegt aus Sicht der Kommission für Gesundheit und Soziales in der Zusammenarbeit. Hier sei der Fokus auf die ambulante Behandlung zu richten und analog zur Akutmedizin auch in der Psychiatrie die ambulanten Leistungen zu fördern. Die Kommission für Gesundheit und Soziales wünscht dem Konkordat und der neuen Betriebsgesellschaft viel Erfolg und gutes Gelingen. Das Eingliedern und Zusammenfügen verschiedener Kulturen unter einem Dach erfordert viel Fingerspitzengefühl.
In der Schlussabstimmung stimmten 9 Kommissionsmitglieder der Vorlage zu, 3 Mitglieder enthielten sich der Stimme. Die ALG-Fraktion stimmt der Vorlage unisono zu.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass die Vorlage bereits im Detail dargestellt wurde. In der Kommission für Gesundheit und Soziales sowie in der Konkordatskommission war das Geschäft unbestritten. Die Stawiko hat sich anlässlich ihrer Sitzung vom 9. November 2016 intensiv mit den finanziellen Auswirkungen auseinandergesetzt. Für Fragen standen ihr der Gesundheitsdirektor sowie der Beauftragte für gesundheitspolitische Fragen zur Verfügung. Die finanziellen Auswirkungen sind im Bericht der Stawiko unter Punkt 2.2. transparent dargestellt. Die stationäre Psychiatriebehandlung wird die Staatsrechnung wie bisher gemäss Bundesrecht mit 55 Prozent der Hospitalisationskosten belasten. Der Kantonsrat hat hier keinen Handlungsspielraum. Diese Vorlage betrifft die ambulante und die teilstationäre Psychiatrie.
Mit dem Beitritt zum Konkordat genehmigt der Kanton Zug stillschweigend auch den Kauf der Parzelle von total 34'530 Quadratmeter bei der Psychiatrischen Klinik Zugersee. Die Stawiko beurteilt den Kauf dieser Parzelle als strategisch und sehr sinnvoll. Dieser Grund und Boden muss für den Kanton gesichert werden. Das Grundstück wird im Verwaltungsvermögen bilanziert und der Betriebsgesellschaft im Baurecht zur Verfügung gestellt werden. Einen Businessplan für die neue Betriebsgesellschaft gibt es nicht.
Der ambulante psychiatrische Dienst wird durch die neu zu gründende Gesellschaft übernommen. Für diese Kosten kommt weiterhin der Kanton auf. Für 2018 werden Mehrkosten von 55'000 Franken veranschlagt. Die Personalkosten, die Miete und die übrigen Kosten bleiben unverändert. Hinzu kommen *Overhead*-Kosten der Betriebsgesellschaft von rund 255'000 Franken sowie in den ersten drei bis vier Jahren Projektkosten von 40'000 Franken pro Jahr. Nach Abzug der Einnahmen aus dem Baurechtszins resultiert per Saldo der genannte Mehraufwand von 55'000 Franken. Obwohl die Stawiko der Vorlage bedingungslos zustimmt, fordert sie die Regierung jedoch auf, dafür besorgt zu sein, dass die Auslagerung kostenneutral erfolgen kann. Sie ist überzeugt, dass dies gelingen wird.
Das neu geschaffene Tagesambulatorium wird ebenfalls in die neue TRIAPLUS AG überführt. Dies macht ebenfalls Sinn, denn damit kann eine integrierte psychiatrische Versorgung aus einer Hand erfolgen. Die Stawiko unterstützt die Bündelung der Angebote dreier Kantone in einer modernen Betriebsgesellschaft. Sie ist für Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Ein Konkordat stellt eine auf Jahrzehnte angelegte Verbindung dar, welche nicht einfach aufgelöst werden kann. Dies hat die SVP-Fraktion bewogen, eine intensive Diskussion über dieses sehr ernste Thema zu führen. Auch die SVP dankt den Barmherzigen Brüdern und ihren Mitarbeitern für ihre grosse Arbeit im Dienst psychisch kranker Menschen.
Das vorgeschlagene Konkordat löst ein bestehendes ab und ist – wie versichert wird – umfassender und besser. Der Kanton Uri hat dem neuen Konkordat bereits zugestimmt. Die SVP-Fraktion hat aber ganz grundsätzliche Bedenken gegenüber Konkordaten, und sie stellt den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie befürchtet, dass hier ein teures Konstrukt aufgebaut wird, und der Votant persönlich ist überzeugt, dass sich der Kantonsrat in den kommenden Jahren über die Mehrkosten, die angeblich nur 55'000 Franken pro Jahr betragen sollen, noch unterhalten wird; es gibt diesbezüglich genügend Beispiele, genannt sei nur die KESB. Die SVP hat insbesondere grosse Bedenken, wie der Kanton Zug aus dem Konkordat aussteigen könnte. Als gutes Beispiel sei die Aufkündigung des PH-Konkordats genannt, welche den Kanton Zug zu einer eigenständigen Lösung, nämlich der PH Zug, gezwungen hat. Der Kantonsrat hat – wie gehört – keine Möglichkeit, am Konkordat selbst etwas zu ändern. Er kann nur Ja oder Nein dazu sagen – und die SVP sagt Nein. Sie möchte die psychiatrische Versorgung im Kanton Zug eigenständig und ohne Partner realisieren. Der grosse finanzielle Aufwand, der auf den Kanton zukommt, erschreckt die SVP bereits heute. Sie ist auch der Meinung, dass die bisher geleistete Arbeit nicht vergebens ist. Man kann auf dieser Basis eine Zuger Lösung ohne Konkordat entwickeln, wobei die Partner, die seit über dreissig Jahren dabei sind – nämlich Schwyz und Uri – durchaus mitmachen können, allerdings zu den Zuger Bedingungen: Der Kanton Zug soll sagen können, was in dieser Sache läuft. Zusammenfassend empfiehlt die SVP-Fraktion also, nicht auf die Vorlage einzutreten und sie abzulehnen.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Diese hat die Vorlage wie die drei vorberatenden Kommissionen für gut befunden und stimmt ihr vorbehaltslos zu. Es handelt sich um eine ausgereifte Vorlage.
Die Frage der Privatisierung ist in der FDP-Fraktion immer ein Thema, das interessiert und näher betrachtet wird. Weil es sich hier aber um eine hoheitliche Aufgabe handelt, hat die FDP diesen Gedanken rasch wieder verworfen. Im Übrigen geht es hier um die gleiche Organisationsform wie beim Kantonsspital, und bekanntlich hat sich diese bewährt. Auch die FDP hat gegenüber Konkordaten eine gesunde Skepsis. In diesem Fall aber ist sie der Meinung, dass ein Konkordat sinnvoll ist. Betriebswirtschaftlich ist das Zusammengehen bei der vorliegenden Grösse sogar ideal. Die FDP empfiehlt deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion das Konkordat unterstützt. Auch zuhanden der SVP weist sie auf den dritten Monitoring-Bericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums hin, der aufzeigt, dass rund 17 Prozent der Schweizer Bevölkerung an psychischen Erkrankungen leidet. Fast jede fünfte Zugerin bzw. jeder fünfte Zuger leidet an einer pychischen Erkrankung, wobei das Spektrum von Angstzuständen und Essstörungen bis hin zu schweren psychischen Krankheiten reicht. Das Thema psychische Erkrankungen ist also hochrelevant. Wenn es nun zu zusätzlichen Kosten kommen sollte, ist das ziemlich sicher nicht eine Folge des Konkordats, sondern dadurch begründet, dass psychische Erkrankungen volkswirtschaftlich und individuell hohe Kosten auslösen können. Das vorliegende Konkordat ist sinnvoll, die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage.

**Silvan Renggli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion das Psychiatriekonkordat beraten hat und einstimmig für Eintreten ist. In der Psychiatrieversorgung des Kantons Zug haben sich Kooperationen seit Langem bewährt, mit den Kantonen Uri und Schwyz schon über dreissig Jahre. Sie haben sich für alle Partner als sehr nutzbringend und stabil erwiesen. Insofern ist es folgerichtig, die bewährte Zusammenarbeit auch nach dem angekündigten Rückzug der Barmherzigen Brüder aus der Trägerschaft der Klinik Zugersee fortzusetzen. Künftig gilt es zudem – dies zusätzlich zu heute – im Sinne der integrierten Versorgung neben dem stationären auch den ambulanten und teilstationären Bereich einzubeziehen.
Was machen die anderen Kantone? Der Kanton Zürich ist in vier Versorgungsregionen unterteilt. Der Kanton Aargau kennt die Organisation «Psychiatrische Dienste Aargau AG». Luzern führt die «Luzerner Psychiatrie». Nid- und Obwalden haben heute die «Psychiatrie Obwalden/Nidwalden» in Sarnen (PONS) und werden sich künftig der Luzerner Psychiatrie anschliessen. Die Umsetzung mit einem Konkordat mit drei Kantonen ist einzigartig – und doch geht man kein Risiko ein, weil sich diese Zusammenarbeit bewährt hat.
Zur Organisation: Die neue Betriebsgesellschaft TRIAPLUS AG erbringt die Versorgungsleistungen aufgrund von Leistungsaufträgen für Basis- und Zusatzangebote, die sie mit dem Psychiatriekonkordat vereinbart hat. Die Kantone können weitere Angebote vereinbaren, die sie ausserhalb des Konkordats zusätzlich und selbständig finanzieren müssen. Der Konkordatsrat besteht aus sieben Personen und wird weitreichende Kompetenzen haben. Der Zuger Gesundheitsdirektor ist Präsident des Konkordatsrats. Zudem kann der Kanton Zug zwei qualifizierte, geeignete Vertreterinnen oder Vertreter in den Konkordatsrat wählen.
Im Kanton Uri hat der Landrat am 28. September 2016 dem Konkordat mit 59 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. Der Schwyzer Kantonsrat hat dem Konkordat gestern mit 92 zu 3 Stimmen zugestimmt. Die CVP-Fraktion unterstützt einstimmig den Beitritt zum Psychiatriekonkordat.

**Manuel Brandenberg** möchte vom Regierungsrat wissen, wer von Seiten des Kantons Zug als Mitglied des Konkordatsrats bzw. als Verwaltungsrat der Betriebsgesellschaft vorgesehen ist. Er kann sich vorstellen, dass es bereits entsprechende Pläne gibt und der Regierungsrat davon weiss.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** dankt im Namen des Regierungsrats für die sehr gute Aufnahme des vorliegenden Konkordats. Die drei vorberatenden Kommissionen haben dem Konkordat jeweils ohne Gegenstimme zugestimmt. Die Konkordatskommission begleitete zudem die Entstehung des Konkordats über Jahre. Alle ihre wertvollen Hinweise sind in das Konkordat eingeflossen. Auch die Frage «Konkordat ja oder nein» wurde dort ausgiebig erörtert und klar zugunsten eines Konkordats entschieden. Auch die Kommission für Gesundheit und Soziales wurde schon früher über den Prozess orientiert. Der Gesundheitsdirektor dankt für die parlamentarische Mitarbeit an diesem Vertrag zwischen den Kantonen. Sie ist bemerkenswert, weil der Kantonsrat heute ja nur noch über das ganze Paket abstimmen kann. Und wie bereits gehört: In den beiden andern Konkordatskantonen sieht es nach einer klaren Zustimmung zum Konkordat aus. Der Urner Landrat hiess den Beitritt zum neuen Psychiatriekonkordat am 28. September 2016 einstimmig gut, und der Schwyzer Kantonsrat beschloss gestern mit nur 3 Gegenstimmen den Beitritt zum Konkordat. Nun steht noch der Entscheid des Kantons Zug an, heute in der ersten Lesung und am 2. März 2017 in der zweiten Lesung.
Dieses Konkordat ist ein Innovationsprojekt für die drei Kantone Uri, Schwyz und Zug. Eine solche interkantonale Zusammenarbeit hat schweizweit Pioniercharakter.

Als Standortkanton hat Zug grösstes Interesse an dieser Lösung. Es wird eine Versorgungsregion mit 300'000 Einwohnern geschaffen, was eine ideale Grösse ist. Die drei Ebenen stationär, teilstationär und ambulant werden zu einem sogenannt integrierten Angebot zusammengeführt, worin ein grosses Potenzial auch bezüglich Kosten liegt. Auch die Gründung einer Betriebsgesellschaft und damit die saubere Trennung von Leistungserbringung und Auftraggeber ist zukunftsträchtig. Sie orientiert sich, wie bereits ausgeführt wurde, am Modell des Zuger Kantonsspitals. Dieses Modell hat sich für den Kanton Zug sehr bewährt und wurde von der Bevölkerung an der Urne zweimal deutlich bestätigt. Die gemeinsame Betriebsgesellschaft in der Rechtsform einer privatrechtlichen gemeinnützigen Aktiengesellschaft mit einem unabhängigen Verwaltungsrat gewährleistet ein wohnortsnahes Leistungsangebot in hoher Qualität.
Das totalrevidierte Konkordat ersetzt das bisherige von 1982. Es baut aber darauf auf. Die Planungskompetenz liegt künftig beim Konkordat. Die Kantone behalten jedoch über den Genehmigungsvorbehalt der Regierungen ihren Einfluss, wobei dieser Vorbehalt von den Regierungen jeweils einstimmig zu treffen ist. Der APD, der heute ein Amt des Kantons ist, geht mit dem Konkordat wie die ambulanten Dienste in Schwyz und Uri an das Konkordat über. Schliesslich ist auf die speziell für Zug attraktiven Bedingungen für die Übernahme der Klinik sowie des Grundstücks hinzuweisen. Zug investiert rund 21 Millionen Franken. Der Kanton Zug wird das 34'530 Quadratmeter grosse Klinikgrundstück in Oberwil für 18 Millionen Franken erwerben und der Betriebsgesellschaft im Baurecht zur Verfügung stellen. Eine Parzelle an derart prominenter und sensibler Lage hat für Zug strategische Bedeutung. Die übrigen Aktiven und Passiven der Klinik inklusive Gebäude können von der heutigen Trägerschaft zu Buchwerten übernommen und der Betriebsgesellschaft übertragen werden. Am Aktienkapital von 5 Millionen Franken ist der Kanton Zug mit 2,85 Millionen Franken beteiligt. Die Klinikgebäude, welche die neue AG mit ihrem Aktienkapital übernimmt, haben einen Buchwert von 6 Millionen Franken und einen Versicherungswert von 96 Millionen Franken. Es sind somit grosse stille Reserven vorhanden.
Zu den einzelnen Voten: Der Präsident der Konkordatskommision und die Stawiko-Präsidenten haben dazu aufgerufen, die Kosten vor allem im ambulanten Bereich nicht ansteigen zu lassen. Das ist selbstverständlich auch das Ziel des Regierungsrats, und der Gesundheitsdirektor wird grosses Gewicht darauf legen. Im ambulanten Bereich liegt ein grosses Potenzial, wenn man an die Fallkosten von rund 20'000 Franken im stationären Bereich denkt. Auch wenn im ambulanten Bereich strukturell mit 55'000 Franken Mehrkosten gerechnet wird, ergibt sich ein grosses Potenzial an Kosteneinsparungen, wenn mehr Leute ambulant oder teilstationär betreut werden.
Die neuen Beteiligungsverhältnisse sind – worauf bereits der Präsident der Konkordatskommission hingewiesen hat – für das Funktionieren des Konkordats, aber auch für die Sicherstellung der Interessen des Kantons Zug ideal. Die Präsidentin der Kommission für Gesundheit und Soziales hat darauf hingewiesen, dass bei der Überführung des Personals in die neue Struktur Fingerspitzengefühl gefragt sei. Der Gesundheitsdirektor hat in der Kommission ausführlich darüber berichten können, dass dies in einem breit angelegten Prozess geschieht, was nicht sehr einfach ist. Es wird grosser Wert darauf gelegt, dass das eher schwierig zu rekrutierende Personal korrekt überführt werden kann. Die meisten werden bezüglich Pensionskasse und auch arbeitsrechtlich dann den Zuger Bedingungen unterstellt sein.
Zum ablehnenden Votum des SVP-Sprechers verweist der Gesundheitsdirektor auf die Seite 13 f. des Berichts des Regierungsrats. Dort wird ausgeführt, dass man für eine gemeinsame psychiatrische Versorgungsplanung und die Erteilung der Leis-

tungsaufträge auf ein Konkordat angewiesen ist. Für die Kooperation der drei Kantone gibt es keine Alternative zu einem Konkordat. Auch die Weiterführung des bisherigen Konkordats ist nicht möglich, weil der Verein der Barmherzigen Brüder so schnell wie möglich verkaufen und sich von dieser Tätigkeit trennen will. Die Barmherzigen Brüder haben den Trägerkantonen und insbesondere dem Kanton Zug unmissverständlich klar gemacht, dass eine künftige Lösung – falls die jetzt vorliegende scheitern sollte – nicht mehr zu ähnlich guten Bedingungen zu haben wäre. Allein die bei einem Scheitern des Konkordats neu erhobenen Zinsen, welche ab Mitte 2017 anfallen würden, wären eine grosse Belastung für die Klinik und damit auch für die Kantone. Der Autonomieverlust für den Kantonsrat ist zudem – wie bereits ausgeführt wurde – äusserst bescheiden. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, geht einzig die Kompetenz für den APD vom Kantonsrat auf das Konkordat über. Ein Scheitern des Konkordates würde nicht nur eine Unsicherheit über Jahre bedeuten, sie würde für den Kanton Zug mit Sicherheit viel teurer werden, und die Frage, ob die Tätigkeit der Klinik und das Grundstück an dieser Lage für die öffentliche Hand und damit auch die hohen Investitionen der drei Kantone in die Immobilien in den letzten Jahren gesichert werden könnten, ist mit grossen Unsicherheiten verbunden. Mit dem lange erdauerten *Goodwill* der Barmherzigen Brüder für eine ähnliche Lösung kann bei einem Scheitern nicht mehr gerechnet werden. Der Abschluss dieses Konkordats ist in grösstem finanz- und gesundheitspolitischen Interesse für den Kanton Zug.
Zur Frage von Manuel Brandenberg bezüglich Besetzung des Konkordatsrats und Verwaltungsrats hält der Gesundheitsdirektor fest, dass die Mitglieder des Konkordatsrats noch nicht bestimmt sind. Sicher ist, dass der Gesundheitsdirektor das Präsidium übernehmen, wie es auch im alten Konkordat der Fall war. Bezüglich des zweiten Zuger Mitglieds des Konkordatsrats wird der Regierungsrat erst einen Entscheid fällen, wenn das Konkordat rechtskräftig ist. Bezüglich Verwaltungsrat sind Vorbereitungsarbeiten gemacht worden, und es gibt eine Liste von möglichen Kandidatinnen und Kandidaten. Aber auch hier können Anfragen und Ernennungen erst erfolgen, wenn das Konkordat rechtskräftig ist. Von zentraler Bedeutung ist, dass die betreffenden Personen wie beim Kantonsspital ihr Handwerk verstehen und über eine gewisse Unabhängigkeit verfügen, so dass die neue Betriebsgesellschaft betriebswirtschaftlich richtig geführt werden kann.
Der Regierungsrat empfiehlt, diesem für den Kanton Zug wichtigen und vorteilhaften Konkordat, dieser innovativen und zukunftsträchtigen Lösung für die psychiatrische Versorgung zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst mit 60 zu 14 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Konkordatskommission, die Kommission für Gesundheit und Soziales sowie die Staatswirtschaftskommission für die folgenden Bestimmungen dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1 und 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

**Teil II** (Fremdänderungen)

***Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz; GesG) vom 30. Oktober 2008) (Stand 1. Oktober 2013)***

*§ 51*

➔ Der Rat stimmt der Aufhebung von § 51 stillschweigend zu.

**Teil III** (Fremdaufhebungen)

***Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die Psychiatrische Klinik Oberwil-Zug (Psychiatriekonkordat) vom 29. April 1982) (Stand 1. Januar 1983)***

➔ Der Rat stimmt der Aufhebung des Konkordats stillschweigend zu.

***Kantonsratsbeschluss betreffend Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die Psychiatrische Klinik Oberwil-Zug (Psychiatriekonkordat) vom 16. Dezember 1982) (Stand 16. Dezember 1982)***

➔ Der Rat stimmt der Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses stillschweigend zu.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 7

**654 Interpellation der Justizprüfungskommission betreffend Vollzug von Art. 64a Krankenversicherungsgesetz (KVG, Nichtbezahlung von Prämien und Kostenbeteiligungen im Kanton Zug)**
Vorlagen: 2612.1/1a - 15150 (Interpellationstext); 2612.2 - 15311 (Antwort des Regierungsrats).

**Thomas Werner** spricht sowohl als Präsident der Justizprüfungskommission als auch für die SVP-Fraktion, aber nicht im Namen der JPK. Damit sei auch gesagt,

dass für die Besprechung der regierungsrätlichen Antwort keine spezielle Sitzung der JPK einberufen wurde; deren Meinung zur Antwort und zu allfälligen Schritten, die einzuleiten wären, wird im Januar 2017 anlässlich der bereits abgemachten Sitzung abgeholt.
2012 trat im Krankenversicherungsgesetz (KVG) eine neue Regelung in Kraft. Die Krankenkassen konnten uneinbringliche Prämien und Kostenbeteiligungen sowie Verzugszinsen und Betreibungskosten zu 85 Prozent der öffentlichen Hand, also den Kantonen, in Rechnung stellen. Die Krankenversicherer ihrerseits stehen in der Pflicht, die Zahlungen versicherter Personen, die nach Ausstellung eines Verlustscheins doch noch etwas zur Begleichung der Schuld betragen konnten, zu 50 Prozent an den betreffenden Kanton zu überweisen.
Anlässlich einer Visitation im Jahre 2015 stellte die JPK fest, dass sich die Rückzahlungen der Krankenversicherer an den Kanton auf sehr bescheidenem Niveau bewegen. Dies führte zur Frage nach dem Warum, und ob überhaupt überprüft werde und durch wen und wie genau. Die JPK wollte diese Fragen geklärt haben und beschloss deshalb im November 2015, eine entsprechende Interpellation einzureichen. Persönlich ist der Votant der Meinung, dass die Regierung die Fragen detailliert und plausibel beantwortet hat; er dankt dafür. Einiges lässt sich tatsächlich mit dem langwierigen Prozess erklären. Die Tendenz der Rückzahlungen ist steigend, wenn auch noch immer auf bescheidenem Niveau; sie geht aber in die richtige Richtung. Wichtig ist vor allem, dass sich die Regierung der Zahlen bewusst ist, die weitere Entwicklung aufmerksam beobachtet und – wie sie es verspricht – Optimierungsmöglichkeiten prüft. In diesem Sinn bittet der Votant um Kenntnisnahme der Interpellationsantwort, dies auch im Namen der SVP-Fraktion.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Die Ausführungen der Regierung zu dem von der JPK monierten Problem sind in einem sachlichen, ja geradezu abgeklärten Ton formuliert. Aber hier wäre doch ein bisschen mehr Empörung angebracht gewesen, kommen die Krankenversicherer ihrer gesetzlichen Plicht doch seit Jahren nicht nach und kassieren doppelt: Geld von den Kantonen und Geld von den Versicherten, sobald diese wieder zahlungsfähig sind. Die Regierung stellt einfach fest, dass dies so sei. Und weil es offenbar keine Instanz gibt, welche die Rückerstattung kontrolliert, nimmt man das einfach so hin. Die Regierung informiert zwar über die Möglichkeiten, diesem Missstand entgegenzutreten. Natürlich ist es aufwendig, diese Kontrollen durchzuführen. Aber das ist doch kein Grund zu sagen, dass kein weiterer Handlungsbedarf bestehe! Man kann die Krankenversicherer doch nicht einfach gewähren lassen, vor allem wenn man weiss, mit welchen rustikalen Methoden und wie schnell die Versicherer ausstehende Prämienzahlungen eintreiben.
Ein «moralischer Appell» soll da zielführend sein? Die Regierung verspricht sich davon tatsächlich eine Verhaltensänderung der Versicherer. Auch wenn es sich hier um bundesrechtliche Vorgaben handelt, besteht dringender Handlungsbedarf. Als JPK-Mitglied kann die Votantin dazu nur sagen: Wir bleiben dran!

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** hält fest, dass die JPK eine sehr interessante Frage gestellt hat, die nicht ganz einfach zu beantworten war. Das bot die Gelegenheit, eine Auslegeordnung zu diesem Punkt vorzunehmen. Die Problematik wird im Moment auch auf eidgenössischer Ebene, in der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), diskutiert, und der Handlungsbedarf ist erkannt. Das Thema ist anspruchsvoll. Es betrifft die Schnittstelle zwischen Krankenversicherungs- und Betreibungsrecht. Entsprechend vielschichtig ist die Angelegenheit.
Die JPK hat die Regierung um eine Auslegeordnung gebeten. Die einzelnen Aspekte sind in der schriftlichen Antwort ausgeführt. Generell ist festzuhalten, dass

es bei der Umsetzung der neuen Gesetzesbestimmungen tatsächlich gewisse Probleme gibt. Diese sind aber nicht spezifisch für den Kanton Zug, sondern geben schweizweit Anlass zu Diskussionen. Es ist noch zu früh für eine abschliessende Beurteilung, denn der gesamte Zyklus von der Nichtbezahlung über die Betreibung zum Verlustschein sowie dessen Bewirtschaftung bis zu einer allfälligen Rückzahlung dauert oft Jahre. Zudem müssen sich die neuen Abläufe erst einspielen. Es zeigt sich aber ein positiver Trend: Die Anzahl der Rückerstattungen nimmt zu. Problematisch bleibt jedoch, dass es keine systematische Kontrolle gibt. Hier soll eine neue Regelung auf Bundesebene Abhilfe schaffen. Auf Stufe Kanton sind – wie in der Antwort ausgeführt – keine Massnahmen erforderlich. Wenn schon, wären im Kanton Zug primär die Gemeinden zuständig, denn sie tragen die finanziellen Konsequenzen. Nach Ansicht des Regierungsrats haben sich die Gemeinden für die Bearbeitung der Krankenversicherungsausstände zweckmässig organisiert und machen ihre Aufgaben gut. Der Regierungsrat vertraut darauf, dass sie die nötigen Massnahmen treffen, falls es Anpassungen braucht.
Den Krankenversicherern lassen die gesetzlichen Vorgaben zum Prämieninkasso relativ wenig Spielraum‹ ebenfalls sind den Kantonen die Hände weitgehend gebunden. Der Gesundheitsdirektor hat aber – wie in der Interpellationsantwort angekündigt – die Angelegenheit am jährlichen Treffen mit den Krankenversicherern thematisiert. Mit einer Krankenkasse wurde das Thema vertieft und detailliert angeschaut und insistiert, dass nicht nur die individuellen Geschäftsinteressen, sondern auch die Folgekosten für die Schuldner und den Staat berücksichtigt werden müssen. Bei dieser vertieften Kontrolle kam aber nichts zum Vorschein, was nicht im Sinne der Gesundheitsdirektion gewesen wäre. Die Gesundheitsdirektion wird aber am Thema dranbleiben, und der Gesundheitsdirektor wird sich auch im Rahmen der GDK dafür einsetzen, dass die in der Interpellationsantwort angekündigte erweiterte Revisionspflicht auf Stufe Bund auch wirklich kommt.
Bezüglich der von Esther Haas geforderten grösseren Empörung stellt sich die Frage, worauf sich diese beziehen soll: auf die Krankenkassen bzw. deren Konsequenz, die offenen Forderungen einzutreiben, oder auf den Staat und dessen Rückforderung der ihm zustehenden Gelder. Es weist im Moment nichts darauf hin, dass die Krankenkassen ihrer Pflicht nicht nachkommen, allerdings gibt es aufgrund der fehlenden Revisionspflicht auch keine wirkliche Kontrolle. Man sollte den Krankenkassen aber nicht ein Vergehen vorwerfen, das nicht erwiesen und auch nicht wahrscheinlich ist.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

## 655 Inbetriebnahme der elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal: Testabstimmung

Der **Vorsitzende** dankt einleitend:
- dem Büro des Kantonsrats für die Begleitung bei der Erarbeitung des Reglements betreffend elektronische Abstimmungsanlage;
- den Stimmenzählenden für die wertvollen Hinweise für die praktische Umsetzung des Projekts;
- der Staatskanzlei und der Baudirektion für die Beschaffung und Installation der Anlage.

Landschreiber **Tobias Moser** fasst zuerst die wesentlichen Punkte zu den Abstimmungsgeräten zusammen:
• Jedes Ratsmitglied erhält für die Stimmabgabe ein individuell angeschriebenes, mobiles Gerät. Diese Geräte bleiben während der Kantonsratssitzung im Kantonsratssaal.
• Auf den Geräten gibt es fünf Bedienungsknöpfe: Knopf 1 für das erste Mehr, Knopf 2 für das zweite Mehr, Knopf 3 für ein allfälliges drittes Mehr und Knopf 4 für die Enthaltung. Ein separater, roter Knopf oben dient der Korrektur der Stimmabgabe. Drückt man ihn, leuchtet oben links kurz ein rotes Lämpchen auf. Hat man die Stimmabgabe innert der verbleibenden Zeit korrigiert, leuchtet oben rechts kurz ein grünes Lämpchen auf. Auf den Bildschirmen kann man die Korrektur der Stimmabgabe verfolgen.
Das Vorgehen bei der Stimmabgabe sieht konkret wie folgt aus:
• Das Präsidium liest die Abstimmungsfrage vor und schlägt das Abstimmungsverfahren vor. Die Abstimmungsfrage wird auf den Bildschirmen nicht angezeigt.
• Die Stimmenzählenden lösen auf Anweisung des Präsidiums den Abstimmungsvorgang aus. Dieser dauert 15 Sekunden. Auf den Bildschirmen erscheint die verbleibende Zeit zur Stimmabgabe als *Countdown*.
• Die Stimmabgaben werden laufend auf den Bildschirmen erfasst. Das erste Mehr wird blau, das zweite Mehr rot, ein allfälliges drittes Mehr gelb dargestellt. Enthaltungen sind grau markiert.
• Entschuldigte, abwesende und nicht an einer Abstimmung teilnehmende Ratsmitglieder werden unter «Abwesenheit/Nicht-Teilnahme» weiss dargestellt. Da das Präsidium nicht mitstimmt, wird seine Stimme als «Nicht-Teilnahme dargestellt.
• Die Bildschirmanzeigen sind juristisch nicht verbindlich. Die Stimmenzählenden drucken sie als provisorische *Reports* aus und unterschreiben sie.
• Nach der Kantonsratssitzung erstellt die Staatskanzlei die definitiven *Reports*. Das sind Namenslisten, auf denen pro Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Kantonsratsmitglieder aufgeführt ist. Am dritten Arbeitstag nach der Kantonsratssitzung publiziert die Staatskanzlei die definitiven *Reports* im Internet.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die Stunde der Wahrheit folgt: die Inbetriebnahme der Abstimmungsanlage. Seitens der Staatskanzlei unterstützt Christoph Brütsch die Stimmenzählenden. Er hat die Anlage programmiert und mit den Stimmenzählenden eine Einführung durchgeführt. Heute findet nur ein Test statt. Ab Januar 2017 arbeitet der Rat dann mit der Anlage.
Für den Test gilt die folgende Abstimmungsfrage: «Haben Sie die Bedienungsanleitung gemäss § 9 im Reglement betreffend elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal verstanden?» Knopf 1 bedeutet «Ja» (1. Mehr), Knopf 2 bedeutet «Nein» (2. Mehr). Knopf 3 soll nicht gedrückt werden, weil es kein 3. Mehr gibt. Knopf 4 bedeutet Enthaltung. Die Ratsmitglieder können ihre Stimme abgeben, sobald die Stimmenzählenden den Abstimmungsvorgang ausgelöst haben.
Auf Anweisung des Vorsitzenden lösen die Stimmenzählenden den Abstimmungsvorgang aus, und die Ratsmitglieder geben ihre Stimme ab.

➔ **Abstimmung 1:** 54 Ratsmitglieder beantworten die Abstimmungsfrage mit «Ja», 12 mit «Nein». 1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme, und 1 Ratsmitglied drückt Knopf 3.

Für den **Vorsitzenden** zeigt das Ergebnis der Testabstimmung, dass der Rat mit der Abstimmungsanlage zurechtkommt. Er ist zuversichtlich, dass die Anlage den gewünschten Zweck erfüllen wird.

TRAKTANDUM 9
**Verabschiedungen:**

**656** Traktandum 9.1: **Verabschiedung des Standesweibels**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der langjährige und allseits geschätzte Standesweibel Hans Peter Rosenberg per Ende Jahr aus dem Dienst des Kantons austritt. Der Vorsitzende richtet folgende Dankesworte an den scheidenden Standesweibel: «Lieber Hans Peter, nach zehn Jahren als Standesweibel-Stellvertreter und sechs Jahren als Standesweibel hast Du nicht nur pünktlich deine Karriereleiter erklommen, sondern auch das Pensionsalter erreicht. Ich danke Dir für die schöne Zeit, die ich mit Dir erleben durfte. Es war immer beruhigend zu wissen, dass Du Deine begleitenden Auftritte kennst. Ein kleines Müsterchen: Du chauffierst am Auffahrtstag anlässlich der Landeswallfahrt des Kantons Zug die Staatskarosse mit den nötigen Utensilien pünktlich nach Einsiedeln. So sorgst Du dafür, dass beim anschliessenden Besuch beim Abt, zusammen mit Vertretern von Zuger Kirchen und Politik, alle geordnet und proper auftreten. Für die Heimreise nach Zug durfte ich dann meinerseits Dein Chauffeur sein, weil Deine Arbeitszeit unpopulär in Einsiedeln zu Ende ging. Es war mir eine Freude, Dich zusammen mit zwei Kantonsrätinnen nach Zug zu bringen. Ich hoffe für Deine Nachfolgerin sehr, dass nicht alle Traditionen dem Sparkurs geopfert werden. Mir hat es immer Freude gemacht, mit Dir unterwegs zu sein, mit oder ohne Ornat, und ich wünsche Dir für die kommende Zeit das Allerbeste. Zeit für ein Reisli solltest Du als Pensionär jetzt ja haben. Dir und Deiner Familie wünsche ich eine weiterhin besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr.»

**Manuel Brandenberg** würdigt die Tätigkeit des abtretenden Standesweibels wie folgt: «Lieber Hans Peter, mir fällt die Ehre zu, Dich für Dein reiches Wirken für den Kanton Zug zu würdigen. Du hast das Amt des Standesweibels sehr sorgfältig, gewissenhaft und zuverlässig ausgeübt. Als Standesweibel warst Du quasi Mädchen für alles und jeden. Und Du warst Dir nie zu schade, alle Dienste, die Du zu erbringen hattest, auch tatsächlich zu erbringen. Dafür gebührt Dir der Dank unseres Rates. Als Präsident der SVP-Fraktion ist es mir eine besondere Freude, Dir zu danken, denn Du warst immer ein gern gesehener Gast in unserer Fraktion. Du hast an verschiedenen Fraktionsessen teilgenommen und kennst die Dynamik in unserer Fraktion damit auch aus einem anderen Blickwinkel, was sicher auch Deine Sinne für die Realität zu schärfen vermochte. Du wurdest am 1. Mai 2011, am Tag der Arbeit, als Standesweibel angestellt. Das ist ein gutes Omen, denn Du bist ein sehr arbeitsamer und zuverlässiger Mensch. Unvergessen sind auch die *Chriesi,* die Du im Juni/Juli jeweils von Deinem Hof mitbrachtest, und manch einer in diesem Saal fragt sich wohl, ob es in Zukunft hier weiterhin *Chriesi* und deren Destillat geben wird. Diese Sorge werden wir ohne Dich leider ertragen müssen.
Du warst seit dem 1. April 2000 stellvertretender Standesweibel. Unter dem harten, möglicherweise manchmal auch körperlich anstrengenden Regime von Paul Langenegger hast Du Dich emporgearbeitet, bis Du seine Funktion selber übernehmen durftest. Mit Deinem Abschied beginnt nun eine neue Epoche, denn Deine Nachfolgerin und auch ihre Stellvertreterin sind Damen. Du bist also einer der massgeblichen Vorreiter der Gleichstellung im Kanton Zug, und man kann sich mit Fug fragen, ob nicht allein Deine Person Grund genug gewesen wäre, das hängige Verfahren vor dem Bundesgericht als gegenstandslos abzuschreiben; denn dadurch, dass Du zwei Damen den Weg bereitest, ist eigentlich – aus persönlicher Warte gesprochen – der Gleichstellungsauftrag im Kanton Zug bereits nachhaltig erfüllt.

*(Der Rat lacht.)* Du bist Grossvater, Du hast Deine liebe Frau Luzia, und Du wirst jetzt viel Zeit für Deine Familie, Deine Enkelkinder und für Interessen ausserhalb des strengen Alltags von Politik und Verwaltung haben. Dafür wünsche ich Dir alles Gute. Der neue Lebensabschnitt soll Dir viel Freude und viele schöne Stunden bringen. Mögest Du noch jahrzehntelang gesund bleiben und Dein Leben hier auf Erden geniessen können. Du bist auch Musiker, nämlich Hornist in der Feldmusik Allenwinden, Auch für dieses Hobby wirst Du in Zukunft mehr Zeit haben. Im Namen des Kantonsrats und dessen Büro sowie im Namen der SVP-Fraktion danke ich Dir nochmals ganz herzlich. Als Geschenk zu Deinem Abschied erhältst Du ein Messer, eine ganz besondere Ausfertigung mit Holzgriff. Ein Messer ist sehr praktisch, natürlich nicht für den parlamentarischen Nahkampf – der Dir gottseidank erspart geblieben ist –, aber sonst für alles Mögliche. Ich wünsche Dir und Deiner Familie nochmals alles Gute, frohe Festtage und Gottes Segen und noch eine jahrzehntelange schöne Zeit, Vielen Dank, Hans Peter.» *(Der Rat applaudiert, der scheidende Standesweibel erhält das erwähnte Geschenk sowie einen Blumenstrauss überreicht.)*

**Hans Peter Rosenberg** verabschiedet sich mit folgenden Worten vom Rat: «Es ist für mich eine besondere Ehre, am Schluss meiner Tätigkeit im Regierungsgebäude am Rednerpult des Kantonsratssaals sprechen zu dürfen, ist dieses doch fast ausschliesslich den vom Volk gewählten Politikern vorenthalten. Ich danke Kantonsratspräsident Moritz Schmid und SVP-Fraktionspräsident Manuel Brandenberg herzlich für die sympathischen Worte und das grosszügige Geschenk. Ja, ich habe immer gerne für das Zuger Parlament und die Zuger Regierung gearbeitet. Anders gesagt: Ich habe mich bei euch stets wohl gefühlt. Als politisch interessierte Person habe ich im Verlaufe der letzten fast siebzehn Jahr meine Lebenserfahrung durch diese Arbeit sehr bereichern können. Heute kenne ich die Zusammenhänge und Strukturen des politischen Alltags insbesondere innerhalb, aber auch ausserhalb des Kantons ziemlich gut. Es beeindruckte mich immer wieder, dass das Zuger Parlament und die Zuger Regierung keinen Aufwand scheuen, im Interesse der Bevölkerung gute Lösungen zu suchen. Dies verdient grossen Respekt.
Durch meine Tätigkeit habe ich viele interessante Persönlichkeiten kennengelernt. Wenn ich mit meiner Frau Luzia unterwegs bin, sagt sie immer wieder: ‹Ich selbst kenne ja sehr viele Leute, aber *Du* kennst unglaublich viele.› Meiner Nachfolgerin Pascale Schriber und ihrer Stellvertreterin Barbara Ulmann wünsche ich viel Freude bei ihrer interessanten Arbeit im Kantonsratssaal und für die Regierung. Ich danke dem Parlament für das mir entgegen gebrachte Vertrauen. Ich wünsche Ihnen allen erholsame Feiertage im Kreis ihrer Familien und alles Gute, die notwendige Ausdauer und Leidenschaft in ihrer politischen und beruflichen und privaten Zukunft. Der Kantonsratspräsident hat mir erlaubt, Ihnen als kleinen Dank für die stets gute Zusammenarbeit ein kurzes Stück auf dem Alphorn vorzutragen. *(Der Rat applaudiert, und freut sich über das von Hans Peter Rosenberg gespielte Alphornstück.)*

**657** Traktandum 9.2: **Verabschiedung des Kantonsratspräsidenten**

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratsvizepräsident **Daniel Thomas Burch** den Ratsvorsitz. Er hält fest, dass der scheidende Kantonsratspräsident den Rat in den letzten zwei Jahren gut führte und auch in hektischen Zeiten ruhig und gelassen blieb. Er ging mit der Glocke sorgfältig um und hat auch langen Voten geduldig zugehört und sie zugelassen. Ob das auch in den nächsten zwei Jahren so bleibt, wird sich zeigen.

**Thomas Lötscher** würdigt den abtretenden Kantonsratspräsidenten mit folgenden Worten: «Als ich als frischgewählter Neuheimer Kantonsrat, ungewiss, was mich erwarten würde, an meine erste Kantonsratssitzung kam, wurde ich vom Walchwiler Kantonsratspräsidenten Peter Rust willkommen geheissen. Nun, da ich meine Zeit als Kantonsrat beschliesse, fällt mir in meiner letzten Sitzung die Ehre zu, einen weiteren Walchwiler Kantonsratspräsidenten zu verabschieden. Mich dünkt, die zweitkleinste Zuger Gemeinde stelle andauernd Präsidenten, während sich die kleinste Gemeinde damit etwas schwerer tut. Zugegeben, ich bin daran nicht ganz unschuldig. Nun also, lieber Moritz, sind Deine zwei Jahre als höchster Zuger um. Ist die Welt in dieser Zeit besser geworden? Wer dies ernsthaft glaubt, könnte sich *trumpieren.* Aber das liegt definitiv nicht an Moritz Schmid, einem Mann, dem das grosse Kino und die lauten Töne fremd sind; einem Mann, der bescheiden durchs Leben geht, dabei aber verlässlich seinen Pflichten nachkommt. Moritz arbeitet für die Sache und nicht für die Show. Als Gipsermeister weiss er natürlich, wie man Unebenheiten und Löcher wieder in Ordnung bringt: solide, einfach, sauber. Ich weiss nicht, wie er es beruflich mit Stuckaturen und Schnörkeln hält. Politisch sind sie jedenfalls nicht sein Ding. Nur schon optisch strahlt dieser Mann gesetzteren Alters, der sein Haupthaar gerecht auf die obere und untere Partie verteilt – also oben etwas weniger, dafür unten nicht wenig – etwas Väterliches aus. Das zieht sich auch durch Moritz Schmids Wesen. Er mag Menschen und ist grundsätzlich von freundlichem, wohlwollendem Gemüt, kann aber durchaus auch eine gewisse Strenge an den Tag legen: wie ein gutmeinender Vater eben. Zuweilen schaut er lange zu, aber wenn es reicht, dann reicht es, und es erwacht der Bär. So stellt er auch einmal einen Parteikollegen in den Senkel. Anstand und Umgangsformen sind ihm wichtig – und angemessene Kleidung. Ach ja, der Barfüsserorden hätte es wohl schwierig, wollte er unter Moritz Schmid Einlass in den Kantonsratssaal begehren. Sonst aber ist der Nicht-CVPler kirchlichen Traditionen gegenüber durchaus offen. Den Menschen begegnet Moritz Schmid mit Menschlichkeit, Empathie und Wärme. Der scheidende Kantonsratspräsident verfügt über eine ausgezeichnete Arbeitsmoral: zuerst die Arbeit und dann das Vergnügen. So hat er auch schon mal Überzeit angeordnet, was einen Ratskollegen, der nicht aus dem gewerblichen Umfeld kommt, an den Anschlag brachte. Um die Zeit effizient zu nutzen, strich Moritz bereits zu Beginn seiner Amtszeit das Dessert beim gemeinsamen Mittagessen. Dafür – ich gebe es zu – hatte ich wiederum wenig Verständnis. Aber Moritz blieb hart. Nun, ich hätte das Dessert gerne wieder eingeführt und lege es dem neuen Präsidenten ans Herz. Sie, geschätzte baldige Exkolleginnen und -kollegen, haben es nämlich verdient. Sie alle tragen eine grosse Verantwortung und leisten viel.
Zurück zu Moritz Schmid: Hat dieser Mann denn keine Fehler? Natürlich hat er sie, denn er ist ja auch nur ein Mensch. Sagen wir es einmal so: Wenn Moritz Schmid einen Kantonsratsausflug plant, dann zieht er für das kulturelle Programm kein Meinungsforschungsinstitut zu Rate, sondern zieht sein Ding durch. Alphörner sind ein Muss. Auch wenn das nicht alle Ratsmitglieder gleichermassen geniessen, ist die Programmgestaltung nun mal das Privileg des Ratspräsidenten. Und es zeigt, dass dieser Mann Ecken und Kanten hat, zu denen er auch steht. Es ist so ziemlich die einzige Machtdemonstration, die mir von Moritz Schmid bekannt ist. Wahrscheinlich fiel es ihm deshalb auch nicht schwer, den Wunsch des scheidenden Standesweibels zu erfüllen. Und weil er so konsequent zum volkstümlichen Brauchtum steht und uns quasi als dessen Bannerträger – um nicht zu sagen: als dessen Missionar – musikalisch auf den rechten Weg führen wollte, sollte das Abschiedsgeschenk seiner Begeisterung für das Volkstümliche Rechnung tragen. Einer, der den schweizerischen Traditionen jederzeit und bedingungslos die Stange hält, verdient es, dann besonders behandelt zu werden, wenn plötzlich alle einen volkstüm-

lichen Anlass zelebrieren wollen – weil es hip und das Platzangebot limitiert ist. Dank gewisser Beziehungen ins zuständige Organisationskomitee, die ich nicht näher ausführen möchte, kann ich Dir im Namen des Kantons Zug als Dankeschön und Anerkennung für Deine geleistete Arbeit zwei VIP-Karten für das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest in Zug überreichen. Das heisst: Überreichen kann ich Dir jetzt noch nichts, da der Event ja erst 2019 über die Bühne geht. Aber der Landschreiber wird für die zeitgerechte Zustellung besorgt sein. Und Vorfreude ist bekanntlich die grösste Freude.
Lieber Moritz, im Namen der Zuger Bevölkerung, der Zuger Regierung und des Zuger Kantonsrats darf ich Dir ganz herzlich für deinen engagierten Einsatz danken. Es war mir eine grosse Freude, mit Dir zusammen zu arbeiten. Danke!» *(Der Rat applaudiert, dem abtretenden Kantonsratspräsidenten wird ein Blumenstrauss überreicht.)*

Der abtretende Kantonsratspräsident **Moritz Schmid** richtet folgende Worte an die Anwesenden: «Allen voran begrüsse ich meine Familie. Meine Frau Trudy unterstützte mich immer tatkräftig und hielt mir während meiner ganzen Amtszeit den Rücken frei. Sie wird begleitet von unserem Sohn Christian sowie unserer Tochter Caroline mit den beiden Enkelkinder Maxwell und Eileen. Gerne begrüsse ich meine Freunde sowie einige Mitglieder des Kegelklubs ‹Provinz›, die hoffen, dass ich wieder vermehrt an den Kegelabenden teilnehme.
Ich spreche heute zum letzten Mal in meiner Funktion als Kantonsratspräsident zu Ihnen. Ich danke Thomas Lötscher für die anerkennenden Dankesworte. Ganz herzlich danke ich auch für den wunderschönen Blumenstrauss und das überraschende Geschenk, welches mich an die zwei Jahre als Kantonsratspräsident erinnern wird. Seit Beginn meiner Amtszeit war Spannung pur angesagt. Ich versuchte mich stets für die Anliegen aller Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Sinne eines fairen und reibungslosen Parlamentsbetriebs einzusetzen. Sicher trat ich während diesen beiden Jahren auch mal dem einen- oder anderen auf die Füsse. Falls es nicht berechtigt gewesen sein sollte, entschuldige ich mich dafür. Aber es gab auch Situationen, welche eine klare und unmissverständliche Kommunikation erforderten.
Ich danke Landammann Heinz Tännler und der ganzen Regierung für die tolle Zusammenarbeit, sei es bei gemeinsamen Auftritten oder bei Aussprachen, die auch hin und wieder nötig waren. Geschätzter Herr Landammann, zusammen durften wir den Kanton Zug nach aussen vertreten und den einen oder anderen Auftritt gemeinsam geniessen. Einer der Höhepunkte war die 700-Jahr-Feier zur Schlacht am Morgarten bei schönem Wetter, das Theater auf dem Festplatz, der internationale Umzug in Oberägeri und natürlich auch das traditionelle Morgartenschiessen. Die Parlamentarier-Skirennen waren immer einen Besuch wert, sei es mit oder ohne Skis, dafür bei einem immer gemütlich werdenden Jass. Nicht zu vergessen ist die Bundesratswahl in Bern oder das *Sächsilüüte* in Zürich, trotz Regenwetter ein ganz toller Anlass bei der Zunft zur Schmiden.
Ein herzliches Dankeschön gilt auch dem Parlamentsdienst, allen voran Landschreiber Tobias Moser und seiner Stellvertreterin Renée Spillmann sowie Monika Benhaida und Silvia Nussbaumer. Beide lesen einem jeden Wunsch von den Lippen ab. Auch Elisabeth Käppeli und Hildegard Steiner, die immer eine gewünschte Verbindung im Haus herstellen können, gilt ein Dankeschön. Es ist beim Führen eines Parlaments beruhigend, wenn man sich auf die stets kompetenten Antworten und die Unterstützung des Landschreibers oder der Landschreiber-Stellvertreterin während einer Sitzung verlassen kann. Ich danke auch Standesweibel Hans Peter Rosenberg und der Standesweibel-Stellvertreterin Pascal Schriber. Sie waren auf-

merksam und organisierten immer alles, was für den Parlamentsdienst nötig war. Auf das gemeinsame Mittagessen mit dem gewünschten Schnäpsli ohne Dessert mussten wir nie warten. Ich danke auch dem Büro des Kantonsrats für die konstruktive Zusammenarbeit, speziell den beiden Stimmenzählenden Rita Hofer und Kurt Balmer für ihre geschätzte und sehr zuverlässige Arbeit während der Ratssitzungen. Ein grosses Dankeschön gebührt auch Protokollführer Beat Dittli und seiner Stellvertreterin Claudia Locatelli. Danken möchte ich auch dem seit fünfzehn Jahren nötig gewordenen Sicherheitsdienst mit der Eingangskontrolle durch die Zuger Polizei. Und nicht vergessen möchte ich die Medienschaffenden, denen ich für die seriöse Berichterstattung danke.
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es war mir eine grosse Ehre, Ihnen 2015 und 2016 als Präsident dienen dürfen. Es war mir eine grosse Freude, einen grossen Teil meiner Freizeit in dieses Amt zu investieren.» *(Der Rat applaudiert.)*

**658** Traktandum 9.3: **Verabschiedung des Landammanns**

Kantonsratsvizepräsident **Daniel Thomas Burch** hält einleitend fest, dass Regierungsrat Heinz Tännler in den letzten zwei Jahren einige heikle Themen mit viel Engagement und Herzblut vertreten hat, so den Stadttunnel und das Entlastungsprogramm. Es gab aber auch schöne Momente wie die Morgartenfeier. Das Amt des Landammanns hat Heinz Tännler sehr engagiert ausgeübt.

**Anastas Odermatt** würdigt das Wirken des abtretenden Landammanns wie folgt: «Es kommt mir die grosse Ehre zu, Heinz Tännler im Namen des Kantonsrats und damit namens der Zuger Bevölkerung für seinen Einsatz in den vergangenen zwei Jahren als Landammann zu danken und zu laudieren, ihm Anerkennung auszudrücken. Dass ich dies als Vertreter der Fraktion der Alternativen - die Grünen gerade beim ersten SVP-Vertreter als Landammann tun darf, scheint mir noch herausfordernder, spannender und ehrenvoller zu sein. Heinz Tännler präsidierte in den vergangenen zwei Jahren als *primus inter pares* unsere Regierung und sass ihr vor. Als er vor zwei Jahren gewählt wurde, fragte er in seiner Annahmerede: ‹Da fragt man sich natürlich: Kommt das gut? Können wir noch ruhig schlafen, nachdem schon der Kantonsratsvorsitz an die SVP ging?› Heinz Tännler beruhigte damals, sogar mit einem Verweis auf das Organisationsgesetz und die Geschäftsordnung. Ich halte nicht allzu viel vom ‹Links-rechts-Schisma› und hätte diese Beruhigung erst gar nicht gebraucht. Aber: Auch und gerade im Nachhinein kann und will ich beruhigen. Nein, ich kann nicht nur beruhigen, vielmehr kann und will ich meine Anerkennung ausdrücken.
Heinz Tännler verglich damals die Rolle des Landammanns mit jener eines Botschafters zum Wohle des Kantons Zug und seiner Bevölkerung; zuweilen sei der Landammann auch ‹eine Art *Cheer Leader*›, der aufmuntern könne, wenn es nötig sei. Bei diesem Vergleich werden wir an die sportliche Vergangenheit von Heinz Tännler erinnert. Immerhin war er – so habe ich mir sagen lassen – einmal Basketballer, und im Sportklub Steinhausen hat er Fussball gespielt. Er war auch anderweitig in der Sportszene aktiv, so auch im Eishockey. Und auch heute noch gibt er als Hobby Tennis und allgemein Sport an. Dieser Hintergrund drückte sich in seiner Tätigkeit als Landammann aus. Sportlich: Ja, das trifft es, wenn mir der Versuch gestattet sei, Heinz Tännlers Amtszeit als Landammann zu charakterisieren und meine Anerkennung dafür auszudrücken. Und das meine ich nun explizit positiv und wertschätzend. Ich meine, Sport und Politik, das verträgt sich ausgezeichnet.

Sportlich: Darunter verstehe ich engagiert sein, ein Ziel vor Augen haben, wissen, was man will, sich selbst und sein Team einschwören, aber auch Sieg und Niederlage akzeptieren und weiterkämpfen, vollen, beherzten Einsatz geben, starke Emotionen leben und zeigen. Sportlich in genau diesem Sinn: Ja, das warst Du als Zuger Landammann, lieber Heinz.
Heinz Tännler hat sich eingesetzt für den Kanton Zug und hatte stets Ziele vor Augen. Er weiss und wusste jeweils, was er wollte. Er hat beherzten Einsatz gegeben und wird dies hoffentlich auch zukünftig tun, hier im Kantonsrat, bei Reden oder in Abstimmungskämpfen. Und da hat er auch Emotionen gelebt und gezeigt. Wenn wir von der ‹Gegenseite› Heinz Tännler emotional herauslocken konnten und er dann auch Emotionen zeigte, dann wussten wir: Jetzt sind wir auf der richtigen Fährte. Denn wo kämen wir hin, wenn allen alles gleichgültig wäre? Nirgends kämen wir da politisch hin. Diese Emotionen haben wir hoch zu schätzen – alle hier drin, so meine ich. Emotionen gehören dazu: zu zeigen, wenn man betroffen ist oder eben nicht. Das ist der beste Beweis für Engagement und Identifikation mit der Sache. Und ich meine, lieber Heinz, Du hast Dich mit dem Amt als Landammann sehr wohl identifiziert. Du warst Botschafter. Botschafter für und von Zug.
Zum Sport gehört aber auch Regeneration. Nach Schweiss, Emotionen und hohem Engagement muss man sich wieder erholen, zum Beispiel bei wohltuendem *Wellness* und anschliessendem gediegenen Essen mit Blick in die Zentralschweizer Berglandschaft von der Honegg aus. Das möchten wir Dir schenken.
Lieber Heinz, Du hast Dich für unseren Kanton und seine Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt und stark gemacht, nicht nur, aber auch in den zwei vergangenen Jahren als Landammann. Im Namen des Zuger Kantonsrats und damit stellvertretend für die Zuger Bevölkerung darf ich Dir ein herzliches Dankeschön aussprechen: Vielen Dank!» *(Der Rat applaudiert, der abtretende Landammann erhält das erwähnte Geschenk und einen Blumenstrauss.)*

Der abtretende Landammann **Heinz Tännler** dankt Anastas Odermatt für die treffenden und warmen Worte. Er wendet sich dann wie folgt an den Kantonsrat: «Zuerst möchte ich allen herzlich danken, die mich in diesen zwei Jahren unterstützt haben, vor allem dem Regierungsratsgremium, aber auch dem Kantonsrat und der Bevölkerung. Das Amt des Landammanns ist ein Vertrauensbeweis, den man gerne annimmt und in dem man während zwei Jahren versucht, das Beste für den Kanton Zug zu tun und zu erreichen. Es war eine spannende, aber auch herausfordernde Zeit. Es gab viele Prozesse und Projekte, die Situation hat sich verändert, dazu kam für mich noch ein Direktionswechsel – und es ist nicht immer einfach, sich aus dem gewohnten Umfeld in etwas völlig Neues hineinzugeben. Es gab auch sehr viele schöne Momente – Moritz Schmid hat einige aufgezählt, der Reigen liesse sich fortsetzen –, in denen ich viele interessante Persönlichkeiten kennenlernen durfte. Für mich war wichtig, nicht zurückzuschauen, sondern den Blick weit nach vorn zu richten, den Weg vor sich zu sehen und ihn zu verfolgen. Und – das musste ich auch lernen – es ist nicht immer nur der Erfolg, der zählt. Wichtig ist, ein Ziel zu haben und den Weg zu diesem Ziel zu sehen. Auf diesem Weg kann verschiedenes geschehen, und vielleicht muss man die Weichen etwas anders stellen. Wichtig aber ist, einen Weg zu verfolgen.
Es bleibt ein lachendes und ein weinendes Auge. Viele Verpflichtungen, aber auch schöne Momente fallen jetzt weg. Die schönen Momente – und das ist wichtig – bleiben in Erinnerung. Meiner Nachfolgerin Manuela Weichelt wünsche ich, dass sie in den kommenden zwei Jahren ebenfalls viele schöne Momente erleben kann. Vor zwei Jahren hat mir Beat Villiger einen Taktstock übergeben. Ich habe ihn in meinem Büro aufbewahrt, um ihn dereinst Manuela Weichelt weitergeben zu können.

Ich habe ihn heute aber bewusst nicht mitgenommen, denn am Montag findet noch eine Regierungsratssitzung statt, in der ich ihn nochmals brauche. Der Taktstock dient aber nicht dazu, jemandem auf die Finger zu schlagen. Vielmehr soll er ermöglichen, dass der Regierungsrat als Ensemble erklingt, immer besser spielt und noch klangvoller ertönt. Diesen Klang auch nach aussen ertönen zu lassen, dazu hast Du, Manuela, nun zwei Jahre Zeit. Ich werde Dir den Taktstock am kommenden Montag übergeben, und ich wünsche Dir schon jetzt alles Gute für Deine Zeit als Frau Landammann. Allen nochmals ganz herzlichen Dank. Ich war gerne Landammann, trete jetzt aber auch gerne wieder einen Schritt zurück.» *(Der Rat applaudiert.)*

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratspräsident Moritz Schmid nochmals den Ratsvorsitz.

TRAKTANDUM 10
**Wahlen:**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die nun folgenden Wahl Schritt um Schritt durchgeführt werden, alles in Würde. Es steht genügend Zeit zur Verfügung. Zwischen den Wahlgängen ist mit Wartezeiten zu rechnen, bis die Stimmenzählenden ihre Arbeit erledigt haben.
Für alle Wahlen gilt § 85 Abs. 2 und 3 GO KR: «Gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Die Präsidentin oder der Präsident nimmt an den Wahlen teil.» Gemäss § 64 Abs. 1 GO KR treten Kantonsratsmitglieder bei Wahlen, die sie selber betreffen, in den Ausstand.

**659** Traktandum 10.1: **Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag stellt, Kantonsratsvizepräsident Daniel Thomas Burch zum Kantonsratspräsidenten für die nächsten zwei Jahre zu wählen.

**Florian Weber** hält fest, dass die FDP mit Daniel Thomas Buch ein Ratsmitglied als Kantonsratspräsidenten vorschlägt, das mit den Gepflogenheiten des Ratsbetriebs vertraut ist. Daniel Thomas Burch wurde 2003 für die Gemeinde Risch in den Kantonsrat gewählt. In seinen dreizehn Jahren Ratsmitgliedschaft übernahm er viele Aufgaben. Seit 2008 ist er Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer und seit über zehn Jahren Mitglied der engeren Justizprüfungskommission; zudem arbeitete er in zahlreichen Ad-hoc-Kommissionen mit oder präsidierte sie. Seit 2011 ist er Fraktionschef der FDP und in dieser Funktion auch Mitglied des Büros des Kantonsrats. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass Daniel Thomas Burch aufgrund seiner fachlichen und menschlichen Qualitäten die Aufgabe als Kantonsratspräsident und höchster Zuger bestens meistern und den Kanton Zug respektvoll vertreten wird. Die FDP bittet den Rat, die Wahl von Daniel Thomas Burch zum Kantonsratspräsidenten zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Gemäss § 85 Abs. 1 GO KR erfolgt die Wahl schriftlich und geheim. Nach § 40 der Kantons-

verfassung kann nur ein Mitglied des Kantonsrats für die Dauer von zwei Jahren zur Präsidentin oder zum Präsidenten gewählt werden. Wahlzettel mit dem Namen anderer Personen sind gemäss § 86 Abs. 1 Ziff. 3 GO KR ungültig.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der **Vorsitzende** mit, dass verschiedene Wahlzettel den Namen «Daniel Burch» enthielten. Es gibt im Rat neben Daniel Thomas Burch von der FDP aber auch einen Daniel Burch von der SVP. Aufgrund der Ausgangslage gehen die Stimmenzähler jedoch davon aus, dass mit «Daniel Burch» in jedem Fall Daniel Thomas Burch gemeint ist. Sollte das nicht der Fall sein, müsste die Wahl wiederholt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend damit einverstanden, dass mit «Daniel Burch» in jedem Fall Daniel Thomas Burch gemeint ist.

Damit kann der **Vorsitzende** das Wahlresultat bekanntgeben:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 79 | 79 | 3 | 0 | 76 | 39 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Daniel Thomas Burch | 58 |
| Cornelia Stocker | 18 |

➔ Der Rat wählt Daniel Thomas Burch zum Kantonsratspräsidenten für die Jahre 2017 und 2018.

Der **Vorsitzende** gratuliert Daniel Thomas Burch zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

**Daniel Thomas Burch** wendet sich mit folgenden Worten an den Rat und die Anwesenden: «Sie haben mich für die nächsten zwei Jahre zum Präsidenten des Zuger Kantonsparlaments gewählt. Für die Wahl und das damit verbundene grosse Vertrauen danke ich Ihnen bestens. Die Wahl zum Kantonsratspräsidenten ist nicht nur für mich persönlich und für meine Familie, sondern auch für meine Wohn- und Bürgergemeinde Risch eine grosse Ehre. Dass ich heute dieses Amt antreten kann, verdanke ich meiner Frau Beatrice, die mich unterstützt und mir den nötigen Freiraum für mein politisches Engagement zugesteht. Ebenso danke ich Freunden und Bekannten, die mich motiviert haben, dieses Amt anzunehmen, und der Rischer Bevölkerung, die mir bei den Wahlen jeweils ihr Vertrauen bekundet und damit den Grundstein gelegt hat. Es freut mich sehr, dass heute eine stattliche Delegation aus Risch unter der Leitung von Gemeindepräsident Peter Hausheer anwesend ist und die Wahl mitverfolgt hat.
Ich werde mich in diesem hohen Amt engagiert und verantwortungsbewusst zum Wohl der Allgemeinheit des Kantons Zug und seiner Bevölkerung einsetzen. Ich werde mich bemühen, den Rat unparteiisch, umsichtig und effizient zu leiten. Ich bin sicher, werte Kolleginnen und Kollegen, dass sie mich dabei unterstützen werden. Ich danke dem abtretenden Kantonsratspräsidenten Moritz Schmid für die gute Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren. Ich wünsche ihm für seine weitere Tätigkeit im Kantonsrat und in seiner Fraktion viel Erfolg. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der designierten Frau Landammann, Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard, mit der nominierten neuen Kantonsratsvizepräsidentin

Monika Barmet und mit den Verantwortlichen der Staatskanzlei, allen voran Landschreiber Tobias Moser und der neuen Standesweibelin Pascale Schriber. Ich nehme die Wahl und die damit verbundene Aufgaben und Verantwortungen gerne an.» *(Der Rat applaudiert, Daniel Thomas Burch nimmt die Gratulationen entgegen und erhält von der Ehrendame einen Blumenstrauss.)*

**Peter Hausheer,** Gemeindepräsident von Risch, richtet folgende Worte an den neu gewählten Kantonsratspräsidenten und die Anwesenden: «Heute ist für die Gemeinde Risch ein besonderer Tag: Mit Daniel Thomas Burch wird nach gut achtzig Jahren wieder ein Rischer Präsident des Zuger Kantonsrats. Wir freuen uns darüber und sind sehr stolz. Im Namen des Gemeinderats und der Bevölkerung von Risch gratuliere ich Dir, Daniel, herzlich. Für die kommenden zwei Jahre wünsche ich Dir eine sorgfältige Hand bei der Ausübung Deines wichtigen Amts.
Tatsächlich stellte Risch in den Jahren 1933/34 mit Josef Burkart zum letzten Mal den Kantonsratspräsidenten. Damals hatte Risch die beschauliche Zahl von rund 1400 Einwohnerinnen und Einwohnern. In den seither vergangenen achtzig Jahren veränderte sich der Kanton Zug unglaublich. Auch die Gemeinde Risch erlebte besonders in den letzten Jahren einen enormen Entwicklungsschub: Sie zählt heute über 10'000 Einwohner und bietet rund 10'000 Arbeitsplätze an. Mit dem Bau des Bahnhofs Rotkreuz im Jahr 1864 wurde die entscheidende Spur für diese Entwicklung gelegt, ist die Verkehrsanbindung doch heute noch der zentrale Faktor der mittlerweile sehr grossen Attraktivität der Gemeinde. Nach dem Motto «Qualität geht vor» will Risch auch in den kommenden Jahren seinen Beitrag an einen attraktiven Kanton Zug leisten. Risch ist auch stolz auf seine Vereinskultur. Auch Daniel Thomas Burch nimmt neben seinem Engagement auf dem kantonalen Parkett aktiv am Gemeinde- und Vereinsleben teil. Er war Elternrat bei Jungwacht/Blauring, ist Mitglied der Wirtschaftskommission im Verein ZugWest, und – wohl das wichtigste Amt – er redet seit 1993 den Kindern als *Samichlaus* ins Gewissen – mit der Wirkung, dass es in Risch nur brave Kinder gibt.
Ich freue mich, heute Abend möglichst viele von Ihnen an der Kantonsratspräsidentenfeier in Rotkreuz begrüssen zu dürfen. Und wer arbeiten kann, kann bekanntlich auch feiern. In diesem Sinn wünsche ich dem Kantonsrat weiterhin eine gute Sitzung und freue mich, mit Ihnen am Abend auf Daniel Thomas Burch anzustossen und ihn in würdigem Rahmen zu feiern.» *(Der Rat applaudiert.)*

Traktandum 10.1a: **Ersatzwahlen in Kommissionen**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass infolge der Wahl von Daniel Thomas Burch zum Kantonsratspräsidenten verschiedene Kommissionssitze müssen neu besetzt werden müssen.

**660** Traktandum 10.1a.1: **Engere Justizprüfungskommission**

Anstelle von Daniel Thomas Burch soll für die FDP-Fraktion neu Andreas Hostettler in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**661** Traktandum 10.1a.2: **Erweiterte Justizprüfungskommission**

Anstelle von Andreas Hostettler soll für die FDP-Fraktion neu Daniel Stuber in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**662** Traktandum 10.1a.3: **Kommission für Tiefbauten und Gewässer**

Anstelle von Daniel Thomas Burch soll für die FDP-Fraktion neu Thomas Gander in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**663** Traktandum 10.2: **Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Kantonsrats**

Der **Vorsitzende** macht auch hier darauf aufmerksam, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Kantonsrats für die Dauer von zwei Jahren in das Vizepräsidium gewählt werden kann. Wahlzettel mit anderen Namen sind ungültig. Die CVP-Fraktion beantragt, Monika Barmet zur Vizepräsidentin für die nächsten zwei Jahre zu wählen.

**Pirmin Frei** gratuliert im Namen der CVP-Fraktion dem neuen Kantonsratspräsidenten Daniel Thomas Burch zur ehrenvollen Wahl und wünscht ihm viel Glück und Erfolg.
In bewährter Tradition pflegt der Kantonsrat bei der Bestellung seines Führungsteams einen freiwilligen Proporz. Dies beinhaltet– in selbstverständlicher Respektierung des freien Wahlrechts – auch die Erwartung, dass der Rat jene Person wählt, welche von der Fraktion, die turnusgemäss an der Reihe ist, nominiert worden ist. Das ist eine Frage der politischen Kultur oder, anders gesagt, des politischen Stils.
Der Anspruch der CVP auf das Kantonsratsvizepräsidium dürfte unbestritten sein. Die CVP-Fraktion hat sich die Nomination nicht einfach gemacht und drei mögliche Nominationstermine evaluiert: im November, heute Morgen und am letzten Montag, 12. Dezember. Die Fraktion hat sich für die dritte Variante entschieden. Am 4. Dezember, also vor der Nomination, hat sie die Fraktionschefs per E-Mail an die in iZug offiziell hinterlegten Adressen transparent über ihr Nominationsverfahren informiert. Am letzten Montag, am Tag der Nomination, hat sie alle Fraktionschefs ankündigungsgemäss um 18.59 Uhr per E-Mail an die gleichen Adressen über ihre Nomination informiert. Der Votant bedauert, dass diese Informationen offenbar nicht bei allen Fraktionen eingetroffen sind. Falls die CVP einen Fehler gemacht haben sollte, bedauert sie das und entschuldigt sich in aller Form dafür.
Die CVP-Fraktion schlägt Kantonsrätin Monika Barmet-Schelbert aus Menzingen zur Wahl als Kantonsratsvizepräsidentin vor. Monika Barmet ist seit 2003 Mitglied des Kantonsrats. Sie verfügt somit über reiche parlamentarische Erfahrung. Sie gilt als «bürgerlich mit sozialem Gewissen» oder – wie es Philip C. Brunner ausgedrückt hat – als Politikerin «mit dem Herz nicht auf dem rechten, sondern am richtigen

Fleck». Sie ist Mitglied der Gesundheits- und der Tiefbaukommission und wirkte in zahlreichen Ad-hoc-Kommissionen mit. Neben diesen parlamentarischen Aufgaben bekleidet Monika Barmet wichtige Parteiämter: 2004–2016 war sie Präsidentin der CVP Menzingen, seit vielen Jahren ist sie zudem Vizepräsidentin der Kantonalpartei. Über die politische Arbeit hinaus stellt sie sich regelmässig für gemeinnützige und soziale Organisationen zur Verfügung, aktuell u. a. für die ZUWEBE. Monika Barmet, eigener Aussage zufolge «blutjung», ist verheiratet und Mutter von drei erwachsenen Kindern. Sie ist im Gesundheitsbereich teilzeit-berufstätig. Entsprechend verfügt sie über die zeitlichen Ressourcen für das Amt der Vizepräsidentin. Die CVP-Fraktion empfiehlt die Wahl von Monika Barmet sehr.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der **Vorsitzende** das Wahlresultat mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 79 | 79 | 1 | 0 | 78 | 40 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Monika Barmet | 48 |
| Andreas Hausheer | 28 |
| Remo Peduzzi | 1 |
| Richard Rüegg | 1 |

➔ Der Rat wählt Monika Barmet zur Vizepräsidentin des Kantonsrats.

Der **Vorsitzende** gratuliert Monika Barmet zu ihrer Wahl und wünscht ihr viel Erfolg in ihrem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

**Monika Barmet** richtet folgende Worte an den Rat: «Sie haben mich soeben zur neuen Kantonsratsvizepräsidentin gewählt. Ihre Wahl freut und ehrt mich zugleich. Ich danke meinem Kolleginnen und Kollegen von der CVP-Fraktion herzlich für die Nomination und Ihnen allen für die Unterstützung und das entgegengebrachte Vertrauen. Ich freue mich auf die neue Herausforderung und werde die nächsten zwei Jahre nutzen, um den Ratsbetrieb in meiner neuen Funktion verantwortungsvoll mitzugestalten. Ich schätze eine konstruktive und offene Zusammenarbeit mit Ihnen allen, denn wir alle sind verantwortlich für einen optimalen Ratsbetrieb. Ich nehme die Wahl gerne an.» *(Der Rat applaudiert, die Gewählte erhält einen Blumenstrauss überreicht.)*

**664** Traktandum 10.3: **Wahl von zwei Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzählern des Kantonsrats**

Der **Vorsitzende** bittet Hanni Schriber-Neiger, als stellvertretende Stimmenzählerin den Platz von Rita Hofer einzunehmen, die zur Wahl steht und in den Ausstand treten muss. Er hält fest, dass gemäss § 40 der Kantonsverfassung kann nur ein Mitglied des Kantonsrats als Stimmenzählerin oder Stimmenzähler für die Dauer

von zwei Jahren gewählt werden. Wahlzettel mit anderen Namen sind ungültig. Formell werden für die beiden Stimmenzählenden separate Wahlen durchgeführt. Die Wahl erfolgt also auf zwei verschiedenen Wahlzetteln.
Die Alternative-Grüne-Fraktion beantragt als Stimmenzählerin 1 Rita Hofer. Die SVP-Fraktion beantragt als Stimmenzähler 2 Ralph Ryser:

**Manuel Brandenberg** begründet den Antrag der SVP-Fraktion. Ralph Ryser arbeitet bei der Stadt Zug tätig, früher war er im Polizeidienst tätig. Er ist ein erfahrener Mann, Familienvater und im Leben bewährt. Die SVP-Fraktion dankt für die Wahl.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine anderen Anträge gestellt werden. Die folgenden Wahlen werden wie die vorangehenden durchgeführt. Die Kandidierenden befinden sich im Ausstand.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie anschliessend wieder ein. Nach der Auszählung gibt der **Vorsitzende** die Wahlresultate bekannt:

***Stimmenzählerin 1 oder Stimmenzähler 1***

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 77 | 77 | 2 | 0 | 75 | 38 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Rita Hofer | 72 |
| Zari Dzaferi | 1 |
| Ralph Ryser | 1 |
| Willi Vollenweider | 1 |

➔ Der Rat wählt Rita Hofer zur Stimmenzählerin 1.

***Stimmenzählerin 2 oder Stimmenzähler 2***

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 77 | 77 | 4 | 0 | 73 | 37 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Ralph Ryser | 71 |
| Manuel Brandenberg | 1 |
| Rita Hofer | 1 |

➔ Der Rat wählt Ralph Ryser zum Stimmenzähler 2.

Der **Vorsitzende** gratuliert den zwei Stimmenzählenden zu ihrer Wahl und wünscht ihnen viel Erfolg in ihrem Amt. *(Die Gewählten erhalten je einen Blumenstrauss überreicht, der Rat applaudiert.)*

**665** Traktandum 10.4: **Wahl von zwei stellvertretenden Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzählern des Kantonsrats**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Kantonsrat laut § 4 Abs. 3 GO KR zwei stellvertretende Stimmenzählende für zwei Jahre wählt. Diese gehören denselben Fraktionen wie die zwei Stimmenzählenden an. Die stellvertretenden Stimmenzählenden sind nicht Mitglieder des Büros des Kantonsrats. Gemäss § 85 Abs. 1 Satz 2 GO KR erfolgen die Wahlen der Stellvertretung der Stimmenzählenden offen, sofern der Kantonsrat nicht geheime Wahlen beschliesst. Der Vorsitzende schlägt vor, diese Wahlen offen durchzuführen.

➔ Der Rat ist stillschweigend mit offenen Wahlen einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch bei offenen Wahlen gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Gemäss § 85 Abs. 2 und 3 GO KR nimmt die Präsidentin oder der Präsident an den Wahlen teil. Die Fraktionen der Stimmenzählenden 1 und 2 schlagen folgende Kantonsratsmitglieder als stellvertretende Stimmenzählenden vor:
• ALG-Fraktion: Hanni Schriber-Neiger als stellvertretende Stimmenzählerin 1;
• SVP-Fraktion: Karl Nussbaumer als stellvertretender Stimmenzähler 2.
Der Vorsitzende hält fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden.

➔ Der Rat wählt in stiller Wahl Hanni Schriber-Neiger zur stellvertretenden Stimmenzählerin 1 und Karl Nussbaumer zum stellvertretenden Stimmenzähler 2.

Der **Vorsitzende** gratuliert den stellvertretenden Stimmenzählenden zur Wahl und wünscht auch ihnen viel Erfolg in ihrem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

**666** Traktandum 10.5: **Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Alternative-Grüne-Fraktion den Antrag stellt, Statthalterin Manuela Weichelt-Picard zur Frau Landammann zu wählen.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die Fraktion der Alternativen - die Grünen vorschlägt, der Usanz und Anciennität folgend Statthalterin Manuela Weichelt-Picard für die kommenden zwei Jahre zur Frau Landammann zu wählen. Vor zwei Jahren wurde sie vom Parlament zur Statthalterin gewählt. Die ALG ist der Meinung, dass der Kanton Zug stolz sein kann, dass sich eine erfahrene Regierungsrätin für das Amt der Frau Landammann zur Wahl stellt. Sie ist keine Unbekannte, amtet sie doch schon zehn Jahren in der Regierung und verfügt über grosse politische Erfahrung. Das grosse Engagement und die politischen wie menschlichen Qualitäten der Direktorin des Innern zeichnen sie für dieses Amt aus. Manuela Weichelt-Picard wird mit ihrer offenen und engagierten Art eine Frau Landammann für alle Zugerinnen und Zuger sein. Die ALG kann sie zur Wahl als Frau Landammann nur empfehlen und dankt für die Unterstützung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. In die Funktion der Frau Landammann oder des Landammanns kann gemäss § 46 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Regierungsrats für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Wahlzettel mit anderen Personen sind gemäss § 86 Abs. 1 Ziff. 3 GO KR ungültig. Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie anschliessend wieder ein. Nach der Auszählung gibt der **Vorsitzende** das Resultat bekannt:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 79 | 79 | 6 | 2 | 71 | 36 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Manuela Weichelt-Picard | 48 |
| Stephan Schleiss | 9 |
| Urs Hürlimann | 8 |
| Heinz Tännler | 4 |
| Beat Villiger | 2 |

➔ Der Rat wählt Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard zur Frau Landammann.

Der **Vorsitzende** gratuliert Manuela Weichelt-Picard zur Wahl und wünscht ihr viel Erfolg in ihrem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Die neu gewählte Frau Landammann **Manuela Weichelt-Picard** richtet folgende Worte an den Rat: «Sie haben mich soeben für die nächsten zwei Jahre zur Frau Landammann des Kantons Zug gewählt. Für das damit zum Ausdruck gebrachte Vertrauen danke ich Ihnen von ganzem Herzen und erkläre gerne Annahme der Wahl. Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe im Regierungsratskollegium und hier im Kantonsrat. Ich weiss, dass diese Wahl nicht selbstverständlich ist. Ich bin die einzige Vertreterin des linken und grünen Spektrums in der Zuger Regierung. Sie als Wahlgremium hätten diese doppelte politische Minderheit durchaus übergehen können. Das wäre natürlich kein versöhnliches Zeichen gewesen, aber eine politische Entscheidung im Sinne des globalen Zeitgeists. Dieser steht momentan mehr im Zeichen der Konfrontation als in jenem des Kompromisses, der Solidarität und des Ausgleichs. Mit meiner heutigen Wahl zur Frau Landammann symbolisieren Sie als Kantonsrätinnen und Kantonräte ihren Umgang mit Minderheiten und zeigen Ihren Willen, die Demokratie ernst zu nehmen.
Wir alle haben eine Idee, eine Vorstellung davon, worum es in der Politik geht: um das Wohl des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich. Um Ökonomie und Ökologie. Um Wachstum und Nachhaltigkeit. Um Macht und Einfluss und um Interessen. Immer geht es in der Politik aber auch um Werte, um durchaus unterschiedliche Werte und Weltsichten. Sie sind in der Demokratie alle nötig, sinnvoll und legitim. Immer besteht aber die Gefahr, dass sie in Übertreibung ausarten. Davor bewahrt uns die Vielfalt. Die Vielfalt auf allen politischen Ebenen und sowohl in der Legislative, der Exekutive als auch in der Judikative.
Meine Werte sind die Erhaltung der Demokratie und der Freiheit, die Gerechtigkeit, die gelebte Solidarität, die Integration und die Wertschätzung. Diese Werte werden auch meine Zeit als Frau Landammann gegen innen und aussen prägen. Ich möchte im Folgenden kurz auf die Demokratie, die Freiheit und die Gerechtigkeit eingehen.
• Demokratie: Die Demokratie ist die Staatsform der Vielfalt. In der Demokratie muss immer von neuem um die Balance von Interessen und Werten gerungen werden. Das ist manchmal ermüdend und frustrierend. Aber es muss sein. Wir sind Demokratinnen und Demokraten – nicht weil wir glauben, dass in der Demokratie stets alles richtig entschieden wird. Aber weil wir wissen, dass es letztlich keine andere Staatsform gibt, die zu einer legitimen Regierung führen kann, zu akzeptierten, politischen Entscheiden und zu steter Erneuerung. Die Demokratie, zumal die

direkte Demokratie, ist auch die Staatsform des kontinuierlichen, aber nicht allzu rasanten Wandels. Ich sehe mich denn auch in der Pflicht, als Frau Landammann in den nächsten zwei Jahren etwas zu entschleunigen. Da werde ich auch meine Kollegen in die Pflicht nehmen. Die Bevölkerung, der Kantonsrat, der Regierungsrat, die Verwaltung und die Parteien brauchen Zeit für die Findung eines Konsens für die durchaus wichtigen anstehenden Themen wie Finanzhaushalt und Verwaltungsreform, um nur einen Ausschnitt der Herausforderungen der nächsten zwei Jahre zu nennen.

• Freiheit: «Der Sinn von Politik ist Freiheit», hat die Philosophin Hannah Arendt 1959 geschrieben. Sie stand natürlich unter dem Eindruck der Totalitarismen, welche die Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt hatten. Und sie meinte nicht die Freiheit Einzelner, sondern die Freiheit aller. Die gemeinsam im politischen Prozess gestaltete Freiheit aller ist ein hohes Gut. Ein verletzliches Gut, wie auch die Meinungsäusserungsfreiheit. Wir sehen, dass sie in vielen Weltgegenden nur *pro forma* oder gar nicht besteht. «Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden», hat Rosa Luxemburg gesagt. Auch die Religionsfreiheit ist Teil dieser Meinungsfreiheit. Anastas Odermatt hat kürzlich in einem Ratsvotum darauf hingewiesen, wie nötig Sensibilität im Umgang mit religiösen Themen ist. Und er hat gezeigt, dass gerade das Christentum einen unbestreitbaren Kern hat: die Nächstenliebe. Er zitierte aus dem Alten Testament, hätte aber auch aus dem Neuen Testament zitieren können. Im 3. Buch Mose steht: ‹Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.› Dieses Zitat geht mir seither nicht mehr aus dem Kopf.

• Gerechtigkeit: Gerechtigkeit ist für mich ein anderer zentraler Wert. Die Welt – wir wissen es, sehen es jeden Tag in den Nachrichten – ist nicht der gerechteste Ort. Wer das Glück hat, in einem wohlhabenden, stabilen Land leben zu dürfen, muss wissen, dass er oder sie privilegiert ist. Wer privilegiert ist, trägt Verantwortung und hat Verpflichtungen. Solche Verpflichtungen ergeben sich aus den Werten, die wir alle mehr oder weniger teilen. Grundlegende humanistische Werte findet man aber auch in den Religionen. Leider geht dies allzu häufig vergessen. Jetzt, zur Weihnachtszeit, werden wir trotz allen Rummels und aller Hektik durch die Krippenspiele wieder daran erinnert. Die Geschichte der schwierigen Herbergssuche von Maria und Josef zeigt metaphorisch, was Nächstenliebe, was Gastfreundschaft bedeuten kann.

Die Tagespolitik ist manchmal weit weg von den eigentlichen Werten, welche Parteien vertreten. Tragen wir deshalb Sorge zu diesem Haus, zu diesem Saal, mit dem uns so viele wunderbare, aber auch schreckliche und traurige Erinnerungen verbinden. Dabei spreche ich nicht nur das Attentat an, zu dessen Überlebenden ich gehören darf, wessen ich mir jeden Tag sehr bewusst bin und wofür ich dankbar bin. Damals erlebte die Politik eine grosse Solidaritätswelle. Die Geschichte dieses Hauses geht aber viel weiter zurück. Bevor es ganz fertig gestellt war, wurden internierte Soldaten der französischen Bourbaki-Armee hier untergebracht. Auch damals erlebte Zug eine grosse Solidaritätswelle aus der Bevölkerung.

Tragen wir Sorge zur politischen Kultur. Achten wir darauf, dass unsere unterschiedlichen Werte erhalten bleiben. Das verkürzte Zitat von Aristoteles ‹Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile› entstammt zwar der Metaphysik, kann aber immer wieder als Metapher für unsere Zusammenarbeit dienen. Streiten wir um die richtige Weltsicht – aber stets im Bewusstsein, dass wir immer nur Teil des Ganzen sind. Und dass es auch darum geht, unseren Kindern und Enkeln eine Welt zu übergeben, die weiterhin lebenswert ist.

Ich danke Ihnen, sehr verehrte Mitglieder des Kantonsrates, für die Aufgaben, die Sie mir anvertrauen. Ich danke dem zukünftigen Statthalter für seine Unterstützung

in den nächsten zwei Jahren. Ich danke der Gemeinde Steinhausen, dass sie mich als Neuling nach nur drei Jahren ins Kantonsparlament wählte, und dem Kanton Zug, der mich nach weiteren zwölf Jahren als 39-Jährige zum ersten Mal in den Regierungsrat wählte. Ich danke meinen Eltern für Ihre Unterstützung auf meinem Lebensweg. Leider war es meinem Vater nicht vergönnt, meine Wahl in den Regierungsrat zu erleben. Ich danke meinem Mann und meinen beiden Töchtern, dass sie trotz meiner vielen Abwesenheit von zuhause noch immer zu mir halten und mich auch immer wieder auf den Boden der Realität zurückholen. Ich danke meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Unterstützung und Arbeit zum Wohl des Kantons Zug. Ich danke den Alternativen - die Grünen, der SP und der alternativen Fraktion und den Gewerkschaften für ihre langjährige politische Unterstützung und kritischen Auseinandersetzungen. Schliesslich danke ich der Gemeinde Zug für die Organisation des Festes und freue mich, mit Ihnen allen und der Bevölkerung auf dem Landsgemeindeplatz und anschliessend in Zug-Süd feiern zu dürfen. Zum Schluss gratuliere ich dem neu gewählten Kantonsratspräsidenten Daniel Thomas Burch, den ich heute Abend noch würdigen darf. Ich freue mich darauf, dass ich mit ihm gemeinsam die Zuger Politik an mancher Veranstaltung vertreten darf. Ich gratuliere auch der neu gewählten Vizepräsidentin des Kantonsrats Monika Barmet und freue mich über eine Frau als zweithöchste Zugerin. Und Ihnen allen wünsche ich ruhige und erholsame Festtage, Zeit für Besinnung und alles Gute im Neuen Jahr. Besten Dank!» *(Der Rat applaudiert, die Ehrendame überreicht der neu gewählten Frau Landammann einen Blumenstrauss.)*

**Dolfi Müller**, Stadtpräsident von Zug, gratuliert der neuen Frau Landammann sehr herzlich zur Wahl und richtet folgende Worte an die Anwesenden: «Langsam werde ich zum Dauergast im Kantonsrat am Donnerstag vor Weihnachten, wenn der höchste Zuger oder die höchste Regierungsrätin erkoren werden. Nach Vreni Wicky, Matthias Michel und Heinz Tännler ist schon wieder die Stadt Zug am Zug. Und meine vierte und mit Sicherheit letzte Huldigung gilt Manuela Weichelt und damit erstmals einer Linken. Ein Linker ehrt eine Linke: Das hat im stramm bürgerlichen Kanton Zug durchaus Seltenheitswert. Bei der Landammannwahl liegt die mathematische Wahrscheinlichkeit dafür weit unter 5 Prozent, da nur ein einziger von elf Gemeindepräsidenten und eines von sieben Regierungsmitgliedern diese Bedingung erfüllen. Wenn ich sagen würde, die Chance betrage ein Siebenundsiebzigstel, würde Anna Bieri, die etwas von Mathematik versteht, wohl Einsprache erheben. Mit einem Achtundzwanzigstel liege ich wahrscheinlich besser, da es ja nur vier Zuger Gemeinden gibt, die überhaupt einen Regierungsrat stellen. Es stimmt eben schon: Man sollte die linken Exekutivmitglieder im Kanton Zug als *spezies rara* unter Artenschutz stellen – spätestens seit Einführung des Majorz.
Das, meine Damen und Herren, war der parteipolitische Teil meiner Ansprache. Jetzt wird es etwas persönlicher. Vor zwei Jahren habe ich Heinz Tännler in die berühmte Gelb/Blau/Grün/Rot-Führungstypologie eingeordnet, die uns ein Psychologe in der Stadtverwaltung beigebracht hat. Sie sei kurz rekapituliert: Die Gelben sind die inspirierenden Motivatoren, die Blauen die gründlichen Analytiker, die Grünen die sozialverträglichen Vermittler, und die Roten – das sind die Macher. Eigentlich wollen ja alle Exekutivpolitiker Rote sein – natürlich nur führungstypologisch. Gottseidank aber haben wir nicht sieben Rote im Regierungsrat. Sieben Alphatiere wären mindestens fünf zu viel – man stelle sich vor: zehn oder elf *Goalgetter* auf den Fussballplatz. Kurz und gut: Die rot-grüne Manuela Weichelt ist für mich eine Blaue, eine gründliche Analytikerin und jemand, der die Aktenberge nicht meidet. Ein Müsterchen dazu: Manuela und ich sagen uns nach einer gemeinsamen Veranstaltung in der Stadt Zug nachts um 11 Uhr auf dem Postplatz ‹Guet Nacht›. Ich

freue mich schon auf die warmen Federn. Ganz anders Manuela. Sie geht geradewegs ins Büro – noch ist der Tag nicht zu Ende. Da habe ich mir ernsthaft überlegt, in meinem Büro ein programmierbares Licht und eine App zu installieren, die ferngesteuert mitten in der Nacht E-Mails versendet. *(Der Rat lacht.)*

Als Frau hat Manuela einen grossen Vorteil: Sie muss nicht zwingend ein Alphatier sein. Darum sieht sie sich auch eher als Dompteuse ihrer männlichen Alphakollegen im Regierungsrat. Daniel Staffelbach hat sie mal als «alternatives doppelköpfiges Raubtier, das die gestandenen bürgerlichen Männer [im Regierungsrat] zu Stubentiger und Lämmchen degradiert» beschrieben. Am besten gelang ihr das, als sie das Sitzungszimmer des Regierungsrats zum Stillzimmer umfunktionierte – eigentlich logisch, denn klein Lina hält sich nicht an Sitzungspläne der Zuger Regierung. Dabei war alles generalstabsmässig geplant: Wenn es wieder so weit war, kündigte sich Vater Arnim per SMS an, Manuela holte die Tochter draussen ab und setzte sie inmitten der politisierenden Kollegenrunde zum Stillen an. Und dann passierte Wundersames mit den Alphamännchen im Saal: Schreiber Tino begann sich leicht verschämt von Mutter Manuela abzuwenden, und die Herren Kollegen starrten gebannt auf ihre Akten und wagten kaum mehr zu atmen – bis Manuela fragte: «Tino, was hesch, han ich denn so ne hässlichi Tochter?» Das löste den Bann.

Das klingt jetzt leicht und flockig. Aber in Tat und Wahrheit hat Manuela Weichelt keinen *Schoggi-Job*. Darum habe ich sie gefragt, was sie eigentlich antreibe, was sie über Wasser halte nach zehn Jahren voller 14-Stunden-Tage, dies in einem Amt, wo es um Flüchtlinge, KESB, Denkmalschutz und schwierige Gemeinden geht – noch schlimmer sind nur die Wahlzettel. Zum einen seien es einfach gute Erfahrungen und Erlebnisse im Volk draussen, sagte sie. Ein Beispiel dazu: Manuela und ich waren an einer Quartierveranstaltung zum Asylwohnheim Salesianum, die sich von Anfang an zu einem Heimspiel entwickelte. Eine ältere Dame sagte ganz einfach: ‹Ich gehe häufig im Quartier spazieren. Da freue mich richtig auf die Begegnungen mit Menschen aus einer andern Welt.› Eigentlich klar: Wir Zugerinnen und Zuger sind ein gastfreundliches Volk. Kraft und Energie schöpft Manuela Weichelt auch bei ihrer Familie und bei ihren linken Mitstreiterinnen und -streitern in der Politik. Es stimmt halt schon: Ohne Linke wäre der Kanton Zug ein fades Eintopfgericht ohne jeden Pfeffer. Das gilt übrigens auch für die SVP und alle anderen Parteien. Da geht es eben nicht um banale Parteipolitik, sondern um Vielfalt und vor allem um Werte. Und letztlich geht es Manuela Weichelt – so sagte sie mir – um Solidarität. Um Solidarität zwischen Alt und Jung, Arm und Reich, Frau und Mann, Inländern und Ausländern, zwischen uns und den andern. Dafür steht Manuela Weichelt, und dafür steht ohne jeden Zweifel auch der kleine, weltoffene und gerade deshalb erfolgreiche Kanton Zug. Ich bin überzeugt, dass Manuela Weichelt mit diesen Werten, die sie vertritt, den Stand und die Stadt Zug als Frau Landammann sehr würdig vertreten wird.

Vor zwei Jahren habe ich Heinz Tännler ein Buch über Polarreisen geschenkt. Manuela Weichelt erhält heute zwei Bücher für die kommenden zwei Jahre, die spannend, aber auch sehr streng sein werden. Es ist wichtig, Dir auch Momente der Musse zu schaffen, dies einerseits mit dem Buch «Es geht uns gut» von Arno Geiger, den Du offenbar gerne liest. Zu Musse kommst du, wenn du das berühmte 80/20-Prinzip verfolgst. Dieses besagt: Mit 20 Prozent des Aufwands erreicht man 80 Prozent des Ertrags, den Rest der Zeit kann man für anderes investieren. Ich gebe zu: Diese Rechnung gilt nicht für Zahntechniker und Buchhalter. Für gestresste Politiker aber ist es die einzige Überlebensstrategie. Lies also mindestens 20 Prozent dieses zweiten Buches – mehr davon zu lesen wäre langweilig –, und gib es dann doch bitte weiter an die Alphamännchen im Regierungsrat.» *(Der Rat applaudiert.)*

**667** Traktandum 10.6: **Wahl der Statthalterin oder des Statthalters**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag stellt, Regierungsrat Stephan Schleiss zum Statthalter zu wählen.

**Manuel Brandenberg** bestätigt, dass die SVP-Fraktion beantragt, Regierungsrat Stephan Schleiss zum Statthalter zu wählen. Stephan Schleiss war 2004–2010 Kantonsrat, seit 2011 ist er Bildungsdirektor. Überdies wurde er kürzlich zum Präsidenten der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz gewählt, ist also auch national anerkannt. Stephan Schleiss ist eine gute Wahl, und die SVP dankt für die Unterstützung ihres Antrags.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden. In die Funktion der Statthalterin oder des Statthalters kann gemäss § 46 der Kantonsverfassung nur ein Mitglied des Regierungsrats für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Wahlzettel mit anderen Personen sind nach § 86 Abs. 1 Ziff. 3 GO KR ungültig. Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie wieder ein. Nach der Auszählung teilt der **Vorsitzende** das Resultat mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 78 | 78 | 1 | 1 | 76 | 39 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Stephan Schleiss | 74 |
| Urs Hürlimann | 1 |
| Beat Villiger | 1 |

➔ Der Rat wählt Regierungsrat Stephan Schleiss zum Statthalter.

Der **Vorsitzende** gratuliert Stephan Schleiss zu seiner Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem Amt. *(Der Rat applaudiert.)*

Der neu gewählte Statthalter **Stephan Schleiss** wendet sich mit folgenden Worten an den Rat: «Ich danke Ihnen sehr herzlich für das mir mit dieser Wahl entgegengebrachte Vertrauen. Die Wahl in diese Funktion hat sich entsprechend dem Anciennitätsprinzip abgezeichnet, sie kam also nicht ganz unerwartet. Aus diesem Grund habe ich mich auch im Voraus kundig gemacht. In der Gesetzessammlung gibt es zum Aufgabenbereich des Statthalters zwei Treffer: § 46 der Kantonsverfassung und § 2 des Organisationsgesetzes. An beiden Orten steht übereinstimmend, dass der Statthalter der Stellvertreter der Frau Landammann betreffend Vorsitz im Regierungsrat ist. In der GO RR findet sich keine weitere Präzisierung des Aufgabenbereichs. Das tönt nach wenig – und es ist dennoch viel. Verfassung und Gesetz weisen dem Statthalter Aufgaben zu, die ganz und gar im Dienste des Regierungskollegiums stehen. Und für dieses Kollegium, in dem ich sehr gerne zum Wohl von Land und Leuten wirke, noch mehr als heute über den Direktionsauftrag hinaus verpflichtet zu sein, das ehrt und freut mich sehr. Ich nehme die Wahl sehr gerne an.» *(Dem neu gewählten Statthalter wird ein Blumenstrauss überreicht, der Rat applaudiert.)*

## 668 Abschliessende Mitteilungen

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Olivia Bühler per 16. Dezember 2016 aus familiären Gründen aus dem Kantonsrat austritt. Ihre Lebensumstände haben sich durch die Geburt ihrer Tochter grundlegend verändert, und es ist ihr momentan leider nicht möglich, das Mandat als Kantonsrätin auszuüben. Der Vorsitzende dankt Olivia Bühler namens des Kantonsrats für die zwei Jahre, während derer sie im Kantonsrat mitgearbeitet hat. *(Der Rat applaudiert.)*
Auch Jolanda Spiess-Hegglin hat per Ende 2016 ihren Rücktritt aus dem Kantonsrat erklärt. Der Vorsitzende dankt ihr im Namen des Rats ebenfalls für ihren Einsatz zum Wohl des Kantons Zug und wünscht ihr privat und beruflich alles Gute.
Auch Thomas Lötscher wird den Kantonsrat per Ende Jahr verlassen. Der Vorsitzende hofft, dass er sich auch in seiner neuen Aufgabe für die Interessen der Zugerinnen und Zuger einsetzen wird. Er dankt ihm im Namen des Kantonsrats für seinen grossen Einsatz im Rat und die schöne Zeit als Kantonsratsvizepräsident. Er wünscht ihm alles Gute und viel Erfolg sowohl in seinem neuen Amt als auch privat. *(Der Rat applaudiert.)*

Der **Vorsitzende** gratuliert abschliessend dem neu gewählten Kantonsratspräsidenten Daniel Thomas Burch nochmals ganz herzlich. Er richtet die folgenden Worte an seinen Nachfolger: «Daniel, es war eine Freude, zusammen mit Dir die letzten Monate meiner Amtszeit zu präsidieren. Ich wünsche Dir ebenfalls viel Erfolg und Freude im höchsten politischen Amt, und ich bin überzeugt, dass auch Du in zwei Jahren nur Positives zu berichten hast. Es wird für Dich eine intensive, aber Interessante Zeit werden.»
Auch der neu gewählten Frau Landammann Manuela Weichelt-Piccard gratuliert der Vorsitzende nochmals zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünscht ihr viel Glück und Freude in ihrem neuen Amt.

Abschliessend wendet sich der scheidende Kantonsratspräsident Moritz Schmid mit folgenden Worten an den Rat: «Ich darf nun wieder zurück ins Parlament. Ich verabschiede mich von Ihnen als Kantonsratspräsident mit den herzlichsten Wünschen und aufrichtigem Dank. Ich wünsche allen frohe, besinnliche Festtage im Kreise ihrer Liebsten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Und damit erkläre ich das parlamentarische Jahr 2016 nach dem gemeinsamen Mittagessen für geschlossen.» *(Der Rat applaudiert.)*

## 669 Nächste Sitzung

Donnerstag, 26. Januar 2017 (Ganztagessitzung)

**Beilage zum Protokoll:** Definitiver Report der Abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

49. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 26. Januar 2017 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.20 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 24. November und 15. Dezember 2016
3. Kantonsratsersatzwahlen in den Einwohnergemeinden Neuheim und Cham sowie in der Stadt Zug:

3.1. Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl von Marcel Peter als Mitglied des Kantonsrats im Wahlkreis Neuheim infolge Freiwerdens eines Sitzes während der Amtsdauer (Rest der Amtsperiode 2015–2018; Vakanz Thomas Lötscher, entstanden am 1. Januar 2017)

3.1.1. Ablegung des Gelöbnisses von Marcel Peter

3.2. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Zug

3.2.1. Ablegung des Eides von Magda Feldmann

3.3. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Cham

3.3.1. Ablegung des Eides/Gelöbnisses von Fabian Freimann

4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

4.1. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend öffentliche Regierungsratssitzungen

4.2. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Publikation der Rechtsprechung

4.3. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend öffentliche Urteilsberatungen

4.4. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend elektronische Einsicht

4.5. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend elektronische Entscheidseröffnung

4.6. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Jugendwahlrecht

4.7. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend kantonales Verfassungsgericht

4.8. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ausländerwahlrecht

4.9. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Abschaffung der Kirchensteuer

4.10. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Richterwahlen

4.11. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Wahl der Ombudsperson und der oder des Datenschutzbeauftragten

4.12. Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Legalisierung von Cannabis

4.13. Motion von Monika Barmet, Andreas Etter und Karl Nussbaumer betreffend Sanierung Ortsdurchfahrt Menzingen

4.14. Postulat von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend digitale Schadensmeldung

4.15. Postulat von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend digitale Informationshotline
4.16. Postulat von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Open Access
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2016 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der Berichterstattung zum mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)
8. Parlamentarische Vorstösse betreffend den Ausbau der Bahninfrastruktur:
8.1. Motion von Philip C. Brunner und Jürg Messmer betreffend Sanierungstunnel Sihlbrugg–Horgen Oberdorf
8.2. Motion und Postulat der FDP-Fraktion zum Ausbau der Bahnverbindung nach Zürich
8.3. Motion von Martin Stuber, Heini Schmid und Thomas Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern
9. Motion von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Beitritt des Kantons Zug zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat vom 18. Juni 2009)
10. Motion von Manuel Brandenberg, Jürg Messmer, Karl Nussbaumer, Moritz Schmid, Beat Sieber und Thomas Villiger betreffend Aufhebung der Schenkungssteuer
11. Motion der CVP-Fraktion betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht
12. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Axpo und Misswirtschaft bei Atomkraftwerken
13. Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend behördliche Algorithmen
14. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend budgetierte Kostensteigerung beim Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) trotz sinkender Arbeitslosigkeit im Kanton Zug
15. Interpellation von Patrick Iten betreffend kantonalen ÖV

## 670 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Nicole Imfeld und Andreas Lustenberger, beide Baar; Thomas Meierhans und Monika Weber, beide Steinhausen; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 671 Mitteilungen

Der Vorsitzende teilt mit, dass er sich für seine erste Sitzung besonders gut vorbereitet hat. Er hat den Kompass mitgenommen hat, den er an der Kantonsratspräsidentenfeier von der Frau Landammann überreicht erhielt, und auch der Würfel

ist dabei, der im schlimmsten Fall – bei Ausfall der neuen Abstimmungsanlage – zum Einsatz käme.

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Schiff ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

Moritz Schmid, Kantonsratspräsident 2015/16, und Heinz Tännler, Landammann 2015/16, haben je einen Siegerpokal für das Parlamentarier-Skirennen der Kantone Zug und Schwyz für die Kategorien «Damen» und «Riesenslalom» gestiftet. Der Vorsitzende dankt den Spendern für ihre Grosszügigkeit und freut sich, wenn sie am nächsten Parlamentarier-Skirennen am Samstag, 18. Februar 2017, auf dem Hoch-Ybrig teilnehmen und bei der Übergabe der Pokale dabei sind. *(Der Rat applaudiert.)* Bis zum 31. Januar kann man sich bei Sportchefin Laura Dittli noch für die Teilnahme am Parlamentarier-Skirennen anmelden.

Kantonsrätin Monika Weber musste sich für die heutige Sitzung entschuldigen. Sie hat am 26. Dezember eine Hirnblutung erlitten, war lange Zeit hospitalisiert und befindet sich jetzt zur Rehabilitation in der Klinik Adelheid. Der Vorsitzende hat ihr im Namen des Rats mit einem Blumenstrauss und einer Karte gute Genesung und eine baldige Rückkehr in den Rat gewünscht.

TRAKTANDUM 1

## 672 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat beantragt, die Vorlage zu Traktandum 12 (Interpellation der ALG-Fraktion betreffend Axpo und Misswirtschaft bei Atomkraftwerken) zurückzuziehen. Zur Begründung macht er geltend, dass sich die Ausgangslage seit der Beantwortung der Interpellation am 8. November 2016 verändert hat: Im Dezember 2016 kommunizierte die Axpo Einzelheiten zur neuen Unternehmensstrategie. Der Regierungsrat will die neuste Entwicklung analysieren und eine überarbeitete Interpellationsantwort vorlegen.
Mit der Überweisung der Interpellation an den Regierungsrat ist der Kantonsrat auf die Vorlage eingetreten; die Überweisung ist nach § 51 Abs. 2 GO KR ein Eintretensbeschluss. Daher muss der Kantonsrat über den Antrag auf Rückzug befinden. Gemäss § 58 Abs. 4 und Abs. 1 GO KR sind dafür zwei Drittel der Stimmenden erforderlich.

Für **Hanni Schriber-Neiger** ist es verständlich, dass die Regierung ihre Interpellationsantwort nachbessern will. Seit der Überweisung gab es fast monatlich neue Analysen und mögliche Renditevorschläge der AXPO. Mit Blick auf diese Umstände kann die ALG auf die heute vorgesehene Diskussion zur überholten Interpellationsantwort verzichten. Unverständlich war und ist aber, dass sich die Regierung seit der Überweisung Mitte April 2016 sehr viel Zeit, zu viel Zeit gelassen bzw. die Frist für die Beantwortung nicht eingehalten hat. Etwas mehr Schub hätte nicht geschadet. Auch fragt sich die ALG, welche Kommunikation die AXPO als Strompartner der Kantone pflegt, wenn die Zuger Regierung Anfang November 2016 noch nichts

von der neuen Unternehmensstrategie wusste. Oder erarbeitet die AXPO eine Strategie tatsächlich in zwei Monaten?
Die ALG ist gespannt auf die neue Analyse des Regierungsrats und stellt noch folgende Fragen:
• Nach drei aufeinanderfolgenden Verlustjahren plant die AXPO eine Umstrukturierung in unrentable (Atomkraftwerke) und rentable Geschäfte (erneuerbare Energien und Dienstleistungen). Hier erwartet die ALG einen hörbaren Widerstand der Regierung. Oder ist die Strategie, Gewinne zu privatisieren, Schulden und atomaren Müll hingegen zu verstaatlichen, für die Regierung tatsächlich eine Lösung?
• Weiter möchte die ALG in der gleichen Sache wissen, wie sich der Regierungsrat zum neuen Energiegesetz, das am 21. Mai 2017 dem Volk vorgelegt werden soll, resp. zur Energiestrategie 2050 stellt?
Die ALG hofft, dass die Antwort auf ihre Interpellation Ende März 2017 wieder auf der Traktandenliste steht. Sie dankt dafür.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass der Regierungsrat am 21. Dezember von der neuen Unternehmensstrategie der AXPO Kenntnis genommen hat. Anfang Januar besprachen der Finanz- und der Baudirektor diese Sache und kamen zum Schluss, dass sie vom AXPO-Verwaltungsratspräsidenten Thomas Sieber und vom CEO Andrew Walo klärende Antworten auf die Frage haben möchten, welche Konsequenzen die neue Unternehmensstrategie haben werde etc. Der Regierungsrat will diese Fragen genau abklären, und er ist selbstverständlich auch bereit, die heute neu gestellten Fragen ebenfalls zu bearbeiten. Noch im Januar soll mit den beiden genannten AXPO-Vertretern ein Gespräch geführt und die Interpellation nachher neu beantwortet werden. Die heute vorliegenden Antworten sind nicht völlig falsch, aber insbesondere bei Frage 2 nimmt die Antwort Bezug auf die Unternehmensstrategie, die im November/Oktober 2016 galt. Deshalb will der Regierungsrat die Vorlage zurückziehen.

➔ Der Rat stimmt der Abtraktandierung von Traktandum 12 stillschweigend zu und genehmigt die vorliegende Traktandenliste im Übrigen ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

673 **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 24. November und 15. Dezember 2016**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 24. November und 15. Dezember 2016 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Kantonsratsersatzwahlen in den Einwohnergemeinden Neuheim und Cham sowie in der Stadt Zug**

Der **Vorsitzende** schlägt vor, die Validierung der Wahlen der drei neuen Kantonsratsmitglieder einzeln vorzunehmen und dann das Ablegen des Gelöbnisses bzw. Eids für alle drei neuen Mitglieder gemeinsam durchzuführen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Gültigkeit der Wahl von drei neuen Kantonsratsmitgliedern befindet. Die Gewählten sind anwesend.

**674** Traktandum 3.1: **Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl von Marcel Peter als Mitglied des Kantonsrats im Wahlkreis Neuheim infolge Freiwerdens eines Sitzes während der Amtsdauer (Rest der Amtsperiode 2015–2018; Vakanz Thomas Lötscher, entstanden am 1. Januar 2017)**
Vorlage: 2686.1 - 15316 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keinen anders lautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats gibt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die stille Wahl von Marcel Peter.

Der **Vorsitzende** gratuliert Marcel Peter zu seiner Wahl. Das neu gewählte Ratsmitglied tritt sein Amt sofort an.

**675** Traktandum 3.2: **Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Zug**
Vorlage: 2709.1 - 15355 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keinen anders lautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats gibt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Magda Feldmann.

Der **Vorsitzende** gratuliert Magda Feldmann zu ihrer Wahl. Die Gewählte tritt ihr Amt sofort an.

**676** Traktandum 3.3: **Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Cham**
Vorlage: 2710.1 - 15356 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, es keinen anders lautenden Antrag als denjenigen des Regierungsrats gibt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Fabian Freimann.

Der **Vorsitzende** gratuliert Fabian Freimann zu seiner Wahl. Dieser tritt sein Amt sofort an.

**677** Traktandum 3.4: **Ablegung des Eids bzw. Gelöbnisses**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Marcel Peter und Fabian Freimann das Gelöbnis und Magda Feldmann den Eid ablegen möchten. Die drei neuen Kantonsratsmitglieder treten nach vorn, der Rat und die übrigen Anwesenden erheben sich.

Der Landschreiber liest die Gelöbnisformel. **Marcel Peter** und **Fabian Freimann** sprechen stehend die Worte nach: «Ich gelobe es.»

Der Landschreiber liest die Eidesformel. **Magda Feldmann** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern die Worte nach «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst die neuen Ratsmitglieder herzlich willkommen und wünscht ihnen viel Energie und Befriedigung bei ihrer politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt später in der Sitzung (siehe Ziff. 695–710).

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**678** Traktandum 5.1: **Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven**
Vorlagen: 1992.1 - 13613 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1992.2 - 13614 (Antrag des Regierungsrats); 1992.3 - 13648 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 1992.4 - 13674 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 1992.5 - 13691 (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Mai 2011); 1992.6/6a - 15338 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Staatswirtschaftskommission.

**679** Traktandum 5.2: **Kommission für den öffentlichen Verkehr**

Anstelle von Olivia Bühler soll für die SP-Fraktion neu Fabian Freimann in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**680** Traktandum 5.3: **Ersatzwahl Kommissionspräsidium der Kommission für Tiefbau und Gewässer**

Das Kommissionspräsidium soll neu von Thomas Gander (FDP) übernommen werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**681** Traktandum 5.4: **Ad-hoc-Kommission betreffend Teilrevision des Steuergesetzes**

Anstelle von Andreas Hürlimann soll für die ALG-Fraktion neu Anastas Odermatt in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**682** Traktandum 5.5: **Ad-hoc-Kommission betreffend Änderung des Personalgesetzes**

Anstelle von Alice Landtwing soll für die FDP-Fraktion neu Florian Weber in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**683** Traktandum 5.6: **Kommission für Raumplanung und Umwelt**

Anstelle von Oliver Wandfluh soll neu René Kryenbühl für die SVP-Fraktion in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**684** Traktandum 5.7: **Kommission für den öffentlichen Verkehr**

Anstelle von Jürg Messmer soll neu Moritz Schmid für die SVP-Fraktion in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**685** Traktandum 5.8: **Ersatzwahl Kommissionspräsidium Kommission für den öffentlichen Verkehr**

Das Kommissionspräsidium soll neu von Moritz Schmid (SVP) übernommen werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**686** Traktandum 5.9: **Kommission für Gesundheit und Soziales**

Anstelle von Ralph Ryser soll neu Moritz Schmid für die SVP-Fraktion in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**687** **Traktandum 5.10: Erweiterte Justizprüfungskommission**

Anstelle von Philip C. Brunner soll neu Markus Hürlimann für die SVP-Fraktion in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

688 **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2016 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR**
Vorlage: 2697.1 - 15337 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 21 Abs. 2 Ziff. 4 GO KR die Konkordatskommission dem Kantonsrat jährlich eine Aufstellung der behandelten Geschäfte zur Kenntnisnahme vorlegt. Die Kenntnisnahme durch den Kantonsrat erfolgt mittels Kantonsratsbeschluss.

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, verweist auf den Bericht. Er dankt Rita Weiss, der Sekretärin der Kommission, im Namen der ganzen Kommission für ihre sehr gewissenhafte Arbeit. Er hält fest, dass der Rat den Bericht mit bestem Gewissen zur Kenntnis nehmen kann.

➔ Der Rat nimmt die Aufstellung der von der Konkordatskommission im Jahr 2016 behandelten Geschäfte zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 7

689 **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der Berichterstattung zum mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)**
Vorlagen: 2661.1/1a - 15260 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2661.2 - 15261 (Antrag des Regierungsrats); 2661.3 - 15340 (Bericht und Antrag der Bildungskommission); 2661.4 - 15341 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Bildungskommission beantragen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen bzw. den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Kenntnisnahme.

EINTRETENSDEBATTE

**Silvia Thalmann**, Präsidentin der Bildungskommission: Auch wenn der Kantonsrat die Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2013–2015 der Hochschule Luzern (HSLU) lediglich zu Kenntnis nehmen kann, lohnt es sich, dazu einige Worte zu verlieren. Bei der Hochschule handelt es sich um eine bedeutende Bildungsinstitution der Zentralschweiz, an deren Entwicklung der Kanton Zug massgebend beteiligt war und heute noch ist und an die er jährlich einen bedeutenden finanziellen Beitrag leistet. Die Einflussnahme auf die Geschäftstätigkeit der Hochschule erfolgt primär über den Konkordatsrat, in dem Regierungsrat Matthias Michel die Interessen des Kantons Zug vertritt. Die Bildungskommission richtete den Blick bei ihrer Beratung nicht nur rückwärts, sondern auch vorwärts, und hat am Ende des Berichts Hinweise angebracht. Sie erwartet, dass der Regierungsrat diese aufnimmt und in den Konkordatsrat einbringt.
Die Bildungskommission hat sich am 11. November 2016 über die Erreichung des Leistungsauftrags 2013–2015 durch Regierungsrat Matthias Michel und Interimsrektor Xaver Bühler informieren lassen. Die Fragen der Kommissionsmitglieder wurden fachkompetent und umfassend beatwortet. Nicht alle Leistungsziele wurden vollständig erreicht. Xaver Bühler nahm auch dazu Stellung, erklärte die Hinter-

gründe und verwies auf eingeleitete Massnahmen. Die HSLU hat sich zu einer schlanken, dynamischen und nachfrageorientierten Bildungsorganisation entwickelt, was bei den fünf Departementen mit ihren historisch sehr unterschiedlichen Wurzeln eine beachtenswerte Leistung ist. Ausgehend vom grossen Spardruck des Kantons Luzern beschloss der Konkordatsrat mehrfach, die Mittel für die HSLU zu kürzen, wodurch diese gezwungen war, ihre Kostenstruktur zu verbessern, ihre Leistung gezielt auf den Markt auszurichten, aber auch ihr Eigenkapital zu reduzieren. Mit ihrem Hinweis auf mehr Konstanz bei den Rahmenbedingungen in finanzieller und bildungspolitischer Hinsicht erwartet die Bildungskommission, dass der Konkordatsrat darauf verzichtet, kurzfristig die Spielregeln zu ändern, und als verlässlicher Partner auftritt.
Wie erwähnt, wurde aus Mangel an Finanzmitteln das Eigenkapital stark reduziert. Dieses soll gemäss heutiger Regelung nicht unter eine vorgegebene Limite fallen. Die Bildungskommission wird die Entwicklung dieser Kennzahl im Auge behalten. Mit dem neuen Informatik-Departement hat sich die HSLU auf die Marktbedürfnisse ausgerichtet und ihre Organisation optimiert. Bauliche Massnahmen stehen an. Die Bildungskommission weist daraufhin, dass nach den vielen Änderungen in der Organisation, die zweifellos viele Ressourcen gebunden haben, der Fokus in den nächsten Jahren auf die Qualität gelegt werden soll.
Zum Schluss sei erwähnt, dass die früheren Hinweise der Bildungskommission und des Kantonsrats vom Zuger Vertreter im Konkordatsrat aufgenommen wurden, weshalb die Bildungskommission zuversichtlich ist, dass auch die neu formulierten Hinweise nicht zur Makulatur verkommen werden.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko das vorliegende Geschäft in finanzieller Hinsicht durchleuchtet und ihre Feststellungen in ihrem Bericht erläutert hat. Der Kantonsrat kann die Berichterstattung zum mehrjährigen Leistungsauftrag nur zur Kenntnis nehmen. Trotzdem hat die Stawiko in ihrem Bericht einige Hinweise gemacht, nicht zuletzt zuhanden des Konkordatsrats. So ist der Stawiko aufgefallen, dass die Anzahl der Studierenden im Bereich Technik markant unter den Werten des Leistungsauftrags liegen. An der Fraktionssitzung der FDP hat Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel erklärt, dass dadurch keine Überkapazitäten entstehen, weil die Ressourcenplanung aufgrund der effektiven Anmeldungen und nicht aufgrund des Leistungsauftrags erfolge. Dennoch bittet die Stawiko, diesen Bereich speziell im Auge zu behalten. Die Erhebung der Erwerbsquoten erachtet sie als sehr sinnvoll und interessant. Sie ist der Meinung, dass die Ausrichtung der Schule klar in Richtung Studiengänge mit hoher Erwerbsquote gehen muss. Bei den Eigenfinanzierungsgraden hatte derjenige im Bereich Forschung & Entwicklung bislang 60 Prozent betragen. Da dieses Ziel nicht erreicht wurde, wurde es nun im Leistungsauftrag 2016–2019 auf 58 Prozent reduziert. Dies findet die Stawiko nicht gut; die Zielvorgaben dürfen durchaus etwas sportlich sein. Ebenso findet die Stawiko die Entwicklung bei den Dienstleistungen für Dritte nicht gut. Dort muss ihrer Meinung nach ein Kostendeckungsgrad von 100 Prozent angestrebt werden. Weiter sei das Eigenkapital erwähnt, welches per Ende 2015 noch 16,1 Millionen Franken oder 6,5 Prozent des Umsatzes betrug. Die Stawiko bittet den Konkordatsrat, diesem wichtigen Thema genügend Raum zu geben. Es muss verhindert werden kann, dass die Konkordatskantone eines Tages Sanierungsbeiträge entrichten müssen.
Trotz dieser konstruktiven Kritik anerkennt die Stawiko die Leistungen der Hochschule Luzern. Diese ist ein starker Eckpfeiler in der Bildungslandschaft Zentralschweiz und daher wichtig für den Wirtschaftsstandort.

**Esther Haas** spricht für die SP-Fraktion. Die *Performance* der Fachhochschule Zentralschweiz ist beeindruckend: Je nach Bereich finden 80 bis 98 Prozent der Studierenden gleich nach der Ausbildung eine Stelle. Dass die Kosten pro Studierende bzw. Studierenden tiefer sind als in den anderen Fachhochschulen, ist ein weiterer bemerkenswerter Punkt.
Eine gesunde Eigenkapitalbasis zu schaffen, war und ist eine Forderung des Zuger Kantonsrats. Sie stellt die Hochschule vor eine grosse Herausforderung. Bisher ging die Rechnung auf. Der Regierungsrat des Kantons Zug ist sich der Bedeutung der Fachhochschule Zentralschweiz bewusst, und er ist gewillt, Verantwortung zu übernehmen. Aber sind sich alle Trägerkantone ihrer Verantwortung bewusst? Wenn die Votantin sich das Sparkonzert aus Luzern anhört, ist sie sich da nicht ganz sicher. Sie ist überzeugt, dass der Zuger Regierungsrat weiteren Spargelüsten klar entgegentreten wird – im Wissen, dass auch die HSLU, eine Perle unter den Fachhochschulen, mit einer kurzfristigen Sichtweise langfristig kaputt gespart werden kann.

**Beat Sieber** teilt mit, dass die SVP-Fraktion Kenntnis nimmt von der Berichterstattung zum mehrjährigen Leistungsauftrag der Hochschule Luzern – dies allerdings nicht stillschweigend. Die SVP ist der Ansicht, dass insbesondere die Senkung des Eigenkapitals im Auge behalten werden muss und dieses nicht unter der vom Konkordatsrat verabschiedeten Richtzahl von 5 Prozent des Umsatzes liegen sollte. Wie die Stawiko meint auch die SVP-Fraktion, dass die Vollzeitäquivalente im Bereich Technik markant unter dem im Leistungsauftrag vorgesehenen Wert liegen. Sie behält die Entwicklung im Auge, und auch wenn sie direkt nichts dazu zu sagen hat, ermuntert sie die Hochschulleitung und den Konkordatsrat, korrigierende Massnahmen in die Wege zu leiten. Wie die Stawiko meint auch die SVP-Fraktion, dass im Bereich Weiterbildung und Dienstleistungen ein Kostendeckungsgrad von 100 Prozent erreicht werden muss. In diesem Sinn nimmt die SVP-Fraktion kritisch Kenntnis von der Berichterstattung.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme des regierungsrätlichen Berichts und für die Hinweise der Kommission und der Votanten. Die Volkswirtschaftsdirektion hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie solche Hinweise ernst nimmt. Die heutige Diskussion ist in diesem Sinn einerseits eine Kenntnisnahme, andererseits aber auch eine Einflussnahme des Kantonsrats, die vielleicht wichtiger ist als die Änderung irgendeines Reglements. Sie bestärkt den Regierungsrat in seiner Politik, und der Kanton Zug war bisher – das wird von der Hochschule anerkannt – ein sehr verlässlicher Partner.
Im Bereich Technik liegen die Zahlen tatsächlich unter den erwarteten Werten. Im Leistungsauftrag werden diese Zahlen auf drei oder vier Jahre hinaus prognostiziert, und es kann durchaus sein, dass die Prognose dann nicht zutrifft. Es hat im Bereich Technik ein Wachstum gegeben, aber nicht im erwarteten Ausmass. Dafür sind andere Bereiche stärker als erwartet gewachsen, so wuchs der Bereich Architektur und Bau um fast 5 Prozent stärker als prognostiziert. Ein Raum- oder Personalbedarf wird so durch ein Wachstum an anderer Stelle kompensiert. Und die Raum- und Personalressourcen werden nicht drei, vier Jahr vor Bedarf bereitgestellt, sondern anhand der effektiven Anmeldung. Es gibt also keine überschüssigen Raum- oder Personalressourcen. Wenn das nämlich der Fall wäre, hätte die Fachhochschule Zentralschweiz nicht die tiefsten Pro-Kopf-Kosten aller Fachhochschulen in der Schweiz.
Die Erwerbsquoten sind für eine Hochschule, die sich am Markt orientiert, sehr wichtig. Sie sind erfreulich hoch. Der Konkordatsrat hat schon vor Jahren gesagt,

dass ein Wachstum insbesondere in jenen Bereichen möglich sein solle, in denen die Schweiz Fachkräfte braucht, also in den Bereichen Technik, Informatik, Wirtschaft. In anderen Bereichen, beispielsweise in der Kunst, wird gedeckelt; hier werden Studierende aufgenommen, so weit das innerhalb bestehender Infrastrukturen möglich ist.
Dass beim Eigenkapital eine fixe Untergrenze eingeführt wurde, geht auf eine Anregung des Volkswirtschaftsdirektors zurück. Das soll berechenbar sein, man soll aber auch nicht zu viel Eigenkapital mitschleppen. Der Eckwert von 5 Prozent ist für die Regierung wichtig. Die Vorgabe, dass Dienstleistungen zu 100 Prozent kostendeckend sein sollen, wurde bisher immer eingehalten und gilt nach wie vor. 2016 gab es – wie im Bericht aufgezeigt – neue Vorgaben des Bundes, welche die Verschiebung gewisser Erträge hin zu Forschung und Entwicklung zur Folge hatten. Deshalb kam es zu einem Ungleichgewicht. Die Vorgabe soll in Zukunft aber wieder eingehalten werden. Im Bereich Forschung und Entwicklung bestand das Problem, dass öffentliche Gelder zurückgezogen wurden: Der Bund hat weniger Geld in die Forschung und Entwicklung eingespeist, der Kostendeckungsgrad lag nicht mehr bei 60 Prozent. Die Privatwirtschaft hat – das muss gesagt sein – gleich viel beigetragen. Hier gilt es immer wieder eine Balance zu finden: Wie viel verlangt man in einem Forschungsprojekt von einem KMU und wie viel von der Hochschule? Der Kostendeckungsgrad sollte aber nicht weiter sinken.
Es sollte in der Tat nicht sein, dass der Fachhochschule wegen kantonaler Sparprogramme – sei es in Luzern oder sonstwo – von einem auf das andere Jahr plötzlich Mittel entzogen werden. So würde die Berechenbarkeit fehlen. Die Regierung setzt sich – auch mit den erwähnten Eckwerten – für eine mehrjährige Planungssicherheit ein. Ein Beispiel: Der Kanton Luzern hat als Sparmassnahmen eine kleine Pensenerhöhung für seine Lehrpersonen beschlossen. Diese Massnahme betrifft auch das Personal der Fachhochschule, denn diese untersteht grundsätzlich dem Luzerner Personalrecht, kann aber davon abweichen. Auf Antrag des Volkswirtschaftsdirektors wurde ein Vergleich erstellt, der aufzeigen sollte, wie die Fachhochschule bezüglich Entschädigung und Pensen im Wettbewerb steht. Der Vergleich hat gezeigt, dass die Fachhochschule Zentralschweiz auch mit dieser massvollen Pensenerhöhung im Wettbewerb bleibt, weshalb der Konkordatsrat die Erhöhung tolerieren kann.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Vorlage in nur einer Lesung beraten wird.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag und nimmt damit den Bericht zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Schlussabstimmung gibt, weil der Rat das Geschäft lediglich zu Kenntnis nimmt. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8
**Parlamentarische Vorstösse betreffend den Ausbau der Bahninfrastruktur:**

**690** Traktandum 8.1: **Motion von Philip C. Brunner und Jürg Messmer betreffend Sanierungstunnel Sihlbrugg–Horgen Oberdorf**
Vorlagen: 2609.1 - 15146 (Motionstext); 2609.2 - 15336 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**691** Traktandum 8.2: **Motion und Postulat der FDP-Fraktion zum Ausbau der Bahnverbindung nach Zürich**
Vorlagen: 1804.1 - 13051 (Motions- und Postulatstext); 1804.2 - 13176 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1804.3 - 13219 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 1804.4 - 13222 (Bericht und Antrag der Kommission für den öffentlichen Verkehr); 1804.5 - 15336 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**692** Traktandum 8.3: **Motion von Martin Stuber, Heini Schmid und Thomas Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern**
Vorlagen: 1899.1 - 13317 (Motionstext); 1899.2 - 13559 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1899.3 - 13649 (Bericht und Antrag der Kommission für den öffentlichen Verkehr); 1899.4 - 13656 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 1899.5 - 14793 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1899.6 - 15336 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die drei Vorstösse inhaltlich zusammen behandelt werden. Die Abstimmungen zu den Anträgen des Regierungsrats werden zu jedem Vorstoss einzeln durchgeführt.

Motionär **Philip C. Brunner** dankt für die zusammengefasste Beantwortung der zwei Motionen und des Postulats, welche die Bahnstrecke Zürich–Zug–Luzern bzw. den öffentlichen Verkehr stärken wollen. Es ist erfreulich, dass die Vorstösse von 2009 und 2010 zusammen mit dem letzten Vorstoss vom Frühjahr 2016 endlich im Kantonsrat diskutiert werden können. Der Votant legt seine Interessenbindung offen: Er ist seit einem Jahr Vorstandsmitglied im Komitee «Zimmerberg light» und setzt sich für diese Lösung ein.
Der Votant reichte die Motion betreffend Sanierungstunnel Sihlbrugg–Horgen zusammen mit Jürg Messmer, dem damaligen Präsidenten der Kommission für den öffentlichen Verkehr, sowie acht Mitunterzeichnern ein. Er wird die Mitunterzeichner noch namentlich erwähnen, möchte sich aber schon jetzt entschuldigen, dass sie im Titel der Motion nicht genannt werden; der Votant scheint da technisch etwas falsch gemacht zu haben. Er wollte immer die breite Unterstützung aus allen Fraktionen und allen hier vertretenen Parteien – mit Ausnahme der Piratenpartei – aufzeigen. Schliesslich geht es um die grösste infrastrukturelle Schwäche des Verkehrssystems im Kanton Zug. Es gibt hier nämlich keine andere Verkehrsinfrastruktur, die seit 1897 – also seit hundertzwanzig Jahren – ihren Dienst wie bei der Eröffnung versieht. Der Film «Gotthard» hat realistisch aufgezeigt, mit welchen Schwierigkeiten die damaligen Tunnelbauer zu kämpfen hatten. Am Zimmerberg und am Albis war es nicht anders: viel Handarbeit, grosse Gefahren, hohes Einsturzrisiko.
Der Albistunnel ist 3359 Meter lang, einspurig und verbindet Sihlbrugg mit Litti bei Baar. Er wurde durch die Schweizerische Nordostbahn als Teil der Bahnstrecke Thalwil–Arth-Goldau eröffnet und gehört seit 1907 zum Netz der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB). Der Tunnel wurde bereits mehrmals instand gesetzt, letztmals in grossem Stil in den Jahren 1982–1985. Im Jahr 2006 wurden erneut Sanie-

rungsarbeiten durchgeführt. Im Frühjahr 2016 wurde der Tunnel für Unterhaltsarbeiten während mehrerer Wochenenden gesperrt, und mittlerweile wird er fast regelmässig an den Wochenenden gesperrt.
Der Votant dankt den folgenden Ratskolleginnen und -kollegen – viele sind aus Baar und Zug, also aus den Gemeinden, die besonders betroffen sind: Daniel Abt (FDP, Baar), Pirmin Frei (CVP, Baar), Alois Gössi (SP, Baar), Andreas Hürlimann (ALG, Steinhausen), Urs Raschle (CVP, Zug), Daniel Stadlin (GLP, Zug), Cornelia Stocker (FDP, Zug), Vroni Straub-Müller (CSP, Zug, Mitglied der ALG-Fraktion) und Jürg Messmer (SVP, Zug). Der Votant hat sich vor der heutigen Debatte nicht mit allen erwähnten Kolleginnen und Kollegen absprechen können, kann also nicht sagen, was sie zum Bericht und zu den Anträgen der Regierung meinen. Er dankt der Regierung aber für den guten Willen, sich der Diskussion zu stellen. Er wird später als Fraktionssprecher der SVP pointiert Stellung beziehen und Anträge stellen.

**Adrian Andermatt** dankt im Namen der FDP-Fraktion für den ausführlichen und überzeugenden Bericht zu den heute zu behandelnden Vorstössen betreffend Bahnkapazität auf der Strecke Zürich–Zug–Luzern. Die FDP schliesst sich den Anträgen der Regierung zu allen drei Vorstössen vollumfänglich an.
Tatsache ist, dass der Kapazitätsbedarf auf der Bahnstrecke Zürich–Zug–Luzern bereits heute sehr hoch ist und in Zukunft weiter deutlich steigen wird. Tatsache ist auch, dass nebst den bereits getroffenen Massnahmen noch weitere Massnahmen notwendig sind, um den weiter steigenden Kapazitätsbedarf befriedigen zu können. Zu diesen zwingend notwendigen Massnahmen zählt zweifelsohne auch das Nadelöhr am Zimmerberg. Geschieht dies mittel- bis langfristig nicht, verliert die Wirtschafts- und Wohnregion Zug an Attraktivität, und dies würde nicht nur dem Kanton Zug schaden. Tatsache ist weiter auch, dass die zur Verfügung stehenden und zu investierenden Mittel begrenzt sind und die Bahninfrastrukturwünsche bereits der beteiligten Standortkantone heterogen sind. Als Beispiele aus der weiteren Region seien der Tiefbahnhof Luzern oder Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen erwähnt, welche für Luzern bzw. für Zürich ebenfalls sehr wichtig sind; die stark divergierenden Interessen der übrigen Schweiz seien nur nebenbei erwähnt. Dies zeigt bereits, dass es selbst mit den unmittelbaren Nachbarkantonen schwierig ist, den von Zug als zentral empfundenen Ausbau des Zimmerbergtunnels als alleroberste Priorität zu taxieren und nachhaltig zu verfolgen. Scheingefechte auf Nebengeleisen – und dazu zählt für die FDP auch die immer wieder ins Spiel gebrachte Variante «Zimmerberg light», um die es letztlich auch beim vorgeschlagenen Sanierungstunnel geht – bringen den Kanton Zug nicht weiter. Vielmehr schaden sie der Sache. Die in den Vorstössen geforderten konkreten Bauvorhaben, so der Sanierungstunnel Sihlbrugg–Horgen Oberdorf und die Perronverlängerungen in Baar und Rotkreuz, sind zudem beim Bund weder geplant noch finanziert. Die Frage der Vorfinanzierung stellt sich somit gar nicht. Vielmehr würde es sich um Vollfinanzierungen handeln, die nicht im Interesse des Kantons Zug sein können, auch weil der Erfolg dieser dann von Zug zur Verfügung gestellten Infrastruktur alles andere als sicher wäre. Denn beispielsweise die Perronlänge ist in keiner Art und Weise ein Garant für eine bestimmte Haltepolitik der Züge.
Unabhängig davon ist es aber selbstverständlich, dass die Regierung und auch die Zuger Vertreter auf Bundesebene alles daran setzen müssen, dass der Ausbau am Zimmerberg und der weitere Infrastrukturausbau die notwendige Priorität haben und auch behalten. Dass dem so ist, hat die Regierung unter der Federführung der Volkswirtschaftsdirektion und des Amtes für öffentlichen Verkehr bereits bewiesen, sei dies auf Stufe Ausbau des Regionalverkehrs oder bei den Verbesserungen im Fernverkehr. Nebenbei gesagt: Ab 2017 verkehren in den Stosszeiten mindestens

sieben Züge pro Stunde und Richtung auf dem Abschnitt Zug–Zürich und gar neun, wenn man die S-Bahn via Steinhausen mitzählt. Das ist mittel- bis langfristig noch nicht genug. Es zeigt aber klar auf, dass sich die zuständigen Stellen bereits heute sehr wohl für die Interessen der Wirtschafts- und Lebensregion Zug einsetzen – und das werden sie auch nach Abschreiben der hängigen Vorstösse weiterhin mit grossem Elan tun.
Der Kanton Zug darf sich nicht verzetteln, und er muss auch die Realitäten akzeptieren. Realität ist, dass der Bund zusammen mit der SBB für den Fernverkehr zuständig ist, nicht die Zuger Regierung, und dass – wie gesagt – die Mittel begrenzt sind, auch mit der neuen Bahninfrastrukturfinanzierung. Realität ist auch, dass auf Bundesebene der Ausbauschritt STEP AS 2030/35 das nächste, realistische Ziel für den für Zug so wichtigen Infrastrukturausbau gerade in Bezug auf die Situation am Zimmerberg ist. Davon mit unrealistischen Forderungen abzulenken, schadet.
Der Votant geht nicht weiter auf den Bericht der Regierung ein. Dieser ist sehr substantiiert ausgefallen und zeigt auch auf, was bereits getan wurde und was weiterhin unternommen wird. Der Rat kann somit den Anträgen der Regierung folgen. Diese weiss, was zu tun ist – was sie bereits bewiesen hat. Die FDP dankt den zuständigen Stellen in der Verwaltung und der Regierung für ihren grossen Einsatz in dieser für den Kanton Zug unbestrittenermassen zentralen Sache.

**Heini Schmid** ist der letzte im Rat verbliebene Motionär. Er hat seine Haltung zum regierungsrätlichen Bericht nicht in jedem Detail mit seinem Mitmotionären abgesprochen, tut also seine persönliche Meinung kund. Das Anliegen der Motion verkommt langsam zur Frage, ob die Motion nun endlich abgeschrieben werden darf oder nicht, was nicht sehr zielführend ist. Deshalb hält der Votant hier fest, dass die Motionäre mit der Abschreibung einverstanden sind. So kann dieses Thema im Rahmen der Vernehmlassung zu STEP AS 2030/35 mit neuem Elan wieder aufgenommen werden. Es ist dem Votanten dabei aber wichtig, dass von den drei postulierten Möglichkeiten insbesondere die Perronverlängerung ein Thema bleibt. Ab 2019 soll der Interregio mit 400 Meter langen Kompositionen geführt werden. Das bedeutet, dass diese Züge in Baar und Rotkreuz nicht mehr halten können. Deshalb muss versucht werden, in Baar und Rotkreuz 400 Meter lange Perrons zu bauen. Die SBB haben nämlich kein Interesse, die Interregio-Züge an möglichst vielen Orten halten zu lassen, und werden den Kanton Zug nicht ermutigen, die entsprechenden Perrons zu bauen. Die Volkswirtschaftsdirektion ist deshalb wohl gut beraten, wenn sie nicht auf irgendwelche Netzpläne und andere Ausreden der SBB wartet, sondern – auch im Rahmen der Verzögerung bezüglich Zugersee-Ost – selbst aktiv wird und zumindest in Rotkreuz eine definitive Perronverlängerung anstrebt, auch wenn sie den Kanton Zug etwas kostet. Fehlt diese, wird Zug von den SBB nämlich *nie* ein Angebot erhalten, dort mit langen Zügen anzuhalten. Denn die SBB wollen im überregionalen Personenverkehr möglichst schnell von Zürich nach Luzern fahren, und jeder zusätzliche Halt widerspricht ihrem Konzept. Das Thema Perronverlängerung muss also vom Kanton Zug angegangen werden, auch auf das Risiko hin, dass man dann während einiger Jahre ein zu langes Perron hat. Aber ohne Verlängerung hat man keine Chance. Und die Kosten einer Verlängerung sind nicht so exorbitant, dass der Kanton Zug sie sich nicht leisten könnte.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG. Der Regierungsrat hat eine sehr gute Übersicht zur Diskussion über die Bahninfrastruktur im Kanton Zug geliefert. Dafür gilt es zu danken. Es zeigt sich, dass der politische Druck nötig war, um gewisse Verbesserungen zu erzielen und Diskussionen beim Bundesamt für Verkehr oder der SBB anzustossen. Die Antworten des Regierungsrats betreffend Ausbau-

schritte 2030 sind inhaltlich richtig und zeigen die im Grundsatz herrschenden Zuständigkeiten, welche sich bei nationalen Stellen konzentrieren. Die Botschaft des Bundesrats wird im nationalen Parlament im Jahr 2019 beraten. Die Kantone werden im Vorfeld angehört. Was man in den letzten Diskussionen um Ausbauschritte gehört hat, macht für den Raum Zug oder die Zentralschweiz jedoch keinen Mut. Weiteres Lobbying und politischer Druck gerade auch aus Zug sind darum dringend nötig.

Der bisherige Verlauf der Beratung der beiden älteren Vorstösse, insbesondere der Motion Stuber/Schmid/Lötscher, zeigt, dass der Regierungsrat von Anfang an einen anderen Weg einschlagen wollte. Wäre es nach ihm gegangen, hätten viele positive Elemente und viel Arbeit der letzten Jahre für eine Verbesserung der Bahninfrastruktur und der Kapazitäten nicht oder wohl nur im «pro forma»-Rahmen stattgefunden. So entschied der Kantonsrat zweimal gegen den Willen des Regierungsrats, die Motion nicht abzuschreiben. Man wollte den politischen Druck dadurch hochhalten. Rückwirkend kann man sagen, dass dies dem Anliegen gut getan hat. Diesen Druck braucht es.

Unter Punkt 3 («Ausgangslage») führt die Regierung aus, für welche Angebotsvorstellungen zum Regionalverkehr sich der Kanton Zug und teilweise auch die Planungsregion Zentralschweiz eingesetzt haben. Schade, ist, dass sich die Zentralschweizer Planungsregion nicht noch stärker auch zum Fernverkehr geäussert hat. Es ist klar, dass die Kompetenz dafür an einem anderen Ort liegt, aber es wäre ein starkes Zeichen gewesen. In den Rahmenkonzepten der SBB sind nämlich für 2025 leider keine solchen Ausbauten erkennbar. Mindestens für die Jahre 2025 plus bis womöglich in die 2030er Jahre wird also auf dem Ast Luzern–Zug–Zürich mit dem bestehenden Angebot gefahren – ausser die Kantone werden selber aktiv.

Punkt 4 («Doppelspuriger Sanierungstunnel Sihlbrugg–Horgen Oberdorf») bietet Informationen zur Motion Brunner/Messmer und Mitunterzeichnenden. Das Nadelöhr zwischen Zug und Zürich beschäftigt Pendler in letzter Zeit immer öfters, und die Auswirkungen sind jeweils unschön. Die Zahl der betroffenen Reisenden an einem Wochenende mit Totalsperre zwischen Horgen und Baar lässt sich Seite 4 des regierungsrätlichen Berichts entnehmen; sie ist gewaltig. Nimmt man eine unvorhergesehene Sperre zur Hauptverkehrszeit dazu – davon gab es in diesem Jahr bereits mehrere –, ist das Chaos perfekt. Die beiden Einspurtunnel auf der Strecke Baar–Sihlbrugg–Horgen sind wohl einer der grössten, wenn nicht der grösste Engpass im Schweizer Schienennetz. Eine Zugfahrt von Zürich nach Zug führt weit zurück in die Vergangenheit, denn die Einspurtunnel stammen aus dem vorletzten Jahrhundert. Und gemäss Antwort des Regierungsrats wartet man in Zug aktuell auf Rauchzeichen aus Bundesbern; erst danach würde man sich wieder engagieren. Wenn man sieht, dass diese Strecke und diese Einspurtunnel bis heute in keinem Angebotskonzept und in keinen Planungen oder Überlegungen des Bundes als prioritär eingestuft werden, müssten eigentlich die Alarmglocken läuten, und man sollte jeden Vorstoss in diese Richtung als Support verstehen, hier am Ball zu bleiben und noch etwas mehr zu machen.

Es ist sehr zu begrüssen – auch das sei hier erwähnt –, dass man nun auch Alternativen zum Zimmerberg-Basistunnel prüft. Das ist sicher auf die Arbeit aus dem Kanton Zug zurückzuführen und verdient einen Dank an alle, die sich hierfür eingesetzt haben. Denn Alternativen zum Zimmerberg-Basistunnel verdienen Beachtung, insbesondere wenn man sich fragt, was denn mit einer allfälligen Kapazitätsreserve in einem Basistunnel passieren würde. Eine solche Reserve – ursprünglich in der Planung wohl als Güterverkehrskorridor angedacht – würde diverse Optionen offen halten, eben auch für Güterverkehr auf dieser Achse. Und mangels weiterer Möglichkeiten – die NEAT-Zufahrten waren ja auch schon anders geplant

als bis heute ausgeführt – könnte das Risiko bestehen, dass stark besiedelte Wohngebiete in den Stadtlandschaften des Kantons Zug zusätzlich mit Güterverkehr belastet würden.
Aber zurück zum Sanierungstunnel: Am Gotthard wird ein neuer Strassentunnel gebaut, genau wegen der erwähnten Problematik des Totalunterbruchs und längerer Totalsperren. Mit einem neuen Tunnel zwischen Horgen Oberdorf und Litti könnte ebenfalls ein Totalunterbruch verhindert werden, und man hätte zudem einen der wichtigsten Gründe für Verspätungen auf der Strecke Zug–Zürich eliminiert. Ein stabiler Betrieb wäre auch bei einem weiteren Angebotsausbau noch möglich. Übrigens wäre ein weiterer Infrastrukturausbau gemäss Rahmenplan der SBB – Irrtum vorbehalten – um 2040 angedacht. Das heisst, dass auf der Infrastrukturseite in diesem Bereich noch über zwanzig Jahre lang nichts ginge. Eine rasche Lösung mittels Sanierungstunnel muss darum weiter vorangetrieben werden.
Unter Punkt 5 («Ausbau der Bahnangebote Zürich–Zug–Luzern») spricht der Regierungsrat davon, dass auf dem Zugumlauf Luzern–Zug–Zürich ab 2020 die neuen Bombardier-Züge mit einer Länge von 400 Meter zum Einsatz kommen könnten. Dadurch entstehe ein zusätzliches Platzangebot, steht auf Seite 7. Auf Seite 8 kann man lesen, dass der Halt aller Interregio-Züge Zürich–Zug–Luzern in Rotkreuz ein erklärtes Ziel des Regierungsrats sei. Wenn man diese beiden Aussagen mit den Ausführungen zu Punkt 6 («Perronverlängerung Rotkreuz und Baar») kombiniert, zeigt sich ein Widerspruch: 400-Meter-Züge brauchen Perrons mit mindestens 400 Meter Länge. Und wenn der Votant die Ausführungen des Regierungsrats richtig interpretiert, dann wären diese Züge im Umlauf Zürich–Zug–Luzern ja lediglich auf diesem Abschnitt im Einsatz, weshalb primär die Infrastruktur in diesem Raum zu beachten wäre – und nicht die Perrons in der Region Winterthur bis Konstanz. Denn Seite 10 kann man entnehmen, dass Perronlängen jenseits von Winterthur in Richtung Konstanz mit ein Grund seien, weshalb keine 400 Meter langen Züge eingesetzt werden können. Es sind also fehlende Perronlängen östlich von Zürich – vermutlich in Konstanz selber –, die gegen 400-Meter-Züge sprechen. Angenommen, auf der Linie Luzern–Zürich wären 400 Meter lange Züge möglich, könnte oder müsste man auch prüfen, ob eine andere Durchbindung geplant werden könnte, nämlich eine Durchbindung, auf der 400 Meter lange Züge zugelassen werden könnten, beispielsweise Luzern–Zürich–Winterthur–St. Gallen oder Luzern–Zürich–Romanshorn.
Lösungen wären hier also durchaus erkennbar. Der Wille zur Umsetzung oder zur Finanzierung scheint dem Regierungsrat angesichts der Finanzdebatten aber vollends abhanden gekommen zu sein. Es ist schade, dass an mehreren Stellen des Berichts die aktuelle finanzielle Situation des Kantons als eines der Hauptargumente herangezogen wird, um Planungen oder Projekte nicht voranzutreiben. Eine solche Haltung der Regierung ist längerfristig gefährlich und der Entwicklung des Kantons Zug nicht förderlich. Ein kurzfristiges Innehalten oder allenfalls auch ein kurzfristiger Abbau in gewissen Bereichen lassen sich verkraften. Aber bei strategisch wichtigen Investitionen, wie sie hier im Mobilitätsbereich diskutiert werden, ist eine solche Haltung sehr gefährlich. Man läuft dadurch noch mehr Gefahr, die dynamische Entwicklung im Bereich Mobilität vollends aus der Hand zu geben und dann vollständig auf Planungen und den *Goodwill* Dritter angewiesen zu sein. Die ALG ist daher der Ansicht, dass der politische Druck auch seitens des Kantonsrats erhalten bleiben soll. Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um bei den Beratungen im eidgenössischen Parlament im Jahr 2019 das bestmögliche Resultat erzielen und möglichst rasch auch auf anderen Ebenen Verbesserungen erreichen zu können. Die ALG ist deshalb bei allen drei Vorstössen gegen die Erledigterklärung und das Abschreiben und wird entsprechende Anträge stellen.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. In der Antwort der Regierung wird aufgezeigt, welcher Ausbau der Kapazitäten in den letzten Jahren getätigt werden konnte. Dabei zeigten sich auch die SBB oft relativ flexibel, natürlich mit der nötigen Unterstützung von Zug. So waren sie etwa bereit, die Platzkapazitäten zwischen Rotkreuz und Baar mit Doppelkompositionen zu erhöhen. Selbstverständlich gibt es auch Themen, welche nicht so umgesetzt werden, wie man sich das aus Zuger Sicht wünscht. Auf der anderen Seite legt der Regierungsrat auch dar, dass er mit den SBB und mit den zuständigen Stellen in Bern die berechtigten Anliegen immer wieder diskutiere und so die Zuger Situation aufzeige. Die SP ist wie die Regierung der Meinung, dass der Kapazitätsausbau auf der Linie Luzern–Zug–Zürich dringend ist. Sie hat die nötige Zuversicht und Erfahrung – etwa mit der Stadtbahn –, dass die Regierung und die Volkswirtschaftsdirektion mit den zuständigen Stellen diese Dringlichkeiten immer wieder aufzeigen. In seiner Antwort zeigt der Regierungsrat auf, dass die nötige Sensibilität und Wichtigkeit bei allen kantonalen Stellen vorhanden sind. Es braucht deshalb keinen weiteren Druck, indem die Motionen bzw. das Postulat nicht abgeschrieben werden. Denn auch nicht abgeschriebene Vorstösse scheinen die Bundesbehörden und das nationale Parlament nicht sonderlich zu beeindrucken. Aus diesen Überlegungen schliesst sich die SP-Fraktion den Anträgen des Regierungsrats an.

**Iris Hess-Brauer** spricht für die CVP-Fraktion. Die drei zur Debatte stehenden Vorstösse betreffen den Ausbau der Bahninfrastruktur, insbesondere die Erhöhung der Bahnkapazität auf der Linie Luzern–Zug–Zürich. Diese Achse ist für den Kanton Zug von eminenter Bedeutung. Es ist der CVP deshalb wichtig, dass sich der Regierungsrat auch im Sinne dieser Vorstösse stets frühzeitig an den richtigen Stellen verlauten lässt und die Anliegen des Kantons Zug für eine verbesserte und entwicklungsfähige Bahninfrastruktur vertritt.
Im STEP AS 2025 sind für den Kanton Zug keine neuen Bahninfrastrukturen enthalten. Derzeit werden vom BAV, den SBB, der Güterverkehrsbranche und den Kantonen die Ausbauschritte STEP 2030 erarbeitet. Die Planungsregion Zentralschweiz hat verschiedene Angebotsvorstellungen zum Regionalverkehr eingereicht, unter anderem, dass alle Interregio-Züge zwischen Zürich und Luzern in Rotkreuz halten. Ein aktiver und intensiv fordernder Kontakt der Zuger Regierung zu den entsprechenden Stellen ist zwingend notwendig und für die weitere Entwicklung des Kantons Zug von grosser Bedeutung.
Besonders hervorzuheben ist die Durchmesserlinie Zürich. Diese konnte durch den Kanton Zug und sieben weitere Kantone vorfinanziert werden, so dass die vierte Teilergänzung der S-Bahn Zürich vorzeitig realisiert werden konnten. Dies sind die richtigen Schritte, um Projekte zeit- und kostensparend voranzutreiben. Eine definitive Perronverlängerung in Rotkreuz, wie von Philip C. Brunner in einem Postulat verlangt, würde aber zu massiven Bau- und Unterhaltskosten führen, denn Halte von 400 Meter langen Zügen sind derzeit vom Bund nicht geplant. Der Kanton Zug müsste diese Kosten demzufolge alleine berappen, und diese Mittel fehlen im Moment ganz klar.
Die CVP ermutigt die Regierung, wo immer möglich für die Verbesserung der Bahninfrastruktur proaktiv und vorausschauend vorzugehen. Sie meint aber, dass dies nicht nur durch Warmhalten hängiger Vorstösse sinnvoll geschehen kann. Es ist wichtig, dass sich die Regierung kurz-, mittel- und langfristig für die Zuger Anliegen im öffentlichen Verkehrs einsetzt, damit es später nicht heisst: Der Zug ist für Zug bereits abgefahren. In diesem Sinne stimmt die CVP-Fraktion grossmehrheitlich den Anträgen des Regierungsrats zu.

Als Sprecher der SVP-Fraktion hält **Philip C. Brunner** fest, dass bereits ein erstes Fazit der Diskussion gezogen werden kann. Er dankt für die verschiedenen Voten und insbesondere Heini Schmid für seine Ausführungen zur Perronverlängerung. Von verschiedenen Rednern wurden die finanziellen Probleme des Kantons angesprochen. Das ist natürlich allen bekannt, aber dieses Thema wird den Kantonsrat vielleicht noch während vier, fünf oder sechs Jahren beschäftigen. Es ist diesbezüglich sehr viel im Fluss: Brexit, Donald Trump, Dollar, der DowJones, welcher ein Allzeithoch erreicht hat. Wenn es Amerika gut geht, wird in Zug – der Votant hofft natürlich auf Annahme der USR III – die Kasse sprudeln. Ein hoher Dollar ist für den Kanton Zug wie ein warmer Regen. Man wird feststellen können, dass das aktuelle Finanzproblem sich von selber lösen wird. Es gibt noch weitere Faktoren, etwa den Goldpreis, der sich positiv auf das Resultat der Nationalbank auswirkt etc. Die Weltkonjunktur ist nicht so schlecht, dass es dem Kanton Zug sehr schlecht gehen wird. Das zu wissen ist wichtig, denn hier geht es hier um eine mega langfristige Frage – die Ausführungen des Regierungsrats zeigen die Zeitdimensionen auf –, und der Kantonsrat sollte hier langfristig denken. Und wenn sich der Kanton Zug angeblich keine Perronverlängerung mehr leisten kann, muss man sich fragen, ob die richtigen Leute auf der Regierungsbank sitzen.
Über die Ausführungen des FDP-Sprechers ist der Votant enttäuscht. Der Kanton Zug und seine Wirtschaft und letztlich auch seine steuerlichen Einnahmen werden jetzt nämlich stranguliert. Den Vorwurf, dass er mit seinen Aktivitäten in Sachen «Zimmerberg light» der Sache schade, weist der Votant zurück. Der Sanierungstunnel entspricht der Idee, der das Schweizer Volk für den Gotthard-Strassentunnel mit erstaunlicher Deutlichkeit zugestimmt hat. Auch am Zimmerberg soll ein Sanierungstunnel gebaut werden. Dann kann der bestehende, hundertzwanzigjährige Tunnel so instand gestellt werden, dass er wieder einige Jahrzehnte lang hält. Die Ausführungen des FDP-Sprechers haben den Votanten an ein Hohelied auf die Regierung und insbesondere auf den Volkswirtschaftsdirektor aus der FDP erinnert. Es geht hier aber nicht um den Volkswirtschaftsdirektor und seine Arbeit, sondern um die gesamte Regierung, die sich hinter dieses Projekt stellen muss. Und die SVP-Fraktion ist überhaupt nicht einverstanden mit deren Anträgen, die vorliegenden Vorstösse als erledigt abzuschreiben. Vielmehr ist sie der festen Meinung, dass der Kantonsrat gleich vorgehen sollte wie beim Doppelspurausbau Chämleten–Rotkreuz: Ohne die Ratsvorgänger, die etwas mehr Härte bewiesen, als der Votant heute aus den Voten der Fraktionssprecher heraushörte, wäre dieser Ausbau nämlich nicht realisiert worden. Die Hartnäckigkeit und der Mut des Parlaments führten da zu einer Lösung, die heute als völlig selbstverständlich und normal gilt.
Andreas Hürlimann hat als ALG-Sprecher dem Votanten aus dem Herz gesprochen: Es gilt den politischen Druck aufrecht zu halten. Über die Haltung der SP-Fraktion kann der Votant nur staunen: Da ist einfach zu viel Staatsgläubigkeit vorhanden. Dass man ohne eigenen Vertreter in der Regierung diese so hochleben lässt – dies bei einem Thema, das noch einer Lösung harrt –, versteht der Votant wirklich nicht. Die dezidierten, sehr guten Bemerkungen der CVP-Sprecherin hingegen haben ihm gefallen, auch wenn die CVP nicht zum gleichen Resultat kommt. Im Weiteren ist der Votant überzeugt, dass die GLP zu denselben Schlüssen kommen wird wie die SVP, geht es doch um Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit und um die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Pendler.
Was sind die Forderungen der SVP? Sie wünscht sich eine Zuger Regierung, die gegenüber dem Bundesamt für Verkehr und den SBB weniger opportunistisch ist und für den Wirtschaftsstandort Zug und die Zuger Volkswirtschaft kämpft – die betreffende Direktion sollte ihrem Namen gemäss ja der Volkswirtschaft dienen. Und sie wünscht sich eine Baudirektion, welche die bestehende Infrastruktur ver-

bessern möchte. Denn wenn das Jahr 2017 bezüglich ÖV so weitergeht, wie es begonnen hat – mehrere halbtägige Streckensperrungen, auch auf der ebenso alten Linie Zug–Arth Goldau –, wird es mehr Autos geben, wird der Konsument also nicht mehr auf die Bahn setzen. Es gab eine Zeit, da haben die Dinge in diesem Land – Post, Eisenbahn etc. – funktioniert. Jetzt aber haben die *Manager* übernommen, die Saläre der SBB-Spitze haben sich vervielfacht, die Leistungen aber …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und bittet ihn, ausschliesslich zum Thema zu sprechen.

**Philip C. Brunner** fährt fort: Anfang Januar lief zwischen Baar und Horgen bezüglich Bahn nichts mehr. Tausende von Pendlern, also Mitarbeiter der Wirtschaft – und was nützt eine tolle Wirtschaft, wenn die Leute nicht zur Arbeit kommen bzw. nicht in Zürich ihrer Arbeit nachgehen können? – konnten während vier Wochen im Januar/Februar wegen Sanierungsarbeiten ihre Arbeitsplätze nicht erreichen. An den Wochenenden sind 66'000 Personen betroffen; sie müssen den Bus nehmen und nach Zürich eine ungefähr zwanzig Minuten längere Fahrzeit in Kauf nehmen. Das kann es schlicht nicht sein! Es ist der grösste Engpass im schweizerischen Schienennetz. Am Gotthard wurden 17 Milliarden Franken verbaut, die ganze Schweiz strahlte und Bundesrätin Doris Leuthard war die Königin des Tages. Was aber ist mit den Zufahrten? Die Zufahrt führt durch den Albistunnel. Es nützt doch nichts, 17 Milliarden Franken in das Herzstück zu investieren und dann kein Geld für den Ausbau der Zufahrten mehr zu haben!
Welcher Unterschied besteht zwischen der von Bern langfristig vorgeschlagenen Lösung und dem Sanierungstunnel? Es geht hier um Steuergelder, auch aus dem Kanton Zug. Die Zahlen sind bekannt, die Regierung hat sie auf die Kleine Anfrage des Votanten hin geliefert: Allein die Bundessteuern der juristischen Personen aus dem Kanton Zug betragen jährlich 967 Millionen Franken. Das sind ungefähr 10 Prozent dessen, was die ganze Schweiz von juristischen Personen an Mitteln erhält. Vor diesem Hintergrund hat der Kanton Zug doch einen Anspruch auf Hilfe! Oder soll es herauskommen wie mit der Autobahn, wo man vierzig Jahre lang …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten erneut und bittet ihn, seinen Antrag zu formulieren.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion beantragt, genau das Gegenteil dessen zu tun, was die Regierung vorschlägt. Sie möchte den Druck aufrecht halten. Dieser Druck ist nötig. Zwar ist man sich in der Sache einig, nicht aber bezüglich des politischen Vorgehens. Es nützt nichts, weitere Vorstösse einzureichen. Die Regierung wird dann einfach wieder zehn Jahre mit der Beantwortung zuwarten oder die Frist verlängert. Das bringt nichts! Die Vorstösse liegen vor, und sie sind sinnvoll. Es braucht mehr Druck auf die Regierung. Diese soll sich bemühen, etwas für den Kanton Zug zu tun, zumal es sich – es sei wiederholt – um die grösste infrastrukturelle Baustelle des Kantons handelt. Zu den angesprochenen Zuger Bundesparlamentariern hält der Votant fest, dass man gewisse Leute zwar fast zweimal wöchentlich in der «Tagesschau» sieht, er selber aber noch nie gehört hat, dass sie sich bezüglich Infrastruktur für den Kanton Zug einsetzen; sie haben in Bern ganz andere Ziele. Das ist das Problem – und das gilt übrigens auch für den Vertreter der SVP, der sich leider für andere Themen als den ÖV interessiert. Deshalb muss der Kantonsrat die Probleme lösen. Der Votant empfiehlt dringend, die vorliegenden Vorstösse nicht abzuschreiben.

**Daniel Marti** hält fest, dass die drei parlamentarischen Vorstösse rund um den Kapazitätsausbau auf dem Bahnkorridor Zürich–Zug–Luzern zeigen, welche grosse Bedeutung dieser Achse für Bevölkerung und Wirtschaft in Zug zukommt. Die drei Vorstösse enthalten unterschiedliche Lösungsansätze und Vorgehensvorschläge, die eine rasche Realisierung möglicher Kapazitätsausbauten ermöglichen sollen. Ein Kapazitätsausbau ist angesichts der weiter steigenden Mobilitätsnachfrage durch das zu erwartende Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum unbedingt notwendig. Damit dieses Verkehrswachstum weiterhin überwiegend auf den öffentlichen Verkehr entfällt, müssen die nötigen Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden.
Wie wenig es braucht, um auf dieser Strecke Verspätungen und Zugsausfälle zu provozieren, haben viele in den letzten Wochen erlebt, wo etwas Schneefall mehrmals zu grösseren Komplikationen geführt hat. Zudem blockieren schon einfachste Sanierungsarbeiten die Verbindungen von Zürich inkl. Flughafen in die Zentralschweiz, wie das momentan jedes Wochenende der Fall ist, wo mühsam auf Busse umgestiegen werden muss. Wenn auf die öffentlichen Verkehrsmittel kein Verlass mehr ist und die Fahrzeiten extrem lang werden, muss sich niemand wundern, dass lieber auf das eigene Auto umgestiegen wird.
Die Antwort des Regierungsrats zeigt, dass er die Situation ernst nimmt und sich aktiv für Optimierungen beim öffentlichen Verkehr einsetzt. Die Antwort zeigt aber auch, dass viele Kompetenzen beim Bund liegen und der Kanton nicht mit dem Brecheisen neue Lösungen herbeiführen kann. Hier hilft nur, wie bisher mit stetem Tropfen den Stein zu höhlen und dabei auch geltend zu machen, dass der Wirtschaftsraum Zürich–Zug schweizweit eine grosse Bedeutung hat und nicht zuletzt durch die NFA-Zahlungen einen grossen Beitrag an die Entwicklung anderer Kantone leistet.
Nebst den Infrastrukturmassnahmen sollten auch andere Aspekte zur Verbesserung des Angebots in Betracht gezogen werden. Schaut man sich im letzten Bericht des Amts für Raumplanung die Verkehrsmittelwahl der Zupendler in den Kanton Zug aus dem Raum Luzern an, fragt man sich, wieso bis heute kein integraler Tarifverbund zwischen Zug und Luzern/Obwalden/Nidwalden besteht. Was von Zug über Zürich bis in die Ostschweiz und den Aargau schon längst möglich ist, ist zwischen Zug und Luzern auch zwölf Jahre nach Einführung verbundübergreifender Tarife noch nicht möglich. Mit einem vereinfachten Angebot für Pendler würde wohl auch die Menge der Pendler mit dem ÖV zunehmen und damit das Gewicht dieses Korridors im gesamtschweizerischen Kontext weiter erhöht – was hoffentlich dazu führt, dass auch der Bund die Prioritäten anders setzt.
Die GLP bittet den Regierungsrat, ihre Anregung aufzunehmen, und dankt für die bisherigen Bemühungen in Sachen Kapazitätsausbau. Sie nimmt den Bericht und Antrag des Regierungsrats zur Kenntnis und stimmen dessen Anträgen weitgehend zu. Um den Druck aufrecht zu halten, will sie die Motion betreffend Sanierungstunnel Sihlbrugg–Horgen Oberdorf jedoch noch nicht abschreiben.

**Manuel Brandenberg** bittet den Vorsitzenden, mit dem Instrument des Ordnungsrufs vorsichtig umzugehen. Philip C. Brunner, der Fraktionssprecher der SVP, hat zur Sache gesprochen, wenn vielleicht auch etwas blumig und emotional sowie lange. Es gab aber keinen Grund gemäss Geschäftsordnung, ihn zweimal zu unterbrechen.

Der **Vorsitzende** entgegnet, dass er verantwortlich ist für einen effizienten Ratsbetrieb. Er hofft, dass sich auch die Ratsmitglieder daran halten, die Debatte möglichst effizient zu führen.

**Adrian Andermatt** hält fest, dass ein FDP-*Bashing* persönlich eine gewisse Genugtuung bringen mag. Es entbehrt aber jeglicher Grundlage. Die Ziele sind dieselben, und auch die FDP setzt sich dafür ein, dass der Infrastrukturausbau voranschreitet. Sie ist aber überzeugt, dass dieses Anliegen wenig damit zu tun hat, die alten Vorstösse aufrecht zu erhalten. Die Regierung weiss, was sie zu tun hat, und sie hat das bis anhin auch immer wieder bewiesen. Der bisherige Ausbau wurde bereits aufgezeigt, und der nächste grosse Schritt muss klar der Ausbau des Zimmerbergtunnels sein. Dieses Ziel muss gemeinsam verfolgt werden, wenn nötig zu gegebener Zeit auch mit weiteren Vorstössen. Und es wäre schön, wenn auch die Zuger Vertreter in Bern – falls sie dies nicht sowieso schon tun – sich vermehrt dieser Sache annehmen würden. In diesem Sinn steht die FDP klar hinter dem genannten strategischen Ziel, welches für den Wirtschafts- und Lebensraum Zug zentral ist. Der Kapazitätsausbau am Zimmerberg ist schlicht und einfach unbestritten, auch wenn die Vorstellungen bezüglich des Wegs zu diesem Ziel unterschiedlich sind. Die FDP verzichtet aber auf Scheingefechte und konzentriert sich auf die Sache. Sie gesteht Philip C. Brunner ein FDP-*Bashing* aber durchaus zu, wenn es ihm persönlich Freude bereitet.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass ihm das FDP-*Bashing* keinerlei Spass bereitet. Er ist vielmehr tief besorgt, dass eine Partei, welche im Kanton Zug viel geleistet hat, sich hier einfach zurücklehnt und das Handeln der Regierung überlässt.
Zum Stichwort Kapazitätsausbau hält der Votant fest, dass das Volk der Meinung sei, die NEAT werde – so haben die Politiker und auch Bundesrat Adolf Ogi, der Erfinder der NEAT, argumentiert – für den Personenverkehr gebaut. In Tat und Wahrheit dient dieser Kapazitätsausbau vor allem dem Güterverkehr. Das sei allen hier, auch den Vertretern der FDP gesagt, deren Wähler in der Stadt Zug an schönen Lagen wohnen und einen schönen Blick auf die Strecke Zug–Arth Goldau haben. Natürlich kann man mit 2–4 Bundesmilliarden die Strecke Thalwil–Litti so ausbauen, dass dann der Nord-Süd-Güterverkehr hier durchgeführt werden kann. Und dieser Güterverkehr fährt dann durch die Stadt Zug, rumpelnd und laut und ohne Nachtfahrverbot, wie man es von anderen Verkehrsträgern kennt. Dann kann der Votant nur viel Vergnügen wünschen! Es geht hier doch darum, die richtige Strassen- bzw. Bahnbreite zu bauen, die auch auf den Hauptort Zug, den wirtschaftlichen Träger des Kantons, Rücksicht nimmt. Was aus Bern kommt, ist aber rücksichtslos. Man schaue nur, was bezüglich Zugersee Ost läuft! Das Projekt wird durchgestiert, man will 190 Millionen Franken ausgeben! Für rund das Doppelte dieses Betrags, etwa 400 Millionen Franken, erhielte man die zwei Tunnels durch den Albis und den Zimmerberg. Damit ist man wieder beim Thema – und deshalb gibt es den Vorschlag der Sanierung. Das ist letztlich der Hintergrund, und es gilt etwas vorauszudenken. Der Kantonsrat und auch der Votant haben grosses Vertrauen in die Zuger Regierung. Das ist wunderbar – aber der Votant ist nicht naiv. In ein paar Jahren sitzen vielleicht andere Köpfe in der Regierung, und es ist deshalb wichtig, jetzt die richtigen Pflöcke einzuschlagen. Die SVP-Fraktion will – anders als der differenzierte Vorschlag der GLP – alle drei Vorstösse aufrechterhalten.

**Hubert Schuler** findet es unangebracht, dass Philip C. Brunner und seine Mitstreiter glauben, die Wahrheit gepachtet zu haben und definieren zu können, was richtig und was falsch sei. Selbstverständlich unterstützt auch die SP den Ausbau der Infrastrukturen, die Vorstellungen über das Vorgehen sind aber unterschiedlich. Die Regierung als naiv zu bezeichnen, nur weil sie eine Abschreibung der Vorstösse beantragt, ist sicher nicht richtig. Der Rat kann und soll um die Inhalte ringen, aber solche Aussagen sind nicht angebracht.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält einleitend fest, dass bisher hauptsächlich von Ratsmitgliedern gesprochen wurde, welche die Vorstösse nicht abschreiben bzw. den Druck aufrecht halten wollen. Allerdings sollte dieser Druck ja wirksam und zielführend sein – und der Volkswirtschaftsdirektor möchte aufzeigen, dass das Aufrechterhalten der Vorstösse nicht zielführend ist. Und in Klammern gesagt: Bei der Motion betreffend Sanierungstunnel geht es primär darum, ob diese erheblich erklärt werden soll oder nicht; das ist die Kernfrage. Der Sanierungstunnel wäre eine erste Etappe der Variante «Zimmerberg light», worüber sich der Rat auch schon unterhalten hat.
Weshalb findet der Regierungsrat das Anliegen der Motion Brunner/Messmer betreffend Sanierungstunnel nicht motionsfähig und schlägt er vor, den Vorstoss auch nicht erheblich zu erklären? Es geht um die Frage, ob man irgendwann etwas erreichen will oder nicht. Der Vorstoss verlangt, dass sich der Regierungsrat – bei Erheblicherklärung – für eine rasche Umsetzung einer ersten Etappe von «Zimmerberg light» einsetzen soll. Das vor dem Vorliegen der Erkenntnisse des Bundes zu tun, ist nach Meinung des Volkswirtschaftsdirektor unsorgfältig. Die Regierung hat mehrfach ausgeführt, dass der Bund beide Varianten nochmals vertieft prüft. Die Ergebnisse werden im Verlaufe von 2017 erwartet, und es wäre höchst unvorsichtig und unsorgfältig, den Regierungsrat jetzt zu beauftragen, sich für eine Variante einzusetzen – dies mit Kantonsgeldern, im Sinne einer Vorfinanzierung –, ohne die Erkenntnisse des Bundes zu kennen. Es handelt sich – wie gehört – um eines der problematischsten Nadelöhre und um eine der wichtigsten Baustellen der Zukunft, und da sollte man jetzt nicht einige Monate vor den Erkenntnissen des Bundes bezüglich Wirksamkeit und Kosten einfach auf dieses eine Pferd setzen. Das ist eine nervöse und sehr kurzfristige Denkart. Weiter ist zu bedenken, dass bis zu anderen Erkenntnissen das gilt, was im Sachplan Verkehr des Bundes steht und im Richtplan des Kantons festgesetzt ist – und das ist der Zimmerberg-Basistunnel II. Wenn der Kantonsrat die Motion nun erheblich erklären und den Regierungsrat beauftragen würde, sich für eine andere Variante, nämlich «Zimmerberg light», einzusetzen, entstünde ein totaler Widerspruch zwischen dem bisherigen Auftrag nicht nur seitens des Bundes, sondern auch – Stichwort Richtplan – des Kantonsrats und dem neuen Auftrag. Wie soll der Regierungsrat denn in Bern lobbyieren und Allianzen suchen, wenn der Kanton Zug sich selbst blockiert und nicht mehr weiss, welche Variante er verfolgen soll? Der Kanton Zug wäre kein verlässlicher Partner mehr. Zug arbeitet in der Frage, welche Projekte in der Zentralschweiz realisiert werden sollen, seit Langem mit den übrigen Zentralschweizer Kantonen und auch mit den Bundesparlamentariern zusammen. Im Dezember 2016 haben alle Zentralschweizer Kantone in einem Positionspapier festgehalten, dass sie voll hinter dem Zimmerberg-Basistunnel II stehen und eine Vollfinanzierung im nächsten Ausbauschritt wollen; es gibt in diesem Papier auch Aussagen zum Durchgangsbahnhof Luzern. Wenn der Kantonsrat der Regierung nun einen anderen Auftrag erteilt und nicht mehr zu dieser Position steht, was soll dann der Volkswirtschaftsdirektor nächste Woche den Zentralschweizern Parlamentariern sagen, wenn diese informiert werden, in welche Richtung sie arbeiten sollen? Da geht viel an Kraft verloren. Und zum Thema Vorfinanzierung, das in der Motion auch angesprochen ist: Es gibt im Moment kein vorzufinanzierendes Projekt, der entsprechende Antrag ist also gegenstandslos. Zusammengefasst wäre eine Erheblicherklärung der Motion sachlich falsch: Sie würde einen Widerspruch zum Richtplan generieren, sie würde den Regierungsrat total blockieren, sie wäre kommunikativ kaum zu bewältigen, und das Lobbying in Allianz mit der Zentralschweiz wäre in Frage gestellt. Und überhaupt wäre zuerst die Frage zu klären, ob das Anliegen überhaupt motionsfähig ist – wobei der Regierungsrat ausgeführt hat, dass es das nicht ist. Die Motion verlangt,

beim Bund tätig zu werden, allerdings geht es hier nicht um eine kantonale Vorlage, sondern um eine Zuständigkeit des Bundes.
Das FDP-Postulat betreffend Ausbau der Bahnverbindungen nach Zürich betrifft nur noch einen Teilaspekt – zwei weitere Aspekte wurden schon früher abgeschrieben –, nämlich dass Zug sich zusammen mit anderen Kantonen für eine Vorfinanzierung von Projekten auf der Linie Zürich–Zug–Luzern stark machen solle. Zug ist zusammen mit den Zentralschweizerkantonen beim Bund vorstellig geworden und wollte Vorfinanzierungsmöglichkeiten aufzeigen: Der Bund hat aber klar auf die Voraussetzungen hingewiesen: Für Vorfinanzierungen braucht es ein vom Bund beschlossenes Projekt. Die nächsten Projekte werden aber erst 2019 beschlossen. Es macht keinen Sinn, den Regierungsrat mit einer Vorfinanzierung für ein Projekt zu beauftragen, das erst in zwei Jahren beschlossen wird – zumal auch nicht bekannt ist, welches Projekt dann tatsächlich beschlossen wird. Man kann dieses Postulat deshalb wirklich abschreiben, denn es gibt keine sinnvollen Aktivitäten bezüglich einer Vorfinanzierung mehr. Man muss hier wirklich in die nächste Geländekammer schauen. Dass der Regierungsrat jede Möglichkeit zur Vorfinanzierung prüft, ist ein permanenter Auftrag. Im Richtplan steht unter V 4.4: «Die Behörden setzen sich beim Bund bei Engpässen für den Ausbau des Bahnnetzes ein.»
In der Motion Stuber/Schmid/Lötscher geht es um die Perronverlängerungen. Der Regierungsrat hat schon im letzten Bericht und auch jetzt wieder aufgezeigt, dass er alles rechtlich und politisch Mögliche getan hat, um den Bund dazu zu bringen, die Perronverlängerungen definitiv zu bauen. Das gelang leider nicht. Deshalb macht es aus Sicht des Regierungsrats keinen Sinn, in der Zeit bis zum nächsten Ausbauschritt an diesem Petitum festzuhalten. Ein Festhalten wäre ein Auftrag an den Regierungsrat, einen Kantonsratsbeschluss für einen Objektkredit – 2,5 Millionen Franken für Rotkreuz, Baar wäre teurer – auszuarbeiten, worüber der Kantonsrat dann debattieren könnte. Der Regierungsrat müsste dann auch aufzeigen, dass eine solche Verlängerung tatsächlich etwas bringt. Und mit kantonalen Steuergeldern auf Vorrat eine Perronverlängerung zu bauen, die dann während zehn Jahren niemand braucht, ist nicht wirklich sinnvoll. Und wenn der 400 Meter lange Bombardier-Zug dann mal fährt, liegt das Problem nicht in allenfalls zu kurzen Perrons. Es liegt vielmehr darin, dass dieser riesige und schwere Zug bei einem Halt in Baar und/oder Rotkreuz für die Fahrt von Zürich nach Luzern zu viel Zeit benötigen und die Umläufe nicht mehr klappen würden. Das wurde in Zusammenhang mit der Petition von ZugWest von den SBB vertieft untersucht, und ZugWest hat seinerseits ein Ingenieurbüro mit der Prüfung der Ergebnisse der SBB-Studie beauftragt. Und es wurde bestätigt: Es geht aus betrieblichen Gründen nicht. Man kann solche grossen und schweren Züge auch mit heutiger Technologie nicht so schnell fahren lassen, dass es noch für weitere Halte reicht – und da nützt auch ein 200 Meter langer Perron nichts. Man sollte deshalb nicht mit kantonalem Geld unnötige Perrons bauen. Und wenn es im nächsten Ausbauschritt tatsächlich solche Perrons brauchen sollte, kann Zug – wie der Regierungsrat ausgeführt hat – den Bund mittels Vorfinanzierung sehr schnell zu einer definitiven Anpassung veranlassen.
Zusammengefasst bittet der Volkswirtschaftsdirektor, die vorliegenden Vorstösse nicht aus einen Gefühl heraus aufrecht zu halten oder gar erheblich zu erklären. Der Rat würde damit die bisherigen Allianzen und Vorbereitungsarbeiten stören. Man ist zusammen mit den Zentralschweizer Kantonen und Bundesparlamentariern und mit ZugWest nämlich auf der Zielgeraden. ZugWest hat die Segel nach vorne gesetzt. Man hat erkannt, dass man sich nicht auf den zweiten Halt und die Perronverlängerung versteifen darf, sondern auf den Ausbau des Zimmerbergs fokussieren muss. Und man weiss, dass in der Planung des Bundes das Projekt Zimmerberg-Basistunnel II wegen seiner guten Wirkung recht gut positioniert ist und im nächsten

Ausbauschritt enthalten sein wird. Deshalb setzt sich der Regierungsrat dafür ein. Die Variante «Zimmerberg light» wurde vor einigen Jahren vom Bund ebenfalls bewertet – mit einem schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnis – und wird jetzt nochmals geprüft. Wenn der Regierungsrat nun aber beauftragt wird, andere Wege als bisher zu verfolgen und Perronverlängerungen zu fordern, dann arbeitet er in die Breite. Man muss aber nach vorne arbeiten und konsequent das gemeinsame, im Richtplan enthaltene und von den Zentralschweizer Partner mitgetragene Ziel verfolgen. Im Übrigen wurde die Variante «Zimmerberg light» in Zürich vom Kantonsrat klar abgelehnt, Zürich wäre für Zug also kein Partner für diese Variante. Und wie soll der Volkswirtschaftsdirektor in Bern mit dem Zuger Fähnli allein und isoliert Druck machen? Diese Zeiten sind vorbei. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt dem Rat deshalb, dass er den Anträgen des Regierungsrats folgt. So können der eingeschlagene Weg fortgeführt und alle Kräfte auf den Ausbauschritt 2030 hin gebündelt werden.

## Abstimmungen

***Motion Brunner/Messmer*** *(Vorlage 2609.1)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass bei dieser Motion einerseits über den Antrag auf Umwandlung in ein Postulat und anderseits über die Erheblich- bzw. Nichterheblicherklärung zu entscheiden ist.

**Heini Schmid** stellt den **Antrag,** die Motion Brunner/Messmer nicht in ein Postulat umzuwandeln. Er ist Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, welche zusammen mit der Regierung und dem Kantonsrat den Richtplan hütet. Es gibt im Richtplan viele Inhalte, welche eigentlich Bundespolitik betreffen. Der Votant erinnert an epische Diskussionen etwa über die ober- oder unterirdische Führung von Hochspannungsleitungen, über einen NEAT-*Hub* oder über Autobahnfragen. Der Richtplan definiert mit entsprechenden Bestimmungen die Haltung des Kantons Zug zu solchen Bundesaufgaben, und der Votant ist sehr daran interessiert, dass der Kantonsrat weiterhin über solche Inhalte beschliessen und damit der Regierung verbindliche Aufträge im Bereich der Bundespolitik erteilen kann. Darum darf der Kantonsrat diesen *casus belli,* den Antrag des Regierungsrats auf Umwandlung in ein Postulat, auf keinen Fall unterstützen, denn damit würde präjudiziert, dass die Regierung immer wieder auf die Bundespolitik verweisen und Anliegen als nicht motionsfähig bezeichnen könnte. Es liegt also im Interesse des Kantonsrats, diese Umwandlung abzulehnen. Mit der Abschreibung der Motion ist der Votant einverstanden. Die Front sollte für die Auseinandersetzung mit dem Bund gestärkt werden, und zu viele Varianten sind – in Analogie zum bekannten Sprichwort – des Hasen Tod.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass er keine Umwandlung in ein Postulat beantragt. Er ist mit dem ersten Teil der Ausführungen von Heini Schmid einverstanden, kommt aber zu einem anderen Schluss: Er bittet, die Abschreibung der Motion abzulehnen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** teilt mit, dass der Regierungsrat bei seinem Antrag bleibt. Die Motion ist eben nicht auf den Richtplan hin formuliert, sondern verlangt eine rasche Einflussnahme beim Bund, was nach Bundespolitik tönt. Deshalb kam der Regierungsrat zum Schluss, dass das Anliegen nicht motionsfähig sei. Wenn damit aber eine Richtplandiskussion angestossen werden soll und

der Rat den Vorstoss aus diesem Grund erheblich erklärt, wird der Konflikt offensichtlich. Dann geht es um eine allfällige Anpassung des Richtplans auf eine andere Variante hin. Diese Anpassung müsste dem Bund zur Genehmigung eingereicht werden und würde dort – gestützt auf den jetzigen Sachplan Verkehr – abgelehnt. In der Zwischenzeit erstellt der Bund die Botschaft und führt die Vernehmlassung für den Ausbauschritt durch. Der Kanton Zug würde sich paralysieren: Er führt eine Diskussion über die Varianten der Linienführung, bevor der Bund die Ergebnisse seiner Variantenprüfung mitgeteilt hat. Bis anhin war das Resultat klar: Der Zimmerberg-Basistunnel II hat ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis. Bislang gibt es keine andere Erkenntnis, über die man diskutieren könnte. Der Kanton Zug würde sich im heutigen Zeitpunkt deshalb total blockieren und aus der Diskussion nehmen, zumindest wüsste der Volkswirtschaftsdirektor nicht mehr, mit welchem Ziel er lobbyieren sollte. Er ist dafür, dass die Variantendiskussion geführt wird, aber erst wenn der Bund sagt, dass am Zimmerberg investiert werde, nicht vorab. Das war immer die Meinung des Regierungsrats, und deshalb hat er sich auch immer dafür eingesetzt, dass Varianten diskutiert werden sollen. Wenn der Rat den Vorstoss tatsächlich als Motion erheblich erklärt, dann blockiert er den Regierungsrat, und dann ist genau das erreicht, was eigentlich niemand will. Deshalb bittet der Volkswirtschaftsdirektor in jedem Fall um Nichterheblicherklärung.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat lehnt die Umwandlung der Motion Brunner/Messmer in ein Postulat mit 55 zu 17 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat erklärt die Motion Brunner/Messmer mit 38 zu 35 Stimmen erheblich.

***Postulat der FDP-Fraktion*** *(Vorlage 1804.1)*

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat schreibt das teilerheblich erklärte Postulat der FDP-Fraktion mit 40 zu 33 Stimmen als erledigt ab.

***Motion Stuber/Schmid/Lötscher*** *(Vorlage 1899.1)*

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat schreibt die Motion mit 39 zu 33 Stimmen als erledigt ab.

TRAKTANDUM 9

**693 Motion von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Beitritt des Kantons Zug zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat vom 18. Juni 2009)**

Vorlagen: 2526.1 - 14965 (Motionstext); 2526.2 - 15358 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrats beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Mitmotionärin **Anna Bieri** erinnert daran, dass das Schweizer Volk am 14. Juni 2015 auf Antrag von Bundesrat und Parlament die Stipendieninitiative mit 72,5 Prozent der Stimmen und mit allen Ständen abgelehnt hat. Im Vorfeld hatte der Bund ein neues Ausbildungsbeitragsgesetz geschaffen, das vorsieht, dass die Kantone ihre

Stipendien harmonisieren. Bundesbeiträge werden nur dann entrichtet, wenn der einzelne Kanton die Vorgaben des Stipendienkonkordats einhält. Bundesrat Johann Schneider-Amman begründete der Stimmbevölkerung das Ja zu diesem indirekten Gegenvorschlag mit folgenden Worten: «Das Stipendienwesen war eine grössere Baustelle. Seitdem das Stipendienkonkordat 2013 in Kraft getreten ist, ist diese aber beseitigt.» Und weiter führte der FDP-Bundesrat aus: «Chancengleichheit ist mir ein wichtiges liberales Prinzip. Die Kantone, unterstützt vom Bund, stärken es mit ihrem Konkordat.» In der Folge haben sich auch die Parteien dazu geäussert. So liess die SVP Schweiz verlauten: «Soweit die Kantone untereinander eine gewisse Harmonisierung der Stipendien- und Darlehensvergaben anstreben, ist dies mit dem bestehenden Konkordat umzusetzen.» Die frühere Zürcher SP-Regierungsrätin und Bildungsdirektorin Regine Aeppli sagte: «Die Konkordate sind nicht einfach Ausdruck einer freundeidgenössischen Solidarität, sondern Ausdruck pragmatischer Lösungen für Herausforderungen mit sachlichem Hintergrund.»
Nachdem auch der Kanton Zug diesen Argumenten mit über 80 Prozent folgte, reichten Laura Dittli und die Votantin gleichentags die vorliegende Motion mit dem Antrag ein, dass auch der Kanton Zug dem Stipendienkonkordat beitreten möge. Unterdessen umfasst das Stipendienkonkordat 87 Prozent der Schweizer Bevölkerung. Die Tatsache, die auch der Regierungsrat in seiner Antwort vorbringt, dass der Kanton Zug die Minimalbedingungen mit einer eher geringfügigen Ausnahme erfüllt, ist für die Motionärinnen Motivation genug, dass auch Zug diesem Konkordat beitritt und seine Stimme erheben kann, wenn das schweizerische Stipendienwesen ausgestaltet wird. Die Voraussetzung für Bundesbeiträge setzt die Einhaltung der formellen für die Tertiärstufe relevanten Harmonisierungsbestimmungen des Konkordats voraus. Das will heissen, dass man für Bundesbeiträge auf jeden Fall diese Voraussetzungen erfüllen muss, bei Abseitsstehen jedoch keine Möglichkeit hat, hier aktiv mitzuwirken. Der vom Regierungsrat behauptete Souveränitätsverlust ist im Licht der Voraussetzungen für Bundesbeiträge schlicht abwegig.
Wer sich für einen lebendigen Föderalismus einsetzt, stärkt mit dem kantonalen Konkordat die Eigenverantwortung der Kantone und überlässt es nicht dem Bund, dass dieser mit zentralistischen Lösungen aufwartet. Selbst der Regierungsrat zitiert – leider ohne Nachweis – in seinem Bericht aus dem Bericht der EDK und schreibt: «Jeder Kanton behält auch mit dem Beitritt die Hoheit über sein Stipendienwesen, und es bleibt genügend Spielraum, um kantonale Gegebenheiten zu berücksichtigen.» Wenn der Regierungsrat dieses Zitat der EDK verwendet, um gerade das Abseitsstehen zu begründen, dann kommt das ordentlich dreist daher. Es wäre nicht mehr als korrekt, wenn der Regierungsrat nicht unausgewiesene Zitate verwenden und dabei erst noch die Aussage ins Umgekehrte verdrehen würde.
Die Votantin hat sich auch aus beruflichen Gründen intensiv mit der Thematik befasst. Nach ihrer Ansicht hat es der Regierungsrat verpasst, die Situation nach der eidgenössischen Abstimmung über die Stipendieninitiative neu zu beurteilen und den Argumenten, die zur Ablehnung der Initiative geführt haben, Nachachtung zu verschaffen und die dazu notwendigen Folgearbeiten an die Hand zu nehmen. Dies wäre ohne Zweifel der Beitritt zum Konkordat. Steht der Kanton Zug weiterhin abseits, gehört er zu den wenigen, die zwar nicht mitgestalten, aber autonom nachvollziehen müssen. Es kann doch nicht der Wille einer Regierung und eines Kantons sein, sich aktiv einer föderal ausgestalteten Lösung zu verweigern! Das ist weder weitsichtig noch nachhaltig – und auch nicht unbedingt klug. Es ist zudem im Licht der anstehenden Fragen um eine Verbesserung des NFA – bei dem die Neuordnung des Stipendienwesens übrigens ein Element war – ungeschickt, bei diesem Thema zu trotzen und sich unsolidarisch von den übrigen Kantonen abzumelden. Der Regierungsrat begründet sein Nein mit dem Verweis, dass in anderen Kanto-

nen andere Verhältnisse herrschen würden. Dies ist insofern falsch, als bei der Berechnung der Stipendienansprüche die Wohnorte der Studenten sehr wohl in Zusammenhang mit den Schulstandorten berücksichtigt werden. Was hätten denn sonst die Hochschulkantone Zürich und Luzern im Stipendienkonkordat verloren? Insofern ist die Argumentation des Regierungsrats, Graubünden sei nicht Zug, doch sehr oberflächlich. Es sei noch darauf aufmerksam gemacht, dass das Stipendienkonkordat nicht nur die Hochschulausbildung auf universitärer und Fachhochschulstufe, sondern auch die berufliche Grundbildung und die höhere Berufsbildung umfasst. Ist es nicht fair, dass schweizweit auch für Lehrlinge, Meisterprüfungskandidaten und Absolventen von höheren Fachschulen einheitliche Rahmenbedingungen herrschen und damit faire Bildungsvoraussetzung geschaffen werden? Dafür schafft das Konkordat zweckmässige Voraussetzungen.
Die Motion liegt der Votantin sehr am Herzen, und sie will den Kantonsrat, bevor dieser den Vorstoss einfach versenkt, in die Pflicht nehmen. Im Abstimmungskampf zur Stipendieninitiative verfassten die bürgerlichen Jungparteien folgende Mitteilung: «Mit einem Nein am 14. Juni tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft, der die Kantone sanft unter Druck setzt und der mittels Konkordat eine Annäherung, aber keinesfalls eine Gleichmacherei der Stipendien erreicht. [...] Deshalb sagen die jungen Bürgerlichen überzeugt Nein zur ideologisch geprägten Vorlage und Ja zur föderalen Lösung!» Unterzeichnet wurde diese Mitteilung von Anian Liebrand, dem damaligen Präsidenten der Jungen SVP, von Maurus Zeier, dem Präsidenten der Jungfreisinnigen und von Jean-Pascal Ammann, dem Präsidenten der Jungen CVP. Sollte der Rat die Anliegen seiner Jungpolitikerinnen und -politiker tatsächlich ernst nehmen, hat er heute die Möglichkeit, den Tatbeweis zu erbringen.
Die Votantin kommt zu ihrer Schlussfolgerung: Im Nachgang zur Volksabstimmung haben die Motionärinnen ein Anliegen, aufgenommen, das in der Sache logisch, in der Wirkung korrekt und im Sinne eines gelebten Föderalismus richtig ist. Die Antwort des Regierungsrats ist nicht nur unbefriedigend, sie widerspricht den bei der Volksabstimmung vorgebrachten Argumenten von Regierung und Parteien. Sie verdreht Argumente der EDK, der auch Zug in prominenter Besetzung angehört, geradezu ins Gegenteil. Die Motionärinnen möchten, dass Zug sich als neunzehnter Kanton dem Konkordat anschliesst und damit für seine jungen Menschen, die sich in Ausbildung befinden, verbindliche, verlässliche und faire Bildungsvoraussetzung schafft. Sie stellen daher den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Die FDP setzt sich für einen lebendigen Föderalismus ein, was aber nicht bedeutet, dass man diesem Konkordat unbedingt beitreten muss. Bei einem Beitritt ändert sich inhaltlich wenig. Die FDP-Fraktion folgt dem liberalen Ansatz und unterstützt einen Beitritt, wenn dieser notwendig ist, dem Kanton Zug einen Nutzen bringt und ihn weiterbringt. Sie will sich aber nicht durch einen unnötigen Beitritt einschränken lassen. Der Kanton Zug kann auch ohne Konkordat eine faire und zielorientierte Stipendienpolitik betreiben und die Chancengleichheit wahren. Die FDP-Fraktion folgt deshalb dem Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG-Fraktion die Anliegen des Stipendienkonkordats unterstützen und entgegen der Regierung die Motion erheblich erklären wird. Grundsätzlich sind Stipendien sind ein äusserst wichtiges Instrument zur Herstellung der Chancengleichheit in der Bildung. Mit dem Stipendienwesen wird gewährleistet, dass es nicht auf die Dicke des Portemonnaies ankommt, wer studieren darf und wer nicht, und auch Studierende aus sozial schwächeren Schichten – und zwar landesweit – studieren können. So weit sind sich wohl alle einig.

Das Stipendienwesen ist in der Schweiz grundsätzlich Sache der Kantone. Organisiert sich aber jeder Kanton selbst, besteht das Risiko von Ungleichheiten zwischen den Kantonen. Eine gewisse Synchronisierung bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung macht daher Sinn. Eine totale Vereinheitlichung des Systems gibt es mit der Ablehnung der Stipendieninitiative 2015 nicht. Umso wichtiger ist daher das pragmatisch orientierte Stipendienkonkordat. Um gleichwertigen Zugang zu Bildung bei gleichzeitiger Hoheit des Stipendienwesens bei den Kantonen zu garantieren, haben die Kantone 2009 das Stipendienkonkordat konzipiert und 2013 in Kraft gesetzt. Das Stipendienkonkordat belässt den Kantonen die Verantwortung für das Stipendienwesen. Es setzt jedoch den Rahmen für die formelle Harmonisierung und stellt damit sicher, dass bei der Bemessung der Stipendien nicht allzu grosse Unterschiede zwischen den Kantonen entstehen. Der Kanton Zug sollte aus Sicht der ALG beim Konkordat dabei sein. Dies ermöglicht ihm, sich auch in der Weiterentwicklung aktiv einzubringen und nicht bloss passiv zuzuschauen. Die ALG unterstützt darum den Antrag auf Erheblicherklärung.

**Zari Dzaferi** hält fest, dass die SP-Fraktion die Vor- und Nachteile eines Beitritts zum Stipendienkonkordat ausführlich diskutiert hat. Aus bildungspolitischer Sicht sowie zur Erreichung einer möglichst hohen Chancengleichheit machen ein Beitritt und damit eine nationale Harmonisierung der Stipendien Sinn. Andererseits haben Konkordate immer auch ein Demokratiedefizit, weshalb ein Betritt nur dann ins Auge gefasst werden sollte, wenn für den Kanton ein unmittelbarer Nutzen entsteht.
Es gibt in der Tat Bereiche, in denen der Kanton Zug bessere Leistungen anbietet, als die Minimalstandards des Konkordats vorschreiben. Die SP-Fraktion befürchtet, dass sich ein Beitritt auch als Bumerang erweisen könnte, indem die Regierung aufgrund des Beitritts eine Nivellierung nach unten vornimmt. Dies würde der Situation im Kanton Zug nicht gerecht, weil die Lebenshaltungskosten hier weit höher sind als in anderen Kantonen.
Wenn man die Situation von Personen, die für die Finanzierung ihrer Ausbildung auf ein Stipendium angewiesen sind, verbessern möchte, sollte man auch das Berechnungsmodell unter die Lupe nehmen. Aus eigener Erfahrung weiss der Votant, dass jemand, der sein Studium mit Nebenjobs zu finanzieren versucht, bei der Berechnung schlechter gestellt wird als jemand, der einfach nur studiert. Hier zeigt sich für ihn eindeutig, dass Fleiss nicht immer belohnt wird. Vielleicht kann der Bildungsdirektor dazu einige Anmerkungen machen. Um nicht falsche Anreize zu schaffen, gäbe es auch hier Möglichkeiten, eine Verbesserung zu erzielen, beispielsweise mittels Einkommensfreibetrag wie bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen. In diesem Sinn bittet der Votant alle, die sich vom Beitritt zum Stipendienkonkordat eine Verbesserung erhoffen, auch mitzuhelfen, falsche Anreize zu eliminieren.
Zusammenfassend stimmt die SP-Fraktion dem Beitritt zum Konkordat nach ausführlicher Diskussion zu, dies aber mehr aus Pragmatismus und zur Förderung der Chancengleichheit auf nationaler Ebene und weniger aus der Überzeugung, dass ein Beitritt die Situation im Kanton Zug deutlich verbessert. Dafür bräuchte es noch weitere Massnahmen, insbesondere im Berechnungsmodell. Und zur Empörung von Anna Bieri über den Bericht der Regierung hält der Votant fest, dass man seit einigen Tagen weiss, dass es – zumindest in den USA – auch «alternative» Fakten gibt.

**Laura Dittli** spricht für die CVP-Fraktion. Das Bedürfnis, dass zwei Studenten in vergleichbaren Lebenssituationen vergleichbare Stipendien erhalten, ist breit abgestützt und unbestritten. Dieses Grundverständnis teilt auch die CVP-Fraktion. Um diesem Anliegen gerecht zu werden, gibt es ihres Erachtens zwei Möglichkeiten:

• Sogenannte Bundeslösung: Die Stipendieninitiative strebte – wie Anna Bieri bereits ausgeführt hat – eine Lösung auf Bundesebene an. Das Stimmvolk lehnte eine Zentralisierung des Stipendienwesens aber zu Recht klar ab.
• Beitritt zum Stipendienkonkordat: Das Konkordat ermöglicht eine Vereinheitlichung des Stipendienwesens unter den Kantonen, ohne dass der Bund involviert ist. Konkret übernehmen die Beitrittskantone im Stipendienkonkordat festgehaltene Grundsätze sowie Minimalstandards mit dem Ziel der Gleichbehandlung aller Studenten.
Der Regierungsrat argumentiert in seinem Bericht und Antrag zur vorliegenden Motion, dass ein Beitritt Mehrkosten für den Kanton Zug verursachen würde. Das Konkordat sieht nämlich vor, für Personen in Ausbildung auf der Tertiärstufe einen Beitrag von 16'000 Franken statt wie bisher 15'000 Franken zu gewähren. Dieser minimale Höchstbetrag wird gemäss Rücksprache bei der EDK allerdings praktisch nur von Studierenden bezogen, die nicht in Pendlerdistanz studieren, das heisst konkret von Personen, die sich für ein Studium in der Westschweiz entschieden haben. Genau solche Studierende sollten es doch wert sein, auch mit einem um 1000 Franken höheren Beitrag unterstützt zu werden.
Falls der Kanton Zug sich nun vom Konkordat verabschiedet, sagt er auch Nein zur Harmonisierung des Stipendienwesens. Will der Kantonsrat das wirklich? Die Votantin hat andere Stimmen und Versprechen anlässlich der Volksabstimmung über die Stipendieninitiative in Erinnerung. Immer wieder wurde – zu Recht – gesagt, dass gerade dank des Konkordats eine Harmonisierung ohne Bundeslösung möglich sei. Verträten andere Kantone ebenfalls die Haltung der Zuger Regierung, würde das Konkordat nie funktionieren, und einer zentralistischen Bundeslösung würden die Türen wieder geöffnet.
Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass dieses Konkordat eine sinnvolle Lösung ist, um eine Gleichbehandlung der Studenten zu garantieren. Sie wird diese Motion deshalb grossmehrheitlich erheblich erklären.

**Beni Riedi** teilt mit, dass die SVP gegenüber Konkordaten immer kritisch eingestellt ist. Für sie gilt es stets, den Nutzen eines Konkordats gegenüber den Einschränkungen der Souveränität des Kantons abzuwägen. Bei einem Beitritt zum Stipendienkonkordat wäre in materieller Hinsicht lediglich die Erhöhung der maximalen Ausbildungsbeiträge pro Jahr für ledige Personen auf Tertiärstufe notwendig. Der Kanton Zug ist also auch ohne Konkordat bereits bestens gerüstet und erfüllt die allermeisten Anforderungen. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag der Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Daniel Stadlin** nimmt es vorweg: Die GLP unterstützt die Erheblicherklärung der Motion. Natürlich ist nicht jedes Konkordat sinnvoll oder notwendig. Das Stipendienkonkordat der EDK gehört aber sicher zu den sinnvolleren. Es gibt eigentlich keine überzeugenden Argumente, die gegen einen Beitritt des Kantons Zug zum Konkordat sprechen; zumindest hat die GLP im Bericht des Regierungsrats kein solches Argument gefunden. Auch die möglichen Mehrkosten von 20'000 bis 36'000 Franken fallen nicht wirklich ins Gewicht. Das kann sich Zug trotz Sparmodus problemlos leisten.
Das Stipendienkonkordat der EDK ist am 1. März 2013 in Kraft getreten. Bis heute sind ihm achtzehn Kantone beigetreten, welche insgesamt 87 Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz umfasst. Wenn der Kanton Zug diesem Konkordat ebenfalls beitritt, macht er sicher nichts Falsches, denn mit dem Stipendienkonkordat werden die kantonalen Stipendiengesetze nicht in allen Belangen gleichgeschaltet, aber in wichtigen Punkten harmonisiert. Jeder Kanton behält auch nach

einem Beitritt die Hoheit über sein Stipendienwesen und es bleibt genügend Spielraum, um kantonale Gegebenheiten zu berücksichtigen. Das total revidierte Ausbildungsbeitragsgesetz des Bundes, seit 1. Januar 2016 in Kraft, nimmt die formellen Bestimmungen des Stipendienkonkordats auf. Das Gesetz hält fest, dass künftig nur noch diejenigen Kantone Anspruch auf Gewährung von Bundesbeiträgen im Rahmen des Ausbildungsbeitragsgesetzes haben, welche die formellen, für die Tertiärstufe relevanten Harmonisierungsbestimmungen des Stipendienkonkordats erfüllen. Der Kanton Zug erfüllt diese Vorgaben. Er kann somit bedenkenlos dem Konkordat beitreten. Denn tut er es nicht, würde er weiterhin abseits stehen und könnte sich nicht im Vollzug des Stipendienwesens einbringen, müsste aber trotzdem die Bundesvorgaben nachvollziehen. Das macht keinen Sinn! Der Votant bittet daher den Rat, das Sinnvolle zu tun und die Motion erheblich zu erklären.

**Heini Schmid** möchte sich nicht zum Für und Wider des Stipendienkonkordats äussern, sondern die grundsätzliche Haltung des Regierungsrats zu Konkordaten kritisieren. Vor einigen Jahren wurde versucht, eine ureigene Kompetenz der Kantone, das Stipendienwesen, auf Bundesebene zu transferieren. Diesen Angriff hat man mit einem Konkordat abgewehrt und das Subsidiaritätsprinzip und die Souveränität der Kantone geschützt. Und das ist der springende Punkt: Konkordate dienen der Abwehr des Versuchs des Bundes, zunehmend und mit mehr oder weniger fadenscheinigen Begründungen Zuständigkeiten der Kantone zu übernehmen. Wenn der Regierungsrat nun argumentiert, man würde Konkordaten nur beitreten, wenn es dem Kanton unmittelbar nütze, und das Stipendienkonkordat bringe für den Kanton Zug – auch wenn ihm neunzehn andere Kantone zugestimmt haben – eigentlich nicht viel, so zeigt sich hier eine völlig falsche Haltung. Der Votant erwartet, dass der Kanton Zug bei sinnvollen Konkordaten mitmacht, insbesondere wenn droht, dass der Bund die entsprechende Zuständigkeit an sich nimmt. Es ist zentral, dass die Kantone nicht unnötig Kompetenzen an den Bund verlieren. Da kann man doch nicht einfach sagen, ein Konkordat bringe ja nichts, und man verliere Autonomie. Man muss in der Politik gelegentlich über die Bande hinweg denken: Was auf den ersten Blick einleuchtend tönt – nämlich dass man mit der Ablehnung eines Konkordats seine Kompetenz behalte –, kann über die Bande gedacht dazu führen, dass der Bund die betreffende Aufgabe übernimmt. Und dann hat man gar nichts mehr. Man sollte hier nicht Trump-mässig nur an einer, sondern möglichst an zwei, drei oder vier Banden spielen. *Das* wäre intelligente Politik.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass es nicht um eine Erhöhung der Zuger Stipendien, sondern um eine Vereinheitlichung des Schweizer Stipendienwesens durch Beitritt zum Stipendienkonkordat geht. Ein Beitritt würde die Stipendiensumme des Kanton Zug nur geringfügig, um ca. 1 Prozent bzw. 20'000 Franken, auf rund 2 Millionen Franken erhöhen. Der Bildungsdirektor erinnert daran, dass vor gut anderthalb Jahren über 70 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer und über 80 Prozent der Zugerinnen und Zuger eine schweizweite Vereinheitlichung des Stipendienwesens abgelehnt wurde. Es ist erstaunlich, dass Anna Bieri und Laura Dittli sich nun mit den gleichen Argumenten wie damals wieder für eine Vereinheitlichung stark machen. Über 70 bzw. über 80 Prozent Nein-Stimmen: Es sind fast weissrussische Ergebnisse, auf die man hier verweisen kann – für einmal muss man den Blick nicht nach Amerika richten.
Eine durch Vereinheitlichung erzwungene Erhöhung der Zuger Stipendien: Das ist die Argumentation der Motionärinnen. Als hätte es die Abstimmung über die Stipendieninitiative nie gegeben, wird einfach das nächste politische Pferd gesattelt, nämlich der Beitritt zum Stipendienkonkordat. Dabei wird übersehen, dass dieser

Beitritt dem Kanton Zug und den Zuger Studierenden nichts bringt. Der Kanton Zug erfüllt oder übertrifft die Vorgaben des Konkordats in den allermeisten Punkten und zahlt auf tertiärer Stufe sogar überdurchschnittliche Stipendien. Er erfüllt alle Vorgaben, damit er die Bundesbeiträge für die Tertiärstufe erhält. Es gibt im Kanton Zug kein Stipendienproblem, auch wenn das in der Debatte hie und da und unter Verweis auf die Chancengleichheit angetönt wurde. Wer Stipendien braucht, erhält diese auch, und es sind genügende Stipendien. Es gibt im Kanton Zug weniger bedürftige Menschen als anderswo, und wer bedürftig ist, ist das oft in geringerem Ausmass als in anderen Kantonen. Das ist der Grund, weshalb im Kanton Zug weniger und oft tiefere Stipendien pro Kopf ausbezahlt werden. Natürlich kann man irgendwelche Statistiken heranziehen, welche zeigen, wie viele Studenten wie viel Geld pro Kopf erhalten – meistens stehen in diesen Ranglisten das Welschland oder die Bergkantone an der Spitze.

Worum geht es aber, wenn die Stipendien im Kanton Zug kein Problem darstellen? Es geht darum, Zug ohne jede Not in eine neue Abhängigkeit zu führen, vor der man sich erhofft, dass sie den Kanton zu etwas zwingt, was die Zuger Bevölkerung grossmehrheitlich nicht will: eine Vereinheitlichung des Stipendienwesens, Zwänge und eine Übersteuerung des Kanton durch ein Konkordat. Wohin das führt, sieht man tagtäglich, beispielsweise im Bereich NFA. Der Bildungsdirektor bittet den Rat eindringlich, die Motion nicht erheblich zu erklären. Die Vereinheitlichung ist unnötig, und sie wurde vom Volk vor anderthalb Jahren haushoch verworfen. Natürlich darf man als Kantonsrat anderer Meinung als der Bildungsdirektor sein, aber über 80 Prozent der Stimmbevölkerung zu ignorieren, ist eine andere Sache. Der Beitritt zum Stipendienkonkordat führt den Kanton Zug in Abhängigkeiten, welche die Zuger Bevölkerung nicht will. Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat beschlossen, dem Motionsanliegen nicht stattzugeben bzw. es zur Ablehnung zu empfehlen.

Die in der Debatte gestellten Fragen beantwortet der Bildungsdirektor wie folgt:

• Anna Bieri hat angeführt, dass der Kanton Zug nur mit einem Beitritt zum Konkordat in dieser Sache seine Stimme erheben und mitgestalten könne. Die Ausgestaltung des Stipendienwesens ist in Art. 20 des Konkordats geregelt. Es heisst dort: «Die Konferenz der Vereinbarungskantone setzt sich aus je einer Vertretung der Kantone zusammen, die der Vereinbarung beigetreten sind. Sie überprüft regelmässig die Höchstansätze für Ausbildungsbeiträge gemäss Art. 15 und passt sie gegebenenfalls der Teuerung an.» Und weiter: «[Sie] erlässt Empfehlungen für die Berechnung der Ausbildungsbeiträge.» Die Mitgestaltung des Kantons würde sich also auf den Teuerungsausgleich und das Erlassen von Empfehlungen beschränken, alles andere ist Buchstabe für Buchstabe geregelt und kann nur geändert werden, wenn es nochmals allen Vereinbarungskantonen unterbreitet wird. Mit der Mitwirkung ist es also auch in diesem Konkordat nicht weit her.

• Anna Bieri hat weiter der Regierung Dreistigkeit vorgeworfen: Man habe Aussagen ins Gegenteil verdreht. Das kann der Bildungsdirektor nicht nachvollziehen, zumindest war es nicht die Absicht der Regierung. Man hat zur Darstellung der Faktenlage gut abgestützte Textbausteine verwendet. Wenn die Wertung anders ist, ist das Teil der politischen Auseinandersetzung, sicherlich sind aber die dargestellten Fakten nicht «alternativer» Natur.

• Einen interessanten Aspekt hat Anastas Odermatt mit der Forderung nach einem pragmatischen Umgang vorgebracht und damit auf den Spannungsbogen Pragmatik vs. Dogmatik verwiesen. Die pragmatische Sichtweise sagt, dass der Kanton Zug bereits alles erfülle, dem Konkordat also ohne Schaden beitreten könne: *Schad s nüd, so nützt s nüt* und umgekehrt. Die dogmatische Sichtweise heisst: Einem Konkordat tritt man nicht ohne Not bei, dem Souveränitätsverlust muss ein Nutzen

gegenüberstehen. Der Regierungsrat teilt die dogmatische Sichtweise, nicht aus intellektueller Gemütlichkeit, sondern aus Verantwortungsbewusstsein – und er hat aus dem Kantonsrat schon verschiedentlich Hinweise entgegengenommen, dass man bezüglich Konkordaten zurückhaltend sein solle.
• Zari Dzaferi hat das Berechnungsmodell thematisiert. Der Kanton Zug berechnet seine Beiträge mit einem Punktesystem, im Konkordat würde ein Defizitbeitragsmodell vorgeschrieben. Die Ansätze sind zwar verschieden, können aber zum gleichen Resultat führen. Das war aber schon Gegenstand der Antwort auf die Interpellation Bieri/Betschart aus dem Jahr 2011, worauf auch in der Motionsantwort verwiesen wird. Kurz gesagt: Schwelleneffekte sind jedem System der sozialen Absicherung inhärent. Man kann etwa an der Schwelle von Erwerbs- zu Nichterwerbstätigkeit oder in Zusammenhang mit Freibeiträgen nicht ausschliessen, dass es zu Fehlanreizen kommt. Das Punktesystem hat aber einen massgeblichen Vorteil, nämlich die Transparenz. Man kann die entsprechende kantonale Verordnung zur Hand nehmen und sich seinen Anspruch direkt ausrechnen. Und diese Transparenz schützt den Bürger ja auch vor der Macht der Behörden.
• Heini Schmid hat der Regierung geraten, ihre Haltung gegenüber Konkordaten grundsätzlich zu überdenken. Der Angriff auf die kantonale Souveränität sei durch das Konkordat abgewehrt worden. Hier hat der Bildungsdirektor eine andere Meinung: Man hat den Angriff nicht *durch* das Konkordat – das Konkordat entstand lange vor der Lancierung der Stipendieninitiative –, sondern *mit Verweis auf* das Konkordat abgewehrt. Um diesen Gedanken weiterzuspinnen: Die Regulierungswut auf Bundesebene hat immer die kantonale Zuständigkeit im Fokus, und man kann nicht jeden Angriff dynamisch über ein Konkordat abwehren; das wäre schlicht nicht zu bewältigen. Es ist auch auf viele Debatten im Kantonsrat zu verweisen: Konkordate haben auch gewisse Defizite bezüglich demokratischer Kontrolle. Es ist also wirklich ein Dilemma, das man in dieser Frage zu lösen hat.
Zusammenfassend bittet der Bildungsdirektor, die Motion Bieri/Dittli nicht erheblich zu erklären. In der Beurteilung des Regierungsrats steht dem Souveränitätsverlust des Kantons kein entsprechender Nutzen gegenüber, der einen Beitritt zum Konkordat rechtfertigen würde.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat erklärt die Motion mit 42 zu 28 Stimmen erheblich.

TRAKTANDUM 10

694 **Motion von Manuel Brandenberg, Jürg Messmer, Karl Nussbaumer, Moritz Schmid, Beat Sieber und Thomas Villiger betreffend Aufhebung der Schenkungssteuer**

Vorlagen: 2580.1 - 15076 (Motionstext); 2580.2 - 15327 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Mitmotionär **Moritz Schmid** hält fest, dass die im Titel erwähnten Kantonsräte vor gut einem Jahr die Motion betreffend Aufhebung der Schenkungssteuer einreichten. Sie danken der Regierung für die Beantwortung. Sie sind damit allerdings nicht glücklich.
Wie der Beantwortung zu entnehmen ist, kennt der Kanton Luzern keine Schenkungssteuer, er kennt aber die Erbschaftssteuer. Der Kanton Schwyz kennt weder

Erbschafts- noch Schenkungssteuer. Nur der Kanton Zug resp. dessen Gemeinden tun sich schwer mit der Abschaffung der Schenkungssteuer. Und so lang die Liste der objektiven Steuerbefreiung bei Schenkungen und Erbschaften sein soll, wie die Regierung in ihrem Bericht vorgibt, ist sie in Tat und Wahrheit nicht. Nichten und Neffen sind auf jeden Fall auf der Liste nicht zu finden. Zu erwähnen ist auch, dass die Beträge für Schenkungen bereits als Einkommen und Vermögen versteuert wurden und ein Erlass der Schenkungssteuer darum verantwortbar ist.
Dass die Gemeindevertreter bei Wegfall der Schenkungssteuer mit einer Steuerfusserhöhung drohen, ist absurd. Die Gemeinden haben nämlich in den letzten Jahren zusammen nur zwischen 1,13 Millionen und 5,2 Millionen Franken aus der Schenkungssteuer eingenommen. In der Mehrzahl der letzten Jahre lag der Betrag weit unter 2 Millionen Franken.
Wenn die Regierung in ihrem Bericht erwähnt, dass bei einer Abschaffung der Schenkungssteuer auch ein erheblicher Teil der Erbschaftssteuer wegfalle, kann der Votant zum Teil zustimmen. Es führen aber viele Wege nach Rom, so auch beim frühzeitigen Veräussern einer Liegenschaft.
Entgegen dem Antrag der Regierung stellt der Votant namens der Mitmotionäre den **Antrag,** die vorliegende Motion erheblich zu erklären.

**Beat Unternährer** dankt im Namen der FDP-Fraktion der Regierung für den Bericht zur SVP-Motion. Kurz gesagt: Die FDP unterstützt die Meinung des Regierungsrats, die Motion sei nicht erheblich zu erklären. Hauptgrund für diese Haltung ist insbesondere der Zeitpunkt der Motion. Grundsätzlich hat die FDP Verständnis dafür, dass ihre bürgerlichen Kollegen von der SVP das Thema der Schenkungssteuer mit einer Motion angegangen sind. Es ist immer fraglich, ob man auf bereits versteuertem Geld noch einmal eine Steuer erheben soll. Wie im Fall der Erbschaftsteuer kann eine Schenkungssteuer auch bei Nachfolgeregelungen hinderlich sein. Momentan befindet sich der Kanton Zug jedoch mitten in einem Prozess der Sanierung der Kantonsfinanzen. Im Rahmen der zu führenden Diskussionen muss das Thema Steuern umfassend angeschaut werden. Die Schenkungssteuer kann beispielsweise nicht losgelöst von der Erbschaftssteuer betrachtet werden.
Ebenso sind in diese Diskussionen die Gemeinden involviert. Die Diskussionen im Zusammenhang mit der ZFA-Reform und dem Projekt «Finanzen 2019» sind intensiv und komplex. Alle Gemeinden und die Konferenz der gemeindlichen Finanzchefinnen und -chefs sprachen sich klar und übereinstimmend gegen das Motionsbegehren aus. Für die FDP-Fraktion wäre es verfehlt, das Thema Schenkungssteuer isoliert anzupacken. Das wäre ein Schuss in den Rücken der Gemeinden. Die Kantonsfinanzen können nur in einem mit den Gemeinden koordinierten Vorgehen wieder ins Lot gebracht werden.
Die FDP-Fraktion empfiehlt daher, das Thema der Schenkungssteuer im Rahmen der folgenden Diskussionen über Steuern wieder aufzunehmen. Dann muss auch im Detail analysiert werden, wer heute von der Schenkungssteuer befreit ist und wer diese bezahlen muss.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er geht in einem Punkt mit den Motionären einig: Schenken ist etwas Grossmütiges, Edelmütiges und Soziales. Der Beschenkte wird gestärkt, der Schenker bereitet Freude und/oder – je nach Konstellation – hilft einer Person in Not, Bedrängnis oder finanzieller Verlegenheit. Der Kanton Zug unterstützt dies auch steuerlich, indem die engsten Verwandten, eingetragene Partner und Lebenspartner sowie gemeinnützige Zuwendungen von der Schenkungssteuer befreit sind. Bei weiter entfernter bzw. keiner Verwandtschaft und wenn keine gemeinnützige Zuwendung vorliegt, muss eine Schenkungssteuer bezahlt werden.

Die Schenkungssteuer im Kanton Zug ist – wie bei den Steuern üblich – am unteren Ende anzusiedeln. Zug ist im kantonalen Vergleich also auch bei der Schenkungssteuer ganz vorne dabei. Die Gemeinden erhielten im Schnitt der letzten fünf Jahre insgesamt rund 2,5 Millionen Franken pro Jahr, Baar als Spitzenreiter im Schnitt rund 1,1 Millionen Franken pro Jahr. Die Aufhebung der Schenkungssteuer würde den Kanton keinen Franken kosten, sie ginge vollkommen zulasten der Gemeinden. Der Votant ist dagegen, den Gemeinden etwas aufzuzwingen, was sie einstimmig ablehnen.
Dass die Gemeinden gegen die Aufhebung der Schenkungssteuer sind, kann der Votant verstehen. Ihre Argumente sind nachvollziehbar:
• Es gibt im Steuergesetz für Schenkungen schon eine Steuerbefreiung der nächsten Angehörigen und bei Zuwendungen an gemeinnützige, wohltätige und kirchliche Stiftungen und Vereine sowie für Gelegenheitsgeschenke bis zum Betrag von 5000 Franken.
• Zug hat im Vergleich mit anderen Kantonen bei der Schenkungssteuer einen sehr tiefen Steuersatz.
• Auch wenn der Ertrag teilweise unbedeutend – Neuheim in den letzten fünf Jahren total rund 60‘000 Franken an Schenkungssteuern eingenommen – und auch kaum budgetierbar ist, möchten die Gemeinden auch wegen ihrer finanziellen Situation nicht auf diese Erträge verzichten.
• Im Rahmen der neuen Aufgabenteilung ist damit zu rechnen, dass die Gemeinden künftig finanziell stärker belastet werden.
Die Befürchtung, dass bei einer Abschaffung der Schenkungssteuer die Erbschaftssteuer ebenfalls massive Einbussen erleiden würde – es würde einfach vor dem Ableben verschenkt statt nachher vererbt –, ist nicht unbegründet. Auch mit einer zeitlichen Grenze von fünf Jahren vor dem Tod des Schenkenden, wie sie der Kanton Luzern kennt – andernfalls kann nachträglich eine Erbschaftssteuer erhoben werden –, käme es bei der Schenkungssteuer wahrscheinlich zu grösseren Ausfällen. Aus all diesen Gründen empfiehlt die SP-Fraktion, die Motion zur Aufhebung der Schenkungssteuer nicht erheblich zu erklären.

**Pirmin Frei** teilt mit, dass die CVP-Fraktion die Motion grösstmehrheitlich ablehnt. Die Argumente wurden insbesondere von Beat Unternährer bereits dargelegt.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält zur Frage der Doppelbesteuerung fest, dass die subjektiven und objektiven Steuerbefreiungsbestimmungen und deren Kumulation dazu führen, dass eine Doppelbesteuerung bei den Schenkungssteuern kaum ein Thema ist. Die Regelung ist sehr weitreichend, auch hat Zug schweizweit die tiefste Besteuerung von Schenkungen, natürlich abgesehen von den Kantonen, welche die Schenkungssteuer abgeschafft haben. Die Problematik der Umgehung der Erbschaftssteuer wurde im Bericht ausgeführt: Sie ist ein zusätzliches Risiko zulasten der Gemeinden. Zu Recht wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, dass es hier letztlich nicht um den Kanton, sondern um die Gemeinden geht. Und der Kanton ist auf die Gemeinden angewiesen, wenn er die Finanzen wieder ins Lot bringen will. Wenn der Kantonsrat nun die Schenkungssteuern abschaffen würde, könnte der Kanton bei den Gemeinden kaum mehr das einfordern, was er im Rahmen der Bereinigung des ZFA braucht. Dieser Topf hat sich im Prozess «Finanzen 2019» relativ stark gefüllt, und die Diskussion mit den Gemeinden wird intensiv werden. Auch der Finanzdirektor schlägt deshalb vor, über die Schenkungssteuer nicht isoliert zu diskutieren, sondern – wenn schon – im Rahmen von «Finanzen 2019». In diesem Rahmen wird man ja – wie von verschiedenen Seiten gefordert und auch vom Regierungsrat vertreten – auch über den Fiskalertrag diskutieren müssen. Ob mit der

Abschaffung der Schenkungssteuern tatsächlich das Mäzenatentum gestärkt würde, ist fraglich. Der Finanzdirektor zumindest kennt keinen Mäzen – heisse er Mantegazza oder Oehri – der deswegen von Lugano oder Basel nach Obwalden oder Nidwalden umgezogen wäre. In diesem Sinn empfiehlt er, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat erklärt die Motion mit 52 zu 18 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**695** Traktandum 4.1: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend öffentliche Regierungsratssitzungen**
Vorlage: 2691.1 - 15328 (Motionstext).

**Florian Weber** stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Der Kantonsrat hat vor nicht allzu langer Zeit über die Geschäftsordnung des Regierungsrats debattiert. Dabei wurde auch über das in der Motion formuliert Begehen ausgiebig und lange diskutiert. Der Rat kam zum Schluss, dieses Anliegen nicht umzusetzen. Hätte sich die Motionärin etwas tiefer in die Materie eingearbeitet, hätte sie dies wahrscheinlich erkannt, und der Rat müsste nun nicht über die Überweisung dieses Vorstosses debattieren.

**Daniel Stadlin** führt aus, dass der Solothurn der einzige Kanton ist, wo die Sitzungen des Regierungsrats öffentlich zugänglich sind. Allerdings ist das Interesse der Bevölkerung nicht sehr gross: Kaum jemand nimmt daran teil. Ab und zu verfolgt eine Einzelperson die Debatte, und ab und zu kommen Gruppen, etwa pensionierte Staatsangestellte oder Lehrlinge aus den kantonalen Departementen, vorbei. Doch in der Regel bleibt die Regierung unter sich. Aufgrund des geringen öffentlichen Interesses an den Regierungsratssitzungen in Solothurn könnte man sich dazu verleiten lassen, auch in Zug die Sitzungen der Regierungen öffentlich zu machen – es kommt ja eh niemand. *Nützt s nüt, so schad s nüt!* Die GLP ist jedoch überzeugt, dass das keine gute Idee wäre und nicht den von der Motionärin erwünschten Mehrwert bringen würde. Ganz im Gegenteil. Politische Transparenz ist zwar ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Eine Regierungsratssitzung muss jedoch – wie auch eine Geschäftsleitungssitzung – ergebnisoffen, ohne Dogmen und ohne Denkverbote durchgeführt werden können. Mit öffentlichen Regierungsratssitzungen würden diese wichtigen Grundsätze aufgegeben oder zumindest stark eingeschränkt. Deshalb wird die GLP die vorliegende Motion nicht überweisen.

**Jürg Messmer** spricht für die SVP-Fraktion. Man stelle sich vor: Die Regierung tagt, und Schulen und Seniorenvereine drängen sich in Gruppen von zwanzig bis fünfzig Personen in den Raum, um einen Blick auf die Regierung zu werfen oder der Beratung beizuwohnen. Werden die Regierungsräte dann mit Mikrofonen ausgerüstet, damit auch wirklich jeder mitbekommt, was beraten wird? Das Öffentlichkeitsprinzip ist bereits heute auch bei der Regierung eingeführt. § 8 Abs. 3 in der Geschäftsordnung des Regierungsrats genügt.
Die SVP-Fraktion wird keinen der Vorstösse von Jolanda Spiess-Hegglin überweisen, dies nicht wegen der Person, sondern wegen der Inhalte. Auf «zentralplus» ist in einem Artikel zur heutigen Debatte eine Stellungnahme von Jolanda Spiess-

Hegglin nachzulesen: Die Vorstösse seien an den Stammtischen der Piraten beraten und abgestimmt worden. Genau so kommen sie daher: als Stammtischideen.

**Alois Gössi** wird als einziger wirklich liberaler Kantonsrat – mindestens in dieser Hinsicht – für die Überweisung aller Vorstösse von Jolanda Spiess-Hegglin stimmen. Es ist allerdings suboptimal, dass Jolanda Spiess-Hegglin alle ihre Motionen und Postulate auf einmal eingereicht hat; sie hätte diese während ihrer Zeit als Kantonsrätin auch zeitlich gestaffelt einreichen können. Noch weniger optimal ist, dass sie nach der Einreichung der Vorstösse zurückgetreten ist, so dass diese nun quasi besitzlos sind.
Trotzdem aber ist der Votant für die Überweisung aller Vorstösse mit einem anschliessenden Bericht des Regierungsrats zu den einzelnen Begehren. Einige davon kann der Votant unterstützen, anderen steht er ablehnend gegenüber. Aber dies gilt auch für andere Motionen: Einige findet er gut, andere lehnt er von vorneherein ab. Überweisen tut er jedoch alle. Es ist vorstellbar, dass der Regierungsrat hier knappe, kurze, aber aussagekräftige Berichte erstellt, dies auch in Analogie zu den ebenfalls knappen Begründungen von Jolanda Spiess-Hegglin.
Die SP-Fraktion wird bei den meisten Vorstössen für eine Überweisung stimmen.

**Kurt Balmer** stellt den **Antrag,** die Vorstösse unter den Traktanden 4.1 bis 4.12 und 4.14 bis 4.16 nicht zu überweisen. Dabei soll aber nicht nur eine einzige Abstimmung durchgeführt werden, sondern über jeden Vorstoss einzeln abgestimmt werden. Er begründet seinen Antrag pauschal in fünf Punkten:
• Emotionen: Der Votant gibt zu, dass bei diesen Überweisungen gewisse Emotionen vorhanden sind; das kann man kaum abstreiten. Es war in den vergangenen zwei Jahren nämlich nicht immer einfach, die Institution Zuger Kantonsrat zu verteidigen; auch der Votant musste sich mehr als ein paar dumme Sprüche anhören. Er hat im privaten Kreis häufig eine relativ neutrale Stellung eingenommen, hat andererseits aber wenig Verständnis für die zumindest teilweise bewusst gesuchte Eigendynamik im Anschluss an ominöse Landammannfeier. Mit einem klaren Signal kann heute auch der Kantonsrat eine gewisse Frustration zum Ausdruck bringen. In der Politik dürfen und müssen auch solche Argumente Platz haben – dazu steht der Votant. Festzuhalten ist auch, dass es nur – aber immerhin – um Überweisungen geht, nicht um einen weitreichenden Beschluss wie etwa ein Sparpaket. Und es sind Anliegen einer Einzelperson; es gibt keine Mitunterzeichnenden.
• Stil: Es ist schlechter Stil, Vorstösse einzureichen und sich dann vorab in der Presse zu beklagen, dass im Kantonsrat sowieso alles abgeblockt werde, was von den Piraten komme. Sofern die Vertreterin der Piraten überhaupt im Rat anwesend war, hat der Votant von ihr nie ein überzeugendes Votum für einen Vorstoss oder eine bestimmte Sache gehört. Sich unter diesen Umständen zu beklagen, strapaziert das Verständnis des Votanten.
• Rechtsmissbrauch und Würde: Jedes Ratsmitglied hat zumindest theoretisch die Möglichkeit, eine unbegrenzte Anzahl gültiger Vorstösse einzureichen, und der Rat hat über deren Überweisung bzw. Nichtüberweisung zu diskutieren. Was dem Rat hier serviert wird, grenzt aber an einen Missbrauch dieses Rechts, und der Votant zweifelt auch sehr daran, dass eine solche Hinterlassenschaft die Ehre und Wohlfahrt des Kantons und des Kantonsrats gemäss Eidesformel fördert. Eher das Gegenteil ist der Fall. Man stelle sich vor, dass jede Parlamentarierin und jeder Parlamentarier nur alle zwei Jahre ihr bzw. sein Recht so extensiv ausnutzen würde. Die Konsequenz wäre, dass mutmasslich die Geschäftsordnung geändert werden müsste oder aber der Ratsbetrieb deutlich erschwert und vor allem die Verwaltung

deutlich mehr Arbeit zu bewältigen hätte, dies aktuell bei angespannter Finanzlage des Kantons. Rechtsmissbräuchliche Tendenzen sind zu unterbinden.
• Parteiprogramm: Wir bereits gehört, wurde den Medien von den Piraten mitgeteilt, dass es hier um eine Häufung der Anliegen der Piratenpartei gehe. Der Votant hat das Parteiprogramm der Piraten studiert und kann dies bestätigen. Konsequenterweise hätte man demnach eine einzige Motion mit folgendem Wortlaut einreichen können: «Es sei das Parteiprogramm der Piraten in die kantonale Gesetzgebung aufzunehmen resp. zuständigkeitshalber entsprechende Standesinitiativen beim Bund einzureichen.» Ob ein solcher Vorstoss gültig gewesen bzw. überwiesen worden wäre, soll offenbleiben. Der Votant verzichtet darauf, zu jedem einzelnen Vorstoss die Stelle im Parteiprogramm zu nennen; bei genauem Studium erkennt man, dass einzelne Vorstösse nicht direkt dem Programm entnommen sind. Vielleicht mögen einzelne Vorstösse tatsächlich teilweise prüfenswert sein. Für den Votanten überwiegen aber die bereits genannten anderen Argumente, und er weist auch darauf hin, dass der Rat in den letzten Jahren bei Überweisungen generell eine strengere Praxis eingeführt hat. Die Einheit der Materie – also quasi das Parteiprogramm der Piraten – würde es seines Erachtens gebieten, nur eine einzige Abstimmung durchzuführen. Er nimmt aber zur Kenntnis, dass das juristische Gewissen des Rats der Meinung ist, dass über alle Vorstösse einzeln abgestimmt werden muss. Das kann er akzeptieren und empfiehlt es auch. So kann der Rat wenigstens die Handhabung der Abstimmungsanlage üben.
• Abschiedsgeschenk: Für Juristen ist klar, dass ein (Abschieds-)Geschenk – und damit sind die vielen Vorstösse gemeint – ein zweiseitiger Vertrag ist. Wenn der Beschenkte – hier das Parlament – die vielen Vorstösse aber nicht annehmen will, bleibt als klares Zeichen nur die Nichtüberweisung. Der Votant erinnert sich, dass der Rat in der letzten Sitzung bereits auf ein Geschenk, sprich Applaus, an die ausgeschiedene Piratin verzichtete. Er sollte deshalb auch auf dieses Abschiedsgeschenk verzichten – und das Kapitel abschliessen.
In diesem Sinn ersucht der Votant den Rat, alle Vorstösse der ausgeschiedenen Kantonsrätin nicht zu überweisen. Und er hofft, es sei kein schlechtes Zeichen, dass der Rat heute – vielleicht zufälligerweise – im Restaurant Schiff zu Mittag isst.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass dem Votum von Kurt Balmer nichts beizufügen ist.

**Zari Dzaferi** hat sich heute entschieden, an der Kantonsratssitzung teilzunehmen und nicht in Menzingen seine Schülerinnen und Schüler zu unterrichten – auch wenn das Klima manchmal auch im Ratssaal kindisch ist. Er ruft den Rat auf, einfach professionell an die Sache heranzugehen und die Vorstösse einzeln anzuschauen; einige sind sicher prüfenswert. Eine Viertelstunde lang über Parteiprogramm, Abschiedsgeschenk etc. zu sprechen, bringt eigentlich nichts, und die mit der Abstimmungsanlage heute eingesparte Zeit wurde bereits wieder vergeudet. Dumme Witze entsprechen nicht der Qualität dieses Rats. Es geht nun einfach darum, über jeden Vorstoss abzustimmen, wobei im Einzelfall auch nicht mehr begründet werden muss, warum man für oder gegen die Überweisung ist, Das wäre effizient – und es wollen ja alle effizient sein.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die ALG grundsätzlich eine liberale Überweisungspraxis verfolgt: Vorstösse, die prüfenswert sind, sollen überwiesen werden. Bei den vorliegenden Vorstössen verhält es sich nicht anders. Sie sind nach Ansicht der ALG – wie in anderen Fällen auch – zumindest prüfenswert, weshalb die ALG hier nicht von ihrer Praxis abweichen wird. Wie es scheint, werden die Vorstösse aber grossmehrheitlich abgewiesen werden, dies aus unterschiedlichen, für den Votanten

teilweise verständlichen, teilweise aber nicht nachvollziehbaren Gründen. Die ALG wird sich in diesem Sinn erlauben, verschiedene Vorstösse zu gegebener Zeit wieder einzureichen, damit der Rat mit einer entsprechend neuen Ausgangslage nochmals darüber diskutieren kann.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für Nichtüberweisungen gemäss § 45 Abs. 2 GO KR ein Quorum von zwei Drittel der Stimmenden erforderlich ist.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat beschliesst mit 59 zu 12 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**696** Traktandum 4.2: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Publikation der Rechtsprechung**
Vorlage: 2692.1 - 15329 (Motionstext).

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion stellt. Zwar tönt das Anliegen auf den ersten Blick sehr gut, entscheidend aber ist die Praxis, wie sie durch die Rechtsprechung des Bundesgerichts definiert wird.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat beschliesst mit 57 zu 14 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**697** Traktandum 4.3: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend öffentliche Urteilsberatungen**
Vorlage: 2693.1 - 15330 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat beschliesst mit 59 zu 12 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**698** Traktandum 4.4: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend elektronische Einsicht**
Vorlage: 2694.1 - 15331 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat beschliesst mit 55 zu 13 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**699** Traktandum 4.5: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend elektronische Entscheidseröffnung**
Vorlage: 2695.1 - 15332 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat beschliesst mit 56 zu 13 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**700** Traktandum 4.6: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Jugendwahlrecht**
Vorlage: 2698.1 - 15344 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

**Vroni Straub-Müller** möchte diese Motion gerne überweisen: Der Rat sollte über das darin formulierte Anliegen wenigstens laut nachdenken können. Es werden nämlich mit viel personellem und finanziellem Aufwand etwa Jugendpolittage veranstaltet und Jugendliche zum Mitdenken und Sich-Engagieren eingeladen, die eigentliche Mitbestimmung wird ihnen dann aber verweigert. Darüber sollte man diskutieren. Vielleicht einigt sich der Rat dabei auf ein Stimmrechtsalter 16, wie es der Kanton Glarus seit acht Jahren erfolgreich praktiziert.

**Michael Riboni** führt aus, dass gemäss Art. 16 ZGB die Urteilsfähigkeit die Fähigkeit ist, vernunftgemäss zu handeln. Ob ein Jugendlicher im Alter von vierzehn Jahren in der Lage ist, vernunftgemäss zu handeln, ist eine Einzelfallentscheidung, und gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung muss bei Jugendlichen zwischen zwölf und sechzehn Jahren die Urteilsfähigkeit im Einzelfall abgeklärt werden. Ein Vierzehnjähriger ist unter Umständen also gar nicht urteilsfähig, trotzdem aber soll er gemäss Motion an Gemeindeversammlungen über Millionenbudgets oder Steuererhöhungen mitentscheiden können. Man sieht: Alt-Kantonsrätin Spiess-Hegglin schiesst einmal mehr über das Ziel hinaus. Die SVP-Fraktion bittet deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat beschliesst mit 52 zu 18 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**701** Traktandum 4.7: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend kantonales Verfassungsgericht**
Vorlage: 2699.1 - 15345 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat beschliesst mit 57 zu 14 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**702** Traktandum 4.8: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Ausländerwahlrecht**
Vorlage: 2700.1 - 15346 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat beschliesst mit 55 zu 16 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**703** Traktandum 4.9: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Abschaffung der Kirchensteuer**
Vorlage: 2702.1 - 15348 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat beschliesst mit 57 zu 10 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**704** Traktandum 4.10: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Richterwahlen**
Vorlage: 2705.1 - 15351 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat beschliesst mit 58 zu 13 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**705** Traktandum 4.11: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Wahl der Ombudsperson und der oder des Datenschutzbeauftragten**
Vorlage: 2706.1 - 15352 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 17:** Der Rat beschliesst mit 60 zu 11 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**706** Traktandum 4.12: **Motion von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Legalisierung von Cannabis**
Vorlage: 2707.1 - 15353 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 18:** Der Rat beschliesst mit 51 zu 18 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

**707** Traktandum 4.13: **Motion von Monika Barmet, Andreas Etter und Karl Nussbaumer betreffend Sanierung Ortsdurchfahrt Menzingen**
Vorlage: 2708.1 - 15354 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**708** Traktandum 4.14: **Postulat von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend digitale Schadensmeldung**
Vorlage: 2696.1 - 15333 (Postulatstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 19:** Der Rat beschliesst mit 54 zu 17 Stimmen, das Postulat nicht zu überweisen.

**709** Traktandum 4.15: **Postulat von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend digitale Informationshotline**
Vorlage: 2701.1 - 15347 (Postulatstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 20:** Der Rat beschliesst mit 55 zu 15 Stimmen, das Postulat nicht zu überweisen.

**710** Traktandum 4.16: **Postulat von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend Open Access**
Vorlage: 2703.1 - 15349 (Postulatstext).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde.

➔ **Abstimmung 21:** Der Rat beschliesst mit 52 zu 19 Stimmen, das Postulat nicht zu überweisen.

Die Beratungen werden an dieser Stelle unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Beilage zum Protokoll:** Definitiver Report der Abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

50. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 26. Januar 2017 (Nachmittag)
Zeit: 13.50 – 15.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

## 711 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Thomas Werner, Unterägeri; Nicole Imfeld, Baar; Remo Peduzzi, Hünenberg; Thomas Meierhans und Monika Weber, beide Steinhausen; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 712 Mitteilung

Der **Vorsitzende** dankt den Stimmenzählenden für ihren grossen Einsatz am Vormittag. Drei Abstimmungen innerhalb von zwei Minuten – das ist rekordverdächtig. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 11

## 713 Motion der CVP-Fraktion betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht

Vorlagen: 2642.1 - 15207 (Motionstext); 2642.2 - 15357 (Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell den Verwaltungsgerichtspräsidenten Aldo Elsener.

**Kurt Balmer** dankt namens der CVP-Fraktion dem Verwaltungsgericht für den Bericht und Antrag. Die CVP schliesst sich – wenig überraschend – den Ausführungen und dem Antrag vollumfänglich an. Es ist auch anhand des Vergleichs mit der Zivil- und Strafjustiz zeitgemäss, dass auch beim Verwaltungsgericht definitiv die Professionalisierung kommen muss. Die Komplexität hat zugenommen, und eine Rechtssuchende oder ein Rechtssuchender hat einen verfassungsmässigen Anspruch auf eine kompetente, zuverlässige, glaubwürdige und neutrale Justiz in einem fairen Verfahren ohne Verletzung des rechtlichen Gehörs. Es müssen also zahlreiche Voraussetzungen erfüllt werden – wobei diese theoretischen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen manchmal sogar für Profis schwierig zu erfüllen sind. Da zu hören

war, dass eventuell Widerstand gegen die Erheblicherklärung der Motion zu erwarten sei, hat sich der Votant etwas in die Rechtssprechung vertieft. Er kann aus der juristischen Literatur Folgendes zur Rechtssprechung des Bundesgerichts zitieren: Der Richter muss «in der Lage sein, den Fall in seinen Einzelheiten zu erfassen, sich darüber eine Meinung zu bilden und das Recht darauf anzuwenden. Fehlt es daran, kann nicht von einem fairen Verfahren gesprochen werden, zumal auch ein Anspruch auf rechtliches Gehör besteht. Der Richter muss fähig sein, sich mit den Anliegen und Argumenten der Verfahrensparteien angemessen auseinanderzusetzen» (BGE 134 I 16). Ergänzend sei gesagt: Laien als Einzelrichter sind eine Frechheit. In der Praxis der Zürcher Gerichte nehmen bei Laieneinzelrichtern die juristisch ausgebildeten Gerichtsschreiber hinter den Kulissen das Heft in die Hand. Das will der Votant definitiv nicht. Es sollen nicht anstelle der Laienrichter nicht vom Volk gewählte Gerichtsschreiber urteilen. Anders als im Kanton Zürich gibt es im Übrigen im Kanton Zug heute – vielleicht im Unterschied zu früher – auch keine Tradition im Bereich Laienrichtertum. Und im Kanton Zürich hat kürzlich das Volk diese zürcherische Tradition definitiv beendet.
Der Votant ist auch der Meinung, dass Laien – wenn schon – eher in der Zivil- und Strafjustiz eingesetzt werden können und nicht in der Verwaltungsjustiz. Der Grundsatzentscheid dazu ist im Kanton Zug aber per 1. Januar 2011 gefallen, und angesichts der komplexen Fälle beim Verwaltungsgericht ist eine analoge Anwendung überfällig. Vielleicht kann der Verwaltungsgerichtspräsident nachher ein paar klassische Fälle aufzählen, damit sich der Rat ein Bild machen kann, mit welchen Fragen sich die Verwaltungsrichter beschäftigen. Die Volkswahl steht im Übrigens mit dieser Vorlage nicht zur Diskussion und bleibt bestehen. Es geht lediglich um allgemeine Wählbarkeitsvoraussetzungen. Der Votant möchte aber doch noch zwei kritische Bemerkungen anfügen:
• Ausschliesslich Profis im Gerichtsbetrieb ist nicht immer ideal. Abgesehen davon, dass manchmal der sogenannte gesunde Menschenverstand leidet, neigen Profis auch dazu, den Formalismus zu übertreiben und die sogenannten Substantiierungsvoraussetzungen hochzuschrauben. Die Bodenhaftung leidet ab und zu. Es versteht sich von selbst, dass eine Juristenausbildung allein nicht automatisch einen guten Richter ausmacht. Charakter und Persönlichkeit sind ebenfalls wichtig. Dieser Hinweis richtet sich an alle Parteiverantwortlichen und diejenigen, welche bei der Nomination von Richterkandidaten das Heft in der Hand haben.
• Heute entscheidet der Rat nur über die Erheblichkeit der Motion und nicht über den im Bericht des Verwaltungsgerichts enthaltenen Gesetzesvorschlag. Dazu äussert sich der Votant nicht. Die Details würden gemäss zukünftigem Vorschlag des Verwaltungsgerichts in einer Kommission und im Kantonsrat bereinigt.
Namens der CVP-Fraktion bittet der Votant, dem Antrag des Verwaltungsgerichts auf Erheblicherklärung zuzustimmen.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Die Motion verlangt die Angleichung der Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht an diejenigen für die anderen Gerichte. Die ALG schliesst sich den Überlegungen des Verwaltungsgerichts an. Wenn es bis jetzt theoretisch noch möglich war, sich ohne juristische Grundausbildung ins Verwaltungsgericht wählen zu lassen, kann sich die ALG dies heute nicht mehr vorstellen. Juristisches Laienwissen kann durchaus wertvoll sein. Verwaltungsjuristische Themen sind aber derart komplex, dass hauptamtliche Mitglieder des Verwaltungsgerichts für ihre Entscheidungen zwingend ein juristisches Universitätsstudium brauchen. Für die ALG ist es angemessen, dass für nebenamtliche Richter auch eine adäquate Fachausbildung genügt. Das muss gesetzlich verankert werden, weshalb die ALG der Erheblicherklärung der Motion zustimmt.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Die Wahl von Richterinnen und Richtern löst meistens keine grossen Diskussionen aus und erfolgt nur selten durch das Volk. Die nötigen Voraussetzungen sind den Parteien und möglichen Kandidatinnen und Kandidaten bewusst und werden auch eingehalten. Dazu trägt auch das sogenannte «Richterschachergremium» bei, zu welchem auch der Votant – dies ist seine Interessenbindung – gehört. Auch wenn sich ab und zu Personen für eine Richterstelle zur Verfügung stellen möchten, deren Qualifikationen nicht ausreichend sind, ist es fraglich, ob es hier wirklich eine gesetzliche Regelung braucht. Die SP ist der Ansicht, dass hier die Möglichkeit besteht, die Gesetzesflut etwas einzudämmen, denn bis anhin gab es keine wirklichen Probleme mit diesen Fragen. Schon 2005 war sich der Kantonsrat bewusst, dass diese Fragestellung eine sehr marginale Ausgangslage thematisiert. Für die anderen Gerichte sind Vorgaben formuliert, welche sich bewährt haben. Für das Verwaltungsgericht, welches richtigerweise eine bezüglich Berufsfelder breitere Zusammensetzung ausweisen muss, sind Vorgaben nicht unbedingt nötig. Gemäss Bericht des Verwaltungsgerichts soll die Wählbarkeit nicht auf juristische Fachpersonen beschränkt werden. Die SP befürwortet das, und sie unterstützt den Antrag auf Erheblicherklärung.

**Philip C. Brunner** dankt als Sprecher der SVP-Fraktion dem Verwaltungsgericht für den Bericht und Antrag. Verschiedene SVP-Mitglieder stimmen den bisherigen Ausführungen zu, es gibt aber auch starke Argumente gegen die Erheblicherklärung der Motion. Man kann es so sagen: Wehret den Anfängen! Natürlich kann man argumentieren, dass die Fälle, über die das Verwaltungsgericht zu entscheiden hat, ein juristisches Studium erfordern. Wenn man aber weiterdenkt und das Wort «Richter« durch «Politiker» ersetzt, könnte das dazu führen, dass plötzlich ein Studium oder mindestens das Bestehen einer anspruchsvollen Prüfung vorausgesetzt wird, um als Politiker im Kantonsparlament wichtige Entscheidungen fällen zu können; die Probleme, die im Kantonsrat besprochen werden, seien nämlich so komplex und die Reglemente und die Verfassung so schwierig zu verstehen, dass man sich jahrelang damit befasst und das unter Beweis gestellt haben müsse, um in diesen Rat zugelassen zu werden. Kurt Balmer hat den gesunden Menschenverstand, die Bodenhaftung sowie den Charakter und die Persönlichkeit erwähnt. Genau *das* ist die Basis, die es braucht. Und das System funktioniert. Oder gab es im Kanton Zug falsche richterliche Entscheidungen, nur weil ein Laienrichter mitwirkte? Es wird groteskerweise dargestellt, dass dann halt der Gerichtsschreiber das Urteil fälle. Natürlich ist es dessen Aufgabe, Aspekte in die Diskussion einzubringen, welche die gewählten Richter vielleicht nicht bedacht haben. Aber das ist keineswegs schlimm. In den Gemeinden bringt der Gemeinde- oder Stadtschreiber ebenfalls sein Wissen und seine Kompetenzen ein – und wahrscheinlich kommen in den Exekutiven genau deshalb gute Entscheidungen zustande.
Der Kantonsrat hat die vorliegende Frage vor rund elf Jahren bereits diskutiert; er ist damals zu einem abschlägigen Entscheid gekommen. Seither war diese Frage nie mehr ein Thema, auch nicht in den Medien. Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** die Motion nicht erheblich zu erklären. Sie glaubt, dass die Zuger Gerichte gute Arbeit leisten und auch komplexe Fälle fair und glaubwürdig lösen. Die SVP glaubt auch nicht an die einschlägige juristische Literatur, wie sie Kurt Balmer in den Raum gestellt hat. Sie glaubt, dass der gesunde Menschenverstand und die Bodenhaftung zu sehr guten Resultaten führen. Es gilt an die Menschen zu glauben, nicht an die Paragrafen.

Verwaltungsgerichtspräsident **Aldo Elsener** beantragt im Namen des Verwaltungsgerichts, die Motion der CVP-Fraktion erheblich zu erklären. Das Anliegen der

Motionärin ist berechtigt. Bisher bestanden für die Wahl an das Verwaltungsgericht keine Einschränkungen des passiven Wahlrechts. Tatsächlich wird das Prozessrecht aber immer anspruchsvoller, ist die Gesetzgebung immer komplexer – daran ist auch der Kantonsrat schuld – und erhalten beispielsweise Einzelrichter mehr Verantwortung und Kompetenzen. Es ist darum zweifellos sinnvoll, nicht nur – wie bereits geschehen – für die Zivil- und Strafjustiz, sondern auch für die Richterämter am Verwaltungsgericht minimale gesetzliche Wählbarkeitsvoraussetzungen festzulegen, vor allem was die juristische Ausbildung betrifft. Bekanntlich ist das Milizsystem in der Schweizer Justiz ein europaweites Unikum, einzig in Amerika gibt es vergleichbare Gerichte. Umso wichtiger ist die Frage der Auswahl der vom Volk gewählten Richter. Die Wählbarkeitsvoraussetzungen müssen geeignet und wirksam sein, um eine kompetente Verwaltungsjustiz zu gewährleisten.
Welche Rechtsgebiete das Verfassungsgericht zu betreuen hat, lässt sich dessen Rechenschaftsbericht entnehmen. Sie sind in den letzten vierzig Jahren gewaltig angewachsen, und die Fälle sind tatsächlich viel komplexer geworden. So gab es vor vierzig Jahren noch keine Vergaberechtsstreitigkeiten, und das gute alte Vormundschaftsrecht ist heute ersetzt durch ein sehr tiefgehendes Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Ähnliches gilt für das Umweltrecht etc. Der Rechtsstaat entwickelt sich, der moderne Staat stellt immer mehr Anforderungen an die Gesetzgeber, und das Gericht hat dann auf Beschwerde hin – Stichwort Rechtsweggarantie – zu den von den Politikern erlassenen Gesetzen kompetent Stellung zu nehmen und sie auszulegen; Gesetze sind bekanntlich ja «geronnene Politik».
Nicht zuletzt dient es auch dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit des Gerichts, wenn das Gesetz garantiert, dass die gewählten Richterinnen und Richter zu unabhängiger Willensbildung und richtiger Rechtsanwendung befähigt sind. Dies setzt ausreichende fachliche Kenntnisse und ein gewisses Mass an Berufserfahrung voraus. Und natürlich sind auch – wie von zwei Votanten angesprochen – eine gewisse Lebenserfahrung, gesunder Menschenverstand und der Charakter wichtig.
Als Ausgangspunkt für das Gesetzgebungsverfahren, das bei einer Erheblicherklärung eröffnet würde, anerbieten sich in angepasster Fassung die 2005 vom Kantonsrat bereits zustimmend zur Kenntnis genommenen Wählbarkeitsvoraussetzungen. Im Bericht und Antrag wird darauf verwiesen. Der Verwaltungsgerichtspräsident bittet den Rat, die Motion erheblich zu erklären und damit eine rechtsstaatlich wie demokratisch gerechtfertigte Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag auf Nichterheblicherklärung gestellt wurde. Für die folgende Abstimmung gilt: Wer Knopf 1 drückt, stimmt für die Erheblicherklärung (1. Mehr); wer Knopf 2 drückt stimmt für die Nichterheblicherklärung (2. Mehr). Er bittet die Stimmenzählenden, den Abstimmungsvorgang auszulösen.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat erklärt die Motion mit 51 zu 18 Stimmen erheblich.

TRAKTANDUM 12
**Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Axpo und Misswirtschaft bei Atomkraftwerken**

Das Traktandum entfällt (siehe Ziff. 672).

TRAKTANDUM 13

**714 Interpellation von Jolanda Spiess-Hegglin betreffend behördliche Algorithmen**
Vorlagen: 2646.1 - 15225 (Interpellationstext); 2646.2 - 15359 (Antwort des Regierungsrats).

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG die Antwort der Regierung zur Kenntnis nimmt. Er macht folgende Hinweise:
• Als der Votant die Interpellation zum ersten Mal las, dachte er: «Hoppla!» Die Fragen sind nämlich nicht einfach zu beantworten und greifen sehr weit – wenn nicht *zu* weit – aus, und sie zu beantworten, stellt eine Herausforderung dar bzw. ist vielleicht in voller Weite sogar unmöglich. Die Antwort des Regierungsrats aber ist nun – so dünkt es die ALG – etwas gar dürftig ausgefallen. Sich mit einem definitorischen *Buebetrickli* herausstehlen zu wollen und sich nur auf «deterministische Algorithmen» zu beziehen, ist problematisch, ist es doch nicht die Aufgabe der Regierung, die Fragen so einschränkend zu interpretieren, dass sie diese zumindest scheinbar beantworten kann. Noch problematischer wird es aber, wenn man das *Buebetrickli* nicht einmal versenkt. Denn was sind «deterministische Algorithmen»? Hier ist man entweder einem grossen Internet-Algorithmus oder etwas Ähnlichem auf den Leim gegangen, oder man hat schlicht zu viel Interpretation und Fantasie an den Tag gelegt. Denn Determiniertheit in Bezug auf Algorithmen meint, dass der Algorithmus, also die Abfolge von Ja/Nein-Entscheidungen, bei gleicher Eingabe und unter gleichen Bedingungen immer die gleichen vordefinierten, determinierten Regeln und Abfolgen von Berechnungen anwendet und so immer zum gleichen Ergebnis kommt. Im Gegensatz dazu gäbe es randomisierte, zufallsbasierte Algorithmen. Was in der Interpellation unter «determinierte Algorithmen» gefasst wird, sind Verfahren im Bereich *Big Data*, bei welchen mit Hilfe von Algorithmen und statistischen Verfahren versucht wird, in grossen Datenmengen Muster zu erkennen und dann Voraussagen treffen zu können. Die Interpellation fragt aber nicht nach *Big-Data*-Methoden, sondern nach Algorithmen.
Was hat man nun davon? Einerseits sind einzelne Fragen zugegebenermassen nicht beantwortbar. Andererseits wird aber irgendwie so getan, als gäbe es keine Probleme mit Algorithmen – welche auch immer gemeint sind – und keine Gefahren, die davon ausgehen könnten, heute und auch in Zukunft nicht. Es wird eine Scheinsicherheit vorgetäuscht. Das ist schade, denn die Interpellation wäre eine Steilvorlage gewesen, um genau hinzuschauen und darüber nachzudenken, ob es nicht auch im Kanton Zug diesbezüglich Risiken und Sicherheitsprobleme geben könnte. Denn *dass* es Algorithmen gibt, die je nachdem auch risikobehaftet sein können, dürfte unbestritten sein.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Es ging ihr ähnlich wie Anastas Odermatt. Deterministische Algorithmen? Ein staubtrockenes, realitätsfernes Thema – so dachte sie anfänglich. Dem ist aber mitnichten so. Die in der Interpellation gestellten Fragen nehmen hochrelevante Aspekte des täglichen Lebens auf, leben wir doch im Zeitalter der Digitalisierung und von *Big Data*.
Das Fazit der SP zur Interpellationsantwort: Gut gemeint ist auch hier das Gegenteil von gut gemacht. Die Regierung hat sich sicher redlich bemüht, Material für die Antworten zu finden. Allerdings beweist der Regierungsrat: Eine intensive und fundierte Auseinandersetzung mit den technischen Entwicklungen und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen ist notwendig. Alleine schon die Einleitung: Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Interpellation die deterministischen Algorithmen meint. Das ist nicht zwingend so. Deterministisch und nicht-deterministisch sind keine trennscharfen Kategorien, und es lässt sich nicht immer präzisieren, wo noch

Zufallselemente mitspielen und wo nicht. Daher ist es schade, dass die Regierung alle anderen möglichen Anwendungen aussen vor lässt.
*Big-Data*-Ansätze, die auf der Sammlung, Zusammenführung und Auswertung wirklich grosser Datenmengen beruhen, können grosse Risiken beinhalten. Teil des Problems ist, dass man das Allermeiste gar nicht mitkriegt. Und so ging es wohl auch der Regierung: In Zeiten der Digitalisierung ist schlicht nicht nachvollziehbar, dass in der gesamten kantonalen Verwaltung gerade mal zwei Anwendungen genannt werden, nämlich bei der Steuerverwaltung die Plausibilitätschecks und bei der Bildung das sogenannte Stellwerk 8. Mit Bestimmtheit gibt es noch weitere Anwendungen. Aber diese wurden wohl nicht entdeckt – und es wäre entsprechend ehrlicher gewesen, auch darauf zu verweisen. Denkbar ist etwa, dass bei der IV ein Invaliditätsanspruch über einen Algorithmus berechnet wird. Auch *Smart Metering,* dem der Rat vor einigen Monaten in Zusammenhang mit dem Energiegesetz zugestimmt hat, basiert auf Algorithmen. Die Regierung verweist auch auf *Predictive Policing* in Zürich, womit die Wahrscheinlichkeit von Straftaten anhand von *Big Data* berechnet wird. Hierzu möchte die SP vom Sicherheitsdirektor wissen, ob auch die Zuger Polizei plant, diese Software anzuschaffen, und falls nein, warum nicht.
Insgesamt kann die Wirkung von simplen, mathematischen Algorithmen sehr weitreichend sein. Um das zu veranschaulichen, zitiert die Votantin aus der Website www.algorithmwatch.org ein Beispiel aus dem Bereich der Gesundheit: «Sehr gut verkaufen sich Fitnessarmbänder, die nicht nur die Schritte der Träger zählen, sondern auch deren Schlafgewohnheiten, bisweilen sogar andere Vitalfunktionen und den Aufenthaltsort aufzeichnen und basierend auf der Analyse so gewonnener Daten ihren Trägern Tipps für ein gesünderes Leben liefern. Dass es für die so generierten Angaben auch andere Interessenten gibt, ist naheliegend. So haben Versicherungen angekündigt, ihren Kunden einen Rabatt zu gewähren, wenn sie einen gesunden Lebensstil pflegen.» Und wenn es in diese Richtung geht, wird es definitiv auch politisch. So weit ist man aber hoffentlich nicht.
Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass Algorithmen in Gesellschaft und Politik sehr weitreichende Folgen haben können. Diese reichen von grösster Nützlichkeit bis zu Hochrisiko. Es lohnt sich deshalb, dass die Regierung an diesem Thema dranbleibt und der Problematik die nötige Aufmerksamkeit schenkt.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** gibt zu, dass er sich nicht so genau auf die heutige Debatte vorbereitet hat wie Barbara Gysel und Anastas Odermatt. Der Regierungsrat hat die gestellten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet, ohne *Buebetrickli* und ohne Wenn und Aber. Der Finanzdirektor ist etwas erstaunt über die heutige Debatte: Die Interpellantin ist nicht hier, und niemand weiss genau, was sie eigentlich wollte; gesprochen haben Personen, die nicht interpelliert haben. Das Thema Algorithmen gehört zugegebenermassen nicht zu den Spezialgebieten des Finanzdirektors, und wahrscheinlich haben auch viele Kantonsratsmitglieder nicht alles verstanden, was die zwei Votanten gesagt haben. Vor diesem Hintergrund ist der Finanzdirektor etwas erstaunt, dass das Thema Algorithmen – die dunkle Macht der Algorithmen! – dem Regierungsrat nicht im Rahmen eines Postulats vorgelegt wurde, mit einem klaren Auftrag, was er bezüglich Algorithmen abklären soll. Der Regierungsrat hat die Interpellation ehrlich und mit angemessener Beanspruchung der Ressourcen beantwortet. Man könnte in der Verwaltung nämlich monatelang über Algorithmen diskutieren, es ginge nach einer Antwort aber keine vierundzwanzig Stunden, bis eine professorale Antwort aus Oxford einträfe und alles über den Haufen geworfen würde. Nochmals: Regierung und Verwaltung haben sich bemüht, im Rahmen ihres Wissensstandes und unter Mitwirkung aller Direktionen einige einigermassen stringente Antwort zu geben. Wenn der Wunsch besteht, das

Thema Algorithmen weitergehend zu thematisieren, dann soll bitte ein Postulat eingereicht und dem Regierungsrat ein klarer Auftrag erteilt werden. Der Finanzdirektor ist überzeugt, dass die Fragen der Interpellation beantwortet wurden, und vor diesem Hintergrund bittet er höflichst um Kenntnisnahme der regierungsrätlichen Antwort.

Sicherheitsdirektor **Beat Villliger** nimmt Stellung zur Frage, ob die Zuger Polizei Algorithmen einsetze oder entsprechende Systeme anzuschaffen gedenke. Er weiss, dass Zürich ein solches *Tool* betreibt, dies im Sinne eines Pilotprojekts. Auch bei der Zuger Polizei hat man sich intern über solche vorausschauenden, unterstützenden Möglichkeiten unterhalten, man wird aber die Ergebnisse in Zürich abwarten und dann beurteilen, ob sich daraus allenfalls Vorteile für den Kanton Zug ableiten lassen. In den USA werden auch in der Armee Algorithmen eingesetzt. Man darf entsprechende Aufgaben aber nicht einfach an solche Systeme delegieren, und der Sicherheitsdirektor verlässt sich heute eher auf den Spürsinn der Polizei als auf solche technische Unterstützung.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 14

**715 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend budgetierte Kostensteigerung beim Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) trotz sinkender Arbeitslosigkeit im Kanton Zug**

Vorlagen: 2650.1 - 15236 (Interpellationstext); 2650.2 - 15335 (Antwort des Regierungsrats).

**Philip C. Brunner** dankt als Vertreter der Interpellantin der Volkswirtschaftsdirektion, insbesondere dem Volkswirtschaftsdirektor selbst und dessen Generalsekretär, für die Beantwortung der Fragen. Die Antwort geht in die Tiefe und vermag die etwas nebulöse Situation rund um den VAM in vielen Punkten zu klären. Wie die SVP bereits vermutet hat, übernimmt der Bund praktisch alle Kosten, so dass der Kanton finanziell fast nicht belastet wird. Genau das ist vielleicht aber nicht so gut, denn es besteht kein grosser finanzieller Druck. Die Tabelle auf Seite 4 zeigt, dass der Kanton Zug mit 2430 Franken Betriebskosten pro Stellensuchenden im schweizerischen Mittelfeld liegt. Interessant ist, dass Kantone mit sicher tieferen Lebenshaltungskosten wie Uri oder Glarus höhere Kosten ausweisen. Der Kanton Zürich liegt etwas tiefer als Zug, wobei er aufgrund seiner Grösse deutlich mehr Stellensuchende hat, so dass sich die Kosten besser verteilen.
Die SVP ist zufrieden mit den Antworten des Regierungsrats. Es wurde vieles geklärt, besonders auch die Frage der Mietkosten. Allerdings liegt eine Jahresmiete von 285 Franken pro Quadratmeter angesichts der heutigen Situation im Immobilienmarkt doch im obersten Bereich, auch wenn die Lage zentral ist. Der Votant dankt nochmals für die ausführliche Beantwortung. Die SVP hat auch schon Antworten erhalten, die nur zu mehr Fragen geführt haben. Bei der Zusammensetzung des VAM-Vorstands stellt sie eine gewisse Einseitigkeit und einen grossen Glauben an Institutionen und Vereine fest, Wünschenswert wäre sicher auch eine unabhängige Person, die nicht eine Gewerkschaft, eine Kirche, die Gemeinden oder den Kanton vertritt. Natürlich würde das die Sache etwas komplizierter machen. Und wenn man die parteipolitische Zusammensetzung des heutigen Gremiums betrachtet, wundert man sich über Verschiedenes nicht mehr, insbesondere nicht darüber, dass sich

der VAM aus eigener Initiative an Vernehmlassungen beteiligt und diese dann im Sinne der Regierung einreicht. Das ist ein *No Go.* Dass der Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion persönlich eine Vernehmlassung einreicht, welche die Meinung der Regierung unterstützt, ist für den Votanten eher peinlich

**Rupan Sivaganesan** dankt namens der SP-Fraktion für die gute Beantwortung der Fragen. Tatsächlich – und das ist gut so – sind die Arbeitslosigkeit und auch die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern sehr tief. Dies ist verschiedenen Gründen zu verdanken, unter anderem dem speziellen dualen Ausbildungssystem in der Schweiz. Auch bieten die Arbeitslosenversicherung und das Berufsbildungssystem Massnahmen an, mit welchen etwa Jugendliche ohne Ausbildung eine solche beginnen und sich nach deren Abschluss rasch und dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingliedern können. Wie die Regierung auf Seite 2 schreibt, wurden 2015 zudem 2130 Stellen zugewiesen, wovon mehr als die Hälfte zu Fest- oder Temporäranstellungen führte. Weiter führt die Regierung auf Seite 3 an, dass pro Monat durchschnittlich 2500 aktive Dossier von stellenlosen Personen betreut werden.
Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es weiterhin kompetente, qualifizierte Fachpersonen braucht, welche die stellenlosen Menschen adäquat und kompetent betreuen. Dazu braucht es auch die entsprechende Infrastruktur, die mit der Halle 44 abgedeckt wird. Hier werden diverse, auf den Arbeitsmarkt orientierte Beschäftigungsprogramme und attraktive Arbeitsplätze angeboten, um die Erwerbslosen rasch wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Daher lohnt es sich langfristig nicht, hier den Rotstift anzusetzen. Das wäre eine schlechte, kurzfristige Sparübung. Die SP begrüsst deshalb sehr, dass der VAM wie bisher weiterarbeiten kann.

**Andreas Hostettler** spricht für die FDP-Fraktion und hält fest, dass diese voll und ganz hinter dem System von *Public Private Partnership* (PPP) steht. Zug ist notabene der einzige Kanton, der diese Aufgabe in einen Verein ausgelagert hat und damit auch die Möglichkeit hat, die Mitarbeitenden nach OR anzustellen. Die FDP ist überzeugt, dass das PPP-Modell befruchtend und in der Regel auch kostengünstiger ist. Der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen hat in der Vergangenheit unbestrittenermassen viel Gutes für die Arbeitslosen des Kantons Zug geleistet. Die Arbeit wird ihm leider nicht ausgehen, und er ist daher auch in Zukunft ein wichtiger *Player.* Trotz Finanzierung über den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenkasse muss mit den zur Verfügung gestellten Mitteln sorgsam umgegangen werden. Es ist zwischen «Zuger Spirit» und «Zuger Finish» abzuwägen; Letzteres lehnt die FDP bekanntlich dezidiert ab.
Und zum Schluss: Es ist bei solchen Modellen wichtig, in gewissen Abständen Führung, Aufgaben und Kompetenzen zu überprüfen.

Der **Vorsitzende** hat vernommen, dass Andreas Hostettler heute Geburtstag hat. Im Namen des Rats gratuliert er ihm herzlich und wünscht ihm alles Gute. *(Der Rat applaudiert.)*

**Philip C. Brunner** hält fest, dass es in dieser Geschichte eine Fortsetzung gibt. Art. 122a der Bundesverfassung betreffend Masseneinwanderungsinitiative wird durch das Parlament ja so umgesetzt, dass die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) eine neue, zusätzliche Bedeutung erhalten. Bekanntlich besteht eine gewisse Freizügigkeit in dem Sinne, dass sich der arbeitslose Portugiese aus Porto oder der arbeitslose Deutsche aus Hamburg beim Zuger RAV melden können. Es würde den Votanten deshalb interessieren, was diesbezüglich angedacht ist.

Braucht es beim RAV mehr Arbeitsstellen? Wie gedenkt man diese organisatorische Hürde zu nehmen? Die Hürde wurde natürlich nicht durch den Kanton Zug errichtet, sondern durch die Entscheidungen in Bern.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** dankt für die grundsätzliche gute Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Der Regierungsrat hat sich bemüht, sehr transparent zu sein. Natürlich sind durch die Auslagerung an den VAM die Finanzflüsse nicht in der Staatsbuchhaltung, sondern in der Vereinsrechnung abgebildet, wobei die Vereinsmitglieder, zu denen auch die Gemeinden gehören, hier schon bisher volle Transparenz hatten. Die Finanzkontrolle regte vor einigen Jahren an, die buchhalterische Transparenz durch Reintegration in die Staatsverwaltung zu erreichen. Das wurde auch mit der Stawiko diskutiert, und der VAM zeigte auf, warum man die seit Anfang bestehende Struktur bestehen lassen und nicht aus rein buchhalterischen Gründen ein *Insourcing* vornehmen sollte wie in anderen Kantonen. Dann hätte man wirklich nur noch Staatsbedienstete in den Leitungsgremien, während heute eine gewisse Unabhängigkeit besteht – was sicher nicht schlecht ist. Und wenn es um Aufbau oder Abbau von Stellen geht, ist eine obligationenrechtliche Organisation klar flexibler. Bezüglich der von Philip C. Brunner gestellten Frage ist anzumerken, dass die vom Bundesparlament beschlossene Lösung erst noch rechtskräftig werden muss. Im Kanton Zürich rechnet man mit Dutzenden, wenn nicht gegen hundert neuen Stellen, die innerhalb der Verwaltung geschaffen werden müssen. Das führt je nachdem – bei einer Stellenplafonierung oder Budgetrestriktionen – zu einem politischen Prozess, was im Kanton Zug nicht der Fall wäre. Und der Volkswirtschaftsdirektor erwartet vom Bund, dass er die höheren Personalkosten wie heute schon zu 100 Prozent übernimmt.
Bezüglich Mietzins ist daran zu erinnern, dass der VAM seine Werkstätten in der Shedhalle an der Hofstrasse hatte – zu einem günstigen Zins. Der Kanton veranlasste, dass neue Räumlichkeiten gesucht werden mussten: Im Rahmen der Schulraumplanung war ja vorgesehen, diesen Standort als Schulraum auszubauen. Der VAM machte sich auf die Suche und fand – was nicht ganz einfach war – am heutigen Ort geeignete, gut erreichbare Räumlichkeiten und Werkstätten. Der Kanton half anfänglich beim Mietzins etwas mit, weil man sonst Probleme mit dem Bundesplafond bekommen hätte. Es gibt also durchaus Spardruck. Der Bund finanziert nämlich nicht einfach alles, sondern hat Kriterien und einen Plafond. Dieser kann jetzt eingehalten und der Mietzins dem Bund voll in Rechnung gestellt werden; der Kanton leistet also keine Subventionen mehr.
Zur Zusammensetzung des Vorstands: Der VAM nimmt zu 100 Prozent eine öffentliche Aufgabe wahr, und es sind zu 100 Prozent Gelder der Arbeitslosenversicherung, die hier eingesetzt werden und die der Kanton treuhänderisch dem VAM übergibt. Da ist es doch nur normal, dass die Gemeinden und der Kanton im Vorstand mit je zwei Sitzen vertreten sind, dies im Sinne der Steuerung und der direkten Aufsicht. Andere Institutionen mit Leistungsauftrag nehmen weitere, nicht vom Kanton übertragene Aufgaben wahr – etwa Zug Tourismus oder die Zugerland Verkehrsbetriebe – und werden nicht voll durch kantonale oder Bundesgelder finanziert. Beim VAM aber ist eine starke Vertretung der öffentlichen Hand – ein Drittel der Vorstandssitze – sinnvoll, und es ist auch in den vom Regierungsrat genehmigten Vereinsstatuten festgehalten, dass der Kanton zwei Sitze im Vorstand hat. Diese Nähe ist für den Volkswirtschaftsdirektor sachgerecht. Im Übrigen war die angesprochene Vernehmlassung Sache des Vorstands und wurde dort thematisiert.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 15

**716 Interpellation von Patrick Iten betreffend kantonalen ÖV**

Vorlagen: 2651.1 - 15237 (Interpellationstext); 2651.2 - 15325 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Patrick Iten** dankt für die Beantwortung seiner Fragen. Grund für den Vorstoss war die Überlegung in Zusammenhang mit der Abstimmung zum Stadttunnel, dass es statt eines Tunnels vielleicht auch andere Möglichkeiten geben könnte, das Verkehrsproblem in der Stadt Zug zu lösen. Der Votant möchte natürlich die anderen Städte und Gemeinden nicht ausklammern. Er ist beruflich oft in Zug unterwegs, und es ist ihm aufgefallen, dass der Individualverkehr oft wegen der Busse ins Stocken kommt. Genau dann hat man viel Zeit, um sich solche Gedanken zu machen.

Nach Ansicht des Votanten ist das ÖV-System, wie es heute im Betrieb ist, in die Jahre gekommen. Sicher wurden einzelne Anpassungen vorgenommen, etwa mit dem in der Vorbemerkung beschriebenen Angebotskonzept «Bahn und Bus aus einem Guss». Der Votant bezweifelt nicht, dass sich das Konzept in den letzten Jahren bewährt hat. Mit dem bisherigen Konzept ist es aber wie mit einem Rucksack: Man füllt ihn, bis er fast platzt, und wenn es keinen Platz mehr hat, kauft man einen neuen und grösseren. Das Problem hat man damit aber nicht direkt gelöst. Man hat jetzt wohl alles verpackt, aber ist der Rucksack grösser, schwerer und träger geworden.

Es ist klar, dass das Konzept der ZVB unter anderem auf die Bahn abgestimmt ist. Jedes Angebot des öffentlichen Verkehrs ist ein wichtiges Zahnrad für die Mobilität. Der Votant findet es nicht gut, dass der Bund bis 2025 keine wesentliche Änderungen im Bahnangebot für den Kanton Zug plant. Er befürchtet, dass Zug mit dieser Verzögerung bis 2030 etwas verpasst bzw. einen Vorteil aufs Spiel setzt: die gute und pünktliche Vernetzung mit der Zentralschweiz. Was der Bund heute verschläft, kann er in fünfzehn Jahren nicht einfach aufholen. Der Votant möchte deshalb, dass sich der Regierungsrat beim Bund noch stärker für den ÖV im Kanton Zug einsetzt.

Das Zuger Verkehrsnetz ist – mit wenigen Ausnahmen – noch das gleiche wie vor vierzig Jahren. 2021 kommt die Tangente Zug/Baar dazu. Es ist gut, dass man die Chance gesehen hat, den Schnellbus von Ägeri nach Zug via Tangente zu führen. Der Votant fragt sich aber, wieso das nicht auch mit der Linie 2 von Menzingen nach Zug passiert. Auch findet er es gut, dass man eine neue Buslinie in Zug West prüft, war das doch schon oft auch sein eigener Gedanke im Auto hinter den stehenden Bussen. Allerdings würde er noch weiter gehen. Wieso nicht das ganze Konzept überdenken? Wieso nicht einen neuen Busterminal zwischen den Zentren Baar und Zug bauen? Wenn man die Busse beispielsweise nur bis an die Stadtgrenze fahren lässt und die Verteilung mit einem Rundkurs in die Zentren löst, könnte man vermeiden, dass alle Busse in die Stadt fahren. Mit einem neuen Busbahnhof ausserhalb der Stadt oder mit einer anderen Anfahrtsroute zum Bahnhof könnte man die Stadt deutlich entlasten. Der Votant begrüsst es, dass man bereits mit der Stadt Zug zusammenarbeitet, um eine andere mögliche Anfahrtsroute zu evaluieren. Das Gleiche könnte man auch in anderen Orten planen.

Der Kapazitätsgrenze sieht der Votant weniger optimistisch entgegen. Sicher kann man bis 2040 noch mehr in das aktuelle Busnetz aufnehmen. Man könnte noch zusätzliche Pneutrams einsetzen oder eventuell sogar ein neues Tramsystem aufbauen. Aber dafür hat es in den Zentren und auf dem Strassennetz wohl schlicht keinen Platz mehr. Das Gleiche gilt auch für das trassierte Bussystem, das heute angestrebt wird. Dafür braucht es grosse und teure Anpassungen an den Strassen. Und der Votant ist überzeugt, dass der motorisierte Individualverkehr mit dem An-

stieg der Bevölkerung gemäss aktuellen Zahlen ebenfalls zunehmen wird. Aus all diesen Gründen ist er der Meinung, dass man schon bald neue Varianten prüfen muss, um auch in zwanzig Jahren ein gutes Angebot gewährleisten zu können. Bezüglich Digitalisierung des Verkehrs findet er es gut, dass man sich aktiv mit den Themen autonome Fahrzeuge und *Car-* und *Ride Sharing* befasst. Sicher ist es im Moment nicht einfach zu wissen, worauf die Entwicklung hinausläuft. Der Votant würde sich aber wünschen, dass man in diesem Bereich innovativer wäre. Einem Wirtschaftsstandort wie Zug täte es nur gut, wenn er in diesem Bereich eine Vorreiterrolle übernehmen würde. Der Votant denkt da nicht gerade an *Mobility Pricing,* wo einfach Kosten regeneriert werden. Vielmehr ist er der Meinung, dass die Technik heute so weit ist, dass man ein neuartiges ÖV-Netz prüfen müsste. Am schönsten wäre es, wenn man die Strassen nicht noch mehr belasten würde. Wäre es vielleicht an der Zeit, in den Boden zu gehen? Mit *Microtunneling* könnte man relativ günstig ein Tunnelnetz bauen, wo man autonome Fahrzeuge fahren lassen könnte. Das sind nicht verrückte oder gewagte, sondern innovative Gedanken.
Der Votant sieht, dass man sich auf eine spannende Zeit zubewegt. Man muss weitsichtig, innovativ und mutig bei Entscheidungen sein. Nur so wird man auch noch in zwanzig Jahren ein gutes, zeitgerechtes ÖV-Netz anbieten können.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG und dankt für die Übersicht über das aktuelle ÖV-Konzept resp. das Zuger Bussystem. Es zeigt sich, dass das Bussystem flexibel an veränderte Bedürfnisse angepasst werden kann. Das ist eine der Stärken dieses ÖV-Trägers. Und die Regierung führt gut aus, welche Möglichkeiten der Weiterentwicklung bis hin zu einem Pneutram oder sogar einem Tramsystem vorhanden sind. Es zeigt sich, dass auch mit Bussen noch einiges an Zusatzkapazität und Potenzial vorhanden ist. Angesichts des Wachstums im Kanton Zug ist dies auch nötig. Zu den Wachstumszahlen im Bereich Mobilität resp. beim Zuger ÖV muss man sich allerdings fragen, welche Wachstumsraten wirklich auf das vorhandene ÖV-Konzept zurückzuführen sind. In einem stark wachsenden Kanton ist mit zusätzlichen Arbeitsplätzen und zusätzlichem Wohnraum zwangsläufig auch mit einer höheren Nachfrage im Bereich ÖV zu rechnen. Es wäre daher spannend zu wissen, was nun auf welchen Effekt zurückzuführen ist.
Zum Bussystem in Zug kann man jedoch auch eine kritische Feststellung machen: Es gibt eine Tendenz, dass für relativ kurze Distanzen relativ viel Reisezeit benötigt wird. Im Vergleich mit der Reisezeit in einem Auto sind bei diversen Linien und Verbindungen daher Überlegungen zur Verbesserung angebracht. Die Regierung ist eingeladen, zusammen mit den Gemeinden zu überlegen, wie man das System auch diesbezüglich weiterentwickeln kann. Ein weiterer Punkt, der in der Antwort des Regierungsrats leider nicht wirklich aufgeführt wird, ist die grosse Herausforderung der Kapazitäten auf den Strassen und an den stark belasteten Knotenpunkten. Diese müssen so konzipiert sein bzw. werden, dass das strassengebundene Bussystem nicht im übrigen Verkehr zum Erliegen kommt. Wenn man die Wachstumsraten beim motorisierten Individualverkehr heranzieht, weiss man, dass es eine sehr grosse Herausforderung sein wird, den Bus nicht im Stau stehenzulassen. Es wird darum diskutiert werden müssen, wie und wo separate Trassees für den ÖV geschaffen werden müssen.
Zum Schluss dankt der Votant der Volkswirtschaftsdirektion und dem Amt für öffentlichen Verkehr. Hat in der Planungsperiode für den Fahrplan 2016/17 der etwas unkoordinierte Abbau des Busangebots eher zu roten Köpfen geführt, läuft der Prozess für die Fahrplanperiode 2018/19 zwischen den Gemeinden und dem Kanton bis jetzt gut. Als dafür zuständiger Gemeinderat von Steinhausen kann der Votant berichten, dass die Zusammenarbeit massiv verbessert wurde und Veränderungen

im Angebot frühzeitig mit den Gemeinden sondiert werden. Das ist zu begrüssen, und es ist zu hoffen, dass nach einer nun laufenden Konsolidierungsphase auch wieder über Ausbauschritte und Verbesserungen gesprochen werden kann. Auch die ALG-Fraktion fordert, dass in einem Wachstumskanton der öffentliche Verkehr wachsen können muss und Angebote verbessert werden müssen. Sie erwartet darum spätestens ab 2020 wieder einen gezielten Ausbau des ÖV-Angebots.

**Jürg Messmer** spricht für die SVP-Fraktion und dankt dem Interpellanten für seine Fragen. Die Antwort des Regierungsrats hat die SVP nicht vom Sessel gerissen, schon eher das Votum des Interpellanten, der in wenigen Minuten mehr Ideen vorlegte als die Regierung in ihrem ganzen, wohl lange diskutierten Papier. Vor allem bei der Antwort auf Frage 3, wie die Zentren entlastet werden sollen, macht es sich die Regierung sehr einfach. Sie sagt eigentlich nichts anders als: Dafür sind die Zentren zuständig. Es gibt im Kantonsrat Gemeinde- und Stadträte, und der Votant fragt sich, ob diese sehr glücklich waren mit dieser Antwort. Es ist in den Zentren tatsächlich so, dass ein Bus auf den anderen folgt. Die Idee mit dem Rundkurs ist daher sehr gut – auch wenn bisher immer gesagt wurde, das sei nicht möglich.
Zur Antwort auf Frage 7 sei angefügt, dass der Votant persönlich zu einem *Mobility Pricing* nicht Hand bieten wird. Das ist für ihn eine verdeckte Gebührenerhöhung. Rapperswil-Jona ist gestern aus dem Pilotversuch des Bunds ausgetreten, der Kanton Zug aber will sich offenbar weiterhin vehement dafür einsetzen, als Testregion eingesetzt zu werden. Der Votant bittet die Regierung, diesbezüglich eigenständige Ideen vorzulegen und die Zentren zu unterstützen, so dass nicht alles aus der Stadt Zug und aus Baar kommen muss, sondern auch – wie man es sich sonst von der Regierung gewohnt ist – von oben herab.

**Pirmin Andermatt** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist als Gemeinderat von Baar Vorsteher der Abteilung Sicherheit und Werkdienst, welcher auch der ÖV unterstellt ist. Auch er dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Er konnte viel Neues erfahren. Es werden interessante Ansätze aufgezeigt. Zudem hat der Interpellant in seinem Votum einige innovative Ideen präsentiert.
Die Planung des ÖV-Netzes ist Teil der Verkehrsplanung, und diese wiederum ist Teil der Raumplanung. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass für die ÖV-Infrastruktur, also die Bushaltestellen, und teilweise auch für den Betrieb die Gemeinden finanziell aufkommen müssen. Die Zusammenarbeit für die Netzplanung bzw. Linienführung 2018/19 läuft – wie gehört – mittlerweile sehr gut. Die in der regierungsrätlichen Antwort formulierten Vorstellungen und Ideen wurden aber ohne Mitwirkung und Kenntnis der Gemeinden erarbeitet. Bisher hat gemäss Interpellationsantwort lediglich die Stadt Zug in einer Arbeitsgruppe mitgearbeitet. Der Votant bittet und empfiehlt, die Gemeinden künftig zwingend in alle Planungsschritte für den ÖV einzubeziehen. Es geht im Kanton Zug nur miteinander.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist damit einverstanden, dass der ÖV nicht separat geplant werden kann, sondern in ein Ganzes eingebunden ist: Gesamtverkehrskonzept, Raumplanung etc. In diesem Sinn bittet der Volkswirtschaftsdirektor auch die Gemeinden, in der jetzigen Auflage des Richtplans, die zentrale Eckwerte einer Raumordnungs- und Verkehrspolitik enthält, mitzuwirken. Unter G 7 des Entwurfs sind die Themen Gesamtverkehrskonzept und insbesondere auch Verkehrslenkung aufgeführt. Aufgrund des beschränkten Platzes, der zur Verfügung steht, geht es ja auch immer wieder darum, die Verkehrsspitzen zu brechen. Es gibt dazu schon Ansätze in Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen. Bezüglich Flächen, die für die Mobilität gebraucht werden sollen, vertritt der Kanton bzw.

das Amt für Raumplanung wie auch viele Parteien die Haltung, dass die bestehenden Flächen genügen müssen. Daher bekommt das Thema Verkehrslenkung – etwa via *Mobility Pricing* – hohe Bedeutung. Es geht dabei nicht primär um den ÖV, sondern um Lebensgewohnheiten, Arbeitszeiten etc. Es ist deshalb sehr wichtig, in der Richtplanung einen Konsens zu finden, um gestützt darauf dann ein Gesamtverkehrskonzept zu entwickeln. Es macht keinen Sinn, schon vorher bisherige, bewährte Konzepte des ÖV über Bord zu werfen.
Die bereits mehrfach gelobten innovativen Ansätze von Patrick Iten findet auch der Volkswirtschaftsdirektor erfrischend. Er selbst war in den vergangenen Jahren etwas ernüchtert, legte die Volkswirtschaftsdirektion doch ebenfalls innovative Ansätze vor, etwa *eTicketing, Be-in-be-out* etc. Das war keine Frage der Kosten, sondern es ging darum, wie das Reisen mit dem ÖV vor allem für Gelegenheitsreisende vereinfacht werden konnte. Leider wurde die Volkswirtschaftsdirektion vom Kantonsrat gebremst: Man wollte diesen Pilotversuch nicht. Ein anderes Beispiel war der Stadttunnel, mit dem man den Strassenraum entflechten wollte: nicht den ÖV unter den Boden, sondern den MIV. Die ÖV-Benutzer wollen ja nicht in einem zwei Kilometer langen Tunnel unter der Stadt durchgeführt werden, sondern sie wollen aussteigen können, auch beim Steinhof. Sie wollen – wie die Diskussion in der Stadt Zug gezeigt hat – alle zwei- oder dreihundert Meter eine Haltestelle, nicht einen durchgehenden Tunnel. Die Frage der Entlastung der Stadt war bisher also eine Frage der Entlastung vom MIV, nicht vom ÖV; alles andere wäre ein Paradigmenwechsel. Man will mit dem Bus möglichst zielgenau ankommen und wegfahren können, der Bus ist also ein Feinstverteiler. Der Volkswirtschaftsdirektor wagt deshalb zu bezweifeln, ob man mit Untertunnelungen oder Rundkursen für den ÖV wirklich zum Ziel kommt. Rundkurse würden ja Umsteigebeziehungen bedeuten, und die Transportwege und -zeiten würden dadurch länger. Der Volkswirtschaftsdirektor möchte den Interpellanten nicht daran hindern, seine Ideen weiterzuentwickeln, muss aber festhalten, dass er selbst – wie gesagt – etwas ernüchtert ist. Zudem setzen heute auch finanzpolitische Gründe einen bestimmten Rahmen.
Es ist richtig, dass die Verantwortung für Bushöfe etc. bei den Gemeinden liegt. Die Volkswirtschaftsdirektion hat bestimmte Vorstellungen für Baar und Zug, will aber nicht vorgreifen, sondern wartet – in Achtung der Gemeindeautonomie – auf Reaktionen gerade aus diesen Gemeinden. Andernfalls müsste der Kantonsrat bestimmen, dass der Kanton das übernehmen solle. Davon rät der Volkswirtschaftsdirektor aber ab, handelt es sich doch wirklich um Ortsplanung, natürlich in Zusammenarbeit mit dem Kanton. Es gibt eine Rechtsgrundlage, um zentrale Busterminals zu unterstützen, und entsprechende Gelder sind im Finanzplan auch eingestellt, dies mit Blick auf Baar und insbesondere auf die Stadt Zug bzw. auf die Neugestaltung der Bushöfe und eine Kapazitätssteigerung besonders um den Bahnhof Zug herum. Da gibt es tatsächlich Handlungsbedarf.
Zur Linie 2: Wenn die Gemeinde Menzingen dem Kanton sagt, man solle die Linie 2 nicht mehr durch die Stadt führen – mit der Folge, dass ein Menzinger zwischen Talacher und Bahnhof Zug nicht mehr aussteigen kann, weil der Bus über die Tangente fährt –, dann prüft der Kanton das selbstverständlich. Bisher kam von Menzingen aber keine Anregung in diese Richtung. Und auch hier wäre der Volkswirtschaftsdirektor etwas vorsichtig: Es gibt beispielsweise viele Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Menzingen, die beim Kolinplatz oder an der Ägeristrasse ein- und aussteigen. Man muss also aufpassen, dass man den Bus nicht vom Feinverteiler zum Grobverteiler macht.
Das Konzept «Bus und Bahn aus einem Guss» ist gut zehn Jahre alt. Es hat sich bewährt, und man hat 2013 durch die ETH prüfen lassen, wie weit es noch ausbaufähig ist. Wohl deshalb ist die Interpellationsantwort nicht besonders spektakulär,

denn die Regierung ruft nicht zu einer totalen Neuorientierung auf. Dafür ist es auch nicht der richtige Zeitpunkt: erstens aus finanzpolitischen Gründen und zweitens mit Blick auf das erwähnte Gesamtverkehrskonzept. Bevor nicht die Eckwerte der Raumplanung und des Gesamtverkehrskonzepts vorliegen, macht ein separates ÖV-Konzept keinen Sinn. Genau in diese Richtung gehen auch die Stellungnahmen der Parteien. So hat die CVP vor einem Jahr verlauten lassen, man werde keiner verkehrspolitischen Massnahme mehr zustimmen, die nicht mit dem künftigen Gesamtverkehrskonzepts abgestimmt sei. Und die FDP hat kürzlich in ihrem Positionspapier Mobilität gesagt, man müsse jetzt halt die bestehenden Infrastrukturen optimieren und den Verkehr insbesondere in den Hauptverkehrszeiten durch andere Massnahmen – dazu gehört auch *Mobility Pricing* – verflüssigen. Das sind für die Volkswirtschaftsdirektion wichtige Zeichen, die sie nicht ausser Acht lassen will.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 717 Nächste Sitzung

Donnerstag, 2. März 2017 (Ganztagessitzung)

**Beilage zum Protokoll:** Definitiver Report der Abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

51. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 2. März 2017
Zeit: 8.30 – 13.15 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26. Januar 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Sozialhilfe für Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommene auf die Nothilfe

3.2. Motion von Michael Riboni, Laura Dittli und Anastas Odermatt betreffend Offenlegung der Interessenbindungen von Richtern und Staatsanwälten

3.3. Motion von Kurt Balmer und Laura Dittli betreffend Visitation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

3.4. Motion und Postulat von Willi Vollenweider betreffend Kantonsreferendum gegen die Änderung vom 16. Dezember 2016 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG) (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen), im Bundesblatt veröffentlicht am 28. Dezember 2016

3.5. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Ablehnung der Unternehmenssteuerreform (USR III) und Konsequenzen für den Kanton Zug

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht

5. Petition von X. V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie
6. Kantonsratsbeschluss über den Beitritt zum Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die psychiatrische Versorgung (Psychiatriekonkordat) vom 17. März 2016: 2. Lesung
7. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz)
8. Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse 381, Abschnitt Nidfuren–Schmittli einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens, Gemeinden Menzingen und Baar
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse L, Abschnitt Margel–Talacher einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Baar

11. Motion von Kurt Balmer, Heini Schmid, Manuel Brandenberg, Thomas Lötscher und Anastas Odermatt betreffend Beseitigung der institutionellen Mängel bei der Staatsanwaltschaft
12. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Belastung der Zuger Bevölkerung durch die steigenden Gesundheitskosten
13. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Inhaftierung einer afghanischen Familie und Dublin-Rückschaffung

## 718 Namensaufruf

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Ratsmitgliedern.

Abwesend sind: Barbara Gysel, Zug; Claus Soltermann, Cham; Monika Weber, Steinhausen.

## 719 Mitteilungen

Es findet eine Halbtagessitzung ohne gemeinsames Mittagessen statt.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

Der Vorsitzende dankt Laura Dittli für die Mit-Organisation des Parlamentarier-Skirennens der Kantone Schwyz und Zug vom Samstag, 18. Februar 2017, auf dem Hoch-Ybrig. Ebenso dankt er allen Teilnehmenden für das Mitmachen. In Sachen Medaillen hat der Kanton Zug noch Potenzial nach oben. Ein Hoffnungsschimmer ist Livia Kryenbühl in der Kategorie «Mädchen»; der Vorsitzende gratuliert diesem Nachwuchstalent aus Oberägeri. Leider mussten die Zuger Kantonsrätinnen – vorwiegend aus den Reihen der CVP – in der Kategorie «Damen» den Sieg wegen eines Missgeschicks dem Kanton Schwyz überlassen. Der Vorsitzende ist aber zuversichtlich, dass sie im nächsten Jahr den Pokal zurückerobern werden.

Finanzdirektor Heinz Tännler ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Er nimmt an einer Sitzung des Steuerungsausschusses zur Ausarbeitung einer neuen Vorlage zur USR III teil.

TRAKTANDUM 1

## 720 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** informiert, dass Christian Herbert Hildebrand, Allenwinden, am 24. Februar 2017 die von zahlreichen Personen unterzeichnete Petition «Für einen Kreisel bei der Kreuzung Schmittli» einreichte. Die Staatskanzlei hat den Eingang der Petition bestätigt. Gemäss § 19 Abs. 3 Ziff. 2 GO KR obliegt die Vorberatung und Antragstellung bei Petitionen grundsätzlich der Justizprüfungskommission. Wenn eine Petition unmittelbar mit dem Beratungsgegenstand einer anderen Kommission zusammenhängt, überweist der Kantonsratspräsident gemäss § 54 Abs. 2

GO KR die Petition direkt an diese Kommission. Im vorliegenden Fall ist der unmittelbare Zusammenhang mit der Vorlage 2635 (Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse 381, Abschnitt Nidfuren–Schmittli) offensichtlich. Dieses Geschäft wurde von der Kommission für Tiefbau und Gewässer beraten. Diese hat die Vorberatung abgeschlossen und stellt dem Kantonsrat Antrag. Der Ratsvorsitzende hat daher die Petition am 27. Februar 2017 direkt der Kommission für Tiefbau und Gewässer überwiesen.
Aus verfahrensökonomischen Gründen beantragt der Vorsitzende, das Traktandum 9 heute abzutraktandieren, damit der Rat den schriftlichen Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer zur Petition abwarten und in die Meinungsbildung sowie Beschlussfassung einbeziehen kann.

**Kurt Balmer** stellt den **Antrag,** Traktandum 9 nicht abzutraktandieren. Das betreffende Geschäft wird in nur einer Lesung beraten, und es stellt sich natürlich die Frage, ob es aus verfahrensökonomischen Gründen nicht in derselben Sitzung wie die Petition, also erst später, behandelt werden soll. Es gibt aber gewichtige Gründe, den entsprechenden Antrag des Präsidiums abzulehnen:
• Die Petition kommt zur Unzeit, anders gesagt: zu spät. Das Geschäft war provisorisch bereits früher traktandiert, man konnte sich also bereits seit Langem mit dem Thema befassen.
• Es gibt keine neuen Argumente, welche eine Verschiebung des Geschäfts erlauben würden. Die Frage «Knoten oder Kreisel» ist nicht neu und wurde auch in der vorberatenden Kommission diskutiert. Dort wurde kein Antrag auf Bau eines Kreisels gestellt. Ob es eine Anhörung der Petitionäre gab, weiss der Votant nicht. Auf jeden Fall hätte die Kommission die Frage auf die heutige Sitzung hin – die Petition wurde ja bereits an sie überwiesen – nochmals diskutieren können.
• Wenn der Rat das Geschäft gemäss Antrag des Vorsitzenden – es ist kein Antrag der vorberatenden Kommission oder des Regierungsrats – abtraktandiert, schafft er ein Präjudiz, und er gibt freiwillig die Verfahrenshoheit an aussenstehende Personen, in diesem Fall an Petitionäre, ab. Die Petition ist nur – aber immerhin – eine Bittschrift, sie ist hier aber ein taktischer Schachzug. Der Votant warnt deshalb dringend davor, dem Abtraktandierungsantrag zu folgen, denn wenn dieses Vorgehen Schule macht, wird es künftig mehr Petitionen geben; auch Folge- und Folge-Folgepetitionen, wie sie die JPK – in anderem Zusammenhang – beschäftigen, sind denkbar. Petitionen würden zu einem sehr interessanten Instrument, um Verfahren zu verzögern und dem Kantonsrat die Verfahrenshoheit zu entziehen.
Für den Fall, dass der Rat wider Erwarten findet, es sei politisch wichtig, bei der Beratung des vorliegenden Erlasses die Kreisellösung genauer zu diskutieren, schlägt der Votant einen Kompromiss vor, mit welchem der Rat – was dem Votanten wichtig ist – die Verfahrenshoheit behalten und das Geschäft nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben würde. Gemäss § 72 Abs. 4 und 5 GO KR kann der Kantonsrat freiwillig eine zweite Lesung durchführen, in der – im vorliegenden Fall – dann die Petition behandelt werden könnte. Der Votant würde einen entsprechenden Antrag gegebenenfalls unterstützen. Sein Hauptanliegen besteht aber darin, die Abtraktandierung von Traktandum 9 zu verhindern.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG-Fraktion. Kurt Balmer hat einen sehr wichtigen Punkt angesprochen, nämlich die Frage der Verfahrenshoheit. Wenn der Rat heute nur wegen der Petition die Beratung dieses Geschäfts verschiebt, dann verspricht der Votant, dass sich bei anderen zeitkritischen Vorlagen, beispielsweise einem nächsten Sparpaket, locker einige Petitionäre werden finden lassen, welche

das Verfahren in andere Bahnen lenken und das betreffende Geschäft um Jahre verzögern werden. Der Votant unterstützt grundsätzlich jede Form von Mitbestimmung und Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern. Entsprechende Instrumente müssen ernstgenommen werden, und der Kantonsrat soll aufgrund von Bericht und Antrag über sie diskutieren können. Hier aber steht die Verfahrensfrage im Zentrum.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Er ist Mitglied der Tiefbaukommission und hat gesehen, wie man stufenweise zum Entscheid bezüglich Knoten oder Kreisel kam und welche Informationen dabei vorlagen.
Gelebte Demokratie ist sehr wichtig. Dazu gehört auch das Petitionsrecht. Man soll Petitionen deshalb ernstnehmen, unabhängig davon, ob sie von vielen oder wenigen Personen unterzeichnet wurden. Konkret hat hier eine Gruppe um die Anwohner mit Christian Hildebrand an der Spitze rund 600 Unterschriften gesammelt. Das ist eine ansehnliche Anzahl, und diese Sammelleistung verdient Respekt. Bei einer Petition geht es im Grundsatz darum, der Meinung einer Interessengruppe Gehör zu verschaffen. Das Ersuchen einer Petition soll von der zuständigen Stelle – neben den anderen Aspekten – in die Gesamtschau einbezogen werden. Als Mitglied des Kantonsrats sollte man deshalb die vorliegende Petition zur Kenntnis nehmen und die dargelegten Argumente in seine Überlegungen einbeziehen. Jedes Ratsmitglied kann dann seine eigenen Schlüsse daraus ziehen.
Nach diesen generellen Überlegungen stellt der Votant im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls den **Antrag,** das Traktandum 9 nicht abzutraktandieren. Dieser Entscheid liegt in der Kompetenz des Kantonsrats. Dieser kann die Petition zur Kenntnis nehmen, und er schränkt damit das Petitionsrecht nicht ein. Die FDP stellt ihren Antrag aus folgenden Gründen:
• Das Projekt Nidfuren-Schmittli wurde in einem Prozess über mehrere Jahre erarbeitet, und es gab in dieser Zeit viele Möglichkeiten, Meinungen und Anträge einzubringen. So gab es ein mehrere Monate langes Mitwirkungsverfahren mit fünf öffentlichen Sitzungen, in das insbesondere Allenwinden einbezogen wurde. Daraus ergab sich zum Beispiel, dass der Verkehr während der Bauzeit nicht zweispurig durch Allenwinden, sondern in einem Grosskreisel geführt wird. Auch wurde aufgrund des Mitwirkungsverfahrens die Sanierung der Lorzentobelbrücke um rund zehn Jahre verschoben. Weiter gab es eine öffentliche Auflage des Projekts, wo Einsprachemöglichkeiten bestanden. Schliesslich wurde die Vorlage sehr detailliert in der Tiefbaukommission und in der Stawiko behandelt.
• Die Thematik «Kreuzung Schmittli – mit oder ohne Kreisel» wurde sowohl von der Baudirektion in der Projektausarbeitung als auch in der Tiefbaukommission eingehend geprüft und hinterfragt. In der Tiefbaukommission wurden in einer ersten Sitzung im September alle Fragen und Kritikpunkte der Mitglieder aufgenommen. damit die Baudirektion an der zweiten Sitzung rund zwei Monate später, im November, diese Fragen gut vorbereitet beantworten konnte. Einer der Punkte, welche der Baudirektion zur Vorbereitung aufgetragen wurden, war denn auch die Frage zur Kreuzung Schmittli: mit oder ohne Kreisel? In der zweiten Sitzung zeigte die Baudirektion die sechs im Vorprojekt geprüften Varianten mit den jeweiligen Argumenten dafür und dagegen. Darunter waren auch zwei Varianten mit Kreisel. Die Argumente für und gegen einen Kreisel wurden in der Kommission intensiv diskutiert. In der Folge gab es in der Tiefbaukommission dazu keinen Antrag. Die Kommission folgte somit dem Vorschlag der Regierung, die Kreuzung auszubauen, dies in einer optimierten Variante, aber ohne Kreisel. Gemäss Bericht der Kommission stellten auch die zwei Mitglieder der Tiefbaukommission, welche die Petition mitunterzeichneten, in der Kommission keinen Antrag auf einen Kreisel im Schmittli.

• Das Anliegen der Petitionäre wurde also sowohl bei der Projektierung in die Überlegungen einbezogen als auch in der Tiefbaukommission intensiv behandelt. Dem Anliegen der Petitionäre, ihr Ersuchen in die Überlegungen einzubeziehen, ist somit Genüge getan. Alle Mitglieder des Kantonsrats haben die Petition erhalten und konnten mittels Weblink nachschauen, wer unterzeichnet hat. Nun kann der Rat die Petition zur Kenntnis nehmen und bei seinen Überlegungen berücksichtigen. In der Debatte steht es jedem Ratsmitglied frei, einen Antrag zur Kreuzung Schmittli zu stellen. Eine Abtraktandierung ist nicht notwendig. Das wäre eine unnötige Verzögerung und Arbeitsbeschaffung. Wie dargelegt, werden mit diesem Vorgehen auch das wichtige Petitionsrecht und die Sammelleistung der Petitionäre respektiert. In diesem Sinn dankt die FDP für die Unterstützung des Antrags, das fragliche Geschäft nicht abzutraktandieren.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er ist klar für die Abtraktandierung dieses Geschäfts. Die von den Vorrednern genannten Gründe sind teilweise nachvollziehbar, aber es geht hier vor allem um das Demokratieverständnis. Anwohner vor allem aus Neuägeri, Unterägeri und Allenwinden, aber auch mehr oder weniger nah beim Schmittli wohnende Personen, dazu Gemeinderäte und Kantonsräte, Schweizer und auch Ausländer, die kein Stimmrecht haben, haben ihre demokratischen Rechte wahrgenommen und die Petition unterschrieben, dies in nicht geringer Anzahl: Mehr als 700 Unterschriften kamen zusammen. Da gehört es sich in einer Demokratie, dass das Anliegen der Petitionäre nochmals – auch wenn es schon von der Kommission für Tiefbau und Gewässer behandelt wurde – vertieft angeschaut wird. Der Votant geht davon aus, dass die Petitionäre zum Teil neue Argumente für einen Kreisel eingebracht haben. Auch wenn das Ergebnis der erneuten Beratung durch die Kommission für Tiefbau und Gewässer wahrscheinlich wieder gleich sein wird, ist den Petitionären eine Diskussion zum Thema Kreisel geschuldet, und zwar bevor der Kantonsrat über dieses Geschäft entscheidet. In diesem Sinne unterstützt die SP-Fraktion die Abtraktandierung.

**Oliver Wandfluh** ist derselben Meinung wie Alois Gössi. Es geht hier nicht um eine Verzögerung, sondern um ein Anliegen von über 700 Anwohnern. Der Votant bittet den Rat, sich nicht wie die vielgenannte «classe politique» zu verhalten und die Petition nicht ernstzunehmen. Es ist ein Unterschied, ob eine Petition von einer oder zwei Personen eingereicht wurde oder ob sich 700 Personen an den Kantonsrat wenden, notabene Wählerinnen und Wähler aus allen politischen Lagern.

**Andreas Hausheer** spricht für sich persönlich, nicht als Fraktionschef. Er hat eine gewisse Sympathie für den Vorschlag von Kurt Balmer. So behält der Rat die Verfahrenshoheit und kann allenfalls in der zweiten Lesung neuen Argumenten bezüglich eines Kreisels angemessen Rechnung tragen. Wie verfahrenstechnisch vorgegangen werden müsste, überlässt er dem Ratspräsidenten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag auf eine zweite Lesung vor der Schlussabstimmung gestellt werden müsste.

**Philip C. Brunner** ist Mitglied der Tiefbaukommission und war in der Sitzung vom 16. November 2016, in der dieses Geschäft beraten wurde, anwesend. Nicht anwesend war damals der heutige, am 26. Januar 2017 in dieses Amt gewählte Präsident der Tiefbaukommission. Der Kommissionspräsident vertritt heute also die Meinung der Kommission gewissermassen *hors sol,* also aus dem Protokoll heraus, und wenn aus dem Rat eine Frage gestellt wird, kann er die Antwort eigentlich

nicht mit gutem Gewissen geben. Das ist ein zusätzliches Argument für die Abtraktandierung. Im Übrigen ist der Votant ein vehementer Verfechter der von der Kommission vorgeschlagenen Variante, also der Variante der Regierung: Er ist gegen einen Kreisel im Schmittli.

**Andreas Hausheer** hält – nun als Fraktionschef – fest, dass Philip C. Brunner eben das Kommissionsgeheimnis fundamental verletzt hat. Wer an einer Kommissionssitzung anwesend bzw. nicht anwesend war, darf nicht einfach öffentlich mitgeteilt werden.

Für **Manuel Brandenberg** hat sich Philip C. Brunner absolut im Rahmen der Ratsordnung verhalten. Und selbst wenn es nicht so wäre, würde er für das, was er hier gesagt hat, Immunität geniessen.

**Anastas Odermatt** wendet sich wieder der Sache zu. Der Vorschlag von Kurt Balmer überzeugt ihn. Er ist eine Art Kompromiss: Einerseits behält der Rat damit die Verfahrenshoheit, andererseits wird aber auch dem wichtigen Recht auf Anhörung Genüge getan.

**Thomas Werner** unterstützt den vorgeschlagenen Kompromiss nicht, sondern ist für die Abtraktandierung. Die Petition wurde nicht einfach schnell eingereicht, sondern von über 700 Personen unterzeichnet, welche von der Frage direkt betroffen sind. Diese Stimmen gilt es ernstzunehmen, andernfalls muss sich der Rat nicht wundern, wenn er selbst von der Bevölkerung auch nicht mehr ernstgenommen wird.

**Nicole Imfeld** teilt mit, dass die GLP den Antrag unterstützt, das Geschäft nicht abzutraktandieren. Sie hat aber auch Sympathien für den Kompromiss von Kurt Balmer.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat beschliesst mit 42 zu 32 Stimmen, das Traktandum 9 nicht abzutraktandieren. Er genehmigt damit die Traktandenliste in der vorliegenden Form.

TRAKTANDUM 2

**721 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26. Januar 2017**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 26. Januar 2017 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt später in der Sitzung (siehe Ziff. 728–733).

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**722** Traktandum 4.1: **Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht**
Vorlagen: 2716.1 - 15371 (Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts); 2716.2 - 15372 (Antrag des Verwaltungsgerichts).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

TRAKTANDUM 5

**723** **Petition von X. V. zur Änderung der Verfassung betreffend die Einheit der Materie**
Vorlagen: 2567.1 - 15158 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission); 2567.2 - 15369 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Justizprüfungskommission beantragt, die Petition sowie die Folgepetitionen zur Kenntnis zu nehmen, ihnen aber keine Folge zu leisten.

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, hält fest, dass X. V. im Oktober 2015 eine Petition zur Änderung der Verfassung des Kantons Zug betreffend Einheit der Materie einreichte. Er verlangt die Änderung der Kantonsverfassung und entsprechend eine Änderung des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats. Er begründet sein Anliegen damit, dass die Begrenzung der politischen Rechte der Stimmbürger auf eine Materie, welche zusätzlich noch eine einheitliche sein müsse, bereits einen Widerspruch zur Willensfreiheit darstelle. Gemäss Bundesverfassung sei es den Kantonen verboten, die politischen Rechte der Stimmbürger materiell zu begrenzen. Der Grundsatz der Einheit der Materie sei lediglich ein Abwehrmotiv der politischen Behörde, welche einen Machtverlust befürchte.
Im Nachgang zur Petition folgten zahlreiche weitere Eingaben sowie Folgepetitionen, nämlich am 3., 20. und 24. Juni 2016, mit gleichlautenden Anträgen zum selben Thema, weshalb im Sommer 2016 dieses Geschäft von der Traktandenliste des Kantonsrats gestrichen werden musste. Der Petitionär reichte gleichlautende Petitionen auch beim Bundesrat, bei der Vereinigten Bundesversammlung und beim Bundesgericht ein. Bereits im Dezember 2015 teilte ihm das Bundesamt für Justiz mit, dass die Lehre des Bundesgerichts und der Bundesbehörden seit langem andere Akzente setze, als sie in den Überlegungen des Petenten zum Ausdruck kämen, und lehnte sinngemäss eine neue Auslegung von Art. 34 Abs. 2 der Bundesverfassung ab. Der Grundsatz der Einheit der Materie solle für Initiativen wie auch für Behördenvorlagen gelten, damit in beiden Fällen der gleiche Massstab angewandt werde.
Am 27. November 2015 lud die JPK den Regierungsrat sowie das Ober- und das Verwaltungsgericht zu Mitberichten ein. Obergericht und Verwaltungsgericht verzichteten auf einen Mitbericht. Das Verwaltungsgericht begründete diesen Entscheid damit, dass die Frage der Einheit der Materie vom Bundesgericht und von einer Vielzahl führender Staatsrechtler bereits ausgiebig diskutiert und auch entschieden worden sei. In Januar 2016 nahm die Regierung Stellung zur Petition. Bereits 1990 habe die JPK ein Gutachten zu zwei von demselben Petenten einge-

reichten Initiativen erstellen lassen. Danach seien beide Initiativen für verfassungswidrig erklärt worden. Der Regierungsrat ist zusammen mit dem grossen Teil der juristischen Lehre und der Praxis des Bundesgerichts der Ansicht, dass der Grundsatz der Einheit der Materie geeignet ist, die unverfälschte und freie demokratische Willensäusserung zu gewährleisten. Die Regierung hält fest, dass es natürlich das Recht des Petenten sei, sich über die politischen Rechte Gedanken zu machen und Petitionen einzureichen. Die in der Petition gemachten Anspielungen auf das Attentat im Zuger Kantonsratsaal seien jedoch unangebracht und inakzeptabel. Natürlich sei es legitim, dass der Petent seine eigene Meinung zur Einheit der Materie habe, aber gerade in der Rechtswissenschaft sei es normal, dass es zu einem Thema mindestens zwei Ansichten gebe.
Die JPK hat die Petition und die Folgepetitionen ernsthaft geprüft und kommt auch nach Sichtung der Folgepetitionen zu keinem anderen Schluss. Auch wenn sich in den Ausführungen des Petenten interessante und durchaus überlegenswerte Argumente finden, sieht die JPK keine Veranlassung, dass der Kantonsrat tätig werden sollte. Es steht dem Petenten natürlich offen, sein Anliegen mittels Beschwerde beim Bundesgericht geltend zu machen oder mittels Unterschriftensammlung und Initiative eine Verfassungsänderung anzustreben. Die JPK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Petition und Folgepetitionen von X. V. im Sinne der Antwort der Regierung zur Kenntnis zu nehmen, ihnen aber keine Folge zu leisten.

**Esther Haas** hält fest, dass der Petitionär der Überzeugung ist, dass die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe mit der materiellen Begrenzung bei politischen Vorstössen nicht gegeben seien. Dieser Ansicht kann sich niemand aus der ALG-Fraktion anschliessen. Die Einheit der Materie braucht es gerade, damit der Wille frei und unverfälscht geäussert werden kann. Die vom Petitionär in diesem Zusammenhang ins Spiel gebrachte Machtfrage kann die ALG auch nach vertiefter Auseinandersetzung nicht erkennen bzw. nicht nachvollziehen. Dass der Petitionär einen Zusammenhang mit dem Attentat von 2001 herstellt, findet die ALG – gelinde gesagt – daneben. Die ALG schliesst sich dem Antrag der JPK an, die Petition zur Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine Folge zu leisten.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag der Justizprüfungskommission.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

724 **Kantonsratsbeschluss über den Beitritt zum Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die psychiatrische Versorgung (Psychiatriekonkordat) vom 17. März 2016: 2. Lesung**
Vorlage: 2607.6/6a - 15343 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 54 zu 18 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 7

725 **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz)**

Vorlagen: 2670.1 - 15276 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2670.2 - 15277 (Antrag des Regierungsrats); 2670.3 - 15367 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Karl Nussbaumer,** Präsident der vorberatenden Kommission, legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Waldbesitzer. Die Kommission hat dieses Geschäft an einer Halbtagessitzung beraten. Der Votant dankt namens der Kommission der Direktion des Innern und deren Mitarbeitenden für die gute Zusammenarbeit. Für die Beratung hat die Kommission auch zwei Referenten zum Thema Holzförderung angehört: Josef Hess vom Bund und Pirmin Jung, Präsident Proholz Luzern, zeigten eindrücklich auf, wie das Anliegen der Motionäre umgesetzt werden kann.
Die Ergänzung im EG Waldgesetz wurde nötig aufgrund der Erheblicherklärung der Motion betreffend Holzförderung durch den Kantonsrat. Die Regierung führte eine externe Vernehmlassung durch, in welcher die Vorlage grossmehrheitlich begrüsst wurde. Mit dem vorliegenden Vorschlag der Regierung wird das Anliegen der Motionäre umgesetzt. In der Fragerunde wurden alle Fragen der Kommission beantwortet. Ein wichtiges Anliegen der Kommissionsmitglieder war, dass der Lebensraum Wald zu nutzen und einheimisches Holz zu bevorzugen sei. Wichtig war ihnen auch, dass Schweizer Holz gegenüber ausländischem Holz und die Holzbaubauweise gegenüber andern Baumaterialien gleich behandelt werden soll. Im Weiteren verweist der Kommissionspräsident auf den Kommissionsbericht.
Die Kommission trat mit 13 zu 1 Stimmen ohne Enthaltung auf die Vorlage ein. In der Detailberatung gab es viele Anträge, die wichtigsten davon waren:
• Es wurde heftig diskutiert, mit welchem Wortlaut im Gesetz der Förderung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff sowie Energieträger Rechnung getragen werden kann. Vor allem die Wendung «nach Möglichkeit» wollte man ersetzt oder ganz gestrichen haben. Der Antrag, «nach Möglichkeit» durch «soweit geeignet» zu ersetzen, wurde abgelehnt, und in der Folge wurde «nach Möglichkeit» dann mit der Kommissionsmehrheit gestrichen. Auch der Passus «sowie als Energieträger» gab zu reden. Hauptargument gegen diese Wendung war, dass das Potenzial von Holz als Energieträger im Kanton Zug nahezu ausgeschöpft sei, weshalb die Kommissionsmehrheit beschloss, «sowie als Energieträger» zu streichen.
• Es wurde auch darüber abgestimmt, ob nicht nur der Kanton, sondern auch die Gemeinden in die Pflicht genommen werden sollen. Die Kommission lehnte einen entsprechenden Antrag mit grosser Mehrheit ab.
• Ein Kommissionsmitglied wollte am Schluss den ganzen Abs. 1 streichen, was abgelehnt wurde.
• Beim Abs. 2 war es der Kommission wichtig, dass die Holzbauweise und Nutzung von Holzenergie von Beginn an in die Evaluation einbezogen werden. Sie stimmte dem entsprechenden Antrag einstimmig zu.
In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission der Vorlage des Regierungsrats mit den beschlossenen Änderungen zu. Sie bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

**Mariann Hess** teilt mit, dass die ALG-Fraktion auf die Vorlage eintritt und den von der Kommission vorgenommenen Änderungen überzeugt zustimmt – ausser in einem Punkt: Die ALG möchte in § 20$^{bis}$ Abs. 1 den Passus «sowie als Energieträger» wieder im Gesetz haben. Dieser Passus wurde durch die Kommissionsmehrheit gestrichen, u. a. mit der Begründung, dass das Potenzial von Holz als Energieträger im Kanton Zug nahezu ausgeschöpft sei. Nun hat sich herausgestellt, dass diese Begründung nicht korrekt ist. 2006 wurde der jährliche Zuwachs von 65'000 Kubikmeter in den Zuger Wäldern zum letzten Mal abgeschöpft, seither nicht mehr. In Zukunft müssten wieder 10'000 Kubikmeter mehr genutzt werden, welche hauptsächlich im Bereich Energieholz anfallen. Diese Aussagen stammen von Förster Ruedi Bachmann, dem Verantwortlichen für die Holzvermarktung im Kanton Zug. Nach Angabe des Amts für Wald und Wild liegt die Nutzung von Energieholz heute bei 22'000 Kubikmeter pro Jahr. Zukünftig ist somit mit einer Steigerung von knapp 50 Prozent beim Energieholz zu rechnen.
Der Wald ist von grossem öffentlichen Interesse und muss viele verschiedene Aufgaben erfüllen: Schutzfunktion, Erholungsfunktion, Naturschutzfunktion und Nutzfunktion. Die behördenverbindlichen Ziele des Waldentwicklungsplans können nur erfüllt werden, wenn der jährliche Zuwachs von 65'000 Kubikmeter auch tatsächlich genutzt wird, und zwar sowohl der Bauholz- als auch der Energieholzanteil. Es geht hier nicht um die Bevorzugung eines Wirtschaftszweigs, es gibt andere Aspekte. Der Bund beurteilt die Kantonsvorlage als gute Grundlage zur Umsetzung der klima-, energie-, und ressourcenpolitischen Ziele der Schweiz. Der Einsatz von Energieholz ist $CO_2$-neutral. Die Bäume bilden das Holz aus $CO_2$, welches sie der Luft entnehmen. Wird dieses Holz verbrannt, entweicht das $CO_2$ wieder in die Luft. Die Holzverbrennung trägt deshalb nicht zum Anstieg der $CO_2$-Konzentration und damit nicht zur Klimaerwärmung bei.
Holz ist der einzige erneuerbare Rohstoff des Kantons Zug. Die Wälder bedecken einen Viertel der Kantonsfläche – man hat den Rohstoff also quasi vor der Haustüre. Zu Heizzwecken wird Holz in der Regel zu Schnitzeln verarbeitet. Der Hackvorgang findet im Wald statt, und das Hackholz wird von dort entweder direkt in die Heizsilos gebracht oder zwischengelagert; eine komplizierte Technologie ist nicht erforderlich. Der Weg vom Wald bis zur Heizung ist damit extrem kurz und, die ganze Arbeit kann durch lokale Arbeitskräfte ausgeführt werden. Was will man mehr? Die ALG wird in der Detailberatung deshalb einen Antrag stellen. Abschliessend legt die Votantin ihre Interessenbindung offen: Sie bewirtschaftet mit ihrem Mann einen Hof mit 5 Hektaren Wald.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Diese hat sich bereits bei der Behandlung der Motion betreffend Holzförderung positiv zum Anliegen der Motionäre geäussert. Es ist bedauerlich, dass die Pflege und Bewirtschaftung des Waldes heute mit sehr viel Geld subventioniert werden muss, obwohl in einem gesunden Wald ein Baurohstoff ohne menschliches Zutun nachwächst und sich vermehrt. Andere Rohstoffe werden abgebaut und stehen irgendwann nicht mehr zur Verfügung. Mit der Förderung des Holzes können gleichzeitig sowohl ökonomische als auch ökologische Ziele angestrebt und erreicht werden:
• Anstelle von Defizitzahlungen soll dem Holz als Baustoff mehr Beachtung geschenkt werden.
• Der Rohstoff Holz steht in unmittelbarer Umgebung zur Verfügung und vermindert die Abhängigkeit von ausländischen sowie von nicht erneuerbaren Bau- und Rohstoffen.
• Die Holzförderung ist eine gute Grundlage für die Umsetzung der klima-, energie- und ressourcenorientierten Ziele der Schweiz.

Die vorliegende Gesetzesänderung ist keine Verpflichtung, Heimatschutz um jeden Preis zu betreiben. Dem Holz wird jedoch grundsätzlich die Chance eröffnet, sich schon in der Projektierungsphase von kantonalen und kommunalen Bauten gegenüber anderen Baustoffen zu positionieren und zu behaupten, und ökologische Kriterien erhalten die ihnen angemessene Gewichtung. Die SP ist daher grundsätzlich für Eintreten auf die Vorlage. Sie unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen, dies ebenfalls mit einer Ausnahme: In der Detailberatung wird sie in § $20^{bis}$ Abs. 1 den Antrag der ALG unterstützen, den regierungsrätlichen Wortlaut zu übernehmen und die Förderung von Holz als Energieträger ebenfalls zu erwähnen. Das Potenzial des Holzes als Energieträger ist für die SP ebenso wichtig und förderungswürdig wie das Potenzial als Baustoff. Aus Sicht der SP ist dieses Potenzial noch nicht ausgeschöpft und soll daher ebenfalls in das Gesetz aufgenommen werden.

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion und stellt den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Eine grosse Mehrheit der CVP wird diesen Antrag unterstützen.
Der Votant eruiert zwei Gründe, die motivierend für die Vorlage sein können:
• Vermehrte Nutzung des einheimischen, d. h. aus Zuger und Schweizer Wäldern stammenden Holzes: Der Votant unterstützt das Anliegen, dass mehr einheimisches Holz verwendet und das Potenzial der eigenen Wälder besser genutzt werden soll, voll und ganz. Es ist ökologisch ein Blödsinn, Holz zu importieren, bevor das vor der eigenen Haustüre heranwachsende Holz genutzt wird. Leider stehen diesem Wunsch aber die Submissionsgesetzgebung und viele Freihandelsverträge im Weg. Es kann bei Ausschreibungen nicht explizit Zuger Holz verlangt werden. So verbleibt in der Vorlage lediglich eine Förderung der Verwendung von einheimischem Holz durch den Kanton. Doch was bedeutet Förderung? Der Votant sieht schon jetzt, wie schöne Broschüren gedruckt und Infoblätter verteilt werden – wobei der freie Holzhandel aber ganz anders funktioniert und die Unterlagen überhaupt keine Wirkung zeigen. Zum Holzpreis: Im Bericht des Regierungsrats wird erwähnt, dass wegen der kantonalen Förderung mehr Holz aus Zuger Wäldern genutzt werde und so der Preis des Holzes steige. Wer das geschrieben hat, hat entweder keine Ahnung vom internationalen Holzhandel oder arbeitet schon zu lange beim Staat. Die paar Kubikmeter Holz aus Zuger Wäldern werden nie und nimmer den internationalen Holzpreis beeinflussen. Und eine kantonale Förderung, die ihr Ziel nicht erreicht und nur Kosten verursacht, braucht es nicht.
• Förderung der Holzbauweise: Mit der kantonalen Förderung unterstützt man vor allem die Holzbranche. Wie froh wären aber auch andere Branchen – etwa Ziegelhersteller, Maurer, Fensterbauer oder Gartenbauer –, wenn ihnen der Staat die Werbung und das Lobbying bezahlen würde. Zu seiner Interessenbindung hält der Votant fest, dass er Mitglied bei Jardin Suisse ist. Wie man im Kanton Luzern sieht, wird mit Fördergeldern vor allem der Verband Proholz Lignum Luzern unterstützt. Hat es die Holzbranche wirklich nötig, Geld vom Staat für ihre ganz normale Verbandsarbeit zu erhalten? Die Holzbauweise bereits bei der Projektierung in die Evaluation einzubeziehen, tönt gut. Wie geht es aber weiter, wenn ein solches Holzprojekt dann ausgeschrieben wird und plötzlich das Submissionsgesetz gilt? Die Folge wird sein, dass ein schönes Holzprojekt mit ausländischem Holz und vielleicht sogar von einem polnischen Holzbauer realisiert wird. Kein Gramm Holz wird damit im Zuger Wald gefällt werden.
Der Votant würde gerne eine Ausnahme machen und die Holzbranche unterstützen, aber nur, wenn damit tatsächlich mehr eigenes Holz verwendet würde. Und das bezweifelt er sehr, denn der Markt ist stärker als ein paar Merkblätter, und das Submissionsgesetz lässt es nicht zu. Als Argument wurde angeführt, dass in der Aus-

schreibung ökologische Anforderungen gestellt werden können. Dieses Kriterium kann bereits heute eingesetzt werden. Die Ökopunkte zählen am Schluss im Verhältnis zum Preis aber so wenig, dass das Ziel auch damit verfehlt und halt doch das günstigere Holz aus dem Ausland verbaut wird. Der Votant will nicht Holzbauten aus ausländischem Holz fördern, sondern diese Ausmarchung dem Markt überlassen. Auch mit Abs. 2 erreicht man nicht, dass der Preis für Holz aus Zuger Wäldern steigt und das Potenzial hundertprozentig genutzt wird. Deshalb braucht es auch diesen Absatz nicht.
Natürlich kann man argumentieren, dass die Vorlage wegen einer vom Kantonsrat erheblich erklärten Motion erarbeitet wurde. Auch der Votant hat für die Erheblicherklärung gestimmt. Mit dem Antrag, nicht auf die Vorlage einzutreten, möchte er aber nicht seinen Entscheid von damals korrigieren. Er war sehr zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden und mehr Holz aus einheimischen Wäldern genutzt werden könne. Leider wird dieses Ziel mit dem regierungsrätlichem Vorschlag nicht erreicht, und auch die Kommission hat keinen vernünftigen Weg gefunden, die hinderliche Submissionsgesetzgebung zu umgehen. Der Votant kann der nutzlosen Gesetzesänderung, die nur Kosten verursacht, nicht zustimmen, und auch eine Mehrheit der CVP-Fraktion wird für Nichteintreten stimmen. Leider sind die Submissionsgesetzgebung und Freihandelsabkommen nicht in der Hand des Zuger Kantonsrats, und leider findet der Rat deshalb auch keine erfolgversprechende Lösung, um das wirklich gute Ziel, zuerst das eigene Holz zu verwenden, zu erreichen. Eine gesetzliche Scheinlösung braucht es aber noch viel weniger. Deshalb beendet man die Sache besser, indem man nicht auf die Vorlage eintritt.

**Beni Riedi** teilt mit, dass die SVP-Fraktion jeweils im Detail diskutiert, ob eine Änderung bzw. Teilrevision eines Gesetzes wirklich notwendig sei. Wie alle wissen, hat jedes Gesetz finanzielle Auswirkungen oder zumindest Auswirkungen auf die zukünftigen Abläufe beispielsweise bei der Verwaltung. Die SVP war deshalb erstaunt über die Aussage, dass die Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald keine Mehrkosten verursachen soll. § $20^{bis}$ Abs. 1 lautet: «Der Kanton fördert die Verwendung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff.» Fördern bedeutet *immer* Mehrkosten bzw. Ausgaben. Ohne finanzielle Auswirkungen kann man nichts fördern. Dementsprechend wird die SVP-Fraktion in der Detailberatung einen Streichungsantrag zu § $20^{bis}$ Abs. 1 stellen.
Auf Seite 3 im Bericht und Antrag des Regierungsrats finden sich neun Argumente, die für die Holzwirtschaft sprechen. Die SVP Fraktion kann sich den meisten Argumenten anschliessen. Es stellt sich ihr jedoch die Frage: War diese Motion wirklich notwendig? Als wirtschaftsliberale Partei lehnt sie die vorgeschlagene Teilrevision klar ab. Diese bedeutet eine willkürliche Bevorzugung einer einzigen Bauweise. So werden andere Bauweisen diskriminiert, was zu einer Verzerrung des Wettbewerbs führen wird. Die massiven Auswirkungen in den Submissionen, finanziert über Steuergelder, kann und wird die SVP nicht unterstützen. Daniel Abt in Ehren, aber Nein zu dieser Lex Abt. In diesem Sinn stellt der Votant im Namen der SVP-Fraktion ebenfalls den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. Seine Interessenbindung: Er hat einen Holzbaubetrieb mit 28 Mitarbeitern und kennt die Zuger Holzwirtschaft ziemlich gut. Auch die FDP kann sich nur schwer vorstellen, dass aufgrund einer zunehmenden Holznutzung im Kanton Zug der Schweizer Holzpreis ansteigen wird. Denn aus den Nachbarländern ist Holz sehr günstig verfügbar. Gründe dafür sind besser erschlossene, da ebenere Waldflächen, tiefere Lohnsummen, ein tiefer Eurokurs, vor

allem aber auch Subventionen. Beispielsweise wird von der EU Holz aus der ehemaligen DDR mit bis zu 72 Prozent gefördert.
Alle haben ein grosses Interesse, dass es dem hiesigen Wald gut geht. Er übernimmt zahlreiche Aufgaben: Unter anderem ist er Klimaregler, Erholungsgebiet, bietet Erosionsschutz, liefert Rohstoffe und ist Lebensraum. Dazu muss er entsprechend unterhalten und gepflegt werden. Mit dem Verkauf von Holz können nur – aber immerhin – 60 Prozent dieses Aufwands finanziert werden. Es ist deshalb wichtig, das Holz aus Schweizer Wäldern zu nutzen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können und die Holzkette nicht wegbricht. Immerhin beträgt die Bruttowertschöpfung der Holzbranche beispielsweise im Kanton Luzern 1,6 Milliarden Franken oder 6 Prozent und ist dort somit gleichbeutend wie die Tourismusbranche.
Wenn man sich in Erinnerung ruft, dass das ausländische Holz – wie erwähnt – massiv subventioniert wird, dass die italienische Regierung im letzten Jahr 2 Milliarden Euro locker gemacht, um das grösste europäische und marode Stahlwerk Ilva zu erhalten, oder dass die EU Strafzölle von über 26 Prozent auf Stahl aus China und Russland erhebt, um die eigenen Stahlwerke zu schützen, dann ist die Aussage, dass mit dieser Vorlage das heimische Holz gegenüber anderen Baustoffen bevorzugt werde, schlichtweg falsch. Eher das Gegenteil ist der Fall.
Holz hat grosses Potenzial. Im Rotkreuzer Suurstoffi-Areal sind bereits zahlreiche Holzbauten erstellt, und ein sechzehngeschossiges Bürogebäude in Holzbauweise wird noch folgen. Die Zürcher Wohnbaugenossenschaft Zurlinden baut ausschliesslich mit Holz, da sie die Kosten über den ganzen Lebenszyklus eines Gebäudes beurteilt. Auch die Firma des Votanten hat in den letzten Jahren weit über 4 Millionen Franken investiert. Das hätte sie nicht getan, wäre sie nicht von Holz als Baustoff überzeugt. Unter diesen Voraussetzungen ist es absolut begrüssenswert, sich auch im Kanton Zug bei der Evaluation frühzeitig Gedanken zu machen, ob die Holzbauweise – je nach Vorhaben – nicht auch für den Kanton und die Gemeinden einen Mehrwert bringe.
Die FDP wird auf die Vorlage eintreten, tut sich allerdings schwer mit der gesetzlich vorgeschriebenen Förderung eines einzelnen Baustoffs und wird ebenfalls den Antrag stellen, Abs. 1 komplett zu streichen. In Abs. 2 hält sie an dem von der Kommission verabschiedeten Wortlaut fest. Es ist entscheidend, dass die Evaluation von Anbeginn an fundiert gemacht wird und die Vor- und Nachteile der einzelnen Bauweisen objektbezogen abgewogen werden. Die FDP erachtet es als richtig, dass auf diesem Weg auch die Gemeinden zu ihrem Glück gezwungen werden.
Als Motionär hat der Votant lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Er kann sich daher mit der Streichung von Abs. 1 schweren Herzens abfinden.
Zu den Voten von Seiten der CVP und SVP: Dass bei Offertverfahren nicht explizit Zuger Holz verlangt werden kann, mag richtig sein. In der vorberatenden Kommission wurde aber deutlich ausgeführt, dass mit der ökologischen Gewichtung nachhaltig produziertes Holz verlangt werden kann. Das wird auch in andern Kantonen entsprechend gehandhabt. Und dass mit Abs. 2 das Holz subventioniert werde, wie der CVP-Sprecher sagte, ist schlichtweg falsch. Es werden lediglich gleich lange Spiesse hergestellt.
Der Votant möchte noch auf einen interessanten parlamentarischen Vorstoss hinweisen. Im März 2015, also rund ein Jahr nach dem Zuger Vorstoss, hat CVP-Nationalrat Daniel Fässler eine parlamentarische Initiative eingereicht, die sich inhaltlich mit dem Motionsanliegen deckt. Diese lautet: «Es sind die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen Kantone, Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Institutionen, die als Waldeigentümer für die Pflege ihrer Wälder Subventionen gemäss Waldgesetzgebung erhalten, im Beschaffungswesen verpflichtet werden, bei Bauvorhaben eine Variante in Holz zu prüfen und dabei Holz-

produkten den Vorzug zu geben, die vollständig in der Schweiz hergestellt werden.» Mitunterzeichnet wurde die Initiative – und das ist spannend – unter anderem von Alois Gmür, Felix Müri, Albert Vitali, Hansjörg Walter, dem heutigen Bundesrat Guy Parmelin und CVP-Präsident Gerhard Pfister. Der Votant bittet um Kenntnisnahme und um Unterstützung der Vorlage.

**Daniel Marti** hält fest, dass die GLP als liberale Partei zwar kein Freund von staatlichen Förderprogrammen ist und es nicht gerne sieht, dass mit dieser Vorlage mehr oder weniger zufällig ein bestimmter Industriezweig unterstützt werden soll. Gesamtheitlich sieht sie aber doch die ökologischen und ökonomischen Vorteile für die Region, wenn vermehrt einheimisches Holz als Werk- und Baustoff berücksichtigt wird. Sie ist daher für ein Eintreten auf die Vorlage. Sie kann sich auch mit dem Vorschlag der SVP und FDP abfinden, Abs. 1 zu streichen.
Nebst den ökologischen und baubiologischen Vorteilen der Nutzung einheimischen Holzes sind für die GLP auch die Vorteile für das einheimische Gewerbe und die regionale Wertschöpfung wichtige Argumente, um die Verwendung von einheimischem Holz als Baustoff zu fördern. Sie teilt aber die Bedenken der vorberatenden Kommission betreffend Förderung von Holz als Energieträger, dies nicht nur, weil eine solche Förderung nicht ins Waldgesetz, sondern ins Energiegesetz gehören würde, sondern auch wegen der regional limitierten Verfügbarkeit von Energieholz. Eine unbedachte Förderung könnte leicht dazu führen, dass Holz von weit her importiert würde, was die ökologischen Vorteile zu einem grossen Teil zunichten machen würde. Zudem ist Holz als Energieträger nicht unbedenklich, entsteht doch bei der Verbrennung in Kleinanlagen ohne aufwendige Abgasfilter gesundheitsschädlicher Feinstaub. Mit der gesetzlich verankerten Förderung von Energieholz wäre man also im wahren Sinn des Wortes auf dem Holzweg. Die GLP unterstützt daher den Antrag der vorberatenden Kommission, den Passus «sowie als Energieträger» aus § $20^{bis}$ Abs. 1 zu streichen. Konsequenterweise muss dann in Abs. 2 auch die Wendung «und die Nutzung der Holzenergie» gestrichen werden. Falls nötig, wird die GLP in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.
Wichtig scheint der GLP auch, dass laut Bericht der Regierung die Umsetzung dieser Vorlage nicht mit zusätzlichen Kosten für den Kanton oder die Gemeinden verbunden ist und bei den Bauherren kein Zwang zur Holzbauweise entsteht. Mit diesem Verständnis und der Streichung der Förderung der Holzenergie kann die GLP der Vorlage zustimmen. Sie dankt der Regierung und der vorberatenden Kommission für die gewissenhafte Arbeit bei der Erstellung ihrer Berichte.

Kommissionspräsident **Karl Nussbaumer** erinnert daran, dass Thomas Meierhans mehrmals das Submissionsgesetz erwähnt hat. Beim Submissionsverfahren kann man Vergabekriterien festlegen, also beispielsweise die Verwendung von einheimischem Holz höher und den Preis tiefer gewichten; auch kann man beispielsweise die Lehrlingsausbildung gewichten. Es ist hier also eine gewisse Steuerung möglich. Leider wird meistens der Preis mit 70 oder 80 Prozent gewichtet. Man könnte den Preis aber tiefer gewichten und dafür mit anderen Kriterien etwas mehr für die Schweiz und den Kanton Zug schauen.

**Heini Schmid** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Geschäftsführer der Stiftung Höllgrotten, welche mit 18 Hektaren einer der grössten privaten Waldeigentümer im Kanton Zug ist. Es ist ihm deshalb ein grosses Anliegen, dem Wald die notwendige Anerkennung zukommen zu lassen.
Das Hauptproblem liegt heute darin, dass die Bearbeitung des Waldes nicht mehr kostendeckend ist. Bei Schutzwäldern, wie es der grösste Teil des Zuger Waldes

ist, wird die Waldbewirtschaftung subventioniert: Zwei Drittel können über den Verkauf des Holzes bezahlt werden, einen Drittel bezahlt der Kanton. Man muss sich deshalb überlegen, was vor diesem Hintergrund politisch sinnvoll ist. Der Kanton Zug hat ein eminentes Interesse daran, dass die Nachfrage nach einheimischem Holz gesteigert wird, denn wenn der Staat diese Nachfrage nicht fördert, bezahlt er einfach mehr Subventionen. Für den Votanten ist es deshalb sinnvoll, dass man versucht, den Markt so zu beeinflussen, dass mehr einheimisches Holz als Baustoff und Energieträger verwendet wird. Das ist keine Marktverzerrung, sondern eine sinnvolle Wirtschaftsförderung, wie sie auch in andern Bereichen betrieben wird. Und der Staat profitiert eins zu eins von jedem Franken, den er in die Förderung von Holz investiert. Man hat gesehen, wie die Unterstützung von innovativen Projekten im Holzbau bereits zu einer vermehrten Verwendung von Holz geführt hat; es kann also niemand sagen, diese Massnahmen seien sinnlos gewesen. Dem Argument, der weltweite Holzmarkt folge seinen eigenen Gesetzen, ist entgegenzuhalten, dass beim Energieholz der Transportweg eine entscheidende Rolle spielt. Irgendwann ist es nämlich nicht mehr sinnvoll, Energieholz aus dem Ausland zu importieren, weil die Transportkosten einfach zu hoch sind. Hier hat Schweizer Holz also durchaus eine Chance. Im Übrigen ist an andere Förderkampagnen zu erinnern, etwa für Schweizer Fleisch, von denen kein Mensch sagt, sie seien sinnlos. Der Rat kann sich also entscheiden, ob er eine sinnvolle Förderungspolitik betreiben oder einfach Subventionen bezahlen will. Nach Ansicht der Votanten ist es sinnvoller, die Konsumenten die Waldbewirtschaftung bezahlen zu lassen, als den Staat mit Subventionen zu belasten

**Manuel Brandenberg** nimmt zur Kenntnis, dass der Kanton den Holzschlag in einem Schutzwald zu einem Drittel subventioniert. Mit der beantragten Änderung des EG Waldgesetz ändert daran nichts, vielmehr kommt eine weitere Bevorteilung dazu. Heini Schmids Brandrede war letztlich also ein Votum auf die eigenen Mühlen.

**Pirmin Frei** hat seine Meinung zu diesem Geschäft bereits in einer Kolumne in der «Zuger Zeitung» vom letzten Samstag dargelegt. Da er aber nicht annimmt, dass der Rat alles liest, was er schreibt, fasst er zusammen: Er plädiert für Nichteintreten und wird namentlich § $20^{bis}$ Abs. 2 bekämpfen. Bezüglich der Argumente schliesst er sich voll und ganz seinem Fraktionskollegen Thomas Meierhans an. Seine Interessenbindung: Er ist u. a. Geschäftsführer der – etwas salopp gesagt – schweizerischen Baumaterialienindustrie, also der Ziegelstein-, Stahl-, Zement- und Betonindustrie etc. Er ist aber auch ein «Hölziger»: Sein Vater ist Forstingenieur, seine Mutter stammt aus einem Schreinereibetrieb, und sein Sohn hat unlängst eine Schnupperlehre als Forstwart gemacht. Holz ist ihm also wichtig und sympathisch, es ist ein wunderbarer Rohstoff – und Holz ist heimelig. Trotzdem aber muss man ordnungspolitisch korrekt bleiben: Es ist nicht Aufgabe des Staates, gleich lange Spiesse für Produkte sicherzustellen, die in Konkurrenz zueinander stehen. Das wäre ordnungspolitisch falsch, und insbesondere den liberalen Ratskollegen sei in Erinnerung gerufen, dass der Staat nicht für Chancengleichheit im Wettbewerb zu sorgen hat. Und im Übrigen: Karl Nussbaumer ist ein wunderbarer Kommissionspräsident, aber ist es wirklich richtig, den Motionär zum Kommissionspräsidenten zu machen? Nur so erklärt sich nämlich dessen Aussage, der Vorlage sei in der Vernehmlassung grossmehrheitlich zugestimmt worden. Der Bericht zeigt etwas anderes: Die Vorlage war höchst umstritten, die Gemeinden haben sich sehr kritisch dazu geäussert. Und die Kommission hat es nicht für nötig erachtet, einen Vertreter des Amts für Wald und Wild einzuladen. Vielmehr hat man irgendwelche Funktionäre aus Bern sowie den Chef-Holzlobbyisten Pirmin Jung von Proholz

Lignum geholt. Das war keine ausgewogene Kommissionsarbeit. Und schliesslich noch ein Wort zur Regierung – es geht hier um eine Vorlage der Regierung, nicht der Direktorin des Innern: Wenn man liest, dass die Vorlage angeblich keine finanziellen Auswirkungen habe, dann fragt man sich schon, wo der Regierungsrat da hingeschaut hat. Da muss sich die Regierung nicht wundern, wenn der Kantonsrat in der Budgetdebatte die Nerven verliert und mit Pauschalkürzungen über den regierungsrätlichen Budgetvorschlag hinwegfährt. Es ist Sand in die Augen des Kantonsrats gestreut, wenn der Regierungsrat behauptet, die Vorlage habe keine finanziellen Auswirkungen.

**Hans Baumgartner** weiss als ehemaliger Präsident einer Waldgenossenschaft nur zu gut, wie schwierig der Holzmarkt geworden ist und wie viel Holz ungenutzt in den Wäldern liegenbleibt. Es ist für ihn auch eine Werthaltung, das Potenzial des einzigen nachwachsenden Rohstoffs, den es im Kanton Zug gibt, zu nutzen. Es geht nicht an, im Richtplan und in Konzepten in schönen Sätzen zu schreiben, wie wichtig die Nutzung einheimischer Rohstoffe sei, deren Förderung dann aber abzulehnen, wenn es um die Sache geht. Im Richtplan ist der Grundsatz formuliert, die erneuerbaren Ressourcen vermehrt zu nutzen und beim Kiesabbau zurückhaltend zu sein. Genau da setzt die heute zur Debatte stehende Vorlage an. Der Kantonsrat hat viele Flächen für den Kiesabbau freigegeben, selbst in BLN-Gebieten und in Gewässerschutzzonen, was einer Förderung der Kieswirtschaft entspricht. Wenn es nun aber um eine Förderung der Holzwirtschaft geht, halten alle die Hände hoch und wollen den Markt nicht beeinflussen. Der Votant ist sich bewusst, dass nationale und internationale Abkommen es schwierig machen, einheimisches Holz zu fördern und zu bevorzugen. Aber mit dem frühen Einbezug der Holzbauweise und den ökologischen Kriterien liegen zwei gute Instrumente vor, um das einheimische Holz zu fördern. Es ist für den Votanten aber wichtig, dass nur das Nutzholz gefördert wird, denn es ist vor allem dieses Holz, das nicht genutzt wird. Holz soll in erster Linie verbaut werden, und in fünfzig Jahren kann es dann mit dem gleichen Energiewert verbrannt werden. Das ist ein zentraler Punkt des Anliegens. Und genau in diesem Sinn unterstützt der Votant mit Überzeugung den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Daniel Abt** reagiert auf den Vorwurf von Pirmin Frei, Abs. 2 entspreche nicht einer liberalen Haltung. Wenn man diesen Absatz genau liest, wird klar, dass es lediglich um gleich lange Spiesse bei der Evaluation der verschiedenen Bauweisen geht. Es wird keine Bevorzugung bei der Vergabe verlangt, sondern nur der Einbezug der Holzbauweise von Beginn an. Das wird heute aus Bequemlichkeit oft nicht gemacht, wodurch man grosse Chancen verpasst. Das ist schade für den Kanton und die Gemeinden.

**Mariann Hess** kann das Votum von Hans Baumgartner vollumfänglich unterstützen – ausser in einem Punkt: Es ist sehr wichtig, auch das Energieholz zu nutzen. Eines der Ziele des Waldentwicklungsplans ist es, standortgerechte Bäume zu fördern, und das sind Laubbäume. Diese haben grosse Kronen, und da fällt entsprechend viel Energieholz an. Der Anteil an Energieholz wird also zunehmen. Wenn das Energieholz einfach liegenbleibt, zersetzt es sich im Wald und setzt genau so viel $CO_2$ frei wie bei der Verbrennung – wobei man bei der Verbrennung die Heizenergie nutzen kann. Zusätzlich wird bei der Zersetzung im Wald der Waldboden gedüngt. Es braucht im Wald aber nicht noch mehr Nährstoffe, da der Stickstoffeintrag über die Luft bereits einer Volldüngung in der Landwirtschaft entspricht: 20 Kilogramm Reinstickstoff auf 1 Hektare Wald. Dieser Stickstoff setzt sich zu-

sammen aus Ammoniak aus der Landwirtschaft und aus der Verbrennung von Erdöl, also vom Verkehr und von Ölheizungen.
Wichtig ist auch, dass der Ertrag aus dem Holzverkauf von den Subventionen abgezogen wird. Bei einem besseren Holzpreis spart der Kanton also Geld, die Subventionen werden kleiner.

Kommissionspräsident **Karl Nussbaumer** vermutet, dass Pirmin Frei wohl ganz anderer Meinung wäre, wenn er Präsident oder Geschäftsführer der schweizerischen Holzindustrie wäre. Im Übrigen hat der Votant vorgängig abgeklärt, ob er als Motionär auch Präsident der vorberatenden Kommission sein dürfe. In der Kommission musste im Weiteren nie ein Stichentscheid getroffen werden, der Votant hat als Kommissionspräsident also nie einen Entscheid persönlich beeinflusst. Den Vorwurf, dass er betreffend Vernehmlassung nicht die Wahrheit gesagt habe, weist der Votant zurück. Er hat ausdrücklich gesagt, der Vorlage sei in der Vernehmlassung *grossmehrheitlich* zugestimmt worden. Es gab zwar einige Kritikpunkte, die Regierung hat die meisten davon aber in die Überarbeitung einbezogen.

**Pirmin Frei** wiederholt, dass er Geschäftsführer verschiedener Baustoffbranchen ist. Jeder dieser Baustoffe hat seine Vor- und Nachteile, jeder kämpft mit internationaler Konkurrenz, und die meisten werden im Ausland in irgendeiner Form subventioniert. Man hat also in jeder Baustoffbranche einen verzerrten Markt. Gemäss Daniel Abt soll Holz nun den spezifischen Nachteil haben, bei Bauprojekten nicht von Anfang an in die Evaluation einbezogen zu werden. Diesen Nachteil muss allerdings nicht der Staat, sondern die Holzbranche ausgleichen. Die Frage ist nun, wie sie das macht. Ein Beispiel: Die Schweizer Backsteinindustrie kämpft seit einiger Zeit mit höheren Auflagen im Bereich Erdbebenschutz. Sie hat deshalb den Verband Promur gegründet – der Votant ist dort *nicht* Geschäftsführer *(der Rat lacht)* – und investiert Tausende von Franken, um diesen Nachteil selbstverantwortlich auszugleichen. Der Votant stört sich einzig daran, dass die Holzindustrie den raschen Weg über die Gesetzgebung zu gehen versucht. Er würde bei einem eigenen Bauprojekt auch auf Holz setzen – und Daniel Abt als Holzbauunternehmer wählen. Es geht aber nicht an, dass ein bestimmter Baustoff via Gesetz eine Vorzugsbehandlung erhält. *Das* ist der entscheidende Punkt.

**Mariann Hess** betont nochmals, dass Holz der einzige nachwachsende Rohstoff ist, direkt vor der Haustür. Es geht deshalb nicht um die Bevorzugung eines bestimmten Wirtschaftszweigs, vielmehr hat die Nutzung von Holz sehr viele positive Nebeneffekte. So speichert verbautes Holz $CO_2$, das bei der Verbrennung dann in unveränderter Menge an die Umwelt abgegeben wird. Natürlich entsteht bei der Verbrennung Feinstaub, dasselbe Problem hat man aber auch bei der Nutzung fossiler Brennstoffe – und man kann es mit Filtern etc. lösen. Es geht hier also auch um Klimapolitik. Und es schadet nichts, wenn der Kantons Zug sich auch klimapolitisch an erster Stelle oder weit vorne platziert.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass der Rat eine Gesetzesrevision vor sich hat, die er am 25. Juni 2015 mit 59 Stimmen der Regierung in Auftrag gegeben hat. Er hat die Regierung beauftragt, das EG Waldgesetz wie folgt zu ergänzen: «Der Kanton fördert die Verwendung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger bei allen seinen Tätigkeiten.» Und weiter: «Bei der Projektierung von kantonalen und kommunalen sowie vom Kanton subventionierten Bauten sind die Holzbauweise und die Nutzung der Holzenergie in die Evaluation einzubeziehen. Dabei sind auch ökologische Kriterien zu berück-

sichtigen.» Der Kantonsrat hat den Auftrag also sehr detailliert formuliert. Nun nicht darüber zu diskutieren, wie dies Thomas Meierhans und Beni Riedi mit einem Nichteintretensantrag verlangen, wäre nicht nur inhaltlich schade, sondern auch eine Verschwendung von Zeit, Personalressourcen und viel Herzblut. Ganz grundsätzlich müsste man sich dann als Kantonsrätin oder Kantonsrat von Beginn weg die Frage stellen, welche Aufträge man der Verwaltung überhaupt erteilen soll, damit im Endeffekt nicht bloss für den Papierkorb gearbeitet wird. Aber natürlich darf der Rat ein Gesetz in Auftrag geben, das Personal arbeiten lassen, die Gemeinden und Parteien zur Vernehmlassung einladen lassen – und danach nicht darauf eintreten und nicht darüber diskutieren. Die Mitglieder der Regierung kennen das, sie waren ja fast alle auch einmal im Kantonsrat.
Trotzdem: Der Regierungsrat steht hinter dem Auftrag des Kantonsrats. Zum einen ist der Holzbau gegenüber der Massivbauweise tatsächlich stark untervertreten; zum anderen besteht beim Holzbau aus einheimischem Holz noch Potenzial, das ausgeschöpft werden kann und aus ökologischen Gründen ausgeschöpft werden sollte. Die Erhaltung von zahlreichen Arbeitsplätzen im Kanton Zug im Zusammenhang mit der Holzwirtschaft, der Beitrag des Energieträgers Holz an den Umwelt- und Klimaschutz sowie die Erzielung eines geringeren Energieaufwands durch kürzere Bezugswege sind einige wichtige Vorteile, die durch die Holzförderung erreicht werden können und sollen. Zu verweisen ist auf das Votum von Heini Schmid, der eigentlich alles gesagt hat. Es gilt dazu beizutragen, dass der Zuger Wald gesund bleibt als Schutz vor Naturgefahren, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, als Freizeit- und Erlebnisraum für alle, als prägendes Landschaftselement und nicht zuletzt als Trinkwasserlieferant.
Der Kanton Zug wählt mit der vorliegenden Vorlage keinen Alleingang. Die SVP setzt sich mit Nationalrat Erich von Siebenthal auf Bundesebene seit Jahren erfolgreich für dasselbe Anliegen ein. Der vom Kommissionspräsidenten bereits erwähnte Pirmin Jung, ein ausgewiesener Fachmann für Holzbau und notabene Präsident der CVP Kanton Luzern, hat in der vorberatenden Kommission die Umsetzung der Holzförderung im Kanton Luzern erläutert.
Pirmin Frei hat moniert, dass die Gemeinden nicht hinter der Vorlage stünden. Tatsache ist, dass Walchwil, Menzingen, Neuheim, Oberägeri und Risch der Vorlage vorbehaltlos zugestimmt haben; die Anregungen anderer Gemeinden hat der Regierungsrat zu einem grossen Teil in die Vorlage eingebaut. Zum Vorwurf, die Regierung behaupte fälschlicherweise, die Gesetzesänderung ziehe keine Mehrkosten nach sich, hält die Direktorin des Innern fest, dass der Regierungsrat diesbezüglich genügend sensibilisiert sei. Es wurde ihm bestätigt, dass es keine Mehrkosten zur Folge habe, wenn man die Holzbauweise von Beginn an einbeziehe. Die Förderung kann im Übrigen sehr unterschiedlich erfolgen. Natürlich könnte man mit aufwendigen und teuren Hochglanzbroschüren arbeiten, das würde die Regierung aber nicht zulassen. Man kann auch im direkten Kontakt mit den Gemeinden und Bauherrschaften immer wieder auf die Möglichkeit, mit einheimischem Holz zu bauen, aufmerksam machen.
Der Regierungsrat ersucht den Rat, auf die von ihm selbst in Auftrag gegebene Vorlage einzutreten. Im Rahmen der Detailberatung kann der Rat dann allfällige Bedenken formulieren und noch die eine oder andere Änderung vornehmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat beschliesst mit 41 zu 34 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 20$^{bis}$ Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Änderung beantragt: «Der Kanton fördert ~~nach Möglichkeit~~ die Verwendung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff ~~sowie als Energieträger~~.»

**Beni Riedi** hat bereits in der Eintretensdebatte erklärt, dass Abs. 1 zur unkontrollierbaren, willkürlichen Bevorteilung einer einzelnen Bauweise führt. Er stellt im Namen der SVP-Fraktion deshalb den **Antrag,** den gesamten Abs. 1 zu streichen. Grundsätzlich bevorzugt die SVP die Formulierung der Regierung. Der Votant stellt in seinem eigenen Namen für den Fall, dass Abs. 1 nicht gestrichen wird, den **Eventualantrag,** die Wendung «sowie als Energieträger» auf jeden Fall zu streichen.

**Alice Landtwing** teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion den **Antrag** stellt, Abs. 1 zu streichen. Für die FDP liegt es im Interesse jedes einzelnen Waldbesitzers, seine Wälder gut zu bewirtschaften, um das Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger nutzen zu können. Zudem will die FDP nicht einzelne Baustoffe mittels Gesetz speziell fördern.

**Mariann Hess** hat in ihrem Eintretensvotum bereits ausgeführt, warum für die ALG die Nutzung von Holz als Energieträger wichtig ist. Die ALG-Fraktion stellt aus den dargelegten Gründen den **Antrag** auf folgende Formulierung von § 20$^{bis}$ Abs. 1: «Der Kanton und die Gemeinden fördern die Verwendung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger.»

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der nun folgenden Abstimmung der Antrag der vorberatenden Kommission demjenigen der ALG-Fraktion gegenübergestellt wird.

**Alois Gössi** wirft ein, dass die Anträge zuerst bereinigt werden müssen. So ist darüber zu befinden, ob die Gemeinden gemäss Antrag der ALG ebenfalls erwähnt werden sollen oder nicht.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat lehnt es mit 49 zu 21 Stimmen ab, die Ergänzung «und die Gemeinden» in den Erlasstext einzufügen.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt es mit 39 zu 34 Stimmen ab, die Wendung «sowie als Energieträger» in den Erlasstext aufzunehmen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat beschliesst mit 46 zu 28 Stimmen, Abs. 1 zu streichen.

*§ 20$^{bis}$ Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Änderung beantragt: «Bei der Projektierung von kantonalen und kommunalen sowie vom Kanton oder den Gemeinden mehrheitlich subventionierten Bauten ist die Holzbauweise und die Nutzung der Holzenergie *von Beginn an* in die Evaluation einzubeziehen. Dabei sind auch ökologische Kriterien zu gewichten.»

**Beni Riedi** hält fest, dass mit dem letzten Satz von Abs. 2 ausgeführt wird, dass die Unterstützung auch nach ökologischen Kriterien zu gewichten sei. Die explizite Erwähnung eines einzelnen Gewichtungskriteriums führt dazu, dass dieses gegenüber anderen Kriterien, etwa Ökonomie, Architektur oder Witterungsbeständigkeit, bevorzugt behandelt wird. Die SVP-Fraktion lehnt diese Ungleichbehandlung ab. Es sollen alle Kriterien je nach Projektierung gleichberechtigt einfliessen. Der Votant stellt deshalb im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** den letzten Satz von Abs. 2 zu streichen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, erinnert daran, dass dieser Zusatz vom Kantonsrat in Auftrag gegeben wurde. Und gemäss Auskunft des Bundes kann man in einer Ausschreibung nicht schreiben, dass Schweizer oder Zuger Holz bevorzugt werde. Mit dem Begriff «ökologische Kriterien» aber lassen sich kurze Wege mitberücksichtigen, so dass dann wirklich Holz aus Schweizer oder Zuger Wäldern zum Zug kommen kann. Es ist deshalb sinnvoll, diesen Zusatz im Gesetz zu belassen.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat lehnt die Streichung des letzten Satzes von Abs. 2 mit 48 zu 25 Stimmen ab.

**Teil II und III**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Für **Philip C. Brunner** ist unklar, welche Version von § 20$^{bis}$ Abs. 2 nun gilt. Zwar bleiben die ökologischen Kriterien im Erlass drin, aber gilt nun die Formulierung der Regierung oder diejenige der vorberatenden Kommission?

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung dem Antrag der vorberatenden Kommission angeschlossen hat.

**Beni Riedi** möchte einen **Rückkommensantrag** stellen. Die SVP-Fraktion wollte grundsätzlich nämlich die Version des Regierungsrats unterstützen, dies unter Streichung des letzten Satzes. Der Votant hat bei seinem Streichungsantrag nicht

explizit erwähnt, dass die SVP eigentlich von der Version des Regierungsrats ausging. Es müsste demnach – falls der Rat das Rückkommen gutheisst – auch der Antrag des Regierungsrats noch zur Abstimmung kommen.

Für **Manuel Brandenberg** wurde bei der Verhandlungsführung ein Fehler gemacht: Es wurde dem Rat nicht mitgeteilt, dass sich die Regierung dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst. Insofern ist auch kein Rückkommen notwendig. Es soll einfach noch die Frage geklärt werden, welche Version nun gilt: die ursprüngliche Fassung der Regierung oder der Antrag der Kommission?

Der **Vorsitzende** hält – nach kurzer Diskussion auf dem «Bock» – fest, dass die zwei Versionen bis auf einen einzigen Punkt identisch sind: Die vorberatende Kommission hat den regierungsrätlichen Antrag um die Wendung «von Beginn an» erweitert. Der Vorsitzende wiederholt, dass sich die Regierung diesem Antrag angeschlossen hat.

Für **Heini Schmid** geht es hier verfahrenstechnisch um die grundsätzliche Frage, ob der Vorsitzende dem Rat vor jeder Abstimmung mitteilen müsse, dass sich der Regierungsrat einem bestimmten Antrag anschliesse. Das ist nach Meinung des Votanten nicht nötig. Bei Unklarheiten kann sich jedes Ratsmitglied danach erkundigen, was – wie in diesem Fall – mit dem ursprünglichen Antrag der Regierung passiert sei. Dass hier aus einem Versehen heraus keine Abstimmung durchgeführt wurde, darf keine präjudizierende Wirkung haben. Der Rat soll einfach aufmerksam sein, und wenn jemand mit dem Abstimmungsvorschlag des Vorsitzenden nicht einverstanden ist, muss er bzw. sie reagieren. Es ist aber nicht Aufgabe des Vorsitzenden, dem Rat wie in einem Kindergarten das Abstimmungsprozedere von A bis Z zu erklären.

Für **Manuel Brandenberg** waren die Worte von Heini Schmid nur Schaumschlägerei. Es geht hier um eine Vorlage mit verschiedenen Anträgen. Wie soll der Rat denn wissen können, dass sich die Regierung der Kommission anschliesst und damit ein Antrag wegfällt? Es ist doch genau die Aufgabe des Ratspräsidenten, die vorliegenden Anträge zur Abstimmung zu bringen bzw. den Rat darüber zu informieren, wenn ein Antrag zurückgezogen wurde. Man kann ja nicht alle achtzig Ratsmitglieder zu Präsidenten machen, das wäre doch etwas anarchisch.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass noch der ursprüngliche Antrag des Regierungsrats zu § $20^{bis}$ Abs. 2 demjenigen der vorberatenden Kommission gegenübergestellt wird. Letzterer enthält zusätzlich die Wendung «von Beginn an», und die Regierung schliesst sich ihm an.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat genehmigt mit 45 zu 27 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission, dem sich nachträglich auch die Regierung angeschlossen hat.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

TRAKTANDUM 8

726 **Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven**

Vorlagen: 1992.1 - 13613 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1992.2 - 13614 (Antrag des Regierungsrats); 1992.3 - 13648 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 1992.4 - 13674 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat); 1992.5 - 13691 (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Mai 2011); 1992.6/6a - 15338 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1992.7 - 15360 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko ist aufgrund eines Hinweises der Finanzkontrolle insbesondere der Frage nachgegangen ist, ob es einen neuen Rahmenkredit brauche. Die Kommission hat sich in die Materialien vertieft und ist zur Überzeugung gelangt, dass es keinen neuen Rahmenbeschluss braucht – und dass es eigentlich auch in der Vergangenheit keinen gebraucht hätte. Beim Kauf von Landreserven handelt es sich nicht um eigentliche Ausgaben, sondern um Finanzanlagen. Gemäss § 35 Abs. 2 Bst. b des Finanzhaushaltgesetzes müssen Geschäfte über 500‘000 Franken vor dem Abschluss der Stawiko bekanntgegeben werden. Dabei ist die Stawiko anzuhören, sie hat also ein Vetorecht. Für Beträge über 5 Millionen Franken bedarf es eines Beschlusses des Kantonsrats. Deshalb und weil die Stawiko der Ansicht ist, dass ein Rahmenkredit keinen Mehrwert bietet und zudem der administrative Aufwand unnötig ist, wurde ein Antrag auf einen neuen Rahmenkredit in der Stawiko abgelehnt. Die Stawiko beantragt einstimmig, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er ist materiell mit den Ausführungen der Stawiko einig: Es braucht keinen neuen Rahmenkredit, um dem Regierungsrat Landerwerb zu ermöglichen. Bis 500‘000 Franken kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz entscheiden, zwischen 500‘000 und 5 Millionen Franken ist die Stawiko anzuhören, und über 5 Millionen Franken braucht es einen einfachen Beschluss des Kantonsrats. Die Stawiko schrieb in ihrem Bericht aber noch Folgendes: «Durch die Einschränkung, dass bei Geschäften über 500'000 Franken die Stawiko anzuhören ist, sind auch die Information der Legislative und die Transparenz sichergestellt.» Dem muss der Votant klar widersprechen. Die Legislative ist hier in keiner Art und Weise informiert, und es herrscht keinerlei Transparenz. Informiert sind nur die Mitglieder der Stawiko, also sieben von achtzig Kantonsrätinnen und -räten, und nur für sie besteht Transparenz; dazu kommen allenfalls die Fraktionschefs, welche die Protokolle der Stawiko-Sitzungen zur vertraulichen Information ebenfalls erhalten. Der Votant möchte deshalb von der Stawiko-Präsidentin wissen, wie sie künftig bei solchen Geschäften die Information und die Transparenz für die Legislative sicherstellen will, wie es im Bericht der Stawiko erwähnt wird. Und die Legislative bedeutet hier für den Votanten alle achtzig Kantonsrätinnen und -räte, nicht nur die sieben Mitglieder der Staatswirtschaftskommission.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung stillschweigend.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt. Die Finanzdirektion wird den Geschäftsbericht entsprechend nachführen.

TRAKTANDUM 9

727 **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse 381, Abschnitt Nidfuren–Schmittli einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens, Gemeinden Menzingen und Baar**

Vorlagen: 2635.1/1a/1b/1c/1d - 15185 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2635.2 - 15186 (Antrag des Regierungsrats); 2635.3 - 15334 (Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer); 2635.4 - 15339 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Gander,** Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer, teilt mit, dass die Kommission – wie ihrem Bericht zu entnehmen ist – das Projekt, die Notwendigkeit und die Kosten eingehend besprochen hat. Er beschränkt sich auf vier Punkte: beidseitiger Radstreifen, Knoten Schmittli, Bauzeit und Kosten.

• Beidseitiger Radstreifen: Die Kommission diskutierte eingehend über die Notwendigkeit eines beidseitigen Radstreifens bzw. darüber, ob ein einseitiger, bergwärts führender Radstreifen nicht auch genügen würde. Dabei gilt es festzuhalten, dass es zwischen dem Schmittli und Nidfuren auch kleinere Gegensteigungen gibt. Dadurch verlieren talwärts fahrende Radfahrer an Geschwindigkeit, was Automobilisten zum Überholen veranlasst. Durch den Verzicht auf den talwärts führenden Radstreifen könnten Kosten von ca. 2,5 Millionen Franken eingespart werden. Davon müssten die Kosten für die Neuplanung abgezogen werden, und das Projekt müsste neu aufgelegt werden. Auf die Fundation und die Kunstbauten hätte dieser Verzicht nur wenig Einfluss. Letztendlich stellte die Kommission fest, dass das vorliegende Projekt mit zwei Radstreifen die bessere Lösung ist. Die Kommission stimmte ihr mit 7 zu 5 Stimmen ohne Enthaltung zu.

• Knoten Schmittli: Auch über diesen Punkt wurde in der Kommission ausführlich diskutiert. Wie gehört, wurden sechs verschiedene Varianten studiert, darunter auch zwei mit einer Kreisellösung. Es gilt jedoch festzuhalten, dass die Kantonsstrasse 381 eine schweizerische Hauptverbindungsachse und die Hauptverbindung von Zug ins Ägerital ist. Sie muss daher als übergeordnete Strasse priorisiert werden. Mit einer Kreisellösung würde diese Hierarchie aufgehoben und der Verkehrsfluss auf dieser Hauptverkehrsachse massiv eingeschränkt, was zu Staus und Behinderungen führen könnte. Dieser Umstand und die Tatsache, dass eine Kreisellösung mehr Platz beanspruchen und mehr kosten würde, führten dazu, dass die Kommission ohne weitere Zweifel dem Antrag der Regierung folgte: Es wurde in der Kommission kein anderslautender Antrag gestellt.

• Bauzeit und Sperrung: Die Kommission erachtet die Sperrung des Strassenabschnitts während der Bauzeit als die beste Lösung. Dabei wird der Verkehr bergwärts über Allenwinden und talwärts über Edlibach geführt. Durch die Vollsperrung kann die Bauzeit reduziert werden, zugegebenermassen mit Nachteilen für Allenwinden und Edlibach. Die Kommission liess sich ausführlich über die Auswirkungen und die Anpassungen auf der Umleitungsroute informieren. Mehr dazu findet sich im Kommissionsbericht unter Kapitel c auf Seite 4 und 5.

• Kosten: Der ursprüngliche Objektkredit belief sich auf 44 Millionen Franken, er wurde bereits um 4 Millionen Franken auf 40 Millionen Franken gekürzt. Das Gelände zwischen Nidfuren und Schmittli ist geologisch anspruchsvoll. Dennoch wurde in der Kommission der Antrag gestellt, die Reserve zu kürzen, was die Mehrheit der Kommission aus fachlichen Gründen jedoch ablehnte. Letztendlich stimmte die

Kommission dem Projekt und dem beantragten Objektkredit mit 10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.
Mit Blick auf die hängige Petition könnte sich der Votant persönlich dem Vorschlag von Kurt Balmer anschliessen, für die Vorlage eine zweite Lesung durchzuführen. Die Kommission für Tiefbau und Gewässer würde auf die zweite Lesung hin nochmals einen Bericht vorlegen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass sich die Stawiko auftragsgemäss insbesondere den finanziellen Aspekten der Vorlage gewidmet hat. Zu Detailfragen konnten ihr der an ihrer Sitzung anwesende Baudirektor sowie der eingeladene Kantonsingenieur Red und Antwort stehen. Auch die Stawiko ist nicht um die *pieces de résistance* dieser Vorlage herumgekommen.
Das Wichtigste vorweg: Die Stawiko beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Sie hat auf Seite 2 ihres Berichts die Finanzierung der Sanierung aufgezeigt: 35,9 Millionen Franken gehen zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau, und 4,1 Millionen Franken belasten die Staatskasse. Die Sanierung wird also weitgehend mit zweckgebundenen Geldern durch die Verkehrsteilnehmer finanziert, der Radstreifen und die Bushaltestellen gehen zulasten des Kantons. Zur Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassenbau hat sich die Stawiko in ihrem Bericht zum Geschäft 2640 (Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse Margel–Talacher) fundiert geäussert. Per Ende 2015 betrug diese satte 232,4 Millionen Franken. Die Prognosen zeigen für die nächsten fünfzehn Jahre eine gesicherte Finanzierung sämtlicher heute bekannter Strassenbauprojekte. Die Kosten dieser Projekte belasten die Laufende Rechnung nicht oder nur marginal. In der Staatsrechnung werden die Investitionen zu 100 Prozent abgeschrieben und gleichzeitig auf der Ertragsseite durch die Entnahme aus der Spezialfinanzierung kompensiert. Ferner hat die Stawiko die Kostenaufteilung auf die verschiedenen Nutzer der Strasse untersucht. Mit dem jetzt vorliegenden, geänderten Vorschlag der Baudirektion bzw. des Regierungsrats ist sie einverstanden.
Das Strassenbauprojekt als solches war in der Stawiko unbestritten. Die Stawiko anerkennt den dringenden Sanierungsbedarf. Wiederholt hat man in der Vergangenheit vernommen, dass verschiedene Stellen dieser Strasse auf dem Sterbebett liegen. Die Stawiko will auf keinen Fall, dass die Hauptverkehrsader ins Ägerital durch ein (Natur-)Ereignis unterbrochen wird. Es handelt sich um schwieriges Gelände mit viel Wasser. Allein die Kanalisation und Entwässerungsleitungen sind mit rund 6,2 Millionen Franken veranschlagt. Die Stawiko hat zur Kenntnis genommen, dass der Objektkredit durch die Regierung bereits um 4 Millionen gekürzt wurde. Da diese Kürzung Anpassungen bei der Planung auslöst, das Gelände schwierig ist und das Projekt überzeugt hat, hat die Stawiko von einer weiteren Kürzung Abstand genommen.
Das Thema Kreisel Schmittli wurde in der Stawiko ebenfalls diskutiert. Die Mehrkosten für einen Kreisel stehen ihrer Meinung nach dem Nutzen in keiner Weise gegenüber. Weitere Argumente hat bereits der Vorredner ausgeführt.
Ein Antrag auf Kürzung des Objektkredits um 2,5 Millionen auf 37,5 Millionen Franken durch Streichung des talwärts führenden Radstreifens hatte in der Stawiko keine Chance. Die Mehrheit war der Ansicht, dass hier wahrlich am falschen Ort gespart würde. Die Strasse muss für die nächsten siebzig bis achtzig Jahre geplant und gebaut werden. Und wenn es auch nur vierzig bis fünfzig Jahre wären, erachtet es die Stawiko aus Gründen der Verkehrssicherheit, der steigenden Mobilität und des Bevölkerungswachstums als opportun, eine leistungsfähige, breite und übersichtliche Strasse zu bauen. In diesem Sinne bittet die Votantin, dem Antrag der Stawiko Folge zu leisten.

**Susanne Giger** teilt mit, dass die ALG-Fraktion der Vorlage unter der Voraussetzung zustimmen kann, dass der geplante Radstreifen tatsächlich beidseitig geführt wird. Nur die Realisierung auf beiden Strassenseiten dient wirklich der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Dass eine weitere Lücke in der Radstrecke Nr. 8 (Zug–Unterägeri–Oberägeri–Sattel) geschlossen wird, ist sehr gut.
Der Ersatz der über hundertjährigen Brügglitobelbrücke, die sich trotz diverser Sanierungen in einem desolaten Zustand befindet, ist nachvollziehbar. Grundsätzlich begrüsst die ALG den Ersatz des sanierungsbedürftigen Strassenkörpers, was die Verkehrssicherheit angeht. Allerdings besteht auch die Gefahr, dass diese wieder abnimmt, wenn die optimierte Strasse dazu führt, dass schneller gefahren wird und der Verkehr generell zunimmt. Die ALG begrüsst auch die verstärkten Massnahmen im Bereich Grundwasserschutz und dass bei den Gewässern auf einen naturnahen Ausbau geachtet wird. Sie bezweifelt aber, dass die beschlossenen Massnahmen zum Schutz der Amphibien und Wildtiere einerseits und zum Schutz der Verkehrssteilnehmenden vor Tierunfällen anderseits genügen, und erwartet, dass die Wildtierwarnanlagen bei der Sanierung installiert werden.
Die Diskussion um einen Kreisel bei der Kreuzung Schmittli kann die ALG nachvollziehen. Sie ist aber grossmehrheitlich der Meinung, dass vor allem eine Verlagerung der Tempolimite, d. h. Tempo 50 bereits ab Schmittli und nicht erst ab der Bushaltestelle Neuägeri, die schwierige Verkehrssituation wesentlich entschärfen würde.

**Rupan Sivaganesan** spricht für die SP-Fraktion. Dass die Brügglitobelbrücke ersetzt werden muss, steht für die SP ausser Frage. Auch die zusätzliche Sanierung des Strassenabschnitts zwischen Nidfuren und Schmittli muss ausgeführt werden. Die SP ist klar der Ansicht, dass es zwei Radstreifen braucht. Wenn man diese längst fällige Sanierung schon in Angriff nimmt, sollte man langfristig denken. Die Gemeinden des Ägeritals sind im stetigen Wachstum begriffen. Mit der vollumfänglichen Sanierung und dem Erstellen von zwei Radstreifen trägt man diesem Umstand Rechnung und kann den Radfahrerinnen und Radfahrern – so ist zu hoffen – die nötige Sicherheit auch noch in fünfzig Jahren gewährleisten.
Die ALG hat über einen allfälligen Kreisel im Schmittli ausführlich diskutiert. Wie gehört, haben über 700 Personen die entsprechende Petition unterzeichnet, weshalb es die ALG begrüsst, wenn der Kantonsrat in einer zweiten Lesung nochmals über diese Frage befinden kann.

Als Sprecherin der CVP-Fraktion hält **Monika Barmet** fest: Endlich ist es soweit! Der Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse Nidfuren–Schmittli einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens hat schon seit mehreren Jahren viele Personen auch aus der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden beschäftigt. Es wurden verschiedene Varianten diskutiert, und schlussendlich liegt nun der Antrag des Regierungsrats zur Beratung vor. Auch wenn es sich um einen Strassenabschnitt von nur 2400 Meter Länge handelt, geht es doch um eine äusserst komplexe und umfassende Sanierung mit verschiedenen Projektzielen in einem anspruchsvollen Gelände. Sie dient vor allem der Sicherheit von verschiedenen Verkehrsteilnehmern: vom Autofahrer zum Velofahrer, aber auch zum Busbenutzer.
Eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion stimmt dem Kantonsratsbeschluss zu und unterstützt auch den beidseitigen Radstreifen. In der Fraktion wurde die Frage nach dem «Zuger Finish» bei diesem Projekt gestellt; vielleicht kann der Baudirektor dazu noch Ausführungen machen. Eine grosse Herausforderung wird die Verkehrsführung während der Bauzeit infolge der Vollsperrung des Streckenabschnitts Nidfuren–Schmittli sein. Sie wird den Bewohnerinnen und Bewohnern von Allenwinden,

des Ägeritals und von Edlibach/Menzingen Sorgen bereiten und sie Nerven kosten. Auch die Votantin gehört dazu. Sie bittet den Baudirektor, darauf ein besonderes Augenmerk zu legen und die Strecken vor allem im Winter genau zu überwachen. Es kann nicht sein, dass einzelne Dorfteile entlastet und andere als Folge davon überlastet werden.
Über einen allfälligen Kreisel im Schmittli hat auch die CVP-Fraktion diskutiert. Eine Mehrheit lehnt ihn zum jetzigen Zeitpunkt ab. Persönlich unterstützt die Votantin den Vorschlag von Kurt Balmer, eine zweite Lesung durchzuführen. So kann der Rat dem Anliegen der Petitionäre und Petitionärinnen Beachtung schenken, die Frage nochmals prüfen und dann einen definitiven Entscheid fällen. Die Votantin erwartet beispielsweise eine konkrete Stellungnahme der betroffenen Gemeinden Menzingen, Baar, Oberägeri und Unterägeri. Bereits festhalten kann sie, dass ein Kreisel im Schmittli nicht nur Vorteile hätte. Abschliessend empfiehlt die Votantin im Namen der CVP-Fraktion, der Vorlage zuzustimmen.

**Markus Hürlimann** teilt mit, dass für die SVP-Fraktion Eintreten unbestritten ist. Allerdings gibt es aus deren Sicht noch verschiedene Punkte zu bemängeln. Er wird deshalb in der Detailberatung verschiedene Anträge stellen und die Haltung der SVP ausführlich darlegen.

**Peter Letter** ist als Sprecher der FDP-Fraktion froh, dass der Rat die Debatte zum Kredit für die Sanierung und den Ausbau der Hauptverkehrsverbindung ins Ägerital heute doch noch führen kann. Seine Interessenbindung: Er kommt aus Oberägeri und nutzt die besagte Strasse regelmässig mit Auto, Velo und Bus.
Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr gemäss Antrag des Regierungsrats und der beiden Kommissionen einstimmig zu. Zwar hat die SVP-Fraktion ihre Stellungnahme auf später verschoben, Der Votant hat aber den Eindruck, dass die Notwendigkeit der Sanierung und des Ausbaus der Haupterschliessungsstrasse von Zug ins Ägerital unbestritten ist. Die Anwesenheit des Gemeindepräsidenten von Oberägeri, Pius Meier, im Kantonsratssaal zeigt, wie wichtig dieses Projekt für das Ägerital ist.
Der Präsident der Tiefbaukommission hat ausgeführt, wie schlecht der Zustand der Strasse ist. Die hohen Investitionskosten von 40 Millionen Franken ergeben sich zu einem grossen Teil aufgrund der schwierigen geologischen Verhältnisse. Es wird hier nicht ein Luxusbau realisiert, sondern endlich eine überfällige Sanierung vorgenommen. Die FDP wird Kürzungsanträge deshalb ablehnen.
Die Vollsperrung während der Bauphase und das Verkehrsregime mit Umleitung im Grosskreisel – einerseits über Allenwinden, andererseits über Cholrain–Edlibach – scheint die praktikabelste Lösung zu sein. Durch die Vollsperrung ist die Bauzeit kürzer, und sie verhindert jahrelange Blinklicht-Staus. Wer in den letzten Jahren öfters ins Ägerital gefahren ist, weiss, dass eine einspurige Verkehrsführung zu Staus führt, gibt es doch keine Umfahrungsmöglichkeit. Dass nicht der gesamte Verkehr im Gegenverkehr über Allenwinden geführt wird, ist ein politisches Zugeständnis an die Bewohner von Allenwinden, das der Votant unterstützt. Der Knoten Edlibach wird eine Herausforderung. Mit den geplanten Massnahmen – zusätzliche Spur, Blinklicht, zeitweise Verkehrsdienst – sollte man das überleben können.
Zur Kreuzung Schmittli: In der Tiefbaukommission wurde die Thematik «Mit oder ohne Kreisel» genau analysiert. Die sechs vorgelegten Varianten wurden eingehend besprochen. Nach der Diskussion gab es keinen Antrag für einen Kreisel. Offensichtlich waren also alle überzeugt, dass die Lösung ohne Kreisel besser ist. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Kreuzung auch ohne Kreisel massiv umgebaut wird: bessere Einmündungswinkel, multifunktionaler Mittelstreifen und

Inseln. Dadurch werden die Übersichtlichkeit, die Sicherheit und der Verkehrsfluss im Vergleich zur heutigen, unbefriedigenden Lösung massiv verbessert, zum Vorteil für Fussgänger, Velos, Autos und Busse. Ein Kreisel im Schmittli käme einer reinen Verkehrsschikane für den zahlenmässig viel grösseren Durchgangsverkehr Zug–Ägeri gleich, denn weit über 90 Prozent des Verkehrs folgen der Hauptachse; die Einmündungen von Allenwinden bzw. vom Cholrain her sind weit weniger befahren. Im Gegensatz dazu ist ein Kreisel für die Kreuzung Nidfuren sinnvoll. Dort folgen rund 68 Prozent des Verkehrs der Achse von bzw. nach Ägeri und 32 Prozent derjenigen von bzw. nach Menzingen. Im Weiteren wäre ein Kreisel im Schmittli rund 1 Million Franken teurer und würde mehr Land erfordern, ohne den notwendigen Mehrnutzen. Im Variantenvergleich der Baudirektion steht: «Kein Kreisel bedeutet: 1. Qualitätsstufe A für die Verkehrsströme Hauptachse Zug–Ägeri, Qualitätsstufe B für die Verkehrsströme Anschlüsse Edlibach und Allenwinden; 2. Busfahrzeit gleichbleibend. Ein Kreisel bedeutet: 1. Qualitätsstufe B für die Verkehrsströme aller Anschlüsse (auch Hauptachse); 2. längere Busfahrzeit infolge Kreisel.» Die 15'000 Bewohner von Ägeri verdienen auf ihrer Hauptverkehrsachse die Qualitätsstufe A im Verkehrsfluss. Allenwinden ist primär nach Zug und Baar ausgerichtet, und dessen Einfahrt beim Schmittli ist massiv weniger bedeutend.
Die Petitionäre haben sich engagiert und recht viele Unterschriften gesammelt. Die meisten sind aus Allenwinden und Baar, einige auch aus dem Ägerital. Realistisch betrachtet, haben viele der Unterzeichner wohl unterschrieben, ohne genaue Kenntnis vom jetzt ausgearbeiteten Projekt mit Verbesserungen der Kreuzung zu haben. Den Unterzeichnern ist der Aspekt der Sicherheit und Übersichtlichkeit wichtig. Dieses Anliegen wird jedoch auch mit dem Umbau ohne Kreisel erfüllt.
Zu den Radstreifen: Die Strasse talwärts weist – wie gehört – auch leichte Gegensteigungen auf. Die Velos werden also nicht durchgehend schnell fahren, dies im Unterschied zum Abschnitt Talacher–Margel. Einen oder gar beide Radstreifen zu streichen, wäre deshalb unvernünftig. Man würde damit nicht nur das Velofahren erschweren, sondern auch die Autofahrer behindern. Ein Lastwagen könnte einen Velofahrer nämlich schlicht nicht überholen.
Dass die Strecke Nidfuren–Schmittli bald saniert wird, ist zentral. Eine neue Planung – nur ein Radstreifen, Kreisel statt Knoten – und die entsprechende Neuauflage des Projekts würde eine Verzögerung um ein bis zwei Jahre bedeuten. Das wäre ein Affront gegenüber dem Ägerital. Es wurden verschiedene Varianten geprüft, und es gab ein ausführliches Mitwirkungsverfahren. Das nun vorliegende Projekt ist gut, auch nach Ansicht der vorberatenden Kommissionen. Auch der Kantonsrat kann ihm mit gutem Gewissen zustimmen. Die FDP-Fraktion stimmt dem Ausbau der wichtigsten Verkehrsachse von Zug nach Ägeri mit beidseitigen Radstreifen zu.

Auch für **Nicole Imfeld** ist der Sanierungsbedarf für die Kantonsstrasse im Abschnitt Nidfuren–Schmittli unbestritten. Bei der Planung wurden zahlreiche Varianten geprüft, und die aktuelle Vorlage stellt die Bestvariante dar.
Die Grünliberalen werden einen allfälligen Antrag zur Streichung des talseitigen Radstreifens nicht unterstützen. Es handelt sich hierbei um eine Vervollständigung des kantonalen Radroutennetzes gemäss gültigem kantonalem Richtplan. Auch macht es keinen Sinn, eine derart umfassende Sanierung vorzunehmen, ohne an die Zukunft zu denken. Natürlich kennt niemand die Zukunft genau, aber ein verändertes Mobilitätsverhalten, mehr E-Bikes etc. sind durchaus realistisch
Ebenso einleuchtend sind für die GLP die Argumente gegen einen Kreisel Schmittli. Verkehrsplanerisch ist ein Kreisel an einer Kreuzung mit völlig unterschiedlich belasteten Achsen wenig sinnvoll. Die vorgeschlagene Lösung wird funktionieren, unter Verbesserung der Sicherheit. Und die mit einer Rückweisung des Projekts

verbundenen Mehrkosten und Zeitverzögerungen bei der Umsetzung eines Kreisels stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zum angeblichen, aber nicht erwiesenen Mehrnutzen. Die Grünliberalen sind für Eintreten auf die Vorlage.

**Mariann Hess** stellt den **Antrag,** auf der Strecke Nidfuren–Schmittli von Anfang an eine Wildwarnanlage zu erstellen. Die Rohre dafür werden bei der Sanierung bereits verlegt. Die fragliche Strecke wird von zwei Wildtierkorridoren gekreuzt. Allein im Herbst 2014 gab es zwischen Nidfuren und dem Wald südlich davon 17 Unfälle mit Rehen; auch Dachse, Füchse und Steinmarder sind oft Opfer. Aus diesem Grund wurde bei der Planung eine Expertin beigezogen. Sie untersuchte die Kleinsäugerdurchgänge, welche nun entsprechend aufgewertet werden. Die Expertin betonte aber auch die Notwendigkeit einer Wildwarnanlage. Es sei wichtig, diese von Anfang an zu installieren, um unnötige Unfälle zu verhindern. Die Installation einer Wildwarnanlage ist ein wichtiger Sicherheitsaspekt. Ein Zusammenstoss mit einem Hirsch von 180 Kilogramm Gewicht bei 80 Stundenkilometer Geschwindigkeit kann auch für den Autofahrer tödlich enden – und die Hirschpopulation im Kanton Zug wächst. Ein weiteres Problem ist nach dem Bericht der Expertin die hohe, kaum unterbrochene Frequentierung der Strasse durch Autos, die ebenfalls weiter zunehmen wird. Die Kosten für eine Wildwarnanlage liegen gemäss einer Grobschätzung bei knapp 150'000 Franken.

**Pirmin Andermatt** legt seine Interessenbindung vor: Er ist Gemeinderat von Baar und als solcher Vorsteher der Abteilung Sicherheit/Werkdienst. Der Gemeinderat Baar hat das Projekt der Sanierung der Kantonsstrasse Nidfuren–Schmittli im Rahmen der Vernehmlassung diskutiert und ihm zugestimmt. Der Votant möchte aber der Aussage von Peter Letter widersprechen, dass Allenwinden hauptsächlich nach Baar und Zug orientiert sei. Mindestens ebenso viele Bewohnerinnen und Bewohner von Allenwinden fahren via Schmittli Richtung Ägeri. Dem Eintreten stimmt der Votant ebenfalls zu.

Baudirektor **Urs Hürlimann** wiederholt, was Monika Barmet gesagt: Endlich ist es soweit. Seit 1995 spricht man über das Projekt der Sanierung der Verbindung ins Ägerital. Sowohl das Projekt Nidfuren–Schmittli als auch das Projekt Margel–Talacher im folgenden Traktandum sind sehr wesentlich im Rahmen der Gesamtverkehrskonzeption des Kantons. Die Grossprojekte Tangente Zug/Baar und die Umfahrung Cham–Hünenberg (UCH) führen in den Talgemeinen zu einer leistungsfähigen Ost-West-Verbindung. Vor wenigen Wochen wurde mit dem Bau der Tangente begonnen, und 2021 soll sie eröffnet werden; sie wird wesentlich zur besseren Verkehrsanbindung des Ägeritals beitragen. In Zusammenhang mit der UCH waren Anfang 2017 noch rund hundert Einsprachen hängig, die nun abgearbeitet und noch im März vom Regierungsrat verabschiedet werden. Die Baudirektion geht davon aus, dass nach der allfälligen Behandlung dieser Einsprachen bei den weiteren Instanzen 2021 mit dem Bau der UCH begonnen werden kann und dieses Bauwerk 2026 fertiggestellt ist. 2007 wurde über dieses Konzept abgestimmt, und 2026 werden diese zwei Hauptelemente des kantonalen Gesamtverkehrskonzepts zur Verfügung stehen. Die Autobahn zwischen Blegi und Rütihof wurde bereits auf sechs Spuren ausgebaut, auch das ein wesentliches Element der Gesamtverkehrsstrategie des Kantons. Die heute nun zur Diskussion stehende Strecke Nidfuren–Schmittli ist ein wichtiger Abschnitt einer leistungsfähigen Verbindung von Zug und Baar ins Ägerital und weiter in den Kanton Schwyz. Sie soll wie der Abschnitt Margel–Talacher aufgewertet werden, um den von der Tangente kommenden Verkehr abnehmen zu können. Bereits erfolgreich realisiert ist die Sanierung einer

weiteren wichtigen Anbindung für die Zuger Berggemeinden, nämlich der Kantonsstrasse Sihlbrugg–Neuheim.
Zwei erheblich erklärte Motionen aus den Jahren 1995 und 2009 fordern eine verbesserte Erschliessung des Ägeritals nicht nur für den motorisierten Verkehr, sondern auch für den Veloverkehr, zudem wurden im Richtplan unter Punkt 9 verschiedene Vorgaben gemacht. Mit der vorliegenden Vorlage werden sowohl die Anliegen der zwei Motionen als auch die Vorgaben des Richtplans dem Kantonsrat als ausgereiftes Projekt zur Beratung unterbreitet. Die Details der Finanzierung hat die Stawiko-Präsidentin dargelegt; die Stawiko hat der Finanzierungsstrategie des Regierungsrats zugestimmt.
Es geht – wie gesagt – um die wichtigste Verbindungsstrasse ins Ägerital. Mit dem vorliegenden Projekt möchte man verschiedene Ziele erreichen: die Sicherheit verbessern, das enorme Grundwasservorkommen mit grösster Sorgfalt behandeln, die Querungsmöglichkeiten für Wildtiere verbessern. Zudem sollen ein beidseitiger Radstreifen erstellt und die Linienführung begradigt werden, und nicht zuletzt muss die Brügglitobelbrücke neu erstellt werden. Diese ist das *piece de résistance:* Sie muss in laufenden Jahr für nochmals rund 500'000 Franken quasi mit Bostitchs zusammengeheftet werden, damit sie noch drei bis maximal fünf Jahre standhält. Wenn dort nicht sofort Massnahme ergriffen werden, muss diese Brücke in absehbarer Zeit gesperrt werden. Das vorliegende Projekt bringt auch erhebliche Erleichterungen für die Schülerinnen und Schüler aus dem Ägerital, welche mit dem ÖV die Kantonsschule Menzingen besuchen, indem die Umsteigesituation massiv verbessert wird.
Das Projekt wurde durch ein Mitwirkungsverfahren intensiv begleitet. Die betroffenen Gemeinden und die Anwohnerinnen und Anwohner wurde über die Verkehrsführung sowie über technische und fachliche Fragen genau informiert, und ihre Anregungen wurden aufgenommen. Der Regierungsrat erachtet diese Sanierung als absolut notwendig, und er bittet den Kantonsrat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Es ist auch daran zu erinnern, dass auf die öffentliche Auflage hin eine einzige Einsprache erfolgte. Sie betraf einen Installationsplatz für die Bauarbeiten, hatte als weder mit dem Radstreifen noch mit der Kreuzung im Schmittli zu tun. Die Vorlage ist ausgereift und wurde bezüglich Bautechnik, Finanzen und auch Ökologie in verschieden Gremien diskutiert. Mit dem Vorwurf, es werde «Zuger Finish» betrieben, wird die Baudirektion wohl noch einige Jahre leben müssen. Aber auch dieses Projekt wurde mehrfach optimiert und gestrafft, um diesem Vorwurf den Boden zu entziehen. Es ist dem Regierungsrat und dem Tiefbauamt bewusst, dass mit dem vom Kantonsrat gesprochenen Geld vorsichtig umgegangen werden muss.
Der Kanton baut hier für die Zukunft. Das Gesamtverkehrskonzept von 2007 ist in wichtigen Teilen umgesetzt, und man muss bereits an die nächste Gesamtverkehrskonzeption denken. 2040 wird der Kanton Zug annähernd 150'000 Einwohner und rund 130'000 Arbeitsplätze haben. Dieses Wachstum erfolgt nicht nur in den Talgemeinden, sondern auch im Berggebiet. Zu beachten ist auch, dass es um einen Eingriff in einem bezüglich Geologie und Quellwasser etc. sehr heiklen Gebiet geht. Da macht es Sinn, einen einzigen Eingriff vorzunehmen und alle künftigen Probleme vorwegzunehmen. Das Schlimmste wäre doch, wenn in vier oder fünf Jahren, wenn die Strecke saniert ist, man zur Einsicht käme, es brauche nun doch zwei Fahrradstreifen. Man müsste dann in diesem heiklen Gebiet wiederum neue Stützmauern bauen etc.
Der Baudirektor nimmt die Anliegen der Petitionäre selbstverständlich ernst; es ist ein demokratisches Recht, eine Petition einzureichen. Alle in der Petition aufgeworfenen Fragen bezüglich Sicherheit, Bevorzugung von Verkehrsachsen etc. wurden

aber bereits in- und auswendig geprüft und abgehandelt. Der Baudirektor wird in der Detailberatung genauer darauf eingehen.
Die Eintretensdebatte lässt vermuten, dass in der Detailberatung wahrscheinlich der beidseitige Radstreifen, der Knoten Schmittli, die Bauzeit und das Verkehrsregime thematisiert werden. Ob es eine zweite Lesung braucht, ist dem Rat überlassen. Aus Sicht des Baudirektors ist es möglich, alle von Seiten der Petitionäre aufgeworfenen Fragen heute zu beantworten. Auch zur beantragten Wildwarnanlage wird er in der Detailberatung Stellung nehmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat die Vorlage – unter Vorbehalt eines anderslautenden Antrags – in nur einer Lesung berät, da er bereits einen Rahmenkredit für die Durchführung des Strassenbauprogramms für Kantonsstrassen bewilligt hat und «nur» einen sogenannt einfachen Kantonsratsbeschluss betreffend die Freigabe eines Objektkredits verabschiedet.

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

**Markus Hürlimann** verfolgt seit vier Jahren das nun vorliegende Projekt, welches überwiegend auf die am 4. November 2009 eingereichte Motion der Kantonsrätinnen Gabriela Ingold und Barbara Strub betreffend Verbesserung der Verkehrssituation von der Lorzentobelbrücke bis nach Morgarten zurückgeht, sehr intensiv. Begründet wurde die Motion damals damit, dass die Verkehrsführung auf diesem Abschnitt sehr prekär sei und der Langsamverkehr den öffentlichen und privaten Verkehr aufhalte. Nun dreht sich das Projekt nur noch um den Teilabschnitt Nidfuren–Schmittli, während der Teilabschnitt Lorzentobelbrücke–Nidfuren zu einem späteren Zeitpunkt folgen wird. Der Votant hat das Projekt nicht aus Interesse an der Tiefbaukunst sehr intensiv verfolgt, sondern mitunter auch mit dem Ziel, den grösstmöglichen Schaden von seinem Wohnort Allenwinden abzuwenden – womit auch seine Interessenbindung deklariert ist. Er spricht hier aber nicht für sich als Privatperson und Kantonsrat oder für eine Interessengruppe, welcher er ohnehin nicht angehört, sondern im Namen der SVP-Fraktion. Diese dankt für das sauber ausgearbeitete und sehr umfassende Projekt. Eine Vollsperrung wird grundsätzlich begrüsst, da dadurch ein vereinfachter Bauablauf, eine Erhöhung der Bauqualität und Sicherheit und auch eine beträchtliche Geld- und Zeitersparnis resultieren. Mit der gewählten Verkehrsführung während der Bauzeit wurde sehr stark auf die Bedürfnisse der Anwohner in Allenwinden Rücksicht genommen, wofür der Votant den anwesenden Mitgliedern des Begleitgremiums sowie dem neuen und dem alten Baudirektor herzlich dankt. Bis es zu dieser Lösung kam, war es ein langer und steiniger Weg.

Das vorliegende Projekt ist – wie es sich für den «Zuger Finish» gehört – gross dimensioniert und lässt in vielerlei Hinsicht keine Wünsche offen. Wer sich an die alte Strecke von Neuheim nach Sihlbrugg erinnert und sie seit der Wiedereröffnung wieder einmal befahren hat, weiss, was der Votant damit meint: Im Kanton Zug ist immer noch alles ein bisschen grösser, umfassender und teurer als in anderen Kantonen. Es ist ein wirklich sehr gutes Projekt, dafür ist es aber auch sehr teuer bzw. nahezu luxuriös, wenn man es denn so realisieren will – und daran lässt die Baudirektion auf jeden Fall keinen Zweifel aufkommen. Da die Planauflage bereits erfolgte, wurden Einsparungsanträge in Millionenhöhe in der Tiefbaukommission als zu kostenintensiv oder als unmöglich abgetan. Änderungsanträge schienen von der Verwaltung nicht gewünscht zu sein. Irgendwie scheint bei diesem Bauprojekt nicht ganz klar zu sein, wer über die Leistungen entscheidet und wer sie dann ausführt. Klar ist einzig, dass dieses Projekt schlussendlich jemand bezahlen wird, auf welche Art und Weise auch immer.

Die SVP-Fraktion sieht im vorliegenden Projekt noch erhebliches Sparpotenzial, angefangen bei den zwei Radstreifen tal- und bergwärts, welche es ihres Erachtens nicht braucht. Wer die Strecke Nidfuren–Schmittli regelmässig befährt, wird selten von Fahrradfahrern aufgehalten. Viele Fahrradfahrer sind nämlich – gerade wegen des Verkehrs zwischen der Lorzentobelbrücke und dem Schmittli – entweder von Baar der Lorze entlang oder vom Moosrank her via Allenwinden bis ins Schmittli und umgekehrt unterwegs. Die Fahrradfahrer von und nach Edlibach bzw. Menzingen fahren in der Regel über die Cholrainstrasse und sind daher auf dieser Strecke auch eher selten anzutreffen. Fahrradzählungen wurden offensichtlich keine durchgeführt, aber man munkelt, es seien täglich zwischen 30 und 50 Fahrradfahrer dort unterwegs, wobei in den Wintermonaten wohl eher seltener Fahrradfahrer auf dieser Strecke verkehren. Ob sich für diese geringe Fahrradfrequenz Mehrkosten in Millionenhöhe rechtfertigen, wagt die SVP zu bezweifeln. Denn ausgerechnet im Abschnitt Schmittli–Nidfuren und umgekehrt kann der Fahrradverkehr sehr gut auf die Ausweichstrecke via Allenwinden ausweichen, und dies ohne grösseren Zeitverlust.

Ein Hauptargument der Befürworter der beiden Radstreifen ist, dass man den privaten und öffentlichen Verkehr vom Langsamverkehr befreien und den Verkehrsfluss verbessern möchte. Für Lastwagen und vor allem für Busse sei es fast unmöglich, Fahrradfahrer zu überholen, weshalb sich hinter diesen Fahrzeugen grosse Kolonnen bilden würden. Bei solchen Behauptungen lohnt es sich, die Fakten genau zu prüfen, bevor man Millioneninvestitionen vornimmt. Auf der bisherigen Strasse stehen pro Fahrbahn 3,75 Meter zur Verfügung. Nach der Sanierung sind es dann nur noch 3 Meter für die Motorfahrzeuge, aber zusätzliche 1,5 Meter für die Fahrräder. Die 30 bis 50 Velos pro Tag bekommen also die Hälfte des Platzes zur Verfügung, welchen die im Jahr 2014 gezählten durchschnittlich 12'000 Motorfahrzeuge pro Tag auf der gleichen Strecke zur Verfügung haben. Ein Verhältnisblödsinn sondergleichen, der von den Strassenverkehrsnormen, denen man sich freiwillig unterwirft, herrührt und welche man schleunigst überdenken sollte, wenn man weiterhin vernünftige und breit getragene Strassenprojekte umsetzen möchte. Auf dem Bild in der Mitte rechts auf Seite 5 des Berichts des Regierungsrats vom 7. Juni 2016 kann man sehen, dass mit der bestehenden Fahrbahnbreite von 3,75 Meter ein Fahrrad von einem Personenwagen gefahrlos und verzögerungsfrei überholt werden. Bei einer Fahrbahnbreite von 3,75 Meter ist neben einem sehr breiten Fahrzeug von beispielsweise 2,20 Meter, was einem grossen Geländefahrzeug entspricht, also immer noch genügend Platz für den Überholvorgang. Zudem darf man nicht vergessen, dass mit der Strassensanierung die Kurven begradigt werden und die Übersicht dadurch stark verbessert wird. Auf der neuen und sehr übersicht-

lichen Strecke wird es noch viel einfacher sein, gefahrlos Fahrradfahrer zu überholen. Selbst ein Lastwagen mit der gesetzlich zulässiger Maximalbreite von 2,55 Meter kann dann einen einzelnen Fahrradfahrer gefahrlos überholen, zumal nicht den ganzen Tag Stossverkehr herrscht und die Chance eher gering ist, in diesem relativ kurzen Abschnitt von 2,4 Kilometer, den man bereits jetzt als Automobilist oder Lastwagenfahrer mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Stundenkilometer in zwei Minuten Fahrt hinter sich bringt, auf einen der 30 bis 50 Fahrradfahrer pro Tag zu treffen,. Noch viel geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass in diesem Abschnitt tatsächlich ein Bus auf einen Fahrradfahrer trifft, da ja nur der Schnellbus der Linie 1 diese Strecke befährt, nämlich an einem Werktag 21 Mal pro Tag von Zug in Richtung Unterägeri und 24 Mal pro Tag in die Gegenrichtung nach Zug. Um ein Vielfaches grösser ist aber die Wahrscheinlichkeit, dass der private und der öffentliche Verkehr auf der unsanierten, rund 5,5 Kilometer langen Strecke Schmittli–Oberägeri ausgebremst wird, denn auch nach dem Ausbau des heute zur Debatte stehenden Teilstücks wird sowohl vom Beginn der Lorzentobelbrücke bis Nidfuren als auch vom Schmittli nach Oberägeri kein Fahrradstreifen zur Verfügung stehen – obwohl zwischen Schmittli und Unterägeri an einem Werktag 86 Busse der Linien 1 und 34 in Richtung Unterägeri und 77 in die Gegenrichtung nach Zug fahren, also ein Vielfaches des Verkehrs zwischen Nidfuren und Schmittli; dazu kommen noch die Fahrradfahrer, welche via Allenwinden oder Lorzentobel unterwegs sind. Die ursprüngliche Idee der Motion, nämlich dass der öffentliche und der private Verkehr von der Lorzentobelbrücke bis Morgarten vom Langsamverkehr entlastet würden, wird somit nicht erfüllt, weshalb man gut auf die Radstreifen auch auf diesem Abschnitt verzichten kann. Zusätzliche geschätzte 5 Millionen Franken und eine verlängerte Bauzeit sind sie der SVP-Fraktion auf jeden Fall nicht wert. Und wenn die Fahrradfahrer dann trotzdem via Lorzentobel und Allenwinden verkehren sollten, was realistischerweise anzunehmen ist, dann lohnen sich die Radstreifen definitiv nicht. Es ist vielmehr eine millionenteure Scheinlösung, welche an den tatsächlichen Verhältnissen vollkommen vorbeizielt.
Es ist klar, dass die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter aus dem Ägerital vermutlich nicht auf Radstreifen verzichten möchten, weil sie glauben, mit dem vorliegenden Projekt einen erheblichen Vorteil für ihre Wählerschaft zu erreichen. Dem ist leider nicht so, so sehr der Votant es den Gemeinden Unter- und Oberägeri gönnen möchte, welche innerhalb ihres Gemeindegebiets bereits mit erheblichem Verkehr belastet sind. Im Gegenteil wird der Verkehrsdruck auf das Ägerital mit dem Ausbau dieses Teilstücks in Verbindung mit der Tangente und der regen Bautätigkeit im Ägerital sogar noch weiter zunehmen. Wenn man also Millionen in die Hand nimmt, dann besser gleich richtig für eine Umfahrung von Unter- und Oberägeri als für solche kleine Luxusprojekte, welche im Endeffekt nicht viel bringen. Durch den Kreisel Nidfuren und die dazugehörenden Busbuchten und Fussgängerstreifen wird der hypothetische Zeitgewinn auf dieser Strecke ohnehin gleich wieder verloren. Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant deshalb den **Antrag,** in § 1 Abs. 1 des vorliegenden Kantonsratsbeschlusses das Satzglied «einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens» zu streichen und den Objektkredit um 5 Millionen Franken zu kürzen. Mit diesem Antrag soll auf die beiden Radstreifen verzichtet werden. Falls dieser Antrag nicht gutgeheissen wird, sollte zumindest auf den Radstreifen in Fahrtrichtung Nidfuren verzichtet werden. Denn in Richtung Nidfuren erreichen Rennvelo- und E-Bike-Fahrern beträchtliche Geschwindigkeiten, und mit den neuen Kurvenradien und der sehr guten Übersichtlichkeit wird ein Überholen gefahrlos möglich sein. Ein zusätzlicher Radstreifen mit Kosten von 2,5 Millionen Franken ist nach Meinung der SVP daher unnötig und übertrieben. Deshalb stellt der Votant im Namen der SVP-Fraktion den **Eventualantrag,** in § 1 Abs. 1 das

Satzglied «einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens» zu streichen und den Objektkredit um 2,5 Millionen Franken zu kürzen.
Obwohl der Objektkredit vom Regierungsrat bereits um 4 Millionen Franken gekürzt wurde, sieht die SVP-Fraktion weiteres Sparpotenzial bei den Projektreserven, also beim Unvorhergesehenen. Ziel bei der Bautätigkeit sollte es sein, bei jedem Projekt exakt zu budgetieren, um eine genaue Kreditfreigabe zu gewährleisten, um nicht zu viel gebundenes Steuergeld anzuhäufen, welches dann nicht für andere Projekte genutzt werden kann. Vorliegend wurde nach Meinung der SVP bereits sehr grosszügig gerechnet. Da die geologisch unruhigen Stellen in den letzten Jahren wegen anderer Ereignisse bereits immer wieder untersucht wurden, sollte man eigentlich doch ziemlich genau abschätzen können, was da auf die Bauingenieure zukommt. Es handelt sich vorliegend ja nicht um ein Geothermieprojekt, sondern im Vergleich dazu um ein Kratzen an der Oberfläche. Eine Projektreserve von immer noch über 3 Millionen Franken bzw. 8 Prozent sind für die SVP zu hoch. Der Votant stellt im Namen der SVP-Fraktion deshalb den **Antrag,** die Position «Unvorhergesehenes» und somit auch den Objektkredit um 1,5 Millionen Franken zu kürzen.
Nun kann man nicht nur Kosten sparen, indem man Projektmassnahmen kürzt oder streicht, sondern auch indem man Begehrlichkeiten prüft und gegebenenfalls ablehnt. Kurz vor der Beratung dieses Geschäfts wurden die Mitglieder des Kantonsrats ja noch mit E-Mails von einer Gruppe beglückt, welche beim Schmittli einen Kreisel wünscht und deswegen eine Petition eingereicht hat. Das Vorgehen und das Timing wurden ebenso unglücklich gewählt wie die Idee selbst. Als vor vier Jahren das erste Mal von einer Umfahrung via Allenwinden die Rede war, kam bereits die Idee eines Kreisels beim Schmittli auf, und auch anlässlich der ersten Informationsveranstaltung der Baudirektion am 13. September 2013 in der vollbesetzten Schulhausaula in Allenwinden wurde dieser Vorschlag eingebracht und öffentlich diskutiert, genau wie auch in der Folge im Rahmen des Begleitgremiums, aber auch anlässlich der Sitzung der Tiefbaukommission. Man war sich schnell einig, dass es keinen Kreisel im Schmittli braucht, auch wenn er für die Allenwindner bestimmt nützlich wäre. Noch bis vor kurzem war der Votant ebenso begeistert von der Idee, dass man beim Schmittli und noch viel mehr beim Moosrank einen Kreisel bräuchte, wenn auch nicht prioritär, dies selbstverständlich aus einer sehr beschränkten Optik, da er heute noch täglich teilweise minutenlang beim Moosrank wartet, um in die Kantonsstrasse nach Zug zu gelangen, oder dann eben beim Schmittli, um via Cholrain oder Nidfuren nach Edlibach und weiter nach Neuheim zu fahren. Wenn man von Allenwinden in Richtung Zug fahren möchte und dabei eine Fahrspur überqueren muss, hat man Probleme, sich in den Verkehr einzufügen. In Richtung Unterägeri geht das hingegen problemlos. Dass man vom Cholrain herkommend Probleme hat, sich in den Verkehr in Richtung Unterägeri einzufügen, ist eine Tatsache, nur kann man dieses Problem ganz einfach umgehen, indem man – wie es der Votant schon heute tut – in Edlibach halt nach Nidfuren hinunter fährt, rund um den neuen Kreisel herum und auf der sanierten Strasse in Richtung Unterägeri. Wegen der Cholrainstrasse braucht es im Schmittli demnach definitiv keinen Kreisel. Jeder Kreisel auf dieser gut befahrenen Strecke hemmt den Verkehrsfluss, und es ist unverhältnismässig, für die wenigen Autos von Allenwinden her, welche vor allem in den Stosszeiten Probleme haben, sich in den Verkehr einzufügen, den Verkehrsfluss auf der übergeordneten Kantonsstrasse zu stören. Mit der neuen Gestaltung des Knotens Schmittli, den besseren Sichtwinkeln und einem Mehrzweckmittelstreifen wird die Situation so weit entschärft, dass auf den Kreisel beim Schmittli mit ruhigem Gewissen verzichtet werden kann. Diese Argumente der Baudirektion überzeugten die SVP-Fraktion dann auch viel mehr, als dass man den Kreisel aus Platz- oder Kostengründen nicht bauen sollte. Denn wenn der Votant

sieht, was in Allenwinden wegen maximal zwei Jahren Mehrverkehr geplant wird, wird ihm schlecht, zumindest aus finanzieller Sicht. Zur Erhöhung der Schulwegsicherheit ist ein Fussgängerübergang mit Mittelinsel im Gebiet Schulhaus/Kindergarten, im Bericht «Dorf» genannt, für 590'000 Franken geplant, und im Gebiet Egg wird zusätzlich zum Fussgängerübergang noch ein Bachdurchlass saniert, was zu Kosten von weiteren 1,2 Millionen Franken führt. Zu bemerken ist dazu, dass dieser zweite Fussgängerübergang eindeutig nicht der Schulwegsicherheit dient, hat es in diesem Gebiet auf der anderen Strassenseite doch gerade mal zwei Häuser und – so glaubt der Votant zu wissen – gar keine Schulkinder. Ein dritter Übergang in der Mitte des Dorfes, beim Grüt, wurde inzwischen aus dem Projekt entfernt, obwohl dort definitiv mehr Schulkinder die Strasse überqueren als beim geplanten Fussgängerübergang Egg. Es geht demnach vorliegend eher zweitrangig um die Schulwegsicherheit, sondern eher um den guten Willen, der seitens des Kantons gezeigt wird, und um die Beruhigung besorgter Eltern. Es geht hier um maximal zwei Jahre mit Mehrverkehr, danach werden diese Massnahmen wieder unnötig. Von «Ohnehin-Kosten», wie es die Baudirektion im Bericht der Tiefbaukommission beschreibt, kann keine Rede sein. Aufgrund des derzeitigen Verkehrsaufkommens rechtfertigen sich diese Massnahmen nämlich nicht. Selbstverständlich werden solche Wünsche geäussert, vorwiegend von Eltern von schulpflichtigen Kindern. Sobald die Kinder dann aber die Primarschule durchlaufen haben, hört man von den gleichen Leuten dann kein Wort mehr. Als wegen des Baus der neuen Lorzentobelbrücke Mitte der 1980er Jahre der gesamte Verkehr teilweise über Allenwinden geleitet wurde, erlebte der Votant diese Zeit als Primarschüler in Allenwinden hautnah. Man hat zwar viele Sicherheitsmassnahmen diskutiert, aber schlussendlich wurden keine umgesetzt. Zu Zwischenfällen kam es aber nicht, da man sich der Gefahr bewusst war und die Kinder entsprechend instruiert und begleitet wurden. Was damals möglich war, sollte doch heute auch möglich sein. Ein Lotsendienst beispielsweise während der Schulzeit morgens, mittags und abends, je für eine halbe Stunde, würde nur einen Bruchteil der fast 600'000 Franken pro Übergang kosten. Selbstverständlich könnten die besorgten Eltern diesen Dienst abwechslungsweise auch in Eigenverantwortung selbst übernehmen, und es fallen dem Votanten als SVP-Politiker auch noch andere günstige Lösungen ein, z. B. die zahlreichen beschäftigungslosen Asylanten oder Sozialhilfeempfänger, von welchen im Umkreis der geplanten Massnahmen unzählige wohnen. So könnte man auf einen Schlag mehr als 1 Million Franken sparen, aber auch mit dem Lotsendienst sollten die Massnahmen in Allenwinden bestimmt nicht mehr als 790'000 Franken kosten. Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant deshalb den **Antrag,** auf die Fussgängerübergänge in Allenwinden zugunsten eines Lotsendiensts zu verzichten und den Objektkredit um 1 Million Franken zu kürzen.

Nach Ansicht der SVP muss im Zuger Strassenbau ein Umdenken stattfinden. Als leidenschaftlicher Anhänger des motorisierten Individualverkehrs ist der Votant wie die meisten Mitglieder seiner Fraktion für neue Strassen und auch für einen guten Ausbau des bestehenden Strassennetzes. Aber es werden immer noch Millionen für luxuriöse Prachtstrassen und unnötige Massnahmen verbaut. Die Zeiten haben sich geändert. Gebaut werden soll, was wirklich nötig ist und nicht bloss Partikularinteressen dient und auch in anderen Kantonen, wo das Geld nicht so locker sitzt, so gebaut werden würde. Mit den Vorschlägen der SVP-Fraktion hat der Rat es heute in der Hand, allein bei diesem verhältnismässig kleinen Projekt 7,5 Millionen Franken oder 18,75 Prozent der Projektkosten zu sparen – Geld, das für andere Projekte besser gebraucht werden kann. Der Votant dankt für die Unterstützung der Anträge.

**Peter Letter** hält fest, dass man das Votum von Markus Hürlimanns in den USA als *Filibuster* bezeichnen würde. Vielleicht hat er selbst sich in seinem vorherigen Votum bezüglich Orientierung der Bevölkerung von Allenwinden etwas unklar ausgedrückt, aber immerhin hat Markus Hürlimann klar zu verstehen gegeben, dass er eher die Autos an der Kreuzung Moosrank zählt, als dass er weiss, was auf der Strecke Nidfuren–Schmittli abgeht. Wer diese Strecke regelmässig befährt, weiss, dass ein Lastwagen oder Bus hier einen Velofahrer kaum überholen kann. Als Autofahrer *hötterlet* man dann hinter diesem Bus oder Lastwagen her. Und immerhin es handelt sich für die 15'000 Einwohner des Ägeritals um die Hauptverbindung nach Zug, und man baut auf eine Dauer von fünfzig oder siebzig Jahren. Vor diesem Hintergrund einen oder gar beide Radstreifen streichen zu wollen, geht ziemlich am Problem und an der Zeit vorbei. Ein Radstreifen kostet netto rund 2 Millionen Franken oder 5 Prozent der Investitionskosten, was bei einem so wichtigen Projekt angemessen ist.

**Pirmin Andermatt** stellt folgenden **Antrag:** Anstelle der in der Vorlage vorgesehenen Strassenführung/Kreuzung beim Knoten Schmittli sei ein Kreisel zu erstellen. Der Votant ist – wie bereits gehört – Mitglied des Gemeinderats Baar und auch der kantonsrätlichen Tiefbaukommission sowie Mitunterzeichner der Petition. Die Abstimmung über diese Vorlage in der vorberatenden Kommission fand am 18. November 2016 statt. Die Petition kam erst anschliessend und mit zum Teil neuen Argumenten zustande. Ob dieser zeitliche Ablauf glücklich oder unglücklich ist, sei dahingestellt. Seinen Antrag begründet der Votant wie folgt:
• Der Verkehr wird in Zukunft eher ansteigen, auch aufgrund der Bautätigkeit im Ägerital. Man wird nicht bei 12'000 Fahrzeugen wie heute stehenbleiben.
• Es wurde von mehr oder weniger wichtigen Verkehrsachsen gesprochen. Ist die direkte Durchgangsstrasse vom Ägerital nach Baar und Zug wirklich wichtiger als die Verbindung von Allenwinden Richtung Ägerital? Für den Votanten sind die zwei Achsen gleichwertig, aber vielleicht wird die unterschiedliche Gewichtung heute noch begründet.
• Der von Allenwinden kommende Busverkehr hat zunehmend Schwierigkeiten bei der Einmündung im Schmittli. Die vorgeschlagene neue Verkehrsführung mit einem Mittelstreifen hat aber einen Makel: Wenn man vom Tal her kommt, hat man plötzlich einen Bus vor sich. Man bremst – und es kann zu Auffahrunfällen kommen. Ist das mehr Sicherheit?
• Im ganzen Kanton erstellt man Lichtsignalanlagen. Man will damit den Verkehr dosieren, damit Einlenker besser in die Hauptverkehrsachsen kommen. Genau im Schmittli aber, wo das wichtig wäre, will man darauf verzichten.
Der Votant hat in seinem vorherigen Votum gesagt, dass sich der Gemeinderat von Baar als Gremium für die Umleitung über Allenwinden ausgesprochen hat, dies vor allem wegen der flankierenden Massnahmen. Dass die SVP diese nun als unnötig oder zu teuer abtut, ist mehr als ein Affront. Man hätte allenfalls mit dem Gemeinderat sprechen und sich dessen Gründe anhören können. Aber nein: Die SVP will sie einfach streichen und nicht darüber diskutieren. Sicherheit versus Kosten ist eine Grundsatzfrage. Die geplanten flankierenden Massnahmen müssen sowieso früher oder später realisiert werden, sei es wegen der Fussgänger oder wegen gewisser Lenkungen, die heutigen Ansprüchen nicht mehr genügen. Sollte dem Antrag der SVP zugestimmt werden, müsste sich der Gemeinderat von Baar überlegen, wie er weiter vorgehen will. Dann ist nämlich die entsprechende Bereitschaft definitiv nicht mehr vorhanden. Es geht hier um die Sicherheit von über 2000 Bewohnerinnen und Bewohnern von Allenwinden, auch von Schülerinnen und Schülern. Der Votant bittet den Rat deshalb, diesen Massnahmen zuzustimmen.

**Thomas Werner** ist etwas verblüfft über die Argumente, die in Zusammenhang mit dem Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung der beiden Radstreifen vorgebracht wurden. Die Anzahl Autofahrer und Velofahrer auf der fraglichen Strecke zu vergleichen, führt nicht weiter, das Problem liegt vielmehr darin, wie die verschiedenen Benutzer diese Strecke miteinander nutzen können. Und genau deshalb braucht es beide Radstreifen. Es ist nämlich tatsächlich so, dass die Strecke für die bergwärts fahrenden Velofahrer sehr gefährlich ist; der Votant hat selber schon einen Velofahrer stürzen gesehen, weil der Bus ihn zu nahe passieren musste. So kann es nicht weitergehen, zumal das Projekt – wie immer wieder betont wird – auf die nächsten siebzig bis achtzig Jahre ausgelegt ist. Wenn schon, dann bitte richtig! Bezüglich der Kosten fällt dem Votanten auf, dass zwar über den Preis des einen bzw. der zwei Radstreifen, aber selten über die Bauausführung im Ganzen diskutiert wird. Vermutlich könnte man da noch einiges an Geld sparen, zeigt doch die Erfahrung, dass jeder Handwerker das Maximum herauszuholen versucht – eine zusätzliche Leitung da, ein spezieller Belag dort –, wenn die öffentliche Hand baut. Hier ist der Regierungsrat in der Pflicht, die Kosten pauschal herunterzudrücken – und nach Ansicht des Votanten sollten 5 Millionen Franken Ersparnis durchaus drinliegen.
Die Kreuzung Schmittli kennt der Votant sehr gut, er hat dort schon oft gefährliche Situationen erlebt und auch schon Glück gehabt. Sie ist in der Tat sehr unübersichtlich. Das soll nun besser werden, wobei für diejenigen, die aus Allenwinden oder aus Edlibach/Neuheim/Menzingen Richtung Ägerital–Sattel fahren, die Situation mit einem Knoten nicht wesentlich verbessert wird. Wenn man beispielsweise von Allenwinden nach Menzingen oder von Edlibach nach Unterägeri fährt, wird man auch künftig zwei Fahrbahnen kreuzen müssen. Die Erfahrung zeigt, dass die Verkehrssicherheit mit einem Kreisel massiv verbessert werden kann, und der Kreisel im Talacher zeigt, dass der Verkehrsfluss nicht leidet, vor allem dann, wenn der Kreisel einigermassen geschickt angeordnet ist. Der Votant bittet in diesem Sinn um Unterstützung für beide Radstreifen sowie für die nochmalige Prüfung der Variante Kreisel im Schmittli.

**Thomas Gander,** Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer, hält fest, dass in der Kommission kein Antrag auf Streichung der beiden Radstreifen gestellt wurde. Es wurde aber beantragt, auf den talwärts führenden Radstreifen zu verzichten; dieser Antrag wurde mit 7 zu 5 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt. Der Votant schliesst daraus, dass auch der Verzicht auf beide Radstreifen in der Kommission abgelehnt worden wäre. Auch der Antrag auf Kürzung der Position «Unvorhergesehenes» um 1,5 Millionen Franken wurde in der Kommission nicht gestellt; eine solche Reduktion würde 4,6 Prozent des Objektkredits entsprechen. Es wurde aber beantragt, die Reserve von 8 auf 4 Prozent zu reduzieren, was die Kommission mit 8 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen ablehnte.
Der Antrag, im Schmittli statt eines Knotens einen Kreisel zu bauen, wurde in der Kommission – wie bereits gesagt – nicht gestellt. Die Kommission folgte der Argumentation des Regierungsrats, und es gab keine Abstimmung zu dieser Frage. Bezüglich ZVB verweist der Votant auf Seite 2 im Kommissionsbericht: «Für die ZVB stellt sowohl die heutige als auch die künftige Situation am Knoten Schmittli kein Problem dar.»

**Rainer Suter** unterstützt den Antrag auf Streichung des talwärts führenden Radstreifens auf der Strecke Schmittli–Nidfuren bzw. der entsprechenden Kosten von 2,5 Millionen Franken. Während der acht Jahr, die er im Ägerital wohnte, sind ihm bei seinen täglichen Fahrten ins Talgebiet auf dieser Strecke nur sehr wenige Rad-

fahrende begegnet. Biker und Familien wählen den Weg via Höllgrotten. Das Überholen wird durch die Begradigung und Optimierung der sanierten Strasse um ein Vielfaches erleichtert. Wichtig ist, das bei einem Weglassen des 1,5 Meter breiten Radstreifens die talwärts führende Fahrstreifen nicht 3 Meter, sondern 3,75 Meter breit gebaut wird. Folglich redet man hier also von 0,75 Meter bzw. 75 Zentimeter für 2,5 Millionen Franken.
Die im Bericht aufgezeigten Umprojektierungskosten für einen einzigen Radstreifen von 500'000 Franken sind nach Ansicht des Votanten etwas hoch. Bei einem angenommenen Stundenlohn von ca. 150 Franken für einem Ingenieur oder Fachplaner ergäbe dies 3500 Arbeitsstunden bzw. 370 Arbeitstage oder 74 Arbeitswochen, also fast zwei Jahre bei einem Arbeitstag von 9 Stunden. Und dies für einen Radstreifen weniger! Man darf für oder gegen einen Radstreifen sein, aber solche Argumente ziehen nicht. Wenn das Sparen nicht nur ein Lippenbekenntnis sein soll, muss der Rat zum talwärts führenden Radstreifen Nein sagen.
Zum Antrag, die Projektreserven um 1,5 Millionen Franken zu kürzen: Diese Kürzung würde – wie Thomas Gander erläutert hat – einer Reduktion des Objektkredits um 4,6 Prozent entsprechen. Obwohl der Regierungsrat den Objektkredit bereits um 4 Millionen Franken gekürzt hat, bleibt immer noch viel Fleisch am Knochen. Die beantragte Reduktion wird vermutlich bereits durch einen neuen externen Ingenieur und durch leichte Anpassungen bei Planung, Bau und Ausführung erreicht. Kosten können bei diesem Projekt aber auch ohne guten Willen eingespart werden, etwa bei der Baustelleneinrichtung, die 1 Million Franken kosten soll: Es gibt nichts Schöneres für einen Baumeister, als zu Beginn von Bauarbeiten einen so hohen Betrag für eine Baustelleneinrichtung verrechnen zu können, die es so gar nicht braucht. Oder was macht der Verkehrsdienst mit 300'000 Franken bei einer Vollsperrung? Für Projektierung und Bauleitung 4 Millionen Franken, dies bei einem ausgearbeiteten Projekt, dazu zusätzliche 2 Millionen Franken für Materialprüfung, Spezialisten, Vermessung und Überwachung? Wen oder was überwacht diese Überwachung? Vermutlich den Projektleiter.

**Manuel Brandenberg** stellt einen Eventualantrag zum Hauptantrag der SVP-Fraktion und einen Subeventualantrag zum SVP-Eventualantrag. Thomas Werner ist der Meinung, dass es den beidseitigen Radstreifen braucht, gleichzeitig hat er aber ausgeführt, dass man seiner Ansicht nach 5 Millionen Franken sparen kann; es sei noch entsprechend Luft im Projekt drin. Deshalb stellt der Votant für den Fall, dass der Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von «einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens» und entsprechender Reduktion des Objektkredits um 5 Millionen Franken in § 1 Abs. 1 abgelehnt wird, persönlich den **Eventualantrag,** den Objektkredit auf jeden Fall um 5 Millionen Franken zu kürzen, auch bei Nennung des Radstreifens im Erlasstext. Der **Subeventualantrag** bezieht sich auf den Eventualantrag der SVP-Fraktion auf Streichung des talwärts führenden Radstreifens bzw. die entsprechende Reduktion des Objektkredits um 2,5 Millionen Franken: Der Votant beantragt subeventualiter die Kürzung des Objektkredits um 2,5 Millionen Franken, auch wenn die Wendung «einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens» im Gesetzestext stehen bleibt. Selbstverständlich aber wird der Votant die Erstanträge seiner Fraktion mit Überzeugung unterstützen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** nimmt die Aufforderung, der Regierungsrat soll endlich mit dem Bau von luxuriösen Prachtstrassen aufhören, zur Kenntnis. Das in der Eintretensdebatte dargelegte Gesamtverkehrskonzept bewährt sich grundsätzlich, es stösst aber in verschiedenen Bereichen an seine Grenzen: in Risch-Rotkreuz, Neufeld Baar etc. Über die Sanierung der Strecke Sihlbrugg–Neuheim – geologisch

ähnlich schwierig wie Nidfuren–Schmittli – wird man in vierzig Jahren sprechen und dann feststellen können, dass keine Sanierungsarbeiten mehr nötig waren, weil jetzt eben richtig und auf einen langen Horizont hinaus gebaut wurde. Die Baudirektion versucht Strassen zu bauen, die im Unterhalt möglichst günstig sind. Auch bei der angeblichen Luxuslösung Sihlbrugg–Neuheim wird sich in dreissig oder vierzig Jahren zeigen, ob das geglückt ist. Wichtig ist auch, dass es auch in Zukunft immer Verkehrsflächen brauchen wird, dannzumal vielleicht für Elektroautos oder mehr E-Bikes etc. Es gilt aber für Regierungs- und Kantonsrat – und darauf achtet auch die Bevölkerung –, mit dem vorhandenen Raum vorsichtig umzugehen. Betroffen macht den Baudirektor die Aussage, die Verwaltung höre nicht auf die vorgesetzte politische Instanz. Der Baudirektor hat seinen Mitarbeitenden eingetrichtert, dass sie dem Parlament und der Bevölkerung Lösung zu präsentieren haben, die fachtechnisch, baulich und finanziell akzeptabel sind und bewilligt werden können. Wenn Mitarbeitende der Verwaltung tatsächlich so auftreten sollten, wie es moniert wurde, müsste man sofort einschreiten. Aber gerade im vorliegenden Fall haben die Fachleute aus der Verwaltung nach Ansicht des Baudirektors einerseits die Kommissionen, andererseits die Gremien im Mitwirkungsverfahren optimal unterstützt.
Zu den in Frage gestellten Radstreifen auf der Strecke Schmittli–Nidfuren hält der Baudirektor nochmals fest, dass das Längsgefälle dort nur minimal ist und der Abschnitt sogar – für den Automobilisten nicht spürbar – leichte Gegensteigungen aufweist. Somit ist der Geschwindigkeitsunterschied zwischen Velofahrern und Autos klein, weshalb auch talwärts ein Radstreifen notwendig ist. Heute befahren eher wenige Velofahrer diese Strecke, weil sie sehr gefährlich ist und sich beispielsweise keine Familie mit Kindern auf diese Strasse wagt. Die Ausweichvariante über Allenwinden in Ehren, im Richtplan aber ist festgelegt, dass ein Radweg von Zug nach Ägeri und weiter nach Schwyz eingerichtet wird. Wenn der Baudirektor wüsste, wie die Mobilität der Zuger Bevölkerung im Jahr 2040 aussieht, könnte man über gewisse Fragen vielleicht noch diskutieren. Die heute vorliegenden Zahlen zeigen aber, dass es Zunahmen beim ÖV und bei den Velos geben wird, und auch Elektromobile brauchen entsprechende Strassen. Der jetzt vorgesehene Eingriff in eine schwierige geologische Umgebung sollte deshalb einmalig und zukunftsgerichtet sein. Und der Regierungsrat schlägt nicht eine Luxuslösung, sondern eine vernünftige Variante vor, mit welcher die heutigen und die zukünftigen Probleme, so weit man sie vorhersehen kann, angegangen werden.
Wenn man auf den talwärts führenden Radstreifen verzichtet, spart man 2,5 Millionen Franken. Es müssten dann aber rund 0,5 Millionen Franken in die Überarbeitung des Projekts investiert und dieses neu aufgelegt werden. Das würde zu einer Verzögerung von rund zwei Jahren führen. Mit dem Verzicht auf beide Radstreifen würden rund 5 Millionen Franken eingespart. Die bereits gehörten Angaben bezüglich Strassenbreite sind richtig. Geplant sind jetzt zwei Mal 3 Meter für den motorisierten Verkehr und je 1,5 Meter für die Radstreifen; ohne Radstreifen würde die Strasse auf 3,75 Meter Breite ausgebaut. Bezüglich Sicherheit sowohl für Autofahrer wie für Radfahrer wurde alles gesagt: Einen Velofahrer gefahrlos zu überholen, ist heute schlicht unmöglich.
Zur Frage, ob im Schmittli ein Kreisel oder ein Knoten gebaut werden soll, hält der Baudirektor zunächst fest, dass insgesamt sechs Varianten geprüft wurden, davon zwei Kreiselvarianten. Man beurteilte Konzeption und Statik, Verkehrsführung, Problematik ZVB-Busse, Realisierung und Unterhalt, Sicherheit, Verkehrsbedarf Buslinien, Altlasten, Gewässerschutz, Forstwesen, Landschaftsschutz etc. Das Ergebnis war eindeutig: Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Variante überzeugte alle Kommissionen und Mitwirkungsgremien. Es gilt – auch von den Petitionären – zur Kenntnis zu nehmen, dass man bezüglich Kreisel keine neuen Erkenntnisse

mehr gewinnen wird. Ein wichtiges Kriterium war auch die Frage, wo der Verkehrsfluss am besten sein muss. Es geht um eine Hauptverbindungsstrasse ins Ägerital sowie dessen Anschluss an die Tangente Baar/Zug und die Autobahn. Diese Verbindung muss im Fokus stehen. 60 Prozent des Verkehrs im Schmittli folgen dieser Achse, weshalb es Sinn macht, die entsprechenden Strassen übergeordnet und die anderen Verbindungen – Allenwinden, Cholrain – untergeordnet zu bewerten. Und der Knoten wird optimiert und die Sicherheit – wie von den Petitionären gefordert – verbessert: für die Fussgänger, für die Einbieger vom Cholrain her durch eine Begradigung der Kreuzung, für die Linksabbiegenden, also für die untergeordneten Strassen, durch einen Mehrzweckmittelstreifen etc. Man hat tagelang diskutiert und evaluiert – und die jetzt vorgeschlagene Variante ist nach der Wahrnehmung der Baudirektion und des Regierungsrats die beste Lösung.
Markus Hürlimann hat die flankierenden Massnahmen in Allenwinden angesprochen und beantragt, auf den Bau von Fussgängerüberführungen zugunsten eines Lotsendiensts zu verzichten. Fakt ist, dass die Massnahmen in Allenwinden – wie auf Seite 20 der Vorlage ausgeführt – nicht Bestandteil des vorliegenden Kreditantrags sind. Und sie sind – unabhängig von der Verkehrsumleitung infolge der Baustelle Nidfuren–Schmittli – einerseits wegen des Strassenzustands, andererseits aber auch aufgrund des Bundesgesetzes über die Behindertengleichstellung nötig: Bis 2022 müssen gemäss Bundesgesetz alle Bushaltestellen behindertengerecht gestaltet sein. Man kommt deshalb schnell auf die von Markus Hürlimann erwähnten Zahlen. Die Massnahmen im Einzelnen sind:
• Kantonsstrasse Moosrank–Allenwinden: Belagssanierung, unabhängig von der Umleitung. Kosten 0,5 Millionen Franken.
• Kurvenverbreiterung und Belagssanierung Inkenberg: Die Kurvenverbreiterung ist bereits heute notwendig, wird nun aber aufgrund der Umleitung angegangen. Geschätzte Kosten 0,5 Millionen Franken.
• Fussgängerübergang Allenwinden: Es wurde drei Jahre lang mit der Kirchgemeinde, den Schulen und der Gemeinde diskutiert und schliesslich nach hartem Ringen die für alle beste Lösung gefunden. Es geht hier nicht – wie moniert wurde – um eine Bevorteilung der Kinder oder Familien.
Alle diesen Massnahmen sind – wie gesagt – nicht Teil der Kantonsratsvorlage.
Thomas Werner hat eine erneute Prüfung eines Kreisels im Schmittli gefordert. Der Baudirektor wüsste nicht, was man überhaupt noch prüfen könnte. Der Knoten wurde auch in der Tiefbaukommission und in der Mitwirkung nicht von allen, aber von der Mehrheit als beste Lösung beurteilt. Die von Rainer Suter angesprochenen Kosten für Baustelleneinrichtung – 300'000 Franken für Verkehrsdienste etc. – wurden von der Stawiko ausführlich geprüft und für notwendig befunden. Und es ist kaum zu glauben: Bei der Vollsperrung der Strecke Sihlbrugg–Neuheim gab es vor allem zu Beginn täglich Autofahrer, welche trotz Fahrverbot versuchten, diese Strecke zu befahren. Man musste deshalb auch dort entsprechende Leute hinstellen.
Der Baudirektor bittet den Rat, dem beantragten Kredit zuzustimmen. Die Planung ist weit vorangeschritten, und die Entscheidungsgrundlagen sind zuverlässig. Detailfragen – etwa die Optimierung des Knotens Edibach – werden in der nächsten Planungsphase studiert und geklärt. Eine nochmalige Kürzung des Kredits durch das Parlament würde zu einer schwierigen Situation führen, da der ursprüngliche Kredit vom Regierungsrat bereits reduziert wurde, dies ohne Änderung des Projekts. Es braucht diese Sanierung. Sie ist eine Investition für die nächste Generation, und die Bevölkerung wird schlussendlich darüber sehr erfreut sein. Wenn der Kantonsrat der Vorlage heute zustimmt, wird man mit den Bauarbeiten ungefähr 2019 beginnen und sie ungefähr 2020/21 abschliessen können. Es ist somit zu hoffen, dass bei der Eröffnung der Tangente Baar/Zug die Teilstücke Margel–Talacher und Nid-

furen–Schmittli saniert sind und die entsprechenden Verkehrsflüsse aufnehmen können. Die auslösende Motion wird damit aber noch nicht erledigt sein, umfasst sie doch auch die Strecke Lorzentobel–Nidfuren und die weiterführenden Abschnitte nach Unter- und Oberägeri. Erst wenn auch diese Strecken saniert sind, wird die Motion erledigt sein. Der Baudirektor bittet abschliessend, alle Anträge abzulehnen und dem vom Regierungsrat beantragten Projekt zuzustimmen.

**Karl Nussbaumer** hat den Eindruck, dass der Baudirektor nicht ganz verstanden hat, was die SVP mit «Prachtstrassen» und «Zuger Finish» meint. Gemeint ist nicht die technische Ausführung der Strasse Sihlbrugg–Neuheim, sondern die Art, wie dort die Stützmauern realisiert wurden. Man hätte hier gut mit Schalungen Typ 1 arbeiten und viel Geld sparen können.
Im Weiteren teilt der Votant mit, dass die SVP-Fraktion ihren Antrag, auf die Fussgängerübergänge in Allenwinden zugunsten eines Lotsendiensts zu verzichten und den Objektkredit um 1 Million Franken zu kürzen, zurückzieht.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass nun über die verschiedenen Anträge zu § 1 Abs. 1 abgestimmt wird.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat lehnt den Antrag, der SVP-Fraktion, das Satzglied «einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens» zu streichen und den Objektkredit um 5 Millionen Franken zu kürzen, mit 58 zu 14 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat lehnt den Eventualantrag von Manuel Brandenberg, den Objektkredit auch bei Beibehaltung von «einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens» um 5 Millionen Franken zu kürzen, mit 52 zu 18 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat lehnt den Eventualantrag der SVP-Fraktion**,** das Satzglied «einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens» zu streichen und den Objektkredit um 2,5 Millionen Franken zu kürzen, mit 51 zu 21 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat lehnt den Subeventualantrag von Manuel Brandenberg, den Objektkredit auch bei Beibehaltung von «einschliesslich eines beidseitigen Radstreifens» um 2,5 Millionen Franken zu kürzen, mit 51 zu 19 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion**,** die Position «Unvorhergesehenes» und somit auch den Objektkredit um 1,5 Millionen Franken zu kürzen, mit 45 zu 24 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat lehnt den Antrag von Pirmin Andermatt, im Schmittli einen Kreisel statt eines Knotens zu realisieren, mit 61 zu 9 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 17:** Der Rat lehnt den Antrag von Mariann Hess, auf der Strecke Nidfuren–Schmittli von Anfang an eine Wildwarnanlage zu erstellen, mit 56 zu 16 Stimmen ab.

*§ 2 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil II und III**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Oliver Wandfluh** stellt im Sinn des Vorschlags von Kurt Balmer den **Antrag,** für dieses Geschäft eine zweite Lesung durchzuführen. Es ist für ihn trotz des hervorragenden Votums des Baudirektors störend, das Geschäft ohne nähere Prüfung der von 700 Personen unterschriebenen Petition abzuschliessen. Er hat auch den Eindruck, dass der Rat zwar nun gewisse Vorteile eines Kreisels im Schmittli erkannt hat, dass aber die wenigsten Ratsmitgliedern die Details und insbesondere den kostenmässigen Unterschied zwischen einem Kreisel und einem Knoten kennen. Der Rat vergibt sich mit einer zweiten Lesung nichts. Man hat 1995 mit der Planung begonnen, und der Zeithorizont bei der Sanierung dieser Strasse liegt bei siebzig Jahren. Da kommt es auf drei Monate wahrlich nicht an. Die zweite Lesung müsste nach der Geschäftsordnung zwar in der nächsten Sitzung stattfinden, es soll der Tiefbaukommission aber die Möglichkeit gegeben werden, die Varianten in einer Halbtagessitzung nochmals vertieft zu prüfen. Der Antrag auf eine zweite Lesung ist deshalb mit dem Vorschlag verbunden, diese nicht bereits in der nächsten Sitzung, sondern vielleicht erst im Juni durchzuführen.

**Peter Letter** hält das Mitbestimmungsrecht und die politische Diskussionskultur durchaus in Ehren, der Rat hat heute aber bereits sehr fundiert und ausgiebig über das Geschäft diskutiert. Dazu kommt, dass die zwei Ratsmitglieder, die für einen Kreisel bzw. für eine zweite Lesung votierten, bereits in der Tiefbaukommission mitdiskutierten. Eine weitere Runde, dazu noch verbunden mit einer Verschiebung um zwei oder drei Monate, ist nicht nötig. Immerhin hat der Rat der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Lösung bezüglich Schmittli mit 61 zu 9 Stimmen zugestimmt, und der Votant kann sich nicht vorstellen, dass dieser Entscheid in einer zweiten Lesung anders ausfällt.

➔ **Abstimmung 18:** Der Rat lehnt den Antrag auf Durchführung einer zweiten Lesung mit 36 zu 31 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 19:** Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 54 zu 14 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**728** Traktandum 3.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Sozialhilfe für Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommene auf die Nothilfe**
Vorlage: 2711.1 - 15361 (Motionstext).

**Andreas Lustenberger** stellt im Namen einer Mehrheit der ALG den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen, dies aus folgenden drei Gründen:
• Die in der Motion beschriebene zugespitzte Lage ist kalter Kaffee: Bereits 2016 sind die Asylzahlen wieder stark gesunken.
• Schon heute erhalten Personen im Asylverfahren oder mit einer vorläufigen Aufnahme nicht die gleiche Sozialhilfe, wie Schweizerinnen und Schweizer sowie Personen mit einer Niederlassungsbewilligung sie erhalten. Die Nothilfe ist als Überbrückung gedacht und deshalb mit 8 Franken pro Tag sehr knapp berechnet. Sie ist nicht dafür gedacht, dass Personen ihr tägliches Leben über mehrere Jahre damit bestreiten können. Ein interessantes Faktum: Das Schweizer Stimmvolk hat vor einiger Zeit darüber abgestimmt, ob die Verfahren schneller sein sollten. Die SVP hat sich damals gegen eine Beschleunigung gewehrt, will nun aber den Personen, die ein längeres Verfahren hätten auf sich nehmen müssen, die Nothilfe kürzen.
• Es geht letztlich nicht um die Frage, ob man mit 8 Franken pro Tag leben könnte oder nicht. Natürlich könnte man das: Es wäre auch möglich, mit einer täglichen Gemüsesuppe und in einem Zelt auf der Rössliwiese zu überleben. Es geht darum, wie die Schweiz als wohl einer der reichsten Orte auf der Welt mit Menschen umgeht, denen das Leben nicht so wohlgesinnt ist. Man setzt hier ein Zeichen, wie man mit Menschen in Not umgeht, und der Votant ist überzeugt, dass auch die internationale Gemeinschaft im Kanton Zug ein Zeichen, wie es die SVP verlangt, negativ auffassen würde.
Die ALG ist der festen Ansicht, dass der Kanton Zug allen Menschen ein Leben in Würde garantieren soll. Sie bittet deshalb um Nichtüberweisung der Motion.

**Rupan Sivaganesan** hält fest, dass die SP-Fraktion grundsätzlich alle Vorstösse überweist. Hier aber ist es doch wichtig, von Anfang an gewissen Überlegungen einzubringen.
Die Motion verlangt, dass Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene auf die Nothilfe zu setzen seien, ihnen also nur 8 Franken pro Tag zu gewähren seien. Vorläufig aufgenommene Personen sind Flüchtlinge, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, deren Ausschaffung aus rechtlichen Gründen aber nicht zulässig, nicht zumutbar oder nicht möglich ist. Studien zeigen, dass über 80 Prozent der vorläufig Aufgenommen nicht mehr in ihr Ursprungsland zurückkehren, gerade einmal 0,4 Prozent werden ausgeschafft. Der Votant kennt diese Kategorie: Er war damals auch ein vorläufig Aufgenommener. Aus Sicht der SP macht es also Sinn, diese Personen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie auf Nothilfe zu setzen, führt mehr zu sozialer Isolation und hat weitere, desintegrative Wirkungen. Zu befürchten ist, dass es unter anderem zu mehr Kriminalität führen kann. Ein SBB-Billet für eine Fahrt von Zug nach Rotkreuz kostet ohne Halbtax 5.80 Franken. Das ist kaum erschwinglich, wenn der tägliche Nothilfebetrag 8 Franken beträgt. In diesem Sinne bittet der Votant, die vorliegende Motion nicht zu überweisen.

➔ **Abstimmung 20:** Der Rat überweist die Motion mit 49 zu 14 Stimmen an den Regierungsrat.

**729** Traktandum 3.2: **Motion von Michael Riboni, Laura Dittli und Anastas Odermatt betreffend Offenlegung der Interessenbindungen von Richtern und Staatsanwälten**
Vorlage: 2712.1 - 15362 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission, unter Mitberichten des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts.

**730** Traktandum 3.3: **Motion von Kurt Balmer und Laura Dittli betreffend Visitation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**
Vorlage: 2713.1 - 15363 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an das Büro des Kantonsrats, unter Mitberichten der Staatswirtschaftskommission, der erweiterten Justizprüfungskommission und des Regierungsrats.

**731** Traktandum 3.4: **Motion und Postulat von Willi Vollenweider betreffend Kantonsreferendum gegen die Änderung vom 16. Dezember 2016 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG) (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen), im Bundesblatt veröffentlicht am 28. Dezember 2016**
Vorlage: 2715.1 - 15368 (Motions- und Postulatstext).

Motionär und Postulant **Willi Vollenweider** hält fest, dass der Rat hier die Möglichkeit hat, ein Zeichen zu setzen und die Haltung des Kantons Zug zur Nichtumsetzung eines wichtigen Volksentscheids öffentlich kundzutun. Der Votant konzentriert sich auf fünf Argumente:
• Volksentscheide sind umzusetzen. Wenn vom Volk angenommene Volksinitiativen wie in diesem Fall nicht mehr umgesetzt werden, wird das politische Recht der Volksinitiative faktisch abgeschafft. Das Parlament hat mit seiner Umsetzungsverweigerung vom 16. Dezember 2016 dem Volk klar zu verstehen gegeben, dass ein Volksentscheid nur dann umgesetzt wird, wenn er zufälligerweise mit der Parlamentsmehrheit übereinstimmt, sonst nicht.
• Die Bundesverfassung gilt. Die Bundesverfassung wird von den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht als verbindlicher, oberster Vertrag mit dem Volk betrachtet, verbindlich selbstverständlich auch für Bundesrat und Parlament. Die aus dem Parlament zu vernehmende Ausrede, man habe sich auch in der Vergangenheit hin und wieder nicht an die Verfassung gehalten, erschreckt den Votanten. Das mag zwar sein, rechtfertigt aber in keiner Weise, diese Praxis einfach fortzusetzen, und schon gar nicht, sie zur Form der Totalumsetzungsverweigerung eskalieren zu lassen, wie es hier der Fall ist.
• Die Politik nimmt die Sorgen und Ängste der Bevölkerung nicht mehr ernst. Wenn die Hälfte der schweizweit Abstimmenden Angst vor Masseneinwanderung hat, ist dies auf jeden Fall ernstzunehmen, auch wenn es gewissen Politikern nicht in den Kram passt. Viele Leute haben berechtigte Angst vor der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, vor fortschreitendem Zubetonieren, vor Ghettobildungen, vor dem Verkehrskollaps, vor dem Missbrauch des Sozialstaats, vor der Verschandelung der Landschaft und Stadtbilder, vor der Gefährdung der öffentlichen Sicher-

heit und – *last but not least* – Angst vor der zunehmenden Inbesitznahme von schweizerischen Arbeitsplätzen durch Ausländer, welche die Schweizer Mitbürgerinnen und -bürger zunehmend in die Existenzlosigkeit abdrängen. Wie andere zivilisierte Staaten muss die Schweiz zurückkehren zu einer selektiven Einwanderungspolitik …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und fordert ihn auf, ausschliesslich zur Überweisung zu sprechen.

**Willi Vollenweider** verlässt das Rednerpult ohne weitere Erläuterungen.

**Hubert Schuler** hält fest, dass der Motionär in der Begründung seiner Vorstösse das Bundesparlament, den Bundesrat und die Verwaltung mit harten Worten kritisiert. Wenn der Motionär als Bürger mit dem Umsetzungsentscheid des National- und Ständerats nicht einverstanden ist, ist das seine Sache. Wenn man aber das Resultat der Volksabstimmung anschaut, wird klar, dass nur eine hauchdünne Mehrheit von 50,3 Prozent der Initiative zugestimmt hat. Der Kanton Zug hat das Begehren mit 50,1 Prozent abgelehnt. Es wäre aus Sicht der SP ein Verstoss gegen den Volkswillen, wenn nun der Kantonsrat und die Regierung das Kantonsreferendum ergreifen würden, denn die Mehrheit der Zuger Stimmenden wollte diese Initiative nicht. Daran ändert sich auch nichts, wenn Willi Vollenweider die Geschichte heranzieht. Wer nach der Schlacht von Marignano welche Schlussfolgerungen gezogen hat, bleibe mal ausser Acht, denn auch da gibt es unterschiedliche Erkenntnisse und Interpretationen. Oder mit den Worten des Historikers André Holenstein: «Geschichte ist offen für Deutungen, und diese geschehen immer aus zeitpolitischen Zusammenhängen heraus.»
Wenn das Zuger Volk als Souverän etwas ablehnt, soll das Parlament keinen anderen Entscheid treffen, sonst heisst es berechtigterweise: Die machen sowieso, was sie wollen. Und genau dies wollen die SP und sicher auch Willi Vollenweider nicht. Deshalb stellt die SP den **Antrag,** die zwei Vorstösse nicht zu überweisen.

**Cornelia Stocker** ist etwas irritiert darüber, dass der Motionär schon sprechen konnte, bevor überhaupt ein Antrag gestellt wurde. Die Gründe für eine Nichtüberweisung wurden von Hubert Schuler bereits weitgehend dargelegt. Die FDP-Fraktion sieht dies ebenso. Sie hat kein Problem, wenn sich der Motionär als Hüter der direkten Demokratie stark machen will. Es ist ihm selbstverständlich auch unbenommen, auf die Strasse zu gehen und Unterschriften gegen diesen Bundesbeschluss zu sammeln. Die FDP lehnt es aber entschieden ab, den bequemeren und weniger aufwendigen Weg zu unterstützen und den Kanton Zug mittels Kantonsreferendum dafür zu instrumentalisieren. Wenn sich der Motionär schon als Demokratiepapst sieht, sei er nochmals mit aller Deutlichkeit daran erinnert, dass die Zuger Stimmbürgerinnen und -bürger damals die Masseneinwanderungsinitiative abgelehnt haben, wenn auch knapp. Das ist ein unmissverständliches Indiz, dass sich der Kanton Zug in dieser Sache nicht weiter zu engagieren hat. Die Votantin bittet den Rat, den Nichtüberweisungsantrag ebenfalls zu unterstützen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass sich der Regierungsrat nicht zur Überweisung äussert. Er möchte aber informieren, dass die Regierung sich die Mühe gemacht hat, alle Kantone anzufragen, ob dasselbe Begehren auch irgendwo sonst hängig sei. Ein Kantonsreferendum macht nämlich nur Sinn, wenn zumindest die *Chance* besteht, dass mindestens acht Kantone mitmachen. Einzig im Kanton Tessin gab es ein entsprechendes Begehren, es wurde vom Parlament

aber klar abgelehnt – dies im Kanton mit der schweizweit höchsten Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative und damit am ehesten legitimiert, ein Kantonsreferendum zu ergreifen. In keinem anderen Kanton ist ein entsprechendes Begehren hängig, der Kanton Zug würde also allein auf weiter Flur stehen. Eine Überweisung oder gar Erheblicherklärung wäre damit von vorneherein wirkungslos.

➔ **Abstimmung 21:** Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 50 zu 6 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 22:** Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 45 zu 10 Stimmen ab.

**732** Traktandum 3.5: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Ablehnung der Unternehmenssteuerreform (USR III) und Konsequenzen für den Kanton Zug**
Vorlage: 2717.1 - 15373 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**733** Traktandum 3.6: **Petition «Für einen Kreisel bei der Kreuzung Schmittli»**
Vorlage: 2719.01 - 00000 (Petitionstext).

➔ Direktüberweisung des Kantonsratspräsidenten an die Kommission für Tiefbau und Gewässer.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

**734 Nächste Sitzung**

Donnerstag, 30. März 2017 (voraussichtlich Halbtagessitzung)

**Beilage zum Protokoll:** Definitiver Report der Abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

52. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. März 2017
Zeit: 8.30–12.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli und Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. März 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
- 3.1. Motion der Fraktion Alternative - die Grünen und der SP-Fraktion betreffend eine nachhaltige und solidarische Steuerpolitik
- 3.2. Postulat der FDP-Fraktion betreffend Erhaltung der Zuger Gedenkschiessen
- 3.3. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Zuger Fiskus profitiert von Trumps Mauer
- 3.4. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend «Fringe Benefits» versus Eigenverantwortung - kostspielige Betreuung des Staatspersonals vor der Pensionierung und darüber hinaus?
- 3.5. Interpellation von Esther Haas betreffend Anschaffung Abfallkübel
- 3.6. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend jährlich stattfindende unwürdige und wenig erfolgreiche Bettelei der Fachstelle Migration bei allen Zuger Unternehmen
4. Kommissionsbestellungen:
- 4.1. Finanzwesen - Sparpaket 2018: Gesetzesänderungen
5. Eingabe von E. H. vom Dezember 2016 an die «Amtsstellen Grosser Rat, Kantonsgericht und Obergericht»
6. Geschäfte, die am 2. März 2017 nicht behandelt werden konnten:
- 6.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse L, Abschnitt Margel–Talacher einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Baar
- 6.2. Motion von Kurt Balmer, Heini Schmid, Manuel Brandenberg, Thomas Lötscher und Anastas Odermatt betreffend Beseitigung der institutionellen Mängel bei der Staatsanwaltschaft
- 6.3. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Belastung der Zuger Bevölkerung durch die steigenden Gesundheitskosten
- 6.4. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Inhaftierung einer afghanischen Familie und Dublin-Rückschaffung
7. Interpellation von Monika Weber, Laura Dittli und Pirmin Frei betreffend die Mandatsführung im Kanton Zug

**735 Präsenzkontrolle**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass heute die Präsenzkontrolle zum ersten Mal mithilfe der Abstimmungsanlage durchgeführt wird. Die Staatskanzlei hat diesen elektronischen «Appell» auf Anregung von Kantonsrat Willi Vollenweider programmiert. Die Ratsmitglieder haben für ihre Anmeldung 1 Minute Zeit. Der Landschreiber erfasst die später eintreffenden Ratsmitglieder manuell auf der Präsenzliste.

Es sind 76 Ratsmitglieder an der heutigen Sitzung anwesend.

Abwesend sind: Nicole Imfeld, Baar; Andreas Hürlimann Steinhausen; Matthias Werder, Risch; Emanuel Henseler, Neuheim.

**736 Mitteilungen**

Der **Vorsitzende** begrüsst insbesondere Monika Weber und freut sich, dass sie wieder gesund und aktiv im Rat mitwirken kann.

Es findet eine Halbtagessitzung ohne gemeinsames Mittagessen statt.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

TRAKTANDUM 1

**737 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**738 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. März 2017**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 3. März 2017 ohne Änderungen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die definitiven Abstimmungsreports künftig dem Protokoll nicht mehr in Papierform beigelegt werden. Diese Dokumente werden gemäss § 22 Abs. 2 des Reglements über die Abstimmungsanlage nur elektronisch erstellt. Die Protokollführenden werden ab heute im Ratsprotokoll aber den Link auf die definitiven Reports angeben.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt später in der Sitzung (siehe Ziff. 746–751).

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**739** Traktandum 4.1: **Finanzwesen – Sparpaket 2018: Gesetzesänderungen**
Vorlagen: 2720.1/1a - 15376 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2720.2 - 15377 (Antrag des Regierungsrats [Publikationsgesetz]); 2720.3 - 15378 (Antrag des Regierungsrats [Personalgesetz]); 2720.4 - 15379 Antrag des Regierungsrats [Gerichtsorganisationsgesetz]); 2720.5 - 15380 (Antrag des Regierungsrats [Schulgesetz]); 2720.6 - 15381 (Antrag des Regierungsrats [Schulgesetz]); 2720.7 - 15382 (Antrag des Regierungsrats [Berufsbildung]); 2720.8 - 15383 (Antrag des Regierungsrats [kulturelles Leben]); 2720.9 - 15384 Antrag des Regierungsrats [Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen]); 2720.10 - 15385 Antrag des Regierungsrats [Verwaltungsgebührentarif]); 2720.11 - 15386 (Antrag des Regierungsrats [Zuger Kantonalbank]); 2720.12 - 15387 (Antrag des Regierungsrats [Feuerschutz]); 2720.13 - 15388 (Antrag des Regierungsrats [Gewässergebührentarif]): 2720.14 - 15389 (Antrag des Regierungsrats [Strassenverkehr]); 2720.15 - 15390 (Antrag des Regierungsrats [Extrabusse]); 2720.16 - 15391 (Antrag des Regierungsrats [Binnenschifffahrt]); 2720.17 - 15392 (Antrag des Regierungsrats [Schifffahrt]); 2720.18 - 15393 (Antrag des Regierungsrats [Ergänzungsleistungen]); 2720.19 - 15394 (Antrag des Regierungsrats [Prämienverbilligung]); 2720.20 - 15395 (Antrag des Regierungsrats [Sozialhilfegesetz]); 2720.21 - 15396 (Antrag des Regierungsrats [Landwirtschaft]); 2720.22 - 15397 (Antrag des Regierungsrats [Waldgesetz]); 2720.23 - 15398 (Antrag des Regierungsrats [Waldgesetz]).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden 15 Mitgliedern:

Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG, Kommissionspräsidentin

| | |
|---|---|
| Pirmin Andermatt, Baar, CVP | Beat Sieber, Cham, SVP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Rainer Suter, Cham, SVP |
| Alois Gössi, Baar, SP | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Barbara Häseli, Baar, CVP | Vroni Straub-Müller, Zug, ALG |
| Peter Letter, Oberägeri, FDP | Silvia Thalmann, Zug, CVP |
| Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP | Beat Unternährer, Hünenberg, FDP |
| Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP | Florian Weber, Walchwil, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**740** **Eingabe von E. H. vom Dezember 2016 an die «Amtsstellen Grosser Rat, Kantonsgericht und Obergericht»**
Vorlage: 2704.1 - 15409 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Die Justizprüfungskommission beantragt, die Eingabe von E. H. zur Kenntnis zu nehmen und nicht weiter darauf einzutreten.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Justizprüfungskommission stillschweigend zu.

Damit ist das Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6
**Geschäfte, die am 2. März 2017 nicht behandelt werden konnten:**

**741** Traktandum 6.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung und Ausbau der Kantonsstrasse L, Abschnitt Margel−Talacher einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Baar**
Vorlagen: 2640.1/1a/1b - 15201 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2640.2 - 15202 (Antrag des Regierungsrats); 2640.3/3a - 15298 (Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer); 2640.4 - 15307 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Gander,** Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer, hält fest, dass die Kommission das Projekt eingehend diskutiert hat. Die Details können dem Kommissionsbericht entnommen werden. Die drei wesentlichen Punkte sind die Notwendigkeit, das Verkehrsregime während der Bauzeit und die Kosten.
• Notwendigkeit: Der Strassenabschnitt Margel–Talacher ist als Zubringer zur Tangente ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtverkehrskonzeptes und soll deshalb für die Aufnahme des Verkehrs nach Zug und Baar fit gemacht werden. Es ist daher sinnvoll, die Strasse jetzt zu sanieren und gleichzeitig die Verkehrssicherheit zu erhöhen. So kann sichergestellt werden, dass mit der Eröffnung der Tangente im Jahr 2021 auch die Anschlussstrecke für die Aufnahme des Verkehrs bereit ist. Ein Verzicht oder eine zeitliche Verschiebung würde die Effizienz der Tangente wesentlich beeinträchtigen. So müsste die Strasse zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Tangente bereits eröffnet ist, saniert werden. Aus diesem Grund hat sich die Kommission einstimmig für ein Eintreten auf die Vorlage ausgesprochen.
• Verkehrsregime während der Bauzeit: Zuständig für die Planung und Ausführung ist die Baudirektion, darunter fällt auch das Verkehrsregime während der Bauzeit. Der Kommission ist es wichtig, dass nicht nur kostengünstig, sondern auch schnell gebaut wird und die Einschränkungen auf ein Minimum reduziert werden. So wurde eine Vollsperrung während der gesamten Bauzeit diskutiert. Eine solche hätte jedoch grosse Auswirkungen auf die betroffenen Gemeinden, die Bevölkerung und die Unternehmen. Zudem müssten die Schülerinnen und Schüler von Allenwinden, die in Baar zur Schule gehen, grosse Umwege auf sich nehmen. Die Baudirektion erklärte sich bereit, eine Vollsperrung während einer beschränkten Zeit, namentlich während der sechswöchigen Sommerferien, zu prüfen und dies in den Rahmenbedingungen für die Ausschreibung festzuhalten. Mit diesem Vorgehen zeigte sich die Mehrheit der Kommissionsmitglieder einverstanden und verzichtete deshalb darauf, der Baudirektion einen weiteren Abklärungsauftrag für die Vollsperrung zu erteilen.
• Kosten: Die Kommission stellt mit Genugtuung fest, dass das Projekt sehr ausgereift ist und einen hohen Detaillierungsgrad aufweist. Die Mehrheit der Kommission ist daher der Meinung, dass es vertretbar ist, den Betrag für Unvorhergesehenes auf die Hälfte, von 10 auf 5 Prozent, zu reduzieren. Bei fast allen Bauprojekten konnte die Baudirektion in der Vergangenheit Vergabeerfolge erzielen und die bewilligten Objektkredite einhalten. Der Baudirektor warnte in der Kommission, dass bei einer Kürzung der Reserven allenfalls Nach- bzw. Zusatzkreditbegehren nötig würden. Dennoch stellt die Kommission mit 10 zu 4 Stimmen den Antrag, den Gesamtbetrag von 6,1 auf 5,82 Millionen Franken zu reduzieren. Die Finanzierung erfolgt über die die Spezialfinanzierung Strassenbau. Die Kommission hiess die geänderte Vorlage mit 12 zu 0 Stimmen gut. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, dem Antrag der Kommission zu folgen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Vorlage an der Kommissionssitzung vom 9. November 2016 beraten wurde. An der Sitzung standen der Baudirektor und der stellvertretende Kantonsingenieur für Fragen zur Verfügung. Der Baudirektion gebührt ein Dank für die guten Unterlagen, die Beantwortung der Fragen und die Zusatzinformationen. Zwei Stawiko-Mitglieder sind gleichzeitig Mitglieder der Tiefbaukommission.
Die Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassenbau ist im Stawiko-Bericht auf Seite 3 dargelegt. Per Ende 2015 betrug das Guthaben auf der Passivseite der Bilanz 232,4 Millionen Franken. Die Baudirektion hat berechnet, wie sich die Spezialfinanzierung entwickeln wird, wenn alle Strassenbauprojekte berücksichtigt werden, die der Regierungsrat auf den Seiten 21 und 22 seines Berichts zum Budget 2017 im Rahmen der Finanzierungsprognose bis ins Jahr 2031 aufgelistet hat: Es wird dann noch ein Saldo von 7,4 Millionen Franken resultieren. Die Spezialfinanzierung fällt also nie ins Minus. Ausser dem Radstreifen wird der gesamte Objektkredit der Spezialfinanzierung Strassenbau entnommen. Diese enthält zweckgebundene Gelder und belastet die Staatsrechnung nicht. Die neuen Kostenteiler, die auf Antrag der Finanzkontrolle erarbeitet wurden, sind ebenso praktikabel wie die Änderungen bei den wertvermehrenden und werterhaltenden Anteilen.
Das Strassenbauprojekt als solches war in der Stawiko unbestritten, obwohl ein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde. Dieser Antrag wurde mit 5 zu 1 Stimme abgelehnt. Es macht keinen Sinn, mit der Tangente ein Jahrhundertwerk für rund 200 Millionen Franken zu bauen und in der Folge bei den Zubringerstrassen wieder neue Nadelöhre zu schaffen. Auch beim Abschnitt Margel–Talacher sind ein Ausbau und eine Sanierung notwendig.
Da die Planung bereits fortgeschritten ist und nicht mit Überraschungen zu rechnen ist, was die Geologie betrifft, folgt die Stawiko dem Antrag der Tiefbaukommission, die Reserve für Unvorhergesehenes zu halbieren. Die Stawiko stellt den **Antrag,** auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der Tiefbaukommission mit einem Objektkredit von total 5,82 Millionen Franken zuzustimmen.

**Rupan Sivaganesan** hält fest, dass die SP-Fraktion die Vorlage unterstützt und ihr einstimmig zustimmt. Durch die geplante Sanierung der Strasse wird die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer auf diesem Streckenabschnitt erhöht. Besonders zu begrüssen ist die Entstehung eines Radstreifens. Gerade mit dem derzeitigen Boom der Elektrobikes hat sich auch die Zahl der Velofahrerinnen und Velofahrer auf dieser Strecke erhöht. Diesem Umstand sollte Rechnung getragen werden.
Die SP-Fraktion unterstützt den Kompromissvorschlag der Kommission bezüglich der Teilsperrung und einer allfälligen Vollsperrung während der Schulferien. Gerade schulpflichtige Kinder von Allenwinden oder Schülerinnen und Schüler, die nach Menzingen fahren, wären von einer Vollsperrung am meisten betroffen gewesen.

**Thomas Meierhans** teilt mit, dass die CVP-Fraktion das Strassenprojekt Margel bis Talacher als sinnvoll und ausgewogen erachtet. Der Strassenabschnitt soll vor allem wegen der sich im Bau befindenden Tangente Zug/Baar zur Hauptverkehrsstrasse ausgebaut werden. Hier stellt sich die Frage, ob dieser Abschnitt nicht bereits ins Projekt der Tangente gehört hätte. Der Ausbau ist ja vor allem auf den Mehrverkehr nach der Eröffnung der Tangente zurückzuführen. Wird da mit einer Salamitaktik vorgegangen? Es ist nicht zu hoffen.
Die CVP wird einstimmig auf die Vorlage eintreten. Ebenfalls schliesst sie sich dem Antrag der vorberatenden Kommission an und unterstützt eine Kürzung der Reserven. Das Bauprojekt ist sehr ausgereift und kann ohne grosse Kunstbauten aus-

geführt werden. Es ist richtig, die üblichen 10 Prozent Reserve zu senken und damit einen Kostendruck für einen vernünftigen Projektausbau aufrechtzuerhalten.

**Rainer Suter,** Sprecher der SVP-Fraktion, ist der Meinung, dass im Kanton Zug immer noch Strassen für die Ewigkeit gebaut werden. Dessen ungeachtet werden einige Fahrwege bereits nach wenigen Jahren wieder geändert. Der Strassenabschnitt Margel–Talacher wird ausgebaut und begradigt. Wo keine Leitplanken sind, werden solche hingestellt, wo Leitplanken sind, werden diese demontiert. Diese Gestaltungen laufen alle unter dem Deckmantel «schweizerische Normen». Normen sind aber nur Vorgaben, jedoch keine Pflicht und schon gar nicht gesetzlich. Oftmals werden nach teuren Bauarbeiten nochmals Anpassungen vorgenommen und härtere Massnahmen angeordnet. Bestes Beispiel ist die Blegikurve auf der Autobahn Zug–Cham. Nach dem Ausbau dieser Kurve und vielen Unfällen wegen Nichtbeherrschen des Fahrzeugs wurden die Markierungen geändert, dem aber nicht genug! Das Höchsttempo wurde zudem von 80 km/h auf 70 km/h gesenkt. Doch auch nach allen Massnahmen muss man sich bewusst sein: Man kann die Autofahrer nicht vor sich selber schützen, auch nicht auf dem Abschnitt Margel–Talacher. Durch den Bau der Tangente Zug/Baar ist nachvollziehbar, dass die Zubringerstrassen funktionsfähig und allenfalls saniert sein müssen. Allerdings stört sich die SVP-Fraktion an der Vergoldung des Strassenabschnitts Margel–Talacher. Sie stellt deshalb den **Antrag** auf Nichteintreten. Mit Kosmetik auf den Zuger Strassen ist es vorbei. Der Rat hat entschieden zu sparen. Diese Leitplanke wurde gesetzt, nun lasse man sie stehen.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Die Tangente ist im Bau. Der moderate Ausbau des Anschlussstücks von Margel bis zum Kreisel Talacher ist die logische Folge. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage gemäss Antrag der beiden Kommissionen einstimmig zu.
Wie die Strasse Nidfuren–Schmittli ist auch dieses Verbindungsstück eine Hauptverkehrsachse in die Berggemeinden. Eine Anpassung des Ausbaustandards an jenen der Tangente ist sinnvoll. Damit erhofft man sich schliesslich auch eine Verkehrsentlastung der Zentren der Stadt Zug und von Baar.
Der nur einseitige Radstreifen bergwärts macht aufgrund des stetigen Gefälles Sinn. Auch mit nur einem Radstreifen sind Sicherheit und Verkehrsfluss ausreichend gewährleistet. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Tiefbaukommission, durch Halbierung der Reserven den Gesamtkredit auf 5,82 Millionen Franken zu reduzieren. Die Risiken von unerwarteten Kostenüberschreitungen sind kleiner als im Abschnitt Nidfuren–Schmittli.
Die Investition nicht zu tätigen oder zu verschieben, wäre unvernünftig. Die Realisierung ist zeitlich abgestimmt auf die Tangente. Es muss im Gesamtkontext der strategischen Verkehrserschliessung gedacht werden. Die Finanzierung ist durch den Strassenfonds gewährleistet und belastet die laufende Rechnung kaum. Für Autofahrer und somit Einzahler in den Strassenfonds ist es wünschenswert, dass diese Gelder nutzbringend eingesetzt werden. Und hier handelt es sich um ein nutzbringendes Projekt.

**Susanne Giger,** Sprecherin der ALG, hält fest, dass der Ausbau der Kantonsstrasse L im Abschnitt Margel–Talacher zu den Folgeprojekten der Tangente Zug/Baar zählt. Von dieser ist die ALG nach wie vor nicht begeistert. Weil sich die Situation auch für Radfahrer und Fussgänger verbessert, wird die ALG der Vorlage zustimmen. Da sich der motorisierte Individualverkehr massiv erhöhen wird, ist es richtig, dass bei der Kurve Moosbach durch die Sanierung für mehr Sicherheit ge-

sorgt wird. Offenbar kann dieser Unfallschwerpunkt aus Haftungsgründen nur mit baulichen und nicht mit signalisationstechnischen Massnahmen wie Gefahrentafeln und mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung entschärft werden.
Die ALG bedauert die Aufhebung der bestehenden Bushaltestellen «Neuguet» und «Im Moos» durch die Gemeinde Baar. Obwohl nicht stark frequentiert, befinden sie sich laut Vorlage in einem Gebiet mit «attraktiven Fuss- und Wanderwegverbindungen». Da die Wandervögel aber ein Volk mit Ausdauer sind, werden sie wohl eine andere Bushaltestelle anpeilen müssen.
Eine Vollsperrung während der ganzen Bauzeit hält auch die ALG für politisch heikel, und die nachträgliche Umsetzung wäre sehr kosten- und zeitintensiv. Deshalb ist der Kompromiss, der eine Vollsperrung nur während der Sommerferien vorsieht, zu begrüssen, und die ALG folgt dem Änderungsantrag der Kommission. Auch bei der Reduktion des Gesamtkredits von 6,1 auf 5,82 Millionen Franken unterstützt die ALG den Antrag der Tiefbaukommission.

**Alois Gössi** hält die Sanierung und den Ausbau der Kantonsstrasse zwischen Margel und Talacher für ein gutes, notwendiges Projekt. Begrüssenswert ist, dass bergwärts ein Radstreifen gebaut wird. Wünschenswert und auch geplant ist, dass der Ausbau und die Sanierung spätestens bis zur Eröffnung der Tangente Zug/Baar erfolgen. Ab dann wird gemäss Verkehrsplanung die Anzahl Fahrten auf diesen Strassen markant zunehmen. Es wäre sehr sinnvoll, die Strasse während der Sommerferien, wenn keine Schülerinnen und Schüler von Allenwinden nach Baar in die Oberstufe gehen, vollständig zu sperren, wie sich dies die Baudirektion nun überlegt. So könnte die Bauzeit mit den Einschränkungen für den bestehenden Verkehr verkürzt werden.
Nicht zu begrüssen ist die Aufhebung der Bushaltestellen «Neuguet» und «Im Moos» mit dem Fahrplanwechsel 2017/18. Es nutzen zwar nur sehr wenige Personen diese Haltestellen, aber entscheidend ist, dass diese relativ weit weg von den nächsten Haltestellen gelegen sind. Möchte jemand aus der Umgebung dort einsteigen, müsste er oder sie inskünftig ziemlich weit bis zur nächsten Haltestelle gehen. Falls bei der Linie 34 zwischen Baar und Talacher Haltestellen aufgehoben werden sollen, könnte es beispielsweise in der Nähe des Oberdorfs die Haltestelle «EW» sein. Innert kürzester Distanz gibt es dort vier Haltestellen, diese werden aber stärker frequentiert. Die Haltestellen «Neuguet» und «Im Moos» werden nur aus finanziellen Gründen aufgehoben: Je weniger bediente Haltestellen eine Gemeinde hat, je kleiner wird der Beitrag der Gemeinde an den öffentlichen Verkehr, wobei sich der Gesamtbeitrag nicht ändert: Der Preis jeder angefahrenen Haltestelle wird einfach ein bisschen teurer. Damit spart Baar am falschen Ort! Die Aufhebung dieser zwei Haltestellen wird zwar nicht zu einem Debakel werden wie diejenige beim Steinhof in Zug. Urs Raschle könnte wohl einiges dazu erzählen. Im Rat kann leider nichts geändert werden an der Aufhebung der Haltestellen, denn dies ist nicht Sache des Kantons, sondern der Gemeinde Baar.

**Pirmin Andermatt** ist Gemeinderat und Sicherheitschef der Gemeinde Baar. Ihm obliegt die Verantwortung für den Bereich öffentlicher Verkehr und damit auch für die Bushaltestellen. Es wurde einige Male erwähnt, dass die zwei betreffenden Haltestellen beibehalten werden sollten. Dazu ist Folgendes anzumerken: Es geht nicht um die Kosten für die Gemeinde Baar. Vielmehr überlegt sich die Gemeinde aufgrund der Frequenzen, Haltestellen nicht mehr beizubehalten. Wären diese zwei Haltestellen, die an der Kantonsstrasse liegen, behindertengerecht ausgebaut worden, hätte der Kanton und nicht die Gemeinde die Kosten dafür tragen müssen. Es trifft selbstverständlich zu, dass mit jeder Haltestelle, die aufgelöst wird, weniger

«Halte-Franken» bezahlt werden müssen. Die Kosten für die Linie 34 vom Beginn beim Bahnhof Baar zum Endpunkt sind aber so oder so noch vorhanden. Sie werden einfach von den Haltestellen, die nicht mehr bestehen, auf die ganze Linie bzw. die noch bestehenden Haltestellen verteilt.
Die Gemeinde Baar setzt sich stark für den öffentlichen Verkehr ein. Aus diesem Grund wurde vor zwei Jahren festgehalten, dass gewisse Linien – wie die Linie 4 – ausgebaut und im Viertelstundentakt verkehren sollen. Der ÖV wird dort ausgebaut, wo das Bedürfnis vorhanden ist. Ist kein Bedürfnis vorhanden, muss nicht weiter ausgebaut werden oder Haltestellen mit sehr geringen Frequenzen können aufgelöst werden. Im schlimmsten Fall könnten Taxis angefordert werden – das ist zwar noch Zukunftsmusik, diese Überlegungen wurden aber bereits berücksichtigt beim Entscheid, die Haltestellen «Neuguet» und «Im Moos» aufzuheben.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt dem Rat für die gute Aufnahme dieses Projekts. Bezüglich des Verkehrsregimes und der Kosten wurden die wesentlichen Punkte, die in der Tiefbaukommission und in der Stawiko intensiv diskutiert wurden, angesprochen. Bei der Debatte zu Schmittli–Nidfuren hat der Baudirektor aufgezeigt, welche Bedeutung diese beiden Strassen für die Gesamtverkehrskonzeption der Zukunft hat. Eine Wiederholung dieser Ausführungen ist deshalb nicht nötig.
Zur Notwendigkeit: Die Strasse ist in einem schlechten Zustand, der Schein trügt. 2011 wurde eine provisorische Ausbauschicht aufgetragen. Viele Schäden befinden sich nun unter dieser Schicht und sind deshalb nicht sichtbar.
Zum Verkehrsregime: Auch dieses gab Anlass zu einer intensiven Diskussion in der Kommission. Man hat sich darauf geeinigt, die Bauzeit möglichst zu reduzieren. Die Planvorgabe der Tiefbaukommission ist ein Jahr. Die Baudirektion versucht, dies umzusetzen. Zudem wird in der Detailplanung die Frage einer Vollsperrung während der Schulferienzeit geprüft und ins Projekt aufgenommen. So kann eine kostengünstige, effiziente Lösung gefunden werden.
Über die Kosten wurde sowohl in der Tiefbaukommission als auch in der Stawiko diskutiert. Die Kommissionen haben entschieden, dass der Kredit gekürzt wird. Dies ist verantwortbar, weil das Projekt bereits sehr ausgereift ist und die geologischen Verhältnisse nicht vergleichbar sind mit jenen auf dem Strassenabschnitt Schmittli–Nidfuren. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Tiefbaukommission an und ist mit der Kürzung des Kredits einverstanden.
Zum Votum von Rainer Suter, der von «Strassen für die Ewigkeit» spricht: Korrekter wäre es, von «Strassen für die Zukunft» zu sprechen. Denn es werden nun tatsächlich Strassen für die Zukunft gebaut, um der Entwicklung des Kantons Zug zu entsprechen. Dabei handelt es sich um einen Zeitraum von 50 bis 60 Jahren. Dazu gehört, dass eine vernünftige Begradigung vorgenommen wird und die Sicherheit erhöht wird. Bei den Leitplanken, die von Rainer Suter angesprochen wurden, geht es darum, dass der Gewässer- und der Quellenschutz sichergestellt werden. Die St.-Martins-Quelle ist eine der grössten Quellen im Kanton Zug, und es macht Sinn, wenn dort Leitplanken errichtet werden, damit die Quellfassung optimal geschützt werden kann. Die Schlagwörter «Vergoldung» und «Kosmetik» werden wohl noch einige Zeit bei Vorlagen der Baudirektion zu hören sein. Doch die Baudirektion hat die Zeichen der Zeit erkannt und ist stets bestrebt, optimale Preis-Leistungs-Verhältnisse in der Realisierung der Strassenprojekte zu erreichen.
Zur Blegikurve, die Rainer Suter erwähnt hat: Diese fällt in den Verantwortungsbereich des Astra und nicht des Kantons. Und zu den Bushaltestellen: Der Kanton hat die Entscheidungen des Gemeinderats Baar zur Kenntnis zu nehmen.
Der Baudirektor bittet den Rat, den Antrag auf Nichteintreten abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat beschliesst mit 56 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass nur eine einzige Lesung durchgeführt wird, da der Kantonsrat zur Durchführung des Strassenbauprogramms bereits einen Rahmenkredit für Kantonsstrassen bewilligt hat und heute nur ein sogenannt einfacher Kantonsratsbeschluss betreffend die Freigabe eines Objektkredits verabschiedet wird (§ 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Bst. a und b des Strassenbauprogramms; BGS 751.12, gültig bis Ende 2026).

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbau und Gewässer die Reduktion des Objektkredits von total 6,1 auf 5,82 Millionen Franken (5,46 Millionen Franken für Kantonsstrassen und 0,36 Millionen Franken für Radstrecken) beantragt. Die Stawiko und der Regierungsrat schliessen sich diesem Antrag an.

**Manuel Brandenberg** ist der Meinung, dass es nicht richtig ist, nur immer vom Sparen zu sprechen, nichts zu tun und dann jedoch die Steuern zu erhöhen. Vielmehr sollte in kleinen Schritten dort gespart werden, wo es möglich ist. Deshalb stellt er den **Antrag,** den von der Kommission bereits gekürzten Objektkredit von 5,82 auf 5,5 Millionen Franken zu kürzen. Somit können 320’000 Franken eingespart werden. Das mag nicht viel sein, doch auch das ist ein Beitrag, und die Strasse kann mit Sicherheit trotzdem gut gebaut werden. Die Differenzierung Objektkredit für Kantonsstrassen bzw. für Radstrecken kann gemäss diesem Antrag weggelassen werden, festzuhalten ist nur das Total von 5,5 Millionen Franken.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat genehmigt mit 52 zu 20 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission, der Regierung und der Stawiko, den Objektkredit auf 5,82 Millionen zu reduzieren.

**Teil II und III**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 56 zu 18 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

**742** Traktandum 6.2: **Motion von Kurt Balmer, Heini Schmid, Manuel Brandenberg, Thomas Lötscher und Anastas Odermatt betreffend Beseitigung der institutionellen Mängel bei der Staatsanwaltschaft**
Vorlagen: 2600.1 - 15124 (Motionstext); 2600.2 - 15370 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst den Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich.

**Kurt Balmer** spricht für die Motionäre und hält fest, dass sich der Rat nicht zum ersten Mal mit der Wahl und Aufsicht über die Staatsanwaltschaft beschäftigt. Dabei wird immer wieder von einem sogenannten Un-Wohlsein, institutionellen Mängeln und fehlenden *Checks and Balances* zwischen den drei Gewalten gesprochen. Das hört sich sehr theoretisch an. Aufgrund der nachfolgenden Beispiele wird jedoch erkennbar, dass sich zumindest Korrekturen aufdrängen und das Argument, alles laufe bestens, im Hinblick auf allfällige Krisenzeiten nicht die alleinige Maxime sein darf. Denn es wird nicht immer nur Schönwetter herrschen.
• Die Grösse der Zuger Staatsanwaltschaft verdient bekanntlich den Titel Schweizer Meister. Diese Aussage stammt von einem Zuger Strafrichter. Zu kritisieren ist jedoch nicht die Grösse der Staatsanwaltschaft. De facto bestimmt aber das Obergericht die Anzahl der Staatsanwälte und -anwältinnen (vorbehältlich der Budgetkompetenz des Kantonsrats). Es ist eine politische Frage, welche und wie viele Schwerpunkte man setzen will oder man z. B. bei (angeblichen) aussergewöhnlichen Todesfällen einen sehr grossen Aufwand betreiben will. Ist das Obergericht für diese Aufgabe die richtige Instanz? Oder müsste diese politische Aufgabe noch anderweitig abgesegnet werden?
• Gemäss der Verordnung über die Staatsanwaltschaft plant die Amtsleitung den Einsatz von Ressourcen und Stellen und teilt das Personal zu. Damit kann ziemlich direkt Justizpolitik gemacht werden, und es können in bestimmten Fällen viele oder keine Ressourcen zugeteilt werden. Erstaunlicherweise kann die Amtsleitung gemäss Verordnung auch fallbezogene Weisungen erlassen. Dies bedeutet, dass ein einzelner Staatsanwalt nicht nur dem Gesetz unterstellt ist, sondern starke Einflussmöglichkeiten der Amtsleitung der Staatsanwaltschaft und auch des Obergerichts möglich sind. *Checks and Balances* einer anderen Staatsgewalt sind dabei weit weg, und die Visitation der JPK (nur bezüglich des äusseren Geschäftsgangs) ist eigentlich fast eine Alibiübung.
• Die Ausübung der Aufsicht darf nicht personenabhängig sein. Noch vor kurzer Zeit unter Führung der Alt-Obergerichtspräsidentin wurden jährlich ausführliche Personalgespräche in Anwesenheit der Alt-Obergerichtspräsidentin mit jedem ein-

zelnen Staatsanwalt durchgeführt. Zwischenzeitlich hat diese Praxis etwas geändert. Es ist kein allzu grosses Vorstellungsvermögen nötig, um sich bewusst zu sein, dass Arbeiten in einem bestimmten Fall und personalrechtliche Fragen nicht immer völlig getrennt werden. Es ist in Ordnung, dass das Obergericht nicht mehr jährlich mit allen Staatsanwältinnen und -anwälten Personalgespräche führt. Dies ist Sache der Amtsleitung der Staatsanwaltschaft, Die Entscheidung, ob ein Geschäft den äusseren oder inneren Geschäftsgang betrifft, sollte auch nicht von der Person der Obergerichtspräsidentin bzw. des -präsidenten abhängen. So kann nämlich auch die JPK ausgeschaltet werden, was – mindestens teilweise – beim Fall Beglinger passiert ist.

• Im Rahmen der Kleinen Anfrage in Sachen Romer hat das Obergericht gemäss Bericht eine Stellungnahme des Strafgerichts eingeholt. Hier zeigt sich auf etwas anderer Stufe die Problematik der ungenügenden Gewaltentrennung in der Justiz. Das Obergericht hat zwar im konkreten Fall nur sehr zurückhaltende Aussagen gemacht. Trotzdem besteht aber eine gewisse Gefahr, dass im Berufungsfall – und gemäss Medienberichten erhob der Beschuldigte Berufung – beim gleichen Obergericht eine gewisse Vorbefasstheit angenommen werden könnte. Beschwerde- resp. Berufungsinstanz und Aufsicht hegen folglich gewisse Systemrisiken. Es wäre peinlich für den Kanton Zug und die Zuger Justiz, wenn nun das Bundesgericht im Fall Romer entscheiden würde – was zu befürchten ist.

• Die Staatsanwaltschaft fällt insbesondere Entscheide in Form von Anklagen, Strafbefehlen, Einstellungsverfügungen und Nichtanhandnahme. Heikel und sehr politisch sind Einstellungs- und Nichtanhandnahmeverfügungen. Von diesen war bisher wenig die Rede. In jenem Bereich wird teilweise deutlich mehr politisch entschieden als bei Strafbefehlen. Dies zeigt sich auch beim Prozedere: Die Amtsleitung hat diese zu genehmigen. Die Staatsanwältinnen und -anwälte können also nicht allein gemäss Gesetz unabhängig entscheiden, sondern sie unterstehen hierarchisch mindestens indirekt dem Obergericht. Problematisch ist, dass Wahl und Aufsicht so vermischt werden können.

• Beschwerdeinstanz: Ein Beschuldigter erhebt gegen einen Staatsanwalt beim Obergericht eine Beschwerde, weil er der Meinung ist, die Staatsanwaltschaft führe die Untersuchung nicht neutral und berücksichtige Entlastungsmomente ungenügend (Art. 393 der Strafprozessordnung; Beschwerde gegen Verfahrenshandlung der Staatsanwaltschaft). In solchen Fällen wird auch das Ermessen geprüft, und es handelt sich um eine weitreichende Überprüfung der Handlungen der Staatsanwaltschaft. Das Obergericht muss die Arbeit des Staatsanwalts qualitativ prüfen. Daraus kann sich ergeben, dass Staatsanwälte unnötig unter Druck geraten mangels ungenügender Gewaltentrennung. Eigentlich wären die Staatsanwälte aber nur dem Gesetz unterstellt.

Trotz all dieser Beispiele, die eigentlich eine umfassendere Umsetzung des Motionsanliegens als den Antrag der JPK erforderlich machen würden, unterstützen die Motionäre den Antrag der JPK und verzichten damit auch aus finanziellen Überlegungen auf eine volle Erheblicherklärung.

Zum Vorschlag der Regierung: Die Motionäre können sich eine solche Lösung nicht vorstellen. Eine Ein-/Unterordnung in die Verwaltung wird der Verantwortung der Staatsanwälte nicht gerecht: Staatsanwälte haben die Kompetenz, selbstständig Strafbefehle bis zu sechs Monaten Freiheitsstrafe zu erlassen, und können über problematische Nichtanhandnahme- und Einstellungsverfügungen entscheiden. Die Verwaltungsintegration entspräche einer Degradierung der Staatsanwaltschaft, die nicht mehr stufengerecht wäre.

Der Motionär bittet den Rat, den Antrag der JPK zu unterstützen.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Das Obergericht ist im Kanton Zug für die Staatsanwaltschaft Aufsichtsbehörde, Rechtsmittelinstanz und für die leitenden Staatsanwälte auch das Wahlgremium.
Es gibt in der Schweiz verschiedene Modelle, wie die Staatsanwaltschaft organisiert ist. Das Zuger Modell mit der Aufsicht und Wahl der Staatsanwälte durch das Obergericht wird auch in den Kantonen Jura, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden und Uri angewendet. So falsch kann die Zuger Organisation also nicht sein. Jede Organisation hat ihre Vor- und Nachteile. Und wie es das Obergericht im Bericht der JPK ausdrückte: Das verwaltungsrechtliche Prinzip von *Checks und Balances* mit der gegenseitigen Kontrolle wird im Kanton Zug eingehalten.
Bei den Forderungen der Motionäre gab es zwei Bereiche: die Aufsicht und Unterstellung der Staatsanwaltschaft sowie die Wahl der Staatsanwälte. Die SP-Fraktion lehnt sowohl die Unterstellung der Staatsanwaltschaft unter die Sicherheitsdirektion als auch die Schaffung eines Justizrats ab. Vielmehr teilt sie die Bedenken der JPK, die sich auch dagegen aussprach. Speziell ein Justizrat, der die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft hätte und die Staatsanwälte auch wählen würde, wäre für den Kanton Zug überdimensioniert und unverhältnismässig – und sehr wahrscheinlich auch teurer als das jetzige System. So bleibt schlussendlich nur noch die Wahl der Leitenden Staatsanwälte übrig. Hier will die JPK, wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit, das Wahlgremium ändern. Inskünftig soll nicht mehr das Obergericht die Wahl vornehmen, sondern ein neues Gremium, das aber nach der Teilerheblicherklärung noch zu definieren wäre. Diesen Vorschlag unterstützt die SP-Fraktion nicht, sie spricht sich gegen die Teilerheblicherklärung der Motion aus. Es gab mit der Wahl der Staatsanwälte durch das Obergericht in den letzten Jahren und Jahrzehnten nie Probleme, auch mit der jetzigen Führung der Staatsanwaltschaft hat das Obergericht eine sehr gute Wahl getroffen. Es besteht wohl, wie es im Bericht der JPK festgehalten ist, ein ungutes Gefühl – das nur auf theoretischer Ebene zu bestehen scheint –, weil das Obergericht sowohl Wahlgremium wie auch Aufsichtsgremium ist. Die SP-Fraktion spricht sich dagegen aus, nur wegen eines «theoretischen» Gefühls die Wahlart der Staatsanwälte zu ändern. Was wäre die Alternative? Eine Volkswahl? Eine Wahl oder eine Bestätigungswahl durch den Kantonsrat wäre die wahrscheinlichste Variante. Dies ist der Grund für eine Ablehnung der Teilerheblicherklärung. Eine solche Wahl soll nicht verpolitisiert werden. Man möchte weiterhin die fähigsten Staatsanwälte, dies wird mit einer Wahl durch das Obergericht sichergestellt und nicht, indem die Staatsanwälte auch politisch genehm sind. Dies wäre automatisch ein weiteres Kriterium, wenn der Souverän oder der Kantonsrat die Wahl vornehmen würde. Deshalb spricht sich die SP-Fraktion dafür aus, die Motion nicht erheblich zu erklären und lehnt den Antrag der JPK auf Teilerheblicherklärung ab.

**Michael Riboni** nimmt das Wichtigste vorweg: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der erweiterten JPK auf Teilerheblicherklärung der Motion. Diese Unterstützung ist nur folgerichtig, hat die SVP doch bereits in einer im Jahr 2015 eingereichten Motion auf die von den Motionären erwähnten institutionellen Mängel bei der Staatsanwaltschaft hingewiesen. Dass das Obergericht zugleich Rechtsmittelinstanz sowie Anstellungs- und Aufsichtsbehörde der Staatsanwaltschaft ist, ist der SVP seit jeher ein Dorn im Auge.
Im Rahmen der parlamentarischen Beratung der erwähnten SVP-Motion vor gut einem Jahr fanden die Argumente im Rat leider kein Gehör. Ein Jahr später ist jetzt zumindest die JPK etwas weiser geworden und beantragt eine Änderung des Wahlgremiums der Staatsanwaltschaft. Und selbst das Obergericht, das sich vor einem Jahr noch vehement gegen die Motion der SVP sträubte, zeigt mittlerweile

Verständnis für eine Änderung des Wahlgremiums. Diesbezüglich sei auf Seite 3 des Berichts und Antrags der JPK verwiesen. Höchste Zeit also, Nägel mit Köpfen zu machen und in einem ersten Schritt eine Änderung des Wahlgremiums der Staatsanwaltschaft zu beschliessen. Die Staatsanwaltschaft nimmt heute zu einem grossen Teil quasi richterliche Funktionen wahr. Das Strafbefehlsverfahren lässt grüssen. Da ist es nur folgerichtig, wenn sich zumindest das Leitungsgremium der Staatsanwaltschaft wie auch die Mitglieder der Gerichte einer periodischen Wiederwahl stellen muss. Dadurch würde die demokratische Legitimation der Staatsanwaltschaft gestärkt und das Ansehen der Staatsanwaltschaft in der Bevölkerung erhöht. Ebenso fände eine Entknüpfung der beiden Funktionen der Staatsanwaltschaft – Rechtsmittelinstanz und Anstellungsbehörde – statt.
Den von den Motionären geforderten Justizrat lehnt die SVP hingegen ab. Für den Kanton Zug wäre ein solches Gremium überdimensioniert. Zudem würde es erhebliche Kosten verursachen, was schlecht in das derzeitige Umfeld von Spar- und Entlastungsmassnahmen passt. Das haben mittlerweile auch die Motionäre eingesehen. Das Fazit aus Sicht der SVP: Änderung des Wahlgremiums ja, Justizrat nein. Entsprechend bittet der Votant um Unterstützung des JPK-Antrags.

**Adrian Andermatt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion das Geschäft eingehend diskutiert hat und einstimmig zum Schluss gekommen ist, einen **Antrag** auf Nichterheblicherklärung der Motion zu stellen. Somit lehnt sie den Antrag der JPK auf Teilerheblicherklärung ab.
Wie im Bericht der JPK ausgeführt, wurde die Frage des Wahlorgans der Staatsanwältinnen und -anwälte im Jahr 2015 bereits hinlänglich diskutiert und vom Rat mittels Nichterheblicherklärung des entsprechenden Vorstosses bachab geschickt. Dass die JPK dieses Thema nach so kurzer Zeit mit der Begründung eines unguten Gefühls einiger Ratsmitglieder aufgrund des damals knappen Abstimmungsausgangs wieder mittels Antrag auf Teilerheblicherklärung aufnimmt, ist zumindest erstaunlich und wird von der FDP-Fraktion nicht unterstützt.
Die perfekte Organisationsform für die Wahl bzw. Anstellung von Staatsanwältinnen und -anwälten wie auch für deren Aufsicht gibt es nicht. Während die Volks- oder Parlamentswahl die demokratische Legitimation der Gewählten einerseits zu erhöhen vermag, führt diese Wahl andererseits auch dazu, dass die Staatsanwaltschaft verpolitisiert wird und dadurch an Unabhängigkeit verliert. Es ist jedoch von wesentlicher Bedeutung, dass die Staatsanwälte in ihrem Alltag unabhängig agieren können. Dass dies verloren geht, gilt es im Interesse einer gut funktionierenden Justiz zu verhindern. In der Theorie mag das Zuger Modell nicht optimal sein. In der Praxis hat es sich aber bestens bewährt, und das über sehr viele Jahre hinweg – Grund genug, den Antrag der FDP-Fraktion auf Nichterheblicherklärung der Motion zu unterstützen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG. Diese schliesst sich dem Antrag der erweiterten JPK an und votiert für Teilerheblicherklärung. Es geht hier grundsätzlich um institutionelle, rechtstheoretische Fragestellungen, die aber nicht minder wichtig sind und sehr wohl Einfluss auf die Realität haben. Wie in Bericht und Antrag nachzulesen ist, befindet sich die Staatsanwaltschaft zwischen Exekutive und Judikative. In diesem Spannungsfeld muss sie möglichst ihre Unabhängigkeit bewahren. Nimmt man noch die Frage nach der Wahl, der Legitimation, hinzu, ist das Risiko der Politisierung zu berücksichtigen. In der Schweiz gibt es ganz unterschiedliche Systeme, wie mit diesem Spannungsverhältnis umgegangen wird. Wichtig ist, dass regelmässig überprüft wird, ob das bestehende System den gegebenen Umständen entspricht. Andererseits ist diese Frage hinsichtlich Aufsicht zu stellen. Hier ist die

JPK zum Schluss gekommen, die Aufsicht sei so weit gut geregelt. Auf der anderen Seite geht es um das Thema der Wahl bzw. der Legitimation. Eine Wahl durch ein neu zu schaffendes Gremium scheint tatsächlich nicht adäquat zu sein angesichts der Grösse des Kantons Zug, aber auch angesichts der Kosten. Gleichzeitig ist eine Volks- bzw. Parlamentswahl aller Staatsanwälte auch nicht zielführend, da eine Wahl bzw. Nichtwahl nicht begründet werden müsste und somit eine gewisse Politisierung stattfinden würde. Bevor man sich diesem Thema weiter widmet, möchte die JPK die Legitimation durch den Kantonsrat erhalten. Somit hat der Rat nun zu entscheiden, ob die Frage der Legitimation vertieft geprüft werden soll. Die ALG schliesst sich dem Antrag der erweiterten JPK an und heisst es gut, die Legitimation der Staatsanwälte zu hinterfragen und anzugehen.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** dankt der erweiterten JPK, dass sie das Obergericht zum Mitbericht eingeladen hat und er an den Sitzungen vom 23. September und 9. November 2016 die Haltung des Obergerichts erläutern durfte.
Das Obergericht nimmt zur Kenntnis, dass an der Forderung, eine zusätzliche Wahl- und Aufsichtsbehörde zu schaffen, offenbar nicht festgehalten wird. Die erweiterte JPK hält in ihrem Bericht und Antrag zutreffend fest: ein solches Gremium wäre für den Kanton Zug überdimensioniert und unverhältnismässig. Den Motionären schwebte eine Regelung wie bei der Bundesanwaltschaft vor. Nun lassen sich aber die Verhältnisse der Bundesanwaltschaft nicht auf die Staatsanwaltschaft des Kantons Zug übertragen. Die hiesige Staatsanwaltschaft weist einen viel kleineren Personalbestand auf – nämlich bloss rund einen Fünftel –, und zudem ist die Bundesanwaltschaft an vier Standorten tätig, nämlich in Bern, Zürich, Lausanne und Lugano. Neben dem Bund kennen die vier Kantone Freiburg, Genf, Tessin und Wallis das System, in welchem die Staatsanwaltschaft der Aufsicht eines sogenannten Justizrates unterstellt ist. In diesen Kantonen ist der Justizrat jedoch – soweit ersichtlich – für die Aufsicht über die gesamte Justiz zuständig. Für den Kanton Zug wäre ein solches Modell überdimensioniert; es ist nicht auf einfache und kleinräumige Verhältnisse zugeschnitten. Es würde sich auch die Frage stellen, wie sich diese neue Aufsichtsbehörde zusammensetzen soll und wer die Mitglieder wählen würde. Die Schaffung einer neuen Aufsichtsbehörde für die Staatsanwaltschaft wäre auch mit zusätzlichen Kosten verbunden, die angesichts der erforderlichen fachlichen Kompetenz der Mitglieder nicht unerheblich sein dürften. Dies passt schlecht in das derzeitige Umfeld der Spar- und Entlastungsmassnahmen, zumal – nach Auffassung des Obergerichts – kein Handlungsbedarf besteht.
Die erweiterte JPK hält im Bericht und Antrag fest, die Staatsanwaltschaft habe im Jahr 2015 66,5 Prozent und 2016 72 Prozent der Fälle im Strafbefehlsverfahren erledigt. Nach den neuesten Zahlen zum aktuellen Rechenschaftsbericht waren es 2016 70,9 Prozent. Das ist ein bisschen weniger, es sind aber immer noch gut 70 Prozent. Tatsächlich scheint angesichts dieser Zahlen die quasi-richterliche Funktion der Staatsanwaltschaft im Vordergrund zu stehen. Nun täuschen aber diese Zahlen darüber hinweg, dass die Fälle, die im Strafbefehlsverfahren erledigt werden können, weniger Aufwand verursachen als die übrigen Funktionen der Staatsanwaltschaft. Der grösste Teil der Arbeit bei der Staatsanwaltschaft liegt nach wie vor in ihrer Tätigkeit als Untersuchungs- und Anklagebehörde sowie als Verfahrenspartei vor den Gerichten. Die Ausgangslage für die Beantwortung der Frage nach der demokratischen Legitimation der Staatsanwaltschaft präsentiert sich somit komplett anders als bei den Mitgliedern der Gerichte.
Die erweiterte JPK stellt den Antrag, die Motion teilerheblich zu erklären in dem Sinne, dass die Zuständigkeit für die Wahl der Leitung der Staatsanwaltschaft geändert werden soll. Das Obergericht interpretiert dies so, dass mit der *Leitung* der

Leitende Oberstaatsanwalt bzw. die Leitende Oberstaatsanwältin und allenfalls auch noch der Oberstaatsanwalt bzw. die Oberstaatsanwältin gemeint sind.
Im Bericht und Antrag vom 22. Dezember 2015 zur Motion der SVP-Fraktion betreffend Stärkung der Unabhängigkeit und der Legitimation der Staatsanwälte durch Parlamentswahl hat das Obergericht festgehalten, dass es allenfalls denkbar wäre, die Wahl der Leitung der Staatsanwaltschaft dem Kantonsrat zur Bestätigung vorzulegen. Gleichzeitig wurde aber darauf hingewiesen, dass das Obergericht insofern keinen Handlungsbedarf sehe.
Der Obergerichtspräsident wurde von Michael Riboni zitiert betreffend das Verständnis für die Änderung des Wahlorgans. Dieses Verständnis hat der Obergerichtspräsident aber nur unter der Prämisse geäussert, dass man die Betrachtungsweise einnimmt, die Staatsanwaltschaft habe eine quasi-richterliche Funktion. Grundsätzlich vertritt das Obergericht die Meinung, dass die quasi-richterliche Funktion bei der Staatsanwaltschaft nicht im Vordergrund steht.
Im heutigen System wird die Leitung der Staatsanwaltschaft vom Plenum des Obergerichts ernannt (§ 54 111g GOG). Das ist ein Gremium von sieben Personen, das bei dieser Grösse einigermassen flexibel ist. Eine Wahl oder auch nur eine Bestätigung durch ein politisches Gremium würde mehr Zeit in Anspruch nehmen. Das Auswahl- und Wahlprozedere würde schwerfälliger, und es wäre gar zu befürchten, dass es in der Leitung der Staatsanwaltschaft zu Vakanzen kommen könnte. Dies verträgt sich aber schlecht mit ihrem gesetzlichen Leistungsauftrag. Eine Änderung des Wahlorgans für die Leitung der Staatsanwaltschaft wäre also mit Nachteilen verbunden. Vorteile, etwa in dem Sinne, dass qualifiziertere und geeignetere Fachkräfte gefunden werden können, sind nicht ersichtlich.
Kurt Balmer hat zu Beginn seines Votums gesagt, seine Äusserungen seien vielleicht ein wenig theoretisch. Dem ist beizupflichten, die Beispiele waren sehr theoretisch. Zu der angesprochenen personellen Trennung: Präsident über die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft ist ein Bundesrichter. Auch dort besteht folglich keine personelle Trennung zwischen der Rechtsmittelbehörde und dem Aufsichtsorgan. Ein anderes Beispiel: Im Kanton Baselland hat der Regierungsrat die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft. Der Regierungsrat hat aber eine Fachkommission eingesetzt, welche die Aufsicht bzw. die Inspektion wahrnimmt. Einsitz in dieser Kommission haben dann aber auch wieder Richter, es besteht also auch dort keine personelle Trennung zwischen Aufsichtsinstanz und der Justiz bzw. den Rechtsmittelinstanzen.
Jedes Aufsichts- und Wahlsystem hat somit Vor- und Nachteile. Das System im Kanton Zug ist auf die hiesigen Verhältnisse zugeschnitten und hat sich seit über 25 Jahren bewährt, was auch der Kantonsrat letztmals an der Sitzung vom 26. August 2010 bestätigt hat. Man sollte nur dann an etwas herumflicken, wenn es nicht mehr funktioniert. Dies gilt erst recht, wenn man knapp bei Kasse ist und sparen sollte. Genauso ist es auch hier: Die Staatsanwaltschaft ist gut aufgestellt und funktioniert bestens. Es besteht also kein Anlass, hier etwas herumzuflicken und dafür Zeit und Geld – etwa für eine Expertise – aufzuwenden. Das Obergericht stellt Ihnen deshalb den **Antrag,** die Motion nicht erheblich zu erklären.

JPK-Präsident **Thomas Werner** hält fest, dass die Motion am 31. März 2016 der erweiterten JPK zu Bericht und Antrag überwiesen wurde, und verweist betreffend den Inhalt auf den Motionstext. Die Frage der Organisation der Staatsanwaltschaft wurde erst kürzlich, im Jahre 2015 im Rahmen der Debatte zur SVP-Motion betreffend Stärkung der Unabhängigkeit und der Legitimation der Staatsanwälte durch Parlamentswahl, diskutiert. Der Rat entschied damals auf Nichterheblicherklärung der Motion und sah keinen Grund für eine Änderung des im Kanton Zug vorhan-

denen Modells. Laut den Motionären blieb aber anhand der damaligen Voten ein erkennbares, ungutes Gefühl zurück, weshalb diese Motion nun die Gelegenheit biete, sich nochmals vertieft mit der Thematik auseinanderzusetzen.
Die Stellung der Staatsanwaltschaften ist grundsätzlich Bestandteil der kantonalen Organisationsautonomie. In Zug untersteht die Staatsanwaltschaft der Justiz. Es gibt schweizweit verschiedene Organisationsformen. In einigen Kantonen werden die Staatsanwälte durch die Regierung gewählt und sind einem Departement zugeordnet. In anderen Kantonen werden sie durch das Parlament gewählt. Es gibt Kantone, in denen wählt das Parlament die Oberstaatsanwälte und diese oder ein Gremium wählen die übrigen Mitglieder der Staatsanwaltschaft. Einzelne Kantone haben Mischformen und Varianten dieser Systeme. Einen speziellen Justizrat, wie von den Motionären beantragt, kennen die Kantone Freiburg, Genf, Tessin und Wallis. Das System Zug mit der Aufsicht der Staatsanwaltschaft unter einem Gericht wird in insgesamt sechs Kantonen praktiziert.
Im April wurden das Obergericht und der Regierungsrat zu einem Mitbericht eingeladen. Im Juli 2016 nahmen Obergericht wie auch der Regierungsrat mit ihren Berichten Stellung. Der Regierungsrat führt in seiner Argumentation aus, dass die Unabhängigkeit der Staatsanwälte durch eine Parlamentswahl nicht verbessert würde. Er sieht viel mehr die Gefahr, dass Interessenkonflikte entstehen könnten. Die Arbeit der Staatsanwälte dürfe auf keinen Fall durch das Risiko einer allfälligen Nichtwiederwahl beeinflusst werden. Die Regierung würde die Verbesserung der Unabhängigkeit vielmehr durch eine Unterstellung der Staatsanwaltschaft bei der Sicherheitsdirektion sehen. Die Schaffung eines Justizrats lehnt der Regierungsrat ab. Dadurch würden die institutionellen Mängel nicht beseitigt, sondern nur durch neue ergänzt. Fängt man an, Aufsichtsfunktionen in weiteren Bereichen und vermehrt an Fachpersonen und Experten zu delegieren, würde dies auf eine Aufhebung des Milizsystems und den Verlust wertvoller Strukturen hinauslaufen. Zudem dürfte es schwierig sein, geeignete Personen, bei denen keine Gefahr einer Interessenskollision besteht, zu eruieren und zu bestimmen. Gemäss Regierung wäre ein solches Gremium mit unverhältnismässigem Aufwand verbunden und auch aus Kostengründen abzulehnen.
Das Obergericht seinerseits weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass unter all den verschiedenen in der Schweiz existierenden Organisationsmodellen keines für sich in Anspruch nehmen könne, die rechtstaatlich einzig richtige Lösung zu sein. Jedes habe seine Vor- und Nachteile. Das Argument, dass das heutige System das verwaltungsrechtliche Prinzip von gegenseitiger Kontrolle verletze, greife nicht, denn auch bei den erstinstanzlichen Gerichten ist ja das Obergericht die Aufsichtsbehörde. Die Kontrolle sei durch die Oberaufsicht des Kantonsrats gegeben. Mit den Visitationen bei der Staatsanwaltschaft, den Gerichten, den Schlichtungsbehörden und den Kommissionen könne sich die JPK ein umfassendes Bild über die Tätigkeit der Zivil- und Strafjustiz machen. Gemäss Obergericht kann der Kantonsrat dadurch seine Funktion als Oberaufsichtsbehörde sehr wirkungsvoll wahrnehmen. Bei einer Wahl der Staatsanwälte durch den Kantonsrat bestünde eher die Gefahr, dass ein Staatsanwalt gebotene, aber unpopuläre Anordnungen unterlasse oder eigentlich nicht gebotene, aber populäre Anordnungen vornehme, um seine Wiederwahl nicht zu gefährden. Deshalb sei durch die aktuelle, öffentlichrechtliche Anstellung der Staatsanwälte die Unabhängigkeit viel besser sichergestellt. Zusammengefasst ist das Obergericht der Meinung, dass das heutige System mit der Unterstellung der Staatsanwaltschaft unter die Justiz am besten auf die Zuger Verhältnisse zugeschnitten sei.
Zu den Erwägungen der JPK: Die Motion wurde an zwei Sitzungen diskutiert. Dazu wurden auch die Motionäre, der Sicherheitsdirektor und der Obergerichtspräsident

eingeladen. Im Laufe der Diskussion in der Kommission zeigte sich, dass aufgrund der überzeugenden Argumente der Vernehmlassungsteilnehmer auch einzelne Motionäre nicht mehr an der Forderung, ein Gremium (Justizrats) zu schaffen, festhalten. Auch der Vorschlag der Regierung, die Aufsicht der Staatsanwaltschaft der Sicherheitsdirektion zu übertragen, fand in der Kommission keine Mehrheit. Dazu fehlen ganz einfach das Fachwissen und die Zeit für eine effiziente Aufsicht, wie sie zurzeit durch das Obergericht gewährleistet ist. Ausserdem agiert die Regierung eher nach politischen Gesichtspunkten als ein Gericht. Sowohl der Obergerichtspräsident wie auch der Sicherheitsdirektor bestätigen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Sicherheitsdirektion und dem Obergericht sehr gut sei, ein regelmässiger Austausch stattfinde und sich keine Änderung aufdränge.
Bereits 2008 wurde die Unterstellung der Staatsanwaltschaft anlässlich der vorzeitigen Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells und 2010 anlässlich der Justizreform geprüft und diskutiert. Dabei hielt der Rat fest, dass sich das System im Kanton Zug schon seit Jahren bewährt hat und bestens funktioniert. Für die Mehrheit der Kommissionsmitglieder sind grundsätzlich keine äusseren Veränderungen ersichtlich, die nach einer Anpassung verlangen. Das aber bereits eingangs erwähnte ungute Gefühl, das wohl eher auf theoretischer Ebene besteht, könnte mit einer Verschiebung beseitigt werden, ohne dass es dazu neue Kontrollorgane oder Strukturen bräuchte. Das primäre Anliegen der Motion, eine Entknüpfung der Rechtsmittelinstanz und der Anstellungsbehörde, kann mit der Änderung des Wahlgremiums für die Leitung der Staatsanwaltschaft erreicht werden kann. Eine knappe Kommissionsmehrheit sprach sich mit 7 zu 6 Stimmen für die Teilerheblicherklärung der Motion in diesem Sinne aus. Angesichts der wichtigen staatsrechtlichen Fragen diskutierte die JPK auch den Beizug eines Spezialisten für die Erstellung einer Expertise, um die verschiedenen Legitimationsgrade zu klären. Die JPK entschied ebenfalls knapp mit 7 zu 6 Stimmen und unter Berücksichtigung der aktuellen finanziellen Situation des Kantons Zug, zuerst den Kantonsrat über eine Teilerheblich- oder Nichterheblicherklärung abstimmen zu lassen, bevor ein mit Kosten verbundenes Gutachten erstellt wird. Die erweiterte JPK stellt dem Rat mit 7 zu 6 Stimmen den **Antrag,** die Motion im Sinne der Erwägungen der JPK teilerheblich zu erklären.

Motionär **Kurt Balmer** wurde vom Obergerichtspräsidenten zitiert und erlaubt sich deshalb, noch einmal das Wort zu ergreifen. Zitiert wurde er insofern, als er selbst gesagt habe, es bestünden ja nur theoretische Zweifel resp. es bestehe nur ein gewisses Unwohlsein und deshalb sei gar kein Raum vorhanden, um einzugreifen und organisatorische Veränderungen vorzunehmen. Das ist nicht ganz richtig. Diese theoretischen Zweifel sind wohl etwas schwer zu fassen. In den aufgeführten Beispielen hat der Motionär aber darauf hingewiesen, dass die theoretischen Zweifel sich in verschiedener Art und Weise konkret äussern und dass durchaus Bedarf besteht, Änderungen vorzunehmen.
Gefehlt haben in der Stellungnahme des Obergerichtspräsidenten ein oder zwei Worte zum Thema Einstellungsverfügung oder Nichtanhandnahme. Erwähnt wurde, Strafbefehle würden keinen allzu grossen Aufwand verursachen, der grosse Aufwand seien die Untersuchung an sich sowie die Vertretung der Anklage vor Gericht. An dieser Darstellung ist die Tatsache zu vermissen, dass Einstellungs- und Nichtanhandnahmeverfügungen nicht so schnell gemacht werden müssen, sondern dass unter Umständen am Ende einer grossen Untersuchung eine Einstellungsverfügung ergeht, die sehr politisch zu würdigen ist. Diese Tatsache in Bezug auf Einstellung und Nichtanhandnahme muss in die Überlegungen miteinbezogen werden.

Zugebenermassen sind diese beiden Punkte in der Begründung der Motion nicht aufgeführt. Dafür existiert aber die politische Diskussion im Rat und in der Kommission. Im Kommissionsbericht sind diese beiden Punkte auch nicht aufgeführt. Sie sind gebührend mitzuberücksichtigen. Aus diesem Grund bittet der Motionär den Rat, die Motion im Sinn der erweiterten JPK teilerheblich zu erklären.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass jedes System Vor- und Nachteile hat. Genau aus diesem Grund zielt das Votum von Kurt Balmer komplett an der Sache vorbei. Es ist immer möglich, da oder dort einen theoretischen Nachteil zu finden. Doch das bringt einen nicht weiter.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat erklärt die Motion mit 37 zu 36 Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht erheblich.

**743** Traktandum 6.3: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Belastung der Zuger Bevölkerung durch die steigenden Gesundheitskosten**
Vorlagen: 2645.1 - 15221 (Interpellationstext); 2645.2 - 15366 (Antwort des Regierungsrats).

**Rita Hofer** dankt im Namen der Interpellantin dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Der Antwort kann man entnehmen, dass sich die Regierung der Problematik bewusst ist und erkennt, dass die Gesundheitskosten für die grosse Mehrheit der Bevölkerung eine erhebliche Belastung darstellen. Dass der Kanton mit der Prämienverbilligung ein Instrumentarium hat, um das Budget für Personen mit mittleren und kleinen Einkommen zu entlasten, ist an sich positiv. Das Problem der alljährlich steigenden Kosten ist damit aber nicht gelöst. Im interkantonalen Vergleich steht der Kanton Zug weit oben auf der Liste, und bei der neuesten Erhebung der Entlastungswirkung der Prämienverbilligung rangiert er bereits auf dem ersten Platz. Der Blick auf die stetig steigenden Kosten im Gesundheitswesen lässt aber nichts Gutes ahnen:
• Zum Wirtschaftswachstum hat vor allem der Bereich Gesundheit beigetragen, und an diesem Tropf hängen alle.
• Im Vergleich mit den OECD-Ländern ist die Schweiz bei den Gesundheitsausgaben innerhalb eines Jahres, von 2013 bis 2014, vom sechsten auf den vierten Platz vorgerückt. Seit der Einführung des KVG im Jahr 1996 sieht sich die Politik alljährlich mit dem Problem des Kostenwachstums konfrontiert, auch wieder 2017.
• Mit der Einführung der Fallpauschale konnte keine Stabilisierung der Gesundheitskosten erreicht werden. Die Folgekosten durch Wiedereintritte trieben die Kosten weiter in die Höhe und sind vor allem für die Patienten sehr unangenehm.
• Dass der Kanton Zug die Mittel für die Prämienverbilligung erhöht, ist zwingend und eine logische Folge dieser Entwicklung.
• In der Antwort der Regierung wird das Projekt «Finanzen 2019» angesprochen, gleichzeitig wird eine Überprüfung der Prämienverbilligung in Aussicht gestellt. Die ALG erwartet von der Regierung, dass die in der Antwort gelobte sozialpolitische Bedeutung der Prämienverbilligung der Überprüfung standhält und die politische Verantwortung übernommen wird.
In der regierungsrätlichen Antwort wird darauf hingewiesen, dass nebst der Prämienverbilligung auch eine günstige Krankenkasse gewählt werden könne; es bestehe keine Einschränkung bei der Wahl der Versicherung. Die Kosten üben aber einen enorm grossen Druck auf die Versicherungsnehmer aus, so dass diese sich

eigentlich einem Zwang beugen müssen. Dies bedeutet, zwar eine Wahl, aber nicht eine wirklich *freie* Wahl zu haben. Weiter sieht die Regierung keine grossen Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Krankenpflegeversicherung. Das erstaunt nicht, denn mit der Privatisierung des Kantonsspitals hat sie das Heft aus der Hand gegeben.

Dem Gesundheitssystem drohe der Kollaps, sagen Fachärzte, die dem Gesundheitssystem kritisch gegenüberstehen und sich eine «Menschenmedizin» wünschen. In der «Neuen Zürcher Zeitung» durchleuchteten im Oktober 2016 erfahrene Ärzte die medizinische Versorgung. Ihre Bilanz lässt aufhorchen und müsste zwingend zu politischem Handeln führen:

• «Früher haben Ärzte oft weniger machen können, als wünschbar war. Heute machen die Ärzte mehr, als sinnvoll ist.» Jeder zweite Arzt in der Schweiz ist der Ansicht, dass zu viele medizinische Leistungen erbracht werden. Die Überversorgung ist zu einem der grössten Probleme im Gesundheitssystem geworden.

• Es steht nicht das Wohl des Patienten im Mittelpunkt, sondern der Profit von Ärzten, Spitalbetreibern sowie der Medizinal- und Pharmaindustrie.

• Teure und unnötige Eingriffe in Spitälern: Die Budgets zwingen manchmal dazu, zuungunsten der Patienten zu entscheiden.

• Leistungsabhängige Prämien bei Chefärzten: Der Facharzttitel verlangt eine bestimmte Anzahl durchgeführter Operationen, d. h. es müssen genügend entsprechende Patienten zur Verfügung stehen.

• Nicht nur die Ärzte müssen dem Dogma des Markts gehorchen. Auch viele Patienten wollen immer mehr. Wenn so hohe Prämien bezahlt werden müssen, erwarten die Patienten etwas von diesem Geld. Dem «Tages-Anzeiger» kann man beispielsweise entnehmen, dass in der Schweiz jede dritte Geburt mittels Kaiserschnitt erfolgt. Die Schweiz hat damit eine der höchsten Kaiserschnittraten weltweit − und der Kanton Zug steht dabei an oberster Stelle, wobei die Andreas-Klinik in Cham eine Spitzenposition einnimmt.

Die Pharma-Industrie, eine grosse Kostentreiberin, darf die Gesundheit der Bevölkerung nicht diktieren. Zu erinnern ist an die Schweinegrippe und den *Hype* um das Medikament Tamiflu: Ausser Kosten von 4 Millionen Franken für dieses Medikament, das letztes Jahr als Sondermüll entsorgt wurde, war nichts gewesen. Die überhöhten Medikamentenpreise in der Schweiz sind schon länger bekannt und wurden kürzlich auch vom Preisüberwacher wieder kritisiert.

Es braucht ein Gesundheitssystem, das der Gesundheit der Menschen dient und nicht nach dem Diktat der Wirtschaft funktioniert. Dass Zulassungen von Fachärzten genauer geprüft werden, ist notwendig. Die ALG erwartet von den politisch Verantwortlichen, dass sie mehr Einfluss nehmen, damit die Kosten des Gesundheitswesens in Zukunft nicht noch mehr aus dem Ruder laufen. Bewilligungen für den Ausbau oder die Erweiterung bestimmter medizinischer Spezialgebiete − beispielsweise Röntgeninstitute oder Frühgeburtenabteilungen − müssen hinterfragt werden. Synergien mit umliegenden Spitälern sollen wie bis anhin genutzt werden, damit die Versorgung der Bevölkerung vollumfänglich gewährleistet ist. Präventionsaktionen sind sinnvoll und sollten verstärkt werden, um die Bevölkerung in ihrer Eigenverantwortung zu stärken und zu sensibilisieren.

Die Frage scheint berechtigt zu sein: Ist die Schweizer-Bevölkerung so krank oder lässt sie sich durch die Ökonomisierung der Gesundheit einfach krankmachen?

**Fabian Freimann** erinnert daran, dass sich die SP bereits bei der Beratung des Budgets 2015 gegen ein Einfrieren der Prämienverbilligung auf dem Stand von 2014 aussprach. Leider hatte ihr damaliger Antrag im Kantonsrat keine Chance.

Die Kosten für Krankenkassen- und Versicherungsprämien stellen im Kanton Zug und in der Schweiz bekanntlich einen wesentlichen Teil der Haushaltausgaben dar, vor allem für Familien mit tiefem und mittlerem Einkommen. Die Einflussmöglichkeiten des Einzelnen sind in diesem Bereich wohl noch beschränkter als diejenigen des Kantons: Es bleibt eigentlich nur, jeweils im Oktober gebannt auf die Veröffentlichung der Prämienanstiege zu warten und dann allenfalls eine billigere Krankenkasse oder ein kostengünstigeres Versicherungsmodell zu wählen, sofern man dies nicht schon längst getan hat.
Die SP stellt fest, dass sich der Kanton Zug im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine wirksame Prämienverbilligung einsetzt und diese auch umsetzt. Erfreut stellt sie zudem fest, dass die Mittel für die Prämienverbilligung 2017 wiederum erhöht wurden; offenbar hat ihr Antrag für das Budget 2015 doch noch eine verspätete Wirkung gezeigt. Die Aussage des Regierungsrats, sich auch im Projekt «Finanzen 2019» der sozialpolitischen Bedeutung der Prämienverbilligung bewusst zu sein, nimmt die SP zur Kenntnis. Sie wird diese Aussage zum gegebenen Zeitpunkt genau prüfen und beurteilen.

**Philip C. Brunner** stellt fest, dass sich die drei bürgerlichen Fraktionen zu dieser Interpellation − wohl mit entsprechenden Gründen − nicht zu Wort gemeldet haben. 1996 hat eine SP-Bundesrätin in der Sendung «Arena» des Schweizer Fernsehens erklärt, dass eine Annahme des neuen KVG dazu führen werde, dass die Krankenkassenprämien stabilisiert und tendenziell fallen und das Gesundheitssystem und die soziale Gerechtigkeit verbessert würden. Das Schweizer Volk machte damals den verhängnisvollen Fehler, dieses KVG anzunehmen: 21 Jahre später sieht man sich im Kanton Zug konfrontiert mit fast 57 Millionen Franken Steuergeld, die vom Kanton direkt zu denjenigen Personen fliessen, welche die hohen Prämien nicht mehr tragen können. Und die Grafik in der Antwort der Regierung zeigt auf, dass der Unterschied zwischen einer vierköpfigen Familie im Kanton Zug und in Basel fast 6000 Franken beträgt. Das ist ein Wahnsinn!
Und die Frage, vor der man heute steht, ist wiederum sehr schön verpackt, tönt gut und ist populär, ja populistisch − und wieder steht eine Bundesrätin an vorderster Front: Der Votant spricht vom Energiegesetz, über welches das Schweizer Volk …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und bittet ihn, zur vorliegenden Sache zu sprechen.

**Philip C. Brunner** fährt fort: Es geht ihm darum, dass man im Gesundheitswesen bereits Planwirtschaft hat und im Energiewesen auf dem besten Weg dazu ist. Die angeblich böse Wirtschaft und böse Privatisierung des Kantonsspitals − wie von linker Seite gehört − führen aber gerade dazu, dass dieses im Moment den Kanton nicht sehr viel kostet. Das System der Privatwirtschaft erweist sich also als richtig.
Der Votant unterstützt grundsätzlich aber die Klagen von Seiten der ALG-Sprecherin: Was im Gesundheitswesen abgeht, ist eine Katastrophe. Und lokalpolitisch geht der Votant noch weiter: Der Stadtrat von Zug erhöht auf allen Ebenen und flächendeckend die Gebühren − und niemand wehrt sich dagegen. Der Kantonsrat hat die Chance, mit seinen Entscheidungen die Planwirtschaft zurückzudrängen. Ein Hoch auf die Privatisierung, denn sie ist die gute Lösung.

**Iris Hess-Brauer** hält fest, dass sich die Politik seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung im Jahr 1996 mit dem Problem des Kostenwachstums im Gesundheitswesen konfrontiert sieht. Im Kanton Zug und in der ganzen Schweiz steigen die Prämien auch dieses Jahr wieder, und letzte Woche

konnte den Medien entnommen werden, dass sich die Prämien bis 2040 wahrscheinlich verdoppeln werden. Dass diese Prognosen grosse Sorgen bereiten und immer mehr Einzelpersonen und Familien an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten bringen, ist nachvollziehbar.
Die individuellen Prämienverbilligungen betreffen vor allem den unteren Mittelstand. Der Kanton gewährt den Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen Prämienverbilligungen. Beim unteren Mittelstand sind aber vor allem die auftretenden Schwelleneffekte ein ernst zu nehmendes Anliegen: Wenn ein Versicherter leicht mehr verdient, fallen verschiedene Vergünstigungen weg, so auch die individuelle Präminenverbilligung. Unter Umständen kann es sich finanziell nicht lohnen, mehr zu verdienen. Dieses Problem wurde im Entlastungspaket 1 entschärft, indem man die Bezugsgrenzen glättete.
Die Wirksamkeit der Prämienverbilligung im Kanton Zug ist sehr hoch, und Zug hat vergleichsweise tiefe Krankenkassenprämien. Deshalb scheint es der Votantin von grosser Bedeutung zu sein, dass der Kanton an dieser Wirksamkeit festhält und die Prämienverbilligung nicht im Zug weiterer Sparmassnahmen wieder hinterfragt und die Bedürftigen benachteiligt.
Ein weiterer wichtiger Ansatz, um die Gesundheitskosten tief zu halten, liegt in der gezielten Gesundheitsförderung und Prävention. So wurden mit dem «Zuger Bündnis gegen Depression» bereits vor ein paar Jahren ein klares Zeichen gesetzt. «Vorbeugen hilft besser als Heilen»: Diese Redewendung ist korrekt und sollte weiterhin hohe Beachtung finden. Die Votantin ist überzeugt, dass sich der Gesundheitsdirektor auch künftig für tiefe Gesundheitskosten im Kanton Zug einsetzen wird.

Für **Manuel Brandenberg** steht die Frage im Zentrum, warum denn die Gesundheitskosten dauernd steigen. Seit 1996, also innerhalb von zwanzig Jahren, haben sich die Krankenkassenprämien − Irrtum vorbehalten − verdoppelt, und dies keineswegs aufgrund der Inflation. Und es wäre verrückt, wenn sich die Prämien in den nächsten Jahren nochmals verdoppeln sollten.
Vielleicht sollte man sich vor diesem Hintergrund wirklich überlegen, ob der Kanton Zug nicht als Beitrag zur Problemlösung auf Bundesebene eine Standesinitiative mit dem Begehren einreichen sollte, zu einem System ohne Versicherungszwang, wie es bis 1996 bestand, zurückzukehren − selbstverständlich mit den nötigen Korrekturen für diejenigen, welche sich die ärztliche Betreuung wirklich nicht leisten können. Man stelle sich vor, dass im Gewerbe des Votanten − er ist Rechtsanwalt − jedermann von Staates wegen eine obligatorische Rechtsschutzversicherung hätte, mit Prämienverbilligung bei tiefem Familieneinkommen etc.! Jede Ordnungsbusse etwa wegen Falschparkieren würde dann vor dem Bundesgericht abgehandelt werden. Es würde ja alles bezahlt, und man würde noch einen zweiten und einen dritten Anwalt einschalten und durch einen Staats- oder Strassenverkehrsrechtler eine Expertise erstellen lassen − und alles würde von der Versicherung bezahlt. Und hat da wirklich jemand das Gefühl, alles würde billiger werden? Der Votant bittet den Rat, sich diese Idee zu überlegen. Die SVP-Fraktion wäre vermutlich der falsche Absender für einen entsprechenden Vorstoss. Wenn aber sonst jemand diese Anregung aufnehmen würde, könnte er mit grosser Unterstützung von Seiten der SVP rechnen.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** ist froh über die vorgelegten Fragen, sind die individuellen Prämienverbilligungen doch ein wichtiger Aspekt innerhalb des Gesundheitswesens − nicht zuletzt deshalb, weil sie auch einen grossen Teil der Kosten ausmachen: Die Prämienverbilligungen kosten pro Jahr über 50 Millionen Franken.

Es beanspruchen sehr viele Personen eine Prämienverbilligung, ihre Zahl entspricht ungefähr der Anzahl AHV-Beziehender im Kanton. Das Thema betrifft also viele Leute, und es hat finanzpolitisch eine hohe Relevanz. Zwar kommen von den 50 Millionen Franken rund 37 Millionen Franken vom Bund. Zu beachten ist aber auch, dass die kantonalen Beiträge an die Spitäler und Kliniken − der Kanton kommt bekanntlich für 55 Prozent der dortigen Behandlungskosten auf − im Jahr 2017 erstmals über 100 Millionen Franken betragen. Auch das ist substanziell, ebenso das Kostenwachstum. Es muss deshalb im Interesse der Politik liegen, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Der Gesundheitsdirektor teilt die Meinung, dass die Entwicklung alarmierend ist und es dringend Anstrengungen braucht, um dieses Kostenwachstum in den Griff zu bekommen. Er wird sich dafür auf allen Ebenen einsetzen. Er wird sich aber nicht dafür einsetzen, dass die obligatorische Krankenversicherung im KVG gestrichen wird. In den USA gab es bis «Obamacare» keine obligatorische Krankenversicherung, trotzdem sind dort die Gesundheitskosten so hoch wie in keinem anderen Land der Welt. Die Abschaffung der obligatorischen Krankenversicherung wäre also kein wirklich guter Beitrag zur Senkung der Gesundheitskosten.

Die steigenden Gesundheitskosten sind − wie bereits gesagt − ein grosses Problem. Der Kanton Zug muss sich deshalb auch in der nationalen Gesundheitspolitik dafür einsetzen, dass sie gesenkt werden können. Gerade als kleiner Nicht-Universitätskanton hat Zug hier eine besondere Aufgabe. Es ist dem Regierungsrat bewusst, dass hier auch ein Engagement auf nationaler Ebene gefragt ist.

Über die Beschlüsse des Regierungsrats bezüglich «Finanzen 2019» kann der Gesundheitsdirektor noch nicht informieren; die entsprechende Medienkonferenz steht noch aus. Selbstverständlich hat die Regierung auch die Kosten im Gesundheitswesen geprüft, sie ist sich aber − wie in der Interpellationsantwort ausgeführt − der sozialpolitischen Bedeutung der Prämienverbilligung sehr wohl bewusst. Das Parlament wird noch die Möglichkeit haben, eine diesbezügliche Debatte zu führen und die entsprechenden Entscheide so zu fällen, wie es ihm richtig erscheint.

Die Meinungen zur Privatisierung des Kantonsspitals sind nach wie vor geteilt. Die Privatisierung wurde vom Volk aber zwei Mal klar gutgeheissen, sie entspricht in diesem Sinn also einem Volksauftrag. Wie bei der KVG-Frage sollte man sich hier aber nicht beim Wenn und Aber aufhalten. Fakt ist, dass der Kanton praktisch alleiniger Aktionär des Kantonsspitals ist, dieses aber als privatrechtliche Aktiengesellschaft organisiert ist. Das bringt viele Vorteile mit sich, gerade auch bezüglich Versorgungssituation. Der Gesundheitsdirektor sieht keine Nachteile in dieser Form. Das Kantonsspital wird nach ökonomischen Kriterien geführt und hat entsprechende Handlungsfreiheit. Es führt immer zu einer Ökonomisierung, wenn jemand geschäftlich tätig ist, und ein Spital ist immer − ob einem das passt oder nicht − in einem Markt tätig. Im Gesundheitswesen besteht eher das Problem, dass es zu wenig Markt gibt. Der Gesundheitsdirektor glaubt deshalb nicht, dass die Ökonomisierung des Gesundheitswesens tatsächlich ein Problem darstellt.

Es ist erfreulich, dass auch der Kantonsrat erkannt hat, dass die sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung das entscheidende Element ist. Und der Kanton Zug hat hier ein sehr wirksames System, um das ihn verschiedene andere Kantone beneiden. Entscheidend ist letztlich nicht der Betrag, sondern die Wirkung, welche bei den Leuten, welche die Prämien nicht oder nur teilweise bezahlen können, erzielt werden kann. An diesem entscheidenden Element will der Regierungsrat weiterhin festhalten.

Iris Hess hat auf die Schwelleneffekte bei der Prämienverbilligung hingewiesen. Es gibt bei vielen sozialen Einrichtungen den Effekt, dass man bei höherem Verdienst die Vergünstigungen verliert, es sich also nicht lohnt, mehr zu verdienen. Bereits

der frühere Gesundheitsdirektor hat diese Effekte etwas abgefedert, indem im Rahmen des Entlastungspakets 1 die Schwellen geglättet wurden. Man hat dadurch eine deutliche Verbesserung erzielt. Gesundheitsförderung und Prävention sind auch in den Augen des Gesundheitsdirektors wichtige Massnahmen, welche zur Kostendämpfung beitragen können. Die Gesundheitsdirektion arbeitet im Moment daran, die nächsten Präventionsprogramme zu definieren.
Abschliessend dankt der Gesundheitsdirektor dem Rat für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort. Wie Philip C. Brunner empfiehlt er dem Parlament, bei den gesundheitspolitischen Themen am Ball zu bleiben. Diese sind wichtig und betreffen viele Personen, auch steht die Gesundheit für die meisten Menschen in der Schweiz ganz zuoberst auf der Sorgenskala. Das Gesundheitswesen kostet auch sehr viel Geld, weshalb es ebenfalls wichtig ist, dass die Politik hier genau hinschaut und auch ihren Beitrag zur Mässigung der Kosten leistet, dies selbstverständlich bei einer guten und qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**744** Traktandum 6.4: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Inhaftierung einer afghanischen Familie und Dublin-Rückschaffung**
Vorlagen: 2680.1 - 15302 (Interpellationstext); 2680.2 - 15364 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Andreas Lustenberger** dankt dem zuständigen Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Der vorliegende Fall der Familie, welche über Russland und Norwegen in die Schweiz einreiste, zeigt exemplarisch die Absurdität des Dublin-Systems: Menschen und Familien wurden zum Spielball eines Systems, welches ihr Leben massiv beeinflusst. Es wäre wohl insbesondere bezüglich Integration erfolgreicher gewesen, wenn die Familie hätte in der Schweiz bleiben können. Hier nämlich leben ihre Verwandten, welche sie unterstützt hätten. Für den Votanten erweist sich das Dublin-System immer mehr als absurd. Es muss auf nationaler und europäischer Ebene zwingend überdacht werden. Im Übrigen gäbe es im Rahmen des Dublin-Abkommens eine Härtefallklausel. Der Votant konnte beim Studium der Antwort auf die Interpellation aber feststellen, dass der Zuger Regierungsrat im Rahmen der systembedingten gesetzlichen Grundlagen seriös vorgegangen ist. In diesem Sinn dankt er der Regierung für ihr Vorgehen.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Dieser ist bewusst, dass Einzelschicksale immer eine andere Wirkung ausüben können als grundsätzliche Entscheidungen. Weiter ist es auch immer schwierig, ein umfassendes Bild einer Situation zu erhalten, denn nicht alle Informationen dürfen und sollen kommuniziert werden, auch zum Schutz der Betroffenen. So ist es extrem herausfordernd, einen objektiven Gesamtüberblick über die verworrene Situation der afghanischen Familie zu erhalten. In ihrer Antwort zeigt die Regierung auf, welche Institutionen, Gerichte und Fachstellen sich mit der Rückschaffung der sechs Personen beschäftigen mussten. Sie legt dar, dass alle nötigen und gesetzlichen Vorgaben eingehalten wurden, und dass nicht nur Gerichte, sondern auch Rechtsanwälte, die KESB sowie eine Vertretung der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter involviert waren. Eine Rückschaffung in ein Land, welches sich nicht an die Menschenrechte hält, kann die SP nicht gutheissen. In diesem Fall wurde die Familie aber in ein europäisches Land zurückgeführt, welches sehr oft mit der Schweiz verglichen wird.

Das Dublin-Abkommen wurde auch für solche Fälle vereinbart, und die SP ist der Meinung, dass solche Abkommen auch eingehalten werden müssen. Durch die Weigerung der Eltern, mit den Behörden zu kooperieren und nach Norwegen zurückzukehren, provozierten sie direkt und indirekt die harten Massnahmen gegen sich und ihre Kinder. Daraus den Behörden einen Vorwurf zu formulieren, ist aus Sicht der SP nicht gerechtfertigt, dies im Bewusstsein, dass ihr − wie erwähnt − nicht alle Details der Situation bekannt sind.
Die SP-Fraktion hofft, dass sich möglichst wenige solche Fälle ereignen, denn für alle Personen, auch für diejenigen, welche die Ausschaffungen vollziehen müssen, sind solche Aufträge sehr belastend.

**Beni Riedi** dankt im Namen der SVP-Fraktion der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Die Antwort zeigt exemplarisch auf, mit welcher Arroganz Wirtschaftsflüchtlinge illegal in die Schweiz einreisen und sich sämtlichen Verfügungen und Aufforderungen der Behörden widersetzen; allen Ratsmitgliedern, welche die Interpellationsantwort nicht im Detail gelesen haben, empfiehlt der Votant, dies nachzuholen. Nicht nur, dass die Familie illegal in die Schweiz einreiste, empfindet die SVP-Fraktion als störend, sondern auch wie die Wirtschaftsflüchtlinge einen ganzen Beamtenapparat innert kürzester Zeit beschäftigen und unglaubliche Kosten zulasten der Steuerzahler auslösen konnten. Es ist der SVP bewusst, dass sehr viele Arbeitnehmer in der Asylindustrie von genau solchen Vorfällen profitieren, da in den letzten Jahren − wie auch in der Medienmitteilung von gestern nachzulesen ist − viele neue Stellen auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden geschaffen wurden.
Die genannte Familie lebte zehn Jahre lang in Russland, stellte anschliessend in Norwegen einen Asylantrag und reiste knapp ein Jahr später Illegal über Deutschland in die Schweiz. Der Votant möchte hier kein Votum für den Schutz der Landesgrenzen halten. Die steigenden Asylzahlen haben aber auch mit dem Schengen/Dublin-Abkommen zu tun, wonach die Schweiz ihre Grenzen nicht mehr systematisch kontrollieren darf, da die illegale Zuwanderung an der Schengen-Aussengrenze abgewehrt werden sollte. Anhand einer Familie wurde verdeutlicht, dass eine illegale Einreise in die Schweiz selbst für Familien zu bewältigen ist. Anschliessend weigerte sich die Familie, die Schweiz freiwillig zu verlassen, und widersetzte sich − wie sie es bereits in Norwegen getan hatte − sämtlichen behördlichen Aufforderungen. Im Zusammenhang mit diesem Fall wurde das Staatsekretariat für Migration, das Amt für Migration, die KESB, verschiedene Polizeiorganisationen, ein Kinderheim, medizinisches Fachpersonal, Dolmetscher, eine Vertretung der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter und diverse weitere Behörden beschäftigt.
Dass die ALG bereits im Oktober 2016 eine Kleine Anfrage zum gleichen Vorfall einreichte, ist allen bekannt. Trotz deren Beantwortung durch die Regierung muss sich der Kantonsrat nun auch noch mit dieser Interpellation beschäftigen. Der Votant fragt sich, ob der Interpellant die Fakten zu diesem Fall nicht bereits bestens kannte. Selber würde er nun gerne auch von linker Seite ein *Statement* gegen die illegalen Einreisen in die Schweiz zur Kenntnis nehmen. Die Ausschaffung der afghanischen Familie löste ein riesiges Medienecho aus. Die ALG bewirtschaftete das Thema und löste so auch weitere Kritik an den Behörden aus. Man kann es nun aber schwarz auf weiss nachlesen, dass die Behörden sich an sämtliche Vorschriften gehalten haben.
Die SVP setzt sich für ein Asylwesen ein, das Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge konsequent zurückschickt, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann.

Auch **Andreas Hausheer** dankt dem Regierungsrat für seine Antworten. Unabhängig vom Inhalt muss man sich fragen, ob bei der ALG die eine linke Hand weiss, was die andere linke Hand tut. Da wird am 17. Oktober 2017 von der Fraktion eine Kleine Anfrage eingereicht. Das ist ihr gutes Recht. Dann aber wird durch ein Einzelmitglied der genau gleichen Fraktion zur genau gleichen Sache auch noch eine Interpellation eingereicht − noch bevor die regierungsrätliche Antwort vorliegt. Natürlich ist es das Recht von Andreas Lustenberger, Interpellationen einzureichen, wie es ihm gerade beliebt. Dabei soll er sich aber bitte mit seiner Fraktion so absprechen, dass man die Verwaltung aufgrund der unterschiedlichen Fristen faktisch nicht zwei Mal die gleiche Arbeit machen lässt. Oder war es am Ende gar so, dass Andreas Lustenberger ein und dieselbe Sache einfach zwei Mal dazu benutzt hat, um zwei Mal mediale Aufmerksamkeit zu erreichen? Politische Effekthascherei auf der Basis eines tragischen Ereignisses? In der Sache selber suggeriert der Interpellant mit seinen Fragestellungen, dass die Behörden allesamt versagt und sich nicht an geltende Bestimmungen gehalten hätten. Um dieses suggestive Bild immerhin mit einer Prise Glaubwürdigkeit zu verstärken, werden auch noch Amnesty International und die UNO-Kinderrechtskonvention bemüht, oder es werden Behauptungen in den Raum gestellt, ohne diese auch nur annäherungsweise zu unterlegen.
In ihrer Antwort legt die Regierung glaubhaft dar, dass seitens der Behörden bei diesem komplexen und sicher nicht einfachen Fall korrekt gearbeitet wurde. Das bestreitet mittlerweile auch der Interpellant nicht mehr. Das Zusammenspiel zwischen den zuständigen Stellen hat offenbar gut funktioniert, trotz medialer Zwischenrufe. Leider sind nun auch Informationen aus dem privaten Umfeld der Betroffenen an die Öffentlichkeit gelangt. Hierfür trägt der Interpellant aufgrund seiner tendenziösen Fragestellungen die Hauptschuld. Vielleicht hat er damit der Sache letztlich mehr geschadet als genützt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist froh, dass der Kantonsrat erkannt hat, dass das fragliche Verfahren rechtsstaatlich korrekt abgelaufen ist. Dass sich verschiedene Institutionen in den Fall eingeschaltet haben, ohne sich in der Sache wirklich auszukennen, war etwas schwierig. So kritisierte die «WOZ», der Kanton Zug sei in dieser Angelegenheit rechtsbrecherisch vorgegangen, was aber richtiggestellt werden konnte. Auch die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter schaltete sich ein, konnte aber ebenfalls beruhigt werden. Weiter gab es eine Eingabe von Seiten der Menschenrechtskommission des National- und Ständerats. Es war also einiges los. Letztlich hatte der Kanton Zug aber nichts anderes als ein rechtskräftiges Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu vollziehen. Hätte er das nicht getan und die Familie nicht ausgewiesen, hätte er für alle Folgekosten aufkommen müssen. Und diese wären mit Sicherheit um ein Vielfaches höher gewesen als die Rückschaffungskosten.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 7

**745 Interpellation von Monika Weber, Laura Dittli und Pirmin Frei betreffend die Mandatsführung im Kanton Zug**

Vorlagen: 2649.1/1a - 15235 (Interpellationstext); 2649.2 - 15375 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellantin **Monika Weber** dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Dass die Interpellanten mit der Antwort nicht zufrieden, ja darüber sogar enttäuscht sind, konnte man bereits der Presse entnehmen. Die Regierung hat nur mit den halben Wahrheiten gearbeitet.

Die Votantin legt ihre Interessenbindung vor: Sie ist seit drei Jahren Vorstandsmitglied des Vereins «punkto Jugend und Kind - kjbz», einer Organisation welche vor sechzehn Jahren vom Regierungsrat mitbegründet wurde. Die Votantin spricht hier aber nicht als Interessenvertreterin dieser Organisation, sondern als ehemaliges Mitglied der vorberatenden Kommission für das neue Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz. Seit mehr als sechs Jahren muss die Votantin feststellen, dass die Regierung in dieser Sache nur die halben Wahrheiten offenlegt und den Kantonsrat nicht ernst nimmt. Nur dank ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ist es ihr heute möglich, den halben Wahrheiten der Regierung auch die zweite Hälfte anzufügen und so ein anderes Bild aufzuzeigen, als es die Regierung in ihrer Antwort tut. Sie verweist auf drei Beispiele zu halben Wahrheiten in der vorliegenden Antwort:

• Anzahl Mandate (Seite 3): In der Submission mussten die Fachstellen für 350 bis 400 Mandate ein maximales Kostendach eingeben. Der Verein «punkto Jugend und Kind - kjbz» hat bei 400 Mandaten einen Preis von 3050 Franken pro Mandat offeriert. Die Regierung hat nun die offerierten Gesamtkosten durch nur 350 Mandate dividiert, was natürlich den von der Fachstelle «punkto - kjbz» offerierten Preis pro Mandat in die Höhe treibt: In der regierungsrätlichen Antwort ist er mit 3486 Franken ausgewiesen. Warum rechnet die Regierung mit nur 350 Mandaten? Hat sie bewusst mit dieser Zahl gerechnet, um den Vergleichspreis pro Mandat anheben zu können? Im Übrigen sei noch Folgendes erwähnt: «punkto Jugend und Kind - kjbz» führte 2016 insgesamt 461 Mandate. Diese Zahl wurde Mitte Januar 2017, also vor der Beantwortung der Interpellation, der KES gemeldet. Aufgrund dieser Zahl und der langjährigen Erfahrung der Fachstellen muss mit mindestens 400 Mandaten pro Jahr gerechnet werden, nicht mit 350 Mandaten.

• Kostenvergleiche (Seite 2): Während die Fachstellen ihre Geschäftszahlen aus dem Jahr 2015, also effektive Kosten- und Leistungsausweise, vorlegen, stützt sich die Regierung auf Budget- und Planzahlen ab, die naturgemäss sehr ungenau sind. Wie die Antwort auf Seite 3, Absatz 4, selber festhält, ist es den Verantwortlichen in der Verwaltung nun über Jahre nicht gelungen, den Politikerinnen und Politikern aussagekräftige Vergleiche mit anderen Kantonen vorzulegen. Ein Vergleich der Fachstellen im Kanton scheint aber möglich zu sein, und die Zahlen passen − dividiert man sie überdies noch durch die falsche Anzahl Mandate − viel besser in den Plan der zuständigen Direktion.

• Mehraufwand (Seite 4): Mieterausbau im Kantonsspital sowie Umzugskosten belaufen sich gemäss Antwort bis heute auf total 504'342 Franken. Der Kanton schreibt diese Zahlen grosszügig über zehn Jahre ab. In der Submission mussten die privaten Anbieter das gleiche Risiko über vier Jahre abschreiben. Würde der Kanton im Vergleich korrekterweise auch mit vier Jahren Abschreibung rechnen, würde sich dies massiv auf die Kosten des einzelnen Mandats auswirken: Der Preis pro Mandat beim Kanton beliefe sich dann auf 3189 Franken, also 139 Franken mehr als das Submissionsangebot von privater Seite. Eine solche Differenz begründet das Abbruchverfahren der Submission «aus Kostengründen» nicht. In der Interpellations-

antwort sieht man, wie die Abschreibungsgrundlagen komplett anders bemessen sind. Alleine die Investitionskosten inkl. Umzugskosten für den Mieterausbau im Kantonsspital von mehr als 0,5 Million Franken, welche auf Seite 4 aufgeführt sind, können so nicht als Spareffekt geltend gemacht werden. Es sind klare Mehrausgaben. Es bleibt dabei dahingestellt, wie lange die Zwischenlösung Kantonsspital hält, ob also nicht viel früher wiederum hohe Investitionskosten an einem anderen Standort anfallen. Ebenfalls fehlen im Bericht die Investitionskosten, welche vom Kanton 2013 an der Bahnhofstrasse 12 getätigt werden mussten, komplett.
Die Votantin hat nur mit den in der regierungsrätlichen Antwort publizierten Zahlen gearbeitet und mit keinen weiteren Zahlen, welche weitere Berechnungsdifferenzen aufzeigen würden. Tatsache ist, dass diese Antwort von halben Wahrheiten nur so strotzt. Es gäbe noch weitere Beispiele, welche die Votantin hier aber nicht aufzeigen und erklären kann. Die Sache ist gelaufen: Die Kindesschutzmandate werden durch das Mandatszentrum des Kantons geführt. Das Rad kann in dieser Sache nicht zurückgedreht werden. Die Interpellanten fordern aber, dass der Kantonsrat als Volksvertretung von der Verwaltung und der Regierung nicht mit halben Wahrheiten informiert wird. Das Parlament ist nicht in der Lage, in allen wichtigen Institutionen ehrenamtlich mitzuarbeiten, um so jeweils ein Bild der ganzen Wahrheit zu erhalten.
Als bürgerliche Politikerin möchte die Votantin persönlich noch zwei äusserst bedenkliche indirekte Aussagen in der Antwort der Regierung erwähnen:
• Auf Seite 3 der Interpellationsantwort stellt die Regierung die bereits künstlich erhöhten Mandatskosten von «punkto - kjbz» denjenigen des Kantons gegenüber. Weil selbst die unzulässigerweise mit Hilfe des statistischen Tricks aufgeblasenen Kosten von «punkto» diejenigen des Kantons nur marginal übersteigen, streicht die Regierung bei den Kosten des Kantons einfach 381 Franken pro Mandat, weil der Kanton angeblich keinen *Overhead* rechnen müsse. Die gesamten *Overhead*-Kosten werden bei der Offerte von «punkto - kjbz» logischer- und richtigerweise hinzugerechnet, beim Kanton aber einfach abgezogen. Der Kanton existiert, verursacht aber keine Kosten? Auch wenn die Kindesschutzmandate nun zusammen mit den Erwachsenenschutzmandaten im Mandatszentrum geführt werden, gibt es die Kosten für den *Overhead.* Wenn man also die Gesamtkosten des privaten Anbieters durch eine zu tiefe Anzahl Dienstleistungen teilt und zusätzlich die kantonalen Kosten unzulässigerweise und völlig willkürlich um die *Overhead*-Kosten reduziert, ergibt sich zwangsläufig ein halbes oder gar falsches Bild. Mit einer solchen Begründung können alle externen Submissionsangebote verfälscht werden, und viele Dienstleistungen, beispielsweise in Bildung, Gesundheit und Sozialem, könnten nur noch vom Kanton selber ausgeführt werden. Dieser kostet angeblich ja nichts.
• Der letzte Satz auf Seite 4 lautet: «Der Abbruch des Verfahrens ist rechtskräftig geworden, da kein Rechtsmittel gegen die Verfügung ergriffen wurde.» Die Antwort suggeriert, es sei kein Rechtsmittel ergriffen worden, das Verfahren sei deshalb rechtskräftig und somit korrekt. Ist dies der Stil von Zusammenarbeit, welche der Regierungsrat künftig wünscht und fördert? Sollen private Organisationen künftig Rechtsmittel gegen den eigenen Auftraggeber ergreifen? Als Vorstandsmitglied einer Fachstelle und im Rahmen dieser ehrenamtlichen Tätigkeit engagiert sich die Votantin nicht auf dem Rechtsweg gegen den eigenen Staat. So denken wohl auch viele ehrenamtlich tätige Kolleginnen und Kollegen, welche sich in Non-Profit-Organisationen für das Wohl der Zugerinnen und Zuger einsetzen.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Mit ihrer Antwort zeigt die Regierung auf, dass die Übernahme der Mandate für Kinder und Jugendliche ins kantonale Mandatszentrum vor allem aus finanziellen Gründen erfolgte. Leider ist aus der

Antwort aber nicht ersichtlich, ob auch andere Argumente berücksichtigt wurden. Die SP hat wenig Verständnis, wenn bei diesem Entscheid nur das Geld ausschlaggebend war. Der Kantonsrat hat aber eine Mitverantwortung für diese Haltung der Regierung: Die Mehrheit des Rats kürzte an den Budgetdebatten die entsprechenden Positionen, dies im Wissen, dass es Menschen trifft, welche sonst schon eher am Rand der Gesellschaft leben müssen. In der Interpellationsantwort vom 5. April 2016 betreffend Ausschreibung der Mandatsführung zeigte die Regierung auf, dass sie sich zwar auf die Empfehlungen der Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES), aber nicht auf diejenigen der Schweizerischen Vereinigung der Berufsbeistände und -beiständinnen und auf die von der Regierung veranlassten Abklärungen der Vogel Consulting abgestützt hat. Eine genaue Begründung fehlt. Wenn bei Erwachsenen eine Richtzahl von 80 Mandaten gilt, lässt sich dies noch akzeptieren. Aber mit einem 100-Prozent-Arbeitspensum 80 Kinder und Jugendliche betreuen zu müssen, ist schlichtweg nicht seriös. In seiner über zwanzigjährigen Berufserfahrung hat der Votant − er arbeitet im Sozialdienst Baar − auch als Berufsbeistand immer wieder erlebt, dass zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen unterschieden werden muss. Die Anforderungen bei Kindern in Entwicklung sind massiv höher. Heute erlebt der Votant in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Beiständen für Kinder und Jugendliche, dass die Arbeitsbelastung sehr hoch ist und viele Arbeiten verzögert oder nicht erledigt werden. Es geht sogar so weit, dass versucht wird, Aufgaben auf die Sozialdienste der Einwohnergemeinden abzuschieben, welche klar Aufgabe der Beistände wären. Mit der Überlegung, dass die Zukunft bei Kindern und Jugendlichen noch gestaltet werden kann, bei Erwachsenen dies teilweise aber schon Vergangenheit ist, müsste es klar sein, dass in die Kinder mehr investiert werden muss. Auch Kinder, welche eine Beistandschaft benötigen, haben das Recht, für sich eine positive und konstruktive Zukunft einzufordern. Aus diesem Grund ist es unverantwortlich und fahrlässig, sich nur aus finanziellen Überlegungen auf eine höhere Mandatszahl festzulegen.
Ob die Aufstellung der Regierung auf Seite 3 wirklich realistisch ist, ist für die SP fraglich. Es wird beispielsweise nicht aufgeführt, mit welchen Mandatsführungszahlen und mit wie vielen Sekretariatspensen verglichen wird. Wenn die Regierung aufführt, dass die interne Lösung grosse Vorteile bringe, sind die aufgeführten Punkte sicher unbestritten. Es wäre aber auch nötig gewesen, die negativen Punkte aufzuführen. Die betroffenen Menschen, welche in höchst persönlichen Bereichen betroffen und oft auch emotional aufgeladen sind, wünschen sich oft eine andere, aus ihrer Sicht neutrale Stelle. Dabei geht es nicht nur um Wünsche, sondern um eine konstruktive Zusammenarbeit und darum, eine positive Entwicklung anzustreben.
Der Schaden ist angerichtet. Die SP hofft aber, dass die Regierung und auch der Kantonsrat einsehen, dass eine Veränderung oder Anpassung nötig und wichtig ist und diese möglichst bald an die Hand genommen wird.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Hinter Interpellationen stehen meistens eigene Geschichten, und diese lassen immer auch Interpretationsspielraum zu. Das gilt auch für die vorliegende Interpellation: Es gibt auch hier noch eine andere Wahrheit. Auch hier muss man etwas in der Historie graben, um die Zusammenhänge zu erkennen.
Der Regierungsrat hat bereits in seinem Bericht und Antrag zur Änderung des EG ZGB vom 5. April 2011 darauf hingewiesen, dass sich die detaillierten Kosten für die Umsetzung des Vormundschaftswesens im Kanton Zug nicht aus den verfügbaren Daten erheben lassen. Entsprechend schwierig sei die Bezifferung der finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutz-

rechts. Es wurde darauf hingewiesen, dass die qualitativen Anforderungen des Bundesrechts und die damit verbundene Professionalisierung zwangsläufig zu einem Anstieg der Kosten führen würden. Die Entwicklung der Massnahmen wurde von 2003 bis 2009 aufgezeigt. Dabei wurde erwähnt, dass eine Prognose schwierig sei.
Im Budget 2012 wurde erneut auf die höheren Fallzahlen hingewiesen. Der Regierungsrat stützte sich immer auf die aktuellste Statistik der KOKES ab. Diese wiederum bezog die Daten von den Einwohner- und Bürgergemeinden. Darauf stellte Pirmin Frei an der Budgetdebatte vom 29. November 2012 den Antrag, das Budget der KESB um 1,3 Millionen Franken zu kürzen. Der Antragsteller wusste auch ziemlich konkret, wo Einsparungen möglich sind. Im damaligen Protokoll steht: «Wenn die im Budget erwähnte KOKES-Empfehlung auf 60−80 Mandate pro 100-Prozent-Pensum lautet, so kann man in der Praxis ohne schlechtes Gewissen an den oberen Rand dieser Empfehlung gehen.» Der Kürzungsantrag kam gegen den heftigen Widerstand der SP und der ALG durch, und die Regierung wurde damit vor eine grosse Herausforderung gestellt: Das Mandatszentrum musste mit den gleichen personellen Ressourcen eine viel höhere Anzahl Fälle übernehmen. Anders wäre die Budgetkürzung gar nicht zu bewältigen gewesen. Das Mandatszentrum erhöhte die Anzahl Fälle auf die von der KOKES empfohlene maximale Obergrenze von 80 Mandaten pro 100 Prozent Mandatsführung, damit eine massgeschneiderte Massnahmenführung, wie sie das neue Recht verlangt, noch gesetzeskonform ausgeübt werden kann.
Die Finanzkontrolle ihrerseits wies die Regierung mehrmals darauf hin, dass die private Fachstelle teurer arbeite als das Mandatszentrum. Aber so ganz privat ist diese Fachstelle nicht, wird sie doch vom Staat voll subventioniert. Der darauf zwei Mal durchgeführte Vollkostenvergleich − und das ist wohl die andere Seite der Wahrheit −, der auch von der Finanzkontrolle geprüft wurde, führte zwei Mal zum selben Ergebnis: Die Mandatsführung im Mandatszentrum ist günstiger als bei der Fachstelle «punkto Jugend und Kind». Vornehmlich aus diesen Kostenüberlegungen entschied die Regierung, alle Kindesschutzmandate ab Januar 2017 dem Mandatszentrum zu übertragen.
Wenn die Votantin diese Historie betrachtet, wundert sie sich sehr über die vorliegende Interpellation. Nach einer doch erheblichen Budgetkürzung, angestossen von Seiten der CVP, machte sich die Regierung an die Arbeit und versuchte Sparsamkeit zu leben. Statt Lob oder Anerkennung gab es als Reaktion nun die Interpellation, eingereicht von Interpellanten, die mehrheitlich dem Vorstand von «punkto» angehören. Ihre Fragen suggerieren, dass nur halbe Wahrheiten vorgelegt würden, wenn der Staat günstiger offeriere als die private Fachstelle. Ist es denn möglich, dass das Mandatszentrum günstiger ist als «punkto»? Ja, offenbar es ist so, verifiziert und validiert von der Finanzkontrolle! Die KESB steht aber nicht nur im Kanton Zug im Gegenwird. Gestern hat sich auch der Bundesrat in einem Bericht zur Kritik an der KESB geäussert. Darin weist er darauf hin, dass die Kritik ernst zu nehmen und die Mängel zu beheben seien. Er sagt aber klar, dass er an der gesetzlichen Grundlage festhalte.
Zum Umzug des Mandatszentrums ins alte Kantonsspital schreibt die Regierung in der Antwort auf Frage 2, dass mit diesem Umzug Schnittstellen wegfallen, die Kommunikation vereinfacht werde und nicht zuletzt alle Mandate nach denselben Kriterien und Verfahrensabläufen geführt werden können. Der Kanton zieht aber noch einen weiteren Vorteil aus dem Umzug: Endlich können Büros, welche er für 4,7 Millionen Franken umgebaut hat, auch genutzt werden. Am 26. September 2013 hat der Kantonsrat diese 4,7 Millionen Franken gesprochen, dies für die Planer des Stadttunnels. Der Rat hat diesem Kredit damals mit 68 zu 3 Stimmen zugestimmt, lange bevor die Abstimmung über den Stadttunnel über die Bühne ging, in voraus-

eilendem Gehorsam sozusagen. Der Umbau wurde in Angriff genommen, und praktisch mit der Ablehnung des Stadttunnels waren die Büroräumlichkeiten fertiggestellt. Weil die Abstimmung über den Stadttunnel aber anders verlaufen ist, als viele annahmen, und die Verantwortlichen den Volkswillen nicht abgewartet hatten, standen seit Mai 2015 plötzlich vier fertig ausgebaute Stockwerke leer. Da kam es geradezu gelegen, das Mandatszentrum in die leerstehenden Büros einzuquartieren. Natürlich mussten diese zuerst wieder umgebaut werden, denn Planerbüros entsprechen nicht den Anforderungen eines Mandatszentrums. Beispielsweise mussten Pissoirs wieder in normale WC umfunktioniert werden. Das Mandatszentrum füllt jetzt Räumlichkeiten, welche der Kanton für viel Geld umgebaut hat, für die er letztlich aber keine Verwendung mehr hatte. Und der Kanton spart Mietkosten von jährlich 128'000 Franken. Solche Geschichten sind wohl nicht unwesentlich verantwortlich für die aktuelle Finanzsituation.
Der in Frage 5 angesprochene Rollenkonflikt bei Geschäftsleitung und Präsidium in Personalunion hätte schnell geklärt werden können, wenn man sich das im Internet aufgeschaltete Organigramm angeschaut hätte. Da wird klar: Die Amtsleitung bzw. das Präsidium ist weder in die Entscheide der Behörde noch in die Arbeit der Beistandspersonen involviert. Die Trennung von Amtsleitung und Präsidium hätte also auf einen von den Interpellanten vermuteten Rollenkonflikt keinen Einfluss.
Eine Frage zum Schluss: Die Votantin hat gehört, dass PriMas in letzter Zeit einige Haftpflichtfälle generiert haben. Die Votantin möchte richtig verstanden sein: Sie ist überzeugt, dass private Mandatsträgerinnen und -träger nach wie vor eine wichtige Bedeutung im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes haben. Dennoch scheint es hin und wieder zu Schadensfällen zu kommen. Die Votantin bittet die Direktorin des Innern, dazu Stellung zu nehmen, vor allem zur Frage, in welchem Zusammenhang diese Fälle vorkommen.

Der **Vorsitzende** teilt zwischendurch mit, dass ein nicht akkreditierter Medienschaffender aus Frankreich anwesend ist und um die Erlaubnis bittet, Bildaufnahmen vom Ratsbetrieb machen zu dürfen. Gemäss § 38 Abs. 3 GO KR muss der Rat die entsprechende Bewilligung erteilen.

➔ Der Rat erteilt stillschweigend die Bewilligung zu Bildaufnahmen.

**Pirmin Frei** muss im Unterschied zu seiner Mitinterpellantin Monika Weber keine Interessenbindung offenlegen. Sein Interesse liegt ausschliesslich in der Sache, und er hat sich bereits 2011, als der Kantonsrat zum ersten Mal über den Kindes- und Erwachsenenschutz debattierte, dazu geäussert. Er hält fest, dass er sich zum erwähnten Antrag auf eine Budgetkürzung hinreissen liess, weil der vorberatenden Kommission Zahlen vorgelegt worden waren, die kurze Zeit später komplett revidiert wurden. Der Votant wollte einfach, dass die der Kommission vorgelegten Zahlen als Basis genommen würden; es ging ihm keineswegs darum, irgendwelchen Druck auszuüben. Er hat sich zwischenzeitlich im Übrigen mit der Leiterin des Mandatszentrums getroffen und sich über die Auswirkungen dieser Budgetreduktion informieren lassen; er hat dabei auch feststellen können, dass im Mandatszentrum ausgezeichnete Arbeit geleistet wird.
Heute geht es aber um den Entscheid der Regierung, die Kindesschutzmassnahmen beim Mandatszentrum zu zentralisieren. In seinem Votum spricht der Votant nicht die Direktorin des Innern, sondern die Gesamtregierung an, denn diese verantwortet die Interpellationsantworten. Er spricht auch nicht zu den Zahlen, das hat Monika

Weber bereits eindrücklich getan. Es sei dazu aber festgehalten: Man kann − Stichwort *Overhead* oder Abschreibungsdauer etc. − alles so berechnen, dass man zu dem Ergebnis kommt, das man sich wünscht. Es sei hier niemandem eine böse Absicht unterstellt, man soll sich aber auch nicht der Illusion hingeben, dass jeder Entscheid objektiv mit Zahlen hinterlegt werden könne.
Der Votant stellt mit einem gewissen Erstaunen und mit Besorgnis fest, dass in der Antwort des Regierungsrats jeder Hinweis auf irgendein staatspolitisches Verständnis fehlt. Es geht hier ja auch um die Frage der Aufgabe des Staats und seines Verhältnisses zu den Bürgern. Und es geht nicht nur um *Good Governance*, sondern auch um *Fair Governance*. Huber Schuler hat zu Recht darauf hingewiesen, dass man beim Lesen der Antwort feststellen muss, dass jetzt offenbar einfach überall das Primat der Verwaltungsökonomie gilt und es nur um Geld geht. Es geht offenbar auch darum, Schnittstellen möglichst aus dem Weg zu räumen − als ob Schnittstellen *per se* etwas Schlechtes wären. Schnittstellen sind immer auch eine Chance, eine Sache von verschiedenen Seiten her zu beurteilen. Und der vorgebrachte Vergleich mit der Justiz hinkt. In der Justiz sind es die Gerichte, die entscheiden, der Vollzug aber obliegt der Verwaltung. Das ist ein grosser Unterschied zum Kindes- und Erwachsenenschutz, wo die Behörde, die entscheidet, im selben Verwaltungsapparat angesiedelt ist wie das Mandatszentrum, das mit dem Vollzug betraut ist. Der Vergleich mit der Justiz ist insofern also falsch. Der Votant erinnert sich gut an das Votum von Heini Schmid in der Debatte von 2011. Dieser warnte eindrücklich davor, die von einer Massnahme betroffenen Personen einer einzigen Behörde, einem einzigen Staatsgebilde gegenüberzustellen. Die Leute sind in einer solchen Situation in der Regel belastet und unter Druck, und sie differenzieren nicht mehr zwischen Behörde und Mandatszentrum; sondern einfach dem «Staat» gegenüber. Es wäre deshalb eine Chance für sie, wenn sie von einer Organisation betreut würden, die vom Staat getrennt ist. Dieser Aspekt wird in der regierungsrätlichen Antwort total ausgeblendet. Das ist bedauerlich und macht dem Votanten Sorge.
Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Votant den Mitgliedern der Regierung, nicht nur mit der Direktorin des Innern, sondern auch mit sich selbst kritischer zu sein, wenn solche Interpellationen beantwortet werden müssen.

**Philip C. Brunner** hat sich gefreut über das Votum von Pirmin Frei. Er selbst war damals in der Kommission, welches dieses Geschäft vorbereitete. Er erinnert daran, dass es die zwei staatstragenden Parteien aus der politischen Mitte waren, welche die heute geltende Lösung wollten. Die SVP wollte eine dezentrale Lösung, hatte aber schon in der Kommission keinen Erfolg. Der Votant erinnert sich an eine Gemeindepräsidentin − ebenfalls aus einer der zwei Mitteparteien − welche ebenfalls für eine zentrale Lösung plädierte. Er ruft dazu auf, von Zeit zu Zeit vielleicht auch mal auf die SVP zu hören, wenn solche Entscheide zu fällen sind. So blöd sind die Ideen von dieser Seite nämlich nicht immer.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die Finanzkontrolle der Regierung zwei Mal einen Bericht ablieferte. 2013 machte sie die Regierung darauf aufmerksam, dass sie die Auftragsvergabe im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen aus Kosten-, Ablauf- und Kapazitätsgründen kritisch hinterfragen und gegebenenfalls darauf verzichten solle. Als 2014 die ersten Modellrechnungen gemacht und von der Finanzkontrolle verifiziert worden waren, erhielt die Regierung erneut einen Bericht. Die Finanzkontrolle sah sich bestätigt in ihrer Annahme, dass der Kanton Zug diese Dienstleistung günstiger erbringen könne als «punkto». Das war die Ausgangslage für die Regierung − neben der Tatsache,

dass der Kantonsrat den entsprechenden Budgetposten kürzte und sich der Kanton grundsätzlich in einer schwierigen finanziellen Situation befindet. «punkto» unterbreitete 2015 dem Kanton ein unverbindliches Angebot: 1,2 Millionen Franken für 350 Mandate bzw. 1,36 Millionen Franken für 400 Mandate, dies ohne Spesen. Als «punkto» bei der Submission die Offerte einreichte, enthielt diese andere Zahlen: 1,22 Millionen Franken inkl. Spesen, egal ob 350 oder 400 Mandate. «punkto» reichte auch einen Businessplan für 2017 bis 2020 ein. Diesem war zu entnehmen, dass für die Betriebsjahre 2017 und 2018 mit einem Gewinn von 33'000 Franken bzw. 12'000 Franken und für die Betriebsjahre 2019 und 2020 mit einem Verlust von 9000 Franken bzw. über 37'000 Franken gerechnet werde. Das deutet darauf hin, dass der offerierte Preis nicht nachhaltig kostendeckend ist. Was hätte der Kantonsrat in dieser Situation getan? Hätte er eine Offerte angenommen, von der klar war, dass der Kanton später ein Defizit würde bezahlen müssen?
Die Finanzkommission unterzog sämtliche Berechnung einer *Review.* In der heutigen Debatte wurden die Zahlen nun massiv kritisiert. Was aber kann die Direktion des Innern mehr tun, als der unabhängigen Finanzkontrolle die Zahlen offenzulegen? Und diese sprechen eine klare Sprache: Bei 350 Mandaten ist der Kanton 6 Prozent günstiger, wenn man die Vollkosten rechnet. Monika Weber hat den *Overhead* richtig geschildert. Dieser fällt unabhängig davon an, ob «punkto» noch Mandate führt oder nicht: Die siebenköpfige Regierung, die Finanzkontrolle, das Personalamt etc. bleiben unverändert. Die Direktion des Innern hat deshalb eine zweite Rechnung ohne *Overhead* gemacht, und hier ist der Kanton bei 350 Mandaten 15 Prozent und bei 400 Mandaten 4 Prozent günstiger. Monika Weber hat auch die Frage aufgeworfen, weshalb der Kanton mit 350 Mandaten rechne, da es doch deutlich mehr seien. Am 31. Dezember 2016, also kurz vor der Übernahme, führte «punkto» 250 Mandate und der Kanton 85 Kindesschutzmandate, zusammen also 335 Mandate. Möglicherweise hat «punkto» eine andere Berechnungsweise und zählt die Mandate über das ganze Jahr hinweg; korrekt sind aber die eben genannten Zahlen. Am 28. März, also vor zwei Tagen, wurden 356 Kindesschutzmandate geführt. Es dürfte also verständlich und richtig sein, dass der Regierungsrat und die Finanzkontrolle mit 350 Mandaten als Basis gerechnet haben.
Bezüglich Abschreibung machte der Kanton in der Ausschreibung keine Vorgabe. Das war Sache von «punkto» bzw. der einzelnen Anbieter. Der Kanton muss bei den Abschreibungen so vorgehen, wie es das FHG vorschreibt. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz durch den Entscheid des Regierungsrats im Budget 400'000 Franken einsparen konnte. Das ist nicht unwesentlich. Die Direktorin des Innern lädt Monika Weber ein, sich von der Finanzkontrolle und der Betriebswirtschafterin, welche die Berechnungen vorgenommen hat, alles im Detail aufzeigen zu lassen.
Es ist tatsächlich so, dass eine 100-Prozent-Stelle Sozialarbeit und 6 Stunden Sachbearbeitung für 80 Mandate im Kindesschutz sehr wenig ist. Es gibt aber fachliche Empfehlungen, welche diese Zahl als oberste Grenze für möglich halten, vor allem wenn Kinder und Erwachsene gut durchmischt sind. Die Regierung hat es sich mit dieser Zahl nicht einfach gemacht und hat auch den Präsidenten von «punkto» in ihre Sitzung eingeladen. Natürlich war «punkto» nicht begeistert über die hohe Zahl von 80 Mandaten. Der Regierungsrat steht aber vor dem Dilemma, dass der Kantonsrat − wie gesagt − das entsprechende Budget gekürzt hat und ein Sparprogramm auf das andere folgt. Vor diesem Hintergrund musste man an das oberste Limit gehen. Der Regierungsrat sah keine andere Möglichkeit, auch wenn es ihm dabei nicht wirklich wohl ist.
Die Frage von Esther Haas zu Schadensfällen bei den PriMas kann die Direktorin des Innern nicht aus dem Stand beantworten. Diese Frage wäre eine eigene Inter-

pellation wert, die Direktorin des Innern kann sie aber auch in den nächsten Wochen direkt beantworten. Tatsächlich gab es bei den PriMas Schadensfälle, deren Anzahl und genaues Ausmass die Direktorin des Innern aber nicht auswendig beziffern kann.
Der Aspekt der *Governance* wurde schon mehrmals diskutiert. Die meisten Kantone handhaben das ähnlich wie der Kanton Zug. Hier wird es so praktiziert, dass sich das Mandatszentrum im alten Kantonsspital befindet und die Mandatsträgerinnen und -träger die Mandate eigenständig führen. Wenn sie mit Entscheiden der Behörde nicht einverstanden sind, können sie ans Verwaltungsgericht gelangen, was von der Amtsleiterin nicht verboten oder verhindert werden kann. Die Behörde selbst hat ihren Sitz an der Bahnhofstrasse, wobei die Präsidentin zugleich Amtsleitende ist; irgendwer muss ja die administrativen Arbeiten besorgen, das Budget eingeben, die Rechnung erstellen und die Führung übernehmen. Insofern ist das Modell analog zu demjenigen der Gerichte − und das ist nicht nur schlecht.

**Monika Weber** stellt klar, dass sie die Zahlen sehr genau studiert hat. «punkto» hat 350 bis 400 Mandate offeriert, wobei «punkto - kjbz» im letzten Jahr insgesamt 461 Mandate führte. Diese Zahl − und nicht 250, wie von der Direktorin des Innern vorhin angegeben − wurde Mitte Januar der KES mitgeteilt. Es war deshalb legitim, dass «punkto» auf der Basis von 400 und nicht nur von 350 Mandaten rechnete.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, glaubt, dass sie und Monika Weber von verschiedenen Dingen sprechen, nämlich einerseits von einer Stichtagsberechnung und andererseits von der Anzahl über das ganze Jahr hinweg. Die von der Direktorin des Innern genannten Zahlen wurden von Verein «punkto» übernommen, und sie sind richtig. Auch die Offerte bezog sich auf einen Stichtag.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**746** Traktandum 3.1: **Motion der Fraktion Alternative - die Grünen und der SP-Fraktion betreffend eine nachhaltige und solidarische Steuerpolitik**
Vorlage: 2721.1 - 15403 (Motionstext).

**Beat Unternährer** stellt namens der FDP-Fraktion an **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Der Kanton Zug ist tatsächlich in finanziellen Schwierigkeiten, auch wenn er − wie heute wieder einmal in der Zeitung zu lesen war − zum Glück einen tüchtigen Finanzdirektor hat. Die wichtigsten Gründe sind hohe Kosten in der Kantonsverwaltung und ein sehr breites Spektrum an staatlichen Leistungen, welches wohl über die Kernaufgaben des Staates hinausgeht, wie sie ein Liberaler versteht. Zu Beginn der Sanierungsbemühungen hat der Regierungsrat kommuniziert, dass man die Kantonsfinanzen mittels Kosten- und Leistungsabbau und nicht mit Steuererhöhungen wieder ins Lot bringen möchte. Zu erinnern ist da beispielsweise an ein Interview des damaligen Zuger Finanzdirektors im «Tages-Anzeiger» vom 12. Juli 2014. Die Ablehnung des Entlastungsprogramms 2 in den meisten Gemeinden hat die Ausgangslage etwas verändert. Es wurde jedoch vom Regierungsrat nie kommuniziert, dass nach einer Ablehnung unausweichlich Steuererhöhungen folgen würden. Das ist eine Falschaussage in der Begründung zur Motion. Richtig

ist, dass die letzten fünf Steuergesetzrevisionen zu Einnahmenverlusten auf Stufe Kanton und Gemeinden führten. Der Mittelstand war einer der grossen Begünstigten dieser Revisionen, führen doch verschiedene Abzugsmöglichkeiten und tiefe Steuersätze zu schweizweit tatsächlich sehr tiefen Steuern. Die Schweiz kennt europaweit eine der steilsten Progressionen, was im Kanton Zug für tiefere und mittlere Einkommen rekordtiefe Steuern ermöglicht. Bei höheren Einkommen rücken die Grenzsteuersätze näher an andere Schweizer Kantone heran. Zudem hat Zug eine relativ hohe Vermögenssteuer, dies ohne Begrenzung nach oben wie beispielsweise im Kanton Bern. Es gibt europäische Länder, die keine Vermögenssteuer kennen und daher für sehr Vermögende, je nach Einkommens- und Vermögenskonstellation, sehr attraktiv sein können.
Die Aussage, dass die durchschnittliche Steuerbelastung für juristische Personen in der Schweiz die tiefste sei, muss unter den heutigen Rahmenbedingungen mit Vorsicht genossen werden. Sowohl bei den Gewinnsteuersätzen für Gemischte Gesellschaften als auch bei den ordentlichen Gewinnsteuersätzen ist Zug nicht mehr an der Spitze. Der Durchschnittssatz zwischen Gemischten Gesellschaften und ordentlich besteuerten Gesellschaften ist nicht sehr aussagekräftig, wenn es um konkrete Ansiedlungen geht. Hier hat Zug von Kantonen wie Schwyz, Nidwalden, Obwalden, den beiden Appenzell und Luzern inzwischen starke Konkurrenz erhalten. International ist die Konkurrenz ohnehin stark.
Die FDP-Fraktion erachtet es als nicht seriös, ohne vertiefte Analyse nun einfach eine Steuererhöhung bei den Gutverdienenden zu fordern. Wenn sich das Defizit des Kantons Zug tatsächlich nicht ohne Steuererhöhungen decken liesse, müsste vor Umsetzung einer solchen Erhöhung eine Gesamtbetrachtung des Steuersystems und der Steuerkurve gemacht werden. Die Effekte der letzten fünf Steuergesetzrevisionen müssten unter den neuen Rahmenbedingungen ebenfalls in die Betrachtung miteinbezogen werden. Hier wurde dank einer früheren Interpellation der SP ja seitens der Finanzdirektion bereits gute analytische Vorarbeit geleistet.
Die FDP-Fraktion hat heute eine Interpellation eingereicht, um die für eine Gesamtbetrachtung notwendigen Daten zu erhalten. Vorher lehnt sie eine «Hüst und Hott»-Übung entschieden ab. Sie bittet daher den Rat, die Motion der ALG und SP nicht zu überweisen.

Für **Daniel Stadlin** hat die vorliegende Motion zweifellos das falsche *Timing*. Ohne ersichtliche Notwendigkeit greift sie in das laufende Projekt «Finanzen 2019» ein. Bereits jetzt, also ohne den weiteren Prozess in dieser Sache abzuwarten, und ausserhalb des finanzpolitischen Kontexts solitäre fiskalische Forderungen zu stellen, ist − mit Verlaub − ziemlich unseriös. Dies umso mehr, als der Regierungsrat schon mehrmals kommuniziert hat, dass mit «Finanzen 2019» der Aspekt Steuern vertieft geprüft resp. höhere Steuern sowieso unumgänglich sein werden. Der Votant bittet den Rat deshalb ebenfalls, die Motion nicht zu überweisen.
Noch eine Bemerkung zum NFA: Das Ressourcenpotenzial verringern zu wollen, um so weniger in den nationalen Finanzausgleich einzahlen zu müssen, ist ein ziemlich egoistischer Ansatz. Jedenfalls ist er weit weg von der von den Motionären eingeforderten Solidarität. Solidarisch wem gegenüber? Gegenüber den Geberkantonen jedenfalls sicher nicht, wären es doch sie, die den fehlenden Zuger Betrag ausgleichen müssten. Und die Nehmerkantone hätten auch nichts davon, sie bekämen dadurch nicht mehr Geld. Solidarisches Handeln sieht anders aus.

**Anastas Odermatt** bittet, den Vorstoss der ALG und SP zu unterstützen und zu überweisen. Es geht um eine Überweisung, also um den Auftrag an die Regierung, dieses Anliegen nach bestem Wissen und Gewissen zu prüfen und dem Kantonsrat

eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Das ist nicht «Hüst und Hott», sondern ein klarer Auftrag.
Warum jetzt? Das Ergebnis der Abstimmung vom vergangenen November zum Entlastungspaket 2 war klar: Die Zugerinnen und Zuger sind nicht bereit, den Kanton zugrunde zu sparen, nachdem u. a. aufgrund des Steuerdumpings der letzten Jahrzehnte und Jahre sogar der reichste Schweizer Kanton in die roten Zahlen geraten ist. Während des Abstimmungskampfs wurde die Regierung nicht müde zu betonen, dass bei einer Ablehnung Steuererhöhungen folgen würden. Das ist ein klarer Auftrag an die Zuger Politik, die Zeichen der Zeit zu erkennen und adäquate Steuererhöhungen anzugehen.
Mit den Motionsanliegen soll der Regierung bewusst Spielraum gelassen werden. Gezielt und massvoll heisst − dies zum ersten Anliegen −, dass es nicht *per se* allgemeine Steuererhöhungen nach Giesskannenprinzip geben soll, sondern dass die Regierung genau hinschauen soll, wo welche Erhöhungen Sinn machen. Sodann sollen die unteren und mittleren Einkommensschichten geschont werden. Hier sollte sich der Rat eigentlich einig sein, zumindest wenn man den Wahlversprechen Glauben schenkt. Und drittens geht es darum, dass jene, die ein hohes Ressourcenpotenzial in den Kanton bringen, entsprechend dem NFA-Mechanismus auch solidarisch dafür aufkommen sollen.
Es geht − wie gesagt − um den Auftrag zu einer konkreten Prüfung. Wer sich dieser Auftragsvergabe verschliesst, erkennt schlichtweg die Zeichen der Zeit nicht. Der Votant fordert den Rat auf, diese Zeichen zu erkennen − und die Überweisung zu unterstützen.

Auch **Heini Schmid** bittet den Rat, die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Es wäre für ihn − nach vierzehn Jahren im Rat − erquickend, wenn nicht schon wieder über das einfachste Mittel bei staatlicher Finanzknappheit, nämlich eine Steuererhöhung, diskutiert werden müsste. Das führt nämlich jedes Mal zu epischen Diskussionen darüber, wer entlastet und wer belastet werden und wie viel Geld dem Staat überhaupt zur Verfügung stehen soll. Die Regierung hat erkannt, dass es einfachere Möglichkeiten gibt, zu mehr Steuereinnahmen zu kommen. Man sollte sich deshalb darauf konzentrieren, wie einerseits der Staat effizienter organisiert werden kann und wie er andererseits − wenn tatsächlich nötig − mit einfachen Mitteln zu höheren Einnahmen kommt. Wieder eine ausufernde Steuerrechtsdiskussion zu führen, ist nicht zielführend. Vielmehr soll die Regierung rasch ein gutes und ausgewogenes Gesamtpaket vorlegen. Und falls nötig, soll dann halt eine Steuererhöhung durchgeführt werden − aber bitte ohne epische Diskussionen.

**Zari Dzaferi** ist der Meinung, dass eine Diskussion über die Steuerpolitik nötig ist und der Kantonsrat sich dieser nicht verschliessen sollte. Mit der Überweisung der Motion erhält der Regierungsrat die Chance, Stellung zu dieser Frage zu beziehen. Vor wenigen Wochen lehnte das Volk das Entlastungspaket ab, das von sämtlichen bürgerlichen Parteien unterstützt worden war. Und das nächste Entlastungspaket kommt in Kürze. Der Konsens muss darin bestehen, dass einerseits die Einnahmen erhöht und andererseits die Ausgaben gesenkt werden müssen. Die Regierung soll nun die Möglichkeit erhalten, Stellung zu beziehen. Seit der Votant im Kantonsrat mitarbeitet, wurden die Bedenken der Linken bezüglich Staatshaushalt nicht ernst genommen. Die Linke hat schon länger davor gewarnt, dass der Kanton in ein Defizit geraten werde, ihre Warnungen wurden aber nicht gehört. Mit der Überweisung der Motion vergibt sich der Rat nichts. Er verschliesst sich aber einmal mehr einer Diskussion über die Steuerpolitik des Kantons, wenn er einfach Nein sagt, noch bevor der Regierungsrat Stellung bezogen hat.

**Andreas Hausheer** erinnert daran, dass die Diskussion über die Überweisung eines Vorstosses eigentlich eine Eintretensdebatte ist. Ihn persönlich stört an der Motion die dritte Prämisse, also die dritte Vorgabe an den Regierungsrat. Sie besagt, dass die NFA-Belastung reduziert werden soll. Das kann nur geschehen, indem das Ressourcenpotenzial reduziert wird, was bedeutet, dass die besten Steuerzahler gezielt vertrieben werden sollen. Mit dieser dritten Prämisse haben die Motionäre klar über das Ziel hinausgeschossen. Der Votant wird deshalb gegen eine Überweisung stimmen.

**Andreas Lustenberger** zitiert eine Aussage des Finanzdirektor in der gestrigen Ausgabe der «Zuger Woche»: «Seit das Volk das zweite Paket des ‹Entlastungsprogramms 2015−2018› ablehnte, wächst jene Gruppe, die eine Lösung in der Kombination von erträglichen Sparmassnahmen und moderaten Steuererhöhungen sieht.» Und diese Gruppe sollte zu Recht wachsen! Denn die Befürworter des Sparpakets wurden im Abstimmungskampf nicht müde zu betonen, dass eine Ablehnung unweigerlich zu Steuererhöhungen führen werde. Trotzdem wurde das Sparpaket vom Stimmvolk abgelehnt. Statt nun die Steuererhöhungen auf die lange Bank zu schieben und auf eventuelle Sondereffekte zu hoffen, gilt es jetzt Nägel mit Köpfen zu machen. Genau dies tut die Motion, indem sie die vielbeschworenen Steuererhöhungen möglich macht.
Es ist völlig klar: Einem weiteren Sparpaket ohne konkrete Steuererhöhungen wird die Linke nicht zustimmen. Der Rat kann nun weitermachen wie vor dem 27. November und den Sparhebel bei den sozial Schwächeren, bei der Bildung und beim Personal ansetzen, oder kann den *Turnaround* hinkriegen und sich gemeinsam mit der Ratslinken für eine nachhaltige und langfristige Finanzpolitik einsetzen.

Für **Heini Schmid** scheint Andreas Lustenberger ziemlich beratungsresistent zu sein. Es hat hier niemand etwas gegen höhere Steuereinnahmen gesagt. Die Motion fordert eine Steuergesetzrevision. Man kann aber auch einfach den Steuersatz erhöhen, womit das von der Linken angestrebte Ziel, nämlich höhere Steuereinnahmen, bereits erreicht wäre. Diese zwei Dinge gilt es zu unterscheiden.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 57 zu 16 Stimmen ab.

**747** Traktandum 3.2: **Postulat der FDP-Fraktion betreffend Erhaltung der Zuger Gedenkschiessen**
Vorlage: 2726.1 - 15406 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**748** Traktandum 3.3: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Zuger Fiskus profitiert von Trumps Mauer**
Vorlage: 2718.1 - 15374 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**749** Traktandum 3.4: **Interpellation von Philip C. Brunner betreffend «Fringe Benefits» versus Eigenverantwortung - kostspielige Betreuung des Staatspersonals vor der Pensionierung und darüber hinaus?**
Vorlage: 2722.1/1a - 15404 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**750** Traktandum 3.5: **Interpellation von Esther Haas betreffend Anschaffung Abfallkübel**
Vorlage: 2723.1 - 15405 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**751** Traktandum 3.6: **Interpellation von Philip C. Brunner betreffend jährlich stattfindende unwürdige und wenig erfolgreiche Bettelei der Fachstelle Migration bei allen Zuger Unternehmen**
Vorlage: 2727.1/1a/1b - 15408 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**752 Nächste Sitzung**

Donnerstag, 4. Mai 2017

Es handelt sich um eine Halbtagessitzung. Am Nachmittag führen die Fraktionen ihre Ausflüge durch.

**Beilage (nur elektronisch):**
Report der Abstimmungsergebnisse: https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

53. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 4. Mai 2017
Zeit: 8.30 – 12.15 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. März 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Postulat von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Hans Baumgartner, Rainer Suter, Walter Birrer, Esther Haas, Claus Soltermann, Beat Sieber, Thomas Gander, Thomas Meierhans, Monika Weber, Andreas Hürlimann, Anastas Odermatt, Philip C. Brunner betreffend Neubau und Inbetriebnahme einer der ältesten Zugsverbindungen der Schweiz, Cham–Steinhausen (Altstetten–Steinhausen–Cham)

3.2. Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden

3.3. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Portfolio der Steuerpflichtigen und möglichen Klumpenrisiken bei den Steuereinnahmen im Kanton Zug

3.4. Interpellation von Kurt Balmer betreffend Unterhalt der SBB-Anlagen im Kanton Zug

3.5. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend gemeindliche Steuerdaten für das Jahr 2016

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Änderung des Polizeigesetzes

4.2. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG), Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht

4.3. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG), Teil 2: Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Erfahrungen aus der Praxis

5. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz): 2. Lesung
6. Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz, FHG) vom 31. August 2006
7. Motion von Peter Letter, Philip C. Brunner, Daniel Thomas Burch, Daniel Marti, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker und Silvia Thalmann betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der gemeindlichen Lehrpersonen

8. Motion der SVP-Fraktion betreffend Änderung des Schulgesetzes; Genehmigung des Lehrplans durch das Parlament als Repräsentantin der Stimmbürger
9. Postulat von Peter Letter, Laura Dittli, Iris Hess-Brauer, Gabriela Ingold, Patrick Iten und Thomas Werner betreffend die Anwendung der Kriterien gemäss regierungsrätlichem Paradigmenwechsel in der Revision des Inventars schützenswerter Denkmäler in den restlichen Gemeinden
10. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von «genderfit» mit der weltanschaulichen und religiösen Neutralität des Staates und weiteren Aspekten (z.B. staatliche Finanzierung) von «genderfit»
11. Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend POLYCOM-Projektstand im Kanton Zug

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

## 753 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung sind 73 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Willi Vollenweider, Zug; Beat Iten, Unterägeri; Adrian Andermatt und Barbara Häseli, beide Baar; Silvan Renggli, Cham; Anastas Odermatt, Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

## 754 Mitteilungen

Es findet eine Halbtagessitzung ohne gemeinsames Mittagessen statt. Im Anschluss an die Sitzung führen die Fraktionen ihre traditionellen Ausflüge durch.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

Kantonsrat Anastas Odermatt und seine Frau wurden am 29. April 2017 stolze Eltern ihres Sohnes Lenjo. Der Vorsitzende gratuliert im Namen des Rat zum Nachwuchs und wünscht der jungen Familie ruhige Nächte. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 1

## 755 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

## 756 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. März 2017

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 30. März 2017 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt später in der Sitzung (siehe Ziff. 763−767).

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**757** Traktandum 4.1: **Änderung des Polizeigesetzes**
Vorlagen: 2733.1 - 15416 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2733.2 - 15417 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Philip C. Brunner, Zug, SVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Pirmin Andermatt, Baar, CVP | Jean-Luc Mösch, Cham, CVP |
| Kurt Balmer, Risch, CVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Marcel Peter, Neuheim, FDP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Beni Riedi, Baar, SVP |
| Susanne Giger, Zug, ALG | Karen Umbach, Zug, FDP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Thomas Werner, Unterägeri, SVP |
| Mariann Hess, Unterägeri, ALG | Roger Wiederkehr, Risch, CVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**758** Traktandum 4.2: **Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG), Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht**
Vorlagen: 2736.1 - 15425 (Bericht und Antrag des Regierungsrats). 2736.2 - 15426 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

**759** Traktandum 4.3: **Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG), Teil 2: Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Erfahrungen aus der Praxis**
Vorlagen: 2737.1 - 15427 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2737.2 - 15428 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

TRAKTANDUM 5

760 **Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz): 2. Lesung**
Vorlage: 2670.4 - 15402 (Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Da die Abstimmungsanlage nicht funktionsbereit ist, stimmt der Rat im konventionellen Verfahren (offenes Handmehr) ab.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 47 zu 20 Stimmen zu.

Es liegt ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor: Motion von Daniel Abt, Karl Nussbaumer und Andreas Hausheer betreffend Holzförderung vom 23. April 2014 (Vorlage 2390.1 – 14665).

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Für Traktandum 6 übernimmt Landschreiber Tobias Moser seinen Platz.

TRAKTANDUM 6

761 **Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz, FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)**
Vorlagen: 2652.1 - 15239 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2652.2 - 15240 (Antrag des Regierungsrats); 2652.3/3a - 15350 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2652.4/4a - 15399 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass das Finanzhaushaltgesetz eines der wichtigsten Gesetze des Kantons und ein bedeutendes Element für das Wohl der Bevölkerung ist. Der Rat regelt hier, wie der Kanton und die Gemeinden treuhänderisch mit den finanziellen Mitteln umzugehen haben. Sicher ist sich der Rat seiner grossen Verantwortung bei der Beratung dieser Vorlage bewusst.
Der Regierungsrat beantragt Eintreten und Zustimmung zur Vorlage. Die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen Eintreten und Zustimmung mit Änderungen.

EINTRETENSDEBATTE

**Alois Gössi,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission die Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes in zwei Halbtagessitzungen beraten hat. Das geltende Finanzhaushaltgesetz aus dem Jahre 2006 hat sich grundsätzlich bewährt. Es bildet die Basis für die Haushaltsführung des Kantons und der

Gemeinden, auch der Bürger- und Kirchgemeinden. Der Anpassungsbedarf bezieht sich auf das HRM2-Musterfinanzhaushaltsgesetz. Die Kantone können Teile dieses Mustergesetzes übernehmen, müssen es jedoch nicht. Der Regierungsrat schlug nun Anpassungen vor, die er für den Kanton Zug als wichtig empfindet. Der Kantonsrat ist aber frei, ob er diese Anpassungen in das Gesetz übernehmen will oder nicht. Die wichtigsten vorgeschlagenen Änderungen sind:
• Wechsel von der degressiven zur linearen Abschreibung. Hierzu gab es in der vorberatenden Kommission längere Diskussionen. Die zwei Abstimmungen dazu − es gab in der zweiten Sitzung einen Rückkommensantrag − führten zu sehr knappen Entscheiden: Mit jeweils 1 Stimme Unterschied sprach sich die Kommission für den Wechsel auf die lineare Abschreibung aus.
• Einführung einer Schuldenbremse. Diese definiert sich komplizierter, als sie wirklich ist: Der Selbstfinanzierungsgrad muss mindestens 80 Prozent betragen, wenn der Nettoverschuldungsquotient höher als 150 Prozent ist. Das Ziel ist, dass keine Neuverschuldung eingegangen resp. diese gedrosselt werden kann, wenn sich das Gemeinwesen − sei es der Kanton oder eine Gemeinde − in einer sehr schlechten finanziellen Lage befindet.
• Das kumulierte Ergebnis der Erfolgsrechnung muss über acht Jahre ausgeglichen sein. Es besteht keine «in der Regel»-Formulierung mehr wie im aktuellen Gesetzestext, der einen Ausgleich in der Regel über fünf Jahre vorschreibt − wobei es in der Regel die Regel war, dass sich der Kanton Zug nicht an diese Regel hielt. Der neue Gesetzestext ist nun verpflichtend, wobei mindestens beim Kanton das bewusste Verletzen der Regel gar nicht eingeklagt werden kann, wie der Bericht der Stawiko aufzeigt Speziell wird sein, dass der Regierungsrat und der Kantonsrat gemeinsam die neue Regel bearbeiten müssen: Die ersten fünf Jahre sind die Gegenwart und die Vergangenheit, die nicht mehr beeinflusst werden können. Der Kantonsrat ist mit dem Budget für das nächste Jahr zuständig und der Regierungsrat mit dem Finanzplan für die drei folgenden Jahre.
• Die verpflichtende Einführung von HRM2 auch für die Bürger- und Kirchgemeinden, wobei diese Ausnahmen bewilligt erhalten können.
Die vorberatende Kommission hat die von der Stawiko beschlossenen Anträge nachträglich nicht mehr beraten; der Kommissionspräsident verzichtete darauf, hierzu noch die Meinung der Kommission abzuholen. Im Namen der Kommission bittet er, auf das Geschäft einzutreten und der Vorlage mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Die vorberatende Kommission empfiehlt auch, den Anträgen des Regierungsrats zu den verschiedenen Motionen zuzustimmen resp. von der Interpellationsantwort Kenntnis zu nehmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass das Finanzhaushaltgesetz für die Stawiko ein sehr wichtiges Arbeitsinstrument ist. Sie hat sich deshalb für diese Vorlage entsprechend Zeit genommen und sie an einer Halbtagessitzung intensiv diskutiert. Es ist der Votantin ein Anliegen, der Finanzdirektion für die gute Vorlage und der vorberatenden Kommission für die gute Bearbeitung zu danken. Die Stawiko ist sehr oft deren Anträgen gefolgt. Weil der Kanton Zug zurzeit eine Phase mit strukturellen Defiziten durchläuft, hat die Stawiko ein spezielles Augenmerk auf mögliche Bilanzkosmetik-*Tools* gelegt. Solche sind in der Vorlage aber nicht enthalten. Die vorgeschlagenen Bestimmungen halten sich an die Empfehlungen von HRM2 und folgen den Grundsätzen der schweizerischen Rechnungslegungsgremien für den öffentlichen Sektor.
Einer der wichtigsten Grundsätze dieses Gesetzes, nämlich § 2 Abs. 1, bleibt unverändert bestehen und bildet die Basis für die Haushaltsführung im Kanton und in den Gemeinden: Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksam-

keit bleiben die Grundpfeiler des Finanzhaushaltgesetzes. Das ist gut so. *Pieces de résistance* dieser Vorlage sind die Einführung einer Schuldenbremse sowie der Wechsel von der degressiven zur linearen Abschreibung und die damit verbundenen neuen Abschreibungssätze. Das neue institutionelle Instrument zur Verhinderung einer übermässigen Verschuldung des Gemeinwesens, die Schuldenbremse, ist in der Stawiko völlig unbestritten. Für das Einleiten von Sanktionsmassnahmen soll neu eine Frist acht Jahren gelten. Im alten Recht gab es zwar keine Schuldenbremse, jedoch eine ähnliche Vorschrift: Die Rechnung muss in der Regel innert fünf Jahren ausgeglichen sein. Die Stawiko hat diese Änderung differenziert diskutiert und dabei auch die möglichen Sanktionsmassnahmen beleuchtet. Sie kam zum Schluss, dass neu acht Jahre geeignet sind, dies in Anlehnung an einen Konjunkturzyklus, welcher verschiedene Konjunkturphasen abdeckt. Es ist wichtig, dass die öffentliche Hand ihre Aufgaben ohne Beeinträchtigung durch eine grosse Schuldenlast erfüllen kann. Des Weiteren ist die Stawiko der Meinung, dass für die Einführung der Schuldenbremse eine Übergangslösung unumgänglich ist. Ohne eine solche Massnahme würde die Regierung bereits bei der Einführung des neuen Finanzhaushaltgesetzes dagegen verstossen. Die Stawiko hat in § 53 Abs. 4 einen entsprechenden Vorschlag formuliert.
Die Abschreibungsmethode erachtet die Stawiko-Präsidentin als eine Art Glaubensfrage. Es gibt sowohl für die degressive als auch für die lineare Methode verschiedene Argumente. Die Mehrheit der Stawiko hat sich für die lineare Abschreibung entschieden. Das gleichmässige Verteilen einer Investition auf die Nutzungsjahre scheint ihr der richtige Weg zu sein. Belastung und Nutzung einer langfristigen Investition werden so fair auf mehrere Generationen verteilt. Die Methode der linearen Abschreibung deckt sich mit moderner Rechnungslegung. Zu erwähnen ist hier jedoch, dass Investitionen zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau weiterhin im laufenden Jahr voll und ganz abgeschrieben bzw. diesem Fonds belastet werden. Bei den Abschreibungssätzen gibt es eine wesentliche Veränderung: Sie werden gelockert. Einerseits muss man festhalten, dass die bisherigen Abschreibungssätze nicht mehr zeitgemäss waren, und andererseits drängt sich eine Änderung der Sätze auch durch den Wechsel der Abschreibungsmethode auf.
Die neuen Bewertungs- und Verbuchungsgrundsätze im Bereich des Finanz- und Verwaltungsvermögens werden ebenso wie die neuen Bestimmungen zu den Verpflichtungs-, Budget- und Nachtragskrediten begrüsst. Den Fertigstellungskredit hat der Rat in der Praxis bereits getestet und damit gute Erfahrungen gemacht. Den neuen Artikel zu den gebundenen Ausgaben lehnt die Stawiko hingegen entschieden ab. Die Votantin wird in der Detailberatung mehr dazu sagen.
Die Stawiko ist klar für Eintreten auf die Vorlage und bittet den Rat, in der Detailberatung ihren Änderungsanträgen Folge zu leisten.

**Pirmin Andermatt** spricht für die CVP-Fraktion. Das Finanzhaushaltgesetz vom 31. August 2006 soll in Teilbereichen den Entwicklungen angepasst werden. Insbesondere geht es um die Umsetzung von HRM2-Fachempfehlungen, die Einführung einer Schuldenbremse und − so der Vorschlag des Regierungsrats − die Änderung der Abschreibungsmethode. Die CVP-Fraktion hat sich einstimmig für Eintreten auf die Vorlage ausgesprochen. Sie wird in der Detailberatung aber einzelne Aspekte zur Diskussion stellen und entsprechende Anträge einbringen.
Der Votant möchte schon jetzt auf einen Widerspruch in den Aussagen des Regierungsrats hinweisen: Es geht um *True and Fair View*. Der Grundsatz *True and Fair View* bedeutet, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens − oder hier der öffentlichen Hand − vermitteln muss. So weit, so klar. Dennoch wird

in der Regierungsratsvorlage ausgeführt und im Bericht der Stawiko wiederholt: «Das Verwaltungsvermögen gemäss § 7 Abs. 1 Bst b ist für die öffentliche Aufgabenerfüllung bestimmt und kann deshalb gar nicht verkauft werden. Es besteht also kein Markt, und somit ist es auch nicht möglich, einen Verkehrswert zu bestimmen.» Mehr dazu später.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion und dankt der Regierung für die Vorlage. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten. Aus ihrer Sicht handelt es sich bei dieser umfassenden Gesetzesrevision um einen der ganz wichtigen Puzzlesteine, die es braucht, damit sich die kantonalen Finanzen wieder in die richtige Richtung entwickeln können. Man darf aber nicht vergessen, dass die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften von diesem Gesetz ebenfalls stark betroffen sind. Als Mitglied der Ad-hoc-Kommission hat sich der Votant am 18. November und am 21. Dezember 2016 intensiv mit den Änderungen des Finanzhaushaltgesetzes auseinandergesetzt und das eine oder andere dazugelernt. Bis zur Beratung im Kantonsrat hat es jetzt noch einen Moment gedauert − gut Ding will eben Weile haben. Es wäre aber erfreulich, wenn das Gesetz am 1. Januar 2018 in Kraft treten könnte.
Die wichtigsten und wegweisenden Punkte aus Sicht der SVP-Fraktion sind:
• Schuldenbremse: Sie gab in der SVP-Fraktion zu einigen Diskussionen Anlass. Dabei ging es nicht um ein Ja oder ein Nein zu dieser in der SVP unbestrittenen Verschärfung gegenüber dem bestehenden Gesetz, sondern immer um die Dauer und die Übergangsfristen. Die Meinungen in der SVP-Fraktion waren dabei geteilt.
• Lineare oder degressive Abschreibung: Wie bereits gehört, gibt es dazu verschiedene Auffassungen. Die SVP ist grossmehrheitlich für die lineare Abschreibung. Bei der degressiven Methode ist der Abschreibungsaufwand in den ersten Jahren hoch und in den letzten Jahren der Nutzungsdauer tief; bei der linearen Methode ist er über die ganze Nutzungsdauer in jedem Jahr gleich hoch. Es geht hier um die Frage, welche Generation den Hauptteil des Abschreibungsaufwands tragen soll. Bei beiden Methoden ist ein Anlagegut nach Ablauf der Nutzungsdauer vollständig abgeschrieben. Der Regierungsrat beantragt den Wechsel von der degressiven zur linearen Methode und folgt damit der Mehrzahl der Kantone; lediglich acht Kantone, darunter Zug, schreiben noch degressiv ab. In der SVP-Fraktion wurden beide Abschreibungsmethoden intensiv diskutiert. HRM2 lässt beide zu. Bei der linearen Methode werden die heutige und die künftigen Generationen jährlich gleich hoch mit den Abschreibungen belastet, obwohl die heutige Generation von einem neuen, modernen Anlagegut profitieren kann, während die nachfolgenden Generationen ein in die Jahre gekommenes Anlagegut nutzen und zusätzlich noch instand halten müssen. Investitionen müssen immer zukunftsgerichtet und nachhaltig sein. Es ist deshalb korrekt, wenn der Abschreibungsaufwand gleichmässig über die Nutzungsdauer verteilt wird. Die SVP ist der Meinung, dass mit der linearen Methode dem Grundsatz *True and Fair View* am besten nachgelebt wird. Man muss auch beachten, dass sich die finanziellen Aussichten des Kantons und der Gemeinden in den letzten Jahren verändert haben. In Zeiten hoher Ertragsüberschüsse konnte man sich die degressive Methode leisten und hat so die Erfolgsrechnung der nachfolgenden Jahre entlastet. Zu beachten ist auch, dass mit der linearen Methode die Erfolgsrechnung zu Beginn einer Investition weniger stark belastet wird. Die Umstellung hat auf einen bestimmten Zeitpunkt hin zu erfolgen, und dann werden alle Anlagen nach dem neu festgelegten Modell abgeschrieben. In der Vorlage des Regierungsrats ist eine Übergangsfrist von drei Jahren vorgesehen, damit die Körperschaften genügend Zeit haben, sich auf die Umstellung vorzubereiten. Es ist übrigens nicht möglich, beide Abschreibungsmethoden parallel anzuwenden, so

dass der Kanton zum Beispiel linear und die Gemeinden entweder linear oder degressiv − wie sie es wünschen − abschreiben würde. Damit würden die Grundsätze der Vergleichbarkeit und der Stetigkeit verletzt. HRM2 legt fest, dass eine einmal gewählte Methode nicht immer wieder geändert werden kann. Der Rat muss heute also entscheiden, was er machen will und warum. Wenn der Wechsel vorgenommen wird, gilt er für alle dem Finanzhaushaltgesetz unterstellten Körperschaften, und die neue Regelung bleibt für einen langen Zeitraum bestehen.
Die SVP-Fraktion dankt nochmals allen an der Arbeit an dieser Gesetzesrevision beteiligten Personen, insbesondere den Finanzsekretären und Verantwortlichen in den Gemeinden sowie dem Team um Finanzdirektor Heinz Tännler, der neben dem Finanzhaushaltgesetz künftig noch weitere wichtige Vorlagen in Zusammenhang mit Sparen 2018 etc. zu verantworten hat. Dazu wünscht ihm die SVP nur das Beste.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Diese befürwortet die Änderungen des Finanzhaushaltgesetzes und ist für Eintreten. Die Harmonisierung der Rechnungslegung der verschiedenen Körperschaften, welche Steuern einziehen − vom Kanton über die Einwohnergemeinden bis zu den Bürger- und Kirchgemeinden − ist sinnvoll und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie auch aller Politiker, welche damit Investitionsentscheide auf der Basis von transparenten und harmonisierten Informationen treffen können. Transparenz und Vergleichbarkeit sind auch für strategische Entscheide wichtig. Mit den etwas erleichterten Anforderungen für Bürger- und Kirchgemeinden wird auf deren Bedürfnisse aufgrund der Kleinheit eingegangen. Die grundsätzlichen Anforderungen bezüglich Methodik und Transparenz gelten aber auch für diese Gemeinden. Die Steuerzahler haben einen Anspruch darauf.
Die Schuldenbremse ist ein wichtiges Instrument zur Steuerung des Finanzhaushalts. Sie hat sich auf Bundesebene bewährt, und es ist angebracht, sie auch auf Kantonsebene einzuführen. Das ist in der FDP unbestritten. Die FDP erachtet eine transparente Rechnungslegung mit nachvollziehbaren und sinnvollen Methoden erstrebenswert. Dazu gehört auch die Anlagebuchhaltung, und diese ist dann aussagekräftig, wenn die Abschreibungsmethode entsprechend der Nutzungsdauer aufgesetzt ist. Die FDP unterstützt deshalb grossmehrheitlich die lineare Abschreibung. Investitionsentscheide können dann richtig gefällt werden, wenn Kosten und Nutzen während der Nutzungsdauer in Betracht gezogen werden. Mehr dazu folgt in der Detailberatung.
Die vorberatende Kommission und die Stawiko haben fundierte Arbeit geleistet. Die von ihnen beantragten Anpassungen sind richtig und gut begründet. Die FDP wird diesen Anträgen folgen.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG-Fraktion. Grundsätzlich begrüsst es die ALG, dass das Finanzhaushaltgesetz angepasst und optimiert wird. Ihr sind folgende Punkte wichtig:
• Eine Schuldenbremse hat keinen Selbstzweck. Schulden sind *per se* weder gut noch schlecht. Es kann Situationen geben, in denen es sinnvoll ist, Schulden zu äufnen. In anderen Situationen ist es sinnvoll, Schulden abzubauen. Die Staatsfinanzen − und damit auch die Schulden − stehen im Dienst des übergeordneten Staatsziels, die Wohlfahrt der Bevölkerung langfristig zu optimieren. Diese Optimierung umfasst die Staatsaufgaben − und damit die Ausgaben − sowie deren Finanzierung, also die Einnahmen. Die Möglichkeit der Verschuldung führt darum grundsätzlich zu einer höheren Wohlfahrt. Damit sind Überschüsse, Defizite aber auch Schulden Teil des langfristigen politischen Optimierungsprozesses. Allerdings gibt es Grenzen der Verschuldung. Übermässige Schulden können den Bewegungsspielraum des Staates in Zukunft einschränken. Dagegen gilt es Vorkehrungen zu

treffen. Dabei ist wichtig zu wissen: Die Wirtschaftswissenschaft kann keine eindeutigen Grenzen angeben, ab welchem Niveau Schulden als übermässig zu bezeichnen sind. Im Musterhaushaltsgesetz für Kantone und Gemeinden (MFHG) der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren sind hierfür Grenzwerte vorgesehen. Die ALG wird den Antrag stellen, sich auch bei der Richtgrösse für den Nettoverschuldungsquotienten auf dieses Mustergesetz abzustützen und den Wert des Nettoverschuldungsquotienten bei 200 Prozent festzulegen.
• Abschreibungsmethode: Die ALG wird den Antrag stellen, bei der degressiven Abschreibung zu bleiben. Es ist ihr aus politischer Sicht wichtig, dass diejenige Generation stärker belastet wird, welche die Investition beschlossen hat. Dadurch wird der Spielraum für nachfolgende politische Entscheide wieder grösser. Natürlich gibt es auch Argumente für einen Systemwechsel. Der wirkliche «True and Fair»-Blick liegt wohl irgendwo dazwischen.
• Der ALG ist es wichtig, dass die Finanzkontrolle als unabhängige Kontrollinstanz gestärkt wird. Deshalb ist ihre administrative Zuordnung zu überprüfen. Die ALG kommt zum Schluss, dass eine Zuordnung zum Kantonsrat oder möglicherweise zur Staatskanzlei eine Stärkung dieser Unabhängigkeit bringen würde. Sie stellt darum den Antrag, die Finanzkontrolle neu administrativ dem Kantonsrat und nicht mehr der Finanzdirektion zuzuordnen. Eine Zuordnung der Finanzkontrolle zum Kantonsrat kennt beispielsweise auch der Kanton Zürich. Dort wird sogar der Leiter der Finanzkontrolle durch den Kantonsrat auf Vorschlag der Regierung gewählt.
Zusammenfassend hält der Votant fest, dass die ALG viele vorgeschlagene Änderungen als unproblematisch ansieht und sie unterstützt. Allerdings sind gewisse wichtige Elemente zu verbessern. Was klar ist: Die ALG begrüsst insbesondere, dass die laufende Rechnung mittelfristig, d. h. neu über acht Jahre, ausgeglichen sein soll. Dieser Horizont ist wesentlich ausgewogener als die Betrachtung über fünf Jahre in der aktuellen Gesetzgebung.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Auch aus deren Sicht ist eine Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes sinnvoll und zweckmässig. Es wird einigen HRM2-Empfehlungen nachgekommen − wobei es sich dabei nur um Empfehlungen und nicht um Verpflichtungen handelt. Aber wo es sinnvoll scheint, kann man diese ruhig übernehmen.
Für die SP-Fraktion sind insbesondere die folgenden Punkte der Teilrevision wichtig:
• Es gibt Präzisierungen im Finanzhaushaltgesetz, die mehr Klarheit schaffen sollten, so beispielsweise bei den gebundene Ausgaben. In Baar, wo der Votant arbeitet, führten die vielen gebundenen Ausgaben bei einem Renovationskredit für ein Schulhaus beispielsweise schon zu Bemerkungen bei der Beratung in der Gemeindeversammlung. Es ist zu hoffen, dass diese Präzisierungen hier helfen.
• Eine ausgeglichene Erfolgsrechnung über acht Jahre, also über die Dauer eines Konjunkturzyklus' mit einem Auf- und Abschwung: Der Regierungsrat hat hier gerade noch die Kurve gekriegt, indem er in der Stawiko eine Übergangsfrist von drei Jahren beantragte. Ansonsten hätte er für das Budget 2018 oder 2019 sehr notfallmässig weitere grosse Ausgabenreduktionen sowie eine massive Steuererhöhung beantragen müssen. Die SP hofft, dass die neue Regelung auch eingehalten wird, dies im Gegensatz zur alten Regelung, die seit Jahren oder gar Jahrzehnten verletzt wird. Tendenziell rechnet sie damit, dass für die Einhaltung dieser Regelung mit acht Jahren beim Kanton eine Steuerfusserhöhung unabdingbar wird, während in gewissen Gemeinden, so wahrscheinlich in Baar, wegen der grossen Überschüsse Steuerfusssenkungen folgen werden. Unbefriedigend an der neuen Regelung ist, dass − wie die Stawiko in ihrem Bericht aufzeigte − nicht dagegen vorgegangen werden kann, wenn sie nicht eingehalten wird. Der gewünschte Ausgleich der Er-

folgsrechnung über acht Jahre wird ein Zusammenspiel zwischen dem Kantonsrat und dem Regierungsrat bedingen: Der Kantonsrat ist für das Budget zuständig, der Regierungsrat für die Zahlen aus dem Finanzplan.
• Die SP-Fraktion begrüsst ebenfalls die neue Regelung mit der Schuldenbremse sowie mit dem innert fünf Jahren abzuschreibenden Bilanzfehlbetrag.
• Bezüglich Abschreibungsmethode hält die SP klar an der degressiven Abschreibung fest. Der Hauptgrund ist, dass die aktive Generation ihre Investitionen selber bezahlen und nicht die künftigen Generationen noch gross damit belasten soll.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass der Rat nur zukünftiges Handeln regeln kann: Er muss heute anordnen, was morgen gelten soll. Dass das nicht einfach ist, versteht sich von selbst, und ob der Rat es jetzt richtig oder falsch macht, kann erst in der Zukunft beurteilt werden. Mit der vorgesehenen Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes ist es nicht anders. Auch hier wird sich zeigen, ob die Verschärfung der Haushaltsregeln genügen wird, um den Finanzhaushalt langfristig stabiler und ausgeglichener zu machen und den Kanton Zug aus dem derzeitigen Sparmodus hinauszuführen. Man darf sich jedoch keine Illusionen machen: In Anbetracht der prognostizierten grossen Defizite im Finanzplan 2017−2021 braucht es dazu nicht nur die gesamtheitliche Umsetzung des Sparpakets 2018 und von «Finanzen 2019», sondern aller Voraussicht nach noch weitere finanz- und aufgabenpolitische Massnahmen.
Im Finanzhaushaltgesetz die Schranken etwas strikter und vor allem verbindlicher als bisher zu machen, ist dringend nötig. Insbesondere eine Schuldenbremse einzuführen, ist nicht nur sinnvoll, sondern geradezu zwingend. Sie ist ein zentrales Steuerungsinstrument zur Stabilisierung des Finanzhaushalts und muss möglichst restriktiv ausgestaltet werden. Die GLP erachtet es als unerlässlich, die Gesamtausgaben in einen gesetzlich geregelten Zusammenhang mit den Einnahmen zu stellen. Deshalb hat sie in der Vernehmlassung auch gewünscht, die Kernelemente der Schuldenbremse in der Kantonsverfassung zu verankern.
Die nun im Finanzhaushaltgesetz vorgesehene Regel, die verlangt, dass das kumulierte Ergebnis der Erfolgsrechnung über acht Jahre auszugleichen und ein Bilanzfehlbetrag um jährlich mindestens 20 Prozent abzutragen sei, sind daher gewiss richtig. Dasselbe gilt auch für den Selbstfinanzierungsgrad auf Stufe Budget von mindestens 80 Prozent. Dass dieser erst bei einem Nettoverschuldungsquotienten von mindestens 150 Prozent greifen soll, schwächt dieses Instrument aber erheblich und macht es nur bedingt zum wirksamen Steuerungsinstrument. Auch wenn HRM2 sogar 200 Prozent zulässt, ist der Grenzwert sehr hoch angesetzt und verhindert nicht wirklich, dass der Finanzhaushalt auch künftig aus dem Lot geraten kann. Dazu müsste dieser Wert unter 150 Prozent angesetzt werden. Trotzdem wird die GLP hierzu keinen solchen Antrag stellen, sondern dieser auf Langfristigkeit ausgelegten Investitionsregel in der vorgesehenen Fassung zustimmen. Die wirksamste Steuerung des Finanzhaushalts bleibt ohnehin das Budget. Deshalb ruft der Votant die Staatswirtschaftskommission dazu auf, bezüglich Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit die Oberaufsicht über den Staatshaushalt künftig noch restriktiver wahrzunehmen und vom Regierungsrat mit Nachdruck möglichst ausgeglichene Budgets einzufordern − und wenn nötig den Schneid aufzubringen, bedeutendere Kürzungsanträge als beim Budget 2017 zu stellen.
Die GLP ist für Eintreten und wird der Vorlage in der Fassung der Staatswirtschaftskommission zustimmen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der vorberatenden Kommission und der Stawiko für die intensive und konstruktive Diskussion der Vorlage. Das Finanzhaushaltgesetz wurde 2006 total revidiert und hat sich bewährt. Es ist ein grundlegendes Gesetz nicht für die kantonale und die gemeindlichen Verwaltungen, sondern auch für die Regierung und das Parlament. Basis für die Haushaltsführung sind die Gesetzmässigkeit, die Sparsamkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Wirksamkeit. Diese Grundsätze bleiben auch mit der Revision des Gesetzes unverändert. Eine Teilrevision ist aber erforderlich, weil seit 2006 einiges geschehen ist. So erfolgt eine Anpassung an HRM2, diese Empfehlungen der Finanzdirektorenkonferenz, und das entsprechende Musterhaushaltsgesetz. Die Schuldenbremse als neues wichtiges Instrument wurde bereits genannt, und es wurde dabei anerkannt, dass die heutige Regelung, die etwas Wischiwaschi-Charakter hat, durch eine stringentere Regelung abgelöst werden soll. Der Finanzdirektor ist der Stawiko dankbar, dass hier über eine Übergangsregelung von drei Jahren diskutiert und diese schliesslich ins Gesetz aufgenommen werden konnte. Andernfalls hätten ab 2019 rund 150 Millionen Franken und mehr Gewinn erzielt werden müssen, schlicht ein Ding der Unmöglichkeit.
Bezüglich Abschreibungsmethode pflichtet der Finanzdirektor der Stawiko-Präsidentin bei: Es ist eine Glaubensfrage, und die Wahrheit liegt wohl in der Mitte. Der Regierungsrat ist aber überzeugt, dass die lineare Abschreibung die Realität besser abbildet − wobei über die Frage nach der Generation, welche die Investition zu tragen haben soll, natürlich diskutiert werden kann.
Der Finanzdirektor unterstützt die von Hubert Schuler angesprochene Verpflichtung, die Schuldenbremse dann auch tatsächlich einzuhalten. Letztlich hat es das Parlament ja in der Hand, indem es das Budget nötigenfalls zurückweist. Regierungsrat und Parlament sind also angehalten, dieses Steuerungsinstrument entsprechend einzusetzen. Den von Pirmin Andermatt angesprochenen Widerspruch im regierungsrätlichen Bericht kann der Finanzdirektor nicht erkennen. Er bittet deshalb Pirmin Andermatt, auf diesen Punkt zurückzukommen oder ihm den Widerspruch in der Sitzungspause zu erklären.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Teil I**

*Titel und Ingress*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil II**

*§ 1 Abs. 2a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Ergänzung der regierungsrätlichen Formulierung beantragt: «Der Regierungsrat kann für die Bürger- und die Kirchgemeinden *administrative* Ausnahmen *zur Rechnungslegung* bewilli-

gen.» Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an, der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

**Pirmin Andermatt** teilt mit, dass die CVP-Fraktion lang und kontrovers über diesen Absatz diskutiert hat. Es geht hier um die Möglichkeit, dass der Regierungsrat für Bürger- und Kirchgemeinden − nicht aber für die Einwohnergemeinden − Ausnahmen bewilligen kann. Die vorberatende Kommission, welcher auch der Votant angehörte, hat sich für den erwähnten Zusatz ausgesprochen. Die CVP-Fraktion gibt jedoch zu bedenken, dass für kleinere Bürger- und Kirchgemeinden − und das sind vermutlich die meisten im Kanton Zug − nicht nur administrative, sondern eben auch finanzielle Ausnahmen möglich sein sollten. Ansonsten könnte die Umsetzung der neuen Richtlinien des Finanzhaushaltgesetzes für die Bürger- und Kirchgemeinden zu einer unüberwindlichen Aufgabe werden. Die Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag des Regierungsrats.

**Silvia Thalmann** legt ihre Interessenbindung offen: Sie arbeitet für die Katholische Kirchgemeinde der Stadt Zug. Sie empfiehlt ebenfalls, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und den Bürger- und Kirchgemeinden einfach «Ausnahmen» ohne nähere Spezifizierung zuzugestehen. Das Finanzhaushaltgesetz ist auf grosse Körperschaften ausgerichtet, wobei man als Mitglied des Kantonsrats wohl vor allem den Kanton und die Einwohnergemeinden im Auge hat. Das Gesetz gilt aber auch für die Bürger- und die Kirchgemeinden, also für kleine Körperschaften, die oft mit kleinen Pensen gemanagt werden. Diese Gemeinden müssen allen Vorgaben des Finanzhaushaltgesetzes ebenfalls nachkommen. Das ist nicht ganz einfach. Eine grössere, personell gut dotierte Kirchgemeinde wie in Zug kann das durchaus bewältigen, für kleinere Kirchgemeinden ist das aber nur mit einem grossen Effort möglich. Bisher wurden die Ausnahmen im Gesetzestext geregelt, neu soll nun dem Regierungsrat die Kompetenz gegeben werden, angemessene Ausnahmen zu bewilligen. Nun hat die vorberatende Kommission aber moniert, dass beim Abschreibungssatz keine Ausnahmen bewilligt werden sollen, wofür die Votantin durchaus Verständnis hat. Mit der Formulierung der Kommission, nämlich dass nur «administrative Ausnahmen zur Rechnungslegung» möglich sein sollen, werden aber auch andere mögliche Ausnahmen ausgeschlossen, die bei vertiefter Betrachtung für diese Gemeinden durchaus sinnvoll wären. Zurzeit läuft das Vernehmlassungsverfahren zur neuen Verordnung zu diesem Gesetz. Die Bürger- und Kirchgemeinden haben jetzt also die Möglichkeit, dazu und auch zu den Ausnahmen Stellung zu nehmen. Sie gehen davon aus, dass der Regierungsrat ihr Ansprechpartner für Bewilligungen ist, mit denen erreicht werden soll, dass die Arbeit in den Gemeinden nicht unnötig erschwert wird. Tatsache ist, dass kleinere Gemeinden sich an andere werden anlehnen müssen, wenn sie eine gesetzlich vorgegebene Aufgabe nicht mehr erfüllen können. Falls der Rat anstrebt, dass Bürger- oder Kirchgemeinden sich zusammenschliessen müssen, muss er die von der Kommission vorgeschlagene Formulierung unterstützen. Wenn er aber möchte, dass diese Körperschaften eigenständig bleiben, dann sollte er unbedingt dem Antrag des Regierungsrats folgen.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** ist etwas erstaunt darüber, dass das Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung angeblich bereits läuft, bevor der Kantonsrat die Gesetzesänderung überhaupt beschlossen hat. Die Kommission beschloss hier mit 11 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung die Ergänzung, dass der Regierungsrat nur administrative Ausnahmen zur Rechnungslegung der Bürger- und Kirchgemeinden bewilligen kann. Mögliche administrative Ausnahmen sind: keine Anlagenbuchhaltung,

kein Anlagenspiegel oder kein Rückstellungsspiegel im Anhang zur Jahresrechnung. Die Kommission wollte dem Regierungsrat keine Generalklausel gewähren, womit dieser auch umfassende Ausnahmen bewilligen könnte. So könnte er für die Bürger- und Kirchgemeinden halbe Abschreibungssätze definieren, wie er es bei der Planung der Verordnung vorsah. Die Kommission wollte deshalb eine Beschränkung der Ausnahmen auf administrative Belange, der Kern der Vorgaben des Gesetzes muss auch von den Bürger- und Kirchgemeinden erfüllt werden. Im Bereich der Abschreibung gibt es weiterhin eine Ausnahme, jedoch nicht mehr generell für alle Bürger- und Kirchgemeinden, sondern nur mehr bezogen auf ein Objekt einer Kirch- oder Bürgergemeinde. Hier kann auf Gesuch hin die Finanzdirektion einen reduzierten Abschreibungssatz bewilligen. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass die Stawiko hier die gleiche Haltung vertritt wie die vorberatende Kommission. Sie hat in ihrem Bericht aber erwähnt, dass sie informiert wurde, dass die Finanzdirektion bei den Bürger- und Kirchgemeinden noch eine Umfrage durchführen werde. Die Stawiko-Präsidentin geht davon aus, dass damit dasselbe wie die von Alois Gössi erwähnte Vernehmlassung gemeint ist und es demnach zu dieser Frage noch keine neuen Erkenntnisse gibt. Die Stawiko wollte aber nicht, dass das Gesetz via Verordnung aufgeweicht werden kann.
Die Votantin geht davon aus, dass auf die zweite Lesung hin noch gewisse Abklärungen getroffen werden können. Vorerst bleibt die Stawiko bei ihrer Haltung.

**Andreas Hostettler** möchte als Vertreter einer Bürgergemeinde beliebt machen, die Version des Regierungsrats zu unterstützen. Es gibt sehr kleine Bürgergemeinden, deren Verwaltung beispielsweise von einer Schreiberin im Rahmen eines 10-Prozent-Pensum wahrgenommen wird und die über keine Liegenschaften und kein weiteres Personal verfügen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Die Absicht des Regierungsrats bestand darin, den Bürger- und Kirchgemeinden dort Erleichterungen gewähren zu können, wo sie durch die Einführung der HRM2-Empfehlungen administrativ stark belastet werden könnten. Im Fokus des Gesetzes stehen − wie bereits erwähnt wurde − grosse Körperschaften, weshalb es sinnvoll ist, kleineren Institutionen Ausnahmen gewähren zu können. Die Formulierung des Regierungsrats ist in der Tat eine Generalklausel. Das war aber schon in der Vergangenheit der Fall − und es hat sich bewährt.
Die erwähnte Umfrage bzw. Vernehmlassung ist noch im Gang, der Finanzdirektor wird das Ergebnis rechtzeitig auf die zweite Lesung hin vorlegen. Man kann sich das Resultat aber bereits vorstellen, nämlich Unterstützung des regierungsrätlichen Vorschlags. In diesem Sinn bittet der Finanzdirektor um Zustimmung zur Version des Regierungsrats.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat folgt mit 44 zu 26 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 1 Abs. 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Überschrift*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Ergänzung beantragt: «Grundsätze und Haushaltsregeln *(Schuldenbremse)*». Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der vorberatenden Kommission.

*§ 2 Abs. 2 Bst. a*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 2 Bst. b*

**Andreas Hürlimann** hat es in seinem Eintretensvotum bereits ausgeführt: Im Musterhaushaltsgesetz für Kantone und Gemeinden der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren sind für die Haushaltsregeln Grenzwerte vorgesehen. Die ALG stellt den **Antrag,** sich bei der Richtgrösse des Nettoverschuldungsquotienten auf dieses Mustergesetz abzustützen und den Wert des Nettoverschuldungsquotienten bei 200 Prozent festzulegen. Das sichert einen noch immer angemessenen Grenzwert und kann nicht ganz falsch sein, wenn sich alle Finanzdirektoren einmal darauf verständigt haben. § 2 Abs. 2 Bst. b soll also wie folgt lauten: «Der Selbstfinanzierungsgrad muss im Budget mindestens 80 Prozent betragen, wenn der Nettoverschuldungsquotient mehr als 200 Prozent beträgt.» Der Votant dankt für die Unterstützung dieses Antrags.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** hält fest, dass Schulden *per se* nicht etwas Schlechtes sind, sie werden nur zum Problem, wenn man übermässig viele Schulden hat. Mit der neuen Regelung zur Verschuldungsquote wird das Schaffen neuer Schulden unter gewissen Bedingungen begrenzt: Der Selbstfinanzierungsgrad muss mindestens 80 Prozent betragen, wenn der Nettoverschuldungsquotient mehr als 150 Prozent beträgt.
In der vorberatenden Kommission wurde diskutiert, ob ein Nettoverschuldungsquotient von 200 Prozent gemäss Musterfinanzhaushaltgesetz übernommen werden soll oder nicht. Die Kommission folgte jedoch dem Regierungsrat, der 150 Prozent, also eine schärfere Regelung, vorschlug. Die Gemeinden und der Kanton werden gefordert sein, allenfalls bereits frühzeitig Massnahmen zu ergreifen, damit diese Regel nicht angewendet werden muss. Mit einem Nettoverschuldungsquotienten von 200 Prozent kann länger zugewartet werden, bis Massnahmen geplant und umgesetzt werden müssen, um die Verschuldung zu begrenzen resp. zu reduzieren. Die vorberatende Kommission wurde auch informiert, dass diese Regelung für die Einwohnergemeinden im Moment kein Problem darstelle: Keine Gemeinde und auch nicht der Kanton weisen per Ende 2015 eine Nettoschuld aus. Die Kommission bittet deshalb, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** betont, dass die Schuldenbremse ein wichtiges Element des neuen Gesetzes ist; sie hat sich dazu schon beim Eintreten geäussert. Schulden sind *per se* nicht schlecht, sie dürfen aber nicht über Gebühr angehäuft werden. Die Stawiko hat die Ziel- und Steuerungsgrössen in der Gesetzesvorlage intensiv analysiert und diskutiert, und sie ist zum Schluss gekommen, dass

sie für den Kanton Zug praktikabel und vertretbar sind und die Zuger Gemeinwesen vor Schuldenbergen schützen werden. Man darf hier durchaus etwas strenger sein als das Musterhaushaltsgesetz, kann sich doch die Grosswetterlage − wie es der Kanton Zug erfahren hat − sehr schnell ändern. Die Stawiko-Präsidentin bittet deshalb dringend, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

**Pirmin Andermatt** hält fest, dass die vorgesehene Einführung einer Schuldenbremse hauptsächlich auf Bestrebungen von Seiten der CVP-zurückgeht. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb einstimmig den Antrag des Regierungsrats zur Einführung der Schuldenbremse. Sie dankt der Stawiko für die nachträgliche Definition zur Festlegung der achtjährigen Berechnungsfrist. Endlich gibt es ein griffiges Instrument zur Kontrolle des Haushalts. Die vorgeschlagenen Eckwerte sind für die CVP praktikabel und nachvollziehbar. Gleichzeitig möchte die CVP aber wissen, mit welchen Sanktionen eine Nichteinhaltung der Bestimmungen von § 2 Abs. 2 Bst. a und b geahndet würde. Sie wünscht eine entsprechende Abklärung auf die nächste Kantonsratssitzung hin. Falls keine Ahndung möglich sein sollte, könnte dieser Paragraf zu einem reinen Papiertiger werden.
Den Antrag der ALG-Fraktion lehnt die CVP ab. Ein Nettoverschuldungsquotient von 200 Prozent ist zu hoch. Bei § 2 Abs. 3 unterstützt die CVP-Fraktion einstimmig den Antrag der vorberatenden Kommission

Finanzdirektor **Heinz Tännler** erläutert, dass es in § 2 Abs. 2 Bst. b um Steuerungsgrössen geht: Die Vorgabe von 80 Prozent Selbstfinanzierung ist zwingend einzuhalten, sobald der Nettoverschuldungsquotient − so der Vorschlag des Regierungsrats − grösser als 150 Prozent ist. Ziel dieser Regelung ist es, die Zunahme des Fremdkapitals aus der Investitionstätigkeit und damit die Neuverschuldung zu begrenzen. Der Nettoverschuldungsquotient berechnet sich aus dem Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen und geteilt durch den Fiskalertrag. Mit anderen Worten: Die 150 Prozent bedeuten, dass Fiskalerträge von 1,5 Jahren benötigt werden, um die bestehende Nettoschuld abzubauen. Der Regierungsrat ist dezidiert der Meinung − und er wird darin von den vorberatenden Kommissionen unterstützt −, dass diese 150 Prozent richtig sind, nicht zuletzt im Sinne von Konsequenz und Konstanz. Es ist besser, rechtzeitig und dafür allenfalls weniger massiv zu handeln. Die 150 Prozent sind deshalb der richtige Wert. Zu beachten ist auch, dass es sich bei den HRM2-Vorgaben nicht um Vorschriften, sondern um reine Empfehlungen handelt.
Der Finanzdirektor könnte sich vorstellen, die Frage von Pirmin Andermatt bereits heute zu beantworten. Er möchte aber nicht *dreinschiessen*, sondern die Frage auch noch im Regierungsrat besprechen und dann in der zweiten Lesung eine Antwort geben. Einen Papiertiger − da sind sich alle einig − will niemand.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat folgt mit 61 zu 8 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Änderung beantragt: «Weist die Bilanz einen Bilanzfehlbetrag aus, ist dieser *innert fünf Jahren* jährlich um mindestens 20 Prozent abzutragen […].» Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der vorberatenden Kommission.

*§ 3 Abs. 1 und 2*
*§ 4 Abs. 1 und 2*
*§ 5 Abs. 1 und 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 5 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission die folgende Ergänzung des regierungsrätlichen Vorschlags beantragt: «[…] *Unter dieser Grenze sind die Investitionsausgaben zwingend in der Erfolgsrechnung zu verbuchen.*» Der Regierungsrat und die vorberatende Kommission schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Staatswirtschaftskommission.

*§ 6 Abs. 1*
*§ 7 Abs. 1 und 2*
*§ 12 Abs. 1, 1a und 2*
*§ 13 Abs. 1, 2, 3 und 4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 13 Abs. 6*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission eine Änderung des regierungsrätlichen Vorschlags beantragt: «Bei absehbarer dauerhafter Wertminderung *von Positionen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens* hat die Wertberichtigung im laufenden Rechnungsjahr zu erfolgen.» Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an, die vorberatende Kommission hat nicht darüber beraten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Fassung der Staatswirtschaftskommission.

*§ 14 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 14 Abs. 2*

**Pirmin Andermatt** spricht zu § 14 Abs. 2 und Abs. 3 bzw. 3a. Der Regierungsrat wird nicht müde zu behaupten, dass die Änderung der Abschreibungsmethode nichts mit dem aktuellen, schlechten Zustand der Kantonsfinanzen zu tun habe. Bei einem Verwaltungsvermögen von rund 470 Millionen Franken per Ende 2016 kommt es aber sehr wohl darauf an, ob dieses nun mit 10 Prozent jährlich degressiv − nämlich rund 47 Millionen Franken − oder mit 3 Prozent jährlich linear − nämlich rund 14 Millionen Franken − abgeschrieben werden soll. Die Differenz beträgt mehr als 30 Millionen Franken. Kurzfristig gesehen mag ein Wechsel von der degressiven zur linearen Methode positiv für die Kantonsrechnung sein. Mittel- und langfristig verlagert man jedoch Aufwendungen an die nächsten Generationen. Dies ist für CVP-Fraktion eine schlechte Lösung. Der Kanton Zug ist mit der degressiven Abschreibungsmethode bis anhin gut gefahren. Diejenige Generation, welche ein Bauprojekt beschliesst und in Betrieb nimmt, hat im Normalfall auch den grössten Nutzen und soll demzufolge auch die höchsten Abschreibungslasten tragen. Dies sehen gemäss Vernehmlassung auch die Gemeinden Hünenberg, Menzingen, Oberägeri, Risch und Baar, die Kirchgemeinden Baar, Oberägeri und Cham-Hünenberg sowie die SP, SVP und CVP so. Auch die Stadt Zug hat im letzten Jahr ihre Meinung von linear zu degressiv geändert. Einen Wechsel zur linearen Abschreibung bei vorbestimmter Nutzungsdauer befürworten hingegen die Gemeinden Steinhausen, Unterägeri, Walchwil, eine Mehrheit der Konferenz der Zuger Finanzchefs, die Kirchgemeinden Risch und Zug sowie die FDP.
Es muss doch das Bestreben des Rats sein, den nächsten Generationen keine zu hohen Abschreibungslasten und fixen Kosten zu hinterlassen. Die Erfahrung zeigt, dass der technische Fortschritt immer schneller wird. Man muss deshalb davon ausgehen, dass Infrastrukturen spätestens nach fünfzehn bis zwanzig Jahren mindestens teilweise ersetzt werden müssen. Das heisst, dass die nächste Generation nicht nur die Abschreibung und die steigenden Unterhaltskosten, sondern auch noch die dannzumal anfallenden Erneuerungskosten zu tragen haben wird. Es sollte doch der Auftrag des Rats sein, möglichst geringe fixe Kosten an die nächste Generation weiterzugeben und ihr damit eine möglichst grosse Flexibilität zu gewähren, wie dies im Kanton Zug bis anhin der Fall war. Es wird auch ausgeführt, dass die lineare Methode einfacher zu berechnen bzw. zu planen sei. Hierzu kann man nur sagen, dass es dank den heutigen Berechnungstools egal ist, welche Methode man wählt.
Der Regierungsrat begründet den gewünschten Wechsel auch mit *True and Fair View*. Bereits in seinem Eintretensvotum hat der Votant aber erwähnt, dass der gleiche Regierungsrat ausführt, dass für die öffentlichen Gebäude kein eigentlicher Markt bestehe. Gemäss den gültigen Bewertungsgrundsätzen müsste man demzufolge − bei nicht vorhandenem Markt − das Gebäude oder die Strasse eigentlich sofort auf null abschreiben. Soweit will die CVP aber nicht gehen. Sie ist aber klar der Meinung, dass die bis anhin verwendete degressive Methode der sofortigen Wertverminderung am besten Rechnung trägt. Die CVP-Fraktion stellt deshalb praktisch einstimmig den **Antrag** auf deren Beibehaltung.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** hält fest, dass die Abschreibungsmethode erwartungsgemäss auch in der vorberatenden Kommission am meisten zu reden gab. Die Kommission stimmte sogar zweimal über diese Frage ab, dies aufgrund eines Rückkommensantrags in der zweiten Sitzung. Beide Male folgte die Kommission mit einer Mehrheit von jeweils einer Stimme dem Vorschlag, von der degressiven zur linearen Abschreibung zu wechseln. Gemäss HRM2 sind beide Methoden zu-

lässig, die Mehrzahl der Kantone schreibt jedoch linear ab. Abschreiben auf den Wert Null muss man bei beiden Methoden, wobei die degressive Methode theoretisch allerdings nie zum Wert Null führt. Für die Kommission stehen hier zwei Fragen im Mittelpunkt:
• Was ist *True and Fair Value* zu jedem Zeitpunkt der Lebensdauer einer Investition?
• Welche Generation soll den grössten Teil des Abschreibungsaufwands tragen?
Bei der degressiven Methode ist der Abschreibungsaufwand in den ersten Jahren hoch und in den letzten Jahren der Nutzungsdauer tief. Den Abschreibungsaufwand trägt also vor allem diejenige Generation, welche die Investition bewilligt hat. Sie hat aber auch den grössten Nutzen und soll deshalb auch den grössten Teil der Investition bezahlen. Mit der linearen Abschreibung ist *True und Fair Value* einer Investition viel besser abgebildet. Der buchhalterische Wert etwa einer Liegenschaft entspricht viel eher dem effektiven Wert. Dies soll sich auch in der Buchhaltung zeigen: Es sollen effektive Werte gespiegelt werden und nicht − wie bei der degressiven Abschreibung − Werte, die der Realität nicht entsprechen. Generell kann man sagen, dass mit der degressiven Abschreibung tendenziell am Anfang eher zu viel abgeschrieben wird. Bei der linearen Abschreibung gilt das Gegenteil: Am Anfang wird eher zu wenig und gegen Schluss der Nutzungsdauer eher zu viel abgeschrieben. Keinen Einfluss auf den Entscheid der Kommission hatte − zumindest vordergründig −, dass der Wechsel von der degressiven zur linearen Methode nach Ablauf der Übergangsfrist von drei Jahren kurzfristig zu grösseren Einsparungen bei den Abschreibungen führen würde. Mittelfristig würden die Abschreibungskosten aber wieder ansteigen.
In Abwägung aller dieser Tatsachen beschloss die Kommission, wenn auch nur sehr knapp, dass künftig linear abgeschrieben werden soll, dies nach einer Übergangsfrist von drei Jahren.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hat schon in der Eintretensdebatte erwähnt, dass die Abschreibungsmethode eine Art Glaubensfrage sei, dies insbesondere bei der Rechnungslegung der öffentlichen Hand. In der Wirtschaft wird schon seit längerem entsprechend der Nutzungsdauer abgeschrieben. Geht es finanziell gut, will man so viel wie möglich abschreiben. Das sieht man im Moment wieder bei den Gemeinderechnungen, in denen die Überschüsse grossmehrheitlich in die Abschreibungen wandern. Das ist allerdings auch mit der linearen Methode möglich: Höhere Abschreibungen sind immer erlaubt. Die Überlegungen bezüglich Belastung der Generationen kann man auch von der anderen Seite her sehen: Mit der degressiven Methode bezahlt der heutige Steuerzahler eigentlich Kosten zukünftiger Generationen. Das darf man nicht ausser Acht lassen. Bei den Hochbauten beispielsweise hat man im degressiven Modell Abschreibungssätze von 10 Prozent, was − auch wenn die entsprechende Kurve eigentlich *never ending* ist − bedeutet, dass ein Gebäude in zehn Jahren praktisch abgeschrieben ist. Mit der linearen Abschreibung und einem Abschreibungssatz von 3 Prozent würde eine Hochbaute in der Rechnung während 33 Jahren belastet. Es weiss aber jeder, dass eine Hochbaute eine längere Nutzungsdauer als 33 Jahre hat; es gibt Schulhäuser, die hundert und mehr Jahre alt sind. Man muss diese Frage also differenziert und − wie die Stawiko meint − emotionslos und sachlich betrachten. Die moderne Rechnungslegung geht nun mal in Richtung lineare Abschreibung: Die Abschreibungen sollen auf die Nutzungsjahre verteilt werden. Die Stawiko unterstützt diese Sichtweise und bittet den Rat, für die lineare Methode zu stimmen.

**Peter Letter** teilt mit, dass die FDP grossmehrheitlich für die lineare Abschreibung einsteht. Ziel ist eine Darstellung in den Jahresrechnungen, welche transparent die

effektiven Verhältnisse widerspiegelt. Das lineare Modell ist richtig, weil es dem Grundsatz *True and Fair View* entspricht. Und es ist richtig: Ein Verwaltungsgebäude hat keine Marktwert. Den Schluss aber, dass es deswegen per sofort abzuschreiben sei und mit Null zu bewerten sei, ist für den Votanten nicht nachvollziehbar. Wenn ein solches Gebäude keinen Marktwert hat, ist die logische Abschreibungsdauer vielmehr die Nutzungsdauer.
Eine nach der betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer orientierte Abschreibung führt zu einer transparenten Darstellung des Anlagevermögens und der wirklichen Ertragskraft und Kostenstruktur einer Körperschaft. Auch als Bürger hätte der Votant gerne diese Transparenz. Man kann dann auch besser abschätzen, welcher Investitionsbedarf mittelfristig besteht resp. welche Steuerpolitik man verfolgen soll. Der Investitionsbedarf zeigt sich nicht immer gleichmässig verteilt: Es können kleine Häppchen oder auch sehr grosse Beträge sein, beispielsweise wenn Schulhäuser aufgrund der Bevölkerungsentwicklung plötzlich ersetzt bzw. erweitert werden müssen. Das kann bei degressiver Abschreibung insbesondere in kleinen Gemeinden zu starken Verzerrungen der Rechnungsresultate führen. Das wiederum kann Investitionsentscheide erschweren. Bei einem Kanton spielt das vielleicht keine so grosse Rolle, in kleinen Gemeinden aber müssen notwendige Investitionen vielleicht verschoben werden, dies einzig aufgrund rechnungstechnischer Gründe. Überabschreibungen können also zu falschen Entscheiden und zu Steuern auf Vorrat führen. Das möchte die FDP-Fraktion nicht.

Für **Philip C. Brunner** ist die Debatte an einem entscheidenden Punkt angelangt. Er möchte sein Plädoyer für die lineare Abschreibung nicht wiederholen, sondern darauf hinweisen, dass es gesetzestechnisch von Bedeutung ist, wie der Rat jetzt entscheidet. Es macht nämlich wenig Sinn, nachher einfach mit den vom Regierungsrat vorgeschlagenen Abschreibungssätzen weiterzufahren. Auch die Frage der Anlagebuchhaltung und die Ausnahmeregelung für die Bürger und die Kirchgemeinden, die heute ja eine Art Sonderabschreibungssatz von 5 Prozent beanspruchen können, müssen noch sehr genau geprüft und hinterfragt werden, möglicherweise auf die zweite Lesung hin. Kurz gesagt: Das vom Regierungsrat vorgeschlagene und von der vorberatenden Kommission und der Stawiko unterstützte Modell wurde noch nicht wirklich zu Ende gedacht. Es geht wohl nicht, beispielsweise Tiefbauten künftig linear mit 2,5 Prozent jährlich abzuschreiben, wenn bisher mit der degressiven Abschreibung ein Satz von 10 Prozent pro Jahr galt. Das hätte enorme Konsequenzen.

**Andreas Hürlimann** möchte nochmals darauf hinweisen, dass die ALG-Fraktion mit der bisherigen, also der degressiven Abschreibung einverstanden ist und den entsprechenden Antrag unterstützt. Beide Methoden haben je eigene Vor- und Nachteile, und die Diskussion in den Kommissionen, insbesondere in der Ad-hoc-Kommission, haben gezeigt, dass *True and Fair View* je nach Blickwinkel zu unterschiedlichen Schlüssen führt. Mit etwas Abstand liegt die wirklich faire Methode wohl irgendwo in der Mitte, es ist aber allen klar, dass der Rat eine bestimmte Abschreibungsmethode festlegen muss. Für die ALG ist es aus politischer Sicht wichtig, dass diejenige Generation, welche ein Projekt beschliesst und durch die Inbetriebnahme der betreffenden Baute am meisten profitiert, am stärksten mit den Kosten belastet werden soll, so dass es für spätere Investitionsentscheide wieder einen möglichst grossen Spielraum gibt. Die ALG-Fraktion plädiert deshalb dafür, sich dem Antrag der CVP-Fraktion auf Beibehaltung der degressiven Methode anzuschliessen.

**Pirmin Andermatt** hält fest: Falls der Rat die Abschreibungsmethode ändert, reisst er gleichzeitig der Schuldenbremse den schärfsten Zahn heraus. Denn gerade im Bereich von Hoch- und Tiefbauten kann damit überbordenden Bauvorhaben Einhalt geboten werden, da mit der degressiven Methode die Abschreibung der Investitionen die Rechnung in den Folgejahren stark belasten können und − so die Meinung der CVP − auch sollen. Falls die Mehrheit des Kantonsrats aber einer Änderung zustimmt, wird die CVP-Fraktion einen Antrag stellen, den der Votant noch näher erläutern würde.

Für **Hubert Schuler** ist eines sicher: Alle Investitionen im Verwaltungsvermögen müssen schlussendlich auf null abgeschrieben werden, sei die Methode nun linear oder degressiv − wobei es mit der degressiven Methode eigentlich nie einen Null-Wert geben kann. Mit der degressiven Abschreibung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Wertverluste in den ersten Nutzungsjahren am grössten sind und mit der Zeit immer kleiner werden. Bei einem Autokauf ist es ähnlich: Die zu machenden Abschreibungen sind in den ersten zwei bis drei Jahren nach dem Neukauf am grössten, danach nimmt die Wertverminderung jeweils im kleineren Rahmen ab. Bei der linearen Abschreibung wird während der gesamten Dauer jährlich der gleich hohe Betrag abgeschrieben, bis die Investition nach der Nutzungsdauer der jeweiligen Anlagekategorie − zum Beispiel vierzig Jahre bei einer Tiefbaute, etwa einer Strasse − auf null abgeschrieben ist. Die Höhe der Abschreibungen ist am Anfang gleich gross wie am Schluss. Entspricht dies auch dem Wertverlust? Ist dieser im Jahr der Inbetriebnahme wirklich gleich gross wie im vierzigsten Betriebsjahr? Das wagt der Votant zu bezweifeln.
Beide Abschreibungsmethoden sind in diesem Sinne nicht optimal. Etwas zu tun, nur weil es modern oder allgemein üblich ist, scheint dem Votanten kein ausreichendes Argument zu sein. Der *True und Fair Value* einer solchen Investition würde wahrscheinlich eher für die lineare Abschreibung sprechen. Die SP spricht sich aber trotzdem für die Beibehaltung der degressiven Methode aus und unterstützt den Antrag der CVP-Fraktion. Für die SP hat das Argument, dass die aktuelle Generation ihre Investitionen selber tragen und bezahlen soll, das höhere Gewicht. Sie will nicht, dass die kommende Generation in zehn oder zwanzig Jahren noch gross mit Investitionen belastet wird, welche die aktuelle Generation getätigt hat, auch wenn sie diese teilweise sicher noch nutzen wird. Die SP will, dass die kommende Generation jene Investitionen trägt, die sie in der Zukunft selbst tätigt. Dies ist mit der degressiven Abschreibung sichergestellt. In diesem Sinne ist die SP-Fraktion für eine sehr konservative Finanzpolitik.

**Thomas Meierhans** weist darauf hin, dass in einer Erfolgsrechnung die Abschreibungen und die Steuereinnahmen einander gegenübergestellt werden. Tatsache und sicher keine Glaubensfrage ist, dass die Steuereinnahmen nicht linear sind. Wer weiss schon, wie hoch sie in zwanzig Jahren sein werden? Was wird sein, wenn die Wirtschaft zusammenbricht und die Steuereinnahmen einbrechen? Es ist deshalb richtig, dass die Generation, welche eine Investition beschliesst, diese auch bezahlt bzw. abschreibt und die Kosten nicht zukünftigen Generationen überlässt. Man erinnert sich an den grossen Immobiliencrash in den 1990er Jahren. Damals waren sehr viele Immobilienfirmen froh, dass sie ihre Anlagen rechtzeitig abgeschrieben hatten.

**Beat Unternährer** stellt fest, dass es im Rat sehr viele Experten für Buchhaltungs- und Glaubensfragen gibt − und er ist etwas irritiert über die Diskussion. Insbesondere Andreas Hürlimann hat in seinem Votum den Eindruck erweckt, man habe

bezüglich *True and Fair* einen riesigen Interpretationsspielraum. Der Votant ist seit 25 Jahren in der Finanzbranche tätig, und es ist völlig klar, dass *True and Fair View* die Bilanzierung zum Marktwert bzw. zum kalkulatorischen Restwert nach Nutzungsdauer ist. Die Behauptung, dass degressive Abschreibung auch als *True and Fair* ausgelegt werden könne, ist sachlich nicht richtig. Man kommt hier also in den Glaubensbereich − und die FDP macht lieber gute Sachpolitik. Der Votant bittet deshalb, auf die lineare Methode einzuschwenken. Alles andere ist nicht zukunftsgerichtet.

**Andreas Hürlimann** muss die Sache mit der Glaubensfrage bzw. *True and Fair* nochmals aufgreifen. Er verweist auf die Investmentbank Lehman Brothers. Diese hatte am Tag des Kollapses − *true and fair* bewertet − einen Marktwert, der sich am folgenden Tag schlicht in Luft aufgelöst hatte. *Das* ist die Realität von *True and Fair*. Es gibt zwar Vorgaben, die Erfahrung zeigt aber, dass es einen wesentlichen Interpretationsspielraum gibt.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält sich nicht für den Oberexperten unter den vielen hier anwesenden Experten, versucht aber das Beste aus dieser Glaubensfrage zu machen. Vorweg hält er fest, dass Lehman Brothers nicht der Kanton Zug ist. Dieser kann nämlich nicht Konkurs gehen; einen Staatsbankrott gibt es nicht. Der Vergleich von Andreas Hürlimann ist deshalb etwas gewagt.
Der Regierungsrat will zur Methode der linearen Abschreibung wechseln. Es war zwischen den Zeilen nun herauszuhören, die Regierung schlage diese Änderung nur vor, weil sich der finanzpolitische Himmel im Moment nicht eben rosig präsentiert. Dem ist nicht so. Eine Erhebung hat gezeigt, dass 18 oder 19 der 26 Kantone, also die grosse Mehrheit, ihre Investitionen linear abschreiben. Es kann also nicht verwegen sein, wenn auch der Kanton Zug zu dieser Methode wechseln will. Interessanterweise sind es die Kleinstkantone mit deutlich kleineren Budgets als Zug, welche noch degressiv abschreiben. Mit der linearen Abschreibung setzt die Wertverminderung eines Anlageguts bei Nutzungsbeginn ein, und die Abschreibung wird in gleichen Tranchen auf die gesamte Nutzungsdauer verteilt. Das entspricht den Anforderungen von *True and Fair View*, und es gibt dabei wenig Spielraum, soll doch der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild einerseits der Vermögens-, andererseits der Finanz- und letztlich auch der Ertragslage vermitteln. Das erreicht man am besten mit der linearen Abschreibung. Es geht hier nicht um Politik. Die Generationenfrage ist eine *politische* Frage, der Regierungsrat aber schlägt aus *sachlichen* Überlegungen den Wechsel zur linearen Abschreibung vor. Der Finanzdirektor bittet den Rat, sich hier von der politischen Betrachtung zu lösen und die Frage sachlich zu beurteilen. In diesem Sinn bittet er, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** schlägt das folgende Vorgehen vor: Zuerst sollen die Abschreibungssätze bereinigt werden, die einerseits − für die degressive Methode − in Abs. 3 des geltenden Rechts und andererseits − für die lineare Methode − im neuen Abs. 3a festgelegt sind. Anschliessend soll dann über die Grundsatzfrage, ob künftig degressiv oder linear abgeschrieben werden soll. abgestimmt werden.

**Pirmin Andermatt** zweifelt, ob das eben vorgeschlagene Vorgehen richtig sei. Seines Erachtens muss zuerst die Grundsatzfrage «Linear oder degressiv?» entschieden werden. Anschliessend kann man − vielleicht erst in der zweiten Lesung − über verschiedene Varianten bei den Abschreibungssätzen diskutieren. Die Finanzdirektion hat diese ja nicht durchgerechnet, so dass man die entsprechenden Konse-

quenzen nicht kennt. Vor diesem Hintergrund irgendwie an den Abschreibungssätzen herumzumauscheln, wäre nicht seriös.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ist der Meinung, dass die Grundsatzfrage «Linear oder degressiv?» eigentlich beurteilt und darüber abgestimmt werden kann. Je nach Resultat dieser Abstimmung könnte die Finanzdirektion dann rechtzeitig zuhanden der Fraktionssitzungen vor der zweiten Lesung die Berechnungen bezüglich Abschreibungssätzen anstellen. So gibt es heute keinen Schnellschuss, der allenfalls in die falsche Richtung geht. Diesen vermittelnden Vorschlag der Sache zuliebe ist allerdings nicht mit dem Regierungsrat abgesprochen.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** findet den Vorschlag des Finanzdirektors gut − mit einer Einschränkung: Die Berechnungen der Finanzdirektion sollen nicht erst auf die Fraktionssitzungen hin zur Verfügung stehen, sondern bereits so früh, dass rechtzeitig noch Anträge auf die zweite Lesung gestellt werden könnten.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ist mit diesem Einwand einverstanden.

Der **Vorsitzende** fragt den Rat, ob er mit dem vom Finanzdirektor vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden sei.

➔ Der Rat ist mit dem geschilderten Vorgehen stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass demnach nun über die Grundsatzfrage, ob künftig linear oder degressiv abgeschrieben werden soll, abgestimmt wird.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat beschliesst mit 46 zu 24 Stimmen, am Prinzip der degressiven Abschreibung festzuhalten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit bezüglich § 14 Abs. 2 vorerst weiterhin das bisherige Recht gilt.

*§ 14 Abs. 3, 3a, 3b, 4 und 6*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es auch bezüglich der weiteren Absätze von § 14 vorerst beim bisherigen Recht bleibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*§ 15 Abs. 1*
*§ 18 Abs. 1 und 3*
*§ 19*
*§ 21 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 22 Abs. 2*

**Alois Gössi** spricht hier als Kommissionspräsident, sondern als «gewöhnlicher» Kantonsrat. Er erinnert den Rat an die Debatte zum Budget 2017 im November 2016. In seinem Eintretensvotum erwähnte der Finanzdirektor damals − für die meisten sehr überraschend −, dass erstens für das Jahr 2016 dank positiver Sondereffekte zusätzliche Steuererträge in der Grössenordnung von 20 Millionen Franken zu erwarten seien und zweitens die Rechnung dank der Ausgabendisziplin des Regierungsrats auch auf der Aufwandseite massiv unter Budget abschliessen werde. Im Bericht des Regierungsrats zum Budget 2017 gab es vorgängig einen einzigen Hinweis, dass die Rechnung 2016 gegenüber dem Budget abweichen könnte: «Die bisherigen Bundessteuererträge im laufenden Jahr lassen erwarten, dass das Budget 2016 voraussichtlich übertroffen werden kann.» Die Stawiko machte in ihrem Bericht zum Budget 2017 überhaupt keine Aussage zur Rechnung 2016.
Im Zeitpunkt der Beratung des Budgets dürfte einigermassen bekannt sein, wie die Rechnung des laufenden Jahres in etwa ausfällt. Dieses Ergebnis kann − muss aber nicht − Entscheide etwa bezüglich einer pauschalen Kürzung oder einer Erhöhung des Steuerfusses beeinflussen. Die erwähnten Informationen des Finanzdirektors kamen sehr überraschend während der Budgetdebatte: Der Kantonsrat wurde erst im allerletzten Moment über die Situation bezüglich Rechnung 2016 informiert. Es geht auch anders. So gibt es beispielsweise in Baar − freiwillig und ohne gesetzliche Vorgabe − mit der Vorlage zum Budget immer eine Einschätzung, wie das Ergebnis des laufenden Jahres ausfällt. So hat der Baarer Souverän im Dezember 2015 für das Budget 2016 ein Minus von rund 6,5 Millionen Franken beschlossen. Aufgrund von Minderausgaben sowie Mehrerträgen bei den Steuereinnahmen prognostizierte der Baarer Gemeinderat nun in der Vorlage für das Budget 2017 einen Mehrertrag in der Laufenden Rechnung 2016 von rund 15 Millionen Franken. Die Gemeindeversammlung war also bei der Budgetberatung 2017 schon über das Superergebnis für 2016 informiert. Mit dieser Information unterliessen es sogar die linken Parteien, eine Steuerfusserhöhung zu beantragen! Baar ist im Übrigen nicht die einzige Gemeinde im Kanton Zug, die dies so handhabt.
Der Votant stellt keinen Antrag, dass das Budget zwingend eine Hochrechnung der Rechnung des laufenden Jahres enthalten müsse. Die Diskussion dazu in der vorberatenden Kommission zeigte, dass dies beim Kanton wahrscheinlich nur mit grossem Aufwand umgesetzt werden könnte. Der Votant möchte jedoch vom Finanzdirektor wissen, ob er bereit wäre, in die Vorlage des Regierungsrats zum Budget jeweils ein Kapital zur Laufenden Rechnung aufzunehmen. Darin könnte er kundtun, wie sich bis zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Budgets im Regierungsrat die Einnahmen und Ausgaben der Laufenden Rechnung entwickeln haben und wie in etwa das Ergebnis aussehen könnte. Der Kantonsrat erhielte damit zusätzliche Informationen, die für die Beratung des Budgets hilfreich wären. Dies könnte − so die Einschätzung des Votanten − ohne grossen Aufwand umgesetzt werden.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bestätigt, dass diese Frage bereits in der vorberatenden Kommission thematisiert wurde. Er versteht das Anliegen. Die Finanzdirektion hat in der Kommission aber argumentiert, dass die gewünschte Einschätzung, wenn sie einen gewissen Wert haben und nahe an der Realität sein soll, für den Kanton mit grösserem Aufwand verbunden wäre als für eine Gemeinde wie beispielsweise Baar. Der Finanzdirektor kann und will kein Versprechen abgeben, er nimmt das Thema aber auf, auch in Hinblick auf die Budgetdebatte im Regierungsrat, wo er es zur Diskussion stellen wird, und er wird Alois Gössi und dem Kantonsrat dann eine entsprechende Antwort geben.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats zu § 22 Abs. 2.

*§ 23 Abs. 1*
*§ 24 Abs. 2 und 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 25 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission beantragt, das geltende Recht beizubehalten. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** informiert, dass die Stawiko anlässlich ihrer Beratungen von der Finanzdirektion darauf hingewiesen wurde, dass die von der Regierung vorgeschlagene neue Formulierung zu Missverständnissen führen werde. Der neue Artikel verstosse gegen § 27 des Finanzhaushaltgesetzes, weil die Exekutive nicht selbständig neue Aufgaben beschliessen könne. Die Votantin ist deshalb etwas irritiert darüber, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** vermutet, dass seitens der Regierung ein Irrtum vorliegt. Die Argumentation der Stawiko-Präsidentin ist richtig und überzeugend. Nach kurzer Rücksprache mit den übrigen anwesenden Regierungsratsmitgliedern teilt der Finanzdirektor mit, dass die Regierung sich dem Antrag der Stawiko anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

*§ 26 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission im Einleitungssatz eine redaktionelle Änderung vorschlägt: Das einleitende «sie» in den Bst. a und b soll gestrichen und dafür als letztes Wort in den Einleitungssatz gestellt werden.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 26 Abs. 1 Bst. a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, beim Wortlaut des geltenden Rechts zu bleiben. Die Stawiko schliesst sich dem Antrag der Kommission an, der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** teilt mit, dass die Kommission einstimmig beschloss, den Änderungsvorschlag des Regierungsrats zu § 26 Abs. 1 abzulehnen. Es geht nur um ein sprachliches Problem. Für die Kommission war nicht klar, ob es sich beim Antrag des Regierungsrats um «und»- oder um «oder»-Verknüpfungen handelt. Der Regierungsrat wollte an sich keine inhaltliche Änderung gegenüber

dem bisherigen Recht. Die Kommission war sich aber einig, dass genau das stattgefunden hat, weil mit der Bedingung in Bst. c ein neuer Tatbestand geschaffen wurde, der im bisherigen Recht mit der Bestimmung in Bst. b verknüpft war. Das bestehende Recht war schärfer und einschränkender.
Für den Fall, dass der Antrag des Regierungsrats in der Abstimmung obsiegt, bittet der Votant die Redaktionskommission um eine genaue Abklärung, ob mit dieser Anpassung nicht eine materielle Änderung von § 26 Abs. 1 vorgenommen wird. Der Regierungsrat will ja keine materielle Änderung.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass die Stawiko bei ihren Visitationen bereits heute mit den Amtsleitenden immer wieder intensiv darüber diskutiert, ob ein bestimmter Budgetposten eine gebundene Ausgabe sei oder nicht. Dies zu unterscheiden, ist eminent wichtig, weil der Kantonsrat bei gebundenen Ausgaben keinen Spielraum hat. Im Bericht der vorberatenden Kommission steht, dass die Regierung gegenüber heute keine inhaltliche Veränderung wollte. Die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen des Wortlauts führen nach Meinung der Stawiko aber zu mehr Spielraum für die Verwaltung und damit zu mehr Diskussionen. Die Stawiko folgt deshalb dem Antrag der Kommission auf Beibehaltung der bisherigen Version.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat genehmigt mit 63 zu 6 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission auf Beibehaltung der bisherigen Formulierung.

*§ 26 Abs. 1 Bst. b und c*

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat folgt mit 68 zu 2 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission auf Beibehaltung der bisherigen Formulierung.

*§ 26 Abs. 2*
*§ 28 Abs. 1, 6a, 7 und 8*
*§ 31 Abs. 1 und 1a*
*§ 33 Abs. 1, 2 und 3*
*§ 34 Abs. 4*
*§ 35 Abs. 1*
*§ 35 Abs. 2 Bst. c*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 35 Abs. 2 Bst. d*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Kompetenz des Regierungsrats bei der Gewährung von Bürgschaften, Garantien und Darlehen bei 1 Million Franken festlegen will; der Regierungsrat schlägt 5 Millionen Franken vor. Die Stawiko schliesst sich dem Antrag der vorberatenden Kommission an, der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** teilt mit, dass die vorberatende Kommission ohne grosse Diskussion mit 7 zu 5 Stimmen entschied, den Antrag des Regierungsrats auf eine Kompetenzerweiterung bei der Gewährung von Bürgschaften, Garantien und Darlehen von bisher 1 Million Franken auf neu 5 Millionen Franken abzulehnen. Es wurde argumentiert, dass es nicht Aufgabe des Kantonsrats sei, den Regierungsrat zu kontrollieren. Auch gehe es um eine Angleichung von Limiten: Grundstückgeschäfte kann der Regierungsrat bis 5 Millionen Franken in eigener Kompetenz abschliessen. Die Kommission bittet den Rat, den Antrag des Regierungsrats abzulehnen und bei der heute geltenden Regelung zu bleiben.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass der Regierungsrat den Änderungsantrag damit begründet, dass die Limite an die für Grundstücksgeschäfte gültige Obergrenze von 5 Millionen Franken angepasst werde. Die Stawiko sieht dafür absolut keinen Bedarf. Ihres Erachtens ist das Abgeben von Garantien und Bürgschaften oder das Gewähren von Darlehen etwas komplett anderes als der Kauf oder der Verkauf von Grundstücken, und man kann hier keine Kausalität herleiten – beim besten Willen nicht. Die Votantin bittet, den Antrag der Regierung abzulehnen.

Für Finanzdirektor **Heinz Tännler** handelt es sich auch hier vielleicht um eine Glaubensfrage. Die Regierung pocht darauf, führen zu können und den Kantonsrat nicht unnötig zu beschäftigen. Es ist also auch eine Frage der Effizienz. Der Regierungsrat gewährt Bürgschaften, Garantien und Darlehen nur dann, wenn wirklich ein öffentliches Interesse gegeben ist. Als Beispiel nennt der Finanzdirektor die International School in Hünenberg: Aufgrund der geltenden Limite musste der Regierungsrat dieses an sich unbestrittene Geschäft dem Kantonsrat vorlegen. Eine Limite von 5 Millionen Franken würde dem Regierungsrat einen entsprechenden Spielraum geben, den er selbstverständlich nicht missbrauchen würde. In diesem Sinn bittet der Finanzdirektor, den Antrag der Regierung zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat folgt mit 57 zu 13 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 35 Abs. 2 Bst. e und f*
*§ 35 Abs. 3*
*§ 36 Abs. 4*
*§ 37 Abs. 1*
*§ 38 Abs. 1 und 2*
*§ 40 Abs. 1, 1a, 1b und 2*
*§ 40a Abs. 1, 2, 3, 4 und 5*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

§ 41 Abs. 3

**Andreas Hürlimann** hält fest, dass es der ALG-Fraktion wichtig ist, die Finanzkontrolle als unabhängige Prüfinstanz zu stärken. Sie will darum deren Zuordnung

ändern. Sie kommt zum Schluss, dass eine administrative Zuordnung zum Kantonsrat eine Stärkung dieser Unabhängigkeit bringen würde. Die ALG beantragt darum**,** die Finanzkontrolle administrativ nicht mehr der Finanzdirektion, sondern neu dem Kantonsrat zuzuordnen. Dadurch stärkt man die unabhängige Arbeit der Finanzkommission und bekommt so einen noch engeren Bezug zur Aufgabe der Oberaufsicht durch den Kantonsrat. Es geht also um eine noch bessere Trennung der Prüfungsstelle von der zu kontrollierenden Exekutive. Die ALG stellt in diesem Sinn den **Antrag,** § 41 Abs. 3 wie folgt zu ändern: «Die Finanzkontrolle ist administrativ *dem Kantonsrat* zugeordnet.» Der Votant dankt für die Unterstützung.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** hält fest, dass mit § 41 Abs. 3 ein bestehender Zustand aus Transparenzgründen neu im Finanzhaushaltgesetz geregelt werden soll. In der vorberatenden Kommission wurde der eben eingebrachte Antrag der ALG auch schon gestellt. Wichtig ist, dass es hier nur um die administrative Unterstellung geht. Die gesetzlich garantierte Unabhängigkeit der Finanzkontrolle ist und darf bei beiden Varianten nicht in Frage gestellt werden. Die Aufgaben der Finanzkontrolle und der Stawiko sind verschieden: Letztere übt die Oberaufsicht aus, fachlich unterstützt durch die Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle hingegen prüft das operative Geschäft sowie die Kredit- und Projektabrechnungen und führt Amtsrevisionen durch.
In der vorberatenden Kommission wurde vom Antragsteller argumentiert, dass die Hauptaufgabe der Finanzkontrolle sei, den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über den Staatshaushalt zu unterstützen. Sehr wichtig sei die Unabhängigkeit, die mit einer administrativen Zuordnung zum Kantonsrat besser sichergestellt sei als mit der Zuordnung zur Finanzdirektion. Damit hätte der Leiter der Finanzkontrolle die gleiche Positionierung wie die Ombudsperson oder die Datenschutzbeauftrage. Der Finanzdirektor hielt entgegen, dass der Vergleich mit der Ombudsperson oder Datenschutzbeauftragen nicht wirklich zutreffend sei, da diese ganz andere Aufgaben wahrnähmen. Die administrative Zuordnung zur Finanzdirektion habe sich bewährt und stelle sicher, dass die Finanzkontrolle sich ihr Urteil objektiv bilden könne. Sie werde dabei in ihrer gesetzlich garantierten Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt. Die Nähe zur Finanzdirektion ermögliche es der Finanzkontrolle, direkt und administrativ einfach zu Informationen zu gelangen, die sie für die Erfüllung ihrer Kernaufgabe benötigt. Weder der Finanzkontrolleur noch seine Mitarbeitenden würden durch die Finanzdirektion in irgendeiner Weise beeinflusst.
Mit 9 zu 3 Stimmen folgte die Kommission den Argumenten des Finanzdirektors und lehnte die administrative Zuordnung der Finanzkontrolle zum Kantonsrat ab.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko ebenfalls über diese Frage diskutierte. Die Stawiko arbeitet sehr eng mit der Finanzkontrolle zusammen und hat diese Zusammenarbeit in der laufenden Legislatur noch intensiviert. Sie sieht in der administrativen Zuordnung zur Finanzdirektion kein Abhängigkeitsverhältnis. Die Finanzkontrolle arbeitet selbständig, professionell und nach ihren Berufsgrundsätzen. Die meisten Mitarbeitenden sind im Register der Revisionsaufsichtsbehörde eingetragen und sind Mitglieder von ExpertSuisse, der vormaligen Treuhandkammer. Hier verpflichtet man sich, Richtlinien bezüglich Unabhängigkeit etc. einzuhalten und seine Arbeit nach hohen ethischen Ansprüchen auszuführen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** kann sich den Voten der Kommissionspräsidenten anschliessen. Es besteht keinerlei Abhängigkeitsverhältnis, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Die Nähe zur Finanzdirektion ist rein administrativ. Die Finanzkontrolle lässt sich nicht in ihr Geschäft dreinreden, und es gibt auch

keinerlei Versuche, ihr dreinzureden. Zudem ist es der Finanzkontrolle und ihrem Leiter Walter Hunziker ein Anliegen, dass die administrative Zuordnung zur Finanzdirektion bestehen bleibt. Diesem Wunsch sollte man Rechnung tragen. Und es sei wiederholt: Es gab nie irgendein Problem bezüglich Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit. Der Finanzdirektor bittet deshalb, den Antrag der Regierung zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat genehmigt mit 46 zu 22 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 41 Abs. 4*
*§ 42 Abs. 1 und 2*
*§ 44*
*§ 45 Abs. 1 und 3*
*§ 46 Abs. 1 und 2*
*§ 47 Abs. 1 und 2*
*§ 51 Abs. 2*
*§ 53 Abs. 1 und 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 53 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen zusätzlichen Absatz beantragt. Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 53 Abs. 4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission einen zusätzlichen Absatz beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass der Rat der Einführung einer Schuldenbremse zugestimmt hat. Es kann aber nicht sein, dass bereits im nächsten Jahr dagegen verstossen wird: Die Stawiko hat in ihrem Bericht auf Seite 11 und 12 die Entwicklung transparent aufgezeigt: Die heute definierte Schuldenbremse kann ohne Übergangslösung nicht eingehalten werden. Die Votantin bittet deshalb, dem Antrag der Stawiko zuzustimmen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

*§ 53a Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen)

***Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (Stand 1. Januar 2014)***

*§ 2 Abs. 5*
*§ 7 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (Stand 8. November 2014)***

*§ 29 Abs. 1 und 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) vom 4. September 1980 (Stand 10. Mai 2014)***

*§ 20 Abs. 1*
*§ 22 Abs. 1*
*§ 23 Abs. 4*
*§ 96 Abs. 1, 2 und 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022 (erstreckt bis 2026) vom 28. August 2014 (Stand 18. Juni 2016)***

*§ 3 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit die erste Lesung abgeschlossen ist. Es folgt eine zweite Lesung.

Für **Philip C. Brunner** ist dieses Traktandum noch nicht abgeschlossen, und er stellt einen **Ordnungsantrag.** Es gibt eine Pendenz, nämlich § 14. Der Entscheid bezüglich degressiver oder linearer Abschreibung wurde ausgesetzt bzw. die einzelnen Absätze dieses Paragrafen nicht beraten. Für den Votanten ist unklar, was nun gilt, und es ist vor allem unklar, wie es jetzt weitergeht. Gibt es beispielsweise weitere Kommissionssitzung? Man kann nicht einfach so in die zweite Lesung gehen.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass im Moment bezüglich § 14 weiterhin das bisherige Recht gilt.

**Philip C. Brunner** zieht seinen Ordnungsantrag zurück.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko die Frage der Abschreibung und der Abschreibungssätze mit Sicherheit noch genau studieren wird. Die Stawiko will genau wissen, was schliesslich im Gesetz stehen soll. Und wenn das ihrer Ansicht nach nicht stimmig ist, wird sie auf die zweite Lesung hin einen entsprechenden Antrag stellen.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart wieder den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 7

**762 Motion von Peter Letter, Philip C. Brunner, Daniel Thomas Burch, Daniel Marti, Thomas Meierhans, Karl Nussbaumer, Cornelia Stocker und Silvia Thalmann betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der gemeindlichen Lehrpersonen**
Vorlagen: 2598.1 - 15120 (Motionstext); 2598.2 - 15414 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Mitmotionär **Peter Letter** dankt dem Regierungsrat für die Analyse und die Stellungnahme zur Motion; Die Regierung möchte die Motion nicht erheblich erklären und sie ad acta legen. Der Votant stellt den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären. Ziel der Motion ist eine marktgerechte Entlöhnung, bei der auch die Leistung belohnt wird und gegebenenfalls auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates berücksichtigt werden kann. In der Privatwirtschaft ist dies der Normalfall, und Automatismen gehören dort weitestgehend der Vergangenheit an. Mit seinem Anliegen will der Votant nicht den gemeindlichen Lehrpersonen die Saläre kürzen. Vielmehr ist das aktuelle Lohnsystem extrem starr: Wer länger da ist, verdient mehr.

Vielleicht wird zwar ausnahmsweise mal ein Stufenanstieg verweigert, dies aber wohl eher selten. Aussitzen lohnt sich also. Wenn Lehrpersonen spezielle Leistungen erbringen oder spezielle Aufgaben übernehmen, ist das durch die Gemeinde schwer honorierbar. Richtiger wäre es, wenn Lehrpersonen, die sich speziell engagieren, hohe Qualität bringen, sich weiterentwickeln, Schullager und Arbeitswochen organisieren usw., schneller mehr verdienen könnten. Es sollen also auch Jüngere oder solche, die etwa aufgrund einer Familie einige Jahre aussetzen und dann wieder einsteigen, bei entsprechender Leistung schneller mehr verdienen, während Lehrpersonen, die keine Zusatzleistungen erbringen wollen oder stark unterdurchschnittlich sind, das auch im Salär spüren sollen.
In der Debatte zum ähnlichen Anliegen betreffend Besoldung kantonaler Lehrpersonen war eines der wichtigsten Argumente der Gegner, dass kantonale Lehrer anders geführt und autonomer arbeiten würden, weshalb deren individuelle Beurteilung nicht möglich sei. Der Rat hat das Anliegen, dort die Salärautomatismen abzuschaffen, denn auch abgelehnt. Hier, bei den Gemeinden, ist die Situation anders: Es gibt Schulleitungen, welche die Lehrpersonen zu führen und auch zu beurteilen haben, was professionell und mit überschaubarem Aufwand gemacht werden soll. Dem Votanten ist bewusst, dass die Beurteilung von Mitarbeitenden schwierig ist, sei es in der Verwaltung, bei Privatunternehmen oder in der Schule. Er hat auch nicht das Ei des Kolumbus, wie die Beurteilung in der Schule genau erfolgen soll. Die Haltung «Es ist nicht einfach, deshalb tun wir es nicht» macht ihm aber etwas Mühe. Mitarbeiterbeurteilung ist immer eine Herausforderung, und man sollte sich ihr stellen. Falls der Rat das Anliegen unterstützt, dass nicht das Aussitzen, sondern die gute Leistung belohnt wird, müssen Methoden eingeführt werden, deren Aufwand vertretbar ist. Das sollte mit direkter Führung und Beurteilung durch die Schulleitung möglich sein, dies im Interesse der Schüler, der Schule und auch der Lehrer. Denn auch für Lehrer ist eine gute Führung positiv und die Anerkennung von Leistung − durchaus auch über das Salär − wichtig und motivierend.
Der Votant dankt für die Unterstützung des Antrags, die Motion entgegen der Absicht des Regierungsrats erheblich zu erklären. Die FDP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung.

Mitmotionär **Karl Nussbaumer** spricht für die SVP-Fraktion, welche die Motion ebenfalls intensiv diskutiert hat. Die Mehrheit versteht nicht, warum ein Wechsel zu leistungsabhängiger Beförderung mit personellem Mehraufwand verbunden sein soll. In der Privatwirtschaft ist diese Art von Beförderungen gebräuchlich und wird ohne zusätzliches Personal umgesetzt. Die SVP ist der Meinung, dass die sogenannten Schulhausleiter die Pflicht haben, diese Aufgabe zu übernehmen, und die Beurteilung ohne zusätzliche Mittel durchführen können. Ansonsten muss man laut darüber nachdenken, ob man die Schulhausleiter wieder abschaffen soll.
Die Beurteilung der Gemeinden versteht die SVP-Fraktion nicht, vor allem diejenige jener Gemeinden, welche aus dem Finanzausgleich leben und mit den Finanzen zu kämpfen haben. Mit der von den Motionären verlangten Abschaffung der Automatismen könnten sie nämlich sparen, denn wer nicht genügend Leistung bringt, soll nicht befördert werden, wie es in der Privatwirtschaft auch der Fall ist.
Die Mehrheit der SVP-Fraktion ist für die Erheblicherklärung der Motion. Der Votant bittet, den entsprechenden Antrag zu unterstützen.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Zu ihrer Interessenbindung: Sie unterrichtet am GIBZ, ist von der Motion also nicht betroffen.
Bei der Vorbereitung auf die heutige Sitzung hat sie sich überlegt, ob sie die *Copy-Paste*-Funktion nutzen und nochmals ihr Votum vom 27. Oktober 2016 halten soll.

Ihre Meinung zur Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der Lehrpersonen hat sich in diesen gut sechs Monaten nicht geändert. Damals ging es um die kantonalen Lehrpersonen und die Angehörigen der Polizei, heute geht es um die gemeindlichen Lehrpersonen. Die Antwort der Regierung geht in die gleiche Richtung wie jene im Oktober 2016 und fokussiert auf den wichtigsten Punkt: Die Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung von Lehrpersonen würde zu einem grossen Missverhältnis von Aufwand und Ertrag führen. Kosten von 1,5 Millionen Franken hat die Votantin damals für alternative Beförderungsmechanismen für die kantonalen Lehrpersonen hochgerechnet; für die gemeindlichen Schulen wären die Kosten um einiges höher. Oder wie es Georges Raemy, Präsident der Zuger Schulleiter, vor einem Jahr in der «Zuger Zeitung» formulierte: «Eine regelmässige Leistungskontrolle wäre nicht machbar.» Die Votantin will die Idee der Motion, die Einführung eines Leistungslohns, keineswegs schlechtreden, diese ist aber − wenn sie seriös und professionell durchgeführt wird − sehr teuer. In den gemeindlichen Schulen werden die Lehrpersonen heute in einem Zweijahresrhythmus über einen Unterrichtsbesuch und das anschliessende Unterrichts- und Zielvereinbarungsgespräch beurteilt. In der Broschüre «Gute Schulen. Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» wird detailliert aufgezeigt, wie die Mitarbeitergespräche ablaufen. Im Kanton Zürich finden diese drei Mal jährlich statt, also sechs Mal häufiger als aktuell im Kanton Zug. Unter *diesen* Umständen ist eine lohnrelevante Beurteilung vertretbar. Der Kanton St. Gallen hingegen hat den 1999 eingeführten Leistungslohn 2014 wieder abgeschafft. Begründung: zu aufwändig und nicht zielführend. Ebenfalls 2014 hat der Berner Grosse Rat die Einführung des Leistungslohns dank des geschlossenen Widerstands von SVP und BDP abgelehnt. Begründung: zu aufwändig und nicht zielführend.

Peter Letter hat besondere Leistungen ausserhalb des eigentlichen Unterrichts − etwa die Organisation von Schullagern oder speziellen Events − erwähnt. Die Votantin engagiert sich in ihrer Schule sehr gerne und häufig ausserhalb des Unterrichts. Sie tut dies aber nicht, weil ihr ein höherer Lohn winken würde, sondern weil sie der Ansicht ist, dass dieses Engagegement zu ihrem Auftrag gehört.

Letztlich stellt sich die Frage, ob man mit dem Vorschlag der Motion ein besseres und vor allem gerechteres Beförderungsinstrument hätte. John Hattie, der australische Guru in Schulfragen, warnt davor, bei den Lehrpersonen Leistungslöhne einzuführen. Im Gegenteil: Er plädiert dafür, Lehrpersonen, welche sich ständig weiterbilden, mit höheren Gehältern zu belohnen.

In der Annahme, dass es nicht das Ziel der Motion ist, mehr Geld für die Lehrerlöhne zur Verfügung zu stellen, spricht sich die ALG für die Nichterheblicherklärung der Motion aus. Es stellt sich in diesem Zusammenhang aber eine grundsätzliche Frage: Warum werden wiederkehrend und regelmässig Vorstösse eingereicht, die vielfach auf vermeintlich zu grosszügige Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen zielen? Natürlich sind die Gehälter der Lehrpersonen für die Gemeinden und den Kanton ein grosser Ausgabenposten. Da liegt es fast in der Natur der Sache, dass mit Argusausgen darauf geschaut wird. Und da wird zu Recht Gegenleistung, das heisst Qualität, verlangt. Laut einer externen Schulevaluation aus dem Schuljahr 2014/15 scheint die Qualität, wenn man die Zufriedenheit als Gradmesser nimmt, im Kanton Zug zu stimmen: 94 Prozent der befragten Schülerinnen fühlen sich an ihrer Schule wohl, und 94 Prozent der Eltern sind zufrieden mit den Lehrpersonen. Weder von Schüler- noch Elternseite ist also Handlungsbedarf angezeigt. Hat demnach einfach die Politik ein Problem mit der Schule? Besteht unter Politikerinnen und Politikern ein Misstrauen oder ein Abwehrreflex der Schule oder vielmehr den Lehrpersonen gegenüber? Und wenn angeblich die Bedingungen so attraktiv sind: Wieso gibt es so wenige Männer im Lehrberuf. Oder machen die

Lehrpersonen etwas falsch, dass sie immer am Erklären oder Rechtfertigen sind? Die Votantin ist neugierig auf Antworten.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Seine Interessenbindung: Er unterrichtet als Sekundarlehrer in einer Zuger Gemeinde. Man könnte deshalb annehmen, dass er sich in diesem Geschäft deshalb so ins Zeug legt, weil es um seine eigene Haut geht. Wer ihn aber besser kennt, weiss, dass es ihm vor allem um eine hohe Bildungsqualität geht. Und es sollte nicht nur in Hochglanzbroschüren davon gesprochen werden, wie gut die Zuger Schulen seien, sondern man sollte sich auch konkret dafür einsetzen.
Die vorliegende Motion ist ziemlich identisch mit dem Postulat betreffend Abschaffung der Automatismen bei der Beförderung der kantonalen Lehrpersonen und der Mitarbeitenden der Zuger Polizei, welches der Kantonsrat vor rund sechs Monaten mit 44 zu 18 Stimmen versenkte. Ziemlich identisch ist auch der Kreis der Personen, die den Vorstoss eingereicht haben. Aus Sicht des Votanten erklärte der Kantonsrat jenes Postulat insbesondere deshalb nicht erheblich, weil der Aufwand zwischen Ertrag und Aufwand in einem absoluten Missverhältnis steht. Genau in diese Richtung argumentierte auch der Votant am 27. Oktober 2016. Und er fragt sich noch heute, welche Ziele die Motionäre verfolgen. Geht es darum, möglichst billiges Personal einzustellen − also zu sparen resp. zu kürzen −, oder geht es darum, die Besten in den Job zu holen und im Job zu halten, also Anreize zu schaffen?
Sofern dem Rat die Qualität der Schule wichtig ist, müsste es ihm bei den Lehrpersonen darum gehen, die besten Leute in den Lehrberuf zu holen. Es liegt auf der Hand, dass der Lernerfolg in jenen Ländern am höchsten ist, in denen viele Personen den Lehrberuf ergreifen möchten. Schliesslich zeigen praktisch alle Studien auf, dass die Lehrperson den grössten Einfluss auf den Lernerfolg der Kinder hat. Die Kinder haben nicht mehr Lernerfolg, wenn das Schulhaus von einem Stararchitekten entworfen wird oder alle paar Jahre ein neues Schulbuch mit den neuesten pädagogischen Grundsätzen in den Unterricht kommt; auch nicht, wenn man alle paar Jahre ein neues Konzept verabschiedet und in den Schulen einführt. Am Schluss geht es immer um die Menschen. Ein Kind hat viel eher hat Erfolg im Unterricht, wenn es von einer qualifizierten Lehrperson optimal gefördert und in einem guten Klassenklima unterrichtet wird. Folglich sind die Qualität der Lehrpersonen sowie die Klassengrössen entscheidende Faktoren für die Bildungsqualität. Es ist deshalb wichtig, dass der Lehrberuf attraktiv bleibt resp. noch attraktiver wird − auch für Männer, die bekanntermassen eher einen Beruf wählen, der finanziell lukrativer ist und eine flexiblere Berufskarriere ermöglicht. Hat sich der Rat schon einmal gefragt, warum Männer im Lehrberuf eine aussterbende Spezies und in der Primar- und Unterstufe sogar praktisch ausgestorben sind? Sicher besteht da ein Zusammenhang mit dem Thema, das heute diskutiert wird.
Wenn man tatsächlich Leistungslöhne einführen will, dann sollte man das richtig machen. Und dann stellt sich die grosse Frage, wie die Leistung beurteilt werden kann − und es müssten dann auch die Kosten der Beurteilung einberechnet werden. Zum Vorschlag von Seiten der SVP, das müsse innerhalb bestehender Budgets machbar sein, darf man seine Zweifel haben; der Votant zumindest, der tagtäglich in diesem *Business* arbeitet, kann sich nicht vorstellen, dass dies möglich ist. Es müssten nämlich auch die Leistungen der Schülerinnen und Schüler gemessen werden, mit sämtlichen Kontextfaktoren. Anders kann ja der Einfluss der Lehrperson gar nicht ausgemacht werden − wobei es nicht um die Anzahl organisierter Lager etc. geht, sondern um den Einfluss auf die Entwicklung des Schülers auf seinem Weg zu einem selbstbestimmten, kritischen Erwachsenen. Es bräuchte also mehr Tests und Bürokratie. Auffallend ist, dass die Motionäre und die Ratsmitglieder,

welche sie nun unterstützen, sich sonst gerne damit brüsten, sich gegen Bürokratie und für eine bessere Schulqualität einzusetzen, hier nun aber gerade mehr Bürokratie möchten.
Auch der Votant ist der Ansicht, dass bessere Leistung besser bezahlt werden sollte. Und er kann von sich behaupten, dass er vielleicht besser ist als die eine oder andere Lehrperson; er ist wahrscheinlich aber auch schlechter als die eine oder andere Lehrperson. Das in Zahlen und Fakten genau zu fassen, ist aber sehr schwierig. Blickt man über die Kantonsgrenzen hinaus, sieht man, dass andere Kantone bezüglich Leistungslöhnen bereits einen Schuh voll herausgezogen haben. Jene Systeme, die in der Schweiz zur Anwendung kamen, sind wieder verschwunden oder bringen lediglich einen kleinen oder gar keinen Mehrwert − und schon gar keine Einsparmöglichkeiten. Auch der Kanton Zug musste vor sechzehn Jahren die gleiche Erfahrung machen, wie dies der Bildungsdirektor Ende Oktober 2016 im Rat ausführte. Vielleicht kann er dies heute nochmals tun: Nicht nur Lehrer wissen, dass Repetieren wichtig ist, um Faktenwissen zu festigen.
Der Votant bittet den Rat, die Folgen dieses Vorstosses zu bedenken und ihn entschieden abzulehnen. Es geht um Bildungsqualität, und die Lehrpersonen − es sei wiederholt − haben einen entscheidenden Einfluss auf den Lernerfolg ihrer Schüler und Schülerinnen.

**Daniel Marti** unterstützt als Mitmotionär das Anliegen dieses Vorstosses, und er ist überzeugt, dass ein leistungsabhängiger Einstufungs- und Beförderungsmechanismus, wie er beim übrigen Staatspersonal bereits besteht, auch bei den Lehrpersonen möglich und sinnvoll ist. Angesichts der Tatsache aber, dass im Oktober 2016 ein ähnlich lautendes Postulat für kantonale Lehrpersonen bereits gescheitert ist, das Entlastungspaket 2 vom Volk abgelehnt wurde und weder auf kantonaler noch auf gemeindlicher Ebene ein grosses Interesse besteht, den Einstufungs- und Beförderungsmechanismus zu verbessern, glaubt die GLP nicht an den Erfolg dieser Motion.
Eine Untersuchung der OECD hat gezeigt, dass eine leistungsabhängige Besoldung der Lehrpersonen unter gewissen Randbedingungen tatsächlich einen positiven Einfluss auf die Lehrqualität und Leistung der Schüler haben kann. Daher haben Länder wie Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland eine leistungsbasierte Besoldung ihrer Lehrerschaft eingeführt. Die Forderungen der Motionäre sind also nicht einfach aus der Luft gegriffen. Zu den Randbedingungen für eine erfolgreiche Einführung eines solchen Systems gehört jedoch, dass sowohl die Regierung als auch die Lehrerschaft den Willen zeigen, den bestehenden Mechanismus des automatischen, altersbedingten Gehaltsanstiegs zu verbessern. Dieser Wille besteht im Kanton Zug ganz klar noch nicht. Daher macht es aus Sicht der GLP keinen Sinn, eine Veränderung, die von vorne herein durch den zu erwartenden passiven Widerstand der Akteure zum Scheitern verurteilt ist, zu erzwingen.

Mitmotionärin **Silvia Thalmann** erinnert daran, dass der Bildungsdirektor im letzten Oktober bei der Diskussion über das Postulat, in dem es um die Abschaffung der Beförderungsautomatismen bei den *kantonalen* Lehrpersonen ging, abwesend war; die Haltung des Regierungsrat wurde damals vom stellvertretenden Bildungsdirektor erläutert. Die Votantin war allerdings nicht sehr glücklich über die Beantwortung der Frage, die sie in dieser Debatte stellte, weshalb sie diese, ergänzt um eine zusätzliche Frage, heute nochmals stellt. Sie hat ihre Fragen dem Bildungsdirektor vorgängig bereits zugestellt und ist nun gespannt auf die Antworten. Zur Erinnerung: Sie hat damals gefragt, wie die Regelung betreffend lohnmässige Einreihung der Lehrpersonen der Mittel- und Berufsschulen sowie der Brückenangebote in der Verordnung zu verstehen sei. Es heisst dort: «Bei guter Leistung, Fähigkeit und

Eignung erfolgt der Anstieg innerhalb der Lohnklasse in einjährigen Stufen jeweils auf Beginn eines Kalenderjahres.» Die Votantin fragte damals, ob mit dieser Regelung der Automatismus aufgehoben sei.
Heute nun geht es um die gemeindlichen Lehrpersonen. Im Lehrpersonalgesetz für die gemeindlichen Schulen gibt es eine analoge Regelung: «Der Aufstieg innerhalb der Gehaltsklasse erfolgt in einjährigen Stufen. Der Stufenanstieg erfolgt jeweils auf Beginn eines Kalenderjahres.» Und auch hier: «Bei ungenügender Leistung, Fähigkeit oder Eignung kann der Stufenanstieg jederzeit hinausgeschoben oder verweigert werden.» Und weiter: «Vor dieser Massnahme ist das rechtliche Gehör zu gewähren. Die Massnahme ist zu begründen.» Der Votantin geht es nun weniger um einen Systemwechsel als vielmehr um die Frage, ob die im Gesetz festgelegte Regelung wirklich gelebt wird oder ob sie ein reiner Papiertiger ist. Wird einer Lehrperson, welche die geforderte Leistung nicht erbringt, der Lohnanstieg tatsächlich verweigert oder aufgeschoben? Und was geschieht, wenn eine Lehrperson während des Kalenderjahrs mehrheitlich abwesend ist und beispielsweise wegen eines Unfalls, wegen Mutterschaft oder aus irgendeinem anderen Grund keinen Unterricht erteilt? Wird dann auf die Beförderung verzichtet? Die Votantin möchte wissen, wie diese Fälle gehandhabt werden. Bei den kantonalen Lehrpersonen wurde auf einen Systemwechsel verzichtet, und dasselbe Zeichen sollte auch für die gemeindlichen Lehrpersonen ausgesandt werden. Die Votantin würde es aber begrüssen, wenn man in entsprechenden Fällen von der im Gesetz festgeschriebenen Möglichkeit Gebrauch machen würde.

Auch **Thomas Werner** fühlt sich etwas zurückversetzt in die Debatte vom Oktober letzten Jahres. Es hat damals zu erklären versucht, wohin in der Stadt Zürich die Einführung des Leistungslohns geführt hat. Mittlerweile gibt es dort Bestrebungen, den damaligen Entscheid rückgängig zu machen. Insofern hat sich bezüglich der Argumente in den vergangenen sechs Monaten also nichts geändert. Und der Votant versteht auch nicht, wieso die gemeindlichen Lehrpersonen anders als die kantonalen behandelt werden sollten.
Peter Letter hat mit Einsparungen argumentiert. Der Votant hält dem entgegen, dass man mit diesem Systemwechsel garantiert keinen einzigen Rappen spart. Im Gegenteil: Man läuft Gefahr, mehr Geld als vorher auszugeben. Die Schulleiter fragen nicht ohne Grund, wie und vor allem wann und mit welchem Zeitaufwand sie ihre Lehrpersonen denn beurteilen sollen. Man läuft mit dieser Motion Gefahr, dass die Schulleiter noch mehr Stellenprozente fordern und somit noch mehr Geld ausgegeben wird. Grundsätzlich unterstützt der Votant die Aussage, was in der Privatwirtschaft möglich sei, müsse auch beim Staat möglich sein. Allerdings sind die Voraussetzungen völlig unterschiedlich. In der Privatwirtschaft kann man als Vorgesetzter einen Mitarbeiter beurteilen und ihm, wenn er die Erwartungen nicht erfüllt hat, eine Lohnerhöhung verweigern − Ende Feuer. In einem Staatsbetrieb aber müssen solche Entscheide begründet werden, es kann Einsprache erhoben werden, und es resultieren daraus intensive und zum Teil mühsame Gespräche, die überdies das Klima vergiften. Nur schon die Arbeitsstunden, die für diese Gespräche aufgewendet werden müssen, und die Fachleute, die allenfalls beigezogen werden müssen, kosten Unsummen − und es baut den Verwaltungsapparat weiter aus. Die Kosten würden also garantiert steigen. Der Votant bittet deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Rita Hofer** hält fest, dass es für Lehrpersonen sehr schwierig ist, eine solche Debatte über sich ergehen zu lassen. Peter Letters Aussage, es werde einfach Zeit

ausgesessen und quasi darauf gewartet, dass der Lohn ansteige, darf nicht unwidersprochen bleiben: Lehrpersonen leisten tagtäglich intensive und gute Arbeit.
Das Konzept «Gute Schulen. Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» zielt genau darauf ab, die Qualität der Schule zu beurteilen, allerdings nicht verknüpft mit einem Leistungslohn. Man hat nämlich gemerkt, dass das nicht möglich ist. Schule nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten zu wollen, ist ein grundsätzlich falscher Ansatz. Das neue Qualitätsmanagement hat an den Schulen u. a. zur Bildung von Unterrichtsteams geführt, was beispielsweise auch bedeutet, dass junge Lehrer von den erfahreneren Kolleginnen und Kollegen mit Unterrichtsmaterialien und Unterlagen unterstützt werden und so einen guten Einstieg in ihre Arbeit erhalten. Die Einführung eines Leistungslohns würde dazu führen, dass keine persönlich erarbeiteten Unterrichtsmaterialien mehr ausgetauscht würden, weil jede Lehrperson nur noch ihre Beurteilung im Auge hätte. Es besteht also die grosse Gefahr, dass die gute Zusammenarbeit, die heute in den Schulen gepflegt wird, aufgegeben würde. Das darf nicht geschehen, zumal diese Unterrichtsteams auch für Lehrpersonen, die bezüglich Leistung vielleicht etwas schwächer sind, sehr motivieren sind. Man macht damit nur gute Erfahrungen: Der *flow* in diesen Teams reisst mit. Und die Votantin unterstützt die Argumentation von Thomas Werner: Ein Systemwechsel würde mit Garantie zu Mehrkosten führen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält einleitend fest, dass die vorliegende Motion der zweite Vorstoss eines Doppelpakets ist, das in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm eingereicht wurde. Die Regierung hat entschieden, die zwei Vorstösse nicht als Paket in den Kantonsrat zurückzubringen, insbesondere weil zur Motion eine Vernehmlassung bei den Gemeinden durchgeführt werden musste; die Meinung der Gemeinden war der Regierung wichtig. Und deren Haltung ist im Bericht im Kapitel 4 wiedergegeben: Sie sprechen sich unisono gegen die Erheblicherklärung aus, weil Aufwand und Ertrag in einem sehr schlechten Verhältnis stehen würden.
Silvia Thalmann hat ihre Fragen dem Bildungsdirektor vorab zugestellt, was diesem die Gelegenheit gab, telefonisch bei den Rektoren nachzufragen. Das Grundproblem ist, dass der Kanton seit 2008, als man auf die Normpauschale umstellte, keine Daten zu den Arbeitsverhältnissen der gemeindlichen Lehrpersonen mehr hat. Das ist grundsätzlich in Ordnung − der Kanton ist ja nicht Anstellungsbehörde −, macht aber Aussagen über alle Gemeinden hinweg schwierig. Zugute gekommen ist dem Bildungsdirektor, dass der Bildungsrat im letzten Jahr von den Gemeinden im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Gemeinderäte an den Bildungsrat Zahlen zur Arbeitsmarktsituation an den gemeindlichen Schulen erhoben hat. Es ging um Stichworte wie Herausforderungen bei der Besetzung von Spezialfunktionen, Geschlechterverhältnis, anstehende Pensionierungswelle und auch um Fluktuation. Der Bildungsdirektor kommt hier nur auf die Fluktuation zu sprechen. Beobachtungszeitraum war das Schuljahr 2015/16, bei den Zahlen geht es immer um nicht-«pensengewichtete» Köpfe, kumuliert über alle Gemeinden. Insgesamt arbeiteten an den gemeindlichen Schulen 1524 Lehrpersonen. Davon haben 116 ihre Schule verlassen: 25 wurden pensioniert, 91 beendeten das Arbeitsverhältnis aus anderen, nicht genauer nachgefragten Motiven. In Klammern bemerkt: Das Amt für gemeindliche Schulen plant, dem Bildungsrat zu beantragen, bei der nächsten Berichterstattung auch diese Motive zu erfragen.
Der Bildungsdirektor hat gestern nun mit einigen Rektoren telefoniert, um Erfahrungswerte einzuholen. Die abgefragten Gemeinden umfassen ein gutes Drittel der Anstellungsverhältnisse, etwas mehr als 500 Lehrpersonen. Die Rektoren sagten, dass man sich in ihren Gemeinden − kumuliert − jedes Jahr von 5 bis 6 Lehrperso-

nen aus Qualitätsgründen trenne. Linear hochgerechnet auf den ganzen Kanton ergibt das 10 bis 15 Lehrpersonen, von den sich die Schulen in den Zuger Gemeinden wegen ungenügender Qualität trennen. Das entspricht einem knappen Prozent. Noch einmal: Das ist eine simple Hochrechnung, basierend auf einigen Telefonaten, und es ist geplant, diese Zahl künftig genauer zu erheben. Die Rektoren sagen, dass solchen Trennungen immer ein Prozess vorausgeht: das Problem ansprechen, die betroffene Lehrperson eng begleiten und unterstützen und − wenn keine Verbesserung eintritt − sich von ihr trennen. Wohlgemerkt: Das ist fokussiert auf identifizierte Fälle zu sehen, nicht in der Fläche. Vielfach passiert das im Übergang vom befristeten ins unbefristete Anstellungsverhältnis, die befragten Rektoren bestätigten aber, dass regelmässig auch unbefristete Arbeitsverhältnisse aufgelöst würden. Es sind also nicht nur Junglehrpersonen im Übergang vom befristeten ins unbefristete Anstellungsverhältnis davon betroffen, sondern durchaus auch langjährige Lehrpersonen, die nicht genügen. Ein Rektor hat es wie folgt auf den Punkt gebracht: Einer ungenügenden Lehrperson bloss weniger Lohn zu geben, bringt nichts. Man muss sich von ihr trennen.

Zu den aufgehobenen oder aufgeschobenen Beförderungen konnte der Bildungsdirektor keine Zahlen generieren. Er wird dieser Frage aber nachgehen und der Bildungskommission eine Rückmeldung machen. Zum Aspekt «Sich trennen statt weniger Lohn geben» ist als Nebenbemerkung anzufügen, dass in einem gemeinsamen Prozess des Bildungsrats mit einem Ausschuss der Schulpräsidenten, der im Moment läuft, um strategische Handlungsfelder zu identifizieren, auch eingebracht wurde, man solle bei Gelegenheit auch die Kündigungsfristen prüfen.

Zum Hauptargument von Peter Letter − eine marktgerechte Entlöhnung, gemeint ist der Leistungslohn − verweist der Bildungsdirektor nochmals auf die schlechten Erfahrungen in anderen Kantonen. Insgesamt scheint sich das heutige Modell zu bewähren: Es ist in der Schule eben doch etwas anders als in der Privatwirtschaft. Bezüglich Karl Nussbaumers Einwand, es sei nicht plausibel, dass ein Systemwechsel zu personellem Mehraufwand führe, ist auf die Führungsspanne eines Schulleiters zu verweisen. Diese ist zu gross, als dass ein Schulleiter mit allen Mitarbeitenden Leistungslöhne qualifizieren könnte. Man muss in der Qualitätsarbeit wirklich fokussieren, und das ist mit den bestehenden Ressourcen nicht zu stemmen.

Es wurde auch gefragt, ob hier nicht ein eigentliches Schul-*Bashing* betrieben werde, und welches denn die wirklichen Motive hinter all diesen Vorstössen seien. Der Bildungsdirektor glaubt nicht, dass die Politik ein Problem mit der Schule hat. Auch der Zuger Kantonsrat war mit der Schule schon sehr grosszügig, zu erinnern ist etwa an die vor wenigen Jahren beschlossene Entlastungslektion. Natürlich gibt es auch Debatten, aber diese gilt es auszuhalten, und man muss Verständnis dafür haben, dass die Schule im Kantonsrat und auch in den Gemeinden ein Thema ist; immerhin bilden die Schulen in jeder Gemeinde das grösste aller Dikasterien. Der Bildungsdirektor hat aber nicht den Eindruck, dass das Parlament ein Schul- oder Lehrer-*Bashing* betreibt, und es ist hier wohl *common sense,* dass gute Lehrer der entscheidende Faktor für gute Schulen sind. Oder in adaptierter Form gesagt: Der Bildungsdirektor lehnt die Erheblicherklärung der vorliegenden Motion zwar ab, findet es aber wichtig, dass dieses Thema zur Diskussion gestellt wird. Und das müssen auch die Lehrpersonen in diesem Parlament aushalten.

Den Hinweis von Zari Dzaferi auf eine angebliche Aussage des Bildungsdirektors zur PwC-Studie vor einem halben Jahr muss dieser dahingehend korrigieren, dass die betreffende Aussage vom Finanzdirektor stammt, der den damals den abwesenden Bildungsdirektor vertrat. Im Protokoll der Sitzung vom 27. Oktober 2016 steht: «Der Finanzdirektor war damals, als PwC mit der von Zari Dzaferi erwähnten

Studie beauftragt wurde, auch ein Befürworter sogenannt moderner Beurteilungsmethoden. Er musste dann aber einsehen, dass diese nicht überall funktionieren. Der PwC-Bericht war im Fazit vernichtend.»
Zusammenfassend bittet der Bildungsdirektor, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Mit einem Systemwechsel wird es nicht besser, aber mit Sicherheit teurer. Das zeigen die Erfahrungen in anderen Kantonen.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat erklärt die Motion mit 41 zu 23 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**763** Traktandum 3.1: **Postulat von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Hans Baumgartner, Rainer Suter, Walter Birrer, Esther Haas, Claus Soltermann, Beat Sieber, Thomas Gander, Thomas Meierhans, Monika Weber, Andreas Hürlimann, Anastas Odermatt, Philip C. Brunner betreffend Neubau und Inbetriebnahme einer der ältesten Zugsverbindungen der Schweiz, Cham−Steinhausen (Altstetten–Steinhausen–Cham)**
Vorlage: 2728.1 - 15410 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**764** Traktandum 3.2: **Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden**
Vorlage: 2734.1 - 15418 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**765** Traktandum 3.3: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Portfolio der Steuerpflichtigen und mögliche Klumpenrisiken bei den Steuereinnahmen im Kanton Zug**
Vorlage: 2732.1 - 15415 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**766** Traktandum 3.4: **Interpellation von Kurt Balmer betreffend Unterhalt der SBB Anlagen im Kanton Zug**
Vorlage: 2735.1 - 15419 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**767** **Traktandum 3.5: Interpellation von Philip C. Brunner betreffend gemeindliche Steuerdaten für das Jahr 2016**
Vorlage: 2738.1 - 15431 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 768 Nächste Sitzung

Donnerstag, 1. Juni 2017 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass in der nächsten Sitzung eine Delegation des Grossrats (Kantonsparlaments) von Appenzell Innerrhoden zu Besuch sein wird.

**Beilage (nur elektronisch):**
Report der Abstimmungsergebnisse: https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

54. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 1. Juni 2017 (Vormittag)
Zeit: 8.30–11.50 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. Mai 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion der SVP-Fraktion betreffend transparente Zahlen zu den ausgesprochenen Landesverweisungen und vollzogenen Ausschaffungen im Kanton Zug
3.2. Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Schulpsychologischen Dienstes
3.3. Interpellation von Barbara Gysel, Karen Umbach und Hans Baumgartner betreffend Wiedergutmachung für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen: Was unternimmt der Kanton Zug?
3.4. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Park + Ride
3.5. Interpellation von Philip C. Brunner und Daniel Stadlin betreffend Kantons- und Gemeindefinanzen im Zusammenhang mit dem «Sparpaket 2018» und dem Prozess «Finanzen 2019» sowie der vom Regierungsrat erwogenen Steuererhöhung

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Geschäftsbericht 2016
4.2. Zwischenbericht zu den per Ende März 2017 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
4.3. Rechenschaftsbericht 2016 des Obergerichts
4.4. Rechenschaftsberichte 2015/2016 des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission
4.5. Bericht 2016 der Ombudsstelle Kanton Zug
4.6. Tätigkeitsbericht 2016 der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug

5. Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)
6. Teilrevision des Steuergesetzes – Grundstückgewinnsteuer: rechtsverbindliche Vorprüfung und Rechtsmittellegitimation
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 2 Siedlungsbegrenzungslinie; L 5.1 Kantonale Naturschutzgebiete; L 7 BLN-Gebiet; E 10 Störfallvorsorge; E 11 Abbau Steine und Erden)
8. Geschäft, das am 4. Mai 2017 nicht behandelt werden konnte:

8.1. Motion der SVP-Fraktion betreffend Änderung des Schulgesetzes; Genehmigung des Lehrplans durch das Parlament als Repräsentantin der Stimmbürger

9. Geschäfte der Direktion des Innern und der Sicherheitsdirektion, die am 4. Mai 2017 nicht behandelt werden konnten:

9.1. Postulat von Peter Letter, Laura Dittli, Iris Hess-Brauer, Gabriela Ingold, Patrick Iten und Thomas Werner betreffend die Anwendung der Kriterien gemäss regierungsrätlichem Paradigmenwechsel in der Revision des Inventars schützenswerter Denkmäler in den restlichen Gemeinden

9.2. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von «genderfit» mit der weltanschaulichen und religiösen Neutralität des Staates und weiteren Aspekten (z. B. staatliche Finanzierung) von «genderfit»

9.3. Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend POLYCOM-Projektstand im Kanton Zug

10. Motion Daniel Stadlin betreffend Überprüfung der Zuger Gesetzessammlung auf Sparpotenzial

11. Zwei Geschäfte zum NFA:

11.1. Postulat von Daniel Thomas Burch, Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Stadlin betreffend NFA-Umverteilung nimmt immer groteskere Formen an

11.2. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend die bisherigen Erfolge für mehr Fairness beim NFA

12. Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Kanton Zug als TiSA-freie Zone

13. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Ablehnung der Unternehmenssteuerreform (USR III) und die Konsequenzen für den Kanton Zug

14. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend «Fringe Benefits» versus Eigenverantwortung − kostspielige Betreuung des Staatspersonals vor der Pensionierung und darüber hinaus?

15. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend jährlich stattfindende unwürdige und wenig erfolgreiche Bettelei der Fachstelle Migration bei allen Zuger Unternehmen

## 769 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung (Vormittag) sind 74 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Richard Rüegg, Zug; Laura Dittli, Oberägeri; Iris Hess-Brauer, Unterägeri; Adrian Andermatt und Beni Riedi, beide Baar; Silvan Renggli, Cham.

## 770 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass eine Ganztagessitzung stattfindet. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Hafenrestaurant ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard ist für die Vormittagssitzung entschuldigt. Sie nimmt an der Frühjahrstagung der Konferenz Wald, Waldtiere und Landschaft in Bern teil.

Sicherheitsdirektor Beat Villiger ist ebenfalls für die Vormittagssitzung entschuldigt; er hält ein Referat zum Thema «Herausforderungen für die Polizei» am diesjährigen Behördentag der SSZ Camouflage Technology AG im Armeeausbildungszentrum in Luzern.

Am Vormittag sind zwei Schulklassen der Kaufmännischen Grundbildung aus Luzern mit ihren Leiterinnen des Überbetrieblichen Kurses, Evelyne Broch und Brigitte Limacher, zu Besuch. Der Vorsitzende heisst sie herzlich willkommen.

Ab Mittag wird eine Delegation des Büros des Grossen Rats des Kantons Appenzell Innerrhoden im Rat zu Gast sein.

TRAKTANDUM 1

**771 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**772 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. Mai 2017**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 4. Mai 2017 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**773 Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt später in der Sitzung (siehe Ziff. 783–787).

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen:**

**774** Traktandum 4.1: **Geschäftsbericht 2016**
Vorlage: 2744.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

**775** Traktandum 4.2: **Zwischenbericht zu den per Ende März 2017 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**
Vorlage: 2746.1/1a - 15443 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

**776** Traktandum 4.3: **Rechenschaftsbericht 2016 des Obergerichts**
Vorlage: 2739.1 - 00000 (Bericht des Obergerichts).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**777** Traktandum 4.4: **Rechenschaftsberichte 2015/2016 des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission**
Vorlage: 2749.1 - 00000 (Bericht des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**778** Traktandum 4.5: **Bericht 2016 der Ombudsstelle Kanton Zug**
Vorlage: 2740.1 - 00000 (Bericht der Ombudsstelle).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**779** Traktandum 4.6: **Tätigkeitsbericht 2016 der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug**
Vorlage: 2747.1 - 00000 (Bericht der Datenschutzbeauftragten).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

TRAKTANDUM 5

**780** **Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)**
Vorlagen: 2687.1 - 15317 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2687.2 - 15318 (Antrag des Regierungsrats); 2687.3/3a - 15429 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2687.4/4a - 15430 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Hans Christen,** Präsident der vorberatenden Kommission, hält fest, dass der Regierungsrat am 22. November 2016 die Vorlage dem Kantonsrat zugestellt hat. Mit der Vorlage soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, um bestimmte Katego-

rien von Mitarbeitenden vor und während ihrer Anstellung beim Kanton einer Eignungsprüfung sicherheitstechnischer, medizinischer oder anderer Art zu unterziehen. Ferner verpflichtet das Gesetz bestimmte Mitarbeitende, den vorgesetzten Stellen umgehend zu melden, wenn sie sich als beschuldigte Person in einem Strafverfahren befinden. Der Kanton hat zurzeit keine Rechtsgrundlage im kantonalen Personalrecht, das ermöglicht, Mitarbeitende einer sicherheitstechnischen Eignungsprüfung zu unterziehen, um abzuklären, ob sie wegen ihres Vorlebens ein Sicherheitsrisiko für den Kanton als Arbeitgeber und/oder Dritte darstellen. Die Personalverordnung gestattet in § 7 lediglich, eine Anstellung vom Ergebnis einer ärztlichen Untersuchung oder von einem Eignungstest abhängig zu machen. Trotzdem verlangen in der Praxis einige Ämter der kantonalen Verwaltung vor der Anstellung neuer Mitarbeitender von den Bewerbenden einen Strafregister- und/oder Betreibungsregisterauszug oder andere Nachweise. In diese Richtung zielt auch das Postulat von Thomas Werner vom 16. Januar 2014 (Vorlage 2346.1). Die weiteren Details können den Berichten und Anträgen entnommen werden.

Dreizehn Mitglieder der vorberatenden Kommission trafen sich am 1. März 2017 zu einer Sitzung, die knapp zwei Stunden dauerte. Das Eintreten auf die Vorlage war unbestritten, und nach einigen Diskussionen beschloss die Kommission einstimmig, ohne Enthaltung auf die Vorlage einzutreten. In der Detailberatung wurden einige Anträge gestellt. Ein Mitglied z. B. wollte den ganzen § 2 «Eignungsprüfungen» streichen. Dieser Antrag wurde sehr lange und kontrovers diskutiert. Die Kommission lehnte ihn schliesslich mit 11:1 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Ebenfalls ausführlich wurde der Antrag auf Streichung von § 52 Abs. 1 diskutiert. Der Antragsteller vertrat die Meinung, dass man die jährliche Familienzulage von 2200 Franken für verheiratete oder in eingetragener Partnerschaft lebende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Anspruch auf eine Kinderzulage hätten, aufheben soll. Er begründete seine Ansicht ausführlich. Der Finanzdirektor stellte sich vehement gegen eine Aufhebung dieser Familienzulage. § 52 Abs. 1 erscheine eigentlich nur deshalb in der Vorlage, weil man ihn einer redaktionellen Änderung hätte unterziehen wollen. Da der Regierungsrat an der Familienzulage festhalten wird, ist davon auszugehen, dass der Finanzdirektor die Sicht der Regierung noch genauer begründen wird.

Der Antrag hat beim Staatspersonalverband, beim Verband Zuger Polizei und beim Lehrerinnen- und Lehrerverein Kanton Zug grosse Überraschung ausgelöst. Dies konnte man dem gemeinsamen Schreiben vom 24. Mai 2017 entnehmen, das an alle Ratsmitglieder gerichtet ist. Die persönliche Meinung des Kommissionspräsidenten, die jedoch nicht mit der Kommission abgesprochen ist, ist, dass die Personalverbände ein Recht haben, vor einer solchen Entscheidung angehört zu werden. So ist im unter dem Titel «Gewährleistung» im Personalgesetz § 66 Ziff. 2 festgehalten: «Sie haben Anspruch auf Information. Die Wahrnehmung ihrer Interessen erfolgt durch Eingaben, Anregungen, Anträge und Vernehmlassungen der Personalvertretungen sowie durch Verhandlungen zwischen Delegationen des Personals und des Kantons.»

Nach Erhalt des genannten Schreibens hat der Kommissionspräsident dem Finanzdirektor vorgeschlagen, die Anhörung der Personalverbände zwischen der ersten und zweiten Lesung nachzuholen, um der gesetzlichen Vorgabe Genüge zu tun. Der Finanzdirektor hielt dies für eine gute Idee und einen gangbaren Weg. Der Kommissionspräsident hat den Vorschlag ebenfalls der FDP-Fraktion, für die er auch spricht, unterbreitet. Der Vorschlag wurde auch in diesem Gremium positiv aufgenommen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Personalverbände eine Beschwerde gegen einen entsprechenden Beschluss einreichen könnten, wenn eine

solche Anhörung nicht stattfindet. Es ist anzunehmen, dass der Finanzdirektor den Vorschlag als Antrag dem Kantonsrat unterbreiten wird.
Anlässlich der Kommissionssitzung argumentierte der Finanzdirektor, dass es wohl sinnvoller wäre, wenn zu § 52 Abs. 1 eine Motion eingereicht würde, damit ein klarer Prozess eingehalten wird und sich die Personalverbände auch zur Frage äussern könnten. Die Kommission trat auf diesen Vorschlag jedoch nicht ein. Die anderen vorgeschlagenen Änderungen der Kommission können der beigelegten Synopse entnommen werden. Die Kommission ersucht den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihren Anträgen zuzustimmen. Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage ebenfalls eintreten und den Anträgen grossmehrheitlich zustimmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko die Vorlage an der Sitzung vom 10. Mai 2017 beraten hat. Eintreten war unbestritten. In der Detailberatung ist die Stawiko in allen Punkten der vorberatenden Kommission gefolgt. Aufgrund der finanziellen Auswirkungen hätte die ursprüngliche Vorlage eigentlich nicht durch die Stawiko beraten werden müssen. Im Bericht und Antrag der Regierung sind lediglich die Gebühren für die Beschaffung der Auszüge enthalten. Die Personalkosten dazu, das heisst der Arbeitsaufwand, sind nicht ausgewiesen. Der Finanzdirektor versicherte der Stawiko, dass es wohl einen Initialaufwand geben werde, der jedoch im Rahmen liege, und keine neuen Personalressourcen benötigt würden. Die Stawiko weist nochmals darauf hin, dass in zukünftigen Vorlagen auch die indirekten Kosten ausgewiesen werden müssen. Der Antrag auf Streichung von § 52, also der Familienzulagen, durch die vorberatende Kommission hat der Vorlage dann aber doch noch eine finanzielle Brisanz gegeben.
Mit der Umsetzung der Motion Werner und der damit sicherheitstechnischen Eignungsprüfung ist die Stawiko zufrieden. Das Sicherheitsrisiko für den Kanton als Arbeitgeber kann somit reduziert werden. Zu einzelnen Detailfragen hat die Stawiko in ihrem Bericht und Antrag Präzisierungen vorgenommen. Dazu zählt zum Beispiel die Klarstellung in § 2 Abs. 4, dass nicht vor jeder Kündigung ein Eignungstest zu erfolgen hat. Die Aufhebung der Gesetzesbestimmungen zu den Abgangsentschädigungen ist zu begrüssen – die Stawiko hat diese letztes Jahr in ihrem Bericht und Antrag zum Rechtsstellungsgesetz gefordert.
Zu den Familienzulagen: Die Stawiko-Mitglieder waren überrascht über den doch klaren Entscheid der Kommission. Steilpass oder Buebetrickli? Mit dieser Frage hat sich die Stawiko intensiv beschäftigt. Die Mehrheit der Stawiko hat den Streichungsantrag als Steilpass angesehen. Festzuhalten ist: Der Kanton schreibt nach wie vor Defizite in dreistelliger Millionenhöhe. Das EP 2 wurde an der Urne abgelehnt. Der Kanton muss sich daher weiter im Sparmodus bewegen. Das von der Regierung geplante Projekt «Finanzen 2019» mit doch erheblichen Gebühren- und Steuererhöhungen ist keinesfalls in trockenen Tüchern und wird auch nicht das Allerweltsheilmittel sein. Ein Szenario, wie es Luzern mit dem Referendum zur Steuererhöhung gerade erlebt hat, ist auch in Zug denkbar. Es müssen Abstriche gemacht werden. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind nach wie vor sehr gut bezahlt und zählen gemäss Studien zu den Topverdienern unter den Staatsangestellten. Das Sparprogramm hat die Saläre bislang bis auf winzige Einschnitte nicht tangiert. Aus diesen Gründen ist die Stawiko der vorberatenden Kommission gefolgt. Werden heute keine Einsparungen gemacht, so müssen sie dann mit «Finanzen 2019» erfolgen.

**Beat Sieber** spricht für die SVP-Fraktion. Diese bekennt sich einstimmig dazu, auf die Vorlage einzutreten. Die Fraktion hat es sich in der Beratung des Geschäfts

nicht leicht gemacht, ganz besonders auch deshalb, weil die Gegner der Änderungen daraus ein Geschäft des grossen Sozialabbaus machen möchten – Stichwort Familienzulage. Dem ist nicht so. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und folgt den Anträgen der vorberatenden Kommission, die auch von der Stawiko und der FDP-Fraktion unterstützt werden.

**Esther Haas** teilt mit, dass die ALG das Bestreben der Regierung unterstützt, im Personalgesetz eine Rechtsgrundlage zu schaffen, damit Mitarbeitende einer sicherheitstechnischen Eignungsprüfung unterzogen werden können. Dabei macht es Sinn, dass Eignungstests nicht nur zu Beginn, sondern auch während des Anstellungsverhältnisses durchgeführt werden können. Schulen beziehungsweise deren Lehrpersonen bewegen sich in einem sensiblen Bereich. Deshalb ist es nur konsequent, wenn alle Lehrpersonen, die mit Kindern und Jugendlichen im Schutzalter zu tun haben, einen Sonderprivatauszug vorweisen müssen. Dabei soll kein Unterschied gemacht werden zwischen den einzelnen Schultypen; auch die Berufsschullehrpersonen müssen dieser Forderung unterstellt werden, wenn sie mit Unter-16-Jährigen zu tun haben. Die ALG folgt der Kommission, weil die Ausdehnung auf alle kantonalen Schulen Klarheit und eine gewisse Sicherheit bringt. Doch die absolute Sicherheit gibt es nicht; es wird immer wieder Ereignisse geben, die auch ein noch so umfassendes Gesetz nicht verhindern können wird.
Bei § 2 des Personalgesetzes und § 19 des Gesetzes über die kantonalen Schulen wird die ALG im Sinne der Kommission stimmen. Dass § 52 des Personalgesetzes aufgrund der Auflösung des kantonalen Gesetzes über die Kinderzulagen durch das Bundesgesetz über die Familienzulagen im Wortlaut angepasst werden musste, schien in der Kommission eine reine Formsache – wenn da nicht ein Kommissionsmitglied den Antrag gestellt hätte, § 52 und damit die Familienzulagen von 2200 Franken bei einen 100-Prozent-Pensum zu streichen. In keiner Vernehmlassung war diese Streichung ein Thema. Grund für die Gesetzesänderung war ja die sicherheitstechnische Eignungsprüfung. Darauf hat sich die Votantin als Kommissionsmitglied vorbereitet und nicht auf die Frage, ob die Familienzulage weiterhin ausbezahlt werden soll. Anderen Kommissionsmitgliedern ist es wohl auch so ergangen. Zudem hatten die Personalverbände und alle anderen Vernehmlassungsteilnehmer keine Gelegenheit, angehört zu werden. Für die Personalverbände ist das Mitspracherecht gemäss § 66 Personalgesetz explizit vorgesehen, wie dies der Kommissionspräsident erläutert hat. Bei § 52 konnte das Mitspracherecht von niemandem wahrgenommen werden, weil die Familienzulagen inhaltlich gar kein Thema waren. Wenn jetzt vorgeschlagen wird, den Personalverbänden zwischen erster und zweiter Lesung das Recht auf Anhörung zu gewähren, ist das eine schlechte Lösung. Erstens müssten dann korrekterweise alle Vernehmlassungsteilnehmer angehört werden, und zweitens handelt es sich dabei um einen unseriösen Schnellschuss.
Eine Streichung der Familienzulage ist ein Affront gegenüber den kantonalen Angestellten. Bereits heute haben Familien ein erhöhtes Armutsrisiko. Die Streichung hat unmittelbare Folgen für normalverdienende Personen inklusive ihrer Kinder. Gerade im Kanton Zug mit seinen hohen Lebenskosten ist diese Familienzulage nicht nur eine Wertschätzung gegenüber dem eigenen Personal, sondern sie ist für einige dringend notwendig. Zug gehört zu jenen Kantonen mit den höchsten Lebenskosten schweizweit. Dies ist leicht erkennbar, wenn man das jeweilige frei verfügbare Einkommen unter den Kantonen vergleicht. Zug liegt knapp im schweizerischen Durchschnitt. Die Kommission und die sie bei § 52 unterstützende Stawiko beweisen wenig Fingerspitzengefühl, wenn sie den Sparhebel bei den Familien ansetzen wollen. Waren es nicht solche Sparabsichten, die das Sparpaket

am 27. November 2016 scheitern liessen? Der Rat es heute in der Hand, Gegensteuer zu geben und die Familienzulage beizubehalten. Der Kanton Zug bietet mit dieser Zulage keine besondere und einzigartige Luxuslösung an; fünfzehn andere Kantone verfügen über ein ähnliches Modell. Laut Auskunft der Finanzdirektion liegt Zug auch hier im Mittelfeld. Die heutige Beratung ist verfrüht, da die Meinung des Personals gesetzeswidrig nicht berücksichtigt wurde. Aus diesem Grund stellt die ALG einen **Rückweisungsantrag.** Damit besteht die Chance, den gemachten Betriebsunfall rückgängig zu machen und ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. So oder so ist die ALG gegen die Streichung von § 52. Sollte die Mehrheit des Parlaments tatsächlich den Rotstift bei den Familien und Kindern ansetzen, wird das Volk in dieser Sache das letzte Wort haben.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich der Rat in der Eintretensdebatte und noch nicht in der Detailberatung befindet. Er bittet alle Ratsmitglieder, zum Eintreten zu sprechen und Anträge bei der anschliessenden Detailberatung zu stellen.

**Alois Gössi,** Sprecher der SP-Fraktion, legt seine Interessenbindung offen: Er ist Präsident des Verbandes der Zuger Polizei, und die Polizistinnen und Polizisten sind von diesen Änderungen sehr betroffen. Es ist eine schöne Idee des Kommissionspräsidenten, dass eine Klage eingereicht werden könnte. Innerhalb der Verbände wurde das bisher gar noch nicht diskutiert.
Die SP-Fraktion stimmt prinzipiell den geplanten Änderungen des Personalgesetzes zu. Es ist zu begrüssen, dass bei der Neuanstellung oder Weiterbeschäftigung von Mitarbeitern in gewissen Bereichen – sei es bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft, den Gerichten, bei Amtsleitern, Generalsekretären und weiteren – neu eine registerbasierte, eine medizinische oder andere Eignungsprüfung gemacht werden kann. Wichtig ist jedoch, dass diese Prüfungen, sei es bei einer Anstellung oder bei einer Weiterbeschäftigung, massvoll ausgeführt werden.
Nicht nur gemeindliche, sondern auch kantonale Lehrpersonen (Kanti Zug, KSM, GIBZ, kaufmännische Berufsschule usw.), die Schülerinnen und Schüler unter 16 Jahren unterrichten, sollen einen aktuellen Sonderprivatauszug vorlegen, und zwar bei einer Anstellung oder während einer Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2024 für bestehende Arbeitsverhältnisse. Damit soll verhindert werden, dass es zu einer Anstellung kommt resp. diese aufgelöst werden kann, wenn gegen eine Lehrperson ein Verbot einer beruflichen oder organisierten ausserberuflichen Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt mit Minderjährigen umfasst, besteht oder wenn in ihrem Privatauszug ein Eintrag eines Sexualdeliktes wegen Kindern oder wegen Kinderpornografie besteht. Diese Änderungen wie auch die Ausdehnung auf weitere kantonale Schulen, die die vorberatende Kommission vorschlug, sind zu begrüssen. Die SP-Fraktion ist für ein Eintreten auf die Vorlage, lehnt aber die Streichung der Familienzulage ab. Dazu wird sie sich später äussern.

**Roger Wiederkehr,** Sprecher der CVP-Fraktion, dankt der Regierung und der vorberatenden Kommission für die geleistete Arbeit. Für die CVP-Fraktion ist Eintreten auf das Geschäft unbestritten. Zurückgeführt auf die Motion Werner, entspricht die Eignungsprüfung bei einer Anstellung wie auch bei der Weiterbeschäftigung für entsprechende Anstellungsverhältnisse einem praktischen Bedürfnis. Damit wird die Rechtsgrundlage mit der vorliegenden Gesetzesänderung geschaffen und dem Sicherheitsaspekt in der heutigen Zeit Rechnung getragen. Die vorberatende Kommission beabsichtigt die Erweiterung der registerbasierten Eignungsprüfung auf alle Lehrpersonen der kantonalen Schulen, die Schülerinnen und Schüler unter 16 Jahren unterrichten, also nicht nur der Kantonsschule und der Wirtschafts- und

Fachmittelschule, sondern auch anderer Bildungszentren wie beispielsweise des landwirtschaftlichen Bildungszentrums. Dafür ist die Streichung von § 15 und die Einfügung von § 2$^{ter}$ notwendig. Dies ist konsequent, und die CVP-Fraktion ist mit der Erweiterung der vorberatenden Kommission einverstanden. Fast einstimmig nicht einverstanden ist die Fraktion mit der Streichung von § 52. Mehr dazu folgt in der Detailberatung.

**Claus Soltermann** teilt mit, dass die GLP die von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Anpassungen als zeitgemäss erachtet. Sie entsprechen der gängigen Praxis in der Wirtschaft. Vor allem § 52 wird ein Knackpunkt sein wird, zu dem sich die GLP in der Detailberatung konkret äussern wird. Das Eintreten auf die Vorlage wird unterstützt.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass er Mitglied der vorberatenden Kommission war. Er verweist auf die Kleine Anfrage von Alois Gössi und Anastas Odermatt. Ein grosses Kompliment für die Beantwortung geht an die Finanzdirektion. Die Kritik ist berechtigt, dass im Kommissionsbericht und im Bericht der Stawiko gewisse Details fehlen. Doch mit den diversen Beilagen kann man sich einen guten Überblick verschaffen, insbesondere darüber, wie sich die Regelungen in den Gemeinden auswirken. Selbstverständlich ist jede Gemeinde frei, das kantonale Personalgesetz anzuwenden. Folgt der Rat bei § 52 dem Antrag der vorberatenden Kommission, liegt es in der Kompetenz jeder Gemeinde, dies ebenfalls anzuwenden. Der Automatismus ist zurzeit noch vorhanden, aber er muss nicht unbedingt spielen.
Die Kommission hatte einen Abklärungsauftrag, der den Kommissionsmitgliedern zugestellt wurde. Die Ratsmitglieder haben die entsprechende Beilage nicht erhalten. Darin sind insgesamt 17 Punkte aufgeführt, die das Arbeitsverhältnis der Mitarbeiter des Kantons betreffen. Im Traktandum 14 der heutigen Sitzung geht es um «Fringe Benefits», Vorlage 2722. Die Beilage dieser Vorlage entspricht derjenigen, welche die Kommissionmitglieder zu Traktandum 5 erhalten haben. Es handelt sich dabei um die Anstellungsbedingungen. Die Ratsmitglieder haben somit die Möglichkeit, sich aufgrund dieser Beilage über die Anstellungsbedingungen der kantonalen Mitarbeiter zu informieren. Entgegen den Aussagen von Esther Haas besteht bei den kantonalen Mitarbeitern kein Armutsrisiko. Mancher private Arbeitgeber kann seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht im Entferntesten das bieten, was der Kanton kann.
Die kantonalen Mitarbeitenden machen einen guten Job. Doch aufgrund des Entscheids, die 40 Millionen Franken mit dem EP 2 nicht einzusparen, werden sie wahrscheinlich noch erheblich unter Druck geraten. Nun alles aufzuschieben und erst mit dem Projekt «Finanzen 2019» umzusetzen, löst das Problem nicht. Es macht Sinn, die Frage der Familienzulage heute zu klären.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der Kommission unter der Leitung von Hans Christen für die speditive Sitzung und Arbeit. Nebst dem überraschenden Antrag zu § 52 gab es eine weitere Überraschung, und zwar bei der Fragestellung bezüglich des Schutzalters von 16 Jahren. Die Regierung hat diesbezüglich einen Vorschlag unterbreitet, der untauglich war, und diesen Fehler auch eingestanden. Es ist der Kommission und Hans Christen zu danken, dass dies auf dem Zirkularweg korrigiert werden konnte. Ein Dank gilt auch Gabriela Ingold und der Stawiko.
Es ist erfreulich, dass keine grosse Diskussion geführt werden muss über Sinn und Zweck der Vorlage. Es sind alle Gründe und Ursachen genannt worden, weshalb die Revision angegangen wurde. Zu § 52 wird sich der Finanzdirektor erst in der

Detailberatung äussern. Ausser bei § 52 wird die Regierung allen Anträgen der vorberatenden Kommission folgen.
Zum Anhörungsrecht der Personalverbände: Nach der Kommissionssitzung wurde eine Sitzung mit den Personalverbänden durchgeführt. Die Sitzung war aber nicht angesagt, weil § 52 zur Diskussion gestellt wurde, sondern es handelte sich um die übliche halbjährlich stattfindende Sitzung. Deshalb war die Anhörung bezüglich § 52 nicht traktandiert. Selbstverständlich wurden die Personalverbände über das Ansinnen der vorberatenden Kommission informiert, es handelte sich jedoch nicht um eine Anhörung. Der Vorschlag des Kommissionspräsidenten, eine Anhörung vor der Kommission im Vorfeld der zweiten Lesung nachzuholen und auf diese Weise das gesetzlich vorgeschriebene Anhörungsrecht zu gewähren, ist sinnvoll. Es ist davon auszugehen, dass auch der Finanzdirektor als Vertreter der Regierung anwesend wäre. Doch es ist zu hoffen, dass eine solche Anhörung nicht durchgeführt werden muss. Der Regierungsrat dankt dem Rat für das Eintreten auf die Vorlage.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

Der Vorsitzende hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 2$^{bis}$ Abs. 1, Einleitungssatz*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*§ 2$^{bis}$ Abs. 2 Bst. a–d*

**Kurt Balmer** hat seine Frage anlässlich der Fraktionssitzung ankündigt und hofft, dass sie bis zum Finanzdirektor durchgedrungen ist.
Eine Rüge an die Kommission: Die Darstellung der Synopse ist etwas verwirrend und nicht sehr übersichtlich. Es brauchte Zeit, um das System zu verstehen.
Zu § 2$^{bis}$ Abs. 2: Betrifft die dort erwähnte Eignungsprüfung auch Richter, Gerichtspräsidenten, Ombudspersonen und Datenschützer, insbesondere bei der Anstellung, aber auch später? In den entsprechenden Gesetzen, also im Ombuds- und im Datenschutzgesetz, ist erwähnt, dass das Personalgesetz Anwendung findet. Bei der Formulierung, dass es «sinngemäss Anwendung findet» ist man nie ganz sicher, was effektiv anwendbar ist. Im Personalgesetz sind auch Lohnangaben aufgeführt in den entsprechenden Paragrafen aufgeführt. Es ist wichtig, zu wissen, ob zukünftig in der JPK beim Bewerbungsprozedere, zum Beispiel bei der Bespre-

chung oder im Hinblick auf eine Anstellung/Wahl von Ombudspersonen, Datenschützern oder der Gerichtspräsidenten eine Eignungsprüfung vorgenommen werden muss. Aus der Vorlage geht nicht klar hervor, ob man so weit gehen will. Es geht auch darum, dass man dem Votanten und der JPK dann nicht vorwerfen kann, sie hätten diesen Punkt im Gesetz so bestimmt und die Eignungsprüfung trotzdem nicht vorgenommen. Das Gesetz ist unklar, und der Votant möchte wissen, ob für die genannten Personen eine Eignungsprüfung stattfinden muss.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass Gesundheitsdirektor Martin Pfister an der Regierungsratssitzung die Frage von Kurt Balmer erwähnt hat. Der Finanzdirektor hat dies jedoch vergessen und ist nicht vorbereitet, er hat sich jedoch noch kurz mit Landschreiber Tobias Moser abgesprochen.
Aus Sicht des Finanzdirektors fallen Richter, Gerichtspräsidenten, Ombudspersonen und Datenschutzbeauftragte nicht darunter. Beim Personalgesetz geht es um die Angestellten des Kantons. Bei den Gerichten sind die entsprechenden Artikel auch anwendbar, aber nicht bei gewählten Personen. Auch Regierungsräte sind gewählte Personen, und bei diesen findet diese Gesetzgebung ebenfalls keine Anwendung. Das geht auch hervor aus der allgemeinen Bestimmung und dem Geltungsbereich des Personalgesetzes. Der Begriff Kanton wird in diesem Gesetz als Sammelbegriff für die Staatsverwaltung, die kantonalen Anstalten mit Ausnahme des Kantonsspitals, die Gerichte, die Datenschutzstelle, die Ombudsstelle sowie die kantonalen Schulen verwendet. Spricht man von sinngemässer Anwendung, dann betrifft das nur die Angestellten bei der Ombudsfrau oder am Gericht. Das ist zu hundert Prozent klar. Somit ist diese Frage beantwortet.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*§ 2$^{bis}$ Abs. 2 Bst. e*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission einen redaktionellen Änderungsantrag stellt. Der Regierungsrat und die Stawiko schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*§ 2$^{bis}$ Abs. 3–4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*§ 2$^{ter}$*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beantragt, die Überschrift zu ändern. Der Regierungsrat und die Stawiko schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*§ 2ter Abs. 1*
*§ 2ter Abs. 2*
*§ 2ter Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission zu diesen Bestimmungen jeweils einen abweichenden Antrag stellt, den die Staatswirtschaftskommission unterstützt. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegenden Anträge.

*§ 2ter Abs. 4–5*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die Löschung von Abs. 4 und Abs. 5 beantragt. Die Staatswirtschaftskommission unterstützt die Anträge der Kommission. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegenden Anträge.

*§ 2quater Abs. 1–5*

**Kurt Balmer** spricht zu § 2quater Abs. 4 und 5. Es handelt sich dabei um die Version der Kommission, der sich der Regierungsrat und die Stawiko angeschlossen haben. Die Formulierung «Übertretungsstrafbehörden» in Abs. 4 lässt offen, ob es sich dabei um eine kantonale Behörde handelt, es könnte auch der Gemeinderat sein. In Abs. 5 ist die gemeindliche Behörde jedoch nicht integriert. Es stellt sich deshalb die Frage, wer zuständig ist für die Bestimmung der Stelle beim Gemeinderat, wenn er die Übertretungsstrafbehörde ist. Ist es die Direktion oder die Staatskanzlei? Oder hat man diese Konstellation unterschätzt bzw. sich darüber keine Gedanken gemacht?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass er nicht alles weiss, aber die Frage wahrscheinlich berechtigt sein mag. In der Vorarbeit zur Kommissionsdebatte in der Finanzdirektion war der Gemeinderat nie im Fokus beim Thema Übertretungsstrafbehörden. Eine Schnellantwort an dieser Stelle ist deshalb nicht sinnvoll. Wenn Kurt Balmer einverstanden ist, wird diese Frage bei der zweiten Lesung beantwortet. Ebenso wird Kurt Balmer an der zweiten Lesung eine verbindliche Antwort auf seine erste Frage erhalten – obwohl der Finanzdirektor überzeugt ist, dass er Recht hatte.
Falls in der Finanzdirektion einmal eine juristische Stelle frei wäre und Kurt Balmer Lust hätte, so würde ihn der Finanzdirektor anstellen. *(Der Rat lacht.)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission *§ 2quater Abs. 1–5* als zusätzlichen Paragrafen betreffend Datenbearbeitung bei Eignungsprüfungen, Kosten und Meldepflicht beantragt. Die Staatswirtschaftskommission unterstützt den Antrag der Kommission. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*§ 26 Abs. 1–3 (aufgehoben)*
*§ 27 Abs. 3 (aufgehoben)*
*§ 41 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich zu diesen Bestimmungen die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegenden Anträge.

*§ 52 Abs. 1–3*

**Heini Schmid** hält fest, dass das Vorgehen der Kommission zu § 52 einen fundamentalen Grundsatz der Rechtsordnung betrifft, und zwar den Grundsatz des rechtlichen Gehörs. Sowohl Parlamente als auch Behörden sind gehalten, die Betroffenen vor ihrem Entscheid zu befragen und anzuhören. Man stelle sich vor, man würde ans Gericht gehen, der Entscheid, dass man für 25 Jahre hinter Gitter käme, wäre bereits gefallen, und der Richter würde einen dann erst auffordern, seine Meinung dazu zu äussern. Was würde man dazu noch sagen? Der Grundsatz, der fundamental ist für ein geordnetes Zusammenleben im Staat, wird auch umgesetzt in § 69 Abs. 4 GO KR. Darin heisst es sinngemäss: Wenn die Kommission einen Antrag ohne unmittelbaren Zusammenhang mit dem Beratungsgegenstand stellt – wie dies hier der Fall ist, denn niemand ging davon aus, dass in dieser Vorlage über Familienzulagen diskutiert würde –, hat sie «den Regierungsrat, das Gericht oder allenfalls eine andere Kommission» vor ihrem Entscheid zu berücksichtigen. Ist auch eine Gemeinde betroffen, kommt auch dieser ein Anhörungsrecht zu. Im vorliegenden Fall haben die Personalverbände ein gesetzliches Anhörungsrecht. Will man eine Beschwerde riskieren und mit kurzen Hosen aus dem Gericht marschieren, so kann man nun weiterfahren und das Anhörungsrecht ignorieren. Gesetzlich vorgeschrieben ist, dass das Anhörungsrecht vor dem Kommissionsentscheid gewährt wird. Der Rat ist aufgrund seiner Geschäftsordnung gesetzlich dazu verpflichtet, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen. Die Kommission hat auf ihren Entscheid zurückzukommen und eine Anhörung gemäss Personalgesetz durchzuführen. Erst dann kann sie einen Entscheid treffen und das Geschäft erneut dem Rat vorlegen. Der Votant bittet darum, die Verfahrensordnung einzuhalten.

**Silvia Thalmann** unterstützt das Votum von Heini Schmid. Als die Geschäftsordnung erarbeitet wurde, diskutierte man intensiv darüber, welches Recht eine Kommission haben solle. Es stellte sich die Frage, ob eine Kommission irgendeinen Artikel in einem Gesetz behandeln und aufgreifen dürfe. Man war sich einig, dass keine Einschränkung bestehen und dies möglich sein solle. Aus diesem Grund ist der Paragraf entstanden, den Heini Schmid zitiert hat. Denn es wäre nicht richtig, in einer Kommission ein Thema aufzugreifen, dieses aber nicht seriös abzuklären und die Stellungnahmen der Betroffenen nicht einzuholen. Diesem Prozess sollte Sorge getragen werden. Auch in der Vergangenheit ist man damit gut gefahren. Die Votantin unterstützt deshalb den Antrag der Rückweisung an die Kommission.

**Manuel Brandenberg** unterstützt die Voten von Heini Schmid und Silvia Thalmann. Man würde einen Steilpass liefern für eine Beschwerde, wenn der Rückweisungsantrag nicht gutgeheissen würde. Stimmt man zu, wird das Gesetz ein-

gehalten, die Stellungnahme kann eingeholt werden, und in der Sache kann später entschieden werden.

Kommissionspräsident **Hans Christen** ist mit dem Rückweisungsantrag einverstanden, ohne sich darüber mit der Kommission abgesprochen zu haben. Auch aus seinem Eintretensvotum ist hervorgegangen, dass er als Kommissionspräsident mit dem Vorgehen nicht glücklich war. Er unterstützt die Rückweisung an die Kommission, um das gesetzlich korrekte Vorgehen einhalten zu können. Er bittet den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** stimmt den Ausführungen von Heini Schmid zu. Er weist jedoch darauf hin, dass es auch ein genuines Antragsrecht einer Kommission gibt. Man könnte nun lange darüber diskutieren, welches Recht das andere präjudiziert. Gab es zuerst das Huhn oder das Ei? Doch schliesslich will man nichts verkomplizieren, sondern möchte einen sauberen Prozess festlegen.
Zu § 52: Der Finanzdirektor hat sich hinlänglich darauf vorbereitet und wird sein Votum unter diesen Umständen nun stark kürzen. Der Kanton befindet sich seit 2013/14 im Sparmodus. Stichworte dazu sind EP 1, EP 2, Sparpaket 2018, «Finanzen 2019» usw. Wesentlich ist dabei immer, dass man nicht einmal hott und einmal hüst sagt, sondern dass Struktur und Glaubwürdigkeit in solche Prozesse hineingebracht werden, dass Vertrauen geschaffen wird im Parlament sowie gegenüber den Mitarbeitenden und der Bevölkerung, dass eine gewisse Rechtssicherheit erreicht wird und dass Prozesstreue an den Tag gelegt wird. Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag von Esther Haas und Heini Schmid gut. Ohne dies mit den Regierungsrat abgesprochen zu haben, ist davon auszugehen, dass sich die Regierung einer Rückweisung anschliessen würde. Dann wird § 52 noch einmal beraten, und es wird eine Anhörung mit den entsprechenden Personalverbänden durchgeführt. Die Regierung wird dabei auch involviert sein. Danach findet eine zweite erste Lesung zu § 52 statt, und die zweite Lesung wird kurz darauf folgen. Der Finanzdirektor geht davon aus, dass der Regierungsrat mit diesem Vorgehen einverstanden ist und bittet um Unterstützung des Rückweisungsantrags.

**Hans Christen** merkt an, dass es sinnvoll wäre, wenn die Stawiko-Präsidentin bei einer der Anhörung dabei wäre, da auch sie einen Bericht und Antrag erstellt hat.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** ist damit einverstanden.

**Alois Gössi** war zu Beginn etwas skeptisch, was den Rückweisungsantrag betrifft. Doch das Votum von Heini Schmid hat ihn überzeugt. Er bittet darum, nicht nur die Personalverbände, sondern auch die Gemeinden, welche das kantonale Personalgesetz anwenden, zu einer Vernehmlassung einzuladen.

**Andreas Hausheer** ist der Meinung, dass auch eine Anhörung vor der Stawiko stattfinden soll, wenn es eine Anhörung vor der Ad-hoc-Kommission gibt. Mit dem vorliegenden Vorschlag kann man leben. Man ist jetzt so weit wie die Minderheit in der Stawiko, die mit 2 zu 3 Stimmen nicht durchgedrungen ist. Das war der Weg über eine Kommissionsmotion gewesen. Nun ist man faktisch am selben Punkt. Es ist anzunehmen, dass die CVP-Fraktion dem Rückweisungsantrag zustimmen wird.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** stellt fest, dass es immer spannend ist, wenn es juristisch wird. Es gilt nun, ein Durcheinander zu vermeiden. Es wurde über die Anhörung der Personalverbände vor der vorberatenden Kommission gesprochen

und – gemäss Votum von Andreas Hausheer – seriell, aber nicht gemeinsam, auch vor der Stawiko. Ist damit die erweiterte Stawiko gemeint?

**Andreas Hausheer** teilt mit, dass er von der engeren Stawiko gesprochen hat.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bezieht sich auf die Voten von Alois Gössi und Philip C. Brunner, welche die Gemeinden erwähnt haben. Diese übernehmen meistens Bestimmungen aus dem kantonalen Personalgesetz. Wenn nun eine Kunstpause gemacht wird, sollten deshalb auch die Gemeinden miteinbezogen werden. Das Problem: Die Vernehmlassung würde der Regierungsrat durchführen, die Anhörung der Personalverbände hingegen wäre Aufgabe der Kommission. Diese funktionale Trennung ist nicht sinnvoll. Wenn ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt wird, sollte dies, wie gesetzlich festgehalten, Aufgabe des Regierungsrats sein. Das gilt sowohl für das Vernehmlassungsverfahren mit den Gemeinden als auch für die Anhörung der Personalverbände. Die Resultate legt der Regierungsrat der Kommission vor. Der Finanzdirektor schlägt deshalb eine Rückweisung an den Regierungsrat bezüglich § 52 vor. Das wäre prozessual das Tüpfchen auf dem i.

**Heini Schmid** fasst die Ausgangslage wie folgt zusammen: Es liegt ein Antrag vor in einer Kommission für einen Beratungsgegenstand, der bis anhin nie Thema war. Dann ist es Aufgabe der Kommission, die Vernehmlassung durchzuführen. Die Vernehmlassung kann an den Regierungsrat gehen, zu diesem Punkt sinnvollerweise an die Gemeinden usw. Bei einer Rückweisung an die Kommission hat diese die Verfahrenshoheit, und sie muss das Verfahren durchführen. Aus dieser Verantwortung sollte die Kommission nicht entlassen werden. Wenn sie schon etwas Neues anpackt, ist sie auch dazu verpflichtet, die relevanten Bezugspersonen anzuhören. Aufgrund des Beratungsgegenstands ist es klar, dass die Gemeinden anzuhören sind, da diese wesentlich betroffen sind. Aufgrund des gesetzlichen Anhörungsrechts in der Personalgesetzgebung sind es die Personalverbände. Der Regierungsrat ist sicherlich auch anzuhören. Dies wurde in den Kommissionen immer so gehandhabt. Wenn die Kommissionen einen neuen Beratungsgegenstand aufgegriffen haben, waren sie auch verantwortlich für die ganze Angelegenheit. Da sie kein eigenes Sekretariat haben, werden der zuständige Regierungsrat und die Verwaltung aufs Engste miteinbezogen. Das Know-how dieser Behörden fliesst ein in die Durchführung der Vernehmlassung.
Zur Stawiko: Diese berät sehr oft als Zweitkommission ein Geschäft. Sie ist aber nicht verpflichtet, noch einmal eine Anhörung durchzuführen. Wenn sie ein Interesse daran hat und im vorliegenden Fall direkt von den Personalverbänden eine Stellungnahme erhalten möchte, kann sie zu ihrer Kommissionssitzung selbstverständlich jemanden einladen. Aber es ist die federführende Kommission, die verpflichtet ist, das Anhörungsrecht zu gewähren.

**Thomas Werner** hat vor einiger Zeit ein Postulat eingereicht, weil er die Schulkinder vor pädosexuellen Lehrpersonen schützen wollte. Nun liegt der Gesetzesvorschlag vor, und es wird über Familienzulagen diskutiert. Der Votant hat das Gefühl, er sei im falschen Film. Gibt es denn eine Möglichkeit, die Vorlage zu Ende zu beraten und § 52, der mit dem Thema des Postulats nichts zu tun hat, auszusparen?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** verneint dies. Der Antrag wurde gestellt und kann nicht ausgespart werden. Eine Möglichkeit wäre, dass der Regierungsrat materiell den entsprechenden Antrag stellen würde. Das wäre aber prozessual nicht gut. Deshalb ist der Regierungsrat einverstanden mit dem vorgeschlagenen Vorgehen

von Heini Schmid. In einem ersten Schritt würde somit eine Rückweisung an die vorberatende Kommission erfolgen. Diese führt die Anhörung und das Vernehmlassungsverfahren durch. Es wurde auch angemerkt, dass nebst den Gemeinden weitere Institutionen in die Vernehmlassung aufgenommen werden müssen. Dies wird der Finanzdirektor mit Kommissionspräsident Hans Christen besprechen. Die Stawiko kann parallel ebenfalls eine Anhörung verlangen, sie muss aber nicht. Es wird wohl nicht notwendig sein, denn sie kann ihre Beratung aufgrund der Ergebnisse der vorberatenden Kommission führen. Anschliessend wird die Vorlage in einer zweiten ersten Lesung im Rat behandelt. Die zweite Lesung folgt danach. Die Koordination dieses prozessualen Wurstsalats übernimmt der Regierungsrat bzw. die Finanzdirektion.

**Patrick Iten** ist kein Jurist, aber er ist Vater. § 52 betrifft eine kleine Gruppe, und zwar die Familien. Wie von Gabriela Ingold gesagt, wurde eine Steilpassvorlage gegeben, um mit wenig Aufwand Einsparungen erzielen zu können. Es gäbe dafür noch viele andere Paragrafen, zum Beispiel § 24 Abgangsentschädigung, § 26 Entlassungsrente, § 53 Treue- und Erfahrungszulage, § 54 Dienstaltersgeschenk. Der Votant bittet darum, dies zu berücksichtigen, wenn das Geschäft zurück an die Kommission geht.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt mit 71 zu 1 Stimme dem Rückweisungsantrag der ALG zu.

**Teil II** (Fremdänderungen)

***Gesetz über die kantonalen Schulen***

*§ 15 Abs. 3–5*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die Löschung von § 15 Abs. 3–5 beantragt. Stawiko und Regierungsrat schliessen sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegenden Anträge.

**Teil III** (Fremdaufhebungen)
**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdaufhebungen gibt und keine abweichenden Anträge zur Referendumsklausel und zum Inkrafttreten vorliegen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegenden Anträge.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die erste Lesung damit bis auf § 52 abgeschlossen ist. Es folgt eine zweite erste Lesung.

TRAKTANDUM 6

781 **Teilrevision des Steuergesetzes – Grundstückgewinnsteuer: rechtsverbindliche Vorprüfung und Rechtsmittellegitimation**

Vorlagen: 2688.1 - 15319 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2688.2 - 15320 (Antrag des Regierungsrats); 2688.3/3a - 15432 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Meierhans,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission die Vorlage an einer zweistündigen Sitzung beraten hat. Die Kommission dankt dem Finanzdirektor und den Mitarbeitern der Finanzdirektion für die gute Zusammenarbeit. Mit der Vorlage legt der Regierungsrat die Teilrevision der Grundstückgewinnsteuer vor und will damit die vom Kantonsrat erheblich erklärte Motion von Gabriela Ingold umsetzen. Die Kommission hat die Motion entgegen dem Antrag der Regierung erheblich erklärt. Bei der Einführung zur Vorlage durch die Finanzdirektion wurde schnell klar, dass der Regierungsrat weiterhin an der Notwendigkeit des Anliegens zweifelt. Er führte folgende Begründungen vor:
• Bereits heute sei mit der Bezahlung der Sicherheitsleistung die ungefähre Höhe der Grundstückgewinnsteuer bekannt.
• Die Gemeinden würden bereits heute mündlich oder schriftlich Auskunft geben.
• Bei einem rechtsverbindlichen Vorprüfungsentscheid muss es gemäss Verwaltungsgericht eine Rechtsmittelmöglichkeit geben. Dieser Umstand könne eine rasche Beurkundung behindern.
• In kleinen Gemeinden tagen die Grundstückgewinnsteuerkommissionen nur drei- bis viermal pro Jahr.
Zum ersten Teil der Kommissionssitzung wurde auch Markus Michel eingeladen. Er ist Leiter der Grundstücksgewinnsteuer in der Stadt Zug und Sekretär der Grundstückgewinnsteuerkommission Steinhausen. Er beantwortete viele Fragen der Ad-hoc-Kommission. Dabei wurde bald die Meinung in der Kommission geäussert, dass je nach Grundstückgeschäft wenige, aber relevante Positionen in einer Veranlagung entscheidend sind. Die Ausführungen von Markus Michel aus der Praxis zeigten auf, dass das Bedürfnis zur Klärung einzelner Fragen eines Grundstückgeschäfts durchaus besteht, ein Ruling über die ganze Veranlagung jedoch zu einem zu grossem Mehraufwand führen würde. Einige Positionen seien auch vor der Verschreibung gar noch nicht bekannt. So ist die Kommission schlussendlich mit 10 zu 4 Stimmen ohne Enthaltungen auf die Vorlage eingetreten.
Zur Detailberatung ist Folgendes zu berichten:
• § 138 war in der Kommission unbestritten. Mit 14 Stimmen folgte die Kommission dem Antrag der Regierung, dass in Grundstückgewinnsteuerverfahren das Beschwerderecht auch der zuständigen Gemeinde zustehen soll.
• § 200a behandelt den Anspruch auf einen steuerlichen Vorbescheid …

Der **Vorsitzende** unterbricht und weist darauf hin, dass man sich in der Eintetensdebatte und nicht in der Detailberatung befindet.

**Thomas Meierhans** hält fest, dass die Kommission mit 10 zu 4 Stimmen beantragt, auf die Vorlage einzutreten.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion. Eine Stärke des Kantons Zug und seiner Gemeinden ist es, Anliegen der Bürgerinnen und Bürger rasch, effizient und

lösungsorientiert zu behandeln. Kurze Wege, lösungsorientierter Pragmatismus – die Regierung nennt es in ihren Hochglanzbroschüren gerne den *Spirit of Zug.* Und diesen *Spirit of Zug* leben bis heute auch die gemeindlichen Grundstückgewinnsteuerbehörden. Wenn sich heute bei der Abwicklung eines Grundstückgeschäfts Fragen über einzelne Sachverhaltspunkte stellen – bspw. eben, ob es sich bei einer Liegenschaft um ein Abbruchobjekt handelt oder nicht –, erteilen die gemeindlichen Behörden unkompliziert mündlich oder schriftlich Auskunft. Die zuständigen Behörden sind hilfsbereit und praktisch verlangt. Das ist allgemein anerkannt und wird auch von Motionärin Gabriela Ingold nicht bestritten. Ratsuchenden Bürgerinnen und Bürgern wird heute ausserhalb eines streng formellen Korsetts einfach und pragmatisch Auskunft erteilt. Es handelt sich folglich um ein funktionierendes System, und die Behörden leben den sogenannten *Spirit of Zug.* Hände weg deshalb vor einer entsprechenden gesetzlichen Regelung! Ein im Grundsatz funktionierendes und bewährtes System nur aufgrund von Einzelinteressen zu ändern und zu formalisieren, wäre fatal und alles andere als seriöse gesetzgeberische Arbeit. Denn wenn § 200a Eingang ins Gesetz findet, ist Schluss mit dem *Spirit of Zug* und mit unkompliziertem, pragmatischem Handeln der Grundstückgewinnsteuerbehörden. Bei telefonischen Fragen im Zusammenhang mit einem Grundstückgeschäft wird es mit Blick auf § 200a heissen: «Tut uns leid, wir können Ihnen mündlich keine Auskunft erteilen. Sie müssen gestützt auf § 200a einen gebührenpflichtigen Vorbescheid über Ihre Sachfrage verlangen. Bitte stellen Sie uns Ihr entsprechendes Begehren in Schriftform zu.» Oder anders gesagt: Und täglich grüsst die Bürokratie! Vor Augen führen sollte man sich zudem, dass sämtliche elf Zuger Gemeinden einen rechtsverbindlichen Vorbescheid, wie ihn § 200a vorsieht, ablehnen. Mit dieser Teilrevision des Steuergesetzes würde das Milizsystem der gemeindlichen Grundstückgewinnsteuerkommissionen unnötig strapaziert werden, und man würde den Gemeinden zusätzliche Kosten aufbürden. Die Ausarbeitung formell-korrekter Vorbescheide ist aufwendig und wird nicht kostenlos zu haben sein. Beim Legiferieren dürfen die Einwohnergemeinden deshalb nicht vergessen werden.
Aufgrund des Gesagten stellt die SVP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Dabei handelt es sich um einen Antrag, der auch im Hinblick auf § 138 Abs. 3 (neu) Sinn macht und folgerichtig ist. Denn auch ein Beschwerderecht für die Gemeinden ans Bundesgericht braucht es nicht. Denn wann wird eine Gemeinde Beschwerde beim Bundesgericht führen? Dann, wenn sie mit dem Veranlagungsentscheid des Verwaltungsgerichtes nicht einverstanden ist und vom Bürger mehr Geld möchte. Die SVP-Fraktion lehnt dies ab und bittet die Ratsmitglieder, es ihr gleichzutun und den Antrag auf Nichteintreten zu unterstützen.

**Gabriela Ingold** teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion für ein Eintreten auf die Vorlage ausspricht und der Fassung der Kommission zustimmen wird. Die Festschreibung einer rechtsverbindlichen Vorprüfung auf Gesetzesstufe ist wichtig. Die neue Möglichkeit der Abklärung von einzelnen Sachfragen wird in max. 5 Prozent aller Fälle notwendig sein. 95 Prozent der Fälle, sei es der Verkauf eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung, werden wie bisher ohne Abklärung im bewährten Rahmen erfolgen können. Kauf- und Verkaufspreis sowie allfällige wertvermehrende Investitionen sind aufgrund vorliegender Dokumente eruierbar – die provisorische Grundstückgewinnsteuer kann errechnet und in der Regel auf einem Sperrkonto deponiert werden. Aber es gibt auch die komplexen Fälle, die Spezialabklärungen erfordern; sei es, weil der Landpreis nicht klar ist, es sich um Altbauten oder um eine nicht klar definierte Zuteilung von wertvermehrenden oder werterhaltenden Aufwand handelt. Grundstückgewinnsteuern bedeuten für den Verkäufer

teilweise hohe Kosten und werden in den Verkaufspreis einkalkuliert. Dieser Aspekt ist gerade bei nicht sehr vermögenden Personen wichtig, um ein finanzielles Fiasko zu verhindern. Die Auslegung im Steuerrecht ist komplex, hängt von Steuerrechtskommentaren, von Gerichtsurteilen und bei der Grundstückgewinnsteuer nicht zuletzt von der subjektiven Beurteilung der gemeindlichen Kommission ab. Es führen viele Wege nach Rom, denn es gibt einen beträchtlichen Handlungsspielraum. In der Kommission hat sich gezeigt, dass die Gemeinden unterschiedliche Handhabungen haben – in der Stadt Zug erhält man infolge idealer Personalsituation freimütig Auskunft –, in anderen Gemeinden stösst man teilweise auf Granit. Es sind kleine Königreiche, die mit der personellen Besetzung stehen oder fallen. Das geht doch nicht. Was das Recht auf einen Vorbescheid anbelangt, befürchten die Gemeinden, dass ihre Ressourcen über Gebühr strapazieren würden. Die Kommission hat die Bedenken der Gemeinden ernst genommen. Sie kommt ihnen entgegen, indem die Kosten für ein Ruling weder an die Steuer angerechnet noch abgezogen werden können. Die FDP ist bereit, diese Kröte zu schlucken – denn das Anliegen eines Vorbescheids ist stärker zu gewichten.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die ALG auf die Vorlage eintreten wird. Grund dafür ist die sinnvolle Änderung von § 138. § 200 lehnt die ALG ab.

**Alois Gössi** teilt mit, dass es auch in der SP-Fraktion unbestritten war, dass die Einwohnergemeinden die Legitimation erhalten, Urteile des kantonalen Verwaltungsgerichts an das Bundesgericht weiterzuziehen. Bis jetzt war ihnen dies durch das Steuergesetz verwehrt.
Zum Votum von Michael Riboni: Wird nicht auf die Vorlage eingetreten, werden Steuergeschenke verteilt werden, wenn die Grundstückgewinnsteuerkommission eine andere Meinung vertritt als das Verwaltungsgericht. Oder zumindest besteht die Möglichkeit, dass Steuergeschenke verteilt werden.
Die rechtsverbindliche Vorprüfung der Grundstückgewinnsteuer lehnte die SP-Fraktion schon bei der damaligen Erheblicherklärung der Motion von Gabriela Ingold und in der Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats ab. Die Kommission hat nun die Regierungsratsvorlage, die mehr oder weniger nur aus der Umsetzung der erheblich erklärten Motion bestand, entscheidend abgeändert, sodass die SP-Fraktion jetzt auch zustimmen kann:
• Es ist nun nur noch möglich, rechtlich verbindliche Vorentscheide zu einzelnen Sachfragen zu erhalten und nicht mehr über das ganze Grundstückgeschäft. Je nach dem rechtlich verbindlichen Vorentscheid wird der Verkäufer das Geschäft allenfalls anders oder gar nicht abhandeln.
• Die Kosten des rechtlich verbindlichen Vorentscheids werden nicht an die Grundstückgewinnsteuer angerechnet, sondern sind eigenständig. Oder mit anderen Worten: Jeder Verkäufer kann inskünftig einen Vorbescheid zu einzelnen Sachfragen verlangen, muss diesen aber auch zusätzlich bezahlen. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach solchen Vorbescheiden sehr gering ausfallen wird. Aber auf der anderen Seite soll es inskünftig kein unverbindliches Ruling oder das Gewähren von Auskünften mehr geben, wie dies heute teilweise gemacht wird, sondern es soll ein kostenpflichtiger Vorbescheid werden.
Für die eher kleineren Gemeinden wird es wahrscheinlich eine sehr sportliche Herausforderung, einen solchen Vorbescheid innerhalb von 45 Tagen abzuwickeln.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und wird den Anträgen der vorberatenden Kommission zustimmen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass Thomas Meierhans das Wesentliche erwähnt hat und dankt ihm und der Kommission für die gute Zusammenarbeit.
Michael Riboni hat den *Spirit of Zug,* Pragmatismus, funktionierendes System usw. erwähnt. Diese Themen sind wichtig, und es gilt, diese im Auge zu behalten.
Der Regierungsrat hatte sich ursprünglich für eine Nichterheblicherklärung eingesetzt, dann einen Auftrag entgegengenommen und nun eine Vorlage erarbeitet. Die Kommission hat einen guten Kompromissvorschlag entwickelt. Es geht nun nicht mehr um einen umfassenden Vorbescheid, sondern nur noch um einen Vorbescheid zu spezifischen Sachfragen. Die Regierung wird sich in diesem Punkt der Kommission anschliessen.
Es liegt auf der Hand, dass es nur dort Gesetze geben soll, wo es wirklich notwendig ist. Hingegen ist auch immer wieder festzustellen, dass beim Legiferieren viele Bedenken geäussert und im Rat sowie der Regierung diskutiert werden. Doch hat sich nach zwei, drei Jahren alles eingespielt, zeigt sich jeweils, dass es bestens funktioniert und viele anfängliche Bedenken unbegründet waren. Ein Appell geht an die Spezialistinnen und Spezialisten in den Gemeinden und in den entsprechenden Kommissionen, bei einfachen Fragen weiterhin ganz pragmatisch auch mündliche telefonische Auskünfte zu erteilen und nur bei komplexen Fragestellungen eine schriftliche Einreichung mit den entsprechenden Unterlagen zu fordern. Dann ist davon auszugehen, dass der vorliegende Kompromissvorschlag funktionieren wird.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat beschliesst mit 50 zu 19 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 138 Abs. 3 (neu)*

**Michael Riboni** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den **Antrag** stellt, geltendes Recht beizubehalten und damit auf § 138 Abs. 3 (neu) zu verzichten. Ein Beschwerderecht würde den Gemeinden einzig dazu dienen, höhere Steuerforderungen einzutreiben. Dies ist alles andere als bürgerfreundlich und wird von der SVP-Fraktion deshalb abgelehnt.

Kommissionspräsident **Thomas Meierhans** hält fest, dass § 138 in der Kommission unbestritten war. Mit 14 zu 0 Stimmen und keiner Enthaltung folgte die Kommission dem Antrag der Regierung, dass in Grundstückgewinnsteuerverfahren das Beschwerderecht auch der zuständigen Gemeinde zustehen soll.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat beschliesst mit 44 zu 17 Stimmen, dem Antrag von Regierungsrat und Kommission zu folgen.

*§ 200a (neu)*

**Anastas Odermatt** stellt namens der ALG den **Antrag** auf Beibehaltung des geltenden Rechts. In § 200a (neu) soll der Anspruch auf steuerlichen Vorbescheid bezüglich Grundstückgewinnsteuer kantonal geregelt werden. Es geht um ein von den Gemeinden durchzuführendes Ruling. Diesen Artikel braucht es nicht. Denn will man jenen Gemeinden, die solche Vorbescheide nicht wie die meisten anderen Gemeinden sowieso schon im Sinne ihrer gelobten Dienstleistungskultur praktizieren, vorschreiben, wie sie diese Steuern einziehen sollen, dann ist auf die entsprechenden Gemeindeversammlungen zu verweisen. Das ist der Ort, um das zu regeln. Die Art und Weise des Schaffens von gemeindlichen Kommissionen zu übersteuern, macht keinen Sinn. Die Autonomie der Gemeinden ist höher zu bewerten, als das was mit dem neuen Artikel erreicht würde.
Ebenso ist auf die entsprechenden Gemeindeversammlungen zu verweisen, wenn die Grundstücksgewinnkommissionen in den Gemeinden professionalisiert werden sollen. Denn das passiert, wenn dieser Paragraf ins Gesetz aufgenommen wird. Doch um eine Professionalisierung zu erreichen, muss nicht beim Steuergesetz angesetzt werden, sondern es muss in der jeweiligen Gemeinde verlangt werden, dass nicht mehr eine Milizkommission, sondern Angestellte die Verantwortung innehaben. Dies würde bedingen, dass entsprechendes Personal angestellt wird. Eine andere Möglichkeit ist es, die Steuer ganz zu kantonalisieren. Was die Gemeinden davon halten würden, kann man sich denken.
Will man das Milizsystem stützen, sollte nicht verbindlich vorgeschrieben werden, in welcher Frist die Milizkommissionen in den Gemeinden Vorbescheide sprechen müssen. Mit § 200a (neu) werden die Gemeinden unnötig übersteuert, und es wird ein Gesetzesartikel auf Vorrat geschaffen. Die ALG unterstützt dies nicht und dankt dem Rat für die Zustimmung zum Antrag auf Beibehaltung des bisherigen Rechts.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass über diesen Antrag abgestimmt wird, wenn die einzelnen Absätze des Paragrafen bereinigt sind.

**Michael Riboni** spricht ebenfalls zum gesamten Paragrafen und stellt auch den **Antrag,** das geltende Recht beizubehalten und damit auf den gesamten Paragrafen zu verzichten. Zur Begründung sei auf sein Votum bei der Eintretensdebatte verwiesen. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass das Verwaltungsgericht in seiner Vernehmlassung davon ausgeht, dass die vorgeschlagene Regelung, wonach ein rechtlicher Anspruch auf einen Vorbescheid besteht, vor Bundesgericht nicht standhalten und auf Rekurs hin aufgehoben würde. Das wäre dann der gesetzgeberische Unfall sondergleichen. Will das der Rat wirklich? Es besteht heute ein funktionierendes System, in welchem den Bürgerinnen und Bürgern pragmatisch und unkompliziert Auskunft erteilt wird. Es gibt keinen vernünftigen Grund, dieses System zu verbürokratisieren und zu formalisieren. Der Votant bittet deshalb insbesondere die freisinnige Partei, die sich die Bekämpfung der Bürokratie sogar in ihr Parteiprogramm geschrieben hat, Farbe zu bekennen, ihrem liberalen Kompass zu folgen und Nein zu sagen zu dieser unnötigen gesetzlichen Regelung.

**Beat Iten** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Gemeinderat von Unterägeri. In politischen Diskussionen ist man oft mit der Aussage konfrontiert, es lohne sich nicht abzustimmen, weil die in Bern ja sowieso machen würden, was sie wollen. Dieselbe Aussage hört man auch immer wieder bei Vernehmlassungen: Was soll man sich mit den Vernehmlassungsthemen beschäftigen? Der Kanton macht ja sowieso, was er will. Die Gemeinde Unterägeri hat sich in der Vernehmlassung klar

gegen die rechtsverbindliche Vorprüfung der Grundstückgewinnsteuer ausgesprochen. Gemäss dem Bericht des Regierungsrats haben sich neben den Grünen, der SP und der SVP auch alle anderen Gemeinden dagegen ausgesprochen. Der Rat ist also daran, etwas gesetzlich zu verankern, was die betroffenen Stellen nicht wollen und von ihnen für wenig praktikabel, nicht durchführbar oder zu aufwendig beurteilt wurde. Dies geschieht innert kurzer Frist schon zum zweiten Mal. Das Gleiche geschah bei der Diskussion über die degressive oder lineare Abschreibung. Der Rat trägt damit wesentlich dazu bei, dass die eingangs erwähnten Vorurteile immer wieder zementiert werden. Der Votant unterstützt deshalb den **Antrag,** dem Wunsch der Direktbetroffenen zu entsprechen und auf § 200a zu verzichten.

Kommissionspräsident **Thomas Meierhans** teilt mit, dass in der Kommission die Meinung vertreten wurde, bei verschiedenen Einschätzungsfragen würde grosser Handlungsspielraum bestehen. So sei es wichtig, zu wissen, welchen anrechenbaren Wert ein Gebäude habe oder ob eine Liegenschaft als Abbruchobjekt anerkannt werde. Es gehe doch um grosse Beträge, und je nach Entscheid könne zum Beispiel beim Übertragen einer Liegenschaft vom Geschäfts- ins Privatvermögen ein gewähltes Konstrukt rechtzeitig angepasst werden. Was der Steuerpflichtige brauche und wünsche, sei ein Entscheid über die relevanten Punkte. Eine komplette Veranlagung für die Überschreibung eines Grundstückes sei nicht nötig. Aufgrund dessen wurde der nun vorliegende Antrag in der Kommission gestellt. Die Kommission befürchtete, dass mit einer gesetzlichen Regelung eines Vorentscheids ein immenser Aufwand für die Verwaltung folgen würde. Bereits heute könne man unbürokratisch Auskunft bei den Gemeinden einfordern. Es sei nicht effizient, wenn wegen Einzelfragen das Verwaltungsgericht angerufen werde. Mit einer gesetzlichen Regelung könne in Zukunft kein unverbindliches Ruling mehr verlangt werden. Möglicherweise werde nicht einmal mehr telefonisch eine Auskunft gegeben. Diesbezüglich sei auf das Votum des Finanzdirektors verwiesen.
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass unnötig viele Anfragen entstehen würden. Die Befürworter sind der Meinung, dass auf einen Vorentscheid eine Gebühr zu erheben sei. Der Fragesteller entscheide, was für ihn relevant sei. Er bezahlt ja schliesslich auch für seine Anfrage. Die Kommission hat die Neuformulierung von § 200a, dass über einzelne Sachfragen ein Vorbescheid verlangt werden kann, mit 11 zu 3 Stimmen angenommen.

**Heini Schmid** fühlt sich als Kommissionsmitglied aufgrund gewisser Äusserungen aufgefordert, zu § 200a zu sprechen.
Zu Anastas Odermatt, der gesagt hat, die Zuständigkeit liege bei den Gemeinden: Das Grundstückgewinnsteuergesetz ist ein kantonales Gesetz und ermächtigt die Gemeinden. Das ganze Verfahren ist abschliessend im kantonalen Recht geregelt. Die Gemeinde hätte gar kein Recht zu legiferieren. Die vorliegende Frage gehört somit in den Rat. Eine Gemeindeversammlung hat dazu nichts zu sagen. Selbstverständlich ist die personelle Dotierung Sache der Gemeinde. Genau da liegt das Problem. Dass bei der Grundstückgewinnsteuer in den Gemeinden im Kanton Zug die beste aller Welten herrscht, wie dies Michael Riboni ausgeführt hat, widerspricht der Erfahrung des Votanten – und er hat nicht wenige solcher Fälle. Er weiss nicht, wie viele Fälle Michael Riboni vor einer Grundstückgewinnsteuer-Kommission im Kanton Zug durchexerziert hat. Es ist einfach, zu sagen, man könne anrufen und erhalte dann eine Antwort. In Zug ist das so, der dortige Stelleninhaber ist kompetent. In den anderen Gemeinden ist es schwieriger, eine kompetente Auskunft zu erhalten. Sicherlich haben alle schon die Erfahrung gemacht, dass die Gemeinden nicht immer so toll sind und das Milizsystem auch Probleme bereitet.

Und wenn die Bürokratie den Bürgern Probleme bereitet, ist es die verdammte Pflicht des Rats – und gerade auch der SVP –, die Bürger vor dieser Bürokratie zu schützen. Das Recht, zu wissen, was auf einen zukommt, ist fundamental. Bei einer normalen Steuerveranlagung hat noch nie jemand etwas gegen ein Steuer-Ruling einzuwenden gehabt. Konsequenterweise müsste die SVP jetzt einen Antrag stellen, dass Steuer-Rulings beim normalen Veranlagungsverfahren abgeschafft gehören. Sonst würde einem der Steuerbeamte ja nie mehr einen telefonischen Mitbericht geben. Deshalb ist es unlogisch, bei der Grundstückgewinnsteuer eine Staatsaffäre daraus zu machen. Dieselbe Selbstverständlichkeit, die bei der normalen Steuerveranlagung herrscht, braucht es auch bei der Grundstückgewinnsteuer. Es hat keinen Platz, nun zu sagen: «Ein Gesetz mehr, das ist des Teufels, also weg damit.» Oder: «Es hilft den Grundeigentümern, die haben sowieso viel Geld. Darum muss man denen ja nicht helfen.» Der Votant hat es satt, dass im Rat zunehmend nach irgendwelchen Ideologien politisiert wird. Und den Leuten draussen, die irgendein Problem haben, wird nicht mehr geholfen: entweder, weil sie Grundeigentümer sind und sowieso zu viel Geld haben, oder weil man grundsätzlich gegen Gesetze ist und deshalb nicht helfen will. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, Sachpolitik zu betreiben und der Vorlage zuzustimmen.

**Thomas Werner** stellt fest, dass das ein bisschen viel auf einmal war von Heini Schmid. Die FDP und auch die CVP schaffen es immer wieder, den Hund als Katze zu verkaufen. Scheinbar war man sich einig, dass es sich hier um einen Einzelfall handelt bzw. um einzelne Fälle. Und es ist die FDP, die sich immer wieder rühmt, gegen Gebühren und gegen die Bürokratie zu sein. Doch sie lässt keine Gelegenheit aus, mehr Bürokratie zu schaffen und die Gebühren jeweils zu erhöhen. Aber vor den nächsten Wahlen kommt dann wieder der unglaubliche Antrag, dass eine Steuererklärung erfunden werden müsse, die auf einer A4-Seite Platz hat. Das ist keine seriöse Politik der Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Mitte. Alle Gemeinden haben in der Vernehmlassung verlauten lassen, dass sie das jetzige System beibehalten wollen, und zwar deshalb, weil es gut läuft. Alle ausser Heini Schmid waren sich in diesem Punkt einig. Der Rat darf sich nicht über die Gemeinden hinwegsetzen und diesen etwas aufdrücken, was gegen die Praxis und die tägliche Arbeit verstösst.

**Manuel Brandenberg** war erstaunt über die Emotionalität des Votums von Heini Schmid. Es ist erstaunlich, dass man sich wegen einer solchen Frage derart ins Zeug legen kann. Es sollten jedoch keine Personen, die im Rat ein Votum halten, persönlich angegriffen werden. So wurde dem SVP-Sprecher vorgeworfen, er habe ja keine Ahnung, wohingegen Heini Schmid dauernd mit Fällen von Grundstückgewinnsteuern zu nun habe. Es gilt, anständig zu bleiben.
Inhaltlich erstaunlich war, dass Heini Schmid nicht auf die juristischen Bedenken des Verwaltungsgerichts eingegangen ist. Das Verwaltungsgericht hat immerhin in seinem Bericht festgehalten, aus seiner Sicht würde dieser Passus vom Bundesgericht aufgehoben. Und beim ersten Beschwerdeverfahren, bei dem dieser Passus im Spiel ist, wird der Anwalt diesen als bundesrechtswidrig rügen. Dann wird darüber entschieden. Deshalb ist es erstaunlich, dass Heini Schmid vor allem «Vor-Wahl-CVP-Getrommel» veranstaltet, aber als kompetenter Jurist, der er ist, nicht weiter auf diese Frage eingeht und den Rat unbesehen auffordert, dem Paragrafen zuzustimmen.

**Michael Riboni** bezieht sich auf das Votum von Heini Schmid. Dieser hat gesagt, dass bereits heute in gewissen Gemeinden die fachliche Kompetenz fehlen würde,

um seriös Auskunft zu erteilen auf entsprechende Fragen. Wie sollen denn die genau gleichen Personen, die anscheinend heute schon nicht in der Lage sind, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger seriös zu bearbeiten, juristisch-formell korrekte Vorbescheide erlassen? Wie soll das gehen? Nur mit § 200a wird die fachliche Kompetenz der Behörden nicht gesteigert.

**Gabriela Ingold** stellt fest, dass zwei Meinungen auf dem Tisch liegen und verweist auf ihr Eintretensvotum. Die Motivation bei dieser Vorlage ist es, den Steuerzahler und seine Rechte zu vertreten und nicht die Rechte der gemeindlichen Behörden. Denn es ist ganz klar der Steuerzahler, der Gehör braucht.

**Heini Schmid** äussert sich zur Verwaltungsgerichtsproblematik. Er hat diesen Punkt noch einmal im Bericht des Regierungsrats nachgelesen und wäre froh um Aufklärung, was das Verwaltungsgericht wirklich gesagt hat. Warum ist die jetzt vorliegende Version verwaltungsgerichtlich anfechtbar? Es wäre wünschenswert, materiell zu wissen, was konkret nicht stimmt. Das Gesetz ist verbindlich, es gibt ein Rechtsmittel gegen diese Vorbescheide. Es ist nicht ersichtlich, wo die juristische Problematik liegt. Wenn der ganze Sachverhalt nicht sauber abgehandelt wird, dann ist nur für den sauber abgehandelten Teil die Verbindlichkeit da. Dieselbe Problematik liegt bei jedem Vorbescheid vor.
Zur Kompetenz der gemeindlichen Behörden: Diese lässt teilweise zu wünschen übrig, weil es viele Personalwechsel in den Sekretariaten gibt. Glücklicherweise ist in der Kommission der jeweiligen Gemeinden viel Know-how vorhanden. Einige Kommissionsmitglieder sind Anwälte, welche die Kommissionsentscheide materiell fundiert begleiten können. Aber wenn ein KV-Absolvent nach zwei Monaten Tätigkeit der Grundstückgewinnsekretär ist, ist es verständlich, dass keine fundierte Auskunft von ihm erwartet werden kann. Das ist das Problem. Es reicht nicht, nur den Sekretär anzurufen. Die Kommissionen sind dann verpflichtet, die Mankos, welche die Sekretariate aufweisen, zu überbrücken. Das hat auch dazu geführt, dass Steinhausen das Sekretariat der Stadt Zug übergeben hat. Die Kommission hingegen ist weiterhin eigenständig in Steinhausen tätig. Das erklärt, warum es teilweise Probleme gibt, einen Vorbescheid kurzfristig zu bekommen. Das heisst aber noch lange nicht, dass der Vorbescheid selbst schlecht ist.

**Anastas Odermatt** ist kein Jurist und lässt sich gerne von Heini Schmid belehren. Doch es wäre nicht notwendig gewesen, die Ideologiekeule zu schwingen, denn die Haltung der ALG ist nicht aus ideologischen Gründen entstanden. Vielmehr wurde die Vorlage diskutiert, und die Vernehmlassungsantworten der Gemeinden, welche ihre Kompetenz behalten möchten, wurden berücksichtigt. So kam man zum Schluss, die Haltung der Gemeinden stärker zu gewichten als andere Argumente.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass der Regierungsrat weder ideologisch noch fundamental, sondern sehr sachlich operiert.
Zur Autonomie der Gemeinden: Wie bereits gesagt wurde, handelt es sich – zum Glück – um ein kantonales Recht. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Die personellen Angelegenheiten möchte der Finanzdirektor nicht weiter kommentieren.
Zu den Einzelfällen: Es sind zwar wenige Fälle, die betroffen sind, aber es ist nicht nur ein Fall. Diese Fälle werden inskünftig eher komplexer. Die Welt wird nicht einfacher, auch was Liegenschaften, Grundstücke, Grundstücksübertragungen usw. anbelangt. Vor diesem Hintergrund ist der Regierungsrat einverstanden, dass zu Teilfragen ein Vorbescheid verlangt werden kann.

Das Rechtsmittel ist zu einem Thema geworden, weil das Verwaltungsgericht zum allerersten Entwurf Stellung bezogen hat. Die Motionärin forderte einen Vorbescheid ohne Rechtsmittel. Man versuchte, diese Forderung im ersten Entwurf umzusetzen. Die Rückmeldung des Verwaltungsgerichts war, dass das nicht möglich sei. Denn wenn ein Vorbescheid eine gewisse Verbindlichkeit aufweist und sogar eine Gebühr verlangt wird, handelt es sich um eine Feststellungsverfügung. Bei jeder Feststellungsverfügung muss ein Rechtsmittel ergriffen werden können – Stichwort Rechtsweggarantie. Deshalb wurde der entsprechende Teilsatz gelöscht und die Beschwerdemöglichkeit aufgeführt. Damit hat sich dieses Problem unterdessen gelöst. Der Regierungsrat beantragt deshalb, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass zuerst die einzelnen Absätze von § 200a beraten werden, bevor über den Antrag, geltendes Recht beizubehalten bzw. auf § 200a zu verzichten, abgestimmt wird.

*Überschrift zu § 200a (neu)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission einen abweichenden Antrag stellt. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission.

*§ 200a Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Kommission einen abweichenden Antrag stellt. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission.

*§ 200a Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 200a Abs. 3*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Kommission die Löschung des zweiten Satzes beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über die bereinigte Fassung von § 200a bzw. über den Antrag von ALG und SVP, auf § 200a zu verzichten, abgestimmt wird.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat genehmigt mit 39 zu 28 Stimmen die bereinigte Fassung von § 200a.

**Teil II** (Fremdänderungen)
**Teil III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass keine abweichenden Anträge zur Referendumsklausel vorliegen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass bei der Regelung des Inkrafttretens folgende Ergänzung erforderlich ist: *«Diese Änderungen unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung. Sie treten nach unbenutzter Referendumsfrist oder nach der Annahme durch das Volk am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.»*

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die erste Lesung damit abgeschlossen ist. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 7

**782 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 2 Siedlungsbegrenzungslinie; L 5.1 Kantonale Naturschutzgebiete; L 7 BLN-Gebiet; E 10 Störfallvorsorge; E 11 Abbau Steine und Erden)**
Vorlagen: 2689.1/1a - 15321 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2689.2 - 15322 (Antrag des Regierungsrats); 2689.3/3a - 15445 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, hält fest, dass die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und dieser mit der Änderung der Kommission zuzustimmen. Die Kommission dankt dem Baudirektor und seinem Team für die gute Vorbereitung und Begleitung der Kommissionssitzung. Die Anpassungen waren in der Kommission unbestritten, und die Abstimmungen erfolgten jeweils ohne Gegenstimmen. Die Streichung eines Satzes bei den BLN-Bestimmungen wird vom Regierungsrat ebenfalls unterstützt, und somit macht es keinen Sinn, die Debatte unnötig in die Länge zu ziehen.

Die Vorlage ist geprägt vom zunehmenden Einfluss des Bundes auf die Zuger Raumplanung. BLN-Gebiete, Störfallvorsorge und Monitoring des Naturschutzes sind Aufgaben, die dem Kanton von Bern aus aufgetragen werden. Was im Einzelfall unbedenklich erscheint, ergibt in der Summe einen schleichenden Souveränitätsverlust. Viel gravierender ist aber, dass die Interessenabwägung bei baurechtlichen Entscheiden zunehmend schwieriger wird, weil die Anforderungen im föderalistischen System ungenügend koordiniert werden. Geradezu grotesk wird das ganze Regelungsdickicht, wenn sich der Bund, wie bei der Störfallvorsorge, nicht an die von ihm initiierten Planwerke gebunden fühlt. Anzustreben ist, dass die ganzen Inventare und Massnahmen zwischen Bund und Kantonen besser abgestimmt werden. Es kann nicht sein, dass Widersprüche erst im Baubewilligungs- oder Zonenplanverfahren auf dem Buckel der Bauwilligen ausgetragen werden.
Bei den einzelnen Punkten war Folgendes für die Kommission wichtig:
• Bei der Siedlungsbegrenzung darf das gewählte Vorgehen keine Schule machen, sind doch Siedlungsbegrenzungslinien, wie es der Name es schon sagt, zur Begrenzung der Siedlung und nicht für die Begrenzung von Bauten da.
• Bei der Kontrolle der Naturschutzgebiete ist es für die Kommission zentral, dass bedarfsgerecht und vor allem gut koordiniert kontrolliert wird.
• Bei der Störfallvorsorge erschloss sich der Kommission der Sinn der einzelnen Einträge, insbesondere bei den Kantonsstrassen, nicht vollständig. Da aber der Inhalt der Einträge vom Bund gemäss seinen Anforderungen festgelegt wird, hat die Kommission auf Anträge verzichtet.
• Die Deponie Neuheim wird begrüsst, können doch verschiedene Interessen elegant unter einen Hut gebracht werden. Diese Zustimmung soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass, wie die Diskussion in der Kommission gezeigt hat, der Kiesabbau im Kanton Zug nach wie vor ein heisses Eisen ist.
Die Kommission für Raumplanung und Umwelt dankt dem Rat für die Zustimmung zur Vorlage.

**Karl Nussbaumer** spricht für die SVP-Fraktion, die das Eintreten auf die Vorlage unterstützt und den Anpassungen im kantonalen Richtplan zustimmt.
Zur Siedlungsbegrenzungslinie Hagendorn: Es ist aussergewöhnlich, dass man die Siedlungsbegrenzungslinie innerhalb der Bauzone zieht. Damit die bestehende Fensterfabrik im Norden erweitert werden kann, ist es aber notwendig. Es war der SVP-Fraktion wichtig, dass der Inhaber der Fensterfabrik mit diesem Kompromiss einverstanden ist und so die Arbeitsplätze im Kanton Zug bleiben.
Es macht Sinn, dass die festgelegten Naturschutzgebiete in Zukunft nicht mehr nach fixem Rahmen kontrolliert werden. Ebenfalls richtig ist es, die BLN-Gebiete im Richtplan zu erwähnen. Damit wird bei Planungen deren Wichtigkeit gleich aufgezeigt. Gutzuheissen ist ebenso die Störfallvorsorge. Sie ist Teil des Bundesrechts, das nun räumlich umgesetzt wird.
Zum Abbau Steine und Erden: Es ist sinnvoll, mit dieser Anpassung früher gemachte Fehler zu beheben. Mit der Höherschüttung durch unverschmutztes Material können die Landwirte die 27 Hektaren grosse Fläche danach wieder problemlos nutzen.

**Daniel Abt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion den geplanten Änderungen der Siedlungsbegrenzungslinie Hagendorn zustimmt und gerne Hand bietet, damit sich ein wichtiger Zuger Arbeitgeber im Kanton weiterentwickeln kann. Ebenso unterstützt wird die Richtplanänderung bei den kantonalen Naturschutzgebieten, damit diese den während der letzten Jahre vollzogenen Unterhaltsintervallen entspricht. Auch bezüglich BLN-Gebiete stimmt die Fraktion der vorberatenden Kommission zu.

Zur Störfallverordnung: Die Beratung für bauliche Massnahmen darf zu keinen wesentlichen Mehrkosten zulasten der Bauherrschaft führen. Dass die Beratung nicht zu zusätzlichen Stellen in der Verwaltung führen darf, versteht sich von selbst. Unter diesen Voraussetzungen stimmt die FDP-Fraktion auch diesem Punkt zu.
Zum Abbau Steine und Erden: Das Resultat der während zwei Jahren durch die Baudirektion geführten Verhandlungen ist eine erfreuliche Win-win-Lösung. Durch die geplante Höherschüttung und gleichzeitige Sanierung der bestehenden Deponie können dringend benötigte Deponiekubaturen zeitnah geschaffen werden. Die Landschaft wird deutlich aufgewertet. Gerne stimmt die Fraktion diesem Projekt zu.

**Hanni Schriber-Neiger** hält fest, dass die ALG den Antrag der Regierung befürwortet. Ausnahmsweise soll eine Siedlungsbegrenzungslinie im Siedlungsgebiet, also in der Bauzone – und erst noch entlang eines Gebäudes –, versetzt werden. Die Baumgartner Fenster AG erhält für eine weitere Produktionshalle die Möglichkeit, eine allerletzte Vergrösserungsetappe in die Wege zu leiten. Mit dieser Zustimmung wird die Wichtigkeit des Werkplatzes Kanton Zug aufgezeigt. Dieses Entgegenkommen ist als Kompromiss und Ausnahme zu verstehen und nicht als Präjudiz. Eine übernächste Erweiterung wird es in dieser sensiblen Landschaft, auch mit der Lorze in der Nähe, mit dieser Begrenzungslinie keine mehr geben können. Dies ist zu begrüssen.
Auch den weiteren Anträgen stimmt die ALG zu: den Erfolgskontrollen in den Naturschutzgebieten, die wichtig sind; dem neuen Grundsatz zu den BLN-Gebieten; der Koordination der Störfallvorsorge und der Wiederaufnahme in den Richtplan einer grossen Rekultivierung für eine viel bessere Bodenfruchtbarkeit in Neuheim bei der Kiesgrube. Dort sollen die heutigen ökologischen Vorgaben zur Anwendung kommen, und die Kosten dazu übernimmt wie geplant die Sand AG. Die ALG ist für Eintreten und folgt dem Antrag der Kommission.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass auch die SP-Fraktion für Eintreten ist und die Anträge der Kommission unterstützt.
Zur Siedlungsbegrenzungslinie Hagendorn: Die Erweiterung der Fensterfabrik kann man aus betriebswirtschaftlichen Gründen nachvollziehen. Allerdings möchte auch die SP-Fraktion nicht, dass es eine weitere folgt.
Zu den kantonale Naturschutzgebieten: Es ist sinnvoll, dass nicht alle kantonalen Naturschutzgebiete im gleichen Rhythmus und in exakt gleicher Intensität überprüft werden. Daher stimmt die SP-Fraktion der Änderung zu. Aber: Flexibilität heisst nicht Beliebigkeit. Im Bericht der vorberatenden Kommission ist auf Seite 3 nachzulesen, dass alle 19 Schutzgebiete alle acht Jahre durch Luftbilder analysiert werden. Das ist sinnvoll, um die Abgrenzungen der Gebiete zu vergleichen. Die exakte Fauna und Flora kann damit aber nicht erfasst werden: einen Feldhasen oder eine Goldammer, eine Sonnentau oder ein Adonisröschen erkennt man nicht auf einem Luftbild. Der Kanton muss daher auch weiterhin ein angemessenes Controlling zur Artenvielfalt durchführen und darf sich nicht nur auf Luftbilder abstützen.
Zum Abbau Steine und Erden: Eine Million Kubikmeter Erden soll aufgefüllt und rekultiviert werden. Das ist fast doppelt so viel, wie 2016 im Kanton Zug Kies abgebaut wurde. Dem Kiesbericht 2016 zufolge, der vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde, bauten die Kieswerke rund 547’000 Kubikmeter Kies in den Zuger Abbaustellen ab. Ein Drittel davon wird exportiert. Da es sich um gewaltige Massen, fragile Landschaften und bedeutende Herausforderungen auch für die Zukunft handelt, lohnt sich eine inhaltliche Vertiefung, wie sie auch vom Kommissionspräsidenten angekündigt wurde. Den übrigen Anträgen stimmt die SP-Fraktion ebenfalls zu.

**Nicole Imfeld** teilt mit, dass die GLP für ein Eintreten auf die Vorlage ist und den Richtplanänderungen zustimmt. Zu begrüssen ist die Siedlungsbegrenzungslinie in Hagendorn als Kompromiss zwischen einer klaren Begrenzung eines heiklen Gebietes und den Entwicklungsmöglichkeiten für ein Unternehmen.
Des Weiteren ist nachvollziehbar, dass die kantonalen Naturschutzgebiete nicht in einem fixen, sondern einem sinnvollen Turnus überprüft werden sollen. Die GLP unterstützt ebenfalls die Regelungen zu den BLN-Gebieten, die deren Einbezug analog zu anderen Inventaren wie dem ISOS im Sinne der Interessensabwägung festlegt.
Zur Koordination der Raumplanung mit der Störfallvorsorge: Die Votantin gibt ihre Interessensbindung bekannt; sie leitet die Planungs- und Bauabteilung der Gemeinde Ebikon und wird immer wieder mit solchen Themen konfrontiert. Die Störfallvorsorge gewinnt in den immer dichter besiedelten Gebieten an Bedeutung. Zu grossen Herausforderungen führen beispielsweise Kantonsstrassen, die durch Ortszentren führen. Im Bericht des Regierungsrats heisst es zwar, dass angrenzende Verdichtungen bei Strassen in der Regel zu keinen inakzeptablen Risiken führen. Trotzdem entsteht ein Aufwand für die Gemeinden und den Kanton. Und es wird nicht einfacher, es wird immer komplizierter. Nichtsdestotrotz stimmt die GLP dem Richtplaneintrag zu, ebenso der Rekultivierung von Neutal.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt dem Rat für die gute Aufnahme der Vorlage und der Kommission für die sachlich und fachlich intensive Diskussion. Den grundsätzlichen Bemerkungen des Kommissionspräsidenten ist leider zuzustimmen. Die Einflussnahme des Bundes in diesem Bereich – vor allem in der Raumplanung – ist besorgniserregend. Die Kantone müssen alles daran setzen, dass die Raumplanung nach wie vor in ihrer Hoheit bleibt. Dafür setzt sich sowohl die Baudirektorenkonferenz als auch der Kanton Zug ein. René Hutter, Chef der Raumplanung, arbeitet beispielsweise in massgeblichen Foren auf Stufe Bund mit und versucht auf diese Weise, die Vorstellungen der Kantone einzubringen. Eine Herausforderung ist das Tempo: Noch ist das RGB 1 nicht einmal in allen Kantonen vollzogen, und auf Stufe Bund hat bereits das RBG 3 gestartet, und zwar mit minimisten Vernehmlassungsfristen. Dagegen wehren sich die Kantone.
Zur Siedlungsbegrenzungslinie Hagendorn: In der Kommission sowie in der Baudirektion und der Regierung ist man sich bewusst, dass es sich nicht um ein Präjudiz handeln kann. Es soll eine Ausnahme sein und einen Kompromiss bzw. eine Win-win-Situation darstellen für Landschaft und zugerische Wirtschaft.
Zur Störfallvorsorge: Nicole Imfeld hat den Regierungsrat auf die bestehenden Risiken aufmerksam gemacht. Das ist richtig. So fährt jede Woche mindestens ein Vinylchlorid-Transportzug der SBB über ca. 27 Weichen in Rotkreuz. Dieser Gefahr muss man sich bewusst sein. Die Regierung sucht mit den Verantwortungsträgern in diesem Bereich die Koordination, um eine optimale Sicherheit in einem dicht überbauten Gebiet, wie es der Kanton Zug darstellt, zu realisieren.
Zu den Naturschutzgebieten: Der Regierungsrat möchte diese Gebiete nicht reduzieren, denn es sind Oasen für die Bevölkerung. Mit dem vorliegenden Entscheid soll die Wichtigkeit des Naturschutzes nicht geschmälert werden, vielmehr wird eine Verstärkung in diesem Bereich angegangen.
Zur Höherschüttung: Auch dies ist eine Win-win-Situation für die Landschaft, die betroffenen Bauern und die Kiesunternehmen. Der Rat hat somit einen weisen, klugen Entscheid getroffen.
Wahrscheinlich war dies die letzte Sitzung des Baudirektors in der Raumplanungskommission, die so einhellig und einstimmig vonstattenging. Bei den Themen, mit denen sich die Kommission in den nächsten Monaten beschäftigen wird, wird es

um die entscheidenden Fragen für die Zukunft des Kantons gehen. Es ist dabei an die Grundzüge der räumlichen Entwicklung zu denken: Wie gross soll der Kanton Zug werden? Wie sollen die Mobilitätsprobleme gelöst werden? Welche Haltung nimmt man in der Frage von Wohn-, Arbeits und Mischzonen ein? Auf all diese Fragen sind Antworten des Rats gefordert. Daraus abgeleitet muss festgelegt werden, wie diese Entwicklungen umgesetzt werden können. Erforderlich ist dazu ein Mittel im Raumplanungsgesetz, in der Verordnung. Was soll dort festgelegt werden? Wird man die gesetzgeberischen Mittel erhalten, um eine Verdichtung – die unbedingt notwendig ist, um die Entwicklung sicherzustellen – umzusetzen? Sind diese Fragen einmal beantwortet, geht es um das Eingemachte. Wie sieht die gesamte Verkehrskonzeption der Zukunft aus? Wie stellt man sich zu Grossprojekten wie zum Beispiel zum ZVB-Hauptstützpunkt oder zur zukünftigen Mittelschulplanung? Letztere ist davon abhängig, ob 148’000 oder nur 130’000 Bürgerinnen und Bürger im Kanton ansässig sind. Insbesondere die Raumplanungskommission wird in den nächsten Wochen und Monaten gefordert sein, und der Rat wird grundlegende Entscheide über die Zukunft des Kantons fällen müssen. Der Baudirektor geniesst somit noch einmal das Heimspiel bei dieser Vorlage und freut sich auf die kommenden intensiven Auseinandersetzungen in der Kommission und im Rat.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass nur eine einzige Lesung erfolgt.

**Richtplan**

*S2 Siedlungsbegrenzungslinie (Karte)*
*L 5.1 Kantonale Naturschutzgebiete*
*L 5.1.1*
*L 5.1.2*
*L 7.2 BLN-Gebiete*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegenden Anträge.

*L 7.2.1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Kommission einen abweichenden Antrag (Streichung des letzten Satzes) stellt. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission.

*L 7.2.2*
*L 7.2.3*
*E 10.1 Störfallrisiko*
*E 10.1.1*
*E 10.1.2*
*E 10.1.3*
*E 11.2 Vorhaben*
*E 11.2.1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die vorliegenden Anträge.

**Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Vorlage: 2689.2 - 15322)**

***Titel und Ingress***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

***Teil I***
*§ 1 Bst. a–e*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

***Teil II*** *(Fremdänderungen)*
***Teil III*** *(Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 66 zu 0 Stimmen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**783** Traktandum 3.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend transparente Zahlen zu den ausgesprochenen Landesverweisungen und vollzogenen Ausschaffungen im Kanton Zug**
Vorlage: 2742.1 - 15438 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an das Obergericht zu Bericht und Antrag.

**784** Traktandum 3.2: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Schulpsychologischen Dienstes**
Vorlage: 2743.1 - 15441 (Motionstext).

**Peter Letter** teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion nicht zum Inhalt der Motion äussert. Vielmehr geht es um das Verfahren. Der Bericht zu dieser Motion sollte wie üblich durch den Regierungsrat verfasst werden. Es ist der Bildungsdirektion zuzutrauen, dass sie dem Rat eine Diskussionsgrundlage liefert, die es erlaubt, über eine Erheblicherklärung der Motion zu entscheiden. Somit stellt die FDP-Fraktion den **Antrag,** dass der Bericht nicht durch eine Kommission – sei dies eine Ad-hoc-Kommission oder die Bildungskommission – erstellt wird, sondern durch den Regierungsrat. Für den Fall, dass dieser Antrag abgelehnt wird, stellt die Fraktion den **Eventualantrag,** dass der Bericht durch die Bildungskommission erstellt wird und nicht durch eine Ad-hoc-Kommission. Eine Überweisung der Motion wird unterstützt.

**Hubert Schuler,** Sprecher der SP-Fraktion, hält fest, dass die SVP-Fraktion in ihrer Motion beantragt, eine Ad-hoc-Kommission zu beauftragen, den Bericht und Antrag zur Aufhebung des Schulpsychologischen Dienstes (SPD) zu erarbeiten. In der Begründung der Motion wird aufgeführt, dass es den SPD noch nicht so lange gibt. Das Angebot des SPD gibt es seit 44 Jahren. Die Ratsmitglieder können selber entscheiden, ob dies nun lange oder nicht so lange ist. Zusätzlich wird die Behauptung aufgestellt, dass durch die staatlich angestellten Psychologen gesunde Kinder geschwächt und zu einem Therapiefall würden, wenn Abklärungen stattfinden würden. In der ganzen Begründung zur Motion scheint es den Motionären nicht klar, was der SPD genau macht, wie die Abläufe für eine allfällige Abklärung verlaufen und wie lange es den SPD überhaupt gibt. Mit der Behauptung, dass mit der Abschaffung des SPD Geld gespart werden kann, hauen die Motionäre dem Fass den Boden raus. Wenn jemand Steuern optimieren will, geht diese Person zu einem Treuhänder oder Banker, sicher nicht zu einem Schuhmacher oder Zahnarzt. Wenn Kinder oder Erwachsene Lernstörungen oder -beeinträchtigungen haben, ist es folgerichtig, dass Hilfe beim SPD gesucht wird. Wenn die Motionäre weiter behaupten, dass es genügend Angebote von psychologisch ausgebildeten Fachpersonen im Kanton Zug für Kinder geben würde (die nicht Staatsangestellte sind wie beim APD-KJ), sind sie einem weiteren grossen Irrtum aufgesessen. Ich hoffe für sie als Väter oder vielleicht später als Grossväter, dass sie nie in die Situation kommen, in der sie für ihr Kind oder Grosskind eine psychologische Betreuung brauchen, denn erst dann werden sie sehen, dass das Angebot in keiner Weise reicht. Deshalb stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen.

Des Weiteren stellt die SP-Fraktion zwei **Eventualanträge:**
1. Falls es eine Überweisung gibt, soll die Motion an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen werden.
2. Falls es eine Überweisung gibt und der erste Eventualantrag abgelehnt wird, soll die Motion an die Bildungskommission zu Bericht und Antrag überwiesen werden.
Eine Ad-hoc-Kommission ist das falsche Instrument für dieses Anliegen. Die Bildungskommission hat viel Know-how im Bereich Schule und Unterricht, und es ist nicht effizient, wenn eine separate Kommission eingesetzt wird.

**Esther Haas,** Sprecherin der ALG, führt aus, dass der SPD 1973, also vor 44 Jahren, errichtet wurde. In der heutigen Form besteht der SPD seit 1988, nach einer Zusammenführung des SPD der Stadt Zug, dem SPD des Kantons Zug und dem Schultherapeutischen Dienst des Kantons Zug. Der SPD ist im Schulgesetz unter § 44 als kantonaler Schuldienst verankert. In der Verordnung zum Schulgesetz sind die Aufgaben des SPD klar beschrieben. Der SPD nimmt eine wichtige schützende Funktion für Schülerinnen und Schüler ein, damit nicht unnötig Massnahmen mit weitreichenden Auswirkungen von der Schule vor Ort getroffen werden können. Der SPD ist eine von Eltern und Lehrpersonen akzeptierte und geschätzte Fachstelle der Direktion für Bildung und Kultur.
Jetzt soll auf die Schnelle – mit dieser Motion – eine bewährte und wirklich sinnvolle Institution abgeschafft werden – das darf doch schlicht nicht wahr sein!
Man kann sich nur vorstellen, dass die Motionäre durch eine punktuelle Betroffenheit zur Feder gegriffen haben. Denn hätten sie sich wirklich mit der Sachlage auseinandergesetzt, dann wäre es doch klar, dass der SPD eine wichtige, unverzichtbare Aufgabe erfüllt. Über eine Abschaffung darf deshalb nicht einmal laut nachgedacht werden, und auch die ALG stellt den **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion.

**Andreas Hausheer** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig der Meinung ist, dass die Motion überwiesen werden soll, jedoch an den Regierungsrat und nicht an eine Ad-hoc-Kommission. Die Möglichkeit einer Überweisung an eine Ad-hoc-Kommission besteht zwar in der Geschäftsordnung, wurde aber unter anderem für den Fall erstellt wie beispielsweise bei den Problemen im Bereich Informatik, als man der Regierung nicht mehr zutraute bzw. ihr die Fähigkeit absprach, einen sinnvollen Bericht zu erstellen. Es ist nicht davon auszugehen, dass die SVP der Bildungsdirektion diese Fähigkeit im vorliegenden Fall abspricht. Damit gibt es keinen Grund, die Motion nicht auf dem üblichen Weg der Regierung zu überweisen.
Was das Abstimmungsprozedere betrifft, so sollte zuerst die Frage geklärt werden, an wen die Motion überwiesen werden soll, d. h. an den Regierungsrat oder an eine Kommission. Erst in einem zweiten Schritt sollte darüber abgestimmt werden, ob die Motion überhaupt überwiesen wird. Wenn entschieden wird, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen, wird die CV-Fraktion einstimmig zustimmen.

**Manuel Brandenberg** führt aus, warum die SVP-Fraktion eine Überweisung an eine Ad-hoc-Kommission fordert. Es ist klar voraussehbar, wie das Ergebnis des Berichts und Antrags ausfallen wird, wenn diese von der Bildungsdirektion erarbeitet wird. Der Schulpsychologische Dienst ist dort angesiedelt, die Schulpsychologen arbeiten dort und werden natürlich auch in die Ausarbeitung des Berichts miteinbezogen. Vielleicht entwerfen sie diesen sogar selbst. Das führt zu einer Farce, da es ohnehin einen Antrag auf Nichterheblicherklärung geben wird. Wenn das Thema durch eine Ad-hoc-Kommission bearbeitet wird, ist der Fächer offen. Es handelt sich um eine parlamentarische Kommission, die den Bericht und Antrag erstellt; natürlich mit Einbezug der Bildungsdirektion und des Schulpsychologischen Dienstes.

Vor diesem Hintergrund hält die SVP-Fraktion am Antrag fest, dass die Motion an eine Ad-hoc-Kommission überwiesen werden soll. Selbstverständlich traut die SVP ihrem Regierungsrat bzw. ihren beiden Regierungsräten nur allerbeste Arbeit zu, schliesslich sind sie beide Tausendsassas. Aus genannten Gründen fordert die SVP-Fraktion aber trotzdem eine Ad-hoc-Kommission.
Zum Eventualantrag einer Überweisung an die Bildungskommission: Sollte der Rat der Überweisung an eine Ad-hoc-Kommission nicht zustimmen, ist es vorstellbar, dass viele Mitglieder der SVP-Fraktion sich damit einverstanden erklären würden. Es wurde in der Fraktionssitzung jedoch nicht besprochen.
Zum Votum von Esther Haas, die gesagt, man dürfe nicht einmal darüber nachdenken, den Schulpsychologischen Dienst aufzuheben: Ein Denkverbot im Rat? Das passt vielleicht ein wenig in die Richtung, aus der ihre Partei herkommt. Doch in diesem Land und in diesem Kanton sollte man frei denken können. Es darf auch laut über alles nachgedacht werden.

**Zari Dzaferi** geht davon aus, dass Manuel Brandenberg in der letzten Zeit einige Reden von Donald Trump gesehen und gehört hat mit den stetigen Wiederholungen im Stile von «grossartig, grossartig, …». Es war sehr interessant, nun noch eine deutsche Variante hiervon zu hören. Ein grosses Lob an Manuel Brandenberg, der dies hervorragend inszeniert hat. *(Der Rat lacht.)*
Eine Überweisung an die Bildungskommission macht Sinn; sie ist nicht befangen und wird nicht per se zum Schluss kommen, die Motion sei nicht erheblich zu erklären. Überlegt man sich, aus welchen Ratsmitgliedern eine Ad-hoc-Kommission bestehen sollte, so wären das ebenfalls diejenigen, die sich mit dem Thema Bildung auseinandersetzen.
Es würde also nicht sehr viel ändern. Frei denken ist selbstverständlich richtig. Der Votant selbst wird einer Überweisung der Motion auch zustimmen, obwohl ihn deren Qualität nicht überzeugt. Rückblickend wurden jedoch oftmals Motionen von links per se einfach nicht überwiesen. Auch in diesen Fällen wäre es angebracht gewesen, über die entsprechenden Themen zu diskutieren. Folglich besteht kein Grund, dass Manuel Brandenberg nun die Moralkeule schwingt.
Es wird spannend sein, welche Haltung die Regierung zum Thema SPD einnehmen wird. Es ist zu erwarten, dass die Motion schlussendlich nicht erheblich erklärt wird, da die Gründe, warum es den SPD braucht, stichhaltig sind.

**Silvia Thalmann** würde es begrüssen, wenn der Rat den ordentlichen Weg einschlagen und die Motion dem Regierungsrat überweisen würde. Manuel Brandenberg hat erwähnt, dass auch eine Überweisung an die Bildungskommission eine Option wäre. Als Präsidentin der Bildungskommission hat sich die Votantin bereits Überlegungen zu einem möglichen Vorgehen gemacht. Sie würde die betroffene Direktion einladen und um eine Stellungnahme des Schulpsychologischen Dienstes bitten. Das Vorgehen wäre also sehr ähnlich wie bei einer Überweisung an den Regierungsrat.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat beschliesst mit 49 zu 19 Stimmen, dass die Motion nicht an eine Ad-hoc-Kommission, sondern an die Bildungskommission überwiesen würde.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat beschliesst mit 16 zu 54 Stimmen, dass die Motion nicht an die Bildungskommission, sondern an den Regierungsrat überwiesen würde.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat beschliesst mit 47 zu 21 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

**785** Traktandum 3.3: **Interpellation von Barbara Gysel, Karen Umbach und Hans Baumgartner betreffend Wiedergutmachung für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen: Was unternimmt der Kanton Zug?**
Vorlage: 2741.1 - 15433 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**786** Traktandum 3.4: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Park + Ride**
Vorlage: 2748.1 - 15447 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**787** Traktandum 3.5: **Interpellation von Philip C. Brunner und Daniel Stadlin betreffend Kantons- und Gemeindefinanzen im Zusammenhang mit dem «Sparpaket 2018» und dem Prozess «Finanzen 2019» sowie der vom Regierungsrat erwogenen Steuererhöhung**
Vorlage: 2751.1 - 15451 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

Die Beratungen werden an dieser Stelle unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Beilage (nur elektronisch):**
Report der Abstimmungsergebnisse: https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

55. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 1. Juni 2017 (Nachmittag)
Zeit: 14.10 – 17.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**788 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 74 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Richard Rüegg, Zug; Laura Dittli, Oberägeri; Iris Hess-Brauer, Unterägeri; Beni Riedi, Baar; Silvan Renggli und Beat Sieber, beide Cham.

TRAKTANDUM 8
**Geschäft, das am 4. Mai 2017 nicht behandelt werden konnte:**

**789** Traktandum 8.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Änderung des Schulgesetzes; Genehmigung des Lehrplans durch das Parlament als Repräsentantin der Stimmbürger**
Vorlagen: 2654.1 - 15242 (Motionstext); 2654.2 - 15411 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Jürg Messmer** spricht als Vertreter der Motionärin. Die Regierung will dem Rat klar machen, dass alles in bester Ordnung und alle Anliegen der Motion bereits erfüllt oder auf dem besten Weg dazu seien. Allerdings sind etwa bei Punkt 5 betreffend neutrale Wissensbildung doch einige Fragezeichen zur Antwort der Regierung zu setzen. Es wäre schön, wenn die Neutralität tatsächlich so hoch wäre, wie der Regierungsrat schreibt. So ist etwa auf die Einmischung in die Ernährungsfrage hinzuweisen: Chips sind auf dem Pausenplatz nicht erwünscht, Rüebli aber schon; Bananen sind ungesund, da zu süss, besser wäre ein Apfel; weisses Brot ist verpönt, wenn schon Brot, bitte nur Vollkorn und sicherlich nicht mit Konfitüre bestrichen. Aber auch im Unterricht ist von einer gewissen Zurückhaltung nicht viel zu spüren. Wenn es um politische Parteien geht, ist klar, welche Partei von den Lehrpersonen von vornherein schlecht gemacht wird. Das hat der Votant anlässlich eines Schulbesuchs im Kanton Zug selber erlebt − die Lehrerin wusste wohl nicht, dass er damals Parteipräsident der SVP Stadt Zug war. Da ist die Einmischung doch sehr gross − und die Neutralität leider eher klein.
Bei Punkt 6.1 verweist der Regierungsrat auf die Kantonsratssitzung vom 10. April 2014. Der Votant kann garantieren, dass das Resultat dieser Abstimmung − würde

sie nochmals durchgeführt − heute anders aussehen würde. Denn wie der Regierungsrat richtig erkannt hat, gelangen die Inhalte der Lehrpläne immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit. Daher möchte der Regierungsrat offenbar die vollumfänglichen und weitreichenden Kompetenzen des Bildungsrats leicht beschneiden − und diese an sich reissen. Eine Genehmigung durch den Kantonsrat lehnt er aber klar ab. Das erzeugt das ungute Gefühl, der Regierungsrat habe Angst vor einer externen Kontrolle durch den Kantonsrat. Das ist verständlich, ist doch jedermann irgendwie «Experte», wenn es um die Schule geht: Jeder hat schon einmal eine Schule von innen gesehen, alle haben zumindest ein Grundwissen in Mathematik, Deutsch, sowie Mensch und Umwelt − und fast jeder weiss heute, wie man es damals hätte besser machen können.
Aus Sicht der SVP-Fraktion spricht nichts gegen eine Kontrolle des Bildungsrats und gegen die Genehmigung der Zuger Lehrpläne durch den Kantonsrat. Es spricht also nichts gegen die vorliegende Motion, weshalb der Votant − wohl für niemanden überraschend − im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag** stellt, die Motion erheblich zu erklären. Auch wenn man sich in der Bevölkerung umhört, nimmt man einen gewissen Unmut wahr, gerade in Zusammenhang mit dem Lehrplan 21. Es ist allerdings nicht nur der neue Lehrplan, der kritisiert wird, sondern das ungute Gefühl betrifft allgemein das Verhalten der Schule gegenüber der Bevölkerung. Man hat oft das Gefühl, dass im Hinterstübli etwas beschlossen werde, das dann von den Lehrpersonen umgesetzt wird − und Leidtragende sind oft die Eltern oder die Schulkinder. Die Eltern deshalb, weil sie es nicht wagen, ein Problem bei der Lehrperson anzusprechen, denn leider muss man in einem solchen Fall mit Repressalien gegenüber dem eigenen Kind rechnen. Das will man seinem Kind nicht antun und lässt es deshalb lieber sein. Man geht sechs bzw. neun Jahre durch das Schulsystem und macht die Faust im Sack, in der Hoffnung, dass es irgendwann gut wird. Hier könnte der Kantonsrat etwas Gegensteuer geben. Der Votant bittet deshalb, die Motion erheblich zu erklären. Man verbaut sich dadurch nichts.

**Rita Hofer** spricht für die ALG-Fraktion und legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie arbeitet mit den Lehrplänen des Kantons Zug, in Zukunft also mit dem Lehrplan 21. Eine Debatte über einen Lehrplan im Kantonsrat will sich die Votantin lieber nicht vorstellen. Der Zeitaufwand, wenn der Rat jede Kompetenz zerpflücken wollte, und die damit verbundenen Kosten wären wohl sehr gross. Zu Jürg Messmer: Die Motion bezieht sich explizit auf den Lehrplan und nicht auf andere Punkte, die in Zusammenhang mit der Schule kritisiert werden. Die Votantin äussert sich deshalb ausschliesslich zur Thematik Lehrplan.
Johann Heinrich Pestalozzi, der die Bildung geprägt und bei allen Reformen nicht an Aktualität eingebüsst hat, hat sich für eine ganzheitlichen Bildung stark gemacht: Kopf, Herz und Hand. Das Kind in seiner Entwicklung steht im Zentrum. An diesem Grundsatz wird zwar immer noch festgehalten, aber es hat sich klar eine Verschiebung zu den kopflastigen Fächern ergeben. Die Forderungen an die Bildung, die vor allem von Bildungsfachleuten, aber auch von der Wirtschaft vorgebracht und von der Politik abgesegnet wurden und in der Folge in den letzten Jahren zu einer wahren Reformitis führten, sind so eingelöst worden. Heute stellt sich die Frage: Wie weit hat man sich den Zielen annähern können, oder driftet das ganze System gar noch mehr auseinander? Dass sich hier jeder als Berater der Schule zu erkennen gibt und genau weiss, was zu tun wäre, zeigt sich auch im Anliegen der Motion. Diese greift aber nur sehr oberflächlich, wenn sie nur ein Schrauben am Lehrplan fordert. Man kann noch so viel messen, zählen, wägen − die Sau wird nicht fetter.
Eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage «Was ist überhaupt ein gebildeter Mensch?» würde sich lohnen. Geht es nach der messbaren Leistung, die in die

Köpfe abgefüllt werden kann, um dann an Prüfungen als Gelerntes wieder abgerufen werden zu können? Oder sind es Menschen, denen das Gelernte dazu dient, sich mit der Umgebung auseinandersetzen, Fragen stellen und Zusammenhänge erkennen zu können? Menschen, die ein Verantwortungsbewusstsein entwickeln und sich in der Gesellschaft und im Berufsalltag gut integrieren können? Es ist unbestritten, dass Allgemeinwissen und die elementaren Kulturtechniken ein solides Fundament sind und in Form von Bildungszielen festgelegt werden. Was ist aber mit den persönlichen Qualitäten und Fähigkeiten, etwa Disziplin, Leistungsbereitschaft, Motivation, Neugier, Kreativität und Sozialkompetenz, die nicht messbar, aber für das gesellschaftliche Zusammenleben von grosser Bedeutung und für die spätere, berufliche Tätigkeit nötig sind? Umbauten im gesamten Bildungssystem − Stichwort Berufsbildung oder Bologna −, das digitale Zeitalter und die gesellschaftlichen Ansprüche fordern heraus. Die Bildungsverantwortlichen müssten längst erkannt haben, dass das Gras nicht schneller wächst, wenn man daran zieht.
Die Schule muss heute anders verstanden werden, als viele sie in Erinnerung haben. Ansätze der Stoffvermittlung sind: Bezug zum Alltag und zu Bekanntem herstellen, Dinge verstehen lernen, Sachen vernetzt betrachten, Zusammenhänge erkennen. Es ist nicht einfach auswendiglernen, eine Prüfung schreiben − und dann alles hinter sich lassen. Nach heutigem Verständnis baut Lernen auf dem Vorwissen auf, das mit zusätzlichem Wissen erweitert wird bis hin zum Verstehen von komplexen Zusammenhängen. Das hat nichts mit ideologischer Vereinnahmung zu tun. Es richtet sich auf lebenslanges Lernen aus. Damit die Eltern Einblick in diese Lernprozesse haben, ist eine Zusammenarbeit der Lehrpersonen mit den Erziehungsberechtigten sehr wichtig.
Entwicklungen sind Prozesse, die aufgrund einer intensiven Auseinandersetzung mit der Sache entstehen. Die Bildungsziele auf die heutigen Anforderungen hin zu überprüfen und die richtigen Schlüsse zu ziehen, muss man den Bildungsfachleuten überlassen. Diese müssen sich aktuell mit kritischen Fragen auseinandersetzen. Das bedeutet nicht, dass Interessierte sich dazu nicht äussern dürfen. Es würde genügend Gelegenheit geben, um über die heutige Schule ins Gespräch zu kommen, wenn das wirklich gewünscht wäre. Der Anlass «Forum Gute Schulen» am 11. März war eine solche Möglichkeit, um mit Bildungsverantwortlichen ins Gespräch zu kommen. Die Votantin hat sich an diesem Anlass gefragt, wo alle Mitglieder der Bildungskommission waren. Da gab es doch Gelegenheit, sich mit den Verantwortlich auszutauschen. Ein solcher Austausch mit allen Beteiligten, die sich mit Bildung beschäftigen und sich dafür interessieren, erachtet die Votantin als sehr wichtig und wünschenswert. Ein weiterer Anlass war eine Buchvernissage am 2. Mai an der PH Zug über «Bildung und Wirtschaft». Dabei haben sich verschiedene Personen aus Bildungs- und Wirtschaftskreisen Gedanken gemacht und sich kritisch mit der Frage auseinandergesetzt, was die Errungenschaften gebracht haben. Wie weit entsprechen die Reformen noch einer humanistischen Bildung? Kann Bildung effizient sein, also in gleicher Zeit noch mehr in die Köpfe füllen oder in kürzerer Zeit die gleiche Stoffmenge verarbeiten? Das sind Fragestellungen, die nicht in einer politischen Debatte abgehandelt werden können.
Die Schule darf nicht zum Spielball der Politik werden. Man darf die Kinder, die von solchen Entscheiden direkt betroffen wären, nicht der Willkür und den Mehrheitskämpfen aussetzen, welche diese Motion mit sich bringen würde. Grundsätzlich steht das Kind in seiner Entwicklung im Zentrum. Wenn man diesen Fokus verliert, kann man sich im Seilziehen und in Machtkämpfen messen. Mit einer vernünftigen Sachpolitik hat es dann wohl nichts mehr zu tun. Eine Umsetzung des Begehrens der Motionäre würde nach der Beurteilung des Regierungsrats auch dem Prinzip der Gewaltenteilung widersprechen. Die ALG ist überzeugt, dass die Festlegung

der Unterrichtsziele für die einzelnen Klassen der gemeindlichen Schulen weiterhin eine Vollzugsaufgabe des Regierungsrats sein muss. Sie unterstützt daher die Nichterheblicherklärung der Motion.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Die Regierung zeigt in ihrem Bericht nachvollziehbar auf, warum der Kantonsrat diese Motion ablehnen sollte. Der triftigste Grund für die SP-Fraktion ist, dass der Kantonsrat bei einer Umsetzung des Motionsbegehrens eine Vollzugsaufgabe übernehmen würde, was dem Prinzip der Gewaltenteilung widerspricht. Die SP fragt sich aber auch, wie sinnvoll es ist, im Rat mehrere hundert Seiten Lehrplan zu durchforsten und über einzelne Lernziele zu diskutieren. Der Votant wagt zu behaupten, dass der Rat erstens nicht sehr weit kommen und sich zweitens bei wohl manchen Lernzielen nicht einig sein würde. Überdies werden die Zuger Kinder im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 an Lernzielen arbeiten, die überkantonal festgelegt werden, was grundsätzlich nicht falsch ist. Es ist daher sinnvoller, dass ein kleineres Gremium über Lehrpläne und Schulinhalte diskutiert und diese festlegt. Der Bildungsrat widerspiegelt in etwa ja die Parteienstärke im Regierungsrat, und damit sollten in ihm auch die parteipolitischen und ideologischen Haltungen vertreten sein. Der Bildungsrat ist also nicht zwingend ein Fachgremium, sondern eher ein politisches Gremium. Es liegt damit in der Verantwortung der im Regierungsrat vertretenen Parteien, die «richtigen» Leute in den Bildungsrat zu entsenden. Und es ist wohl einfacher, wenn sieben Personen über den Lehrplan diskutieren, als wenn achtzig Personen dies tun würden.
Die SP-Fraktion und auch der Votant persönlich plädieren aus diesen Überlegungen dafür, die Motion nicht erheblich zu erklären. Der Votant glaubt auch nicht, dass der von Jürg Messmer angesprochene Unmut in der Bevölkerung verhindert werden könnte, wenn nicht der Bildungsrat, sondern der Kantonsrat den Lehrplan absegnen würde. Unmut entsteht vor allem dann, wenn ein Konzept nach wenigen Jahren bereits wieder über den Haufen geworfen und durch ein neues abgelöst wird, das seinerseits nach wenigen Jahren erneut ersetzt wird. Am Ende geht es ohnehin um einige wenige Grundkompetenzen. Ob man ein Ziel so oder anders formuliert, spielt keine zentrale Rolle. Jene im Rat, welche Lehrlinge einstellen, wissen es: Man wählt lieber jene Person, die pünktlich, engagiert und sozialkompetent ist, als jene, die das eine oder andere Lernziel besser erfüllt hat.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Dass die SVP grosse Vorbehalte gegen den Lehrplan 21 hat, ist allgemein bekannt. Um dessen Einführung zu verhindern, reichte und reicht sie in verschiedenen kantonalen Parlamenten Vorstösse ein, bisher ohne Erfolg. Auch in Zug beschäftigt sich das Parlament nicht zum ersten Mal mit dem Lehrplan 21. Die Motion der SVP zielt darauf ab, die Kompetenzen für die Genehmigung des Lehrplans beim Parlament anzusiedeln. Die politische Betrachtung würde damit gegenüber der fachlichen an Bedeutung gewinnen. Dass dies nicht immer zu überzeugenden Ergebnissen führt, kann an der vorliegenden Motion exemplarisch gezeigt werden. So fordert die SVP unter anderem Jahrgangsziele. Das ist jedoch wenig sinnvoll, denn wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Kinder und der individuellen Förderung müssen Ziele pro Lernphase und nicht pro Jahrgang festlegt werden. «Ziel dieser Motion ist es, dass im Bildungswesen weniger experimentiert, dafür mehr unterrichtet wird», so umschreiben die Motionäre ihre Intention. Der Kantonsrat soll es richten, und da die Beschlüsse des Kantonsrats zum Lehrplan und der Stundentafel dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollen, wäre im Kanton Zug der Weg frei für eine Volksabstimmung über den Lehrplan 21. Man erinnert sich: Am 21. Mai 2017 verwarf das Stimmvolk des Kantons Solothurn mit 65,6 Prozent die Volksinitiative «Ja zu einer

guten Volksschule ohne Lehrplan 21» deutlich. Solothurn ist damit der sechste Kanton, in dem die Gegner mit Initiativen gegen den Lehrplan 21 gescheitert sind. Abgelehnt wurden ähnlich lautende Initiativen auch in Aargau, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Schaffhausen und Thurgau.
Mit der vorliegenden Motion strebt die SVP eine Vielzahl von Änderungen im Bildungsbereich an. In weiten Teilen kann die CVP der Argumentation des Regierungsrats folgen, aber nicht in allen. Die SVP macht eine ideologische Vereinnahmung von Schülerinnen und Schüler durch Lehrpersonen aus und möchte dieser den Riegel schieben. In der CVP-Fraktion wurde dieses Thema intensiv diskutiert und anhand von Beispielen aufgezeigt, wie Lehrpersonen ihre Fürsorgepflicht missbrauchen. Es ist zu begrüssen, wenn Lehrpersonen Stellung beziehen. Wenn diese Stellungnahmen jedoch wiederholt stark ideologisch gefärbt sind − ganz unabhängig von der politischen Couleur −, muss dem Einhalt geboten werden. Ob dazu die gesetzlichen Grundlagen angepasst werden müssen, kann man sich fragen. Entscheidend ist hingegen, wie die vorgesetzten Instanzen auf einen solchen Missstand aufmerksam werden und wie sie darauf regieren. Werden die Anliegen ernst genommen oder bagatellisiert? Die CVP bittet den Bildungsdirektor, dieser Thematik seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
Die Votantin gibt kein Geheimnis preis, wenn sie erwähnt, dass die Kompetenzen und Beschlüsse des Bildungsrats auch in der CVP immer wieder kontrovers diskutiert wurden und werden. Statt die Kompetenzen des Bildungsrats zu beschneiden, wie es die SVP vorschlägt, hat sich die CVP für die Stärkung des Kantonsrats in Bildungsthemen entschieden. Sie hat sich massgeblich für die Schaffung einer Bildungskommission eingesetzt. Die Beschlüsse des Bildungsrats polarisieren auch heute noch. Jüngstes Beispiel ist die Festlegung der Stundentafel. Obwohl alle elf Gemeinden, sämtliche schulnahen Gremien und fünf von sechs politischen Parteien die Integration der individuellen Förderung ins Unterrichtspensum verlangten, entschied die Bildungskommission anders. Dies ist sachlich schwer nachvollziehbar und führt bei den Schulpräsidenten und ihren Sachverständigen verständlicherweise zu Frustration. Die CVP beobachtet diese Situation mit Sorge und bittet den Regierungsrat um eine Stellungnahme dazu. Der Bildungsrat soll einen konstruktiven Dialog mit den Gemeinden führen und deren Fachwissen Rechnung tragen. Sonst besteht die Gefahr, dass er sich selbst ins Abseits manövriert.
Die Regierung beabsichtigt, die Kompetenzen des Bildungsrats in Bezug auf die Lehrplangestaltung einzuschränken. Die CVP begrüsst es, wenn neu der Regierungsrat die Lehrpläne genehmigen wird. Er erhofft sich dadurch politisch und fachlich ausgewogene Lösungen. Die Kompetenz für dieses Geschäft beim Kantonsrat anzusiedeln, erachtet die CVP jedoch als falsch. Sie wird deshalb dem Antrag des Regierungsrats folgen und die SVP-Motion nicht erheblich erklären.

**Daniel Stadlin:** Im Bildungswesen solle weniger experimentiert werden, sagen die Motionäre. Mit ihrer Forderung nach Einführung von Lehrplänen mit Jahrgangszielen für die einzelnen Unterrichtsfächer tun sie aber genau das: Sie wollen an der Schule herumexperimentieren. Bei ihrem Anliegen gehen sie vom Unterrichtsmodell aus, bei dem das Ideal der homogenen Gruppe existiert und der Unterricht daher − um das Schulsystem zu verbessern − auf den imaginären «Durchschnittsschüler» zu fokussieren sei. Tatsache ist jedoch, dass sich mit der Heterogenität der heutigen Gesellschaft auch die Schule enorm gewandelt hat. Heute sitzen in der gleichen Klasse Kinder aus allen Kulturen der Welt, in unterschiedlichem Alter, mit verschiedenem Vorwissen sowie unterschiedlichem Lerntempo und Lernverhalten. Jahrgangsziele würden allen diesen Voraussetzungen nicht gerecht. Der Kanton Zug hat bereits mit dem noch bis Sommer 2018 gültigen Lehrplan ein gutes Werk-

zeug geschaffen und mit dem Konzept «Beurteilen und Fördern» professionelle Verbindlichkeiten eingeführt. Mit den vom Kanton als Kontrollinstanz durchgeführten Evaluationen wird die Umsetzung überprüft und mit individuellen Massnahmenplänen weiter verbessert. Der Lehrplan 21 mit seinen Kompetenzen in den verschiedenen Bildungsbereichen ist die sinnvolle Fortsetzung davon. In ihm geht es nicht nur − wie von den Motionären gefordert − um Grundansprüche wie Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern auch um Basisfunktionen wie etwa Hören, Verstehen und Begreifen.
Mit dem Bildungsrat als strategische Instanz, den bestehenden Lehrplänen, dem Konzept «Beurteilen und Fördern» und den externen Evaluationen ist eine gute Qualität der Schule weiterhin gewährleistet. Mit der Einführung des Lehrplans 21 wird zudem auch die Forderung der Motionäre nach interkantonal abgestimmten Lernzielen erfüllt. Mit der Motion hingegen wäre der Kanton Zug interkantonal nicht mehr kompatibel und würde zu einer mikrokosmischen Bildungsinsel. Auch würde das Umsetzen des Motionsanliegens enorme Kosten verursachen − ohne erkennbaren schulischen und gesellschaftlichen Mehrwert. Die GLP unterstützt die Nichterheblicherklärung der Motion und bittet den Rat, dasselbe zu tun.

**Willi Vollenweider** dankt für die vielen Loblieder auf den Lehrplan 21. Es lohnt sich aber, etwas hinter dessen Kulissen zu schauen. Um den Lehrplan 21 geht es ja bei dieser Motion.
Woher kommt der Lehrplan 21 eigentlich? Wer übernimmt die Verantwortung für dieses bildungspolitische Experiment? Ist dieser Lehrplan überhaupt demokratisch legitimiert? Was bedeutet dieses Beispiel für das demokratische Staatswesen? Es ist nicht ganz einfach, das alles herauszufinden. Es ist aber sehr wichtig, vor allem für die Interpretation des regierungsrätlichen Berichts und um die Motion in ihrer Konsequenz zu verstehen. Die Antwort auf diese Fragen − der Votant zitiert hier teilweise aus einem Leserbrief vom 16. Mai 2017 in der «Basler Zeitung», geschrieben von einem FDP-Landrat und Direktor einer Wirtschaftskammer − liegt im sogenannten «Haus der Kantone». Dieses wurde vor neun Jahren als Sekretariat der verschiedenen kantonalen Direktorenkonferenzen angedacht. Seither hat es sich in rechtsstaatlich bedenklicher Weise entwickelt. Statt sich auf seinen ursprünglichen Auftrag zu fokussieren, hat es seine Aufgaben stetig ausgebaut. Mit dem wachsenden Stab an teuren Angestellten und unter dem Deckmantel der sogenannten Harmonisierung umgeht das Haus der Kantone die Legislative. In Hülle und Fülle wurden de facto bindende Kreisschreiben und andere Bestimmungen erarbeitet. Damit ist das parlamentarische Prozedere ausgehebelt und der demokratische Prozess untergraben worden. Das grenzt an ein totalitäres Staatsverständnis. Der zu Recht in allen Parteien kontrovers diskutierte Lehrplan 21 kam nie vor das Schweizer Parlament, sondern basiert auf einem nicht demokratisch abgestützten Beschluss der Konferenz der Erziehungsdirektoren aus dem Haus der Kantone. Demokratie wird so ad absurdum geführt. Das Resultat kann man in der vorliegenden regierungsrätlichen Antwort nachlesen. Hier wird sogar von Gewaltenteilung und dergleichen berichtet. Über Trivialitäten aller Art lässt man den Kantonsrat abstimmen, nicht aber, wenn es um das Schicksal und um die Zukunft der Kinder geht. Die Haltung des Regierungsrats ist grotesk, und der Votant ist wirklich schockiert.
Zurück zur Quelle des Lehrplans 21, dem Haus der Kantone als Sekretariat der kantonalen Direktorenkonferenzen: Wieviel kostet dieses amoklaufende sogenannte Sekretariat den Steuerzahler? Für Sekretariatsarbeiten verbucht das Haus der Kantone jährlich mehr als 45 Millionen Franken. Wieviel der Kanton Zug jährlich an diese aus dem Ruder gelaufene Organisation zahlt, ist dem Votanten nicht bekannt. Klar ist ihm nur, dass jeder Franken einer zu viel ist. Wenn sich ein Ableger

der Verwaltung derart als Gesetzgeber aufbläht wie das Haus der Kantone und die EDK in den vergangenen Jahren, dann läuft im Staat definitiv etwas schief. Das Haus der Kantone hebelt die Demokratie aus. Es entmachtet die demokratisch gewählten Kantonsparlamente immer mehr. Wie immer passiert das schleichend über viele Jahre hinweg. Das darf der Kantonsrat nicht zulassen, und schon aus diesem Grund muss er die Motion unbedingt erheblich erklären. Sonst muss er sich über weitere Konsequenzen nicht wundern. Der Votant macht sich grosse Sorgen.
Es ist richtig, dass der Lehrplan 21 als Gesamtes zu umfangreich ist, um als Geschäft in einem Kantonsparlament behandelt zu werden. Was es dazu braucht, ist ein Rahmenlehrplan. Der Votant ist seit vielen Jahren Mitglied der kantonalen Mittelschulkommission. Dort gibt es Rahmenlehrpläne, und es gab nie Schwierigkeiten, diese zu verstehen, zu bewältigen und zu beurteilen. Es braucht also eine Kurzfassung, nicht mehrere hundert Seiten Detaillehrpläne, wie es beim Lehrplan 21 leider der Fall ist.

**Beat Unternährer** spricht für die FDP-Fraktion und empfiehlt in deren Namen, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion der SVP-Fraktion nicht erheblich zu erklären. Erst kürzlich, bei der Revision des Schulgesetzes im Jahr 2013, wurden die Zusammensetzung und die Kompetenzen des Bildungsrats neu geregelt. Der Kantonsrat entschied, dass das Parlament sich nicht in operative Fragen des Bildungsrats einmischen soll. Dieser Grundsatzentscheid wurde erst vor gut drei Jahren getroffen und ist nach wie vor zweckmässig.
Die FDP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass Lehrpläne und Stundentafeln nicht verpolitisiert werden sollen. Der Bildungsrat ist das richtige Fachgremium, um die Schwerpunkte der Bildungsziele und die Lehrpläne mit der notwendigen Tiefe, Kompetenz und Sachlichkeit zu erarbeiten und zu beschliessen. Die Zusammensetzung des Bildungsrats berücksichtigt fachliche Kriterien, er ist aber auch parteipolitisch zusammengesetzt. So ist zum Beispiel die SVP im Bildungsrat vertreten und stellt mit dem Bildungsdirektor auch dessen Präsidenten. Die breite Abstützung des Bildungsrats bietet Gewähr, dass der Lehrplan ausgewogen und zweckmässig gestaltet wird und nicht ideologisch orientiert ist. Zudem gibt das Schulgesetz dem Bildungsrat einen klaren Rahmen für die Umsetzung eines ausgewogenen Bildungs- und Erziehungsauftrags vor. Die FDP erachtet es nicht als opportun, wenn im Parlament eine politische Diskussion über ein klar operatives Thema der Schule geführt würde. Im Falle eines fakultativen Referendums würde diese Diskussion dann auch noch im Abstimmungskampf geführt. Aus diesen Gründen empfiehlt die FDP, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Willi Vollenweider** warnt vor den finanziellen Folgen für die Gemeinden. Die Einführung des Lehrplans 21 wird für die Gemeinden sehr teuer. «In Basel-Stadt etwa verschlingen die durch den Lehrplan 21 erzwungenen Schulhausumbauten mit mehreren hundert Millionen Franken derart viel Geld, dass der Kanton auf Jahre hinaus keine grösseren Investitionen mehr tätigen kann. Das Geld fliesst in Beton und nicht in Bildung.» Diese Worte stammen von Anita Fetz, Ständerätin des Kantons Basel-Stadt. Es kann nicht angehen, dass der Bildungsrat einsame Entscheide trifft, die für die Gemeinden …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und bittet ihn, zur Motion und deren Überweisung zu sprechen.

Für **Willi Vollenweider** ist es gerechtfertigt, in diesem Zusammenhang auf die finanziellen Folgen für die Gemeinden und entsprechende Erfahrungen − in Basel-

Stadt wurde der Lehrplan 21 bereits eingeführt − hinzuweisen. Er fügt sich aber dem Ratspräsidenten und verzichtet auf weitere Ausführungen.

**Zari Dzaferi** erinnert daran, dass der Kantonsrat schon über Sek I plus und allfällige Folgekosten diskutierte, dieses Konzept dann aber − was der Bildungsdirektor bestätigen kann − kostenneutral umgesetzt wurde. Natürlich entsteht jeweils ein zusätzlicher kleiner Aufwand für die Gemeinden, aber in der Regel werden solche Änderungen kostenneutral umgesetzt. In vielen Gemeinden werden die Lehrpersonen in Hinblick auf den Lehrplan 21 bereits weitergebildet, und es gibt schon *Kick-off*-Veranstaltungen dazu. Natürlich werden die Lehrpersonen noch Weiterbildungen besuchen müssen, aber weiterbilden muss man sich als Lehrer sowieso ständig. Und als jemand, der mit beiden Füssen in diesem *business* drinsteht, kann der Votant sagen, dass der Lehrplan 21 nicht so viele Änderungen bringt, dass der Kantonsrat sich Sorgen machen müsste. Letztlich geht es im Unterricht um Grundkompetenzen, und ob ein Ziel so oder anders formuliert wird, ändert nicht allzu viel.

**Andreas Hostettler** ist Mitglied dieses Bildungsrats, der angeblich im Geheimen tagt, der die Lehrpersonen, die Rektoren, die Schulpräsidenten und manchmal auch die Bildungsdirektion ärgert, der schuld daran ist, dass die Schülerinnen und Schüler nicht bessere Leistungen erbringen, und der auch die Problematik der Integration nicht einfach lösen kann. Der Votant kann aber versichern, dass der Bildungsrat über Monate hinweg, in mehreren Sitzungen, den Lehrplan 21 durchdiskutiert hat. Die Frage der Integrationsstunde und der Individuellen Förderung war eine Frage von vielen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob man in diesem Zusammenhang eine politische oder eine fachliche Diskussion will − wobei die politischen Parteien ja im Bildungsrat vertreten sind. Ob die Fachdiskussion tatsächlich im Kantonsrat geführt werden soll, kann dieser letztlich selbst entscheiden.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht auf vier Punkte aus der Debatte ein:
• Zuständigkeit des Kantonsrats: Es ist aufgrund der Voten absehbar, dass das Parlament nichts davon wissen will, für Lehrplanfragen zuständig zu werden. Die Regierung ist froh darüber − auch wenn sie keineswegs Angst davor hätte. Für den Regierungsrat steht das Argument der Vollzugsaufgabe und der Effizienz im Vordergrund. Und um sich im interkantonalen Wettbewerb der Institutionen zu verorten: In keinem einzigen Kanton ist das Parlament für den Lehrplan zuständig. Vielmehr ist diese Zuständigkeit immer auf Verwaltungsebene angesiedelt, entweder bei der Regierung oder bei einem speziellen Gremium wie dem Bildungs- oder Erziehungsrat oder der Landesschulkommission.
• Ideologiefreiheit bzw. Neutralität des Unterrichts: Beispiele von Parteien-*Bashing* oder anderen Werthaltungen kommen wohl jedem politischen Verantwortungsträger zu Ohren. Ein Lehrplan kann dieses Dilemma nicht lösen. Dort ist immer nur das Minimum festgehalten, das unterrichtet werden muss. Ein Lehrplan ist aber nie ein Index oder eine Schwarze Liste von Inhalten, die im Unterricht nichts zu suchen haben. Es ist in der Tat aber so, dass die Schule ein beliebter Ort ist, um Themen gesellschaftlich einzubringen; entsprechend viele NGO, Präventionsakteure und andere Interessengruppen drängen an die Schule, und es ist für die Schulen eine Herausforderung, sich gegenüber solchen Akteuren abzugrenzen. Umgekehrt ist es aber sehr wichtig, dass die Lehrpersonen genügend Freiheiten in der Unterrichtsgestaltung haben. Der Lehrplan darf nicht 100 Prozent ihrer Zeit mit obligatorischem Stoff belegen, sonst wäre kein Raum mehr für innovative Unterrichtsgestaltung oder das Aufgreifen von tagesaktuellen Geschehnissen. Die Neutralität des Unterrichts ist aber wichtig. Sie ist eine Frage der Kultur und der Führung vor Ort durch

die Schulleiterinnen und -leiter und die Rektoren. Dass bestimmte Parteien im Unterricht nicht verunglimpft werden, muss der Rektor sicherstellen, das können weder der Bildungs- noch der Kantonsrat in den Lehrplan schreiben. Es ist − wie gesagt − eine Frage der Schulkultur, und verantwortlich dafür ist derjenige, der die personelle pädagogische Führung innehat. Der Bildungsdirektor warnt davor, solche Themen zum Gegenstand von Lehrplänen zu machen.

• Vernehmlassung zur Wochenstundentafel bzw. Entscheid des Bildungsrats: Für die Wochenstundentafel, gewissermassen die andere Seite der Medaille des Lehrplans, ist ebenfalls der Bildungsrat zuständig. Er hat eine Vernehmlassung durchgeführt und sich ebenfalls sehr eingehend damit befasst. Am Schluss konnte er es aber einmal mehr nicht allen recht machen. Es ist immer auch eine Frage der Perspektive: Jedes Gremium, das zu entscheiden hat, muss sich in die verschiedenen Perspektiven einzufühlen versuchen, hier in die Perspektiven der Fachleute, der Politik, der Gemeinden, des Kantons und weiterer. Leider gelingt es nicht immer, die sich ergebenden Konflikte aufzulösen, eine sorgfältige Vernehmlassung und Beschlussfassung kann aber dazu beitragen, diese Konflikte zu mindern. Im Traktandum 6 ist es heute Morgen dem Parlament genauso ergangen: Als Kantonsrat musste es gegen den ausdrücklichen Willen der Gemeinderäte entscheiden. Eine Delegation des Bildungsrats hat mit einer Delegation der Schulpräsidenten und Rektoren eine Aussprache geführt. Das Ergebnis wird am 7. Juni im Gesamtbildungsrat besprochen, und dann wird man weitersehen, wie man in Zukunft erfolgreich mit den Schulpräsidenten und den Rektoren zusammenarbeitet. Bezüglich der Frage von Silvia Thalmann, ob der Regierungsrat zu dieser Thematik Stellung nehmen könne, kann der Bildungsdirektor darauf hinweisen, dass diese Stellungnahme bereits erfolgte. Die bloss teilweise Aufhebung der integrativen Förderung bedingte eine Anpassung der Schulverordnung, in der das Unterrichtspflichtpensum für die Kinder geregelt ist. Damit hat der Regierungsrat auch den Beschluss des Bildungsrats sanktioniert.

• Das von Willi Vollenweider erwähnte «Haus der Kantone» ist in der Wahrnehmung des Bildungsdirektors kein interkantonaler Akteur, sondern in ersten Linie ein Haus, wo die verschiedenen Konferenzen stattfinden. Selbstverständlich kann man gegenüber dem kooperativen Föderalismus, dem Konferenzenwesen, kritisch eingestellt sein. Was aber sicher nicht stattfindet, ist eine Totalitarisierung des schweizerischen Staates. Diese Interpretation weist der Bildungsdirektor auch im Namen des Regierungsrats in aller Form zurück. Zu den von Willi Vollenweider genannten Kosten von 45 Millionen Franken: Die EDK hatte 2015 einen Gesamtumsatz von 12 Millionen Franken, die Kantone mussten via Schulkonkordat 8 Millionen Franken dazu beitragen. Wie viel davon den Kanton Zug betraf, kann der Bildungsdirektor nicht sagen, die Faustregel ist ein Siebzigstel, entsprechend dem Verhältnis zur Schweizer Gesamtbevölkerung. Ein anderes Beispiel: Der Lehrplan 21 hat als Projekt für die ganze Deutschschweiz 6 Millionen Franken gekostet. Der Kanton Zug ist ein Sechzigstel davon, er hat also für 100'000 Franken eine Lehrplanvorlage erhalten, auf welcher er aufbauen kann. Das ist recht billig, in der Regel kostet schon eine einfache Studie viel mehr. Der Hinweis auf die Kosten im Kanton Basel-Stadt ist in diesem Zusammenhang nicht zulässig, weil diese nicht wegen des Lehrplans 21 entstanden sind, sondern weil Basel-Stadt zeitgleich mit dem neuen Lehrplan sein Primarschul/Oberstufen-Modell umgestellt hat. Man hatte vorher fünf Jahre Primarschule und vier Jahre Oberstufe und hat auf sechs Jahre Primarschule und drei Jahre Oberstufe umgestellt. Dazu war der Kanton Basel-Stadt verpflichtet, weil er Mitglied des Harmos-Konkordats ist, welches das zweite Modell vorschreibt. Es brauchte deshalb auf einen Schlag ein Viertel weniger Oberstufen-Schulhäuser und

ein Fünftel mehr Primarschulhäuser. Dass eine solche Umstellung der «Hardware» teuer ist, dürfte jedem klar sein.
Zusammenfassend bittet der Bildungsdirektor den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat erklärt die Motion mit 52 zu 18 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 9
**Geschäfte der Direktion des Innern und der Sicherheitsdirektion, die am 4. Mai 2017 nicht behandelt werden konnten:**

**790** Traktandum 9.1: **Postulat von Peter Letter, Laura Dittli, Iris Hess-Brauer, Gabriela Ingold, Patrick Iten und Thomas Werner betreffend die Anwendung der Kriterien gemäss regierungsrätlichem Paradigmenwechsel in der Revision des Inventars schützenswerter Denkmäler in den restlichen Gemeinden**
Vorlagen: 2636.1 - 15187 (Postulatstext); 2636.2/2a/2b/2c - 15412 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Peter Letter** als Vertreter der Postulierenden hält fest, dass das Postulat das Ziel verfolgt, die vom Regierungsrat im Februar 2016 kommunizierten Kriterien bzw. den Paradigmenwechsel in der Denkmalschutzgesetzgebung so weit wie möglich bereits auf die jetzt laufende Inventarisierung anzuwenden. Beim angekündigten Paradigmenwechsel geht es um den Grundsatz «Weniger ist mehr», also um Qualität statt Quantität; auch sollen die Gemeinden und die Eigentümer vermehrt einbezogen werden. Der Votant dankt dem Regierungsrat für die Stellungnahme. Die Regierung beantragt, die Motion teilerheblich zu erklären und abzuschreiben. Der Votant stellt keinen Gegenantrag und stimmt der Abschreibung zu, allerdings aus anderen Überlegungen als die Regierung.
Inhalt, Zeitpunkt und Antrag der regierungsrätlichen Antwort waren so zu erwarten. Mit den Ausführungen des Regierungsrats ist der Votant allerdings nicht ganz einverstanden. Der angesprochene Paradigmenwechsel könnte durchweg schon stärker in die jetzt angewandten Kriterien einfliessen, im Sinne einer Reduktion der in das Inventar aufgenommenen Objekte. Das Gesetz bietet schon heute einen recht grossen Handlungsspielraum. Es ist zu hoffen, dass die künftige Neuausrichtung des Gesetzes bereits in die laufende Inventarisierung einfliesst; den Beweis dafür ist die Regierung allerdings noch schuldig. Eine Aufschiebung der Inventarisierung, wie von den Postulanten als Alternative vorgeschlagen, ist aus zeitlichen Gründen nicht mehr sinnvoll.
Die Regierung hat ein Jahr Zeit für die Beantwortung eines Postulats. Der Regierungsrat und die Direktion des Inneren haben sich sehr viel Zeit genommen: Die Beantwortung erfolgte knapp vor Ablauf der erlaubten Frist. Wenn das Postulat nun erheblich erklärt würde, verginge bis zur Vorlage der Regierung wieder viel Zeit − und bis dann ist die Inventarisierung abgeschlossen. Es macht deshalb keinen Sinn, auf einer Erheblicherklärung zu bestehen. Es sei aber darauf hingewiesen, dass die Regierung in Fällen, in denen sich viele Interessengruppen über eine Gesetzgebung und über den Umgang mit einem Thema beklagen, den Gesetzesprozess etwas beschleunigen und sich nicht zu viel Zeit für ihre Antwort nehmen sollte. Das wäre dem Votanten ein Anliegen.
Für die zukünftige Gesetzgebung zu diesem Thema ist es für den Votanten wichtig, dass Objekte, die im laufenden Verfahren ins Inventar aufgenommen werden und

deren Besitzer damit nicht einverstanden sind, unter der neuen gesetzlichen Regelung neu beurteilt und allenfalls − administrativ einfach und ohne lange Fristen − wieder aus dem Inventar gestrichen werden können. Zusammenfassend hält der Votant fest, dass mit dem vorliegenden Postulat auf eine Problematik hingewiesen wurde, und er hofft, dass der Vorstoss sich auf die künftige Praxis auswirkt. Die FDP-Fraktion unterstützt diese Haltung.

**Mariann Hess** spricht für die ALG-Fraktion. Diese unterstützt den Bericht und Antrag des Regierungsrats, dies aus folgenden Gründen:
• Das erste Anliegen, der Vollzug des regierungsrätlichen Paradigmenwechsels, ist bereits erfüllt: Bei der Inventarisierung und bei der letztlich entscheidenden Unterschutzstellung wird bereits heute Mass gehalten. Ein Beispiel: In Menzingen waren ursprünglich 66 Objekte für die Inventaraufnahme vorgesehen. Nach vertieften Überprüfungen wurden 2016 letztlich nur 32 ins Inventar der schützenswerten Objekte aufgenommen. Die Inventarisierung erfolgt nach gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien: Damit ein Objekt als schützenswert erachtet wird, muss es von hohem wissenschaftlichem, kulturellem oder heimatkundlichem Wert sein. Mit dem Inventareintrag wird bloss der sehr hohe denkmalpflegerische Wert festgehalten. Damit ein Objekt dereinst aber wirklich unter Schutz gestellt werden kann, müssen auch das sehr hohe öffentliche Interesse, die Verhältnismässigkeit und die Tragbarkeit der Kosten nachgewiesen werden. Erst wenn diese gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien erfüllt sind, kann ein Objekt geschützt werden. In Oberägeri beispielsweise wurden während der letzten elf Jahre gerade mal zwei Häuser und eine Wegkapelle unter Schutz gestellt.
• Eine Sistierung der Inventarisation, so das zweite Anliegen des Postulats, wäre eine Sonderbehandlung für Oberägeri, Unterägeri, Hünenberg und Walchwil − wobei sich letztere zwei klar gegen eine Sistierung geäussert haben. Auch der Kantonsrat hat am 24. November 2016 in der Budgetdebatte einen Antrag auf Sistierung der Inventarisation mit 48 zu 28 Stimmen klar abgelehnt. Er argumentierte, es entstünde sonst eine Rechtsungleichheit zwischen den Gemeinden, und die Rechtsunsicherheit bei Bauvorhaben würde weiterhin bestehen bzw. sogar verlängert. Alle Anspruchsgruppen der Denkmalpflege − Gemeinden, Hauseigentümer, Generalunternehmungen, Verbände − verlangten, das Inventar endlich fertigzustellen.
Der Kanton Zug zeichnet sich durch eine überbordende Bautätigkeit aus. Gleiches gilt für die Gemeinden Unter- und Oberägeri, aus denen das Postulat stammt. Statt «Denkmalschutz mit Mass» wäre eher «Bauen mit Mass» angesagt. Umso wichtiger und dringender wird die Inventarisierung. Sie ist eine Art Vor-Auslese, um zu verhindern, dass wertvolle, einmalige Kulturgüter gedankenlos und überstürzt von der neuen *Copy-Paste*-Architektur weggefegt werden. Der Denkmalpflege ist es zu verdanken, dass Bauten, die mehr als sechshundert Jahre alt sind, erhalten blieben. Es geht um die *Hotspots,* die herausragenden Beispiele des baukulturellen Erbes.

**Rupan Sivaganesan** dankt im Namen der SP-Fraktion für den gut strukturierten und ausführlichen Bericht der Regierung. Wie im Bericht erwähnt wird, ist die Revision in der Mehrheit der Gemeinden abgeschlossen. Es fehlen nur noch einzelne Gemeinden. Die SP ist der Ansicht, dass die Inventarisierung in allen Gemeinden des Kantons Zug durchgeführt werden sollte. Durch eine Sonderregelung für die verbleibenden Gemeinden kann eine Rechtsungleichheit zwischen den Gemeinden entstehen, welche die Revision bereits durchgeführt haben, und jenen, die mitten im Prozess sind oder kurz davor stehen. Zudem wollen und sollen die Grundeigentümerinnen und -eigentümer wissen, ob ihr Objekt im Inventar steht oder nicht. Nur wenn dieser Prozess in allen Gemeinden mit den gleichen Voraussetzungen

durchgeführt wurde, kann Rechtsgleichheit für alle Eigentümerinnen und Eigentümer gewährleistet werden. Die SP unterstützt daher den Antrag des Regierungsrats, das Postulat teilerheblich zu erklären und abzuschreiben.

Mitpostulant **Patrick Iten** hält fest, dass das Postulat nicht − wie im regierungsrätlichen Bericht erwähnt − einen Abbruch der Inventarisierung verlangt, sondern vielmehr einen Unterbruch, bis die Gesetzesrevision stattgefunden hat. Wie die Antwort des Regierungsrats zeigt, ist es dringend notwendig, dass eine Änderung stattfindet. So hat der Regierungsrat bereits jetzt, in der laufenden Inventarisierung, eine Änderung vorgenommen, um die Wogen etwas zu glätten. Das zeigt doch, dass eine Verunsicherung besteht. Die Postulanten haben gefordert, dass eine Sistierung stattfindet, bis das neue Gesetz in Kraft ist. Aber stattdessen wird weitergemacht, ohne zu wissen, wie das neue Gesetz einmal aussieht.
Es geht nicht um geschützte Objekte. Es geht vielmehr darum, dass im Moment das Gefäss Inventar einfach überfüllt wird. Beim neuen Gesetz muss viel mehr auf die Verhältnismässigkeit geachtet werden. Man muss auch prüfen, ob eine allfällige Unterschutzstellung der Objekte auch von der Standortgemeinde finanziell getragen werden kann. Aktuell zeigt sich dieses Problem in Menzingen, wo man die Gebäude des Klosters sanieren muss. Dieses Beispiel zeigt, dass eine solche Situation die Gemeinde finanziell ins Schwitzen bringen kann. Der Votant verweist hier an § 25 Abs. 1, wo es heisst: «Die daraus für das Gemeinwesen entstehenden Kosten müssen auf die Dauer tragbar erscheinen.»
Im Bericht des Regierungsrats wird angegeben, aktuell seien im Kanton Zug 6,8 Prozent des gesamten Gebäudebestands inventarisiert. Das scheint eine tiefe Zahl zu sein. Den Votanten hätte aber mehr interessiert, wie viele Gebäude das sind. Zum Vergleich: Im Kanton Schwyz gibt es rund 50'000 Gebäude, davon sind 2 Prozent, also rund 1000 Gebäude, im Inventar. Der kleine Kanton Zug mit rund 26'000 Gebäuden hat eine unglaubliche Dichte von 1770 inventarisierten Gebäuden. Beim neuen Gesetz muss man schauen, dass man im Kanton Zug nicht über 3 Prozent hinauskommt. Im Bericht wird im Weiteren gesagt, dass in der Gemeinde Menzingen nur gerade 32 neue Objekte aufgenommen wurden. Dass dort bereits 118 Gebäude im Inventar sind, kann man leider nicht lesen, denn das würde ein ganz anderes Bild ergeben. Im Bericht werden auch die Kriterien für die Unterschutzstellung erwähnt: Ein Objekt muss «von sehr hohem wissenschaftlichem, kulturellem oder heimatkundlichem Wert» sein. Dass ein Gebäude aus dem Jahr 1975 diese Kriterien erfüllen kann, ist für den Votanten fraglich. Auch darauf muss man beim neuen Gesetz ein Augenmerk halten.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, dankt für die wohlwollende Aufnahme des regierungsrätlichen Berichts. Es herrscht Einigkeit bezüglich der Notwendigkeit, die systematische Bestandesaufnahme, die bei der Einführung des Gesetzes und des Inventars im Jahr 1991 leider nicht gemacht wurde, fortzusetzen und abzuschliessen. Die Abläufe wurden angepasst, so dass beispielsweise in Cham zwar 116 Objekte vorgeschlagen, schliesslich aber nur 71 Objekte neu ins Inventar aufgenommen und 9 bisherige Objekte daraus entlassen wurden. Neu werden Objekte, deren Schutzwürdigkeit nicht eindeutig ist, bereits vor der Aufnahme ins Inventar detailliert und vertieft abgeklärt.
Dem Vorwurf von Peter Letter, das Postulat sei reichlich spät beantwortet werden, hält die Direktorin des Innern entgegen, dass die Beantwortung innert neun Monaten erfolgte. Die Frist beginnt mit der Überweisung durch den Kantonsrat und endet mit der Zustellung des regierungsrätlichen Berichts an das Parlament; Letzteres geschah am 28. März 2017. Der Regierungsrat wird das revidierte Gesetz nächs-

tens, d. h. vor den Sommerferien, in die externe Vernehmlassung geben, und die Parteien und Gemeinden haben dann drei Monate Zeit, um Stellung zu nehmen. Die Regierung wird den gesetzlich vorgegebenen Zeitplan einhalten − wobei es verständlich ist, dass die Motionäre gerne eine schnellere Umsetzung der Gesetzesrevision hätten. Gleichzeitig wurde die Regierung aber auch aufgefordert, die Motionäre und Interessengruppen frühzeitig einzubeziehen, und dieser demokratische Prozess braucht seine Zeit. Die externe Begleitgruppe hat vier Mal je einen halben Tag lang getagt, und sie hat die Verwaltung auch beraten.
Es wurde verschiedentlich die Zahl der ins Inventar aufgenommenen Gebäude erwähnt. Wichtig ist aber auch zu sehen, wie viele Objekte aus dem Inventar entlassen wurden. Es waren dies von 1995 bis 2016 insgesamt 143 Objekte. Zu Patrick Itens Vergleich mit dem Kanton Schwyz: Dieser hat mit der Revision des Inventars noch gar nicht begonnen. Die tiefe Zahl erklärt sich aus diesem Faktum.
Die Direktorin des Innern bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen, und dankt für die Unterstützung.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats, das Postulat teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**791** Traktandum 9.2: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von «genderfit» mit der weltanschaulichen und religiösen Neutralität des Staates und weiteren Aspekten (z. B. staatliche Finanzierung) von «genderfit»**
Vorlagen: 2667.1 - 15273 (Interpellationstext); 2667.2 - 15407 (Antwort des Regierungsrats).

**Manuel Brandenberg** dankt dem Regierungsrat im Namen der Interpellantin für seine Antwort. Er beginnt mit zwei Zitaten aus dem − wie man sagt − Grundlagenwerk des Feminismus, nämlich aus «Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau» von Simone de Beauvoir. Erstes Zitat: «Wo Familie und Privatvermögen die unumstrittene Grundlage der Gesellschaft sind, bleibt die Frau vollkommen rechtlos.» Zweites Zitat: «Eines der wesentlichsten Probleme der Frauenarbeit ist, wie die Frau ihre Rolle für die Fortpflanzung mit produktiver Tätigkeit verbinden soll. Der tiefste Grund für die seit Menschengedenken übliche Beschränkung der Frau auf die Hausarbeit und für ihr Abseitsstehen bei der Gestaltung der Welt ist ja ihre Versklavung an die Erhaltung der Art.» Die zwei Zitate zeigen die geistige Grundhaltung, die hinter dem Feminismus steht − und Gender ist ja eine heute verbreitete ideologische Ausformung dieser geistigen Grundhaltung. «Genderfit» war ein Projekt, das mit einer Einladung an die Kantonsräte, betitelt «Hans was Heidi», von sich reden machte. Gender bedeutet das soziologische Geschlecht: Es gibt nicht Mann und Frau, sondern es gibt Menschen, welche aus sich machen, was sie wollen − wer ein Mann sein will, ist ein Mann, und wer eine Frau sein will, ist eine Frau −, und die Gesellschaft ist verantwortlich, wenn biologische Vorgaben diesen Entscheid vorspuren. Der Regierungsrat beruft sich in seiner Antwort auf die OECD, die da sagt: «Gender-Gleichstellung bedeutet, dass Frauen und Männer gleichermassen in den Genuss von sozialen Gütern, Chancen, Ressourcen und Anerkennung kommen.» Die OECD ist also quasi die Grundlage der regierungsrätlichen Antwort. Auch dazu muss der Votant den Rat nochmals mit einem Zitat behelligen. Der Rechtsanwalt Valentin Landmann schrieb in einem Kommentar in der «Zentralschweiz am Sonntag» vom 7. Mai 2017 unkommod über die OECD: «Auch die USA gehören der OECD an und denken nicht daran, jede Empfehlung umzusetzen. Die

USA machen mit, wo es ihnen nützt, und fordern andere Länder dazu auf, mitzumachen, wenn es wiederum den USA nützt. Aber nicht nur die USA, sondern auch andere Länder betrachten im Gegensatz zur Schweiz die OECD nicht als Gottheit.» Die OECD ist also nicht das Evangelium für den Kanton Zug.
Inhalt der Interpellation war auch die Frage nach der weltanschaulichen Neutralität des Staats. Aus der Antwort des Regierungsrats geht hervor, dass die Kosten des Kantons für das Projekt «genderfit» rund 30'000 Franken betrugen. Das ist viel Geld. Natürlich, wenn man ein kantonales Budget mit rund 1,5 Milliarden Franken vor Augen hat, wird man diesen Betrag als nicht allzu hoch einstufen. Wenn man ihn aber auf den einzelnen Bürger bzw. dessen Steuerrechnung hinunterbricht, ist es eben sehr viel Geld, das hier für ein Projekt mit einem höchst umstrittenen ideologischen Inhalt gebraucht wird, nämlich für Gender als eine Weltanschauung und nicht als Gleichstellung. Genau das ist die Kritik der SVP-Fraktion. Natürlich gibt es eine gesetzliche Grundlage für Gleichstellungsmassnahmen, und diese gilt es auch umzusetzen. Gender bzw. «genderfit» sind aber nicht Gleichstellungsmassnahmen, sondern eine Weltanschauung, die hier mit staatlichen Mitteln gefördert wird. Das geht nicht. Man kann gendergläubig oder auch biologie-, psychologie- oder psychiatriegläubig oder katholisch oder reformiert sein: Das ist alles möglich, alles sind Weltanschauungen oder Religionen. Es geht aber nicht an, dass der Staat Geld für die Förderung einer dieser Weltanschauungen, wie es Gender ist, ausgibt.
Zum Schluss: Es heisst eben nicht «Hans was Heidi», sondern «Hans was Heiri».

**Fabian Freimann** spricht für die SP-Fraktion. Von aussen betrachtet, scheint der Betrag von rund 30'000 Franken für ein Theater tatsächlich hoch. Die SP ist der Meinung, die Regierung hätte mit ähnlichem finanziellem Aufwand die Überprüfung der Lohngleichheit verwaltungsintern erledigen können − was wahrscheinlich zielführender gewesen wäre.
Aus der Antwort des Regierungsrats liest man, wie vorbildlich der Kanton Zug in Sachen Gleichstellung sei. Die SP sieht jedoch noch viele Bereiche, in denen der Kanton massiv aufholen muss. Wünschenswert wäre eine Regierung, welche die gesetzlichen Grundlagen schafft, um die Gleichstellung − nicht die Gleichmachung − von Frau und Mann voranzutreiben. Dies erfordert aus Sicht der SP-Fraktion zusätzliche finanzielle und auch personelle Ressourcen − und vor allem den politischen Willen der Regierung.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hat ihren Ohren nicht getraut, aber es freut sie natürlich, dass Manuel Brandenberg das Werk von Simone de Beauvoir im Büchergestell stehen hat − und es sogar liest. In der Bundes- und Kantonsverfassung wird die Gleichstellung von Mann und Frau thematisiert, und der Staat ist verpflichtet, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts anzugehen. Solche Diskriminierungen gibt es nach wie vor. Natürlich gehen die Weltanschauungen hier auseinander. Die Direktorin des Innern hat bei ihrem Amtsantritt aber auf die Verfassung geschworen. Sie lässt Manuel Brandenberg aber seine Weltanschauung: Die göttliche Ordnung lässt grüssen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**792** Traktandum 9.3: **Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend POLYCOM-Projektstand im Kanton Zug**
Vorlagen: 2683.1 - 15312 (Interpellationstext); 2683.2 - 15421 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellant **Florian Weber** dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Diese ist kurz und genügend ausführlich ausgefallen. Gemäss Antwort wurden fast alle Termine eingehalten, und die Baubewilligung für die Umsetzung des neuen Antennenstandorts Neuheim wurde bereits erteilt. Es ist erfreulich zu sehen, dass die Projektverantwortlichen das Budget bis jetzt eingehalten haben und versuchen, zusätzliche Einsparungen vorzunehmen. Es bleibt zu hoffen, dass die Probleme betreffend Sprachqualität zusammen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) möglichst bald behoben werden können und nicht zu einer Explosion der Projektkosten führen werden. Weiter gilt es zu bemerken, dass die Werterhaltung, auch wenn sie bis 2030 durch das BABS sichergestellt wird, in sich nur einen begrenzten Investitionsschutz bietet. Wenn der Votant die Informationen auf der Webseite des BABS richtig deutet, ist der Betrieb bis 2030 zwar garantiert, jedoch ist es fraglich, ob die Bandbreite auch oder vor allem mit IP-Technologie mit der eingesetzten Technik noch genügend ist.
Wenn keine zusätzlichen Kosten wegen fehlender Nutzbarkeit ausgelöst werden, wird das Projekt voraussichtlich für 18,7 Millionen Franken Ende 2017 fertiggestellt. Da gemäss Regierungsrat eine Nachrüstung, ausgelöst durch das VBS, erst 2025 nötig ist, kostet das System für den Kanton Zug pro Jahr somit 2,33 Millionen Franken. Man darf gespannt sein, wie sich der Kanton Zug strategisch für den Systemwechsel, welcher 2030 erfolgen muss, positioniert.

Mitinterpellant **Andreas Hürlimann** hält zur Erinnerung fest: Über das Sprachfunknetz Polycom kommunizieren in der ganzen Schweiz Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) verschlüsselt. Das ist teuer, allerdings funktioniert es auch gut und zuverlässig − mindestens wenn man den offiziellen Stellungnahmen und Verlautbarungen glaubt. Auch im Kanton Zug hört man unterschiedliche Stimmen hierzu. Allerdings mag dies teilweise mit den Einschränkungen verbunden sein, welche bewusst gewählt wurden. Grundsätzlich kann man festhalten, dass mit Polycom in der Sicherheitskommunikation ein wichtiger Meilenstein gesetzt wurde: Mit dem System ist der Funkkontakt *innerhalb* der verschiedenen Organisationen und ebenso *zwischen* den Blaulicht-Organisationen möglich.
Über Pro und Contra der gewählten Lösung muss man heute nicht mehr streiten. Allerdings gilt es aufgrund der in Zug, aber auch sonst in der Schweiz gemachten Erfahrungen Folgendes festzuhalten: Getrieben durch die technische Entwicklung steht nun an, den Sicherheitsbehörden zusätzlich ein Netz für den sicheren Datentransport zur Verfügung zu stellen. Beim geplanten Datennetz geht es nicht um Kleinigkeiten, sondern um Investitionen in Milliardenhöhe. Nur schon Polycom, das Sprachfunknetz, welches nun auch Zug betreibt, wird Bund und Kantone bis 2030 mindestens 3,5 Milliarden Franken kosten. Das zeigen unter anderem Recherchen des Onlineportals inside-it.ch. Das sind notabene Gelder, die wegen proprietärer Technologie immer freihändig vergeben wurden und zu keiner Zeit im freien Wettbewerb, am Markt, überprüft werden konnten. Das macht Projekte im Bereich Polycom − sei es für die Sprach- oder Datenkommunikation − so teuer und abhängig von einem einzigen Anbieter. Und genau das sollte im heutigen Umfeld von Sparpaketen und knappen Finanzen hellhörig machen. Der Votant und die ALG-Fraktion bitten darum den Regierungsrat, sich bei Bund und anderen Kantonen auch für die

Suche nach möglichen Alternativen stark zu machen, um möglichst am Markt eine gute, aber auch kostengünstige Lösung beschaffen zu können.
Es ist gut zu hören, dass der Regierungsrat sämtliche Projektziele gemäss Projekthandbuch erreicht sieht. Es ist jedoch schade, dass man von der Kostenentwicklung in diesem Bereich und der Freigabe des Teilkredits durch den Regierungsrat erst auf Nachfrage mittels dieser Interpellation erfährt; weder der Kantonsrat noch die Stawiko − so der Wissensstand des Votant − sind je direkt darüber informiert worden. Es wäre bei einer solchen durch den Kantonsrat eingebauten Hürde sicherlich zu begrüssen, wenn mindestens die Stawiko davon Kenntnis gehabt hätte.

Mitinterpellant **Philip C. Brunner** kann sich den Ausführungen seines Vorredners anschliessen. Vorerst − er wird sich nachher noch als Fraktionssprecher zu Wort melden − verweist er nur auf den Ablauf, der in der regierungsrätlichen Antwort auf Frage 3 geschildert wird. Im Januar oder Februar 2012 setzte der Kantonsrat gegen den Willen der Regierung eine Kommission zum Thema Polycom ein, welche Vorschläge einbrachte. Der Rat bewilligte dann den Betrag von 17 Millionen Franken. Auch der Votant − er ist nicht Mitglied der Stawiko − hat nun zum ersten Mal erfahren, dass die ganze Geschichte 19,2 Millionen Franken kostet. Das hat damals niemanden erschüttert, die Zeiten waren für den Kanton finanziell deutlich besser. Es ist erfreulich zu hören, dass nun mindestens eine halbe Million eingespart werden kann.
Der Votant dankt der Regierung für ihre Ausführungen. Für ihn endet nun − nach ungefähr sechs Jahren Diskussionen über Polycom − die Geschichte. Es gibt andere Themen, an denen er sich festbeissen wird.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass in § 61 Abs. 3 GO KR zur Reihenfolge der Sprechenden steht: «Bei parlamentarischen Vorstössen wird das Wort zuerst dem einreichenden Ratsmitglied oder bei mehreren einreichenden Ratsmitgliedern einer Vertreterin oder einem Vertreter erteilt.» Das wäre das richtige Vorgehen gewesen.

**Philip C. Brunner** spricht jetzt als Vertreter der SVP-Fraktion. Diese moniert als Erstes die schlechte Sprachqualität von Polycom. Die Benutzer vergleichen die Sprachqualität natürlich mit derjenigen der technologisch aktuellen Digitalfunksysteme, sprich des Handys. Diese zivilen Systeme haben eine ungleich bessere Sprachqualität als das leider bereits veraltete Polycom, bei dem die Sprecher akustisch häufig nicht zu erkennen sind. Das war allerdings von Beginn weg bekannt, und die SVP hat es schon damals moniert. Es zeigt sich klar, dass der Kanton Zug gut beraten gewesen wäre, zu warten. Es war damals bereits absehbar, dass die G4-Technologie kommen würde; heute ist vielerorts schon die G5-Technologie eingeführt. Man hätte die Beschaffung also um einige Jahre hinauszögern müssen. Wie schon erwähnt wurde, beginnt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz bereits mit Pilotversuchen für das Nachfolgenetz, welches mit moderner Technologie inkl. Datenübertragung arbeiten wird. Der Kanton Zug wird aufgrund des schlechten Entscheids des Kantonsrats also während der nächsten ca. fünfzehn Jahre mit diesem System leben müssen, während andere bereits umstellen können. Zum Glück arbeiten die Frontleute im Atemschutz nicht mit Polycom. In vielen Gebäuden funktioniert Polycom nämlich nicht oder nur schlecht, und Atemschutztrupps können sich nicht mit Funkunterbrüchen herumschlagen. Hier wird nach wie vor analog gearbeitet; das wird im Bericht falsch dargestellt. An exponierten Standorten, etwa auf dem Zugerberg, loggen sich die Polycom-Geräte oft in falsche Netze ein, beispielsweise in jenes des Kantons Schwyz. Das muss vom Benutzer manuell korri-

giert werden. Systembedingt findet keine automatische Netzsuche wie bei Handys statt. Es ist schade, dass der Herdentrieb im Kantonsrat siegte. Die 18 Millionen Franken sind nun weg, die Sache ist gelaufen, und man kann nichts mehr ändern. Der Verkäufer hat bekanntlich eine Monopolstellung und kann seine Konditionen bezüglich Wartung, allfälligen *Updates* etc. diktieren.
Fazit: Man muss auch in der Politik manchmal warten können, bis das Momentum stimmt. Bei Polycom hat es definitiv nicht gestimmt, auch wenn die Regierung das Gegenteil behauptet. Und ein Nachtrag: Dem Votanten wurde heute berichtet, dass das System im Fall eines Grossbrands in Küssnacht sehr gut funktionierte, was einer der Gründe war, warum die Freiwillige Feuerwehr Zug so schnell auf dem Brandplatz war. Es gibt aber auch andere Beispiele: An der *Street Parade* in Zürich funktionierte vor einigen Jahren überhaupt nichts mehr −und die Polizisten taten das, was sie immer tun, wenn Polycom nicht läuft: Sie nahmen das Handy zur Hand.

**Willi Vollenweider** dankt der Sicherheitsdirektion. Es geht auch um die Nachfolgetechnologie: Was geschieht bei *life end* von Polycom? Natürlich ist es noch sehr früh, um Überlegungen dazu anzustellen. Allerdings wird im Kanton Zug bereits entsprechendes Knowhow aufgebaut, nämlich durch die vom Bakom konzessionierten Funkamateure, Diese betreiben ein Netz auf 5,7 Gigahertz, also im Mikrowellenbereich, und praktizieren Breitbandverbindungen mit 10 oder 20 Megabit pro Sekunde, geeignet zur *Real-Time*-Übertragung von Bildern und selbstverständlich auch für *Voice-over-IP*-Applikationen etc. Es sind nicht einfach Hobbyfunker, sondern sehr oft Ingenieure und andere qualifizierte Personen, die u. a. auch bei der Wartung des früheren Polizeifunksystems im Einsatz waren. Diese Versuche laufen, und man wird rechtzeitig das Knowhow haben, um künftige Lösungen fachkundig beurteilen zu können. Die Sicherheitsdirektion unterstützt diese Versuche, auch mit kleinen finanziellen Beiträgen. Der Votant dankt der Sicherheitsdirektion und auch Urs Marti für diese Unterstützung, die auch im Interesse des Kantons Zug liegt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass man nicht nur im Kanton Zug, sondern auch in anderen Kantonen bei Inbetriebnahme von Polycom da und dort Mängel feststellen musste, die es zu justieren galt. Im Kanton Zug kam als zusätzliches Erschwernis dazu, dass hier die neueste, noch nicht in anderen Kantonen erprobte Technik zum Einsatz kommt; das führte zu zusätzlichem Abstimmungsaufwand. Die Abstimmung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem BABS, was gut funktioniert. Die erwähnten Mängel in Gebäuden haben auch mit der Gebäudestruktur zu tun, und man kennt sie auch beim Handy. Fakt ist, dass Polycom nicht derart starke Signale sendet wie Handys. Das ist aber nicht ein Problem des zugerischen Konzepts, sondern schweizweit. Die Aussage von Philip C. Brunner, der Kantonsrat habe einen Fehlentscheid getroffen, weist der Sicherheitsdirektor zurück. Zug wäre ohne Polycom eine Insel und könnte in Krisensituationen nicht mit den Sicherheitsorganisationen kommunizieren. Im Übrigen ist der Atemschutz nicht mit Polycom ausgerüstet; bei der Feuerwehr ist nur die Führung mit Funk an Polycom angeschlossen, intern hat man andere Systeme.
Bezüglich des von Andreas Hürlimann angesprochenen *Reporting* hält der Sicherheitsdirektor fest, dass es im Kanton Zug nicht üblich ist, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat und der Stawiko laufend Bericht erstatten muss. Auf Nachfrage hin geschieht das selbstverständlich. Man ist bei Polycom aber auf Kurs, und der erwähnte Betrag wird wenn immer möglich unterschritten. Derzeit ist beim Bund etwa noch die Frage hängig, ob hier die Mehrwertsteuer zu bezahlen sei.
Es war ein Antrag der Regierung, in Zusammenhang mit Polycom eine Kommission einzusetzen. Die Sicherheitsdirektion wollte den grossen Betrag nicht einfach als

gebundene Ausgabe abhandeln. Der Sicherheitsdirektor wird sich auch weiterhin einsetzen, wenn beim Bund neue Technologien evaluiert werden. Man weiss im Moment nicht genau, wohin die Reise geht. Man weiss nur, dass Polycom sicher bis 2025 in Betrieb ist, dass bis dann also nicht in eine neue Technologie investiert werden muss. Es ist aber richtig, dass noch einiges kommen wird, wenn man auch in Zukunft krisensicher − stromnetzunabhängig, abhörsicher etc. − kommunizieren will. Das sind riesige Herausforderungen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** ist etwas irritiert über die Aussage des Sicherheitsdirektors, die Stawiko werde nur auf Nachfrage hin informiert. Das ist etwas viel verlangt von Milizpolitikern. Die Stawiko-Präsidentin erwartet eine proaktive Information durch den Regierungsrat.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

**793 Motion von Daniel Stadlin betreffend Überprüfung der Zuger Gesetzessammlung auf Sparpotenzial**

Vorlagen: 2656.1 - 15250 (Motionstext); 2656.2 - 15449 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Motionär **Daniel Stadlin** hält fest, dass der Regierungsrat keine systematische Überprüfung der Zuger Gesetze auf Sparpotenzial will. Ihm genügt es, dies im Rahmen seiner Finanzprojekte punktuell vorzunehmen.
Den kantonalen Finanzhaushalt zu entlasten und das bestehende strukturelle Defizit von über 100 Millionen Franken möglichst rasch und nachhaltig wegzubringen, ist im vitalen Interesse aller. Will man ab 2020 ausgeglichene Rechnungen, kommt dem Projekt «Finanzen 2019» eine Schlüsselrolle zu; mit ihm muss der finanzpolitische Befreiungsschlag endlich gelingen. Der Regierungsrat geht davon aus, dass dies mit den bereits getroffenen Massnahmen, dem «Sparpaket 2018» und «Finanzen 2019» zu schaffen sei. Das stimmt aber nur teilweise, bleibt doch immer noch ein Fehlbetrag von 50 Millionen Franken. Dieser soll vom Sparen ausgenommen und mit einer Steuererhöhung ausgeglichen werden. Ob das Zuger Stimmvolk dies auch so sieht, ist alles andere als sicher; im Kanton Luzern jedenfalls wurde kürzlich eine weniger weitgehende Steuererhöhung klar abgelehnt. Man tut also gut daran, den bisher vom Sparziel ausgeklammerten Teil möglichst klein zu halten. Die von der Motion verlangte Überprüfung der Zuger Gesetze auf Sparpotenzial könnten diese 50 Millionen Franken durchaus noch substantiell herunterbringen, dies, weil nicht wie bisher punktuell, sondern systematisch und erlassbezogen an die Sache herangegangen werden soll. Jedenfalls spricht überhaupt nichts dagegen, Problemstellungen methodisch möglichst unterschiedlich anzugehen. Nun ist der Regierungsrat aber der festen Überzeugung, dass der von ihm gewählte thematische Ansatz der einzig richtige sei und er dem Sparen Genüge getan habe. Die Gesetze systematisch zu überprüfen, kommt für ihn nicht in Frage, da er der Meinung ist, dass dabei der Blick für das Wesentliche verloren gehen könnte. Nur, wer definiert, was das Wesentliche ist? Sind es die Direktionen oder gar die Amtsstellen? Tätigkeiten der öffentlichen Verwaltung, die ihrem Charakter nach nicht in einer Wettbewerbssituation erbracht werden, ausschliesslich von der Verwaltung selbst auf Optimierungs- und Sparpotenzial durchforsten zu lassen, scheint dem Votanten aber nicht der Weisheit letzter Schluss zu sein. Er kann sich jedenfalls

nicht vorstellen, dass Ämter ihre Aufgaben und Leistungen über das «Wie» hinaus auch auf das «Ob» hinterfragen, denn öffentliche Aufgaben beinhalten, dass sie im öffentlichen Interesse sind. Dabei ist das öffentliche Interesse nicht als selbständig qualifizierendes Merkmal der öffentlichen Aufgabe zu verstehen, sondern − wie bei jedem staatlichen Handeln − selbstverständlich vorauszusetzen.
Der Votant anerkennt den Willen des Regierungsrats, mit den Verwaltungskosten herunterzukommen und den Staatshaushalt zu entlasten. Er teilt jedoch die Einschätzung nicht, mit der Umsetzung der Finanzprojekte werde das Anliegen der Motion materiell bereits erfüllt. Mit dem Nicht-umsetzen-Wollen der Motion vergibt der Regierungsrat aber eine Chance, bisher noch unentdecktes Sparpotenzial aufzuspüren und die vom ihm erwogene Steuererhöhung auf ein Minimum zu reduzieren. Die Motion erheblich zu erklären und abzuschreiben, ist deshalb irreführend, denn Erheblicherklärung bedeutet in diesem Fall Nichterheblicherklärung: Man sagt Ja und meint Nein. Dem Votanten bleibt deshalb nichts anderas übrig, als den **Antrag** zu stellen, die Motion erheblich zu erklären, sie aber nicht als erledigt abzuschreiben. Er dankt für die Unterstützung dieses Antrags

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Diese begrüsst an sich die Idee des Motionärs, alle Optionen für weiteres Sparpotenzial auszuschöpfen. Sie ist jedoch der Auffassung, dass die Regierung zusammen mit der Verwaltung mit den aufgegleisten Projekten seriöse Arbeit leistet und dem Rat unter «Finanzen 2019» weitere Sparmöglichkeiten vorlegen wird. Mit dem Durchforsten aller Gesetze hinsichtlich weiterer Sparmöglichkeiten würde eine riesige Übung losgetreten, deren Verhältnis von Aufwand und Ertrag die FDP in Frage stellt. Sie verhehlt aber nicht, dass sie heute Morgen ob der Erkenntnis bzw. der Frage, wieso Verwaltung und Regierung die Familienzulage im Entlastungsprogramm 2 nicht als Sparmassnahme aufgezeigt haben, schon etwas irritiert war. Wenn es ans eigene Hemd geht, ist sich jeder selbst der Nächste, das liegt in der Natur der Sache. Die FDP hat in der Vergangenheit aber schon verschiedentlich betont, dass es im Sparmodus keine Tabus geben darf − und genau auf ein solches Tabu ist der Rat heute Morgen gestossen.
Trotzdem schliesst sich die FDP den Überlegungen und Argumenten der Regierung an. Statt eine teure und ressourcenbindende Übung loszutreten, in welcher Doppelspurigkeiten im Sinne von bereits untersuchten Möglichkeiten nicht ausgeschlossen werden können, möchte die FDP eine andere Idee beliebt machen: Wieso sollen Gesetzeserlasse in Zukunft nicht mit einem Verfalldatum versehen werden? Ein solches würde dem Kantonsrat und der Regierung die Möglichkeit bieten, von Zeit zu Zeit deren Gültigkeit und Existenz zu hinterfragen. Ein Gesetz wieder abzuschaffen, ist auch gespart − wenn nicht monetär, kann mindestens die Ausweitung der Bürokratie etwas eingeschränkt werden. Die FDP-Fraktion folgt in diesem Sinn dem Antrag des Regierungsrats.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Der Kantonsrat hat in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres in unzähligen Sitzungen Spar- und Entlastungsmassnahmen diskutiert. Diesen Diskussionen ist auf allen Verwaltungs- und Regierungsebenen ein intensiver Prozess vorangegangen, in dem nach Sparmöglichkeiten gesucht wurde. Kurze Zeit nach der Diskussion im Kantonsrat wurde die vorliegende Motion, unterzeichnet von 31 Mitunterzeichnern, eingereicht. Offenbar herrscht im Kantonsrat ein sehr grosses Misstrauen gegenüber der Verwaltung, der Regierung und gegenüber dem Kantonsrat selbst, Die SP-Fraktion geht davon aus, dass in den diversen Sparprojekten das, was in dieser Motion gefordert wird, schon längst weitgehend gemacht wurde, nämlich dass die Ausgaben des Kantons aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen und Vorgaben geprüft und ihre Notwendigkeit analysiert

und − wo notwendig − eine Gesetzesänderung vorgeschlagen wurde. Das Volk hat diese Änderungen im November 2016 bekanntlich nicht goutiert und das Entlastungsprogramm abgelehnt.
Der Rat sollte aufhören, das Rad immer wieder neu zu erfinden und die Verwaltung dauernd mit der gleichen Aufgabe zu beschäftigen. Die Verwaltung soll vielmehr wieder mal zur Ruhe kommen und ihre tägliche Arbeit erledigen können. Es liegt nun wieder ein Programm vor, über das der Rat diskutieren kann, und erfreulicherweise hat der Regierungsrat erstmals auch eine moderate Steuererhöhung in Aussicht gestellt, was von der linken Ratsseite schon seit Beginn der Diskussionen immer wieder gefordert wurde. Die Einwohnerinnen und Einwohner wollen den Staat nicht totsparen. Deshalb gilt es dort zu sparen, wo es am effizientesten ist, nämlich bei den Investitionen, die nach Dringlichkeit priorisiert werden können und deren Standard da und dort hinterfragt werden kann.
Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Für Finanzdirektor **Heinz Tännler** geht es um die Methodik des Sparens − und er glaubt nicht, dass sich der Kantonsrat auf eine bestimmte Methodik einigen könnte. Nur schon im Regierungsrat hat die Frage nach der Methodik des Sparens mehrere Sitzungen gebraucht; für das letzte Projekt, nämlich «Finanzen 2019», waren es vier Sitzungen. Methodische Fragen beim Sparen sind eine schwierige Sache, denn jeder weiss es besser. Immerhin hat man es im Kanton Zug aber geschafft, einen strukturierten Prozess einzuleiten und daran festzuhalten: Entlastungsprogramm 1 und 2, Sparpaket 2018 und letztlich «Finanzen 2019». Dieser Prozess ist tauglich, um 2020 wieder eine ausgeglichene Staatsrechnung zu haben. Und wenn im Zusammenhang mit «Finanzen 2019» über eine Steuererhöhung debattiert werden sollte, erwartet der Finanzdirektor dann von der Ratslinken, dass sie den regierungsrätlichen Vorschlag unterstützt und nicht eine grundsätzlich andere Art von Steuererhöhung verlangt. Für das Sparpaket 2018 sieht es im Moment gut aus, und auch «Finanzen 2019» hat eine Chance, und damit wird man 2020 eine ausgeglichene Rechnung haben und die Bestimmungen des Finanzhaushaltgesetzes bezüglich Schuldenbremse einhalten können. Dafür braucht es aber Anstrengungen. Man darf aber immerhin festhalten, dass die Experten − darunter Alt-Bundesrätin Ruth Metzler und die Alt-Regierungsräte Walter Suter und Markus Notter − dem Regierungsrat ein gutes Zeugnis ausstellten für den ganzen Prozess.
Der Finanzdirektor kann sich erinnern, dass um 2000 herum zwei Kantonsräte eine ähnliche Idee wie Daniel Stadlin hatten und eine «Entrümpelungsmotion» einreichten. Einer davon war er selbst − und er hat mittlerweile vieles dazugelernt: Er würde diese Motion heute nicht mehr einreichen, sie war eine Totgeburt. Man hat auch in Zusammenhang mit dem Projekt STAR alles durchforstet − bis der Kantonsrat die Übung schliesslich abbrach: Sie hat nur Kosten generiert, mit null Komma null Wirkung im Ziel. Im Regierungsrat war zu hören, die Stadt Zug habe ihre Gesetzessammlung auf Sparpotenzial hin überprüft. Das geschah − Irrtum vorbehalten − allerdings vor einem anderen Hintergrund: Es gab nämlich ein Reglement, welches dazu führte, dass man plötzlich einer bestimmten Stiftung hätte Geld bezahlen müssen, und weil man das als Missstand erachtete, hat man alle Reglemente überprüft. Dies war zumindest der Ausgangspunkt, möglicherweise hat man die Überprüfung dann noch etwas ausgeweitet. Und festzuhalten ist, dass die Stadt Zug nicht der Kanton mit seiner grossen Gesetzesfülle ist.
Der Finanzdirektor will dem Motionär nicht den guten Willen absprechen, aber eine Umsetzung der Motion würde dazu führen, dass man in der Finanzdirektion die Aufhebung der vielkritisierten Abteilung Projekte rückgängig machen müsste. Das

sind drei Personalstellen, mit entsprechenden Kosten. Übrigens wurde diese Abteilung wegen STAR geschaffen, und sie blieb dann einfach bestehen. Man soll also nicht glauben, dass guter Wille zwangsläufig zu einer Wirkung im Ziel führt. Der Finanzdirektor ist überzeugt, dass der vom Regierungsrat gewählte Weg gut ist, und er hofft, dass die als Nächstes anstehenden Schritte, nämlich das Sparpaket 2018 und «Finanzen 2019, sachlich diskutiert werden können, um am Schluss eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Zusammenfassend bittet der Finanzdirektor den Rat, dem Regierungsrat nicht noch weitere Aufträge aufzubürden, sondern ihn seine Methodik durchzuziehen zu lassen. Er bittet deshalb, die Motion gemäss Antrag des Regierungsrats erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Kurt Balmer** weist darauf hin, dass der Regierungsrat unter Ziff. 3 festhält, die Motion sei «auch aus methodischen Gründen abzulehnen». Gleichzeitig stellt die Regierung aber den Antrag, die Motion erheblich zu erklären. Das ist definitiv ein Widerspruch: Eigentlich müsste der Regierungsrat beantragen, die Motion nicht erheblich zu erklären. Und wenn der Regierungsrat tatsächlich die Erheblicherklärung beantragt, aber nichts getan hat im Sinne der Motion, dann kann diese auch nicht abgeschrieben werden. Der Votant wird deshalb die Erheblicherklärung unterstützen, nicht aber die Abschreibung.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** gibt zu, dass hier ein Fehler vorliegt. Er korrigiert den Antrag des Regierungsrats: Nichterheblicherklärung und Abschreibung.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat erklärt die Motion mit 45 zu 19 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 11
**Zwei Geschäfte zum NFA:**

**794** Traktandum 11.1: **Postulat von Daniel Thomas Burch, Andreas Hausheer, Manuel Brandenberg und Daniel Stadlin betreffend NFA Umverteilung nimmt immer groteskere Formen an**
Vorlagen: 2682.1 - 15306 (Postulatstext); 2682.2 - 15437 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** legt fest, dass gleichzeitig zu beiden NFA-Traktanden gesprochen werden kann; nach der Debatte wird der Rat separate Beschlüsse zu den zwei Vorstössen fassen. Da es sich bei drei der Postulanten um die Fraktionschefs handelt, wird in der heute gültigen Reihenfolge der Fraktionen gesprochen.

**Manuel Brandenberg** spricht für die SVP-Fraktion. Er dankt dem Regierungsrat und insbesondere dem Finanzdirektor für die kompetenten Ausführungen. Der Regierungsrat und die Finanzdirektion haben − wie die entsprechende Auflistung zeigt − bereits einiges erreicht. Was zunächst in die KdK eingebracht und von dort an den Bundesrat weitergegeben wurde, kann für den Kanton Zug zu merklichen Einsparungen führen. Finanzdirektor Heinz Tännler hat sich in dieser Sache ebenso erfolgreich − vermutlich sogar mindestens so erfolgreich − wie sein Vorgänger für eine neue Lösung eingesetzt. Wenn der Vorschlag der KdK umgesetzt wird, wird der Kanton Zug im Jahr 2020 zunächst um 24 Millionen Franken, 2021 dann um 43 Millionen Franken und 2022 um 59 Millionen Franken entlastet. Das wäre ein riesiger Erfolg. Denn wenn Zug beim NFA in diesem Mass entlastet würde, bräuchte es

mit Sicherheit keine Steuererhöhung. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG-Fraktion. Bei der Diskussion um den NFA sind die Standpunkte im Kantonsrat schon länger klar. Die Sichtweise der ALG-Fraktion unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von den Ausführungen und Argumenten der beiden Vorstösse. Es scheint fast so, als wolle man möglichst alle Zuger Steuerprivilegien aufrecht erhalten, darum wettert man gegen die zum grossen Teil auch selbstverursachten hohen NFA-Kosten sowie gegen andere Kantone – und gleichzeitig soll die Bevölkerung ein Sparpaket nach dem anderen serviert bekommen. Die Schuld primär auf den NFA und andere zu schieben, ist aus Sicht der ALG etwas gar einfach. Dabei muss man einmal mehr in Erinnerung rufen: Die Vorgänger des Finanzdirektors wie auch die Vorgänger der Zuger Vertreter in Bern waren mit dem NFA-Verteilschlüssel einverstanden. Denn der NFA-Verteilungsmechanismus wurde als Alternative zu einer Steuerharmonisierung bevorzugt. Das war primär ein Entgegenkommen für finanzstarke Kantone wie Zug. Und dabei darf man ebenfalls nicht vergessen: Es gab auch in bürgerlichen Kreisen Kräfte, die sich für eine Steuerharmonisierung aussprachen. Und spannend ist, dass sich gerade linke Kreise 2004 bei der Abstimmung zum NFA zum Teil vehement gegen die neue NFA-Lösung ausgesprochen haben, während eine bürgerliche Mehrheit klar dafür war. Natürlich hat das in Zug schon damals etwas anders ausgesehen, aber die nationale Tendenz und Parolenfassung waren glasklar.
Auch für den Votanten ist klar: Der NFA hat einen Systemfehler. Der Mechanismus der Globalisierung und die Mobilität der Steuererträge wurden dabei nicht bedacht. Und leider ist die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen nach wie vor gross, auch wenn die Ziele des NFA bei der Mindestausstattung erreicht zu sein scheinen. Aber man kann beim nach wie vor grossen Unterschied bei der Ressourcenausstattung innerhalb der kleinen Schweiz doch nicht ernsthaft davon ausgehen, dass mit dem Erreichen dieser Schwelle nun alles tiptop sei. Die 85-Prozent-Regel war zudem immer nur als Mindestziel und nicht als absolute Zielgrösse vorgegeben. In der ersten Vierjahresperiode wurde dieses Mindestziel für Uri zum Beispiel unterschritten. Im Weiteren haben sich die Unterschiede bei der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den ressourcenstarken und -schwachen Kantonen nicht wesentlich verändert. Und genau das ist der Punkt: Die Schere zwischen reichen und armen Kantonen und Gebieten der Schweiz ist nicht kleiner geworden. Auch das muss in der Politik und bei Vorstössen zu denken geben.
Die Schweiz hat im internationalen Vergleich ausgesprochen tiefe Steuern. Die Firmen finden hier hervorragende Arbeitskräfte und eine ausgezeichnete Infrastruktur bei relativ geringer Besteuerung. Vergleiche von KPMG oder BAK Basel zeigen, dass die Gewinnsteuersätze in Europa nur in besonderen (Insel-)Staaten oder Schwellenländern wie Bulgarien, Montenegro etc. tiefer sind. Einzige Ausnahme ist das periphere Irland mit einem Steuersatz in der Höhe der Zentralschweiz. Man muss aber ehrlicherweise auch eingestehen, dass es leider keine Beachtung oder einen Mechanismus dieser Steuersenkungen resp. wesentlichen Unterbietungen von Geberkantonen gab. Und dass man sich über diese teils markanten Senkungen in Nehmerkantonen aufregt, dafür hat der Votant Verständnis. Denn seit 2007 haben zahlreiche Kantone wie Appenzell Ausserrhoden, Graubünden, Luzern, Obwalden, St. Gallen, Schaffhausen, Schwyz, Thurgau und auch Uri die Gewinnsteuern sehr stark gesenkt. Dies erzeugte Druck auf die übrigen Kantone, ihre Steuern ebenfalls zu senken. Es ist zu vermuten, dass die Einführung des neuen Finanzausgleichs per 1. Januar 2008 hier eine wesentliche Rolle gespielt hat. Denn im Gegensatz zum früheren NFA spielt es für die Höhe der Ausgleichszahlungen keine Rolle

mehr, wie hoch die Steuern in den Kantonen sind bzw. wie stark die Kantone das Steuersubstrat selber ausschöpfen. Ganz wichtig dabei ist, dass die Höhe der Steuern in der kleinen Schweiz nicht dermassen unterschiedlich ist und man sich gegenseitig das Leben schwermacht; auf der anderen Seite gilt es aber auch dem eigenen Steuersubstrat resp. dessen Abschöpfung mehr Beachtung zu schenken, dies auch und gerade in Zug. Dabei ist für ALG klar − und das hat der Votant hier auch schon betont: Der NFA braucht einen Mechanismus zur minimalen Steuerharmonisierung. Ansonsten wird man diesem Problem wohl nicht Herr.
Auch der ALG ist bewusst, dass sich der NFA weiterentwickeln muss. Dabei sind ihr Aspekte der interkantonalen Solidarität und des Zusammenhalts innerhalb der kleinräumigen Schweiz aber ebenswo wichtig wie reine mathematischen Schwellenwerte und Mindestausstattungen. Denn auch bei Erreichen dieser Mindestausstattung sind die Gräben zwischen Arm und Reich nach wie vor gross. Das gilt es zu ändern − und auch hier im Kanton Zug zur Kenntnis zu nehmen.
Aufgrund dieser Ausführungen stellt die ALG-Fraktion den **Antrag,** das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion und dankt ebenfalls für die guten und genauen Ausführungen des Regierungsrats bei der Beantwortung des Postulats und der Interpellation. Die zwei Vorstösse nehmen ein Thema auf, welches in der Schweiz und auch im Kanton Zug seit längerer Zeit immer wieder diskutiert wird. Dabei wurden oft auch Worte verwendet, welche sonst in der Politik eher selten geäussert werden. Das Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich wird dabei vor allem von den Geberkantonen heftig kritisiert, was bei den hohen Zahlungen, welche sie leisten müssen, verständlich ist. Die Regierung zeigt in ihren Antworten auf, dass sich die Kantonsregierungen nun auf einen gemeinsamen Vorschlag zuhanden des Bundesrats geeinigt haben. Die sieben Punkten, welche die KdK vorschlägt, scheinen ein sinnvoller Kompromiss für die Nehmer- und Geberkantone zu sein. Dass es einen Ausgleich zwischen den reichen und den ärmeren Kantonen braucht, ist ebenfalls unbestritten. Für den Kantonsrat wäre es natürlich spannend zu wissen, in welchem Verhältnis die sieben Empfehlungen in der Schlussabstimmung in der KdK angenommen wurden. Weiter fehlt der SP die Einschätzung des Regierungsrats, welche Chance er diesen Empfehlungen im politischen Prozess in Bundesbern gibt.
Nun sind der Bundesrat und dann das Parlament gefordert. Dabei wäre es für die SP wichtig zu erfahren, ob und wie die Regierung gedenkt, Lobbying zu betreiben. Auch mit der informativen Antwort des Regierungsrats ergeben sich immer noch weitere Fragen, für welche es jedoch kein hängiges Postulat benötigt. Die SP-Fraktion schliesst sich deshalb dem Antrag der Regierung an, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

**Andreas Hausheer** spricht für die CVP-Fraktion. Diese unterstützt den Antrag des Regierungsrats. Trotz der positiven Entwicklung, dass nun zumindest eine kleine Verbesserung in Aussicht steht, darf man nicht in allzu grossen Jubel verfallen. Man hat ein Ziel von 85 Prozent vorgegeben, dann wurden 86 Prozent als letztes Angebot der Geber herumgereicht, und nun ist man bereits bei 86,5 Prozent angekommen. Das Verhandlungsergebnis ist im Vergleich zum anfänglichen Ziel also eher enttäuschend, dies vor allem auch, weil andere wichtige Eckpunkte unangetastet bleiben. Es bleibt aber die Hoffnung, dass zumindest der jetzige Minikompromiss, der für den Kanton Zug finanziell positiv ist, in Bern eine Mehrheit findet. Der Votant hätte die Gäste aus Appenzell gerne gebeten, bei ihren Bundesparlamentariern entsprechend Einfluss zu nehmen, aber leider haben sie den Ratssaal bereits

verlassen. Ein Scheitern wäre − wie der Regierungsrat richtig sagt − ein Affront gegenüber den Geberkantonen. Der Regierungsrat hat gemäss Interpellationsantwort offenbar keinen Plan B. Die CVP hat einen solchen Plan und würde ihn vielleicht nochmals hervorholen, nämlich die Sistierung der interkantonalen Zusammenarbeit in bestimmten Gremien. Das hat sie schon vor zwei Jahren vorgeschlagen, es wurde vom Kantonsrat aber nicht goutiert. Dem Votanten ist ein solcher Plan B lieber als gar keiner. Vielleicht gelingt es dem Regierungsrat aber noch, einen Plan B zu entwickeln, dies im Interesse des Kantons.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält zum Votum von Andreas Hürlimann fest, dass die Unternehmenssteuern, die für den Kanton Zug ein zentraler Pfeiler des Ertrags sind, vom Rest der Schweiz immer mit Argusaugen beobachtet werden. Und fälschlicherweise wird dem Kanton Zug immer wieder vorgeworfen, er heize den Steuerwettbewerb an. Für den Finanzdirektor ist erstens ein Steuerwettbewerb gut und notwendig, und zweitens ist der Kanton Zug hier kein Anheizer. Wie man kürzlich in den Zeitungen lesen konnte − die Informationen stammten von Professor Christoph Schaltegger von der Universität Luzern −, liegt der Kanton Zug bei den ordentlich besteuerten Unternehmen in der Rangliste der tiefsten Steuern im interkantonalen Vergleich aktuell auf dem sechsten Platz − und er ist nahe dran, auf den siebten Platz abzurutschen. Er kommt also nicht in die Medaillenränge, sondern erhält vielleicht als Trostpreis ein Diplom. Von den fünf besser klassierten Kantonen sind deren vier NFA-Nehmer, wobei der Umstand interessant ist, dass diese vier Kantone bei jeder neuen Unternehmung, die Gewinn versteuert, sogar noch draufzahlen, so etwa Luzern, Uri und − als Geberkanton − auch Schwyz. Es gibt für diese Kantone also keinerlei Anreiz mehr, weitere Firmen anzuziehen, es kostet ja nur. Dazu kommt, dass Uri, das mit dem Jura das NFA-Schlusslicht bildet, in der erwähnten Rangliste nur einen Platz hinter Zug liegt, der Steuersatz liegt um 0,5 Prozentpunkte über jenem des Kantons Zug. Die Steuerpolitik des Kantons Zug kann nicht komplett falsch sein, wenn andere Kantone im Ranking noch vor Zug liegen. Zu realisieren, dass es vor allem NFA-Nehmerkantone sind, ist schmerzlich. Vor diesem Hintergrund ist es wirklich an der Zeit, das NFA-System zu überdenken, wie es nun geschehen ist. Und um es nicht zu vergessen: Die linken Parteien waren bei der damaligen Abstimmung gegen den NFA, weil sie eine materielle Steuerharmonisierung wollten. Und ehrlich gesagt: Eine materielle Steuerharmonisierung wäre der Verkauf der Schweiz. Es ist richtig, dass man bezüglich tiefer Steuern aufpassen muss. Man muss aber auch schauen, dass man einerseits eine Steuerergiebigkeit hat und genügend Steuern einnimmt, andererseits aber attraktiv bleibt, so dass Arbeitsplätze geschaffen und die sozialrelevanten Massnahmen, wie sie auch von linker Seite gefordert werden, finanziert werden können.
Zu Andreas Hausheer: Natürlich versteht auch der Finanzdirektor unter Jubeln etwas anderes. Die Situation ist aber allen bekannt: eine grosse Mehrheit von Nehmerkantonen, welche die kleine Minderheit der Geberkantone ständig majorisiert; ein System, das die Disparitäten der Kantone nicht mehr abdeckt und dazu führt, dass Kantone wie Luzern und Uri − insgesamt etwa die Hälfte der Kantone − gar nicht mehr daran interessiert sind, Firmen anzulocken, weil sie eh draufzahlen. Diese Situation hat nun endlich zu einem Kompromiss geführt, der zugegebenermassen nicht Anlass zum Jubeln ist, aber doch zu einer Entlastung der Geberkantone führen wird. Das ist nicht ein Minikompromiss, sondern vor dem Hintergrund der demokratischen Situation und des Föderalismus schon fast ein Superkompromiss. Zu den Chancen für diese Lösung: Der vorliegende Kompromiss wurde in der Finanzdirektorenkonferenz und in der Konferenz der Kantonsregierungen mit − Irrtum vorbehalten − 22 gegen 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen, wobei hinter

diesen Stimmen nicht einzelne Direktoren, sondern Kantonsregierungen, also Regierungsratsbeschlüsse, stehen. Das ist ein starkes Zeichen, so etwas hat es seit 2008 noch nie gegeben. Allerdings: Keine zwei Stunden, nachdem die KdK die entsprechende Medienmitteilung verschickt hatte, konnte man von eidgenössischen Parlamentariern verschiedener, auch bürgerlicher Couleur hören, es sei zwar gut, dass man einen Kompromiss gefunden habe, sie seien aber dagegen. Man konnte es lesen: Die Kantone wollen den *meccano* entpolitisieren. Die Parlamentarier in Bern stimmen nämlich je nach Tagesform und politischer Situation mal ein bisschen so, mal ein bisschen anders, auch je nachdem, wie sie von ihren Kantonsregierungen instruiert wurden. Dazu kommt, dass die Abstimmung zum NFA immer vor den Wahlen stattfindet, nächstes Mal 2019. Dann stehen die Parlamentarier unter Druck und müssen aufpassen, wie sie abstimmen. Hier liegt die Problematik, und genau deshalb wollen die Kantone eine Entpolitisierung. Der Finanzdirektor hofft nun, dass das eidgenössische Parlament die Grösse hat, einmal einen Schritt zurück zu machen, und die Berechnung der Dotation für den NFA-Topf wirklich entpolitisiert, so dass auch eine gewisse Rechtssicherheit entsteht. Der Finanzdirektor erachtet den bisherigen Prozess und dessen Resultat als gut, die Chance liegt für ihn bei 50 zu 50. Die Kantonsregierungen setzen sich ein, soweit sie können, und der Finanzdirektor geht davon aus, dass auch die Zuger Bundesparlamentarier die Lösung unterstützen. Wie zu hören war, will Ständerat Peter Hegglin, der sich in diesem Thema ja bestens auskennt, eine parlamentarische Gruppe ins Leben rufen, was eine sehr gute Idee ist. Es bleibt zu hoffen, dass am Schluss in Bern der Sachverstand und das ökonomische Verständnis über politischen Überlegungen stehen. Der Finanzdirektor bittet den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat erklärt das Postulat mit 56 zu 9 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

**795** Traktandum 11.2: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend die bisherigen Erfolge für mehr Fairness beim NFA**
Vorlagen: 2674.1 - 15286 (Interpellationstext); 2674.2 - 15435 (Antwort des Regierungsrats).

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Die Interpellationsantwort deckt sich mit den Ausführungen zum eben diskutierten Postulat. Der Votant beschränkt sich deshalb auf folgende Punkte:
• Es gibt eine Homepage der NFA-Geber, nämlich www.fairer-nfa.ch. Dort findet man die Informationen zur Einigung unter den Kantonen. Der Votant dankt auch dem Finanzdirektor für seine transparenten Ausführungen.
• Der Kanton Appenzell Innerrhoden hat rund 16'000 Einwohner, also etwa die Hälfte der Stadt Zug, und er erhält mittlerweile rund 20 Millionen Franken aus dem NFA.
• Es liegt nun an den Mitgliedern des Kantonsrats, die Vertreter des Kantons in Bundesbern auf Linie zu bringen. Dass es in einem hochdiplomatischen Akt gelungen ist, eine Einigung zu erzielen, dazu kann man nur gratulieren. Der NFA ist ein Thema, seit der Votant im Kantonsrat ist, und vielleicht ist man nun tatsächlich einen Schritt weitergekommen.

**Philippe Camenisch** dankt im Namen der FDP-Fraktion, also der Interpellantin, dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die aktuelle Situation an der NFA-Front wird gut und verständlich aufzeigt − und es können Er-

gebnisse ausgewiesen werden. Die FDP ist nicht überrascht, dass die Regierung ihre Auffassung teilt, wonach der Ressourcenausgleich überdotiert ist. In diesem Sinne dankt sie dem Regierungsrat auch, dass er «im Rahmen der Anhörung zum Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2017 die hohe Überdotation und die damit verbundene hohe Belastung des Kantonshaushalts» kritisierte − hoffentlich stark kritisierte.
Die Empfehlungen der KdK sind grundsätzlich positiv zu werten. Sie stellen einen Kompromiss dar, auch wenn die künftige Belastung für den Kanton Zug auf einem astronomisch hohen Niveau verharren wird. Die Belastung ist nämlich weit weg von dem, was zum Zeitpunkt der Einführung des NFA prognostiziert wurde. Damals sprach man von Belastungen im tiefen dreistelligen Millionenbereich. Die Entwicklung ist bekannt und beschäftigt den Rat aktuell mehr denn je.
Im Sinne der Schadensbegrenzung gilt es endlich eine Lösung zu finden. Diese scheint nun auf dem Tisch zu liegen bzw. in Griffnähe zu sein. Mit Schadensbegrenzung meint der Votant nicht nur den finanziellen Schaden für Zug und letztendlich auch für die Schweiz, sondern auch den politischen Schaden in Hinblick auf den künftigen Zusammenhalt in der Schweiz. Ihm kann niemand glaubhaft machen, dass ein Finanzausgleichsystem, welches zulässt, dass eine Minderheit der Kantone durch eine Mehrheit derselben marginalisiert wird, in die schweizerische Landschaft passt. Ein solches System muss früher oder später zu schädlichen Dissonanzen führen. Die Gesellschaft in der Schweiz war bislang auf Ausgleich bedacht, wobei Unterschiede − hier im Sinne eines Steuerwettbewerbs − zulässig, ja gewollt waren. Es ist die Aufgabe und Pflicht der Parlamentarier in Bern, diese Tradition hochzuhalten. So gesehen, ist zu begrüssen, wenn nun der NFA bei der Bemessung des Ressourcen- und Lastenausgleichs unter den Kantonen entpolitisiert wird. Man wird sehen, ob eine Mehrheit in Bundesbern dies ebenso sieht und der zuweilen noch höflichen Einladung aus Zug und den anderen Geberkantonen zum Mitmachen folgt.
Noch ein aktuelles Beispiel für den eingeschränkten Blick des Bürgers in Sachen Finanzen und Belastung: Im Rahmen der Debatte zur Sanierung der Wasserkraft kamen verschiedene Ideen bis hin zu Zwangsmassnahmen für den Konsumenten − etwa der Verpflichtung für den Bezug von (teurerem) Strom aus Wasserkraft, mit Ausnahmen − auf den Tisch. Dass man im Sinne einer Opfersymmetrie auch über eine Senkung der Wasserzinsen nachdenken könnte, blieb − soweit der Votant weiss − ausgeblendet. Ist das so, weil die Wasserzinsen in den Bergkantone bislang für die Berechnung des Ressourcenpotenzials ausgenommen wurden? Der Votant überlässt die Beantwortung dieser Frage jedem Einzelnen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

## 796 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. Juni 2017 (Ganztagessitzung)

**Beilage (nur elektronisch):**
Report der Abstimmungsergebnisse: https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

56. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 29. Juni 2017 (Vormittag)
Zeit: 8.30–11.45 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 1. Juni 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Alois Gössi und Hubert Schuler betreffend Abschaffung eines alten Zopfs: des Heimatscheins
3.2. Motion der SP-Fraktion betreffend Realisierung des Sonnenenergiepotenzials bei kantonalen Bauten und Anlagen
3.3. Motion von Andreas Hausheer, Thomas Meierhans und Daniel Burch betreffend Durchgangsstation Steinhausen
3.4. Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25)
3.5. Interpellation von Thomas Werner, Ralph Ryser und René Kryenbühl betreffend Umwandlung der Bushaltestelle Gasthaus Rössli, Zugerstrasse 142, 6314 Neuägeri, in eine Fahrbahnhaltestelle mit Mittelinsel
3.6. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Menschenrechtsverletzungen im Kanton Zug
3.7. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Sozialbericht 2016

4. Kommissionsbestellungen
5. Rechenschaftsbericht 2015/16 des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission
6. Geschäftsbericht 2016
7. Zwischenbericht zu den per Ende März 2017 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
8. Finanzwesen - Sparpaket 2018: Gesetzesänderungen
9. Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Kanton Zug als TiSA-freie Zone
10. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Ablehnung der Unternehmenssteuerreform (USR III) und den Konsequenzen für den Kanton Zug
11. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend «Fringe Benefits» versus Eigenverantwortung − kostspielige Betreuung des Staatspersonals vor der Pensionierung und darüber hinaus?

12. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend jährlich stattfindende unwürdige und wenig erfolgreiche Bettelei der Fachstelle Migration bei allen Zuger Unternehmen
13. Interpellation der Fraktion Alternative – die Grünen betreffend Axpo und Misswirtschaft bei Atomkraftwerken
14. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Altersarmut im Kanton Zug

## 797 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung (Vormittag) sind 71 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Alice Landtwing, Richard Rüegg, Rupan Sivaganesan, alle Zug; Pirmin Andermatt, Zari Dzaferi, Andreas Hostettler, Beni Riedi, alle Baar; Daniel Burch, Monika Weber, Steinhausen.

## 798 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass eine Ganztagessitzung stattfindet. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Aklin ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

Der Vorsitzende begrüsst Irene Teismann mit einer Gruppe von Asylbewerbenden. Diese lernen Deutsch und machen sich an der Sitzung ein Bild des politischen Systems. Die Gäste kommen aus Afghanistan, Eritrea, dem Iran, Irak, Sudan und aus Syrien.

Der Bildungsdirektor wird die Sitzung um 16.00 Uhr verlassen, um in Baar an der Maturafeier der Kantonsschule teilzunehmen. Der Gesundheitsdirektor wird nach der Debatte des Geschäftsberichts den Rat verlassen. Er nimmt an der Vorstandssitzung der Gesundheitsdirektorenkonferenz teil.

TRAKTANDUM 1

## 799 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

## 800 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 1. Juni 2017

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 1. Juni 2017 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**801 Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt später in der Sitzung (siehe Ziff. 806–812).

TRAKTANDUM 4

**802 Kommissionsbestellungen**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass anstelle von Esther Haas neu Magda Feldmann-Müller für die ALG in die Bildungskommission gewählt werden soll.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**803 Rechenschaftsbericht 2015/16 des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission**

Vorlagen: 2749.1 - 00000 (Bericht des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission); 2749.2 - 15459 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst Aldo Elsener, den Präsidenten des Verwaltungsgerichts.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission (JPK), hält fest, dass das Verwaltungsgericht am 28. März 2017 durch eine Delegation der JPK visitiert wurde. Das Verwaltungsgericht wurde durch den neuen Präsidenten Aldo Elsener und den Generalsekretär George Kammann vertreten. Wie gewohnt wurden dem Verwaltungsgericht im Vorfeld Fragen zum Rechenschaftsbericht der letzten Berichtsperiode zugestellt. Überprüft wurde unter anderem die Anzahl der pendenten und erledigten Fälle, die Verfahrensdauer, die Arbeitsbelastung, die Personalfluktuation, das Arbeitsklima und so weiter. Die Amtsübergabe an den neuen Gerichtspräsidenten verlief problemlos und harmonisch. Dank einem Rückgang der Neueingänge, der effizienten Arbeitsweise am Verwaltungsgericht und vor dem Hintergrund der Sparbemühungen des Kantons wurde auf die Besetzung des frei gewordenen Pensums des Gerichtsschreibers verzichtet. Neu arbeitet das Verwaltungsgericht mit 4,8 statt mit 5,6 Gerichtsschreiberstellen.
Als spezielle Herausforderung bezeichnet der Verwaltungsgerichtspräsident den grossen Einsatz für das Projekt «Finanzen 19» und die überraschenden Personalwechsel unmittelbar nach seiner Amtsübernahme. Es galt, zwei Gerichtsschreiberstellen neu zu besetzen, und anlässlich der Visitation informierte der Verwaltungsgerichtspräsident die JPK darüber, dass auch der Generalsekretär die Kündigung eingereicht habe. Grund dafür war nicht nur, aber auch das getrübte Arbeitsklima am Verwaltungsgericht. Auf Nachfrage erklärte der neue Verwaltungsgerichtspräsident, dass schon seit längerer Zeit Spannungen, Unzufriedenheiten, aber auch Unverträglichkeiten und Unverständnis unter den Richterpersonen und den Gerichtsschreiber/innen spürbar seien. Natürlich war die JPK überrascht, zumal bei jeder Visitation das Arbeitsklima erfragt wurde und bis anhin nie über Spannungen in-

formiert worden war. Der JPK wurde stets von einem harmonischen und guten Arbeitsklima berichtet. Der Verwaltungsgerichtspräsident ist zuversichtlich, dass die bestehenden Probleme intern gelöst werden können. Überdies ist er der Meinung, dass gewählte Richterpersonen offenbar die Arbeit nicht immer richtig einschätzen. Es erfolgt deshalb der Appell an die Parteileitungen, künftig vorzuschlagende Kandidaten über die anspruchsvolle Aufgabe, zum Teil Knochenarbeit, zu informieren und ein Augenmerk auf eine hohe Sozialkompetenz zu legen. Immerhin bestätigte der Verwaltungsgerichtspräsident, dass der Geschäftsgang nicht unter den Animositäten leide und man die Arbeitslast weiterhin im Griff habe. Etwas anderes geht aus den Angaben im Rechenschaftsbericht auch nicht hervor. Die JPK und sicherlich auch der Kantonsrat und die Zuger Bevölkerung verlangen jedoch von den gewählten Richtern, dass sie sich trotz ihrer Unabhängigkeit im Gesamtbetrieb einordnen und ihre Verantwortung übernehmen.
Die Schätzungskommission funktioniert gemäss Verwaltungsgerichtspräsident gut. Die Prüfung des Rechenschaftsberichts und die Visitation zeigen, dass die Verfahren innert angemessener Frist sachgerecht erledigt werden. Es sind zurzeit weder personelle noch verfahrensrechtliche Massnahmen erforderlich.
Am 29. Mai 2017 hat die erweiterte JPK den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts für die Jahre 2015 und 2016 mit 11 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Die JPK beantragt dem Rat, den Rechenschaftsbericht 2015/16 des Verwaltungsgerichts zu genehmigen und den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitern des Verwaltungsgerichtes für ihre Arbeit und ihren engagierten Einsatz zu danken. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag ebenfalls einstimmig.

Verwaltungsgerichtspräsident **Aldo Elsener** verweist auf den vorliegenden Rechenschaftsbericht und hält fest, dass das Verwaltungsgericht seine Aufgaben in den beiden Berichtsjahren ordnungsgemäss und effizient bewältigen konnte. Trotz hoher Arbeitsbelastung vermag das Verwaltungsgericht die ihm unterbreiteten Streitsachen sach- und zeitgereicht zu erledigen. Die Geschäftslast bewegt sich auf einem stabilen, adäquaten Niveau. Die Verfahrensdauern sind erfreulich kurz. Dies zeugt von tauglichen prozessrechtlichen Grundlagen und einer speditiven Verfahrensführung. Natürlich ist Rechtsprechung auch Handwerk, d. h., es bedarf ausreichender personeller und materieller Mittel. Dem Rat gebührt ein Dank, dass er dem Verwaltungsgericht diese Ressourcen regelmässig zur Verfügung stellt, und er darf darauf vertrauen, dass das Verwaltungsgericht personalrechtliche Entscheide verantwortungsbewusst trifft. Auch leistet das Verwaltungsgericht seinen Beitrag zu den Sparanstrengungen des Kantons und bemüht sich um organisatorische sowie verfahrungsrechtliche Verbesserungen zur Effizienzsteigerung, ohne die verfassungsmässigen Aufgaben zu vernachlässigen. Wie der JPK-Präsident erwähnt hat, gibt es am Verwaltungsgericht schon seit längerem zwischenmenschliche Spannungen. Diese waren mitverantwortlich dafür, dass wenige Tage vor der Visitation durch die Kommission von Ende März der noch nicht lange im Amt stehende Generalsekretär gekündigt hat. Die Kommission wurde darüber transparent informiert. Ebenso wurde der Kommission mitgeteilt, dass die Probleme gelöst würden und man sicherstellen werde, dass diese keine Auswirkungen auf die Arbeit des Verwaltungsgerichts haben. Mit Freude und Befriedigung kann nun mitgeteilt werden, dass der Generalsekretär George Kammann vorgestern seinen Rücktritt vom Rücktritt erklärt hat. Dies ist eine grosse Erleichterung und wichtig für das Verwaltungsgericht. Bei der Verbesserung des Arbeitsklimas konnten wichtige Fortschritte erzielt werden. Es wird auch weiterhin alles Nötige getan, um die Funktionsfähigkeit des Verwaltungsgerichts zu gewährleisten, und man ist diesbezüglich sehr zuversichtlich. Heute in einer Woche wird im Rat über die Wählbarkeitsvoraussetzungen

für das Verwaltungsgericht gesprochen. Zweifellos gehören zu diesen Voraussetzungen nebst den fachlichen Aspekten auch die menschlichen und sozialen Kompetenzen, die sogenannten Soft Skills.
Zur Schätzungskommission, die erst vor wenigen Jahren neu konstituiert wurde: Bei einer Visitation konnte bestätigt werden, dass die Kommission sehr gute Arbeit leistet. Gegen ihre Entscheide werden denn auch kaum je Beschwerden an das Verwaltungsgericht getragen. Die Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Martin Spillmann und der Kommission ist ausgezeichnet.
In seiner neuen Funktion hat der Verwaltungsgerichtpräsident heute das erste Mal die Gelegenheit, vor dem Rat seinen Richter-Kolleginnen und -Kollegen und allen Mitarbeitenden der Gerichtskanzlei für die geleistete Arbeit und den grossen Einsatz herzlich zu danken. Ein Dank geht auch an den Präsidenten und die Mitglieder der Schätzungskommission und – last, but not least – an die Justizprüfungskommission und ihren Präsidenten Thomas Werner. Vielen Dank für die kompetente und vertrauensvolle Zusammenarbeit!
Der Verwaltungsgerichtspräsident ersucht den Rat, den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts zu genehmigen und denjenigen der Schätzungskommission zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die erweiterte Justizprüfungskommission die Genehmigung des Rechenschaftsberichts beantragt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht 2015/16 des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission stillschweigend.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden des Verwaltungsgerichts sowie den Mitgliedern der Schätzungskommission für die in den Berichtsjahren geleistete Arbeit dankt.

TRAKTANDUM 6

**804 Geschäftsbericht 2016**

Vorlagen: 2744.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2744.2 - 15446 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die erweiterte Stawiko die Vorlage an der Sitzung vom 7. Juni 2017 beraten hat und dankt der gesamten Verwaltung für die Unterstützung der Delegationen sowie der Finanzdirektion für die gute Zusammenarbeit. Gemäss §18 GO KR übt die Stawiko die Oberaufsicht über den

Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Zum vierten Mal in Folge hat der Kanton einen operativen Verlust gemacht. Das Defizit von rund 92,1 Millionen Franken ist gegenüber dem Budget um 78,2 Millionen Franken besser ausgefallen. Allerdings gibt es nichts schönzureden. Obwohl der Kanton auf dem richtigen Weg ist, die missliche Finanzlage zu beseitigen, ist er noch lange nicht am Ziel. Das strukturelle Defizit beträgt nach wie vor mehr als 100 Millionen Franken. Der Fiskalertrag bewegt sich mit 675,2 Millionen Franken erstmals wieder auf dem Niveau von 2011. Leider sind jedoch rund 30 Millionen dieser Steigerung nicht nachhaltig. Es handelt sich um einmalige Erträge.
Auch dieses Jahr ist im Stawiko-Bericht die Personalstellenübersicht aufgeführt. Es handelt sich dabei immer um eine Stichtagsbetrachtung. Per 31. Dezember 2016 waren rund 23 der budgetierten Stellen nicht besetzt. In Franken betrug der Minderaufwand beim Personal gegenüber dem Budget jedoch lediglich 492'000 Franken, was etwa drei bis vier Vollzeitstellen entspricht. Diese Zahl ist im Geschäftsbericht auf Seite 57 bei der Artengliederung zu finden.
Ansonsten wurde auf der Kostenseite die vom Kantonsrat beschlossene Kürzung von 5 Millionen Franken umgesetzt. Zudem wurden beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand weitere 3,6 Millionen Franken weniger ausgegeben. Dafür gilt der Verwaltung ein Dank. Die restlichen Abweichungen wie zum Beispiel bei den Abschreibungen und beim Transferaufwand sind weniger beeinflussbar. Gesamthaft resultieren auf der Aufwandseite Minderausgaben von rund 15,8 Millionen Franken.
Die Bilanz des Kantons Zug ist trotz des weiteren Defizits immer noch intakt. Das Eigenkapital beträgt per Jahresende rund 806 Millionen Franken. Das Vermögen pro Einwohner hat von 3530 auf 2663 Franken, also rund 900 Franken pro Einwohner, abgenommen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind weiter hohe Nettoinvestitionen, vor allem in Hoch-und Tiefbauprojekte, von rund 96 Millionen Franken zu verzeichnen. Um die Investitionen und den Verlust zu finanzieren, hat das Finanzvermögen auf der Aktivseite um 144,2 Millionen Franken auf 982,5 Millionen Franken abgenommen. Die Finanzkontrolle des Kantons Zug hat die Jahresabschlüsse geprüft und keine Unstimmigkeiten festgestellt. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen. Allerdings sind in den Revisionsberichten einige Empfehlungen formuliert. Die Stawiko erwartet von der Regierung, dass diese ernst genommen und abgearbeitet werden. Weiter gibt es auch immer wieder unterschiedliche Ansichten bei den Kompetenzenregelungen in Bezug auf die Ausgaben. Die Stawiko fordert die Regierung auf, allgemein gültige und klare Weisungen aufzustellen.
Zu den Feststellungen aus den Visitationen und den Hinweisen und Empfehlungen an die Regierung: Obwohl die Stawiko seit einiger Zeit moniert, dass Überstunden, Arbeitszeit- und Feriensaldi abgebaut werden müssen, sind die Saldi 2016 weiter angewachsen. Total sind 125'210 Stunden an Mitarbeiter geschuldet, was der Jahresarbeitszeit von rund 59 Mitarbeitenden und einer Rückstellung von 9,3 Millionen Franken entspricht. Selbstverständlich gibt es einige Ämter, die die Zeitguthaben vorbildlich managen. Das ist aber eher die Ausnahme. Wie im Bericht ausgeführt, hat die Stawiko zudem die Tendenz festgestellt, dass, anstatt Ferientage zu beziehen, Überstunden- und Arbeitszeitsaldi abgebaut, die Feriensaldi hingegen stehen gelassen werden. Dies kann nicht im Sinne des Erfinders sein. Arbeits- und Ferienzeit zu managen, ist eine Führungsaufgabe, die offensichtlich bei der kantonalen Verwaltung nicht beherrscht wird. Die Regierung wird nochmals aufgefordert, sich dieses Themas anzunehmen. In Zukunft sind der Stawiko die Zeitsaldi analog der Personalstellenübersicht pro Amt aufzulisten. Weiter wird die Stawiko ihrerseits Massnahmen über nicht umgesetzte Aufträge an die Regierung diskutieren.
Die Regierung hat mit ihrem Beschluss vom 4. April 2017 die Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) zum Abschuss freigegeben, indem sie sie als freiwillig erklärt und

keine weiteren Neueinführungen erlauben wird. Dieser Entscheid hat die Stawiko schockiert und irritiert. Es ist kurzsichtig, die langjährige Aufbauarbeit über Bord zu werfen, und das vor allem bei gleichbleibender Berichterstattung mit Leistungsaufträgen und Globalbudgets. Die ewige Frage nach dem Preisschild einer Leistung ist nach wie vor ungeklärt.
Weiter hat die Regierung der erweiterten Stawiko mitgeteilt, dass in Zukunft aus verfassungsrechtlichen Gründen keine pauschalen Budgetkürzungen mehr zugelassen werden können. Diese zwei Entscheide hinterliessen bei der Stawiko Kopfschütteln. Wie soll denn in Zukunft der gesetzliche Auftrag überhaupt noch wahrgenommen werden? In dieser Sache ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Rat kann sicher sein, dass die Stawiko diese Vorgehensweise und die heutige Lösung so nicht akzeptieren kann. Eine Sondersitzung ist bereits einberufen.
Zu einigen Details aus dem Stawiko-Bericht:
• Im Asylbereich hat der Aufwandüberschuss von rund 1,9 Millionen Franken im Jahr 2015 auf 10,2 Millionen im Jahr 2016 zugenommen. 2016 schlagen die Mehrerträge des Bundes mit rund 6,6 Millionen Franken zu Buche. Das Delta für den Kanton Zug beträgt satte 3,6 Millionen. Besorgniserregend sind vor allem die ungenügenden Bundesbeiträge für Integrationsmassnahmen und für Personen, die länger als fünf bzw. sieben Jahre in der Schweiz sind. Für diese Kategorien gibt es keine Bundesbeiträge mehr. Seit der Budgetsitzung 2017 ist die erweiterte Stawiko deshalb alarmiert. Die Finanzkontrolle hat von der Stawiko einen Spezialauftrag gefasst. Die Berichterstattung zu diesem Auftrag steht kurz vor der Finalisierung. Um weitere Kostenfolgen im Griff zu haben, wird die Gesamtregierung gebeten, sich der Entwicklung im Asyl- und Flüchtlingswesen speziell anzunehmen. Die Stawiko bleibt ebenfalls am Ball.
• Finanzielle Zuwendungen an Angestellte der Verwaltung und angegliederter Institutionen, die über die vertragliche Entlohnung hinausgehen, lehnt die Stawiko kategorisch ab, insbesondere ohne entsprechende gesetzliche Grundlage. Der Fall bei der Psychiatrischen Klinik Zugersee ist irritierend. So stellt man sich einen sorgsamen Umgang mit Steuergeldern und Krankenkassenprämien nicht vor. Es geht doch nicht, dass man sich selbst bedient. Der Gesundheitsdirektor wird aufgefordert, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, damit in Zukunft keine derartigen Prämien mehr ausbezahlt werden. Der Hinweis im Stawiko-Bericht hat hohe Wellen geschlagen, weil die Presse das Thema aufgenommen hat. Der Gesundheitsdirektor liess in der «Zuger Zeitung» verlauten, es handle sich um einen Sturm im Wasserglas und es sei einzig Sache der Klinik Zugersee, wie sie ihr Lohnsystem bestimme. Immerhin entnahm die Stawiko den Hinweis dem Revisionsbericht der Finanzkontrolle an den Konkordatsrat. Nach Rücksprache bleibt diese Stelle dabei, dass ihres Erachtens keine eindeutige Rechtsgrundlage besteht. Zug ist Mitglied dieses Konkordats, und somit geht es die Stawiko sehr wohl etwas an, was in den angegliederten Betrieben läuft. Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist Fakt. Im Kanton Zug schlagen die Zahlungen an alle Spitäler immerhin mit 92,2 Millionen Franken zu Buche. An die Klinik Zugersee wurden über die Fallpauschalen 6,53 Millionen Franken überwiesen. Zuzahlungen – nicht nur exemplarisch, wie sie die Klinik Zugersee vorgenommen hat – werden von der Stawiko nicht goutiert und sind gesundheits- wie finanzpolitisch fragwürdig.
• Einmal mehr ist die Gebäudeversicherung negativ aufgefallen. Dem Revisionsbericht der Finanzkontrolle ist zu entnehmen, dass man sich anscheinend weder um Anlagerichtlinien noch um Weisungen im Personalbereich foutiert. Den Vogel schiesst nun aber der Sicherheitsdirektor ab: Man will sich nicht mehr um Empfehlungen der Finanzkontrolle kümmern, da das Gebäudeversicherungsgesetz vom Volk angenommen worden ist. Hand aufs Herz: So geht das nicht. Für das Protokoll

kann die Forderung der Stawiko gerne wiederholt werden: Den Aufsichtspflichten gemäss § 2 Abs. 1 des geltenden Gesetzes für die Gebäudeversicherung vom 1. Januar 1980 ist bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes nachzukommen. Insbesondere sind die Empfehlungen im Bericht der Finanzkontrolle Nr. 28-2017 vom 24. Mai 2017 zu beachten, speziell auch diejenigen, die mögliche zukünftige Grossprojekte betreffen. Die Stawiko wird diese Pendenz mit Argusaugen verfolgen.
Mit dem vorliegenden Jahresabschluss hat der Kanton Zug ein kleines Etappenziel erreicht, jedoch noch keinen Bergpreis erlangt, und schon gar nicht die Tour oder das Rennen gewonnen. Es gilt, den Spardruck weiter aufrechtzuerhalten und sich zu mässigen. Die erweiterte Stawiko unterstützt die Anträge der Regierung auf Seite 5 im Geschäftsbericht.

**Beat Unternährer** spricht für die FDP-Fraktion und bedankt sich bei Regierung und Stawiko für die Arbeit. Die Berichterstattung ist umfassend, und daher wird nur gezielt auf einige Aspekte der Finanzen und der Führung eingegangen. Es ist erfreulich, dass die eingeleiteten Sparpakete zu greifen beginnen und gegenüber dem Budget ein um 78,2 Millionen Franken besseres Ergebnis erzielt werden konnte. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass auf vergleichbarer operativer Basis das Ergebnis nur um 34,5 Millionen Franken besser ist als im Vorjahr. Von den Steuererträgen werden rund 30 Millionen Franken als ausserordentlich bezeichnet. Der Kanton weist nach wie vor ein strukturelles Defizit von rund 100 Millionen Franken aus. Der Verlust beträgt immer noch etwas mehr als 10 Prozent der Erträge. Dies zeigt, dass weiterhin mit Hochdruck an einer Gesundung der Finanzen gearbeitet werden muss. Verluste in dieser Grössenordnung zu beseitigen, ist eine Ausdauerübung, die ab und zu sicher auch etwas zermürbend ist. Die FDP begrüsst die strukturierte Arbeitsweise des Regierungsrats. Aufgrund der Langfristigkeit der Entlastungsprojekte darf aber auch nicht vergessen werden, dass die Eliminierung von grossen Verlusten auch immer wieder kurzfristige Einsparungen bedingt, die nicht zwingendermassen Teil eines längerfristigen Plans sind. In der populären Finanzsprache spricht man von der Identifikation von *low-hanging fruit*, zu Deutsch, tief hängenden Früchten. Der NFA ist nicht der einzige Grund für die angespannten Kantonsfinanzen. Die bisherigen Analysen zeigen, dass über Jahre das Kostenmanagement vernachlässigt worden ist. Ebenso hat sich ein sehr hohes Leistungsniveau etabliert, das es in bestimmten Bereichen sicherlich weiter zu hinterfragen gilt. In Zukunft haben der Regierungsrat und der Kantonsrat der Beurteilung der erbrachten Leistungen und den dazugehörigen Kosten weiterhin viel Beachtung zu schenken. Fokussierung auf die Kernaufgaben des Staates ist angesagt. Hierfür müssen die notwendigen finanziellen Führungsinstrumente bereitstehen. Die Führung eines grossen Finanzhaushalts geht nicht ohne mühsame Kleinarbeit. Die Sparbemühungen sind in allen Direktionen ersichtlich. Die FDP-Fraktion bedankt sich dafür auch beim Gesamtregierungsrat.
Nach wie vor kritisch ist die Situation im Asylbereich. Hierzu hat die Stawiko-Präsidentin schon alles Wichtige gesagt. Ein weiteres Thema sind die Zeit- und Ferienguthaben. Die FDP-Fraktion teilt diesbezüglich die Meinung der Stawiko.
Die Hinweise der Finanzkontrolle auf die Nichteinhaltung von Regelungen in den Bereichen Personal, Spesen und der Anlagestrategie bei der Gebäudeversicherung haben die FDP-Fraktion beschäftigt. Bei der Gebäudeversicherung des Kantons Zug handelt es sich um einen Monopolbetrieb. Umso delikater sind solche Feststellungen. Das Volk hat in diesem Jahr einer neuen Governance klar zugestimmt. Die in Zukunft zuständigen Gremien haben die Gebäudeversicherung eng zu überwachen. Bis diese neue Governance umgesetzt ist, hat sich die Sicherheitsdirektion um die Empfehlungen der Finanzkontrolle zu kümmern.

Der Kanton befindet sich in Bezug auf die Gesundung der Finanzen auf gutem Weg. Der Spardruck darf aber nicht nachlassen. Zentral wird sein, dass Führungsinstrumente bereitstehen, die Leistungen und die dazugehörigen Kosten klar aufzeigen. Dies zu vernachlässigen, kann der Beginn neuer Finanzprobleme sein. Der Regierungsrat muss aufzeigen, in welcher Form er Leistungen und dazugehörige Kosten darstellen will. Die Lösung muss pragmatisch und transparent sein.
Die FDP-Fraktion beantragt, sämtlichen fünf Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen und den Geschäftsbericht zu genehmigen.

**Andreas Hürlimann,** Sprecher der ALG, hält fest, dass die Jahresrechnung 2016 des Kantons Zug mit fast 80 Millionen Franken tieferem Aufwandüberschuss als budgetiert abschliesst. Natürliche wie juristische Personen haben mehr Steuern bezahlt als budgetiert, ebenso ist der Anteil an den Bundessteuern um knapp 14 Millionen Franken höher als erwartet. Zum wiederholten Male ist von guter Disziplin bei den Aufwänden zu lesen, was zeigt, dass die Verwaltung grösstenteils verantwortungsbewusst mit den finanziellen Mitteln umgeht. Ebenfalls zur Kenntnis nehmen sollte man die nach wie vor sehr solide Bilanzstruktur. Finanzvermögen wie Eigenkapital sind weit ab von besorgniserregenden Zuständen. Diese hohen Zahlen zeigen, dass der Kanton weiterhin sehr solide dasteht und überhastetes Sparen auf dem Buckel der Schwächsten nicht angezeigt ist.
Mit grossem Erstaunen nimmt die Fraktion Kenntnis von diversen Abweichungen bei der Gebäudeversicherung. Es geht dabei um die Nichteinhaltung der kantonalen Regelungen im Personalbereich, um das Visieren von Spesenabrechnungen oder gar um die Nichteinhaltung der Anlagestrategie. Gerade die Nichteinhaltung der Anlagestrategie ist besonders irritierend, denn die von der ALG bei der Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes geforderte Anpassung just in diesem Bereich hatte man vor nicht allzu langer Zeit noch belächelt und mit dem Hinweis abgetan, dass ja alles problemlos laufe. Mit starkem Befremden ist zudem zur Kenntnis zu nehmen, dass sich der Sicherheitsdirektor nicht mehr um alle Empfehlungen der Finanzkontrolle kümmern will. Die Regierung wird aufgefordert zu handeln, denn dringendes Handeln ist angebracht.
Zur Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR): Die ALG unterstützt die Ausführungen der Stawiko. Im Rahmen der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget ist die KLR ein wichtiges Instrument, um anzugeben, wie hoch der Anteil einer Leistungsgruppe am Globalbudget eines Amtes ist. Auch wenn wohl kein Instrument alle Bedürfnisse zu 100 Prozent abdeckt, ist eine KLR gerade in Zeiten von knappen Finanzen ein wichtiges Instrument, um Optimierungspotenziale festzustellen. Wünschenswert wäre eine Lösung, die in der kantonalen Verwaltung übergreifend organisiert wird, und nicht, dass jede Direktion oder gar jedes Amt eigene Lösungen entwickelt. Das gab es schon einmal bei der IT, und es hat nicht gut funktioniert. Man darf gespannt sein auf die Berichterstattung der Regierung an der ausserordentlichen Sitzung der erweiterten Stawiko im September.
Eintreten war in der ALG unbestritten. Zu den Anträgen, insbesondere im Bereich der Gebäudeversicherung, wird sich die ALG je nach Verlauf der Debatte noch kritisch äussern.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Mit einem Minus von nur 91 Millionen Franken ist die Staatsrechnung 2016 erfreulich tief ausgefallen. Das «erfreulich» bezieht sich aber nur auf den Vergleich mit dem budgetierten Minus von 170,3 Millionen und auf das Defizit von 126,6 Millionen Franken aus dem Jahr 2015. Ein Defizit in der Staatsrechnung ist so oder so nicht schön.

Eine grössere Wirkung in der Rechnung 2016 zeigten die umgesetzten Massnahmen aus dem ersten Teil des Entlastungsprogramms 2015–2018, das der Regierungsrat in eigener Kompetenz beschliessen konnte. Diese Massnahmen schlugen 2016 zum ersten Mal voll durch. Zu den Einsparungen, die sich schon im Budget 2016 niederschlugen, hat ebenfalls die Pauschalkürzung von 5 Millionen Franken durch den Kantonsrat beigetragen. Auch wenn sich die SP-Fraktion damals noch gegen diese Pauschalkürzung aussprach – sie wirkte sich positiv auf die Rechnung 2016 aus. Die SP-Fraktion anerkennt auch, dass mit weiteren Sparanstrengungen durch den Regierungsrat und die Verwaltung rund 15,8 Millionen Franken weniger Ausgaben getätigt wurden als budgetiert. Auf der anderen Seite resultierten 40 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen als budgetiert, von denen aber leider nur 10 Millionen nachhaltig sind. Alles in allem ergibt dies ein erfreulich tiefes Defizit von 92 Millionen Franken. Doch es sind weitere grössere Anstrengungen nötig, um mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Schon beim nächsten Traktandum sollten weitere rund 13 Millionen Franken Einsparungen dazukommen mit den übrig gebliebenen Massnahmen des vom Souverän abgelehnten Entlastungsprogramms, das nun als Sparpaket 2018 daherkommt.
Eine grundsätzliche Kritik: Das Defizit für 2016 hätte noch um einiges tiefer ausfallen können, wenn der Rat die von der SP-Fraktion beantragte, sehr moderate Steuerfusserhöhung für das Budget 2016 genehmigt hätte. Es darf und kann nicht sein, dass der Staatshaushalt hauptsächlich einseitig über eine Reduktion bei den Ausgaben saniert werden soll und man dabei vorsätzlich die Steuereinnahmen vergisst. Schliesslich wurden über die letzten 15 Jahre einige zum Teil sehr grosszügige Steuersenkungen vorgenommen. Aber wenigstens beim Regierungsrat hat diesbezüglich ein Umdenken stattgefunden: Er wird mit dem Projekt «Finanzen 2019» eine moderate Steuerfusserhöhung beantragen.
Aufhorchen lässt der Stawiko-Bericht zur Gebäudeversicherung. Hier scheinen doch einige Missstände zu herrschen. Zudem will sich der Sicherheitsdirektor nicht mehr um die Empfehlungen der Finanzkontrolle kümmern – nur weil die Gebäudeversicherung nächstens mit eigenem Verwaltungsrat eigenständig wird. Diese Missstände müssen möglichst schnell bereinigt werden.
Die SP-Fraktion wird die Anträge des Regierungsrats unterstützen.

**Pirmin Frei** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Geschäftsbericht 2016 an ihrer letzten Sitzung eingehend analysiert und diskutiert hat. Sie wird ihm im Sinne der Anträge der Stawiko zustimmen. Die Eckwerte des Abschlusses sind bekannt und müssen deshalb nicht wiederholt werden. Dass auch die CVP darüber nicht erfreut ist, wird kaum erstaunen. Die höheren Fiskalerträge werden freudig zur Kenntnis genommen. Ein positiver Trend ist auf der Ertragsseite allerdings nicht auszumachen. Die Sparbemühungen und das zunehmende Kostenbewusstsein der Regierung und der Verwaltung sind anzuerkennen. Beiden gilt ein Dank für den bisherigen Beitrag zur Gesundung der Kantonsfinanzen.
Dass im Asylbereich das Budget deutlich überschössen wurde, war aufgrund der Flüchtlingszahlen absehbar. Auch wenn der kantonale Handlungsspielraum in diesem weitgehend bundesrechtlich regulierten Bereich klein ist, ist dieser Trend besorgniserregend. Mit grossem Interesse werden von der Direktion des Innern die in Aussicht gestellten Benchmark-Zahlen erwartet sowie konkrete Vorschläge, wie die Kosten im Asylbereich reduziert oder wenigstens stabilisiert werden können. Ein Beitrag – freilich einer ausserhalb des Einflusses der Verwaltung – könnte sein, dass man endlich aufhört, das Asylthema politisch zu bewirtschaften, Stimmung zu machen, die Justiz zu beschäftigen und gleichwohl zu tun, als ob man die Einzigen wäre, die im Kanton sparen.

Die Überstunden- und Feriensituation in der Verwaltung bleibt unbefriedigend. Die CVP-Mitglieder in der erweiterten Stawiko spürten in diesem Punkt den Führungsanspruch selbst bei denjenigen Regierungsratsmitgliedern zu wenig, bei denen Gold auf den Achseln der zivilen *Tschöpen* durchschimmert.
Unter dem Strich bleiben trübe Aussichten. Ein weiterer wichtiger Schritt steht heute mit dem Sparpaket 2018 bevor. Das diesbezügliche Votum von Kollegin Silvia Thalmann zu Traktandum 8 soll nicht vorweggenommen werden.
Spannender wird das Projekt «Finanzen 2019» sein. Die Überlegungen der Regierung sind bekannt. Die politische Debatte wird geführt werden müssen. Das Projekt ist zu begrüssen, es ist allerdings nicht mehr als Sofortmassnahme zu verstehen, wie es das EP gemäss regierungsrätlicher Diktion immer war. In der Massnahmenliste verstecken sich einige politische No-Gos, die die CVP-Fraktion nicht durchwinken wird, nur weil die Regierung diese als Sofortmassnahmen bezeichnet. Die CVP hat wesentlich zum Erfolg dieses Kantons beigetragen. Die kantonalen Errungenschaften, das, was diesen Kanton ausmacht – und dazu gehört ein gewisser Finish –, lässt sich die CVP nicht kampflos «wegsparen».
Überrascht und besorgt ist zur Kenntnis zu nehmen, dass der Regierungsrat im Rahmen von «Finanzen 2019» beschlossen hat, die KLR nur noch auf freiwilliger Basis weiterzuführen. Vielleicht ist sich die Regierung nicht bewusst, dass sie damit Pragma den Zahn zieht. Schmerzfrei wird das nicht vonstattengehen. Wenn die Verwaltung nicht angehalten wird, ihre Leistungen zu erfassen, und den erfassten Leistungen kein kalkulierter Kostensatz hinterlegt werden kann, dann wird es für den Rat künftig schwierig, ja weitgehend unmöglich, seine finanzielle Verantwortung wahrzunehmen. Und dass auf juristischem Weg pauschale Budgetkürzungen verboten werden sollen, hinterlässt zusätzlich einen schalen Geschmack. Dem Finanzdirektor gebührt ein Dank, dass er die Absichten des Regierungsrats in diesem Punkt an einer ausserordentlichen Sitzung im Herbst erläutern wird.
Abschliessend lässt sich festhalten: Weniger schlecht als erwartet ist immer noch schlecht. Der weitere Handlungsbedarf ist offensichtlich. Die Richtung, die der Regierungsrat vorgeschlagen hat, ist so falsch nicht, denn es ist die, welche die CVP-Fraktion stets vorgezeigt hat.

**Thomas Villiger** spricht für die SVP-Fraktion. Erfreulicherweise ist die Jahresrechnung wider Erwarten um 78 Millionen Franken besser als budgetiert ausgefallen. Die Umsetzung des ersten Pakets des EP 2015–2018 hat sich 2016 positiv ausgewirkt. Die damit verbundenen Anstrengungen, eine gute Kostendisziplin und unerwartet hohe Steuererträge trugen dazu bei, dass der Aufwandüberschuss tiefer als budgetiert ausfiel. Mit rund 92 Millionen Franken ist das Defizit aber immer noch sehr hoch, was nicht erfreulich ist. Studiert man den Geschäftsbericht, erkennt man eine Tendenz in Richtung Sparen und noch effizienteren Einsatzes der Steuergelder. Diese Stossrichtung muss weiterhin verfolgt und unterstützt werden, damit der Kanton Zug auch in Zukunft als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsraum wahrgenommen wird.
Bei der Beratung des Geschäftsberichts sind der SVP-Fraktion einzelne Punkte sauer, zum Teil sehr sauer, aufgestossen:
• Die Zeit- und Ferienguthaben sind teilweise exorbitant hoch und werden nur sehr spärlich bis kaum abgebaut. Wenn Überstunden angeordnet werden, müssen auch Pläne vorhanden sein, wie die Zeitguthaben innert nützlicher Frist abgebaut werden können. Ferientage sind einzuziehen, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen diese, um sich zu erholen, damit sie nachher wieder leistungsfähig und belastbar sind. Die SVP-Fraktion verlangt von der Regierung und den Amtsleitern strengere Führung und konsequente Ferienplanung.

• Dass den Angestellten der Psychiatrischen Klinik Zugersee in den letzten Jahren erfolgsabhängige Prämien ausbezahlt worden sind, stösst der SVP genauso sauer auf wie der Stawiko. Dass in einer vom Kanton mit Prämien mitfinanzierten Klinik Boni ausbezahlt werden, ist unhaltbar. Der Konkordatsrat ist aufzufordern, solche Sonderzahlungen einzustellen.
• Bei der Gebäudeversicherung stellte die Finanzkontrolle Unregelmässigkeiten fest, die nicht tolerierbar sind. So soll es zur Nichteinhaltung von kantonalen Regelungen im Personalbereich, zu Missständen beim Visieren von Spesenabrechnungen und zur Nichteinhaltung der Anlagestrategie gekommen sein. Dass sich der Sicherheitsdirektor nicht mehr um alle Empfehlungen der Finanzkontrolle kümmern will, da das neue Gesetz über die Gebäudeversicherung am 21. Mai 2017 von den Stimmberechtigten angenommen worden ist, befremdet nicht nur die Stawiko, sondern auch die SVP-Fraktion. Die offenkundigen Missstände sind unverzüglich zu beheben, auch im Sinne der vielen Versicherten, die ihre Liegenschaften obligatorisch und ohne Wahlmöglichkeit bei dieser Institution versichern müssen.
• Das, worauf die SVP schon seit Jahren erfolglos hinweist, wird immer mehr zur Realität: Die Kosten im Asylwesen laufen auch in Zug immer mehr aus dem Ruder. Während der Kanton vor wenigen Jahren noch relativ geringe Kosten selbst übernehmen musste, zeigt der Geschäftsbericht auf, dass die Kosten der Direktion des Innern inzwischen Millionenhöhe erreicht haben, nachdem für eine grosse Anzahl Asylbewerber keine Bundesbeiträge mehr bezahlt werden und für unbegleitete Minderjährige eine eigene Unterkunft mit Betreuung durch Sozialpädagogen eingerichtet werden musste. Ein Ende dieser fatalen Entwicklung ist nicht abzusehen, und die Politik ist gefordert, dieser Entwicklung Einhalt zu bieten. Es ist daher davon auszugehen, dass der Regierungsrat beantragen wird, die SVP-Motion, die Sozialhilfe von vorläufig Aufgenommenen auf die Nothilfe zur reduzieren, erheblich zu erklären. Die SVP-Fraktion sieht nicht schwarz, doch sie will auf einige wenige nicht tolerierbare Missstände aufmerksam machen.
Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung des Geschäftsberichts und unterstützt die Richtung der Regierung. Mit den in die Wege geleiteten Projekten wie dem Sparpaket 2018, den «Finanzen 2019», der ZFA-Reform 2018 und weiteren Vorhaben können die Finanzen des Kantons wieder ins Lot gebracht werden, und Zug kann als attraktiver, prosperierender Wohn- und Arbeitsort erhalten und gestärkt werden. Ein Dank für die geleistete Arbeit im letzten Jahr gebührt den kantonalen Mitarbeitenden, dem Regierungsrat und nicht zuletzt Finanzdirektor Heinz Tännler. Von aussen sieht man die Arbeit, die bisher geleistet wurde, kaum. Doch für gesunde Finanzen im Kanton Zug wird tagtäglich *gekrampft.*

**Daniel Stadlin** dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung namens der GLP für den umfassenden Geschäftsbericht. Staatsausgaben müssen angemessen finanzierbar sein. Heute ist man an einem Punkt angelangt, an dem definitiv nicht mehr alle Ansprüche an den Staat, ob individuell oder als Interessengruppen, befriedigt werden können. Auch wenn die Begehrlichkeiten nicht mehr als Subventionen, sondern getarnt als Förderbeiträge, Erleichterungen, Verbilligungen, Anschubhilfen oder Unterstützungen aller Art daherkommen. Der Staat ist kein Universalschuldner. Er ist auch keine Universalreparaturwerkstatt für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Und vor allem ist er eines nicht: für das Glück seiner Bürgerinnen und Bürger verantwortlich.
Der Geschäftsbericht zeigt, dass sich der Regierungsrat dessen bewusst ist. Und dies, obwohl er die Ausgaben insgesamt nur um 15,8 Millionen Franken gesenkt hat. Das ist zwar nicht unbedeutend, es sind aber trotzdem nur gerade 1,1 Prozent des Budgets, und sogar etwas weniger als 2015. Aber immerhin ist der Trend zu

weniger Ausgaben ersichtlich, wenn auch nicht in dem Masse, wie es die finanzielle Situation des Staatshaushalts verlangen würde. Denn trotz der unerwarteten Mehreinnahmen bleibt gesamthaft immer noch ein Minus von 92 Millionen Franken. Der Kanton schiebt weiterhin ein grosses strukturelles Defizit vor sich her. Sparen wird noch für längere Zeit das dominierende Thema der Zuger Politik bleiben.
Geschäftsberichte sind oft ein zentrales Mittel der Selbstdarstellung und kommen meistens typografisch und gestalterisch aufwendig daher. Nicht so derjenige des Regierungsrats. Dieser ist geradezu die Antithese dazu – nüchtern, trocken und auf das Nötigste reduziert. Understatement pur. Aber damit ist es auch nicht einfach, die zusammengestellten Informationen zu verstehen, einzuordnen und richtig zu interpretieren. Für die Mitglieder der GLP ist es jedenfalls schwierig, ohne entsprechendes Hintergrundwissen mehr aus dem Geschäftsbericht zu lesen, als dies die gewählten Tabellen hergeben. Nichts gegen diese Art von Datenaufbereitung. Aber Zielsetzungen und deren Erfolgskontrolle anhand eines einzigen Indikators zu beurteilen, ist alles andere als einfach, geht es doch hier um teilweise komplexe, abstrakte und heterogene Sachverhalte. Wenn dazu aber nur die drei Kriterien «erfüllt», «teilweise erfüllt» oder «nicht erfüllt» zur Verfügung stehen, wird es schwierig. Um die nötige Übersicht zu gewinnen, mag dies vielleicht ausreichen. Für eine vertiefte Analyse ist es eindeutig zu wenig. Aber immerhin wissen wir nun, dass 2016 die gesetzten Ziele zu 83 Prozent erreicht wurden, 12 Prozent nur teilweise und 5 Prozent gar nicht. Zum Vergleich: 2012 wurden 82 Prozent und 2014 84 Prozent der Ziele erreicht. Damals gab es noch keinen Spardruck, und die Verwaltung konnte aus dem Vollen schöpfen. Trotzdem ist der Zielerfüllungskoeffizient konstant geblieben. Was schliessen wir daraus: Mehr Geld führt nicht automatisch zu mehr Leistung, oder weniger Geld führt nicht automatisch zu weniger Leistung. Unabhängig von den finanziellen Ressourcen bleibt die Verwaltungseffizienz konstant. Die vom Regierungsrat eingeleiteten Sparmassnahmen, aber auch die vom Kantonsrat beschlossene Budgetkürzung waren also richtig. Der seit 2015 vom Regierungsrat eingeschlagene Weg hin zu einem ausgeglichenen Finanzhaushalt ist deshalb konsequent weiterzuverfolgen. Die GLP ist für Eintreten und wird den Anträgen des Regierungsrats zustimmen.

**Kurt Balmer** hat der Seite 9 des Stawiko-Berichts mit Genugtuung entnommen, dass die richterlichen Behörden entgegen der Usanz positiv erwähnt werden und offensichtlich alles in Ordnung ist. Es ist sehr erfreulich, dass die Stawiko diesen Passus aufführt. Weniger erfreulich waren die Ausführungen auf Seite 3 und 4 des Berichts. Dort sind Hinweise zur ganzen Verwaltung inklusive der richterlichen Behörden zu finden. Auf Seite 4 wurden entgegen dem Titel Empfehlungen formuliert, die sich nur an den Regierungsrat richten. Man kann sich fragen, wieso diese Empfehlungen nur an den Regierungsrat und nicht auch an das Verwaltungsgericht und das Obergericht gerichtet werden. Dies würde konsequenterweise dazugehören, und zwar nicht nur der Formalität halber. Es gilt, solche Empfehlungen dem Obergericht ausdrücklich mitzuteilen. Bei der Visitation wurde nämlich bekannt, dass eine Kaderangestellte des Obergerichts mehrere Wochen Ferien verloren hat, weil sie verfallen sind. Es wäre nicht gut, wenn man bei einer nächsten Visitation von einem Burn-out hören würde. Deshalb wird die Stawiko gebeten, sich in Zukunft konsequent an die Inhaltsangabe im Titel zu halten und eventuell auch mit dem Obergerichtspräsidenten und dem Verwaltungsgerichtspräsidenten über solche Punkte zu sprechen.

**Philip C. Brunner** möchte seine Bemerkungen anschliessen an diejenigen von Daniel Stadlin. Er hat darauf hingewiesen, dass der Geschäftsbericht in vielen

Punkten nicht besonders transparent ist. Ein Dank gilt der Stawiko für die Bemerkungen auf Seite 7 ihres Berichts zum Thema Sozialamt; Soziale Dienste Asyl.

Der **Vorsitzende** bittet Philip C. Brunner, seine diesbezüglichen Bemerkungen bei der Detailberatung anzubringen.

**Philip C. Brunner** möchte an diesem Beispiel die Intransparenz des Geschäftsberichts aufzeigen. Es handelt sich um eine gebundene Ausgabe, auf welche die Direktorin des Innern keinen Einfluss hat. Aber der Votant führt dies gerne im richtigen Moment aus. Er wird sich auch zur Gebäudeversicherung äussern und einen Antrag formulieren.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der Stawiko für die Berichterstattung und die Arbeit, die im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht 2016 geleistet wurde. Der Abschluss ist relativ gut, dies aber auch nur vor dem Hintergrund, dass das Budget massiv unterschritten werden konnte. Wie von allen Sprechenden festgehalten wurde, ist der Kanton weiterhin tiefrot unterwegs. Die Gründe für die Budgetunterschreitung wurden von der Stawiko-Präsidentin bereits dargelegt. Zum einen geht es um die Entwicklung der Erträge, die erfreulich ist, auch wenn es sich nicht um nachhaltige Entwicklungen handelt. Doch die Finanzstrategievorgabe einer Erhöhung der Steuereinnahmen von 1 bis 1,5 Prozent pro Jahr kann nun eingehalten werden. Es kann sogar ein Wert bis zu 1,7 Prozent erreicht werden. Es ist davon auszugehen, dass diese Werte in den Finanzplanjahren ebenfalls eingehalten werden können. Die Entwicklung geht folglich in die richtige Richtung.
Auf der Aufwandseite ist eine hohe Disziplin vorhanden. In der Verwaltung wird seriös und gut gearbeitet. Konsequenz ist, dass die Bilanzstruktur nach wie vor solide ist. Das Finanzvermögen beträgt fast 1 Milliarde Franken, das Verwaltungsvermögen fast eine halbe Milliarde und das Eigenkapital über 800 Millionen Franken. Das ist immerhin beruhigend. Man hat noch Zeit und Luft – aber dies muss genutzt werden, sonst schmilzt das Polster wie Schnee in der Sonne. Die Investitionen sind nach wie vor hoch. Es gilt, auch auf diese ein Augenmerk zu richten. Die Belastung durch den NFA ist ebenfalls hoch, und der Kanton ist weiterhin unter Druck. Es ist kein Finanzierungsbetrag aus der laufenden Rechnung vorhanden, und der Selbstfinanzierungsgrad ist im Minusbereich, wenn auch nicht mehr im Bereich von 50 oder 55 Minusprozenten, sondern bei ca. –5 Prozent. Die Tendenz geht aber nach oben, es wird also besser.
Bei den Abschreibungen aus dem Verwaltungsvermögen ist das Niveau nach wie vor sehr hoch. Dies muss im Auge behalten werden. Die Nettoschuld in Franken pro Einwohner, also das Guthaben pro Einwohner, liegt aber bei 2700 Franken. Im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt ist das ein sehr guter Wert. Das Fazit aus Sicht des Regierungsrats lautet: mittlere Zufriedenheit oder mittlere Unzufriedenheit.
Es gibt aber auch gewisse Risiken und Unsicherheiten. Dazu zählt weiterhin der NFA. Es wird daran gearbeitet, einen Kompromiss zu finden, der dem Kanton Zug ab 2020 einiges bringen sollte. Man darf gespannt sein, wie die Debatte im eidgenössischen Parlament anlaufen wird. Ein weiteres Risiko ist die Steuervorlage 17. Wenn diese Vorlage nicht gelingt, hat nicht nur die Schweiz, sondern auch der Kanton Zug ein grosses Problem. Dies zu lösen, wäre eine Herkulesaufgabe.
Ein Problem sind nach wie vor die Negativzinsen. Die Gewinnausschüttung der Nationalbank sieht im Moment gut aus, das kann sich aber sehr schnell ändern.
Ein weiteres Risiko ist weniger das Steuerpaket 2018 als vielmehr das Projekt «Finanzen 2019». Das Ziel, ab 2020 ein ausgeglichenes Budget zu haben, kann

nur erreicht werden, wenn «Finanzen 2019» umgesetzt wird. Das gilt sowohl für die Aufwandseite als auch für die Ertragsseite.
Zum Thema Sparen: Der Weg ist noch weit. Doch wie bereits erwähnt wurde, befindet man sich auf dem richtigen Weg. Es gilt, den Druck weiterhin hoch zu halten und den Fokus auf die Gesamtsicht zu legen. In diesem Zusammenhang ist das neue FHG zu erwähnen. Ab 1. Januar 2018 wird es die Schuldenbremse geben. In der Finanzdirektion wurden dazu einige Simulationen durchgeführt, man hat sozusagen geübt. Die Schuldenbremse wird eine grosse Herausforderung sein, nicht zuletzt auch deswegen, weil schlechte Jahre hinter dem Kanton Zug liegen. Auch wenn man sich 2020/21 wieder im positiven Bereich befinden wird, müssen diese schlechten Jahre *mitgenommen* werden, was eine Herkulesaufgabe sein wird.
Zum Stawiko-Bericht: Die Regierung nimmt die Empfehlungen der Stawiko ernst und wird diese diskutieren. An der bereits vereinbarten Klausur der Stawiko wird das Fazit dieser vertieften Diskussionen vorgelegt.
Bei den Überstunden und der Ferienzeit ist zu berücksichtigen, dass in der Vergangenheit sehr viele Projekte und Prozesse angestossen wurden. Dies führte dazu, dass sich Überstunden häuften. Es ist davon auszugehen, dass sich dies wieder etwas mässigen wird, denn die entsprechenden Projekte neigen sich dem Ende zu. Es wurde gesagt, es handle sich bei diesem Thema um eine Führungsaufgabe. Die Regierung wird sich damit auseinandersetzen und an der Klausur der Stawiko Stellung dazu beziehen.
Kosten-Leistungs-Rechnung, Pauschalkürzungen, Berichterstattung, Leistungserfassung – über diesen Themenblock wurde an der Stawiko-Sitzung informiert. Es war nun zu vernehmen, dass die Stawiko schockiert war über diese Information. Der Eindruck war aber eher, dass die Stawiko-Mitglieder nicht schockiert, sondern irritiert waren. Diese Irritation nimmt die Regierung ebenfalls ernst. An der Klausur werden substanzielle Vorschläge unterbreitet, und zwar dahingehend, dass ein Preisschild deklariert werden kann, damit der Rat und die Stawiko sich nicht auf einer Irrfahrt bewegen. Der Regierungsrat muss sich vertieft damit auseinandersetzen, deshalb möchte der Finanzdirektor momentan noch nicht mehr dazu sagen.
Zur Gebäudeversicherung wird Sicherheitsdirektor Beat Villiger Stellung nehmen.
Zum Asylwesen: Im Zusammenhang mit den Konferenzen arbeitet die Direktorin des Innern daran, eine Erhöhung der Bundesbeiträge zu erreichen. Dieser Prozess ist am Laufen. Zudem hat die Stawiko der Finanzkontrolle einen Auftrag gegeben. Die Resultate liegen noch nicht vor, und es ist wichtig, diese abzuwarten und anschliessend darauf basierend Stellung zu nehmen.
Bei der Psychiatrischen Klinik Zugersee ist die Regierung der Meinung, dass die Vorgehensweise und die entsprechenden Lohnauszahlungen korrekt sind und die Finanzkontrolle falsch liegt. Bei Bedarf wird der Gesundheitsdirektor dazu noch weitere Ausführungen machen.
Die Fokussierung auf Kostenmanagement und Leistung, die Beat Unternährer erwähnt hat, ist von wesentlicher Bedeutung. Diese Fokussierung muss stattfinden, sie ist eine permanente Aufgabe. Die genannten Führungsinstrumente liegen vor, und sie sind dem Rat bekannt. Dazu zählen die Finanzstrategie und die Finanzplanung. Ebenso steht ein Finanz-Tool zur Verfügung, anhand dessen Simulationen vorgenommen werden. Mit diesen Führungsinstrumenten ist man in der Vergangenheit nicht schlecht gefahren.
Zum Votum von Daniel Stadlin: Bisher hat die Stawiko keine kritischen Punkte zur Berichterstattung aufgeworfen. Die Kritik von Daniel Stadlin wird zur Kenntnis genommen, vielleicht sollte man sich dazu bei Gelegenheit bilateral austauschen.
Der Finanzdirektor dankt dem Rat für Gutheissung der regierungsrätlichen Anträge, die von der Stawiko unterstützt werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Geschäftsbericht eine Vorlage ist, auf die der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. g der Kantonsverfassung zwingend eintreten muss.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt. Der Obergerichtspräsident bzw. der Verwaltungsgerichtspräsident stehen auf Pikett und würden kurzfristig hergebeten, falls sich Fragen ergeben sollten.

Es erfolgen Wortmeldungen zu den folgenden Abschnitten:

***Direktion des Innern (ab S. 83)***

**Philip C. Brunner** bezieht sich auf das Votum von Daniel Stadlin, der angemerkt hat, der Geschäftsbericht sei nicht sehr transparent. Das betrifft auch die Berichterstattung zum Asylwesen auf der Seite 101. Fast sämtliche Fraktionssprecher haben auf das Thema der gebundenen Kosten im Asylwesen hingewiesen. Wenn man Seite 101 liest, so scheint das Asylwesen eigentlich nur eine Nebensache zu sein. Aber es hat auf das Sparen insofern eine Auswirkung – wie beim NFA –, als der Kanton es nicht selbst in der Hand hat, die Kosten zu kontrollieren. Die Direktion des Innern veröffentlicht auf ihrer Website monatliche Berichte. Der letzte betrifft die Zahlen bis Ende Mai. Auf Seite 4 dieses Berichts wurde die Frage gestellt: «Was kostet das Asyl- und Flüchtlingswesen den Kantons Zug?» Dort ist eine Tabelle aufgeführt, welche die Entwicklung zeigt. Der Sprecher der SVP-Fraktion hat erwähnt, dass das Asylwesen vor Jahren noch geringe Kosten verursachte. Vor fünf Jahren belief sich die Belastung auf 64’000 Franken. Auf das Jahr 2013 erfolgte fast eine Verzehnfachung auf knapp 600’000 Franken, danach beinahe eine Vervierfachung auf 2 Millionen Franken. Heute belaufen sich die Kosten auf knapp 6 Millionen Franken – die Kosten sind somit innerhalb von fünf Jahren um das 88-Fache gestiegen. Es geht nicht darum, die Direktorin des Innern, das kantonale Asylwesen oder das Sozialamt zu kritisieren. Alle machen vermutlich einen guten Job. Vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, dass keine Transparenz herrscht. Kosten in Millionenhöhe sind irgendwo versteckt, man kann sie nicht finden bzw. muss sich durch verschiedene Dokumente arbeiten, um Anhaltspunkte zu erhalten. Ebenso weiss man nicht, wie die Zukunft aussieht bezüglich Budgetierung. Früher war das Budget aufgeführt, nun hat die Direktorin des Innern vielleicht gesagt, das sei nicht mehr notwendig.
Die Zahl der Asylsuchenden ist fast gleich geblieben, sogar leicht rückläufig. Am 31. Mai 2017 waren knapp 1200 Personen zu verzeichnen. Doch man hat keine Ahnung, wie es weitergeht, es ist eine Blackbox. Das muss dringend geändert werden. Es ist unklar, ob diese Details aufgezeichnet werden können. Doch Pragma ist ja sogar in der Verfassung verankert. Der Votant hat dieses Anliegen bereits vor einem Jahr geäussert, und er wird es immer wieder vorbringen. Es liegt ein ganzes Buch voller Zahlen vor, aber diejenigen Zahlen, die einen wirklich interessieren, sind nicht vorhanden.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält Folgendes fest: Kosten-Leistungs-Rechnung, Leistungserfassung, Berichterstattung, die Preisschildfrage – dieses Themenfeld ist in sich geschlossen. Es ist ein Thema der Stawiko, das man gemeinsam inkludiert betrachten muss. Die Regierung hat versprochen, dies aufzunehmen, und das wird sie auch tun. Der Finanzdirektor wird den anderen Regierungsratsmitgliedern Vorschläge unterbreiten, mit denen man sich vertieft befassen wird. Die Punkte von Daniel Stadlin und Philip C. Brunner werden ebenfalls berücksichtigt. Anfang September an der Klausur werden der erweiterten Stawiko Vorschläge präsentiert und diskutiert, damit im Hinblick auf die Budgetierung mindestens mit der Stawiko Klarheit besteht. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass man sowohl Pragma als auch das Globalbudget hat. Das Rad soll nicht zurückgedreht werden. Das Zuger Volk hat entschieden und dem Kantonsrat die Hebel in die Hand gegeben. Auch Philip C. Brunner hat dem zugestimmt. Diese Aspekte dürfen nicht vergessen werden, aber der Regierungsrat nimmt sich der Thematik an.

**Manuela Weichelt,** Direktorin des Innern, hält fest, dass das Sozialamt eines der KLR-Ämter ist, und die KLR wird bestimmt noch etwas verfeinert. So wird die Chance bestehen, eine möglichst hohe Transparenz zu erhalten.
Zu den Bundespauschalen: Dieses Problem betrifft die ganze Schweiz. Philip C. Brunner hat die Kostenentwicklung aufgezeigt. Der *Gap* zwischen den Ausgaben und den fehlenden Einnahmen des Bundes wird immer grösser. Der neuste Stand ist wie folgt: Am 3. März 2017 haben sich das Präsidium der SODK, der EDK und der KDK mit Bundesrätin Sommaruga und Bundesrat Schneider-Ammann getroffen. Es wurden die ersten Diskussionen geführt. Während mehrerer Monate wurden vorgängig in den Kanton Daten erhoben. Das war nicht ganz einfach, weil jeder Kanton und jede Gemeinde dies anders handhabt. Das wird auch im Bericht der Finanzkontrolle zu sehen sein, die sich dem Thema ebenfalls angenommen hat. Es ist ein Problem, eine Vergleichbarkeit hinzukriegen. Doch die Verhandlungen sind nun am Laufen. Zurzeit hat man eine Integrationspauschale von einmalig 6000 Franken. Gut 50 Prozent der Menschen, die in Schweiz flüchten, sind unter 25 Jahre alt, einige verfügen nur über ein halbes Jahr Schulbildung oder haben ein Jahr die Koranschule besucht. Nicht sehr viele sind gut ausgebildet. Um zu vermeiden, dass sie bis zur Pensionierung von der Sozialhilfe abhängig sind, ist als Erstes sehr viel Deutschunterricht notwendig, damit sie sich an der Gewerbeschule oder wo auch immer verständigen können. Die Integrationspauschale von 6000 Franken reicht bei weitem nicht aus. Die Forderung liegt zurzeit bei 18’000 Franken. Ob der Bund das genehmigen wird, sei dahingestellt. Die Kantone fordern darüber hinaus zusätzliche Beiträge für die Ausbildung. Bundesweit besteht das bildungspolitische Ziel, dass 95 Prozent aller 25-Jährigen über einen Sek-1-Abschluss verfügen. Das ist ein hohes Ziel. Auch dafür fordern die Kantone mehr Geld vom Bund.
Der zweite Bereich ist die Abgeltung für die Unterbringung und Betreuung der Minderjährigen. An dieser Stelle gebührt der Stawiko ein Dank dafür, dass sie sowohl das Heim für die Minderjährigen als auch das Durchgangszentrum in Steinhausen besucht hat. Dabei konnten die Stawiko-Mitglieder feststellen, dass es sich um keine Luxusunterkünfte handelt. Auch in diesem Bereich fordert die SODK vom Bund, die entsprechende Pauschale zu erhöhen. Man hofft im Verlaufe des Herbstes auf ein Resultat des Bundesrats. Über die Integrationspauschale sollten der Bundesrat sowie die KDK im Dezember verhandeln.
Die Direktion des Inneren dankt den Regierungsratsmitgliedern ganz herzlich. Alle machen einen sehr guten Job, und das Kostenbewusstsein ist hoch. Auch die Verwaltung hat hervorragende Arbeit geleistet.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass ihn das Konzept, das die Direktorin des Innern aufgezeigt hat, nicht überzeugt. Man sagt, dass man in Zukunft statt 6'000 Franken 18'000 Franken vom Bund erhalten will. Das ist keine Problemlösung. Das Geld des Bundes ist auch das Geld der Bürgerinnen und Bürger, die Bundessteuern zahlen. Deshalb bittet der Votant darum, auch andere Lösungen ins Auge zu fassen, um die Anzahl Personen im Asylbereich massiv zu reduzieren. Die Direktorin des Innern kann dies auch durch Einflussnahme in ihren Gremien auf Bundesebene tun.

***Direktion für Bildung und Kultur (ab S. 111)***
***Volkswirtschaftsdirektion (ab S. 149)***

**Barbara Gysel** bezieht sich auf Seite 117 des Geschäftsberichts. Dort ist das Leistungsziel 1 definiert, das lautet, die Ausbildungsqualität sicherzustellen. Im Kommentar ist festgehalten, dass die Erfolgsquote bei Abschlussprüfungen der Wirtschaftsmittelschule (WMS) unter der Zielgrösse von 95 Prozent liegt. Was ist der Grund für diese tiefe Erfolgsquote, bzw. was wird unternommen, damit im laufenden Jahr die Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen wieder erreicht werden kann? Oder bedeutet dies, dass die Prüfungen nun inhaltlich erleichtert werden, um die Quote zu erreichen? Das ist auch eine Frage dazu, wie mit solchen Messzahlen umgegangen wird im Kontext der Berichterstattung.
Zur Volkswirtschaftsdirektion: Auf Seite 192 ist im Geschäftsbericht zu erfahren, dass seit 1992 gut 1800 preisgünstige Wohnungen gefördert wurden. Seit einem Vierteljahrhundert wurden im Schnitt demnach knapp 73 Wohnungen gefördert im Rahmen des kantonalen Wohnraumförderungsgesetzes. Die SP-Fraktion interessieren nun nicht die Gesamtsumme oder der Durchschnitt, wie sie hier dargelegt werden. Die Frage lautet: Für wie viele zusätzliche Wohnungen hat der Kanton im Jahr 2016 gemeinnützigen Bauträgern Darlehen und Beiträge ausbezahlt? Das heisst, wie viele Wohnungen mehr oder weniger waren dies im Vergleich zu den Jahren 2015 und 2014?

Bildungsdirektor **Stefan Schleiss** teilt mit, dass ihm die Frage der SP-Fraktion vorgängig zugestellt wurde und er somit Abklärungen in Auftrag geben konnte.
Zum Promotionsreglement: Es wurde festgestellt, dass die Promotionshürden in den ersten fünf Semestern vor dem Abschluss die Selektionsfunktion nicht vollständig erfüllen, da sie nicht ausreichend mit den Bestehenskriterien beim Abschluss korrespondieren. Sie sind zu grosszügig bemessen. Als Massnahme wurde 2015 ein neues Promotionsreglement erlassen. Die Schülerinnen und Schüler, die diesem erstmals unterliegen, werden 2018 das schulische Qualifikationsverfahren bestreiten. Es wird also nicht der Schwierigkeitsgrad der Prüfungen reduziert, sondern die Anforderungen im Vorfeld der Prüfungen werden angehoben.
Zu den Fremdsprachenzertifikaten: Die Abschlussprüfungen in den Fremdsprachen werden durch die externen Fremdsprachenzertifikate – im Französischen das DELF B2 und im Englischen das Cambridge First – ersetzt. Die Auslagerung an private Anbieter, vor allem im Französischen, führt hin und wieder zu Qualitätsproblemen, die durch die WMS nicht beeinflusst werden können. Als Massnahme werden ab dem Qualifikationsverfahren 2018 die Fremdsprachzertifikate weiterhin im Ausbildungsprogramm berücksichtigt, sie ersetzen jedoch die hausinternen Abschlussprüfungen nicht mehr. Es wird also hausintern geprüft, die Zertifikate können aber weiterhin erworben werden.

Zur Rundung der Fachnoten: Am Ende des schulischen Teils des Qualifikationsverfahrens werden die Fachnoten beim Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und bei der Berufsmatura auf Zehntel gerundet. Im Gegensatz z. B. zum Gymnasium, wo eine 3,9 zu einer 4 gerundet wird, ist an der WMS aufgrund eidgenössischer Vorgaben die 3,9 eine ungenügende Fachnote und trägt zur höheren Nichtbestehensquote massgeblich bei. Die Umsetzung des neuen BM-Rahmenlehrplans und der neuen Berufsmaturitätsverordnung wird sich erstmals im Qualifikationsverfahren 2018 niederschlagen. Die WMS konnte diese neuen Reglemente aufgrund fehlender eidgenössischer Gesetzgebung erst 2015 einführen. An den Berufsfach- und Berufsmaturitätsschulen der beruflichen Grundbildung ist dies bereits deutlich früher geschehen. Die Berechnung und die Rundung der Abschlussnoten ändern sich, was eine höhere Bestehensquote zur Folge haben wird.
Zu den Wochenstunden: Die Schülerinnen und Schüler meldeten wiederholt, dass sie sich im dritten WMS-Jahr durch selbstständige Projektarbeiten überlastet fühlen würden. Da die Projektarbeiten zum Teil durch die Ausbildungsstruktur vorgegeben sind, kann nur eine Reduktion der Anzahl Lektionen zur Entlastung beitragen. Daher wurde im Zuge der Umstellung auf die neuen Reglemente auch die Wochenstundentafel etwas entlastet. Die dadurch gewonnene Lernzeit wird für die selbstständigen Arbeiten eingesetzt werden können. Diese Massnahme greift erstmals im Schuljahr 2017/18.
Im Kommentar im Geschäftsbericht auf Seite 117 wurden die Ergebnisse des schulischen Teils der Abschlussprüfungen aufgeführt. Berücksichtigt man das Gesamtergebnis nach dem betrieblichen Teil, also die Frage, wer das EFZ bzw. das BM-Zeugnis an der Abschlussfeier ausgehändigt bekommt, so ergibt sich beim EFZ eine Erfolgsquote von 94 Prozent, d. h., dass 2 von 31 Schülerinnen und Schülern nicht bestanden haben. Aufgrund der eingeleiteten Massnahmen besteht die begründete Hoffnung und Erwartung, dass die WMS sich dem Leistungsziel annähert bzw. dieses 2018 erreichen wird.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** verweist auf Seite 194 des Geschäftsberichts. Dort ist die Bilanz der beitragsgeförderten Wohnungen zu finden. 2015 waren dies 1806, 2016 1824, also 18 mehr. In der Bilanz aufgeführt werden jedoch neue Wohnungen und solche, die aus der Förderung rausfallen werden. Es kann sein, dass nach 20 oder 30 Jahren die Förderung wegfällt. Neu verfügt wurden in den letzten Jahren folgende Förderungsbeiträge: im Jahr 2014 180, 2015 29, 2016 169 und im Jahr 2017 51. Total sind somit seit 2014 429 beitragsgeförderte Wohnungen dazugekommen. Bei der Hälfte dieser 429 Wohnungen handelt es sich um Verlängerungen der Förderbeiträge, die andere Hälfte ist neu. Im Schnitt sind damit seit 2014 pro Jahr 50 neue Wohnungen und 50 Verlängerungen der Förderungsbeiträge zu verzeichnen. Dieser Schnitt ist vielleicht wichtiger als die Schwankung – 2014 waren es 180 Verfügungen und 2015 nur 29. Das hängt mit den Bauprojekten zusammen. In der Regel kommt nicht nur eine Wohnung auf den Markt, meist sind es gleich 20 oder 30. Die Bauprojekte sind jeweils schwierig zu planen. Es kann Einsprachen geben, Rechtsverfahren usw. Die reine Jahresbetrachtung der Förderbeiträge greift deshalb zu kurz.
2016 hatte man kein neues Darlehen gesprochen. Das Darlehen in der Höhe von rund 2 Millionen Franken datiert aus dem Jahr 2015 und ist noch laufend.
Derzeit befinden sich 18 Projekte in der Beratung, das heisst, Landeigentümer und Investoren haben um Förderbeiträge für preisgünstigen Wohnungsbau nachgesucht. Diese Projekte umfassen insgesamt ca. 400 Wohnungen.
Auch Volksentscheide führen dann und wann zu einer geringeren Anzahl geförderter Wohnungen. Beim Unterfeld wären beispielsweise Hunderte von preisgünstigen

Wohnungen zur Verfügung gestanden. Der Volksentscheid war zwar knapp, aber es war ein Nein. Diese Wohnungen sind nun deshalb leider nicht mehr in der Planung.

***Sicherheitsdirektion (ab S. 243)***

**Kurt Balmer** hat mehrere Fragen zu Seite 247 des Geschäftsberichts. Dort ist eine numerische Angabe zur Frage der Staatshaftung zu finden. Es ist davon auszugehen, dass es sich um Staatshaftungsklagen handelt, die gegen den Kanton Zug laufen. 2015 waren es 15 Fälle, budgetiert für das Jahr 2016 waren 10 Fälle, und effektiv gab es dann 23 Fälle. Das ist eine auffällige Mehrzahl an Staatshaftungsfällen. Ist das ein nachhaltiger Trend? Befasst sich der Kanton Zug in Zukunft vermehrt mit irgendwelchen Staatshaftungsfällen? Welche Bereiche betrifft es? Gerüchteweise war zu hören, es betreffe die Direktion des Innern im Bereich KESB, man weiss es aber nicht. Die Direktorin des Innern ist nicht hier. Der Votant hat die Frage per Mail angekündigt, weil der Sicherheitsdirektor leider zum massgeblichen Moment nicht an der Fraktionssitzung war. Interessant wäre zu erfahren, ob der Kanton ein Systemproblem hat. Um welche Beträge geht es konkret? Um welche Risiken handelt sich? Sind die entsprechenden Zahlen budgetiert? Gibt es eine Haftpflichtversicherung? Sind Regressfälle im Gange? Wer sind die Verantwortlichen? Würden Rügen an Mitarbeitende erteilt? Wurden Lehren daraus gezogen? Hat man allenfalls zu wenig Personal? Wer informiert wann weiter über diese Fälle? Das war nur eine Auswahl an Fragen, da es völlig unklar ist, um welche Fälle es geht. Der Votant wäre froh um eine Antwort.

**Alois Gössi** hat zwei Fragen an den Sicherheitsdirektor. Zur ersten: Gemäss einem Bericht der für die Sicherheitsdirektion zuständigen Delegation der erweiterten Stawiko stuft der Sicherheitsdirektor die zunehmende Terrorgefahr als ein ernst zu nehmendes Risiko für den Kanton ein. Was unternimmt der Kanton gegen dieses Risiko, bzw. was hat er schon unternommen?
Die zweite Frage ist eher delikater Natur. Die Zivilschutzorganisation leistete 2016 846 Tage Einsätze zugunsten der Gemeinschaft bei diversen Organisationen. Wer beschliesst jeweils, welche Organisation durch die Hilfe der Zivilschutzorganisation unterstützt wird? Falls der Sicherheitsdirektor entscheidet oder mitentscheidet, ist er im Falle der Hilfe an die Tour de Suisse in den Ausstand getreten? Der Hintergrund der Frage ist, dass der Sicherheitsdirektor in den letzten drei Jahren als OK-Präsident des Tour-de-Suisse-Hubs Zug amtete und der Zivilschutz in den letzten Jahren jeweils die Tour de Suisse unterstützt hat. Das Engagement des Sicherheitsdirektors für die Tour de Suisse ist super. Es wurde ermöglicht, dass die Tour de Suisse in den letzten drei Jahren jeweils ein Wochenende lang Gast im Kanton Zug war. Der Votant möchte nur wissen, ob der Sicherheitsdirektor bei einem Einsatz für einen «eigenen Anlass» entschieden oder mitentschieden hat.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** äusserst sich zuerst zu den Staatshaftungsfällen. Nach Verantwortlichkeitsgesetz ist die Sicherheitsdirektion zuständig. Die Fälle können summarisch nicht im Voraus bestimmt werden, es muss eine Prognose abgegeben werden. Es ist richtig, dass es zu mehr Fällen gekommen ist als prognostiziert, insgesamt waren es 23. 18 davon betrafen die Direktion des Innern, und zwar im Zusammenhang mit Prüfungen der KESB. Bei diesen Fällen geht es darum, dass sogenannte PriMas – Private Mandatsträger, die für Schutzbefohlene verantwortlich zeichnen – Leistungen der Versicherungen nicht rechtzeitig oder gar nicht geltend gemacht haben. Dies kam bei der Prüfung zum Vorschein. Es stellt sich

dann jeweils die Frage, wer verantwortlich ist und diese Rückzahlungen erstattet. Man kann aber eigentlich nur dann Regress nehmen, wenn Grobfahrlässigkeit nachgewiesen werden kann. Das ist in den meisten Fällen schwierig. Der Kanton hat für diese Fälle eine Versicherung. Pro Fall besteht ein Selbstbehalt von 5'000 Franken, pro Jahr sind es total 50'000 Franken. Es stellte sich die Frage, ob diese Deckung noch ausreicht. Der Finanzdirektor hat soeben erklärt, die Verhandlungen diesbezüglich seien abgeschlossen und man könne die bisherige Police weiterführen – aus Sicht der Versicherung aber natürlich nur, solange die Anzahl der Fälle nicht noch weiter zunimmt. Doch die KESB sucht mit den PriMas das Gespräch, sie gibt laufend Informationen weiter und führt Schulungen durch, damit solche Fälle in Zukunft nicht mehr oder weniger vorkommen.
Drei weitere Staatshaftungsfälle betreffen die Polizei und stehen in Zusammenhang mit Einsätzen, bei denen etwas in die Brüche ging und der Staat letztlich dafür die Verantwortung trug. Schliesslich sind noch ein, zwei sonstige Fälle zu verzeichnen.
Zur Frage von Alois Gössi bezüglich der Zivilschutzeinsätze: Der Zivilschutz ist Teil des Amtes für Zivilschutz und Militär und damit bei der Sicherheitsdirektion angesiedelt. Gesuche für Einsätze zugunsten der Gemeinschaft müssen rechtzeitig eingereicht werden. Das Amt prüft sie, und sie gelangen zur Schlussgenehmigung zum Sicherheitsdirektor. Im Fall der Tour de Suisse ist der Sicherheitsdirektor in den Ausstand getreten. Sein Stellvertreter, Bildungsdirektor Stefan Schleiss, hat die Gesuche geprüft und schliesslich unterzeichnet. Im letzten Jahr waren 800 Diensttage für diverse Einsätze und 600 Diensttage für Tixi-Taxi-Fahreinsätze zu verzeichnen. Ein Anspruch auf Einsätze zugunsten der Gemeinschaft besteht nicht, aber die Sicherheitsdirektion bewilligt sie in der Regel, wenn es um Anlässe geht, die über die Region und den Kanton hinaus von Bedeutung sind.
Zur Frage der Terrorismusbekämpfung: Der Sicherheitsdirektor ist dankbar dafür, dass die Frage gestellt wurde. Gerade letzte Woche hat Bundesrätin Sommaruga die Erweiterung des Bundesgesetzes vorgestellt, wonach die Strafnorm und das Strafmass für terroristische Organisationen, Terroristen oder Personen, die solche Organisationen unterstützen, erhöht werden. Der jüngste TETRA-Bericht von April 2017 – abrufbar unter www.fedpol.admin.ch – gibt nähere Auskunft. Es ist sehr wichtig, dass nicht nur der Bund aktiv ist, sondern auch die Kantone mitwirken. Die Zuger Polizei arbeitet nach einem sogenannten Sechs-Phasen-System. Es geht darum, Radikalisierung zu verhindern. In diesem Zusammenhang werden auch die Schulen angesprochen, Rektoren, die Psychiatrische Klinik, die Gebetshäuser, Imane, Strafanstalten usw. Es ist ein Netzwerk vorhanden, innerhalb dessen ein Austausch stattfindet oder das Profiling-Tool angewendet werden kann. Das interdisziplinäre System ist wichtig, verschiedene Kontakte sind bereits erfolgt. Ebenso ist die Aufdeckung über den Nachrichtendienst des Bundes von Bedeutung. Auch beim Kanton sind Mitarbeitende des Nachrichtendienstes tätig. Es handelt sich um 2,5 Stellen, die vom Bund drittfinanziert werden. Es besteht zudem die Möglichkeit von polizeilichen Interventionen, einer Anklage, Verurteilungen mit Strafverbüssungen usw. Im Moment bestehen einige Untersicherheiten, wenn entsprechende Personen aus der Strafanstalt entlassen werden. Wie radikal sind sie noch? Solche Personen werden jeweils angesprochen. Es stellt sich die Frage, ob der Bund im Interesse der Kantone nicht auch weitergehen müsste, z. B. mit Meldepflichten, mit sogenannten Sicherheitshaften, die zwar schwierig durchzusetzen sind, oder mit Ausreisesperren, Passabgaben usw. Falls Alois Gössi noch nähere Informationen möchte, kann der Sicherheitsdirektor ihm diese auch schriftlich geben. An der kürzlich abgehaltenen gemeindlichen Sicherheitschef-Tagung wurde über dieses Thema informiert, und es wurden Unterlagen dazu abgegeben. Die Terrorbekämpfung ist sowohl für den Bund als auch für die Kantone eine grosse Herausforderung.

***Gesundheitsdirektion (ab S. 277)***

**Manuel Brandenberg** hat eine Frage zur Auszahlung der Prämien an der Psychiatrischen Klinik Zugersee. Wie man gehört hat, ist der Regierungsrat zwar der Meinung, es sei in Ordnung, wie alles gelaufen ist. Der Votant hat dies zur Kenntnis genommen. Doch wie muss man sich das Prämienschema vorstellen? Erhält ein Psychiater beispielsweise einen Teil des Umsatzes, der durch die Betreuung seiner Patienten erzielt wurde? Und falls dem so wäre: Wie wäre denn ein Interessenskonflikt zu beurteilen, wenn ein solcher Psychiater gegenüber einem Gericht bei einem Entlassungsgesuch zur Stellungnahme eingeladen würde und Auskunft darüber geben müsste, wie lange der Patient noch in der Klinik bleiben muss, bis er richtig gesund ist? Zwei Wochen, drei Wochen, zwei Monate? Es wäre interessant, zu erfahren, wie das Prämienschema aussieht. Falls der Gesundheitsdirektor heute keine Angaben machen kann, nimmt der Votant die Antwort auch gerne elektronisch entgegen. Doch möglicherweise ist diese Frage auch für andere Ratsmitglieder von Interesse.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** hält fest, dass die Rechtmässigkeit der Prämien aus Sicht der Regierung gegeben ist. Die Prämien sind so im Konkordat von 1982 vorgesehen. Die Finanzkontrolle stellt sich auf den Standpunkt, dass nicht das Konkordat rechtlich entscheidend ist, sondern das Reglement. Dieses ist 15 Jahre alt und wurde nicht angepasst, als die neue Spitalgesetzgebung realisiert wurde. Die Betriebskommission hat mitgeteilt, es lohne sich nicht, für ein Jahr ein Reglement noch abzuändern. Denn ab nächsten Samstag ist dies im neuen Konkordat sowieso anders geregelt.
Zur Frage von Manuel Brandenberg: Es gibt Kliniken in der Schweiz, in denen die erwähnten Anreize durchaus bestehen. Werden die Patienten länger in der Klinik behalten, führt dies zu einer höheren Prämie. Doch in der Psychiatrischen Klinik Zugersee haben alle Mitarbeiter, vom Küchengehilfen bis zur Chefärztin, eine gleich hohe Prämie erhalten. Die neue Spitalgesetzgebung sieht vor, dass für die Psychiatrie eine Tagespauschale berechnet wird. Im letzten Jahr wurden deutlich mehr Patienten in der Psychiatrie Oberwil behandelt, teilweise war die Klinik sogar überbelegt, da sie eine Aufnahmepflicht hat. Die gleiche Anzahl von Mitarbeitenden hat somit eine deutlich höhere Zahl von Patienten betreut. Dies hat einerseits einen Einfluss auf die Belastung der Mitarbeitenden und andererseits auf die Einnahmen. Durch die höhere Anzahl von Tagespauschalen kam es zu Mehreinnahmen, und ein kleiner Teil dieser Mehreinnahmen wurde linear auf alle Mitarbeitenden verteilt. Es handelt sich um einen Betrag von rund 1000 Franken pro Mitarbeitenden. Das ist eine optimale Verteilung, denn es ist kein Fehlanreiz damit verbunden. Kein Arzt, kein Pflegender, kein ökonomisch Verantwortlicher hat einen direkten Vorteil, wenn jemand länger in der Klinik bleibt oder wenn Patienten behandelt werden, die nicht in eine Klinik gehören.

***Finanzdirektion (ab S. 301)***

**Barbara Gysel** äussert sich zur Steuerverwaltung. Seit sieben Jahren ist in der ganzen Schweiz die straflose Selbstanzeige bekannt. Sind die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt, gehen natürliche und juristische Personen bei der Anzeige einer Steuerhinterziehung vollständig straffrei aus. Der Kanton St. Gallen beispielsweise veröffentlicht detailliert die entsprechenden Erfahrungswerte dazu. Analog möchte die SP-Fraktion vom Kanton Zug Folgendes wissen:

• Wie gross war die Anzahl der straflosen Selbstanzeigen im Jahr 2016?
• Wie gross war das offengelegte Schwarzgeld, und welche Mehreinnahmen für Kanton und Gemeinden resultierten daraus? Im Kanton St. Gallen, was natürlich nicht direkt vergleichbar ist, betrugen die Mehreinnahmen im letzten Jahr immerhin knapp 6 Millionen und im vorletzten Jahr knapp 17 Millionen Franken.
• Kann abgeschätzt werden, wie die Entwicklung im Vergleich zu 2014 und 2015 oder vielleicht auch für die Zukunft ist?
Möglicherweise hat der Finanzdirektor eine Erklärung dafür, woher diese offengelegten Schwarzgelder stammen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bedankt sich für die Fragen, die ihm vorgängig zugestellt wurden. 2016 haben im Kanton Zug 114 Personen – 110 natürlich und 4 juristische – eine Selbstanzeige eingereicht. Dazu kommen 38 Nachlässe, bei denen die Erben eine Selbstanzeige erstattet haben, sogenannte Erbenamnestien. Aus diesen insgesamt 152 Selbstanzeigen resultierte folgender Nachsteuerertrag: für den Kanton 3,3 Millionen Franken, für die Gemeinden und den Bund jeweils 2,6 Millionen. Das ist ein Total von 8,5 Millionen Franken. Die Summe der nachgemeldeten Vermögenswerte wird statistisch nicht erhoben.
Im Vergleich zu den Vorjahren ist 2016 sowohl in Bezug auf die Anzahl Selbstanzeigen als auch auf die Höhe der nachverlangten Steuern ein durchschnittliches Jahr. Die jährliche Anzahl von Anzeigen variiert zwischen 80 und 165, wobei 2013 aus 118 Anzeigen 14,8 Millionen Franken an Erträgen resultierten, ebenfalls aufgeteilt auf Kanton, Gemeinden und Bund. 2010 waren es 5,6 Millionen, 2011 5,2 Millionen, 2012 7,5 Millionen, 2014 5,9 Millionen, 2015 10,1 Millionen.
Zum Zwischenstand der Selbstanzeigen im laufenden Jahr: Bis heute hat die Steuerverwaltung 87 Selbstanzeigen mit dem Nachsteuerverfahren abgeschlossen. Der Vorjahreswert von 114 Selbstanzeigen dürfte also deutlich übertroffen werden. Die nachdeklarierten Vermögenswerte und -einkünfte sind im Durchschnitt etwas höher als in den Vorjahren. Man kann aber nicht sagen, dass die grossen Fälle erst jetzt im Jahr 2017 vorliegen werden. Das Nachsteuerbudget von 3 Millionen Franken ist aufgrund der Fallzahlen und der höheren Faktoren aber bereits heute erreicht.
Ein Grossteil der Nachdeklarationen steht im Zusammenhang mit nicht deklarierten Bankkonten und Wertschriftendepots sowohl bei aus- als auch bei inländischen Banken. Weitere Schwerpunkte sind Liegenschaften im Ausland sowie Renten aus dem Ausland. Der bevorstehende automatische Informationsaustausch (AIA), der Ende Jahr in Kraft treten wird, ist in der Praxis der Steuerverwaltung spürbar. Es gibt aber auch Selbstanzeigen, die gänzlich ohne Bezug zum Ausland sind. Dazu zählen Nachlasse, Testamentseröffnungen und dergleichen.
Verglichen mit Zürich befindet sich Zug auf einem tieferen Niveau. Mit anderen Worten heisst das aber, dass die Steuerehrlichkeit und -redlichkeit in Zug nicht so schlecht ist bzw. zumindest besser als in Zürich. Das ist durchaus erwähnenswert. Wahrscheinlich ist dies so, weil das Zuger Steuersystem und die Steuersätze nicht exorbitant hoch sind, sondern *genau* am richtigen Ort liegen. *(Der Rat lacht.)*

### *Richterliche Behörden (ab S. 339)*

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** äussert sich zum Votum von Kurt Balmer in der Eintretensdebatte. Die für die Justiz zuständige Delegation der Stawiko nimmt die Rechnung der Justiz sehr genau unter die Lupe. Kritische Punkte werden besprochen, und zusätzliche Fragen werden per E-Mail gestellt und beantwortet. Im letzten E-Mail ging es beispielsweise um die Themen Fluktuationen, Einsparungen etc.

Auch das Thema Ferienguthaben wurden schon diskutiert. Aus dem Votum von Kurt Balmer lässt sich schliessen, dass ein Missverständnis vorliegen muss. Entgegen seinen Aussagen sind bei der erwähnten Kadermitarbeiterin nicht zwei bis drei Ferienwochen verfallen, sondern es sind ein paar Stunden Mehrzeit, schätzungsweise zwei bis drei Tage. Dies wurde in der JPK-Sitzung besprochen.

***Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten: Gebäudeversicherung (ab S. 387)***

**Philip C. Brunner** dankt der Stawiko für die Bemerkungen im Geschäftsbericht auf Seite 10 und 11 unter 11.3. Bei der Vorbereitung auf die Fraktionssitzung hat er sich an dieser Stelle notiert: «sehr irritierend». Wird in einem Verein die Jahresrechnung besprochen, ist üblicherweise das Traktandum 7 die Decharge. Die Genehmigung der Jahresrechnung der Gebäudeversicherung ist eine Frage der Decharge. Allen Voten der Fraktionssprechenden konnte ein tiefes Unbehagen entnommen werden. Und wie bringt man das zum Ausdruck? Man tut es nicht, indem man nun einfach zustimmt, denn die Jahresrechnung ist offenbar nicht in Ordnung. Der Rat hat guten Grund, das auch anzuzeigen. Deshalb stellt der Votant den **Antrag,** die Jahresrechnung der Gebäudeversicherung nicht zu genehmigen, und bittet den Rat, dieses Zeichen zu setzen. So geht es nicht.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass auch er ein Missbehagen empfinden würde, wenn er den Bericht als Kantonsrat erhalten hätte, und vielleicht hätte er genauso reagiert. Aber im Kanton Zug, in dem immer kurze Wege postuliert werden und der Austausch grossgeschrieben wird, hätte er erwartet, dass die Stawiko-Präsidentin ihn zu einer Aussprache eingeladen hätte – umso mehr, als man ja weiss, dass der Chef der Gebäudeversicherung und der Chef der Finanzkontrolle (Fiko) kaum miteinander in die Ferien gehen. Die Empfehlungen der Stawiko werden immer sehr ernst genommen. Der Sicherheitsdirektor hat sich mit dem Geschäftsführer der Gebäudeversicherung zu einer Besprechung getroffen und hat ihm mitgeteilt, was geändert werden muss. Es handelt sich hier um eine öffentlich-rechtliche Institution mit den entsprechenden Regelungen der Zeichnungsberechtigungen. Eine solche Institution muss auch ihre unternehmerische Freiheit haben. Man kann dankbar sein, dass nun ein Gesetz besteht, in dem die Zuständigkeiten und Kompetenzen klarer geregelt sind als heute.
Zum Personalgesetz: Es wurde gesagt, dass dieses gleich sei wie in der gesamten kantonalen Verwaltung. Bei den Stundenüberträgen gab es Verwechslungen hinsichtlich Voll- und Teilzeitangestellten. Das wird sofort korrigiert.
Zu den Spesenabrechnungen: Die Finanzkontrolle hat jahrelang das System, wie es heute gelebt wird, toleriert. Jetzt wird das Vier-Augen-Prinzip auch bei Abrechnungen, die mit Kreditkarte bezahlt werden, verlangt. Auch das wird sofort geändert.
Zum Vorwurf, die Anlagerichtlinien würden nicht eingehalten: Die Grundsatzregel bei der Gebäudeversicherung ist, dass das Vermögen in drei Drittel aufgeteilt wird: in Liegenschaften, in Wertpapiere und in liquide Mittel auf der Bank, damit man finanziellen Verpflichtungen stets fristgerecht nachkommen kann. Die Vorwürfe betreffen ein Aktienpaket, das die Gebäudeversicherung von einer bekannten, solventen und erfolgreichen Zuger Unternehmung erworben hat, die aber nicht im SPI (Swiss Performance Index) eingetragen ist. Dies wird bis im September korrigiert.
Der Geschäftsführer der Gebäudeversicherung hat nie von einer unbeschränkten Kompetenz bezüglich Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung gesprochen, wie dies die Finanzkontrolle in ihrem Bericht schreibt. Liegenschaftskäufe sind früher

beispielsweise ohne die Mitwirkung des Regierungsrats erfolgt. Der Sicherheitsdirektor führt die Gebäudeversicherung viel enger, als es das Gesetz vorsieht. Manchmal tut er dies auch zur *Nicht-Freude* der Gebäudeversicherung. Aber der Regierungsrat ist letztlich nicht zuständig für die Investitionen, so zum Beispiel auch bei der Gartenstadt, er nimmt nur zur Kenntnis, was die Gebäudeversicherung tut. Solche Fragen haben sich auch gestellt im Zusammenhang mit der neuen Gesetzesanpassung.
Bei der Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung aus dem Jahr 2007 heisst es im Geltungsbereich: «Diese Verordnung regelt die Berechtigung zur Unterzeichnung von Verträgen für die Direktion, das Amt oder die Abteilung, die unmittelbare finanzielle Verpflichtungen für den Kanton auslösen, sowie die Berechtigung zum Vor- und Schlussvisum im Zahlungsverkehr.» Diese Verordnung gilt auch für die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten, für die Justizverwaltung hingegen nicht. Doch es besteht insofern ein Widerspruch, als die Gebäudeversicherung nicht in dem Sinne für den Kanton handelt, wie es hier gemeint ist. Ein Rechtsguthaben, das in Auftrag gegeben wurde, stützt die Auffassung, dass die Gebäudeversicherung nicht überall dieselbe Zeichnungsberechtigung einhalten muss wie die Verwaltung. Der Sicherheitsdirektor hat dem Chef der Fiko eine Art Gegenempfehlung gemacht und ihn darauf hingewiesen, dass es doch keinen Sinn mache, diese Verordnung nun noch anzupassen und dem Regierungsrat vorzulegen, wenn auf den 1. Januar 2018 alles neu geregelt würde mit der Einsetzung des neuen Verwaltungsrats. Das waren die Überlegungen dazu, der Sicherheitsdirektor foutiert sich nicht um Vorgaben der Fiko. Der Chef der Fiko gab zu verstehen, dass er mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden sei. Es ist zu bedauern, dass dies im Kommissionsbericht nicht entsprechend zum Ausdruck kam. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, zur Kenntnis zu nehmen, dass er die Gebäudeversicherung im Griff hat. Und wer etwas Gegenteiliges behaupten will, sollte den Beweis erbringen. Der Sicherheitsdirektor ist gerne bereit, der Stawiko zu diesem Thema in einer der nächsten Sitzung Red und Antwort zu stehen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** weist den Vorwurf des Sicherheitsdirektors entschieden zurück. Eine Einladung zu einer Aussprache wegen dieses Revisionsberichts? Die Stawiko-Präsidentin ist nicht die Fiko, sie hat an der Revision nicht teilgenommen und hat nichts damit zu tun. Das muss die Sicherheitsdirektion mit der Finanzkontrolle selbst besprechen. Offensichtlich hat das nicht stattgefunden. Es ist allgemein bekannt, dass die Stawiko seit längerer Zeit die Berichte der Gebäudeversicherung stets mit einem gewissen Genuss liest. Die dortigen Vorkommnisse werden jeweils im Stawiko-Bericht abgebildet. Die Stawiko-Sitzung fand am 7. Juni statt, heute, am 29. Juni, findet bereits die Kantonsratssitzung statt. Müsste die Stawiko ihre Berichte immer sämtlichen Direktionen vorlegen, wäre ein solcher Zeitplan nicht realistisch. Der Bericht der Finanzkontrolle datiert vom 24. Mai 2017. Der Stawiko war nichts bekannt über die Gespräche zwischen dem Sicherheitsdirektor und dem Chef der Fiko. Man hätte auch vonseiten der Sicherheitsdirektion handeln können. Die Stawiko erachtet es nicht als Holschuld, Kommentare zu den Berichten der Finanzkontrolle einzuholen. Der Chef der Finanzkontrolle ist jeweils an den Stawiko-Sitzungen dabei. Er konnte keine Stellungnahme bzw. Antworten zu den Fragen Stawiko geben – ausser, dass vonseiten der Sicherheitsdirektion geäussert wurde, es gebe dann das neue Gesetz und das Thema würde deshalb nicht weiterverfolgt.
Die Vorgänge bei der Gebäudeversicherung sind etwas fragwürdig. Die Stawiko fordert die Sicherheitsdirektion auf, doch noch auf die erwähnten Punkte im Bericht und die Empfehlungen einzugehen.

Der Sicherheitsdirektor hatte darauf hingewiesen, dass die Chemie zwischen dem Geschäftsführer der Gebäudeversicherung und der Finanzkontrolle nicht stimme. Es geht nicht darum, nun die Finanzkontrolle zu verteidigen, aber wenn man jemals gesehen hat, wie die Fiko arbeitet, so kann davon ausgegangen werden, dass sehr wohl überlegt wird, was in einem Bericht geschrieben wird.
Zum Antrag von Philip C. Brunner: Die Stawiko empfiehlt, die Jahresrechnung trotzdem zu genehmigen. Es gibt keine Vorkommnisse, die es nicht gestatten würden, die Jahresrechnung abzunehmen. Die Rechnung ist korrekt erstellt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Was die Stawiko bemängelt hat, sind Geschäftsprüfungs- und -führungsaufgaben.

**Andreas Hausheer** erkundigt sich, was die konkreten Folgen wären, wenn die Jahresrechnung nicht genehmigt würde.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** kann diese Frage nicht aus dem Stand beantworten. Das Budget wird nicht vom Kantonsrat genehmigt. Der Antragsteller müsste festhalten, was nicht in Ordnung ist und was in der Jahresrechnung geändert werden muss. Dann müsste wohl ein neuer Antrag zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese Frage müsste aber juristisch noch vertiefter geklärt werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat noch nicht klar darüber ist.

**Manuel Brandenberg** hält Folgendes fest: Anlässlich der Beratungen zum Gebäudeversicherungsgesetz, das inzwischen vom Souverän angenommen wurde, hat sich die SVP-Fraktion dafür eingesetzt, dass die Jahresrechnung weiterhin durch den Kantonsrat genehmigt wird. Die CVP hat angemerkt, das sei systemfremd. Heute darf der Rat somit die Jahresrechnung das letzte Mal genehmigen. Deshalb darf man auch etwas länger daran arbeiten und sich etwas vertiefter damit befassen. Es handelt sich ja schliesslich um eine Art Schlussbouquet.
Interessant wäre, zu erfahren, welche bekannte Zuger Gesellschaft die Ehre hat, ihre Aktien der Gebäudeversicherung mit Monopolstellung zu verkaufen. Der Votant bittet um Aufklärung.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** bezieht sich auf die Frage von Andreas Hausheer. Die Juristen stecken bereits die Köpfe zusammen, sie selbst ist nicht Juristin, verfügt aber über langjährige Erfahrung im Finanz- und Rechnungswesen. Es ist anzunehmen, dass gar nichts passiert, wenn die Jahresrechnung nicht genehmigt wird. Man kann diese nicht mehr ändern, und schliesslich ist sie ja korrekt. Es würde einfach protokolliert, dass der Rat die Rechnung nicht genehmigt hat. Allenfalls würde dies auch bei einer nächsten Sitzung des Sicherheitsdirektors mit dem Geschäftsführer der Gebäudeversicherung traktandiert und besprochen. *That's it.*

**Heini Schmid** hält fest, dass es sich nur um einen einzigen Antrag handelt, nämlich um die Genehmigung der Jahresrechnung der Gebäudeversicherung. Somit hat dies mit der Genehmigung des gesamten Geschäftsberichts nichts zu tun, es kann über einen einzelnen Antrag abgestimmt werden.
Es ist davon auszugehen, dass die Jahresrechnung einer Genehmigung durch den Kantonsrat bedarf. Wird diese verweigert, ist der Regierungsrat gehalten, aufgrund der Hinweise, die er der Beratung entnehmen kann, die Rechnung noch einmal zu überarbeiten und dem Rat in einer separaten Vorlage erneut zu unterbreiten. Wie bei einem Budget muss die Regierung den Antrag so weit überarbeiten, bis sie über eine genehmigte Jahresrechnung verfügt.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass in der ALG sehr kontrovers über die Jahresrechnung diskutiert wurde und man noch offenliess, ob der Rechnung zugestimmt würde. Eine Detailfrage zur Anlagestrategie an den Sicherheitsdirektor: Wo liegt der Fehler genau? Wurde mit dem Aktienpaket die Drittelsregelung nicht eingehalten, oder ist der Fehler darin begründet, dass die entsprechende Firma nicht im SPI aufgeführt ist? Dass der Fehler im Aktienpaket selbst lag, ist wohl nicht anzunehmen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass die Drittelsregelung immer etwas flexibel zu halten ist. Manchmal sind die Liegenschaften etwas interessanter, dann wird dort etwas mehr investiert usw. Im vorliegenden Fall geht es um die Eintragung im SPI. Die Bonität des Unternehmens wurde jedoch überprüft, und sie war in Ordnung. Die Anlagestrategie wird nun so angepasst, dass auch in Aktien einer solchen Firma investiert werden kann.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hat unterdessen das Buschtelefon konsultiert. Auch Marc Strasser konnte ihm auf die Schnelle keine Antwort geben. In § 23 FHG ist festgehalten, dass die Jahresrechnung der Legislative bis zum 30. Juni zur Genehmigung vorzulegen ist. Mehr sagt das Gesetz nicht. Beim Budget ist dies anders, dort ist aufgeführt, was die Folgen sind, wenn ein Budget zurückgewiesen wird. Nun kann man interpretieren: Die Aufträge können abgearbeitet werden, oder man tut nichts. Die Rechtsfolgen sind im Gesetzestext nicht beschrieben. Damit man nun nicht im Nirwana herumtanzt, schlägt der Finanzdirektor Folgendes vor: Unabhängig von der Abstimmung versucht die Finanzdirektion auf die zweite Lesung FHG eine Antwort zu formulieren zu § 23 Abs. 2 Bst. i. Vielleicht ergibt sich dann für die Zukunft eine klare Ausgangslage, wenn nicht, würde dieses Thema allenfalls separat aufgenommen. Wird in der Privatwirtschaft oder bei einem Verein eine Rechnung nicht genehmigt, ist dies eine Frage der Decharge, und die Folge davon sind haftungsrechtliche Probleme, die entsprechende Konsequenzen haben. Das ist bei der öffentlichen Hand nicht der Fall.

**Manuel Brandenberg** entschuldigt sich dafür, dass er so hartnäckig ist. Er hat seinen Charakter nicht selbst erfunden. *(Der Rat lacht.)* Es ist interessiert ihn aber, welche Firma dieses Aktienpaket betrifft, und er bittet den Sicherheitsdirektor um eine Antwort bzw. um eine Ausführung darüber, falls die Antwort nicht gegeben werden kann oder man sie nicht geben will. Ist Letzteres der Fall, hat der Votant Möglichkeit, die Frage im Rat auch noch formeller zu stellen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** kann zurzeit keine Auskunft geben, wird es jedoch abklären. Es ist davon auszugehen, dass unter Berücksichtigung des Öffentlichkeitsprinzips entschieden werden muss, ob man die Frage beantworten kann. Diese Frage könnte sich auch bei der Gesamtverwaltung stellen. Soll es öffentlich sein, wo überall die Finanzverwaltung ihre Anlagen tätigt? Dabei ist auch das Interesse der entsprechenden Firmen zu berücksichtigen. Im Moment wird der Sicherheitsdirektor nicht mehr dazu sagen, er weiss aber, um welche Firma es sich handelt.

***Anträge des Regierungsrats (Seite 5)***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die erweiterte Staatswirtschaftskommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst. Der Vorsitzende liest die Anträge des Regierungsrats vor:

• Es sei der Geschäftsbericht 2016, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung, zu genehmigen.
• Es seien die im Anhang zur Jahresrechnung 2016 als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen.
• Es sei die Jahresrechnung 2016 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen.
• Es sei die Jahresrechnung 2016 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zur Genehmigung der Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung Zug ein Gegenantrag vorliegt.

**Silvia Thalmann** weist darauf hin, dass es nur eine Lesung gibt und dass somit nur jetzt abgestimmt wird. Das Geschäft wird nicht noch einmal aufgenommen. Dies bedarf einer Klärung. Die Votantin hat die GO KR nicht konsultiert, aber würde man die Abstimmung verschieben wollen, müsste man wohl bestimmen, dass eine zweite Lesung erfolgen soll.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** weist darauf hin, dass sein vorheriges Votum isoliert zu betrachten ist. Es ging ihm nur darum, dass die Problematik einer Nichtgenehmigung beantwortet werden kann, und zwar unabhängig von der heutigen Sitzung. Es hätte keinen Sinn gemacht, eine halbe Stunden über mögliche Konsequenzen zu spekulieren, vielmehr soll abgeklärt werden, was konkret bei einer Nichtgenehmigung passiert. Der Finanzdirektor ist davon ausgegangen, dass heute abgestimmt wird. Würde die Abstimmung abtraktandiert, müsste ein separater Antrag gestellt werden.

**Andreas Hausheer** führt aus, dass er seine Frage aus folgendem Grund gestellt hat: Es wäre nicht ganz seriös, nun einfach abzustimmen. Danach käme allenfalls die Finanzdirektion zum Schluss, dass man das gar nicht hätte dürfen. Dann wären die Ratsmitglieder die Gelackmeierten. Der Votant macht beliebt, die Klärung über den Mittag oder bis 16 Uhr vorzunehmen oder die Abstimmung auf den nächsten Donnerstag zu verschieben.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag gestellt wurde und die Abstimmung deshalb durchgeführt wird.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat beschliesst mit 34 zu 29 Stimmen, die Jahresrechnung der Gebäudeversicherung nicht zu genehmigen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Regierung abklären wird, was nun weiter geschehen wird.

TRAKTANDUM 7

**805** **Zwischenbericht zu den per Ende März 2017 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**
Vorlagen: 2746.1/1a - 15443 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2746.2 - 15448 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Ratsmitglieder die Pendenzen erstmals in Listenform erhalten haben. So sind alle Pendenzen und Erläuterungen auf einen Blick zu sehen. Diese Art der Präsentation ist sehr praktisch. Der Staatskanzlei und dem Landschreiber gebührt ein Dank für die übersichtliche und transparente Liste.
Die erweiterte Staatswirtschaftskommission beantragt, der Abschreibung und den Fristerstreckungen der fälligen parlamentarischen Vorstösse gemäss den Einzelanträgen in der Beilage zur Vorlage Nr. 2746.1 zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es nur eine einzige Lesung gibt.

➔ Der Rat genehmigt die Vorlage stillschweigend.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**806** Traktandum 3.1: **Motion von Alois Gössi und Hubert Schuler betreffend Abschaffung eines alten Zopfs: des Heimatscheins**
Vorlage: 2756.1 - 15463 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**807** Traktandum 3.2: **Motion der SP-Fraktion betreffend Realisierung des Sonnenenergiepotenzials bei kantonalen Bauten und Anlagen**
Vorlage: 2757.1 - 15464 (Motionstext).

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den **Antrag** stellt, die Motion nicht zu überweisen. Umweltschutz ist zugegebenermassen für die SVP nicht ein prioritäres Thema. Der Antrag auf Nichtüberweisung wird jedoch gestellt, da die Umsetzung der Motion zu einem Mehraufwand führen würde. Die Verwaltung müsste stets Abklärungen treffen. Es käme zudem zu Mehrkosten, und es wäre ein Eingriff in die Handlungsfreiheit des Kantons, seine Bauten zu bewirtschaften, wie er will. Einmal kann eine Sonnenenergie-Lösung angebracht sein, ein anderes Mal ist das nicht der Fall. Aber zu erzwingen, dass dies immer abgeklärt und geprüft werden muss, wäre mit viel Aufwand verbunden und ist nicht opportun.

**Daniel Marty** äussert sich zum Antrag der SVP. Mit dem Ja zum Energiegesetz hat das Stimmvolk auch Ja zum Ausbau der erneuerbaren Energien und insbesondere der Fotovoltaik gesagt. Gleichzeitig haben Bund und Kantone bei der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien eine Vorbildfunktion, die sie wahrnehmen sollten. Die Motion der SP-Fraktion, sich beim Kanton Gedanken zur Nutzung des bestehenden Sonnenenergiepotenzials zu machen, kommt also nicht aus heiterem Himmel und ist keine weltfremde Forderung grüner Träumer. Im Gegenteil, dank der fortschreitenden Preiserosion bei der Fotovoltaik, ist es heute oft möglich, Solarstrom günstiger zu produzieren, als Strom vom Netz zu beziehen. Wenn der selbst produzierte Strom gleich vor Ort als sogenannter Eigenverbrauch genutzt werden kann und nicht hauptsächlich ins Netz gespeist wird, kann eine Fotovoltaikanlage durchaus wirtschaftlich betrieben werden. Wieso sollte der Kanton die vorhandenen wirtschaftlichen Potenziale auf den eigenen Gebäuden nicht nutzen oder günstig gelegene Dächer nicht an Dritte zur Nutzung der Solarenergie vermieten? Die Motion lässt es offen, welche Potenziale in welchem Zeithorizont realisiert werden sollen. Es gibt keinen Zwang, nicht wirtschaftliche Anlagen zu bauen. Aus «gut gemeint» kann daher durchaus «gut gemacht» werden. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, wieso die Motion nicht überwiesen werden sollte. Der Votant bittet den Rat, den Nichtüberweisungsantrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

**Alois Gössi** hält fest, dass der Rat meistens sehr berechenbar ist. Schon bei der Einreichung der Motion rechnete er damit, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt würde. Und als Urheber dieses Antrags erwartete der Votant entweder die FDP- oder SVP-Fraktion. Diese Einschätzung des Rats war nicht schlecht.
Zur Erinnerung: Der Kanton Zug hat bei der Abstimmung vom 21. Mai 2017 das Energiegesetz mit rund 54 zu 46 Prozent deutlich angenommen. Alle an der Energiewende Interessierten sind nun aufgerufen, alles in Bewegung zu setzen, um viel erneuerbare Energie zu realisieren, damit Anlagen für erneuerbare Energie gebaut werden. Diese Forderung bzw. die Motion der SP-Fraktion ist nicht im jetzt beschlossenen Energiegesetz enthalten. Es geht nicht darum, dass unbedingt der Kanton investiert. Investieren können gemäss der Motion auch Private. Es ist ein Weg zu erneuerbaren Energien, der nicht in erster Linie Staatssubventionen fordert. Der Votant macht beliebt, der Überweisung der Motion zuzustimmen.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat beschliesst mit 49 zu 18 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

**808** Traktandum 3.3: **Motion von Andreas Hausheer, Thomas Meierhans und Daniel Burch betreffend Durchgangsstation Steinhausen**
Vorlage: 2758.1 - 15465 (Motionstext).

**Anastas Odermatt** stellt keinen Antrag auf Nichtüberweisung. Es ist wichtig, dass diese Punkte bearbeitet werden. Die Regierung wird aber gebeten, bei ihrer Beantwortung oder im Rahmen dieser Vorlage zu klären, was zukünftig motionsfähig ist bzw. ob inskünftig auch operative Konzepte motioniert werden können. Hier herrscht eine gewisse Unsicherheit, und es wird deshalb um Klärung gebeten.

**Andreas Hausheer** hält fest, dass in der Motion von der Regierung nichts anderes verlangt wurde, als dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten. Zur Vorgeschichte: Kaum hatte man diese Motion eingereicht, kam ein E-Mail von der Direktion des

Innern, in welchem der Landschreiber aufgefordert wurde, den Motionären mitzuteilen, dass die Motion nicht «motionswürdig» sei. Man hat darauf entgegnet, warum das denn nicht der Fall sein soll. Der Votant und Landschreiber Tobias Moser haben das Thema in einem Gespräch erörtert. Eine Antwort auf die Frage, weshalb die Direktion des Innern der Meinung ist, das Anliegen sei nicht motionswürdig oder motionsfähig, liegt bis heute nicht vor. Der Regierungsrat muss keine Masterarbeit abliefern. Aber es handelt sich um etwas, das in der Kompetenz des Kantonsrats liegt, und es ist darum durchaus motionswürdig.

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**809** Traktandum 3.4: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25)**
Vorlage: 2760.1 - 15466 (Motionstext).

**Peter Letter** teilt mit, dass die Motion aus Sicht der FDP-Fraktion gerne überwiesen und dann später inhaltlich diskutiert werden kann. Man äussert sich noch nicht zum Inhalt, sondern wird sich dann eine Meinung bilden, wenn der Bericht der Regierung vorliegt und nachdem eine Ad-hoc-Kommission diesen bearbeitet hat. Entgegen den Motionären traut man den Kantonsratsmitgliedern zu, einen Bericht der Regierung kritisch zu hinterfragen und zu analysieren. Es gibt keinen Grund, dass der Bericht zu diesem Anliegen statt durch die Regierung durch eine Kommission erstellt werden sollte. Die FDP-Fraktion stellt den **Antrag,** dass Bericht und Antrag wie üblich durch den Regierungsrat erstellt werden. Dann kann die Fraktion einer Überweisung zustimmen. Falls dieser Antrag abgelehnt würde, stellt die FDP-Fraktion den **Eventualantrag,** dass die Motion nicht überwiesen wird.

**Andreas Hausheer** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Antrag der FDP unterstützt.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt die Überweisung an eine Ad-hoc-Kommission ab und beschliesst mit 50 zu 18 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich damit die Abstimmung über den Eventualantrag erübrigt.

**Traktandum 3.5:** Interpellation von Thomas Werner, Ralph Ryser und René Kryenbühl betreffend Umwandlung der Bushaltestelle Gasthaus Rössli, Zugerstrasse 142, 6314 Neuägeri, in eine Fahrbahnhaltestelle mit Mittelinsel
Vorlage: 2752.1 - 15454 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**810** Traktandum 3.6: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Menschenrechtsverletzungen im Kanton Zug**
Vorlage: 2753.1 - 15456 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**811** Traktandum 3.7: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Sozialbericht 2016**
Vorlage: 2755.1 - 15462 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

Die Beratungen werden an dieser Stelle unterbrochen und am Nachmittag fortgeführt.

**Beilage (nur elektronisch):**
Report der Abstimmungsergebnisse: https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

57. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 29. Juni 2017 (Nachmittag)
Zeit: 13.30 – 17.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**812 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 70 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Barbara Gysel, Alice Landtwing, Richard Rüegg und Rupan Sivaganesan, alle Zug; Thomas Werner, Unterägeri; Zari Dzaferi, Andreas Hostettler und Beni Riedi, alle Baar; Daniel Burch und Monika Weber, beide Steinhausen;

TRAKTANDUM 8

**813 Finanzwesen - Sparpaket 2018: Gesetzesänderungen**

Vorlagen: 2720.1/1a - 15376 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2720.2 - 15377 (Antrag des Regierungsrats [Publikationsgesetz]); 2720.3 - 15378 (Antrag des Regierungsrats [Personalgesetz]); 2720.4 - 15379 (Antrag des Regierungsrats [Gerichtsorganisationsgesetz]); 2720.5 - 15380 (Antrag des Regierungsrats [Schulgesetz]); 2720.6 - 15381 (Antrag des Regierungsrats [Schulgesetz]); 2720.7 - 15382 (Antrag des Regierungsrats [Berufsbildung]); 2720.8 - 15383 (Antrag des Regierungsrats [Kulturelles Leben]); 2720.9 - 15384 (Antrag des Regierungsrats [Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen]); 2720.10 - 15385 (Antrag des Regierungsrats [Verwaltungsgebührentarif]); 2720.11 - 15386 (Antrag des Regierungsrats [Zuger Kantonalbank]); 2720.12 - 15387 (Antrag des Regierungsrats [Feuerschutz]); 2720.13 - 15388 (Antrag des Regierungsrats [Gewässergebührentarif]); 2720.14 - 15389 (Antrag des Regierungsrats [Strassenverkehr]); 2720.15 - 15390 (Antrag des Regierungsrats [Extrabusse]); 2720.16 - 15391 (Antrag des Regierungsrats [Binnenschifffahrt]); 2720.17 - 15392 (Antrag des Regierungsrats [Schifffahrt]); 2720.18 - 15393 (Antrag des Regierungsrats [Ergänzungsleistungen]); 2720.19 - 15394 (Antrag des Regierungsrats [Prämienverbilligung]); 2720.20 - 15395 (Antrag des Regierungsrats [Sozialhilfegesetz]); 2720.21 - 15396 (Antrag des Regierungsrats [Landwirtschaft]); 2720.22 - 15397 (Antrag des Regierungsrats [Waldgesetz]); 2720.23 - 15398 (Antrag des Regierungsrats [Waldgesetz]); 2720.24/ 24a - 15442 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2720.25/25a - 15452 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält bezüglich Vorgehen fest, dass eine allgemeine Eintretensdebatte zu allen Vorlagen durchgeführt wird. Es wird aber zu jeder Vorlage einzeln

über Eintreten bzw. Nichteintreten und über die einzelnen Anträge entschieden. Der Regierungsrat stellt den Antrag auf Eintreten und Zustimmung, die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen Eintreten und Zustimmung mit Änderungen.

## EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsidentin **Hanni Schriber Neiger** teilt mit, dass sich die vorberatende Kommission am 3. Mai 2017 zu einer Vormittagssitzung traf und das «Sparpaket 2018» zügig durchberiet. Vier Kommissionsmitglieder waren nicht bereits Mitglieder der vorberatenden Kommission zum Paket 2 des Entlastungsprogramm 2015−2018 gewesen. In der Kommissionssitzung stellte sich Finanzdirektor Heinz Tännler und die juristische Mitarbeiterin der Finanzdirektion Rita Weiss den Fragen; Letztere führte verdankenswerterweise auch das Protokoll.
Einmal mehr diskutiert der Rat über die Finanzen des Kantons, genauer gesagt über die Laufende Rechnung, die in Schieflage ist: Der Kanton gibt seit vier Jahren mehr Geld aus, als er einnimmt. Nach der Ablehnung des zweiten Pakets des EP 2015−2018 durch das Stimmvolk im November 2016 ging die Regierung über die Bücher. Sie suchte die unbestrittenen Massnamen heraus, was nun zur Vorlage «Sparpaket 2018» führte, das den Finanzhaushalt um rund 13 Millionen Franken entlasten soll. Dieses Paket kann schnell umgesetzt werden.
Die vorliegenden Gesetzesänderungen mit 22 Massnahmen waren den Kommissionsmitgliedern somit bereits bekannt. Dies war der Grund, warum die Regierung kein weiteres Vernehmlassungsverfahren zu diesen Gesetzesänderungen durchgeführt hat. Aus Rücksicht auf das abgelehnte EP 2015−2018 kam die Kommission zum Schluss, keine weiteren Massnahmen in das «Sparpaket 2018» aufzunehmen.
Die Kommission spricht sich in allen 22 Fällen für die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen aus − mit einer Ausnahme: Beim Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (Besteuerung der Schiffe) nahm sie eine marginale Änderung vor; die Kommissionspräsidentin wird in der Detailberatung nähere Ausführungen dazu machen. Im Namen der Kommission bittet sie den Rat, auf das Geschäft einzutreten und den 22 Anträgen unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der Kommission zuzustimmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass die engere Stawiko auf alle 22 Gesetzesänderungen eingetreten ist und ihnen mit zwei Änderungen zugestimmt hat. Der Regierungsrat hat eine Auswahl von nach seinem Urteil unbestrittenen Massnahmen des EP 2 vorgelegt. Er will diese nicht mehr als Gesamtpaket, sondern mit einzeln referendumsfähigen Vorlagen zur Abstimmung bringen. Mit diesem Vorgehen ist die Stawiko grundsätzlich einverstanden.
Alle der heute zu beurteilenden Massnahmen wurden im Frühling 2016 im Rahmen der Debatte zum EP 2 bereits ausgiebig diskutiert. Deshalb hat die Stawiko in ihrem Bericht und Antrag nur noch neue Erkenntnisse erläutert und verweist diesbezüglich auch auf die Berichte zur damaligen Vorlage. Die Finanzlage des Kantons sowie die Dringlichkeit der Sanierung ist wohl im vorangehenden Traktandum genügend zum Ausdruck gebracht worden. Der Kanton schreibt nach wie vor strukturelle Defizite von mehr als 100 Millionen Franken pro Jahr. Man muss deshalb handeln − hier und jetzt − mit einem kleinen Etappenziel.

**Cornelia Stocker** erinnert daran, dass die FDP-Fraktion schon das Sparpaket von 2016 in seiner Gesamtheit unterstützte, und so macht sie es auch dieses Mal. Sie hätte sich auch das Dazunehmen der einen oder anderen weiteren Massnahme

vorstellen können. Doch was die Regierung jetzt nicht vorlegt, wird der Rat wohl im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» sehen können.
Irritiert und zum Teil verärgert hat die FDP-Fraktion das Hick-Hack rund um den Kostendeckungsbeitrag der Schifffahrtsgesellschaften. Mit ihrem ersten Schreiben an die Kantonsräte haben die zwei Schifffahrtsgesellschaften über das Ziel hinaus geschossen. Einerseits war die Tonalität befremdend, anderseits die Behauptung, es sei unmöglich, den verlangten Kostendeckungsgrad zu erreichen, ohne dass entsprechende Beweise erbracht wurden. Die FDP will in dieser Sache aber nicht Schiedsrichter spielen, sondern nach vorne schauen. Es ist aber festzuhalten, dass Aufwendungen an touristische Attraktionen keine Kernaufgabe eines Staatswesens sind. Sie gehören in den *Nice-to-have*-Bereich. Vor dieser Tatsache haben schmerzhafte oder einschneidende Abstriche im Tourismusbereich eine andere Dimension als solche beispielsweise im Bildungs- oder Sozialwesen. Die FDP-Fraktion unterstützt in diesem Sinn sämtliche von der Regierung vorgelegten Massnahmen.

**Vroni Straub-Müller** spricht für die ALG-Fraktion. Es ist nicht nur für Aussenstehende schwer zu verstehen, weshalb der reichste und in mancher Hinsicht wohl auch einer der attraktivsten Schweizer Kantone mit der noch immer tiefsten durchschnittlichen Steuerbelastung in der Schweiz in die roten Zahlen geraten ist. Mit «attraktiv» meint die Votantin: attraktiv vorwiegend für Vermögende und Unternehmen, aber auch für Familien, für die Kultur und den Sport und für die sozial Schwachen. Bis anhin hat der Kanton Zug nämlich auch gut für die sozial Schwachen gesorgt. Man war dafür besorgt, dass in der Endabrechnung ein gewisses Gleichgewicht herrscht.
Besonders stolz darauf, Zugerin zu sein, war die Votantin nach der Ablehnung des Entlastungspakets 2 durch den Souverän. Und schon in der vorberatenden Kommission hat sie gesagt: Wenn der Kantonsrat beim Entlastungspaket nur ein bisschen auf die ALG gehört hätte, wäre man in Sachen Sparen heute einen Schritt weiter. Aber nein, der Kantonsrat wollte ein Entlastungspaket auf dem Rücken der Familien, der Kultur, der Umwelt und der sozialen Schwachen durchboxen. Er wollte Zug ins Mittelmass gleiten lassen. Die saftige Quittung dafür hat er an der Urne erhalten. Das muss in aller Deutlichkeit gesagt sein.
Das heute zur Debatte stehende Sparpaket enthält eine Reihe von Massnahmen, welche die ALG-Fraktion unterstützen kann. Sie ist bei einer Mehrheit der vorgelegten Sparmassnahmen für Eintreten und unterstützt diese. Bei der Reduktion des Kantonsbeitrags an die Beratungsstelle für Lehrpersonen und Schulleitende wird sie Nichteintreten beantragen, mit der entsprechenden Begründung. Auch bei der Änderung des Lotteriefondsgesetzes ist die ALG nach wie vor dezidiert der Meinung, dass dieser Fonds nicht für staatliche Aufgaben benutzt werden darf. Bei der Erhöhung des Kostendeckungsgrades für die Schifffahrt auf den Zuger Seen wollte die ALG beantragen, den Kostendeckungsgrad bei 65 Prozent festzulegen. Nun haben alle Kantonsratsmitglieder am Montag einen Brief erhalten. Die beiden Verwaltungsratspräsidenten sind jetzt − welch Wunder − mit einem Deckungsgrad von 70 Prozent einverstanden. Da kann man den zwei Gesellschaften nun wirklich nicht mehr helfen! Die ZVB als auftragnehmende Organisation konnte vom Brief übrigens nur Kenntnis nehmen − die Votantin findet das seltsam.
Und als Blick in die nahe Zukunft: Beim Projekt «Finanzen 2019 wird der Kantonsrat wiederum mit der ALG rechnen dürfen − sie wird diese Vorlage eng begleiten. Ihr Fokus wird dort und auch in der Budgetdebatte auf der bereits angekündigten Steuererhöhung liegen. Die ALG will diese so ausgestaltet haben, dass sie von denjenigen bezahlt wird, welche in den vergangenen Jahren am meisten von den tiefen Steuern profitiert haben: Nicht der Mittelstand soll an die Kasse kommen,

sondern die Unternehmen mit hohen Gewinnen. Eine moderate Steuererhöhung ist im Übrigen bestimmt zielführender und weniger imageschädigend als lange und kantonsweite Diskussionen über Sparübungen und das ewige Jammern über strukturelle Defizite und rote Zahlen. Das sagt heute die Votantin, das hat bereits am 3. Juli 2014 in ähnlichen Worten aber auch der damalige Stawiko-Präsident aus der CVP, Gregor Kupper, am genau gleichen Rednerpult gesagt.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Nach dem feurigen Votum ihrer Vorrednerin möchte sie einen anderen Aspekt beleuchten. Beim Entlastungsprogramm legte der Regierungsrat noch grossen Wert auf ein ausgewogenes Gesamtpaket: Jede und jeder sollte einen Beitrag zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts leisten. Die CVP hat diese Haltung stets mitgetragen, auch wenn sie verschiedene Kröten zu schlucken hatte. Das Volk verwarf die Vorlage, und damit wurde auch der regierungsrätliche Anspruch auf ein ausgewogenes Paket fallengelassen. Diese politische Realität kann man bedauern, sie ist aber zu akzeptieren. Heute berät der Rat kein in sich stimmiges Gesamtpaket, und er wird dies auch bei «Finanzen 2019» nicht tun. Der Regierungsrat unterbreitet Massnahmen, zu denen der Rat einzeln Stellung beziehen wird. Es wird für oder gegen etwas gekämpft werden, entweder aus persönlicher Betroffenheit oder aufgrund einer politischen Haltung. Man wird allenfalls ein Referendum androhen oder es auch ergreifen. Ob das Paket als Ganzes stimmig ist, ist nicht mehr von Bedeutung. Es gilt: Wer am lautesten schreit und am besten zu mobilisieren vermag, wird eine Ausgabenkürzung oder eine Einnahmenerhöhung verhindern können.
Der Regierungsrat hat das vorliegende Paket zusammengestellt, um vom abgelehnten Entlastungspaket so viel wie möglich zu retten. Es fehlen also all jene Massnahmen, die umstritten waren − woran auch immer dies gemessen wurde. Einige der umstrittenen Massnahmen finden sich bei «Finanzen 2019» wieder, so beispielsweise die Schliessung von Polizeidienststellen. Andere wurden gänzlich fallen gelassen, so zum Beispiel die Verdoppelung der Lohnstufen. Neu soll es zwar möglich sein, für einmal auf eine Lohnerhöhung zu verzichten, eine Halbierung der Summe für Lohnerhöhungen ist hingegen nicht mehr vorgesehen. Auch der Beitrag der Gemeinden zur Entlastung des Staatshaushalts ist bei dieser Vorlage kein Thema mehr. Die CVP-Fraktion würde es trotzdem interessieren, inwiefern die Gemeinden eingebunden werden. Sie bittet den Finanzdirektor um einen Ausblick: Wann kann der Rat mit der Vorlage rechnen, und mit welchem Ergebnis?
Die CVP wird auf die Gesetzesänderungen eintreten und ihnen gemäss Antrag der vorberatenden Kommission zustimmen. Viele Änderungen sind für die CVP-Parlamentarier unbestritten. Über eine kleinere Anzahl wurde in der Fraktion erneut und leidenschaftlich debattiert. Dazu gehörte auch die Erhöhung des Kostendeckungsgrads bei der konzessionierten Schifffahrt auf den Zuger Seen. Die zwei Schreiben, die den Kantonsräten in diesem Zusammenhang zugestellt wurden, waren vor allem irritierend. Zweifellos werden dazu in der Detailberatung einige Voten zu hören sein.
Die CVP ist sich bewusst, dass mit den Gesetzesänderungen, die der Rat heute beschliesst, lediglich ein weiterer kleiner Schritt in Richtung eines ausgeglichenen Staatshaushalts gemacht wird. Es braucht noch einen langen Atem, um das anvisierte Ziel zu erreichen. Ein Blick auf die lange Massnahmenliste von «Finanzen 2019» zeigt, dass auch hier die Debatte noch geführt werden muss. Es fällt einmal mehr auf, dass es einfacher ist, bei anderen zu sparen, als bei sich selbst. Die CVP wird die Vernehmlassungsmöglichkeit nutzen, um den Finger auf die wunden Punkte zu legen.

**Karl Nussbaumer** teilt mit, dass das «Sparpaket 2018» auch in der SVP Fraktion zu einer grossen Diskussion geführt hat. Die sogenannt umstrittenen Entlastungsmassnahmen wurden bereits in Zusammenhang mit dem zweiten Paket ausgiebig diskutiert. Die SVP-Fraktion ist mit den meisten Punkten einverstanden und wird auf das Geschäft eintreten. Sie wird aber bei folgenden Gesetzesänderungen Anträge stellen:
• Den neu zu schaffenden § 25 Abs.3 Bst. g des Gesetzes über die Organisation der Polizei will die SVP streichen. Auch § 25 Abs. 3 Bst. i möchte eine Mehrheit der SVP-Fraktion streichen.
• Beim Verwaltungsgebührentarif stellt die SVP den Antrag, diesen nicht anzupassen; ein Teil der SVP-Fraktion wird auf diese Änderung gar nicht eintreten.
• Nicht einverstanden ist die SVP-Fraktion mit einer neuen Schiffsteuer. Eine Mehrheit der SVP wird auch hier nicht auf die Vorlage eintreten.
Gespart werden muss in erster Linie verwaltungsintern, insbesondere beim Personal, bei der Kommunikation, bei den internen Projekten und bei den mannigfachen unnötigen Aufträgen an Dritte − beispielsweise für Studien, Beratungen, Projekte, Umfragen und Broschüren − und natürlich durch die Reduktion von staatlichen Aufgaben. Der Kanton Zug hat kein Ertrags-, sondern ein Ausgabenproblem, das er in Griff bekommen muss. Die SVP-Fraktion wird sich weiterhin für einen schlanken Staat und eine tiefere Belastung der Bürger, des Gewerbes und der Wirtschaft mit Steuern, Abgaben und Gebühren einsetzen.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass es für die GLP von zentraler Bedeutung ist, dass das strukturelle Defizit des Zuger Staatshaushalts bis Ende 2019 beseitigt wird und so die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kantons langfristig erhalten bleibt. Deshalb begrüsst sie ganz grundsätzlich Sparmassnahmen, die helfen, dieses Ziel zu erreichen. Die Absicht des Regierungsrats, den Finanzhaushalt ab 2018 mit den wenig bis gar nicht umstrittenen bzw. nicht umkämpften Massnahmen aus dem zweiten Paket des Entlastungsprogramms um 12,8 Millionen Franken zu entlasten, ist richtig und wird von der GLP vorbehaltlos unterstützt. Dies nicht zu tun, wäre unverantwortlich. Aber letztlich beträgt das effektive Sparpotenzial nur knapp 10 Millionen Franken, da der Kulturlastenausgleich und die Soforthilfe bei Katastrophen nur auf den Lotteriefonds umgebucht werden. Aber auch 10 Millionen Franken sind ja nicht nichts.
Die GLP ist für Eintreten und wird den Anträgen in der Fassung der vorberatenden Kommission zustimmen.

**Roger Wiederkehr** erinnert daran, dass im Entlastungspaket eine Übereinkunft mit den Gemeinden enthalten war, welche für den Kanton eine Entlastung bzw. Unterstützung von 18 Millionen Franken bedeutet hätte. Er fragt sich ernsthaft, warum die neue Vorlage nichts davon enthält. Um nur die grössten Überschüsse in den gemeindlichen Jahresrechnungen 2016 zu nennen: Risch 6,5 Millionen Franken, Steinhausen 2,5 Millionen Franken, Baar 15,4 Millionen Franken, Zug 20 Millionen Franken, Hünenberg 1,6 Millionen Franken, Unterägeri 5,6 Millionen Franken und Cham 7 Millionen Franken. Dem Votanten ist bewusst, dass der ZFA und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden neu geregelt werden, aber das dauert wohl noch seine Zeit: Bis das verhandelt ist, gegen noch gut und gerne zwei, drei oder vier Jahre in Land. Aus welchem Grund hat die Regierung die 18 Millionen Franken der Gemeinden mehr in die Sparvorlage 2018 aufgenommen? In der Bevölkerung scheinen diese 18 Millionen Franken im Entlastungsprogramm nicht bestritten gewesen zu sein. Der Votant, weiss, dass die Gemeinden an seiner Aussage keine Freude haben werden, er ist aber der Meinung, dass sich der Kanton

hier eine gute Möglichkeit vergibt, seine Finanzen relativ schnell zu entlasten. Für den Votanten sind das − um einen heute bereits gehörten Ausdruck aufzunehmen − tief hängende Früchte, die es zu pflücken gilt.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der Präsidentin der vorberatenden Kommission Hanni Schriber-Neiger für die hervorragende Leitung der Kommissionssitzung. Er dankt auch der Stawiko für ihre Arbeit.
Nach der Abstimmung zum EP 2 im November 2016 wurde der Vorwurf laut, jetzt schiesse die Regierung sofort wieder drein und lege ein «Sparpaket light» vor. Die Regierung hat die Pflicht, die Finanzen wieder auf Kurs zu bringen, und sie darf keine Gelegenheit zur Verbesserung verpassen. Sie hatte deshalb das Recht und auch die Pflicht, die *low-hanging fruit* aus dem EP 2 aufzugreifen. Der Regierungsrat hat sofort nach der Abstimmung die entsprechende Diskussion geführt und die relativ unbestrittenen Massnahmen − es gab keine *total* unbestrittenen Massnahmen, wie die Zeitungen schrieben − definiert, um sie wieder zur Diskussion zu stellen. Wenn ein Massnahmenpaket mit 40 Millionen Franken Sparpotenzial in der Abstimmung mit 52 Prozent gegen 48 Prozent abgelehnt wird, gibt es in diesem Paket mit Sicherheit Massnahmen, die man wieder zur Sprache bringen muss. Und um sie zu erkennen, brauchte es keine externen Berater für 80'000 oder 100'000 Franken, vielmehr hat die Regierung sie in einem internen Prozess festgelegt. Sie hat dafür die Protokolle durchgesehen, die Argumente im Abstimmungskampf berücksichtigt etc. Und sie ist der Meinung, dass im vorliegenden Paket die wirklich umstrittenen Massnahmen eliminiert sind. Möglicherweise wird sich in der Detailberatung aber zeigen, dass dieses Paket immer noch nicht allen passt.
Sparen − es sei einmal mehr gesagt − ist schwierig. Es geht um Einzelinteressen, und der eine findet die Schifffahrt, der andere polizeiliche Leistungen, der dritte irgendeinen anderen Bereich unantastbar. Es ist aber wichtig, das Gesamtinteresse im Auge zu behalten. Wenn man nur auf Einzelinteressen fokussiert, kommt man nicht zum Ziel − was sowohl für die Einnahmen- als auch für die Ausgabenseite gilt. Wenn alle angekündigten Anträge gutgeheissen, die entsprechenden Massnahmen also aus dem Sparprogramm gestrichen würden, fielen über 3,5 Millionen Franken aus diesem Paket von total 12,8 Millionen Franken weg. Natürlich kann der Kantonsrat diesen Betrag in der kommenden Budgetdebatte im Sinne einer Pauschalkorrektur wieder ins Budget hineinschmuggeln, und der Regierungsrat wird dann schauen müssen, wie er damit über die Runden kommt. Man muss sich aber bewusst sein, dass mit den heutigen Anträgen ein Betrag von 3,5 Millionen Franken in Frage gestellt wird. Der Finanzdirektor ruft dazu auf, das Gesamtinteresse in den Vordergrund zu stellen.
Den Vorwurf im Brief der Verwaltungsratspräsidenten der zwei Schifffahrtsgesellschaften, der Regierungsrat und der Kantonsrat seien «Totengräber» der Zuger Schifffahrt, weist der Finanzdirektor in aller Form zurück. Dieser Vorwurf hat mit Sachlichkeit nichts mehr zu tun. Es gibt im Kantonsparlament und in der Regierung keine «Totengräber». Das muss in aller Deutlichkeit festgehalten werden.
Bezüglich Verzicht auf die Besteuerung von Schiffen mit elektrischem Antrieb folgt die Regierung dem Antrag der vorberatenden Kommission; sie hält also nicht an ihrem Antrag fest. Zum Kostendeckungsgrad für die öffentliche Schifffahrt auf den Zuger Seen hält der Finanzdirektor fest, dass die Angaben im Schreiben, das am Montag versandt wurde, der festen Überzeugung der Verwaltungsratspräsidenten der zwei Schifffahrtsgesellschaften entsprechen: Die zwei Gesellschaften wollen − auch nach Rücksprache mit der ZVB − ihren Sparbeitrag leisten. Für den neuen Deckungsgrad von 70 Prozent gilt eine Übergangsfrist von fünf Jahren, denn die zwei Gesellschaften haben über die Sparmassnahmen, welche dadurch nötig wer-

den, im Detail noch gar nicht diskutiert. Sie werden aufzeigen müssen, was möglich ist − und in fünf Jahren kann man wieder darüber diskutieren.
Zu Vroni Straubs Bemerkung, dass Zug trotz seiner Attraktivität und trotz der tiefsten Steuerbelastung unverständlicherweise rote Zahlen schreibe, stellt der Finanzdirektor richtig, dass die Steuern für juristische Personen im Kanton Zug keineswegs am tiefsten sind. Vielmehr rückt Zug hier gegen das Mittelfeld. Man darf nicht ein falsches Bild zeichnen. Dass im EP 2 möglicherweise Fehler gemacht wurden, nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis. Er versucht, besser zu werden und die sozial Schwachen nicht weiter zu belasten.
Ein Sparpaket ausgewogen zu gestalten, so dass alle gleich belastet werden, ist sehr schwierig. Sparen ist eben wirklich schwierig, besonders bei der öffentlichen Hand. Das von Silvia Thalmann angesprochene Thema Lohnstufen nimmt der Regierungsrat nochmals auf; die Vorlage zu «Finanzen 2019» ist ja noch nicht verabschiedet.
Roger Wiederkehr hat an die mit den Gemeinden vereinbarten 18 Millionen Franken erinnert. Dazu hält der Finanzdirektor fest, dass man diesen Betrag innert kürzester Frist mit zwei Beschlüssen aller Gemeinden hingekriegt hat − mit Hängen und Würgen. Daran gebunden war die Forderung, den ZFA nach dem AKV-Prinzip neu zu organisieren. Das EP 2 ist auch wegen dieser 18 Millionen Franken falliert. Der Finanzdirektor hat diesbezüglich viele Rückmeldungen erhalten, von den Behörden selbst − auch wenn die Gemeinderäte damit einverstanden waren. Mit der Ablehnung des EP 2 sind diese 18 Millionen Franken und das ZFA-Projekt hinfällig geworden. Die Gemeinden wiederum in die Pflicht zu nehmen, braucht seine Zeit; das war innert nützlicher Frist nicht möglich. In der Konferenz der Gemeindepräsidenten gab es eine einhellige Front dagegen. Es gilt nun, den ZFA zusammen mit den Gemeinden nach dem AKV-Prinzip neu aufzugleisen. Der Workshop zu «Finanzen 2019» wurde abgeschlossen, die Massnahmen, welche die Gemeinden betreffen, wurden herausgeschält, und der Projektauftrag wurde definiert und von der Regierung verabschiedet. Bis am 6. Juli werden die Gemeinden − so hofft der Finanzdirektor − den Projektauftrag ebenfalls verabschieden. Der Regierungsrat wird sich nächstens mit den Gemeindepräsidenten noch zu einer Sitzung treffen, und dann soll dieser Prozess gemäss Projektauftrag zu laufen beginnen. Geplant ist, dass die Neuorganisation des ZFA ebenso wie «Finanzen 2019» per 2019 in Kraft tritt. Das ist sportlich genug. Es war aber ein Ding der Unmöglichkeit, den angesprochenen Gemeindebeitrag oder einen Teil des neuen ZFA in das jetzt vorliegende Sparpaket 2018 zu packen. Die Gemeinden sind autonom, und der Kanton kann ihnen nicht einfach aufoktroyieren, was sie zu tun haben. Man muss also partnerschaftlich nach einer Lösung suchen. Und nur schon die Bereitschaft der Gemeinden, am ZFA-Projekt mitzuarbeiten, ist eine gute Sache. Denn unter den Gemeinden gibt es sehr unterschiedliche Haltungen: Die Stadt Zug möchte *subito* einen neuen ZFA, während es den Gemeinden im Ennetsee keineswegs eilt. Auch hier muss man schauen, dass man politisch zu einer Lösung kommt.
Der Finanzdirektor bittet zusammenfassend, im Sinne einer Gesamtschau die Anträge des Regierungsrats zu unterstützen.

DETAILBERATUNG

***Vorlage 2720.2: Publikationsgesetz***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.3: Personalgesetz***

**Alois Gössi** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Präsident des Verbands der Zuger Polizei, eines der drei Personalverbände beim Kanton Zug. Er wird hier aber keinen Antrag stellen, die Aussetzung der Beförderungen bei Funktionsgruppen mit Beförderungsmechanismen auf zwei Jahre zu befristen. Betroffen von der vorliegenden Änderung sind Polizisten und kantonale Lehrpersonen. Der erwähnte Antrag dürfte aussichtslos sein, das zeigte sich schon in der vorberatenden Kommission. Der Votant bittet den Regierungsrat aber, von dieser Ausnahmeregelung inskünftig, d. h. über 2019 hinaus, nur dann Gebrauch zu machen, wenn es wirklich unumgänglich ist. Er möchte nicht, dass aus finanziellen Gründen jahrelang auf die Beförderungssumme beim Personal verzichtet wird. Die Personalverbände haben akzeptiert, dass für 2018 und 2019 die Beförderungssumme jeweils um 50 Prozent gekürzt resp. aus Praktikabilitätsgründen für 2018 voll ausgesetzt wird und 2019 wieder die üblichen Beförderungssummen zur Verfügung stehen.

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.4: Gerichtsorganisationsgesetz***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein.

*§ 62a*

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** dankt vorab der Stawiko und deren Präsidentin, dass sie dem Obergericht an ihrer Sitzung vom 29. Mai 2017 das rechtliche Gehör gewährt hat. Die Zuger Polizei leistet gute Arbeit. Die Zusammenarbeit mit den andern Strafverfolgungsbehörden, insbesondere mit der Staatsanwaltschaft, funktioniert gut. Die Ermittlungsarbeit der Polizei bildet die Grundlage für eine wirkungsvolle Strafverfolgung. Diese Arbeit der Polizei ist sehr wichtig und wird auch sehr geschätzt. Das Obergericht hat deshalb Verständnis für das Anliegen, dass ein Teil der von der Staatsanwaltschaft und den Gerichten vereinnahmten Gebühren an die Polizei fliessen soll. Aber: Es handelt sich dabei nicht um eine Sparmassnahme, und es können damit auch keine Mehreinnahmen für den Kanton generiert werden. Das Geld soll vielmehr von einer Tasche in die andere umgelagert werden. Damit hat man aber nicht mehr Geld in den Taschen. Die vorgesehene Vereinbarung einer Pauschale trägt auch nicht zur Kostenwahrheit oder Kostentransparenz bei. Mit Pauschalen lässt sich weder Kostenwahrheit noch Transparenz herstellen. Schliesslich ist die vorgeschlagene Gesetzesänderung auch nicht nötig, um das Obergericht bzw. die Staatsanwaltschaft dazu zu bewegen, die Gebühren zu erhöhen. Bereits im Entlastungsprogramm per 1. Januar 2015 wurde eine Erhöhung der Spruchgebühren und Bussen vorgenommen, und im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» erfolgt eine weitere Erhöhung der Gebühren und Bussen. Die Aufforderung der Stawiko an das Obergericht und die Sicherheitsdirektion, sich zu einigen und eine pragmatische, administrativ einfach umsetzbare Lösung zu finden, hat das Obergericht gerne zur Kenntnis genommen; sie stösst auf offene Ohren.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** bestätigt, dass Obergerichtspräsident Felix Ulrich in der Stawiko seine Haltung zu den geplanten Änderungen darlegen konnte. Der Stawiko ist es ein Anliegen, dass sich die Sicherheitsdirektion und das Ober-

gericht zusammensetzen und eine pragmatische Lösung für die Verrechnung der Kosten zu finden versuchen. Im Grundsatz unterstützt die Stawiko den Antrag des Regierungsrats, dass die Kosten verrechnet werden, das muss aber auf eine einfache, unbürokratische Weise geschehen.
Im Übrigen würde es die Stawiko-Präsidentin begrüssen, wenn über die einzelnen Vorlagen je eine Schlussabstimmung durchgeführt würde. So würde man sehen, wie sich der Rat zu den einzelnen Vorlagen stellt. In diesem Sinn stellt die Stawiko-Präsidentin den **Antrag,** dass über jede einzelne Vorlage abgestimmt wird.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass heute die erste Lesung stattfindet. Die Schlussabstimmung folgt nach der zweiten Lesung.

Kommissionspräsidentin **Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass der Obergerichtspräsident auch mit ihr Kontakt aufgenommen hat, dies allerdings erst nach der Kommissionssitzung. Die vorberatende Kommission ist mit 13 zu 1 Stimmen ohne Enthaltungen auf die Vorlage eingetreten.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** nimmt Stellung zur Aussage des Obergerichtspräsidenten, es brauche hier eigentlich gar keine Lösung. Der Regierungsrat teilt diese Meinung nicht. Vielmehr soll eine klare Regelung bezüglich Verrechnung geschaffen und definiert werden, dass Staatsanwaltschaft und Straf- und Obergericht die Auslagen der Polizei zu ersetzen haben. Natürlich handelt es sich in erster Linie um eine Regelung der Verrechnung − aber nicht nur: Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass auf dieser Basis die Kosten und Gebühren konsequenter verrechnet werden. Der Sicherheitsdirektor teilt die Meinung, dass eine pragmatische Lösung gesucht werden muss; der Termin für eine Besprechung mit den zuständigen Personen ist bereits festgelegt.

*Fremdänderung Polizei-Organisationsgesetz*

*§ 25 Abs. 3 Bst. g*

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** erinnert daran, dass die Stawiko bereits beim EP 2 bei diesem Paragrafen Vorbehalte angebracht hat. Sie störte sich daran, dass der Autofahrer einmal mehr zur Kasse gebeten werden soll. Als Gegenargument wurde eingebracht, dass ja die Versicherungen die Kosten übernähmen. Dadurch werden jedoch die Prämien der im Kanton Zug zugelassenen Autos steigen. Die Stawiko ist nach wie vor der Ansicht, dass ein gewisser Aufwand eine Grunddienstleistung der Polizei sein muss. Sie beantragt daher die Formulierung: «[…] einen Verkehrsunfall […], der mehr als ~~zwei~~ *vier* Stunden Aufwand zur Folge hat, […].» Die Stawiko ist also der Meinung, dass vier Stunden Aufwand vom Staat zu tragen seien.

Kommissionspräsidentin **Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass auch in der vorberatenden Kommission der Antrag gestellt wurde, die Grenze für die Verrechnung des polizeilichen Aufwands auf vier Stunden zu erhöhen, dies mit den gleichen Argumenten wie in der Stawiko. Die Kommission sprach sich aber mit 2 zu 12 Stimmen dagegen aus, sie unterstützt also den Antrag des Regierungsrats.

**Karl Nussbaumer** stellt im Namen einer Mehrheit der SVP-Fraktion den **Antrag,** den neu zu schaffenden § 25 Abs. 3 Bst. g des Gesetzes über die Organisation der Polizei zu streichen. Es handelt sich um eine Massnahme mit minimalstem Sparpotenzial. Die SVP lehnt wie schon beim zweiten Sparpaket ein Abschieben von

Kosten auf die Bevölkerung ab. Diese Massnahme hat nichts mit Sparen zu tun, sondern ist klar eine neue Einnahmequelle.
Sollte der Streichungsantrag nicht durchkommen, wird die SVP den Antrag der Stawiko unterstützen, sie stellt aber den **Eventualantrag,** diesen mit dem Zusatz «[…] der mehr als vier Stunden *pro Mann* Aufwand zur Folge hat […]» ergänzen.

**Jean-Luc Mösch** vermisst in der vorliegenden Formulierung von § 25 Abs. 3 Bst. g eine Klärung der Schuldfrage. Die Formulierung «[von Personen,] die einen Unfall verursachen […]» berücksichtigt nicht, ob der Betreffende schuldig ist oder nicht. Er stellt deshalb den **Antrag,** den ersten Teilsatz wie folgt zu formulieren: «[Personen], die für einen Verkehrsunfall rechtsgültig als Verursacher gelten, […]».

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** verweist zum Antrag auf generelle Streichung von Bst. g auf den Bericht des Regierungsrats. Grundsätzlich sind polizeiliche Leistungen gratis. Es gibt aber Leistungen, die man verrechnen kann und soll. Das ist dann der Fall, wenn es klare Verursacher gibt, die belangt werden können. Viele Kantone sind zu diesem Prinzip übergegangen, und der Regierungsrat hat sich im Rahmen des Sparpakets ebenfalls entschieden, gewisse Leistungen in Rechnung zu stellen. Das muss im Polizeiorganisationsgesetz abgebildet werden. Es geht hier um jährliche Mehreinnahmen von über 300'000 Franken.
Bezüglich der Stundenzahl hat sich die vorberatende Kommission für den Antrag der Regierung auf zwei Stunden ausgesprochen, während die Stawiko vier Stunden beantragt. Von rund tausend Verkehrsunfällen pro Jahr verursachen etwa hundert weniger als zwei Stunden Aufwand; solche Bagatellunfälle werden nicht verrechnet. Etwa siebenhundert Unfälle verursachen einen Aufwand von zwei bis vier Stunden; sie werden verrechnet, was etwa 210'000 Franken ausmacht. Wenn man diesen Teil weglässt, verkommt die ganze Regelung zu einem Nichts von vielleicht 40'000 oder 50'000 Franken: neunzig Unfälle mit vier bis acht Stunden Aufwand und zehn Unfälle mit acht bis zehn Stunden Aufwand. Die Stundenansätze sind in einer Verordnung geregelt. Wenn zwei Polizisten wegen eines Verkehrsunfalls ausrücken und von der Auftragserteilung bis zum Einrücken je zwei Stunden arbeiten, werden diese Stunden zusammengezählt. Wenn der Aufwand weniger als zwei Stunden beträgt, wird nichts verrechnet. Der Sicherheitsdirektor bittet, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.
Der Antrag von Jean-Luc Mösch, in Bst. g die Schuldfrage aufzunehmen, würde dazu führen, dass die Polizei quasi zum Richter wird und in Zusammenhang mit der Rechnungsstellung beurteilen müsste, wer schuld ist. Das kann nicht Aufgabe der Polizei sein. Auch in anderen Kantonen erhält der Verursacher einfach die Rechnung, und es gibt kaum Probleme damit. Wenn es ein Problem gibt und die Schuld beispielsweise von der Versicherung bestritten wird, entscheidet letztlich das Gericht − und dann wird die Rechnung halt bis zum Vorliegen des Urteils sistiert. Das ist aber sehr selten. Insofern ist die vorgeschlagene Lösung also pragmatisch und praxistauglich.

**Jean-Luc Mösch** dankt für diese Ausführungen. Für einen Nichtschuldigen ist es allerdings mühsam, wenn er der Verwaltung hinterherlaufen und allenfalls sogar die Gerichte bemühen muss. Das kann mit der neu vorgeschlagenen Formulierung verhindert werden. Dann wird die Rechnung nämlich erst gestellt, wenn die Schuldfrage geklärt ist.

**Oliver Wandfluh** nimmt Bezug auf die Aussage des Sicherheitsdirektors, dass die meisten Verkehrsunfälle bei der Polizei einen Aufwand von zwei bis vier Stunden

verursachen. Da bei einem Unfall vermutlich nie nur ein einziger Polizist, sondern meistens zwei Polizisten ausrücken, nimmt der Votant an, dass sich in den meisten Fällen ein Gesamtaufwand von mindestens vier Mannstunden ergibt. Ist diese Annahme richtig?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hat bereits ausgeführt, dass jährlich ca. hundert Verkehrsunfälle unter zwei Stunden erledigt werden können; der Hauptteil, nämlich siebenhundert Unfälle, benötigt einen Aufwand von zwei bis vier Stunden. Das ist sehr wenig, wenn zwei Laute vor Ort sind: Ausrücken, Verkehrsregelung Unfallaufnahme, Reinigen der Strasse etc., Einrücken. Die Rechnung für diese zwei bis vier Stunden beträgt ungefähr 700 Franken.
Nochmals zur Schuldfrage: Der Sicherheitsdirektor versteht das Anliegen von Jean-Luc Mösch zum Teil. In der Praxis nimmt die Polizei den Unfall auf, und sie weiss, wer der Verursacher ist − und dann wird Rechnung gestellt. In seltenen Fällen kann es sein, dass die Verursacherfrage bestritten und die Rechnung angefochten wird. Meistens wird die Rechnung ja an die Versicherung weitergegeben, wobei diese dann bezahlt oder mit der Versicherung der Gegenpartei eine Lösung findet. So läuft es − wie der Sicherheitsdirektor gehört hat − in der Praxis, und es gibt kaum Probleme.

Auch **Walter Birrer** möchte vom Sicherheitsdirektor wissen, ob der genannte Aufwand sich auf den einzelnen Polizisten oder auf den Einsatz insgesamt bezieht. Schon Oliver Wandfluh hat diese Frage gestellt, die Antwort steht aber noch aus.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** zitiert aus der Verordnung: «Die Polizei verrechnet für sicherheitspolizeiliche Massnahmen bei Verkehrsunfällen bei einem Aufwand von a) zwei bis und mit vier Stunden Fr. 300.-» usw. Es ist nie nur ein einziger Polizist vor Ort. Wenn zwei Polizisten vor Ort sind, werden die Stunden der zwei Mann zusammengezählt.

Für **Oliver Wandfluh** ergibt sich daraus, dass die vier Stunden in den meisten Fällen erreicht werden. Oder anders gesagt: Für die meisten Fälle wird eine Rechnung gestellt.

**Karl Nussbaumer** möchte vom Sicherheitsdirektor noch wissen, ab wann die Dauer des polizeilichen Einsatzes berechnet wird. Wird ab Ausrücken oder ab Eintreffen am Unfallort gerechnet? Wenn ab Ausrücken gerechnet wird, besteht nämlich ein grosser Unterschied zwischen einem Unfall in der Stadt Zug oder einem Unfall im Wissenbach jenseits des Raten mit einem viel längeren Anfahrtsweg. Ein Unfallverursacher im Wissenbach würde also gegenüber demjenigen in der Stadt Zug deutlich benachteiligt.

Für **Jürg Messmer** wird die Debatte immer lustiger. Und noch ein Beispiel: Ein Kind rennt unverhofft auf die Strasse, der erste Autofahrer bremst, der nachfolgende Autofahrer aber reagiert zu spät und kracht in das Heck des vorderen. Wer ist in diesem Fall der Unfallverursacher? Das Kind, das auf die Strasse gerannt ist, der Fahrer des ersten Autos, weil er gebremst hat, oder der nachfolgende Fahrer, weil er zu spät gebremst hat? Wenn der Rat tatsächlich ein Gesetz verabschiedet, das dem Regierungsrat freie Hand gibt, ohne Richterspruch den Schuldigen zu bestimmen, kommt sich der Votant vor wie in einem Drittweltland. Er bittet den Rat dringend, diese Regelung abzulehnen. Das kommt nicht gut.

Der **Vorsitzende** legt das weitere Vorgehen fest: Zuerst wird Bst. g bereinigt, dann wird über den Streichungsantrag der SVP-Fraktion und schliesslich über deren Eventualantrag auf die Ergänzung «mehr als vier Stunden *pro Mann*» abgestimmt.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt der von Jean-Luc Mösch beantragten Neuformulierung des ersten Teilsatzes von § 25 Abs. 3 Bst. g («[Personen,] die für einen Verkehrsunfall rechtsgültig als Verursacher gelten») mit 45 zu 19 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 2:** Bezüglich der Stundenzahl folgt der Rat mit 40 zu 26 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission («mehr als vier Stunden»).

In Abstimmung 3 lehnt der Rat die von der SVP-Fraktion beantragte Streichung von Bst. g mit 32 zu 28 Stimmen ab. Die Abstimmung wird auf Antrag von **Michael Riboni** aber stillschweigend für ungültig erklärt, da der Abstimmungsvorgang zu früh ausgelöst wurde.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 25 Abs. 3 Bst. g mit 35 zu 30 Stimmen ab.

In Abstimmung 5 stimmt der Rat der vom Vorsitzenden irrtümlicherweise mit «zwei Stunden pro Mann» formulierten Ergänzung vorerst mit 33 zu 28 Stimmen zu. Noch während des Abstimmungsvorgangs moniert **Andreas Hausheer,** dass vielen Ratsmitgliedern unklar sei, ob nun über «zwei Stunden pro Mann» oder über «vier Stunden pro Mann» abgestimmt werde; der Rat habe vorhin ja den Antrag der Stawiko auf «vier Stunden» gutgeheissen. Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Eventualantrag der SVP-Fraktion auf «vier Stunden pro Mann» lautete. Aufgrund der im Rat herrschenden Unsicherheit wird Abstimmung 5 stillschweigend für ungültig erklärt. Der Vorsitzende formuliert die Abstimmungsfrage neu: «vier Stunden *pro Mann*».

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat genehmigt mit 34 zu 32 Stimmen den Eventualantrag der SVP-Fraktion auf die Formulierung «vier Stunden pro Mann».

*§ 25 Abs. 3 Bst. i*

**Karl Nussbaumer** stellt im Namen einer Mehrheit der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 25 Abs. 3 Bst. i zu streichen. Diese Bestimmung ist willkürlich, da niemand genau sagen kann, ab wann man sich im Rauschzustand befindet. Die SVP fragt sich, wer dies entscheiden und kontrollieren soll. Sie ist überzeugt, dass diese Bestimmung zu Mehrkosten und Mehraufwand führt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es hier um Personen geht, die von der Polizei aufgegriffen werden und nicht mehr sich selber überlassen werden können, sondern ins Spital oder in die Ausnüchterungszelle überführt oder nach Hause transportiert werden müssen. Viele Kantone sind dazu übergegangen, die dabei anfallenden Kosten in Rechnung zu stellen, da es nicht Aufgabe des Steuerzahlers sei, dafür zu bezahlen.

**Oliver Wandfluh** möchte wissen, um wie viele Fälle pro Jahr es sich dabei handelt.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es sich um einige wenige Fälle handelt, vielleicht um fünf bis zehn pro Jahr. Die Massnahme hat aber auch eine präventive Wirkung.

**Markus Hürlimann** war Mitglied der vorberatenden Kommission zum Entlastungsprogramm und erinnert sich, dass es um eine Ersparnis von maximal 2000 Franken pro Jahr geht. Er hat damals den Polizeikommandanten gefragt, um wie viele Fälle es gehe, und die Antwort erhalten, es seien zwei bis vier Fälle pro Jahr. Ist nun die vom Sicherheitsdirektor genannte Zahl oder diejenige des Polizeikommandanten richtig? Die meisten Ratsmitglieder haben keine Erfahrung mit Arrestzellen. Es sind nüchterne Räume im Polizeigebäude − nicht in der Strafanstalt −, in die man gesteckt wird, und nach einigen Stunden wird nachgeschaut, wie es dem Arrestierten geht. Die Kosten liegen bei Null, die genannten 2000 Franken sind unrealistisch. Soll wegen zwei Fällen pro Jahr tatsächlich ein eigener Gesetzesparagraf geschaffen werden? Der Votant ist der Meinung, es brauche Bst. i wirklich nicht.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 25 Abs. 3 Bst. i mit 50 zu 15 Stimmen ab.

➔ Im Übrigen genehmigt der Rat stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.5: Schulgesetz***

**Vroni Straub-Müller** teilt mit, dass die ALG-Fraktion wie angekündigt auf diese Massnahme verzichten will und den **Antrag** stellt, nicht auf die Vorlage einzutreten. § 48 Abs. 2 des Schulgesetzes soll also beibehalten werden bzw. der Kanton und die Gemeinden sollen die Lehrerberatung weiterhin finanziell unterstützen. Es kann nicht sein, dass sich der Kanton als Bildungsverantwortlicher von der finanziellen Last für die Beratungsstelle für Lehrpersonen praktisch verabschiedet. Zudem ist das eine Verschiebung der Lasten auf die Gemeinden. Die Reduktion des Kantonsbeitrags bedeutet nichts anderes, als dass der Angebotsabbau durch die Gemeinden aufgefangen werden *muss*. Durch eine gute Beratung können nämlich Personalausfälle und damit Stellvertretungskosten eingespart werden, was im Interesse der Gemeinde und des Kantons liegt. Die Beratungen haben stark prophylaktischen Charakter und helfen Lehrpersonen, welche gesundheitlich in Schwierigkeiten stecken. Die ALG lehnt deshalb die Reduktion des Kantonsbeitrags dezidiert ab.

Kommissionspräsidentin **Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass auch in der vorberatenden Kommission beantragt wurde, § 48 Abs. 2 des Schulgesetzes nicht zu streichen. Die Kommission sprach sich aber mit 3 zu 12 Stimmen gegen die Beibehaltung aus.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** erinnert daran, dass über dasselbe Thema schon in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm 2 ausgiebig diskutiert wurde. Der Kanton beteiligt sich hier an den Kosten für die Beratung gemeindlicher Lehrpersonen; die Lehrpersonen der Kantonsschulen leisten die Beiträge direkt. Es findet tatsächlich eine Verlagerung zu den Gemeinden statt, wenn diese sich entscheiden, die Beratung im bisherigen Umfang fortzuführen bzw. zu finanzieren. Das ist aber nicht alternativlos: Man kann auch andere Regelungen treffen und beispielsweise die Anzahl der unentgeltlichen Beratungsstunden von zehn auf eine tiefere Zahl reduzieren. Der Bildungsdirektor bittet, dem vorliegenden Antrag zu folgen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat beschliesst mit 45 zu 16 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.6: Schulgesetz***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.7: EG Berufsbildung***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.8: Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens***

**Andreas Hürlimann** stellt im Namen der ALG-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Diverse Bedenken zu Gemeinnützigkeit etc. hat die ALG bereits im Rahmen der Beratung des EP 2 eingebracht; der Votant will keine weitere Diskussion dazu lostreten. In der Zwischenzeit ist ihm aber mehr und mehr aufgegangen, dass der heute vorliegende Vorschlag schlicht nicht geht. Das Lotteriefondsgesetz verbietet nämlich die Finanzierung von Staatsaufgaben mit Lotteriefondsgeldern. Es geht hier um Beiträge an ein Konkordat. Ein Konkordat ist eine rechtliche Verpflichtung und gilt als Staatsaufgabe, es darf also nicht über den Lotteriefonds finanziert werden. Der Votant dankt für die Unterstützung des Antrags auf Nichteintreten.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass Andreas Hürlimann keine neuen Argumente vorgelegt hat: Die entsprechende Diskussion wurde schon im Rahmen des EP 2 geführt. Die rechtlichen Fragen wurden juristisch genau abgeklärt, und es wurde aufgezeigt, dass das vorgeschlagene Vorgehen möglich ist. Dass ein Konkordat angeblich nicht aus dem Lotteriefonds finanziert werden könne, ist für den Finanzdirektor neu, wobei seines Erachtens keine wirklich handfeste Begründung vorgelegt wurde. Auch andere Kantone gehen so vor, wie der Regierungsrat vorschlägt. Natürlich muss Zug nicht immer dasselbe tun wie andere Kantone. Hier aber, wo es ums Sparen geht, können andere Kantone durchaus als Beispiel herangezogen werden: Zug muss nicht immer mehr tun als andere Kantone. Mit der Aufnahme der damals von der CVP-Fraktion beantragten Grenze von 10 Millionen Franken ist auch garantiert, dass der Lotteriefonds nicht ausgehöhlt wird. Vor diesem Hintergrund bittet der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats − es geht um 2,6 Millionen Franken jährlich − zuzustimmen.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat beschliesst mit 48 zu 14 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.9: KRB Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.10: Verwaltungsgebührentarif***

**Karl Nussbaumer** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** den Verwaltungsgebührentarif nicht anzupassen bzw. nicht auf die Änderung des entsprechenden Kantonsratsbeschlusses einzutreten. Das Zuger Stimmvolk erteilte dem Gebührengesetz, welches zu höheren Gebühren geführt hätte, am 27. November 2011 an der Urne eine klare Abfuhr. Damit sprach sich die Mehrheit der Zugerinnen und Zuger unmissverständlich gegen höhere Gebühren aus. Dass nun wenige Jahre später unter dem Deckmantel Sparpaket die Gebühren erhöht werden sollen, widerspricht klar dem Volkswillen. Das kann nicht akzeptiert werden. Der Votant bittet deshalb, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** stellt klar, dass es hier um Gebühren im Staatsarchiv bzw. um 2000 Franken geht. Es ist richtig, dass das Volk vor einigen Jahren über den Gebührentarif abgestimmt hat. Hier geht es um eine Anpassung, von welcher der Landschreiber und auch der Finanzdirektor überzeugt sind, dass sie richtig ist.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat beschliesst mit 47 zu 13 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.11: Gesetz über die Zuger Kantonalbank***

**Kurt Balmer** legt vorerst seine Interessenbindung offen: Er ist Kleinaktionär der Zuger Kantonalbank. Er stellt den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten.
Der Kanton Zug, mit 51 Prozent der Aktien bekanntlich Mehrheitsaktionär der Zuger Kantonalbank, will hier die Steuern zulasten der vielen Kleinaktionäre erhöhen. Die Generalversammlung der Zuger Kantonalbank ist jeweils quasi ein Volksanlass und zieht rund 3000 Teilnehmer, alles Kleinaktionäre, an. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung wird der Wert der Aktien all dieser Kleinaktionäre zugunsten des Grossaktionärs Kanton Zug verwässert. Dabei wurden die Kleinaktionäre gar nie um ihre Meinung gefragt, vielmehr versucht der Grossaktionär zulasten der Kleinaktionäre etwas durchzudrücken. Der Votant geht noch einen Schritt weiter und verweist auf das Aktienrecht, nämlich auf Art. 717 Abs. 2 OR, wo ein Gleichbehandlungsgebot festgeschrieben ist, zudem gibt es einen Minderheitenschutz. Der Votant wagt die Behauptung, dass für den Kanton als Grossaktionär hier eine Interessenkollision vorliegt und die einseitige Anordnung einer Steuererhöhung letztlich eine Verletzung des genannten Minderheitenschutzes bzw. des Gleichbehandlungsgebots darstellt. Seines Erachtens müsste der Kanton bei dieser Frage deshalb in den Ausstand treten. Ob sich die Regierung und die vorberatende Kommission ebenfalls diesbezügliche Überlegungen gemacht haben, weiss der Votant nicht; in den verschiedenen Berichten war nichts dazu zu lesen.
Wenn man es genau nimmt, geht es hier um eine Geldumlagerung von der Bank an die Verwaltung. Wo aber will man das Geld lieber haben, bei der Bank oder bei der Verwaltung? Ein Werbespot dazu heisst: «Lassen Sie Ihr Geld bei der Bank arbeiten.» Der Regierungsrat und die Kommission wollen es offensichtlich aber der Verwaltung geben. Es gibt aber einen noch besseren Vorschlag: Wieso verkauft der Kanton nicht seine Kantonalbank-Aktien oder einen Teil davon? Es macht heute definitiv keinen Sinn mehr, hier eine strategische Aktienposition zu halten, und der Votant behält sich vor, einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss einzu-

reichen. Es ist eine Überlegung wert, ob man diese 51 Prozent der Aktien nicht verkaufen oder zumindest reduzieren sollte. Die Zuger Kantonalbank ist im Moment derart gut in Form, dass dieser Verkauf wirklich überlegt werden müsste.
Der Votant bittet den Finanzdirektor, ihm nun kein erneutes Jobangebot zu machen. Dass das letzte Jobangebot keinen Eingang ins Protokoll fand, zeigt nämlich den Wert eines solchen Angebots: Es ist de facto wertlos. Der Votant dankt dem Rat aber für die Unterstützung seines Antrags auf Nichteintreten.

**Philip C. Brunner** weiss nicht so recht, welcher Teufel hier seinen Vorredner geritten hat. Die Zuger Kantonalbank − der Votant ist nicht Aktionär, aber Kunde − hat jahrelang von der geltenden Regelung profitiert, und es geht ihr sehr gut. Es ist nun der Moment, da der Kanton die Bank in dieser Form braucht. Der Votant war Mitglied der vorberatenden Kommission, und dort hat der Finanzdirektor informiert, dass der Kantonsrat bald, noch vor Ende Jahr, noch intensiver über die Zuger Kantonalbank bzw. das Kantonalbankgesetz diskutieren werde. Kurt Balmers Vorschläge mögen originell sein, seine Argumentation, dass Geld in die Verwaltung fliesse, ist aber nicht korrekt. Es geht hier nämlich nicht um die Verwaltung, sondern um das Sparpaket, und es wäre verhängnisvoll, wenn man diesen wichtigen Zahn herausbrechen würde. Die vorberatende Kommission ist hier mit null Gegenstimmen dem Antrag des Regierungsrats gefolgt.

Auch **Peter Letter** ist nicht Aktionär der Zuger Kantonalbank, er besitzt aber Aktien anderer, sowohl privater als auch börsenkotierter Zuger Aktiengesellschaften. Das von Kurt Balmer erwähnte Gleichbehandlungsgebot kann man auch umdrehen: Der Votant fühlt sich als Aktionär anderer Gesellschaften seit Jahren nicht gleichbehandelt, weil die Zuger Kantonalbank − im Unterschied zu anderen Aktiengesellschaften − einen Steuerrabatt von 50 Prozent erhielt. Und der Bezug auf das Aktien- bzw. Obligationenrecht ist für den Votanten etwas weit hergeholt.

**Manuel Brandenberg** fragt, ob die liberale Lösung denn nicht darin bestehen würde, dass die Regierung ihren Antrag zurückziehen und eine entsprechende Änderung des kantonalen Steuergesetzes für die von Peter Letter erwähnten privaten Aktiengesellschaften mit Sitz in Zug in Erwägung ziehen würde. So könnte man die Privilegierung der Zuger Kantonalbank nämlich auch beenden. *(Der Rat lacht.)*

Finanzdirektor **Heinz Tännler** findet es gut, wenn das schwierige Thema Sparen auch etwas Raum für Heiterkeit lässt. Das Jobangebot an Kurt Balmer aber zieht er zurück. *(Der Rat lacht.)* Peter Letter hat es bereits gesagt: Jede Aktiengesellschaft, auch jede spezialgesetzliche Aktiengesellschaft bezahlt voll Steuern; auch Genossenschaften wie die Raiffeisenbank bezahlen die vollen Steuern. Und den von Manuel Brandenberg skizzierten Weg will wohl niemand hier im Ernst gehen.
Es ist richtig, dass sich der Kantonsrat nächstens mit dem Kantonalbankgesetz wird auseinandersetzen können, und da werden knifflige Fragen auf den Tisch gelegt. Bezüglich Art. 717 OR hält der Finanzdirektor fest, dass der Kanton in Zusammenhang mit der Zuger Kantonalbank niemanden majorisiert − anders als beim NFA, wo die Geberkantone majorisiert werden. Zwar beschliesst der Kantonsrat heute eine Gesetzesänderung, dann aber geht dieses Geschäft in die Generalversammlung, und jeder Kleinaktionär kann über diesen Punkt abstimmen, wobei der Kanton mit 50,1 Prozent Aktienanteil, also als knapper Mehrheitsaktionär, ein reduziertes Stimmrecht hat. Was ist daran schlecht? Es ist die Generalversammlung, die letztlich noch über dieses Geschäft entscheiden muss. Genau deshalb hat der Finanzdirektor sein Jobangebot an Kurt Balmer zurückgezogen.

Dass Kurt Balmer vorschlägt, der Kanton solle seine ZKB-Aktien verkaufen, überrascht den Finanzdirektor. Er möchte das Geschrei lieber nicht hören, das die Regierung mit einem solchen Antrag im Kantonsrat auslösen würde! Wahrscheinlich würde die Regierung für krank erklärt − zu Recht! Der Finanzdirektor bittet, bei der Realität zu bleiben. Die Zuger Kantonalbank floriert, und der Regierungsrat ist zusammen mit dem ganzen Kanton stolz auf diese Bank. Durch die vorgeschlagene Gesetzesänderung bzw. durch die gut 1 Million Franken, die der Kanton einstreicht, wird die Dividende für die Kleinaktionäre nicht geschmälert. Im Übrigen ist auch die Leitung der Kantonalbank einverstanden mit dem regierungsrätlichen Vorschlag. Man hat ihn gemeinsam diskutiert und ist einvernehmlich zu einer Lösung gekommen. Der Finanzdirektor bittet inständig, dem regierungsrätlichen Antrag zu folgen.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat beschliesst mit 62 zu 1 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.12: Gesetz über den Feuerschutz***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.13: Gewässergebührentarif***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.14: Gesetz über die Steuern im Strassenverkehr***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.15: KRB betreffend Beiträge für Extrabusse***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.16: EG Binnenschifffahrt***

Kommissionspräsidentin **Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die vorberatende Kommission mit 15 zu 0 Stimmen beschloss, auf die Vorlage einzutreten. In der Beratung wurde beantragt, § 13d Abs. 5 zu streichen. Begründet wurde dies damit,

dass für Autos eine Steuer für die Strassenbenützung eingeführt werden solle, während bei den Schiffen für gewisse Bootstypen die Steuer für die Benützung des Sees gestrichen bzw. reduziert werden solle. Dem wurde entgegengehalten, finanziell sei die Steuer für Schiffe mit elektrischem Antrieb kaum relevant, da es nicht viele solche Schiffe gebe. Im Übrigen sei die Schiffsteuer nicht eine Verursachergebühr, sondern effektiv eine Steuer. Eine Gleichbehandlung werde es wohl nicht geben, da beispielsweise Segelboote, die den See ebenfalls benützten, kaum besteuert würden. Die Kommission sprach sich schliesslich mit 10 zu 5 Stimmen für die vorgeschlagene Streichung aus.

**Karl Nussbaumer:** Anstatt zuerst die Ausgabenseite rigoros anzugehen, wird hier ohne Not eine neue Steuer eingeführt. Die Begründung dafür liegt auf der Hand: Weil Bootsbesitzer die Zuger Seen benutzen, sollen sie auch dafür zahlen. Doch wer benutzt den See, und wer soll dafür zahlen? Der See wird von Schwimmern, Windsurfern, Ruderbooten, Pedalos und von Segel- und Motorbooten benutzt. Auch die Sturmwarnung und die Seerettung werden von sämtlichen Seebenutzern in Anspruch genommen. Bezahlen sollen dafür aber vor allem die Motorbootbesitzer, wie ein Blick auf den Steuertarif zeigt. Während die Länge eines Bootes wenig kostet, nämlich gerade mal 1 Franken pro Dezimeter, also 100 Franken für ein 10 Meter langes Boot, sind es die Pferdestärken bzw. Kilowattstunden, welche die Steuer in die Höhe treiben. So kostet jede Kilowattstunde 3 Franken, was bei einem 200-PS-Boot zu einer reinen Leistungsbesteuerung von 441 Franken führt, egal wie oft jemand auf dem See unterwegs ist bzw. den See benutzt. Es handelt sich also um eine Lenkungsabgabe zulasten der Motorbootfahrer. Die Motorbootsaison ist relativ kurz. Ab Mai bis spätestens Mitte September sind häufiger Boote auf den Seen anzutreffen, dies praktisch nur bei schönem Wetter. Ein durchschnittlicher Motorbootfahrer kommt kaum auf zwanzig Ausfahrten pro Saison und wenn, dann fährt er nicht den See rauf und runter, sondern lässt sich auf dem See treiben oder sucht einen Ankerplatz und geniesst mit Freunden und Familie den Tag. Motorbootfahren ist heute schon kein billiges Freizeitvergnügen. Man bezahlt den Bootsplatz im Sommer, das Winterlager, den Motorenservice, Unterhalt des Bootes wie Unterwasseranstrich oder eine neue Bootsabdeckung, man zahlt Benzin − und bald auch noch eine neue Steuer. Es gibt im Kanton Zug verschiedene Werften und damit auch Arbeitsplätze, welche es zu schützen gilt. Motorbootfahren soll kein Privileg der Oberklasse sein, sondern auch für den Mittelstand soll es erschwinglich sein, die Freizeit individuell mit Familie und Freunden auf den Zuger Seen zu verbringen. Die SVP lehnt aus diesen Gründen eine neue Steuer ab. Im Namen der SVP-Fraktionsmehrheit stellt der Votant den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten.

**Kurt Balmer** versucht es nochmals − diesmal mit einem Votum, das vielleicht mehr Erfolg verspricht. *(Der Rat lacht.)* Er stellt ebenfalls den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Ausgangslage bei dieser Vorlage ist neu. In seinem ersten Anlauf hat er bewusst Ja gesagt dazu. Seine Interessenbindung: Er ist Vorstandsmitglied des Wasserski-Clubs Cham. Dessen Boote werden wahrscheinlich aber steuerbefreit, weil der Club auch für den Rettungsdienst verantwortlich ist. Selber hat der Votant kein Boot, er darf aber ein Boot lenken.
Es geht hier um die Einführung einer neuen Steuer. Steuern dienen grundsätzlich als Kompensation für öffentliche Lasten oder als Lenkungsabgabe. Hier handelt es sich um das Zweite, denn die neue Steuer dient ja nicht der Deckung irgendwelcher staatlicher Ausgaben. Die Schiffshalter bezahlen bereits Gebühren, etwa die Bojengebühr, und diese werden erhöht werden; die Schiffshalter sind also von der Vorlage auf jeden Fall betroffen. Dazu kommt die Besteuerung des Benzins, wobei die

Boote bekanntlich nicht auf den Strassen, sondern eben auf dem See fahren; die Bootshalter finanzieren also die Strassen mit. Wenn man alles zusammenrechnet, werden sämtliche Kosten, welche von Booten verursacht werden − Seepolizei, Überwachung, Rettung etc. −, bereits heute von den Bootshaltern gedeckt.
Es handelt sich also definitiv um eine Lenkungsabgabe. Eigentlich sollte man ehrlich sein und sagen, dass man weniger oder gar keine Boote will. Zug sei − so war in der Debatte zum Entlastungsprogramm zu hören − der zweitletzte Kanton in der Schweiz, der keine Bootssteuer kenne, und nun sei mit dem Sparpaket die Gelegenheit gekommen, diese Steuer einzuführen. Wieso aber werden nicht auch in anderen Bereichen Steuern eingeführt? Beispielsweise eine Steuer für Fussgänger oder für Velofahrer? Beide benutzen die Strassen und verursachen Kosten, bezahlen aber nichts dafür. Man kann dem entgegenhalten, das sei ökonomisch und ökologisch sinnvoll und deshalb so gewollt. Ein anderes Beispiel: Ist es sinnvoll, in der Freizeit Heissluftballon zu fahren oder Fallschirm zu springen? Und wieso werden Ballonfahrer und Fallschirmspringer nicht besteuert? Wieso werden nur gerade Bootsfahrer willkürlich besteuert? Wahrscheinlich ist es einfach die gute Gelegenheit, die man im Rahmen des Sparpakets ergreift. Eine neue Steuer einzuführen, ist für den Votanten aber gefährlich. Auch braucht es dazu eine separate Administration, der Staatsapparat wird also weiter aufgebläht. Und warum werden − gemäss Bericht − Pedalos, Surfbretter und Stand-up-Paddels nicht auch besteuert? Diese verursachen ebenfalls Kosten für den Rettungsdienst etc. Die etwas willkürliche Besteuerung nur der Bootshalter ist für den Votanten nicht nachvollziehbar.
Zum Schluss: Wieso schlägt man hier das Schiff und meint eigentlich die angeblich reichen Schiffsbesitzer? Ehrlicherweise hätte man doch direkt eine Reichtumssteuer einführen sollen. So würde man vielleicht jene treffen, die man nun zu treffen glaubt. Der Votant bittet den Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten.

**Jean-Luc Mösch** nimmt Bezug auf das Votum von Karl Nussbaumer. Hätte die SVP in der Debatte zum Entlastungspaket genau so votiert, wäre die Schiffsteuer von Anfang an bachab gegangen. Der Votant hat zusammen mit Peter Letter damals wenigstens den überhöhten Tarif auf die jetzigen 3 Franken heruntergebracht. Die SVP wollte sich nicht engagieren, tut jetzt aber so, als ob sie schon immer gegen die neue Steuer gekämpft hätte. So ist es leider nicht.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** gibt zu, dass dem Antrag des Regierungsrats im Rahmen des Sparprogramms in erster Linie fiskalische Interessen zugrunde liegen. Es wurde aber bereits gesagt: Zug ist neben Graubünden der letzte Kanton, welcher noch keine Schiffsteuer kennen. Und es geht auch um den gesteigerten Gebrauch einer öffentlichen Fläche und die entsprechenden finanziellen Aufwendungen für Seepolizei, Seerettung, Uferschutz etc. Vor diesem Hintergrund lässt sich eine Schiffsteuer wirklich vertreten, zumal sie − wie von Jean-Luc Mösch erwähnt − durch den Kantonsrat bereits massiv gesenkt wurde. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest, immerhin geht es um einen Ertrag von ca. 250'000 bis 300'000 Franken pro Jahr, dies bei geringem administrativem Aufwand, da die Schiffe bereits registriert sind. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Bei § 13d Abs. 5 schliesst sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission auf Streichung an.

**Manuel Brandenberg** weist darauf hin, dass hier ein neues Gesetz eingeführt wird, um rund 250'000 Franken Mehreinnahmen zu generieren. Dieser Betrag entspricht zwei Personalstellen. Man sollte diese Relation sehen und die Verhältnismässigkeit nicht aus dem Auge verlieren − und auf das neue Gesetz verzichten.

➔ Abstimmung 12: Der Rat beschliesst mit 44 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats (unter Streichung von § 13d Abs. 5 gemäss Antrag der vorberatenden Kommission).

***Vorlage 2720.17: KRB betreffend Beiträge an die konzessionierte Schifffahrt***

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass sich die Stawiko für einen Kostendeckungsgrad von 70 Prozent ausspricht. Es war ihr wichtig, dass die Schifffahrtsgesellschaften sprichwörtlich mit im Boot sind, weshalb sie das entsprechende *Commitment* in ihrem Bericht unbedingt aufgeführt haben wollte (auf Seite 9). Nach der Sitzung flatterte dann aber das bereits erwähnte Schreiben der Verwaltungsratspräsidenten der Schiffahrtsgesellschaften herein. Der Stawiko-Präsidentin verschlug es die Sprache, als angebliche Totengräberin der Ägerisee-Schifffahrt, die ihr wirklich am Herzen liegt, hingestellt zu werden. Umso erleichterter war sie, als darauf regiert wurde und schliesslich noch ein in versöhnlichem Ton gehaltenes Schreiben mit vier Unterschriften eintraf. Es bleibt aber ein etwas schaler Nachgeschmack. Offensichtlich wurde die Situation nicht optimal gemanagt. Die Stawiko-Präsidentin ist aber *happy,* dass nun alle im selben Boot sitzen.

Kommissionspräsidentin **Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die Kommission mit 15 zu 0 Stimmen beschloss, auf diese Vorlage einzutreten. In der Kommission wurde der Antrag gestellt, in § 2 Abs. 2 einen Kostendeckungsgrad von mindestens 65 Prozent statt wie vorgeschlagen 70 Prozent festzuschreiben. Die Kommission stimmte aber mit 13 zu 2 Stimmen gegen die vorgeschlagene Änderung. Im Übrigen wurde in der Kommission darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsräte beider Schifffahrtsgesellschaften mit einem Kostendeckungsgrad von mindestens 70 Prozent leben können. Für die weiteren Abklärungen der Volkswirtschaftsdirektion verweist die Kommissionspräsidentin auf die Seite 12 des Kommissionsberichts.

**Laura Dittli:** Wie die Kantonsratsmitglieder in einem Schreiben der Verwaltungsratspräsidenten der zwei Schifffahrtgesellschaften sowie der Regierungsräte Heinz Tännler und Matthias Michel lesen konnten, konnte ein Kompromiss gefunden werden: Die beiden Gesellschaften müssen mit einem Kostendeckungsgrad von 70 Prozent wirtschaften − vermutlich defizitär −, und nach drei Jahren werden die Auswirkungen der Sparmassnahme evaluiert. Dieser Kompromiss ändert aber nichts daran, dass die Ägeriseeschifffahrt mit einem Kostendeckungsgrad von 70 Prozent im bestehenden System nicht weitergeführt werden kann. Dies konnte man in einem anderen Schreiben der beiden Verwaltungsratspräsidenten lesen. Für die Votantin stellt sich da schon die Frage, was das vorgeschlagene Vorgehen mit der Kompromisslösung nützt. Auch wenn der Kantonsrat bezüglich einer möglichen Einstellung der Schifffahrt auf dem Ägerisee das letzte Wort behält, wird die Vorgabe von 70 Prozent Kostendeckung auf dem Ägerisee nicht erreicht werden können. Die Votantin wünscht sich eine gesicherte Schifffahrt auf dem Ägerisee und kein «Schauen wir mal, wie es in drei Jahren aussieht». Dieses Vorgehen ist nicht seriös und kein Garant für eine langfristige Sicherung des Tourismusangebots auf dem Ägerisee. Die Schifffahrt ist ein touristisches Angebot, von welchen es im Kanton Zug nicht allzu viele gibt − und der Tourismus ist ein wichtiger Teil der Standortattraktivität des Kantons Zug. Wenn die Schifffahrt auf dem Ägerisee eingestellt

werden müsste, wird es schwierig sein, die Berggemeinden zur weiteren Finanzierung der Schifffahrt auf dem Zugersee zu begeistern. Mit anderen Worten: Der ganze Finanzierungsmechanismus würde über Bord geworfen und in den schönen Zuger Seen versenkt.
Für die Votantin ist das touristische Image des Kantons Zug durch die Schifffahrt sehr positiv und sympathisch. Sie stellt deshalb den **Antrag** auf Nichteintreten und somit auf die Beibehaltung des Kostendeckungsgrades von 60 Prozent. Sie bittet den Rat und vor allem jene Ratsmitglieder, welche vom Tourismus profitieren oder selber an einem der beiden Seen wohnen, dieses Anliegen zu unterstützen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** teilt mit, dass auch der Regierungsrat überrascht wurde vom Schreiben der zwei Verwaltungsratspräsidenten, welches notabene an die Kantonsratsmitglieder adressiert war und den Regierungsrat irgendwie hinterrücks erreichte. Der Volkswirtschaftsdirektor hat sich auch darüber mit den Verwaltungsratspräsidenten ausgesprochen. Das war etwas schwierig, denn in der vorberatenden Kommission wurde nicht in dieser Härte über dieses Thema diskutiert, sonst hätte man sich wohl schon dort vertiefter damit auseinandergesetzt. Die Irritation konnte dann aber gelöst werden − an einem heiligen Sonntag.
Heute geben Kanton und Gemeinden zusammen 1,4 Millionen Franken für die zwei Schifffahrtsgesellschaften aus, einen ansehnlichen Betrag also. Wenn der Rat nicht auf die Vorlage eintritt, bleibt das unverändert: Es werden dann von den Schifffahrtsgesellschaften keine weiteren Sparbemühungen gefordert. In vielen anderen Bereichen aber wird der Hebel angesetzt. Beim übrigen ÖV etwa wird gefordert, mittelfristig 10 Prozent Abgeltung einzusparen. Auch dort weiss man noch nicht genau, was das bedeutet, trotzdem wird die Vorgabe gemacht. Es wäre etwas ungleichgewichtig, bei der Schifffahrt von solchen Vorgaben Abstand zu nehmen, beim ÖV diesen Hebel aber anzusetzen. Da müsste man sich dann schon fragen, welcher Bereich mehr staatliche Kernaufgabe ist: die Schifffahrt oder der ÖV?
Für den Volkswirtschaftsdirektor gibt es gegenüber der Debatte im Rahmen des EP 2 keine neuen Argumente, und damals hat der Kantonsrat klar Ja gesagt zu einem Kostendeckungsgrad von 70 Prozent. Es geht hier auch etwas um die Glaubwürdigkeit des Kantonsrats, der ohne neue Argumente seinen damaligen Entscheid nicht korrigieren sollte. Und nochmals: Die zwei Schifffahrtsgesellschaften haben fünf Jahre Zeit, um entsprechende Massnahmen aufzuzeigen. Bisher wurde als einzige Massnahme der Schliessung der Schifffahrt auf dem Ägerisee angedroht. Vielleicht gibt es aber noch andere Massnahmen, die dem Regierungsrat bisher allerdings nicht präsentiert wurden. Es ist nun Aufgabe der Gesellschaften, einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten, diese Chance sollte man ihnen geben. Und um ein Missverständnis zu klären: Es muss nicht jede Gesellschaft für sich alleine einen Kostendeckungsgrad von 70 Prozent erreichen, sondern beide Gesellschaften zusammen. Es ist schon heute so: Die Ägeriseeschifffahrt erreicht die heutigen 60 Prozent nicht, die Schifffahrt auf dem Zugersee aber liegt darüber. Im Übrigen spricht der KRB von den *beiden* Seen. Die Schifffahrt auf dem Ägerisee kann ohne Anpassung des KRB also gar nicht versenkt werden. Der Kantonsrat hätte nochmals Gelegenheit mitzureden − im Wissen darum, welche anderen Massnahmen es neben der Aufgabe der Ägeriseeschifffahrt gibt; auch eine allfällige Anpassung des Kostendeckungsgrads auf vielleicht auf 68 Prozent wäre dannzumal möglich, weil sich die 70 Prozent vielleicht als zu hart erwiesen haben. Diese Entscheidungsfreiheit wird der Kantonsrat dann haben. Im Moment aber soll den Gesellschaften die Chance gegeben werden, sich Massnahmen zu überlegen, zumal sie die Herausforderung eines Kostendeckungsgrads von 70 Prozent annehmen wollen. Im Übrigen wurde ein Kostendeckungsgrad von 65 Prozent − falls noch ein entsprechender Antrag

gestellt werden sollte − in der vorberatenden Kommission klar abgelehnt, und vor gut einem Jahr wurde ein solcher Antrag auch vom Kantonsrat bereits abgelehnt. In diesem Sinn dankt der Volkswirtschaftsdirektor für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat beschliesst mit 60 zu 5 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.18: EG Ergänzungsleistungen***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.19: Gesetz betreffend Prämienverbilligung***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.20: Sozialhilfegesetz***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.21: EG Landwirtschaft***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.22: EG Waldgesetz***

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

***Vorlage 2720.23: EG Waldgesetz***

➔ Der Rat trittstillschweigend auf die Vorlage ein und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers. Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Traktanden 9 bis 12 Geschäfte sind, welche der Rat in der Sitzung vom 1. Juni 2017 aus Zeitgründen nicht mehr behandeln konnte.

TRAKTANDUM 9

**814 Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Kanton Zug als TiSA-freie Zone**

Vorlagen: 2690.1 - 15326 (Postulatstext); 2690.2 - 15434 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Andreas Lustenberger** hält fest, dass sich hinter den vier Buchstaben TiSA ein Abkommen verbirgt, welches höchst wahrscheinlich auf alle Bereiche des Lebens einen enormen Einfluss haben wird. Höchst wahrscheinlich, denn eigentlich weiss man es nicht genau, weil das «Trade in Services Agreement», kurz TiSA, geheim und unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wird. Was man weiss: Es geht um den Handel mit Dienstleistungen, d. h. um die Gesundheits- und Stromversorgung, die Bildung, das Bankenwesen, Informatikdienstleistungen, das Internet, Ladenöffnungszeiten, das Transportwesen, den Öffentlichen Verkehr etc. − und vor allem auch um alle zukünftigen Dienstleistungen. Damit ist auch der ganze heutige und zukünftige *Service Public* betroffen.
Die Verhandlungen zu GATS, dem WTO-Freihandelsabkommen über Dienstleistungen, sind − wie der Regierungsrat in seiner Antwort richtig schreibt − 2011 in der sogenannten DOHA-Runde am Widerstand verschiedener Staaten gescheitert. Eine Gruppe von fünfzig Ländern, zu denen auch die Schweiz gehört, beschloss darauf, ein neues Abkommen auszuhandeln. Dieses trägt den Namen TiSA. Die Verhandlungen zu TiSA laufen nicht unter dem Dach der WTO, sondern finden nur innerhalb der Koalition dieser fünfzig Länder statt. Sie nennen sich «Very good friends of Services» und treffen sich regelmässig in der australischen Botschaft in Genf. Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, dass für die TiSA-Verhandlungen das mehr als zehnjährige DOHA-Mandat genügt. Die ALG ist jedoch klar der Meinung, dass es ein neues Mandat brauchen würde, weil TiSA ausserhalb der WTO verhandelt wird, nicht zum GATS-Vertragswerk gehört und ausserdem völlig neue Spielregeln gelten. Das heisst: Die Legitimation der Verhandlungen steht auf mindestens sehr wackligen Beinen.
Da die Verhandlungen geheim sind, hat man nur sehr lückenhafte Informationen darüber, welche Auswirkungen TiSA haben wird. Man kennt die Offerte der Schweiz, und aufgrund von geleakten Dokumenten kennt man auch gewisse Wirkungsmechanismen. Dazu drei Beispiele:
• Negativlisten: Die Verhandlungsstaaten erstellen Listen, auf denen alle Dienstleistungen aufgeführt sind, die nicht liberalisiert werden sollen. Was auf der Liste fehlt, wird automatisch dem freien Markt übergeben. Dienstleistungen, die man heute noch nicht kennt, fehlen natürlich auf dieser Liste und würden automatisch privatisiert. Wäre TiSA im 18. Jahrhundert eingeführt worden, gäbe es heute zum Beispiel keine SBB, denn es wäre nicht möglich gewesen, dass ein staatliches Unternehmen die Dienstleistung Eisenbahn anbietet.
• Ratchet-Klausel: Wenn eine Dienstleistung einmal für den Markt geöffnet wurde, kann diese Öffnung nie mehr rückgängig gemacht werden. Was dies bedeutet, zeigt das Beispiel der Wasserversorgungen in Paris und Berlin. Diese wurden an private Unternehmen verkauft, mit dem Resultat, dass die Preise enorm gestiegen sind und die Qualität der Dienstleistung abgenommen hat. Aufgrund von Bürger-

initiativen hat man schlussendlich beschlossen, die Privatisierungen rückgängig zu machen und die Wasserversorgungen wieder zu kommunalisieren. Dies wäre unter TiSA nicht mehr möglich.
• Future-proofing-Klausel: Sämtliche zukünftige Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind, unterstehen zwingend der Marktöffnung. Dies würde zum Beispiel auch neue Dienstleistungen im Schulbereich einschliessen, die dann nicht mehr vom Staat übernommen werden könnten, ansonsten wäre die Schweiz anklagbar.
Diese drei Instrumente machen das Abkommen schon gefährlich genug und werden den Handlungsspielraum von Kantonen und Gemeinden stark einschränken. Genau deshalb hat die ALG-Fraktion ihr Postulat eingereicht. Die neuesten Entwicklungen in den TiSA-Verhandlungen deuten darauf hin, dass Kantone und Gemeinden von TiSA stärker betroffen sein werden als bisher angenommen. Auf Druck der EU hat das Seco zum Beispiel in seiner neuesten Offerte einen Passus gestrichen, welcher die Befugnisse von Gemeinden vom Geltungsbereich von TiSA ausnehmen wollte. Das bedeutet, dass TiSA nun bis auf Gemeindeebene bindend sein wird.
Trotz der enormen Auswirkungen, die TiSA haben wird, ist es für einen Kanton wie Zug nicht möglich, die Verhandlungen zu beeinflussen oder sich zumindest dazu zu äussern. Man darf sich da keine Illusionen machen − der Regierungsrat in Ehren, dass er versucht, mögliche Mitwirkungen aufzuzeigen. Um sich Gehör zu verschaffen, bleibt also nichts anderes übrig, als zu unkonventionellen Mitteln zu greifen. Aus diesen Überlegungen heraus verlangt das Postulat, dass sich Zug zur TiSA-freien Zone erklärt. Dass die Deklaration eines TiSA-freien Kantons Zug keinerlei rechtliche Bedeutung hat, ist auch der ALG klar. Sie ist jedoch ein starkes Zeichen an den Bundesrat und die Verhandlungsführenden. Genau ein solches Zeichen haben auch andere urbanen Gebiete wie Zürich, Lausanne und Basel nach Bern gesandt. Die ALG findet es deshalb wichtig und richtig, dass sich auch Zug gegen dieses undemokratische Abkommen zur Wehr setzt und sich ebenfalls zur TiSA-freien Zone erklärt.
Aufgrund der ausgeführten Argumente ist die ALG-Fraktion mit dem Antrag des Regierungsrats nicht einverstanden und stellt den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären.

**Fabian Freimann** spricht für die SP-Fraktion. Beim TiSA-Abkommen geht es um eine allfällige Liberalisierung des *Service Public*. Das mag für einige Leute in diesem Rat ein gut gangbarer Weg sein. Aber soll man wirklich die Katze im Sack kaufen? Wer würde ein Auto kaufen, das er noch nie gesehen hat und von dem er nicht einmal weiss, ob überhaupt ein Motor eingebaut wurde? Das mag zwar etwas plakativ klingen, aber genauso vage sind einige Klauseln des TiSA-Vertrags formuliert; Andreas Lustenberger hat schon auf die Negativlisten sowie die Ratchet- und Futur-Proofing-Klauseln hingewiesen, zu erwähnen ist auch die Standstill-Klausel. Deshalb ist es nicht absehbar, welche Folgen der Vertrag für die Zukunft haben kann und wird.
Die Schaffung einer TiSA-freien Zone hat − wie vom Regierungsrat erörtert − keine rechtliche Bedeutung, da die Verhandlung Sache des Bundes ist. Man könnte jedoch ein starkes Zeichen setzen, wie dies schon andere Parlamente gemacht haben. Aus diesen Gründen stellt die grosse Mehrheit der SP-Fraktion ebenfalls den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären.

**Anna Bieri** spricht für die CVP-Fraktion. Ein Alibi sei, «wenn man mal nichts Böses tut und dabei auch noch beobachtet wird», sagte der deutsche Journalist Wolfram

Weidner. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass es nichts bringt, dem Kanton Zug unter hoffentlich möglichst grosser Beobachtung das Alibi-Mäntelchen «TiSA-frei» anzuziehen − nicht zuletzt, da der Kanton Zug von hindernisfreiem Handel und Informationsfluss oft stark profitiert. Die CVP begrüsst das Vorgehen der Regierung und auch der KdK, die TiSA-Verhandlungen wachsam und offen zu verfolgen, ihre Positionen deutlich zu deponieren, an den richtigen Stellen Einfluss zu nehmen und die Interessen des Kantons Zug bzw. der Kantone geltend zu machen. Die vom Postulat geforderte Erklärung einer TiSA-freien Zone ist eine Alibiübung, unabhängig davon, ob man TiSA gegenüber kritisch eingestellt ist oder nicht, und beim Kanton erst noch auf falscher Flughöhe platziert. Die CVP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag auf Nichterheblicherklärung.

**Daniel Marti** hält fest, dass der Regierungsrat die Faktenlage zum vorliegenden Postulat in seinem Bericht trefflich zusammengefasst hat, indem er sagt: «Eine kantonale Willensäusserung wäre reine Signalpolitik und ist weder sinnvoll noch zielführend.» Es handelt sich hier also um ein sinnloses Postulat und um reine Zeitverschwendung. Beim TiSA-Abkommen geht es um ein zwischenstaatliches Abkommen, also um eine Angelegenheit, die klar im Zuständigkeitsbereich des Bundes liegt. Zudem sind die Verhandlungen noch im Gang, und der Bund hat offensichtlich die Vorbehalte der Schweiz eingebracht. Der Kantonsrat weiss also nicht, was wann auf ihn zukommt, soll aber schon mal präventiv den Kanton Zug zur TiSA-freien Zone erklären. Und auch wenn die Konsequenzen aus TiSA klar wären, bliebe völlig unklar, wie eine TiSA-freie Zone ausgestaltet werden sollte. Als Einziges ist klar, dass der Kanton Zug gar keine Kompetenz hat, sich zur TiSA-freien Zone zu erklären, und das Ganze somit reine Symbolpolitik ist.
Es ist ja nicht das erste Mal, dass sich die Regierung und die Verwaltung mit solchen symbolischen Übungen herumschlagen müssen. Ein kurzer Blick ins Geschäftsverzeichnis zeigt, dass sie in der jüngsten Vergangenheit aufgefordert wurden, in Zug die weltweite Klimaerwärmung zu stoppen, Trumps Mauer zu verhindern, die Menschenrechte in Afrika zu garantieren und den Atomausstieg einzuläuten, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Es ist allen bekannt, dass die Zuger Regierung ausgezeichnet arbeitet, aber nebenbei noch kurz mal die Welt zu retten, liegt auch für diese Regierung leider nicht drin.
Die Grünliberalen stehen für Sachpolitik und Effizienz ein und wollen die zwar erneuerbare, aber nicht in unendlichem Masse verfügbare Energie der Regierung, der Verwaltung und des Kantonsrats nicht für solche symbolische Spielereien verschwenden. Der Votant bittet daher, das vorliegende Postulat nicht erheblich zu erklären.

Für **Andreas Hürlimann** geht es nicht an, einen parlamentarischen Vorstoss als «sinnlos» und «reine Zeitverschwendung» zu bezeichnen. Man kann *für* oder *gegen* etwas sein, aber jedes Ratsmitglied setzt sich für eine bessere Zukunft ein: für eine Zukunft, die gemäss den je eigenen Werthaltungen und Überlegungen besser sein soll. Dieses Engagement muss gewürdigt werden. Jedes Ratsmitglied opfert Zeit und setzt sich ein. Da sind herablassende Kommentare einfach fehl am Platz

Auch **Hubert Schuler** hat sich über das Votum von Daniel Marti geärgert. Dieser hat verschiedene Vorstösse aufgezählt, die Symbolcharakter hatten. Symbolcharakter hatten aber auch alle Vorstösse zum NFA: reine Unmutsäusserungen des Kantons Zug über die ihm auferlegte hohe Belastung. Ebenfalls Symbolcharakter hatte der raumplanerische Vorstoss zur Hochspannungsleitung quer durch den Kantons Zug. Der Rat bekam da zu hören, diese Leitung sei eben erneuert worden, und in den

nächsten fünfzig Jahren sei nichts mehr zu machen. Der Kantonsrat hat das Anliegen klugerweise in der Raumplanung stehen gelassen − und mittlerweile hat der Regierungsrat eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, so dass es vielleicht irgendwann dazu kommt, dass diese Leitung unterirdisch geführt wird. Symbole sind auch in der Politik wichtig, und es geht darum, eine klare Position zu beziehen. In diesem Sinn bittet der Votant, den Antrag der Regierung nicht zu unterstützen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** kommt sich vor wie im Bundesparlament. Man macht hier Bundespolitik − allerdings ohne jede Verbindlichkeit. Das ist etwas schwierig. Das von Hubert Schuler erwähnte Beispiel der Hochspannungsleitung ist als Vergleich untauglich. Dort hatte man etwas in der Hand und konnte mit Studien einen gewissen Einfluss ausüben. Hier aber ist es anders.
Der Regierungsrat hat die Fakten sachlich dargelegt. Die TiSA-Verhandlungen werden nicht geheimer als andere Verhandlungen geführt, sondern folgen den üblichen Regeln. Im Moment weiss man tatsächlich noch nicht, was dabei herauskommt, ob eine Katze oder ein Tiger. Wenn das Resultat dann aber bekannt ist, werden die zuständigen Bundesbehörden und das Bundesparlament nach den demokratiepolitischen Grundsätzen unseres Landes darüber befinden; die Möglichkeit zur Einflussnahme durch das Volk ist in der Schweiz auch bei internationalen Verträgen sehr gross. Und wenn das Postulat tatsächlich nur symbolischen Charakter haben sollte, dann ist es aus verschiedenen Gründen ein falsches Symbol. Erstens wehren sich die Kantone jede Woche gegen die Einflussnahme des Bundes − sei es rechtlicher oder politischer Art − in ihre Hoheit. Man stelle sich nun vor, dass der Bund in Bereichen, für die er nicht zuständig ist, den Kantonen symbolpolitische Vorgaben machen würde! Man würde nur die Köpfe schütteln. Es ist nicht glaubwürdig, einerseits für die föderalistischen Freiheiten der Kantone zu kämpfen und gleichzeitig dem Bund vorzuschreiben zu versuchen, was er in seinen eigenen Bereichen zu tun hat. Das dient nicht der Stärkung der Kantone. Zweitens setzt das Postulat auch inhaltlich ein falsches Signal. Gerade die Schweiz und gerade Zug sind auf multilaterale Freihandelsabkommen angewiesen, um einseitige Abhängigkeiten − etwa von der EU − zu relativieren. Zudem ist es eine Illusion zu glauben, der Kanton Zug könne sich − als TiSA-freie Zone, wenn das überhaupt möglich wäre − einseitig schützen, an anderen Orten aber könnten die hiesigen Unternehmen und Bürger nach den TiSA-Regeln wirtschaften. Ein Abkommen ist keine Goretex-Jacke, welche gegen Einflüsse von aussen schützt, die eigene Wärme und Energie aber passieren lässt. Vielmehr gilt ein Abkommen immer beidseitig. Als TiSA-freie Zone würde man den eigenen Unternehmen also verunmöglichen, im Ausland nach den multilateralen Regeln zu handeln. Einseitigkeit würde sicher nie gewährt, und sie wäre Rosinenpickerei.
Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und nicht präventiv ein in den Details noch nicht bekanntes Abkommen in Bausch und Bogen abzuschiessen. Die Schweiz ist immer gut damit gefahren, grundsätzlich zu verhandeln, ihre Interessen einzubringen, allenfalls Vorbehalte anzubringen und differenziert zu argumentieren. Diese bewährte Haltung verdient weiterhin Unterstützung.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat erklärt das Postulat mit 47 zu 12 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 10

**815 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Ablehnung der Unternehmenssteuerreform (USR III) und den Konsequenzen für den Kanton Zug**

Vorlagen: 2717.1 - 15373 (Interpellationstext); 2717.2 - 15436 Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Daniel Stadlin** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Antworten sind ausführlich und umfassend. Der Votant hat ihnen nichts Grundlegendes beizufügen.
Die Ausführungen des Regierungsrats zeigen, dass der Kanton Zug die abgelehnte Unternehmenssteuerreform gut in die kantonalen wirtschafts- und finanzpolitischen Strukturen einzubinden vermocht hätte. Es ist zu hoffen, dass ihm dies mit der nachfolgenden Unternehmenssteuerreform auch gelingen wird. Die kürzlich vom Bundesrat publizierten Eckwerte dazu zeigen jedoch eher in die entgegengesetzte Richtung: Es wird schwieriger werden, und ohne Mehrkosten wird es kaum mehr gehen. Trotzdem, das grösste Ungemach kommt von einer anderen Seite, nämlich von den unberechenbaren Konsequenzen einer solchen Reform auf den Nationalen Finanzausgleich (NFA). Da lauern für die Geberkantone und insbesondere für den Kanton Zug die ganz grossen Fallstricke, haben sie doch das Potenzial, den Zuger Staatshaushalt gehörig durcheinander zu bringen. Und der Kanton Zug kann nichts dagegen tun, ist er doch Gefangener dieses monströsen Geldumverteilungssystems. Sollten die entsprechende Berechnungsmethodik des NFA nicht möglichst kostenneutral an die neue Unternehmenssteuer angepasst werden und die von der Politischen Arbeitsgruppe Finanzausgleich der KdK vorgeschlagenen Korrekturen nicht oder nur unvollständig umgesetzt werden, wird nicht nur der Zuger Staatshaushalt, sondern möglicherweise der Kanton Zug als Ganzes in eine tiefgreifende Krise geraten. Diese Sorge ist real, haben doch Anliegen der Geberkantone im Bundesparlament traditionell einen schweren Stand. Wieso dem so ist, ist aufgrund der Faktenlage eigentlich nicht erklärbar. Das Problem wird wahrscheinlich eher beim «homo oeconomicus» denn bei der Sache selbst zu suchen sein. Aber vielleicht kommt es zu einem neuen Wunder von Bern und das Bundesparlament verändert den NFA endlich zum ursprünglich gewollten Solidarwerk, das nicht nur die Anliegen der Nehmer, sondern auch diejenigen der Geber angemessen berücksichtigt. Es kann doch nicht sein, dass ausgerechnet diejenigen Kantone die grössten Budgetsorgen haben, die pro Kopf am meisten in den nationalen Finanzausgleich einzahlen. Denn eines ist sicher: Nur von den Gebern Solidarität zu verlangen, widerspricht dem Solidaritätsprinzip.

**Beat Unternährer** dankt im Namen der FDP-Fraktion dem Regierungsrat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Die Abstimmung zur USR III ist klar verloren gegangen ist − auch wenn im Kanton Zug das Volk mit 54 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt hat. Das Zuger Volk hat damit wohl ausgedrückt, dass es ihm wichtig ist, die guten Rahmenbedingungen für Unternehmen im Kanton Zug nachhaltig zu sichern. Nur so ist der Kanton Zug in der Lage, schweizweit rekordtiefe Steuern für den Mittelstand aufrecht zu erhalten.
Seit der Abstimmung kann festgestellt werden, dass der Himmel trotz der Ablehnung nicht heruntergefallen ist. Katastrophenszenarien in Bezug auf Abwanderungen sind bis heute nicht eingetreten. Dies hat wohl unter anderem auch damit zu tun, dass die Schweiz über ein austariertes, genug flexibles und gutes Steuersystem verfügt. Die gegenwärtige schweizerische Praxis der Unternehmensbesteuerung könnte man auch als fairen Deal mit dem Staat bezeichnen. Wenn man auf die internationale Umgebung schaut, so ist das vielerorts nicht mehr der Fall. Der

Druck seitens der OECD und der EU besteht aber, und die Schweiz wird wohl nicht vermeiden können, dass sie ein neues Steuersystem implementieren muss. Der Votant wäre allerdings nicht überrascht, wenn umliegende Länder die Steuern senken müssten, um ihre maroden Staatshaushalte zu sanieren
Mögliche wichtige Ablehnungsgründe bezüglich der USR III sind in einem zweiten Anlauf ernst zu nehmen. Dies sind insbesondere das Instrument der zinsbereinigten Gewinnsteuer, die Komplexität des vorgeschlagenen Patentboxmodells, allenfalls die Inputförderung und Ängste der Gemeinden und des Mittelstands, die Zeche für mögliche negative Auswirkungen der Reform tragen zu müssen. Bei einer Neuauflage müssen insbesondere bei diesen Elementen Korrekturen vorgenommen werden. Zentral scheint der FDP, dass die Gemeinden in einem zweiten Anlauf in den Prozess einbezogen werden. Wenn auf Gemeindeebene wieder Ängste entstehen, ist auch eine zweite Abstimmung schwer zu gewinnen.
Etwas Vergangenheitsbewältigung im Zusammenhang mit der USR III möchte der Votant beim Kantonsanteil an der Bundessteuer machen. Die USR III hätte dem Kanton Zug eine Entlastung von ca. 50 Millionen Franken gebracht: Der Kantonsanteil an der Bundessteuer wäre von 17 auf 21,2 Prozent erhöht worden. Um Steuersicherheit zu erlangen, könnten insbesondere in Zug in den folgenden Jahren einige privilegierte Gesellschaften den Steuerstatus wechseln und sich ordentlich besteuern lassen. Das könnte − wie gehört − negative Auswirkungen auf den NFA haben. Daher ist es für den Kanton Zug zentral, möglichst bald ein neues Steuersystem zu haben. Ansonsten wird der grosse Spardruck über Jahre andauern.
Von einem zweistufigen Modell oder einem Plan C bei der Umsetzung einer neuen Reform mit einer Einführung der Steuererleichterungen und der Gegenfinanzierung in einem zweiten Schritt hält die FDP-Fraktion nichts. Das wäre ein unberechenbares und nicht transparentes Vorgehen. In einer zweiten Auflage sollen wiederum alle Elemente des Systems auf dem Tisch liegen und als Gesamtpaket eingeführt werden. Salamitaktik würde die Unternehmen deutlich mehr verunsichern.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass der neue Anlauf für die Unternehmenssteuerreform unbedingt gelingen muss. Ein erneuter Misserfolg hätte für die Schweiz und die Kantone erhebliche Auswirkungen, die nicht einfach locker aufgefangen werden könnten. Das Scheitern des ersten Anlaufs war verkraftbar, ein zweites Scheitern würde aber Reformunfähigkeit bedeuten. Einen dritten Versuch wird es nicht geben. Wahrscheinlich käme dann eine Notgesetzgebung, die niemandem nützt, vor allem nicht dem Mittelstand. Es ist deshalb wichtig, dass die Reform gelingt. Die Eckwerte, die nun auch in den Medien kommentiert wurden, müssen ernst genommen werden, auch wenn sie teilweise systemwidrig sind. Die Abstimmung zur USR III ging für die Bürgerlichen grandios verloren, was nicht nur einem, sondern gleich zwei Penaltys für die Linken gleichkommt. Mindestens einer davon würde versenkt werden − mit anderen Worten: Man musste einen Schritt zurück machen. Die nun erarbeiteten Eckwerte erlauben es, Grundelemente der Reform − Patentbox, Inputförderung etc.− beizubehalten. Die Flügel wurden gestutzt, und gleichzeitig bietet man ein Zückerchen an. Der Aufruf, diesen neuen Anlauf erst zu nehmen, geht an alle. Gerade für den Kanton Zug wäre eine erneute Ablehnung der Reform dramatisch. Mobile Gesellschaften würden nicht mehr zuwarten, sondern Entscheide treffen; sie wären innert kürzester Frist weg von Zug. Die andere Möglichkeit für diese Gesellschaften wäre, sich zum ordentlichen Gewinnsteuersatz von 14,6 Prozent besteuern zu lassen. Sie könnten dann ihre stillen Reserven aufrechnen und diese gleichzeitig auf fünf Jahre abschreiben. Sie würden dadurch keine Steuern mehr bezahlen, beim Ressourcenpotenzial aber voll berechnet − und Zug müsste mehr NFA bezahlen. Das Ganze käme komplett aus der Balance. Diese

Thematik muss man sehr ernst nehmen, vor allem auch im Bundesparlament. Die nun erarbeiteten Eckwerte gefallen niemandem wirklich. Aber wenn man einmal verloren hat, gibt es keine Schönheitspreise mehr zu gewinnen. Und der NFA wäre für den Kanton Zug im Fall eines erneuten Scheiterns eine grosse Herausforderung. Die Steuerreform 2017 hat aber nichts mit dem Kompromissvorschlag der Konferenz der Finanzdirektoren bzw. der Kantonsregierungen zu tun, mit Zeta-Faktoren etc. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.
Beat Unternährer hat den sogenannten Zwei-Stufen-Plan angesprochen. Dieser ist schon längstens verworfen. Man hat eingesehen, dass er ein Ding der Unmöglichkeit ist und man die Katze im Sack kaufen würde. Die Entwicklung bezüglich Anteil an der Direkten Bundessteuer schmerzt. Der Bundesrat hat ihn von 21,2 auf 20,5 Prozent reduziert. Die Gründe sind dem Finanzdirektor bekannt. Es ist eine *kurlige* Geschichte mit politisch fundamentalem Hintergrund, nämlich dem Ziel, dass die Kantone ihre Gewinnsteuersätze nicht zu sehr hinunterdrücken können. Genau das wird der Kanton Zug aber erproben müssen. Man ging hier von etwa 12 Prozent aus, aufkommensneutral und ohne Belastung der natürlichen Personen. Mit dem tieferen Anteil an der Direkten Bundessteuer gehen etwa 300 Millionen Franken verloren, und auch dem Kanton Zug fehlt dadurch eine beträchtliche Summe. Man wird also schauen müssen, ob man den attraktiven Steuersatz von 12 Prozent halten kann − und da gibt es grosse Fragezeichen. Man wird das rechnen, und man wird sehen, wo man schliesslich landet. Sicher ist, dass es mit diesem Anteilssatz an den Direkten Bundessteuern auch für den Kanton Zug sehr schwierig wird. Es stehen also auf jeden Fall grosse Herausforderungen an. Die Lage ist ernst, und der Finanzdirektor hofft, dass das Bundesparlament sich dieser Situation bewusst ist und nicht jeder auf seinen eigenen Interessen beharrt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 11

**816 Interpellation von Philip C. Brunner betreffend «Fringe Benefits» versus Eigenverantwortung − kostspielige Betreuung des Staatspersonals vor der Pensionierung und darüber hinaus?**
Vorlagen: 2722.1/1a - 15404 (Interpellationstext); 2722.2 - 15444 Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Philip C. Brunner** hält fest, dass es in seinem Vorstoss konkret um 37'500 Franken geht, welche der Kanton für Kurse in Zusammenhang mit der Pensionierung von Mitarbeitenden der Verwaltung ausgibt. Er dankt dem Regierungsrat für die umfassende Antwort. Dieser hat den genannten Betrag in eigener Kompetenz bereits um ungefähr einen Drittel gekürzt. Interessant ist für den Rat die Beilage zur Antwort. Diese geht auf einen früheren Abklärungsauftrag einer Kommission zurück und gibt Auskunft über die Anstellungsbedingungen, Lohnnebenleistungen und *Fringe Benefits* des Kantons. Es geht daraus hervor, dass man sich durchaus wünschen könnte, beim Kanton Zug angestellt zu sein. Leider hat der Votant selbst von Heinz Tännler noch kein entsprechendes Angebot erhalten, aber nach dem Ausfall von Kurt Balmer ergeben sich vielleicht neue Chancen. *(Der Rat lacht.)*

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ist froh, dass der Interpellant mit der Antwort einigermassen zufrieden ist. Die Vorbereitung auf den dritten Lebensabschnitt ist wichtig, und sie wird auch in der Privatwirtschaft ernst genommen. Wenn allenfalls Weiter-

bildungskurse gestrichen werden sollten, dann also sicher nicht diese. Im Rahmen von «Finanzen 2019» wird die Möglichkeit gestrichen, dass auch die Partnerin oder der Partner an den Kursen zur Vorbereitung auf die Pensionierung teilnehmen kann. Das ist aber keineswegs eine gute Geschichte, ist die Pensionierung doch ein Schritt, von dem auch die Partnerin bzw. der Partner betroffen ist.
Die vom Kanton gewährten *Fringe Benefits* sind heute bei jedem Arbeitgeber, auch in der Privatwirtschaft, gang und gäbe. Der Kanton Zug klotzt hier nicht. Natürlich muss ein KMU-Unternehmer wie der Interpellant den Franken vielleicht zwei oder drei Mal mehr wenden, aber sicher kommen auch seine Angestellten in den Genuss angemessener Lohn- und Zusatzleistungen; das gleicht sich gegenüber grösseren Arbeitgebern aus. In diesem Sinn dankt der Finanzdirektor dem Interpellanten für den Ausdruck eines gewissen Wohlwollens gegenüber den Mitarbeitenden des Kantons. Diese leisten gute Arbeit und werden nicht *per se* verwöhnt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 12

**817 Interpellation von Philip C. Brunner betreffend jährlich stattfindende unwürdige und wenig erfolgreiche Bettelei der Fachstelle Migration bei allen Zuger Unternehmen**

Vorlagen: 2727.1/1a/1b - 15408 (Interpellationstext); 2727.2 - 15450 Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Philip C. Brunner** dankt für die Beantwortung der Interpellation. Konkret geht es darum, dass eine Anzahl Zuger Unternehmen von der Fachstelle Migration jedes Jahr um finanzielle Unterstützung angegangen wird. Gemäss den Angaben der Regierung sind es 361 Firmen. Sie wurden teils aufgrund langjähriger Beziehungen zur Fachstelle ausgewählt, andere wurden vom Amt für Wirtschaft und Arbeit bereits für das Sponsoring des Projekts «Back to Work» angeschrieben − hat die Datenschützerin das auch zur Kenntnis genommen? −, wieder andere Adressen wurden einer in der «Neuen Zuger Zeitung» publizierten Liste der grössten Arbeitgeber im Kanton Zug entnommen, und schliesslich werden Firmen auch aufgrund direkter Kontakte angeschrieben. Für den Votanten ist diese seit fünfzig Jahren durchgeführte Bettelaktion − als Grundlage dient ein Kantonsratsbeschluss vom 7. Juli 1966 − eher peinlich. Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag stimmt nicht. Auch der Votant beschäftigt ausländische Arbeitnehmer, und er schaut zu ihnen, so gut es geht. Er hat ein grosses Interesse daran, dass sie zur Arbeit erscheinen und ihre Tätigkeit gut ausüben. Er weigert sich aber seit Jahren, der staatlichen Bettelei Folge zu leisten. Aus den Beilagen, die mit dem Bettelbrief verschickt werden, kommt kein Mensch draus, die Angaben sind komplett verwirrlich; man sollte die Verantwortlichen − nach Meinung der Regierung soll die Aktion ja fortgeführt werden − gelegentlich auf gewisse Regeln des Marketing aufmerksam machen. Auf die 37'000 Franken, welche die Bettelaktion einbringt, ist man nicht angewiesen. Der Kanton bezahlt 230'000 Franken, die Gemeinden insgesamt ebenfalls 230'000 Franken, dazu kommen gewisse andere Beiträge. Kurz gesagt: Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag stimmt bei dieser Aktion nicht. Natürlich kann man argumentieren, die Bettelaktion diene dazu, auf die Fachstelle Migration aufmerksam zu machen. Dafür empfiehlt der Votant aber andere Methoden, und er denkt auch an die Zusammenarbeit mit Marketing-Fachleuten in Institutionen wie

Zug Tourismus, die mit guten Ideen sowie Grafik- und Kommunikationskompetenz mithelfen könnten. Der jetzige Auftritt ist − mit Verlaub gesagt − ziemlich peinlich.
Der Votant wird also weiterhin nichts einzahlen. Nicht sehr fair findet er, dass von den vielen tausend Firmen im Kanton Zug nur gerade 361 angeschrieben werden. Seiner Meinung nach müsste man entweder alle oder keine anschreiben. Und alle diese Firmen bezahlen Steuern. Dass der Kanton − die Fachstelle Migration hat ja eine kantonale Anbindung − als Bittsteller auftritt, ist imagemässig schlecht. Die Volkswirtschaftsdirektion und die Kontaktstelle Wirtschaft geben sich grosse Mühe, professionell aufzutreten, während der Auftritt der Fachstelle wirklich penibel ist. Es ging dem Votanten mit seiner Interpellation auch darum, die übrigen Kantonsratsmitglieder ebenfalls auf diese Angelegenheit aufmerksam zu machen.

**Beat Iten** liest namens der SP-Fraktion das Votum von Rupan Sivaganesan vor, der heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Zu dessen Interessenbindung: Er ist Vorstandsmitglied der Fachstelle Migration. Diese wurde vor rund 53 Jahren durch Vertreter der Zuger Wirtschaft, des Kantons und der Zuger Gemeinden gegründet. Seither berät sie erfolgreich ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kanton Zug. Es ist ausserordentlich erfreulich, dass dieses Angebot heute bereits in zwölf Sprachen zur Verfügung steht. Die unentgeltlichen und individuellen Beratungsangebote helfen einer Vielzahl von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Zug, sich in Alltagsfragen zurechtzufinden.
Grosse Firmen leisten die Beiträge an die Fachstelle Migration freiwillig. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort zudem verschiedene sinnvolle und erfolgreiche Projekte aufgelistet, in denen der Staat mit grossem Erfolg mit Firmen und Privatpersonen zusammenarbeitet. Die Liste ist nicht vollständig, sondern könnte problemlos erweitert werden.
Als Mitglied des Kantonsrats erhält man regelmässig Briefe mit Spendenaufrufen von diversen Organisationen im Kanton Zug, sei es im Bereich der Freiwilligenarbeit, der Behindertenbetreuung, der Altersbetreuung und viele mehr. Auch diese Organisationen haben eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Zug, sind jedoch auf zusätzliche Gelder angewiesen, gerade in der heutigen Zeit, in der die Sparbemühungen auch alle Leistungsvereinbarungen betreffen. Es erstaunt daher, dass Philip C. Brunner genau eine Interpellation zur Fachstelle Migration einreicht. Selbstverständlich ist es aber jedem Mitglied des Kantonsrats freigestellt, welchen Themen er sich widmen will.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** nimmt die Anregung von Philip C. Brunner, die Fachstelle Migration solle ihr Marketing professionalisieren, gerne entgegen. Zu bedenken ist allerdings, dass in einem solchen Verein − die Fachstelle ist ein privater Verein mit finanzieller Beteiligung des Staats und einem ehrenamtlich arbeitenden Vorstand − normalerweise wenig Geld für Logo, Marketing etc. übrig bleibt. Wenn nun der Staat ein professionelles Marketing verlangt, das natürlich mehr kostet, wird die Fachstelle verlangen, dass der Staat auch die Kosten dafür übernehmen soll. Zwar finanzieren der Kanton und die Gemeinden den Verein zu einem grossen Teil, dieser ist aber auch noch auf weitere Beiträge angewiesen. Der Regierungsrat erwartet deshalb, dass der Verein gemäss KRB sich um private Sponsorengelder bemüht. Wie er dabei vorgeht, ist ihm selbst überlassen. Allen 30'000 Firmen im Kanton einen Brief zu schicken, wäre wegen der hohen Kosten − 30'000 Kopien, Kuverts und Porti − aber sicher nicht der richtige Weg; das selektive Vorgehen ist grundsätzlich richtig. Im Übrigen ist auch die Fachstelle Migration vom Sparprogramm betroffen: Der Beitrag des Kantons wird gekürzt. Rückmeldungen von Gemeinden rufen allerdings zu Zurückhaltung beim Sparen an dieser Stelle auf,

denn gerade die Gemeinden kennen die Angebote der Fachstelle und schätzen sie sehr. Ein grosses Thema sind etwa die Deutschkurse, ein zentrales Angebot der Fachstelle.
Im Übrigen hinterlässt es beim Volkswirtschaftsdirektor ein schales Gefühl, wenn noch vor der Beantwortung der Interpellation heute bereits eine Motion überwiesen wurde, die darauf abzielt, die Fachstelle Migration überhaupt nicht mehr zu finanzieren. Was war dann der Sinn der vorgelagerten Interpellation? Geht es wirklich darum, das Marketing der Fachstelle zu verbessern, oder soll deren Leistung grundsätzlich in Frage gestellt werden? Offenbar ist das Zweite der Fall. Der Regierungsrat wird in Zusammenhang mit der Motion die Gelegenheit haben, diese Frage in der gebotenen Tiefe anzuschauen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 818 Nächste Sitzung

Donnerstag, 6. Juli 2017 (Halbtagessitzung)

**Beilage (nur elektronisch):**
Report der Abstimmungsergebnisse: https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

58. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 6. Juli 2017
Zeit: 8.30 – 12.15 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli und Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
2.1. Postulat von Hans Baumgartner, Jean-Luc Mösch und Silvan Renggli betreffend Beibehaltung der direkten Buslinie Nr. 7 Cham Bahnhof nach Zug
3. Kommissionsbestellungen
4. Rechenschaftsbericht 2016 des Obergerichts
5. Bericht 2016 der Ombudsstelle Kanton Zug
6. Tätigkeitsbericht 2016 der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug
7. Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz, FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1): 2. Lesung
8. Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht
9. Geschäfte, die am 29. Juni 2017 nicht behandelt werden konnten

## 819 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung sind 70 Ratsmitglieder anwesend

Abwesend sind: Jürg Messmer und Richard Rüegg, beide Zug; Patrick Iten, Oberägeri; Adrian Andermatt und Andreas Lustenberger, beide Baar; Anna Bieri und Hubert Schuler, beide Hünenberg; Thomas Meierhans, Anastas Odermatt und Monika Weber, alle Steinhausen.

## 820 Mitteilungen

Es findet eine Halbtagessitzung ohne Mittagessen statt.

Heute gilt jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

TRAKTANDUM 1

**821 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**822** Traktandum 2.1: **Postulat von Hans Baumgartner, Jean-Luc Mösch und Silvan Renggli betreffend Beibehaltung der direkten Buslinie Nr. 7 Cham Bahnhof nach Zug**
Vorlage: 2761.1 - 15473 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 3

**Kommissionsbestellungen:**

**823** Traktandum 3.1: **Erweiterte Justizprüfungskommission**

Anstelle von Alois Gössi soll per 8. Juli 2017 neu Hubert Schuler für die SP in die erweiterte Justizprüfungskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 4

**824 Rechenschaftsbericht 2016 des Obergerichts**
Vorlagen: 2739.1 - 00000 (Bericht des Obergerichts); 2739.2 - 15474 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell den Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, hält fest, dass gemäss der am 28. August 2014 geänderten Geschäftsordnung des Kantonsrats die erweiterte Justizprüfungskommission den Rechenschaftsbericht des Obergerichts prüft und alle der Oberaufsicht des Obergerichts unterstellten kantonalen Behörden visitiert. Die Kadenz der Visitationen ist der JPK überlassen. Dem JPK-Bericht ist auf Seite 1 zu entnehmen, welche Behörden dieses Jahr durch die erweiterte JPK visitiert wurden.
Nach dem Erhalt der Rechenschaftsberichte reicht die JPK jeweils Zusatzfragen ein. Diese werden zum Teil schon im Voraus schriftlich oder an der Visitation vertieft beantwortet. Dabei geht es um die Prüfung der Verfahrensdauer, des Arbeitsklimas, der Arbeitsbelastung, der Personalfluktuation etc. Der JPK-Präsident nimmt es vorweg: Die Zivil- und Strafjustiz des Kantons Zug funktioniert gut bis sehr gut.

Sie arbeitet effizient und leistet auch ihren Anteil an das Projekt «Finanzen 2019». Die Arbeitsbelastung wird zwar durchwegs als hoch bis sehr hoch eingestuft, halte sich im Moment aber noch in einem zu bewältigenden Rahmen.
Da der Votant überzeugt ist, dass alle Ratsmitglieder den Bericht und Antrag der JPK gelesen haben, geht er nur auf einzelne Punkte ein:
• Staatsanwaltschaft/Jugendanwaltschaft: Der Oberstaatsanwalt informierte die JPK, dass die in Zusammenhang mit dem Sparpaket 2018 eingeführte Verrechnung der polizeilichen Leistungen vor allem bei der Polizei zu einem erheblichen, administrativen Mehraufwand führe, man aber noch nach praktikablen Lösungen suche. Wie der JPK-Präsident erfahren hat, konnte dieses Problem nun mit einer Pauschalabgabe mehr oder weniger gelöst werden. Die Jugendanwaltschaft informierte die JPK darüber, dass in den nächsten Jahren mit massiv höheren Kosten bei den Jugendmassnahmen zu rechnen sei. Grund dafür ist einerseits, dass die Tarife erhöht wurden, und andererseits, weil mit einer Gesetzesänderung das Höchstalter von Jugendlichen, die in eine Massnahme geschickt werden, heraufgesetzt wurde.
• Das Strafgericht bemerkte, dass durch die Annahme der Ausschaffungsinitiative mehr Aufwand entstehen werde. Für eine Ausschaffung sei nämlich zwingend eine Anklage notwendig. Das heisst, dass Fälle, die bis anhin auch mit einem Strafbefehl von der Staatsanwaltschaft erledigt werden konnten, künftig teilweise mit einer Anklage an das Strafgericht weitergeleitet werden müssen, was natürlich zu Mehraufwand führe.
• Das Kantonsgericht hatte einen leichten Rückgang der Neueingänge zu verzeichnen. Die Pendenzen blieben ungefähr auf dem Vorjahresniveau. Um den Kantonsgerichtspräsidenten etwas zu entlasten, wurde ihm ein Gerichtsschreiber-Springer zugeteilt, was sich positiv auf seine Pendenzen auswirkte. Trotz personeller Wechsel ist am Kantonsgericht wieder so etwas wie Ruhe eingekehrt. Die JPK erachtet die im Zug der damaligen Probleme eingeführte Erweiterung der Geschäftsleitung als hinderlich und regt eine Änderung der diesbezüglichen Regelung an. Der Präsident des Kantonsgerichts sowie der Vizepräsident und der Präsident des Obergerichts sehen das auch so und werden entsprechende Schritte einleiten.
• Die Visitationen der Konkursämter, Betreibungsämter und Friedensrichterämter haben aufgezeigt, dass dort sehr professionell und lösungsorientiert gearbeitet wird und viele sich anbahnende Probleme oder gar Verfahren schon niederschwellig und einfach erledigt werden können, was den Nutzen und die Wichtigkeit dieser Stellen bestätigt.
• Beim Obergericht ist die Belastung ebenfalls hoch bis sehr hoch, vor allem bei der Strafabteilung ist sie sehr hoch. Dies ist auf Änderungen in der Strafprozessordnung zurückzuführen. Oftmals kann das Obergericht nicht «nur» die Urteile der Vorinstanz auf ihre Richtigkeit prüfen, sondern muss in zweiter Instanz selber noch Beweise abnehmen. Dies führt zu Mehraufwand und Verzögerungen. Mit den ausgebauten Parteirechten werden Urteile der Vorinstanz oft einfach nicht akzeptiert und an die nächste Instanz weitergezogen. Auch das generiert natürlich erheblichen Mehraufwand.
Die JPK beantragt mit 9 zu 0 Stimmen, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2016 zu genehmigen. Sie dankt den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitenden der Gerichte und allen der Aufsicht des Obergerichts unterstellten Stellen im Namen des Kantonsrats herzlich für ihre Arbeit und ihren engagierten Einsatz. Die SVP-Fraktion unterstützt die Genehmigung einstimmig.

**Esther Haas** teilt mit, dass die ALG-Fraktion der kantonalen Justiz gute Arbeit attestiert und den Rechenschaftsbericht 2016 des Obergerichts entsprechend genehmigt. Sie kommt aufgrund des Rechenschaftsberichts zum Schluss, dass die

Rechtsprechung im Kanton Zug trotz teils hoher Belastung funktioniert, angefangen bei den Friedensrichterämtern in den Gemeinden bis hin zum Obergericht.
Die Justiz ist stetig in Bewegung. Die Fluktuation ist nicht alarmierend, findet aber statt. Hier ist die Frage des Knowhow-Transfers wichtig. Eindrücklich aufgezeigt erhielt dies die JPK bei der Visitation der Schlichtungsbehörde Landwirtschaftliche Pacht. Erstmals nach zwölf Jahren wurde diese neben den Friedensrichterämtern wohl kleinste richterliche Behörde wieder visitiert. Der Schlichter verfügt offenbar einerseits über viel Akzeptanz, weil er selber einen landwirtschaftlichen Hintergrund hat und demnach über das landwirtschaftliche Fachwissen verfügt. Das Knowhow, das bei ihm und beim zuständigen Direktionssekretariat der Volkswirtschaftsdirektion über Jahre aufgebaut worden ist, muss gesichert werden, wenn die Übergabe dereinst sauber verlaufen soll, auch damit die Nachfolger von dieser grossen Ressource profitieren können.
Generell ist zu sagen: Was die JPK im Rahmen der Visitationen gesehen hat, spricht für die Justiz. Die Verantwortlichen kennen die Herausforderungen, die sich im steten Wandel ergeben. Bei allen Visitationen war die hohe Arbeitsbelastung ein Thema. Die Gewährleistung der Arbeit sei nur dank der hohen Motivation der Teammitglieder möglich, war beispielsweise die Beurteilung des Leiters des Amts für Justizvollzug. Solche Statements zur Arbeitshaltung hört man bei den Visitationen gerne, ebenso dass man sich bei grösserem Arbeitsanfall gegenseitig aushelfe. Die Votantin hatte bei keiner einzigen Visitation das Gefühl, dass einfach mal drauflos gejammert werde − im Gegenteil. Man muss solche Informationen deshalb ernst nehmen und auch von der gesetzgebenden Seite her alles tun, dass die Gerichte die hohe Qualität ihrer Arbeit halten können.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er dankt den Mitarbeitenden der Zuger Zivil- und Strafrechtspflege für ihren grossen Einsatz. Die Zuger Gerichte haben − wie auch der Bericht der erweiterten Justizprüfungskommission zeigt − im letzten Jahr gut bis sehr gut gearbeitet. Die Justiz im Kanton Zug funktioniert. Die Geschäftslage, die Anzahl der Fälle, zeigt auf, dass leider weiterhin auf einem hohen Niveau gearbeitet werden muss. Nur im Bereich des Strafgerichts scheint die Auslastung nicht übermässig stark zu sein.
Für die SP-Fraktion sind folgende Punkte erwähnenswert:
• Wenn man sich auf die Falleingänge, d. h. Strafverfahren, abstützt, könnte man meinen, Zug sei ein krimineller Kanton. 2016 sind rund 10'800 davon bei der Staatsanwaltschaft eingegangen, was ein Plus von 9,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Statistisch betrachtet, haben von den achtzig Kantons- und sieben Regierungsräten sechs bis sieben Kantonsräte und ein halber Regierungsrat ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft laufen. Auch wenn es eine grosse Zunahme im Massengeschäft, etwa bei den Verkehrsdelikten, gab, scheint dem Votanten diese Zahl immer noch viel zu hoch.
• Die Geschäftsleitung des Kantonsgerichts besteht aus fünf von neun Kantonsrichtern. Der Votant weiss, dass dies aufgrund der damaligen Krise um einen Kantonsrichter beschlossen wurde, ist aber der Meinung, dass diese Regelung nicht mehr angebracht sei. Das Kantonsgericht hat die Absicht, sie zu überarbeiten, was sehr zu begrüssen ist. Dazu sollte auch gehören, dass die übermässige zeitliche Belastung des Kantonsgerichtspräsidenten irgendwie abgegolten bzw. er in seiner Rolle als Kantonsgerichtspräsident entlastet wird.
• Es gab in den letzten Jahren bei den Kantonsrichtern einen regen Wechsel: Fünf von neun sind Kantonsrichter seit 2012 zurückgetreten, und jetzt steht auch noch der Rücktritt des Kantonsgerichtspräsidenten an. Der Meinung des Obergerichts dazu kann sich der Votant nur anschliessen: Der Austausch mit erfahrenen und

kundigen Kollegen und Ratgebern geht verloren. Neue Mitglieder haben wegen mangelnder Routine und wegen der erforderlichen Einarbeitung in die speziellen Rechtsgebiete zumindest vorübergehend einen zusätzlichen Aufwand zu betreiben; dies gilt grundsätzlich auch bei einem Wechsel innerhalb des Gerichts. Die Aufrechterhaltung einer konstanten und einheitlichen Praxis wird erschwert.
• Spezielle Sorge muss zu einzelnen, genauer gesagt drei Richtern − einer davon ist der erwähnte Kantonsgerichtspräsident − getragen werden, dies wegen ihrer überdurchschnittlichen Arbeitsbelastung. Es sollte doch möglich sein, mindestens eine kleine Umverteilung der Arbeiten zu bewerkstelligen.
Im Übrigen schliesst sich die SP-Fraktion dem Antrag der JPK an.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass sich das Obergericht aufgrund der eingereichten Tätigkeitsberichte und der in den ersten Monaten dieses Jahres durchgeführten Inspektionen einmal mehr davon überzeugen konnte, dass die Zivil- und Strafjustiz im Kanton Zug gut funktioniert. Die erweiterte Justizprüfungskommission hat die Tätigkeit der Zivil- und Strafjustiz bei den Visitationen einer eingehenden Prüfung unterzogen. Auch sie kommt zum Schluss, dass die Zivil- und Strafrechtpflege im Kanton Zug funktioniere. Der Obergerichtspräsident dankt der Justizprüfungskommission und im Besonderen deren Präsidenten für die offene Gesprächskultur und für die angenehme Atmosphäre bei den Visitationsgesprächen.
Die Arbeitsbelastung ist − wie erwähnt − in allen Bereichen der Zivil- und Strafjustiz konstant hoch. Bei der Staatsanwaltschaft liegen die Neueingänge rund 9 Prozent über dem Vorjahreswert und erstmals über der 10'000er Marke. Wie im Rechenschaftsbericht festgehalten wurde, ist die gut aufgestellte Staatsanwaltschaft in der Lage, diese Geschäftslast zu bewältigen.
Bereits vor einem Jahr hat die erweiterte Justizprüfungskommission die Überlastung des Kantonsgerichtspräsidenten angesprochen. Seit Anfang Jahr ist die zweite sogenannte Springerstelle wieder mit 60 Prozent besetzt und dem Kantonsgerichtspräsidenten zugeteilt. Von mehreren Seiten wurde die 2012 revidierte Geschäftsordnung des Kantonsgerichts bzw. die auf fünf Mitglieder erweiterte Geschäftsleitung als schwerfällig kritisiert. Dazu gibt es eine Neuigkeit: Das Plenum des Kantonsgerichts hat seine Geschäftsordnung angepasst und unter anderem beschlossen, die Geschäftsleitung wieder auf drei Personen zu verkleinern. Das Obergericht wird dem Kantonsrat die revidierte Geschäftsordnung zur Genehmigung unterbreiten.
Bei der Strafabteilung des Obergerichts ist die Arbeitslast derart gross, dass sie mit den ordentlichen Richter- und Gerichtsschreiberpensen nicht zu bewältigen ist. Seit längerer Zeit ist deshalb der Strafabteilung ein Springer zugeteilt und werden − so weit möglich − auch andere Personalressourcen eingesetzt. So konnten die Fälle bisher zeitgerecht erledigt werden. Die Ursache für diese übergrosse Geschäftslast liegt einerseits darin, dass die Verfahren mit der schweizerischen Strafprozessordnung komplizierter und aufwendiger geworden sind; andererseits werden immer mehr Fälle vom Strafgericht an das Obergericht weitergezogen. Das liegt nicht etwa an der Qualität der erstinstanzlichen Urteile. In der Regel haben die Beschuldigten amtliche Verteidiger, welche aus der Staatskasse entschädigt werden. Von den Verurteilten können diese Kosten in der Regel nicht mehr erfolgreich zurückgefordert werden. Diese haben also kaum etwas zu verlieren, und deshalb ist die Schwelle, ein Urteil anzufechten, nicht sehr hoch. Mit einer Abnahme der Arbeitslast kann nicht gerechnet werden, im Gegenteil: Der Trend scheint anzuhalten. Im Hinblick auf die Amtsperiode 2019−2024 wird sich das Obergericht etwas einfallen lassen müssen.

Zum Geschäftsgang beim Strafgericht, bei den Friedensrichterämtern, den Schlichtungsbehörden, den Betreibungsämtern und dem Konkursamt, der Anwaltsprüfungskommission und der Aufsichtskommission verweist der Obergerichtspräsident auf den Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission sowie auf den Rechenschaftsbericht des Obergerichts. Er verzichtet auf zusätzliche Bemerkungen.
Wenn in den Medien, vor allem in den lokalen Zeitungen, über die Justiz berichtet wird, geht es meistens um mehr oder weniger spektakuläre Straffälle. In letzter Zeit hat nun auch einmal ein Zivilverfahren schweizweit und sogar über die Landesgrenzen hinaus Schlagzeilen gemacht. Es geht um den Verkauf von Aktien und eine umstrittene Stimmrechtsbeschränkung. Die positiven Kommentare in Zeitungen und juristischen Zeitschriften zu den Entscheiden aus dem Kanton Zug machen deutlich: Eine funktionierende Justiz, eine qualitativ hochstehende Rechtsprechung, ist ein Aushängeschild für den Kanton. Sie ist ein Standortfaktor. Und darauf dürfen alle, die dazu einen Beitrag leisten, ein bisschen stolz sein. In diesem Sinn dankt der Obergerichtspräsident im Namen des Obergerichts allen, die in der Zivil- und Strafjustiz des Kantons Zug tätig sind, für den grossen Einsatz und die geleistete Arbeit.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Rechenschaftsbericht 2016 des Obergerichts.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafjustiz für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 5

**825 Bericht 2016 der Ombudsstelle Kanton Zug**

Vorlagen: 2740.1 - 00000 (Bericht der Ombudsstelle); 2740.2 - 15471 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell die Ombudsfrau Katharina Landolf.

EINTRETENSDEBATTE

JPK-Präsident **Thomas Werner** hält fest, dass die Ombudsstelle im Rahmen der Oberaufsicht des Kantonsrats von der erweiterten Justizprüfungskommission visitiert wird. Am 16. Mai 2017 visitierte eine Delegation der JPK, bestehend aus Anastas Odermatt − er hatte den *Lead* −, Markus Hürlimann, Alice Landtwing und Daniel Stuber die Ombudsstelle. Im Vorfeld dieser Visitation wurden der Ombuds-

frau Fragen zum Bericht über die Periode 2016 zugestellt. Anlässlich der Visitation wurden diese Fragen eingehend besprochen.
Kurz zusammengefasst, hat die Anzahl Meldungen bei der Ombudsstelle im Jahr 2016 leicht zugenommen. Spezielle Gründe sind keine ersichtlich. Die überwiegende Anzahl der Fälle konnte durch die Ombudsfrau mittels Beratung erledigt werden. Die Ombudsstelle arbeitet wie in den letzten Jahren mit einem Etat von 1,55 Vollzeitstellen: 80 Stellenprozente die Ombudsfrau, 40 Stellenprozente die juristische Assistenz und 35 Stellenprozente die kaufmännische Mitarbeiterin. Zu erwähnen ist, dass die Ombudsfrau nicht 1,7, sondern 1,55 Personaleinheiten budgetiert hatte. Die 1,7 Personaleinheiten wären ursprünglich für die Ombudsstelle vorgesehen gewesen, mussten in den letzten Jahren aber nie voll ausgeschöpft werden.
Anlässlich der Visitation orientierte die Ombudsfrau über die Kündigung ihrer juristischen Mitarbeiterin per 1. Juni 2017. Diese Stelle soll vorläufig nicht wieder besetzt werden, im Budgetprozess aber beibehalten bleiben. Die Ombudsfrau ist der Ansicht, dass die Ombudsstelle grundsätzlich ohne Assistenz und Sekretariat geführt werden kann, allenfalls mit einem höheren Pensum der Ombudsperson. Katharina Landolf informierte die JPK auch darüber, dass sie nach Ablauf ihrer Amtsdauer Ende 2018 nicht mehr als Ombudsfrau kandidieren werde.
Die erweiterte JPK spricht der Ombudsfrau den Dank für ihre Tätigkeit als Ombudsperson, als Ansprechstelle für Ratsuchende, aus. Sie beantragt mit 11 zu 0 Stimmen, den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für das Jahr 2016 zur Kenntnis zu nehmen und der Ombudsfrau und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die geleistete Arbeit zu danken. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

**Esther Haas** hält fest, dass die ALG-Fraktion der kantonalen Ombudsstelle gute Arbeit attestiert und den Bericht wohlwollend zu Kenntnis nimmt. Im vergangenen Jahr wurde moniert, dass zwecks Nachvollziehbarkeit der Arbeit die Ombudsfrau prozentuale Angaben zu den verschiedenen Tätigkeiten machen bzw. entsprechende Schätzungen vorlegen soll. Nachvollziehbar wurde damals dargelegt, dass hierfür ein entsprechendes Geschäftsverwaltungsprogramm angeschafft werden müsste, wobei dies vom Kantonsrat schon im Voraus abgelehnt wurde. Exakte Angaben sind daher nicht möglich. Hinzu kommt, dass die Ombudsstelle nur einen Auftrag hat: Beratung, Abklärung und Vermittlung. Sie hat keine weiteren Gesetzesaufträge oder anderweitige Aufgaben. Die Ombudsfrau konnte nun eine grobe Abschätzung der Arbeitslast abgegeben: 80 Prozent sind Kerngeschäft, also Beratung, Abklärung und Vermittlung, 20 Prozent sind Administration. Für die ALG ist das nachvollziehbar, und sie dankt für die Angaben. Die Korrektur im Bericht der JPK hat deren Präsident bereits vorgenommen: Es sind nicht 1,7, sondern 1,55 Personaleinheiten budgetiert.
Die Angebote der Ombudsfrau werden von der Bevölkerung rege genutzt und auch geschätzt. Die bürgerfreundlichen Dienstleistungen der Ombudsstelle dienen der Verhinderung von aufwendigen Verfahren in Form von Beschwerden etc. Die Ombudsstelle wirkt als Ventil. Sie versucht, deeskalierend und vermittelnd in Konfliktsituationen einzuwirken und zu begleiten. Ein solches Ventil ist für eine gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Privatpersonen sehr wichtig. In diesem Sinne dankt die Votantin im Namen der ALG der Ombudsfrau und ihren Mitarbeitenden für die geleistete und wertvolle Arbeit.

Ombudsfrau **Katharina Landolf** möchte konkretisieren, dass sie im Zuge der Sparmassnahmen momentan darauf verzichtet hat, die Assistenzstelle von 40 Prozent zu besetzen, sich aber vorbehält, das auf das nächste Jahr hin wieder zu tun. Sie möchte einfach mal schauen, ob die Nichtbesetzung sich auf die Effizienz bzw. die

Wartezeit für die Kundschaft auswirkt, ob die Wartezeit also allenfalls zu lange wird und es Ende Jahr eine nicht mehr vertretbare Anzahl Pendenzen gibt. Sie hat aber nicht gesagt, dass die Ombudsstelle auch ohne Sekretariat und ohne Assistenz geführt werden könne. Sie hat auf die entsprechende Frage geantwortet, dass das theoretisch zwar möglich wäre, allerdings nur mit einer entsprechenden Erhöhung des Pensums der Ombudsperson.
Die Ombudsfrau dankt für das ihr ausgesprochene Vertrauen und die wertschätzende Beurteilung durch die JPK und die Sprecherin der ALG. Sie hofft, ihre Tätigkeit auch in ihrem letzten Jahr zur Zufriedenheit des Kantonsrats ausüben zu können.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Bericht 2016 der Ombudsstelle stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** dankt namens des Kantonsrats der Ombudsstelle für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 6

**826 Tätigkeitsbericht 2016 der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug**
Vorlagen: 2747.1 - 00000 (Bericht der Datenschutzbeauftragten); 2747.2 - 15469 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell die Datenschutzbeauftragte Claudia Mund.

EINTRETENSDEBATTE

JPK-Präsident **Thomas Werner** teilt mit, dass ebenfalls am 16. Mai 2017 eine Delegation der JPK, bestehend aus Esther Haas − ihr oblag der *Lead* −, Manuel Brandenberg, Daniel Stuber und Alice Landtwing, die Datenschutzstelle, die von der Datenschützerin Claudia Mund vertreten wurde, visitierte. Im Vorfeld der Visitation wurden auch der Datenschützerin Fragen zum Bericht über die Periode 2016 zugestellt. Anlässlich der Visitation wurden diese Fragen eingehend besprochen.
Die Digitalisierung der Gesellschaft bringt viele Vorteile mit sich − aber nicht nur. Nur zu schnell gelangen persönliche Daten durch unvorsichtiges Handeln oder durch den zu sorglosen Umgang damit auf allen Seiten − auch bei öffentlichen Stellen − in falsche Hände. Der Bundesrat hat im Dezember 2016 den Vorentwurf zu einer Totalrevision des Datenschutzgesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Die Zuger Datenschützerin Claudia Mund ist derzeit gemeinsam mit der federführenden Sicherheitsdirektion daran, den Revisionsbedarf des kantonalen Datenschutzgesetzes im Detail zu prüfen.
Natürlich spürt auch die Datenschutzstelle die Sparanstrengungen der Regierung und trägt diese − so gut es geht und wenn immer möglich − mit, auch wenn dadurch

einzelne Projekte aufgeschoben werden mussten. Im Allgemeinen wird die Datenschutzstelle unter der Führung von Claudia Mund lösungsorientierter wahrgenommen. Sie erhielt diesbezüglich positive Meldungen aus den Gemeinden und der Verwaltung. Als besondere Herausforderung sieht Claudia Mund nebst dem aktuellen Entlastungsprogramm auch die Einsparungen, die im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» auf die Datenschutzstelle zukommen könnten. Schon jetzt würden die personellen Ressourcen nicht für alle Kernaufgaben ausreichen.
Die erweiterte JPK dankt Claudia Mund für ihre Tätigkeit als kompetente und lösungsorientierte Datenschützerin. Sie beantragt mit 11 zu 0 Stimmen, den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2016 zur Kenntnis zu nehmen und der Datenschützerin und ihren Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit zu danken.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. «Das Recht auf Privatheit bzw. Datenschutz ist ein Grundrecht, das uns allen von Verfassungs wegen zusteht.» So sensibilisiert die Datenschutzbeauftragte des Kantons Zug auf ihrer Homepage die Bevölkerung für das Recht auf Privatheit und Datenschutz. Datenschutz ist eine Kernaufgabe der Sorgfaltspflicht von Kanton und Gemeinden gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern und betrifft praktisch alle Lebensbereiche. Die Datenschutzbeauftragte gibt in ihrem Jahresbericht Einblick in ihre Tätigkeit. Bei solch einer Themenbreite den Überblick zu behalten, ist zweifellos eine grosse Herausforderung. Und dies ist ja erst das Tagesgeschäft. Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit und gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben müssten auch erfüllt werden. Mangels Ressourcen konnten aber beispielsweise proaktive Datenschutzkontrollen nicht durchgeführt werden. Hier liegt nach Meinung der ALG ein Knackpunkt, dem sich die Datenschutzstelle gegenübersieht: Neben den deutlichen Budgetkürzungen der vergangenen zwei Jahre ist sie mit dem Sparprogramm mit weiteren Sparwünschen konfrontiert. Anlässlich der Visitation konnte Claudia Mund glaubhaft aufzeigen, dass die Zitrone ausgepresst ist. Es stellt sich die Frage, welchen Datenschutz man will: eine Datenschutzstelle, die klar vorgegebene Aufgaben nicht mehr erfüllen kann und damit mehr und mehr zu einem Alibikonstrukt wird, oder einen Datenschutz, der das Recht auf Privatheit auch korrekt, den gesetzlichen Vorgaben folgend, umsetzt? Die ALG fordert einen funktionierenden Datenschutz, der mit wachsamem Auge der Tendenz zum gläsernen Menschen entgegenwirkt. Sie würde sich vehement wehren, wenn weitere Spargelüste in der Budgetdebatte auf die Datenschutzstelle zielen sollten.

**Philip C. Brunner** ist der Meinung, dass man das Wort nicht nur Esther Haas überlassen sollte, weshalb auch er es ergreift. *(Der Rat lacht.)* Esther Haas hat in ihrem Votum die Diskrepanz zwischen den gesetzlichen Vorgaben und den finanziellen Möglichkeiten aufgezeigt und damit auf ein Spannungsfeld hingewiesen, das den Rat in Zusammenhang mit den Sparbemühungen noch des Öfteren beschäftigen wird. Diese Diskrepanz ist also keine Spezialität der Datenschutz- oder der Ombudsstelle, vielmehr sind alle davon betroffen.
Gemäss JPK-Bericht bezeichnet die Datenschutzbeauftragte nebst dem Entlastungsprogramm 2015−2018 die weiteren Einsparungen im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» als besondere Herausforderung. Am 12. Juni war in der «Zuger Zeitung» unter dem Titel «Zuwenig Geld für Pflichtaufgaben» zu lesen, die Datenschutzstelle könne nicht alle gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben wahrnehmen, weil ihr die Mittel dazu fehlten. Der Votant hat sich über diesen Bericht ziemlich aufgeregt, muss seine Meinung nun aber korrigieren. Festzuhalten ist, dass sich die Datenschutzbeauftragte als vom Kantonsrat gewählte Behörde ihrer besonderen Verantwortung bewusst sein muss. Wenn sie einen Bericht verfasst, werden die

Medien an sie gelangen und nachfragen. Nun gibt es im Kanton Zug aber Dutzende von Amtsleitern, die ebenfalls unter dem Sparprogramm «leiden» und dadurch ebenfalls vor grosse Herausforderungen gestellt sind. Es würde aber keinem Amtsleiter einfallen, sich in den Medien dazu zu äussern, denn sein Direktionsvorsteher würde sofort reagieren. Amtsleiter haben diese Freiheit also nicht. Es ist deshalb eine besondere Herausforderung, mit dieser Freiheit umzugehen.
Der Votant ist bei seinen Recherchen auch auf einen vor ein paar Tagen auf dem Portal «zentralplus.ch» erschienenen Artikel mit dem Titel «Sind die Luzerner Daten sicher? Wir wissen es nicht» gestossen. Diesem ist zu entnehmen, dass der Kanton Luzern − ohne die Stadt Luzern, aber mit immerhin 82 Gemeinden − seine Datenschutzstelle mit 0,9 Stellen führt und die entsprechenden Aufgaben damit mehr oder weniger gut erfüllt. Der Kantonsrat sollte sich in Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur Totalrevision des Datenschutzgesetzes und mit den von der EU und sogar vom Europarat geforderten zusätzlichen Datenschutzbestimmungen also gut überlegen, was er beschliesst. Es macht nämlich keinen Sinn, etwas zu beschliessen, das am Schluss nicht umgesetzt werden kann. Oder anders gesagt: Wenn man etwas vorgibt, müssen auch die entsprechenden Mittel bewilligt werden. Man muss sich also vorher überlegen, was es kostet. Dies ist allerdings keine Exklusivität der Datenschutz- oder der Ombudsstelle, sondern gilt für alle Entscheide des Kantonsrats.

**Claudia Mund,** Datenschutzbeauftragte, möchte mit den Ziffern 4 und 0 weiterfahren, genauer mit 4.0. Der Rat spricht über finanzielle Mittel in einem Bereich, der boomt und nicht aufzuhalten ist. Die Digitalisierung und *Big Data* sind die Themen der Zukunft, für die sich der Kanton Zug wappnen muss. Die Polizei warnte jüngst in den Medien vor dem «Enkeltrick 4.0» in Zuger Unternehmen: Betrüger beschaffen sich Daten, geben sich als CEO aus und veranlassen Überweisungen in grosser Höhe; die Digitalisierung und *Big Data* erlauben es, sich die nötigen Daten zu beschaffen. 4.0 wird alle beschäftigen und vor grosse Herausforderungen stellen. Der Bund hat − wie schon erwähnt wurde − bereits reagiert. Das Datenschutzgesetz des Bundes stammt aus dem Jahr 1992, dasjenige des Kantons Zug von 2000, also aus einer Zeit, in der Smartphones noch inexistent waren und *Big Data* oder *Clouds* jenseits der Vorstellungskraft lagen. Datenschutz und Datensicherheit werden noch mehr an Bedeutung gewinnen. Das sollten sie auch, denn der Staat muss das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten, dass deren Daten geschützt sind. Um für diese Herausforderungen gewappnet zu sein, modernisieren der Bund und die Kantone derzeit ihre Datenschutzgesetzgebungen; auch die Datenschutzstelle des Kantons Zug überprüft in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion das kantonale Datenschutzgesetz auf Revisionsbedarf. Wichtig ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und Schaden zu verhindern. Wichtig ist aber auch, in der Schweiz ein Datenschutzniveau zu gewährleisten, dass den Unternehmen einen unkomplizierten Datenaustausch über die Landesgrenzen hinaus ermöglicht. Hier stellt die Datenschutzbeauftragte ihre Ressourcen und ihr Knowhow uneingeschränkt zur Verfügung. Sie freut sich darauf, die kommenden Herausforderungen anzunehmen, gemeinsam mit dem Kantons- und Regierungsrat sowie der Verwaltung und im Sinne eines innovativen und visionären Datenschutzes 4.0. Der Kanton Zug soll seinem Leitbild entsprechend «einen Schritt voraus» sein − auch im Datenschutz.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht 2016 der Datenschutzbeauftragten stillschweigend zur Kenntnis

Im Namen des Kantonsrats dankt der **Vorsitzende** der Datenschutzbeauftragten und ihren Mitarbeitenden für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 7

**827 Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz, FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1): 2. Lesung**

Vorlagen: 2652.5 - 15440 (Ergebnis 1. Lesung); 2652.6 - 15458 (Antrag von Daniel Stadlin zur 2. Lesung); 2652.7 - 15460 (Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung); 2652.8 - 15475 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass vorab der Finanzdirektor wie vereinbart Ausführungen zum Vorgehen betreffend die vom Kantonsrat am 29. Juni 2017 nicht genehmigte Jahresrechnung der Gebäudeversicherung macht.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** erinnert daran, dass in der letzten Kantonsratssitzung unklar war, welche Konsequenz die Nichtgenehmigung der Rechnung der Gebäudeversicherung hat. Die Finanzdirektion und der Regierungsrat haben diese Frage geprüft. Aus dem Gesetz lässt sich − wie schon in der letzten Sitzung festgestellt wurde − nichts herleiten, und auch aus den Materialien ergibt sich nichts. Hingegen gibt es in den Empfehlungen des HRM2, auf die auch das neue Finanzhaushaltgesetz letztlich referenziert, einen Hinweis. Dieser besagt, dass eine Rechnung genehmigt werden *muss*. Und weiter: Politische Gründe welcher Art auch immer dürfen nicht dazu führen, dass eine Rechnung nicht genehmigt wird. Sie kann aber dann nicht genehmigt werden, wenn sie Rechenfehler enthält oder technisch-buchhalterisch fehlerhaft ist.
Vor diesem Hintergrund wird die Regierung dem Kantonsrat die Rechnung der Gebäudeversicherung in der Septembersitzung nochmals vorlegen, verbunden mit einem Bericht, welcher auf die Diskussion in der letzten Sitzung sowie auf die Berichte der Stawiko und der Finanzkontrolle Bezug nimmt. Der Finanzdirektor ist überzeugt, dass dann das Ganze korrigiert werden kann.

Der **Vorsitzende** dankt dem Finanzdirektor für seine Information. Er hält fest, dass auf die zweite Lesung der Vorlage 2652 folgende Anträge eingegangen sind:
• Antrag von Daniel Stadlin zu § 2: neuer Absatz 1a;
• Anträge des Regierungsrats zu § 14 und § 53 Abs. 2, verbunden mit einem Eventualantrag zu § 14, und ein Antrag zu Teil IV (Inkrafttreten);
• Anträge der vorberatenden Kommission zu den Anträgen von Daniel Stadlin und des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 1a (neu)*

**Daniel Stadlin** war sich, als er seinen Antrag formulierte, durchaus bewusst, dass sein Ansinnen im Grossen und Ganzen bereits heute im Organisations- und Finanz-

haushaltgesetz festgehalten ist. Nichtsdestotrotz fand er es wichtig, dass eine langfristige Kontrolle der Ausgabenentwicklung als Grundsatz im Finanzhaushaltgesetz festgehalten werden sollte. Da die vorberatende Kommission dafür aber keine Notwendigkeit sieht resp. findet, mit der heutigen Gesetzgebung sei dies bereits genügend gesichert, und demzufolge den Antrag einstimmig ablehnt und der Votant zudem sicher ist, dass die Stawiko und der Regierungsrat das auch so sehen, tendiert die Wahrscheinlichkeit einer Annahme gegen Null. Am Antrag festzuhalten bringt somit nichts. Der Votant zieht seinen Antrag deshalb zurück.

*§ 14 (Abschreibungsmodus) und § 53 Abs. 2 (Übergangsbestimmungen)*

Finanzdirektor **Heinz Tännler** erinnert daran, dass in der ersten Lesung die Frage der Abschreibungsmethode zu einer Glaubensfrage mutierte. Er dankt der vorberatenden Kommission und der Stawiko für ihre Flexibilität, dieses Thema nochmals zu beraten.
Die bisherige Debatte zur Abschreibungsmethode hat − auch wenn sie sehr kontrovers geführt wurde − etwas klar und deutlich gezeigt: Der Kantonsrat sorgt sich um die finanzielle Zukunft des Kantons Zug, und er will, dass auch die kommenden Generationen über den notwendigen finanziellen Spielraum verfügen. Das freut den Finanzdirektor, und es stimmt ihn auch zuversichtlich für die Diskussion über weitere Massnahmen zur Stabilisierung des Finanzhaushalts. Entsprechend ernst nimmt er die Bedenken zum Wechsel der Abschreibungsmethode. Er geht deshalb nochmals ausführlich auf die umstrittenen Punkte ein.
Teile der SVP- und vor allem die FDP-Fraktion führen den Grundsatz «True and fair view» ins Feld, ebenso der Regierungsrat. In der Tat gehört zu einer sauberen Buchführung die Abbildung der tatsächlichen Verhältnisse und nicht eine Zuspitzung nach politischen Überlegungen. Für die Abschreibungen bedeutet dies, die mutmassliche wirtschaftliche Lebensdauer bzw. die Nutzungsdauer zu ermitteln und das Objekt in dieser Zeit buchhalterisch zu entwerten, um Spielraum für den Ersatz zu beschaffen. Eine konservativ-vorsichtige Finanzpolitik wählt tendenziell kürzere Abschreibungsdauern und damit eher höhere Abschreibungssätze. Das kann sowohl bei linearer als auch bei degressiver Abschreibung gemacht werden. Wichtig ist auch − wie im Bericht ausgeführt − die Unterscheidung unterschiedlicher Investitionsklassen. Fahrzeuge beispielsweise sind zügig abzuschreiben, IT-Investitionen noch zügiger. Hoch- und Tiefbauten dagegen werden für mehrere Generationen gebaut, entsprechend sollen sich auch alle Nutzer daran beteiligen. Als Finanzdirektor und damit definitionsgemäss als Berufspessimist kann der Votant versichern: Diese Unterscheidung wurde bereits bisher vorgenommen, und sie wird auch weiterhin vorgenommen. Zu vergessen ist aber auch nicht, dass neu ein zusätzliches Vorsichtselement eingeführt wird, nämlich die Schuldenbremse, die indirekt auch eine Art Investitionsbremse bildet. Man muss also das Gesamtpaket betrachten − und dieses ist in der Kombination von Schuldenbremse und linearer Abschreibung finanzpolitisch vorsichtig, aber auch herausfordernd. Wenn man das noch toppt, läuft man Gefahr, sich mit zu vielen und zu eng geschnürten Sicherheitsgurten finanziell zu erdrosseln.
Mehrfach wurde die Forderung geäussert, jene Generation stärker zu belasten, welche die Investition tätigt. Da − wie gesagt − IT und Fahrzeuge innert kurzer Zeit abgeschrieben werden, betrifft diese Forderung vor allem Hoch- und Tiefbauten. Das sind aber gerade Investitionen mit Nutzen für die Folgegenerationen, oftmals auch mit einer längeren Realisierungsdauer. Somit ist jene Generation, welche die Investition beschliesst, schon durch die Planungszeit sowie die Immissionen und

Einschränkungen während des Baus belastet – während einer Phase, in der noch gar kein Nutzen vorliegt. Zwischen Klammern gesagt: Bei einer Abschreibung ab Investitions- statt ab Nutzungsbeginn käme zu diesen Belastungen noch die finanzielle hinzu, ohne einen konkreten Nutzen als Gegenwert zu haben.
Als Anschauungsbeispiel möge ein Projekt dienen, über dessen Realisierung der Kantonsrat dereinst möglicherweise entscheiden wird: die Kantonsschule Ennetsee, für die ein Investitionsvolumen von 117 Millionen Franken angedacht ist. Wenn diese Summe innert 33 Jahren auf 1 Prozent abgeschrieben werden soll, bedeutet das mit linearer Abschreibung 3 Prozent des Anfangswerts pro Jahr und mit der degressiven Methode 13 Prozent des jeweiligen Restwerts. Und jetzt kommt der Hammer: Nach 8 Jahren beträgt die kumulierte Abschreibung linear 28 Millionen und degressiv über 78 Millionen Franken. Dass der Finanzdirektor ausgerechnet die Werte nach 8 Jahren präsentiert, hat seinen Grund in der Schuldenbremse. Die Aufwände für die entsprechende Periode liegen bei degressiver Abschreibung um über 50 Millionen Franken höher. Diese über 50 Millionen sind durch andere Massnahmen zu kompensieren. Wenn man sich vor Augen führt, wie schwer man sich mit den aktuellen Sparprogrammen tut, kann man sich vorstellen, welche immense Herausforderung die Kompensation von 50 Millionen Franken aufgrund eines einzigen Bauprojekts darstellt. Mit der gleichen Problematik sehen sich kleinere Gemeinden bei der Realisierung eines Grossprojekts, etwa eines gemeindlichen Schulhauses, konfrontiert. Die degressive Methode kann aufwandseitig kurzfristig zu massiven Ausreissern führen und eine kontinuierliche, langfristig ausgerichtete Finanzplanung substanziell erschweren. Mehr noch: Wenn die investierende Generation für ihre Weitsicht derart abgestraft wird, kann sie versucht sein, auf die Weitsicht zu pfeifen und sich zu sagen: «Sollen doch jene investieren, die es dann später auch nutzen.» Ein Investitionsstau könnte die Folge sein. Und da stellt sich die Frage, was mehr im Interesse der kommenden Generationen ist: eine rechtzeitig realisierte und vernünftig unterhaltene Infrastruktur, an der sich die Nutzergeneration angemessen beteiligt, oder fehlende und mangelhaft unterhaltene Infrastruktur mit einem Investitionsnachholbedarf, für den die Mittel wahrscheinlich nur teilweise verfügbar sind, weil mit dem Rest andere Begehrlichkeiten befriedigt wurden?
Abschliessend noch ein Wort zu den Gemeinden. Es wurde schon erwähnt, dass kleine Gemeinden durch die degressive Abschreibung benachteiligt sein können, weil verhältnismässig grosse Investitionen durch die degressive Abschreibung zusätzlich, d. h. überproportional stark einschenken und im Hinblick auf die Schuldenbremse, die ja auch für die Gemeinden gilt, eine grosse Herausforderung sein können. Bei grossen Gemeinden gleichen sich die Investitionen eher aus, einerseits durch die Mehrzahl der Investitionen und andererseits dadurch, dass die gleiche Investition, relativ betrachtet, für eine kleine Gemeinde gross und für eine grosse Gemeinde klein oder mittel sein kann. Allerdings ist festzuhalten, dass für grosse und finanziell gut gestellte Gemeinden die degressive Abschreibung einen Vorteil bringen kann: Eine an sich gerechtfertigte Steuerreduktion kann durch eine Investition, welche für die nächsten paar Jahre den Aufwand aufbläht, vermieden oder zumindest verzögert werden. Eigentlich ist dies aber kein Vorteil für die Gemeinde bzw. ihre Steuerzahler, sondern für die Gemeindebehörden im Rahmen des «Feintunings» der Rechnung und der Steuerpolitik.
Zusammenfassend hält der Finanzdirektor fest, dass eine verantwortungsvolle, vorausschauende Finanzpolitik wesentlich besser durch die lineare Abschreibungsmethode in Verbindung mit der Schuldenbremse realisiert werden kann als mit der degressiven Methode. Auch kann das Parlament die Auswirkungen einer Investition besser beurteilen, indem es den Investitionsbetrag durch die Nutzungsdauer dividiert, statt im Kopf eine degressive Abschreibungstabelle zu errechnen. Und die

zukünftigen Generationen sind darauf angewiesen, dass die Infrastruktur mit Weitsicht erstellt und unterhalten wird. Wenn man sich also mit den kommenden Generationen solidarisieren will, muss man sich für die lineare Abschreibung entscheiden.

Kommissionspräsident **Alois Gössi** spricht zuerst als einfacher Kantonsrat. Persönlich ist er für die Beibehaltung der degressiven Abschreibungsmethode. Er stellt aber für den Fall, dass die lineare Abschreibungsmethode zum Zuge kommt, den **Antrag,** die Abschreibungssätze gemäss Antrag 1 des Kommissionsberichts zu ändern. So sollen beispielsweise Hochbauten innerhalb vom 25 Jahren und nicht − so das Ergebnis der ersten Lesung − innerhalb von 33,3 Jahren abgeschrieben werden. Dies ist eine Annäherung an die degressive Abschreibung: Es soll im Sinn einer konservativen Finanzpolitik über eine kürzere Dauer abgeschrieben werden.
Und nun spricht der Votant als Kommissionspräsident: Die vorberatende Kommission hat sich zur Beratung der auf die zweite Lesung hin eingereichten Anträge auf Begehren von drei Kantonsratsmitgliedern nochmals getroffen, was gemäss GO KR möglich ist. Sie hat insbesondere den Antrag des Regierungsrats, von der degressiven zur linearen Abschreibung zu wechseln, wiederum sehr intensiv diskutiert. Die Argumente für bzw. gegen die zwei Methoden sind im Kommissionsbericht aufgeführt. Schlussendlich sprach sich die vorberatende Kommission erneut, diesmal mit 6 zu 4 Stimmen, dafür aus, dem Regierungsrat zu folgen und zur linearen Abschreibung zu wechseln. Zwei in der Kommissionssitzung gestellte Anträge lehnte die Kommission ab:
• mit 7 zu 2 Stimmen, dass bei der linearen Methode der Abschreibungsbeginn auf den Baubeginn statt auf den Nutzungsbeginn festzulegen sei. Das Hauptargument gegen diesen Antrag war, dass eine Investition erst ab Inbetriebnahme bzw. ab Nutzungsbeginn ihren tatsächlichen Wert habe und es demzufolge korrekt sei, ab diesem Zeitpunkt den Wertverzehr, also die Abschreibungen, zu verbuchen.
• In einer Dreifachabstimmung wurden die vom Regierungsrat vorgeschlagenen linearen Abstimmungssätze bestätigt. Ein Antrag auf eine Verdoppelung der Abschreibungssätze gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrats resp. auf eine moderate Erhöhung wurde schon bei der ersten Abstimmung abgelehnt. Dies wurde damit begründet, dass die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Sätze für die lineare Abschreibung in sich stimmig seien. In diesem Sinne empfiehlt die vorberatende Kommission, den vom Votanten persönlich gestellten Antrag sowie allfällige weitere Anträge auf eine Änderung der Abschreibungssätze abzulehnen und dem Regierungsrat zu folgen.
Falls der Kantonsrat einen Wechsel zur linearen Abschreibung ablehnen würde, unterstützt die vorberatende Kommission den Eventualantrag des Regierungsrats, dass innert Jahresfrist eine separate Vorlage zur degressiven Abschreibung und den damit zusammenhängenden Fragen erstellt und in die Vernehmlassung gegeben werden soll.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass das Finanzhaushaltgesetz für die Stawiko sehr wichtig ist. Die engere Stawiko sich deshalb am 14. Juni nochmals zu einer Sitzung getroffen, um die Anträge auf die zweite Lesung zu beraten. Sie hat auf die Erstellung eines Kommissionsberichts verzichtet, die Mitglieder wurden jedoch explizit vom Kommissionsgeheimnis entbunden, um die Haltung der Stawiko in den Fraktionen darlegen zu können. Etwas irritiert hat die Stawiko-Präsidentin das Verhalten des Kommissionspräsidenten, und sie ist der Meinung, dass sich dieses Vorgehen eigentlich nicht ziemt. Ihrer Ansicht nach muss die Kommissionsarbeit an erster Stelle stehen.

Ob degressiv oder linear abgeschrieben werden soll, kann − wie die Votantin schon in ihrem Eintretensvotum zur ersten Lesung festgehalten hat − durchaus eine Glaubensfrage sein. Auch auf die zweite Lesung hin haben sich zwei Drittel der Stawiko-Mitglieder für die lineare Abschreibungsmethode entschieden. Die Argumente sind die gleichen geblieben:
• das Verteilen einer Investition auf die Nutzungsjahre und somit bei Hoch- und Tiefbauten auf mehrere Generationen;
• die Umstellung auf eine anerkannte moderne Abschreibungsmethode, mit welcher eine kontinuierliche und langfristige Investitionsplanung möglich ist. Dadurch lässt sich vermeiden, dass über Gebühr stille Reserven angehäuft werden. Das ist nämlich der Fall mit der degressiven Methode, wie auch das vom Finanzdirektor erläuterte Beispiel der Mittelschule im Ennetsee aufgezeigt hat − mit einem Unterschied von mehr als 50 Millionen Franken.
In der ersten Lesung wurde die Generationenfrage verschieden interpretiert. Man wollte die Generation von Politikern in die Pflicht nehmen, die eine Investition beschlossen hat, also zukünftige Generationen schonen. Für die Votantin wurde die Generationenfrage im Antrag der Regierung sehr gut abgehandelt. Eine Generation umfasst in der Schweiz 25 Jahre. Die längsten Abschreibungsdauern gemäss vorliegendem Antrag betragen 40 Jahre für Wasserbauprojekte und 33 Jahre für Hochbauten. Fazit: Alle Generationen bezahlen ihre Investitionen selbst − notabene sofern sie überhaupt Steuern bezahlen.
Aus den genannten Gründen und in Kombination mit der Schuldenbremse unterstützt die Stawiko sämtliche Anträge der Regierung.

**Pirmin Andermatt** spricht für die CVP-Fraktion. Er erinnert daran, dass der Kantonsrat am 4. Mai 2017 überraschend deutlich mit 46 zu 24 Stimmen beschloss, das geltende Recht beizubehalten. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass − sofern keine wesentlichen neuen Argumente vorliegen − auf die zweite Lesung kein neuer Antrag gestellt werden sollte. Sooft der Votant die Anträge des Regierungsrats nun auch durchliest: Er findet keine wirklich neuen Argumente für eine Änderung der Abschreibungsmethode. Es sind lediglich Begriffsdefinitionen und Erklärungsversuche. Die grosse Mehrheit der CVP bleibt deshalb beim Entscheid vom 4. Mai 2017: Beibehaltung der degressiven Abschreibungsmethode.
In mindestens einem Punkt stimmt der Votant aber mit dem Finanzdirektor überein: Es geht hier nicht um eine betriebswirtschaftliche, sondern um eine politische Frage. Der Finanzdirektor hat in der der letzten Kantonsratssitzung mehr als einmal gesagt, die Politik ticke eben anders. Ja, die Politik tickt in der Abschreibungsfrage anders − und das ist gut so. In der letzten Kantonsratssitzung wurde auch von «low hanging fruits» gesprochen. Auch in der biblischen Schöpfungsgeschichte gibt es ein Beispiel von einer tiefhängenden und süssen Frucht. Involviert waren ein Apfel, eine Schlange und zwei Menschen. Das heisst aber nicht, dass die Frage der zukünftigen Abschreibungsmethode mit der Vertreibung aus dem Paradies gleichzusetzen ist. Nein, es ist keine Schicksalsfrage, und auch der Votant ist überzeugt, dass der Kanton Zug weiterbestehen wird, egal welche Abschreibungsmethode gewählt wird. Es geht ihm um eine andere Aussage: Auf den ersten Blick verführerisch aussehende Früchte könnten innen faul sein, und ihr Verzehr kann zu starken Bauchschmerzen oder gar Durchfall führen. Dies wiederum könnte vorübergehende Bewegungs- oder gar Arbeitsunfähigkeit bewirken. Genau dies sieht der Votant bei der linearen Abschreibungsmethode im übertragenen Sinne für die öffentliche Hand. Man schaue sich die anstehenden Sanierungen öffentlicher Gebäude im Kanton und in den Gemeinden an. Diese fallen nach 15 bis 20 Jahren an − die Nutzungsdauer von Hochbauten soll nun aber auf 33 Jahre festgelegt werden. Das bedeutet,

dass die folgende Generation nebst den Sanierungskosten, welche oft mindestens gleich hoch sind wie die Erstellungskosten, auch noch die Abschreibung zu tragen haben. Dies wird zur vorher beschriebenen Bewegungsunfähigkeit der öffentlichen Hand mit Folgen wie Steuererhöhungen etc. führen. Will der Rat das wirklich?
Eine grosse Mehrheit der CVP möchte auch aus folgenden Überlegungen die degressive Abschreibung beibehalten:
• «True and Fair View»: Die Regierung wird nicht müde, diesen Ausdruck zu benutzen. Gleichzeitig wird aber davon gesprochen, dass es für öffentliche Bauten eigentlich keinen Markt gibt. Ist es demnach nicht sinnvoller, gleich zu Beginn mehr abzuschreiben − nach dem Prinzip Vorsicht?
• Stille Reserven: Die Regierung spricht von namhaften stillen Reserven, die bei der degressiven Methode entstehen. Nun gibt es aber keinen eigentlichen Markt, und das Verwaltungsvermögen wird nicht verkauft. Wo sind nun bitte diese stillen Reserven?
• Kurzfristige Entlastung der Jahresrechnung: Mit der Änderung der Abschreibungsmethode wird die Rechnung des Kantons kurzfristig um rund 30 Millionen Franken pro Jahr entlastet − kurzfristig, die mittel- und langfristigen Auswirkungen hat der Votant schon aufgezeigt. Auch hier sei eine Frage erlaubt: Welches Signal sendet der Kanton Zug an die NFA-Nehmerkantone? Mit einem «Buebetrickli» kann er seine Staatsrechnung sanieren − mindestens teilweise. Ist dieses Signal wirklich sinnvoll?
• Die degressive Abschreibung ist der stärkste Zahn der Schuldenbremse. Der Rat hat die Anforderungen für eine ausgeglichene Jahresrechnung richtigerweise schon von sechs auf acht Jahre gelockert. Weshalb nun auch noch die Lockerung bei der Abschreibungsmethode? Gerade im Bereich von Hoch- und Tiefbauten kann damit überbordenden Bauvorhaben besser Einhalt geboten werden.
• Steuern senken: Es wird argumentiert, dass mit der degressiven Methode zu hohe Steuern erhoben würden. Aufgrund des Vorsichtsprinzips und im Zusammenhang mit den erwähnten mittelfristigen Sanierungskosten stimmt dies definitiv nicht.
• Die degressive Abschreibung hat sich für den Kanton Zug und die Gemeinden in den letzten Jahrzehnten ausbezahlt. Die kann wohl niemand verneinen.
• Der Kantonsrat hat sich am 4. Mai 2017 klar für die Beibehaltung der degressiven Abschreibung ausgesprochen. Auch die zwei Städte Zug und Baar sowie die Gemeinden Hünenberg, Menzingen, Oberägeri, Risch und damit die Mehrheit der Einwohnergemeinden unterstützen deren Beibehaltung.
• HRM2 lässt beide Abschreibungsmethoden zu. Hätte die lineare Abschreibung wirklich Vorteile, würde HRM2 diese Methode empfehlen. Das ist aber nicht der Fall.
Im Namen der CVP-Fraktion bittet der Votant den Rat, den nochmaligen Antrag der Regierung abzulehnen und den Status quo zu unterstützen. Falls der Rat dem Antrag der Regierung aber zustimmt, wird die CVP-Fraktion einen Antrag auf Änderung der Abschreibungssätze in § 14 Abs. 3 stellen.
Abschliessend möchte der Votant vom Finanzdirektor wissen, ob im aufgeführten Beispiel die jährliche Abschreibung tatsächlich 13 Prozent beträgt. Gemäss Finanzhaushaltgesetz ist ein Abschreibungssatz von 10 Prozent vorgesehen. Wenn man das kurz durchrechnet, kommt man nach acht Jahren auf eine Abschreibung von 66 Millionen Franken. Der Votant bestreitet nicht, dass mit der degressiven Methode nach acht Jahren mehr abgeschrieben ist als mit der linearen Methode, Es handelt sich beim angeführten Beispiel aber nicht um 78 Millionen Franken.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Er hat nicht im Sinn, sich mit biblischen Zitaten und in biblischer Länge zum Thema zu äussern. Die Abschreibungsmethode führte in der Fraktionssitzung der SVP nochmals zu einer längeren Diskussion. Zwar sprechen verschiedene Argumente auch für die bisherige und in der

ersten Lesung bestätigte degressive Abschreibung, die Ausführungen des Finanzdirektors haben die SVP-Fraktionsmitglieder aber von den Vorteilen eines Wechsels zur linearen Methode überzeugt. Die SVP-Fraktion wird in diesem Sinn sämtliche Anträge des Regierungsrats unterstützen, auch den Eventualantrag, welcher eine separate Vorlage innert Jahresfrist vorsieht, falls der Rat sich auch heute für die degressive Abschreibung aussprechen sollte.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Er kriegt im Gegensatz zu Pirmin Andermatt wegen der Abschreibungsmethode keinen Durchfall, und auch seine Definition eines «Buebetricklis» ist etwas anders. Die FDP-Fraktion steht einstimmig für die lineare Methode ein, der Finanzdirektor hat die Argumente bereits dargelegt. Zukunftsgerichtete Investitionen wie beispielsweise Schulhäuser sind für die FDP zentral. Solche Hochbauten haben eine Nutzungsdauer von dreissig bis vierzig Jahren, und erst dann fallen − wie aktuell etwa die Kantonsschule oder das Schulhaus Röhrliberg zeigen − grössere Sanierungsarbeiten an. Es ist also richtig und mit Blick auf die Generationenfrage auch fair, die Abschreibungen auf diesen Zeitraum, also die Nutzungsdauer, zu verteilen. Die FDP geht davon aus, dass die Entscheidungsträger − sei es eine Gemeindeversammlung oder der Kantonsrat − mündig sind und sich die Investitionen genau überlegen. Natürlich stellt sich dabei auch die Generationenfrage, aber diese spricht für die lineare Abschreibung. Ein gutes Beispiel ist das neue Ägeribad in Oberägeri, ein 40-Millionen-Franken-Projekt. Die Gemeinden konnten diese Investition abschreibungstechnisch nicht stemmen, weshalb man das Projekt in eine öffentlich-rechtliche Aktiengesellschaft auslagerte, wo die Kosten über die Nutzungsdauer hinweg abgeschrieben werden können. Allerdings funktioniert ein solches Rezept vielleicht bei einem Bad, es ist aber sicher nicht sinnvoll bei einem Schulhaus. Das Verwaltungsvermögen sollte bei der Gemeinde bleiben, und entsprechend sollte dort eine sinnvolle Abschreibungsmethode gewählt werden. In diesem Sinn unterstützt die FDP-Fraktion die lineare Abschreibung und auch die weiteren Anträge des Regierungsrats.

**Claus Soltermann:** Nach der Überraschungsattacke der CVP in der ersten Lesung, die einige Kantonsräte doch etwas verwirrt hat, hat der Rat heute die Möglichkeit, den damaligen Entscheid zu korrigieren und die lineare Abschreibung ins Gesetz zu schreiben. Mit der linearen Abschreibung sind die Finanzen für den Kanton und für alle Gemeinden längerfristig planbar und können bei der Budgetierung transparent aufgezeigt werden. Mit der degressiven Abschreibung hingegen können die anfänglich grossen Abschreibungen kleinere und finanzschwache Gemeinden in finanzielle Notlagen bringen und gegebenenfalls unnötige Steuererhöhungen notwendig machen. Die Argumentation, dass mit der degressiven Abschreibung die aktuelle Generation die Hauptkosten tragen soll, findet die GLP nicht sinnvoll. Eine längerfristige Abschreibung während über zwanzig Jahre betrifft in der Regel nur Infrastrukturen wie Hochbauten, Strassen usw. Auch bei solchen Vorhaben wird der Hauptteil der Lasten durch die aktuelle Generation getragen, denn diese wird sicherlich noch während der nächsten zwanzig bis dreissig Jahre die Lasten mitfinanzieren. Den kleineren Teil trägt dann die nächste Generation, die diese Bauten auch weiterhin benutzt.
Die GLP unterstützt in diesem Sinn einstimmig den Antrag der Regierung. Beim Eventualantrag unterstützt sie ebenfalls den Antrag der Regierung.

**Karl Nussbaumer** hält fest, dass die Mitglieder des Kantonsrats vor der heutigen Sitzung von unterschiedlichen Seiten bearbeitet wurden, auch von der Gemeinde Baar, die unbedingt an der degressiven Abschreibung festhalten will. Dabei ist diese

Frage für Baar ein Luxusproblem. Mit einer grossen Rechnung gleichen sich die vielen Investitionen aus, und bei prallvoller Kasse spielen die Abschreibungen keine grosse Rolle − höchstens dass man mit vorgezogenen Investitionen und höheren Abschreibungen in naher Zukunft eigentlich fällige Steuerreduktionen vermeiden und so finanziell immer aus dem Vollen schöpfen kann. Aber liegt das im Interesse der Baarer Steuerzahler? Nein, es liegt einzig im Interesse der Behörden. Die Steuerzahler hätten lieber tiefere Steuern − die SVP übrigens auch.
Anders sieht es für kleine Gemeinden wie Menzingen und Neuheim aus, die viel kleinere Brötchen backen. Die Sanierung eines Schulhauses oder Investitionen in die Feuerwehr, also normale und nötige Investitionen in Bildung und Sicherheit, können die Rechnung über den Haufen werfen, weil die massiven Abschreibungen im Zeitraum der Schuldenbremse den Spielraum für andere Ausgaben auffressen. Das trifft nicht nur für die kleinen Einwohnergemeinden zu, sondern auch für den Grossteil der Bürger- und Kirchgemeinden, wo Investitionen ebenfalls einen grossen Teil der Gesamtrechnungen ausmachen.
Die Mitglieder des Kantonsrats sind verantwortlich, dass heute gute Entscheide für die Zukunft gefällt werden. Dazu gehört auch, dass man die Auswirkungen heutiger Investitionen für die Zukunft und für die Schuldenbremse abschätzen kann. Bei linearer Abschreibung kann man einfach die Investitionskosten durch die Anzahl Nutzungsjahre teilen, und man sieht die Belastung durch die Abschreibung pro Jahr. Bei degressiver Abschreibung muss man immer einen Prozentsatz vom Restwert abzählen, dann den gleichen Prozentsatz vom neuen Restwert abzählen, die Beträge der Prozentsätze zusammenzählen etc. Die erste Rechnung kann man schnell und im Kopf machen, die zweite nicht. Oder kann das jemand? Der Votant ist darum für die klare und einfache lineare Abschreibung, die alle verstehen und womit alle umgehen können.

Für **Heini Schmid** ruft das Beispiel Griechenland dazu auf, sich immer wieder Gedanken über eine solide Finanzpolitik zu machen. Wenn nun versucht wird, die Abschreibungsmethode zu ändern, wird er als Anwalt hellhörig: Warum soll eine langjährig bewährte Methode plötzlich geändert werden? Gibt es da ein finanzielles Problem? Sind Projekte angedacht, die nicht umgesetzt werden können, weil die Rechnung im Moment nicht gut aussieht? Und jeder Politiker müsste sich die Frage stellen, ob da wirklich nachhaltige Finanzpolitik betrieben wird. Denn genau da liegt des Pudels Kern. Jedes Gemeinwesen hat seine spezifischen Investitionsmöglichkeiten. Bei kleineren Gemeinden wie Menzingen sind das vielleicht 10 Millionen Franken pro Jahr, und man muss schauen, wie man die Investitionen über die Jahre verteilt. Menzingen kann nicht einfach alle seine Investitionswünsche erfüllen − auch wenn Zug und Baar gerne mithelfen, dass Menzingen ein höheres Investitionsniveau erreicht, als dies mit den selbst erwirtschafteten Mitteln möglich wäre. Wenn es aber so weit kommt, dass man die Abschreibungsmethode ändern muss, damit die Wünsche von Menzingen erfüllt werden können, hat der Votant als Baarer definitiv ein Problem.
Solide Finanzpolitik ist langfristig orientiert und vorausschauend. Was die Regierung hier vorschlägt, ist einfach nur eine Abschreibungspause. Weil bisher alles sehr schnell abgeschrieben wurde, hat man heute relativ tiefe Abschreibungskosten. Es ist wie eine Welle, die nicht angekommen ist, weil sie bereits abgebaut wurde. Wenn man die Abschreibungsmethode nun ändert, verschiebt man diese Welle einfach auf die nachfolgenden Generationen, diese sollen es in dreissig Jahren ausbaden. Die Abschreibungen werden sich nämlich kumulieren, und das Problem wird den Kanton dann eben in dreissig Jahren einholen. Der einzige Effekt einer Änderung der Methode liegt darin, dass man drei oder fünf Jahre lang die Ab-

schreibungen weniger spürt. Das ist keine seriöse Finanzpolitik. Frühere Generationen haben dafür gesorgt, dass die heutige Generation nicht die Abschreibungen der damaligen Investitionen tragen muss. Das ist ein gutes Prinzip, und man sollte es weiterführen. Es steht für Nachhaltigkeit und Generationenvorsorge. Der Votant versteht nicht, warum die heutige Generation während zehn oder zwanzig Jahren im Schlaraffenland leben und es den nachfolgenden Generation überlassen soll, das Ganze auszubaden. Kommt hinzu, dass man sich wirklich fragen kann, ob alle im Milliardenüberfluss der letzten Jahre beschlossenen Investitionen im Kanton Zug wirklich nachhaltig sind. Man wird sie in den nächsten Jahren abarbeiten müssen − und man ist gut beraten, die Lasten dieser Investitionen selber zu tragen und nicht auf die zukünftige Generation zu verschieben.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** weiss nicht mehr genau, in welchem Kontext er den von Pirmin Andermatt erwähnten Satz «Politik tickt anders» gesagt hat. Es ist aber nicht verboten, in der Politik auch mal nach ökonomischen Gesichtspunkten zu entscheiden; leider tickt die Politik manchmal auch falsch und berücksichtigt Aspekte der Ökonomie zu wenig − das gehört zum Spiel. Im Übrigen ist *True and Fair View* nicht einfach ein Hirngespinst. Natürlich ist sie nicht exakte Wissenschaft, aber sie ist saubere Buchführung − und die lineare Abschreibung erlaubt auch eine saubere Buchführung. Es war die CVP-Fraktion, welche − wie in der ersten Lesung ausgeführt − die Schuldenbremse initiierte. Nun muss man das Gesamtpaket betrachten. Die Schuldenbremse hat drei Elemente, eines davon ist eine explizite Investitionsbremse. Sie mit der degressiven Abschreibung zu toppen, führt zu den vorhin erwähnten Differenzen; ob sie 50 oder 45 Millionen Franken ausmachen, sei dahingestellt. Das sind riesige Herausforderungen. Der Finanzdirektor hat der Regierung aufgezeigt, was die Schuldenbremse in den nächsten acht Jahren bedeutet: Man wird in den Jahren 2020/21 trotz schwarzer Zahlen neue Sparbemühungen einleiten müssen. Ob vor diesem Hintergrund die Beibehaltung der linearen Abschreibung der richtige Ansatz ist, bezweifelt der Finanzdirektor − auch wenn HRM2 beide Methoden zulässt. Zu beachten ist auch, dass alle grösseren und grossen Kantone linear abschreiben; einzig kleine Kantone, welche auch nicht dieselben Investitionsvolumen haben wie der Kanton Zug, schreiben noch degressiv ab. Und notabene hat der Kanton Zug wirklich einen Investitionsstau gehabt − das ist keine Erfindung der Regierung oder des Finanzdirektors. Im Übrigen hat die Stadt Zug − der Finanzdirektor hat sich noch versichert − sich in der Vernehmlassung weder für die degressive noch für die lineare Methode ausgesprochen, sondern diesbezüglich nicht Stellung genommen.
Eine solide Finanzpolitik, wie von Heini Schmid gefordert, hängt letztlich nicht an der Abschreibungsmethode. Der Finanzdirektor stimmt aber zu: Eine solide Finanzpolitik ist wichtig, und sie hängt von verschiedenen Elementen ab. Aber ob der Kanton Zug nun linear oder degressiv abschreibt: Griechische Verhältnisse wird er ganz sicher nicht haben. In diesem Sinn bittet der Finanzdirektor, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, über die zwei Hauptanträge (Abschreibungsmethode und allfällige Übergangsbestimmung) aufgrund ihres inneren Zusammenhangs zusammen abzustimmen.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat genehmigt mit 40 zu 28 Stimmen den Antrag des Regierungsrats auf lineare Abschreibung (§ 14) inkl. Übergangsbestimmung (§ 53 Abs. 2).

*§ 14 Abs. 3a*

**Pirmin Andermatt** stellt namens der CVP-Fraktion für alle Abschreibungssätze einen einzigen **Antrag.** Die CVP-Fraktion beantragt, dass die linearen Abschreibungssätze für Tiefbauten, Hochbauten, Investitionsbeiträge und Mobilien verdoppelt werden, für Informatikmittel und immaterielle Anlagen sollen sie jeweils 33,33 Prozent betragen; das entspricht einer Abschreibungsdauer von drei Jahren. Die Ausführungen zu § 14 sind bereits erfolgt. Die CVP fordert die höheren Abschreibungssätze aufgrund der Lebensdauer der Immobilien. Es soll frühzeitig abgeschrieben werden und nicht erst dann, wenn horrende Investitionen anstehen.

**Alois Gössi** stellt ebenfalls einen **Antrag** zur Erhöhung der Sätze bei Tiefbauten, Hochbauten etc. Sein Antrag fällt etwas moderater aus als derjenige der CVP. Die Sätze sind im Kommissionsbericht als «Antrag 1» aufgeführt. Die vorberatende Kommission empfiehlt, alle Anträge auf eine Änderung der Abschreibungssätze abzulehnen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinen Anträgen festhält, und bittet den Rat, die Anträge der CVP und von Alois Gössi abzulehnen. Die von der Regierung vorgeschlagenen Abschreibungssätze sind HRM2-konform. Wie begründet, befindet sich Zug im dort bestehenden Range. Die Abschreibungssätze in Kombination mit der Nutzungsdauer sind wichtig und vertretbar.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über die Abschreibungssätze einzeln abgestimmt wird.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Abschreibungssatz von 0 Prozent für nicht überbaute Grundstücke.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat folgt in einer Dreifachabstimmung dem Antrag der Regierung und genehmigt mit 35 Stimmen den Abschreibungssatz von 2,5 Prozent für Tiefbauten (Strassen, Plätze, Friedhöfe, Gewässerverbauungen, Kanal- und Leitungsnetze).
Die unterlegenen Anträge erhielten die folgende Anzahl Stimmen:
• Antrag Gössi (3 Prozent): 4 Stimmen;
• Antrag CVP (5 Prozent): 25 Stimmen.

**Abstimmung 3:** Ungültige Abstimmung, annulliert; Wiederholung als Dreifachabstimmung.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat folgt in einer Dreifachabstimmung dem Antrag der Regierung und genehmigt mit 35 Stimmen den Abschreibungssatz von 3 Prozent für Hochbauten.
Die unterlegenen Anträge erhielten die folgende Anzahl Stimmen:
• Antrag Gössi (4 Prozent): 6 Stimmen;
• Antrag CVP (6 Prozent): 24 Stimmen.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat folgt in einer Dreifachabstimmung dem Antrag der Regierung und genehmigt mit 35 Stimmen den Abschreibungssatz von 3 Prozent für Investitionsbeiträge.
Die unterlegenen Anträge erhielten die folgende Anzahl Stimmen:
• Antrag Gössi (4 Prozent): 4 Stimmen;
• Antrag CVP (6 Prozent): 25 Stimmen.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat folgt in einer Dreifachabstimmung dem Antrag der Regierung und genehmigt mit 35 Stimmen den Abschreibungssatz von 12,5 Prozent für Mobilien (Mobiliar, Maschinen, Einrichtungen, Fahrzeuge).
Die unterlegenen Anträge erhielten die folgende Anzahl Stimmen:
• Antrag Gössi (16,67 Prozent): 3 Stimmen;
• Antrag CVP (25 Prozent): 27 Stimmen.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat folgt in einer Dreifachabstimmung dem Antrag der CVP-Fraktion und genehmigt mit 33 Stimmen den Abschreibungssatz von 33,33 Prozent für Informatikmittel (Hard- und Software).
Die unterlegenen Anträge erhielten die folgende Anzahl Stimmen:
• Antrag Regierungsrat (20 Prozent): 27 Stimmen;
• Antrag Gössi (25 Prozent): 5 Stimmen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat folgt in einer Dreifachabstimmung dem Antrag der Regierung und genehmigt mit 35 Stimmen den Abschreibungssatz von 20 Prozent für immaterielle Anlagen.
Die unterlegenen Anträge erhielten die folgende Anzahl Stimmen:
• Antrag Gössi (25 Prozent): 3 Stimmen;
• Antrag CVP (33,33 Prozent): 27 Stimmen.

**Teil IV** (Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Regierung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 47 zu 17 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass folgende parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vorliegen:
• Die Motion der vorberatenden Kommission zur Änderung des Organisationsgesetzes betreffend Ergänzungen im Organisationsgesetz (§ 7) und im Finanzhaushaltgesetz (§ 45 und § 46) vom 4. April 2013 (Vorlage 2238.1 - 14301) sei im Sinne der Erwägungen in Ziff. 5.1 im Bericht des Regierungsrats teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
• Die Motion der CVP-Fraktion betreffend Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Führung des Finanzhaushalts (Schuldenbremse) vom 17. März 2015 (Vorlage 2494.1 - 14912) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
• Die Motion der CVP-Fraktion vom 25. April 2014 betreffend Infrastrukturfinanzierung (Vorlage 2391.1 - 14666) sei im Sinne der Erwägungen in Ziff. 5.3 im Bericht des Regierungsrats teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
• Interpellation von Daniel Stadlin betreffend kostendämpfende Massnahmen im Finanzhaushalt des Kantons Zug vom 9. März 2014 (Vorlage 2372.1 - 14631): Die Antwort des Regierungsrats sei zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat genehmigt die vorliegenden Anträge zu den genannten vier parlamentarischen Vorstössen stillschweigend.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieses Geschäft somit für den Rat erledigt ist.

Vor dem nächsten Traktandum macht der **Vorsitzende** die folgenden Ausführungen zur Abstimmungsanlage: Im ersten Halbjahr wurden 86 Abstimmungen durchgeführt. Wird für jede Abstimmung 3 Minuten Zeit eingerechnet, sind das 258 Minuten oder umgerechnet 4,5 Stunden. Somit konnte durch die Abstimmungsanlage eine Halbtagessitzung eingespart werden.

TRAKTANDUM 8

828 **Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht**

Vorlagen: 2716.1 - 15371 (Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts); 2716.2 - 15372 (Antrag des Verwaltungsgerichts); 2716.3/3a - 15461 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst den Verwaltungsgerichtspräsidenten Aldo Elsener.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der erweiterten Justizprüfungskommission, hält fest, dass die CVP-Fraktion Ende Juni 2016 eine Motion zur Einführung von Wählbarkeitsvoraussetzungen für das Verwaltungsgericht einreichte. Das Verwaltungsgericht besteht aus dem Präsidenten, sechs Mitgliedern und sechs Ersatzleuten. Gewählt werden diese vom Volk. Der Kantonsrat legt die Anzahl der Richter fest. Weder in der Kantonsverfassung, im Verwaltungsrechtspflegegesetz noch in anderen kantonalen Erlassen sind für das Verwaltungsgericht Wählbarkeitsvoraussetzungen aufgeführt. Es gelten die allgemeinen Wählbarkeitsbestimmungen der Kantonsverfassung. Die Organisation ist den Kantonen überlassen, und dementsprechend gibt es auch die verschiedensten Varianten.
Vor nicht allzu langer Zeit, im Jahr 2005, lehnte der Rat eine Verankerung von Wählbarkeitsvoraussetzungen für alle Gerichte ab. 2011 wurden mit § 67 GOG die Wählbarkeitsvoraussetzungen für die Zivil- und Strafrechtspflege eingeführt. Nun sollen mit einer Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes auch beim Verwaltungsgericht Wählbarkeitsvoraussetzungen eingeführt werden. Viele fragen sich, warum das so sein soll und was der Grund dafür ist. Es handelt sich tatsächlich nicht um ein *must have*, sondern eher um ein *nice to have*. Denn bis anhin haben die Parteien ihre Verantwortung wahrgenommen und gute Richterinnen und Richter gestellt. Einerseits sollen am Verwaltungsgericht nun die gleichen Voraussetzungen gelten wie an anderen Gerichten, andererseits geht es auch um die Kandidatur der scheinbar oder offensichtlich nicht qualifizierten Person für das Verwaltungsgericht anlässlich der letzten Wahlen. Die Kandidatin wurde nicht gewählt, was schlussendlich für das aktuelle System spricht. Es muss zudem vorweggenommen werden, dass eine solche Kandidatur auch mit den neuen Bestimmungen nicht verhindert werden könnte, weder mit dem Vorschlag des Verwaltungsgerichts noch mit demjenigen der JPK. Die Wahlen müssten trotzdem durchgeführt werden. Mit dem neuen § 55 soll aber wenigstens festgelegt werden, nach welchen Voraussetzungen die Wahl der Richterinnen und Richter zu erfolgen hat. Der Verwaltungsgerichtspräsident stützt sich bei seinem Gesetzesvorschlag in angepasster Fassung auf die Wählbarkeitsvoraussetzungen, wie sie bei den Zivil- und Strafgerichten gelten.
Das Problem aus Sicht der JPK ist folgendes: Vorinstanz des Verwaltungsgerichts sind oft Fachbehörden, z. B. im Bauwesen, im Sozialversicherungswesen oder auch im Gesundheitswesen. Mit dieser fachlichen Spezialisierung hängt zusammen, dass im Gegensatz zu den Zivil- und Strafgerichten kein Anwaltsmonopol gilt, die

berufsmässige Vertretung in den öffentlich-rechtlichen Fällen also nicht den im Anwaltsregister eingetragenen Personen vorbehalten ist. Die JPK will das passive Wahlrecht so wenig wie möglich einschränken, und – wie jetzt erfolgreich praktiziert – auch künftig nicht nur Juristen, sondern auch ausgewiesenen Fachspezialisten die Möglichkeit für ein Haupt- und Nebenamt bieten. Dies erfolgt auch in Anlehnung an die bisher tadellos funktionierende Praxis, die zu keinen Beanstandungen Anlass gab.
Eintreten war in der Kommission vorerst nicht unbestritten. Es solle keine Einzelfallgesetzgebung eingeführt werden, wurde angemerkt. Da das Verwaltungsgericht bis jetzt auch ohne Wählbarkeitsvoraussetzungen sehr gut funktioniere, gebe es keinen Anlass zu deren Einführung, und nur wegen des Wahlprozederes sollten nicht gleich Gesetze angepasst werden. Zudem könnte eine Wiederholung dieser Ausnahmesituation auch mit der Wählbarkeitsvoraussetzung nicht abgewendet werden, also wäre die Änderung diesbezüglich nutzlos bzw. auch mit der Änderung gäbe es keine Möglichkeit, ungeeignete Kandidaten künftig von der Wahl auszuschliessen. Ebenso kam das Demokratieverständnis zur Sprache: Es sei fragwürdig, das passive Wahlrecht derart einzuschränken. Schliesslich kennt sogar das Bundesgericht ebenfalls keine Wählbarkeitsvoraussetzungen. Auch kann nicht eindeutig bestätigt werden, dass die heutigen, erfahrenen und bisher tadellos arbeitenden nebenamtlichen Richter den neuen Anforderungen genügen würden. Das Hauptargument für Eintreten war, dass an den Gerichten möglichst gleiche Voraussetzungen bestehen und die Anforderungen an die Richterpersonen allgemein bekannt und verbindlich sein sollten.
Die JPK beschloss mit 7 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten. Sie war sich einig, dass die passive Wahlfähigkeit so wenig wie möglich eingeschränkt werden soll. Deshalb schlägt sie auch einen anderen Wortlaut als der Verwaltungsgerichtspräsident vor. Zu den einzelnen Paragrafen wird der JPK-Präsident in der Detailberatung Stellung nehmen.
Ganz wichtig ist, für die amtierenden Richterinnen und Richter, welche die Anforderungen allenfalls nicht mehr erfüllen würden, Sicherheit zu schaffen. Deshalb schlägt die JPK Übergangsbestimmungen vor.

**Esther Haas** teilt mit, dass die ALG für Eintreten ist. Mit der Vorlage wird ein Anforderungsprofil definiert, und es ist wichtig und sinnvoll, wenn dieses allgemein bekannt ist. Jemand, der sich aufstellen lassen will, weiss somit, welche – zumindest formellen – Anforderungen an das Amt gestellt werden. Der gesetzliche Charakter macht dies allgemein verbindlich. Die ALG schliesst sich den Überlegungen des Verwaltungsgerichts an. Wenn es bisher theoretisch noch möglich war, sich ohne juristische Grundausbildung ins Verwaltungsgericht wählen zu lassen, kann man sich dies heute nicht mehr vorstellen. Juristisches Laienwissen kann durchaus wertvoll sein. Aber juristische Themen sind derart komplex, dass es für hauptamtliche Mitglieder des Verwaltungsgerichts eine juristische Grundbildung, sprich ein Universitätsstudium, braucht. Die Voraussetzungen für die Wahl ins Nebenamt beurteilt die ALG aber anders. Es genügt, wenn Richter und Richterinnen im Nebenamt eine Fachausbildung, beispielsweise als Steuerexpertin bzw. Steuerexperte oder als Sozialversicherungsexpertin, vorweisen können. Oder allgemeiner formuliert: Eine gleichwertige Ausbildung genügt. Damit wird dem erwähnten fachgerichtlichen Charakter des Verwaltungsgerichts bezüglich der nebenamtlichen Mitglieder des Gerichts zusätzlich Rechnung getragen. So ist es nur folgerichtig, dass für nebenamtliche Richter auch eine adäquate Fachausbildung genügt.
Fazit: Der Antrag des Verwaltungsgerichts ist nachvollziehbar, und die ALG wird ihm folgen. Sollte aber der Antrag gestellt werden, dass für nebenamtliche Mitglieder

keine Voraussetzungen für die Wählbarkeit definiert werden, d. h. dass § 55a Abs. 2 gestrichen werden soll, könnte die ALG mit diesem Vorschlag leben und würde sich diesem anschliessen.

**Alois Gössi** erachtet es als erstaunlich, was passieren kann, wenn eine Person ihre demokratischen Rechte wahrnimmt und für eine Richterstelle im Verwaltungsgericht kandidiert – und dann klar vom Souverän nicht gewählt wird. Der Hauptgrund für die Nichtwahl war sicher, dass der Souverän erkannt hat, dass die juristischen Qualifikationen der Kandidatin nicht genügen für eine Richterstelle. Deshalb könnte man eigentlich dem Souverän vertrauen, dass er nur Richter wählt – falls es dann wirklich zu einer echten Wahl kommt –, welche die nötigen Qualifikationen haben. Die SP-Fraktion unterstützt trotzdem den Antrag der erweiterten JPK, dass für die Wahl von Richterinnen und Richtern ans Verwaltungsgericht gewisse fachliche Voraussetzungen nötig sind. Einer der Gründe dafür ist, dass es eine ähnliche Regelung schon seit einigen Jahren bei der Wahl von Richtern und Richterinnen ans Kantonsgericht, Strafgericht oder Obergericht gibt. Und diese hat sich bewährt. Doch die Anforderungen sollten nicht so hoch angesetzt werden, wie es das Verwaltungsgericht mit seinem Antrag tut, dafür sollen sie sowohl für die haupt- als auch die nebenamtlichen Mitglieder des Verwaltungsgerichts gelten. Wichtig ist zudem, dass es eine Übergangsbestimmung gibt für aktuell gewählte Richterinnen und Richter, die die neuen Bestimmungen nicht erfüllen würden.

**Kurt Balmer** hält fest, dass dieses Geschäft auf eine erheblich erklärte Motion der CVP zurückgeht. Analog zur Straf- und Zivilrechtsjustiz sollen auch Verwaltungsrichter adäquate Voraussetzungen mitbringen, um gewählt zu werden. Wenn man die im Prinzip nicht bestrittenen reduzierten Voraussetzungen mit den Erfordernissen von Straf- und Zivilrichtern vergleicht, so darf festgestellt werden, dass nicht nur Juristen am Verwaltungsgericht gefragt sind. Aber es braucht zumindest teilweise qualifizierte Juristen. Heute sind sämtliche Richter (Zivil-, Straf- und Verwaltungsrichter) trotz unterschiedlicher beruflicher Qualifikationen finanziell gleich gut gestellt. Es wäre zu erwarten, dass vor allem die persönlichen Qualifikationen für die gute Dotierung verantwortlich sind. Im Bericht des Verwaltungsgerichts ist im Zusammenhang mit einer verantwortungsvollen Kandidatur aufgeführt: «(...) gereifte, unabhängige Persönlichkeit mit sozialer Kompetenz, die entscheidungsfreudig und teamfähig ist und nicht zuletzt speditiv arbeitet.» Bei der Auswahl haben die Parteien die Hauptverantwortung. Das würde auch mit der Gesetzesänderung so bleiben. Die CVP ist mehrheitlich der Meinung, dass gemäss Antrag des Verwaltungsgerichts nur Juristen ins Hauptamt gewählt werden sollen. Die weiteren diesbezüglichen Anträge wird der Votant in der Detailberatung stellen. Heute Morgen war zu vernehmen, dass einige Ratsmitglieder in Erwägung ziehen, einen Nichteintretensantrag zu stellen. Der Rat hat vor einiger Zeit bei den Strafrichtern und Zivilrichtern hohe Mindestanforderungen an die Qualifikation gestellt. Es ist nicht klar, wieso für Zivilrichter und Strafrichter, inklusive Staatsanwälte, obligatorisch ein Anwaltspatent vorausgesetzt wird. Offensichtlich hat sich das bewährt, zumindest hat bis heute niemand eine entsprechende gesetzliche Änderung beantragt. Sollte auf dieses Geschäft wider Erwarten nicht eingetreten werden, so müssten konsequenterweise auch die beruflichen Anforderungen für Strafrichter, Zivilrichter und Staatsanwälte reduziert oder gestrichen werden. Es geht nicht um einen Berufsschutz der Juristen, sondern um eine verantwortungsvolle Arbeit als Richter. Und diese Verantwortung hat zugenommen. Wenn zukünftig quasi Krethi und Plethi Entscheide fällen könnten, so muss man davon ausgehen, dass es auch mehr Anfechtungen geben wird. Oder es gibt sogar eine sogenannte

Gerichtsschreiberjustiz. Mit anderen Worten: Gerichtsschreiber, die Juristen sind, aber nicht vom Volk gewählt, würden den Richtern sagen, wie sie zu entscheiden haben. Der berufliche Rucksack der Verwaltungsrichter und -richterinnen kann und darf dem Rat nicht egal sein. Es geht um bescheidene Anforderungen. Man stelle sich vor, welches Signal gesendet würde, wenn der Rat nicht auf die Vorlage eintreten würde.
Zum Hinweis des JPK-Präsidenten, dass nicht einmal am Bundesgericht Voraussetzungen für die Wählbarkeit bestehen: Die Bundesrichter werden ja auch nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament. Die Voraussetzungen sind folglich ganz anders. Dem Votanten ist kein Fall bekannt, dass in letzter Zeit ein Nichtjurist zur Bundesrichterin oder zum Bundesrichter gewählt worden ist.
Die CVP ist einstimmig für Eintreten, und der Votant bittet den Rat, ebenfalls auf die Vorlage einzutreten.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion. Wäre er im Parteivorstand der CVP des Kantons Zug, hätte er sich im Frühling des letzten Jahres wohl auch geärgert ob der Kandidatur der Piratin Biljana Lukic als hauptamtliches Mitglied des Zuger Verwaltungsgerichts: auf der einen Seite der langjährige Generalsekretär des Verwaltungsgerichts, ein hoch qualifizierter und fähiger Jurist, auf der anderen Seite eine junge Studentin der Kommunikationswissenschaften, eine juristische Laiin. Aus Sicht der CVP war dies verständlicherweise ein unnötiger Wahlkampf, eine unnötige Belastung der Parteikasse. Aber muss der Rat wegen dieses Unbehagens und wegen dieses Einzelfalls gleich legiferieren und das geltende Recht ändern? Braucht es diese Teilrevision des Verwaltungsgerichtsgesetzes wirklich? Die SVP-Fraktion erachtet es nicht als notwendig. Denn die Wahlen am 5. Juni 2016 haben in aller Deutlichkeit gezeigt: Fachlich unqualifizierte und lebensunerfahrene Personen haben in einer Volkswahl keine Chance. Piratin Lukic erreichte gerade mal einen Stimmenanteil von knapp 12 Prozent. Das Volk hat also – wie immer – weise und im Sinne einer funktionierenden Justiz entschieden. Die Einführung von Wählbarkeitsvoraussetzungen und die damit einhergehende Bevormundung der Bevölkerung sind nicht notwendig – zumal man, wie im Bericht und Antrag der JPK festgehalten, auch mit im Gesetz verankerten Wählbarkeitsvoraussetzungen keine Handhabe hat, ungeeignete Kandidaten von der Wahl auszuschliessen. Solche «Exoten» könnten auch nach dieser Teilrevision an einem Wahlgang teilnehmen. Gegen die Wahl müsste dann anschliessend Stimmrechtsbeschwerde geführt werden. Einen Wahlgang und die damit verbundenen Kosten per se verhindern kann man mit der Einführung von Wählbarkeitsvoraussetzungen aber nicht. Man hat es also mit einem Papiertiger zu tun. Für einen solchen Papiertiger die passive Wahlfähigkeit und damit die demokratischen Rechte jedes einzelnen Bürgers zu beschränken, kommt für die SVP-Fraktion nicht in Frage. Entsprechend stellt sie den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten.
Im Falle eines Eintretens unterstützt die SVP die Anträge der JPK. Der Antrag des Verwaltungsgerichts erscheint unausgereift und viel zu restriktiv. Dies insbesondere, weil selbst der Präsident des Verwaltungsgerichts nicht abschliessend sagen konnte, ob die aktuell am Verwaltungsgericht tätigen nebenamtlichen Richter (teils juristische Laien, die aber gemäss Präsident einen guten Job machen), den im Antrag gestellten Anforderungen genügen würden. Wenn für die Wahl ans Bundesgericht keine abgeschlossene juristische Ausbildung verlangt wird, dann darf auch die Wählbarkeit ans Zuger Verwaltungsgericht nicht auf Juristen beschränkt werden.
Und zum Votum von Kurt Balmer: Das Volk ist mindestens so intelligent wie das Bundesparlament.

**Andreas Hostettler**, Sprecher der FDP-Fraktion, hält fest, dass alles gesagt ist, aber noch nicht alle etwas gesagt haben. Sehr vieles wurde an der entsprechenden Kommissionssitzung geäussert, und es wurden dabei verschiedene Nebel- und Blendgranaten gezündet. Unterdessen ist deren Wirkung verpufft, und man sieht wieder klarer, insbesondere in der FDP-Fraktion.
Ein junges Mitglied der Piratenpartei wollte 2016 ein Zeichen setzen. Durch die Aufstellung eines zweiten Kandidaten erfolgte eine Wahl durch das Volk. Es ist eigentlich eine gute Sache, wenn das Volk eine effektive Auswahl hat. Störend dabei: Der Rucksack der Kandidatin der Piratenpartei mit einem rechtswissenschaftlichen Studium von 2007 bis 2009 in Luzern erschien dann doch vielen als gar zu leicht für dieses Amt, und man war der Meinung, dass eine Kandidatur nur aus Prinzip diesem Amt nicht gerecht werde.
Mit einem Gesetz möchte der Rat nun eine Wiederholung mit ungenügend qualifizierten Kandidaten verhindern. Diese Idee hat ihre Berechtigung und entbehrt nicht einer gewissen Logik. Jedoch muss man sich ernsthaft fragen: Muss bei jedem Problem, das sich selber regelt, ein neues Gesetz gemacht werden? Muss wirklich alles geregelt werden, nur weil gesunder Menschenverstand und Masshalten keiner mehr verantworten kann und will und man Angst hat, einen Fehler zu machen und dafür geradestehen zu müssen? Nein, ganz sicher nicht. Darum macht es für die FDP keinen Sinn, überhaupt auf diese Vorlage einzutreten.
Entscheidet sich der Rat, trotzdem auf die Vorlagen einzutreten, möchte die FDP nur eine Definition für das Hauptamt ins Gesetz aufnehmen, und das genau so, wie der Entwurf des Verwaltungsgerichts unter § 55a Abs. 1.1 «Fachliche Voraussetzungen» daherkommt. Für nebenamtliche Richter und Ersatzmitglieder soll es keine Definitionen geben, die nur wieder weitere Fragen aufwerfen: Wer beurteilt dann, ob ein Kandidat die Voraussetzungen erfüllt? Bei wem soll dies überhaupt eingeklagt werden? Darum das logische Fazit daraus: gar nicht eintreten, und wenn trotzdem, dann nur Klarheit schaffen bei den hauptamtlichen Richtern.
Verstecken sich allenfalls hinter den Ratsmitgliedern der SP-Fraktion noch weitere kleine Piraten? Die Ratsmitglieder wundern sich allenfalls über diese Frage. Ganz einfach: Die ehemalige Verwaltungsgerichtskandidatin und ehemalige Piratin macht nun als SP-Kopräsidentin in der Heimatgemeinde des Vorsitzenden die Gewässer unsicher. Da Rotkreuz zum Glück nicht in der Karibik liegt, muss man aber keine Angst vor einem Fluch oder Captain Jack haben.

Verwaltungsgerichtspräsident **Aldo Elsener** zitiert ein altes deutsches Sprichwort: «Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.» Nicht nur alle hier im Saal, die wichtige öffentliche Ämter bekleiden, geniessen seit ihrer Wahl dieses Privileg. In aller Bescheidenheit ist zu hoffen, dass Gott auch noch etwas Verstand an die Richterinnen und Richter verteilt hat. Die heute zu entscheidende Frage lautet aber, was es für die Ausübung eines Richteramts am Verwaltungsgericht nebst dem Verstand zusätzlich benötigt, nämlich Ausbildung und Erfahrung.
Das Verwaltungsgericht beantragt, dass folgende Wählbarkeitsvoraussetzungen festgelegt werden: Für die Wahl in ein Hauptamt sollen ein abgeschlossenes juristisches Universitätsstudium (Lizentiat oder Master) und eine angemessene Berufserfahrung von fünf Jahren vorausgesetzt sein. Für die Wahl in ein Nebenamt oder als Ersatzrichterin oder -richter soll es – wie für das Hauptamt – des Nachweises eines abgeschlossenen juristischen Universitätsstudiums (Lizentiat oder Master) bedürfen; alternativ soll auch eine Fachausbildung als Steuerexpertin, als Sozialversicherungsexperte, als Wirtschaftsprüferin oder eine andere gleichwertige Berufsausbildung genügen. Für das Nebenamt wird zusätzlich eine Berufserfahrung von drei Jahren vorausgesetzt.

Abweichend vom Antrag des Verwaltungsgerichts will die JPK gemäss ihrem Antrag keine Unterscheidung zwischen Hauptamt und Nebenamt treffen, insbesondere auch die Wahl von juristischen Laien zu hauptamtlichen Verwaltungsrichtern ermöglichen und für Ersatzrichter keine Regelung vorsehen. Heute haben zudem die SVP- und die FDP-Fraktion einen Antrag auf Nichteintreten gestellt. Das Verwaltungsgericht hält an seinem Antrag demgegenüber vollumfänglich fest.
Der Verwaltungsgerichtspräsident appelliert an den Rat, auf die Vorlage einzutreten. Es besteht Handlungsbedarf. Um geeignete Richterinnen und Richter zu wählen, braucht es gesetzlich festgelegte Kriterien, an die man sich bei der Auswahl halten kann und muss. Diese Grundsatzfrage hat man im neuen, seit 2011 geltenden Gerichtsorganisationsgesetz auch für die Zivil- und Strafgerichte bereits bejaht. Es geht um die Schaffung von Klarheit in einem demokratisch legitimierten Erlass und damit um die institutionelle Stärkung des Verwaltungsgerichts. Dass unabhängig von gesetzlichen Wählbarkeitsvoraussetzungen auch weiterhin Kandidaturen eingereicht werden könnten, die diesen Anforderungen nicht genügen, wie geltend gemacht wurde, trifft zwar zu. Dies gilt aber auch im Falle der Zivil- und Strafrechtspflege. Aber hier wie dort gilt, dass gegen eine Wahl Beschwerde erhoben werden kann und der Kantonsrat nach Gesetz die Gültigkeit der Richterwahlen feststellen muss. Doch es ist zu erwarten, dass die zugerischen Parteien und nicht zuletzt auch interessierte Kandidaten und Kandidatinnen das Gesetz respektieren werden. Dies liegt auch in deren eigenem Interesse.
Was die Voraussetzungen für ein Hauptamt betrifft, so steht die notwendige Gewährleistung einer genügenden Professionalisierung am Verwaltungsgericht auf dem Spiel. Laien sollten keine Hauptämter am Verwaltungsgericht übernehmen. Laienrichter, d. h. Richter und Richterinnen ohne juristische Ausbildung, waren in vergangenen Zeiten wichtig, um einem von der Obrigkeit abhängigen Berufsrichtertum zu begegnen. Auch fehlten früher in der Schweiz schlicht genügend Juristen und Juristinnen. Dies ist heute aber nicht mehr der Fall. Und vor allem sind gerade die schweizerischen Gerichte und Richter seit je demokratisch legitimiert und Teil der demokratischen Gesellschaft. Und auch Juristen und Juristinnen verfügen in der Regel über einen «gesunden Menschenverstand». Schliesslich sitzen auch im Kantons- und Regierungsrat viele Juristen und Juristinnen. Mit anderen Worten: Die Einbindung von Laien in die Gerichtsbarkeit hat ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Es sind die hauptamtlichen Richter und Richterinnen, die am Verwaltungsgericht die Hauptlast der Arbeit und der Verantwortung tragen. Sie tun dies als Kammervorsitzende, als Referenten und Einzelrichter. Hierzu bedarf es ausreichender materiell-rechtlicher wie prozessrechtlicher Kenntnisse, wie sie nur in einem juristischen Studium mit Lizentiats- oder Masterabschluss vermittelt werden. Es geht um unabhängige Willensbildung und richtige Rechtsanwendung. Anzahl, Umfang, Bedeutung und Komplexität der Rechtsgrundlagen wie der Streitfälle sind im öffentlichen Recht enorm angewachsen. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass ihre Streitsachen von Magistratspersonen beurteilt werden, die ihrer Aufgabe gewachsen sind und die ihnen dank Methoden- und Fachkompetenz als «rechte Mittler» ein offenes, faires, speditives und den Rechtsfrieden wiederherstellendes Verfahren garantieren. Eine funktionierende Justiz ist ein fundamentaler Anspruch in der rechtsstaatlichen Demokratie und ein wichtiger Standortfaktor für Wirtschaft und Gewerbe.
Wenn die JPK in ihrem Bericht und Antrag selber ausführt, dass die Parteien ohnehin «auch in Zukunft Kandidatinnen und Kandidaten mit juristischem Universitätsabschluss zur Wahl für ein Hauptamt» vorschlagen würden, dann spricht erst recht nichts dagegen, diese allgemein anerkannte Praxis im Gesetz zu verankern. Abgesehen davon kann ein besonders geeigneter nebenamtlicher Richter im Einzelfall

auch eine grössere Verantwortung übernehmen, indem sein Pensum – wie die JPK ebenfalls erwähnt – bis zu 50 Prozent ausgedehnt werden kann. Für ein Nebenamt sollen nach dem Vorschlag des Verwaltungsgerichts nebst den Juristen und Juristinnen insbesondere auch Steuerexperten, Sozialversicherungsexperten und Wirtschaftsprüfer in Frage kommen. Diese werden in der vorgeschlagenen Gesetzesbestimmung ausdrücklich erwähnt. Dies, weil sie als Spezialisten mit besonderen, auch nicht juristischen Fachkompetenzen in den je von einer separaten Kammer des Verwaltungsgerichts behandelten sozialversicherungsrechtlichen und steuerrechtlichen Fällen besonders geeignet sind als nebenamtliche oder – falls sie gleichzeitig Juristen sind – als hauptamtliche Richter. In Steuer- und Sozialversicherungssachen amtet das Verwaltungsgericht sozusagen als Fachgericht. Was die zusätzlich erwähnte gleichwertige Berufsausbildung betrifft, so hat das Verwaltungsgericht an Ärzte, Architekten, Ökonomen, Kaufleute oder Handwerker gedacht. Da das Zuger Verwaltungsgericht keine Fachrichter kennt, können solche – ebenfalls nicht juristisch ausgebildete – Personen dank ihres Fachwissens, sei es als nebenamtliche Richter oder insbesondere als Ersatzrichter, sehr geeignet sein und unter Umständen den Beizug von Gutachtern erübrigen.
Das Verwaltungsgericht geht auch ohne ausdrückliche Erwähnung in seinem Gesetzesentwurf davon aus, dass die Fach- oder Berufsausbildung eines nebenamtlichen Richters oder Ersatzrichters abgeschlossen zu sein hat, so wie es auch im Gerichtsorganisationsgesetz unausgesprochen gilt. Dies wird in der Regel auch deshalb kein Problem sein, da von einer kandidierenden Person mehrjährige Berufserfahrung verlangt wird. Und weil Ersatzrichter und -richterinnen am Verwaltungsgericht auch wirklich zum Einsatz kommen – wenn leider auch eher selten –, sollten Wählbarkeitsvoraussetzungen auch für sie gelten.
Alle seit 1976 an das Verwaltungsgericht gewählten haupt- und nebenamtlichen Gerichtsmitglieder hätten die vom Verwaltungsgericht vorgeschlagenen Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllt. Auch könnten alle heute tätigen Verwaltungsrichterinnen und -richter für ihre Funktionen erneut kandidieren und wiedergewählt werden. Hingegen könnten eine heute amtierende nebenamtliche Richterin und drei Ersatzrichter und -richterinnen nicht neu in ein Hauptamt gewählt werden, da sie keinen juristischen Studienabschluss haben. Die von der JPK in ihrem Bericht und Antrag erwähnte nebenamtliche Richterin hat aber versichert, dass sie nicht für ein Hauptamt zur Verfügung stehen werde. Dasselbe ist auch bei den erwähnten nebenamtlichen Richtern und Richterinnen der Fall. Auf eine Übergangsbestimmung kann daher verzichtet werden.
Natürlich kommt es bei einer Richterwahl nebst den fachlichen Qualitäten auch auf die vor einer Woche hier angesprochenen persönlich-menschlichen Qualitäten an: auf Sozialkompetenz, charakterliche Integrität, Realitätsnähe, Menschenkenntnis, Lebenserfahrung und Entscheidungsfreude sowie staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein. Grundlegend ist eine gute Mischung von fähigen, sich aufgrund ihrer Ausbildung und Berufserfahrungen gut ergänzenden Persönlichkeiten. Erfahrungsgemäss findet vor den Wahlen zu diesem Zweck seit jeher rechtzeitig ein Austausch zwischen den im Rat vertretenen Parteien statt. Den Parteien kommt eine besondere Verantwortung zu. Gelegentlich haben diese sinnvollerweise auch das Verwaltungsgericht angesprochen. Das Gericht will und darf natürlich keinen Einfluss nehmen. Aber es ist von Fall zu Fall wichtig zu wissen und ein wesentlicher Unterschied, ob ein frei werdendes Hauptamt – und welches von den bestehenden – neu zu besetzen ist oder ob es sich um ein Nebenamt oder die Funktion eines Ersatzrichters handelt. Viel hängt vom jeweiligen Anforderungsprofil aus Sicht der Bedürfnisse des Gerichts ab. Bis zu den letzten Gesamterneuerungswahlen hat die Vorbereitung der Richterwahlen immer gut funktioniert.

Wenn an der juristischen Qualifikation der Richter «gespart» wird, dann kommt es nachher viel teurer. Denn insbesondere mangelndes juristisches Fachwissen in den Hauptämtern am Gericht hat unweigerlich Folgen, nämlich längere Verfahren und mehr Verantwortung bei den Gerichtsschreibern und Gerichtsschreiberinnen bis hin zur verpönten sogenannten Gerichtsschreiberjustiz. Und es würden durch nicht professionelle Prozessführung und Entscheidungen auch Mehraufwand, Enttäuschungen und Verdruss bei den Rechtssuchenden drohen. Man möge also bitte nicht an der Qualität sparen. Es ist im öffentlichen Leben wie im «richtigen» Leben: Es kommt sonst sicher teurer …
Bei allem Respekt für die Anträge der JPK wie auch der SVP- und FDP-Fraktionen sowie für die Voten einiger Vorredner: Der Verwaltungsgerichtpräsident bittet den Rat eindringlich, erstens auf das Geschäft einzutreten und zweitens dem Gesetzesvorschlag des Verwaltungsgerichts zuzustimmen. Damit treffen die Ratsmitglieder durch eine massvolle Einschränkung des passiven Wahlrechts einen wichtigen Entscheid für ein weiterhin kompetentes, funktionsfähiges und darum auch geachtetes Zuger Verwaltungsgericht. Es handelt sich nicht um einen Papiertiger.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat beschliesst mit 38 zu 29 Stimmen, nicht auf das Geschäft einzutreten.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass folgender parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt:
• Motion der CVP-Fraktion vom 28. Juni 2016 (Vorlage 2642.1 - 15207) betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen.

➔ Der Rat schreibt den vorliegenden parlamentarischen Vorstoss stillschweigend ab.

TRAKTANDUM 9
**Geschäfte, die am 29. Juni 2017 nicht behandelt werden konnten:**

**829** Traktandum 9.1: **Interpellation der Fraktion Alternative – die Grünen betreffend Axpo und Misswirtschaft bei Atomkraftwerken**
Vorlagen: 2606.1 - 15134 (Interpellationstext); 2606.2 - 15315 (Antwort des Regierungsrats); 2606.3 - 15472 (Antwort des Regierungsrats).

**Mariann Hess,** Vertreterin der Interpellanten, bedankt sich namens der ALG bei der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Seit März 2016, also ganze 15 Monate, war die die Interpellation der ALG bei der Regierung zur Beantwortung hängig. Das gibt zu denken. Anlässlich der Abtraktandierung im Januar 2017 stellte Hanni Schriber-Neiger zwei weitere Fragen. Diese sind immer noch unbeantwortet. Die zweite Frage, welche die Energiestrategie 2050 betrifft, ist unterdessen leider obsolet geworden, weil das Volk mittlerweile die Energiestrategie angenommen hat. Es ist nicht ganz die feine Art vonseiten der Regierung betreffend ein sehr wichtiges Thema. Doch man kann es auch so machen.
Die noch zu beantwortende Frage lautet: «Im Anblick des dritten aufeinanderfolgenden Verlustjahres der bei der geplanten Axpo-Umstrukturierung in unrentable Geschäfte (Atomkraftwerke) und rentable Geschäfte (erneuerbare Energien und Dienstleistungen) erwarten wir einen hörbaren Widerstand der Regierung. Oder ist

Business privatisieren – Schulden und atomarer Müll verstaatlichen für die Regierung eine Lösung?»
Das Vorgehen der Axpo, wie es sich aktuell darstellt: Unternehmung neu strukturieren; gewinnbringende Sparten auslagern und den Aktionären dann Dividenden ausschütten; die Kosten der defizitären Sparten auf die Kantone und die Allgemeinheit abwälzen. So nicht! Seit dem Bau und Betrieb der Kernkraftwerke wurde und wird der Bevölkerung versprochen, dass das Problem des atomaren Abfalls gelöst werden könne. Nach bald fünfzig Produktionsjahren weiss noch heute kein Mensch, wohin mit dem unablässig ansteigenden atomaren Abfall. Niemand will ihn haben. Weltweit existiert noch kein einziges Endlager. Man scheut sich auch nicht, die verlangten Sicherheitsvorkehrungen zu hintergehen. Probleme in den AKWs werden vertuscht oder schöngeredet. Der Bevölkerung wird suggeriert, alles sei absolut sicher. So setzt man grosse Teile der Schweiz ganz nebenbei dem Risiko eines GAU aus! Dieses Sicherheitsrisiko wird – wie auch die Entsorgung des atomaren Abfalls – salopp ausgeblendet. Laut Kernenergiegesetz sind die Eigentümer verpflichtet, für die Entsorgung und Stilllegung aufzukommen. Ist dies aber wirtschaftlich für die Betreiber nicht tragbar, beschliesst die Bundesversammlung, ob und in welchem Ausmass sich der Bund an den nicht gedeckten Kosten beteiligt. Das heisst: Am Schluss bezahlen die Bürgerinnen und Bürger. Angesichts dieser vielen Probleme ist es nicht verwunderlich, dass die Beantwortung der Interpellation so lange dauerte. Umso erstaunlicher ist, dass die Regierung in ihrer Antwort die Geschäftspolitik der Axpo Holding AG unterstützt. Gleichzeitig stellt sie die Frage, in welchem Rahmen sie sich zukünftig in der Axpo weiter engagieren soll. Was nun? Der Kanton Zug hat Aktien im Nominalwert von 3,23 Millionen Franken. Welche Lösung schlägt die Regierung vor? Aktien verkaufen? An wen? Mit wie viel Verlust? Oder die Aktien behalten, weiterhin auf die Unternehmensleitung vertrauen und warten, bis die Aktien keinen Wert mehr haben? Falls die Aktien behalten werden, soll in Zukunft eine fähige Vertretung des Kantons in der Unternehmensleitung der Axpo zu sitzen, die Verantwortung wahrnimmt. Sie soll helfen, Lösungen zu erarbeiten, um die AKWs schnellstmöglich abzuschalten und Investitionen in erneuerbare Energien zu tätigen.

**Barbara Gysel** dankt namens der SP-Fraktion für die informative Antwort des Regierungsrats. Sowohl die SP-Fraktion als auch Expertinnen und Experten erachten den Bericht als überaus korrekt. Was lässt sich nun daraus mitnehmen? Über den Regierungsrat bestünden durchaus Hebel, die Axpo zum Handeln zu zwingen. Dies gilt insbesondere deshalb, weil in nächster Zeit möglicherweise Geld in die Axpo eingeschossen werden muss oder soll, damit diese wieder zusätzliche liquide Mittel erhält. Der Regierungsrat wird aufgefordert, darauf zu achten, dass Zahlungen nur gegen verbindliche Abschaltdaten bei den AKWs erfolgen. Ideal wäre es, wenn sich die Nordostschweizer Kantone auf ein geordnetes Vorgehen verständigen könnten. Aber das bleibt wohl politisches Wunschdenken.
Nachfolgend drei Kommentare zu den konkreten Antworten:
• Der Antwort auf Frage 2b ist zu entnehmen, dass die Atomkraftwerke noch zirka 38 Prozent zur Deckung des schweizerischen Strombedarfs beitragen. Die Fragen 2a und 2b zielten aber darauf, was der Regierungsrat unternimmt, um den Anteil der erneuerbaren Energien zu fördern. Diese Antworten sind daher unzureichend. Schade.
• Zur Antwort auf Frage 3a: Die SP-Fraktion möchte erfahren, was bei der absehbaren Stilllegung des AKW Fessenheim, das sich in der Nähe von Basel befindet, passiert. Dieses Kraftwerk ist das älteste in Frankreich, gilt als umstritten und wird teilweise auch das «Pannen-AKW» genannt. Es trägt ein hohes Sicherheitsrisiko.

Verschiedenen Berichten und Aussagen der Axpo zufolge würde Schadenersatz verlangt, wenn das AKW Fessenheim vorzeitig vom Netz ginge. Das wäre unerwünscht: Die Laufzeit von Fessenheim würde verlängert, wenn das Druckmittel Schadenersatz wirkt. Andererseits ist auch im Gespräch, dass EdF, die Besitzerin von Fessenheim, die Strombezugsmengen einfach von einem anderen französischen AKW liefert, das dann unter Umständen noch über Jahrzehnte weiterläuft. Diesbezüglich müsste der Regierungsrat eine klare Position einnehmen und das verhindern. Oberstes Ziel müsste die raschestmögliche Abschaltung von Fessenheim sein – und nicht die Sicherung der Strombezugsrechte, auch wenn dies natürlich zu einem Abschreiber führen würde.
• Zu Frage 5: Wie viel müsste der Kanton Zug gemäss seinen Anteilen einmalig einschiessen, damit ein Axpo-AKW sofort vom Netz gehen könnte? Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, wie gross die finanziellen Auswirkungen konkret gewesen wären.

**Philippe Camenisch** spricht für die FDP-Fraktion und dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation, insbesondere für die zum besseren Verständnis dienenden Vorbemerkungen. Diese zeigen auf, wie die Axpo in Zukunft ihr Geschäft ausrichten will. Der Energiemarkt hat sich in den letzten Jahren sehr stark verändert. Für die Schweizer Stromwirtschaft haben die staatlichen Markteingriffe in Deutschland in Form von Subventionen für Kohlestrom und alternative Produktionsanlagen einen negativen Einfluss auf die finanziellen Ergebnisse und zukünftigen Ertragsaussichten der Stromproduzenten. Die Axpo ist somit ebenfalls negativ betroffen und bildet damit keine Ausnahme. Der Regierungsrat hat absurde Marktverzerrungen in seiner Antwort zur Frage 1 detailliert ausgeführt. Wichtig, aber nicht neu, ist die Tatsache, dass die Aktionäre und damit auch der Kanton Zug keine Nachschusspflicht im Falle von fehlenden Mitteln für die Stilllegungs- und Entsorgungskosten haben. Dazu wird auf die Antwort zur Frage 7 verwiesen.
Das maximale Risiko für die Aktionäre beläuft sich wie üblich auf das Investment. Einem unwahrscheinlichen Ausfall stünden aber jahrelange Erträge in Form von Dividenden gegenüber. Die von den Interpellanten gestellten Fragen sind legitim, aber teilweise an die falsche Instanz gerichtet. So müsste die Frage 1b – die Frage nach den Möglichkeiten, billigen Kohlestrom zu verteuern – nicht dem Regierungsrat, sondern dem Bundesrat gestellt werden. Es ist unerheblich, was der Regierungsrat dazu meint, denn dieser ist bei nationalen Lenkungsabgaben nicht Akteur.
Geht es demnach mit der Titelsetzung «Misswirtschaft» einmal mehr um Polemik rund um die Kernenergie? Zumindest beschleicht einen dieser Gedanke. Der Mehrheit der Ratsmitglieder dürfte es nicht anders gehen.
«Misswirtschaft» ist übrigens als Delikt im Strafgesetzbuch unter Art 165 aufgeführt. Es ist davon auszugehen, dass der Begriff umgangssprachlich gewählt wurde, um damit den Unmut über die Axpo bzw. über die missliebige Atomenergie auszudrücken. Geht es demnach darum, eine Energiedebatte, also ein nationales Thema, im Kantonsrat zu führen? In diesem Lichte ist auch die Frage 1b zu sehen.
Ein *Bashing* der Kernenergie ist letztlich eine Verunglimpfung der Mehrheit in diesem Land, welche die Kernenergie in den 1970er-Jahren befürwortet hat. Heute von Misswirtschaft bei Atomkraftwerken zu sprechen, ist undifferenziert und ein unvollständiger Blick in den Rückspiegel, wobei der Rückspiegel zeitlich in die Zukunft platziert wird. Man kann es auch als Besserwisserei betiteln.
Die in der Interpellation gestellten Fragen sind wie erwähnt legitim, bilden aber ein Sammelsurium von Themen, die nicht konsistent auf den Nenner der Misswirtschaft gebracht werden können. Und natürlich fehlen die strategischen Tipps der ALG nicht, wie es die Axpo hätte richtig machen müssen. Egal, wie es die ALG nennt

und welche strategischen Tipps sie der Axpo auf den Weg gibt: Zumindest die Investoren scheint es wenig zu kümmern. Wirft man einen Blick auf die Ratings der ausstehenden Anleihen von Axpo, ist festzustellen, dass die Ratingagenturen und der Markt die Dinge etwas anders sehen als die ALG. Die ausstehenden drei Anleihen von insgesamt 1,08 Milliarden Franken haben ein BBB-Rating und sind somit immer noch Investment Grade. BBB ist zwar die tiefste Investment-Grade-Einstufung und kann – grob gesagt – somit von Pensionskassen als Investoren im Anlageportfolio gehalten werden. So ist auch die Aufspaltung des Unternehmens in zwei Teilbereiche eine Voraussetzung, um auch in Zukunft eine günstige Kapitalbeschaffung sicherzustellen. Und Geld wird die Axpo brauchen, wenn sie die Investitionen in Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien stemmen will. Es geht also nicht primär darum, wie von den Interpellanten behauptet, Dividenden an die Aktionäre der zukünftigen Gesellschaft auszuschütten.
Die Zukunft wird zeigen, wie offen und tolerant die Grünen und deren Sympathisanten sind, wenn es darum geht, die Investitionen in die neuen Technologien gemäss dem neuen Energiegesetz zu unterstützen. Schliesslich wird beispielsweise auch die Errichtung von Windparks auf exponierten Kreten von Hügelzügen ein Thema sein. Es ist zu erwarten, dass die Bewilligungsverfahren lange und nicht immer von Erfolg gekrönt sein werden, nicht zuletzt wegen der Opposition aus dem grünen Lager. Bis solche Dinge geklärt sind, kann man froh sein, dass mit den AKW die Versorgungssicherheit in der Schweiz gewährleistet ist. Immerhin decken sie noch 38 Prozent des Strombedarfs ab. Es ist zu begrüssen, wenn sie dereinst substituiert werden können. Bis dahin gilt es aber, sachlich zu bleiben. Polemik bringt nur Schlagzeilen, aber keine Lösungen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** kann sich vorstellen, dass die zwei Vorrednerinnen nicht mit allen Punkten einverstanden sind. Doch es geht nicht um eine energiepolitische Debatte im Rat. Den Vorwurf der Verzögerungstaktik weist der Baudirektor zurück. Man hat versucht, die notwendigen Informationen zu erhalten. Dass die Axpo Holding AG die zwei Tochtergesellschaften Axpo Solutions und Axpo Power gründet, wurde Mitte Dezember kommuniziert, als die Interpellationsantwort fertig war. Man hat sich daraufhin entschieden, abzuwarten, was in diesem Prozess läuft. Nun gibt der Regierungsrat einen Zwischenbericht ab. Die entscheidenden Verhandlungen im Zusammenhang mit den Fragen, die heute aufgeworfen wurden, sind zurzeit am Laufen. Die Regierung wollte das Interesse und das Engagement in diesem Bereich signalisieren. Vor diesem Hintergrund ist auch der folgende Satz auf Seite 2 im Bericht des Regierungsrats zu verstehen: «Die Strategieprozesse und die Neuausrichtung der Axpo sind in vollem Gang, können aber in ihren Konsequenzen und Auswirkungen noch nicht abschliessend beurteilt werden. Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen und der neuen Unternehmensstrategie stellt sich auch für den Kanton Zug die Frage, in welchem Rahmen er sich in der Axpo weiter engagieren soll.» Um dieses Engagement abschätzen können, werden bis Ende September die nachstehenden Schritte erfolgen:
• Der Kanton kann Stellung nehmen zum Gründervertrag von 1914 und zum Entwurf des Aktionärbindungsvertrags. Dort wird entschieden, was der Kanton mit seinen Aktien machen kann. Können sie verkauft werden? Unter welchen Bedingungen können sie verkauft werden?
• Die Eignerstrategie der Aktionäre ist jetzt verabschiedet und wird dem Kanton als Aktionär in der Vernehmlassung zugestellt.
• Statutenänderung.
• Vertrag Axpo betreffend Vorhandrecht an bedeutenden Anlageteilen

Diese vier Geschäfte kommen in diesen Tagen in die Vernehmlassungen bei den Aktionären. Der Finanzdirektor und der Energiedirektor vertreten den Kanton in den politischen Gremien. Zug hat seine Anträge eingereicht und als kleiner Kanton positiv Einfluss genommen. Aber inwieweit die Vernehmlassungsantworten berücksichtigt werden, lässt sich nicht abschätzen. Die Frage, die noch offensteht, kann beantwortet werden, wenn alle diese Punkte geklärt sind.
Die Energiedebatte kann im Rat nicht geführt werden, da vieles vom Bund gesteuert wird, insbesondere in der Frage der Atomkraft. Doch in Bezug auf die Energieplanung und -zukunft ist auch im Kanton Zug einiges am Laufen. Man ist daran, in einem interessanten, umfassenden Prozess das Energieleitbild aus dem Jahr 2011 auf die neuen Gegebenheiten, das Energiegesetz 2015 etc., anzupassen. Der Baudirektor ist zuversichtlich, dass für den Kanton das Optimale getan wird.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**830** Traktandum 9.2: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Altersarmut im Kanton Zug**
Vorlagen: 2681.1 - 15304 (Interpellationstext); 2681.2 - 15453 (Antwort des Regierungsrats).

**Esther Haas,** Vertreterin der Interpellanten, bedankt sich im Namen der ALG bei der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Im einleitenden Abschnitt macht die Regierung eine Auslegeordnung der Thematik und anerkennt, dass es eine Neuberechnung, sprich Erhöhung der Mietzinszuschüsse, wie sie auf Bundesebene angestrebt wird, braucht. Schweizweit und im Kanton Zug funktioniert bei etwas mehr als 20 Prozent der Beziehenden von Ergänzungsleistungen (EL) die Existenzsicherung nicht. Auch der Kanton Zug versucht, dieses Delta durch kantonale Zuschüsse zu decken; bei fast 16 Prozent sind selbst diese kantonalen Zuschüsse zu wenig, um die Mietzinsen vollständig zu decken. Pro Senectute Kanton Zug meinte dazu in der «Zuger Zeitung»: «Altersarmut im vermeintlich reichen Zug gibt es also.» Und die Zahlen sind mit grosser Wahrscheinlichkeit noch höher, weil von Armut Betroffene sich aus Scham oft zurückziehen, wodurch Armut im Alter für die Gesellschaft unsichtbar bleibt. Die Konsequenzen sind für die Pro Senectute klar: «Um den Fehlbetrag aufzubringen, müssen Betroffene beim Lebensunterhalt sparen.» Und was sagt die Regierung dazu? «EL-Beziehenden steht es frei, einen Teil des Betrags für den Lebensbedarf zur Finanzierung der Differenz bei den Mietkosten zu verwenden.» Ist diese Aussage der Regierung die Kernbotschaft gegenüber Menschen, die sich beim Lebensnotwendigen einschränken müssen, damit sie die hohen Mieten im Kanton Zug bezahlen können? Wenn dem so ist, dann ist es respektlos. Auch wenn nur sechs weitere Kantone subsidiär zu den Ergänzungsleistungen gemäss Bundesrecht auch kantonale Ergänzungsleistungen ausschütten, gibt dies der Regierung nicht das Recht, sich derart abgehoben zu äussern. Hier geht es nicht um sogenannte Sozialschmarotzer, sondern um Menschen, bei denen die finanziellen Möglichkeiten hinten und vorne nicht reichen, um ein würdevolles Leben zu führen. Immerhin ringt sich die Regierung zur Aussage durch, dass es nicht wünschenswert ist, «wenn beim Essen gespart werden muss, um eine Differenz bei den Mietausgaben zu finanzieren».
Eine Bemerkung ist der Votantin bei Frage 4 sauer aufgestossen: «Gesunde Ernährung muss nicht teuer sein.» Würde man die Ernährungspyramide zeichnen für Menschen, die beim Essen sparen müssen, dann hätte sie ein grosses Fundament

mit kleinem Überbau. Die Basis sind Kohlenhydrate. Diese sind billig und machen satt. Darüber wären geringe Mengen an Fett zu finden. Gespart wird ganz oben, beim Teuersten: bei Käse, Fleisch, Gemüse. Ist das gesund und ausgewogen? Diese Haltung, weit entfernt von der Realität, in der einige Menschen im Kanton Zug leben, offenbart sich auch bei Frage 7: Die Regierung versteift sich auf die im Vergleich mit anderen Kantonen guten staatlichen Leistungen und vergisst dabei, dass die Lebenshaltungskosten im Kanton Zug sehr hoch sind. Die Diskrepanz zwischen den Bruttomieten und dem maximal möglichen EL-Zuschuss bleibt im Kanton Zug sehr gross, da lässt sich nichts schönreden.
Positiv ist die Analyse der Regierung zu werten, wie denn die Altersarmut verhindert werden kann. Die ALG stimmt mit der Regierung überein, dass der lückenlosen Partizipation von Frauen und Männern am Arbeitsprozess eine zentrale Bedeutung zukommt. Die Bemühungen der direktionsübergreifenden Kampagne «Alter hat Potenzial» haben ebenfalls präventiven und hoffentlich nachhaltigen Charakter. Prävention ist wichtig. Sie muss zusammen mit staatlichen Unterstützungsmassnahmen dazu führen, dass Altersarmut verschwindet. Armutsbetroffene sollen dazu stehen dürfen, dass sie Hilfe brauchen. Und sie sollen diese auch bekommen.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Der Regierungsrat zeigt in seinen Antworten zur Altersarmut auf, dass sich der Kanton in vielen Punkten bereits bemüht, die Situation der Betroffenen zu mildern. Gewisse Aussagen resp. Leistungen sind tatsächlich unterstützend und hilfreich, um die Armut zu bekämpfen. In den Vorbemerkungen hält der Regierungsrat fest, dass rund 249 Personen bzw. 15,9 Prozent der EL-Beziehenden trotz der kantonalen EL keine volle Abdeckung der Miete erreichen. Nicht bekannt ist, wie hoch die Fehlbeträge sind. Laut Regierung sind die entsprechenden Fehlbeträge nicht bekannt. Es stellt sich die Frage, ob der Regierungsrat bereit ist, dies abzuklären. Denn es macht sehr wohl einen Unterschied, ob der Fehlbetrag monatlich 50 oder 150 Franken beträgt.
Wenig Realitätssinn zeigt die Regierung bei der Beantwortung der Frage 4. Wenn sie vorschlägt, dass Personen, die eine zu teure Wohnung haben, sich einfach eine günstigere suchen sollen – allenfalls mithilfe von Organisationen –, entspricht dies nicht der Realität im Kanton Zug. Es ist davon auszugehen, dass Rentnerinnen und Rentner, die Ergänzungsleistungen beanspruchen, wohl kaum in den teuersten Wohnungen leben und es schwierig sein dürfte, eine billigere Wohnung zu finden.
In der Antwort zu Frage 5 wird eine Studie zitiert, die Gründe für Altersheimeintritte von Personen mit geringem Betreuungsaufwand aufzeigt. Es wäre spannend, zu hören, welche Schlussfolgerungen die Regierung aus dieser Zusammenstellung zieht und welche konkreten Massnahmen daraus abgeleitet werden. Ist sie bereit, mit allen beteiligten Kräften sinnvolle Strategien zu entwickeln? Die Streichung oder Kürzung von Beiträgen an Organisationen wie Pro Senectute oder an Pensionierungsseminare deuten nicht darauf hin, dass eine grosse Bereitschaft besteht.
In der Antwort zu Frage 6 zeigt die Regierung auf, dass Prävention ein wichtiges Anliegen ist. Es macht wenig Sinn, Prävention von Altersarmut zu betreiben, wenn gleichzeitig Kinder- und Familienarmut nicht bekämpft werden. Nebst den aufgezählten Punkten, die nachvollziehbar sind, fehlt jedoch eine wichtige Aussage. Frauen sind oft diejenigen, die tiefere Löhne und dadurch tiefere Renten erhalten, was zu höheren EL führt. Die Regierung müsste festhalten, dass «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» gelten soll und diesbezüglich auch aktiv werden.

**Monika Barmet** teilt mit, dass die CVP-Fraktion die Beantwortung der Interpellation dankend zu Kenntnis nimmt. Die Ausführungen dienen der aktuellen Einschätzung

und Übersicht, insbesondere betreffend Ergänzungsleistungen, Eintrittsgründe in Heime sowie Massnahmen und Prävention der Altersarmut in Zug. Zufriedenstellend ist die Absicht des Regierungsrats, die kantonalen Ergänzungsleistungen auch im Rahmen der Entlastungsprogramme zu belassen und auf eine Reduktion zu verzichten. Sparen bei finanzschwachen IV- und AHV- Rentnerinnen und -Rentnern kommt nicht gut an. Deshalb soll die Entlastung durch die kantonalen Ergänzungsleistungen weiterhin gewährt werden. Massnahmen zur Prävention von Altersarmut sind nach wie vor nötig, wie im Bericht aufgeführt ist. Diese erfordern aber auch politische Unterstützung und Akzeptanz, auch durch den Kantonsrat.
Neben der finanziellen Entlastung sind auch Engagements vieler Freiwilliger notwendig, z. B. der Organisationen Kiss oder von Nachbarschaftshilfen. Der gesellschaftlichen Verarmung muss ebenfalls Beachtung geschenkt werden. Das soll auch ein Auftrag an alle sein. Es gibt viele Rentnerinnen und Rentner, die auf Unterstützung zu Hause angewiesen sind. Oftmals sind es nur kleine Dienstleistungen, die nötig sind. So können u. a. Heimeintritte verhindert oder hinausgezögert werden; dies auch zur Entlastung auch der kantonalen Ergänzungsleistungen. Die Ratsmitglieder sind alle eingeladen, ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrzunehmen und sich zu engagieren, in der Familie und in der Nachbarschaft.

**Moritz Schmid** dankt der Regierung namens der SVP-Fraktion für die relativ kurze Beantwortung der Fragen. Die Interpellation der ALG ist keine Überraschung, zählt es doch zu ihren Stärken, Steuergelder wenn irgendwo möglich zu verteilen. Natürlich sind Ergänzungsleistungen eine gute Lösung und zum Teil notwendig. Aber manchmal werden sie zu aufdringlich verteilt. Es ist an die Eigenverantwortung der EL-Bezügerinnen und -Bezüger, aber auch an die Angestellten der Sozialämter zu appellieren. Abklärungen über die Verteilung von Ergänzungsleistungen sollten sorgfältiger getroffen werden. Es kann nicht sein, dass Leistungen ausbezahlt werden, damit das Vermögen nicht angegriffen und den Erben vermacht werden kann. Es kann aber auch nicht sein, dass die Liegenschaft oder Eigentumswohnung verkauft oder scheinbar verkauft wird, nur um so zu Ergänzungsleistungen zu kommen. Ebenso darf nicht mit verschiedenen Ellen gemessen werden.
Der Votant zählt sich zur älteren Garde und kann sich noch gut erinnern, wie die Alters- und Pflegeheimbetreiber um neue Bewohner buhlten mit der Begründung, früh genug ins Heim einzutreten, um Mitbewohner frühzeitig kennenzulernen. Jetzt gehen Senioren aus welchen Gründen auch immer ins Altersheim, aber sie können finanziell nicht mehr existieren. Etwas läuft schief. Das Tarifsystem sollte dringend überprüft werden. Bei einzelnen Altersheimen sind die Tarife zu hoch, aber der Kanton will es so. Man hat ja das *Kässeli* für Ergänzungsleistungen.
Gespannt darf man sein, an welchen Ergänzungsleistungen die Frühpensionäre sich erfreuen dürfen. Diese finanzieren ihre Frühpension mit einem Lohnabzug, aber die Freizeit kostet auch Geld, das dann wohl nicht ausreichend zur Verfügung steht. Ein Berufskollege war früher oft in den Bergen. Jetzt, nach seiner Frühpensionierung, hätte er noch mehr Zeit für Ausflüge. Doch er kann sich die Zugfahrt und die Bergbahn nicht mehr leisten. Zum ersten Mal in seinem Leben macht er Schulden.
Der Antwort auf Frage 6 ist Interessantes zu entnehmen. Der Anstieg sei durch den gesellschaftlichen Wandel und die unregelmässigen Erwerbsverläufe verursacht. Prekäre Arbeitsverhältnisse, niedrige Löhne, Arbeit auf Abruf, Teilzeitarbeit, Reisen, unbezahlte Ferien – alles auch ein Teil unseres Wohlstands. Fast das Schlimmste ist dabei das Arbeiten zu niedrigen Preisen, zu Dumpinglöhnen. 100 Prozent arbeiten und nicht einmal 3500 Franken netto in der Zahltagstüte – und das nennt man gutes Arbeitsklima? Teilzeitarbeit, damit die Beiträge in die Pensionskasse gespart werden können – und das nennt man gutes Arbeitsklima?

Trotz 2. Säule und eventuell 3. Säule nicht über die Runde zu kommen, hat auch mit Wohlstand zu tun. Immer mehr Leute lassen sich das angesparte Kapital frühzeitig auszahlen. Das bewirkt eine Kürzung der Rente der 2. Säule, was heissen kann, später auf Ergänzungsleistungen angewiesen zu sein – das auch zum Thema Eigenverantwortung. Ergänzungsleistungen sind Sozialhilfe, um es einmal ganz klar auszusprechen. Es ist einfach ein anderes *Kässeli* dafür zuständig.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die Ergänzungsleistungen ein Bereich mit einem enormen Kostenwachstum sind. Dies ist auch für den Bund ein Thema. Die Sozialdirektorenkonferenz führt Untersuchungen durch, um die Gründe für diese Kostenentwicklung zu finden und beispielsweise auch abzuklären, welchen Einfluss die verschiedenen IV-Revisionen hatten. Die Resultate liegen noch nicht vor. Die Regierung ist sich bewusst, dass die Mieten eine Herausforderung sind. Deshalb wurde in der Antwort auch erwähnt, dass seit 2001 die Mietzinsmaxima nicht mehr angepasst wurden. Der Regierungsrat setzt sich dafür ein, dass der Kanton Zug in eine Region mit höheren Mietzinsen eingeteilt wird. Wenn das der Fall ist, wird es in diesem Bereich sicher eine Erleichterung geben.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 831 Nächste Sitzung

Donnerstag, 31. August 2017

Der **Vorsitzende** wünscht den Ratsmitgliedern schöne Sommerferien.

**Beilage (nur elektronisch):**
Report der Abstimmungsergebnisse: https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

59. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 31. August 2017
Zeit: 8.30 – 11.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 29. Juni 2017 und 6. Juli 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Jürg Messmer, Andreas Hostettler und Philip C. Brunner betreffend Französisch erst auf der Sekundarstufe I

3.2. Motion von Beat Sieber betreffend adaptive Leistungstests während der obligatorischen Schulzeit an den gemeindlichen Schulen des Kantons Zug

3.3. Interpellation von Peter Letter, Laura Dittli und Beat Unternährer betreffend Französischunterricht an der Primarschule und Sekundarstufe I im Kanton Zug

3.4. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sprachkompetenz von Ärztinnen und Ärzten im Kanton Zug

3.5. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Ungereimtheiten bei der Gebäudeversicherung des Kantons Zug

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)

4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Ersatz und Erweiterung der übergeordneten Kommunikation und Leittechnik für Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen der Kantonsstrassen

5. Verabschiedung von Kantonsgerichtspräsident Beat Furrer
6. Wahl des Kantonsgerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013–2018
7. Teilrevision des Steuergesetzes − Grundstückgewinnsteuer: rechtsverbindliche Vorprüfung und Rechtsmittellegitimation: 2. Lesung
8. Finanzwesen − Sparpaket 2018: Gesetzesänderungen: 2. Lesung
9. Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz)
10. Postulat von Bettina Egler und Berty Zeiter betreffend Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache
11. Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden

12. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Zuger Fiskus profitiert von Trumps Mauer
13. Interpellation von Esther Haas betreffend Anschaffung Abfallkübel

## 832 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung sind 77 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Peter Letter, Oberägeri; Monika Weber und Daniel Burch, beide Steinhausen.

## 833 Mitteilungen

Es findet eine Halbtagessitzung ohne Mittagessen statt.

Heute gilt jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

Der Zuger Bauernverband offeriert in der Vormittagspause Süssmost und frische Früchte. Der Vorsitzende dankt namens des Rats für diese freundliche Geste.

Unter idealen Wetterbedingungen fand am 18./19. August 2017 das 32. Eidgenössische Parlamentarierfussballturnier statt. Der FC Kantonsrat Zug reiste mit einer Elferdelegation, bestehend aus laufhungrigen Jungen sowie erfahrenen Routiniers, nach Wil SG. Wie jedes Jahr repräsentierten die Spieler des FC Kantonsrat in erster Linie nicht ihre eigene Partei, sondern mit geeinten Kräften den Kanton Zug. Anders als beim letztjährigen Heimturnier in Zug vermochte die Zuger Truppe jedoch die hohen Erwartungen auf dem Rasen nicht zu erfüllen und erspielte sich den bescheidenen 15. und damit fünftletzten Rang. Als Hauptgrund für diese magere Turnierausbeute führt Captain Zari Dzaferi die Spielfeldgrösse auf. Im Vergleich zu früheren Turnieren wurde das Spielfeld nämlich halbiert, wodurch lauffreudige und agile Mannschaften wie jene aus den Kantonen Zug, Tessin oder Schaffhausen ihre Schnelligkeit und Ausdauer kaum ausspielen konnten. Auch fehlte Torgarant Manuel Brandenberg, der aufgrund einer Knieverletzung nicht für Blau-Weiss auflaufen konnte. Dennoch blickt der FC Kantonsrat auf ein herrliches Turnier zurück, an dem nebst dem Ballsport vor allem die überparteiliche Kameradschaft im Vordergrund stand. In knapp einem Jahr geht es nach Schaffhausen, wo am 17./18. August das 33. Eidgenössische Parlamentarierfussballturnier stattfindet.
Der Vorsitzende dankt Zari Dzaferi für die Organisation und den übrigen Athleten für die Teilnahme und ihr Engagement für den Kanton Zug. *(Der Rat applaudiert.)*

Fotograf Beat Ghilardi wird Kantonsrat und Stimmenzähler Ralph Ryser im Verlauf des Morgens bei der Arbeit im Rat fotografieren. Die Aufnahmen sind für ein Porträt in der Personalzeitung bestimmt. Gemäss § 38 Abs. 3 GO KR muss der Rat diese Bildaufnahmen bewilligen.

➔ Der Rat erlaubt die genannten Bildaufnahmen stillschweigend.

TRAKTANDUM 1

**834 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**835 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 29. Juni 2017 und 6. Juli 2017**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 29. Juni und 6. Juli 2017 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**836** Traktandum 3.1: **Motion von Jürg Messmer, Andreas Hostettler und Philip C. Brunner betreffend Französisch erst auf der Sekundarstufe I**
Vorlage: 2769.1 - 15519 (Motionstext).

**Vroni Straub-Müller** stellt namens der ALG-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Ihre eigene Interessenbindung: Sie ist Schulpräsidentin der Stadtschulen Zug.
2006 hat der Souverän − wie die Motionäre in ihrer Begründung auch selber schreiben − eine Initiative für nur eine Fremdsprache an der Primarschule deutlich abgelehnt. Dieser Volksentscheid gilt es zu respektieren oder − wenn wirklich nötig − mittels einer neuen Initiative zu kippen; das ist zumindest das Verständnis der Votantin von Demokratie. Zweitens hat der Kanton erst vor gut einem Jahr eine umfassende Evaluation zum Fremdsprachenunterricht durchgeführt. Das Fazit war: Eltern wie Kinder sind mehrheitlich zufrieden mit dem Unterricht in den Fremdsprachen, der Regierungsrat hält am Modell 3/5 fest.
Was macht denn die Schweiz aus? Ein prägendes Element ist die Vielsprachigkeit − und dass diese gelebt wird. Ein anderes Element ist die Weltoffenheit, und diese ist untrennbar mit der Vielsprachigkeit verbunden. Im Gegensatz zu den Motionären will die Votantin nicht, dass Deutschschweizerinnen und Romands auf Englisch miteinander kommunizieren müssen und das Englisch als die Business-Sprache de facto zur schweizerischen Landessprache wird. Es erstaunt sie auch, dass die politischen Bemühungen in diese Richtung ausgerechnet aus einer Ecke kommen, welche nicht müde wird, sich als Ultra-Schweizer zu produzieren. Und zu guter Letzt: Mit dem Instrument der Lernzielanpassungen hat man bereits heute eine gute Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler zu entlasten, wenn es nötig ist.

**Laura Dittli** stellt im Namen einer Mehrheit der CVP-Fraktion ebenfalls den **Antrag** auf Nichtüberweisung der Motion. Sie möchte nicht, dass der Kanton Zug zu einer Fremdspracheninsel wird resp. ein Extrazügli fährt. Es gibt einen Lehrplan der Bildungsregion Zentralschweiz, welcher den Französischunterricht für die Kantone Uri, Luzern, Ob- und Nidwalden, Schwyz und Zug ab der 5. Primarklasse vorsieht. Auch der Lehrplan 21 sieht Französisch als zweite Fremdsprache ab der Primarschule vor. Im Kanton Zürich haben im Mai dieses Jahres über 60 Prozent der Stimmenden die Volksinitiative «Mehr Qualität − eine Fremdsprache in der Primarschule» deutlich abgelehnt − ein klares Zeichen! Auch im Kanton Thurgau wurde im Parlament darüber diskutiert, und schlussendlich wurde auch dort das jetzige

System beibehalten. Der Kanton Luzern wird im September über eine ähnliche Initiative befinden, wobei die Regierung bereits angedeutet hat, im Falle eines Ja für nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe das Französisch beizubehalten. Im Zeitalter der Harmonisierung der Schulsysteme ist eine Sprachendiskussion im Kanton Zug fehl am Platz. Auch die Votantin ist dafür, dass der Französischunterricht reformiert und vor allem der kulturelle Austausch unter den Sprachregionen gefördert wird. Auch müssen neue Formen der Entlastung für schwache Schüler bis hin zur Abwahl einer Fremdsprache geschaffen oder besser genutzt werden. Dabei muss es sich nicht zwingend um die Abwahl von Französisch handeln.
Die vorliegende Motion will den Französischunterricht aus der Primarstufe verbannen. Dies würde viele Lernende benachteiligen, auch würde der Kanton Zug an Attraktivität verlieren. Auch wenn Englisch zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist Französisch nach wie vor ein wichtiger Faktor für ein erfolgreiches Berufsleben. Eine solide und frühe Grundausbildung öffnet auch Türen für einen späteren Sprachaufenthalt oder ein Studium an einer der vielen Hochschulen in der Westschweiz. Ein Systemwechsel würde zudem hohe Kosten mit sich bringen und sehr wahrscheinlich auch personelle Ressourcen beanspruchen. Die Votantin ruft den Rat auf, sich weiterhin zur Harmonisierung der Volksschule zu bekennen und die Motion nicht zu überweisen.

**Jürg Messmer** spricht für die Motionäre. Wenn man den vorangehenden Voten zugehört hat, könnte man fast meinen, Französisch solle in der Schweiz verboten werden. Dem ist natürlich nicht so: Die Motion verlangt klar, dass Französisch ab der Sekundarstufe I unterrichtet werden soll. Heute müssen die Kinder in der Schule zum Teil zuerst Deutsch lernen, dann lernen sie Englisch, und ab der fünften Klasse kommt Französisch dazu. Und welche dieser drei Sprachen wird von den Kindern als die interessanteste angeschaut? Sicher nicht Französisch. Es gibt kaum Kinder, die französische Chansons anhören und sich darüber freuen. Der Votant und seine Kinder haben vor allem Schweizer Lieder − auf Deutsch − oder englische Songs angehört und sich daran erfreut. Es geht auch nicht darum, dass Französisch total aus der Primarschule verbannt werden soll, vielmehr soll es als Freifach angeboten werden. Genau dasselbe hat − umgekehrt − eigentlich auch Laura Dittli formuliert, wenn sie vorgeschlagen hat, dass eine *Abwahl* möglich sein soll. Die Motion schlägt demgegenüber eine *Wahlmöglichkeit* vor.
Das Interesse an der französischen Sprache − es sei wiederholt − ist im Kindesalter klein, und es wird durch den Unterricht in den letzten zwei Primarschuljahren nicht grösser. Im Gegenteil: Sehr oft löst der Französischunterricht bei den Kindern negative Gefühle aus. im Kanton Thurgau hat das Parlament einer entsprechenden Änderung zuerst klar zugestimmt, in der Schlussabstimmung dann hat eine einzige Stimme den Ausschlag gegeben, beim bisherigen System zu bleiben; der Entscheid war also alles andere als klar. Der Kantonsrat verbaut sich mit der Überweisung der Motion nichts. Der Regierungsrat wird dann einen Bericht verfassen und Antrag stellen, und dann ist der Zeitpunkt, um darüber zu diskutieren, ob der Vorschlag der Motionäre umgesetzt werden soll oder nicht. In diesem Sinn bittet der Votant, die Motion zu überweisen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die Abstimmungsablage wegen eines technischen Problems nicht funktioniert. Der Rat stimmt deshalb im offenen Handmehr ab.

➔ Der Rat beschliesst mit 34 Ja- und 40 Neinstimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum von zwei Dritteln der Stimmenden wird nicht erreicht.

**837** Traktandum 3.2: **Motion von Beat Sieber betreffend adaptive Leistungstests während der obligatorischen Schulzeit an den gemeindlichen Schulen des Kantons Zug**
Vorlage: 2771.1 - 15522 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**838** Traktandum 3.3: **Interpellation von Peter Letter, Laura Dittli und Beat Unternährer betreffend Französischunterricht an der Primarschule und Sekundarstufe I im Kanton Zug**
Vorlage: 2770.1 - 15520 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**839** Traktandum 3.4: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sprachkompetenz von Ärztinnen und Ärzten im Kanton Zug**
Vorlage: 2772.1 - 15523 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**840** Traktandum 3.5: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Ungereimtheiten bei der Gebäudeversicherung des Kantons Zug**
Vorlage: 2774.1 - 15524 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**Jean-Luc Mösch** hält fest, dass sich der Rat heute zu einer Halbtagessitzung trifft. Als Unternehmer und zugleich Angestellter steht er bei Halbtagessitzungen immer vor dem Dilemma, ob er seiner Verpflichtung als gewählter Volksvertreter nachkommen oder geschäftliche Termine wahrnehmen soll. Auch Ratsmitglieder, die beispielsweise in Zürich arbeiten, verlieren bei Halbtagessitzungen viel Zeit. Der Votant ist der Ansicht, dass sich das Büro des Kantonsrats und die Verwaltung bemühen sollten, die Traktanden so zu staffeln bzw. so zu bündeln, dass wieder Ganztagessitzungen stattfinden und so der Ratsbetrieb effizient gestaltet werden kann. Dies würde auch der Sache dienen. So ist beispielsweise der Objektkredit für die Sanierung des Ausbildungszentrums Schönau pfannenfertig, konnte bisher aber nicht traktandiert werden. Der Votant schlägt vor, allenfalls eine Halbtagessitzung ausfallen zu lassen und dafür eine Ganztagessitzung durchzuführen.

Der **Vorsitzende** hat Verständnis für das Anliegen, weist aber darauf hin, dass sich der Sitzungsrhythmus auch an Fristen orientiert, welche eingehalten werden müssen. So stehen heute zwei Vorlagen auf der Traktandenliste, welche nicht auf die Septembersitzung verschoben werden konnten, weil dann die vorgegebenen Fristen nicht eingehalten worden wären.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**841** Traktandum 4.1: **Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)**
Vorlagen: 2762.1 - 15482 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2762.2 - 15483 (Antrag des Regierungsrats [Auslandschweizerinnen/Auslandschweizer]); 2762.3 - 15484 (Antrag des Regierungsrats [Wohnsitz Kantonsratskandidierende]); 2762.4 - 15485 (Antrag des Regierungsrats [Erwachsenenschutzrecht]); 2762.5 - 15486 (Antrag des Regierungsrats [WAG]).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Cornelia Stocker, Zug, FDP, Kommissionspräsidentin

| | |
|---|---|
| Manuel Brandenberg, Zug, SVP | Rita Hofer, Hünenberg, ALG |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Laura Dittli, Oberägeri, CVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Anastas Odermatt, Steinhausen, ALG |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Marcel Peter, Neuheim, FDP |
| Barbara Häseli, Baar, CVP | Michael Riboni, Baar, SVP |
| Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP | Karen Umbach, Zug, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**842** Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Ersatz und Erweiterung der übergeordneten Kommunikation und Leittechnik für Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen der Kantonsstrassen**
Vorlagen: 2766.1 - 15512 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2766.2 - 15513 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Tiefbau und Gewässer.

**843** Traktandum 4.3: **Ad-hoc-Kommission betreffend Änderung Personalgesetz**

Anstelle von Alois Gössi soll für die SP-Fraktion neu Beat Iten in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5
**844 Verabschiedung von Kantonsgerichtspräsident Beat Furrer**

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass Kantonsgerichtspräsident Beat Furrer per 31. August 2017 seinen Rücktritt als Präsident und Richter des Kantonsgerichts erklärt hat.

**Adrian Andermatt** verabschiedet den zurücktretenden Kantonsgerichtspräsidenten mit folgenden Worten: «Sehr geehrter Herr alt Kantonsgerichtspräsident, lieber Beat, Du hast richtig gehört: alt Kantonsgerichtspräsident. Noch nicht ganz, aber spätestens morgen früh ist es soweit: Dein *Badge* wird nicht mehr funktionieren, und Dein Nachfolger wird bereits im Amt sein. Das Zuger Kantonsgericht, Deine langjährige Wirkungsstätte − kurz als Rechtspraktikant, dann während vieler Jahre als Richter und in den vergangenen Jahren auch als dessen Präsident − wird zu einem Kapitel in Deinem Berufsleben. Dieses Kapitel wird heute beendet. Das klingt dramatisch, ist es aber nicht, denn Du hast Dich aus freien Stücken zu diesem Schritt entschieden. Auf Dich warten neue Herausforderungen, weshalb wir heute noch etwas die Vergangenheit hochleben lassen. Spätestens ab morgen geht es dann aber wieder um die Gegenwart und vor allem um die Zukunft.
Beat Furrer hat zwar einen auswärtigen Heimatort, ansonsten aber ist er ein echter Zuger. Das zeigt auch sein Werdegang: Schulen bis zur Matura in Zug, Studium der Rechtswissenschaften in Zürich, Praktika am Bezirksgericht Zürich, am Kantonsgericht Zug sowie in der Advokatur in Baar, Erlangung des Anwalts- und Notariatspatents in Zug, dann einige Berufsjahre als Rechtsanwalt und Notar wiederum in Baar. Deine Justizkarriere begannst Du nach erfolgter Wahl im Jahre 2000 am 1. Januar 2001 als Richter in der 1. Abteilung mit Tätigkeitsschwerpunkt Familienrecht. Diese Abteilung hast Du in den letzten Jahren der Amtsperiode auch präsidiert. In der zweiten Amtsperiode widmetest Du Dich als Mitglied der 3. Abteilung dem Handelsrecht. Dieser Abteilung bist Du auch in der laufenden, dritten Amtsperiode treu geblieben. Seit dem 1. Januar 2013 hast Du zudem als Kantonsgerichtspräsident das Zuger Kantonsgericht mit seinen insgesamt neun Richterinnen und Richtern, sechs Ersatzrichterinnen und -richtern, rund einem Dutzend Gerichtsschreibenden sowie einer ähnlichen Anzahl Sekretariatsmitarbeitenden erfolgreich geführt und auch geprägt. In dieser Zeit hast Du es geschafft, den grössten Zuger Spruchkörper zusammen mit Deinen Kolleginnen und Kollegen nach einer eher turbulenten Zeit in ruhigere Gewässer zu lenken und dort erfolgreich zu manövrieren: ein Erfolg, der nicht alleine erreicht werden kann, bei dem aber ein *primus inter pares* − das ist der Kantonsgerichtspräsident − einen wesentlichen Beitrag leisten muss. Ohne den Präsidenten geht es schlicht nicht. Dafür gebührt Dir unser Dank.
Das Leben eines Richters prägen auch Anekdoten aus dem Berufsalltag. Das war bei Dir selbstverständlich nicht anders. Und zwei solchen Geschichten wende ich mich nun zu. Den meisten Anwesenden ist nicht bekannt, weshalb Du, lieber Beat, nach der ersten Amtsperiode von der 1. in die 3. Abteilung nicht gerade geflüchtet bist, aber doch mit grosser Freude gewechselt hast. Dafür habe ich eine mögliche Erklärung. Ich habe sie allerdings nicht verifiziert, und vor allem habe ich nicht mit Dir Rücksprache genommen. Ich wollte nämlich schlicht nicht riskieren, dass Du gegen meine Interpretation Einspruch erhebst. Nun also zur Geschichte: Während der junge Familienrichter Furrer im Rahmen einer seiner ersten Eheschutzverfahren gedanklich im familienrechtlichen Paragrafendschungel versunken war, waren die anwesenden Noch-Ehepartner in ganz anderen Sphären. Der Noch-Ehemann regte sich offenbar so über das Gebaren seiner Noch-Ehefrau auf, dass sein lädiertes Herz den Geist aufgab oder zumindest nicht mehr so funktionierte, wie es eigentlich sollte, und der Eheschutz entsprechend nicht mit der gerichtlichen Regelung des Getrenntlebens endete, sondern mit dem Abtransport des Noch-Ehemanns aus dem Büro des Herrn Kantonsrichters durch den Zuger Rettungsdienst. Zumindest hat der rechtzeitige Abtransport dazu geführt, dass schlussendlich nicht der Tod die beiden geschieden hat, sondern unser Zivilgericht; aber das wäre eine andere Geschichte. Dieser bestimmt auch für den fallführenden Richter prägende Vorfall dürfte − das ist, wie bereits gesagt, meine Interpretation − zumindest mitausschlag-

gebend gewesen sein, sich bei nächstbester Gelegenheit emotional weniger aufreibenden Rechtsgebieten wie dem Handelsrecht zuzuwenden, auch wenn der Wechsel dann noch etwas auf sich warten liess.
Wie eine zweite Anekdote aus dem Leben von Richter Furrer zeigt, geht es aber auch in der 2. Abteilung nicht nur um das Recht. Dabei hast Du, lieber Beat, auch gleich den Beweis erbracht, dass nicht nur die Zuger Verwaltung, sondern auch die Zuger Justiz für ihre Kunden die bekannte Zuger Extrameile geht. Dies nicht nur, weil Du die laufenden Vergleichsverhandlungen bis spät in die Nacht bis zum erfolgreichen Abschluss weitergeführt hast, sondern vor allem weil Du danach − statt Dein Münz für das wohlverdiente Bier nach getaner Arbeit zu verwenden − dieses der in der Parkgarage des Gerichts steckengebliebenen ausländischen Partei, welche einzig über Euros verfügte, übergabst und somit deren Ausfahrt erst ermöglicht hast. Es gäbe noch viel zu erzählen. Wir wollen aber Deinen wohlverdienten Urlaub − er beginnt meines Wissens, wenn Du heute den Kantonsratssaal verlässt − nicht allzu sehr nach hinten schieben.
Geschätzter Herr alt Kantonsgerichtspräsident, lieber Beat, Du hast eine erfolgreiche Karriere in der Zuger Zivilrechtspflege hingelegt, und nun − im besten Alter − wirst Du Dich einer neuen, spannenden Herausforderung als freischaffender Rechtsanwalt und Notar hier in Zug zuwenden. Im Namen des Zuger Kantonsrats und bestimmt auch im Namen der Zuger Regierung wünsche ich Dir dazu viel Erfolg, auch privat alles Gute und danke Dir für Deinen langjährigen, sehr geschätzten und erfolgreichen Einsatz für die Zuger Justiz ganz herzlich.» *(Der Rat applaudiert, und Beat Furrer erhält einen Blumenstrauss überreicht.)*

Der scheidende Kantonsgerichtspräsident **Beat Furrer** verabschiedet sich mit folgenden Worten vom Kantonsrat: «Für die wohlwollende Laudatio von Adrian Andermatt bedanke ich mich. Ich danke auch allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten, die mich in den vergangenen siebzehn Jahren als Kantonsrichter und Präsident des Kantonsgerichts unterstützt haben. Sie und insbesondere die Mitglieder der Justizprüfungskommission haben mir jeweils viel Empathie entgegengebracht. Besonders gefreut hat mich, dass diese Empathie aus allen politischen Lagern kam.
Richten und Politisieren haben nach meinem Dafürhalten einiges gemeinsam. Sowohl bei Politikerinnen und Politikern als auch bei Richterinnen und Richtern werden einerseits gesunder Menschenverstand und solide Dossierkenntnisse vorausgesetzt. Andererseits zeichnet sich gute Politik und gute Rechtsprechung auch durch eine gehörige Portion Intuition aus. Ich ermuntere Sie in diesem Sinne, sich bei Ihren Entscheidungen nicht nur auf Ihren Verstand, sondern auch auf Ihr Gespür und Ihre Lebenserfahrung zu verlassen. Ich jedenfalls habe in meiner Zeit als Richter die Erfahrung gemacht, dass die Rechtsuchenden auch den Menschen hinter dem Richter und nicht nur eine juristische Subsumtionsmaschine erkennen wollen. Vielfach sind denn auch Entscheidungen, die auf Intuition beruhen, besser verständlich und stossen bei den Betroffenen auf grössere Akzeptanz als abgehobene intellektuelle Konstrukte, die kaum jemand versteht. In diesem Sinne schliesse ich meine Ansprache mit einem Zitat von Albert Einstein: «Die Intuition ist ein göttliches Geschenk, der denkende Verstand ein treuer Diener. Es ist paradox, dass wir heutzutage angefangen haben, den Diener zu verehren und die göttliche Gabe zu entweihen.» Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

Der **Vorsitzende** dankt dem scheidenden Kantonsgerichtspräsidenten für seine Worte und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und viel Freude.

TRAKTANDUM 6

**845 Wahl des Kantonsgerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013–2018**
Vorlage: 2765.1/1a - 15510 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Ergänzungswahl für den während der Amtsdauer freiwerdenden Sitz eines Mitglieds des Kantonsgerichts am 30. Juni 2017 im Amtsblatt ausgeschrieben wurde. Das Präsidium ist demnach aus der Zahl der noch amtierenden, vollamtlichen Richter und Richterinnen beim Kantonsgericht zu wählen (§ 15 Abs. 2 GOG).
Gemäss § 41 Bst. l Ziff. 3 der Kantonsverfassung wählt der Kantonsrat das Präsidium des Kantonsgerichts. Wählbar sind nur Mitglieder des Kantonsgerichts. Laut § 19 Abs. 3 Ziff. 3 GO KR obliegt die Vorbereitung dieser Wahl der Justizprüfungskommission. Diese schlägt Kantonsrichter Werner Staub zur Wahl vor.
Für die Wahl gilt § 85 Abs. 2 und 3 GO KR: Gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreicht; der Präsident nimmt an den Wahlen teil. Der Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder, auf den Wahlzettel die Person ihrer Wahl mit Namen und Vornamen aufzuschreiben. Wenn eine nicht wählbare Person aufgeschrieben wird, ist der betreffende Wahlzettel ungültig. Es handelt sich hier um eine echte Wahl, nicht um eine Bestätigungswahl. Es müssen somit nicht «Ja» oder «Nein», sondern Name und Vorname aufgeschrieben werden.

Die Stimmenzählenden teilen die Wahlzettel aus und sammeln sie dann wieder ein.

Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der **Vorsitzende** die Ergebnisse der Wahl bekannt:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 75 | 75 | 16 | 3 | 56 | 29 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Werner Staub | 52 |
| Daniela Panico Peyer | 2 |
| Carmela Frey | 1 |
| Laurent Krähenbühl | 1 |

➔ Der Rat wählt Werner Staub für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 zum Präsidenten des Kantonsgerichts.

Der **Vorsitzend**e gratuliert Werner Staub zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei dieser anspruchsvollen Tätigkeit. *(Werner Staub erhält einen Blumenstrauss überreicht, der Rat applaudiert.)*

Der neu gewählte Kantonsgerichtspräsident **Werner Staub** richtet folgende Worte an den Kantonsrat: «Vorerst danke ich Ihnen herzlich, dass Sie mir das Vertrauen geschenkt und mich zum Präsidenten des Kantonsgerichts Zug gewählt haben. Ich bin mir bewusst, dass dies eine anspruchsvolle Tätigkeit ist, welche grosses Engagement verlangt. Ich bin bereit, diese Verantwortung zu übernehmen und dieses Amt nach bestem Wissen und Gewissen auszuüben.
Im Vorfeld der heutigen Wahl habe ich mir auch einige Gedanken zu meiner bisherigen Tätigkeit für den Kanton Zug gemacht, Dabei bin ich vornehmlich über meine ersten Schritte, die ich für die Zuger Justiz machen durfte, gestolpert. Es war − ich kann mich gut erinnern − in diesem Gebäude irgendwann Anfang 1987.

Ich hatte mich als Praktikant am Kantonsgericht Zug beworben, hatte positiven Bescheid erhalten und wollte mich vor Stellenantritt beim Gericht kurz vorstellen. Damals öffnete ich zum ersten Mal die schwere Türe dieses Gebäudes und versuchte mich in dessen Inneren zurechtzufinden. Nachdem ich die Kantonsgerichtskanzlei gefunden hatte, gelang es mir auch, beim zuständigen Gerichtsschreiber vorzusprechen. Dieser sagte mir, ich solle am ersten Arbeitstag einfach kommen − und nach fünf Minuten hatte ich das Gebäude wieder verlassen. Später habe ich hier meine Anwaltsprüfung bestanden und dann als Gerichtsschreiber meine ersten Gerichtsverhandlungen erlebt. Heute stehe ich hier nun vor Ihnen und darf morgen das Amt des Kantonsgerichtpräsidenten antreten. Dies ist ein ganz besonderer Moment für mich. Ich freue mich darauf, dem Kantonsgericht vorstehen zu dürfen und zusammen mit meinen Mitarbeitenden, den Kantonsrichterinnen und -richtern, den Gerichtsschreiberinnen und -schreibern und dem Sekretariat, weiterhin für eine gute und speditive Rechtsprechung besorgt zu sein und auch meinen repräsentativen Aufgaben bestmöglich nachzukommen. In diesem Sinne danke ich nochmals herzlich für die Wahl, die ich gerne annehme. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 7

846 **Teilrevision des Steuergesetzes − Grundstückgewinnsteuer: rechtsverbindliche Vorprüfung und Rechtsmittellegitimation: 2. Lesung**

Vorlagen: 2688.4 - 15457 (Ergebnis 1. Lesung); 2688.5 - 15521 (Antrag zur 2. Lesung von Moritz Schmid und Mitunterzeichnern).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag von Moritz Schmid und elf Mitunterzeichnenden zur zweiten Lesung zu § 200a vorliegt: Es soll am geltenden Recht festgehalten, d. h. dieser Paragraf gestrichen werden. Zudem stellen Moritz Schmid und elf Mitunterzeichnende für den Fall, dass an § 200a festgehalten wird, einen Eventualantrag zu § 200a Abs. 1: Die Frist von 45 Tagen sei auf 60 Tage zu verlängern.

**Moritz Schmid** hält fest, dass das Ergebnis der ersten Lesung in der Kantonsratssitzung vom 1. Juni 2017 und die erneute Stellungnahme der Gemeinde Walchwil ihn und elf Mitunterzeichner bewogen haben, einen Antrag auf die zweite Lesung einzureichen. Sämtliche elf Zuger Gemeinden haben sich in der Vernehmlassung gegen einen rechtsverbindlichen Vorbescheid und gegen einen neuen Gesetzesartikel ausgesprochen. Trotzdem soll nun mit § 200a, betitelt «Anspruch auf Vorbescheid», genau das Gegenteil stattfinden. Die meisten Kantonsrätinnen und -räte wurden von den Finanzverantwortlichen ihrer Gemeinde zur Brust genommen, dennoch aber wollen speziell die Kantonsrätinnen und -räte der CVP nicht die einstimmige Meinung der Gemeinden vertreten.
Die Einführung eines steuerlichen Vorbescheids bindet bei den Gemeinden und bei der kantonalen Steuerverwaltung erheblich höhere Ressourcen. Zudem führt die zweite Berechnung unter Einbezug von nachträglich angefallenen Belegen auch bei der Veranlagungsbehörde zu einem Mehraufwand. Im Weiteren zeigt die Erfahrung, dass sich die Verkaufspreise von der Vorprüfung bis zum rechtsverbindlichen Verkauf ändern können, die Berechnung also angepasst werden müsste und somit auch nicht verbindlich sein kann. Ein bewährtes, gut funktionierendes, unkompliziertes und effizientes System würde geopfert und die Gemeindeautonomie unnötig strapaziert. Mit dem neuen, unnötigen Gesetz erreicht man weder eine Professionalisierung noch eine einheitliche Handhabung.

Der Votant und die Mitunterzeichner stellen daher den **Antrag**, am geltenden Recht festzuhalten, also § 200a zu streichen. Für den Fall, dass der Rat an § 200a festhält, stellen sie den **Eventualantrag,** in Abs. 1 die Frist von 45 Tagen auf neu 60 Tage zu verlängern. Der Votant bittet den Rat, den zusammen mit elf Mitunterzeichnern gestellten Antrag zu unterstützen und so zu zeigen, dass er die Anliegen der gemeindlichen Behörden ernst nimmt.
Die SVP-Fraktion hält einstimmig am geltenden Recht fest. Sollte am Ergebnis der ersten Lesung festgehalten werden, unterstützt sie einstimmig den Eventualantrag, die Frist von 45 Tagen auf 60 Tage zu verlängern.

**Thomas Meierhans,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass bereits in der Kommissionssitzung der Antrag gestellt wurde, auf § 200a zu verzichten und am geltenden Recht festzuhalten. Allen Kommissionsmitgliedern war bei der Beratung klar, dass sich in der Vernehmlassung alle elf Gemeinden gegen einen Anspruch auf einen Vorentscheid ausgesprochen hatten. Auch der Regierungsrat hat bei der Einführung zur Vorlage klar sein Missfallen ausgesprochen. So wurde es für die Kommission auch sehr schnell klar, dass die Forderung der Motion von Gabriela Ingold unrealistisch und kaum durchführbar ist. Der geforderte Vorentscheid über die ganze Grundstückgewinnsteuer wurde alsbald fallen gelassen. Für eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder gibt es aus Sicht des Steuerzahlers, der zum Teil sehr tief in die Tasche greifen muss, jedoch immer wieder relevante Teilfragen, die er vor einem Handel geklärt haben will. Der Kommissionspräsident betont nochmals: Es geht nicht um die *ganze* Grundstücksteuervernehmlassung, sondern nur um relevante Teile davon: Wird das Haus als Abbruchobjekt anerkannt? Gilt der Handel als gewerblich oder privat? Was wird als wertvermehrende Arbeit angesehen etc.? Der Votant bittet auch die nach der ersten Lesung sehr aktiv gewordenen Gemeinden zu bedenken, dass die in der ersten Lesung beschlossene Variante nicht mehr viel mit dem in die Vernehmlassung gegebenen Gesetzesentwurf zu tun hat. Für eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder liegt nun eine brauchbare und gangbare Variante vor. Auch die Regierung hat diesen Kompromiss in der ersten Lesung unterstützt.
Die Bedenken, dass in den Gemeinden erheblich mehr Aufwand anfalle, kamen auch in der Kommission zur Sprache. Deshalb hat die Kommission in § 200a Abs. 3 denn auch festgehalten, dass der Vorbescheid einer Gebühr unterliegt, die bei der abschliessenden Berechnung der Grundstückgewinnsteuer − diese wird wie bisher erst nach dem Handel ausgerechnet − nicht abzugsfähig ist. Anders als in der Vernehmlassung vorgesehen, erhalten die Gemeinden also etwas für ihren Aufwand. Weiter ist zu bedenken, dass bei der endgültigen Veranlagung ein Teil der Fragen bereits abgeklärt und verbindlich geregelt ist. Der spätere Aufwand wird also eher sinken und sicher nicht grösser werden.
Eine Umfrage unter den Kommissionsmitgliedern hat ergeben, dass niemand eine zusätzliche Sitzung zum Streichungsantrag auf die zweite Lesung wünschte. Zur Erinnerung: In der Beratung der Kommission wurde der Antrag auf Streichung von § 200a mit 10 zu 5 Stimmen abgelehnt. Betreff Eventualantrag hat der Zirkularbeschluss per E-Mail unter den Kommissionsmitgliedern ergeben, dass man den Gemeinden mehr Zeit einräumen will: 9 Mitglieder unterstützen den Eventualantrag mit einer Frist von 60 Tagen, 4 Mitglieder möchten bei einer Frist von 45 Tagen verbleiben; 2 Mitglieder haben sich nicht gemeldet.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Diese unterstützt grossmehrheitlich den Antrag von Moritz Schmid und Mitunterzeichnern sowie allenfalls den Eventualantrag. Die SP hat diese Haltung bereits in der ersten Lesung vertreten. Die Gründe für

und gegen einen zusätzlichen Gesetzesartikel wurden damals ausführlich dargelegt, vermochten die Haltung der SP jedoch nicht zu ändern. Die SP ist auch heute der Auffassung, dass es keinen Sinn macht, ein funktionierendes System mit neuen Gesetzesbestimmungen zu verkomplizieren, dies gegen den Willen aller Gemeinden, die diese Gesetzesbestimmung umzusetzen haben. Der Rat wird heute noch das Sparpaket 2018 behandeln. Das grösste Sparpotenzial liegt zweifellos darin, auf unnötige Gesetzesartikel zu verzichten und damit die Verwaltung und die ausführenden Stellen nicht mit unnötigen Aufgaben zu beschäftigen.

**Gabriela Ingold** spricht für die FDP-Fraktion. Diese hält am Ergebnis der ersten Lesung fest, denn es gibt keine neuen Erkenntnisse. Leider weibeln die Gemeinderäte gegen diese neue Vorprüfung und üben massiven Druck auf die Kantonsräte aus. Die Kommission hat ja − wie im Protokoll zur ersten Lesung nachzulesen ist − die Bedenken der Gemeinden aufgenommen und eine gute Lösung vorgelegt. Die Votantin möchte die damalige Debatte nicht wiederholen, fasst aber kurz die wichtigsten Fakten zusammen:
• Die Kosten der Vorprüfung hat voll und ganz der Steuerpflichtige zu tragen, und sie werden bei einer Handänderung nicht angerechnet; diese Kröte musste die FDP schlucken. Somit werden die Gemeinden finanziell nicht belastet.
• Die vorgesehene Lösung wird aufgrund der Verpflichtung zur Kostenübernahme nicht das Massengeschäft tangieren, sondern nur bei komplexen Fällen zur Anwendung kommen − und das ist gut so.
• Die neue Lösung stärkt die Rechte der Bürger und der Steuerzahler.
• Sie ist ein Mosaikstein, welcher allgemein zu mehr Rechtssicherheit führt. Gerade der Kanton Zug kann es sich nicht leisten, dass eine korrekte Auskunft subjektiv von einzelnen Beamten abhängt.
Jedermann wird der Aussage zustimmen, dass das Steuerrecht komplex ist und jeden Tag komplexer wird. Für Laien ist es ein Dschungel, der ohne fachmännische Unterstützung nicht zu bewältigen ist. Wie die Votantin schon in der ersten Lesung besonders zuhanden der Ratslinken ausgeführt hat, sind es nicht nur Multimillionäre, welche Handänderungen vornehmen, sondern es kann auch bei ganz normalen Geschäften komplexe Fragen geben, die unter Umständen zu einem finanziellen Fiasko führen können.
Die Votantin bittet den Rat, nicht vor dem Druck einzuknicken, welchen Gemeindevertreter ausgeübt haben, sondern die Rechte der Steuerzahler zu stützen, welche schlussendlich den Bund, den Kanton und die Gemeinden finanzieren. Beim Eventualantrag spricht sich die FDP-Fraktion ebenfalls für das Ergebnis der ersten Lesung aus, also für eine Frist von 45 Tagen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** erinnert daran, dass der Regierungsrat gegen die Erheblicherklärung der betreffenden Motion war. Seine Gründe: Gemeindeautonomie und vieles mehr. Nach der Erheblicherklärung arbeitete er die Vorlage gemäss den Forderungen der Motion aus, die vorberatende Kommission brachte dann aber einen alternativen Vorschlag ein. Für den Regierungsrat hat sich die Situation nicht geändert, und er sieht keine neuen Argumente. Er akzeptiert das Resultat der ersten Lesung als sinnvolle Lösung. Mit der Frage der Frist hat er sich nicht näher befasst. Er hält grundsätzlich am Ergebnis der ersten Lesung fest, wird aber nicht erbost sein, wenn die Frist auf 60 Tage verlängert wird.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat folgt mit 45 zu 28 Stimmen dem Antrag von Moritz Schmid und Mitunterzeichnern und streicht § 200a.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 46 zu 26 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt: Motion von Gabriela Ingold betreffend Grundstückgewinnsteuer vom 15. April 2013 (Vorlage 2242.1 - 14316).

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**847 Finanzwesen − Sparpaket 2018: Gesetzesänderungen: 2. Lesung**

Vorlagen: 2720.26 - 15487 (Ergebnis 1. Lesung [Publikationsgesetz]); 2720.27 - 15488 (Ergebnis 1. Lesung [Personalgesetz]); 2720.28 - 15489 (Ergebnis 1. Lesung [Gerichtsorganisationsgesetz]); 2720.29 - 15490 (Ergebnis 1. Lesung [Schulgesetz]); 2720.30 - 15491 (Ergebnis 1. Lesung [Schulgesetz]); 2720.31 - 15492 (Ergebnis 1. Lesung [Berufsbildung]); 2720.32 - 15493 (Ergebnis 1. Lesung [Kulturelles Leben]); 2720.33 - 15494 (Ergebnis 1. Lesung [Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen]); 2720.34 - 15495 (Ergebnis 1. Lesung [Verwaltungsgebührentarif]); 2720.35 - 15496 (Ergebnis 1. Lesung [Zuger Kantonalbank]); 2720.36 - 15497 (Ergebnis 1. Lesung [Feuerschutz]); 2720.37 - 15498 (Ergebnis 1. Lesung [Gewässergebührentarif]); 2720.38 - 15499 (Ergebnis 1. Lesung [Strassenverkehr]); 2720.39 - 15500 (Ergebnis 1. Lesung [Extrabusse]); 2720.40 - 15501 (Ergebnis 1. Lesung [Binnenschifffahrt]); 2720.41 - 15502 (Ergebnis 1. Lesung [Schifffahrt]); 2720.42 - 15503 (Ergebnis 1. Lesung [Ergänzungsleistungen]); 2720.43 - 15504 (Ergebnis 1. Lesung [Prämienverbilligung]); 2720.44 - 15505 (Ergebnis 1. Lesung [Sozialhilfegesetz]); 2720.45 - 15506 (Ergebnis 1. Lesung [Landwirtschaft]); 2720.46 - 15507 (Ergebnis 1. Lesung [Waldgesetz]); 2720.47 - 15508 (Ergebnis 1. Lesung [Waldgesetz]).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind. Der Rat kommt somit gemäss § 74 Abs. 1 GO KR ohne Diskussion zur Schlussabstimmung. Der Vorsitzende schlägt vor, über die 22 Vorlagen einzeln abzustimmen.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

SCHLUSSABSTIMMUNGEN

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.26 - 15487 (Publikationsgesetz) mit 71 zu 2 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.27 - 15488 (Personalgesetz) mit 56 zu 18 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.28 - 15489 (Gerichtsorganisationsgesetz) mit 57 zu 19 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.29 - 15490 (Schulgesetz) mit 62 zu 14 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.30 - 15491 (Schulgesetz) mit 68 zu 6 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.31 - 15492 (Berufsbildung) mit 69 zu 7 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.32 - 15493 (Kulturelles Leben) mit 48 zu 23 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.33 - 15494 (Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen) mit 54 zu 20 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.34 - 15495 (Verwaltungsgebührentarif) mit 56 zu 19 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 17:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.35 - 15496 (Zuger Kantonalbank) mit 75 zu 1 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 18:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.36 - 15497 (Feuerschutz) mit 76 zu 0 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 19:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.37 - 15498 (Gewässergebührentarif) mit 58 zu 18 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 20:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.38 - 15499 (Strassenverkehr) mit 75 zu 0 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 21:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.39 - 15500 (Extrabusse) mit 70 zu 6 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 22:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.40 - 15501 (Binnenschifffahrt) mit 54 zu 20 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 23:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.41 - 15502 (Schifffahrt) mit 54 zu 22 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 24:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.42 - 15503 (Ergänzungsleistungen) mit 70 zu 6 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 25:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.43 - 15504 (Prämienverbilligung) mit 63 zu 13 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 26:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.44 - 15505 (Sozialhilfegesetz) mit 75 zu 0 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 27:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.45 - 15506 (Landwirtschaft) mit 70 zu 4 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 28:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.46 - 15507 (Waldgesetz) mit 61 zu 11 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 29:** Der Rat stimmt der Vorlage 2720.47 - 15508 (Waldgesetz) mit 58 zu 16 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 9

**848 Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz)**
Vorlagen: 2665.1 - 15267 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2665.2 - 15268 (Antrag des Regierungsrats); 2665.3/3a - 15516 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die vorberatende Kommission beantragt Eintreten und Ablehnung der Vorlage.

EINTRETENSDEBATTE

**Vroni Straub-Müller,** Präsidentin der Kommission Gesundheit und Soziales, verweist im Grundsatz auf den Kommissionsbericht. Sicher hat jedermann bei dessen Lektüre gespürt, dass die Kommission es sich nicht einfach gemacht hat. Am Schluss aber hat der Berg eine Maus geboren. Gerechterweise ist zu sagen, dass die Regierung einen wohl umsetzbaren Vorschlag zur teilerheblich erklärten Motion von Thomas Werner erarbeitet hat. Allerdings haben sich in der externen Vernehmlassung eine grosse Mehrheit der Gemeinden und die Hälfte aller Parteien negativ dazu geäussert. Sie wollten explizit auf die Möglichkeit der Ergreifung von aufsichtsrechtlichen Massnahmen verzichten und stehen den Sanktionsmöglichkeiten der Regierung gegen die Gemeinden sehr skeptisch gegenüber. Die Mitglieder der vorberatenden Kommission sahen keinen Sinn darin, ein Gesetz auf den Weg zu schicken, das von den Gemeinden derart ablehnend beurteilt wird. Die Kommission wollte den Gemeinden aber eine Stimme geben und sie ins Boot holen, und sie hat sie eingeladen, innert sechs Monaten einen eigenen Vorschlag für eine Änderung des Sozialhilfegesetzes zu erarbeiten und in der Kommission zu präsentieren. Eine Dreierdelegation der Gemeindepräsidentenkonferenz hat der Kommission in einer zweiten Kommissionssitzung verschiedene, unbestritten interessante Vorschläge zum generellen Umgang mit Asylsuchenden im Kanton Zug vorgelegt. Leider haben die Gemeindevertreter aber keinen konkreten Vorschlag für den Kernauftrag der teilerheblich erklärten Motion, nämlich für die Durchsetzung einer gerechteren Verteilung der Asylsuchenden, auf den Tisch gelegt, der in eine Gesetzesvorlage hätte münden können.
Die Kommission kam nach eingehender Diskussion zum Schluss, dass im täglichen Leben offenbar kein grosser Leidensdruck besteht. Wieso also soll ein Gesetz auf den Weg geschickt werden, das offensichtlich niemand braucht und niemand will? Eintreten wurde in der Kommission schon in der ersten Sitzung beschlossen. Sie

ist deshalb rasch durch die Detailberatung gegangen und hat bei § 12$^{bis}$ Abs. 3 und Abs. 3$^{bis}$ mit 13 zu 0 Stimmen einstimmig beschlossen, beim bisheriges Recht zu bleiben. Am Schluss hat sie den Gesetzesentwurf der Regierung einstimmig abgelehnt. In der Folge musste die Kommission noch die teilerheblich erklärte Motion abschreiben, was ebenfalls einstimmig geschah.
Fazit: Entweder wird der regierungsrätliche Vorschlag unterstützt − was die allerwenigsten wollen −, oder es wird ein anderer Vorschlag vorgelegt − was die Kommission erfolglos versucht hat −, oder der Status quo wird belassen. Genau das schlägt die Kommission für Gesundheit und Soziales vor.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Das Thema Asyl ist in der politischen Auseinandersetzung zweifellos immer ein gutes Thema. Mit keinem anderen Thema lassen sich leichter Emotionen schüren. Es stimmt, dass es im Kanton Zug bis heute nicht gelungen ist, die angestrebte einwohnerproportionale Verteilung der Asylsuchenden auf die Gemeinden zu erreichen. Der Votant kommt aus einer Gemeinde, die immer sehr viel mehr Asylsuchende beherbergte, als sie gemäss Einwohnerzahl müsste. Sind das Problem und der Leidensdruck in dieser Gemeinde deswegen wirklich so hoch, wie es dargestellt wird? Der Votant nimmt diese Problematik in seinem Umfeld nicht im dargestellten Ausmass wahr. Natürlich machen Asylströme Angst. Dies ist jedoch weniger von der konkreten Anzahl Asylsuchender in der Gemeinde als viel mehr von den Strömen abhängig, die sich insgesamt auf Europa zubewegen. In den Gemeinden besteht vor allem Angst davor, dass die Asylsuchenden für die Gemeinde enorme Kosten verursachen könnten. Weil in Unterägeri immer sehr viele Schulkinder stationiert waren, war dies bis vor kurzem tatsächlich der Fall: Die gesamten Einschulungskosten gingen zu Lasten der Gemeinde. Mit der Schaffung der kantonalen Integrationsklasse konnte dieses Problem in der Zwischenzeit deutlich entschärft werden. Die übrigen Kosten übernehmen gemäss der heutigen gesetzlichen Grundlage bis zum Erhalt der Niederlassungsbewilligung C der Kanton und der Bund, womit diesbezüglich eine überproportionale Belastung der Gemeinden eigentlich ausgeschlossen ist.
Ob die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen im Sozialhilfegesetz zu einer besseren Verteilung der Asylsuchenden führen würden, wagt der Votant zu bezweifeln. Mit Sicherheit würden sie jedoch zu einem massiven administrativ-organisatorischen Aufwand führen. Der Kanton und die Gemeinden würden sich vorwiegend mit aufsichtsrechtlichen Beschwerden und Massnahmen selbst beschäftigen, kein einziger Asylsuchender mehr wäre deswegen irgendwo untergebracht. Leider brachte auch die Gemeindepräsidentenkonferenz keinen brauchbaren Vorschlag zustande. Sie beschäftigte sich mit Themen, die gar nicht zur Diskussion standen, oder schlug eine neue Formel für die Zuteilung der Asylsuchenden vor. Wie damit eine bessere Verteilung erreicht werden soll, bleibt ein Geheimnis. Um ehrlich zu sein: Eine angemessene Verteilung liesse sich wohl am ehesten über finanzielle Massnahmen erreichen, was der Kantonsrat ja bereits abgelehnt hat.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Anträge der vorberatenden Kommission. Sie verbindet diese Haltung mit der Hoffnung, dass die Solidarität unter den Gemeinden in Zukunft besser spielt − was sich in letzter Zeit tendenziell bereits abgezeichnet hat.

**Urs Raschle** spricht für die CVP-Fraktion. Der Berg hat eine Maus geboren − und auch diese wurde noch zertrampelt. So könnte man die Entwicklung dieser Vorlage beschreiben. Aber weshalb? Diese Frage hat sich auch die CVP gestellt und intensiv darüber diskutiert. Schlussendlich entschied sie sich für Eintreten auf die Vorlage. Aus Sicht der CVP ist es wichtig, dass die Regierung ein Instrument bekommt,

um säumige Gemeinden beim Erstellen und Bereitstellen von genügend Asylplätzen zu kontrollieren oder − falls notwendig − zu rügen. Es wurde nämlich festgestellt, dass es Gemeinden gibt, welche diesbezüglich Nachholbedarf haben. Es stellte sich deshalb sogar die Frage, ob die Instrumente nicht noch griffiger sein könnten.
Wie gehört, reichte die Kommission in ihrer ersten Sitzung die Vorlage an die Gemeindeverantwortlichen weiter, um ihnen eine Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. Diese wurde auch genutzt, allerdings weniger im Sinne der Kommission, welche sich hätte vorstellen können, dass seitens der Gemeinden ein, zwei neue Elemente eingebracht worden wären, nicht aber gleich ein total neuer Vorschlag. Als Vertreter einer Gemeinde, welche aktuell mehr Flüchtlinge beherbergt, als sie laut Statistik der Direktion des Innern müsste, erlaubt sich der Votant deshalb eine Interpretation des Vorschlags der Gemeindepräsidentenkonferenz. Klar ist, dass man mit der aktuellen Situation nur bedingt zufrieden ist. Zwar kommen im Moment wenige neue Flüchtlinge an, doch niemand weiss, wann sich dies wieder ändern wird. Ein Despot im Osten behält viele von ihnen zurück und setzt sich im Gegenzug über diverse demokratische Grundsätze hinweg. Stabil ist diese Situation nicht, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis das System auseinanderbricht und wieder zahlreiche neue Flüchtlinge den Weg unter die Füsse nehmen werden. Die Gemeinden sind sich bewusst, welche Aufgaben sie dann haben, und sie sind dazu auch bereit. Entscheidend ist aber, dass sie vom Kanton richtig und vor allem frühzeitig informiert werden, welche Massnahmen und Projekte angedacht sind, und nicht erst kurz vor der Umsetzung. Im Sinne von KKK − in der Krise Köpfe kennen − erachten die Gemeinden es als einfacher, für alle Fragen *eine* zentrale Anlaufstelle zu haben, nicht mehrere. Darauf gründet der Vorschlag einer neu zu bildenden Superabteilung. Was auf den ersten Blick unnütz und falsch, ja sogar die Verwaltung aufblähend zu sein scheint, entpuppt sich bei genauem Hinsehen durchaus als grosses Potenzial bezüglich Effizienz und Synergien. Deshalb lädt der Votant die Regierung im Namen der Gemeinden ein, diese Idee genau zu prüfen, gerade auch vor dem Hintergrund von «Finanzen 2019». Die Idee stammt ja nicht aus dem Ausland, sondern entstand sozusagen vor der Haustüre, nämlich beim Bund. Und nicht alles, was aus Bern kommt, muss schlecht sein.
Der zweite Aspekt betrifft die Tabelle, welche die Gemeinden monatlich erhalten. Dort wird säuberlich aufgelistet, welche Gemeinde wie viele Asylbewerber beherbergt, wobei die Abweichung, welche immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt, nicht mit der Anzahl Asylbewerber, sondern mit der zur Verfügung stehenden Kapazität zusammenhängt. Hier schlagen die Gemeindeverantwortlichen eine Änderung vor: Künftig sollen die effektiven Zahlen der Asylbewerber als Grundlage für die Soll-Berechnung dienen, nicht mehr die vorhandenen Kapazitäten. Auch dieser Vorschlag ist prüfenswert.
Man kann es drehen und wenden, wie man will: Asylsuchende lösen fast überall emotionale Diskussionen aus. Dabei − und dies zu betonen ist wichtig − verhalten sich die meisten unauffällig und machen keine Schwierigkeiten. In der Stadt Zug beispielsweise gab es schon länger keine Beschwerden mehr, dies auch darum, weil die Zuger Polizei einen top Job verrichtet und die Unterkünfte immer wieder besucht und kontrolliert. Das Problem an sich löst man aber auch mit der zur Debatte stehenden Vorlage nicht. Vielleicht ist diese aber doch ein Signal an die Gemeinden, sich vermehrt um neue Plätze zu kümmern. Denn der nächste Ansturm wird kommen, und es ist wichtig, dass dann genügend Plätze zur Verfügung stehen.

**Thomas Werner** spricht für die SVP-Fraktion sowie als Motionär. Aus seiner Sicht begann das Unheil damit, dass der Rat die Motion teilerheblich im Sinne der Regierung erklärte. Damit war eigentlich schon klar, dass keine Lösung im Sinne des

Motionärs gefunden würde. Der Votant warf der Regierung schon oft Nachlässigkeit und Untätigkeit vor, und dass das Problem auf die lange Bank geschoben werde. Mit der Aussage, es sei wenig Leidensdruck vorhanden und das Problem nicht sehr gravierend, muss vorsichtig umgegangen werden. Die Gemeinden werden nämlich mit Sicherheit − vor allem in finanzieller Hinsicht − die negativen Auswirkungen zu spüren bekommen, wenn sie die ersten grossen Tranchen von Asylbewerbern, die bereits seit fünf Jahren hier sind, finanziell übernehmen müssen.
Der Vorschlag des Regierungsrats und auch jener der vorberatenden Kommission sind also nicht im Sinne des Motionärs und auch nicht im Sinne der SVP-Fraktion. Und wenn etwas geboren wird, das auch von den Gemeinden nicht mitgetragen wird, dann sollte man gar nicht darauf eintreten. Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie stellt auch den **Antrag,** die Motion nicht abzuschreiben, um das Anliegen pendent zu halten und den Druck aufrecht zu erhalten.

**Cornelia Stocker** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Überlegungen der Kommission nachvollziehen kann und ihrem Antrag zustimmt. Einerseits scheint das Problem der ungleichmässigen Verteilung nicht mehr so akut zu sein, auch bringen die Gemeinden untereinander mehr Verständnis auf, wieso nicht jede Gemeinde ihre Pflicht erfüllen kann. Offensichtlich wird anerkannt, dass die allermeisten Gemeinden bemüht sind, ihr Soll an Plätzen bereitzustellen. Einen Strich durch die Rechnung machen ihnen aber teilweise langwierige Einspracheverfahren.
Wenn die Mehrheit der Gemeinden dem Vorschlag der Regierung zurückhaltend bis ablehnend gegenüber steht und auch die politischen Parteien ihn als nicht praktikabel einstufen, lässt man am besten die Hände weg von einer Gesetzesanpassung. Falls wider Erwarten ein genialer Vorschlag für die gerechtere Verteilung der Asylsuchenden gemacht würde, wäre die FDP selbstverständlich bereit, ihn auf seine Praktikabilität zu prüfen. Die FDP-Fraktion stimmt der Abschreibung der Motion zu. Ob man für Nichteintreten ist oder die Vorlage ablehnt, spielt keine Rolle. *De facto* ist es dasselbe.

**Rita Hofer** spricht für die ALG-Fraktion. Die Asylsuchenden werden nach einem einwohnerproportionalen Schlüssel auf die Gemeinden verteilt. Aus den Zahlen wird ersichtlich, dass nicht alle Gemeinden ihre Verpflichtung erfüllen. Genau dies veranlasste den Kantonsrat, der Regierung mittels Motion den Auftrag zu erteilen, eine Gesetzesänderung zu erarbeiten, damit die Verteilung gerechter werde. Der Regierungsrat führte seinen Auftrag aus und beantragt, mittels gesetzlicher Sanktionen die säumigen Gemeinden mehr in die Pflicht zu nehmen. Aus dem Bericht der vorberatenden Kommission wird aber deutlich, dass die Situation unter den Gemeinden gar nicht so dramatisch ist und eine gute Zusammenarbeit zwischen ihnen auch ohne Sanktionen möglich sein sollte. Die Gemeinden können gemäss Sozialhilfegesetz bereits heute untereinander einen abweichenden Zuteilungsschlüssel vereinbaren. Davon haben sie allerdings noch nie Gebrauch gemacht. Die ablehnende Haltung der Gemeinden gegenüber Sanktionen bringt zum Ausdruck, dass sie eine Einmischung des Kantons in die Gemeindeautonomie nicht schätzen. Auch befürchten sie, dass damit mehr Schwierigkeiten geschaffen würden, als dass es der Sache dienlich wäre. Eine grössere Flexibilität und Kooperation bei der Unterbringung von Asylsuchenden wird unter diesen Umständen zwingend nötig sein. Die Gemeinden müssen sich bewusst sein, dass mit diesem Entscheid Forderungen in Zukunft nicht mehr angebracht sind. Der Kanton mietet, was sich anbietet und finanziell tragbar ist. Es ist in Zukunft an den Gemeinden, untereinander einen abweichenden Zuteilungsschlüssel zu vereinbaren. Ihrer Verpflichtung können sie sich

auch künftig nicht entziehen. Und der Kantonsrat hat sich bereits früher klar gegen finanzielle Abgeltungen im Sinn eines Bonus-Malus-Systems ausgesprochen.
Die Zusammenarbeit unter den Gemeinden scheint zu funktionieren, und ein massiver Leidensdruck ist nicht erkennbar. Eine gesetzliche Regelung ist daher fragwürdig. Die Abstimmungsergebnisse in der Kommission zeigen denn auch ein deutliches Bild: einstimmig für geltendes Recht, einstimmige Ablehnung des Antrags der Regierung in der Schlussabstimmung, einstimmiger Antrag auf Abschreibung der Motion.
Die ALG erwartet von den Gemeinden, dass sie − wie es das Sozialhilfegesetz festlegt − nach Massgabe der Bevölkerungszahlen und unter Berücksichtigung der bisher untergebrachten Personen geeignete Unterkünfte bereitstellen, wenn Asylbewerbende nicht mehr in den bestehenden kantonalen Unterkünften untergebracht werden können. Im Übrigen unterstützt die ALG die Abschreibung der Motion. Drei Jahre war die Verwaltung nun damit beschäftigt, dies − wie sich zeigt − völlig vergebens. Vielleicht sollte der Rat auch etwas selbstkritischer sein und bereits bei der Erheblicherklärung überlegen, ob er wirklich ein neues Gesetz oder eine Gesetzesänderung will.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat genau das getan hat, was das Parlament mit der Erheblicherklärung der Motion forderte: Die Gemeinden sollen auf irgendeine Weise gezwungen werden können, die ihnen zukommende Anzahl Asylsuchende unterzubringen. Die Regierung hat ihren Auftrag erfüllt, und es ist nun am Parlament zu entscheiden, ob diese Thematik weiterverfolgt werden soll oder nicht. Wenn sich der Rat gegen den Vorschlag des Regierungsrats ausspricht, bleibt es beim Status quo. Die Regierung hat keine Möglichkeiten, Gemeinden, die chronisch zu wenig Asylsuchende beherbergen, dazu zu zwingen. Und wie schon mehrmals gesagt wurde: Man kann nicht in Walchwil irgendeine Villa mieten, nur damit auch in Walchwil Asylsuchende platziert werden können. Das erlaubt das Budget nicht.
Über die von der Gemeindepräsidentenkonferenz eingebrachten Vorschläge wird sicher noch diskutiert werden. Bezüglich Statistik lässt sich sagen, dass es − wie auch immer man die Zahlen aufbereitet − immer Gemeinden geben wird, die zu wenige bzw. zu viele Asylsuchende beherbergen. Dieses Problem lässt sich nicht lösen, indem man die Statistik anders aufbereitet. Die Gespräche werden aber beginnen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 30:** Der Rat beschliesst mit 45 zu 26 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Kommission beantragen, die Motion von Thomas Werner betreffend Verteilung der Asylanten und die dadurch entstehenden Kosten im Kanton Zug vom 8. April 2013 (Vorlage 2239.1 - 14302) als erledigt abzuschreiben.

➔ **Abstimmung 31:** Der Rat schreibt die Motion Werner mit 50 zu 24 Stimmen als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 10

**849 Postulat von Bettina Egler und Berty Zeiter betreffend Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache**

Vorlagen: 1833.1 - 13120 (Motionstext); 1833.2 - 13462 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1833.3 - 15514 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das teilweise erheblich erklärte Postulat als erledigt abzuschreiben.

**Hubert Schuler** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Leiter des Sozialdiensts der Gemeinde Baar, und er war Mitglied der Steuergruppe, die vorgängig diese Arbeit geleistet hat.
Der Regierungsrat hat sich mit der Beantwortung des Postulats sehr viel Zeit gelassen, besonders auch wenn man den Inhalt des Berichts anschaut. Dass der Kanton kein Geld für Menschen in finanziellen Notlagen ausgeben wolle, hätte er auch bereits vor drei oder mehr Jahren mitteilen können. Immerhin wurden in der Antwort noch einige Punkte des Sozialberichts 2016 verwendet, denn sonst hätte man glauben können, dass auch dieser Bericht überflüssig gewesen sei.
Mit der Vorgabe der Kostenneutralität war und ist es unmöglich, sinnvolle und notwendige Sozialpolitik zu betreiben. Die Erkenntnis, dass die heutigen Mutterschaftsbeiträge nicht mehr angepasst sind, kann der Votant nachvollziehen. Es ist der Regierung selbstverständlich überlassen, dem Kantonsrat eine angepasste Version zu präsentieren. Der Votant befürchtet aber, dass dies nicht in die Finanzstrategie der Regierung passt. Mit dem Argument, der Kanton Zug habe kein Geld mehr, weil sich die finanzielle Lage verschlechtert habe, kann jede Idee und jedes Anliegen gebodigt werden. Ob dies eine weitsichtige und vernünftige Politik ist, sei dahingestellt.
Aus dem Sozialbericht 2016 werden einige Zahlen zitiert. So sollen im Jahr 2014 2,7 Prozent der Zuger Kinder bis 12 Jahre in Haushalten wohnen, welche ganz oder teilweise von Sozialhilfe leben. Weitere 2,3 Prozent Jugendliche und junge Erwachsene leben in solchen Haushaltungen. Mit der Angabe von Prozentzahlen kann man sich als Politiker gut zurücklehnen, denn 2,3 oder 2,7 Prozent sind ja wirklich nicht viel. Wenn aber die absoluten Zahlen genannt werden, müsste man schon genauer hinhören: 600 Kinder bis 12 Jahre und weitere 240 Jugendliche leben in Familien, welche unterstützt werden müssen.
Auf die Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, welche in finanziell engen bis schwierigen Verhältnissen leben müssen, wird hingewiesen; auch wird auf die Erläuterungen in der früheren Vorlage der Regierung verwiesen. Es wird sogar klar aufgezeigt, dass ein System wie die EL wirkungsvoller ist als die Sozialhilfe, denn diese soll als allerletztes Netz zur Verfügung stehen. Auch wird eingestanden, dass Armut für Familien in unserer Gesellschaft viel ausgeprägter ist als noch vor einigen Jahrzehnten. Im Bericht von Interface wird aufgezeigt, dass im Kanton Zug von einem potenziellen Kreis von 6000 Personen ausgegangen werden muss, welche in Haushaltungen mit prekären finanziellen Situationen mit Kindern unter 5 Jahren leben. Oder anders ausgedrückt: 32 Prozent der Zuger Haushaltungen gelten als einkommensschwach. Der Regierungsrat kommt zum Schluss, dass die Familienarmut im reichen Kanton Zug existiert. Er ist aber nicht bereit, sich weiter mit dieser Ausgangslage zu beschäftigen, denn die finanzielle Lage des Kantons hat sich in den vergangenen Jahren stark verschlechtert. Auch dies kann anders ausgedrückt werden: Der reiche Kanton, in einem der reichsten Staaten der Weltgemeinschaft, spart auf dem Buckel der 32 Prozent einkommensschwachen Menschen. Es wäre an der Zeit, dass die Regierung eine ganzheitliche Sicht einnehmen und dem Kantonsrat entsprechende Vorschläge unterbreiten würde.

**Rita Hofer** spricht für die ALG-Fraktion. Da hat sich die Regierung aber Zeit gelassen! Acht Jahre sind verstrichen, bis der Bericht vorgelegt wurde. Wenn sich in dieser Zeit gute Lösungen finden lassen, sind es diese Jahre wert gewesen. Liest man den Bericht, stellt man aber ernüchtert fest, dass die Regierung das Problem zwar erkannt hat, dass aber die Bereitschaft zum Handeln fehlt. Im Sozialbericht wird deutlich, dass das Problem der Familienarmut im Kanton Zug existiert. Mögliche Varianten, wie das Problem entschärft werden könnte, werden aufgezeigt, jedoch aus Kostengründen abgelehnt. Mit der Zielvorgabe der Kostenneutralität werden die Lösungsvorschläge im Bericht obsolet. Dass auch noch die angespannte finanzielle Lage und die Sparbemühungen des Kantons mit ein Grund sind, dass die Regierung eine ablehnende Haltung einnimmt, unterstreicht den fehlenden Willen zusätzlich. Einmal mehr wird auf dem Buckel der Schwächsten gespart.
Im Bericht wird gesagt, dass die Familienarmut heute ausgeprägter sei als in den letzten Jahrzehnten. In den vergangenen Jahren hat der Kanton so oft und so stark Steuern gesenkt, dass er nun kein Geld mehr haben soll, um die finanziell Schwächsten aufzufangen. Jahrzehntelang hat er Reiche privilegiert. Nun wäre es an der Zeit, einen mutigen Schritt zu tun, um die Chancen der von Familienarmut Betroffenen zu erhöhen und die einseitige Bevorzugung der finanziell Starken zu mildern. Denn was bedeutet Armut für die Betroffenen? Es bedeutet:
• dass der Lohn fast vollständig für die Fixkosten, also für Miete, Krankenkasse, Versicherungen etc., ausgegeben wird;
• dass bei den täglichen Ausgaben jeder Rappen umgedreht und die Frage gestellt werden muss, ob man sich die anstehende Ausgabe überhaupt leisten kann;
• dass man nicht weiss, wie man eine unvorhergesehene Rechnung, z. B. des Zahnarzts, begleichen soll;
• dass Ferien schon gar kein Thema sind;
• dass man unter Daueranspannung und täglichem Stress steht;
• dass man den Kindern erklären muss, dass beispielsweise Musikunterricht oder eine sportliche Betätigung, für welche es eine teure Ausrüstung braucht, schlicht nicht in Frage kommt.
Die Kinder werden also früh mit einer Situation konfrontiert, die Auswirkungen auf ihre Entwicklung hat. Untersuchungen belegen, dass sich Armut oft negativ auf die sozialen Kontakte, die physische und psychische Gesundheit der Kinder und ganz besonders auf die Bildung auswirkt. Es gilt daher besonders die Kinder vor Armut zu schützen. Steuerabzüge, Kinderzulagen und Prämienverbilligung sind wichtige finanzielle Entlastungen für Familien. Durch die hohen Mietzinsen und die jährlich steigenden Krankenkassenprämien bleibt der Druck für die Betroffenen auch in Zukunft gross. Ein Drittel der Zuger Steuerhaushalte sind einkommensschwach. Das sind nicht wenige, und sie bedürfen der Aufmerksamkeit.
Die ALG erwartet konkrete Lösungen und nicht einen Bericht, der nur mit heisser Luft gefüllt ist. Sie mutet der Regierung durchaus eine höhere Sensibilität zu und wird ihr diese Chance sicher nochmals geben.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bestätigt, dass sich der Regierungsrat sieben Jahre Zeit gelassen hat, er hat sich aber auch intensiv mit dem Thema beschäftigt. Im Herbst 2012 lag der Bericht der Firma Interface vor, der verschiedene Modelle für die Ergänzungsleistungen für Familien aufzeigte. Die Regierung merkte aber, dass ihr noch verschiedene Fakten fehlten, um einen Entscheid zu fällen. Sie hat deshalb Lustat Statistik Luzern beauftragt, weitere Fakten zusammenzutragen. Der entsprechende Bericht lag im Herbst 2016 vor; beide Berichte sind im Internet aufgeschaltet. Zeitgleich kamen die Sparprogramme und das Projekt «Finanzen 2019». In diesem Zusammenhang musste die Regierung Prioritäten

setzen und abwägen, welche sonstigen Projekte anstehen. Sie kam zum Schluss, dass Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien zum heutigen Zeitpunkt nicht erste Priorität haben. Vor diesem Hintergrund bittet die Direktorin des Innern, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

➔ Der Rat schreibt das Postulat stillschweigend als erledigt ab.

TRAKTANDUM 11

**850 Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden**

Vorlagen: 2734.1 - 15418 (Postulatstext); 2734.2/2a/2aa - 15479 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Remo Peduzzi** dankt im Namen der Postulierenden für den ausführlichen Bericht. Nach Rücksprache mit der Gemeinde Hünenberg ist auch den Postulanten nicht entgangen, dass die Post dazugelernt hat und die Gemeinden frühzeitig einbezieht. Das ist als eine positive Entwicklung. Auch den Postulanten ist klar, dass sich die Welt gerade im Zusammenhang mit der sogenannte Digitalisierung rasant verändert und die Post Schritt halten muss. Und als Informatiker ist der Votant keineswegs gegen Innovation − im Gegenteil. Wichtig ist aber, dass Agenturen, «My Post 24»-Automaten etc. die zu schliessenden Poststellen wirklich zu kompensieren vermögen. Und gerade hier sieht man die Probleme. In Hünenberg See gibt es seit Jahren eine sogenannte Postagentur. Zuerst war diese in einem Getränkehandel integriert − die Dienstleistung dort hat den Votanten nicht wirklich überzeugt. Aus welchem Grund auch immer wurde die Agentur vor einiger Zeit in die Bäckerei auf der anderen Strassenseite verlegt. Diese Lösung funktioniert von aussen betrachtet gut. Nun macht sich aufgrund der steigenden Zahl von Zalando-Retouren − ungefähr dreissig pro Tag − bei der Bäckerei aber Unmut breit. Diese überlegt sich, die Agentur wieder abzugeben. Die Bäckerei war die letzte Alternative. Und jetzt? Müssen die Bewohner von Hünenberg See nun nach Cham zur Post? Wie sieht das eigentlich in Menzingen und Oberägeri aus? Haben die «My Post 24»-Automaten in Zug genügend Kapazitäten? Man sieht: Vieles ist in der Schwebe.
Streng nach dem Motto «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser» erwarten die Postulanten vom Regierungsrat, dass er am Ball bleibt. Sie stellen deshalb den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären und es noch nicht als erledigt abzuschreiben.

Mitpostulantin **Anna Bieri** spricht für die CVP-Fraktion. Sie hält fest, dass der Volkswirtschaftsdirektor nicht B-Post arbeitet, und dankt für die prompte Express-Beantwortung und den geleisteten Effort im Dialog mit der Post. Sie erlaubt sich darüber hinaus einige kritische Überlegungen:
• Als Mathematiklehrerin schaudert sie die Arithmetik der Regierung. Fast etwas stolz schreibt diese von einem «Ausbau» und einer «Erweiterung» des Netzes im Kanton Zug. Hier werden Kilogramm und Tonnen addiert. Man kann doch nicht eine Poststelle − etwa 1 Tonne − schliessen und durch zwei Päckliautomaten − etwa 200 Kilogramm − ersetzen, um dann von einem «Ausbau» zu sprechen! Für die Zuger Postkundinnen ist nämlich die Qualität des Angebots ausschlaggebend.

• Die primären Ansprechpartner der Post sind die Gemeinden. Im engmaschig verbundenen Kanton Zug ist jedoch eine übergeordnete Sicht zwingend − zumal es schlussendlich der Kanton ist, welcher Standort- und Wirtschaftspolitik betreiben muss. Der Kanton muss hier den Gemeinden den Rücken stärken.
• Bei drei Filialen vermerkt die Post: «Filiale zu überprüfen.» Für die Votantin impliziert dies einen laufenden Prozess. Es dürfte die Kantonsräte und die Bevölkerung aus Menzingen, Oberägeri und der Stadt Zug interessieren, wie «laufend» dieser Prozess tatsächlich noch ist.
• Sämtliche anderen Filialen gelten als «Garantiert bis 2020», also für zweieinhalb Jahre! Natürlich kann die Post keine Zusicherung bis in alle Ewigkeit machen, die Votantin geht aber davon aus, dass die Abklärungen und Verhandlungen für die Periode nach 2020 im kommenden Jahr starten werden. Damit dannzumal eine − wie der Regierungsrat schreibt − «dynamische Weiterentwicklung des Netzes» stattfinden kann, dies auf Augenhöhe mit dem Verhandlungspartner, und auch für allenfalls noch laufende Verhandlungen soll das vorliegende Postulat erheblich erklärt und nicht abgeschrieben werden. Das ist der Rat auch Menzingen, Oberägeri und der Stadt Zug schuldig.
Das Thema brennt der Bevölkerung unter den Nägeln. Die Postulanten beantragen deshalb, das Postulat erst nach einem entsprechenden Ergebnisbericht abzuschreiben, wenn die Verhandlungen für die Periode nach 2020 abgeschlossen sind. Die CVP-Fraktion unterstützt diese Haltung einstimmig. Wenn das Postulat nämlich jetzt abgeschrieben wird, ist der Kanton Zug wortwörtlich nicht da, wenn «die Post abgeht».

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Er dankt den Postulierenden für ihren Vorstoss. Dieser ist wichtig − und eigentlich hätte auch der Votant gerne einen Vorstoss in diese Richtung eingereicht. Er dankt auch der Regierung für ihren Bericht, und er bewundert sie dafür, dass es ihr gelingt, in dieser Sache eine positive Grundstimmung zu verbreiten, wie sie auf Seite 5 des regierungsrätlichen Berichts zum Ausdruck kommt. Auf Seite 5 wird auch an die mündliche Beantwortung einer Interpellation von Markus Jans in der Kantonsratssitzung vom 29. Mai 2008 erinnert. Der Votant empfiehlt jedem Ratsmitglied, diese Antwort nochmals zu lesen. Vor zehn Jahren wäre nämlich jeder, der behauptet hätte, die Hauptpost am Postplatz in Zug werde im Jahr 2017 geschlossen sein, für geistesgestört erklärt worden bzw. man hätte die KESB gebeten, seinen Geisteszustand zu überprüfen. Auch damals hat es der Regierungsrat fertiggebracht, eine positive Grundstimmung zu verbreiten − auch wenn die Interpellation damals so schnell beantwortet wurde, dass sich gewisse Fraktionen gar nicht zu Wort meldeten und Martin Stuber monierte, der Rat habe sich gar nicht auf die Thematik vorbereiten können. Markus Jans hatte am 15. Mai 2008 unter anderem die folgende Frage gestellt: «Wie viele Poststellen sind in unserem Kanton von der Schliessung bedroht, wenn der Postmarkt weiter liberalisiert wird?» Markus Jans' Motivation war mehr die Befürchtung, dass Mitarbeitende der Post ihre Stelle verlieren würden, und weniger die Frage nach der Sicherheit der postalischen Versorgung. Die Antwort der Regierung hatte den gleichen Tonfall wie der jetzt vorliegende Bericht: «Die Post ist in regelmässigem Kontakt mit den Kantonen, und erst vor wenigen Tagen hat eine Delegation der Post aktuelle Fragen zum Kanton Zug mit der Volkswirtschaftsdirektion besprochen. Dabei haben die Vertreter der Post aufgezeigt, dass sich das Poststellennetz im Kanton Zug nicht geändert hat. 2005 waren 22 Netzpunkte im Kanton Zug vorhanden, das heisst herkömmliche Poststellen und Hausservice. 2008 waren es weiterhin 22 Netzpunkte. Die einzige Veränderung betraf die Umwandlung einer herkömmlichen Poststelle in Allenwinden in eine Agentur. […] Wichtig ist […], dass die

Dienstleistungen der Post insbesondere im Kanton Zug nicht abgebaut werden. Aus heutiger Sicht sei auch keine Verringerung des Poststellennetzes beabsichtigt.» Und ergänzend konnte der Volkswirtschaftsdirektor hinzufügen: «Bei Veränderungen im Zusammenhang mit einer Poststelle sucht die Post als erstes das Gespräch mit allen Betroffenen vor Ort, insbesondere mit den lokalen Behörden, mit dem Ziel, eine einvernehmliche Lösung zu finden.» Markus Jans hat richtigerweise festgehalten, dass die Post «für eine funktionierende Wirtschaft und für die Entwicklung der Regionen zentral» sei, was neulich übrigens auch ein CVP-Nationalrat aus dem Kanton Graubünden gemerkt hat. Markus Jans hielt weiter fest: «Der Bundesrat will sich der Europäischen Union anpassen und den Postmarkt rasch öffnen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen und ohne die Auswirkungen auf Qualität, Umfang und Preis der Grundversorgung untersucht zu haben. Deshalb überrascht die Antwort des Regierungsrats und seine einseitige wirtschaftsfreundliche Zustimmung zur vorgesehenen Liberalisierung der Post sehr.»
Die Fragen in Zusammenhang mit der Entwicklung der Post müssen also wirklich gestellt werden. Die SVP-Fraktion ist deshalb nicht der Meinung, das vorliegende Postulat könne als erledigt abgeschrieben werden − im Gegenteil: Sie stellt ebenfalls den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben. Die Ohnmacht der Gemeindebehörden, wenn die Post oft − wie in der Stadt Zug − seit über hundert Jahren bestehende Postfilialen schliesst, beschäftigt die SVP. Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass dieser Abbau in so rasendem Tempo vonstattengehen würde? Die Bevölkerung von Walchwil etwa wurde nach der Schliessung der eigenen Poststelle zuerst nach Oberwil, nach der dortigen Schliessung dann nach Arth und schliesslich nach Oberarth verwiesen, und nun ist auch die Postfiliale in Oberarth von der Schliessung bedroht. Die Bürgerlichen, auch die SVP, sind vor zehn Jahren auf das Märchen von der Privatwirtschaft hereingefallen. Die Linke war − nicht aus Wirtschaftsfreundlichkeit, sondern aus Angst um die Arbeitsplätze − zu Recht skeptischer. Die damalige Antwort bzw. der jetzt vorliegende Bericht der Regierung zeigen auf, worin der entscheidende Konstruktionsfehler der Post liegt: Es geht nicht, dass man ein Unternehmen mit einem Monopol ausstattet und es sich dann, nachdem jahrzehntelang von *Service public* geschwafelt wurde, wie ein grosses, börsenkotiertes Unternehmen mit CEO etc. benimmt. Das funktioniert nicht. Diese Entwicklung hat zu einem tiefen Bruch und in der Bevölkerung zu einer grossen Enttäuschung über die Post geführt. In diesem Sinn muss der Votant der Regierung, aber auch der Politik ganz allgemein die Gelbe Karte zeigen. Man muss kritischer hinblicken. Hätte man nämlich vor zehn Jahren − wie vom abtretenden Kantonsgerichtspräsidenten gefordert − mehr auf die Intuition und weniger auf den Kopf gehört, wäre vermutlich einiges an Vertrauensbruch zwischen Bevölkerung und Politik bzw. Post vermieden worden. Der Votant fordert die Bundesparlamentarier der drei bürgerlichen Parteien auf, künftig kritischer hinzuhören. Es gibt Stimmen, welche die Postgesetzgebung in diesem Sinne ändern möchten. Es gilt zu berücksichtigen, dass es Leute gibt, welche nicht mit dem Auto schnell einige Kilometer zur nächsten Poststelle fahren oder ihre Einzahlungen via Internet erledigen können. Diese beispielsweise älteren oder in irgendeiner Weise behinderten Leute sind auf ein dichtes Netz von Poststellen angewiesen. Der Abbau von Poststellen ist also auch ein sozialer Abbau. Im Übrigen hat man auch in Zusammenhang mit der SBB aus Bern verschiedene Märchen gehört. Auch dort hat alles wunderbar getönt. Der Votant sagt aber voraus: Man wird mit der SBB noch einige blaue Wunder erleben. Auch die SBB sind ein Bundesbetrieb, auch sie sind kontrolliert von Bern. Das klappt überhaupt nicht, und auch da muss man viel kritischer werden − auch das Zuger Kantonsparlament.

**Monika Barmet** nimmt als Vertreterin einer Gemeinde, welche von einer Veränderung im Postbereich betroffen ist, Stellung. Auch die Bevölkerung von Menzingen ist besorgt und fragt sich, wie und wo es weitergeht. An der letzten Gemeindeversammlung wurde kurz darüber informiert, auch die Bedenken der Bevölkerung wurden entgegengenommen. Die Votantin ist im Moment noch zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden kann. Sie hofft, dass ein Anbieter die Anforderungen der Post erfüllen kann. Wenn der Rat das Postulat nicht abschreibt, kann sie gerne wieder darüber berichten. In diesem Sinn dankt sie für die Unterstützung des Antrags, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass der Regierungsrat der Post mehrfach mündlich und schriftlich dargelegt hat, dass Zug als dynamischer Kanton sehr gute postalische Dienstleistungen haben will. Diese beschränken sich aber nicht auf herkömmliche Poststellen. Und genau hier liegt das Problem des Postulats: Wollen die Postulanten, dass sich die Regierung für traditionelle Poststellen einsetzt? Genau damit kann man allenfalls nämlich bessere Dienstleistungen verhindern. Der Volkswirtschaftsdirektor verweist auf seinen Wohnort Oberwil: Seit dort die traditionelle Post geschlossen und durch eine Agentur im Volg-Laden ersetzt wurde, sind die Dienstleistungen viel breiter und insgesamt besser geworden. Wenn das Postulat aber nicht dieses Ziel verfolgt, sondern einfach gute Dienstleistungen der Post verlangt, ist der Auftrag an die Regierung sehr breit und wenig spezifiziert. Die Regierung hat von der Post gefordert, dass sie entsprechend der dynamischen Entwicklung des Kantons Zug dort, wo Kundenbedürfnisse bestehen, wachsen oder neu entstehen − die Entwicklungspläne des Kantons wurden der Post vorgelegt −, mitzieht, dies mit bedürfnisgerechten Angeboten, die sehr vielfältig sein können. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet deshalb, sich nicht auf die traditionelle Poststelle zu beschränken, die vielleicht noch drei Stunden täglich geöffnet ist. Es wundert den Volkswirtschaftsdirektor etwas, dass von Abbau und Ähnlichem gesprochen wird. Die Regierung ist regelmässig im Gespräch mit Gewerbebetrieben, Verbänden und Unternehmen, welche entsprechende Bedürfnisse haben. Das vorliegende Thema wurde bisher nicht adressiert, teilweise war sogar Gegenteiliges zu hören. Von Seiten der Regierung ist der Einsatz also da − und der Auftrag des Postulats bleibt etwas unklar: Soll die Regierung in ihrem Bemühen bestärkt werden, oder soll − was der Volkswirtschaftsdirektor nicht will − Strukturerhaltung betrieben werden?
Das erwähnte Beispiel Hünenberg See spricht keineswegs gegen Postagenturen an sich. Es kommt eben darauf an, wo sich die Agentur befindet, und ob der betreffende Gewerbebetrieb diese zusätzliche Aufgabe bewältigen kann. Es geht um lokale Lösungen, und da muss die Gemeinde mit der Post ins Gespräch kommen. Das ist die richtige Ebene, sie ist auch im Gesetz vorgesehen. Der Kanton ist der Dritte in diesem Bunde. Regulator ist der Bund: Welche Anforderungen an die Post gestellt werden, wird − wie Philip C. Brunner richtig festgehalten hat − in Bern entschieden. Die Lösungen auf lokaler Ebene können sehr unterschiedlich sein. Dabei müssen auch Gewerbebetriebe mitmachen, indem sie Lösungen für Agenturen anbieten; in der Umgebung des Postplatzes in Zug hat man diesbezüglich noch niemanden gefunden. Es ist hier also auch etwas Selbstverantwortung gefragt. Der Kanton als Dritter im Bund wird informiert und koordiniert womöglich. Dieser Prozess läuft seit einem Jahr besser als früher. Der Kanton und die Gemeinden wurden rechtzeitig einbezogen, und der Kanton hat vermittelnd die Post sofort an die Gemeindepräsidentenkonferenz verwiesen. Und die elf Gemeinden haben sich inzwischen sehr gut organisiert. Man soll die Aufgaben dort belassen, wo sie angesiedelt sind: regulatorisch beim Bund, für Lösungen vor Ort bei den Gemeinden. Es

ist schwierig, wenn dem Kanton via Postulat eine Aufgabe übertragen wird, während man erstens an einer klaren Aufgabentrennung zwischen Kanton und Gemeinden und zweitens an einer Effizienzsteigerung arbeitet. In Zusammenhang mit den Sparprogrammen ist im Kantonsrat oft zu hören, das Kanton soll endlich Personal abbauen und effizienter werden. Aus fünfzehnjähriger Erfahrung weiss der Volkswirtschaftsdirektor aber, wie viele Ressourcen durch Postulate und andere parlamentarische Vorstösse gebunden werden, die nicht erledigt werden können und für die der Regierungsrat über die normalen Rechenschaftsberichte hinaus rechenschaftspflichtig ist. Diese zwei Bereiche binden neben dem Vernehmlassungswesen sehr grosse Ressourcen.
Für den Volkswirtschaftsdirektor ist der *Service public* ein wichtiger Teil der guten Standort- und Lebensbedingungen im Kanton Zug. Hier hat sich der Regierungsrat auch selber verschiedene Aufträge gegeben, wie man in der Strategie des Regierungsrats oder im Wirtschaftspflegegesetz nachlesen kann. Das ist für die Regierung eine Daueraufgabe, die sie auch wahrnimmt. Sie wehrt sich deshalb dagegen, einzelfallweise mit Aufträgen bedient zu werden, die sie ohnehin schon hat − dies vor dem Hintergrund, dass die Aufgabenteilung in Verfassung und Gesetz eigentlich klar geregelt ist.
Philip C. Brunner hat den Volkswirtschaftsdirektor bereits vorgängig auf die Debatte im Jahr 2008 hingewiesen. Gerade der Dienstleistungssektor wandelt sich mit Digitalisierung, Technologiewandel etc. sehr schnell. Wenn die Post vor zehn Jahren gesagt hat, es gebe keinen Abbau, so ist das aus damaliger Sicht zu beurteilen − und bekanntlich ist die Halbwertszeit in diesen Bereichen sehr kurz geworden. Immerhin ist die damalige Aussage doch einige Jahre richtig geblieben. Und das Gesamtangebot mit allen zusätzlichen Zugangsstellen, welche die Post geschaffen hat, ist im Kanton Zug nicht schlechter geworden. Im Gegenteil: Die Post hat über das regulatorisch-gesetzlich vorgeschriebene Angebot hinaus neue Zugangsstellen geschaffen. Zum Glück beschränkt sich die Post nicht auf das im Gesetz Vorgeschriebene. Wenn man − wie im Postulat gefordert − verlangte, dass einfach der gesetzliche Auftrag erfüllt werden müsse, bedeutete das eine Einschränkung, und es wäre aus Sicht des Volkswirtschaftsdirektors zu wenig. In diesem Sinn möchte er sich durch das Postulat nicht behindern lassen, und er möchte sich so einsetzen können, wie er das bisher getan hat; es gehört zur Daueraufgabe. Er bittet den Rat nochmals, im Interesse der Effizienzsteigerung den Regierungsrat nicht mit Postulaten bzw. speziellen Aufgaben − es gäbe unzählige davon − zu beschäftigen, und so seinen Teil zur Effizienzsteigerung beizutragen. Im Übrigen wird die Entwicklung in drei Jahren ja nicht abgeschlossen sein, und man wird das Postulatsanliegen auch dann wieder verlängern und auch drei Jahre später wiederum einen Bericht verlangen können. Der Volkswirtschaftsdirektor wehrt sich dagegen, dass der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung in einem Bereich in eine Rechenschaftsrolle hineingedrängt werden, wo sie gesetzlich keine Aufgaben haben. Es wäre richtiger, die entsprechenden Regelungen beim Bund einzufordern und lokal sich in den Gemeinden zu engagieren; der Kanton kann koordinieren und unterstützen. Zusammenfassend bittet der Volkswirtschaftsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und das Postulat als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat wird sich auch bei einer Abschreibung weiterhin für das Grundanliegen, gegen das ja niemand sein kann, einsetzen.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass er ein Fan der Post und vor allem ihrer Mitarbeiter ist. Diese leisten unter sehr schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit, und die Dienstleistungen der Post sind − verglichen mit jenen der Banken − in vielen Bereichen deutlich besser.

Der Volkswirtschaftsdirektor hat den Begriff «Strukturerhaltung» verwendet, dies in negativem Sinn. Aber wenn die Strukturen gut sind und sich bewährt haben, ist ihre Erhaltung doch sinnvoll! Die fast wöchentlich in den Medien verkündeten Innovationen der Post will der Votant eigentlich gar nicht. Dor Post hat eine noch bessere Kommunikationsabteilung als die Stadt und der Kantons Zug: Es ist sensationell, wie sie sich verkauft − während gleichzeitig ein totaler Abbau geschieht. Der Votant ruft den Rat auf, der Regierung einen klaren Auftrag zu erteilen. Es schadet überhaupt nichts, wenn diese Anliegen bestehen bleibt. Und man könnte noch mehr tun: nämlich ein paar Köpfe zusammenstecken und etwas Gas geben, damit auch in Bern oben etwas passiert. In diesem Sinn bittet der Votant nochmals, das Postulat nicht abzuschreiben.

➔ **Abstimmung 32:** Der Rat erklärt das Postulat mit 51 zu 13 Stimmen erheblich und schreibt es − entgegen dem Antrag des Regierungsrats − nicht ab.

TRAKTANDUM 12

**851 Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Zuger Fiskus profitiert von Trumps Mauer**

Vorlagen: 2718.1 - 15374 (Interpellationstext); 2718.2 - 15478 (Antwort des Regierungsrats).

**Esther Haas** spricht für die interpellierende ALG-Fraktion. Sie dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Ausgangspunkt der Fragen war eine Aussage von Jan Jenisch, CEO des Baarer Bauchemie-Konzerns Sika, die aufhorchen liess: «Wenn Donald Trump die Mauer tatsächlich baut, dann sind wir auch beteiligt.» Nur Tage nach dieser Aussage distanzierte sich die Sika allerdings von ihren ursprünglichen Plänen, am Bau der Mauer mitzuarbeiten. Dieser Meinungsumschwung sollte allen in der Politik Mut machen, sich in heikle Fragen einzumischen, weil die besagten Unternehmen den Druck aus der Bevölkerung durchaus wahrnehmen und auf Entscheide zurückkommen können. Ob die vorliegende Interpellation zu diesem Druck beigetragen hat, weiss die Votantin nicht. Sie ist aber überzeugt, dass es wichtig ist, solch verheerende Aussagen öffentlich zu machen und die Regierung herauszufordern, ihrerseits Druck zu machen und öffentlich Stellung zu nehmen. Ersteres hat die Regierung möglicherweise gemacht, ist sie doch − wie sie schreibt − «in regelmässigem Kontakt mit den grösseren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern im Kanton». Das Zweite, nämlich die inhaltliche Stellungnahme, ist obsolet geworden, weil Sika den Rückzug relativ schnell vollzogen hat. Das Ganze scheint sich also in Minne aufgelöst zu haben. Dennoch möchte die Votantin zwei Aussagen in der regierungsrätlichen Antwort hinterfragen:

• Die Regierung beruft sich darauf, dass der Staat nicht einzugreifen habe, solange «anerkannte Werte nicht verletzt werden». Auf welche Werte bezieht sich die Regierung hier? Es gibt unzählige «anerkannte Werte». Es wäre hilfreich, wenn die Regierung klar definieren würde, von welchen Werten sie spricht. Sonst verkommen diese Aussagen zu Ausflüchten, weil man einem guten Steuerzahler nicht auf die Füsse treten will.

• Der Regierungsrat verweist in seinen Antworten immer auf die sogenannte Wirtschaftsfreiheit. Diese mag in Zeiten der verankerten Gewerbefreiheit sinnvoll gewesen sein. Heute aber agieren die multinationalen Unternehmen immer mehr in einem rechtsfreien Raum, der von den Staaten nicht mehr kontrollierbar ist. Auf Bundesebene braucht es hier ein regulatives Eingreifen und Kontrollieren. Das wird

mit der aktuell beim Bundesrat vorliegenden Konzernverantwortungsinitiative erreicht. Denn wer in Kauf nimmt, im Ausland Menschenrechte zu verletzen, der soll sich dafür vor der hiesigen Judikative verantworten müssen.

**Philippe Camenisch** nimmt für die FDP-Fraktion Stellung. Er tut dies ungern, denn einmal mehr und in kurzer Abfolge beübt die ALG-Fraktion die Regierung, die Verwaltung und den Kantonsrat mit einer Interpellation mit − vorsichtig formuliert − seltsamen Fragen und mit Unterstellungen, die stets in die gleiche Richtung zielen, nämlich frei übersetzt: Zuger profitieren von unethischem Geschäftsgebaren von Zuger Firmen irgendwo auf dieser Welt. Dabei bedienen sich die Interpellanten einmal mehr eines unzutreffenden Titels. Ob dies bewusst geschieht, müssen sie selbst beantworten, vielleicht ist es einfach einmal mehr *style over substance.* Ausführungen, weshalb der Titel bzw. die darin formulierte Unterstellung zutreffend sein soll, bleiben die Interpellanten jedenfalls schuldig. Sie scheinen sich in der Rolle des moralischen Laufpasses gut zu gefallen, wenn es darum geht, international tätige Unternehmen ins Reich des Bösen zu stellen. Und gerade weil die Interpellation inhaltlich keine Substanz hat, findet diese medial keinen Nachhall. Also alles für die Galerie.
Der Votant dankt der Regierung für die einmal mehr kurze und bündige, perfekt formulierte und inhaltlich umfassende Antwort. Es gibt nichts zu ergänzen. Der Votant fordert die Interpellanten auf, einen Blick in den *Code of Conduct* der Firma Sika zu werfen, zu finden auf deren Website. Es ist ein sehr gutes Beispiel, wie es sich für ein erfolgreiches und nachhaltiges Unternehmen ziemt. Speziell zu beachten ist dort Punkt 17. Der Votant bittet die ALG, sich bei ihren Vorstössen auf Sachverhalte zu konzentrieren, welche für den Kanton Zug tatsächlich von Relevanz sind. Die Bevölkerung und die Zuger Behörden werden dafür dankbar sein. Und nicht zuletzt würden damit Kosten gespart.

**Thomas Werner** hält fest, dass die Verwaltung hier ein weiteres Mal einen Auftrag erhielt und mit Arbeit bedacht wurde. Was aber will die ALG mit ihrem Vorstoss eigentlich erreichen? Geht es ihr einfach darum, der Wirtschaft zu schaden und selber in der Zeitung zu erscheinen? Die Interpellanten sprechen von Menschenrechten und Werten. Es macht für den Votanten den Anschein, als ob die ALG bestimmen würde, welches die richtigen und welches die falschen Werte sind. Seiner Meinung nach kann man nur dann in der Art der Interpellanten argumentieren, wenn man im Überfluss lebt und sich über nichts anders als über die weltweiten Menschenrechte Sorgen machen muss. Es wurde sogar gesagt, dass mit dem Mauerbau gegen die Menschenrechte verstossen würde. Soweit der Votant weiss, geht es den USA einzig darum, illegale Grenzübertritte zu verhindern. Wenn eine Nation dieses Ziel nur mit einer Grenzmauer erreichen kann, dann baut sie eben eine solche Mauer. Und wenn Donald Trump oder Kaiser von China eine Mauer bauen wollen, muss man sich nicht daran stören, wenn Firmen die Zutaten dafür liefern − die Mauer an sich ist nämlich nicht Illegales. Wenn Schweizer Unternehmen aufgrund von Druck von linker Seite darauf verzichten, sich an dieser Mauer zu beteiligen, schadet das letztendlich der Schweizer Wirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze in der Schweiz. Und dabei gibt die Linke doch immer vor, sie wolle genau diese Arbeitsplätze schützen! Mit ihren Vorstössen erreicht sie aber genau das Gegenteil. Und weiter: Hier geht es um Donald Trump. Was aber würde die ALG sagen, wenn beispielsweise der sozialistische Präsident von Venezuela, Nicolás Maduro, eine Mauer bauen würde, um einen Einmarsch der USA zu verhindern? Würde sich die ALG dann auch dagegen wehren?

**Manuel Brandenberg** möchte an die Worte seines Vorredners anschliessen. Er findet es grundsätzlich nicht in Ordnung, wenn Unternehmen oder Private − also Steuerzahler − Gegenstand öffentlicher parlamentarischer Anwürfe werden. Man stelle sich nur vor, es würde einen selbst oder das eigene Unternehmen treffen! Ein solches Vorgehen ist nicht in Ordnung, und es ziemt sich nicht für das Parlament, dass Private öffentlich zur Debatte gestellt und dann angeschwärzt werden.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** möchte auf die Frage eingehen, welche übergeordneten und anerkannten Werte der Regierungsrat in seiner Antwort auf Frage 3 meint. Man muss eine Interpellationsantwort immer gesamthaft lesen. Auf Seite 1 wird bei Ziff. 2 gesagt, dass die Wirtschaftsfreiheit so lange gelte, als sie «nicht anderweitig durch internationales Recht, internationale Standards oder Schweizer Recht eingeschränkt ist». *Das* sind für den Regierungsrat die übergeordneten Werte. Der Volkswirtschaftsdirektor hat im Kantonsrat auch schon darauf hingewiesen, dass es vermessen und etwas schwierig wäre, wenn der Staat oder eine kantonale Behörde wie der Regierungsrat über diese Standards hinaus andere Werte definieren würde. Die Festlegung ethischer Werte − wenn das gemeint sein sollte − ist Sache der gesellschaftlichen Kräfte. Wenn der Staat sich anmasst, über die anerkannten rechtlichen Standards hinaus Werte zu definieren, geht das in Richtung Totalitarismus. Und das will sicher niemand in diesem Parlament.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 13

**852 Interpellation von Esther Haas betreffend Anschaffung Abfallkübel**

Vorlagen: 2723.1 - 15405 (Interpellationstext); 2723.2 - 15477 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellantin **Esther Haas** hält fest, dass sich die Regierung bemüht hat, einigermassen adäquate Antworten zu geben. Sie dankt dafür. Ihr Unterton verrät es aber: Wahnsinnig glücklich ist sie nicht mit der Beantwortung ihrer Fragen. Wenn die Regierung beispielsweise in der Antwort auf Frage 1 schreibt, dass der Kanton als Eigentümer und Betreiber des GIBZ die Verantwortung und die Werkeigentümerhaftung trage und für die Sicherheit von Personen und Sachen an der Schule zuständig sei, ist das überhaupt nicht in Zweifel zu ziehen. Sicherheitsbedürfnisse sind sehr individuell gelagert, und deshalb stehen die Vollzugsorgane immer vor dem Dilemma, wie weit man gehen will oder muss. Dass der Kanton aber nicht plant, diese selbstlöschenden Abfallkübel auch für andere kantonale Gebäude ausser dem GIBZ anzuschaffen, löst weitere Fragen aus. Muss man sich künftig, wenn man kantonale Gebäude betritt, unsicher, ja sogar gefährdet fühlen? Ja, muss man! Denn die Regierung schreibt, dass die Dringlichkeit zur Gewährleistung des Personen- und Sachschutzes am GIBZ unbestritten gewesen sei. Und bei allen anderen kantonalen Gebäuden soll dies nicht der Fall sein? Gibt es nur am GIBZ grosse, offene Treppenhäuser? Was ist denn mit dem KBZ? Die Votantin schaute gestern kurz im KBZ vorbei, und sie staunte: Es gibt da sehr grosse, offene Treppenhäuser. Sie fragt sich, wer denn Brandschutzvorschriften derart inkonsequent umsetzt. Und wer hat letztlich entschieden, die neuwertigen alten Abfallkübel durch neue zu ersetzen? Die Votantin hat diese Fragen vorgängig dem Baudirektor gestellt, er wird sie anschliessend hoffentlich beantworten.
Weiter schreibt die Regierung zum Kontrollbericht vom 13. September 2011 des stellvertretenden Fachbereichsleiters Feuerschau der Stadt Zug und den dort ge-

machten Verbesserungsvorschlägen: «Damit sollte die Schule gestützt auf die aktualisierten Brandschutzvorschriften auch in Zukunft feuerresistent gehalten werden.» Die Votantin hat diesen Kontrollbericht angeschaut und zu den Verbesserungsvorschlägen Folgendes gelesen: «Treppenhäuser müssen frei passierbar sein. Es sind Fluchtwege für die Bewohner und Zugangswege für Rettungsdienste und Feuerwehr.» Da steht kein einziges Wort von Abfallkübeln und PET-Sammelbehältern, welche den aktuellen Brandschutzvorschriften nicht entsprechen würden. Die Regierung hat aber die Anschaffung der neuen Abfallkübel genau mit Aussagen aus dem Bericht der Abteilung Feuerschau gerechtfertigt − mit Aussagen, welche es in diesem Bericht gar nicht gibt. Man merkt; Da stimmt irgendetwas nicht. Da hat die Regierung womöglich Aussagen aus einem Bericht sehr eigenwillig interpretiert. Und wenn man die Votantin fragt: Mit den jetzigen, massigen und fest verankerten Sammelbehältern sind die Fluchtwege erst recht verstopft. Das Schlimmste dabei ist, dass man für diese Verschlimmbesserung bezüglich der im Bericht geforderten Freihaltung der Fluchtwege viel Geld ausgegeben hat.
Die Antwort auf die Frage zur weiteren Verwendung der Abfallkübel findet die Votantin genauso unprofessionell. Man werde die Kübel in Schulzimmern weiterverwenden, schreibt die Regierung. Ist denn in Räumen mit Parkettböden, Holzkästen und haufenweise Papier die Brandgefahr weniger gross? Natürlich handelt es sich hier nicht um Fluchtwege wie in Treppenhäusern, aber immerhin gibt es in den Zimmern viel mehr Brandquellen.
Noch ein Wort zu den neuen Abfallkübeln: Es ist der innovativen und entsprechend erfolgreichen Firma Anta Swiss zu verdanken, dass die Kübel einigermassen ansehnlich daher kommen, trotz Anforderungen, die man sonst an die eierlegende Wollmilchsau stellt. Nur das Reinigungspersonal hat keine Freude an diesen selbstlöschenden Abfallkübeln, ist doch die Leerung der Kübel im Vergleich mit den alten kompliziert und aufwändig. Das ist ein nicht unwichtiger Faktor bei den personellen Sparübungen des Kantons.
Zusammengefasst: Die vorliegenden Antworten des Regierungsrats befriedigen die Votantin überhaupt nicht. Sie hofft, dass der Baudirektor mit seiner Stellungnahme den Grad ihrer Zufriedenheit ein bisschen steigern kann.

**Daniel Abt** ist sich bewusst, dass eine Verwaltung kein KMU ist. Dennoch sollte auch in der Verwaltung kein Arbeitstag vergehen, ohne dass die Kosten-Nutzen-Frage gestellt wird. Der Votant anerkennt und freut sich, dass bei der Vergabe des Auftrags für neue Abfallkübel der einheimische Anbieter gegenüber dem ausländischen den Vorzug erhielt. Ebenfalls nimmt er wohlwollend zur Kenntnis, dass die alten Abfalleimer weiter genutzt und im neuen Gebäudeteil eingesetzt werden sollen. So weit, so gut. Weniger gut findet der Votant und mit ihm sicher ein grosser Teil der Zuger Bevölkerung die Tatsache, dass eine Weisung der Gebäudeversicherung in vorauseilendem Gehorsam umgesetzt wurde. In 99 Prozent der Zuger KMU wäre die Empfehlung, intakte Stahlabfalleimer durch der neuesten Norm entsprechende Abfalleimer zu ersetzen, zur Kenntnis genommen und in einem der selbigen entsorgt worden. Der Votant bittet alle Regierungsratsmitglieder, ihre Mitarbeitenden anzuweisen, Empfehlungen und Wünsche von kantonalen und Bundesämtern zwar ernst zu nehmen, aber nicht automatisch als verbindlich anzusehen; leider wird − so empfindet es der Votant − viel zu wenig zwischen Wunsch und Pflicht unterschieden. Die Mitarbeitenden der Zuger Gebäudeversicherungen bittet der Votant, sich der Tragweite ihrer Weisungen bewusst zu sein und in ihren Formulierungen künftig klar und verständlich zu unterscheiden, welche Massnahmen von Gesetzes wegen umgesetzt werden müssen und welche als Empfehlungen zu verstehen sind. Die Zuger Bevölkerung und das Gewerbe werden dafür dankbar sein.

Baudirektor **Urs Hürlimann** beantwortet lieber die heute gestellten Fragen, als dass er sich den Vorwurf anhören müsste, es seien Empfehlungen der Gebäudeversicherung nicht beachtet worden, was zu einer Tragödie im betreffenden Schulhaus geführt habe. Genau das wurde nämlich angesprochen: Wie ernst sollen politisch Verantwortliche Empfehlungen einer Fachstellen nehmen?
Vor diesem Hintergrund möchte der Baudirektor vorerst an den feuerpolizeilichen Ablauf erinnern. Grundlage sind die überarbeiten Brandschutzvorschriften der Vereinigung kantonaler Feuerversicherungen. Diese neuen Vorschriften wurden 2010 eingeführt, und den von der Thematik betroffenen kantonalen Mitarbeitenden, insbesondere jenen des Hochbauamts, wurde in einem Kurs der Gebäudeversicherung im selben Jahr aufgezeigt, wie künftig die Personensicherheit auf den Fluchtwegen ausgestaltet werden muss. Als Eigentümer trägt der Kanton in den betreffenden Gebäuden die Eigentümerhaftung. 2011 wurden die Gebäude des GIBZ vor dem Hintergrund der neu erlassenen Brandschutzvorschriften kontrolliert. Im Kontrollbericht vom 13. September zeigte der stellvertretende Fachbereichsleiter Feuerschau der Stadt Zug dem Hochbauamt, welches in der Verantwortung steht und auch die Kompetenz für entsprechende Beschaffungen hat, Verbesserungsmöglichkeiten auf. Der grösste Teil dieser Vorschläge wurde umgesetzt, mit Ausnahme der Empfehlung für neue Abfallkübel. Im erwähnten Kontrollbericht steht: «Wie machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass für Personen-, Brand- und Sachschadenfälle, welche aufgrund der Nichtbefolgung von feuerpolizeilichen Auflagen und Vorschriften entstehen, der Gebäudeeigentümer, die Liegenschaftsverwaltung, gegebenenfalls auch Nutzer und Unternehmer, straf- und zivilrechtlich haftbar gemacht und Versicherungsleistungen gekürzt werden können.» Das ist eine sehr deutliche Aussage. Dass aus feuerpolizeilicher Sicht offenbar Handlungsbedarf bestand, verdeutlicht ein Schreiben der Gebäudeversicherung Zug vom 20. Januar 2017 an das Hochbauamt. Darin wird einleitend darauf hingewiesen, dass sowohl die Gebäudeversicherung als auch die städtische Feuerschau bei Rundgängen wiederholt die brennbaren Abfallbehälter in den Fluchtwegen beanstandet und auf Lösungsmöglichkeiten hingewiesen habe. Mit dieser Ausgangslage war also der Projektleiter beim Hochbauamt konfrontiert. Und wie sollte er nun handeln? Am besten wohl so, wie er es getan hat: Er hat die Beschaffung der neuen Abfallkübel ausgelöst.
Die Baudirektion hat also in Nachachtung der Empfehlung der Gebäudeversicherung und der Fachperson des Brand- und Feuerschutzes eine Investition von 100'000 Franken getätigt. Dabei handelt es sich um ein zertifiziertes Produkt. Die Vergabe erfolgte freihändig unter Konkurrenz, wobei sich der Schweizer Anbieter mit 20 Prozent Reduktion seines Angebots den Auftrag sichern konnte. Beschafft wurden 50 Abfallkübel mit einem Stückpreis von 741 Franken, total also rund 37'000 Franken, sowie 45 Doppelkübel für die gesonderte Entsorgung von PET und übrigem Abfall für total 60'000 Franken. Die bisher in den Fluchtwegen verwendeten Abfallkübel und PET-Sammelbehälter werden im GIBZ bei Bedarf in Schulzimmern als Ersatz für beschädigte Plastikabfalleimer weiterhin eingesetzt, und der Neubautrakt wird mit diesen Kübeln ausgestattet. Mit dem Ersatz der alten Abfallkübel in den Fluchtwegen und deren Einsatz im Trakt 5 ergibt sich eine *Win-win*-Situation, da der Objektkredit für Trakt 5 dadurch um rund 100'000 Franken entlastet werden kann.
Zu Esther Haas' Frage nach den weiteren kantonalen Gebäude: Im Rahmen der fünfjährigen Kontrollpflicht werden turnusgemäss auch die kantonalen Verwaltungs-, Büro- und Schulbauten überprüft. Bei Neu- und Umbauten werden die Vorgaben der Gebäudeversicherung aus der Baubewilligung berücksichtigt. Bei bestehenden Gebäuden werden die Auflagen in Zusammenhang mit den Kontrollen der gemeind-

lichen Feuerschauen im Rahmen des Gebäudeunterhalts umgesetzt. Damit ist gewährleistet, dass die Bauten den aktuellen Brandschutzanforderungen entsprechen. Künftig wird die Baudirektion diese Auflagen aber nur noch umsetzten, sofern sie von der Gebäudeversicherung verfügt worden sind. Der Baudirektor hat in Zusammenhang mit der vorliegenden Interpellation die Problematik von Empfehlungen mit der Gebäudeversicherung diskutiert. Man ist zum Schluss gekommen, dass Empfehlungen rechtlich keinen bindenden Charakter haben, also nicht umgesetzt werden müssen. Als Konsequenz hat der Baudirektor angeordnet, dass ihm künftig alle Empfehlungen von Ämtern vorgelegt werden müssen und er darüber entscheidet, ob sie umgesetzt werden oder nicht.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass am Mittwoch, 27. September 2017, zum Jahrestag des Attentats von 2001 um 19.00 Uhr ein schlichter ökumenischer Gedenkanlass in der Kirche St. Oswald in Zug stattfindet. Die Ratsmitglieder sind dazu herzlich eingeladen.

## 853 Nächste Sitzung

Donnerstag, 28. September 2017, 08.30 Uhr.

Es handelt sich um eine Halbtagessitzung. Am Nachmittag findet der Kantonsratsausflug statt.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

60. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 28. September 2017
Zeit: 8.30 – 12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 31. August 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
- 3.1. Motion von Jean-Luc Mösch, Rainer Suter und Thomas Gander betreffend Region ZUGWEST – Verbesserte Anbindung mit der Bahn
- 3.2. Motion von René Kryenbühl, Karl Nussbaumer und Manuel Brandenberg betreffend Reduktion der Denkmalpflege auf das Minimum, das Verbot von Unterschutzstellungen gegen den Willen des Eigentümers und der teilweisen Aufhebung des Denkmalschutzgesetzes
- 3.3. Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Bushaltestellen:
- 3.3.1. Motion von Thomas Werner betreffend Anpassung der kantonalen Gesetzgebung in Bezug auf Bushaltestellen
- 3.3.2. Postulat von Thomas Werner betreffend Bushaltestellen
- 3.4. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend kosteneffizientester Art einer medizinischen Behandlung
- 3.5. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Effizienz des Zuger RAV
- 3.6. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Fondsauslagerungen im Rahmen von Sparprogrammen
4. Kommissionsbestellungen:
- 4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts
5. Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 (Vakanz Beat Furrer, entstanden am 1. September 2017)
6. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Ungereimtheiten bei der Gebäudeversicherung des Kantons Zug
7. Geschäftsbericht 2016: Nachträgliche Genehmigung der Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung des Kantons Zug (GVZG)
8. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham

10. Motion von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Beni Riedi, Rainer Suter, Thomas Werner betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes - Liberalisierung des Anforderungsprofils für die beruflich mit der Sozialhilfe befassten Personen
11. Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25)
12. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Portfolio der Steuerpflichtigen und möglichen Klumpenrisiken bei den Steuereinnahmen im Kanton Zug
13. Interpellation von Kurt Balmer betreffend Unterhalt der SBB Anlagen im Kanton Zug
14. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Park + Ride

**854 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Sitzung sind 72 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Gabriela Ingold und Thomas Werner, beide Unterägeri; Karl Nussbaumer, Menzingen; Pirmin Frei und Andreas Lustenberger, beide Baar; Beat Sieber, Cham; Daniel Burch, Steinhausen; Emanuel Henseler, Neuheim.

**855 Mitteilungen**

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Am Mittag geht der Rat auf den traditionellen Kantonsratsausflug, der ihn zum Golfpark Holzhäusern führt. Dazu eingeladen ist auch der Gemeinderat von Risch.

Heute gilt jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

TRAKTANDUM 1

**856 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**857 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 31. August 2017**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 31. August 2017 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**858** Traktandum 3.1: **Motion von Jean-Luc Mösch, Rainer Suter und Thomas Gander betreffend Region ZUGWEST – Verbesserte Anbindung mit der Bahn**
Vorlage: 2777.1 - 15555 (Motionstext).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat beantragt, diesen Vorstoss mangels Motionsfähigkeit in ein Postulat umzuwandeln. Die Umwandlung einer Motion in ein Postulat anlässlich der Überweisung bedarf gemäss § 46 Abs. 2 Satz 2 GO KR der Zustimmung der Mehrheit der Motionäre. Die drei Motionäre sind mit der Umwandlung einverstanden.

**Philip C. Brunner** ist zahlendes Mitglied von ZUGWEST und interessiert sich sehr für die Entwicklung im Ennetsee. Er möchte von den Motionären bzw. Postulanten wissen, ob sie bereit wären, den im Vorstoss verwendeten Begriff «Zimmerberg II» durch «Ausbau am Zimmerberg im Abschnitt zwischen Thalwil und Baar» zu ersetzen. Inhaltlicher Hintergrund dieser Frage ist …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und bittet ihn, ausschliesslich zur Überweisung des Vorstosses zu sprechen. Es findet keine inhaltliche Debatte statt.

**Philip C. Brunner** fährt fort, dass er die Antwort der Motionäre bzw. Postulanten kennen muss, um allenfalls einen Nichtüberweisungsantrag stellen zu können.

**Jean-Luc Mösch** dankt Philip C. Brunner für seinen Hinweis. Die Motionäre wollten hier selbstverständlich nur den Zimmerberg als solches, also ohne irgendwelche Etappen, erwähnen. Sie sind mit der vorgeschlagenen Anpassung des Textes einverstanden.

➔ Der Rat wandelt die Motion stillschweigend in ein Postulat um und überweist dieses an den Regierungsrat.

**859** Traktandum 3.2: **Motion von René Kryenbühl, Karl Nussbaumer und Manuel Brandenberg betreffend Reduktion der Denkmalpflege auf das Minimum, das Verbot von Unterschutzstellungen gegen den Willen des Eigentümers und der teilweisen Aufhebung des Denkmalschutzgesetzes**
Vorlage: 2779.1 - 15560 (Motionstext).

**Anastas Odermatt** stellt im Namen der ALG-Fraktion den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen. Er tut dies nicht aus inhaltlichen Gründen − die Motion ist offensichtlich überweisungswürdig, da prüfenswert etc. Der Antrag erfolgt vielmehr aufgrund prozeduraler Gründe: Am 13. Januar 2014 motionierten Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenberg zur gleichen Thematik. Diese Motion wurde am 28. Mai 2015, also in der laufenden Legislatur, hinsichtlich der Schaffung von Rechtssicherheit der Grundeigentümerinnen und -eigentümer betreffend Schutzobjekte teilerheblich erklärt; das übrige Begehren wurde in ein Postulat umgewandelt und ebenfalls teilerheblich erklärt. Schon in der damaligen Motion lautet eines der Anliegen: «Die Denkmalpflege im Kanton Zug ist nur so weit auszubauen, dass sie den minimalen Anforderungen von übergeordnetem Recht genügt.» Und schon da-

mals ging es auch um die Thematik Willensausübung der Eigentümerschaft versus Unterschutzstellung.
Das damalige Begehren löste einen Gesetzgebungsprozess aus, und gegenwärtig findet die Vernehmlassung dazu statt. Die Anliegen sind daher entweder vom Kantonsrat − notabene in der heutigen Zusammensetzung − abgelehnt worden oder befinden sich auf dem Wege. Die gleiche Thematik in der aktuellen gesetzgeberischen Phase und zugleich in derselben Legislatur nochmals zu motionieren, ist aus Sicht der ALG unzweckmässig. Man soll doch bitte abwarten, was der Regierungsrat nun in den Kantonsrat schickt, und falls man damit nicht einverstanden ist, kann man in der dannzumaligen Kommission entsprechende Anträge stellen. In diesem Sinn dankt der Votant für die Unterstützung des rein prozedural begründeten Nichtüberweisungsantrags.

Auch **Beat Iten** möchte seinem Erstaunen Ausdruck verleihen. Er schliesst sich grundsätzlich den Worten seines Vorredners an. Bekanntlich läuft zurzeit die Vernehmlassung zur Revision des Denkmalschutzgesetzes. Der Votant hat den entsprechenden Bericht gelesen, da unter anderem ja auch die Gemeinden zur Vernehmlassung eingeladen sind. Soweit er den Bericht überschauen konnte, werden im Vernehmlassungstext die Anliegen und Forderungen der Motionäre weitgehend erläutert und behandelt. Die Tendenz und die Anliegen der Motionäre sind ja nicht neu, sondern wurden schon in verschiedene Motionen, Postulate und Kantonsratsdiskussionen eingebracht. Deshalb fragt sich der Votant, wie viel Sinn es macht, eine weitere Motion zum Thema Denkmalschutz zu überweisen, wenn das Verfahren zur Änderung dieses Gesetzes bereits läuft. Vielleicht können die Motionäre den tieferen Grund dafür erklären.
Im Namen der SP-Fraktion stellt der Votant ebenfalls den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass die SVP gerne das Bild der Heimatverbundenheit zelebriert. Und nun wollen ausgerechnet Volksvertreter dieser Partei, dass die gebaute Heimat einfach zerstört werden kann. Wo sind da der Patriotismus und das Geschichtsbewusstsein der SVP geblieben? Sie wolle nicht, dass Zug ein Ballenberg wird, sagt die SVP. Wie bitte? Wie soll das gehen in einem Kanton, der von Neubauten nur so übersät ist? Der Kanton Zug ist so weit vom Ballenberg entfernt wie die Erde vom Mond.
Zurzeit läuft die Vernehmlassung zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes, welche − ganz im Sinne der Motionäre − die Rechte der Hausbesitzerinnen und -besitzer stärken will. Denn im Verhältnis zwischen Eigentümerschaft und behördlicher Denkmalpflege, welche oft als zu restriktiv und eigentümerfeindlich wahrgenommen wird, besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Mit der nun vorgesehenen Stärkung der Eigentümerrechte setzt der Regierungsrat also den Hebel an der richtigen Stelle an, ohne dabei den Denkmalschutz grundsätzlich in Frage zu stellen. Es wird künftig nicht mehr so einfach sein, ein Gebäude unter Schutz zu stellen. Die Motion würde also völlig unnötig in den laufenden Gesetzesrevisionsprozess eingreifen. Übrigens ist auch das Elternhaus des Votanten im Inventar der schützenswerten Denkmäler aufgeführt. Er kennt also die damit verbundene Problematik.
Die Denkmalpflege ist eine wichtige öffentliche Aufgabe, und der Schutz und die Pflege des kulturellen Erbes sind ein gesellschaftlicher Auftrag. Der Votant bittet den Rat daher, die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Sie leistet keinen konstruktiven Beitrag zur laufenden Debatte rund um Denkmalpflege und Denkmalschutz.

**Manuel Brandenberg** spricht für die Motionäre. Es ist richtig, dass aufgrund teilerheblich erklärter Vorstösse in diesem Bereich eine Gesetzesrevision hängig ist. In diesen Vorstössen ging es aber in erster Linie um Rechtssicherheit in Zusammenhang mit der Überarbeitung und Bereinigung des Inventars der schützenswerten Objekte. In der heute zur Diskussionen stehenden Motion geht es in erster Linie darum, den Eigentümer gegenüber dem Staat zu stärken, der ein Objekt unter Schutz stellen will. Es ist also eine andere Thematik. Prozedural kann man auch darauf hinweisen, dass die Motion, falls sie überwiesen wird, im Rahmen der bereits laufenden Gesetzesrevision behandelt werden kann. Der Votant sieht in diesem Sinne prozedural sogar Chancen − und keine Gefahren.
Dass der Kanton Zug kein Ballenberg werden solle, ist nicht die Aussage eines Motionärs. Es ist vielmehr ein Spruch aus der Feder eines biederen Journalisten. Natürlich ist der Kanton Zug kein Ballenberg. Es geht hier aber um den Schutz des Grundeigentums − nicht mehr und nicht weniger. Der Votant bittet den Rat deshalb, die Motion zu überweisen.

Da die Abstimmungsanlage nicht betriebsbereit ist, wird die folgende Abstimmung im offenen Handmehr durchgeführt.

➔ Der Rat beschliesst mit 33 Ja- und 37 Nein-Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum von zwei Drittel der Stimmenden wird nicht erreicht.

Traktandum 3.3: **Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Bushaltestellen:**

**860** Traktandum 3.3.1. **Motion von Thomas Werner betreffend Anpassung der kantonalen Gesetzgebung in Bezug auf Bushaltestellen**
Vorlage: 2781.1 - 15562 (Motionstext).

**Nicole Imfeld** stellt im Namen der Grünliberalen den **Antrag,** sowohl die Motion als auch das Postulat von Thomas Werner nicht zu überweisen. Die Vorstösse sind ein Rückfall in alte verkehrspolitische Grabenkämpfe. Diese sollten im Kanton Zug eigentlich schon lange überwunden sein, und man sollte hier sachlich über moderne Lösungen diskutieren können.
Fahrbahnhaltestellen haben im Unterschied zu klassischen Busbuchten mehrere Vorteile. Primär bieten sie massiv mehr Verkehrssicherheit, sowohl für den fliessenden Verkehr auf der Strasse als auch für Fussgängerinnen und Fussgänger beim Ein- und Aussteigen. Weiter hat ein Bus eine Kapazität von mindestens 90 Personen, ein Personenwagen nur eine solche für 4 oder 5 Personen. Der übliche Besetzungsgrad bei Personenwagen liegt gemäss Statistik des Bundes bei 1,38 Personen. Man rechne: Für 90 Personen braucht es demnach 65 Autos mit einer durchschnittlichen Länge von 5 Meter − dies inklusive Minimalabstand der Fahrzeuge −, insgesamt also 65 mal 5 Meter, also 325 Meter Strasse. Ein normaler Gelenkbus hingegen ist 20 Meter lang und fasst mindestens die gleiche Anzahl Personen. Wenn also ein Bus wegen Stau nicht aus einer Bushaltestelle hinausfahren kann, sind nicht ein gutes Dutzend, sondern gleich 90 Personen blockiert, die zudem oft noch auf Anschlüsse angewiesen sind. Zudem dienen Fahrbahnhaltestellen wesentlich dazu, eine ausreichende Fahrplanstabilität zu erreichen. Und nur ein zuverlässiger ÖV erlaubt es, mehr Menschen in einem urbanen Raum wie Zug auf den

öffentlichen Verkehr zu bringen und so die Strassen für diejenigen freizuhalten, die auf sie angewiesen sind, etwa das Gewerbe, die Blaulichtorganisationen etc.
Natürlich gibt es auf hoch frequentierten Strassen Situationen, bei denen Busbuchten auch in Zukunft durchaus Sinn machen. Die Gemeinden wissen meist sehr genau, wo dies der Fall ist. Statt kantonal eine unsinnige praxisfremde Doktrin festzuschreiben, sollten man besser von Fall zu Fall mit den jeweiligen Vorteilen entscheiden – und die alten Grabenkämpfe sein lassen. In diesem Sinn bittet die GLP, sowohl die Motion als auch das Postulat nicht zu überweisen.

**Philip C. Brunner** muss gestehen, dass er die Ausführungen seiner Vorrednerin nicht in allen Punkten nachvollziehen konnte, vor allem bezüglich Sicherheit. Wenn ein Bus in eine Busbucht hineinfährt, ist die Sicherheit für die Fussgänger besser gewährleistet, als wenn auf offener Strasse ausgestiegen werden muss. Dazu kommt ein ökologischer Gesichtspunkt: Im Moment werden immer noch gefühlte 98,9 Prozent aller Fahrzeuge mit fossilen Brennstoffen betrieben, und bis die genannten 90 Personen in einen Bus ein- und ausgestiegen sind, dauert es eine ganze Weile. Jedermann ist interessiert an einem flüssigen Verkehr, und bereits jetzt gibt es genügend Hindernisse für den Automobilisten. Auch findet hier kein Rückfall in alte Muster statt, sondern es geht um ein Miteinander von ÖV und motorisiertem Individualverkehr. Der Votant bittet deshalb, diese sehr vernünftige und praktikale Motion und das entsprechende Postulat zu überweisen.

**Ralph Ryser** hält fest, dass eine gute und ausgeglichene Verkehrsinfrastruktur im Bereich des öffentlichen Verkehrs und des Individualverkehrs zur hohen Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts beiträgt. Dabei soll das Gesamtverkehrssystem mit allen Verkehrsträgern miteinbezogen werden. Seit Jahren wird der Individualverkehr auf Kosten des öffentlichen Verkehrs abgewertet. Deshalb appelliert der Votant an den Rat, die Motion von Thomas Werner zu überweisen. Schliesslich soll die optimierte Nutzung vorhandener Verkehrskapazitäten und die gleichzeitige Sicherstellung einer effizienten Verkehrsabwicklung das oberste Ziel sein – und dazu gehört auch der Individualverkehr.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat beschliesst mit 44 zu 24 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

**861** Traktandum 3.3.2: **Postulat von Thomas Werner betreffend Bushaltestellen**
Vorlage: 2782.1 - 15563 (Postulatstext).

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat beschliesst mit 54 zu 14 Stimmen, das Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

**862** Traktandum 3.4: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend kosteneffizientester Art einer medizinischen Behandlung**
Vorlage: 2778.1 - 15557 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**863** Traktandum 3.5: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Effizienz des Zuger RAV**
Vorlage: 2783.1 - 15566 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**864** Traktandum 3.6: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Fondsauslagerungen im Rahmen von Sparprogrammen**
Vorlage: 2784.1 - 15567 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**865** Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts**
Vorlagen: 2775.1 - 15529 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2775.2 - 15530 (Antrag des Obergerichts).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission..

**866** Traktandum 4.2: **Ad-hoc-Kommission betreffend Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass folgende neue Mitglieder in diese Kommission gewählt werden sollen:
• für die ALG-Fraktion anstelle von Rita Hofer neu Hanni Schriber-Neiger;
• für die SVP-Fraktion anstelle von Karl Nussbaumer neu Markus Hürlimann;
• für die FDP-Fraktion anstelle von Thomas Gander neu Florian Weber.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5
**867** **Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 (Vakanz Beat Furrer, entstanden am 1. September 2017)**
Vorlage: 2776.1/1a - 15554 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es sich hier um die Validierung einer Wahl ohne Urnengang, also einer stillen Wahl, handelt. Gemäss § 40 Abs. 1 WAG findet kein Wahlgang statt, wenn für eine Behörde nur gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind.

Am 25. Juli 2017 wurde Aldo Staub in stiller Wahl zum Mitglied des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 gewählt. Der Kantonsrat muss nun feststellen, dass diese Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattgefunden hat, und die Wahl für gültig erklären.

➔ Der Rat erklärt die Wahl von Aldo Staub stillschweigend für gültig und validiert sie.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Aldo Staub damit definitiv zum Mitglied des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsperiode 2013–2018 gewählt ist. Er wünscht dem neu gewählten Kantonsrichter viel Erfolg bei seiner fachlich und menschlich anspruchsvollen Tätigkeit.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**868 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Ungereimtheiten bei der Gebäudeversicherung des Kantons Zug**

Vorlagen: 2774.1 - 15524 (Interpellationstext); 2774.2 - 15559 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass unter diesem Traktandum auch zum folgenden Traktandum (nachträgliche Genehmigung der Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung Zug) gesprochen werden kann. Die zwei Traktanden werden aber bewusst separat behandelt, und die Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung wird separat zur Abstimmung gebracht.

**Philip C. Brunner** dankt als Vertreter der interpellierenden SVP-Fraktion dem Regierungsrat für die sehr gute Beantwortung der Fragen. Diese Antwort hat Klasse! Vorweg sei bemerkt, dass das Parlament kein Gericht ist und es zu diesem Thema auch keine PUK gab, die Fragen gestellt und beantwortet hätte, sondern «nur» eine Interpellation, die von der Regierung rasch und transparent beantwortet wurde. Wenn jemand vom Votanten nun das grosse Donnerwetter erwartet, liegt er oder sie falsch. Bei der gestrigen Besinnung fiel dem Votanten das Jesus-Wort «Wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein» ein, nachzulesen im Johannesevangelium. Es wäre ein Leichtes, den und teilweise die Verantwortlichen für ihre persönlichen Fehler zu tadeln und zu verurteilen, Steine zu werfen, sie nochmals zu verurteilen und nochmals zu massregeln, Besserung zu verlangen etc. Nach der Beantwortung der Interpellation braucht es keine nochmalige Schuldzuweisung mehr. Der Titel der Interpellation lautet nicht «Die Verbrechen und kriminellen Machenschaften bei der Gebäudeversicherung», sondern die Interpellation sprach von «Ungereimtheiten» − oder anders ausgedrückt: «Die multiplen Kompetenzüberschreitungen aller Art eines Verantwortlichen». Das ist der Punkt. Und der Punkt ist auch, dass Verschiedenes sehr gut funktioniert hat und noch immer funktioniert. Auch haben die Finanzkontrolle und die Stawiko reagiert − und auch das Parlament, wenn anfänglich auch eher widerwillig. Und da der Kantonsrat nun erstmals seine Oberaufsicht auch bei der Gebäudeversicherung wahrgenommen hat, soll das genauer analysiert werden:

• Natürlich war da der Bericht der Finanzkontrolle. Aber auch diese macht Fehler, und vielleicht war sie in ihrer Beurteilung − vielleicht aufgrund von persönlichen, menschlich erklärbaren Animositäten − härter als anderswo. Der Votant will da nicht werten.

• Die Stawiko hat den Ball aufgenommen, und der Sicherheitsdirektor erkannte offenbar die Güte des Momentums nicht, mit Kritik umzugehen.
• Es hat im Übrigen keine Untersuchung der Vorjahre gegeben; da weiss man nicht Bescheid. Was hat die Finanzkontrolle in früheren Jahren bei der Gebäudeversicherung bemängelt? Diese Frage wurde in der SVP-Fraktion gestellt − und man kann sich dazu einiges vorstellen. Haben die Bemerkungen der Finanzkontrolle zum Jahr 2016 eine Vorgeschichte? Diese Frage steht unbeantwortet im Raum. Die Gebäudeversicherung hat eben leider schon seit einiger Zeit einen − es sei mal so gesagt − speziellen Ruf in der Zuger Öffentlichkeit. Nur redet leider niemand darüber. Es steht auch weder im Bericht der Stawiko noch in jenem der Finanzkontrolle und auch nicht im Bericht und Antrag der Regierung, dass das oft selbstherrliche Auftreten dieses Monopolisten gegenüber Privaten und bei einzelnen Projekten auch gegenüber Gemeinden leider nicht immer glücklich war − vielleicht nicht zu Unrecht, denn auch bei der Gebäudeversicherung wird sicher nicht alles falsch gemacht. An der Eröffnung des Casinos vor zwei Wochen war nicht das denkmalpflegerisch wunderschön herausgeputzte Gebäude das Hauptthema, sondern es waren die Anordnungen der Gebäudeversicherung, dies gemäss den Abklärungen des Votanten in seiner Funktion als Präsident der städtischen GPK allerdings vermutlich zu Unrecht. Auch wenn das hier nicht das Thema ist, so bleibt doch festzuhalten: Klimatisch ist die Gebäudeversicherung im Moment leider nicht gut aufgestellt. Und vielleicht hat sich der eine oder andere Kantonsrat besonders aus der Stadt Zug im Moment der Abstimmung an die Pläne der Gebäudeversicherung in der Gartenstadt erinnert. Auch da war die Kommunikation mit der Politik nicht glücklich. Aber man weiss es: Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.
Welche Lehren sind zu ziehen? Erstens ist es gut, dass die SVP diese Interpellation eingereicht hat, und zweitens ist es gut, wie die Regierung geantwortet hat − und zwar schnell. Und vielleicht das Wichtigste: Jeder Direktion und jeder Abteilung der Verwaltung ist klar geworden, dass der Kantonsrat nicht bereit ist, Fehler aus politischen Gründen zu decken, sondern dass er diesen nachgeht. Die präventive Wirkung der Interpellation und der Nichtgenehmigung der Jahresrechnung ist zweifellos enorm. Das ist wohl der wichtigste Punkt: Die Politik als Vertreterin der weiteren Öffentlichkeit ist nicht bereit, Ungereimtheiten, ob klein oder gross, zu akzeptieren. Im Weiteren wird sich die Regierung künftig gut überlegen müssen, wen sie an die Spitze von solchen öffentlich-rechtlichen Institutionen setzt. In jeder Partei gibt es fähige und weniger fähige Leute, die sich aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft Hoffnungen auf eine Karriere machen. Auch künftig muss deshalb gelten, Filz zu vermeiden, ohne die Vorteile der kurzen Wegen im kleinen Kanton Zug, wo man sich oft von Jugend auf kennt, aufzugeben. Und wenn es nicht anders geht, dann heisst das Motto eben Transparenz − auch wenn es oft anders herauskommt wie kürzlich bei der Ernennung des neuen Leiters Asyl ab 1. November 2017. Und weiter: Mit der Beantwortung der Interpellation ist für den Kantonsrat und für die Öffentlichkeit ganz klar, wer *nicht* im neuen Verwaltungsrat der Gebäudeversicherung sitzen wird. Die Regierung ist sich dessen sicher bewusst. Darin liegt auch die Chance für einen sauberen Neuanfang, den sich alle wünschen.
Zusammenfassend hält der Votant fest:
• Die SVP-Fraktion sieht sich aufgrund der Antworten auf ihre Interpellation in allen ihren Vermutungen bestätigt.
• Die Regierung hat sehr gut gearbeitet und die Fragen schnell und offen beantwortet.
• Für die Zukunft sind die Lehren zu ziehen, primär bei der Besetzung des neuen Verwaltungsrats der Gebäudeversicherung, sekundär aber auch grundsätzlich bei

der Anstellung von aktuellen oder früheren Politikern oder von politischen Freunden usw. Hier muss die Regierung mehr Fingerspitzengefühl zeigen: Die neueste Ernennung durch die Direktorin des Innern hat die SVP mit grossem Erstaunen zur Kenntnis nehmen müssen.

**Roger Wiederkehr** dankt im Namen der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Diese ist nicht nur transparent, sondern zeigt auch auf, dass die Führungsverantwortung wahrgenommen wird. Der Votant äussert sich zu sechs Punkten:
• Einhaltung der Anlagerichtlinien: Der Verstoss beim Kauf der Aktien der Firma Bonainvest Holding mit Sitz in Solothurn wurde gerügt und muss innert Jahresfrist gemäss den Richtlinien bereinigt werden. Diese Anordnung ist mit Blick auf eine mindestens kostenneutrale, wenn nicht gar bessere Anlage richtig und nachvollziehbar. Es darf dabei festgehalten werden, dass es sich um Richtlinien der Sicherheitsdirektion handelt und nicht um solche des Kantons oder der Finanzkontrolle. Nichtsdestotrotz sind die Richtlinien einzuhalten. Stossend ist auch, dass dieser Kauf ohne Bewilligung der Sicherheitsdirektion getätigt wurde.
• Nebentätigkeit des Geschäftsführers als Verwaltungsratspräsident der Raiffeisenbank: Diese Tätigkeit wurde bei der Anstellung des Geschäftsführers im Jahr 2007 toleriert. Es wurde sichergestellt, dass zwischen dieser Aufgabe und jener der Geschäftsführung der Gebäudeversicherung eine klare Abgrenzung besteht. Insbesondere gaben auch die Arbeitszeiten bei der Gebäudeversicherung zu keinen Bemerkungen Anlass. Aber auch wenn es personalrechtlich möglich ist, so sollte der Regierungsrat bei solchen nicht unerheblichen Funktionen in Zukunft Zurückhaltung üben.
• Kompetenzabgrenzung: Gemeint sind dabei die Vorgaben der Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung gemäss § 2 Abs. 1. Darin heisst es: «Diese Verordnung regelt die Berechtigung zur Unterzeichnung von Verträgen für die Direktion, das Amt oder die Abteilung, die unmittelbare finanzielle Verpflichtungen für den Kanton auslösen, sowie die Berechtigung zum Vor- und Schlussvisum im Zahlungsverkehr.» Weiter heisst es darin, dass diese Verordnung auch für die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten gelte. Der Widerspruch liegt darin, dass bei der Gebäudeversicherung keine finanziellen Verpflichtungen für den Kanton ausgelöst werden und werden können, da sich die Gebäudeversicherung aus den Prämien finanziert und keine Staatsgarantie hat, also eine reine Versicherungsgesellschaft ist. Auf diesen Widerspruch hat der Sicherheitsdirektor schon in der Kantonsratssitzung vom 29. Juni 2017 hingewiesen und darauf bestanden, dass diese Verordnung nicht mehr anzupassen sei, da die Zeit bis Ende Jahr für das Verfahren nicht ausreiche und ab dem 1. Januar 2018 sowieso neue Bestimmungen bezüglich Kompetenzabgrenzungen zwischen dem neuen Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der Gebäudeversicherung gelten würden. Dieser Meinung sind nun scheinbar auch die Stawiko und die Finanzkontrolle, welche diese Abgrenzung erstmals thematisierte. Es handelte sich hier also nicht um eine befremdliche Auffassung des Sicherheitsdirektors, wie in der SVP-Interpellation erwähnt wird, sondern um eine folgerichtige, die nun bereinigt ist.
• Einhaltung von personalrechtlichen Regelungen: Die falsch übertragenen Zeitsaldi wurden korrigiert. Es handelt sich hier um eine buchhalterische Abweichung. Arbeitnehmende haben deshalb keine Vorteile erfahren. Die Spesenabrechnungen werden neu durch den Sicherheitsdirektor visiert. Im Personalrecht gilt so oder so die kantonale Vorgabe, auch für die Gebäudeversicherung. Es sei hier erwähnt, dass es etwas seltsam anmutet, dass von der Finanzkontrolle Empfehlungen abgegeben werden, die eigentlich schon vor zehn Jahren hätten gemacht werden sollen.

• Beauftragung eines Rechtsanwalts: Ohne auf den Inhalt des besagten Leserbriefs eingehen zu wollen, geht es nicht an, dass der Geschäftsführer und sein Stellvertreter einen Anwalt ohne Zustimmung des Sicherheitsdirektors beauftragen, um zulasten der Gebäudeversicherung ihre Rechte wahrzunehmen. Hier wurde ebenfalls sofort gehandelt, ein Verweis erteilt und die Kosten zurückverlangt.
• Zur Genehmigung der Rechnung, die als nächstes Traktandum ansteht: Nach Ansicht der CVP kann eine Rechnung nicht abgelehnt werden, wenn sie richtig geführt wurde und geprüft worden ist. Das gilt nicht nur für die Rechnung der Gebäudeversicherung, sondern auch für gewöhnliche Vereinsrechnungen. Eine Ablehnung aus rein subjektiven Gründen ist mehr als fraglich. Insofern ist der nochmaligen Antragstellung des Regierungsrats, der Stawiko und auch der Finanzkontrolle heute zuzustimmen. Die Rechnung schliesst nach Vorwegnahme von Rückstellungen in Höhe von 5 Millionen Franken mit einem sehr erfreulichen Reingewinn von 3,7 Millionen Franken ab. Die CVP-Fraktion ist geschlossen für die Genehmigung der Rechnung.
Abschliessend seien folgende Bemerkungen erlaubt: Der Gebäudeversicherung ist durch die gemachten Verfehlungen kein Schaden entstanden − auch wenn es sein mag, dass der Geschäftsführer durch sein Verhalten dazu beigetragen hat, dass eine politische Diskussion geführt werden musste. Es ist aber zu bedenken, dass hinter der Gebäudeversicherung auch Mitarbeitende stehen, die jeden Tag das Beste geben, auch wenn sie keinen einfachen Job zu verrichten und immer auch nach klaren Vorgaben des Feuer- und Versicherungsschutzes zu arbeiten haben. Diesen Mitarbeitenden sei hier ein grosser Dank ausgesprochen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Er dankt den Interpellanten sowohl für die Kleine Anfrage als auch für die Interpellation. Er dankt auch der Regierung für die guten, profunden Antworten.
Warum nicht offen zu den Fehlern stehen? Was den Kantonsrat damals zur Ablehnung brachte, waren vor allem die intransparente und unklare Kommunikation und das Sich-Herumdrücken um klare Zugeständnisse. Das nährte den Verdacht, dass etwas nicht stimmen könnte. Darum hatte der Rat schon fast die Pflicht, die Jahresrechnung der Gebäudeversicherung abzulehnen, denn er konnte nicht abschätzen, ob eine Genehmigung nicht irgendwelche schädliche Folgen nach sich ziehen würde. Nun sieht man, dass alles in Ordnung ist.
Wie interpretiert die ALG die Antworten der Regierung? Auf der einen Seite fallen negativ − was im Sinne von *Learnings* zu verstehen ist − die folgenden Punkte auf:
• Kontrollfunktion: Es ist offensichtlich, die Kontrollfunktion seitens Regierung erst auf Druck des Kantonsrats wahrgenommen wurde. Das geht hier und auch andernorts nicht. Auf die Problematik, dass die Kontrollpflicht mit der Auslagerung in eine Aktiengesellschaft zukünftig noch viel schwieriger wahrgenommen werden kann, sei hier nur nebenbei hingewiesen. Der Votant ist auf jeden Fall gespannt, wie die Regierung zukünftig ihre Kontrollpflicht wahrnimmt; er vermutet, dass auch die Pflicht zur Kontrolle ausgelagert wird.
• Fehlende Kontrolle führt zu Kompetenzüberschreitungen: Es wurden diverse kleinere und grössere, aber klare Kompetenzüberschreitungen begangen. So wurde eigenmächtig und ohne Rücksprache mit dem Sicherheitsdirektor auf Staatskosten ein Anwalt beauftragt. Das ist ein *No-Go*.
• Und das führt zum dritten Eindruck: Verfilzung. Sich gut zu kennen und bekannte und liebsame Personen in Ämter zu hieven, geht nur solange gut, als allen Beteiligten ihre Rolle mit den jeweiligen Rechten und Pflichten bewusst ist. Je besser man sich kennt und je näher man sich steht, desto mehr Rollenbewusstsein ist nötig. Ist dieses nicht vorhanden, wird es brandgefährlich.

So viel zum Negativen, das − wie gesagt − im Sinne von *Learnings* zu verstehen ist und als Schablone für künftige Entscheide dienen kann. Positiv fällt sowohl in der Beantwortung der Interpellation als auch im neu vorgelegten Bericht und Antrag des Regierungsrats auf, dass die Fehler aufgearbeitet und klar dargestellt und vor allem entsprechende Empfehlungen beraten und wo nötig Massnahmen eingeleitet worden sind. Der formalen Genehmigung der Jahresrechnung steht daher nichts im Wege, und die ALG wird dieser entsprechend zustimmen.

**Andreas Hausheer** nimmt Bezug auf die Frage von Philip C. Brunner, wie das wohl in früheren Jahren gewesen sei. Ein Blick in die Stawiko-Berichte der Vorjahre zeigt, dass es immer um die gleichen Themen ging. Die Stawiko hat schon in ihrem Bericht zum Geschäftsbericht 2011 darauf hingewiesen, dass die Regelungen des Personalgesetzes, der Personalverordnung und der Arbeitszeit auch für die Gebäudeversicherung gelten würden. Die Thematik wurde also schon damals aufs Tapet gebracht, ebenfalls im Bericht zum Jahresbericht 2013. Es ist also eine lange, von der Stawiko immer wieder diskutierte Geschichte, die nun hochgekommen ist − und die nun hoffentlich zu ihrem Ende kommt.

**Manuel Brandenberg** fühlt sich durch Philip C. Brunners Zitat aus dem Johannesevangelium etwas herausgefordert. Am Schluss der zitierten Stelle sagt nämlich Jesus Christus: «Geh und sündige hinfort nicht mehr.»

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es ihm selbst und dem Regierungsrat ein Bedürfnis war, die Interpellation möglichst schnell zu beantworten. Die Sprecher der SVP haben sich mit Bibelzitaten zum Thema geäussert. Ergänzend kann man festhalten: Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Diese wurden aufgezeigt − und sie sind keineswegs so gravierend, dass man von einem Missstand sprechen müsste. Die Fehler werden und wurden bereits korrigiert. Der Sicherheitsdirektor hat sich auch keineswegs gegen die Kritik gewehrt, sondern er hat einzig darauf bestanden, dass die Berichte der Finanzkontrolle und der Stawiko falsch verstanden worden seien, wenn man meinte, die entsprechende Verordnung, die in sich einen Widerspruch enthält, müsse bis Ende Jahr angepasst werden. Die Sicherheitsdirektion hat zusammen mit der Finanzdirektion und der Finanzkontrolle diesen Widerspruch erkannt, man war sich aber einig, dass die Zeit nicht ausreicht, um die Verordnung betreffend Zeichnungsberechtigung per Anfang 2018 anzupassen, weil auch andere Institutionen des Kantons davon betroffen sein könnten. In diesem Sinn ist die Angelegenheit für den Sicherheitsdirektor erledigt.
Zum Casino: Die Gebäudeversicherung ist auch in anderen Kantonen immer wieder ein Thema. Im Kanton Zug erlässt sie jährlich ungefähr 250 Verfügungen, und es gibt kaum Beschwerden. Natürlich kann man jetzt sagen, dass die betreffenden Leute und Institutionen lieber die Faust im Sack machen, damit sie schneller bauen können. Das mag manchmal zutreffen. Es ist aber keine einfache Aufgabe, die VKF-Vorschriften auch tatsächlich umzusetzen. Auch dem Sicherheitsdirektor ist die Kritik in Zusammenhang mit dem Casino zu Ohren gekommen. Er hat deshalb sofort mit dem Stadtpräsidenten von Zug Kontakt aufgenommen. Dieser hat das Ganze aber relativiert und zugeben müssen, dass auch bauherrenseitig nicht alles rund gelaufen sei. Und der Zuständige beim städtischen Baudepartement hat gegenüber dem Sicherheitsdirektor bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit der Gebäudeversicherung jederzeit sehr gut gewesen sei und die Gebäudeversicherung sogar bessere und kostengünstigere Lösungen vorgeschlagen habe. Es gibt in den VKF-Vorschriften eine quasi «heilige» Zone, nämlich die Fluchtwege. Diese müssen insbesondere in stark frequentierten Gebäuden wie dem Casino, einem aus Sicht des

Brandschutzes keineswegs einfachen Bau, einfach freigehalten werden. Es wurden aber auch hier Zonen geschaffen, in denen der Gastrobetrieb mittels mobilem Mobiliar gewährleistet und Bilder aufgehängt werden können. Der Sicherheitsdirektor ist gerne bereit, Philip C. Brunner und weitere Interessierte näher über die entsprechenden Massnahmen und deren Hintergründe zu informieren.
Der Sicherheitsdirektor weist den Vorwurf von Filz klar zurück. Personen aus seinem politischen oder persönlichen Umfeld, die sich bei ihm um eine Stelle bewerben, haben es deutlich schwieriger als andere Bewerber. Die Stelle des Geschäftsführers der Gebäudeversicherung wurde damals mit jener Person besetzt, welche dafür am besten qualifiziert war. Und wer näheren Einblick in die Zusammenarbeit zwischen dem Sicherheitsdirektor und dem Geschäftsführer hat, weiss genau, dass die Zugehörigkeit zur selben Partei dabei nie eine Rolle spielte. Der Sicherheitsdirektor hat seine Aufsichtspflicht immer wahrgenommen. Dass die Hol- und Bringpflicht von Seiten des Geschäftsführers nicht immer zufriedenstellend wahrgenommen wurde, wurde auch mittels Verweis gerügt.
Es haben sich sehr viele Personen um ein Verwaltungsratsmandat bei der Gebäudeversicherung beworben. Der Sicherheitsdirektor wird dem Regierungsrat, der für die Wahl zuständig ist, nach den Herbstferien einen Vorschlag unterbreitet. Gleichzeitig wurde auch die Stelle des Geschäftsführers ausgeschrieben, damit der neu eingesetzte Verwaltungsrat möglichst schnell den entsprechenden Entscheid fällen kann.
Der Sicherheitsdirektor dankt dem Rat für die Kenntnisnahme der Interpellationsantwort. Er bittet auch, nachher die Rechnung 2016 der Gebäudeversicherung, die − nach Vorwegnahme einer grösseren Rückstellung − mit einem sehr guten Ergebnis, nämlich einem Gewinn von 3,7 Millionen Franken, abschliesst, zu genehmigen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 7

**869 Geschäftsbericht 2016: Nachträgliche Genehmigung der Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung des Kantons Zug (GVZG)**

Vorlagen: 2744.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2744.2 - 15446 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission); 2744.3 - 15561 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Kantonsrat am 29. Juni 2017 beschloss, die Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung nicht zu genehmigen. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat nun die nachträgliche Genehmigung.

EINTRETENSDEBATTE

**Beat Unternährer** spricht als Vertreter der Stawiko. Er beschränkt sich auf einige wenige Aspekte.
Da es sich bei der Gebäudeversicherung um eine kantonale Anstalt mit Monopolcharakter handelt, ist eine minutiöse Kontrolle besonders wichtig. Im Nachgang zur Kantonsratssitzung vom 29. Juni 2017 hat sich der Regierungsrat detailliert der Feststellungen der Finanzkontrolle angenommen, seine Abklärungen im Bericht vom 12. September 2017 festgehalten und darin auch Handlungsanweisungen vorgeschlagen. Die Stawiko war mit diesen Anweisungen vollumfänglich einverstanden.

Vor dem Hintergrund der vom Regierungsrat eingeleiteten Massnahmen empfiehlt die Stawiko, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung nachträglich zu genehmigen. Bis zum Inkrafttreten der neuen *Governance* muss die Sicherheitsdirektion die Gebäudeversicherung aber engstens begleiten.

**Thomas Villiger** dankt dem Regierungsrat im Namen der SVP-Fraktion für die ausführlichen und klärenden Erläuterungen und die Stellungnahme zur Rechnung der Gebäudeversicherung. Wie dem Bericht und Antrag des Regierungsrats zu entnehmen ist, ist bzw. war bei der Gebäudeversicherung nicht alles Gold, was glänzt. Die Geschäftsleitung musste in verschiedenen Punkten gerügt und korrigiert werden, und sie muss künftig enger geführt werden. Nach wie vor ist die SVP-Fraktion konsterniert über die massive Verletzung der Anlagestrategie und deren fehlerhafte Umsetzung. Sie begrüsst es sehr, dass der Anlagebestand innert Jahresfrist bereinigt und die Anlagestrategie eingehalten wird. Es ist zu hoffen, dass die Geschäftsführenden ihre eigene Strategie, welche nicht unbekannt sein sollte, jetzt kennen und korrekt umsetzen können.
In den anderen Punkten geht die SVP-Fraktion mit den Ausführungen des Regierungsrats einig. Sie wird die Rechnung 2016 der Gebäudeversicherung grossmehrheitlich genehmigen.

**Philippe Camenisch** teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion dem Votum des Stawiko-Vertreters anschliesst. Dieser hat die Punkte genannt, welche durch die Finanzkontrolle moniert wurden und nun erledigt sind bzw. einer vertretbaren Lösung zugeführt wurden bzw. werden. So ist im Falle der Verletzung der Anlagerichtlinie eine Lösung aufgegleist. Der Votant verzichtet darauf, alles nochmals aufzuzählen.
Die Stawiko hat es klar formuliert: Sie erwartet, dass im neuen Verwaltungsrat auch ausgewiesene Investitionsspezialisten vertreten sein werden. Diese Erwartung wird von der FDP unterstützt. Im heutigen Umfeld, in dem die Anforderungen an Vermögensverwalter ständig zunehmen, ist Professionalität erforderlich. In den Berichten des Regierungsrats liest man, dass der zur Diskussion stehende Anlageentscheid auf der Basis von «Nachahmung» erfolgte. Der Votant erachtet ein solches Vorgehen als nicht adäquat. Nur weil Anlageklassen für die grossen Pensionskassen von Coop, Migros etc. gut sind, müssen solche Papiere nicht selbstredend auch für die Gebäudeversicherung *suitable* sein. Und wenn im Lichte von Negativzinsen nach Alternativen gesucht wird und dabei in nicht börsenliquide Papiere investiert wird, dann hat man die Aufgabenstellung wohl nicht ganz verstanden. Damit sagt der Votant nur etwas zum Lösungsansatz des Anlageentscheids und untermauert damit die Forderung der FDP, dass im Verwaltungsrat ausgewiesene Anlagespezialisten vertreten sein müssen. Immerhin gilt es ein Anlagevermögen von rund 110 Millionen Franken zu bewirtschaften; bei der Pensionskasse von Coop sind es übrigens gut 9 Milliarden Franken. Dann kann auch das Anlagereglement gegebenenfalls überprüft und angepasst werden. So gehören beispielweise Derivate in einem professionellen *Asset Management* nicht zwingend verboten, wie im Geschäftsbericht nachzulesen ist. Der richtige Einsatz von solchen Instrumenten beispielsweise als *Hedging*-Instrumente kann durchaus sinnvoll sein – aber eben nur unter der Voraussetzung, dass der Investor entsprechendes Fachwissen hat.
Nachdem der Regierungsrat nun Massnahmen eingeleitet hat, empfiehlt die FDP, dessen Antrag zu folgen und die Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung zu genehmigen. Bis zum Inkrafttreten der neuen *Governance* ist die Sicherheitsdirektion in der Pflicht, die Gebäudeversicherung engstens zu begleiten.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er stimmte im vergangenen Juni der Genehmigung des Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung zu. Er wies damals in seinem Votum aber wie die meisten Sprecher auf die von der Stawiko in ihrem Bericht thematisierten Probleme bzw. Missstände hin und forderte den Sicherheitsdirektor auf, diese schnellstmöglich zu bereinigen. Die Genehmigung der Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung wurde vom Rat dann abgelehnt, und der Regierungsrat legte einen neuen Bericht vor. Was aber weiss man nun mehr? Man weiss jetzt im Detail, was die Finanzkontrolle bemängelte, wie der Sicherheitsdirektor in der Zwischenzeit die Probleme angegangen ist und was er schon umgesetzt hat. Die bemängelten Punkte sind teilweise schwerwiegender als andere, wobei mindestens einer, nämlich die Verletzung der Anlagestrategie, ein *No-Go* ist und nie hätte passieren dürfen. Alles in allem kann man sagen, dass die Erledigung der bemängelten Punkte durch den Sicherheitsdirektor zweckdienlich und konsistent angegangen und − wie es aussieht − auch konsequent umgesetzt wurde. In diesem Sinn wird die SP-Fraktion der Genehmigung der Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung auch dieses Mal wieder zustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die nun folgende Abstimmung gleichzeitig die Schlussabstimmung für dieses Geschäft ist.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat genehmigt mit 64 zu 2 Stimmen die Jahresrechnung 2016 der Gebäudeversicherung des Kantons Zug.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 8

870 **Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht**

Vorlagen: 2736.1 - 15425 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2736.2 - 15426 (Antrag des Regierungsrats); 2736.3/3a - 15467 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt); 2736.4/4a - 15525 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Heini Schmid**, Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, dankt im Namen der Kommission Baudirektor Urs Hürlimann und seinem Team für die ausgezeichnete Vorarbeit und Begleitung der Kommission. Seine eigene Interessenbindung: Als Eigentümer von eingezontem und nichteingezontem Land im Kanton Zug betreffen ihn die hier aufgeworfenen Fragen mehr als die Allgemeinheit.
Die in der Kommission umstrittenen Fragen wurden jeweils mit nur knappen Mehrheiten, ja sogar mit einem Stichentscheid des Präsidenten entschieden. Die Schlussabstimmung musste zweimal durchgeführt werden, um dem Kantonsrat überhaupt die Haltung der Kommission unterbreiten zu können.
Die Frage der Gebietsverdichtung und der Mehrwertabgabe polarisiert. Die einen sehen die Eigentumsgarantie gefährdet, die anderen wollen der Verdichtung zum Durchbruch verhelfen und einen möglichst hohen Anteil des Bodenmehrwerts der Allgemeinheit zukommen lassen. Wenn man die Anträge der Kommission analysiert, sieht man, dass die Kommission versucht hat, einen Mittelweg zwischen den Interessen der Eigentümer und jenen des Staates zu finden. Keine reine Lehre, sondern der Versuch, einen Ausgleich zu finden: bei der Gebietsverdichtung die Minderheiten besser schützen und bei der Mehrwertabgabe nur dort über die Bundeslösung hinausgehen, wo die Umzonung einer materiellen Neueinzonung gleichkommt.
Aufgrund der knappen Mehrheiten in der Kommission wird der Votant in seinen Ausführungen jeweils aufzuzeigen versuchen, um welche Fragestellung es sich handelt – und weniger politisch argumentieren, welche Vor- oder Nachteile die jeweilige Lösung hat. Bezüglich Eintreten bittet er den Rat, den Antrag auf Nichteintreten abzulehnen. Der Rat würde sich selber schaden, wenn er die RPG-Revision nicht zügig umsetzte. Denn bis die Revision umgesetzt ist, kann er keine Neueinzonungen mehr vornehmen. Es liegen alle Fragen auf dem Tisch, und der Rat kann in der Detailberatung auch beschliessen, dass nur das bundesrechtliche Minimum umgesetzt werden soll.
Den Mitgliedern der vorberatenden Kommission gebührt ein dickes Lob. Trotz aller Gegensätze war die Kommission um eine sachliche Auseinandersetzung bemüht und verfolgte das Ziel, dem Kantonsrat eine ausgewogene Lösung zu unterbreiten. Es wäre schade, wenn der Rat durch Nichteintreten die sachliche Auseinandersetzung verunmöglichen würde. In diesem Sinn bittet der Votant im Namen der Kommission um Eintreten auf die Vorlage.

**Beat Unternährer** spricht für die erweiterte Staatswirtschaftskommission. Hauptaufgabe der Stawiko ist es, die finanziellen Auswirkungen einer Vorlage auf den Kanton zu beurteilen. Die Stawiko hat zur Kenntnis genommen, dass der mit der Umsetzung der Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes zusätzlich anfallende administrative Aufwand mit dem vorhandenen Personal erbracht werden könnte. Die zusätzlichen Aufgaben bei der Schätzungskommission dürften jedoch zu einem Mehraufwand führen. Die Stawiko war sich bei der Beratung dieser Vorlage der

hohen Komplexität bewusst. Es ist sehr anspruchsvoll, die Auswirkungen der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zu antizipieren.
Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, dass das Planungs- und Baugesetz aufgrund von Bundesvorgaben angepasst werden muss. Das teilrevidierte Raumplanungsgesetz des Bundes ist seit 2014 in Kraft und bezweckt die Förderung eines sorgsamen Umgangs mit dem Boden. Bei der Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes geht es um verdichtetes Bauen. Hinter diesem Ziel können viele stehen. Gerade für den kleinflächigen Kanton Zug ist es für eine weitere Entwicklung essentiell, dass der Boden angemessen genutzt werden kann. Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes verschärfte der Bund die Mehrwertabgabe und führte zuhanden der Kantone eine Mindestregelung samt Mindestabgabesatz von 20 Prozent des Bodenmehrwerts ein. Die Mehrwertabgabe ist jedoch nur bei Umzonungen und erst bei der Realisierung eines Projekts anzuwenden.
Die Stawiko schenkte bei der Beratung der Vorschläge des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission für Raumplanung und Umwelt dem Thema Eigentumsschutz grosse Beachtung. Die Mehrheit gelangte zum Schluss, dass dieser über hohe Zustimmungsquoren für Verdichtungsentscheide zu erreichen ist. Aus diesem Grund folgte man diesbezüglich mehrheitlich den Vorschlägen der Kommission für Raumplanung und Umwelt. Vor dem Hintergrund dieser Vorschläge beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten.

**Hans Baumgartner** teilt mit, dass die CVP-Fraktion auf die Gesetzesrevision eintritt, dies mit dem Ziel, griffige Massnahmen zu verankern, die den heutigen Raumplanungszielen gerecht werden. Sie hat sich intensiv mit den drei wesentlichen Themen «Verdichten», «Mehrwert abschöpfen» und «Kampf der Baulandhortung» auseinandergesetzt und eine klare Grundhaltung erarbeitet. Dabei stellte sie fest, dass das bundesrechtliche Minimum für den Kanton Zug nicht genügt.
Um das verdichtete Bauen umzusetzen, wird es unumgänglich sein, die Eigentumsrechte − auch wenn diese in der CVP hoch bewertet werden − massvoll einzuschränken. Allerdings − und das ist der CVP wichtig − sind die Hürden dazu sehr hoch zu setzen. Bei der Mehrwertabgabe erachtet die CVP das Minimum der Bundesvorgabe in Bezug auf den Abgabesatz als angebracht. Allerdings ist sie klar der Meinung, dass diese Abgaben gerechterweise auch auf grosse Mehrwerte von Auf- oder Umzonungen zu leisten sind, dies nicht zuletzt, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für solche einschneidende, neu entstehende Quartiere zu verbessern.
Zum Thema der Verfügbarkeit von Bauland, zu dem das Bundesgesetz ebenfalls Anpassungen verlangt, hat die vorberatende Kommission nach Meinung der CVP einen gangbaren Weg vorgeschlagen, nämlich das gesetzliche Kaufrecht − was im Grundsatz eine Enteignung ist − an grössere Hürden zu binden und so der in der Verfassung verankerten Eigentumsgarantie besser Rechnung zu tragen.
Eine grosse Mehrheit der CVP ist überzeugt, mit der Variante der vorberatenden Kommission ein Gesetz zu erhalten, mit dem die zukünftigen Herausforderungen bewältigt, gleichzeitig aber auch die Rechte der Grundeigentümer im Wesentlichen bewahrt werden können. Die Detailberatung bietet die Möglichkeit, die konkreten Masse und Quoren sowie die Zwecke und Zuständigkeiten, welche im Gesetz festzuschreiben sind, noch zu diskutieren. In diesem Sinn ist die CVP für Eintreten.

**Manuel Brandenberg** spricht für die SVP-Fraktion. Als er die Vorlage zur Totalrevision des Planungs- und Baugesetzes im Hinblick auf die Fraktionssitzung und auf die heutige Kantonsratssitzung durchgelesen hatte, beschlich ihn nicht nur ein mulmiges Gefühl, sondern er ärgerte sich! Und sein Ärger ist für einmal sachlich begründet. Erstens fragte er sich ganz grundsätzlich, was denn die Aufgabe der

öffentlichen Hand im Bereich der räumlichen Entwicklung eines Landes und letztlich eines Kantons ist. Ein Blick in die anerkannte Lehrmeinung und Rechtsprechung zeigt folgendes Bild:
• Der Bund beschränkt sich auf den Erlass von Grundsätzen sowie die Genehmigung von kantonalen Richtplänen, damit den Kantonen der entsprechende Gesetzgebungsspielraum bleibt.
• Den Kantonen hingegen obliegt die eigentliche Schaffung der Raumplanung, dies unter Berücksichtigung der entsprechenden kantonalen Herausforderungen und Interessenabwägungen. Es besteht ein Ordnungsspielraum.
Nun kann man mit Fug und Recht darüber streiten, wie der Kanton seine raumplanerischen Herausforderungen angehen soll. Die Meinungen gehen wohl auseinander. Aus liberaler Sicht dürfen diese Aufgabe der öffentlichen Hand und der beschriebene Handlungsspielraum aber keinesfalls einschränkend, zementierend und bürokratisierend genutzt werden. Auf das Notwendigste beschränkte Rahmenbedingungen sollen gesetzt werden − mehr aber nicht. Verfassungsmässige Rechte wie Eigentumsgarantie, Wirtschaftsfreiheit und Bewegungsfreiheit ganz allgemein sollen gewährleistet sein. Dies ist zentral. Dem Staat steht im Grundsatz nicht das Recht zu, über diese Rahmenbedingungen hinaus zu bestimmen. Das bedeutet für liberal Denkende Folgendes:
• Der Grund für die 2013 angenommene Raumplanungsrevision des Bundes lag schlicht und einfach darin, gewisse renitente Kantone in ihrer misslichen Raumplanungspolitik zurückzubinden. Die Namen dieser Kantone sind bekannt. Es waren bzw. sind Kantone, die sich um raumplanerische Rahmenbedingungen mehr oder minder foutierten. Diese Kantone haben sich über alle Grundregeln der Kunst hinweggesetzt und raumplanerische Vorbildkantone wie den Kanton Zug in die Bredouille gebracht. Gerade der Kanton Zug hat in den letzten fünfzehn Jahren eine hervorragende und vorbildliche Raumplanungsstrategie umgesetzt und insbesondere mit dem Prozess «Wachstum mit Grenzen» im Grundsatz die bundesrechtlichen Vorgaben mit Ausnahme der Mehrwertabschöpfung faktisch erfüllt. Nicht zuletzt ist dies dem langjährigen Baudirektor Heinz Tännler, einem der zwei Tausendsassas in der Zuger Regierung, zu verdanken.
• Wie und was hat der Bund legiferiert? Vor dem Hintergrund, dass sich einige wenige Kantone − eine gute Handvoll − um die Umsetzung der bestehenden raumplanerischen Rahmenbedingungen foutierten, hat der Bund nach intensiven Diskussionen mit den Kantonen nur einen Minimalkatalog an Vorgaben legiferiert. Der Bund ist in dieser Frage − was nicht oder immer weniger der Fall ist − auf das Postulat der Kantone eingegangen, nur die notwendigsten Vorgaben vorzuschreiben, um Vorbildkantone wie Zug nicht unnötig einzuschränken. Der Votant kann sich denn auch noch bestens an die damalige Abstimmung erinnern, wo auf den Umstand hingewiesen wurde, eine Bundesgesetzgebung insbesondere für die schwierigen, renitenten Kantone zu schaffen. Aus diesem Grunde haben der Bund und letztlich das Stimmvolk als Souverän nur − aber immerhin − folgenden Verbindlichkeiten zugestimmt: erstens einer Mehrwertabgabe von 20 Prozent auf Planungsvorteile nur und ausschliesslich bei neu und dauerhaft einer Bauzone zugewiesenem Boden (Neueinzonungen) und zweitens der Förderung der Verfügbarkeit von Bauland.
• Und was macht nun der bürgerlich dominierte Regierungsrat damit? Angesichts dessen, dass der Kanton Zug in raumplanerischer Sicht ein Musterknabe ist und faktisch die vom Bund ganz generell und speziell genannten raumplanerischen Rahmenbedingungen schon heute einhält − mit Ausnahme der Mehrwertabschöpfung −, schiesst der Regierungsrat gewaltig über das Ziel hinaus und legt in seinem Gesetzesvorschlag noch Brikett um Brikett nach. Das ist unverständlich! Statt sich

auf das Notwendigste zu beschränken, womit einer guten Raumplanung im schönen Freistaat Zug längstens Genüge getan wäre, wird ein Vorschlag vorgelegt, der rekordverdächtig ist. Erstens wird die Minimalanforderung einer Mehrwertabgabe übertroffen, indem nicht nur auf Neueinzonungen, sondern auch bei Umzonungen sowie Aufzonungen eine Mehrwertabgabe geschuldet ist. Man muss wissen, weshalb der Bund diese Mindestvorgabe erlassen hat: nur damit in den wenigen renitenten Kantonen, wo viel zu viel Bauland am falschen Ort eingezont wurde, die richtigerweise einverlangten Auszonungen entschädigt werden können. Diese Problematik kennt der Kanton Zug überhaupt nicht, weshalb ein Überschiessen der Minimalvorgabe des Bundes für den Kanton Zug keinerlei Rechtfertigung findet. Dies wäre Schikane und eigentumsfeindlich, und es macht die zugerische Raumplanung nicht besser. Um dem Postulat des Bundes, die Verfügbarkeit von Bauland zu fördern, gerecht zu werden, ist zweitens eine wie vom Regierungsrat vorgeschlagene Gebietsverdichtung übertrieben, ja ein Schlag ins Gesicht. Es ist selbst von der Baudirektion anerkannt, dass dieses Instrument zur Einhaltung der Mindestanforderungen des Bundes nicht gefordert ist. Dessen ungeachtet, versteigt sich der Regierungsrat in fast blinde Gesetzeswut und schlägt ein Instrument vor, das völlig unnötig, nicht gewinnbringend, eigentumsfeindlich, etatistisch und letztlich höchst kompliziert ist. Der Votant sagt da aus sachlicher Sicht nur: Hände weg! Hände weg von Instrumenten, die letztlich und faktisch zu störenden und auch teuren Enteignungsfällen führen.

Was hat den Regierungsrat getrieben, für den Kanton Zug als Vorbildkanton, was Raumplanung betrifft, eine rigide Gesetzgebung vorzuschlagen, als sässen Zug und seine Bürger, Bauherren, Investoren, Gemeinden und Eigentümer auf der Anklagebank? Eine rigide Gesetzgebung, die den schalen Nachgeschmack nach sich zieht, der Kanton Zug habe in der Vergangenheit alles falsch gemacht, obwohl das Gegenteil zutrifft? Eine rigide Gesetzgebung, die letztlich mit Aufwand und Bürokratie verbunden ist − was niemand will? Verlangt ist eine Gesetzgebung, die schlank ist, sich auf das Notwendigste beschränkt, nichts überreguliert und unnötigerweise einschränkt, die Wirkung im Ziel zeigt, unbürokratisch, unkompliziert und in schwierigen finanziellen Zeiten nicht unnötig aufwandtreibend ist − und die verstanden wird. Der Regierungsrat aber schlägt eine Gesetzesreform vor, die nicht einen einzigen der genannten Grundsätze respektiert. Da machen es auch der bzw. die Vorschläge der vorberatenden Kommission nicht besser. Auch wenn diese Vorschläge den rigiden Gesetzesentwurf des Regierungsrats etwas abschwächen, bleiben die grundsätzlichen Vorbehalte bestehen.

Zusammenfassend hält der Votant namens der SVP-Fraktion fest:

• Die Ausgangslage war für den Bund klar: Er legiferierte einen ausreichenden Mindeststandard, insbesondere für renitente Kantone.

• Der Kanton Zug war und ist in raumplanerischer Hinsicht vorbildlich. Dem Tausendsassa sei Dank.

• Instrumente für Verdichtung liegen heute schon zur Genüge vor. Es braucht keine Gesetzgebung, die über das Mindestmass hinausgeht und Land und Leute unnötig einschränkt.

• Davon will die Regierung und auch die Kommission − diese nur mit knapper Mehrheit und nach zweimaliger Abstimmung − offenbar nichts wissen. Die Regierung schlägt eine Reform vor, die weit am Ziel vorbeischiesst und sämtliche Grundsätze einer liberalen Gesetzgebung schmerzlich vermissen lässt.

Da braucht es Gegensteuer. Die SVP will eine schlanke und auf das Notwendige fokussierte Revision. Sie stellt deshalb den **Antrag,** nicht auf das Geschäft einzutreten. Der Regierungsrat soll dem Kantonsrat innert nützlicher Frist eine neue Vorlage unterbreiten, welche die genannten Argumente aufnimmt. Selbst wenn die

vom Bund gesetzte Umsetzungsfrist − Ende 2018 − nicht eingehalten werden könnte − und sie wird eingehalten werden können − passiert nichts. Bereits eingezontes Land gibt es im Kanton Zug noch genug, es wird also keinen Notstand geben. Und der Bund wird nicht sanktionieren und keine Busse erheben. Er wird den demokratischen Entscheid des Kantonsparlaments gefügig zur Kenntnis nehmen und zuwarten, bis der Kanton Zug liefert. Fürchtet Euch nicht!

**Florian Weber** spricht für die FDP-Fraktion − und sein Vorredner hat ihm aus dem Herzen gesprochen. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 11. April 2017 den Bericht und Antrag zur Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes in zwei Teilen vorgelegt. Heute steht Teil 1 zur Debatte. Wie dem Bericht der Raumplanungskommission vielleicht *nicht* zu entnehmen war, wurde die Vorlage in der Kommission intensiv und kontrovers diskutiert. Das Wort «kontrovers» wird zwar zweimal erwähnt, jedoch ist der Bericht sehr einseitig formuliert. Es ist beschämend, wenn im Kommissionsprotokoll auf Tatsachen und dringend Erwähnenswertes hingewiesen wird, dieses im Bericht aber einfach ignoriert wird. Es darf hier mit Bestimmtheit gesagt werde, dass der Bericht eine andere Schlussfolgerung zulässt, als es die Intention der Kommission war. Ganz speziell sei hier auch auf die Schlussabstimmung verwiesen. Sollte dieses Vorgehen Schule machen, wird man künftig wahrscheinlich nicht mehr um Minderheitsberichte herumkommen.
Immerhin konnte man dem Kommissionsbericht entnehmen, dass durch höherrangiges Recht eine Anpassung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes nötig ist. Zum einen wurde die Anpassung des kantonalen Richtplans verlangt, welche durch den Rat bereits beschlossen und durch den Bund am 3. April 2017 mit der Unterschrift von Doris Leuthard besiegelt wurde. Zum andern verlangt das Bundesrecht einen sorgsamen Umgang mit dem Boden, eine massvolle Festlegung neuer Bauzonen, eine bessere Nutzung der brachliegenden oder ungenügend genutzten Flächen in Bauzonen und die Möglichkeit zur Verdichtung der Siedlungsflächen.
Der Bund fordert also Massnahmen vom Kanton, welche eine Gebietsverdichtung ermöglichen. Von Enteignungen durch Private ist aber in keinem Fall die Rede. Trotzdem möchte der Regierungsrat unter der Prämisse des öffentlichen Interesses die rechtliche Grundlage schaffen, welche eine Enteignung durch Private ermöglicht. Das ist für die FDP nicht haltbar! Man stelle sich vor, jemand habe vor dreissig Jahren Wohneigentum in einem Mehrfamilienhaus gekauft, welches er selbst bewohnt. Nun soll er gegen seinen Willen enteignet werden, da ein Investor dieses Eigentum für ein neues Projekt benötigt. Wenn dieses Gesetz geschaffen wird, wie es die Kommission vorschlägt − von der Version der Regierung einmal abgesehen −, wäre dies unter Umständen möglich, auch wenn vor dreissig Jahren alle Parteien dem Kaufvertrag unter anderen Umständen zugestimmt haben.
Vielleicht war man sich der kantonalen Entwicklung vor dreissig oder mehr Jahren nicht so bewusst. Aber wer daraus gelernt hat, weiss, dass es bereits heute rechtlich möglich ist, einen vernünftigen Kaufvertrag auszuarbeiten, welcher einem sturen Eigennutz in einer Wohngemeinschaft einen Riegel schiebt. Der Vorteil: Jeder Käufer weiss, in was er einwilligt, und hat Rechtsicherheit, was sein Eigentum anbelangt. Sollte er im Vertragswerk aus seiner Sicht keine Rechtsicherheit finden und das Objekt trotzdem kaufen, so ist er selbst schuld. Eine Verdichtung, ob durch Einzonung, einen Bebauungsplan und Bauverpflichtung: Der Markt wird es schlussendlich regeln. Wenn nicht, so wird es die Zeit ganz sicher tun.
In Art. 5 des nationalen Raumplanungsgesetzes schreibt der Bund den Kantonen vor, dass Planungsvorteile mit mindestens 20 Prozent ausgeglichen werden sollen. Der Ertrag dieser 20 Prozent soll gemäss Bund vor allem für Massnahmen genutzt werden, welche einer besseren Nutzung der brachliegenden oder ungenügend ge-

nutzten Flächen dienen. Die Mittel aus den Mehrwertabgaben können auch für Auszonungen von nicht genutztem Bauland dienen, um so eine bessere Nutzung der Ressourcen zu erlangen. Eine andere Verwendung oder einen Ausbau der Mehrwertabschöpfung lehnt die FDP strikt ab.
Mit Erstaunen hat die FDP-Fraktion das Vorgehen der Stadt Zug zur Kenntnis genommen. Trotz Vernehmlassung und einem Stadtratsmitglied mit Einsitz in der zuständigen Kommission wurden im letzten Moment Anträge eingereicht. Für die FDP stellt sich da die Frage, welches Verständnis der Stadtrat vom Gesetzgebungssystem hat und warum die Staatskanzlei diesen Machenschaften auch noch Hand bot. Die FDP lehnt die Anträge des Zuger Stadtrats ab.
Die nötigen rechtlichen Anpassungen betreffend Bundesgesetz über Zweitwohnungen vom 20. März 2015 wurden aus Sicht der FDP gut umgesetzt. Hier wird mit optimalem Aufwand eine korrekte Handhabung realisiert, welche so zu begrüssen ist. Eine Verdichtung statt Zersiedelung und ein schonender Umgang mit den Ressourcen sind auch aus Sicht der FDP essentiell. Eine Umsetzung des geforderten Bundesrechts und die damit verbundenen Anpassungen des Planungs- und Baugesetzes sind unumgänglich. Eine einfache Anwendung der bundesrechtlichen Forderungen reicht aber völlig aus. Diese beinhaltet weder Enteignungen durch Private noch willkürliche Abschöpfungen durch Mehrwertabgaben und deren Zweckentfremdung. Die FDP wird auf die Vorlage nicht eintreten und freut sich auf eine Vorlage, welche sich auf das bundesrechtliche Minimum beschränkt und die Gemeinden in ihren Möglichkeiten zur Mehrwertabschöpfung einschränkt.

Der **Vorsitzende** wendet ein, dass die Staatskanzlei eine reine Dienstleistung erbracht hat, als sie die Vorschläge der Stadt Zug bzw. von Urs Raschle in eine Synopse einarbeitete. Diese dient lediglich der Übersicht.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG-Fraktion. Vor gut vier Jahren sagte das Schweizer Volk − im Kanton Zug mit 71 Prozent − Ja zum Raumplanungsgesetz des Bundes, dies auch im Wissen, dass eine Verdichtung angestrebt wird, um die Zersiedelung zu begrenzen. Das Bundesgesetz verpflichtet die Kantone, einen angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile, die durch Planungen entstehen, zu schaffen. Der eigentliche Zweck der Abschöpfung von Planungsmehrwerten besteht also darin, Geld zur Verfügung zu haben, um Nachteile, welche aus raumplanerischen Massnahmen entstehen, entschädigen zu können.
In der aktuellen Vorlage orientiert sich die Regierung am bundesrechtlichen Minimum, und die Raumplanungskommission und die Stawiko haben die Vorlage noch mit möglichst wenig griffigen Regeln verwässert. Einen Willen zur Verdichtung nach innen kann die ALG-Fraktion nicht feststellen bzw. ein solcher Wille ist leider kaum sichtbar. Nimmt das Kantonsparlament heute das Bedürfnis der Bevölkerung nach genügend Freiflächen und nach Schutz des Kulturlands nicht wahr, läuft man Gefahr, dass spätestens bei der übernächsten Planungsrevision grössere Einzonungen wieder zum Thema werden. Das wollen die ALG und besonders die Zuger Bevökerung nicht.
Die Vorlage enthält einige Punkte, welche die ALG auf keinen Fall so stehen lassen kann − diese im Gegensatz zur Ratsrechten. Ein wesentlicher Knackpunkt ist bei § 52a zu finden. Die ALG wird dort der Regierung resp. dem Stadtzuger Antrag folgen: Die Gemeinden sollen höhere Abgabesätze vorsehen können. Die Verhältnisse vor Ort sind damit besser berücksichtigt als mit einer kantonalen Einheitsregelung. Weiter verlangt die ALG für Einzonungen sowie für Um- und Aufzonungen einen höheren Abgabesatz von mindestens 40 Prozent im Gegensatz zum minimalen regierungsrätlichen Vorschlag von 20 Prozent Mehrwertabgabe. Die

Zielsetzung einer qualitätsvollen Siedlungsentwicklung und einer Verdichtung nach innen kann nur durch zweckmässige Um- und Aufzonungen realisiert werden. Damit werden teilweise erhebliche Mehrwerte geschaffen. Eine Mehrwertabschöpfung im Sinne des Verursacherprinzips ist gerechtfertigt, aber 20 Prozent ist zu wenig, haben doch Kanton und Gemeinden durch die Verdichtung und die dadurch stärker belastete Infrastruktur zum Teil erhebliche Mehrkosten zu tragen. Die Beiträge sollen unter anderem auch zur Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau verwendet werden. Und hier gibt es bekanntlich grossen Nachholbedarf.
Stossend findet die ALG-Fraktion auch, dass die Hürde für eine Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen sehr hoch ist und die Massnahme so zur Scheinregelung verkommt. Unverständlich ist auch die Befreiung von der Mehrwertabgabe bei Arrondierungen mit einer einzuzonenden Fläche von bis 100 Quadratmeter. Hier wird die ALG einen Eventualantrag stellen, schon ab 50 Quadratmeter Mehrwertabgaben zu erheben. Bei der Verfügbarkeit von bereits eingezontem Bauland sieht die ALG ein weiteres Problem. Für sie ist eine Frist von fünfzehn Jahren für baureifes Bauland unverhältnismässig lange. Sie wird hier beantragen, die Frist auf fünf Jahre festzulegen. In einem langen Zeitraum von fünfzehn Jahren kann kein vernünftiger Prozess abgewickelt werden. Es müsste dem Grundeigentümer bereits bei der Einzonung mitgeteilt werden, dass eine baldige Bebauung gewünscht wird.
Ein weiteres Anliegen der ALG ist eine Mehrwertabgabe für den Kiesabbau. Dieser ist ein grosser Einschnitt in die Landschaft und verursacht bekanntlich Emissionen, was eine mögliche Entschädigung an die Gemeinde rechtfertigt. Dies wird in einem anderen Gesetz geregelt, was die ALG begrüsst.
Die ALG ist grossmehrheitlich für Eintreten auf die Vorlage, sie stellt aber den **Antrag,** diese anschliessend an den Regierungsrat zurückzuweisen, verbunden mit dem Auftrag zur Überarbeitung: Berücksichtigung der Anliegen der Stadt Zug und Baar resp. der Auswirkungen auf diese Gemeinden.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Seit die Ratsmitglieder Anna Bieri und Zari Dzaferi auf der Welt sind − beide haben den Jahrgang 1985 −, hat sich die Zuger Bevölkerung verdoppelt: Zwischen damals und 2013 nahm die Zuger Bevölkerung um sagenhafte 47,1 Prozent zu. Aktuell hat der Kanton Zug mit einem Plus von 1,5 Prozent das schweizweit höchste Wachstum. Heute leben knapp 124'000 Personen im Kanton Zug, die Stadt Zug hat diese Woche die 30'000ste Einwohnerin willkommen geheissen. Im Richtplan wurden per 2040 rund 148'500 Einwohnerinnen und Einwohner definiert. *So* sieht Wachstum aus.
Die stete Zunahme zeigt sich auch bei den Betrieben und bei den Beschäftigten. Wenn der Kanton Zug aber weiter so rasant wachsen soll, müssen notgedrungen Lösungen für Wohnen und Arbeiten gefunden werden. Raumplanerisch heisst das: Verdichtung ist nötiger denn je. Die Mittel zur Gebietsverdichtung sind daher ein Gebot der Stunde, Die SP-Fraktion wird folgerichtig den Regierungsrat in § 48 und nachfolgende unterstützen.
Die linke Seite hat ihre − gelinde gesagt − Skepsis gegenüber dem Wachstum mehrfach angebracht; das steht hier aber nicht im Zentrum. Bürgerliche und Liberale aber stehen vor einem echten Zielkonflikt: Wachstum oder raumplanerische Verdichtung bei finanzieller Balance? Oder zugespitzt formuliert: Scheitert die Verdichtung, scheitert auch das Wachstum. Insofern müssen gerade die bürgerlichen liberalen Kräfte sich intensiv damit auseinandersetzen, welche Zukunft sie sich für den Kanton Zug wünschen. Wollen sie weiteres Wachstum, müssen sie zu Konzessionen bereit sein. Wenn nicht, müssen sie ehrlicherweise das Wachstum stoppen, wenn sie nicht die letzten Grünflächen verbauen wollen.

Doch keine Bange: Zug erlebt nicht das «Ende der grossen Erzählungen». Mit der vorliegenden komplexen Revision geht es übergeordnet aber um die grossen Fragen − mit teilweise enormen Folgen für die Gemeinden. Weil diese Teilrevision bekanntlich auf das Raumplanungsgesetz zurückgeht, ist das Verdikt klar. Die Votantin will nicht alles wiederholen und schliesst sich an den FDP-Fraktionssprecher an, der auch Art. 5 RPG zitierte. Es geht also um den haushälterischen Umgang mit dem Boden und die Verdichtung gegen innen. Es sind virulente Herausforderungen für den Kanton Zug. Und gerade weil der Kanton Zug mustergültig und wohl überdurchschnittlich war, hat er − bedingt durch seine Kleinräumigkeit − auch überdurchschnittliche Herausforderungen zu meistern.
Als eine der Bestrebungen definiert der Bund in Art. 5 RPG für Zonen, die durch Bauen einen Mehrwert generieren, eine Abschöpfung von mindestens 20 Prozent. Die von der Regierung und der Kommission vorgelegte Übertragung von Bundesrecht ins kantonale Recht widerspiegelt die Grundidee des RPG aber ganz und gar nicht. Was auf dem Tisch liegt, ist ein zahnloser Tiger! Nicht nur wird in den Verdichtungsgebieten bei Bebauungsplänen die Mehrwertabschöpfung beim Minimalsatz belassen, vielmehr werden die Bedingungen derart verschärft, dass der Ausgleich in der Praxis unwahrscheinlich wird. Die Folge: Bei den riesigen privaten Bauprojekten etwa, die in der Stadt Zug in der Pipeline sind, entgehen der Stadt voraussichtlich Millionen, wie der Stadtrat berechtigterweise vor wenigen Tagen vorgerechnet hat. Und der − notabene bürgerliche − Stadtrat hat sich wohl nicht aus raumplanerischen Prinzipien proaktiv in die kantonale Debatte eingebracht. Nein, er hat schlicht gerechnet. Denn wenn Investoren, die einen Mehrwert nutzen, keine Abgeltung aus ihren Vorteilen leisten, entfernt man sich immer weiter vom Kostenverursacherprinzip. Die Kosten wird die Allgemeinheit tragen müssen. Das sollte auch den Kantonsrat hellhörig werden lassen. Das Interesse der Stadt Zug an den Auswirkungen dieser Teilrevision ist daher absolut nachvollziehbar: Gerade Grossprojekte bei Bebauungsplänen lösen unter Umstände immense Folgekosten aus, wenn der Staat Infrastruktur, etwa die Verkehrsanbindung oder Schulhäuser, gewährleisten muss. Das heisst dann: Für private Investoren der Mehrwert, für die öffentliche Hand die Mehrkosten. «Grenzenlose Gier» der Privaten hat es jemand genannt, wenn sich Investoren eine goldene Nase verdienen. Die öffentliche Hand trägt das Gros der Mehrkosten.
Die SP beurteilt deswegen die Vorlage als nicht ausgeglichen und nicht ausgereift. Die Vorlage − das ist wesentlich − berücksichtigt auch nicht die Interessen der Gemeinden, insbesondere Zug und Baar, wo die meisten der im Richtplan definierten Verdichtungsgebiete liegen. Die SP und die Alternativen werden sich daher gemeinsam mittels Rückweisung der Vorlage an die Regierung und mehreren Einzelanträgen vehement gegen die jetzige Version der Vorlage stemmen, namentlich zugunsten der Mittel der Gebietsverdichtung, gegen zusätzliche Verschärfungen bei der Mehrwertabschöpfung und für mehr Kompetenzen zugunsten der Gemeinden, die ja nicht alle von der Vorlage betroffen sind.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten, wird anschliessend aber ebenfalls einen Antrag auf Rückweisung stellen. Die Votantin erlaubt sich die Interpretation, dass der Nichteintretensantrag der SVP letztlich ebenfalls auf eine Rückweisung hinausläuft. Eine Rückweisung ist gemäss § 58 GO KR erst nach dem Eintreten möglich, und es muss damit ein Auftrag definiert werden. Der Auftrag der SP-Fraktion an die Regierung wäre es, die Auswirkungen auf die Gemeinden zu überprüfen, weil diese zum Zeitpunkt der Vernehmlassung noch nicht klar waren. Wird − unterstützt von der FDP− Nichteintreten beschlossen, wird die Regierung ebenfalls eine neue Vorlage ausarbeiten müssen, wozu sie aber einen genauen Auftrag erhalten müsste. Deshalb ist der Nichteintretensantrag letztlich ein Rückweisungsantrag.

**Nicole Imfeld** legt einleitend ihre Interessenbindung offen: Sie ist Raumplanerin und hat tagtäglich mit den zur Debatte stehenden Themen zu tun. Sie dankt im Namen der Grünliberalen der Regierung und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Die GLP unterstützt die vorgeschlagene Revision in ihren Grundzügen, hat jedoch auch Vorbehalte. Viele davon wurden von Barbara Gysel bereits ausreichend deutlich und detailliert erläutert.
Die aufgrund der Umsetzung von Bundesrecht notwendige Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes verfolgt die bereits mehrfach erwähnten Ziele der Innenentwicklung, der Schliessung von Baulücken, der Vermeidung von unverhältnismässigen Erschliessungskosten etc. Die Votantin verzichtet auf eine weitere Bekräftigung dieser Ziele. Es ist bekannt, dass die Grünliberalen diese seit Langem unterstützt und auch das neue Raumplanungsgesetz unterstützt hat.
Als positiven Aspekt der Gesetzesvorlage besonders erwähnen möchte die GPL das in ihren Augen sehr sinnvolle und wichtige Instrument der Gebietsverdichtung. Gerade Gebiete mit viel Stockwerkeigentum und Gebäuden aus den 1970er Jahren werden in den kommenden Jahren einen hohen Erneuerungsbedarf oder Bedarf für Ersatzneubauten aufweisen, da sich beispielsweise energetische Sanierungen nicht in einem vernünftigen Verhältnis von Aufwand und Ertrag realisieren lassen. Mit der heutigen Gesetzgebung zu Stockwerkeigentümerschaften und den insbesondere den in den meisten Fälle unterdotierten Erneuerungsfonds werden Sanierungen oder Ersatzneubauten erheblich erschwert. Dies widerspricht den Zielsetzungen der Innenentwicklung und der Steigerung der − insbesondere energetischen − Sanierungsrate des Gebäudebestands. Mit dem neuen Instrument der Gebietsverdichtung wird ein Instrument geschaffen, das hier Erleichterung schaffen soll. Mit den zusätzlichen Enteignungsrechten für im öffentlichen Interesse liegende Zwecke, insbesondere auch Dienstbarkeiten, wird dies zusätzlich unterstützt.
Man kann die Eigentumsgarantie aber über alles stellen und dies auch noch mit Eigenverantwortung begründen, die wahrgenommen werden solle. Über die Frage, wo sich der Egoismus des Einzelnen der kollektiven Verantwortung unterzuordnen hat, gehen die Meinungen aber weit auseinander. Für die Votantin hört die Freiheit des Einzelnen da auf, wo sie die Freiheit der anderen einschränkt − wobei die anderen das Kollektiv sind. Eigentümer, die stur auf ihrem Recht, etwa einer Höhenbeschränkung, beharren und damit eine neuzeitliche Überbauung zugunsten von vielen verhindern, sind ein solches Beispiel. Hier hat der Eigentümer seinen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Das ist keine sozialistische Verstaatlichung, sondern schlicht ökonomische Vernunft − und damit urliberal.
Leider hat sich in der Vorlage gegenüber der Fassung der Vernehmlassung auch eine Verwässerung eingeschlichen, die für die GLP nicht akzeptabel ist und die durch die Anträge der vorberatenden Kommissionen noch massiv verstärkt wird. Damit hat die Vorlage deutlich an Griffigkeit verloren. Anstatt einen einfachen Abgabesatz von 20 Prozent des Mehrwerts bei Aufzonungen, Umzonungen oder Bebauungsplänen festzuschreiben, wie dies beispielsweise die bereits beschlossene Regelung des − notabene mitte-rechts-dominierten − Kantons Luzern vorsieht, werden bis zur Unkenntlichkeit neue Hürden geschaffen. Es sind nun so viele Hürden durch kumulativ zu erfüllende Bedingungen zu überwinden, dass am Ende überhaupt nichts mehr und nur noch sehr wenig abgeschöpft werden kann. Es kann doch nicht sein, dass der Kanton Zug wieder einmal einen «Zuger Finish» produziert, dies auch noch massiv zulasten des Kantons und der Gemeinden. Der Kantonsrat hat stundenlang über Sparprogramme diskutiert − und jetzt kommt so etwas! Hier wird mutwillig ein Instrument aus der Hand gegeben, das es erlaubt, den Gewinn von Privaten zu einem kleinen Teil zugunsten der Öffentlichkeit abschöpfen zu können,. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, wieso die Gemeinden

und der Kanton nicht auch bei Auf- und Umzonungen sowie Bebauungsplänen 20 Prozent des Mehrwerts sollen abschöpfen können, sei es via Verfügung oder mittels eines Vertrags, in dem gemeinsam mit dem Eigentümer Leistungen in der Höhe des geschuldeten Mehrwerts vereinbart werden. Für Investoren − das weiss die Votantin aus Äusserungen von Investoren an öffentlichen Anlässen − ist die Mehrwertabschöpfung letztlich kein Problem. Es ist ihnen aber ein Anliegen zu wissen, wofür der abgeschöpfte Betrag gebraucht wird. Das lässt sich vertraglich regeln, und es geschieht am besten in der Nähe des fraglichen Projekts. Dort dient die Investition nämlich auch dem Mehrwert des Projekts.
Zu den einzelnen Paragrafen nimmt die GLP in der Detailberatung Stellung bzw. stellt entsprechende Änderungsanträge. Sie ist klar für Eintreten auf die Vorlage.

**Daniel Abt** wendet sich an die Vertreterin und den Vertreter des Zuger Stadtrats. Er bittet diese innigst, gut zuzuhören, wenn nötig mitzuschreiben und das folgende Votum ihren Kollegen auszurichten.
Das Schreiben des Stadtrats hat den Votanten bewegt − um nicht zu sagen: grausam aufgeregt. Es ist ihm absolut schleierhaft, wie ein grundsätzlich bürgerlich gewählter Stadtrat solch marxistische Ansätze verfolgen kann. Doch darauf will er nicht eingehen. Viel mehr stört er sich über das Vorgehen des Stadtrats, im Vorfeld einer Kantonsratssitzung allen Kantonsräten fertig formulierte Anträge zuzustellen. Was fällt dem Stadtrat eigentlich ein? Anlässlich der Vernehmlassung hatte dieser die Möglichkeit, seine Sichtweise einzubringen. Im Weiteren hat ein Mitglied des Stadtrats Einsitz in der Kommission für Raumplanung und Umwelt, wo er die Sichtweise der Stadt ebenfalls hätte einbringen können. Man stelle sich vor, dass das Vorgehen des Stadtrats Schule machen und der Kantonsrat in Zukunft von allen Zuger Gemeinden nach der Kommissionssitzung Anträge zugestellt erhalten würde! Wo führte das hin? Und dann lässt sich die Staatskanzlei auch noch erweichen und nimmt die stadträtlichen Anträge in eine offizielle Synopse auf! Wie soll so eine vernünftige Debatte abgehalten werden können? Der Votant appelliert an das Demokratieverständnis des Stadtrats und dessen Respekt vor der Arbeit des Kantonsrats und ermahnt ihn, solche Schildbürgerstreiche in Zukunft zu unterlassen.

**Urs Raschle** legt seine Interessenbindung offen: Als Stadtrat von Zug ist er mitverantwortlich für das eben erwähnte Schreiben, und er nimmt gerne Stellung dazu. Er möchte sein Votum aber mit einem kleinen Spiel einleiten. Dabei geht es darum, dass jemand fünf Kuchenstücke möchte. Bei Variante A erhält er die fünf Kuchenstücke, muss aber eines zurückgeben. Bei Variante B erhält er ebenfalls die fünf Kuchenstücke, muss aber nur die *Hälfte* eines Kuchenstücks zurückgeben. Es ist klar, dass man sich für Variante B entscheiden würde. Wie aber ändert sich die Entscheidung, wenn man bei Variante B zwei Stücke eines anderen Kuchens mitbringen muss, damit man fünf Kuchenstücke bekommt, um dann ein halbes wieder zurückzugeben? Zugegeben, diese Frage ist etwas süss − und doch zeigt sie die grosse Komplexität und Bedeutung der heutigen Vorlage. Persönlich ist der Votant sogar der Meinung, dass es die wichtigste Vorlage dieser Legislatur sein wird. Ja, es geht um Sein oder Nichtsein, vielleicht nicht gerade heute oder morgen, sondern übermorgen, wie es bereits erwähnt wurde. Aus diesem Grund haben die Ratsmitglieder letzte Woche von der Stadt Zug ein Schreiben erhalten. Darin sollte aufgezeigt werden, wie wichtig es für die Stadt ist, dass über die Vorlage diskutiert und insbesondere die Mehrwertabgabe endlich geregelt wird. Der Votant dankt der Staatskanzlei für das Erstellen der entsprechenden Synopse.
Es wird wichtig sein, dass das massgebende Wachstumsprozent nicht zu hoch ausfällt. Ansonsten gerät man nämlich genau in die Variante B2 des Spiels, bei

welcher interessierte Investoren zusätzliche Partner gewinnen müssen, um ein Projekt überhaupt realisieren zu können. Mit dem ersten Vorschlag der Regierung, bei Um und Aufzonungen keine resp. später dann 20 Prozent Abgabe abzuschöpfen, war der Stadtrat einverstanden. Überrascht stellte er dann aber fest, dass der Regierungsrat die Vorlage auf 50 Prozent verändert hat. Die Kommission hat diese 50 Prozent nochmals nach oben geschraubt und zusätzlich eine AZ von 0,3 eingebaut, welche nicht unter die Mehrwertabgabe fallen würde. Dieser Vorschlag ist aus Sicht der Stadt Zug, welche objektiv betrachtet keine andere Wahl hat als zu verdichten, um überhaupt noch wachsen zu können, kontraproduktiv. Deshalb hat der Stadtrat entschieden, dem Kantonsrat klaren Wein einzuschenken und ihm die Anträge im Voraus zuzustellen.
Es ist dem Votanten und dem gesamten Stadtrat bewusst, dass die Situation in der Stadt Zug nicht mit derjenigen aller Gemeinden vergleichbar ist. Genau deshalb erachtete der Stadtrat damals den Vorschlag der Regierung mit 20 Prozent als sinnvoll. Grössere Projekte können realisiert werden, und die Bevölkerung bekommt auch etwas davon, denn ein Punkt ist sehr wichtig: Die Zeiten, in denen Bürgerinnen und Bürger sind darüber freuten, dass gebaut wird, sind vorbei. Heute will man einen Mehrwert − und zwar von denen, welche durch Auf- oder Umzonungen Geld verdienen. Kleine Projekte in den Gemeinden fallen aber bestimmt nicht darunter. Mit dem angepassten Vorschlag der Regierung und der Kommission wird dies somit inskünftig sehr schwierig, denn es wird nicht mehr einfach sein, solche Projekte durch die Stadt und vor allem durch das Parlament zu bringen, wenn eben diese 50-Prozent-Hürde nicht erreicht wird. In diesem Sinne dankt der Votant für die Unterstützung der Anträge.

**Andreas Hürlimann** erinnert daran, dass das Schweizer Volk vor gut vier Jahren − wie bereits gehört − mit grossem Mehr Ja zum Raumplanungsgesetz des Bundes sagte. Auch im Kanton Zug war die Zustimmung sehr gross: Über 71 Prozent der Zuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmten der Vorlage zu. Dies geschah im Wissen und mit dem Willen, eine künftige Verdichtung anzustreben und die noch vorhandenen Grünräume wenn immer möglich zu schützen. Es ging bei dieser Abstimmung also darum, erstens die Zersiedelung zu bremsen und zweitens die Siedlungsentwicklung nach innen zu fördern. Mit diesem Abstimmungsergebnis im Kopf und im Wissen um die grosse Sorge vieler Zugerinnen und Zuger über den Verlust von weiteren grossen Grünflächen sollte der Rat die heutige Vorlage beraten. Denn eines ist klar: Wenn es nicht gelingt, sinnvolle Instrumente für die Verdichtung nach innen ins Gesetz aufzunehmen, folgt spätestens bei der übernächsten Anpassung der raumplanerischen Vorgaben im Bereich der Siedlungsentwicklung − also in etwas mehr als fünfzehn Jahren − der Ruf nach weiteren grösseren Einzonungen. Grünflächen werden verschwinden, und weiteres Bauland wird geschaffen werden. Der Rat wird in nicht allzu ferner Zukunft auch die Zahlen zur Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung beraten. Und es ist klar, dass die noch vorhandenen Bauzonen aufgrund des weiter zu erwartenden Wachstums rasch das Limit des «Weiter wie bisher»-Bauens» aufzeigen werden.
Auch im Kanton Zug ist in einem grossen Teil der Bevölkerung eine gewisse Wachstumsmüdigkeit auszumachen − und diese wird irgendwann in Ablehnung umschlagen: Ablehnung von vielem, was für einen zukunftsfähigen und wirtschaftlich erfolgreichen sowie sozialen Kanton nötig ist. Natürlich kann man sagen, dass die Nachfolgerinnen und Nachfolger im Parlament und in der Exekutive sich mit den Problemen in fünfzehn oder mehr Jahren herumschlagen sollen. Man kann diese immer lauter zu hörenden Sorgen der Zugerinnen und Zuger aber auch schon heute ernst nehmen und ein Gesetz gestalten, welches dem Kanton und insbesondere den Ge-

meinden die Möglichkeiten für ein qualitatives Wachstum nach innen ermöglicht. Und Qualität bei verdichtetem Bauen ist nun mal leider nicht gratis zu haben. Private Bauherren sind hier ebenso wie die öffentliche Hand gefordert. Qualitativ hochstehende Freiräume in einem stark besiedelten Gebiet verlangen nach intelligenter Planung und Investitionen in neue Anlagen. Auch braucht es neue, intelligentere und teilweise qualitätsvollere Infrastruktur. Und genau darum ist eine massvolle Mehrwertabschöpfung zwingend nötig.
Der Votant ruft den Rat auf, dabei nicht an nur gewisse Vernehmlassungsantworten zu denken, welche wohl einzig und alleine die Besitzstandwahrung und den privaten Eigentumsschutz vor Augen hatten. Gegen einen gesunden Schutz dieser Interessen gibt es nichts einzuwenden. Bereits in dem im Vorfeld durch eine breit abgestützte und − das weiss der Votant als Steinhauser Bauchef − weiss Gott nicht linke oder grüne Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag waren diese Interessen sehr gut integriert. Es gilt hier aber auch die übergeordnete Sicht wahrzunehmen: eine Sicht zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger des Kantons und zum Schutz der noch bestehenden Grünflächen. Grünflächen zu erhalten ist eine Forderung aus einer breiten Schicht der Bevölkerung. Sie ist bereits heute stark wahrzunehmen, sie wird durch das Abstimmungsergebnis im Kanton Zug zum Raumplanungsgesetz stark gestützt − und sie darf nicht für die zukünftigen Generationen zu einer schier unlösbaren Aufgabe gemacht werden.
Aus diesen Gründen empfiehlt der Votant dem Rat, auf die Vorlage einzutreten und in weiten Teilen den Anträgen des Regierungsrats und den sinnvollen Änderungsanträgen, welche von der Stadt Zug und von der ALG-Fraktion gestellt werden, zu folgen. Er dankt dafür.

**Barbara Gysel** widerspricht Daniel Abt. Sie versteht, dass er mit der Intervention des Stadtrats von Zug nicht einverstanden ist, ganz wesentlich ist aber, dass die nun zur Debatte stehende Vorlage zum Zeitpunkt der öffentlichen Vernehmlassung materiell ganz anders aussah. Die Stadt Zug hat sich genau gestern vor einem Jahr zur Vorlage geäussert, die Gemeinde Baar äusserte sich am 21. September 2016. Die SP möchte deshalb − wie bereits ausgeführt − die Auswirkungen der geänderten, aktuellen Vorlage auf die Gemeinden kennen.
Vom Baudirektor möchte die Votantin wissen, welches das konkrete weitere Vorgehen ist, falls der Rat nicht auf die Vorlage eintritt. Wie bereits gesagt, ist eine Rückweisung im Sinne der SP nur möglich, wenn vorher Eintreten beschlossen wird. Was aber wäre das Vorgehen bei Nichteintreten?

Für Baudirektor **Urs Hürlimann** ist das Fazit aus der bisherigen, sehr interessanten Debatte klar: sofort eintreten und dann Klarheit schaffen, in welche Richtung legiferiert werden soll. Er wird dem Rat auch bei Nichteintreten oder einer Rückweisung keine neuen Fakten vorlegen können. Die Thematik wurde in einem vierjährigen Prozess diskutiert, analysiert und ausgewertet. Man hat heute die unterschiedlichen Meinungen gespürt: Den einen geht die Revision zu weit, den anderen zu wenig weit. Der Regierungsrat hat in einem langen Prozess versucht, eine gute Mitte zu finden. Er war sich 2013 sehr wohl bewusst, dass mit dieser Revision des Planungs- und Baugesetzes enorm wichtige Rahmenbedingungen für die Zukunft des Kantons Zug gesetzt werden; es war im auch bewusst, dass ein Konsens für sehr unterschiedliche Haltungen gefunden werden muss. Der damalige Baudirektor hat darum bereit 2013 eine hochkarätige Arbeitsgruppe einberufen: zwölf Personen aus verschiedensten Bereichen: Diese Arbeitsgruppe hat drei Jahre lang gearbeitet, sie hat − teilweise in Sub-Arbeitsgruppen − alle Fragen angesprochen, die heute im Raum stehen, und nach guten Lösungen gesucht. Der Regierungsrat beriet das Er-

gebnis der intensiven Beratungen der Arbeitsgruppe im Mai 2016 in erster Lesung und nahm eine politische Würdigung vor. Von Juni bis Ende September 2016 erfolgte die externe Vernehmlassung, die zu sehr vielen Rückmeldungen führte. Die Verwaltung war anschliessend bis März 2017 damit beschäftigt, den Vorschlag der Regierung aufgrund der Vernehmlassungsantworten zu optimieren, wobei sehr viele Vorschläge aus der Vernehmlassung in die Vorlage einflossen. Im März 2017 wurde die überarbeitete Vorlage − quasi als Neunerprobe − nochmals den Mitgliedern der ehemaligen Arbeitsgruppe sowie den Bauchefs der Gemeinden vorgelegt, und die Rückmeldungen wurden nochmals aufgearbeitet. Im April 2017 dann verabschiedete der Regierungsrat nach intensiver Diskussion die Vorlage in zweiter Lesung zuhanden des Kantonsrats.
Der Baudirektor möchte mit diesen Ausführungen zeigen, dass der nun vorliegende Vorschlag in einem stringenten Prozess und unter weitestgehendem Einbezug der verschiedenen Interessengruppen, namentlich der Gemeinden, erarbeitet wurde. Worum es in der Vorlage geht, wurde von verschiedenen Rednern bereits erläutert. Es geht darum, das Raumplanungsgesetz in das kantonale Recht umzusetzen. In einem im Frühjahr 2018 folgenden Schritt wird es um die Richtplananpassung, also um die Grundzüge der räumlichen Entwicklung gehen: Wie soll sich der Kanton Zug in den nächsten Jahren entwickeln? Welche Bevölkerungszahl und welche Beschäftigungszahl will man etc.? Der Regierungsrat war der Meinung, dass es im Planungs- und Baugesetz gewisse gesetzliche Mittel braucht, um die entsprechenden Bestimmungen auch durchsetzen zu können.
Die Problematik der Mehrwertabgabe, also Art. 5 RPG, wurde bereits deutlich angesprochen. Bundesrechtliches Minimum ist eine Mehrwertabgabe von mindestens 20 Prozent bei neu und dauerhaft einer Bauzone zugewiesenem Boden. Die Verabschiedung von § 52a Abs. 1 und 2 ist demnach zwingend, ansonsten wird Bundesrecht verletzt. Die Gemeinden aber wollen − wie von Urs Raschle zu hören war − mehr. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lösung ist ein Mittelweg − und gar nicht so schlecht. Der Regierungsrat hat mit Unterstützung der Raumplanungskommission und der Stawiko den Mittelweg beschritten und schlägt eine abschliessende kantonale Lösung vor: Es soll für die Gemeinden die Möglichkeit geschaffen werden, in ihrer Bauordnung eine Mehrwertabgabe von 20 Prozent auf grosse Umzonungen, erhebliche Aufzonungen und Bebauungspläne mit einer Erhöhung ab einem gewissen Schwellenwert erheben zu können. Dieser Kompromiss stand so − das ist richtig − noch nicht in der Vernehmlassungsvariante, er wurde erst anschliessend in den verschiedenen Gremien erarbeitet. Auf die aus seiner Sicht extreme Variante des Stadtrats von Zug geht der Baudirektor nicht näher ein.
Bezüglich Förderung der Verfügbarkeit von Bauland steht in Art. 15a RPG: «Die Kantone treffen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Massnahmen, die notwendig sind, um die Bauzonen ihrer Bestimmung zuzuführen, insbesondere bodenrechtliche Massnahmen wie Landumlegungen.» Diese Bestimmung soll im Kanton Zug gemäss dem regierungsrätlichen Vorschlag wie folgt umgesetzt werden:
• verwaltungsrechtlicher Vertrag bei Neueinzonungen (§ 52e);
• fehlende Verfügbarkeit bereits eingezonten Baulands (§ 52f);
• Gebietsverdichtung (§ 48ff.).
Dieses «Dreigestirn» setzt den bundesrechtlichen Auftrag gemäss § 15a RPG nach der Förderung der Verfügbarkeit von Bauland um. Neueinzonungen soll es nur noch in Ausnahmefällen geben. Dies hat das Schweizer Stimmvolk beschlossen, und auch die Zuger Bevölkerung steht voll hinter der sakrosankten Festlegung der Siedlungsbegrenzungslinien im Kanton Zug. Weil es Neueinzonungen nur noch sehr beschränkt geben wird, sind sie dort vorzunehmen, wo die Grundeigentümerschaft auch gewillt ist, die entsprechenden Flächen innerhalb der Zonenplangene-

ration, also innert fünfzehn Jahren, zu überbauen. Dafür sorgt § 52e mit einem verwaltungsrechtlichen Vertrag zwischen der betroffenen Grundeigentümerschaft und dem Gemeinderat. Bestehen zentrumsnah noch unbebauten Flächen wie beispielsweise das Oeschareal in der Stadt Zug, welche seit Jahren mit ÖV und MIV sowie versorgungs- und entsorgungsmässig bestens erschlossen sind, müssen diese innert nützlicher Frist der Überbauung zugeführt werden. Dafür gibt es das Instrument gemäss § 52f. Würde dieses Instrument nicht beschlossen, müssten weitere Neueinzonungen am Siedlungsrand mit entsprechenden neuen und zusätzlichen Erschliessungskosten für die Gemeinwesen − ÖV, MIV, Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen etc. − erfolgen. Gleichzeitig würden die zentrumsnahen und unüberbauten Flächen weiterhin unbebaut verharren.

Das Zauberwort der Raumplanung, um das Bevölkerungswachstum aufzufangen, ist Verdichtung, insbesondere in zentrumsnahen und gut erschlossenen Gebieten. Verdichtung erfolgt aber nicht auf der grünen Wiese, sondern meist auf bereits überbautem Gebiet. Und das Instrument der Gebietsverdichtung betrifft kaum die Eigentümerschaft eines kleinen Einfamilienhauses; diese Ängste sind unbegründet. Vielmehr soll es in zentrumsnahen und gut erschlossenen Gebieten, überbaut mit meist älteren, wohl auch sanierungsbedürftigen und bisweilen in Stockwerkeigentum aufgeteilten Mehrfamilienhäusern eine Nachverdichtung gewährleisten. Mit der Gebietsverdichtung, also § 48ff., sollen mit Blick aufs Ganze auch für die Wirtschaft Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit eine Weiterentwicklung des Kantons auch ohne Neueinzonungen auf der grünen Wiese möglich bleibt. Die Gebietsverdichtung soll wie bis anhin − zu erinnern ist etwa an die Zentrumsüberbauung BaarCity von Günter Zobel oder die Überbauung Marktgasse/Falkenweg der Jego AG etc. − in erster Linie aufgrund privater Initiative und wenn möglich ohne staatlichen Eingriff erfolgen. Ein staatlicher Eingriff erfolgt nur als *ultima ratio.*

Sollte der Kantonsrat beschliessen, nicht auf die Vorlage einzutreten, hätte dies erhebliche Konsequenzen. Art. 38a Abs. 4 RPG besagt, dass die Kantone innert fünf Jahren nach Inkrafttreten der RPG-Revision − das Inkrafttreten erfolgte am 1. Mai 2014 − den angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile nach den Anforderungen von Art. 5 RPG (Mehrwertabgabe) regeln. Art. 38a Abs. 5 RPG lautet: «Nach Ablauf der Frist von Art. 38a Abs. 4 ist die Ausscheidung neuer Bauzonen unzulässig, solange der betreffende Kanton nicht über einen angemessenen Ausgleich nach den Anforderungen von Art. 5 verfügt. Der Bundesrat bezeichnet nach Anhörung diese Kantone.» Würde auf die PBG-Revision Teil 1 nicht eingetreten, könnte die vom RPG festgesetzte Frist sehr wahrscheinlich nicht mehr eingehalten werden. Ab 1. Mai 2019 würde für den gesamten Kanton Zug ein Einzonungsverbot bestehen. Gleichzeitig würde Zug vom Bundesrat als säumiger Kanton bezeichnet − was wohl kaum jemand möchte. Und um einige Beispiele zu erwähnen: Sämtliche Einzonungen für Baulandarrondierungen, etwa für eine allfällige Verlegung des Ökihofs der Stadt Zug ins Göbli, die Einzonung für eine allfällige Kantonsschule Ennetsee oder eine Einzonung im Schlatt in Hünenberg für einen gemeindlichen Ökihof wären nicht mehr möglich, weil kein einziger Quadratmeter mehr neu eingezont werden könnte. Sämtliche Beschwerden gegen solche Neueinzonungen, welche trotz des bundesrechtlichen Verbots erfolgen sollten, müssten wegen Verletzung von Bundesrecht gutgeheissen werden. Aus diesem Grund muss auf die PBG-Revision dringend eingetreten werden. Und bei einer Rückweisung würde man rund sechzehn Monate brauchen, um den politischen Prozess nochmals korrekt durchzuführen: Überarbeitung der Vorlage, Vernehmlassung, Auswertung der Vernehmlassung, Überweisung an den Kantonsrat, Beratung in den Kommissionen, dann die erste und zweite Lesung im Parlament. Und falls dann noch das Referendum ergriffen würde, würde es nochmals sechs bis neun

Monate dauern. Der Baudirektor ruft den Rat deshalb auf, auf die Vorlage einzutreten und heute zu entscheiden, in welche Richtung es gehen soll. Denn in sechzehn Monaten wird es keine neuen Fakten geben, welche helfen werden, die erforderlichen Richtungsentscheide zu fällen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** streut Asche auf sein Haupt: Der Kommissionsberichts ist tatsächlich knapp, teilweise *zu* knapp ausgefallen, und einzelne Abstimmungsergebnisse sind nicht aufgeführt. Dahinter steht aber nicht eine politische Absicht, und der Kommissionspräsident wollte die unterschiedlichen Haltungen in der Kommission keineswegs verniedlichen oder verschweigen. Besonders bei den umstrittenen Themen wird deutlich darauf hingewiesen, dass sehr kontrovers diskutiert wurde und die Abstimmungen zu sehr knappen Ergebnissen führten. Der Kommissionspräsident übernimmt aber voll und ganz die Verantwortung, dass der Bericht in gewissen Teilen schlecht und unvollständig ist.
Zum Votum von Manuel Brandenberg sei angemerkt, dass der Tausendsassa Tännler die Problemlage gleich beurteilte wie der heutige Baudirektor; der Votant war bei den entsprechenden Beratungen anwesend. Die Beurteilung der Situation in der Regierung ist also nicht parteipolitisch geprägt. Der jetzige Baudirektor versucht, das von seinem Vorgänger mustergültig in die Wege geleitete Gesetzgebungsverfahren erfolgreich zu Ende zu führen.
Die Grundsatzfrage, die es zu stellen gilt, lautet: Wo steht man heute? Es ist klar, dass man nicht mehr ohne Regeln auf jeder Wiese bauen kann. In den USA gibt es Bundesstaaten, wo man ohne Bewilligung bauen kann; es interessiert schlicht niemanden, wenn jemand in der Wüste eine Hütte aufstellt. Der Kanton Zug ist heute aber leider in der gleichen Situation wie die Stadt Bern im Mittelalter. Diese hatte innerhalb der Stadtmauern einen begrenzten Platz zur Verfügung, und dieser war schon sehr dicht bebaut. Bern hatte deshalb ein sehr rigides Baugesetz, was man bis heute sieht: Jeder Stein gleicht dem anderen, Traufhöhen mussten eingehalten werden etc. − dies alles, weil der Platz begrenzt war. Und es gibt in der Raumplanung einen Paradigmenwechsel: Man will nur noch wenig neue Fläche der Bebauung zur Verfügung stellen. Das führt unausweichlich zu Koordinationsbedarf: Interessen müssen ausgemittet werden. Und es führt zu einem höheren Regelungsbedarf in jedem Rechtsbereich.
Die Kommission für Raumplanung und Umwelt hat zusammen mit der Regierung versucht, dieses Dilemma zu lösen und die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen. Resultat ist ein Setzkasten an Vorschlägen. Es geht darum, der Bevölkerung und der Wirtschaft den nachgefragten Wohn- und Arbeitsraum zur Verfügung zu stellen. Das ist die verdammte Pflicht der Raumplanung. Selbstverständlich soll auf ökologische Anforderungen etc. Rücksicht genommen werden, aber der Kern der Aufgabe besteht darin, der Bevölkerung ein gutes Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission versucht, entsprechende gesetzliche Bestimmungen vorzulegen. Sie hat also keineswegs Freude an irgendwelchen neuen Regelungen, sondern es geht darum, eine geordnete Entwicklung zu ermöglichen, welche die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt. Barbara Gysel hat es gesagt: Wenn man einerseits nicht einzont und andererseits den Eigentümern und Investoren nicht hilft, ihre Grundstücke zu entwickeln, kann man das Bedürfnis nach mehr Wohnraum etwa für Zuzüger nicht befriedigen.
Nichteintreten ohne Hinweis, was genau geändert werden muss, ist eine sogenannte uneigentliche Rückweisung. In einer Gemeindeversammlung wäre das verboten, die Geschäftsordnung des Kantonsrats lässt es aber zu. Im vorliegenden Fall wäre es eine Rückweisung mit dem Auftrag, eine schlankere, dem Bundesminimum entsprechende Vorlage zu erarbeiten. Dem Votanten bereitet es aber Sorge, dass es

gemäss Baudirektor sechzehn Monate dauert, bis die überarbeitete Vorlage wieder im Kantonsrat ist. Hat denn jemand das Gefühl, dass die Debatte dann auch nur ein bisschen kürzer wird, nachdem die Regierung und die vorberatende Kommission nun alle Anträge ausformuliert haben? Alle, die sich in diesem neuen Vorschlag nicht wiederfinden − und der Rat hat den ganzen Forderungskatalog bereits präsentiert bekommen −, werden die vorformulierten Anträge wieder einbringen, und der Rat wird dasselbe, was eigentlich für heute geplant ist, in sechzehn Monaten diskutieren. Denn die vielen Vorschläge, diese Büchse der Pandora, bringt man nicht einfach weg, und jedes Ratsmitglied kann jeden Antrag − wie gesagt − wieder einbringen. Auch in der vorberatenden Kommission wird man all diese Anträge wieder einbringen, und man wird in ihrem Bericht wiederum nachlesen können, wie die Kommission entschieden hat etc. Das wäre aber alles andere als sinnvolle, effiziente Gesetzesarbeit. Und in einer Zeit, in welcher der Kanton Zug sparen sollte − nach den neuesten Meldungen zwar nicht mehr ganz so dringend −, wäre es ein positives Zeichen, wenn auch das Kantonsparlament keine unnötigen Ehrenrunden drehen würde.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat beschliesst mit 43 zu 28 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass für die Rückweisung des Geschäfts eine Zweidrittelmehrheit sowie ein klarer Auftrag an die Regierung erforderlich sind. Der Auftrag an die Regierung lautet, die Auswirkungen auf die Gemeinden abzuklären.

➔ **Abstimmung 6:** Mit 35 Ja- und 34 Nein-Stimmen lehnt der Rat die Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat ab. Das für die Rückweisung erforderliche Quorum von zwei Drittel der Stimmenden wurde nicht erreicht.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Barbara Gysel** hält fest, dass es der SP-Fraktion ein ernsthaftes Anliegen ist, die Auswirkungen auf die Gemeinden zu kennen. § 59 Abs. 2 GO KR hält unter dem Titel «Sistierung der Vorlage nach Eintreten; Abklärungsaufträge» Folgendes fest: «Anstelle der Sistierung kann der Kantonsrat bei Geschäften mit zwei Lesungen während der ersten Lesung Abklärungsaufträge für die zweite Lesung erteilen. Das Ergebnis der Abklärungen ist dem Kantonsrat spätestens am zwanzigsten Tag vor der zweiten Lesung postalisch zuzustellen.» Vor diesem Hintergrund stellt die Votantin den **Antrag,** die Auswirkungen auf die Gemeinden vor der zweiten Lesung abzuklären und das Resultat dem Kantonsrat gemäss § 59 Abs. 2 GO KR zuzustellen. So hat der Rat die volle Gewissheit über die Bedeutung für die Gemeinden.

**Florian Weber** stellt den **Ordnungsantrag,** die Debatte zu diesem Thema in der nächsten Sitzung fortzuführen. Es verbleiben noch rund 30 Minuten Sitzungszeit, was nicht ausreicht, um dieses Traktandum abzuschliessen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über den Ordnungsantrag sofort abgestimmt werden muss.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Florian Weber mit 42 zu 28 Stimmen zu.

**Der Vorsitzende** hält fest, dass damit die Detailberatung zur Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes in der nächsten Sitzung fortgesetzt wird.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

TRAKTANDUM 9

871 **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham**

Vorlagen: 2655.1/1a - 15243 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2655.2 - 15244 (Antrag des Regierungsrats); 2655.3/3a - 15476 (Bericht und Antrag der Kommission für Hochbau); 2655.4 - 15481 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit der Änderung der vorberatenden Kommission zuzustimmen. Die Kommission für Hochbau beantragt Eintreten und Zustimmung mit Änderung. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung mit Änderung der Kreditsumme auf 12,808 Millionen Franken.

EINTRETENSDEBATTE

**Hubert Schuler,** Präsident der Kommission für Hochbau, dankt im Namen der Kommission dem Baudirektor und den Mitarbeitenden der Baudirektion sowie Urs Marti, Leiter des Amts für Zivilschutz und Militär, und allen Mitwirkenden für die gute und sehr konstruktive Zusammenarbeit bei der Bearbeitung der Vorlage. Durch die nötige Offenheit seitens der Verwaltung wurde es möglich, eine realistische, kostengünstige und nachhaltige Variante zu finden. Mit dem modularen System wurde eine Möglichkeit gefunden, wie in Zukunft Bauvorhaben nach den Bedürfnissen versus Wünschbarem realisiert werden können. Zusätzlich wird Transparenz geschaffen, welche auch im Sinn des Parlaments ist. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, wurde nicht einfach nur die Vorlage des Regierungsrats beraten, sondern es wurden zusätzlich Referenzbauten genau analysiert und mit dem Bauprojekt Schönau verglichen. Der Vergleich der Baukosten zeigte deutlich, dass die Instandsetzung des Ausbildungszentrums Schönau in einem üblichen finanziellen Rahmen rangiert. Es kann auch anders ausgedrückt werden: Die Vorlage der Baudirektion hat den «Zuger Finish» bereits abgelegt. Die Frage, ob ein Neubau nicht günstiger käme, wurde ebenfalls nochmals diskutiert. Mit einem Mehraufwand von schätzungsweise 20 Prozent gegenüber der Instandsetzung fiel die Variante Neubau aus dem Rennen.
Die Stawiko unterstützt die Vorlage und anerkennt, dass die Kommission für Hochbau das mögliche Sparpotenzial bereits ausgeschöpft hat. Den Antrag, den Budgetposten «Kunst am Bau», welcher im Gesetz verankert ist, zu streichen, lehnt die Kommission für Hochbau mit 12 zu 1 Stimmen ab; zwei Kommissionmitglieder haben auf die entsprechende E-Mail-Umfrage nicht geantwortet. Auch das Ausbildungszentrum Schönau repräsentiert den Kanton Zug. Ein Publikumsverkehr be-

steht ebenfalls, denn die Feuerwehrleute und Zivilschützer sind auch Publikum, überdies oft aus anderen Kantonen. Die Idee der Motion Abt war, unnötige Diskussionen zu verhindern. Der Kantonsrat hat dies mit einer sinnvollen Matrix gutgeheissen. Es wäre unvernünftig, bei der ersten Gelegenheit alles wieder über den Haufen zu werfen. Die Hochbaukommission empfiehlt deshalb, die Vorlage gemäss ihrem Antrag zu unterstützen und den Antrag der Stawiko abzulehnen.

**Beat Unternährer** spricht als Vertreter der Staatswirtschaftskommission. Der Regierungsrat beantragte einen Objektkredit von 15,45 Millionen Franken für die Instandsetzung und Erweiterung des Zivilschutz-Ausbildungszentrums Schönau in Cham. Davon werden 6 Millionen Franken über die Spezialfinanzierung Zivilschutz finanziert, dies entsprechend dem Baufortschritt in verschiedenen Tranchen. Buchhalterisch erfolgt dies mit Abschreibungen zulasten der Erfolgsrechnung, die aber gleichzeitig durch Entnahme aus der Spezialfinanzierung kompensiert werden. Die Kommission für Hochbau hat Sparkultur vorgelebt und beantragt einstimmig eine Reduktion der Kreditsumme um rund 2,6 Millionen Franken auf neu 12,858 Millionen Franken.
Für die Stawiko war Eintreten auf dieses Geschäft unbestritten. Der Instandsetzungsbedarf des über dreissig Jahre alten Gebäudes ist ausgewiesen, und mit den Sparvorschlägen der Hochbaukommission ist die Stawiko einverstanden. In der Stawiko wurde der Antrag gestellt, den Objektkredit um weitere 50'000 Franken zu reduzieren und keine Mittel für «Kunst am Bau» zu bewilligen. Der Antrag wurde damit begründet, dass es sich beim Ausbildungszentrum um einen reinen Zweckbau für Feuerwehren, Rettungsdienste und die Zivilschutzorganisation handelt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Stawiko beantragt dem Rat einstimmig, der Vorlage mit einer Kreditsumme von 12,808 Millionen Franken zuzustimmen. Sie bittet den Rat, diesen Antrag zu unterstützen.

**Patrick Iten** spricht für die CVP-Fraktion. Seine Interessenbindung: Er ist aktives Mitglied der Feuerwehr Oberägeri und Vizepräsident des kantonalen Feuerwehrverbands.
Das Ausbildungszentrum in der Schönau ist ein wichtiger Ort, wo sich die verschiedenen Blaulichtorganisationen treffen, um sich weiterzubilden oder zu üben. Auch ist es das Zuhause des kantonalen Zivilschutzes. Als das Gebäude vor rund dreissig Jahren gebaut wurde, ging man nicht davon aus, dass es einmal so rege genutzt wird. Mit der Übungsanlage auf der Hinterseite ist es ein wichtiger Ort, wo man diverse Situationen fast eins zu eins üben und das Geübte besprechen kann. Das Ausbildungszentrum dient der Schulung von neuen Leuten und der Weiterbildung. Auch wird dort sehr viel Material gelagert. Nach dreissig Jahren ist das Gebäude in die Jahre gekommen. Es müssen verschiedene Anpassungen hinsichtlich Gebäudetechnik, Infrastruktur und Bausubstanz gemacht werden.
Die Schönau soll weiterhin ein repräsentativer Ort der Blaulichtorganisationen bleiben, wo man sich auch mit ausserkantonalen Organisationen trifft, austauscht und berät. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb betreffend «Kunst am Bau» mehrheitlich den Antrag der Hochbaukommission und des Regierungsrats. Daniel Abt wollte mit seiner Motion betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens vom Januar 2014 genau die diesbezügliche Diskussion beenden. Zuvor wurde in der Hochbaukommission und in der Stawiko und dann im Kantonsrat immer wieder über den entsprechenden Budgetposten diskutiert. Der Kantonsrat hat die Motion Abt überwiesen, darüber beraten und entsprechende Ansätze beschlossen. Und nun diskutiert man erneut über dieses Thema. Wie soll man in Zukunft damit umgehen, wenn der Rat sich nicht an seine eigenen Vorgaben hält?

Das Gebäude in der Schönau hat durchaus auch repräsentative Funktion, denn dort gehen täglich sowohl kantonale als auch ausserkantonale Personen ein und aus.

**Matthias Werder** spricht für die SVP-Fraktion. Er konzentriert sich auf drei Punkte:
• Es konnte aufgezeigt werden, dass eine Sanierung kostengünstiger ist als ein Neubau.
• Die Nutzung ist unbestritten. Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst etc. nutzen die Anlage rege.
• Die Einsparungen im Betrag von rund 2,5 Millionen Franken sind vertretbar und lassen sich rechtfertigen.
Zusammengefasst: Die SVP-Fraktion stimmt dem Objektkredit gemäss Antrag der Hochbaukommission zu. Bezüglich «Kunst am Bau» unterstützt sie den Antrag der Stawiko; in diesem Punkt konnte der Votant seine Fraktionskollegen nicht vom Gegenteil überzeugen.

**Susanne Giger** spricht für die ALG-Fraktion. Diese kann dem Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau grundsätzlich zustimmen. 12,858 Millionen Franken sind − trotz Spezialfonds und Ausschöpfung des Sparpotenzials von 2,6 Millionen Franken − immer noch ein stolzer Preis. Der Augenschein vor Ort hat aber gezeigt, dass der Instandsetzungsbedarf gerechtfertigt ist, damit das Ausbildungszentrum für weitere Jahrzehnte von den diversen kantonalen und ausserkantonalen Organisationen genutzt werden kann und die gesetzlichen Anforderungen erfüllt werden. Allerdings ist die ALG der Meinung, dass es keinen Sinn macht, den geplanten Lift nur vom Erdgeschoss ins Obergeschoss zu führen. Sie stellt deshalb den **Antrag,** den Objektkredit wieder um die entsprechenden 31'000 Franken aufzustocken. Falls Personen mit einer Behinderung − auch wenn es nur wenige sein sollten − sich ins Untergeschoss und somit in die Schutzanlage zu begeben haben, sollen sie dies nicht über eine Rampe tun müssen.
Den Antrag der Stawiko, die vorgesehenen 50'000 Franken für «Kunst am Bau» zu streichen, lehnt die ALG-Fraktion ab. Sie kann sich durchaus vorstellen, dass viele der Besucher dieses Zweckbaus mit Kunst etwas anfangen können und Freude daran haben.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. Der Rat muss selbstkritisch zur Kenntnis nehmen, dass er aufgrund des Planungskredits indirekt auch bereits die Höhe des Baukredits festgelegt hat. Verdankenswerterweise hat die vorberatende Kommission den Baukredit nun massiv gekürzt, so dass die FDP den vorgeschlagenen Kredit unterstützen wird. Den Antrag der Stawiko wird sie ablehnen. Aus ihrer Sicht zeugt es nicht von politischer Grösse, wenn die in dieser Legislatur verabschiedete Matrix, womit in diesem Fall der Betrag für «Kunst am Bau» bereits massiv gekürzt wurde, bei der erstbesten Gelegenheit für nichtig erklärt wird.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass sich die GLP für einen starken Zivilschutz einsetzt. Ohne Sicherheit können Staat und Gesellschaft nicht funktionieren, weil man nie genau weiss, was auf einen zukommen kann. Man muss sich also systematisch und möglichst umfassend auf die Bewältigung von Notlagen und Katastrophen vorbereiten.
Die Zivilschutzorganisation des Kantons Zug hat ein hohes Niveau und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit. Sie hat sich auf unterschiedliche Bedrohungslagen ausgerichtet und die Schutzkonzepte und Strukturen immer wieder den aktuellen Entwicklungen angepasst. Der Kanton Zug verfügt heute über einen mo-

dernen und leistungsfähigen Zivilschutz. Damit die Zivilschutzorganisation ihre vielfältigen Aufgaben effektiv und effizient erbringen kann, braucht sie eine entsprechende, den heutigen Bedürfnissen angepasste Infrastruktur. Für die GLP ist die Notwendigkeit der baulichen Anpassung und Modernisierung des mittlerweile 34-jährigen Ausbildungszentrums, das neben der kantonalen Zivilschutzorganisation auch von gemeindlichen Feuerwehren und anderen Organisationen intensiv genutzt wird, unbestritten.
Betreffend «Kunst am Bau»: Die Schaffung einer Umgebung, welche die Fantasie anregt und die Identifikation mit dem Ort ermöglicht, ist grundsätzlich eine sinnvolle Sache. Mit «Kunst am Bau» soll ein kultureller Mehrwert geschaffen werden. Beim Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schönau jedoch, eingeklemmt zwischen Kläranlage, bewaldetem Lorzenufer und Hübeli-Anhöhe, also gut versteckt und von der Bevölkerung kaum wahrgenommen, muss man sich tatsächlich fragen, ob dieser Zweckbau den Ansprüchen genügt, um «Kunst am Bau» zu begründen.
Die GLP ist für Eintreten auf die Vorlage. Wenn in der Detailberatung keine neuen, dagegen sprechenden Fakten oder Argumente auftauchen, wird sie dem Objektkredit gemäss Antrag der Stawiko zustimmen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Das Gewitter ist schon in der ersten Sitzung der vorberatenden Kommission über die Baudirektion niedergegangen: «Typisch ‹Zuger Finish›», «Katastrophe», «Geht so nicht» oder «Sicher nicht eintreten» hiess es da. Immerhin konnte die Baudirektion die Situation insofern retten, als sie die Chance erhielt, das Projekt zu überdenken und es modulartig aufzubauen. Die Vorgabe war ein Kostendach von 10 Millionen Franken. Nun ist man bei 12,8 Millionen Franken gelandet. Die erste Sitzung mit der vorberatenden Kommission war für die Baudirektion auch deshalb wichtig, weil ein Kommissionsmitglied aufzeigte, welche privaten Gewerbebauten momentan im Kanton Zug zu welchen Quadratmeterpreisen gebaut werden. Die Baudirektion nahm diesen Hinweis auf und ging der Frage intensiv nach, wobei die Mitarbeit des betreffenden Kommissionsmitglieds und seiner Spezialisten − so glaubt der Baudirektor − für beide Parteien lehrreich war. Man hat gemerkt, dass der Kanton vernünftig und − wenn man alle Parameter berücksichtigt − zu durchaus konkurrenzfähigen Quadratmeterpreisen baut. Der Kommission wurden schliesslich 24 Module für den Bau vorgelegt, beispielsweise die Frage: Soll der Lift vom Untergeschoss bis ins zweite Obergeschoss oder nur vom Erdgeschoss bis ins erste Obergeschoss führen? Die Kommission hat darüber beraten, die Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten waren ihr bekannt − und sie hat entschieden: Der Lift soll nur vom Erdgeschoss nach oben führen. So wurden alle 24 Module in einer intensiven Sitzung diskutiert. Das Resultat ist erfreulich.
Die Notwendigkeit dieses Ausbildungszentrums, das als Trainingszentrum für die Blaulichtorganisationen und als Stützpunkt für verschiedene kantonale Aufgaben dient, ist unbestritten. Bezüglich «Kunst am Bau» hat die Baudirektion ihren Auftrag gemäss Matrix vom September 2015 umgesetzt, wobei statt 65'000 Franken nur 50'000 Franken in die Vorlage aufgenommen wurden. Wenn dieser Betrag nun gestrichen werden sollte, wird dem Kantonsratsbeschluss von 2015 nicht nachgelebt. Der Regierungsrat kann sich hier vollumfänglich dem Antrag der Hochbaukommission anschliessen.

**Jean-Luc Mösch** merkt bezüglich «Kunst am Bau» an, dass der Kantonsrat die von Daniel Abt vorgeschlagene Matrix damals beschlossen hat und diesen Beschluss nun auch achten sollte. Das Ausbildungszentrum Schönau liegt sehr idyllisch, der neue Lorzenuferweg zieht viele Spaziergänger und Wanderer an, und im

Ausbildungszentrum selbst gibt es einen Pächter, der sein Lokal immer wieder geöffnet hat. Es gibt also auch viele Private, die dort verkehren.
Der Antrag bezüglich Lift wurde in der vorberatenden Kommission kontrovers besprochen. Der Votant ist ausgebildeter Anlagewart und arbeitete bei der Schweizer Armee. Die bauliche Situation in der Schönau präsentiert sich so, dass der Fahrstuhl direkt in eine Bunkeranlage mit verschliessbarer Panzertür führt, wobei in einer Zivilschutzanlage auch mit Unter- bzw. Überdruck gearbeitet wird. Wenn nun ein Rollstuhlfahrer mit dem Lift in diese Anlage kommt, muss er eine Schwelle bzw. sehr enge Rampe überwinden, was ohne fremde Hilfe praktisch nicht möglich ist. Heute kann er über die Hauptrampe und eine Steilrampe hinunter gelangen. Wenn man im Ernstfall den Luftschutzraum schliessen würde, um die Schleusenfunktion zu erzielen, müsste die heutige Holzrampe entfernt werden, sonst wäre die Anlage nicht zivilschutz- oder militärtauglich. Der Votant hat bereits in der Kommission darauf hingewiesen, dass der Fahrstuhl ins Untergeschoss deshalb nichts bringt, und er bittet den Rat, dem Antrag der ALG-Fraktion nicht zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Hochbau beantragt, den Objektkredit auf 12,858 Millionen Franken zu kürzen. Die Staatswirtschaftskommission stellt den Antrag, den Objektkredit um weitere 50'000 Franken auf 12,808 Millionen Franken zu kürzen; es sollen keine Mittel für «Kunst am Bau» gesprochen werden. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Hochbaukommission an. Zudem hat die ALG-Fraktion beantragt, den Kredit um 31'000 Franken zu erhöhen, um den Lift − wie ursprünglich vorgesehen − bis ins Untergeschoss zu führen. Über diesen Antrag wird separat abgestimmt.

**Zari Dzaferi** nimmt Stellung zur vorgesehenen Kürzung beim Lift. Für die SP-Fraktion ist diese Einsparung nicht sinnvoll. Zwar würden 31'000 Franken gespart, was in diesem Zusammenhang aber ein lächerlicher Betrag ist, da für das Gebäude eine Lebensdauer von rund vierzig Jahren geplant ist. Einen Lift nur bis ins Erdgeschoss zu bauen ist ähnlich, wie wenn man ein neues Fahrzeug kauft und dabei auf das eine oder andere Extra verzichtet, das man in vier oder fünf Jahren dann aber doch brauchen könnte. Wenn man jetzt diese 31'000 Franken spart und in fünf oder zehn Jahren doch einen Lift bis ins Untergeschoss braucht, wird die Anpassung sehr viel teurer sein. Und die Revisionen des Lifts kosten gleichviel, ob dieser nur bis ins Erdgeschoss oder bis ins Untergeschoss reicht. Der Votant erinnert daran, dass man beim Bau des Kantonsspitals aus Kostengründen auf ein zusätzliches

Geschoss verzichtete. Wenn man diese Etage heute brauchen würde, würde deren Bau ungleich teurer sein als damals. Man hat damals eine Chance verpasst – und das sollte im vorliegenden Fall, in dem es um die Erschliessung einer zusätzliche Etage durch den Lift geht, nicht mehr geschehen, zumal es um 31'000 Franken für eine Lebensdauer von vierzig Jahren geht. In diesem Sinn bittet der Votant, den von Susanne Giger gestellten Antrag zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt den Antrag der ALG-Fraktion, den Lift wie ursprünglich geplant bis ins Untergeschoss zu führen und zu diesem Zweck den Objektkredit um 31'000 Franken zu erhöhen, mit 43 zu 23 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat lehnt den Antrag der Staatswirtschaftskommission, auf «Kunst am Bau» zu verzichten und entsprechend den Objektkredit um 50'000 Franken zu kürzen, mit 39 zu 28 Stimmen ab. Er genehmigt damit den Objektkredit gemäss Antrag der Hochbaukommission (12,858 Millionen Franken).

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass wegen des Entscheids des Schweizer Volks zur Altersvorsorge am letzten Sonntag der Mehrwertsteuersatz per 1. Januar 2018 um 0,3 Prozent auf 7,7 Prozent sinkt. Der beschlossene Betrag wird entsprechend angepasst.

**Teile II** (Fremdänderungen) **und III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die weiteren Traktanden könne wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

Frau Landammann **Manuela Weichelt-Picard** dankt auch namens des Gesamtregierungsrats für die Einladung zum heutigen Kantonsratsausflug. Der Baudirektor und die Frau Landammann selbst können daran leider nicht teilnehmen, da sie den Kanton Zug an der Feier für den neugewählten Bundesrat Ignazio Cassis vertreten werden. Die Frau Landammann hat sich einerseits über die Einladung zum heutigen Nachmittagsprogramm gefreut, andererseits hat sie aber auch einen kurzen Moment lang überlegt, wie wohl das vorgesehene Golfprogramm mit dem Entlastungsprogramm, dem Sparpaket 2018 und «Finanzen 2019» vereinbar sei. Sie war dann aber sehr beruhigt, als sie las, dass der Kantonsrat den Nachmittag nicht im Golfclub Dietschiberg in Luzern, sondern auf dem Golfpark der Migros in Holzhäusern verbringt. Sie muss gestehen, dass Golf für sie Neuland ist; sie weiss nur gerade, dass mit «Green» die kurz geschnittene Rasenfläche gemeint ist, in der sich das

Loch für den Golfball befindet. Und sie weiss auch, dass beim Golfen unglaublich viele Regeln beachtet werden müssen: Das entsprechende Regelwerk des Schweizerischen Golfverbands hat einen Umfang von sage und schreibe über 300 Seiten. Im Vergleich dazu nimmt sich die Geschäftsordnung des Kantonsrats geradezu bescheiden aus.
Die Frau Landammann ist kürzlich in der Buchhandlung von Kantonsrätin Susanne Giger zufällig auf ein kleines Büchlein von Kurt W. Zimmermann gestossen. Dieser publiziert nicht nur seit Langem witzige Golfkolumnen in der «Sonntagszeitung», sondern ist auch ein langjähriger Kolumnist der «Weltwoche», wo er mit spitzer Feder über die Medienlandschaft schreibt. Damit ist auch gesagt, dass die Frau Landammann nicht nur die «WOZ», sondern auch die «Weltwoche» liest und mit dem Versprechen, das sie nach ihrer Wahl zur Frau Landammann abgab, tatsächlich Ernst macht, nämlich: Wer in seinem demokratischen Verständnis glaubwürdig sein will und auch jenseits seines parteipolitischen Gärtchens auf Akzeptanz und Resonanz stossen will, tut gut daran, seinen Appetit auf andere Denkansätze zu bewahren. Aber nicht nur der erwähnte Autor ist der Frau Landammann aufgefallen, sondern auch der Titel seines Buches: «Echte Golfer fahren links» – nicht «wählen links», sondern «fahren links». Die Pointe kann die Frau Landammann nicht verraten, dazu fehlt ihr die Zeit. Sie bittet aber den Kantonsratspräsidenten, sie wissen zu lassen, wer sich heute Nachmittag auf dem Golfplatz besonders gut behauptet hat. Denn dieses Kantonsratsmitglied erhält in der nächsten Sitzung von der Frau Landammann das erwähnte, witzige Buch von Kurt W. Zimmermann. Im diesem Sinn wünscht die Frau Landammann dem ganzen Rat einen tollen Nachmittag.

Der **Vorsitzende** wünscht der Frau Landammann und ihrer Begleitung eine schöne Bundesratsfeier im Tessin. Dem Rat wünscht er einen schönen Nachmittag auf dem Golfplatz in Holzhäusern.

## 872 Nächste Sitzung

Donnerstag, 26. Oktober 2017, 08.30 Uhr (Ganztagessitzung).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die auf den 16. November 2017 terminierte ausserordentliche Kantonsratssitzung mangels Geschäften entfällt.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

61. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 26. Oktober 2017 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. September 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
3.1. Motion der SVP-Fraktion betreffend Kündigung des Kulturlastenkonkordats als Beitrag zur Entlastung des Staatshaushaltes des Kantons Zug
3.2. Motion der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Förderprogramm zur Senkung des Energieverbrauchs bei der Gebäudetechnik
3.3. Motion der SP-Fraktion betreffend Grundstückgewinnsteuer im Kanton Zug
3.4. Interpellation von Daniel Marti betreffend Wirkungsanalyse kantonaler Förderprogramme und deren Einfluss auf Globalbeiträge vom Bund
3.5. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen ausländischer Sozialhilfeempfänger
4. Kommissionsbestellungen:
4.1. Budget 2018 und Finanzplan 2018–2021
4.2. Begnadigungsgesuch: Nicht elektronisch verfügbar (§ 15 Abs. 4 GO KR)
4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsperiode 2019–2024; Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2019–2024
4.4. Teilrevision des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG), Änderung von § 46 GOG
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham: 2. Lesung
6. Fortsetzung der Beratung vom 28. September 2017:
6.1. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht
7. Änderung des Polizeigesetzes
8. Geschäfte, die am 28. September 2017 nicht behandelt werden konnten:
8.1. Motion von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Beni Riedi, Rainer Suter, Thomas Werner betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes − Liberalisie-

rung des Anforderungsprofils für die beruflich mit der Sozialhilfe befassten Personen

8.2. Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25)

8.3. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Portfolio der Steuerpflichtigen und möglichen Klumpenrisiken bei den Steuereinnahmen im Kanton Zug

8.4. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Park + Ride

9. Zwei parlamentarische Vorstösse zu Informatik-Themen:

9.1. Motion der Ad-hoc-Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung

9.2. Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle

10. Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Schulpsychologischen Dienstes

11. Postulat von Hans Baumgartner, Jean-Luc Mösch und Silvan Renggli betreffend Beibehaltung der direkten Buslinie Nr. 7 Cham Bahnhof nach Zug

## 873 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 77 Ratsmitglieder anwesend

Abwesend sind: Richard Rüegg und Silvia Thalmann, beide Zug; Kurt Balmer, Risch.

## 874 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant «Heidy & Peter» an der Zuger Messe ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

Die Stimmenzählenden werden an der heutigen Sitzung die stellvertretenden Stimmenzählenden in die Bedienung der Abstimmungsanlage einführen und ihnen ihre Erfahrungen weitergeben.

Am Morgen sind zwei Klassen der Kantonsschule Zug mit ihrem Lehrer Philipp Weber im Kantonsrat zu Besuch. Der Vorsitzende heisst sie herzlich willkommen.

Der Gesundheitsdirektor entschuldigt sich für die ganze heutige Sitzung. Er nimmt in Bern an einer Sitzung des Vorstands der Gesundheitsdirektoren statt.

Der Bildungsdirektor ist für die Nachmittagssitzung entschuldigt. Er nimmt an der Jahresversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) teil.

Anfang Oktober ist das neue TUGIUM erschienen. Die Ratsmitglieder finden je ein Exemplar an ihrem Platz. Das TUGIUM berichtet über die Arbeit des Staatsarchivs

Zug, des Amts für Denkmalpflege und Archäologie, des Museums für Urgeschichte und des Museums Burg Zug. Zudem werden im TUGIUM neue Forschungsergebnisse zur Geschichte des Kantons Zug veröffentlicht. Protokollführer Beat Dittli, der auch Redaktor des TUGIUM ist, wünscht den Ratsmitgliedern viel Vergnügen bei der Lektüre.

In Zusammenhang mit dem Kantonsratsausflug hat die Frau Landammann für dasjenige Ratsmitglied, das sich beim Golfspielen durch besondere Leistungen auszeichnet, einen Buchpreis in Aussicht gestellt. Dem Vorsitzenden besonders aufgefallen ist Zari Dzaferi, der kaum zu bremsen war und mit viel Ausdauer an seiner Abschlagtechnik feilte. Der Vorsitzende überreicht ihm das von der Frau Landammann gestiftete Buch. *(Der Rat applaudiert.)*

Den Platz des Landschreibers nimmt heute die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

TRAKTANDUM 1

**875 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**876 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. September 2017**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 28. September 2017 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung (siehe Ziff. 885−889).

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen:**

**877** Traktandum 4.1: **Budget 2018 und Finanzplan 2018–2021**
Vorlage: 2786.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden beschlossen hat, den Antrag des Regierungsrats vom 19. September 2017 betreffend Budget 2018 und Finanzplan 2018–2021 direkt der erweiterten Staatswirtschaftskommission zu überweisen (§ 17 GO KR in Verbindung mit § 18 Abs. 1 und Abs. 3 Ziff. 1 GO KR).

➔ Der Rat stimmt der Direktüberweisung stillschweigend zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Budgetbuch seit dem 13. Oktober 2017 im Kantonsrats-Tool online verfügbar ist. Heute liegt auf den Pulten die gedruckte Fassung des Budgetbuchs auf. Dieses Vorgehen ist mit § 42 Abs. 2 Satz 2 GO KR vereinbar.

**878** Traktandum 4.2: **Begnadigungsgesuch**
Vorlage: 2780.1/1a - 15574 (Bericht und Antrag des Regierungsrats) (nicht elektronisch verfügbar [§ 15 Abs. 4 GO KR]).

➔ Stillschweigende Überweisung an die engere Justizprüfungskommission.

**879** Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsperiode 2019–2024; Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2019–2024**
Vorlagen: 2788.1 - 15577 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2788.2 - 15578 (Antrag des Obergerichts); 2788.3 - 15579 (Antrag des Obergerichts).

➔ Stillschweigende Überweisung an die engere Justizprüfungskommission.

**880** Traktandum 4.4: **Teilrevision des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG), Änderung von § 46 GOG**
Vorlagen: 2789.1 - 15580 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2789.2 - 15581 (Antrag des Obergerichts).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

TRAKTANDUM 5

**881** **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönau auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham: 2. Lesung**
Vorlage: 2655.5 - 15573 (Ergebnis 1. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind. Der Rat kommt somit gemäss § 74 Abs. 1 GO KR ohne Diskussion zur Schlussabstimmung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 75 zu 1 Stimmen zu.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6
**Fortsetzung der Beratung vom 28. September 2017:**

**882** Traktandum 6.1: **Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht**
Vorlagen: 2736.1 - 15425 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2736.2 - 15426 (Antrag des Regierungsrats); 2736.3/3a - 15467 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt); 2736.4/4a - 15525 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Rat bereits in der letzten Sitzung beschloss, auf die Vorlage einzutreten. Es folgt somit die Detailberatung.
Barbara Gysel stellte in der letzten Sitzung den Antrag, vor der zweiten Lesung die Auswirkungen der Gesetzesrevision auf die Gemeinden abzuklären und dem Kantonsrat das Resultat gemäss § 59 Abs. 2 GO KR spätestens am zwanzigsten Tag vor der zweiten Lesung postalisch zuzustellen. Über diesen Antrag wurde infolge des gutgeheissenen Ordnungsantrags nicht mehr abgestimmt.

**Barbara Gysel** bestätigt, dass sie vor Abbruch der letzten Sitzung beantragte, die finanziellen Auswirkungen der Vorlage auf die Gemeinden detaillierter zu prüfen. Die Intervention der Stadt Zug hat aufgezeigt, dass die Folgen dieser Vorlage für die Gemeinde enorm sein können, wobei sich die Ausgangslage heute ganz anders präsentiert als mit der Version des Regierungsrats zum Zeitpunkt der Vernehmlassung. Die Votantin hält deshalb an ihrem Antrag fest, denn es scheint ihr wichtig zu sein, dass der Kantonsrat die legislativen Entscheide in Kenntnis der Einschätzungen der Gemeinden fällt.
Nun ist aber der Baudirektor von sich aus tätig geworden und hat wenige Tage, ja wenige Stunden nach der letzten Kantonsratssitzung die Einwohnergemeinden zu einer Stellungnahme bis am 24. Oktober eingeladen. Das ist vorbildlich. Gleichzeitig wurde das Thema auf die Tagung der gemeindlichen Bauchefs von gestern, 25. Oktober, traktandiert. Die Votantin möchte nun vom Baudirektor wissen, ob es schon möglich ist, die Ergebnisse der Gemeinden kurz zusammenzufassen. Unabhängig davon möchte sie aber im Sinn von § 59 Abs. 2 GO KR, dass das Ergebnis der Abklärungen den Kantonsratsmitgliedern postalisch zugestellt wird. Das sollte nach wie vor möglich sein.

Baudirektor **Urs Hürlimann** ist − anders als in der Presse vermutet − ohne Schutzweste in die Kantonsratssitzung gekommen, und er freut sich auf eine intensive Debatte.
Aufgrund des Antrags von Barbara Gysel hat der Vorsitzende der Tagung der gemeindlichen Bauchefs den Antrag gestellt, das Thema auf die gestrige Tagung zu traktandieren und eine Auslegeordnung vorzunehmen. Die gemeindlichen Bauchefs waren damit einverstanden, und die Baudirektion erhielt somit gestern eine Rückmeldung von allen Gemeinden. Mit Ausnahme von Neuheim, von wo die Meinung des Bauchefs vorliegt, haben alle Gemeinden mit einem Gemeinderatsbeschluss reagiert.
Bezüglich Gebietsverdichtung, dem ersten wichtigen Thema im Rahmen der PBG-Revision, liegen drei Varianten vor:
• Antrag des Regierungsrats, welcher die Möglichkeit der Enteignung sowie ein Quorum von zwei Drittel vorsieht;
• Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt, der auf Enteignungen verzichten will und höhere Quoren verlangt;
• bundesrechtliches Minimum, das kein Gebietsverdichtungsverfahren vorsieht.

Bezüglich Mehrwertabschöpfung ist der Rat mit vier Varianten konfrontiert:
• Antrag des Regierungsrats, welcher die bundesrechtliche Minimalanforderungen, also 20 Prozent des Bodenmehrwerts bei Neueinzonungen, umsetzen und überdies den Gemeinden die Möglichkeit geben will, bei Auf- und Umzonungen sowie Bebauungsplänen maximal 20 Prozent des Bodenmehrwert abzuschöpfen;
• Antrag der Raumplanungskommission, welcher zur Frage der Mehrwertabschöpfung zugunsten der Gemeinden eine modifizierte Lösung vorschlägt;
• Antrag von Urs Raschle bzw. der Stadt Zug, der auf eine Untergrenze für die Mehrwertabschöpfung und auf die Möglichkeit eines verwaltungsrechtlichen Vertrags verzichten sowie auch bei Neueinzonungen die Kompetenz der Gemeinde erteilen will;
• minimale bundesrechtliche Lösung, die bei Neueinzonungen ein Minimum von 20 Prozent und bei Um- und Aufzonungen sowie Bebauungsplänen keine Mehrwertabschöpfung verlangt.
In der Frage der Mehrwertabschöpfung unterstützen zehn der elf Gemeinden die Anträge der Stadt Zug. Alle Gemeinden befürworten, dass die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, eine Mehrwertabschöpfung zu tätigen; eine Gemeinde ist der Meinung, dass der Antrag des Regierungsrats ausreiche. Bezüglich Gebietsverdichtung sprechen sich sieben Gemeinden für den Antrag des Regierungsrats aus möchten also als *ultimo ratio* die Möglichkeit haben, allenfalls eine Enteignung vorzunehmen. Drei Gemeinden schliessen sich dem Antrag der vorberatenden Kommission an: Erhöhung der Quoren, Streichung der Enteignungsmöglichkeit. Die Stadt Zug hat sich zu dieser Frage nicht geäussert.
Mehr zur Haltung der Gemeinden kann der Baudirektor wohl auch in der zweiten Lesung nicht vorbringen. Das vorliegende Resultat ist auf drei Seiten zusammengefasst und kann dem Rat auf die zweite Lesung hin zugestellt werden. Aus Sicht des Baudirektors erübrigt sich damit der Antrag von Barbara Gysel.

**Nicole Imfeld** hat ergänzend zu Barbara Gysel eine weitere Frage. Bei der Gebietsverdichtung geht es nicht nur um die Höhe der Mehrwertabgabe, sondern auch um die Frage, wo dieses Instrument angewandt werden kann. Im Bericht der vorberatenden Kommission werden mehrere Kriterien erwähnt, die kumulativ erfüllt sein müssen. Dadurch reduziert sich die verbleibende Schnittmenge nahezu auf null, was die Stadt Zug in ihrem Schreiben bereits erwähnt hat und was offensichtlich auch den anderen neun Gemeinden klar ist, welche zugestimmt haben. Die Materie ist so komplex, dass die Votantin glaubt, dass im Kantonsratssaal − mit Verlaub − kaum jemand wirklich den Überblick hat, welche Gebiete tatsächlich von der Mehrwertabgabe betroffen sein werden. Ausnahme mögen einzelne Grundeigentümer sein, die hier im Sinne von Eigentumsschutz statt einer gesamtheitlichen Lösung denken. Die Votantin stellt deshalb den **Antrag,** zu diesem Thema eine grafische Übersicht zu erstellen, was für die Fachleute der Baudirektion problemlos möglich sein dürfte. Zudem geht die Votantin davon aus, dass es mit Sicherheit erste Schätzungen darüber gibt, was die Mehrwertabschöpfung finanziell tatsächlich bringt bzw. eben nicht bringt, wenn man der Version der vorberatenden Kommission, welche eine totale Verwässerung des ursprünglichen Vorschlags ist, folgen würde.

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, teilt mit, dass die Kommission nicht über den Antrag von Barbara Gysel beraten hat. Er spricht jetzt also nicht im Namen der Kommission. Er glaubt aber, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, die finanziellen Konsequenzen für die Gemeinden für die verschiedenen zur Debatte stehenden Varianten, wie man die Mehrwertabgabe erheben bzw. nicht erheben kann, abzuklären. Die Mehrwertabgabe ist nämlich

wesentlich davon abhängig, wie die Gemeinden bei der nächsten Revision des Zonenplans, die bis 2025 abgeschlossen sein soll, die Verdichtung umsetzen. Wie aber soll man im jetzigen Zeitpunkt berechnen, welche Mehrwertabgabe allenfalls anfallen würde? Es wäre Kaffeesatzlesen, denn die Basis für die Berechnung ist noch völlig unbekannt. Auch sollen im Rahmen der PBG-Revision 2 höhere Verdichtungen bei Bebauungsplänen ermöglicht werden. Wie aber soll man da heute berechnen können, welche Ausnützung künftig via Bebauungsplanverfahren möglich sein wird? Insofern ist auch die von der Stadt vorgelegte Berechnung nur eine Momentaufnahme, die mit der künftigen Situation nichts zu tun hat. Der Kommissionspräsident empfiehlt deshalb, den Antrag von Barbara Gysel abzulehnen. Das Resultat wäre nämlich eine Pseudozahl, die zwar allenfalls in einem Abstimmungskampf benutzt werden kann, die wirkliche Dimension aber nicht aufzeigt. Mit der Ablehnung des Antrags von Barbara Gysel erspart man den Gemeinden sehr viel Arbeit und Kopfzerbrechen. Die Stellungnahmen der Gemeinden zu den anderen Fragen der Vorlage, die es heute zu beraten gilt, liegen im Übrigen ja vor.

**Andreas Hürlimann** wird als Bauchef der Gemeinde Steinhausen im Verlauf der Debatte immer wieder direkt aus der Tagung der Bauchefs berichten und die Sicht der Gemeinden darlegen. Wichtig ist, dass bei den beiden Hauptanliegen, der Gebietsverdichtung und der Mehrwertabgabe, die Haltung der Gemeinden sehr klar ist.
Zum Antrag von Barbara Gysel: Es ist sicher sinnvoll, wenn die Zusammenstellung, wer sich in der Vernehmlassung wie geäussert hat, auf die zweite Lesung hin vorgelegt wird. Es gibt in dieser Zusammenstellung auch ein Beispiel, wie die Mehrwertabgabe funktionieren würde: Am Beispiel der Suurstoffi in Rotkreuz wird mit Zahlen aufgezeigt, was die verschiedenen Varianten der Mehrwertabschöpfung dort bedeutet hätten. Allenfalls könnte man noch weitere Beispiele aufarbeiten. Eine Gesamtdarstellung über den ganzen Kanton und die einzelnen Gemeinden hinweg ist aber tatsächlich − wie Heini Schmid ausgeführt hat − abhängig von der nächsten Zonenplanrevision, und eine rein theoretische Zahl zu eruieren, die dann eh nicht der Wirklichkeit entspricht, macht wenig Sinn. Der Votant plädiert aber dafür, die genannte Zusammenstellung den Kantonsratsmitgliedern zuzustellen und an Beispielen aufzuzeigen, welche Auswirkungen die verschiedenen Varianten der Mehrwertabgabe haben. In diesem Sinn unterstützt er den Antrag von Barbara Gysel.

**Nicole Imfeld** ist aktuell im Kanton Luzern damit beschäftigt, die von Barbara Gysel geforderten Zahlen zu eruieren − und sie weiss, dass diese Berechnungen sehr schwierig bzw. unmöglich sind. Sie erinnert aber daran, dass auch ein Bebauungsplan nach Inkrafttreten der zur Debatte stehenden Gesetzesrevision bereits mehrwertabgabepflichtig würde − ohne dass die Ortsplanungsrevision schon vollzogen ist. Aus Gerichtsurteilen weiss man, dass maximal 50 Prozent Mehrnutzung gegenüber der geltenden Grundordnung möglich sind, und jede Gemeinde weiss ungefähr, welche Areale für einen Bebauungsplan in Frage kommen. Eine erste grobe Abschätzung ist also durchaus möglich. Der Votantin genügen aber auch die Zahlen aus den Stellungnahmen der Gemeinden, das Beispiel der Suurstoffi ist deutlich genug.
Ihren eigenen Antrag präzisiert die Votantin dahingehend, dass auf einer Karte dargestellt werden soll, welche Gebiete mit der Version der vorberatenden Kommission überhaupt noch mehrwertabgabepflichtig sein könnten. Es kommen grundsätzlich nämlich nur die − relativ kleinen − Verdichtungsgebiete im Richtplan in Frage, die dann kumulativ mit zusätzlichen Anforderungen von Ausnützungssteigerungen und Freibeträgen überlagert werden, so dass diese Anforderungskreise am Schluss wohl nur noch eine sehr kleine oder überhaupt keine Schnittmenge mehr haben.

Diese Übersicht wäre wichtig, denn der Vorschlag der Kommission ist eine Augenwischerei: Die ursprüngliche Vorlage wurde so verwässert, dass am Schluss nichts mehr übrigbleibt. Es muss aber gewährleistet werden, dass die bundesrechtliche Vorgabe erfüllt wird, nämlich den Mehrwert nicht einfach zu privatisieren, sondern auch die − auch im Kanton Zug nicht allesamt auf Rosen gebetteten − Gemeinden daran zu beteiligen, die mit diesem Geld etwas für die Öffentlichkeit tun müssen. Es geht hier also nicht nur um Eigentümerschutz, sondern auch darum, dass eine Gemeinde mit diesem Geld beispielsweise einen Park für alle Bürger finanzieren kann. Mit der Version der vorberatenden Kommission aber wird die Möglichkeit der Mehrwertabschöpfung auf ein gegen Null tendierendes Minimum reduziert. Die Votantin möchte deshalb auf einer Übersicht dargestellt haben, welche Gebiete überhaupt in Frage kommen und was dort aufgrund der zusätzlichen Anforderungen für eine Mehrwertabschöpfung übrigbleibt.

**Manuel Brandenberg** bittet den Vorsitzenden, die Debatte hier abzubrechen und vorwärtszumachen. Wenn man die Mehrheitsverhältnisse im Rat betrachtet, dürfte es nicht so wichtig sein, noch zusätzliche Pläne und Skizzen zur Verfügung zu stellen. Für den Votanten handelt es sich hier eher um Verzögerungstaktik der Ratslinken, verstärkt durch grünliberale Elemente.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt den Antrag von Barbara Gysel mit 44 zu 27 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Imfeld mit 42 zu 28 Stimmen ab.

DETAILBERATUNG

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 3 Abs. 1 Bst. e*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 3 Abs. 1 Bst. f*

**Manuel Brandenberg** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 3 Abs. 1 Bst. f zu streichen. Die Kompetenz über die Mittel, die durch die Mehrwertabschöpfung generiert werden − bei grossen Bauvorhaben können es Millionenbeträge sein − soll nicht dem Regierungsrat übergeben werden. Es gibt keinen Grund, den Regierungsrat derart zu beglücken. Wenn Bst. f gestrichen wird, kommen die betreffenden Beträge ganz normal in die Staatskasse und unterstehen damit der Budgethoheit des Kantonsrats. Der Votant empfiehlt dem Rat, zu seinen eigenen Kompetenzen und damit zu den Kompetenzen des Stimmvolkes zu schauen und diese Millionenbeträge nicht einfach aus der Hand zu geben.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass − wie im Kommissionsbericht ausgeführt − auch die Kommission über diese Frage diskutierte. Die Kommission wurde informiert, dass der Regierungsrat im Rahmen des Budgets über diese Beträge verfügt, wobei der Kantonsrat immer den Budgetvorbehalt hat und im Rahmen der Budgetberatung die Verwendung der Mehrwertabgabe beeinflussen kann. Der Kommissionspräsident geht deshalb davon aus, dass der Kantonsrat das letzte Wort über die Verwendung dieser je nach Ausgestaltung der Vorlage erheblichen Mittel − im Kanton Basel-Stadt sind es rund 140 Millionen Franken − hat und das Anliegen der SVP-Fraktion eigentlich bereits erfüllt ist. Vielleicht ist es aber sinnvoll, diese Frage auf die zweite Lesung hin nochmals genau abzuklären, denn es ist auch der Kommission sehr wichtig, dass nicht der Regierungsrats eines Tages mit 120 oder mehr Millionen Franken à la Reptilienfonds seine eigene Ausgabenpolitik tätigen kann. In diesem Sinn empfiehlt der Kommissionspräsident, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen, die Frage auf die zweite Lesung hin aber nochmals genau abzuklären.

**Nicole Imfeld** weist darauf hin, dass später auch über die Frage diskutiert wird, wem die Mehrwertabgabe bei Auf- und Umzonungen zusteht. Ihrer Meinung nach müsste sie dort den Gemeinden zufallen. Nun ist es aber nicht Aufgabe des Kantonsrats, darüber zu entscheiden, was in den Gemeinden mit diesem Geld geschieht und ob beispielsweise in Unterägeri damit das Seeufer aufgewertet werden soll. Es kann ja nicht sein, dass der Kantonsrat im Rahmen des kantonalen Budgetprozesses in die kommunale Hoheit eingreift. Die Frage ist, ob der Kantonsrat detailliert etwas zu sagen haben soll über die Verwendung der *kantonalen* Mittel aus der Mehrwertabschöpfung. Wenn die Mittel aus Auf- und Umzonungen aber an die Gemeinden gehen, kann es nicht Aufgabe des Kantonsrats sein, etwas zu deren Verwendung zu sagen. Das obliegt vielmehr dem Stimmvolk in den Gemeinden bzw. allenfalls dem Gemeinderat.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass § 3 nur die kantonalen Gelder betrifft. Andernfalls würde es einen zusätzlichen Paragrafen benötigen, der den Gemeinden − was möglich wäre − die genaue Verwendung der Mehrwertabgabe vorschreiben würde. Hier aber geht es nur um die dem Kanton zukommenden Gelder aus Neueinzonungen.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass die Regelung für die Gemeinden in § 7 festgelegt wird. Die SVP-Fraktion wird dort einen ähnlichen Antrag stellen, nämlich zugunsten der Gemeindeversammlung.
Der Votant unterstützt den Vorschlag von Kommissionspräsident Heini Schmid, die zur Debatte stehende Frage auf die zweite Lesung hin genau abzuklären. Trotzdem glaubt er summarisch *prima facie* festhalten zu können, dass § 3 Abs. 1 Bst. f eine *lex specialis* zum Finanzhaushaltgesetz ist. Das bedeutet, dass der Regierungsrat möglicherweise argumentieren wird, dass die Budgetkompetenz zwar grundsätzlich dem Kantonsrat zukomme, dass er hier aber eine explizite und klare gesetzliche Grundlage habe, gewisse Geldmittel sich selber vorzubehalten. Der Votant hält daher namens der SVP-Fraktion am Streichungsantrag fest. Sollte es auf die zweite Lesung hin neue Erkenntnisse geben, kann die Streichung auf einen entsprechenden Antrag hin rückgängig gemacht werden.

Baudirektor **Urs Hürlimann** nimmt den Abklärungsauftrag entgegen. Gemäss Vorschlag des Regierungsrats sollen bei Neueinzonungen 40 Prozent an den Kanton und 60 Prozent an die Gemeinde gehen. Und jedermann weiss, dass es in den

nächsten Jahren keine grossen Einzonungen geben wird. Es werden also keine so grossen Millionenbeträge wie im Kanton Basel-Stadt sein. Für den Kanton Zug gibt es Schätzungen, die auf vielleicht 20 Millionen Franken kommen. Die Baudirektion wird die anstehende Frage auf die zweite Lesung hin aber abklären.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat beschliesst mit 44 zu 32 Stimmen, § 3 Abs. 1 Bst. f zu streichen.

*§ 5 Abs. 1*
*§ 7 Abs. 2 Bst. f*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 7 Abs. 2 Bst. g*

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den bereits angekündigten **Antrag,** § 7 Abs. 2 Bst. g zu streichen. Analog zu § 3 Abs. 1 Bst. f soll auch auf kommunaler Ebene nicht die Exekutive, also der Gemeinderat, über die Mittel aus der Mehrwertabschöpfung befinden können, sondern die Gemeindeversammlung.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat beschliesst mit 44 zu 31 Stimmen, § 7 Abs. 2 Bst. g zu streichen.

*Titel nach § 47*

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** den ganzen Teil vom Titel nach § 47 bis und mit § 52 Abs. 1 zu streichen. Die SVP möchte keine dieser das Eigentum schwächenden Neuerungen im Gesetz haben. Mit anderen Worten: Sie möchte am alten Recht festhalten. Es geht hier um die Landumlegung, Gebietsverdichtung und Grenzbereinigung und die entsprechenden Zwangsmassnahmen. Die zu Beginn der Debatte diskutierten Quoren, die einen Eingriff ins Eigentum erlauben würden, sind aus Sicht der SVP ein Detail. Ihrer Meinung nach gehören derart eigentumsfeindliche Bestimmungen nicht in das Planungs- und Baugesetz des Kantons Zug. Wenn jemand vielleicht lange für eine Wohnung gespart hat und diese zum Mittelpunkt seiner Familie geworden ist, soll er nicht fürchten müssen, dass er sich wegen eines zu geringen Quorums an einem Bauprojekt beteiligen muss und allenfalls sogar enteignet werden kann, weil sich Gebietsverdichtungen aufdrängen. Für die SVP geht es hier um einen Grundsatz, und sie bittet den Rat, das Eigentum zu stärken und nicht zu stark auf staatliche Begehren und Gelüste einzugehen. Es gilt Sorge zu tragen zum Bürger, der seine Wohnung und sein Eigentum behalten und möglichst unbehelligt vom Staat leben möchte.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über den Antrag der SVP-Fraktion abgestimmt wird, wenn die betreffenden Paragrafen durchberaten und bereinigt sind.

*§ 48 Abs. 2a*

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass es hier mit Bezug auf die Gebietsverdichtung um die Frage geht, ob die Gemeinde ein Enteignungsrecht

haben soll oder nicht. Nach Einleitung des Gebietsverdichtungsverfahrens werden die Grundstücke im Bereinigungs- und Zuteilungsplan neu zugeteilt. Für den Fall, dass sich die Grundeigentümer nicht auf eine neue Zuteilung einigen können und die entsprechenden Quoren nicht zustande kommen, möchte die Regierung ein Enteignungsrecht für die Gemeinde. Die Gemeinde soll also alle Grundeigentümer enteignen und das Gebiet trotz des Widerstands der Eigentümer verdichten können. Die Kommission hat eingehend über diesen Vorschlag diskutiert. Sie war dezidiert der Meinung, dass die Gebietsverdichtung ein Instrument der beteiligten Grundeigentümer ist, die in gemeinsamem Interesse ihr Gebiet neu überbauen wollen. Sie will den Gemeinden nicht ermöglichen, nicht willigen Grundeigentümern ihre eigenen Vorstellungen von der künftigen Bebauung aufs Auge zu drücken. Vielmehr soll die Verdichtung − analog zu den landwirtschaftlichen Meliorationen im 19. und 20. Jahrhundert − eine Angelegenheit der Grundeigentümer sein. Es geht nicht darum, jemanden zu enteignen. Vielmehr soll jeder seinen Teil einbringen und im Interesse aller wieder einen Teil erhalten. Es geht also um den Schutz des Eigentums und dessen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Wenn hier immer vom Schutz des Eigentums gesprochen wird, wird der Begriff «Eigentum» rechtshistorisch nicht korrekt verwendet. Eigentum ist nämlich nicht Selbstzweck, sondern dient dazu, etwas zu erreichen. Die Liberalen des 19. Jahrhunderts wollten, dass die Wirtschaft sich entwickeln konnte. Der liberale Staat hat durchgesetzt, dass die überkommene Eigentumsvorstellung des Mittelalters, gemäss der jedes Mütterchen, das seine Geiss auf die Weide treiben wollte, eine Überbauung verhindern konnte, aufgegeben und das absolute Eigentumsrecht zugunsten der Wirtschaftlichkeit beschränkt wurde. Der Einzelne sollte seinen Teil einwerfen müssen, damit etwas Besseres entstehen konnte. Was früher im landwirtschaftlichen Bereich getan wurde, braucht es heute für die Weiterentwicklung von Siedlungsgebieten. Es geht also nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen, sondern die Leute aufzufordern, ihren Teil einzubringen, damit etwas Besseres entstehen kann. Das soll aber − wie bereits gesagt − eine Sache der Grundeigentümer sein. Es braucht deshalb kein Enteignungsrecht. Der Votant bittet deshalb, bei § 48 Abs. 2 dem Antrag der Kommission zu folgen. Denn wenn es keine Möglichkeit zur Enteignung gibt, braucht es eine Bauverpflichtung gemäss § 48 Abs. 2 Bst. b. Es geht hier zum ersten Mal um den Grundsatzentscheid, ob man der Gemeinde eine Enteignungsrecht geben will oder nicht: Wer ein gemeindliches Enteignungsrecht will, folgt dem Antrag des Regierungsrats; wer das nicht will, unterstützt den Antrag der Kommission.

**Andreas Hürlimann** erinnert daran, dass der Kanton Zug der Revision des Raumplanungsgesetzes mit über 71 Prozent zugestimmt hat. Das kann als Auftrag verstanden werden, eine Verdichtung anzustreben und die vorhandenen Grünflächen wo immer möglich zu schützen. Aus Sicht der Gemeinden − der Votant spricht wieder als Bauchef von Steinhausen und Vertreter der gemeindlichen Bauchefs − müssen zwingend Instrumente im Gesetz verankert werden, welche die Zersiedelung bremsen und die Siedlungsentwicklung nach innen fördern. Die Bevölkerungsentwicklung im Kanton Zug wird weitergehen, auch wenn man sie vielleicht etwas bremsen kann. Und es besteht die Gefahr, dass man spätestens in zwanzig Jahren wieder einen riesigen Verschleiss von Grünflächen haben wird, wenn jetzt nicht die richtigen Instrumente ins Gesetz aufgenommen werden, um einen widerspenstigen Stockwerkeigentümer vielleicht etwas zu *pushen* − und sei es nur als *ultima ratio* oder «kann»-Formulierung. Denn ein weiterer Verlust von grossen Grünflächen wird zu einer wirklichen Wachstumsmüdigkeit führen. Diese lässt sich schon heute wahrnehmen, und wenn sie in die Verhinderung aller Projekte umschlagen sollte, dann hat der Kanton Zug ein echtes Problem. Der Votant ruft deshalb dazu auf,

entsprechende Instrumente ins Gesetz zu schreiben, zumal der Rat bereits gewisse Beschlüsse zur Verdichtung gefällt hat. Die Gemeinden sind nun aufgefordert, die Verdichtung um- und durchzusetzen. Wenn sie dafür aber keine Instrumente erhalten, kann man gleich einpacken − und spätestens in zwanzig Jahren werden wieder riesige Grünflächen eingezont und überbaut werden.

Für **Nicole Imfeld** hat es Andreas Hürlimann perfekt zusammengefasst: Es braucht Instrumente, um notfalls reagieren zu können. Und man muss als Gemeinde auch ausserhalb von Verdichtungsgebieten handeln können. Es gibt viele Beispiele von Stockwerkeigentümergemeinschaften, deren Häuser ins Alter gekommen sind und wo die Sanierung oder ein qualitativ besserer Neubau blockiert ist. Es wird niemandem etwas weggenommen. Das von Heini Schmid erwähnte Instrument der Landumlegung ist seit Jahren gesetzlich festgeschrieben, wobei auch der Kanton und die Gemeinde eine Landumlegung einleiten können. Und es gibt keinen Grund, die horizontale Landumlegung zuzulassen, die vertikale Umlegung aber nicht, obwohl sie genau dieselben Absichten verfolgt. Die horizontale Landumlegung diente dazu, längliche, für den Ackerbau geeignete Parzellen beispielsweise in rechteckige, für die Überbauung geeignete Grundstücke umzulegen. Der einzelne Grundeigentümer besass nach der Umlegung genau gleich viel und konnte sein neues Grundstück der Bebauung zuführen. Heute gibt es kein Land mehr, das in dieser Form optimiert werden kann: Es gibt im Richtplan Siedlungsbegrenzungslinien. Und niemand will das von Andreas Hürlimann geschildert Szenario, dass in zwanzig Jahren noch mehr Landwirtschaftsland überbaut wird. Irgendwo muss nämlich auch die Nahrung produziert werden können. In diesem Sinn gibt es nur noch die Möglichkeit, im Siedlungsgebiet selbst weiterzukommen. Das vorgeschlagene Instrument bietet als *ultimo ratio* die Möglichkeit, im Siedlungsgebiet aufzuräumen. Wenn die Grundeigentümer die Möglichkeit der Verdichtung und deren Vorteile sehen, werden sie darauf einsteigen. Die Gemeinden sollten als allerletzte Möglichkeit aber etwas in der Hand haben. Die Votantin weiss aus eigener Erfahrung, dass es für eine Entwicklung, die beispielsweise im Richtplan oder in gemeindlichen Leitplänen vorgesehen ist, Monate und Jahre braucht, wenn man keine entsprechenden Instrumente in den Händen hat. Am Schluss steht man vor einem Scherbenhaufen. Man gibt viel Steuergeld aus − und hat doch keine Chance, eine bestimmte Entwicklung umzusetzen. Es braucht deshalb das Enteignungsrecht als abschliessende Chance, um im schlimmsten Fall doch noch etwas zu erreichen. Die Votantin bittet deshalb eindringlich, dieses zukunftsgerichtete Instrument im Gesetz zu belassen und es nicht von vorneherein zu streichen.
Im Übrigen sieht § 48 Abs. 2a ausdrücklich vor, dass das Instrument der Gebietsverdichtung auch zur Aufhebung von Dienstbarkeiten und Baurechten verwendet werden kann. Das kann auch ausserhalb von Bebauungsplänen oder Verdichtungsgebieten sinnvoll sein. Ein Beispiel: Eine Gemeinde hat vor vierzig Jahren ein Stück Land erworben und als Baubeschränkung akzeptiert, dass auf diesem Grundstück nur ein Schulhaus realisiert werden darf. Die Gemeinde hat sich zwischenzeitlich aber so entwickelt, dass das Schulhaus an einem anderen Ort stehen und grösser sein müsste, als damals angedacht wurde. Nun könnte das betreffende Grundstück gegen ein anderes getauscht werden, allerdings kann die Gemeinde dem tauschbereiten Eigentümer nur ein Grundstück mit Baubeschränkung anbieten. Und diese privatrechtliche Baubeschränkung kann man − wie Bundesgerichtsentscheide zeigen − nicht aufheben. Die Votantin stellt deshalb den **Antrag,** § 48 Abs. 2a um einen Bst. c mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: «In übrigen Gebieten kann das Instrument der Gebietsverdichtung zur Aufhebung von privatrechtlichen Baubeschränkungen angewandt werden, sofern diese den Zielen der Siedlungsentwicklung nach

innen entgegenstehen.» Dieser Vorschlag lehnt sich an die auf den 1. Januar 2018 in Kraft tretende Revision des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Luzern an. Die vorgeschlagene Ergänzung bietet die Möglichkeit, alte Baubeschränkungen, die eigentlich keiner mehr möchte, aufzuheben.

**Barbara Gysel** erinnert daran, dass bezüglich Gebietsverdichtung sieben Gemeinden den Antrag des Regierungsrats und drei den Antrag der Kommission unterstützen. Dass ein vom Regierungsrat vorgeschlagenes Instrument von der Mehrheit der Gemeinden unterstützt wird, kann politisch gesehen nur bedeuten, dass hier auf ein reales Problem reagiert wird. Weder der Regierungsrat noch die Gemeinderäte stehen nämlich im Verdacht, links dominiert zu sein. Es ist deshalb wichtig, eine sachliche Diskussion zu führen und nicht eine politische Verurteilung vorzunehmen.

**Daniel Abt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Version der vorberatenden Kommission unterstützt. Sie will den Gemeinden keine entsprechenden Kompetenzen übergeben. Das könnte nämlich so weit führen, dass eine Gemeinde in einem Gebiet eine starke Verdichtung vorsieht, dann von der Mehrwertabschöpfung profitiert und so ihre Kassen auffüllt. Das darf nicht passieren. Der Antrag von Nicole Imfeld ist für die FDP nicht nachvollziehbar. Wenn man einen privatrechtlichen Vertrag abschliesst, soll er Bestand haben, andernfalls muss er befristet sein.
Im Übrigen hat der Votant verschiedentlich das Argument gehört, dass die Gemeinden eine bestimmte Regelung unterstützten. Es ist verständlich, dass die Gemeinderäte so argumentieren. Hier aber ist man im Kantonsrat, und jedes Ratsmitglied hat nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Gemeinderäten, sondern in erster Linie gegenüber dem Stimmvolk. Das sei hier wieder einmal in Erinnerung gerufen.

**Hans Baumgartner** hält fest, dass die CVP-Fraktion in bestimmten, ausserordentlichen Fällen eine Minderung des Eigentumsrechts zugunsten einer verdichteten Bauweise befürwortet. Eine solche Massnahme ist ganz im Sinne eines sorgsamen Umgangs mit dem Boden, einer zentralen Forderung in der Volksabstimmung zum eidgenössischen Raumplanungsgesetz. Für die CVP ist es aber wichtig, dass die Hürden dafür in Bezug auf die möglichen Gebiete wie auch auf das Quorum der Beteiligten und deren Besitzanteil sehr hoch zu setzen sind. Ebenso ist es der CVP wichtig, dass − wie die Kommission im § 53 vorschlägt − das Enteignungsrecht für Kanton und Gemeinden im Gebietsverdichtungsverfahren nicht gewährt wird. Wenn die grosse Mehrzahl der Grundeigentümer ein in Bezug auf die Raumplanungsziele sinnvolles Bauprojekt realisieren will, soll ein einzelner Stockwerkeigentümer dieses nicht blockieren oder gar erpresserische Absichten zulasten der andern Beteiligten ausüben können. In diesem Sinn unterstützt die grosse Mehrheit der CVP-Fraktion den Antrag der vorberatenden Kommission und die von der Kommission vorgeschlagenen Quoren für dieses Verfahren.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** möchte klarstellen, wo man in der Debatte steht. Es geht grundsätzlich um das Thema Gebietsverdichtung, wobei nun Paragraf um Paragraf bereinigt wird; am Ende wird dann über den grundsätzlichen Streichungsantrag der SVP-Fraktion abgestimmt. Im Rahmen der Bereinigung wird auch darüber abgestimmt, ob die Gemeinden ein selbstständiges Enteignungsrecht erhalten sollen. Nicole Imfeld beantragt nun, dass das vorgesehene Verfahren auch in weiteren Fällen angewandt werden kann. Es geht bei diesem Antrag letztlich darum, dass eine Gebietsverdichtung nicht durch Nichtbeteiligte verhindert werden kann. Nach Meinung des Votanten − er spricht hier nicht im Namen der Kommis-

sion − müsste das in einem separaten Paragrafen geregelt werden. Denn erstens kommt dieser Fall nicht sehr häufig vor, und zweitens möchte der Votant die Frage hier auf die Umverteilung von Rechten betroffener Grundeigentümer innerhalb des Verdichtungsgebiets beschränken. Wenn das Ganze auf die Rechte Nichtbeteiligter ausgedehnt wird, wird das Projekt überladen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über den Antrag von Nicole Imfeld auf jeden Fall abgestimmt wird. Wenn er angenommen wird, kann man in einem zweiten Schritt festlegen, wo er sinnvollerweise platziert wird.

Für Baudirektor **Urs Hürlimann** ist man auf dem richtigen Weg, wenn es in dieser Debatte gelingt, nicht einer Ideologie zu folgen oder die vorliegende Gesetzesrevision einfach zu bodigen, sondern die realen Probleme zu lösen, die sich dem Kanton Zug in nächster Zukunft stellen werden. Die Meinungen gehen − wie man sieht − allerdings weit auseinander. Der Regierungsrat und die Arbeitsgruppe, die drei Jahre lang an diesem Projekt gearbeitet hat, waren sich sehr wohl bewusst, dass es in der vorliegenden Frage um Privateigentum und ein gut schweizerisches Recht geht. Der Kantonsrat hat im Voraus aber bereits wegleitende Entscheide gefällt. So wurden erstens Siedlungsbegrenzungslinien festgelegt − und die Bevölkerung steht zu mindestens 99 Prozent hinter der Siedlungsbegrenzung. Zweitens hat der Kantonsrat Verdichtungsgebiete definiert − und nun geht es darum, dort die Verdichtung umzusetzen. Dazu braucht es entsprechende Instrumente. Instrument Nummer 1 ist die vorliegende Anpassung des Planungs- und Baugesetzes. Dieses zeigt nicht Wirkung für morgen, sondern für die nächsten Jahrzehnte. Die grosse Herausforderung für den Kanton Zug in den nächsten Jahrzehnten besteht darin, ein mässiges Wachstum zu bewältigen. Am letzten Dienstag hat der Regierungsrat die Kantonsratsvorlage betreffend Grundzüge der räumlichen Entwicklung verabschiedet. Diese wird am 30. November überwiesen und geht am 7./8. Dezember in die Beratung in der Kommission für Raumplanung und Umwelt. Die Regierung beantragt dem Parlament ein mässiges Wachstum auf 148'000 Bewohnerinnen und Bewohner, das entspricht einem von 1,5 auf 0,9 Prozent gebremsten Wachstum. Und es braucht Instrumente, um diese Einbremsung durchsetzen zu können. Aus Sicht der Regierung ist es deshalb nötig, dass als *ultimo ratio* − nachdem *alles* in Bewegung gesetzt wurde, um eine einvernehmliche Lösung zu finden − eine Enteignung möglich ist. Wenn diese Möglichkeit im Gesetz vorgesehen ist, kann das auch ein Ansporn für die Verhandlungspartner sein, zielgerichtet an die Sache heranzugehen und wirklich Lösungen zu suchen. Die zwangsweise Durchsetzung der Gebietsverdichtung soll also möglich sein, und dafür braucht es das Instrument der Enteignung.
Der Baudirektor bittet den Rat, mit Blick auf die Entwicklung des Kantons Zug in den nächsten Jahrzehnten die nötigen Instrumente zu schaffen, also den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass als Erstes nun über die von Nicole Imfeld beantragte Ergänzung von § 48 Abs. 2a mit einem neuen Bst. c abgestimmt wird. Er liest den Wortlaut des Antrags nochmals vor.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Imfeld auf einen neuen Bst. c mit 52 zu 23 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat genehmigt mit 50 zu 24 Stimmen § 48 Abs. 2a gemäss Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*§ 49 Abs. 1 Bst. a*

**Daniel Abt** stellt im Namen der FDP-Fraktion den **Antrag,** bei § 49 Abs. 1 Bst. a bestehendes Recht beizubehalten. Die FDP setzt sich für den Schutz des Eigentums als eines der höchsten Güter ein. Selbstverständlich wäre es schön, wenn durch einen neuen Gesetzesartikel sogenannte Querulanten und Verhinderer gefügig gemacht werden könnten. Doch auch diese Minderheiten haben ihr Eigentum einmal erworben, und sie haben ein Anrecht darauf, dieses zu behalten. Für die FDP ist es nicht verantwortbar, dass der Staat Instrumente schafft, um den Bürger zu enteignen. Das viel gehörte Argument, dass ein einzelner Stockwerkeigentümer den Neubau eines Wohnblocks verhindern könne, zählt nicht. Jeder Eigentümer geht die Konstellation des Stockwerkeigentums freiwillig ein, mit allen damit verbundenen Vor- und Nachteilen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, ihm durch Enteignung eines unbequemen Miteigentümers einen Vorteil zu verschaffen. Man stelle sich vor: Jemand besitzt ein Haus, das er seit Jahren bewohnt, vielleicht sogar von seinen Eltern übernehmen konnte. Er hat das Haus mit viel Herzblut und Engagement während Jahren unterhalten, regelmässig investiert und den Garten mit viel Freude gepflegt. Er hat in seinem Heim seine Kinder grossgezogen und in dieser Zeit Höhen und Tiefen erlebt. Nun aber liegt dieses Haus in einem Verdichtungsgebiet, und ein Investor konnte die Grundstücke in der Nachbarschaft erwerben. Je nach Konstellation steht der erwähnte Besitzer nun alleine da und wird gezwungen, sein geliebtes Heim zu verlassen, um später einen Realersatz − in diesem Fall wohl eine Wohnung − zu beziehen. Der einzige, der davon profitiert, ist der Investor, niemand sonst. Ein solches Vorgehen darf keinesfalls gesetzlich vorgeschrieben werden.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass die FDP-Fraktion eigentlich denselben Antrag wie die SVP-Fraktion stellt: genereller Verzicht auf Gebietsverdichtungen. In § 49 Abs. 1 geht es um die Quoren für die Einleitung des Verdichtungsverfahrens. Der Kommissionspräsident schlägt vor, als Erstes nun die Frage der Quoren zu bereinigen und den Antrag der FDP dann mit jenem der SVP zusammenzulegen. Materiell stimmen diese überein.
Im Übrigen ist das von Daniel Abt gezeichnete Bild des kleinen Eigentümers in seinem Knusperhäuschen, der vom gierigen Spekulanten überrollt wird, nicht ganz richtig. Die Kommission hat dieses Bild auch gesehen, und sie hat versucht, den Knusperhäuschen-Eigentümer zu schützen, indem sie für die Einleitung des Verfahrens die Zustimmung der Eigentümer von drei Viertel der betreffenden Fläche festlegen will. Der Regierungsrat schlägt zwei Drittel der Fläche vor, die Kommission aber möchte diese Voraussetzung verschärfen: Die Eigentümer von drei Viertel der fraglichen Fläche sollen finden müssen, die Neuzuteilung der Flächen sei in ihrem Interesse, bevor man das Verdichtungsverfahren einleiten kann. Der Votant bittet insbesondere jene, die dem Gebietsverdichtungsverfahren kritisch gegenüberstehen, die Version der Kommission zu unterstützen. Diese versucht, die Giftzähne des Gesetzes zu ziehen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass der Regierungsrat der Meinung ist, ein Quorum von zwei Drittel sei richtig; die vorberatende Kommission und die Stawiko schlagen ein höheres Quorum vor. Der Entscheid darüber liegt beim Kantonsrat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über die Frage des Quorums abgestimmt wird. Über den Antrag der FDP-Fraktion auf Beibehaltung bestehenden Rechts wird am Schluss zusammen mit dem Streichungsantrag der SVP abgestimmt.

**Manuel Brandenberg** möchte über den Antrag der FDP-Fraktion jetzt abstimmen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** erinnert an den in der Geschäftsordnung verankerten Grundsatz, dass zuerst die Detailfragen bereinigt und dann über die Grundsatzfrage abgestimmt wird. Das bedeutet im vorliegenden Fall, dass zuerst geklärt werden muss, wie die Mehrheit des Kantonsrats die Gebietsverdichtung ausgestaltet haben will, bevor über die Grundsatzfrage entschieden wird, ob es dieses Instrument überhaupt geben soll. Dafür wird die bereinigte Version der Gebietsverdichtung der Streichung aller dieses Instrument betreffenden Paragrafen gegenübergestellt. Nur so kann materiell der wahre Wille des Parlaments zum Ausdruck gebracht werden. Wenn man schon bei Einzelparagrafen die Grundsatzfrage stellen kann, hat man keine saubere Willensbildung. Das sollte allen Demokraten klar sein. Der Votant verzichtet aber auf eine Staatskundevorlesung − auch wenn eine Klasse der Kantonsschule zu Besuch ist.

**Daniel Abt** kann die Ausführungen von Heini Schmid nachvollziehen. Es ist aber der Wille der FDP-Fraktion, dass über ihren Antrag abgestimmt wird. Im Übrigen wird die FDP noch die Streichung eines weiteren Paragrafen beantragen. Sie möchte aber keine generelle Streichung.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** weist darauf hin, dass eine Abstimmung über den FDP-Antrag bedeutet, dass ein einzelner Paragraf herausgebrochen wird und damit das ganze Gebietsverdichtungsverfahren nicht mehr funktioniert. Das kommt materiell dem SVP-Antrag auf generelle Streichung gleich. Denn ohne Regelung, wie das Verfahren eingeleitet werden kann, ist die Gebietsverdichtung gestorben. Dieses Vorgehen widerspricht der Geschäftsordnung. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** dass der Rat darüber entscheiden soll, ob eine Abstimmung § 49 im jetzigen Zeitpunkt zulässig sein soll.

**Thomas Werner** ist dafür, über den von Daniel Abt gestellten Antrag abzustimmen. In der Detailberatung stimmt der Rat Paragraf für Paragraf darüber ab, welche Version er will bzw. ob er allenfalls eine Streichung will. Wenn dieses Vorgehen dazu führt, dass ein Gesetz in sich nicht mehr funktioniert, dann ist es halt einfach Pech. Man muss in einem solchen Fall dann auch nicht mehr lange studieren, ob man dem Gesetz zustimmen will oder nicht.

**Andreas Hürlimann** ist der Meinung, dass der Rat kein Interesse daran haben kann, ein Gesetz durchzuberaten, das am Schluss schlicht nicht mehr funktioniert. Dann könnte man die Übung gleich abbrechen. Das würde sicher dem Gusto der SVP entsprechen, die grosse Mehrheit des Rats aber möchte heute in der ersten Lesung die Details klären. Die Systematik ist genau so, wie sie Heini Schmid geschildert hat: Zuerst müssen die Details geklärt werden, um am Schluss entscheiden zu können, ob man mit dem Ganzen nun einverstanden ist oder nicht. Wenn ein wichtiges Element bereits jetzt herausgebrochen wird, wird die schon jetzt komplizierte Debatte nur noch komplizierter. Ein systematisches Vorgehen ist deshalb wichtig, zumal sich ja niemand gegen eine Abstimmung über die Grundsatzfrage ausspricht. Zur Debatte steht einzig der Zeitpunkt dieser Abstimmung.

Für **Manuel Brandenberg** ist der Vorschlag von Kommissionspräsident Heini Schmid korrekt: Wenn sich der Rat bezüglich des Verfahrens nicht einig ist, sollte er darüber abstimmen. Der Votant ist der Ansicht, dass über einen Antrag, der in der Detailberatung gestellt wird − wie es Daniel Abt getan hat −, abgestimmt wird.

**Michael Riboni** möchte klarstellen, dass der Antrag der FDP-Fraktion und jener der SVP-Fraktion nicht dasselbe sind. Die SVP verlangt Beibehaltung des geltenden Rechts über den ganzen Titel, die FDP hingegen verlangt geltendes Recht nur für § 49. Das ist ein Unterschied. Deshalb muss *jetzt* über den Antrag der FDP abgestimmt werden, nicht erst am Schluss.

Kommissionspräsident **Heini Schmi**d hält fest, dass es in der Juristerei letztlich nicht um formelle Fragen, sondern um materielle Wirkungen geht − und die materielle Wirkung der zwei Anträge ist dieselbe. Man kann nun entweder am Schluss dem SVP-Antrag zustimmen und damit das ganze Thema streichen − was saubere Rechtstechnik wäre −, oder man kann − etwas verquer − das Herzstück herausreissen und so das Thema beenden. Formell überspitzt kann man vielleicht einen Unterschied zwischen den Anträgen sehen, materiell aber laufen sie auf dasselbe hinaus. Der Rat sollte deshalb darüber abstimmen, ob durch die Streichung eines Einzelparagrafen das Thema Gebietsverdichtung schon vor der Bereinigung beerdigt werden kann oder nicht.

**Nicole Imfeld** stellt einen **Ordnungsantrag:** Die stellvertretende Landschreiberin soll die rechtliche Situation aus neutraler Sicht darlegen. Der Rat kann ja nicht die Katze im Sack kaufen und am Schluss − wie von Thomas Werner salopp vorgeschlagen − ein Gesetz verabschieden, das gar nicht funktioniert. Sie fordert die FDP-Fraktion im Weiteren auf, ihren Antrag für den Folgeparagrafen offenzulegen und schon jetzt zu erläutern.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** hält fest, dass die GO KR zwar sogenannte Grundsatzentscheide vorsieht. Diese sind aber in einem viel früheren Stadium des Verfahrens zu fällen. Hier in der Detailberatung sind nun verschiedene Möglichkeiten denkbar, wobei der Rat wahrscheinlich erst dann in der Lage ist, über die Beibehaltung oder Nichtbeibehaltung geltenden Rechts zu entscheiden, wenn er das neue Recht in der bereinigten Fassung kennt. Die stellvertretende Landschreiberin empfiehlt deshalb, die Detailberatung zum ganzen Thema Gebietsverdichtung vorzunehmen und die bereinigte Fassung dann dem alten Recht gegenüberzustellen.

**Daniel Abt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion im Interesse der Effizienz mit dem Vorschlag der stellvertretenden Landschreiberin einverstanden ist.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat genehmigt mit 53 zu 22 Stimmen § 49 Abs. 1 Bst. a in der Version der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*§ 49 Abs. 3*
*§ 51 Abs. 2 und 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 52 Abs. 1 Bst. a*

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass die Kommission hier − auch materiell begründet − eine andere Darstellung gewählt hat. In § 48 hat der Rat entschieden, dass der Gemeinde kein selbstständiges Enteignungsrecht zukommen

soll. Damit ist auch schon der Entscheid zu § 52 Abs. 1 gefallen, denn wenn die Gemeinde kein Enteignungsrecht hat, braucht es hier die Formulierung, welche die Kommission vorschlägt.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat bei § 52 Abs. 1 Bst. a und b der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 52 Abs. 1a*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass es hier um die Frage geht, wie gross die Zustimmung der Grundeigentümerschaft zum sogenannten Neuzuteilungsplan im Rahmen des Gebietsverdichtungsverfahrens sein muss. Der Regierungsrat schlägt vor, dass die einfache Mehrheit der Grundeigentümer bzw. zwei Drittel der betroffenen Fläche ausreichen soll, die vorberatende Kommission und die Stawiko wollen für dieses scharfe Instrument analog zu § 49 ein qualifiziertes Mehr von drei Viertel der Grundeigentümer bzw. neun Zehntel oder mehr der Fläche − wobei sich der Kommissionspräsident erlaubt, sich namens der Kommission der klareren Formulierung der Stawiko anzuschliessen: «neun Zehntel oder mehr». Materiell geht es also um zwei Fragen: einerseits um das Quorum der Grundeigentümer, andererseits um die Fläche. Möglicherweise braucht es dazu zwei einzelne Abstimmungen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** bestätigt, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält. Der Rat hat sich schon vorhin deutlich für ein höheres Quorum ausgesprochen. Nun steht der zweite «Giftzahn» − wie es Heini Schmid genannt hat − zur Debatte. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die höheren Quoren die Durchsetzbarkeit der entsprechenden Möglichkeiten stark vermindert, weshalb er seinen Antrag aufrechterhält.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat folgt mit 50 zu 22 Stimmen dem Antrag der Staatswirtschaftskommission und der vorberatenden Kommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass § 53 ebenfalls mit dem Thema Gebietsverdichtung zusammenhängt. In der paragrafenweisen Beratung der Vorlage wird deshalb jetzt auf § 53 vorgegriffen. Über den Antrag, auf die Möglichkeit der Gebietsverdichtung grundsätzlich zu verzichten, nach der Beratung von § 53 abgestimmt.

*§ 53 Abs. 1*

Kommissionspräsident **Heini Schmid** bestätigt, dass § 53 mit der Gebietsverdichtung bzw. der Enteignungsmöglichkeit zusammenhängt. Es ist deshalb sinnvoll, § 53 vor der Grundsatzabstimmung ebenfalls noch zu bereinigen.
Materiell wurde über § 53 Abs. 1 schon bei § 48 Abs. 2a entschieden, nämlich über die Frage, ob den Gemeinden ein selbständiges Enteignungsrecht zukommen soll oder nicht. Der Rat hat den Gemeinden kein Enteignungsrecht gegeben, womit der Antrag des Regierungsrats betreffend Abs. 2 Bst. e obsolet geworden. Gegenüber geltendem Recht unterscheidet sich der Antrag der Kommission einzig durch die

Streichung des unnötigen Einschubs «im öffentlichen Interesse» in Abs. 1 und formell durch eine andere Stellung des Wörtchens «für» im Gesamttext.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat folgt bei § 53 Abs. 1 mit 48 zu 24 Stimmen dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat folgt bei § 53 Abs. 2 Bst. a bis d mit 49 zu 24 Stimmen dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat folgt bei § 53 Abs. 1 Bst. e mit 48 zu 22 Stimmen dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun alle Paragrafen zur Gebietsverdichtung bzw. zur allfällige Enteignung bereinigt sind. Damit kann über die Grundsatzfrage geltendes Recht vs. geändertes Recht gemäss den Anträgen der SVP- und der FDP-Fraktion abgestimmt werden.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat entscheidet sich mit 43 zu 32 Stimmen für das geänderte Recht.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die auf § 52 folgenden Paragrafen weiterberaten werden.

*Titel nach § 52*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*Titel nach 7a*

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Stadtrat von Zug am 19. September 2017 die Mitglieder des Kantonsrats mit einem Schreiben bediente und diverse Anträge stellte; Urs Raschle wird diese Anträge zu gegebener Zeit einbringen. Aufgrund dieser Anträge ergeben sich verschiedene Grundsatzfragen und Unterfragen. Zur Gewährleistung eines klaren Abstimmungsprozederes wird der Vorsitzende bei der entsprechenden Bestimmung jeweils kurz darlegen, worum es geht, um welche Fragen es sich handelt und welcher Grundsatzentscheid ansteht.
Nach Rücksprache mit der Baudirektion wurden die neu eingegangenen Anträge den Anträgen des Regierungsrats, der vorberatenden Kommission sowie der Stawiko gegenübergestellt. Im Wesentlichen geht es um folgende zwei Grundsatzfragen:
• Grundsatzfrage 1: Soll die Mehrwertabgabe für sämtliche Um- und Aufzonungen sowie für einfache und ordentliche Bebauungspläne ab dem ersten Quadratmeter (Antrag Urs Raschle) oder erst ab einem gewissen Schwellenwert (Antrag Regierungsrat) erhoben werden können? Die Stawiko und der Regierungsrat schliessen sich hier dem Antrag der vorberatenden Kommission an.
• Grundsatzfrage 2: Soll die Mehrwertabgabe bei Umzonungen und Aufzonungen sowie bei Bebauungsplänen mittels Rahmengesetz (Antrag Urs Raschle), bei dem die Gemeinden unterschiedliche und auch höhere Abgaben verlangen können, oder mit einer abschliessenden kantonalrechtlichen Lösung (Antrag Regierungsrat),

an der sich die Gemeinden orientieren müssen, geregelt werden? Kommission und Stawiko schliessen sich dem Antrag des Regierungsrats an.
Falls der Antrag gestellt wird, für die Mehrwertabgabe keine kantonale Lösung zu treffen, sondern es bei der Bundesvorgabe zu belassen, wird darüber erst nach der Bereinigung von § 52a abgestimmt.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Titel nach 7a.

*§ 52a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier die Grundsatzfrage «Kompetenz für die Gemeinden oder abschliessende kantonale Lösung?» zur Debatte steht.

Für **Urs Raschle** kommt man nun zum Herzstück der Vorlage. Er erinnert an sein letztes Votum: Er erklärte damals, dass die Vorlage für die Stadt Zug sehr wichtig ist, weshalb der Stadtrat sich bereits im Vorfeld an den Kantonsrat gewandt hat. In § 52a geht es um die Frage, wie hoch die Mehrwertabgabe sein soll bzw. wer deren Höhe festlegen kann. Die Konferenz der gemeindlichen Bauchefs und auch der Regierungsrat haben es angetönt, dass es um eine Frage der Subsidiarität geht und dass jede Gemeinden hier die Kompetenz erhalten sollte, die Entscheidung selbst zu treffen. Im Moment steht aber ein kantonales Gesetz zur Diskussion. Der Stadtrat von Zug schlägt deshalb vor, dass die Höhe der Mehrwertabgabe *mindestens* 20 Prozent betragen soll, aber auch höher ausfallen kann, wenn eine Gemeinde dies möchte. Die Stadt Zug und der Stadtrat sind sich bewusst, dass sich die Situation in jeder Gemeinde anders präsentiert. Deshalb braucht es Instrumente, die je nach Gemeinde anders eingesetzt werden können. Der Votant bittet deshalb, dem Vorschlag der Stadt Zug und der Konferenz der Bauchefs zu folgen und die Verantwortung, ob und in welcher Höhe eine Mehrwertabgabe verlangt werden kann, den Gemeinden zu überlassen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält vorerst fest, dass es bei § 52a Abs. 1 keine Änderung geben wird. Über die Grundsatzfrage gemäss Vorschlag der Stadt Zug bzw. Antrag von Urs Raschle wird bei Abs. 2 abgestimmt, wo es um die Höhe der Mehrwertabgabe bzw. um die Frage geht, wie hoch die Gemeinden allenfalls die Mehrwertabgabe ansetzen können, dies natürlich immer unter Berücksichtigung des bundesrechtlichen Minimums von 20 Prozent bei Einzonungen. Die Kommission hat über diese Frage auch diskutiert, allerdings lag ihr der Vorschlag der Stadt Zug nicht vor, so dass sie sich darüber keine Meinung bilden könnte. Der Kommissionspräsident glaubt allerdings, dass die Kommission in einer so wichtigen Frage eine kantonale Lösung will. Die Gemeinden können ja selbst entscheiden, ob sie auch bei Um- und Aufzonungen eine Mehrwertabgabe wollen. Bezüglich der Grundsatzfrage, wie viel man abschöpfen soll, war die Kommission aber der Meinung, dass für den ganzen Kanton eine einheitliche Regelung getroffen werden soll. Zu dieser Ansicht kam sie auch mit Blick darauf, dass Gemeindeversammlungen nicht der geeignete Ort sind, um so komplexe Gesetzesvorlagen zu beraten, und sich die Gemeinden − die Stadt Zug mit ihrem Gemeindeparlament ist hier eine Ausnahme − darauf sollen verlassen können, dass die schwierige Gesetzgebungsarbeit hier auf Ebene Kanton erledigt wird. Der Votant bittet, den Grundsatzentscheid im Sinne der Kommission und der Regierung zu fällen, also für eine abschliessende kantonale Regelung zu stimmen.

**Daniel Abt** hält fest, dass der Kanton Zug in den letzten Jahren seine Hausaufgaben sehr gut gemacht hat. Er hat mit Mass und nicht auf Reserve eingezont. Die bundesgesetzliche Idee, mit der Mehrwertabgabe eine Kasse zu äufnen, aus der Auszonungen finanziert werden können, ist grundsätzlich gut, im Kanton Zug aber nicht nötig. Die FDP ist daher entschieden der Meinung, dass die Mehrwertabgabe kantonal auf das bundesgesetzliche Minimum von 20 Prozent beschränkt werden soll. Man stelle sich vor, dass man im Rahmen eines Bebauungsplans zu einer zusätzlichen Ausnützung kommt. Dabei müssen sämtliche baugesetzlichen Vorschriften, die ein Bebauungsplan zu erfüllen hat, umgesetzt werden. Die Erarbeitung eines rechtsgültigen Bebauungsplans erfordert nicht zuletzt einen grossen finanziellen Aufwand für den Bauwilligen, wobei dieser das volle Risiko trägt, Schiffbruch zu erleiden. Die Planungsarbeit kann beim Volk aus x-beliebigen Gründen keinen Anklang finden und die vorfinanzierte Planung damit obsolet werden. Wenn die Planung aber glückt, kommt der Staat und macht die hohle Hand. Das entspricht in keiner Weise dem Verständnis der FDP, weshalb sie am bundesrechtlichen Minimum festhalten will.

**Nicole Imfeld** geht davon aus, dass zuerst über § 52a Abs. 1 Bst. a und b und allenfalls Bst. c gemäss Antrag der Stadt Zug abgestimmt wird.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über die Grundsatzfrage abgestimmt wird, ob die Kompetenz zur Festlegung der Höhe der Mehrwertabgabe den Gemeinden übertragen werden soll oder ob es eine abschliessende kantonale Lösung gibt.

Für **Nicole Imfeld** liegt der springende Punkt nicht darin, ob es 20 Prozent oder mehr als 20 Prozent sind. Entscheidend ist vielmehr, dass im Gesetz tatsächlich festgehalten wird, dass bei Um- und Aufzonungen sowie bei Bebauungsplänen der Mehrwert abgeschöpft werden kann. Was Daniel Abt gesagt hat, ist richtig: Im Kanton Zug werden keine Auszonungen kompensiert werden müssen. Wenn ein Grundeigentümer auf seinem Areal aber statt drei plötzlich sechs Stockwerke und auch noch dichter bauen kann, kommt er zu massiv mehr Nutzfläche und damit letztlich zu einem deutlich höheren Gewinn. Der Landwert bemisst sich nämlich nach dem realisierbaren Projekt, und ein Projekt mit deutlich mehr Nutzen führt zu einem deutlich höheren Landpreis. Der Eigentümer des Grundstücks profitiert also davon, dass sein Land plötzlich viel mehr wert ist. Ein Grundstück, auf dem ein dreistöckiges Mehrfamilienhaus gebaut werden kann, hat einen Wert von beispielsweise 1000 Franken pro Quadratmeter. Wenn auf demselben Grundstück nun plötzlich ein 30 Meter hohes, also zehnstöckiges Haus gebaut werden kann, steigt der Landpreis automatisch. Natürlich werden die Erstellungskosten höher sein, aber diese werden nicht berücksichtigt, sondern nur der ursprüngliche und der neue Landwert verglichen. Und auf dieser Differenz, die der Eigentümer einfach geschenkt erhält und für die er nichts tun muss, wird der Mehrwert erhoben. Natürlich muss er die Planung eines Projekts finanzieren, das gilt aber auch für die Regelbauweise. Und ein Richtprojekt zu entwickeln, kostet ungefähr das Zehnfache dessen, was die Paragrafen für einen Bebauungsplan effektiv vorschreiben – das weiss die Votantin aus Erfahrung. Entscheidend ist, dass jetzt in einem ersten Schritt auch die Um- und Aufzonungen sowie Bebauungspläne, wie es der Antrag von Urs Raschle will, ins Gesetz aufgenommen werden und man sich nicht mit der bundesrechtlichen Minimalvorgabe begnügt. Denn genau dort, bei der Innenentwicklung, geht es um viel Geld. Und soll dieses Geld bzw. dieser höhere Wert des Grundstücks tatsächlich einfach dem Grundeigentümer geschenkt werden? Das will wohl niemand. Das Zuger Stimmvolk hat die Revision des Raumplanungs-

gesetzes deutlich angenommen. Es hat offensichtlich genug davon, dass immer einzelne Private profitieren, und es will, dass alle etwas von diesem Mehrwert haben. Dieser wird im Übrigen nur zu 20 Prozent oder etwas mehr abgeschöpft. Wenn jemand einen Mehrwert von 100 Millionen Franken hat, verbleiben ihm also nach der Abschöpfung immer noch 80 Millionen Franken für sich selbst − ohne dass er irgendetwas dafür getan hat. In diesem Sinn bittet die Votantin, unbedingt auch die Um- und Aufzonungen sowie die Bebauungspläne ins Gesetz aufzunehmen − und erst dann über die Höhe der Mehrwertabschöpfung zu diskutieren, wobei die Votantin selbst für einen kantonale einheitlichen Prozentsatz ist.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** möchte sicherstellen, dass alle wissen, worüber abgestimmt wird. In Absprache mit dem Antragsteller Urs Raschle soll über die Grundsatzfrage, ob die Gemeinde einen Handlungsspielraum erhalten soll oder der Kantons abschliessend legiferiert, bei § 52a Abs. 2 diskutiert werden. Es wird deshalb noch nicht über Abs. 1 abgestimmt. Wenn sich der Rat bei Abs. 2 für die Formulierung «Die Höhe der Abgabe beträgt 20 % […]» entscheidet, gibt es keinen Handlungsspielraum für die Gemeinden mehr. Dann müssen auch die Einzelfragen, die sich aus dem Antrag von Urs Raschle ergeben, nicht mehr diskutiert und bereinigt werden; es stünden dann nur noch die Anträge des Regierungsrat, der Kommission für Raumplanung und Umwelt und der Stawiko im Raum. Es wäre deshalb effizient, bei § 52a Abs. 2 über die erwähnte Grundsatzfrage zu entscheiden. Die von Nicole Imfeld vorgebrachten Fragen stehen dann bei Abs. 2a zur Diskussion, wo das über das bundesrechtliche Minimum hinaus Notwendige geregelt wird. Dort wird in erster Linie über die Höhe der Mehrwertabschöpfung und über allfällige Schwellenwerte bei welchen Tatbeständen zu diskutieren sein. Mit diesem Vorgehen werden alle Fragestellungen sauber abgehandelt.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die SVP-Fraktion es mit Blick auf die Effizienz des Ratsbetriebs begrüssen würde, wenn sofort über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt würde. Denn auch die SVP will nur das bundesgesetzliche Minimum: 20 Prozent bei Neueinzonungen.
Beim Votum von Nicole Imfeld ist dem Votanten das Weltbild aufgefallen, das hinter der Aussage steckt, man schenke den Grundeigentümer etwas. Fakt ist, dass der Staat dem Eigentümer durch einen Zonenplan extrem viel wegnimmt, indem er ihm vorschreibt, dass er sein Land nur in einer bestimmten Art bebauen kann. Dem Eigentümer wird durch eine Um- oder Aufzonung also nur etwas zurückgegeben, was ihm gehört.

**Barbara Gysel** erinnert daran, dass zehn von elf Gemeinden die Ansicht vertreten, dass die Gemeinden die Kompetenz betreffend Höhe der Mehrwertabgabe erhalten sollen. Für die Votantin ist das eigentlich überraschend.
Zu der von Daniel Abt ins Feld geführten privaten Vorfinanzierung von Bauprojekten ist zu sagen, dass natürlich auch die öffentliche Hand massgeblich dazu beisteuert, Bebauungspläne zu ermöglichen. Die Votantin erinnert an das Projekt Unterfeld in Zug: Es waren nicht nur die privaten Investoren, sondern auch die öffentliche Hand, die im langen Planungsprozess mitarbeiteten.

**Gabriela Ingold** spricht hier nicht als Stawiko-Präsidentin. Sie ist der Ansicht, dass es im kleinräumigen Kanton Zug keinen Sinn macht, Kompetenzen in dieser Frage an die Gemeinden zu delegieren. Erstens kann man dieses Thema dem Stimmvolk nicht erklären. Und zweitens könnte es im Ägerital beispielsweise dazu führen, dass die Mehrwertabgabe in Oberägeri 20 Prozent, in Unterägeri aber 40 Prozent

beträgt. Oder im Gebiet Baar–Zug, wo ja auch – notabene auf dem Gebiet beider Gemeinden – das erwähnte Unterfeld liegt, hätte man in Baar eine Mehrwertabgabe von vielleicht 30 Prozent, in der Stadt Zug aber 20 Prozent. Das geht nicht. Letztendlich ist die Mehrwertabgabe eine objektbezogenen Steuer wie die Grundstückgewinnsteuer, und diese ist in allen Gemeinden gleich. Vielleicht gibt es im Veranlagungsverfahren gewisse Unterschiede, aber der Steuersatz ist im ganzen Kanton gleich. Im Übrigen ist es für die Votantin verständlich, dass sich die gemeindliche Exekutivbehörde in der vorliegenden Frage mehr Kompetenzen wünschen. Die Votantin würde es sich an deren Stelle vielleicht auch wünschen. Als Kantonsrätin vertritt sie aber das Volk – und sie ist dezidiert der Meinung, dass die Kompetenz hier beim Kanton bleiben soll.

**Hans Baumgartner** teilt mit, dass die CVP-Fraktion eine Mehrwertabgabe bei Bebauungsplänen ablehnt. Es braucht nämlich besondere Leistungen der Grundeigentümer, um überhaupt eine Mehrnutzung zu erhalten. Wichtig ist aber, die grossen Brocken zu erfassen, die ähnlich gelagert sind wie Neueinzonungen. Ein Beispiel ist die Umzonung des Papiri-Areals in Cham. Dieses Grundstück durfte bisher nur industriell genutzt werden, mit der Umzonung kann es nun mit Wohnhäusern verdichtet überbaut werden. Der Mehrwert für die Grundeigentümer, aber auch die Belastungen und der Investitionsbedarf für die Gemeinde Cham sind riesig. Und es ist ein seltsames Gerechtigkeitsverständnis, wenn die Grundeigentümer die grossen Gewinne sollen einstreichen können, nur weil der Staat ihrem Grundstück auf dem Zonenplan eine andere Farbe gegeben hat, während den benachbarten Grundeigentümern das Land für die neu benötigte Infrastruktur, welche die Wertsteigerung überhaupt erst ermöglicht, für ein Trinkgeld weggenommen wird – gar nicht davon zu sprechen, dass die entsprechenden Enteignungen schon von vorneherein eingeleitet werden. Und wenn im Papiri-Areal dann dreitausend Menschen mit vielleicht tausend Hunden einziehen, brauchen auch diese eine entsprechende Infrastruktur, die zulasten der benachbarten Grundeigentümer geht. Der Gewinn aber verbleibt letztlich nur dem Grundeigentümer, dessen Grundstück vom Staat eine andere Zonenplanfarbe erhielt.
Der Votant ist überzeugt, dass so grosse Umzonungen und bauliche Verdichtungen die Zustimmung des Souveräns nur noch erhalten werden, wenn die Gewinner eine Gegenleistung erbringen. Im Fall des Papiri-Areals handelte der Gemeinderat auf der Basis privatrechtlicher Verträge verschiedene Planungsausgleiche aus. Mit dem neuen Gesetzesentwurf, der die Mehrwertabgabe regelt, sind solche Verträge nicht mehr möglich, weil die Aufzählung der Mehrwertabgabe-Tatbestände in § 52a Abs. 1 abschliessend ist.
Die CVP-Fraktion ist so oder so der Meinung, dass die Abgabe klar und einheitlich geregelt und nicht individuell – nach Belieben oder eben je nach Zusammensetzung des Gemeinderats – festgelegt werden soll. Sie erachtet die Bedingungen und die Höhe der Abgaben, wie sie die vorberatende Kommission vorschlägt, als verhältnismässig und gerecht. Die CVP befürwortet klar eine Mehrwertabgabe bei grossen Mehrwerten und unterstützt in diesem Sinn grossmehrheitlich den Antrag und die Quoren der Kommission.

**Andreas Hürlimann** erinnert nochmals daran, dass sich alle elf Gemeinden im Grundsatz für die Stossrichtung der Stadt Zug, also für den Antrag von Urs Raschle, aussprechen. Es gibt kleine Unterschiede, aber zehn von elf Gemeinderäten haben es für nötig erachtet, nochmals einen Gemeinderatsbeschluss zu erarbeiten, um dem Kantonsrat eine konsolidierte Meinung wiedergeben zu können; in einer Gemeinde ist es nur die Meinung des Bauchefs. Die Einschätzung der Ge-

meinden ist wichtig, denn sie sind mit realen Problemen in diesem Bereich konfrontierte. Es ist deshalb wichtig, mindestens in die Richtung des Regierungsrats zu gehen, besser aber noch, den Gemeinden einen Spielraum zuzugestehen. Natürlich gibt es Themen, die man am liebsten schweizweit einheitlich geregelt haben möchte, während bei anderen Themen auf die Subsidiarität und die Kantons- und Gemeindeautonomie verwiesen wird. Die bisherigen Voten lassen erkennen, dass es wohl eher Richtung kantonale Lösung gehen wird. Der Votant möchte aber nochmals zu bedenken geben, dass aus Sicht der Gemeinderäte fast aller Zuger Gemeinden eine differenzierte Lösung zielführend wäre: Neuheim soll eine andere Regelung treffen können als Baar oder Zug, wo die Verdichtung ein ganz anderes und eminent wichtigeres Thema ist.

**Barbara Gysel** findet es interessant, dass Gabriela Ingold als Liberale sich für eine einheitliche, kantonalrechtliche Lösung ausgesprochen hat. Im Bereich Steuern würde dieselbe Haltung nämlich den Steuerwettbewerb aushebeln. Wenn der Rat also bereit ist, eine materielle Steuerharmonisierung voranzutreiben, kann er auch beim heute diskutierten Thema eine kantonale Lösung unterstützen.

**Daniel Abt** bezieht sich auf die Aussage von Hans Baumgartner, dass im Papiri-Areal mit dreitausend Zuzügern zu rechnen sei, welche die Infrastruktur belasten und hohe Kosten verursachen. Jeder Bewohner belastet die Infrastruktur, aber dafür bezahlt er Steuern. Auch für die tausend Hunde werden Steuern bezahlt. Man darf hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Im Übrigen wird die Mehrwertabgabe − es war vom Unterfeld oder vom Papiri-Areal die Rede − sicher nicht vom Investor bezahlt. Sie wird vielmehr auf die Erstellungskosten und die Mieten aufgerechnet. Und das macht für eine Wohnung mit 100 Quadratmeter Fläche überschlagsmässig sofort einen um 2000 Franken höheren Jahresmietzins aus. Man muss sich also fragen, ob man das will oder nicht. Die FDP ist auf jeden Fall entschieden dagegen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass jetzt eigentlich die Grundsatzdiskussion betreffend Mehrwertabgabe geführt wird. Er möchte deshalb schon jetzt die Meinung der Kommission zu dieser Frage darlegen − wobei diese Meinung mit Stichentscheid des Präsidenten zustande kam und man demnach auch sagen könnte, es sei die persönliche Meinung des Präsidenten.
Die Abstimmung über das revidierte Raumplanungsgesetz des Bundes − im Kanton Zug mit über 70 Prozent angenommen − hat gezeigt, dass die Bevölkerung eine Abschöpfung zugunsten des Staates will, wenn durch Umzonungen und Veränderung der Bauordnungen grosse Mehrwerte geschaffen werden. Die Bevölkerung will nicht mehr, dass jemand durch einen Federstrich Millionen verdient, während der Staat allenfalls hohe Kosten zu tragen hat. Das Volk hat diese Haltung in der Abstimmung sehr eindrücklich zum Ausdruck gebracht − und das war auch der Leitfaden für die Kommission. Das bundesrechtliche Minimum bei Neueinzonungen war selbstverständlich kein Thema. Bezüglich Auf- und Umzonungen sowie Mehrnutzungen aufgrund von Bebauungspläne ist die Kommission zum Schluss gekommen, dass das Volk dort, wo eine Umzonung einer Neueinzonung gleichkommt − das Beispiel Papiri-Areal in Cham wurde bereits erwähnt −, ebenfalls will, dass ein gewisser Beitrag zugunsten der Allgemeinheit geleistet wird. Sie schlägt deshalb grundsätzlich auch eine Mehrwertabschöpfung bei Um- und Aufzonungen sowie Bebauungsplänen vor.
Wie aber soll diese Abgabe ausgestaltet werden? Andere Kantone verlangen eine Abgabe ab dem ersten Quadratmeter Mehrnutzung. Das bedeutet, dass beispiels-

weise bei der Aufzonung einer Stockwerkeigentümergemeinschaft von 0,7 auf 0,8 auf dem betreffenden Grundstück eine latente Mehrwertsteuerforderung entsteht. Wenn die Eigentümergemeinschaft dann tatsächlich neu bauen will und sich um die Finanzierung kümmert, wird der Bankbeamte auf diese latente Belastung aufmerksam machen. Die Kommission will die Verdichtung fördern, und es ist kontraproduktiv, wenn bei allen Aufzonungen eine latente Mehrwertsteuerforderung entsteht. Dann werden sich die Stockwerkeigentümer nämlich schon gegen die Aufzonung wehren, weil daraus bereits eine Forderung des Staats entsteht. Die Kommission hat sich deshalb überlegt, ab welcher Schwelle die Mehrwertabgabe eingeführt werden soll. Es sollte nicht jede Bagatelle sein. Und es geht nicht darum, den Grundeigentümern die Substanz wegzunehmen. Und es sind nicht nur Grossinvestoren, sondern auch Pensionskassen und einzelne Stockwerkeigentümer − also eigentlich alle −, denen der Staat plötzlich einen Teil des Grundeigentums wegnimmt, weil dieses von 0,7 auf 0,8 aufgezont wurde. Aber das will wohl niemand. Der Votant ist bislang davon ausgegangen, dass die Substanz des Eigentums dem Privaten gehört, nicht dem Staat. Und wenn man mit diesem Eigentum Geld verdient, bezahlt man zu Recht Steuern. Es ist aber systemfremd, dass der Staat in die Substanz des privaten Eigentums eingreift. Dieser Durchbruch wurde aber vollzogen, und das Volk hat ihm bezüglich Neueinzonungen zugestimmt. Und die Kommission vertritt − wie gesagt − die Meinung, dass dort, wo eine Umzonung einer Neueinzonung gleichkommt − deshalb die Schwelle von 50 Prozent −, es vernünftig ist, den in diesen Fällen meist grossen Mehrwert zum Teil auch anderen zukommen zu lassen. Es sollen aber nicht sämtliche Aufzonungen dazu führen, dass der Staat am Grundeigentum Privater beteiligt ist. Es soll also nicht jeder Grundeigentümer mit einer höheren Einzonung und damit mit einer latenten Mehrwertsteuer rechnen müssen. Die Kommission wollte sich auf die wesentlichen Um- und Aufzonungen beschränken, um tatsächlich die Verdichtung zu fördern und diese nicht mit einer Abgabe ab dem ersten Mehrwert zu behindern.

**Nicole Imfeld** möchte auf Heini Schmids Votum anhand eines Beispiels − es handelt sich um einen echten Fall − antworten. Auf dem betreffenden Areal wären mit der Regelbauweise ungefähr 13'000 Quadratmeter Nutzfläche möglich, was rund 130 Wohnungen entspricht. Mit einem Bebauungsplan sind auf demselben Areal 21'000 Quadratmeter Nutzfläche möglich, also 210 Wohnungen. Die zusätzlichen 80 Wohnungen führen natürlich zu höheren Erstellungskosten, aber kein Investor baut, wenn er keinen Gewinn erzielt. Nun führen aber die 80 zusätzlichen Wohnungen mit ihren vielleicht 300 Bewohnern inklusive Kinder unter Umständen dazu, dass die Gemeinde eine Schulklasse mehr führen, vielleicht sogar einen neuen Schulpavillon erstellen muss etc. Die Folgekosten können also beträchtlich sein. Und mit einer Grenze bei 50 Prozent wäre das betreffende Projekt nicht mehrwertabgabepflichtig. Sämtliche Kosten, die für Bildung oder für Verkehrs- und Freizeitinfrastruktur entstehen, bleiben also beim Staat. Natürlich steigen auch die Steuereinnahmen, aber diese decken die zusätzlichen Kosten nicht. Die Hürde von 50 Prozent ist klar zu hoch. Allenfalls könnte man die Schwelle auch in absoluten Zahlen, beispielsweise bei 100'000 oder 200'000 Franken Mehrwert, festlegen. 50 Prozent aber sind eindeutig zu hoch. Die Votantin plädiert in diesem Sinn für den Antrag von Urs Raschle: 20 Prozent ab dem ersten Mehrwert.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** erläutert, dass § 52a Abs. 1 Bst a und b die bundesgesetzlichen Vorgaben enthält. Abs. 2 enthält mit 20 Prozent ebenfalls die Mindestvorgabe des Bundes. Nicole Imfeld möchte nun, dass die in § 52a Abs. 2a Bst. a und b festgelegten Anwendungsfälle nicht in die

Kompetenz der Gemeinden oder des Kanton fallen, sondern *zwingend* mehrwertabgabepflichtig werden sollen. Die Bundeslösung soll also um die Anwendungsfälle in Abs. 2a angereichert werden. Die Anträge der Regierung und der Kommissionen besagen, dass es für die Anwendungsfälle Abs. 1 Bst. a und b kantonal zwingend eine Mehrwertabgabe geben soll, während die Anwendungsfälle in Abs. 2a Bst. a und b allenfalls − je nach Ergebnis der Abstimmung über die Variante der Regierung bzw. der Kommission − in die Kompetenz der Gemeinden fallen können. Zusätzlich liegt noch der Antrag der Stadt Zug bzw. von Urs Raschle vor, der besagt, dass bezüglich der Anwendungsfälle von Abs. 2a nicht der Kanton, sondern die Gemeinden die Spielregeln bestimmen sollen.
Um diese Verästelungen zu klären, schlägt die stellvertretende Landschreiberin vor:
• zuerst grundsätzlich zu entscheiden, ob es eine abschliessende kantonale Regelung oder aber ein kantonales Rahmengesetz mit Spielraum für die Gemeinden geben soll;
• danach Abs. 2a zu bereinigen;
• schliesslich darüber zu entscheiden, ob die Regelungen von Abs. 2a gemäss Antrag von Nicole Imfeld allenfalls in Abs. 1 integriert werden sollen.

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat stimmt mit 50 zu 23 Stimmen für eine abschliessende kantonale Regelung.

*§ 52a Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52a Abs. 2*

**Hanni Schriber-Neiger** stellt namens der ALG- und der SP-Fraktion den **Antrag** auf folgende Formulierung von § 52a Abs. 2: «Die Höhe der Abgabe beträgt mindestens 40 % des Bodenmehrwerts.» Die ALG findet es sehr bescheiden und nicht nachvollziehbar, dass die bundesrechtliche Minimalabschöpfung von 20 Prozent auch im Kanton Zug angewandt werden soll, sind es doch gerade der Kanton Zug und seine Gemeinden, welche massiv in den Ausbauten der Infrastruktur investieren müssen. Die Landbesitzerin oder der Landbesitzer kommt dank eines mehr oder weniger glücklichen Zufalls zu Bauland, welches durch die Zonenänderung viel mehr Wert erhält. Das rechtfertigt eine angemessene, sprich höhere Mehrwertabschöpfung. Das Geld geht in einen Topf «Spezialfinanzierung» und dient für allfällige Entschädigungszahlen bei Rückzonungen, was es im Kanton Zug aber kaum geben wird. Weiter sollen damit Beiträge an Massnahmen zur Renaturierung und zur Aufwertung in Schutz- und Erholungsgebieten, für öffentliche Spielplätze, aber auch für die Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau geleistet werden. Die Votantin dankt für die Unterstützung des Antrags.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** erläutert, dass die Kommission davon ausgeht, dass die allgemeinen Staatsaufgaben mit den normalen Steuern bezahlt werden. Bis anhin wurden Infrastrukturkosten entweder über direkte Beiträge − Stichwort Perimeterverfahren − oder aus allgemeinen Steuermitteln bezahlt. Deshalb müssen auch der Eigenmietwert und Mieteinahmen versteuert werden − und dies nicht zu knapp. Die Mehrwertabgabe dient nicht dazu, allgemeine Staatsaufgaben zu finanzieren. Man hat bisher also nicht in die Substanz eingegriffen, um staatliche

Aufgaben zu finanzieren. Nun aber gibt es in der Gesellschaft auch einen Konsens darüber, dass bei der Schaffung sehr grosser Mehrwerte ein gewisser Beitrag geleistet und dieser Kapitalgewinn − genau darum handelt es sich eigentlich − besteuert werden soll. Diese Besteuerung soll sich nach Meinung der Kommission an normalen Steuersätzen orientieren. Mit 20 Prozent liegt man in der Nähe der Grundstückgewinnsteuer von 10 Prozent und dem Zuger Grenzsteuersatz von 25 Prozent. Bei 40 Prozent müsste man sich die Frage stellen, worum es denn eigentlich geht: Geht es um eine Umverteilung? Der Votant war bis anhin der Ansicht, dass das Eigentum eigentlich dem Privaten gehört. Natürlich kann man das ändern, allerdings zeigt die Geschichte, dass eine solche Änderung wenig erfolgsversprechend ist.

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat lehnt den Antrag, die Mehrwertabgabe auf mindestens 40 Prozent festzulegen, mit 53 zu 17 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission (20 Prozent).

*§ 52a Abs. 2a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es hier um die Frage geht, ob die Mehrwertabgabe auch mittels verwaltungsrechtlichem Vertrag oder nur − auch gegen den Willen der Eigentümerschaft − mittels Verfügung erhoben werden kann.

**Urs Raschle** teilt mit, dass die Stadt Zug beantragt, auf die von der Regierung und der vorberatenden Kommission vorgeschlagene Möglichkeit eines verwaltungsrechtlichen Vertrags zu verzichten. Sicher ist, dass der Stadtrat und die Stadt Zug am meisten Erfahrung mit Verdichtung haben. Im Moment sind in Zug drei grosse Projekte am Laufen, in denen es um Verdichtung geht, wobei in einem Fall eine entsprechende Vereinbarung angestrebt wird. Nun weigert sich aber genau dort jemand, eine solche Vereinbarung zu unterzeichnen. Der Votant hat sich vorhin nicht zu Wort gemeldet, als es darum ging, dass die Gemeinde jemanden unter Druck setzen oder gar enteignen kann, damit ein Projekt umgesetzt werden kann; hier hält sich die Stadt eher zurück. Im erwähnten Fall möchten Investoren ein konkretes Projekt umsetzen, man ist sich einig − und nun kommt jemand, der nicht mitmachen will. Der Votant ist überzeugt, dass auch Daniel Abt als Holzbauunternehmer es trotz seiner liberalen Haltung nicht verstehen könnte, wenn Grundeigentümer und Investoren ein Projekt umsetzen möchten, dies aber von einer einzigen Person verhindert werden kann. Der Votant bittet deshalb den Rat, seinem Antrag zu folgen, die Möglichkeit einer Vereinbarung zu streichen und so die Umsetzung eines Projekts zu ermöglichen, wenn die Grundeigentümer und Investoren sich einig sein.

➔ **Abstimmung 17:** Der Rat lehnt den Antrag von Urs Raschle mit 46 zu 28 Stimmen ab und folgt damit dem Antrag des Regierungsrats und der Kommission.

*§ 52a Abs. 2a Bst. a und b*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

Für **Manuel Brandenberg** wäre jetzt der Zeitpunkt, über den Vorschlag der FDP-Fraktion auf Streichung von § 52a Abs. 2a abzustimmen. Bei einer Streichung wäre

man beim bundesrechtlichen Minimum einer Mehrwertabgabe von 20 Prozent nur bei Neueinzonungen. Wenn die FDP-Fraktion jetzt den entsprechenden Antrag stellt, wird die SVP sie unterstützen, Andernfalls wird sie den Antrag selber stellen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** ist mit dem Vorschlag von Manuel Brandenberg einverstanden. Bezüglich verwaltungsrechtlichem Vertrag wurde nämlich bereits entschieden. Bezüglich Mehrwertabgabe materiell umstritten ist einzig noch die Wendung «insbesondere für den preisgünstigen Wohnungsbau» in § 52d Abs. 1. Das dürfte für die Grundsatzfrage betreffend Um- und Aufzonungen sowie Bebauungsplänen aber nicht entscheidend sein. Es würde jetzt also darüber abgestimmt, ob § 52a Abs. 2a Bst. a und b in der Variante der Kommission und Regierung im Gesetz bleiben soll, oder ob dieser Teil gemäss Antrag der FDP-Fraktion gestrichen werden soll, also bundesrechtliches Minimum ohne Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen sowie Bebauungsplänen. Was allenfalls noch bereinigt werden müsste, wäre ein Vorschlag auf eine Schwelle von weniger als 50 Prozent.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass der Rat nun bei den vor vier Stunden geschilderten vier Varianten angelangt ist:
- Variante des Regierungsrats, der in der Frage der Mehrwertabschöpfung mit 50 Prozent eine andere Haltung vertritt als die Kommission;
- Variante der Kommission;
- Variante der Stadt Zug, unterstützt von den Gemeinden;
- bundesrechtliche Minimalvorgaben.

Der Rat hat bereits im vorangehenden Traktandum über die raumplanerischen Herausforderungen gesprochen, die in den nächsten Jahren auf den Kanton Zug zukommen. Und hier sind der Kanton und die Gemeinden, die Bauherren und Investoren, also alle gefordert. Nun hat man einerseits die bundesrechtliche Minimallösung, andererseits die Vorstellungen der Stadt und der Gemeinden − und in der Mitte steht die Lösung der Kommission, erarbeitet nach stundenlangem Vergleich von Zahlenmaterial etc. Für die Regierung ist es ein Lösungsansatz, der die beiden Pole natürlich nicht voll zufriedenstellt, aber den Weg für die Bewältigung der künftigen Aufgaben aufzeigt. Die Regierung stellt sich in diesem Sinn hundertprozentig hinter den Antrag der Kommission, der darauf hinausläuft, nur «grosse Kisten» abzudecken, und damit gegenüber dem Vorschlag der Regierung noch mehr in die Richtung von FDP und SVP geht: möglichst wenig Mehrwertabschöpfung.
Im Kanton Zug wird es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten kaum Neueinzonungen geben. Man sollte deshalb den Gemeinden bezüglich Um- und Aufzonungen im besprochenen Sinn entgegenkommen, damit sie ihre Infrastrukturaufgaben lösen können. Die betreffenden Gelder sollen ja zu 100 Prozent an die Gemeinden gehen und nicht zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt werden. Der Baudirektor bittet deshalb, den Antrag der Kommission zu unterstützen und eine Beschränkung auf das bundesrechtliche Minimum abzulehnen.

**Urs Raschle** gibt zu, dass die Angelegenheit ziemlich komplex ist, aber auch hier stellt die Stadt Zug einen wichtigen Antrag: Sie ist der Meinung, dass die Mehrwertabgabe ab dem ersten Quadratmeter erhoben werden soll. Heini Schmid hat es bereits angetönt: Eine Umzonung erfolgt nicht einfach so, sondern es braucht dazu einen politischen Prozess, der es erlaubt, sich gegen die Umzonung zu wehren. Wenn es aber zu einer Auf- oder Umzonung kommt, geht es oft um viel Geld − und die Bevölkerung möchte zunehmend am Ertrag beteiligt sein. Die Kommission hat die Schwelle auf 50 Prozent und mehr erhöht. Der Votant hat in seinem ersten Votum bereits gesagt, dass die Stadt den von der Regierung in der Vernehmlassung

gemachten Vorschlag von 20 Prozent akzeptieren konnte. 50 Prozent aber sind einfach zu viel. Bei einem konkreten Beispiel an der Baarerstrasse, einem wichtigen Verdichtungsgebiet, kommt man auf 44 Prozent, was aber immerhin 15'000 Quadratmeter entspricht. Das betreffende Projekt würde also nicht der Mehrwertabgabe unterliegen. Auch bei einem anderen Projekt im Bereich Hertizentrum würde kaum ein Franken an Mehrwertabgabe anfallen. Das kann es wirklich nicht sein!
Die Stadt Zug hat ausgerechnet, dass bis 2045 die Kosten, welche durch das Wachstum entstehen, bei 100 Millionen Franken liegen. Wer um Himmels willen soll das bezahlen? Der Steuerzahler? Ein beträchtlicher Teil dieser Kosten kommt dadurch zustande, dass Investoren grosse Projekte umsetzen können. Wenn in der Stadt Zug alle Projekte, die im Moment in der Pipeline oder im Köcher sind, umgesetzt würden und eine Mehrwertabschöpfung von 20 Prozent möglich wäre, kämen immerhin etwa 40 Millionen Franken zusammen, die an die Gesellschaft und Bevölkerung zurückfliessen würden − wobei klar ist, dass dieser Betrag in Infrastrukturprojekte investiert würde, die wegen des Bevölkerungswachstums nötig werden. Sollen künftig tatsächlich grosse Projekte umgesetzt werden können und Investoren dabei viel Geld verdienen, ohne dass die Gesellschaft etwas davon hat? Wer Letzteres verneint, muss den Antrag der Stadt Zug unterstützen. So wird es möglich sein, dass auch ein grosser Teil der Gesellschaft zumindest ein bisschen von diesen Projekten profitiert.

**Daniel Abt** möchte klarstellen, dass der Stadtrat von Zug im Kantonsrat keine Anträge stellen kann. Wenn Kantonsrat Urs Raschle hier Anträge stellt, ist das selbstverständlich in Ordnung. Der Stadtrat aber hat hier kein Antragsrecht.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass die «Gesellschaft» doch auch etwas erhält, wenn ein Privater ein Projekt umsetzt, erfolgreich ist und für sich selber Geld verdient! Der Private wird sein Geld ja wieder investieren, er wird anderen Leuten Arbeit geben etc. Das ist doch genauso gut, wie wenn das Geld beim Staat landet! Oder hat jemand das Gefühl, die Gesellschaft profitiere mehr, wenn der Staat über das Geld verfügen kann? Der Votant ist zwar erst 45 Jahre alt, aber seine Lebenserfahrung hat ihm gezeigt, dass dem nicht so ist. Vielmehr zeigt ihm seine Erfahrung, dass es besser ist, wenn der Private mit dem Geld etwas macht.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** hält bezüglich des weiteren Vorgehens nochmals fest, dass § 52a Abs. 1 und 2 der bundesrechtlichen Lösung entspricht, also zwingendes Recht ist. Bei Abs. 2a gibt der Bund den Kantonen die Kompetenz, Um- und Aufzonung sowie Bebauungspläne nach eigenem Gutdünken zu regeln. Nicole Imfeld beantragt, dass diese Fälle so behandelt werden, wie es in Abs. 1 festgelegt ist. Das ist materiell eigentlich ein Unterantrag zum Antrag des Regierungsrats und der Kommission zur Massgeblichkeit, also zur Frage, ab wann die Abgabe geschuldet ist − wobei der Antrag Imfeld darauf hinausläuft, dass die Mehrwertabgabe für das Ganze geschuldet ist. Die Grundsatzfrage, die der Rat nun beantworten muss, lautet: Soll im Kanton Zug das bundesrechtliche Minimum gelten, oder soll auch der in Abs. 2a enthaltene Sachverhalt gesetzlich geregelt werden? Wenn der Rat entscheidet, auch den Sachverhalt von Abs. 2a zu regeln, muss die entsprechende Regelung bereinigt und die bereinigte Fassung dann über das Ganze dem Antrag Imfeld gegenübergestellt werden.

➔ **Abstimmung 18:** Der Rat spricht sich mit 43 zu 30 Stimmen für eine über das bundesrechtliche Minimum hinausgehende kantonale Regelung aus.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass sich der Regierungsrat bei § 52a Abs. 2a Bst. a und b dem jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** möchte, dass hier über den Antrag von Urs Raschle, den Mehrwert ab dem ersten Quadratmeter bzw. Franken zu besteuern, abgestimmt wird. Dieser Antrag betrifft sowohl sowohl Bst. a als auch Bst. b.

➔ **Abstimmung 19:** Der Rat lehnt den Antrag von Urs Raschle zu § 52a Abs. 2a Bst. a (Schwellenwert bei Umzonungen) mit 46 zu 26 Stimmen ab und genehmigt den Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats.

➔ **Abstimmung 20:** Der Rat lehnt den Antrag von Urs Raschle zu § 52a Abs. 2a Bst. b (Schwellenwert bei Aufzonungen und Bebauungsplänen) mit 47 zu 27 Stimmen ab und genehmigt den Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats.

*§ 52a Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats

*§ 52a0 Abs. 1, 2 und 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es hier um die Frage geht, ob die Mehrwertabgabe auch als Sachleistung abgegolten werden kann oder ob − so der Antrag von Urs Raschle − auf diese Möglichkeit verzichtet werden soll. Die vorberatende Kommission und die Stawiko schliessen sich dem Antrag des Regierungsrats an.

➔ **Abstimmung 21:** Der Rat folgt mit 49 zu 25 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 52a1 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52a1 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass § 52a1 Abs. 2 obsolet geworden ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*§ 52a1 Abs. 3 bis Abs. 5*
*§ 52b Abs. 1 Bst. a und b*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 52b Abs. 2 Bst. a und b*

**Pirmin Andermatt** stellt den **Antrag,** in § 52b Abs. 2 die Wendung «unter solidarischer Haftbarkeit» zu streichen. Es kann nicht sein, dass Grundeigentümer für die Mehrwertabgabe eines anderen Grundeigentümers haften müssen. Das wurde auch im Vorstand des Hauseigentümerverbands Zugerland gerügt, welchem der Votant angehört. Die Konsequenzen insbesondere bezüglich der Höhe des Verschuldungsgrads sind nicht absehbar. Wie nämlich werden die Banken eine solche Solidarhaftung bei der Berechnung der Verschuldung berücksichtigen? Was geschieht, wenn jemand eine Eigentumswohnung kaufen möchte und sich die Bank nach einer allfälligen und vermutlich sogar erstrangigen Solidarhaftung erkundigt, die schnell 10 oder 20 Prozent des Gesamtwerts der Wohnung ausmachen kann und sich auch noch auf die übrigen Stockwerkeigentümer erstreckt? Das geht nicht! Man stelle sich vor: Wenn man die Möglichkeit hat, im Kanton Zug eine Eigentumswohnung zu kaufen − was an sich eher selten ist −, läuft man Gefahr, solidarisch für die Mehrwertabgabe aller anderen Stockwerkeigentümer zu haften. Das kann und darf es wirklich nicht sein! Der Votant bittet deshalb, seinen Antrag zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 22:** Der Rat stimmt der Streichung von «unter solidarischer Haftbarkeit» mit 63 zu 7 Stimmen zu.

**Barbara Gysel** hat dem Antrag von Pirmin Andermatt zugestimmt, weil sie ihn plausibel fand. Sie hat aber eine Stellungnahme des Regierungsrats vermisst. Sie schlägt vor, dass die Regierung allfällige gewichtige Argumente gegen nun beschlossene Streichung in der zweiten Lesung einbringt.

*§ 52b Abs. 2 Bst. a und b*
*§ 52b Abs. 3 bis Abs. 5*
*§ 52c Abs. 1*
*§ 52c Abs. 2 Bst. a*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 52c Abs. 2 Bst. b*

**Hanni Schriber-Neiger** stellt für die ALG-Fraktion und die SP-Fraktion den **Antrag** auf folgende Formulierung: «Arrondierungen mit einer einzuzonenden Fläche von weniger als 50 $m^2$». Im Kanton Zug werden sehr hohe Bodenpreise bezahlt, in Zentrumslagen 2500 bis 3000 Franken pro Quadratmeter. Es ist daher nicht richtig, wenn bei Arrondierungen Flächen bis zu 100 Quadratmeter, die neu zu Bauland werden, keine Mehrwertabgabe schulden. Bei 100 Quadratmeter Land mit einem Mehrwert von 1000 Franken pro Quadratmeter wäre ein Betrag von 100'000 Franken abgabefrei. Die entstehenden Unkosten aber trägt die Gemeinde − und trotzdem soll sie bis zu einer Fläche von 100 Quadratmeter keine Mehrwertabgabe erhalten. Das geht nach Ansicht der ALG und der SP nicht. Sie beantragen deshalb, bei Arrondierungen nur einzuzonende Fläche von weniger als 50 Quadratmeter von der Mehrwertabgabe zu befreien.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission diese Frage nur am Rand diskutiert hat. Sie vertrat grundsätzlich die Meinung, dass man sich

auf die wesentlichen Neueinzonungen beschränken und kleine Arrondierungen nicht thematisieren solle. Man kann die Schwelle in guten Treuen statt bei 100 bei 50 oder 25 oder gar 5 Quadratmeter festsetzen − irgendwie bleibt sie immer willkürlich. Wichtig ist für die Kommission, dass kleine Arrondierungen keine Mehrwertabgabe auslösen.

➔ **Abstimmung 23:** Der Rat genehmigt mit 53 zu 19 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52d Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die vorberatende Kommission hier unterschiedliche Anträge stellen. Die Stawiko schliesst sich dem Antrag des Regierungsrats an.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** erklärt, dass es hier um die Frage nach der Verwendung der Mehrwertabgabe geht. Der Bund schreibt vor, dass sie für raumplanerische Massnahmen verwendet werden muss. Nach Ansicht der Kommission reicht das vom Kreisel bis zum Kinderspielplatz und noch weiter, ist also sehr unbestimmt. In der Kommission setzte sich die Überzeugung durch, dass von der Bodenpreissteigerung hauptsächlich Leute betroffen sind, die ein moderates Einkommen verfügen und damit Schwierigkeiten haben, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung finanzieren zu können. Die Kommission wollte deshalb ein Zeichen setzen und unverbindlich, gewissermassen mit einem gesetzgeberischen Fingerzeig, darauf hinweisen, dass mit dem Profit aus der Bodenspekulation besonders jene Personen unterstützt werden sollen, die von dieser Entwicklung am meisten betroffen sind.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Die spezielle Erwähnung eines Unterstützungstatbestands ist wenig sinnvoll. Die wertfreie Aufzählung, wie sie der Regierungsrat vorschlägt, genügt.

➔ **Abstimmung 24:** Der Rat folgt mit 42 zu 30 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 52d Abs. 2 Bst. a und b*

Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Die Debatte wird hier unterbrochen und nach dem gemeinsamen Mittagessen fortgeführt.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

62. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 26. Oktober 2017 (Nachmittag)
Zeit: 13.50 – 16.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch
bzw. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet, Menzingen

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

## 883 Präsenzkontrolle

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 75 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Richard Rüegg, Silvia Thalmann und Karen Umbach, alle Zug; Kurt Balmer, Risch.

## 884 Mitteilung

Der Kantonsratspräsident verlässt die Sitzung um 15.30 Uhr, um in Montreux an der Nationalen Föderalismuskonferenz teilzunehmen. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet wird dann den Vorsitz übernehmen.

Den Platz des Landschreibers nimmt weiterhin die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

## 885 Traktandum 3.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Kündigung des Kulturlastenkonkordats als Beitrag zur Entlastung des Staatshaushaltes des Kantons Zug**

Vorlage: 2785.1 - 15572 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**886** Traktandum 3.2: **Motion der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Förderprogramm zur Senkung des Energieverbrauchs bei der Gebäudetechnik**
Vorlage: 2791.1 - 15583 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**887** Traktandum 3.3: **Motion der SP-Fraktion betreffend Grundstückgewinnsteuer im Kanton Zug**
Vorlage: 2793.1 - 15585 (Motionstext).

**Florian Weber** stellt im Namen der FDP-Fraktion den **Antrag,** die Motion der SP-Fraktion nicht zu überweisen. Der Rat diskutierte heute bereits ausführlich über Mehrwertabgaben. Der Hauptgrund für diese Mehrwertabgabe ist nachvollziehbar: Geld, um die Kosten der Verdichtung zu begleichen. Es ist davon auszugehen, dass jede Erhöhung der Steuern auf Immobilien grossmehrheitlich auf den Käufer oder Mieter abgewälzt wird. Für die FDP ist es deshalb nicht nachvollziehbar, wie man einerseits günstigen Wohnraum und entsprechende staatliche Fördermassnahmen fordern kann und auf der anderen Seite mit allen Mitteln die Immobilien und somit auch die Wohnungspreise verteuern möchte. Der Votant ruft dazu auf, den Markt, die Wohnungspreise und die kantonale Verwaltung nicht noch mehr mit solchen Vorlagen zu strapazieren und das Geschäft nicht zu überweisen.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion ebenfalls den **Antrag** stellt, die Motion nicht zu überweisen. Die Argumentation der SP ist geradezu abenteuerlich: Die Gemeinden schwimmen bereits im Geld − wenn nicht von den eigenen Steuerzahlern, so zumindest aus dem ZFA-Topf. Das letzte Beispiel kommt aus Cham.
Man braucht diesen Vorstoss wirklich nicht überweisen. Die heutige Regelung ist vernünftig, und es gibt keinen Grund, sie zu ändern. Ganz im Gegenteil: Es wäre eine gute Idee, dem Kanton die Hälfte, also 5 Prozent, zuzugestehen. Noch besser wäre es, die Steuer generell um die Hälfte zu senken. Die von Jahr zu Jahr auftretenden grossen Schwankungen bei der Grundstückgewinnsteuer führen dazu, dass die Gemeinden zu Recht sehr vorsichtig budgetieren. Diese Steuereinnahme ist fast nicht vorauszusehen, und wenn eine Gemeinde effektiv in den Genuss einer solchen Steuer kommt, ist es schwierig, dem überraschten Steuerzahler zu erklären, dass der Gemeinderat die Finanzen eigentlich im Griff habe. Es ist wie im Lotto: Mit etwas Glück gewinnt man. Der Votant bittet also, die Motion nicht zu überweisen. Übrigens wurde die Grundstückgewinnsteuer eingeführt, um die Spekulation zu verhindern, und nicht, um langjährige Eigentümer − etwa Familien, die seit Generationen ein Stück Land haben und es nun aus bestimmten Gründen verkaufen wollen − zu bestrafen.

**Alois Gössi** hat einmal mehr das Vergnügen, zu einem Nichtüberweisungsantrag Stellung zu nehmen. Er selbst unterstützt als mittlerweile leider einziger wirklich liberaler Kantonsrat jede Überweisung, aus welchem politischen Lager auch immer sie kommt und auch wenn der Inhalt wenig sinnvoll oder zweckmässig zu sein scheint. Mit dem Bericht des Regierungsrats kann dann die politische Diskussion über das Anliegen geführt werden: Ist es sinnvoll oder nicht?
Der Tenor in der Fraktionssitzung der SP war klar: Der Nichtüberweisungsantrag kommt wie das Amen in der Kirche! Und genau das ist geschehen. Was aber will die SP mit ihrer Motion? Es geht um eine Änderung der Besteuerung der Grundstückgewinne, ausschliesslich für Private und die Einwohnergemeinden. Grundstück-

gewinne sollen vor allem bei einer kurzen Haltedauer nicht mehr zu einem tiefen bzw. minimalen Satz von 10 Prozent, sondern minimal zu 20 Prozent besteuert werden. Der SP ist bewusst, dass Steuererhöhungen, in welcher Form auch immer, für das grosse Mehr des Kantonsrats nach wie vor ein rotes Tuch sind. Die Überweisung der Motion würde nach Vorliegen des regierungsrätlichen Berichts aber eine politische Diskussion zu diesem Thema ermöglichen. Mit einer Nichtüberweisung wird die Diskussion von vorneherein abgewürgt.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat beschliesst mit 25 Ja- und 44 Nein-Stimmen die Überweisung der Motion. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum von zwei Drittel der Stimmenden wird nicht erreicht.

**888** Traktandum 3.4: **Interpellation von Daniel Marti betreffend Wirkungsanalyse kantonaler Förderprogramme und deren Einfluss auf Globalbeiträge vom Bund**
Vorlage: 2787.1 - 15575 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**889** Traktandum 3.5: **Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen ausländischer Sozialhilfeempfänger**
Vorlage: 2790.1 - 15582 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)
**Fortsetzung der Beratung vom 28. September 2017:**

**890** Traktandum 6.1: **Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht (Fortsetzung)**
Vorlagen: 2736.1 - 15425 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2736.2 - 15426 (Antrag des Regierungsrats); 2736.3/3a - 15467 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt); 2736.4/4a - 15525 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission)

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

*Titel nach § 52d*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52e Abs. 1 bis Abs. 4*

**Manuel Brandenberg** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 52e zu streichen. Es geht hier um die Zuweisung von Land zur Bauzone, die von der Zusicherung der Eigentümerschaft abhängig gemacht werden kann, das Land ab Erreichen der Baureife innert einer festzusetzenden Frist zu überbauen. Der Staat, der die Einzonung vorbereitet, verpflichtet also den Eigentümer zu einer raschen Überbauung im Fall der Einzonung − möglicherweise verbunden mit der Drohung,

dass sein Land bei einer Weigerung nicht eingezont werde. Die SVP würde es begrüssen, wenn es objektive rechtliche Grundsätze für eine Einzonung gäb, ohne dass das Damoklesschwert der schnellen Überbauung auf einen Eigentümer herunterfallen kann. Man muss hier bedenken, dass nicht jeder Eigentümer von eingezontem Land dieselben wirtschaftlichen Möglichkeiten hat. Es gibt Eigentümer, die wirtschaftlich und liquiditätsmässig sehr potent sind und unmittelbar nach der Einzonung bauen können. Es gibt aber auch Eigentümer, die aus wirtschaftlichen Gründen eine solche Frist nicht eingehen wollen. Diesen die Einzonung zu verweigern, würde nicht einer rechtsgleichen Behandlung entsprechen. Der Votant bittet deshalb, § 52e zu streichen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass diese Frage − wenn er sich richtig erinnert − in der Kommission zu keiner grossen Diskussion geführt hat. Grundsätzlich gilt es ja die Verfügbarkeit von Bauland zu fördern. Im Kanton Zug, wo bei der nächsten Zonenplanrevision − wenn überhaupt − maximal 10 Hektaren Land neu eingezont werden können, muss man eine gewisse Garantie haben, dass das neu eingezonte Land innert einer vernünftigen Frist wirklich überbaut wird. Die Situation hat sich gegenüber früher geändert. Damals konnte man grosse Flächen einzonen, und es war nicht so wichtig, dass dann tatsächlich gebaut wurde; es gab ja noch andere Möglichkeiten. Heute aber ist es wichtig, dass die Gemeinden nur dort einzonen, wo in absehbarer Zeit wirklich gebaut wird. Und wenn ein Grundeigentümer heute das Privileg einer Einzonung erhält, kann man von ihm durchaus verlangen, dass er innert nützlicher Frist baut.

**Nicole Imfeld** ergänzt, dass der Bund bekanntlich eine gewisse Fruchtfolgefläche vorschreibt. Eingezont wird aber immer Landwirtschaftsland, die Fruchtfolgefläche wird also mit jeder Einzonung kleiner. Wenn dieses eingezonte Land dann nicht überbaut wird, schadet man sich gleich doppelt: Man verkleinert die Fruchtfolgefläche und hat trotzdem keine neuen Wohnbauten. Die Votantin empfiehlt deshalb dringend, den Streichungsantrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 52e mit 45 zu 26 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52f Abs. 1 Bst. a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission und die Stawiko in § 52f Abs. 1 dem Regierungsrat anschliessen.

**Andreas Hürlimann** hat bisher als Vertreter der Gemeinden und der gemeindlichen Bauchefs gesprochen, nun aber spricht er für die ALG- und die SP-Fraktion. Nach § 52f können neu die Gemeinden, gestützt auf ein Gutachten der kantonalen Schätzungskommission, ein gesetzliches Kaufrecht zum Verkehrswert ausüben, wenn Bauland unverbaut verharrt. Dieses Kaufrecht bedingt jedoch die kumulative Erfüllung von klar definierten und sehr einschränkenden Voraussetzungen. Mit der neuen Bestimmung erhalten die Gemeinden die Möglichkeit, bereits eingezontes Bauland verfügbar zu machen. Das ist grundsätzlich zu begrüssen. Zudem − das muss nochmals in aller Deutlichkeit gesagt werden − handelt es sich um eine «kann»-Formulierung. Auch in einem Gemeinderat muss sich also eine Mehrheit für ein solches Vorhaben finden lassen. Darum ist die Dauer von fünfzehn Jahren gemäss Abs. 1 Bst. a viel zu lange. Angemessener wäre aus Sicht der SP und der

ALG eine Dauer von fünf Jahren und Vorliegen der Baureife, in dem das betreffende Bauland seit Inkrafttreten dieser Bestimmung im Zonenplan für die Überbauung vorgesehen ist. Dabei muss zudem, wie in Abs. 2 vorgesehen, ein öffentliches Interesse das private klar überwiegen. Es ist daher für eine wirkliche Handhabung in diesem Bereich wichtig, die Frist zu verkürzen. Die SP- und die ALG-Fraktion stellen daher gemeinsam den **Antrag** auf folgende Formulierung von § 52f Abs. 1 Bst. a: «das betreffende Bauland muss seit mindestens 5 Jahren seit Inkrafttreten dieser Bestimmung im Zonenplan für die Überbauung vorgesehen und seit mindestens zehn Jahren baureif sein».
Eine Bemerkung zu Abs. 1 Bst. b: Diese Bestimmung ist grundsätzlich überflüssig, und man könnte sie eigentlich wegzulassen. Eine ausgewiesene Nachfrage für die bauliche Nutzung muss bereits bei der Einzonung vorhanden sein. Raumplanerische Massnahmen wie Einzonungen erfolgen ja erst aufgrund einer solchen Nachfrage. Ist Bauland eingezont, ist die Nachfrage für die bauliche Nutzung somit bereits ausgewiesen. Da Bst. b jedoch nicht wirklich wehtut und nur etwas Platz in der Gesetzessammlung wegschnappt, stellt der Votant hierzu keinen Antrag.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass über diese Frist auch in der Kommission diskutiert wurde. Warum fünfzehn Jahre? Der Zonenplan hat einen Zeithorizont von fünfzehn Jahren. Damit hat ein Grundeigentümer fünfzehn Jahre Zeit, um eine Überbauung zu realisieren, muss er doch damit rechnen, dass er bei der nächsten Zonenplanrevision allenfalls wieder ausgezont werden könnte. Da es bisher kein Kaufrecht gab, ist die hier vorgeschlagene Frist von ebenfalls fünfzehn Jahren im Sinne eines angewandten Vertrauensschutzes richtig. Bis anhin musste der Grundeigentümer nämlich nicht damit rechnen, dass die Gemeinde ein Kaufrecht ausüben kann. Wenn er nun realisiert, was ihm allenfalls droht, soll er die Chance haben, sein Grundstück rechtzeitig zu überbauen − innert derselben Frist wie bei einer Neueinzonung. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass es heute für eine Überbauung, insbesondere wenn sie im Rahmen eines Bebauungsplans erfolgt, mindestens zehn Jahre braucht; die Verfahren, die es zu durchlaufen gilt, dauern sehr lange. Und wenn man dem Grundeigentümer nicht genügend Zeit für die Realisierung eines Bauprojekts gibt, läuft man Gefahr, dass die Gemeinde die Verfahren absichtlich verzögert, um in den Genuss des Kaufrechts zu kommen.

**Manuel Brandenberg** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** den ganzen § 52f zu streichen. Die SVP will kein zwangsweises gesetzliches Kaufrecht für die staatlichen Behörden, wenn jemand − wie es im Gesetzesentwurf heisst − «verschuldet» sein Bauland nicht überbaut. Denn was heisst hier «verschuldet»? Kommt der Staatsanwalt und prüft, ob eine Schuld vorliegt oder nicht? Es ist auf jeden Fall eine komische Formulierung in einem baurechtlichen Gesetz, und der Votant freut sich für jeden Richter, der dereinst zu beurteilen hat, ob Bauland nun verschuldet, leicht verschuldet oder unverschuldet nicht überbaut wurde. Man sollte Abstand halten von solchen Gesetzesbestimmungen − und § 52f ganz einfach streichen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über den Antrag der SVP-Fraktion erst nach der Bereinigung von § 52f abgestimmt wird.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag der ALG- und der SP-Fraktion auf eine Verkürzung der Frist auf mindestens fünf Jahre mit 53 zu 17 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52f Abs. 1 Bst. b und c*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52f Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier unterschiedliche Anträge des Regierungsrats und der Stawiko einerseits und der vorberatenden Kommission andererseits vorliegen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** weist darauf hin, dass die Kommission in § 52f Abs. 3 für den Bauern, der sein Land selbst bewirtschaftet, zwei zusätzliche Bestimmungen eingeführt hat. Unverbautes Land ist ja vor allem ein Problem der Bauernschaft: Es gibt viele Flächen, die eigentlich gegen den Willen der betreffenden Bauern eingezont wurden. Das Potenzial für Konflikte zwischen der Öffentlichkeit und dem Eigentümer, der weiterhin bauern möchte, ist gross. Die Kommission hat in § 52f Abs. 2 Bst. b deshalb vorgesehen, dass bei selbstbewirtschaftetem Land − es reicht nicht, einfach Bauer zu sein, sondern die Existenz muss von diesem Land abhängen − das Kaufrecht nur ausgeübt werden kann, wenn dem Bauern Realersatz angeboten wurde. Darüber hinaus gibt es einen in der Raumplanung wichtigen Spezialfall: Wenn ein Stück Land mitten in einem Siedlungsgebiet liegt, macht es raumplanerisch keinen Sinn, es auszuzonen; wenn es aber am Zonenrand liegt, kann man es mit gutem Gewissen wieder auszonen. Ein solches Landstück soll problemlos ausgezont werden können, wenn der selbstbewirtschaftende Bauer bereit ist, die Auszonung entschädigungslos zu akzeptieren. In einem solchen Fall gilt das gesetzliche Kaufrecht nicht. Die Kommission ist der Ansicht, dass sie hier eine massgeschneiderte Lösung für den erwähnten Spezialfall vorschlägt. Die beantragte Regelung nimmt den Bauern auch die Angst, ihr Land nach fünfzehn Jahren wegen des gesetzlichen Kaufrechts zu verlieren. Und wie jedermann weiss, sind es aufgrund des bäuerlichen Bodenrechts heute fast nur noch Bauern, die von Neueinzonungen betroffen sein können.

**Hans Baumgartner** spricht für die CVP-Fraktion, welche über die von Heini Schmid angesprochenen Fragen ausführlich diskutiert hat. Das Bundesgesetz verlangt ausdrücklich Anpassungen bezüglich Verfügbarkeit von bereits eingezonten Bauland. Die CVP ist der Meinung, dass die vorberatende Kommission hier einen gangbaren Weg gefunden hat. Das gesetzliche Kaufrecht − eigentlich eine Enteignung − wird an grössere Hürden gebunden, und so wird der in der Verfassung verankerten Eigentumsgarantie besser Rechnung getragen. Insbesondere ist es wichtig, dass eine Auszonung von Bauland am Siedlungsrand verlangt werden kann, wenn der Grundeigentümer dies entschädigungslos anbietet. Der gesetzgeberische Auftrag des Raumplanungsgesetzes, nämlich der Baulandhortung entgegenzuwirken, wird mit den Bestimmungen, wie sie die Kommission vorschlägt, ebenso erfüllt. Eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt deshalb die Variante der Kommission.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass sich die Kommission und der Regierungsrat inhaltlich einig sind: Es geht darum, die Baulandhortung im Griff zu haben. Die Regierung ist der Meinung, dass der Vorschlag der Kommission die Bauernschaft bevorzugt und zu weit geht. Dazu kommt, dass diese Privilegierung ohnehin nur sehr wenige Bauern betreffen wird, weil die meisten landwirtschaftlich genutzten Flächen innerhalb des Baugebiets ohnehin verpachtet sind und Pachtland nicht unter die von der Kommission gewährte Privilegierung fällt. Die Unterschiede

zwischen dem Antrag der Kommission und jenem der Regierung sind aber minimal. Viel schlimmer wäre es, wenn der § 52f ganz gestrichen würde, weil dann der Baulandhortung nicht Einhalt geboten werden könnte. In diesem Sinn hält die Regierung an ihrem Antrag fest, empfiehlt aber dringend, § 52f nicht zu streichen.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat folgt in § 52f Abs. 2 mit 51 zu 19 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 52f Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 52f Abs. 4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Abs. 4 der Kommission mit Abs. 3 des Regierungsrats identisch ist. Einzig die Nummerierung hat geändert.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass § 52f damit bereinigt ist und nun über den Antrag der SVP auf Streichung dieses Paragrafen abgestimmt werden kann.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat lehnt die Streichung von § 53f mit 47 zu 24 Stimmen ab.

*§ 67 Abs. 2*
*§ 71 Abs. 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen)

***Steuergesetz vom 25. Mai 2000 (Stand 1. Januar 2016)***

*§ 196 Abs. 1 Bst. k und l*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdaufhebungen gibt

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 7

**891 Änderung des Polizeigesetzes**

Vorlagen: 2733.1 - 15416 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2733.2 - 15417 (Antrag des Regierungsrats); 2733.3/3a/3b - 15568 (Bericht und Antrag der Kommission); 2733.4 - 15570 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** teilt vorab mit, dass die Kommission der Vorlage mit 13 zu 2 Stimmen zugestimmt hat. Er dankt dem Sicherheitsdirektor und seinem Team, insbesondere aber der stellvertretenden Generalsekretärin Meret Baumann sowie dem Chef der Kriminalpolizei Thomas Armbruster herzlich für die Mitarbeit in der halbtägigen Kommissionssitzung.

Die vorgeschlagene Änderung des Polizeigesetzes dient der Prävention von zielgerichteten Gewalttaten. Es sollen schwere Gewaltdelikte verhindert werden. Zu diesem Zweck werden verschiedene Instrumente geschaffen: Präventivansprache, Bedrohungsmeldung, Massnahmen im Datenbereich, erleichterte Zusammenarbeit zwischen den involvierten Behörden und Drittparteien. Ausgangspunkt war ein Postulat der JPK, das die Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Konflikt- und Gewaltpotenzial anregte. Nach dem Attentat von 2001 wurde die Fachstelle Sicherheit eingeführt, welche die Sicherheit im baulichen Bereich überprüfte und verbesserte. Zudem wurde ein Vermittler in Konfliktsituationen eingesetzt; diese Stelle wurde später zur heutigen Ombudsstelle ausgebaut.

Der Regierungsrat hat den im JPK-Postulat angesprochenen Handlungsbedarf ebenfalls erkannt und die nun vorliegende Vorlage erarbeitet. Das sogenannte Gewaltmanagement wurde in den letzten Jahren laufend weiterentwickelt, wobei in der Schweiz der Kanton Solothurn eine führende Rolle einnimmt. Dort hat sich der Regierungsrat denn auch informiert, anschliessend wurde auf der Basis des Solothurner Modells ein Grobkonzept erarbeitet. Im Rahmen des Sparprogramms ergab sich dann aber die Frage, ob man für diese Aufgabe tatsächlich zwei neue Personalstellen schaffen könne. Es wurde deshalb auch die Möglichkeit einer weniger weit gehenden Lösung geprüft, und diese «Light-Version» liegt heute nun dem Kantonsrat vor. Sie lässt sich aufgrund der Kleinheit des Kantons Zug und der geringen Zahl von Vorfällen durchaus verantworten, auch wenn die Gemeinden in der Vernehmlassung mehr gefordert haben. Natürlich wird man, wenn etwas passiert, immer fragen können, ob das hätte verhindert werden können; das war schon nach dem Attentat 2001 der Fall und wird wohl auch in Zukunft so sein. Tatsache ist aber, dass man nicht alles verhindern kann.

Die wichtigste Ausgabe der Polizei liegt darin, Delikte zu verhindern und präventiv zu wirken. Die Revision des Polizeigesetzes bringt hier sicher Verbesserungen. Die zwei Kommissionsmitglieder, welche die Vorlage am Schluss ablehnten, stimmten denn auch nicht *per se* gegen die Revision; sie waren vielmehr dagegen, dass die Änderung nun versuchsweise mit einer halben Personalstelle umgesetzt werden soll. In der Kommission hat vor allem die Frage der Löschung der Daten, also § 16c Abs. 3, zu einer Diskussion geführt, was angeblich auch in der Stawiko der Fall war. Die Kommission hat hier schliesslich der Version des Regierungsrats zugestimmt.

Namens der Kommission beantragt der Votant, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Die Änderungen sind eher leichter Natur: In § 16b Abs. 2 hat die Kommission «zu konsultieren» durch «zu überprüfen» ersetzt, und in § 16c Abs. 1 hat sie bezüglich Zugriff auf die Daten die Ergänzung «sowie die Einsatzleitzentrale» eingefügt.

**Beat Unternährer** spricht für die Staatswirtschaftskommission. Diese hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 4. Oktober 2017 beraten, da es um eine neue, zusätzliche Aufgabe für die Polizei geht. Sie hat sich auftragsgemäss mit den Kostenfolgen dieser neue Aufgabe beschäftigt. Im Vorfeld der Sitzung hat sie der Sicherheitsdirektion eine Reihe von Fragen zu den erwarteten Kosten gestellt, welche detailliert schriftlich beantwortet wurden. Sicherheitsdirektor Beat Villiger nahm an der Sitzung teil und stand für Auskünfte zur Verfügung.
Gemäss den Ausführungen auf Seite 15 des regierungsrätlichen Berichts müsste für ein umfassendes Bedrohungsmanagement mit zwei zusätzlichen Personaleinheiten gerechnet werden. Die vorgesehene, redimensionierte «Light-Variante» kann mit 0,5 Personaleinheiten umgesetzt werden. Der Sicherheitsdirektor hat der Stawiko überzeugend dargelegt, dass die Bedürfnisse im Kanton Zug nach aktuellem Wissensstand auch so abgedeckt werden können. Die vorgeschlagenen gesetzlichen Grundlagen würden jedoch einen Ausbau erlauben, wenn sich die Bedrohungslage ändern sollte. Die geplanten gesetzlichen Grundlagen wurden übrigens in anderen Kantonen, etwa in Solothurn, bereits ähnlich umgesetzt.
Für die Umsetzung der «Light-Variante» müssen keine neuen Stellen geschaffen werden; die Leistung kann mit bestehenden Ressourcen aufgebaut werden. Für den Aufbau und die Implementierung der neuen Aufgabe wird mit einem einmaligen Aufwand von ca. 300 Stunden gerechnet. Dies entspricht über ein Jahr rund 20 Stellenprozent. Der Aufwand für die IT ist gering, da mit den bestehenden Systemen gearbeitet wird. Gemäss § 16b Abs. 4 der Vorlage kann die Polizei punktuell Sachverständige beiziehen, was ebenfalls Kosten generieren kann. Gemäss einer sehr vagen Schätzung geht die Polizei von jährlich null bis fünf Gefährlichkeitseinschätzungen und Interventionsempfehlungen aus, die gestützt auf §16b veranlasst werden müssen. Die Sicherheitsdirektion geht davon aus, dass solche Einschätzungen zwischen 1000 und 10'000 Franken pro Fall kosten und somit insgesamt mit Jahreskosten von bis zu 50'000 Franken gerechnet werden muss.
Aufgrund der vorliegenden Dokumente und Informationen beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den von der vorberatenden Kommission beantragten Änderungen zuzustimmen.

**Thomas Werner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion auf die Vorlage eintritt.

**Marcel Peter** teilt mit, dass für die FDP-Fraktion Eintreten unbestritten ist. Mit der vorgeschlagenen Revision wird eine Handhabe geschaffen, um mit schwierigen Verwaltungskunden, die ein Gewaltpotenzial erahnen lassen, vernünftig umgehen zu können. Die FDP begrüsst die Möglichkeit, eine Person der Polizei melden und diese entsprechend auf den Radar nehmen zu können, bevor ein Straftatbestand vorliegt. Die FDP nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass der vorliegende Wortlaut geeignet ist, sowohl die vorerst angedachte «Light-Version» als auch ein vollwertiges Bedrohungsmanagement einzuführen. Die Verwaltung wird die Aufgabe haben, im Rahmen des Budgetprozesses die entsprechenden Ressourcen zu allozieren.
Für die FDP muss die neu zu schaffende Rechtsgrundlage ein Zugriffsrecht der polizeilichen Einsatzleitung auf die Datenbank des Bedrohungsmanagements enthalten. Nur so werden die nötigen Voraussetzungen geschaffen, um im Ereignisfall − auch ausserhalb der Bürozeiten − die relevanten Entscheidungsträger mit den Informationen aus dem neuen System zu versorgen. Auch die zweite von der Kommission vorgeschlagene Anpassung bezüglich Konsultation der Ombudsstelle ist zentral, um bei dringlichen Fällen die Polizei umgehend informieren zu können.
Die FDP-Fraktion plädiert aus den genannten Gründen für Eintreten und für die Genehmigung der Vorlage in der Variante der vorberatenden Kommission.

**Susanne Giger** hält fest, dass Eintreten auch für die ALG-Fraktion unbestritten ist. Mit der Genehmigung der Vorlage schafft der Rat die Rechtsgrundlage für die Prävention von zielgerichteter Gewalt. Offenbar ist es aber klar, dass die neuen Aufgaben, die mit dieser Gesetzesänderung verbunden sind, zu Mehraufwand bei der Zuger Polizei führen werden. Die vorgesehene «Light-Variante» scheint der ALG in diesem Zusammenhang aber eine Notlösung aus Spargründen zu sein und macht die Gesetzesrevision bisweilen − so zumindest der Eindruck der ALG − zur Alibiübung. Der präventive Charakter ist nicht mehr klar erkennbar. Der Umgang mit heiklen Personendaten ist hochsensibel, was nach Meinung der ALG mit einer «Light-Version» und entsprechend knappen Ressourcen nur bedingt gewährleistet ist. Die ALG-Fraktion tritt nichtsdestotrotz auf die Vorlage ein und folgt im Übrigen den Anträgen der vorberatenden Kommission.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Der erste Satz im Bericht und Antrag des Regierungsrats lautet: «Die vorgeschlagene Änderung des Polizeigesetzes dient der Prävention von zielgerichteten Gewalttaten.» Es sollen «anhand der vorgesehenen Massnahmen [...] schwere Gewaltdelikte verhindert werden.» Und schliesslich: «Der Gewaltschutz verfolgt den Zweck, Straftaten zu verhüten.»
Die Regierung zeigt also viel guten Willen, Gewalt verhindern zu wollen. Doch der Schein trügt: Der gute Wille allein reicht nämlich nicht. Der Regierungsrat scheint nicht bereit zu sein, in die Umsetzung des Gesetzes ernst zu nehmen. Die Gesetzesgrundlage ist gut und recht, aber in dieser Frage bleibt sie ohne personelle Ressourcen leerer Buchstabe. Mit Verweis auf das Entlastungsprogramm verzichtet der Regierungsrat unverständlicherweise auf die Realisierung eines umfassenden Bedrohungsmanagements. Die SP-Fraktion bedauert es ausdrücklich, dass die Regierung darauf verzichten will, insbesondere auch hinsichtlich häuslicher Gewalt. Und die SP steht damit nicht alleine. Wie den regierungsrätlichen Bericht zu entnehmen ist, forderten auch die CVP, die SVP, die Grünliberalen und die Alternativen ein umfassenderes Bedrohungsmanagement. Das kommt nicht überraschend, sondern ist sachlogisch. Denn der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) zufolge wurden 2016 schweizweit fast 18'000 Straftaten registriert, die dem Bereich der häuslichen Gewalt zugerechnet werden konnten. Die Zahl der tatsächlichen Vorfälle ist noch um einiges höher, wird doch geschätzt, dass lediglich 20 Prozent aller Vorkommnisse der Polizei gemeldet werden. Und in Zug? In der Kriminalstatistik 2016 der Zuger Polizei steht: «Mehr als einmal pro Tag musste im vergangenen Jahr eine Polizeipatrouille wegen einer häuslichen Gewalt ausrücken. Die Zahl stieg von 361 im Vorjahr auf 402. Dies entspricht einer Zunahme von 11 Prozent.» Das ist umso beunruhigender, wenn man die Wiederholungstäter berücksichtigt. Aufhorchen lässt folgende Expertenaussage: «Statistisch gesehen wird jede zweite gewaltausübende Person erneut im häuslichen Bereich gewalttätig. Es erscheint daher sinnvoll, dass in aller Regel zumindest eine niederschwellige risikoorientierte Intervention in einem beratenden Setting erfolgt.» Wenn das die Expertenmeinung ist, fragt man sich, wie viele Beratungen es bisher im Kanton Zug gab und wie viele es in Zukunft sein sollen. Dazu sagt die Zuger Kriminalstatistik 2016: «Die Fachstelle Häusliche Gewalt [...] führte 4 Beratungsgespräche mit Opfern und Tätern.» Das Rat hat richtig gehört: vier Beratungsgespräche während des ganzen Jahres. Die SP möchte deshalb vom Regierungsrat wissen, mit wie vielen zusätzlichen Massnahmen er durch die neue Gesetzesgrundlage konkret rechnet.
Es ist zu befürchten, dass der gute Wille allein keine Gewalttaten verhindert. Die zur Umsetzung notwendigen Mittel werden aber nicht hier und heute gesprochen, sondern über das Budget. Die SP gedenkt daher, im Rahmen des Budgets 2018 bereits in der erweiterten Stawiko und dann auch im Kantonsrat einen entsprechen-

den Antrag zu stellen. Sie fragt aber bereits heute: Ist der Regierungsrat von sich aus bereit, trotz Entlastungsprogramm die personellen Ressourcen für den Gewaltschutz ohne interne Kompensation zu erhöhen, um sie dem Rat im Rahmen des Budgets vorzulegen?
Angesichts dieser Tatsachen stellt sich die Frage, wie Täterinnen und Täter wirksamer zur Verantwortung gezogen werden können. Der Staat ist im Sinne der staatlichen Sorgfaltspflicht in der Verantwortung, zu handeln. Nicht nur wird damit menschliches Leid gemindert, sondern es auch wird Recht durchgesetzt. Und *last but not least* können auch Folgekosten der öffentlichen Hand eingespart werden.
Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Die Schaffung der Gesetzesgrundlage ist gut, aber sie reicht nicht. Die Güte wird sich in der Umsetzung zeigen, nicht an den Paragrafen. Die SP will einen effektiven Gewaltschutz, nicht nur Lippenbekenntnisse.

**Roger Wiederkehr** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf die Vorlage ist. Der Vorfall in Flums vom letzten Sonntagabend zeigt, wie wichtig die vorliegende Gesetzesänderung ist. Gleichzeitig zeigt es sich aber, dass diese Tat sich trotz vorgängiger Meldung an die Polizei, Einbezug des schulpsychologischen Diensts und Begleitung der Eltern nicht verhindern liess. Eine Person einzig wegen Gewaltfantasien wegzusperren, ist in einem Rechtsstaat nicht möglich. Umso wichtiger ist es darum, der Polizei Instrumente in die Hand zu geben, mit welchen sie das Gefahrenpotenzial möglichst gut abklären und einschätzen sowie im Rahmen ihrer Möglichkeiten entschärfend und deeskalierend eingreifen kann. Die Vorlage ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung und schafft die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für vermehrte und verstärkte Prävention im Gewaltschutz.
Gegenüber heute bietet die Vorlage wesentliche Änderungen. Der Polizei wird eine neue Aufgabe zugewiesen, und die Bedrohungsansprache wird gesetzlich. Die bisherige Präventionsarbeit betraf vor allem Informationskampagnen oder Patrouillendienst. Diese tangierten keine Rechte Dritter. Nun begibt sich die Polizei aber in ein Spannungsfeld, wo auch Persönlichkeitsrechte betroffen sein können. So werden Informationen zu potenziell gefährlichen Leuten gesammelt − wobei einige von ihnen auch ganz ungefährlich sind. Diese Angaben werden in einer Datenbank registriert, ausgewertet und teils über einen langen Zeitraum hinweg aufbewahrt. Hier gilt es gut zwischen dem Persönlichkeitsschutz und dem öffentlichen Interesse an Gewaltschutz und Sicherheit abzuwägen. Für die CVP-Fraktion ist diese Abwägung in der Vorlage sehr gut gelungen.
Neue Instrumente für die Polizei sind das Eine. Das Andere sind die Mittel, welche die Polizei dafür braucht. Es stellen sich der Polizei heute neue Herausforderungen wie Cyber-Kriminalität, Terror, Enkeltrickbetrüger usw., und all dies muss die Polizei unter gleichzeitigem Abbau von Stellen bewältigen. Wie aus dem Kommissionsbericht hervorgeht, war beim Gewaltschutz ursprünglich der Einsatz von zwei Stellen vorgesehen. Auch die CVP hat sich in der Vernehmlassung für ein umfassendes Bedrohungsmanagement ausgesprochen. Schlussendlich aber hat man sich auf eine halbe Stelle beschränkt, dies unter anderem weil wegen der Sparmassnahmen keine neuen Stellen geschaffen werden. Das heisst, die Polizei muss die neue Aufgabe zulasten anderer Aufgaben wie beispielsweise der Präsenz im öffentlichen Raum wahrnehmen. Die Regierung schlägt hier einen pragmatischen Weg ein. Die CVP kann diesem Ansatz folgen, fordert aber, dass trotzdem eine ausreichende Umsetzung des Gewaltschutzes möglich sein muss. Sie tut dies nicht zuletzt auch deswegen, weil die rechtlichen Grundlagen dieselben sind, unabhängig davon, ob eine 50-Prozent-Stelle oder zwei ganze Stellen dafür eingesetzt werden.
Der CVP ist es wichtig, dass gerade der Kanton Zug mit seiner Vergangenheit in diesem Bereich ein klares Zeichen setzt und damit zu denjenigen Kantonen gehört,

welche hier vorangehen und eine aktive Rolle wahrnehmen – und nicht wegen des Spardrucks die Realisierung eines wirkungsvollen Bedrohungsmanagements aufschieben. Auch wenn es weiterhin zu Vorfällen kommen kann, lohnt sich der Einsatz, wenn sich dadurch ein Gewalt- oder Tötungsdelikt verhindern lässt. Denn jeder solcher Vorfall hinterlässt unglaublich viel Kummer und Leid.

**Claus Soltermann** zitiert aus der Einführung im Bericht und Antrag des Regierungsrats: «Die vorgeschlagene Änderung des Polizeigesetzes dient der Prävention von zielgerichteten Gewalttaten. Anhand der vorgesehenen Massnahmen sollen schwere Gewaltdelikte verhindert werden. Zu diesem Zweck werden mit der Präventivansprache, der Bedrohungsmeldung, der Datenbearbeitung sowie der erleichterten Zusammenarbeit zwischen den involvierten Behörden und Drittparteien verschiedene Instrumente geschaffen. Bisher konnte eine Stelle, welche erhebliche Schwierigkeiten mit einer Person mit hoher Gewaltbereitschaft hatte, die Polizei einzig anhand einer Strafanzeige involvieren. Neu wird die gesetzliche Grundlage für eine sogenannte ‹Bedrohungsmeldung› geschaffen, welche unabhängig von einer Straftat ergriffen werden kann.» Die Erfahrung aus verschiedensten Fällen in den letzten Jahren hat gezeigt, dass es von zentraler Bedeutung ist, dass Strafbehörden, KESB, Opferhilfe- und weitere Beratungsstellen, Schulen, Gesundheitswesen, Gemeinden und Kanton sich zur Abwehr von Bedrohungen koordinieren können.
Die Aufgabe der Polizei besteht nicht nur aus Intervention und Repression, sondern auch aus Prävention. Mit der neuen Rechtsgrundlage im Polizeigesetz wird dieser Aspekt gestärkt. Prävention im Sinne von proaktivem Handeln erlaubt einen zukunftsgerichteten Umgang mit Bedrohungen und eine systematische Früherkennung. Bedrohungsmanagement greift im Zwischenbereich zwischen bedrohlichem und strafbarem Verhalten ein, im Bereich der «Ausführungsgefahr». Mit jeder Verhinderung eines strafbaren Verhaltens werden die Gesellschaft und der Staat letztlich entlastet. Ein schneller Zugriff auf Fachpersonen für forensische Risikoeinschätzungen und Interventionsempfehlungen für das Fallmanagement sind hier zentral. Auch ist es zentral, dass der Informationsaustausch nicht einfach eine Datenflut ist, sondern dass Informationen gezielt nach Qualität und Relevanz an den richtigen Ort weitergegeben werden können. Aufgrund der Interdisziplinarität sollten die Informationen dabei unbedingt aus unterschiedlichen Quellen stammen. Dafür braucht es eine gesetzliche Grundlage. Mit einem professionellen Bedrohungsmanagement wird es möglich, auf dem Weg von Risikofaktoren über Warnverhalten von potenziell bedrohlichen Personen bereits *vor* einer Attacke einzugreifen und so die Ausführung einer strafbaren Handlung im besten Fall zu verhindern. Der Dialog ist zentral, denn rein statistische Daten von Gewaltfällen beispielsweise bilden die Wirklichkeit nicht ausreichend ab; es braucht eine Bewertung von Risikofaktoren im Einzelfall und eine Beurteilung von deren individueller Relevanz, um eine Gesamtbeurteilung der Bedrohlichkeit einer Person vornehmen zu können.
Der Kanton Zürich hat bereits erfolgreich ein Bedrohungsmanagement aufgebaut und schon 2013 das Polizeigesetz entsprechend angepasst. Mit der Fachstelle Forensic Assessment & Risk Management steht ein Pool von Spezialisten aus dem polizeilichen, psychologischen und psychiatrischen Bereich zur Verfügung. Dieser Pool soll auch durch den Kanton Zug genutzt werden können. Das ist sinnvoll und richtig. Der Kanton Zug ist für den Aufbau einer derartigen Spezialaufgabe zu klein, und die Nutzung von Synergien mit dem grösseren Nachbarkanton ist sinnvoll, insbesondere da der Kanton Zürich auf dem Gebiet des Bedrohungsmanagements eine führende Rolle in der Schweiz einnimmt.
Mit der vorliegenden Änderung des Polizeigesetzes wird nun auch im Kanton Zug die rechtliche Grundlage geschaffen, um ein Bedrohungsmanagement im Sinne der

bisherigen Ausführungen zu schaffen. Die Grünliberalen sind für Eintreten auf die Vorlage und unterstützen den Änderungsantrag der vorberatenden Kommission.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** teilt ergänzend zu Thomas Werner mit, dass die SVP-Fraktion einen Antrag zu § 16c Abs. 3 stellen wird. Zur Frage der Ressourcen verweist er auf die Seite 5 des Kommissionsberichts: In der Kommission wurde beantragt, sich auch mit dieser Frage auseinanderzusetzen, der Antrag wurde aber abgelehnt. Die vorberatende Kommission hat deshalb im Unterschied zur Stawiko zur Frage der Ressourcen nicht Stellung genommen und entschieden, dem Regierungsrat die entsprechenden Möglichkeiten zu geben.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Speziell dankt er der vorberatenden Kommission und ihrem Präsidenten Philip C. Brunner sowie der Staatswirtschaftskommission unter der Leitung von Beat Unternährer. Das Geschäft wurde in beiden Kommissionen breit diskutiert, wobei vor allem drei Punkte zur Sprache kamen:
• Ist es eine Sparvorlage?
• Kann die Polizei diese Zusatzaufgabe bewältigen?
• Wie soll mit den Daten umgegangen werden?
Der Sicherheitsdirektor hat Verständnis für die Frage nach der Sparvorlage. Immerhin hat der Regierungsrat bei der Erheblicherklärung des entsprechenden Vorstosses das Solothurner Modell vorgestellt und dieses auch für den Kanton Zug vorgeschlagen. Im Rahmen der Sparmassnahmen ging der Regierungsrat aber über die Bücher, und er erkannte, dass auch mit der jetzt vorgeschlagenen einfacheren Variante eine klare Verbesserung gegenüber der heutigen Situation erreicht werden kann. Der Unterschied gegenüber Zürich und Solothurn liegt vor allem darin, dass in Zug kein interdisziplinäres Team zur Verfügung steht. Wichtig aber ist, dass man Fälle der Polizei melden kann, wenn immer möglich unter Einbezug der Ombudsperson. Ein wichtiger Unterschied liegt auch darin, dass die Zuger Polizei den gemeldeten Fällen nicht in derselben Tiefe nachgehen und potenzielle Aggressoren nicht mit derselben Nachhaltigkeit begleiten kann wie Solothurn oder Zürich. Es wird aber in der Verantwortung der Polizei liegen, die Fälle je nach Situation im Sinne der Prävention zu begleiten.
Zur Frage, ob die Zuger Polizei diese Zusatzaufgabe bewältigen könne, hält der Sicherheitsdirektor fest, dass er natürlich gerne zusätzliche Ressourcen − eine halbe oder eine ganze Stelle − erhalten hätte. Er hat sich aber immer dafür ausgesprochen, das Sparprogramm im Sinne der Regierung umzusetzen − auch mit den entsprechenden Konsequenzen bezüglich Stellen − und kleinere Zusatzaufgaben wenn immer möglich mit den bereits vorhandenen Ressourcen zu bewältigen. Die Polizei wird sich organisatorisch entsprechend ausrichten müssen, etwa indem die interkantonale polizeiliche Zusammenarbeit weiter verbessert oder kleine Polizeiposten geschlossen werden, um so wieder gewisse Ressourcen zu schaffen. Der Sicherheitsdirektor hofft, auch dann wieder auf das Verständnis des Kantonsrats zählen zu können. Auf jeden Fall geht er davon aus, dass die objektiv und subjektiv gute Sicherheitslage im Kanton Zug aufrechterhalten werden kann. Es wird sich aber zeigen, ob man in den nächsten Jahren bezüglich Stellen für die Polizei wieder über die Bücher gehen muss − wobei sich diese Frage aber auch für andere Direktionen stellt. Und es wurde bereits gesagt: Aufgabe der Polizei ist nicht nur die Repression, sondern vor allem und immer mehr die Prävention.
Bezüglich Umgang mit den Daten hält der Sicherheitsdirektor fest, dass Zug nach Solothurn und Luzern − dort hat die erste Lesung der entsprechenden Vorlage bereits stattgefunden − vermutlich der dritte Kanton ist, der eine solche Regelung

schafft. In Zürich hat zwar die Regierung ein sehr umfassendes Gewaltschutzmanagement installiert, es fehlt dort aber die gesetzliche Grundlage für den Umgang mit den Daten. Der Sicherheitsdirektor wird in der Detailberatung näher auf diese Frage eingehen.
Zu Barbara Gysel: Man hat das Thema der Gesetzesrevision sehr genau diskutiert und festgehalten, nämlich ein Instrument bei Gewaltandrohungen gegen Institutionen und Mitarbeitende des Kantons und der Gemeinden sowie gegenüber Zivilpersonen zu schaffen. Für den Bereich der häuslichen Gewalt gibt es im Kanton Zug eine spezialgesetzliche Regelung, die sehr gut funktioniert. Das zeigen auch die Zahlen: Die Polizei rückt durchschnittlich mehr als einmal pro Tag wegen häuslicher Gewalt aus. Zuständig für diesen Bereich ist eine spezielle Stelle der Polizei. Diese informiert im Falle von Offizialdelikten oder bei einer Häufung von Vorfällen auch die Staatsanwaltschaft und nimmt auch immer wieder mit den Betroffenen Kontakt auf. Man darf diesen Bereich aber nicht mit der heute zur Debatte stehenden Thematik vermischen. Das gilt auch für den Bereich Terror, wo insbesondere das neue Nachrichtendienstgesetz des Bundes zur Anwendung gelangt, mit Observationen etc. Man sollte diese Bereiche hier nicht vermischen, sondern bei der Thematik bleiben, die in der Motion der Justizprüfungskommission angesprochen wurde − und da wurde eine gute Regelung erarbeitet.
Der Sicherheitsdirektor dankt dem Rat, dass er auf die Vorlage eintritt. Den von der vorberatenden Kommission und von der Stawiko vorgeschlagenen Änderungen kann sich der Regierungsrat anschliessen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag

**Teil I**

*Titel nach § 16*
*§ 16a Abs. 1 und 2*
*§ 16b Abs. 1*

Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 16b Abs. 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die Stawiko und der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 16b Abs. 3 und 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 16c Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die Stawiko und der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 16c Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 16c Abs. 3*

**Thomas Werner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion der Ansicht ist, die Formulierung von Abs. 3 lasse zu viele Interpretationsmöglichkeiten zu. Sie möchte diesen Absatz kürzer und klarer formulieren. So soll die Wendung «[Daten, die] nicht mehr benötigt werden», gestrichen werden, da sie viel Interpretationsspielraum offen lässt. Und wer entscheidet schlussendlich, ob und wann welche Daten nicht mehr benötigt werden? Es handelt sich hier immer um Fälle, die sich über eine längere Zeit hinziehen, und da braucht es fast hellseherische Fähigkeiten, um entscheiden zu können, ob die Daten noch benötigt werden oder nicht. Auch das Wort «spätestens» soll gestrichen werden. Mit dem Erlass will man ja zielgerichtete Gewalt verhindern. Die Daten werden ausgetauscht und digital abgelegt, und sie bleiben, wenn man sie nicht mehr verwendet, einfach auf einer Festplatte liegen. Die Löschfristen können automatisch gesetzt werden, was bedeutet, dass die Daten zehn Jahre nach der letzten Veränderung oder dem letzten Zuwachs automatisch gelöscht werden.
Die SVP-Fraktion stellt aufgrund dieser Überlegungen den **Antrag,** § 16c Abs. 3 wie folgt zu formulieren: «Die Lösung erfolgt zehn Jahre nach Erfassung des letzten Datenzuwachses.» So ist alles klipp und klar. Materiell ergibt sich keine Änderung gegenüber dem Antrag des Regierungsrats.

Kommissionspräsident **Philip C. Brunner** teilt mit, dass dieser Antrag in der vorberatenden Kommission nicht gestellt wurde. Hingegen wurde beantragt, die Frist bis zur Löschung der Daten auf fünf Jahre zu reduzieren. Dieser Antrag wurde mit 14 zu 1 Stimmen abgelehnt. Dem Bericht der Stawiko ist zu entnehmen, dass die Löschung der Daten auch dort thematisiert wurde.

**Oliver Wandfluh** stellt den **Antrag,** § 16c Abs. 3 ersatzlos zu streichen. Es ist nicht sinnvoll, Daten, die aufgrund von Gefährdungsmeldungen bezüglich hoher Gewaltbereitschaft angelegt wurde, wieder zu löschen. Um die neuen Präventionsbestimmungen zielgerichtet umsetzen zu können, ist eine umfassende und laufend aktualisierte Datei, in welcher potenzielle Straftäter mit hoher Gewaltbereitschaft erfasst sind, zentral, auch zum Schutz der Polizei. Man kann hier verschiedene Beispiele anführen. So kann es sein, dass eine Person mit hoher Gewaltbereitschaft, nachdem sie auffällig geworden ist und entsprechend beobachtet wurde,

während zehn oder zwölf Jahren − ohne dass es jemand weiss − Medikamente nimmt. Wenn die Medikamente dann abgesetzt werden, ist die alte Gewaltbereitschaft wieder da, die Polizei aber kennt die Vorgeschichte nicht mehr. Der Votant plädiert deshalb dafür, die Daten auf jeden Fall zu behalten, zumal das eigentlich niemanden stört. Und bezüglich Datenschutz verweist er auf die Aussage des Chefs des Nachrichtendiensts des Bundes, wonach der Datenschutz für den Nachrichtendienst zurzeit eines der grössten Probleme sei. Der Votant erinnert auch an den Fall von Christian Constantin, Präsident des FC Sion, der vor einem Monat den Fensehexperten Rolf Fringer vor laufender Kamera tätlich attackierte. Es war nicht das erste Mal: Constantin griff bereits am 5. Dezember 2004 einen Schiedsrichter und einen Linienrichter tätlich an, also vor dreizehn Jahren.
Vor diesem Hintergrund bittet der Votant, seinem Antrag zuzustimmen, auch zum Schutz der Polizei. Die Massnahme betrifft nicht unschuldige Bürgerinnen und Bürger, sondern einzig Personen, die wegen hoher Gewaltbereitschaft aufgefallen sind. Die entsprechenden Daten können nach Ansicht des Votanten auch fünfzig Jahre lang bzw. bis zum Tod der betreffenden Person in der Datenbank bleiben.

**Barbara Gysel** weiss nicht genau, wie solche Datenbanken funktionieren, sie findet den Streichungsantrag von Oliver Wandfluh aber etwas gar salopp. Bezüglich Antrag der SVP-Fraktion geht sie davon aus, dass es einen konkreten Grund gibt, warum der Regierungsrat die Löschung der Daten davon abhängig macht, dass sie «nicht mehr benötigt werden». Sie macht ein Beispiel: Wenn sie völlig willkürlich zur Polizei gehen und melden würde, sie werde von jemandem körperlich bedroht, kann es doch nicht sein, dass die betreffende Person aufgrund dieser unwahren und missbräuchlichen Meldung ihr Leben lang in der Datenbank aufgeführt bleibt. Wenn es keine Löschungsmöglichkeit gibt, wäre aber genau das der Fall. Oder ein anderes Beispiel: Auch wenn jemand bereits vor Ablauf der zehnjährigen Frist stirbt, muss sein Name in der Datei gelöscht werden können. Es dürfte also gute Gründe geben, weshalb der Regierungsrat diese Bestimmung aufgenommen hat.

**Beni Riedi** gibt zu bedenken, dass eine Datenbank nie eine Straftat verhindern kann. Persönlich sind ihm Polizisten, die auf der Strasse sind und intervenieren können, lieber also solche, die Datenbanken pflegen und auswerten. Er unterstützt deshalb den Vorschlag der Regierung.

**Oliver Wandfluh** hat etwas Mühe damit, dass sein Antrag «salopp» sein soll. Er hat sich sehr gut vorbereitet und diesen Antrag schon in der Stawiko gestellt, wo er mit 3 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt wurde. Mit dem Beispiel Constantin wollte der Votant aufzeigen, dass jemand jahrelang unauffällig sein und dann doch wieder gewalttätig werden kann. Und nochmals: Unbescholtene Bürger werden nicht in diese Datenbank aufgenommen. Auch geht der Votant davon aus, dass die Polizei die Anzeigen abklärt und einen Fall, wie ihn Barbara Gysel geschildert hat, von vorneherein ausscheidet. Wenn jemand aber tatsächlich eine hohe Gewaltbereitschaft zeigt, sollte die Polizei das auch noch in fünfzehn Jahren wissen.

**Manuel Brandenberg** unterstützt Oliver Wandfluh. § 16c Abs. 1 besagt nämlich, dass Personen in die Datei aufgenommen werden, «bei denen aufgrund ihres Verhaltens oder ihrer Äusserungen eine hohe, gegen Dritte gerichtete Gewaltbereitschaft anzunehmen ist». Eine Falschmeldung, wie sie Barbara Gysel geschildert hat, ist ein anderer Fall. Sie kommt vielleicht ins polizeiliche Journal, aber sicher nicht in die Datenbank; Sicherheitsdirektor Beat Villiger wird das bestätigen können.

**Zari Dzaferi** fragt sich, wann denn die Daten gelöscht werden sollen, wenn − gemäss Antrag Wandfluh − keine Frist festgelegt wird. Es *braucht* hier eine Regelung, auch damit es für die Polizei eine gewisse Verbindlichkeit gibt, die Daten zu pflegen. Zehn Jahre sind nach Ansicht des Votanten eine gute Lösung. Und wenn man die Sicherheit aber tatsächlich erhöhen will, muss man dafür sorgen, dass die Polizei über genügend Personal verfügt, um die entsprechenden Anliegen bearbeiten zu können. Irgendetwas ins Gesetz zu schreiben, nur um ein gutes Gewissen zu haben, genügt nicht. Und die wenigen Stellenprozente, mit welchen diese neue polizeiliche Aufgabe wahrgenommen werden soll, sind schlicht ein Witz. Natürlich kann man über die Frist zur Löschung der Daten diskutieren, am Schluss aber ist es entscheidend, wie das eigentliche Anliegen, nämlich die Erhöhung der Sicherheit, in der Praxis umgesetzt wird. Und das ist hier sicher noch ungenügend.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass drei Anträge zu § 16c Abs. 3 vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats, unterstützt von der vorberatenden Kommission und der Stawiko;
• Antrag der SVP-Fraktion auf eine sprachlich gekürzte Fassung;
• Antrag von Oliver Wandfluh auf Streichung.
Wenn Abs. 3 gestrichen würde, gäbe es keine Regelung in diesem Punkt. Die Vorlage ist gut austariert, und die einzelnen Bestimmungen stehen in einem Bezug zueinander. Bezüglich Datenfristen ist man im Vergleich mit andern Kantonen mit zehn Jahren schon jetzt an der oberen Grenze: Die Daten sollen länger aufbewahrt werden als in Solothurn und Luzern. Von der Formulierung, die Thomas Werner im Namen der SVP-Fraktion vorgeschlagen hat, nimmt der Sicherheitsdirektor an, dass sie jener des Kantons Zürich entspricht. Dazu ist zu sagen, dass Zürich nicht spezifisch den hier angesprochenen Bereich, nämlich Gewalt gegen Ämter und Institutionen des Kantons, regelt; die dortige Regelung betrifft den Gewaltschutz allgemein, worunter auch die häusliche Gewalt fällt. Im Übrigen gibt es auch ein Recht auf Vergessen. Und es muss die Möglichkeit bestehen, die Daten zu löschen, wenn beispielsweise jemand stirbt oder sich ein Eintrag als falsch erweist. Es geht hier nämlich nicht um ein Strafregister, sondern ein Register, in das bestimmte Vorfälle und Meldungen, die oft nicht im Detail geprüft sind, eingetragen werden. Die Polizei muss deshalb eine gewisse Flexibilität haben und Einträge, die nicht mehr benötigt werden. löschen können. Nicht zuletzt geht es auch um die Verhältnismässigkeit und die Fichen-Problematik: Der Sicherheitsdirektor möchte sich nicht dem Vorwurf ausliefern, man sammle unnötige Daten. In diesem Sinn bittet er den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf eine neue Formulierung von § 16c Abs. 3 mit 44 zu 21 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt die Streichung von § 16c Abs. 3 mit 56 zu 12 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 16c Abs. 4 und 5*
*§ 16d Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teile II** (Fremdänderungen) **und III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet die Leitung der Sitzung.

TRAKTANDUM 8
**Geschäfte, die am 28. September 2017 nicht behandelt werden konnten:**

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass Philippe Camenisch darum bittet, die Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Portfolio der Steuerpflichtigen und möglichen Klumpenrisiken bei den kantonalen Steuereinnahmen (Traktandum 8.3) vorzuziehen, da er die Sitzung vorzeitig verlassen muss.

➔ Der Rat ist mit dieser nachträglichen Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

**892** Traktandum 8.3: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Portfolio der Steuerpflichtigen und möglichen Klumpenrisiken bei den Steuereinnahmen im Kanton Zug**
Vorlagen: 2732.1 - 15415 (Interpellationstext); 2732.2 - 15556 (Antwort des Regierungsrats).

**Philippe Camenisch** spricht für die Interpellantin. Er dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Der Kantonsrat hat sich in den letzten Monaten wiederholt mit den Finanzen des Kantons beschäftigt − notgedrungen, um dem strukturellen Defizit Herr zu werden. Trotzdem ist man noch nicht am Ziel, die Arbeit geht weiter. Bislang hat sich der Rat mit zahlreichen Massnahmen auseinandergesetzt und u. a. dem Volk ein Restrukturierungsprogramm unterbreitet, das leider durchgefallen ist; zwischenzeitlich konnte ein Teil aber doch noch ins Trockene gebracht werden. Was bislang fehlte, ist eine Analyse der Struktur der Steuerzahler. Wie für jedes Unternehmen, welches laufend seine Kunden auf Zusammensetzung, Qualität und Nachhaltigkeit der Beziehung analysiert und steuert, ist es auch Aufgabe eines im Steuerwettbewerb exponierten Kantons, die Zusammensetzung und Nachhaltigkeit seiner Steuerzahler zu analysieren und zu steuern. Bei den bisherigen sechs Steuergesetzrevisionen wurde dies zwar ge-

macht, wobei der Kantonrat aber nur die erwarteten zahlenmässigen Auswirkungen der Revisionen zu Gesicht bekam. Da die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre nur Steuersenkungen mit sich brachten, stellte sich die Frage nach Klumpenrisiken zwar implizit immer wieder, aber nicht explizit im Zusammenhang mit den jeweiligen Revisionen. Aktuell sieht das anders aus: Die FDP möchte wissen, wie sich die Steuersubjekte in den einzelnen Kategorien zusammensetzen und stellt dabei die Frage nach möglichen Klumpenrisiken.

Mit der Antwort bzw. den mitgelieferten Tabellen zur Frage 1 stellt der Regierungsrat nun Transparenz darüber her, wie sich die einzelnen Kategorien und Segmente von Steuerzahlern anteilig finanziell am Staatswesen beteiligen. Daraus lassen sich auch mögliche Klumpenrisiken ableiten. Daneben wird auch sichtbar, wer wieviel bezahlt. Das Ergebnis überrascht kaum. Auf jeden Fall aber sind die erwarteten Antworten nun amtlich attestiert. Der Regierungsrat hat eine saubere Auslegeordnung vorgenommen und seine Analyse mitgeliefert. In der Antwort auf Frage 4 liefert er auch seine Beurteilung zum Thema Klumpenrisiken.

Aus Sicht des Votanten sind folgende Punkte der Interpellationsantwort wichtig:

• Das Gute zuerst: Nebst den sogenannt besten Steuerzahlern leisten auch die Mittelschicht und obere Mittelschicht einen soliden Beitrag am Steueraufkommen. Es sind also nicht nur die allerbesten Steuerzahler, die massiv in die Steuerkasse einzahlen. Damit wird es möglich, dass ein sehr grosser Teil der Bevölkerung, nämlich 44 Prozent, also fast die Hälfte aller Steuersubjekte, maximal 1000 Franken Steuern bezahlen. Man kann es noch detaillierter betrachten: Mehr als ein Achtel, der Steuerpflichtigen, nämlich 12,73 Prozent, bezahlt keine Einkommensteuern. Ein Zwölftel (8,54 Prozent) bezahlt im Durchschnitt knapp 80 Franken, und ein weiterer Zwölftel bezahlt im Durchschnitt 313 Franken. Damit ist ein knapper Drittel der Steuerpflichtigen faktisch steuerbefreit, rechnet man die in vielen Fällen ausgerichteten individuellen Prämienverbilligungen oder anderen staatlichen Zuschüsse oder Vergünstigungen gegen die bezahlten Steuern auf. Hier sind auch Studierende ohne Einkommen enthalten.

• Am anderen bzw. oberen Ende der Skala ist die Anzahl Steuerpflichtiger mit 29 erwartungsgemäss klein. Der Regierungsrat beschreibt diese sehr wichtige Gruppe von Steuerzahlern im Hinblick auf mögliche Klumpen- bzw. Wegzugsrisiken eher etwas vage. Er will demnach − so vermutet die FDP − keine ungünstige Schlussfolgerung bezüglich Klumpenrisiko implizieren. Die 29 oder 0,04 Prozent Steuerpflichtigen aus der obersten Stufe bezahlen gleich viel wie 21'339 bzw. knapp 29 Prozent der Steuerpflichtigen der Stufe 4 (steuerbares Einkommen 20'000 bis 50'000 Franken) oder ähnlich viel wie 2408 bzw. 3,22 Prozent der Steuerpflichtigen der Stufe 8 (steuerbares Einkommen 150'000 bis 200'000 Franken). Man kann es auch anders ausdrücken: Ein durchschnittlicher Steuerzahler dieser obersten Kategorie zahlt gleich viel wie 736 Steuerzahler mit einem Bruttoeinkommen von 60'000 bis 80'000 Franken oder wie 75 Steuerzahler mit einem Bruttoeinkommen von 180'000 bis 230'000 Franken. Die FDP hat nicht nach einer weiteren Aufschlüsselung der Einkommensklassen bei den 29 Steuerpflichtigen der obersten Stufe gefragt. Es ist anzunehmen, dass es auch in der obersten Kategorie grosse Disparitäten gibt. Die *Top-notch*-Steuerzahler dürften somit weit mehr als der errechenbare Durchschnitt abliefern.

• Bei den Vermögenssteuern sieht die Sache nicht viel anders aus, wobei die Belastung bei den Vermögenssteuern im Schweizer Vergleich keinen Spitzenplatz innehat. Die Steuerzahler der oberen Vermögenskategorien kommen auch hier sehr massgebend für den Staatshaushalt auf. Übrigens kennen zahlreiche Länder keine Vermögenssteuern, was nicht ausser Acht zu lassen ist. Nebenbei sei erwähnt, dass erstens diese Steuerpflichtigen auch sehr substantiell für die AHV auf-

kommen − ein aktuelles Thema −, sich zweitens ihr wohl überdurchschnittlicher Lebenshaltungsbedarf in der Wertschöpfungskette der Zuger Wirtschaft positiv niederschlägt und sie drittens mit ihren Steuern dafür sorgen, dass Zug sich ein staatliches Angebot mit dem viel zitierten «Zuger Finish» leisten und sich trotzdem ausnehmend moderate Steuern gönnen konnte. Selbstredend soll Zug weiterhin den Spitzenplatz bezüglich der Steuerbelastung behalten.

• Auch bezüglich Unternehmen erlaubt die Antwort eine wichtige Erkenntnis: Die *Top-Ten*-Gesellschaften steuern 50 Prozent der Steuererträge, jedoch nur 10 Prozent der Arbeitsplätze bei. Letztere sind aber − wie der Regierungsrat schreibt − vielfach sehr qualifiziert. Die zumeist hohe Wertschöpfung pro Kopf macht Arbeitsplätze tendenziell sicherer, aber nur wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen − dazu gehört auch die Steuerbelastung − überdurchschnittlich und nachhaltig gut sind. Es ist somit zentral, solchen und auch allen anderen Arbeitgebern Sorge zu tragen.

Der Regierungsrat schreibt sinngemäss: Auch wenn nicht von einem substantiellen Klumpenrisiko gesprochen werden muss, ist sich die Regierung bewusst, dass eine Minderheit der Steuerpflichtigen einen erheblichen Teil der Zuger Steuern bezahlt. Auch hier hat der Regierungsrat ein wertneutrales Fazit gewählt. Leider ist ein Vergleich der Zahlen mit anderen Kantonen mangels Daten nicht möglich. Der Votant wagt aber zu behaupten, dass ein kantonaler Vergleich das Thema Klumpenrisiko für den Kanton Zug verdeutlichen würde. Das leitet sich auch aus den Fakten des NFA ab − Stichwort: wenige Geberkantone, viele Nehmerkantone. Ein Vergleich mit allen Kantonen würde wahrscheinlich aufzeigen, dass im Kanton Zug besonders wenige Steuerzahler für viele bezahlen, dies bei den natürlichen wie auch bei den juristischen Personen.

Als Schlussfolgerung ergibt sich: Das Geschäftsmodell des Kantons Zug hat sehr viel Wohlstand generiert, dies für alle und nicht nur monetär. Wie jedes Unternehmen von seinen Kunden lebt − auch dort sind, finanziell betrachtet, nicht alle gleich gut −, ist der Kanton Zug von seinen Steuerzahlern abhängig, insbesondere von den − ebenfalls aus finanzieller Perspektive gesprochen − guten und vor allem sehr guten. Kunden wie Steuerzahler dieser Kategorien werden umgarnt, haben mehr Wahlfreiheit in ihren Entscheidungen und können sich damit für einen anderen Anbieter oder auch für anderes Domizil entscheiden. Sie sind zumindest aus finanzieller Optik nicht standortgebunden. Der Regierungsrat hat richtig ausgeführt, dass es verschiedene mitigierende Gründe gibt, weshalb der Preis oder eben die Steuern nicht über alles entscheiden. Wo sich aber die rote Linie befindet, bei deren Überschreitung es zu einer Abwanderung kommt und die Zuwanderung gehemmt wird, lässt sich von vorneherein nie genau sagen. Und diese rote Linie ist auch nicht statisch. In diesem Sinn ist der Kanton Zug aufgerufen, dafür zu sorgen, dass es bezüglich Steuerbelastung *on the long run* so bleibt, wie es ist. Alle müssen daran arbeiten, will heissen den eingeschlagenen Weg des gedrosselten Ausgabenwachstums fortsetzen. Die FDP wird weiterhin genau hinschauen. Und sie mutmasst, dass sie dabei nicht allein sein wird. Es muss aber auch gelingen, all jenen, welche heute keine oder sehr wenige Steuern bezahlen, aufzuzeigen, dass es auch für sie nur so bleiben kann, wenn man einen überproportional hohen und möglichst breit abgestützten Anteil an sehr guten Steuerzahlern behalten kann. Das Schweizer Stimmvolk hat seine Weitsicht damals mit der Ablehnung der Sechs-Wochen-Ferien-Initiative bewiesen. Der Votant ist zuversichtlich, dass das Zuger Stimmvolk seine Weitsicht bei einer allfälligen nächsten Befragung ebenfalls beweisen wird. Wie die heutige Debatte zur Revision des Planungs- und Baugesetzes gezeigt hat, ist diese Botschaft zumindest im Kantonsrat leider nicht überall angekommen.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Er dankt der Regierung für die aufschlussreichen Tabellen in der Interpellationsantwort. Insbesondere dankt er aber den 74'675 Personen, die mit ihrem hart erarbeiteten Geld Steuern bezahlen. Es ist interessant: 12,7 Prozent oder fast 10'000 Steuerpflichtige bezahlen gar keine Steuern, die nächste Kategorie, die Stufe 2, bezahlt durchschnittlich 80 Franken, und die Stufe 3 − Personen mit einem steuerbaren Einkommen zwischen 10'000 und 20'000 Franken, immerhin auch 8 Prozent der Steuerpflichtigen − bezahlt durchschnittlich 300 Franken. Zusammengezählt gehören fast 30 Prozent der Steuerpflichtigen zu den Stufen 1−3, was bedeutet: Fast ein Drittel bezahlt im Schnitt ungefähr 970 Franken Steuern. Auf der anderen Seite bezahlen die obersten zwei Stufen, rund 20 Prozent der Steuerpflichtigen, zusammen rund 58 Millionen Franken Steuern. Aus den vorgelegten Zahlen lässt sich auch berechnen, dass der durchschnittliche Steuerzahler im Kanton Zug 3798 Franken Steuern bezahlt. Und hier ist auf die gemeindlichen Budgets bezüglich Schulen zu verweisen: Im Kanton Zug liegen die Kosten pro Volksschüler je nach Gemeinde zwischen 14'000 und 20'000 Franken. Es braucht also einige wirklich gute Steuerzahler, um die Dienstleistungen des Staats − nicht nur im Bereich Schulen, sondern auch im Sozial- und Gesundheitsbereich, in der Verwaltung etc. − finanzieren zu können.
Es gibt noch eine unbeantwortete Frage. Sie betrifft die gemeindlichen Steuerdaten. Zwar liegen nun die Zahlen zur kantonalen Verteilung vor, interessant ist aber auch die Verteilung auf die Gemeinden. Der Votant hat mittels Kleinen Anfragen die entsprechenden Daten für die Jahre 2012, 2014 und 2015 erhalten. Nun hat er eine Interpellation eingereicht, wohl wissend, dass sich diese Zahlen offenbar nicht auf Knopfdruck generieren lassen. Es wird interessant sein zu erfahren, welche Steuererträge auch auf Kantons- und Bundesebene aus den einzelnen Gemeinden kommen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Er dankt der Interpellantin für die Fragen und dem Regierungsrat für die Antworten. Wie zu erwarten ist, interpretiert die ALG die Zahlen etwas anders als die bürgerliche Rechte.
Knapp ein halbes Prozent der Steuerpflichtigen im Kanton Zug haben ein Einkommen von mehr als 1 Million Franken und generieren so rund 20 Prozent der kantonalen Steuereinkommen. 20 Prozent der steuerpflichtigen Zugerinnen und Zuger haben ein steuerbares Einkommen von weniger als 10'000 Franken und generieren nur 0,16 Prozent der Steuereinnahmen. 55 Prozent der Bevölkerung zahlen gar keine Vermögenssteuern, da schlicht kein steuerbares Vermögen vorhanden ist. 2 Prozent der Steuerpflichtigen haben ein Vermögen von klar über 5 Millionen Franken und generieren fast 70 Prozent der Vermögenssteuern
Die Steuereinnahmen sind ein Mischbild aus progressiver Steuerkurve und einem adäquaten Bild der Einkommens- und Vermögensverteilung. Was man hier ein weiteres Mal vor Augen geführt bekommt, ist eine offensichtliche Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen. Vermögen und Einkommen dürfen bis zu einem gewissen Grad ungleich verteilt sein − das alleine ist nicht *per se* ein Problem. Problematisch wird es erst, wenn erstens die Ungleichheit so gross wird, dass sich die einen nicht mehr am kulturellen, politischen und sozialen Leben beteiligen können und die anderen gleichzeitig mit ihrem Einkommen und vor allem ihrem Vermögen Macht und Rechte faktisch erkaufen können; zu erinnern ist hier an die Debatte über die Bewilligungen für eine erleichterte Niederlassung. Das ist aus Sicht der Gerechtigkeit und vor allem der Demokratie höchst problematisch. Und zweitens wird es problematisch, wenn Vermögen und Kapital nicht in die Realwirtschaft zurückfliessen bzw. damit kein Konsum stattfinden kann und stattdessen die Finanzmärkte mit Kapital geschwemmt werden, was zu Blasenbildungen und

damit zwangsläufig zu entsprechenden Finanzkrisen führt, so dass am Schluss das entsprechende Kapital andernorts fehlt − Stichworte globale Verteilungsgerechtigkeit, ökologischer Umbau und öffentliche Dienstleistungen und Dienste. Warum aber passiert das? Ein Hauptgrund ist die Tatsache, dass sich Vermögen und Kapital anziehen. Es entsteht *per se* Ungleichheit, was aber − wie gesagt − nicht *per se* ein Problem ist. Vermögen und Kapital haben auch den Hang, sich zu monopolisieren. Ziel von völlig radikalem Wettbewerb ist es, als Gewinner herauszugehen, und Gewinner ist, wer den anderen übernommen bzw. mehr Kapital angehäuft hat. Das ist eine inhärente Marktlogik, die seit langem bekannt ist und ein klassisches Marktversagen darstellt. Gesamtwirtschaftlich ist das völlig ungesund. Anstatt dass Vermögen verteilt wäre und realwirtschaftlicher Konsum in der Breite angeregt werden könnte − was volkswirtschaftlich positiv wäre −, ist Vermögen ungleich verteilt, und es wird nicht das gesamte Potenzial genutzt. Entsprechend ist es nicht nur legitim, sondern umso wichtiger, dass der Staat hier eingreift. Denn es stellt sich ja die Frage, wie das Vermögen zwecks Teilhabe und Gerechtigkeit, aber auch zwecks volkswirtschaftlichen Gesamtnutzens umverteilt werden kann. Das geschieht bereits, unter anderem durch ein progressives Steuersystem − auch das ist in den Zahlen der regierungsrätlichen Antwort ersichtlich. Und es wirkt auch: Vermögen wird via Steuerbelastung und via Sozialwerke umverteilt. Das ist gut so, aus den eben erwähnten Gründen. Die Umverteilung könnte aber noch mehr wirken − Stichworte Progression, höhere Vermögenssteuern, aber auch Erbschafts- und Kapitalsteuern. Und noch ein Hinweis zum Klumpenrisiko: Ein solches Risiko kann erst entstehen, wenn man einen schwachen Steuerstaat − wie hier vorhanden− hat. Erst wenn sich der Staat von einigen wenigen abhängig gemacht hat, hat er ein Klumpenrisiko. Die klassische Antwort auf ein Klumpenrisiko ist Diversifizierung. Mit noch tieferen Steuern und dem Aufrechterhalten einer Steueroase wirkt man sicherlich nicht diversifizierend, sondern begibt sich höchstens in noch mehr Abhängigkeiten.

**Pirmin Andermatt** spricht für die CVP-Fraktion. Er dankt der Interpellantin für die Fragen und dem Regierungsrat, insbesondere dem Finanzdirektor, für die ausführliche Beantwortung. Die wichtigste Aussage des Regierungsrats vorneweg: «Ganz generell lässt sich festhalten, dass der Kanton Zug sowohl bei den natürlichen wie auch bei den juristischen Personen eine breite Basis von guten Steuerzahlenden hat.» Trotzdem ist es aber jederzeit möglich, dass mehrere gute oder sehr gute Steuerzahler gleichzeitig wegziehen, was die Steuereinnahmen beeinträchtigen und somit schmerzen würde. Es gilt deshalb, lieber heute als morgen Sorge zu diesen wichtigen Steuersubjekten zu tragen und sie als Kunden und nicht als Bösewichte zu betrachten. Dabei ist mit Blick auf das Votum von Anastas Odermatt zu sagen, dass die Linke immer mit den gleichen Argumenten kommt und immer in dieselbe Kerbe haut. Das nützt nichts, und es wird dadurch nicht besser. Es wäre schön, wenn den Steuerzahlenden und vor allem denjenigen, die sehr hohe Steuern bezahlen, einfach mal danke gesagt würde. Das wäre ein guter erster Schritt miteinander.
Damit der gute Wirtschaftsstandort Zug erhalten bleibt, muss der Kantonsrat − und hier trug und trägt die CVP einen wichtigen Beitrag zum Gelingen bei - vorausschauende und weise steuerpolitische Entscheide fällen und nicht noch mehr Steine oder Steuerfallen in den Weg legen. Davon hängen nämlich nicht nur Steuereinnahmen, sondern auch sehr viele Arbeitsplätze ab. Gemäss Bericht des Regierungsrats sind es 85'000 Vollzeitstellen; an anderer Stelle liest man, dass es 109'000 Arbeitnehmende bzw. 86'500 Vollzeitstellen sind. Diesbezüglich dankt der Votant der Veranlagungsstelle für juristische Personen unter der Leitung von Guido Jud für ihre hervorragende Arbeit.

Der Bericht des Regierungsrats zeigt auch Zahlen und Fakten zur Verteilung des Steueraufkommens. Ähnliche Zahlen hat der Votant schon bei der Beratung des Finanzhaushaltgesetzes vorgelegt. So zahlen rund 30 Prozent der natürlichen Personen nur gerade 1 Prozent der gesamten kantonalen Steuern der natürlichen Personen; dass hier auch alle Studierenden enthalten sind, ist dem Votanten bewusst. 1,5 Prozent der Steuerpflichtigen − es sei wiederholt − bezahlen jedoch 30 Prozent des Steuerertrags der natürlichen Personen. Diesen 1,5 Prozent sollte man dankbar sein und sie nicht mit immer noch grösseren Belastungen vergraulen.
Hauptsächlich geht es dem Votanten bei seinen Ausführungen zu den natürlichen Personen aber um die Stufen 4 bis 6 bzw. das steuerbare Einkommen zwischen 20‘000 und 100‘000 Franken, also um die sogenannte Mittelschicht. Auf Seite 2 des regierungsrätlichen Berichts sieht man die entsprechende Verteilung. Leider sind die Stufen sehr breit gefächert. Es wäre für zukünftige Debatten im Kantonsrat wichtig, hier die Stufenanstiege detaillierter, beispielsweise in 5000-Franken- oder 10'00-Franken-Schritten, aufzuzeigen, damit die jeweiligen Auswirkungen besser beurteilt werden können. Der Rat hat nämlich verschiedentlich über Freibeträge oder Abzüge debattiert, ohne die genauen Auswirkungen auf die verschiedenen Stufen bzw. steuerbaren Einkommen zu kennen.
Bei den Vermögenssteuern ist die Diskrepanz noch auffälliger: 2 Prozent der Steuerpflichtigen tragen rund 70 Prozent zu den Einnahmen von rund 78 Millionen Franken bei. Bei den juristischen Personen kann davon ausgegangen werden, dass die Verteilung ähnlich ist wie bei den natürlichen Personen.
Abschliessend dankt der Votant dem Regierungsrat nochmals für den Bericht und wiederholt die Bitte um eine detailliertere Aufschlüsselung der Stufen 4 bis 6 bei den Einkommenssteuern. Die CVP ist gespannt, wie die vorliegenden Zahlen in die Budgetdebatte 2018 und die Finanzplanung 2018−2021 einfliessen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der FDP-Fraktion für die interessanten Fragen und allen Votanten für ihre − erwartungsgemäss sehr unterschiedlich gefärbten − Stellungnahmen. Es ist aber auch wichtig, hier einmal auch allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu danken.
Aus Sicht des Regierungsrats besteht kein Klumpenrisiko. Der Kanton Zug ist nicht von einem oder zwei grossen Steuerzahlern abhängig, sondern es besteht eine gewisse Breite. Es ist aber eine Tatsache, dass eine Minderheit von Steuerpflichtigen einen grossen Teil des Zuger Steuereinkommens bezahlt. Und deshalb ist es wichtig, den vorteilhaften steuerlichen und auch anderweitigen Rahmenbedingungen − Verlässlichkeit, unternehmerfreundliche Politik etc. − im Kanton Zug wirklich Sorge zu tragen, um so das vorhandenen Steuersubstrat langfristig zu sichern und − so ist zu hoffen − auch zu verbreitern. Zu beachten ist auch, dass die zehn steuerstärksten Gesellschaften rund 10 Prozent der Arbeitsplätze anbieten und auch in die Weiterbildung ihres Personals investieren; sie stärken damit die Wirtschaftskraft des Kantons Zug nachhaltig. Andererseits bezahlen − wie gehört − gut 12 Prozent der steuerpflichtigen natürlichen Personen keine Steuern, und fast ein Drittel bezahlt weniger als 1000 Franken Kantons- und Gemeindesteuern. Und vielleicht lohnt sich auch mal die Frage, wie viel Bildung, Strassen, ÖV oder Sozialhilfe man mit 1000 Franken realisieren kann. Vor diesem Hintergrund dankt der Finanzdirektor jenen Steuerzahlern, die einen wesentlichen Beitrag an diese staatlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen leisten. Natürlich wäre es staatspolitisch wünschenswert, dass möglichst alle Einwohnerinnen und Einwohner Steuern bezahlen und sich auch mit der sinnvollen und effizienten Verwendung ihrer Gelder befassen würden. Sozialpolitische und verwaltungsökonomische Gründe sprechen aber gegen entsprechende Anpassungen.

Anastas Odermatt hat von Verteilungsproblematik, Marktversagen bis hin zu fast kriegerischen Zuständen gesprochen; darauf geht der Finanzdirektor nicht ein. Er möchte aber das Thema Diversifizierung aufgreifen. Von denjenigen, die heute bewusst keine Steuern bezahlen, wird man auch in Zukunft nichts erhalten. Eine Kopfsteuer beispielsweise wäre keine Lösung; sie würde zu Erlassgesuchen und viel administrativem Aufwand führen, und die betreffenden Personen würden am Schluss wohl bei der Sozialhilfe landen. Der Mittelstand aber soll nicht stärker belastet werden, er bezahlt schon heute genug. Zieht man diese beiden Gruppen ab, verbleiben nur noch einige wenige Prozente von natürlichen Personen und Unternehmen. Und da stellt sich wirklich die Frage, wie denn eine Diversifizierung aussehen könnte. Sollen diese wenigen Prozente noch mehr Steuern bezahlen? Der Finanzdirektor kann die Ausführungen von Anastas Odermatt nur so verstehen.
Angesichts der geschilderten Fakten appelliert der Finanzdirektor an Sachlichkeit – wohl wissend, dass Sachlichkeit in einer Diskussion um Steuern schwierig ist. Einerseits ist die um sich greifende Neidkultur verfehlt: Wirtschaftlich erfolgreiche Personen und Unternehmen sind ja nicht einfach Schmarotzer. Und sie erhalten bei Steuersenkungen auch keine Steuergeschenke, vielmehr wird ihnen allenfalls weniger weggenommen von dem, was sie sich erarbeitet haben. Steuergeschenke sind aus Steuergeldern finanzierte Leistungen ohne Gegenleistungen. Und der Kanton Zug als solidarisch handelndes Gemeinwesen wird auch weiterhin keine Steuergeschenke verteilen – und das ist gut so.
Der Appell des Finanzdirektors zu Sachlichkeit richtet sich aber auch an die andere Seite. Wenn der Regierungsrat in Rahmen der Sanierung des Kantonshaushalts eine moderate Steuererhöhung ins Auge fasst, ist dies nicht einfach des Teufels. Die Regierung wird die hervorragende Position des Kantons Zug im internationalen Standortwettbewerb gewiss nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Der Finanzdirektor hat denn auch schon verschiedene positive Rückmeldungen sowohl von Unternehmen als auch von Privatpersonen, die von einer potenziellen Steuererhöhung betroffen wären, erhalten. Sie reagieren mit Verständnis angesichts der finanziellen Situation des Kantons Zug. Sie dürfen aber auch erwarten, dass der grosse Beitrag, den sie zugunsten der Gemeinschaft leisten, anerkannt wird, verbunden mit dem besten Dank.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**893** Traktandum 8.1: **Motion von Manuel Brandenberg, Philip C. Brunner, Beni Riedi, Rainer Suter, Thomas Werner betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes - Liberalisierung des Anforderungsprofils für die beruflich mit der Sozialhilfe befassten Personen**
Vorlagen: 2472.1 - 14858 (Motionstext); 2472.2 - 15565 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Rainer Suter** spricht für die Motionäre. Die Einwohner- und Bürgergemeinden sorgen dafür, dass Hilfesuchenden, für die sie zuständig sind, die nötige Sozialhilfe und Beratung zuteilwerden. Die Gemeinden sind frei im Entscheid darüber, welche Ausbildung ihr im Sozialbereich tätiges Personal hat. Die Motion hat zum Ziel, dass den anstellenden Personen bei der Auswahl des entsprechenden Personals nicht die Hände gebunden sein sollen. Mit dem heutigen Gesetzestext ist es ihnen nämlich unmöglich, eine geeignete Person anzustellen, wenn diese nicht die spezifische Ausbildung hat.

Im regierungsrätlichen Bericht wird mehrmals betont, dass schon heute gewisse Aufgaben beispielsweise an kaufmännisches Personal delegiert werden. Ist dies nach dem Sozialhilfegesetz korrekt? Sollte man nicht lieber das Gesetz so anpassen, wie es die Motionäre verlangen? Im Bericht der Regierung ist zu lesen, dass beispielsweise in Schwyz und Solothurn die Regelungen nicht auf Gesetzesstufe, sondern auf Verordnungsstufe erfolgen. Zürich schreibt auf Verordnungsstufe: «[…] oder der bisherigen Tätigkeit dafür geeignet sein.» Im regierungsrätlichen Bericht ist auch zu lesen: «Die mit der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Vorschrift zur Professionalisierung (§ 10 Abs. 1 SHG) verursachte den Sozialdiensten der Einwohnergemeinden keine Mehrkosten. Die Sozialdienste hatten sich bereits in der Vergangenheit auf fachlich ausgebildetes Personal gestützt, weil es sich bewährt hatte, für die Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter einzusetzen.» Eine Änderung der bisherigen Praxis würde − so glaubt der Votant − zu geringeren Kosten führen. Das wird die zuständige Regierungsrätin allerdings in Frage stellen − vermutlich ohne klare Zahlen. Anders gesagt: Man will einfach nichts ändern, auch wenn man eine Verbesserung erzielen oder sogar sparen könnte.
Die Vernehmlassungen der Gemeinden überraschten den Votanten. Er ist sich allerdings nicht sicher, wer diese geschrieben hat. War es eventuell ein gut bezahlter Sozialarbeiter? In der Praxis sieht es doch meistens so aus, dass nicht die bzw. der bestgeschulte oder bestausgebildete Mitarbeitende die bzw. der Beste ist, vielmehr ist es wichtig, sich in die Situation einfühlen zu können, sich der Herausforderung zu stellen und Lösungen zu suchen, das alles gepaart mit gesundem Menschenverstand. Und wenn bei einer gereiften Dame oder einem gereiften Herrn noch die Lebenserfahrung dazukommt, ist dies das Tüpfelchen auf dem i.
Mit der Erheblicherklärung der Motion und der späteren Zustimmung zur Gesetzesänderung wird die Ausgangslage für die Personalverantwortlichen flexibler: Sie können je nach den Bedürfnissen Sozialarbeiter, Sozialpädagogen oder Personen mit einer kaufmännischen oder anderen praktischen Ausbildung anstellen. Der Votant stellt daher im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Die Stärke der Schweiz beruht zu einem grossen Teil auf der geregelten Ausbildung von Fachpersonen. Fachpersonal ist ein Garant für Qualität und Verlässlichkeit. Nun fordert die vorliegende Motion, dass im Sozialbereich auf diese Qualität verzichtet werden soll. Aus dem Motionstext wird nicht klar, welches Ziel die Motionäre mit der Streichung des Passus' «für diese Aufgabe ausgebildetes Personal» verfolgen. Man kann nur mutmassen: Haben die Motionäre allenfalls die Erwartung, mit der Liberalisierung des Anforderungsprofils für die beruflich mit Sozialhilfe befassten Personen würden Kosten eingespart? Das Gegenteil wird der Fall sein: Bei der steigenden Zahl von komplexen Fällen im Sozialbereich hilft gerade die Professionalität, Kosten einzusparen, weil dadurch − da geht die Votantin mit der Regierung einig − «Fehlleistungen und Leerläufe weitgehend verhindert werden können».
Doch welche Botschaft steckt hinter der Motion? Was wollen die Motinäre erreichen? Wollen sie fachlich ausgebildetes Personal im Sozialwesen überflüssig machen? Wollen sie, dass im Sozialbereich künftig das Jekami dominiert? Will die SVP, dass Soziale Arbeit zu einem Hilfsjob degradiert wird, den man mit ein bisschen gesundem Menschenverstand problemlos erledigen kann? Wird der Kanton Zug künftig flächendeckend auf ausgebildetes Personal verzichten? Zwei Beispiele: Was liegt für alle, die mehr oder weniger lange zur Schule gegangen sind, näher als zu sagen: «Unterrichten, das kann ich auch»? Oder warum soll man sich die

harten Anwaltsprüfungen antun, um ins Zuger Anwaltsregister aufgenommen zu werden, wenn es auch ohne gehen würde? Das sind rein rhetorische Fragen, die mit der Realität nichts zu tun haben.
Die Bestimmung «ausgebildetes Personal« wurde bei der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes im Jahr 2006 gesetzlich verankert. Sie war damals unbestritten. In der Kantonsratsdebatte am 28. September 2006 sagte Kantonsrat Markus Jans zu diesem Thema: «Die Professionalität hat etwas mit der Ausbildung zu tun und nicht einfach nur mit ‹learning by doing›.» Wenn die Motionäre der Meinung sind, eine kaufmännische oder andere praktische Ausbildung würde es auch tun, so sieht die ALG darin vor allem eine Geringschätzung von ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Und dass Laienpersonal allenfalls gröbere Fehler begehen wird, die dem Kanton teuer zu stehen kommen können, hat die Votantin bereits erwähnt. Was aber das Ganze mit mehr Flexibilität für die Gemeinden zu tun hat, wie die Motionäre geloben, bleibt der ALG schleierhaft. Flexibilität für die Gemeinden tönt immer gut, in diesem Fall aber kommt sie leider als reine Floskel daher. So sehen dies auch die angesprochenen Gemeinden: Ausser Neuheim lehnen alle die Änderung ab. Ganz offensichtlich haben die Gemeinden in dieser Frage kein Bedürfnis nach Flexibilität oder Autonomie. Die Votantin bittet deshalb im Namen der ALG-Fraktion, dem Antrag der Regierung zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Seine Interessenbindung: Er ist Leiter Sozialdienst in der Gemeinde Baar und einfaches Mitglied im Berufsverband «Avenir Social». Er hat die Vernehmlassungsantwort der Gemeinde Baar *nicht* geschrieben.
Man stelle sich vor: Man fliegt in die Ferien. Der Kapitän begrüsst die Passagiere und erklärt, dass er keine Ausbildung und keine Prüfung als Pilot gemacht hat. Er habe aber das Betriebshandbuch des Flugzeuges zweimal intensiv durchgelesen − und er wünscht einen angenehmen Flug. Oder: Eine nahe Verwandte steht vor Gericht wegen einer allfälligen Straftat. Ihr Anwalt hat versichert, er habe alle Gesetze ausführlich angeschaut, auch wenn er weder ein Rechtsstudium noch eine Anwaltsprüfung absolviert habe. Würde man diesem Nicht-Anwalt vertrauen?
Die Mitglieder des Rats sind durchwegs gebildete und soziale Persönlichkeiten. Trotzdem können die wenigsten von sich behaupten, dass sie oder er Fachperson Pädagogik oder Soziale Arbeit ist. Die Gemeinden und deren Bevölkerung sind darauf angewiesen, dass ihnen die entsprechend ausgebildeten Fachpersonen zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass aus kurzsichtigem Denken die Illusion genährt wird, es könne gespart werden. Apropos Ausbildung: Der Votant hat etwas im Internet herumgesurft und nur eine Berufsgruppe gefunden, welche komplexe und umfangreiche Themen bearbeiten muss, ohne eine fundierte Ausbildung zu haben: Als Kantonsrätin und Kantonsrat gehört man zu dieser Berufsgruppe!
Der Votant bittet auch im Namen der betroffenen Bevölkerung, dem Antrag der Regierung zu folgen, die Motion nicht erheblich zu erklären und sie abzuschreiben.

**Urs Raschle** ist Stadtrat von Zug, und als Vorsteher des Departments für Soziales, Umwelt und Sicherheit führt er auch die sozialen Dienste der Stadt Zug.
35 Millionen Franken sind ein gewaltiger Betrag. Es ist aber nicht der Betrag, den die Sozialen Dienste in den letzten Jahren ausbezahlt haben, im Gegenteil: Es ist der Betrag, der von den Sozialen Diensten der Stadt Zug in den Jahren 2007−2016 zurückgeholt worden ist. Konkret: 260'000 Franken im Bereich der reinen Sozialhilfe über Ausschlüsse, Rückerstattungen oder Kürzungen und sage und schreibe 34 Millionen Franken im Bereich von Institutionen wie AHV, IV, SUVA oder bei der Prämienverbilligung. Diese Zahlen sind vielleicht überraschend, aber sie sind das

Resultat erfolgreichen Wirkens und Arbeitens der Angestellten. Fachlich perfekt gerüstet und ausgebildet, kennen sie sämtliche Möglichkeiten, welche bei Sozialhilfebezügerinnen und -bezügern bestehen, und setzen diese − wie man sieht − auch um. Denn dank wachsender Transparenz bei anderen Institutionen erhalten sie vermehrt Einblicke in die Zahlungen der Bezugsberechtigten und können davon profitieren. Dafür braucht es sehr gut ausgebildetes Personal, welches die Mechanismen der Sozialversicherungen und der SKOS-Richtlinien kennt.
Das Anliegen der Motion ist es, vermehrt unqualifiziertes Personal einstellen zu können. Der Votant kann versichern, dass die Stadt Zug von diesen Möglichkeiten, sollten sie beschlossen werden, keinen Gebrauch machen würde. Denn wo wirklich *Knowhow* nötig ist, braucht es dieses auch. Dort, wo dieses *Knowhow* weniger notwendig ist, arbeiten bei den Sozialen Diensten der Stadt bereits heute Personen, welche die fachspezifische Ausbildung nicht genossen haben. Der sogenannte *Skill-and-grade*-Mix wird also optimal erfüllt.
Damit besonders kleinere Gemeinde mittelfristig nicht unter Druck kommen, Personal einzustellen, welches nicht über die notwendigen fachlichen Qualifikationen verfügt, bittet der Votant, die Motion nicht erheblich zu erklären. Denn das Beispiel Neuheim zeigt es: Nicht immer werden Steuergelder genügend effizient eingesetzt.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass der SVP unterstellt wird, es gehe ihr mit ihrer Motion darum, dass im Sozialhilfebereich weniger kompetentes Personal angestellt werden soll. Es wird ihr unterstellt, sie schätze die Soziale Arbeit und die entsprechenden Fachpersonen gering oder verachte sie sogar. Das trifft natürlich nicht zu. In der Begründung der Motion wird in Kürze gesagt, worin der Sinn der vorgeschlagenen Änderung liegt: Die Gemeinden sollen selber entscheiden können, welchen beruflichen Hintergrund ihre Angestellten im Sozialwesen haben sollen. Sie sollen flexibel und je nach ihren Bedürfnissen Sozialarbeiter, Sozialpädagogen oder Personen mit einer kaufmännischen oder anderen praktischen Ausbildung für ihren Sozialdienst anstellen können. Die Motion hat also nichts mit Geringschätzung irgendwelcher Ausbildungen, sondern mit Freiheit für die Gemeinden zu tun.
Die Vorredner haben wenig über den Inhalt der Sozialen Arbeit gesprochen. Es waren immer wieder die Begriffe «Professionalität», «Ausbildung» und »Strukturen» zu hören, und es wurde davon gesprochen, dass alles nur mit Strukturen und Ausbildung und Professionalität möglich sei − und dass das so im Gesetz festgehalten sei. Was aber macht denn ein Sozialarbeiter den ganzen Tag? Dass er wichtige Aufgaben hat, ist auch für die SVP-Fraktion unbestritten. Es muss beispielsweise Telefonate mit teilweise sehr schwierigen Personen führen, unter Umständen mehrmals am selben Tag; er muss Budgets erstellen und dafür Unterlagen über den Lohn und die Bedürfnisse der betreffenden Person einholen; er muss entscheiden und Antrag stellen, wie viel Sozialhilfe einer Person zusteht; er muss mit ihr Gespräche führen und diese protokollieren; er muss wissen, wie man die rechtlichen Vorschriften im jeweiligen Fall anwendet. Alle diese Aufgaben sind wichtig. Sie können teilweise aber auch von Personen ausgeführt werden, die *on the job* Erfahrungen gesammelt haben, ohne ein formelles Diplom einer Hochschule für Soziale Arbeit zu haben. Und jede Gemeinde soll − wie gesagt − selbst entscheiden können, ob es für alle diese Aufgaben eine Hochschulausbildung in Sozialer Arbeit braucht oder ob sie einen Teil beispielsweise einem kaufmännischen Angestellten mit gutem psychologischen Geschick und einem guten Zugang zu den Leuten anvertrauen kann und der Sozialarbeiter nur für jene Bereiche zuständig sein soll, für die er speziell ausgebildet ist.
Genau das ist der Hintergrund der Motion. Der Votant bittet, die gespenstischen Unterstellungen an die Adresse der SVP nicht ernst zu nehmen. Es erstaunt im

Übrigen nicht, dass im Brief des Berufsverbands «AvenirSocial - Soziale Arbeit Schweiz» vom 25. September 2017, den vermutlich alle Ratsmitglieder erhalten haben, zwar vier Mal der Begriff «professionell» vorkommt, aber überhaupt nichts darüber gesagt wird, was ein Sozialarbeiter eigentlich den ganzen Tag tut. Und Letzteres ist ja das Kriterium für die Beurteilung, ob die vorliegende Motion sinnvoll ist oder nicht.
Natürlich steigt niemand in ein Flugzeug, das von einem nicht ausgebildeten Piloten gesteuert wird, und niemand wird einem Anwalt ohne sachgerechte Ausbildung einen Auftrag geben. Der Votant − er ist Anwalt − wäre allerdings durchaus bereit, das Monopol in seinem Beruf freizugeben. Die Leute können selber merken, ob sie zu jemandem mit einer fundierten Ausbildung oder zu einem nicht ausgebildeten Laien gehen wollen. Der Votant hätte da genug Vertrauen in den Markt und in die Konsumenten. Der grosse Unterschied zwischen einem Piloten und einem Sozialarbeiter liegt aber darin, dass ein Flugzeug einige Stunden lang mit vielen Menschen an Bord herumfliegt − und es geht um Leben und Tod. In der Sozialarbeit geht es um Fragen, die verschiedene Bereiche des Lebens berühren und für es Fachleute aus dem kaufmännischen Bereich oder aus der Psychologie etc. braucht. Wenn man irgendetwas falsch oder anders macht, kommt es nicht zu einem Absturz mit vielen Toten. Man sollte hier also auch die Relationen wahren. In diesem Sinn bittet der Votant, die Motion erheblich zu erklären.

Für **Michael Riboni** hat insbesondere Esther Haas etwas den Teufel an die Wand gemalt, wenn sie sagte, Laien im Sozialbereich könnten Schäden verursachen, welche für die Gemeinden teuer werden könnten. Es brauche deshalb gut ausgebildetes, professionelles Personal. In der letzten Sitzung hat der Kantonsrat über die Professionalisierung des Verwaltungsgerichts diskutiert. Er hat darüber befunden, ob es im Verwaltungsgericht Juristen brauche, oder ob dort auch Laien tätig sein können. Die Ratslinke vertrat damals − nach Ansicht des Votanten völlig zu Recht − die Meinung, es sollen dort auch Laien tätig sein können. Damals sprach niemand davon, dass dadurch dem Kanton Haftungsfälle und grosse Schäden entstehen könnten. Heute aber geht es für die Linke um die eigenen Pfründe − und da tönt es plötzlich ganz anders.
Es geht nicht darum, den Beruf des Sozialarbeiters abzuschaffen oder die Hochschule für Soziale Arbeit zu zerschlagen. Es geht einzig um eine Liberalisierung. Der Votant bittet deshalb ebenfalls, die Motion erheblich zu erklären.

**Beni Riedi** unterstützt seine Vorredner. Er möchte sich nochmals dezidiert davon distanzieren, dass die Motionäre angeblich im Sozialbereich unqualifiziertes Personal einstellen möchten. Die Stärke der Schweiz liegt nicht nur in der Ausbildung und stetigen Weiterbildung, sondern auch darin, dass sich ein grosser Teil der inländischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer mit ihrer Arbeit identifiziert und diese gewissenhaft ausführt. In der Motion steht in § 10 Abs. 1: «Die Gemeinden sind frei im Entscheid darüber, welche Ausbildung ihr im Sozialbereich tätiges Personal hat.» Diesen Satz muss man sich zu Herzen nehmen − und man kann Vertrauen in die Gemeinden haben, dass sie, wo nötig, entsprechende Fachleute anstellen. Man muss den Gemeinden aber auch die Freiheit geben, bestimmte Stellen nicht mit Leuten zu besetzen, die lange studiert haben. Der Votant bittet in diesem Sinn darum, die Motion erheblich zu erklären.

**Hubert Schuler** ist etwas erstaunt darüber, dass die Freiheit der Gemeinden nun plötzlich so hochgelobt wird. Bei der heutigen Beratung des Planungs- und Bau-

gesetzes wurde nämlich noch argumentiert, alle Gemeinden müssten sich an dieselben Regeln halten.
Der Votant lädt Manuel Brandenberg gerne dazu ein, einen Tag bei den Sozialen Diensten zu verbringen und sich ein Bild über deren Arbeit zu machen. Es ist richtig, dass auch Budgets erstellt werden müssen, und das kann in der Tat auch von Personen mit einer kaufmännischen Ausbildung erledigt werden. Das von der SVP gezeichnete Bild, bei den Sozialen Diensten seien nur Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter angestellt, ist natürlich falsch. Und das Erstellen von Budgets ist dort nur ein kleiner Teil der Arbeit. Entscheidend ist, diese Budgets dann den betreffenden Personen zu erklären. Das kann bei psychisch Kranken oder Suchtabhängigen ziemlich anspruchsvoll sein. Man kann sie nicht einfach vor die Tatsache stellen, dass ihnen nun − ohne Miete − monatlich 956 Franken für den Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, wenn es vorher vielleicht 3000 Franken waren. Hier kommen ganz andere Faktoren hinzu − und hier braucht es Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Oder wie erklärt man jemandem, dass der Vater vermutlich seine Tochter schlägt? Wie geht man vor? Braucht es einen Antrag an die KESB oder eine Strafanzeige? In solchen Fällen nützt ein KV-Abschluss nicht viel. Hier braucht es Fachleute mit einer entsprechenden Ausbildung. Der Votant selbst führt pro Tag vier bis fünf solche Gespräche, manchmal sind es auch mehr. Es soll also bitte niemand sagen, es gehe bei den Sozialen Diensten nur um das Erstellen von Budgets.

**Zari Dzaferi** möchte auf das Votum von Michael Riboni zurückkommen, welcher der Ratslinken in Zusammenhang mit den Sozialen Diensten Pfründenwirtschaft vorgeworfen hat. Als der Rat über die Qualifikationen für die nebenamtlichen Richterinnen und Richter diskutierte, wurde von linker Seite argumentiert, dass diese ja vom Volk gewählt würden und das Volk letztendlich eh nur qualifizierte Personen in ein Richteramt wähle. Hier aber geht es nicht um Mitarbeitende, die vom Volk gewählt werden, und der Kantonsrat wird auch nicht darüber diskutieren, ob nun tatsächlich die Besten gewählt worden seien; je nach Budget einer Gemeinde wird möglicherweise auch jemand angestellt, der nicht über die notwendigen Qualifikationen verfügt. Michael Riboni vergleicht hier Bananen mit Äpfeln. Es geht nach Meinung des Votanten auch nicht, der Ratslinken auf neckische Art und Weise vorzuwerfen, dass sie sich für soziale Themen einsetze. Die Linke fühlt sich verpflichtet, sich auch für die Schwächeren in der Gesellschaft einzusetzen, die vielleicht etwas mehr Unterstützung brauchen.

**Manuel Brandenberg** entgegnet seinem Vorredner, dass die SVP, wenn die Volkswahl das entscheidende Kriterium ist, sich überlegen könnte, einen Vorstoss mit der Forderung einzureichen, dass in Zukunft die Angestellten im Bereich Sozialhilfe vom Volk zu wählen seien. Der Votant ist nicht sicher, ob das Volk dann nur ausgebildete Sozialarbeiter wählen würde. Man sollte deshalb auch unter diesem Aspekt offen sein für die Freiheit des entscheidenden Organs, in diesem Fall des Gemeinderats.

**Michael Riboni** hat auf die linke Seite geschaut, weil er besonders die linken Parteien ansprechen wollte. Er wollte niemanden provozieren.
Der SVP geht es ganz einfach um eine Liberalisierung. Und die Anstellungsbehörde, also das gemeindliche Personalamt und der Gemeinderat, wird mit Sicherheit seriös arbeiten und sich etwas überlegen, wenn sie jemanden anstellt. Sie wird nicht einfach irgendjemanden mit Aufgaben im Sozialdienst betrauen. In diesem Sinn bittet der Votant nochmals, die Erheblicherklärung der Motion zu unterstützen.

Für **Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, ist es wichtig, die Geschichte des betreffenden Paragrafen zu kennen. Der Regierungsrat wollte 2005 die Ausrichtung von wirtschaftlicher Sozialhilfe ausschliesslich den Einwohnergemeinden übertragen. Damit wären alle Einwohnerinnen und Einwohnerinnen einer Gemeinde von der gleichen Stelle beraten und betreut worden, unabhängig davon, ob sie Bürgerin oder Bürger der betreffenden Gemeinde sind. Dieser Vorschlag wurde nicht umgesetzt, der Kantonsrat wollte aber die professionellen Sozialdienste mit der nun zur Diskussion stehenden gesetzlichen Bestimmung verankern. Anders gesagt: Der Kantonsrat hat vor erst elf Jahren, nämlich 2006, diese Bestimmung ins Gesetz aufgenommen; sie ist seit dem 1. Januar 2008 in Kraft. Und Zug ist hier in guter Gesellschaft mit anderen Kantonen.
Die Direktorin des Innern bittet Manuel Brandenberg, den betreffenden Paragrafen richtig zu lesen. Es geht um die «fachliche Beratung durch für diese Aufgabe ausgebildetes Personal». Das Gesetz schreibt keineswegs vor, dass alle im Sozialdienst tätigen Personen über einen Hochschulabschluss in Sozialer Arbeit verfügen müssen. Gewisse Aufgaben, insbesondere im Bereich Administration, werden schon heute durch kaufmännisches Personal wahrgenommen. Dem Gesetzgeber war aber wichtig, dass die fachliche Beratung durch Personen erfolgt, welche für diese Aufgabe ausgebildet sind. Es gibt solche Bestimmungen übrigens auch in anderen Berufsgebieten: Die eidgenössischen Räte haben vor kurzem in das eidgenössische Waldgesetz die Bestimmung aufgenommen, dass die Forstkreise und Forstreviere durch Waldfachleute mit höherer Ausbildung und praktischer Erfahrung geleitet werden müssen; diese Bestimmung ist am 1. Januar 2017 in Kraft getreten.
Die Direktorin des Innern weist auch darauf hin, dass sich alle Gemeinden mit Ausnahme von Neuheim der Argumentation des Regierungsrats anschliessen. Der Regierungsrat erachtet die von der Motion gewünschte Gesetzesänderung als unnötig und vor allem die für eine Revision erforderlichen Personalressourcen als unverhältnismässig. Er bittet den Rat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat erklärt die Motion mit 39 zu 22 Stimmen nicht erheblich.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 894 Nächste Sitzung

Donnerstag, 30. November 2017, 08.30 Uhr (Ganztagessitzung).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass die auf den 16. November 2017 terminierte ausserordentliche Kantonsratssitzung mangels Geschäften entfällt.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

63. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. November 2017 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26. Oktober 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
- 3.1. Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend strukturelle Besoldungsüberprüfung (Berichts-Motion)
- 3.2. Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Lohngleichheit im Kanton Zug
- 3.3. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend: Wie weiter mit dem Theilerhaus
- 3.4. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend «Paradise Papers»: Die Spuren der Ausbeutung führen nach Zug
4. Kommissionsbestellungen:
- 4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 16/3 (Kapitel Grundzüge der räumlichen Entwicklung, Siedlung, Landschaft, Verkehr)
- 4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, WFV)
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Anzahl Kantonsratsmandate für die einzelnen Gemeinden (Wahlen 2018)
6. Budget 2018 und Finanzplan 2018–2021
7. Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)
8. Geschäfte, die am 26. Oktober 2017 nicht behandelt werden konnten:
- 8.1. Zwei parlamentarische Vorstösse zu Informatik-Themen:
- 8.1.1. Motion der Ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung
- 8.1.2. Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle

8.2. Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25)
8.3. Postulat von Hans Baumgartner, Jean-Luc Mösch und Silvan Renggli betreffend Beibehaltung der direkten Buslinie Nr. 7 Cham Bahnhof nach Zug
8.4. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Park + Ride
8.5. Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Schulpsychologischen Dienstes
9. Interpellation von Kurt Balmer betreffend Unterhalt der SBB-Anlagen im Kanton Zug

## 895 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 77 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Peter Letter, Oberägeri; Nicole Zweifel, Baar; Flavio Roos, Risch.

## 896 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im City-Hotel Ochsen ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

Heute findet in Altdorf die 101. Plenarversammlung der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) statt. Regierungsrat Beat Villiger ist Mitglied des ZRK-Ausschusses. Er vertritt den Zuger Regierungsrat an der Plenarversammlung und ist für die heutige Kantonsratssitzung entschuldigt.

Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard verlässt die Sitzung nach der Budgetberatung. Sie fährt an die Jahrestagung der Direktorenkonferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL) in St. Gallen.

Heute findet die Konferenz der Vereinbarungskantone des Interkantonalen Kulturlastenausgleichs statt. Als Präsident leitet Regierungsrat Stephan Schleiss diese Konferenz. Er ist deshalb bis 11.30 Uhr entschuldigt.

Thomas Villiger und seine Ehefrau Silvia sind am 28. Oktober Eltern von Mia Valentina geworden. Der Vorsitzende gratuliert den glücklichen Eltern im Namen des Rats und wünscht ihnen ruhige Nächte. *(Der Rat applaudiert.)*

Am 15. November hat ein Team des Kantonsrats am traditionellen Morgartenschiessen teilgenommen. Das Kantonsratsteam landete mit insgesamt 289 Punkten auf dem 109. Schlussrang. Der gruppeninterne Meisterschütze war Thomas Werner mit 40 Punkten, er gewann den beliebten Zinnbecher. Rupan Sivaganesan hat zum ersten Mal an einem Schützenfest teilgenommen. *(Der Rat applaudiert.)*

**Manuel Brandenberg** stellt fest, dass verschiedene Mitglieder des Regierungsrats heute abwesend bzw. nur teilweise anwesend sind. Die Geschäftsordnung des

Kantonsrats regelt in § 35 Abs. 1 klar, dass die Mitglieder des Regierungsrats anwesend sein müssen, wenn das Kantonsparlament tagt. Das ist normalerweise einmal pro Monat der Fall, und der Votant bittet den Regierungsrat, sich wieder strenger an diese Vorschrift zu halten. Er empfindet es als eine Geringschätzung des Souveräns, also des Volks, wenn Regierungsräte wegen irgendwelcher Konferenzchen nicht an den Kantonsratssitzungen teilnehmen. Man hat gelegentlich sogar den Eindruck, dass Konferenzen absichtlich so terminiert werden, dass man nicht ins Parlament gehen muss. Das Volk, das durch den Kantonsrat repräsentiert wird, hat aber das Recht, dass die Regierungsräte einmal im Monat vollzählig anwesend sind.

TRAKTANDUM 1

**897 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**898 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26. Oktober 2017**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 26. Oktober ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt am Schluss der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 903−907).

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen:**

**899** Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 16/3 (Kapitel Grundzüge der räumlichen Entwicklung, Siedlung, Landschaft, Verkehr)**
Vorlagen: 2794.1/1a/1b - 15591 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2794.2 - 15592 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

**900** Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, WFV)**
Vorlagen: 2801.1/1a/1b - 15600 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2801.2/2a - 15601 (Antrag des Regierungsrats)

➔ Stillschweigende Überweisung an die Konkordatskommission und an die Gesundheitskommission.

TRAKTANDUM 5

**901 Kantonsratsbeschluss betreffend Anzahl Kantonsratsmandate für die einzelnen Gemeinden (Wahlen 2018)**

Vorlagen: 2798.1/1a - 15597 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2798.2 - 15598 (Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** informiert, dass diese mathematisch orientierte Vorlage usanzgemäss keiner vorberatenden Kommission zugewiesen wurde. Da sie keine finanziellen Konsequenzen hat, wurde sie auch nicht durch die Staatswirtschaftskommission beraten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat tritt stillschweigend auf die Vorlage ein.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur eine Lesung durchgeführt wird. Es handelt sich nicht um einen allgemeinverbindlichen Beschluss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ Der Rat stimmt der Vorlage stillschweigend und einstimmig zu.

TRAKTANDUM 6

**902 Budget 2018 und Finanzplan 2018–2021**

Vorlagen: 2786.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2786.2 - 15587 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** macht folgende Hinweise zum Vorgehen:

- Auf Seite 5 im Budgetbuch finden sich die Anträge des Regierungsrats.
- Die Angaben zum Budget 2018 sind im Budgetbuch immer in der grauen Spalte aufgeführt.
- Der Rat behandelt Budget und allfällige Leistungsaufträge jeweils zusammen.
- Die Detailberatung folgt ab Seite 43 der Institutionellen Gliederung.
- In der Detailberatung führt der Rat die Abstimmungen über die Anträge des Regierungsrats bzw. der Staatswirtschaftskommission zu den Leistungsaufträgen und zum Budget durch.
- Nach der Beschlussfassung zum Budget folgt die Kenntnisnahme des Finanzplans.
- Am Schluss nimmt der Rat Kenntnis von der Finanzierungsprognose bis 2025.

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass in der Eintretensdebatte sowohl zum Budget als auch zum Finanzplan und insbesondere zum Bericht und Antrag des Regierungsrats, also zu den Seiten 5−26 im Budgetbuch, gesprochen werden kann.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, informiert, dass die erweiterte Staatswirtschaftskommission das Budget und den Finanzplan am 8. November 2017 in einer Ganztagessitzung beraten hat. Sie dankt der Finanzdirektion für die Unterstützung und allen Direktionen und Gerichten für den Empfang der Delegationen sowie für die offene und konstruktive Zusammenarbeit.
Die finanzielle Lage des Kantons Zug hat sich etwas entspannt. Offiziell weist das Budget einen Gewinn von 1,7 Millionen Franken aus. Dieser Gewinn kam jedoch durch die Auflösung der Bewertungsreserve von 52,5 Millionen Franken zustande. Die Stawiko ist damit einverstanden, obwohl diese Auflösung in der Kommission zu reger Diskussion Anlass gab; die Votantin wird sich in der Detailberatung dazu äussern. Das operative Ergebnis weist somit ein Minus von noch immer stattlichen 50,8 Millionen Franken aus. Immerhin konnten dank Entlastungsprogrammen, weiteren Projekten und Sparanstrengungen der Regierung und der Verwaltung die jährlichen strukturellen Defizite echt reduziert werden. Dafür dankt die Stawiko-Präsidentin allen Beteiligten. Es ist ihr bewusst, dass die Stawiko und der Kantonsrat seit der Wende im Staatshaushalt von grossen Überschüssen hin zu massiven strukturellen Defiziten grossen Druck ausgeübt haben. Es haben aber alle am selben Strang gezogen, und es wurde einiges erreicht. Wenn man über die Kantonsgrenzen hinausschaut, muss man feststellen, dass dies einzigartig ist.
Trotz dieses Lobs und der durchaus positiven Entwicklung hält die Stawiko-Präsidentin aber wieder den Finger hoch: Achtung, nun bitte nicht in Euphorie ausbrechen! Denn bis zum Ziel ist es leider noch ein weiter und steiniger Weg. Das Projekt «Finanzen 2019» steht vor der Türe und wird im Kantonsrat sicherlich zu hitzigen Diskussionen führen. Der Kanton Zug ist auch nicht auf einer einsamen Insel, sondern äussere Faktoren spielen zunehmend eine grosse Rolle, welche sowohl die Aufwand- als auch die Ertragsseite stark beeinflussen können. Einige Beispiele dazu:
• Die Migration von Süden nach Norden ist unbestritten da. Die Attraktivität der einzelnen Zielländer verändert sich je nach politischer Situation in den Nachbarländern.
• Es braucht eine Unternehmenssteuerreform und somit eine Lösung für die privilegiert besteuerten Gesellschaften.
• Der nationale und internationale Steuerwettbewerb wird weiter zunehmen. In diesem Umfeld müssen sich die Schweiz und der Kanton Zug behaupten können.
• Gute Steuerzahler stehen in engem Konnex zu den Arbeitsplätzen. Fehlende Arbeitsplätze belasten die Arbeitslosenkasse.
Die Investitionstätigkeit bleibt auch 2018 auf einem hohen Niveau: Im Budget sind rund 80 Millionen Franken aus der Staatsrechnung und rund 47 Millionen Franken aus der Spezialfinanzierung Strassenbau eingestellt. Die Stawiko-Delegationen haben bei ihren Visitationen auch die Details der einzelnen Investitionen angeschaut und sind zum Schluss gekommen, dass diese vertretbar sind. Der Selbstfinanzierungsgrad ist seit 2013 erstmals wieder positiv: Er liegt 2018 bei 33,1 Prozent und in den nachfolgenden drei Planjahren zwischen 56 und 80 Prozent. Die Werte liegen aber immer noch unter 100 Prozent, was bedeutet, dass die Investitionen nicht aus den erwirtschafteten Mitteln des gleichen Jahres finanziert werden können, sondern die Liquidität belasten. Die Stawiko kann kurzfristig damit leben. Die liquiden Mittel werden aufgrund der vorliegenden Planzahlen Ende 2021 schätzungsweise rund 350 Millionen Franken betragen. Der Kanton kann die Investitionen bis dahin somit ohne Aufnahme von fremden Mitteln finanzieren.
Wohlwollend hat die Stawiko zur Kenntnis genommen, dass ab 2019 pro Leistungsgruppe das jeweilige Preisschild im Budgetbuch veröffentlicht wird. Dies wird allen Kantonsratsmitgliedern erlauben, mehr Informationen aus den Zahlen zu erhalten. Den Delegationen standen bei ihren Visitationen wie immer die detaillierten Zahlen

bis hinunter zum Konto zur Verfügung. Bei Bedarf konnten sie auch das Preisschild erfragen. Positiv wertet die Stawiko weiter, dass nun in der ganzen Verwaltung nach demselben Ansatz die wesentlichen Risiken ermittelt werden. Mit diesen zwei Änderungen erfüllt die Regierung zwei grosse Anliegen der Stawiko.
Die Delegationen haben die einzelnen Direktionen und Gerichte im Speziellen auch in Sachen Sparbemühungen und Sparpotenzial untersucht. Die Delegationen kamen im Allgemeinen zur Erkenntnis, dass ohne Leistungsabbau und ohne gesetzliche Änderungen wenig bis kein Potenzial mehr besteht. Das Projekt «Finanzen 2019» ist am Laufen. Im Budget 2018 sind gemäss der detaillierten Beilage zum Bericht und Antrag der Stawiko rund 13 Millionen Franken eingestellt. Es ist in Erinnerung zu rufen, dass viele Ausgabenposten nicht beeinflussbar sind, beispielsweise die Schülerzahlen, die Verpflichtungen der Arbeitslosenkasse oder die verschiedenen Transferaufwände. Intensiv hat sich die Stawiko mit den Kosten des Asylwesens befasst, deren stete Zunahme ihr Sorge machen; die Stawiko-Präsidentin wird in der Detailberatung Näheres dazu sagen. Mit Anerkennung hat die Stawiko zur Kenntnis genommen, dass sich auch die Gerichte an der Sanierung des Staatshaushalts beteiligen und ihren Beitrag leisten.
An der Sitzung der erweiterten Staatswirtschaftskommission vom 8. November wurden weder Streichungsanträge zu einzelnen Direktionen angenommen noch Anträge auf Pauschalkürzungen gestellt. Im Namen der Kommission ersucht die Votantin den Rat, auf das Budget 2018 einzutreten und den Anträgen der Regierung zu folgen.

**Beat Unternährer** teilt mit, dass die FDP-Fraktion einstimmig empfiehlt, auf das Budget einzutreten, und die acht Anträge der Staatswirtschaftskommission unterstützt. Sie begründet das wie folgt:
Die finanzielle Lage des Kantons Zug ist zwar immer noch sehr angespannt, doch ist die FDP der Ansicht, dass die Regierung und die Administration in enger Zusammenarbeit mit dem Kantonsrat das grosse Defizit durch strukturierte Prozesse in der geplanten Frist eliminieren können. Noch vor zwei Jahren war der Kanton mit einem strukturellen Defizit von über 150 Millionen Franken konfrontiert. Durch drei Entlastungs- resp. Sparprogramme ist es gelungen, dieses Defizit auf aktuell rund 50 Millionen Franken zu reduzieren. Diesbezüglich hatte der Kanton Zug auch das Glück, dass die Steuereinnahmen wieder etwas ansteigen.
Entscheidend für das Gelingen der Sanierung der Finanzen ist die enge und koordinierte Zusammenarbeit von Regierung und Legislative. Hunderte von Massnahmen sollen insgesamt eine Entlastung um 112 Millionen Franken bringen. Davon kann die Regierung 42 Millionen Franken in eigener Kompetenz umsetzen. Für die anderen Massnahmen braucht es gesetzliche Anpassungen. Als sehr wirksam hat sich der eingeführte Personalstopp erwiesen. Kostenbremsen sind ein Mittel, das bei der öffentlichen Hand noch zu wenig angewandt wird.
Die FDP nimmt anerkennend zur Kenntnis, dass die Regierung und die Administration bei den Entlastungsbemühungen nicht locker lassen und die Programme diszipliniert vorantreiben. Es ist aus den Berichten der Stawiko erkennbar, dass alle Direktionen bei diesen Sparbemühungen ihren Beitrag leisten. Wohl nicht überraschend geht der Votant im Namen der FDP näher auf den Asylbereich ein. Dort ist man nach wie vor mit einer Steigerung der Saldi konfrontiert. 2017 beträgt der erwartete Kostendeckungsbetrag bei Gesamtkosten von 27,1 Millionen Franken 78 Prozent und im Budget 2018 bei ähnlichen Gesamtkosten noch 74 Prozent. Die Differenz zwischen 2017 und 2018 ergibt sich schwergewichtig aus Kosten für Integration und Sprachausbildung, welche 2018 um rund 1,2 Millionen Franken ansteigen. Die FDP kann nachvollziehen, dass es sinnvoll ist, noch vermehrt in In-

tegration und Sprachausbildung zu investieren. Mit jeder Steigerung der zukünftigen Erwerbsquote können in Folgejahren grosse Sozialkosten eingespart werden.
Abschliessend geht der Votant auf die im Finanzplan geplante Steuererhöhung ein, welche zusätzliche 50 Millionen Franken Einnahmen generieren soll. Die FDP hat schon immer darauf hingewiesen, dass sie Steuererhöhungen als *ultima ratio* betrachtet. Man kann nicht genug darauf hinweisen, dass sich der Kanton Zug bezüglich Steuern in einem Wettbewerb mit anderen Gebietskörperschaften und Nationen befindet. Der Votant verweist hier nur auf die möglichen, massiven Steuersenkungen in den USA. Wenn diese gelingen, werden sie die Schweiz und insbesondere den Kanton Zug unter Druck setzen. Eine Interpellation der FDP zu den steuerlichen Klumpenrisiken hat gezeigt, dass wenige Prozent von Steuerzahlern einen grossen Anteil der Steuereinnahmen generieren. Die FDP fragt sich, ob es klug ist, bei der geplanten Steuererhöhung die besonders gut Verdienenden überdurchschnittlich zu belasten. Allenfalls wäre es sinnvoll, schwergewichtig nochmals detailliert auf die verschiedenen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten einzugehen. Die FDP wird sich beim Thema Steuern zum gegebenen Zeitpunkt noch intensiv einbringen.

**Andreas Lustenberger** spricht für die ALG-Fraktion. Die Ablehnung des Sparpakets durch den Zuger Souverän und der einseitigen USR III durch den Schweizer Souverän müssen als Absage an die bisherige Finanzpolitik gewertet werden. Die ALG betrachtet das vorliegende Budget aus diesem Blickwinkel kritisch. Die bürgerlich dominierte Finanz- und Wirtschaftspolitik schafft es leider nach wie vor nicht, Zugs nationale und internationale Spitzenposition in der Wirtschaft für die *gesamte* Bevölkerung positiv zu nutzen. Zu den hohen Wohn- und Lebenskosten kommen im Rahmen von Sparpaketen wenig durchdachte und zum Teil schädliche und deshalb inakzeptable Sparideen, dies notabene in einem Wachstumskanton. Die ALG setzt sich für ein lebenswertes Zug ein und fordert eine Abkehr von der Sparpolitik. Sie wird in der Detailberatung deshalb den Antrag stellen, die Einnahmeseite bereits im Budget 2018 zu beachten und den Steuerfuss zu erhöhen.
Der Kanton Zug trägt Verantwortung für *alle* seine Bewohnerinnen und Bewohner. Es gilt allen Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zu garantieren. Als internationaler Standort trägt der Kanton Zug nicht nur Verantwortung für die Zugerinnen und Zuger, sondern beeinflusst mit seiner Politik das Schicksal sowohl vieler Menschen als auch der Umwelt. Leider sind die Armutszahlen auch in der Schweiz steigend. Diese Tatsache ist beschämend in Anbetracht dessen, dass das Vermögen in der Schweiz konstant ansteigt.
Die ALG-Fraktion macht die Annahme des Budgets 2018 vom Verlauf der Detailberatung abhängig. Dazu gehört die genannte Steuerfusserhöhung genauso wie die Ablehnung jeglicher unverantwortlicher zusätzlicher Sparanträge. Bei allen weiteren Anträgen folgt die ALG grundsätzlich der Regierung. In diesem Sinne ist sie für Eintreten.

**Alois Gössi** hat vor ein paar Jahren bei einer Budgetdebatte bildlich davon gesprochen, dass nach den sieben fetten Jahren nun die sieben mageren Jahre angebrochen seien. Nun hat der Kanton Zug die ganz mageren Jahre hinter sich und nähert sich dem Ende der sieben mageren Jahre – wobei der Votant aber nicht glaubt, dass danach wieder sieben fette Jahre kommen werden.
Für 2018 ist eine mehr oder weniger schwarze Null budgetiert. Diese kommt jedoch nur zustande, weil Bewertungsgewinne von rund 50 Millionen Franken gewinnwirksam über die Erfolgsrechnung aufgelöst werden. Das ist gemäss HRM 2, dem vom Kanton Zug angewendeten Rechnungsmodell, zulässig, zwingend nötig ist es nicht. Das zeigen die Zuger Gemeinden, welche die Bewertungsgewinne mit einem

Übertrag ins Eigenkapital erfolgsneutral auflösen. Der Votant würde dieses Vorgehen bevorzugen, und er wird einen entsprechenden Antrag unterstützen.
Der Finanzplan zeigt, dass die Erfolgsrechnung ab 2020 wieder schwarze Zahlen aufweisen wird. Für das Jahr 2021 ist er insofern falsch, als hier die Abschreibungsbeträge nicht korrekt aufgeführt werden. Es wurde mit degressiver Abschreibung gerechnet, obwohl dann wegen der Änderung des Finanzhaushaltgesetzes linear abgeschrieben werden muss. Der Votant hätte erwartet, dass diese Änderung schon im Finanzplan nachvollzogen wird. Die Gemeinde Baar hat die Änderung in ihrem Finanzplan schon miteinbezogen, und es zeigte sich, dass die Abschreibungen wegen der linearen Methode ab 2021 um mehr als die Hälfte abnehmen.
Im Finanzplan bis 2021 miteinbezogen sind schon Massnahmen aus dem Projekt «Finanzen 2019», die gesetzliche Anpassungen bedingen. Die SP-Fraktion bekundet Mühe damit, dass im Abstimmungskampf thematisierte und vom Souverän dann abgelehnte Massnahmen aus dem Entlastungsprogramm 2015−2018 nun unverfroren ein zweites Mal eingebracht werden. Da kann man sich getrost fragen, ob hier der Volkswille respektiert werde.
Ein quasi ausgeglichenes Budget 2018 ist nur aus folgenden Gründen möglich:
• Die teilweise nachträglich zum vom Souverän abgelehnten Entlastungsprogramm im Rahmen des Sparpakets beschlossenen Gesetzesänderungen 2018, die Einsparungen von rund 13 Millionen Franken bringen, sind per 2018 alle in Kraft.
• Sehr viele Massnahmen aus dem Projekt «Finanzen 2019», die in der Kompetenz des Regierungsrats liegen, werden bereits 2018 umgesetzt.
• Im Personalbereich erfolgen Einsparungen mit dem Wegfall von einigen wenigen Stellen sowie auf dem Verzicht auf Beförderungen im Jahr 2018.
• Die Steuereinnahmen fallen höher aus.
• Der Beitrag an den NFA fällt tiefer aus, da das IPO der Glencore für 2018 aus der Berechnung fällt. Hier könnte man sich fragen, ob dieser Börsengang für den Kanton Zug finanziell gesehen ein Segen war oder nicht. Kurzfristig gab es massiv mehr Steuereinnahmen, dafür litt der Kanton dann aber jahrelang unter dem NFA, wo die Zuger Beiträge in die Höhe schnellten.
• Wie schon erwähnt, wurden Bewertungsreserven in der Höhe von rund 50 Millionen Franken erfolgswirksam aufgelöst.
Was aus Sicht der SP-Fraktion noch fehlt, sind zusätzliche Steuereinnahmen mittels einer Erhöhung des Steuerfusses. Die SP wird den entsprechenden Antrag später stellen. Im Übrigen ist die SP weiterhin nur mässig begeistert von der Art und Weise, wie die Leistungsaufträge formuliert wurden. Aber hier zeigen sich die Auswirkungen der Sparmassnahmen resp. deuten sich an in den Spalten «Indikatoren und Zielgrössen 2018» sowie «Tendenz 2019−2021», so beispielsweise bei der Zuger Polizei: Die Zielsetzung «Hohe sichtbare Präsenz» hatte im 2017 noch eine Zielgrösse von 4300 Präsenzstunden, für 2018 sind 4000 Präsenzstunden geplant, und die Tendenz für 2019−2021 ist «sinkend».
Die SP-Fraktion wird weitere Kürzungsanträge ablehnen. Das gilt erstens für den Bereich Asyl, wo sie das Gefühl hat, dass das Nötige umgesetzt wird, die Leistungen aber keineswegs üppig sind. Zudem hat der sinnvolle Einsatz von Integrationsmassnahmen und Sprachkursen positive Folgen für die künftigen Sozialhilfekosten. Es gilt zweitens für den Bereich Denkmalpflege, wo zuerst die geplante Gesetzesrevision abgewartet werden soll, aufgrund derer dann der künftige Aufwand abgeleitet werden kann. Es gilt schliesslich auch für Pauschalkürzungen. Auf Ebene Direktion wurden schon sehr viele Einsparungen und ein grosser Leistungsabbau vorgenommen, weshalb eine Pauschalkürzung nicht angebracht ist. Mit anderen Worten: Die Zitrone ist genügend ausgepresst.

Die SP-Fraktion ist nicht mit allen Massnahmen glücklich oder zufrieden, die im Rahmen des Budgets 2018 geplant sind. Mit einem operativen Ergebnis von minus rund 50 Millionen Franken geht es aber in die richtige Richtung. Mittelfristig braucht es einen ausgeglichenen Staatshaushalt, damit der Kanton Zug weiterhin handlungsfähig bleibt. Genau dies soll das Projekt «Finanzen 2019» sicherstellen,
Die SP-Fraktion tritt auf das Budget 2018 ein und wird den vom Regierungsrat gestellten Anträgen mit Ausnahme der Höhe des Steuerfusses zustimmen.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Seit mehreren Jahren bemühen sich Regierungsrat und Parlament, aus dem Tief der negativen Rechnungsergebnisse herauszukommen. Auf das Entlastungsprogramm 2015−2018 folgte das Sparpaket 2018, aktuell ist das Projekt «Finanzen 2019» in Arbeit. Zu erwähnen sind hier auch die jahrelangen Bemühungen, den NFA zugunsten der Geberkantone anzupassen.
Im Budget 2018 und im Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2021 lassen sich nun zuversichtlich stimmende Signale ausmachen. Einige dieser Signale sind jedoch stark irreführend. An erster Stelle zu erwähnen ist das positive Rechnungsergebnis. Es darf auf keinen Fall so verstanden werden, dass der Kanton Zug «über dem Berg» ist und bei den Sparbemühungen nachlassen darf. Das positive Rechnungsergebnis wird nur dank der Auflösung einer Bewertungsreserve erzielt. Diese hat gemäss Finanzhaushaltgesetz zu erfolgen. Mit der Auflösung wird aber lediglich ein Wert sichtbar gemacht, der bereits vorher vorhanden war. Die Frage, ob die Auflösung über die Erfolgsrechnung oder über die Bilanz erfolgen soll, wurde in der CVP-Fraktion kontrovers diskutiert. Eine Mehrheit der CVP wird der Argumentation des Regierungsrats nicht folgen und befürwortet die Auflösung der Reserve im laufenden Jahr über die Bilanz. Mehr dazu folgt in der Detailberatung.
Ein weiteres Signal, das mit Vorsicht zu beurteilen ist, sind die positiven Rechnungsergebnisse ab 2020. Im Finanzplan sind die Massnahmen aus «Finanzen 2019» mitberücksichtigt. Ob sie alle realisiert werden, ist offen. Das Parlament und abschliessend das Volk könnten den weiteren Sparbemühungen einen Strich durch die Rechnung machen. 41 Massnahmen oder 20 Millionen Franken Aufwandreduktion liegen in der Kompetenz des Parlaments. Ihre parlamentarischen Erfahrungen haben die Votantin gelehrt, dass im politischen Prozess stets ein paar Einsparungen auf der Strecke bleiben.
Es gilt auch zur Kenntnis zu nehmen, dass beim Finanzplan mit gerundeten Werten gerechnet wird. Im Finanzplan führt dies auf der Ertragsseite zu einem um rund 10 Millionen Franken beschönigten Bild. Und wie steht es um die geplante Steuererhöhung, die das Ergebnis um 50 Millionen Franken verbessern soll? Auch hierzu ist die politische Diskussion noch nicht geführt. Und man stelle sich vor, wie der Kantonsrat reagieren wird, wenn zum Beispiel:
• das Jahresergebnis 2017 weit besser ist als budgetiert;
• oder die Nationalbank mehr Geld an die Kantone ausschüttet als erwartet;
• oder die Wirtschaft sich besser entwickelt als vorgesehen;
• oder ein Einmaleffekt bei den Steuern die Erfolgsrechnung positiv beeinflusst.
Die Votantin hat ihre Aufzählung bewusst mit einem «oder» verbunden. Was jedoch, wenn zwei oder gar drei dieser Effekte eintreten? Dann werden die bürgerlichen Kräfte im Parlament eindringlich gegen eine Steuererhöhung votieren. Das Volk hat die USR III abgelehnt. In Bern arbeitet man fieberhaft an einer neuen Vorlage. Welche Folgen diese auf die Steuersituation im Kanton Zug haben wird, ist heute noch nicht absehbar.
Das Budget 2018 weist − was deutlich gesagt werden muss − einen operativen Verlust von 50,8 Millionen Franken aus. Das Problem des strukturellen Defizits ist damit nicht gelöst. Die Sparbemühungen müssen fortgesetzt werden. Die CVP

stellt fest, dass der Regierungsrat dies erkannt und das Budget weiter gestrafft hat. Die Staatswirtschaftskommission hat ihrem Bericht eine wertvolle Liste beigelegt: Sie hat alle Massnahmen aus dem Projekt «Finanzen 2019» aufgelistet, welche im Budget 2018 umgesetzt werden. Die CVP-Fraktion wird in der Detailberatung dazu einen Antrag stellen.
Die Votantin nimmt zu folgenden weiteren Themen Stellung:
• Die Regierung wird Pauschalkürzungen, wie sie das Parlament in den vergangenen Jahren vorgenommen hat, nicht mehr ausschliessen, sondern als *ultima ratio* akzeptieren. Das ist zu begrüssen. Ohne diese Haltungsänderung würde sich das Parlament wohl viel zu schnell zu einer Rückweisung des Budgets hinreissen lassen.
• Mit grosser Besorgnis nimmt die CVP die Kostenentwicklung im Asyl- und Flüchtlingsbereich zur Kenntnis. Dass die Kosten bei rückgängigen Asyl- und Flüchtlingszahlen nicht stärker zurückgehen, ist schwer nachvollziehbar. Die CVP erwartet vom Regierungsrat und von der Staatswirtschaftskommission, dass sie diese Entwicklung weiterhin sehr genau beobachten. Gute Deutschkenntnisse sind für eine erfolgreiche Integration zentral. Im Budget sind dafür zusätzliche Mittel eingestellt. Das ist sinnvoll. Im Moment ist nicht absehbar, wie viele der im Kanton Zug verbleibenden Asylsuchenden nach dem Wegfall der Bundesfinanzierung Sozialhilfe benötigen. Noch sind die Kosten, die auf die Gemeinden zukommen werden, nicht bezifferbar. Es zeichnet sich aber schon heute ab, dass Kosten auf die Gemeinden zukommen werden.
Die CVP-Fraktion wird den Anträgen des Regierungsrats auf Seite 5 des Budgetbuchs folgen; insbesondere spricht sie sich gegen eine voreilige Erhöhung des Steuerfusses aus. Sie dankt dem Rat, wenn dieser ihre Haltung unterstützt.

**Thomas Villiger** teilt mit, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Sie hat das Budget 2018 und den Finanzplan 2018−2021 mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Einerseits hat sie sich über die schwarze Null gefreut, anderseits hat sie Bedenken, dass der Sparwille, welcher in der Regierung und in der Verwaltung grösstenteils zu erkennen ist, nicht anhält. Die SVP ist aber zuversichtlich, dass der Spardruck durch den Finanzdirektor auch in Zukunft hochgehalten werden kann. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass mit einer gut geführten Finanzpolitik, eisernem Willen und Kompromissfähigkeit Einsparungen in Millionenhöhe möglich sind. Was vor einigen Jahren noch undenkbar war, wurde Realität. Das Entlastungsprogramm 2015−2018 hat den Finanzhaushalt um 50 Millionen Franken entlastet, das Sparpaket schlug mit weiteren 13 Millionen Franken weniger Aufwand zu Buche. Die SVP ist der Meinung, dass mit weiteren Sparanstrengungen bis 2020 der *Turnaround* ohne die vorgesehene Steuererhöhung zu schaffen ist. Trotzdem wird sie heute noch den einen oder anderen Kürzungsantrag stellen.
Zu grossem Unmut haben erneut die Zahlen im Asyl- und Flüchtlingsbereich geführt. Die Kosten in dieser Abteilung sind weiterhin enorm hoch. Der Bund beteiligt sich zwar am Aufwand, doch die Beiträge sind bei weitem nicht kostendeckend. Der Kostendeckungsgrad nimmt alljährlich markant ab und beträgt mittlerweile nur noch 74 Prozent. 2015 lag er noch bei 91 Prozent. Die SVP macht einmal mehr auf die Missstände im Asylbereich aufmerksam und ist der Meinung, dass die Regierung alles daran setzen muss, dass dieses Delta aufgehoben werden kann. Die vom Bund geforderten Leistungen müssen erbracht werden, jedoch auf einem Minimum und ohne «Zuger Finish». Die Erhöhung der Budgetposition für die Deutschkurse um rund 1,2 auf 2,6 Millionen Franken ist beträchtlich. Die SVP verlangt von der Direktion des Innern, dass die Deutschkurse nicht flächendeckend angeboten werden. Die zu Unterrichtenden sind spezifisch auszuwählen, und der Erfolg im Spracherwerb ist zu überprüfen. Die SVP wird beim Sozialamt eine Kürzung beantragen.

Den Finanzplan 2018−2021 nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis. In Zukunft werden der Regierungsrat und auch der Kantonsrat bei Investitionen dazu gehalten sein, weiterhin das Wünschbare klar vom Notwenigen zu trennen. Die Investitionen bewegen sich auf hohem Niveau. Der Kanton Zug muss seine Ausgaben überdenken und die Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit von Investitionen genauestens überprüfen. Auch sollte er den Mut aufbringen, gewisse Investitionen zurückzustellen, zu kürzen oder gar zu streichen. Die Rede ist hier von sämtlichen Projekten, insbesondere im Hoch- und Tiefbau.
Der SVP-Fraktion ist es wichtig festzuhalten, dass Finanzdirektor Heinz Tännler zusammen mit dem Regierungsrat und allen Mitarbeitenden mit enormer Tatkraft daran arbeitet, die kantonalen Finanzen wieder auf einen guten Weg zu bringen, dies auch mit dem Projekt «Finanzen 2019». Die SVP will ihn dabei tatkräftig unterstützen, lehnt aber eine Steuererhöhung, wie sie vorgesehen ist, entschieden ab. Sie unterstützt die Anträge des Regierungsrats auf Seite 5 im Budgetbuch grossmehrheitlich, dies mit den Änderungen, welche sich durch ihre Anträge ergeben.

Für **Daniel Stadlin** ist es erfreulich, dass der Kanton Zug für 2018 einen Gewinn von 1,7 Millionen Franken budgetiert und nicht − wie ursprünglich angenommen − ein Defizit von über 100 Millionen Franken. Der Regierungsrat kann die ersten Früchte seiner beharrlichen Finanzpolitik einfahren und legt mit dem Budget 2018 ein solides Zwischenergebnis auf dem Weg zur Haushaltssanierung vor. Die Finanzen des Kantons scheinen auf dem Weg zur Besserung zu sein. Ganz offensichtlich hat der Wechsel an der Spitze der Finanzdirektion einen spürbar positiven Effekt auf den Staatshaushalt. Natürlich ist das nicht nur das Werk eines Einzelnen, auch der Gesamtregierungsrat und die Verwaltung haben das Ihre dazu beigetragen. Aber ohne konsequente und auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt ausgerichtete Vorgaben der Finanzdirektion sähe das Budget mit Sicherheit nicht so aus, wie es nun aussieht. Die GLP ist sich aber bewusst, dass die gute Nachricht zu einem grossen Teil einer Buchhaltungskorrektur geschuldet ist, bleibt doch das operative Ergebnis mit fast 51 Millionen Franken negativ. Und dies, obwohl der Kanton nächstes Jahr die Investitionen auf die bereits laufenden Projekte beschränkt und etwa 30 Millionen Franken weniger in den NFA einzahlen muss.
Die allgemeine Aussagekraft des Globalbudgets bezüglich Transparenz bei der Verknüpfung der Leistungen resp. der Wirkungen mit den Ressourcen ist durch seine insgesamt stark vereinfachte Struktur recht begrenzt und an sich nicht nachvollziehbar. Dennoch geht die GLP davon aus, dass die vom Regierungsrat umgesetzten und eingeleiteten Sparmassnahmen die beabsichtigten Resultate erbringen. Auch glaubt die GLP festzustellen, dass die Prozesse «Entlastungsprogramm 2015−2018» und «Finanzen 2019» ein erhöhtes Kostenbewusstsein bei der Verwaltung ausgelöst haben. Aber trotz verordneter Ausgabendisziplin und geplanter Mehreinnahmen ist der kantonale Finanzhaushalt bis auf weiteres nicht aus dem Schneider. Denn einerseits ist es alles andere als sicher, ob das Projekt «Finanzen 2019» wie geplant vollständig umgesetzt werden kann und ob aufgrund globaler politischer Entwicklungen, insbesondere in Europa, Nordamerika und Ostasien, die wirtschaftlichen und monetären Rahmenbedingungen sich so entwickeln, wie es der Regierungsrat erwartet.
Fazit: Der Regierungsrat hat die Prioritäten richtig gesetzt und die verfügbaren Ressourcen wirksam zugeteilt. Bis zum finanziellen Gleichgewicht sind aber noch einige Hürden zu überwinden. Die GLP ist für Eintreten auf das Budget 2018 und wird in der Detailberatung den Anträgen des Regierungsrats zustimmen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der Staatswirtschaftskommission und ihrer Präsidentin für die konstruktive Diskussion und die Beurteilung, dass die Regierung zwar nicht alles richtig, aber auch nicht alles falsch macht. Der Regierungsrat hat seit 2014 mit den vorgelegten Sparprogrammen eine konsequente Haltung eingenommen. Und wenn diese Programme nicht erfolgreich waren, hat man daraus die richtigen Konsequenzen gezogen. Auch mit dem Budget 2018 und dem Finanzplan für die folgenden Jahre ist man auf dem richtigen Weg. Das budgetierte Ergebnis kommt durch die gute Haushaltsführung durch die Regierung und die Verwaltung zustande. Es gibt zwar weiterhin ein strukturelles Defizit. Die Verwaltung trägt aber die Sparbemühungen mit, so dass in zwei, drei Jahren der *Turnaround* möglich sein wird. Dafür dankt der Finanzdirektor allen Beteiligten.
Es ist richtig, dass das operative Ergebnis mit einem Minus von über 50 Millionen Franken negativ ist; die Frage der Bewertungsreserven wird später noch zur Sprache kommen. Das Aufwandwachstum konnte gebremst werden. Der Personal- und der Sachaufwand sind nicht mehr «Problemkinder». Der Personalaufwand bleibt stabil bzw. sinkt leicht, wobei die Beförderungssumme − über 2 Millionen Franken − 2018 bekanntlich ausgesetzt wird; auch da macht die Verwaltung mit. Die Aussichten auf der Ertragsseite sind wieder besser: Die Steuererträge sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen sowie der Gewinn der Nationalbank entwickeln sich positiv. Die Investitionen sind tatsächlich hoch bzw. verharren auf einem hohen Niveau. Der Regierungsrat und der Baudirektor sind sich aber bewusst, dass sie sich auf das Notwendige konzentrieren müssen, und sie haben den entsprechenden Tatbeweis − wie auch die Stawiko festgestellt hat − erbracht.
Die Stawiko-Präsidentin hat das Preisschild und die Risikogarantie angesprochen. Ergänzend fügt der Finanzdirektor bei, dass der Regierungsrat alle Forderungen der Stawiko immer termingerecht und zu deren Zufriedenheit erfüllt hat. An einem Beispiel sei aufgezeigt, wie die Verwaltung und die Gerichte die Sparbemühungen umsetzen, wobei die Gerichte ja nur eingeladen sind, sich freiwillig am Sparen zu beteiligen. Das Aussetzen der Beförderungssumme macht bei den Gerichten insgesamt gegen 90'000 Franken aus. Von den 22 Richterinnen und Richtern wären 6 betroffen gewesen. Das hat zu einem gewissen Unmut innerhalb der Gerichte geführt. Nach Gesprächen erklärten sich alle 22 Richterinnen und Richter des Kantonsgerichts, Obergerichts und Verwaltungsgerichts bereit, die 90'000 Franken anteilmässig zu tragen. Die Bereitschaft, die Sparbemühungen mitzutragen, ist bei der Verwaltung und bei den Gerichten also gross. Dafür gilt es zu danken.
Den von Beat Unternährer angesprochenen Vergleich einer allfälligen Steuererhöhung mit einer möglichen Steuersenkung in den USA kann man so nicht gelten lassen. Denn wenn die USA ihre Unternehmenssteuer tatsächlich wie angekündigt auf 20 Prozent senken, wird nicht die Steuererhöhung im Kanton Zug, sondern muss die Steuervorlage 2017 des Bundes (SV17) das Thema bzw. die Antwort darauf sein. Das soll hier aber nicht weiter erörtert werden.
Andreas Lustenberger hat die Finanzpolitik des Kantons Zug als falsch bezeichnet. Dem widerspricht der Finanzdirektor vehement. Der Regierungsrat war gezwungen, Sparbemühungen einzuleiten und umzusetzen. Und mit «Finanzen 2019» zeigt er auf, dass er nicht nur sparen will, sondern er hat auch den Mut bewiesen, eine Steuererhöhung zu thematisieren, dies erstmals seit 1970.
Alois Gössi hat die Umsetzung der linearen Abschreibung im Finanzplan angesprochen. Es gibt hier eine Übergangfrist von drei Jahren, die es zu respektieren gilt. Zum «Glencore-Effekt» hält der Finanzdirektor fest, dass der Regierungsrat leider keinen Einfluss darauf hat, ob ein Börsengang vollzogen wird oder nicht. Es sei aber offen gesagt: Der Börsengang von Glencore hat auch den Regierungsrat Nerven gekostet.

Der Finanzdirektor versichert, dass der Sparwille der Regierung nicht erlahmen wird. Der Regierungsrat wird alles daran setzen, zusammen mit dem Kantonsrat den Sparwillen hochzuhalten, damit in einem bis zwei Jahren im Parlament über Erfreulicheres als über Sparen oder über eine Steuererhöhung gesprochen werden kann. Der Finanzdirektor dankt abschliessend für die gute Aufnahme des Budgets 2018. Er ist überzeugt, dass Regierung und Kantonsrat zusammen auf einem guten Weg sind.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

**Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2018**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen, den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen. Die Rechtslage zum kantonalen Steuerfuss präsentiert sich gemäss § 2 Abs. 2 des Steuergesetzes vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1) wie folgt: «Der gesetzliche Steuerfuss für die Kantonssteuer beträgt 82 Prozent der einfachen Steuer. Der Kantonsrat kann den gesetzlichen Steuerfuss jeweils für ein Budgetjahr erhöhen oder herabsetzen. Ein solcher Beschluss bedarf der einmaligen Beratung. Er unterliegt dem fakultativen Referendum. Bei Ablehnung eines solchen Beschlusses durch das Volk gilt für das betreffende Budgetjahr der Steuerfuss des Vorjahres.»

**Andreas Lustenberger** hält fest, dass die ALG und die SP ihren Antrag zum Steuerfuss bereits in der Eintretensdebatte angekündigt haben. Der Kantonsrat hat heute die Möglichkeit, die mutige Absichtserklärung der Regierung bezüglich «Finanzen 2019» zu unterstreichen, nämlich dass er es ernst meint mit der Einnahmenseite. Denn wenn man den Eintretensvoten zugehört hat, ist man überhaupt nicht sicher, ob die vorgeschlagene Steuererhöhung − Silvia Thalmann hat es angesprochen − vom Kantonsrat im Rahmen von «Finanzen 2019» tatsächlich beschlossen wird. Bereits jetzt ist aber klar, dass eine weitere einseitige Sparübung nur mittels Volksentscheid durchgesetzt werden könnte. Und diesbezüglich ist die Antwort des Zuger Souveräns bereits bekannt.
Die ALG- und die SP-Fraktion stellen deshalb den **Antrag** auf eine Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 86 Prozent. Qualität und gute Leistungen sind für einen lebenswerten Kanton Zug wichtig. Zudem ist der Wachstumskanton Zug mit Herausforderungen konfrontiert, welche er nicht ausschliesslich mit Sparen lösen kann. Und der Kanton Zug kann sich eine moderate Steuererhöhungen leisten: Einen Massenexodus betroffener Steuerzahler wird es nicht geben, zumal Zug auch nach einer Steuererhöhung noch immer sehr gut dasteht, sowohl im schweizerischen als auch im internationalen Vergleich. Namens der SP und der ALG bittet der Votant deshalb, den Antrag auf eine moderate Steuererhöhung zu unterstützen.

**Philip C. Brunner** bittet, diesem verführerischen Antrag nicht zu folgen − auch wenn er zugeben muss, dass die von linker Seite vorgebrachte Idee durchaus diskutierbar ist. Daniel Stadlin und er selbst haben deshalb vor einiger Zeit eine entsprechende Interpellation eingereicht. Tatsache ist, dass fast alle Zuger Gemeinden

− darunter auch ZFA-Nehmergemeinden − flächendeckend und auf breiter Front die Steuern senken. Vor diesem Hintergrund ist die Beibehaltung des Steuerfusses eigentlich bereits ein Geschenk an die Bürger − und der Votant verzichtet auf einen Antrag, den Steuerfuss zu erhöhen. Es liegt also sozusagen eine *Win-win*-Situation vor. Dazu kommt, dass der Druck auf den Kanton beibehalten werden sollte, damit auch in Zusammenhang mit «Finanzen 2019» hoffentlich auf eine Steuererhöhung verzichtet werden kann.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass derselbe Antrag auch in der Stawiko gestellt wurde. Die Stawiko hat auch über die Steuersenkungen in den Gemeinden diskutiert. Sie ist aber dezidiert der Meinung, dass der Kantonsrat ausschliesslich für den Kanton zuständig ist − und sie will über eine allfällige Steuererhöhung erst im Rahmen von «Finanzen 2019» diskutieren. Die Stawiko hat den Antrag von Seiten der ALG deshalb mit 12 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bittet den Rat, dem Antrag der ALG und der SP nicht zu folgen. «Finanzen 2019» ist aufgegleist und befindet sich aktuell in der Vernehmlassung. Man kann sich in diesem Rahmen auch zur Frage einer allfälligen Steuererhöhung äussern. Der Regierungsrat hat immer betont, dass er strukturiert vorgehen wolle. Auch «Finanzen 2019» ist der Abschluss eines strukturierten Prozesses − und über eine allfällige Steuererhöhung muss ihm Rahmen dieses Prozesses und nicht anlässlich einer Budgetdebatte diskutiert werden. Darüber hinaus ist es nach Ansicht der Regierung wichtig, noch etwas zuzuwarten. Bei «Finanzen 2019» geht es aufwandseitig um rund 62 Millionen und ertragsseitig − moderat − um rund 50 Millionen Franken. Schon jetzt ist aber sicher, dass sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite das eine oder andere herausgeschwatzt wird. Dazu kommt, dass im nächsten Jahr auf eidgenössischer Ebene bestimmte Weichen bezüglich «Steuervorlage 17» und bezüglich NFA-Kompromiss gestellt werden. Der Ausgang dieser Geschäfte wird die Diskussion um «Finanzen 2019» beeinflussen, wobei in der aktuellen Finanzplanung diese zwei Geschäfte richtigerweise nicht berücksichtigt sind.
Der Finanzdirektor hält auch zuhanden des Protokolls fest, dass er Freude daran hat, dass es den Gemeinden besser geht als dem Kanton. Und die Gemeinden arbeiten auch gut. Dass es ihnen gut geht, liegt zu einem guten Teil daran, dass die Kosten des NFA ausschliesslich vom Kanton getragen werden. Und diese Kosten sind, wie alle wissen, in den letzten Jahren exorbitant angestiegen. Auch wenn der Bund Aufgaben an die Kantone abgibt, bleiben die Kosten in den allermeisten Fällen beim Kanton hängen und werden nicht auf die Gemeinden überwälzt. Diese Tatsachen gilt es zur Kenntnis zu nehmen. Es sei wiederholt: Der Finanzdirektor findet es gut, dass es den Gemeinden gut geht und sie ihre Steuern senken können. Man muss aber auch die Zusammenhänge zur Kenntnis nehmen.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat folgt mit 58 zu 16 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission: Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 82 Prozent.

**Genehmigung der Leistungsaufträge 2018**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Leistungsaufträge 2018 zu genehmigen. Die Stawiko schliesst sich dem Regierungsrat an.

**Andreas Hausheer** ist der Meinung, dass über die Leistungsaufträge noch nicht abgestimmt werden kann. Es ist nämlich möglich, dass bei der Detailberatung des Budgets Anträge gestellt werden, welche sich allenfalls auf die Leistungsaufträge auswirken. Er stellt deshalb den **Antrag,** zuerst das Budget zu beraten und zu genehmigen und erst dann über die Leistungsaufträge abzustimmen. Allenfalls kann − nach Beratung des jeweiligen Budgets − auch direktionsweise über die Leistungsaufträge abgestimmt werden.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

**Beratung und Genehmigung des Budgets 2018**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das Budget direktionsweise und nicht Kostenstelle für Kostenstelle durchberaten wird. Er bittet, bei Wortmeldungen zu Kostenstellen mit Leistungsauftrag die Seite im Budgetbuch sowie die Nummer und den Namen der Kostenstelle anzugeben. Bei Wortmeldungen zu Kostenstellen ohne Leistungsauftrag bittet er um die zusätzliche Nennung der betroffenen Kontonummer.

In der Detailberatung des Budgets kommen folgende Kostenstellen zur Sprache:

***Direktion des Innern***

*Kostenstelle 1550, Sozialamt*

**Philip C. Brunner** beantragt namens der SVP-Fraktion, das Budget des Sozialamts (Kostenstelle 1550) zu kürzen. Auf die Kosten im Bereich Soziale Dienste Asyl haben bereits verschiedene Vorredner hingewiesen. Deren Entwicklung ist sehr unbefriedigend, sind sie doch in den letzten fünf Jahren von 64'000 Franken auf 5,4 Millionen Franken hochgeschnellt. Die Ausführungen auf den Seiten 6 und 7 des Stawiko-Berichts weisen für 2018 im Asylwesen Bruttokosten von 27,1 Millionen Franken und einen Kostendeckungsgrad von 74 Prozent aus; es verbleiben also 26 Prozent, was über 7 Millionen Franken entspricht. Das bedeutet einen Sprung um rund 1,6 Millionen Franken, wovon 1,2 Millionen Franken allein den Sprachkursen gefordert sind. Dem im Internet aufgeschalteten Dokument «Asyl- und Flüchtlingsbereich Kanton Zug (September 2017)» ist zu entnehmen, dass es im Kanton Zug Anfang Jahr gut 1200 und Ende September 1184 Asylbewerber gab. Die Zahl der Asylbewerber geht also zurück, die Kosten aber steigen weiter. Und nach den hehren Worten bezüglich Sparen, die heute zu hören waren, stellt sich die Frage: Sollte man in diesem Bereich nicht eine höhere Kostendisziplin verlangen? Dazu kommt, dass per 1. November 2017 aus dem Kantons Schwyz ein neuer Chef Asyl eingeflogen wurde, und dieser weiss sicher, wie man Kosten sparen kann. Vor diesem Hintergrund stellt die SVP-Fraktion den **Antrag,** das Budget der Sozialen Dienste Asyl um 1 Million Franken zu kürzen. Das sind 70 Franken pro Asylbewerber und Monat. Das ist zu machen, und gerade bei den Sprachkursen kann Verschiedenes etwas anders abgewickelt werden. Der jetzt gestellte Antrag wurde schon in der Stawiko vorgebracht, er wurde dort aber zurückgezogen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die erweiterte Stawiko an der letztjährigen Budgetsitzung aufgrund der steigenden Kosten der Finanzkontrolle einen erweiterten Auftrag für eine Dossieranalyse im Asyl- und Flüchtlingsbereich

erteilte. Der Bericht wurde zuerst in der engeren Stawiko und dann an einer ausserordentlichen Sitzung der erweiterten Stawiko intensiv besprochen. Die Finanzkontrolle gab im Wesentlichen die folgenden Empfehlungen ab:
• Bereich Dossierbewirtschaftung: Erstellung eines Grundkonzepts, welches die Zuständigkeiten und Kompetenzen definiert; Prozessabläufe definieren und entsprechende Hilfsmittel integrieren; Kontrollaktivitäten definieren; Wissenstransfer sicherstellen.
• Bereich Personalressourcen: Soll-Anzahl von zu betreuenden Asylsuchenden und Flüchtlingen pro Sachbearbeitende definieren und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen; Auslastung periodisch prüfen und anpassen.
Im Rahmen des Prüfauftrags wurden zudem wertvolle Kennzahlen erhoben, die es fortzuschreiben und als Führungs- und Entscheidungs-*Tool* einzusetzen gilt. Die Stawiko-Präsidentin möchte hier die kooperative Mitarbeit von Jris Bischof, Leiterin des Sozialamts, hervorheben. Ende 2017 wird die Finanzkontrolle zudem eine umfassende Amtsrevision durchführen. Die Direktion des Innern hat auch der visitierenden Stawiko-Delegation transparent Bericht erstattet und der erweiterten Stawiko anlässlich der Budgetsitzung umfassend Red und Antwort gestanden. Die Details sind dem Stawiko-Bericht zu entnehmen.
Im Budget 2018 sind analog zum Budget 2017 Ausgaben von 27,1 Millionen Franken eingestellt. Die Vergütungen des Bundes werden jedoch auf 74 Prozent abnehmen, da der Bund u. a. für Personen, die länger als fünf bzw. sieben Jahre dem Kontingent des Kantons zugeteilt sind, nichts mehr bezahlt. Die zugewiesenen Personen müssen aber gemäss bundesrechtlichen Vorgaben aufgenommen und betreut werden. Da die Zuweisungen nicht planbar sind, hinkt die Budgetierung der Realität immer hinterher. Besonders begutachtet wurden die um 1,2 Millionen Franken höher budgetierten Ausgaben für Deutschkurse; total sind es 2,6 Millionen Franken. Die Stawiko hat sich von den Expertinnen der Direktion des Innern davon überzeugen lassen, dass diese Bildungsmassnahme zu einer höheren Erwerbsquote führt und dadurch die künftigen Sozialhilfekosten reduziert werden. Jede erfolgreiche Integration führt zu tieferen Sozialhilfekosten. Die Stawiko hat auch das heute von der SVP vorgebrachte Anliegen diskutiert: Es wird nicht einfach jedermann in Deutschkurse geschickt, sondern es wird beurteilt, ob diese Massnahme sinnvoll ist. Einen sechzigjährigen Analphabeten beispielsweise schickt man nicht in stundenlange Kurse.
Die Stawiko wird im Sinne eines ständigen Auftrags die Entwicklung des Amts weiterverfolgen. Sie hat im Speziellen die folgenden Punkte definiert:
• Umsetzung der genannten Empfehlungen der Finanzkontrolle regelmässig kontrollieren und entsprechende Berichterstattung an den Kantonsrat;
• laufende Erhebung der erwähnten Kennzahlen kontrollieren und Analyse derselben;
• Entwicklung der Erwerbsquoten verfolgen.
Die Stawiko hat das Sozialamt sehr genau überprüft und wird dies auch künftig tun. Sie bittet aber, auf eine Budgetkürzung zu verzichten.

Auch **Silvia Thalmann** stört sich daran, dass die Flüchtlingszahlen zurückgehen, die Kosten aber nicht. Die Stawiko-Präsidentin hat aber aufgezeigt, dass das Thema sehr komplex ist. So hat die Votantin beispielsweise gelernt, dass man bei steigenden Flüchtlingszahlen *sofort* reagieren muss − Unterkünfte, Betreuung etc. −, dass man dann aber, wenn die Zahlen wieder abnehmen, einen Überhang hat, den man nicht sofort abbauen kann. Man hat Verpflichtungen, die man nicht sofort los wird.
Die Votantin ist froh, dass die Stawiko die Tätigkeit der Sozialen Dienst Asyl sehr eng begleitet. Sie empfiehlt, dem Kürzungsantrag nicht stattzugeben.

**Michael Riboni** nimmt Bezug auf die Aussage, dass Deutschkurse zu einer besseren Integration und einer höheren Erwerbsquote führten und deshalb unverzichtbar seien. Seit den 1960/70er Jahren leben Tausende von Italienern und Portugiesen in der Schweiz, die im Baugewerbe und in der Landwirtschaft wertvolle Arbeit verrichten. Diese Italiener und Portugiesen oder die in der Landwirtschaft tätigen Polen und Rumänen können teilweise kein einziges Wort Deutsch, sind aber in der Gesellschaft integriert *(der Rat lacht)*, verdienen hier ihr Geld und tragen im Wirtschaftsleben zur Wertschöpfung bei. Deutschkurse sind also mit Sicherheit nicht das Allerweltsmittel für die Integration ins Berufsleben.
Der Votant hat Einblick in das Projekt des Schweizer Bauernverbands, welches das Ziel hat, Flüchtlinge in die Landwirtschaft und das bäuerliche Berufsleben zu integrieren. Und er weiss: Es liegt nicht an der Sprache. Es liegt leider oft an der Motivation und an der Arbeitsmoral. Es kommt immer wieder vor, dass Flüchtlinge nach einem Tag Arbeit die Segel streichen − weil es eben unangenehm ist, morgens um sechs Uhr auf den Feldern zu stehen und auf dem Gemüseacker zu arbeiten. Die 55-Stunden-Woche, wie sie die Landwirtschaft kennt, ist nicht allen Flüchtlingen genehm, im Unterschied zu den Portugiesen, Polen oder Rumänen. Kurz: Das Argument der Stawiko, dass Deutschkurse für die Integration und die Erwerbsquote wichtig seien, stimmt in dieser Form nicht.

**Andreas Lustenberger** pflichtet den Aussagen der Stawiko-Präsidentin bezüglich Integrationskosten bei. Wenn die Flüchtlingszahlen zurückgehen, bedeutet das nicht, dass die Kosten für die Integration sinken. Es gibt eine Phase, in der man in die Integration investieren muss. Im Übrigen muss man bei den Sprachkursen einen Unterschied beachten: Personen, die aus einem Raum kommen, in dem ebenfalls das lateinische Alphabet verwendet wird, haben es deutlich leichter als Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan, wo arabisch oder persisch geschrieben und gesprochen wird.
Man muss sich auch bewusst sein, dass die staatlichen Anstrengungen für die Integration bei Weitem nicht reichen. Bereits heute erteilen unzählige Freiwillige Deutschkurse oder leisten andere Formen von Integrationsarbeit. Sie stammen oft aus dem Umfeld der Kirchen. So findet im Pfarreiheim in Baar jeden Donnerstagmorgen ein «Deutsch-Kaffee» statt, an dem Freiwillige − oft sind es Pensionierte − mit Flüchtlingen zusammensitzen und diesen den Einstieg in die hiesige Gesellschaft zu erleichtern versuchen.
Im Übrigen ist vielleicht gar nicht so schlecht, dass die SVP ihren Kürzungsantrag gestellt hat. Sie entlarvt sich dadurch ja selber: Einerseits stänkert sie über Personen, die nicht integriert werden und Sozialhilfe beziehen, gleichzeitig ist sie aber auch nicht bereit, die für die Integration nötigen Kosten zu tragen. Der Votant vertritt die These, dass die SVP die Herausforderung nicht konstruktiv angehen, sondern das Thema einfach politisch bewirtschaften will. Denn sobald es die Herausforderung im Asylbereich nicht mehr geben würde, hätte die SVP ja schlicht keine Themen mehr. In diesem Sinn bittet der Votant, den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion nicht zu unterstützen.

**Barbara Gysel** kann gewisse Aussagen von Michael Riboni aus fachlicher Sicht nicht unwidersprochen stehen lassen. Bezüglich Verhältnis von Erwerbsquote und Sprache ist es korrekt, dass in der Schweizer Bevölkerung gewisse Nationalitäten eine hohe Erwerbsquote aufweisen. Daraus aber den Grad an Integration abzuleiten, ist ein Kurzschluss. Verschiedene Untersuchungen, die auf einer ganzen Reihe von sozioökonomischen Faktoren basieren, zeigen auf, dass die genannten Portugiesinnen und Portugiesen leider zu den am schlechtesten integrierten Aus-

ländergruppen in der Schweiz gehören. Aus fachlicher Sicht ist also die Aussage, eine Person sei, nur weil sie Arbeit habe, gut integriert, nicht korrekt. Alle wissen, dass Arbeit nur das halbe Leben ist.
Auch die Votantin findet das Verhalten der SVP sehr widersprüchlich. Wenn Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz kein Deutsch sprechen, wird das bemängelt; wenn sie aber Deutsch lernen wollen, wird ihnen die nötige Unterstützung versagt. Was will die SVP denn? Sollen Ausländerinnen und Ausländer der hiesigen Sprache mächtig sein oder nicht? Die Aussagen der SVP sind sehr widersprüchlich.
Auf jeden Fall sollte man das Thema fundiert angehen. Es ist tatsächlich so, dass der Anteil der Gelder für die Sprachkurse sehr gross ist. Es gibt aber verschiedene Möglichkeiten, wie Beiträge eingeholt werden und sich die betreffenden Personen an den Kosten beteiligen können. Dazu gibt es auch im Kanton Zug bereits eine längere Diskussion. Man kann dieses Thema gerne angehen, aber bitte nicht auf eine derart saloppe Art und Weise, wie das die SVP tut.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass es hier um die Beratung des Budgets und nicht um eine Debatte zur Asylpolitik geht. Er bittet, sich auf das eigentliche Thema zu beschränken.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass die SVP-Fraktion nicht über die Komplexität des Asylproblems und auch nicht über sozioökonomische Folgen des anstehenden Entscheids sprechen wollte. Sie hat den Antrag gestellt, das Budget des Sozialamts um 1 Million Franken zu kürzen. Die entsprechende Erhöhung wurde mit höheren Kosten für Sprachkurse begründet, was nun zur Diskussion über Integration etc. geführt hat. Im Stawiko-Bericht steht, dass für 2018 insgesamt 2,6 Millionen Franken für Sprachkurse budgetiert sind. Die SVP-Fraktion will diese Summe um 1 Million Franken kürzen. Man wird also trotzdem noch Sprachkurse für 1,6 Millionen Franken durchführen können. Die SVP hat keineswegs ein Sprachlernverbot gefordert. Jeder Asylbewerber kann selbst und eigenverantwortlich solche Kurse besuchen, und wenn Andreas Lustenberger zusammen mit Freiwilligen auf seine Kosten Deutschkurse durchführen will, ist das ein sehr guter Ansatz. Die SVP fordert hier ein gewisses unternehmerisches Denken. Und wie bereits gesagt: Der neu eingestellte Mitarbeiter soll sich nun mit diesen Problemen auseinandersetzen − und er soll Kosten sparen. Der Votant stellt fest, dass im Kantonsrat zwar jeder vom Sparen spricht, wenn es aber konkret wird, gibt es tausendundein Argumente dagegen. Er bittet, den guten und vernünftigen Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Nach Meinung von **Manuel Brandenberg** bedarf die Aussage von Andreas Lustenberger, die SVP bewirtschafte das Thema «Asyl», einer Richtigstellung. Wenn jemand dieses Thema mit Beratung, Betreuung, neuen Arbeitsplätzen, neuen Hochschulen und neuen Studiengängen für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik in Hinblick auf die Integration von Asylbewerbern bewirtschaftet, dann ist das weder die SVP-Fraktion im Zuger Kantonsrat noch sind es diejenigen, welche die Mitglieder dieser Fraktion wählen. Dieser Vorwurf wird also wohl auf Andreas Lustenberger zurückfallen. Im Weiteren kennt der Votant die von Barbara Gysel genannten Studien nicht. Tatsache aber ist, dass Portugiesen und Italiener in der Schweiz sehr gute Arbeit leisten und wertvolle Mitglieder der Gesellschaft sind − auch wenn sie vielleicht nur wenige Worte Deutsch sprechen. Der Votant kennt Barbara Gysels Integrationsbegriff nicht. Wenn aber jemand hier arbeitet und sich in der Gesellschaft nützlich macht, dann ist er integriert.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die Zahl der zugewiesenen Asylbewerber seit 2014 massiv anstieg, seit 2017 aber am Sinken ist. In der politischen Diskussion geht aber oft vergessen, dass die Anzahl zugewiesener Personen nur die halbe Wahrheit ist. Aufgrund der Flüchtlingsströme ist der Bestand in der Schweiz und auch im Kanton Zug hoch. Man darf die Zahl der Personen, die bereits hier sind, aber nicht verwechseln mit der Anzahl Zuweisungen. Schaut man in die nähere Zukunft, muss man auch festhallten, dass die Asylunterkunft auf dem Gubel im Frühling 2018 geschlossen wird. Dadurch wird die Anzahl Zuweisungen wieder steigen. Das Schweizer Volk hat dem Umbau des Asylbereichs bzw. einem beschleunigten Verfahren zugestimmt. Das bedeutet, dass nur noch Personen in die Kantone kommen, welche integriert werden müssen. Da der Kanton Zug kein grosses Bundesasylzentrum haben wird und auch keinen Flughafen hat, wird er im Vergleich zu Kantonen mit einem Bundeszentrum viele Personen zugewiesen erhalten. Nicht vergessen darf man auch die *Resettlement*-Flüchtlinge, die vom Bund zugewiesen werden. So sind in dieser Woche 28 Personen im Rahmen des *Resettlement*-Programms in den Kanton Zug gekommen.

Wer sind die rund 1200 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich, die aktuell im Kanton Zug leben? Mehr als die Hälfte ist unter 25 Jahre alt, und ein grosser Teil von ihnen wird hier bleiben. Was soll man nun für sie tun? Man kann entweder nichts tun, oder man kann dafür sorgen, dass sie Deutsch lernen und einen Beruf erlernen. Und die Rechnung ist simpel: Der Staat wird − konservativ gerechnet − um 30'000 Franken pro Jahr entlastet, wenn eine Person im Erwerbsprozess steht, einen Lohn verdient, Steuern bezahlt etc. Im Schnitt sind die erwähnten Personen noch 34,5 Jahre erwerbstätig, bis sie 65-jährig sind. Der Staat wird also pro Person, die in den Erwerbsprozess gelangt, um insgesamt rund 1 Million Franken entlastet. Es lohnt sich deshalb, in die Ausbildung zu investieren. In «zentralplus» hat kürzlich der Baarer Malermeister Arno Matter gesagt, er möchte von den Flüchtlingen profitieren und ihr *Knowhow* nutzen. Neben der fehlenden Ausbildung liege das Problem aber auch in den fehlenden Sprachkenntnissen: Wenn man in einem Geschäft nicht miteinander reden könne, sei es schwierig. Dasselbe hört der Regierungsrat auch, wenn er sich jährlich mit Vertretern von Gewerbe und Wirtschaft trifft: Es ist schwierig und − etwa auf dem Bau − auch gefährlich, wenn Mitarbeitende kein Deutsch sprechen. Der Regierungsrat hat deshalb das bisherige Konzept für die sprachliche und berufliche Integration überarbeitet und dafür mehr Mittel ins Budget eingestellt. Man kann die Situation nicht mit jener nach dem Balkankrieg vergleichen. Heute kommen Personen in die Schweiz, welche die lateinische Schrift nicht kennen und kaum eine Grundausbildung haben. Die kürzlich veröffentlichte Sozialhilfestatistik zeigt, dass vor allem Personen ohne Ausbildung von der Sozialhilfe abhängig sind, unabhängig von der Nationalität. Fehlende Ausbildung ist also ein wesentlicher Grund für Armut. Im Übrigen ist es keineswegs das Ziel, alle Asylbewerber in einen Deutschkurs zu schicken. Vielmehr wird jede Person individuell beurteilt und ihr Potenzial abgeklärt. Eine fünfzigjährige Person wird − so traurig das auch ist − nicht in einen Deutschkurs geschickt; der Aufwand lohnt sich hier nicht mehr. Es ist ungefähr die Hälfte der Personen, die forciert werden soll.

Ergänzend zur Stawiko-Präsidentin hält die Direktorin des Innern auch fest, dass die aufgrund des grossen Anstiegs von Zuweisungen gemieteten Häuser nicht einfach innert drei Monaten gekündigt werden können. Gerade bei grösseren Liegenschaften wollten die Immobilienfirmen eine gewisse Sicherheit, so dass man nun fixe Mietverträge hat, die nicht von heute auf morgen gekündigt werden können. Auch das Aufsichtspersonal kann nicht einfach abgebaut werden. Wenn in einer grossen Unterkunft zehn Personen weniger wohnen, würde es die Bevölkerung nicht goutieren, wenn die Aufsicht abgebaut würde. Alle diese Faktoren machen die

Sache ziemlich komplex. Diese Zusammenhänge wurden von der Stawiko-Delegation bzw. deren Mitgliedern aus der FDP und SVP sehr genau angeschaut. Überhaupt ist das Asyl- und Flüchtlingswesen wahrscheinlich der Bereich, der von der Stawiko am genauesten verfolgt wird.
Im Namen der Regierung bittet die Direktorin des Innern, den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion abzulehnen und den Antrag des Regierungsrat und der Stawiko zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion mit 49 zu 24 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

*Kostenstelle 1580, Denkmalpflege*

**Philip C. Brunner** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** das Budget des Amts für Denkmalpflege und Archäologie (Kostenstelle 1580) um 500'000 Franken zu kürzen. Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie beschäftigt nach Meinung der SVP zu viele Mitarbeitende. In der Praxis kam es verschiedentlich vor, dass für die Besichtigung eines Hauses fünf oder gar sechs Personen der Denkmalpflege aufkreuzten, mitunter sogar unaufgefordert mit dem Angebot an den Eigentümer, ihm einen Vorschlag für die Gestaltung seines Grundstücks zu unterbreiten. Mit der Kürzung um 500'000 Franken wird die Denkmalpflege verschlankt und ein Beitrag an die Entlastung des Staatshaushalts geleistet. Der Votant bittet im Namen seiner Fraktion um Unterstützung für diesen Antrag.
Für das Amt für Denkmalpflege sind für 2018 insgesamt 5'494'960 Franken budgetiert. Das sind knapp 160'000 Franken weniger als 2017, es wird also bereits gespart. Und der Finanzplan bis 2021 zeigt, dass noch weiter gespart werden soll: 2019 liegt man bei weniger als 5,1 Millionen Franken. Mit der Zustimmung zum Kürzungsantrag unterstützt man den Regierungsrat also in seinem Bestreben, die Kosten zu senken. Die SVP kommt einfach etwas früher: Mit der beantragten Kürzung liegen die Kosten bereits nächstes Jahr um rund 100'000 Franken tiefer als dort, wo die Regierung in zwei Jahren sein will.

**Esther Haas** hält fest, dass der Antrag auf eine pauschale Kürzung bei der Denkmalpflege in dieser Form ein Novum ist. Die eben gehörte Begründung, die Denkmalpflege beschäftige zu viel Personal, ist eine Aussage ohne Relevanz, die aufgrund eines Beispiels kurzerhand aus dem Ärmel geschüttelt wurde.
Ende September hat der Kantonsrat eine Motion der SVP betreffend Reduktion der Denkmalpflege auf das Minimum überwiesen. Jetzt verlangt die SVP bei der Denkmalpflege eine Kürzung um eine halbe Million Franken. Dies kommt einem langsamen Ausbluten der Denkmalpflege gleich. Das in der Motion geforderte Minimum würde damit vorweggenommen. «Die Denkmalpflege ist eine wichtige öffentliche Aufgabe, und der Schutz und die Pflege des kulturellen Erbes sind ein gesellschaftlicher Auftrag.» Diese Aussage von Daniel Stadlin an der Kantonsratssitzung von Ende September kann die Votantin nur unterstützen: Denkmalschutz ist eine öffentliche Aufgabe. Mit der geforderten Kürzung ist die Erfüllung dieses Auftrags in Gefahr. Die SVP pocht sonst zu Recht auf die Einhaltung der Gesetze. Die Einhaltung des Denkmalschutzgesetzes würde mit der Streichung einer halben Million Franken sehr schwierig. Und wo bleibt die von der SVP oft und gern zelebrierte Heimatliebe? Wo ist ihr Einstehen für Identität und Heimatgefühle? Alte Bausubstanz stiftet Identität und vermittelt Heimat. Bauliche Zeitzeugen aus bestimmten Epochen

geniessen deshalb in der Bevölkerung grosse Wertschätzung. Und das will die SVP in Frage stellen? Es wäre ehrlicher, wenn sie die totale Abschaffung des Denkmalschutzes fordern würde. Aber dann müsste sie Farbe gegen die Heimatliebe bekennen, die sie doch so gerne für sich allein beansprucht.
Die Votantin bittet den Rat eindringlich, dem Streichungsantrag der SVP nicht Folge zu leisten.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, korrigiert die Aussage von Philip C. Brunner: Wenn zu einer Hausbesichtigung viele Personen kommen, handelt es sich nicht um Personal der Denkmalpflege, sondern um die Denkmalkommission, deren Mitgliederzahl im Gesetz festgelegt ist. Im nächsten Jahr wird der Kantonsrat entscheiden, ob es diese Kommission weiterhin geben soll oder nicht. So lange sie aber im Gesetz vorgesehen ist, wird sie ihre Aufgaben wahrnehmen.
Das Budget des Amts für Denkmalpflege und Archäologie wurde im Rahmen der Entlastungsprogramme und von «Finanzen 2019» überdurchschnittlich stark reduziert. Das hat auch die SVP festgestellt. Die Kürzungen betragen insgesamt 2 Millionen Franken oder knapp 30 Prozent. Auch der Personalbestand ist davon betroffen. Der Vorschlag der SVP würde die Halbierung des Personalbestands erfordern. Das würde bedeuten, dass die rund 400 Stellungnahmen zu Planungs- und Bauvorhaben, welche die Denkmalpflege gemäss Gesetz zu bearbeiten hat, mit dem halben Personalbestand bewältigt werden müssten. Die Bauherrschaften würden dadurch viel länger im Ungewissen bleiben, ob ihre Pläne bewilligungsfähig sind oder nicht. Auch die Behandlung von Anträgen auf Unterschutzstellung oder auf Entlassung aus dem Inventar sowie die Gewährung von Restaurierungsbeiträgen würde verlangsamt. Es kann doch nicht das Anliegen des Kantonsrats sein, Eigentümer und Bauherrschaften zu bestrafen! Im Übrigen ist man mit der Revision des Inventars schützenswerter Denkmäler auf der Zielgeraden. Der Kantonsrat hat klar gesagt, dass die Inventarisierung abgeschlossen werden soll, was Ende 2018 der Fall sein wird. Auch dafür braucht es entsprechendes Personal.
Der Regierungsrat bittet aus diesen Gründen, das Budget des Amts für Denkmalpflege und Archäologie gemäss Antrag von Regierung und Stawiko gutzuheissen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion mit 48 zu 26 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

***Volkswirtschaftsdirektion***

*Kostenstelle 2000, Direktionssekretariat*

**Alois Gössi** stellt den **Antrag,** das Budget der Volkswirtschaftsdirektion um 73'500 Franken zu erhöhen. Es geht um die im Rahmen von «Finanzen 2019» vorgesehene Massnahme, den Beitrag an das Verkehrshaus der Schweiz in Luzern künftig aus dem Lotteriefonds und nicht mehr aus der Laufenden Rechnung zu begleichen. Der Beitrag an das Verkehrshaus ist gesetzlich geregelt, und der Votant ist strikt dagegen, dass gesetzliche Aufgaben in den Lotteriefonds ausgelagert werden; sie sollen über die Staatsrechnung abgewickelt werden. Ein Kostenersparnis ergibt sich aus der Verschiebung nicht, es ist einfach eine Verlagerung.
Die Regierung wird wohl sagen, der Lotteriefonds sei durch diesen Beitrag nicht gefährdet, und die Bezahlung solcher gesetzlich vorgegebener Aufgaben sei nur möglich, so lange der Saldo des Lotteriefonds über 10 Millionen Franken liege.

Dem stimmt der Votant zu. Es geht ihm aber um den Grundsatz, dass gesetzlich vorgegebene Aufgaben aus der Staatsrechnung bezahlt und nicht in externe Fonds ausgelagert werden sollen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass derselbe Antrag auch in der Stawiko gestellt und dort mit 9 zu 6 Stimmen abgelehnt wurde. Die Stawiko ist mit der Entnahme aus dem Lotteriefonds also einverstanden. Es hat in diesem Fonds genügend Geld, und sein Zweck wird mit diesem Beitrag eingehalten. Gemäss den Beschlüssen zum Sparprogramm 2018 muss der Saldo des Lotteriefonds − wie gehört − immer mindestens 10 Millionen Franken betragen; ansonsten aber steht die Verwendung des Lotteriefonds gemäss § 9 Abs. 2 Finanzhaushaltgesetz dem Regierungsrat zu.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält ergänzend zu den Ausführungen der Stawiko-Präsidentin fest, dass der Saldo des Lotteriefonds aktuell bei rund 18 Millionen Franken liegt. Vor diesem Hintergrund ist die Regierung nicht nur legitimiert, sondern erachtet es auch als sachgerecht, den Beitrag an das Verkehrshaus, also ein Museum, aus diesem Fond zu bewirtschaften. Der Finanzdirektor bittet, dem Antrag von Alois Gössi nicht stattzugeben.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag von Alois Gössi mit 41 zu 31 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der Stawiko.

***Sicherheitsdirektion***

*Kostenstelle 3590, Zuger Polizei*

**Andreas Hausheer** spricht für die CVP-Fraktion. Die Sicherheit ist eines der wichtigsten Attraktivitätsmerkmale, wenn die Vorteile verschiedener Standort verglichen werden, und sie spielt oft die matchentscheidende Rolle. Sich an einem Ort sicher fühlen zu können, ist entscheidend für die Lebensqualität. Genau in diesem zentralen Aufgabenbereich des Staates will der Regierungsrat nun aber die Leistungen weiter abbauen. Die CVP stellt mit Erstaunen fest, dass im Leistungsauftrag der Zuger Polizei beispielsweise die sichtbare polizeiliche Präsenz um 7 Prozent oder der Einsatz von Diensthunden zugunsten der Bevölkerung und geschädigter oder vermisster Personen und zur Suche von verstecktem Deliktgut oder Drogen um 20 Prozent reduziert werden sollen. Die Tendenz, die der Regierungsrat für 2019 bis 2021 ausweist, ist weiter sinkend. Der massive Abbau der Polizeipräsenz wird mit «Finanzen 2019» begründet und bereits im Budget 2018 versteckt umgesetzt.
Wenn man die zwei Hauptpositionen zusammenzählt, kommt man auf einen Betrag von knapp 400'000 Franken, der eingespart werden soll. Die CVP-Fraktion akzeptiert diesen Abbau im Bereich der öffentlichen Sicherheit nicht. Sie stellt den **Antrag,** das Globalbudget der Zuger Polizei um den im Anhang zum Stawiko-Bericht ersichtlichen Betrag von 397'400 Franken zu erhöhen. Falls dem Antrag zugestimmt wird, soll die Regierung die entsprechende Reduktion im Leistungsauftrag rückgängig machen. Falls der Rat dem Antrag nicht folgt, wird der Votant einen Antrag zum Leistungsauftrag stellen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass in der Stawiko nicht über diese Thematik diskutiert wurde.

**Manuel Brandenberg** unterstützt den Antrag der CVP-Fraktion insofern, als der Leistungsauftrag der Zuger Polizei geändert, die Polizeipräsenz auf den Strassen also nicht reduziert werden soll. Den Antrag auf Erhöhung des Budgets wird er aber nicht unterstützen. Er glaubt nämlich nicht mehr, dass das zusätzliche Geld auch tatsächlich für eine höhere Polizeipräsenz verwendet wird.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** erinnert daran, dass die Stawiko ihrem Bericht zum letztjährigen Budget eine Tabelle beilegte, welche die Kompetenzen des Kantonsrats bei der Budgetberatung zeigte: Der Kantonsrat kann Budgets erhöhen oder reduzieren, er kann aber nicht Leistungsaufträge abändern. Wird das Budget durch den Kantonsrat geändert, hat der Regierungsrat die Möglichkeit, Leistungsaufträge nachträglich allenfalls zu ändern. Die erweiterte Stawiko wird diese Thematik in einer speziellen Sitzung im kommenden Februar diskutieren − und sie wird die erwähnte Tabelle künftig regelmässig in ihren Bericht einflechten.

**Manuel Brandenberg** möchte vom Landschreiber wissen, welche gesetzliche Grund lage besagt, dass der Kantonsrat einen Leistungsauftrag nicht abändern kann. Er möchte nicht irgendeine Tabelle sehen, sondern einzig das Gesetz.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass es sich um § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes (BGS 153.1) handelt. Er hat den Sekretär der Staatswirtschaftskommission gebeten, die von der Stawiko-Präsidentin erwähnte Matrix künftig standardmässig dem Stawiko-Bericht anzuhängen, zeigt sie doch glasklar auf, was gilt. Der Kantonsrat kann einen Leistungsauftrag genehmigen oder ablehnen. Bei einer Ablehnung legt der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahrs dem Kantonsrat einen geänderten Leistungsauftrag und auch ein angepasstes Globalbudget vor, basierend auf den Meinungsäusserungen in der Debatte. Und wenn der Kantonsrat das Globalbudget einer Stelle ändert, kann der Regierungsrat ebenfalls bis Ende Februar den Leistungsantrag anpassen und diesen dem Kantonsrat vorlegen, er muss aber nicht.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass sich die SP-Fraktion dem Antrag der CVP-Fraktion auf Erhöhung des Globalbudgets der Zuger Polizei anschliessen kann. Sie hat im Kontext der Revision des Polizeigesetzes angekündigt, dass sie zur Umsetzung eines umfassenden Bedrohungsmanagements einen Antrag auf die Schaffung entsprechender Polizeistellen stellen werde. Vor diesem Hintergrund unterstützt sie nun den Antrag der CVP-Fraktion auf Erhöhung des Globalbudgets der Zuger Polizei, dies in der Absicht, auch Stellen für ein umfassendes Bedrohungsmanagement schaffen zu können. Das umfassende Bedrohungsmanagement ist aber nicht Teil des jetzt vorliegenden Antrags, sondern die Begründung für dessen Unterstützung durch die SP.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** versucht zu erklären, weshalb die Regierung den Antrag auf Erhöhung des Globalbudgets der Zuger Polizei um knapp 400'000 Franken ablehnt:
• Es trifft zu, dass das Sparprogramm zu einer moderaten Reduktion des Sicherheitsstandards führt: Die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit wird etwas reduziert. Der Regierungsrat hat sich intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt und diese Massnahme letztlich auch mit Zustimmung des Sicherheitsdirektors als tragbar qualifiziert. Er hat auch über deutlich einschneidendere Massnahmen diskutiert, aber auch aus Sicherheitsüberlegungen von weiteren Kürzungen bzw. einer weiteren Reduktion der Polizeipräsenz abgesehen.

• Der Regierungsrat hat kürzlich auch über die Videoüberwachung diskutiert und dazu Beschlüsse gefasst, welche die reduzierte Polizeipräsenz kompensieren. Vor allem im Bereich des Bahnhofs Zug und an weiteren neuralgischen Stellen wird die Videoüberwachung ergänzt und so die reduzierte Polizeipräsenz kompensiert.
• Sparen zieht immer einen gewissen Leistungsabbau nach sich. Und der Regierungsrat vertritt die Meinung, dass alle − auch die Zuger Polizei − ihren Beitrag leisten müssen, um die kantonalen Finanzen wieder ins Lot zu bringen.
Sollte der Rat dem Antrag der CVP-Fraktion zustimmen, muss er nicht gleichzeitig den entsprechenden Leistungsauftrag ablehnen. Der Rat kann diesen getrost genehmigen, denn wenn der Erhöhung des Budgets zugestimmt wird, wird der Regierungsrat die beabsichtigte Reduktion der Polizeipräsenz selbstverständlich nicht umsetzen.

**Manuel Brandenberg** dankt dem Landschreiber für die Rechtsbelehrung in dieser Sache. Er stellt den **Antrag,** den Leistungsauftrag der Zuger Polizei nicht zu genehmigen, soweit die sichtbare Präsenz von 4300 Präsenzstunden auf 4000 Stunden reduziert werden soll.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass in einer ersten Abstimmung über die finanzielle Seite dieser Frage, also das Globalbudget, und in einer zweiten Abstimmung über die Genehmigung des Leistungsauftrags entschieden wird.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat lehnt den Antrag der CVP-Fraktion mit 38 zu 36 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat stimmt dem Antrag auf Nichtgenehmigung des Leistungsauftrags der Zuger Polizei mit 35 zu 40 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat im Februar 2018 einen neuen Leistungsauftrag für die Zuger Polizei vorlegen wird.

**Barbara Gysel** möchte wissen, was die Ablehnung des Leistungsauftrags konkret bedeutet. Die Regierung muss dem Kantonsrat einen neuen Leistungsauftrag vorlegen. Allerdings wurde die Ablehnung nicht mit einem inhaltlichen Auftrag verbunden, wie dies beispielsweise bei der Rückweisung einer Vorlage der Fall ist. Es dürfte deshalb schwierig sein, den neuen Leistungsauftrag zu definieren.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** versucht, eine − hoffentlich nicht untaugliche − Antwort auf die Frage von Barbara Gysel zu geben. § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes lautet: «Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrages, so legt der Regierungsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor. […]» Der Regierungsrat wird nun über die Bücher gehen. Sicher ist, dass er bezüglich Globalbudget nicht den Antrag der CVP-Fraktion eins zu eins umsetzen kann; dieser wurde ja abgelehnt. Vielleicht wird der Regierungsrat aber zum Schluss kommen, einen Teil davon, beispielsweise 200'000 Franken, aufzunehmen und den Leistungsauftrag auf dieser Basis anzupassen.

Für **Andreas Hausheer** ist der Auftrag an die Regierung klar: keine Reduktion der Polizeipräsenz. Wie der Regierungsrat diese Vorgabe budgetmässig umsetzt, ist ihm überlassen.

***Gesundheitsdirektion***

**Fabian Freimann** äussert sich zu den individuellen Prämienverbilligungen. Auf Seite 266 des Budgetbuchs sind die Zielsetzungen der Leistungsgruppe 5 (Individuelle Prämienverbilligung) aufgeführt. Dort kann man lesen, dass der Kanton Zug, der nach Aussage verschiedener Regierungsräte immer zu den Top-Kantonen gehören will bzw. schon dazu gehört, bei den individuellen Prämienverbilligungen das Ziel hat, bezüglich der sozialpolitischen Wirksamkeit im oberen Drittel aller Kantone zu sein. Der Votant kommt aus dem Leistungssport, und es würde ihm nie in den Sinn kommen, eine Leistung im oberen Drittel als Ziel zu definieren, vor allem nicht mit Athleten, welche zur Spitze gehören wollen. Der Kanton Zug muss sich deshalb das Ziel setzen, mindestens auf dem Podest zu stehen, sich also unter den Top-Drei aller Kantone einzureihen. Auch dann wäre man immer noch weit vom oft erwähnten «Zuger Finish» entfernt.
Für die SP-Fraktion wäre es allerdings nicht zielführend, den Leistungsauftrag der Gesundheitsdirektion nicht zu genehmigen. Sie sieht deshalb von einem entsprechenden Antrag ab. Sie wünscht sich aber, dass ihr Anliegen im nächsten Jahr berücksichtigt wird.

***Finanzdirektion***

*Kostenstelle 5022, Allgemeiner Finanzbereich*

**Kurt Balmer** erinnert daran, dass der Regierungsrat nach der Ablehnung des Entlastungspakets 2017 durch das Volk die sogenannt unbestrittenen Massnahmen nochmals dem Kantonsrat vorlegte. Bereits in einer früheren Debatte rügte Roger Wiederkehr, dass der auch aus Sicht des Votanten unbestrittene Betrag der Gemeinden in der Höhe von 18 Millionen Franken sang- und klanglos verschwand und nicht mehr diskutiert wurde. Natürlich waren in diesen 18 Millionen Franken auch der Pendlerabzug und weitere Faktoren enthalten, die sich nun erübrigt haben. Tatsache ist aber, dass auf jeden Fall irgendein Betrag übriggeblieben wäre. Der Votant hat im Rahmen der Budgetdiskussionen in den Gemeinden, insbesondere in seiner Gemeinde Risch, festgestellt, dass Rückstellungen für das Entlastungspaket − in Risch beispielsweise 1,4 Millionen Franken − nun einfach «verschwunden» sind. Offenbar benötigt der Kanton dieses Geld nicht mehr bzw. er verzichtet auf die Beteiligung der Gemeinden. Man sitzt offenbar nicht mehr mit den Gemeinden zusammen, sondern verschiebt das Thema auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, nämlich auf die Reform des ZFA, die irgendwann, vielleicht in fünf Jahren, über die Bühne gehen wird. Der Kanton wird dann also fünf Mal einen Betrag von netto vielleicht 12 Millionen Franken pro Jahr verschenkt haben − eine Verschlechterung der Rechnung des Kantons und eine Verbesserung der Rechnung der Gemeinden. Der Votant hat gerüchteweise von zwei unabhängigen Seiten auch gehört, dass die Verhandlungen bezüglich ZFA schwierig seien und sich der Kanton nicht um ein rasches Vorwärtskommen bemühe. Je mehr Zeit man aber verliert, umso mehr wird Geld zulasten des Kantons verschenkt bzw. zugunsten der Gemeinden verschoben.
Als Gemeindevertreter freut es natürlich auch den Votanten, wenn es seiner Gemeinde Risch gut geht. Es darf aber nicht sein, dass 12 bis 15 Millionen Franken pro Jahr einfach unter den Tisch gewischt werden, mit der Erklärung, man diskutiere dann später darüber. Eigentlich würde der Votant gerne den Antrag stellen, die 12 bis 15 Millionen Franken als zusätzlichen Ertrag ins Budget aufzunehmen. Er fürchtet aber, dass er keine Mehrheit finden würde. Er bittet den Finanzdirektor, zu dieser Thematik Stellung zu nehmen.

Für Finanzdirektor **Heinz Tännler** hat Kurt Balmer nun wirklich dick aufgetragen. Es ist richtig, dass die erwähnten 18 Millionen Franken − netto sind es etwa 11 Millionen Franken oder noch weniger − Bestandteil des Entlastungspakets 2 waren, welches letztlich vom Volk abgelehnt wurde. Der Regierungsrat führte in diesem Zusammenhang mit den Gemeinden mindestens sechs Monate lang intensive Verhandlungen, die auf Gemeindeebene zwei Mal Gemeinderatsbeschlüsse erforderten; erst dann gelangte er mit seiner Vorlage an den Kantonsrat. Nun wurde das Entlastungspaket 2 aber vom Volk abgelehnt. Die unbestrittenen Massnahmen wurden ins Sparpaket 2018 überführt. In diesem Zusammenhang erklärte der Finanzdirektor im Kantonsrat auch, warum die 18 Millionen Franken nicht aufgenommen wurden: Die Gemeinden waren nach der Ablehnung des Entlastungspakets 2 nicht mehr bereit, einen Sparbeitrag zugunsten des Kantons zu leisten, sondern wollten dieses Thema im Rahmen des ZFA angehen. Nun so zu tun, als ob dies eine riesige Überraschung wäre, ist nicht zulässig.
Im Übrigen lebt man gut von Gerüchten − auch wenn sie meistens nicht stimmen. Und die Gerüchte, dass der Regierungsrat beim ZFA nicht vorwärtsmache, stimmen ganz einfach nicht. Er hat das Sparpaket 2018 relativ rassig in den Kantonsrat gebracht und parallel dazu im Programmausschuss, in dem die Gemeinden und der Kanton vertreten sind, den ZFA-Prozess bestimmt. Auch die Methodik wurde zweimalig im Regierungsrat und in den Gemeinden − auch dazu brauchte es Gemeinderatsbeschlüsse − festgelegt: Das ZFA-Projekt wird nach dem AKV-Prinzip umgesetzt. Bei «Finanzen 2019» wurden alle gemeinderelevanten Positionen herausgenommen und in den ZFA-Prozess gelegt. Der Terminplan wurde fixiert und durch den Regierungsrat und die Gemeinden abgesegnet. Die seinerzeitigen Arbeitsgruppen wurden reaktiviert und die damals dort vorgelegten Massnahmen analysiert, so dass heute eine Bewertungsrunde vorgenommen werden kann und im Januar ein Programmausschuss bereit ist, der zuhanden der Gemeinden und des Kantons abschliessend beurteilt, was in den ZFA-Topf kommt und was nicht. Und noch 2018 wird dieser Prozess, der wahrscheinlich auch gesetzliche Anpassungen durch den Kantonsrat erfordert, abgeschlossen. Der Finanzdirektor widerspricht also vehement dem Vorwurf, der Regierungsrat lasse hier einfach Geld liegen und mache nicht vorwärts. Es handelt sich ebenfalls um einen strukturierten Prozess, der in Zusammenarbeit mit den Gemeinden tiptop funktioniert. Der Finanzdirektor bittet, dies zur Kenntnis zu nehmen.

**Pirmin Andermatt** stellt im Namen der CVP-Fraktion den folgenden **Antrag:** Die Bewertungsreserven für Grundstücke und Finanzanlagen über 52,5 Millionen Franken seien nicht 2018 erfolgswirksam aufzulösen, sondern in der Rechnung 2017 lediglich umzubuchen und somit erfolgsneutral dem freien Eigenkapital zuzuweisen. Zudem sei im Anhang der Jahresrechnung ein entsprechender Hinweis zu machen. Die CVP begründet diesen Antrag wie folgt:
• Es findet keine eigentliche Vermehrung von Vermögen statt. Die Bewertungsreserve wurde in der Vergangenheit jeweils erfolgsneutral am Jahresende gebildet und bereits als Teil des Eigenkapitals ausgewiesen. Weshalb soll sie nun erfolgswirksam aufgelöst werden?
• Es findet damit keine Neubewertung oder Auflösung von allfälligen Stillen Reserven statt, wie dies manchmal bei Unternehmen der Fall ist. Das noch gültige Finanzhaushaltgesetz hat bereits eine jeweilige Neubewertung der Finanzanlagen zum Jahresende verlangt. Diese Neubewertungen führten zur genannten Summe von 52,5 Millionen Franken.
• Eine erfolgswirksame Auflösung mag zwar buchhalterisch korrekt sein. Sie ist aber nur eine von mindestens zwei Varianten − und sie ist auch bei Experten um-

stritten. Wichtig ist, dass der Kantonsrat auch eine politische Verantwortung trägt. Die Frage sei deshalb erlaubt: Welches Signal sendet man mit dem vom Regierungsrat gewünschten Vorgehen aus? Der Votant verweist auf folgende Punkte:
− Der Kanton Zug weist ein strukturelles Defizit aus. Dies gibt der Regierungsrat unumwunden zu. Weshalb braucht es dann das Signal einer erfolgswirksamen Umbuchung der Neubewertungsreserve? Wie gesagt: Der Betrag ist bereits im Eigenkapital vorhanden, und er soll − so der Antrag der CVP − nur umgebucht werden.
− Der Kanton wird nicht müde, über die aktuell schlechte Finanzlage zu klagen. Trotzdem kann er für 2018 plötzlich eine ausgeglichene Rechnung präsentieren. Wie soll man das den Steuerzahlerinnen und -zahlern erklären?
− Der Regierungsrat verlangt mit dem Projekt «Finanzen 2019» weitere Einsparungen und eine Steuererhöhung. Wie soll man diese den Bürgerinnen und Bürgern erklären, wenn man dank einer simplen Umbuchung plötzlich 52,5 Millionen Franken Mehrertrag erzielt? Es wird heissen, dass es die Sparmassnahmen bzw. die Steuererhöhung nicht brauche, denn der Kanton finde ja immer noch ein Kässeli. Dass der Kanton ohne Not seine Rechnung besser darstellt, als sie effektiv ist, ist auch nicht im Sinn der vom Kantonsrat angenommenen Schuldenbremse. Und der positive Effekt der linearen Abschreibung ist − wie bereits gehört − im Finanzplan noch nicht berücksichtigt.
− Der Kanton Zug beklagt sich über die immer höhere Last des Beitrags an den Nationalen Finanzausgleich. Nun aber kann er für 2018 plötzlich eine ausgeglichene Rechnung präsentieren. Mit Sicherheit werden die wenigsten verstehen, was die 2. oder 3. Stufe in der Erfolgsrechnung bedeutet. Es wird lediglich auf die Zahl am Schluss geschaut − und diese ist dank der erfolgswirksamen Auflösung eine schwarze Null.
• Der Votant war in den letzten Tagen in Las Vegas, dem Mekka des Glückspiels. Das heisst nicht, dass er die erfolgswirksame Umbuchung mit einem Glücksspiel vergleicht. Und doch hinterlässt das vom Regierungsrat vorgeschlagene Vorgehen nach Meinung der CVP-Fraktion einen faden Nachgeschmack: nämlich dass der Kanton Zug den Jackpot geknackt habe.
• Die CVP-Fraktion steht seit jeher für eine nachhaltige Finanzpolitik ein. Das vorgeschlagene Vorgehen der erfolgswirksamen Auflösung der Bewertungsreserven läuft dieser Nachhaltigkeit komplett zuwider. Die Frage sei erlaubt: Waren bei der vorgeschlagenen erfolgswirksamen Umbuchung auch wahltaktische Gründe ausschlaggebend?
• Wie würde der Vorschlag des Regierungsrats wohl aussehen, wenn die Bewertungsreserve nicht positiv, sondern negativ wäre? Würde er dann auch eine erfolgswirksame Umbuchung verlangen? Wohl kaum!
• Sämtliche Einwohnergemeinden des Kantons Zug werden die Bewertungsreserven erfolgsneutral und nicht − wie es der Kanton beabsichtigt − erfolgswirksam umbuchen. Wäre es nicht sinnvoller, wenn der Kanton in dieser für alle wichtigen Frage ebenfalls etwas bescheidener auftreten würde?
Aus all den vorgenannten Gründen bittet der Votant, den Antrag der CVP-Fraktion auf erfolgsneutrale Umbuchung der Bewertungsreserven zu unterstützen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mir, dass derselbe Antrag ebenso engagiert auch in der Stawiko gestellt und dort mit 10 zu 5 Stimmen abgelehnt wurde. Die Stawiko sieht in dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen Vorgehen kein Problem. Es entspricht § 13 Abs. 2 Finanzhaushaltgesetz und ist konform mit den Empfehlungen zur Rechnungslegung nach HRM2. Die Auflösung ist transparent dargestellt − auch im Stawiko-Bericht − und lässt eine Ermittlung und Nachführung der operativen Ergebnisse zu. Die Stawiko sieht hier keinen Handlungsbedarf.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** erinnert in Ergänzung zu den Ausführungen der Stawiko-Präsidentin daran, dass das Finanzhaushaltgesetz kürzlich revidiert und die entsprechende Verordnung vom Regierungsrat überarbeitet und verabschiedet wurden. Die Stawiko-Präsidentin hat auf § 13 Abs. 2 FHG hingewiesen, wo explizit festgehalten ist, dass die Wertberichtigung von Positionen im Finanzvermögen über die Erfolgsrechnung erfolgen muss. Dies geschieht aus Transparenzgründen. Das operative Ergebnis, die rund 51 Millionen Franken Defizit, ist ebenfalls transparent ausgewiesen. Jeder Bürger und jede Bürgerin kann also sehen, dass das operative Ergebnis negativ ist und die schwarze Null nur aufgrund der Auflösung der Bewertungsreserve zustande kommt. Der Kanton Zug folgt damit wie die meisten Kantone den von den Finanzdirektoren erarbeiteten Empfehlungen von HRM2. Das Vorgehen entspricht also dem Standard. Zudem ist im Gesetz und in der Verordnung festgeschrieben, dass man sich an die HRM2-Empfehlungen zu halten habe. Etwas zu legiferieren und dann doch wieder davon Abstand zu nehmen, wäre schlechte Gesetzgebung.
Es ist richtig, dass sich die Gemeinden nicht an die Empfehlungen von HRM2 halten. Das ist mit Blick auf die Gemeindeautonomie okay. Die Gemeinden halten sich − so könnte man sagen − wohl ebenfalls aus Transparenzgründen nicht an die Empfehlungen. So können sie nämlich Stille Reserven bilden und − vor dem Hintergrund ihrer erfreulich guten Ergebnisse − ein noch besseres Ergebnis kaschieren. Das ist legitim − es muss hier aber in aller Deutlichkeit einmal gesagt sein.
Der Finanzdirektor bittet aus den genannten Gründen, dem Antrag des Regierungsrats und der Stawiko zu folgen.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag der CVP-Fraktion mit 45 zu 28 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

**Alois Gössi** möchte zuerst zwei Aussagen des Finanzdirektors korrigieren. Erstens beteiligen sich die Gemeinden sehr wohl am NFA, wenn auch nur in einem kleinen Ausmass. Und zweitens hätte beim Finanzplan für die Jahre 2021 und 2022 die lineare Abschreibung berücksichtigt werden sollen; die Übergangsfrist für den Wechsel von der degressiven zur linearen Abschreibung ist dann nämlich vorbei.
Der Votant stellt den **Antrag,** den Ertrag bei der Finanzdirektion um 2,5 Millionen Franken höher zu budgetieren. Es geht dabei um den Anteil am Gewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Im Zeitpunkt der Budgetierung war der eingestellte Betrag − er entspricht dem im Jahr 2017 ausbezahlten Betrag − korrekt und angemessen. Im dritten Quartal 2017 aber machte die SNB einen Gewinn von rund 32 Milliarden Franken. Und seit dem 30 September ist der Wert des Schweizer Frankens weiter gefallen, und die Aktienmärkte tendieren weltweit nach oben. Als Folge davon wird der Gewinn der SNB auch im vierten Quartal gross oder sehr gross sein. Um eine doppelte Auszahlung zu verhindert, müsste die SNB im vierten Quartal mindestens 30 Milliarden Franken Verlust einfahren, im Moment weist aber alles auf das Gegenteil hin. Man kann diesen Ertragsposten also getrost um 2,5 Millionen Franken höher veranschlagen; dieses Geld wird mit hundertprozentiger Sicherheit als zusätzlicher Gewinnanteil der SNB an den Kanton Zug fliessen.
Für den Votanten muss hier eine realistische, nicht eine zurückhaltende Budgetierung − wie die Stawiko schreibt − das Ziel sein. Eine Erhöhung des Ertrags bei der Finanzdirektion ist deshalb mehr als gerechtfertigt, denn der Anteil am Gewinn der SNB wird auf jeden Fall höher ausfallen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass derselbe Antrag bereits in der Stawiko gestellt und dort mit 13 zu 1 Stimmen abgelehnt wurde. Die Gewinne der

SNB unterliegen grossen Schwankungen, weshalb die Stawiko die Sichtweise der Regierung unterstützt und mit einer vorsichtigen Budgetierung einverstanden ist.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** informiert, dass er mehrmals mit dem SNB-Präsidenten sprechen konnte. Die SNB wird in der Tat mutmasslich gut abschliessen und voraussichtlich ungefähr das 1,7-fache des für 2017 budgetierten Betrags auszahlen können. Der Antrag von Alois Gössi würde das Budget natürlich noch besser aussehen lassen. Allerdings ist es alles andere als sicher, dass weitere 2,2 Millionen Franken von der SNB in die Kasse des Kantons Zug fliessen werden. Der Finanzdirektor bittet deshalb, den Antrag abzulehnen.
Bezüglich Beteiligung der Gemeinden am NFA glaubt der Finanzdirektor gesagt zu haben, dass sich die Gemeinden an der *Steigerung* des NFA seit 2008 nicht beteiligt hätten − was im Übrigen in Ordnung und politisch so gewollt ist. Falls seine Aussage aber nicht richtig verstanden worden wäre, möchte er sie dahingehend korrigieren. Bezüglich Abschreibungsmethode hat der Finanzdirektor die Aussage von Alois Gössi nicht ganz verstanden, er hält aber fest, dass die dreijährige Übergangsfrist auch hier gilt.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt den Antrag von Alois Gössi mit 66 zu 8 Stimmen ab und folgt damit den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

*Kostenstelle 5069, Finanzausgleich Einwohnergemeinden*

**Philip C. Brunner** weist darauf hin, dass die Kostenstelle 5069 mit Null budgetiert ist, weil der Kantonsrat den Beitrag von 4,5 Millionen Franken an die Gebergemeinden auf drei Jahre limitierte. Das war ein kluger Entscheid. Er hat dazu geführt, dass sich die Gebergemeinden einen Moment lang erholen konnten. Für die Stadt Zug bedeutet es, dass sich der ZFA-Beitrag zwischen 2016 und 2018 um 12 Millionen Franken erhöht, wovon ein Teil in die Gemeinde Cham fliessen dürfte. Der Vorteil liegt aber darin, dass die Rechnung des Kantons nicht mehr belastet wird.

***Gesamtverwaltung***

**Markus Hürlimann** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Leistungen des Regierungsrats anerkennt, der vor allem in den vergangenen zwei Jahren unermüdlich darum bemüht war, eine ausgeglichene Staatsrechnung und ein vernünftiges Budget 2018 zu präsentieren; der Rat hat denn bisher auch den Budgetanträgen mehr oder weniger zugestimmt. Verschiedene Programme, Pakete und Projekte sollen den Staatshaushalt in ruhigere Gewässer führen, was grundsätzlich zu begrüssen ist. Nichtsdestotrotz klafft in der Kasse immer noch ein Loch von 50,8 Millionen Franken, welches es zu stopfen gilt. Wie dies der Regierungsrat zu tun gedenkt, haben alle zur Kenntnis nehmen müssen: mit einer Erhöhung des kantonalen Steuerfusses von 4 Prozentpunkten von 82 auf 86 Prozent, was einer realen Steuererhöhung von fast 5 Prozent entspricht.
Trotz der Beteuerungen der letzten Jahre ist die vielzitierte Zitrone für die SVP-Fraktion noch lange nicht ausgequetscht: Im vorliegenden Budget hat es noch einiges an Saft drin, auch wenn dieser erwartungsgemäss wohl sauer schmecken wird. Bevor ernsthaft eine Steuererhöhung in Erwägung gezogen wird, sollte der Regierungsrat nach Meinung der SVP noch einmal über die Bücher bzw. tief in diese hineingehen. Wenn man nur schon an die zusätzlichen 1,2 Millionen Franken

beim Sozialamt für Deutschkurse für Asylanten denkt, die der Rat heute nicht gestrichen hat, oder an die bisher nicht angetastete Familienzulage in der Höhe von 1,3 Millionen Franken, über welche der Rat heute noch sprechen wird, dann glaubt die SVP stark daran, dass im Budget 2018 noch viel mehr Saft vorhanden ist, als man den Rat glauben lassen möchte.
Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant deshalb den **Antrag,** das Budget 2018 pauschal um 5 Millionen Franken zu kürzen. Pauschale Kürzungsanträge oder «Rasenmäheranträge», wie sie salopp auch genannt werden, sind bekanntlich verpönt. Sie sind aber sehr effektiv, rechtlich unbedenklich − und sie sind mit der letztjährigen erfolgreichen Pauschalkürzung auf Antrag der Stawiko in der Höhe von 14,9 Millionen Franken wohl auch salonfähig geworden. Zudem soll es − wie im Vorjahr beim Pauschalantrag der Stawiko − dem Regierungsrat freigestellt sein, wie er diese 5 Millionen Franken einsparen möchte. Die SVP will eine Verbesserung des operativen Ergebnisses um insgesamt 5 Millionen Franken erreichen, nicht mehr und nicht weniger. Dies entspricht gerade mal 1,2 Prozent des Personal- und Sachaufwands von total 416,2 Millionen Franken. Dieser Sondereffort sollte nach Meinung der SVP-Fraktion zu bewältigen sein, wenn alle Regierungsräte am selben Strick ziehen und auch bereit sind, ihn zu leisten. Im Namen der SVP-Fraktion bittet der Votant deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** wiederholt, was sie bereits in der Eintretensdebatte gesagt hat: In der Stawiko wurden keine Anträge auf pauschale Kürzungen gestellt; es wurde auch nicht darüber diskutiert. In den letzten zwei Jahren wurde sehr viel gearbeitet, und es wurde sehr viel erreicht. Als Unternehmerin weiss die Stawiko-Präsidentin, dass es zwischendurch eine Zeit zum Verschnaufen braucht. Eine pauschale Kürzung würde einen grossen Aufwand auslösen: Jede Direktion müsste nochmals über die Bücher gehen etc. Es wäre es besser, die Leute nun arbeiten zu lassen, zumal mit «Finanzen 2019» wieder einiges auf sie zukommt. Die Stawiko-Präsidentin empfiehlt, von einer Pauschalkürzung abzusehen.

Auch Finanzdirektor **Heinz Tännler** bittet den Rat, den Antrag auf eine pauschale Kürzung abzulehnen. Natürlich kann man immer noch mehr sparen. Wichtig ist dem Regierungsrat aber ein strukturierter Prozess. Dieser soll mit «Finanzen 2019» fortgesetzt und abgeschlossen werden. Dort wird man die Klingen wiederum kreuzen können, sei es in Zusammenhang mit der Aufwandseite und ohnehin in Zusammenhang mit allfälligen Steuererhöhungen. Von einer pauschalen Kürzung sollte man jetzt aber absehen, zumal der administrative Aufwand für die Umsetzung auf Seiten der Regierung und der Verwaltung sehr gross wäre. Die vorgeschlagene Kürzung um 5 Millionen Franken entspricht 50 bis 60 Personaleinheiten. Diese Grössenordnung umzusetzen, ist nicht ganz einfach. Der Finanzdirektor bittet deshalb, den Kürzungsantrag nicht zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf eine pauschale Kürzung um 5 Millionen Franken mit 53 zu 17 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit das Budget 2018 durchberaten ist. Der Regierungsrat und die Staatswirtschaftskommission beantragen, das Budget 2018 zu genehmigen.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat genehmigt das Budget 2018 mit 60 zu 10 Stimmen.

**Genehmigung der Leistungsaufträge 2018**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Leistungsauftrag der Zuger Polizei nicht genehmigt wurde und deshalb durch die Regierung geändert werden muss.

➔ Der Rat stimmt den übrigen Leistungsaufträgen für das Jahr 2018 stillschweigend zu.

**Weitere selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten**

***Leistungsauftrag und Globalbudget für die Pädagogische Hochschule Zug***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Genehmigung des Leistungsauftrags und des Globalbudgets für die Pädagogische Hochschule Zug beantragt. Die Stawiko schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Leistungsauftrag und das Globalbudget für die Pädagogische Hochschule Zug

***Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Genehmigung des Budgets der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel beantragt. Die Stawiko schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend das Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

**Kenntnisnahme des Finanzplans 2018–2021**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 21 Abs. 1 Satz 2 des Finanzhaushaltgesetzes der Kantonsrat den Finanzplan lediglich zur Kenntnis nimmt. Der Regierungsrat und die Stawiko beantragen Kenntnisnahme.

➔ Der Rat nimmt den Finanzplan 2018−2021 stillschweigend zur Kenntnis.

**Kenntnisnahme von der Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten bis 2025**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Stawiko Kenntnisnahme beantragen.

➔ Der Rat nimmt die Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten bis 2025 stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat damit das Budget und den Finanzplan verabschiedet hat. Bei Geschäften, die keine Erlasse sind, erfolgt praxisgemäss keine Schlussabstimmung im Sinne von § 74 Abs. 1 GO KR.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**903** Traktandum 3.1: **Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend strukturelle Besoldungsüberprüfung (Berichts-Motion)**
Vorlage: 2795.1 - 15594 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**904** Traktandum 3.2: **Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Lohngleichheit im Kanton Zug**
Vorlage: 2796.1 - 15595 (Postulatstext).

**Thomas Werner** hält vorweg fest, dass die Lohngleichheit und die Gleichstellung von Mann und Frau für die SVP-Fraktion etwas Selbstverständliches und absolut Unumstrittenes ist. Denn die die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann ist ein Grundprinzip der Bundesverfassung und ein Grundwert der Gesellschaft in der Schweiz. Auch wenn es erst ein Jahr her ist, seit der Bundesrat und die Mitte-Links-Parteien mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien die Bundesverfassung verletzten, geht die SVP doch davon aus, dass die Regierung und der öffentliche Sektor sich im Allgemeinen an die Bundesverfassung halten. Ebenso geht die SVP davon aus, dass sich die linken Frauen und Männer dafür einsetzen, dass sich Frauen frei und unverhüllt, ohne Nikab und Burka, in der hiesigen Gesellschaft bewegen können. Sie geht also auch davon aus, dass die Linke das Burkaverbot ebenfalls unterstützt.
Das vorliegende Postulat verlangt die Unterzeichnung einer Charta, in der steht:
• Es soll sensibilisiert werden.
• Die Einhaltung der Lohngleichheit in der öffentlichen Verwaltung soll nach anerkannten Standards regelmässig überprüft werden.
• Die regelmässige Überprüfung der Einhaltung der Lohngleichheit soll gefördert werden.
• Im Rahmen des öffentlichen Beschaffungs- und/oder Subventionswesens soll durch die Einführung von Kontrollmechanismen die Einhaltung der Lohngleichheit sichergestellt werden.
• Schliesslich wird eine aus Steuergeldern finanzierte Informationsplattform angepriesen.
Im öffentlichen Sektor des Kantons Zug wird eine Stelle beschrieben und eingestuft und die Entlöhnung auf dieser Basis festgelegt, unabhängig davon, ob sich ein Mann oder eine Frau für die betreffende Stelle bewirbt. Das vorliegende Beispiel zeigt exemplarisch auf, wie der öffentliche Sektor aufgeblasen und verteuert wird: Für etwas Selbstverständliches wird beim Bund eine Charta installiert. Regierungen, die unterschreiben, sollen dann sensibilisieren, regelmässig überprüfen und auch noch Kontrollmechanismen einführen. Kein Wunder, explodieren die Kosten. Schritt für Schritt, Salamischeibchen für Salamischeibchen, und plötzlich müssen Stellen her für die Überprüfung und die Sensibilisierung. Und hoppla, noch ein Schritt weiter, und man hat gebundene Ausgaben, an welchen das Parlament nicht mehr rütteln kann. Will der Kantonsrat wirklich, dass die Regierung diese Charta unterschreibt? Eine Charta für etwas, das im Kanton Zug selbstverständlich ist und schon lange gelebt wird? Soll man wirklich Kosten generieren und einen riesigen

Aufwand betreiben − um am Schluss festzustellen, dass der ganze Aufwand nicht nötig gewesen wäre?
In der Charta sind auch die dem Kanton nahestehenden Institutionen angesprochen. Erstens geht der Votant davon aus, dass auch dort Lohngleichheit gelebt wird, und zweitens sind diese Institutionen selber für deren Einhaltung verantwortlich. Wenn die Regierung die Charta unterschreibt, sagt sie A − und der Kantonsrat muss dann B sagen zu zusätzlichen Stellen für Lohngleichheitssensibilisierer und Lohngleichheitsüberprüfer, die regelmässig bei den dem Kanton nahestehenden Institutionen sensibilisieren, überprüfen und Kontrollmechanismen einführen. Der Votant ist der Ansicht, dass der Rat gerade heute, da über das Budget diskutiert wurde, keine neuen Ausgaben beschliessen sollte, nur um festzustellen, dass im Kanton Zug im öffentlichen Sektor die Lohngleichheit bereits existiert. Zudem soll die Verwaltung nicht mit zusätzlichen Aufgaben belastet werden, nur um auf einer Liste unterschreiben und sich danach gut fühlen zu können.
Lohngleichheit und Gleichstellung von Mann und Frau erreicht man nicht durch die Unterschrift unter eine Charta, sondern man muss sie leben. Der Kanton Zug lebt die Gleichstellung und hat es nicht nötig, eine Charta zu unterschreiben. Der Votant bittet deshalb um etwas weniger Gutbürgerfanatismus und dafür um etwas mehr gesunden Menschenverstand. Die SVP-Fraktion stellt einstimmig den **Antrag,** das Postulat der ALG nicht zu überweisen.

Für **Esther Haas** freut sich sehr darüber, dass die Gleichstellung von Mann und Frau und die Lohngleichheit für die SVP angeblich eine Selbstverständlichkeit ist − doch es fehlt ihr der Glaube. Das vorliegende Postulat fordert die Unterzeichnung der Charta für die Lohngleichheit. Es nicht zu überweisen, wäre nicht nur schade, sondern auch falsch, dies aus drei Gründen:
• Die Charta ist eine Absichtserklärung. Sie soll eine Haltung zu einem bestimmten Thema manifestieren. Wenn die Regierung eine Charta unterschreibt, bringt sie zum Ausdruck, dass ihr deren Anliegen wichtig ist. Und die ALG wollte wissen, wie die Bevölkerung zum Anliegen Lohngleichheit steht. Sie sammelte innert kurzer Zeit 500 Unterschriften für eine Petition, die heute Morgen der Staatskanzlei übergeben wurde. Beim Sammeln der Unterschriften fiel auf, dass die Bevölkerung hinter der Charta steht. Diese ist kein Gesetz, sondern ein permanent wirkender *Reminder,* die Lohngleichheit bei staatlichen und staatsnahen Institutionen als Ziel vor Augen zu halten und alles zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen.
• Die Regierung hat die Unterzeichnung der Charta abgelehnt. Offenbar liegt der Grund für die Ablehnung bei möglicherweise entstehenden Kosten. Die Regierung hat aber nie einen Kostenrahmen genannt. Deshalb wäre es falsch, das Postulat nicht zu überweisen. Solange der Kantonsrat keine Ahnung hat, in welcher Grössenordnung sich die Kosten bewegen, kann er sich dazu auch keine Meinung bilden.
• Die Votantin kann sich nicht vorstellen, dass die Regierung die Unterzeichnung der Charta allein aufgrund von Kosten, die nicht einmal quantifiziert sind, verweigert. Da müssen doch noch andere Gründe vorliegen. Die ALG möchte diese Gründe kennen. Sie will Transparenz bezüglich der Überlegungen der Regierung.
Die Votantin bittet im Namen der ALG-Fraktion, das Postulat zu überweisen und so eine echte Diskussionsgrundlage zu ermöglichen.

**Barbara Gysel** hält − wahrscheinlich zur Beunruhigung der SVP − fest, dass es im Moment ausschliesslich um die Überweisung des Postulats und nicht um dessen Erheblicherklärung geht − wobei die Votantin sehr gespannt ist auf die Antwort der Regierung. Aber auch wenn das Postulat nicht überwiesen und die Charta nicht unterzeichnet werden sollten, entbindet das die Regierung nicht von der Verpflich-

tung, sich für Lohngleichheit einzusetzen. Darüber sind sich wohl alle einig. Die SP-Fraktion möchte aber darüber hinaus einen Tatbeweis, und die Überweisung des Postulats wäre ein kleiner Schritt in diese Richtung.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat beschliesst mit 34 zu 31 Stimmen die Überweisung des Postulats an den Regierungsrat.

**905** Traktandum 3.3: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend: Wie weiter mit dem Theilerhaus**
Vorlage: 2797.1 - 15596 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**906** Traktandum 3.4: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend «Paradise Papers»: Die Spuren der Ausbeutung führen nach Zug**
Vorlage: 2800.1 - 15599 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**907** Traktandum 3.5: **Einreichung einer Petition**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Die Alternativen – die Grünen heute Morgen bei der Staatskanzlei eine Petition zur Unterzeichnung der «Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor» einreichten. Die Staatskanzlei hat den Eingang der Petition bestätigt. Die Petitionsbegehren betreffen nicht die sachliche Zuständigkeit des Kantonsrats. Es liegt kein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vor. Im Einvernehmen mit der für die Vorprüfung von Petitionen grundsätzlich zuständigen Justizprüfungskommission erfolgt die Weiterleitung der Petition an den Regierungsrat.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für die Mittagspause.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

64. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. November 2017 (Nachmittag)
Zeit: 13.55−17.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

## 908 Präsenzkontrolle

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 76 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Urs Raschle, Vroni Straub-Müller, beide Zug; Peter Letter, Oberägeri; Nicole Zweifel, Baar.

TRAKTANDUM 7

## 909 Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)

Vorlagen: 2687.1 - 15317 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2687.2 - 15318 (Antrag des Regierungsrats); 2687.3/3a - 15429 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2687.4/4a - 15430 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 2687.5 - 15584 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2687.6 - 15586 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Rat an der Sitzung vom 1. Juni 2017 die Rückweisung von § 52 des Personalgesetzes an die vorberatende Kommission beschloss. Diese erhielt den Auftrag, die Personalverbände anzuhören und eine Vernehmlassung bei den Gemeinden sowie bei betroffenen privaten Dritten durchzuführen. Das ist in der Zwischenzeit geschehen.

Kommissionspräsident **Hans Christen** hält fest, dass die vorberatende Kommission am 1. September 2017 dem Auftrag des Rats nachgekommen ist. Wie dem Kommissionsbericht zu entnehmen ist, hat der Finanzdirektor der Kommission das Ergebnis der Vernehmlassung, die bei den Gemeinden durchgeführt wurde, erläutert. Für die Streichung der Familienzulage gemäss § 52 Personalgesetz sprachen sich die drei Gemeinden Menzingen, Unterägeri und Walchwil aus. Die restlichen acht Gemeinden sprechen sich gegen die Streichung der Familienzulage aus. Die jeweiligen Begründungen sind im Bericht ausführlich aufgeführt. Wie ebenfalls vom Kantonsrat gefordert, hat die Kommission die Anhörung der Personalverbände durchgeführt. Angehört wurden die Vertreter des Staatspersonalverbands des Kantons Zug, des Lehrerinnen- und Lehrervereins Kanton Zug und der Vertreter des

Personalverbands der Zuger Gemeinden. Infolge der Vakanz im Präsidium war der Verband der Zuger Polizei nicht vertreten und somit entschuldigt. Die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verbände trugen eine unter allen vier Verbänden konsolidierte Stellungnahme vor. Dabei hielten sie im Sinne einer Ausgangslage fest, dass die Personalverbände mit ihrer Stellungnahme auf das überfallartige Vorgehen der vorberatenden Kommission reagierten und sie das Vorgehen der vorberatenden Kommission in keiner Weise goutiert haben, da sie immer auf eine konstruktive und einvernehmliche Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat bedacht seien und weniger auf eine gewerkschaftliche Vorgehensweise setzen würden. Alle Verbände lehnten eine Streichung der kantonalen Familienzulage ab. Die Argumente der Verbände können auf Seite 4 des Berichts und Antrags der vorberatenden Kommission entnommen werden.
Nach der Anhörung verliessen die Vertreterin und die Vertreter der Personalverbände das Sitzungszimmer, und man ging zur Detailberatung über. Der Finanzdirektor teilte mit, dass der Regierungsrat die Streichung von § 52 Personalgesetz nach wie vor ablehne, und er begründete dies umfassend. Die Gefahr bestehe auch, dass mit der Streichung der Familienzulage das Referendum gegen die ganze Vorlage ergriffen werden könnte. Gemäss den ergänzenden Ausführungen des Finanzdirektors wird der Regierungsrat im Rahmen des Projektes «Finanzen 2019», das, wie bereits kommuniziert, zu einem Stellenabbau von rund 40 Personaleinheiten führen wird, als Gesamtbetrachtung zwei weitere mit den Verbänden besprochene personalrelevante Massnahmen vorschlagen. Die Streichung der Familienzulage will der Regierungsrat in einem Gesamtkontext aller Einsparungsmassnahmen unter dem Projekt «Finanzen 2019» angehen.
Aus der Kommission wurde der Antrag gestellt, es sei auf den von der Kommission am 1. März 2017 beschlossenen Antrag auf Streichung von § 52 Personalgesetz zurückzukommen. Die Kommission hiess den Rückkommensantrag mit 13 zu 1 Stimmen gut, und damit erfüllte die vorberatende Kommission auch den Auftrag des Rats. Wie eingangs erwähnt, brachten einige Gemeinden für den Fall der Streichung Eventualanträge ein. Einzelne Kommissionsmitglieder übernahmen diese als ihre Anträge, da die Gemeinden an einer kantonsrätlichen Kommissionssitzung kein Antragsrecht haben. Diese drei Eventualanträge wurden von der vorberatenden Kommission abgelehnt.
Aus der Kommission wurde der Antrag gestellt, es sei den Änderungen von § 52 Personalgesetz gemäss Antrag der Regierung vom 22. November 2016, und nicht 2017 wie fälschlicherweise im Bericht erwähnt, zuzustimmen. Die Kommission stimmte diesem Antrag mit 8 zu 6 Stimmen zu. Nach dieser Abstimmung wurde aus der Kommission der Antrag gestellt, dass bei der Streichung der Familienzulage eine Übergangsfrist einzuräumen sei. Die vorberatende Kommission lehnte auf Empfehlung der Finanzdirektion diesen Antrag mit 10 zu 3 Stimmen ab.
Ferner nahm die Kommission Kenntnis von den infolge einer allfälligen Streichung von § 52 Personalgesetz im Sinne eines Nachvollzugs notwendigen Gesetzesänderungen, die auf Seite 7 aufgeführt sind.
Gestützt auf die Ausführungen beantragt die Kommission, den Änderungen von § 52 Personalgesetz gemäss Antrag des Regierungsrats vom 22.November 2016 zuzustimmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission in der Frage zu § 52 des Personalgesetzes gespalten war. Der Bericht der vorberatenden Kommission wurde vor dem Eintreten bzw. Rückkommen im Detail besprochen. Die eine Hälfte der Staatswirtschaftskommission war der Meinung, einem strukturierten Prozess den Vorzug zu geben, und die

andere Hälfte befand im Grundsatz, dass keine neuen Fakten vorliegen und deshalb ein Rückkommen obsolet sei. Der Stichentscheid der Kommissionspräsidentin hat dazu geführt, dass kein Rückkommen möglich war. Einigkeit herrschte dagegen, dass die Staatswirtschaftskommission eine Motion einreicht, mit der gefordert wird, dass die Saläre inkl. aller sonstigen Zulagen etc. des Staatspersonals wieder einmal systematisch untersucht werden sollen. Diese Motion wurde vor dem Mittag überwiesen.
Einige Ratsmitglieder sind offenbar der Meinung, dass sich das Vorgehen der Staatswirtschaftskommission nicht zieme. Deshalb nimmt die Kommissionspräsidentin zur Arbeitsweise der Staatswirtschaftskommission wie folgt Stellung: Für die Staatswirtschaftskommission gelten keine überirdischen Gesetze, sondern die Geschäftsordnung des Kantonsrats. Die Kommission nimmt sich das Recht heraus, nach dieser Grundlage ihre Sitzungen abzuhalten. Jedes Kommissionsmitglied hat das Recht auf seine Stimme, egal wie seine politische Meinung oder Haltung ist. Oberstes Ziel der Staatswirtschaftskommission ist es, zu den Finanzen des Kantons Sorge zu tragen und nach den Grundsätzen des Finanzhaushaltgesetzes, insbesondere in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, zu leben.
Wie in der Budgetdebatte gehört, schreibt der Kanton nach wie vor strukturelle Defizite, immerhin noch mehr als 50 Millionen Franken pro Jahr. Es sei an die vielen Voten der Ratsmitglieder in den Debatten zu den defizitären Budgets und Jahresrechnungen der letzten zwei bis drei Jahre erinnert. Alle wollten den Zuger Finish abschaffen und Notwendiges von Wünschbarem trennen. Bei diesen Familienzulagen handelt es sich klar um Wünschbares. Die Zulagen werden nach dem Giesskannenprinzip – notabene auch bei Topverdienern im Staatsdienst – ausgerichtet. Ausser bei der öffentlichen Hand, bei staatsnahen Betrieben oder Grosskonzernen werden keine solchen zusätzlichen Familienzulagen ausbezahlt. Bei Einführung dieser Zulagen wollte man den hohen Lebenshaltungskosten im Kanton Zug Rechnung tragen. Ein beträchtlicher Anteil der kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohnt jedoch nicht im Kanton. Zudem wurde der Mittelstand durch die Steuergesetzrevision 2014 enorm entlastet, und die Mitarbeitenden des Kantons erzielen somit einen doppelten und dreifachen Effekt. Die vorberatende Kommission wurde leider von ihrem eigenen Mut verlassen. Die Präsidentin der Staatswirtschaftskommission bittet die Ratsmitglieder darum, ihre Argumente nochmals auf die Waage zu legen und diesen alten Zopf abzuschneiden.

**Florian Weber** spricht für die FDP-Fraktion. Wie die Ratsmitglieder bereits vernommen haben, wurde der Fehler, der durch die Unterlassung der Anhörung entstanden war, durch die Kommission korrigiert. Allerdings brachte die Anhörung der Personalverbände keine neuen Erkenntnisse, und die FDP-Fraktion wird einer Streichung von § 52 weiterhin zustimmen. Jedoch wurde in der Diskussion vielmehr die Notwendigkeit einer strukturellen Besoldungsüberprüfung aufgezeigt. Vor allem in einer Zeit, in welcher der Kanton Zug immer noch ein massives strukturelles Defizit aufweist und die Regierung mit Steuererhöhungen droht, dürfte es schwerfallen, dem Bürger zu erklären, warum einer solchen Sparmassnahme nicht zugestimmt werden soll. Immerhin würde diese Massnahme dem Kanton jährliche Ausgaben von 1,3 Millionen Franken einsparen.
Eine Familienzulage, wie sie in § 52 des Personalgesetzes aufgeführt ist, gehört dem Kapitel Zuger Finish an. Die allermeisten Steuerzahlenden, welche diese Zulage den Staatsangestellten ermöglichen, haben keine solche Zulage auf ihrem eigenen Lohnausweis, und deshalb sind diese Benefits im Moment vor der Bevölkerung auch nicht vertretbar. Sollte diese Zulage nicht heute fallen, so dürfte es spannend werden, ob der Leidensdruck genug gross ist und die Korrektur mit dem

Projekt «Finanzen 2019» gemacht wird. Denn sollte der Kantonsrat diesen Entscheid aufschieben und den Status quo belassen, bedeutet dies in keinem Fall eine Zementierung der Ausrichtung dieser in der Privatwirtschaft fremden Zulage. Leider wird anhand dieser Debatte einmal mehr aufgezeigt, dass durch den Wohlstand ermöglichte Benefits in schlechteren Zeiten nur noch schwer rückgängig gemacht werden können und jedes Mal eine riesige Diskussion auslösen. Man kann daraus ableiten, dass in der Politik folgender Grundsatz gilt: Geben ist einfach – nehmen ist schwer. Der Votant fordert die Ratsmitglieder auf, heute den schwereren Weg zu wählen. Zusammen mit weiteren Massnahmen, die der Rat noch beschliessen darf oder muss, wird der Kanton bald auch wieder in der Position sein, einfachere Entscheide fällen zu dürfen. Anträgen, die Zahlungen nach Giesskannenprinzip zur Folge hätten, wird die FDP-Fraktion keine Folge leisten.

**Alois Gössi,** Sprecher der SP-Fraktion, äussert sich zum Votum von Gabriela Ingold. Sie sagte generalisierend, dass alle das Wünschbare vom Notwendigen trennen wollen. Das ist nicht so. Zumindest ist man in der SP-Fraktion der Meinung, dass das nur dort getan werden soll, wo es sinnvoll ist.
Was würden die Ratsmitglieder von ihrem Arbeitsgeber halten, wenn er ihnen, ohne dass er eine sehr grosse Not leidet, einfach den vertraglich vereinbarten Lohn kürzen würde? Wahrscheinlich nicht viel, dem Votanten geht es ebenso. Und eine solche Situation droht nun: Den Angestellten des Kantons Zug würde bei der Annahme des Antrags die Familienzulage gestrichen, die eine sehr lange Tradition hat. Die Familienzulage wird lohnunabhängig, aber in Abhängigkeit vom Beschäftigungsverhältnis ausbezahlt und beträgt maximal 2200 Franken. Für Angestellte mit einem Jahreseinkommen von 70’000 Franken macht die Familienzulage rund drei Prozent des Jahreseinkommens aus, also einen substanziellen Betrag. Betroffen von einer Streichung wären auch die gemeindlichen Lehrpersonen, da bei ihnen das kantonale Personalgesetz zur Anwendung kommt, gleich wie bei sechs Einwohnergemeinden. Anstelle einer Einsparung von rund 1,3 Millionen Franken beim Kanton könnte wahrscheinlich von der doppelt so grossen Summe ausgegangen werden mit dem Einbezug der gemeindlichen Lehrer und der betroffenen Einwohnergemeinden.
Die Ausrichtung der Familienzulage ist keine Besonderheit des Kantons Zug: Sie wird in weiteren 15 Kantonen ausgerichtet, zudem in allen Zuger Gemeinden mit Ausnahme von Walchwil und Unterägeri. Auch bei den nicht staatlichen Betrieben ist die Familienzulage sehr wohl bekannt: Einige grössere Arbeitgeber im Kanton Zug richten sie aus. Die Credit Suisse, der Arbeitgeber des Votanten, richtet eine solche in der Höhe von 3000 Franken aus, also noch um einiges höher als diejenige des Kantons Zug. Es ist fehl am Platz, diese Familienzulage zu streichen. Die Familienzulage ist sicher auch einer der Gründe, dass der Kanton Zug ein attraktiver Arbeitgeber ist, wobei dies in letzter Zeit ja auch gelitten hat.
Im Rahmen einer möglichen Besoldungsrevision könnte geprüft werden, ob die Familienzulage gestrichen werden soll, wobei diese Möglichkeit auch nicht gerade begeistert. Die Staatswirtschaftskommission hat dazu eine Motion eingereicht. Dann würde eine allfällige Streichaktion mit der generellen Überprüfung der Löhne erfolgen und nicht mehr oder weniger einfach aus dem Zusammenhang gerissen wie bei dieser Streichaktion.
Die SP-Fraktion macht beliebt, den Antrag auf die Streichung der Familienzulage abzulehnen. Sollte er jedoch angenommen werden, stellt die SP-Fraktion einen Eventual- und einen Subeventualantrag:

• Der **Eventualantrag:** Es sei die Familienzulage nach § 52 Personalgesetz nur für Mitarbeitende ab einem AHV-pflichtigen Jahreslohn von 90'000 Franken (Basis 100 Prozent) zu streichen.
• Der **Subeventualantrag,** falls der Eventualantrag abgelehnt würde: Es sei die Familienzulage nach § 52 Personalgesetz abzuschaffen unter Wahrung des Besitzstandes der bisherigen Mitarbeitenden bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer oder ihrer Arbeitsverhältnisse.
Besonders der erste Eventualantrag liegt der SP-Fraktion am Herzen. So würden weiterhin Angestellte des Kantons eine Familienzulage erhalten, die einen nicht so grossen Lohn haben. Die SP-Fraktion wäre jedoch froh, wenn über diese Anträge gar nicht abgestimmt werden müsste.

**Roger Wiederkehr** hält fest, dass die CVP-Fraktion grossmehrheitlich für die Beibehaltung von § 52 und somit weiterhin für die Ausrichtung der Familienzulage ist.
Bei dieser Gesetzesänderung geht es um die Eignungsprüfung bei der Anstellung und Weiterbeschäftigung des Staatspersonals und nicht um die Ad-hoc-Streichung der Familienzulage. Zugegebenermassen war es eine verlockende Situation, um auf die Schnelle 1,3 Millionen Franken zu sparen. Richtigerweise hat dies der Rat zurückgewiesen, und die Kommission hat die Grösse gehabt (wenn auch relativ knapp), unter Anhörung der Personalverbände und Gemeinden die Familienzulage nicht zu streichen. Es ist unfair und unsozial, ausgerechnet nur die Familien zu strafen mit der Begründung des hohen Lohnniveaus im Kanton Zug. Die CVP ist gerne bereit, im Zusammenhang mit «Finanzen 2019» gesamtheitlich die Löhne unter die Lupe zu nehmen. Wie der Finanzdirektor sagen würde, wäre dies ein strukturiertes Vorgehen. Es kann und darf nicht sein, dass man einzelne Gruppen herauspickt und Zulagen streicht. Das ist Willkür.
Aus der Kommission sind verschiedene Anträge gestellt worden betreffend Änderungen der Familienzulage wie: Streichung für Personen, die ausserhalb des Kantons wohnen; Streichung ab einem Jahreseinkommen von 90'000 Franken; Streichung mit Besitzstandwahrung; Streichung mit Übergangsfrist. Diese Anträge lehnen die CVP sowie die Kommission klar ab. Entweder sind die Anträge kompliziert, oder sie führen wirklich zu Ungerechtigkeiten.
Zum Votum der FDP: Es stimmt nicht, dass in der Privatwirtschaft keine Familienzulagen ausgerichtet werden. So richten zum Beispiel Roche oder Novartis solche Zulagen aus. Nachzulesen ist dies in der Kleinen Anfrage von Alois Gössi und Anastas Odermatt.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion und möchte die Debatte nicht mit weiteren Argumenten befeuern. Die SVP-Fraktion wird den Antrag der Staatswirtschaftskommission auf Streichen von § 52 unterstützen. Auch in der SVP-Fraktion gibt es dazu verschiedene Meinungen, die Argumente wurden bereits genannt.
Die beiden Anträge der SP, der Eventualantrag und der Subeventualantrag, wurden in der Fraktion nicht diskutiert. Deshalb lässt sich nicht sagen, wie die Fraktion diesbezüglich handeln wird. Am Vormittag wurde noch kein Franken gespart. Der Rat hat es nun in der Hand, im kantonalen Budget 1,3 Millionen Franken zu sparen.

**Claus Soltermann** nimmt es gleich vorweg: Grundsätzlich geht es der GLP nicht darum, die vereinbarten Löhne der Staatsangestellten in irgendeiner Art und Weise zu kürzen, sondern zusätzliche Leistungen, die in guten Zeiten gewährt wurden, den aktuellen, weniger guten kantonalen Finanzen anzupassen. Die Löhne der Zuger Staatsangestellten gehören immer noch zu den höchsten in der Schweiz und bedürfen – vor allem in Zeiten eines grossen Defizits in der Staatskasse – keiner

zusätzlichen Leistungen. Vor allem keiner solchen, die über den schweizerischen Standard hinausgehen. Diese Familienzulage ist daher eine Bevorzugung des Staatspersonals gegenüber jenen, die in der Privatwirtschaft tätig sind und solche Leistungen nicht kennen. Insbesondere dann, wenn diese Leistungen einer kleinen privilegierten Gruppe von ca. 700 Bezugsberechtigten zukommen, die auf Kosten der Steuerzahler finanziert werden. Trotzdem ist es richtig, diesen Lohnbestandteil vorerst im Personalgesetz zu belassen und Streichungen im Rahmen einer generellen strukturellen Besoldungsüberprüfung abzuklären, wie dies in einer Motion der Staatswirtschaftskommission verlangt wird. Die GLP unterstützt den Antrag der vorberatenden Kommission auf Beibehaltung von § 52.

**Anna Bieri** ist als Mitarbeiterin dem Personalgesetz unterstellt, bezieht aber keinen einzigen Franken dieser Familienzulage. Sie darf aber auch nicht jammern, ihr Mann, der in der Privatwirtschaft tätig ist, erhält hervorragende Benefits für Mitarbeitende mit Familie.
Wie würden die Ratsmitglieder als Patrons eines Unternehmens, das zum Sparen gezwungen ist, handeln? Würden sie explizit und ausschliesslich die Mitarbeiter mit Familien zum Sparopfer erklären? Jenen Mitarbeitern, die mit ihrem Einkommen für Kinder und Partner besorgt sind, würden die Ratsmitglieder, ohne mit der Wimper zu zucken, 2200 Franken streichen, eine volle Monatsmiete? Das glaubt die Votantin nicht. Die Regierungsratsmitglieder sind strenge, aber verlässliche Patrons. Nebst den Sparklassikern Lohnkürzung und Stellenabbau haben die Ratsmitglieder wahrscheinlich keine Ahnung, was die Sparbemühungen konkret im Arbeitsalltag bedeuten. Dazu zwei Muster von der persönlichen, sehr langen Liste der Votantin:
• Eine Hammer-Mathematik-Software, ein geniales Tool für Schüler, die in Mathi nicht die grossen Hirschen sind, wird gegen den Willen der Lehrer gestrichen. Einsparungen: jährlich 3500 Franken für etwas, das von rund 400 Schülerinnen und Schülern genutzt werden kann.
• Die Votantin arbeitet im Schulzimmer mit ihrem – notabene selbst finanzierten – Laptop. Da die Beamerlampe nach neuster Sparorder nur ausgetauscht wird, wenn sie die Leuchtkraft einer Rechaudkerze hat, kann man ihren Unterricht zeitweise vielleicht noch erahnen. Peanuts? Vielleicht für die Ratsmitglieder, die Votantin aber behindert dies und viele weitere Peanuts massgebend in den Bemühungen, den Kindern einen guten Unterricht zu bieten. Ob das, wie im Kommissionsbericht angedroht, auf die Motivation schlägt? Die Votantin wird immer innerhalb der gegebenen Möglichkeiten ausgezeichneten Unterricht halten. Dies ist ihr Selbstverständnis als Lehrerin und als Mitarbeiterin.
Wie steht es mit dem Selbstverständnis der Ratsmitglieder als Patrons der kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Halten sie es wie die Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, die es gemäss ihrem Bericht als «Chance» sieht, ohne Auseinandersetzung mit dem Personal und ohne lange Auslegeordnung eine Lohnkürzung durchzugeben. Dies mutet schon sehr speziell an, gerade wenn man einen Abschnitt weiter mit einer Motion explizit auf eine systematische Überprüfung pocht.
Positiv überrascht hat dafür die vorberatende Kommission. Die Votantin hat eine reine Alibi-Runde erwartet und ist von ihrer Offenheit und Grösse sehr angetan.
Ein Patron, lateinisch Patronus, ist ein Schutzherr: Dieses Selbstverständnis kann man auch in Zeiten des Sparens leben. Gerade die Mitarbeitenden mit Familie haben in dieser Sparunsicherheit auch den Schutz der Ratsmitglieder als Patrons, aber zumindest eine verlässliche und berechenbare Arbeitgeberpolitik, verdient. Die Votantin dankt den Ratsmitgliedern, wenn sie bei § 52 dem Regierungsrat und der vorberatenden Kommission folgen.

**Esther Haas** teilt mit, dass sie letzthin von einer Angestellten aus dem Reinigungsdienst des GIBZ gefragt wurde, ob die 2200 Franken als Familienzulage nun gestrichen würden. Die Votantin antwortete ihr dann, dass dies wahrscheinlich nicht der Fall sein würde und es laut vorberatender Kommission gut aussehe. Die Reinigungsangestellte hat einen Lohn von 3900 Franken bei einem 100-Prozent-Pensum. Da machen 2200 Franken viel aus. Wie bereits erwähnt wurde, handelt es sich dabei ungefähr um einen Monatsmiete. Ebenfalls wurde gesagt, dass die Löhne im Kanton Zug zu den höchsten in der Schweiz zählen. Das mag so sein. Aber das verfügbare Einkommen sieht anders aus. Die Rangliste der jährlichen CS-Studie ist den Ratsmitgliedern bekannt. Dort liegt der Kanton Zug auf Platz 19 beim frei verfügbaren Einkommen. Das ist keine Glanzleistung. Vor allem die hohen Mieten schlagen zu Buche. Diese werden bei weitem nicht mehr kompensiert durch die tiefen Steuern. Erwähnt wurde auch der Vergleich mit den privaten Arbeitgebern. Diese bieten den Arbeitnehmern teilweise sehr grosszügige Benefits, die Familienzulage des Kantons Zug ist keine Luxusvariante.
Es sind vor allem die mittleren und die tiefen Einkommen, die von der Familienzulage profitieren. Die Votantin bittet die Ratsmitglieder, von einer Streichung abzusehen und den Mitarbeitenden des Kantons – vor allem jenen, die es brauchen – die Familienzulage weiterhin zu gewähren.

**Oliver Wandfluh** wurde durch das Votum von Anna Bieri zum Sprechen animiert, und zwar insbesondere durch den Satz «Sie haben keine Ahnung, was das bedeutet …». Es setzen sich verschiedene Kommissionen, der Regierungsrat, die Abteilungsleiter, die Verwaltung, die Staatswirtschaftskommission usw. mit dem Thema auseinander. Zudem ist anzunehmen, dass Anna Bieri nicht das einzige Ratsmitglied ist, das im Staatsbetrieb angestellt ist. Es gibt auch andere, die wissen, was es bedeutet, Einsparungen vornehmen zu müssen. Doch es ist nicht die Aufgabe der Ratsmitglieder, beim Sparen zu bestimmen, ob in der Schule 40- oder 60-Watt-Birnen verwendet werden sollen, ob es zehn Stühle sein sollen oder alte Laptops. Der Kantonsrat erteilt über den Regierungsrat einen Auftrag, der an die Abteilungen weitergegeben wird. Diese besprechen mit den Kantonsangestellten, wo die Einsparungen sinnvollerweise gemacht werden sollen. Wird etwas in der Höhe von 3000 Franken gestrichen, das jeder braucht und von dem 400 Schüler profitieren, stellt sich die Frage, ob der Auftrag von den Verantwortlichen richtig ausgeführt worden ist. Stichwort: bezahlte Sabbaticals, Studienreisen von Lehrpersonen. Da liegt wahrscheinlich einiges mehr an Sparpotenzial drin als die 3000 Franken für die erwähnte Software.
Der Votant verwehrt sich dagegen, dass die Ratsmitglieder keine Ahnung haben, von dem, was sie tun. Falls das bei der CVP-Fraktion so sein sollte, müsste sie andere Kandidaten für den Rat aufstellen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ist dankbar für das Votum des Kommissionspräsidenten. Auch das Votum von Roger Wiederkehr ist aus Sicht der Regierung einwandfrei. Ebenfalls sind die erfrischenden Worte von Anna Bieri zu unterstützen, vor allem, weil sie die Regierungsratsmitglieder als «Patrons» bezeichnet. Das ist natürlich toll. Der Finanzdirektor hätte es nie gewagt, dies zu behaupten, doch nun ist es verbrieft. *(Der Rat lacht.)*
Zum Votum von Philip C. Brunner: Er hat gesagt, am Vormittag sei kein Franken gespart worden. Zur Erinnerung, wie ein Budgetprozess funktioniert: In diesem Prozess hat der Regierungsrat Taten an den Tag gelegt. Es wurde sehr viel gespart, auch wenn der Rat heute Morgen nicht explizit etwas raustreichen konnte bzw. keine Mehrheit dafür gefunden hat. Der Regierungsrat hat kein Schönwetter-

budget vorgelegt, vielmehr haben die Regierungsratsmitglieder konstruktiv miteinander gefochten, um dieses Budget vorlegen zu können. Philip C. Brunner sollte deshalb zur Kenntnis nehmen, dass jetzt und auch weiterhin gespart wird.
Wird die Familienzulage jetzt gestrichen, handelt es sich um eine nicht kohärente Politik. Eigentlich ist der Finanzdirektor ein *Idiot,* dass er § 52 redaktionell zur Diskussion gestellt hat. Im Nachhinein muss er sich selbst *watschen.* Doch es kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, und als Folge davon hat es einen Erfinder gegeben, der den Streichungsantrag gestellt hat. Das war ebenso sein Recht, wie es das Recht der Kommission ist. Roger Wiederkehr hat es gesagt: Es ist ungerecht und unfair, wenn diese 2200 Franken nun einfach gestrichen werden. Gemäss den Amtsleitenden wäre es zudem ein Motivationskiller. In den letzten drei, vier Jahren wurde die Verwaltung auf eine Reise mitgenommen, die beileibe nicht sehr einfach war. Die Verwaltung hat bei allem immer gut mitgemacht. Es ist belegt, dass die Familienzulage nicht einfach ein Zuger Finish ist. 15 Kantone richten in der einen oder anderen Form Familienzulagen aus, ebenso sind solche Benefits in der Privatwirtschaft üblich. Wenn darüber diskutiert werden soll, die Familienzulage zu streichen, kann dies im Rahmen von «Finanzen 2019» getan werden. Das Personal hat schon viel hergeben müssen. Mit EP 1, EP 2, dem Sparpaket 2018 wurde schon einiges vom Personal abverlangt. Mit «Finanzen 2019» wird es weitere Abstriche geben. Das Personal geht nicht ungeschoren aus diesen Programmen heraus.
Zu den Ausführungen von Alois Gössi: Die Eventualanträge sind gut gemeint. Im Zusammenhang mit Kohärenz, Gerechtigkeit und Fairness gilt es aber, bei diesen Eventualanträgen aufzupassen. Idealerweise lehnt der Rat den Antrag auf Streichung von § 52 ab, dann muss nicht über die Eventualanträge diskutiert werden. Denn wird bei 90’000 Franken die Grenze gesetzt, trifft es die einen, die anderen hingegen nicht. Es könnten auch 80’000 Franken sein, vielleicht könnte man auch über 100’000 Franken sprechen. Der Antrag ist verständlich, doch er führt zu einer gewissen Willkür. Möglicherweise wäre dies noch der grössere Motivationskiller für diejenigen Familien, die 91’000 Franken verdienen.
Zum Besitzstand: Auch das ist gut gemeint. Aber man stelle sich vor, ein junger Mitarbeiter, der seit fünf oder zehn Jahren in der Verwaltung arbeitet, hat noch keine Familienpläne. Dann wird die Besitzstandswahrung für die Familien eingeführt. Irgendwann nach zehn Jahren gründet der junge Mitarbeiter eine Familie – und er wird dann durchs Netz fallen. Das ist ungerecht und unfair. Deshalb haben der Eventualantrag und der Subeventualantrag einen Haken. Dessen muss man sich bewusst sein.
Vor diesem Hintergrund hält der Finanzdirektor als «Patron» fest: Es ist nicht sinnvoll, § 52 zu streichen. Es wäre ein Motivationskiller, unfair, ungerecht, es bestünde keine Kohärenz und keine kohärente Politik. Das Thema kann im Rahmen «Finanzen 2019» diskutiert werden. Ebenso steht die Verwaltungsreform an. Diese führt auch dazu, dass gewisse Umschichtungen stattfinden, die möglicherweise vom Personal sehr viel fordern. Der Finanzdirektor bittet den Rat, dem regierungsrätlichen Antrag zu folgen. In den Jahren 2021/2022 wird der Kanton nachhaltig schwarze Zahlen schreiben, Familienzulagen hin oder her.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat bereits an der Sitzung vom 1. Juni auf die Vorlage eingetreten ist. Deshalb wird die Detailberatung von § 52 fortgesetzt und die erste Lesung vorgenommen.

DETAILBERATUNG

*§ 52 Abs. 1–3*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats in § 52 anschliesst. Die Staatswirtschaftskommission lehnt den Antrag des Regierungsrats ab und hält an ihrem Antrag auf Aufhebung von § 52 fest. Bei einer Streichung von § 52 des Personalgesetzes wären im Sinne eines Nachvollzugs weitere Gesetzesänderungen vorzunehmen. Die Übersicht über den Anpassungsbedarf ist in der Darstellung der Finanzdirektion auf Seite 7 des Berichts der vorberatenden Kommission zu finden.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat folgt mit 44 zu 30 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission, § 52 Personalgesetz beizubehalten und den kantonalen Angestellten weiterhin eine Familienzulage auszurichten.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die erste Lesung somit abgeschlossen ist. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 8
**Geschäfte, die am 26. Oktober 2017 nicht behandelt werden konnten:**

Traktandum 8.1: **Zwei parlamentarische Vorstösse zu Informatik-Themen:**

**910** Traktandum 8.1.1: **Motion der Ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung**
Vorlagen: 2407.1 - 14707 (Motionstext); 2407.2 - 15084 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2407.3 - 15571 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**911** Traktandum 8.1.2: **Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle**
Vorlagen: 2488.1 - 14896 (Interpellationstext); 2488.2 - 15084 (Antwort des Regierungsrats); 2488.3 - 15571 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die beiden Vorstösse inhaltlich zusammen behandelt werden, und bittet die Ratsmitglieder, bei Bedarf zu präzisieren, zu welchem Vorstoss sie sprechen.

**Florian Weber** spricht für die Interpellanten und für die FDP-Fraktion. Der Mut des Kantonsrats, die Vorlage an die Regierung zurückzuweisen, hat sich bewährt. Der Bericht der Regierung, der nun vorliegt, lässt auf Grosses hoffen. Auch im Austausch mit Gemeindevertretern hört man Positives. Es ist erfreulich, dass das Vertrauen der Gemeinden wiedergewonnen werden konnte, dass das AIO Verantwortung übernimmt, wo es notwendig ist, und dass es Aufgaben zentralisiert und nur da wo nötig beibehält. Eine Reorganisation des AIO war und ist elementar und notwendig in der IT-Landschaft des Kantons Zug. Gemäss Bericht der Regierung wurde auch die Zusammenarbeit des AIO mit den Direktionen und Ämtern wieder

intensiviert. Die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden soll in Zukunft auf Augenhöhe erfolgen. Studiert man den Bericht, so erhält man den Eindruck, es gehe jetzt nicht mehr um Positionen, sondern um die Sache und deren Lösung. Gemäss Bericht wird ein Kompetenzzentrum zur Beschaffung von Informatikmitteln geschaffen. Zudem sollen qualifizierte Projektleiter für IT-Projekte zur Verfügung gestellt werden, was aus Sicht der damaligen Kommission sehr zu begrüssen ist. Als Krönung der ganzen Umstrukturierung mit allen ihren Verbesserungen soll diese mit Einhaltung des Stellenstopps des Regierungsrats erfolgen: super!
Aus Sicht der FDP sind die Definition und die Pflege der gesamten IT-Architektur, insbesondere auch für die amtsübergreifenden Fachanwendungen, zentrale Anliegen. Dies wurde gemäss Bericht ebenso erkannt und als wichtig eingestuft. Jedoch ist die Massnahme noch in der Umsetzung und wird schlussendlich geprägt durch die IT-Governance und IT-Verordnung, die noch in Ausarbeitung sind.
Die Massnahmen zur Empfehlung 5 sind zu begrüssen. Zwar werden in HERMES die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen innerhalb der Projektorganisation klar beschrieben, und die Projektmitarbeitenden sind nun alle «HERMES-Advanced-zertifiziert». Doch würde der Votant gerne vom Finanzdirektor wissen, ob diese Qualifikationsbedingungen auch irgendwo festgehalten wurden.
In der Massnahme 10 wurde die Sicherstellung zur Einhaltung der Submissionsvorschriften bei Ausschreibungen und IT-Verträgen gefordert. Die Schaffung eines Kompetenzzentrums ist zu begrüssen, vor allem hinsichtlich der Verträge, jedoch darf dabei das Controlling der Submissionen nicht vernachlässigt werden. Dies ist im Bericht nicht ersichtlich und scheint bis heute zu fehlen.
Fazit: Wie bereits am Anfang angetönt, hat die FDP den Bericht des Regierungsrats sehr positiv aufgenommen. Das Programm «Neuausrichtung IT Zug» trägt nicht nur zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Beseitigung von Mängeln bei, es soll in Zukunft auch mit Aufwandsreduktionen zum Budget beitragen. Man stelle sich vor, der Rat hätte die vorgeschlagenen Anträge des letzten Berichts gutgeheissen. Wenn nun alles, wie im Bericht beschrieben, umgesetzt wird, das Controlling der Submissionen gewährleistet wird und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Ämtern und AIO weiterhin so gut weiterläuft, dann kann der Rat der Regierung nur ein Lob für die Arbeit aussprechen.
Sehr viel hängt in Zukunft von der Ausarbeitung und der Umsetzung der IT-Governance und der IT-Verordnung ab. Auch wenn diese bis heute noch nicht vorliegen, so wird die FDP dem Antrag der Regierung Folge leisten und die zukünftige Umsetzung so gut als möglich mitverfolgen.
Zur Interpellation: Im Namen der Interpellanten dankt der Votant für die erneute Beantwortung. Wie beim letzten Mal bereits angedeutet, sind die meisten Antworten bereits obsolet. Eine «neue» Erkenntnis ist jedoch bei der Antwort zur Frage 6 zu entnehmen: Der Kanton setzt nun auf anerkannte Standardprodukte, die auch in anderen Kantonen angewendet werden. Hier gilt es zu beachten, dass nicht, wie auch schon, aus Standardprodukten plötzlich Individualentwicklungen werden.

**Andreas Hürlimann,** Sprecher der ALG, hält Folgendes fest: «Gravierende Mängel» bei der Steuerung, «vernachlässigte Verantwortung» und «fehlendes Bewusstsein» für die Bedeutung der kantonalen IT, so die Kritik. Dies konnte man vor etwa einem Monat über den Kanton Zürich lesen. Es geht also zum Glück nicht mehr um die IT in Zug. Und wie reagiert man in Zürich auf diese heftige Kritik aus dem Kantonsrat? Ähnlich wie in Zug: Der Zürcher Regierungsrat will die Situation unter anderem mit einem zentralen Amt für Informatik verbessern. Zudem – und auch hier viele Parallelen zu Zug – sei der Wille für einen echten Kulturwandel wichtig. So konnte man der NZZ beispielsweise die Schlagworte «Gebastel» oder

«Gärtchendenken» im Zusammenhang mit der kantonalen IT entnehmen. Der Votant und die ALG sind froh, dass Zug bereits einen Schritt weiter ist und sich nun auf einem besseren Pfad befindet. Es zeigt sich aber auch, dass der Rat in Sachen IT in der letzten Legislatur mit der guten Arbeit der ISOV-Kommission, aber auch vor eineinhalb Jahren mit der Zurückweisung der Motionsantwort einen guten Job gemacht hat. Gott sei Dank, hat dieser Rat sich auf die Hinterbeine gestellt und so den Weg für eine wirkliche und umfassende Aufarbeitung im Bereich der Zuger Informatik geebnet. So kommt auch der Regierungsrat in seinem Bericht und Antrag zum Schluss: «Um den berechtigten Forderungen des Kantonsrats gerecht zu werden, wurden umfangreiche Massnahmen in strategischer, organisatorischer, struktureller und personeller Hinsicht umgesetzt bzw. in die Wege geleitet.» Dabei ist aus heutiger Sicht klar: Der Wechsel in der AIO-Leitung war zentral. Nur so konnten die Weichen auf Zukunft gestellt werden. Ebenso ist klar, dass es auch mit dem Wechsel an der Spitze der Direktion zu tun hatte, dass es einen solchen Wechsel gab. Ausgangspunkt für die Diskussionen um die Zuger IT war bekanntlich ein gescheitertes Projekt, das ursprünglich nur einer Direktion angelastet hätte werden sollen. Bereits die Kommission, die diese Vorkommnisse untersucht hatte, kam aber zum Schluss, dass der Blick nach vorne gerichtet werden muss und die Probleme viel tiefgreifender sind. Man erkannte, dass umfassende Anpassungen in der kantonalen IT dringend nötig waren und dass nicht nur eine Stelle, sondern der grundlegende Aufbau der Informatik in massiver Schieflage war. Verantwortungen wurden nicht wahrgenommen, es herrschte massives Gärtchendenken usw.

Der Vorlage der Regierung ist an einigen Stellen ein Hinweis auf die gemachte Analyse des Ist-Zustands der Zuger Informatik zu entnehmen. In diesem zusätzlichen Dokument sieht man, wie gravierend sich die Situation dargestellt hat. Der Votant erspart dem Rat das Herunterlesen des durchaus langen Sündenregisters. Hätten die nötigen Wechsel an der Spitze nicht stattgefunden, dann würde Zug heute am selben Ort wie Zürich stehen und wäre erst am Anfang eines langen und schwierigen Prozesses.

Zentral in der Ist-Analyse ist folgende Feststellung: «Eine validierte Übersicht der tatsächlichen und vollständigen IT-Kosten oder des IT-Personals im gesamten Kanton existiert heute nicht.» Oder ein weiteres Beispiel zum Gärtchendenken und zum Abschieben von Verantwortung: «Dies führt dazu, dass im AIO keine validen Planungsgrundlagen vorliegen, um die Unternehmensarchitektur im Gesamtkontext zu beurteilen und weiterzuentwickeln.» Wie der Finanzdirektor schon mehrfach erwähnt hat, zeigt sich also, dass Potenzial für Einsparungen vorhanden ist und sich die Aufwände im Informatikbereich sicherlich teilweise massiv reduzieren lassen.

Trotzdem eine kritische Anmerkung zum eingeschlagenen Sparkurs: Es gilt, zu beachten, dass die Leitplanken offen genug bleiben, um auch Innovationen tätigen zu können, die einen weiteren zukünftigen Nutzen und Effizienzsteigerungen erst möglich machen. Dies zeigt sich vielleicht nicht primär im IT-Budget, aber evtl. im Kundenprozess, der transparenter, schneller und einfacher wird, was wiederum zu gewaltigen Kosteneinsparungen führen kann. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang bietet der Kanton Freiburg: Dieser verdoppelt sein IT-Budget und investiert massiv in die Digitalisierung und den einfachen Austausch via E-Government-Schalter. Das Ziel, dass es in Zug zukünftig effizienter und günstiger werden soll, ist okay, aber Investitionen – auch in neue Bereiche – sind nötig, um den Nutzen der Digitalisierung auch wirklich auszuschöpfen.

Als weiterer Aspekt ist die Dienstleistungsorientierung zu erwähnen. Auch bei einer zentralen Anlaufstelle sind gute Fachleute erforderlich. Auf Seite 2 des Berichts des Regierungsrats ist beispielsweise von zwei Kundenberatern die Rede. Nach der Durchsicht der Analyse des Ist-Zustands kann man skeptisch sein, ob zwei Be-

rater ausreichen, um insbesondere die grosse Anzahl an Fachanwendungen zu betreuen. Bei solchen Beratern sammelt sich enorm viel Know-how über die entsprechende Software an, und sie benötigen auch gewisse Kapazitäten für die entsprechende Mitwirkung bei der Entwicklung der Systeme oder der Architektur. Deshalb sollte gelten: Sparen ja, aber bitte mit Fingerspitzengefühl. Der Regierungsrat sollte auch die nötigen Investitionen in Infrastruktur und Personal für einen nachhaltigen Aufbau einer neuen IT Struktur ermöglichen. Nur so wird man nachhaltig von einer erfolgreichen Neupositionierung sprechen können.
Anerkennend ist festzuhalten, dass der Umfang der Reorganisation fast schon beispielslos ist: Dass man dies nun so konsequent angeht und eine wirklich grosse Kiste stemmt, wäre wahrlich nicht in allen Kantonen und bei allen Regierungen möglich. Chapeau hierfür!
Aber es zeigt sich für die ALG ebenfalls, dass ein solch umfassendes Vorgehen dringend nötig war und ist. Dem Rat gebührt ein Dank für die immer klare und zukunftsgerichtete Haltung für eine zukunftsfähige Zuger IT. Ein Dank geht ebenfalls an die Regierung und die Zuger Gemeinden für die sinnvolle und gute Neuaufgleisung der Zuger IT. Gerne begleitet die ALG die nächsten Schritte mit gewohnt kritischen Fragen und hofft auf eine rundum erfolgreiche Neupositionierung.

**Alois Gössi,** Sprecher der SP-Fraktion, weist darauf hin, dass die zwei Vorstösse bekanntlich auf einem IT-Debakel bei der Einführung der ISOV-Einwohnerkontrolle beruhen: Dieses Projekt sowie einige Millionen Franken wurden in den Sand gesetzt. Eine kantonsrätliche Kommission, die den Vorfall untersuchte, gab dann, auch unter Mithilfe eines externen IT-Experten, diverse Empfehlungen zuhanden des Regierungsrats ab bzw. forderte sie mit einer Motion.
Die wichtigsten Empfehlungen waren:
• mehr Kompetenzen und Verantwortung für das AIO, dies auch verbunden mit einer Zentralisierung,
• nur noch Standardsoftware einzusetzen,
• das Erstellen einer Software-Systemarchitektur,
• mehr und vor allem eine bessere Zusammenarbeit mit den Gemeinden.
Nun liegt der Bericht des Regierungsrats zu der Motion vor. Der Votant kann nur die Worte des SVP-Fraktionschefs, die dieser schon mehrmals im Kantonsrat aufgebracht hat, zitieren: «Der Finanzdirektor ist schon ein Tausendsassa.» Er schaute, dass die Empfehlungen der kantonsrätlichen Kommission in einem zügigen Tempo bereits umgesetzt wurden bzw. teilweise weiter umgesetzt werden. Und einfach scheint es nicht gewesen zu sein, das AIO in seiner Ausrichtung mehr oder weniger grundlegend zu ändern. Davon zeugte auch die Übereinkunft mit dem Amtsleiter des AIO, dass der Kanton Zug auf seine weiteren Dienste verzichtete. Fazit ist, dass die Empfehlungen der damaligen Kommission zügig umgesetzt werden, und diese Umsetzung auf gutem Wege ist.
So gab es doch noch einen nachhaltigen Nutzen aus dem damaligen Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle, das grandios scheiterte. Das Nachfolgeprojekt zur ISOV-Einwohnerkontrolle, eine Standardsoftware, wurde zwischenzeitlich erfolgreich eingeführt, und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden scheint, mindestens gemäss dem Bericht des Regierungsrats, auf gutem Weg zu sein.
Der Finanzdirektor ist auch für die Finanzen des Kantons zuständig, und da ist es nur natürlich, dass mit der Reorganisation des AIO gleichzeitig grössere Kosteneinsparungen im Rahmen des Projektes «Finanzen 2019» umgesetzt werden sollen. Ob die geplanten Einsparungen im gewünschten Ausmass umgesetzt werden können, ist fraglich. Man wird sehen, ob dies wirklich so sein wird.
Die SP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung und Abschreibung der Motion.

**Remo Peduzzi** spricht für die CVP. Die Fraktion ist sich eigentlich einig. Es scheint alles perfekt. Alle Forderungen der Motionäre wurden erfüllt, die Fragen der Interpellation beantwortet. Ein Fraktionsmitglied bezeichnete den Bericht sogar als «Lobeshymne auf das AIO». Auch das Studium der neuen Informatikstrategie führt zu einem ähnlichen Schluss. Man hat sich ernsthaft Gedanken gemacht. Das Ganze hat Hand und Fuss. Punkt.
Nur eines scheint noch unklar: Wird das wirklich alles so umgesetzt? Der Votant selbst hatte zunächst eine differenzierte Meinung. Er ist nämlich, seit er denken kann, in der Informatikbranche tätig. Es ist also sozusagen sein Spezialgebiet. Somit hatte er bei der vorletzten Fraktionssitzung seine Zweifel geäussert. Wie von Gottes Hand hat der Finanzdirektor von seinen Zweifeln erfahren und ihn prompt zu einem Treffen eingeladen. *(Der Rat lacht.)* Dort beantwortete der neue Leiter des AIO, Stefan Amold, zahlreiche Fragen technischer, strategischer und organisatorischer Art. Der neue Leiter machte einen sehr kompetenten Eindruck. Der Finanzdirektor und Stefan Amold versicherten, jeweils alle Optionen prüfen zu wollen. An der Einstellung dieser beiden sollte das Projekt also nicht scheitern. Jedoch musste der Votant auch einsehen, dass auch in der Informatik bei der öffentlichen Hand die Dinge etwas anders funktionieren als in der Privatwirtschaft. Submissionsrecht, ungenügende Anzahl Anbieter und andere Hürden schränken das AIO in seiner Handlungsfähigkeit ein. Es ist und bleibt auf jeden Fall eine schwierige Aufgabe. Sie steht und fällt nicht nur mit der Qualität der Führungspersonen, sondern mit jedem einzelnen Mitarbeiter des AIO. Aber es gilt, dem Ganzen eine Chance zu geben. Die CVP-Fraktion ist einstimmig dafür, den Anträgen der Regierung zu folgen und mit dem Thema abzuschliessen.

**Philip C. Brunner** spricht namens der SVP-Fraktion – vor ziemlich gelichteten Reihen, was ihn ein bisschen enttäuscht. Es handelt sich um ein wichtiges Thema, und es ist fast ein historischer Moment. Der Votant ist bekanntlich Mitglied der SVP-Fraktion und somit in derselben Partei wie der hoch geschätzte Finanzdirektor, der für das AIO verantwortlich zeichnet. Es ist bei diesem Geschäft wichtig, zu verstehen, dass der Votant als Vertreter der SVP-Fraktion sehr unabhängig an die Vorlage herangeht. Die Parteizugehörigkeit spielt keine Rolle, vielmehr geht es darum, die Leistungen der Regierung in den letzten rund eineinhalb Jahren seit Übernahme der Finanzdirektion durch Heinz Tännler zu beurteilen. Und das Resultat, das sei vorweggenommen, lässt sich sehen. Das ist sogar untertrieben, denn es ist eine eigentliche Sensation! Der Votant muss aufpassen, dass er nicht in eine Laudatio für den Finanzdirektor übergeht.
Der Votant war ebenfalls Mitglied der damaligen ISOV-Kommission betreffend Untersuchung der Software-Beschaffung für die Einwohnergemeinden unter der damaligen Leitung von SVP-alt-Kantonsrat Thomas Wyss, dem damaligen Präsidenten der Kommission – zusammen mit diversen immer noch aktiven Kantonsräten. Und man darf es hier durchaus nochmals verraten und ehrlich dankend feststellen, dass den IT-Laien ein sehr guter Experte unterstützend zur Seite stand. Ohne ihn und ohne die guten Leistungen aus der Justiz-und Sicherheitsdirektion – erwähnt sei die Arbeit der Generalsekretärin, Frau Heer Dietrich – hätte die Kommission ihre Arbeit nicht so gut erledigen können.
Man erlebt es als Ratsmitglied relativ selten, dass man im zweiten Anlauf solche Antworten auf eine Motion erhält, vor allem vor dem Hintergrund der ganzen Geschichte, die nicht nochmals aufgerollt werden soll. Es handelt sich um eine eigentliche 180-Grad-Umkehr oder noch drastischer ausgedrückt: Das Flugzeug fliegt nicht mehr nach Osten, sondern nach Westen oder, je nach ideologischer Ausrichtung, auch umgekehrt.

Die SVP-Fraktion ist mit der Beantwortung der Motion hoch zufrieden und sieht sich in ihrer konsequenten Haltung zu diesem Geschäft, damals noch in der alten Legislatur, zu hundert Prozent bestätigt. Hier geht es allerdings nicht um rechts, links oder sonstige Abzweiger, sondern vielmehr um eine gut funktionierende kantonale Verwaltung, sei es intern oder extern. Wenn die Regierung also gelobt wird, dann vor allem, weil operativ etwas Grossartiges, nicht zuletzt auch aus staatspolitischer Sicht, passiert ist. Die vom Rat geäusserte Kritik im Februar 2016 und die Rückweisung an die Regierung haben langfristig bessere, günstigere und vor allem zukunftsgewandtere Lösungen gebracht. Die Legislative hatte einmal mehr Recht und kann sich heute in ihrer Haltung bestätigt sehen. Dass es auch arbeitsrechtliche Opfer gibt, ist nicht der Fehler des heutigen Regierungsrats, sondern geht auf Entscheide früherer Amtsleiter zurück. Es geht auch weniger darum, Gerichte über längst vergangene Geschichten zu halten, sondern darum, vorwärtszuschauen.
Die SVP-Fraktion hat sich nicht in alle Details vertieft. Da ist hier auch das richtige Forum – und dazu fehlt dem Laien viel Fachwissen. Wichtig ist das heutige Resultat: Denn der Kantonsrat hat mit seiner kritischen Haltung Recht erhalten und die erste Goldmedaille verdient. Eine zweite Goldmedaille hat sich, sozusagen ex aequo, die Regierung für ihre Arbeit beim AIO verdient.
Fazit: Der Finanzdirektor hat in weniger Monaten «den Laden aufgeräumt», für Neues ausgerichtet und für die Zukunft fit gemacht. Dabei hat ihn die Regierung zumindest nicht behindert, sondern, wie es von aussen aussieht, vorwärtsmachen lassen. Innerhalb weniger Monate wurde im AIO Grossartiges verändert und der Zug auf die richtigen Gleise gesetzt. Es wäre falsch, zu meinen, alles sei paletti. Im Gegenteil, man diskutiert über am offenen Herzen durchgeführte Operationen. Die SVP-Fraktion wird den in Gang gekommenen Prozess weiterhin unterstützen und die Rolle als kritische Beobachterin wahrnehmen. Wie dem Votum von Andreas Hürlimann zu entnehmen war, handhabt dies die ALG ebenfalls so. Die SVP unterstützt den Antrag gemäss Vorlage des Regierungsrats:
• Alle Empfehlungen sind erheblich zu erklären.
• Die Neubeurteilung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.
• Die Antwort betreffend Software-Beschaffung der Kantonsräte Hürlimann, Weber und Brunner sei zur Kenntnis zu nehmen.

**Kurt Balmer** teilt mit, dass er sich seinerzeit auch mit diesem Thema beschäftigt hat und mindestens einen Vorstoss betreffend Einwohnersoftware eingereicht hat.
Im Bericht des Regierungsrats steht ausdrücklich, dass der Regierungsrat sämtliche Voten vom 25. Februar 2016 eingehend analysiert hat. Auch in der Kantonsratsdebatte vom 25. Februar 2016 wurde dem Votanten zugesichert, dass ergänzende Fragen bei einer Rückweisung ausführlich beantwortet werden. Aufgrund des Berichts stellt sich nun die Frage, ob dies nur ein Lippenbekenntnis war. Der Votant hat seinerzeit einen Nichtrückweisungsantrag gestellt und gleichzeitig für den Fall der Rückweisung ergänzende Fragen gestellt, die nun leider im Bericht des Regierungsrats nicht ansatzweise beantwortet wurden. Zu Recht wurde heute darauf hingewiesen, dass es damals heftige Kritik gab. Die Regierung hätte zumindest festhalten können, ob sie die Fragen des Votanten beantworten will oder nicht. Gemäss dem damaligen Protokoll lauteten die Fragen: «Welche konkreten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der DI, respektive allenfalls des AIO, haben welche unvorteilhaften Verträge abgeschlossen, und weshalb – gemäss bisherigen Auskünften – erfolgte nie eine Sanktionierung dieser Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter?» Man hätte zumindest erwähnen können, dass die Fragen – aus welchen Gründen auch immer – nicht beantwortet werden oder dass heute beispielsweise

sämtliche verantwortlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter nicht mehr beim Kanton tätig sind und die Fragen somit irrelevant sind. Das aktuelle Ausschweigen ist keine Lösung und führt zu Fragezeichen, ob da nicht etwas versteckt werden soll. In diesem Sinne ist der Votant mit dem Bericht nicht zufrieden und bittet um eine Ergänzung. Es reicht nicht aus, dass man heute gehört hat, die notwendigen personellen Massnahmen seien erfolgt. Das ist eine zu oberflächliche Formulierung. Natürlich sollten die Fragen des Votanten auch nicht überbewertet werden, und es ist auch fraglich, ob eine Beantwortung nach einer solch langen Zeit noch relevant ist. Die heutigen Voten lassen den Verdacht aufkommen, dass es dazumal allein ein Problem der AIO-Leitung war.
Der Votant wäre froh, wenn seine Fragen doch noch beantwortet werden könnten. So könnte er zumindest indirekt den Schluss ziehen, dass es nur ein Problem der AIO-Leitung war. Oder gab damals andere personelle Probleme, die man vielleicht heute nicht mehr genau nennen will? Der Votant dankt dem Finanzdirektor für die entsprechende Beantwortung.

**Philip C. Brunner** weist darauf hin, dass die Sprecher vor ihm und auch er selbst diplomatisch den Namen des CVP-Regierungsrats, der für das AIO verantwortlich war, nicht genannt haben. Aber wenn Kurt Balmer den Namen hören will, dann darf er das durchaus: Die personellen Konsequenzen wurden gezogen, Herr Loepfe ist nicht mehr Leiter des AIO, und Regierungsrat und Finanzdirektor Hegglin ist in Bern. Das ist die Wahrheit, die Kurt Balmer offenbar hören will. Das alles ist für die CVP kein Ruhmesblatt, insbesondere als es darum ging, die Geschichte aufzurollen. Es ist interessant, dass nun ein CVP-Vertreter hier noch in dieser Sauce herumrührt, um diese Aussage zu hören.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** schlägt vor, dass man bei der Sache bleibt, und dankt dem Rat für das intelligente Handeln, indem das Geschäft noch einmal an den Absender zurückgeschickt wurde. Das war sicher ein richtiger Entscheid.
Seit Sommer 2016 läuft das Programm «Neuausrichtung IT Zug». Der Finanzdirektor ist Auftraggeber und Leiter des Programmausschusses, der monatlich tagt, aber er ist ein Laie und hat nicht ein Fachwissen wie beispielsweise Remo Peduzzi, der ein Spezialist ist. Im Verlauf des Programms wurden die Anliegen der Motionäre und der Interpellanten aufgenommen. Bereits wurde sehr viel verändert, und es konnten positive Ergebnisse erzielt werden. Man ist schon viel weiter, als aus dem Bericht ersichtlich ist, denn es geht im Monatstakt vorwärts. Die Richtung der Informatikstrategie wurde aufgezeigt. Schwerpunkte sind Standardisierung, Zentralisierung und Dienstleistungsorientierung. Es geht auch darum, eine Basis zu schaffen für eine kosteneffiziente, zukunftsfähige, sichere und auf Innovationen ausgelegte Informatik. Das von Andreas Hürlimann erwähnte Drama des Kantons Zürich will man in Zug nicht wieder erleben. Zürich ist ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll.
Man ist nun insofern einen Schritt weiter, als man im Programmausschuss, aber auch in der Projektgruppe über die IT-Governance diskutiert. Nun geht es ans Eingemachte: Es gilt, die Strategie umzusetzen. Diese Diskussionen sind nicht einfach. Eine Strategie ist rasch einmal festgehalten, doch bei der Umsetzung muss man knallhart bleiben. Gewisse Personen und Direktionen haben dann plötzlich das Gefühl, man müsse doch nicht so weit gehen. Da darf man nicht lockerlassen. Man befindet sich nun auf dem richtigen Weg, alle haben die Strategie abgesegnet, also wird sie auch umgesetzt. Was die IT-Governance betrifft, ist man ebenfalls auf gutem Weg, damit die Verordnung neu erstellt werden kann. Im nächsten Jahr können dann die Verträge mit den Gemeinden neu ausgearbeitet werden.

Das AIO ist zentraler Leistungserbringer und muss als solcher funktionieren, damit die Informatik des Kantons zusammen mit den Gemeinden gesteuert werden kann. Deshalb ist die Reorganisation notwendig. Eine kleine Reorganisation erfolgte per 1. Januar 2017, in diesem Sommer wurde *die grosse Kiste* gestartet. Dabei handelt es sich um einen schmerzhaften Prozess, der jedoch dringend notwendig ist. Sonst scheitert man bei der Umsetzung der Strategie. Es mussten nicht nur Schlüsselpersonen definiert werden, sondern auch solche, die Entwicklungspotenzial haben. Das hat zu schmerzlichen Entscheidungen arbeitsrechtlicher Natur geführt. Doch anders geht es leider nicht. Man ist auch in diesem Bereich auf gutem Weg, und es ist im AIO eine Dynamik entstanden. Die Mitarbeitenden im AIO sind froh, dass es eine Bewegung gegeben hat, und ziehen mit.
Zum Votum von Florian Weber: Der Kanton Zug wird bei Standardprodukten bleiben und keinen Rückzieher machen. Das ist ein klarer strategischer Grundsatz. Was die Empfehlungen zur Massnahme 5 betrifft, kann auf HERMES 5.1 verwiesen werden. Dabei handelt es sich ebenfalls um einen Standard, der dort festgeschrieben ist, und man hat sich daran zu halten.
Zum Votum von Andreas Hürlimann: Im Programmausschuss wird das Thema Kosten explizit behandelt. Dabei geht es nicht nur um die Kostenübersicht, sondern auch um Kosteneinsparungen per 2022. Es handelt sich um rund 15 Prozent, die auch in der Staatswirtschaftskommission einmal genannt wurden. Das ist nicht nur ein hehres Ziel, sondern ein *Must.* Dabei sollen aber keinesfalls Innovationen und digitale Entwicklungen verhindert werden, im Gegenteil. Doch das Programm wurde so ausgelegt, dass 2022 rund 15 Prozent eingespart werden müssen. Das ist eine Vorgabe, nicht ein Wunschdenken. Auch diesbezüglich befindet man sich auf gutem Weg.
Was die Dienstleistungen für Kunden betrifft, so reichen zwei neue Mitarbeitende sicher nicht. Damit ist das Problem nicht gelöst, vielmehr muss sich der *Groove* im AIO ändern. Es geht darum, eine andere Haltung einzunehmen und eine Dienstleistungsbereitschaft an den Tag zu legen. Es ist wichtig, dass im AIO eine andere Kultur entsteht.
An den Voten von Alois Gössi, Remo Peduzzi und Philip C. Brunner hat der Finanzdirektor nichts zu bemängeln. Diese sind einwandfrei. *(Der Rat lacht.)*
Der Finanzdirektor dankt der Regierung, welche die Finanzdirektion nicht behindert, sondern unterstützt hat.
Zum Votum von Kurt Balmer: Der Finanzdirektor entschuldigt sich, dass dessen Fragen nicht beantwortet wurden und holt dies nach. Die Antworten sind nicht irrelevant, nur weil unterdessen einige Zeit verstrichen ist. Gerechterweise muss festgehalten werden, dass ISOV, die Erneuerung der Einwohnerkontrollen-Lösung, ein komplexes Projekt war. Es gab viele Projektbeteiligte, und es wurden zahlreiche Verträge mit Projektbeteiligten abgeschlossen, die teilweise ungünstig waren. Dabei handelte es sich um Aufträge, nicht um Werkverträge. Das hat letztlich dazu geführt, dass man die technischen Schwierigkeiten nicht bewältigen konnte. Es kam auch zu personellen und organisatorischen Schwierigkeiten. Das hat die Kommission, die zu diesem Zweck eingesetzt wurde, dann auch festgestellt.
Bei dieser Komplexität und Ausgangslage ist es natürlich enorm schwierig, aus Sicht des Regierungsrats Schuldige unter den Mitarbeitenden im AIO zu suchen. Zum Teil sind diese tatsächlich nicht mehr dort beschäftigt. Deshalb hat der Regierungsrat explizit von einer Sanktionierung der Mitarbeitenden abgesehen. Es wäre nicht in Ordnung gewesen, wenn man dies gemacht hätte. Ohnehin könnte der Regierungsrat aus datenschutzrechtlichen Gründen eine solche Auflistung, wenn sie denn vorhanden wäre, nicht bekannt geben. Der Finanzdirektor hofft, dass Kurt

Balmer mit dieser Antwort zufrieden ist und den Bericht somit akzeptiert. Ansonsten könnte der Finanzdirektor bilateral weitere Ausführungen machen.

➔ Der Rat stimmt dem Bericht und den Anträgen des Regierungsrats zur Motion der Ad-hoc-Kommission stillschweigend zu: Alle Empfehlungen werden erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben; die beantragte Neubeurteilung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

➔ Der Rat nimmt den Bericht und Antrag des Regierungsrats zur Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** begrüsst die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart.

**912** Traktandum 8.2: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25)**
Vorlagen: 2760.1 - 15466 (Motionstext); 2760.2 - 15564 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Moritz Schmid** dankt der Regierung für die rasche Beantwortung der Motion. Aktuell leben 34’160 Personen ausländischer Nationalität im Kanton Zug, dies entspricht einem Anteil von 27,6 Prozent. Das ist doch nicht ganz normal. Jeder Vierte im Kanton Zug ist Ausländer, von den Eingebürgerten ganz zu schweigen.
Gemäss der Statistik des Kantons Zug sind in den Jahren 2015 und 2016 je über 3000 Menschen aus dem Ausland in den Kanton Zug gezogen. Das entspricht knapp der Einwohnerzahl der Gemeinde Walchwil, und das in einem Jahr. Diese Ausländer belasten das gesamte System (Sozialhilfe, Arbeitslosenkasse, Verkehr, Infrastruktur wie Schulen), wie die Regierung selbst schreibt. Dies fordert sowohl die Verwaltung und die Behörden, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber als auch die ausländischen Arbeitskräfte, die oft aus völlig anderen Kulturen in die Schweiz bzw. in den Kanton Zug ziehen. Und weiter: Seit Jahren ist eine intensive Migration festzustellen, die im Wesentlichen eine Arbeitsmigration ist, da die meisten zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz bzw. im Kanton Zug arbeiten. Es kann davon ausgegangen werden, dass von den im Referenzjahr 2015 im Kanton Zug wohnhaften rund 27’000 Ausländerinnen und Ausländer im sogenannten Erwerbsalter ab 15 Jahren deren ca. 20’000 erwerbstätig d. h. angestellt oder selbstständig tätig sind. Folge davon: Die Schweizer Arbeitnehmer, vor allem ältere Arbeitnehmer, werden entlassen und durch ausländische Mitarbeiter ersetzt und zu Dumpinglöhnen eingesetzt. Exemplarisch geschieht das bei der Firma Bombardier in Villeneuve, ein besonders negatives Beispiel, das leider Schule macht. Und das in einem Unternehmen, das Aufträge der Schweizer Bundesbahnen ausführt. Gestützt auf diese Ausführungen stellt der Votant namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären.

**Esther Haas** spricht für die ALG. Der Kanton Zug hat ein grosses Interesse daran, dass sich die ausländische Bevölkerung möglichst schnell in der Gesellschaft integriert und wohlfühlt. Dies hat nichts mit fehlendender Eigenverantwortung seitens

der ausländischen Wohnbevölkerung zu tun, sondern mit einer Willkommenskultur. Es muss im Sinne des Kantons Zug sein, dass sich die Zugezogenen nicht nur als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wahrgenommen fühlen, sondern auch als Menschen, als Teil der Gemeinschaft. Da der Kanton keine eigene Informations- und Beratungsstelle hat, übernimmt die Fachstelle Migration diese Aufgabe für den Kanton Zug. Gemeinden und Kanton kostet diese Leistungsvereinbarung gut 450'000 Franken pro Jahr. Die Fachstelle Migration bündelt Angebote, welche die Motionärin von der ausländischen Bevölkerung fordert: Sie soll sich vertraut machen mit den hiesigen Gepflogenheiten und Regelstrukturen, sie soll das Schul- und Berufssystem kennen lernen, sie muss wissen, welche Möglichkeiten der Kinderbetreuung bestehen, und sie soll vor allem Deutsch lernen. Warum soll der Kanton Zug künftig für genau solche Bemühungen kein Geld mehr zur Verfügung stellen? Schliesslich sind diese Angebote nicht einfach gratis. Es gibt zwar Gratisangebote wie ein halbstündiges Erstgespräch oder die interkulturelle Veranstaltung «Grüezi Switzerland», bei der es um die hiesigen kulturellen Eigenheiten geht. Viele andere Angebote wie die Deutschkurse sind allerdings kostenpflichtig. Es wäre allenfalls Sparpotenzial auszumachen, wenn die Kursgebühren für Deutschkurse abgestuft nach Einkommen erhoben würden. Wegen dieses Systemfehlers das Kind gleich mit dem Bade auszuschütten und der Fachstelle Migration die Unterstützung zu streichen, ist arg übertrieben und nicht zielführend. Deshalb bittet die ALG darum, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Rupan Sivaganesan,** Sprecher der SP-Fraktion, hält fest, dass die Fachstelle Migration vor rund 53 Jahren von der Zuger Wirtschaft, der Kirchgemeinden und der Zuger Gemeinden gegründet wurde. Seitdem berät die Fachstelle in zwölf oder sogar mehr Sprachen erfolgreich ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gemäss den aktuellen Zahlen für das Jahr 2016 liegt der Kanton Zug mit einem Ausländeranteil von 27,5 Prozent nicht nur über dem Schweizer Durchschnitt, sondern nimmt in der Deutschschweiz neben Basel-Stadt eine Spitzenreiterposition ein, wobei der Anteil tendenziell weiter ansteigen dürfte. Die Frage, ob es überhaupt eine solche Beratungsstelle braucht, lässt sich stellen. Wie die Regierung im Bericht hervorhebt, ist die Information und Beratung von Ausländerinnen und Ausländern gemäss Ausländergesetz eine öffentliche Aufgabe, trotzdem übernimmt diese Aufgabe mit der Fachstelle Migration ein Verein. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind froh, wenn ihre ausländischen Angestellten sich an eine Fachstelle wenden können, um sich in verschiedenen Fragen beraten zu lassen. Am Vormittag wurde über diverse Deutschkurse diskutiert. Michael Riboni hat erwähnt, dass auch Arbeitnehmende ohne Sprachkenntnisse im ersten Arbeitsmarkt integriert sind. Genau diese Personen brauchen solche Beratungsangebote. Als Vorstandsmitglied der Fachstelle Migration weiss der Votant – der damit auch seine Interessenbindung bekannt gibt –, wovon er spricht, und kann das nur bestätigen.
Ebenso hilft der Verein Eltern oder anderen neu zugezogenen Personen, die sich im Alltag nicht zurechtfinden. Somit leistet die Fachstelle einen guten Beitrag zur Integration. Der Rat sollte nicht am falschen Ort sparen. In diesem Sinne bittet der Votant namens der SP-Fraktion, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Richard Rüegg** spricht für die CVP-Fraktion. Gemäss Bundesgesetz und der Verordnung der Integration von Ausländern erfüllt der Kanton die rechtlichen Rahmenbedingungen. Kurz zitiert: «Die Integration hat über die Regelstrukturen zu erfolgen.» 1964 wurde der Verein für die Beratung der ausländischen Arbeitnehmenden gegründet. Dieser wurde zusammengesetzt mit Teilnehmern der Wirtschaft, des Kantons, der Gemeinden und der Kirche. Diese Art der Problemlösung kann man

bis heute als Erfolgsmodell betrachten, und dem damaligen Regierungsrat Antonio Planzer darf man weitsichtiges Vorgehen attestieren. Die Fachstelle Migration Zug ist ein Bestandteil dieses Vereins. Damit die Unterstützung dieser Fachstelle rechtens war, wurde der Kantonsratsbeschluss vom 30. August 2007 erstellt. Dieser sagt, dass Kanton und Gemeinden gemeinnützige Institutionen unterstützen, die ausländische Arbeitskräfte mit geregeltem Aufenthaltsstatus betreuen.
Die CVP-Fraktion anerkennt die Arbeit der Fachstelle Migration. Sollten die Beiträge der öffentlichen Hand gestrichen werden und müsste die Fachstelle ihre Arbeit einstellen, würde dies mit Sicherheit eine höhere Arbeitsbelastung für den Kanton und die Gemeinden bedeuten. Mit grösster Wahrscheinlichkeit wäre dies nicht mit dem zu streichen gewünschten Beitrag zu bewältigen. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung und wird die Motion nicht erheblich erklären.

**Daniel Marty** weist darauf hin, dass der Ausländeranteil im Kanton Zug schon bald 30 Prozent betragen wird. 75 Prozent der ausländischen Bevölkerung sind erwerbstätig und leisten somit einen aktiven Beitrag zum Wohlstand und zu gesunden Kantonsfinanzen. Die Integration der ausländischen Arbeitnehmer in die Gesellschaft leistet einen essenziellen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung. Die Informationen über hiesige Gebräuche, Rechte und Pflichten, Regeln, Gesetze und Verordnungen sind wichtig für eine erfolgreiche Integration. Der Kanton Zug hat genau diesen Informationsauftrag. Wie könnte man diese Information und Beratung am effizientesten gewährleisten? Wie wäre es z. B., wenn sich der Kanton mittels einer Leistungsvereinbarung mit einem moderaten Betrag von ca. 200’000 Franken an einem Verein beteiligen würde, der genau diese Aufgabe übernimmt? Natürlich müssten die Gemeinden auch in die Pflicht genommen werden und sich mit demselben Betrag beteiligen. Zudem sollte der Verein durch Dienstleistungen und Zuwendungen Dritter eigene Mittel erbringen, und zwar ungefähr im Umfang des doppelten Kantonsbeitrags. Eine solche Lösung wäre wirklich toll.
Liest man den Geschäftsbericht des Vereins für die Beratung der ausländischen Arbeitnehmenden im Kanton Zug, zeigt sich genau dieses Bild: Kantonsbeitrag von 200’000 Franken, Beiträge der Gemeinden von 200’000 Franken und selbst erwirtschaftete Mittel von 400’000 Franken. Hier ist kein Sparpotenzial ersichtlich. Im Gegenteil, falls nun die Unterstützung für den Verein gestrichen wird, werden unter dem Strich für den Kanton höhere Kosten entstehen, da der Kanton selber die nötigen Ressourcen zur Information und Beratung von ausländischen Arbeitskräften aufbauen müsste. Daher bittet der Votant die Ratsmitglieder, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Cornelia Stocker** hält fest, dass die FDP-Fraktion dem Antrag der Regierung folgen wird, persönlich vermisst sie jedoch eine gewisse Anerkennung und Wertschätzung gegenüber den Arbeitgebern. Es braucht den Verein, aber es braucht auch die Arbeitgeber. Dies ist etwas in Vergessenheit geraten. Wer selber Arbeitgeber ist, weiss es: Man hilft den eigenen Angestellten, z. B. was Sprachliches betrifft, hinsichtlich Steuern, Kinderbetreuung, Krankenkasse; die Votantin hat einen Mitarbeiter auch schon zu einer Wohnungsabnahme begleitet. Der Kanton ist auch den Arbeitgebern zu Dank verpflichtet. Es geht nur miteinander. Das fehlt ein wenig in der Antwort der Regierung. Ebenso gilt ein Dank den Schweizer Arbeitskollegen und -kolleginnen, die ihr Bestes geben und in aller Freundschaft, soweit möglich, die ausländischen Arbeitskräfte zu unterstützen versuchen.

**Heini Schmid** bezieht sich auf das Votum von Moritz Schmid. Dessen Worte können nicht unwidersprochen toleriert werden. Er zeichnet ein Bild von Ausländern, die den Einheimischen Arbeitsplätze und Wohnungen wegnehmen, Sozialhilfe konsumieren – die eigentlich nur hier sind, um der Schweizer Bevölkerung zu schaden. Doch ohne Ausländer wäre die Schweiz nicht konkurrenzfähig. Es ist eine Tatsache, dass dank des liberalen Arbeitsmarktes eine sehr dynamische Wirtschaft besteht. Gerade Moritz Schmid als Bauunternehmer sollte sich vorstellen, was wäre, wenn in der Schweiz alles durch einheimische Arbeitskräfte gebaut werden müsste. Selbst der Votant könnte sich dann nichts mehr leisten. *(Der Rat lacht.)* Es ist unverständlich, wie jemand, der tagtäglich eine Firma führt, die auch von ausländischen Mitarbeitern mitgestaltet wird, ein solch negatives Bild der Ausländer bewirtschaftet. Ohne Ausländer wären die wirtschaftliche Dynamik und damit auch die vielen Arbeitsplätze für Schweizer nicht vorhanden. Es ist deshalb eine Pflicht, diesen Leuten, die auch Steuern bezahlen, eine Dienstleistung zu bieten, damit sie sich in der Schweiz zurechtfinden. Wenn man auf ausländische Mitarbeitende angewiesen ist, ist es im eigenen Interesse, eine Willkommenskultur aufrechtzuerhalten.

**Moritz Schmid** pflichtet Heini Schmid bei. Er ist aber seit 35 Jahren Unternehmer. Und am Vormittag hat er von einem Unternehmer gehört, der einen Asylanten einstellte und versuchte, diesem einen Lohn zu bezahlen – über den Lohn muss in diesem Fall nicht gesprochen. Der Votant weiss aber, dass man nachträglich an die paritätische Berufskommission gelangte und einen Antrag auf Mindestlohn unterschrieb und bestellte. Das ist dann angenehm für den entsprechenden Unternehmer: Er hat einen billigen Arbeitnehmer und wünscht einen zweiten von dieser Sorte. Und wer bezahlt die Differenz? Die Gemeinde mit den Sozialleistungen. Das ist der heutige Arbeitsmarkt. Eingestellt werden nur noch billige Arbeitnehmer, damit der ausgebildete Fachmann auf die Seite gestellt werden kann. Mit 50 Jahren geht dieser auch auf die Gemeinde und sucht einen Obolus, damit er in seiner Gemeinde wohnen kann. Wenn das die heutige Unternehmerschaft ist, ist dies bedauerlich. Der Votant hatte viele ausländische Angestellte, aber er konnte mit allen sprechen; manchmal nur mit den Händen, bis sie etwas Deutsch verstanden haben. Aber so weit, dass seine Angestellten den Zahltag auf der Gemeinde holen mussten, hat er es nie kommen lassen. Wenn man sieht, wie die SBB Arbeiten vergeben, dann gibt das ein mulmiges Gefühl für die Schweizer Unternehmer. Wenn nur noch die billigsten Ausländer ohne Ausbildung geholt werden, die nicht so viel verstehen, aber mit der Maschine eine Schraube in ein Blech hineinschrauben können, ist dies bedenklich. Heini Schmid weiss bestimmt, um was es geht.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass die Mehrheit im Saal die Haltung des Regierungsrats unterstützt. Was die kritischen Worte von Moritz Schmid betrifft, so handelt es sich dabei um eine ganz andere Debatte, und zwar um die Einwanderungsdebatte. Diese wurde vor ca. drei Jahren im Vorfeld der Masseneinwanderungsinitiative geführt und wurde nun im Nachgang bei der nicht ganz einfachen Umsetzung erneut aufgenommen.
Der Wortwechsel der Kantonsräte Heini und Moritz Schmid hat gezeigt, dass primär Unternehmerinnen und Unternehmer angesprochen sind. Das sind diejenigen, welche die Arbeitsverträge abschliessen. Bei der vorliegenden Motion geht es nicht um dieses Thema, sondern um das Angebot der Fachstelle Migration. Der Volkswirtschaftsdirektor ist froh, dass er von Moritz Schmid keine Kritik gehört hat an der Quantität und Qualität der Fachstelle Migration, die auch von Kundinnen, Kunden, Gemeinden und Institutionen bestätigt wird. Die Fachstelle passt sich auch immer wieder an veränderte Rahmenbedingungen an.

In der Begründung für die Interpellation wurde mehr Eigenverantwortung von den ausländischen Arbeitnehmenden gefordert. Im kantonalen Integrationskonzept ist festgehalten, dass die rasche und gute Information und Beratung Voraussetzung ist für eine eigenverantwortliche Integration. Ein gewisses Grundwissen und eine Grundberatung sind notwendig. Genau dies bietet die Fachstelle Migration an.
Zum Stichwort Staatsaufgabe: Gerade im Kanton Zug besteht die schöne Tradition, dass Staat, Gesellschaft, Private, Unternehmen und Verwaltung in verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten. So werden auch die Information und die Beratung der ausländischen Arbeitnehmenden nicht allein durch eine staatliche Stelle in einem Bürogebäude der Verwaltung angeboten, sondern auch durch einen Verein mitgetragen.
Der Volkswirtschaftsdirektor unterstützt das Votum von Cornelia Stocker. Bei allen Besuchen bei Unternehmen, seien das kleine oder grosse, kommt das Thema immer wieder auf, wie ausländische Arbeitnehmende integriert werden. Es ist richtig, dass die Arbeitgeber ihre Verantwortung wahrnehmen. Dies liegt natürlich auch im eigenen Interesse der Unternehmen, aber es führt ebenso zu einem grossen gesellschaftlichen Nutzen. Wegen der Stossrichtung der Motion lag der Fokus der Beantwortung auf der Fachstelle Migration, deshalb hat der Regierungsrat nicht auch die privaten Anstrengungen beleuchtet.
Im Zusammenhang mit dieser Motion hat der Volkswirtschaftsdirektor eine Mail einer grossen Zuger Unternehmung erhalten. Die HR-Verantwortliche hat mitgeteilt, dass es vonseiten der Wirtschaft ein grosses Anliegen sei, weiter auf den Support der Fachstelle Migration zählen zu können. Es ist also ein partnerschaftliches Mittragen, und diese Lösung soll beibehalten werden.
Der Volkswirtschaftsdirektor dankt dem Rat, dass er die Motion nicht erheblich erklärt und damit der über 50-jährigen Institution eine gute Zukunft ermöglicht.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat folgt mit 47 zu 19 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und erklärt die Motion nicht erheblich.

**913** Traktandum 8.3: **Postulat von Hans Baumgartner, Jean-Luc Mösch und Silvan Renggli betreffend Beibehaltung der direkten Buslinie Nr. 7 Cham Bahnhof nach Zug**
Vorlagen: 2761.1 - 15473 (Postulatstext); 2761.2 - 15569 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Hans Baumgartner** spricht für die Postulanten. Diese sind sich bewusst, dass gespart werden muss. Deshalb opponieren sie auch nicht gegen die Aufhebung der Buslinie 8, die durchgehend den Ennetsee mit Baar verbindet. Diese Streichung ist aus Spargründen zu verantworten. Die Postulanten wehren sich aber dagegen, dass gleichzeitig die Linie 7 von Zug her nur noch bis an die Gemeindegrenze von Cham geführt wird und nicht mehr ins Zentrum. Es wird zukünftig also keine direkte Busverbindung zwischen den beiden Zentren Zug und Cham mit den Tausenden Arbeitsplätzen in diesem Korridor mehr geben. Natürlich gibt es noch die Stadtbahn, diese ist aber bereits jetzt überlastet. Darüber hinaus fährt sie dem See entlang und erschliesst das Dorfzentrum von Cham und die Arbeitsplätze nicht. Was bei dieser Streichung besonders zu denken gibt, ist die Geschichte der Buslinie 7. Diese ist nämlich gerade mal drei Jahre alt. Es musste ein Eigentrassee sein, das Zug und Cham verbindet und als Ersatz für die damalige direkte Linie 4, Zug–Cham, in Betrieb genommen wurde. «Erschliessen des grössten und stark wachsenden Werkplatzes im Korridor Zug–Cham mit seinen Tausenden von Arbeitsplät-

zen», hiess es bei der Eröffnung. Und weiter: Die Anlage eines Eigentrassees für die neue ZVB-Linie 7 sei für den öffentlichen Verkehr im Kanton Zug ein wichtiger Schritt nach vorne. Und heute, drei Jahre später, sollen diese Busse der Linie 7 zwar noch unter dieser eigens gebauten Bahnunterführung hindurchfahren, wenden aber unmittelbar danach und verschwinden wieder dahin zurück, wo sie herkamen. Für diese Dienstleistung hätte es nicht ein 45 Millionen Franken teures Eigentrassee gebraucht, eine Bushaltestelle auf beiden Seiten der S-Bahn-Haltestelle Rigiblick hätte gereicht.
Nun aber ist dieses Eigentrassee gebaut worden und bietet die Chance, eine direkte, attraktive und bis anhin gut ausgelastete Busverbindung zwischen den beiden Zentren Zug und Cham zu betreiben. Und wenn, wie in der Antwort der Regierung aufgeführt, kaum Rückmeldungen zur Verkürzung dieser Linie 7 eingegangen sind, so hat das damit zu tun, dass die Betroffenen nicht auf ins Leere laufende Eingaben vertrauen, sondern auf das Durchsetzungsvermögen der Politik hoffen. In diesem Sinne bittet der Postulant die Ratsmitglieder, das Postulat erheblich zu erklären. Die Bevölkerung im Ennetsee wird dem Rat dafür dankbar sein. Die CVP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung ebenfalls grossmehrheitlich.

**Fabian Freimann,** Sprecher der SP-Fraktion, weist darauf hin, dass Zug als kleiner Kanton mit wenig Aufwand den öffentlichen Verkehr auf einem aussergewöhnlich hohen Niveau halten kann. Die Argumentation der Postulanten ist völlig legitim. Durch die Kürzung der Linie 7 (statt vom Bahnhof Cham erst ab Chamerried nach Zug) verschlechtert sich die Situation vor allem für ältere und gehbehinderte Menschen. Zusätzlich verliert das äusserst teure Bus-Eigentrasses im Sumpf stark an Bedeutung. Die stärkere Nutzung der Stadtbahnlinie S1 hat im Bericht und Antrag des Regierungsrats eine zu geringe Rolle gespielt. Aber alles in allem sind die Mehrausgaben von 350’000 Franken für einen höheren Fahrkomfort einfach zu hoch. Die Bestrebungen der Gemeinde Cham, die Haltestellen Turm- und Sumpfstrasse als Haltestellen auf Zonengrenzen zu definieren, um die Tarife für die Konsumenten zu senken, entsprechen eher den Anliegen der SP-Fraktion. Die SP-Fraktion wird das Postulat nicht erheblich erklären.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass es sich um ein Fiasko handelt. Die Geschichte ist nicht mehr umkehrbar, wie es beispielsweise eine IT-Strategie wäre. Die Unterführung hat 45 Millionen Franken gekostet. Der Votant hat im Grossen Gemeinderat in Zusammenhang mit der Aufhebung der Buslinie 4 zusammen mit Willi Vollenweider ebenfalls Fragen gestellt. Die Entwicklung ist auch nicht gut für die Gegend, in welcher der Votant unternehmerisch tätig ist – dies stellt seine Interessenbindung dar. Der Hammer ist, dass die vier Türme in Steinhausen, die bedient werden sollten, heute leer stehen. Stichwort: Actavis, die orange Invasion aus Island. Die Firma hat sich hier angesiedelt, hat Mitarbeitende aus dem Ausland transferiert, war während einiger Monate sehr aktiv, und dann wurde die Firma geschluckt von einem Unternehmen namens Watson. Watson hat sein Hauptquartier an einem anderen Ort aufgeschlagen. Die Mitarbeitenden von Actavis wurden teilweise dorthin transferiert, andere wurden entlassen, sind nun – zumindest einige von ihnen – arbeitslos und sitzen auf den *Polstern* im Kanton Zug. Das ist nicht ihr Fehler, sondern der Fehler des Systems. Dieses ermöglicht es, während ein paar Monaten im Kanton zu arbeiten.
Man muss ehrlich sein: Der Rat hat seinerzeit die Unterführung bewilligt. Man hätte das auch viel günstiger haben und eine Überführung bauen können. Ebenso wäre eine bessere Abstimmung auf den motorisierten Individualverkehr sinnvoller gewesen. Man hätte nicht eine Spur bauen sollen, die nur von einer Seite befahren wer-

den kann. Besser wäre es, wenn die Durchfahrt von beiden Seiten her möglich wäre. Der Votant ist enttäuscht und sieht einmal mehr seine Meinung über das Amt für öffentlichen Verkehr bestätigt. Das Thema öffentlicher Verkehr muss viel kritischer angegangen werden, gerade wenn etwas mit baulichen Investitionen verbunden ist. Das ist eine Generationenfrage. Es ging hier um Investitionen, von denen einige wenige profitierten, und heute hat man ein Debakel. Was der Rat angenommen hatte, nämlich dass die Buslinien an den Bahnhof und an die entscheidenden Orte in Cham geführt werden, wird aus Spargründen gestrichen. Das ist nicht gut. Der Votant wird der Erheblicherklärung des Postulats zustimmen.

**Rainer Suter** teilt mit, dass Linie 7 seit jeher unter einem unglücklichen Stern stand. Die Unattraktivität dieser Linie fing bereits damit an, dass der Bus beim Bahnhof Cham nicht auf die beiden Linien 42 und 43 wartete. Der Grund dafür war, dass beim Bahnhof Zug die weiteren Bahnanschlüsse nicht verpasst werden sollten. Die Frage ist nur, wer diese Anschlüsse verpasst hat, wenn – wie dem Rat weisgemacht wird – gar niemand im 7er-Bus sass. Es gilt, die Buslinie Cham Bahnhof nach Zug im Ganzen zu hinterfragen. Das Hintereinanderfahren der Buslinien 6, 7, 8 durch das Chamer Dorf soll ein Ende haben. Bei einer Schliessung der Linie 7 können die Versorgungsgebiete der beiden nicht mehr bedienten Haltestellen Sumpf- und Turmstrasse von den vorgelagerten bestehenden Haltestellen «Ammannsmatt» und der S-Bahn-Haltestelle S5 «Steinhausen Rigiblick» erreicht werden. Um das Gesicht der Verantwortlichen für die teure Unterführung Sumpf zu wahren, kann diese Unterführung für den Langsamverkehr geöffnet werden, denn leider hat sie für den motorisierten Individualverkehr keinen Platz.
Bei dieser Vorlage geht es nur darum, das Postulat erheblich, teilerheblich oder nicht erheblich zu erklären. Ansonsten hätte der Votant in Betracht gezogen, die Einstellung der Linie 7 zu beantragen. Es ist zu überlegen, eine Motion einzureichen, um mit dieser Forderung Nägel mit Köpfen zu machen und wirklich Geld zu sparen. Aber ein wenig Geld kann nun gespart werden, wenn die Ratsmitglieder dem Antrag des Regierungsrats folgen und das Postulat nicht erheblich erklären.

**Andreas Hürlimann** bezieht sich auf das Votum von Philip C. Brunner. Was die Unterführung betrifft, so sieht er dies ähnlich wie Philip C. Brunner. Der Rat hat bei der Projektierung und Umsetzung der Unterführung zu wenig kritisch hingeschaut. Folgende Fragen hätten gestellt werden müssen: Wofür wird die Unterführung wirklich gebraucht? Welches Angebot wird damit gefahren und erschlossen? Wie sieht die langfristige Entwicklung aus?
Doch eine Infrastrukturmassnahme wie eine Unterführung verschwindet aufgrund einer kurzfristigen Fahrplanänderung nicht einfach im Nirwana. Es bestehen gewisse Probleme, und auch die Gemeinden sind mit dem Volkswirtschaftsdirektor in intensiven Diskussionen. Der Volkwirtschaftsdirektor weiss, dass sich der Votant für ein gutes Bus- und Bahnangebot einsetzt. Wenn man aber die Alternativen zwischen Cham und Steinhausen und für den Korridor nach Zug betrachtet, hat man unter Berücksichtigung der jetzigen Verkehrssituation und der Passagiervolumen nun die beste Lösung.
Die Gemeinden Cham und Steinhausen haben kein Interesse, ein Angebot einzustellen oder zurückzufahren, das eine Boom-Region, wie gerade die Städtler Allmend, nicht besser erschliesst. Die Frage ist immer, was die Alternativen sind. Und die Alternative wäre nämlich gewesen, dass es keine direkte Busverbindung zwischen den Gemeinden Cham und Steinhausen mehr gegeben hätte. Doch dort ist das Passagieraufkommen grösser als auf der Achse Cham–Zug. Die Passagierzahlen sind öffentlich einsehbar. Betrachtet man die Passagierentwicklung im Kanton

Zug von 2005 bis 2016, wird ersichtlich, dass die Linie 7 oder die Linie 4 zwischen Cham und Zug nicht erst zu kriseln begonnen hat, als die Nummer gewechselt wurde und der Bus auf einer neuen Route fuhr. Das hat andere Gründe, weil die Stadtbahn ein wesentliches Element verändert hat: Man ist jetzt bedeutend schneller zwischen Cham und Zug, auch wenn man vielleicht einmal umsteigen muss. Es gibt verschiedene Elemente und Massnahmen zu berücksichtigen. Berücksichtigt man die finanziellen Verhältnisse und die Tatsache, dass auf anderen Strecken der Franken besser investiert ist, so ist es mit dem bestehenden Angebot momentan am besten, das Postulat im Sinne der Regierung nicht erheblich zu erklären.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist froh über das Votum von Kantons- und Gemeinderat Hürlimann. Es zeigt, dass man nicht punktuell über eine Linie reden kann, sondern dass es um ein Gesamtsystem geht. Anlass zur Kritik gibt, dass die Linie 7 beim Chamerried wendet und nicht mehr zum Bahnhof fährt. In ihrer Antwort hat die Regierung aufgezeigt, dass es unter dem Spardruck primär darum geht, Parallelverkehr auf dem Abschnitt Steinhausen–Cham zu vermeiden. Man weiss, dass gerade im Zentrum von Cham eine schwierige Verkehrs- und Stausituation herrscht. Wenn zwei, drei Busse hintereinander herfahren, wird das nicht besser. Ebenso haben Buskundinnen und -kunden Probleme mit den Anschlüssen. Der Kanton hat seine Aufgaben gemacht. Alle wissen, dass innerhalb der Gemeinde Cham darüber diskutiert wird, wie der Verkehr im Zentrum geführt werden soll. Das hat bedauerlicherweise eine Verzögerung von mehreren Jahren verursacht und dazu geführt, dass die Busverbindungen im Knoten Cham neu festgelegt wurden. Dies ist in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden Cham und Steinhausen erfolgt. Das Gesamtkonzept wird von diesen Gemeinden unterstützt.
Die Diskussionen und Vereinbarungen zwischen den Gemeinden und dem Kanton im Hinblick auf die nächste Fahrplanperiode sind gut verlaufen. Das haben diverse Gemeindeverantwortliche verlauten lassen. Die Diskussion war sehr konstruktiv. Der Volkwirtschaftsdirektor wäre froh, wenn der Rat diese Resultate unterstützen und das System nicht einzelfallweise mit Postulaten wieder in Schwierigkeiten bringen würde. Es gäbe wohl noch andere Ratsmitglieder – z. B. aus Menzingen, Finstersee, Baar, Inwil –, die auch mit Postulaten den alten Zustand wiederherzustellen versuchen könnten. Doch so wird kein Gesamtsystem geplant.
Wie Andreas Hürlimann erwähnt hat, führt es zu Parallelverkehr, wenn die Linie 7 wie bisher weitergeführt würde. Aus Kosten- und Verknüpfungsgründen müsste die Linie 6 wieder eingestellt werden, und es bestünde keine Direktverbindung mehr zwischen den Bahnhöfen Steinhausen und Cham. Diese Verbindung ist jedoch wichtig.
Zur Unterführung: Die meisten heute anwesenden Ratsmitglieder waren auch im Saal, als dieser Kredit 2011 bewilligt wurde. Damals war klar, dass die Unterführung ein Teil des Ausbaus des Knotens Alpenblick war. Nur für den öffentlichen Verkehr wäre die Unterführung nicht notwendig gewesen, doch es handelte sich um ein Gesamtverkehrsprojekt. Es ging primär darum, den Knoten Alpenblick vom öffentlichen Verkehr zu entlasten und für den motorisierten Individualverkehr Raum zu schaffen. Das ist auch heute noch ein Thema. Man wusste auch, dass diese Unterführung eine Investition weit in die Zukunft sein würde. Man würde den nachfolgenden Generationen keine Freude machen, wenn die Unterführung nun einfach aufgefüllt oder generell nicht mehr genutzt würde. Die Arbeitsplatzgebiete in dieser Gegend sind ausgeschieden, und der Bedarf kann sich in den nächsten Jahren ändern. Dann wird die Lorzenstadt gebaut sein, und die nachfolgenden Generationen werden den Ratsmitgliedern dankbar sein, dass sie damals vorausschauend die Infrastruktur bereitgestellt haben.

Zur Finanzierung: Der Regierungsrat hat in seinem Bericht geschrieben, dass es 350’000 Franken kosten würde, die Linie 7 wieder zu bestellen. Zum einen wäre dies auf den Dezember hin aus fahrplantechnischen Gründen nicht mehr möglich. Zum anderen wurde am Vormittag das Budget verabschiedet, und das Globalbudget hätte für eine sofortige Umsetzung des Postulats um 350’000 Franken erhöht werden müssen. Somit kann das Thema in zwei Jahren wieder aufgenommen werden im Hinblick auf die nächste Fahrplanperiode. Fordert der Rat, dass die Umsetzung des Postulats nun mit demselben Globalbudget erfolgen soll, so ist das im Bereich des öffentlichen Verkehrs einfach: Die 350’000 Franken müssen an einem anderen Ort eingespart werden, das heisst, irgendeine Linie muss ausgedünnt oder früher gestoppt werden. Dann beginnt das Schwarz-Peter-Spiel.
Cham und Steinhausen sind nach wie vor gut erschlossen, und das Angebot ist mit den Gemeinden abgesprochen. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt dem Rat deshalb, wenn er das Postulat nicht erheblich erklärt.

**Jean-Luc Moesch** vermisst die Weitsicht im Amt für öffentlichen Verkehr. Betrachtet man die Entwicklung im Gebiet der Linie 7, auch was künftige Arbeitsplätze betrifft, wäre zu erwarten gewesen, dass das Amt für öffentlichen Verkehr Visionen hat und diese aufzeigt – dem Rat und den betroffenen Gemeinden. Dazu hätte auch die Bahnverbindung Cham–Steinhausen gehört. Aber wenn man nicht will und nur auf alte Strukturen baut, dann hat man danach das Fiasko.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat folgt mit 45 zu 17 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und erklärt das Postulat nicht erheblich.

**914** Traktandum 8.4: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Park + Ride**
Vorlagen: 2748.1 - 15447 (Interpellationstext); 2748.2 - 15527 (Antwort des Regierungsrats).

**Thomas Gander,** Sprecher der Interpellantin, dankt dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung der Fragen zu diesem wichtigen Mobilitätsthema. Wohlwollend nimmt die FDP-Fraktion davon Kenntnis, dass der Regierungsrat am Grundkonzept festhalten möchte. Dass die Park+Ride-Anlagen in Zukunft vermehrt an den Einfallstoren des Kantons Zug zu liegen kommen, ist richtig. Dies führt letztlich zu einer nachhaltigen Entlastung des innerstädtischen Verkehrs. Dass das Bike+Ride-Angebot genutzt wird, ist erfreulich. Genauso erfreulich ist, dass sich das Angebot an der Nachfrage orientiert und noch genügend Ausbaumöglichkeiten vorhanden sind, zumindest an den meisten Standorten.
Mobilität muss als ganzheitliches System betrachtet werden, bei dem die einzelnen Verkehrsmittel miteinander kombiniert werden. Park + Ride ist ein solches Konzept, bei dem der individuelle Verkehr mit dem öffentlichen Verkehr kombiniert wird. Bei einem gut funktionierenden System soll der Verkehrsteilnehmer individuell, aber dennoch flexibel reisen können. Dabei erfolgt die Anreise aus der Agglomeration in der Regel eigenständig, z. B. mit dem Auto. Die Weiterreise im verdichteten Gebiet erfolgt anschliessend bequem mit dem öffentlichen Verkehr. Damit dies funktioniert, müssen entsprechende Anlagen, beispielsweise in unmittelbarer Nähe zur Autobahn, gebaut werden und mit dem öffentlichen Verkehr gut erreichbar sein. So lassen sich Wartezeiten verhindern, was eine wesentliche Voraussetzung für die Systemattraktivität ist.
In Bezug auf neue Anlagen ist der Regierungsrat jedoch etwas zurückhaltend. Daher ist es umso wichtiger, dass bei der Ausarbeitung des erwähnten Mobilitäts-

konzepts ein starker Fokus auf solche Anlagen, insbesondere in Autobahnnähe, gelegt wird. Hier gibt es sicherlich noch viel ungenutztes Potenzial, um die Mobilität effizienter zu gestalten und Staus zu minimieren.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass Park + Ride ein wesentlicher Bestandteil des Mobilitätkonzepts der Zukunft sein wird. Er freut sich auf den Beginn der Debatte am kommenden Montag über die Grundzüge der räumlichen Entwicklung mit dem Antrag der Regierung, dass sofort ein Mobilitätskonzept gestartet wird. Ziel ist, dieses dem Rat im Jahr 2021 zu unterbreiten. Im Moment fehlen die Visionen. Der Zunahme an Mobilität und der Zufluss an Fahrzeugen halten aber weiter an. Der Kanton wird deshalb gefordert sein.
Von Hubs zu sprechen, ist relativ einfach. Es sind diesbezüglich Diskussionen mit anderen Kantonen im Gange. Logischerweise müsste man irgendwo im Rontal einen Hub haben, wo die Luzerner Arbeitnehmer ihr Fahrzeug parkieren können, und die Zuger holen sie mithilfe moderner Mobilitätsformen ab und bringen sie an ihre Arbeitsplätze. Das wird die Herausforderung des Mobilitätkonzepts sein. Die Regierung wird ermuntert, Infrastrukturen rechtzeitig zu bauen. 2007 wurde über die Umfahrung Cham-Hünenberg abgestimmt, 2017 kurz vor Weihnachten ist nun endlich alles abgearbeitet, und die Eröffnung wird wahrscheinlich im Januar folgen. Dann beginnt die nächste Runde mit Verwaltungsgericht usw. Die Herausforderung in der Politik wird in Zukunft die folgende sein: Was man im Bereich Strassen, Mobilität und Infrastrukturen heute realisieren möchte, wird nicht mehr nur zehn Jahre dauern bis zur Fertigstellung, sondern sehr wahrscheinlich 20 Jahre.
Die Regierung ist sich bewusst, dass Park + Ride ein wesentlicher Mosaikstein des Mobilitätkonzepts der Zukunft sein wird – leider aber nur kleiner Mosaikstein. Es müssen Visionen erarbeitet und gesamtheitliche Betrachtungen vorgenommen werden. Am kommenden Montag wird damit begonnen. Der Baudirektor dankt für die gute Aufnahme der Antwort des Regierungsrats.

➔ Der Rat nimmt die Antwort der Regierung stillschweigend zur Kenntnis.

**915** Traktandum 8.5: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufhebung des Schulpsychologischen Dienstes**
Vorlagen: 2743.1 - 15441 (Motionstext); 2743.2 - 15576 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Manuel Brandenberg,** Vertreter der Motionärin, spricht zum Rat über Kinder, Jugendliche und deren ganz normale Eltern, die Angst davor haben, dass der Schulpsychologe am Elternabend auf ihr Kind aufmerksam wird. Es geht um die Kompetenz oder vielleicht vielmehr deren Anmassung, festzulegen, was normal ist und was nicht. Warum beantragt die SVP-Fraktion, die Motion erheblich zu erklären?
Die psychische Konstitution eines Menschen, eines Kindes, eines Jugendlichen ist etwas höchst Individuelles, Persönliches, ja sogar Intimes. Es geht um seelische, innere Befindlichkeiten von grösster Zartheit, Verletzlichkeit, Fragilität. Es geht sozusagen um das, was den Menschen im Innersten ausmacht. Wo soll dieser Kern der Personalität aufgehoben sein? Soll er bei professionell ausgebildeten Fachleuten angesiedelt sein, von ihnen beurteilt und abgeklärt werden, oder soll dieser ureigenste Bereich der Persönlichkeit vielleicht eher dort beheimatet und aufgehoben sein, wo man es sich selbst wünscht und wo man selbst auswählt, wo man sich freiwillig für Persönlichstes, Privates, Intimes öffnet? In der Beziehung zu den Nächsten, zur Familie, zu den Freunden?

Soll es Letzteres sein, so sollten auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass nicht zu schnell, zu früh, zu automatisch, zu standardisiert, vielleicht auch zu routiniert und zu gedankenlos, in diesen feingliedrigen, verletzlichen Bereich der Kinder und Jugendlichen und als Reflexwirkung von deren Familien eingegriffen wird. Diese Voraussetzungen werden nicht geschaffen, wenn man sich an einer gut datierten, permanent eingerichteten staatlichen Dienststelle festklammert, die mit einem Leiter, zwei Sachbearbeiterinnen, einer Fachgutachterin und zwölf Psychologen – 2005 waren es noch deren sieben – dafür eingerichtet ist, psychologische Probleme und Fragen eines Schülers vorabzuklären, abzuklären, zu therapieren und – man möge dem Votanten den Ausdruck nachsehen – zu verwalten.
Die Fachleute vom Schulpsychologischen Dienst versehen bestimmt einen qualifizierten, professionellen Dienst und setzen um, was der Rat, der Gesetzgeber, ihnen vorgeschrieben hat. Es geht nicht darum, diese Personen und ihre Arbeit zu kritisieren, sondern darum, ein System zu überdenken, einen Weg zur Förderung und Unterstützung durch Eltern und Familie zu öffnen. Wo dies nicht möglich oder ausreichend ist, sollen natürlich auch in Zukunft Fachleute beigezogen werden.
Die Regierung hat Bedenken, dass die Unabhängigkeit und Neutralität von psychologischen Abklärungen nicht mehr gewährleistet wären, wenn zukünftig Dritte, also nicht beim Staat angestellte Psychologen, mit diesen Abklärungen betraut würden. Kann man wirklich den frei schaffenden Psychologen und Psychiatern unterstellen, sie würden Abklärungen und Begutachtungen weniger neutral und unabhängig vornehmen als Psychologen, die beim Staat angestellt sind und deren Lohn vom Staat bezahlt wird? Warum gibt es dann keinen Schulchirurgen, keinen Schulbäcker, keinen Schularchitekten, keinen Schulholzbauer, keinen Schulhotelier oder gar einen Schulanwalt? Man kann darauf vertrauen, dass die im freien Wettbewerb der Ideen und Angebote erbrachten Dienstleistungen und gefertigten Produkte besser sind. Die eine oder andere psychologische Abklärung wird wohl unterbleiben, durchaus zum Wohl eines Kindes oder Jugendlichen. Gut möglich, dass der junge Mensch seine Schwierigkeiten mithilfe seines privaten Umfelds selber und nachhaltiger überwindet, als wenn er beim Erfüllen des ersten Punktes gemäss staatlichem Standardfragebogen zum Abklärungsgegenstand des verwaltungsinternen Schulpsychologischen Dienstes wird.
Der Regierungsrat zitiert auf Seite 6 seiner Antwort die Haltung der gemeindlichen Schulpräsidentenkonferenz und der Rektorenkonferenz zur Motion. Ist es verwunderlich, dass diese Gremien einstimmig für die Beibehaltung des als Verwaltungseinheit ausgestalteten Schulpsychologischen Dienstes sind? Sind diese Gremien nicht selbst Teil der Verwaltung? Sind die Ratsmitglieder auch so enthusiastisch über das Ergebnis der Umfrage des Schulpsychologischen Dienstes (SPD), wonach rund 85 Prozent der Eltern, Lehrpersonen und schulischen Heilpädagogen mit dem SPD sehr zufrieden sind? Was ist mit den 15 Prozent, die nicht sehr zufrieden sind? Handelt es sich dabei vielleicht gerade um diejenigen Eltern, die mit dem SPD konkrete Erfahrungen machten mussten?
Es gilt, auf die in jedem Menschen angelegten Selbstheilungskräfte zu vertrauen, darauf, dass nicht jedes Kind im gleichen Rhythmus Entwicklungen durchmacht. Die Schüler sollten davor bewahrt werden, zu früh, zu schnell, zu standardisiert, zu schematisch, ja vielleicht zu seelenlos, psychologisch abgeklärt zu werden. Es soll vermieden werden, sie damit womöglich erst recht zu verunsichern, zu belasten und zu schwächen.
Wünschenswert sind lebensfrohe, lebensstarke und gesunde Kinder und Jugendliche, die gefordert und gefördert werden. Diese Förderung gelingt am besten, wenn die schulpsychologische Abklärung nicht zum staatlichen Standardverhalten gehört. Neben der Herrschaft der Psychologie gibt es vor allem auch die Freiheit des

Individuums mit seinem gesunden Menschenverstand. Das Individuum ist in sein privates und persönliches Umfeld eingebettet und dort geborgen. Dort, wo Hilfe oder eine Abklärung nötig ist, kann diese fachkundig, unabhängig und neutral von freischaffenden Psychologen im Auftrag der zuständigen Behörden zum Wohle des Kindes, des Jugendlichen und seiner Familie getätigt werden. Deshalb bittet der Votant die Ratsmitglieder, die Motion erheblich zu erklären.

**Andreas Hostettler** spricht für die FDP-Fraktion und kann leider nicht eine solch wohltuende Rede halten wie Manuel Brandenberg, der in einem nächsten Leben auch Pfarrer werden könnte. *(Der Rat lacht.)* Als die Motion eingereicht wurde und die enthaltenen Fragen sowie das Anliegen einer Ad-hoc-Kommission vorlagen, schien es, als würde die Motion selbst einen Psychologen brauchen. Das Gute an der Motion war und ist, dass die diffusen Ängste von Menschen, Eltern und Schülern darin beschrieben und aufgegriffen werden. Stichworte dazu sind: unnötige Abklärungen; gesunde Kinder, die geschwächt werden; Therapiefälle, die gar nicht nötig wären; Kinder, die Schaden nehmen; ein staatlicher Apparat, der aufgebaut wird und mit hohen Kosten verbunden ist; Angst der Familien, dass ihre Kinder fremdbestimmt und Abklärungen zu Unrecht vorgenommen werden.
Die geforderte Lösung, den Schulpsychologischen Dienst abzuschaffen, ist hingegen nicht zielführend, wie auch die Antwort der Regierung zeigt. Es käme dem ehemaligen Feuerwehrkommandanten Kari Nussbaumer wohl kaum in den Sinn, die Feuerwehr abzuschaffen, nur weil die Menschen in Menzingen Angst vor einem Feuer haben. Ebenfalls schafft man die Ärzte nicht ab und meint damit, es gäbe keine Kranken mehr. Im Gegenteil; und man ist auch froh, wenn man im richtigen Moment auf einen Anwalt als Fachmann zugreifen kann.
Zum Thema passt auch das Bild des Miststocks: Auf dem Haufen stinkt der Mist bekanntlich gewaltig. Über das Land verteilt, ist er jedoch Segen bringend. Das können die im Saal anwesenden Landwirte sicher auch bestätigen.
Die gute Verteilung der Schulpsychologen zeigen die Zahlen aus dem Bericht der Regierung sehr deutlich: auf 1882 Schüler – ungefähr die Schülerzahl der Stadt Zug – eine Vollzeitstelle, auf der Ebene Sek 2 ist das Verhältnis noch viel grösser.
Ebenfalls nimmt die Regierung kurz und klar Stellung zu den Ängsten:
• Ohne Einwilligung der Eltern werden keine Abklärungen vorgenommen.
• Der SPD ist völlig unabhängig von Rektorat, Eltern, Gemeinde.
• Die Mitfinanzierung durch den Kanton für die Gemeinden ist sichergestellt.
Fazit: So wie die Feuerwehr, Ärzte oder auch Anwälte für den Notfall gebraucht werden, braucht es den SPD für Kinder und Jugendliche, die Hilfe benötigen, wenn sie krank sind und ein Problem haben. Der SPD führt diese Aufgabe unabhängig, mit wenigen Stellenprozenten sowie sehr kompetent und zielgerichtet als Fachpartner für die Schule, die Gemeinden und den Kanton aus. Die FDP-Fraktion dankt der Regierung, dass sie die Fragen und Ängste der Motionäre ernst genommen und diese kompetent beantwortet hat. Die FDP-Fraktion wird die Motion als nicht erheblich erklären und unterstützt damit die Haltung der Regierung.

**Rita Hofer** teilt mit, dass die ALG eine Nichterheblicherklärung der Motion unterstützt. Es können sich alle glücklich schätzen, die gesunde Kinder haben und ihnen ein intaktes Umfeld bieten können. Vielleicht werden die Jugendlichen den Eltern – voraussichtlich während der Pubertät – etwas Stress und Ärger bereiten. Aber das geht in der Regel vorbei, und der Übergang ins Erwachsenenalter ist geglückt. Dann können die Eltern erwarten, dass sich die Jugendlichen selbstständig und eigenverantwortlich in die Gesellschaft eingliedern. Dem grössten Teil der Schülerinnen und Schüler wird dies gelingen.

Wenn es den Anschein erweckt, dass beim SPD unnötigerweise alle Schülerinnen und Schüler prophylaktisch zu einer «Überprüfung» geschickt werden, dann ist das ein Irrtum. Es geht um wenige Schülerinnen und Schüler, bei denen sich Entwicklungsdefizite oder extreme Auffälligkeiten zeigen. Kinder, die durch unstabile Verhältnisse emotional stark gefordert und verunsichert sind, werden mit grossen Belastungen konfrontiert. Diese Komplexität der einzelnen Fälle bereitet den Lehrpersonen grosse Schwierigkeiten, und sie können die Gründe nicht auf Anhieb erkennen. Was steckt zum Beispiel hinter einem extrem auffälligen Verhalten eines Kindes? Es stört dauernd den Unterricht, hat Mühe, sich zu konzentrieren, ist immer abgelenkt, seine Frustrationsgrenze ist sehr tief und die Lernbereitschaft nicht vorhanden. Ist der Grund eine Über- oder Unterforderung? Sind schwierige familiäre Situationen eine mögliche Ursache? Ist die Sprache eine mögliche Barriere bei Migrationshintergrund? Was ist mit Kindern, die sich nicht äussern können, sehr scheu sind, die sehr ängstlich wirken, motorische Defizite aufweisen? Wie verhält sich ein Kind mit Asperger-Syndrom?
Um in solchen Situationen Klarheit zu schaffen, braucht es den SPD. Mit einer klaren Diagnose können Massnahmen umgesetzt werden, die den Fokus auf die Stärken der Schülerin oder des Schülers ausrichtet und nicht auf die Defizite. Mit einer Lernzielanpassung kann beispielsweise der Leistungsdruck weggenommen werden, wenn eine Lernschwäche bzw. Lernbehinderung diagnostiziert wird. Ein solcher Fall muss zwingend vom SPD abgeklärt werden, da es sich um eine die Laufbahn bestimmende Situation handelt. Der Übergang in die Berufslehre wird dann auch durch den SPD begleitet. Dies hilft, dass durch die Transparenz der Situation und die dazu nötigen Massnahmen ein erfolgreicher Abschluss möglich ist.
Im Gespräch mit Herrn Müller vom SPD konnte sich die Votantin davon überzeugen, dass der Dienst eher zurückhaltend ist mit Einzelabklärungen und die Ressourcen je nach Situation gezielt und sinnvoll eingesetzt werden. Beim SPD stehen nicht die Abklärungen der einzelnen Fälle ausschliesslich im Vordergrund, sondern auch die Beratung von Lehrpersonen und Eltern. Wenn sich eine Lösung bereits in einem Gespräch ergibt, dann kann auf eine Abklärung verzichtet werden. Wenn es z. B. um drei Schülerinnen oder Schüler der gleichen Klasse geht, die abgeklärt werden sollten, dann besuchen Fachleute des SPD die Klasse und beraten vor Ort. In solchen Fällen liegt das Problem wohl eher in der Konstellation der Klasse. Dies ist effizient und erspart drei Abklärungen. Es wird sinnvoll gehandelt, und es werden nicht einfach Stellenprozente hochgeschraubt.
Die Aufhebung des SPD wäre aufgrund der gesetzlichen Vorgaben keine Einsparung, sondern eine Verpflichtung der Gemeinden. Kosten würden nicht gespart, es würde aber alles verteuert und verkompliziert. Eine Institution, die seit 44 Jahren besteht und ein wichtiger Bestandteil der Bildung ist, muss erhalten bleiben. Probleme werden nicht gelöst, indem man alles streicht und die Kosten weg haben will. Es könnte zum Bumerang werden, und zwar Jahre später, wenn Schülerinnen und Schüler mit grosser Frustration die Schule verlassen und total resigniert ins Berufsleben einsteigen sollten. Die Belastung der Lehrpersonen ohne diese Anlaufstelle würde das Risiko eines Burnouts wesentlich erhöhen. Mit dem SPD wird gewährleistet, dass weder die Schule noch die Eltern in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen. Diese Neutralität ist sehr wichtig und stellt das Wohl des Kindes ins Zentrum. Die ALG möchte, dass die Schule auch den Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen gerecht werden kann und ihnen den Anschluss ins Berufsleben mit der nötigen Unterstützung gelingt. Aus diesen Gründen wird die ALG die Motion nicht erheblich erklären.

**Beat Iten,** Sprecher der SP-Fraktion, gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Schulpräsident in Unterägeri und somit auch Teil dieser Behörde. Manuel Brandenberg hat eine sehr heile Welt dargestellt, die sich alle wünschen. Leider ist die Schule auch mit Problemen und mit Forderungen konfrontiert, die auch auf andere Verhältnisse hinweisen. Alle kennen das Sprichwort: Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast! Dasselbe lässt sich ohne Probleme auf Gutachten übertragen: Glaube keinem Gutachten, das du nicht selbst in Auftrag gegeben hast! Es ist kein Problem, ein Gutachten zu erhalten, das die eigene Meinung und die eigenen Intentionen bestätigt und unterstützt. Übertragen auf die Schule: Wenn die Schule ein bestimmtes Ziel erreichen möchte, findet sie garantiert einen Gutachter, der ihre Absicht unterstützt. Wenn Erziehungsberechtigte ein bestimmtes Ziel verfolgen, werden auch sie problemlos einen Gutachter finden, der ihre Einschätzung bestätigt. Das Problem wird dann also darin liegen, verschiedene Gutachten einschätzen und bewerten zu müssen, vielleicht eines aus dem Kanton Genf, ein anderes aus dem Kanton Zürich und womöglich eines aus dem Kanton Appenzell – Gutachten aus verschiedenen Regionen, mit völlig unterschiedlichen Bewertungsmassstäben und von völlig unbekannten Personen. Ob dies den Entscheid für eine angemessene Förderung oder Unterstützung vereinfacht, sei dahingestellt, ebenso, ob dies im kleinen Kanton Zug eine einheitliche Handhabung bei der Bewilligung von besonderen Fördermassnahmen erleichtert. Im Zweifelsfall wird dieser Zustand wohl zu einem Gegengutachten einer mehr oder weniger neutralen Stelle führen.
Der Schulpsychologische Dienst nimmt bei schulischen Schwierigkeiten im Auftrag der Schule und der Erziehungsberechtigten eine Beurteilung vor und erarbeitet zusammen mit diesen eine geeignete Lösung zur Unterstützung und Förderung des Kindes. Der SPD ist nichts anderem als dem Wohl des Kindes verpflichtet und schlägt in der jeweiligen Situation die für das Kind geeignetste Massnahme vor. Er ist sich nicht zu schade, im Bedarfsfall der Schule oder den Erziehungsberechtigten auf die Füsse zu treten, wenn irgendwo ein Defizit geortet wird.
Wie im Bericht des Regierungsrats aufgezeigt, hat der Kanton Zug einen gut funktionierenden und keineswegs überdotierten Schulpsychologischen Dienst, dessen Aufgabe es ist, bei schulischen Schwierigkeiten eine neutrale Abklärung durchzuführen und einen Vorschlag zur Verbesserung der Situation zu machen. Die Arbeit des Schulpsychologischen Dienstes wird von allen Beteiligten geschätzt und anerkannt. Es geht nicht darum, Therapiefälle zu produzieren, sondern sie zu verhindern und mit geeigneten Lösungen die Kosten zu minimieren. Gerade Fachleute ausserhalb des Schulpsychologischen Dienstes könnten eher der Versuchung unterliegen, Therapien und Behandlungen vorzuschlagen, die letztlich auch ihnen als Unternehmer oder Unternehmerinnen dienen. Warum also ohne Not eine neutrale, funktionierende und anerkannte Fachstelle aufheben? Die SP-Fraktion stellt sich hinter den Antrag der Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Barbara Häseli** spricht für die CVP-Fraktion und dankt dem Regierungsrat für seinen Bericht. Dieser zeigt klar auf, dass eine Abschaffung des Schulpsychologischen Dienstes nicht nur unnötig, sondern auch schädlich wäre. Der SPD ist ein kantonaler Dienst, der eine qualitativ hochstehende, koordinierende, neutrale und unabhängige Arbeit aller Schulen im Kanton Zug und für über 13’500 Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Was hätte man davon, wenn der Dienst aufgelöst würde? Nicht einmal nichts, sondern sogar teurere, verzettelte Lösungen in den Gemeinden. Jede Schule müsste sich bei einem Problemfall überlegen, was sie genau machen will. Damit würden auch unterschiedliche Qualitäts- und Prüfkriterien vorliegen. Am schlimmsten wäre, dass dabei die Kinder und Jugendlichen auf der Strecke bleiben würden, die tatsächlich schulische und/oder erzieherische Probleme

haben. Dass der SPD nicht auf Teufel komm raus Massnahmen empfiehlt oder zusammen mit den Schulen umsetzt, zeigt sich an der äusserst tiefen Sonderschulquote im Kanton Zug. Auch personell ist der SPD nicht überdotiert. Die Zusammenarbeit wird in den Schulen sehr geschätzt und läuft sehr gut. Aus diesen Gründen empfiehlt die CVP-Fraktion einstimmig, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Daniel Stadlin** teilt mit, dass die GLP keine Veranlassung sieht, weshalb der Schulpsychologische Dienst des Kantons aufzuheben sei. Der GLP erschliessen sich die Beweggründe der Motionäre in keiner Weise. Es gibt keine plausiblen Argumente, die eine solche Forderung unterstützen würden. Die Aufgabe des Schulpsychologischen Dienstes ist sehr anspruchsvoll und komplex. Seine Beratungstätigkeit dient dazu, Probleme und Schwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen zu hinterfragen, die Ressourcen beim Kind, seinen Eltern und den Lehrpersonen abzuklären und daraus ausgehend Vorschläge und Massnahmen zu unterbreiten, um Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und in ihrer Bildung zu unterstützen. Jedes Kind soll die Chance zu einer optimalen persönlichen und schulischen Entwicklung erhalten. Im Kanton Zug bewegt man sich dabei auf einem qualitativ hochwertigen Niveau. Der Schulpsychologische Dienst leistet dazu einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag – gerade weil er im kantonalen Schulsystem integriert und der Bildungsdirektion unterstellt ist. So besteht die Gewähr, dass er auch das kantonale Konzept «Beurteilen und Fördern» mitträgt.
Man muss sich schon fragen, worin eigentlich der Nutzen besteht, ein seit 44 Jahren existierendes, in seiner Ausrichtung und Organisation von allen Beteiligten getragenes System abzuschaffen. Denn dieses kann nicht einfach so durch private Psychologinnen und Psychologen ersetzt werden, fehlt diesen doch der schulische Kontext und in der Regel auch das spezifische Fachwissen. Die Aufhebung des Schulpsychologischen Dienstes wäre ein bildungspolitischer Rückschritt. Dies nicht nur zum Schaden der Kinder und Jugendlichen, sondern der ganzen Gesellschaft.
Der Votant bittet die Ratsmitglieder, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bezieht sich auf das Votum von Manuel Brandenberg und weist auf Folgendes hin:
Der SPD hat nicht den Auftrag, gesunde Kinder zu pathologisieren. Im Gegenteil, er ist ein Schleusenwärter gegenüber dem Sonderschulbereich. Seine Funktion ist wie die eines neutralen Vertrauensarztes: In einem System, in dem fast alle daran interessiert sind, Kinder den Sonderschulen zuzuweisen, nimmt er die Gegenposition ein. Wenn Eltern das Gefühl haben, ihr Kind entspreche nicht der Norm, verlangen sie oft besondere Förderung in der Regelklasse oder sogenannte verstärkte Massnahmen, wie der Sonderschulbereich im Fachjargon bezeichnet wird. Den Eltern entstehen dabei ja keine Kosten. Die Sonderschulen hingegen sind aus wirtschaftlichen Überlegungen grundsätzlich an einer guten Auslastung interessiert. Und der Lehrer der Regelklasse wehrt sich auch nicht dagegen, dass er einen besonders aufwendigen Schüler weniger zu betreuen hat. In dieser Situation kommt dem Schleusenwärter SPD eine besondere Verantwortung zu. Der SPD hat weder den Auftrag noch den Anreiz, Kinder zu pathologisieren, im Gegensatz vielleicht zu freischaffenden Psychologinnen und Psychologen, die Umsatz machen müssen. Und dass der Zuger SPD seine Funktion als Schleusenwärter nicht allzu schlecht wahrnimmt, belegt die unterdurchschnittliche Sonderschulquote von weniger als drei Prozent im Kanton.
Die gemeindlichen Rektoren und Schulpräsidenten stehen geschlossen hinter dem SPD. Das haben sie dem Regierungsrat nicht einfach aus Gefälligkeit bestätigt. Die

Gemeinden finanzieren die Sonderschulungen nämlich zu fünfzig Prozent mit. Wenn sie also mit der Arbeit des SPD nicht zufrieden wären, würden sie es in dieser Situation, in der es um die Abschaffung des SPD geht, bestimmt sagen.
Der SPD ist schlank aufgestellt. Der Branchenverband empfiehlt pro 1500 Schüler eine Vollzeitstelle. Im Kanton Zug betreut eine Vollzeitstelle momentan 1882 Schüler, dieser Wert liegt mehr als zwanzig Prozent über der Empfehlung. Und in Zukunft werden es noch mehr sein: Die Schülerzahlen in den Gemeinden steigen, und der SPD wird auf absehbare Zeit keine neuen Stellen bekommen, weil bekanntlich ein Stellenstopp besteht. Aufgrund von «Finanzen 2019» gibt es auch die erwähnte Fachgutachterin Logopädie nicht mehr.
Der Bildungsdirektor bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat folgt mit 43 zu 15 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und erklärt die Motion nicht erheblich.

Das letzte Traktandum kann wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 916 Nächste Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2017, 8.30 Uhr (Ganztagessitzung).

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

65. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 14. Dezember 2017 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
2.1. Motion von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Standesinitiative zur Aufhebung des Krankenkassenobligatoriums als Beitrag zur Eindämmung der Kosten- und Prämienexplosion im Gesundheitswesen
2.2. Interpellation von Karen Umbach und Philip C. Brunner betreffend Bitcoins
3. Kommissionsbestellungen
4. Projekt «Regierung und Verwaltung 2019»: Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 und des Kantonsratsbeschlusses betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013
5. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 2: Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Erfahrungen aus der Praxis
6. Geschäfte, die am 30. November 2017 nicht behandelt werden konnten
7. Motion von Thomas Werner, Karl Nussbaumer und Beni Riedi betreffend Warnung vor Radaranlagen im Strassenverkehr
8. Motion von Alois Gössi und Hubert Schuler betreffend Abschaffung eines alten Zopfs: des Heimatscheins
9. Interpellation von Philip C. Brunner betreffend gemeindliche Steuerdaten für das Jahr 2016
10. Interpellation von Barbara Gysel, Karen Umbach und Hans Baumgartner betreffend Wiedergutmachung für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen: Was unternimmt der Kanton Zug?
11. Interpellation von Philip C. Brunner und Daniel Stadlin betreffend den Kantons- und Gemeindefinanzen im Zusammenhang mit dem «Sparpaket 2018» und dem Prozess «Finanzen 2019» sowie der vom Regierungsrat erwogenen Steuererhöhung
12. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Sozialbericht 2016
13. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Effizienz des Zuger RAV
14. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Fondsauslagerungen im Rahmen von Sparprogrammen

## 917 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 76 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Urs Raschle, Zug; Iris Hess-Brauer, Unterägeri; Silvan Renggli, Cham; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 918 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant zum Kaiser Franz im Rössl ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

Das Parlamentarier-Skirennen der Kantons Zug und Schwyz findet am 24. Februar 2018 statt. Die Einladung folgt.

Radka Laubacher vom SRF-Regionaljournal Zentralschweiz berichtet heute zum letzten Mal aus dem Zuger Kantonsrat. Sie hat das Kantonsparlament zwölf Jahre lang begleitet und die Öffentlichkeit im Radio über die Arbeit «ihres» Rates orientiert. Der Vorsitzende dankt ihr für die objektive Berichterstattung in all diesen Jahren und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 1

## 919 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

Das Traktandum folgt zu Beginn der Nachmittagssitzung (siehe Ziff. 923−924).

TRAKTANDUM 3

**Kommissionsbestellungen**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass keine Kommissionen zu bestellen sind.

TRAKTANDUM 4

920 **Projekt «Regierung und Verwaltung 2019»: Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 und des Kantonsratsbeschlusses betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013**

Vorlagen: 2659.1 - 15255 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2659.2 - 15256 (Antrag des Regierungsrats [Verfassung]); 2659.3 - 15257 Antrag des Regierungsrats [Organisationsgesetz]); 2659.4 - 15258 (Antrag des Regierungsrats [GO RR]); 2659.5/5a/5b/5c - 15604 (Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission); 2659.6 - 15605 (Antrag der vorberatenden Kommission [Verfassung]); 2659.7 - 15606 (Antrag der vorberatenden Kommission [Organisationsgesetz]); 2659.8 - 15607 (Antrag der vorberatenden Kommission [GO RR]); 2659.9 - 15608 (Antrag der vorberatenden Kommission [Direktionen]); 2659.10/10a/10b/10c/10d - 15613 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Anastas Odermatt,** Präsident der vorberatenden Kommission, verweist auf den Kommissionsbericht und die Beilagen dazu. Es handelt sich um ein aussergewöhnliches und wichtiges Geschäft mit allenfalls tiefgreifenden Folgen. In seinem Votum äussert er sich zu zwei Punkten:

• Verlauf der Kommissionsarbeit: Die vorberatende Kommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen im Dezember 2016 und im Oktober 2017 beraten und verabschiedet. Der Kommissionspräsident dankt dem Alt-Landammann und der Frau Landammann für die kompetente Begleitung der Kommission. Die beiden Sitzungen lagen zeitlich relativ weit auseinander. Der Grund dafür liegt in den von der Kommission an ihrer ersten Sitzung getroffenen Entscheidungen. Die Kommission beschloss in einem Grundsatzentscheid mit grosser Mehrheit, das Modell «Sieben Regierungsratsmitglieder» zu unterstützen. Mit dem Grundsatzentscheid erfolgte der Auftrag an die Regierung, einen Bericht über eine Verwaltungsreform im Rahmen eines siebenköpfigen Regierungsrats zu erstellen. Der *Lead* bei diesem Geschäft − auch kommunikativ − lag in diesem Augenblick bei der Kommission. Aufgrund der ausserordentlichen Umstände beschloss die Kommission, selbst zu kommunizieren. Die Hauptbotschaften wurden in der Kommission definiert. Die Kommunikation war erforderlich, da es einerseits um die Wahlen und damit um die Wahlvorbereitungen der Parteien ging, anderseits hat diese Entscheidung Auswirkungen auf die Verwaltung und damit auf das Personal des Kantons. Mit Blick auf den Bericht der Stawiko verweist der Kommissionspräsident auf die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen: Massgebend ist § 27 Abs. 3 GO KR. Den von der Regierung erstellten Zwischenbericht hat die Kommission an ihrer zweiten Sitzung beraten, und anschliessend konnte sie das Geschäft zu Ende beraten. Auf den Bericht des Regierungsrats wird der Kommissionspräsident an entsprechender Stelle in der Detailberatung eingehen.

• Zum Eintreten: In der ersten Sitzung führte die Kommission eine vertiefte Grundsatz- und Eintretensdebatte. Hinsichtlich der politischen Frage «Sieben oder fünf Regierungsratsmitglieder?» lagen alle Argumente, präsentiert durch die Regierung, vor. Zudem hatte die Kommission Kenntnis von allen Vernehmlassungsantworten, wobei gemäss Regierung von den insgesamt 31 Antworten nur 9 die Variante mit fünf Regierungsratsmitgliedern unterstützten. Auch galt es, verschiedene Vorstösse − «45 Ämter sind genug», Staffelung der Reform, Regierungsreform mit Präsidial- bzw. Aussendepartement − zumindest mitzudenken. Die Argumente waren hinläng-

lich bekannt. Die Kommission unterschied daher relativ schnell zwischen der politischen Frage «Sieben vs. fünf» und der eher verwaltungstechnischen Frage hinsichtlich des Reformbedarfs. Hatte sie bei der Frage «Sieben vs. fünf« erwartungsgemäss unterschiedliche Meinungen − was heute wohl auch im Rat der Fall sein wird −, so herrschte ein klarer Konsens über den vorhandenen Reformbedarf. Die grosse Mehrheit der Kommission war der Ansicht, dass eine Verwaltungsreform auch bei Beibehaltung von sieben Regierungsratsmitgliedern möglich sein müsse. Die seit 1894 gewachsenen Verwaltungsstrukturen müssen hinterfragt werden. Die Verwaltung muss auf die Zukunft ausgerichtet werden können, und sie soll optimiert werden. Und nicht unwichtig: Eine solche Verwaltungsreform muss politisch und innert nützlicher Frist realisierbar sein.
Es muss betont werden, dass die grosse Mehrheit der Kommission mit Exponenten aus allen Fraktionen klar hinter einer Verwaltungsreform stand. Mit dem von der Kommission aufgezeigten pragmatischen «Zuger Weg» einer Verwaltungsreform erhält die Regierung die wohl nicht alltägliche Chance, die Verwaltung tiefgreifend nach ihrem Gusto zu reformieren, dies mit entsprechendem Druck und mit Rückendeckung des Kantonsrats. Diese Chance sollte man ergreifen.
In der Diskussion in der Kommission vermengte sich die Frage «Sieben vs. fünf» mit der Frage bezüglich Eintreten. Um Eintreten zu ermöglichen, führte die Kommission eine entsprechende Konsultativabstimmung durch. Diese führte dazu, dass die Kommission stillschweigend und demnach einstimmig beschloss, auf die Vorlage einzutreten. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, ebenfalls einzutreten.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko die Vorlage an der Sitzung vom 22. November 2017 beraten hat. Wie in ihrem Bericht unter «Ausgangslage» erwähnt ist, hat der ungewöhnliche, ja kuriose Verlauf dieses Geschäfts die Stawiko beschäftigt. Es ist der Stawiko-Präsidentin ein Bedürfnis, die im Bericht monierten Punkte nochmals zu erwähnen.
Die Stawiko hat sich zu Beginn der Sitzung die folgenden Fragen gestellt:
• Was will die Regierung eigentlich?
• Gibt es nach dem Zwischenbericht noch einen Schlussbericht?
• Könnte die von der Kommission vorgeschlagene Reorganisation nicht heute schon, also ohne gesetzliche Anpassungen, vorgenommen werden?
• Weshalb diese Eile am Schluss des Geschäfts, nachdem sich die Regierung und die Kommission viel Zeit genommen haben? Man muss dazu wissen, dass die Stawiko den Zwischenbericht eigentlich zu spät erhielt, dann aber alles unternommen hat, damit dieses Geschäft noch in diesem Jahr beraten werden kann.
Insbesondere irritierte die Stawiko auch die sehr spezielle Öffentlichkeitsarbeit. Nahm die Medienmitteilung der vorberatenden Kommission vom Dezember 2016 nicht Entscheide des Kantonsrats vorweg? Die Medienmitteilung vom November 2017 verwirrte dann vollends: Wieso muss kurz vor der Sitzung des Kantonsrats nochmals kommuniziert werden? Die Stawiko versteht, dass die Regierung die Mitarbeiter informieren wollte, allerdings sind nur einige wenige Mitarbeitende von der von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Lösung betroffen. Inhaltlich wies diese Medienmitteilung sogar mehrere Fehler auf:
• Die Haltung der Regierung wird falsch wiedergegeben. Die Regierung hält nämlich − zumindest offiziell − an der Fünfer-Lösung fest.
• Weil die Regierung bereits mit der heutigen gesetzlichen Grundlage Ämter zusammenlegen oder anderen Direktionen zuteilen kann, braucht es keine zusätzliche Delegationsnorm.
• Die nun beantragte Änderung des Organisationsgesetzes ermöglicht dem Regierungsrat lediglich, die Bezeichnungen der Direktionen eigenständig zu wählen. Von

einem grossen Vertrauensvotum seitens der Kommission zu sprechen, ist also fehl am Platz.
Trotz dieser Kritik, die von allen anwesenden Stawiko-Mitgliedern unterstützt wurde, war Eintreten auf die Vorlage unbestritten. Die Detailberatung startete die Stawiko mit der Beratung der Teilrevision der Kantonsverfassung, dem *pièce de résistance* der Vorlage, also der Frage «Fünf oder sieben Regierungsratsmitglieder?». Mit 3 zu 2 Stimmen entschied sie sich für das Siebner-Modell und folgt somit der vorberatenden Kommission. Sie begründet dies damit, dass sich das heutige System bewährt hat. Eine Totalrestrukturierung wäre ein zu grosser Hosenlupf. Durch die vielen Entlastungs- und Sparprogramme ist die Verwaltung schon heute sehr belastet. Eine weitere Grossbaustelle ist nach Meinung der Stawiko nicht verkraftbar.
Bei § 3 Abs. 5 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung nahm die Stawiko eine Präzisierung vor. Sie sieht die erweiterte Staatswirtschaftskommission als die richtige Anlaufstelle, denn dort sind die Personen angesiedelt, welche die Direktionen gut kennen und die Visitationen vornehmen. Zudem ist die Stawiko dezidiert der Meinung, dass die Pflicht zur Information durch die Regierung erst im Rahmen des Budgetprozesses zu spät ist. Sollte das Geschäft in dieser Form verabschiedet werden, wird die Stawiko die Abläufe an einer ihrer nächsten Sitzungen definieren. Des Weiteren verlangt sie, dass die geplanten Änderungen transparent mit einem Preisschild versehen ins Budgetbuch aufgenommen werden.
Die finanziellen Auswirkungen sind im Stawiko-Bericht auf Seite 3 und 4 abgehandelt. Initialzündung für die Reform war der Sparwille der Regierung. Davon ist allerdings nichts übriggeblieben. Das zeigen die Kosten bei einem Status Quo, also einer Siebner-Regierung. Da der Regierungsrat die Reform auf die Legislatur 2019−2023 hin einführen möchte, muss die Umsetzung 2018 erfolgen. Obwohl das bekannt war, ist im Budget 2018 aber kein entsprechender Posten eingestellt; es wird in der Jahresrechnung 2018 also eine Abweichung geben. In den Planjahren 2019 und 2020 sind dann je 50'000 Franken eingestellt. Die Stawiko hat sich auch über die Folgekosten orientiert. Es ist ja möglich, dass auch bei einer kleinen Reorganisation Investitionen und Kosten für Umzüge etc. anfallen könnten. Der Finanzdirektor hat der Stawiko versichert, dass die Regierung diesbezüglich mit Bedacht vorgehen werde und diese Kosten marginal sein werden.
Was nun auf dem Tisch liegt, ist − ehrlich gesagt − keine Reform mehr, sondern eine Reorganisation «ultralight», die bereits mit der heutigen Gesetzgebung an die Hand hätte genommen werden können. Die Vorlage zeigt exemplarisch auf, wie Politik und Verwaltung beübt werden. Trotz dieser ernüchternden Feststellung will die Stawiko lieber das Wenige als gar nichts. Die Votantin empfiehlt deshalb, der Version der Stawiko zu folgen.

**Vroni Straub-Müller** teilt mit, dass die ALG-Fraktion samt ihren zwei CSP-Mitgliedern den von der vorberatenden Kommission und von der Stawiko bestätigten und zukunftsweisenden Weg einer Verwaltungsreform mit sieben Regierungsratsmitgliedern unterstützt. Der Grundsatzentscheid der Kommission für eine Regierung mit sieben Köpfen, verbunden mit einem Auftrag für eine Verwaltungsreform, hat den Regierungsrat veranlasst, nochmals über die Bücher zu gehen. Und siehe da: Es geht! Die nun geplante Verwaltungsreform inklusive Delegationsnorm gibt der Regierung die Möglichkeit, die Verwaltung innert nützlicher Frist und mit Rückendeckung des Kantonsrats in eigener Kompetenz umzugestalten. Das historisch gewachsene Ungleichgewicht der Direktionen kann korrigiert und gleichzeitig eine strukturell bessere Bündelung der Ämter aufgegleist werden − dies ohne grosse Kosten und mit vertretbarem Aufwand. Mit der Erweiterung der Delegationsnorm erhält die Regierung ein Instrument, mit dem sie zügig auf Veränderungen

reagieren kann, unter anderem auf die Veränderungen, welche die Digitalisierung mit sich bringt. Zum Beispiel stellt der Stadtrat von Zug demnächst auf total papierlos um, er wird also zu «Sans-Papiers». Das erfordert und braucht Spielraum, auch in zeitlicher Hinsicht.
Ein vergleichsweise langwieriger und konfliktträchtiger Radikalschnitt auf einen Fünfer-Regierungsrat würde die vorliegende pragmatische Reform verhindern, und man hätte über Jahre hinweg mehr oder weniger einen Stillstand. Was immer man über die Glaubensfrage «Fünf oder sieben Regierungsratsmitglieder» denkt: Sicher ist, dass der Regierungsrat einen Prozess angestossen hat, der positiv ist. Man muss ihn jetzt einfach starten. Und für die Votantin ist sicher, dass sich in einer kantonalen Verwaltung mit sieben mehr oder weniger ausgewogenen Direktionen die Zügel besser in der Hand halten lassen. Denn je grösser der «Laden» ist, umso grösser ist das Gewicht der Verwaltung. Da kann man noch so perfekt entscheiden, delegieren und kontrollieren − man kann einfach nicht alles wissen und ist von vorgefilterten Informationen abhängig. Es fehlt die Zeit, um an der Front sein zu können. Die Volksnähe der Regierung, eine immer wieder gelobte Qualität von Zug, ginge verloren. Und wenn die Votantin in der Begründung der Regierung für eine Verkleinerung auf fünf Ratsmitglieder liest, dass damit mehr Zeit für «strategische Entscheide» bleibe, kann sie als Exekutivpraktikerin nur den Kopf schütteln. Sich vom Tagesgeschäft befreien zu können, um den Kopf für Strategie frei zu bekommen, hängt auch von der Grösse des Aufgabenspektrums ab − und mit fünf Regierungsmitgliedern wäre dieses Spektrum deutlich grösser.
Die ALG-Fraktion spricht sich klar gegen die Fünfer-Variante aus, dies aber zwingend verbunden mit einer raschen Umsetzung der nun vorliegenden Verwaltungsreform. Damit wird das SVP-Postulat «45 Ämter sind genug» − was auch die Meinung der Votantin ist − erfüllt.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Mit dem Verweis auf eine stärkere Konzentration auf strategische denn operative Aufgaben, auf eine schlankere Verwaltung, kürzere Wege und die Entlastung des Zuger Finanzhaushalts schlägt die Regierung unter Stawiko-Support vor, ihr Gremium von sieben auf fünf Mitglieder zu verkleinern. Die SP-Fraktion lehnt diesen Vorschlag entschieden ab. Die Ämter können − wie bereits erwähnt wurde − auch anderweitig umstrukturiert werden. Daher ein Ja zur Reorganisation der Verwaltung, aber ein Nein zur Machtkonzentration bei der politischen Führung. Die dokumentierten Ziele können erreicht werden, ohne dass der Regierungsrat personell verkleinert werden muss. Umgekehrt hat die SP in der Vernehmlassung gefordert, auch die Erweiterung auf neun Personen zu prüfen. Sie bedauert, dass dies nicht geschah. Warum? Was als umfassende Verwaltungsreform inkl. Regierungsratsverkleinerung dargestellt wird, ist *de facto* eine Konzentration der politischen Macht. Die SP ist aber überzeugt, dass die Zuger Bevölkerung lieber eine ausgeglichene Regierung will.
Beim Regierungsrat, also der politischen Führung, erkennt die SP −anders als bei der Anzahl Ämter − keinerlei Mehrwert durch eine Reduktion. Es herrscht auch kein Mangel an interessierten und fähigen Anwärterinnen und Anwärtern. Grundsätzlich funktioniert die Demokratie gut. Die Themen und Politikfelder werden aber komplexer. Direktionen sollen deshalb nicht *per* se gestrichen oder subsumiert werden. Darum nochmals in aller Deutlichkeit: Es braucht in Zug kein Fünfer-Gremium mit «Regierungsmogulen», sondern demokratisch geteilte Macht. Die SP denkt an folgende negativen Implikationen bei einer Reduktion der Regierungsratsmitglieder:
• Verlust von demokratischer Vielfalt bei der politischen Führung. Das gilt nicht nur in Bezug auf die Parteicouleur, sondern auch auf individuellen fachlichen Hintergründe und den politischen Stil der einzelnen Mitglieder.

• Einer Machtballung bei einzelnen Mitgliedern und Direktionen soll entgegengewirkt werden. Ebenfalls soll die Interessenvertretung in interkantonalen, überregionalen und nationalen Gremien nicht geschwächt werden.
• Die SP befürchtet trotz gegenteiliger Beteuerungen geminderte zeitliche Ressourcen für die einzelnen Regierungsmitglieder. Dabei geht es um einen wertvollen Dienst zugunsten der Bevölkerung.
• Wie stark sich die Regierung im «Mikro-Management» − versus strategische Führung − bewegt, ist keineswegs primär eine Frage der Grösse des Gremiums, sondern abhängig von der generellen Arbeitskultur plus den individuellen Führungsstilen und -kompetenzen.
Um effektiv und unkompliziert Kosten zu sparen, könnte − wie von der SP im Sinn der Stawiko schon mehrfach angeregt − die Besoldung der Regierungsratsmitglieder deutlich reduziert werden; das wäre aber separat zu behandeln. Die SP folgt daher den Anträgen der vorberatenden Kommission. Sie begrüsst es grundsätzlich, dass auch die Organisationsstruktur und Arbeitsweisen überdenkt werden. Die Schlussfolgerung der Machtkonzentration bei der politischen Führung lehnt sie hingegen entschieden ab.
Eine letzte Bemerkung: Der Stawiko-Bericht führt auf Seite 4 aus, dass der Regierungsrat ein externes Beratungsmandat vergab. Der externe Berater begleitete die Regierung in zwei ganztägigen Workshops. Das Honorar für diese zwei Tage im Jahr 2017 betrug stattliche 38'000 Franken, also knapp 20'000 Franken pro Tag. Da wurde − selbst in Berücksichtigung von Vor- und Nachbereitungsaufwand − fürwahr nicht für Gotteslohn gearbeitet: Das ist ein göttliches Honorar. Und es ist das Gegenteil eines Vertrauensbeweises für das Kostenbewusstsein der Regierung.
Kurz gesagt: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und folgt den Anträgen der vorberatenden Kommission. Bei § 3 Abs. 5 Organisationsgesetz folgt sie der Stawiko.

**Pirmin Frei** spricht für die CVP-Fraktion. Diese wird auf die Vorlage eintreten. Die Debatte von heute ist der Regierung zu verdanken. Mitten in der ersten Sparrunde des letzten Jahres schlug der Regierungsrat dem Kantonsrat und den Stimmbürgerinnen und -bürgern eine Reduktion der Regierungsratssitze und eine umfassende Verwaltungsreform vor. Der Vorstoss war sehr gut vorbereitet. Für die Nichtbeteiligten kam er freilich überraschend. Und er war mutig, auch wenn er von zwei sich abzeichnenden Demissionen begünstigt war. Zudem hatte die CVP schon vor rund zehn Jahren Denkarbeit in Richtung «Fünf statt sieben» geleistet und bereits mit dem Unterschriftensammeln begonnen. Dass die Regierung heute an ihrem Antrag festhält, ist nicht etwa als Ausdruck von Trotz, sondern vielmehr als Ausdruck von Beharrlichkeit und Linientreue zu werten. Dafür gebührt ihr Anerkennung. Umso mehr freut sich die CVP schon jetzt auf das sicherlich flammende Plädoyer von Frau Landammann zugunsten des Fünfer-Modells.
Kernelement des regierungsrätlichen Vorschlags ist die Reduktion der Anzahl Regierungsmitglieder von sieben auf fünf. Könnte man den Kanton Zug heute quasi auf der grünen Wiese neu organisieren, würde man sich ohne Zweifel für eine Fünfer-Regierung entscheiden, was auch das Volk mit Sicherheit unterstützen würde. Die Grösse und die Homogenität des Kantons Zug sprechen eindeutig für fünf Regierungsratssitze. Hinzu kommen klar erkennbare Kosten- und Effizienzvorteile. Auch der Blick über die Kantonsgrenzen hinaus würde bestätigen: Fünf Regierungsräte sind genug. Vermutlich würden sogar drei genügen, doch wäre dies etwas gar unzugerisch frech. Warum tut man sich aber dennoch so schwer, vom Siebner-Modell abzukehren? Der Votant sieht drei wesentliche Gründe:
• Der erste Grund ist traditionalistisch oder − anders gesagt − konservativ: Zug hatte immer sieben Regierungsräte − allerdings bis vor ein paar Jahren sieben neben-

amtliche, später sieben hauptamtliche und erst seit relativ kurzer Zeit sieben vollamtliche.
• Kurze Wege: In Zug kennt man die Regierungsräte und -rätinnen. Man kann sie anrufen, ohne im Vorzimmer steckenzubleiben. Sie nehmen sich Zeit für jeden einfachen Bürger. Das wird geschätzt, auch von der Wirtschaft.
• Volksverbundenheit: Lädt man Regierungsräte oder -rätinnen zu Vereinsjubiläen, Festtagskonzerten oder anderen Festivitäten ein, kommen sie, gesellen sich unter die Leute und richten in der Regel auch ein paar salbungsvolle Worte an die Anwesenden. Zugegeben, manchmal freut man sich fast mehr über den «Kaffee avec», den sie mitbringen, als über ihre Präsenz. Der Votant erlaubt sich, quasi als Stimme aus dem Volk den Regierungsmitgliedern auch an dieser Stelle für ihre Öffentlichkeitsarbeit zu danken.
Der Votant fühlt sich etwas berufen, hier die Stimme des Volkes wiederzugeben, weil von den gefühlten 200 Unterschriften, welche die CVP vor zehn Jahren für «Fünf statt sieben» sammelte, rund 20 von ihm stammten. Allerdings: Trotz Charmeoffensive biss er auf der Strasse weitgehend auf Granit − sprich: Eine Reduktion der Regierungsratssitze ist im Volk noch unpopulärer als im Kantonsrat.
Zu den erwähnten Argumenten für den Beibehalt des Siebner-Modells gesellen sich weitere. Niemand wird sie heute erwähnen, denn sie sind etwas «unappetitlich». Die Rede ist von Machterhaltung und Parteiprofilierung. Die linken und rechten Polparteien beschäftigen den Kantonsrat seit Jahren politisch über Gebühr, zuweilen auch fragwürdig. Vielleicht auch deshalb haben sie bei Exekutivwahlen eher Mühe, ihre − durchaus qualifizierten − Kandidatinnen und Kandidaten durchzubringen. Diese Parteien haben kein Interesse, die Zahl der Regierungsratssitze zu reduzieren, denn ohne eine Vertreterin oder einen Vertreter in der Regierung verlieren sie an politischem Einfluss. Zudem gehört es irgendwie zur DNA dieser Parteien, alles, was vom Regierungsrat kommt − die eigenen Regierungsräte ausgenommen −, abzulehnen, um sich so den Touch von Opposition zu bewahren. Links und Rechts − das wird man heute spüren − haben «Fünf statt sieben» zur Glaubensfrage hochstilisiert, fernab von objektiver Sachlichkeit.
Zählt man die ernst zu nehmenden Argumente und die parteipolitisch motivierten zusammen, kommt man zum Schluss: Eine Reduktion der Regierungsratssitze hätte in einer Volksabstimmung keine Chance. Und schon Sun Tzu, der grosse chinesische Militärstratege, sagte: «Beginne nie einen Krieg, den du nicht gewinnen kannst.» Weitgehend dieser Logik folgend, lehnt eine hauchdünne Mehrheit der CVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats ab und unterstützt die reine Verwaltungsreform, wie sie die vorberatende Kommission vorschlägt. Auch der Votant gehört zu dieser Mehrheit, nicht aus Überzeugung − wie wohl jedermann spürt −, sondern aus purem Realitätssinn.
Natürlich stellt sich die Frage, ob eine Reform, wie sie die vorberatende Kommission vorschlägt, den Namen «Reform» wirklich verdient. Diejenige Partei, die diese Frage gestern in einer eilig verfassten Medienmitteilung öffentlichkeitswirksam gestellt hat, sei daran erinnert, dass sie in der vorberatenden Kommission mit ihrem Parteipräsidenten, ihrem Fraktionschef und ihrem hoch anerkannten Sprecher der Justizprüfungskommission vertreten war; dem Bericht der vorberatenden Kommission lässt sich nicht entnehmen, dass sich diese drei Koryphäen gegen die Mehrheitsmeinung der Kommission gewandt hätten. Natürlich kann man das Resultat schlechtreden oder das Ganze als «Brimborium» bezeichnen. Unbestritten ist, dass sich das finanzielle Sparpotenzial mit dieser Verwaltungsreform in Grenzen hält. Ebenso unbestritten ist aber, dass dieses Modell der Regierung Flexibilität sichert, etwas vom Wichtigsten in einer schnelllebigen Zeit wie heute. Heute bedingen Verwaltungsorganisationsanpassungen langwierige und aufwendige Gesetzes-

revisionen. Ob dereinst die «grüne» Abteilungen der Gesundheitsdirektion − wie es früher schon war − oder wie bisher der Baudirektion angehören, ist irrelevant: Die Arbeit muss gemacht, die Entscheide müssen zeit- und bürgernah gefällt werden, und der Regierungsrat muss handeln können.
Das Verwaltungsorganisations-Primat gehört eindeutig in die Hände des Regierungsrats. Die Stawiko möchte, dass künftig bei Organisationsänderungen die erweiterte Stawiko einbezogen werden muss. Das ist eine demokratische Sicherung, die es nach Meinung des Votanten nicht braucht, die das System aber auch nicht in Frage stellt. Der Vorschlag der vorberatenden Kommission ist ohne Wenn und Aber eine Verbesserung. Daher verdient er die Unterstützung des Rats. Die CVP-Fraktion wird ihr zustimmen.
Im Übrigen stimmt die CVP der Erheblicherklärung und gleichzeitigen Abschreibung der zwei Postulate «45 Ämter sind genug« und «Regierung und Verwaltung 2019» zu. Hingegen wird sie der Motion der FDP-Fraktion betreffend Regierungsreform und Regierungspräsident als Direktor des Äusseren keine Folge leisten.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion. Gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats soll ein Fünfer-Gremium es der kantonalen Exekutive ermöglichen, sich vermehrt strategischen Fragen bzw. ihrem Kerngeschäft, dem Regieren, zu widmen. Ausserdem − so der Regierungsrat − sei die Regierungsreform sinnvoll, weil daraus eine schlankere und effizientere Verwaltung resultiere. Tönt gut: regieren, strategisch denken, schlank, effizient. Und trotzdem: Die Argumentation des Regierungsrats vermag die SVP nicht zu überzeugen, aus den folgenden Gründen:
• Auch eine Siebner-Regierung kann sich auf strategische Aufgaben konzentrieren. Dies ist keine Organisationsfrage, sondern eine Frage des persönlichen Führungsstils, der Kompetenz und der Professionalität jeder einzelnen Regierungsrätin und jedes einzelnen Regierungsrats.
• Für die SVP ist schlicht nicht nachvollziehbar, weshalb und wie eine Regierungsreform zu einer schlankeren Verwaltung führen soll. Die Aufgaben, welche der Kanton Zug erfüllen muss, bleiben ja die gleichen. Die verbleibenden Direktionen werden also wachsen, die Führungsspannen werden grösser und die Verwaltung dadurch dominanter. Entsprechend würde es eine Machtverschiebung geben: weg von vom Volk gewählten Politikern hin zur Verwaltung.
• Der Regierungsrat rechnet nach einer Reduktion von sieben auf fünf Direktionen mit Lohneinsparungen von jährlich rund 2,1 Millionen Franken. Auch dies ist illusorisch. Fünf von acht Kantonen, die in den letzten fünfzehn Jahren eine Regierungsreform durchführten, können keinerlei Einsparungen beim Personalaufwand ausweisen: hierzu sei auf Seite 15 im Bericht und Antrag des Regierungsrats verwiesen. Die Einsparungen hat man bloss auf dem Papier, die Praxis sieht anders aus. In vielen Kantonen, die eine solche Regierungsreform durchführten, mussten die verbleibenden Direktionssekretariate zur Führungsunterstützung der Regierung massiv ausgebaut werden. Denn wie bereits erwähnt: Die Aufgaben, die der Kanton zu bewältigen hat, bleiben ja die gleichen, sie werden nicht einfach weniger.
• Mit der einer Reduktion auf fünf Regierungsratsmitglieder wird ein nicht unwesentlicher Standortvorteil des Kantons Zug unnötig aufs Spiel gesetzt: die Nähe der Regierung zu den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen, den Gemeinden. Fünf Regierungsräte werden weniger Zeit haben, um sich um diese verschiedenen Anspruchsgruppen zu kümmern. Der vom Regierungsrat selbst oft gelobte «Spirit of Zug» wird mit einer Regierungsreform unnötig aufs Spiel gesetzt.
Aus diesen Gründen lehnt die SVP die vom Regierungsrat beantragte Regierungsreform und die damit verbundene Reduktion der Kantonsregierung von sieben auf fünf Mitglieder ab. Die SVP will eine in jederlei Hinsicht ausgewogen besetzte Re-

gierung. Sie will eine Regierung, in welcher sämtliche parteipolitisch relevanten Kräfte eingebunden sind, von links bis rechts. Sie will eine Regierung, in welcher verschiedene Berufsgruppen sowie Mann und Frau eingebunden sind. Und schliesslich will sie eine Regierung, in welcher die Zuger Berggemeinden angemessen vertreten sind. Bei Regierungsratswahlen haben Kandidaten aus den urbanen und bevölkerungsstarken Gemeinden der Lorzenebene schon heute einen Vorteil bzw. Kandidaten aus Berggemeinden eben einen Nachteil. Mit einer Reduktion der Regierung auf fünf Mitglieder würde dieser Nachteil akzentuiert. Das will die SVP nicht. Die Zuger Bergregion darf nicht von der politischen Landkarte bzw. aus dem Regierungsrat verschwinden.
Die SVP ist zudem auch überzeugt, dass eine Regierungsreform in einer Volksabstimmung nicht bestehen würde. So lehnen etwa die sieben Gemeinden Neuheim, Steinhausen, Menzingen, Zug, Oberägeri, Unterägeri und Baar bzw. deren Gemeinderäte − weiss Gott keine von der SVP oder von links-grünen Politikern dominierte Gremien − eine Regierungsreform ab. Und auch die von einem überparteilichen Komitee angestossene Initiative «Fünf ist ideal» floppte bereits im Stadium der Unterschriftensammlung: Sie kam trotz mehrfachem Versand der Unterschriftenbögen in die Zuger Haushalte nicht zustande.
Die SVP sagt also entschieden Nein zu einer Regierungsreform. Sie unterstützt aber die von der vorberatenden Kommission angestossene und auf dem Siebner-Modell basierende Verwaltungsreform. Eine Reorganisation der Verwaltung und eine Zusammenlegung von kleinen Verwaltungseinheiten sind ganz in ihrem Sinne. Der Votant verweist hierzu auf das Postulat der SVP-Fraktion betreffend «45 Ämter sind genug» aus dem Jahr 2013. Es ist wichtig, dass die vom Regierungsrat angedachte Reorganisation der Ämter nun endlich und zügig in Angriff genommen werden kann. Dies aber geht nur, wenn sich der Kantonsrat heute für die Beibehaltung des Siebner-Modells entscheidet. Spricht sich der Kantonsrat hingegen für das Fünfer-Modell aus, wird im kommenden Herbst, vermutlich am 23. September 2018, das Volk über die Frage «Fünf oder sieben?» befinden. Das Stimmvolk würde damit zwei Wochen vor den kantonalen Wahlen vom 7. Oktober 2018 über etwas befinden − nämlich die Grösse des Regierungsgremiums −, was erst per 1. Januar 2023 umgesetzt würde. Auf fünf reduzieren und zwei Wochen später bei den Wahlen dann trotzdem wieder sieben Regierungsräte wählen − das würden viele Stimmbürger nicht verstehen. Die Politikverdrossenheit liesse grüssen, und die dringend notwendige Reorganisation der Verwaltung würde sich weiter verzögern.
Abschliessend hält der Votant fest: Die SVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten, sich für die Beibehaltung des Siebner-Modells aussprechen und in der Detailberatung den Anträgen der Stawiko folgen. Der Rat möge es ihr gleichtun.

**Adrian Andermatt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die beiden Kommissionsberichte sowie den regierungsrätlichen Bericht und Antrag intensiv diskutiert hat und zu einem klaren Ergebnis gekommen ist: Die von der vorberatenden Kommission und von der Staatswirtschaftskommission beantragte bzw. unterstützte Verwaltungsreform ist auch für die FDP unerlässlich, aber ohne Regierungsreform schlicht unzureichend.
Wenn jemand die Vor- und Nachteile des heutigen Regierungsmodells kennt, dann ist es die aktuelle, siebenköpfige Regierung. Und diese ist der Überzeugung, dass sie ihren Auftrag besser als Fünfer-Gremium mit fünf ausgewogenen Direktionen wahrnehmen kann. Die FDP-Fraktion unterstützt denn auch nicht die zu kompromissfreudigen und somit defensiven Positionen der vorberatenden Kommission und der Staatswirtschaftskommission, welche den politisch mutigen und weitsichtigen Tatendrang der Regierung bereits im Keim zu ersticken versuchen. Von dieser Kritik sind

die eigenen Vertreter in der vorberatenden Kommission inkl. der Sprechende nicht ausgenommen. Im Rahmen des Eintretens war der Mut noch vorhanden, in der eigentlichen Beratung aber war die Kompromissfreudigkeit zu gross. In diese Kritik ist auch die CVP eingeschlossen, welche offenbar für eine Fünfer-Regierung wäre, sich aber nicht dazu zu bekennen getraut. Angst vor dem Volk ist aber ein schlechter Ratgeber. Deshalb zählt die FDP darauf, dass der Kantonsrat genauso weitsichtig und im Interesse des Kantons der Regierung den Rücken stärkt und dieser im Sinne ihres Antrags den Auftrag erteilt, eine Regierungs- und Verwaltungsreform mit einer Fünfer-Regierung und fünf Direktionen in die Wege zu leiten.
Der FDP ist es bewusst, dass eine Regierungs- *und* Verwaltungsreform deutlich mehr Zeit in Anspruch nimmt als die nun vorgeschlagene reine Verwaltungsreform unter Beibehaltung der Siebner-Regierung. Sie erachtet das jedoch als unproblematisch. Denn bei diesem Thema geht es nicht darum, möglichst schnell eine bescheidene Lösung zu erzielen, sondern vielmehr darum, die Regierung und Verwaltung so aufzustellen, dass sie für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen bestmöglich vorbereitet und gewappnet ist. Dafür darf und soll man sich die nötige Zeit nehmen. Unabhängig davon steht es der Regierung selbstverständlich frei, notwendige Anpassungen in der Verwaltung frühzeitig vorzunehmen.
Die FDP-Fraktion wird in der Detailberatung entsprechend grossmehrheitlich den Anträgen der Regierung folgen; Eintreten ist unbestritten. Sollte sich das Modell der Siebner-Regierung mit der angedachten Verwaltungsreform durchsetzen, wird die FDP in der Schlussabstimmung dies im Sinne einer absoluten Minimallösung unterstützen. Dabei ist es für sie zentral, dass es nicht bei Ämterverschiebungen und -zusammenlegungen bleibt. Es gilt die Prozesse in den verschiedenen Ämtern und weiteren Organisationseinheiten auf Effizienz und Effektivität hin zu überprüfen und entsprechende Erkenntnisse umzusetzen. Die Regierungsreform ist für die FDP in diesem Fall aber noch nicht vom Tisch. Denn mit einer Verwaltungsreform ohne Regierungsreform hat man zwar einen ersten Schritt gemacht, ist aber noch immer weit vom Ziel einer optimal aufgestellten Regierung und Verwaltung entfernt. Der Votant bittet den Rat nochmals, den Tatendrang der Regierung zu unterstützen. Die FDP wird es auf alle Fälle tun.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass sich Pläne und Perspektiven für eine Verwaltungsreform nur sinnvoll entwickeln lassen, wenn man sich zuvor über die Funktion des Staates, über seine Aufgaben und die Grenzen seines Handelns klar geworden ist. Denn die Verwaltung vollzieht das, was dem Staat an Aufgaben und Befugnissen übertragen wird. Manchmal gibt sich die Verwaltung aber auch selber Aufgaben oder zieht Aufgaben an sich. Der moderne Staat fühlt sich verantwortlich und wird auch für alles verantwortlich gemacht, nicht nur für grundlegende individuelle und gesellschaftliche Risiken, sondern praktisch für jedes soziale, ökonomische und ökologische Problem. Der expandierende Wohlfahrtsstaat hat so mehr auf sich genommen, als er in angemessener Weise erfüllen kann. Heute ist alles, was regulierbar ist, auch rechtlich geregelt. Diese Überregulierung hemmt nicht nur das staatliche Handeln, sondern auch die individuelle und gesellschaftliche Selbstverantwortung. Man denke nur an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Mittlerweile ist die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand an seine fiskalischen Grenzen gestoßen. Dies gilt auch für den Kanton Zug. Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf erkannt und in den letzten Jahren bereits einiges unternommen, um diesen Prozess wenn auch nicht zu stoppen, so doch zu bremsen. Auch das Projekt «Regierung und Verwaltung 2019» bewegt sich in diesem Kontext.
Fünf oder sieben Regierungsratsmitglieder? Für die GLP als Kleinpartei wäre die Sache eigentlich klar: sieben. Beim Fünfer-Modell hat eine kleine Partei wie die

GLP nicht den geringsten Hauch einer Chance, je einen Regierungsratssitz zu holen. Da muss sie schon gar nicht antreten. Bei sieben ist die Wahrscheinlichkeit auf einen Regierungsratssitz zwar nicht wirklich höher, aber wenigstens grösser als Null. Trotz dieser klaren Ausgangslage hat sich die GLP in der Vernehmlassung für die Verkleinerung der Regierung von sieben auf fünf Mitglieder und die damit verbundene Reduktion der Direktionen ausgesprochen. Das mag erstaunen, aber die GLP hat bei der Beurteilung des Projekts «Regierung und Verwaltung 2019» ihren Fokus ausschliesslich auf den zu erwartenden Gewinn an Effektivität und Effizienz ausgerichtet und staatspolitische Überlegungen höher als parteipolitische Eigeninteressen gewichtet. Es ist der GLP jedoch bewusst, dass eine verkleinerte Regierung mit weniger Direktionen *per se* noch keine Garantie ist, dass die Verwaltung auch wirklich schlanker und günstiger wird. Grundsätzlich kann das auch mit dem heutigen Modell erreicht werden. Ob Fünfer- oder Siebner-Variante: das Projekt «Regierung und Verwaltung 2019» muss für die GLP sowieso nur eines: eine Strukturreform zur Verschlankung und Kostenreduktion der kantonalen Verwaltung anstossen und zeitnah umsetzen. Ob jedoch die von der vorberatenden Kommission favorisierte Siebner-Variante mit den entsprechenden gesetzlichen Anpassungen genügen wird, um dies zu gewährleisten, ist alles andere als sicher. Der Kantonsrat jedenfalls kann künftig hierauf − ausser mit den üblichen parlamentarischen Instrumenten − keinen wirklichen Einfluss mehr nehmen. Auch die Verpflichtung des Regierungsrats, die erweiterte Staatswirtschaftskommission über geplante wesentliche Reorganisationen zu informieren, verbessert die Situation nicht wirklich. Es bleibt dem Regierungsrat vorbehalten, die Verwaltungsreform inhaltlich sowie terminlich zu definieren und umzusetzen.
Die GLP geht zwar davon aus, dass die heutige Verwaltungsorganisation in den nächsten Jahren trotzdem einige Veränderungen erfahren wird. Sie findet aber, dass die Verschiebung einiger kleiner Ämter in die zu diesem Zweck umbenannte Gesundheitsdirektion in Direktion für Gesundheit und Umwelt hierzu nicht genügt. Die Reform muss weit mehr. Sie muss die historisch gewachsene Verwaltungsstruktur entflechten und vereinfachen sowie einen signifikanten Spareffekt erzeugen. Tut sie das nicht, ist sie so gut wie nutzlos.
Was bleibt nun von der Regierungs- und Verwaltungsreform? Leider nicht so viel, wie die GLP anfänglich hoffte. Einerseits umfasst der Regierungsrat aller Voraussicht nach wie bisher sieben Mitglieder, und anderseits erhält der Regierungsrat nur eine marginal angepasste rechtliche Grundlage, um etwas in Richtung einer Verwaltungsreform tun zu können, ohne es jedoch mit der nötigen Dringlichkeit tun zu müssen. Trotz all dieser Bedenken tritt die GLP aber auf die Vorlage ein.

Für **Silvia Thalmann** spricht betriebswirtschaftlich alles für eine Verkleinerung des Regierungsgremiums auf fünf Mitglieder. Kein Unternehmen würde sich unter den gegebenen Umständen ein Siebner-Gremium leisten. Zwar rühmt sich der Kanton seit Jahren für seine schlanke, effiziente und bürgernahe Verwaltung. Diese sei auch gar nicht in Abrede gestellt, aber alle wissen, dass die Direktionen nicht ausgeglichen sind. Es gibt sehr grosse und solche, die sehr klein geworden sind. Die Volkswirtschaftsdirektion, der grösste Gemischtwarenladen, wird seit Jahren ohne Probleme von *einem* Regierungsrat geführt. Und indem für die Ämter eine Minimalgrösse festgelegt wird, bleibt die Führungsspanne eines Regierungsrats weiterhin zwischen sechs und neun Direktunterstellten. Es spricht also nichts dagegen, zwei Direktionen aufzuheben und die anderen Direktionen aufzuwerten. Diese Haltung vertritt auch der Regierungsrat, der sich viel länger und intensiver als die Votantin mit verschiedenen Organisationsformen beschäftigt hat.

Woran liegt es dann, dass die vorberatende Kommission und die Stawiko nicht dem Regierungsrat folgen? Wo kommt es denn sonst noch vor, dass ein Regierungsrat seine Organisation analysiert und dem Parlament eine Reorganisation vorschlägt, die diesen Namen tatsächlich verdient? Eigentlich müsste das Parlament laut applaudieren. Der Regierungsrat ist willens, die Verwaltung massgeblich zu optimieren. Und tatsächlich pflichten − mit wem man auch spricht − alle bei, dass eine richtige Reorganisation zwingend notwendig ist. Weshalb sollte man sich dann mit einer Mini-Reform zufriedengeben? Welche Argumente des Regierungsrats überzeugen nicht? Die Votantin liess sich belehren: Das Volk ist für diesen Schritt nicht bereit.
Aber ist dem wirklich so? Kann das Volk nicht überzeugt werden, dass der Kanton Zug auch mit fünf Regierungsräten der Kanton Zug bleibt? Ist es dem Volk nicht zumutbar, dass an der Zuger Messe und am Morgartenschiessen anstatt sechs oder sieben nur vier oder fünf Regierungsräte anwesend sind? Wird der direkte Zugang zu einem Regierungsratsmitglied erschwert? Wird die Dienstleistung der Verwaltung weniger bürgernah sein? Arbeitet ein Fünfer-Gremium weniger effizient als ein Siebner-Gremium? Und sieht der Bürger nicht die Kostenoptimierung, die letztlich ihm zu Gute kommt? Hängen die Zuger tatsächlich so an ihrer Tradition? Stemmen sie sich gegen Veränderungen? Die Schlussfolgerung der Votantin: Für das Volk, das notabene mehrheitlich aus parteiungebundenen Personen besteht, hat eine Regierung mit fünf Mitgliedern weitaus mehr Vor- als Nachteile.
Woher kommt dann der Widerstand gegen ein Fünfer-Gremium? Er kommt von den Parteien − und nur von diesen. Sie fürchten Einfluss zu verlieren. Exponenten der SVP liebäugelten gar mit einem Neuner-Gremium aus Teilzeit-Regierungsräten. Allerdings hat der Kantonsrat 2009 den Wechsel vom Haupt- zum Vollamt beschlossen. Der Wechsel war von keiner Partei bestritten, und die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung wurde mit 70 zu 3 Stimmen angenommen. Die linken Parteien fürchten, dass die politische Vielfalt im Regierungsrat verlorengehe. Auch der Regierungsrat hatte diese Bedenken, und er hat deshalb in seinem Bericht Abklärungen dazu getroffen. Die Realitäten in anderen Kantonen zeigen, dass dieses Argument nicht verfängt. Und die Mitte-Parteien bangen um Sitzverluste in der Regierung und argumentieren mit dem Volkswillen.
Das Volk hat sich gemütlich eingerichtet mit sieben Regierungsräten, ebenso der Kantonsrat. Gegen eine Änderung stemmen sich die Parteien. Sie fürchten Pfründe zu verlieren. Und weil sie dies fürchten, sind sie bereit, die Vorlage zu torpedieren.
Wie aber kommt das bei Familie Stutz mit ihren drei Kindern an, die im Kanton Zug lebt? Herr und Frau Stutz sind parteilos, nehmen an Abstimmungen teil, gehen wählen, zahlen ihre Steuern und sorgen mit einem haushälterischen Umgang mit ihren Mittel dafür, dass sie dem Staat nicht auf dem Geldbeutel liegen. Bei den Ferien wählen sie günstige Angebote, ebenso beim Einkauf im Supermarkt. Und nun wird diese Familie gefragt: Sollen Regierung und Verwaltung gestrafft werden, damit sie, die Familie Stutz, für weniger Geld mehr Leistung erhält? Oder soll man weitermachen wie bisher? Die Votantin überlässt es dem Rat, die Antwort von Familie Stutz vorherzusagen.
Als Mitglied des Kantonsrats ist man befangen. Man ist zwar vom Volk gewählt, zugleich jedoch Mitglied einer Partei, der man sich verpflichtet fühlt. Bei allen Argumenten, die für oder gegen eine Reduktion des Regierungsrats sprechen, ist man als Mitglied des Kantonsrats nicht objektiv in der Gewichtung. Die Votantin wünscht sich deshalb vom Kantonsrat den Mut, über seinen eigenen Schatten zu springen. Der Regierungsrat hat es vorgemacht. Für einen kurzen Moment steht ein Zeitfenster offen. Es eröffnet die Chance für eine zukunftsweisende, betriebswirtschaftlich sinnvolle Reorganisation. Noch steht das Fenster einen Spalt breit offen. Diese Möglichkeit sollte man nicht ungenutzt lassen.

**Andreas Hürlimann** möchte auf zwei Punkte näher eingehen, die in der Debatte bereits genannt wurden:
• Verwaltung und Politik beüben: Es ist so, dass der politische Prozess nun mal so läuft. Und wenn am Schluss nicht die ursprüngliche Idee oder Meinung obsiegt, dann ist dies keine reine Beübung und Arbeitsbeschaffung. Und warum soll man nicht über die Organisation diskutieren? Nun obsiegte in den Kommissionen die Siebner-Variante, dies aufgrund der ausgewiesenen Vorteile, welche der Votant nicht nochmals ausführen will. Und der Verwaltung jetzt neben den bereits laufenden Spar- und Effizienzprogrammen ein weiterer riesiges Projekt aufzubürden, wäre aus Sicht der ALG eindeutig zu viel.
• Kostenfrage: So klar, wie es von einzelnen Votanten dargestellt wurde, ist diese Frage nicht zu beantworten. Untersuchungen in anderen Kantonen haben nämlich gezeigt, dass Kosteneinsparungen nie und nimmer in der erwarteten Grösse eingetreten sind; teilweise mussten die verkleinerten Strukturen bald wieder aufgeblasen werden. Auch eine Studie aus dem Kanton St. Gallen zeigt hier ein anderes Bild, weshalb man dort auf eine Verkleinerung der Regierung verzichtete. Und ob die Reduktion in Luzern die gewünschten Kosten- und politischen Wirkungen tatsächlich erzielte, darf aufgrund der eher turbulenten politischen Wege der vergangenen Jahre bezweifelt werden. In Luzern hatte es sogar zur Folge, dass eine neue Regelungsdichte eingeführt, ja sogar neue Stellen geschaffen werden mussten, um die Kontrolle nicht vollends an die Verwaltung zu verlieren und das *Controlling* durch die Politik aufrecht zu erhalten. Ein zusätzliches Reorganisations-Mammutprojekt würde auch im Kanton Zug grosse Kosten auslösen. Diese müssten erst mal wieder eingespielt werden. Es geht hier nicht nur um mutige Schritte seitens der Regierung − wie vom FDP-Sprecher postuliert −, sondern auch um die Umsetzbarkeit im aktuellen Umfeld. Und die ALG beurteilt diese nicht nur politisch, sondern auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht als sehr kritisch.
Die von der Kommission vorgeschlagene Verwaltungsreform ist ein pragmatischer Schritt für eine Veränderung im aktuellen Umfeld. Diese soll nun vorangetrieben werden. Der Votant empfiehlt, diesen Weg gemäss Antrag der Kommission zu gehen.

**Matthias Werder** macht sich mit seinem Votum möglicherweise in den eigenen Reihen etwas unbeliebt. Er unterstützt den Antrag der Regierung: Fünf Regierungsräte genügen. Natürlich macht sich jeder Parteipräsident nun Sorgen, welche zwei Regierungsratssitze verschwinden sollen. Dieser Gedanke ist jedoch irrelevant. Der Votant wagt sogar zu behaupten, dass man gleich alle Regierungsräte abschaffen und diese durch die Amtsleiter ersetzen könnte. So würde die Einsparung noch höher ausfallen. Dieser Satz tönt ironisch, ist es aber leider nicht. Die Amtsleiter sind immer mächtiger geworden, und heute hat man die Situation, dass diese ihre Regierungsräte fast wie Marionetten steuern. Vermutlich trifft dies aber nicht auf alle Regierungsräte zu, nach Ansicht des Votanten aber auf mindestens zwei. In diesem Sinn bittet der Votant, auf die Vorlage einzutreten und den Antrag der Regierung zu unterstützen.

**Philip C. Brunner** ist ein klarer Befürworter der bisherigen Lösung, die entsprechenden Argumente waren bereits zu hören. Mit einer Fünfer-Regierung wird die Verwaltung grösser, und die Zahl der Berater wird zunehmen. Der Votant hat in kantonsrätlichen Kommission schon verschiedene externe Berater erlebt − wobei ihm der Berater zum jetzt vorliegenden Geschäft in der vorberatenden Kommission einen sehr schlechten Eindruck gemacht hat. Wenn er tatsächlich 38'000 Franken gekostet hat, ist das ein Skandal. Und es ist der beste Beweis dafür, was passieren wird, wenn man die Fünfer-Lösung wählt: Es wird eine hektische Reorganisation

mit entsprechenden Kosten geben. Der Kanton Luzern führt täglich vor, wie es mit einem Fünfer-Gremium läuft: Die Linke ist nicht vertreten und macht auf Frontalopposition. Das wäre im Kanton Zug nicht anders. Und wenn die SVP auch noch aus der Regierung fliegt, kommt auch von rechts entsprechender Druck. Will der Rat das wirklich?
Dazu gibt ein weiteres Argument: Von den heutigen Regierungsräten wurden sechs im Proporz gewählt. Nun aber wurde das Verfahren geändert. Die Konsequenzen dieser Änderung kennt man noch kaum. Es ist sehr wohl möglich, dass bei einer kleineren Regierung die Chancen für Kandidaten aus kleinen Gemeinden sinken. Und der Votant warnt insbesondere die FDP. Diese wird den allfälligen Entscheid für einen Fünfer-Regierung als Erste bereuen. In diesem Sinn bittet der Votant, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

Frau Landammann **Manuela Weichelt-Picard** erinnert daran, dass in Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm 2018−2018 die Frage aufkam, welchen Beitrag der Regierungsrat selbst zur Lösung der anstehenden Herausforderungen leiste. Daraus ergab sich die Frage nach der richtigen Staatsorganisation. Das Projekt «Regierung und Verwaltung 2019» entstand aus dem Willen heraus, Synergiemöglichkeiten auch durch eine Reorganisation zu erzielen. Regierung und Verwaltung sollten auch in Zukunft fit sein für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Mit dem Postulat «45 Ämter sind genug» lag auch die Forderung nach einer Strukturreform auf dem Tisch. Daraus kristallisierte sich in der Folge die Erkenntnis, dass die Strukturen überdacht werden müssen. Weil es um eine Änderung der Strukturen und nicht um eine Sparübung ging, wurde das Projekt aus dem Entlastungspaket 2 ausgelagert.
Im Auftrag der vorberatenden Kommission hat der Regierungsrat in einem *Top-Down*-Prozess mit einer erfahrenen Person eine Variante mit sieben Regierungsratsmitgliedern ausgearbeitet. Er kann dabei übereinstimmend zum Schluss, dass eine neue Direktion für Gesundheit und Umwelt geschaffen werden soll. Der Regierungsrat würde nach dem Entscheid des Kantonsrats umgehend mit der Umsetzung dieser Änderung beginnen. Er nimmt zur Kenntnis, dass die vorberatende Kommission und die Stawiko für die Beibehaltung von sieben Regierungsratsmitgliedern sind. Er hält jedoch an seinem Anliegen fest, die Anzahl Regierungsratsmitglieder von sieben auf fünf zu reduzieren und § 45 Abs. 1 der Kantonsverfassung entsprechend anzupassen. Dieser Antrag ist Ausfluss des Projekts «Regierung und Verwaltung 2019», das bereits über drei Jahre dauert. Der Regierungsrat hält dafür, dass eine Verwaltungsreform zusammen mit einer Regierungsreform erfolgen soll. Das Strukturreformprojekt «Regierung und Verwaltung 2019» ist Teil einer Masterplanung des Regierungsrats. Dazu gehören das Aufgabenreformprojekt «ZFA-Reform 2018» sowie die Führungsprozesse «Strategie 2019−2026», Entlastungsprogramm 2015−2018, Finanzstrategie und das anstehende Projekt «Finanzen 2019». Der Staat kann nicht nur Aufgabenüberprüfungen machen, er soll auch die Organisationsstrukturen hinterfragen und verbessern.
Ein weiteres zentrales Bedürfnis ist die Änderung von § 3 des Organisationsgesetzes. Der Regierungsrat soll dank einer Delegationsnorm mehr Flexibilität bei der Organisation der Direktionen erhalten. Diesem Wunsch der Regierung ist die vorberatende Kommission nachgekommen und hat die Delegationsnorm als ihren Antrag formuliert. Dafür sei ihr bestens gedankt. Im ganzen Projektverlauf hat sich immer wieder gezeigt, wie viele Ideen es geben kann, wenn es um die Benennung der Direktionen geht. Der Regierungsrat will und wird mit dem vorgesehenen Selbstorganisationsrecht auch in organisatorischen Bereichen besser führen können. Durch strukturelle Anpassungen in der Verwaltung kann der Regierungsrat einen Beitrag dazu leisten, die steigenden Anforderungen und Ansprüche der Kundschaft

zu erfüllen. So lässt sich auch der steigende Effizienzdruck in der Verwaltung besser bewältigen. Es versteht sich von selbst, dass der Regierungsrat die erweiterte Staatswirtschaftskommission zeitnah über Reorganisationen auf dem Laufenden halten wird und deshalb den entsprechenden Stawiko-Antrag befürwortet. Für die Bevölkerung und Unternehmen sollen die schweizweit bekannten kurzen Wege zur Zuger Verwaltung beibehalten werden. Regierung und Verwaltung sollen auch künftig bürgernah und schlank organisiert sein. Dank der Strukturreform kann der Regierungsrat den steigenden Anforderungen und Ansprüchen von Politik, Bevölkerung und Unternehmen an die Regierung und die kantonale Verwaltung gerecht werden. Die Kosten waren nicht der Treiber. Man geht aber davon aus, dass das Projekt längerfristig mindestens kostenneutral ist und längerfristig allenfalls eine kleine Einsparung ermöglicht. Quantifizieren lässt sich dies jedoch nicht.
Es gibt Handlungsbedarf für eine Reorganisation. Im Namen des Regierungsrats bittet die Frau Landammann den Rat, auf die Vorlage einzutreten. Zum Fünfer-Modell wird sie in der Detailberatung nochmals sprechen. Zur Frage der Stawiko, warum kein Schlussbericht vorliege, hält die Frau Landammann fest, dass die vorberatende Kommission eigentlich den Auftrag hatte, einen Schlussbericht zu verfassen. Der Regierungsrat ist jedoch der Meinung, dass im Zwischenbericht bereits alles ausführlich darlegt ist und auch Stellung genommen wird zur Frage eines Präsidialsystems. Deshalb braucht es keinen Schlussbericht mehr, der alles nochmals verlängern würde. In gewissen Bereichen kann momentan keine Reorganisation vorgenommen werden, weil in Gesetzen teilweise die Direktionen und Ämter namentlich festgehalten sind. Es braucht also die Delegationsnorm. Zur regierungsrätlichen Medienmitteilung vom November hält die Frau Landammann fest, dass es der Regierung wichtig war, die Mitarbeitenden zu informieren. Es wären nämlich nicht nur ein paar wenige, sondern gegen zweihundert Personen direkt betroffen. Die Regierung wollte über den Zwischenbericht, den sie der vorberatenden Kommission abgeben musste, selbst informieren. Die Mitarbeitenden sollten nicht aus der Zeitung davon erfahren. Sie hat deshalb das Kader zusammengerufen und direkt informiert und allen Mitarbeitenden eine entsprechende Medienmitteilung zur Verfügung gestellt.

Für **Andreas Hausheer** muss der Regierungsrat demnach künftig nach jeder Beratung eines Geschäfts eine Medienmitteilung versenden, denn die Verwaltung ist von jeder Arbeit einer Kommission immer irgendwie betroffen. Diese Ausrede verfängt seiner Meinung nach nicht.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung) vom 31. Januar 1894**

***Titel und Ingress***

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

***Teil I***

*§ 45 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier der Antrag des Regierungsrats auf fünf Regierungsratsmitglieder demjenigen der vorberatenden Kommission auf Beibehaltung des Siebner-Gremiums gegenübersteht.

Für Kommissionspräsident **Anastas Odermatt** geht es bereits um das Filetstück der Vorlage. Wie er im Eintretensvotum schon dargelegt hat, lagen die Argumente zur Frage «Sieben versus fünf» in der Kommission vor, und sie wurden nun auch im Rat dargelegt. Schlussendlich ist es ein politischer Entscheid.
Der Kommissionspräsident möchte noch einige Hinweise zu der vom Regierungsrat erarbeiteten Siebner-Variante und der diesbezüglichen Diskussion in der Kommission machen. In seinem Zwischenbericht an die Kommission präsentierte der Regierungsrat die Kriterien und Rahmenbedingungen für eine Verwaltungsreform mit sieben Direktionen. Die Kommission konnte mit Befriedigung feststellen, dass die Regierung gewillt ist, eine Verwaltungsreform *per se* durchzuführen. Die vorgeschlagene Reform inkl. erweiterter Delegationsnorm schafft eine Verwaltungsstruktur, die sich flexibel den Rahmenbedingungen anpassen kann und sich durch ausgewogenere und thematisch homogenere Direktionen mit weniger Schnittstellen − auch zwischen den Direktionen − auszeichnet. Das neue Modell nutzt Synergien und reduziert wie gewünscht die Anzahl der Ämter, und es ist zeitlich zügig und breit abgestützt realisierbar. Die von der Regierung präsentierten Kriterien für eine Verwaltungsreform waren für die Kommission nachvollziehbar und sinnig. Ihres Erachtens werden aber beim Kriterium Führungsspanne noch mehr Informationsgrundlagen nötig sein, um dieses Kriterium − aus Sicht der Kommission ein Kernkriterium − wirklich anwenden zu können. Wichtig dünkt die Kommission auch die Ausgewogenheit bezüglich Grösse der Direktionen. Diese muss stetig im Auge behalten werden, um nicht irgendwann neue Unausgewogenheiten zu schaffen. Und schliesslich vermisste die Kommission bei den Kriterien jenes der Wirtschaftlichkeit, auch wenn dieses übergeordnet im FHG vorgegeben ist.
Hinsichtlich der Detailorganisation der Direktionen erhielt die Kommission mündlich einen vertieften Einblick in die Planungen. Auch wenn noch nicht alle Einzelheiten bekannt sind, so stellte die Kommission doch fest, dass eine sinnvolle und optimale Zuteilung der Bereiche und Ämter auf sieben Direktionen unter Anwendung der erarbeiteten Kriterien möglich ist. Beispielsweise kann mit der angedachten Verschiebung des Themenbereichs Umwelt zur Gesundheitsdirektion eine gleichmässigere Verteilung erreicht werden, dies in kurzer Frist. Des Weiteren sollen Ämter mit weniger als fünfzehn Personaleinheiten überprüft und reduziert bzw. zusammengelegt werden. Die Zusammenführung und Reduktion von einzelnen Verwaltungseinheiten stellt eine Herausforderung dar. Die Regierung hat hier eine Führungsaufgabe, der *Top-Down*-Ansatz ist richtig gewählt. Die Regierung − so der Eindruck der Kommission − will diese Herausforderung angehen. Und wenn sie will, darf sie noch mehr reformieren. Sie erhält − die Zustimmung des Kantonsrats vorausgesetzt − eine entsprechende Delegationsnorm. Mit den geplanten Verschiebungen wird es möglich sein, die Verwaltung in sieben ausgewogenen und homogenen Direktionen dynamisch zu organisieren.
Der Siebner-Vorschlag entspricht den Kriterien und Zielen und ist aus Sicht der Kommission pragmatisch und zweckmässig. Gestützt auf die regierungsrätlichen Ausführungen geht die Kommission davon aus, dass der Regierungsrat die Reorganisation im Sinne einer effizienten und schlanken Verwaltung umsetzen will

und wird. Mit der vorliegenden Variante kann er die Reorganisation der Verwaltung 2018 und 2019 zügig in Angriff nehmen. Umgesetzt und wirksam würde sie 2019 und 2020. Dies ist die frühestmögliche Umsetzung, da neben den organisatorischen Veränderungen die Fristen der Budgetierungs- und Rechnungslegungsprozesse zu berücksichtigen sind.
Unter Kenntnisnahme des Zwischenberichts beantragt die Kommission mit 10 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen, § 45 Abs. 1 unverändert zu belassen. Sie schlägt also grossmehrheitlich vor, bei sieben Regierungsratsmitgliedern zu bleiben.

Frau Landammann **Manuela Weichelt-Picard** hält fest, dass der Regierungsrat die Verkleinerung der kantonalen Exekutive auf fünf Mitglieder von sich aus lanciert hat. In seinem Bericht und Antrag hat er die Vorteile dieser Strukturreform ausführlich dargelegt. Er ist der Meinung, dass eine Fünfer-Regierung vermehrt strategische Frage lösen und sich vermehrt dem Kerngeschäft, dem Regieren, widmen kann. Da gleichzeitig die Verwaltung reorganisiert wird, kann er noch effektiver und effizienter arbeiten. Sitzungen lassen sich einfacher organisieren, rascher vorbereiten und zügiger durchführen. Zudem lassen sich Synergien erzielen, beispielsweise kann man verwaltungsintern die Erstellung, das Lesen und die Auswertung von Mitberichten schneller erledigen, weil es weniger solche Dokumente gibt. Die Regierung ist sich bewusst, dass die Nähe zur Bevölkerung und zu den Unternehmen im kleinen Kanton Zug wichtig ist. Auch in einer Fünfer-Besetzung wird der Regierungsrat greifbar sein. Die Befürchtung der Übersteuerung der Politik durch die Verwaltung ist unbegründet.
Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der gesetzlichen Fristen ist es nicht möglich, die Verfassungsänderung auf die nächste Legislatur, also per 1. Januar 2019, in Kraft zu setzen. Die Änderung der Kantonsverfassung unterliegt dem obligatorischen Referendum und muss von der Bundesversammlung gewährleistet werden. Die Wahlen vom 7. Oktober 2018 werden daher nach geltendem Recht für sieben Regierungsratsmitglieder ausgeschrieben. Hingegen kann der Kanton Zug seine Regierungs- und Verwaltungsstruktur auf die übernächste Legislatur hin anpassen, also per 1. Januar 2023.
Bildlich gesprochen: Die Exekutive und die Verwaltung des Kantons Zug leben heute in einem Haus mit sieben Stockwerken − sprich Direktionen − und fünfzig bis sechzig Zimmern − sprich Ämtern und Kostenstellen. Wenn man dieses Haus umbauen will, soll man es richtig tun. Es braucht weniger Stockwerke und weniger Zimmer, um das Gebäude zukunftstauglich zu machen. Die Statik muss hinterfragt werden. Der Regierungsrat ist bereit für den Umbau. Er ersucht deshalb den Rat, der Änderung von § 45 Abs. 1 Kantonsverfassung bzw. der Verkleinerung des Regierungsrats auf fünf Mitglieder zuzustimmen.

**Zari Dzaferi** teilt mit, dass die Vehemenz, mit welcher die CVP und FDP über Votantinnen von links und rechts − Männer sind mitgemeint − herzogen, ihm deren Initiative zur Umstellung von Proporz auf Majorz bei Exekutivwahlen in Erinnerung rief. Einmal mehr wird versucht, Vorteile für die Verwaltung sowie für die Staatskasse aufzuzeigen. Dabei liegt es auf der Hand, wer von dieser Reform am meisten profitiert: die CVP und die FDP. Sie setzen sich seit längerem strategisch für diese Sache ein. Sie haben auch die Mehrheit in der Regierung, wo sie diese Reform durchdrücken konnten. Zuerst haben die CVP und FDP das Majorzverfahren, das perfekt auf sie zugeschnitten ist, mit Ach und Krach durchgesetzt. Nun versuchen sie das Gleiche bei der Regierungsreform. In den letzten Regierungsratswahlen lagen die CVP- und FDP-Regierungsräte auf den ersten vier Rängen, machten also am meisten Stimmen. Und dies nicht, weil sie *per se* die besseren Regierungsräte

sind, sondern weil sie links und rechts Stimmen abgrasen konnten. Der Votant bittet seine Kolleginnen und Kollegen von der CVP und FDP deshalb, damit aufzuhören, die Verkleinerung des Regierungsrats mit Sparpotenzial zu verkaufen und die Parteien links und rechts zu verunglimpfen. Er ruft sie dazu auf, ehrlich zu benennen, worum es ihnen wirklich geht: um Macht. Um nichts anderes.
Im Weiteren bittet er Silvia Thalmann, nicht so zu tun, als würde sie sich ernsthaft für die Familie Stutz und deren drei Kinder interessieren. Wenn man sich Silvia Thalmanns Abstimmungsverhalten bei Sparanträgen zulasten von Familien und Bildung vor Augen führt, ist die Argumentation mit der Familie Stutz, die überall sparen muss etc., völlig verfehlt. Und nochmals in aller Deutlichkeit: Es geht hier einzig um Macht.

**Manuel Brandenberg** möchte die CVP ein wenig in Schutz nehmen. Denn wenn er hört, dass geplant ist, eine Direktion für Gesundheit und Umwelt einzurichten, ist er keineswegs sicher, ob das Fünfer-Modell für die CVP und die FDP wirklich so gut wäre. Wenn die Gesundheitsdirektion, jetzt in CVP-Händen, mit dem Bereich Umwelt − jetzt bei der Baudirektion angesiedelt, also in FDP-Händen − zusammengelegt wird, ist das nicht einfach so zum Vorteil von CVP und FDP.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat folgt mit 46 zu 26 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission und der Staatswirtschaftskommission: Es bleibt weiterhin bei sieben Regierungsratsmitgliedern.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit auch die übrigen Teile der Vorlage (Fremdänderungen, Fremdaufhebungen, Referendumsklausel und Inkrafttreten) unverändert bleiben. Die Kantonsverfassung also erfährt keine Änderungen.

**Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998**

***Titel und Ingress***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

***Teil I***

*§ 3 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat und die Staatswirtschaftskommission dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 3 Abs. 5*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission den folgenden Änderungsantrag stellt: «Der Regierungsrat bestimmt durch Verordnung die Zuweisung der Ämter zu den einzelnen Direktionen. *Er orientiert die erweiterte Staatswirtschaftskommission über geplante wesentliche Reorganisationen.*» Der Regierungsrat und die vorberatende Kommission schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

**Teile II** (Fremdänderungen) **und III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen oder Fremdaufhebungen gibt, da der Rat beim Siebner-Modell geblieben ist.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

*§ 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Staatswirtschaftskommission sich dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Kantonsratsbeschluss betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Regelung braucht, weil der Rat beim geltenden Recht geblieben ist.

**Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung der namentlichen Nennung der Direktionen und der Ämter in den Gesetzessammlungen durch die neutralen Bezeichnungen «zuständige Direktion» und «zuständiges Amt»**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, diesen vom Regierungsrat angeregten Erlass zu verabschieden. Regierung und Staatswirtschaftskommission schliessen sich dem Antrag der vorberatenden Kommission an.

***Titel und Ingress***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

***Teil I***

*§ 1 Abs. 1 und 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

**Teile II** (Fremdänderungen) **und III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und Fremdaufhebungen gibt.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 5

**921 Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 2: Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Erfahrungen aus der Praxis**
Vorlagen: 2737.1 - 15427 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2737.2 - 15428 (Antrag des Regierungsrats); 2737.3/3a - 15468 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

EINTRETENSDEBATTE

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, teilt mit, dass die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Er dankt dem Baudirektor und seinem Team für die gute Vorbereitung und Begleitung der Kommissionssitzung. Bezüglich der materiellen Fragen wird er sich in der Eintretensdebatte kurz fassen und die Inputs der Kommission dann in der Detailberatung bei den einzelnen Paragrafen einbringen.
Die Vorlage fand bei der Kommission grundsätzlich eine gute Aufnahme. Sowohl die Einführung des einfachen Bebauungsplans anstelle der Arealüberbauung als auch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die planerische Fixierung des preisgünstigen Wohnraums wurden unterstützt. Wesentliche Abweichungen von der Regierungsratsvorlage machte die Kommission bei der Beratungspflicht der Baudirektion für Private, bei der Definition der Hochhäuser und bei der Quartiergestaltungsplanpflicht bei Bebauungsplänen mit einer hohen Abweichung im Nutzungsmass. Sie ergänzte die Vorlage mit einer Abgabe für Kiesgruben und Abfalldeponien und mit der Möglichkeit, das Private nach einer gewissen Zeit selber Bebauungspläne erarbeiten können. Mit der Behandlung der parlamentarischen Vorstösse durch den Regierungsrat ist die Kommission einverstanden.
Abschliessend darf festgestellt werden, dass mit der Annahme dieser Vorlage das Planungs- und Baugesetz wieder auf dem neusten Stand sein wird.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG-Fraktion. Mit der vorgesehenen Teilrevision wird das Planungs- und Baugesetz von 1998 auf einen aktuellen Stand gebracht. Es werden damit aber auch parlamentarische Vorstösse sowie Anliegen aus der Praxis und Rechtsprechung umgesetzt. Diese helfen, die Verfahren zu vereinfachen. Allerdings besteht aus Sicht der ALG-Fraktion dringender Handlungsbedarf in Sachen Energieeffizienz. So sollen die Gemeinden beispielsweise weitergehende Anforderungen an die Energieeffizienz festlegen können. Dazu stellt die ALG in der Detailberatung einen Antrag. Weiter soll sich die Hochhausdefinition an

den gängigen Fachempfehlungen orientieren und nicht durch die Politik willkürlich auf 40 anstelle von 30 Meter festgelegt werden. Hier unterstützt die ALG den Antrag der Regierung mit 30 Meter als Definition für ein Hochhaus.
Der Waldabstand soll laut Regierungsrat unterirdisch kleiner werden, was die ALG nicht nachvollziehen kann. Der Kanton Zug hat schon heute die kleinsten Waldabstände der Schweiz, und nun will man für unterirdische Bauten noch weniger vorschreiben, nämlich 10 Meter. Die ALG plädiert für einen einheitlichen Waldabstand für oberirdische und unterirdische Bauten. Der Druck auf die Waldränder ist bereits beträchtlich, und er darf nicht noch weiter verschärft werden. Auch hier wird die ALG Antrag stellen.
Weitere Forderungen aus Sicht der ALG: In Wohn- und Mischzonen sind Mindestanteile für den preisgünstigen Wohnungsbau vorzusehen, um weiterhin eine durchmischte Bevölkerung anzustreben und allen Generationen ein Bleiben im Kanton Zug zu ermöglichen. Weiter unterstützt die ALG den von der Kommission beantragten Ausgleich für Kiesgruben und Abfallanlagen. Die betroffenen Gemeinden leiden unter Lärm, Lastwagenverkehr und riesigen Staubentwicklungen, was endlich abgegolten werden soll.
Die ALG-Fraktion tritt auf die Vorlage ein.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Die Regierung unterbreitete eine zweigeteilte Revisionsvorlage, nämlich Teil 1 mit dem Titel «Umsetzung von Bundesrecht» und Teil 2 mit dem Titel «Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Erfahrungen aus der Praxis». Die SP-Fraktion hat ihr Bedauern darüber bereits in der Vernehmlassung kundgetan − und sie ist auch jetzt überzeugt, dass es nicht ideal ist, wenn der Rat zweigleisig mit Teil 2 startet, ohne Teil 1 abgeschlossen zu haben. Der Zeitpunkt der Beratung scheint der SP aber auch aus einem weiteren Grund nicht optimal: Sehr spät, aber immerhin, veröffentlichte der Bund gestern die «Musterstruktur für ein kantonales Baugesetz». Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) will dazu beitragen, die kantonal unterschiedlich strukturierten Baugesetze schweizweit zu vereinheitlichen und damit letztlich Baukosten einzusparen und die Effizienz beim Bauen zu erhöhen. Die Votantin möchte daher vom Baudirektor wissen: Integrieren die PBG-Revisionen diese Empfehlung bereits, oder gibt es allenfalls noch weiteren Anpassungsbedarf? Oder ist der Zug eh längst abgefahren?
Zur Vorlage stellt die SP positiv fest, dass die unausgegorenen Bestimmungen über die Gebietsverdichtung im Vernehmlassungsentwurf nicht übernommen wurden; im Kommentar fehlt dazu jedoch eine Begründung. Negativ ist zu bemerken: Es darf grundsätzlich auch künftig nicht nur für Wohlhabende gebaut werden. Von der Bautätigkeit sollen vermehrt auch finanziell Minderbemittelte profitieren können. Einschlägige Prognosen lassen nämlich befürchten, dass man künftig verstärkt mit Altersarmut konfrontiert sein wird. Zudem muss garantiert sein, dass auch künftigen Generationen noch preisgünstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Die vorliegende Teilrevision unterschlägt diese soziale Dimension.
Es wäre auch höchste Zeit, dass der Kanton Zug gesetzlich ein kantonales Vorkaufsrecht zugunsten der Gemeinde, in der das Grundstück liegt, sowie des Kantons bei Liegenschaftsverkäufen definiert. Ein solches existiert beispielsweise im Kanton Genf für die Erstellung von gemeinnützigen Wohnbauten. Das Bundesgericht hat ein derartiges Vorkaufsrecht des Gemeinwesens angesichts der Wohnungsnot in Genf ausdrücklich geschützt. Namentlich hat es festgehalten, dass eine solche Regelung die Eigentumsgarantie bzw. die Wirtschaftsfreiheit nicht verletzt. Der Wohnungsmarkt im Kanton Zug ist nicht weniger prekär als derjenige im Kanton Genf. Die SP bedauert es daher, dass die Regierung im Rahmen der vor-

liegenden Teilrevision nicht einmal erwogen worden hat, ein analoges gesetzliches Vorkaufsrecht bei Liegenschaftsverkäufen wie im Kanton Genf zu schaffen. Die SP-Fraktion behält sich in diesem Zusammenhang einen separaten parlamentarischen Vorstoss vor, der sich u. a. an der Genfer Regelung orientieren wird.
Zu einzelnen Punkten, auch in Hinblick auf Anträge, welche die SP-Fraktion in der Detailberatung stellen wird:
• § 3 Abs. 2 behandelt die Energieeffizienz von Bauten. Durch die Kompetenzdelegation an den Regierungsrat wird dieser die Vorgaben auf dem Verordnungsweg definieren. Hier ist es der SP ein Anliegen, dass der Kanton Mindestanforderungen entwirft und damit den Gemeinden freiwillige weitergehende Projekte nicht verunmöglicht.
• Zu § 10b Abs. 2 betreffend Hochhäuser: *Good news* und *bad news* sozusagen. Hochhäuser sind dort zulässig, «wo die Bauvorschriften, der Zonenplan und ein Bebauungsplan sie vorsehen.» Die SP-Fraktion bewertet es positiv, dass damit auch eine positive Planung wie in der Stadt Zug einherzugehen scheint. In Abs. 1 geht es um die Höhe: Wann ist ein hohes Haus ein Hochhaus? Indem die Kommission neu 40 Meter Höhe vorschlägt, wird der Handlungsspielraum massiv erweitert, ohne Bebauungsplan Hochhäuser planen zu können. Das gilt es zu vermeiden. Die SP möchte vom Baudirektor wissen, auch welche Auswirkungen der Kommissionsantrag allenfalls auf das Ergebnis der jüngsten Volksabstimmung in der Stadt Zug betreffend Hochhausreglement hat.
In der Detailberatung wird die SP-Fraktion weitere Einzelanträge einbringen. Vorerst aber unterstützt sie Eintreten.

**Andreas Etter** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Sie erachtet die Teilrevision des PBG als notwendig, um das zugerische Planungs- und Baurecht auf den aktuellen Stand zu bringen. In einem mehrjährigen Prozess unter der Federführung der Baudirektion wurde diese Teilrevision in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Vertretern der Verwaltung erarbeitet. Sie wird somit in der Umsetzung eine grosse Akzeptanz finden. Mit der Teilrevision erhalten sowohl die Baudirektion als auch die Gemeinden eine Handhabe zum Beispiel in Sachen Planung und Realisierung von Nutzungszonen, für klare Zuständigkeiten und auch für messbare Fristen.
Eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion ist überzeugt, dass mit den Ergänzungen und Anpassungen der vorberatenden Kommission ein gutes Werkzeug geschaffen wird. Sie wird diese in den meisten Fällen unterstützen.

**Matthias Werder** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten Der Kantonsrat verlangt schlanke, dynamische Gesetze. In der letzten Kantonsratssitzung wurde die Mehrwertabschöpfung bei Ein-, Um und Aufzonungen gutgeheissen, Es wurde ein Gesetz erarbeitet, welches weit über die Minimalanforderungen des Bundes hinausgeht. Heute soll über weitere Massnahmen debattiert werden. So soll ein Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen ins Gesetz aufgenommen werden, und dem Gemeinderat sollen neue Kompetenzen übertragen und den Grundeigentümern weitere Lasten aufgebürdet werden.
Der Antrag auf Nichteintreten ist als Zeichen zu verstehen: Das bestehende Gesetz regelt bereits genug, und die SVP ist mit der Überregulierung nicht einverstanden. Der Votant ruft den Rat auf, ebenfalls ein Zeichen zu setzen.

**Daniel Abt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion auf die Vorlage eintritt. Im zweiten Teil der Revision werden Zuger Lösungen definiert und beschlossen. Insbesondere die Einführung der Möglichkeit zur Ablösung bestehender Arealbebauungspläne durch

den einfachen Bebauungsplan ist ein willkommenes Instrument, um Generationenkonflikte zu lösen, damit Umbauwillige ihre Pläne auch ohne die Zustimmung sämtlicher betroffener Eigentümer in Angriff nehmen können. Die Motion Abt wird damit im Sinne des Erfinders umgesetzt. Zahlreiche sinnvolle Anpassungen und Vereinfachungen werden mit der Verordnung zum PBG, über welche die Mitglieder der vorberatenden Kommission bereits in Kenntnis gesetzt worden sind, umgesetzt.
In der Detailberatung wird die FDP mit einer Ausnahme der Version der vorberatenden Kommission folgen. Die Ausnahme betrifft § 13, zu welchem die FDP einen Streichungsantrag stellen wird. Allfällige Anträge, welche zusätzliche Forderungen zulasten der Bauherrschaften zum Inhalt haben oder den Einfluss der Gemeinden im Planungsprozess stärken wollen, wird die FDP-Fraktion konsequent ablehnen.

**Nicole Zweifel** dankt im Namen der Grünliberalen der Regierung und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Revisionsvorlage. Die GLP begrüsst die Vorlage grundsätzlich und tritt darauf ein. Für sie sind die folgenden Punkte wichtig:
• Die Ablösung der Arealbebauungen durch den einfachen Bebauungsplan bringt eine rechtliche Vereinfachung für die Bauwilligen mit sich. Ergänzt mit den von der vorberatenden Kommission eingebrachten Fristen ergibt sich ein griffiges Instrument, das Bauwilligen auch ermöglicht, allenfalls selber aktiv zu werden.
• Das Instrument des Quartiergestaltungsplans begrüsst die GLP ebenfalls. Es soll aber immer angewandt werden können, nicht nur bei einer Mehrnutzung von über 50 Prozent. Gerade auch die gewünschte Festlegung von Quartierfreiräumen kann auch bei einer geringeren Mehrnutzung sinnvoll und wichtig für die qualitative Entwicklung eines Quartiers sein.
• Explizit begrüsst die GLP das neu eingeführte Betretungs- und vorübergehende Benutzungsrecht von nachbarlichen Grundstücken für die Erstellung, Veränderung und den Unterhalt. Bisher war das nur über eine privatrechtliche Regelung möglich bzw. musste auf dem Zivilweg eingeklagt werden, was beispielsweise bei schwierigen Nachbarn, die es leider immer wieder gibt, vieles verkomplizieren konnte. Die neue Regelung ist eine deutliche Vereinfachung für Bauwillige insbesondere bei Bauvorhaben in dicht besiedelten Zonen.
• Wie auch andere Parteien ist die GLP der Meinung, dass sich die Definition des Begriffs «Hochhaus» wie in anderen Kantonen der feuerpolizeilichen Vorgabe anschliessen sollte. Mit einer anderen Definition würde der Vollzug deutlich erschwert.
• Bezüglich Planungsverfahren ist die GLP klar der Meinung, dass es für eine gute Qualität von Projekten entsprechend qualifizierte Planergemeinschaften und Wettbewerbe oder sonstige Konkurrenzverfahren braucht. Sie stört sich lediglich an der Begrifflichkeit, die zu stark auf Planerwettbewerbe nach SIA 141 einschränkt. Die GLP wird an entsprechender Stelle einen Antrag stellen.
• Einen ergänzenden Ausgleich bei Kiesgruben und Abfallanlagen, der die Auflagen der Umweltverträglichkeitsprüfung quasi nochmals erwähnt, lehnt die GLP ab. Es handelt sich aus ihrer Sicht um eine unnötige Regelung.

**Manuel Brandenberg** möchte nochmals auf den Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion hinweisen. Die vorgeschlagenen neuen Regelungen bringen viele Einschränkungen für die Eigentümer und neue Regulierungsmöglichkeiten für den Staat, zu denen der Kanton von bundesrechtlicher Seite in keiner Weise verpflichtet ist. Der Votant bittet den Rat, darauf zu verzichten. Er wendet sich dabei in erster Linie an die Vertreter jener Partei, die sich in ihrem Logo als «liberal« bezeichnet.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission über den Antrag der SVP-Fraktion auf Nichteintreten nicht diskutieren konnte; sie trat ohne

längere Diskussion auf die Vorlage ein. Das von der SVP eingebrachte Argument − Einschränkung der Freiheit der Bauherren − ist wichtig. Für den Kommissionspräsidenten ist dies aber nicht die zentrale Frage. Viel wichtiger ist es, die Prozesse im Zusammenwirken der privaten Bauherren mit der öffentlichen Hand zu koordinieren. Die Kommission möchte den Grundeigentümern ein neues Mittel in die Hand geben, indem sie Fristen für die Bebauungspläne vorschlägt. Genau in diese Richtung muss es gehen. Man muss Planungsprozesse verbindlich festlegen und auch die Verpflichtungen der öffentlichen Hand definieren: Bis wann muss sie entscheiden, welche Koordinationsinstrumente muss sie zur Verfügung stellen etc.? Man muss sich eingestehen, dass weder der Private noch die öffentliche Hand alleine ans Ziel kommen. Deshalb müssen angesichts der heutigen Regelungsdichte die Prozesse gut gemanagt werden. Daran wird noch viel zu wenig gedacht. Man denkt noch immer in Kategorien wie «Freiheit» bzw. «Unfreiheit». Wenn man planungsrechtlich künftig erfolgreich sein will, muss das Management der entsprechenden Prozesse auch auf Seiten der öffentlichen Hand verbindlich festgelegt werden. So wär es beispielsweise sinnvoll, als Bauherr einen klaren Ansprechpartner bei der Gemeinde zu haben. Heute ist es oft so, dass man beidseits in Gräben sitzt, was wenig fruchtbar ist. Besser wäre es, die Prozesse für beide Seiten verbindlich zu gestalten. In diesem Sinn bittet der Kommissionspräsident, auf die Vorlage einzutreten. Die Anforderungen sollen klar definiert und auch im Bereich des Bauens zunehmend ein kooperativer Geist eingeführt werden.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass es wohl in keinem Kanton einfach ist, die Revision des Planungs- und Baugesetzes durch das Parlament zu bringen. Der Regierungsrat hat deshalb auf Antrag der Baudirektion entschieden, diese komplexe Angelegenheit aufzuteilen: Im ersten Teil werden die bundesrechtlichen Vorgaben und im zweiten Teil die Anliegen, die sich aus parlamentarischen Vorstössen und aus der Rechtsprechung ergeben, umgesetzt.
Es ist zutreffend, wenn von «Einschränkung der Freiheit» und «noch mehr Bestimmungen» gesprochen wurde. Das alles steht aber im Kontext der künftigen Entwicklung des Kantons Zug: Es braucht griffige Instrumente, um die Entwicklung des Kantons Zugs − Zeithorizont ist das Jahr 2040 − steuern zu können. Die Arbeit einer hochkarätigen Arbeitsgruppe mit Vertretern der Politik, der verschiedenen Fachbereiche und der Gemeinden sowie eine intensive Vernehmlassung haben zum heute vorliegenden Resultat geführt. Mit der vorgesehenen Teilrevision wird das Planungs- und Baugesetz von 1998 auf einen aktuellen Stand gebracht:
• Mit klaren Zuständigkeitsvorschriften und einheitlichen Fristen sollen die Baubewilligungs- und Planungsverfahren weiter gestrafft und beschleunigt werden.
• Bei Arealbebauungen ist eine Änderung angezeigt. Oft scheitern konzeptionelle Änderungen an der fehlenden Zustimmung der Eigentümerinnen und Eigentümer. Dieser Problematik soll Abhilfe geschaffen werden, indem neu anstelle der Arealbebauung das Planungsinstrument des einfachen Bebauungsplans eingeführt wird. Diese Lösung hat den Vorteil, dass der einfache Bebauungsplan vom Gemeinderat beschlossen werden kann und keine Zustimmung der betroffenen Eigentümerschaften mehr erforderlich ist. Neben dem einfachen Bebauungsplan gibt es den ordentlichen Bebauungsplan, der mit dem bisherigen Bebauungsplan vergleichbar ist.
• Bei den gemeindlichen Zonen werden die notwendigen Anpassungen vorgenommen, damit Gemeinden Vorschriften für den preisgünstigen Wohnungsbau erlassen können. Damit wird dem Anliegen eines parlamentarischen Vorstosses entsprochen.
Dass gestern eine «Musterstruktur für ein kantonales Baugesetz» veröffentlicht wurde, hat auch den Baudirektor erstaunt − wobei ihn der Bund in letzter Zeit im-

mer wieder erstaunt. In allen Kantonen läuft die Revision der Planungs- und Baugesetze auf Hochtouren, und im letzten Moment kommt der Bund mit einer Mustervorschrift! Natürlich gibt es gewisse bundesrechtliche Vorgaben. Der Regierungsrat hat sich aber um ein schlankes Gesetz bemüht: 75 Paragrafen inkl. Enteignungsrecht. Im Kanton Zürich umfasst dasselbe Gesetz über 250 Paragrafen. Das zeigt auch, dass es sehr schwierig, eine Musterstruktur auf alle Kantone anzuwenden. Im Übrigen entsprechen sowohl Teil 1 wie auch Teil 2 den Vorgaben des Bundes, es gibt also keinen nachträglichen Anpassungsbedarf.
Der Baudirektor bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und die hängigen Fragen in der Detailberatung zu diskutieren.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat beschliesst mit 51 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 3 Abs. 1 Bst. b, c und d*
*§ 3 Abs. 2 Bst. a, a1 und a2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweils vorliegenden Antrag.

*§ 3 Abs. 2 Bst. d*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission die Streichung des Begriffs «Arealbebauung» beantragt, da dieses Institut gemäss § 29 aufgehoben werden soll. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

**Hanni Schriber-Neiger** stellt im Namen der ALG-Fraktion den **Antrag,** § 3 Abs. 2 Bst. d wie folgt zu ergänzen: «Die Gemeinden können weitergehende Anforderungen an die Energieeffizienz festlegen.» Es geht dabei um eine weitergehende Anforderung an Bebauungspläne. Es ist richtig, dass von der Bauherrschaft schon einiges gefordert wird. Diese erhält dafür aber auch einige Vorteile − beispielsweise mehr Bauvolumen −, und es kann von den Bestimmungen der Bauordnung abgewichen werden. Die Votantin verweist auf die Stadt Zug. Diese soll mit Blick auf die Umsetzung der 2000-Watt-Initiative weiter gehen können. Das gilt auch für andere innovative Gemeinden.

**Daniel Marti** hält fest, dass die jetzige Formulierung von § 3 Abs. 2 Bst. d aus den besonderen Anforderungen an die Energieeffizienz gleichzeitig eine Minimal- und eine Maximalanforderung macht und den Gemeinden keinen Spielraum lässt, um bei Bebauungsplänen weitergehende Anforderungen festzulegen. Im Sinne einer

Harmonisierung des Baurechts im Kanton macht das zwar Sinn. Es zeigt sich jedoch, dass die Herausforderungen und Möglichkeiten bei der Energieeffizienz und dem Einsatz lokal produzierter erneuerbarer Energie von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich sind. Zudem hat sich gezeigt, dass neue, effizientere und wirtschaftliche Technologien schneller auf den Markt kommen, als mit Gesetzen und Verordnungen reagiert werden kann. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, ist es sinnvoll, eine gewisse Flexibilität ins Gesetz einzubauen und den Gemeinden die Möglichkeit offen zu lassen, bei Bebauungsplänen bei der Energieeffizienz ihren besonderen Herausforderungen entsprechende Anforderungen einzubringen. Das wird in anderen Kantonen bereits erfolgreich umgesetzt. Die Grünliberalen unterstützen daher diese Forderung, die schon im Vernehmlassungsverfahren von verschiedenen Gemeinden eingebracht wurde. Der Votant bittet, dem Antrag der ALG-Fraktion zuzustimmen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass dieser Antrag auch in der Kommission gestellt und dort abgelehnt wurde. Durch die Beratungen der Kommission zog sich wie in roter Faden der Grundsatz, das zugerische Baurecht zu harmonisieren. Die Kommission will deshalb nicht, dass jede Gemeinde zusätzliche Anforderungen bei Bebauungsplänen stellen kann. Es besteht sonst die Gefahr, dass der Vollzug erschwert wird und vor allem die Übersicht über die Anforderungen, die an die Bauherren gestellt werden, verloren geht. Gerade bei Bebauungsplänen besteht schon heute die Tendenz, dass Investoren Angst vor den Auflagen haben und deshalb versuchen, das an sich sinnvolle Instrument des Bebauungsplans zu umgehen. Es gilt deshalb bei den Anforderungen Mass zu halten und nicht zu übertreiben − und dadurch den Einsatz von Bebauungsplänen zu fördern. Man kann diesen Esel nicht noch mehr beladen. Die Kommission hat im Sinne der Qualität bereits grosse Anforderungen gestellt, und viele Investoren fragen sich, ob sie diesen steinigen Weg tatsächlich gehen sollen. So lange der Baubereich *boomt* und die Bodenpreise steigen, winkt der finanzielle Erfolg − und man nimmt den steinigen Weg in Kauf. Man kann aber nicht dauernd neue Anforderungen stellen.
Es dünkt den Kommissionspräsidenten seltsam, dass die Ratslinke die schweizweite Harmonisierung der Baugesetze als sinnvolles Ziel rühmt, dann aber an beliebiger Stelle den Föderalismus spielen lassen will. Gerade in einem kleinen Kanton wie Zug sollte das Baurecht konsequent vereinheitlicht werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst die bisherige Regelung dem Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats gegenübergestellt wird. Danach wird über die Ergänzung gemäss Antrag der ALG-Fraktion abgestimmt.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat genehmigt mit 65 zu 2 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt die von der ALG-Fraktion beantragte Ergänzung mit 50 zu 18 Stimmen ab.

*§ 3 Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 5 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission beim geltenden Recht bleiben will. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag nicht an.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass nach dem Willen der Kommission die Baudirektion weiterhin auch Privaten − und nicht nur den Gemeinden − unentgeltliche Rechtsauskünfte erteilen soll. Dies entspricht der guten Zuger Tradition einer kundenorientierten Verwaltung. Die Kommission will nicht, dass wegen 15'000 Franken Sparpotenzial diese gute Zusammenarbeit nicht fortgesetzt werden soll. Denn wenn der Staat immer mehr Regelungen schafft, sollte er dejenigen, die sich in diesem Dschungel orientieren müssen, zumindest ein bisschen beistehen. Natürlich könnte dem Votanten als Bauanwalt nichts Besseres passieren, als wenn die Verwaltung ihre Auskünfte an Private einstellen würde. Das wäre aber nicht der richtige Weg. Eine klärende Auskunft der Baudirektion erspart privaten Bauherren enorme Abklärungskosten − und bei dieser partnerschaftlichen Lösung soll es bleiben.

Baudirektor **Urs Hürlimann** vergiesst in dieser Frage kein Herzblut. Für die Regierung ging es in erster Linie darum, die Prozesse im Sinne der laufenden Sparbemühungen anzuschauen − und sie kam zum Schluss, dass es sich hier nicht um einen Kernprozess und eine Kernaufgabe der Baudirektion handelt. Auch fehlt eine explizite gesetzliche Grundlage für diese Auskünfte an Private. Ein zweiter Punkt: Die betreffenden telefonischen Anfragen gehen an die Gemeinden, welche zwar irgendeine Auskunft erteilen, in der Regel aber auch noch einen Anruf bei der Baudirektion empfehlen. Das führt zu unschönen Situationen, indem unter Umständen die Gemeinde und der Kanton gegeneinander ausgespielt werden können. Zu beachten ist auch, dass die Baudirektion in diesen Fragen auch die Beschwerdeinstanz ist. Das bedeutet, dass sie allenfalls Beschwerden von Bauherren und Investoren beurteilen muss, denen sie vorgängig bereits Auskünfte erteilt hat.
Der Baudirektor hat diese Argumente auch der vorberatenden Kommission vorgelegt. Man hat auch dort festgehalten, dass die Einsparung von 15'000 Franken es nicht wert ist, das gute Verhältnis der Baudirektion zu den Unternehmen und Gemeinden aus Spiel zu setzen. Der Baudirektor überlässt es dem Kantonsrat, hier zu entscheiden.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat folgt mit 65 zu 2 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 5 Abs. 2 Bst. b, b1 und c*
*§ 7 Abs. 2 Bst. c*
*§ 7 Abs. 3*
*§ 10 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 10b Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, Hochhäuser als «Gebäude mit einer Höhe von mehr als 40 Meter» zu definieren. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag («von mehr als 30 Meter») fest.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission hier den Handlungsspielraum erweitern will. Zu beachten ist, dass bei Hochhäusern zwingend ein Bebauungsplan erstellt werden muss. Die Kommission will damit auch die Verdichtung fördern, sie will aber nicht verlangen, dass bei jedem höheren Haus gleich ein Bebauungsplan erstellt werden muss. Die Höhe von 30 Meter basiert auf der Definition der Feuerpolizei − und die Kommission will sich die Raumplanung nicht von der Feuerpolizei diktieren lassen.

**Jürg Messmer** verweist auf die Bauordnung der Stadt Zug vom 22. Juni 2010, in der unter § 22 Folgendes steht: «Als Hochhäuser gelten Gebäude mit einer Gebäudehöhe von über 25 Meter. Hochhäuser dürfen nicht erstellt werden zwischen den SBB-Geleisen und dem Seeufer.» Dasselbe ist auch im Hochhausleitbild der Stadt Zug vom 14. Dezember 2010 nachzulesen. Vor rund drei Wochen, am 26. November 2017, hat das Stadtzuger Stimmvolk mit 56,43 Prozent das neue Hochhausreglement angenommen. Unter § 3 steht dort: «Als Hochhäuser gelten Gebäude mit einer Gebäudehöhe von über 30 Meter.» Für den Votanten stellt sich nun die Frage, was sich aus dieser Ausgangslage ergibt. Dürfen künftig in der Stadt Zug zwischen den SBB-Geleisen und dem Seeufer Gebäude bis 30 Meter Höhe oder − gemäss Antrag der vorberatenden Kommission − sogar 40 Meter Höhe gebaut werden? Da kantonales Recht bekanntlich gemeindlichem Recht vorgeht, ist zu befürchten, dass dem so ist. Für den Fall, dass der Baudirektor diese Befürchtung bestätigt, bittet der Votant den Rat bzw. fordert er die Stadtzuger Kantonsratsmitglieder dringend auf, den Antrag der vorberatenden Kommission auf 40 Meter abzulehnen. Das Hochhausreglement der Stadt Zug, das auch von Kantonsräten aus den bürgerlichen Parteien unterstützt wurde, soll nicht bereits drei Wochen nach der Annahme durch das Volk zu Altpapier werden.

**Pirmin Frei** hat in dieser Sache keine Interessenbindung offenzulegen, er hat aber mit der Definition des Begriffs «Hochhaus» zu tun. Wenn der Kommissionpräsident davon spricht, dass man den Handlungsspielraum habe erweitern bzw. nicht übermässig habe regulieren wollen, ist das etwas gar salopp, zumal er in einem vorangehenden Votum für die Harmonisierung plädiert hat. Es macht keinen Sinn, in einem kleinen Kanton wie Zug baurechtliche Begriffe selbst zu definieren. National ist − zugegebenermassen durch die Feuerpolizei − die Höhe eines Hochhauses mit mehr als 30 Meter definiert. Der Votant ist der Meinung, dass man hier auch national eine Harmonisierung unterstützen sollte. Viele Planer und Unternehmen sind nämlich nicht nur im Kanton Zug, sondern gesamtschweizerisch tätig. Da macht es keinen Sinn, dass in jedem Kanton andere Definitionen und Regeln gelten.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** vertritt bezüglich Hochhausreglement der Stadt Zug die Haltung, dass die kantonale Regelung eine Mindestvorschrift ist. Die Kommission hat nie darüber diskutiert, ob die Gemeinden eine andere Definition anwenden können. Es ging einzig darum, ab wann der *Kanton* einen Bebauungsplan fordert. Das soll nicht schon ab 30 Meter Höhe der Fall sein, sondern erst ab 40 Meter. So soll der Handlungsspielraum der Gemeinde vergrössert werden. Die Kommission war aber nie die Meinung, dass die Definition des Kantons abschliessend und für die Gemeinden zwingend ist. Die Gemeinden *müssen* ab 40 Meter Höhe einen Bebauungsplan erstellen, der Kanton will den Gemeinden aber nicht vorschreiben, wie sie längerfristig auszusehen haben und ob bzw. wie sie den Bau von Hochhäusern fördern wollen. Gebäude von mehr als 40 Meter Höhe haben relativ grosse Auswirkungen auf die Umgebung, und da ist ein Bebauungsplan-

verfahren aus Sicht des Kantons angebracht. Es geht aber nicht darum, den Gemeinden eine Mindest- oder Maximalhöhe aufzuoktroyieren.

Für **Barbara Gysel** ist die eben gehörte Argumentation des Kommissionspräsidenten reichlich widersprüchlich zu jener bezüglich Energieeffizienz. Das Anliegen der SP-Fraktion war es, dass der Kanton Mindestvorgaben definiert, über welche die Gemeinden hinausgehen können. Auch Mindestvorgaben des Kantons sind ja eine Form von Harmonisierung.
Die Votantin hat schon in der Eintretensdebatte die Frage gestellt, wie sich die Definition «Hochhäuser sind Gebäude mit einer Höhe von mehr als 40 Meter» auf das Ergebnis der Volksabstimmung in der Stadt Zug zum Hochhausreglement auswirkt. Sie bittet den Baudirektor um entsprechende materielle Ausführungen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt einleitend mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Ist die in § 10b Abs. 1 definierte Höhe erreicht, gilt ein Gebäude als Hochhaus. Und Hochhäuser können gemäss Abs. 2 nur dort erstellt werden, «wo die Bauvorschriften, der Zonenplan oder ein Bebauungsplan sie vorsehen». Der Regierungsrat erachtet eine Höhe von 30 Meter als Grenze, ab welcher ein Gebäude als Hochhaus zu gelten hat und einer entsprechenden planerischen Verankerung bedarf. Die Kommission ist mit der Regelung grundsätzlich einverstanden, will jedoch die Grenze für ein Hochhaus auf 40 Meter erhöhen. Es könnten also Gebäude mit einer Höhe von 39 Meter grundsätzlich mit einer einfachen Baubewilligung und ohne weitere planungsrechtliche Mittel erstellt werden. Zu beachten ist auch, dass feuerpolizeilich ein Gebäude ab 30 Meter Höhe als Hochhaus gilt und ab dieser Höhe bestimmte Anforderungen, beispielsweise zwei Treppenhäuser, erfüllt werden müssen. Der Regierungsrat hat dieses Mass übernommen, auch um den Vollzug zu vereinfachen. Stimmen − wie es die vorberatende Kommission begehrt − die feuerpolizeiliche und die planungsrechtliche Definition eines Hochhauses nicht überein, wird der Vollzug erschwert, was nicht dem Sinn der PBG-Revision entspricht.
Zu Jürg Messmers Frage, ob in der Stadt Zug künftig zwischen den SBB-Geleisen und dem Seeufer Gebäude bis maximal 30 bzw. 40 Meter Höhe erstellt werden dürfen, hält der Baudirektor zuerst fest, dass zwischen der Bauordnung der Stadt Zug und dem kürzlich vom Volk angenommenen Hochhausreglement offensichtlich ein Widerspruch besteht. Während die Bauordnung Hochhäuser als Gebäude mit über 25 Meter Höhe definiert, bestimmt das Hochhausreglement, dass Gebäude mit über 30 Meter Höhe als Hochhäuser gelten. Beide Erlasse ergingen von der Stadt Zug und stehen auf derselben Stufe. Dieser Widerspruch kann wohl gemäss dem Grundsatz gelöst werden, dass neues Recht altes bricht. Hinzu kommt, dass § 2 des Hochhausreglements festlegt, dass die Bauordnung der Stadt Zug anwendbar ist, sofern das vorliegende Reglement nicht davon abweicht. Damit ist der Vorrang des Hochhausreglements gegenüber der Bauordnung erstellt. Da zwischen den SBB-Geleisen und dem Seeufer keine Hochhäuser gebaut werden dürfen und gemäss Hochhausreglement erst Gebäude mit einer Höhe von über 30 Meter als Hochhäuser gelten, ist zwischen den SBB-Geleisen und dem Seeufer der Bau von Gebäuden mit einer maximalen Gebäudehöhe von 30 Meter zulässig. Nun wird auch im Kantonsrat über die Definition des Begriffs «Hochhaus» diskutiert, wobei die vorberatende Kommission beantragt, den Vorschlag des Regierungsrats (30 Meter) auf 40 Meter zu ändern. Folgt der Kantonsrat der vorberatenden Kommission, hat dies zur Folge, dass Gebäude bis zu einer Höhe von 40 Meter noch nicht als Hochhäuser gelten. Da kantonales Recht höherrangig ist und gemeind-

liches Recht bricht, würde dies bedeuten, dass zwischen den SBB-Geleisen und dem Seeufer Gebäude bis maximal 40 Meter Höhe erstellt werden dürfen.
Der Baudirektor empfiehlt aus diesen Gründen dem Rat dringend, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat folgt mit 48 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats («Gebäude mit einer Höhe von mehr als 30 Meter»).

*§ 10b Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 12 Abs. 1 Bst. a und b*

**Barbara Gysel** stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** den Waldabstand auch für unterirdische Bauten und Anlagen sowie Tiefbauten bei 12 Meter festzulegen. Bei einem geringeren Abstand von Unterflurbauten können die Waldfunktionen und die Funktion des Wurzelraums der Waldrandvegetation nicht gewährleistet werden.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass dieser Antrag schon in der Kommission gestellt wurde. Die Kommission will den Handlungsspielraum beim Bau von Leitungen und Unterniveaubauten erweitern. Bei Bäumen haben Krone und Wurzelwerk − so hat sich der Kommissionspräsident sagen lassen − ungefähr dieselbe Ausdehnung. Da der Waldabstand nicht ab Stamm, sondern ab dem äusseren Rand der Krone gemessen wird, wird das Wurzelwerk bei 10 oder 12 Meter Abstand mit Sicherheit nicht gefährdet.
Beim Waldabstand geht es einerseits darum, Gefährdungen durch umstürzende Bäume oder herunterfallende Äste zu verhindern, andererseits soll die Bewirtschaftung des Waldes sichergestellt werden. Bei Unterniveaubauten spielen diese zwei Faktoren keine Rolle, weshalb es die Kommission als sinnvoll erachtet, hier den Handlungsspielraum zu erweitern, beispielsweise für Leitungen oder Drainagen. Und wenn die Baudirektion schon mal eine liberale Lösung vorschlägt, sollte man sie unterstützen.

**Hanni Schriber-Neiger** stellt im Namen der ALG-Fraktion den **Antrag,** bezüglich der Waldabstände beim geltenden Recht zu bleiben. Der Kanton Zug hat schon heute die kleinsten Waldabstände der Schweiz − und trotzdem will die Regierung nun noch weiter gehen, nämlich unterirdisch auf 10 Meter. Zum Vergleich: Der schweizerische Durchschnitt liegt bei 18 Meter. Einige Kantone haben also noch deutlich grössere Waldabstände.
Die ALG plädiert für einen einheitlichen Waldabstand, unterirdisch wie oberirdisch. Das sorgt für Klarheit auf allen Seiten und gibt weniger Anlass zu Diskussionen. Ein genügender Waldabstand liegt im Interesse aller. Knapper werdendes Bauland und hohe Baulandpreise bei wachsenden Raumansprüchen der Bevölkerung führen zu einem noch grösseren Druck auf den Waldabstand. Diesem Druck darf sowohl bei der Festsetzung wie auch bei der Prüfung von Baugesuchen nicht leichtfertig nachgegeben werden. Die Votantin dankt für die Unterstützung des Antrags.

**Daniel Abt** weist darauf hin, dass in ländlichen Regionen der Waldabstand keine grosse Rolle spielt und auch niemandem wehtut. Im engen Kanton Zug, wo übri-

gens nicht nur die Bevölkerung, sondern auch der Wald wächst, präsentiert sich die Situation etwas anders. Wenn der vorgeschlagene Waldabstand − wie vom Kommissionspräsidenten ausgeführt − seine Funktion erfüllt und vom Bund abgesegnet wird, gibt es für den Votanten keinen Grund, ihn zu verkleinern.

**Mariann Hess** hält fest, dass das Ziel des bundesrechtlichen Waldabstandgebots darin besteht, den Wald als Ökosystem zu erhalten. Es soll ein natürlicher, gestufter Waldrand ermöglicht und damit die Biodiversität gefördert werden. In diesen Übergangsbereichen ist die Artenvielfalt nämlich besonders hoch. Die Kontaktzone Wald/Nichtwald muss daher möglichst frei von Bauten und Anlagen sein. Es ist offensichtlich, dass die bundesrechtliche Zielsetzung mit einem kleinen Waldabstand nicht mehr erreicht werden kann. Denn dieser Abstand bezieht sich nicht nur auf den sichtbaren oberen Teil, sondern auch auf den Untergrund. Wird der gewachsene Boden zerstört, kann er seine vielfältigen Funktionen und diversen ökologischen Leistungen nicht mehr erbringen. Auch ist zu befürchten und Erfahrungen aus der Praxis legen es nahe, dass auf die Reduktion des Waldabstands für unterirdische Bauten auf 10 Meter bald auch eine Reduktion für oberirdische Bauten folgt. Das will die ALG nicht. Sie stellt deshalb ebenfalls den **Antrag,** das geltende Recht mit einem einheitlichen Waldabstand von 12 Meter für oberirdische und unterirdische Bauten beizubehalten, § 12 Abs. 1 also nicht zu splitten. Die ALG will eine schlanke Gesetzgebung mit klaren Aussagen, welche einfach umzusetzen ist und keine neuen Begehrlichkeiten weckt. Im Übrigen ist die Angabe, dass der Waldabstand ab Baumkrone gemessen werde, eine Fehlinformation. Er ist eine festgelegte Linie im Zonenplan, verankert in der Verfügung, wobei nicht ab Baumkrone gemessen wird.

Für Baudirektor **Urs Hürlimann** zeigt sich hier ein Dilemma, das schon in der Arbeitsgruppe und in der vorberatenden Kommission intensiv besprochen wurde: Landschaftsschutz versus Entwicklung. Regierung und Kommission kamen zum Schluss, dass die vorgeschlagene Lösung − 12 Meter oberirdisch, 10 Meter unterirdisch − richtig sei. Nach Art. 52 des Bundesgesetzes über den Wald bedürfen die kantonalen Ausführungsbestimmungen der Genehmigung des Bundes. Genehmigungsbedürftig sind nach konstanter Praxis auch diesbezügliche Organisationsnormen. Dazu gehört auch § 12 Abs. 1. Die Baudirektion hat deshalb das UVEK vorgängig über die geplante Regelung informiert, und dieses hat den Vorschlag mit Schreiben vom 25. Oktober 2017 als bundesrechtskonform taxiert. Der Baudirektor bittet den Rat, den Antrag des Regierungsrats und der Kommission zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst § 12 bereinigt und dann über den Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts abgestimmt wird.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat folgt bezüglich § 12 Abs. 1 Bst. a mit 50 zu 18 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission (10 Meter Waldabstand für unterirdische Bauten und Anlagen sowie Tiefbauten).

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt den Antrag der ALG- und der SP-Fraktion auf Beibehaltung bisherigen Rechts mit 46 zu 24 ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 13b*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Aufnahme eines neuen Paragrafen hinsichtlich eines Ausgleichs für Kiesgruben und Abfallanlagen beantragt. Der Regierungsrat lehnt diesen Antrag ab.

**Daniel Abt** stellt namens der FDP-Fraktion den **Antrag,** § 13b zu streichen. Um die Bewilligung zum Betrieb einer Deponie zu erhalten, ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. Zu den Auflagen gehören entsprechende Renaturierungsmassnahmen, mit welchen die Landschaft bei Schliessung der Deponie in einem wesentlich besseren Zustand verlassen wird, als man sie bei deren Eröffnung angetroffen hat. Und bereits jetzt muss eine Vielzahl weiterer Vorschriften umgesetzt werden. Auch müssen die aufgrund der erhöhten Sensibilität der Anwohner zunehmenden Einsprachen abgehandelt werden, was ebenfalls nicht immer gratis ist.
Dass zusätzliches Geld für «erhebliche Nachteile», welche nicht definiert sind und nicht definiert werden können, an die Standortgemeinde fliessen soll, ist für die FDP nicht akzeptabel. Hinzu kommt, dass § 13b mit den im ersten Teil der PBG-Revision verabschiedeten Artikeln nicht kongruent ist. Nach der ersten Lesung sind die Paragrafen im Teil 1 abschliessend formuliert. Dies soll auch im Teil 2 so sein. Die FDP will keine Türen öffnen, dass Gelder nach Gutdünken oder − böser ausgedrückt − Schmiergelder eingefordert werden können.

**Walter Birrer** spricht für die SVP-Fraktion. Er kann sich grundsätzlich den Ausführungen seines Vorredners anschliessen. Als weiteres Argument für die Ablehnung von § 13b führt er an, dass es schwierig bzw. kritisch ist, vor oder nach einer Bewilligung finanzielle Forderungen zu stellen. Bezüglich Staub etc. wurde der vorberatenden Kommission von der Regierung glaubhaft erklärt, dass dieses Problem beim Kiesabbau gelöst sei. Und bezüglich Lärmbelastung hält der Votant fest, dass LKWs gleich laut sind, ob sie nun Waren in ein Kaufhaus liefern oder Kies transportieren. Die SVP lehnt deshalb die finanzielle Bestrafung von Unternehmen, die Kies abbauen, ab. Oder soll man auch weitere Belastungen, etwa durch den Tourismus auf dem Zugerberg, bestrafen? Die SVP-Fraktion sagt Nein zum neuen § 13b.

**Andreas Etter** hält fest, dass mit § 13b erreicht werden soll, dass von drei Parteien auch die dritte − sprich die Gemeinde − am Erfolg partizipieren kann und nicht nur für die Aufwendung für Lärmschutz oder Schmutzbeseitigung tragen muss. Mit der «kann«-Formulierung wird zudem der Dialog zwischen den drei Parteien gefördert. Eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Hans Baumgartner** hält fest, dass Deponien und Kiesgruben unbestritten zu massiven, unübersehbaren Eingriffen in der Landschaft führen. Dass die Bevölkerung bei solchen Eingriffen Ausgleichsmassnahmen über den Abbauperimeter hinaus verlangt, ist verständlich. Die Praxis, dass die Betreiber der Anlagen die Massnahmen zum Ausgleich der Nachteile und der Immissionen mitfinanzierten, war zumindest in der Gemeinde Cham bis jetzt Standard, und zwar mittels freiwilligen Vereinbarungen. Mit der Revision des PBG würden diese freiwilligen Vereinbarungen − wie es Daniel Abt bereits gesagt hat − unzulässig, zumindest wenn dem ersten Teil der Revision mit der Regelung der Mehrwertabgabe und der abschliessenden Aufzählung der Mehrwertabgabetatbestände in § 52 zugestimmt wird. Es geht bei diesem neuen § 13b also um die Beibehaltung der gängigen Praxis, was

im Interesse der Unternehmer und der Bevölkerung ist. Der Votant bittet deshalb um Zustimmung zum Vorschlag der vorberatenden Kommission.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission sich mit Stichentscheid des Präsidenten für den neuen § 13b aussprach. Ausgangspunkt der Diskussion war − wie gehört − die abschliessende Regelung der Ausgleichsmassnahmen in § 52. Für die Kommission stellte sich die Frage, warum ein Unternehmen, das mit Kiesabbau oder einer Deponie viel Geld verdient, keinen Beitrag für den Mehrwert bezahlen muss, den es durch planerische Massnahmen erhalten hat. Es ist unlogisch, dass man bei einer gemeindlichen Einzonung abgabepflichtig wird, nicht aber bei einer kantonalen Einzonung für Kiesausbeutung etc. Andere Kantone kennen offenbar auch für diese Fälle entsprechende Abgaberegelungen.
Aufgrund dieser Überlegungen der Kommission erarbeitete die Baudirektion einen Vorschlag. Dieser ist allerdings sehr eingeschränkt und weit von den übrigen Fällen der Mehrwertabschöpfung entfernt. Während dort die Mittelverwendung sehr schwammig definiert ist und fiskalische Überlegungen im Vordergrund stehen, ist hier sehr einschränkend festgelegt, dass die Abgaben einerseits für ökologische Ausgleichsmassnahmen verwendet werden müssen und andererseits − ein juristischer Alptraum − nur zum Ausgleich der nachweisbaren Nachteile erhoben werden können. Das bedeutet, dass diese Abgabe sehr klein sein wird. Und wie gehört, haben die Gemeinden bisher gewissermassen auf dem Schleichweg eine Abgabe *ertrötzelt,* müssen sie doch der Bevölkerung die Vorteile eines Kiesabbaus oder einer Deponie aufzeigen. Auch die Diskussionen bezüglich Kiesabbau im Kantonsrat haben immer wieder gezeigt, dass ein kleines finanzielles Zückerchen für die Gemeinden hilfreich wäre.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass der Regierungsrat den Streichungsantrag der FDP-Fraktion unterstützt. Er wurde *contre coeur* beauftragt, einen Vorschlag für einen Ausgleich für Kiesgruben und Abfallanlagen auszuarbeiten. Er ist aber der Meinung, dass diese Abgabe falsch wäre. Im ersten Teil der PBG-Revision sind die Mehrwertabgabetatbestände abschliessend definiert, um eine klare Praxis zu ermöglichen − und der Kantonsrat diskutierte mindestens eine halbe Stunde über den betreffenden Paragrafen.
Der Entwurf für die neue Bestimmung sieht vor, dass die Entschädigung in einem der Errichtungs- und Betriebsbewilligung nachgelagerten Verfahren festgelegt werden soll. Die Entschädigung soll für zusätzliche und weitergehende ökologische Ausgleichsmassnahmen im grösseren Umkreis der Anlage zur Verfügung stehen, dies in Ergänzung oder als Zusatz zu den ökologischen Ausgleichsmassnahmen, welche in der Errichtungs- und Betriebsbewilligung oder allenfalls im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung ohnehin verlangt werden. In der vorberatenden Kommission war die neue Bestimmung − wie gehört − umstritten, dies besonders deshalb, weil nach Erteilung einer Bewilligung die an sich nicht verfahrensbeteiligte Gemeinde noch finanzielle Forderungen stellen kann. Ausserdem enthält die Bestimmung unbestimmte Rechtsbegriffe. Zudem haben andere Gemeinden, in denen sich beispielsweise beliebte Ausflugsziele befinden, ebenfalls Lasten zu tragen, für die sie keine Entschädigung erhalten. Und schliesslich werden in der Regel mit der Umweltverträglichkeitsprüfung bereits ökologische Ausgleichsmassnahmen verlangt. Der Baudirektor bittet aus diesen Gründen, den Antrag der FDP-Fraktion zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission auf Aufnahme eines neuen § 13b mit 39 zu 28 Stimmen ab.

*§ 15a Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 15a Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Streichung von Abs. 2 beantragt. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission nicht will, dass bei Bebauungsplänen mit einer Nutzungserhöhung um mehr als 50 Prozent und bei der Ausscheidung von Quartierfreiräumen zwingend ein Quartiergestaltungsplan erstellt werden muss. Der Kommission ging es auch hier um den roten Faden, wie Erleichterungen eingebaut werden können, und sie wollte der Gemeinde die entsprechende Freiheit geben. Sie findet das Quartiergestaltungplanverfahren grundsätzlich sinnvoll, wollte hier aber keinen Zwang festlegen.

**Manuel Brandenberg** stellt den **Antrag,** § 15a ganz zu streichen. Das neue Instrument Quartiergestaltungsplan ist eine weitere Möglichkeit für den Staat, einschränkend auf beteiligte Grundeigentümer zu wirken. Es ist nicht notwendig.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem inhaltlich identischen Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst. Das Bebauungsplanverfahren wird nicht erschwert, wie es in der Kommission kritisiert wurde; man ist bezüglich des prozessualen Ablaufs auf der richtigen Seite. Und es ist wichtig, dass § 15a nicht gestrichen wird.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst. Damit erübrigt sich eine Abstimmung über die Streichung von Abs. 2. Der ursprüngliche Abs. 3 wird zu Abs. 2.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 15a mit 45 zu 19 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 16*
*§ 18 Abs. 1 Bst. a, b und c*
*§ 18 Abs. 2 Bst. a, b und c*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 18 Abs. 3 (gemäss Antrag Regierungsrat) bzw. 3 und 4 (gemäss Antrag der vorberatenden Kommission)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine Aufteilung von § 18 Abs. 3 in zwei Absätze vorschlägt. Zudem beantragt sie die Einschränkung «jeweils maximal im Umfang der Mehrausnützung» bei den Zonenplanänderungen

und den Bebauungsplänen. Der Regierungsrat stimmt dem Antrag auf Aufteilung in zwei Absätze zu, lehnt die beantragte Einschränkung aber ab.

**Barbara Gysel** stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** dass Mindestanteile für den preisgünstigen Wohnungsbau nicht «zulässig» sein sollen, sondern dass auf die zweite Lesung hin ein Vorschlag für eine entsprechende Pflicht ausgearbeitet werden soll. Die Votantin weist auch darauf hin, dass unklar ist, worauf sich die Mindestfläche bezieht. Die SP-Fraktion möchte grundsätzlich, dass bei Bebauungsplänen der preisgünstige Wohnungsbau als Voraussetzung und nicht als Möglichkeit fixiert wird. Sie diskutierte zudem über das Beispiel Neufeld in Baar, wo der Kanton der Gemeinde und der Bauherrschaft einen höheren Anteil an wirtschaftlicher Nutzung aufbrummen wollte, dies gegen den Willen beider Beteiligten. Wenn Gemeinde und Bauherrschaft einen höheren Anteil an Wohnen fordern, sollte der Kanton diesem Anliegen nicht im Weg stehen.

**Manuel Brandenberg** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** Abs. 4 (gemäss Antrag der vorberatenden Kommission) zu streichen. Die SVP will keine Bestimmungen zur Möglichkeit des preisgünstigen Wohnungsbaus im Gesetz haben. Dieses Thema hat an Attraktivität verloren. In der Stadt Zug gab es bis vor kurzem ein Reglement, das die Berechtigung für eine preisgünstige Wohnung bestimmte: Berechtigt waren Personen mit einem steuerbaren jährlichen Nettoeinkommen von bis zu 190'000 Franken. Die SVP ist dagegen, dass zugunsten solcher angeblich bedürftiger Personen noch mehr Einschränkungen zulasten der Eigentümer im Gesetz festgeschrieben werden. Sie bittet, ihren Streichungsantrag zu unterstützen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass nach dem Willen der Kommission preisgünstiger Wohnungsbau nur im Umfang der Mehrnutzung gefordert werden kann. Es soll also nicht in den bisherigen Rechtsbestand eingegriffen werden. Das entspricht auch der Diskussion in der Stadt Zug, wo man feststellte, dass die entsprechende gesetzliche Grundlage im kantonalen Baurecht fehlte. Diesem Umstand wollte man Rechnung tragen. Der Kommissionpräsident bittet in diesem Sinn, den Rechtsbestand der privaten Eigentümer zu schützen.
In der Kommission wurde der Antrag auf zwingende Verpflichtung zu preisgünstigem Wohnungsbau nicht gestellt. Persönlich ist der Kommissionspräsident der Meinung, dass dieser Antrag enorme Auswirkungen hat. Die Limite von 5000 Quadratmetern gilt ja nur bei Um und Aufzonungen. Der Antrag hätte aber zur Folge, dass bei jedem künftigen Bebauungsplan preisgünstige Wohnungen errichtet werden müssten. Man muss wohl nicht weiter ausführen, dass der Antrag zumindest in dieser Form sicher nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass der Regierungsrat inhaltlich mit der Kommission einig geht, allerdings möchte die Kommission weniger weit gehen. Die Umsetzung wird mit der Variante der Regierung etwas offener, mit der Variante der Kommission eingeschränkter sein. Der Antrag der SP-Fraktion wurde in der Kommission nicht besprochen, er schiesst aber weit über das Ziel hinaus. Der Baudirektor empfiehlt, ihn auf jeden Fall abzulehnen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst die Abs. 3 und 4 bereinigt werden und dann über den Streichungsantrag der SVP-Fraktion abgestimmt wird.

➔ Der Rat ist mit der Aufteilung des ursprünglichen Abs. 3 in zwei Absätze stillschweigend einverstanden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend Abs. 3 in der Version der vorberatenden Kommission.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, dass im neuen Abs. 4 Mindestanteile für den preisgünstigen Wohnungsbau nicht «zulässig», sondern Pflicht sein sollen, mit 53 zu 14 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat stimmt der Einschränkung «jeweils maximal im Umfang der Mehrausnützung» mit 48 zu 19 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat lehnt die von der SVP-Fraktion beantragte Streichung von Abs. 4 mit 42 zu 26 Stimmen ab und genehmigt damit abschliessend den Antrag der vorberatenden Kommission.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

66. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 14. Dezember 2017 (Nachmittag)
Zeit: 13.50 – 17.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**922 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 71 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Susanne Giger, Jürg Messmer und Urs Raschle, alle Zug; Iris Hess-Brauer, Unterägeri; Adrian Andermatt und Andreas Lustenberger, beide Baar; Silvan Renggli, Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Emanuel Henseler, Neuheim.

Den Platz des Landschreibers nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**923** Traktandum 2.1: **Motion von Manuel Brandenberg und Philip C. Brunner betreffend Standesinitiative zur Aufhebung des Krankenkassenobligatoriums als Beitrag zur Eindämmung der Kosten- und Prämienexplosion im Gesundheitswesen**
Vorlage: 2805.1 - 15619 (Motionstext).

**Hubert Schuler** hält fest, dass nach der Darstellung der Motionäre die Gesundheitskosten und speziell die Krankenkassenprämien wegen des Krankenkassenobligatoriums extrem gestiegen sind. In der Begründung wird nicht darauf hingewiesen, dass die gesamten Gesundheitskosten sich stark erhöht haben. Gemäss Bundesamt für Sozialversicherung stiegen die Nettoleistungen der Krankenkassen ohne Kostenbeteiligung der Versicherten von 1976 bis 1995 − also vor dem Obligatorium − inflationsbereinigt um 3,8 Prozent und von 1996 bis 2016 nur noch um 3,5 Prozent. Die Kostensteigerung auf das Obligatorium zu reduzieren, ist also falsch. Der Anspruch der Bevölkerung auf eine gute Gesundheitsversorgung ist sehr hoch, insbesondere wenn es die einzelne Person oder deren Familienangehörige betrifft. Dann ist keine Behandlung zu teuer, und alle Möglichkeiten sollen bzw. müssen ausgeschöpft werden.
Der Verband PharmaPro hat 2012 eine Umfrage zum Thema Krankenkassenobligatorium durchgeführt. 64 Prozent der Befragten sprachen sich für das Obligatorium

aus. Zusätzlich wurden in den letzten Jahren neue, innovative Modelle der Versicherung geschaffen, die ebenfalls Kostenersparnisse bringen. Diese müssen nun weiter entwickelt werden.
Die Gesundheitspolitik wird vom Bundesparlament vorgegeben und ist äusserst komplex und gegenseitig abhängig. Eine Aufhebung des Obligatoriums zu verlangen, ist nicht zielführend. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass dies eine Aufgabe des Bundesparlaments ist, in welchem die Partei der Motionäre ja gut vertreten ist. Sie stellt deshalb den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen.

**Anna Bieri** erinnert daran, dass sie vor rund zwei Jahren den Mahnfinger hochhielt und den Rat aufforderte, parlamentarische Vorstösse nur mit äusserstem Bedacht nicht zu überweisen und die parlamentarischen Rechte nicht unnötig zu beschneiden. Heute steht sie da, um im Namen der CVP-Fraktion genau eine solche Nichtüberweisung zu beantragen. Sie erachtet die Nichtüberweisung im vorliegenden Fall als richtig und auch als wichtig, dies aus folgenden Gründen:
• Es geht um ein wichtiges Instrument der politischen Arbeit, nämlich die Standesinitiative, die nach Ansicht der Votantin hier ungerechtfertigt oder gar missbräuchlich eingesetzt wird. Eine Standesinitiative soll ein Werkzeug für Anliegen sein, die für den betreffenden Kanton von herausragendem Interesse sind; für den Kanton Zug ist etwa an den NFA oder das Wahlgesetz zu denken. Nur so hat man die Chance, damit ein gewisses Gewicht und ein Ziel zu erreichen. Wo aber liegen bei der vorliegenden Problematik das ausgewiesene, durch kantonale Besonderheiten gegebene Interesse und damit die Legitimation für den Einsatz des Instruments der Standesinitiative? Für die Votantin handelt es sich hier um den missratenen Versuch, auf kantonaler Ebene Bundespolitik machen zu wollen.
• Die Votantin hätte ausgesprochen Mühe damit, wenn ausgerechnet ihr Kanton Zug mit einem derart unsolidarischen Anliegen in die Schlagzeilen geraten würde. Gewiss, die Motionäre haben die steigenden Kosten erkannt, und es braucht eine Lösung. Persönlich sieht die Votantin einiges Potenzial in der Stärkung der Eigenverantwortung als tragender Säule bzw. in Verbesserungen, welche subsidiär möglichst weit unten ansetzen. Das wollen die Motionäre aber nicht zur Debatte stellen, sondern einzig die knallharte Abschaffung des Krankenkassenobligatoriums. Damit kippen sie ohne Rücksicht auf Verluste den Pfeiler der Solidarität. Das ist nicht nur unsolidarisch, sondern erweist sich in der modernen Praxis auch als finanzpolitisch problematisch. Die Votantin fordert die Motionäre auf, einen Blick auf Länder ohne Krankenkassenobligatorium zu werfen. Deren Gesundheitswesen ist schlicht teurer als jenes von Ländern mit Obligatorium, von der daraus resultierenden Zweiklassenmedizin gar nicht zu sprechen. Auch ohne Obligatorium bleibt der Staat für eine minimale Grundversorgung zuständig. Zugleich würden viele Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen keine Prämien bezahlen, weil sie darin keine Vorteile erkennen. Die Motionäre erkennen wohl das Problem, die vorgeschlagene Lösung ist aber, wie die Praxis zeigt, in der heutigen Zeit untauglich.
Zusammengefasst: Die Votantin will nur schon die Diskussion dieses unsolidarischen und nicht wirklich durchdachten Anliegens der Reputation des Kantons Zug nicht zumuten. So sind die Zugerinnen und Zuger nicht! Zudem sollte eine Standesinitiative gezielt und klug eingesetzt werden. Die Mitglieder des Kantonsrats sind keine verhinderten Bundespolitiker, sondern haben einen Auftrag zum Wohl des Kantons. Die Votantin stellt deshalb entgegen ihren Gepflogenheiten, aber aus voller Überzeugung, auch namens der CVP-Fraktion den **Antrag** auf Nichtüberweisung.

**Daniel Marti** findet die Idee einer Aufhebung des Krankenkassenobligatoriums grundsätzlich einen interessanten Diskussionsbeitrag zu den stetig steigenden Ge-

sundheitskosten. Es ist auch unbestritten, dass dringender Handlungsbedarf besteht, haben sich doch die Nettoleistungen der Krankenkassen zwischen 1996 und 2016 verdoppelt, was zu einem entsprechenden Prämienanstieg geführt hat. Allerdings ist es nicht erwiesen, dass die Gesundheitskosten bei einer Abschaffung der obligatorischen Krankenkasse tatsächlich sinken würden. Das Beispiel USA, wo die Gesundheitskosten schon vor der Einführung von «Obamacare» um einiges höher waren als in der Schweiz, zeigt, dass die Kosten auch ohne ein Obligatorium aus dem Ruder laufen können.
Bei den heutigen Gesundheitskosten müsste wohl auch bei einem Teilobligatorium, wie es bis 1996 galt, die Krankenkasse für die meisten Leute obligatorisch erklärt werden, damit ein schwerer Krankheitsfall nicht im finanziellen Ruin endet. Zudem ist eine Abschaffung des Obligatoriums im Parlament und beim Stimmvolk wohl noch weniger mehrheitsfähig, als es die Einheitskrankenkasse war. Unter diesen Umständen sieht die GLP keine Chance, dass eine solche Standesinitiative von Erfolg gekrönt sein könnte. Die GLP glaubt auch nicht, dass es die Aufgabe des Kantons Zug ist, eine solche Debatte anzustossen, ganz zu schweigen vom damit verbundenen Reputationsschaden. Die GLP unterstützt daher den Antrag auf Nichterheblicherklärung der Motion.

Für **Philip C. Brunner** scheint es ein veritables Himmelfahrtskommando zu sein, den Rat von der Überweisung der Motion überzeugen zu wollen. Dass sich die SP als erste Fraktion zu Wort gemeldet hat, erstaunt nicht, ist doch in der «Aargauer Zeitung» und auf watson.ch ein Beitrag mit dem Titel «SVP-Politiker wollen die Krankenkasse wieder freiwillig machen, die SP reagiert» erschienen. Und tatsächlich haben verschiedene SP-Bundespolitiker bereits Widerstand angemeldet. Gemeldet hat sich aber auch Thomas de Courten, der Präsident der Gesundheitskommission des Nationalrats, und er hat das Anliegen immerhin als diskussionswürdig taxiert.
Die Motionäre haben in ihrer Begründung verschiedene wichtige Punkte angeführt. Zum einen geht die Entwicklung der Gesundheitskosten nur in eine Richtung, nämlich nach oben, und der grosse Verlierer in diesem Perpetuum mobile ist der Bürger, der an dieses System gefesselt ist. So kann es nicht weitergehen, und gerade die SP müsste ein grosses Interesse an einer Änderung haben, sind doch die sozial Schwächeren durch dieses System extrem belastet; für die Wohlhabenden und den oberen Mittelstand ist es vielleicht kein grosses Problem, jedes Jahr 100 Franken pro Monat mehr bezahlen zu müssen, aber es zählt sich auch für sie. Die grossen Profiteure dieser eigentlichen Kostenexplosion sind die Versicherungen. Und am Ende des Tages bezahlen die Gemeinden riesige Summen für diejenigen, welche ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlen können. Man sollte deshalb den Mut haben, hier eine Reform anzustossen.
Dem Argument, eine solche Standesinitiative würde der Reputation des Kantons Zug schaden, hält der Votant entgegen, dass genau das Gegenteil der Fall wäre. Gerade die Linke argumentiert immer wieder, dass in Zug die Preise für Mieten und Wohneigentum sehr hoch seien. Und dazu kommen obligatorisch noch die Krankenkassenprämien.
Die Motionäre haben weiter argumentiert, dass das System ausgenützt wird. Der Votant ist − wie an seiner Stimme zu hören ist − im Moment theoretisch auch ein Fall für die Krankenkasse. Er ist aber eigenverantwortlich dennoch in die heutige Sitzung gekommen; mit ein bisschen gutem Willen geht es auch. Natürlich ist dem Votanten bewusst, dass es Mitbürger gibt, welche die Krankenkasse tatsächlich brauchen. Es geht in der Motion denn auch nicht um eine Abschaffung der Krankenkasse, sondern um eine Reform. Die Älteren erinnern sich: Vor zwanzig Jahren versprach Bundesrätin Ruth Dreifuss, die Krankenkassenprämien würden sinken, da

sich ja sehr viele gesunde Personen daran beteiligen würden. Diese Entwicklung ist nicht eingetroffen, im Gegenteil. Und das damalige Versprechen zeigt einmal mehr, dass man immer das Gegenteil dessen tun sollte, wozu Bern bzw. der Bundesrat raten.
Es ist sehr wohl Aufgabe des Kantons Zug, hier ein Zeichen zu setzen. Zug ist wirtschaftlich einer der erfolgreichsten Kantone, wie eine neue Studie von Avenir Suisse zeigt − auch wenn er in gewissen Bereichen durchaus noch Nachholbedarf hat. Es liegt deshalb genau am Kanton Zug, einen solchen Vorstoss einzureichen und die entsprechende Diskussion zu lancieren. Der Kanton Zug hat vor einiger Zeit bereits eine Standesinitiative bezüglich Banknoten initiiert und damit eine veritable Diskussion ausgelöst; Alt-Regierungsrat und Ständerat Peter Hegglin von der CVP hat sich sehr für diese Sache eingesetzt. Wenn man sieht, welche Themen in Bern diskutiert werden − im Moment ist es nur Yannick Buttet −, dann ist es sehr wichtig, dass sich die Kantone zu Wort melden. Bundesbern soll dieses Thema ernsthaft aufnehmen und diskutieren. Vielleicht führt die Diskussion ja zu einem Teilobligatorium, wer weiss.
Der Vorstoss ist also nicht so radikal, wie er auf den ersten Blick aussieht. Er ist vielmehr ein Input, wie ihn auch die Bevölkerung wünscht. In den heutigen Voten hat niemand einen Vorschlag gemacht, wie es mit dem KVG weitergehen soll. Der Votant appelliert speziell an das liberale Lager: Die Bevölkerung muss ihre Selbstverantwortung wieder wahrzunehmen lernen. In diesem Sinne bittet der Votant, die Überweisung der Motion zu unterstützen.

**Hubert Schuler** findet, dass Philip C. Brunner inhaltlich etwas gar weit ausgeholt und zudem auch nicht alles richtig verstanden hat. Die Versicherungen sind beim KVG nicht die grossen Gewinner, denn sie dürfen dort gar keinen Gewinn erwirtschaften, sondern müssen schlicht die Kosten auf die Prämien umlagern. Der Denkansatz von Philip C. Brunner ist in diesem Sinne etwas verquer.

**Philip C. Brunner** bestätigt die Aussage von Hubert Schuler: Die Prämien werden vom Staat kontrolliert. Das System gleicht jenem in England, wo das Resultat für den Kranken am Schluss wenig vorteilhaft ist. Grosse Gewinner sind der Staat mit seinen Spitälern, die Pharmafirmen etc. Und genau das ist das Problem: Es gibt viele Gewinner, die Verlierer aber sind die Prämienzahler. Wenn man sieht, wie die Vertreter der Versicherungen − übrigens auch von der SVP − in Bern …

Der **Vorsitzende** unterbricht den Votanten und bittet ihn, zur Überweisung und nicht über den Inhalt der Motion zu sprechen.

**Beni Riedi** fühlt sich herausgefordert durch das Solidaritätsverständnis von Anna Bieri. Ein System als solidarisch zu bezeichnen, bei dem der Zwangskunde immer mehr bezahlen und das indirekt mit Prämienverbilligungen durch die Kantone finanziert werden muss, ist für den Votanten sehr fragwürdig. Im Übrigen schadet es nicht, wenn die Politik Obligatorien hin und wieder hinterfragt.

**Manuel Brandenberg** kann sich vorstellen, dass er verdächtig wird, *spiritus rector* der vorliegenden Motion zu sein. Er erinnert daran, dass der Kanton Zug hier nur eine bundesrechtlich vorgesehene Mitwirkungsmöglichkeit nutzt. Es wird also nicht ein Instrument missbraucht, vielmehr ist der Kantonsrat gemäss Kantonsverfassung beauftragt, die Möglichkeit, in Bern Standesinitiativen einreichen zu können, zu nutzen. Im Übrigen bekennt der Votant mit Blick auf Anna Bieri, dass er tatsächlich ein verhinderter Bundespolitiker ist. Das gilt auch für Philip C. Brunner, der 2011

als Bundespolitiker verhindert wurde; der Votant selbst ist seit 2011 und 2015 sogar ein doppelt verhinderter Bundespolitiker. Das ändert aber nichts an der Möglichkeit, als Kanton − wie von der Bundesverfassung vorgesehen − mit Standesinitiativen in die Bundespolitik eingreifen zu können. Und es sind nicht immer die schlechtesten Ideen, die von unten statt von oben kommen. Für den Votanten wäre es deshalb klug, die vorliegende Motion zu überweisen, zu gegebener Zeit über die Überlegungen der Regierung dazu zu diskutieren und dann den entsprechenden Entscheid zu fällen.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat lehnt die Überweisung der Motion mit 45 zu 20 Stimmen ab.

**924 Traktandum 2.2: Interpellation von Karen Umbach und Philip C. Brunner betreffend Bitcoins**
Vorlage: 2803.1 - 15610 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)

**925 Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 2: Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Erfahrungen aus der Praxis**
Vorlagen: 2737.1 - 15427 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2737.2 - 15428 (Antrag des Regierungsrats); 2737.3/3a - 15468 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

DETAILBERATUNG (Fortsetzung)

*§ 19 Abs. 1 und Abs. 2*

**Walter Birrer** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** bei § 19 am geltenden Recht festzuhalten. Wohnzonen mit Kindertagesstätten etc. sind meistens mit 20- oder 30-Stundenkilometer-Zonen erschlossen, und die Anwohner parkieren ihre Autos in einer Einstellhalle. Die Leute, die ihre Kinder in die Kindertagesstätte bringen, kommen mit Kleinwagen angefahren − und sie würden am liebsten direkt vor die Haustüre fahren, obwohl die nötigen Parkplätze vorhanden sind. Der Votant warnt deshalb dringend vor der Genehmigung der neuen Bestimmung.
Als Besitzer einer Eigentumswohnung in einem Obergeschoss muss man einfach akzeptieren, wenn beispielsweise eine Kindertagesstätte ins Erdgeschoss einzieht, und kann sich nicht zur Wehr setzen. Es ist fast eine Enteignung. Wenn die Kinder ohne Autos gebracht würden, wäre die beantregte Lösung denkbar. In der Regel werden sie aber mit kleineren Mittelklassewagen gebracht, die dann dort stehen und die Freiflächen besetzen. Das ist nicht der richtige Ort, um diese Bestimmung festzuschreiben. Deshalb soll am geltenden Recht festgehalten werden.

**Beni Riedi** zitiert das geltende Recht: «Die Wohnzonen sind für Wohnzwecke bestimmt. Nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sind zulässig.» Die Regierung beantragt nun die folgende Formulierung: «Die Wohnzonen sind für Wohnzwecke, dem Wohnen vergleichbare Zwecke sowie familienergänzende Be-

treuung bestimmt.» Der Votant möchte erstens vom Regierungsrat wissen, was «dem Wohnen vergleichbare Zwecke» sind; er kann sich darunter nichts vorstellen. Zweitens stört er sich daran, dass für ein einzelnes Gewerbe, nämlich die familienergänzende Betreuung, im Gesetz eine Ausnahme gemacht wird. Nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sind in Wohnzonen ja erlaubt − und der Votant möchte doch hoffen, dass familienergänzende Betreuung unter diese Kategorie fällt. Wenn dem aber nicht so sein sollte, möchte er gerne wissen, warum gerade für diesen staatlich subventionierten Sektor eine Ausnahme gemacht wird.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass in der Kommission kein Antrag auf Streichung des Zusatzes «familienergänzende Betreuung» gestellt wurde. Wenn er sich richtig erinnert, wurde im Kanton Aargau gerichtlich entschieden, dass familienergänzende Betreuung in Wohnzonen zulässig ist. Es geht um die Klarstellung, dass es sich hier nicht um eine Auslegungsfrage handelt, sondern es klarer politischer Wille ist, dass familienergänzende Betreuung in Wohnzonen Platz haben soll. Natürlich verursachen spielende Kinder gewisse Immissionen, und es ist leider eine Tatsache, dass das Verständnis für Immissionen anderer Lebensabschnitte als des eigenen immer kleiner wird. Mit der Aufnahme der vorgeschlagenen Bestimmung werden in diesem Sinn Klarheit geschaffen und Streitfälle vermieden. Und eigentlich ist es ja selbstverständlich, dass Kinder in einer Wohnzone Platz haben sollen.

**Alice Landtwing** hält fest, dass hier die Motion Stocker/Landtwing umgesetzt wird. Es gab seinerzeit ein Problem im Loretoquartier, wo ein Nachbar bei der Stadt und vor allen Gerichten gegen die familienergänzende Betreuung in einem Wohnquartier opponierte. Man wollte deshalb sicherstellen, dass künftig in Wohnzonen nicht mehr gegen entsprechende Institutionen Einsprache erhoben werden kann − wobei es nicht um Autos, sondern immer um Kinderlärm geht.

**Beni Riedi** möchte klarstellen, dass er Verständnis für das Anliegen der familienergänzenden Betreuung und auch die entsprechenden Immissionen hat. Er möchte aber wissen, warum dieser Bereich nicht unter «nicht störende Dienstleistungsbetriebe« fällt, sondern im Gesetz explizit erwähnt werden soll. Und um wie viele Fälle handelt es sich? Er möchte ein schlankes Gesetz. Wenn es aber tatsächlich ein Problem gibt, lässt er sich gerne überzeugen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** bestätigt, dass hier der Fall im Loretoquartier bzw. die entsprechende, vom Kantonsrat erheblich erklärte Motion im Hintergrund steht. Mit dem vorliegenden Vorschlag, dem auch die vorberatende Kommission zustimmte, wird man dieser Motion gerecht. Der Baudirektor kann aus dem Stegreif keinen weiteren Fall nennen. Im Fall Loreto aber wurden sämtliche gerichtlichen Instanzen bemüht, um eine Kindertagesstätte zu verhindern. In der vorgeschlagenen Version werden die Begriffe «Kindertagesstätte» und «Kindergarten» bewusst nicht verwendet. Damit erhält man die Flexibilität, allenfalls auch Kleinschulen oder andere mit der Wohnnutzung eng verbundene Betreuungsformen subsummieren zu können. Die Kommission hat den Vorschlag des Regierungsrats als sinnvoll und liberal beurteilt. Der Baudirektor bittet deshalb, die vorgeschlagene Formulierung zu genehmigen

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Beibehaltung geltenden Rechts mit 45 zu 18 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 23*
*§ 26 Abs. 3*
*§ 29*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 30*

**Barbara Gysel** stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** § 30 nicht aufzuheben, sondern beim geltenden Recht zu bleiben. Der Regierungsrat schreibt auf Seite 7 seines Berichts, dass Regionalpläne keine Anwendung fänden. Das ist sarkastisch. Nachdem das Raumplanungsgesetz 2012 insbesondere bei den Fragen der Bauzonengrösse und -verteilung die regionale Sicht eingeführt hat, darf das Instrument der Regionalpläne nicht einfach aufgehoben werden. Vielmehr muss seine Anwendung verstärkt werden, beispielsweise im Raum Zug–Baar–Steinhausen–Cham.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** muss Barbara Gysel theoretisch Recht geben: Es wäre sinnvoll, über die Gemeinden hinweg planen zu können. Die Realität ist aber anders: Jede Gemeinde hält an ihrer Planungshoheit fest und erarbeitet ihre eigenen Pläne. Die Möglichkeit für Regionalpläne, die natürlich auch die Entscheidautonomie der Gemeinden beschneidet, wird nicht genutzt, weshalb der Regierungsrat vorschlägt, sie zu streichen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass das Gesetz auch entschlackt werden soll. Im regierungsrätlichen Bericht steht auf Seite 9: «Seit der Einführung der Regionalpläne wurde nur ein Regionalplan erlassen, nämlich der Regierungsratsbeschluss über die Planung und den Bau der Einkaufszentren vom 26. Februar 1974 […]. Verschiedene grenzüberschreitende Planungen der Gemeinden, so etwa im Gebiet Sihlbrugg auf dem Gemeindegebiet von Neuheim und Baar sowie im Unterfeld auf dem Gemeindegebiet von Zug und Baar, kommen ohne dieses Planungsinstrument aus. Dazu kommt, dass der Aufwand für einen Regionalplan erheblich ist, und er verkompliziert das System von Richtplan und Nutzungsplan. Diese Bestimmung ist überflüssig und kann damit gestrichen werden.» Diese Argumentation des Regierungsrats war in der vorberatenden Kommission unbestritten, und der Baudirektor bittet den Rat, ihr ebenfalls zu folgen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion auf Beibehaltung geltenden Rechts mit 60 zu 6 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats auf Aufhebung von § 30.

*§ 32 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Streichung von «gemeindliche», beantragt, da Bebauungspläne ausschliesslich gemeindlich sind. Der Regierungsrat stimmt dieser Streichung nicht zu.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass der Regierungsrat inhaltlich die Meinung der Kommission teilt. Mit der Beibehaltung des Ausdrucks «gemeindliche» wird aber Klarheit geschaffen und unmissverständlich gesagt, worum es geht.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat folgt mit 52 zu 15 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 32 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 32 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Streichung von «unter anderem» beantragt. Der Regierungsrat stimmt dieser Streichung nicht zu.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass die Kommission den Inhalt von Bebauungsplänen abschliessend regeln will. Das Gesetz soll einheitlich angewandt werden, und die Gemeinden sollen keine Möglichkeit erhalten, zusätzliche Anforderungen stellen zu können. Es geht auch hier um den Grundgedanken, dass Bebauungsplanungen wichtig sind und deshalb möglichst nicht erschwert werden sollen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass der Regierungsrat inhaltlich auch hier mit der Kommission einig geht. Die vom Regierungsrat beantragte Formulierung bietet einen grösseren Spielraum, der in Spezialfällen, wie sie auch in der Kommission besprochen wurden, hilfreich sein kann.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat folgt mit 44 zu 19 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 32 Abs. 5 Bst. a und b*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission einen neuen Abs. 5 mit der Aufnahme von Fristen vorschlägt. Der Regierungsrat stimmt dieser Aufnahme nicht zu.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission sicherstellen will, dass Bebauungsplanverfahren von der Gemeinde und dem Kanton beförderlich behandelt werden. Sie hat deshalb einstimmig beschlossen, dass die Grundeigentümerschaft nach einer gewissen Frist selber einen Bebauungsplan erarbeiten kann. Da es in Zukunft viele Gebiete mit rechtlicher oder faktischer Bebauungsplanpflicht geben wird, dürfen Bebauungspläne nicht auf die lange Bank geschoben werden; sie sollen innert nützlicher Frist dem Entscheidorgan − beispielsweise in Zug dem Grossen Gemeinderat − vorgelegt werden müssen. Der Kommissionspräsident hat die Stossrichtung bereits in der Antwort auf den Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion ausgeführt: Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand immer höhere Anforderungen stellt und der Bauwillige als einsamer Bittsteller den Marsch durch die Instanzen gehen muss. Man kommt nicht um Vorschriften und eine Koordination herum; der Staat muss aber auch Bedingungen schaffen, dass die Bauherren zu ihrem Ziel kommen, und er muss korrekt mit ihnen umgehen. Dazu gehört, dass ein Bauherr in einem Gebiet mit Bebauungsplan nicht auf Gedeih und Verderben den Behörden ausgeliefert sein darf. Holland ist in dieser Hinsicht sehr fortschrittlich: Dort hat man das kooperative Planungs- und Bauverfahren perfektio-

niert. Hier soll ein erster Schritt in diese Richtung getan werden. Der Kommissionspräsident bittet den Rat deshalb, den Antrag der Kommission zu unterstützen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Kommission den Druck auf die Gemeinde erhöhen will. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Gemeinden in eigenem Interesse vorwärtsmachen und es diesen zusätzlichen Druck nicht braucht.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat genehmigt mit 60 zu 6 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 32$^{bis}$ Abs. 1*
*§ 32$^{bis}$ Abs. 2 Bst. a und b*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Barbara Gysel** stellt im Namen der SP-Fraktion den **Antrag** auf einen neuen Bst. c, der wie folgt lauten soll: «einen Anteil von mehr als 20 % der anrechenbaren Geschossfläche für preisgünstigen Wohnungsbau.» An der Schaffung von günstigem Wohnraum besteht ein gewichtiges öffentliches Interesse. Bei einzelnen Bebauungsplänen − die Votantin nennt das Beispiel Vogelwinkel in Baar − hat die Baudirektion im Rahmen der Vorprüfung des Bebauungsplans gegenüber der betreffenden Gemeinde explizit einen Anteil von mehr als 20 Prozent der anrechenbaren Geschossfläche für preisgünstigen Wohnungsbau durchgesetzt. Diese anrechenbare Geschossfläche ist in § 16 der Verordnung zum PBG definiert, eine solche Regelung gehörte aber ins Gesetz.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission nicht über diesen Antrag diskutiert hat. Persönlich gibt er zu bedenken, dass es hier um den einfachen Bebauungsplan geht, welcher das Instrument der Arealbebauung ersetzen soll. Der Antrag der SP-Fraktion würde bedeuten, dass alle bestehenden Arealbebauungen bei baulichen Anpassungen − und der entsprechenden Umwandlung in einen einfachen Bebauungsplan − 20 Prozent preisgünstigen Wohnungsbau realisieren müssten. Das wäre kontraproduktiv. Im Interesse einer guten Bausubstanz soll ja die Erneuerung der Arealbebauungen gefördert werden. Wenn aber gleichzeitig die Forderung nach 20 Prozent preisgünstigen Wohnungen gestellt wird, würde das bei Stockwerkeigentümergemeinschaften bedeuten, dass 20 Prozent der Eigentümer ihre Wohnungen wohl erlassen müssten. Der Kommissionspräsident bittet, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen: Er würde das Hauptinstrument der Revision gefährden.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag auf einen neuen Bst. c mit 58 zu 7 Stimmen ab.

*§ 32$^{bis}$ Abs. 3 Bst. a, b, c und d*

Kommissionspräsident **Heini Schmid** macht auf ein redaktionelles Versehen aufmerksam: In Abs. 3 wird fälschlicherweise auf Abs. 1 statt auf Abs. 2 verwiesen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats (mit der vom Kommissionspräsidenten beantragten redaktionellen Änderung im Einleitungssatz).

*§ 32ter Abs. 1 Bst. a*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 32ter Abs. 1 Bst. b*

**Nicole Zweifel** hat es schon in ihrem Eintretensvotum erwähnt: Es ist wichtig, dass qualitativ gute Projekte mit qualifizierten Fachpersonen als Basis für einen Bebauungsplan erarbeitet werden. Die GLP hat bereits in der Vernehmlassung verlauten lassen, dass sie sich am Begriff «Planerwettbewerb» stört, wie er in § 32ter Abs. 1 und 2 verwendet wird. Zusammen mit dem Begriff «Jury» in Abs. 2 kann dies als Einschränkung auf Wettbewerbe nach SIA 141 verstanden werden. Es gibt jedoch noch weitere qualitätssichernde Planungsverfahren, etwa Studienaufträge nach SIA 142 oder Testplanungen nach SIA 143. In den SIA-Normen wird auch nicht konsequent der Begriff «Jury», sondern teilweise auch «Begleitgremium» verwendet. Das alles tönt etwas nach Fachchinesisch. Die Votantin stellt aber den **Antrag,** hier Begriffe zu verwenden, die in Fachkreisen gebräuchlich und allgemein gültig sind und nicht einseitige Rückschlüsse auf ein mögliches Verfahren nahelegen. Der Antrag hat also nicht materiell-inhaltlichen, sondern rein redaktionellen und gewissermassen «sprachhygienischen» Charakter. Konkret beantragt die Votantin, in § 32ter Abs. 1 Bst b und in Abs. 2 anstelle des Begriffs «Planerwettbewerb» den neutralen Begriff «qualitätssicherndes Konkurrenzverfahren» zu verwenden. Dieser Begriff lässt auch andere Möglichkeiten als einen Wettbewerb zu. Bei einem Wettbewerb muss die Bauherrschaft nämlich von vorneherein klar wissen, was sie möchte, und die Planer erarbeiten auf der Basis genau dieser Vorgaben eine Lösung. Vielleicht wäre es aber besser gewesen, den Planungsauftrag offener zu formulieren, so dass die Planerteams vielleicht zu ganz anderen Lösungen kommen. Im Weiteren soll − so der Antrag − in Abs. 2 anstelle des Begriffs «Jury» der Begriff «[beurteilendes] Gremium» verwendet werden.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass dieser Antrag der Kommission nicht vorlag; er bedauert sehr, dass Nicole Zweifel als ausgewiesene Fachperson nicht Mitglied der Kommission ist. Materiell besteht kein Unterschied: Auch die GLP betont, dass Wettbewerbe für die Qualität zentral sind. Wettbewerb beflügelt, und niemand wünscht einen Einheitsbrei. Der Kommissionspräsident kennt sich allerdings mit der Wettbewerbsordnung nach SIA nicht besonders gut aus. Er schlägt deshalb vor, dem Regierungsrat einen entsprechenden Abklärungsauftrag auf die zweite Lesung hin zu erteilen: Die Regierung soll die Frage in einem schriftlichen Bericht klären. Damit würde auch für die Gemeinden klargestellt, wie dieses Wettbewerbsverfahren auszusehen hat, gibt es doch beträchtliche Unterschiede zwischen einem einfachen Studienverfahren und einem ausgewachsenen Wettbewerb.

Baudirektor **Urs Hürlimann** nimmt diesen Auftrag gerne entgegen. Aus Sicht der Baudirektion ist «Planerwettbewerb» der gängige Begriff, sie nimmt aber die nötigen Abklärungen vor und legt auf die zweite Lesung hin einen Antrag vor.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden und erteilt dem Regierungsrat den entsprechenden Abklärungsauftrag.

**Andreas Hausheer** möchte wissen, ob der Rat damit in erster Lesung den Antrag des Regierungsrats oder denjenigen der Kommission genehmigt hat.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** hält fest, dass der Antrag von Nicole Zweifel nur die Begrifflichkeit betrifft. Inhaltlich wurde über § 32$^{ter}$ Abs. 1 Bst. b noch nicht abgestimmt. Hier steht der Antrag der Regierung demjenigen der vorberatenden Kommission gegenüber.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält fest, dass die Kommission in § 32$^{ter}$ Abs. 1 Bst. b die Präzisierung «beim erstmaligen Erlass oder bei wesentlichen Änderungen» beantragt. Der Kommission ist wichtig, dass nur in diesen Fällen ein Konkurrenzverfahren verlangt wird, nicht aber bei einer einfachen Änderung eines Bebauungsplans, etwa bei der Erhöhung um ein Stockwerk oder dem Anbau eines Balkons. Was wesentliche Änderungen sind, ist im Bericht der Kommission nachzulesen.
Bezüglich des Vorgehens geht der Kommissionspräsident davon aus, dass der Rat jetzt über die Anträge der Kommission bzw. der Regierung entscheidet. Der Rat hat der Regierung aber einen Abklärungsauftrag erteilt, und er wird über den Antrag von Nicole Zweifel erst in der zweiten Lesung entscheiden.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die von der Kommission beantragte Präzisierung nach Meinung des Regierungsrats nicht nötig ist, da in Abs. 1 bereits gesagt wird, dass es hier um Bebauungspläne geht.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat genehmigt § 32$^{ter}$ Abs. 1 Bst. b mit 54 zu 3 Stimmen in der Version der vorberatenden Kommission.

*§ 32$^{ter}$ Abs. 1 Bst. c*

Kommissionspräsident **Heini Schmid** erinnert daran, dass sich die Regierung bei § 15a freundlicherweise dem Antrag der Kommission angeschlossen hat. Die Kommission wollte bei einer Nutzungserhöhung um mehr als 50 Prozent nicht zwingend einen Quartiergestaltungsplan vorschreiben. Wichtig war ihr aber der Kerngedanke, dass bei ordentlichen Bebauungsplänen, die ja eine relativ grosse Abweichung von der geltenden Bauordnung ermöglichen, die Bevölkerung, insbesondere die Nachbarschaft, in geeigneter Form − also nicht zwingend mit einem Quartiergestaltungsplanverfahren − einbezogen werden soll. Dieser Gedanke ist ein Ausfluss aus der Diskussion um die Überbauung Unterfeld und die Verdichtungsproblematik. Die Kommission wollte ein Zeichen setzen: Der rechtzeitige Einbezug der betroffenen Bevölkerung ist heute ein Muss, damit wesentliche Verdichtungen, die ja über den ordentlichen Bebauungsplan erfolgen, gelingen können.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass es aufgrund der Diskussion und der Abstimmungsresultate keinen Sinn macht, wenn der Regierungsrat an seiner Formulierung festhält. Die Regierung schliesst sich dem Antrag der vorberatenden Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 32$^{ter}$ Abs. 2*

Der **Vorsitzende** erinnert an den Antrag von Nicole Zweifel, den Begriff «Planerwettbewerb» durch «qualitätssicherndes Konkurrenzverfahren» und «Jury» durch

«Gremium» zu ersetzen. Dieser Antrag ist Teil des Abklärungsauftrags auf die zweite Lesung hin.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 32$^{ter}$ Abs. 3*

**Barbara Gysel** hat eine Frage. § 32$^{ter}$ Abs. 3 lautet: «Erfüllt ein Bebauungsplan die Voraussetzungen von Abs. 1, sind auch grössere Abweichungen von der Einzelbauweise zulässig, die Nutzungsart muss jedoch gewahrt bleiben.» Für die Votantin ist unklar, was mit «grössere Abweichungen» gemeint ist; es gibt dazu auch im Kommissionsbericht keine Ausführungen. Sie fürchtet, dass diese offene Formulierung in der Umsetzung zu Schwierigkeiten führen wird, und bittet den Baudirektor, anhand konkreter Beispiele aufzuzeigen, was damit gemeint ist. Je nachdem behält sich die SP-Fraktion vor, diesen Absatz als Gummiparagrafen abzulehnen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass er in der Kommission ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass hier eine Praxisänderung vorliegt. Bis anhin ging man davon aus, dass im Bebauungsplanverfahren maximal 30−40 Prozent Mehrnutzung gewährt werden. Im Kommissionsbericht wird ausgeführt, dass es künftig möglich sein soll, diese Grenze zu überschreiten. Damit erhalten die Gemeinden einen grösseren Handlungsspielraum, was auch der bisherigen Praxis etwa in der Stadt Zug entspricht. Dort wurde über das Bebauungsplanverfahren ziemlich grosszügig Ausnutzung generiert. Das wurde nie angefochten, und wo kein Kläger, da kein Richter. Jetzt soll eine klare gesetzliche Grundlage für höhere Mehrnutzungen geschaffen werden. Die Einschränkung bezüglich Nutzungsart ist aber wichtig: Es soll nicht möglich sein, beispielsweise aus einer Wohnzone über einen Bebauungsplan eine Industriezone mit 150 Prozent Ausnützung zu machen. Der grundsätzliche Zonencharakter muss also erhalten bleiben, die Mehrnutzung soll 30−40 Prozent aber überschreiten und bis 60 oder 70 Prozent betragen können. Das Mass der zusätzlichen Ausnutzung korreliert mit der Qualität: Je höher die Qualität eines Bebauungsplans, desto grösser kann die Ausnutzung sein, welche die Baudirektion, welche die Bebauungspläne ja ebenfalls genehmigen muss, bewilligen kann.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 32c Abs. 1, 2 und 3*
*§ 34 Abs. 3*
*§ 36 Abs. 1*
*§ 37 Abs. 1*
*§ 37a Abs. 1 und 2*
*§ 38 Abs. 1 und 3*
*§ 38a Abs. 1*
*§ 39 Abs. 1 und 2*
*§ 39a Abs. 1 und 2*
*§ 40 Abs. 1 Bst. b*
*§ 41 Abs. 1*
*§ 42 (Überschrift) und Abs. 1, 2 und 3*
*§ 43 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 45 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission eine zweimalige Publikation anstelle der vom Regierungsrat beantragten einmaligen Publikation beantragt. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** bestätigt, dass die Kommission am geltenden Recht, also an der zweimaligen Publikation im Amtsblatt, festhalten will. Es ist wichtig, dass Nachbarn und weitere Betroffene zwei Mal die Chance haben, das Baugesuch in Amtsblatt zu sehen. Die nur einmalige Publikation bedeutet keine Beschleunigung, die Frist bleibt gleich. Es dient aber Treu und Glauben und dem Schutz der Nachbarn, wenn das Gesuch zwei Mal publiziert wird. Zum Teil handelt es sich um kleine Änderungen, und die Bauprofile sind − etwa bei Balkonen oder Erkern − oft fast nicht zu sehen.
Der Kommissionspräsident dankt im Namen der Kommission abschliessend für die gute Aufnahme der Kommissionsanträge.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat folgt mit 55 zu 9 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 46 Abs. 2, 3 und 4*
*§ 46a Abs. 2*
*§ 46c Abs. 1 und 2*
*§ 46d Abs. 1, 2 und 3*
*Titel nach § 47*
*§ 47a Abs. 1 Bst. a, b und c, Abs. 2 Bst. a, b und c und Abs. 3*
*§ 71 Abs. 1, 2 und 3*
*§ 71a Abs. 1 Bst. a und b*
*§ 71b Abs. 1 und 2*
*§ 72 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen) **und III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 6
**Geschäfte, die am 30. November 2017 nicht behandelt werden konnten:**

**926** Traktandum 6.1: **Interpellation von Kurt Balmer betreffend Unterhalt der SBB-Anlagen im Kanton Zug**
Vorlagen: 2735.1 - 15419 (Interpellationstext); 2735.2 - 15526 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Kurt Balmer** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Auslöser des Vorstosses waren Unfälle der SBB im Raum Luzern−Bern sowie Medienberichte über problematische Unterhaltssituationen bei der SBB. Zu erinnern ist auch an verschiedene parlamentarische Vorstösse in diesem Zusammenhang, auch von Seiten des Votanten. In Rotkreuz ist man sich bewusst, dass der Güterverkehr Richtung Gotthard über Rotkreuz und nicht über Walchwil geführt wird; der Kantonsrat hat dazu auch einen entsprechenden Eintrag im Richtplan genehmigt. Das ist okay, aber es braucht auch für Rotkreuz gewisse Sicherheiten. Zur Antwort des Regierungsrats macht der Votant vier Bemerkungen:
• Zuerst ist festzustellen, dass die Terminologie geändert hat. In der Antwort des Regierungsrats ist die Rede vom Weiterbetrieb der Tankanlagen Rotkreuz gemäss Sachplan Militär für die nächsten dreissig bis fünfzig Jahre. Das entspricht nicht dem kantonalen Richtplan − oder anders gesagt: Der Richtplan ist diesbezüglich wertlos. Der Votant erinnert an die Vorlage 2306: Im Bericht zu diesem Postulat hat der Regierungsrat im Februar 2014 bezüglich Rückbau bzw. Verkleinerung der Tankanlagen noch festgehalten: «Der Auftrag ist eindeutig und klar.» Offensichtlich ist dieser Auftrag zwischenzeitlich aber nicht mehr so eindeutig.
• Für den Votanten ist neu, dass in Rotkreuz «die wichtigste Tankanlage der Armee» steht. Dieses Faktum spricht nicht für einen Abbau in kurzer und mittlerer Frist, dies im Widerspruch zum kantonalen Richtplan. Auch ist der Votant nicht sicher, ob das erwähnte Faktum nicht ein Armeegeheimnis ist. Er ist bisher davon ausgegangen, dass das Militär grundsätzlich sehr zurückhaltend orientiert. Er ist deshalb in negativem Sinn überrascht − und keineswegs sicher, ob es sinnvoll ist, diese Neubewertung in einem öffentlichen Dokument zugänglich zu machen. Er ist aber definitiv kein Militärpolitiker, möchte aber auf die folgende Aussage eines bekannten Politikers hinweisen: «Bei der Armasuisse gibt es sehr viele Personalwechsel, und was heute gilt, gilt morgen nicht mehr unbedingt.» Und er hätte seine liebe Mühe damit, wenn Militärgeheimnisse einfach öffentlich kommuniziert werden.
• Zur Risikoermittlung bezüglich der Tankanlagen: Es gibt gemäss der Antwort des Regierungsrats keine relevant erhöhtes Risiko für das Suurstoffi-Areal. Da stellt sich allerdings die Frage, wieso die SBB in ihrer Einsprache zum Bebauungsplan Suurstoffi forderte, dass die Fenster im Suurstoffi-Areal verstärkt werden müssten. Es scheint also doch gewisse Risiken zu geben.
• Der Votant nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Risikoermittlung zu Ergebnissen im akzeptablen Bereich geführt hat. Er bittet aber, ein Auge auf die Umweltrisiken auf der Strecke Rotkreuz−Sins zu halten. Dass der Zustand der SBB-Anlagen wirklich im akzeptablen Bereich liegt, wurde dem Votanten übrigens auch von einem Lokführer bestätigt. In unmittelbarer Nachbarschaft zur − wie bereits gesagt − grössten und wichtigsten Tankanlage der Armee entstand bzw. entsteht in Rotkreuz eines der innovativsten Quartiere der Schweiz, eine Hochschule, das einzige Holzhochhaus in der Schweiz und bald auch der Hauptsitz einer börsenkotierten Firma. Man darf vor diesem Hintergrund wohl annehmen, dass offenbar tatsächlich keine Gefahr besteht. Andernfalls gäbe es diese Ansammlung wohl nicht.

Abschliessend hält der Votant fest, dass sein Vorstoss − anders als von einzelnen Journalisten bemängelt − alles andere als überflüssig war. Immerhin hofft er aufgezeigt zu haben, dass in diesem Bereich der kantonale Richtplan nicht umgesetzt bzw. die Versprechungen der Regierung nicht erfüllt wurden.

**Moritz Schmid** spricht für die SVP-Fraktion. Konzessionierte Bahnunternehmen sind berechtigt und verpflichtet, die Eisenbahninfrastruktur nach den entsprechenden Vorschriften zu bauen. Die SBB verfügt über die Infrastrukturkonzession Nr. 5000. Der Bund hat sie dem Unternehmen, das ihm faktisch gehört, bis am 31. Dezember 2020 erteilt. Das bedeutet, dass für alle Fragen rund um die Bahninfrastruktur in erster Linie die SBB Ansprechpartner ist.
Die Antworten der SBB gewähren einen guten Überblick über das SBB-Netz im Kanton Zug. Der Netzzustand ist auf einer Skala von 1 («Neuwertig») bis 5 («Veraltet)» mit der Note 2,7 bewertet. Mit anderen Worten: Die SBB-Infrastruktur erhält eine gute bis ausreichende Note. Diese bezieht sich auf alle Elemente, die der Infrastruktur zugerechnet werden. Die Fahrbahn erhält die ausreichende Note 3,3, was knapp unter dem Soll von 3,1 liegt. Trotzdem gebe es auf dem SBB-Netz keine akut sicherheitskritischen Anlagen − auch wenn man immer wieder von Störungen an den Geleisen liest. Die Infrastruktur im Kanton Zug habe einen etwas besseren Zustand als der gesamtschweizerische Durchschnitt, schreibt die SBB. Der Grund liegt darin, dass die Fahrbahn zwischen dem Albistunnel und Rotkreuz abschnittsweise erneuert wurde. Noch bessere Noten könnten mit der Sanierung der Bahnlinie am Ostufer des Zugersees erreicht werden: Komplettsanierung der ganzen Strecke und Doppelspurausbau in Walchwil. Verhinderer verunmöglichen dieses Projekt aber schon seit längerer Zeit.
Da im Kanton Zug lediglich auf dem Abschnitt Sins−Rotkreuz−Immensee ein relevanter Gefahrenguttransport stattfindet, wurde nur dieser Abschnitt risikomässig beurteilt. Durch den Bahnhof Zug fahren nur sehr wenige Güterzüge. Die Sicherheit der Tankanlage in Rotkreuz liegt nach der Störfallverordnung im grünen Bereich. Die Armee will die Tankanlage noch jahrzehntelang weiter betreiben, ob notwendig bzw. genug sicher oder nicht.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass Kurt Balmer weniger zum Kern der Interpellation, dem Unterhalt der SBB-Anlagen, sondern − als persönliches *ceterum censeo* − mehr zur Tankanlage in Rotkreuz gesprochen hat. Der Volkswirtschaftsdirektor nimmt aber − gewissermassen *e contrario* − zur Kenntnis, dass die Unterhaltsituation bei der SBB offenbar auch für Kurt Balmer in Ordnung ist. Bezüglich Tankanlage hält er fest, dass der «Sachplan Militär» von 2016 an dieser Anlage festhält. Dieser Sachplan des Bundes übersteuert das kantonale Recht, woraus sich *per se* ein Spannungsverhältnis ergibt. Der Widerspruch liegt also nicht darin, dass der Kanton in seinem Richtplan etwas festsetzt und das angeblich dann doch nicht will, sondern im Spannungsverhältnis zwischen Bundesplanung und dem Auftrag an den Regierungsrat, auf ein Ende der Tankanlage hinzuwirken.
Dass die Anlage in Rotkreuz die wichtigste Tankanlage in der Schweiz sei, ist das *wording* des Militärs, nicht des Kantons Zug. Armasuisse hat im Rahmen der Überbauung Suurstoffi eine Einsprache eingereicht, die an der Gemeindeversammlung auch öffentlich begründet wurde. Der Regierungsrat hat hier also kein Geheimnis gelüftet.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 7

**927 Motion von Thomas Werner, Karl Nussbaumer und Beni Riedi betreffend Warnung vor Radaranlagen im Strassenverkehr**

Vorlagen: 2657.1 - 15251 (Motionstext); 2657.2 - 15593 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Für Mitmotionär **Thomas Werner** haben die Motionäre in ihrer Motion klar und plausibel aufgezeigt, warum die Warnung vor Radaranlagen einerseits ökologisch und andererseits auch sicherheitstechnisch sinnvoller ist als die jetzige Praxis, an welcher der Regierungsrat festhalten will. Leider haben sich die Befürchtungen der Motionäre bestätigt: Der Regierungsrat gewichtet die Einnahmen für die Staatskasse durch Bussengelder höher als die Sicherheit im Strassenverkehr und einen ökologisch sinnvollen Verkehrsfluss. Mehr noch: Der Regierungsrat zeigt nicht einmal den Willen, das Anliegen der Motionäre ernsthaft zu prüfen.
Die Motionäre begründen klar, warum eine Warnung vor Radaranlagen sicherheitstechnisch sinnvoll ist: nämlich weil dadurch an neuralgischen und gefährlichen Punkten nachhaltig langsamer und vorsichtiger gefahren und die Sicherheit dadurch massiv verbessert wird. Wenn die Warnschilder an gefährlichen Stellen sogar fix installiert würden, wäre die Wirkung noch nachhaltiger, weil wohl niemand trotz Warnung im Bereich von 50 Stundenkilometer einfach mit 70 Stundenkilometer durchbolzen würde; alle Automobilisten würden an diesen Stellen vorsichtig und langsam fahren, auch wenn gerade kein Blitzkasten dasteht. Der Regierungsrat vergibt eine günstige, sinnvolle Möglichkeit für mehr Sicherheit im Strassenverkehr. Deshalb muss wohl das Parlament etwas nachhelfen, um die Regierung auf einen vernünftigen Weg zu bringen. Diese macht sich nämlich nicht einmal die Mühe zu argumentieren. Sie reiht einfach verschiedene Behauptungen aneinander. So schreibt sie beispielsweise: «Geschwindigkeitskontrollen dienen der Verkehrssicherheit.» Von der Abschaffung von Geschwindigkeitskontrollen war nie die Rede. Trotzdem bringt der Regierungsrat dieses Scheinargument und unterstellt den Motionären, dass sie gegen Geschwindigkeitskontrollen seien. Das ist nicht gerade die feine Art. Eine weitere Nebelpetarde: «[…], dass sich Geschwindigkeitsbeschränkungen positiv auf die Lärmbelastung auswirken.» Erstens waren die Geschwindigkeitsbegrenzungen überhaupt kein Thema in der Motion, und wenn schon, dann bestätigt dieses Argument höchstens die Haltung der Motionäre, dass bei Warnschildern langfristig ruhiger und langsamer gefahren wird, was einiges sinnvoller wäre als ein geräuschloser Blitz mitten im Motorenlärm.
Weiter meint der Regierungsrat, dass durch flexible Blitzkästen die Sicherheit im Baustellenbereich verbessert werden könne. Genau das ist das beste Beispiel: Wie soll ein Blitzkasten im Baustellenbereich für Sicherheit sorgen? Indem man weiss, dass einer dasteht. Automobilisten, welche zu schnell unterwegs sind, rasen durch die Baustelle, gefährden die Bauarbeiter und werden geblitzt. Den ganzen Tag sind die Bauarbeiter der Gefahr von zu schnell fahrenden Automobilisten ausgesetzt, die wohl geblitzt werden, aber trotzdem zu schnell durch die Baustelle fahren. Ein Blitzkasten sorgt nur dann tatsächlich für Sicherheit, wenn die Autofahrer wissen, dass er dasteht. Dann fahren die Automobilisten nämlich langsamer durch die Baustelle. Genauso verhält es sich auch bei Schulen, bei Dorfplätzen oder auf gefährlichen Strassenabschnitten. Es ist ein logischer, nachvollziehbarer Ablauf, den man auch ohne Studie versteht. Es wundert den Votanten eigentlich, dass der Regierungsrat dieses Argument überhaupt erwähnt hat, es spricht nämlich nur für die Motionäre; der Votant hätte es selber nicht besser formulieren können. Die Motion fordert nämlich nicht die Abschaffung der Blitzkästen, sondern lediglich eine Verbesserung

von deren Wirkung im Bereich von Baustellen und Schulen sowie gefährlichen Strecken. Und genau diese Verbesserung erreicht man durch Warnschilder.
Auf Seite 4 des Berichts schreibt der Regierungsrat: «Eine solche Praxis würde suggerieren, dass die Höchstgeschwindigkeiten auf anderen Strassenabschnitten nur noch empfehlenden Charakter hätten.» Das ist nun wirklich der Gipfel! Jede Person, die mindestens eine Veloprüfung bestanden hat, weiss, dass die runden Geschwindigkeitstafeln keine Empfehlungen, sondern Vorschriften sind, die eingehalten werden müssen. Hier werden die Verkehrsteilnehmer von der Regierung schon beinahe für dumm verkauft: der Autofahrer als dumme Milchkuh. Das ist schon fast beleidigend.
Behauptungen statt Argumente: Der Votant bittet den Rat, sich nicht mit dieser dürftigen, kaum begründeten Antwort der Regierung zufriedenzugeben. Die Sicherheit auf den Strassen sollte mehr wert sein. Man darf von der Regierung zumindest erwarten, dass sie sich mit diesem Thema ernsthaft befasst und sich damit auseinandersetzt. Dass sie dies partout nicht will, zeigt sie, indem sie nicht einmal eine Teilerheblicherklärung in Betracht zieht, beispielsweise um zu prüfen, ob im Kanton Zug die Variante der Kantone St. Gallen oder Basel-Landschaft sinnvoll wäre.
Will der Rat die Verantwortung dafür übernehmen, dass bei Baustellen, Schulen und an gefährlichen Stellen weiterhin auf Kosten der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler, der Bauarbeiter sowie weiterer Verkehrsteilnehmer Blitzkästen stehen, die den Zweck der Sicherheit nicht erfüllen, aber einige Franken in die Staatskasse spülen? Will der Rat wirklich vor Schulhäusern lieber Geld kassieren als für die Sicherheit der Kinder sorgen? Der Votant will diese Verantwortung nicht übernehmen. Er setzt sich für Blitzkästen ein, die tatsächlich für Sicherheit sorgen und nicht nur als Geldesel dienen. Es soll deshalb unbedingt vor Blitzkästen gewarnt werden. Der Votant stellt den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären. Er bittet den Rat, hier nicht parteipolitisch, sondern sachpolitisch zu entscheiden und die Erheblicherklärung zu unterstützen.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Die Motion zielt darauf ab, dass vor Radarfallen gewarnt werden soll, was im Prinzip ein Schildbürgerstreich ist. Schliesslich warnt die Polizei auch nicht in einer Bar, dass sie in der Nachbarschaft Alkoholkontrollen durchführe und man das Auto doch lieber stehen lassen solle. Die von den Motionären eingebrachte Begründung, dass durch Warnschilder die Sicherheit erhöht werde, ist nicht nachvollziehbar. Denn die Leute bremsen ruckartig, wenn sie geblitzt werden oder das Warnsignal sehen. Stellt man vor Radaranlagen Warnschilder auf, erhöht man sogar die Gefahr. Denn solange kein Schild vor einer Radarfalle warnt, kann man unbekümmert zu schnell fahren. Dass man langsamer fährt, wenn ein Schild vor einem Blitzer warnt, ist klar. Was aber passiert an jenen Stellen, wo keine Tafel warnt? Die SP-Fraktion wird daher einstimmig gegen diese Motion votieren.
Als Einzelsprecher möchte der Votant etwas anfügen, was auch gesagt werden muss. Er glaubt nicht, dass die Motionäre ihren Vorstoss eingereicht haben, weil sie tatsächlich davon überzeugt sind, dass durch Warntafeln die Sicherheit erhöht wird. Vielmehr dürfte sie der vermehrte Einsatz von Radaranlagen stört. Auch der Votant hatte das Gefühl, dass in den letzten Jahren immer mehr Kontrollen durchgeführt werden − und dies nicht unbedingt an gefährlichen Stellen, sondern vielmehr an Orten, wo man schnell einmal 1 bis 2 Stundenkilometer zu schnell fährt, weil es beispielsweise leicht bergab geht; an Stellen, wo die Unfallgefahr nicht drastisch erhöht wird, wenn man 61 statt 60 Stundenkilometer fährt, oder an Stellen wie der breiten General-Guisan-Strasse, wo links und rechts Bäume den Fussgängerstreifen von der Strasse trennen und eine Radaranlage offensichtlich nicht

*per se* für die Sicherheit eingesetzt wird. Es interessierte ihn deshalb, wie sich die Einnahmen durch Radarbussen seit der Jahrtausendwende entwickelt haben. Die entsprechende Nachfrage bei der Zuger Polizei wurde innert kürzester Frist beantwortet, wofür er dem Sicherheitsdirektor und dem Polizeikommandanten bestens dankt. Der Votant hat die Zahlen in zwei Grafiken zusammengefasst und diese jedem Ratsmitglied auf das Pult gelegt. Eigentlich wollte er die Grafiken auf den vier Ultra-HD-Bildschirmen im Ratssaal zeigen. Doch der Ratspräsident und der Landschreiber belehrten ihn, dass in der Geschäftsordnung noch nicht geregelt sei, wie und ob die Bildschirme für solche Zwecke verwendet werden können. Vielleicht könnte man dafür sorgen, dass die Bildschirme künftig auch während Debatten – beispielsweise über Richtplananpassungen– genutzt werden können.
Die zwei Grafiken zeigen Folgendes auf:
• Zwischen 2000 und 2005 beliefen sich die Einnahmen aus Radarbussen auf rund 2,5 bis 2,7 Millionen Franken pro Jahr.
• Von 2006 bis 2009 stiegen sie auf rund 3,5 Millionen Franken an, sanken bis 2012 aber wieder auf unter 1,5 Millionen Franken. Dier Votant weiss nicht, wie dieser Rückgang zu erklären ist: Wurden weniger Kontrollen durchgeführt, oder gab es langsamere Fahrzeuge?
• Seit 2012 sind die Einnahmen konstant gestiegen. Im laufenden Jahr wurden bis zum 26. November bereits über 4,5 Millionen Franken eingenommen. Der Votant nimmt an, dass man bis zum Jahresende nahe an 5 Millionen Franken herankommen wird.
• Zu beachten ist, dass 2016 im Rahmen der Spardebatte die 1-Stundenkilometer-Toleranz wegfiel, was zu mehr Bussen führte. Das zeigt sich auch in der Grafik auf der Rückseite.
Jede Person, die zu schnell fährt und geblitzt wird, ist selber schuld und hat die Konsequenzen selber zu tragen. Der Votant möchte keinesfalls Personen in Schutz nehmen, die zu schnell fahren, schon gar nicht Raserinnen und Raser, die das Leben anderer Menschen in Gefahr bringen. Er möchte aber darauf hinweisen, dass der Kanton Zug eine ehrliche Steuerpolitik fahren und das Geld, das er für den Staatshaushalt braucht, über die Steuern einholen sollte. Er sollte nicht die Staatskasse füllen, indem er seine modernen Radarfallen dort platziert, wo möglichst viele Personen geblitzt werden können. Radaranlagen wurden ursprünglich dafür angeschafft bzw. installiert, um die Sicherheit an gefährlichen Stellen zu erhöhen. Mittlerweile hat man aber immer mehr das Gefühl, dass die Blechpolizisten als Steuereintreiber fungieren. Das kann es nicht sein. Mit einer «finanzorientierten Radarpolitik» wird auch die Sicherheit nicht verbessert. Gemäss Verkehrsstatistik der Zuger Polizei war 2016 Ablenkung die Hauptunfallursache. Dies dürfte auch in den vorherigen Jahren und im laufenden Jahr der Fall sein. Jemand, der aus Angst vor Radarfallen mit einem Auge auf dem Tacho und dem anderen auf der Strasse fährt, ist auch abgelenkt. Vielleicht kann der Sicherheitsdirektor die Aussage bezüglich Hauptunfallursache bestätigen bzw. dementieren. Zu bedenken ist auch Folgendes: Wenn sich die Bevölkerung durch eine «finanzorientierte Radarpolitik» veräppelt vorkommt, haben Vorstösse wie der vorliegende durchaus die Chance, in einer Volksabstimmung angenommen zu werden, nicht weil damit die Sicherheit erhöht wird, sondern vielmehr aus Protest gegen diese ungesunde Entwicklung.
Falls nun jemand denkt, der Votant hätte auf die Radarbussen hingewiesen, weil er oftmals geblitzt werde, muss er widersprechen: Dem ist nicht so. Er mag sich nicht daran erinnern, wann er zuletzt in eine Radarfalle fuhr. Er wollte einfach aufzeigen, dass die Radarpolitik der letzten Jahre auch ein Nährboden für solche Vorstösse sein kann.

**Laura Dittli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung der Motion einstimmig unterstützt. Sie ist der Meinung, dass die Sicherheit auf den Zuger Strassen mit diesem Vorstoss nicht verbessert wird. Im Gegenteil: Die geltenden Höchstgeschwindigkeiten werden faktisch ausgehebelt, da das Überschreiten der Höchstgeschwindigkeiten nur noch Sanktionen nach sich zieht, wenn explizit auf eine Kontrolle hingewiesen wird. Mit anderen Worten: Es kommt zu einem Geschwindigkeitsfreipass, solange kein Warnsignal sichtbar ist.
Die CVP hegt aber dennoch gewisse Sympathien für die Stossrichtung der Motion. Geschwindigkeitskontrollen sollen in erster Linie der Sicherheit und nicht dem Budget des Kantons dienen. Die Rede ist von Kontrollen an Stellen mit erhöhtem Gefahrenpotenzial − beispielsweise vor Schulen oder an Hauptplätzen in den Dörfern − und nicht an Stellen, wo der Wechsel einer Höchstgeschwindigkeit die Kassen klingeln lässt. Ein Beispiel ist die Radarkontrolle im Bereich Schmittli in Neuägeri, die nur wenige Meter nach der 60- bzw. vor der 80-Stundenkilometer-Signalisation durchgeführt wurde. Die Votantin erachtet somit eher eine Erhöhung des Mindestabstands für Radaranlagen von Höchstgeschwindigkeitswechsel als sinnvoll als den vorliegenden Vorschlag der Motionäre. Dieses Anliegen kann eventuell zu einem späteren Zeitpunkt weiterverfolgt werden.
Zum Schluss eine Frage an den Regierungsrat: Ist es richtig, dass sich die Materialkosten für solche Tafeln − wie im Bericht des Regierungsrats auf Seite 6 dargelegt − auf 300'000 bis 350'000 Franken belaufen würden? Das scheint für ein paar Blechtafeln etwas gar viel zu sein. Falls dieser Betrag tatsächlich richtig ist, verzichtet die Votantin umso lieber auf solche unnötige Tafeln.

Mitmotionär **Beni Riedi** ist etwas überrascht, dass der Vorstoss auf so viel Widerstand stösst. In Zeiten, in denen Sparen angesagt ist, sind solche Vorstösse sinnvoll. Es ist bekannt, dass gewisse Kantone der Polizei vorgeben, wie viel Geld über Bussen hereingeholt werden muss. Der Kanton Zug kennt keine solche Vorgaben. Allerdings hat es der Sicherheitsdirektor mit seiner Polizei in den letzten fünf Jahren trotzdem geschafft, die Zahl der Übertretungen und die Busseneinnahmen − wie die Grafiken von Zari Dzaferi zeigen − zu verdreifachen. Das ist dicke Post, und es zeigt, dass die Motionäre mit ihrem Vorstoss auf dem richtigen Weg sind. Denn wenn es wirklich um Prävention und Sicherheit geht, warum hat dann der Sicherheitsdirektor keine Kampagne lanciert und darauf hingewiesen, dass die Zahl der Übertretungen markant gestiegen sei? Das wäre für den Votanten der logische Ansatz gewesen, nicht die heimliche Verdreifachung der Busseneinnahmen. Persönlich ist es dem Votanten lieber, wenn bei einem Schulhaus die erlaubte Höchstgeschwindigkeit eingehalten wird, statt dass man einen Blitzkasten getarnt aufstellt und sich über die Einnahmen ergötzt.

Mitmotionär **Karl Nussbaumer** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Autofahrer, fährt pro Jahr 45'000 bis 50'000 Kilometer und kommt praktisch jeden Tag an drei Radaranlagen vorbei. Über den Bericht und Antrag des Regierungsrats kann er nur den Kopf schütteln. Wer hat diesen Bericht geschrieben? Mit Sicherheit nicht der Regierungsrat. Die Antwort geht nämlich total an der Sache vorbei. Die Motionäre haben nicht verlangt, dass für viel Geld feste Schilder aufgestellt werden. Wer in den letzten Monaten auf der Autobahn zwischen Küssnacht und Goldau unterwegs war, hat etwas gesehen, was im Kanton Zug angeblich wegen fehlender gesetzlicher Grundlage nicht möglich ist. Es gab eine grosse Baustelle auf der Autobahn, und die Schwyzer Polizei zeigte frühzeitig mit einem Warnschild an: «Achtung Radarkontrolle.» Der Votant erlebt jeden Tag, dass Radarkontrollen insbesondere auf Autobahnen sehr gefährlich sind. Auch wenn die signalisierte Höchstgeschwin-

digkeit eigentlich eingehalten ist, geht man reflexartig auf die Bremse, wenn man eine Radaranlage sieht. Genau deshalb hat die Schwyzer Polizei vor der Radaranlage gewarnt. Sie wies darauf hin, dass wegen der Baustelle die Geschwindigkeit gedrosselt werden muss, und konnte damit Unfälle verhindern. Genau so muss man vorgehen. Ein Gegenbeispiel aus dem Kantons Zug: Vor zwei oder drei Wochen stand zweieinhalb Wochen lang eine Radaranlage, die sogenannte SEMISTA, auf der Autobahneinfahrt Baar Richtung Sihlbrugg. Der Votant fuhr fast jeden Tag an dieser Anlage vorbei und konnte beobachten, dass praktisch jeder Autofahrer massiv abbremste, obwohl dort eine Höchstgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometer erlaubt ist. Das hat nichts mit Sicherheit zu tun, sondern ist sehr gefährlich. Der Sicherheitsdirektor wird nun antworten, jeder Autofahrer müsse den Sicherheitsabstand einhalten, was 60 bis 65 Meter entspricht. Das ist natürlich richtig, der Votant hat aber x-mal sehr gefährliche Situationen erlebt. Und genau das stört ihn. Es stört ihn auch, dass Radaranlagen an Orten aufgestellt werden, wo die Bürgerinnen und Bürger nur abgezockt werden. Die Busseneinnahmen sind von 1,5 auf 4,5 Millionen Franken angestiegen. Das kann es doch nicht sein! Man soll Radaranlagen bei Kindergärten, bei Schulhäusern oder in den Dorfzentren aufstellen, aber nicht an Orten, wo es keine Kinder und keinen Kindergarten gibt, wie eingangs Menzingen − der Votant weiss, dass der Sicherheitsdirektor dort auch schon geblitzt wurde − oder bei der Chrüzegg, wenige Meter vor dem Ende der Innerorts-Geschwindigkeitsbegrenzung.
Im regierungsrätlichen Bericht steht, man wolle die Sicherheit im Kanton Zug erhöhen. Ja, das soll geschehen, aber nicht indem man die Bürgerinnen und Bürger abzockt. Für den Votanten sind das versteckte Steuern. So geht das nicht, und man muss sich dagegen wehren. Im Übrigen versteht der Votant auch nicht, warum die Kosten für die Warnschilder so hoch sein sollen. Hat der Sicherheitsdirektor in der Stawiko nicht erklärt, man wolle alle stationären Radaranlagen entfernen und nur noch mit drei semistationären Anlagen arbeiten? Warum will man dann feste Schilder montieren? Das geht nicht auf.
Der Regierungsrat hat nicht verstanden, was die Motionäre eigentlich wollen. Sie wollen nichts als Sicherheit. Der Votant ruft alle, die jetzt vielleicht heimlich gelacht haben, dazu auf, es in nächster Zeit selber zu beobachten: Wo Radaranlagen stehen, wird abgebremst. Der Votant bittet den Rat, die Motion erheblich zu erklären.

**Kurt Balmer** legt seine Interessenbindung offen: Er vertritt als Anwalt ab und zu einerseits Verkehrssünder, unter anderem Raser, andererseits aber auch Opfer des Verkehrs. Er kann verstehen, dass gewisse Leute hier Dampf ablassen wollen, aber das Objekt ist völlig falsch gewählt. Der Votant will keine Lanze für den Sicherheitsdirektor brechen, er weist aber auf den Wortlaut der Motion hin: «[…] dass künftig die Verkehrsteilnehmer mit Schildern […] vor jeder fixen und temporären Radar- oder Laseranlage im Kanton Zug gewarnt werden müssen.» Diese Forderung ist zentral − und die Motionäre haben sich kaum dazu geäussert. Sie haben moniert, dass zu viel und an falschen Stellen kontrolliert werde, dass abgezockt werde etc. Darum geht es in der Motion aber nicht, vielmehr wird verlangt, dass künftig vor jeder Kontrolle gewarnt werden müsse. Man könnte darüber diskutieren, ob die Motion allenfalls teilerheblich erklärt werden soll, der Votant stellt jedoch keinen entsprechenden Antrag. Wenn man die Forderung der Motion aber genau umsetzen würde, käme es genau so heraus, wie es Zari Dzaferi geschildert hat: Wenn es keine Warnungen vor Radarkontrollen gibt, gibt es auch keine Radarkontrollen − und das bedeutet völlig freie Fahrt, unabhängig von der signalisierten Höchstgeschwindigkeit. Und da hat der Votant mit seinem Rechtsverständnis ein Problem. Diese indirekte Garantie für freie Fahrt zieht unter Umständen nämlich

eine Haftungsproblematik für den Kanton nach sich. Denn wenn irrtümlicherweise kein Warnsignal vorhanden war, könnte man argumentieren, es sei nicht gewarnt worden, also dürfe auch nicht gebüsst werden. Umgekehrt ergibt sich auch bei Unfällen ein Haftungsrisiko für den Kanton. Die wortwörtliche Umsetzung der Motion ist also gefährlich. Allenfalls liesse sich aber über eine Teilerheblicherklärung diskutieren.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** gibt zu, dass er tatsächlich auch schon geblitzt wurde − wohl jeder Autofahrer macht ab und zu unliebsame Bekanntschaft mit solchen Einrichtungen. Er hat als Gast an Karl Nussbaumers letztem Rapport als Feuerwehrkommandant von Menzingen teilgenommen und in seiner Ansprache im Spass erwähnt, dass er es etwas übertrieben finde, wenn die Feuerwehr den Sicherheitsdirektor bereits am Dorfeingang fotografiere …
Die Motionäre haben in ihren Voten − Kurt Balmer hat bereits darauf hingewiesen − das Anliegen auf Baustellen und Schulen etc. zu reduzieren versucht. Es geht hier aber um den Grundsatz: Auf alle Radarkontrollen sei aus Sicherheitsgründen mit Tafeln hinzuweisen. Die Polizei hat im Übrigen abgeklärt, ob die angesprochenen Bremsmanöver tatsächlich zu Unfällen führen; das ist nicht der Fall. Der Regierungsrat lehnt es deshalb ab, von jeder Radarkontrolle ein Hinweisschild aufzustellen. Das Thema wurde auch in anderen Kantonen diskutiert. Im Kanton Basel-Landschaft hat das Parlament das Aufstellen von Warntafeln abgelehnt, im Tessin hat man im Sinn einer Zwischenlösung entschieden, dass Radarkontrollen im Internet und in den Sozialen Medien angekündigt werden sollen. Auch die Stadt und der Kanton Zürich stellen keine Warntafeln auf, und das ASTRA lehnt es klar ab, auf Autobahnen vor Radarkontrollen zu warnen.
Es gehört zu den Aufgaben der Polizei, Sicherheitsvorgaben zu kontrollieren. Und es ist völlig klar, dass die Warnung von Radarkontrollen ein gewisser Freipass wäre, sich nicht an die signalisierte Höchstgeschwindigkeit zu halten. Das will die Regierung nicht. Es gibt auch immer wieder Anwohner und Gemeinden, welche um die Reduktion der Höchstgeschwindigkeit von 80 auf 70 oder 60 Stundenkilometer ersuchen. Die Sicherheitsdirektion behandelt solche Gesuche sehr zurückhaltend und gibt ihnen nur statt, wenn wirklich gute Gründe dafür sprechen. Solche Reduktionen müssen auch durch Expertisen gestützt werden, und sie sind beschwerdefähig. Die Sicherheitsdirektion will die Situation in solchen Fällen deshalb lieber mit Geschwindigkeitskontrollen beruhigen und wenn möglich entschärfen.
In den letzten Jahren wurden die dreizehn stationären Messanlagen im Kanton Schritt für Schritt abgebaut. Der Sicherheitsdirektor hat der Polizei dabei klar vorgegeben, dass die Anzahl Messstunden mit den neuen semistationären Anlagen nicht höher sein darf als vorher. Die entsprechende Zusammenstellung zeigt, dass es 2008 noch 4500 Messtage und 2015 noch 3500 Messtage, 2017 dann nur noch 1560 Messtage gab; 2018 werden es noch 660 Messtage sein. Natürlich muss man berücksichtigen, dass die Effizienz der neuen Anlagen grösser ist, was sich auch bei den Einnahmen bemerkbar machen wird.
Häufigste Ursache von Verkehrsunfällen ist die Ablenkung. Natürlich geht es immer auch um die Geschwindigkeit, wobei aber weniger das Einhalten der Höchstgeschwindigkeit als vielmehr die Frage der angepassten Geschwindigkeit das Thema ist. Den Vorwurf, dass mit Radarkontrollen nur Geld generiert werden soll und nicht die Sicherheit im Vordergrund stehe, weist der Sicherheitsdirektor zurück. Die Radaranlagen werden nach klaren, sicherheitsrelevanten Kriterien aufgestellt. Sie können auch nur dort aufgestellt werden, wo die entsprechende Bewilligung von Seiten der Grundeigentümer vorliegt. Grundsätzlich geht es darum, vor allem die schweren Verkehrsunfälle zu verhindern. In den letzten zehn Jahren gab

es im Kanton Zug im Schnitt zwei bis drei Verkehrstote; 2017 sind es bereits sechs Verkehrstote. Das zeigt die Wichtigkeit von Kontrollen.
Die Grafiken von Zari Dzaferi zeigen eine grosse Delle in den Jahren 2012 und 2013. Der Grund dafür liegt darin, dass einige der stationären Radaranlagen damals wegen technischer Probleme ausfielen. Der Sicherheitsdirektor entschied damals, diese Anlagen nicht zu ersetzen, sondern die Anzahl zu reduzieren und auf semistationäre Anlagen zu setzen. Zugegeben: Im Rahmen des Sparprogramms wurde die 1-Stundenkilometer-Toleranz aufgehoben, was zu ungefähr 600'000 bis 700'000 Franken Mehrertrag führte. Davon sind aber nicht nur Zuger betroffen, sondern auch auswärtige Autofahrer. 2017 gab es im Bereich Blegi auf der Autobahn verschiedene kleinere und mittlere Unfälle. Diese verursachen grosse Staus und viel Ärger und müssen unbedingt vermieden werden. Die Polizei hat deshalb in diesem Bereich vermehrt Kontrollen durchgeführt, was die entsprechend höheren Zahlen erklärt. Der Sicherheitsdirektor kann aber versichern, dass die Bussenerträge künftig eher zurückgehen werden.
Die Motionäre haben darauf hingewiesen, dass sie nicht die Verkehrskontrollen abschaffen wollen; der Sicherheitsdirektor hat die Motion auch nicht so verstanden. Das Anliegen der Motion ist in der geforderten Form aber weder sinnvoll noch umsetzbar. Es führt auch nicht zu mehr Sicherheit − im Gegenteil. Zu den von Laura Dittli angesprochenen hohen Kosten der Warntafeln hält der Sicherheitsdirektor fest, dass die Tafeln so montiert werden müssten, dass sie nicht entfernt oder umgeworfen werden könnten; im Fall einer Busse müsste man nämlich beweisen können, dass die Tafeln tatsächlich aufgestellt gewesen waren. Rechnet man mit 200 bis 250 Stellen, an denen Radarkontrollen durchgeführt werden, und mit 1000 bis 2000 Franken pro Tafel und deren Verankerung im Boden, kommt man auf die hohen Gesamtkosten von 300'000 bis 350'000 Franken.
Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, die Motion nicht erheblich zu erklären. Mit der jetzigen Regelung wird deutlich mehr für die Sicherheit getan als mit der Erheblicherklärung der Motion.

Mitmotionär **Beni Riedi** hält schmunzelnd fest, dass die Aussage des Sicherheitsdirektors, es würden ja nicht nur Zuger, sondern auch Aargauer und Zürcher geblitzt, ihn beinahe davon überzeugt hätte, die Motion nicht erheblich zu erklären.
Die Motionäre halten an ihrem Antrag auf Erheblicherklärung fest. Sie stellen für den Fall einer Nichterheblicherklärung aber den **Eventualantrag,** die Motion teilerheblich im Sinne der Ausführungen von Kurt Balmer zu erklären. Der Regierungsrat soll also einen Mittelweg im Sinn der heutigen Voten und der Motionäre prüfen.

Der **Vorsitzende** möchte von Beni Riedi genau wissen, welcher Teil der Motion erheblich erklärt werden soll.

**Beni Riedi** wiederholt, dass die Motion im Sinne der Ausführungen von Kurt Balmer und der weiteren Voten teilerheblich erklärt werden soll. *(Der Rat lacht.)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Kurt Balmer keine klare Aussage bezüglich einer Teilerheblicherklärung gemacht hat. Es kann deshalb nicht darüber abgestimmt werden. Der Auftrag muss klar formuliert werden.

**Manuel Brandenberg** hat Beni Riedi so verstanden, dass die Motion in dem von Kurt Balmer angetönten Sinn teilerheblich erklärt werden soll: nämlich dass die Umsetzung in einer verhältnismässigen Art und Weise erfolgen soll, dass also nicht

bei jedem Radarkasten eine Warntafel anzubringen sei, aber doch an bestimmten, von der Regierung festzulegenden Orten.

Für **Zari Dzaferi** wurde das Anliegen der Motionäre bereits zum Teil erfüllt: Die Regierung hat zur Kenntnis genommen, dass sie bezüglich Radarkontrollen und Busseneinnahmen über das Ziel hinausgeschossen hat, und sie hat dargelegt, wo künftig der Fokus liegen wird. Der Antrag auf Teilerheblicherklärung kann deshalb zurückgezogen werden, zumal unklar ist, was die Regierung umsetzen soll. Aus Sicht des Votanten kann die Debatte abgeschlossen werden.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat erklärt die Motion mit 40 zu 25 Stimmen nicht erheblich.

Der **Vorsitzende** schlägt den Motionären vor, den Antrag auf Teilerheblicherklärung zurückzuziehen. Die Motion definiert den Auftrag an den Regierungsrat ganz klar. Für eine Teilerheblicherklärung müsste genau definiert werden, welcher Teil des Anliegens umgesetzt werden soll. Das Motionsanliegen an sich kann nicht geändert werden. Allenfalls muss ein neuer Vorstoss eingereicht werden.

**Manuel Brandenberg** wiederholt, dass die Motion in dem Sinn teilerheblich erklärt werden soll, dass statt «vor jeder […] Radar oder Laseranlage» nur vor «ausgewählten» Anlagen mittels Schildern gewarnt werden muss, wobei die Auswahl der Regierung obliegt. Eine Teilerheblicherklärung in diesem Sinn ist möglich.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bittet den Rat, diesen aus der Hüfte geschossenen Antrag ebenfalls abzulehnen. Man würde völlige Unsicherheit schaffen. Wie nämlich sollen Autofahrende dann wissen, wo gewarnt wird und wo nicht? Wenn die Motionäre das Anliegen reduzieren wollen, sollen sie einen neuen Vorstoss einreichen, damit man die Frage richtig angehen kann.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat lehnt die Teilerheblicherklärung der Motion mit 37 zu 28 Stimmen ab.

TRAKTANDUM 8

**928 Motion von Alois Gössi und Hubert Schuler betreffend Abschaffung eines alten Zopfs: des Heimatscheins**

Vorlagen: 2756.1 - 15463 (Motionstext); 2756.2 - 15617 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Mitmotionär **Alois Gössi** könnte es eigentlich kurz machen, dem Regierungsrat für seinen Bericht danken und akzeptieren, dass das Begehren nicht motionsfähig sei bzw. sich dafür entschuldigen, ein nicht motionsfähiges Begehren eingereicht zu haben. Aber so einfach ist es nicht.
Bevor er einen Vorstoss einreicht, bittet der Votant jeweils den Landschreiber oder die zuständige Direktionsvorsteherin bzw. den zuständigen Direktionsvorsteher um eine vorgängige Prüfung. Im vorliegenden Fall bat er die Direktorin des Innern um die Prüfung der Motion. Nach sagenhaften 54 Tagen erhielt er eine Antwort. Diese besagte nicht, dass das Begehren im Moment wegen fehlender bundesgesetzlicher Grundlagen nicht umgesetzt werden könne, sondern forderte die Motionäre auf, mit dem Einreichen des Vorstosses zuzuwarten; die Antwort enthielt keinerlei Hinweis, dass das Begehren nicht motionsfähig sei. Die Motionäre reichten den Vorstoss

trotzdem ein. Der Regierungsrat beantragt nun die Nichterheblicherklärung, die Motionäre opponieren nicht dagegen.
Die Abschaffung des Heimatscheins, eines wirklich alten und überflüssigen Zopfs, wäre sinnvoll, ist aber wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen nicht möglich. Der Sohn des Votanten wurde kürzlich volljährig und von der Einwohnerkontrolle Baar aufgefordert, für einen Heimatschein besorgt zu sein. Dies hat er getan, und der Heimatschein ist nun bei der Einwohnerkontrolle Baar hinterlegt. Das alles war natürlich nicht gratis. Der Heimatschein ruht jetzt bei der Einwohnerkontrolle. Wenn der Sohn aus Baar wegzieht, wird der Heimatschein an den neuen Wohnort nachgesandt, und wenn der Sohn heiratet, braucht er einen neuen Heimatschein. Auch das wird nicht gratis sein. Die im Heimatschein aufgeführten Daten können auch in einer anderen Form erfasst und nachgeführt werden. Dazu braucht es aber gesetzliche Anpassungen, die − wie gehört − in Bern noch nicht beschlossen wurden.
Die Motionäre stellen den **Antrag,** die Motion in Bezug auf den Eventualantrag auf Aufhebung der Hinterlegungspflicht des Heimatscheins teilerheblich zu erklären. Grundsätzlich will der Regierungsrat dasselbe wie die Motionäre, er scheut sich aber davor, zwei statt nur eine Gesetzesanpassung vornehmen zu müssen. Dies wollen auch die Motionäre nicht. Gemäss GO KR muss der Regierungsrat zu einer erheblich erklärten Motion oder einem erheblich erklärten Postulat innerhalb von drei Jahren dem Kantonsrat eine Vorlage unterbreiten oder das betreffende Begehren umsetzen. Es sollte zeitlich möglich sein, die kommenden Gesetzesänderungen in einer einzigen Vorlage umzusetzen, es braucht also keine eigene Vorlage für den Eventualantrag. Falls die Zeit aber nicht reichen sollte, verzichten die Motionäre auf die Einhaltung der Frist von drei Jahren. Es wäre ja nicht das erste Mal, dass die vorgeschriebene Frist nicht eingehalten wird: Erst kürzlich hat der Kantonsrat ein erheblich erklärtes Postulat von Berty Zeiter und Bettina Egler nach gefühlten zehn statt drei Jahren abgeschrieben.
Der Votant bittet den Rat, dem Antrag auf Teilerheblicherklärung im oben ausgeführten Sinn zuzustimmen, dies auch im Wissen darum, dass diese Gesetzesrevision mit anderen Anpassungen im Gemeindegesetz einhergehen soll und die Behandlungsfrist von drei Jahren allenfalls nicht eingehalten werden kann. Und wie gesagt: Die Motionäre verzichten auf die Einhaltung dieser Frist.

**Esther Haas** teilt mit, dass die ALG-Fraktion dem Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung folgt; sie spricht sich auch gegen eine Teilerheblicherklärung aus. Die Argumente der Regierung sind plausibel und nachvollziehbar, und es bringt nichts, wenn der Kanton Zug einer nationalen Revision vorgreift. Man kann den eidgenössischen Gesetzgebungsprozess abwarten und dann weiterschauen.

**Beat Sieber** spricht für die SVP-Fraktion. Diese ist überzeugt, dass sogenannt alte Zöpfe wie das Schwingen, das Bargeld oder der Heimatschein nicht digitalisiert werden sollten. Persönliche, nationale und andere Identitäten sollten weder android noch kryptisch, sondern wie das reale Leben empirisch existent sein. Deshalb − und nicht aus den gleichen Gründen wie der Regierungsrat − stellt sich die SVP hinter den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass es seit der Verabschiedung der Motionsantwort durch den Regierungsrat neue Entwicklungen bei der ZGB-Revision Beurkundung des Personenstands und Grundbuch gab. Im Teilbereich Grundbuchrevision war bis vor kurzem umstritten, ob zur Personenidentifikation im Bereich Grundbuch die AHV-Nummer oder ein sektorieller Personenidentifikator verwendet werden soll. Inzwischen hat sich der Nationalrat für die Ver-

wendung der AHV-Nummer ausgesprochen, und vor einer Woche, am 7. Dezember, ist auch der Ständerat auf diese Lösung eingeschwenkt. Damit haben die eidgenössischen Räte ihre Differenzen bereinigt, und die Gesamtvorlage ist bereit für die Schlussabstimmung; wann diese stattfindet, ist noch nicht bekannt. Zudem wurde der Bundesrat per Kommissionspostulat beauftragt, noch in der laufenden Legislatur ein Sicherheitskonzept für die Verwendung der AHV-Nummer im Bereich Grundbuch zu erarbeiten. Wann die Schlussabstimmung stattfindet, wird wahrscheinlich auch davon abhängen, wie viel Zeit der Bundesrat benötigt, um dieses Konzept zu erarbeiten. Zusammenfassend kann man somit sagen, dass sich die eidgenössischen Räte zwar in Bezug auf den Inhalt der ZGB-Revision geeinigt haben, die Revision aber noch nicht endgültig verabschiedet wurde. Es ist also immer noch nicht genau bekannt, auf welchen Zeitpunkt die Revision in Kraft tritt. Der Regierungsrat beantragt weiterhin, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag auf Erheblicherklärung gestellt wurde. Es stehen sich somit die Varianten «nichterheblich» und «teilerheblich» gegenüber.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat erklärt die Motion mit 49 zu 8 Stimmen nicht erheblich.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

TRAKTANDUM 9

**929 Interpellation von Philip C. Brunner betreffend gemeindliche Steuerdaten für das Jahr 2016**

Vorlagen: 2738.1 - 15431 (Interpellationstext); 2738.2/2a - 15611 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Philip C. Brunner** hat sich mittels Kleiner Anfragen bereits über die gemeindlichen Steuerdaten für die Jahre 2012, 2014 und 2015 informieren lassen. Nun wird zum ersten Mal auch im Kantonsrat über dieses Thema gesprochen. Der Votant dankt dem Regierungsrat und den Mitarbeitern der Finanzdirektion für die Beantwortung der Interpellation und die Aufbereitung der Zahlen. Letzteres erfolgte aufgrund fehlender IT-Möglichkeiten von Hand, war also zeitraubend und aufwendig. Bedauerlicherweise sind die Dokumente, insbesondere die Beilage zur regierungsrätlichen Antwort, nicht sehr leserfreundlich aufbereitet: Man kann die Zahlen selbst auf einem A3-Ausdruck kaum lesen. Dazu kommt, dass auf der Website des Kantons Zug Statistiken aus dem Finanzbereich als Excel-Datei zur Verfügung stehen. Zahleninteressierte können also mit *spreadsheets* arbeiten und je nach Bedürfnis verschiedene Kennzahlen ermitteln. Kurz gesagt: Der Votant kann sich nicht erklären, wieso man dem Kantonsrat ein derart ungenügendes Dokument vorlegt.
Die Regierung hat versprochen, die betreffenden Zahlen nun zu veröffentlichen, was zu begrüssen ist. Man wird so die Entwicklungen verfolgen können. Ein Beispiel: In der Stadt Zug wohnen 29'804 Personen, was 24,05 Prozent der Kantonsbevölkerung entspricht, in Baar sind es 24'129 Personen bzw. 19 Prozent. 43,42 Prozent der Steuererträge kommen aus Zug, 21,37 Prozent aus Baar. Aus Baar und Zug zusammen kommen also zwei Drittel der kantonalen Steuererträge. Das erstaunt nicht. Dramatisch aber wird es, wenn man sich der drittgrössten Zuger Gemeinde, nämlich Cham, zuwendet. Die 16'216 Einwohner oder 13,08 Prozent der Kantons-

bevölkerung bringen es gerade mal auf 6,39 Prozent der Steuererträge. Die drittgrösste Gemeinde ist damit nicht auch die finanziell drittstärkste. Das ist vielmehr Steinhausen mit 7,73 Prozent, und Risch liegt mit 6,30 Prozent nur wenige Promille hinter Cham. Interessant sind auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden in den einzelnen Jahren. Es ist ja der grosse Irrtum der Politik und insbesondere der Regierung, zu meinen, man habe mit den Sparmassnahmen wahnsinnig viel bewegt. Fakt ist vielmehr: Die Steuereinnahmen sind gestiegen − und das erleichtert das Leben.

Für Finanzdirektor **Heinz Tännler** haben der Regierungsrat und die Finanzdirektion die Fragen einwandfrei beantwortet. Er empfiehlt dem Interpellanten, seine erste Frage das nächste Mal mit folgender Ergänzung zu versehen: «Darüber hinaus bitte ich, die entsprechende Beilage leserlich zu erstellen.» Allerdings kann der Finanzdirektor bereits mit der vorliegenden Beilage gut umgehen. Sie ist aus seiner Sicht leserfreundlich und − wenn man sich Mühe gibt − nicht erklärungsbedürftig, sondern selbsterklärend.
Mit seinem Vergleich der Gemeinden will der Interpellant offensichtlich den innerkantonalen Finanzausgleich ansprechen. Dieser beruht auf klaren gesetzlichen Vorgaben und entsprechenden technischen Berechnungen, die dazu führen, dass Cham anders gewichtet wird als Zug und Baar. Wenn das dem Interpellanten nicht passen sollte, müsste er dieses Anliegen motionieren. Dann könnte der Rat über diese Situation diskutieren. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

930 **Interpellation von Barbara Gysel, Karen Umbach und Hans Baumgartner betreffend Wiedergutmachung für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen: Was unternimmt der Kanton Zug?**
Vorlagen: 2741.1 - 15433 (Interpellationstext); 2741.2 - 15603 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellantin **Barbara Gysel** zitiert aus der Website www.wiedergutmachung.ch: «Bis weit in das 20. Jahrhundert wurden Kinder auf Schweizer Dorfplätzen versteigert, zur Kinderarbeit gezwungen, misshandelt und missbraucht. Noch heute leben viele dieser ehemaligen Verdingkinder unter uns. Sie haben schwerstes Unrecht erlitten, wie auch die anderen Opfer von Fremdplatzierungen und fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Bis 1981 wurden in der Schweiz Tausende ohne Gerichtsbeschluss weggesperrt. Frauen wurden unter Zwang sterilisiert oder zur Abtreibung gezwungen. Kinder wurden gegen den Willen ihrer Mütter zur Adoption freigegeben oder in Waisenhäuser platziert. Das immense Leid der Betroffenen dauert an − bis heute.» Dieser Text fasst eindrücklich zusammen, dass es in der Schweiz eine Verarbeitung der Vergangenheit braucht, auch im Kanton Zug. Es ist daher beruhigend zu erfahren, dass die niederschwelligen Anlaufstellen inkl. passendem Personalbestand adäquat scheinen. Ebenfalls legt der Regierungsrat sinnvoll dar, dass die Gesuchstellenden inner- und interkantonale Unterstützung in den Archiven erfahren. Die Zeit drängt: Noch bis im März 2018 können Gesuche eingereicht werden. Gemäss regierungsrätlicher Antwort wurden dem Bundesamt für Justiz bis im vergangenen Oktober dreizehn Gesuche aus dem Kanton Zug übermittelt; neun Fälle waren zum Zeitpunkt der Antwort noch in Bearbeitung.

Es ist aber auch festzustellen, dass es offenbar Bereiche gibt, in denen der Kanton seine Aktivitäten bislang nicht konkretisiert hat. Das betrifft zum einen die geschichtliche Aufarbeitung. In der Antwort auf Frage 1 resp. 7 werden Forschungsarbeiten erwähnt, die aber nicht im Auftrag des Kantons erstellt wurden und deren Betrachtungszeitraum schon nach dem Zweiten Weltkrieg, nämlich 1945 bzw. 1947, endet. Der Kanton selber hat offenbar nie einen offiziellen Auftrag für die Aufarbeitung dieser traurigen Geschichte bis beispielsweise in die 1980er Jahre erteilt. Das wäre aber sinnvoll und hilfreich, um das traurige Kapitel abschliessen zu können. Denkbar wäre etwa eine interdisziplinäre Gruppe aus verschiedenen Fachpersonen. Der Regierungsrat verweist auf Seite 7 auf die Überblicksdarstellung für den Kanton Graubünden. Die Votantin lädt den Regierungsrat ein, solche und andere Überlegungen aktiv zu prüfen und den Worten konkrete Taten folgen zu lassen.
In den «Allgemeinen Vorbemerkungen» der regierungsrätlichen Antwort ist die Rede von der «Projektgruppe Fürsorgerische Zwangsmassnahmen/Fremdplatzierungen», die 2014 gegründet wurde. Ist diese Projektgruppe noch tätig? Auf Seite 2 ist zu lesen, dass der Regierungsrat entschieden habe, die kantonale Aufarbeitung «auszusetzen» − also nicht abzusetzen −, bis «sich abzeichne, was für Aufgaben, ausgelöst durch die Initiative oder die vorgeschlagenen Massnahmen des runden Tischs, möglicherweise auf die Kantone zukommen». Welches sind die Ergebnisse der Arbeiten der letzten drei Jahre? Und falls die erwähnte Arbeitsgruppe nicht mehr existieren sollte: Plant der Regierungsrat, diese wieder einzusetzen und ihre Ziele zu definieren?
Neben der historischen Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels fehlen die vom nationalen Gesetz vorgeschriebenen offiziellen Zeichen der Solidarität gegenüber den Opfern, die Gedenkmomente oder -monumente. Der Kanton Zug hat in diesem Punkt bisher offenbar nichts unternommen, und er scheint auch nichts zu planen. Eine Information, die auf der kantonalen Website zugänglich ist, verweist am 10. April 2013 auf den Gedenkanlass des Bundes und die Ankündigung der Entschuldigung gegenüber den Opfern durch die Justizministerin. Eine Entschuldigung des Kantons sucht man leider vergebens.
Insgesamt ist festzustellen, dass die Regierung auch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden suchen sollte. Das ist bisher offenbar ebenfalls nicht koordiniert geschehen. Der Schweizerische Gemeindeverband hat mit einem Schreiben vom 17. März 2017 die Gemeinden vorgängig explizit darüber informiert, dass das Bundesgesetz auch freiwillige Beiträge der Kantone und Dritter wie etwa Städte oder Gemeinden vorsehen werde. Es heisst dort: «Der Bundesrat hat in einem Schreiben vom 14. Oktober 2016 an die Kantone mitgeteilt, dass er von den Kantonen eine Mitfinanzierung zu einem Drittel auf freiwilliger Basis wünscht. Freiwillige Zuwendungen, würden, so der Bundesrat, ein grösseres Zeichen gegenüber den Opfern und Betroffenen aussenden. [...] Der Bund erwartet von den Gemeinden nicht explizit, dass sie Beiträge leisten müssten. Freiwillige Beiträge seien aber aus den oben genannten Gründen zu begrüssen und sind als Zeichen der Solidarität anzusehen.»
Zusammenfassend gibt die Votantin dem Regierungsrat mit auf den Weg:
• historische Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels für den Kanton Zug bis in die 1980er Jahre;
• offizielle Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen;
• Zusammenarbeit mit den Gemeinden.
Die Votantin dankt allen Beteiligten, welche diese Interpellation mit Interesse und aktiv verfolgten, auch Ständerat Joachim Eder, der sich in dieser Frage schweizweit engagiert.

**Rita Hofer** spricht für die ALG-Fraktion. Es ist ein sehr dunkles Kapitel in der Sozialgeschichte der Schweiz. Mit der offiziellen Entschuldigung seitens des Bundesrats kann das Geschehene nicht rückgängig gemacht, aber das Verhalten der Behörden klar als Unrecht und persönliches Versagen anerkannt werden. Diese Art der Wiedergutmachung ist wichtig und vor allem den Betroffenen und Hinterbliebenen geschuldet.
Alle Anwesenden hätten altersmässig von diesen Massnahmen betroffen sein können, hätten sie nicht das Glück gehabt, in einer funktionierenden Familie aufzuwachsen. Kinder aus Schicksalsfamilien hatten nicht nur eine Bürde zu tragen, ihnen wurde auch noch zusätzliches Leid angetan. Sie wurden aus der Familie gerissen, mit Gewalt und Androhungen konfrontiert, bis hin zum Freiheitsentzug, wenn sie nicht wie gewünscht funktionierten. Sie wurden verdingt und zu einer billigen Arbeitskraft ohne jedes Recht und ohne jede Anerkennung. Junge Frauen wurden ausgebeutet, uneheliche Kinder unter Druck und Zwang zur Adoption freigegeben. Sie wurden Opfer von Medikamentenversuchen, ohne Rücksicht auf allfällige Folgeschäden. Diese Kinder und Jugendlichen hat man ihrer Kindheit und Jugend beraubt. Eine Ausbildung blieb ihnen meist verwehrt, was auch bedeutete, stets an der Grenze der Armut zu leben. Sie sind gezeichnet bis an ihr Lebensende.
Gerade auf den Kanton Zug fällt ein grosser Schatten, sind doch einige Heime in der nahen Umgebung mit dieser Vergangenheit konfrontiert. Liest man Erlebnisberichte, hält man es kaum für möglich, was diese Leute täglich und über Jahre an Brutalität ertragen mussten. Da fragt man sich schon: Wo war die politische und menschliche Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, den Familien und den Kindern? Dass Leute hinter Klostermauern für diese Gräueltaten mitverantwortlich sind, erschüttert die Votantin als gläubige Christin zutiefst. Für diese Schandtaten, die den Schwächsten der Gesellschaft widerfuhren, gilt es die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Der Kanton Zug steht in der Pflicht und soll die nötigen finanziellen Mittel für die Wiedergutmachung an die Betroffenen leisten. Dass in der Vergangenheit auf Kosten der Schwächsten gespart wurde, zeigt die traurige Geschichte in aller Deutlichkeit. Die kantonale Aufarbeitung der Thematik wäre den Betroffenen ebenfalls geschuldet. Erkenntnisse zur damaligen Zeit könnten helfen, dass solche Vorkommnisse definitiv der Vergangenheit angehören.
Der Regierungsrat hat aufgrund der hohen Kosten die kantonale Aufarbeitung ausgesetzt. Es ist die immer gleiche Strategie: sparen auf Kosten der Schwachen. Die oberste Priorität hat in diesem Fall die Solidarität, die Finanzierung muss geleistet werden. Hier wäre ein Beitrag aus dem Lotteriefonds angemessen und als Zeichen der Solidarität sehr sinnvoll. Die ALG-Fraktion erinnert den Regierungsrat an die sozialpolitische Verantwortung und den Willen, dass sich solch tragische Geschichten nicht wiederholen dürfen. Die Aktenlage ist gemäss regierungsrätlichem Bericht schwierig, da nur ungenügend erfasst wurde und wenig bekannt ist. Genau aus diesem Grund ist die ALG der Meinung, dass die Regierung alles unternehmen muss, damit Betroffene zu dieser Art der Wiedergutmachung Zugang finden und die kantonale Aufarbeitung vollumfänglich in Angriff genommen wird, finanziert ohne Wenn und Aber.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass es sich um ein sehr trauriges Kapitel in der Geschichte der Schweiz handelt. Die erwähnte Projektgruppe ist immer noch eingesetzt, hat aber nicht mehr getagt. Es liegt ein Konzept für die Aufarbeitung vor, die Finanzierung ist noch nicht geklärt. Der Kanton arbeitet aber daran, die nötigen Gelder zu besorgen. Er plant auch einen Aufruf im Januar 2018, da die Frist für die Einreichung der Gesuche im März 2018 abläuft. Im

Weiteren hat das Staatsarchiv gemeldet, dass 2017 die Zahl der Anfragen um Einsicht in die Akten stark angestiegen ist.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 931 Nächste Sitzung

Donnerstag, 25. Januar 2018, 08.30 Uhr (Ganztagessitzung).

Der **Vorsitzende** wünscht allen Ratsmitgliedern und ihren Angehörigen schöne Festtage und alles Gute im neuen Jahr.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

67. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. Januar 2018 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 30. November und 14. Dezember 2017
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend die Möglichkeit des Kantonsrats, Leistungsaufträge im Rahmen der Budgetdebatte ändern zu können
3.2. Motion der CVP-Fraktion betreffend Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug
3.3. Postulat von Beni Riedi, Florian Weber und Pirmin Andermatt betreffend keine Konzerte für Schwerkriminelle
3.4. Interpellation von Moritz Schmid betreffend Busbevorzugung an der Artherstrasse (Mänibach)
3.5. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Sicherheit
3.6. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Flottenrabatte für Mitarbeitende
3.7. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzen der integrativen Förderung auf der Sekundarstufe I

4. Kommissionsbestellungen
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2017 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR
6. Petition «Für einen Kreisel bei der Kreuzung Schmittli»
7. Änderung des Polizeigesetzes: 2. Lesung
8. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht: 2. Lesung
9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Ersatz und Erweiterung der übergeordneten Kommunikation und Leittechnik für Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen der Kantonsstrassen

11. Geschäfte, die am 14. Dezember 2017 nicht behandelt werden konnten:
11.1. Interpellation von Philip C. Brunner und Daniel Stadlin betreffend den Kantons- und Gemeindefinanzen im Zusammenhang mit dem «Sparpaket 2018» und dem Prozess «Finanzen 2019» sowie der vom Regierungsrat erwogenen Steuererhöhung
11.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Sozialbericht 2016
11.3. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Effizienz des Zuger RAV
11.4. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Fondsauslagerungen im Rahmen von Sparprogrammen
12. Motion der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Sozialhilfe für Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommene auf die Nothilfe
13. Drei Geschäfte betreffend Bushaltestellen der ZVB:
13.1. Motion von Thomas Werner betreffend Anpassung der kantonalen Gesetzgebung in Bezug auf Bushaltestellen
13.2. Postulat von Thomas Werner betreffend Bushaltestellen
13.3. Interpellation von Thomas Werner, Ralph Ryser und René Kryenbühl betreffend Umwandlung der Bushaltestelle Gasthaus Rössli, Zugerstrasse 142, 6314 Neuägeri, in eine Fahrbahnhaltestelle mit Mittelinsel
14. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend: Wie weiter mit dem Theilerhaus

## 932 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 77 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Jürg Messmer und Silvia Thalmann, beide Zug: Emanuel Henseler, Neuheim.

## 933 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Parkhotel Zug ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

Bildungsdirektor Stephan Schleiss ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Er nimmt in Zürich am Lehrmittelsymposium der Interkantonalen Lehrmittelzentrale teil.

TRAKTANDUM 1

## 934 Genehmigung der Traktandenliste

**Patrick Iten** hält fest, dass er und vermutlich noch weitere Ratsmitglieder von Manuel Brandenberg einen Bericht zur Motion Sozialhilfe für Asylsuchende der SVP erhalten hat. Das irritiert ihn, liegen ihm nun doch zwei Berichte vor. Der eine ist wahr, der andere falsch − oder ist es umgekehrt? Als Ratsmitglied liest man die

Berichte, schlägt noch offene Fragen in den Gesetzessammlungen nach und bildet sich so eine Meinung. Seit vorgestern hat der Votant nun aber zwei Schreiben in der Hand, und er findet, dass so keine fundierte Entscheidung möglich ist. Er geht davon aus, dass nur ein kleiner Teil des Rats seit vorgestern Zeit hatte, den externen Bericht genau zu lesen und zu hinterfragen. Was heute kommen würde, wäre ein offener verbaler Schlagabtausch, wobei Aussage gegen Aussage stehen würde. Am Schluss würde abgestimmt − und wer am meisten überzeugen konnte, hat gewonnen. Ist das die Politik, die der Rat anstrebt? Der Votant ist der Meinung, dass das Traktandum 12, die Motion Sozialhilfe für Asylsuchende, abtraktandiert werden muss. So kann man das Geschäft nochmals anschauen und allfällige Fakten oder Fragen prüfen, hinterfragen und erläutern. Wenn nicht einmal Juristen sich einig sind, sollte das Geschäft wirklich vertagt werden.
In diesem Sinn stellt der Votant den **Antrag,** das Traktandum 12 abzutraktandieren. Er bittet darum, seinem Antrag zuzustimmen, denn nur so ist eine fundierte, richtige und wahre Politik möglich.

**Hubert Schuler** hält fest, dass die Mitglieder der SP-Fraktion den von Patrick Iten erwähnten Bericht nicht erhalten haben. Er geht davon aus, dass dieser zusätzliche Bericht nicht offiziell ist. Wenn der Rat jedes Mal, wenn zwei Juristen unterschiedlicher Meinung sind, ein Geschäft abtraktandiert, wird er seine Aufgabe nicht erfüllen können und am Ende jedes Jahres eine grosse Pendenzenliste haben. Der Votant bittet deshalb, den Antrag von Patrick Iten nicht zu unterstützen und die betreffende Motion heute zu behandeln.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat lehnt die Abtraktandierung von Traktandum 12 mit 55 zu 16 Stimmen ab.

**Thomas Werner** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** Traktandum 13 so umzustellen, dass die Interpellation (Traktandum 13.3) *vor* der Motion und dem Postulat (Traktanden 13.1 und 13.2) behandelt wird. Ausgangspunkt der Diskussion war nämlich die Interpellation. Die Umstellung würde auch gewährleisten dass der Rat über alle Sachinformationen verfügt, wenn er über die Motion und das Postulat abstimmt.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat stimmt der von der SVP-Fraktion beantragten Umstellung in Traktandum 13 mit 60 zu 7 Stimmen zu.

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne weitere Änderungen.

TRAKTANDUM 2

935 **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 30. November und 14. Dezember 2017**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich im Protokoll der Nachmittagssitzung vom 14. Dezember 2017 auf Seite 2131 ein sinnentstellender Tippfehler eingeschlichen hat: Beni Riedi sprach davon, dass Sparen «angesagt» sei; im Protokoll steht «abgesagt». Im gleichen Votum von Beni Riedi gibt es weiteren Korrekturbedarf: Der Votant sagte damals, es sei ihm «lieber, wenn bei einem Schulhaus die Geschwindigkeit angehalten wird, anstatt dass man einen Blitzkasten getarnt aufstellt […]».

Der Protokollführer verstand den Begriff «angehalten» als «gesenkt» – auch wenn die einfache «phonetische» Korrektur zu «eingehalten» näher gelegen wäre. Der Votant und der Protokollführer bitten, das Wort «gesenkt» zu «eingehalten» zu korrigieren.

➔ Der Rat ist mit den zwei Korrekturen stillschweigend einverstanden und genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 30. November und 14. Dezember 2017 ohne weitere Änderungen.

Die Staatskanzlei wird das Nachmittagsprotokoll vom 14. Dezember 2017 bereinigen und die korrigierte Version ins Internet stellen.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt am Ende der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 943–949).

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen**

**936** Traktandum 4.1: **Engere Staatswirtschaftskommission**

Thomas Villiger tritt aus beruflichen Gründen per 31. Januar 2018 aus der engeren Staatswirtschaftskommission zurück. Die SVP-Fraktion schlägt vor, an seiner Stelle per 1. Februar 2018 Karl Nussbaumer in die engere Staatswirtschaftskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**937** Traktandum 4.2: **Erweiterte Staatswirtschaftskommission**

Da Karl Nussbaumer Mitglied der erweiterten Staatswirtschaftskommission war, schlägt die SVP-Fraktion vor, an seiner Stelle per 1. Februar 2018 Philip C. Brunner in die erweiterte Staatswirtschaftskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**938** **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2017 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR**
Vorlage: 2811.1 - 15634 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission).

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, verweist auf den Bericht der Kommission und beantragt Kenntnisnahme. Er dankt Rita Weiss für ihre geschätzte Arbeit für die Konkordatskommission

➔ Der Rat nimmt stillschweigend Kenntnis von den von der Konkordatskommission im Jahr 2017 behandelten Geschäften.

TRAKTANDUM 6

**939 Petition «Für einen Kreisel bei der Kreuzung Schmittli»**

Vorlagen: 2719.0 - 00000 (Wortlaut Petition); 2719.1 - 15632 (Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer).

**Thomas Gander,** Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer, informiert, dass die Kommission die Petition an ihrer Sitzung vom 20. November 2017 beraten hat. Die Petition wurde von 657 Einwohnerinnen und Einwohnern unterzeichnet und verlangt, dass die Kreuzung Schmittli als Kreisel umzubauen sei. Des Weiteren soll auf dem Abschnitt vom Schmittli bis zur Bushaltestelle Neuägeri eine Höchstgeschwindigkeit von 50 Stundenkilometer signalisiert werden.
Die Kommission hat bei der Beratung festgestellt, dass die heutige Situation nicht optimal ist, und sie als gefährlich eingestuft. Sie hat aber auch festgestellt, dass die Situation mit der Neugestaltung des Knotens deutlich verbessert wird. Die Kommission war weiter der Ansicht, dass das Projekt bereits eingehend beraten wurde und die Petition keine neuen Erkenntnisse einbringt, welche eine erneute Diskussion rechtfertigen würden. Somit war eine klare Mehrheit der Kommissionmitglieder der Ansicht, dass die vorliegende, vom Kantonsrat bereits kreditbewilligte Variante die richtige Lösung ist. Bezüglich Höchstgeschwindigkeit teilte die Zuger Polizei mit, dass die Tempo-50-Zone bis zum Knoten Schmittli ausgedehnt wird.
Die Kommission beantragt mit 9 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Petition nicht stattzugeben. Der Votant bittet, der Kommission zu folgen. Die FDP-Fraktion wird der Petition einstimmig nicht stattgeben.

**Rainer Suter** spricht für die SVP-Fraktion. Der Knoten Schmittli wurde in der Tiefbaukommission ausgiebig diskutiert. Der Grossteil der Kommissionsmitglieder ist sich einig, dass ein Kreisel die Verkehrsqualität am Knoten Schmittli nicht verbessert. Verbesserungen am neuen Knoten werden erstens durch den Mehrzweckmittelstreifen erzielt: Verkehrsteilnehmer, die vom Cholrain her kommen, werden besser nach Neuägeri einbiegen können. Zweitens wird die Nebenstrasse Richtung Brunegg so verlegt, dass sie den Knoten nicht mehr tangiert. Es entsteht ein gut geplanter Knoten mit guten Sichtweiten.
Der Kantonsrat bewilligte einen hohen Kredit von 40 Millionen Franken für die Sanierung und den Ausbau der Kantonsstrasse 381, Abschnitt Nidfuren−Schmittli, einschliesslich beidseitigem Radstreifen. Der Ausbau, die Begradigungen der Strasse und die beiden Radstreifen sollen den Verkehr verflüssigen. Nun aber wird gefordert, dass eingangs Neuägeri ein neuer Kreisel gebaut werden soll, der den ganzen Fluss stört! Es kommt noch so weit, dass die Busbuchten in Neuägeri aufgehoben werden und es Fahrbahnhaltestelle geben soll! Das wäre ein Schildbürgerstreich sondergleichen − und man hätte die Kosten für den Ausbau der vorgelagerten Strasse und die Verflüssigung des Verkehrs sparen können.
Die SVP-Fraktion folgt grossmehrheitlich dem Antrag der Tiefbaukommission, der Petition nicht stattzugeben.

**Thomas Werner** hält fest, dass in einem nicht sehr dicht besiedelten Gebiet innert kürzester Zeit über 650 Unterschriften gesammelt wurden. Das zeigt, dass die Frage eines Kreisels beim Schmittli der Bevölkerung unter den Nägeln brennt. Die Nach-

frage nach einem Kreisel ist klar vorhanden. Die Tiefbaukommission hat nun festgestellt, dass der heutige Knoten zwar gefährlich und nicht ideal sei, die Situation mit der Neugestaltung aber deutlich entschärft werde. Zu beachten ist allerdings, dass der Verkehr auf der Achse Ägeri–Zug stetig zunehmen wird. Beim bevorstehenden Ausbau auf einen Kreisel zu verzichten, um später wieder vor dem gleichen Problem zu stehen, ist verkehrspolitischer Selbstmord. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** der Petition stattzugeben.

Für Baudirektor **Urs Hürlimann** hat die Debatte in der Tiefbaukommission und im Kantonsrat die klare Erwartung aufgezeigt, dass mit dem bevorstehenden Ausbau die Verkehrssicherheit am Knoten Schmittli deutlich verbessert werden muss. Der Baudirektor versichert, dass mit den geplanten Massnahmen und mit der entsprechenden Sensibilisierung diesem Anliegen grösstmöglich Rechnung getragen wird. Er bittet deshalb, dem Antrag der Tiefbaukommission zu folgen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat folgt mit 61 zu 11 Stimmen dem Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer, der Petition keine Folge zu leisten.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**940 Änderung des Polizeigesetzes: 2. Lesung**

Vorlage: 2733.5 - 15590 (Ergebnis 1. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 56 zu 18 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt: Der Regierungsrat, die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen, das erheblich erklärte Postulat der Justizprüfungskommission (Vorlage 2121.1) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt das Postulat der Justizprüfungskommission stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 8

**941 Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht: 2. Lesung**

Vorlagen: 2736.5 - 15589 (Ergebnis 1. Lesung); 2736.6 - 15644 (Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats); 2736.7 - 15647 (Antrag der FDP-Fraktion zur 2. Lesung); 2736.8 - 15649 (Antrag von Nicole Zweifel zur 2. Lesung zu § 52a Abs. 2a); 2736.9 - 15650 (Antrag von Nicole Zweifel zur 2. Lesung zu § 52 Abs. 1a); 2736.10 - 15651 (Antrag von Nicole Zweifel zur 2. Lesung zu § 48 Abs. 2a).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass folgende Berichte bzw. Anträge vorliegen:
• Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats;
• Antrag der FDP-Fraktion auf die zweite Lesung;
• Anträge von Nicole Zweifel auf die zweite Lesung.

**Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, gemäss Ergebnis der ersten Lesung an der Streichung von § 3 Abs. 1 Bst. f sowie § 7 Abs. 2 Bst. g PBG festzuhalten und den Abklärungsauftrag als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat hält stillschweigend an der Streichung von § 3 Abs. 1 Bst. f sowie § 7 Abs. 2 Bst. g PBG gemäss Ergebnis der ersten Lesung fest und schreibt den Abklärungsauftrag an den Regierungsrat als erledigt ab.

Baudirektor **Urs Hürlimann** weist darauf hin, dass jedes Ratsmitglied auf seinem Pult eine Tischvorlage für die heutige Debatte vorgefunden hat. Er kündigt an, dass der Regierungsrat vor der Schlussabstimmung beantragen wird, die Vorlage für die Schlussabstimmung in drei Teile aufzugliedern:
• bundesrechtliche Vorgaben;
• Gebietsverdichtung;
• überobligatorischer Bereich bei der Mehrwertabgabe.
Der Baudirektor wird diesen Antrag vor der Schlussabstimmung detailliert begründen. Die Kommission für Raumplanung und Umwelt wurde bereits orientiert und hat heute Morgen über die beantragte Aufteilung beraten. Als am 5. Januar die Anträge auf die zweite Lesung vorlagen, kam der Baudirektor in seiner Lagebeurteilung zum Schluss, dass eine Brücke gebaut werden muss, damit nach der heutigen Debatte mindestens die bundesrechtlichen Vorgaben erledigt sind und das revidierte Gesetz am 1. Januar 2019 in Kraft treten kann. Der Baudirektor wird − wie gesagt − den Antrag des Regierungsrats vor der Schlussabstimmung detailliert erläutern; im Moment bittet er um Kenntnisnahme.

**Anträge zur Gebietsverdichtung**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, das Institut der Gebietsverdichtung ersatzlos zu streichen und die betroffenen Paragrafen in der Fassung des geltenden Rechts zu belassen. Er schlägt vor, zuerst die Anträge von Nicole Zweifel zu beraten und dann die bereinigte Fassung dem Antrag auf Beibehaltung des geltenden Rechts und somit der Streichung des Instituts der Gebietsverdichtung gegenüberzustellen.

*Antrag von Nicole Zweifel zu § 48 Abs. 2a Bst. a*

**Nicole Zweifel** hat ihren Antrag schriftlich ausführlich begründet. Über das Instrument der Gebietsverdichtung wurde in der ersten Lesung ausgiebig diskutiert, und es gibt Befürworter und Gegner. Die Chance, in Gebieten mit überaltertem Baubestand mit einer Landumlegung etwas erreichen zu können, sollte man sich aber nicht verbauen. Die Bevölkerung wächst, und als Teil des Wirtschaftszentrums Zürich ist der Kanton Zug einem hohen Druck ausgesetzt. Warum also sollen Gebiete beispielsweise mit Stockwerkeigentum aus den 1970er Jahren, die auch energetisch nicht mehr auf einem sinnvollen Stand sind, nicht besser genutzt werden können? Es geht dabei um Landumlegung, der einzelne Eigentümer hat nachher gleich viel wie vorher. Es handelt sich also keineswegs um Enteignung, und es wird niemandem etwas weggenommen. Es geht einzig darum, ein Instrument in der Hand zu haben, das − wo es sinnvoll ist − eingesetzt werden kann. Wenn man dieses Instrument aber so verwässert, wie es in der ersten Lesung geschehen ist, bleibt nicht mehr viel davon übrig. Und alle wissen es: Wenn zehn Leute beteiligt sind, wird sicher jemand dagegen sein. Eine Minderheit kann also alles zu Fall bringen. Die Votantin stellt deshalb den **Antrag,** die von der Regierung vorgeschlagene Fassung zu genehmigen und das Quorum der Anteile, die es für die Anwendung des Instruments braucht, nicht zu erhöhen.
Die Votantin bittet auch, die Anwendungsgebiete nicht so einzuschränken, wie es in der ersten Lesung geschehen ist. In der jetzigen Version werden nämlich Richtplangebiete mit einer weiteren Hürde kumuliert, so dass am Ende nichts mehr übrig bleibt. Aus all diesen Gründen bittet die Votantin, ihre Anträge zu unterstützen.

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, hält fest, dass es in § 48 Abs. 2a um die Frage der Verdichtungsgebiete geht. Die erste Lesung hat ergeben, dass Gebietsverdichtung nur stattfinden kann, wenn das betreffende Gebiet im kantonalen Richtplan als Verdichtungsgebiet bezeichnet wurde. Die Kommission hat heute mit 12 zu 3 Stimmen nochmals dem Ergebnis der ersten Lesung zugestimmt. Natürlich − da geht der Kommissionspräsident mit Nicole Zweifel völlig einig − findet keine eigentliche Enteignung, sondern eine Umlagerung von Eigentum statt, es ist aber eine Tatsache, dass Private andere Private zur Aufgabe ihrer bisherigen Position zwingen können. Und das ist nicht die übliche Art, wie Private miteinander umgehen. Die Kommission will, dass man sich freiwillig findet und im Interesse *aller* ein Areal neu überbaut. Es soll nicht der Normalfall sein, dass Leute zu ihrem Glück bzw. Unglück gezwungen werden. Es war der Kommission deshalb wichtig, dass die Möglichkeit, dass Private anderen Privaten ihren Besitzstand streitig machen und eine Neuzuteilung verlangen können, nur bei ganz wichtigen Angelegenheiten und wichtigen öffentlichen Interessen als *ultima ratio* geltend gemacht werden kann. Ein solches wichtiges öffentliches Interesse liegt nach Meinung der Kommission vor, wenn das betreffende Gebiet im Richtplan als Verdichtungsgebiet bezeichnet ist. In diesen Gebieten geht es zum Teil fast um eine Verdreifachung der bisherigen Ausnutzung. Und man wird künftig darauf angewiesen sein, dass in diesen verkehrsmässig hervorragend erschlossenen Gebieten wirklich die Post abgehen kann, andernfalls wird man die Bedürfnisse der Wirtschaft und der privaten Eigentümer nicht abdecken können. Es ist deshalb wichtig, dass dieses Institut zwar erhalten bleibt, aber auf Fälle eingeschränkt wird, wo ein wirklich überwiegendes öffentliches Interesse vorliegt. Die Kommission bittet deshalb, den Antrag von Nicole Zweifel abzulehnen.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion den Antrag von Nicole Zweifel zu § 48 Abs. 2a unterstützt, den Antrag der FDP-Fraktion bezüglich Gebietsverdichtung aber ablehnt. Mit Verweis auf drohende Enteignungen und die Schmälerung des Privateigentums wollen die Liberalen das Institut der Gebietsverdichtung bachab schicken. Möglicherweise schiessen sie damit gerade ein Eigentor. Bekanntlich ist Zug ein Kanton mit unglaublichem Entwicklungsdruck und enormen Zuwachsraten bei Arbeitsplätzen und Bevölkerung. Die Mehrheit des Rats gehört zu den Wachstumsturbos oder zu den Wachstumsbefürwortern. Gerade sie müsste ein echtes und vertieftes Interesse an einer optimierten Handhabe zur Siedlungsentwicklung gegen innen haben, dies nicht nur in den vom Kanton festgelegten Gebieten. Wer Nein sagt zu einer Beschränkung oder gar zum gesamten Instrument der Gebietsverdichtung, sagt indirekt auch Nein zu mehr Wachstum. Dieses Drosseln des Wachstums ist eigentlich ganz im Sinn der Ratslinken. Und daher gilt das in der Eintretensdebatte Gesagte nach wie vor: Die Wachstumsbefürworter stehen vor einem Zielkonflikt. Entweder wollen sie die Instrumente für mehr Verdichtung ermöglichen, oder sie schmälern das Wachstum. Oder zugespitzt formuliert: Scheitert die Verdichtung, scheitert auch das Wachstum. Insofern müssen sich die Bürgerlichen intensiv damit auseinandersetzen, was sie letztlich wollen, und allenfalls zu Konzessionen bereit sein.
Zusammengefasst: Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge von Nicole Zweifel für mehr Gebietsverdichtung und lehnt den Antrag der FDP-Fraktion ab.

**Hans Baumgartner** teilt mit, dass sich die CVP-Fraktion erneut mit den gestellten Anträgen, insbesondere denjenigen zur Gebietsverdichtung, befasst hat. Es ist festzuhalten, dass diese Anträge nichts Neues beinhalten: Die gleichen Haltungen wurden schon im September in der Eintretensdebatte zur ersten Lesung sowie in der Oktober-Sitzung bei der Detailberatung wiederholt und ausführlich vorgetragen. Für die CVP-Fraktion ist klar, dass bei der Gebietsverdichtung zwei wichtige Vorgaben zu berücksichtigen sind: Zum einen ist nach Verfassung das Grundeigentum grösstmöglich zu schützen, zum anderen hat das Stimmvolk in der Abstimmung zur Raumplanungsrevision mit sehr grossem Mehr den haushälterischen Umgang mit dem Gut Boden verlangt. Die CVP ist überzeugt, dass mit dem Ergebnis der ersten Lesung eine vertretbare Lösung für beide, berechtigten Anliegen gefunden wurde. Sie lehnt demnach den Antrag von Nicole Zweifel, aber auch denjenigen der FDP-Fraktion grossmehrheitlich ab.

**Manuel Brandenberg** spricht für die SVP-Fraktion. Diese schliesst sich der Meinung der vorberatenden Kommission und der CVP-Fraktion an, soweit es die Anträge von Nicole Zweifel betrifft: Sie lehnt diese Anträge geschlossen ab. Sie unterstützt aber ebenso geschlossen den Antrag der FDP-Fraktion.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. «Ein Kompromiss ist dann vollkommen, wenn alle unzufrieden sind», so sagt man. Die FDP hätte sich ein etwas schlankeres Gesetz ohne zusätzliche Abgaben an den Staat gewünscht. Mit der in der ersten Lesung verabschiedeten Version ist sie grundsätzlich einverstanden, mit Ausnahme des Tatbestands der Enteignung. Die von Nicole Zweifel formulierten Anträge gehen der FDP aber zweifellos zu weit, und sie wird sie entschieden ablehnen.

**Hanni Schriber-Neiger** erinnert namens der ALG-Fraktion daran, dass das Stimmvolk vor vier Jahren mit grossem Mehr Ja zum Raumplanungsgesetz des Bundes sagte, im Kanton Zug sogar mit 71 Prozent, dies mit dem Wissen und dem Willen, Verdichtung wirklich anzustreben. Die Zersiedelung muss gebremst und die Sied-

lungsentwicklung nach innen gefördert werden. Es braucht politischen Druck, zielgerichtet zu verdichten. Diesen Auftrag des Souveräns gilt es ernst zu nehmen. Die ALG-Fraktion wird deshalb die Anträge von Nicole Zweifel unterstützen. Den Antrag der FDP lehnt sie hingegen einstimmig ab. Sollte die Vorlage noch weiter verwässert werden, wird die ALG sie in der Schlussabstimmung ablehnen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** nimmt an, dass es nun verständlich geworden ist, warum der Regierungsrat für die Schlussabstimmung eine Dreiteilung der Vorlage beantragen wird. Einerseits ist es wichtig, den vom Raumplanungsgesetz vorgegebenen bundesrechtlichen Teil zu vollziehen. Im Raumplanungsgesetz wurden den Kantonen aber auch verschiedene Instrumente in die Hand gegeben, beispielsweise das Instrument der Gebietsverdichtung. Der Regierungsrat wollte im «Baukasten», den er dem Parlament vorlegte, ein umfassendes Instrument für die Lösung der künftigen raumplanerischen Aufgaben im Kanton Zug präsentieren: Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben, Gebietsverdichtung, Mehrwertabschöpfung. Zum Thema Gebietsverdichtung gehen die Meinungen − wie die Debatte zeigt − weit auseinander, bis hin zum Antrag der FDP-Fraktion, das Instrument der Gebietsverdichtung vollständig zu streichen. Der Regierungsrat versuchte eine Brücke zu bauen und schlug die Möglichkeit der Gebietsverdichtung mit einem Enteignungstatbestand vor. Der Enteignungstatbestand wurde bereits von der vorberatenden Kommission und in der ersten Lesung dann auch vom Rat abgelehnt. Auf die zweite Lesung hin nun liegt ein Antrag vor, der wieder weiter gehen möchte. Der Regierungsrat empfiehlt, die beantragte Verschärfung in diesem Bereich abzulehnen. Zum Antrag der FDP-Fraktion wird der Baudirektor später sprechen.
Zusammengefasst: Die Gebietsverdichtung ist ein kraftvolles Instrument. Der Regierungsrat hat es deshalb eingeschränkt auf die im Richtplan vorgesehenen Verdichtungsgebiete − und er möchte hier nicht weiter gehen. Der Baudirektor bittet deshalb, hier den Argumenten der vorberatenden Kommission zu folgen.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Zweifel, § 48 Abs. 2a Bst. a ersatzlos zu streichen, mit 54 zu 21 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

*Antrag von Nicole Zweifel zu § 52 Abs. 1a Bst. a und b*

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Zweifel, in § 52 Abs. 1a Bst. a und b das Quorum von neun Zehntel auf drei Viertel zu senken, mit 54 zu 22 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

*Antrag der FDP-Fraktion*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, auf das Institut der Gebietsverdichtung zu verzichten und die betroffenen Bestimmungen in der geltenden Fassung zu belassen. Falls der Rat dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmt, wird die Staatskanzlei zusammen mit der Baudirektion und der Redaktionskommission die entsprechenden Anpassungen vornehmen. Es handelt sich vornehmlich um den Titel und die folgenden Bestimmungen:
• § 7 Abs. 2 Bst. f
• Titel: 7. Landumlegung, Gebietsverdichtung und Grenzbereinigung
• § 48 Abs. 2a

- § 49 Abs. 1 Bst. a und Abs. 3
- § 51 Abs. 2 und 3
- § 52 Abs. 1 und 1a.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. Verschiedene Gespräche mit Bürgern im Anschluss an die erste Lesung haben es bestätigt: Ein Instrument, womit Private andere Private enteignen können, darf keinen Einzug in die Gesetze des Kantons Zug finden. Dass ein einzelner Eigentümer mit Hilfe des Staates durch einen Privaten, der eine qualifizierte Mehrheit der Nachbarschaft hinter sich scharen kann, enteignet werden kann, ist für die FDP unhaltbar. Dafür erhält der Enteignete dann neuen Raum im geschätzten Gegenwert seiner Immobilie, ohne dass er dazu seine Zustimmung erteilen kann resp. muss. Und wenn es ganz dick kommt, erhält er anschliessend vom Staat noch eine Rechnung zur Abschöpfung des Mehrwerts, da seine neue Immobilie ja nun mehr Wert hat als die alte, die er eigentlich gar nie verkaufen wollte.
In einem freien Markt, wie ihn die FDP anstrebt, werden Immobilien nach dem Prinzip Angebot und Nachfrage gehandelt. Das soll so bleiben. Wer eine Immobilie kaufen will, hat den Preis zu entrichten, den der Eigentümer nennt. Wird eine realisierte Bebauung dann im Stockwerkeigentum veräussert, wird dies vom Investor ja ebenfalls so gehandhabt. Man darf nicht vergessen: Sofern alle Beteiligten einverstanden sind, ist eine Verdichtung nach wie vor möglich.
Der Votant bittet den Rat, sich der Tragweite dieser Gesetzesanpassung bewusst zu sein und den Antrag der FDP-Fraktion zu unterstützen.

**Heini Schmid** hält fest, dass das Leben eines Kommissionspräsidenten gelegentlich schwierig sein kann. Vor zwei Monaten hat er noch eine flammende Rede *für* die Gebietsverdichtung gehalten, nun aber, nachdem sich die Kommission heute Morgen mit 8 zu 7 Stimmen für den Antrag der FDP-Fraktion ausgesprochen hat, müsste er eigentlich *gegen* dieses Instrument sprechen. Die Kommissionsmehrheit folgt also den Argumenten der FDP − und es gibt in der Tat Argumente für und wider diesen Antrag. Es liegt am Kantonsrat, hier den Weg zu finden.

**Pirmin Andermatt** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Vorstandsmitglied des Hauseigentümerverbands Zugerland. Der HEV-Vorstand diskutierte gestern eingehend über die Frage der Verdichtung, und er kam klar zum Schluss, dass § 48 in der vorliegenden Fassung belassen werden sollte. Der Votant bittet den Rat deshalb auch im Namen des Hauseigentümerverbands Zugerland, dem Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen. Wo nämlich soll der Kanton Zug denn noch wachsen? Wie soll das Wachstum aussehen, wenn man bezüglich Verdichtung nicht vorwärtskommt? Soll einfach neues Land eingezont werden? Das wird nicht möglich sein. Vor vier Jahren hat die Bevölkerung deutlich Ja gesagt zur Verdichtung. Diesem Votum muss der Kantonsrat nachkommen, und er darf nicht plötzlich Partikularinteressen in den Vordergrund stellen. Der Hauseigentümerverband ist sich bewusst, dass die vorliegende Fassung auch das Instrument der faktischen Enteignung enthält. Es braucht hier aber einen Kompromiss. Es gab sehr viele Bebauungspläne, die wegen der heutigen 100-Prozent-Regelung nicht realisiert werden konnten. Um eine sinnvolle Entwicklung zu ermöglichen, braucht es einen Kompromiss. Der Votant bittet deshalb nochmals, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Arithmetik der Abstimmung zu dieser Frage in der gestrigen «Zuger Zeitung» nachzulesen war. Man wird nun sehen, ob die Rechnung vom Marco Morosoli tatsächlich stimmt.

In vierjähriger Arbeit wurde versucht, die Vorlage so auszugestalten, dass die Politik über die Instrumente verfügt, um die raumplanerisch-bauliche Entwicklung des Kantons Zug in den nächsten zehn, zwanzig, dreissig Jahren zu bestimmen und klare Voraussetzungen dafür zu schaffen. Bezüglich der bundesrechtlichen Vorgaben − so glaubt der Baudirektor zu spüren − ist sich der Rat einig. Darüber hinaus braucht es ein griffiges Instrument für die Gebietsverdichtung, und es braucht die Mehrwertabschöpfung, damit auch die Öffentlichkeit von Neu- und Aufzonungen profitieren kann. Der Regierungsrat hat einen entsprechenden «Baukasten» vorgelegt, den der Rat nun nach seinen Vorstellungen umgestaltet; aus diesem «Baukastenprinzip» ergab sich auch die Überlegung, die Vorlage in der Schlussabstimmung in drei Teile aufzuteilen. Die Gebietsverdichtung, wie sie der Regierungsrat wollte, enthielt als *ultima ratio* die Möglichkeit der Enteignung. Diese Möglichkeit wurde aber bereits in der Kommission gestrichen, und es wurde − als Resultat der ersten Lesung − ein sehr hohes Quorum festgelegt. Immerhin aber könnte die Möglichkeit der Verdichtung wenigstens ansatzweise umgesetzt werden. Und es ist keine Angstmacherei, wenn man darauf hinweist, dass der grösste Teil der Zuger Bevölkerung keine neuen Einzonungen und auch keine Veränderung der Siedlungsbegrenzungslinien mehr möchte. Man muss also auf die Verdichtung bauen. Im Raumplanungsgesetz wurde den Kantonen die Möglichkeit gegeben, im Baukastensystem, massgeschneidert für die jeweilige Situation, entsprechende Instrumente zu schaffen. Der Regierungsrat hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. In der ersten Lesung aber wurde ein wesentliches Element davon, nämlich der Enteignungstatbestand, gestrichen. Immerhin aber wäre das Ergebnis der ersten Lesung ein erster Schritt in die richtige Richtung.
Die Kommission für Raumplanung und Umwelt berät im Moment die Grundzüge der künftigen räumlichen Entwicklung. Es gilt zu entscheiden, ob ein kleines oder mittleres Wachstum angestrebt werden soll. Tendenziell geht es in die Richtung, dass im Jahr 2040 im Kanton Zug rund 150'000 Menschen leben werden. Gleichzeitig aber möchte die Bevölkerung die Landschaft schützen und ist nicht bereit, neue Einzonungen vorzunehmen oder an den Siedlungsbegrenzungslinien zu rütteln. Es braucht deshalb das Instrument der Verdichtung. Man muss der Bevölkerung aufzeigen, was Verdichtung heisst. Allerdings hat sich bereits gezeigt, dass die Meinungen auseinandergehen, wenn es tatsächlich um Verdichtung geht. Wenn man in dieser Situation als *ultima ratio* nicht ein Mittel in der Hand hat, um die Verdichtung umzusetzen, wird es schwierig sein, die Entwicklung, die man sich vorstellt, konkret umzusetzen. In diesem Sinn bittet der Baudirektor, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt den Antrag der FDP-Fraktion, das Instrument der Gebietsverdichtung grundsätzlich zu streichen, mit 40 zu 32 Stimmen ab und bleibt damit für die betreffenden Paragrafen beim Ergebnis der ersten Lesung.

**Anträge zur Mehrwertabgabe**

*Antrag von Nicole Zweifel zu § 52a Abs. 2a Bst. a und b*

**Nicole Zweifel** erinnert daran, dass über dieses Thema schon in der ersten Lesung ausgiebig diskutiert wurde. Die Gemeinden hatten vorgängig dazu eine klare Meinung geäussert, die im Rat dann von Urs Raschle vertreten wurde. Die Votantin möchte anhand eines realen Beispiels aufzeigen, dass die in der ersten Lesung beschlossenen hohen Hürden für die Mehrwertabgabe bedeuten, dass diese Abgabe

gar nie geschuldet sein wird. Das Beispiel: Auf einem bestimmten Areal können nach heutigem Recht 129 Wohnungen realisiert werden. Mit einem Bebauungsplan erhöht sich diese Zahl auf 155. Die Ausnutzungsziffer beträgt heute 1,44, neu ist es 1,65, also eine Differenz von 0,21. Mit altem Recht liegt der Schatzungswert für das Grundstück bei 32 Millionen Franken, nach dem Planungsakt sind es 35 Millionen Franken. Mehrwert für den Investor: 3 Millionen Franken. Der Preis für dieses Areal lag zuerst bei 1955 Franken pro Quadratmeter, nachher waren es 2160 Franken, also rund 200 Franken pro Quadratmeter mehr. 20 Prozent des Mehrwerts von 3 Millionen Franken, also 600'000 Franken, kämen der Gemeinde zu.
Um nun das Ergebnis der ersten Lesung auf dieses − wie gesagt reale − Beispiel anzuwenden: Der Schwellenwert von 50 Prozent bei der Ausnützung wird mit der Steigerung von 1,44 auf 1,65 nicht erreicht: Es sind nur gerade 12 Prozent. Die Mehrwertabgabe wird also nicht fällig. Auch müsste der Mehrwert über 50 Prozent liegen, was mit der Wertsteigerung von 1955 auf 2160 Franken ebenfalls kein Thema ist: Es sind nur ungefähr 10 Prozent. Wenn der Rat also dem Ergebnis der ersten Lesung zustimmt, wirft er 600'00 Franken zugunsten der Gemeinde zum Fenster hinaus. Auch für eine reiche Gemeinde sind 600'000 Franken viel Geld, und mit diesem Geld könnten Anliegen der Bevölkerung aufgenommen werden: Verkehrsprojekte, Freiräume, Lebensqualität. Es gibt also nicht nur das Gespenst der Verdichtung. Die Votantin bittet den Rat deshalb, auf zusätzliche Schwellenwerte zu verzichten. Das reale Beispiel hat gezeigt, dass diese nie überschritten werden; man hätte sie nicht einmal im Unterfeld erreicht. Und soll dieses Geld einfach zum Fenster hinausgeworfen bzw. dem Investor geschenkt werden? Dieser erzielt mit seinem Projekt nämlich sowieso eine Rendite und braucht eigentlich kein zusätzliches *goodie*. Wollte das die Bevölkerung tatsächlich, als sie dem Raumplanungsgesetz mit über 70 Prozent zustimmte? Und es tut niemandem weh, auch nicht dem Investor. Im realen Beispiel hat der Investor die Situation schulterzuckend zur Kenntnis genommen. Er wollte von der Gemeinde einzig wissen, was mit diesem Geld geplant sei; im realen Beispiel waren es Verbesserungen im Strassenraum, die allen dienen, die dort leben.
Die Votantin bittet den Rat, das Instrument der Mehrwertabschöpfung nicht leichtsinnig zu streichen. Es schmerzt niemanden, und es dient den Gemeinden und den Bürgerinnen und Bürgern.

**Daniel Abt** dankt Nicole Zweifel für das reale Beispiel. Seine Vorrednerin hat aber eine wesentliche Tatsache vergessen: Einen Bebauungsplan erhält man nicht geschenkt. Er erfordert einen Architekturwettbewerb, es gibt politische Hürden zu meistern, es gibt erhöhte Ansprüche bezüglich Energie, Gestaltung etc. − und das alles ist nicht gratis zu haben. Und der grosse *Gag* dabei: Der Investor trägt das volle Risiko, schlussendlich politisch zu scheitern und seine Vorinvestitionen abschreiben zu müssen. Es ist also nicht ganz so einfach. Der Votant wird die Anträge von Nicole Zweifel daher ablehnen.

**Roger Wiederkehr** spricht zu § 52a Abs. 2a Bst. a (Umzonungen) und b (Aufzonungen). Er nimmt den Ball aufgrund der Anträge von Nicole Zweifel ebenfalls nochmals auf. Der Antrag von Nicole Zweifel auf Abschöpfung des Mehrwerts ab dem ersten Quadratmeter geht ihm deutlich zu weit. Die Mehrwertabgabe erst ab 50 Prozent aber ist ihm einfach zu wenig. Er ist hier für den goldenen Mittelweg: ab 25 Prozent Mehrwert eine Abschöpfung für den Kanton und die Gemeinden. Mit der restriktiven Regelung, wonach die Mehrwertabgabe nur dann zu entrichten ist, wenn der Bodenmehrwert das Mass von 50 Prozent übersteigt und gleichzeitig die Ausnützungsziffer um mehr als 0,3 bzw. die Baumassenziffer um mehr als 1,2 er-

höht wird, würde kaum je eine Mehrwertabgabe anfallen. Man würde damit einen Paragrafen schaffen, der nur für den Papiertiger gut ist. Wenn das der kleinstmögliche Nenner im Rat ist, muss man fairerweise dazu stehen und die Buchstaben a und b streichen. Der Votant ist aber überzeugt, dass dies überhaupt nicht mehr dem Volkswillen entsprechen würde: Die Bevölkerung befürwortet eine moderate Mehrwertabgabe.
Es ist grundsätzlich *ein* Aspekt, der den Votanten bei diesen 25 Prozent landen lässt. Wenn die Eigentümer oder Investoren oder wer auch immer diesen Mehrwert für eine Bebauung ganz von sich aus und alleine geschaffen hätten, wäre er der Erste, der gegen eine Abschöpfung antreten würde. Dem ist aber nicht so. Eigentümer sind zu einem guten Teil auch Nutzniesser einer Situation, beispielsweise von gut funktionierenden Gemeinden, die attraktiv sind und sich einen Mehrwert erarbeitet haben. Oder sie sind Nutzniesser einer Gemeindeversammlung, welche einer Umzonung zustimmt. Es sind also mehrere Faktoren, die einen Mehrwert generieren, nicht nur der Eigentümer alleine. So ist es doch nur recht und fair, auch die Allgemeinheit an diesem Mehrwert teilhaben zu lassen.
Eine Abschöpfung ab 25 Prozent wird auch von zehn der elf Zuger Gemeinden − die Ausnahme ist Walchwil − unterstützt. Natürlich ist dem Votanten bewusst, dass die Gemeinden im Kantonsrat kein Antragsrecht haben, aber diesem Anliegen der Gemeinden wurde bislang zu wenig Rechnung getragen. Dabei scheint der Rat zu vergessen, dass viele Zuger Gemeinden über eine lang dauernde, konstante Praxis im Bereich der Mehrwertbeteiligung verfügen. Diese in der Vergangenheit erfolgreich angewandte Methode gab nie Anlass zu Diskussionen und hat sich offensichtlich bewährt. Sie ist zudem rechtlich zulässig. Der Votant kann sich gut vorstellen, dass sich die Gemeinden gegen eine Quote von über 25 Prozent wehren würden. Unbestritten ist in den Gemeinden, dass künftig in den kommunalen Bauordnungen eine gesetzliche Grundlage für die Mehrwertabgabe bei Auf- und Umzonungen und Bebauungsplänen geschaffen werden muss.
Der Votant ruft den Rat auf, den goldenen Mittelweg zu wählen − auch wenn er weiss, dass das heutzutage nicht mehr sexy ist. Kompromisse aber haben die Schweiz und insbesondere den Kanton Zug stark gemacht. Er stellt deshalb den **Antrag,** in § 52a Abs. 2a Bst. a und b die Quote von 50 auf 25 Prozent zu reduzieren. Er dankt für die Unterstützung.

**Nicole Zweifel** bestätigt Daniel Abts Aussage, dass ein Bebauungsplan nicht gratis zu haben sei. Eine Mehrwertberechnung vergleicht aber ein theoretisches Projekt gemäss heutigem Gesetz mit einem Projekt gemäss neuem Gesetz. Auch rechnet es sämtliche Kosten mit ein, also auch die Kosten für einen Wettbewerb oder die Umsetzung besserer Energiestandards. Im realen Beispiel, das die Votantin vorlegte, wurde ein zweistufiger Studienauftrag erteilt, und es wird mindestens Minergie-ECO verlangt − und alle diese Kosten wurden in die Kalkulation einbezogen. Der Mehrwert beträgt immer noch 3 Millionen Franken. Es ist also keineswegs so, dass der Gewinn durch die Kosten aufgefressen wird, welche durch die höheren Anforderungen des Bebauungsplans entstehen. Es ist *common sense,* dass diese Kosten bei der Berechnung des Mehrwerts berücksichtigt werden. Im erwähnten Beispiel erfolgte die Berechnung durch die Firma Fahrländer Partner, ein renommiertes Unternehmen und zusammen mit Wüest Partner Marktführer. Und der Investor war mit der Berechnung klar einverstanden.
Die Votantin hält an ihrem Antrag fest und bittet den Rat, die zusätzlichen Hürden für die Mehrwertabschöpfung wegzulassen. Nur so hat man eine reale Chance, entsprechende Beträge zugunsten der Gemeinden und der Bevölkerung abschöpfen zu können.

Für Kommissionspräsident **Heini Schmid** steht man hier vor der Mutter aller Fragen − wobei es bei der Antwort eigentlich kein Richtig oder Falsch gibt. Man muss sich aber überlegen, was der überobligatorische Teil der Mehrwertabgabe bedeutet. Bei Neueinzonungen ist diese Abgabe relativ klar kalkulierbar, und betroffen sind nur wenige Personen, vorwiegend Bauern. Bei Um- und Aufzonungen und vor allem bei Bebauungsplänen sind viele betroffen. Die Eigentumsquote im Kanton Zug liegt − Irrtum vorbehalten − bei 40 bis 45 Prozent. Es geht also nicht um irgendwelche Investoren, sondern jeder Grundeigentümer kann betroffen sein. Und wehe ihnen, wenn auf eine Schwelle für die Mehrwertabgabe verzichtet wird! Sie werden bei jeder Zonenplanänderung zittern und hoffen, dass sie nicht aufgezont werden. Andernfalls wird ihnen der Bankmitarbeiter bei der nächsten Besprechung nämlich sagen, dass wegen der latenten Mehrwertabgabe ein Kredit nicht erhöht werden könne bzw. berücksichtigt werden müsse, dass ein Teil bereits dem Staat gehört. Davon wäre jeder Stockwerkeigentümer betroffen. Will der Rat das wirklich? Soll der Staat tatsächlich einen Teil des Eigentums beanspruchen können? Diese Überlegung war für die Kommission massgebend. Man geht hier in einen völlig andern Bereich als bei der Einzonung: Es wird permanent in die Substanz des Privateigentums eingegriffen. Und der Mehrwert kommt bei einem Verkauf der Liegenschaft auch zur Anwendung, wenn kein Quadratmeter mehr gebaut wurde. Ein Investor macht eine Schlusskalkulation, die alle Kosten berücksichtigt; ihm kann die Mehrwertabgabe eigentlich egal sein. Die gewöhnlichen Grundeigentümer aber haben diese Last zu tragen. Um es nochmals zu sagen: Auf- und Umzonungen sowie Bebauungspläne sind eine andere Sache als Neueinzonungen. Es sind viel mehr Leute betroffen.

Ursache des Mehrwerts in der Raumplanung ist eigentlich die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn man nämlich irgendwo einzont, wo niemand hingehen will, erreicht man gar nichts und schafft keinen Mehrwert. Natürlich schreibt der Staat den Mehrwert seiner Gesetzgebung zu, der Votant geht aber weiterhin davon aus, dass die Wirtschaft die Mehrwerte schafft, nicht die Gesetzgebung. Man darf deshalb nicht aus jeder staatlichen Tätigkeit einen Abgabetatbestand machen. Es ist also wichtig, hier eine grundsätzliche Diskussion zu führen. Wenn jemand ein Grundstück in Zentrumslage besitzt, kann er davon ausgehen, dass die wirtschaftliche Entwicklung unabhängig von der Gesetzgebung zu einer Verdichtung führt, er also auf der Sonnenseite des Lebens steht. Und als Käufer ist man in einem solchen Fall bereit, mehr für das Grundstück zu bezahlen, weil man davon ausgeht, dass die Wertschöpfung an dieser Lage grösser sein wird. Aber das ist nur eine Seite. Die andere Seite ist die Volksabstimmung zum Raumplanungsgesetz, die klar aufzeigte, dass die Öffentlichkeit an gewissen Mehrwerten beteiligt werden will. In diesem Spannungsfeld bewegt man sich. Die Bevölkerung versteht nicht, dass jemand dank eines Federstrichs plötzlich viel reicher wird. Es gilt daher einen Ausgleich zu finden. Und in einer Gemeinschaft ist auch das Anliegen berechtigt, dass die Allgemeinheit an diesen grossen Gewinnen beteiligt wird. Die Kommission hat mit dem Schwellenwert von 50 Prozent versucht, in diesem Spannungsfeld einen Weg aufzuzeigen: Normalsterbliche Grundeigentümer − der Votant nimmt sich selber aus, seine Interessenbindung ist bekannt *(der Rat lacht)* − sollen nicht betroffen sein, die grossen Fälle aber, die einer Neueinzonung gleichkommen, sollen belastet werden. Die Kommission hat sich nochmals mit 11 Stimmen für den Vorschlag von 50 Prozent ausgesprochen. Damit ist sichergestellt, dass die grossen Um- und Aufzonungen erfasst werden, dass aber nicht jeder Wohnungs- oder Grundeigentümer unnötigerweise mit der Mehrwertabgabe belastet wird. Im Übrigen weiss niemand, wie sich die diesbezügliche Rechtsprechung entwickeln wird. Bis anhin erhielt man gemäss Bundesgericht keine Entschädigung, wenn die Ausnützung um 30 Prozent gesenkt

wurde. Da fragt es sich schon, wieso man bei einer Erhöhung der Ausnützung ab dem ersten Quadratmeter mehrwertpflichtig werden soll.

**Nicole Zweifel** findet es schön, wie Heini Schmid seine privaten Interessen als Interessen der Bürger verkauft. Im Rat besitzt aber kaum jemand Hunderte von Wohnungen − vielleicht mit Ausnahme von Heini Schmid. Im Übrigen gibt es keinen Zwang zu bauen. Wenn der Staat aus einer W2- eine W5-Zone macht, der Eigentümer also plötzlich fünf- statt zweistöckige Gebäude bauen kann, steigt der Wert des betreffenden Grundstücks massiv. Wenn der Eigentümer nichts tut, geschieht auch von Seiten des Staats nichts. Der Eigentümer muss erst bezahlen, wenn er neu baut − und er bezahlt, weil er vom Staat ein riesiges Potenzial geschenkt erhalten hat. Es ist also nicht die Wirtschaft, die diesen Mehrwert schafft − auch wenn der Druck der Wirtschaft vielleicht dazu führt, dass der Staat Verdichtungsgebiete ausscheidet. Der Mehrwert entsteht durch einen schlichten Planungsakt. Und wenn ein Investor ein entsprechendes Grundstück kauft, flattert dem Verkäufer nicht einfach eine Rechnung des Staats ins Haus. Vielmehr wissen der Käufer und der Verkäufer, dass eine Mehrwertabgabe fällig wird, und diese wird im Kaufpreis einkalkuliert. Und da es sich um einen Mehrwert handelt, ist es ein Betrag *on top:* Der Verkäufer bekommt sowieso mehr dafür. Und durch den Planungsakt hat er heute sowieso mehr als gestern. Es wird nie vorkommen, dass der Wert eines Grundstücks durch eine Aufzonung von beispielsweise 1000 auf 800 Franken pro Quadratmeter sinkt und der Investor dann nur noch 600 Franken pro Quadratmeter bezahlt. Jedermann kennt ja die Preissteigerung in den letzten zwanzig Jahren.
Heini Schmid hat die Situation also völlig verdreht dargestellt. Das Thema ist extrem komplex, und nur wenige Ratsmitglieder haben auch beruflich damit zu tun. Was aber Heini Schmid getan hat, war schlicht Manipulation.

**Barbara Gysel** hält fest, dass die Eigentumsquote im Kanton Zug nicht − wie von Heini Schmid behauptet − knapp 50 Prozent, sondern gemäss den Zahlen des Bundesamts für Statistik vom März 2017 ein Drittel beträgt: 34 Prozent der Zuger Bevölkerung besitzt Wohneigentum. Zug liegt damit unter den 26 Schweizer Kantonen auf dem 21. Rang.
Die Votantin hat eine Frage an den Baudirektor: Angenommen, der Rat würde dem Antrag des Regierungsrat auf *Splitting* der Vorlage zustimmen und in einer Volksabstimmung würden die Bundesvorgaben angenommen, die überobligatorischen Teile aber abgelehnt: Wäre es dann für die Gemeinden möglich, überobligatorische Regelungen umzusetzen? Die Votantin geht davon aus, dass das nicht möglich wäre, möchte aber vom Baudirektor eine klare Antwort erhalten. Allenfalls beeinflusst die Antwort nämlich das Abstimmungsverhalten.

Für **Pirmin Andermatt** geht es hier um die Frage: Was ist des Volkes Wille? Der Votant hat seine Interessenbindung − Vorstandsmitglied des Hauseigentümerverbands Zugerland − schon offengelegt, er ist aber auch Gemeinderat von Baar. Und wie gehört, unterstützt die Mehrheit der Gemeinden den Antrag von Roger Wiederkehr. Auch der Vorstand des Hauseigentümerverbands Zugerland unterstützt nach langer Diskussion und aufgrund des Verursacherprinzips den Antrag auf einen Schwellenwert von 25 Prozent. 0 Prozent geht nicht: Für eine Gemeinde wäre der administrative Aufwand viel zu gross, wenn ab dem ersten Quadratmeter eine Mehrwertabgabe geschuldet ist. 50 Prozent sind zu hoch: Der Votant kennt ein einziges Beispiel, das bei diesem Schwellenwert zu einer Mehrwertabgabe geführt hätte, nämlich das Suurstoffi-Areal in Rotkreuz. 50 Prozent wären also ein Papiertiger.

In der Zeitung wurde es genau richtig gesagt: Mit der jetzigen Regelung werden die Gewinne privatisiert und die Kosten für die Infrastruktur sozialisiert. Kein Wunder, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern Neid entsteht, wenn sie sehen, wohin die Gewinne von Neueinzonungen und Aufzonungen fliessen. Und die Gewinne fallen heute meistens nicht mehr bei Investoren aus dem Kanton Zug an − was wiederum bedeutet, dass der Kanton Zug rein nichts von diesen Gewinnen hat, zumal auch die Baufirmen meistens nicht mehr aus dem Kanton Zug kommen. Der Kanton Zug verliert als gleich zwei Mal − keine Gewinnsteuern, keine Aufträge für die Zuger KMU −, die Kosten für die Infrastruktur aber verbleiben bei der Bevölkerung. Ist das wirklich Volkes Wille?
Vor diesem Hintergrund bittet der Votant den Rat, den Antrag von Roger Wiederkehr auf einen Schwellenwert von 25 Prozent zu unterstützen.

**Daniel Abt** kann ein vorangehendes Votum nicht unerwidert im Raum stehen lassen. Der Kommissionspräsident wurde auf unzulässige Art angegriffen. Die Kommission diskutierte die Frage des Schwellenwerts sehr intensiv, und der Votant hat sich dafür eingesetzt, dass dieser Wert nicht zu tief angesetzt wird. Es ist zu beachten, dass es neben den eigentlichen Verdichtungsgebieten auch einen sehr hohen Bestand an bebauten Gebieten mit einer Ausnützungsziffer 0,4 oder 0,5 gibt. Hier gibt es verschiedene Modelle der Nachverdichtung − und für den Votanten ist es ein richtiger Gedanke, bestehende Quartiere nachzuverdichten: mit Bauten, die zwischen bestehende Gebäude hineingebaut werden, mit Anbauten, mit Aufstockungen etc. Der grosse Vorteil der Nachverdichtung ist, dass die betreffenden Quartiere ihre Identität behalten. Ein schlechtes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Marktgasse in Baar: Eine Verdichtung auf der Basis der bestehenden Gebäude statt der kompletten Neubebauung hätte das Heimatgefühl erhalten, das heute viele Baarer vermissen.
Fakt ist: Wenn bei einer Ortsplanungsrevision die Ausnützungsziffer in einem Quartier von 0,4 auf 0,5 angehoben wird, wird die Schwelle von 25 Prozent bereits erreicht. Und es ist sicher nicht im Sinne des Erfinders, wenn in einem solchen Fall eine Mehrwertabgabe fällig wird. Im Übrigen hat Nicole Zweifel zwar ausgeführt, dass die Vorinvestitionen bei der Mehrwertabschöpfung berücksichtigt würden, sie hat aber nicht beachtet, dass der Inverstor bei einem Scheitern des Projekts mit einem grossen Loch in der Kasse dasteht.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass der Rat nun über das dritte Element des erwähnten Baukastens diskutiert: die Möglichkeit eines überobligatorischen Teils bei der Mehrwertabgabe. Die Meinungen gehen − wie man sieht − weit auseinander und reichen vom bundesrechtlichen Minimum bis hin zum Antrag von Nicole Zweifel, die hier natürlich auch der Haltung der Gemeinden nahe steht. Bereits in den Beratungen der Fachkommission und der Kommission für Raumplanung und Umwelt war unbestritten, dass eine Mehrwertabgabe ins Gesetz aufgenommen werden soll, wobei die letztere Kommission den Vorschlag des Regierungsrats optimierte, so dass nur wirklich grosse Projekte von der Mehrwertabgabe betroffen sind. Der Regierungsrat unterstützt den vorliegenden Mittelweg, also den Antrag der vorberatenden Kommission. Die Argumente dafür und für die anderen Anträge wurden dargelegt, eine Wiederholung hiesse Wasser in die Reuss zu tragen. Sicher ist, dass die Bevölkerung etwas erwartet. Mit dem vorliegenden Kompromiss können alle einigermassen zufrieden sein. In diesem Sinn bittet der Baudirektor, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.
Die Frage von Barbara Gysel kann schnell beantwortet werden: Die Regelung, die der Kantonsrat beschliesst, ist abschliessend.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge vorliegen und somit gemäss § 76 Abs. 3 GO KR eine Dreifachabstimmung durchgeführt wird. Dabei hat jedes Ratsmitglied *eine* Stimme. Es stehen folgende Varianten zur Wahl:
• Ergebnis der ersten Lesung: Schwellenwert 50 Prozent
• Antrag von Nicole Zweifel: kein Schwellenwert
• Antrag von Roger Wiederkehr: Schwellenwert 25 Prozent.

**Abstimmung 9:** In der Dreifachabstimmung erhalten die drei Anträge die folgende Anzahl Stimmen:
• Ergebnis der ersten Lesung: 44 Stimmen
• Antrag von Nicole Zweifel: 20 Stimmen
• Antrag von Roger Wiederkehr: 11 Stimmen.

➔ Der Rat bleibt bezüglich § 52a Abs. 2a Bst. a und b beim Ergebnis der ersten Lesung. Das absolute Mehr wurde schon in der ersten Abstimmung erreicht.

**Antrag des Regierungsrats auf Aufteilung der Vorlage**

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Baudirektor einleitend einen Antrag auf Aufteilung der Vorlage in Aussicht gestellt hat. Er verweist auf die Tischvorlage, die heute Morgen auf jedem Pult auflag.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die bisherige Debatte verdeutlicht hat, weshalb der Regierungsrat beantragt, die Vorlage in der Schlussabstimmung aufzuteilen. Der Regierungsrat hat − wie schon mehrmals erwähnt − dem Kantonsrat den ersten Teil der PBG-Revision in Form eines Baukastens vorgelegt. Es liegt nun in den Händen des Kantonsrats, ob er über die Teile diese Baukastens je einzeln entscheiden will. Sicher ist, dass im Minimum die Bundesvorgaben umgesetzt werden müssen: Bis spätestens 1. Mai 2019 muss der Kanton entsprechende Vorschriften erlassen haben. Alles Weitere sind Elemente, um die Zukunft des Kantons zu gestalten. Fehlen Vorschriften zur Umsetzung der Bundesvorgaben, greift das eidgenössische Raumplanungsgesetz. Das würde bedeuten: Keine einzige Einzonung wäre mehr möglich, auch keine noch so kleine Arrondierung oder Einzonung für öffentliche Zwecke. Damit würde beispielsweise die Umzonung für die Kantonsschule Ennetsee in Frage gestellt. Hinzu käme, dass säumige Kantone vom Bund auf eine Liste gesetzt und sozusagen an den Pranger gestellt werden.
Es ist deshalb wichtig, dass der Kantonsrat zumindest der Umsetzung der Bundesvorgaben im PBG zustimmt. Der Regierungsrat hat aus diesem Grund eine Aufteilung der Vorlage geprüft. Die Prüfung hat ergeben, dass der Kantonsrat gemäss GO KR eine Vorlage während des ganzen Verfahrens mit einfachem Mehr in sachlogisch abgegrenzte Teile aufteilen kann. Die einzelnen Teile erhalten dann eine je eigene Vorlagennummern, und es wird über jede dieser Vorlagen eine separate Schlussabstimmung durchgeführt. Gegen jede dieser Vorlagen kann das Referendum ergriffen werden. Die Aufteilung einer Vorlage ist eine Selbstverständlichkeit, für die es in der GO KR keiner besonderen Regelung bedurfte. Diese Meinung vertrat auch die damalige vorberatende Kommission: Sie erachtete eine entsprechende Bestimmung als überflüssig und als «doppelt gemoppelt» (Vorlage 2251).
Die Aufteilung der Vorlage empfiehlt sich im vorliegenden Fall aus folgenden Gründen: Die Teilrevision des PBG, Teil 1 (Umsetzung von Bundesrecht), befasst sich vornehmlich mit den Teilbereichen Gebietsverdichtung, Mehrwertabgabe und Verfügbarmachung von Bauland. Aus politisch unterschiedlichen Gründen sind die

Gebietsverdichtung und der überobligatorische Bereich der Mehrwertabgabe umstritten. Der obligatorische Teil der Mehrwertabgabe ist weitgehend vom Bundesrecht vorbestimmt; es bedarf nur noch der Umsetzung ins kantonale Recht. Dieser Teilbereich der Vorlage sowie die Verfügbarmachung von Bauland haben bisher kaum zu Diskussionen geführt. Damit nicht die gesamte Vorlage gefährdet wird, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat die Dreiteilung der Vorlage. Der Kantonsrat soll also drei separate Schlussabstimmungen vornehmen. Daraus ergibt sich auch die Möglichkeit, dass das Stimmvolk allenfalls über Referenden zu den drei einzelnen Vorlagen Gebietsverdichtung, überobligatorischer Bereich der Mehrwertabgabe sowie Umsetzung von Bundesvorgaben (obligatorischer Teil der Mehrwertabgabe) abstimmen kann. Der Baudirektor stellt im Namen des Regierungsrats deshalb den **Antrag,** die bisherige Vorlage in drei Vorlagen mit den folgenden Sachbereichen aufzuteilen:

- Umsetzung von Bundesvorgaben (obligatorischer Teil der Mehrwertabgabe und Verfügbarmachung von Bauland);
- Gebietsverdichtung;
- überobligatorischer Bereich der Mehrwertabgabe.

Es sei in der genannten Reihenfolge in drei Schlussabstimmungen über die drei Vorlagen zu entscheiden. Der Baudirektor bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Für **Anastas Odermatt** ist die beantragte Aufteilung nicht möglich. Er zitiert den Kommentar zu § 74 Abs. 2 mit der Randglosse «Keine Aufteilung für Schlussabstimmung»: «Der Kantonsrat hat jedoch folgende Möglichkeit als zu kompliziert verworfen: Es könnte sich im Verlauf der Beratung herausstellen, dass wegen eines einzelnen oder einiger weniger Paragrafen die ganze Vorlage in der Schlussabstimmung gefährdet ist.» Das ist aktuell der Fall. Und weiter: «Um die Vorlage zu retten, wird die Vorlage für die Schlussabstimmung aufgeteilt. Es könnte zuerst über den umstrittenen und danach über den unbestrittenen Teil der Vorlage abgestimmt werden. Je nach Abstimmungsergebnis besteht die Vorlage aus beiden Teilen oder auch nur aus dem unbestrittenen Teil.»
Der Kantonsrat hat damals also genau den heute vorliegenden Fall abgelehnt. Was aber möglich ist: Im Kommentar zur GO KR wird etwas weiter unten auf § 34 Abs. 6 der Kantonsverfassung verwiesen: «Dem Kantonsrat steht das Recht zu, ein Gesetz oder einen Beschluss in seiner Gesamtheit oder nach Sachgebieten getrennt zur Abstimmung vorzulegen.» Für eine Volksabstimmung ist eine Aufteilung also zulässig bzw. je nachdem sogar gefordert. Der Kommentar zur GO KR führt aus: «Wie ist diesbezüglich vorzugehen? Die Vorlage bleibt bis und mit Schlussabstimmung eine Einheit. Nach der Schlussabstimmung und nach einem allfälligen Behördenreferendum kann der Kantonsrat mit einer Mehrheit der Stimmenden beschliessen, die Vorlage dem Volk aufgeteilt zu unterbreiten. Bei einem fakultativen Referendum gilt die Aufteilung für den Fall, dass erfolgreich das Referendum ergriffen wird. Die Aufteilung ist bei einer unbestrittenen Vorlage mit einzelnen sehr umstrittenen Paragrafen sinnvoll. Die ganze Vorlage wird gleichzeitig dem Volk mit zwei Abstimmungszetteln (sehr selten mehreren) unterbreitet. Das Volk kann bei dieser aufgeteilten Vorlage [zu den einzelnen Teilen differenziert Ja oder Nein sagen].» Für den Votanten ergibt sich daraus, dass die Schlussabstimmung über die *gesamte* Vorlage durchgeführt werden muss und die Vorlage dann − falls das Behördenreferendum zustande kommt − aufgeteilt werden kann. Die Differenzierung erfolgt also erst nach der Schlussabstimmung. Zumindest versteht der Votant den Kommentar zur GO KR so. Angeblich soll aber auch eine andere Deutung der betreffenden Bestimmung möglich sein.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** hält bezüglich des Kommentars zur GO KR fest, dass die damalige vorberatende Kommission, der er selbst auch angehörte, darüber diskutierte, ob die Möglichkeit der Aufteilung einer Vorlage in der GO KR explizit ausgeführt werden soll oder nicht. Die Kommission kam zum Schluss, dass diese Möglichkeit eh selbstverständlich, eine Aufteilung also jederzeit möglich sei. Keinesfalls wollte die Kommission eine Aufteilung verunmöglichen. Der Kommentar ist hier also etwas unglücklich, weil er auf einen Antrag Bezug nimmt, der nicht deshalb abgelehnt wurde, weil man diese Möglichkeit nicht wollte, sondern weil die Lösung in sich zu kompliziert gewesen wäre. Der Votant liess sich von der Staatskanzlei und der Baudirektion überzeugen, dass nach der Meinung sowohl der damaligen Kommission als auch des Rats eine Aufteilung möglich ist. Das macht auch Sinn: Es gibt keinen Grund, warum der Rat hier auf sein Recht, komplexe Vorlagen jederzeit in sachlich zusammenhängende Pakete aufteilen zu können, verzichten sollte − zumal er jederzeit Herr über die einzelnen Pakete ist.
Die Kommission für Raumplanung und Umwelt hat sich heute Morgen zu einer Sitzung getroffen, um die Frage der Aufteilung zu besprechen. Sie stimmt der Aufteilung der Vorlage mit 11 zu 4 Stimmen zu. Politisch ist es wichtig, dass die Aufteilung sauber begründet ist, auch müssen klare Sachzusammenhänge gegeben sein. Wenn im vorliegenden Fall die Gesamtvorlage abgelehnt würde, welche Schlüsse könnte die Regierung dann aus der Ablehnung ziehen? Es wäre eine Gleichung mit vier Unbekannten: Geht um die Mehrwertabgabe, um die Gebietsverdichtung oder um andere Fragen? Oder hat eine generell staatskritische Haltung zu diesem Nein geführt hat? Es ist deshalb wichtig, klar abgetrennte Fragestellungen zu haben bzw. die unbestrittenen Teile klar benennen zu können. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist eine Aufteilung sinnvoll. Im vorliegenden Fall soll insbesondere die Frage der Mehrwertabgabe abgetrennt werden können. Die Lösung setzt nicht einfach die Bundesvorgaben um, sondern der Kanton schöpft hier seine Freiheit aus. Die Frage soll deshalb dem Volk separat vorgelegt werden können. Das ist auch wichtig, weil zwar alle über den Volkswillen mutmassen, dieser aber erst aus dem Abstimmungsergebnis wirklich klar ersichtlich wird. Dasselbe gilt für die Frage der überobligatorischen Mehrwertabschöpfung. Und wenn zum obligatorischen bzw. unbestrittenen Teil der Vorlage kein Behördenreferendum ergriffen würde, wäre dieser Teil der PBG-Revision per 1. Januar 2019 in trockenen Tüchern − und der Rat könnte die Einzonung für die Mittelschule Ennetsee beschliessen bzw. nicht beschliessen.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** hält fest, dass der Kommentar zur GO KR hier in der Tat etwas verwirrend ist und die diesbezügliche Debatte verkürzt wiedergibt. Die Staatskanzlei hat die Materialien zur Revision der GO KR konsultiert und Folgendes festgestellt:
• Das antragstellende Büro des Kantonsrats hat zur Aufteilung von Vorlagen ausgeführt: «Während des ganzen Verfahrens kann der Kantonsrat eine Vorlage mit einfachem Mehr in sachlogisch abgegrenzte Themen aufteilen. […] Diese Variante der Aufteilung gilt als Selbstverständlichkeit und ist nicht besonders in der GO KR zu regeln.» Man hat dann in den Entwurf aufgenommen, dass der Kantonsrat beschliessen könne, die Schlussabstimmung nach Sachgebieten aufzuteilen.
• Die vorberatende Kommission hat wie folgt Stellung genommen: «Die Kommission erachtet diese Bestimmung als überflüssig. Antrag: Streichung von Abs. 2.» Sie hat der Streichung zugestimmt und in Abs. 2 aufgenommen, dass die Schlussabstimmung zu jeder Vorlage gesamthaft oder aufgeteilt vorgenommen werden könne.
• In der kantonsrätlichen Debatte kam das Thema nicht zur Sprache. Es war offenbar für alle selbstverständlich, dass eine Vorlage jederzeit aufgeteilt werden kann.

Zurück zum Kommentar von Tino Jorio: Das antragstellende Büro hat in seinem Bericht drei Varianten abgebildet:
• Variante 1: Die Möglichkeit der Aufteilung ist − wie zitiert − selbstverständlich.
• Variante 3 beschreibt die Bestimmung der Kantonsverfassung: Eine Vorlage kann nach der Schlussabstimmung im Kantonsrat in Hinblick auf die Volksabstimmung aufgeteilt werden.
• Variante 2: Eine Vorlage kann für die Schlussabstimmung aufgeteilt und nachher wieder zusammengefügt werden.
Der Kommentar von Tino Jorio nimmt nun ausschliesslich Bezug auf diese letzte Variante, die vom Kantonsrat als zu kompliziert verworfen wurde. Es gilt auch zu beachten, dass die Verfassung eine Aufteilung *nach* der Schlussabstimmung regelt, während es im vorliegenden Fall darum geht, die Vorlage *vor* der Schlussabstimmung und *endgültig* aufzuteilen. Das Büro des Kantonsrats ging davon aus, dass sich im Verlauf einer Debatte zeigen kann, dass die Aufteilung einer Vorlage nötig ist. Wenn nun eine Aufteilung erfolgt, kann es sein, dass beispielsweise das erste Paket die Schlussabstimmung passiert und damit ein referendumsfähiger Erlass vorliegt, während die anderen Pakete in der Schlussabstimmung scheitern und es beim bisherigen Recht bleibt bzw. kein Referendum ergriffen werden kann. Genau diese Idee steckt hinter dem Antrag, die Vorlage vor der Schlussabstimmung aufzuteilen. Es bleibt aber klar festzuhalten, dass die Konsultation der Materialien zur GO KR ergeben hat, dass dieses Vorgehen zulässig ist.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Frage der Zulässigkeit des beantragten Vorgehens damit geklärt ist.

**Manuel Brandenberg** hat eigentlich kein Problem mit dem vom Regierungsrat beantragten Vorgehen und damit, dass der Rat in einem ersten Teil nun über die Umsetzung des bundesrechtlich vorgegebenen Minimums abstimmen kann. Er hat aber Probleme damit, dass der Rat erst seit heute Morgen und anhand einer Tischvorlage überprüfen kann, ob in diesem ersten Teil tatsächlich nur das bundesrechtliche Minimum umgesetzt wird. Er hat die Tischvorlage summarisch überprüft − und er ist der Ansicht, dass der erste Teil mehr als das bundesrechtliche Minimum enthält. So ist in § 52f die Möglichkeit der Enteignung vorgesehen, wenn ein Eigentümer sein Land nicht innert einer bestimmten Frist überbaut. Das ist ganz sicher mehr als das bundesrechtliche Minimum. Der Bund setzt dazu in Art. 15a Abs. 2 des Raumplanungsgesetzes nämlich fest: «Das kantonale Recht sieht vor, dass, wenn das öffentliche Interesse es rechtfertigt, die zuständige Behörde eine Frist für die Überbauung eines Grundstücks setzen und, wenn die Frist unbenützt verstreicht, bestimmte Massnahmen anordnen kann.» Es bleibt völlig offen, welche Massnahmen angeordnet werden können, der Regierungsrat aber stellt die Enteignung als eine bundesrechtlich zwingend vorgesehene Massnahme dar. Das ist nicht in Ordnung, zumal es weitere Fälle gibt, wo über das bundesrechtliche Minimum hinausgegangen wird. Der Votant ist daher der Ansicht, dass der Kantonsrat auch diesem ersten Teil nicht zustimmen kann − dies unter dem Vorbehalt, dass er die entsprechende Überprüfung der Vorlage heute Morgen notgedrungen nur summarisch vornehmen konnte. Es wäre seiner Meinung nach aber nicht seriös, wenn der Kantonsrat auf der Basis einer Tischvorlage beschliessen und eine kantonale Enteignungsmöglichkeit gegen Baulandeigentümer, die eine bestimmte Frist verstreichen lassen, ins Gesetz aufnehmen würde. Der Votant ist daher der Ansicht, dass der Kantonsrat entweder die Vorlage nicht aufteilen und als Ganzes verwerfen oder sie aufteilen und die einzelnen Teile ebenfalls verwerfen sollte. Eine dritte Möglichkeit wäre, dass der Regierungsrat nochmals über die Bücher geht und den ersten Teil noch

schlanker gestaltet − und diesen Teil dann nochmals dem Kantonsrat vorlegt. Das wäre möglicherweise die konstruktivste Variante.

**Andreas Etter** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Antrag auf Aufteilung der Vorlage intensiv besprochen hat und dieser Aufteilung schlussendlich zustimmt. Aus ideologisch und parteipolitisch unterschiedlichen Gründen sind die Gebietsverdichtung und die überobligatorische Mehrwertabgabe umstritten. Dies sind jedoch genau die Themen, bei welchen die Gemeinden auf klare und unmissverständliche Lösungen warten. Zehn von elf Gemeinden begrüssen genau diese Schritte. Die Gemeinden sind es müssig, die Kosten für die Infrastrukturen übernehmen zu müssen, während gleichzeitig kein finanzieller Mehrwertertrag in die öffentliche Kasse fliesst. Damit der Kanton aber keine bundesrechtlichen Sanktionen gewärtigen muss, sofern der Kantonsrat heute nicht in der Lage ist, Brücken zu bauen, stimmt die CVP der Aufteilung der Vorlage zu. Die CVP-Fraktion stimmt im Weiteren auch den drei einzelnen Vorlagen − Umsetzung bundesrechtlicher Vorgaben, Gebietsverdichtung und überobligatorischer Bereich der Mehrwertabgabe − mit grosser Mehrheit zu. Denn auch wenn man im Kanton Zug nun auch einen Tunnel bohrt, sollte man trotzdem den Bau von Brücken nicht vernachlässigen.

**Andreas Hausheer** nimmt das Ergebnis der Abklärungen der Staatskanzlei zur Kenntnis und geht davon aus, dass es korrekt ist. Er ist aber aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Aufteilung von Vorlagen. Wenn künftig vor jeder Schlussabstimmung umstrittene Paragrafen in separate Vorlagen ausgelagert werden können, kommt man an kein Ende mehr. Dann beginnt der politische Basar. Dann werden beispielsweise bei der nächsten Revision des Steuergesetzes garantiert Anträge gestellt, die steuerliche Behandlung der Eigenbetreuung, den Eigenmietwert, die Berufskosten etc. in eigenen Vorlagen zu behandeln. Und der Regierungsrat wird dieses Vorgehen niemandem vorwerfen können, will er mit seinem heutigen Antrag ja selbst Tür und Tor dafür öffnen. Der Votant lehnt den Antrag des Regierungsrats daher grundsätzlich ab.

**Anastas Odermatt** nimmt die vorgelegte rechtliche Beurteilung des Antrags ebenfalls zur Kenntnis, er hat aber noch eine Frage: Wo ist in der GO KR die Aufteilung von Vorlagen während der Beratung geregelt bzw. legitimiert? Im Weiteren bittet er die Staatskanzlei, die diesbezüglichen Ausführungen zusammenzufassen und sie − im Sinne einer Wissenssicherung − irgendwie dem Kommentar zur GO KR beizulegen, damit sie beim nächsten Mal wiederum vorliegen.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** hält fest, dass Tino Jorio, der Verfasser des Kommentars zur GO KR, bereits informiert ist und die betreffende Stelle in der zweiten Auflage präzisiert wird. Die heutigen Ausführungen dazu werden dem Protokoll zu entnehmen sein.
Die Aufteilung von Vorlagen ist in der GO KR nicht explizit geregelt, da sie − wie ausgeführt − selbstverständlich ist. Zudem basiert das Schweizer Rechtssystem auf dem Grundsatz, dass alles erlaubt ist, was nicht verboten ist − anders als im preussischen Landrecht. Damit ergibt sich aus der Formulierung in der GO KR, dass die beantragte Aufteilung der Vorlage zulässig ist.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** betont, dass die GO KR nicht im Detail regeln muss, was das Parlament *darf.* Vielmehr setzt sie Leitplanken und zeigt auf, was der Rat *nicht* tun sollte. Es ist deshalb im ureigensten Interesse des Rats, die GO liberal auszulegen. Andernfalls sähe man immer wieder mit dem Problem konfron-

tiert, dass bestimmte Fälle nicht vorgesehen und ergo nicht erlaubt wären. Im Unterschied dazu muss man im Strafrecht genau regeln, was erlaubt ist.
Manuel Brandenberg hat mit seiner Beobachtung − wie sehr oft − natürlich Recht. Wahrscheinlich gibt es fünftausend unterschiedliche Meinungen, was das bundesrechtliche Minimum sei, das von den Kantonen umgesetzt werden muss. Und das Ergebnis der ersten Lesung enthält sicher Regelungen, die über das bundesrechtliche Minimum hinausgehen. In diesem Sinn geht der Kommissionspräsident davon aus, dass der Bund die PBG-Revision auch genehmigen würde, wenn man gewisse Teile wieder streichen würde. Vater des Gedankens war aber, dass die weniger umstrittenen Teile der Revision, die vermutlich auch weniger zu unheiligen Allianzen führen, in denjenigen Teil der Vorlage aufgenommen hat, der in der Tischvorlage den Arbeitstitel «Bundesrechtliche Vorgaben» trägt. Entscheidend ist, dass zwei sehr umstrittene Teile der Revision, nämlich die Gebietsverdichtung und die überobligatorische Mehrwertabgabe, in separate Vorlage auslagert werden.
Die Argumentation, man müsse auch den ersten Teil ablehnen, weil er über das bundesrechtliche Minimum hinausgehe, ist also durchaus legitim, und man kann niemandem einen Vorwurf machen, wenn er aus diesem Grund in der Schlussabstimmung auch den ersten Teil ablehnt; auch das Behördenreferendum gegen diesen Teil ist argumentativ möglich und verletzt nicht das Bundesrecht.

**Karl Nussbaumer** zeigt sich verwundert über das Votum von Manuel Brandenberg. Persönlich geht er davon aus, dass er der Regierung vertrauen kann, wenn diese einen Teil der Vorlage als «Bundesrechtliches Vorgaben umschreibt. Er erwartet in einem solchen Fall, dass dieser Teil der Vorlage einzig die bundesrechtlichen Vorgaben enthält und dort keine zusätzlichen Bestimmungen hineingeschmuggelt werden. Er war bis heute Morgen für eine Aufteilung der Vorlage. Wenn der Regierungsrat aber tatsächlich ein *Buebetrickli* angewandt hat und die Vorlage mehr als die bundesrechtlichen Vorgaben enthält, dann kann der Votant die Aufteilung nicht unterstützen. Er ist wirklich sehr erstaunt und möchte vom Baudirektor erstens wissen, ob Manuel Brandenberg wirklich recht hat und ob zweitens die Regierung bereit ist, bei einer Aufteilung wirklich nur die bundesrechtlichen Vorgaben in den ersten Teil aufzunehmen.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** präzisiert: Was der Kantonsrat als Tischvorlage erhalten hat, ist das Ergebnis der ersten Lesung. In gewissen Bereichen ist der Rat über das bundesrechtliche Minimum hinausgegangen und hat als gesetzgebende Gewalt entsprechend legiferiert. Dieses Ergebnis der ersten Lesung wurde aufgeteilt. Man darf hier also nicht von bundesrechtlichem Minimum sprechen, vielmehr ist es die Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben durch den Zuger Kantonsrat. Die aufgeteilte Vorlage enthält nichts anderes und nichts mehr, als der Kantonsrat in der ersten Lesung beschlossen hat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Ausführungen der stellvertretenden Landschreiberin zeigen, dass der Regierungsrat kein *Buebetrickli* angewandt hat.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion − wahrscheinlich wenig überraschend − gegen die Aufteilung der Vorlage ist. Zum einen folgt sie den Überlegungen, die bereits Andreas Hausheer vorgebracht hat: Es besteht die Gefahr, dass der Rat künftig auch in anderen Geschäften über eine Aufteilung diskutieren wird − wobei die Votantin grosse Zweifel hegt, ob das im Interesse derjenigen ist, die heute eine Aufteilung befürworten. Sie warnt vor dieser Tendenz. Sie hat auch schon darauf hingewiesen, dass in der vorberatenden Kommission zum nachfol-

genden Geschäft, der Teilrevision von Kantonsverfassung und Wahlgesetz, ebenfalls über eine Aufteilung diskutiert wurde. Das ist nach Meinung der Votantin sehr heikel für den politischen Betrieb.
Dass die Aufteilung der Vorlage erlauben würde, die Meinung des Volkes zu den einzelnen Fragen abholen zu können, ist nach Ansicht der Votantin ein Irrglaube. So zeigt sich bezüglich Gebietsverdichtung bereits im Parlament eine unheilige Allianz: Für die Ratslinke geht das Instrument zu wenig weit, während andere dieses Instrument grundsätzlich ablehnen. Man könnte also auch in einer Volksabstimmung die Meinung des Volkes nicht wirklich abholen.
Es ist wichtig, dass die von Manuel Brandenberg angesprochenen Abgrenzungsfragen sauber geklärt werden. Die Votantin möchte auch wissen, wie die Titel der Vorlagen festgesetzt werden: Ist das eine rein redaktionelle Entscheidung bzw. wer hat die Hoheit über die Betitelung in Hinblick auf eine Volksabstimmung? Die Titel auf den heute ausgeteilten Tischvorlagen haben den Charakter von Arbeitstiteln − wobei sich die Votantin vorstellen kann, dass es unter Umständen auch rechtlich relevant sein könnte, wie diese Titel festgelegt werden. Und für den Fall, dass der Rat die Aufteilung genehmigt, in der Schlussabstimmung den einzelnen Vorlagen zustimmt, dann aber das Behördenreferendum abgelehnt, möchte die Votantin wissen, wie genau die Unterschriftensammlung möglich wäre.
Zusammenfassend hält die Votantin − auch der Transparenz halber − nochmals die Haltung der SP-Fraktion fest: Die SP ist erstens gegen die Aufsplittung der Vorlage, sie wird zweitens in dieser unbefriedigenden Situation in der Schlussabstimmung alle drei Vorlagen ablehnen, und sie wird für alle drei Teilvorlagen den Antrag auf das Behördenreferendum stellen. Und sie ist grundsätzlich auch bereit, auf der Strasse Unterschriften zu sammeln: nicht wirklich mit Leidenschaft, aber im Wissen, dass dieses Geschäft wirklich relevant ist.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** weist darauf hin, dass die Vorlage des Regierungsrats den Titel «Umsetzung von Bundesrecht» trägt; in der Tischvorlage von heute heisst der erste Teil «Bundesrechtliche Vorgaben». Das ist etwas anderes als «Bundesrechtliches Minimum». In der heutigen Diskussion konnte der Eindruck entstehen, es sei nur das bundesrechtliche Minimum umgesetzt worden. Tatsächlich aber handelt es sich um die spezifische Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben durch den Kanton Zug. Und weder die Gebietsverdichtung noch der überobligatorische Teil der Mehrwertabgabe sind vom Bund vorgegeben.
Auch die vorberatende Kommission hat grundsätzlich über die Aufteilung der Vorlage diskutiert. Man muss sich überlegen, wo man politisch steht. Der Kanton Zug ist − leider, müsste der Votant als CVP-Mitglied eigentlich sagen − nicht mehr in der Hand der CVP, vielmehr ist es Merkmal einer pluralistischen Gesellschaft, dass immer mehr politische Parteien ihre Meinungen und Anliegen einbringen. Es gibt im Kantonsrat vier etwa gleich grosse Blöcke − und es zeichnet sich ab, dass die Schlussabstimmung zu einer kritischen Angelegenheit wird. Die Aufgabe des Kantonsrats aber ist es, die Handlungsfähigkeit des Kantons zu wahren. Der Kantonsrat muss dem Volk einen Vorschlag für die Lösung der kommenden Probleme vorlegen. Man muss sich also überlegen, ob grosse Pakete, wie sie zu Zeiten der Alleinherrschaft der CVP üblich waren und die man damals mit links durch das Parlament brachte, weiterhin sinnvoll sind; ob in einer Zeit mit vielen divergierenden Interessen weiterhin Supertanker auf die Reise geschickt werden sollen, die von jedem U-Boot versenkt werden können. Es liegt im Interesse des Kantons, dass Vorlagen nicht zu gross und das Parlament damit handlungsunfähig gemacht werden. Der Kantonsrat wurde nicht gewählt, um dauernd Vorlagen abzuschiessen. Vielmehr sollte er den Mut haben, ein vielschichtiges Problem so in verschiedene

Vorlagen aufzuteilen, dass die politische Willensbildung möglichst korrekt erfolgen kann. In diesem Sinn bittet der Kommissionspräsident, der Aufteilung der Vorlage zuzustimmen. Das erleichtert es auch, nachher den Willen des Volkes abzuholen.

**Thomas Meierhans** unterstützt ausdrücklich die Aufteilung der Vorlage. Er möchte nochmals vor den Konsequenzen warnen, wenn die bundesrechtlichen Vorgaben nicht in eine einigermassen verträgliche Zuger Lösung umgesetzt werden: Man würde die Entwicklung des Kantons auf lange Zeit hinaus stark behindern. Der Votant − das ist seine Interessenbindung − ist Angestellter bei einer Immobilienfirma. Er sieht nur eine Chance, die bundesrechtlichen Vorgaben durchzubringen, wenn einer Aufteilung der Vorlage zugestimmt wird.

**Daniel Abt** teilt die Haltung der FDP-Fraktion mit. Diese unterstützt die gute Idee des Baudirektors und seiner Mitarbeiter, die Vorlage aufzuteilen. Sie wird dem ersten Teil, der Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben, zustimmen. Ihre Haltung zu den weiteren Teilen der Vorlage ist bereits bekannt.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** teilt mit, dass die Abstimmungsvorlage in der Regel den Titel trägt, den das Geschäft im Kantonsrat hatte, im vorliegenden Fall also «Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes, Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht». Beim Titel auf der Tischvorlage handelt es sich um einen Arbeitstitel. Die Aufteilung der Vorlage und die Übertragung in die einzelnen Abstimmungsbüchlein ist ein redaktioneller Vorgang, bei dem auch der Titel endgültig festgelegt wird. Er wird sicher ausführlicher sein als die drei Schlagwörter auf der heute ausgeteilten Synopse.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die intensive Debatte. Nachdem die Revision des Raumplanungsgesetzes in der Volksabstimmung angenommen worden war, ging der Kanton an die Arbeit. Er versuchte unter Mitarbeit von Experten aus verschiedenen Bereichen, einen Baukasten bereitzustellen, mit dem die Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden können. Die Baudirektion war sich bewusst, dass die Elemente dieses Baukastens zu Debatten führen würden − was sich nun bewahrheitet hat. Sie hat deshalb das Geschäft von Anfang an in zwei Teile aufgeteilt: Im ersten Teil der PBG-Revision soll alles geregelt werden, was sich aus dem Raumplanungsgesetz ergibt, während im zweiten Teil die Vorstösse aus dem Parlament sowie die Erfahrungen aus der täglichen Arbeit aufgenommen werden sollen. Auch diese Aufteilung wurde schon kritisiert. Nach vier Jahren Arbeit wurde dem Regierungsrat eine ausgegorene Lösung vorgelegt und dort nochmals intensiv diskutiert. Der Regierungsrat war sich der Problematik bewusst: Enteignung vs. Entwicklung, Meinung der Bevölkerung vs. Interessen der Bauherren und Investoren bei der Mehrwertabschöpfung etc. Der Regierungsrat hat sich in mehreren Lesungen auf die Vorlage zuhanden des Kantonsrats geeinigt. Die vorberatende Kommission des Kantonsrats fand dann in intensiven Sitzungen einen Mittelweg, welcher verträglich und mehrheitsfähig schien. Am 5. Januar lagen dann Anträge auf die zweite Lesung vor, welche den Baudirektor und den Regierungsrat zur Beurteilung führten, dass eine Aufteilung der Vorlage sinnvoll sei. Das ist kein *Buebetrickli,* vielmehr hat der Regierungsrat seine Aufgabe sehr ernst genommen: Er wollte sicherstellen, dass einerseits der Kanton in den nächsten Jahren an dieser Thematik weiterarbeiten kann, andererseits sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass in den Gemeinden in der neuen Legislatur die wichtigen Anpassungen im Bereich des Baurechts vollzogen werden können. Heute nun steht man an einem Punkt, wo es hoffentlich in der Schlussabstimmung nicht darum geht, die vom Regierungsrat auf-

gezeigte Brücke aus irgendwelchen politischen oder ideologischen Gründen zu zerstören. Der Baudirektor ist auch der felsenfesten Überzeugung, dass die Bevölkerung von der Politik lösungsorientiertes Handeln erwartet. Der Rat hat nun die komplexe Vorlage in zwei Lesungen intensiv bearbeitet und ist zum Schluss gekommen, dass die Aufteilung zulässig und die vom Regierungsrat aufgezeigte Brücke sinnvoll ist. Mit der Aufteilung wird es dem Souverän nachher möglich sein, die vorliegenden Fragen einzeln zu beurteilen. Was aber soll der Regierungsrat dem Kantonsrat präsentieren, wenn dieser heute das Gesamtpaket ablehnt? Es wurde vier Jahre lang gearbeitet und ein ganzheitliches Konzept für die Lösung der künftigen Aufgaben entwickelt. Der Rat hat den regierungsrätlichen Vorschlag zu einer Minimallösung umgearbeitet, und alle Mitglieder des Kantonsrats müssen nun einen Schritt auf diese Brücke tun. Damit hätte der Rat das getan, was die Bevölkerung in diesem komplexen Thema von ihm erwartet: eine Lösung, welche die bundesrechtlichen Vorgaben umsetzt und es erlaubt, die weiteren Fragen dem Stimmvolk zu unterbreiten und dessen Meinung dazu abzuholen. In diesem Sinn bittet der Baudirektor den Rat inbrünstig, der Aufteilung der Vorlage zuzustimmen.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat lehnt die Aufteilung der Vorlage mit 44 zu 30 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat lehnt die Vorlage mit 41 zu 33 Stimmen ab.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

TRAKTANDUM 9

**942** **Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)**

Vorlagen: 2762.1 - 15482 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2762.2 - 15483 (Antrag des Regierungsrats [Auslandschweizerinnen/Auslandschweizer]); 2762.3 - 15484 (Antrag des Regierungsrats [Wohnsitz Kantonsratskandidierende]); 2762.4 - 15485 (Antrag des Regierungsrats [Erwachsenenschutzrecht]); 2762.5 - 15486 (Antrag des Regierungsrats [WAG]); 2762.6 - 15625 (Bericht und Antrag der Kommission); 2762.7 - 15626 (Antrag der Kommission [KV, Auslandschweizerinnen/ Auslandschweizer]); 2762.8 - 15627 (Antrag der Kommission [KV, Wohnsitz Kantonsratskandidierende]); 2762.9 - 15628 (Antrag der Kommission [WAG, Wohnsitz Kantonsratskandidierende]); 2762.10 - 15629 (Antrag der Kommission [KV, Erwachsenenschutzrecht]); 2762.11 - 15630 (Antrag der Kommission [WAG]); 2762.12 - 15638 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, auf alle Vorlagen einzutreten und ihnen zuzustimmen. Die vorberatende Kommission beantragt Nichteintreten auf die Vorlage 2762.2, im übrigen Eintreten und Zustimmung, zum Teil

mit Änderungen. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Eintreten und Zustimmung zu § 17 Abs. 1 WAG gemäss Antrag der vorberatenden Kommission.

EINTRETENSDEBATTE

**Vorlage 2762.2/7 (Stimmrecht für Auslandschweizerinnen und -schweizer bei Ständeratswahlen)**

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission das vorliegende, komplexe Geschäft an einer Halbtages- sowie an einer Ganztagessitzung beraten hat. Sie wurde von der juristischen Mitarbeiterin Naemi Bucher sowie von der Direktorin des Innern, Frau Landammann Manuela Weichelt, und deren Generalsekretärin bestens unterstützt.
Sehr schnell, nämlich gleich zu Beginn der Beratungen, gelangte die Kommission zum Schluss, dass die regierungsrätliche Vorlage aufzusplitten sei, dies deshalb, weil die einzelnen Verfassungs- und Gesetzesänderungen keinen inneren Zusammenhang haben und die Verfassungsänderungen dem Volk sowieso auf separaten Stimmzetteln unterbreitet werden müssen. Eine Paketabstimmung, wie sie die Regierung vorschlägt, ist daher risikobehaftet und untergangsgefährdet. Die Kommission hatte es also mit einem vollbeladenen Schiff zu tun, welches schwer zu steuern war und das vor dem kompletten Untergang bewahrt bzw. dessen Ladung mindestens zum Teil gerettet werden sollte. Die Verfassungsanpassung zum Erwachsenenschutzrecht zum Beispiel ist marginal und völlig unbestritten, während die Frage des Wohnsitzzwangs oder die Einführung des E-Votings eine politische Brisanz haben. Dies bewog die Kommission, die Fracht des regierungsrätlichen Kahns auf vier kleinere Schiffe zu verteilen, in der Absicht, dass diese ihren Weg ans Ufer finden − oder eben auch nicht. Bildlich gesprochen, befinden sich vier Schiffe mit unterschiedlicher Fracht auf dem Meer. Der Kantonsrat muss entscheiden, ob sie mit der kompletten oder einer dezimierten Fracht ankommen − oder gleich gänzlich untergehen sollen. Die Kommission hat daher vier Eintretensdebatten, vier Detailberatungen und vier Schussabstimmungen durchgeführt. Sie hat sich bei den Juristen der Verwaltung erkundigt, ob ihr Vorgehen zulässig und mit der GO KR konform sei, was ihr bestätigt wurde. Die Kommissionspräsidentin empfiehlt deshalb namens der Kommission mit Nachdruck ebenfalls dieses Vorgehen.
Insgesamt hat der Rat heute über drei Verfassungsänderungen, welche auch Gesetzesanpassungen nach sich ziehen, sowie über die Teilrevision eines Gesetzes zu befinden. Im Einzelnen geht es um:
• die Einführung des Stimmrechts bei Ständeratswahlen für Auslandschweizerinnen und -schweizer;
• die Einführung der Wohnsitzpflicht im Wahlkreis für Kantonsratskandidierende;
• begriffliche Anpassungen im Erwachsenenschutzrecht;
• eine Teilrevision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes, in welcher u. a. E-Voting und eine Abstimmungshilfe für junge Erwachsene Thema sind.
Zur ersten Thematik, der Einführung des Stimmrechts für Auslandschweizerinnen und -schweizer bei Ständeratswahlen hält die Kommissionspräsidentin fest, dass gemäss geltendem Recht Auslandschweizerinnen und -schweizer an eidgenössischen Urnengängen, also an den Nationalratswahlen und an eidgenössischen Abstimmungen, teilnehmen können. Kantonal zu regeln ist hingegen, ob sie an den Ständeratswahlen partizipieren können oder nicht. Im Kanton Zug waren die Auslandschweizerinnen und -schweizer bei Ständeratswahlen noch nie wahlberechtigt. Das will die Regierung mit ihrem Antrag ändern und ihnen dieses Wahlrecht ein-

räumen. Die Vereinigung der Auslandschweizer ersucht jene Kantone, welche dieses Recht nicht oder noch nicht gewähren, mit Nachdruck darum, dieses baldmöglichst in ihre Kantonsverfassung aufzunehmen.
Was genau sind «Auslandschweizer»? Der Kommission wurde dargelegt, es handle sich dabei um Schweizer Staatsbürger, welche keinen Wohnsitz in der Schweiz haben und im Auslandschweizerregister des EDA eingetragen sind. Massgebend für ein kantonales Stimmrecht wäre ihr letzter Wohnsitz. Die Dauer ist nicht relevant. Für Personen, welche noch nie Wohnsitz in der Schweiz hatten, ist ihr Heimatort massgebend. Bezüglich Stimm- und Wahlrecht für Auslandschweizerinnen und -schweizer gibt es in der Schweiz drei verschiedene Modelle:
• Die Minimalvariante, also das geltende Recht im Kanton Zug, bedeutet, dass im Ausland lebende Schweizer Staatsbürgerinnen und -bürger lediglich an den Nationalratswahlen und bei eidgenössischen Vorlagen mitbestimmen dürfen.
• Zwölf Kantone gewähren den Auslandschweizerinnen und -schweizern auch auf kantonaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht, d. h. sie dürfen auch an den Ständeratswahlen und bei kantonalen Vorlagen mitbestimmen.
• Zürich und Basel-Stadt räumen den Auslandschweizerinnen und -schweizern zwar kein umfassendes Stimmrecht auf Kantonsebene ein, lassen sie aber an den Ständeratswahlen partizipieren.
Die Regierung beantragt dem Rat die Aufnahme des letztgenannten Modells in die Zuger Kantonsverfassung. Betroffen sind gut 2 Prozent der rund 76'000 Stimmberechtigten im Kanton Zug.
Die Eintretensfrage wurde in der Kommission sehr schnell, d.h. ohne grosse materielle Diskussion, abgehandelt: Die Kommission beantragt mit 9 zu 6 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Trotz der extrem schnellen Meinungsfindung war die Kommission nach dem Eintretens- bzw. Nichteintretensentscheid der Ansicht, dass die Gedankengänge, welche zu diesem Ergebnis führten, dem Kantonsrat in einer Konsultativdiskussion aufgezeigt werden sollten. Die Argumente finden sich entsprechend im Kommissionsbericht.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko an ihrer Sitzung vom 3. Januar lediglich die Vorlage 2762.5 beraten hat. Die Einführung einer elektronischen Stimmabgabe, wie es der neue § 17 Abs. 1 WAG vorsieht, würde nämlich zu massiven Kosten führen. Die Rede ist von mindestens 3 bis 5 Millionen Franken. Die Stawiko ist auf diese Vorlage eingetreten. Die Stawiko-Präsidentin wird in der Detailberatung die Einzelheiten darlegen.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion in zwei Fällen Anträge auf Nichteintreten stellen wird. Bezüglich der Einführung des Stimmrechts für Auslandschweizerinnen und -schweizer bei den Ständeratswahlen gehen die Meinungen innerhalb der SP-Fraktion auseinander. Es werden unterschiedliche Ansätze vertreten, wobei die Haltung «No taxation without representation» dominierte: Man soll dort, wo man Steuern zahlt, auch mitbestimmen könnnen. Dieses Prinzip zerfällt doppelt: Schweizerinnen und Schweizer im Ausland können teilweise ihr Stimm- und Wahlrecht ausüben, umgekehrt ist es Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz verwehrt. Aus diesem Grund wird die SP den Antrag stellen, dass die Gemeinden freiwillig das Stimm- und Wahlrecht für weitere Personengruppen einführen können. Es dominiert in der SP-Fraktion also das Prinzip «Man stimmt dort, wo man lebt». Das würde bedeuten, dass für Auslandschweizerinnen und -schweizer, die teilweise ja schon seit Jahren nicht mehr hier leben und keinen direkten Bezug haben, das Stimm- und Wahlrecht nicht erweitert werden soll. Die SP-Fraktion ist in dieser Frage daher mehrheitlich für Nichteintreten.

**Barbara Häseli** spricht für die CVP-Fraktion. Im Rahmen dieser Teilrevision der Kantonsverfassung und des Wahl- und Abstimmungsgesetzes legt die Regierung einen ganzen Strauss an Massnahmen vor − eigentlich muss man eher von Kraut und Rüben sprechen. Zwei komplett unterschiedliche Aufträge hat das Parlament erteilt, auf zwei materiell ebenfalls massgebliche Neuerungen in der Verfassung und auf weitere gesetzliche Änderungen ist die Regierung von sich aus gekommen. Das darf sie natürlich. Aber wieso soll alles im Rahmen einer einzigen Vorlage geschehen? Die Präsidentin der vorberatenden Kommission hat bereits ausgeführt, dass das keine einfache Voraussetzung für die Arbeit der Kommission war.
Bezüglich der Verfassungsänderung mit dem Ziel, Auslandschweizerinnen und -schweizern das Stimmrecht bei Ständeratswahlen zu geben, hält die Votantin fest, dass dieser Antrag von Seiten der Regierung kommt. Die CVP-Fraktion folgt hier klar den Überlegungen der vorberatenden Kommission und empfiehlt ebenfalls Nichteintreten auf die Vorlage. Die für die CVP wichtigste Überlegung dabei ist der fehlende Bezug zum Kanton und zu kantonalen Angelegenheiten, was sich bei den Auslandschweizerinnen und -schweizern mit den Jahren im Ausland einfach ergibt. Auch soll damit nicht das Tor für ein allgemeines Wahlrecht der Auslandschweizerinnen und -schweizer auf kantonaler Ebene geöffnet werden. Diese haben sich − teilweise schon vor Generationen − in ein anderes Land verabschiedet und alle entsprechenden Vor- und Nachteile in Kauf genommen. Dazu sollen sie stehen. Sie leisten keinen Beitrag an dieses Land mehr, weder in der Gemeinschaft vor Ort, etwa in Vereinen etc., noch über die Steuern. Daraus ergab sich in der CVP-Fraktion auch die ketzerische Frage, weshalb sie überhaupt bei den Nationalratswahlen ein Wahlrecht haben sollen. Das aber entzieht sich aber dem Einflussbereich dieses Gesetzes.
Zum allfälligen Einwand, wenn es um die Steuern gehe, sollten die hier wohnenden Ausländerinnen und Ausländer ein Stimmrecht haben, hält die Votantin fest, dass diese jederzeit die Möglichkeit haben, sich einbürgern zu lassen. Wenn sie es nicht tun wollen, werden sie ihre Gründe dafür haben. Vielleicht denken sie, dass sie nach einer gewissen Zeit wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren − was aber auch bedeutet, dass sie keine wesentliche Bindung zu ihrem Wohnort aufgebaut haben. Aus diesem Grund sollen sie auch nicht über Fragen mitentscheiden, die ihre Wirkung vielleicht erst entfalten, wenn sie schon längst wieder in ihr Herkunftsland zurückgekehrt sind.

**Markus Hürlimann** unterstützt im Namen der SVP-Fraktion den Antrag auf Nichteintreten auf diese Vorlage zur Teilrevision der Kantonsverfassung. Die SVP folgt damit der vorberatenden Kommission, welche mit 9 zu 6 Stimmen beschlossen hat, nicht auf die Vorlage einzutreten.
An nationalen Abstimmungen und an den Nationalratswahlen können die Auslandschweizer teilnehmen, da dies bundesrechtlich geregelt ist. Nicht teilnehmen können sie jedoch an den Ständeratswahlen, was mit der Revision der Kantonsverfassung geändert werden soll. Von rund 76'000 stimmberechtigen Personen sind ein wenig mehr als 1600 Auslandschweizer, was 2,1 Prozent entspricht. Die prozentuale Wahlbeteiligung bei den Auslandschweizern sei in der Regel tiefer als bei den Inlandschweizern, wurde die Kommission anlässlich ihrer Beratungen informiert. Es handelt sich also tatsächlich um ein marginales Problem, welches bis anhin nie thematisiert wurde, weshalb man davon ausgehen kann, dass das Thema niemandem wirklich unter den Nägeln brennt. Weshalb dieses Thema dennoch seinen Platz in dieser Revision gefunden hat, erschliesst sich dem Votanten nicht.
Neu könnten nun also Auslandschweizer im Kanton Zug an den Ständeratswahlen teilnehmen, wenn sie vor ihrem Wegzug ins Ausland zuletzt hier Wohnsitz hatten.

Ebenso könnten Auslandschweizer, welche noch nie im Kanton Zug Wohnsitz hatten, die Zuger Ständeräte wählen, wenn sie einen Zuger Heimatort haben. Ein Wahlrecht also für Personen, welche vielfach nur einen kleinen, unter Umständen sogar überhaupt keinen Bezug zum Kanton Zug haben. Das will die SVP-Fraktion nicht; die bisherige Regelung auf Bundesebene genügt ihr vollends. Sie will keine Anpassung der Zuger Kantonsverfassung, um womöglich weitere Begehrlichkeiten betreffend Stimm- und Wahlrecht zu wecken. Die SVP-Fraktion bittet deshalb, den Antrag auf Nichteintreten zu unterstützen und damit auch der vorberatenden Kommission zu folgen.

**Marcel Peter** spricht für die FDP-Fraktion. Das Wahlrecht bei Ständeratswahlen sowie das Stimmrecht bei kantonalen und kommunalen Abstimmungen unterliegen der kantonalen Hoheit. Den im Kanton Zug gemeldeten Auslandschweizern fehlt aus Sicht der FDP-Fraktion der enge Bezug zum Kanton. Auch ist die FDP der Überzeugung, dass in kantonalen Angelegenheiten mitbestimmen soll, wer hier Steuern bezahlt. Schon gar nicht möchte sie das Einfallstor für ein Stimmrecht bei kantonalen Abstimmungen öffnen. Die FDP-Fraktion folgt deshalb dem Antrag der vorberatenden Kommission, nicht auf diese Vorlage einzutreten. Sie bittet den Rat, diesen Antrag ebenfalls zu unterstützen.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG-Fraktion auf die Vorlage eintritt − zusammen mit der Regierung als einsame Kämpferin auf weiter Flur. Für die ALG zählt neben «No taxation withour representation» auch das Kriterium des Betroffenseins, und mit dem Stimmrecht bei den Ständeratswahlen können Auslandschweizerinnen und -schweizer auch an der Wahl jener Personen partizipieren, die Entscheide im Bundesparlament fällen, von denen sie betroffen sind.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, ersucht den Rat im Namen des Regierungsrats, auf alle drei Vorlagen einzutreten. Im vorliegenden Fall geht es um die Einführung des Stimmrechts für Auslandschweizerinnen und -schweizer bei Ständeratswahlen. Dieses Anliegen wird von der Auslandschweizerorganisation regelmässig an die Kantone herangetragen, und seine Wichtigkeit wird immer wieder betont. Auch für Alt-Regierungsrat und Alt-Nationalrat Georg Stucky von der FDP, der noch immer Ehrenpräsident des Auslandschweizerrats ist, ist das Thema ein grosses Anliegen; er hat es mehrmals mit der Regierung diskutiert. Bereits heute können Auslandschweizerinnen und -schweizer in zwölf Kantonen an den Ständeratswahlen teilnehmen. Der Regierungsrat hat von seinem Antragsrecht an den Kantonsrat Gebrauch gemacht, um das genannte Bedürfnis aufzunehmen.
In der Vernehmlassung hat die SVP zu diesem Thema sehr treffend ausgeführt: «Die SVP unterstützt den Vorschlag des Regierungsrats, den Auslandschweizern künftig bei den Ständeratswahlen das Wahlrecht einzuräumen. Die SVP anerkennt dabei, dass gewisse Zuständigkeiten der Vereinigten Bundesversammlung auch die Auslandschweizer betreffen − z. B. die Beteiligung an der Gestaltung der Aussenpolitik oder die Genehmigung der völkerrechtlichen Verträge − und gewichtet das höher als die bei gewissen Auslandschweizern nur noch schwach vorhandene nationale Verankerung.» Es ist schade, dass die SVP ihre Meinung mittlerweile geändert hat. Die Regierung bittet zu beachten, dass die Auslandschweizerinnen und -schweizer von diversen Zuständigkeiten der Vereinigten Bundesversammlung genauso betroffen sind wie die Inlandschweizerinnen und -schweizer. Sie bittet den Rat deshalb, auf die Vorlage einzutreten.

**Philip C. Brunner** ist einer der Verfasser der von der Direktorin des Innern angesprochenen Vernehmlassung von Seiten der SVP. Er hat selber einige Jahre im Ausland gewohnt und war bereits damals politisch sehr interessiert. Die Vernehmlassung wurde richtig zitiert, der Votant hat seine Meinung in der Diskussion mit der Fraktion seither aber geändert. Er entschuldigt sich bei seiner Partei, dass die Vernehmlassung in die falsche Richtung ging.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat beschliesst mit 48 zu 21 Stimmen, nicht auf die Vorlage 2762.2/7 (Stimmrecht für Auslandschweizerinnen und -schweizer bei Ständeratswahlen) einzutreten.

**Michael Riboni** stellt den **Ordnungsantrag,** die Eintretensdebatte hier zu unterbrechen, damit vor der Mittagspause noch das Traktandum 3 (Überweisungen) beraten werden kann.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**943** Traktandum 3.1: **Motion von Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend die Möglichkeit des Kantonsrats, Leistungsaufträge im Rahmen der Budgetdebatte ändern zu können**
Vorlage: 2807.1 - 15621 (Motionstext).

➔ Der Rat überweist die Motion stillschweigend an den Regierungsrat.

**944** Traktandum 3.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug**
Vorlage: 2809.1 - 15623 (Motionstext).

➔ Der Rat überweist die Motion stillschweigend an den Regierungsrat.

**945** Traktandum 3.3: **Postulat von Beni Riedi, Florian Weber und Pirmin Andermatt betreffend keine Konzerte für Schwerkriminelle**
Vorlage: 2808.1 - 15622 (Postulatstext).

**Zari Dzaferi** stellt im Namen der SP-Fraktion den **Antrag** auf Nichtüberweisung dieses Postulats − auch wenn er damit Gefahr läuft, morgen in den Medien die Schlagzeile «Dzaferi möchte Luxus für Häftlinge» lesen zu müssen. Er hat auch keine Interessenbindung zur Strafanstalt Bostadel offenzulegen *(der Rat lacht),* ausser dass er dort schon zweimal von Insassen hergestellte Masskartonboxen bestellte, die qualitativ hochwertig waren.
Die Postulanten argumentieren, dass Gefängnisstrafen abschreckend sein sollten und man auch an die Opfer denken müsste. Folglich wollen sie Annehmlichkeiten

in der Strafanstalt reduzieren. Sie verweisen explizit darauf, dass es sich bei den Insassen der Strafanstalt Bostadel nicht um Kleinkriminelle, sondern um Wiederholungstäter handle. Ob es sich um Kleinkrimelle oder Wiederholungstätiger handelt, ist in dieser Frage aber nicht relevant. Es geht schlussendlich ja darum, dass Menschen, die eine Gefängnisstrafe absitzen, wieder gesellschaftsfähig werden.
Es geht der SP mit ihrem Nichtüberweisungsantrag nicht darum, den Gefängnisinsassen das Leben in der Haft zu versüssen. Vielmehr will sie, dass diese die Kurve kriegen und wieder gesellschaftsfähig werden. Und auch wenn man nicht sagen kann, dass dieses *eine* Konzert pro Jahr die Insassen bewiesenermassen gesellschaftsfähiger macht, ist dieses *eine* Konzert ein Teil eines Puzzles aus verschiedenen Massnahmen, die das Ziel verfolgen, der Kriminalität entgegenzuwirken und die Sicherheit für die Bevölkerung zu erhöhen. Man hat nichts davon, wenn man dieses *eine* Konzert abschafft. Weder wird der Gefängnisaufenthalt durch die Abschaffung dieses *einen* Konzerts im Jahr härter gemacht, noch wird etwas für die Staatskasse getan; die Konzerte werden nämlich nicht aus der Staatskasse bezahlt.
Die Postulanten gehören sicherlich zu den Profiteuren dieses Vorstosses, handelt es sich doch um ein hervorragendes Thema für den Wahlkampf. Jedermann hier im Saal, von weit links bis weit rechts, ist gegen Kriminalität, und alle setzen sich für Sicherheit ein. Gerade deshalb sollte man dieses Postulat nicht überweisen.

Auch **Philip C. Brunner** hat keine Interessenbindung zum Bostadel offenzulegen. Er erinnert an Jonny Cashs Auftritt im Folsom-Gefängnis im Jahr 1968: «I walk the line», zu Deutsch «Ich bleibe auf Kurs». Das ist auch das Motto des Votanten. Er erschrak, als er dieses Postulat las. Die Haltung der Regierung war nach der Antwort auf die Kleine Anfrage doch klar: Ja, es gab und gibt diese Konzerte. Der Votant erschrak aber nicht nur wegen des Inhalts des Postulats, sondern auch darüber, dass 28 Ratsmitglieder, also über 25 Prozent des Rats, diesen Vorstoss unterzeichnet haben. Das beunruhigt ihn sehr: Offenbar ist diese Position hier mehrheitsfähig.
Der Votant erlaubt sich, als Einzelsprecher eine rechtsbürgerliche, liberal-konservative Stimme abzugeben − auch wenn ihm die Mehrheitsverhältnisse im Rat, die für die Überweisung sorgen werden, klar sind. Doch wenn er mit seinem Votum nur ein paar wenige bürgerliche Nein-Stimmen sammeln kann, dann ist er glücklich, dies auch im Bewusstsein, dass seine Fraktion seine diesbezüglichen Gefühle wohl nicht teilt. Er möchte deshalb in der Sache etwas ausholen − im Wissen darum, dass es erst um die Überweisung geht.
Die Postulanten haben völlig recht: Es sind Menschen im Bostadel, die abscheuliche Verbrechen verübt haben, vielleicht sogar mehrmals. Und der Votant ist froh, dass er vor ihnen geschützt ist. Er lehnt diese Gewaltverbrechen wie alle Verbrechen kategorisch ab. Es sind Männer im Bostadel, die völlig zu Recht den Rest ihres Lebens hinter Mauern verbringen werden. Der Votant ist ein Befürworter von harten Strafen. Er befürwortete auch die Ausschaffungsinitiative der SVP und hat sich für die härtere SVP-Durchsetzungsinitiative eingesetzt. Und was die Ausschaffung krimineller Ausländer betrifft − da geht vermutlich auch die Mehrheit seiner Fraktion mit ihm einig − findet die pfefferscharfe Umsetzung − so die Tonalität der FDP − leider überhaupt nicht statt. Die Verbrecher lachen über den Rechtsstaat, und die grösste Peinlichkeit ist, dass das Bundesgericht im Zweifelsfall im Sinne von «in dubio pro reo» entscheidet. Die in der Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative herumgereichten Zahlen werden nicht erreicht, eine wahltaktische Lüge mehr in diesem Land.
Warum also ist der Votant gegen die Überweisung des Postulats? Es sind die folgenden Gründe:

• Ist *das* die strategische Flughöhe des Kantonsrats? Wegen einer Ausgabe von knapp 3000 Franken, die dazu noch durch die Gefangenen selbst finanziert wird, in die Kompetenzen der Anstaltsleitung einzugreifen? Der Votant glaubt, dass es wirklich andere Probleme gibt, mit denen sich der Rat zu befassen hat.
• Schwächt der Kantonsrat nicht die operative Führung der Strafanstalt, wenn er sich in ein solches Detail einmischt? Als Führungskraft mit rund 35 Jahren Erfahrung in der Menschenführung − in betrieblicher Verantwortung − kann der Votant dazu nur sagen: Je mehr man sich als Chef einmischt, desto schlechter sind die Resultate. Auch hier gilt das Prinzip der Selbstverantwortung. Wenn ein Gefängnisdirektor nicht einmal mehr solche Entscheide fällen kann, was kann er dann noch entscheiden? Wird der Kantonsrat nächstens auch über den Menüplan diskutieren, die Arbeitspläne unterschreiben und die Stempelkarten der Angestellten kontrollieren? Wird er über die Uniformen der Angestellten und über die Kleidung der Insassen diskutieren? Nein! Wie die Selbstverantwortung der Lehrer, weniger Bürokratie zu erzeugen, gestärkt werden soll, so sollen auch alle kantonalen Verantwortlichen und alle Amtsleiter gestärkt werden. Sie sind bekanntlich hervorragend bezahlt, damit sie etwas leisten und richtig entscheiden. Wenn sie das nicht können, muss man sie wegen Unfähigkeit entlassen. Und wenn die Regierung es nicht schaffen sollte, die Anstalten gemäss den entsprechenden Gesetzen und Reglementen zu führen, dann muss der Kantonsrat eingreifen.
• What's next? Kommen die Postulanten als Nächstes mit der Forderung nach «Brot und Wasser» und nur noch einer Mahlzeit pro Tag, nach dem Entzug von weiteren Kompetenzen der Anstaltsleitung? Weitere Ideen können die Postulanten entwickeln.
• Die Gerichte haben nach menschlichem Ermessen zumindest juristisch endgültige, nicht mehr anfechtbare Entscheidungen gefällt − auch in den Augen des Votanten leider oft zu weich, zu verzagt, da gibt er den Postulanten recht: Zu oft sind es schwache Urteile. Das ist auch für die Opfer eine Qual. Davon aber abzuleiten, dass der Kantonsrat und später die Regierung nachzukorrigieren, ja nachzutreten hätten, ist rechtstaatlich äusserst fragwürdig. Es geht nicht an, dass die Legislative in die Geschäfte der Exekutive eingreift, weil die Judikative vielleicht versagt bzw. zu milde gerichtet hat. Nein, Aufgabe des Kantonsrats ist es, diejenigen Richter zu wählen, welche ihren gesetzlichen Spielraum voll ausnützen.
• Der Kanton hat eine Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern, welche an diesen Orten im Interesse der Öffentlichkeit ihren Dienst tun. Musik entspannt und deeskaliert. Der Votant will, dass in den Gefängnissen die Spannungen zwischen Insassen und Mitarbeitern abgebaut werden.
Aus diesen Gründen bittet der Votant, das Postulat nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Mitpostulant **Beni Riedi** akzeptiert selbstverständlich die Meinung seines Fraktionskollegen Philip C. Brunner. Und zu Zari Dzaferi: Der Votant hat sich bereits 2015 gegen die Durchführung solcher Konzerte ausgesprochen. Man hat von Seiten des Kantons − auch des Kantons Basel-Stadt − von einer «wohltätigen Veranstaltung» gesprochen, und der Votant stört sich daran, dass man in Zusammenhang mit einem Gefängnis mit schwerkriminellen Insassen von «wohltätig» und «gemeinnützig» spricht. Es ist ein Affront gegenüber den Opfern, dass ihre Peiniger in den Genuss solcher Unterhaltung kommen. Die Postulanten sind keineswegs gegen eine Resozialisierung; vielmehr geht es um die Art der Massnahmen und um deren Kommunikation. Und im Sinne einer Versachlichung: Es geht weder um Menüpläne noch um Uniformen etc. Es geht einzig darum, dass der Kanton nicht Unterhaltungsabende durchführt und das auch noch gegen aussen kommuniziert. Das Problem

sind also nicht die Kosten, sondern die Kommunikation: Es ist ein Affront gegenüber den Opfern.

➔ **Abstimmung 13**: Der Rat überweist das Postulat mit 33 Ja- und 35 Nein-Stimmen an den Regierungsrat. Das für eine Nichtüberweisung nötige Quorum von zwei Drittel der Stimmenden wird nicht erreicht.

**946** Traktandum 3.4: **Interpellation von Moritz Schmid betreffend Busbevorzugung an der Artherstrasse (Mänibach)**
Vorlage: 2812.1 - 15639 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**947** Traktandum 3.5: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Sicherheit**
Vorlage: 2813.1 - 15643 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**948** Traktandum 3.6: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Flottenrabatte für Mitarbeitende**
Vorlage: 2814.1 - 15653 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**949** Traktandum 3.7: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzen der integrativen Förderung auf der Sekundarstufe I**
Vorlage: 2815.1 - 15654 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

68. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. Januar 2018 (Nachmittag)
Zeit: 13.55–17.15 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli und Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

## 950 Präsenzkontrolle

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 76 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Silvia Thalmann, beide Zug; Oliver Wandfluh, Baar; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 951 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** gratuliert Anna Bieri und Manuel Brandenberg herzlich zum Geburtstag.

Am 24. Februar 2018 findet das Parlamentarier-Skirennen der Kantone Zug und Schwyz statt. Der Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder, sich rechtzeitig für die Teilnahme anzumelden − und die Ferien- und Fasnachtszeit für das Training zu nutzen, um erfolgreich am Rennen teilnehmen zu können.

TRAKTANDUM 9 (Fortsetzung)

## 952 Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)

Vorlagen: 2762.1 - 15482 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2762.2 - 15483 (Antrag des Regierungsrats [Auslandschweizerinnen/Auslandschweizer]); 2762.3 - 15484 (Antrag des Regierungsrats [Wohnsitz Kantonsratskandidierende]); 2762.4 - 15485 (Antrag des Regierungsrats [Erwachsenenschutzrecht]); 2762.5 - 15486 (Antrag des Regierungsrats [WAG]); 2762.6 - 15625 (Bericht und Antrag der Kommission); 2762.7 - 15626 (Antrag der Kommission [KV, Auslandschweizerinnen/ Auslandschweizer]); 2762.8 - 15627 (Antrag der Kommission [KV, Wohnsitz Kantonsratskandidierende]); 2762.9 - 15628 (Antrag der Kommission [WAG, Wohnsitz Kantonsratskandidierende]); 2762.10 - 15629 (Antrag der Kommission [KV, Erwachsenenschutzrecht]); 2762.11 - 15630 (Antrag der Kommission [WAG]); 2762.12 - 15638 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE (Fortsetzung)

**Vorlage 2762.3/8 (Wohnsitz Kantonsratskandidierende)**

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, hält fest, dass es um die Einführung einer Wohnsitzpflicht im Wahlkreis für Kantonsratskandidierende geht. Die Regierung ist mit ihrem Antrag dem Auftrag einer erheblich erklärten Motion nachgekommen. Wie dem Kommissionsbericht zu entnehmen ist, teilt die Kommission die Auffassung der Regierung, die Festlegung einer Wohnsitzpflicht sei in der Verfassung zu verankern, weil es sich um einen gravierenden Eingriff ins Wahlrecht handelt. Eine Regelung auf Gesetzesstufe wäre theoretisch auch möglich. Zur Erinnerung: Auf Bundesebene besteht keine einschränkende Regelung betreffend Wohnsitz für Nationalratskandidatinnen und -kandidaten. Nationalrätin Martullo-Blocher hat ihren offiziellen Wohnsitz im Kanton Zürich, in den Nationalrat gewählt wurde sie von den Bündnern. Somit hat sie einen Sitz des Kantons Graubünden inne. Gemäss geltendem Recht ist dies im Kanton Zug auf kantonaler Ebene – also für den Kantonsrat – heute ebenfalls möglich. Der damalige Kantonsrat Hans Durrer kandidierte jeweils auf der Stadtzuger Liste und wurde gewählt, obwohl er seinen Wohnsitz in der Gemeinde Walchwil hatte. Eine diesbezügliche Transparenz war stets gewährleistet, denn die Wohnadresse muss gemäss § 39 des Wahl- und Abstimmungsgesetzes auf dem Wahlzettel aufgeführt sein. Letztendlich ist es eine Güterabwägung, ob dem Rat eine liberale Lösung, wie sie der Kanton Zug bis anhin praktiziert, wichtiger ist oder ob er will, dass Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten in der Gemeinde, für die sie kandidieren, Wohnsitz haben müssen. Beispiele aus der Praxis zeigen, dass es nicht gut ankommt, wenn eine in der Gemeinde Cham wohnhafte Person für Oberägeri kandidiert und dort vor dem Coop mit den Ägerern *trölt,* nur weil parteipolitische Überlegungen über eine lokale Verankerung in der Gemeinde gestellt werden. Doch bei den letzten Wahlen haben lediglich 3 von 246 Kandidierenden diese taktische Möglichkeit wahrgenommen. Die Kommission beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und die Wohnsitzpflicht im Wahlkreis in der Verfassung festzuschreiben.
In der Kommission wurde auch ein Antrag gestellt, wonach die Wohnsitzpflicht während der ganzen Legislatur und nicht nur bei Kandidatur Gültigkeit haben soll. Konkret würde dies bedeuten, dass bei einem Umzug innerhalb des Kantons das Mandat niedergelegt werden müsste. Diesem Ansinnen hat die Kommission eine Absage erteilt. Ein Wohnortswechsel innerhalb des Kantons wäre also auch mit der Festsetzung dieses Verfassungsartikels noch möglich.
Sofern der Rat diese Verfassungsbestimmung gutheisst, würde das auch eine Anpassung im Wahl- und Abstimmungsgesetz bedingen. Die Ratsmitglieder haben dazu eine entsprechende Synopse zu § 34 Abs. 1 und 2 WAG erhalten.

**Barbara Gysel** stellt namens der SP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Im kleinen Kanton Zug ist es bis dato möglich, in einer anderen denn der Wohngemeinde für den Kantonsrat anzutreten. Bei den Wahlen 2014 war das − wie von der Kommissionspräsidentin bereits gehört − bei 3 von 246 Kandidierenden der Fall. Das entspricht einem Anteil von 0,14 Prozent. Man bewegt sich also im Promillebereich − und man soll aus einer Mücke keinen Elefanten machen.
Die SP weiss aus eigener Erfahrung, dass das Antreten in einer anderen Gemeinde kein Erfolgsrezept ist. Es ist vielmehr ein Notnagel und illustriert ein grundsätzlicheres, tiefer liegendes Problem: Es gibt heutzutage keine einzige Partei, der die Kandidierenden in allen Gemeinden zulaufen. Der gesellschaftliche Trend, sich politisch weniger parteipolitisch exponieren und weniger Verpflichtungen

eingehen zu wollen, verschärft sich für kleine Parteien, egal welcher politischer Couleur, gerade in kleinen Gemeinden. Nebst plausiblen Gründen kann es die schlichte Not sein, wenn man an einem anderen Ort antritt. Wenn man es tut, geht es letztlich darum, auch in kleinen Gemeinden den Wählerinnen- und Wählerwillen zu ermöglichen.
Zusammenfassend hält die Votantin fest: Die fehlende Wohnsitzpflicht ist in der Praxis kein Problem. Die Kommissionspräsidentin hat das ebenfalls ausgeführt. Insofern gibt es schlichtweg keinen Regelungsdruck. Es wäre nun an der Zeit, auch bürgerliche Stimmen zu zitieren, die normalerweise sagen: Kein Gesetz auf Vorrat. Zudem gibt es noch weitere Gründe: Die geografische Mobilität steigt, und die allseits bekannte Wohnungsnot zwingt viele Personen, beispielsweise bei einer Familiengründung, innerhalb des Kantons umziehen. Daher kann es auch einzelne Fälle geben, in denen ein Wohnortwechsel plausibel und nachvollziehbar ist.

**Barbara Häseli** beantragt namens der CVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten. Der Vorlage liegt eine Motion der CVP zugrunde, die erheblich erklärt wurde. Damit hat das Parlament der Regierung einen konkreten Auftrag erteilt. Entstanden war die Motion aufgrund der Unsicherheiten und Fehlanreize, die bei der erstmals mit Doppeltem Pukelsheim durchgeführten Kantonsratswahl von 2014 entstanden waren. Bekanntlich führt der Doppelte Pukelsheim dazu, dass nicht mehr die gemeindlichen Wahlbüros das Resultat für ihre Vertreterinnen und Vertreter final berechnen und bekannt geben, sondern dass sie die Resultate nach Zug schicken, wo schlussendlich ein Computer das Resultat ausspuckt. Auch wenn man computeraffin ist: Dieses System hat mit Gemeindesouveränität nicht mehr viel zu tun. Doch heute wird nicht über den Doppelten Pukelsheim abgestimmt – leider. Aber immerhin kann den Gemeinden in der Kantonsratswahl auch mit Doppeltem Pukelsheim wieder etwas mehr Bedeutung gegeben werden. Denn die Anzahl Sitze wird auf die Gemeinden gemäss ihrer Einwohnerzahl verteilt. Entsprechend sollte es auch klar sein, dass nur Leute mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde kandidieren. Im Übrigen ist es auch für eine grosse Partei wie die CVP nicht immer leicht, in jeder Gemeinde die Liste zu füllen. Dies kann unterschiedliche Gründe haben. In kleinen Gemeinden sind beispielsweise die wenigen zur Verfügung stehenden Sitze schon besetzt, sei dies von eigenen Leuten oder von Leuten aus anderen Parteien. Da kann man sich schon mal als Kanonenfutter vorkommen und stellt sich gar nicht erst zur Verfügung. Pseudokandidaturen kamen und kommen für die CVP nicht in Frage. Wenn nun auch Barbara Gysel zugibt, dass sich die Pseudokandidaturen gar nicht gelohnt hätten, welche die SP bei der Wahl 2014 aufgestellt hat, so ist das zwar sehr redlich von ihr. Es nützt aber nicht viel. Die stellvertretende Landschreiberin hat festgehalten, dass das, was nicht verboten ist, erlaubt ist. Damit sind bei Wahlkämpfen *Buebetrickli* nach wie vor möglich – sei es beim Wohnsitz oder bei anderen Gesetzeslücken. Deshalb sollte schon von Anfang an geklärt werden, was in einem Wahlkampf geht und was nicht. Die Verankerung der Wohnsitzpflicht zum Zeitpunkt der Einreichung der Wahlliste ist eine verhältnismässige Lösung.
Mit den Vorschlägen der Kommission können solche Diskussionen während oder nach den Wahlen vermieden werden – sei es in den Politsekretariaten oder in der Bevölkerung. Zudem werden die Anliegen der Gemeinden als Wahlkreis wieder besser berücksichtigt. Die CVP-Fraktion vertraut auf die Mündigkeit des Stimmbürgers, doch hier geht es um Spielregeln für die Wahlen. Deshalb unterstützt sie die Festlegung der Wohnsitzpflicht in der der Verfassung und im Gesetz. Die CVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Vorschlag der Kommission unterstützen. Damit erachtet sie auch ihre Motion als umgesetzt und erledigt.

**Markus Hürlimann** spricht für die SVP-Fraktion. In den Kantonsrat sollen nur diejenigen Kandidaten gewählt werden können, die zum Zeitpunkt der Einreichung der Wahlvorschläge ihren Wohnsitz in der entsprechenden Gemeinde haben. Diese Anpassung der Kantonsverfassung, die auf eine Motion der CVP-Fraktion zurückgeht, ist nachvollziehbar und verlockend – zumindest auf den ersten Blick. Der föderale Gedanke, der mit dieser Motion gestärkt würde, nämlich dass ein Kantonsrat einer Gemeinde auch in dieser Gemeinde wohnhaft sein soll, spricht für diesen neuen Paragrafen. Doch auf den zweiten Blick offenbaren sich bereits die Schwächen dieser Vorlage. Denn was passiert, wenn jemand kurz nach der Wahl seinen Wohnsitz verlegt? Sollte dieser Sitz dann nicht bei der Gemeinde verbleiben, in welcher die jeweiligen Kandidaten gewählt wurden? Müsste man, um dem föderalen Gedanken bis zur letzten Konsequenz zu folgen, nicht auch den Rücktritt dieser Ratsmitglieder im Gesetz verankern? Dann könnte man aber nur alle vier Jahre, kurz vor dem Einreichen der Wahlvorschläge, die Wohngemeinde wechseln, wobei man dann ja gleichzeitig zurücktreten müsste, um wenige Monate später wieder zur Wahl anzutreten und möglicherweise wiedergewählt zu werden. Faktisch könnte man so die Wohngemeinde gar nie mehr wechseln, ohne gleichzeitig das Mandat zu verlieren. Der einzige nachvollziehbare Grund für diesen neuen Paragrafen fällt somit wegen der unverhältnismässigen Folgen dahin. Zudem wissen ja alle haargenau, dass in diesem Saal fast ausschliesslich Vorlagen beraten werden, bei denen man seine politische Gesinnung und nicht seine Gemeinde vertritt. Es stellt sich auch die Frage, ob das zugrunde liegende Problem überhaupt so gross ist, dass es einer Revision der Kantonsverfassung bedarf. Bei den letzten Wahlen traten nur gerade 9 von 246 Kandidaten ausserhalb ihrer Wohnsitzgemeinden an, und nur gerade eine Kandidatin wurde ausserhalb ihrer Wohngemeinde gewählt; sie konnte sich gegen vier «einheimische» Kandidaten durchsetzen. Offensichtlich trauten die Wähler dieser Kandidatin zu, dass sie die Anliegen ihrer Gemeinde im Kantonsrat ausreichend vertritt. Und wie man heute Morgen hören konnte, tut sie das auch. In den meisten Gemeinden dürfte es aber nahezu unmöglich sein, dass eine nicht verankerte Person grosse Wahlchancen hat, wenn sie ausserhalb ihrer Wohngemeinde antritt. Die Adressen der Kandidaten werden auf den Wahlzetteln aufgeführt. Wer nur eine Kandidatin aus der eigenen Wohngemeinde wählen will, kann dies tun. Man muss niemanden aus einer anderen Gemeinde wählen, wenn man das nicht tun will. Auch bei dieser Frage ist es das Volk, welches das Problem an der Wahlurne von allein lösen kann, sofern der aussergemeindliche Wohnsitz überhaupt als Problem angesehen wird. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der SP-Fraktion auf Nichteintreten auf die Vorlage.

**Marcel Peter,** Sprecher der FDP-Fraktion, hält fest, dass die Wohnsitzpflicht zum Zeitpunkt der Wahleingabe ein wichtiges Mittel ist, um zu gewährleisten, dass die Gemeinden im Kanton vernünftig vertreten sind. Auch wenn Kantonsräte schwören oder geloben, die Ehre und Wohlfahrt des Kantons und nicht der Wohngemeinde zu fördern, so ist es doch auch so, dass die Gemeinden als Wahlbezirke eine Quote analog zu ihrer Einwohnerzahl stellen können. Dadurch wird sichergestellt, dass die Interessen der Regionen (Berg, Zentrum, Ennetsee) und der Gemeinden Gehör finden. Gerade kleinere Gemeinden würden mit einem Sitz, der durch ausserhalb Wohnende besetzt wird, nicht mehr vernünftig vertreten sein. Aufgrund des Doppelten Pukelsheim muss man ohne die vorgeschlagene Anpassung auch in Zukunft damit rechnen, dass chancenlose Kandidaten ohne wirkliche Ambitionen in Gemeinden kandidieren, in denen sie nicht wohnhaft sind. Entsprechend unterstützt die FDP das Eintreten auf die Vorlage und stimmt der Vorlage in der Variante der vorberatenden Kommission zu.

**Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die ALG ein Nichteintreten auf die Vorlage unterstützt. Nebst den bereits genannten Gründen möchte die ALG auf einen weiteren Umstand hinweisen: Die Fluktuation im Kantonsrat ist aus verschiedenen Gründen jetzt schon vorhanden und würde mit einer gesetzlich vorgeschriebenen Wohnsitzpflicht noch weiter zunehmen. Wünschenswert sind so viel Kontinuität wie möglich und wenig Wechsel. Mehr Fluktuation im Rat bedeutet auch mehr Fluktuation in den bestehenden Kommissionen, was sicher nicht von Vorteil ist. Junge Leute sollen zum Politisieren motiviert werden, und es sollten keine weiteren Hürden aufgestellt werden. Das bisherige Recht hat schliesslich gut funktioniert.

**Nicole Zweifel** weist darauf hin, dass sie das schwarze Schäfchen ist, das erwähnt wurde. Sie ist für Baar angetreten und wohnt in Zug. Alle Parteien haben bereits erwähnt, dass es sich nicht um ein Massenphänomen handelt. Es liegt kein Handlungsbedarf vor. Barbara Gysel hat gesagt, es sei ein Scheinproblem. Das ist wirklich so. Im Rat werden die Interessen des Kantons vertreten und nicht primär die Partikularinteressen der Gemeinden. Als die Votantin kandidierte, wohnte sie 20 Meter neben der Baarer Grenze. Heute verlässt sie das Haus und steht nach 100 Metern in Steinhausen, nach 100 Metern in die andere Richtung befindet sie sich in Baar. Weiss sie deshalb weniger, wofür sie einsteht als Mitglied der GLP? Wie Markus Hürlimann erwähnt hat, sind im Rat auch parteipolitische Themen und Überzeugungen zu vertreten.
Die GLP erachtet den Doppelten Pukelsheim als fair, aber er ist eine Hürde für kleine Parteien. Für die erste Zuteilung sind Stimmen notwendig. Und vielleicht finden auch einige Neuheimerinnen und Neuheimer die GLP gut. Doch dort gibt es vielleicht keine Kandidierenden. Warum soll man diesen Menschen das demokratische Recht nehmen, ein GLP-Mitglied in den Rat zu wählen? Das wäre doch letztlich der Wille des Wählers. Und es funktioniert ja auch. Die Votantin glaubt nicht, dass sie selbst das Problem ist, auch wenn am Vormittag einige Ratsmitglieder nicht dieser Meinung waren. Geht es letztendlich nicht einfach um den Machterhalt der grossen Parteien und nicht darum, ob jemand aus Hünenberg für Neuheim Kantonsrat werden kann? Wenn ihn in Neuheim niemand kennt, wird ihn auch niemand wählen.
In den Nachbarkantonen Zürich und Luzern gibt es keine so kleinen Wahlkreise wie in Zug, und kein Kandidierender hat eine Bindung an eine einzelne Gemeinde als Vorschrift. Zumindest gemessen an Zürichs Wirtschaftsleistung scheint das kein Nachteil zu sein. Und auch in Zürich wird der Doppelte Pukelsheim angewendet. Sollen auf diesem Weg wirklich die Gemeinden in der Kantonsverfassung zementiert werden? Weiss man denn, was in zehn oder zwanzig Jahren sein wird? Gibt es dann die Gemeinden noch, so wie sie sind? Man weiss es nicht. Mit dieser Regelung nimmt man den kleinen Parteien noch mehr Möglichkeiten. Gleichzeitig wird die Chance verpasst, in der Geschäftsordnung des Kantons festzuhalten, dass Parteien, die 5 Prozent der Stimmen erreichen, in einer Kommission mitarbeiten dürfen.
Heini Schmid erwähnte, es sei schade, dass die Votantin nicht in der RUK mitarbeiten dürfe. Es hätte auch jemanden anders treffen können und hat nichts mit der Votantin zu tun. Warum werden die Kleinen systematisch ausgeschlossen? Man kann viel Geld und Aufwand sparen, wenn diese Übung gestoppt wird, denn eine Abstimmung kostet auch noch extrem viel.
Die GLP ist für ein Nichteintreten auf die Vorlage und lehnt sowohl die Änderung der Kantonsverfassung als auch des Wahl- und Abstimmungsgesetzes ab.

**Anastas Odermatt** bestätigt die Aussage von Hanni Schriber-Neiger, dass die ALG ein Nichteintreten unterstützt. Der Idee einer Wohnsitzpflicht ist einiges

abzugewinnen. Politikerinnen und Politiker sollen in der Bevölkerung verankert sein und regelmässig den Puls fühlen, um dann den Souverän und seine Haltung im Rat adäquat abbilden zu können Doch es stellt sich die Frage, ob wirklich Regelungsbedarf vorhanden ist. Liegen Probleme damit vor? Nein, denn es gibt nur ganz wenige Fälle, in denen jemand gewählt wurde, der ausserhalb der jeweiligen Gemeinde wohnhaft ist. In solchen Fällen handelt es sich um eine echte Wahl, die Stimmbevölkerung hat so entschieden. Auf den Wahlzetteln wird der Wohnort der Kandidierenden aufgeführt. Die Bevölkerung weiss also, wen sie wählt. Eine künstliche Beschränkung einzubauen, ist unnötig. Der einzige Grund für die Einführung eines Gesetzesartikels liegt vielleicht im Machterhalt der grösseren gegenüber den kleineren Parteien. Man hat aber gehört, dass es für alle Parteien schwierig ist, Kandidaten zu finden.
Wenn es wirklich nur um das Anliegen geht, dass Gewählte ihren Wohnsitz in der entsprechenden Gemeinde haben – also alle Parteien in allen Gemeinden Stimmen erhalten können, aber nur die in den jeweiligen Gemeinden wohnhaften Kandidierenden gewählt werden können –, dann müsste auch folgender Idee zugestimmt werden: Alle Parteien, egal ob mit oder ohne Kandidatur, sind in einer Gemeinde wählbar. Alle Listen können auf der oberen Zuteilungsebene Stimmen erhalten, solange eine Partei irgendwo im Kanton eine Liste hat und somit vom kantonalen Souverän gewählt werden kann. Je nachdem, wie die Abstimmung verläuft, stellt der Votant einen Antrag beim entsprechenden Artikel. Er bittet die Ratsmitglieder, nicht auf die Vorlage einzutreten und auf das Stimmvolk zu vertrauen. Dieses weiss sehr wohl, wer es am besten vertritt.

**Heini Schmid** fühlt sich durch die Voten von Nicole Zweifel und Anastas Odermatt etwas herausgefordert. Es war schon bei der letzten WAG-Revision ein Thema, dass der Kanton einen Einheitswahlkreis bilden solle, dies als Quintessenz aus dem Misserfolg bei der Platzierung gemeindefremder Kandidaten. Damit würde die Frage nach der Verankerung in der jeweiligen Gemeinde obsolet. Der Votant versteht deshalb die Haltung der SVP-Fraktion nicht wirklich. Die Motion der CVP hat zum Ziel, die Gemeinden zu stärken. Wenn man die Gemeinden aber zunehmend als nicht repräsentativ, als nicht abbildungswürdig im Kantonsrat betrachtet, dann wird man die Idee eines Einheitswahlkreises unterstützen. Es hat damit begonnen, dass man zunehmend ausserhalb des Gemeindewahlkreises wohnhafte Kandidaten portierte, der nächste Schritt wird die Abschaffung der Gemeinde als Wahlkreis sein. Der Votant erinnert an die ZFA-Diskussionen im Parlament: Wenn irgendein Kantonsratsmitglied das Gefühl haben sollte, es sei nicht relevant, welche Gemeinde es im Parlament vertritt, müsste es sich eine Ton- oder Bildaufnahme der damaligen Sitzungen zu Gemüte führen. Damals spürte man, wie zentral die Verortung in einer Gemeinde für die Stellungnahme zum ZFA war. Die Parteizugehörigkeit spielte da überhaupt keine Rolle. Man muss aber nicht so weit zurückblicken: Infrastrukturvorhaben sind das Tummelfeld jedes Lokalpolitikers im Kantonsrat. Und staatsrechtlich wurde der Kanton Zug in seiner Geschichte in enormem Mass von den Gemeinden dominiert − und alle, die im Kanton aufgewachsen sind, fühlen sich sehr stark ihrer Gemeinde verpflichtet. Das ist der Kern der Vorlage: Sollen die Gemeinden im Kantonsrat weiterhin eine politisch relevante Grösse sein oder nicht? Der Votant wendet sich insbesondere an die SVP, die bei jeder Gelegenheit die staatstragende Wirkung des Föderalismus und der Gemeinden betont. Er fordert sie auf, die Schweiz so bleiben zu lassen, wie sie ist, und hier über ihren Schatten zu springen. Sie soll sich endlich lösen von der ehemals kleinen Partei, die sie längst nicht mehr ist, und sich wie eine grosse Partei gebärden, die sie − je nach politischer Haltung zum Leidwesen oder zur Freude − heute eben ist.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hat etwas unterschlagen: Auf die Kantonsratswahlen vom kommenden Herbst hin wird sich nichts ändern. Es geht ja um eine Verfassungsänderung, es braucht eine zweite Lesung im Kantonsrat und dann eine Volksabstimmung, und der Termin für die Eingabe der Wahllisten liegt in den Sommerferien. Die Parteien haben also die Gewissheit, dass bei den Wahlen im Herbst noch die heutigen Regelungen gelten.
Gemäss Antrag der Kommission wird es nach wie vor möglich sein, während der Legislatur innerhalb des Kantons umzuziehen. Es besteht also keine Gefahr, dass es deswegen im Kantonsrat zu grösseren Fluktuationen kommt. Und zu Nicole Zweifel: Wenn es die Gemeinden nicht mehr gibt, muss sich der Kanton sowieso eine neue Verfassung geben. Die Kommissionspräsidentin bittet in diesem Sinn, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

**Hubert Schuler** schätzt die Gesetzesinterpretationen von Heini Schmid, manchmal mehr, manchmal weniger. Jetzt aber hat sich Heini Schmid sehr weit aus dem Fenster gelehnt. Wenn er und auch die CVP sagen, Verankerung finde nur dort statt, wo man wohnt, dann ist das etwas schwierig. Der Votant selbst arbeitet in Baar, durchschnittlich 43 bis 45 Stunden pro Woche, und schläft in Hünenberg. Wenn er alle diese Stunden zusammenzählt, verbleiben ihm vielleicht noch 80 weitere Stunden. Wenn er diese Zeit nur zu Hause verbringt, in keinem Verein mitmacht und sich nirgends engagiert, dann ist er in seiner Wohngemeinde nicht wirklich verankert; dann ist er in Baar, wo er mehr Leute kennt und sich engagiert etc., viel besser verankert. Zu behaupten, man sei nur in seiner Wohngemeinde verankert, ist also ziemlich gewagt. Zug ist ein sehr übersichtlicher Kanton, und es ist wirklich kein Problem, wenn ein auswärtiger SP-Kandidat beispielsweise in Oberägeri kandidiert. Zwar würde er durch die Medien gezogen, und die CVP könnte Leserbriefe schreiben − und die Oberägerer Bevölkerung würde ihn wählen oder eben nicht. Das wäre dann ein Verdikt. Ein Gesetz zu machen, das alle vier Jahre zwei oder drei oder vielleicht auch mal neun Personen betrifft, ist in den Augen des Votanten alles andere als liberal.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, ersucht den Rat im Namen des Regierungsrats, auf die Vorlage einzutreten. Indem die Einreichung der Wahlvorschläge als ausschlaggebender Zeitpunkt festgelegt wird, legt der Regierungsrat eine verhältnismässige Lösung vor, mit welcher das Anliegen der Motion in praktikabler Art und Weise umgesetzt wird. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass der Bund in einer erst kürzlich eingetroffenen Vorprüfung der Vorlage einen Vorbehalt angebracht hat. Dieser lautet: «Das strikte Wohnsitzerfordernis nach § 27 Abs. 2a der Kantonsverfassung ist aus unserer Sicht vor der Niederlassungsfreiheit nach Art. 24 BV und den politischen Rechten nach Art. 34 BV problematisch. Insbesondere die Zumutbarkeit kann unseres Erachtens nicht ohne weiteres bejaht werden. Unter Berücksichtigung der grosszügigen Gewährleistungspraxis der Bundesversammlung erscheint uns jedoch die Gewährleistung dieser Bestimmung nicht ausgeschlossen. Wir möchten aber abschliessend nochmals betonen, dass unsere Stellungnahme die Entscheide des Bundesrates und der Bundesversammlung in keiner Weise präjudiziert.» Da das Bundesamt für Justiz einräumt, das angesichts der grosszügigen Gewährleistungspraxis der Bundesversammlung die Gewährleistung dieser Bestimmung nicht als ausgeschlossen erscheint, ersucht die Direktorin des Innern den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Die Regierung hätte damit auch den Auftrag, die erheblich erklärte Motion umzusetzen, erfüllt.

**Heini Schmid** hält fest, dass es wohl keinen besseren Steilpass für die SVP geben kann als diesen Vorprüfungsbericht des Bundesamts für Justiz. In der Konsequenz bedeuten diese Ausführungen nämlich, dass man − wie bei Nationalratswahlen − auch in Root oder Knonau wohnen und für das Zuger Kantonsparlament kandidieren kann. Will der Rat wirklich diesen Weg gehen? Genau darin liegt das Problem: Niemand fühlt sich mehr für irgendetwas verantwortlich. Der Votant fühlt sich als Baarer Kantonsrat verantwortlich für das, was in Baar passiert, und es ist für ihn eine Verpflichtung, sich im Kantonsrat für die Interessen der Gemeinde Baar einzusetzen, selbstverständlich unter Berücksichtigung des Wohles des ganzen Kantons Zug. Man muss hier ein Zeichen setzen. Es geht doch nicht, dass der Bund dem Kanton Zug vorschreibt, dass jeder, wo immer er auch wohnt, für das Zuger Kantonsparlament kandidieren kann. Das kann doch nicht der richtige Weg sein!

**Barbara Gysel** hält als Replik auf das Votum von Heini Schmid fest, dass es spannend ist, über die Frage zu diskutieren, welches Verhältnis Bund und Kantone im föderalen System der Schweiz künftig haben sollen. Hier aber entlarvt sich Heini Schmid als Symbolpolitiker. Ob man als Kantonsparlamentarier in Knonau oder wo auch immer wohnt, ist nicht wirklich relevant. Niemand in der SP-Fraktion stellt in Abrede, dass die Gemeinde für die Art und Weise, wie man im Kantonsrat politisiert, relevant ist. Die Gemeinde ist aber nicht das einzige Kriterium: Jedes Ratsmitglied betreibt beispielsweise auch Parteipolitik. Hier aber die grosse Frage über die Zukunft des föderalistischen Systems an der Minifrage über den Wohnsitz der Kantonsratskandidierenden abhandeln zu wollen, ist nicht angebracht.

**Jean-Luc Moesch** hat heute gelernt, dass alles erlaubt ist, was das Gesetz nicht verbietet − oder wie man im Militärdienst sagte: Es ist alles erlaubt, man darf sich nur nicht erwischen lassen. Wenn der Rat die Wohnsitzpflicht nicht gesetzlich verankert, wird es möglich sein, dass jemand, der in Gisikon-Root wohnt, für den Zuger Kantonsrat kandidieren kann. Das kann es wirklich nicht sein! Und im Übrigen glaubt der Votant, dass die Zuger SP von der SP Schweiz Geld erhalten hat, um in Oberägeri kandidieren zu können.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, präzisiert, dass das Bundesamt für Justiz in seiner Beurteilung kaum an Kandidierende aus dem Kanton Luzern gedacht hat. In den Erläuterungen steht nämlich: «Dieses [vom Regierungsrat beantragte] Kriterium kann zwar in vielen Fällen geeignet sein, den Bezug zu einer bestimmten Gemeinde zu belegen, jedoch sind auch Fälle denkbar, wo dieses Kriterium ungeeignet wäre. Zieht zum Beispiel ein Stadtzuger, der sein ganzes politisches Leben in der Stadt Zug verbracht hat, ins ehemalige Elternhaus seiner Frau nach Steinhausen, ohne auch seine politischen Aktivitäten dorthin zu verlegen, so wäre der fehlende Wohnsitz in der Stadt Zug kein geeignetes Kriterium, um seinen fehlenden Bezug zur Stadt Zug zu belegen.» Das Bundesamt für Justiz geht also von einem Wohnsitz im Kanton Zug und nicht ausserhalb des Kantons aus.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat beschliesst mit 40 zu 32 Stimmen, nicht auf die Vorlage 2762.3/8 (Wohnsitz Kantonsratskandidierende) einzutreten.

**Vorlagen 2762.4/10 (Erwachsenenschutzrecht) und 2762.5/11 (WAG)**

**Der Vorsitzende** hält fest, dass zu den zwei weiteren Vorlagen keine Anträge auf Nichteintreten gestellt wurden.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Der Rat beschliesst stillschweigend, auf die Vorlagen 2762.4/10 (Erwachsenenschutzrecht) und 2762.5/11 (WAG) einzutreten.

DETAILBERATUNG

**Vorlage 2762.4/10 (Erwachsenenschutzrecht)**

***Titel und Ingress***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

***Teil I***

*§ 27 Abs. 3*

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass es sich hier um die letzte Verfassungsänderung handelt, über die der Rat heute zu befinden hat. Namens der Kommission bittet sie, diese Änderung nicht auch zu versenken. Per 1. Januar 2013 wurde das bisherige Vormundschaftsrecht durch das neue Erwachsenenschutzrecht abgelöst. In diesem Zusammenhang ergeben sich bei § 27 Abs. 3 der Kantonsverfassung Anpassungen an die Begrifflichkeiten des geltenden Bundesrechts. Es sind lediglich redaktionelle und keine materielle Änderungen. Die Kommission beantragt mit 14 zu 1 Stimmen, den Vorschlag der Regierung gutzuheissen.
Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, ist eine Volksabstimmung obligatorisch. Wie mit der Direktorin des Innern besprochen, ist diese nicht dringend. Das heisst, sie kann abgehalten werden, wenn sich eine andere kantonale oder eidgenössische Abstimmung ergibt. Die Kommissionspräsident ersucht darum, ökonomisch vorzugehen und dem Kanton zu helfen, Geld zu sparen. Es muss nicht eine Volksabstimmung nur zu dieser Verfassungsänderung durchgeführt werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag der Regierung anschliesst.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

***Teil II** (Fremdänderungen) **und III** (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

***Teil IV*** *(Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Vorlage 2762.5/11 (WAG)**

***Titel und Ingress***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

***Teil I***

*§ 3 Abs. 1a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Rat bei der Änderung der Kantonsverfassung gegen die Einführung des Stimmrechts bei den Ständeratswahlen für Auslandschweizerinnen und -schweizer ausgesprochen hat. Daher braucht es den neuen § 3 Abs. 1a WAG nicht.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*§ 4 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 8 Abs. 6*

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission beantragt, keine neue Norm zu schaffen.

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, hält fest, dass es um die Motion von Laura Dittli zur Einführung einer Abstimmungshilfe für junge Erwachsene geht. Der Rat hat die Motion mit 38 zu 27 Stimmen erheblich erklärt. Die Motion fordert die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Einführung einer Wahl- und Abstimmungshilfe für junge Erwachsene sowie für weiterführende Massnahmen, um mehr junge Erwachsene an die Urne zu bringen.
Die Regierung ist mit dem Vorschlag eines neuen Abs. 6 unter § 8 der Umsetzung des Motionsauftrags nachgekommen. Der Vorschlag würde ebenfalls eine Anpassung im Sozialhilfegesetz mit sich ziehen. Die Kommission hat über das Anliegen diskutiert und sich als Anschauungsmaterial Beispiele von Easyvote- und Vimentis-Abstimmungsbroschüren sowie Angaben zur Organisation und Finanzierung dieser Institutionen geben lassen. Im Zentrum stand aber die Frage, wieso lediglich für eine bestimmte Zielgruppe, also junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren, eine spezielle Abstimmungshilfe gewährt werden soll und wieso es nicht möglich sei, generell die Abstimmungsunterlagen verständlicher zu gestalten, und zwar für Jung

und Alt. Kontrovers wurde über formelle Belange diskutiert, beispielsweise inwieweit eine gesetzliche Grundlage für den Versand von Easyvote-Broschüren notwendig sei und ob die Gemeinden in ihrem Handeln – Cham und Hünenberg verteilen bereits Abstimmungshilfen – bei einer Nulllösung beschnitten würden.
Die Kommissionsmehrheit votiert dafür, dass das Beschaffen von Informationen zu Abstimmungen aus demokratischer Sicht eine eigenverantwortliche Aufgabe sei. Hierzu falle den Parteien eine wichtige Rolle zu, und diese seien sich ihrer Verantwortung und ihrer Rolle eigentlich bewusst. Die Abstimmungshilfen befürwortende Minderheit argumentiert damit, dass der sinkenden Stimmbeteiligung der 18- bis 25-Jährigen dank solcher Unterstützungsmassnahmen Einhalt geboten werden könne. Nach Bereinigung verschiedener Unteranträge empfiehlt die Kommission mit 10 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Motionsbegehren eine Absage zu erteilen und keine solche Bestimmung im Gesetz festzuschreiben.

**Barbara Gysel,** Sprecherin der SP-Fraktion, hält fest, dass es um die Wahl- und Abstimmungshilfen sowie um deren finanzielle Unterstützung und die Adressbeschaffung geht. Die SP-Fraktion unterstützt den regierungsrätlichen Antrag. Die teilweise hervorragend aufbereiteten neutralen Informationen entsprechen gerade in Zeiten von Politikverdrossenheit einem Bedürfnis – auch wenn sie keine Wundermittel sind.
Die folgende Frage, zu der die SP-Fraktion auf die zweite Lesung hin allenfalls einen Antrag stellt, ist erst nach der Kommissionsarbeit aufgekommen: Auf Grundlage der Motion wurde über Abstimmungshilfen für Personen zwischen dem 18. und 25. Altersjahr diskutiert. Nun gäbe es aber auch andere Personengruppen wie blinde oder gehörlose Personen, die Bedürfnisse nach weiteren Abstimmungsinformationen haben. Dazu besteht auch supranationales Recht wie beispielsweise die Behindertenkonvention. Der Gehörlosenbund Schweiz hat im September 2017 eine Petition beim Bund eingereicht, wonach Abstimmungsinformationen online auch in Gebärdensprache veröffentlicht werden sollten. Für die mehr als 10’000 Gehörlosen in der Schweiz sei das geschriebene Deutsch eine Fremdsprache, die wie eine Zweitsprache erlernt werden müsse. Dessen war sich auch die Votantin nicht bewusst. Komplexe politische Sachverhalte in einer Fremdsprache verstehen zu müssen, ist eine unnötige Hürde und eine Einschränkung zum Zugang zu politischer Mitwirkung. Deshalb stellt die SP-Fraktion die folgende Frage an die Direktorin des Innern: Inwiefern wurde in der Vergangenheit geprüft, welche Bedürfnisse behinderte Personen, beispielsweise hörbehinderte, gehörlose oder blinde Personen, an speziell aufbereiteten Abstimmungsinformationen hätten? Mit dieser Frage soll nicht impliziert werden, sofort in Handlungsaktivismus auszubrechen. Doch es ist eine relevante Frage, die man sich in der SP zuvor nicht gestellt hat. Deshalb wird sie erst jetzt angebracht.

**Barbara Häseli** spricht für die CVP-Fraktion. Bei diesem Paragrafen geht es zunächst darum, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, wonach die Gemeinden Organisationen, die Abstimmungshilfen für junge Erwachsene anbieten, unterstützen können. Zu betonen ist, dass es um ein «Können» geht. Denn es handelt sich nur um eine Möglichkeit, aber nicht um eine Verpflichtung für die Gemeinden. Sowohl in den Gemeinden wie auch im Kantonsrat könnte über das Budget darüber mitentschieden werden. Vor allem aber soll mit einer Ablehnung dieses Artikels nicht ein Präjudiz für bereits bestehende Aktionen in den Gemeinden entstehen. Es wäre sehr schade, wenn ein solches Engagement sozusagen von oben erstickt würde. Es ist im ureigenen Interesse des Staates und der Demokratie, wenn sich junge Erwachsene für die Politik interessieren und sie dabei in ihrem Interesse

unterstützt werden. Besonders erfreulich ist deshalb auch, dass sich eine Jugendliche im Saal befindet. Die Votantin kennt sie nicht persönlich, hat sie aber soeben aus den Augenwinkeln gesehen.
Die Informationen sollten besser auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmt sein. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, junge Leute für Parteien zu gewinnen, sondern primär darum, sie für die Herausforderungen des Landes und des Kantons Zug zu sensibilisieren. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag der Regierung für die Möglichkeit einer finanziellen und organisatorischen Unterstützung für Abstimmungshilfen.

**Michael Riboni** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Antrag der Kommission auf die komplette Streichung von § 8 Abs. 6 unterstützt. Vergleicht man die Abstimmungsbroschüren zu kantonalen Vorlagen mit solchen von anderen Kantonen, stellt man fest, dass der Kanton Zug schon heute über sehr vorbildlich ausgestaltete Abstimmungserläuterungen verfügt. In den Broschüren mit der Rubrik «In Kürze» findet man eine übersichtliche Zusammenfassung sowie die Empfehlungen von Regierungs- und Kantonsrat. Wer sich informieren möchte, hat bereits jetzt – im Zeitalter des Internets sowieso – die Möglichkeiten dazu. Und wer heute keinerlei Interesse an der Politik, an Abstimmungen und Wahlen zeigt und das Stimm- und Wahlmaterial gleich wegwirft, wenn es im Briefkasten landet, der wird sich auch in Zukunft und trotz Abstimmungshilfe nicht dafür interessieren.
Eine Zustellung von Abstimmungshilfen an Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr ist zudem völlig unverhältnismässig. Mit 25 Jahren schreiben Studenten ihre Masterarbeit und schliessen ihr Studium ab, junge Frauen werden Mütter, es werden Familien gegründet und Kinder erzogen, Unternehmen gegründet und auf die Beine gestellt. In diesem Alter braucht es keine Abstimmungshilfen mehr, jeder kann selbst denken, alles andere grenzt an Bevormundung.
Und gibt es nicht auch andere Alters- und Bevölkerungsgruppen, bei denen die Wahlbeteiligung eher tief ist? Beispielsweise über 75-Jährige oder Secondos? Für wen werden dann als Nächstes teure und kostspielige Abstimmungshilfen eingeführt? Und wer garantiert, dass diese Wahl- und Abstimmungshilfen die Grundsätze der Neutralität und Sachlichkeit einhalten? Es gibt folglich mehrere Gründe, die gegen die Einführung solcher Abstimmungshilfen sprechen. Der Votant bittet den Rat namens der SVP-Fraktion, den Streichungsantrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

**Marcel Peter** teilt mit, dass die FDP-Fraktion ebenfalls den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt. Es ist nicht einzusehen, warum eine Gruppe von Stimmberechtigten eine Sonderbehandlung nötig hat. Es ist die Aufgabe von Politikern, den jungen Erwachsenen die Politik näherzubringen und sie dabei dort abzuholen, wo sie stehen. Die Erfahrung zeigt, dass alle Parteien – mit manchmal mehr und manchmal weniger Erfolg –, versuchen, das Feld der jungen Erwachsenen zu beackern. Alle Parteien kennen das Problem der Überalterung und sind existenziell daran interessiert, den Jungen eine politische Heimat zu bieten.
Finanzielle Mittel zu sprechen für einen Versand von Materialien, die inhaltlich das Gleiche aussagen wie die bereits durch die Verwaltung verschickten Abstimmungsmaterialien, ist nicht sinnvoll. Wer das Abstimmungsheftli zusammen mit Stimmzettel und Couvert weggeworfen hat, wird auch diese Wegleitung für Jugendliche nicht beachten. Man kann sich bereits jetzt vorstellen, dass schon bald ein neuer Anstoss kommen könnte, um auch Senioren zielgerichtet bei der Erfüllung ihrer Bürgerpflichten zu unterstützen. Oder vielleicht kommt irgendein Statistiker auf die Idee, dass Linkshänder auch vermehrt der Urne fernbleiben, was dann post-

wendend mit finanziellen Mitteln aus der Staatskasse korrigiert werden sollte. Wenn es die Verwaltung nicht schafft, eine Wegleitung zu den Abstimmungen zu schreiben, die für den Normalbürger verständlich ist, so hat die Verwaltung ein Problem. Wenn junge Erwachsenen nach Abschluss der obligatorischen Schule nicht in der Lage sind, ein vernünftig verfasstes Abstimmungsbüchlein zu verstehen, so liegt ein gesellschaftliches und bildungspolitisches Problem vor. Aber keines dieser beiden Probleme, sofern sie denn bestehen, wird durch eine Finanzspritze für den Versand von Infomaterialien für Jugendliche behoben. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Kommission zu folgen und § 8 Abs. 6, wie er von der Regierung vorgeschlagen wurde, nicht anzunehmen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG. Diese unterstützt die Abstimmungshilfen und befürwortet § 8 Abs. 6. Das Verhältnis junger Erwachsener zur Politik ist wichtig für eine funktionierende Demokratie. Die Bereitschaft zur politischen Beteiligung wird während der ersten Wahlen und Abstimmungen im Leben bestimmt. Die Lebensjahre zwischen 18 und 25 sind für das politische Verhalten entscheidend. Die politische Identität beginnt sich schon früher zu entwickeln, aber aufgrund der Wahlbestimmungen entwickelt sie sich vor allem zwischen dem 18. und dem 25. Lebensjahr. Die in diesen Lebensjahren entwickelte politische Identität wird dann im Erwachsenenleben weitgehend beibehalten. Wenn 18- bis 25-Jährige von allzu komplizierten und zu juristischen Erklärungen abgeschreckt werden von der Urne, dann schadet das. Vielmehr sollten sie herangeführt werden an diese Sprache, die alle im Saal beherrschen und verstehen. Es ist lobenswert, dass der Kanton Zug gute Abstimmungsbroschüren macht, aber es gibt auch nationale Abstimmungen. Die Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen hat in den letzten Jahren abgenommen, insbesondere auch bei jungen Erwachsenen. Diese tiefe Stimmbeteiligung ist höchst problematisch, denn erstens sagt sie nichts Gutes über die Zukunft aus: Politische Identität trägt sich im Verlauf des Lebens weiter. Und zweites kann sie als Beeinträchtigung der Legitimität politischer Entscheide und somit des direktdemokratischen Systems betrachtet werden. Unser demokratischer Staat hat daher ein grösstmögliches Interesse, die Stimmbeteiligung junger Erwachsener zu erhöhen und sich dafür einzusetzen. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Regierung zu folgen.

**Laura Dittli** hält fest, dass es auf dem Weg zu mehr politischer Partizipation junger Erwachsener stets darum geht, Interesse zu steigern und Überforderung abzubauen. Mit der Schaffung von § 8 Abs. 6 können die gesetzlichen Grundlagen für private Abstimmungshilfen geschaffen werden. Damit besteht die Möglichkeit, der jungen Generation im Kanton Zug die politische Meinungsbildung zu vereinfachen und die politische Beteiligung zu fördern. Denn gehen Personen bis zu ihrem 25. Lebensjahr nicht abstimmen, werden sie dies mit grosser Wahrscheinlichkeit nachher auch nie tun. Momentan nehmen nur ungefähr 30 Prozent der jungen Erwachsenen an Volksabstimmungen teil. Eine Studie von GFS Bern aus dem Jahr 2016 belegt, dass der Hauptgrund für die tiefere Abstimmungsbeteiligung der Jungen in der komplexen Sprache der Abstimmungsunterlagen liegt. Abstimmungshilfen, welche die Vorlagen einfach verständlich und neutral erklären, können also eine Lösung für das Problem darstellen. Als schweizweit anerkannter neutraler und transparenter Akteur bietet Easyvote seine Dienste den Kantonen und Gemeinden an. Für die Erstellung der Easyvote-Abstimmungsbroschüre dient das offizielle Abstimmungsmaterial als Grundlage. Die Easyvote-Broschüre gibt folglich lediglich die offiziellen Abstimmungsmaterialien in vereinfachter und verkürzter Version wieder, sodass die Informationen von Jugendlichen verstanden werden. Ein Neu-

tralitätskomitee, bestehend aus drei ehrenamtlich arbeitenden Jugendlichen, überprüft in einer mehrstündigen Sitzung zudem, ob die Informationen in der Easyvote-Broschüre neutral sind und mit den offiziellen Abstimmungsinformationen übereinstimmen.
Was vor zehn Jahren mit einem einfachen «Easy-Abstimmungsbüechli» in Bern begann, hat sich heute zu einer dreisprachigen und schweizweit verbreiteten Easyvote-Broschüre entwickelt. Bei der nächsten Volksabstimmung Anfang März werden 410 Gemeinden in der Schweiz mit Easyvote-Broschüren beliefert. Das ergibt eine Auflage von knapp 110'00 Broschüren. Auch im Kanton Zug sind die Gemeinden Cham und Hünenberg dabei. Dieses Engagement der beiden Gemeinden soll unbedingt mit einer gesetzlichen Grundlage unterstützt werden. Ziel muss es sein, dass alle Gemeinden im Kanton in absehbarer Zeit von diesem Angebot Gebrauch machen. Denn dann würde Easyvote zudem für die kantonalen Vorlagen eigene Broschüren erstellen. Für den Fall, dass die Ratsmitglieder dem Vorschlag der Regierung nicht zustimmen, stellt die Votantin einen **Eventualantrag,** der bereits in der Kommission gestellt wurde: § 8 Abs. 6 Satz 1 soll wie folgt formuliert werden: «Der Kanton und die Gemeinden können Private finanziell unterstützen, damit diese den Stimmberechtigten zwischen dem 18. und dem vollendeten 25. Lebensjahr separat zum Stimmmaterial private Wahl- und Abstimmungshilfen zustellen können.» Satz 2 und 3 bleiben unverändert. Mit diesem Eventualantrag wird eine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der Broschüre geschaffen, aber ohne die Herausgabe der Adressen. Damit haben die Gemeinden weiterhin die Möglichkeit, die Abstimmungsbroschüren zu beziehen. Auf keinen Fall sollen die Gemeinden mangels expliziter Grundlage im Gesetz in Zukunft darauf verzichten müssen. Damit es nicht zur Abstimmung über den Eventualantrag kommt, können die Ratsmitglieder jetzt wieder einmal etwas für die Jungen tun. Diese Chance gilt es zu packen. Die Votantin dankt für die Unterstützung des Vorschlags der Regierung.

**Zari Dzaferi** hat kürzlich das Urteil des Verwaltungsgerichts zur Beschwerde der SVP Kanton Zug zum Thema Sammelauskünfte durch die Einwohnerkontrollen der Gemeinden gelesen. Dabei ging es um die Auskunft bezüglich der Beschaffung von Adressen der Bürgerinnen und Bürger oder von Zuzügern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. In dieser Beschwerde wehrte sich die SVP zu Recht, dass ihr Informationen verwehrt wurden. In ihrer Beschwerde schrieb die Partei explizit: «Es ist uns […] ein grosses Anliegen, die Stimmbeteiligung, welche in den letzten Jahren im Kanton Zug bei nur noch etwas über 50 Prozent lag […], wieder signifikant zu steigern.» Auch schrieb die SVP, dass sie überzeugt sei, dass ihr dies nur durch das persönliche Anschreiben gewisser Gruppen von Einwohnerinnen und Einwohnern gelinge, da unpersönliche Massenversände oft ungelesen als Altpapier entsorgt würden. Im digitalen Zeitalter müssten die Ratsmitglieder zur Rechten des Votanten kein Altpapier entsorgen und können junge Menschen – also *Digital Natives* – ganz anders erreichen. Es ist also nicht verkehrt, auch elektronische Hilfsmittel für politische Informationen zu verwenden.
Um mehr junge Menschen abzuholen, sollte das Informationssystem bei Wahlen grundsätzlich angepasst werden. Gerade deshalb hat der Votant einmal einen Vorstoss zu dieser Thematik eingereicht. Ein ähnlicher Vorstoss in diese Richtung konnte unter CVP-Flagge dank Laura Dittli später die Mehrheit erreichen, weshalb dieses Thema nun überhaupt diskutiert wird. Übrigens gibt es auch immer mehr ältere Menschen, die digitale Informationskanäle verwenden. Es ist also nicht primär ein Thema für Junge, wie dies gesagt wurde. Digitale Hilfsmittel wie Smartphones können alle nutzen. Es gibt bereits einige Ratsmitglieder, die papierlos arbeiten, und dies nicht in minderer Qualität. Im digitalen Zeitalter sollten auch

digitale Informationssysteme gefördert werden. Insbesondere dann, wenn einem die Stimmbeteiligung ein Anliegen ist. Man kann sich nicht ständig über eine tiefe Stimmbeteiligung nerven, und dann – wenn sich die Möglichkeit anbietet, eine Verbesserung zu erzielen – gegen Massnahmen stimmen, die eine höhere Stimmbeteiligung zum Ziel haben. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass letztendlich alle davon profitieren, wenn die digitalen Medien besser genutzt werden.
Zu Marcel Peter: Ein Abstimmungsbüchlein zu verstehen, ist nicht sehr einfach, insbesondere wenn es um Themen wie den Doppelten Pukelsheim, die Unternehmenssteuerreform III oder das PBG geht. Es gibt viele Abstimmungen, die komplex sind – und sich dementsprechend in Wort und Schrift nur komplex erklären lassen. Aber der Votant kann Marcel Peter beruhigen: Er gibt sich tagtäglich Mühe, dass die Lesekompetenz von Jugendlichen gesteigert wird. Und viele seiner Kolleginnen und Kollegen tun dies ebenfalls. Es ist jedoch eine komplexe Sache. Viele Themen können mit kurzen Filmen besser dargestellt werden als in einem aufwendigen Text.
Der Votant erinnert sich an die erste Sitzung der Redaktionskommission mit Beat Dittli. Es wurde versucht, eine sehr komplexe Formel in Wörtern darzustellen. Es ist davon auszugehen, dass die Sitzungsteilnehmer allesamt belesene Personen waren, und es war trotzdem recht schwierig.
Es gilt nun, die Chance, die sich bietet, nicht zu vergeben. Wenn man schon vom digitalen Zeitalter spricht, sollte man auch etwas Mut zeigen und etwas in die entsprechende Richtung unternehmen.

**Thomas Werner** bezieht sich auf die Aussage, dass die politische Meinungsbildung zwischen 18 und 25 Jahren beginne. Doch sie beginnt bereits von Kindsbeinen an, spätestens in der Primarschule werden die ersten politischen Meinungen gebildet. Es liegt nicht am Können, es liegt am Interesse. Politikerinnen und Politiker müssen sich anstrengen, um das Interesse für die Politik zu wecken. Es kann nicht einfach durch mehr Information erkauft werden. Eine Flut von Informationen oder ein Ersatz von Informationen durch noch mehr Information nützen nichts. Viel eher muss man aufpassen, dass die Wählerinnen und Wähler nicht frustriert werden, wenn sie zwar fünfmal abgestimmt haben und das Resultat in ihrem Sinne ausfällt, sie aber das Gefühl haben, die Politiker würden trotzdem nicht das tun, was beschlossen wurde. Der politische Frust in der Bevölkerung ist das Problem. Es geht nicht darum, dass man noch mehr Informationen streuen muss. Die Informationen, die jetzt schon gestreut werden, müssen gut sein, und das reicht.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat den Kantonsrat mit Nachdruck ersucht, dem regierungsrätlichen Antrag zu folgen. Zur Frage von Barbara Gysel betreffend behinderte Menschen hält die Direktorin des Innern fest, dass die UN-Behindertenkonvention vorschreibt, dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien auch für Behinderte geeignet, zugänglich sowie leicht zu verstehen und zu handhaben sein müssen; das Behindertengleichstellungsgesetz schreibt Massnahmen für Sprach-, Hör- und Sehbehinderte vor. Ob diese Vorschriften wirklich eingehalten werden, ist schwierig zu sagen; man müsste auch Menschen mit einer Behinderung fragen. Fakt ist, dass die Staatskanzlei seit 2015 barrierefreie Abstimmungserläuterungen aufgeschaltet hat. Für seh- und lesebehinderte Bürgerinnen und Bürger bietet der Kanton Zug die Erläuterungen zu den kantonalen Abstimmungen kostenlos als Hörzeitschrift an. Sogenannte Daisy-Leser stellen die Daten strukturiert dar und lesen sie den Hörerinnen und Hörern vor. Das Angebot wird in Zusammenarbeit mit der Schweizeri-

schen Bibliothek für Blinde, Seh- und Lesebehinderte erstellt. Ob die Vorlagen genügend einfach und genügend leicht zu verstehen sind, sei dahingestellt.
Der Antrag des Regierungsrats basiert auf einer erheblich erklärten Motion. Es ist wichtig, dass das Parlament diese Regelung gutheisst und die Gemeinden die Möglichkeit haben, solche Massnahmen zu treffen. Zu beachten ist, dass es sich um eine «Kann»-Formulierung handelt. Es wird also keine Gemeinde verpflichtet, diese Massnahmen umzusetzen. Und man kann den Gemeinden zutrauen, dass sie diese Regelung verhältnismässig anwenden; man darf ihnen hier wirklich die nötige Autonomie zugestehen, sie werden es auf jeden Fall richtig machen.
Es ist für den Regierungsrat nicht nachvollziehbar, weshalb das Parlament die beantragte Regelung allenfalls nicht ins Gesetz aufnehmen will. Mit der Nichtaufnahme würde man auch eine Chance vergeben, indem der Versand von Abstimmungshilfen mangels datenschutz- und finanzrechtlichen Grundlagen verunmöglicht würde. Das wäre schade. Der Regierungsrat müsste als Konsequenz in denjenigen Gemeinden, die Abstimmungshilfen versenden, aufsichtsrechtlich einschreiten. Das wäre ein grosser Verlust nicht nur für die jungen Mitbürgerinnen und -bürger, sondern auch für die Demokratie ganz allgemein. Betroffen wären vor allem die Gemeinden Cham und Baar: Sie könnten die angedachten Abstimmungshilfen nicht einführen.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** teilt mit, dass die Kommission orientiert wurde, die Gemeinden Cham und Hünenberg würden bereits solche Massnahmen umsetzen. Die Direktorin des Innern hat nun mit aufsichtsrechtlichen Massnahmen gegen diese Gemeinden gedroht. Allerdings hat die Kommission bereits festgehalten, dass die Direktion des Innern bzw. die Regierung, wenn diese Massnahmen tatsächlich widerrechtlich sein sollten, ihre Aufsichtspflicht bisher nicht richtig wahrgenommen hätte. Dann hätte man nämlich längst intervenieren müssen. Diese Argumentation der Direktorin des Innern ist also nicht wirklich stichhaltig.

Für **Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, wäre es nicht verhältnismässig, wenn die Regierung vor dem Hintergrund, dass ein politischer Vorstoss sie beauftragt, eine Gesetzesänderung genau in die beanstandete Richtung vorzunehmen, als Aufsichtsorgan gegen diese Gemeinden vorgehen würde. Die Regierung wäre aber wirklich froh, wenn die gesetzliche Grundlage geschaffen würde, dass die Gemeinden solche Massnahmen umsetzen können.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat heisst den Antrag des Regierungsrats mit 39 zu 32 Stimmen gut.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich eine Abstimmung über den Eventualantrag somit erübrigt.

*§ 11 Abs. 2*
*§ 15 Abs. 3*
*§ 15 Abs. 4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem jeweiligen Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 17 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die vorberatende Kommission beantragt, bei geltendem Recht zu bleiben. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker,** hält fest, dass die Kommission mit 10 zu 5 Stimmen beantragt, das geltende Recht beizubehalten. Sie betont, dass sich die ablehnende Haltung der Kommission nicht grundsätzlich gegen die Einführung von E-Voting richtet. Vielmehr geht es darum, der Kompetenzdelegation an den Regierungsrat nicht zuzustimmen. Die Regierung wollte sich mit der Anpassung von § 17 faktisch einen Blankoscheck zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe geben lassen, sofern technische, sicherheitstechnische und organisatorische Voraussetzungen erfüllt sind. Über die Kostenfolge hat die Regierung weder in ihrem Bericht und Antrag noch in der Kommission eine approximative Angabe machen können. Eine Zahl dazu ist nirgends zu finden. Für die Kommissionsmehrheit kommt es daher nicht in Frage, ein Unterfangen von derartiger Tragweite einfach via Budgetprozess abzuhandeln. Da macht es sich die Regierung zu einfach.
Die Mehrheit der Kommission, die das geltende Recht beibehalten will, verlangt einen separaten, ausgereiften KRB, der Folgendes beinhaltet: konzeptionelles Vorgehen, Antworten auf Fragen zum Datenschutz, zur Manipulation und zur Partizipation der Gemeinden, volle Kostentransparenz. Vor allem soll aber auch abgewartet werden, bis bundesrechtliche Weisungen vorliegen. Die Kommissionsminderheit hingegen erachtet es als unverständlich, im Zeitalter der Digitalisierung abzuwarten, dies umso mehr, als die Gemeinden eine baldige Einführung des E-Votings wünschen. Das zeigen auch die Vernehmlassungen.
Weil die meisten Kommissionsmitglieder die Einführung des E-Votings nicht grundsätzlich ablehnen und um sich ein Bild über die in anderen Kantonen laufenden Pilotversuche zu machen, hat die Kommission zwei Fachpersonen angehört. Zu Gast waren Philipp Egger, Stabsmitarbeiter sowie Leiter Information und Organisation im Kanton St. Gallen und dort mit dem Pilotversuch beauftragt, sowie die hiesige Datenschutzbeauftragte Claudia Mund. Die St. Galler Erfahrungen zeigen ein durchaus positives Bild. Ebenso sieht Claudia Mund die damit verbundenen datenrechtlichen Belange als implizierbar. Beide haben den Kommissionsmitgliedern einen Einblick in die sehr komplexe Materie vermitteln können. Gewisse Bedenken konnten entkräftet und kritische Fragen zufriedenstellend und kompetent beantwortet werden.
Die Kommission teilt die Auffassung der Regierung, dass man im Zeitalter der Digitalisierung nicht auf E-Voting verzichten werden könne. Diese Dienstleistung ist den Bürgerinnen und Bürgern anzubieten. Die Kommission verlangt eine separate Vorlage, da sie will, dass der Rat bei gewissen Parametern mitreden kann. Die Präsidentin der vorberatenden Kommission bittet die Ratsmitglieder, diesem Vorgehen zuzustimmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, weist darauf hin, dass es im Bericht und Antrag der Regierung auf Seite 6 unter «Finanzielle Auswirkungen» heisst, diese Teilrevision habe keine direkten finanziellen Auswirkungen. Damit erhält der Bericht der Regierung von der Staatswirtschaftskommission klar das Prädikat ungenügend. Wie im Bericht ausgeführt, würde die Einführung eines elektronischen Systems mindestens 3 bis 5 Millionen Franken kosten, wobei in diesem Betrag die Folgekosten, die Personalkosten für die Einführung, die Kosten für die Wartung etc. noch nicht berücksichtigt sind. Aus diesem Grund argumentiert

die Staatswirtschaftskommission gleich wie die vorberatende Kommission: Es kommt nicht in Frage, einen Blankocheck auszustellen. Erforderlich sind eine Vorlage, wie das bei dieser finanziellen Dimension üblich ist, sowie ein Konzept. Auch muss aufgezeigt werden, welche personellen Ressourcen notwendig und welche Folgekosten zu erwarten sind. Die Staatswirtschaftskommission unterstützt deshalb vollumfänglich den Antrag der vorberatenden Kommission.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion beim geltenden Recht bleiben will, also den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt. Das heisst nicht, dass sie auf die Bremse stehen will. Sie möchte das E-Voting vorantreiben und fordert die Regierung explizit auf, dessen Einführung fortlaufend zu prüfen. Die SP anerkennt aber, dass es verschiedene offene Fragen gibt, weshalb sie − wie gesagt − dem Antrag der vorberatenden Kommission folgt.

**Barbara Häseli** spricht für die CVP-Fraktion. Diese lehnt den Antrag des Regierungsrats für die Bewilligung der elektronischen Stimmabgabe ab und unterstützt die Kommission. Störend ist vor allem der Blankocheck, nachdem die Regierung nicht einmal die Möglichkeit für E-Voting-Versuche genutzt hat, wie sie das gemäss Gesetz schon lange machen könnte. Die CVP-Fraktion erwartet eine konkrete Vorlage, wenn die Regierung die technologischen, sicherheitstechnischen und organisatorischen Voraussetzungen als erfüllt erachtet. Dazu gehören auch ein konkretes Preisschild und ein Fahrplan für die Umsetzung. Zu berücksichtigen ist vor allem auch die bundesweite Entwicklung. Dort herrscht derzeit noch ein Wildwuchs an unterschiedlichen Lösungen. Zudem spricht der Bund schon seit Jahren von der Einführung einer elektronischen Identität, also einer E-ID. Damit könnten die derzeit noch massiv vorhandenen Medienbrüche vermieden werden. Aber auch diese E-ID ist noch lange keine Tatsache. Es gibt also keinen Grund, beim E-Voting irgendwohin vorzupreschen, wenn man die Richtung noch gar nicht kennt.

**Michael Riboni** hält fest, dass auch die SVP-Fraktion den Antrag der Kommission und damit die Beibehaltung des geltenden Rechts unterstützt. Man verschliesst sich nicht vor Innovationen, auch nicht im digitalen Bereich. Es gilt aber, aufzupassen, dass mit Schlagworten wie Digitalisierung nicht einfach alles Neue blind und vorbehaltlos gerechtfertigt wird. Dies darf schon gar nicht geschehen, wenn es um das Gut der Demokratie geht, um den Anspruch nach ordnungsgemässen Wahlen und Abstimmungen sowie nach unverfälschter und geheimer Stimmabgabe. Man sollte innovativ, aber nicht naiv sein. Entsprechend ist zum heutigen Zeitpunkt die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe abzulehnen. Die Zeit hierfür ist noch nicht reif. Die Sicherheitsbedenken sind noch zu gross, man denke an Themen wie Cyberkriminalität und Hackerangriffe. Es müssen nun die Entwicklungen auf Bundesebene beobachtet und Erfahrungswerte gesammelt werden. Für die definitive Einführung des E-Votings braucht es dann sowieso eine separate, referendumsfähige Kantonsratsvorlage, in der Kosten und technische sowie sicherheitsrelevante Details ausgewiesen sind. Eine Kompetenzdelegation, wie sie der Regierungsrat beantragt, lehnt die SVP bei einem so weitreichenden Entscheid ab. Bei dieser aus demokratischer Sicht sensiblen Frage kann und darf das Stimmvolk nicht aussen vor gelassen werden.

**Marcel Peter** spricht für die FDP-Fraktion. Der Bereich E-Voting hat ein sehr grosses Potenzial, und sicherlich werden in der Zukunft gerade auch viele junge Erwachsene auf diesem Weg ihre demokratischen Rechte wahrnehmen. Die Thematik E-Voting ist so wichtig, dass sie eine eigene Vorlage verdient. In einer separaten

Vorlage kann dann detailliert über Datenschutz, Technik und Kosten diskutiert werden. Im Bericht und Antrag der Regierung steht: «Wird die Möglichkeit zur Einführung der elektronischen Stimmgabe […] umgesetzt, dürfte dies mit einem finanziellen Aufwand verbunden sein.» *Ja, bravo,* nun wissen die Ratsmitglieder aber Bescheid. Dies zeigt die Qualität der derzeitigen Diskussion. Klar ist, dass mit dem Sammelsurium «WAG übrige» noch nicht das richtige Gefäss für dieses wichtige Anliegen gefunden wurde. Dass man heute nicht weiss, was die Geschichte dereinst kosten könnte, ist an sich kein Problem. Schlimm wäre nur, wenn der Rat heute der Regierung einen Blankocheck ausstellen würde, damit diese dann im stillen Kämmerlein entscheiden kann, wann sie das E-Voting einführen möchte.
Der Kanton kann nichts gewinnen, wenn er hier eine Pionierrolle übernimmt. In Bern arbeitet man derzeit an einer Weisung, und wer hier vorausrennt, riskiert, schon bald zurückrennen zu müssen. Auch aufgrund der finanziellen Ausgangslage ist es nicht angebracht, Investitionen, die sich ohne weiteres verschieben lassen, jetzt zu tätigen. Entsprechend folgt die FDP-Fraktion dem Antrag der Kommission, § 17 des WAG beim heutigen Wortlaut zu belassen. Die FDP ist keineswegs gegen das System E-Voting; es soll kommen, aber mit einem sauberen und der Sache würdigen Prozess und einem entsprechenden Kantonsratsbeschluss, inklusive eigener Vernehmlassung, Aufzeigen der Kosten und allem, was dazu gehört.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG. Es wäre zu begrüssen, wenn der Regierungsrat bereits jetzt die Kompetenz erhalten würde, bei erfüllten Voraussetzungen die Einführung der elektronischen Stimmabgabe definitiv beschliessen zu können. Ein Gegenargument war, dass die Regierung dem Rat, wenn es so weit ist, eine Vorlage unterbreiten soll, bevor Systeme und Weiteres angeschafft werden. Doch die Regierung hat heute die Kompetenz, Versuche durchzuführen. Dafür braucht es genau dieselben Systeme und dieselbe Infrastruktur wie für einen Regelbetrieb. Daher kann die Regierung heute schon entsprechende Investitionen tätigen.
Ein weiteres Gegenargument war, dass die aktuellen Systeme noch nicht sicher genug seien. Absolute Sicherheit gibt es nicht, und zwar nirgends. In der Kommission wurde das E-Voting vorgeführt, und die Kommissionsmitglieder haben insbesondere hinsichtlich der Sicherheitsaspekte Fragen gestellt. Es zeigte sich, dass es beim aktuellen brieflichen Verfahren einfacher und ressourcenschonender wäre, eine Wahlfälschung zu begehen. Die Verschlüsselungen und entkoppelten Systeme des E-Votings zu umgehen, ist aufwendiger. Ein letztes mögliches Gegenargument war, dass der Rat bei der Einführung eines solchen Systems auch noch etwas dazu sagen will. Es ist zu bezweifeln, dass die Ratsmitglieder die technische Kompetenz haben, substanziell etwas beitragen zu können. Der Votant selbst hat diese Kompetenz nicht. Doch sollte es zu einem KRB kommen, müssen sich die Ratsmitglieder diese Kompetenz aneignen. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Regierung zustimmen. Sollte dies nicht geschehen, bittet er die Regierung, möglichst bald den Weg eines KRB mit entsprechender Vorlage anzugehen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, nimmt das Positive vorweg: Es freut sie, dass sich niemand grundsätzlich gegen das E-Voting geäussert hat. Zur Diskussion steht die Kompetenz für dessen definitive Einführung. Wie gehört, hat der Regierungsrat bereits heute die Kompetenz für örtlich, zeitlich oder sachlich begrenzte Versuche. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest, auch die Kompetenz für die definitive Einführung von E-Voting zu erhalten. Dessen baldige Einführung ist ein grosses Anliegen sowohl des Bundes als auch der Zuger Gemeinden. Im Herbst 2017 haben sich eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Parteien an die Kantone gewandt mit dem Anliegen,

E-Voting bald einzuführen. Die elektronische Stimmabgabe ist ein hoch aktuelles Thema. In verschiedenen Kantonen laufen erfolgreiche Projekte. Der Kanton Zug sollte sich dieser Entwicklung nicht verschliessen, sondern sich für den Moment bereithalten, in dem eine definitive Einführung der elektronischen Stimmabgabe möglich ist. Zu allfälligen sicherheitstechnischen Bedenken ist zu betonen, dass dieser Aspekt auch dem Regierungsrat ausserordentlich wichtig ist. § 17 Abs. 1 WAG legt deshalb explizit fest, dass der Regierungsrat die elektronische Stimmabgabe nur unter Erfüllung der technischen, sicherheitstechnischen und organisatorischen Voraussetzungen bewilligt. Unter Berücksichtigung dieser Voraussetzungen ist die Zeit reif für die Schaffung der entsprechenden Gesetzesgrundlage.
Fast jedes IT-Projekt kostet sehr schnell einige Millionen Franken, und es gibt dazu nicht jedes Mal eine Vorlage. Das vorliegende Projekt ist im IT-Projektfolio enthalten, wobei der Kantonsrat via Budgetkredit kürzen, streichen oder bewilligen kann. Der Kanton Zug möchte hier keineswegs eine Pionierrolle wahrnehmen, sonst hätte der Regierungsrat schon längst einen Pilotversuch durchgeführt – was er ganz bewusst nicht getan hat. Er möchte vielmehr abwarten, bis die gesetzlichen Grundlagen beim Bund klar sind und die Auswertungen der bisherigen Pilotprojekte vorliegen. Zu bedenken ist auch, dass zwar immer gewünscht wird, eine solche Möglichkeit sofort zur Verfügung zu haben, wenn alle Fragen geklärt sind, eine Gesetzesänderung aber gegen drei Jahre dauert. Es würde also viel Zeit brauchen, bis der Kantonsrat dem Regierungsrat die Kompetenz für die definitive Einführung von E-Voting erteilen könnte. Der Regierungsrat bittet deshalb, seinem Antrag zu folgen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat heisst den Antrag der vorberatenden Kommission und der Staatswirtschaftskommission mit 42 zu 23 Stimmen gut und beschliesst, geltendes Recht beizubehalten.

*§ 19 Abs. 1 Bst. b*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 30a*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat einen Zusatzantrag stellt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat den **Antrag** stellt, einen neuen § 30a mit der Überschrift «Ablauf von Fristen an Feiertagen» zu schaffen. Der Wortlaut ist wie folgt: «Fallen die in den §§ 31 Abs. 1, 33 Abs. 3, 35 Abs. 1 und 3, 36 Abs. 1, 52 Abs. 4, 56 Abs. 3 und 60 Abs. 2 Satz 2 genannten Wochentage auf einen Feiertag gemäss § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege vom 26. August 2010 (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG; BGS 161.1), so verschieben sich die jeweiligen Fristen und Termine auf den nächst folgenden Werktag, 12.00 Uhr.» Wenn wie im Jahr 2018 der 1. August auf einen Mittwoch fallen würde oder auch ein anderer Feiertag betroffen wäre, so würden sich somit die Fristen auf den folgenden Werktag um 12 Uhr verschieben.

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission nach Abschluss der Beratungen noch keine Kenntnis von diesem Antrag hatte. Die Direktion des Innern hat die Kommissionspräsidentin jedoch in der vergangenen Woche darüber informiert, dass die Regierung den Antrag stellen wird. Die Kommission hat via Zirkularweg eine Konsultativabstimmung vorgenommen. Die Abstimmung konnte nur konsultativen Charakter haben, da der Antrag erst jetzt formell gestellt wurde. Die Kommission empfiehlt dem Rat einstimmig, dem Paragrafen zuzustimmen.

**Andreas Hausheer** erkundigt sich bei der Direktorin des Innern, wann sie die Fristen endlich im Griff haben werde. Vor drei, vier Jahren lag eine Motion zu den Ständeratswahlen vor. Jetzt wurde eine Vorlage erarbeitet, und man merkt plötzlich, dass es irgendwann einen 1. August gibt, als ob dieser erst seit vorgestern bestehen würde. Es fragt sich, wann die Direktorin des Innern mit ihren Heerscharen von Juristinnen und Juristen die Fristen im Griff haben wird. Dieser Antrag kommt wie ein Hüftschuss daher. Die Regierung soll ihren Antrag auf die zweite Lesung hin stellen. Dann kann sich der Rat darüber unterhalten. Der Votant stellt den **Antrag,** den Antrag der Regierung abzulehnen.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat genehmigt mit 42 zu 18 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

*§ 31 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Rat soeben den Antrag des Regierungsrats gutgeheissen und einen neuen § 30a geschaffen hat. Als Folge davon muss § 31a Abs. 2 aufgehoben werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*§ 33 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, auf dem Wahlvorschlag die Unterschrift der kandidierenden Person bei den Unterschriften der vorschlagenden Stimmberechtigten mitzuzählen. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 33 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 34*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Rat diese Norm bereits in einer separaten Vorlage beraten hat.

*§ 37 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission eine neue Fassung beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission nicht an, er will am geltenden Recht festhalten.

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass sich die Kommission eine Präzisierung dieses Absatzes wünscht. Es ist ein Anliegen der Kommission, dass gewisse Spielchen mit neuen Namenskonstruktionen vermieden werden können. Denkbar wäre zum Beispiel, dass sich die SVP plötzlich «allerbeste SVP» nennen könnte. Dann hätte sie die Liste 1 vor den Alternativen. Solche Spiele möchte die Kommission vermeiden. Aber es gibt sicherlich wichtigere Anliegen als dieses.

**Barbara Häseli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion diese Änderung grossmehrheitlich ablehnt und dem Regierungsrat folgt. Vorhin wurde darüber gesprochen, welche Scheinprobleme im Rat beraten werden, und hier handelt es sich ebenfalls um ein Scheinproblem. Mit Planungssicherheit hat das sehr wenig zu tun. Und wenn man schon an die Mündigkeit des Wählers appelliert, kann man auch davon ausgehen, dass dieser den ganzen Wahlfächer öffnen kann und seine Liste findet. Es gibt ja auf den unterschiedlichen Ebenen je nach Stärke auch unterschiedliche mögliche Listenplätze. Bei den Wahlen für den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug hätte eine Partei vielleicht Liste Nr. 4, weil sie vier Jahr zuvor viertstärkste Partei war. Kantonal hätte dieselbe Partei hingegen Liste Nr. 2. Es ist fraglich, ob es der Sicherheit des Bürgers zuträglich wäre, wenn er innerhalb von 50 Metern an zwei Plakaten mit unterschiedlichen Listennummern einer Partei vorbeigeht.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Die Haltung der CVP ist erstaunlich. Die Nummer eins lehnt es ab, die Nummer eins zu sein. Die Regelung hat sich im Kanton Zürich seit vielen Jahrzehnten sehr bewährt. Es ist eine grosse Hilfe für die Parteien, und zwar auch für die kleinen. Diese können sich mit einer Zahl zusätzlich profilieren. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

**Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die ALG das geltende Recht unterstützt und die alphabetische Reihenfolge der Listen beibehalten möchte. In der Kommission wurde nur über das Vorgehen abgestimmt, aber nicht darüber, was es inhaltlich bedeuten könnte. Deshalb kam der Zirkularbeschluss mit 15 zu 0 Stimmen zustande. Für wirkliche Planungssicherheit und auch mehr Klarheit sorgt es, wenn man bisheriges Recht weiterführt. Dies wird im Kanton Zug seit Jahrzehnten gepflegt, und es hat sich bewährt. Das heisst, die Listen sollen weiterhin konsequent von A bis Z alphabetisch aufgeführt werden. Man sollte jetzt kein *Chrüsimüsi* veranstalten, damit beinahe eine Doktorarbeit nötig wird, um eine neue Reihenfolge zu kreieren.

**Jean-Luc Moesch** bezieht sich auf das Votum von Philip C. Brunner und hält fest, dass man sich eben nicht im Kanton Zürich befindet. Und was die Aussage betrifft,

dass die CVP die Nummer eins ist: Ja, das stimmt, und die CVP wird auch die Nummer eins bleiben. Aber die Auszeichnung mit einer Nummer ist dafür nicht notwendig. *(Der Rat lacht.)*

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat ebenfalls beantragt, am geltenden Recht festzuhalten. Nach geltendem Recht werden die Listen bei Proporzwahlen in alphabetischer Reihenfolge nach den Anfangsbuchstaben der Titel aufgeführt. Es handelt sich dabei um eine praktikable und verständliche Lösung, die nicht wertend ist. Nach dem Antrag der Kommission würden die stärkeren Parteien auf den Wahllisten bevorzugt aufgeführt. Dies schafft Rechtsungleichheiten gegenüber kleineren Parteien und Gruppierungen. Im Sinne der Wahlgerechtigkeit ersucht der Regierungsrat den Rat, den Antrag der Kommission abzulehnen und am fachlich gerechtfertigten geltenden Recht festzuhalten.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat genehmigt mit 41 zu 28 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und beschliesst damit, geltendes Recht beizubehalten.

*§ 41 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 43 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die vorberatende Kommission eine neue Fassung beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 51 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die vorberatende Kommission dem Regierungsrat anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission materiell den Antrag des Regierungsrats übernimmt, aber die Streichung der Formulierung «in der Regel» beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Version der vorberatenden Kommission.

*§ 52 Abs. 4*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Rat vorhin den Antrag des Regierungsrats gutgeheissen und einen neuen § 30a geschaffen hat. Somit muss § 52 Abs. 2 nicht geändert werden. Es bleibt beim geltenden Recht. Die vorberatende Kommission schliesst sich dem Regierungsrat an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52a Abs. 1*
*§ 56 Abs. 3a*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 57 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission materiell den Antrag des Regierungsrats übernimmt, aber die Streichung der Formulierung «in der Regel» beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Version der vorberatenden Kommission.

*§ 58 Abs. 1 und 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die vorberatende Kommission die Beibehaltung des geltenden Rechts beantragt**.**

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, verweist auf Bericht und Antrag der Kommission.

**Anastas Odermatt** stellt den **Antrag,** dass der Kantonsrat die Gültigkeit der Regierungs- und Richterwahlen feststellt, der Regierungsrat seinerseits die Gültigkeit der Kantonsrats- und Ständeratswahlen. Es handelt sich um eine Frage von *Good Governance:* Man soll seine eigene Wahl nicht selbst feststellen können. Daher soll auch der Kantonsrat nicht seine eigene Wahl validieren. Das sollte die Aufgabe einer anderen Gewalt sein. Dass der Regierungsrat dies übernimmt, scheint am sinnvollsten, da er entsprechende Entscheidungsstrukturen hat und entsprechende politische Abstützung geniesst. Bei den Ständeratswahlen ist die Argumentation der Regierung hinsichtlich Fristeneinhaltung nachvollziehbar. Dies ist höher zu gewichten. Wichtig ist die sachliche Feststellung, dass die Wahl der vom Stande Zug ausgesandten Ständeräte korrekt verlaufen ist. Dies kann auch die Regierung übernehmen. Die Validierung der Richterwahlen soll aber weiterhin Aufgabe des Kantonsrats sein, denn im Kantonsrat ist die parteipolitische Abstützung breiter als in der Regierung. Zudem geht es bei den Richterwahlen um die dritte Gewalt im Kanton und nicht um Gesandte wie beim Ständerat. Der Votant dankt den Ratsmitgliedern, wenn sie seiner Argumentation folgen.

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, verweist auf die Synopse. Dort ist ersichtlich, dass die Regierung eigentlich eine Kompetenzverlagerung beantragt. Oder sie wünscht sich dies zumindest. Die Kommission unterstützt diese Verschiebung der Kompetenz nicht. Ihr ist eine saubere Gewaltentrennung im Sinne einer *Good Governance* ebenfalls wichtig. Es wurde in der Kommission über verschiedene Anträge abgestimmt, obsiegt hat der Antrag, der in der dritten Spalte der Synopse aufgeführt ist. Die Kommissionspräsidentin ist jedoch der Meinung, dass der Antrag von Anastas Odermatt noch besser ist.

**Andreas Hausheer** stellt den **Antrag,** dass der Regierungsrat die Gültigkeit der Kantonsratswahlen feststellt. Der Kantonsrat seinerseits stellt die Gültigkeit der Regierungsrats-, Ständerats- und Richterwahlen fest.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass diese Debatte bereits in der Kommission geführt wurde. Die Frage ist, ob der Regierungsrat nur die Kantonsratswahlen feststellt, wie dies Andreas Hausheer unterstützt. Der Votant hingegen hat beantragt, dass der Regierungsrat auch die Ständeratswahlen validiert, und zwar aus zeitlichen Gründen, wie Regierung in ihrem Bericht ausgeführt hat. Die Gültigkeit der Richterwahlen festzustellen, soll hingegen weiterhin in der Kompetenz des Kantonsrats und nicht des Regierungsrats liegen.

Landschreiber **Tobias Moser** äussert sich zum Abstimmungsvorgehen. Bis und mit Antrag von Anastas Odermatt hätte er eine Dreifachabstimmung vorgeschlagen, nun ist ein anderes Vorgehen sinnvoller. Es gibt vier staatliche Organe bzw. Vertretungen, deren Wahl es zu validieren gilt: Kantonsrat, Regierungsrat, Gerichte, Ständerat. Die Abstimmungen können modular abgehandelt werden. Das heisst, es kann jeweils eine Abstimmung darüber abgehalten werden, wer die Validierung bei den Kantonsratswahlen vornehmen soll, wer bei den Regierungsrats-, wer bei den Richter- und wer bei den Ständeratswahlen. Der bisherigen Diskussion war zu entnehmen, dass Einigkeit darüber herrscht, dass der Kantonsrat die Validierung der Richterwahlen vornehmen soll. Dies müsste nicht zur Abstimmung gebracht werden. Das Ergebnis der ersten Lesung wird für die Ratsmitglieder dann in einer wunderschönen Fassung von § 58 Abs. 1 dargestellt. *(Der Rat lacht.)*

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat beschliesst mit 36 zu 33 Stimmen, dass der Kantonsrat die Gültigkeit der Kantonsratswahlen feststellt.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat beschliesst mit 65 zu 1 Stimmen, dass der Kantonsrat die Gültigkeit der Regierungsratswahlen feststellt.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat beschliesst mit 69 zu 0 Stimmen, dass der Kantonsrat die Gültigkeit der Richterwahlen feststellt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bittet die Ratsmitglieder, die Validierung der Ständeratswahlen dem Regierungsrat zu übergeben. Grund dafür ist, dass die gewählten Ständeratsmitglieder Anfang Dezember gültig gewählt sein müssen, damit die Vereinigte Bundesversammlung für die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates komplett ist. Bei der Feststellung der Gültigkeit der Zuger Ständeratswahlen kann es wegen der Fristen im kantonalen Recht auf einzelne Tage ankommen. Der Regierungsrat sollte deshalb wirklich die Kompetenz haben,

für die Validierung der Zuger Vertretungen in der Kleinen Kammer rasch Rechtssicherheit schaffen zu können.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat beschliesst mit 45 zu 23 Stimmen, dass der Kantonsrat die Gültigkeit der Ständeratswahlen feststellt.

*§ 59 Abs. 1*
*§ 61 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die vorberatende Kommission den Anträgen des Regierungsrats anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 62 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission materiell den Antrag des Regierungsrats übernimmt, aber die Streichung der Formulierung «in der Regel» beantragt. Der Regierungsrat schliesst sich der Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Version der vorberatenden Kommission.

*§ 63a Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die vorberatende Kommission dem Regierungsrat anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 67 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat eine Beschwerdefrist von drei Tagen beantragt. Die vorberatende Kommission beantragt eine Beschwerdefrist von zehn Tagen. In beiden Fällen ist der Beginn des Fristenlaufs im Gesetz definiert: Die Frist beginnt spätestens mit der amtlichen Veröffentlichung im Amtsblatt zu laufen.

**Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die ALG den **Antrag** stellt, bisheriges Recht beizubehalten. Die Fristen sollen nicht geändert werden. Sie haben bisher funktioniert, und es drängt sich keine Änderung auf.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass die Regierung den Rat ersucht, eine dreitägige Frist sowohl für die Wahlen als auch für die Abstimmungen festzulegen. Rechtsstreitigkeiten betreffend Wahlen und Abstimmungen müssen schnell entschieden werden können, um allfällige Unregelmässigkeiten beheben und bereits durchgeführte Abstimmungen oder Wahlen gegebenenfalls neu ansetzen zu können. Einheitliche Rechtsmittelfristen führen zu Klarheit und Rechtssicherheit. Indem die Publikation im Amtsblatt eine fristauslösende Wirkung

entfaltet, haben die Beschwerdeführenden ab dem Tag des Urnengangs bis zu acht Tage Zeit für die Beschwerdeführung: fünf Tage bis zur Publikation im Amtsblatt am Freitag plus drei Tage Beschwerdefrist. Bei Gemeindeversammlungen, die am Montag bzw. am Dienstag stattfinden, beträgt die Beschwerdefrist entsprechend sieben bzw. sechs Tage. Unter diesen Gesichtspunkten scheint eine dreitägige Frist durchaus vertretbar. Deshalb bittet der Regierungsrat um Unterstützung für diese Frist.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** erläutert, wieso die Kommission einstimmig eine Fristverlängerung auf zehn Tage beantragt. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass die Frist auch für Gemeindeversammlungsbeschlüsse gilt und drei Tage für die Bürgerin oder den Bürger zu kurz seien, wenn sie bzw. er noch einen Anwalt konsultieren muss. Die Direktion des Innern weist auf die fristauslösende Wirkung der Amtsblattpublikation hin, was den beschwerdeführenden Personen mehr Zeit für die Beschwerdeführung gebe. Die Kommission war sich jedoch einig, dass es bürgerfreundlicher ist, die Frist etwas länger anzusetzen. Die Kommissionspräsidentin ersucht um Unterstützung für den Antrag der Kommission.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass wie folgt vorgegangen wird: Gemäss § 76 GO KR wird zuerst der Antrag des Regierungsrats mit der Frist von drei Tagen dem Antrag der Kommission mit der Frist von zehn Tagen gegenübergestellt. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag der ALG auf geltendes Recht gegenübergestellt.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat genehmigt mit 0 zu 66 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission und spricht sich für eine Frist von zehn Tagen aus.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat lehnt den Antrag der ALG auf Beibehaltung geltenden Rechts mit 42 zu 25 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag der vorberatenden Kommission mit der neuen Fristenregelung von zehn Tagen.

*§ 67a Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat bei § 58 den Hauptantrag der vorberatenden Kommission unterstützt hat. Aus prozessrechtlichen Gründen ist daher § 67a Abs. 1 gemäss Antrag der vorberatenden Kommission zu verabschieden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 69 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die vorberatende Kommission dem Regierungsrat anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

***Teil II*** *(Fremdänderungen)*

***Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR)***

*§ 3 Abs. 1 und 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Rat bei § 58 WAG den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt hat. Daher bleibt es bei § 3 Abs. 1 und 2 GO KR gemäss Antrag der vorberatenden Kommission beim geltenden Recht.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

***Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz)***

*§ 34 Abs. 4*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, keine neue Norm zu schaffen.

**Michael Riboni** spricht für die SVP-Fraktion und hält fest, dass der Rat die Abstimmungshilfe für junge Erwachsene beschlossen hat. Diesen Entscheid gilt es selbstverständlich zu respektieren. Weitere Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation von jungen Erwachsenen braucht es jedoch nicht. Der regierungsrätliche Vorschlag ist überdies einmal mehr ein Paradebeispiel für eine Generalklausel, unter die dann später alle nur irgendwie denkbaren Massnahmen im Bereich der politischen Partizipation von Jugendlichen subsumiert werden können. Der Regierungsrat könnte Massnahme um Massnahme beschliessen, die entsprechende gesetzliche Grundlage läge mit dem neuen Paragrafen im Sozialhilfegesetz ja vor. Die Folge dieser Generalklausel wären Kosten, und zwar gebundene Kosten. Das kann es nicht sein. Der Votant bittet deshalb namens der SVP-Fraktion, den Vorschlag der Regierung abzulehnen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG und hält fest, dass es um den zweiten Teil des Motionsanliegens von Laura Dittli geht, und zwar darum, dass der Kanton auch weitere Massnahmen ergreifen kann, um die Partizipation der Jugendlichen am politischen Geschehen zu erhöhen. Die ALG unterstützt den Antrag der Regierung einstimmig. Inhaltlich hat sich der Votant bereits bei der Debatte um § 8 WAG geäussert. Er bittet die Ratsmitglieder, sich für die Partizipation und Beteiligung von Jugendlichen und damit für eine starke demokratische Ausgestaltung des politischen Systems auszusprechen.

**Herbert Schuler** hält fest, dass dieser Paragraf es ermöglicht, beispielsweise den Jugendpolittag durchzuführen. Alle Parteien nehmen jeweils daran teil, und alle haben ein Interesse daran, den Austausch mit Jugendlichen zu fördern und zu leben. Der Votant erinnert an den noch offenen parlamentarischen Vorstoss für ein Jugendparlament. Auch das wäre eine Möglichkeit, die politische Partizipation von Jugendlichen zu fördern. Der Votant bittet den Rat, den Antrag der Regierung zu unterstützen.

**Michael Riboni** weist darauf hin, dass es den Jugendpolittag bereits gibt − auch ohne diese gesetzliche Grundlage. Man wird ihn weiterhin durchführen können, er

ist keineswegs gefährdet. Hier aber geht es um weitere Massnahmen, die beschlossen werden sollen. Die SVP-Fraktion akzeptiert den Entscheid betreffend Abstimmungshilfe, es braucht aber keine weiteren Massnahmen.

**Andreas Hausheer** möchte wissen, unter welchem Titel der Jugendpolittag bisher unterstützt wurde. Illegal wird diese Unterstützung ja nicht gewesen sein. Wurde sie einfach stillschweigend akzeptiert? Oder anders gesagt: Braucht es diese gesetzliche Grundlage, oder braucht es sie nicht?

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass es auch hier um das zweite Anliegen der Motion von Laura Dittli geht. Der Kantonsrat hat diesen Vorstoss gutgeheissen und dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, eine entsprechende Gesetzesänderung vorzunehmen. Der Regierungsrat hat die Vorlage nun ausgearbeitet und beantragt, dem Anliegen − wie vom Kantonsrat eigentlich gewünscht − zuzustimmen. Es ist im Sinne einer lebendigen, aktiven Demokratie wichtig, dass die jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger der Urne nicht fernbleiben, Deshalb soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Kanton Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen unterstützen kann. Zu beachten ist, dass es sich um eine «Kann»-Formulierung handelt; es besteht also keine Verpflichtung. Zudem werden aufgrund der engen Formulierung keine Rechtsgrundlagen für eine inhaltlich weitgehende Jugendförderung ohne Bezug zur politischen Bewusstseinsbildung und politischen Integration geschaffen. Die Chance zur Förderung der politischen Teilhabe sollte aber ergriffen werden. Der Regierungsrat bittet deshalb, dem Antrag zuzustimmen. Im Übrigen handelt es sich nicht − wie ausgeführt wurde − um eine gebundene Ausgabe, dies schon wegen der «Kann»-Formulierung. Bezüglich Jugendpolittag hält die Direktorin des Innern fest, dass die Jugendförderung bereits heute im Gesetz festgeschrieben ist, der Jugendpolittag also nicht gefährdet ist. Die politische Förderung von Jugendlichen ist hier aber noch explizit festgehalten.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat genehmigt mit 39 zu 30 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission und spricht sich damit gegen die Schaffung eines neuen § 34 Abs. 4 aus.

***Teil III*** *(Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

***Teil IV*** *(Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 10

953 **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Ersatz und Erweiterung der übergeordneten Kommunikation und Leittechnik für Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen der Kantonsstrassen**

Vorlagen: 2766.1 - 15512 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2766.2 - 15513 (Antrag des Regierungsrats); 2766.3 - 15631 (Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer); 2766.4 - 15648 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Gander,** Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer, hält fest, dass das Geschäft an der Kommissionssitzung vom 20. November 2017 beraten wurde. Es waren zehn Kommissionsmitglieder anwesend. Ein Dank für die gute und konstruktive Zusammenarbeit gebührt dem Baudirektor. Der Kommissionsbericht wurde den Ratsmitgliedern wie gewohnt vorgängig zugestellt, daher beschränkt sich der Kommissionspräsident auf drei Punkte:

• Begriffserklärung: In der Vorlage wurden die Begriffe «Übergeordnetes Kommunikationssystem», «Leitsystem» und «Videomanagementsystem» verwendet. Beim übergeordneten Kommunikationssystem geht es um das physikalische Netzwerk, an das die Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen angebunden werden. Unter Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen versteht man z. B. Lichtsignalanlagen, Pumpwerke, aber auch Glatteisfrühwarnsysteme. Mit dem vorliegenden Projekt sollen im Bereich des physikalischen Netzwerks die Switchs ausgetauscht und Netzwerkknoten redundant aufgebaut werden. Des Weiteren wird die Schnittstelle zwischen dem Kommunikationssystem und dem Leitsystem ersetzt. Unter dem Leitsystem versteht man diejenige Komponente, die softwaremässig stattfindet, also dort, wo das Kommunikationssystem endet. Das Leitsystem überwacht sämtliche angeschlossenen Sicherheitsausrüstungen, wobei Störungen und Ausfälle detektiert werden können. Mit dem vorliegenden Projekt sollen in diesem Bereich die bestehenden Server durch redundante Systeme abgelöst werden. Die Kommunikationssysteme basieren auf standardisierten, industriellen Produkten. Es wird nichts Neues erfunden. Beim Videomanagementsystem handelt es sich um ein System, bei dem alle Kameras der zugerischen Kantonsstrassen in einem System zusammengefasst werden, was mit dem heutigen System nicht möglich ist. Dabei geht es um ein übergeordnetes System. Mit der Vorlage werden also die Mittel zur Verfügung gestellt, um eine übergeordnete Plattform zu erstellen. Das jeweilige Equipment, also die Kameras, ist in den Baukrediten für die Umfahrung Cham−Hünenberg bzw. die Tangente Zug/Baar enthalten.

• Zur Notwendigkeit: Den Kommissionsmitgliedern wurde aufgezeigt, dass die bisher in Betrieb stehenden Systeme das Ende ihrer Einsatzdauer erreicht haben. Es sind keine oder kaum mehr Ersatzteile für die Hardware verfügbar, und für die Software sind die notwendigen Updates nicht mehr erhältlich. Wenn die Systeme nicht ersetzt werden, führt dies dazu, dass sie in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt werden. Die einzelnen Systeme wie Lichtsignalanlage oder Pumpwerke werden nicht mehr miteinander vernetzt. Eine Lichtsignalanlage würde zwar dennoch autonom funktionieren, eine Störung würde aber nicht zentral angezeigt. Das Tiefbauamt wäre auf Meldungen der Verkehrsteilnehmenden angewiesen und müsste jedes Mal ausrücken, um eine Störung vor Ort festzustellen und zu beheben. Es wäre nicht möglich, Videosysteme an die bestehenden Systeme anzuschliessen.

• Zu den Kosten: Es sind Gesamtkosten von 1,9 Millionen Franken beantragt worden. Darin enthalten sind 250’000 Franken für die Erweiterung, damit die Videosysteme eingebunden werden können. Es wäre nicht möglich, diese 250’000 Franken losgelöst zu investieren, um das bestehende System zu erweitern. Die 1,9 Millionen Franken basieren auf einer Mehrwertsteuer von 8 Prozent. Die Ausgaben für den Unterhalt werden sich mit dem vorliegenden Projekt nicht erhöhen. Dazu sei auf den Bericht der Staatswirtschaftskommission verwiesen, die diesbezüglich noch zusätzliche Angaben bei der Baudirektion eingefordert hatte. Um bei der Staatswirtschaftskommission zu bleiben: Auch in der Tiefbaukommission wurde der Antrag gestellt, die Reserven in der Höhe von 160’000 Franken vollständig zu streichen, womit der Gesamtkredit auf 1,74 Millionen reduziert würde. Zu beachten sind die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze. Die Beratung in der Tiefbaukommission fand mit einem Steuersatz von 8 Prozent statt, diejenige in der Staatswirtschaftskommission mit 7,7 Prozent. Daher reduziert sich der Gesamtkredit beim Antrag der Staatswirtschaftskommission bei gleichzeitiger Streichung der 160’000 Franken Reserven auf 1,725 Millionen. Im Kommissionsbericht ist der Gesamtkredit mit 1,74 Millionen festgehalten. Mit einem zweiten Antrag wurde in der Tiefbaukommission gefordert, die Reserven um 100’000 Franken zu reduzieren. Der Baudirektor zeigte der Kommission auf, dass Reserven von 10 Prozent üblich sind und einen standardmässigen Wert darstellen. Des Weiteren argumentierte der Baudirektor wie folgt: Sollte sich bei den Eingaben im Submissionsverfahren zeigen, dass der Objektkredit überschritten wird, müsste dem Kantonsrat eine neue Vorlage unterbreitet werden. Damit würde wertvolle Zeit verloren gehen. Anders wäre es, wenn sich erst in der Realisierungsphase zeigen sollte, dass der Objektkredit nicht ausreicht. In diesem Fall würde eine Abweichungsbegründung bei der Genehmigung der Schlussabrechnung reichen, um die zusätzlichen Mittel einzuholen. Diese Argumente vermochten zu überzeugen. Der Antrag um vollständige Reduktion der Reserve wurde zugunsten des zweiten Antrags, der eine Reduktion um 100’000 Franken verlangte, zurückgezogen. Die Kommission lehnte den Antrag auf Reduktion der Reserve um 100’000 Franken jedoch mit 6 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung ab.
In letzter Zeit konnten bei Hoch- und Tiefbauen sehr gute Vergabeerfolge erzielt werden. Die Projekte liessen sich grossmehrheitlich mit den gewährten Krediten realisieren. Das vorliegende Projekt entspricht jedoch nicht einem klassischen Hochbau- oder Tiefbauprojekt. Es hat eher den Charakter eines IT-Projektes. Würde man die Reserven kürzen, ist die Gefahr, Zeit zu verlieren, grösser als die Chance, Geld zu sparen. Mit dem Kürzungsantrag würde man kein Geld sparen, denn die Reserven würden nur aktiviert, wenn sie tatsächlich notwendig wären, um die Projektvorgaben zu realisieren.
Die Kommission beantragt dem Rat, auf die Vorlage einzutreten und dem beantragten Gesamtkredit ohne Reduktion zuzustimmen. Die FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich dem Antrag der Kommission folgen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko die Vorlage an ihrer Sitzung vom 3. Januar 2018 beraten hat und einstimmig darauf eingetreten ist. Die Stawiko war erstaunt, dass für die im Kanton eingesetzten Kommunikations- und Leittechniksysteme nach nur etwas mehr als zehn Jahren Einsatz bereits keine Ersatzteile mehr beschafft werden können. Weil die Nutzungsdauer solcher Systeme immer kürzer wird, gestattet sich die Stawiko darauf hinzuweisen, dass Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen zurückhaltend getätigt werden sollen. Ein sicherer Betrieb muss jedoch gewährleistet sein.

Die Stawiko hat wie im vorangehenden Geschäft in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen wiederum Vorbehalte anzubringen. In der Tabelle im Bericht der Regierung fehlen Angaben über die Betriebskosten. Die Stawiko hat diese im Nachgang zu ihrer Sitzung in ihrem Bericht ergänzt. Die Betriebs- und Wartungskosten werden von der Baudirektion mit rund 80'000 Franken pro Jahr veranschlagt.
Die Stawiko beantragt, die Projektkosten um die Reserven zu reduzieren und diese auf 1'725'000 Franken (inkl. 7,7 Prozent MWST) festzusetzen. Die Mehrheit der Stawiko will, dass eher zurückhaltend beschafft werden soll, und ist der Meinung, dass die Kürzung vertretbar ist. Die Regierung argumentiert jeweils, dass mit der Streichung der Reserven nichts gespart werde. Die Stawiko ist da dezidiert anderer Meinung. Auf Reserven zu verzichten, heisst, sich nach der Decke strecken und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln Lösungen finden zu müssen.

**Rupan Sivaganesan** spricht für die SP-Fraktion. Er kann sich kurz fassen, da der Kommissionspräsident die wesentlichen Punkte bereits erläutert hat. Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage zu. Bereits jetzt können für die Kommunikations- und Leittechniksysteme aus dem Jahr 2005 keine Ersatzteile mehr beschafft werden. Somit sind künftig der Support und Unterhalt teilweise nicht mehr gewährleistet.
Verschiedenen Berichten konnte man entnehmen, dass die Nutzungs- und Lebensdauer von elektronischen Systemen immer kürzer wird. Deshalb appelliert die SP wie die Stawiko an die Baudirektion, nur noch diejenigen Elemente zu ersetzen oder zu installieren, die für einen sicheren Betrieb tatsächlich notwendig sind. Es braucht nicht überall einen «Zuger Finish».

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion. Zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau soll die in die Jahre gekommene Kommunikations- und Leittechnik für Kantonsstrassen ersetzt und gleichzeitig für die ersten zwei Tunnels des Kantons Zug erweitert werden. Eintreten war in der CVP-Fraktion umstritten: Nur eine knappe Mehrheit will auf die Vorlage eintreten. Einige Mitglieder bezweifeln, dass es nicht mehr möglich sein soll, die neu installierten Geräte eines Tunnels an das bestehende System anzubinden. Es wurde gefragt, ob hier nicht ein System mit zwar neuen, aber nicht wirklich nötigen, sondern eher in die Kategorie «Nice to have» gehörenden Anwendungen angeschafft werde. Weiter wurde die Frage gestellt, warum die komplette Anbindung des neuen Tunnels nicht bereits im Projekt Tangente Zug/Baar eingerechnet wurde. Müsste man hier nicht eher von einem Nachtragskredit zum Projekt Tangente Zug/Baar sprechen?
Wie gesagt: Eine knappe Mehrheit der CVP wird auf die Vorlage eintreten. In der Detailberatung wird sich eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion dem Antrag der Stawiko anschliessen, den Projektkredit um 160'000 Franken zu kürzen. Der CVP ist es wichtig, dass wirklich nur das Allernötigste angeschafft wird. Mit einer grossen Reserve besteht die Gefahr, dass man auch Anlageteile und Systemvarianten auswählt, die zwar toll und modern, aber eigentlich nur «nice to have» sind. Dies will die CVP unbedingt verhindern.

**Rainer Suter** spricht für die SVP-Fraktion. Diese sieht die Notwendigkeit für die neuen Betriebs- und Sicherheitsanlagen, insbesondere wegen der neuen Tunnels für die Tangente Zug/Baar und wegen der Umfahrung Cham-Hünenberg. Sie unterstützt aber den Antrag der Stawiko, den Kredit um die beantragten Reserven zu kürzen.

**Daniel Marti** hält fest, dass der Regierungsrat in seinem Bericht und Antrag die Gründe für den Ersatz und die Erweiterung der bestehenden Kommunikations- und

Leittechnik der Kantonsstrassen überzeugend dargelegt hat. Eintreten ist für die Grünliberalen daher unbestritten. Sie gehen davon aus, dass der diesem Kreditantrag zugrunde liegende Kostenvoranschlag von der Baudirektion seriös ausgearbeitet wurde, ohne bei den einzelnen Posten eine unnötige Reserve einzubauen. Dass dann über das ganze Projekt eine angemessene Reserve für Unvorhergesehenes budgetiert wird, hält die GLP durchaus für angemessen. Sie hat daher kein Verständnis für den Antrag der Staatswirtschaftskommission, den Objektkredit pauschal um die Reserve von 160'000 Franken zu kürzen. Im Stawiko-Bericht wird vorgebracht, dass bei den einzelnen Positionen sicher schon genügend Reserve eingebaut sei. Es darf aber nicht sein, dass die Regierung bei Kreditanträgen jeweils eine Reserve einbaut, nur um dem Kantonsrat die Möglichkeit zu geben, diese wieder hinauszukürzen. Die GLP glaubt auch nicht, dass das bei dieser Vorlage der Fall ist, und will nicht mit einer unbegründeten Kürzung Anreize für ein solches Verhalten schaffen.
Der Votant bittet daher, dem Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission zu folgen, also auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

**Kurt Balmer** möchte − ergänzend zum neuen CVP-Fraktionsvorsitzenden Thomas Meierhans − vier Fragen stellen:
• Wenn der Votant die Vorlage richtig versteht, geht es zu 70 Prozent um Software, also um ein IT-Projekt. Sind die diesbezüglichen Richtlinien, über die der Kantonsrat kürzlich umfassend diskutierte, in diesem Projekt vollständig umgesetzt worden? Wurde der entsprechende Katalog berücksichtigt? Kann der Rat davon ausgehen, dass diesbezüglich alles in Ordnung ist?
• Es geht um den Ersatz bestimmter Systeme. Ist der zwingende Ersatz eines Systems nicht automatisch eine gebundene Ausgabe, die eigentlich nicht vor den Kantonsrat gehört, sondern direkt über das Budget bzw. den Separatkredit abgerechnet werden kann? Mit anderen Worten: Präsentiert der Regierungsrat dem Kantonsrat diese Vorlage einfach aus Transparenzgründen bzw. um sagen zu können, der Kantonsrat habe diesem Kredit ausdrücklich zugestimmt? Will sich der Regierungsrat hier einfach absichern bzw. die Verantwortung − wie in letzter Zeit ab und zu geschehen − auf den Kantonsrat abschieben?
• Der Votant ist überzeugt, dass man diese Kreditvorlage als verkappten Nachtragskredit zur Tangente Zug/Baar qualifizieren kann. Wieso hat man nicht von Anfang an erkannt, dass neue Systeme beschafft werden müssen? Und wenn dem so ist: Warum präsentiert man die Vorlage nicht als Nachtragskredit? Dafür hätte der Votant Verständnis. Wenn hier aber etwas verschleiert werden soll, fehlt ihm jedes Verständnis.
• Die eingesetzten Kameras können − so schreibt der Regierungsrat − keine Personen und keine Fahrzeugnummern identifizieren. Offenbar arbeitet man hier nicht mit den heute üblichen Qualitätsstandards: Moderne Kamerasysteme verfügen über ein Erkennungssystem zur automatischen Identifizierung von Fahrzeugnummern. Wenn solche Erkennungssysteme künftig allenfalls vermehrt zum Einsatz kommen, wird von Seiten des Bundes oder anderer Kantone mit Sicherung die Forderung kommen, auch im Kanton Zug ein solches System einzuführen bzw. die entsprechenden Informationen zur Verfügung zu stellen. Der Kanton Zug müsste sein System also nachrüsten, um dieser Forderung nachkommen zu können. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Thematik?
Für den Votanten gibt es bei dieser Vorlage also noch verschiedene Unklarheiten. Er behält sich beim aktuellen Sachstand definitiv vor, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die Debatte. Es geht hier um eine Erweiterung und Ersatzbeschaffung der Sicherheitsanlagen für die Strasseninfrastruktur. Es ist kein Wunschkonzert oder «nice to have». Vielmehr gilt es die notwendigen Komponenten sicherzustellen und einerseits die seit zwölf Jahren in Betrieb stehende Anlage zu ersetzen, andererseits im Rahmen der Projekte Tangente Zug/Baar und Umfahrung Cham-Hünenberg die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Strassen und insbesondere die Tunnelanlage der Tangente Zug/Baar in das Sicherheitssystem einbinden zu können.
Die Stawiko zeigt sich erstaunt darüber, dass die Systeme nach zehn Jahren Einsatz bereits ersetzt werden müssen. Wer ein Handy oder einen iPad sein Eigen nennt, weiss, dass diese Geräte schon nach zwei, drei Jahren ersetzt bzw. den neuesten Entwicklungen angepasst werden müssen. Es ist leider so, dass sich diese Technik unglaublich schnell entwickelt und somit keine Ersatzteile mehr zur Verfügung stehen. Bezüglich Zurückhaltung bei der Beschaffung der Anlagen hält der Baudirektor fest, dass der Kanton Zug zum ersten Mal einen Tunnel baut. Dabei gibt es gewisse Sicherheitsvorgaben: Die Überwachung im Tunnel muss sichergestellt werden, damit Noteinsätze zeitgerecht und effizient erfolgen können und die Blaulichtorganisationen im Bild sind, welche Situation sie antreffen. Es handelt sich also um eine Führungsunterstützung, die auch dazu beiträgt, die Personalressourcen vernünftig und richtig einsetzen zu können; man sieht nämlich auf der Einsatzleitzentrale, was im Tunnel oder auf einem bestimmten Strassenabschnitt los ist. Ersatzbeschaffungen fallen auch in anderen Bereichen an, beispielsweise bei den Glatteiswarnanlagen, die sich sehr bewährt haben: Dank dieser Anlagen können die Pikettkräfte im Unterhaltsdienst des Tiefbauamts sehr gezielt eingesetzt werden.
Mit der beantragten Reduktion des Objektkredits um 160’000 Franken wird nichts gespart, auch wird dadurch das Projekt nicht reduziert. Es ist vielmehr der Auftrag, die von der Mehrheit der vorberatenden Kommission als sinnvoll erachteten Massnahmen und Beschaffungen um 160’000 Franken billiger umzusetzen. Der Baudirektor hält dazu und zum einmal mehr angesprochenen «Zuger Finish» fest, dass seine Mitarbeiter den klaren Auftrag haben, in die einzelnen Positionen keine Reserven einzubauen. Die Baudirektion versucht also auszuweisen, was sie aufgrund der Planungen und der Abklärungen mit den Ingenieurbüros etc. wirklich braucht. Dazu kommen 10 Prozent als Reserve und für Unvorhergesehenes, um nicht vom Kantonsrat einen Zusatzkredit verlangen zu müssen, wenn bei der Ausschreibung und der Submission die einzelnen Posten allenfalls überschritten werden. Der Baudirektor bittet in diesem Sinn um etwas Vertrauen in die Baudirektion. Deren Mitarbeiter wissen, dass jeder Franken, den sie ausgegeben, aus den Steuererträgen bzw. von der Bevölkerung kommt. Sie wissen auch, dass das Parlament die Vorlagen sehr genau und mit grossem Sachverstand anschaut und kritisch hinterfragt. Sie fragen sich deshalb grundsätzlich immer, ob sie eine Ausgabe auch tätigen würden, wenn sie sie selbst berappen müssten, sie also nicht mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und -zahler finanziert würde. Im Übrigen baut man auch bei privaten Projekten immer eine Reserve ein, sei es für Unvorhergesehenes oder für Änderungen, die sich aus technischen oder infrastrukturellen Neuigkeiten ergeben können. Der Sprecher der GLP hat in diesem Sinn dazu aufgerufen, den Fachleuten und der vorberatenden Kommission zu vertrauen.
Der Baudirektor wäre froh gewesen, wenn ihm Kurt Balmer seine Fragen vorgängig zugestellt hätte; es ist nämlich nicht ganz einfach, sie aus dem Stand fundiert zu beantworten. Hinter den 70 Prozent Software stehen Engineering-Leistungen, die ihrerseits von Ingenieuren überprüft und beurteilt werden müssen. Und selbstverständlich wurden sie im Rahmen des Regierungsratsgeschäfts auch in den einzelnen Direktionen geprüft; das AIO war auch in der betreffenden Fachkommission

vertreten. Die Richtlinien bezüglich kantonaler Informatik wurden also mit Sicherheit berücksichtigt.
Bezüglich der gebundenen Kosten hält der Baudirektor fest, dass ein Teil der ausgewiesenen Kosten selbstverständlich gebunden ist. Es gibt hier aber einen grossen Spielraum, den der Baudirektor so nutzen wollte, dass er dem Parlament das Projekt als Ganzes vorlegt. Es besteht aus rund 70 Prozent gebundenen und 30 Prozent anderen Kosten. Im Weiteren ist die Vorlage kein Nachtragskredit. Das Projekt ist nämlich kein Teilprojekt der Tangente Zug/Baar. Vielmehr geht es darum, parallel zur Realisierung der Tangente und der UCH die notwendigen Sicherheits- und Leitanlagen bereitzustellen und zeitgerecht einerseits die Überwachung der neuen Strasseninfrastrukturen und andererseits den Ersatz der ins Alter gekommenen Anlagen sicherzustellen. Es sollen also zeitgerecht die notwendigen Führungs-, Lenkungs- und Sicherheitssysteme bereitgestellt werden. Es braucht das Vertrauen des Parlaments, der Baudirektion die vorgesehenen 10 Prozent für Unvorhergesehenes zu gewähren − wobei aber sofort das Argument vorgebracht wird, die Baudirektion habe in den letzten Jahren ihre Projekte ja immer *unter* dem bewilligten Kredit abgeschlossen. Das ist richtig, aber es war nur möglich, weil die Mitarbeiter der Baudirektion gut verhandelten und die Baubranche gute Preise offerierte. Der Baudirektor muss aber darauf hinweisen, dass die Sanierung der Kantonsstrasse Sihlbrugg−Neuheim das erste Projekt seit vielen Jahren sein wird, das mit einer minimalen Überschreitung des bewilligten Kredits abschliesst − genau weil man dort mit Unvorhergesehenem konfrontiert war: Die Geologie erwies sich trotz aller Abklärungen durch die Ingenieure als schwieriger als erwartet.
Abschliessend ruft der Baudirektor den Rat nochmals dazu auf, der Baudirektion das nötige Vertrauen zu schenken und die 10 Prozent Reserve zu bewilligen. Die Streichung der Reserve ist keine Sparmassnahme, da die Massnahmen ja als richtig und sinnvoll beurteilt werden und nicht gefordert wurde, irgendwo weniger Kameras einzubauen. Der Baudirektor betont nochmals, dass die Baudirektion genau den Kredit beantragt, den sie braucht, und dass ein «Zuger Finish» kein Thema ist. Und den Mitarbeitern des Tiefbauamts − es sei wiederholt − ist es bewusst, dass jeder Franken, den sie ausgeben, von den Steuerzahlerinnen und -zahlern erarbeitet werden muss. Zum Schluss fordert der Baudirektor die Ratsmitglieder auf, einmal die Einsatzleitzentrale eines NFA-Nehmerkantons, beispielsweise des Kantons Luzern, zu besuchen und diese mit der Einsatzleitzentrale der Zuger Polizei zu vergleichen. In Zug kann man feststellen: Effizienz, hervorragende Abläufe und alles Notwendige, um der Zuger Bevölkerung eine optimale Sicherheit gewährleisten zu können. Den Vergleich mit dem grossen Nachbarkanton Zürich, auch einem NFA-Geber, will der Baudirektor nicht anstellen. Er bittet aber nochmals um Vertrauen in die Regierung und die Baudirektion und um Zustimmung zum Kredit, wie er von der vorberatenden Kommission beantragt wird, selbstverständlich unter Berücksichtigung des tieferen Mehrwertsteuersatzes von 7,7 Prozent, aber inklusive der Reserve von 160’000 Franken.

**Kurt Balmer** entschuldigt sich dafür, dass er seine Fragen nicht vorgängig dem Regierungsrat vorgelegt hat. Er agiert häufig sehr spontan und hat die vier Fragen erst heute formuliert. Allerdings muss er den Vorwurf an den Regierungsrat zurückgeben. Dieser hat den Kantonsrat heute mehrfach mit Anträgen überrascht. So beantragte er beim PBG sehr überraschend ein etwas komisches Verfahren − der Votant war leider abwesend und konnte dazu nicht Stellung nehmen −, und in Zusammenhang mit der Revision des WAG legte er ebenfalls überraschend irgendwelche zusätzliche Bestimmungen vor. Wenn man mit dem Parlament so umgeht, muss man sich nicht wundern, wenn Kantonsrätinnen oder -räte zu

entsprechenden Retourmassnahmen greifen. Der Votant hat sich für sein Vorgehen entschuldigt, während der Regierungsrat eine Entschuldigung bisher nicht für nötig hielt. Im Übrigen hält er fest, dass eine seiner Fragen nicht beantwortet wurde. Er geht davon aus, dass er gelegentlich eine Antwort erhält; es muss nicht heute sein.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass nur eine einzige Lesung vorgenommen wird, da dieser Beschluss nicht referendumsfähig ist.

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge vorliegen. Der Regierungsrat und die Kommission für Tiefbau und Gewässer beantragten einen Objektkredit von 1,896 Millionen Franken inkl. 7,7 Prozent Mehrwertsteuer. Die Stawiko beantragt einen Objektkredit von 1,725 Millionen Franken.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat genehmigt mit 43 zu 29 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Tiefbau und Gewässer und spricht sich damit für einen Objektkredit von 1,896 Millionen Franken aus.

**Teil II** (Fremdänderungen) **und III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

**Teil IV** (Inkrafttreten)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Erlass nicht referendumsfähig ist. Die Regelung für das Inkrafttreten ist unbestritten.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 50 zu 16 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass keine parlamentarischen Vorstösse abzuschreiben sind. Damit ist das Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden.

## 954 Nächste Sitzung

Donnerstag, 22. Februar 2018 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** wünscht allen Ratsmitgliedern schöne Sportferien und eine schöne Fasnacht.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

69. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 22. Februar 2018 (Vormittag)
Zeit: 8.30 – 12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 25. Januar 2018
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Michael Riboni, Beni Riedi, Pirmin Andermatt und Andreas Hostettler betreffend Teilrevision Gastgewerbegesetz zur Bekämpfung illegaler Glückspiele und verbotener Sportwetten
3.2. Motion der CVP-Fraktion betreffend Immobilienstrategie
3.3. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend «Digital Valley» oder «Crypto Valley» – wie positioniert sich der Kanton Zug
3.4. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Baubewilligungs- und Baubeschwerdeverfahren
3.5. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung
3.6. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget − wie weiter

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Teilrevision der Kantonsverfassung sowie des Verantwortlichkeitsgesetzes betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens
4.2. Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Kündigung der Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld durch den Kanton Zug
4.3. Änderung des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz)
4.4. Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif)

5. Projekt «Regierung und Verwaltung 2019»: Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 und des Kantonsratsbeschlusses betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013: 2. Lesung
6. Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz): 2. Lesung

7. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 2: Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Erfahrungen aus der Praxis: 2. Lesung
8. Budget 2018 und Finanzplan 2018–2021: Anpassung des Leistungsauftrags 2018 der Kostenstelle 3590 (Zuger Polizei)
9. Begnadigungsgesuch
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsperiode 2019–2024
    Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2019–2024
11. Motion von Michael Riboni, Laura Dittli und Anastas Odermatt betreffend Offenlegung der Interessenbindungen von Richtern und Staatsanwälten
12. Geschäfte, die am 14. Dezember 2017 und am 25. Januar 2018 nicht behandelt werden konnten:
12.1. Interpellation von Philip C. Brunner und Daniel Stadlin betreffend den Kantons- und Gemeindefinanzen im Zusammenhang mit dem «Sparpaket 2018» und dem Prozess «Finanzen 2019» sowie der vom Regierungsrat erwogenen Steuererhöhung
12.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Sozialbericht 2016
12.3. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Effizienz des Zuger RAV
12.4. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Fondsauslagerungen im Rahmen von Sparprogrammen
13. Geschäfte, die am 25. Januar 2018 nicht behandelt werden konnten:
13.1. Motion der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Sozialhilfe für Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommene auf die Nothilfe
13.2. Drei Geschäfte betreffend Bushaltestellen der ZVB:
13.2.1. Interpellation von Thomas Werner, Ralph Ryser und René Kryenbühl betreffend Umwandlung der Bushaltestelle Gasthaus Rössli, Zugerstrasse 142, 6314 Neuägeri in eine Fahrbahnhaltestelle mit Mittelinsel
13.2.2. Motion von Thomas Werner betreffend Anpassung der kantonalen Gesetzgebung in Bezug auf Bushaltestellen
13.2.3. Postulat von Thomas Werner betreffend Bushaltestellen
13.3. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend: Wie weiter mit dem Theilerhaus
14. Motion von Kurt Balmer und Laura Dittli betreffend Visitation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)
15. Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Französischunterricht:
15.1. Motion von Jürg Messmer, Andreas Hostettler und Philip C. Brunner betreffend Französisch erst auf der Sekundarstufe I
15.2. Interpellation von Peter Letter, Laura Dittli und Beat Unternährer betreffend Französischunterricht an der Primarschule und Sekundarstufe I im Kanton Zug
16. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Menschenrechtsverletzungen im Kanton Zug
17. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sprachkompetenz von Ärztinnen und Ärzten im Kanton Zug

## 955 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 75 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Gabriela Ingold, Unterägeri; Fabian Freimann, Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Andreas Hürlimann, Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

## 956 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Fontana in Baar ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

Kantonsrat Daniel Burch, Steinhausen, tritt aus beruflichen Gründen per 23. Februar 2018 aus dem Kantonsrat zurück. Der Vorsitzende dankt seinem Namensvetter für seinen Einsatz zum Wohl des Kantons Zug. Er wünscht ihm eine gute letzte Sitzung und privat wie beruflich alles Gute.

Der Schaffhauser Kantonsrat hat ebenfalls eine elektronische Abstimmungsanlage eingeführt. Der Vorsitzende zitiert aus dem Schaffhauser Ratsprotokoll den Ratspräsidenten: […] Im Namen der Kantonsratssekretärin und natürlich des ganzen Kantonsrats danke ich ganz besonders Christoph Brütsch, Projektleiter bei der Staatskanzlei des Kantons Zug, der extra nach Schaffhausen gereist ist, um beim Aufsetzen des Systems zu helfen.» Dieser Einsatz erfolgte freundeidgenössisch.

Der Vorsitzende begrüsst unter den Gästen speziell Geri Iten, einen der Väter der «Zuger Chesslete», die in diesem Jahr ihren vierzigsten Geburtstag feiern konnte. Ohne die «Chesslete» hätte die Zuger Fasnacht nicht die Bedeutung, die sie heute hat: Sogar die Kantonsratssitzung im Februar wird verschoben, wenn sie auf den Schmutzigen Donnerstag fällt. Geri Iten war im Übrigen auch Kantonsfeldmeister der Zuger Pfadfinder, was ebenfalls zum heutigen Tag passt. *(Der Rat applaudiert.)*

**Jean-Luc Mösch** macht darauf aufmerksam, dass verschiedene Kantons- und Regierungsratsmitglieder heute eine Pfadikrawatte tragen. Die Pfadfinderbewegung feiert heute weltweit den «Thinking and Founder's Day» zu Ehren des Gründers und der Gründerin der Pfadfinderbewegung: 1908 legte Lord Robert Baden-Powell of Gilwell den Grundstein dazu. 2011 gehörten weltweit mehr als 41 Millionen Kinder und Jugendliche aus 216 Ländern und Territorien zur Pfadfinderbewegung. Etwa 300 Millionen Menschen haben bis heute der Pfadfinderbewegung angehört. In der Schweiz zählt die Pfadibewegung heute über 45'000 Mitglieder. Als Vergleich: Gemäss Zählung der FIFA gab es 2010 weltweit 38 Millionen registrierte Fussballspieler und -spielerinnen. Die Pfadibewegung Schweiz setzt sich zusammen mit den anderen Jugendverbänden stark für die Jugendarbeit und die Integration ein.
Der Votant schliesst mit den zu seiner Zeit gültigen Leitsprüchen der jeweiligen Stufen in einer Kombination: Allzeit bereit, um zu kämpfen und zu dienen − für *Euses Bescht.* Möge auch der Rat so handeln, mit Weitsicht und für das Wohl des Kantons Zug und der Schweiz.

TRAKTANDUM 1

**957 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**958 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 25. Januar 2018**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Protokolle der Sitzung vom 25. Januar 2018 ausnahmsweise per elektronischen Versand nach Ablauf der Ordnungsfrist zugestellt wurden. Die Aufschaltung im Internet erfolgte mit der üblichen Spedition. Der Papierversand wird am 19. März 2018 erfolgen.

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 25. Januar 2018 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt später in der Sitzung (siehe Ziff. 975−981).

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen:**

**959** Traktandum 4.1: **Teilrevision der Kantonsverfassung sowie des Verantwortlichkeitsgesetzes betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens**
Vorlagen: 2817.1 - 15655 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2817.2 - 15656 (Antrag des Regierungsrats); 2817.3 - 15657 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Kurt Balmer, Risch, CVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Philip C.Brunner, Zug, SVP | Beni Riedi, Baar, SVP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Ralph Ryser, Unterägeri, SVP |
| Andreas Etter, Menzingen, CVP | Beat Sieber, Cham, SVP |
| Alois Gössi, Baar, SP | Vroni Straub-Müller, Zug, ALG |
| Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP | Daniel Stuber, Risch, FDP |
| Anastas Odermatt, Steinhausen, ALG | Silvia Thalmann, Zug, CVP |
| Marcel Peter, Neuheim, FDP | Karen Umbach, Zug, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**960** Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Kündigung der Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld durch den Kanton Zug**
Vorlagen: 2819.1 - 15665 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2819.2 - 15666 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Konkordatskommission.

**961** Traktandum 4.3: **Änderung des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz)**
Vorlagen: 2823.1 - 15679 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2823.2 - 15680 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Beat Sieber, Cham, SVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Daniel Abt, Baar, FDP | René Kryenbühl, Oberägeri, SVP |
| Hans Baumgartner, Cham, CVP | Peter Letter, Oberägeri, FDP |
| Manuel Brandenberg, Zug, SVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Andreas Etter, Menzingen, CVP | Richard Rüegg, Zug, CVP |
| Susanne Giger, Zug, ALG | Hubert Schuler, Hünenberg, SP |
| Mariann Hess, Unterägeri, ALG | Karen Umbach, Zug, FDP |
| Patrick Iten, Oberägeri, CVP | Florian Weber, Walchwil, FDP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**962** Traktandum 4.4: **Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif)**
Vorlagen: 2818.1 - 15661 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2818.2 - 15662 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Laura Dittli, Oberägeri, CVP, Kommissionspräsidentin

| | |
|---|---|
| Kurt Balmer, Risch, CVP | Beat Iten, Unterägeri, SP |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Michael Riboni, Baar, SVP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Beni Riedi, Baar, SVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Moritz Schmid, Walchwil, SVP |
| Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP | Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG |
| Andreas Hostettler, Baar, FDP | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG | Roger Wiederkehr, Risch, CVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**963** Traktandum 4.5: **Bildungskommission**

Anstelle von Monika Weber soll für die FDP-Fraktion neu Marcel Peter in die Bildungskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

964 **Projekt «Regierung und Verwaltung 2019»: Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung) vom 31. Januar 1894 sowie des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 und des Kantonsratsbeschlusses betreffend die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013: 2. Lesung**
Vorlagen: 2659.11 - 15640 (Ergebnis 1. Lesung [Organisationsgesetz]); 2659.12 - 15641 (Ergebnis 1. Lesung [Direktionen]).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNGEN

**Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz, OrgG)**

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 69 zu 0 Stimmen zu.

**Kantonsratsbeschluss betreffend Änderung der namentlichen Nennung der Direktionen und der Ämter in den Gesetzessammlungen durch die neutralen Bezeichnungen «zuständige Direktion» und «zuständiges Amt»**

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 67 zu 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass folgende parlamentarischen Vorstösse vorliegen:

• Der Regierungsrat, die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen, die Motion der FDP-Fraktion betreffend Regierungsreform/ Regierungspräsident als Direktor des Äussern vom 4. September 2016 (Vorlage 2660.1 - 15259) nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend nicht erheblich.

• Der Regierungsrat, die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen, das Postulat der SVP-Fraktion betreffend 45 Ämter sind genug (Vorlage 2294.1 - 14450) erheblich zu erklären.

➔ Der Rat erklärt das Postulat stillschweigend erheblich.

• Die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen, das Postulat der SP-Fraktion, der SVP-Fraktion und der Fraktion Alternative - die Grünen sowie von Thomas Lötscher, Thomas Gander, Daniel Stuber, Karen Umbach, Monika Weber, Claus Soltermann und Willi Vollenweider betreffend Projekt Regierung und Verwaltung 2019 (Vorlage 2586.1 – 15094) erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat erklärt das Postulat stillschweigend erheblich und schreibt es als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**965 Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz): 2. Lesung**

Vorlage: 2687.7 - 15620 (Ergebnis 1. Lesung).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass auf die zweite Lesung keine Anträge eingegangen sind. Zu beachten ist eine nachträgliche redaktionelle Änderung bei § 2$^{quater}$, die mit der Redaktionskommission abgesprochen ist: Der letzte Satz von Abs. 5 («Bei den Direktionen und der Staatskanzlei erfolgt diese Bezeichnung nach Rücksprache mit dem Personalamt.») wird neu zu Abs. 6.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 71 zu 1 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt:

• Der Regierungsrat, die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission beantragen, das erheblich erklärte Postulat von Thomas Werner betreffend gesetzliche Grundlagen für die Anstellung von kantonalen Angestellten im Allgemeinen nur mit aktuellen Strafregisterauszug vom 16. Januar 2014 (Vorlage 2346.1 - 14554) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt das Postulat stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 7

**966 Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 2: Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Erfahrungen aus der Praxis: 2. Lesung**

Vorlagen: 2737.4 - 15642 (Ergebnis 1. Lesung); 2737.5 - 15664 (Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats); 2737.6 - 15667 (Antrag von Jürg Messmer, Richard Rüegg, Cornelia Stocker und Philip C. Brunner zur 2. Lesung)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung zwei Anträge eingegangen sind:

• Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats;
• Antrag von Jürg Messmer, Richard Rüegg, Cornelia Stocker und Philipp C. Brunner.

**Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, bei § 32$^{ter}$ Abs. 1 und 2 am Ergebnis der ersten Lesung und an den darin verwendeten Begriffen «Planerwettbewerb» und «Jury» festzuhalten.

**Nicole Zweifel** erinnert daran, dass sie in der ersten Lesung im Dezember 2017 im Namen der Grünliberalen den Antrag stellte, anstelle des Begriffs «Planerwettbewerb» einen allgemein gültigen und nicht einseitig auf ein bestimmtes Planungsverfahren abzielenden Begriff zu verwenden. Für die Grünliberalen ist es zentral, dass für Bebauungspläne qualitativ gute Projekte mit qualifizierten Fachpersonen erarbeitet werden. Wie bereits in der Vernehmlassung eingebracht und mit dem Antrag in der ersten Lesung bestätigt, stören sich die Grünliberalen aber an den in § 32$^{ter}$ Abs. 1 und 2 verwendeten Begriffen «Planerwettbewerb» und «Jury». Diese sind eine Einschränkung auf Wettbewerbe nach SIA 142. Es gibt aber noch weitere qualitätssichernde Planungsverfahren, etwa Studienaufträge nach SIA 143 oder Generalplaner- und Testplanungsverfahren. Diese Verfahren verwenden auch nicht den Begriff «Jury», sondern beispielsweise «Beurteilungsgremium».
Der Antrag der GLP zielte darauf ab, dass Begriffe verwendet werden, die allgemein gültig sind und nicht ein bestimmtes Verfahren nahelegen. Der Antrag wurde in der ersten Lesung in einen Abklärungsauftrag zuhanden der zweiten Lesung umgewandelt. Es wurde davon ausgegangen, dass es sich lediglich um eine sprachliche und nicht um eine inhaltliche Bereinigung handle. Der Zusatzbericht des Regierungsrats sagt nun aber, dass es nicht nur um eine sprachliche Bereinigung gehe, wenn die Begriffe «Planerwettwerb» und «Jury» ersetzt würden. Vielmehr solle ein ganz spezifisches Verfahren im Gesetz verankert werden. Es wird ausgeführt, dass es zwar verschiedene Verfahren gebe und welche Unterschiede bestünden. Auf Seite 3 wird aber klar formuliert, dass im Gesetz ein ganz bestimmtes Verfahren festgelegt und den Gemeinden zwingend vorgeschrieben werden soll.
Das ist eine Bevormundung der Gemeinden und eine unzumutbare Einschränkung. Die Welt der Planungsprojekte ist nicht schwarz-weiss, und die Konstellationen sind immer anders. Es gibt keinen Grund, ein bestimmtes Verfahren über ein anderes zu stellen und sogar im Gesetz zu verankern. Das Gesetz ist für eine solche Festlegung der falsche Ort und bietet bei sich ändernden Rahmenbedingungen viel zu wenig Flexibilität. Es ist nach Meinung der GLP Aufgabe der Fachpersonen in den Gemeinden, zuhanden der Politik und zusammen mit den Investoren sorgfältig abzuwägen, welches im Einzelfall das richtige Vorgehen ist, um für die Bevölkerung ein wirklich gutes Projekt ausarbeiten zu können. Das enge Korsett des Wettbewerbs nur nach SIA 142 kann hier nicht die Lösung sein. Die GLP stellt daher den **Antrag,** in § 32$^{ter}$ Abs. 1 und Abs. 2 den Begriff «Planerwettbewerb» durch «qualitätssicherndes Konkurrenzverfahren» und in § 32$^{ter}$ Abs. 2 den Begriff «Jury» durch «Gremium» zu ersetzen. Die Votantin bittet den Rat eindringlich, im Sinne einer klaren und zukunftsgerichteten Gesetzgebung diesen Antrag zu unterstützen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt mit 6 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt, dem Antrag von Nicole Zweifel auf Änderung von § 32$^{ter}$ Abs. 1 und 2 zuzustimmen. Die Kommission möchte wie Nicole Zweifel den Gemeinden den Spielraum geben, das richtige Verfahren für die Erarbeitung von Bebauungsplänen zu wählen. Dabei sind aus Sicht der Kommission aber weiterhin zwei Punkte zentral: Es muss sich um ein echtes Konkurrenzverfahren handeln, und die Mehrheit des Gremiums muss unabhängig sein. Der Entscheid der Kommission ist ein Vertrauensbeweis an die Gemeinden, verbunden mit der Aufforderung, sich bei Bebauungsplanverfahren im Interesse der Qualität weiterhin für den Wettbewerb der Ideen und faire Verfahren einzusetzen.

**Daniel Abt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Anträgen von Nicole Zweifel aus liberalen Überlegungen zustimmen wird. Durch die beantragten Änderungen er-

halten Gemeinden und Bauherren die Möglichkeit, auch andere Studienverfahren als nur den bekannten Architekturwettbewerb durchzuführen. Diese können einfacher, unbürokratischer und vor allem zielführender sein. Es werden Alternativen zum stark reglementierten und aufwendigen Wettbewerb ermöglicht. Das ist im Sinn der Bauherrschaften und Gemeinden und sollte deshalb vom Rat unterstützt werden.

**Hans Baumgartner** hält fest, dass sich die CVP-Fraktion mit dem Antrag von Nicole Zweifel auseinandergesetzt hat und zum Schluss gekommen ist, diesen zu unterstützen. Eine gewisse Flexibilität bezüglich des Verfahrens zur Erarbeitung eines Bebauungsplans scheint der CVP wichtig zu sein, dies im Sinn der Ausführungen von Kommissionspräsident Heini Schmid, dass die Gemeinden ihre Verantwortung für die Qualität wahrnehmen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass es immer die Absicht des Regierungsrats war, Instrumente zu schaffen, um die Herausforderungen der Zukunft im Bereich Planung und Bau bewältigen zu können. Aus der Debatte bezüglich PBG-Revision Teil 1 ist dem Regierungsrat bewusst, dass die Verdichtung eine grosse Herausforderung sein wird. Es wurde deshalb schon in der Arbeitsgruppe, aber auch in der vorberatenden Kommission intensiv über dieses Instrument diskutiert. Angesicht der Verdichtungsproblematik soll es nicht dem Belieben der Gemeinden überlassen werden, ob ein anonymes Wettbewerbs- oder ein nicht-anonymes Studienauftragsverfahren gewählt wird. Der Regierungsrat will mit der Wettbewerbspflicht bei ordentlichen, nicht aber bei einfachen Bebauungsplänen in erster Linie sicherstellen, dass die Gemeinden bei minimalem Eigenaufwand ein qualitativ hochstehendes Resultat erhalten und dass Gewähr für eine objektive Beurteilung der verschiedenen Lösungsvorschläge geboten ist. Bebauungspläne werden künftig nicht mehr auf der grünen Wiese, sondern im bereits überbauten und zu verdichtendem Gebiet erlassen werden. Aus diesem Grund soll die Qualität an oberster Stelle stehen, auch um einen «Einheitsbrei» zu verhindern.
Das waren die Überlegungen des Regierungsrats. Der Baudirektor kann aber auch die Überlegungen der GLP und die Meinung der CVP- und der FDP-Fraktion nachvollziehen. Dem Regierungsrat wollte hier eine Wettbewerbspflicht vorschreiben, um möglichst hohe Qualität zu gewährleisten. Der Regierungsrat hält daher − wie im Zusatzbericht ausgeführt − am Ergebnis der ersten Lesung fest.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat stimmt dem Antrag von Nicole Zweifel, in § 32$^{ter}$ Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 den Begriff «Planerwettbewerb» durch «qualitätssicherndes Konkurrenzverfahren» zu ersetzen, mit 64 zu 10 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat stimmt dem Antrag von Nicole Zweifel, in § 32$^{ter}$ Abs. 2 den Begriff «Jury» durch «Gremium» zu ersetzen, mit 61 zu 8 Stimmen zu.

**Antrag von Jürg Messmer, Richard Rüegg, Cornelia Stocker und Philipp C. Brunner**

*§ 32$^{bis}$ Abs. 3 Einleitungssatz*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Jürg Messmer, Richard Rüegg, Cornelia Stocker und Philipp C. Brunner den Antrag stellen, den Einleitungssatz von § 32$^{bis}$ Abs. 3 so zu formulieren, dass für den Fall, dass ein Bebauungsplan die Voraussetzungen

von Abs. 2 erfüllt, die Gemeinden in ihren Bauordnungen innerhalb des nachfolgenden Rahmens Abweichungen von den Einzelbauweisen vornehmen können.

**Jürg Messmer** spricht für die Antragstellenden. Die Gemeinden haben in der Ortsplanung ihre Zonen bestimmt und wissen, wo Einfamilien-, Zweifamilien-, Mehrfamilien- oder auch Hochhäuser richtig sind. Wenn der Rat die Fassung der ersten Lesung verabschiedet, wird einiges über den Haufen geworfen. Es wird in Zonen, wo bisher ein- oder zweistöckige Gebäude vorgesehen waren, künftig *immer* zwei- bzw. dreistöckige Gebäude geben. Der vorliegende Gesetzestext besagt nämlich, dass künftig *immer* ein Stockwerk mehr gebaut werden kann, wenn mit einem Bebauungsplan gearbeitet wird − keine «kann»-Formulierung, sondern eine klare Norm. Das kann das Ortsbild allenfalls massiv beeinträchtigen. Genau das möchten die Antragsteller verhindern. Dazu kommt, dass der Kanton den Gemeinden immer mehr vorschreiben will. Wo bleibt da die Gemeindeautonomie? Wenn die vorliegende Fassung verabschiedet wird, kann man in Zukunft auch sagen, dass der Kanton für alle Gemeinden die Höhe der Steuern festlegt etc. Der Baudirektor hat von «Einheitsbrei» gesprochen. Auch die Antragsstellenden wollen keinen Einheitsbrei bzw. nicht einfach überall ein Stockwerk mehr. Sie stellen deshalb den **Antrag** auf einen abgeänderten Wortlaut des Einleitungssatzes von § $32^{bis}$ Abs. 3 und den Einschub von «maximal» in Bst. a. So erhalten die Gemeinden einen gewissen Spielraum − und können auch die Erhöhung um ein Stockwerk beschliessen, wenn es in das betreffende Quartier passt. Der Votant ruft den Rat auf, die Gemeindeautonomie zu stärken und den Antrag zu unterstützen.

Kommissionspräsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission für Raumplanung und Umwelt mit 8 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen beantragt, den Antrag auf Änderung von § $32^{bis}$ Abs. 3 abzulehnen und am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten. Wegleitend für den Entscheid der Kommission war, dass das Instrument des einfachen Bebauungsplans kantonal vereinheitlicht werden soll. Der einfache Bebauungsplan spielt bei der Verdichtung eine zentrale Rolle. Nur wenn es gelingt, mit einer im Einzelfall jeweils massvollen Verdichtung mehr Raum zu schaffen, kann man längerfristig auf Neueinzonungen verzichten. Es wäre darum schade, wenn die Gemeinden die Mehrausnützung und die Geschosszahlen wieder reduzieren könnten. Eine einheitliche kantonale Regelung dient den Gemeinden einerseits beim Vollzug und ist andererseits auch ein Zeichen der Solidarität innerhalb des Kantons: ein Zeichen dafür, dass die Verdichtung alle Quartiere und alle Bewohner des Kantons Zug betrifft.

Baudirektor **Urs Hürlimann** möchte nochmals die Stossrichtung des Regierungsrats aufzeigen. Bei der Teilrevision des PBG Teil 2 geht es in erster Linie darum, nicht nur eine interkantonale, sondern auch eine innerkantonale Vereinheitlichung der baurechtlichen Begriffe und baurechtlichen Instrumente vorzunehmen. Der Antrag der Kantonsräte Messmer, Rüegg, Stocker und Brunner bricht diese Vereinheitlichung in einem Teilbereich wieder auf. Damit würde den Gemeinden zwar die Möglichkeit geboten, innerhalb eines kantonalrechtlichen Maximalrahmens angepasst für die jeweilige Zone Vorschriften für die einfachen Bebauungspläne zu erlassen. Die Gemeindeautonomie würde dadurch gewinnen. Die ganzheitliche Betrachtungsweise, die Vereinheitlichung des zugerischen Planungs- und Baurechts, würde in einem Teilbereich jedoch wieder beschnitten. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass an der konsequenten Umsetzung einheitlicher Planungs- und Bauvorschriften festgehalten und auf die Einräumung eines gemeindlichen Spielraums

bei einfachen Bebauungsplänen verzichtet werden soll. Die Planer und Architekten, die in verschiedenen Gemeinden tätig sind, werden es dem Kanton danken.
Da vor der Schlussabstimmung keine Voten mehr möglich sind, erlaubt sich der Baudirektor eine weitere Bemerkung. Er hat gehört, dass auch diese Vorlage in der Schlussabstimmung scheitern könnte − und er versteht die Welt nicht mehr. In der PBG-Revision Teil 2 werden vor allem Anliegen von parlamentarischen Vorstössen aufgenommen. Es sind dies je zwei Vorstösse von Seiten der SVP und der FDP:
• Mit der vorgeschlagenen PBG-Änderung kann die vom Kantonsrat teilerheblich erklärte Motion von André Wicki, ehemaliger SVP-Kantonsrat, betreffend zwei Ergänzungen des Planungs- und Baugesetzes vom 20. September 2012 als erledigt abgeschrieben werden. Dem Motionär geht es darum, im PBG eine gesetzliche Grundlage für die Ausscheidung von gemeindlichen Zonen für den preisgünstigen Wohnungsbau zu schaffen.
• Als erledigt abzuschreiben ist auch die Motion von Thomas Villiger, SVP-Kantonsrat, betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes vom 31. Januar 2013. Der Motionär will, dass die Gemeinden bei Einspracheentscheiden im Baubewilligungsverfahren Gebühren erheben und Parteientschädigungen zusprechen können. Aus verfassungsrechtlichen Gründen − es würde damit höherrangiges Recht verletzt − und aufgrund der Bedenken des Verwaltungsgerichts kann diese Motion nicht umgesetzt werden.
• Cornelia Stocker und Alice Landtwing, FDP-Kantonsrätinnen, verlangen in ihrer Motion vom 16. April 2013 eine Änderung von § 19 des Planungs- und Baugesetzes in dem Sinne, dass die Betreuung von Kindern in der Wohnzone dem Wohnen gleichgestellt wird. Mit der vorgeschlagenen PBG-Änderung wird dieses vom Kantonsrat erheblich erklärte Motionsbegehren erfüllt.
• Die Motion von Daniel Abt, FDP Kantonsrat, betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (Bauanzeige und Arealbebauung) vom 9. März 2015 soll gemäss Antrag des Regierungsrats teilweise erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben werden.
Der Baudirektor bittet den Rat, sich in der Schlussabstimmung also auch vor Gemüt zu führen, dass mit der vorliegenden PBG-Revision verschiedene parlamentarische Vorstösse abgearbeitet und Praxiserfahrungen der letzten Jahre umgesetzt werden. Er bittet, der Vorlage in der Schlussabstimmung unbedingt zuzustimmen.

**Daniel Abt** hat in den letzten Tagen erfahren, dass die SVP-Fraktion plant, die Gesetzesrevision in der Schlussabstimmung abzulehnen. Dass Teil 1 der Revision abgelehnt wurde, war die Konsequenz des erreichten bzw. eben nicht erreichten Resultats und somit nachvollziehbar. Dass nun aber Teil 2 ebenfalls bachab geschickt werden soll, ist für den Votanten etwas abstrus.
Der Votant war gestern zwecks einer Expertise in einer grossen sozialen Werkstätte, als ein Rauchmelder losging − ein Rauchmelder, wie ihn auch der Votant und viele andere zuhause haben und der bereits dann losgeht, wenn man das Zürcher Geschnetzelte mit Weisswein ablöscht. Eine zierliche Frau teilte darauf mit, das sei ein Feueralarm, und alle hätten die Werkhalle sofort zu verlassen. Niemand wusste, wo und ob überhaupt etwas brannte, aber alle verliessen die Halle. Genauso kommt dem Votanten das Ansinnen der SVP-Fraktion vor. Er erinnert daran, dass in Teil 2 zahlreiche, wichtige und sinnvolle Anpassungen eingeführt werden, beispielsweise:
• Die Definition, was ein Hochhaus ist, wurde auf Anregung von SVP-Kantonsrat Jürg Messmer auf die Bedürfnisse der Stadt Zug angepasst.
• Möglichkeit zur Aufhebung bestehender Arealbebauungen und deren Überführung in einen einfachen Bebauungsplan: Dieser Prozess basiert auf einer Motion des

Votanten und befriedigt ein grosses und dringendes Bedürfnis von Grundeigentümern.
• Reduktion des aktuell geltenden Waldabstands.
• Die Vereinheitlichung und Straffung der Fristen im Baubewilligungsprozess verringert die Prozess- und somit auch die Bau- und Wohnkosten.
• Die Inanspruchnahme von Nachbargrundstücken für Installationen kann die Bau- und somit die Wohnkosten ebenfalls massiv reduzieren.
• In der Verordnung zum PBG wird − ebenfalls aufgrund einer Motion des Votanten − geregelt, wofür in Zukunft kein Baugesuch mehr eingereicht werden muss. So muss sich die Bewilligungsbehörde künftig nicht mehr mit Gesuchen für einen neuen Fassadenanstrich im selben Farbton herumschlagen, was die Staatskasse entlastet und den Eigentümern das Leben massiv erleichtert.
Die Revision bringt also zahlreiche Vorteile, und es wurde einiges erreicht. Wenn man nur aufgrund von einem oder zwei Artikeln, die einem nicht passen, sämtliche Errungenschaften opfern will, zeugt das von wenig Mut. Der Votant ruft deshalb den Rat auf, dem zweiten Teil der PBG-Revision zuzustimmen. Er selbst, die FDP-Fraktion, die Zuger Bauwirtschaft und vor allem die Zuger Grundeigentümer und Bauwilligen werden es dem Rat danken.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass § 32$^{bis}$ zur Debatte steht und keine Diskussion über die Schlussabstimmung geführt wird.

**Manuel Brandenberg** erinnert daran, dass der Rat auch Dinge in dieses Gesetz hineingeschrieben hat, die mit den erwähnten parlamentarischen Vorstössen nichts zu tun haben. Das hat verschiedene Ratsmitglieder dazu bewogen, die Vorlage in der Schlussabstimmung abzulehnen. Den Votanten persönlich hat die Bestimmung, dass in einer Wohnzone ausdrücklich Kinderbetreuung, also eigentlich ein Gewerbe, angeboten werden darf, dazu gebracht, in der Schlussabstimmung Nein zu stimmen. Es gäbe auch andere stille Gewerbe, die ausdrücklich als in einer Wohnzone zulässig genannt werden müssten. Dass die Kinderbetreuung aus ideologischen und möglicherweise auch aus wirtschaftlichen Interessen einzelner Gruppen explizit ins Gesetz aufgenommen wurde, reicht dem Votanten für ein Nein in der Schlussabstimmung.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat lehnt den Antrag von Jürg Messmer, Richard Rüegg, Cornelia Stocker und Philipp C. Brunner zu § 32$^{bis}$ Abs. 3 mit 46 zu 23 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

*§ 32$^{bis}$ Abs. 3 Bst. a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die genannten Antragstellenden bei § 32$^{bis}$ Abs. 3 Bst. a die Ergänzung «maximal» einfügen wollen.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag von Jürg Messmer, Richard Rüegg, Cornelia Stocker und Philipp C. Brunner zu § 32$^{bis}$ Abs. 3 Bst. a mit 44 zu 25 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 54 zu 19 Stimmen zu.

Der Vorsitzende hält fest, dass vier parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vorliegen:

• Der Regierungsrat und die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragen, die teilweise erheblich erklärte Motion von André Wicki betreffend zwei Ergänzungen des Planungs- und Baugesetzes vom 20. September 2012 (Vorlage 2184.1 – 14162) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

• Der Regierungsrat und die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragen, auf die Umsetzung der erheblich erklärten Motion von Thomas Villiger betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes vom 31. Januar 2013 (Vorlage 2220.1 – 14250) zu verzichten und die Motion als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

• Der Regierungsrat und die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragen, die erheblich erklärte Motion von Cornelia Stocker und Alice Landtwing betreffend Änderung von § 19 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) vom 16. April 2013 (Vorlage 2245.1 – 14320) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

• Der Regierungsrat und die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragen, die Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (Bauanzeige und Arealbebauung) vom 9. März 2015 (Vorlage 2486.1 – 14893) gemäss Antrag des Regierungsrats teilweise erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion teilerheblich und schreibt sie stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

TRAKTANDUM 8

967 **Budget 2018 und Finanzplan 2018–2021: Anpassung des Leistungsauftrags 2018 der Kostenstelle 3590 (Zuger Polizei)**

Vorlagen: 2786.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2786.2/2a - 15587 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission); 2786.3/3a - 15658 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Kantonsrat am 30. November 2017 bei der Beratung des Budgets 2018 den Leistungsauftrag der Kostenstelle 3590 (Zuger Polizei) nicht genehmigte. Es liegt nun ein angepasster Leistungsauftrag samt Globalbudget zur Genehmigung vor. Der Regierungsrat beantragt, den angepassten Leistungsauftrag samt Globalbudget der Zuger Polizei für das Jahr 2018 zu genehmigen. Die erweiterte Staatswirtschaftskommission stimmt diesem Antrag zu.

EINTRETEN

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

**Beat Unternährer** spricht für die erweiterte Staatswirtschaftskommission. Diese hat das Geschäft aus Effizienzgründen im Rahmen eines Zirkularbeschlusses, also auch ohne Verfassung eines Berichts, behandelt. Die Mehrheit erachtete den Vorschlag des Regierungsrats als pragmatisch. Die erweiterte Stawiko stimmte dem Antrag des Regierungsrats mit 11 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Sie empfiehlt dem Rat, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen.

**Thomas Meierhans** teilt mit, dass die CVP-Fraktion mit der Anpassung des Leistungsauftrags für die Zuger Polizei durch den Regierungsrat nicht einverstanden ist, denn Präsenz unter dem Aspekt Sicherheit oder dem Fokus Littering ist in der Wahrnehmung des Bürgers dasselbe. Man stelle sich vor, dass man irgendwo im Kanton Zug einer Strasse entlanggehe, und es kommen einem zwei Polizisten entgegen. Kann man da abschätzen, auf was die beiden in blaue Uniformen gekleideten Personen besonders achten und wo der Fokus dieser Polizeipatrouille liegt? Achten die Polizisten mehr auf die jugendlichen Velofahrer, auf den Lieferwagen mit ausländischem Kennzeichen oder auf eine Gruppe junger Männer, die Bierflaschen einfach an einer Hausecke stehen lassen? Kaum jemand kann unterscheiden, ob die Polizisten für die Sicherheit oder schwerpunktmässig für die Bekämpfung von Littering unterwegs sind. Sicher ist aber, dass die Polizisten auf jeden Fall sichtbare Präsenz markieren.
Im revidierten Leistungsauftrag will der Regierungsrat die sichtbare Polizeipräsenz wieder auf das Vorjahr anheben und dafür im Bereich Littering weniger Stunden aufwenden. Da wird doch die Polizeipräsenz massiv abgebaut! Für den Bürger ist auch ein polizeilicher Rundgang zur Bekämpfung von Littering eine sichtbare Präsenz. Wie schon in der Budgetdebatte erläutert, will die CVP-Fraktion in diesem zentralen Aufgabenbereich des Staates keinen Abbau. Sich an einem Ort sicher fühlen zu können, ist entscheidend für die Lebensqualität. Die CVP-Fraktion akzeptiert den Abbau im Bereich öffentliche Sicherheit nicht. Es sollen keine weiteren Stellen bei der Polizei gestrichen werden. Der Votant stellt deshalb im Namen der CVP-Fraktion den **Antrag,** das Globalbudget der Zuger Polizei um 200’000 Franken zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung soll erreicht werden, dass in der Leistungsgruppe 1 die Ziele «Hohe sichtbare Präsenz» und «Bekämpfung von Littering» möglichst auf dem Niveau von 2017 gehalten werden können. Nur so stehen genügend Polizisten für die Sicherheit am Tag und in der Nacht zur Verfügung.
Dieser Antrag entspricht ziemlich genau dem vom Finanzdirektor während der Budgetdebatte skizzierten Vorschlag. Damals wurde der Antrag der CVP-Fraktion auf Erhöhung um 400’000 Franken nur sehr knapp mit 38 zu 36 Stimmen abgelehnt. Der Votant bittet den Rat, die Erhöhung des Globalbudgets der Zuger Polizei um 200’000 Franken zu unterstützen und damit den Abbau des personalintensiven Polizeidiensts für die Sicherheit zu stoppen. Nur damit bleibt das Niveau der sichtbaren Präsenz der Zuger Polizei erhalten.

**Oliver Wandfluh** spricht für die SVP-Fraktion. Eine der Hauptaufgaben des Bundes, der Kantone und Gemeinden ist die Sicherheit der Bevölkerung. Nur wer sicher ist und sich sicher fühlt, fühlt sich frei und kann sich entfalten. Die SVP setzt sich seit

jeher für die Sicherheit der Bevölkerung und die dafür benötigten Mittel ein. Sie lehnte deshalb geschlossen den regierungsrätlichen Budgetvorschlag ab, in der Leistungsgruppe 1 (Sicherheit) mit der Zielsetzung «Hohe sichtbare Präsenz» die Präsenzstunden um 300 Stunden zu senken.
Die Polizei gehört auf die Strasse. Doch leider versinken die Polizisten immer mehr im Dschungel der Bürokratie. Genügte früher für eine Fallaufnahme noch ein Bericht von zwei Seiten, sind es heute sechs und mehr Seiten. Diese Zeit fehlt auf der Strasse. Wie alle wissen, ist die Politik nicht unschuldig an dieser Situation − aber das ist ein anderes (Wahlkampf-)Thema. Umso wichtiger ist es deshalb, dass der Rat keinerlei Kürzungen mehr akzeptiert, die auf Kosten der sichtbaren Präsenz der Polizei geht. Der Votant ist dem Rat dankbar, dass er dies erkannt und den gekürzten Leistungsauftrag der Sicherheitsdirektion abgelehnt hat. Aufgrund der Budgetdiskussion und des Abstimmungsergebnisses ist die Regierung in der nun vorliegenden Vorlage zu den bisherigen 4300 Präsenzstunden zurückgekehrt. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag einstimmig.
Etwas überrascht hat die SVP Fraktion, wie der Sicherheitsdirektor die gegenüber dem ursprünglichen Budget 300 Stunden Mehraufwand kompensiert. Anstelle von 1200 Stunden für die Unterstützung von Littering-Aktionen genügen nun plötzlich 900 Stunden. Die Begründung lautet wie folgt: «Die Anpassung erfolgt vor dem Hintergrund, dass die gemeinsame Anti-Littering-Kampagne der Gemeinden und des Kantons nicht mehr weitergeführt wird. Die Bekämpfung von Littering ist zudem primär eine gemeindliche Aufgabe. Die beantragte Reduktion führt zu keiner erheblichen Abnahme der Sicherheit der Bevölkerung, und auch deren Sicherheitsgefühl dürfte sich dadurch nicht merklich verschlechtern.» Da fragt sich die SVP − auch im Wissen, dass der Entschied, die gemeinsame Anti-Littering-Kampagne der Gemeinden und des Kantons nicht weiterzuführen, bereits vor dem Budget 2018 gefällt wurde −, warum der Sicherheitsdirektor diese 300 Stunden nicht schon im ersten Budget gestrichen hat. Wie jetzt ja begründet wird, sind diese 300 Stunden schlicht und ergreifend nicht mehr nötig. Das ist aus Sicht der SVP-Fraktion ein Paradebeispiel dafür, wie man das Nötige vom Wünschbaren trennt. Aus diesem Grund wird die SVP weiterhin jeden Leistungsauftrag hinterfragen, und so lange immer wieder solche Beispiele auftauchen, wird sie der Frau und den Herren Regierungsräten auch nicht blind vertrauen, wenn sie im Chor beteuern, dass die Zitrone ausgepresst sei.
Die SVP Fraktion unterstützt geschlossen den Antrag der Regierung

**Marcel Peter** spricht für die FDP-Fraktion. «Die Zitrone ist ausgepresst − ganz, komplett, da geht nichts mehr.» Diese Aussage bekam der Kantonsrat von der Regierung in den letzten Monaten immer wieder zu hören. Weiter wurde das Parlament darüber informiert, dass man abschliessend Notwendiges von Wünschbarem getrennt habe und nun als *ultima ratio* die Steuern erhöhen müsse, um das strukturelle Defizit beheben zu können. Am 16. Januar hat die Sicherheitsdirektion diese Aussage massgeblich relativiert. Am besagten Tag hat der Regierungsrat in seinem Bericht festgestellt, dass die Zuger Polizei ohne Weiteres auf 300 Stunden für Littering-Aktionen verzichten könne, ohne damit einen nennenswerten Effekt auf die wahrgenommene Sicherheit auszulösen. Diese Anpassung − so die Regierung − «führt zu keiner erheblichen Abnahme der Sicherheit der Bevölkerung, und auch deren Sicherheitsgefühl dürfte sich dadurch nicht merklich verschlechtern».
Am 30. November 2017 sagte Markus Hürlimann in seinem Votum zum Budget 2018, die Zitrone sei noch lange nicht ausgepresst, sondern sie enthalte noch sehr viel Saft, wenn auch dieser erwartungsgemäss sauer schmecken würde. Nun, wenn die Zuger Polizei ihren Einsatz für ein Anliegen, dass grundsätzlich durch die

Gemeinden zu erfüllen wäre, ohne merklichen Effekt reduziert, so schmeckt dies aus Sicht der FDP noch nicht einmal leicht säuerlich. Die FDP sieht sich in ihrem Verdacht bestätigt, dass die Zitrone sehr wohl noch Saft enthält und die Thematik Steuererhöhung wohl noch nicht allzu ernsthaft zu diskutieren ist. Es wirkt, als wollte man mit der ursprünglich vorgeschlagenen Reduktion ein Zeichen setzen, dass die Sparbemühungen nun zu schmerzen beginnen, um sich damit vor weiteren Sparaufträgen zu schützen.
Der angepasste Leistungsauftrag ist aus Sicht der FDP-Fraktion klar zu genehmigen. Die FDP fragt sich aber, was sonst noch alles im Budget herumliegt, das man so mir nichts, dir nichts ohne wahrnehmbaren Effekt auf die Sicherheit reduzieren könnte. Sie stellt dem Sicherheitsdirektor deshalb folgende Fragen:
• Kommen Ihnen spontan weitere Posten aus dem Budget der Sicherheitsdirektion in den Sinn, die man ohne erhebliche Abnahme der Sicherheit streichen oder reduzieren könnte?
• Warum hat man ursprünglich die sichtbare Polizeipräsenz um 300 Stunden reduzieren wollen und damit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bedeutend beeinträchtigt, wenn man dies gar nicht wirklich nötig hat?

**Andreas Lustenberger** spricht für die ALG-Fraktion. Für diese hat die ganze «Übung» den Beigeschmack der Wortklauberei, und es muss die Frage erlaubt sein, mit welcher Genauigkeit der Leistungsauftrag der Sicherheitsdirektion erstellt wurde. Es ist zudem irritierend, wenn der Kanton Zug zehntausende von Franken für ein Klassentreffen der Staatshäuptlinge und Reichen ausgibt − der Votant verweist auf die Antwort auf seine Kleine Anfrage zum WEF − und gleichzeitig bei den Leistungen im Kanton Zug gespart wird. Eine Armada von Videokameras ersetzt in keiner Weise die Präsenz von Polizistinnen und Polizisten.
Die Aussagen in Abschnitt 1 («Ausgangslage») des regierungsrätlichen Berichts sind für die ALG besorgniserregend. Hier zeigt der Regierungsrat auf, wohin die bürgerliche Spardoktrin führt. Während die Bevölkerung im Kanton Zug und damit die Aufgaben für die öffentliche Hand wachsen, werden ideologisch verblendete Sparübungen durchgedrückt. Dieser Abbau kann notabene nur zu einem Leistungsabbau für die Zugerinnen und Zuger führen. Im Hinblick auf kommende Sparrunden − Schliessung von gemeindlichen Polizeidienststellen − sollten die Ratsmitglieder rechts von der ALG noch einmal über die Bücher gehen.
Die ALG ist bereit, den vorliegenden Leistungsauftrag zu genehmigen, damit die Zuger Polizei in ihrer täglichen Arbeit zum Wohl der Bevölkerung nicht behindert wird. Persönlich hegt der Votant auch Sympathien für den Antrag auf Erhöhung des Globalbudgets um 200'000 Franken. Gleichzeitig erwartet die ALG vom Sicherheitsdirektor eine klare Strategie für die Sicherheit der Zuger Bevölkerung.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Diese möchte neben den Littering- und fiskalpolitischen Überlegungen einen weiteren Aspekt einbringen und − damit verbunden − eine Frage stellen.
Als der Rat im Oktober 2017 bei der Revision des Polizeigesetzes den Gewaltschutz behandelte, unterstützte die SP die entsprechenden Änderungen. Gleichzeitig war damals im Rat auch spürbar: Die beschlossene Gesetzesgrundlage ist gut und recht, aber ohne personelle Ressourcen bleibt das Recht leerer Buchstabe. Mit Verweis auf das Entlastungsprogramm 2015−2018 verzichtet der Regierungsrat unverständlicherweise auf die Realisierung eines umfassenden Bedrohungsmanagements. Schon damals machte die vorberatende Kommission auf die Gefahr einer «Alibi-Gesetzgebung» aufmerksam, und sogar die Stawiko bekundete ihre Bereitschaft, zusätzliche Polizeistellen zu prüfen. Die SP-Fraktion bedauerte es

ausdrücklich, dass die Regierung auf ein umfassendes Bedrohungsmanagement gegen Gewalt, insbesondere häusliche Gewalt, verzichtet. Sie machte damals − wie gesagt − auf die Relevanz von Ressourcen aufmerksam. Auch in der Budgetdebatte machte sie auf diesen Aspekt aufmerksam, und genau das war für sie der Grund, dem Leistungsauftrag nicht zuzustimmen. Und es sei heute wiederholt: Der Gewaltschutz wird auch hier wieder stiefmütterlich behandelt, er wird ein einziges Mal auf Seite 1 des aktuellen Berichts erwähnt. Die SP erwartet, dass spätestens im Budget 2019 ein umfassenderes Bedrohungsmanagement Teil des Leistungsauftrags sein wird und − wenn möglich − und konkrete Erwähnung findet.
Die angekündigte Frage der SP-Fraktion ist verfahrenstechnischer Art: Was bedeutet es, wenn die SP dem − ganz anders begründeten − Antrag der CVP-Fraktion auf Erhöhung des Globalbudgets zustimmt? Wäre die Regierung bei einer Zustimmung zu diesem Antrag frei, wie sie dieses Geld einsetzt bzw. wie die Stellen besetzt sind?

**Pirmin Andermatt** hält fest, dass es hier nicht um Zitronen, sondern um Menschen und deren Sicherheit geht. Seine Interessenbindung: Er ist Präsident des Verbands Zuger Polizei.
Weniger Leute gleich weniger Stunden gleich weniger Leistung: Diese Gleichung ist eigentlich klar. Wenn man den Vorrednern zugehört hat, scheint das allerdings nicht klar zu sein: Man erwartet mehr Leistung bei weniger Leuten und weniger Stunden. Wie soll diese Rechnung aufgehen? Die Folgen der Reduktion sind für jeden Polizisten schon jetzt stark spürbar, und nur dank des zusätzlichen persönlichen und überobligatorischen Efforts eines jeden Polizisten ist es möglich, die vorgegebenen Leistungen überhaupt zu erreichen. Im Klartext: Die Polizisten leisten mehr, als sie gemäss Anstellungsvertrag müssten. Und jeder Entscheidungsträger muss sich bewusst sein, dass das Wiederbesetzen von gestrichenen Polizeistellen Jahre dauert; konkret sind es von der Anwerbung bis zum gestandenen Polizisten, einem Gefreiten, sieben Jahre. Die Folgen und Auswirkungen der Sparpolitik werden leider erst in den kommenden Jahren spürbar − dann nämlich, wenn vermutlich verschiedene Sparpolitiker bereits nicht mehr politisch aktiv sind. Der Votant ist gespannt, was passiert, wenn die Polizei bei gewissen Vorfällen nicht mehr ausrückt und/oder der Bürger mehr als eine Stunde lang auf die Zuger Polizei warten muss. Schon die alten Eigenossen wussten, dass Sicherheit und Freiheit ihren Preis haben. Und es sei wiederholt: Es geht hier nicht um Zitronen, sondern um Menschen und deren Sicherheit. Der Votant bittet deshalb, dem Antrag der CVP-Fraktion auf Erhöhung des Globalbudgets der Zuger Polizei um 200’000 Franken zuzustimmen.

**Thomas Meierhans** fühlt sich herausgefordert vom Votum des FDP-Sprechers. Man kann bei der Polizei natürlich so lange an der Zitrone drücken, bis es im ganzen Kanton Zug nur noch einen einzigen Polizisten Wäckerli gibt, der mit dem Velo unterwegs ist.

**Philip C. Brunner** stellt fest, dass man offenbar in einem Wahljahr ist und die eigenen Regierungsräte aus dem Feuer geholt werden. Natürlich hat auch er grosse Sympathien für die Zuger Polizisten und ihre Angehörigen. Was aber ist mit den anderen Mitarbeitenden des Kantons? Auch sie stehen unter Druck.
Es wurde hier eine etwas seltsame Debatte losgetreten, und die CVP präsentiert sich als die grosse Sicherheitspartei. Und obwohl sie dem Budget 2018 zugestimmt hat, wird nun via Leistungsauftrag gewissermassen eine Sonderbugetdebatte geführt. Das eigentliche Problem aber liegt bei Pragma. Wenn der Rat das Budget der

Polizei um 200’000 Franken erhöht, kommt die SP und meldet ihre Anliegen an − jeder hat ein berechtigtes Anliegen in diesem Zusammenhang.
Der Votant bittet, den Antrag der CVP-Fraktion abzulehnen. Dieser steht völlig quer in der Landschaft. Die Diskussionen über die Polizeidienststellen und über die Sparprogramme wurden bereits geführt, die Debatte entgleitet ein bisschen. Eigentlich ging es darum, am Leistungsauftrag der Zuger Polizei eine Korrektur anzubringen. Die Regierung hat das getan − und der Votant bittet, dem regierungsrätlichen Antrag zuzustimmen.

**Oliver Wandfluh** muss offenbar noch etwas ins Detail gehen: Wegen der Reduktion um 300 Stunden im Bereich Littering werden bei der Polizei keine Stellen gestrichen. Der Kanton kauft wie die Gemeinden gewisse Sicherheitsdienstleistungen ein, u. a. die Sicherheitsassistenten, die auch im Bereich Littering etc. eingesetzt werden. Wenn es gut läuft bezüglich Sicherheit oder Littering, müssen weniger zusätzliche Dienstleistungen eingekauft werden. Es wird aber niemand entlassen, sondern der Kanton und die Gemeinden sparen, indem sie für etwas, das nicht mehr nötig ist, keine zusätzlichen Dienstleistungen mehr einkaufen.

**Marcel Peter** hält mit Bezug auf das Votum von Thomas Meierhans fest, dass es hier um einen Leistungsauftrag geht. Wenn man sparen will, muss man über die Aufgabe des Staats sprechen, und für den Votanten liegt die Aufgabe der Polizei − da geht er mit der CVP und der SVP einig − darin, Sicherheit zu schaffen. Nun hat der Sicherheitsdirektor in seinem Bericht geschrieben, die vorgeschlagene Änderung des Leistungsauftrags wirke sich nicht auf die Sicherheitslage des Kantons aus. Man kann die 300 Stunden also getrost streichen, vielleicht sogar mehr.

Auch Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** ist etwas überrascht, dass sich die Diskussion zu einer eigentlichen Budgetdebatte entwickelt hat. Was der Regierungsrat bezüglich Sicherheit und Sicherheitsgefühl geschrieben hat, wird völlig falsch verstanden. Es ist hier von Littering die Rede, nicht von der eigentlichen Sicherheit, wie die Polizei sie versteht. In den letzten Jahren wurde ein starker Fokus auf Littering gelegt, weil zusammen mit den Gemeinden eine Präventionskampagne durchgeführt wurde. Der Sicherheitsdirektor hat diese Kampagne initiiert, wobei er den Gemeinden immer klar kommunizierte, dass der Kanton nur in der Anfangsphase und vielleicht noch während zwei, drei Jahren mitmachen werde; nachher müssten die Gemeinden diese Kampagne allein weiterführen. Es war in diesem Sinne also schon länger vorgesehen, die Mitwirkung des Kantons zu reduzieren. Da die Gemeinden nun aber diese Kampagne nicht fortführen wollen, wollte die Sicherheitsdirektion für 2018 zumindest noch die Stundenzahl beibehalten. Bei der Überarbeitung des Leistungsauftrags konnte diese nun entsprechend reduziert werden.
Die Aussage, die Zitrone sei noch nicht ausgepresst, schockiert den Sicherheitsdirektor. Bei der Zuger Polizei wurden zwölf Stellen abgebaut, und wenn nun verlangt wird, dass die polizeiliche Präsenz auf dem gleichen Level bleiben müsse, geht das schon rein mathematisch nicht auf. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Revision der Strafprozessordnung sehr viel Mehraufwand gebracht hat, das kann der Obergerichtspräsident bestätigen: Die Polizei muss heute viel mehr Büroarbeiten verrichten, damit die betreffenden Fälle nicht eingestellt werden. Der zeitliche Aufwand bei der Polizei ist also deutlich gestiegen. Dazu kommt die Einsatzleitzentrale, die häusliche Gewalt etc. − und überall müsste man etwas reduzieren. Da der Kantonsrat aber die eigentliche polizeiliche Präsenz, also *Community Policing* etc., etwa auf demselben Stand halten wollte, hat der Sicherheitsdirektor entschieden, die Präsenz im Bereich Littering etwas abzubauen, zumal dieser Be-

reich − er betrifft Ruhe und Ordnung − ja primär eine Aufgabe der Gemeinden ist. Es ist deshalb völlig falsch, wenn Oliver Wandfluh sagt, Kanton und Gemeinden würden Sicherheitsdienstleistungen einkaufen. Vielmehr ist es so, dass der Kanton die Sicherheitsassistenten einstellt und die Gemeinden dann die entsprechenden Dienstleistungen einkaufen.
Zur Frage von Barbara Gysel: Grundsätzlich bildet der Kanton Zug sein Polizeipersonal selber aus; nur ab und zu stellt er Personal aus anderen Korps ein. Für die Rekrutierung und Ausbildung braucht es mindestens ein bis zwei Jahre. Wenn der Rat der Erhöhung des Globalbudgets zustimmt, kann der Sicherheitsdirektor den zusätzlichen Betrag höchstens dafür verwenden, mehr Personal zu rekrutieren und in die Ausbildung zu schicken. Der Regierungsrat hat aber bereits ausgeführt, dass im Rahmen des Budgets 2019 die Personalsituation bei der Polizei − auch mit Blick auf die verlangte Präsenz − grundsätzlich analysiert werden muss. Zu beachten ist, dass die Bevölkerungszahl, die Zahl der Firmen und Unternehmen, das Verkehrs- und Pendleraufkommen etc. im Kanton Zug weiterhin markant steigen. Man kann die polizeilichen Leistungen nicht mit weniger Personal auf demselben Niveau wie bis anhin halten.
Der Sicherheitsdirektor bittet in diesem Sinn, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Im Übrigen hat der Schutz vor häuslicher Gewalt seiner Meinung nach nichts mit dem heutigen Thema zu tun. Der Kantonsrat hat klar entschieden, dass für den Bereich Gewaltschutz ein «Light-Programm» umgesetzt wird, ohne zusätzliches Personal. Parallel dazu wird evaluiert, ob mit diesem Programm die erwarteten Resultate bzw. das Ziel erreicht werden. Und zum Votum von Andreas Lustenberger ist festzuhalten, dass dieser wirklich keine Ahnung von Polizei hat, wenn er sagt, er erwarte endlich eine Strategie. Der Sicherheitsdirektor lädt Andreas Lustenberger ein, mit ihm und dem Polizeikommandanten die Polizeiorganisation und -arbeit im Detail anzuschauen. Die Polizei hat Jahresziele, Legislaturziele, Schwerpunkte etc. Im vorliegenden Leistungsauftrag ist letztlich nur ein kleiner Ausschnitt aus dem umfassenden Auftrag der Polizei festgehalten, man könnte hier viel mehr ins Detail gehen. Aussagen wie jene von Andreas Lustenberger tun nicht nur dem Sicherheitsdirektor, sondern der ganzen Polizei weh.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich in der nun folgenden Abstimmung der Antrag des Regierungsrats und der Antrag der CVP-Fraktion auf Erhöhung des Globalbudgets 2018 der Zuger Polizei um 200’000 Franken gegenüberstehen. Die Abstimmung ist zugleich die Schlussabstimmung für dieses Geschäft.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat genehmigt mit 47 zu 23 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 9

**968 Begnadigungsgesuch**

Vorlagen: 2780.1 - 15574 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2780.2 - 15660 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Justizprüfungskommission beantragen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Er hält ferner fest:
• Gemäss § 83 Abs. 1 GO KR entscheidet der Kantonsrat auf Antrag der Justizprüfungskommission ohne Diskussion in geheimer Abstimmung, ob er auf das Begnadigungsgesuch eintritt.
• Gemäss § 83 Abs. 2 GO KR können die Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats nach dem Eintretensbeschluss Anträge über das Ausmass der Begnadigung stellen und diese kurz begründen. Über das Ausmass wird in geheimer Abstimmung entschieden.
• Eine Diskussion über den Straffall ist nur zulässig, soweit diese unmittelbar mit der Begnadigung zusammenhängt. (§ 83 Abs. 3 GO KR)

Die Stimmenzählenden teilen die Stimmzettel aus und sammeln sie dann wieder ein. Nach der Auszählung gibt der **Vorsitzende** das Abstimmungsresultat bekannt:

| Ausgeteilte Stimmzettel | Eingegangene Stimmzettel | Leere Stimmzettel | Ungültige Stimmzettel | In Betracht fallende Stimmzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 74 | 74 | 3 | 0 | 71 | 36 |

| Anzahl Ja-Stimmen | Anzahl Nein-Stimmen |
|---|---|
| 3 | 68 |

➔ Der Rat tritt nicht auf das Begnadigungsgesuch ein.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt. Die Staatskanzlei teilt dem Gesuchsteller den Beschluss des Rats mit.

TRAKTANDUM 10

**969 Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsperiode 2019–2024**
**Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2019–2024**

Vorlagen: 2788.1 - 15577 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2788.2 - 15578 (Antrag des Obergerichts); 2788.3 - 15579 (Antrag des Obergerichts); 2788.4 - 15675 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst den Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich.

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die zwei Vorlagen zusammen beraten werden, da sie thematisch zusammengehören.

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, verweist auf den Bericht und Antrag der JPK vom 20. November 2017. Die JPK hat sich bereits Anfang

September 2017 vom Obergericht über die Richterstellen informieren lassen, dies nachdem sie schon bei der Visitation auf den sehr hohen Arbeitsanfall bei der Strafabteilung des Obergerichts aufmerksam geworden war.
Die JPK unterstützt die Anträge des Obergerichts. Sie nimmt positiv zur Kenntnis, dass trotz sehr hoher Auslastung der Gerichte insgesamt und einzelner Abteilungen beim Obergericht − wie erwähnt vor allem die Strafabteilung − nicht einfach nach mehr Richtern gefragt wird, sondern dass das Obergericht mit dem Vorschlag, die nebenamtlichen Richter vermehrt und vor allem auch für die Verfahrensleitung einzusetzen, einen sehr pragmatischen, effizienten und sparsamen Weg eingeschlagen hat. Die in der nächsten Amtsperiode pensionierten Oberrichter Stefan Dalcher und Paul Kuhn stellen sich − soweit sie von ihren Parteien unterstützt werden − als nebenamtliche Richter zur Verfügung. Mit ihrer langjährigen Erfahrung in der Verfahrensleitung und der geleisteten Qualität wäre dies geradezu ein Glücksfall und vor allem eine grosse Chance, die Pendenzen beim Obergericht mit minimalem Zusatzaufwand zu reduzieren.
Die JPK beantragt einstimmig, auf das Geschäft einzutreten und beiden Vorlagen zuzustimmen. Die SVP-Fraktion unterstützt das Geschäft ebenfalls und folgt einstimmig dem Antrag der JPK.

**Laura Dittli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion auf beide Beschlüsse eintritt und diese grossmehrheitlich unterstützt. Sie begrüsst die Bemühungen der Gerichte, auch in der nächsten Amtsperiode mit den vorhandenen Richterstellen weiterzuarbeiten. Auch die vorgeschlagene flexible Lösung in der chronisch überlasteten Strafabteilung des Obergerichts begrüsst die CVP grundsätzlich. Das Angebot der beiden Oberrichter ist eine pragmatische Lösung. Von ihrer grossen Erfahrung können alle nur profitieren. Die CVP erwartet aber vom Obergericht, dass die Kosten dieser Lösung im Budget 2019 explizit und detailliert ausgewiesen werden. Es sollte auch nicht sein, dass die Gerichte bzw. in diesem Fall eine Abteilung strukturell überlastet sind. In Zukunft sollte nach Meinung der CVP wieder darüber diskutiert werden, ob in einer solchen Situation eine zusätzliche Richterstelle geschaffen werden sollte. Auf jeden Fall gilt es die Situation im Auge zu behalten.
Betreffend Pensen der Richter wünscht sich auch die CVP-Fraktion, dass diese flexibler gestaltet werden können, damit auch Richter oder Richterinnen vermehrt die Möglichkeit haben, Teilzeit arbeiten zu können. Dieses Anliegen, welches in der JPK angestossen wurde und auch beim Obergericht Anklang fand, sollte unbedingt weiterverfolgt werde.

**Esther Haas** teilt mit, dass die ALG-Fraktion es begrüsst, wenn künftig die nebenamtlichen Richterinnen und Richter sowie Ersatzrichterinnen und -richter Verfahrensführungen übernehmen, um die nötigen Entlastungen zu erreichen. Die ALG unterstützt demnach beide Beschlüsse. Eine grössere Flexibilität ist auch aus Effizienzgründen wichtig. Man muss sich aber bewusst sein, dass die fehlenden Kapazitäten auf ein strukturelles Problem im Strafgericht zurückzuführen sind, das schweizweit beobachtet wird. Und strukturelle Probleme müssen irgendwann grundsätzlich angegangen werden.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Sie kann sich ihren Vorrednerinnen anschliessen. Um das Anliegen der CVP aufzunehmen, nämlich die Schaffung flexiblerer Pensen zu ermöglichen, reicht die SP heute eine Motion ein.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält zuerst fest, dass die Zahl der Mitglieder des Kantonsgerichts wie bis anhin bei neun belassen werden kann. Der Obergerichtspräsident verweist dazu auf die Berichte der Justizprüfungskommission und

des Obergerichts. Zur Zahl der Mitglieder des Strafgerichts hält er fest, dass das Strafgericht mit vier Vollzeitstellen für die Bewältigung der derzeitigen Geschäftslast gut aufgestellt ist. Wie im Bericht und Antrag vom 3. Oktober 2017 festgehalten wurde, ist aufgrund der am 1. Oktober 2016 in Kraft getretenen neuen Gesetzesbestimmungen über die strafrechtliche Landesverweisung mit einem Anstieg der Geschäftslast zu rechnen. Die neuen Gesetzesbestimmungen gelangen wegen des Rückwirkungsverbots nur auf Delikte zur Anwendung, welche nach dem 1. Oktober 2016 begangen wurden oder werden. Das Ausmass der Mehrbelastung kann daher noch nicht abgeschätzt werden. Während in anderen Kantonen bereits personell aufgestockt wurde, ist beim Strafgericht Zug die grosse Flut zusätzlicher Anklagen bisher ausgeblieben. Die Zahl der Mitglieder des Strafgerichts kann daher bei vier Vollzeitstellen belassen werden.
Zur Zahl der Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts und des Strafgerichts: Für beide Gerichte werden dieselben Ersatzmitglieder eingesetzt. Für die auslaufende Amtsperiode 2013−2018 wurde deren Zahl auf sechs festgesetzt. Diese Regelung hat sich bewährt, die Zahl der Ersatzmitglieder kann beibehalten werden.
Bezüglich Obergericht wurde bereits auf die Problematik mit dem grossen Arbeitsanfall in der Strafabteilung hingewiesen. Wenn man sich die hohen Rechtsmittelquoten vor Augen hält, welche für 2015 und 2016 errechnet wurden, wird deutlich, dass die Strafabteilung des Obergerichts personell verstärkt werden muss, um einen Rückstau der Pendenzen zu verhindern. Diese personelle Verstärkung kann für die Amtsperiode 2019−2024 in optimaler Weise so bewerkstelligt werden, dass das Pensum des in der Strafabteilung tätigen nebenamtlichen Mitglieds vorübergehend erhöht wird. Überdies würden allenfalls vermehrt Ersatzrichterinnen und -richter zum Einsatz kommen. Diese Lösung hat das Obergericht gegenüber der JPK und der für die Justiz zuständigen Delegation der Stawiko offen und transparent kommuniziert. Gegenüber einer Erhöhung der Richterstellen hat die vorgeschlagene Lösung den Vorteil, dass die nebenamtlichen Mitglieder und die Ersatzrichterinnen und -richter je nach Arbeitsanfall flexibel eingesetzt werden können. Zusätzliche Kosten fallen also nur an, wenn die Geschäftslast nicht anders bewältigt werden kann.
Die Frage, in welchem Umfang die nebenamtlichen und Ersatzrichter vermehrt eingesetzt werden sollen und wie sich dies auf das Budget auswirken wird, würde der Obergerichtspräsident gerne bereits heute beantworten. Es lässt sich aber nicht voraussagen, wie viele Berufungen im laufenden Jahr noch eingehen werden, wie viele erledigt werden können und wie hoch der Pendenzenstand Ende Jahr sein wird. Es schwebt dem Obergericht aber, was den Einsatz des nebenamtlichen Richters anbelangt, folgendes Konzept vor: In einer ersten Phase von geschätzten sechs Monaten, bis die Pendenzen abgebaut sind, wird er in einem Vollpensum tätig sein. Danach wird es je nach Arbeitsanfall ungefähr ein 15- bis 20-Prozent-Pensum sein. Wenn sich das Obergericht Mitte Mai mit dem Budget 2019 beschäftigt, wird es sich damit nochmals auseinanderzusetzen haben.
Das Obergericht war beim Einsatz von Personalressourcen immer sehr zurückhaltend. Das wird auch so bleiben. Nebenamtliche und Ersatzrichter werden nicht unnötig eingesetzt. Auch in diesem Punkt kann sich der Kantonsrat auf das Obergericht verlassen. Das Obergericht stellt in diesem Sinn den folgenden Antrag: Es seien für die kommende Amtsperiode von den sieben Richterstellen am Obergericht weiterhin deren fünf im Vollamt und deren zwei im Nebenamt festzulegen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

**Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsperiode 2019–2024** (Vorlage 2788.2)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur eine Lesung stattfindet, weil dieser Beschluss nicht referendumsfähig ist.
Der Rat geht die einzelnen Teile und Paragrafen des Erlasses durch. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 66 zu 1 Stimmen zu.

**Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Voll-, Teil- und Nebenämter im Obergericht für die Amtsperiode 2019–2024** (Vorlage 2788.3)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch zu diesem Erlass nur eine Lesung gibt. Der Rat geht die einzelnen Teile und Paragrafen des Erlasses durch. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 68 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zur Behandlung vor. Damit sind diese Geschäfte für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 11

**970 Motion von Michael Riboni, Laura Dittli und Anastas Odermatt betreffend Offenlegung der Interessenbindungen von Richtern und Staatsanwälten**
Vorlagen: 2712.1 - 15362 (Motionstext); 2712.2 - 15633 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

**Michael Riboni** dankt auch im Namen seiner Mitmotionäre der Justizprüfungskommission für die positive Aufnahme des Anliegens. Ein Dank gebührt auch dem Obergericht und der Staatsanwaltschaft, die in dieser Sache Mitberichte verfassten und keinerlei Einwände gegen die Offenlegung ihrer Interessenbindungen haben.
Das Anliegen der Motionäre ist klar, die entsprechenden Argumente kann man der Motion und dem Bericht und Antrag der JKP entnehmen. Der Votant möchte einzig betonen, dass die Motionäre nichts dagegen haben, wenn gewählte Richter oder Staatsanwälte neben ihrem Amt in ihrer Freizeit beispielsweise noch in einem Stiftungsrat tätig sind, in einem Bürgerrat sitzen oder in der gemeindlichen Verkehrskommission Einsitz nehmen. Solche Mandate sollen nicht verboten werden − im Gegenteil: Solche Mandate und − zum Teil sogar ehrenamtliche − Nebenbeschäftigungen gehören zum Milizsystem. Den Motionären geht es einzig um Transparenz. Transparenz darüber, welche Interessenbindungen bei einem Richter bestehen, ist wichtig. Denn nirgends wiegt ein möglicher Eindruck von Befangenheit

schwerer als bei einem Gericht. Damit Urteile von den Parteien akzeptiert werden, braucht es Vertrauen ins Gericht und ins Justizsystem. Dieses Vertrauen wird durch die Offenlegung der Interessenbindungen gestärkt. Andere Kantone haben es vorgemacht, und es gibt keinen Grund, weshalb der Kanton Zug hier hintanstehen soll.
Der Votant bittet den Rat deshalb, dem Antrag der JPK Folge zu leisten und die Motion erheblich zu erklären. Die SVP-Fraktion wird dies tun.

**Laura Dittli** spricht für die CVP-Fraktion. Diese begrüsst die verlangte Offenlegung von Interessenbindungen der Richter und Staatsanwälte. Dieser Schritt führt zu mehr Transparenz in der Justiz. Damit wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit der Organe der Zuger Justiz- und Strafverfolgungsbehörden weiter gestärkt. Mit einer zentralen Liste kann mit relativ wenig Aufwand die gewünschte Transparenz erreicht werden. Die CVP begrüsst auch, dass auch für das Verwaltungsgericht ein entsprechendes Register einzuführen ist. Sie schliesst sich einstimmig dem Antrag der erweiterten JPK an, die Motion erheblich zu erklären.

**Anastas Odermatt** dankt im Namen der ALG-Fraktion allen Beteiligten für die wohlwollende Aufnahme des Anliegens. Auch die ALG unterstützt die Erheblicherklärung der Motion. Transparenz ist wichtig, und der vorgeschlagene pragmatische Weg mit einem zentral beim Obergericht geführten Register überzeugt. Der Aufwand scheint sich so in Grenzen zu halten, gleichzeitig ist ein Mehrwert mittels Transparenz und Vertrauensgewinn zu verbuchen − gut so!

**Daniel Marti** hält fest, dass es in einer Zeit schwindenden Vertrauens in Politik und Behörden, von Machtmissbrauch und Betrug bei staatlichen Unternehmen und von unseligen politischen Grabenkämpfen in den Parlamenten eine Freude ist, eine Motion zu unterstützen, die von Kantonsräten von ganz rechts bis ganz links gemeinsam eingereicht wurde. Wie bereits gehört, stärkt die Offenlegung der Interessenbindungen von Richtern und Staatsanwälten das Vertrauen der Bevölkerung in die Zuger Justizbehörden. Dass das Obergericht in seiner Stellungnahme anregt, die Offenlegungspflicht auf alle Leitenden Staatsanwältinnen und -anwälte auszuweiten, ist das Pünktchen auf dem i dieser rundum positiven Vorlage.
Es liegt jetzt am Parlament, diese Motion erheblich zu erklären und damit einen kleinen Beitrag zu leisten, dass in der Bevölkerung das Vertrauen in die Politik wieder ein bisschen wächst. Der Votant bittet daher, dem Antrag der Justizprüfungskommission zu folgen und die Motion erheblich zu erklären.

JPK-Präsident **Thomas Werner** hält fest, dass das Anliegen der Motionäre, durch ein öffentlich einsehbares Register, in welchem die Interessenbindungen von Richterpersonen und Staatsanwälten eingetragen sind, mehr Transparenz zu schaffen, gerade im kleinen Kanton Zug berechtigt und einleuchtend ist. Die erweiterte Justizprüfungskommission hat das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Staatsanwaltschaft zu einer Stellungnahme eingeladen. Aus den Stellungnahmen geht hervor, dass das Anliegen der Motion auch bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft auf breites Verständnis stösst und keine Einwände dagegen bestehen. Im Gegenteil: Die Staatsanwaltschaft regt an, die Offenlegungspflicht nicht nur für die Oberstaatsanwälte, sondern auch für die leitenden Staatsanwälte vorzusehen. Die JPK empfiehlt aus Effizienzgründen ein einzelnes elektronisches Register, welches zum Beispiel beim Obergericht anzusiedeln und durch dieses zu pflegen wäre. Zusätzlich sollte im Falle einer Erheblicherklärung der Motion die neue Regelung auch für das Verwaltungsgericht eingeführt werden. Die JPK be-

antragt einstimmig, nämlich mit 9 zu 0 Stimmen bei 9 Anwesenden, die Motion erheblich zu erklären.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** dankt der Justizprüfungskommission für die Einladung zum Mitbericht. Die Gerichte und die Staatsanwaltschaft haben Verständnis für das Anliegen, Interessenbindungen von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten transparent zu machen. Sie haben daher keine Einwendungen gegen die Einführung eines Registers, in welchem die Interessenbindungen offengelegt werden. Dem Anliegen der Motionäre könnte mit einer Norm etwa im Gerichtsorganisationsgesetz Rechnung getragen werden, die im Wortlaut der im Kanton Zürich geltenden Bestimmung über die Offenlegung von Interessenbindungen entspricht. Es scheint dem Obergericht wichtig, dass klar definiert wird, welche Interessenbindungen offenzulegen sind, damit spätere Diskussionen darüber vermieden werden können. Über die weitere Ausgestaltung der Norm wird noch diskutiert werden können.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag auf Nichterheblicherklärung gestellt wurde.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend erheblich.

TRAKTANDUM 12

**Geschäfte, die am 14. Dezember 2017 und 25. Januar 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**971** Traktandum 12.1: **Interpellation von Philip C. Brunner und Daniel Stadlin betreffend den Kantons- und Gemeindefinanzen im Zusammenhang mit dem «Sparpaket 2018» und dem Prozess «Finanzen 2019», sowie der vom Regierungsrat erwogenen Steuererhöhung**

Vorlagen: 2751.1 - 15451 (Interpellationstext); 2751.2/2a - 15612 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellant **Philip C. Brunner** hält fest, dass die Interpellation im Mai 2017 eingereicht wurde und die Regierung sich für die Antwort relativ viel Zeit genommen hat. Die Entwicklung, die seither stattgefunden hat, ist allen bekannt. Den Interpellanten ging es um die Frage, um wieviel die Gemeinden die Steuern senken könnten, so dass für den Steuerzahler eine Art Nullergebnis herauskommt, wenn der Kanton − gemäss den damals bekannten Fakten − seine Steuern erhöhen müsste. Seither haben viele Gemeinden ihre Steuern gesenkt, und sie werden, wie man munkeln hört, ihre Budgets für 2017 einhalten oder in positivem Sinn übertreffen können. Der vorliegende Vorstoss − er wurde bereits für die Dezembersitzung traktandiert und zweimal verschoben − ist also eigentlich obsolet geworden.
Die Zahlen in der Beilage zur Interpellationsantwort sind sehr interessant. Der Votant empfiehlt den Ratsmitgliedern, sie auch mit Blick auf die eigene Gemeinde zu studieren. So gibt es beispielsweise substanzielle Unterschiede beim Nettovermögen pro Einwohner, was erstaunt, wenn man die Finanzkraft einzelner ZFA-Gebergemeinden kennt und nun sieht, was sie in der Kasse haben bzw. nicht haben.
Der Votant dankt dem Regierungsrat und der Finanzdirektion für die Beantwortung der Interpellation. Er erwähnt lobend die Gemeinde Baar und deren Finanzchef. Diese publiziert seit einigen Jahren ihre Finanzkennzahlen jährlich und grafisch

sehr gut aufbereitet. Der Votant hofft, dass Baar diese Publikation weiterführt, ist sie doch sehr interessant für alle, die das finanzielle *Rating* kennen möchten.

**Thomas Meierhans** dankt im Namen der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die in der Antwort mitgelieferten Finanzkennzahlen der Gemeinden und des Kantons sind sehr spannend. Eigentlich könnte der Votant auch den Interpellanten danken für die gestellten Fragen und den darin enthaltenen vordergründigen Ansatz, wie das strukturelle Defizit des Kantons behoben werden könnte. Sogar der Chefredaktor der «Zuger Zeitung» hat am 17. Juni mit dem Titel «Bestechend einfach» Stellung zur Interpellation genommen. Er führte aus, dass die Rechnung bestechend einfach sei: Der Kanton muss seine Steuern erhöhen und die Gemeinde ihre Steuern senken. Der Votant findet das allerdings keine gute Idee − und er kann den Interpellanten nicht wirklich danke sagen. Auch dem Chefredaktor der «Zuger Zeitung» muss er widersprechen. Mehr noch: Er hat überhaupt kein Verständnis dafür, dass solche Ideen von bürgerlichen Parlamentariern kommen, und er findet die Interpellation und ihren Lösungsansatz brandgefährlich. Die Interpellation verlangt nämlich ganz einfach eine langsame Steuerharmonisierung und schlussendlich die Einführung einer Einheitssteuer, wie sie sonst nur von linker Seite verlangt wird. Die Gemeindeautonomie und auch die Autonomie des Kantons sind dem Votanten aber *zu* wichtig. Ihm ist es an jeder Gemeindeversammlung, wenn er zu einer Ausgabe oder einer Investition Ja sagt, bewusst, dass diese mehrheitlich mit der Gemeindesteuer oder einer Gebühr bezahlt werden muss. Das gilt auch im Kantonsrat. Beschliesst der Rat neue Kantonsaufgaben und damit Kantonsausgaben, sollten diese wenn immer möglich mit den Kantonssteuern beglichen werden. Werden die zwei Staatsebenen mit ihren je eigenen Gemeinde- bzw. Kantonsfinanzen vermischt, verliert der Bürger zunehmend die Kontrolle.
Wie oft wurde in diesem Parlament über den NFA gewettert! 85 Prozent müssten doch für die finanzschwachen Kantone genügen, Steuerwettbewerb sei gesund etc. Dies gilt aber auch für die Zuger Gemeinden− und deren Finanzen sollen auf keinen Fall noch mehr mit den Kantonsfinanzen vermischt werden. Dass im Rahmen der ZFA-Reform 2018 die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen von Kanton und Gemeinden überarbeitet werden sollen, ist der richtige Ansatz. Auch ein Ausgleich unter den Gemeinden, also auf gleicher Staatsebene, ist wichtig. Wie hoch jedoch die Steuern in den einzelnen Gemeinden sein sollen, soll dem Grossen Gemeinderat von Zug bzw. den Gemeindeversammlungen in den einzelnen Gemeinden überlassen sein.
Die CVP steht weiterhin für Subsidiarität ein: Entscheidungen und deren Finanzierung sollen möglichst weit unten getätigt werden. Das Kantonsbudget soll durch kritisches Hinterfragen der Aufgaben, eine enge Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat und − wenn unbedingt nötig − durch eine Steueranpassung in Ordnung gebracht werden. Den Gemeinden aber sollen ihre Autonomie belassen werden.

**Beat Unternährer** dankt namens der FDP-Fraktion der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Die FDP stellt mit Freude fest, dass die Zuger Gemeinden grossmehrheitlich enorm gesund sind. Es zeigt sich, dass das dezentrale und kleinräumig organisierte Steuersystem zu einer Überlappung von Zahlern und Nutzern führt. Steuermoral und Ausgabeneffizienz werden gefördert.
Die Art der Fragestellung der Interpellanten könnte suggerieren, dass der Kanton sich in die Festlegung der Steuerfüsse in den Gemeinden kommunikativ einschalten soll. Die FDP warnt davor und sagt: Hände weg vom Steuerfuss der Gemeinden! Sie findet es jedoch gut, dass im Rahmen der anstehenden Finanzprojekte die

Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie die Effizienz noch einmal intensiv überprüft werden.
Gar nicht gut findet die FDP aber den regierungsrätlichen Vorschlag, die Gutverdienenden mit einer Steuererhöhung verhältnismässig mehr zur Kasse zu beten. 18 Millionen der insgesamt 50 Millionen Franken sollen von ein paar wenigen Prozenten von Privaten bezahlt werden; von Bürgerinnen und Bürgern, die sich bereits heute hervortun, indem sie Nettozahler an den Staat sind − in der Schweiz und auch im Kanton Zug eine klare Minderheit, wie kürzlich auch eine Steuerinterpellation der FDP gezeigt hat. Die FDP erachtet Steuererhöhungen als *ultima ratio*. Sie ist nach wie vor zuversichtlich, dass noch beträchtliches Einsparpotenzial vorhanden ist.

**Andreas Lustenberger** spricht für die ALG-Fraktion. Wenn man die finanzielle Lage der Gemeinden und des Kantons anschaut, erstaunt der aktuelle Unterschied in der Tat etwas. Auch bei Gesprächen ausserhalb des Kantons Zug zeigen sich die Gesprächspartner über den finanziellen Zustand der Kantonsfinanzen − milde gesagt − erstaunt und gehen dann eher schmunzelnd zum nächsten Thema über. Es wäre ja ein genügend grosses Ressourcenpotenzial vorhanden. Und dieses wandert bei einer moderaten Steuererhöhung nicht ab.
Der ALG ist ein gutes Leistungsangebot beim Kanton und den Gemeinden wichtig: bei der Infrastruktur, im öffentlichen Verkehr, im Sozialbereich, aber auch bei der Schul- oder Berufsbildung, um nur einige Beispiele zu nennen. Und es ist für die ALG klar: Ein weiterer Abbau, weitere grosse Sparmassnahmen sind im schlanken Kanton Zug nicht möglich, zumindest nicht, wenn man zugunsten von Bevölkerung und Wirtschaft weiterhin eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur und ein ansprechendes staatliches Leistungsangebot für einen attraktiven Wohn-, Arbeits- und Unternehmensstandort bereitstellen will. Und darum ist eine Steuerhöhung nichts Schlechtes.
Die von den Interpellanten ins Feld geführte gemeindliche Entlastung bei einer gleichzeitigen kantonalen Steuererhöhung ist zwar eine interessante Überlegung. Sie blendet jedoch die gemeindlichen Besonderheiten aus. Deshalb ist die ALG froh, dass der Regierungsrat sich hier nicht auf eine komplizierte Rechnerei, heruntergebrochen auf einzelne Gemeinden, eingelassen hat.
Abschliessend weist die ALG nochmals darauf hin, dass einseitiges weiteres Sparen und Suchen nach Verzichtsmöglichkeiten und Leistungsabbau wohl über das Ziel hinausschiessen. Denn glaubt man dem nicht gerade als links bekannten *Think Thank* «Avenir Suisse», lautet das Fazit zu Zug folgendermassen: «Nach wie vor weist der Kanton Zug aber im ökonomischen Bereich, in finanzieller und personeller Hinsicht den schlanksten Staatshaushalt aller Kantone auf.»

**Philip C. Brunner** freut sich über die kalte Dusche von Seite der CVP − und er freut sich, dass er in diesem Kontext ein Linker sein darf. Als Politiker kennt man die Einnahmestruktur der Gemeinden: Steuern von natürlichen und juristischen Personen, dazu im Unterschied zum Kanton weitere Steuern, etwa die Grundstückgewinnsteuern oder Erbschaftssteuern. Diskussionen, wie sie beispielsweise in Menzingen bezüglich Schulen geführt werden, zeigen, dass auch die Gemeinden sparen müssen − wobei es zwischen ihnen finanziell sehr grosse Unterschiede gibt. Die Belastung der Gemeinden ist aber nicht im selben Rahmen gestiegen wie diejenige des Kantons. Beim Kanton sind die Kosten für den NFA massiv gestiegen, und der Kanton hatte nicht die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Als einzige Möglichkeit bleibt eine Steuererhöhung, denn das Sparpotenzial ist wohl ziemlich ausgeschöpft. Das hat auch die Diskussion am Morgen über das Budget der Zuger Polizei gezeigt, und die Bevölkerung hat in der Abstimmung über

das EP 2 entsprechende Antworten geliefert. Man muss nun kreativ an die Lösung des Problems herangehen. Es war nie die Idee der Interpellanten, dem Kanton vorzugeben, welche Gemeinden was zu tun hätten. Es ging einzig darum, die Möglichkeiten aufzuzeigen. Genau das hat die Regierung getan. Die vorgelegten Zahlen sind auch als Grundlage in Hinblick auf die ZFA-Reform interessant. Durch die Vernehmlassungen der Parteien zu «Finanzen 2019» weiss man nun etwas mehr Bescheid, und man kennt gewisse Zahlen, etwa die erwähnten 18 Millionen Franken für die oberen Steuerklassen bzw. die 32 Millionen Franken durch die allgemeine Steuererhöhung von 82 auf 86 Prozent. Man muss nun − wie gesagt − kreativ an die Sache herangehen, wobei man durchaus auch gegen eine Steuererhöhung sein darf. Die SVP beispielsweise sagt ganz klar, dass eine Steuererhöhung *ultima ratio* sei, und der Votant glaubt nicht, dass eine Mehrheit seiner Fraktion einer Steuererhöhung zustimmen wird.
Nochmals: Es ging den Interpellanten einzig darum, die Situation aufzuzeigen. Leider wurde das Momentum etwas verfehlt, eigentlich hätte man die Antwort kurz nach den Sommerferien kennen müssen. Damals kam der Prozess bereits in Gang: Gewisse Gemeinden gingen voran und senkten ihre Steuern extrem. Das hatte der Votant nicht erwartet. In diesem Sinn ist der Vorstoss − wie gesagt − obsolet geworden. Der Zuger Steuerpflichtige steht heute in praktisch allen Gemeinden besser da als 2017. Und für die Gemeinden, die ihre Steuern nicht senken konnten, muss via ZFA eine Lösung gefunden werden. Es kann nicht sein, dass eine grosse Gemeinde mit 17'000 Einwohnern derartige Beträge kassiert, dass sie ebenfalls positiv abschliesst. Der Votant spricht hier ausnahmsweise nicht von der Gemeinde Baar.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bestätigt, dass das Geschäft schon zwei oder drei Mal traktandiert war − und so verrinnt eben die Zeit. Und natürlich versucht der Regierungsrat, kreativ zu sein, allerdings hat die Kreativität − wie alle wissen − ihre politischen Grenzen. Im Übrigen ist es nicht das Ziel des Regierungsrats, die von Thomas Meierhans angesprochene Steuerharmonisierung bzw. Einheitssteuer herbeizuführen; der Kanton beabsichtigt auch nicht, in die Autonomie der Gemeinden bezüglich Steuern einzugreifen.
Von verschiedenen Votanten wurde der ZFA angesprochen; der Hebel müsse auf dieser Ebene angesetzt werden. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort darauf hingewiesen, dass im Januar 2018 dem Projektausschuss der Stand des Projekts dargelegt werde und man dann einen Schritt weitergekommen sei. Diese Aussage ist dahingehend zu berichtigen, dass zwar im Januar der Projektausschuss über den Projektstand informiert wurde. Man ist aber noch nicht so weit, dass man schon verbindliche Schlüsse ziehen könnte. Sicher ist aber schon jetzt, dass das Projekt ZFA keine Wunder wirken wird. Im Gegenteil: Man stellt fest, dass es keine grossflächigen Verzerrungen zwischen Kanton und Gemeinden gibt. Und die Gemeinden haben im Rahmen dieses Projekts gemerkt, dass das Vorgehen strikt nach dem AKV-Prinzip dazu führen würde, dass sie stärker belastet würden. Mit anderen Worten: Die oft kolportierte Mär, dass sich der Kanton zu wenig einbringe und die Gemeinden zu viel zu leisten hätten, bestätigt sich nicht. Zudem zeigt sich auch, dass es im ZFA nicht nur um den Schulterschluss zwischen Kanton und Gemeinden zu gehen hat, sondern auch um den Schulterschluss unter den Gemeinden. Das wird noch zu einer spannenden Diskussion führen − und der Finanzdirektor wagt es, gewisse Zweifel zu haben. Man ist beim ZFA aber an der Arbeit und wird den Kantonsrat entsprechend bedienen.
Beat Unternährer hat betont, dass eine Steuererhöhung *ultima ratio* sei. Diese Frage wird im Rahmen von «Finanzen 2019» nächstens diskutiert, die Kommissionssitzungen werden bald folgen. Es wurde auch angemerkt, dass die Zitrone noch

nicht ausgepresst bzw. weiteres Sparpotenzial vorhanden sei. Der Finanzdirektor erinnert an Heini Schmids Aussage im Rahmen der Debatte zur PBG-Revision, dass es immer um das politisch Machbare gehe. Genau das ist auch beim Sparen der entscheidende Punkt: Natürlich könnte man noch weiter sparen − radikal. Politisch aber ist das verdammt schwierig, nicht nur wegen des Regierungsrats, sondern auch wegen des Parlaments. Politisch ist eben vieles nicht machbar. Und wenn die Regierung nun feststellt, dass man an einem Punkt angelangt sei, wo man nicht weiter sparen könne, ist das unter der Voraussetzung zu verstehen, dass es *politisch* nicht machbar ist, noch weiter zu sparen.
Bezüglich des Unterschieds zwischen dem Kanton und den Gemeinden gibt der Finanzdirektor Philip C. Brunner natürlich recht: Den Gemeinden geht es heute finanziell sehr gut. Das freut auch den Finanzdirektor. Im Übrigen ist auch der Kanton kein krankes Kind. Seine Situation ist solide − und die Tendenz weist nach oben. Zu beachten ist allerdings, dass der NFA knallhart nur auf den Kanton durchschlägt. Die diesbezügliche Belastung der Gemeinden blieb seit 2008 immer bei rund 33 bis 35 Millionen Franken. Die Steigerung hat ganz alleine der Kanton getragen. Und wenn man die Ressourcen bzw. den Glencore-Effekt betrachtet: Es ist kein einziger Franken in der Kantonskasse geblieben, sondern alles nach Bern abgeführt worden. Und es geht noch weiter: Alle gesetzlichen Neuerungen, die aus Bern kommen, schlagen vor allem beim Kanton ein und belasten die Gemeinden nicht zusätzlich. Zu nennen ist hier beispielsweise das Asylwesen, es gibt aber noch viele weitere Bereiche.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**972** Traktandum 12.2: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Sozialbericht 2016**
Vorlagen: 2755.1 - 15462 (Interpellationstext); 2755.2 - 15609 (Antwort des Regierungsrats).

**Huber Schuler** spricht für die Interpellantin und dankt dem Regierungsrat für die schnelle Beantwortung der Interpellation. Die SP mit einem Teil der Schlussfolgerungen und den von der Regierung eingeleiteten Massnahmen aber nicht einverstanden. Obwohl die Regierung eingestehen muss, dass es nicht allen Zugerinnen und Zugern finanziell gut geht, ist sie nicht bereit zu handeln. Auch wenn die SP in der Interpellation Fragen zum Sozialbericht gestellt hat, hätte die Regierung weitere Unterlagen, etwa die regelmässigen Studien der CS, konsultieren können. Darin werden zusätzliche wichtige Daten und Erkenntnisse aufgeschlüsselt.
Auf Frage 2 erklärt der Regierungsrat, dass er seine sozialpolitischen Massnahmen auf den Sozialbericht abstützen wolle. Dann zeigt er auf, dass z. B. das Postulat betreffend Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache mit den Erkenntnissen aus dem Sozialbericht beantwortet worden sei. Er will wegen der finanzpolitischen Situation des Kantons Zug keine Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. Dies bedeutet andersherum: Der Kanton Zug will auf dem Buckel der armen Familien sparen. Er will lieber die Steuern tief halten für die Reichen, dies mit dem Wissen, dass rund 37 Prozent der Steuerpflichtigen weniger als 20’000 Franken steuerbares Einkommen ausweisen. Weiter nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis, dass rund 32 Prozent der Zuger Haushalte zu den einkommensschwachen gezählt werden müssen. Der Votant hört schon jetzt die Regierung und einen Teil des Kantonsrats argumentieren, dass das Zuger Steuersystem viele Abzüge kenne und deshalb viele Leute keine Steuern bezahlen müssten. Die CS-Studie aus dem

Jahr 2014 zeigt aber auf, dass der Kanton Zug auf Rang 19 von 26 liegt, wenn es um das frei verfügbare Einkommen geht. Und diese Zahl ist relevant, denn sie besagt, wieviel Geld dem Haushalt nach allen Abzügen und dem Abzug von Fix- und Pendlerkosten zur Verfügung steht. So zieht die CS das Fazit, dass sich für Leute mit einem hohen Einkommen ein Umzug nach Zug weiterhin lohnt. Dagegen ziehen seit 2006 mehr Zugerinnen und Zuger in andere Kantone als umgekehrt. Der Kanton Zug hat nach Genf die zweithöchsten Fixkosten, was dazu führen kann, dass sich Haushalte mit tiefem und mittlerem Einkommen das Wohnen im Kanton nicht mehr leisten können und besser in die Kantone Schwyz, Aargau oder Luzern ziehen würden.
Der Regierungsrat erklärt auf Seite 3, dass er bei der Individuellen Prämienverbilligung die Mittel gesenkt habe, indem die Einkommensobergrenze reduziert wurde, um so den Mitteleinsatz zu konzentrieren. Nur muss da berücksichtigt werden, dass die Gemeinden für 2016 − neuere Zahlen liegen noch nicht vor − Verlustscheine im Umfang von 890'000 Franken übernommen haben. Hier muss berücksichtigt werden, dass die öffentliche Hand 85 Prozent dieser Kosten tragen muss. Wie hoch die Verlustscheine für die konzentrierten Mitteleinsätze sein werden, können die Gemeinden in den kommenden Jahren beantworten. Beim Betrag von 890'000 Franken sind die zusätzlichen Prämienkosten der Gemeinden, welche nicht über Verlustscheine abgerechnet werden, nicht miteinbezogen. Für die Gemeinde Baar − die Stadt Zug wird mit Sicherheit höher liegen − kann der Votant diesen Anteil benennen: Er beträgt in den letzten Jahren nochmals zwischen 30'000 bis 50'000 Franken. Dabei entspricht der Baarer Anteil etwa einem Viertel aller Kosten im Kanton; man kommt also auf weitere 200'000 Franken. Wie weit hier eine sinnvolle Konzentration der Finanzmittel stattfindet, steht für die SP-Fraktion in den Sternen.

**Beat Sieber** spricht für die SVP-Fraktion. Diese ist erfreut darüber, dass die Regierung keine Massnahmen aus dem Sozialbericht 2016 ableiten will. Sie hat eine zusätzliche Frage an den Regierungsrat: Wie viel hat es gekostet, den Sozialbericht zu erstellen? Die SVP dankt für die Antwort.

**Vroni Straub-Müller** liest das Votum der heiseren Esther Haas. Das Medianeinkommen ist im Kanton Zug im gesamtschweizerischen Vergleich hoch, das Bruttoinlandprodukt ist hier nach Basel Stadt das zweithöchste in der Schweiz. Im Kanton Zug geht es den meisten Menschen gut bis sehr gut. Dieses Fazit darf man aus dem von der Regierung in Auftrag gegebenen Sozialbericht 2016 ziehen. Schaut man aber etwas genauer hin, verblasst der Glanz zum Teil erheblich:
• Der Kanton Zug hat einen grossen Bedarf an Jobs mit hohen Qualifikationen. Leute mit geringen beruflichen Qualifikationen haben zunehmend Mühe, eine Stelle zu finden, oder sie verdienen zu wenig und sind deshalb auf staatliche Unterstützung angewiesen.
• Die Einkommen sind im Kanton Zug ungleich verteilt: 0,5 Prozent der Steuerpflichtigen versteuerten ein Einkommen von 1 Million Franken oder mehr. Damit erzielten sie 21,3 Prozent des steuerbaren Gesamteinkommens des Kantons. Gleichzeitig verfügten 12 Prozent der Steuerpflichtigen über gar kein steuerbares Einkommen.
• Die Vermögensverteilung hat fast grenzwertige Ausmasse: 10 Prozent besitzen 86 Prozent des steuerbaren Vermögens, 58 Prozent verfügen über kein steuerbares Vermögen.
• Im Kanton Zug ist die Mittelschicht im schweizerischen Vergleich dünn: 41 Prozent werden zur Mittelschicht gerechnet, im Gegensatz zu den 60 Prozent auf

schweizerischer Ebene. Die Regierung nimmt diese Tatsache einfach zur Kenntnis, fügt relativierend an, dass jene Haushalte, die im Kanton Zug in die Kategorie «einkommensschwach» fallen, in anderen Kantonen zur Mittelschicht zählen würden. Diese Feststellung für sich allein stellt niemand in Frage, aber: Die hohen Lebenshaltungskosten im Kanton Zug führen dazu, dass bei Zugerinnen und Zugern am Ende des Monats trotzdem weniger im Portemonnaie bleibt.
• Weiter erwähnt der Sozialbericht, dass Hausarbeit und Kinderbetreuung nach wie vor Frauensache sind, dass Männer deutlich mehr verdienen als Frauen oder dass Zugerinnen seltener in Führungspositionen anzutreffen sind.
Einfache Kenntnisnahme der Probleme genügt nicht. Hier hätte die ALG in der Antwort des Regierungsrats etwas mehr Fleisch am Knochen erwartet, das heisst konkrete Verbesserungsvorschläge, etwa bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien. Die Krankenkassenprämien, die unabhängig vom Einkommen festgesetzt werden, belasten Einkommensschwache signifikant stärker als Einkommensstarke. Ein anderer Hebel müsste nach Meinung der ALG bei den Auswüchsen, welche zu den teuren Mieten im Kanton Zug führen, angesetzt werden. Der Sozialbericht bestätigt im Weiteren − wie bereits gesagt − die Beobachtung, dass Haus- und Kinderbetreuung nach wie vor Frauensache sind oder dass Männer deutlich mehr verdienen als die Frauen. Auch hier genügt es nicht, wenn sich die Regierung mit einer blossen Kenntnisnahme verabschiedet.
Methodisch stützt sich der Sozialbericht auf Stichproben des Bundes ab, weil die Regierung keine spezifische Neuerhebungen für den Kanton Zug wollte. Andere Kantone haben umfangreiche Untersuchungen in Auftrag gegeben. Diese Untersuchungen kosten. Aber wenn man auf diese Ausgaben verzichtet, muss man akzeptieren, dass die Zahlen mit einer Ungenauigkeit behaftet sind. Konkret bedeutet das: Man sieht nur die bekämpfte Armut, die Dunkelziffer oder Nichtbezugsquote werden im Zuger Sozialbericht gar nicht abgebildet. Für die ALG ist es wichtig, dass der Kanton Zug in eigene Erhebungen investiert und diese Erhebungen nach einer gewissen Zeit aktualisiert. Letztlich machen Erhebungen nur dann Sinn, wenn man Informationen darüber hat, was sich in welche Richtung verändert hat, wenn also Entwicklungen sichtbar gemacht werden können.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat die CS-Studie kennt. Die Regierung sagt auch nicht, dass es im Sozialbereich keine Herausforderungen gebe. Er ist auch bereit, ein Monitoring bezüglich der Entwicklung der sozialen Lage durchzuführen und ungefähr alle vier Jahre einen Sozialbericht zu erstellen. Er hat auch ausgeführt, dass sich die Frage des Handlungsbedarfs bei der Erarbeitung seiner Strategie und der Legislaturziele, die er in den nächsten Monaten in Angriff nimmt, generell stellt. Der Sozialbericht war auch sehr dienlich für das Postulat betreffend Ergänzungsleitungen für Einkommensschwache. Es ist aber eine Tatsache, dass die aktuelle finanzpolitische Situation des Kantons gegen zusätzliche Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache spricht.
Die Frage der SVP-Fraktion bezüglich der Kosten des Sozialberichts kann die Direktorin des Innern nicht aus dem Stand beantworten. Sie wird der SVP am Nachmittag oder morgen Bescheid geben.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**973** Traktandum 12.3: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Effizienz des Zuger RAV**
Vorlagen: 2783.1 - 15566 (Interpellationstext); 2783.2 - 15615 (Antwort des Regierungsrats).

**Beat Iten** dankt im Namen der Interpellantin der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Was soll man dazu sagen? Kurz zusammengefasst und ein bisschen überspitzt formuliert: Die Regierung stellt unter den Vorbemerkungen ausführlich die für die Wirkungsmessung relevanten Indikatoren und deren Gewichtung dar. In der Beantwortung der Fragen wird dann aufgezeigt, dass die Vorgaben des Bundes für den Kanton Zug wegen eines hohen Anteils an älteren Stellensuchenden nicht tauglich seien und die hohe Gewichtung der zwischenmenschlichen Beziehung im Beratungsprozess und deren Auswirkung auf die Langzeitwirkung der Wiedereingliederung sich statistisch negativ auswirken. Die Regierung erläutert die eigenen kantonalen Zielsetzungen, die in Form einer Leistungsvereinbarung mit dem Verein für Arbeitsmarktmassnahmen definiert wurden und gemäss Regierungsrat in den letzten Jahren gut erreicht wurden oder bei denen sich in den letzten Jahren eine positive Entwicklung abzeichnete. Leider liegen dafür keine Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Kantonen vor. Die Ausführungen werden schliesslich mit der Hoffnung verbunden, dass sich die Wirkungsmessung in den nächsten Jahren deutlich verbessern werde.
Einige der angeführten Argumente mögen durchaus zutreffen und die schlechte Ranglistenposition des Kantons Zug miterklären. Die SP unterstützt auch eine menschliche Haltung gegenüber den Stellensuchenden, die allerdings nicht von allen Stellensuchenden so wahrgenommen wird. Sie erwartet jedoch eine klare und genaue Analyse der Situation, die allfällige Mängel in der Organisation oder im Beratungsprozess aufdeckt und nicht primär nach Erklärungen und Entschuldigungen sucht, warum die Wirkungsmessung im Kanton Zug ungeeignet und untauglich sei. Das bringt den RAV nicht weiter und den Kanton Zug nicht näher ans Ziel, mittelfristig eine Position *über* dem schweizerischen Durchschnitt, konkret im vorderen Drittel, zu erreichen. Die SP hegt also die Hoffnung, dass die Schwächen genau analysiert und mit geeigneten Massnahmen angegangen werden. Sie ist gespannt auf den Vergleich mit den anderen Kantonen und auf die Position des Kantons Zug im nächsten Ranking. Mit den Massnahmen für den Inländervorrang wird die Arbeit für das RAV in den nächsten Jahren nicht einfacher. Dies trifft allerdings auf alle Kantone zu und kann bei einem weiterhin schlechten Ranking nicht als Entschuldigung dienen.

**Philip C. Brunner** hat sich als Linker sehr gefreut über die kritischen Fragen der SP-Fraktion und dankt dafür. Er selbst hat vor rund einem Jahr ja auch eine Interpellation betreffend VAM und RAV eingereicht. In Zusammenhang mit dem Studium der Antworten der Regierung hat er nun den letzten verfügbaren Jahresbericht des VAM, jenen des Jahres 2016,beigezogen; in seiner eigenen Interpellation hatte er sich auf den Jahresbericht 2015 bezogen. Wenn Beat Iten gesagt hat, es sei gut, dass nun etwas Transparenz in diese Sache komme, muss der Votant widersprechen: Er ist sehr enttäuscht über den Jahresbericht 2016 des VAM. Im hinteren Teil erwartet man die Jahresrechnung. Diese fehlt aber. Es wird einzig darauf hingewiesen, dass interessierte Vereinsmitglieder die Jahresrechnung mit separater Post erhalten hätten − und dass im Übrigen das RAV vor allem vom Bund finanziert, der Kanton also nicht stark belastet werde. Resultat der Interpellation des Votanten war also, dass man die Zahlen nicht mehr offenlegt, um ja nicht mehr kritisiert zu werden. Das ist enttäuschend. Genau ein solches Vorgehen will die Öffentlichkeit

nicht, sie will vielmehr Transparenz. Die SP-Fraktion geht hier mutig voran. Die Regierung aber zieht sich zurück und schützt sich, indem sie die Jahresrechnung den Vereinsmitgliedern mit separater Post zustellt. Das ist unglaublich.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass die von Philip C. Brunner angesprochene Frage der Transparenz etc. bereits in der Antwort auf dessen Interpellation beantwortet wurde. Hier nun geht es um die Effizienz des RAV, und da ist die Transparenz vorhanden. Die Fragen, welche die SP-Fraktion eingereicht hat, haben sich auch für die Volkswirtschaftsdirektion gestellt, als sie im Juni die Wirkungsmessung des Bundes erhielt. Noch im Juni haben sich der VAM und das Amt für Wirtschaft und Arbeit, das die Leistungsvereinbarung jeweils ausarbeitet, zusammengesetzt, ein Bündel von Massnahmen besprochen und eine erste Analyse vorgenommen; die Ergebnisse sind eingeflossen.
Beat Iten hat etwas salopp dargelegt, der Kanton erachte nur die eigene Wirkungsmessung, nicht aber diejenige des Bundes als tauglich. Davon steht nichts in der regierungsrätlichen Antwort. Der Regierungsrat hat einzig zu erklären versucht, warum es möglicherweise zu diesen Resultaten kommt. Die These mit den älteren Arbeitnehmenden ist ein erster Ansatz, der durch die externe Untersuchung erhärtet werden muss; auch die Volkswirtschaftsdirektion ist gespannt auf das Resultat.
Im Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass die Wirkungsmessung des Bundes, die jetzt übrigens angepasst wird − offenbar genügt sie auch dem Bund nicht −, nicht die ganze Wahrheit abbildet. Ein Beispiel: Beim RAV geht es nicht um einen möglichst raschen, sondern um einen nachhaltigen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt. Das wird beim Bund klar zu wenig gemessen. Der Volkswirtschaftsdirektor erwartet deshalb vom Bund, dass er der Nachhaltigkeit der Integration in den Arbeitsmarkt mehr Bedeutung beimisst.
Wie gesagt, wurden schon im Juni im VAM die ersten Massnahmen besprochen. Diese wurden dem Volkswirtschaftsdirektor präsentiert, und er hat sie wie auch der Regierungsrat unterstützt. Es ging um folgende Massnahmen:
• Eigene Analyse.
• Abklärung der Frage, ob sich die Praxis des Kantons Zug von derjenigen anderer, besser abschneidender Kantone unterscheidet. Ergebnis war, dass der Kanton Zug teilweise etwas weicher war bei der Einforderung von Arbeitsbemühungen. Bei der Frage nach der Vermittlungsfähigkeit wurde vielleicht die eine oder andere Person eher als vermittlungsfähig und damit anspruchsberechtigt beurteilt als in anderen Kantonen. Hier erfolgt nun eine Feinjustierung, selbstverständlich ohne den Respekt gegenüber den betreffenden Menschen zu verlieren.
• Man hat das SECO um eine Lagebeurteilung gebeten. Der Volkswirtschaftsdirektor hat eben die Bestätigung erhalten, dass das SECO dabei mit einer externen Stelle zusammenarbeitet. Der genaue Zeitraum ist noch unbestimmt. Die Volkswirtschaftsdirektion will aber eine klare externe Analyse, und sie begnügt sich nicht mit dem unterdurchschnittlichen Abschneiden des Kantons Zug bei der Wirkungsmessung des Bundes. Nebenbei gesagt: Die Analyse des SECO hat keine Kostenfolgen für den Kanton Zug.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**974** Traktandum 12.4: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Fondsauslagerungen im Rahmen von Sparprogrammen**
Vorlagen: 2784.1 - 15567 (Interpellationstext); 2784.2 - 15618 (Antwort des Regierungsrats).

**Anastas Odermatt** spricht für die Interpellantin und dankt der Regierung für die Antwort. Für die ALG war zentral, einen Überblick über die Fonds und die entsprechenden Entwicklungen zu erhalten. Die folgenden Fragen hat der Votant dem Finanzdirektor schon vorgängig zugestellt − und er hofft auf eine Antwort.
• Erstens: Die Regierung belehrt den Rat, dass es keinen «Strassenbaufonds» gebe, damit aber wohl die «Spezialfinanzierung Strassenbau» gemeint sei. Das ist richtig. Doch wird auch gesagt, dass die «Spezialfinanzierung Strassenbau» gar nicht von Sparplänen betroffen sei. Das stimmt nach Meinung des Votanten allerdings nicht. Im Rahmen der Vernehmlassung zu «Finanzen 2019» wurden auch die Massnahmen 3020.08 und 3581.02 unter dem Titel «Ungedeckte Strassenkosten der Spezialfinanzierung Strassenbau» vernehmlasst. Künftig sollen 7,5 Millionen Franken jährlich nach dem Verursacherprinzip via Spezialfinanzierung abgerechnet werden. Da verändert sich also etwas.
• Zweitens: Auf Seite 2 präsentiert eine Tabelle die Buchhaltung der Separatfonds. Eine Spalte trägt die Überschrift «Eigenkapital» Was ist damit gemeint? Gibt es ein Eigenkapital über alle Fonds hinweg? Und wie hat sich dieses gebildet?
• Drittens: Damit der Lotteriefonds am Ende des Jahres seine 10 Millionen Franken aufweist und der Kulturlastenausgleich entsprechend abgebucht werden kann, sollen ab 2019 geäufnete Reserven zugeschossen werden. Damit kann − so die Interpretation des Votanten − die Grenze von 10 Millionen Franken eingehalten werden. Was ist jedoch mit dem Jahr 2018? Die Reserven fliessen gemäss Interpellationsantwort ja erst ab 2019, der Kulturlastenausgleichsverlagerung aber findet schon ab 2018 statt.
Der Votant dankt dem Finanzdirektor für die kurze Beantwortung dieser zusätzlichen Fragen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt Anastas Odermatt für die zusätzlichen Fragen. Er beantwortet sie wie folgt:
• Bezüglich Sparmassnahmen bei der «Spezialfinanzierung Strassenbau» hat der Regierungsrat in seiner Interpellationsantwort ausgeführt, dass *rückwirkend* keine Sparmassnahmen inkludiert seien. *Pro futura* sieht es anders aus: Es sind zwei Massnahmen vorgesehen. Diese sind in den Vernehmlassungsunterlagen zu den Gesetzesänderungen zu «Finanzen 2019» aufgeführt. Sofern sie in Kraft treten, wird die Laufende Rechnung ab 2020 um 7−8 Millionen Franken entlastet, da gewisse Kosten nach dem Verursacherprinzip der «Spezialfinanzierung Strassenbau» belastet werden sollen. Es handelt sich um die Massnahmen RDZ, Polizei etc. Die Finanzdirektion hätte in der Interpellationsantwort bereits darauf hinweisen sollen, der Finanzdirektor entschuldigt sich für dieses Versäumnis.
• Im «Eigenkapital» der Separatfonds gibt es folgende Positionen (Beträge gemäss Jahresrechnung 2016):
- 5,5 Millionen Franken Kursrisiko und Ausgleichsreserve bis 2008. Damals wurden diese Reserven − es handelt sich vor allem um Wertpapiere − auf diverse Fonds verteilt, belassen wurden 5,5 Millionen Franken.
- 6,9 Millionen Franken Überschüsse aus der Bewirtschaftung der Fondsvermögen ab 2009 (Wertschriftenportfolio, Liquidität etc.).
- 5,9 Millionen Franken Kursreserve ab 2009: buchmässige Gewinne.

Das Eigenkapital wurde in den vergangenen Jahren durch Ertragsüberschüsse sowie durch Bewertungskorrekturen bzw. nicht realisierte Kursgewinne der Wertschriften gebildet und geäufnet.
• Es ist richtig, dass der Lotteriefonds ab 2019 zusätzlich mit geäufneten Reserven bedient wird. Der Regierungsrat wird 2018 eine erste Zuweisung aus folgenden Reservepositionen vornehmen (Beträge gemäss Jahresrechnung 2016):
- 5,5 Millionen Franken Kursrisiko und Ausgleichsreserve.
- 6,9 Millionen Franken Überschüsse aus der Bewirtschaftung des Fondsvermögens ab 2009.
- 5,9 Millionen Franken bleiben als Kursreserve bestehen.
So kann 2018 überbrückt werden. Irrtum vorbehalten, wurden diese Positionen bereits im Rahmen des Sparpakets 2018 offen deklariert. Der Sport-Toto-Fonds verfügt über genügend Geld und muss nicht speziell gespeist werden.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**Änderung der Traktandenliste**

Der **Vorsitzende** schlägt vor, in der noch verbleibenden Zeit zuerst die Überweisungen (Traktandum 3) vorzunehmen und dann die Traktandum 16 und eventuell 17 zu beraten, für die nur wenige Sprecherinnen und Sprecher gemeldet sind.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**975** Traktandum 3.1: **Motion von Michael Riboni, Beni Riedi, Pirmin Andermatt und Andreas Hostettler betreffend Teilrevision Gastgewerbegesetz zur Bekämpfung illegaler Glückspiele und verbotener Sportwetten**
Vorlage: 2824.1 - 15674 (Motionstext).

➔ Der Rat überweist die Motion stillschweigend an den Regierungsrat.

**976** Traktandum 3.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Immobilienstrategie (Berichtsmotion)**
Vorlage: 2827.1 - 15681 (Motionstext).

➔ Der Rat überweist die Motion stillschweigend an den Regierungsrat.

**977** Traktandum 3.3: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend «Digital Valley» oder «Crypto Valley» – wie positioniert sich der Kanton Zug**
Vorlage: 2820.1 - 15669 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**978** Traktandum 3.4: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Baubewilligungs- und Baubeschwerdeverfahren**
Vorlage: 2821.1 - 15670 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**979** Traktandum 3.5: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung**
Vorlage: 2826.1 - 15678 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**980** Traktandum 3.6: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget − wie weiter**
Vorlage: 2828.1 - 15682 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**981** Traktandum 3.7: **Petition «Alter hat Potenzial – zum Wohl der Zuger Bevölkerung und für den Kanton Zug als Arbeitgeber»**
Vorlage: 2825.1 - 00000 (Petitionstext)

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass am 26. Januar 2018 bei der Staatskanzlei die Petition mit dem genannten Titel einging. Die Staatskanzlei hat den Eingang bestätigt. Von den vier Begehren zielt das erste darauf ab, in der kantonalen Gesetzgebung ein Verbot der Diskriminierung der älteren Arbeitnehmenden umzusetzen. Das zweite Anliegen verlangt insbesondere die Verankerung von Lohn- und Anreizsystemen im Personalgesetz, damit kantonale Angestellte möglichst lange im Arbeitsleben verbleiben, sowie die Förderung von Neuanstellungen von älteren Arbeitnehmenden. Zwei weitere Begehren erfordern ein Aktivwerden des Regierungsrats in verschiedenen Bereichen im genannten Zusammenhang.
Es gibt keine kantonsrätliche Kommission, die im Moment einen Beratungsgegenstand bearbeitet, der unmittelbar mit den in der Petition thematisierten Fragen zusammenhängt. Daher liegt ein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 GO KR vor, den die Justizprüfungskommission vorberät und dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreitet. Gestützt auf § 54 Abs. 1 Satz 2 GO KR wird die Justizprüfungskommission den Regierungsrat und bei Bedarf die Gerichte zum Mitbericht einladen. Soweit die Petition Anliegen betrifft, die in die ausschliessliche Zuständigkeit des Regierungsrats fallen, wird die Justizprüfungskommission laut § 54 Abs. 3 GO KR diese Punkte direkt der zuständigen Behörde weiterleiten. Die Staatskanzlei wird dies den Petentinnen und Petenten mitteilen.

➔ Der Rat nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis und überweist die Petition stillschweigend an die Justizprüfungskommission.

TRAKTANDUM 16

**982 Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Menschenrechtsverletzungen im Kanton Zug**

Vorlagen: 2753.1 - 15456 (Interpellationstext); 2753.2 - 15645 (Antwort des Regierungsrats):

**Andreas Lustenberger** dankt im Namen der Interpellantin für die Beantwortung der Fragen. Er zitiert gerne aus drei Voten in der Kantonsratssitzung vom 30. März 2017, als der Rat bereits über dieses Thema debattierte:
• «Man kann es nun aber schwarz auf weiss nachlesen, dass die Behörden sich an sämtliche Vorschriften gehalten haben.»
• «In ihrer Antwort legt die Regierung glaubhaft dar, dass seitens der Behörden bei diesem komplexen und sicher nicht einfachen Fall korrekt gearbeitet wurde.»
• «Dass sich verschiedene Institutionen in den Fall eingeschaltet haben, ohne sich in der Sache wirklich auszukennen, war etwas schwierig.»
In der damaligen Debatte wurde der ALG von verschiedener Seite auch Effekthascherei vorgeworfen. Knapp ein Jahr später liegt nun ein Bundesgerichtsurteil vor, das zu einem anderen Schluss kommt.
Welche Bedeutung ist dem Entscheid des Bundesgerichts vom 26. April 2017 beizumessen? Mit dem Gutheissen der Beschwerde attestiert das Bundesgericht der Zuger Regierung eine Verletzung der Menschenrechte, was der ALG mehr als nur zu denken gibt. Schlussendlich steht die Frage im Mittelpunkt, was wichtiger sei: die Durchsetzung einer Ausschaffung mit allen Mitteln oder die Einhaltung der Menschenrechte und des Kindswohls. Auf diesen Zielkonflikt weist auch der Regierungsrat in seiner Interpellationsantwort hin. Um diese Frage zu beantworten, lohnt es sich, einen Schritt zurückzutreten und sich für einmal vom puren Befolgen von Paragrafen zu lösen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde 1948 von der internationalen Staatengemeinschaft verabschiedet, als Antwort auf die Schrecken während des Zweiten Weltkriegs. Es geht bei den Menschenrechten um die Würde des Menschen − und zwar in jeglichen Situationen. In den aktuellen Diskussionen um Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund, Sozialhilfebeziehende, Top Manager etc. geht eines immer wieder vergessen: die Menschlichkeit. Beim konkreten Fall handelt es sich um ein Ehepaar mit vier Kindern, also um eine Familie, wie es sie in der Schweiz und weltweit x-fach gibt. Nur weil äussere Umstände zurzeit das Leben von vielen Menschen, zum Beispiel von Geflüchteten, stark tangieren, darf man sich nicht von der Würde jedes Menschen verabschieden. Es ist wichtig, dass sich politische Entscheidungstragende mit den Werten der Menschlichkeit identifizieren und sich nicht durch nationalistische und fremdenfeindliche Hetze verleiten lassen.
Die ALG ist froh über die Antwort des Regierungsrats, welcher die Wichtigkeit der Menschenrechte und des Kindswohls klar anerkennt und seine Vorgehensweise aufgrund des Bundesgerichtsentscheids nun anpasst.

**Karl Nussbaumer** dankt im Namen der SVP der Regierung für die Interpellationsantwort. Das Fazit der SVP: Die Interpellation bringt inhaltlich nicht viel, sie bringt aber weitere Kosten für die Zuger Steuerzahlerinnen und -zahler − zusätzlich zu den Kosten, welche diese Familie dem Staat schon beschert hat. Die Familie hat sich völlig unkooperativ verhalten, und es brauchte mehrere Ausschaffungsversuche. Es würde die SVP-Fraktion interessieren, wie hoch die Kosten dafür waren. Das wäre wichtig zu wissen, nebst allem, was in der Interpellationsantwort zu lesen ist. Waren es 50’000 oder 100’000 Franken? Sicher ist, dass jedermann erschrecken

wird über der Höhe dieser Kosten. Im Übrigen hat sich die Regierung nach Ansicht des Votanten absolut richtig verhalten.
Der Votant hat als Fluggast einmal eine Ausschaffung miterlebt, die abgebrochen werden musste. Er will das nicht im Detail schildern, kann aber versichern, dass es für die übrigen Passagiere wenig angenehm ist, wenn ein Start mit einem Notstopp abgebrochen werden muss.

**Thomas Werner** räumt ein, dass es tatsächlich einen entsprechenden Bundesgerichtsentscheid gibt. Am Bundesgericht arbeiten aber Menschen, die sich so oder anders entscheiden können, und für die einen ist der Entscheid dann richtig, für die andern ist er eher falsch. Andreas Lustenberger hat von verlorengegangener Menschlichkeit gesprochen und auf die Familie hingewiesen. Nach Ansicht des Votanten war das Verhalten dieser Eltern absolut inakzeptabel. Sie haben ihre Kinder dazu missbraucht, die Schweiz nicht verlassen zu müssen; die Kinder wurden instrumentalisiert. *Das* ist der entscheidende Aspekt, wenn man von Menschlichkeit sprechen will, nicht das Verhalten der Regierung.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** kann aus dem Stand die Kosten der Ausschaffung nicht beziffern, er wird sie Karl Nussbaumer per E-Mail mitteilen. Flug, Unterkunft, Begleitpersonen etc. haben aber sicher mindestens 50’000 Franken gekostet. Das ist man sich gewohnt bei Level-4-Aussschaffungen mit Sonderflügen etc.
Das Bundesgerichtsurteil macht es schwierig, solche Fälle in Zukunft erfolgreich auszuschaffen. Es lag ein rechtskräftiger Dublin-Fall vor. Natürlich war dem Regierungsrat bewusst, dass Familien nach Möglichkeit nicht getrennt werden sollten. In diesem Fall aber bestand die Gefahr des Untertauchens, und es mussten die Vorkehrungen getroffen werden, um diese Personen sicher zum Flug bringen zu können. Das Bundesgericht bestätigt, dass als *ultima ratio* so vorgegangen werden könne, wie es der Kanton Zug tat; allerdings sagt es nicht, in welchen Fällen diese *ultima ratio* angewandt werden könne. Die Sicherheitsdirektion hat diese Frage nun auch dem Bund vorgelegt. Dieser soll festlegen, wie künftig in solchen Fällen vorgegangen werden soll.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

70. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 22. Februar 2018 (Nachmittag)
Zeit: 14.00 – 17.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch
bzw. Monika Barmet, Menzingen

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**983 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 73 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Gabriela Ingold, Unterägeri; Daniel Abt, Baar; Fabian Freimann, Cham; Thomas Villiger, Hünenberg; Daniel Burch und Andreas Hürlimann, beide Steinhausen; Matthias Werder, Risch.

Während der ganzen Nachmittagssitzung nimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers ein.

TRAKTANDUM 13
**Geschäfte, die am 25. Januar 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**984** Traktandum 13.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Sozialhilfe für Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommene auf die Nothilfe**
Vorlagen: 2711.1 - 15361 (Motionstext); 2711.2 - 15646 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Es fällt **Manuel Brandenberg** als Sprecher der Motionärin etwas schwer, der Regierung für ihren Bericht und Antrag zu danken. Die SVP hegt nämlich den Verdacht, dass die Regierung das Recht dazu verwendet, einen unliebsamen Vorstoss zu bodigen. Dafür ist das Recht aber nicht da, und die SVP würde sich wünschen, dass die Regierung mit offenem Visier sagt, weshalb sie aus *politischen* Gründen allenfalls gegen die Motion ist, welche vorsieht, dass die Unterstützungsleistung für Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommene auf die Nothilfe reduziert werden soll. Die Regierung argumentiert, dass die von der SVP angestrebte Regelung bundesrechtswidrig sei. Das Bundesrecht schreibe drei Stufen vor: normale Sozialhilfe, Asylsozialhilfe und Nothilfe. Die Regierung scheint hier bewusst und mit Intention zwei Dinge zu vermischen: einer-

seits die gesetzliche Zuständigkeit für die Festlegung der Höhe der Unterstützungsleistung für Personen im Asylbereich, andererseits die Art und Weise, wie der Bund die Kantone dafür entschädigt. Es ist richtig, dass es die genannten drei Stufen der Entschädigungsleistungen des Bundes gibt, gleichzeitig sagt die gesetzliche Ordnung aber klar, dass der Kanton für die Höhe der Leistungen zuständig sei. Wenn der Kanton die Leistungen erhöht, wird er mehr aus seiner eigenen Kasse berappen müssen, als wenn er niedrigere Leistungen bezahlt. Und genau das ist das Ziel des Vorstosses: Die SVP will, dass für die in der Motion genannten Kategorien im Gesetz die Reduktion der heute ausbezahlten reduzierten Sozialhilfe auf die Nothilfe festgelegt wird. Das führt dazu, dass der Bund für diese Personenkategorien weiterhin die gleiche Entschädigungsleistung zu bezahlen hat, der Kanton aber weniger Kosten pro Person hat; je nachdem, wie man das anwendet, kann es sogar zu einem Geschäft werden. Diese Personen sind der SVP aber keineswegs egal. Es handelt sich − wie gesagt − um Asylsuchende, die noch keinen Entscheid haben, um Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung oder um vorläufig Aufgenommene, also um Personen, die man nicht wegschicken kann, obwohl sie eigentlich weggehen müssten. Die politische Motivation für den Vorstoss liegt natürlich auch darin, nicht unnötig attraktiv für die Zuwanderung von Asylbewerbern zu sein − wobei die SVP der Ansicht ist, dass es weniger attraktiv ist, sich hier als Asylbewerber zu versuchen, wenn man diesen Menschen zwar das Notwendige zum Leben gibt, nicht aber die Asylfürsorge, wie sie sie heute erhalten. Die SVP ist deshalb überzeugt, dass die vorliegende Motion für den Kanton Zug sinnvoll und auch bundesrechtlich möglich ist.

Die Regierung weist darauf hin, dass die heutige Regelung bereits eine reduzierte Sozialhilfe vorsehe, nämlich einen reduzierten Grundbetrag gemäss SKOS-Richtlinien. Dieser beträgt unter Anpassung an die Inflation rund 600 Franken. Der ordentliche Grundbetrag gemäss SKOS-Richtlinien liegt bei 900−1000 Franken, der reduzierte Betrag liegt also rund 400 Franken tiefer. Das ist die heutige Regelung. Alles Weitere läuft gemäss SKOS-Richtlinien: die normale Miete, die normalen Leistungen für situationsbedingte Auslagen, Integrationszulagen, also verschiedene zusätzliche Leistungen, die pro Person monatlich in Hunderte bis Tausende von Franken gehen können. All dies fällt weg, wenn diese Personen nur noch Nothilfe erhalten, wie es die SVP in ihrer Motion wünscht.

Die Regierung hat in Zusammenhang mit der Beantwortung der Motion auf einen Bundesgerichtsentscheid verwiesen, der allerdings nicht einschlägig ist. Es geht in diesem Bundesgerichtsentscheid um die Frage des Kantons Solothurn, ob die Nothilfe reduziert werden dürfe, um missliebige oder unbotmässige Asylbewerber quasi zu bestrafen. Das war die Rechtsfrage. Das Bundesgericht hat diese Frage natürlich zu Recht verneint, ist die Nothilfe doch das absolut Niedrigste, das man braucht, um existieren und ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Das ist auch für die SVP-Fraktion unbestritten. Die SVP ist aber irritiert darüber, dass die Regierung mit einem Gerichtsentscheid, bei dem sie davon ausgehen kann, dass kaum ein Kantonsratsmitglied dessen Richtigkeit überprüfen wird, den Anschein zu erwecken versucht, es gebe eine bundesgerichtliche Rechtsprechung bzw. rechtliche Grundlagen, welche die Erheblicherklärung der Motion verunmöglichten. Die SVP verbittet sich diese Art des Politisierens. Sie ist nicht seriös und letztendlich auch unredlich − und mit der Vorlage für die Revision des Denkmalschutzgesetzes blühen dem Rat schon die nächsten solchen Argumentationen. Der Votant bittet die Regierung namens der SVP-Fraktion, hier politisch zu bleiben. Es gilt einen politischen Entscheid zu fällen. Wenn man der Meinung ist, dass die betreffenden Personen mehr als Nothilfe erhalten und fast so gut wie normale Sozialhilfeempfänger gestellt sein sollen, kann man entsprechend argumentieren und entscheiden, man soll

aber nicht so tun, als ob der Kantonsrat diesen Entscheid gar nicht fällen dürfe, weil angeblich höherrangiges Recht dagegen spreche.
Selbstverständlich strebt die SVP-Fraktion an, dass ihr Anliegen aufgenommen und umgesetzt wird. Sie stellt deshalb den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären. Für den Fall, dass die Mehrheit des Rats der rechtlichen Argumentation des Regierungsrats Glauben schenkt, nämlich dass nur Personen, die weggewiesen werden müssen, weniger erhalten dürfen als die übrigen Personen im Asylbereich und − so die Behauptung des Regierungsrats − Letzteren deshalb nicht nur die Nothilfe bezahlt werden dürfe, weil sie dann ja gleich wenig erhielten wie diejenigen mit einem Wegweisungsentscheid, für den Fall also, dass der Rat dieser aus Sicht des Votanten juristisch absolut nicht zwingenden Argumentation folgt, stellt die SVP-Fraktion den **Eventualantrag,** die Motion in dem Sinn teilerheblich zu erklären, dass die in der Motion genannten Personen, also die Asylsuchenden, Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommenen, nur noch Nothilfe plus 100 Franken monatlich erhalten sollen. Der Hauptantrag lautete aber: Erheblicherklärung der Motion.

**Patrick Iten** spricht für die CVP-Fraktion. Diese unterstützt den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung. Im regierungsrätlichen Bericht wird nämlich u. a. erklärt, dass mit einer Änderung der fraglichen Gesetzesbestimmung Bundesrecht verletzt würde. Zudem erhält die betreffende Gruppe bereits heute nicht den vollen Sozialhilfebetrag, sondern − wie im Bericht ausgeführt − nur Asylsozialhilfe.

**Florian Weber** hält fest, dass aus Sicht der FDP der Vorstoss der SVP in die richtige Richtung zielt. Man kann gegen Schlepper vorgehen, im Norden von Afrika Zeltstädte aufbauen und Millionen von Franken für Entwicklungshilfe sprechen: Wenn das Angebot in der Schweiz zu attraktiv ist, werden alle diese Massnahmen nicht die gewünschte Wirkung haben.
Die Kosten im Asylwesen stiegen in den letzten Jahren stetig und überproportional an und sprechen für sich. Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen. Und trotz allem muss Menschen, welche mit dem Leben bedroht sind, geholfen werden. Es ist der FDP bewusst, dass die Probleme aus mehreren Gründen nicht einfach zu lösen sind. Auf folgende Gründe geht der Votant kurz ein:
• Föderalismus: Auch wenn der Kanton Zug seine Attraktivität reduziert, findet die Verteilung trotzdem durch den Bund satt. Geht es um die Attraktivität des Systems, so ist jeder Kanton in der Schweiz gefordert, und jeder Kanton muss die Gesetze selbst anpassen.
• Kosten für die Gemeinden: Wenn kantonal eine Kostenreduktion beschlossen wird, kann dies Einfluss auf die Kosten der Gemeinden haben. Diese sollten geklärt sein.
• Rechtlicher Diskurs: Der Rat befindet sich bereits mitten in einer Debatte bezüglich rechtens oder nicht rechtens − und der Votant wagt zu behaupten, dass man auch am Ende der Debatte zwei verschiedene Meinungen betreffend Rechtswidrigkeit der Vorlage haben wird.
• Integration: Auch wenn Asylsuchende im Moment eine Bleibeperspektive von über 60 Prozent haben, so bleibt die Frage offen, wie sich eine Kürzung der Gelder und die damit verbundene Senkung der Attraktivität auf die Zuwanderung in einer längeren Betrachtungsweise auswirkt. Ob unter Berücksichtigung einer schweizweiten Entwicklung in dieser Thematik der Wegfall der Integrationspauschale langfristig ein Kostenwachstum zur Folge hätte, wird schwierig zu beurteilen sein.
Die Finanzkontrolle hat 2017 im Auftrag der Staatswirtschaftskommission eine Dossieranalyse im Asyl- und Flüchtlingsbereich vorgenommen. Dem Begehren der FDP-Fraktion um Einsicht in diesen Bericht gemäss Öffentlichkeitsgesetz wurde

am 23. Januar 2018 entsprochen. In diesem Revisionsbericht wurde ein Vergleich der Unterstützungsgrundlagen zwischen den Kantonen Zug, Aargau, Glarus, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri und Zürich durchgeführt. Die durch die Finanzkontrolle mittels Anfrage bei den jeweiligen Ämtern entstandene Liste zeigt auf, dass einzelne Kantone teilweise massiv weniger entschädigen als andere. Diese Situation gilt es für den Kanton Zug mit der Reduktion der Mittel anzupassen. Wie bereits erwähnt, verfolgt der Vorstoss nach Ansicht der FDP das richtige Ziel. Die Mehrheit der FDP-Fraktion erachtet aber die Rechtsunsicherheit in dieser Debatte als nicht zielführend und wird die Motion nicht erheblich erklären. Sollte die Motion nicht erheblich erklärt werden, wird die FDP-Fraktion eine Motion einreichen, welche den Regierungsrat beauftragt, die Kosten im Asylwesen mit denjenigen anderer Kantone zu vergleichen und dem Kantonsrat Kostenreduktionen inkl. allfällige damit verbundene Gesetzesänderung zu unterbreiten. Damit wäre der Diskurs um die Rechtswidrigkeit der heute zur Debatte stehenden Motion vom Tisch und der Kanton Zug dem Ziel etwas näher.

**Andreas Lustenberger** spricht für die ALG-Fraktion; er liest das Votum der noch immer heiseren Esther Haas vor. Der Votant legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist nicht direkt im Asyl- oder Migrationsbereich tätig, hat aber eine Führungsposition bei der Caritas inne, die auch in diesem Feld arbeitet.
Dass eine Motion in ihrer Begründung Ungenauigkeiten aufweist, kann vorkommen. Dass aber ein Motionstext grobe Fehler enthält, ist schon fast peinlich. In Punkt 3 der vorliegenden Motion ist genau dies der Fall: Die Motionäre schreiben, dass mit der gesetzlichen Regelung im kantonalen Sozialhilfegesetz «sämtlichen Personen aus dem Asylbereich, die keine Niederlassungsbewilligung und keinen rechtskräftigen Nichteintretens- oder negativen Asylentscheid haben, die volle Sozialhilfe nach SKOS-Richtlinien gewährt» werde. Diese klar falsche Behauptung sticht schon deshalb heraus, weil sie zeigt, wie man sich in der Asyldebatte immer wieder falscher Behauptungen bedient. Mit solchen Aussagen werden negative Emotionen und Misstrauen gegen Asylsuchende geschürt. Zu den tatsächlichen Fakten: Die volle Sozialhilfe für eine Person beträgt 996 Franken pro Monat. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene bekommen im Kanton Zug lediglich eine Asylsozialhilfe in Höhe von 449 Franken pro Person und Monat. Personen mit einem Nichteintretensentscheid oder einem negativen Asylentscheid erhalten bereits heute Nothilfe, d. h. 8 Franken pro Tag. Diese Personen können zusätzlich in kantonalen Liegenschaften, den Notunterkünften, wohnen. Um diese letzte Personengruppe geht es hier aber nicht, denn deren Asylgesuche wurden bereits abgelehnt, die betreffenden Personen fallen nicht unter die Kategorie «Schutzbedürftige» und müssen die Schweiz deshalb verlassen.
Laut Motion sollen aber auch «Asylsuchende und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommene nicht mehr Sozialhilfe, sondern Nothilfe beziehen». Hierzu vorerst ein Abstecher in die Tiefen juristischer Deutungen. Manuel Brandenberg versucht in einem Memorandum herzuleiten, dass Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommene laut Bundesrecht auf Nothilfe gesetzt werden müssen; dies sei rechtlich möglich. Die ALG-Fraktion hat sich ebenfalls juristisch beraten lassen und kommt zu einem gegenteiligen Schluss: Das Motionsbegehren verletzt Bundesrecht.
Neben dieser juristischen Diskussion gibt es aber noch andere Aspekte, welche bei dieser Motion berücksichtigt werden müssen: Es braucht eine ethisch-moralische Auseinandersetzung sowie die Klärung weiterer Punkte. Was wären die Konsequenzen, wenn die Motion erheblich erklärt würde? Es würde bedeuten, dass die vorgesehenen 8 Franken pro Tag auch für Asylsuchende Geltung hätten, deren

Fall noch nicht abgeschlossen ist. Das macht absolut keinen Sinn, weil heute schon viele Personen im Asylverfahren, die eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein Bleiberecht in der Schweiz haben, die sprachliche Integration gemäss dem kantonalen Konzept «Sprachliche und berufliche Integration von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich im Kanton Zug» nutzen. Ziel dieses Konzepts, das vom Sozialamt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit, dem Amt für Berufsbildung und dem Amt für Migration erarbeitet wurde, ist die frühzeitige Sprachförderung, damit die berufliche Integration gelingen kann. Und diesem Konzept würde die von der Motion geforderte Zurücksetzung auf Nothilfe genau zuwiderlaufen. Sprachkompetenz ist der Schlüssel zur Integration. Man erlangt sie v. a. über Deutschkurse. Und diese müssen die Asylsuchenden selber bezahlen, sobald die Integrationspauschale des Bundes aufgebraucht ist. Laut Bundesrecht müssen einerseits Anstrengungen unternommen werden, vorläufig Aufgenommene zu integrieren, andererseits kann man die Asylsuchenden zu Integrationsmassnahmen verpflichten. Mit 8 Franken pro Tag ist es ein Ding der Unmöglichkeit, die sprachliche Integration selber voranzutreiben, aber die braucht es zwingend, wenn die berufliche Integration gelingen soll.

Die ALG hat Kontakt zu einem Flüchtlingspaar aus Syrien. Vor allem die Frau hat in kurzer Zeit sehr gut Deutsch gelernt. Würde die Motion umgesetzt, würden beide als Asylsuchende ohne Aufenthaltsbewilligung mit je 8 Franken pro Tag ihr Leben bestreiten müssen. Man stelle sich das vor! 8 Franken verjubelt man als Kantonsrätin und Kantonsrat locker mal während der Znüni- und Zvieripause, für andere aber soll dieser Betrag für den ganzen Tag zum Leben reichen? Und obendrauf wird noch erwartet, dass sie alles tun für ihre berufliche Integration: Deutsch lernen, lernen, wie der Alltag funktionieren, was von ihnen als Berufsleute erwartet wird etc. − kurz: ein Ding der Unmöglichkeit!

Zum Ziel der Motion: Die SVP sieht Sparpotenzial, wie sie im Motionstext schreibt. Das von der SVP immer wieder genannte Ziel, die Schweiz für Flüchtlinge möglichst unattraktiv zu machen, wird im Motionstext nicht genannt, darf aber als der tiefere Grund angenommen werden. Zu diesem Abschreckungsszenario sei aus dem Buch des Nahostkorrespondenten Pascal Weber zitiert, was ein Flüchtling im Libanon an die Adresse des Westens sagt: «Wir wissen, dass ihr uns nicht wollt. Wir wissen, dass ihr alles tut, um uns aufzuhalten. Aber wir kommen trotzdem. Weil wir keine Wahl haben.» Die Schweiz kann ihre Hilfe noch so stark zurückfahren, aufhalten wird dies keinen einzigen Asylsuchenden. Und auch wenn man meint, 8 Franken pro Tag − auch wenn dies bundesrechtswidrig wäre − würden genügen, spart man damit keinen einzigen Rappen. Ganz im Gegenteil! Die Nothilfe ist grundsätzlich auf kurze Dauer ausgerichtet. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass sich der physische und psychische Gesundheitszustand von Personen, die längere Zeit dem Nothilfesystem unterstehen, verschlechtert. Diese Entwicklung verursacht hohe Folgekosten und verschärft die Probleme im Asylbereich: Asylsuchende, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, laufen Gefahr, dass ihre Integration wegen unmöglich knapper Mittel scheitert, obwohl sie eine grosse Chance auf spätere Anerkennung ihres Asylgesuchs haben. Sie landen dann in der Sozialhilfe, statt sich möglichst schnell zu integrieren, Arbeit zu finden und dann auch Steuern zu zahlen.

Die weltweite Migrationsproblematik wird nicht kleiner, wenn man dazu übergeht, den Menschen, die mehr zufällig denn gezielt in der Schweiz und im Kanton Zug gelandet sind, jegliche Würde abzusprechen. Und die Bundesverfassung hält fest, dass alle Menschen, die in Not geraten sind, ein Recht auf Hilfe haben. Art. 12 der Bundesverfassung lautet: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein men-

schenwürdiges Dasein unerlässlich sind.» Die ALG ruft dazu auf, sich an die in der Bundesverfassung festgeschriebenen Werte zu halten und die Motion der SVP-Fraktion nicht erheblich zu erklären.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Nun hat sie also auch den Kanton Zug erreicht: die juristische Auseinandersetzung darüber, was und wie viel Dienstleistungen und Geld Menschen erhalten sollen bzw. dürfen, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren können. Die Regierung sagt, es gebe klare Bundesvorgaben. Vertreter der Motion hingegen versuchen aufzuzeigen, dass die Kantone selbst entscheiden können. Als Parlamentsmitglied muss man aufpassen, dass man vor lauter Einzelbäume nicht den Wald aus den Augen verliert.
Menschen, welche in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten nicht in ihr Heimatland zurückkehren können, sollte die Chance gegeben werden, sich entsprechend zu integrieren. Dazu sind finanzielle Mittel nötig. Mit 8 Franken pro Tag ist das schlichtweg nicht möglich, denn dieser Betrag reicht gerade mal für das Allernötigste zum knappen Überleben. Und integrierte Menschen sind für die Gesellschaft wichtig. Sie sind unabhängig, erzielen ein Einkommen, bezahlen ihre Kosten und Steuern und gestalten die Vielfalt der Kultur mit. Im Gegensatz dazu benötigen nicht integrierte Menschen Unterstützung, finanziell, aber auch im Sinn von Ressourcen, und bleiben abhängig. Der Aspekt der Sicherheit ist hier nicht erwähnt, gehört aber auch dazu. Gerade die SVP, die immer auf diesen Bereich hinweist, sollte in ihrer Argumentation nicht vergessen, dass Menschen, welche am äussersten Rand der Gesellschaft leben, nichts mehr zu verlieren haben und eher kriminell werden könnten. Das Geld, welches theoretisch eingespart werden könnte, müsste mehrfach für die Sicherheit und die administrative Unterstützung ausgegeben werden. Und das wollen sicher auch die Kantonsräte der SVP nicht − Oliver Wandfluh hat das in der Vormittagssitzung im Namen der SVP-Fraktion klargemacht. Auch mit der Verarmung einer Bevölkerungsgruppe stoppt man die Zuwanderung nicht. Es kommen nämlich Menschen, die *noch* weniger haben.
Mit dem Eventualantrag auf Teilerheblicherklärung eröffnet die SVP den politischen Basar. Der vorgeschlagene Betrag ist aus der Luft gegriffen und basiert auf keinerlei Abklärungen. Die SP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** die Vorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, beim Bund die nötigen juristischen Abklärungen bezüglich der rechtlichen Lage vorzunehmen. Der Votant bittet, diesen Antrag zu unterstützen.

**Kurt Balmer** hat sich gestern − gestützt auf einen gewissen E-Mail-Verkehr − kurzfristig mit der Sache befasst und möchte auf gewisse Ungereimtheiten hinweisen. Offensichtlich gibt es verschiedene Gutachten, Memoranden etc., wobei der Votant aber aus der Vorlage des Regierungsrats zitiert: «Darum wäre die von der SVP-Fraktion geforderte Gesetzesänderung bundesrechtswidrig.» Mit andern Worten: Die Umsetzung des Motionsanliegens wäre illegal. Da fragt sich allerdings schon, wieso die Regierung gemäss Memorandum der Direktion des Innern bei Prof. Dr. Isabelle Häner ein Gutachten in Auftrag geben will, um die Legalität nochmals abzuklären. Wenn das Anliegen − wie die Regierung schreibt − illegal ist, braucht es keine zusätzlichen Abklärungen. Wenn es bezüglich der Legalität des Ansinnens hingegen noch andere Meinungen gibt, dann hat der Votant Verständnis für ein zusätzliches Gutachten. Es ist für ihn aber ein merkwürdiges Gebaren, wenn man in der Vorlage schreibt, das Anliegen sei bundesrechtswidrig, trotzdem aber noch mit einem Gutachten nachbessern will. Und den Votanten interessiert selbstverständlich auch, zu welchem Schluss das Gutachten Häner kommt − und wie viel dieses gekostet hat. Irgendwo hat er auch gelesen, dass andere Kantone im Asylbereich

so sparen, wie es der SVP-Vorstoss nun auch für den Kanton Zug verlangt. Das ist nirgends kritisiert oder als illegal erklärt worden. Da stellt sich für den Votanten schon die Frage, wieso diese Praxis nicht auch im Kanton Zug möglich sein soll, wenn sie in anderen Kantonen funktioniert. Er lässt sich aber gerne belehren, dass andere Kantone diese Praxis definitiv nicht kennen. Er möchte dazu eine klare Stellungnahme von der Direktorin des Innern.
Schliesslich ist der Votant auch etwas erstaunt über den Antrag auf Rückweisung an die Regierung. Dieser Antrag, ebenfalls damit begründet, die rechtliche Situation sei letztlich nicht wirklich klar, bringt noch mehr Verwirrung. Der Votant zumindest fühlt sich im Moment nicht in der Lage, sich eine klare Meinung zum Anliegen der SVP zu bilden. Er wünscht sich Klärung und verlässliche Aussagen – und freut sich auf die entsprechenden Ausführungen der Direktorin des Innern.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hat sich auf die juristische Auseinandersetzung mit Manuel Brandenberg gefreut. Als sie all diese E-Mails und Memoranden auf Umwegen auch noch zugestellt erhielt, fragte sich allerdings, wie es den Ratsmitgliedern wohl ging, als sie all diese Papiere lasen. Es war wohl nicht ganz einfach.
Die Direktorin des Innern versucht, die Antwort des Regierungsrats möglichst einfach zusammenzufassen. Das Ansinnen der SVP-Fraktion, Asylsuchenden und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung sowie vorläufig Aufgenommenen nur noch Nothilfe statt Asylsozialhilfe zu gewähren, ist *wirklich* bundesrechtswidrig. Der Auffassung von Manuel Brandenberg in seinen Memoranden und in der E-Mail vom 21. Februar an die SVP-Fraktion, welche er gleichentags auch an die übrigen Fraktionen weiterleitete, kann *wirklich* nicht gefolgt werden. Das Motionsbegehren verletzt Art. 82 Abs. 2 Satz 2 des Asylgesetzes, und der Kantonsrat als kantonaler Gesetzgeber kann es sich nicht leisten, sich über Bundesrecht hinwegzusetzen.
Zusammengefasst präsentiert sich die Rechtslage wie folgt: Insgesamt können die Personen aus dem Asyl und Flüchtlingsbereich drei Gruppen zugeordnet werden:
• Gruppe 1: vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, anerkannte Flüchtlinge, Staatenlose und Schutzbedürftige mit einer Aufenthaltsbewilligung. Diese Gruppe erhält gemäss Flüchtlingskonvention und gemäss der bundesrechtlichen Asylverordnung bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe die gleichen Beträge wie die einheimische Bevölkerung. Sie ist von der Motion nicht betroffen, und die Motionärin wünscht hier auch keine Änderung.
• Gruppe 2: Asylsuchende mit laufendem Verfahren, Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommene: Es handelt sich um Personen mit einer grossen Bleibewahrscheinlichkeit. Mit dem neuen Asylgesetz und der Revision, die 2019 in Kraft tritt, wird diese Gruppe grösser werden, weil der Bund dann die beschleunigten Verfahren umsetzt und die Kantone nur noch Personen zugeteilt erhalten, die bleiben werden. Um genau diese Gruppe geht es in der Motion. Gemäss der bundesrechtlichen Asylverordnung hat diese Gruppe ebenfalls Anspruch auf Sozialhilfeleistungen, allerdings nicht in gleicher Höhe, wie sie Schweizerinnen und Schweizern zusteht. Der Ansatz für die Unterstützung muss unter demjenigen für Schweizerinnen und Schweizer liegen, gleichzeitig muss er aber gemäss Art. 82 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit Art. 86 AuG über dem Ansatz der Nothilfe liegen. Und zu Kurt Balmer: Die Direktorin des Innern kennt keinen Kanton, der Personen im Asylverfahren auf Nothilfe setzt. Für die Höhe dieser Asylsozialhilfe hat die Direktion des Innern Richtlinien erlassen. Die Gruppe 2 erhält Sozialhilfeleistungen, deren Ansatz weit unter der Sozialhilfe für Schweizerinnen und Schweizer liegt. Einige Beispiele dazu: Der monatliche Grundbedarf bei der Asylsozialhilfe liegt bei 449 Franken pro Person und Monat in einem Einpersonenhaus-

halt, das entspricht 15 Franken pro Tag. Das ist weniger als die Hälfte des Sozialhilfeansatzes für Schweizerinnen und Schweizer, für welche der Grundbedarf 986 Franken beträgt. Auch bei anderen Ausgaben, etwa bei der maximalen Wohnungsmiete, ist die Asylsozialhilfe viel enger bemessen als die wirtschaftliche Sozialhilfe für Schweizerinnen und Schweizer. So kann für eine Person nach Asylsozialhilfe monatlich maximal 420 Franken an Mietkosten inkl. Nebenkosten ausgerichtet werden, während Schweizerinnen und Schweizer 1100 Franken plus Nebenkosten erhalten. Bei zahnärztlichen Behandlungen gelten in der Asylsozialhilfe nicht − wie von Manuel Brandenberg behauptet − die SKOS-Richtlinien. Vielmehr sind im Bereich der Asylsozialhilfe lediglich der Erhalt der Kaufähigkeit und die Schmerzstillung im Rahmen von nicht aufschiebbaren Massnahmen und Notfallbehandlungen möglich, während für Schweizerinnen und Schweizer mit wirtschaftlicher Sozialhilfe nach SKOS auch einfache zahnärztliche Sanierungen durchgeführt werden dürfen. Wenn ein Baby zur Welt kommt, erhalten Personen mit dem Asylansatz maximal 300 Franken für die Erstausstattung − und alle Väter und Mütter im Saal wissen, was man für 300 Franken an Babyausstattung kaufen kann. Schweizerinnen und Schweizer erhalten im gleichen Fall 700 Franken. Es gibt also deutliche Unterschiede. Die Motionärin war irrtümlich der Ansicht, die Gruppe 2 erhalte derzeit die volle Sozialhilfe. Das ist nicht der Fall.

• Gruppe 3: Personen, welche Nothilfe erhalten. Diese Gruppe ist von der Motion ebenfalls nicht betroffen. Der Ansatz für die Nothilfe muss − wie gesagt − unter dem Ansatz der Asylsozialhilfe liegen.

Als Fazit ergeben sich vier Punkte:

• Die Gruppe 2, um die es in der Motion geht, hat nach Bundesrecht Anspruch auf Asylsozialhilfe.
• Der Ansatz dafür muss unter dem Ansatz der wirtschaftlichen Sozialhilfe für Schweizerinnen und Schweizer (Gruppe 1) und über dem Ansatz der Nothilfe (Gruppe 3) liegen.
• Das Anliegen der Motionärin, dass der Gruppe 2 nicht die volle wirtschaftliche Sozialhilfe nach SKOS gewährt werden soll, ist mit dem tieferen Ansatz der Asylsozialhilfe bereits umgesetzt.
• Das Motionsbegehren, der Gruppe 2 nur Nothilfe auszurichten, verletzt Bundesrecht.

Nach aktueller Auffassung des SEM und der Kantone soll der Übergang von der Sozialhilfe zur Nothilfe sicht- und spürbar sein. Würden neu alle Asylsuchenden nur noch Nothilfe erhalten, würde der negative Anreiz zur schnelleren Ausreise ausgehebelt. Mit der deutlich tieferen Nothilfe will man nämlich erreichen, dass Personen, die abgewiesen wurden, die Schweiz wirklich verlassen.

Da die vorliegende Motion ein politisch heikles Geschäft ist, liess die Direktion des Innern die Frage der Bundesrechtswidrigkeit von Prof. Dr. Isabelle Häner in einem Kurzgutachten abklären, dies nicht im Nachhinein, sondern im Vorfeld, bevor sich der Regierungsrat mit der Frage auseinandersetzte. Das Gutachten stützte die Auffassung des Regierungsrats und hielt fest, dass eine kantonale Regelung, wonach Asylsuchende, Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommene nur noch die Nothilfe erhielten, bundesrechtswidrig ist. Entgegen der Auffassung von Manuel Brandenberg kann aus dem erwähnten Bundesgerichtsentscheid nichts zugunsten der Motionärin abgeleitet werden. Das Bundesgericht befasst sich in diesem Entscheid mit der Frage, ob bei weggewiesenen Asylbewerbenden ein Zehrgeld ausgezahlt werden kann, das unter der ordentlichen Nothilfe liegt. Das Bundesgericht setzt sich also nicht konkret mit der Frage auseinander, ob Asylsuchende, Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommene auf Nothilfe gesetzt werden können. Die Direktion des Innern hat nur

deshalb auf das Urteil des Bundesgerichts hingewiesen, weil in den Erwägungen erwähnt wird, dass das Bundesrecht von den oben erwähnten drei Gruppen ausgeht. Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Die beantragte Teilerheblicherklärung ist nicht möglich, weil das neue Begehren nicht dem Antrag der Motion entspricht. Es müsste allenfalls eine neue Motion eingereicht werden, denn der Regierungsrat muss die Möglichkeit haben, zum neuen Begehren ebenfalls einen Bericht und Antrag vorzulegen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag vorliegt, die Vorlage an die Regierung zurückzuweisen, mit dem Auftrag, beim Bund innert zwei zwei Monaten die nötigen Abklärungen über die rechtliche Lage vorzunehmen. Zuerst wird über die Rückweisung und dann − sofern noch nötig − über die Erheblicherklärung abgestimmt. Eine Rückweisung benötigt zwei Drittel der Stimmenden. Die beantragte Teilerheblicherklärung ist nicht möglich.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat lehnt die Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat mit 60 zu 11 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat erklärt die Motion mit 47 zu 21 Stimmen nicht erheblich.

**Manuel Brandenberg** stellt den **Ordnungsantrag,** es sei auch über die Teilerheblicherklärung in dem Sinne abzustimmen, dass die betreffenden Personen die Nothilfe plus 100 Franken monatlich erhalten sollen.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** erläutert die rechtliche Situation. Mit der Überweisung eines Vorstosses erteilt das Parlament dem Regierungsrat den Auftrag, einen Bericht und Antrag vorzulegen. Darauf gestützt, erklärt der Rat den Vorstoss dann erheblich oder nicht. Wird das Motionsbegehren nach der Überweisung − also jetzt − geändert, verliert der Regierungsrat die Möglichkeit, einen Bericht und Antrag zum geänderten Anliegen vorzulegen. Der Rat würde also über die Erheblichkeit entscheiden, ohne die Stellung der Regierung zum geänderten Begehren − im vorliegenden Fall Nothilfe plus 100 Franken monatlich − zu kennen. Das ist gemäss Geschäftsordnung und gemäss Praxis nicht zulässig. Es steht den Motionären in einem solchen Fall aber frei, eine neue Motion vorzulegen.
Kurz gesagt: Das Motionsbegehren kann nach Meinung der stellvertretenden Landschreiberin im jetzigen Zeitpunkt nicht mehr geändert werden.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Ordnungsantrag von Manuel Brandenberg mit 41 zu 28 Stimmen ab.

Traktandum 13.2: **Drei Geschäfte betreffend Bushaltestellen der ZVB:**

**985** Traktandum 13.2.1: **Interpellation von Thomas Werner, Ralph Ryser und René Kryenbühl betreffend Umwandlung der Bushaltestelle Gasthaus Rössli, Zugerstrasse 142, 6314 Neuägeri in eine Fahrbahnhaltestelle mit Mittelinsel**
Vorlagen: 2752.1 - 15454 (Interpellationstext); 2752.2 - 15637 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die drei Vorstösse betreffende Bushaltestellen der ZVB inhaltlich zusammengehören und deshalb zusammen beraten werden. Er bittet die Votanten, bei Bedarf zu präzisieren, zu welchem Vorstoss sie sprechen.

Mitinterpellant **René Kryenbühl** dankt namens der Interpellanten der Baudirektion für die umfassende und ausführliche Beantwortung der Fragen zur Bushaltestelle beim Restaurant Rössli an der Zugerstrasse 142 in Neuägeri. Seine Interessenbindung: Er ist Verkehrsteilnehmer, beruflich und privat oft zwischen Oberägeri und Zug unterwegs und somit auf einen flüssigen Individualverkehr angewiesen. Das Verkehrsaufkommen auf der viel befahrenen Strecke durch Neuägeri ist mit rund 15'000 Fahrzeugen pro Tag sehr hoch. Für die Interpellanten ist es daher sehr fragwürdig, warum die Baudirektion an der Zugerstrasse 142 eine Fahrbahnhaltestelle mit Mittelinsel bauen will. Dass sich eine Sanierung dieses Strassenabschnittes aufdrängt, steht ausser Frage. Nur: Warum soll auf dieser Strecke eine Schikane für den Individualverkehr eingebaut werden? Und warum spricht die Baudirektion bei der Festlegung des Fussgängerübergangs von «Wunschlinien» und nimmt auch noch Bezug auf den «Ortsbildschutz»?
Busbuchten sind auf dieser Strecke sinnvoller, da diese auch als Ausweichmöglichkeiten für den Langsamverkehr − beispielsweise den Land- oder Bauwirtschaftsverkehr − genutzt werden können. Zudem können die auf der Kantonsstrasse Velo fahrenden Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer an den Busbuchten vorbeifahren und behindern den Strassenverkehr nicht. Und das Wiedereinfädeln der Busse hemmt den Verkehrsfluss zu Spitzenzeiten weniger als die Fahrbahnhaltestelle. In diesem Sinne fragt es sich, warum einerseits der Strassenabschnitt Schmittli−Neuägeri für viel Geld saniert und ausgebaut und im Bereich Schmittli auf einen Kreisel verzichtet wird, um den Verkehr flüssiger zu machen, andererseits aber in Neuägeri der Bus auf der Strasse halten und den Verkehr «abwürgen» soll.
Abschliessend stellt der Votant der Baudirektion zwei Fragen:
• Warum sind die Parkplätze vor dem Restaurant Rössli nicht von der Mittelinsel betroffen? Wie kommen die Gäste oder Lieferanten von Zug her an diesem Hindernis vorbei?
• Wohin sollen die Velofahrerinnen und -fahrer bei einer Fahrbahnhaltestelle geführt werden, wenn der Bus direkt vor ihnen hält und ein Radstreifen fehlt?
Da der Variantenentscheid nach Aussage der Baudirektion noch aussteht, hofft der Votant, dass die bestehenden Busbuchten beim Restaurant Rössli in Neuägeri bestehen bleiben und auf die geplante Mittelinsel verzichtet wird. Für die Sicherheit und eine behindertengerechte Ausgestaltung an der Zugerstrasse 142 ist auch bei einer Sanierung und Beibehaltung der Busbuchten gesorgt. Alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer werden dafür dankbar sein.

Mitinterpellant **Thomas Werner** dankt der Regierung ebenfalls für die Beantwortung der Interpellation und vor allem dafür, dass die Regierung gemäss Antwort 6 auf Seite 3 entschieden hat, solche zum Teil doch sehr einschneidenden Änderungen künftig via vorberatende Kommission in den Kantonsrat zu bringen.

In Ergänzung zu den Ausführungen von René Krienbühl merkt der Votant an, dass der Regierungsrat in der Interpellationsantwort auf Seite 1 festhält, dass an besagter Stelle beim Rössli in Neuägeri Belagssanierungsarbeiten anstehen, anlässlich derer auch die Sicherheit verbessert und die Bushaltestelle gemäss Behindertengleichstellungsgesetz angepasst werden soll. Im gleichen Abschnitt bemerkt die Regierung, dass die Sanierung auch in einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen müsse. Wenn schon vom Kosten-Nutzen-Verhältnis gesprochen wird, möchte der Votant darauf aufmerksam machen, dass die besagte Hauptstrasse in den nächsten Jahren für satte 52 Millionen Franken saniert und ausgebaut wird. Auf den Kreisel im Schmittli wird entgegen seinen Empfehlungen verzichtet. Gegen den Kreisel wurde argumentiert, dass damit der Verkehrsfluss gestört würde. Gleichzeitig will die Regierung nun beim Rössli die bestehende Busbucht in eine Fahrbahnhaltestelle umwandeln und somit zwangsläufig den Verkehrsfluss massiv stören, ja sogar Wartezeiten und Stau beim Individualverkehr erzeugen. Mit Verlaub: Dieses Vorgehen entbehrt jeglicher Logik, und man fragt sich, ob bei den involvierten Stellen die eine Hand überhaupt weiss, was die andere tut. Die Antwort der Regierung auf die Interpellation vermittelt das Gefühl, dass sich hier jemand − bildlich gesprochen − wild mit den Armen rudernd für etwas rechtfertigen und aus der Affäre ziehen will. Anders kann sich der Votant zum Beispiel die abenteuerliche Argumentation mit dem schützenswerten Ortsbild nicht erklären. Seit mindestens vier Jahrzehnten sieht diese Stelle genauso aus wie heute. Wenn also etwas geschützt werden müsste, dann ist es die Bushaltestelle als Busbucht, die seit jeher gegenüber dem Rössli steht. Es scheint dem Votanten, als wäre noch Geld im Topf, und dass dieses nun auf Teufel komm raus mit Aktivismus und unverhältnismässigem Durchboxen von Vorschriften gegen jeglichen gesunden Menschenverstand ausgegeben werden müsste.
Der Regierungsrat erwähnt, dass der Entscheid noch nicht gefallen sei. Dies zu glauben, fällt dem Votanten schwer. Hätte nämlich nicht eine Privatperson Einsprache gegen den Rückbau dieser Busbucht erhoben und hätte sie sich nicht an die Ägerer Kantonsräte gewandt, wären die Busbucht bereits weg und die Fahrbahnhaltestelle mitten auf der Strasse sowie die Fussgängerinsel bereits realisiert. Die Amtsleitung war drauf und dran, das Projekt durchzuboxen. Der Votant bittet deshalb den Regierungsrat, bei seinen Ausführungen klar Stellung zu beziehen, ob er von diesem unlogischen Entscheid, beim Rössli in Neuägeri die Busbucht durch eine Fahrbahnhaltestelle zu ersetzen und damit den Individualverkehr auf dieser vielbefahrenen Strasse zu behindern und Stau zu erzeugen, absieht oder ob er − wie es die Amtsleitung vorangetrieben hat − an dieser Stau erzeugenden und den Verkehrsfluss störenden Variante festhält. Der Votant möchte dazu eine konkrete Antwort der Regierung.

**Iris Hess-Brauer** spricht für die CVP-Fraktion. Den Interpellanten aus den Berggemeinden geht es bei ihren Fragen vor allem um die Bushaltestelle beim Restaurant Rössli in Neuägeri, das auf dem Gemeindegebiet von Unterägeri liegt. Der dortige Strassenabschnitt ist wegen verschiedener Sicherheitsmängel dringend sanierungsbedürftig. Für die Fussgänger ist deshalb ein Fussgängerstreifen mit einer Schutzinsel geplant. Da das Verkehrsaufkommen auf der Hauptverbindungsachse ins Ägerital sowohl am Morgen als auch am Abend sehr gross ist, kann die angedachte Sicherheitsmassnahme mit einer Schutzinsel nachvollzogen werden.
Wenn eine bestehende Bushaltestelle, die zwar nicht mehr in allen Belangen den heutigen Sicherheitsstandards entspricht, in eine Fahrbahnhaltestelle umgewandelt wird, führt dies automatisch zu einer massiven Beeinträchtigung des Verkehrsflusses des motorisierten Individualverkehrs. Schon heute stockt der Verkehr am

Morgen teilweise bis ins Dorfzentrum von Unterägeri zurück, und der Abendverkehr kann einen Rückstau bis zur Abzweigung Nidfuren bewirken. Dazu kommt der Einlenker Cholrain, der ebenfalls seinen Beitrag zu einem zähen Abendverkehr leistet. Jede zusätzliche Fahrbahnhaltestelle verschärft die Problematik. Aus diesem Grund ist die CVP der Meinung, dass die Regierung den Entscheid zwingend in direkter Absprache mit den betroffenen Gemeinden fällen und allfällige Mehrkosten, welche durch den notwendigen Landerwerb entstehen, in Kauf nehmen soll.

**Mariann Hess** dankt namens der ALG-Fraktion der Regierung die gute Zusammenfassung des Themas und für ihre Ausführungen. Die ALG kann diese im Grundsatz unterstützen. Aus Sicht des ÖV haben Fahrbahnhaltestellen folgende Vorteile:
• Der Fahrkomfort wird erhöht, weil die Haltestelle in gerader Linie angefahren wird. Damit wird auch der gesetzliche Auftrag hinsichtlich des autonomen Zustiegs für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste umgesetzt, denn es erleichtert das Anfahren an die Fahrbahnkante, so dass nur ein geringer Spalt zwischen Haltekante und Fahrzeug besteht.
• Der Bus kann nach dem Fahrgastwechsel ungehindert, also ohne Abwarten und erneutes Einfädeln in den Verkehr, weiterfahren. Die Fahrplanstabilität wird dadurch erhöht, und die Reisezeiten beim Bus werden zuverlässiger.
• Der Flächenverbrauch ist wesentlich kleiner. Hierzu gibt es gute Ausführungen in den Berichten des Regierungsrats.
• Aufgrund des kleineren Flächenbedarfs ist die Anordnung der Haltestelle flexibler möglich, und Zu- und Übergänge für den Langsamverkehr können ebenfalls optimiert werden.
• Die Verfahrensdauer ist kürzer, und die Kosten sind tiefer.
Diesen positiven Eigenschaften stehen aber auch folgende Nachteile gegenüber:
• Der Wartebereich der Fahrgäste liegt direkt an der Strasse.
• Kann der stehende Bus überholt werden, kann es zu Konfliktsituationen zwischen überholenden Fahrzeugen, dem Gegenverkehr und querenden Fahrgästen kommen.
• Bei starkem Fahrgastwechsel wird der Verkehrsfluss gestört. Die Busse werden als Hindernisse wahrgenommen.
Deshalb ist die vom Kanton praktizierte Prüfung im Einzelfall genau das richtige Mittel, um auch in Zukunft gute Lösungen für beide Verkehrsträger zu finden. Beispielhaft dafür ist die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Thomas Werner und andern zur Bushaltestelle Neuägeri Rössli. Die ALG-Fraktion wird aus diesen Gründen sowohl Motion als auch Postulat nicht erheblich erklären und die Interpellation zur Kenntnis nehmen, also den Anträgen des Regierungsrats folgen.
Zum Schluss eine persönliche Anmerkung: Als häufige Nutzerin des ÖV, vor allem auf der Strecke Zug−Ägeri, hat die Votantin mehrere ZVB-Chauffeure direkt auf dieses Thema angesprochen. Es zeigte sich Folgendes:
• Die Strecken ins Berggebiet mit den Linien 1, 2 und 34 sind in Bezug auf die bestehenden Busbuchten und auf das Wiedereinfädeln in den Verkehr unproblematisch. Die Autofahrerinnen und -fahrer sind gemäss Auskunft der Chauffeure sehr kooperativ und rücksichtsvoll. Dies sei im Tal- und Stadtgebiet leider nicht selbstverständlich.
• Was alle Befragten als grosses Problem darstellten, ist die Haltestelle Tobelbrücke-Höllgrotten in Fahrtrichtung Ägeri/Menzingen. Erst im letzten Moment wird dort ersichtlich, ob jemand auf den Bus wartet. Um ein abruptes Abbremsen zu verhindern, muss diese Haltestelle immer langsam angefahren werden. Auch das Wiedereinfädeln ist dort äusserst gefährlich und mit grossem Stress für die Chauffeure verbunden, weil die Autos mit hoher Geschwindigkeit auf die verborgene Haltestelle zufahren. Dies gilt auch für den dortigen Fussgängerübergang. 2011

wurde auf diesem Fussgängerübergang eine Grossmutter mit ihren zwei Enkeln von einem Auto erfasst und schwer verletzt. Für die befragten Chauffeure wäre eine elektronische Tafel am Strassenrand äusserst wichtig. Diese müsste dem Bus signalisieren, ob jemand an der Haltestelle wartet, und den Privatverkehr warnen, dass sich ein Bus auf der Haltestelle befindet.

**Beat Iten** als Sprecher der SP-Fraktion spricht primär zur Motion und zum Postulat. Die Vorstösse zu den Bushaltestellen der ZVB erwecken den Eindruck, man könne ein komplexes Problem ganz einfach lösen. Die Antworten des Regierungsrats zeigen die Komplexität dieses Themas sehr gut auf. Die heutige Praxis, jede Bushaltestelle einzeln zu prüfen und jeweils mit Augenmass zu entscheiden, ist daher aus Sicht der SP die richtige Vorgehensweise. Mit der geforderten Anpassung der kantonalen Gesetzgebung bezüglich der Bushaltestellen wird der heutige Spielraum unnötigerweise eingeschränkt, wenig bis nichts bezüglich Verkehrssicherheit und -beschleunigung erreicht und vermutlich ein massiver Kostenschub ausgelöst. Die im Bericht des Regierungsrats aufgeführten Erwägungen − etwa die Belastung des jeweiligen Fahrstreifens zur Spitzenstunde, die Anzahl der Halte pro Stunde oder die mittlere Haltedauer − sind sicher bessere Entscheidungshilfen als eine gesetzliche Bestimmung, die Bushaltestellen überall, wo realisierbar, neben der Fahrbahn anzuordnen sowie die bestehenden Fahrbahnhaltestellen in Bushaltestellen neben der Fahrbahn umzuwandeln. Der Gewinn einer solchen Aktion ist gemessen an den daraus resultierenden Kosten bei rund 275 Fahrbahnhaltestellen auf den Kantons- und Gemeindestrassen wohl eher gering. Die SP-Fraktion unterstützt daher den Antrag der Regierung, die Motion und das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Patrick Iten:** Einen Strassenabschnitt zu sanieren, heisst nicht nur, bauliche Herausforderungen umzusetzen. Vielmehr müssen auch die unterschiedlichen Bedürfnisse von vielen Verkehrsteilnehmern, seien es ÖV, Fussgänger oder motorisierter Individualverkehr, berücksichtigt werden − vom Ortsbildschutz gar nicht zu reden. Auch muss man gewichten, wie stark eine Bushaltestelle benutzt wird. Die fragliche Bushaltestelle liegt zwar innerorts, aber es gibt doch wesentliche Unterschiede zwischen einer Bushaltestelle im Dorf Unterägeri oder derjenigen in Neuägeri.
Nach Meinung des Votanten darf man den Busverkehr nicht einfach über das Interesse des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) stellen. Wenn man Fahrpläne erstellt, muss man auch beachten, dass man in Busbuchten nicht einfach losfahren kann. Und wer täglich im Strassenverkehr unterwegs ist, weiss, dass die von hinten kommenden Autos anhalten, wenn Busse blinken; das funktioniert bestens. Der Votant fragt deshalb ernsthaft: Darf ein Busunternehmen seine eigenen Interessen über diejenigen der übrigen Verkehrsteilnehmer stellen?
Der Votant begrüsst es, dass bei der Sanierung einer Strasse ein Augenmerk auf die Fussgänger gelegt wird. Er ist aber auch überzeugt, dass man auch einen sicheren Fussgängerstreifen erstellen kann, wenn man die Busbucht belässt. Zudem müssen sich Fussgänger und Autofahrer auf der Strasse mit Vorsicht und gegenseitigem Respekt begegnen.
Die Strasse Unterägeri−Schmittli ist mit 15’000 Autos pro Tag wirklich stark frequentiert. Aber auch da muss man berücksichtigen. dass das grösste Verkehrsaufkommen in die Stosszeiten fällt. Und das ist genau die Zeit, in der auch am meisten Busse auf der Strecke sind und ungefähr alle acht Minuten ein Bus eine Haltestelle benützt. Dass das zu Staus führen wird, sollte jedermann klar sein. Es muss aber angestrebt werden, dass der Verkehr möglichst flüssig bleibt. Deshalb muss man genau bei der Bushaltestelle beim Rössli in Neuägeri mit Augenmass agieren. Es gibt dort ein grösseres Interesse, dass die Busbucht bestehen bleibt.

Mitinterpellant **Ralph Ryser** hält fest, dass die Regierung in ihrer Antwort erwähnt, das betreffende Gebiet sei im Inventar der schützenswerten Ortsbilder (ISOS) eingetragen, und der betreffende Strassenabschnitt befinde sich in einer Ortsbildschutzzone. Der Votant ist da etwas anderer Meinung. Es handelt sich um eine Hauptstrasse, welche links und rechts ein paar alte Häuser entlang des Industriepfads aufweist. Der Votant kann weder ein schützenswertes Ortsbild noch eine Ortsbildschutzzone erkennen. Natürlich soll die Spinnerei und das Direktorenhaus, welches vor kurzem renoviert wurde, sowie ein Bedienstetenhaus als schützenswert angeschaut werden, aber gleich ganz Neuägeri unter Schutz zu stellen, ist wohl wirklich des Guten zu viel und dient auch nicht der Sache. Hier steht wohl einmal mehr das Amt für Denkmalpflege und Archäologie, obwohl im Bericht und Antrag des Regierungsrats nicht erwähnt, dahinter. Der Votant verweist auf die fortschrittliche, umtriebige zugerische Bautätigkeit, die kein Stein auf dem anderen lässt. Nicht alles, was alt ist, muss schützenswert sein. Um auf die Bedienstetenhäuser in Neuägeri zurückzukommen: Ein Exemplar, welches gut erhalten ist, genügt vollkommen, um der Nachwelt zu zeigen, was während der Zuger Industrialisierung stattgefunden hat.
Im Bericht des Regierungsrats wird darauf verwiesen, dass der Kanton das Busnetz nach Rücksprache mit den Gemeinden und Grundeigentümern ausbaue. Nach den Erkenntnissen des Votanten sind weder die Gemeinde Unterägeri noch die Grundeigentümerin, die SAE Immobilien AG, an einer Fahrbahnhaltestelle interessiert.
Der Votant illustriert seine Ausführungen mit einem Beispiel: Am Abend vor der Januarsitzung des Kantonsrats fuhr er nach 17 Uhr mit dem Schnellbus der Linie 1 von Zug nach Unterägeri. Auf der Lorzentobelbrücke musste der Buschauffeur das erste Mal hinter einem Mofa mit 30 Stundenkilometer bis zur Kreuzung Nidfuren herfahren. Kurz nach der Kreuzung Schmittli fuhr der Bus zum zweiten Mal einem Motorfahrradfahrer hinterher, das bis zur Bushaltestelle Tenniscenter. Der ganze Individualverkehr fuhr also mit 30 Stundenkilometer in Richtung Unterägeri − und jetzt will das Tiefbauamt noch eine Fahrbahnhaltestelle einrichten! Dies hätte zur Folge, dass der Verkehr ins Ägerital gänzlich zusammenbricht. Das wollen die Interpellanten und die pendelnde Bevölkerung aus dem Ägerital nicht. Sie setzen sich deshalb für die Beibehaltung der Bushaltestellen beim Rössli in Neuägeri ein.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass ihn die heutige Debatte an eine Diskussion erinnert, die man vor zehn Jahren in der Stadt Zug führte. Es ging damals um die Zugerberstrasse, die deutlich weniger Verkehr aufweist als die Strecke ins Ägerital, und der damalige Stadtrat Andreas Bossard hatte die gloriose Idee, man müsse dort den Verkehr mittels Fahrbahnhaltestellen regeln. Das Problem: Wenn man einmal Fahrbahnhaltestellen gebaut hat, bringt man sie nicht mehr weg. In Zug hat sich diese Lösung nicht bewährt. Der Votant empfiehlt deshalb dringend, in den folgenden Abstimmungen nicht der Regierung zu folgen. Es ist für ihn sehr enttäuschend, was die Regierung hier dem Parlament vorlegt. Wenn man die Parteiprogramme der drei wichtigsten Fraktionen liest, steht nirgends, dass man die Steuerzahlenden im Ägerital oder im übrigen Kanton frustrieren wolle. Es geht ja nicht nur um tiefe Steuern, sondern auch um die kleinen Dinge, die das Leben angenehm machen − und hinter einem Bus zu stehen, während Leute ein- und aussteigen, ist nicht unbedingt sexy. Der Votant empfiehlt dringend, von solchen Massnahmen, die nur zu Frustration führen, abzusehen. Und es sei wiederholt: Es ist sehr enttäuschend, dass eine bürgerlich dominierte Regierung sich überhaupt auf so etwas einlassen kann.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die interessante Debatte, die positive Aufnahme der Interpellationsantwort und die konstruktive Kritik. Johann Peter Hebel hat gesagt: «Der geneigte Leser merkt etwas.»
Der Baudirektor stellt klar, dass es vorerst um die Interpellation und erst später um die Motion und das Postulat geht. Es braucht keine Gesetzesänderung. Die Baudirektion folgt dem Grundsatz, im Einzelfall zu prüfen, ob eine Fahrbahnhaltestelle oder eine Busbucht sinnvoll sei. Der Baudirektor bestätigt, dass er vor zwei Monaten für die 52 Millionen Franken für die Sanierung der Strecke Nidfuren−Schmittli gekämpft hat. Im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts von 2004 soll diese wichtige Verbindung ins Ägerital und der Anschluss an die Autobahn sichergestellt werden. Margel−Nidfuren und Nidfuren−Schmittli sind entscheidende Abschnitte. Wenn sie fertig saniert sind, fehlen noch zwei Teile: das Engnis Neuägeri und das Engnis vor dem Dorfeingang von Unterägeri. Und wie gehört, erheben sowohl der MIV als auch der ÖV Ansprüche, dazu kommen die Velofahrer und die Fussgänger, und nicht zuletzt fordern auch die Anwohner in Neuägeri eine optimale Lösung. Und die Situation präsentiert sich wie folgt: das Stauwehr der Lorze, ein etwa 70 Zentimeter breites Trottoir, die Bushaltestelle und auf der anderen Seite die vielgerügte, ortsbildgeschützte Häuserzeile. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe, planerisch alle Bedürfnisse abzudecken.
Der Baudirektor stellt klar, dass noch kein Projekt vorliegt. Das Tiefbauamt nimmt die nötigen Abklärungen vor und hat den Auftrag, dem Baudirektor verschiedene Projektvarianten vorzulegen. In diesem Zusammenhang haben Mitarbeiter des Tiefbauamts auch die Anwohner kontaktiert. Der Baudirektor bittet den Rat, das zur Kenntnis zu nehmen. Wenn er morgen dem Tiefbauamt die heutige Debatte zusammenfasst, wird er berichten, dass der Kantonsrat der Meinung ist, dass die dortige Busbucht wenn immer möglich erhalten bleiben soll. Er wird aber auch berichten, dass das Trottoir und der Fussgängerstreifen wichtig seien und die Kantonsstrasse bei der kommenden Sanierung mit einem Velostreifen versehen werden sollte. Das Tiefbauamt wird versuchen, ein optimiertes Projekt für den Abschnitt Schmittli−Innere Spinnerei zu erarbeiten, das im Zeitraum 2020/21 realisiert werden kann.
Dass das schützenswerte Ortsbild in der regierungsrätlichen Antwort erwähnt wird, hat seinen Grund darin, dass der Erhalt der Busbucht den Erwerb von Land erfordert. Es musste deshalb abgeklärt werden, ob ein Landerwerb in einer Ortsbildschutzzone überhaupt möglich sei. Das gehört zu den Abklärungen, und es geht dabei nicht um Denkmalschutz oder Ähnliches. Hinter dem Vorgehen des Tiefbauamts liegen also eine gewisse Systematik und eine klare planerische Tätigkeit. Es wird keineswegs wild mit den Armen rudernd − so der Vorwurf von Thomas Werner − nach Ausreden gesucht.
Wenn eine Strasse saniert werden muss, weil der Belag etc. schlecht geworden ist, werden gleichzeitig auch die Sicherheitsmängel behoben. Nach den heutigen Normen macht es Sinn, den Fussgängerstreifen beim Rössli mit einer Sicherheitsinsel zu ergänzen. All diese Aspekte gilt es zu berücksichtigen. Die Baudirektion wird sich bemühen, in Abwägung der verschiedenen Interessen − ÖV, MIV, Velos, Fussgänger, Anwohner − ein optimales Projekt zu erarbeiten. Und der Baudirektor versichert, dass diesem Projekt höchste Beachtung geschenkt wird.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**986** Traktandum 13.2.2: **Motion von Thomas Werner betreffend Anpassung der kantonalen Gesetzgebung in Bezug auf Bushaltestellen**
2781.1 - 15562 (Motionstext); 2781.2 - 15635 (Bericht und Antrag des Regierungsrats)

**987** Traktandum 13.2.3: **Postulat von Thomas Werner betreffend Bushaltestellen**
2782.1 - 15563 (Postulatstext); 2782.2 - 15635 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Motionär **Thomas Werner** ist zutiefst überzeugt, dass bei den heutigen Frequenzen auf den Strassen und Schienen der öffentliche Verkehr und der Individualverkehr so optimal wie nur möglich aufeinander abgestimmt werden müssen. Ja, es sind sogar neue Ideen gefragt, um das Verkehrsaufkommen auch in Zukunft bewältigen zu können. Angesichts dieser Ausgangslage gibt es keinen Platz für eine Bevorzugung eines Verkehrsmittels. Einige können ihren Alltag beinahe zu Fuss bewältigen, andere mit dem Fahrrad, dem Auto oder auch mit dem öffentlichen Verkehr. Damit alle möglichst ökonomisch und ökologisch von A nach B kommen, ist man auf ein möglichst optimales Zusammenspiel sämtlicher Verkehrsformen angewiesen.
Das Vorgehen der Amtsstelle, welche die Busbucht in Neuägeri entgegen jeglicher Logik aufheben will, sowie die Antworten auf die Interpellation, die Motion und das Postulat zeigen dem Votanten nur zu deutlich auf, dass im Kanton Zug das zuständige Amt sich einseitig für den Busverkehr und gegen den Individualverkehr einsetzt. Es ist eine klare Tendenz erkennbar, dass man durch das Behindern des Individualverkehrs den öffentlichen Verkehr attraktiver machen will. Es betrübt den Votanten, dass dabei keine Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse genommen und den Personen, für welche die Anbindung an den öffentlichen Verkehr nicht ideal ist, absolut keine Toleranz entgegengebracht wird. Es können nicht alle im Umkreis von 500 Meter neben einer Bushaltestelle oder einem Bahnhof wohnen! Und die Leute, welche zum Beispiel auf das Auto angewiesen sind, muss man wirklich nicht noch mit Fahrbahnhaltestellen schikanieren. Wie es scheint, schafft es die bürgerlich besetzte Regierung aber nicht, den privaten und öffentlichen Verkehr optimal und ohne Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs zu organisieren, sondern lässt ihren Amtsleitern freie Hand bei der Durchsetzung ihrer eigenen Ideologie. Ja zu einem guten öffentlichen Verkehr, aber Nein zu Schikanen gegenüber einzelnen Verkehrsteilnehmern! Der Kanton investiert einen hohen Betrag in den Ausbau der Hauptachse nach Ägeri. Soll nun wirklich durch den Ersatz von Busbuchten durch Fahrbahnhaltestellen der optimierte Verkehrsfluss gleich wieder zunichte gemacht werden?
Die Motion ist wichtig, denn die Regierung scheint den Kompass verloren zu haben. Sie ist auch wichtig, weil die Beteuerungen der Regierung, sie setze sich für eine möglichst optimale Lösung ein, dem Votanten nicht genügen; die Frage, ob der Regierungsrat bereit sei, auf die Fahrbahnhaltestelle beim Rössli in Neuägeri zu verzichten, wurde nicht mit einem klaren Ja beantwortet. Wenn die Motion nicht eingereicht würden wäre, wäre die Beantwortung der Interpellation einfach gewesen – und die Fahrbahnhaltestelle in Neuägeri hätte trotzdem gebaut werden können. Der Votant vertraut zwar dem Regierungsrat, aber das politische Geschäft lehrt ihn auch, ab und zu etwas misstrauisch zu sein. Mit der Erheblicherklärung der Motion und des Postulat gibt das Parlament der Regierung den Auftrag, die tendenzielle Bevorzugung des Busverkehrs gegenüber dem Individualverkehr zu korrigieren und neu zu beurteilen. Es gilt deshalb, dem Regierungsrat bürgerliche Rückendeckung und bürgerlichen Rückenwind zu geben, den er scheinbar brauchen kann. In diesem Sinn stellt der Votant den **Antrag,** die Motion und das Postulat erheblich zu erklären.

**Anna Bieri** teilt mit, dass die bürgerliche CVP-Fraktion den Antrag des bürgerlichen Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung unterstützen wird, dies insbesondere darum, weil sie die Forderung der Motion nach einem faktischen Verbot von neuen und einem flächendeckenden Rückbau von bestehenden Fahrbahnhaltestellen als zu restriktiv erachtet. Gerade auch aus bürgerlich-finanziellen Überlegungen kann an geeigneten Stellen eine Fahrbahnhaltestelle nach wie vor genügend sein. Es muss weiterhin möglich sein, eine kluge Einzelfallanalyse vornehmen zu können. Diese Analyse − hier stimmt die CVP mit dem Motionär und Postulanten überein − muss aber *alle* Aspekte und die Anliegen *aller* Verkehrsteilnehmenden, also ÖV und MIV, gleichermassen berücksichtigen. Die Tendenz, bestehende Busbuchten sogar ausserorts aufzuheben, stösst in der CVP-Fraktion − wie bereits von Iris Hess-Brauer gehört − auf wenig Verständnis. Natürlich ist die Anpassung dieser Buchten mit einem Mehraufwand verbunden. Der Appell der CVP ist jedoch eindeutig und deutlich: bei neuen Haltestellen ein faires, gut überlegtes Abwägen *aller* Ansprüche und bei bestehenden Haltestellen − wie beim Rössli in Neuägeri − möglichst keine Rückschritte. Ein grundsätzliches Verbot bzw. einen unverhältnismässigen, flächendeckenden Umbau aller Fahrbahnhaltestellen lehnt die CVP aber ab. Sie unterstützt im Endergebnis also die Anträge der Regierung − mit der höflichen Forderung um Aufnahme ihres Appells.

**Karen Umbach** spricht für die FDP-Fraktion. Es geht um ein spannendes Thema, und die FDP-Fraktion hat lange darüber diskutiert. Es ist ihr natürlich ein grosses Anliegen, dass der Verkehr fliesst und dass weder der öffentliche noch der Privatverkehr einander behindern. Es ist für die FDP auch klar, dass ein gut funktionierendes Verkehrssystem ein wesentlicher Standortfaktor für den Kanton Zug ist. Deswegen stösst das Anliegen des Motionärs bei der FDP denn auch auf eine gewisse Sympathie − aber eben nur auf eine *gewisse* Sympathie.
Wie die Antwort des Regierungsrats zeigt, wäre die Umsetzung der Motion viel problematischer, als es auf den ersten Blick scheint. Allfällige Ausbauten werden durch räumliche und finanzielle Grenzen sehr erschwert. Die Anforderung der behindertengerechten Ausgestaltung führt höchstwahrscheinlich in den meisten Fällen zu einer Enteignung der Grundeigentümer, und wie man weiss, ist ein solches Verfahren nicht im Sinne der FDP. Und selbst wenn sich ein Eigentümer mit dem Verkauf eines Teils seines Grundstücks einverstanden erklärt, wäre das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieses Landerwerbs nach Meinung der FDP nicht sinnvoll.
Auf Seite 3 seines Berichts zeigt der Regierungsrat auf, welch hoher Aufwand für die Projektierung und Erstellung einer Busbucht erforderlich ist. Der FDP scheint die heutige Praxis adäquat und vernünftig zu sein. Im kleinen Kanton Zug sollte man in der Lage sein, jeden Einzelfall individuell zu entscheiden. Dies spiegelt sich in der heutigen Praxis wieder.
Aus den erwähnten Gründen wird auch die bürgerliche FDP-Fraktion dem Antrag der Regierung folgen und weder die Motion noch das Postulat erheblich erklären.

**Rainer Suter** hält vorerst fest, dass die Motion nicht flächendeckend gedacht ist, sondern sich auf die Stellen mit den entsprechenden Gegebenheiten bezieht. Aus den Voten geht hervor, dass das nicht richtig verstanden wurde.
Der Votant erinnert daran, dass er in der Kantonsratssitzung vom 25. Januar 2018 in seinem Votum zur Petition «Für einen Kreisel bei der Kreuzung Schmittli» erwähnte, dass Fahrbahnhaltestellen in Neuägeri ein Schildbürgerstreich sondergleichen wären. Es werden 40 Millionen Franken für die Sanierung und den Ausbau der Kantonsstrasse Nidfuren−Schmittli investiert, mit dem Ziel, den Verkehr zu verflüssigen. Und jetzt kommt tatsächlich der Schildbürgerstreich mit der Fahrbahn-

haltestelle beim Rössli! Der Begriff «Schildbürgerstreich» wird wie folgt definiert: «Handlung, deren eigentlicher oder ursprünglicher Zweck in törichter Weise verfehlt wird.» Vor diesem Hintergrund ruft der Votant dazu auf, die Erheblicherklärung der Motion und des Postulats zu unterstützen. Und nochmals: Die Vorstösse sind nicht flächendeckend gemeint.

**Heini Schmid** fordert die SVP auf, im Nachgang zur heutigen Diskussion eine neue Motion einzureichen. Diese sollte den Grundsatz zum Inhalt haben, dass bestehende Busbuchten nicht zurückgebaut werden. Bezüglich dieser Kernidee scheint im Rat eine grosse Übereinstimmung zu herrschen. Es versteht im Kanton Zug niemand, wenn auf stark befahrenen Strassen Busbuchten zurückgebaut werden. Dieses Anliegen wäre motionswürdig. Es soll der Regierung also mitgegeben werden, dass der Kantonsrat in diesem Bereich keine Güterabwägung wünscht. Wo die Vorfahren eine Busbucht gebaut haben, soll diese − auch wenn es schwieriger und aufwendiger ist − im Interesse eines guten Verkehrsflusses erhalten bleiben. Und dieses Hin und Her in Neuägeri erschreckt den Votanten. Wenn man sich die Interessenlage der Bevölkerung vor Augen führt, merkt man doch, dass niemand Verständnis für die Aufhebung dieser Busbucht hat; sogar die ALG hat ihre Zweifel, ob das der Weisheit letzter Schluss sei. Da könnte die Regierung doch auch mal sagen, sie habe die Zeichen der Zeit erkannt und belasse die bestehende Busbucht. Wenn die Regierung dazu aber keine klare Aussage machen kann, muss der Kantonsrat eben nachlegen und klar vorgeben: Bestehende Busbuchten bleiben im Kanton Zug erhalten.

**Michael Riboni** nimmt die Aussage von Karen Umbach auf, die FDP möchte keine flächendeckende Aufhebung der Fahrbahnhaltestellen. In der Motion steht klar «wo realisierbar», wobei nicht nur technische, sondern auch wirtschaftliche Gründe vorliegen können. Die Motion verlangt also keineswegs die flächendeckende Einführung von Busbuchten.

**Hubert Schuler** weist darauf hin, dass die Motion zwar nicht die flächendeckende Einführung, aber eine flächendeckende Abklärung verlangt. Die SP-Fraktion will auch das nicht. Und zu Heini Schmid: Selbstverständlich kann man sich auf die Vorfahren berufen. Dann landet man aber beim Tram − und dieses fuhr mitten in der Strasse. Man kann also nicht einfach daran festhalten, was früher war. Busse haben andere Voraussetzungen, beispielsweise eine Neigung für Kinderwagen und Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer. Auch solche Gegebenheiten müssen berücksichtigt werden. Und wenn die entsprechende Kante für den Bus nicht erstellt werden kann, nützen auch Busbuchten nicht viel, oder es braucht viel grössere Buchten, damit die Busse richtig anfahren können. Man soll es deshalb der Regierung überlassen, gezielt zu entscheiden, wo welche Art von Bushaltestelle erstellt wird.

**Thomas Werner** wird sich hüten, den Vorschlag von Heini Schmid umzusetzen und eine Motion einzureichen, dass künftig keine Fahrbahnhaltestellen mehr gebaut werden dürfen. Es würde dann nämlich mit Sicherheit heissen, diese Forderung sei zu absolut, und es müssten Ausnahmen möglich sein. Dann ist man wieder genau gleich weit wie heute.
In der Vergangenheit wurde mit Fahrbahnhaltestellen schon genug gesündigt. Die Motion verlangt − wie es Michael Riboni klargestellt hat −, dass flächendeckend geprüft wird, ob es verhältnismässig sei, eine bestehende Fahrbahnhaltestelle in eine Busbucht umzubauen. Wenn es nicht geht, soll es auch nicht geschehen. Es spricht nichts gegen diese Überprüfung, zumal der Regierungsrat ausdrücklich ge-

sagt hat, dass jede einzelne Bushaltestelle immer im Detail geprüft und dann entsprechend entschieden werde. Der Votant bittet deshalb, die Motion und das Postulat zu unterstützen. Eine weitere Motion mit ebenfalls unsicheren Aussichten würde sich dadurch erübrigen.

Für **Andreas Hausheer** enthält die Motion von Thomas Werner einen Widerspruch. Es steht da: «Zwecks Verbesserung des Verkehrsflusses (privat und öffentlich) sollen keine neuen Bus-Fahrbahnhaltestellen mehr entstehen […]». Im Vorschlag für den Gesetzestext weiter unten aber heisst es dann: «[…], wo realisierbar, […].» Was will die SVP nun eigentlich? Will sie ein absolutes oder ein halbabsolutes Verbot? Einerseits heisst es «*keine* neuen Fahrbahnhaltestellen«, andererseits «wo realisierbar». Das ist ein Widerspruch.

**Nicole Zweifel** erinnert daran, dass sich die GLP schon gegen die Überweisung dieser Motion wehrte, denn sie ist ein Rückfall in verkehrspolitische Grabenkämpfe, die eigentlich überwunden sein sollten. Die Votantin spricht hier als jemand, die in ihrer täglichen Arbeit u. a. mit genau diesem Thema zu tun hat. Sie verweist auf das Behindertengleichstellungsgesetz. Die Behindertenverbände fordern mittlerweile ziemlich hart, dass die entsprechenden Massnahmen umgesetzt werden, etwa die 22 Zentimeter hohen Haltekanten, die es ermöglichen, dass Rollstühle und Rollatoren, aber auch Kinderwagen stufenfrei aus dem Bus fahren können. Solche Bushaltestellen brauchen extrem lange Anfahrwege. Der Platzbedarf bzw. Landverbrauch ist also hoch, und es braucht erheblichen Landerwerb. Dazu kommt, dass Busbuchten − dies an die Adresse jener, die darauf achten, nicht unnötig Geld auszugeben − auch im Bau wesentlich teurer sind. Ausserdem ist jede einzelne Situation anders, und manchmal kann es auch sinnvoll sein, wenn eine Bushaltestelle eine bremsende Wirkung hat. Bei Busbuchten stellt sich auch das Problem des Wiedereingliederns in den übrigen Verkehr. Bei viel Verkehr bleibt der Bus in der Haltestelle stecken, denn die Autofahrer lassen ihn nicht einbiegen. Damit wird die Fahrplanstabilität gefährdet, wobei im Bus vielleicht neunzig Personen sitzen und allenfalls ihren Zug verpassen. In dicht besiedelten Bereichen macht es deshalb schlicht keinen Sinn, Busbuchten zu bauen, überland allerdings mag es vielleicht richtig sein. Es ist aber nicht die Aufgabe des Gesetzes, hier generell etwas festzulegen, vielmehr muss die Frage individuell und nach verkehrsplanerisch richtigen und sinnvollen Kriterien geklärt werden. Die Votantin bittet daher den Rat, die Motion und das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Thomas Werner** möchte den angeblichen Widerspruch klären, den Andreas Hausheer erwähnte. Grundsätzlich sollen keine neuen Fahrbahnhaltestellen mehr gebaut werden, wenn es möglich ist, dass die Busbuchten bestehen bleiben. Die bestehenden Fahrbahnhaltestellen sollen überprüft werden, und wo realisierbar und wirtschaftlich vernünftig, sollen sie zu Busbuchten umgebaut werden. Es ist klar: Wenn beispielsweise für das benötigte Land ein unverhältnismässig hoher Preis verlangt wird, soll man bei der Fahrbahnhaltestelle bleiben. Die Forderung ist also nicht absolut gemeint, aber im Grundsatz sollen keine neuen Fahrbahnhaltestellen gebaut und die bestehenden Busbuchten beibehalten werden.

Baudirektor **Urs Hürlimann** ruft dazu auf, das Kind nicht mit dem Bad auszuschütten. Es geht hier um einen Einzelfall, wobei der Baudirektor − der geneigte Leser merkt gemäss Johann Peter Hebel etwas − die Haltung des Parlaments gespürt hat: Man will, dass die Busbucht in Neuägeri bestehen bleibt. Die Baudirektion hat nun den Auftrag, diese Lösung voranzutreiben oder andernfalls wirklich hervor-

ragende Argumente vorzulegen, warum der Erhalt der Busbucht nicht möglich ist. Bezüglich der Vorwürfe an die Adresse des Tiefbauamts bittet der Baudirektor zu beachten, dass der Kantonsrats vor nicht allzu langer Zeit im Richtplan unter V 6.1 festgesetzt hat: «Das heutige Busnetz soll schrittweise zu einem leistungsfähigen Transportsystem ausgebaut werden. Dieses System soll sich durch hohe Qualität, Zuverlässigkeit, Reisegeschwindigkeit und Pünktlichkeit auszeichnen.» Wenn die Regierung und die Verwaltung sich nicht an solche Vorgaben halten, kommt sie ihrer Pflicht nicht nach. Die Baudirektion versucht also, die Probleme zu lösen.
In einigen wenigen Monaten wird der Kantonsrat über die Grundsätze der räumlichen Entwicklung hinsichtlich 2040 diskutieren. Der Baudirektor hat in der Regierung beantragt, sofort auch ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten. Denn die diesbezüglichen, teilweise auch heute wieder angesprochenen Fragen − Kreisel im Schmittli, Nordstrasse, Engnis Stadt Zug etc. − müssen in Zusammenhang mit dem zukünftigen Wachstum und der Zunahme der Mobilität gelöst werden. Im Übrigen wird mit der vorliegenden Motion nichts korrigiert. Der Forderung, dass im Grundsatz auf Hauptverbindungsstrassen wenn möglich keine Fahrbahnhaltestellen gebaut werden, kommt die Regierung schon seit Jahren nach.
Der Baudirektor bittet den Rat, die Motion und das Postulat nicht erheblich zu erklären. Er versichert, dass die Baudirektion die heute vorgebrachten Argumente ernsthaft prüfen und eine optimierte, gute Lösung sicherstellen wird.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat erklärt die Motion mit 50 zu 22 Stimmen nicht erheblich.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat erklärt das Postulat mit 48 zu 22 Stimmen nicht erheblich.

**988** Traktandum 13.3: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend: Wie weiter mit dem Theilerhaus**
Vorlagen: 2797.1 - 15596 (Interpellationstext); 2797.2 - 15624 (Antwort des Regierungsrats).

**Susanne Giger** spricht für die Interpellantin. Die ALG-Fraktion dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Grundsätzlich hat sich die ALG immer für das Theiler-Areal als einen der vier Mittelschulstandorte laut Richtplan ausgesprochen und sich gegen die Stillstandsmotionen gewehrt. Es wurden Millionen in diese Planungen investiert, und das Projekt «Wirtschafts- und Fachmittelschule Zug - Umbau und Erweiterung Theiler-Areal» liegt zusammen mit dem Konzept der kulturellen Nutzung des Theilerhauses pfannenfertig vor. Die ALG hat deshalb mit grosser Enttäuschung die Pläne der Regierung zur angedachten Nutzung des Theilerhauses durch das Verwaltungsgericht zur Kenntnis genommen. Das ist für die ALG ein Weg des geringsten Widerstands, der für das relativ kleine Objekt aber unverhältnismässig teuer wird. Es wird einen hohen Umbauaufwand brauchen, um die Ansprüche der vorgesehenen Nutzung − Ausbaustandard, Sicherheit, Erschliessung − zu erfüllen. Generationen von Kulturschaffenden erwarteten die Umsetzung des Konzepts zur kulturellen Nutzung, wie es seit 2015 vorliegt. Gerade aufgrund der angespannten Finanzlage des Kantons macht es Sinn, dieses nun endlich umzusetzen. Eine Unterbringung des Verwaltungsgerichts würde laut Bauexperten viele weitere Millionen verschlingen und um ein Vielfaches teurer als das ausgearbeitete Konzept für die kulturelle Nutzung. Interessenten gibt es genug, und auch ein Museum für Industriegeschichte liesse sich immer noch realisieren. Die ALG begrüsst natürlich, dass das Theilerhaus dank der umsichtigen Kontrollen

des kantonalen Hochbauamts keinen weiteren Schaden nimmt. Von aussen sieht man das dem Haus aber leider nicht an.
Der aktuell laufende Zwischenschritt mit der Prüfung eines alternativen Standorts des ZVB-Hauptstützpunkts zeigt, dass Alternativen für die ZVB, aber auch für den Standort des Verwaltungsgerichts bestehen. Vorläufig sieht die ALG daher keine Notwendigkeit für einen raschen Umzug des Verwaltungsgerichts, weil die Frage des zukünftigen Standorts des ZVB-Hauptstützpunkts noch eine ganze Weile zur Diskussion stehen wird. Zudem gibt es nach Meinung der ALG geeignetere Räumlichkeiten zur Unterbringung des Verwaltungsgerichts. Es gibt im Übrigen auch private Interessenten, die an einer Nutzung des Theilerhauses interessiert wären. Die Genossenschaft «W'alter» − die Votantin ist Vizepräsidentin dieser Genossenschaft − könnte sich z. B. eine Integration des Theilerhauses in ein genossenschaftliches Wohnprojekt vorstellen und damit die kulturelle Nutzung des Gebäudes langfristig sichern. Die Genossenschaft hat sich um eine Audienz bei der Baudirektion bemüht, um dieser ihre Idee eines «Kultur- und Wohnkonzepts Theilerhaus» vorzustellen. Zu einer Einladung ist es leider nie gekommen.

**Philip C. Brunner** dankt namens der SVP-Fraktion der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Er hat Anfang Dezember zusammen mit Jürg Messmer ebenfalls eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht, diese nach Rücksprache mit dem Baudirektor aber zurückgezogen. Grund dafür war, dass der Kanton bezüglich Immobilienplanung − beginnend beim Asylzentrum in Steinhausen über das ZVB-Areal bis hin zum Kantonsspitalareal und Theilerhaus − endlich vorwärts machen kann. Am Vormittag hat der Rat die Motion der CVP-Fraktion betreffend Immobilienstrategie überwiesen − und irgendwann muss die Regierung in diesem Fadenchörbli den richtigen Faden ziehen können, damit sich dieses Chrüsimüsi auflösen kann. Die SVP-Fraktion findet es deshalb grundsätzlich richtig, dass nun bezüglich des Theilerhauses − in Absprache mit dem Verwaltungsgericht − ein Entscheid gefällt wurde. Die Fragen der ALG sind zwar interessant, es gilt aber Prioritäten zu setzen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, insbesondere in einer Zeit knapper Finanzen. Und wesentlich ist hier, dass bei der Judikative ein Bedarf nach Räumlichkeiten besteht. Der Votant glaubt, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, auch für die Kultur etwas Sinnvolles zu machen − mit günstigeren Lösungen; ob das in der Stadt Zug sein muss, sei dahingestellt. Hier aber geht es um ein historisches Gebäude, an das auch von Seiten des Denkmalschutzes gewisse Anforderungen gestellt werden. Ob die Nutzung als Kulturzentrum richtig wäre, ist für den Votanten eher fraglich. Die SVP-Fraktion bittet die Regierung, in diesem Sinn weiterzumachen und dem Kantonsrat entsprechende Lösungen vorzuschlagen.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Dass das Theilerhaus künftig durch das Verwaltungsgericht genutzt werden könnte, ist nach erster Einschätzung der FDP-Fraktion eine gangbare Option − ja, die Idee gefällt ihr. Es ist ihr bewusst, dass aufgrund der gegenwärtigen Finanzlage Begehrlichkeiten, die primär der angenehmen Gestaltung und Atmosphäre von Begegnungen dienen, zugunsten der Grundbedürfnisse des Staatswesens weichen müssen. Selbst der Stadtrat von Zug ist der Ansicht, dass es für öffentliche und kulturelle Nutzungen im Bereich Zug Süd ausreichend Möglichkeiten bzw. verfügbare Lokalitäten gebe. Und Kultur bezahlt sich bekanntlich nicht von alleine. Die Infrastrukturkosten für einen Kulturtempel sind das eine, die Betriebskosten aber das andere − und diese sind meist beträchtlich.
Wenn heute über eine seit längerem brach liegende Liegenschaft gesprochen wird, möchte die Votantin den Fokus erweitern und daran erinnern, dass es auch beim

Kantonsspitalareal an der Zeit wäre, vorwärts zu machen. Zwischennutzungen sind zwar sinnvoll, doch je länger sie dauern, desto schwieriger wird es, die dort temporär beheimateten Organisationen und Institutionen wieder auszuquartieren, ohne ihnen Ersatz anzubieten. Je mehr Multikulti sich dort einnisten kann, umso grösser wird die Herkulesaufgabe, dereinst eine Alternative anbieten zu können. Und wenn dies dem Kanton nicht gelingt, ist klar, was passiert: Die Betroffenen machen mobil gegen das dannzumalige Projekt, egal wie gut dieses ist. Mit unheiligen Allianzen und der Wahrung der Eigeninteressen hat besonders die Stadt Zug ihre einschlägigen Erfahrung gemacht. Und nicht zu vergessen ist: Beim Kantonsspitalareal handelt es sich ebenfalls um eingezontes Bauland an Zugs allerbester Lage. Der Kanton soll sich nicht scheuen, daraus entsprechend Kapital zu schlagen − und das lieber gestern als erst morgen. Interessenten und Garanten für hochstehende Qualität im Rahmen der vom Kanton vorgegebenen Bedingungen gibt es genügend auf dem Markt. Die FDP unterstützt in diesem Sinn die Regierung.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für den Steilpass, der ihm zugespielt wurde, und möchte dem Rat die Priorisierung der kantonalen Hochbauten bis 2025 aufzeigen. Diese Priorisierung war eine schwierige Aufgabe, die zusammen mit dem Finanzdirektor angegangen und dann von der Gesamtregierung verbschiedet wurde. Es gibt verschiedene Abhängigkeiten. Im Zentrum steht das Areal des ehemaligen Kantonsspitals. Bevor dort mit einem Projekt gestartet werden kann, müssen für die momentan dort untergebrachten kantonalen Nutzungen − Asylunterkunft, Archivräume etc. − neue Lösungen gefunden werden; zu beachten sind auch die Vereine, die befristet eingemietet sind. Es bestehen folgende Abhängigkeiten:
• Komplex Hofstrasse: Das Theilerhaus muss saniert werden. 2011 wurde eine Machbarkeitsstudie mit dem Fokus auf Kultur erstellt. 2015 musste man aufgrund der noch zur Verfügung stehenden Investitionsmöglichkeiten davon Abschied nehmen. Man kam zum Schluss, dass die Einquartierung des Verwaltungsgerichts im Theilerhaus eine gute Lösung ist, kann damit doch einerseits das Mietverhältnis für die jetzigen Räume aufgelöst und andererseits rechtzeitig vor der Realisierung des neuen ZVB-Hauptstützpunkts für das Verwaltungsgericht ein neuer Standort festgelegt werden. An der Hofstrasse geht es weiter darum, die Shedhalle und den Hochbau Süd zu sanieren, um Nutzungen aus dem alten Kantonsspital dorthin umquartieren zu können. Im Theilerhaus soll auch eine adäquate Verpflegungsmöglichkeit, ein Restaurant oder Bistro, entstehen, das einerseits dem Quartier, andererseits der Fachmittelschule (FMS) und den Mitarbeitenden des Verwaltungsgerichts etc. dient. Der kulturelle Bereich wird in der Shedhalle abgedeckt. Diese wird multifunktional gestaltet, so dass einerseits kulturelle Veranstaltungen möglich sind, andererseits der FMS ein Auditorium zur Verfügung steht; auch der Quartierverein soll dort seine Anlässe durchführen können.
• Ersatzneubau für die Durchgangsstation Steinhausen: Ein Ersatzneubau ist nötig, um die Unterkünfte im alten Kantonsspital kompensieren zu können. Die Baudirektion arbeitet intensiv an diesem Projekt, in Absprache mit der Gemeinde Steinhausen etc., und an der entsprechenden Vorlage für den Kantonsrat. Dieser Ersatzneubau muss bis 2024 realisiert sein, wenn 2025 mit der Neuüberbauung des Kantonsspitalareals begonnen werden soll.
• ZVB-Hauptstützpunkt: Im Mittelbau, der zusammen mit dem ZVB-Hauptstützpunkt geplant ist, sollen der Rettungsdienst und Teile der Verwaltung Platz finden.
Wenn alle genannten Projekte vom Kantonsrat wie geplant bewilligt werden, kann − wie gesagt − im Jahr 2025 mit der Neuüberbauung des Areals des alten Kantonsspitals begonnen werden. Der nächste Schritt in Zusammenhang mit diesem Projekt ist die Ausschreibung eines Ideen- und Investorenwettbewerbs für die Bau-

felder B, D1 und D2, also die ufernahen Grundstücke, die mit einen Restaurant und Hotel öffentlich genutzt werden sollen; für 2020 ist der Architekturwettbewerb geplant. 2021 soll die Ausschreibung der Baufelder C1 und C2, also der hinteren Parzellen, erfolgen, wo Wohnungen realisiert werden sollen, mit einem Anteil an preisgünstigem Wohnraum. Die Ausführung erfolgt − wie bereits gesagt − ab 2025. Bis dahin müssen alle provisorischen Nutzungen im Areal des alten Kantonsspitals irgendwo einen neuen Platz gefunden haben.
Vor diesem Hintergrund wird die Baudirektion die Vorlage für das Theilerhaus noch im laufenden Jahr dem Kantonsrat unterbreiten. Am 26. Januar 2018 fand die Startsitzung mit den Planerteams und dem Verwaltungsgericht statt. Anfang März sollen die Baubedürfnisse und das Raumprogramm definiert werden, bis Ende April folgt dann die vertiefte Machbarkeitsstudie mit Kostenschätzung. Ende Mai soll die Kantonsratsvorlage im Regierungsrat beraten werden, anschliessend erfolgt die Überweisung an den Kantonsrat. Im Juni soll die Vorlage in der Hochbaukommission und im August in der Staatswirtschaftskommission beraten werden. Die erste Lesung im Kantonsrat ist für Oktober, die zweite Lesung für November geplant. Das ist der Fahrplan. Mit dem Entscheid des Kantonsrats für die Sanierung des Theilerhauses soll auch die ganze Problematik Hofstrasse in skizzierten Sinn endlich politisch auf den Weg geschickt werden.
Die Frage der Kulturräume hat die Baudirektion selbstverständlich mit dem Stadtrat von Zug besprochen. Dieser hat klar gesagt, dass es im Moment an der Hofstrasse nicht unbedingt mehr Kulturräume brauche. Gerade gestern fand die Begehung mit allen Interessierten statt, und dabei haben sich die Kulturverantwortlichen dahingehend geäussert, dass ihre Bedürfnisse mit dem Bistro und der multifunktionalen Shedhalle berücksichtigt seien − wenn auch nicht im selben Umfang, wie es 2011 angedacht wurde. Mitte März wird der Baudirektor an der Generalversammlung des Quartiervereins St. Michael teilnehmen und das Vorgehen ausführlich erläutern.
Der Regierungsrat hat also klare strategische Entscheide bezüglich Priorisierung der Hochbauten bis 2015 gefällt. Es wird nun am Parlament liegen, die einzelnen Vorlagen wohlgesinnt aufzunehmen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet den Ratsvorsitz, da Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch im folgenden Geschäft das Büro des Kantonsrats vertritt.

TRAKTANDUM 14

**989 Motion von Kurt Balmer und Laura Dittli betreffend Visitation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**

Vorlagen: 2713.1 - 15363 (Motionstext); 2713.2 - 15400 (Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass das Büro des Kantonsrats für dieses Geschäft zuständig ist. Es beantragt, die Motion erheblich zu erklären.

Mitmotionär **Kurt Balmer** dankt auch namens von Laura Dittli dem Büro des Kantonsrats für die positive Beurteilung des Anliegens. Er stellt fest, dass sich auch die Regierung, die Stawiko und die JPK bereits detailliert mit dieser etwas

emotionalen Sache befassten. Hauptbedenken der Stawiko ist, dass eine ergänzende Visitation der JPK unnötig sei und unnötigen Zusatzaufwand verursache. Allerdings dürfte streng genommen die KESB als gerichtliche Behörde − der Votant verweist auf den Bundesgerichtsentscheid, in dem die KESB klar als Gericht bezeichnet wurde − gestützt auf die GO KR nur reduziert visitiert werden, da sie weder die Regierung noch die Verwaltung noch eine kantonale Anstalt ist. Nach Ansicht des Votanten sind andere bisherige Visitationen der Stawiko mindestens grenzwertig. Darauf macht auch die JPK in ihrer Argumentation zu Recht aufmerksam. Nur nebenbei sei bemerkt − und der Votant hofft, damit nicht das Kommissionsgeheimnis zu verletzen −: Gestützt auf die aktuelle GO versuchte die JPK die KESB zu visitieren, sie wurde aber abgewiesen. Das sei nur erwähnt, um der Frage zuvorzukommen, wieso die JPK, wenn sie die Situation so beurteilt, die KESB nicht bereits visitiert habe.
Die Regierung macht im Mitbericht vor allem technische Bedenken geltend und verweist auf mögliche Doppelspurigkeiten. Die technischen Details können bei entsprechendem Willen gelöst werden − und wenn alle Doppelspurigkeiten vermieden werden sollen, muss man konsequenterweise die JPK abschaffen. Man darf nicht vergessen, dass die JPK einen ganz anderen Blickwinkel hat. Sie würde bei der KESB analog zu den Gerichten möglicherweise Auskunft zu folgenden Aspekten verlangen: Anzahl Entscheide, Verhältnis Einzelentscheide/Mehrheitsentscheide, Anzahl Anfechtungen, Erfolgsquote bei Anfechtungen, Anzahl unentgeltliche Rechtsvertretungen und Rechtspflegefälle, Zusammenarbeit mit Gemeinden und anderen Behörden, Ausstandsregeln und deren Anwendung, Tendenz bei den Kosten zulasten von Gemeinden, Kostenentwicklung, Unabhängigkeit gegenüber der Direktion des Innern und anderen Instanzen, Verjährungen etc. Es geht dabei − das ist wichtig − nicht um die Überprüfung des inneren, sondern des äusseren Geschäftsgangs.
Massgebend für die Erheblicherklärung der Motion sind aus Sicht der Motionäre drei Punkte:
• Es ist letztlich eine politische Frage, ob die KESB bezüglich Aufsichtsnotwendigkeit den Gerichten, dem Amt für Straf- und Massnahmevollzug, der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle gleichgestellt wird. Nach Ansicht des Votanten ist es die Pflicht des Kantonsrats, die KESB als Gericht gleich wie die anderen Gerichte zu behandeln. Man könnte sonst nämlich auf die Idee kommen, dass die Politik bei der KESB gar nicht so genau hinschauen will.
• Die KESB ist eine noch junge Behörde, welche bekanntlich publizitätsträchtig zumindest Anfangsschwierigkeiten aufwies. Es bestehen aber sehr verbreitet immer noch nicht bescheidene Restbedenken gegen diese Behörde, welche es ernst zu nehmen gilt. Dabei ist auch an die jeweiligen finanziellen Konsequenzen für die Gemeinden zu denken − zumal sich die Gemeinden nur sehr beschränkt gegen die Entscheide der KESB wehren können.
• Die Visitation durch die JPK dient klar auch der KESB als Legitimation und Vertrauensstärkung, was nach wie vor notwendig ist.
Zusammen mit Laura Dittli ersucht der Votant um Zustimmung zum Antrag des Büros auf Erheblicherklärung der Motion. Im Namen der CVP-Fraktion gibt er bekannt, dass eine deutliche Mehrheit der CVP die Erheblicherklärung gutheisst.

**Ralph Ryser** spricht für die SVP-Fraktion. Am 1. Januar 2013 wurde die Vormundschaftsbehörden der Zuger Einwohner- und Bürgergemeinden durch die kantonale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) abgelöst. Private Mandatstragende und Fachstellen wurden im gleichen Umfang wie bisher beibehalten, die gemeindliche Mandatsführung wurde neu vom Kanton übernommen.

Seit der Einführung der KESB wird diese immer wieder kontrovers diskutiert. Der hochsensible gesetzliche Auftrag, welcher dieser Behörde obliegt, sollte der Anstoss sein, dass diese einer intensiveren Oberaufsicht unterliegt, analog zur Gerichtsbarkeit, welche von zwei ständigen Kommissionen des Kantonsrats visitiert wird. Die KESB gilt gemäss Bundesgerichtsentscheid vom 17. November 2016 als Gericht, entsprechend passt die sachliche Zuständigkeit der Justizprüfungskommission für die Ausübung der Oberaufsicht auch für diese Behörde. Eine Zweiteilung bei der Ausübung der Oberaufsicht über die KESB − die finanziellen Aspekte durch die Staatswirtschaftskommission, der äussere Geschäftsgang durch die Justizprüfungskommission − bringt zwar einen Zusatzaufwand, stärkt aber die KESB als Behörde. Die doppelte Oberaufsicht sollte dazu führen, dass das Vertrauen in die Organisation gestärkt wird. Gerade aus diesem Grund soll die seit dem 18. Dezember 2014 geltende Regelung in der Geschäftsordnung des Kantonsrats geändert werden. Die SVP-Fraktion unterstützt daher die vom Büro des Kantonsrats beantragte Erheblicherklärung der vorliegenden Motion.

**Adrian Andermatt** spricht für die FDP-Fraktion. Diese folgt einstimmig und mit Überzeugung der Argumentation des Regierungsrats. Sie ist der Ansicht, dass die Vorteile des heutigen Systems − eine untere Aufsicht, ausgeübt durch die Direktion des Innern, eine obere Aufsicht, ausgeübt durch die Regierung, und die umfassende Oberaufsicht, ausgeübt durch die Staatswirtschaftskommission − die allfälligen Vorteile einer zusätzlichen Einbindung der JPK klar überwiegen.
Die Motion suggeriert, dass die heutige, umfassende Aufsichtstätigkeit der Staatswirtschaftskommission nicht genüge. Das ist aus Sicht der FDP nicht der Fall, zumal die Stawiko die umfassende Oberaufsicht ja wirklich ausübt. Die Einbindung der JPK würde auch nicht dazu führen, dass mehr als heute beaufsichtigt werden könnte. Es geht ja immer nur um den äusseren Geschäftsgang, der − natürlich bei entsprechendem Willen − auch von der Stawiko geprüft werden kann. Die Verwischung der Verantwortlichkeiten bei der zusätzlichen Einbindung der JPK ist für die FDP nicht optimal. Die FDP strebt eine effiziente Lösung an. Eine solche liegt bereits heute vor, und entsprechend braucht es keine Änderung. Die FDP-Fraktion wird deshalb die Erheblicherklärung der Motion nicht unterstützen.

**Anastas Odermatt** vertritt die ALG-Fraktion. Diese folgt einstimmig der Regierung und der Stawiko und wird die Nichterheblicherklärung unterstützen.
Die Motion schlägt vor, dass zusätzlich zur Stawiko künftig auch noch die JPK die KESB visitieren soll. Das wäre doppelt bzw. sogar dreifach gemoppelt. Die Aufsicht über den äusseren Geschäftsgang der KESB − nur darum kann es gehen − liegt bei der Regierung, die Oberaufsicht über alle von der Regierung beaufsichtigten Ämter bei der Stawiko. Wenn die JPK nun auch noch visitiert, ist das schlicht ineffizient, denn es bringt keinerlei Mehrwert. Die parlamentarische Aufsicht ist und bleibt parlamentarische Aufsicht. Alles, was die JPK machen könnte, kann die Stawiko schon heute. Wenn sie es aus Sicht einzelner JPK-Mitglieder nicht tut, ist das ein anderes Problem, und es müsste *dort* angesetzt werden. Es bringt aufsichtstechnisch keinen Mehrwert, wenn beide Aufsichtskommissionen die KESB visitieren. Daher fragt der Votant sich wirklich, warum dieses Anliegen dem Rat vorgelegt wurde. Wenn es darum geht, ein Amt möglichst zu überkontrollieren und eine Überaufsicht zu installieren, dann ist das schlicht ineffizient. Wenn die Motionäre aber einfach kein Vertrauen in die KESB haben und das mittels Misstrauensvotums geltend machen wollen, sollen sie bitte nicht die Staatsorganisation damit belasten und ineffizient machen. Und wenn es darum geht, dass möglichst viele die KESB besuchen wollen, um dort aufzutreten, Fragen zu stellen oder zu markieren, dann

schlägt der Votant vor, das privat zu tun, einen entsprechenden Fraktionsausflug zu organisieren oder sich in die Stawiko wählen zu lassen. Oder wenn es darum geht, die KESB als Gericht im Organigramm zu verorten, dann soll man bitte dort ansetzen und die KESB dem Obergericht unterstellen. Das wäre dann wenigstens die richtige Flughöhe der Debatte. Aber eine Zwitterlösung, wie sie vorgeschlagen wird, macht einfach keinen Sinn.
Schlussendlich bittet der Votant den Rat namens der ALG einfach, diese Motion nicht erheblich zu erklären.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Mit der vorliegenden Motion soll die KESB einer zweiten Oberaufsicht durch die JPK unterstellt werden. Das Argument, dass damit eventuell eine höhere Legitimation gegenüber der Bevölkerung entstehen könnte, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Auf der anderen Seite muss man sich als Parlamentarierin oder Parlamentarier bewusst sein, dass die Aufgaben der KESB nicht nur juristische Bereiche beinhaltet. Im Bericht des Büros wird aufgezeigt, dass die KESB nicht nur die Behörde ist, sondern das ganze Amt der KES. Wenn die gesamte Arbeit der KES betrachtet wird, wird schnell klar, dass nicht die Fragen der Juristerei, sondern diejenigen der Sozialen Arbeit mit der ganzen Administration vorherrschen. Eine sinnvolle und effiziente sowie effektive Aufteilung der unterschiedlichen Aufgaben der KES ist nicht möglich. Mit der obigen Überlegung könnte mit gutem Grund auch eine Überprüfung der KES durch die Kommission für Gesundheit und Soziales gefordert werden.
Der Votant geht davon aus, dass die Stawiko heute schon nebst den Finanzen auch die Anzahl hängiger Fälle, die Entwicklung der Pendenzen und die Verfahrensdauer prüft. Falls dem wider Erwarten nicht so wäre, müsste die Stawiko dies jeweils zwingend tun. Dabei ist selbstverständlich, dass die Stawiko nur den äusseren Geschäftsgang kontrolliert; die gleichen Vorgaben würden auch für die JPK gelten. Nur um eine höhere Glaubwürdigkeit zu erreichen, lohnt sich nach Meinung der SP der massive zusätzliche Aufwand wirklich nicht. Im Übrigen ist es keineswegs so, dass die Gemeinden − wie von Kurt Balmer erwähnt − ein Einsprache-recht gegen die Entscheide der KESB hätten: Wenn eine Massnahme verfügt wird, welche die Gemeinde bezahlen muss, dann *muss* diese bezahlen. Und schliesslich: Wieso sollen die Visitationen und Berichte der Stawiko weniger glaubwürdig sein als diejenigen der JPK? D
Die Mehrheit der SP-Fraktion unterstützt die Nichterheblicherklärung der Motion.

Wenn **Heini Schmid** sich die Argumente der Gegner einer zusätzlichen Unterstellung der KESB unter die Aufsicht der JPK vor Augen führt, hat er ein Problem: Man könnte diese Argumente auch dazu brauchen, die JPK grundsätzlich abzuschaffen. Denn warum braucht es die JPK beim Obergericht? Die Stawiko geht da ja auch hin. Der Grundsatz und die gängige Praxis sind, dass gerichtliche, juristisch sehr anspruchsvolle Institutionen einer Doppelaufsicht unterliegen: einerseits die JPK mit dem Fokus auf juristische Fragen, andererseits die Stawiko mit dem Blick auf die finanziellen Auswirkungen. Der Votant hat kein einziges Argument gehört, warum man diese eingespielte Zweiteilung bei der KESB nicht auch umsetzen sollte. Mit der eigentlich falschen Unterstellung der KESB nur unter die Oberaufsicht der Stawiko wird der Rat seinem eigenen Grundsatz in der GO KR untreu. Das leuchtet dem Votanten überhaupt nicht ein. Dazu kommt, dass die erwähnten zwei Kommissionen einen unterschiedlichen Fokus haben. Die Stawiko ist sinnvollerweise nicht von Anwälten geprägt, sondern es sollten Treuhänder etc. sein, welche ihr Augenmerk auf effiziente Geschäftsabläufe legen. In der Justizprüfungskommission hingegen sollte juristischer Sachverstand zwar nicht im Übermass − so sagt es die GO

KR –, aber doch in erheblichem Mass vorhanden sein. Eine mit guten Anwälten besetzte JPK macht bei der KESB einen erheblich anderen Eindruck als eine Visitation durch vor allem an finanziellen Fragen interessierte Treuhänder. Das ist der Grundgedanke der Geschäftsordnung des Kantonsrats: juristischer Sachverstand bei juristisch geprägten Institutionen. Und wenn jemand das Gefühl hat, die KESB sei nicht stark von juristischen Fragen geprägt, sollte er sich mal mit deren Alltag auseinandersetzen: Fakt ist, dass der Alltag der KESB gespickt ist mit hochdelikaten juristischen Interessenabwägungen. Dazu kommt, dass die KESB dadurch, dass sie auch das Mandatszentrum führt, eine höchst problematische Verquickung von verfügender und vollziehender Behörde aufweist; darauf hat der Votant schon früher hingewiesen. Man stelle sich vor: Wenn man von der KESB betreut wird, ist der betreuende Beistand organisatorisch der verfügenden Behörde unterstellt. Dass dies überhaupt möglich ist, ist für den Votanten – gelinde ausgedrückt – grenzwertig. Es ist deshalb mehr als angezeigt, dass der Kantonsrat bei dieser Behörde wirklich genau hinschaut. Der Votant empfiehlt deshalb dringend, der bewährten Tradition der doppelten Aufsicht bei juristisch relevanten Institutionen zu folgen und der JPK die Chance zu geben, ihre Qualität auch dort zu zeigen.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass sie bereits in der Fraktion mit Heini Schmid die Klingen gekreuzt hat. Grundsätzlich sind sie und Heini Schmid sich nicht uneinig, allerdings kommen sie zu einem je anderen Ergebnis. Die Votantin ist der Meinung, dass die heutige Lösung, nämlich die Visitation bzw. Oberaufsicht durch die Staatswirtschaftskommission, gut ist und beibehalten werden kann. Die Votantin erinnert daran, dass man sich bei der Revision der GO KR sehr viele Gedanken über die Oberaufsicht machte und diese stärken wollte. Man legte deshalb fest, dass die Oberaufsicht von einer fünfzehnköpfigen Kommission aus Mitgliedern des Kantonsrats stellvertretend für den Gesamtkantonsrat intensiv wahrgenommen werden soll. Es wurde ausdrücklich festgelegt, dass die Staatswirtschaftskommission die *umfassende* Oberaufsicht über die gesamte Verwaltung ausüben soll. Das bedeutet, dass diese Kommission dort, wo ihr die Oberaufsicht obliegt, nicht nur das Finanzielle unter die Lupe nimmt, sondern eben umfassend hinschaut. Insofern können die Mitglieder der Stawiko der KESB durchaus auch die von Kurt Balmer heute vorgelegten Fragen stellen.
Bei der Revision der GO KR wurde auch festgelegt, dass eine andere Fünfzehnerkommission, nämlich die Justizprüfungskommission, eine stärkere Oberaufsicht über alle Gerichte ausüben soll. Die JPK wurde entsprechend gestärkt und übernimmt nun die Oberaufsicht, wobei die finanziellen Aspekte aber bei der Stawiko verbleiben. Vor diesem Hintergrund kommt die Votantin zum Schluss, dass die heutige Lösung angemessen und nicht so dramatisch ist, wie Heini Schmid sie dargestellt hat. Natürlich kann man unterschiedlicher Meinung sein, aber die Votantin empfiehlt, bei der heutigen Lösung zu bleiben.

**Manuela Weichelt Picard,** Direktorin des Innern, wiederholt, dass die vorliegende Motion verlangt, dass neben der Stawiko auch die JKP die KESB visitieren soll. Mit der Visitation durch die Stawiko gibt es bereits eine parlamentarische Aufsicht. Die KESB ist eine Fachbehörde, sie ist unabhängig und nur an das Recht gebunden. Neben der eigentlichen Behörde gibt es auch noch das Amt. Die Motion verlangt nur die Visitation der *Behörde* durch die JPK, nicht aber des Amts. Wie bereits gesagt, bezieht sich die Unabhängigkeit der KESB nur auf den inneren Geschäftsgang, also auf das Kerngeschäft– wobei es möglicherweise für einige interessant wäre, auch den inneren Geschäftsgang kontrollieren zu können. Das kann aber weder die Direktion des Innern noch der Regierungsrat noch die Stawiko, und auch

die JPK wird es nicht können. Wenn sich also im Einzelfall ein Problem ergibt, kann dieses nur über das Verwaltungsgericht gelöst werden; jeder Entscheid der Behörde kann angefochten werden.
Gemäss der hierarchischen Organisation der Verwaltung ist der Regierungsrat − wie gehört − die obere Aufsichtsbehörde, als dritte Stufe folgt die Stawiko. Diese ist also involviert. Die von Kurt Balmer erwähnten Fragen sind interessant, können aber bereits von der Stawiko gestellt werden, und einen Teil der Antworten findet man schon heute im Geschäftsbericht. Und jedes Ratsmitglied kennt die Mitglieder der Stawiko. Wenn man findet, die Stawiko frage gewisse Fakten nicht ab, kann man das der Stawiko mitteilen. Im Übrigen stellt auch die Stawiko-Delegation jedes Jahr ihre Fragen, und die Finanzkontrolle prüft intensiv die finanziellen Aspekte.
In der Motion werden bezüglich der Oberaufsicht nur gerade die Visitationen angesprochen. Diese sind aber nur ein Teil der Oberaufsicht; diese geht viel weiter. Der Stawiko obliegt die *umfassende* Oberaufsicht, ohne Einschränkung nur auf die finanziellen Belange. Sie ist eine eigentliche Geschäftsprüfungskommission. Die Oberaufsicht umfasst die Kontrolle bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität. Und die Oberaufsicht, wie sie die Stawiko wahrnimmt, ist für die KESB absolut notwendig, darin sind sich alle einig. Würde die Oberaufsicht über die Behörde gemäss Motionsbegehren zusätzlich der JPK zugeteilt, müsste sie mehr umfassen als nur die Visitation; eine parzielle Übertragung der Oberaufsicht ist nicht möglich.
Das heutige Recht sollte aus folgenden Gründen beibehalten und die Motion nicht erheblich erklärt werden:
• Die KESB ist nur ein Teil des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES). Die Struktur von Behörde und Amt ist komplex und umfasst nicht nur die gerichtsähnliche Behörde. Die Motion bezieht sich aber − wie gesagt − nur auf die Behörde, nicht auf das ganze Amt.
• Der Behörde kann man nach kantonalem Recht zusätzliche Aufgaben übertragen. Das haben der Regierungsrat und der Kantonsrat getan: Sie haben der Behörde die Pflegekinderaufsicht und die Familienpflege zugewiesen. In diesen Bereichen ist die KESB nicht unabhängige Fachbehörde, sondern wird wie jedes andere Amt durch eine Direktion kontrolliert. Damit soll gesagt werden, dass es bereits hier Schwierigkeiten geben würde. Man müsste das Amt in zwei Oberaufsichtsbereiche aufteilen, was zu komplexen Schnittstellen führen würde.
• Die heutige Systematik der GO KR ist durchdacht und gut. Der Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten werden von der Stawiko beaufsichtigt, die Gerichte, der Datenschutz und die Ombudsstelle von der JPK. Und das soll so bleiben. Und wenn man − wie von Heini Schmid angetönt − wirklich weiterschauen würde, müsste man in der Logik der Motion zum Schluss kommen, dass beim Regierungsrat, der im Bereich des Verwaltungsrechts ja auch Recht spricht, ebenfalls eine Doppelunterstellung stattfinden müsste. Das kann wirklich nicht die Idee sein.
Zusammenfassend hält die Votantin fest, dass die Stawiko eine grosse Erfahrung in der Überprüfung von äusseren Geschäftsgängen hat. Sie prüft seit Jahrzehnten die Regierung und Verwaltung und seit fünf Jahren auch die KESB in diesem Bereich. Es ist nicht einzusehen, warum die erfahrene Stawiko die Oberaufsicht bei der KESB nicht fachkundig ausführen sollte. Dieser Meinung sind sowohl die Regierung als auch die Stawiko. Sie stellen deshalb den **Antrag,** die Motion nicht erheblich zu erklären und keinen unnötigen Aufwand in der Verwaltung auszulösen.

Kantonsratspräsident **Daniel Thomas Burch** verweist auf den Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats sowie auf die Ausführungen der Direktorin des Innern, möchte jedoch kurz die Position des Büros erläutern:

• Für das Büro des Kantonsrats ist primär die Erfahrung der Justizprüfungskommission bei der Ausübung der Oberaufsicht über die Gerichte entscheidend. Da die KESB gemäss Bundesgerichtsentscheid als Gericht gilt, passt die sachliche Zuständigkeit der Justizprüfungskommission für die Ausübung der Oberaufsicht gerade auch für diese Behörde. Mögliche Fragen, die gestellt werden könnten, hat Kurt Balmer erwähnt.
• Eine Zweiteilung bei der Ausübung der Oberaufsicht über die KESB einerseits durch die Staatswirtschaftskommission − primär für die finanziellen Aspekte − und anderseits durch die Justizprüfungskommission − für den äusseren Geschäftsgang − bringt zwar einen gewissen Zusatzaufwand, kann aber zu mehr Vertrauen in die KESB führen. Allerdings gilt zu beachten, dass auch die Justizprüfungskommission nur den äusseren Geschäftsgang beurteilen kann. Ob Massnahmen zu Recht und richtig getroffen und umgesetzt wurden, kann auch die Justizprüfungskommission nicht prüfen.
• Die Frage, ob die seit knapp drei Jahren gültige Geschäftsordnung des Kantonsrats bezüglich der Ausübung der Oberaufsicht geändert werden soll, lässt sich wie folgt beantworten: Wenn sich durch die neue Regelung der Zuständigkeit eine bessere und nachhaltigere Lösung ergibt, soll der Kantonsrat auch eine relativ junge Regelung ändern und nicht zuwarten.
Das Büro des Kantonsrats ist mehrheitlich der Meinung, dass es sich rechtfertigt, die Oberaufsicht über die KESB aufgrund ihres sensiblen gesetzlichen Auftrags und des politischen Interesses durch zwei ständige Kommissionen des Kantonsrats auszuüben. Es beantragt daher, die Motion erheblich zu erklären.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat erklärt die Motion mit 40 zu 29 Stimmen erheblich.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch wieder den Ratsvorsitz.

Traktandum 15 und 17 können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr beraten werden (Traktandum 16 wurde bereits am Ende der heutigen Vormittagssitzung behandelt [siehe Ziff. 982]).

## 990 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. März 2018 (Ganztagessitzung)

Die ausserordentliche Kantonsratssitzung vom 12. April 2018 entfällt.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

Kanton Zug

**Protokoll des Kantonsrats**

71. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 29. März 2018
Zeit: 8.30 – 12.15 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 22. Februar 2018
3. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Steinhausen
3.1. Ablegung des Eids von Marc Reichmuth
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
4.1. Motion von Thomas Gander betreffend Bussengelder in den Strassenbau
4.2. Motion der SP-Fraktion und von Laura Dittli betreffend Teilzeitpensen - auch an Zuger Gerichten
4.3. Motion der FDP-Fraktion betreffend Reduktion der Asylkosten (Berichts-Motion)
4.4. Motion von Thomas Werner, René Kryenbühl, Ralph Ryser, Moritz Schmid, Karl Nussbaumer und Heini Schmid betreffend Anpassung der kantonalen Gesetzgebung in Bezug auf Bushaltestellen
4.5. Motion der SP-Fraktion betreffend mehr Transparenz in der Zuger Politik
4.6. Postulat von Laura Dittli, Patrick Iten und Iris Hess-Brauer betreffend Optimierung des ÖV-Angebots für Berufspendler und Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Menzingen aus dem Ägerital durch die Realisierung einer Direktverbindung zwischen dem Ägerital und Menzingen
4.7. Postulat von Gabriela Ingold, Beat Iten, Peter Letter, René Kryenbühl, Karl Nussbaumer, Mariann Hess, Marcel Peter und Thomas Werner betreffend Erreichbarkeit der Kantonsschule Menzingen mit dem öffentlichen Verkehr
4.8. Interpellation von Vroni Straub-Müller betreffend wie weiter mit der allgemeinen Weiterbildung
4.9. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Elternbeiträge während der obligatorischen Schulzeit
4.10. Interpellation von Willi Vollenweider betreffend in die Irre führende Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung im Güterbahnhof-Areal der Stadt Zug: Sind die öffentlichen Interessen von Bevölkerung und Wirtschaft noch zu retten, oder ist unsere Raumplanung Makulatur?
4.11. Interpellation der SP-Fraktion betreffend kein Rassismus - auch nicht an der Fasnacht, einem wichtigen Kulturgut
4.12. Interpellation von Beat Unternährer und Cornelia Stocker betreffend Vermögenssteuer im Kanton Zug

4.13. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Lohngleichheit für Frau und Mann im Kanton Zug: überprüfbare Fakten schaffen
4.14. Interpellation von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Zukunft von Schulreisen, Klassenlager und Exkursionen an den gemeindlichen und kantonalen Schulen
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (Kantonalbankgesetz)
5.2. Finanzen 2019: Gesetzesänderungen
6. Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG): 2. Lesung
7. Geschäfte, die am 22. Februar 2018 nicht behandelt werden konnten:
7.1. Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Französischunterricht:
7.1.1. Motion von Jürg Messmer, Andreas Hostettler und Philip C. Brunner betreffend Französisch erst auf der Sekundarstufe I
7.1.2. Interpellation von Peter Letter, Laura Dittli und Beat Unternährer betreffend Französischunterricht an der Primarschule und Sekundarstufe I im Kanton Zug
7.2. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sprachkompetenz von Ärztinnen und Ärzten im Kanton Zug
8. Postulat von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Hans Baumgartner, Rainer Suter, Walter Birrer, Esther Haas, Claus Soltermann, Beat Sieber, Thomas Gander, Thomas Meierhans, Monika Weber, Andreas Hürlimann, Anastas Odermatt, Philip C. Brunner betreffend Neubau und Inbetriebnahme einer der ältesten Zugsverbindungen der Schweiz, Cham–Steinhausen (Altstetten–Steinhausen–Cham)
9. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend «Paradise Papers»: Die Spuren der Ausbeutung führen nach Zug
10. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Flottenrabatte für Mitarbeitende

## 991 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung sind 75 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Markus Hürlimann und Nicole Zweifel, beide Baar; Daniel Stuber und Roger Wiederkehr, beide Risch.
Der Platz von Pirmin Frei, Baar, bleibt leer. Es brennt dort eine Kerze.

## 992 Mitteilungen

Anfang dieser Woche, am 25. März 2018, ist Kantonsrat Pirmin Frei plötzlich verstorben. Im Namen des Rats spricht der Kantonsratspräsident der Trauerfamilie sein herzliches Beileid aus. Unter den Gästen an der heutigen Sitzung befinden sich die Zwillinge Anka und Philipp Frei, Tochter und Sohn von Pirmin Frei; sie werden begleitet von Armin Frei, dem Vater des Verstorbenen. Der Vorsitzende wendet sich mit folgenden Worten an sie: «Liebe Trauerfamilie, wir werden Pirmin als staatsmännischen Politiker immer in bester Erinnerung behalten. Ihr Besuch ist

ein besonderes Zeichen. Wir wünschen Ihnen viel Kraft und Gottes Segen in Ihrer Trauer.» *(Die Anwesenden erheben sich im Gedenken an Pirmin Frei zu einer Schweigeminute.)*
Die Trauerfeier für Pirmin Frei findet am Donnerstag, 5. April 2018, 9.30 Uhr, in der Pfarrkirche St. Martin in Baar statt. Die Kantonsratsmitglieder sind zur Trauerfeier eingeladen. Der Kantonsratspräsident wird den Rat an der Trauerfeier vertreten.
Der Rat versucht nun zur Tagesordnung überzugehen. In seiner staatsmännischen Art hätte Pirmin Frei dies sicher auch so gehandhabt.

Es findet eine Halbtagessitzung ohne gemeinsames Mittagessen statt.

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

Der Vorsitzende dankt Laura Dittli für die Organisation des Parlamentarier-Skirennens der Kantone Schwyz und Zug vom Samstag, 24. Februar 2018, im Alpthal (Skilift Brunni-Haggenegg) und Zari Dzaferi für die ausgezeichnete Betreuung der Wettkampfteilnehmenden vor Ort. Er dankt allen für das Mitmachen. Die Zuger Vertretung belegte in der Kategorien «Parlamentarierinnen und «Parlamentarier» jeweils die sehr guten 2. Plätze. In der Kategorie «Mädchen» glänzte dieses Jahr wieder Livia Kryenbühl, und bei den Knaben erreichte Marc Suter den 1. Platz. Der Vorsitzende gratuliert den Zuger Nachwuchstalenten.

Kurz vor Mittag ist eine Delegation der erweiterten Ratsleitung des Obwaldner Kantonsrats zu Gast. Die Kantonsratsvizepräsidentin wird die Gäste am Bahnhof abholen.

Nach der Pause kommt eine Schulklasse der 9. Klasse Sekundar A aus Baar im Rahmen ihres Staatskundeunterrichts mit ihrem Lehrer Simon Carrel zu Besuch.

TRAKTANDUM 1

**993 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**994 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 22. Februar 2018**

Im Protokoll der Nachmittagssitzung vom 22. Februar 2018 steht auf Seite 2277 im Votum von Adrian Andermatt, die *Staatsanwaltschaft* übe die umfassende Oberaufsicht über die KESB aus. Das Protokoll gibt zwar das Votum richtig wieder, gemeint war aber natürlich die *Staatswirtschaftskommission*. Der Protokollführer hat diese Stelle bereits korrigiert und stellt auf der Website des Kantons die bereinigte Fassung des Protokolls zur Verfügung.
Im Übrigen liegen keine Änderungsanträge zu den Protokollen vom 22. Februar 2018 vor.

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 22. Februar 2018 mit der erwähnten Änderung im Nachmittagsprotokoll.

TRAKTANDUM 3

**995** **Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Steinhausen**
Vorlage: 2836.1 - 15688 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Marc Reichmuth befindet. Die Rechtsmittelfrist ist unbenutzt abgelaufen. Marc Reichmuth ist im Saal. Es gibt keine anderen Anträge als denjenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Marc Reichmuth

Der **Vorsitzende** gratuliert Marc Reichmuth zur Wahl. Dieser tritt sein Amt sofort an.

**996** Traktandum 3.1: **Ablegung des Eids von Marc Reichmuth**

Der **Vorsitzende** bittet das neue Kantonsratsmitglied, nach vorne zu treten. Die Anwesenden erheben sich. Landschreiber **Tobias Moser** liest die Eidesformel. **Marc Reichmuth** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst Marc Reichmuth herzlich willkommen im Kantonsrat und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**997** Traktandum 4.1: **Motion von Thomas Gander betreffend Bussengelder in den Strassenbau**
Vorlage: 2838.1 - 15695 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**998** Traktandum 4.2: **Motion der SP-Fraktion und von Laura Dittli betreffend Teilzeitpensen - auch an Zuger Gerichten**
Vorlage: 2839.1 - 15696 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**999** Traktandum 4.3: **Motion der FDP-Fraktion betreffend Reduktion der Asylkosten (Berichts-Motion)**
Vorlage: 2840.1 - 15697 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1000** Traktandum 4.4: **Motion von Thomas Werner, René Kryenbühl, Ralph Ryser, Moritz Schmid, Karl Nussbaumer und Heini Schmid betreffend Anpassung der kantonalen Gesetzgebung in Bezug auf Bushaltestellen**
Vorlage: 2841.1 - 15698 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1001** Traktandum 4.5: **Motion der SP-Fraktion betreffend mehr Transparenz in der Zuger Politik**
Vorlage: 2843.1 - 15705 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1002** Traktandum 4.6: **Postulat von Laura Dittli, Patrick Iten und Iris Hess-Brauer betreffend Optimierung des ÖV-Angebots für Berufspendler und Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Menzingen aus dem Ägerital durch die Realisierung einer Direktverbindung zwischen dem Ägerital und Menzingen**
Vorlage: 2831.1 - 15684 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1003** Traktandum 4.7: **Postulat von Gabriela Ingold, Beat Iten, Peter Letter, René Kryenbühl, Karl Nussbaumer, Mariann Hess, Marcel Peter und Thomas Werner betreffend Erreichbarkeit der Kantonsschule Menzingen mit dem öffentlichen Verkehr**
Vorlage: 2834.1 - 15686 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1004** Traktandum 4.8: **Interpellation von Vroni Straub-Müller betreffend wie weiter mit der allgemeinen Weiterbildung**
Vorlage: 2830.1 - 15683 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1005** Traktandum 4.9: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Elternbeiträge während der obligatorischen Schulzeit**
Vorlage: 2832.1 - 15685 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1006** Traktandum 4.10: **Interpellation von Willi Vollenweider betreffend in die Irre führende Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung im Güterbahnhof-Areal der Stadt Zug: Sind die öffentlichen Interessen von Bevölkerung und Wirtschaft noch zu retten, oder ist unsere Raumplanung Makulatur?**
Vorlage: 2835.1 - 15687 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1007** Traktandum 4.11: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend kein Rassismus - auch nicht an der Fasnacht, einem wichtigen Kulturgut**
Vorlage: 2837.1 - 15689 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1008** Traktandum 4.12: **Interpellation von Beat Unternährer und Cornelia Stocker betreffend Vermögenssteuer im Kanton Zug**
Vorlage: 2842.1/1a - 15699 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1009** Traktandum 4.13: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Lohngleichheit für Frau und Mann im Kanton Zug: überprüfbare Fakten schaffen**
Vorlage: 2847.1 - 15732 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1010** Traktandum 4.14: **Interpellation von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Zukunft von Schulreisen, Klassenlager und Exkursionen an den gemeindlichen und kantonalen Schulen**
Vorlage: 2848.1 - 15733 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 5
**Kommissionsbestellungen:**

**1011** Traktandum 5.1: **Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (Kantonalbankgesetz)**
Vorlagen: 2845.1/1a - 15730 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2845.2 - 15731 (Antrag des Regierungsrats).

**Florian Weber** orientiert, dass die FDP in der Fraktionsleiterkonferenz den Antrag stellte, die Präsidien der vorberatenden Kommissionen zu «Finanzen 2019» und zur Revision des Kantonalbankgesetzes zu tauschen. Als Begründung führte sie an, dass FDP-Fraktionsmitglied Adrian Andermatt in der Geschäftsleitung der

Zuger Kantonalbank tätig ist und FDP-Regierungsrat Matthias Michel aktueller Vertreter des Kantons im Bankrat und von der Bank als künftiger Bankratspräsident vorgeschlagen ist. Keine Angst: Die FDP-Fraktion sieht die SP gerne in der Verantwortung bei «Finanzen 2019», im Sinne der Sache und nicht zuletzt wegen der Transparenz gegenüber der Bevölkerung wäre es aus Sicht der FDP aber überlegenswert, das Präsidium der vorberatenden Kommission für das Kantonalbankgesetz einer Fraktion zu überlassen, die über keine Exponenten mit Funktionen bei diesem Unternehmen verfügt.
Selbstverständlich kann die FDP − falls erwünscht − auch für «Finanzen 2019» mit Cornelia Stocker eine fähige Kommissionspräsidentin stellen. Falls der Rat der Meinung ist, die Empfehlung des Büros sei in Ordnung und vertretbar, wird die FDP den Auftrag natürlich annehmen und Andreas Hostettler als Präsidenten der vorberatenden Kommission für das Kantonalbankgesetz zur Verfügung stellen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Florian Weber keinen Antrag auf ein anderes Präsidium der Kommission gestellt hat. Das Büro des Kantonsrats schlägt für die Ad-hoc-Kommission die folgenden fünfzehn Mitglieder vor:

Andreas Hostettler, Baar, FDP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Pirmin Andermatt, Baar, CVP | Alice Landtwing, Zug, FDP |
| Manuel Brandenberg, Zug, SVP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Philip C.Brunner, Zug, SVP | Anastas Odermatt, Steinhausen, ALG |
| Hans Christen, Zug, FDP | Remo Peduzzi, Hünenberg, CVP |
| Alois Gössi, Baar, SP | Marcel Peter, Neuheim, FDP |
| Esther Haas, Cham, ALG | Michael Riboni, Baar, SVP |
| Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP | Beat Sieber, Cham, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1012** Traktandum 5.2: **Finanzen 2019: Gesetzesänderungen**
Vorlagen: 2844.1/1a - 15706 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2844.2 - 15707 (Antrag des Regierungsrats [EG ZGB); 2844.3 - 15708 Antrag des Regierungsrats [Kommission Allgemeine Weiterbildung]); 2844.4 - 15709 (Antrag des Regierungsrats [Sonderschulen]); 2844.5 - 15710 (Antrag des Regierungsrats [Mittelschulen]); 2844.6 - 15711 (Antrag des Regierungsrats [Sportkommission]); 2844.7 - 15712 (Antrag des Regierungsrats [Polizeidienststellen]); 2844.8 - 15713 (Antrag des Regierungsrats [Polizeiliche Leistungen]); 2844.9 - 15714 (Antrag des Regierungsrats [Betreibungszustellung]); 2844.10 - 15715 (Antrag des Regierungsrats [Pendlerabzüge]); 2844.11 - 15716 (Antrag des Regierungsrats [Juristische Personen]); 2844.12 - 15717 (Antrag des Regierungsrats [Verwaltungsratsmitglieder]); 2844.13 - 15718 (Antrag des Regierungsrats [Mitarbeitendenbeteiligungen]); 2844.14 - 15719 (Antrag des Regierungsrats [Namensänderungen]); 2844.15 - 15720 (Antrag des Regierungsrats [Gesundheitspolizeiliche Tätigkeiten]); 2844.16 - 15721 (Antrag des Regierungsrats [Beratungstätigkeit]); 2844.17 - 15722 (Antrag des Regierungsrats [Strassenkosten]); 2844.18 - 15723 (Antrag des Regierungsrats [Sennhütte]); 2844.19 - 15724 (Antrag des Regierungsrats [Kommission für Suchtprobleme]); 2844.20 - 15725 (Antrag des Regierungsrats [Krankenversicherungsobligatorium]); 2844.21 - 15726 (Antrag des Regierungsrats [Revierförsterinnen und -förster]); 2844.22 - 15727 (Antrag des Regierungsrats [Fischereikommission]); 2844.23 - 15728 (Antrag des Regierungsrats [Steuerfuss]).

Das Büro des Kantonsrats schlägt für die Ad-hoc-Kommission die folgenden fünfzehn Mitglieder vor:

Hubert Schuler, Hünenberg, SP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Pirmin Andermatt, Baar, CVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Philip C.Brunner, Zug, SVP | Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG |
| Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP | Cornelia Stocker, Zug, FDP |
| Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG | Silvia Thalmann, Zug, CVP |
| Markus Hürlimann, Baar, SVP | Beat Unternährer, Hünenberg, FDP |
| Patrick Iten, Oberägeri, CVP | Florian Weber, Walchwil, FDP |
| Peter Letter, Oberägeri, FDP | Thomas Werner, Unterägeri, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1013** Traktandum 5.3: **Kommission für Hochbau**

Anstelle von Daniel Burch soll für die SVP-Fraktion neu Marc Reichmuth in die Kommission für Hochbau gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1014** Traktandum 5.4: **Änderung des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz)**

Anstelle von Richard Rüegg soll für die CVP-Fraktion neu Laura Dittli in die Ad-hoc-Kommission für die Änderung des Denkmalschutzgesetzes gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Im Auftrag von Kommissionspräsident Beat Sieber teilt der **Vorsitzende** mit, dass die am 5. April vorgesehene Sitzung der vorberatenden Kommission für die Änderung des Denkmalschutzgesetzes wegen der Beerdigung von Pirmin Frei entfällt. Neu findet die Sitzung am Donnerstag, 12. April, Vormittag, statt.

TRAKTANDUM 6

1015 **Teilrevision der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) und des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG): 2. Lesung**

Vorlagen: 2762.13 - 15671 (Ergebnis 1. Lesung [KV, Erwachsenenschutzrecht]); 2762.14 - 15672 (Ergebnis 1. Lesung ([WAG]); 2762.15 - 15700 (Antrag der SP-Fraktion zur 2. Lesung); 2762.16 - 15701 (Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung); 2762.17 - 15704 (Antrag der SVP-Fraktion zur 2. Lesung); 2762.18 - 15736 (Antrag von Laura Dittli, Barbara Häseli, Andreas Hausheer und Thomas Meierhans zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung mehrere Anträge eingegangen sind. Gemäss der Normenhierarchie werden zuerst die Vorlagen betreffend die Kantonsverfassung behandelt, danach werden die Vorlagen betreffend das Wahl- und Abstimmungsgesetz erledigt. Die vorliegenden Anträge auf die zweite Lesung werden beraten und zur Abstimmung gebracht. Es werden jeweils separate Schlussabstimmungen zu den Verfassungsänderungen und zur Gesetzesvorlage durchgeführt. So können die Ratsmitglieder ihren Willen klar zum Ausdruck bringen.

**Vorlage 2762.13 betreffend zeitgemässe Begriffe in der Kantonsverfassung im Bereich des Erwachsenenschutzrechts**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zu dieser Vorlage keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind. Der Rat kommt somit gemäss § 74 Abs. 1 GO KR ohne Diskussion zur Schlussabstimmung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 72 zu 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** orientiert, dass der Regierungsrat die Volksabstimmung auf den 10. Juni 2018 festsetzen wird. An diesem Tag findet auch ein eidgenössischer Urnengang statt.

**Vorlage 2762.15 betreffend Änderung der Kantonsverfassung (Kompetenz der Gemeinden zur Ausdehnung des Stimm- und Wahlrechts in Gemeindeangelegenheiten, unter anderem Einführung des Ausländerstimmrechts und Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre in Gemeindeangelegenheiten)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SP-Fraktion auf die zweite Lesung den Antrag gestellt hat, die Kantonsverfassung wie folgt zu ergänzen: «Die Gemeinden können das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten auf weitere Einwohnerinnen und Einwohner ausdehnen.» Dieser Antrag auf die zweite Lesung ist zulässig im Sinne von § 73 Abs. 1 und § 69 Abs. 2 GO KR, weil die Ausdehnung des Stimm- und Wahlrechts in Gemeindeangelegenheiten in Ziff. 2.1 des Kommissionsberichts thematisiert wurde.

**Cornelia Stocker,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission heute Morgen alle Anträge auf die zweite Lesung kurz beriet. Beim Antrag der SP-Fraktion betreffend Erweiterung des Stimm- und Wahlrechts handelt

es sich de facto um eine Kompetenzdelegation an die Gemeinden. Diesen würde die Möglichkeit eingeräumt, schon Sechzehnjährigen oder auch Ausländerinnen und Ausländern in gemeindlichen Belangen das Stimm- und Wahlrecht zu erteilen. Dieser Antrag wurde in der Kommission schon bei der Vorbereitung der ersten Lesung gestellt; er wurde damals knapp abgelehnt. Die Kommission bleibt bei ihrer damaligen Haltung: Sie hat den Antrag der SP-Fraktion heute Morgen mit 10 zu 4 Stimmen abgelehnt. Die Kommissionspräsidentin bittet auch den Rat, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

**Michael Riboni** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Antrag der SP einstimmig ablehnt. De facto geht es um das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer und für Jugendliche. Nach Meinung der SVP sollen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, bevor sie mit umfassenden Mitwirkungsrechten ausgestattet werden, den ordentlichen Prozess der Einbürgerung durchlaufen. Das Stimm- und Wahlrecht soll das Ziel bzw. die Belohnung für einen gelungenen Integrationsprozess sein. Eine vorauseilende Vergabe des Stimm- und Wahlrechts an Ausländerinnen und Ausländer, quasi in der Hoffnung auf eine motivierende Integrationswirkung, lehnt die SVP ab.
Sie lehnt auch eine Senkung des Stimmrechtsalters in Gemeindeangelegenheiten auf sechzehn Jahre ab. Die Situation ist fast schon paradox. Einerseits beschliesst der Kantonsrat in der ersten Lesung die Einführung von Wahl- und Abstimmungshilfen für junge Erwachsene zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr, weil diese angeblich oft nicht in der Lage sein sollen, die Abstimmungsvorlagen und die dazugehörigen Erläuterungen zu verstehen. Die Politik sei heute für einen Teil der jungen Erwachsenen schlicht zu kompliziert, so der Tenor von Mitte-links in der ersten Lesung. Entsprechend brauche es Abstimmungshilfen. Auf der anderen Seite fordern die gleichen Personen, welche die Einführung der Abstimmungshilfen befürworten und damit die geistigen Fähigkeiten der jungen Erwachsenen anzweifeln, eine Senkung des Stimmrechtsalters. Das soll einer noch verstehen!
Es gibt keinen vernünftigen Grund, die Spielregeln der demokratischen Mitwirkungsrechte zu ändern. Die heutige Regelung hat sich über Jahrzehnte bewährt. Der Votant bittet deshalb, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Wie der Rötel zum Zugersee oder der Osterhase zu Ostern, so gehört die politische Mitsprache zum Leben in der Schweiz. Die schweizerische und die zugerische Stimm- und Wahlbeteiligung beträgt durchschnittlich weniger als 50 Prozent. Die Votantin ruft dazu auf, die Demokratie, zumindest auf Gemeindeebene zu beleben.
Mit ihrem Antrag will die SP den Gemeinden ermöglichen, das Stimm- und Wahlrecht auszuweiten − wie richtig gesagt wurde, auf Jugendliche oder auch auf Ausländerinnen und Ausländer. Die Gemeinden werden dazu aber nicht verpflichtet, sondern erhalten mehr Handlungsspielraum. Die schweizerische Demokratie hat sich immer durch Erweiterungen entwickelt. Vor rund vierzig Jahren war es das Frauenstimmrecht, jetzt ginge es um jüngere Personen oder um Zugewanderte. Eine vollständige Integration bedingt gleiche Chancen zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben in den Gemeinden für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Die Möglichkeit zur Teilhabe muss nicht die Belohnung für einen Integrationsprozess sein, wie es der SVP-Sprecher gesagt hat. Der Antrag der SP beinhaltet bewusst eine «kann»-Formulierung. Die Zuger Gemeinden würden also nicht zur Einführung verpflichtet.

**Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die ALG-Fraktion den Antrag der SP unterstützt. Die ALG möchte, dass die Gemeinden in Gemeindeangelegenheiten selber

bestimmen können, und das soll im Gesetz geregelt werden. Es geht um die Delegation der Kompetenz an die Gemeinde, damit diese selber über das Stimmrechtsalter und die Rechte der Ausländerinnen und Ausländer − etwa das Ausländerstimmrecht − entscheiden kann. Es handelt sich um eine «kann»-Formulierung, nicht um ein Müssen. Der Kantonsrat nimmt niemanden etwas weg, wenn er dem Antrag zustimmt. Er schafft einfach die Möglichkeit, dass eine Gemeinde das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einführen kann, sofern sie das will.

**Manuel Brandenberg** stellt für den Fall, dass der Antrag der SP-Fraktion eine Mehrheit finden sollte, den **Eventualantrag** auf folgende Ergänzung der Kantonsverfassung: «Die Gemeinde können das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten auf weitere Einwohnerinnen und Einwohner ausdehnen, auf Ausländer nur, wenn deren Heimatstaaten Gegenrecht halten.» Der Votant sieht nicht ein, warum Rechte, die einen Kerngehalt des schweizerischen Staatswesens betreffen − nämlich Teil des gemeindlichen Verfassungsgebers zu werden −, einseitig eingeräumt werden sollen.

**Florian Weber** spricht für die FDP-Fraktion. In der Schweiz dauern nicht nur Prozesse teils etwas länger, sondern das Erlangen des Rechts zur politischen Mitbestimmung kann bis zu achtzehn Jahre dauern. Diese teils etwas trägen Eigenschaften der Schweiz bewertet die FDP aber durchaus als positiv. Ob durch Erreichen des 18. Lebensjahrs und/oder durch Erlangen des Schweizer Passes: Jede dieser Hürden fordert mehr Verantwortung und bringt mehr Kompetenz mit sich.
In ihrem Antrag auf die zweite Lesung führt die SP-Fraktion als Vergleich das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer in den Kirchgemeinden auf. Mit Blick auf die politische Reichweite einer Kirchgemeinde stellt sich allerdings die Frage, ob dieser Vergleich überhaupt in Betracht gezogen werden kann.
Für die FDP ist klar, dass für die Mitbestimmung am politischen Geschehen − sei es auf nationaler, kantonaler oder kommunaler Ebene − der Schweizerpass ein Muss ist. Denn die Zeit hat gezeigt: Wer sich integriert, sich an die Gesetze hält und seinen Beitrag in der Gesellschaft leistet, dem bleibt das Privileg der politischen Mitgestaltung nicht verwehrt. Deshalb wird die FDP-Fraktion dem Antrag auf Einführung des Stimm- und Wahlrechts ab dem 18. Lebensjahr und für Einwohner und Einwohnerinnen ohne Schweizer Pass nicht zustimmen.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** möchte der Transparenz halber informieren, dass Manuel Brandenberg seinen Eventualantrag am Morgen auch in der vorberatenden Kommission gestellt hat. Der Antrag kam aber nicht zur Abstimmung, weil die Kommission das Ansinnen der SP ablehnte.
Die Kommissionspräsidentin erinnert daran, dass die Regierung in ihrer Vorlage beantragte, den Auslandschweizerinnen und -schweizern auf kantonaler Ebene das Stimmrecht einzuräumen. Der Rat lehnte diesen Vorschlag in der ersten Lesung ab. Es wäre deshalb grotesk, wenn er nun den Ausländerinnen und Ausländern mehr Rechte als den im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizern einräumen würde.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat jeweils am Ergebnis der ersten Lesung festhält, wenn nicht zwingende Gründe dagegen sprechen. Der Regierungsrat ersucht den Rat auch hier, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten und den Antrag der SP abzulehnen. Es steht dem Rat frei, das Anliegen mittels Motion einzubringen, so dass der Regierungsrat sich genauer damit auseinandersetzen und einen Bericht und Antrag vorlegen kann.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 55 zu 18 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit der Antrag der SP-Fraktion auf die zweite Lesung bzw. die sich potenziell daraus ergebende Vorlage für den Kantonsrat erledigt ist. Die Staatskanzlei erstellt keine Referendumsvorlage.

**Vorlage 2762.18 betreffend die Wohnsitzpflicht der für den Kantonsrat Kandidierenden**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Laura Dittli, Barbara Häseli, Andreas Hausheer und Thomas Meierhans auf die zweite Lesung einen Antrag mit folgendem Inhalt gestellt haben:
• neuer § 27 Abs. 2a in der Kantonsverfassung;
• Änderung von § 34 Abs. 2 im Wahl- und Abstimmungsgesetz.
Die Debatte wird gleichzeitig zu beiden Erlassen und beiden Bestimmungen geführt; die Votanten präzisieren bei Bedarf, zu welchem Erlass sie sprechen. Die Abstimmungen zu den beiden Anträgen werden getrennt durchgeführt: Zuerst wird über die Änderung der Kantonsverfassung und bei Bedarf danach über die Gesetzesänderung abgestimmt. Falls der Rat den Anträgen auf die zweite Lesung zustimmt, wird die Schlussabstimmung über die beiden Erlassanpassungen gemeinsam durchgeführt, weil ein unmittelbarer Zusammenhang im Sinne von § 74 Abs. 2 GO KR vorliegt.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass sich an der Faktenlage in den vergangenen Wochen nichts geändert hat. Allerdings hat der Rat noch zusätzliche Informationen erhalten: Die Regierung hat die Kleine Anfrage der CVP-Fraktion zu diesem Thema beantwortet. Die vorberatende Kommission spricht sich mit 9 zu 5 Stimmen gegen den Antrag der CVP-Fraktion aus. Allerdings muss die Kommissionspräsidentin hier Asche auf ihr eigenes Haupt streuen: Die Abstimmung verlief etwas konfus, und es stimmten vermutlich nicht alle Kommissionmitglieder so, wie sie eigentlich wollten. Die Kommissionspräsidentin gehörte auch dazu − und sie entschuldigt sich dafür.

**Barbara Häseli** spricht für die Antragstellenden. Die politische Streitlust der CVP-Fraktion hält sich heute verständlicherweise in Grenzen. Die Antragstellenden halten aber − primär aus staatspolitischen Gründen − an ihrer vom Kantonsrat deutlich überwiesenen Motion fest. Die Gründe dafür haben sie in ihrem Antrag ausgeführt. Die Votantin möchte einige Punkte ergänzen bzw. betonen:
• Den Antragstellenden stand für ihren Antrag die Antwort auf die Kleine Anfrage der CVP-Fraktion leider nicht zur Verfügung, obwohl diese Anfrage sehr früh nach der ersten Lesung eingereicht wurde. Es ist absolut fragwürdig, weshalb der Regierungsrat aus eigenen Stücken die Praxis zu diesem Zeitpunkt ändert. Bei einer Kleinen Anfrage geht es explizit darum, auf eine wenig förmliche Art Fragen zu klären, ohne einen grossen Aufwand sowie eine lange Diskussion im Kantonsrat auszulösen. Nun dauerte es bei den letzten zwei Kleinen Anfragen anderthalb bis zwei Monate, bis die Antwort vorlag. Das ist nicht im Sinne des Erfinders. Die CVP erwartet, dass diese Thematik im Büro des Kantonsrats geklärt wird.
• Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage wird ersichtlich, dass die zuständige Regierungsrätin gleich zwei Mal beim Bundesamt für Justiz vorstellig wurde und um eine Vorprüfung bat − obwohl das Bundesamt für Justiz gar nicht zuständig ist. Die

zweite Anfrage wurde verschickt, als das Geschäft von der Kommission schon beraten worden war. Die Kommission hatte − so der Wissensstand der Votantin − den entsprechenden Text nicht verändert. Es ist deshalb nicht klar, weshalb die Vorlage nochmals und ohne Wissen der Kommission nach Bern geschickt wurde − nochmals an die falsche Stelle. Auch der Gesamtregierungsrat wurde darüber nicht orientiert. Das sind etwas gar viele Versehen.
• Gänzlich verschwiegen wurde in der ersten Lesung der Stand der Zuger Standesinitiative − ebenfalls überwiesen durch den Kantonsrat −, welche den Kantonen ihre Freiheit in Wahlfragen zurückgeben will. Mindestens das Bundesamt für Justiz hätte davon wissen müssen. Die Vorlage wurde dann am 15. März 2018, nach der Frist für das Einreichen des vorliegenden Antrags, im Ständerat behandelt und von diesem angenommen: Der Ständerat ist bereit, die Bundesverfassung zugunsten der Wahlfreiheit der Kantone anzupassen. Es handelt sich bei Wahlfragen also nicht um Kleinigkeiten. Die Niederlassungsfreiheit, die hier hervorgehoben wurde und die durch die Gesetzesvorlage allenfalls in Frage gestellt wird, wurde im Ständerat in keiner Art und Weise angesprochen. Zum Zeitpunkt der ersten Lesung lag dieses Ergebnis zwar noch nicht vor, es war aber zumindest absehbar; diesbezüglich sei der sehr lesenswerte Bericht der Staatspolitischen Kommission des Ständerats zur Lektüre empfohlen. Aber auch diese Information fehlte.
• Anstelle der Korrektur eines Fehlanreizes im Gesetz schafft man es mit dieser WAG-Revision, das passive Wahlrecht vor das aktive Wahlrecht zu stellen. Man wird sich also weiterhin überall im Kanton − wo man gerade will − aufstellen lassen können, während man aktiv nur dort wählen darf, wo man eben wahlberechtigt ist, nämlich in seiner Gemeinde.
Vor diesem Hintergrund danken die Antragstellenden dem Rat für die Unterstützung ihres Antrags.

**Marcel Peter** spricht für die FDP-Fraktion. Er hat bereits in der ersten Lesung dargelegt, dass sich die FDP für eine Wohnsitzpflicht der Kantonsratskandidierenden ausspricht. Nur so hat man Gewähr, dass die Gemeinden vernünftig im Kantonsrat vertreten sind und die Regionen das ihnen zustehende Gewicht bekommen.
Die Antragsteller stellen den vorliegenden Antrag, weil davon ausgegangen werden muss, dass die in der ersten Lesung überraschend vorgebrachte Prüfung durch das Bundesamt für Justiz die Entscheidung einiger Ratsmitglieder wohl beeinflusst hat. Doch was steht eigentlich in diesem Schreiben? Eigentlich nichts. Man ist sich, wie so oft in der Juristerei, nicht ganz sicher, was man allenfalls auch anders interpretieren könnte. Das kommt vor, und man sollte sich davon nicht beunruhigen lassen. In Tat und Wahrheit kennen bereits heute einige Kantone eine Wohnsitzpflicht für die Legislative, ohne dafür gerügt worden zu sein.
Der FDP-Fraktion bleibt die leise Hoffnung, dass sich der eine oder andere SVPler doch noch gegen diese fremden Richter in Bern zur Wehr setzt und dem Antrag Folge leistet. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Seit der ersten Lesung hat sich die Faktenlage nicht geändert. Die ALG lehnt den vorliegenden Antrag deshalb ab − und der Votant hegt eigentlich keine Zweifel daran, dass das Parlament standhaft bleibt und sich vom Bundesamt für Justiz nicht beeinflussen lässt.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass auch die SP-Fraktion am Resultat der ersten Lesung festhält. Die Begründung der Antragstellenden überzeugt nicht. Für die SP behalten die in der ersten Lesung vorgebrachten zwei Hauptgründen ihre Gültigkeit:

• Die fehlende Wohnsitzpflicht ist in der Praxis kein relevantes Problem. Es ist kein Regelungsdruck feststellbar.
• Die geografische Mobilität steigt. Die allbekannte Wohnungsnot nötigt viele Personen, zum Beispiel bei einer Familiengründung innerhalb des Kantons umzuziehen.
Aufgrund dieser Überlegungen wird man nach Ansicht der SP in Zukunft in dieser Frage eher liberaler denn restriktiver werden müssen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat auch hier beantragt, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten. Sie verweist auf die Ausführungen in der damaligen Debatte.

**Andreas Hausheer** fordert die Direktorin des Innern auf, Stellung zu nehmen zur Kritik, dass der Regierungsrat von sich aus die Praxis geändert hat und Antworten auf Kleine Anfragen nicht mehr verschickt werden. Bis anhin war es unbestritten, dass Antworten auf Kleinen Anfragen nach der Verabschiedung durch den Regierungsrat den Kantonsratsmitgliedern zugestellt werden. Nun hat der Regierungsrat diese Praxis von sich aus geändert. Die Auslegung der Geschäftsordnung des Kantonsrats ist aber Sache des Büros, nicht des Regierungsrats. Die CVP hat schon in ihrem Antrag auf die zweite Lesung auf diese Praxisänderung hingewiesen, die Regierung sagt aber kein Wort dazu. So geht das nicht. Der Votant möchte eine Antwort des Regierungsrats.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass sich der Regierungsrat sehr wohl an die Geschäftsordnung hält. Er hatte beschlossen, die Antwort auf die betreffende Kleine Anfrage mit dem nächsten ordentlichen Versand zu verschicken. Zwischenzeitlich führte die Staatskanzlei einen ausserordentlichen Versand durch, legte diese Antwort leider aber nicht bei. Die Staatskanzlei entschuldigt sich dafür. Wo Menschen arbeiten, passieren eben solche Sachen.

**Heini Schmid** stellt fest, dass hier eine eigentliche Pannenserie vorliegt. Und man muss es klar formulieren: Immer wenn es politisch passt, passieren in der Direktion des Innern Pannen. Das scheint ein Muster zu werden. Der Kantonsrat muss sein Augenmerk darauf richten und deutlich sagen, dass es so nicht geht. Es geht nicht, dass Unterlagen nicht verschickt werden oder dem Kantonsrat überfallartig Stellungnahmen des Bundesamts für Justiz vorgelegt werden, die im Übrigen nicht einmal eine Seminararbeit wert sind.
Wenn der Votant sich richtig erinnert, hat die Regierung in ihrem Antrag auf die erste Lesung die Wohnsitzpflicht für Kantonsratskandidierende befürwortet. Nun aber sagt die Direktorin des Innern einfach, der Regierungsrat halte am Ergebnis der ersten Lesung − keine Wohnsitzpflicht − fest. Warum der Regierungsrat plötzlich von seiner ursprünglichen Haltung abrückt, wäre zumindest einige Ausführungen wert. Der Votant findet es unerhört, dass die Direktorin des Innern die Meinung des Regierungsrats eher nonchalant erwähnt, wenn ihr diese nicht passt. Er bittet den Regierungsrat, dem Kollegialitätsprinzip wieder Nachachtung zu verschaffen, so dass jedes Mitglied des Regierungsrats wirklich die Meinung des Gesamtregierungsrats vertritt.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Antrag von Laura Dittli et al. auf Aufnahme eines neuen § 27 Abs. 2a in der Kantonsverfassung mit 39 zu 33 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass aufgrund der Normenhierarchie die Änderung von § 34 Abs. 2 WAG damit hinfällig geworden ist. Die Anträge auf die zweite Lesung bzw. die sich potenziell daraus ergebenden Vorlagen für den Kantonsrat sind damit erledigt. Die Staatskanzlei erstellt keine Referendumsvorlagen.

**Anträge auf die zweite Lesung zum Wahl- und Abstimmungsgesetz (Vorlage 2762.14)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die weiteren das WAG betreffenden Anträge auf die zweite Lesung anhand der Gesetzessystematik beraten werden, also nach der Nummerierung der Paragrafen. Nach der Behandlung der Anträge auf die zweite Lesung folgt die Schlussabstimmung zu dieser Gesetzesvorlage.

*§ 8 Abs. 6*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion zwei Anträge betreffend § 8 Abs. 6 WAG stellt (Vorlage 2762.17). Die Debatte über die zwei Anträge wird gleichzeitig geführt, es wird aber separat abgestimmt, damit die Ratsmitglieder ihren Willen je einzeln zum Ausdruck bringen können.

**Michael Riboni** spricht für die Antragstellerin. Der Kantonsrat hat in der ersten Lesung in § 8 Abs. 6 die Grundlagen für die Einführung von Wahl- und Abstimmungshilfen für junge Erwachsene zwischen dem 18. und dem vollendeten 25. Lebensjahr geschaffen. Die Beweggründe für die Einführung solcher Abstimmungshilfen sind zweifellos sympathisch und ehrenwert. Eine Erhöhung der Wahl- und Stimmbeteiligung − nicht nur jener der 18- bis 25-Jährigen − ist selbstverständlich auch im Sinn der SVP. Die in der ersten Lesung geschaffene gesetzliche Grundlage schiesst ihres Erachtens aber etwas über das Ziel hinaus. Eine Zustellung von Abstimmungshilfen bis zum vollendeten 25. Lebensjahr erachtet sie als unverhältnismässig. Sie beantragt deshalb, den Adressatenkreis auf junge Erwachsene zwischen dem 18. und dem vollendeten 20. Lebensjahr zu beschränken. Damit können Neo-Stimmbürgerinnen und -bürger während einer verhältnismässig kurzen Übergangsphase von drei Jahren − im 18., 19. und 20. Lebensjahr − bei Abstimmungen auf eine motivierende Stütze bzw. eine Abstimmungshilfe zurückgreifen.
Die SVP-Fraktion beantragt weiter, den Wortlaut der Bestimmung auf *Abstimmungs*hilfen einzuschränken, also den Begriff «Wahlhilfe» aus § 8 Abs. 6 zu streichen. Es ist den Parteien und den Kandidaten zu überlassen, ob und wie sie im Vorfeld von Wahlen junge Erwachsene oder anderen Bevölkerungsgruppen − das können beispielsweise auch Neuzuzüger oder Secondos sein − direkt ansprechen möchten. Eine Einmischung in die politische Meinungsbildung bei Wahlen durch staatlich finanzierte Organisationen lehnt die SVP ab. Sie möchte keine Wahlhilfen, in denen die Parteien und ihre Standpunkte von irgendwelchen Organisationen erläutert werden. Das kann schief herauskommen. Die SVP möchte keine Wahlhilfen, in denen beispielsweise die FDP als Partei der internationalen Grosskonzerne und Banken, die Grünen als Öko-Taliban oder die SVP als Rechtspopulisten dargestellt werden. Wahlen bzw. Wahlprogramme und das Überzeugen von Wählerinnen und Wählern von bestimmten Standpunkten sind Kernaufgaben der politischen Parteien und der amtierenden Politiker. Der Staat und staatlich finanzierte Organisationen haben hier nichts zu suchen.
Der Votant bittet den Rat, den zwei Anträgen der SVP-Fraktion zuzustimmen.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Argumente der Antragstellerin heute Morgen in kürzerer Form ebenfalls präsentiert bekommen und wie folgt Beschluss gefasst hat:
- Die Kommission unterstützt mit 7 zu 6 Stimmen die Kürzung der Altersspanne für Wahl- und Abstimmungshilfen vom vollendeten 25. auf das 20. Lebensjahr.
- Sie unterstützt mit 7 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung auch die Beschränkung auf Abstimmungen.

Die Kommissionspräsidentin bittet daher im Namen der Kommission, den Anträgen der SVP-Fraktion Folge zu leisten.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG-Fraktion beide Anträge der SVP ablehnt. Die politische Identität entwickelt sich zwischen den 18. und dem 25. Lebensjahr. Dafür braucht es eine gewisse Zeit, und zwei Jahre sind zu kurz, wenn die Abstimmungs- und Wahlhilfen einen gewissen *Impact* erzielen sollen. Die ALG empfiehlt deshalb, am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten.
Hinsichtlich Wahlhilfen denkt der Votant an «Spiders» und entsprechende Umfragen, die sehr wohl neutral und eine klare Unterstützung sind. Die ALG lehnt deshalb den zweiten Antrag der SVP-Fraktion ebenfalls ab.

**Marcel Peter** spricht für die FDP-Fraktion. Er hat bereits in der ersten Lesung erläutert, dass es die FDP weder als notwendig noch als sachdienlich erachtet, junge Erwachsene bei der Erfüllung ihrer politischen Pflicht zusätzlich zu unterstützen. Gemäss dem Antrag der SVP sollen vorerst 21- bis 25-Jährige vom Versand entsprechender Unterlagen ausgenommen werden. Selbstverständlich unterstützt die FDP-Fraktion diese Anpassung vorbehaltlos.
Der wichtigere Teil des Antrags besagt allerdings, dass die Unterstützung lediglich Abstimmungen und nicht auch Wahlen umfassen soll. Das Argument schwer verständlicher Sachverhalte kann man bei Wahlen nicht gelten lassen. Das Wahlprozedere ist statisch, also immer gleich, und dazu nicht sonderlich kompliziert. Weiter liegt es im ureigenen Interesse der Parteien, die jungen Erwachsenen gerade bei den Wahlen abzuholen und sie für die Politik zu erwärmen. Darum unterstützt die FDP auch diesen Teil des Antrags einstimmig.
Der Votant hat ein gewisses Verständnis dafür, dass einige Vertreter der CVP aus Loyalität zur hauseigenen Motionärin in der ersten Lesung dem Vorschlag des Regierungsrats zustimmten. Er bittet die entsprechenden Exponenten aber, nun wieder zur Vernunft zu kommen. Trüge diese Vorlage den Absender SP oder ALG, hätte ihr wohl kaum ein bürgerlicher CVPler zugestimmt. Die FDP ist überzeugt, dass die beantragte vernünftige Anpassung auch von einer Mehrheit der CVP mitgetragen werden kann. Entsprechend appelliert der Votant an den Rat, besonders aber an die bürgerlichen Kameraden in der Ratsmitte, den Schaden zu begrenzen und dem Antrag der SVP-Fraktion Folge zu leisten.

**Laura Dittli** hält selbstverständlich am Ergebnis der ersten Lesung fest, und sie bittet den Rat, dies ebenfalls zu tun. Die materiellen Argumente wurden bereits in der ersten Lesung vorgebracht. Die Votantin möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass der Rat hier endlich etwas für die jungen Mitbürgerinnen und -bürger tun kann − und das auch tun soll. Es wäre ein schönes Zeichen, wenn der Kantonsratspräsident am nächsten Donnerstag am Jugendpolittag die entsprechende frohe Botschaft verkünden könnte.

**Pirmin Andermatt** berichtet, dass seine Tochter eine Maturaarbeit zum vorliegenden Thema geschrieben hat: Was wollen die Jungen? Wie wollen sie sich in die

Politik einbringen? Es zeigt sich dabei klar, dass Wahl- und Abstimmungshilfen gewünscht werden − am besten in elektronischer Form, da die Meinungsbildung in den letzten 48 Stunden erfolgt. Dass von rechter Seite nun plötzlich eine Art politischer Maulkorb gefordert wird, entspricht kaum den Bedürfnissen der Jungen. Hat die SVP die Jungen denn gefragt, was sie wollen? In der erwähnten Maturaarbeit kam klar zum Ausdruck, dass junge Stimmbürgerinnen und -bürger zusätzliche Hilfen wünschen. Wenn der Kantonsrat also tatsächlich etwas für die Jungen tun will, muss er beim Ergebnis der ersten Lesung bleiben.

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** glaubt, dass *alle* etwas für die jungen Stimmbürgerinnen und -bürger tun will. Die Frage ist das Wie. In einer Demokratie ist es jedermann und jeder Organisation unbenommen, Abstimmungshilfen und Empfehlungen zur Verfügung zu stellen. Der Kantonsrat hat einzig zu entscheiden, ob es dazu staatliche Mittel braucht oder nicht. Als Politiker und Vater kann Pirmin Andermatt die gewünschte Hilfe sicher ebenso gut gewähren wie eine aussenstehende Organisation − und er gibt dabei erst noch das Heft nicht aus der Hand.

**Thomas Werner** unterstützt die Forderung, etwas für die Jungen zu tun. Die CVP tut nun aber genau das, was sie meistens tut bzw. am besten kann: Sie ruft nach dem Staat, will diesen ausbauen − und hat dann das Gefühl, dass der Staat mit einer Abstimmungshilfe den Jungen hilft. Mein Gott, was für Politiker sind die CVP-Vertreter geworden! Es ist doch die ureigene Aufgabe der Politik, zu informieren, Themen zu diskutieren und Menschen zu überzeugen − von Jung bis Alt. Diese Aufgabe darf nicht einer staatlichen Organisation übergeben werden, die dann irgendwelche Informationen verbreitet, die vielleicht auch die CVP gar nicht will.

**Andreas Lustenberger** hält fest, dass nun mehrmals gesagt wurde, es sei die Aufgabe der Parteien, über Abstimmungen und Wahlen zu informieren. In einer Demokratie hat aber auch der Staat ein grosses Interesse daran, dass die Bürgerinnen und Bürger sich aktiv beteiligen. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung stetig sinkt, besonders bei der jungen Bevölkerung. An den Wahlen im Kanton Bern vom letzten Sonntag haben in der Stadt Biel weniger als 25 Prozent teilgenommen. Es beteiligen sich als sehr wenige an den demokratischen Prozessen. Es liegt deshalb auch im Interesse des Staats, die Bürgerinnen und Bürger gerade auch in jungen Jahren für die politischen Prozesse zu sensibilisieren und sie bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte zu unterstützen.

Für **Zari Dzaferi** geht es um eine Frage der Organisation. Er erinnert daran, dass er als einer der Ersten seine Voten vom Laptop gelesen hat, und als einer der Ersten hat er die Unterlagen für den Kantonsrat nicht mehr in Papierform erhalten, mit Ausnahme jener Dokumente, die nicht per E-Mail zugestellt werden konnten. Innert weniger Jahre hat sich vieles massiv geändert. Es gibt heute moderne Geräte und neue Informationskanäle − und auch der Staat muss sich der Zeit anpassen. Es gilt die Chancen wahrzunehmen. Man kann nicht einfach auf stur stellen und bei den gewohnten Kanälen bleiben. Auch der Staat muss innovativ sein und am Ball bleiben. Es geht also nicht darum, dass angeblich der Staat aufgebläht werden soll. Die Motion des Votanten, die in eine ähnliche Richtung zielte wie diejenige der CVP, kam nicht durch. Mit dem Vorstoss der CVP ist man nun einen Schritt weitergekommen. Es gilt, sich der Diskussion nicht zu verschliessen und den neuen technischen Mitteln eine Chance zu geben. Das wäre auch gut für den Wirtschaftsstandort Schweiz, der gerade von bürgerlicher Seite immer positiv dargestellt und promotet wird.

**Esther Haas** arbeitet mit Jugendlichen, und politische Bildung gehört zu den Kernthemen an ihrer Schule. Dabei stellt die Votantin immer wieder fest, dass sich die jungen Leute darüber beklagen, dass sie das *Wording* der Parteien nicht verstehen − auch jenes der SVP nicht. Und nicht alle Jugendlichen haben Elternteile, die Pirmin Andermatt oder Esther Haas heissen − wobei die Votantin die Meinung ihrer Kinder nie im Griff haben wollte. Jugendliche sollen sich ihre eigene Meinung bilden und selber entscheiden können. Es ist deshalb sehr wichtig, dass es entsprechende Wahl- und Abstimmungshilfen gibt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat auch hier am Ergebnis der ersten Lesung festhält. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Gemeinde Cham bereits heute den Versand an die 18- bis 25-Jährigen selber vornimmt und das gerne beibehalten möchte.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Verkürzung der Altersspanne für Wahl- und Abstimmungshilfen mit 42 zu 31 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, die Unterstützung für junge Erwachsene auf Abstimmungshilfen zu beschränken, den Begriff «Wahlhilfe» also zu streichen, mit 38 zu 32 Stimmen ab und bleibt damit beim Ergebnis der ersten Lesung.

*§ 44 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, den Wortlaut von § 44 Abs. 2 zu ändern (Vorlage 2762.16).

Kommissionspräsidentin **Cornelia Stocker** hält fest, dass der Antrag der Regierung vielleicht etwas überrascht. Er ist aber einer glücklichen Fügung zu verdanken, denn nach der ersten Lesung wies der Bund im Rahmen einer Konferenz darauf hin, dass auf Bundesebene eine andere Streichungsregel für Proporzwahlen gilt als im Kanton Zug. Zwar soll es deswegen nie Probleme gegeben haben, eine Anpassung an die bundesrechtlichen Gepflogenheiten ist aber sinnvoll. Weil das Gesetz offen ist und es sich um eine pragmatische Lösung handelt, hat die Kommission mit 11 zu 3 Stimmen entschieden, dem regierungsrätlichen Antrag stattzugeben. Die Kommissionspräsidentin ersucht den Rat, es der Kommission gleich zu tun.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat genehmigt mit 52 zu 15 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG zum Wahl- und Abstimmungsgesetz

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 59 zu 10 Stimmen zu.

Es liegen zwei parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vor:

• Der Regierungsrat und die vorberatende Kommission beantragen, die Motion der CVP-Fraktion betreffend Wohnsitz einer für den Kantonsrat kandidierenden Person (Vorlage 2438.1) als erledigt abzuschreiben.

**Barbara Häseli** hält fest, dass der Auftrag der Motion nicht umgesetzt wurde. Das Anliegen wird auch regelmässig von Seiten der Öffentlichkeit vorgebracht, die klare Regeln für die Wahlen wünscht. Die CVP-Fraktion stellt daher den **Antrag,** die Motion nicht abzuschreiben.

**Manuel Brandenberg** findet diesen Antrag − mit Verlaub − etwas komisch. Der Rat hat sich eine gegenüber der damaligen Haltung neue Meinung gebildet und eben demokratisch darüber entschieden. Da ist es doch nur folgerichtig, die Motion als erledigt abzuschreiben. Die Motion wurde ja wirklich erledigt, auch wenn der Rat − was sein gutes Recht ist − seine Meinung in der Debatte geändert hat.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat schreibt die Motion mit 47 zu 22 Stimmen ab.

• Der Regierungsrat und die vorberatende Kommission beantragen, die Motion von Laura Dittli betreffend Einführung einer Abstimmungshilfe für junge Erwachsene im Kanton Zug (Vorlage 2509.1) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

**Thomas Meierhans** dankt im Namen der CVP-Fraktion den Ratsmitgliedern aus allen politischen Lagern für die Zeichen der Anteilnahme am Tod von Pirmin Frei. Es ist schön, dass solche Zeichen über alle Parteigrenzen hinaus möglich sind.

TRAKTANDUM 7
**Geschäfte, die am 22. Februar 2018 nicht behandelt werden konnten:**

Traktandum 7.1: **Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Französisch-unterricht:**

**1016** Traktandum 7.1.1: **Motion von Jürg Messmer, Andreas Hostettler und Philip C. Brunner betreffend Französisch erst auf der Sekundarstufe I**
Vorlagen: 2769.1 - 15519 (Motionstext); 2769.2 - 15659 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**1017** Traktandum 7.1.2: **Interpellation von Peter Letter, Laura Dittli und Beat Unternährer betreffend Französischunterricht an der Primarschule und Sekundarstufe I im Kanton Zug**
Vorlagen: 2770.1 - 15520 (Interpellationstext); 2770.2 - 15668 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die zwei Vorstösse inhaltlich zusammen behandelt werden. Die Votanten präzisieren bei Bedarf, zu welchem Vorstoss sie sprechen.

Mitmotionär **Jürg Messmer** freut sich, dass eine Schulklasse bei der heutigen Debatte über den Fremdsprachenunterricht anwesend ist. Die Motionäre möchten, dass in der Primarschule nur *eine* Fremdsprache, nämlich Englisch, unterrichtet

wird, und in der Sekundarstufe I dann das Französisch dazukommt; die Regierung hätte die Möglichkeit, auf der Primarstufe das Französisch als Freifach anzubieten. Die Antwort des Regierungsrats ist für den Votanten etwas mutlos. Natürlich gab es 2006 eine Volksabstimmung zu diesem Thema, und auch der Votant hat damals für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe gestimmt. Er war damals überzeugt, dass die Primarschülerinnen und -schüler problemlos zwei Fremdsprachen lernen können. Heute ist er ernüchtert und glaubt, dass man da etwas zu viel des Guten wollte. Man kann ja auch klüger werden und einen Fehlentscheid korrigieren. Genau das wäre mit der Erheblicherklärung des Vorstosses möglich. Die Antwort der Regierung zeigt auch, dass Zug dann keineswegs der einzige Kanton mit nur einer Fremdsprache auf Primarstufe wäre. Auch Uri und Appenzell Innerrhoden kennen diese Regelung − und der Votant wagt zu behaupten, dass die Jugendlichen aus diesen Kantonen nicht schlechter dastehen als junge Zuger und Zugerinnen.
Der Regierungsrat schreibt, es gebe aus der Forschung keinerlei Hinweise, dass Schülerinnen und Schüler durch zwei Fremdsprachen überfordert würden. Dem steht die Aussage von Beat Zemp, dem Zentralpräsidenten des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, gegenüber, der eine klare Überforderung feststellt und darauf hinweist, dass heute viel mehr Stützunterricht angeboten und auch in Anspruch genommen werde als früher. Auch das ist ein Hinweis, dass es an der Zeit wäre, den Entscheid von 2006 zu korrigieren. Auch die Lehrpersonen sind heute nicht mehr unbedingt motiviert, Französisch zu unterrichten. So haben sich an der Pädagogischen Hochschule in Zug von 87 Absolventen nur gerade 24 für Französisch entschieden; 82 haben Englisch gewählt. Auch hier zeigt sich eine klare Tendenz: Englisch ist die interessantere Sprache. Auch für die Jugendlichen ist Englisch die interessantere Sprache. Sie hören englische Musik, und wenn sie auf Facebook oder WhatsApp mit Freunden im Ausland kommunizieren, geschieht das vermutlich in 90 Prozent der Fälle auf Englisch. Diese Beobachtung macht der Votant auch bei seinen eigenen, 20- bis 28-jährigen Kindern.
Das Argument der Regierung, man wolle auch aus Kostengründen an der heutigen Lösung festhalten, ist sehr überraschend. Bildung kostet, und bisher hat die Regierung noch nie die Meinung vertreten, man könne eine bildungspolitische Massnahme nicht umsetzen, wie sie zu viel koste. Auch der Kantonsrat hat bildungspolitische Vorlagen meist diskussionslos durchgewinkt, weil alle der Meinung sind, Bildung *dürfe* und *solle* etwas kosten. Auch der neu eingeführte Lehrplan 21 kostet Geld − und dort könnte man argumentieren, der Kanton Zug habe «HarmoS», das jetzt durch die Hintertüre mit dem Lehrplan 21 mehr oder weniger umgesetzt wird, in der Volksabstimmung ja abgelehnt.
Zari Dzaferis Votum von vorhin, man müsse sich der Zeit anpassen, lässt sich auch hier anwenden. Französisch hatte früher einen sehr hohen Stellenwert, es ist aber von Englisch abgelöst worden. Es wäre toll, wenn der Jugend ermöglicht würde, während der Schulzeit richtig gut Englisch zu lernen und Französisch eher etwas in den Hintergrund zu stellen. Französisch wird heute einfach weniger gebraucht. Auch Latein war einst eine Weltsprache, heute aber ist es eine tote Sprache − wobei die Ehefrau des Votanten mit Sicherheit keine Freude an dieser Aussage hätte: Sie liebt Latein, auch wenn sie es eigentlich nirgends mehr anwenden kann.
Wie gesagt: Man kann einen einmal gefällten Entscheid auch korrigieren. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären, und er hofft auf die Unterstützung des Rats. Sollte der Rat seinem Antrag nicht folgen, hat die Motion immerhin einen Teilerfolg zu verzeichnen: Laura Dittli und Beat Unternährer haben mit ihrer nachträglich eingereichten Interpellation mitgeholfen, dass der Französischunterricht − wenn er beibehalten wird − zumindest überdacht und hoffentlich verbessert wird. Es könnte beispielsweise sein, dass Zuger Schülerinnen und Schüler

künftig vielleicht einen Monat lang im Welschland zur Schule gehen − wobei man aber nicht den Fehler machen soll, ganze Klassen an denselben Ort zu schicken. Der Votant hat seine Rekrutenschule in Moudon absolviert, zusammen mit vielen Kameraden aus der Deutschschweiz, die untereinander natürlich immer Deutsch sprachen. Einzig im Ausgang musste man im Restaurant Französisch sprechen. Dafür haben die Französischkenntnisse immer gereicht, wenn auch nicht unbedingt aufgrund des Schulunterrichts.
Der Votant appelliert an den Rat, dem Antrag auf Erheblicherklärung der Motion zu folgen. Er dankt dafür und wünscht den Zuger Jugendlichen, dass sie sich künftig auf das Englisch konzentrieren können.

**Peter Letter** spricht sowohl zur Motion und als auch zur Interpellation, dies einerseits als FDP-Sprecher und andererseits als Interpellant. Er dankt dem Regierungsrat für die sachlichen und kompetenten Antworten. Um es vorwegzunehmen: Die FDP-Fraktion lehnt die Motion von Jürg Messmer et al. mehrheitlich ab. Sie unterstützt die Nichterheblicherklärung.
Die Sprachkompetenzen in der Muttersprache und in Fremdsprachen sind sehr wichtig für die berufliche und gesellschaftliche Entwicklung von jungen Leuten. Französisch hat dabei als schweizerische Landessprache, als eine der wichtigen internationalen Sprachen und als Basis für weitere romanische Sprachen einen hohen Stellenwert. In der Schweiz hat man durch die Mehrsprachigkeit grosse Vorteile, die man nicht ungenutzt lassen sollte. Der Votant traut den jungen Leuten mehr zu als die Motionäre, und er ist gegen eine Nivellierung nach unten. Und vor allem kann man den Unterricht noch verbessern, was die Interpellanten mit ihrem Vorstoss anzustossen versuchten. Wenn mit dem Französischunterricht bis zur 6. Klasse die Fähigkeit für die Basiskommunikation mit welschen Kollegen und eine positive Einstellung zur Fremdsprache erreicht werden, ist das bereits viel wert. Ein didaktisch guter Französischunterricht, erteilt von motivierten Lehrpersonen, und eine positive Einstellung zum Französischen, weitergegeben von den Eltern und dem Umfeld, sind wesentliche Faktoren für das erfolgreiche Erlernen dieser Landessprache. Der Ruf nach einer Abschaffung des Französischen an der Primarschule ist eine zu einfache Antwort auf die Herausforderung, den Französischunterricht für die Schüler interessant und erfolgreich zu gestalten.
Der Französischunterricht ab der 5. Klasse als zweite Fremdsprache nach dem Englisch ist in der Primarschule des Kantons Zug seit mehreren Jahren verankert und etabliert. 2015 führte der Kanton Zug gemeinsam mit den anderen Zentralschweizer Kantonen eine Evaluation der Fremdsprachen durch; der Bericht der Regierung zeigt die Ergebnisse und noch einige weitere Erkenntnisse auf. Ein Fazit ist, dass die Zuger Schülerinnen und Schüler in Französisch besser abschneiden als ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Zentralschweizer Kantonen. Ein wesentlicher Grund ist wohl die im Vergleich zu den anderen Kantonen höhere Anzahl Jahreswochenlektionen sowohl in der Primarstufe als auch in der Sekundarstufe I. Das Investment lohnt sich also. Insgesamt bleiben die Leistungen in Französisch in der 8. Klasse aus Lehrplansicht jedoch unbefriedigend. Der Votant ist klar für die Beibehaltung des Frühfranzösisch und für das Festhalten am Modell 3/5, also Englisch ab der 3. und Französisch ab der 5. Primarklasse.
Die Interpellation, welche der Votant gemeinsam mit Laura Dittli und Beat Unternährer einreichte, hat das Ziel, die Qualität, die Motivation und die Freude am Frühfranzösisch zu erhöhen. Die Interpellation befasst sich deshalb mit Ansätzen zu Verbesserungen. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort einige Möglichkeiten auf, wie die Unterrichtsgestaltung optimiert und die Motivation der Lernenden und der Lehrpersonen erhöht werden sollen. Das Optimierungspotenzial ist offenbar

erkannt, aber die Aktivitäten können sicherlich intensiviert werden. Die Chancen der Mehrsprachigkeit in der Schweiz werden noch viel zu wenig genutzt. Ein attraktiver Unterricht und der Schritt über den Röstigraben durch Schulreisen, Klassenlager und individuellen Austausch können die Motivation deutlich erhöhen.
Der Votant dankt deshalb für die Unterstützung der Nichterheblicherklärung der Motion bzw. der Beibehaltung des Französischen ab der 5. Primarklasse.

**Rita Hofer** spricht für die ALG-Fraktion. Im Bericht vom März 2016 wurde ein klarer Unterschied zwischen Mädchen und Knaben im Erreichen der Ziele sichtbar. Und trotz privatem Nachhilfeunterricht eines Fünftels der Schülerinnen und Schüler werden die gewünschten Ziele nicht erreicht. Dem nun vorgelegten Bericht ist zu entnehmen, dass es keine Anzeichen für eine Überforderung der Kinder durch frühes multiples Sprachenlernen gebe. Ist fehlende Motivation kein Anzeichen der Überforderung? Die Schülerinnen und Schüler machen einfach «zu», sie machen dicht. Motivation scheint das Zauberding zu sein. Nur müssten dafür auch die Voraussetzungen stimmen. Eine Lehrperson kann im Handstand unterrichten oder sich eine Clownnase aufsetzen, was aber bei fehlender intrinsischer und extrinsischer Motivation wirkungslos bleiben würde.
Zur Erinnerung: Mit der Einführung zweier Fremdsprachen auf der Primarstufe wurden die Stoffmenge und das Lerntempo klar erhöht. Es muss in der gleichen Zeit also mehr Stoff verarbeitet werden. In Studien wurde nachgewiesen, dass Knaben leichter ablenkbar sind bzw. sich weniger gut fokussieren können als Mädchen − ein wichtiger Faktor, wenn das Lerntempo und die Anforderungen erhöht werden. Es scheint, dass für Knaben erhebliche Nachteile geschaffen wurden, was jetzt mit einem guten Rezept nachkorrigiert werden sollte.
Zu fördern gilt es die Erlebnispädagogik: Sprache, Essen, Kultur, Alltag erleben. Dies kann nur gelingen, wenn ein Sprachenaustausch praktisch zur Pflicht wird. Damit dies gelingt − beispielsweise mit einer Partnergemeinde −, braucht es den politischen Willen und vor allem Gemeinden, die ein Interesse daran haben, den direkten Austausch mit einer Partnergemeinde zu fördern. Nicht zu unterschätzen sind die Lehrpersonen, die sich in hohem Masse für diesen Austausch engagieren. Der Wille zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit muss von beiden Partnerstädten ausgehen, und die Zusammenarbeit muss beidseitig vorangetrieben werden. Gelingt dies nicht, platzt die Blase. Eine Partnerschaft, die nur wegen des sprachlichen Austauschs eingegangen wird, bleibt aber ein fragiles Gebilde.
Die Zuger Bevölkerung hat sich klar für das Sprachenmodell 3/5 ausgesprochen. Diesen Willen gilt es zu respektieren, auch von Seiten der SVP. Die ALG steht klar hinter diesem Entscheid. Die Reihenfolge der Spracheneinführung steht aber mit der Haltung der Regierung im Widerspruch. Den nationalen Zusammenhalt hoch zu gewichten und dann mit Englisch zu starten, widerspiegelt nicht wirklich den politischen Willen. In der 5./6. Klasse sind die Schülerinnen und Schüler stark mit dem Übertritt beschäftigt. Eine neue Fremdsprache, die etwas Mühe macht, ist in dieser Situation ein zusätzlicher Druck und somit ein Motivationskiller. Englisch ist die einfachere Sprache und bei den Jugendlichen beliebter. Sie haben zu dieser Sprache einen besseren Zugang, weil es auch die Computersprache ist, an die sie im täglichen Umgang bereits gewohnt sind. Aus diesem Grund schlägt die ALG vor, dass die Sprachen von 3/5 umgestellt werden, nämlich Französisch ab der 3. Klasse und Englisch ab der 5. Klasse. Das wäre ein Zeichen des politischen Willens und würde zudem Französisch an der Pädagogischen Hochschule attraktiver machen. Dort präsentiert sich die Situation ja ähnlich wie an der Volksschule: Die Mehrheit der Studierenden − rund 80 Prozent − sind Frauen; der Männeranteil liegt bei 20 Prozent. Französisch scheint auch an der PH wenig attraktiv zu sein, denn die deut-

liche Mehrheit wählt Englisch. Die Vermutung liegt nahe, dass der persönliche Nutzen einer Fremdsprache ausschlaggebend sein könnte, nämlich dass auf verschiedenen Stufen, von der 3. bis zur 6. Klasse, unterrichtet werden kann. Die wiederkehrenden politischen Diskussionen vor allem um das Französisch könnte die Wahl der Fremdsprache unter Umständen auch beeinflussen.
Eine Nachfrage an der PH erklärt sich fast von selbst: Die Anforderung bezüglich Sprachkompetenz ist für die Studierenden sehr hoch, nämlich in *beiden* Sprachen ein Bachelor-Diplom zu erreichen. Das ist neben den anderen Fächern fast nicht zu leisten. Das erklärt die Tendenz für eine einzige Sprache. Für Quereinsteigerinnen und -einsteiger ist diese Anforderung noch schwieriger zu erfüllen.
Wenn der politische Wille fehlt und nur die Schrauben ein wenig angezogen werden, wird der Erfolg nach Ansicht der Votantin ausbleiben. Es macht für sie eher den Eindruck der Hilflosigkeit, da sich die Bemühungen und Anpassungen bis heute nicht ausbezahlt haben. Es wäre jetzt und im Hinblick auf den Lehrplan 21 angebracht, diese Hürde zu nehmen und den ewigen Sprachenstreit in die richtigen Bahnen zu lenken − nämlich mit Französisch in der 3. Klasse zu beginnen. Das wäre ein echtes Bekenntnis zur Mehrsprachigkeit der Schweiz.
Zur Motion: Ein Wahlfachangebot auf der 5./6. Klasse, wie es die Motion vorschlägt, kommt für die ALG nicht in Frage. Denn dadurch würden die Unterschiede in der Sprachkompetenz erheblich vergrössert. In Hünenberg ist Französisch zugunsten der englischen Sprache auf der Oberstufe kein Niveaufach mehr. Es muss innerhalb der Klasse binnendifferenziert werden. Das würde bedeuten, dass die Unterschiede in der Klasse deutlich grösser wären. Dieser Mehrwert aus dem Wahlfach könnte sich für die Schülerinnen und Schüler unter Umständen gar nicht als solcher bewahrheiten, denn die Lehrmittel sind auf das Obligatorium der Sprachen ausgerichtet. Wenn die Chancengerechtigkeit gewährleistet werden soll, muss dies entschieden abgelehnt werden, weil man damit nur noch grössere Ungleichheiten schafft. Eine Alternative wäre ein verordneter Sprachaustausch auf der Oberstufe, beispielsweise während eines Monats im letzten Schulsemester in der 3.Oberstufe oder bereits in der 2. Oberstufe.
Wer würde bei diesem Aufwand und der Unsicherheit, ob sich genügend Schülerinnen und Schüler für das Wahlfach anmelden, an der PH noch Französisch wählen? Die ALG lehnt die Motion aus diesen Gründen klar ab.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Er erzählt einleitend eine Anekdote zum Thema «Französisch und Englisch»: Während des Studiums übernahm er oft Stellvertretungen, so auch einmal an der Oberstufe Loreto in Zug. In der ersten Lektion stand Englisch auf dem Programm − was *easy* war −, in der zweiten Lektion folgte direkt Französisch. Gleich nach Beginn der zweiten Lektion fragte eine Schülerin, was «Zähne putzen» auf Französisch heisse. Der Votant hatte noch immer die englische Diskette im Kopf, dachte an «brush your teeth» − und antwortete wie aus der Kanone geschossen: «Brucher les teux.» *(Der Rat lacht.)* Natürlich wusste er kurze Zeit später, als nämlich die französische Diskette, gefüllt mit Lerninhalten aus der Sekundar- und Kantonsschulzeit sowie den Spracherfahrungen aus der Rekrutenschule in der Romandie, allmählich zu rattern begann, dass «brosser les dents» die bessere Antwort gewesen wäre. Allerdings hatte er vor allem Mitleid mit den Schülerinnen und Schülern. Nicht weil sie mehrere Sprachen lernen müssen/dürfen/können, sondern vielmehr, weil das Setting sehr ungünstig war. Und es hat ihm gezeigt, dass das Setting einen erheblichen Einfluss auf den Erwerb von Fremdsprachenkompetenzen hat.
Und dieses Setting wird mit der vorliegenden Motion nicht besser. Die Bildungsdirektion führt nachvollziehbar auf, warum ein Wahlfach-Setting auf der Primarstufe

mehr Nach- als Vorteile bringt. Aus Erfahrung weiss der Votant, dass auch Achtklässler noch Mühe haben, die für sie passenden Wahlfächer auszuwählen. Oft wird ein Wahlfach nämlich nicht – wie man sich das erhofft – aus pädagogischen Überlegungen gewählt, sondern vielmehr, weil sich die besten Freunde und Freundinnen für das gleiche Wahlfach entschieden haben oder zum Teil auch, weil es ein «entspanntes» Wahlfach ist. Man stelle sich nun vor, was geschieht, wenn bereits Viertklässer entscheiden müssen, ob sie ein Freifach wählen sollen − und dadurch mehr Lektionen als die Mitschüler haben. Wahrscheinlich würden eher die Eltern die Kinder für das Freifach einschreiben, um deren Chancen auf der Oberstufe zu erhöhen. Dann ist Französisch nämlich ein Pflichtfach, in welchem notabene bereits heute mit dem Modell 3/5 erhebliche Leistungsunterschiede innerhalb einer Gruppe bestehen. Und dieses Modell 3/5 ist eigentlich gar nicht so verkehrt.
Im Rahmen der politischen Debatte über den Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe sprach sich die Zuger Bevölkerung 2006 klar für zwei Fremdsprachen und somit für das Modell 3/5 aus. Anstatt nun ein *Wischiwaschi* zwischen Wahl- und Pflichtfach Französisch zu schaffen, sollte man sich vor allem für ein gutes Setting einsetzen – insbesondere wenn einem die Kompetenzen der Jugendlichen wirklich ein Anliegen sind. So sollte man viel mehr mit französischen Sprachregionen zusammenarbeiten. Die Schule Menzingen ist beispielsweise daran, eine Kooperation mit einer Partnerschule aufzubauen, damit die Schülerinnen und Schüler von der Primar- bis hin zur Oberstufe regelmässig auf Französisch bzw. Deutsch kommunizieren können – und letztendlich Beziehungen zu französischsprechenden Altersgenossinnen und -genossen aufbauen. So erhält die französische Sprache auch eine grössere Bedeutung. Hier besteht viel Potenzial, welches bislang noch viel zu wenig genutzt wird. Letztendlich hat nämlich auch die Westschweiz ein grosses Interesse daran, dass ihre Schülerinnen und Schüler einen echten Austausch mit der Deutschschweiz haben. Hier sollte man ansetzen. Auch die PH Zug soll angeblich daran sein, solche Kooperationen aufzubauen.
Auch sollte man bedenken, dass eine Vergrösserung der Schulkassen, wie sie − wie sich der Votant erinnert − die Motionäre oder zumindest deren Parteien unterstützt, wenn nicht sogar vorangetrieben haben, einen erheblichen Einfluss auf die Unterrichtsqualität hat. Je mehr Kinder in einer Klasse unterrichtet werden, desto weniger Aufmerksamkeit und Förderung erhält das einzelne Kind. Darauf wies der Votant schon damals hin, als der Kantonsrat höhere Maximalzahlen ins Gesetz schrieb, um Geld zu sparen. Wer sich um die Kompetenzen der Jugendlichen sorgt, sollte also auch darüber nachdenken, inwiefern sein Abstimmungsverhalten im Kantonsrat dazu beigetragen hat, diese wirklich zu verbessern. Und wenn die Kantonsratsmitglieder und Parteien nun ihre Flyer für die nächsten Wahlen gestalten, mögen sie darin bitte auch die bildungspolitischen Grundsätze festhalten, für die sie während der kommenden Legislatur tatsächlich einzustehen gedenken.
Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist richtig, dass sich die Motionäre um die Deutschkenntnisse der Jugendlichen sorgen. Sie haben nämlich recht. Allerdings sollte man gründlich überlegen, warum die Kompetenzen im Bereich Deutsch abgenommen haben. Weniger Französischunterricht gleich bessere Deutschkenntnisse ist ein viel zu einfacher Lösungsansatz. Schliesslich wird der Deutschunterricht nebst dem Lehrplan vor allem über Lehrmittel sowie die Ausbildung der Lehrpersonen an den pädagogischen Hochschulen gesteuert. Hier beobachtet der Votant zunehmend, dass die Kommunikationsfähigkeit stärker im Vordergrund steht. Grammatik, Rechtschreibung usw. haben deutlich an Gewicht verloren. Sie haben übrigens auch sonst in der Gesellschaft verloren. Man schreibt weniger Briefe, dafür mehr WhatsApp-Nachrichten, die frei von grammatischen Regeln sind. Beim Mittagessen an der letzten Kantonsratssitzung wurde zufälligerweise über dieses

Thema diskutiert. Ein Kantonsratskollege, den der Votant sehr schätzt, erzählte, dass er kürzlich in einer uralten Militärbox Liebesbriefe seiner Frau gefunden habe. Und er ergänzte, dass seine eigenen Liebesbriefe damals von seiner Frau, einer Lehrerin, mit Rotstift korrigiert zurückgesandt worden seien. *(Der Rat lacht.)* Man sieht: Hier hat sich innert kürzester Zeit sehr viel verändert. Auch verdrängen iPads und Handys zunehmend Bücher als Unterhaltungsmedium. Somit fehlt eine Auseinandersetzung mit der schriftlichen Sprache in der Freizeit, was für den Sprachenerwerb eminent wichtig ist. Wer kaum liest, schreibt auch schlechter. Das sagt der Votant nicht als Kantonsrat, sondern als Deutschlehrer.
Das Problem der Verschlechterung der Deutschkenntnisse ist also viel komplexer als «Weniger Französischunterricht gleich bessere Deutschkenntnisse». Deshalb wird auch die Motion in dieser Hinsicht keine Verbesserungen schaffen. Mehr noch: Französisch als Wahlfach ab der 5. Primarklasse wirkt sich eher negativ auf die Unterrichtsorganisation aus. Dies hat der Regierungsrat in seinem Bericht nachvollziehbar dargelegt. Aus all diesen Gründen wird die SP-Fraktion die Motion nicht erheblich erklären.

Mitinterpellantin **Laura Dittli** spricht für die CVP-Fraktion. Sie dankt für die Beantwortung der Interpellation. Sie nimmt zu beiden Vorstössen Stellung.
Die vorliegende Motion will den Französischunterricht komplett aus der Primarstufe verbannen. Dies würde nicht nur viele Lernende benachteiligen, sondern auch der Attraktivität des Kantons Zug schaden. Auch wenn das Englisch zunehmend an Bedeutung gewinnt, sind Französischkenntnisse nach wie vor ein wichtiger Faktor für ein erfolgreiches Berufsleben. Gerade in KMU, in kaufmännischen Berufen oder auch im Detailhandel ist das Französisch besonders wichtig. Eine solide frühe Grundausbildung ist die Basis für spätere Spracherfolge. Deshalb folgt eine deutliche Mehrheit der CVP-Fraktion dem Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung der Motion. Den Vorschlag der Motionäre, Französisch auf Primarstufe als Freifach anzubieten und dann ab der Sekundarstufe I obligatorisch zu unterrichten, ist sehr speziell. Es kann doch nicht sein, dass die Schüler am Ende der Primarschulzeit auf einem unterschiedlichen Bildungsniveau sind! Die organisatorischen Massnahmen und die Mehrkosten − im Bericht und Antrag auf rund 6 Millionen Franken geschätzt − wären enorm. Hinzu kommt, dass ein zehnjähriges Kind sich bereits für oder gegen etwas entscheiden müsste, von dem es noch nie gehört hat. Die CVP möchte auf keinen Fall in das System einer gleichwertigen Grundausbildung für alle eingreifen.
Sicherlich braucht es noch Verbesserungen im Fremdsprachenunterricht. Das zeigt auch die Beantwortung der Interpellation deutlich auf. Unterricht und Lehrmittel müssen kontinuierlich optimiert werden. Ein neues Lehrmittel für das in die Jahre gekommene «envol» ist dabei sicherlich hilfreich. Vor allem aber sollte auch der kulturelle Austausch unter den Sprachregionen gefördert werden. Damit fördert man einerseits die Motivation und andererseits eine positive Einstellung gegenüber dem Französischen. Dies sind wichtige Faktoren beim erfolgreichen Erlernen einer Sprache. Als die Votantin die Antwort auf Frage 4 auf Seite 5f. der Interpellationsanwort las, ist sie etwas erschrocken: Nur gerade 3 Prozent der Schülerinnen und Schüler konnten im Schuljahr 2015/16 von einem Austausch in der Romandie profitieren. Das ist viel zu wenig, schliesslich liegt die Romandie sozusagen vor der Haustür. In der Schweiz hat man das Privileg, innert kurzer Zeit in einem anderen Sprach- und Kulturraum sein zu können. Davon wird leider viel zu wenig Gebrauch gemacht. Man unterhält sich mit den welschen Landsleuten lieber per E-Mail in Englisch. Diese hausgemachte künstliche Barriere sollte unbedingt abgebaut wer-

den. Man erreicht einfach mehr in der Westschweiz, wenn man es mit Französisch versucht − und noch mehr, wenn man wirklich Französisch sprechen kann.
Es ist toll, dass die Gemeinden Cham und Hünenberg eine fixe Partnerschaft mit Gemeinden in der Romandie pflegen. Vielleicht könnten in Zukunft auch die übrigen Gemeinden oder die kantonalen Berufsschulen vermehrt den Kontakt zu anderen Sprachregionen der Schweiz suchen. Aus dem Bericht und Antrag zur Motion geht hervor, dass 95 Prozent der 6.-Klasse-Lehrpersonen motiviert sind, Französisch zu unterrichten. Die Votantin ist froh darüber. Nichtsdestotrotz macht sie sich aufgrund der Statistik auf Seite 7 der Interpellationsantwort Sorgen. Von total 87 angehenden Primarschullehrpersonen an der Pädagogischen Hochschule haben 63 das Französisch abgewählt; das sind rund 72 Prozent. Diese Tendenz ist schon seit einigen Jahren feststellbar. Englisch hingegen wird kaum abgewählt. Die Votantin hat auch keine pfannenfertige Lösung für dieses Problem. Die Verbannung von Französisch aus der Primarstufe ist aber sicher der falsche Weg. Die Lehrperson macht den Unterricht aus, und deshalb sollte man ein grosses Interesse an möglichst vielen gut ausgebildeten Fachlehrpersonen haben. Die Motivation der Schüler steht und fällt oft mit der Lehrperson, dies ist auch in anderen Fächern so.
Es ist der Votantin auch klar, dass neue Formen der Entlastung für schwache Schüler geschaffen werden müssen, beispielsweise Verzicht auf Noten bis hin zur Abwahl einer Fremdsprache. Dabei darf man aber nicht *allen* Schülern die Möglichkeit vorenthalten, eine zweite Fremdsprache in der Primarschule zu lernen. Dies käme einem Lernverbot gleich. Auf der Primarstufe soll man die Ungehemmtheit der Kinder, ihre Neugier, ihre Motivation und ihre Sprachfreude nutzen. Nur so erreichen die Schülerinnen und Schüler langfristig gesehen eine möglichst grosse Kompetenz in mindestens zwei Fremdsprachen. Merci d'avoir soutenu la demande du Conseil d'Etat.

An dieser Stelle begrüsst der **Vorsitzende** die Delegation der erweiterten Ratsleitung des Obwaldner Kantonsrats, die eben im Ratssaal eingetroffen ist. Er heisst die Gäste aus Obwalden herzlich willkommen.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass die Zukunft der Schweiz nicht an der Frage hängt, ob die Schüler in der deutschsprachigen Schweiz in der 5. oder 7. Klasse mit Französisch beginnen. Auch spielt es aus sprachwissenschaftlicher Sicht keine Rolle, ob Französisch bereits ab der Mittelstufe oder erst ab der Oberstufe unterrichtet wird. Es gibt keine wissenschaftliche Evidenz, die besagt, dass Schüler, die schon in der 5. Klasse mit «bonjour» oder «salut» beginnen, später besser Französisch können als solche, die erst in der 7. Klasse damit anfangen. Dem Motionsanliegen könnte also durchaus zugestimmt werden. Dieses steht jedoch der Harmonisierung des Sprachenunterrichts in der Schweiz entgegen. Für den Zusammenhalt der mehrsprachigen Schweiz ist es jedenfalls nicht gerade förderlich, wenn alle paar Jahre in irgendeinem Deutschschweizer Kanton das Frühfranzösisch wieder einmal in Frage gestellt wird. In der französischen oder italienischen Schweiz gibt es diese Ambivalenz gegenüber dem frühen Fremdsprachenunterricht nicht: Frühdeutsch gehört einfach dazu. Der Sprachenstreit in der Deutschschweiz ist auch weniger sprachwissenschaftlicher und pädagogischer Natur, denn eher ein emotionales gesellschaftspolitisches Hickhack. Darüber hinaus würde eine Abkehr vom heutigen Konzept auch eine umfassende Reform des Lehrplans mit einer Überarbeitung von Lehrmitteln und Wochenstundentafeln bedeuten. Das wäre nicht gratis zu haben.
So lehnt die GLP Französisch erst auf der Sekundarstufe aus staatspolitischen Überlegungen ab und ist für Beibehaltung des Modells «Englisch ab der 3. Klasse,

Französisch ab der 5. Klasse». Sie unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Für **Thomas Werner** ist in diesem Zusammenhang die bereits mehrfach erwähnte Volksabstimmung von 2006 ein wichtiges Thema. Die SVP setzt sich bekanntlich immer wieder dafür ein, dass der Volkswille umgesetzt wird, und so mag es etwas befremden, dass sie hier anderer Meinung ist. Im Vorfeld der damaligen Abstimmung wurde dem Volk allerdings − wie so oft − etwas vorgegaukelt, das dann nicht eingehalten wurde. So war bei der Einführung des Frühfranzösisch immer wieder zu hören, dass es um einen spielerischen, erlebnisbasierten Unterricht gehe, dass die Kinder also beispielsweise mit dem Singen von Liedchen das Gefühl für die französische Sprache erhalten sollen. Mittlerweile aber büffeln die Kinder in der 5. und 6. Klasse, kurz vor dem Übertritt in die Sekundarstufe, französische und englische Wörter fernab von Spiel und Erlebnis. Das beeinträchtigt nach Meinung des Votanten klar die Kompetenzen im Deutsch und in der Mathematik, weil für diese Fächer weniger Zeit zur Verfügung steht und die Kinder viel Aufwand betreiben müssen, um Englisch und Französisch zu lernen.
Peter Letter hat die Qualität bzw. die Nivellierung nach unten angesprochen. Der Votant ist auch da überhaupt nicht einverstanden. Über diese Thematik wird in verschiedenen Kantonen diskutiert, wobei insbesondere die Diskussion im Kanton Thurgau auch nationale Beachtung gefunden hat. In diesem Zusammenhang wurden wissenschaftlich fundierte Studien erstellt, welche klar ergaben, dass das Niveau zwar in der ersten Sekundarstufe noch unterschiedlich, ab der 3. Oberstufe aber ausgeglichen ist. Es gibt also keine Verschlechterung der Qualität, wenn der Französischunterricht erst in der Oberstufe beginnt.
Es gilt auch der Realität ins Auge zu schauen: Englisch ist wichtiger geworden und für die Jungen wohl auch sexyer als Französisch. Es ist deshalb begreiflich, dass Französisch für sie eher lästig als lustig ist. Wer vor diesem Hintergrund Französisch bereits ab der 3. Primarklasse und Englisch erst ab der 5. Klasse fordert, leidet nach Meinung des Votanten an Realitätsverlust. Wenn solche Personen über Bildungsfragen entscheiden, dann tun dem Votanten die Kinder leid. Und offenbar sind einige nicht einmal imstande, die Motion richtig zu lesen, und behaupten, dass sich Kinder schon ab zehn Jahren für ein Freifach entscheiden müssten, wenn die Motion angenommen würde. Der Votant bittet, den Motionstext genau zu lesen. Es steht da nämlich, dass die Regierung Französisch als Freifach anbieten *könne,* wenn sie das will. Der Votant geht allerdings davon aus, dass dieses Freifach im Sinn der Motionäre erst auf der Oberstufe angeboten würde.
Der Votant ruft den Rat auf, etwas Mut zu zeigen und darauf zu vertrauen, dass die Jugendlichen das Französisch, das sie lernen müssen, durchaus lernen werden. Er bittet, die Motion erheblich zu erklären.

**Philip C. Brunner** hatte nie Frühfranzösisch, und er war in der Mittelschule einer der schlechtesten Schüler im Fach Französisch. Der höchste schulische Abschluss, den er in seinem Leben erwarb, war das Diplom der Ecole hôtelière in Lausanne − dies in Französisch. Was er damit sagen will: Man hat im Leben, wenn man will und muss, immer die Chance, etwas zu erreichen. Und als Ergänzung zu den Vorrednern aus seiner Partei: Die SVP-Fraktion unterstützt nach intensiver Diskussion den Antrag, die Motion erheblich zu erklären.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält einleitend fest, dass die Abstimmung von 2006 bereits mehrfach erwähnt wurde; die betreffende Volksinitiative kam übrigens in Zusammenhang mit den Handarbeitslehrpersonen und der Überforderung der

Kinder auf der Primarstufe durch zwei Fremdsprachen massgeblich auf Betreiben der Alternativen zustande. Jürg Messmer hat gesagt, dass er damals zwar zugestimmt habe, das sei aber ein Fehlentscheid gewesen. In dieser Aussage schwingt die Erwartung mit, dass viele Leute heute anders entscheiden, der Volkswille heute also anders aussehen würde. Der Bildungsdirektor hat dazu etwas recherchiert: Der Kanton Zug hat seinerzeit dem Modell 3/5 mit 58 zu 42 Prozent zugestimmt. 2015 hat Nidwalden mit 62 zu 38 Prozent dazu Ja gesagt, 2017 folgten die Kantone Luzern mit 61 zu 39 Prozent und Zürich mit 62 zu 38 Prozent. Vor diesem Hintergrund sticht auch das Argument von Thomas Werner nicht: Was angeblich dem Zuger Volk vorgegaukelt wurde, hat sich in anderen Kantonen offensichtlich ähnlich präsentiert. Und der Bildungsdirektor wagt zu behaupten, dass das Zuger Volk bei einer erneuten Volksabstimmung dem Modell 3/5 wiederum deutlich zustimmen würde. Es handelt sich also nicht um einen Fehlentscheid, der Bildungsdirektor attestiert aber sehr wohl, dass es Optimierungsbedarf gibt.
Verschiedene Votanten haben das Verhältnis der Sprachenwahl bei den PHZ-Abgängerinnen und -Abgängern thematisiert: Nur 24 von 82 Lehrpersonen wählen das Fach Französisch. Das widerspiegelt schlicht die Arbeitsmarktsituation: In nur zwei von sechs Primarschulklassen, also einem Drittel, gibt es Pensen für den Französischunterricht. Die 24 Personen, die Französisch wählen, entsprechen ungefähr dem tatsächlichen Bedarf. Die gegenüber dem Englisch tiefere Zahl ist also nicht als Absage an das Französisch, sondern auch als Wirkung der Arbeitsmarktsituation zu werten. Die Bildungsdirektion hat sich für eine Erhöhung dieses Anteils ausgesprochen, und der Hochschulrat der PHZ ist bestrebt, entsprechende Akzente zu setzen: Der Anteil von Studierenden, die auch das Fach Französisch belegen, soll erhöht werden, am liebsten im Modell der generalistischen Ausbildung, das − namentlich auf ein Postulat der SVP-Fraktion hin − eingeführt wurde. Das Argument der Arbeitsmarktsituation hat auch Rita Hofer erwähnt. Wenn man das Modell 3/5 umdrehen, das Französisch also auf die 3. Klasse vorverlegen möchte, würde das auch zu entsprechenden Folgen an der PHZ führen.
Jürg Messmer hat u. a. das Argument der Kosten erwähnt. Der Bildungsdirektor hält zur Verteidigung des Regierungsrats fest, dass dieser in jeder Vorlage auf die Kosten hinweisen muss. Ein Freifach auf Primarschulstufe würde eine zusätzliche Komplexität in das System hineinbringen, was zwangsläufig zu mehr Kosten führen würde. Und die Regierung hat beziffert, von welchem Betrag sie aktuell ausgeht.
Peter Letter hat auf die Evaluation der Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz (BKZ) und das Argument der Lektionen hingewiesen. Der Kanton Zug hat schlecht, aber immerhin besser als die anderen Zentralschweizer Kantone abgeschnitten. Das ist auf die höhere Anzahl der zur Verfügung stehenden Französischlektionen zurückzuführen. Das heisst, dass Zug im Gegensatz zu den anderen Zentralschweizer Kantonen diesbezüglich keine Luft nach oben mehr hat und nicht als erste Massnahme die Zahl der Französischlektionen erhöhen kann. Die Bildungsdirektion setzt vielmehr auf die Massnahmen, welche die Fachgruppe im Auftrag der BKZ erarbeitet hat: Stärkung der Motivation, Verbesserung der Pädagogik und der Unterrichtsformen sowie des Austauschs.
Nochmals zum Wahl- bzw. Freifach: Rita Hofer hat korrekterweise darauf hingewiesen, dass ein Wahlfach auf Primarschulstufe zu anderen Lehrmitteln führen müsste und damit überdies die Chancengerechtigkeit untergraben würde, weil die Leistungsdifferenzen auf die Sekundarstufe hin noch grösser würden. Hier möchte der Bildungsdirektor entgegenhalten, dass es gerade der Sinn und Zweck der leistungsdifferenzierten Sekundarstufe I ist, dass man die Leistungsunterschiede am Ende der Primarschule durch verschiedene Leistungszüge − Werkschule, Realschule, Sekundarschule − auffangen kann. Nach Meinung des Bildungsdirektors

könnte man das teilweise auffangen, aber die systemischen Probleme bei einer Umstellung auf Wahlfachbetrieb in der Primarschule sind tatsächlich gewaltig, nicht nur im Hinblick auf die Lehrmittel, sondern auch auf den Zeitpunkt der Ausdifferenzierung. Da hilft auch das Argument von Thomas Werner nicht weiter, dass man mit dem Wahlfach der Regierung nur eine Kompetenz, aber keine Verpflichtung mitgebe. Denn was nützt diese Kompetenz, wenn das Ganze nur dann funktioniert, wenn die Kinder sich tatsächlich mit zehn Jahren entscheiden müssen? Das Wahlfach erst auf der Sekundarstufe I einzuführen, ist keine Option, denn gemäss den Motionären wäre Französisch auf dieser Stufe ja Pflicht.
Zari Dzaferi hat treffend festgehalten, dass das Setting einen grossen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit der Schule hat. Für den Bildungsdirektor stimmt das aktuelle Setting. Das Modell 3/5 hat sich in der ganzen Schweiz bis auf die Kantone Uri und Appenzell Innerrhoden durchgesetzt, und nur im Kanton Uri gibt es auf der Primarstufe Wahlfächer. Vor diesem Hintergrund ist der Bildungsdirektor dezidiert der Auffassung, dass das Setting bzw. das heutige Schulsystem nicht von den Füssen auf den Kopf gedreht werden sollte, sondern dass die Handlungsrichtlinie sein muss, dieses System beharrlich weiterzuentwickeln und zu optimieren.
Dass nur gerade 3 Prozent der Zuger Schülerinnen und Schüler in den Genuss eines Austauschs in der Romandie kamen, ist auch für den Bildungsdirektor zu wenig. Der Regierungsrat hat in der Vorlage aber darauf hingewiesen, dass der Kanton Zug damit immerhin überdurchschnittlich ist. In den 3 Prozent sind im Übrigen die Schulreisen in die Romandie nicht enthalten, sondern nur echte Austausche im Klassenverband oder einzeln über die Sprachgrenze hinaus, verbunden mit dem Besuch von Unterricht. In diesem Punkt ist eine Verbesserung nötig. Die Bildungsdirektion macht Werbung für das Modell, dass sich in Cham und Hünenberg bereits etabliert hat − wobei der Bildungsdirektor die Erwartungen aber dämpfen muss: Aus diesen 3 Prozent werden nicht 30 Prozent werden. Sicher aber will der Kanton Zug innerhalb der Deutschschweiz überdurchschnittlich bleiben. Die Kantone gehen das Problem schweizweit an, dafür wurde die Stiftung Movetia gegründet.
Der Bildungsdirektor dankt dem Rat für die Unterstützung des Antrags der Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat erklärt die Motion von Jürg Messmer et al. mit 48 zu 20 Stimmen nicht erheblich.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Peter Letter et al. zur Kenntnis.

**1018** Traktandum 7.2: **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sprachkompetenz von Ärztinnen und Ärzten im Kanton Zug**
Vorlagen: 2772.1 - 15523 (Interpellationstext); 2772.2 - 15676 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Daniel Stadlin** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung des Vorstosses. Der Gesundheitsdirektion sind keine Beschwerden bzw. Patientinnen oder Patienten bekannt, die sich über mangelnde Sprachkenntnisse von hier tätigen Ärztinnen und Ärzten beklagt hätten. Das hätte sich der Votant denken können. Warum aber kam er auf die Idee, dies zu hinterfragen? War seine Interpellation gar überflüssig? Hätte er davon ausgehen müssen, dass es im Kanton Zug keine Kommunikationsprobleme in Arztpraxen und Spitälern gibt? Nein, eine so blauäugige

Sicht auf das Zuger Gesundheitswesen wäre doch etwas gar naiv gewesen. Denn laut Patientenorganisationen sind sprachliche Verständigungsprobleme in Arztpraxen und Spitälern in der Schweiz eine Realität. Zum Glück ist das im Kanton Zug aber offenbar nicht der Fall, zumindest was die Verständigung in deutscher Sprache betrifft. Das ist nicht erstaunlich, kommen doch von den 441 praktizierenden Ärztinnen und Ärzten 431 oder 97,7 Prozent aus der Schweiz, Deutschland oder Österreich. Und diese beherrschen meistens auch Englisch. Also alles in bester Ordnung? Fast, aber nicht ganz. Im Kanton Zug leben etwa 20'000 Personen, die weder eine Landessprache noch Englisch sprechen. Wie sieht die Situation hier aus? Welche organisatorischen Massnahmen werden ergriffen? Arbeiten die Spitäler mit Dolmetschern zusammen? Oder wird ohne professionelle Übersetzerdienste gearbeitet? Der Votant kann sich jedenfalls nicht vorstellen, dass es in dieser heterogenen Bevölkerungsgruppe keine Schwierigkeiten mit der Kommunikation gibt. Hierzu steht in der Interpellationsantwort leider nichts.
Wie auch immer: Der Gesundheitsdirektion sind keine Beschwerden von Patientinnen oder Patienten über mangelnde Sprachkenntnisse von hier tätigen Ärztinnen und Ärzten bekannt. Diese Aussage nimmt der Interpellant gerne zur Kenntnis.

**Fabian Freimann** spricht für die SP-Fraktion. Diese hat die Antwort des Regierungsrats mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, insbesondere war sie erstaunt über den hohen Anteil von Ärztinnen und Ärzten mit deutscher Muttersprache. Gefühlsmässig erhält man einen anderen Eindruck, wenn man sich im Spital aufhält. Vielleicht kommt der Eindruck von teilweise mangelnden Sprachkenntnissen aber eher vom Kontakt mit Pflegerinnen und Pflegern. Es wäre nun natürlich interessant zu wissen, wie die Zusammensetzung in diesem Bereich ist und welche Anforderungen an die Sprachkompetenz in diesem Bereich gestellt werden.
Mindestens so interessant ist allerdings der zweite Aspekt, den die Regierung in ihrer Antwort aufzeigt, nämlich dass im Kanton Zug Personen aus 130 Ländern leben und dass möglicherweise mehr Verständigungsprobleme entstehen, weil diese die deutsche Sprache nicht verstehen, das Problem also eher bei den Patienten als bei den Ärztinnen und Ärzten liegt. Es würde die SP daher interessieren, wie in den Zuger Spitälern sichergestellt wird, dass die Patienten eine Einverständniserklärung oder ein Dokument verstehen, wenn sie im Rahmen einer Behandlung ein solches unterschreiben müssen. Arbeiten die Spitäler mit Dolmetscher- und Übersetzungsdiensten zusammen, und wer ist dafür verantwortlich, dass solche Dokumente von den Patienten verstanden werden? Vielleicht kann der Gesundheitsdirektor dazu noch einige Ausführungen machen.

**Monika Barmet** spricht für die CVP-Fraktion. Diese nimmt die Interpellationsantwort zur Kenntnis. Die Antworten zeigen grundsätzlich keinen zusätzlichen Handlungsbedarf auf, es sind somit keine weiteren Massnahmen nötig. Eine Massnahme, die in der Beantwortung aufgeführt ist, möchte die Votantin allerdings noch kurz erwähnen. Wichtiger als die Sprachkompetenz sind die Vertrautheit und die Kenntnisse der praktizierenden Ärzte und Ärztinnen mit dem bzw. über das schweizerische Gesundheitswesen. Dazu hat der Regierungsrat mit der Anpassung der Verordnung, in der er eine dreijährige Tätigkeit an einer schweizerischen Weiterbildungsstätte fordert, reagiert.
Zurzeit beschäftigen andere Themen in Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen die Bevölkerung − auch im Kanton Zug − aber viel mehr. Mit grosser Besorgnis wird die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen verfolgt, insbesondere der jährliche Anstieg der Krankenkassenprämien. Dies zeigen verschiedene Auswertungen der Sorgenbarometer deutlich auf. Auch der langfristigen Entwicklung

der ärztlichen Grundversorgung durch die Hausärzte im Kanton Zug sehen viele mit Bedenken und Verunsicherung entgegen. Die Votantin geht davon aus, dass der Gesundheitsdirektor diese Themen in seiner politischen Agenda aufgeführt hat und entsprechend weiterverfolgen wird.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** dankt für die interessante Interpellation. Sie weist auf die wichtige Frage hin, wie Medizinalpersonen mit ihren Patientinnen und Patienten kommunizieren. Medizin ist ja nicht nur eine technische Wissenschaft, sondern auch ein sprachlich-kommunikatives Handwerk. Qualität ist ein zentrales Thema in der Gesundheitspolitik, und Sprache spielt hinsichtlich der Qualität eine wesentliche Rolle.
Der Regierungsrat hat in seiner Antwort ausgeführt, dass für Deutschsprachige das Sprachniveau der Zuger Ärzteschaft gut und ausreichend ist, so dass es dort keine Probleme gibt. Daniel Stadlin hat aber zu Recht darauf hingewiesen, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zug keine schweizerische Landessprache und kein Englisch verstehen. Das fordert die Leistungserbringer heraus. Bei den stationären Leistungserbringern spielen die Dolmetscherdienste eine wichtige Rolle, wobei die Frage der Kosten für diese Dienste nicht einfach zu lösen ist. Der Gesundheitsdirektor kann aus dem Stegreif allerdings nicht sagen, wie viele Dolmetscher in welchen Sprachen und zu welchen Kosten im Einsatz waren. Auch im Bereich Psychiatrie spielt die Sprache eine wichtige Rolle, wobei man dort teilweise auf fremdsprachige Fachleute zurückgreifen kann.
Fabian Freimann hat darauf hingewiesen, dass es auch um Formulare etc. geht. Die Spitäler sind sich auch dieser Thematik bewusst, und die Formulare sind in vielen Sprachen vorhanden. Der Gesundheitsdirektor kann dazu noch genauere Informationen beschaffen und sie dem SP-Sprecher nachreichen.
Monika Barmet hat die vom Regierungsrat im letzten Jahr beschlossene Änderung bezüglich Zulassung von Ärzte − man muss drei Jahre lang an einer schweizerischen Weiterbildungsstätte gearbeitet haben, um im Kanton Zug über die Krankenkasse abrechnen zu können − erwähnt. Es ist ein wesentlicher Teil der Qualität, dass man nicht nur die Sprache versteht, sondern auch das schweizerische Gesundheitswesen kennt. Der Regierungsrat hat diesbezüglich im Vergleich zu anderen Kantonen relativ strenge Richtlinien eingeführt. Er teilt auch die Sorge wegen der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen, und es ist ihm ein grosses Anliegen, diese Entwicklung in den Griff zu bekommen. Das ist allerdings nicht einfach, und es braucht dazu eine Unzahl von Massnahmen, die in den nächsten Jahren ergriffen werden müssen. Auch die hausärztliche Grundversorgung ist seit Jahren auf der Traktandenliste des Regierungsrats. In den letzten Jahren wurden bereits verschiedene Massnahmen ergriffen, und man kann festhalten, dass im Moment bezüglich der hausärztlichen Grundversorgung im Kanton Zug kein Problem besteht: Es gibt genügend Hausärztinnen und -ärzte für die medizinische Grundversorgung. Der Regierungsrat wird die Entwicklung in diesem Bereich weiterhin genau verfolgen.
Abschliessend dankt der Gesundheitsdirektor dem Rat für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

1019 **Postulat von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Hans Baumgartner, Rainer Suter, Walter Birrer, Esther Haas, Claus Soltermann, Beat Sieber, Thomas Gander, Thomas Meierhans, Monika Weber, Andreas Hürlimann, Anastas Odermatt, Philip C. Brunner betreffend Neubau und Inbetriebnahme einer der ältesten Zugsverbindungen der Schweiz, Cham–Steinhausen (Altstetten–Steinhausen–Cham)**

Vorlagen: 2728.1 - 15410 (Postulatstext); 2728.2 - 15734 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Mitpostulant **Jean-Luc Mösch** dankt der Regierung im Namen der Postulanten für die Beantwortung des Vorstosses. Er dankt auch den involvierten Verwaltungsangestellten, welche für den vorliegenden Bericht und Antrag ihr Bestes gegeben haben.
Der Votant steht hier, weil er im Kanton Zug etwas bewegen will und sich mit Weitsicht und konstruktiver Arbeit einzubringen versucht. Er ist gewillt, Visionen für die kommenden Generationen mitzutragen, und möchte nicht zusehen, wie allfällige Chancen oder Möglichkeiten vergeben werden. Dafür hat ihn seine Wohngemeinde in den Kantonsrat gewählt hat und ihm damit das geschätzte Vertrauen gegeben.
Das Stichwort heisst «Vision». Eine gute Vision ist langfristig ausgerichtet und garantiert Sicherheit, Kontinuität und Stabilität. Eine Vision soll sich jedoch auch neuen Gegebenheiten situativ anpassen können. Ein Beispiel: Ein Ehepaar baut ein Eigenheim, welches für zwei Kinder konzipiert ist. Nun bekommt es den freudigen Bescheid, dass Drillinge unterwegs seien. Das Haus ist noch nicht vollendet, und die Raumeinteilung lässt sich noch anpassen, um den künftigen Ansprüchen nachkommen zu können. Wird das Ehepaar es tun oder nicht? Mit Vernunft und Weitsicht wird es die Herausforderung annehmen und die Raumeinteilung anpassen. Damit stellt es sicher, dass die zukünftigen Bedürfnisse abgedeckt werden können. Diese Weitsicht vermisst der Votant in der Antwort der Regierung: die Weitsicht, neue Ideen anzugehen, was zugegebenermassen anfänglich mehr Widerstände erzeugt, als wenn man einfach auf dem Bestehenden aufbaut. Dafür hat man aber die Gewissheit, dass − um beim Beispiel des Eigenheims zu bleiben − einmal der Tag kommen wird, an dem es ohne den weitsichtigen Ausbau zu eng wird und der Platz einfach nicht mehr zur Verfügung steht.
Wo wäre man hingekommen, wenn es − gerade im Bahnbau − keine Visionen und keine Weitsicht gegeben hätte? Das neuste Beispiel ist der selbstfahrende Shuttle Typ EZ10, der zurzeit zu Testzwecken im Einsatz ist. Es ein gemeinsames Projekt von SBB, Mobility, Zugerland Verkehrsbetriebe AG, Stadt Zug und Technologiecluster Zug. Aber auch diese neuste Errungenschaft braucht Raum und Platz.
Nun liegt es am Kantonsrat, sich offen für Visionen und Chancen zu zeigen, dies gepaart mit der notwendigen Weitsicht für die kommenden Generationen. Der Votant stellt den **Antrag,** das Postulat entgegen allen von der Regierung aufgeführten Punkten und hochgehobenen Argumenten erheblich zu erklären.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Die drei Chamer SVP-Kantonsräte sowie der Votant gehören zu den Mitpostulanten.
«S isch ja nur es chlises Träumli gsi»: Das ist in Kurzform die Antwort des Regierungsrats. Die SVP dankt der Regierung für ihre Ausführungen. Wenn man die Abbildungen im Bericht und Antrag des Regierungsrats betrachtet − die älteste ist ein Kartenausschnitt von 1845, die jüngste ein Luftbild von 2011 −, wird deutlich, wie stark sich das betreffende Gebiet, der Grossraum Chollermüli, verändert hat. Es war eine grossartige Leistung, 1864 die Bahnlinie Zürich−Affoltern− Cham−Luzern

zu bauen. Diese verlor erst durch den Bau der Gotthardbahn und die Eröffnung der Strecke Thalwil–Zug–Arth Goldau im Jahr 1897 an Bedeutung. Vor allem in der Nachkriegszeit, in den 1950/60er Jahren, hat man die Bahnen dann stark vernachlässigt. Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass man den Abschnitt Steinhausen–Cham aufhob, dies in Zusammenhang mit dem Bau der Kreuzung Alpenblick. Der Vorgänger und Namensvetter des heutigen Baudirektors ging damals etwas grossspurig ans Werk, andernfalls wäre der Verkehr auf der Achse von Westen her in die Stadt Zug schon längst kollabiert. Es ist der Weitsicht der damaligen Strassenbauer zu verdanken, dass dies nicht geschehen ist. Und auch wenn heute die Nordzufahrt in die Stadt viel Verkehr aufnimmt, ist die Achse von der Chollermüli her nach wie vor sehr wichtig. Die Bahn ist damals aber ins Hintertreffen geraten und hat erst durch die Revitalisierung mit der in den 1990er Jahren eröffneten Zürcher S-Bahn wieder an Bedeutung gewonnen.
Die Regierung schreibt auf Seite 2 ihres Berichts, dass die Verbindung Cham–Steinhausen, die sogenannte Sumpfweiche, «nie von fahrplanmässigen Zügen befahren» worden sei. Das stimmt nicht. Man kann auf Wikipedia die Geschichte der damaligen Bahnunternehmen und später – nach der Verstaatlichung der Bahnen ab 1909 – der SBB nachlesen. Es hat sehr wohl fahrplanmässige Züge auf dieser Strecke gegeben, und erst mit der Eröffnung der Gotthardbahn bzw. des Zimmerberg- und Albistunnels nahm deren Bedeutung ab. Zug war ursprünglich ein Kopfbahnhof, und die Hauptstrecke führte über Cham, weil die Chamer Industrie, insbesondere die einflussreiche Anglo-Swiss Condensed Milk Company, unbedingt einen Bahnanschluss brauchte. Die Bahn hatte für die Industrialisierung im 19. Jahrhundert etwa die gleiche Bedeutung wie heute die Autobahn: Wer heute keinen Anschluss an die Autobahn hat, ist wirtschaftlich klar benachteiligt. Die Euphorie im Bahnbau des 19. Jahrhunderts erklärt sich denn auch aus der damaligen Angst vieler Städte und Dörfer, den Anschluss an die Entwicklung zu verlieren. Man sah damals den Fortschritt eben in der Industrie.
Bekanntlich hat die Regierung beschlossen, sich umzustrukturieren. Dabei geht das Amt für öffentlichen Verkehr von der Volkswirtschaftsdirektion zur Baudirektion. Es wird also an den Nachfolgern der heutigen Direktionsvorsteher sein, die im Postulat dargelegten Visionen weiterzuentwickeln. Vielleicht geht es aber nicht um Visionen im Raum Chollermüli, sondern an anderen Orten. Es braucht unbedingt eine Stärkung der Bahnverbindung nach Zürich und Zürich Flughafen – Stichwort Zimmerberg –, es braucht aber auch auf der Strecke Baar–Zug–Chollermüli ein drittes Geleise. Es wird von Bedeutung sein, dass auch der Kantonsrat diesen Ausbau unterstützt. Abschliessend dankt der Votant auch Jean-Luc Mösch, der aufgezeigt hat, dass nur langfristiges Denken die Infrastruktur weiterbringt.

Es ist für **Andreas Hürlimann** und auch für die ALG-Fraktion keine Überraschung, wie und dass dieses Postulat vollumfänglich negativ beantwortet wurde. Viele Elemente für eine Stärkung dieser ÖV-Achse sind in der Tat schwierig und nur mit erheblichem finanziellem und zeitlichem Aufwand umzusetzen. Schade ist, dass immer nur so viele Argumente aufgeführt und Hinweise gemacht werden, dass die von der Regierung ins Feld geführten negativen Punkte plausibel zu sein scheinen. Aus Sicht der ALG sprechen tatsächlich gute Gründe gegen die Forderungen des Postulats. Es gibt aber auch Aspekte, welche es mehr als nur ein bisschen wert sind, weiterverfolgt zu werden. Der Votant möchte dazu einige Ausführungen machen.
Die ALG hat Verständnis für die Problematik der hohen Kosten, die aktuell nur durch eine Partei resp. den Kanton getragen werden müssten. Sie hat auch Verständnis bezüglich der komplexen Fahrplanbildung, insbesondere aufgrund der

ausgelasteten Zufahrtsstrecken oder Abschnitte andernorts, welche keine oder nur ungünstige Trassen verfügbar machen. Hier spielen viele Faktoren mit.
In anderen Bereichen zeigt sich bei der ALG aber Unverständnis. So erfolgte die Nachfrage- und Potenzialabschätzung überaus einseitig. Einzig Hinweise auf die – notabene nur im bestehenden S-Bahn-Regime und ohne weitere Ausbauten – höhere Fahrzeit zu machen und die stark wachsenden und sich stark entwickelnden Gebiete entlang der Autobahn durch das Knonaueramt, aber auch im Bereich Altstetten−Limmattal oder − auf der anderen Seite − im Bereich Rotkreuz−Rontal zu vernachlässigen, findet die ALG falsch. Folgende Aspekte sind aus ihrer Sicht zwingend in die weitere Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere im Bereich des Öffentlichen Verkehrs, einzubeziehen:
• Verkehrsströme haben heute, aber auch zukünftig vermehrt neue Ziele und Ausgangspunkte. Weshalb gilt dann beim Ausbauschritt 2035 dennoch nur das Credo «Mehr vom Gleichen»? Weshalb ist nach wie vor alles primär auf die heutigen Knoten ausgerichtet? Dort, aber auch auf den entsprechenden Zufahrtsachsen fallen dann eben die enorm grossen und kostenintensiven Ausbauschritte an.
• Das grösste Potenzial liegt gemäss der Wahrnehmung der ALG in kurzen und mittleren Distanzen. Der Fokus für Ausbauten liegt aber nach wie vor im eher schnellen Fernverkehr. Aus Modellauswertungen weiss man, dass eine Beschleunigung des Fernverkehrs keine oder nur unwesentliche Verlagerungen vom Auto zum ÖV nach sich zieht. Eine Beschleunigung im Regionalverkehr, gerade auch mit neuen Tangentialverbindungen oder Expresslinien bei der Bahn, zieht eine deutlich grössere Verlagerung vom Auto zum ÖV nach sich.
• Mobilität muss im Ganzen betrachtet werden, und man kann nicht nur den heutigen Stand des ÖV aufnehmen. So wurde beispielsweise mit dem Ausbau der Autobahn durch das Knonaueramt die Anbindung des Raums Zug an Zürich und insbesondere an den Flughafen Zürich-Kloten wesentlich gestärkt. Aber diese Stärkung erfolgte nur im Motorisierten Individualverkehr. Es fand weder eine neue, bereits heute fahrbare, geänderte und schnellere Durchbindung an den Flughafen oder an die neuen Arbeitsplatzzentren in den Zürcher Vorortgemeinden statt.
Für die weitere Diskussion der Bahnausbauschritte *nach* 2035 wäre es darum wünschenswert, Ansätze wie diejenigen aus dem Postulat miteinzubeziehen. Die Räume entlang der neuen Autobahn durch das Knonaueramt werden dank dieser eher als zusammenhängend wahrgenommen. Wirklich erlebbar ist das jedoch nur mit dem Auto. Der ÖV macht gefühlte Umwege, umfährt diese Räume oder zwingt zu Umsteigehalten.
Es ist der ALG klar, dass im Zeithorizont, in dem sich die Antwort auf das Postulat bewegt, nämlich bis 2035, keine Veränderung der grundlegenden Stossrichtung oder Handlungsräume machbar ist. Aber wenn neue Themen und Ideen gefördert werden sollen, muss spätestens nach dem Beschluss des kommenden Ausbauschritts im nationalen Parlament mit Ideenwettbewerben und neuen Ideen eine Diskussion zum öffentlichen Verkehr, ja vielleicht sogar zur Mobilität im Allgemeinen angestossen und diese mit neuen Themen besetzt werden. Dazu braucht es Weitsicht und Ideen für die Zukunft − und genau das lässt die Antwort des Regierungsrats etwas vermissen. So sollte unter anderem diskutiert werden, ob die bekannten Knoten nicht teilweise aufgelöst werden können und der Fahrplan vermehrt auf Reiseketten anstelle auf Knoten ausgerichtet werden kann. Oder es gilt zu prüfen, ob das starre Konstrukt im Bereich Regional- und Fernverkehr nicht einen fliessenderen Übergang benötigt. Das ist im Übrigen auch unter Einbezug des noch zu bauenden Zimmerbergtunnels auf einer anderen Strecke möglich. In diesem Sinn erwartet die ALG, dass die Ideen des Postulats wie auch die Prüfung einer möglichen Dezentralisierung von Anschlüssen − also nicht nur an Hauptbahnhöfen,

sondern auch an Bahnhöfen in Subzentren − in die Arbeit des Amts für öffentlichen Verkehr und der Regierung aufgenommen werden. Nicht primär der Zeitgewinn durch Ausbauten bei Knoten-zu-Knoten-Verbindungen sollte künftig im Zentrum stehen, sondern die Reiseketten und neue Tangentialverbindungen mit der direkten Anbindung von neuen, bezüglich Wohn- und Arbeitsplätzen starken Regionen. Natürlich sind das teilweise neue Ansätze, aber auch die Zuger Stadtbahn war einmal ein völlig neuer Ansatz. Der Votant ist aber nicht sicher, ob ein solch innovatives Vorhaben mit der heute teilweise herrschenden Abwehrhaltung noch umgesetzt werden könnte. Es gilt, solche Ideen zuzulassen und zu diskutieren, gerade auch mit Blick auf die noch folgenden, nicht bereits vorgespurten Ausbauschritte. Darum ist eine knappe Mehrheit der ALG-Fraktion klar der Meinung, dass das Postulat erheblich erklärt werden sollte.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er besitzt kein Auto und benutzt sowohl privat wie beruflich fast ausschliesslich den ÖV. Er müsste demnach der Forderung nach einem Neubau und der Inbetriebnahme der Zugverbindung Cham−Steinhausen eigentlich vorbehaltlos zustimmen. Es geht ja um die Förderung des ÖV. Was er aber schon bei der Überweisung der Motion dachte, hat der Bericht des Regierungsrats bestätigt: Diese neue Zugsverbindung bringt sehr wenig und könnte wegen der geänderten Verhältnisse, etwa wegen neuer Überbauungen, wahrscheinlich gar nicht mehr erstellt werden.
Die Zeiten, in denen man aus nostalgischen Gründen in unwirtschaftliche ÖV-Projekte investieren konnte, sind vorbei. Investitionen in den ÖV sind nötig, aber nur dort, wo es sinnvoll ist und wirtschaftlich etwas bringt − gerade heute, wo nur noch begrenzte Mittel zur Verfügung stehen. Im Kanton Zug stehen verschiedene Projekte an, etwa die Verlängerung der Stadtbahnlinie S2 Erstfeld−Walchwil−Baar Lindenpark bis Baar Sennweid oder der halbstündliche, beschleunigte Regionalexpress Luzern−Zug−Zürich mit zusätzlichen Halten in Baar und Rotkreuz; im Moment gibt es nur jede Stunde einen Halt in Baar und Rotkreuz. Der Votant ruft dazu auf, *hier* in den ÖV zu investieren und nicht in Projekte, die praktisch nichts bringen. Die SP-Fraktion lehnt in diesem Sinn die Erheblicherklärung des Postulats ab.

**Jean-Luc Mösch** hält fest, dass die Verbindung Steinhausen−Cham nach Meinung der Regierung wenig oder nichts bringt. Der Regierungsrat hat sich aber nicht wirklich mit der Thematik auseinandergesetzt. In den betreffenden Gebieten findet momentan eine rasante Entwicklung statt, und es wird dort einen entsprechenden Pendlerverkehr geben. So kommt die Amag in die Städtlerallmend, und im Gebiet Sumpf soll seine grosse Mercedes-Garage entstehen; zudem plant die Korporation Zug eine grosse Überbauung auf der Lorzenallmend. Die Verbindung Steinhausen−Cham wäre ein Bypass, der die Folgen dieser Entwicklung für den Bahnhof Zug auffangen könnte.
Am 24. März marschierten Vertreter einer Partei durch die Stadt Zug und präsentierten ihre Wahlslogans:
- «Visionen»: Auch das vorliegende Postulat entspricht einer Vision.
- «Mit Mut in die Zukunft»: Mit der Unterstützung des Postulats zeigt man Mut für die Zukunft.
- «Taten statt Worte»: Wer für das Postulat stimmt, stellt *Lifere* vor *Lafere.*
- «Mehr Erfolg»: Mit der Zustimmung zum Postulat wird der Erfolg kommen.
- «Machen statt reden»: Der Votant bittet, etwas zu tun und dem Postulat zuzustimmen.
- «Gemeinsinn und Fortschritt»: Die Umsetzung dieser Vision wäre ein Fortschritt für das Zuger Talgebiet.

- «Wir bleiben dran» − auch in dieser Sache.
- «Vorwärts mit Zug»: Die Zustimmung zum Postulat ist ein kleiner Schritt, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Votant ist überzeugt, dass die FDP-Vertreter hinter ihren eigenen Thesen stehen und diese umzusetzen versuchen. Er nimmt sie gerne beim Wort und dankt ihnen für die Zustimmung zur Erheblicherklärung des Postulats. Auch bei der SVP erkennt er eigentlich viel Weitsicht bezüglich ÖV, auch sie bringt sich hier mit zukunftsorientierten Vorschlägen ein. Die Realisierung von Lösungen im Bereich ÖV benötigt bekanntlich aber immer eine gewisse Zeit. Es ist deshalb wichtig, entsprechende Prozesse in Gang zu bringen, dies − wie damals bei der Stadtbahn − mit Blick auf die nächste Generation.
Der Votant ist eine Kämpfernatur. Wenn das Postulat unterliegen sollte, behält er sich vor, zu dieser Sache, von der er voll und ganz überzeugt ist, eine Volksinitiative zu lancieren. Er ist im Alpenblick aufgewachsen und weiss, was die Verbindung Steinhausen−Cham bringen kann.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** anerkennt den Impetus und die Suche nach Visionen. Das Postulat verlangt nicht eine neue Strategie oder die Prüfung eines neuen Konzepts, sondern bestellt ein bestimmtes Angebot bzw. eine bestimmte Infrastruktur. Das ist nicht visionär, sondern eigentlich ziemlich operativ. Visionen in der Raum- und Verkehrsplanung beginnen anders − und genau so hat der Bund zusammen mit den Kantonen den jetzigen Ausbauschritt geplant. Zuerst wurden die Kantone gefragt, wie sie die Entwicklung ihres Kantons sähen: Verdichtungsräume, Arbeitszonen, Wohnzonen, Wachstumsgebiete. Gestützt auf ihre Überlegungen haben die Kantone dem Bund dann *bottom up* mitgeteilt, wo Bedarf an Mobilitätsangeboten und -infrastruktur − in dieser Reihenfolge − besteht. Wo sollen mehr Züge fahren? Erst im dritten Schritt kommt die Frage dazu, welche Infrastruktur es dafür braucht. Das vorliegende Postulat will diesen Prozess umdrehen: Es zäumt das Ross vom Schwanz her auf und fordert eine Infrastruktur. Genau so hat man in der Schweiz früher gedacht, und das hat zu einer gewissen Zersiedlung geführt: Man hat eine bestimmte Verkehrsinfrastruktur gebaut, und dann kamen − unabhängig von der Richtplanung − rundherum die Wohnungen und Unternehmungen. Dieses Denken ist heute eigentlich überwunden. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet deshalb, nicht über punktuelle Infrastrukturen zu diskutieren. Vielmehr wird es bei der neuen Richtplanung darum gehen, die Wachstumsgebiete festzulegen und − gestützt darauf − die benötigte Verkehrsinfrastruktur zu definieren.
Zum Vorwurf, der Regierungsrat habe nur negative Argumente gesucht, hält der Volkswirtschaftsdirektor fest, dass die involvierten Fachleute nicht instruiert wurden. Die Regierung wollte eine vorurteilslose Prüfung des Anliegens, und die Fachleute haben die *Facts* vorgelegt. Dem Kantonsrat obliegt nun die politische Beurteilung. Aufgrund der *Facts* rechtfertigt es sich aber unter keinem Titel, die betreffende Strecke auszubauen.
Der Volkswirtschaftsdirektor dankt Philip C. Brunner für die Vertiefung der Historie. Es zeigt sich, dass man damals nachfrageorientiert ausgebaut hat: Wenn die Milchsüüdi Güterzüge brauchte, nahm man den entsprechenden Ausbau vor. Die Nachfrageorientierung ist auch heute das Mass aller Dinge. Natürlich gibt es − sehr lokal betrachtet − im betreffenden Gebiet Wachstumszonen, hier aber geht es um überregionale Bahnplanung, und die Erkenntnisse von Seiten des Kantons Zug sind − wie gesagt − bereits in die Bahnplanung des Bundes eingeflossen. Etwas erstaunt ist der Volkswirtschaftsdirektor, dass in der heutigen Diskussion in Zusammenhang mit Visionen, Langfristigkeit etc. alle über Infrastruktur gesprochen haben. In der Volkswirtschaftsdirektion ist man bereits einen Schritt weiter. Thema ist, wie man in

den Hauptverkehrszeiten die Spitzen brechen kann. Wenn man die Infrastruktur auf die Spitzen ausrichtet, gibt man das Geld falsch aus. Der Kanton Zug hat als Vorreiter in der Schweiz mit den kantonalen Schulen Vereinbarungen getroffen, um mittels Stundenplangestaltung die Spitzen brechen zu können. So kommen die Schülerinnen und Schüler des GIBZ bereits gestaffelt zur Schule, und das ZVB-Netz wird nicht mehr um 07.30 Uhr übermässig belastet, sondern die Belastung wird verteilt. *Das* ist eine zukunftsgerichtete Lösung. Auch die digitalen Möglichkeiten wurden in der Debatte mit keinem Wort erwähnt. Das zeigt, dass man noch stark infrastrukturell verhaftet ist. Visionär zu sein, wäre etwas anderes.
Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat, den Regierungsrat nicht mit dem Auftrag einzuengen, singulär eine Bahnstrecke bauen zu müssen, die planerisch nicht eingebettet ist, gegen die jegliche Erkenntnis aus der Nachfrageplanung spricht und die zu guter Letzt − wie der Regierungsrat aufgezeigt hat − gar nicht machbar ist: Enteignungen wären die Folge, Verletzung von Naturschutzvorschriften etc. − auch dazu hat man in der Debatte enttäuschend wenig gehört. In diesem Sinn dankt der Volkswirtschaftsdirektor für die Nichterheblicherklärung des Postulats.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat erklärt das Postulat mit 43 zu 24 Stimmen nicht erheblich.

TRAKTANDUM 9

**1020 Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend «Paradise Papers»: Die Spuren der Ausbeutung führen nach Zug**
Vorlagen: 2800.1 - 15599 (Interpellationstext); 2800.2 - 15677 (Antwort des Regierungsrats).

**Andreas Lustenberger** als Vertreter der Interpellantin dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass es einmal mehr zu einer solchen Enthüllung gekommen sei und listet neben den «Paradise Papers» auch die «Panama Papers» auf. Leider fehlen zurzeit in der Schweiz und auch international die rechtlichen Hebel, um Korruption und weitere unmoralische Geschäftspraktiken wirksam zu unterbinden. Die ALG fände es wichtig, dass sich der Regierungsrat aktiv für solche verbindlichen Regulatorien einsetzen würde.
Wenig abgewinnen kann die ALG der Antwort, dass Zug international gesehen nicht im Tiefsteuersegment liege. Ihrer Ansicht nach sprechen hier viele Fakten eine andere Sprache. Demgegenüber unterstützt die ALG die Aussage der Regierung, dass die Verfügbarkeit von Fachkräften ein wichtiger Standortfaktor ist. Sie geht deshalb davon aus, dass es zusätzliche Investitionen im Bildungsbereich geben wird. Bezüglich der Antwort zu den Handelspraktiken, gekoppelt mit der Migration, versteift sich die Regierung zu stark auf das Thema Rohstoffe. Die «Paradise Papers» haben mehr aufgedeckt als mögliche Korruptionsfälle im Rohstoffbereich. Bezüglich Migration und Flucht ist festzuhalten, dass 86 Prozent der weltweiten Migrationsströme innerhalb der Entwicklungsländer liegen und dementsprechend hauptsächlich in diesen Regionen, also nicht in der Schweiz, zu grossen Herausforderungen führen.
Abschliessend weist der Votant noch auf die Konzernverantwortungsinitiative hin, die wohl Ende 2018 oder Anfang 2018 zur Abstimmung kommen wird. Diese Initiative könnte diesbezüglich zu vielen Verbesserungen führen. Die ALG ist gespannt auf den intensiven Diskurs im Vorfeld der Abstimmung.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Seiner Meinung nach muss der Rat nicht allzu viel Energie in diese Interpellation investieren. Er dankt Andreas Lustenberger aber, dass er am Schluss seines Votums ehrlich gesagt hat, worum es letztlich geht: um die Konzernverantwortungsinitiative. Die ALG mixt hier einen Cocktail: «Paradise Papers», «Panama Papers», Rohstoffbranche und Rohstoffmultis, Skandale, Tiefsteuerpolitik, Migration, negative internationale Handelspraktiken, Glencore, Quantum Global Group, Transparenzvorschriften der OECD, UNO. Dann stellt man den Mixer an − und die Brühe kommt heraus. Das ist Effekthascherei. Das hat die ALG eigentlich nicht nötig. Die Welt ist besser, als sie hier dargestellt wird. Natürlich ist nicht alles auf der Welt gut, aber ob wirklich der Kantons- bzw. Regierungsrat des Kantons Zug die Engel sind, welche die Welt retten können, wagt der Votant zu bezweifeln.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Der Regierungsrat hat sich bei der Beantwortung der Interpellation betreffend «Paradise Papers» nicht wirklich Mühe gegeben. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass sich die Regierung grundsätzlich nicht primär mittels Medienartikeln informiert, sondern sich von den Fakten, die von staatlichen Stellen stammen, leiten lässt. Es wäre deshalb angebracht gewesen, zu diesem Thema auch die entsprechenden Bundesstellen zu kontaktieren. So könnte der Regierungsrat eine profundere Antwort geben, als es im vorliegenden Papier geschieht. Leider hat der Regierungsrat hier seine Hausaufgaben nicht ordentlich gemacht.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

**1021 Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Flottenrabatte für Mitarbeitende**

Vorlagen: 2814.1 - 15653 (Interpellationstext); 2814.2 - 15702 (Antwort des Regierungsrats).

**Esther Haas** spricht für die Interpellantin. Die Mitglieder der ALG tragen weder Birkenstockschuhe noch umarmen sie in den Ferien Bäume, und als Ewiggestrige sehen sie sich auch nicht. Und trotzdem erlaubten sie sich, Fragen bezüglich der Flottenrabatte zu stellen. Und diese Fragen waren nicht einmal auf ihrem eigenen Mist gewachsen. Vielmehr ist die Interpellation ein Zusammenschnitt aus Fragen von kantonalen Angestellten, nämlich von Kolleginnen und Kollegen der Votantin am GIBZ. Der Rat soll selbst entscheiden, ob dies Ewiggestrige seien, wie es Marcel Peter in einem Leserbrief darstellte.
Nun, die ALG stellte diese Fragen − interessante Frage, wie sie glaubt −, und sie erhielt mehrheitlich klärende Antworten darauf. Dafür dankt die Votantin im Namen der ALG-Fraktion. Es ist spannend zu erfahren, wie der Flottenrabatt zustande kam und in welchem Bereich sich die Rabatte bewegen. Interessant wäre auch gewesen, mit welchen Automobilimporteuren bereits Flottenrabatte ausgehandelt wurden. Diese Antwort bleibt der Regierungsrat schuldig.
Die Votantin geht auf drei Punkte näher ein:
• Der Regierungsrat macht mit dem Aushandeln des Flottenrabatts allen Kantonsangestellten, die davon profitieren können, sicher eine Freude. Das ist nachvollziehbar. Dass sich der Regierungsrat von der Interpellation irritiert, ja vielleicht sogar beleidigt gezeigt hat, kann die Votantin ein Stück weit verstehen, hat er ja nur

versucht, Gutes zu tun. Gleichzeitig muss sich die Regierung aber bewusst sein, dass sie damit ein Zeichen setzt, und zwar Richtung Favorisierung eines einzelnen Fortbewegungsmittels. Die Votantin erinnert daran, dass man beim Sparpaket 2018 die Verbilligung der Reka-Checks gestrichen hat. Natürlich, diese Verbilligung kostete den Kanton etwas. Die Vorstellung der ALG ging dahin, dass man die Verbilligung der Reka-Checks zumindest für die untersten Lohnklassen beibehalten würde. Dies wurde aber nie in Erwägung gezogen. Wenn die Kantonsangestellten jetzt stattdessen das Zückerchen Flottenrabatt bekommen, setzt die Regierung ein Zeichen, das angesichts chronisch verstopfter Strassen, knapper Energiereserven und der Umweltprobleme in die falsche Richtung weist.

• Die Antwort auf die Frage 5 nach allfälligen Anstrengungen, auch für andere Verkehrsmittel Flottenrabatte auszuhandeln, findet die ALG dürftig. Sie hat sich auch über den Fachhandel schlau gemacht. So äusserte sich ein Schweizer Velobauer, der sich laut Homepage verpflichtet, «Schweizer Wertarbeit zu höchster Qualität zu liefern», sehr angetan von der Idee eines Flottenrabatts für Fahrräder aller Art. Es versteht sich von selbst, dass ein Flottenrabatt bei einem Absatz von zwei Fahrrädern keinen Sinn macht. Aber dieser Hersteller würde mit sich reden lassen. Wenn die Regierung für einen solchen Fall von «ungerechtfertigter Vorteilsnahme» schreibt, kann die Votantin das nicht verstehen. Alle Hersteller haben ja die Möglichkeit, Angebote zu machen. Wie bei den Autos würden dann wahrscheinlich unterschiedliche Rabatte herausschauen. Die ALG fordert die Regierung auf, hier nochmals über die Bücher zu gehen und genaue Abklärungen bezüglich möglicher Flottenrabatte beispielsweise auch für Fahrräder zu treffen.

• Der Kanton bietet seinen Angestellten allerlei Sport- und Bewegungsprogramme an, mit dem Ziel, die körperliche und seelische Gesundheit der Angestellten zu fördern. Wenn Kantonsangestellte allenfalls mit verbilligten Velos geködert werden, den Arbeitsweg mit eigener Muskelkraft zurückzulegen, wäre dies ein weiterer Mosaikstein in diesen Förderprogrammen. Es gibt verschiedene Regierungsräte, welche diese Art von Fortbewegung seit Jahren konsequent vorleben. Marcel Peter findet solches Verhalten in seinem Leserbrief Teil einer ALG-Traumwelt. Als Mitglied der ALG fühlt sich die Votantin geehrt, wenn auch bürgerliche Regierungsräte dieser Traumwelt nachleben.

**Marcel Peter** spricht für die FDP-Fraktion. Er dankt seiner Vorrednerin für die Zitate aus seinem Leserbrief. In den Debatten zu Sparprogrammen versuchte die ALG-Fraktion regelmässig, für die Mitarbeiter der Verwaltung in die Bresche zu springen. Dass sich nun ebendiese Partei dagegen einsetzt, dass Kantonsangestellte ohne Mehrkosten für den Kanton vergünstigt ein Auto kaufen können, ist paradox. Scheinbar war die ALG gegen die Sparprogramme, nicht weil ihr die Mitarbeiter am Herzen liegen, sondern weil sie die Staatsquote um jeden Preis maximieren will. Nun ist offenkundig, dass der ALG das Personal eigentlich egal ist und dessen Wohlbefinden weit hinter der Abneigung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr anstehen muss. Die ALG hat mit dieser Interpellation wieder einmal die Verwaltung beübt, um ein Dogma zu bewirtschaften. Es bleibt einzig die Hoffnung, dass nun eine breite Öffentlichkeit erkennt, dass es sich bei der ALG um Fundamentalisten handelt, die den eigenen Maximalzielen alles unterordnen.

Der Votant gönnt es den Angestellten des Kantons, dass sie − nachdem sie nun einige Sparbemühungen mittragen mussten − vergünstigt ein neues, besseres und effizienteres Auto kaufen können. Er dankt der Regierung für die effiziente und klare Beantwortung dieser aus Sicht der FDP unnötigen Interpellation und hofft, dass sich der Regierungsrat in Zukunft wieder wirklichen Problemen widmen kann.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** nimmt zu einzelnen Punkten wie folgt Stellung:
• Die Importeure, welche einen Flottenrabatt gewähren, sind Jaguar, Amag und Mercedes. Bei Amag sind es die Marken VW, Audi, Seat und Skoda, Porsche ist ausgeschlossen.
• Der Regierungsrat war bzw. ist nicht beleidigt wegen dieser Interpellation.
• Der Regierungsrat sieht keine Favorisierung eines einzelnen Fortbewegungsmittels. Die standardisierten Preismodelle bei den Autos sind ein Faktum, und der Regierungsrat hat zugunsten der Verwaltung und der Mitarbeitenden davon Gebrauch gemacht.
• Der Finanzdirektor geht nicht davon aus, dass das im Automobilbereich übliche Rabattsystem und nun der Flottenrabatt dazu führen, dass sich jetzt alle kantonalen Angestellten auf die betreffenden Garagen stürzen und mehr Autos kaufen, als sie es auch sonst täten.
• Der Finanzdirektor klärt gerne vertieft ab, ob den kantonalen Angestellten auch für Velos ein Flottenrabatt angeboten werden kann. Es gibt im Fahrradbereich allerdings kein entsprechendes Rabattsystem. Wenn der Regierungsrat von den Veloimporteuren und -händlern aktiv ein Rabattsystem verlangt und dieses bewirtschaftet, wird man ihm vorwerfen, dass er den Velohandel unter Druck gesetzt habe. Das kann zu einer unschönen Geschichte werden − und allenfalls zu einer neuen Interpellation führen. Der Finanzdirektor appelliert in diesem Sinne an die Velohändler und -importeure, innovativ zu sein und in diesem Punkt die Autoindustrie zu kopieren.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 1022 Nächste Sitzung

Donnerstag, 3. Mai 2018 (Halbtagessitzung, am Nachmittag finden die Fraktionsausflüge statt).

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

72. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 3. Mai 2018
Zeit: 8.30 – 12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse:**
Es fanden keine Abstimmungen statt.

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29. März 2018
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (PBG) − Teil 1: neue Umsetzung des Raumplanungsgesetzes
3.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Nutzen/Schaden der «Schwarzen Liste» für Personen, welche ihre Krankenkassenprämien/-leistungen nicht bezahlen
3.3. Interpellation von Esther Haas betreffend den angeordneten Qualitätsabbau in den Fächern Sport, Musik, Bildnerisches und Angewandtes Gestalten an den kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen
3.4. Interpellation von Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend BYOD-Strategie durchdenken
3.5. Interpellation von Willi Vollenweider betreffend ausserordentliche Lagen: Wie stellen Kanton und Gemeinden im Kanton Zug den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen im Falle schweizweit erhöhter terroristischer Bedrohung und Aktionen über längere Zeit wirkungsvoll sicher?
3.6. Interpellation von Moritz Schmid betreffend Fuss- und Radweg zwischen Walchwil (Rufibach) und Arth (Hünenbergweg)
3.7. Interpellation von Susanne Giger, Jürg Messmer und Willi Vollenweider betreffend Verhinderung Fertigstellung der Fachmittelschule Zug an ihrem bewährten Standort: Wieso wird die dafür vorgesehene Parzelle nun für den Bau eines Staatsarchiv-Gebäudes zweckentfremdet und dadurch die Zukunft der Fachmittelschule an diesem Standort aufs Spiel gesetzt?
3.8. Interpellation von Zari Dzaferi betreffend Schwimmunterricht und Lehrplan 21
3.9. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kosten und Entwicklungen im Straf- und Massnahmenvollzug

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung Sihlbruggstrasse (KS P), Abschnitt Knoten Industrie bis Knoten Blatt einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Neuheim
4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel V 6 Busverkehr/Feinverteiler, u. a. auf Eigentrassee)

4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag und Bürgschaft für den neuen Hauptstützpunkt der Zugerland Verkehrsbetriebe AG und die damit verbundenen Landgeschäfte sowie betreffend Darlehen für die Finanzierung des Neubaus und Objektkredit für den Mieterausbau für den Rettungsdienst und die kantonale Verwaltung auf dem Areal An der Aa, Zug

5. Motion der SVP-Fraktion betreffend transparente Zahlen zu den ausgesprochenen Landesverweisungen und vollzogenen Ausschaffungen im Kanton Zug

6. Motion der CVP-Fraktion betreffend Immobilienstrategie

7. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend kosteneffizientester Art einer medizinischen Behandlung

8. Interpellation von Daniel Marti betreffend Wirkungsanalyse kantonaler Förderprogramme und deren Einfluss auf Globalbeiträge vom Bund

9. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen ausländischer Sozialhilfeempfänger

10. Zwei Geschäfte betreffend Kryptowährung, Bitcoin und «Digital/Crypto Valley»:

10.1. Interpellation von Karen Umbach und Philip C. Brunner betreffend Bitcoins

10.2. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend «Digital Valley» oder «Crypto Valley» – wie positioniert sich der Kanton Zug

## 1023 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung sind 73 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Beat Iten, Unterägeri; Hans Baumgartner und Fabian Freimann, beide Cham; Remo Peduzzi, Beat Unternährer und Claus Soltermann, alle Hünenberg.
Der Sitz von Pirmin Frei sel. ist vakant.

## 1024 Mitteilungen

Es findet heute eine Halbtagessitzung statt. Im Anschluss an die Sitzung gehen die Fraktionen auf ihre traditionellen Ausflüge.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

Baudirektor Urs Hürlimann musste sich gestern einer Nierensteinoperation unterziehen und ist heute abwesend. Seine Stellvertretung übernimmt Sicherheitsdirektor Beat Villiger. Der Vorsitzende wünscht dem Baudirektor im Namen des Rats gute Besserung.

Die stellvertretende Standesweibelin Barbara Ulmann hat den Weibeldienst per Ende April verlassen. Der Ratsvorsitzende und der Landschreiber haben ihr für ihr Wirken ausdrücklich gedankt. Neue stellvertretende Standesweibelin ist Evelyne Daseler. Der Ratsvorsitzende heisst sie herzlich willkommen. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 1

**1025 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**1026 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29. März 2018**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 29. März 2018 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1027** Traktandum 3.1: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (PBG) − Teil 1: Neue Umsetzung des Raumplanungsgesetzes**
Vorlage: 2851.1 - 15741 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**1028** Traktandum 3.2: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Nutzen/Schaden der «Schwarzen Liste» für Personen, welche ihre Krankenkassenprämien/-leistungen nicht bezahlen**
Vorlage: 2852.1 - 15742 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**1029** Traktandum 3.3: **Interpellation von Esther Haas betreffend den angeordneten Qualitätsabbau in den Fächern Sport, Musik, Bildnerisches und Angewandtes Gestalten an den kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen**
Vorlage: 2856.1 - 15750 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**1030** Traktandum 3.4: **Interpellation von Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend BYOD-Strategie durchdenken**
Vorlage: 2857.1 - 15751 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**1031** Traktandum 3.5: **Interpellation von Willi Vollenweider betreffend ausserordentliche Lagen: Wie stellen Kanton und Gemeinden im Kanton Zug den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen im Falle schweizweit erhöhter terroristischer Bedrohung und Aktionen über längere Zeit wirkungsvoll sicher?**
Vorlage: 2858.1 - 15760 Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**1032** Traktandum 3.6: **Interpellation von Moritz Schmid betreffend Fuss- und Radweg zwischen Walchwil (Rufibach) und Arth (Hünenbergweg)**
Vorlage: 2859.1 - 15761 (Interpellationstext

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**1033** Traktandum 3.7: **Interpellation von Susanne Giger, Jürg Messmer und Willi Vollenweider betreffend Verhinderung Fertigstellung der Fachmittelschule Zug an ihrem bewährten Standort: Wieso wird die dafür vorgesehene Parzelle nun für den Bau eines Staatsarchiv-Gebäudes zweckentfremdet und dadurch die Zukunft der Fachmittelschule an diesem Standort aufs Spiel gesetzt?**
Vorlage: 2861.1 - 15762 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**1034** Traktandum 3.8: **Interpellation von Zari Dzaferi betreffend Schwimmunterricht und Lehrplan 21**
Vorlage: 2862.1 - 15763 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

**1035** Traktandum 3.9: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kosten und Entwicklungen im Straf- und Massnahmenvollzug**
Vorlage: 2863.1 - 15764 (Interpellationstext).

➔ Der Rat überweist die Interpellation stillschweigend an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen:**

**1036** Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung Sihlbruggstrasse (KS P), Abschnitt Knoten Industrie bis Knoten Blatt einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Neuheim**
Vorlagen: 2850.1/1a/1b - 15739 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2850.2 - 15740 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Tiefbau und Gewässer.

**1037** Traktandum 4.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel V 6 Busverkehr/Feinverteiler, u. a. auf Eigentrassee)**
Vorlagen: 2854.1/1a - 15745 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2854.2 - 15746 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt mit der Auflage, den Präsidenten der Kommission für den öffentlichen Verkehr zu den Sitzungen einzuladen.

**1038** Traktandum 4.3: **Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag und Bürgschaft für den neuen Hauptstützpunkt der Zugerland Verkehrsbetriebe AG und die damit verbundenen Landgeschäfte sowie betreffend Darlehen für die Finanzierung des Neubaus und Objektkredit für den Mieterausbau für den Rettungsdienst und die kantonale Verwaltung auf dem Areal An der Aa, Zug**
Vorlagen: 2855.1/1a/1b - 15747 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2855.2 - 15748 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Hochbau und an die Kommission für den öffentlichen Verkehr.

**1039** Traktandum 4.4: **Engere Staatswirtschaftskommission**

Anstelle von Pirmin Frei sel. soll für die CVP-Fraktion neu Pirmin Andermatt in die Engere Staatswirtschaftskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1040** Traktandum 4.5: **Erweiterte Staatswirtschaftskommission**

Anstelle von Pirmin Andermatt soll für die CVP-Fraktion neu Patrick Iten in die Erweiterte Staatswirtschaftskommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1041** Traktandum 4.6: **Kommission für Tiefbau und Gewässer**

Anstelle von Pirmin Frei sel. soll für die CVP-Fraktion neu Kurt Balmer in die Kommission für Tiefbau und Gewässer gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1042** Traktandum 4.7: **Ad-hoc-Kommission betreffend Finanzen 2019 − Gesetzesänderungen**

Anstelle von Silvia Thalmann soll für die CVP-Fraktion neu Thomas Meierhans in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Anstelle von Pirmin Andermatt soll für die CVP-Fraktion neu Laura Dittli in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Thomas Meierhans** erinnert daran, dass in der letzten Kantonsratssitzung die Ad-hoc-Kommission «Finanzen 2019» bestellt wurde. Es gefällt dem Votanten überhaupt nicht, wie im Anschluss daran die Terminfindung für die Sitzungen dieser Kommission abgelaufen ist. Er fragt sich sogar, ob da alles rechtens vor sich ge-

gangen sei. Der Termin wurde hin und her geschoben. Der Kommissionspräsident fährt bald in die Ferien, weshalb alles auf diese Ferienabwesenheit ausgerichtet werden musste. Man sollte sich eigentlich nicht für das Präsidium einer Kommission melden, wenn man weiss, dass man in Kürze in die Ferien fährt. Der Votant möchte jedoch hauptsächlich auf die folgenden zwei Punkte aufmerksam machen:
• Wenn bei der Terminsuche einzelne Kommissionsmitglieder gezielt telefonisch angerufen werden, andere hingegen nicht, stellt sich die Frage, ob das korrekt sei oder nicht.
• Auch bei der Kommission zur Vorberatung der Revision des Denkmalschutzgesetzes soll ein Termin, der im Anschluss an die Kommissionsbestellung abgemacht worden war, einen Tag später einfach um einen Tag verschoben worden sein. So etwas darf in Zukunft nicht mehr vorkommen.

**Hubert Schuler** ist Präsident der Ad-hoc-Kommission «Finanzen 2019». Er bestätigt, dass die Terminfindung eine Zangengeburt war. Daraus nun irgendetwas ableiten zu wollen, ist seiner Meinung nach aber nicht richtig. Der Votant fährt in der Tat nächstens − am kommenden Samstag − in die Ferien. Er hat den Zeitplan für das betreffende Geschäft aber gekannt und ist davon ausgegangen, dass die mit der Finanzdirektion vereinbarten Termine möglich sind. Wenn die Kommissionsmitglieder nicht zur angekündigten Terminabsprache erscheinen, ist es nicht Aufgabe des Kommissionspräsidenten, ihnen nachzulaufen. Und bei der ersten Doodle-Umfrage gab es sehr viele Absagen. Der Votant ist sich bewusst, dass der Kantonsrat ein Milizparlament ist. Auch er selbst ist Milizpolitiker − und er geht trotzdem in die Ferien. Er ist aber überzeugt, dass die Kommission «Finanzen 2019» ab morgen konstruktiv arbeiten und ihre Arbeit termingerecht erledigen kann. Er dankt dem Generalsekretariat der Finanzdirektion für dessen Bemühungen. Er selbst hat mindestens zweieinhalb Stunden lang telefoniert, um Termine zu finden. Dass dann der Finanzdirektor und sein Generalsekretär einzelne Kommissionsmitglieder noch persönlich anriefen, findet der Votant gut, denn es waren nur Einzelne, welchen die Termine nicht passten. Und in diesen Fällen kann man ja gezielt nachfragen, ob und wie Termine verschoben werden können. Das ist eine Dienstleistung, welche die Finanzdirektion für das Milizparlament erbrachte.

Weiter soll anstelle von Thomas Werner für die SVP-Fraktion neu Oliver Wandfluh in die Ad-hoc-Kommission betreffend Finanzen 2019 − Gesetzesänderungen gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**1043 Motion der SVP-Fraktion betreffend transparente Zahlen zu den ausgesprochenen Landesverweisungen und vollzogenen Ausschaffungen im Kanton Zug**
Vorlagen: 2742.1 - 15438 (Motionstext); 2742.2 - 15753 (Bericht und Antrag des Obergerichts).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft den Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich.

**Michael Riboni** spricht für die Motionärin. Am 28. November 2010 haben Volk und Stände mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass kriminelle Ausländerinnen und Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Die eidgenössischen Räte haben diesen Auftrag der Bevölkerung dann aber − einmal mehr, muss man leider sagen − nicht ganz verstanden. Sie haben die Initiative verwässert und in die Ausführungsgesetzgebung die sogenannte Härtefallklausel aufgenommen. Damit können Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härtefälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Die Härtefallklausel ist letztlich also nichts anderes als eine Täterschutzklausel.
Trotz der Verwässerung des Volksentscheids wurde der Bevölkerung eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Statt wie bis anhin 500 soll es neu bis zu 4000 Ausschaffungen krimineller Ausländer pro Jahr geben. Erste Zahlen lassen aber leider auf das Gegenteil schliessen. Im Kanton Neuenburg zum Beispiel wurde seit dem 1. Oktober 2016, also seit Inkrafttreten der Härtefallklausel, bei rund 50 Prozent der Anklagen mit Antrag auf Landesverweisung die Härtefallklausel angewandt. Die gesetzliche Ausnahme, der sogenannte Härtefall, wird also zumindest in der welschen Schweiz bereits zur Regel. Wie es diesbezüglich im Kanton Zug aussieht, ist bis dato unklar. Und genau hier will die vorliegende Motion Transparenz schaffen. Die Zuger Bevölkerung hat ein Anrecht zu wissen, ob und wie scharf die Ausschaffungsinitiative umgesetzt wird, immerhin hat sie diese Initiative mit rund 55 Prozent der Stimmen angenommen.
Die wohlwollende Aufnahme ihres Anliegens durch das Obergericht und die Regierung freut die SVP. Die involvierten Amtsstellen haben offensichtlich eine pragmatische und unbürokratische Lösung gefunden, wie die entsprechenden Zahlen und Angaben transparent und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Die SVP nimmt das Obergericht und die Sicherheitsdirektion beim Wort und geht trotz des auf «als erledigt abschreiben» lautenden Antrags davon aus, dass dieser Auftrag als dauerhaft verbindlich betrachtet wird und die Zahlen nicht bloss für einige Jahre offengelegt werden. Der Votant bittet den Obergerichtspräsidenten, dies auch zuhanden des Protokolls zu bestätigen. Andernfalls sieht sich die SVP-Fraktion gezwungen, einen Antrag auf «als nicht erledigt abschreiben« zu stellen und eine formelle gesetzliche Grundlage zu verlangen.
Im Namen der SVP-Fraktion bittet der Votant den Rat, die Motion erheblich zu erklären und damit Ja zu sagen zu Transparenz im Bereich von Landesverweisung und Ausschaffung − auch wenn dabei vielleicht nicht das rauskommt, was gewisse Exponenten der verschiedenen Parteien der Bevölkerung einmal weisgemacht und versprochen haben.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Auf den 1. Oktober 2016 wurden die Gesetzesbestimmungen zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in Kraft gesetzt. Landesverweisung gibt es also nur für Straftaten, die *nach* dem 1. Oktober 2016 begangen wurden. Es spricht nach Meinung der ALG nichts dagegen, Zahlen zu ausgesprochenen Landesverweisungen und vollzogenen Ausschaffungen offenzu-

legen. Allerdings sind eineinhalb Jahre eine zu kurze Zeit, um seriöse Aussagen machen zu können. Das wird erst in ein paar Jahren möglich sein. Die Zahlen werden dann jene Lücke schliessen, welche schon im Abstimmungskampf um die Ausschaffungsinitiative für viele Irritationen gesorgt hat.
Die erfassten Angaben erlauben auch Rückschlüsse darauf, wie oft und in welchen Fällen die Härtefallklausel angewandt wurde. Die Votantin weist darauf hin, dass die Härtefallklausel nicht vom Amt für Migration angewandt wird, sondern es vielmehr die Gerichte sind, die entscheiden. Sollte bei der motionierenden SVP die Vermutung aufkommen, dass die Richter ihren Ermessensspielraum exzessiv zulasten der Öffentlichkeit nutzen, sei sie daran erinnert, dass sie in den Zuger Gerichten prominent vertreten ist. Und wenn SVP-Richter die Härtefallklausel anwenden, so werden doch Gründe dafür vorhanden sein.
Die ALG unterstützt den Antrag des Obergerichts, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Abschliessend gibt die Votantin noch Folgendes zu bedenken geben: Es darf nicht vergessen werden, dass hinter jeder offengelegten Zahl eine Biografie und hinter jeder Biografie ein Mensch steht. Zahlen sind wichtig, das eigentliche Interesse muss aber den Menschen *hinter* den Zahlen gelten.

**Alois Gössi** teilt mit, dass auch die SP-Fraktion die Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung der Motion unterstützt. Zur Umsetzung der Motionsforderung: Gemäss Vorschlag des Obergerichts soll die betreffende Statistik sowohl auf der Website des Obergerichts als auch auf derjenigen des Amts für Migration publiziert werden. Der Votant schlägt vor, diese Statistik zusätzlich in den jährlichen Rechenschaftsbericht des Obergerichts zu integrieren. So kämen mindestens die Kantonsratsmitglieder automatisch in den Besitz dieser Statistik.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass − wie im Bericht erwähnt − auch in anderen Kantonen und auf Bundesebene ähnliche politische Vorstösse eingereicht wurden. Das Obergericht hat sich gefragt, ob eine kantonale Statistik überhaupt noch notwendig und sinnvoll sei. Der Obergerichtspräsident hat sich Ende Februar 2018 beim Bundesamt für Justiz über den Stand der Dinge erkundigt. Man hat ihm erklärt, das Bundesamt für Statistik werde per Mitte 2018 eine entsprechende Statistik im Internet publizieren. Es handle sich um die erste Statistik über die ausgesprochenen Landesverweisungen und die Fälle, in denen die Härtefallklausel angewandt worden sei. Im Internet werde eine nationale Statistik publiziert; die Zahlen der einzelnen Kantone seien nicht ersichtlich, man könne diese aber beim Bundesamt für Statistik erfragen. Eine zweite Statistik über den zwangsweisen Vollzug von Landesverweisungen und diejenigen Fälle, in denen der Vollzug aufgeschoben wurde, werde voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2019 publiziert. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung einer kantonalen Statistik angezeigt, um dem Anliegen der Motion genügen zu können.
Adressaten des Informations- und Berichterstattungsbegehrens der Motion sind einerseits das Strafgericht und die Strafabteilung des Obergerichts und anderseits der Regierungsrat bzw. das zur Sicherheitsdirektion gehörende Amt für Migration. Das Vorgehen musste zwischen der Sicherheitsdirektion und dem Obergericht abgesprochen werden, und der Obergerichtspräsident dankt der Sicherheitsdirektion für die konstruktive Zusammenarbeit. Die Beteiligten haben sich auf folgendes Vorgehen geeinigt: Das Obergericht übermittelt dem Amt für Migration zu Beginn eines jeden Jahres eine Liste mit allen rechtskräftigen Urteilen des Vorjahres, in denen eine Landesverweisung ausgesprochen oder die Härtefallklausel angewandt wurde. Das Amt für Migration ergänzt dann diese Liste mit dem ausländerrechtlichen Status der betroffenen Personen sowie den Zahlen und Angaben zu den vollzogenen

und den aufgeschobenen Ausschaffungen. Die anonymisierte und zusammengefasste Liste mit sämtlichen in der Motion verlangten Informationen kann ab 2019 auf den Websites des Obergerichts und des Amtes für Migration publiziert werden. Nach Ansicht der Beteiligten ist diese Art der Publikation die beste und kundenfreundlichste. Zum Vorschlag von Alois Gössi, die Zahlen auch im Rechenschaftsbericht des Obergerichts zu publizieren, ist darauf hinzuweisen, dass dieser nicht mehr gedruckt, sondern nur noch im Internet aufgeschaltet wird. Man wird die Statistik also auf jeden Fall auf der Website suchen müssen. Es ist vor diesem Hintergrund einfacher und kundenfreundlicher, wenn man auf der Website direkt − ohne den Umweg über den Rechenschaftsbericht − zur Statistik gehen kann.
Vor zwei Tagen hat Michael Riboni den Obergerichtspräsidenten kontaktiert und gefragt, ob die Motion wirklich als erledigt abgeschrieben werden könne, wie sichergestellt werde, dass die entsprechenden Zahlen künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, und ob es hierfür keine formelle gesetzliche Grundlage brauche. Der Obergerichtspräsident ist noch nicht sehr erfahren in politischen Geschäften, und seit seiner Anwaltsprüfung sind auch schon einige Jahre vergangen, er meint aber, dass die Motion mit der Erheblicherklärung zu einem verbindlichen Auftrag wird, den das Obergericht und die Sicherheitsdirektion in der beschriebenen Art und Weise umzusetzen und zu erfüllen haben − was auch in der Geschäftsordnung des Kantonsrats unter § 43 Abs. 1 im letzten Satz steht: «Eine erheblich erklärte Motion ist verbindlich.»
Im Zusammenhang mit der Statistik weist der Obergerichtspräsident nochmals darauf hin, dass nur Delikte, die nach dem 1. Oktober 2016 begangen wurden, betroffen sind, die Zahlen also noch nicht sehr gross sein können. Zudem wird die Zahl der ausgesprochenen Landesverweisungen und der vollzogenen Ausschaffungen wohl nie oder höchstens zufällig identisch sein. Der Vollzug der Landesverweisungen erfolgt zwangsläufig zeitverschoben, weshalb die vollzogenen Ausschaffungen allenfalls erst in der Statistik des Folgejahrs oder noch später ersichtlich sind.
Abschliessend hält der Obergerichtspräsident fest, dass mit der vorgeschlagenen Lösung das Anliegen der Motion erfüllt werden kann. Das Obergericht stellt deshalb den Antrag, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend erheblich und schreibt sie als erledigt ab.

TRAKTANDUM 6

**1044 Motion der CVP-Fraktion betreffend Immobilienstrategie**

Vorlagen: 2827.1 - 15681 (Motionstext); 2827.2 - 15756 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2827.a/b/c/d/e/f/g/h/i - 15756 (Beilagen).

**Thomas Meierhans** dankt namens der Motionärin dem Regierungsrat für den Bericht und die ausführlichen Unterlagen. Die Zeit vergeht unheimlich schnell, und als aussenstehender Betrachter hat man das Gefühl, dass sich bezüglich der Immobilien im Besitz des Kantons nichts bewegt und ein Wirrwarr herrscht. Die nun vorliegenden Unterlagen geben einen guten Überblick, was der Regierungsrat wann und wo vorhat. Man erkennt, wie er die Immobilien, die einen wesentlichen Teil des Kantonsvermögens ausmachen, unterhält und bewirtschaftet.
Die CVP-Fraktion stellte die Frage, ob das Hochbauamt den Aufgaben und Herausforderungen gewachsen sei. Dank des regierungsrätlichen Berichts kann man nun sagen, dass die Verfahren gut sind. Die CVP ist jetzt überzeugt, dass das Hochbauamt mit seiner Portfoliostrategie, einem Qualitätsmanagement und der Software

Stratus gut arbeitet und gewappnet ist. Die Zustandsbewertung der 133 kantonalen Objekte und eine daraus resultierende Instandhaltungs- und Instandsetzungsstrategie sind vorhanden und werden mit geschultem Personal gelebt. Die CVP-Fraktion sieht keinen zusätzlichen Handlungsbedarf und ist der Meinung, dass der Job gut gemacht wird.
Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen wurde der Unterhalt der kantonseigenen Liegenschaften zurückgefahren. Das ist vertretbar. Bezüglich des Werterhalts möchte der Votant aber zwei Beispiele erwähnen, von denen er hofft, dass es nicht zu bösen Überraschungen kommt:
• Die Sanierung der Kantonsschule Zug ist unter den Investitionsprojekten für 2025 aufgeführt. Das Gebäude ist aus heutiger Sicht energetisch eine Katastrophe und steht zusätzlich unter Denkmalschutz. Hoffentlich kann dieses Gebäude mit einem vernünftigen Aufwand saniert werden. Aus Sicht des Energieverschleisses müsste die Sanierung viel früher an die Hand genommen werden.
• Dasselbe gilt für das Gebäude der Steuerverwaltung an der Bahnhofstrasse.
Sicher ist, dass der Werterhalt der kantonalen Immobilien viel Geld kosten wird.
Zur übergeordneten Immobilienstrategie: Der Rat weiss nun Bescheid über die Strategie und den Ablauf der Nutzungen. Es gilt jedoch festzuhalten, dass eine Strategie mit grossen Abhängigkeiten gewählt wurde. Wie der Regierungsrat selber erwähnt, dreht sich alles um das Areal des ehemaligen Kantonspitals. Und die Befürchtung des Votanten ist wohl berechtigt, wenn er sagt: Hoffentlich wird mit den vielen Zwischennutzungen aus dem alten Kantonspital kein Providurium. Denn dieses Areal ist eine Perle im Immobilienportfolio des Kantons. Die CVP versteht das Argument, dass mit der gewählten Immobilienstrategie auf teure, zusätzlich erstellte Provisorien verzichtet werden kann, und sie begrüsst dies im Grundsatz. Trotzdem muss am Schluss sehr vieles stimmen, dass diese eher riskante Strategie aufgeht.
Hinsichtlich der in der Strategie aufgeführten Immobilien im Finanzvermögen begrüsst es die CVP, dass der Kanton hier nichts verkaufen, sondern − wenn schon − im Baurecht weitergeben will. Es bedarf wohl noch einer ausführlichen politischen Diskussion, was mit den Reserven geschehen soll. Für die CVP sind die Aussagen über das Areal Hinterberg in Steinhausen oder das Gaswerkareal in Zug etwas schwammig. Reserven wofür? Hier fragt es sich, warum der Regierungsrat nicht auch in Betracht zieht, Land im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften abzugeben. Denn Wohnungen sind im Kanton Zug mit seinen unzähligen Arbeitsplätzen immer noch Mangelware. So kommt es, dass junge Zugerinnen und Zuger aus dem Kanton wegziehen müssen, weil sie einfach keine Wohnung finden.
Abschliessend dankt der Votant im Namen der CVP-Fraktion nochmals für den gut zusammengefassten Bericht. Die CVP-Fraktion wird dem Antrag auf Erheblicherklärung und gleichzeitiger Abschreibung der Berichtsmotion zustimmen.

**Andreas Hostettler** spricht für die FDP-Fraktion. Der Bericht der Regierung vermittelt den Eindruck, dass die Verfasser der verschiedenen Textteile richtig Freude an der Beantwortung hatten. Sie konnten aus dem Vollen schöpfen und aufzeigen, was alles schon aufgegleist, geplant und dann auch umgesetzt wurde. Das gilt für die Einführung der Software Stratus, wobei eine Software alleine allerdings noch keine Lösung, jedoch − als Arbeitsinstrument eingesetzt − ein tolles Werkzeug ist und Wirkung zeigt. Es wurde auch eine Immobilien- und Portfoliostrategie entwickelt und umgesetzt. Entsprechend selbstbewusst und begründet kommt der Schlusssatz des Berichts daher: «Derzeit [besteht] weder im Bereich der Immobilienstrategie noch bei Arealentwicklungen noch im Hochbauamt irgendwelcher Handlungsbedarf.»

Der Votant dankt der CVP-Fraktion, dass sie es dem FDP-Regierungsrat ermöglicht hat, seine gute Arbeit vorstellen zu dürfen − und Philip C. Brunner die Möglichkeit gibt, darauf hinzuweisen, dass vieler dieser Ideen vom früheren Baudirektor aufgegleist wurden. Er selbst möchte kurz auf einzelne Themen hinweisen:
• Reservegebiete heissen so, weil sie in Reserve sind. Das gilt auch für Geld. Wenn Geld auf dem Konto für den nächsten Autokauf eingeplant ist, dann ist es keine Reserve mehr. Reserven sind dazu da, um im richtigen Moment handlungsfähig zu sein, allenfalls auch für spätere Generationen.
• Stratus zeigt auf, dass sich beim Unterhalt ein Investitionsstau aufbaut. Dies ist jedoch begründet und vom Parlament so gewollt. Hier tun die Fachleute gut daran, den Kantonsrat rechtzeitig darauf hinzuweisen, dass wieder mehr Geld investiert werden muss.
• Es ist der Baudirektion sicher bewusst, dass sie motiviert und engagiert an diesen Themen dranbleiben muss. Denn die Herausforderungen im dynamischen Kanton Zug werden nicht kleiner werden.
In diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion die Anträge der Regierung.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG-Fraktion. Der Bericht des Regierungsrats ist eine Aufzählung der Hochbauprojekte, die in Bearbeitung sind. Die ALG-Fraktion vermisst aber eine Priorisierung. Diese wäre von Bedeutung für die Investitionsplanung bis 2025. Zudem fragt sich die ALG, warum eine Totalsanierung des Theilerhauses in Zug nicht längst angepackt wurde, da dieses schon jahrelang leer steht und baulich in einem sehr bedenklichen Zustand ist. Ebenso schiebt die Regierung das Durchgangsheim für Asylbewerber in Steinhausen auf die lange Bank. Dieses ist seit 1993 nur ein Provisorium und weist schon lange erhebliche Mängel auf. Je länger es aber dauert, bis dieser Neubau angepackt wird, desto länger ist auch das Areal des ehemaligen Kantonsspitals in Zug besetzt, da es während der Bauzeit als Provisorium dient. Weiter wird dieses Areal während der Sanierungsarbeiten an der Hofstrasse als Drehpunkt benötigt. Doch wann ist das ehemalige Kantonsspital kein Provisorium mehr?
Die ALG kann die Instrumente zur Umsetzung der Immobilienstrategie an sich nachvollziehen. Dass aber die Portfoliostrategie in der alleinigen Kompetenz des Hochbauamts liegt, wirft Fragen auf. Sollte diese Kompetenz nicht in den Händen der Gesamtregierung liegen?

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Diese hat den interessanten Bericht zur Immobilienstrategie des Kantons zur Kenntnis genommen. Erstaunt hat sie, dass es eine solche Strategie, die aus den Elementen «Leitsätze», «Strategische Ziele/ Teilziele», «Strategische Initiativen» und «Einbezug» besteht, erst seit rund zehn Monaten gibt: Sie wurde im Juni 2017 vom Baudirektor verabschiedet. Die Frage, wie und mit welchen Zielsetzungen im Immobilienbereich der Kanton vor Juni 2017 langfristig plante, will die SP hier lieber nicht stellen.
Die Immobilienstrategie soll mittels Portfolio- und Objektstrategie umgesetzt werden. Daraus ergeben sich Fünfjahresplanungen resp. die jährlichen Budgets. Für den Votanten machen die Immobilienstrategie und die Massnahmen zu deren Umsetzung, die der Regierungsrat in seinem Bericht aufzeigt, Sinn. Einige Punkte möchte er aber herausgreifen:
• Abgabe von unbebauten Grundstücken im Finanzvermögen, die nicht zur strategischen Reserve gehören, im Baurecht, was zu regelmässigen Erträgen in der Form von Baurechtszinsen führt: Die SP begrüsst diese Massnahme. Es soll aber nicht in allen Fällen versucht werden, einen möglichst hohen Baurechtszins zu erhalten. Vielmehr kann und soll mit der Abgabe von Land im Baurecht an Wohnbaugenossen-

schaften auch der preisgünstige Wohnungsbau unterstützt werden. Denn preisgünstige Wohnungen sind im Kanton Zug nach wie vor Mangelware. Diese Form von Unterstützung wird gemäss Wohnbauförderungsgesetz vor allem von den Einwohnergemeinden erwartet. Das soll den Kanton aber nicht hindern, es ebenfalls zu tun. Der Votant begrüsst es, dass die CVP das gleich sieht.
• Der Unterhalt der kantonalen Liegenschaften bereitet dem Votanten Sorge. Der Regierungsrat hat sich hier für ein Szenario «reduziert» ausgesprochen, dies − verständlicherweise − vor allem aufgrund der aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen. Der Votant ist aber der Meinung, dass nun wieder auf «ausreichend» gewechselt werden sollte. Ein vernachlässigter Unterhalt von Gebäuden − auch wenn der Regierungsrat von «reduziert» spricht − rächt sich früher oder später: Die Gesamtkosten für den Unterhalt werden schlussendlich nicht geringer, sondern eher höher.
• Chamau: Es wird im Bericht zwar nicht erwähnt, aber der Regierungsrat scheint nicht zu wissen, was er bezüglich Chamau machen will. Die geplante Unterbringung von Asylbewerbern war bekanntlich ein Flop, nachdem die Anwohner unnötigerweise aufgeschreckt worden waren. Wie geht es hier weiter?
• Die Planungen für das Areal des ehemaligen Kantonsspitals machen aus Sicht der SP-Fraktion Sinn, auch wenn es halt ein bisschen länger dauert, bis es zur beabsichtigten Überbauung kommt. Aber die Überbrückungen mit dem kantonalen Bedarf gehen sinnvollerweise vor.
• Strategische Reserven, beispielsweise Gaswerkareal in Zug (rund 12'000 Quadratmeter) oder Hinterberg in Steinhausen (rund 26'000 Quadratmeter): Gibt es − auch wenn diese Areale als «strategische Reserve» bezeichnet werden − einen Zeithorizont, bis wann die Entwicklung dieser Gebiete erfolgen soll?
Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag, die Motion erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

**Nicole Zweifel** hält fest, dass die CVP-Fraktion in ihrer Motion vom Februar 2018 die Frage stellte, ob seitens des Kantons Zug die notwendigen Grundlagen und Ressourcen für eine zeitgemässe Bewirtschaftung der kantonalen Immobilien vorhanden seien. Der Bericht des Regierungsrats zeigt eindrücklich, dass dem so ist. Die kantonale Immobilienstrategie ist bis auf die Einzelobjekte hinunter durchdacht, und die notwendigen Finanzmittel sind in die mehrjährige Investitionsplanung eingeflossen. Die erarbeiteten Grundlagen von der bautechnischen Beurteilung über die Beurteilung der Nutzungsmöglichkeiten und Flächennutzungskoeffizienten hin zu einer klaren Ausrichtung pro Teilportfolio und einer klaren Immobilienstrategie sind vorbildlich aufgebaut sowie transparent und nachvollziehbar. Mit einem Portfoliowert von rund 750 Millionen Franken erreicht der Bestand der kantonalen Immobilien eine Dimension, die nicht wesentlich grösser ist als diejenige grosser Städte in der Schweiz. Eine derart konsistent aufgebaute Immobilienstrategie wird aber bei weitem nicht in allen derartigen Städten und wohl auch in einigen grösseren Kantonen nicht zu finden sein. Die Situation in mittelgrossen Gemeinden mit vielleicht einem Viertel des Portfolios sieht erfahrungsgemäss weitaus schlechter aus: Oft gibt es nicht einmal eine Immobilienstrategie oder eine Zustandsbewertung der Immobilien. Der Kanton Zug ist mit seiner Immobilienstrategie gut aufgestellt und kann auch seinen Gemeinden als Vorbild dienen.
Was den Grünliberalen aber zu denken gibt, ist die Tatsache, dass sich der durchschnittliche Zustand des Portfolios über die Jahre hinweg laufend verschlechtert hat und weiter verschlechtern wird und der Investitionsstau sich vergrössern wird. Geschuldet ist dies den − notwendigen − Sparbemühungen des Kantons. Zwar hat die Baudirektion auch hier ein gezieltes Vorgehen entwickelt, um den Schwerpunkt der Investitionen dort zu setzen, wo die höchsten Prioritäten liegen. Doch ist dies

nachhaltig? Die Immobilien des Kantons sind gemäss Bericht zu 97 Prozent sogenanntes Verwaltungsvermögen, also Gebäude, die es unmittelbar für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben braucht, für die also auch kein Markt und keine Verkaufsmöglichkeit besteht: Sie sind schlicht und einfach nötig – und müssen erhalten werden. Ob hier der richtige Ort zum Sparen ist, sollte der Kantonsrat in der nächsten Budgetdebatte gut überlegen. Denn aufgeschobene Investitionen sind eben nicht aufgehobene Investitionen. Und die erforderlichen Mittel zur Behebung eines Investitionsstaus werden mit dem Hinausschieben der Investition nicht geringer, sondern aufgrund des nichtlinearen Wertverlusts der Bauten leider überproportional grösser.
In diesem Sinne danken die Grünliberalen für die Beantwortung der Motion und schliessen sich den Anträgen des Regierungsrats an.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, weist darauf hin, dass die Immobilienstrategie auf Anstoss der Stawiko entwickelt wurde. Sie ist dankbar für den Bericht des Regierungsrats, und sie dankt der CVP-Fraktion für deren Vorstoss. Der Bericht des Regierungsrats wird die Stawiko in ihrer Arbeit begleiten und dort noch vertieft diskutiert werden. Und selbstverständlich werden die Stawiko-Delegationen die Entwicklung der Projekte im Rahmen ihres Auftrags verfolgen und überwachen. Die Stawiko wird die Realisierung der einzelnen Projekte – wenn diese spruchreif sind und die Vorlagen auf dem Tisch liegen – fundiert prüfen, und sie wird aufgrund der finanziellen Möglichkeiten entscheiden.

**Philip C. Brunner** dankt der CVP-Fraktion ebenfalls für ihren Vorstoss und dem Regierungsrat für die Ausführungen. Er möchte auf das Thema «Büroraumplanung» hinweisen. Im regierungsrätlichen Bericht steht wenig dazu. Der Votant möchte dem Regierungsrat aber beliebt machen, dieses Thema in Zusammenhang mit der Planung des ZVB-Areals genau zu studieren. Es muss angedacht werden, die kantonale Verwaltung auf dem ZVB-/RDZ-Areal zu zentralisieren. Der betreffenden Vorlage lässt sich entnehmen, dass im RDZ-Areal lediglich 200 Arbeitsplätze geplant sind, wobei nicht gesagt wird, wer diese Büros beziehen soll. Dazu sollten sich auch die Kommissionen, an welche dieses Geschäft heute überwiesen wurde, Gedanken machen. Heute sind verschiedene kantonale Amtstellen irgendwo eingemietet: die Sicherheitsdirektion an der Baarerstrasse, die Finanzdirektion in den Luxusbüros in der Eichstätte, dazu kommen Büros an der Neugasse 1 und weitere. Wenn man im ZVB-Areal, in dessen unmittelbarer Nähe sich ja heute schon Verwaltungs- und Gerichtsgebäude befinden, derart viel Geld in die Hand nimmt, sollte man eine Zentralisierung der Verwaltung zumindest genau untersuchen bzw. den Kantonsrat über die entsprechenden Überlegungen informieren. Das ist nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine strategische Frage.

**Beat Villiger** spricht als stellvertretender Baudirektor. Die vorliegende Immobilienstrategie ist ein wichtiges Grundlagenpapier nicht nur in Zusammenhang mit dem Verwaltungsvermögen, sondern auch mit dem freien Finanzvermögen. Und auch wenn diese Strategie in der Zuständigkeit der Baudirektion liegt, so befasst sich doch auch der Gesamtregierungsrat im Rahmen grösserer Planungen oder des Budgetprozesses immer wieder damit.
In der Motion wurde die Frage nach der optimalen Bewirtschaftung der Immobilien, der zielgerichteten Planung, der genügenden Instandhaltung der Bauten und der entsprechenden Professionalität in der Baudirektion gestellt. Der stellvertretende Baudirektor dankt dem Kantonsrat für die positive Aufnahme des Berichts: Verschiedene Votanten haben festgehalten, dass die Baudirektion in diesem Bereich gut

aufgestellt sei und gute Arbeit leiste. Zu beachten ist, dass eine Strategie − vor allem im Immobilienbereich − nie in Stein gemeisselt ist. Es gibt politische Unwägbarkeiten, aber auch Einsprache- und Beschwerdeverfahren etc., welche ein angestrebtes Ziel illusorisch machen können. Man hat das etwa beim Areal des ehemaligen Kantonsspitals erlebt, wo die Stadt Zug den Bebauungsplan abgelehnt hat.
Thomas Meierhans hat die Frage des energetischen Zustands der Kantonsschule Zug und der Steuerverwaltungsgebäudes angesprochen. Der stellvertretende Baudirektor geht davon aus, dass dieses Kriterium in die Strategie und die Überlegungen zur künftigen Instandhaltung eingeflossen ist und dass zum gegebenen Zeitpunkt das richtige Vorgehen gewählt wird. Bezüglich des Areals des ehemaligen Kantonsspitals hält er fest, dass dort kein Zeitdruck besteht. Der Kanton kann dieses Areal gut nutzen, die Planung für die künftige Nutzung ist aber wieder aufgegleist: Es läuft ein Architekturwettbewerb, und erste Ergebnisse sollen in nächster Zeit vorliegen.
Fragen bezüglich Finanzvermögen, Abgabe von Bauland im Baurecht, preisgünstigem Wohnungsbau etc. sind bei der weiteren Entwicklung der Immobilienstrategie im Regierungsrat natürlich immer ein Thema. Neben der Abgabe im Baurecht gibt es für den Kanton immer auch die Möglichkeit einer eigenen Überbauung mit anschliessender Vermietung oder Verkauf. Ob die Abgabe im Baurecht zukunftsgerichtet das richtige Instrument ist, muss in jedem Fall neu beurteilt werden.
Die Fragen von Hanni Schriber-Neiger kann der stellvertretende Baudirektor hier nicht im Detail beantworten, aber sie werden bei der Weiterentwicklung der Immobilienstrategie sicher auch geprüft werden müssen. Wie der Stand der Planung im Gaswerkareal ist, kann der Votant im Detail ebenfalls nicht darlegen; der Kantonsrat wird hierzu im Verlaufe des politischen Prozesses die nötigen Informationen erhalten. Zu Nicole Zweifels Bemerkung, dass der Unterhalt der Immobilien vernachlässigt worden sei bzw. werde, hält der stellvertretende Baudirektor fest, dass der Kanton seine Gebäulichkeiten sicher nicht verlottern lässt, den Unterhalts-Level im Rahmen der Sparprogramme aber von «sehr hoch» auf «gut» senken musste. In den nächsten Jahren sind aber − Irrtum vorbehalten − jährlich 15 Millionen Franken an Werterhaltungskosten budgetiert. Dieser Betrag wird anschliessend vermutlich etwas ansteigen, weil ein gewisser Nachholbedarf entsteht.
Die von Philip C. Brunner angesprochene Büroraumplanung ist vor allem im Zusammenhang mit dem VZ3 ein Thema. Gegenwärtig muss das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, dass der Kanton seine Aufgaben erledigen kann. Der Regierungsrat ist aber nach wie vor der Meinung, dass Eigentum vor Miete kommen soll. Daran wird sich die weitere Entwicklung orientieren.
Fazit: Der stellvertretende Baudirektor ist froh über die gute Aufnahme des Berichts. Es wird wahrgenommen, dass erstens eine Strategie vorhanden ist, zweitens die Baudirektion sowohl bezüglich Strategie als auch in der operativen Umsetzung gut aufgestellt ist und hier kompetente Leute am Werk sind, und drittens der Kanton auch bei der Instandhaltung gut zu seinen Liegenschaften schaut. Dafür dankt der stellvertretende Baudirektor.

➔ Der Rat erklärt die Berichtsmotion stillschweigend erheblich, nimmt Kenntnis vom Bericht des Regierungsrats und schreibt die Berichtsmotion als erledigt ab.

TRAKTANDUM 7

**1045 Interpellation der FDP-Fraktion betreffend kosteneffizientester Art einer medizinischen Behandlung**

Vorlagen: 2778.1 - 15557 (Interpellationstext); 2778.2 - 15737 (Antwort des Regierungsrats).

**Cornelia Stocker** spricht für die Interpellantin. Sie dankt der Regierung für die umfassenden Antworten, welche in der FDP-Fraktion gut aufgenommen wurden. Den von der Regierung eingeschlagenen Weg erachtet die FDP als pragmatisch und zielführend. Eine Patentlösung zur Kostendrosselung hat leider niemand. Vieles ist politisch bewusst gewollt und von den einzelnen wirtschaftlichen Profiteuren gesteuert. Umso zuversichtlicher stimmt die Überschrift in der heutigen «Zuger Zeitung», wonach Bewegung in die Sache komme und ein Durchbruch greifbar sei, zumindest was die ambulante und stationäre Finanzierung betrifft.
Das System komplett auf den Kopf zu stellen, wäre eine Illusion. Hartnäckig und in kleinen Schritten für das Machbare zur Kosteneindämmung zu kämpfen, scheint der FDP der zielführendste Weg zu sein. Auf diese Strategie setzt der Regierungsrat. In erster Linie sollen Fehlanreize eliminiert, unzureichende Tarifstrukturen korrigiert und die Effizienzsteigerung ausgelotet werden. Die FDP begrüsst es, dass der Regierungsrat − wie in der Antwort auf Frage 3 ausgeführt − sich offen für die vertiefte Prüfung von neuen Optionen und Massnahmen zeigt. Den ersten Beweis hat er mit der Inkraftsetzung der Liste für ambulante statt stationäre Behandlungen bereits erbracht. Auch die Offenheit dafür, unter dem sogenannten «Experimentierartikel» im Rahmen von Pilotprojekten innovative Massnahmen zu entwickeln und durchzuführen, wertet die FDP positiv.
Das Gesundheitssystem ist eine äusserst komplexe Angelegenheit. Die Prämienlast hat für viele Schweizerinnen und Schweizer das tragbare Mass erreicht bzw. längst überschritten. Immerhin soll positiv erwähnt sein, dass der Kanton Zug im schweizweiten Vergleich bei der sozialpolitischen Wirksamkeit der Prämienverbilligung nachweislich der Spitzengruppe angehört.
Ebenfalls mit der Regierung einig ist die FDP-Fraktion bezüglich der Antwort auf Frage 4: Von einem Systemumbau der obligatorischen Krankenversicherung ohne angemessene Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten für den Kanton ist unbedingt abzusehen. Nur bezahlen zu müssen, ohne ein Mitspracherecht zu haben, geht nicht − der NFA lässt grüssen. Letztendlich liegt es aber an allen, einen kleinen Beitrag zur Kosteneindämmung zu leisten, nämlich indem man nicht wegen jedem *Bobooli* zum Arzt oder in die Notfallaufnahme springt. Das Bewusstsein, dass Eigenverantwortung auch im Gesundheitsbereich gelebt werden darf, ist noch nicht in allen Köpfen angekommen.

**Vroni Straub-Müller** spricht für die ALG-Fraktion. Der Trend zu ambulanten Leistungen wird anhalten. Das ist richtig und gut so, und es entspricht auch dem Bedürfnis eines Grossteils der Bevölkerung: Am Abend nach einem Eingriff wieder im eigenen Bett zu schlafen − das macht der medizinische Fortschritt möglich. Jetzt muss aber auch noch der tarifliche Anreiz richtig gesetzt werden, damit der Trend «Ambulant vor stationär» sich auch ökonomisch entfalten kann.
Eine Studie der PWC zeigt es klar und schonungslos auf: Die Tariflandschaft im ambulanten Bereich ist im Umbruch, der Trend zu ambulanten Leistungen ist nicht zu stoppen. Die ALG fordert den Gesundheitsdirektor auf, sich in den nationalen Gremien dafür einzusetzen, dass die Interessen aller − also von Patientinnen und Patienten, Prämien- und Steuerzahlern, Versicherern, Ärzten und Leistungserbringern − gleichermassen in die Diskussionen einfliessen können. Tragbare Lösungen

können nur gemeinsam gefunden werden. Solange zum Beispiel ein Arzt oder eine Ärztin bei einem Kaiserschnitt deutlich mehr verdient als bei einer normalen Geburt, obwohl diese mehrere Stunden dauern kann und ein Kaiserschnitt in zehn Minuten gemacht ist, werden die Kaiserschnittraten und damit die Kosten weiter steigen. Das ist nur *ein* Beispiel von verschiedenen Fehlanreizen. Ein weiteres Beispiel aus der Praxis, von der Votantin in ihrer Praxis mit eigenen Ohren gehört: Die Geburt bei einer Mehrgebärenden verlief schnell und komplikationslos. Als Hebamme informierte die Votantin den Arzt, dass das Kind da sei und es allen wunderbar gehe – und sie entschuldigte sich sogar, dass sie ihn nicht mehr rechtzeitig habe rufen konnte. Die Frau war privat versichert. Am Morgen darauf hörte die Votantin den Arzt sagen, dass er dann halt nächste Woche ein oder zwei eigentlich unnötige Curettagen, also Ausschabungen der Gebärmutter, durchführen werde, dann habe er das in der Nacht entgangene Honorar wieder drin. Solange es solche Fehlanreize gibt, laufen viele Bemühungen um Kosteneinsparungen ins Leere.

**Iris Hess-Brauer** spricht für die CVP-Fraktion. Fragen zu den Gesundheitskosten, wie sie die FDP-Fraktion in ihrer Interpellation gestellt hat, sind ein Dauerbrenner und verdienen die notwendige Aufmerksamkeit. Von den stetig steigenden Kosten im Gesundheitssystem sind alle direkt oder indirekt betroffen. Andererseits sind bei einschneidenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen aber auch alle froh, wenn sie auf eine gut funktionierende Gesundheitsversorgung zurückgreifen dürfen, die Untersuchungen und Behandlugen innert nützlicher Frist garantiert. Das gut ausgebaute Gesundheitssystem mit den angebotenen Leistungen verursacht aber auch Kosten, die es stetig zu hinterfragen gilt.
Wie in der Antwort des Regierungsrats auf Frage 1 steht, werden seit Januar 2018 verschiedene Operationen ambulant statt stationär vorgenommen. Das ist ein erster, nachvollziehbarer Schritt, wie Kosten eingespart werden könnten. Ob diese Massnahme kurz- und mittelfristig zum erwünschten Ergebnis führt, wird sich allerdings erst noch weisen. Es gilt zu beachten, dass die Kliniken in den letzten Jahren viel in ihre Privatabteilungen investiert haben, da für Patienten mit Zusatzversicherungen lukrative Verrechnungen gemacht werden dürfen. Wenn nun angestrebt wird, die Zahl der ambulanten Eingriffe signifikant zu steigern – was grundsätzlich wünschenswert ist –, muss damit gerechnet werden, dass die Kliniken zusätzlich in ihre Infrastruktur investieren müssen. Es wird also nur eine künftige Vollkostenrechnung Aufschluss geben, ob der ambulante Eingriff günstiger ist als der stationäre.
Der Regierungsrat zeigt Optionen auf, wie die Kosten im Gesundheitswesen eingedämmt und der jährliche Anstieg der Prämienkosten gebremst werden könnten. Die Finanzierung des Gesundheitssystems ist nun mal sehr komplex und sehr vielschichtig. Mit einzelnen Massnahmen wie «Ambulant vor stationär», der Verbesserung der Tarifsysteme und der Prüfung der medizinischen Leistungen können in kleinen Schritten sicher Verbesserungen erreicht werden. Zu unterstützen ist auch die Einführung eines «Experimentierartikels», welcher erlauben würde, im Rahmen von Pilotprojekten innovative Massnahmen zu entwickeln und durchzuführen. Alsdann könnten die Erfahrungen und Impulse aus den verschiedenen Kantonen in die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens einfliessen. Dabei könnte vorübergehend eine eigentliche Denkfabrik für Verbesserungen im nationalen Gesundheitswesen eingeführt werden.
In der Antwort auf Frage 4 bezüglich fairstem Finanzierungsmix auf kantonaler und nationaler Ebene äussert sich der Regierungsrat folgendermassen: Man muss sich grundsätzlich überlegen, welcher Teil der Gesundheitsausgaben mittels Steuern und welcher Teil individuell über Kopfprämien finanziert werden soll. So sollen ge-

mäss Regierungsrat Ansätze forciert werden, welche zu einer Kostendämpfung führen. Dies ist begrüssens- und unterstützenswert.
Nicht zuletzt setzt die CVP mit ihrer Volksinitiative «Für tiefere Prämien − Einführung einer Kostenbremse im Gesundheitswesen» ein wichtiges Zeichen. Eine einheitliche Finanzierung stationärer und ambulanter Massnahmen macht Sinn und führt zu optimalen Behandlungsprozessen. Die auszuhandelnden Tarife sollen eine *optimale* und nicht die *maximale* Betreuung finanzieren. Es soll keine Kostenverlagerung zwischen Krankenkassen und Kantonen geben. Tiefere Preise für neue und innovative Medikamente sowie die Transparenz und Verbindlichkeit von Indikations- und Ergebnisqualität sollen mehr gewichtet werden. Viele dieser Massnahmen sind bekannt, es fehlt aber an der konsequenten Umsetzung. Der Druck auf die Kosten im Gesundheitswesen sollte nun endlich zu Handlungen führen.
Die CVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen. Sie wird die Regierung bei der Umsetzung der einen oder anderen nachhaltigen Massnahme wirkungsvoll unterstützen.

**Manuel Brandenberg** fällt bei dieser Debatte ein Tabu auf. Alle sprechen von den hohen Kosten im Krankenversicherungswesen. Die nächstliegende und nur wenig Denkfabrik-Arbeit erfordernde Idee, wieder zu jenem System zurückzukehren, das bis 1996 galt und nur die Hälfte kostete, findet man in der Debatte allerdings nirgends. Dabei wäre es doch das Nächstliegende, den Zwang, eine Krankenversicherung haben zu müssen, zu überdenken. Denn es ist klar: Wer eine Versicherung hat bzw. haben muss, will diese auch ausnützen. Das ist normal. Wenn man aber keine Versicherung haben muss und vielleicht auch keine hat, wird man mit Sicherheit nicht so intensiv von medizinischen Angeboten Gebrauch machen, wie wenn man eine Zwangsversicherung hat. Der Kantonsrat hat es übrigens vor einigen Monaten versäumt, eine von der SVP-Fraktion vorgeschlagene Standesinitiative nach Bern zu schicken, die genau das verlangt hätte: zu prüfen, ob der Versicherungszwang für den einzelnen Bürger wieder aufgehoben werden soll. Natürlich müsste diese Lösung mit sozialen Korrektiven verbunden sein, wie es sie auch bis 1996 schon gab, so dass Leute, die krank sind und keine Versicherung haben, trotzdem ärztliche Hilfe bekommen.
Es wäre wichtig, über eine solche Lösung nachzudenken − und genau diesen Ansatz vermisst der Votant in der Debatte. Offenbar wird mit dem heutigen System zu viel Geld verdient, weshalb man ein Denktabu vorzieht.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** dankt für die positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Er dankt der FDP-Fraktion für die Interpellation, welche dem Regierungsrat die Möglichkeit gab, seine Überlegungen zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen vorzulegen.
Die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und der Anstieg der Krankenkassenprämien ist eines der politischen Schlüsselthemen der nächsten Jahre, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf kantonaler und sogar auf gemeindlicher Ebene. Es werden im Moment sehr viele Vorschläge in die Diskussion eingebracht. Von Anwälten hat der Gesundheitsdirektor gelernt, auch in der Politik die Frage «Cui bono?» zu stellen: Wem dient es? Wenn man bei den vielen Vorschlägen zum Gesundheitswesen diese Frage stellt, ergeben sich oft interessante Schlüsse. Das gilt auch für die Fragestellung der FDP-Fraktion bezüglich einer einheitlichen Finanzierung der medizinischen Leistungen: Die Frage «Wem dient es?» bzw. «Wem dient es nicht?» zeigt sehr schnell auf, wie die Fronten verlaufen. Die Frage der einheitlichen Finanzierung beschäftigt im Moment das nationale Parlament stark. Und wenn die Kantone nicht sagen können, dass eine bestimmte Lösung auch ihrer Be-

völkerung diene, ist das auch eine Aussage über die Lösung selbst. Und die Kantone und Gemeinden sind − so glaubt der Gesundheitsdirektor − die einzigen Beteiligten im Gesundheitswesen, welche die Frage «Cui bono?» mit Blick auf den Bürger stellen. Kantone und Gemeinden müssen die Massnahmen im Gesundheitswesen sowohl bezüglich Qualität als auch Kosten immer vor dem Bürger legitimieren, was bei vielen anderen Beteiligten im Gesundheitswesen nicht der Fall ist. Der Gesundheitsdirektor plädiert deshalb dafür, dass die Kantone im Gesundheitswesen weiterhin eine wichtige Rolle spielen und die Finanzierung nicht an andere Beteiligte abgetreten wird, welche sich nicht täglich der Frage nach dem Nutzen für den Bürger stellen müssen. Im Kanton Zug geht es bei der einheitlichen Finanzierung immerhin um rund 100 Millionen Franken, die − je nach System − jährlich den Krankenkassen überwiesen werden müssten. Und da wehrt sich der Regierungsrat dagegen, dies ohne Steuerungsmöglichkeiten tun zu müssen.
Der Regierungsrat stellt sich ständig der Frage der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und prüft laufend Massnahmen. Eine Schlüsselmassnahme gibt es allerdings − wie bereits gesagt wurde − nicht; wenn es sie gäbe, hätte man sie schon längst ergriffen. Es braucht deshalb eine ständige Prüfung und das ständige Arbeiten an Massnahmen, die zur Eindämmung des Kostenwachstums beitragen. Der Kanton Zug hat schon vieles getan. Im Moment arbeitet die Gesundheitsdirektion − wie beschrieben − daran, welche von den vielen Massnahmen, die vom Bund für die Kantone geprüft werden, sowie welche eigenen Ideen in den nächsten Jahren prioritär behandelt werden sollen. Es gilt aber auch festzuhalten, dass es in der Gesundheitspolitik nicht nur um die Kosten, sondern auch um eine ausgezeichnete Qualität der Gesundheitsversorgung geht. Die hohe Qualität ist ein Anspruch, den die Bürgerinnen und Bürger zu Recht haben und den die Politik einlösen muss. Und eine qualitativ ausgezeichnete Gesundheitsversorgung ist nicht immer teurer, entscheidend ist die richtige Umsetzung.
Der Gesundheitsdirektor dankt insbesondere der FDP-Fraktion für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort. Cornelia Stocker hat zu Recht festgehalten, dass es keine Patentlösung gibt. Der Hinweis auf den «Experimentierartikel» ist wichtig, denn genau dort liegen die Chancen für die Kantone, nämlich sich als Labor für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens zu verstehen. Der Regierungsrat wird sich bemühen, die Chancen Zug-typisch zu nutzen. Zug hat als kleiner Kanton andere Chancen als die grossen Kantone, und der Regierungsrat wird sich vertieft damit befassen. Der Gesundheitsdirektor teilt die Meinung von Cornelia Stocker, dass die Eigenverantwortung der Patientinnen und Patienten ein wichtiger Aspekt bei der Kostenentwicklung ist. Selbstverständlich macht sich die Gesundheitsdirektion Überlegungen dazu, wie die Eigenverantwortung gefördert werden kann. Es ist wichtig, dass die Politik immer wieder darauf hinweist, dass Kosten auch durch Anspruchshaltungen von Patientinnen und Patienten entstehen.
Vroni Straub-Müller hat darauf hingewiesen, dass die Tarifanreize oft fragwürdig seien. Der Gesundheitsdirektor dankt für das Beispiel von der Geburt. Tatsächlich verteuern unzählige fragwürdige Anreize das Gesundheitswesen, und man muss auch dort ansetzen. Die Gesundheitsdirektion bemüht sich, gemeinsam Lösungen zu finden. Frontstellungen führen letztlich nur zu Blockaden, welche Lösungen verunmöglichen. Leider sind sie im Gesundheitswesen sehr verbreitet.
Iris Hess-Brauer hat zu Recht die Wichtigkeit eines gut ausgebauten Gesundheitswesens betont und auch erwähnt, dass der Kanton Zug diesbezüglich glücklicherweise gut aufgestellt sei. Es ist in der Tat so, dass in den nächsten Jahren Investitionen in die Infrastruktur für ambulante Eingriffe nötig werden. Der Gesundheitsdirektor ist gespannt, wie die Leistungserbringer mit dieser Situation umgehen werden. Die Kosten werden beträchtlich sein, und es wird tatsächlich die Gesamt-

rechnung gemacht werden müssen. Der Gesundheitsdirektor ist aber froh, dass die Leistungserbringer durch «Ambulant vor stationär» gezwungen sind, in Effizienz investieren zu müssen, also nicht in irgendwelche Ausbauten, die nicht der Effizienz und der Qualität des Eingriffs dienen.
Schliesslich hat Manuel Brandenberg einen weiteren Aspekt eingebracht, über den der Kantonsrat allerdings bereits früher diskutiert hat. Der Gesundheitsdirektor geht deshalb nicht näher darauf ein, möchte aber doch vor der Illusion warnen, dass die Kostenentwicklung durch einen grundlegenden Systemwechsel stark gebremst werden könnte. Systeme, die ohne Krankenversicherungszwang auskommen, sind nicht zwangsläufig günstiger für die Patientinnen und Patienten bzw. für den Staat. So haben die USA ohne diesen Zwang die höchsten Gesundheitskosten. Letztlich muss die Politik über diese Frage entscheiden. Natürlich gibt es auch Wege ohne Krankenkassenobligatorium, der Gesundheitsdirektor plädiert aber für die Beibehaltung der heutigen Lösung.
Abschliessend dankt der Gesundheitsdirektor dem Rat auch dafür, dass er sich gemeinsam mit dem Regierungsrat in den nächsten Jahren für ein gutes Gesundheitssystem, aber auch für eine vernünftige Prämienentwicklung einsetzt.

Es fällt **Hubert Schuler** auf, dass viel davon gesprochen wird, die Leute müssten Eigenverantwortung übernehmen und Selbstdisziplin üben. Wenn aber von den Ärzten und Spitälern die Rede ist, wird einzig auf falsche Tarifanreize etc. verwiesen. Wo ist denn *da* die Eigenverantwortung und Selbstdisziplin? Wo ist die Eigenverantwortung beispielsweise bei den Ärzten, welche − wie im Beispiel von Vroni Straub-Müller − einfach zusätzliche Untersuchungen und Operationen durchführen? Der Votant möchte von den Mitteparteien gerne hören, dass auch die Ärzte und Spitäler in der Pflicht stehen, Verantwortung zu übernehmen und Selbstdisziplin zu üben − und nicht immer nur an das eigene Portemonnaie zu denken.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8

**1046 Interpellation von Daniel Marti betreffend Wirkungsanalyse kantonaler Förderprogramme und deren Einfluss auf Globalbeiträge vom Bund**

Vorlagen: 2787.1 - 15575 (Interpellationstext); 2787.2 - 15738 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Daniel Marti** dankt dem Regierungsrat und den Fachpersonen in der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Seine Interessenbindung: Er ist beruflich als Energieingenieur und Energieberater tätig und sitzt im Vorstand des Vereins Energienetz Zug, der eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton hat und die kantonale und gemeindliche Energieberatung ausführt.
Vorrausschickend stellt der Votant klar, dass er kein Freund von Förderbeiträgen und Subventionen ist, da diese seiner liberalen Grundhaltung widersprechen und oft zu ungesunden Marktverzerrungen und unnötigem administrativem Aufwand führen. Die Grünliberalen sind ja die Partei, die sich bei der Energiepolitik am stärksten für eine Lenkungsabgabe anstelle eines Fördersystems eingesetzt hat. Bekanntlich sind sie damit national kläglich gescheitert, und die Energiestrategie des Bundes baut weiterhin auf Förderbeiträgen auf. Der Kanton sollte nun das Beste aus dieser Situation machen und die ohnehin zur Verfügung stehenden

Beiträge des Bundes abholen und so einsetzen, dass sie der lokalen Bevölkerung und dem Gewerbe zugutekommen. Das ist der Hintergrund der Interpellation.
Wie der Antwort des Regierungsrats zu entnehmen ist, sind in der Vergangenheit dem Kanton Zug durch das schlechte Abschneiden in der Wirkungsanalyse des Bundes betreffend kantonale Förderprogramme keine finanziellen Nachteile bei der Verteilung der Globalbeiträge entstanden, dies vor allem, weil der aus der $CO_2$-Abgabe dotierte Fördertopf des Bundes so gut gefüllt ist, dass die Wirkungsanalyse bei der Verteilung der Gelder an die Kantone noch keinen Einfluss hatte. Zudem wird scheinbar der vom Bund entrichtete Sockelbeitrag im Kanton Zug auch nicht voll ausgeschöpft, weil zu wenig Gesuche eingehen. Die Befürchtung des Votanten, dass das schlechte Abschneiden des Kantons Zug in der Wirkungsanalyse zu finanziellen Ausfällen geführt habe, war also unbegründet. Diese Aussagen treffen aber nur auf den *Sockelbeitrag* zu, den der Bund gemäss der Einwohnerzahl an die Kantone entrichtet. Anders sieht es bei den Ergänzungsbeiträgen aus. Für diese Beiträge muss der Kanton selber aktiv werden und ein Förderprogramm aufgleisen, um dann für jeden kantonalen Förderfranken bis zu zwei Franken aus dem Bundestopf zu erhalten. Hier hege der Votant die Vermutung, dass der Kanton unter dem Strich nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch profitieren würde, wenn ein solches Förderprogramm intelligent aufgegleist würde. Denn wenn mit Förderbeiträgen Heizungserneuerungen und Gebäudesanierungen angestossen werden, profitieren nicht nur die Umwelt und der Bauherr, sondern auch das lokale Gewerbe, was wiederum zu höheren Steuerträgen für den Kanton führt. Zudem werden durch die verbesserte Energieeffizienz die Energiekosten nachhaltig und jährlich wiederkehrend reduziert. Dies führt zu einem höheren verfügbaren Einkommen bei den Mietern und den Hauseigentümern und dank der Substitution von Öl und Gas zu einem verminderten Abfluss von Geldern ins Ausland. Mit diesem Dreifacheffekt und dank der Zweidrittel-Subventionierung eines kantonalen Förderprogramms durch den Bund kann also eine erhöhte lokale Wertschöpfung im Bau- und Energieversorgungsbereich erreicht werden.
Wie könnte ein solches kantonales Förderprogramm intelligent aufgegleist werden? Die Anleitung dazu liefert die Regierung in ihrer Antwort gleich mit. Heute bastelt sich fast jede Gemeinde im Kanton Zug ein eigenes Energieförderprogramm. Für diese gemeindlichen Programme gibt es aber keine Zuschüsse vom Bund. Daher macht es Sinn, die gemeindlichen Förderprogramme untereinander abzustimmen und unter einem kantonalen Förderprogramm zu vereinen. Im Idealfall können damit für jeden Förderfranken, der auf Stufe Gemeinde sowieso ausgegeben wird, noch zwei Franken vom Bund abgeholt werden, ohne dass die Kantonskasse belastet wird − für einmal also wirklich *ds Füüfi und ds Weggli*.
Vorausschauend, wie der Baudirektor und seine Mitarbeiter sind, wurde die optimale Abstimmung der Fördermittel von Bund, Kanton und Gemeinden als Massnahme in den Entwurf zum Energieleitbild Zug aufgenommen. Der Votant hofft, dass diese Massnahme die Vernehmlassung und Verabschiedung des Energieleitbilds im Gesamtregierungsrat unbeschadet übersteht und dann auch umgesetzt wird. Die Mitglieder des Kantonsrats ruft er dazu auf, sich in ihren Gemeinden jetzt schon dafür stark zu machen, beim Energieförderprogramm keinen Alleingang zu machen und konstruktiv mit dem Kanton an einer Abstimmung der Fördermittel mitzuarbeiten. Wenn dies optimal läuft, entstehen bei den Gemeinden keine Zusatzkosten. Im Gegenteil: Dank eines kantonal harmonisierten Förderprogramms gibt es zusätzliches Geld aus Bern, und das lokale Gewerbe freut sich, in allen Zuger Gemeinden die gleichen Bedingungen vorzufinden.
Abschliessend dankt der Votant noch einmal dem Regierungsrat und der Verwaltung für die aufschlussreichen Antworten auf die Fragen in der Interpellation.

**Daniel Abt** spricht für die FDP-Fraktion. Die Regierung hat dargelegt, dass der Kanton Zug ein schlankes Energieförderprogramm führt. Das ist gut so. Als Holzbauer ist der Votant regelmässig mit Sanierungsprojekten beschäftigt. Dabei stellt er fest, dass die Förderbeiträge zwar oft gerne mitgenommen, selten jedoch der ausschlaggebende Grund für eine Sanierung sind. Die Idee, die gemeindlichen Förderprogramme kantonal zusammenzufassen, kann sich in der Praxis durchaus bewähren. Der Votant hat aber den Eindruck, dass sich auf dem Gebiet der Beratung viel zu viele Experten tummeln, die den Eigentümern ihre Dienste aufdrängen. So erhielt er kürzlich auf ein Baugesuch hin einen Anruf einer Energieberaterin, die ihm ihre Beratung anbot, wie sie dies bei jedem Baugesuch in der betreffenden Gemeinde mache. Der Votant erklärte der Dame höflich, dass sie, wenn sie das Baugesuch richtig lese, sicherlich merke, dass es sich um einen Kleinviehstall handle, dessen Bewohner bekanntermeise eine ausgewogene Energiebilanz auswiesen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Er dankt für die Fragestellungen und die Beantwortung. Die Antworten bestätigen dreierlei:
• Sie bestätigen, dass der Kanton Zug keine zusätzlichen Beiträge zum Globalbeitrag erhält, weil er keine zusätzlichen kantonalen Fördermittel zur Verfügung stellt.
• Sie bestätigen, dass der Kanton ein zusätzliches Förderprogramm aufgleisen müsste, wenn er Ergänzungsbeiträge erhalten wollte und wenn er wollte, dass auch Zugerinnen und Zuger auf diese Beiträge, die sie notabene via $CO_2$-Steuern mitbezahlen, Zugriff erhalten. Die Idee, die gemeindlichen Programme kantonal abzustimmen, ist ein guter Ansatz.
• Sie bestätigen, dass ein kantonales Programm zur Förderung von Massnahmen im Bereich der erneuerbare Energien, der Abwärmenutzung und der Optimierung der Gebäudetechnik zu einem besseren Abschneiden in der Wirkungsanalyse führen würde.
Richtig so. Die von der ALG eingereichte Motion betreffend Förderprogramm zur Senkung des Energieverbrauchs bei der Gebäudetechnik verlangt genau dies − und der Votant hofft und freut sich auf eine entsprechende Behandlung fristgerecht bis Herbst dieses Jahres.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Die Regierung schreibt auf Seite 1 ihrer Antwort: «Die Mittel des kantonalen Förderprogramms (Rahmenkredit von insgesamt 16 Mio. Franken) waren Ende Mai 2017 ausgeschöpft, und das Programm wurde eingestellt.» Genauer: Es wurde im Rahmen des Entlastungsprogramms nicht verlängert. Und weiter schreibt die Regierung: «Der Kanton Zug erhält somit für das Jahr 2018 den Sockelbeitrag. Da er aber keine zusätzlichen kantonalen Fördermittel zur Verfügung stellt, erhält er keinen Ergänzungsbeitrag.» Das hat der Interpellant bereits ausgeführt. Auf Seite 5/6 der regierungsrätlichen Antwort ist nachzulesen − und das ist das Wesentliche, um sich in den Gemeinden dafür einzusetzen: «Für jeden Franken, den [der Kanton] zur Verfügung stellen würde, erhielte er bis zu zwei Franken von Seiten des Bundes.» Die Katze − so scheint es der SP − beisst sich in den eigenen Schwanz. Der Topf wird mit der Begründung, dass zu wenig Gesuche eingehen, gekürzt. Wenn aber der Topf gekürzt wird oder gar leer ist, wer macht sich dann noch freiwillig die Arbeit, überhaupt ein Gesuch einzureichen? Es ist ein Teufelskreis. Der Kanton Zug ist ein Wachstumskanton: Er boomt − gerade auch beim Bauen. Und gerade hier, wo derart viel gebaut wird, verzichtet man auf freiwillige Beiträge, die Privaten zugutekämen? Das ist überraschend.
Nun hat der Kanton am 5. Januar 2018 eine Medienmitteilung veröffentlicht, zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen. Darin äussert sich Baudirektor

Urs Hürlimann wie folgt: «Eine besondere Unterstützung verdienen Minergie-Sanierungen. Noch sind Sanierungen nach dem Minergie-Standard im Kanton Zug rar. Dabei bietet der Standard Gewähr für höchsten Komfort bei minimalen Umweltbelastungen. Wir möchten hier Anschubhilfe leisten. Der Kanton Zug unterstützt Minergie-Sanierungen im Rahmen des Gebäudeprogramms mit attraktiven Beiträgen. Die Höhe richtet sich nach der Gebäudekategorie und dem erreichten Standard.» Derselben Medienmitteilung ist auch zu entnehmen, dass der Kanton Zug nur zwei Massnahmen unterstützt, nämlich umfassende Gesamtsanierungen mit Minergie-Zertifikat und die Erstellung von GEAK Plus. Die anderen Kantone fördern ungleich mehr. Im Kanton Uri sind es beispielsweise fünfzehn Massnahmen. Gerade für Hauseigentümerlobbyistinnen und -lobbyisten auch im Kantonsrat könnte es doch hochinteressant sein, ein bisschen Anschubhilfe gegenüber der öffentlichen Hand zu leisten. So würde der Kanton − und gerne auch die Gemeinden − zahlreiche Massnahmen unterstützen, und es könnten massgeblich höhere Ergänzungsbeiträge des Bundes abgeholt werden.

**Beat Villiger,** stellvertretender Baudirektor, hält fest, dass es sich hier um eine sehr technische Angelegenheit handelt. Auch erweisen sich gewisse Angaben bezüglich Statistik bzw. Bewertung des Kantons Zug beim näheren Studium als nicht sehr logisch. Der Votant will aber nicht weiter auf die Fragen der Interpellation eingehen. Er hält in Absprache mit der Baudirektion fest, dass der Baudirektor − vor dem Hintergrund der noch nicht beantworteten Motion der ALG und des nationalen Energieleitbilds − dem Regierungsrat ein Aussprachepapier vorliegen wird, damit sich die Regierung zukunftsorientiert mit diesen Fragen auseinandersetzen und die Antworten in ein kantonales Leitbild umsetzen kann. Wichtig ist hier sicher auch die Frage, wie die Gemeinden miteinbezogen werden. Auf den ersten Blick macht es ja keinen Sinn, wenn man zwar Förderprogramme durchführt, aber dennoch keine Bundesbeiträge abholen kann. Diese Fragen wird der Regierungsrat anhand des Aussprachepapiers klären.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 9

**1047 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen ausländischer Sozialhilfeempfänger**

Vorlagen: 2790.1 - 15582 (Interpellationstext); 2790.2 - 15757 (Antwort des Regierungsrats).

**Beni Riedi** spricht für die Interpellantin. Die Antwort des Regierungsrats zeigt, dass der Kanton offenbar keinen Zugriff auf transparente Daten betreffend Bezug von Sozialhilfe von ausländischen Personen hat. So schreibt die Regierung: «Eine Schwierigkeit hinsichtlich der statistischen Erfassung von Sozialhilfe, welche durch die Gemeinden ausgerichtet wird, stellen Wohnsitzwechsel dar. Bei einem Umzug von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde wird das Dossier am bisher zuständigen Ort abgeschlossen.» Hier sieht die SVP-Fraktion Handlungsbedarf. Der Votant möchte deshalb vom Sicherheitsdirektor wissen, ob er sich in diesem Bereich ebenfalls transparentere Fakten wünschen würde.
Die Sozialhilfe hat ihre ursprüngliche Funktion als Überbrückungshilfe und als Hilfe zur Selbsthilfe verloren. Zentralisierungs- und Professionalisierungstendenzen haben zudem dazu geführt, dass sich die Systeme immer weiter von den betroffenen

Menschen entfernen und eine wirkungsvolle und würdige Hilfe erschwert wird. Dies trifft nicht nur auf die Sozialhilfe zu, sondern beispielsweise auch auf den Kindes- und Erwachsenenschutz, dessen Zentralisierung in Form der sogenannten KESB zu einer Verschlechterung der Situation geführt hat.
Die SVP bekämpft die durch eine falsche Asylpolitik entstehenden, unbezahlbaren Folgen in der Sozialhilfe. Auch im Kanton Zug sind sechs Fälle zu verzeichnen, in denen seit der Anwesenheit in der jetzigen Wohngemeinde mehr als 500'000 Franken an Sozialhilfeleistungen bezogen wurden. Darunter ist auch eine Einzelperson. Solche Zahlen lassen aufhorchen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass der monatliche Bruttolohn (Median), 2014 - Wirtschaft insgesamt, 6427 Franken betrug. Das heisst, dass ein Arbeitnehmer mit einem Durchschnittslohn fast sieben Jahre lang arbeiten muss, bis er − ohne Ausgaben und Abzüge − auf einen so hohen Betrag kommt. Wie viele Steuerzahler es braucht, um diesen hohen Betrag zu generieren, hat der Votant nicht ausgerechnet; sicher aber werden es sehr viele sein. Für den Votanten als Parlamentarier ist es unerklärlich, dass auf der einen Seite den kantonalen und gemeindlichen Mitarbeitern die Reka-Checks gestrichen werden, auf der anderen Seite aber einzelne Personen eine halbe Million Franken Sozialhilfe beziehen können. Was das noch mit einer Überbrückungshilfe zu tun hat, muss ihm der Sicherheitsdirektor erklären. Und wahrscheinlich wären es sogar mehr als die genannten sechs Fälle. Doch dies konnte der Kanton Zug nicht ermitteln, da die Daten aufgrund fehlender Informationen nicht vollständig sind. Die von der Person X in der Gemeinde X bezogene Sozialhilfe sollte bei einem Wohnungswechsel in Zukunft mit dem Bezug in der Gemeinde Y kumuliert werden können.
Wenn man den prozentualen Anteil im Verhältnis zum Total Sozialhilfebeziehende betrachtet, sieht man, dass der Anteil an Schweizern seit 2007 rückläufig ist. Eritrea und Somalia sind in der Sozialhilfequote stark übervertreten. Gleichzeitig erstaunt es die SVP auch, dass die Türkei mit rund 13 bis 16 Prozent in den vorderen Rängen vertreten ist.
Handlungsbedarf sieht die SVP-Fraktion beim Rapportieren der Zahlen durch die Gemeinden. So schreibt die Regierung in der Interpellationsantwort: «Die Sozialdienste der Einwohnergemeinden des Kantons Zug stellen dem Amt für Migration jährlich Mitte Jahr eine Liste derjenigen ausländischen Personen zu, die im vorangegangenen Jahr Sozialhilfe bezogen haben. Einzelne Gemeinden übermitteln nur die Namen derjenigen Personen, die neu in die Sozialhilfe eingetreten sind. Die kantonalen Stellen sind nicht in der Lage, die Korrektheit dieser Angaben zu überprüfen.» So zeigt die vorliegende Interpellation ein weiteres Mal auf, dass es sich lohnt, genau hinzuschauen und weitere Massnahmen zu prüfen. Es gibt bekanntlich in der Schweiz bereits Fälle von einzelnen Gemeinden, welche die Steuern erhöhen mussten, weil die Sozialhilfeausgaben die Einnahmen übertreffen. Solche Zustände wird die SVP im Kanton Zug nicht tolerieren.

**Rita Hofer** spricht für die ALG-Fraktion. Sie ist der Ansicht, dass Beni Riedi Verschiedenes vermischt hat. Die Interpellation hatte die Sozialhilfe zum Thema, nun aber wurde diese Thematik mit der Asylpolitik, einem ganz anderen Thema, vermischt. Die Votantin sieht die Situation etwas anders. Die Übersicht über die letzten zehn Jahre zeigt, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger trotz steigender Wohnbevölkerung konstant geblieben ist. Der Kanton Zug liegt sogar deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Betrachtet man ausschliesslich die ausländische Wohnbevölkerung, zeigt sich dasselbe Bild: eine Zunahme der Bevölkerung und im schweizerischen Vergleich ebenfalls durchschnittlich tiefere und konstante Sozialhilfebeziehende. Die Auflistung der Nationalitäten zeigt, dass die meisten Sozialhilfeempfänger Schweizer sind. Da lässt sich schwer eine Aufenthalts- oder Niederlas-

sungsbewilligung entziehen! Die Interpellation zielt allein auf Ausländerinnen und Ausländer und dient der Sache nicht, die auch für Schweizerinnen und Schweizer in der Sozialhilfe als Ansatz lösungsorientierter Vorschläge dienlich wäre.
Sucht man nach den Gründen, weshalb Leute in die Sozialhilfe fallen, wird man schnell fündig:
• Löhne: Im Tieflohnsegment reicht ein 100-Prozent-Pensum oft nicht zur Deckung der Lebenskosten aus, und es braucht ein zusätzliches Einkommen durch weitere Jobs beispielsweise am Wochenende. Familien sind meist auf das Einkommen beider Elternteile angewiesen, damit alle Kosten gedeckt werden können.
• Mangelnde Bildung: Ein tiefes Bildungsniveau erhöht das Risiko, in die Sozialhilfe zu rutschen, beträchtlich. Darauf weist auch der Bericht hin.
• Kinder, deren Eltern bereits von der Sozialhilfe abhängig waren, sind stärker gefährdet, ebenfalls in diese Abhängigkeit zu geraten. Die Gemeinden sind bestrebt, mit ihrer Beratung und Unterstützung die Betroffenen wieder aus der Sozialhilfe entlassen zu können − dies unabhängig davon, ob es sich um Schweizer oder Ausländer handelt.
In der Antwort des Regierungsrats wird festgehalten, dass weder eine Aufenthalts- noch eine Niederlassungsbewilligung ausschliesslich wegen der Sozialhilfe widerrufen werden kann. Für eine solche Massnahme müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein, unter anderem können strafrechtliche Vergehen zu einem Widerruf führen. Die Zahlen und Fakten allein ändern die Situation nicht, und wie sich zeigt, kann die Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung nicht beliebig widerrufen werden. Die ALG ist der Meinung, dass es das Bestreben der Politik sein müsste, dafür zu sorgen, dass möglichst wenige Personen in der Sozialhilfe landen, unabhängig von der Nationalität. Mögliche Massnahmen im Sinn eines echten Beitrags wären:
• Löhne so anheben, dass sich die Lohnschere nicht noch weiter öffnet: Mit einem gerechteren Lohn gibt man einer Arbeit auch die nötige Anerkennung und den Menschen die Möglichkeit, selbst für ihren Lebensunterhalt aufzukommen − wenn auch in einfachen Verhältnissen, so doch unabhängig vom Staat. Bleibt der Druck in den Tieflohnsegmenten bestehen, wird die Zahl der Sozialempfänger möglicherweise eher ansteigen.
• Firmen, die ihre ethisch-moralische Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmenden wahrnehmen: Bei Reorganisationen werden meist die Stellen auf den untersten Etagen gestrichen. Die Gefahr, in der Sozialhilfe zu landen, ist für Personen mit tieferem Bildungsniveau sehr hoch.
• Wohnungen, die bezahlbar sind.
• Bei Bedarf früh für geeignete Massnahmen sorgen, dass Jugendliche in der Berufswelt gut Fuss fassen können.
• Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Daran wird die Votantin den Rat bei Gelegenheit bestimmt wieder erinnern. Sollte der Rat beispielsweise wieder einmal Unterstützungsmassnahmen im Bereich der Volksschule beraten, dann hofft sie, dass die Ratsmitglieder die Unterstützer und die Investoren der Zukunft sind.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. «Traue keiner Statistik, welche du nicht selber gefälscht hast.» Ob das ein chinesisches oder griechisches Zitat ist, weiss der Votant nicht. Seine Erfahrung hat aber gezeigt, dass mit Statistiken das eine und gleichzeitig auch das Gegenteil davon belegt werden kann. Die Interpellation der SVP stellt Fragen, die sicher beantwortet werden können − und die auch anhand der jährlichen Statistik des BFS hätten beantwortet werden können. Dort sind die Zahlen für den Kanton Zug ausgewiesen, und auf Seite 20f. wird auch aufgezeigt, wie viele Ausländerinnen und Ausländer Sozialhilfe benötigen. Trotzdem

hat sich die Regierung die Mühe genommen, nochmals Zahlen zusammenzustellen. Die Anzahl der Ausländer oder Ausländerinnen, welche 2017 unterstützt wurden, wird mit 314 angegeben. Ob diese Leute einen einzigen Monat oder zwölf Monate lang Geld benötigten oder ob es sich um *Working-Poor*-Familien handelt, wird mit dieser Zahl nicht dargestellt.
Mit einfachen Zahlen Politik zu betreiben, ist aus Sicht des Votanten nicht seriös. Er hinterfragt auch die Zahl der Personen bzw. Familien, welche mehr als 500'000 Franken benötigten, dies vor allem mit dem Wissen, dass jede Gemeinde bei Null startet und es somit kein einheitliches Bild gibt. Aus den Zahlen zu schliessen, dass Ausländerinnen und Ausländer viel kosten, ist sicher nicht richtig. Denn gleichzeitig müssten auch die Arbeitsleistungen und die Steuereinnahmen erhoben werden. Weiter ist zu berücksichtigen, dass Ausländerinnen und Ausländer oft in niederschwelligen Arbeitsbereichen tätig sind, von ihren Patrons weniger Weiterbildungen bezahlt erhalten, teilweise prekäre Arbeitsverhältnisse akzeptieren müssen etc. Wenn die Gesamtkosten und Gesamteinnahmen der Gesellschaft berücksichtigt werden, erzielt die Schweiz − das behauptet der Votant ohne Statistik im Hintergrund − von den Ausländerinnen und Ausländer einen Gewinn, ja sogar einen hohen Gewinn. Zusätzlich wäre es sicher auch ehrlich, wenn die Kosten für Schweizerinnen und Schweizer erhoben würden − mit dem oben erwähnten Wissen bezüglich Statistiken.

**Emanuel Henseler** spricht für die CVP-Fraktion. Diese hat die Antwort der Regierung positiv zur Kenntnis genommen. Die Statistiken zeigen, dass der Anteil der Sozialhilfeempfänger, gemessen an der ständigen Wohnbevölkerung, in den letzten zehn Jahren zwischen lediglich 1,6 und 1,8 Prozent lag, dies trotz Euro-Krise und Migration. Diese Quote ist sehr tief, verglichen mit dem schweizerischen Durchschnitt von 3,3 Prozent. Die Sozialhilfequote der ausländischen Personen hat sich in den letzten zehn Jahren sogar um 10 Prozent reduziert, nämlich von 4 auf 3,6 Prozent. Auch die konsequente Widerrufpraxis des Amts für Migration bei ausländischen Straftäterinnen und -tätern hat die erhoffte Präventivwirkung nicht verfehlt. Die zuständigen Instanzen haben in den letzten Jahren also sehr gute Arbeit geleistet, und es gibt keine Argumente für die berühmt-berüchtigte Angstmacherpolitik der SVP.

**Beni Riedi** macht seine Vorredner darauf aufmerksam, dass die Fakten, die der Regierungsrat auf den Seiten 4 bis 9 seines Berichts vorgelegt hat, leider anders aussehen: Seit 2009 gibt es mehr Ausländer als Schweizer, welche Sozialhilfe beziehen. Das lässt doch aufhorchen! Und über diese Thematik muss man diskutieren. Wenn das nicht mehr möglich sein soll, stimmt wirklich etwas nicht mehr.

Für **Rita Hofer** ist eine Diskussion über diese Thematik durchaus möglich. Sie findet es einfach sehr schwierig, wenn man sich dabei auf ausländische Nationalitäten versteift. Die Problematik betrifft nämlich auch Schweizer. Es ist wichtig, auch die betroffenen Schweizer wieder in den Arbeitsprozess zurückbringen − und nicht nur die Ausländer aus dem Land haben zu wollen. Genau darum geht es doch! Die Anstrengungen müssen zielführend darauf gerichtet sein, dass alle einer geregelten Arbeit nachgehen und vom Staat unabhängig sein können.

**Philip C. Brunner** erinnert an die Massnahmen, die Rita Hofer angesprochen hat: Löhne anheben, Bildung verbessern etc. Die Verantwortung liege bei den Unternehmen, und es gehe darum, die Schweizer in die Arbeitsprozesse zurückzuholen. Mit dem letzten Punkt − und nur diesem − ist der Votant einverstanden. Er hat kurz

nachgerechnet: 2016 lag der Ausländeranteil im Kanton Zug bei 27 Prozent, in der Stadt Zug lag er etwas höher, nämlich ungefähr bei einem Drittel.
In der Schweiz hat man ein Problem mit den *Schweizern,* nämlich mit den über Fünfzigjährigen, die ihre Arbeit verloren haben. Diese haben in der Regel eine gute Schulbildung, haben oft eine Lehre gemacht und sind gesellschaftlich angepasst: anständige, gute Schweizer − und natürlich auch Schweizerinnen. Und warum haben sie keinen Job mehr? Der Grund ist die gewaltige Einwanderung. Im letzten Jahr kamen 60'000 Ausländer in die Schweiz. Im Kanton Zug arbeiten gute und zum Teil sehr gute Mitarbeiter bei den Sozialbehörden − in der Stadt Zug beispielsweise macht Markus Jans einen ausgezeichneten Job. Das Problem liegt aber darin, dass die Stadt Zug jährlich gegen 10 Millionen Franken wirtschaftliche Sozialhilfe bezahlt, also einen sehr grossen Betrag. Zu den durchschnittlich 1,7 Prozent Sozialhilfeempfängern zählen auch Leute, die jahrelang beispielsweise für eine im Rohstoffhandel tätige Firma gearbeitet haben − und plötzlich ist die Firma in Amsterdam oder sonstwo in Holland, weil Holland den Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen anbietet. Hier einfach den Firmen die Verantwortung zuzuschieben und ihnen vorzuwerfen, sie nützten die Leute aus etc., ist etwas zu kurz gedacht. Die Schweiz hat ein nationales Problem mit der Einwanderung. Leider wurde die Masseneinwanderungsinitiative de facto nicht umgesetzt. Es gab mit dem sogenannten Inländervorrang sogar eine Verschlimmbesserung. Als Inländer gilt im Prinzip nämlich jeder, der im EU-Raum ist. 550 Millionen Leute können sich in der Schweiz also als Inländer bewerben. Der einzige Vorteil, den hier Ansässige haben, liegt darin, dass sie bei der Bewerbung fünf oder sechs Tage Vorsprung haben. Genau da liegt doch das Problem! Der Votant ist weder für noch gegen Ausländer. Es ist völlig klar, dass die Schweiz Ausländer braucht, und der Votant wäre froh, wenn man in bestimmten Spezialgebieten gezielt Ausländer in die Schweiz holen könnte. Der Rat wird heute noch vom «Crypto Valley» sprechen, aber dort können die arbeitslosen Ü50 wahrscheinlich nicht mithalten, braucht es dafür doch einiges an technischem Verständnis. Das Thema auf sozialpolitische Aspekte und auf die bösen Firmen, die angeblich ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, zu beschränken, ist etwas zu einfach. Im Übrigen wird jeder Firmenpatron, von denen es auch im Kantonsrat noch einige gibt, bestätigen, dass er sich die grösste Mühe gibt, auch schwächere Leute in seinem Betrieb zu behalten. Bis Anfang der 1990er Jahre war dies der Stolz jeder Firma und jedes KMU − man konnte es sich leisten −, und es war ein Tabu, jemanden zu entlassen, weil man genau wusste, dass schwächere Leute keine Stelle mehr finden würden. Und Sozialhilfe erhält man erst, wenn das Vermögen bis auf 4000 Franken abgebaut ist; ob das die richtige Politik ist, sei dahingestellt. Die Situation hat sich seither aber deutlich geändert. Die Konkurrenz hat in den letzten zwanzig Jahren extrem zugenommen, und die Firmen stehen unter Druck, nicht zuletzt gegenüber dem Ausland. Es ist heute ja oft zu beobachten, dass vor Geschäftslokalen Lieferwagen mit ausländischen, vornehmlich deutschen Nummernschildern vorfahren, aus denen Latzhosenmenschen steigen, von denen man auf die entsprechende Frage die Auskunft erhält, dass sie das betreffende Lokal umbauen: Zugerische Geschäfte mit gutem, altem Namen werden durch Equipen aus dem süddeutschen Raum umgebaut. Das alles ist Realität. Es ist also nicht ganz so einfach, wie es Rita Hofer dargestellt hat.

**Thomas Werner** dankt der Regierung für die aufschlussreichen Zahlen, die sie vorgelegt hat. Man kann das Problem entweder zur Sprache bringen, es totschweigen oder es − wie es die Linke bevorzugt − rosarot anstreichen, schönreden und so tun, als gäbe es das Problem nicht. Fakt ist, dass der Kanton Zug einen Ausländeranteil von ungefähr 27 Prozent hat − und diese 27 Prozent beziehen über 50 Prozent der

Sozialhilfeleistungen. Es besteht also ein Missverhältnis. Wenn man die Sozialhilfequote nach den verschiedenen Herkunftsländer betrachtet − Türkei 13,8 Prozent, Sri Lanka 16,9 Prozent, Eritrea 22,5 Prozent, Somalia 45,3 Prozent −, wird schnell klar, dass aus diesen Ländern nicht diejenigen Personen kommen, welche der Schweiz in wirtschaftlicher Hinsicht viel bringen. Vor diesem Hintergrund muss man sich um die Sozialhilfe in der Schweiz und im Kanton Zug wirklich Sorgen machen, und wenn man fortfährt wie bis anhin, wird die Rechnung irgendwann nicht mehr aufgehen. Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz aufgewachsen sind, hier ihre Ausbildung absolvieren und von Anfang an in die Sozialhilfe einzahlen wie die Schweizer, sind nicht betroffen. Als Schweizer zahlt man ein Leben lang in die Sozialhilfe ein, und wenn man Glück hat, benötigt man sie nie. Die oben erwähnten Zahlen zeigen aber: Wenn aus den genannten Ländern immer mehr Ausländer in die Schweiz kommen, welche vom ersten oder vielleicht auch vom zehnten Tag an Sozialhilfe beziehen − dies nicht nur für eine kurze Dauer, sondern zum Teil leider während ihrer ganzen Zeit in der Schweiz −, geht die Rechnung irgendwann nicht mehr auf. Nach Ansicht des Votanten begann die Situation im Jahr 2009 zu kippen, und heute ist man in einem gefährlichen Fahrwasser. Man muss deshalb unbedingt Massnahmen ergreifen, um wieder ein Gleichgewicht herstellen zu können.

**Hubert Schuler** fühlt sich herausgefordert durch das Votum von Philip C. Brunner, der davon sprach, dass ehrbare, rechtschaffene Leute keine Stelle mehr fänden, weil andere billiger arbeiteten. Wer stellt denn diese anderen an? Wer gibt den Handwerkern aus Süddeutschland ihren Auftrag? Natürlich kann man sagen, es herrsche ein internationaler Wettbewerb. Wenn aber − konkret gesagt − die Firma Fielmann deutschen Arbeitern einen Auftrag in der Schweiz gibt, liegt die Verantwortung dafür bei Fielmann − und als Staat kann man letztlich nichts dagegen tun. Und letztendlich führt die Optimierung vielleicht sogar dazu, dass die Firma Fielmann mehr Steuern bezahlt, weil sie die Kosten für den Umbau tief halten konnte und dadurch mehr Gewinn erzielt. Das Klischee von den bösen ausländischen Arbeitern und den guten Schweizer Patrons ist sicher nicht ganz korrekt.

**Barbara Gysel** zitiert: «Viele Flüchtlinge in der Schweiz finden lange keine Arbeit, stehen kaum in Kontakt mit der ansässigen Bevölkerung und sind von der Sozialhilfe abhängig.» Diese Sätze stammen nicht aus dem Parteiprogramm der SVP, sondern aus dem Flyer der «Integrationsagenda», der vor drei Tagen veröffentlicht wurde. Unter www.integrationsagenda.ch findet man die Angaben zu diesem gemeinsamen Programm von Bund und Kantonen. Die Idee dahinter: Der Bund hat auch in Modellrechnungen festgestellt, dass es sich lohnt, in Personen, die von der Sozialhilfe abhängig sind, zu investieren. Man rechnet damit, dass mit einer Integrationspauschale von neu 18'000 statt wie bisher 6000 Franken die Arbeitsintegration verbessert, die Abhängigkeit von der Sozialhilfe reduziert und längerfristig pro eingesetzten Franken bis zu 4 Franken eingespart werden können. Mit anderen Worten: Es geht hier nicht um Schönfärberei oder Schwarzmalerei, sondern es geht darum, *gemeinsam* eine Lösung zu finden. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, gewisse Probleme zu lösen − und es bringt nichts, wenn man den Ausländerinnen- und Ausländeranteil mit der Frage der Sozialhilfe verknüpft. Mit dieser Reduktion wird man dem Phänomen von Migration und Zuwanderung nicht gerecht. In diesem Sinn empfiehlt die Votantin allen Ratsmitgliedern einen Besuch der Website www.integrationsagenda.ch.

**Manuel Brandenberg** dankt dem Regierungsrat ebenfalls für die aufschlussreichen Zahlen. Er hat mit Freude festgestellt, dass die USA und Russland nicht

unter jenen Ländern sind, deren Bürger im Kanton Zug besonders oft Sozialhilfe beziehen. Das spricht für diese zwei Staaten und die Arbeitsfreude ihrer Bewohner − besonders natürlich für die Russinnen und Russen. Und diese Ausführungen basieren nicht auf der Russland-Agenda, sondern auf dem regierungsrätlichen Papier.

**Andreas Lustenberger** hat eben festgestellt, dass die SVP Schweiz − wie sie auf ihrer Website schreibt − die von Barbara Gysel erwähnte, vor drei Tagen veröffentlichte «Integrationsagenda» und die Erhöhung des Integrationsbeitrags einen absoluten *Guguus* findet. Die Fakten zeigen aber klar, dass durch eine verbesserte Integration Leute aus der Sozialhilfe hinausgeführt werden können. Da muss man wirklich die Frage stellen, wieso die SVP entsprechende Massnahmen bekämpft. Diese Haltung ist für den Votanten wenig kohärent.
Die Vertreter der SVP haben in der heutigen Debatte viel über die Zuwanderungsproblematik gesprochen. Diese Problematik steht in einem engen Zusammenhang mit der Frage, wie stark man wachsen will. In Kürze wird der Kantonsrat über den Richtplan debattieren, und dort gibt es Szenarien für ein tiefes, ein mittleres und ein hohes Wachstum. Die Raumplanungskommission hat bereits über diese Thema diskutiert − und der Votant ist nun sehr gespannt, für welches Szenario sich die SVP-Fraktion im Kantonsrat aussprechen wird.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass sich der Regierungsrat bei Interpellationen auf die Beantwortung der gestellten Fragen beschränkt. Er kann sich deshalb kurz fassen. Er war selber erstaunt, in welcher Tiefe und Detailliertheit die Fragen beantwortet werden konnten − und er glaubt den vorgelegten Statistiken. Diese objektivieren die Situation.
Die Frage von Beni Riedi kann der Sicherheitsdirektor nicht beantworten. Für die Ausrichtung von Sozialhilfe sind primär die Gemeinden zuständig, man müsste also dort nach den entsprechenden Gründen fragen − wobei diese eigentlich auf der Hand liegen. In die Beantwortung der Interpellation waren verschiedene Stellen involviert: die Direktion des Innern, die Sicherheitsdirektion mit dem Amt für Migration, Bundesstellen für die Statistik, die Gemeinden. Bezüglich der statistischen Angaben besteht eine Unsicherheit. Die Gemeinden haben eine Bringschuld und müssen die Zahlen der Sicherheitsdirektion melden. Ob eine Familie mit der Zahl 1 oder mit der Anzahl Personen gemeldet wird, muss der Sicherheitsdirektor noch eruieren. Unklar ist auch, wie Umzüge von den Gemeinden gehandhabt werden. Unter dem Strich dürften diese Fragen aber keine Rolle spielen, da das Amt für Migration die Angaben überprüft und sich bezüglich der Beurteilung und dem Aussprechen von Verwarnungen bis hin zu einem möglichen Entzug der Aufenthaltsbewilligung nach den Vorgaben der bundesrechtlichen Rechtsprechung richten muss. Das wird sauber und transparent gemacht, auch im Vergleich mit anderen Kantonen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10
**Zwei Geschäfte betreffend Kryptowährung, Bitcoin und «Digital/Crypto Valley»:**

**1048** Traktandum 10.1: **Interpellation von Karen Umbach und Philip C. Brunner betreffend Bitcoins**
Vorlagen: 2803.1 - 15610 (Interpellationstext); 2803.2 - 15754 (Antwort des Regierungsrats).

**1049** Traktandum 10.2: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend «Digital Valley» oder «Crypto Valley» – wie positioniert sich der Kanton Zug**
Vorlagen: 2820.1 - 15669 (Interpellationstext); 2820.2 - 15755 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über beide Vorstösse gleichzeitig debattiert wird. Er bittet die Votanten, bei Bedarf zu präzisieren, zu welchem Vorstoss sie sprechen.

**Karen Umbach** dankt im Namen der Interpellanten dem Regierungsrat für die ausführlichen Antworten. Es ist den Interpellanten klar, dass Bitcoins nur einen Bruchteil des grossen Bereichs Blockchain darstellen; sie wird darauf zurückkommen.
Zu Bitcoin: Sowohl Philip C. Brunner als auch die Votantin stehen dieser Währung skeptisch gegenüber. Die grossen *Governance*-Probleme und die blasenähnliche bzw. volatile Kursentwicklung der Bitcoins haben sie dazu bewegt, ihre Interpellation einzureichen. Die Interpellanten sind zufrieden mit der Beantwortung ihrer Fragen, und sie sind froh, dass der Kanton die Kryptowährung ohne jegliches finanzielles Risiko annimmt und die Finanzdirektion und die Volkswirtschaftsdirektion eine aktive Rolle in der nationalen Blockchain-Taskforce einnehmen. Positiv bewerten sie auch die Veröffentlichung eines Merkblatts betreffend Steuerfragen bei Krytowährungen durch die Steuerverwaltung. Nicht überrascht waren sie über die Antwort bezüglich Steuereinnahmen − und sie geben schmunzelnd zu, dass fünf Jahre hier wahrscheinlich zu hoch gegriffen waren. Sie hoffen aber auch, dass irgendwann ein Ertragspotenzial sichtbar wird.
Dem Thema Blockchain-Technologie stehen die Interpellanten positiver gegenüber. Der vom Regierungsrat erwähnten klaren Differenzierung zwischen Blockchain als Basistechnologie und Bitcoins als Kryptowährung stimmen sie zu. Die Grundhaltung des Regierungsrats, gute Rahmenbedingungen zu schaffen statt eine Industriepolitik zu verfolgen, macht sehr wohl Sinn; als bürgerliche Vertreter der Bevölkerung begrüssen die Interpellanten diese Haltung. Sie sind auch erleichtert zu sehen, wie die Regierung sich der Risiken dieser Technologie bewusst ist. Hier kann der Regierungsrat nicht im Alleingang handeln. Hier ist die FINMA an der Reihe, und die Branche selbst muss ihre Eigenverantwortung wahrnehmen.

**Anastas Odermatt** spricht für die interpellierende ALG-Fraktion. Er dankt für die tiefgehende und kompetente Beantwortung der beiden Vorstösse, dies auch im Sinn einer Wertschätzung.
In der Interpellation Umbach/Brunner geht es primär um Kryptowährungen. Auch der Votant steht den Kryptowährungen kritisch, Blockchain hingegen eher positiv gegenüber. Bezüglich der Entgegennahme von Kryptowährungen durch das Handelsregisteramt wird unten auf Seite 1 der regierungsrätlichen Antwort dargelegt, warum eine Entgegennahme von Kryptowährungen eigentlich nicht angebracht sei − nämlich aufgrund der entsprechenden Probleme, unter anderem: «Die Transaktionsdauer von zurzeit über 30 Minuten verunmöglicht eine effiziente Schalterzahlung.» Auf der nächsten Seite steht dann aber, das sei eigentlich kein Problem,

und man nehme die Kryptowährung eben doch entgegen; man habe einen Intermediär, der die Kryptowährung sofort umwechsle. Wie läuft das nun genau? Sind die 30 Minuten Transaktionsdauer nun ein Problem oder nicht? Mit der gleichen Begründung könnte man notabene ja jegliche Währung annehmen: «Wir haben da eine Bank, die den Yen umgehend in Schweizer Franken wechselt.» Yen nimmt man aber nicht. Wozu dient die Spezialbehandlung der Kryptowährung dann letztendlich? Der Marketingeffekt kann es ja nicht sein, diesen hat die Stadt Zug bereits abgeholt. Ist es vielleicht so, dass es durch die Partnerschaft mit dem Intermediär möglich ist, eine Firma in Zug zu gründen, ohne ein Bankkonto zu besitzen? Also ohne dass Banken kritisch nachfragen, woher das Geld komme, und einen kritischen Blick darauf werfen? Der Votant kommt nochmals auf diese These zurück. Zumindest aufgrund der vorliegenden Antwort auf Frage 1 und aufgrund der Tatsache, dass es so möglich wird, in Zug juristische Personen zu gründen, ohne dass ein kritischer Blick auf die Herkunft des Geldes geworfen wird, müsste die Entgegennahme von Kryptowährungen durch das Handelsregisteramt schlicht gestoppt werden.
Bezüglich der Besteuerung von spekulativ erworbenen Gewinnen kann man der Antwort auf die Frage 2a unten auf Seite 4 entnehmen: «Gewinne aus Käufen und Verkäufen von Kryptowährungen im Rahmen der üblichen privaten Vermögensverwaltung qualifizieren steuerlich als steuerfreie private Kapitalgewinne bzw. bei Verlusten als steuerlich nicht abzugsfähige private Kapitalverluste.» Was aber ist «üblich» bei solchen Risikogeschäften? Und dann steht in der Antwort auf Frage 3 auf Seite 5: «Demgegenüber dürften Einkommenssteuern im Zusammenhang mit privat erworbenen Kryptowährungen die grosse Ausnahme sein, weil Wertsteigerungen dort zumeist zu steuerfreiem Kapitalgewinn führen und die Zuger Steuerverwaltung − ähnlich wie schon beim Wertschriftenhandel − Zurückhaltung bei der Einstufung als gewerbsmässige Tätigkeit zeigt.» Faktisch heisst das: Spekulieren mit Kryptowährungen ist für alle Private steuerfrei, egal wie hoch die erzielten Gewinne sind − und diese können bei Kryptowährungen mit ihrer hohen Volatilität sehr schnell sehr hoch sein. Das ist zumindest fragwürdig.
Zur Interpellation der ALG-Fraktion: Die ALG sieht grosse Chancen im Bereich von Blockchain, dieser neuen, zukunftsweisenden technologischen Entwicklung. Dass diese Chancen auch wirklich genutzt werden können, setzt eine differenzierte Sichtweise und einen kritischen Umgang mit den Entwicklungen voraus.
Zur Positionierung des Kantons Zug und zum Label «Crypto Valley»: Der Votant ist froh, dass der Regierungsrat klar und deutlich zum Ausdruck bringt, dass zwischen Blockchain und Kryptowährungen als Anwendung davon differenziert. Er bittet einfach, dies konsequent umzusetzen. Dass die Regierung von Anfang an «eine klare Differenzierung zwischen der Blockchain als Basistechnologie und den Kryptowährungen als eine mögliche Anwendung gemacht und vielfach kommuniziert» habe, bezweifelt er. Zumindest in der kommunikativen Wirkung kam da nicht viel herüber. Wo wurde diese Differenzierung denn so «vielfach kommuniziert»?
Zum Begriff «Crypto»: Crypto ist ungleich Blockchain, die zwei Begriffe sind klar auseinanderzuhalten. Bei Crypto geht es um Verschlüsselung, um Geheimnis, um Sicherheit. Blockchain ist aber viel mehr − und vor allem eben nicht Geheimnis, sondern Dezentralisierung, Transparenz und Effizienz in Prozessen. Wenn man nun sagt, mit Crypto meine man auch Blockchain, tut man dieser Technologie unrecht und verkürzt sie auf einen ganz bestimmten Teilbereich. Da hilft dann alle nachgelagerte Differenzierung in der Kommunikation nichts mehr.
Zu den formellen und informellen Partnerschaften, die bezüglich «Crypto Valley» eingegangen wurden: Die regierungsrätliche Antwort vermittelt den Eindruck, es gebe keine entsprechenden Partnerschaften. So gebe es einerseits keine formellen Partnerschaften. Fakt ist aber, dass es solche Partnerschaften *gibt*. Der Regierungs-

rat schreibt auf Seite 5 in der Mitte ja selbst: «Das Zuger Handelsregisteramt ist einzig eine vertragliche Vereinbarung mit der Bitcoin Suisse AG in Baar eingegangen.» Das *ist* doch eine Partnerschaft. Eine Partnerschaft ist an sich ja auch kein Problem − aber Achtung: Hier geht es um Crypto, also Risiko. Weiter unten auf der gleichen Seite steht: «Seit Anfang 2017 ist das Handelsregister Partner eines Blockchain-Projekts, das von IBM und Swisscom initiiert wurde.» Auch das ist eine Partnerschaft, nun im Bereich Blockchain. Und genau hier kann die Technologie eingesetzt werden, dass sich Firmen sehr schnell und effizient in Zug anmelden können. Auch informelle Partnerschaften gibt es ebenfalls sehr wohl: Als Netzwerkpartner ist man das − und das ist ja auch gut so. Nur konnte man das aus der Antwort des Regierungsrats nicht wirklich herauslesen.
Zu den Reputationsrisiken, die mit dieser Positionierung verbunden sind: So lange die Blockchain-Thematik auf Crypto und damit auf Kryptowährungen eingeschränkt wird, besteht das entsprechende Risiko. Und dieses Risiko *gibt* es. Aus Sicht der Regierung gibt es allerdings keinen «längerfristigen Schaden für den Ruf». Im Umkehrschluss heisst das: Kurz- und mittelfristig kann es Schaden geben, einfach nicht langfristig. Und worin dieses Risiko besteht, kann man auf Seite 3 unten lesen: Es geht um die Anwendung des Geldwäschereigesetzes. «Das Problem und Risiko liegt hier darin, dass die Herkunft dieser Mittel zum Teil nicht oder nur äusserst schwierig eruierbar ist. Es stellen sich Fragen der Anwendung des Geldwäschereigesetzes, welche nach angepassten bzw. neuen regulatorischen Rahmenbedingungen rufen. So lange diese nicht bestehen, sind die Banken äusserst zurückhaltend mit der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen mit entsprechenden Unternehmen dieser Branche.» Nun, da findet der Votant es ja richtig berauschend, dass der Kanton via Handelsregisteramt entsprechende Geschäftsbeziehungen eingeht. Das ist problematisch. Die Entgegennahme von Kryptowährungen durch das Handelsregisteramt muss aus diesem Blickwinkel schlicht gestoppt werden.
Zu den Massnahmen gegen diese Reputationsrisiken: Erstens wird hier intuitiv auf Selbstregulierung gesetzt. Natürlich hat die Branche ein grosses Interesse daran, dass sie nicht schlechte *Publicity* erhält. Das ist nachvollziehbar, und mit dem entsprechenden *Code of Conduct* wurde das auch schon sehr gut angegangen. Die Branche schläft also nicht − und verdient Lob dafür. Aber dass die Branche selbst sagt, sie kontrolliere die Herkunft von Geldern im Sinne des Geldwäschereigesetzes, bezweifelt der Votant. Zweitens wird bei diesen Massnahmen auf die FINMA gesetzt. Das macht Sinn, denn dort sitzt der nationale Regulator. Und drittens setzt sich die Regierung in einer nationalen Blockchain-Taskforce ein. Die Frage, die sich hier stellt, ist einfach: Wofür? Denn am Entscheid, via Handelsregisteramt blind Kryptowerte anzunehmen, hält die Regierung ja fest. Und die Entwicklung braucht ja sowieso nur eine «regulatorische Begleitung» − mehr nicht. Die ALG wünscht sich hier aber mehr kritische Begleitung, mehr kritisches Hinterfragen. Die Haltung der Regierung scheint nach Ansicht der ALG etwas blauäugig zu sein.
Zur Kompetenz bezüglich Blockchain in der Verwaltung: Die entsprechende Frage in der Interpellation wurde nur teilweise beantwortet: Es wird zwar davon gesprochen, dass die Regierung ein Aussprachepapier zum Thema Digitalisierung behandelt habe. Spannend − und *hoffentlich* hat sie das getan! Und bei jedem Projekt bezüglich Digitalisierung werde das AIO einbezogen. Auch spannend − und richtig so! Es werden auch interne Schulungen durchgeführt − auch gut. Wo aber liegen nun die Kompetenzen genau? Das Fazit, das der Votant zieht: Eine wirkliche Fachperson für diesen Bereich gibt es intern nicht. Das braucht es auch nicht − aber man soll das auch sagen. Expertenzugang via Hochschulen gibt es offenbar. Ist das korrekt? Wenn ja, dann ist die entsprechende Kompetenz zumindest irgendwie zugänglich.

Summa summarum: Der Votant dankt nochmals für die Beantwortung der Fragen. Digitalisierungsprozesse wie zum Beispiel die Entwicklung der Blockchain-Technologie sollen positiv und offen angegangen werden, da die Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft vielfältig und gross sind. Gerade aber staatlicherseits sollten diese Prozesse auch hinterfragt und kritisch begleitet werden, denn es gibt in diesem Bereich auch entsprechende Risiken.

**Marcel Peter** dankt im Namen der FDP-Fraktion den Interpellanten für die teilweise interessanten Fragestellungen und der Regierung für die umfassende und abschliessende Beantwortung. Die Antworten erinnern an drei Punkte:
• Blockchain und Bitcoin sind zwei verwandte, aber doch grundlegend unterschiedliche Dinge. Die Kryptowährungen sind eigentlich nur ein sehr lauter und umtriebiger Nebenschauplatz der viel grösseren, disruptiven Blockchain-Technologie, auf der sie basieren. Blockchain allerdings ist viel mehr als Währungen. Viele relevante Player haben schon lange erkannt, dass der Fortschritt in der Blockchain-Technologie liegt, während Kryptowährungen nur eine von vielen Anwendungsformen sind.
• Der Kanton Zug betreibt keine Branchenpolitik, sondern schafft gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für alle Branchen. Entsprechend wurden für den Cluster Crypto keine Rahmenbedingungen angepasst oder neu geschaffen.
• Der Regierungsrat hat nicht mittels Regierungsratsbeschluss das «Crypto Valley» ausgerufen, sondern dieses ist natürlich gewachsen, insbesondere wegen den bestehenden Clusters Finanzdienstleistung und IT-Technologie sowie den Hochschuldepartementen Informatik in Rotkreuz und IFZ in Zug.
Die FDP-Fraktion kommt bei der Beurteilung der Fakten zu folgenden Erkenntnissen:
• Kryptowährungen sind undurchsichtige Spekulationsblasen ohne inneren Wert. Ganz anders Blockchain. Blockchain ist eine vielversprechende Technologie, die gerade im Bereich der Transparenz viele neue Möglichkeiten hervorbringen wird. Man befindet sich derzeit noch sehr früh im Prozess, aber bereits jetzt zeichnen sich interessante Anwendungsmöglichkeiten ab, etwa für die Industrie im Bereich der erschwerten Manipulierbarkeit oder im Bereich von Versicherungsverträgen und Schadensmanagement.
• Die Mehrheit der Kryptowährungen kann als Blase bezeichnet werden, und Blasen tendieren dazu zu platzen. Das ist nichts Schlechtes, sondern eine natürliche Strukturbereinigung. Dass gewisse Stellen der Verwaltung solche Währungen akzeptieren, ohne einen eigenen Bestand zu führen, ist vorausschauendes Marketing ohne nennenswertes Risiko.
• Die FDP begrüsst die hier entstandene Start-up-Szene im Bereich der Blockchain-Technologie sehr. Wie in jeder jungen Branche wird sich nur ein kleiner Teil der Player langfristig etablieren, während die grosse Mehrheit den Prozess nicht überstehen wird. Auch das ist gut so und liegt in der Natur der Sache. Die Risikokapitalgeber werden die entsprechenden Verluste tragen müssen. Das ist unproblematisch, sind diese Investoren doch auch gerne bereit zu kassieren, wenn sie auf das richtige Pferd gesetzt haben.
• Die Regierung hat erkannt, dass ein bürokratisches Monster wie eine kantonale Verwaltung nicht aktiv in einem so dynamischen Umfeld mitspielen kann und soll. Stattdessen geht die Regierung weiter auf dem bewährten Weg der wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen. Dass sich der Kanton darüber hinaus aktiv in der nationalen Taskforce einbringt und dabei die Schaffung eines vernünftigen und vorausschauenden *Governance*-Modells unterstützt, freut die FDP-Fraktion. Der Votant möchte dem Rat hier das *White Paper* der nationalen Taskforce, welches vor einer Woche in Zug dem Bundesrat übergeben wurde, ans Herz legen. Darin

wird unter anderem gefordert, die Bestimmungen des Geldwäschereigesetzes konsequent auf die neue Technologie anzuwenden.
Fazit: In jeder Branche gibt es vereinzelt Verwerfungen, so sicher auch im Bereich von Blockchain und ganz sicher auf dem Nebenschauplatz der Kryptowährungen. Dies soll aber auf keinen Fall die Verwaltung davon abhalten, ein gutes wirtschaftliches Ökosystem zu betreiben, das private Unternehmer anzieht, die versuchen, sich in diesem dynamischen Umfeld zu etablieren. Die FDP-Fraktion kommt zum Schluss, dass der Kanton dies erkannt hat und sich auf dem richtigen Weg bewegt, ohne dabei nennenswerte finanzielle oder reputationstechnische Risiken einzugehen. Die FDP dankt für die geleistete und vorausschauende Arbeit sowie für die Beantwortungen der zwei Interpellationen. Weiter so!

**Rupan Sivaganesan** spricht für die SP-Fraktion. Diese begrüsst grundsätzlich, dass der Kanton für innovative Ideen offen ist, Start-up-Unternehmen fördert und dafür gute Rahmenbedingung schafft. Gleichzeitig weist sie auf die Wichtigkeit hin, diese Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen.
Zum Thema Kryptowährung hat die Stadt Zug Geschichte geschrieben. Zug ist die allererste Stadt, in der eine staatliche Behörde eine Kryptowährung akzeptiert. Es war 2016 die Einwohnergemeinde, und es war eine weltweite Premiere. Auch das Zuger Handelsregisteramt hat sich mittlerweile angeschlossen. Dies löste einen Boom von neuen Ansiedlungen von Unternehmen und Stiftungen aus. Vor einigen Wochen wurde zudem bekannt, dass der grösste Hersteller von Bitcoin-Spezialrechnern eine Niederlassung in Zug plant. Aber auch im Alltag kann man auf Bitcoin & Co. treffen: Im Einkaufszentrum Zugerland gibt es schon den ersten Bitcoin-Automaten. Das Geschäft läuft also.
Die Blockchain-Technologie wird die Gesellschaft in Zukunft in verschiedenen Bereichen begleiten, wie die Regierung im Bericht hervorhebt. Zurzeit wird Blockchain in der Öffentlichkeit tendenziell nur mit Kryptowährungen in Verbindung gebracht. Die SP bedauert, dass die Regierung die Risiken dieser Währungen zu wenig gewichtet bzw. dass einseitig nur Positives Eingang in den Bericht gefunden hat. Gerade haben einige Länder − unter anderem wegen der grossen Gefahr von Kriminalität, Steuerhinterziehung, Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung − die Kryptowährungen verboten. Auch dies gilt es hier mitzubedenken. Die SP-Fraktion ist in diesem Sinn der Meinung: Innovation ja, aber nicht um jeden Preis.
Abschliessend lädt der Votant alle Ratsmitglieder, die sich näher über die Thematik informieren möchten, ein, sich am Nachmittag dem Fraktionsausflug der SP anzuschliessen, wo man mehr darüber erfahren kann.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Diese hat die Antworten des Regierungsrats auf die beiden Interpellationen sehr positiv aufgenommen und dankt auch für deren Ausführlichkeit. Wie gehört, muss man unterscheiden zwischen Blockchain und den entsprechenden Anwendungen, von denen Kryptowährungen nur eine einzige sind. Zu beachten ist auch die grosse Dynamik des Bereichs. Dieser ist wenig reguliert, und wohin die Reise geht, ist unbekannt. Der Regierungsrat will nichts verhindert, ist aber nicht so dynamisch wie die Stadt Zug, die eine eigentliche Vorreiterrolle einnahm und der neuen Technologie bewusst sehr positiv gegenübersteht. Anders als Anastas Odermatt erachtet die Votantin die Haltung der Regierung als kritisch und nicht als blauäugig. Gerade wegen der grossen Dynamik muss die Entwicklung sehr nah begleitet und beobachtet werden. Dazu braucht es das Gespräch mit den Akteuren und das Verständnis dafür, was in diesem Bereich abgeht. Persönlich steht die Votantin den Kryptowährungen nicht ausschliesslich kritisch gegenüber, bieten diese doch gerade bei *Mergers & Acquisitions* Möglich-

keiten im Bereich von Sacheinlagen, die es bisher nicht gab. Möglicherweise kann der Regierungsrat dazu noch einige ergänzende Ausführungen machen.
In der Verwaltung sind vor allem zwei Stellen mit der Thematik konfrontiert: das Handelsregisteramt und die Steuerverwaltung. Beide Stellen haben sich vertieft mit dem Thema auseinandergesetzt, und sie treten nicht als Verhinderer auf, sondern als kompetente Ansprechpartner für Unternehmen, welche in diesem Bereich etwas bewirken oder erreichen wollen. Die CVP-Fraktion begrüsst diese intensive Auseinandersetzung mit dem Thema. Sie begrüsst auch, dass es in der kantonalen Verwaltung keinen «Mister Bitcoin» gibt, sondern die Auseinandersetzung mit der Thematik sehr breit erfolgt: im Regierungsrat, durch Schulung der Kadermitarbeiter etc. Dass in dieser jungen Branche noch kaum Aussagen zu den steuerlichen Auswirkungen gemacht werden können, kann die CVP nachvollziehen. Zum enormen Stromverbrauch von Blockchain schreibt der Regierungsrat, dass er daran glaubt, dass dieser dank der Innovationskraft der Wirtschaft reduziert werden kann. Hier macht die Votantin persönlich allerdings ein grosses Fragezeichen.

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Er dankt der Regierung für die aussagekraftigen Antworten auf die zwei Vorstösse. Insbesondere die Antwort auf die Interpellation der ALG-Fraktion zeigt einige interessante Aspekte auf. Eigentlich müsste man aus dieser Antwort ein Merkblatt machen, das entsprechenden Personen in Englisch abgegeben werden könnte.
Für den Votanten ist die heutige Debatte historisch: Es ist vermutlich weltweit das erste Mal, dass das Parlament eines Freistaats mit gesetzgeberischen Möglichkeiten eine Diskussion über Kryptowährungen führt. Diese Information verdankt der Votant einem NZZ-Journalisten, der im Februar 2018 einen Artikel verfasste, nachdem die Interpellation Umbach/Brunner eingereicht worden war: «Die Bitcoin-Blase platzt. Im Zuger Crypto Valley wachsen die Bedenken». Der Votant empfiehlt diesen interessanten Artikel allen Ratsmitgliedern zur Lektüre. Historisch ist die heutige Debatte auch deshalb, weil zukünftige Historiker einst nachlesen werden, was heute im Zuger Kantonsparlament gesagt wird. Man steht nämlich − wie bereits ausgeführt wurde − am Anfang einer Entwicklung, die rasend schnell vorangeht. Im September 2015 legte der Stadtrat von Zug die «Stadtidee« vor, ein schön gebundenes blaues Buch, das mögliche Strategien für die Entwicklung der Stadt Zug aufzeigt. Wenn man dort die Stichwörter «Blockchain», «Crypto» oder «Bitcoin» sucht, findet man nichts − und das noch im September 2015. Die ganze Geschichte beginnt politisch erst im Mai 2016, als die SVP − was der Votant mit Stolz vermerkt − als erste Fraktion im Grossen Gemeinderat eine Interpellation zu dieser Thematik einreichte: «Bitcoin − städtisches Pilotprojekt in zweifelhaftem Kontext». Bei der Beantwortung der Interpellation im GGR lag der Kurs des Bitcoin bei 428 Franken. Ende 2016 lag er bei knapp 1000 Franken, Ende 2017 bei 13’569.67 Franken, und heute liegt er bei 9230 Franken. Auf dem Höhepunkt am 16. Dezember 2017 kostete ein Bitcoin 19’216.26 Franken. Es herrscht Goldgräberstimmung. Und wie man aus der Geschichte weiss, haben in solchen Phasen nicht diejenigen am meisten verdient, welche das Gold geschürft und dabei ihr Leben oder ihre Reputation riskiert haben, sondern immer diejenigen, welche in der Goldgräbersiedlung die Schaufeln verkauft, ein Bordell eröffnet oder eine andere Aktivität entwickelt haben. Und was lässt sich aus diesem Blick in die Geschichte lernen? In Gründerzeiten braucht es nicht nur Innovation und Unternehmertum, sondern erstens auch Verkehrsverbindungen. Im 19. Jahrhundert waren es die Eisenbahnen, heute ist es wohl die Nähe zum Flughafen. Zweitens braucht es in solchen Zeiten − und das gilt für die Blockchain-Technologie in besonderem Mass − Energie. Im 19. Jahrhundert wurden entlang der Lorze entsprechende Werke gebaut, welche die Industrialisierung über-

haupt erst ermöglichten. Und drittens braucht es in Gründerzeiten Kapital. Und genau hier zeigt sich das erste Problem. Vor 126 Jahren hat man die Zuger Kantonalbank gegründet, weil genau in dieser Phase für diejenigen, die sich unternehmerisch einbringen und Geschäfte machen wollten, kein Geld vorhanden war. Der Votant hat grosses Verständnis für die momentane Zurückhaltung der Banken. Aber sollte nicht genau der Kanton Zug bei seiner Staatsbank einen vereinfachten Zugang zu Kapital erlauben − jetzt, da die entsprechende Gesetzesrevision gerade in Arbeit ist?
Die Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, dass der Regierungsrat gute Rahmenbedingungen schaffen will. Auch der Votant muss der Regierung diesbezüglich ein Kompliment machen. Schon in der Diskussion über die Fachhochschule in Rotkreuz oder über das IFZ unterstützte das Parlament den Regierungsrat, denn ein wichtiger Aspekt bei den Rahmenbedingungen ist auch der Zugang zu Forschung und Entwicklung. Hier legt der Votant auch noch seine Interessenbindung offen: Er ist Mitglied der «Crypto Valley Association». Und es ist unglaublich, was diese *Association* leistet, auch bezüglich der Wertediskussion.
Der Votant dankt der Regierung nochmals für die Interpellationsantworten. Die heutige Diskussion über dieses Thema war sehr wichtig, und nach Ansicht des Votanten hat der Regierungsrat die richtigen Schlüsse gezogen. Früher sind die Zuger Regierungsräte nach Bern gepilgert, um dort irgendetwas zu erreichen. Heute ist es umgekehrt: Bern pilgert nach Zug. Genau so muss es sein!

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** ist froh um die zwei Vorstösse. Er hat sie eigentlich schon früher erwartet. Der Zeitpunkt zeugt aber auch von einer gewissen Bedachtsamkeit: Es wird nicht bei jedem *Hype* sofort interpelliert, sondern man beobachtet zuerst einmal die Entwicklung. Es war in diesem Sinn ein guter Moment, um Bericht zu erstatten. Auch die Diskussion hier im Rat ist wichtig. Die Entwicklung ist so dynamisch, dass man froh ist um jeden Pflock, der einigermassen stabil dasteht − und froh darum, sich politisch auf einigermassen festem Terrain bewegen zu können. Und es ist klar eine politische Haltung, welche in der heutigen Debatte zum Ausdruck kam. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt deshalb für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort und für die anerkennenden Worte bezüglich Kompetenz − auch ohne feste Berater bei der Volkswirtschaftsdirektion, die teuer bezahlt werden müssten. Man muss sich das entsprechende Wissen selbst aneignen, und der Volkswirtschaftsdirektor gratuliert allen, die das tun: den Ratsmitgliedern, die sich heute Nachmittag diesem Thema widmen, oder Philip C. Brunner als Mitglied der «Crypto Valley Association». Das Verständnis ist wichtig. Wenn man nicht versteht, was hier abgeht, reagiert man falsch − nicht zuletzt auch als Regulator.
Es wurde mehrfach auf die Chancen der neuen Technologie und auf die Unterscheidung von Blockchain als Technologie und Kryptowährungen als eine Form der Anwendung hingewiesen. Neben *currencies* − möglicherweise spekulativ − gibt es auch andere Anwendungen von Blockchain, die man als schlecht erachten oder − wie alles − missbräuchlich anwenden kann. *Dual Use:* Jedes Instrument kann auch missbräuchlich verwendet werden. Das gilt auch hier.
Zur kommunikativen Wirkung: Auch der Volkswirtschaftsdirektor wäre gerne der Erfinder eines richtigen *claim* oder *brand.* Es war aber nicht die Regierung, welche den Begriff «Crypto Valley» erfunden hat. Es ist nun aber auch nicht ihr Job, der ganzen Welt zu verkünden, man heisse eigentlich anders. Zu beobachten ist, dass jeder zweite Medienbeitrag über Blockchain mit Bitcoin beginnt und endet. So gab es in der NZZ einen Beitrag mit dem schönen Titel «Bitcoin and Blockchain». Die Angst vor der Währungsproblematik hemmt also andere Anwendungen. Inhaltlich sind sich der Regierungsrat und das Parlament aber einig, und es ist wichtig, die angesprochene Differenzierung überall zu betonen. Und je mehr andere Anwen-

dungen es gibt − und es kommen täglich neue dazu −, umso weniger liegt der Fokus auf den *currencies.*

Zum Thema Partnerschaften hält der Volkswirtschaftsdirektor fest, dass hier ein gewisses Missverständnis vorliegt. Der Kanton pflegt keine dauernden Partnerschaften, ist beispielsweise also nicht Mitglied der «Crypto Valley Association». Bei der Beantwortung der Interpellation wurde aber nicht an die Projekte gedacht, in denen kantonale Stellen temporär mit bestimmten Institutionen zusammenarbeiten.

Wichtig ist auch die folgende Klarstellung: Es scheint ein Widerspruch zu sein, wenn der Regierungsrat schreibt, der Kanton nehme wegen technischer und zeitlicher Probleme keine Kryptowährungen entgegen, das Handelsregisteramt aber trotzdem solche Währungen annimmt. Man muss die betreffende Stelle genau lesen: Es ist nicht angedacht, Bitcoin *direkt* entgegenzunehmen. Das würde zu den genannten Problemen führen. Auch das Handelsregisteramt nimmt nicht *direkt* Bitcoin entgegen, Vielmehr wird in Schweizer Franken fakturiert, und die Bitcoins werden über eine Drittstelle gewechselt. Es ist also dasselbe wie mit anderen Währungen: Man kann auch nicht in US-Dollars einzahlen, sondern muss gemäss Schweizer Recht in Schweizer Franken einzahlen. Auch wenn man mit der Kreditkarte bezahlt, führt der Weg ja über einen Drittpartner, der in Schweizer Franken einbezahlt. Möglicherweise hat dann der Drittpartner ein Problem mit der Zeit oder Energie, nicht aber das Handelsregisteramt.

Bezüglich Selbstregulierung durch die Branche erinnert der Volkswirtschaftsdirektor daran, dass den heutigen Geldwäschereivorschriften eine Selbstregulierung voranging. Die Branche hat sich inhaltlich mehr oder weniger dasselbe vorgeschrieben, was heute per Gesetz gilt. Und nach wie vor basiert ein Teil des Vollzugs der Geldwäschereivorschriften auf Selbstregulierung. Und das ist kein schlechtes Modell.

Zur Forderung, dass sich der Kanton Zug kritischer in die Taskforce einbringen solle, verweist der Volkswirtschaftsdirektor darauf, dass die Antwort des Regierungsrats zwar einige politische Äusserungen enthält, die man in Richtung einer totalen Liberalisierung verstehen kann. Wenn man aber genau hinschaut, liest man beispielsweise: Staatliche Regulierung ist notwendig, aber dort, wo bestehende Regulatorien und Selbstregulierung nicht ausreichen, braucht es Anpassungen. Der Regierungsrat sagt auch, dass es bezüglich der zivilrechtlichen Übertragung von Rechten Gesetzesänderungen braucht. Zwar könnte man versuchen, bestehende Gesetze so zu interpretieren, dass *tokens* ohne Schriftlichkeit übertragen werden können. Das will der Regierungsrat aber nicht, sondern er fordert, dass der Gesetzgeber hier Klarheit schafft. Und das Ganze geht weit über Gesetzgebung hinaus: Es braucht Bildung, Wissenstransfer etc., und auch *Cyber Security* ist ein Thema. Die Regierung geht also differenziert und mit kritischem Blick an die Thematik heran. Und abgesehen davon ist die Antwort des Regierungsrats nur ein *milestone.* Die Entwicklung ist derart dynamisch, dass man erst ganz am Anfang steht. Deshalb macht auch der Vorschlag von Philip C. Brunner, ein Merkblatt zu erstellen, wenig Sinn: Das Merkblatt wäre morgen bereits veraltet.

Zum Hinweis von Rupan Sivaganesan, dass gewisse Länder Bitcoin bereits verboten hätten, hält der Volkswirtschaftsdirektor fest, dass ein Verbot nicht in die Zuständigkeit des Regierungsrats fallen würde. Zu den von Silvia Thalmann erwähnten Möglichkeiten im Bereich von Sacheinlagen führt er aus, dass die Regeln dieselben sind, wie wenn man Gold oder einen Ferrari hinterlegt: Der Wert muss genügend hoch sein, und es braucht eine Beurkundung, dass er im Zeitpunkt der Hinterlegung tatsächlich vorhanden ist. Das ist eigentlich nichts Neues.

Abschliessend dankt der Volkswirtschaftsdirektor für die Unterstützung, die der Regierungsrat erhalten hat. Bezüglich der Stossrichtung sind sich Regierung und Parlament einig. Und mit Sicherheit wird das Thema beide weiterhin beschäftigen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** möchte im Protokoll dieser angeblich historischen Debatte auch vorkommen, weshalb er noch den folgenden Hinweis macht: Wer sich die Thematik Bitcoin, Blockchain, Fintech etc. aus steuerlicher Sicht zu Gemüte führen möchte, kann unter www.zugersteuerpraxis.ch die aktuelle «Zuger Steuerpraxis« konsultieren. Diese widmet sich vollumfänglich diesem Thema, und man findet dort Beiträge der Zuger Steuerverwaltung und von andern Fachleuten. Die Lektüre ist anstrengend, aber hochinteressant.

➔ Der Rat nimmt die Antworten des Regierungsrats auf die zwei Interpellationen zur Kenntnis.

## 1050 Nächste Sitzung

Donnerstag, 7. Juni 2018 (Ganztagessitzung).

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse:**
Es fanden keine Abstimmungen statt.

**Protokoll des Kantonsrats**

73. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 7. Juni 2018, Vormittag
Zeit: 8.30 – 12.25 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. Mai 2018
3. Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Baar
3.1. Ablegung des Eides von Sepp Grob
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
4.1. Motion von Andreas Hürlimann und Karen Umbach betreffend bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten im Kanton Zug
4.2. Motion der CVP-Fraktion betreffend Beseitigung des strukturellen Defizits des Kantons Zug durch eine Anpassung des NFA-Beteiligungsmodells der Gemeinden
4.3. Interpellation von Thomas Werner betreffend Einsatzkoordination von Polizei und Feuerwehren bei Notfällen im Kanton Zug
4.4. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend «Paradise Papers»: Zug bleibt im Fokus
4.5. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend erneuten Aufruhr auf dem Zuger Handelsplatz: «Paradise Papers»- und Krypto-Skandale
5. Kommissionsbestellungen:
5.1. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht – Neustart
5.2. Geschäftsbericht 2017
5.3. Zwischenbericht zu den per Ende März 2018 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
5.4. Rechenschaftsbericht 2017 des Obergerichts
5.5. Bericht 2017 der Ombudsstelle Kanton Zug
5.6. Tätigkeitsbericht 2017 der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts
7. Teilrevision der Kantonsverfassung sowie des Verantwortlichkeitsgesetzes betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens
8. Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Kündigung der Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld durch den Kanton Zug

9. Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif)
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 16/3 (Kapitel Grundzüge der räumlichen Entwicklung, Siedlung, Landschaft, Verkehr)
11. Postulat von Jean-Luc Mösch, Rainer Suter und Thomas Gander betreffend Region ZUGWEST – Verbesserte Anbindung mit der Bahn
12. Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Lohngleichheit im Kanton Zug
13. Interpellation der SP-Fraktion betreffend kein Rassismus − auch nicht an der Fasnacht, einem wichtigen Kulturgut
14. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (PBG) − Teil 1: Neue Umsetzung des Raumplanungsgesetzes

## 1051 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 74 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Barbara Gysel, Zug; Andreas Etter und Karl Nussbaumer, beide Menzingen; Pirmin Andermatt, Baar; Emanuel Henseler, Neuheim; Remo Peduzzi, Hünenberg.

## 1052 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Schiff ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

Die SVP des Kantons Zug möchte heute während der Kantonsratssitzung ihre Parteivertreter filmen lassen. Gemäss § 38 Abs. 3 GO KR bedürfen Bildaufnahmen von nicht akkreditierten Medienschaffenden der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat stimmt den Filmaufnahmen stillschweigend zu.

Der Baudirektor muss sich wegen der Teilnahme an einer Beerdigung für die Vormittagssitzung entschuldigen. Der Rat behandelt Traktandum 10 (Richtplananpassung) deshalb zu Beginn der Nachmittagssitzung.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

## 1053 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste mit der oben beschlossenen Änderung.

TRAKTANDUM 2

**1054 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. Mai 2018**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 3. Mai 2018 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**1055 Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Baar**
Vorlage: 2873.1 - 15779 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen über die Ersatzwahl von Sepp Grob befindet. Die Rechtsmittelfrist ist unbenutzt abgelaufen. Sepp Grob ist im Saal anwesend. Es gibt keine anders lautenden Anträge als denjenigen des Regierungsrats.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Ersatzwahl von Sepp Grob.

Der **Vorsitzende** gratuliert Sepp Grob zur Wahl. Dieser tritt sein Amt sofort an.

**1056** Traktandum 3.1: **Ablegung des Eides von Sepp Grob**

Sepp Grob tritt nach vorne, die Anwesenden erheben sich. Landschreiber Tobias Moser liest die Eidesformel. **Sepp Grob** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** heisst das neue Ratsmitglied herzlich willkommen und wünscht ihm viel Energie und Befriedigung bei seiner politischen Arbeit zum Wohl des Kantons Zug.

TRAKTANDUM 4

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

Das Traktandum folgt später in der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 1069−1073).

TRAKTANDUM 5

**Kommissionsbestellungen:**

**1057** Traktandum 5.1: **Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht – Neustart**
Vorlagen: 2874.1 - 15780 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2874.2 - 15781 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Raumplanung und Umwelt.

**1058** Traktandum 5.2: **Geschäftsbericht 2017**
Vorlage: 2866.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

**1058a** Traktandum 5.3: **Zwischenbericht zu den per Ende März 2018 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**
Vorlage: 2871.1/1a - 15775 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

**1059** Traktandum 5.4: **Rechenschaftsbericht 2017 des Obergerichts**
Vorlagen: 2869.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Obergerichts).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**1060** Traktandum 5.5: **Bericht 2017 der Ombudsstelle Kanton Zug**
Vorlagen: 2860.1 - 00000 (Bericht der Ombudsstelle).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**1061** Traktandum 5.6: **Tätigkeitsbericht 2017 der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug**
Vorlage: 2875.1 - 00000 (Bericht der Datenschutzbeauftragten).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission.

**1062** Traktandum 5.7: **Kommission für Tiefbau und Gewässer**

Anstelle von Kurt Balmer soll für die CVP-Fraktion neu Sepp Grob in die Kommission für Tiefbau und Gewässer gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 6

**1063** **Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts**
Vorlagen: 2775.1 - 15529 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2775.2 - 15530 (Antrag des Obergerichts); 2775.3 - 15768 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Traktandum Obergerichtspräsident Felix Ulrich.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, erinnert daran, dass die Geschäftsordnung des Kantonsgerichts 2010 einer Totalrevision unterzogen wurde. Wegen interner Querelen am Kantonsgericht entschied der Kantonsrat damals eher zähneknirschend und mit einigem Unverständnis über die Zustände am Kantonsgericht, auf den Antrag der damaligen Obergerichtspräsidentin einzutreten

und diesem zuzustimmen. Der Antrag sah vor, die Geschäftsleitung des Kantonsgerichts von drei auf fünf Mitglieder zu erweitern und zwei Ersatzmitglieder zu bestimmen. Zusätzlich zur Änderung bei der Geschäftsleitung wurde die Möglichkeit geschaffen, einen Verhaltenskodex einzuführen.
Glücklicherweise ist das Kantonsgericht heute nicht mehr im Krisenmodus. Die damaligen Änderungen erweisen sich für das nun sehr gut funktionierende Kantonsgericht nur noch als Ballast und keineswegs als hilfreich, was auch die JPK anlässlich der Visitation feststellen durfte. Niemand im Saal würde wohl die Aussage unterstützen, dass bei einem neunköpfigen Richtergremium fünf Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder in der Geschäftsleitung sitzen müssen. Es ist augenscheinlich, dass diese Lösung 2012 als quasi letzte Hoffnung, dem schwelenden Konflikt begegnen zu können, eingeführt wurde. Die Zeiten und auch die Zusammensetzung des Kantonsgerichts haben sich geändert. Der Umgang untereinander ist wieder so, wie man es von Richterinnen und Richtern, die auch Vorbildfunktion haben und diese wahrnehmen sollten, erwartet. Deshalb wird auch die Möglichkeit, einen Verhaltenskodex einzuführen, nicht mehr benötigt.
Formell kann der Kantonsrat dem Antrag des Obergerichts zu dieser Teilrevision nur zustimmen oder ihn ablehnen. Er hat nicht die Kompetenz, einzelne Bestimmungen zu ändern. Die JPK hat den Antrag des Obergerichts am 16. Februar 2018 an einer Sitzung, zu welcher auch der Obergerichtspräsident eingeladen war, beraten. Sie hat bei zehn anwesenden Mitgliedern einstimmig mit 10 zu 0 Stimmen den Antrag des Obergerichts unterstützt und empfiehlt dem Kantonsrat, der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsgerichts zuzustimmen. Die SVP hat an ihrer Fraktionssitzung am vergangenen Montag ebenfalls einstimmig entschieden, den Antrag des Obergerichts zu unterstützen.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Die 2012 vollzogene Teilrevision der Geschäftsordnung hat ihre Dienste getan. Jetzt, wo wieder Ruhe eingekehrt ist, soll die damals auf fünf Mitglieder erweiterte Geschäftsleitung wieder auf drei reduziert werden. Teil der Revision war auch die Einführung eines Verhaltenskodex. Dieses Papier kann nun getrost dem Archiv übergeben werden. Konflikte wird es auch künftig geben, deren Lösung liegt aber in der Hand der Beteiligten und nicht in einem Kodex, der ohnehin nie zur Anwendung kam. Im Namen der ALG-Fraktion bittet die Votantin, auf die Vorlage einzutreten und den Änderungen zuzustimmen.

**Andreas Hostettler** teilt mit, dass die FDP-Fraktion einstimmig die Haltung der Kommission unterstützt und Ja sagt. Dieses Ja enthält folgende Aspekte:
• Gut gemeinte Regelungen für eine ganz spezifische Problemstellung von damals haben sich überholt und können somit getrost entsorgt werden. Sie sind zu 100 Prozent zwar nicht biologisch, aber juristisch abbaubar.
• Die FDP stellt fest, dass das Kantonsgericht seine Arbeit wieder mit der notwendigen Ruhe, Vorbildfunktion, Effizienz und Effektivität tut. Somit haben die Bestimmungen in Form eines Gängelbands ausgedient.
• Die FDP ist sich mehr als bewusst, dass keine noch so gute und ausgefeilte Geschäftsordnung zwischenmenschliche Spannungen und Differenzen verhindern oder gar beheben kann.
• Es liegt somit in der Verantwortung der einzelnen Kantonsrichter und deren Vorgesetzten, einen auch menschlich möglichst reibungslose Zusammenarbeit zu gewährleisten. Aufgabe des Kantonsrats ist es, bei Vakanzen die jeweils richtigen Personen zu finden und zu nominieren.
In diesem Sinne sagt die FDP-Fraktion klar Ja zum Antrag des Obergerichts.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** dankt der Justizprüfungskommission dafür, dass er die Gelegenheit erhielt, die vom Kantonsgericht beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung an der Sitzung vom 16. Februar 2018 zu erläutern. Er dankt auch für den Bericht und Antrag vom 16. Februar 2018.
Die Vorredner haben bereits alles zu diesem Geschäft gesagt, so dass sich der Obergerichtspräsident kurz halten kann: Das Obergericht stellt den Antrag, die revidierte Geschäftsordnung des Kantonsgerichts zu genehmigen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat nur eine einzige Lesung vornimmt, weil dieser Beschluss nicht referendumsfähig ist. Der Rat kann − wie bereits gehört − der Teilrevision nur als Ganzes zustimmen oder sie ablehnen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 69 zu 0 Stimmen zu.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 7

**1064 Teilrevision der Kantonsverfassung sowie des Verantwortlichkeitsgesetzes betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens**
Vorlagen: 2817.1 - 15655 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2817.2 - 15656 (Antrag des Regierungsrats); 2817.3 - 15657 (Antrag des Regierungsrats); 2817.4 - 15769 (Bericht und Antrag der Kommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Kurt Balmer,** Präsident der vorberatenden Kommission, dankt dem Regierungsrat für die optimale Vorbereitung des Geschäfts. Er dankt auch der speziell eingesetzten Vorbereitungsfachgruppe und den Mitarbeitenden der Direktion des Innern für die Begleitung der Kommission. Es war ein nicht bescheidener Aufwand, gestützt auf den relativ klaren Entscheid und Auftrag des Kantonsrats, die Motion der CVP-Fraktion mit einem Stimmenverhältnis von 45 zu 21 erheblich zu erklären. Mit dieser Prämisse ist es etwas unschön, den Nichteintretensentscheid der Kommission zu erklären und kurz zu begründen. Die Kommission hat entschieden, dass aufgrund des Berichts des Regierungsrats und der Eintretensdiskussion lieber ein frühes Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende stattfinden soll. Eine klare Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die folgenden, nicht abschlies-

send aufgeführten Gründe gegenüber den durchaus auch vorhandenen Gründen für ein Eintreten definitiv überwiegen:
• keine oder sehr seltene Anwendung der entsprechenden Bestimmungen;
• der politische und öffentliche Druck reicht;
• zu komplizierte Mechanismen, um den rechtsstaatlichen Ansprüchen zu genügen;
• zu langwierig;
• jedermann kann eine Anzeige machen, was zu Missbrauch führen kann;
• konkrete Regeln sind im Einzelfall untauglich.
Der Votant stellt namens der Kommissionsmehrheit den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten und konsequenterweise auch die Motion der CVP-Fraktion als erledigt abzuschreiben. Er dankt namens der Kommission für die Unterstützung.

**Vroni Straub-Müller** teilt mit, dass auch die ALG-Fraktion den **Antrag** auf Nichteintreten stellt und somit den Antrag der vorberatenden Kommission stützt. Folgerichtig ist sie auch für die Abschreibung der betreffenden CVP-Motion.
Die ALG-Fraktion ist der Meinung, dass es ein solches Verfahren schlicht nicht braucht. Es ist kostspielig, personalaufwendig und träge und dauert dank der Beschwerdefristen viel zu lange. Zudem birgt das Verfahren ein gewisses Missbrauchspotenzial: Unbequeme Mandatsträger oder -trägerinnen könnten durch ein solches Verfahren im besten Fall diskreditiert werden. In der jüngeren Vergangenheit wurden solche − unbestritten schwierige − Situationen innerhalb des Gremiums gelöst. Die Votantin verweist auf die Affäre Romer, die sie als Stadträtin selbst miterlebt hat. Nachdem die Affäre öffentlich geworden war, dauerte es nur kurze Zeit, bis der Ex-Stadtrat sein Amt niederlegte, dies dank Gesprächen und einem gewissen Druck im Kollegium. Hätte Ivo Romer sich geweigert und wäre gesetzlich bereits ein Amtsenthebungsverfahren möglich gewesen, hätte es sicher länger gedauert, bis eine Amtsenthebung durchgesetzt worden wäre: Die nächsten Wahlen wären längst vor der Tür gestanden.
Bei der verhältnismässig kurzen Amtsdauer von vier Jahren sieht die ALG keine Notwendigkeit für ein Abberufungsverfahren während einer Legislaturperiode. Alle vier Jahre hat der Souverän Gelegenheit, im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen korrigierend einzugreifen. Man kann sich deshalb auf die wirklich notwendigen Gesetze konzentrieren.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Persönlich ist er gar nicht zufrieden, wie die vorberatende Kommission, der er ebenfalls angehörte, dieses Geschäft beraten bzw. eben nicht beraten hat. Aufgrund der erheblich erklärten Motion arbeitete der Regierungsrat eine Vorlage aus, welche der Kantonsrat an eine vorberatende Kommission überwies. Und was tat diese Kommission? Sie trat nach relativ kurzer Diskussion gar nicht auf die Vorlage ein − und damit war das Geschäft für sie erledigt. Die Erwartung des Votanten war und ist, dass eine vorberatende Kommission eine Gesetzesvorlage mindestens berät und diese − wenn sie damit nicht einverstanden ist − dann in der Schlussabstimmung ablehnt. So wird dem Kantonsrat mindestens eine Vorlage vorgelegt, die vorberaten wurde, und nicht einfach nichts. In diesem Sinn stellt der Votant für den Fall, dass der Kantonsrat auf das Geschäft eintritt, den **Antrag,** die Vorlage an die vorberatende Kommission zurückzuweisen, dies mit dem Auftrag, diese wie üblich zu beraten.
Zur materiellen Seite des Geschäfts: Die SP-Fraktion kann sehr gut damit leben, dass der Rat nicht auf die Vorlage eintritt. Sie war schon dagegen, die Motion der CVP-Fraktion erheblich zu erklären. Die gottseidank sehr kleine Zahl entsprechender Fälle im Kanton Zug rechtfertigt aus Sicht der SP kein solches Gesetz. Im Weiteren ist die geplante Art der Umsetzung bei der SP nicht auf Gegenliebe gestossen.

Solche Fälle sollten nicht politisch, d. h. durch den Kantonsrat, abgehandelt werden, sondern auf juristischem Weg, also durch Richter. In diesem Sinn unterstützt die SP-Fraktion den Antrag der vorberatenden Kommission auf Nichteintreten.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Im Januar 2015 hat das Parlament die CVP-Motion zur Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens beraten. Die Argumente des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts, der FDP, GLP und CVP überzeugten den Rat von der Notwendigkeit eines klar geregelten Verfahrens. Überzeugt hat zum Beispiel das Votum von Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald, der meinte: «Die für alle Seiten sehr leidvollen Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass es gut gewesen wäre, die Möglichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens zu haben.» Mit welch hilflosen Massnahmen eine staatliche Organisation auf einen massiven Konflikt mit einem Amtsträger reagieren kann, wurde dem Rat heute noch einmal in aller Deutlichkeit vor Augen geführt: Das Kantonsgericht blähte seine Führungsstruktur auf und führte einen Verhaltenskodex ein, notabene mit Zustimmung des Parlaments. Da das Problem mit der Person nicht gelöst werden konnte, wurde die Organisation angepasst. Ein klassischer Organisationsfehler, den das Gericht und der Kantonsrat heute korrigiert haben. Überzeugt hat damals auch Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz, die richtigstellte, dass es klare Voraussetzungen für ein Verfahren braucht, so eine vorsätzliche oder grobfahrlässige schwere Amtspflichtverletzung, den dauernden Verlust der Fähigkeit, das Amt auszuüben, die Verurteilung wegen eines Verbrechens oder andere schwerwiegende Gründe. Die FDP machte im Kanton Zug zwar kein grundsätzliches Problem mit Fällen bzw. gewählten Amtsträgern aus. Sie meinte aber, dass schon ein einzelner Fall so zentral sei, dass Mechanismen vorhanden sein müssten, um die Institution zu schützen. So sah das auch die GLP, die keinen Grund erkannte, auf ein gesetzlich verankertes Amtsenthebungsverfahren zu verzichten, nur weil es selten zur Anwendung kommt. Dies bekräftigte auch der CVP-Votant, der meinte: «Es braucht ein geordnetes Amtsenthebungsverfahren nicht zuletzt deshalb, um die gewählten Behörden zu schützen. Ohne eine Regelung, die eine Untersuchung garantiert, wird meistens der Druck auf die Behörden und die Angeschuldigten so gross, dass diesem zuerst die Aufgaben entzogen werden und er dann aufgrund des Drucks und der Schlammschlacht nur noch seinen Rücktritt erklären kann.» Schliesslich wurde die Motion 45 zu 21 Stimmen erheblich erklärt. Der Regierungsrat erhielt den Auftrag, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten.
In der Vernehmlassung setzten sich die Parteien wiederum mit dem Thema auseinander. Wiederum stützten die FDP, GLP und CVP das Anliegen. Die SP lehnte die Vorlage zwar in der vorliegenden Form ab, wies jedoch darauf hin, dass sie die Regelung mit gewissen Anpassungen mittragen könnte. Acht Gemeinden stellten sich grundsätzlich positiv zur Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens. Und was macht nun die vorberatende Kommission? Sie tritt gar nicht auf die Beratung der Vorlage ein. Die Gründe, die dafür ausschlaggebend waren, kann man auf Seite 2 und 3 des Kommissionsberichts nachlesen. Die Votantin möchte auf drei dieser Begründungen eingehen:
• Das Verfahren ist zu kompliziert: Ja, das Verfahren hat auch die Votantin als Kommissionsmitglied nicht restlos überzeugt. Auch sie fand den Vorschlag der Regierung kompliziert. Nur: Wo käme der Rat hin, wenn er alles, was kompliziert ist, von sich weisen würde? Mit der Erheblicherklärung der CVP-Motion hat sich der Rat grundsätzlich für die Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens ausgesprochen. Wenn die Kommission bei näherem Hinsehen gute Gründe gefunden hätte, die gegen ein solches Verfahren sprechen, wäre das in Ordnung. Nur: Die Kommission hat gar nicht richtig hingeschaut. Nach genau anderthalb Stunden schloss der

Kommissionpräsident die Sitzung. In dieser Zeit kann keine vertiefte Auseinandersetzung erfolgen, schon gar nicht bei einer so komplexen Materie.
• Viele Fälle erledigen sich durch Rücktritte infolge des politischen Drucks, der in der Öffentlichkeit entsteht: Der Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er klare Verfahren kennt. Diese schützen den Einzelnen, aber auch die Institutionen vor vorschnellen Schlüssen. Während die staatlichen Mühlen langsam mahlen, leben die Medien von der Tagesaktualität. Der öffentliche Druck ist aber kein offizielles und schon gar kein faires Verfahren. Hier sind viel Eigeninteresse und Emotionalität im Spiel: Die Medien wittern höhere Umsatzzahlen, die Parteien erhoffen sich einen Vorteil, und die Öffentlichkeit geniesst das Spektakel oder ärgert sich darüber. Eine ruhige, sachliche Problemlösung wird damit erschwert. Nicht nur für das betroffene Amtsmitglied ist das sehr belastend, sondern auch für das Gremium. Eine Regelung, die eine Untersuchung garantiert, gibt es nicht, und so wird das Problem entweder ausgesessen oder dem Mitglied die Aufgabe entzogen.
• Es ist nicht möglich, ein Regelwerk zu erstellen, dass jeden Fall abdeckt: Natürlich präsentiert sich jeder Fall anders. Auch in der Personalarbeit ist jeder Fall ganz anders. Und trotzdem gibt es im Arbeitsrecht klare Vorgaben, wie ein Verfahren abzulaufen hat. Es ist unvorstellbar, dass es diese Vorgaben nicht gäbe und jeder Arbeitgeber verfahren würde, wie er wollte. Es braucht ein geregeltes Verfahren für den Fall, dass ein Amtsträger seiner Aufgabe in grobem Masse nicht nachkommt oder nicht nachkommen kann. In Anbetracht der wenigen Fälle sollte es ein einfaches Verfahren sein, das in die bestehenden Strukturen eingebettet wird.
Nach diesen Ausführungen wird es niemanden überraschen, dass die CVP-Fraktion wie die SP den **Antrag** stellt, auf die Vorlage einzutreten und sie anschliessend an die Kommission zur Beratung zurückzuweisen. Die vorberatende Kommission soll ihre Aufgabe wahrnehmen und dem Rat einen aussagekräftigen Bericht abliefern.

**Beat Sieber** spricht für die SVP-Fraktion. «Zeus wies Pandora an, den Menschen die Büchse zu schenken und ihnen mitzuteilen, dass sie unter keinen Umständen geöffnet werden dürfe. Doch sogleich nach ihrer Heirat öffnete Pandora die Büchse. Daraufhin entwichen aus ihr alle Laster und Untugenden. Von diesem Zeitpunkt an eroberte das Schlechte die Welt. Zuvor hatte die Menschheit keine Übel, Mühen oder Krankheiten und auch den Tod nicht gekannt. So wurde die Welt ein trostloser Ort.» So lässt sich auf Wikipedia nachlesen. Die SVP-Fraktion hat die Vorlage betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens diskutiert und kommt wie die vorberatende Kommission zum Schluss, nicht auf das Geschäft einzutreten. Auch die SVP will keine Büchse der Pandora öffnen und ist der Meinung, dass ein Gesetz, das Vorgänge schlechter regelt, als sie von der Realität − also vom Volk − bereits geregelt werden, tunlichst zu vermeiden sei. Deshalb wird die SVP-Fraktion nicht auf die Vorlage einzutreten, und sie bittet den Rat, dies ebenso zu tun. Sie dankt allen, die mithelfen, dass die Büchse der Pandora nicht geöffnet wird.

**Marcel Peter** spricht für die FDP-Fraktion. Diese unterstützte damals die Erheblicherklärung der Motion, und sie ist froh, dass man dank des Berichts der Regierung feststellen kann, in welche Richtung die Problemlösung bei diesem prüfenswerten Anliegen gehen würde. Mit dieser Grundlage ist die FDP nun in der Lage, einen Entscheid zu fällen, ob sie die vorgeschlagene Lösung der bestehenden Regelung vorziehen möchte oder nicht.
Nach eingehender Prüfung der vorliegenden Berichte kommt die FDP zum Schluss, dass in dieser Sache kein wirkliches Problem vorliegt. So wurde die Kommission informiert, dass in den letzten zwanzig Jahren wohl kaum je ein Fall zur Anwendung der neuen Bestimmungen geführt hätte. Die wenigen vergangenen Fälle

haben auch gezeigt, dass die Selbstregulierung normalerweise und insbesondere bei klaren und gravierenden Fällen gut wirkt. Dank der kurzen Amtsdauer von vier bzw. sechs Jahren ist auch das Schadenspotenzial beschränkt. Und für die FDP ist klar: Die vorgeschlagenen Bestimmungen bieten die Möglichkeit zu politisch motivierte Intrigen, und man muss davon ausgehen, dass wegen Formalien und tiefer Akzeptanz des politischen Gremiums dieses Rats viele Entscheide weitergezogen würden. Weiter stehen diffuse Ideen im Raum, was denn als Gründe für ein Amtsenthebungsverfahren bestimmt werden soll. Die Regierung schlägt unter anderem Amtsunwürdigkeit vor, was an und für sich schon schwer verdaulich ist. Das Tüpfelchen auf dem i ist allerdings die kursierende Idee, man könnte «Verstösse gegen die guten Sitten und den Anstand» als Gründe aufnehmen. Schon beim spontanen Nachdenken darüber sind dem Votanten da Möglichkeiten von «Am Stammtisch zu viel Zuger Kirsch trinken« über «Im Auto zu laut Tschaikowski hören« bis hin zu «Knicken von Löwenzahn in öffentlichem Raum» und viele weitere abstruse Anwendungsbeispiele in den Sinn gekommen.
Auch operationell gibt es viele Schwachstellen, etwa dass sich keine wirklich gute Lösung für das verfahrenseinleitende Organ finden lässt. Eine ständige Kommission ist ein Bürokratietiger und verkommt zu einer Spezialaufsicht; eine Ad-hoc-Kommission hingegen leidet an einer politisch motivierten Zusammensetzung und würde entsprechend als Sondergericht wahrgenommen. Weiter ist eine Fünfzehnerkommission zu gross, um dem Persönlichkeitsschutz Genüge zu tun, und bei einer Siebnerkommission sind nicht alle Parteien zur Genüge vertreten. Man stelle sich vor, die SP könnte in der Kommission nicht mitentscheiden, ob das Amtsenthebungsverfahren gegen die löwenzahnknickende Person − genderneutral gemeint − einzuleiten sei. Weiter ist auch fraglich, ob der Kantonsrat als Milizlegislative in der Lage wäre, die nötigen Untersuchungshandlungen durchzuführen.
Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für die gute Arbeit bei der Aufbereitung der Entscheidungsgrundlage zuhanden des Kantonsrats. Darauf basierend erkennt sie kein wirkliches Problem, das eine Anpassung der Gesetzesnorm notwendig machen würde. Weiter muss man festhalten, dass die vorliegenden Lösungsvorschläge wohl mehr Probleme schaffen würden als sie zu lösen vermöchten.
Zum Schluss noch dies: In Neuheim gibt es bekanntlich ein Problem mit einem Exekutivmitglied, das mit seinem Amt zeitweilig eine gewisse Überforderung erfährt. Und ob man es glaubt oder nicht: Neuheim steht noch. Die Gemeinde wird dieses Kapitel ohne Amtsenthebungsverfahren gut überstehen, und der Votant vertraut darauf, dass die Wähler im Oktober korrigierend eingreifen und die Behörde danach wieder hundertprozentig für die Bevölkerung arbeiten kann. Im Namen der FDP Fraktion bittet der Votant den Rat, dem Antrag auf Nichteintreten zu folgen.

**Claus Soltermann** teilt mit, dass sich die GLP in der Vernehmlassung grundsätzlich für ein Amtsenthebungsverfahren ausgesprochen hat. Sie ist dabei der Meinung, dass eine Amtsenthebung nur in ausserordentlichen Fällen und unter Einhaltung eines hohen Persönlichkeitsschutzs der vom Amt zu enthebenden Personen durchgeführt werden kann. Der Bericht der vorberatenden Kommission hat die GLP jedoch sehr irritiert. Er ist äusserst spärlich, ja fast schon unseriös, enthält keine wirklich stichhaltigen Argumente und ist gespickt mit allgemeingültigen Aussagen wie zum Beispiel:
• Die Regelung könnte Tür und Tor öffnen für vieles, das man nicht wolle. Die wirklichen Probleme würden in aller Regel durch interne Bereinigungsmöglichkeiten gelöst. Zu denken sei auch an die Selbstverantwortung der Parteien.
• Wenn jede oder jeder eine Anzeige machen könne, sei dies eine *Blackbox* für Anschuldigungen.

Der Antrag der Kommission auf Nichteintreten hinterlässt bei der GLP das ungute Gefühl, dass die Vorlage mehrheitlich kaum vertieft geprüft wurde. Aus diesem Grund unterstützt die GLP den Antrag auf Eintreten und anschliessende Rückweisung der Vorlage an die vorberatende Kommission.

**Anastas Odermatt** geht kurz auf folgende Punkte ein:
• Es wurde angetönt, die Kommission habe sich nicht gut vorbereitet und die Vorlage nicht vertieft diskutiert. Als Kommissionsmitglied wehrt sich der Votant gegen diesen Vorwurf. Die Kommission hat die ausführliche Vorlage der Regierung sehr wohl studiert, sie kam aber zum Schluss, dass sie diese Gesetzesänderung nicht will. Den Vorwurf der schlechten Vorbereitung weist der Votant aber klar zurück.
• Es ist richtig, dass es Wahlen gibt: ein sehr klares Verfahren, geregelt in einem eigenen Gesetz. Alles andere sind − wie bereits mehrfach gehört − Einzelfälle, und jeder Fall ist anders. Und für wenige Einzelfälle eine Spezialgesetzgebung zu erarbeiten, ist problematisch, denn jeder Einzelfall ist speziell, und es ist nicht möglich, alle Einzelfälle im Gesetz abzudecken. So unbefriedigend das vielleicht ist, man muss sich damit zufriedengeben.
• Es wurde gesagt, es sei komisch, dass eine vorberatende Kommission Nichteintreten beschliesse und die Vorlage nicht weiterberate. Auch Kommissionen haben sich an die Verfahrensordnung des Kantonsrats zu halten, und dort gibt es die Möglichkeit des Nichteintretens. Sie kann also nicht eintreten − und sich so die Zeit für alles Weitere sparen. In der letzten Legislatur passierte dasselbe auch beim Gleichstellungsgesetz. So speziell ist heutige Situation also nicht.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, erinnert daran, dass der Regierungsrat in seinem Bericht vom August 2014 beantragte, die Motion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens nicht erheblich zu erklären. Er hat damals auf diverse Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang hingewiesen. Der Kantonsrat hat im Januar 2015 aber die Motion erheblich erklärt. Der Regierungsrat hat in der Folge nach bestem Wissen und Gewissen eine Vorlage erarbeitet. Es handelt sich um ein sehr komplexes Geschäft, und es haben sich in den Vorarbeiten viele interessante, aber auch sehr schwierige Fragen gestellt. Der Regierungsrat konnte in diesem Gesetzgebungsprojekt auf eine äusserst kompetente und engagierte Arbeitsgruppe zählen, mit den Obergerichts- und Verwaltungsgerichtspräsidenten sowie Mitarbeitenden der Sicherheitsdirektion und der Direktion des Innern. Die Mitarbeitenden der Direktion des Innern, die Mitglieder der Arbeitsgruppe und der Regierungsrat haben viele Stunden in dieses Geschäft investiert, über die Jahre hinweg waren es sicher Tausende von Stunden.
Es ist natürlich das gute Recht des Parlaments, Nichteintreten zu beschliessen. Die Direktorin des Innern erlaubt sich aber den Hinweis auf andere Vorlagen, etwa auf diejenige zu den Wählbarkeitsvoraussetzungen für die Mitglieder des Verwaltungsgerichts oder zur Teilrevision des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr, mit welcher vier Motionen umgesetzt werden sollten. Der Kantonsrat hat diese Motionen entgegen dem Antrag des Regierungsrats erheblich erklärt, trat dann aber ebenfalls nicht auf die Gesetzesvorlage ein. Das Motionsrecht ist ein sehr wichtiges Recht und steht dem Kantonsrat jederzeit offen. Im Sinne der Verwaltungsökonomie dankt der Regierungsrat aber dem Parlament, wenn dieses sich bei künftigen Motionen auch vor Augen hält, was mit einer Erheblicherklärung ausgelöst wird. Abschliessend dankt die Direktorin des Innern auch dem Präsidenten und den Mitgliedern der vorberatenden Kommission für die engagierte Debatte in der Kommission.

**Manuel Brandenberg** spricht ungern nach dem Schlusswort des Regierungsrats, möchte aber darauf hinweisen, dass bei der Erheblicherklärung einer Motion alles noch sehr offen ist. Der Rat legt einzig eine Grundrichtung fest. Die detaillierte Vorlage, die der Regierungsrat ausarbeitet, ist aber eine ganz andere Sache. Man sollte also differenzieren: Man kann das Grundanliegen befürworten und dann − wenn der Umsetzungsvorschlag vorliegt − diesen ablehnen, weil man mit der Umsetzung eben nicht einverstanden ist. Vielleicht sollte der Rat sich auch überlegen, ob er in Zukunft nicht vermehrt direkt an Kommissionen überweisen sollte, wenn er mit den Erlassentwürfen der Regierung nicht einverstanden ist.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat beschliesst mit 51 zu 22 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt: Der Regierungsrat und die vorberatende Kommission beantragen, die Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens (Vorlage 2276.1 - 14398) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion der CVP-Fraktion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**1065 Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Kündigung der Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld durch den Kanton Zug**

Vorlagen: 2819.1 - 15665 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2819.2 - 15666 (Antrag des Regierungsrats); 2819.3 - 15765 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission); 2819.4 - 15777 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, verweist grundsätzlich auf die Ausführungen im Kommissionsbericht und beantragt im Namen der Kommission, auf das Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen. Auf einige Punkte möchte er dennoch eingehen.
Zunächst gebührt dem Leiter des Amts für Wald und Wild, Albin Schmidhauser, ein Lob, dass er sich des Themas angenommen und eine Lösung gesucht hat. Weniger erfreulich war dann aber das Pingpong zwischen der Direktion des Innern und der Volkswirtschaftsdirektion, wer denn nun die Verantwortung übernehmen soll; der Votant verweist hier auf Ziff. 3.7 im Kommissionsbericht. Es ist zu hoffen, dass dieses Pingpong nicht ein Spiegelbild dafür ist, dass die Regierung noch immer im Gärtlidenken gefangen ist.
Im Bericht hat die Kommission den Regierungsrat aufgefordert, zu prüfen, ob es weitere vergleichbare Fälle im Kanton Zug gibt. Denn es sollte nach Ansicht der Kommission wirklich nicht sein, dass mehr oder weniger zufällig auf ungelöste oder

nicht mehr der Gesetzgebung entsprechende Sachverhalte gestossen wird, wie es vorliegend der Fall war. Die Frau Landammann hat ihren Kollegen am 14. Mai 2018 einen entsprechenden Abklärungsauftrag gegeben. Die Rückmeldung war auf den 21. Mai datiert. Der Inhalt der Rückmeldungen ist dem Votanten nicht bekannt, er geht aber davon aus, dass die Frau Landammann heute hierzu Ausführungen macht. Schliesslich richtet der Votant noch den Wunsch an die Regierung, solche Verträge in Zukunft unter dem ausdrücklichen Vorbehalt zu kündigen oder abzuschliessen, dass der Kantonsrat zustimmt. Dies wurde vorliegend leider nicht so gemacht, was der Votant nicht gut findet; über die Gründe, die den Regierungsrat zu diesem Vorgehen bewogen haben, finden sich im Kommissionsbericht Ausführungen. Nichtsdestotrotz kann der Votant dem Rat namens der Konkordatskommission empfehlen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die Kommission stellt diesen Antrag einstimmig.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die vorliegende Kündigung der Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld in der Stawiko völlig unbestritten war. Diese beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.
Die heutige Finanzierung der Försterschule Maienfeld ist im Grunde genommen überholt. Sie ist bei einem Ausstieg der verbleibenden Konkordatskantone durch die Finanzierungsvorschriften gemäss dem aktuellen Berufsbildungsgesetz gesichert. Wichtig ist, dass bei einer Veränderung der Zugang zur Schule für Zuger Studierende nach wie vor möglich ist. Pro Studienplatz muss gemäss interkantonaler Vereinbarung über Beiträge an die Bildungslehrgänge der Höheren Fachschulen ein Beitrag von 21’000 Franken pro Jahr bezahlt werden, unabhängig davon, ob ein Kanton an der Stiftung beteiligt ist oder nicht. Durch den Ausstieg des Kantons Zug fallen ab 2021 jährliche Beiträge von mindestens 56’500 Franken weg. Das einbezahlte und erwirtschaftete Stiftungskapital verbleibt in der Stiftung, bis diese allenfalls aufgelöst wird. Seinerzeit wurde das Kapital des Kantons Zug, damals 76’000 Franken, der Laufenden Rechnung belastet.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Auch diese stimmt der Kündigung des Konkordats zu. Rückblickend hat es nach dem Zeiten Weltkrieg die zwei Försterschulen in Lyss und Maienfeld und die entsprechenden Konkordate gebraucht. Mit dem Berufsbildungsgesetz von 2004 hat sich die Ausgangslage aber verändert, wobei Lyss bereits umgestellt hat, Maienfeld aber noch nicht. Auch dort braucht es das Konkordat nicht mehr. Spannend ist, dass Zug einer der ersten Kantone ist, die das merken. Die anderen Kantone werden aber hoffentlich nachziehen, und die Schule bzw. Stiftung wird sich entsprechend neu organisieren. Das Konkordat aber braucht es nicht mehr, man kann es auflösen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, dankt für die wohlwollende Aufnahme der Vorlage. Die vorberatende Kommission hat − wie erwähnt − den Regierungsrat beauftragt, bei den Direktionen nachzufragen, ob es weitere Bildungsstätten gebe, die nicht nach dem eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (BBG) gehandhabt werden. Die letzten Rückmeldungen gingen Ende Mai 2018 ein. Die Direktionen bestätigen, dass es keine solchen Bildungsstätten mehr gebe. Von der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) kam ein separates Schreiben, in dem bestätigt wurde, dass die IPH mit der educa-Zertifizierung viele Rahmenbedingungen des BBG erfülle, jedoch nicht dem BBG unterliegen dürfte. Abschliessend dankt die Direktorin des Innern für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Beschlüsse des Kantonsrats zu Kündigungen von Konkordaten referendumsfähig sind. Es ist im Erlasstext eine Referendumsklausel einzufügen. Diese soll wie folgt lauten: «Dieser Beschluss tritt unter Vorbehalt des Referendums gemäss § 34 der Kantonsverfassung am Tag nach der Publikation im Amtsblatt in Kraft.»

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 9

**1066 Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif)**

Vorlagen: 2818.1 - 15661 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2818.2 - 15662 (Antrag des Regierungsrats); 2818.3/3a - 15759 (Bericht und Antrag der Kommission); 2818.4/4a - 15772 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Laura Dittli,** Präsidentin der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass diese das vorliegende Geschäft an einer Halbtagessitzung zusammen mit Finanzdirektor Heinz Tännler und der juristischen Mitarbeiterin Denise Weber bearbeitet hat. Sie dankt Denise Weber herzlich für die Unterstützung bei der Kommissionsarbeit.
Teilrevision statt Totalrevision: Die Kommission hat sich ausgiebig über die Vor- und Nachteile einer Total- resp. Teilrevision unterhalten. In Anbetracht der Ablehnung des Gebührengesetzes im Jahr 2011 ist nach Ansicht der Kommissionsmehrheit eine Teilrevision aber das pragmatische und richtige Vorgehen. Die grössten Revisionsbedürfnisse können damit beseitigt werden. Trotzdem sollte der Regierungsrat in absehbarer Zeit über eine Totalrevision der Gebühren diskutieren, dies auch aufgrund der Rückmeldungen der Gemeinden.
Die Kommission folgt in den Kernstücken dem Vorschlag des Regierungsrats. Trotzdem nimmt sie in der Detailberatung einige Änderungen vor. Bei der Mehrwertsteuer spricht sich eine Mehrheit der Kommission dafür aus, diese entgegen dem regierungsrätlichen Vorschlag in die Tarife zu inkludieren; bis anhin wurde dies von den einzelnen Ämtern unterschiedlich praktiziert. Weiter schlägt die Kommission bei ausserordentlich geringem Aufwand eine Gebührenreduktion oder sogar einen Verzicht auf eine Gebühr vor. Die Kommission unterstützt die Fremdänderungen im Gewässergesetz und im Gewässergebührentarif, die durch die Neukonzessionierung des Etzelwerkes nötig sind.
Die Kommission ist mit 10 zu 4 Stimmen ohne Enthaltung auf die Vorlage eingetreten. Falls nötig, nimmt die Kommissionspräsidentin in der Detailberatung wieder Stellung zu den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die Stawiko dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 16. Mai beraten hat. Ein Nichteintretensantrag hatte keine Chance: Die Stawiko ist mit 5 zu 2 Stimmen auf die Vorlage eingetreten. Für die Mehrheit der Kommission überwog das Argument, dass für die Neukonzessionierung des Etzelwerks eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden muss. Im Zuge dessen wurde das Gesetz punktuell angepasst, beispielsweise werden Gebühren für nicht mehr angebotene Amtshandlungen gestrichen oder veraltete Begriffe ersetzt.
Die Stawiko unterstützt die Vorlage grossmehrheitlich in der Version der vorberatenden Ad-hoc-Kommission, mit einer einzigen Ausnahme bzw. Präzisierung: In § 13 Abs. 1 Ziff. 109$^{bis}$ möchte sie die Ergänzung anbringen, dass die Mehrwertsteuer nur dann inkludiert ist, wenn sie auch geschuldet ist. So soll vermieden werden, dass durch die Gesetzesänderung auch nicht mehrwertsteuerpflichtige Amtshandlungen von der Mehrwertsteuer erfasst werden.
Wie dem Bericht der Stawiko zu entnehmen ist, wurden zu einzelnen Paragrafen verschiedene Anträge gestellt. So sollte beispielsweise bei § 11 Abs. 1 Ziff. 104$^{bis}$ und 104$^{ter}$ die Obergrenze von 550 auf 450 Franken reduziert werden. Ebenfalls wollten Antragsteller bei gewissen Anpassungen beim geltenden Recht bleiben. Diese Anträge fanden jedoch keine Mehrheit. Die Votantin bittet den Rat, den Anträgen der Stawiko zu folgen.

**Andreas Hürlimann** teilt mit, dass für die ALG-Fraktion der Handlungsbedarf beim Verwaltungsgebührentarif aus dem Jahre 1974 erwiesen ist. Der Tarif weist Ungereimtheiten auf, verwendet veraltete Begriffe und enthält mehrere Amtshandlungen, die längst nicht mehr vorgenommen werden. Es ist darum mehr als gerechtfertigt, gewisse Anpassungen vorzunehmen. Auch kann die ALG mit den vorgeschlagenen Gebührenanpassungen leben.
Die wohl wesentliche Anpassung ist bei den Fremdänderungen im Bereich des Etzelwerks zu finden. Hier gilt es im Rahmen der Neukonzessionierung auch für den Kanton Zug einen guten Rahmen zu finden. Die ALG wird auch diese Anpassung unterstützen. Ganz grundsätzlich ist es aber fraglich, ob die Diskussion bei diesem Kantonsratsbeschluss auf der richtigen Ebene geführt wird. Denn spätestens wenn das Parlament in der Detailberatung über die Gebühren für Fotokopien diskutiert, ist ein gewisses Absurdum erreicht, und die Frage nach einer Delegation an den Regierungsrat darf hier wohl in den Raum gestellt werden. Nichtsdestotrotz ist die ALG-Fraktion für Eintreten und wird den gerechtfertigten Änderungen und Anpassungen im Sinne der vorberatenden Kommission zustimmen, auch wenn sie damit nicht immer hundertprozentig zufrieden ist.

**Beat Iten** nimmt es vorweg: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt grundsätzlich den Vorschlägen der Kommission zu. Wie bereits gehört und auch im Kommissionsbericht zu lesen: In der vorberatenden Kommission wurde das ganze Spektrum von Nichteintreten bis zu einer Totalrevision des Gesetzes diskutiert. Es wurde dabei einerseits die Ablehnung des Gebührengesetzes im Jahre 2011 ins Feld geführt, andererseits der Regierung ein unsystematisches Vorgehen vorgeworfen, weil immer wieder Teilbereiche revidiert werden und damit eine Gesamtschau fehlt. Die SP ist der Ansicht, dass ein Gesetz nicht unantastbar bleiben soll, weil es vor einigen Jahren einmal abgelehnt wurde. Die Zeiten und die Ausgangslage ändern sich, was man im Kanton Zug seit der Ablehnung des Gebührengesetzes im Jahr 2011 ja sehr schmerzhaft erfahren musste. Totalrevisionen haben es andererseits ebenfalls sehr schwer; grosse Würfe und Änderungen sind in der momentanen politischen Situation wohl nicht mehr möglich. Das pragmatische Vor-

gehen mit der Anpassung der grössten Problemfelder und mit der Harmonisierung der Gebühren von Gemeinden und Kanton scheint der SP-Fraktion daher der richtige Weg zu sein. Wichtig ist ihr insbesondere die Klärung der Mehrwertsteuerfrage, hier schliesst sie sich der Kommission an. Eher fraglich ist der Erlass von Gebühren bei ausserordentlich geringem Aufwand, was eine teilweise Willkür beinhaltet. Die SP hofft, dass diese Regel wirklich nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommt und nicht zu einer Ungleichbehandlung bei den Gebührenfestsetzungen führt.

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion. Eine Gebühr ist eine geregelte Geldleistung, die als Gegenleistung für die besondere Inanspruchnahme der Verwaltung erhoben wird. Anders ist es mit den Steuern: Hier erhält man keine konkrete Gegenleistung. Der Votant versteht diesen Unterschied eigentlich: Nicht jeder braucht im Leben eine Bewilligung für einen Hausumbau oder eine Lebensmittelkontrolle etc. Wer also diese speziellen Leistungen des Staats beansprucht, soll diese mit einer Gebühr separat bezahlen. Trotzdem hat sich der Votant schon oft geärgert, wenn ihm − auf den ersten Blick völlig willkürlich − eine Gebührenrechnung vorgelegt wurde. Es ist der Überzeugung, dass dieser Ärger auch auf einen absolut unübersichtlichen Gebührentarif zurückzuführen ist. Bei dieser Unübersichtlichkeit erhält man unwiderruflich den Eindruck, dass hier eine gewisse Willkür herrscht.
Der geltende Verwaltungsgebührentarif wurde 1974 erlassen und erfuhr seither 144 kleine Einzeländerungen. Weil er seit nunmehr 44 Jahren keiner Totalrevision unterzogen wurde, ist seine Struktur unübersichtlich und der Inhalt teilweise überholt. Der Votant fordert deshalb, dass bald eine systematisch und korrekt abgehandelte Totalrevision des Verwaltungsgebührentarifs in die Wege geleitet wird. Dies forderte die CVP schon in diversen Vernehmlassungen, letztmals in der Vernehmlassung zu «Finanzen 2019».
Eigentlich kann ein Gebührentarif mit einer Preisliste in der Privatwirtschaft verglichen werden. Welches Dienstleistungsunternehmen arbeitet immer noch mit einer Preislistenstruktur aus dem Jahre 1974? Man stelle sich beispielsweise vor, man müsste die Telefonrechnung immer noch nach der Preislistenstruktur der PTT aus dem Jahre 1974 bezahlen. Das wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Die Preisgestaltung bei der heutigen Swisscom sieht doch ganz anders aus. Auch der Regierungsrat hat im Bericht zu «Finanzen 2019» klar aufgeführt, dass eine Totalrevision des Verwaltungsgebührentarifs eigentlich dringend nötig wäre. Leider wagt man sich nach der Abstimmung von 2011 immer noch nicht an diese Arbeit.
Trotzdem sagt die CVP Ja zur vorliegenden Teilrevision des Gebührentarifs. Eine Teilrevision ist in Anbetracht der Ablehnung des Gebührengesetzes im Jahre 2011 ein pragmatischer Weg, den die CVP jedoch ein letztes Mal unterstützen wird: Diese Teilrevision soll definitiv die letzte sein. Das nächste Mal muss der Titel der Vorlage mit dem Wort «Totalrevision» beginnen. Die CVP wird also grossmehrheitlich, aber zähneknirschend auf die Vorlage eintreten und in der Detailberatung den Anträgen der Kommission folgen

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Die SVP hat sich bereit 2011 geärgert und das Gebührengesetz damals zu Fall gebracht. Wenn die CVP nun eine Totalrevision dieses Gesetzes fordert, wird der Kantonsrat darüber befinden, ob dies opportun sei. Die SVP findet das Vorgehen der Regierung gut: pragmatisch, Schritt für Schritt. Man kann auch ein 44-jähriges Gesetz immer wieder anpassen. Die Verfassung beispielsweise ist noch viel älter und immer noch gut.
In der SVP war eine gewisse Skepsis gegenüber der vorliegenden Teilrevision vorhanden. In der Fraktionssitzung hat sich der Finanzdirektor aber mit flammenden Worten für diese Änderungen eingesetzt und alle überzeugt. Vor allem hat er die

SVP-Fraktion davon überzeugt, dass ohne die Änderung die Geschichte mit dem Etzelwerk, also den Wasserzinsen, nicht mehr möglich wäre und diese 2,25 Millionen Franken fehlen würden.
Die SVP-Fraktion wird also auf die Vorlage eintreten. In der Detailberatung wird sie beantragen, in § 4 Ziff. 27 und 28 beim bisherigen Tarif von 15 Franken zu bleiben. Sonst aber unterstützt sie grossmehrheitlich die vorberatende Kommission, insbesondere auch beim Antrag, den Tarif für öffentliche Beurkundungen zu senken. Die SVP-Fraktion dankt der Regierung für ihre Arbeit und der Kommission für die Anpassungen, insbesondere für diejenige bezüglich Mehrwertsteuer. Diese schafft Klarheit für den Bürger, der zähneknirschend und sich ärgernd die Gebühren bezahlen muss.

**Thomas Gander** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Änderungen im Verwaltungsgebührentarif, welcher aus dem Jahr 1974 stammt, begrüsst. Durch die vorgeschlagenen Änderungen werden primär technische und begriffliche Anpassungen vorgenommen, womit der Volkswille aus dem 2011 respektiert wird. Dank den zwei Fremdänderungen im Gesetz über die Gewässer und im Gewässergebührentarif können − wie gehört − bei der Neukonzessionierung des Etzelwerks substantielle Beiträge erhoben werden. Dies erachtet die FDP als sinnvoll und notwendig, denn ohne diese Anpassungen würde der Zuger Anteil den Kantonen Zürich und Schwyz gutgeschrieben.
Bei § 4 und § 8 betreffend Fotokopien und Computerausdrucken möchte die FDP nochmals festhalten, dass die Ausnahmen wichtig sind. Damit sollen versteckte Gebühren verhindert werden, welche ansonsten für den Ausdruck von Briefen, Rechnungen etc. erhoben werden könnten. Bei der praktischen Umsetzung dieser Paragrafen erhofft sich die FDP den notwendigen Pragmatismus. So könnten die Behörden auf die Erhebung kleiner Gebühren, beispielsweise unter 2 Franken, verzichten. Dass teilweise die Mindestgebühr reduziert wurde, etwa bei öffentlichen Beurkundungen, ist begrüssenswert. Wenn eine Amtshandlung nur geringen Aufwand verursacht, soll auch die daraus entstehende Gebühr entsprechend tief gehalten werden. Zusammengefasst ist die FDP für Eintreten und folgt den Anträgen der vorberatenden Kommission bzw. der Stawiko, welche bei § 13 Abs. 1 eine Präzisierung betreffend Mehrwertsteuer vorgenommen hat.

**Andreas Hausheer** hält fest, dass seine Zähne genug geknirscht haben: Er stellt den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Gründe dafür sowie die Gegenargumente sind in den Berichten der vorberatenden Kommission und der Stawiko ausgeführt. Zusammengefasst: Man kann im Vorgehen des Regierungsrats kaum eine Strategie erkennen. Mit Ausnahme von 2014 hat er den Gebührentarif im Jahrestakt angepasst. Der Votant kann dieses Immer-wieder-ein bisschen-etwas-Ändern nicht unterstützen. Problematisch ist auch, dass der Regierungsrat offenbar auch beginnt, Geschäfte miteinander zu verknüpfen, die auch getrennt vorgelegt werden könnten. Man nimmt ein unbestrittenes Thema − hier die Lex Etzelwerk − und mischt dieses mit bestrittenen Themen, dies nach dem Motto: Wenn ihr nicht eintretet, gefährdet ihr auch die unbestrittenen Teile. Es gilt hier den Anfängen zu wehren. Das ist der Hauptgrund für den Antrag auf Nichteintreten.
In Zusammenhang mit der konferenziellen Anhörung wurde gesagt, dass das Thema Teilrevision im Regierungsrat noch abgehandelt werde. Der Votant möchte wissen: Hat dieses Abhandeln schon stattgefunden, und welches war das Ergebnis?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** verweist auf die Ausführungen der Kommissions- und der Stawiko-Präsidentin, welche die Gründe für die Teilrevision dargelegt

haben. Vor sieben Jahren hat das Stimmvolk eine Totalrevision des Gebührentarifs abgelehnt. Man muss deshalb die Frage stellen, wie sich die Verhältnisse in dieser Zeit geändert haben, ob es seither neue Erkenntnisse gegeben habe − und ob es allenfalls an der Zeit sei, wieder eine Totalrevision anzugehen. Das ist eine politische Frage, und der Regierungsrat ist zur Ansicht gelangt, dass der politische Wille aus dem Jahr 2011 nach wie vor zu respektieren sei − auch wenn man sich natürlich fragen kann, aus welchen Gründen die Totalrevision damals abgelehnt wurde. Ein Blick in die letzten Jahre zeigt auch, dass grosse Würfe, also eine Totalrevision, nicht mehr ganz einfach sind. Die Revision des Gebührentarifs ist auch mit anderen Fragen, etwa der Steuerfrage, verknüpft, und wenn der grosse Wurf auf dem Tisch liegt, stehen plötzlich die Partialinteressen im Vordergrund. Man muss sich deshalb fragen, ob man einen Totalschaden riskieren oder doch lieber via Teilrevision die grössten Mängel dieser Tarifordnung beheben will. Der Regierungsrat hat sich in diesem Sinn gegen den grossen Wurf entschieden, das Vorgehen ist aber keineswegs unsystematisch. Über die Idee einer Delegation, wie sie Andreas Hürlimann eingebracht hat, kann man in diesem Zusammenhang sehr gerne diskutieren. Es nähme den Finanzdirektor aber wunder, wie das Parlament auf einen entsprechenden Antrag reagieren würde. Sachlich ist der Vorschlag wohl richtig, politisch aber ist er eine schwierige Geschichte.

Thomas Meierhans hat von Willkür und Unübersichtlichkeit gesprochen. Das stellt der Finanzdirektor klar in Abrede. Die Gebühren sind nach dem Äquivalenzprinzip festgelegt, und man kann gegen jede Gebühr Beschwerde erheben. Man kann also durch das Gericht prüfen lassen, ob eine Gebühr willkürlich ist oder nicht. Der Finanzdirektor geht jede Wette ein, dass das Gericht in 99 Prozent der Fälle den Vorwurf der Willkürlichkeit oder Unverhältnismässigkeit abweisen würde. In der vorberatenden Kommission wurde gesagt, dass auch die Gemeinden die Gebührenordnung vernünftig anwenden. Der Finanzdirektor gibt aber zu, dass das Ganze etwas veraltet ist. Auch der Regierungsrat ist deshalb der Auffassung, dass nun die Teilrevision erledigt werden soll − der Finanzdirektor hofft, dass das gelingt −, und dass in der kommenden Legislatur die Frage aufgenommen werden soll, ob bezüglich Gebührenordnung nicht ein neuer Anlauf unternommen werden soll, in welcher Richtung auch immer. Der Finanzdirektor erinnert aber daran, dass das Kantonsparlament bis vor kurzem noch nach einem veralteten Modell abgestimmt hat: Hände hoch. Man sieht daran, dass es einfach eine gewisse Zeit braucht, um von veralteten Formen wegzukommen.

Es ist selbstverständlich das gute Recht eines jeden Ratsmitglieds, einen Antrag auf Nichteintreten zu stellen. Der Finanzdirektor macht aber darauf aufmerksam, dass Nichteintreten bedeutet, dass auch die Fremdänderung bezüglich Etzelwerk dahinfällt. Er teilt die Auffassung nicht, dass hier Geschäfte verknüpft würden, die nichts miteinander zu tun haben. Es geht um Gebühren, sei es für Leistungen der Verwaltung oder für die Nutzung von Gewässern. Die Einheit der Materie ist also gewahrt. In der vorberatenden Kommission wurde vorgeschlagen, den Verwaltungsgebührentarif unverändert zu belassen und dem Kantonsrat einfach eine Lex Etzelwerk vorzulegen; diese werde mit Sicherheit durchgewinkt. Es ist aber nicht ganz so einfach. Beim Etzelwerk geht es nicht um den Wasserzins; dieser ist bundesrechtlich auf maximal 110 Franken geregelt. Es geht vielmehr um die bisher nicht geregelte Gebühr für die Neukonzession sowie um die Verwaltungsgebühr, wie sie im Gewässergesetz referenzierend auf den Verwaltungsgebührentarif gefordert wird. Und dort steht: maximal 4500 Franken. Da lachen die Hühner im Kanton Schwyz und im Kanton Zürich! Der Regierungsrat geht nämlich davon aus, dass der Kanton Zug mit der entsprechenden Anpassung über die Neukonzessionsgebühr zwischen 1 und 2 Millionen Franken und über die Verwaltungsgebühr weitere

150’000 bis 250’000 Franken generieren kann. Wenn die entsprechende Fremdänderung nicht vorgenommen werden kann, muss das Gewässergesetz teilrevidiert werden, auch wenn dort eine Totalrevision ansteht. Es sind beim Bund noch gewisse Motionen hängig, weshalb man die Totalrevision auf die lange Bank schieben musste. Und wenn der Regierungsrat eine Teilrevision vorlegen würde, hätte man die gleiche Diskussion bezüglich Teil- oder Totalrevision wie beim Verwaltungsgebührentarif: Man würde dem Regierungsrat ebenfalls unsystematisches Vorgehen vorwerfen. Kurz gesagt: Die Verknüpfung der Themen ist vor dem Hintergrund der Einheit der Materie gerechtfertigt − und sie ist auch notwendig.
Der Finanzdirektor bittet den Rat aus diesen Gründen, auf das vorliegende Geschäft einzutreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat beschliesst mit 66 zu 5 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag.

**Teil I**

*§ 2 Abs. 1 Ziff. 9 und 10*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 4 Abs. 1 Ziff. 27 und 28*

Kommissionspräsidentin **Laura Dittli** hält fest, dass die Kommission dem Antrag des Regierungsrats folgt, in Ziff. 27 und 28 die Gebühr auf 20 Franken zu erhöhen; ein Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts wurde von der Kommission mit 8 zu 6 Stimmen abgelehnt. Mit der Erhöhung auf 20 Franken wird eine Vereinheitlichung mit den gemeindlichen Gebühren geschaffen. Es handelt sich um Dienstleistungen, die mit Aufwand verbunden sind und angemessen entschädigt werden sollen.

**Michael Riboni** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** in Ziff. 27 und 28 das geltende Recht beizubehalten. Das 2011 dem Volk vorgelegte Gebührengesetz sah in § 22 des Gesetzesentwurfs für genau diese Amtshandlungen, also Beglaubigungen, die Schaffung eines Gebührenrahmens von bis zu 50 Franken vor. Das Gebührengesetz wurde aber − wie schon mehrfach erwähnt − vom Volk abgelehnt. Trotzdem will der Regierungsrat die Gebühren im Bereich der Beglaubigung nun wieder erhöhen. Das mutet seltsam und etwas speziell an, auch weil der Regierungsrat dem Kantonsrat bei der Revision des Beurkundungsgesetzes im Jahr 2014 im Bereich der Beglaubigung noch eine Reduktion dieser Gebühr von 20 auf 15 Franken, also auf das heute geltende Recht, beantragte. Und nicht einmal vier Jahre später soll die Gebühr wieder auf 20 Franken erhöht werden. Da fragt man sich in

der SVP-Fraktion schon, ob der Regierungsrat den «Überblick» über seine eigenen Gesetzesrevisionen etwas verloren habe. Eine solche «Jojo-Gesetzgebung» − mal ein bisschen hinauf, dann wieder ein bisschen hinunter − lehnt die SVP-Fraktion ab. Die Gesetzgebung im Kanton Zug sollte weitsichtig und berechenbar sein und eine gewisse Stabilität aufweisen. Die Mehreinnahmen, die mit der beantragten Gebührenerhöhung einhergehen würden, sind − der Regierungsrat sagt es in seinem Bericht selber − vernachlässigbar. Die SVP-Fraktion beantragt deshalb, bei Ziff. 27 und 28 das geltende Recht beizubehalten. Der Votant bittet, diesen Antrag im Sinn einer stabilen und zuverlässigen Gesetzgebung im Kanton Zug zu unterstützen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** verweist auf das Votum der Kommissionspräsidentin. Zum Vorwurf einer «Jojo-Gesetzgebung» bzw. fehlender Systematik weist er darauf hin, dass der Regierungsrat sehr wohl systematisch überlegte, als er den Vorschlag zu Ziff. 27 und 28 in die politische Debatte einbrachte. Hauptprinzip der Teilrevision war es, Gebühren, die teilweise nicht einheitlich sind, einheitlich zu gestalten, also die Uneinheitlichkeit in eine Einheitlichkeit zu überführen. Auf Gemeindeebene liegt der Tarif bei 20 Franken, beim Kanton sind es 15 Franken. Vor diesem Hintergrund entschied der Regierungsrat, eine Erhöhung auf 20 Franken zu beantragen. Im Übrigen schlägt der Regierungsrat nicht nur Erhöhungen, sondern auch Senkungen vor, Letzteres etwa bei den Fotokopien. Der Finanzdirektor bittet, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, in § 4 Abs. 1 Ziff. 27 geltendes Recht beizubehalten, mit 44 zu 25 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, in § 4 Abs. 1 Ziff. 28 geltendes Recht beizubehalten, mit 41 zu 25 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission.

*§ 4 Abs. 1 Ziff. 30*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung und die Stawiko dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 4 Abs. 1 Ziff. 33, 34, 35 und 38$^{quater}$*
*§ 5 Abs. 1 Ziff. 43, 46 und 59*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 8 Abs. 1 Ziff. 70*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission den Ingress dieser Ziffer präzisiert hat. Die Stawiko und der Regierungsrats schliessen sich der vorberatenden Kommission an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 8 Abs. 1 Ziff. 71 und 81*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 9 Abs. 1 Ziff. 86$^{quater}$*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Stawiko und der Regierungsrat der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 11 Abs. 1 Ziff. 99, 99$^{bis}$, 101$^{bis}$, 101$^{ter}$, 101$^{quater}$, 102, 104$^{bis}$ und 104$^{ter}$*
*§ 13 Abs. 1 Ziff. 107$^{bis}$ und 107$^{ter}$*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 13 Abs. 1 Ziff.108 und 109*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung und die Stawiko der vorberatenden Kommission anschliessen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 13 Abs. 1 Ziff. 109$^{bis}$*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Stawiko im Grundsatz der vorberatenden Kommission anschliesst sich, die Norm jedoch mit dem Zusatz «sofern geschuldet» ergänzt. Der Regierungsrat schliesst sich der Stawiko an, die vorberatende Kommission hat sich dazu keine Meinung mehr gebildet.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

*§ 13 Abs. 1 Ziff. 110, 112, 113, 115, 115$^{bis}$, 115$^{ter}$, 115$^{quater}$ und 116.*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II** (Fremdänderungen)

***Gesetz über die Gewässer (GewG) vom 25. November 1999 (Stand 1. Oktober 2013)***

*§ 88 Abs. 1*
*§ 89 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

***Gesetz über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif) vom 29. Januar 2004 (Stand 1. Februar 2015)***

*§ 1, Änderung der Überschrift*
*§ 1a*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdaufhebungen gibt.

**Teil IV** (Referendumsklausel und Inkrafttreten)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine abweichenden Anträge zur Referendumsklausel gibt. Bei der Inkrafttretensregelung braucht es eine Ergänzung: Der Regierungsrat beantragt das Inkrafttreten am 1. Januar 2019.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 10
**Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 16/3 (Kapitel Grundzüge der räumlichen Entwicklung, Siedlung, Landschaft, Verkehr)**

Das Traktandum wird in der Nachmittagssitzung beraten (siehe Ziff. 1052 und 1075).

TRAKTANDUM 11
**1067 Postulat von Jean-Luc Mösch, Rainer Suter und Thomas Gander betreffend Region ZUGWEST – Verbesserte Anbindung mit der Bahn**
Vorlagen: 2777.1 - 15555 (Postulatstext); 2777.2 - 15776 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Jean-Luc Mösch** dankt im Namen der Postulanten der Regierung für die ausführlichen und fundierten Antworten. Diese stellen die Postulanten zufrieden, da sich die Absichten des Regierungsrats im Wesentlichen mit ihren Anträgen decken. Wie auch im Bericht erwähnt, ist der Ennetsee bevölkerungsmässig und wirtschaftlich ein wichtiges Entwicklungsgebiet. Seine Attraktivität erhält das Gebiet auch durch die sehr gute Erschliessung auf Schiene und Strasse. Die Regierung teilt mit, dass es ihr ein Anliegen sei, diesen Standortvorteil zu erhalten. Hier wäre «auszubauen» sicher mutiger und als noch deutlicheres Zeichen zu werten gewesen.
Mit der aufgezeigten Entwicklung im Rahmen des Ausbauschritts 2035 kann das ÖV-Angebot auf der Achse Luzern−Zug−Zürich inkl. Ennetsee auf eine neue Ebene

gehoben werden, insbesondere durch die Einführung von RegioExpress-Verbindungen. Der Regierungsrat wird aber gebeten, sich vehement dafür einzusetzen, dass alle neuen RegioExpress-Verbindungen ab Rotkreuz und Cham geführt werden.
Die Postulanten empfehlen, den Anträgen des Regierungsrats zu folgen. Die CVP-Fraktion schliesst sich diesen Anträgen an.

**Rainer Suter** spricht als Mitpostulant und im Namen der SVP-Fraktion. Er dankt dem Regierungsrat für die gut ausgearbeitete Beantwortung des Postulats. Er unterstützt die Aussage seines Vorredners, dass der Regierungsrat sich vehement dafür einsetzen soll, dass alle neuen RegioExpress-Verbindungen ab Rotkreuz und Cham geführt werden. Die aufgezeigten Lösungen werden für den ganzen Kanton zu einer Aufwertung im öffentlichen Verkehr und vor allem im Pendlerverkehr führen.
Besonders gut gefällt dem Votanten die regierungsrätliche Stellungnahme vom 28. November 2017 zum Ausbauschritt der Bahninfrastruktur 2030/35. Der Regierungsrat begrüsst ausdrücklich die vom Bundesrat vorgeschlagene Variante Ausbauschritt 2035 mit 11,5 Milliarden Franken, mit dem Zimmerberg-Basistunnel II und den erforderlichen Steckenausbauten in der Zentralschweiz. Sofern das Bundesparlament Ende 2019 entgegen den Erwartungen den kleineren Ausbauschritt 2030 mit 7 Milliarden Franken beschliesst, wird gefordert, diesen mit dem Zimmerberg-Basistunnel zu ergänzen.
Die SVP-Fraktion stimmt allen Anträgen des Regierungsrats zu.

**Thomas Gander** spricht als Mitpostulant und im Namen der FDP-Fraktion, und er dankt dem Regierungsrat für die Bearbeitung dieses wichtigen Anliegens. Er ist versucht zu sagen: «Steter Tropfen höhlt den Stein.» Zwar liegt das Jahr 2035 noch in weiter Ferne, dennoch ist es erfreulich zu sehen, dass die wichtigen und notwendigen Halte des RegioExpress in Cham und Rotkreuz in den Ausbauschritt 2035 aufgenommen wurden.
Betreffend Vereinheitlichung der Tarife hält der Regierungsrat fest, dass er diesbezüglich keine weiteren Einwirkungsmöglichkeiten sehe, weshalb das Postulat in diesem Punkt nicht erheblich erklärt werden soll. Für die Postulanten und die FDP ist dies nachvollziehbar, sie möchten jedoch klar festhalten, dass das Ziel eines einheitlichen Tarifsystems und des damit verbundenen Reisekomforts noch nicht erreicht ist. Mobile Verkaufslösungen, welche kundenfreundlich und zonenübergreifend angewendet werden können, sind in Zukunft ein Muss.
Als Mitpostulant und im Namen der FDP-Fraktion bittet der Votant, den Anträgen der Regierung zu folgen.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG-Fraktion. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort festhält, hat in den letzten Jahren leider eine raumplanerisch unerwünschte Verschiebung des Modalsplits vom öffentlichen Verkehr hin zum motorisierten Individualverkehr stattgefunden. Dies ist nicht verwunderlich, ist doch in den letzten Jahren massiv in den Strassenbau investiert worden, u. a. in den Ausbau der Autobahn Rotkreuz−Blegi auf sechs Spuren. Weitere Strassen sind bekanntlich in Planung oder bereits im Bau, und somit wird der MIV im Kanton Zug weiter zunehmen. Man sollte aber besser in die Bahninfrastrukturen investieren und diese ausbauen. Das Anliegen einer besseren Anbindung mit der Bahn ist deshalb grundsätzlich zu unterstützen. Die ALG-Fraktion ist klar der Ansicht, dass sich der Kanton Zug und die ganze Zentralschweiz mit voller Kraft für den Bahnausbauschritt 2035 mit Investitionen von 11,5 Milliarden Franken einsetzen müssen. Nur dieser grössere Ausbauschritt beinhaltet Bahninfrastrukturen wie den Bau

des Zimmerbergtunnels II und ermöglicht ein verbessertes Angebot auf der Strecke Luzern–Zug–Zürich.
Mit der Planung zusätzlicher Bahninfrastrukturen muss aus Sicht der ALG bereits heute begonnen werden, damit das Angebot erweitert werden kann: zum Beispiel ein Viertelstundentakt auf der Strecke Zug–Steinhausen–Affoltern–Zürich und zwei RegioExpress-Verbindungen ab Rotkreuz statt ab Zug nach Zürich. Um das ganze Angebot ohne grosse Verspätungen betreiben zu können, werden ein drittes Gleis Kollermühle–Zug und ein vierspuriger Abschnitt Zug–Baar notwendig sein. Auch dafür soll sich der Regierungsrat engagieren – auch wenn die ALG-Fraktion heute den Anträgen der Regierung folgt. Herzlichen Dank im Voraus.

**Fabian Freimann** spricht für die SP-Fraktion. Er dankt für das Postulat, denn die Züge sind bekanntlich gnadenlos überfüllt, und der Kanton Zug tut gut daran, nahe an den Entscheidungen des Bunds zu sein.
Der Regierungsrat stellt treffend fest, dass Zug von Einspurstrecken in Richtung Zürich, Luzern und Gotthard umgeben ist, was als limitierender Faktor zu werten ist. Falls der Bund in Liquidationsengpässe kommt, ist es entscheidend, den jeweiligen Ausbauschritt durch den Kanton vorzufinanzieren, damit es nicht zu weiteren Verzögerungen kommt. Da gemäss Regierung in Rotkreuz der Halt von 400 Meter langen Doppelstockzügen aus betrieblichen Gründen nicht möglich ist, macht es wenig Sinn, mit Zügen von nur 300 Meter Länge zu verkehren. Niemand will ja einen selbst erzeugten Engpass provozieren.
Natürlich wäre es konsumentenfreundlicher, wenn das Tarifsystem vereinfacht würde. Da die Anbieter jedoch die Entscheidungshoheit haben und mit dem «Fairtiq»-App eine einfache Möglichkeit zum Ticketbezug besteht, kann man leicht ein Ticket über mehrere Tarifzonen lösen.
Die SP-Fraktion schliesst sich den Anträgen des Regierungsrats an: die Anträge 1, 3 und 4 im Teilaspekt «Vorfinanzierung an den Kantonsrat» erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben und die anderen Punkte von Antrag 4 sowie die Anträge 2 und 5 nicht erheblich zu erklären.

**Claus Soltermann** dankt im Namen der GLP der Regierung für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Leider ist kurz- und mittelfristig keine Verbesserung der bereits heute stark ausgelasteten Verbindungen nach Luzern und Zürich möglich. Der Regierungsrat beruft sich voll und ganz auf die SBB und den Bund mit den Ausbauschritten 2030/35 und will sich weiterhin für die Belange des Kantons Zug bzw. von ZUGWEST einsetzen. Dabei hat er übersehen, dass es durchaus Punkte gibt, die sofort angegangen werden können oder sogar müssen. Als Erstes ist der Fahrplanentwurf 2019 zu nennen, in welchem keine direkte Schnellzugverbindung aus dem Kanton Zug oder von Rotkreuz oder Baar zum Flughafen mehr vorgesehen sind. Dies ist eine krasse Benachteiligung des Standorts Zug und von ZUGWEST. Es ist unglaublich, dass hier kein Aufschrei der Regierung erfolgte, der bis nach Bern reichte. Auch wenn dies angeblich nur vorübergehend ist: Weg ist weg. Und bis die direkte Verbindung wieder vorhanden ist, kann es sehr lange dauern.
Zu Punkt 5: Es ist richtig, dass Ticketing-Apps wie «Fairtiq» oder «Lezzgo» eine Verbesserung bei Einzelfahrten bieten. Aber bei Monats- oder Jahresabos funktioniert dies nicht mehr. Was mit dem Z-Pass in Richtung Zürich oder Schwyz problemlos funktioniert, ist in Richtung Luzern praktisch unmöglich. Hier muss die Regierung den Hebel ansetzen und etwas stärker drücken. Es kann nicht sein, dass die Transportsysteme im Grossraum Zürich die Tarife vereinheitlichen können, und ab der Kantonsgrenze zu Luzern funktioniert es nicht mehr. Oder gehört Luzern

verkehrstechnisch nicht zur Schweiz? Der Votant stellt daher im Namen der GLP den **Antrag,** den Antrag 5 des Postulats ebenfalls erheblich zu erklären.

Für **Philip C. Brunner** ist es wenig erstaunlich, dass praktisch jeder Kantonsrat aus dem Ennetsee bzw. aus ZUGWEST sich zu diesem Geschäft äussert. Er selbst spricht ausdrücklich aus der Sicht der Stadt Zug, wobei er auch Baar und Walchwil mit an Bord nimmt. Der Bahnhof Zug ist ein Ausgangspunkt Richtung Süden oder Norden. Wenn der Zimmerberg-Basistunnel, dieses gewaltige Ausbauwerk, tatsächlich realisiert werden sollte, unterstützt der Votant das ausdrücklich.
Hanni Schriber-Neiger hat von den zusätzlichen Geleisen auf den Strecken Zug–Kollermühle und Zug–Baar gesprochen. Es gibt dabei aber ein ungelöstes Problem: das Nadelöhr auf der Strecke Zug–Walchwil. Der Votant hat mit grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass der Rat sich am Nachmittag bei der Beratung des Richtplans unter Punkt 8.4 und 8.5 mit einer Streichung bezüglich Litti-Baar Richtung Arth Goldau–Schwyz befassen muss. Natürlich ist dem Votanten klar, dass kein Ratsmitglied – und wenn es hundert Jahre alt wird – im Kantonsrat sitzen wird, bis das realisiert wird. Er warnt aber vor dieser Streichung. Der Zimmerberg-Basistunnel ist eine Flachbahn, und wie man bei der NEAT sieht, werden Flachbahnen nicht gebaut, damit Reisende einige Minuten früher an ihrem Ziel sind, sondern sie werden vor allem für den Güterverkehr gebaut. Betrachtet man die Entwicklung auf der Nord-Süd-Achse, zeigt sich klar, dass die Interessen der EU und von Bern dahin gehen, dass Güterzüge auch entlang des Zugersee-Ostufers geführt werden können. Wenn das Bundesgericht in diesen Tagen zu den diversen Eingaben der IG NEAT bezüglich Lärm etc. Stellung nimmt, hat das sehr viel mit der Zukunft zu tun. Man muss sich vorstellen, man sitze im Zug: Die Strecke ist einspurig, langsam, und die Güterzüge werden sehr laut sein. An das Horrorszenario eines Unfalls auf dieser Strecke will der Votant gar nicht denken. Er erinnert aber an den Unfall in Zürich-Affoltern, wo ein ganzer Güterzug in die Luft flog. Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Zug könnte ein solches Ereignis nicht bewältigen. In Zürich-Affoltern brauchte es die Flughafenfeuerwehr und zufällig in der Gegend Dienst tuende Militär- und Zivildienstformationen, um die Lage unter Kontrolle zu bringen. Man erinnert sich: Hochexplosives Material floss in die Kanalisation, so dass noch viele Kilometer von eigentlichen Unfallort entfernt die Dolendeckel in die Luft flogen, Häuser explodierten etc. Wenn man sich das auf dem Stadtgebiet von Zug vorstellt, empfiehlt der Votant sehr, für die Züge Richtung Süden ab Litti-Baar einen Tunnel zu bauen. Wenn der Rat am Nachmittag der vom Regierungsrat beantragten und offenbar auch von der Raumplanungskommission unterstützten Streichung zustimmt, macht er einen gigantischen Fehler, denn es wird sehr schwierig sein, die betreffende Bestimmung wieder in den Richtplan aufzunehmen. Der Votant empfiehlt deshalb, die Punkte, in denen es um die Zusammenarbeit mit Luzern und Schwyz geht, zu belassen. Es ist ihm klar, dass das Postulat vor allem aus der Sicht des Ennetsees eingereicht wurde. Die Frage bezüglich Zimmerberg muss aus der Sicht der Stadt Zug den Kantonsrat, der ja die Bevölkerung vertritt, aber sehr interessieren. Der Votant dankt in diesem Sinn jetzt schon für die entsprechende Unterstützung.

**Jean-Luc Mösch** schliesst sich den Ausführungen seines Vorredners an. Es geht dem Ennetsee nicht darum, eine andere Talgemeinde von der Schiene abzukoppeln. Die Frage des Güterverkehrs ist wichtig, die Regierung muss sie unbedingt im Auge behalten. Der Votant war geschäftlich einige Tage am Bodensee und hat dort gesehen, dass die Deutsche Bahn mit all ihren Güterzügen auf der Schweizer Seite des Bodensees hoch- und niederfährt. Wenn man dort wohnt oder ein Geschäft hat, fallen einem die Ohren ab. Mit uralten Waggons, die in der Schweiz gar nicht

mehr fahren dürften, werden Unmengen von Waren transportiert. Man muss diese Thematik wirklich im Auge behalten − wobei der Votant an die Eingaben von Kurt Balmer bezüglich Risiko des Schienenverkehrs in Rotkreuz denkt. Er lehnt einen zweiten Güterkorridor durch den Kanton Zug vehement ab, und er bittet alle Ratsmitglieder, ebenfalls ihren Beitrag dazu zu leisten.

**Kurt Balmer** ist nicht Postulant, er hat sich aber immer für den ÖV und − wie es erwähnt wurde − speziell für gewisse Fragen eingesetzt. Beim Studium des regierungsrätlichen Berichts ist ihm ein Satz auf Seite 4 aufgefallen: «[…] dass […] eine […] unerwünschte Verschiebung des Modalsplits vom öffentlichen Verkehr hin zum motorisierten Individualverkehr stattgefunden hat.» Was heisst das? Wird mit diesem Satz bestätigt, dass § 1 des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr verletzt wurde, der wie folgt heisst: «Kanton und Gemeinden sorgen nachfrageorientiert für einen attraktiven öffentlichen Verkehr»? Wenn der Regierungsrat nun eine entsprechende Umlagerung feststellt, liegt zumindest für den Votanten eine klare Verletzung des erwähnten § 1 vor. Er ist ausdrücklich unzufrieden damit, dass das Gesetz über den öffentlichen Verkehr wiederholt verletzt wird. Es ist nämlich nicht die erste Rüge, die er in diesem Zusammenhang vorbringt, und er hat immer wieder vorgeschlagen, diese Gesetzesbestimmung zu präzisieren − was bisher nicht passiert ist. Was gedenkt der Regierungsrat künftig zu tun, damit es nicht weiterhin zu einer Gesetzesverletzung kommt? Man kann diese nicht einfach hinnehmen, und der Votant erwartet von der Regierung konkrete Vorschläge und Massnahmen. Entweder man ändert das Gesetz − oder man kommt endlich dem erwähnten § 1 nach. Der Votant denkt dem Regierungsrat für eine kompetente Antwort diesbezüglich bzw. die entsprechenden Massnahmen.

**Rainer Suter** hält fest, dass die Postulanten nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen wollten, da sie mit der Regierung eigentlich einverstanden sind. Die Aussage von Claus Soltermann zu Punkt 5 betreffend Ticketing muss er aber korrigieren. Wenn die Postulanten ihren Vorstoss heute einreichen würden, wäre Punkt 5 nicht mehr enthalten. Der Votant reiste gestern nach Zürich, und das Ticketing-App, gültig in der Schweiz und in Liechtenstein, funktionierte bestens. Ende Monat erhält er die Abrechnung, die er ausdrucken, hinterlegen oder als Spesenbeleg verwenden kann. Er braucht also nicht mehr mit Münz oder Noten ein Ticket zu kaufen, sondern kann alles digital erledigen. Er bittet den Rat, auch Antrag 5 des Postulats gemäss Vorschlag der Regierung nichterheblich zu erklären.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass die Debatte zu Beginn sehr effizient verlief, und eigentlich wollte er dem Rat dazu gratulieren. Wenn in Bern die Entscheidfindung und die Umsetzung der für Zug wichtigen Infrastrukturanlagen ebenso effizient verlaufen wären, stünden diese Anlagen heute schon bereit. Auf die Generalkritik von Kurt Balmer, dass § 1 des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr verletzt werde, erwidert der Volkswirtschaftsdirektor, dass Kanton und Gemeinden ein nachfrageorientiertes Angebot bereitzustellen hätten. Das ist einerseits eine Verpflichtung für den Kanton. Hier aber geht es um Bundesinfrastruktur − und da wird in Bern entschieden, nicht in Zug. Auch der Regierungsrat möchte nachfrageorientiert einen zweiten Halt in Rotkreuz, er kann das aber nicht verordnen, sondern sich nur dafür einsetzen, dass der Bund die entsprechende Infrastruktur bereitstellt. Bezüglich Nachfrageorientierung gilt im Weiteren, dass der ÖV über den ganzen Tag betrachtet zu 30 Prozent ausgelastet ist. Es geht also um ein Spitzenstundenproblem, und in Spitzenstunden bleiben nicht nur die Privatautos, sondern auch die Busse im Verkehr stecken. Es ist das Hauptproblem der

ZVB, dass es in Cham und Zug in Spitzenzeiten zu Verspätungen kommt, was nicht sehr attraktiv ist. Das ist aber nicht ein Problem des ÖV, sondern es geht um die Frage: Wie bewältigt man den Individualverkehr? Ob der Kantonsrat aber MIV-beschränkende Massnahmen attraktiv finden würde, wagt der Volkswirtschaftsdirektor − er erinnert an die Diskussion über Fahrbahnhaltestellen − zu bezweifeln. Das Problem beginnt also nicht beim Gesetz über den öffentlichen Verkehr, und der Volkswirtschaftsdirektor weist den entsprechenden Rundumschlag denn auch klar zurück.

Claus Soltermann hat die Verbindung zum Flughafen angesprochen. Das ist ein auf zwei Jahre beschränktes Problem, und es betrifft vor allem Luzern und sein Hinterland, das einen Direktanschluss an den Flughafen verliert. Für Zug kann man nicht von einem Problem sprechen − im Gegenteil: Der InterRegio, der auch in Rotkreuz und Baar hält, fährt für zwei Jahre direkt zum Flughafen. Auch für Luzern gilt aber: Es ist ein Klagen auf hohem Niveau. Ob man auch Antrag 5 erheblich erklären soll und wie das ganze Postulat abschreiben soll, ist letztlich eine Spitzfindigkeit. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass die Zuständigkeit nicht beim Kanton, sondern bei den Tarifverbünden liegt. Ziel muss es sein, schlussendlich einen einheitlichen Tarif und ein einheitliches Tarifsystem nicht nur über gewisse Kantone, sondern über die ganze Schweiz hinweg zu haben. Da herrscht Einigkeit, und das wird der Branche immer wieder gesagt.

Zum vierten Gleis zwischen Baar und Zug bzw. dem dritten Gleis Richtung Kollermühle hält der Volkswirtschaftsdirektor fest, dass es diese zusätzliche Infrastruktur möglicherweise nicht braucht, um das Angebot, das sich der Kanton Zug vorstellt, fahren zu können. Und das wäre gut so. Man muss nämlich aufpassen, dass man nicht Infrastruktur baut, die es eigentlich gar nicht braucht. Man kann damit nicht zuletzt auch die Kosten tiefer halten und die vorhandenen Finanzen dafür für den Betrieb und das Angebot brauchen. Es braucht in diesem Fall für ein optimales Angebot also nicht zwingend zusätzliche Infrastrukturen.

Der Volkswirtschaftsdirektor freut sich über die durchgehende Würdigung der regierungsrätlichen Antwort. Die Position des Kantons Zug ist klar, und der Kampf findet nicht im Kantonsparlament, sondern auf interkantonaler Ebene und in Bern statt. Der Zimmerberg II ist bekanntlich in der Vernehmlassungsvorlage des Bundes gut positioniert und wird − wie zu vernehmen ist − eigentlich auch nicht bestritten. Die Erfahrung zeigt aber, dass das Bundesparlament − der Volkswirtschaftsdirektor erwartet das 11-Miliarden-Paket − eher noch etwas zulegt, Beispiel Lötschberg. Die Frage ist dann nur, wie man das finanzieren kann. Was die Zentralschweiz betrifft, stehen der Metropolitanraum Zürich und der ganze Grossraum Schwyz−St. Gallen−Aargau für den Zimmerberg ein. Es herrscht Einigkeit, dass zusätzliche Projekte − die Westschweiz plädiert für den Lötschberg − nicht zulasten der Projekte im genannten Raum − Brüttener Tunnel, Ausbau Bahnhof Stadelhofen, Zimmerberg, Tiefbahnhof Luzern − gehen können. Das Parlament müsste für weitere Projekte also eine Zusatzfinanzierung beschliessen. Der Volkswirtschaftsdirektor ist auch im Gespräch mit Wirtschaftsverbänden. Es geht darum, dass nicht nur die Politik, sondern auch diese Verbände einstehen für diese Infrastrukturen. Präventiv überlegt die Volkswirtschaftsdirektion zusammen mit den BAV und den SBB bereits, wie die Realisierung beschleunigt werden kann. Wenn das Verfahren normal läuft, folgen nach dem Entscheid Konzeptstudien, Objektstudien, ein Vorprojekt und schliesslich das Bauprojekt. Wenn man eines nach dem andern tut, dauert das zu lange. Man prüft deshalb, ob man das beschleunigen kann, und der Volkswirtschaftsdirektor hat die Zusage, dass man auf einen Schritt verzichten kann: Wenn die Konzeptstudien gut sind, kann man auf die sogenannten Objektstudien verzichten und direkt ins Vorprojekt gehen; es kann auch sein, dass man Vor- und Bauprojekt

gleichzeitig ausschreibt. Es gibt hier also Potenzial. Auch die Frage, wie man das Projekt schliesslich auflegt − machen die SBB das selber, oder vergibt man es ein GU? − ist offen. Die AlpTransit hat bald fertig gebaut im Süden und wäre wahrscheinlich fit für einen solchen Auftrag. Man sieht: Es wird bereits weit in die Realisierung hinein gedacht. Und zum zweiten Halt in Rotkreuz: Die Volkswirtschaftsdirektion hat eben die Vernehmlassung zur nächsten Fernverkehrskonzession beim Bund eingereicht. Und sie schreibt überall hinein, dass im Konzessionsvertrag stehen muss: halbstündlicher Halt.
Der Volkswirtschaftsdirektor ist froh, wenn der Rat die Stossrichtung des Regierungsrats mit der Zustimmung zu dessen Anträgen unterstützt. Die Anstrengung der Regierung liegen auf interkantonaler Ebene und mit der SBB und dem BAV − und das wird gut kommen.

**Claus Soltermann** zieht aufgrund der Ausführungen des Volkswirtschaftsdirektors seinen Antrag zurück.

➔ Der Rat erklärt das Postulat stillschweigend teilerheblich gemäss Antrag des Regierungsrats und schreibt es als erledigt ab.

TRAKTANDUM 12

**1068 Postulat der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Lohngleichheit im Kanton Zug**

Vorlagen: 2796.1 - 15595 (Postulatstext); 2796.2 - 15771 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Esther Haas** spricht für die postulierende ALG-Fraktion und dankt der Regierung für den Bericht zum Postulat. Worum geht es? Wenn Frauen und Männer innerhalb desselben Unternehmens bei gleicher Qualifikation und Erfahrung für gleiche oder gleichwertige Arbeit unterschiedlich entlöhnt werden, liegt eine Lohndiskriminierung im Sinne des Gleichstellungsgesetzes vor.
Es ist eigentlich erstaunlich, dass sich der Zuger Kantonsrat mit einer Selbstverständlichkeit − gleicher Lohn bei gleicher Arbeit und gleicher Ausbildung − auseinandersetzen muss. Mehr als 1000 Franken verdienen Frauen in der Schweiz im Durchschnitt weniger als die Männer. Dieses Geld fehlt nicht nur in den Portemonnaies der Frauen, sondern auch in den Familien sowie in den Pensionskassen. Wenn der Finanzdirektor in einem «Rundschau»-Beitrag sagt, dass der Kanton Zug die Charta Lohngleichheit nicht unterzeichnen wolle, weil es im Kanton Zug diesbezüglich keine Klagen gebe, ist das doch erst recht ein Grund, die Charta zu unterzeichnen. Dass es angeblich keine Klagen gibt, heisst allerdings noch lange nicht, dass es keine geschlechterspezifischen Lohnunterschiede gibt. Die Votantin wagt einen Vergleich: Verdient die Juristin, welche das Sozialamt betreut, gleich viel wie der Jurist, der in der Finanzdirektion arbeitet? Auf der Webseite des Kantons findet man unter «Gleichstellung von Mann und Frau» ein Dokument «Umsetzung der Massnahmen 2016/17». Das Hinschauen lohnt sich: Gerade mal drei von insgesamt 46 Amtsleitenden sind Frauen, und auf der Stufe Abteilungsleiterinnen ist die Tendenz rückläufig. Beim mittleren und oberen Kader trifft die «No Problem-Aussage des Finanzdirektors ziemlich sicher zu, aber nicht, weil es keine Lohnunterschiede, sondern kaum weibliche Führungskräfte gibt. Es ist ja wohl kaum im Sinn der Zuger Regierung, keine Frauen im Kader der kantonalen Verwaltung zu haben.

Die Votantin will anhand von sechs Punkten aufzeigen, weshalb die ALG überzeugt ist, dass die Unterzeichnung der Lohncharta für den Kanton Zug ein Gewinn und damit zwingend notwendig ist:

• Die Kosten sind absolut vertretbar. Die Regierung bestätigt in ihrem Bericht, dass eine Lohnanalyse, beispielsweise mit dem vom Bund empfohlenen Kontrollinstrument «Logib», ein paar Tage in Anspruch nehmen würde. Das scheint vertretbar zu sein, vor allem wenn man sich vorstellt, wie viele Arbeitstage allein für «Finanzen 2019» oder bei der obsolet gewordenen Planung des Stadttunnels draufgegangen sind. Mit «Logib» steht im Übrigen ein Instrument zur Verfügung, das in der Handhabung offenbar ganz einfach ist: Es wird als Excel-Datei heruntergeladen, statistisches Knowhow ist nicht notwendig, und es findet kein Datentransfer statt. Warum also die Aufregung um einen angeblich zu hohen Aufwand?

• Lohngleichheitsanalyse schafft Transparenz. In der Schweiz herrscht eine eigenartige Sitte: Über Löhne spricht man nicht. Es gibt nach wie vor Arbeitgeber, die den Arbeitnehmerinnen und -nehmern gerade heraus erklären, dass im Betrieb nicht über die Löhne gesprochen wird. Natürlich ist eine damit angedrohte Kündigung gesetzeswidrig, die Votantin staunt aber immer wieder, wie eine solche Drohung dennoch Eindruck macht. Über Löhne spricht man nicht, auch nicht über solche, die man leicht im Internet einsehen kann. Es verwundert nicht, dass es beim Zuger Personalamt pro Jahr bloss zwei bis drei Klagen gibt. Wie soll jemand wissen, dass eine Lohndiskriminierung vorliegt, wenn die Vergleichswerte unter dem Deckel gehalten werden? Die St. Galler Regierungsrätin Heidi Hanselmann fordert deshalb: «Es ist ein Muss, dass Lohntransparenz eingeführt wird.» Lohntransparenz ist die Voraussetzung, dass die «unerklärlichen» Lohnunterschiede − also der diskriminierende Teil − erkannt werden können. Jedes Lohnsystem lässt zwangsläufig gewisse Spielräume offen. Diese wiederum führen vielfach in der Lohnpraxis im Verlauf der Zeit zu geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung. Nur eine regelmässige Analyse der Lohnpraxis minimiert das Risiko unerkannter Lohndiskriminierung wirksam.

• Sensibilisierung für das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau durch die Unterzeichnung der Lohncharta. Damit das Thema Lohngleichheit auch in den Köpfen der oberen Kader ankommt, braucht es immer wiederkehrende Erinnerungen an dieses Thema. Häufig ist es so, dass die gleiche Arbeitsleistung von Frauen und Männern durch ihre Vorgesetzten aufgrund geschlechtsspezifischer Rollenerwartungen ungleich bewertet wird. Iris Bohnet, Professorin an der Harvard University, drückte es vergangenen Montag in der «Zuger Zeitung» so aus: «Die Stereotype von Männern und Frauen beeinflussen uns darin, wie wir Leistung bewerten. Die Leistung eines Mannes und die einer Frau werden noch immer unterschiedlich beurteilt, auch wenn sie gleich gut sind. Als Folge davon werden sie unterschiedlich entschädigt.» Die Verhaltensforscherin brachte es anlässlich einer Vorlesung in Zürich auf den Punkt: Wenn jemand gute Leistungen bringt in einem Job, ist es für die Entlöhnung entscheidend, ob die Person Heidi oder Hans heisst − eine fast unglaubliche Tatsache mit für die Frauen verheerenden Folgen. Die Regierung schreibt, dass im Frühling 2014 eine für das oberste Kader obligatorische Veranstaltung zum Thema Gleichstellung von Frau und Mann durchgeführt worden sei. Versteht die Votantin das richtig: War das eine einmalige Veranstaltung? Wenn dem so ist, müsste sie sagen: Einmal ist keinmal. Es würde sie auch interessieren, welcher Art diese Veranstaltung war und welches die konkreten Themen waren. Auch 37 Jahre, nachdem der Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau in die eidgenössische Verfassung aufgenommen worden ist, sind permanente Sensibilisierungskampagnen ein Schritt in die angestrebte Richtung. Ein anderer Schritt ist die im Postulat verlangte Unterzeichnung der Lohncharta.

• Lohnvergleiche ersetzen keine Kontrollen. 2007 führte der Kanton Zug das «Persuisse»-Lohnvergleichssystem ein. Irritiert stellte die Votantin aber fest, dass im Personalgesetz keine entsprechende gesetzliche Grundlage zum Lohnvergleichssystem zu finden ist. Sie hofft, dass der Finanzdirektor anschliessend aufklärt, wo die gesetzliche Grundlage dafür zu finden bzw. geblieben ist. Das erwähnte Tool bietet Lohnvergleichsmöglichkeiten innerhalb von Funktionsprofilen. Diese Möglichkeit erachtet die ALG als sinnvoll, in der Frage der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede hilft es aber nicht weiter. Da braucht es mehr, und zwar die in der Charta vorgesehenen Kontrollinstrumente.
• Die öffentliche Hand hat Vorbildfunktion. Wenn der Kanton Zug die Lohncharta unterzeichnet, hat dies Signalwirkung für die Privatwirtschaft. Es würde dem Kanton Zug mehr als gut anstehen, den Kantonen, die bereits unterzeichnet haben, zu folgen. Im Fall von Hinweisen auf Diskriminierung können Kantonsangestellte ohne Angst auf Entlassung klagen. Insgesamt wären in der Schweiz 300'000 Angestellte betroffen. Das hat eine Signalwirkung auf die Privatwirtschaft, wodurch man der Gleichstellung von Mann und Frau einen grossen Schritt näher käme.
• Unterzeichnung der Charta als Standortfaktor. Wenn der Kanton Zug die Charta unterzeichnet, kann er sich auf die Fahne schreiben ein fortschrittlicher Arbeitgeber zu sein. Für wenig Geld bekommt der Kanton viel zurück.
Bis anhin hat die Votantin nur von den unerklärten, diskriminierenden Faktoren gesprochen. Der Unterbruch in der Erwerbsarbeit durch Mutterschaft oder sonstige Familienarbeiten gilt als Karriere- und Lohnkiller. Diese Tätigkeiten haben in keinen Bewertungsraster Eingang gefunden. Die Votantin fragt sich: Sind diese Kompetenzen ohne Wert für die spätere Berufsarbeit? 2007 machte sich am GIBZ eine namhafte Gruppe daran, die Arbeitsfelder von Familienfrauen zu analysieren und die dabei erworbenen Fähigkeiten zu bewerten − eine Pionierarbeit, die leider im Sand verlief. Die Definierung und Anerkennung von familiären Handlungsfeldern wäre wichtig, weil das Ziel Lohngleichheit noch breitere Unterstützung bekommen würde. Der Kanton Zug hat es bisher verpasst, mit entsprechenden Instrumenten die Lohngleichheit bzw. -ungleichheiten zu überprüfen. Heute hat er die Gelegenheit, dies nachzuholen. Wenn Lohnungleichheit bei Zuger Angestellten tatsächlich kein Thema ist, braucht die Regierung keine Scheu vor einer Analyse zu haben. Die Votantin ruft deshalb dazu auf, diesen Schritt zu machen. Sie stellt namens der ALG-Fraktion den **Antrag,** das vorliegende Postulat erheblich zu erklären.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Es ist in der Bundesverfassung verankert, dass Frau und Mann Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben. Es soll keine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts geben. Der Regierungsrat bekräftigt in seiner Antwort auf das Postulat, dass der Kanton Zug seine gesetzlichen Verpflichtungen wahrnimmt und sich in dieser Thematik engagiert. Das bezweifelt die SP nicht. Sie fragt sich allerdings, warum der Regierungsrat die «Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor» nicht unterzeichnen möchte. Mit der Unterzeichnung bekräftigt der Kanton Zug einmal mehr, Lohngleichheit in seinem Einflussbereich umzusetzen: als Arbeitgebender, bei Ausschreibungen im öffentlichen Beschaffungswesen oder als Subventionsorgan. Das gemeinsame Engagement wäre ein weiteres Signal an öffentliche und private Arbeitgeber. Schliesslich hat die öffentliche Hand in der Förderung der Lohngleichheit eine Vorbildfunktion. Mit der Annahme der «Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor» bekräftigt der Kanton Zug, dass er diese Vorbildfunktion wahrnimmt − wie dies bereits der Bund, 14 Kantone und 37 Gemeinden, darunter auch die Stadt Zug, getan haben.
Die SP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats und bittet den Rat, ebenfalls Farbe zu bekennen und für die Lohngleichheit von Frau und Man

einzustehen. Sie tut dies nicht, weil ein SP-Bundesrat die Charta lancierte, sondern weil diese richtig ist. Sie ist richtig, um ungerechtfertigte Lohnunterschiede aufgrund des Geschlechts zu bekämpfen.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Sie erinnert an die Debatte zur Lohngleichheit im August 2016. Der Rat beschäftigte sich damals mit dem Thema, weil Kantonsrätinnen aller Parteien Transparenz in Bezug auf die Lohngleichheit in der Verwaltung forderten. Die SVP war − vermutlich mangels eines weiblichen Parlamentsmitglieds − allerdings bei den Interpellantinnen nicht vertreten. Nach einer sehr lebhaft geführten Debatte nahm Regierungsrätin Manuela Weichelt Stellung und meinte, dass sie während der Voten am liebsten im Boden versunken wäre, da die Regierung bei ihrer Interpellationsantwort offenbar alles falsch gemacht habe: Sie verschliesse die Augen, sei blauäugig und sehe das Problem nicht. Und nun − zwei Jahre später − genau dieselben Antworten. Der Regierungsrat hat tatsächlich nichts gelernt, ist blauäugig und sieht das Problem nicht.
In der Bundesverfassung steht, dass Frau und Mann Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben. Bei allen Studien in der Verwaltung liegen die Löhne der Frauen tiefer als diejenigen der Männer. Verschiedene Faktoren führen dazu. Einige erklären die Lohndifferenz, so zum Beispiel die Qualifikation oder die Erfahrung, aber mehr als die Hälfte des Lohnunterschieds im öffentlichen Sektor lässt sich nicht erklären. Es ist für die CVP-Fraktion unverständlich, wie der Regierungsrat in seinem Bericht behaupten kann, im Kanton Zug sei die Lohngleichheit gewährleistet, und Regierungsrat Heinz Tännler gegenüber der «Rundschau» im Fernsehen verlauten lässt: «Wir haben die Charta nicht unterschrieben, weil wir im Kanton Zug keine Probleme haben mit der Lohngleichheit. Es herrscht keine Diskriminierung. In Zug prüft das Personalamt sämtliche Löhne genau. Eine zusätzliche Überprüfung, wie der Bund sich das vorstellt, ist nicht nötig.» Nur: Ob in der kantonalen Verwaltung tatsächlich Lohngleichheit herrscht, weiss man schlicht nicht. Das heute im Einsatz stehende Instrument «Persuisse» der Perinnova GmbH gibt dazu keine Auskunft. Die CVP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, endlich Transparenz zu schaffen. Der Aufwand dazu hält sich in Grenzen, denn «Logib», das Selbsttest-Tool des Bundes, kann kostenlos bezogen werden. Das Abfüllen der Daten erfolgt durch Mitarbeitende des Personalamts. Das braucht zugegebenermassen Personalressourcen. Doch in Anbetracht der hohen sozialpolitischen Brisanz des Themas ist dies mehr als gerechtfertigt.
Am vergangenen Montag, erschien in der «Zuger Zeitung» ein Interview mit der Luzernerin Iris Bohnet, die als ordentliche Professorin für Public Policy an der Harvard University lehrt. Ihr Forschungsgebiet ist die Verhaltensökonomie, bei der sie sich insbesondere auf Frauenfragen fokussiert. Hier einige Zitate aus dem Interview:
• «Die Stereotype von Männern und Frauen beeinflussen uns darin, wie wir Leistung bewerten. Die Leistung einer Frau und eines Mannes werden noch immer unterschiedlich beurteilt, auch wenn sie gleich gut sind. Als Folge davon werden sie unterschiedlich entschädigt.»
• «Einer talentierten Frau sagt man eher: ‹Sie haben sehr gute Perspektiven, in zwei, drei Jahren werden Sie befördert› − während der Mann sofort befördert wird. Unsere Daten zeigen, dass gleich qualifizierte Frauen im Schnitt zwei Jahre länger warten müssen, bis sie befördert werden.»
• «Transparenz ist grundsätzlich ein guter Weg. Denn man kann ein Problem nicht lösen, bevor man es nicht erkannt und untersucht hat. Messen ist zentral: What doesn't get measured, doesn't count.»

Die CVP erwartet vom Regierungsrat nicht, dass er die Charta unterzeichnet, aber dass er endlich mit Zahlen belegt, ob in der Verwaltung tatsächlich keine Lohndiskriminierung auszumachen ist. Eine Charta ist eine Selbstverpflichtung, dieses oder jenes zu tun bzw. zu unterlassen. Es gibt unzählige Chartas, die von Interessengruppen lanciert werden. Die CVP findet es nicht nötig, eine Diskussion darüber zu eröffnen, ob und zu welcher Charta sich der Kanton bekennen soll. In Bezug auf die Lohngleichheit ist der Gesetzesgrundlage klar: Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Der Regierungsrat soll aber die Anliegen, welche in der Charta unter Punkt 1, 2 und 5 formuliert sind, sofort an die Hand nehmen und umsetzen. Damit macht er einen ersten Schritt, nimmt seine Vorbildfunktion als Arbeitgeber wahr und schafft Transparenz in einer für die Gesellschaft zentralen Frage. Natürlich ist es zu begrüssen, wenn die Lohngleichheit auch in der öffentlichen Hand nahestehenden Körperschaften überprüft wird. Und es ist offensichtlich, dass mit der Selbstdeklaration beim Beschaffungs- und Submissionswesen die erdenklich niedrigste Hürde gesetzt ist. Da die CVP sieht, wie schwer sich der Kanton nur schon mit der Schaffung von Transparenz bei den eigenen Daten tut, möchte sie ihn und die Verwaltung nicht über Gebühr belasten.
Noch ein Wort zur abgeschafften Gleichstellungskommission. Es ist richtig, dass der Rat diese Kommission abgeschafft hat; auch die Votantin sah keine Notwendigkeit, sie aufrechtzuerhalten. Das dringlichste Thema bei der Gleichstellung von Mann und Frau ist die Lohngleichheit. Davon ist man noch weit entfernt, und das wissen alle. Der Regierungsrat könnte mit einer kleinen Massnahme mehr Klarheit diesbezüglich schaffen. Es ist unverständlich, weshalb er dies nach wie vor nicht in Auftrag gegeben hat.
Im Namen der CVP-Fraktion stellt die Votantin den **Antrag,** das Postulat teilerheblich zu erklären: Die Punkte 1, 2 und 5 der Charta sollen umgesetzt werden. Sie dankt für die Unterstützung.

**Beni Riedi** spricht für die SVP-Fraktion. Betreffend Ausgangslage zitiert er aus dem Bericht des Regierungsrats: «Frau und Mann haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Sie dürfen aufgrund des Geschlechts bei der Entlöhnung weder direkt noch indirekt benachteiligt werden. Dieser Grundsatz ist in Art. 8 Abs. 3 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 und in Art. 3 Abs. 2 der Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 24. März 1995 verankert.» Die Bundesverfassung ist die höchste Rechtsquelle in der Schweiz, nicht irgendeine Charta. Dementsprechend fragt sich der Votant, welchen Mehrwert die Charta letztlich bringen würde. Er schliesst wiederum mit einem Zitat, nämlich mit dem «Fazit» im Bericht des Regierungsrats: «Der Kanton Zug nimmt seine gesetzlichen Verpflichtungen betreffend Lohngleichheit im Kanton Zug wahr und engagiert sich in dieser Thematik mit verhältnismässigem Aufwand, wo dies zielführend ist.» Für die SVP-Fraktion ist es selbstverständlich, dass Frau und Mann bei gleicher Arbeit gleich entlöhnt werden. Dafür braucht es keine Charta.

**Nicole Zweifel** sagt es ehrlich, auch wenn sie sich damit unbeliebt macht: Das vorliegende Thema nervt sie als Frau. Es wird endlos über die immer gleiche Frage diskutiert. Das mag zwar berechtigt sein, aber löst man das Problem mit dieser elenden Diskussion darüber, ob es besser sei, ein Mann statt eine Frau zu sein? Dieser Ansatz ist komplett falsch, und es verlieren alle nur. Denn die Frauen, die sich *für* diese Thematik einsetzen, werden in die Emanzenecke gedrängt, und wenn sie sich *dagegen* einsetzen, werden sie als Nestbeschmutzerinnen beschimpft. Männer, die sich dagegen einsetzen, werden als Machos verschrieen, und wenn

sie dafür sind, gelten sie als Softies. Es verlieren also wirklich alle. Geht es letztlich nicht einfach darum, Regelungen zu finden, dass jeder Job in einem Unternehmen nach Ausbildung, Erfahrungsjahren etc. einer Kategorie zugeteilt und der Lohn aufgrund dieser Kategorie festgelegt wird, völlig unabhängig davon, ob die betreffende Person dann Daniela oder Daniel heisst? Man sollte auch im Kantonsrat aufhören, endlos über diese ewige Mann-Frau-Thematik zu diskutieren, und endlich gemeinsam einfach Lösungen finden. In der Gemeinde, in welcher die Votantin arbeitet, gibt es ein entsprechendes System. Sie ist Leiterin einer Bauabteilung, also einer kompletten Männerdomäne, und sie verdient genau gleich viel wie ihre männlichen Kollegen. Das gilt auch für ihre Mitarbeiterinnen: Auch sie verdienen gleich viel wie ihre Kollegen. Es wird auch nie über die Mann-Frau-Thematik diskutiert, sondern nur darüber, wer was tut.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass es hier um den Beitritt zu einer Charta geht. Diese setzt sich inhaltlich beispielsweise für die «Sensibilisierung für das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau» ein. Es soll also − wie gehört − eine Sensibilisierungskampagne geben. Man könnte es auch anders sagen: Es soll Propaganda und eine Gehirnwäsche geben − auch wenn man in den betreffenden Kreisen lieber von «permanenter Sensibilisierung» spricht. Und es geht um die Sensibilisierung für ein Bundesgesetz. Es gibt aber unzählige Bundesgesetze. Braucht es nun für jedes Bundesgesetz − und es gibt viel zu viele davon − eine Sensibilisierungskampagne? Wo bleibt da die Gleichbehandlung der Bundesgesetze, wenn die Sensibilisierung nur im Bereich der Gleichstellung geschieht? Der Votant zitiert weiter aus dem regierungsrätlichen Bericht: «Regelmässige Überprüfung der Einhaltung der Lohngleichheit in der öffentlichen Verwaltung nach anerkannten Standards, Förderung einer regelmässigen Überprüfung der Einhaltung der Lohngleichheit nach anerkannten Standards in den der öffentlichen Hand nahestehenden Körperschaften» − also nicht nur die Verwaltung, sondern auch weitere Körperschaften −, «Einhaltung der Lohngleichheit im Rahmen des öffentlichen Beschaffungs- und/oder Subventionswesens durch die Einführung von Kontrollmechanismen» − es geht also auch um alle privaten Anbieter in einer Submission − und schliesslich «Information über die konkreten Ergebnisse dieses Engagements, insbesondere durch die Teilnahme am Monitoring des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann». Mit diesem letzten Punkt landet man bei Innenminister Alain Berset, dem zuständigen Bundesrat, der aufgrund des Monitorings dann überlegen kann, ob man allenfalls überprüfen muss, ob die kantonalen Verwaltungen das alles auch wirklich einhalten und man allenfalls sogar Zwangsmassnahmen einführen muss. Der Votant erinnert hier an die Steuergesetzgebung, die dazu führt, dass der Kanton schon beinahe wöchentlich einen Vertreter des Bundes vor Ort hat, der gut schaut, dass alles ganz genau nach den Vorgaben des Bundes geschieht. Der Kantonsrat sollte hier ein wenig das eigene Wohl des Kantons Zug im Auge haben. Mit dem Antrag auf Nichterheblicherklärung des Postulats hat der Regierungsrat dem Parlament einen sehr guten Vorschlag unterbreitet, und er hat auch eine sehr gute Stellungnahme vorgelegt. Ein Letztes: Monitorings sind eh eine Unsitte. Man unterzieht sich freiwillig irgendwelchen Monitorings, geht beispielsweise nach Paris oder weiss der Teufel wohin zur OECD, wünscht eine Bewertung, unterwirft sich − und verspricht, die eigenen Gesetze aufgrund des Monitoring-Zeugnisses anzupassen. Ist das eine souveräne Schweiz? Ist es das, was die Stimmbürger von den Parlamentariern wollen? Der Votant glaubt das nicht. Er bittet den Rat deshalb, den Antrag der Regierung zu unterstützen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass Manuel Brandenbergs Ausführungen sachlich betrachtet nicht ganz unrichtig sind. Die Bundesverfassung schreibt nicht Lohngleichheit im teilweise beschriebenen Sinn vor. Sie sagt nur, es dürfe keine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts geben. Lohnunterschiede, die sachlich begründet sind, sind aber möglich. Dieser Unterschied ist nicht ganz unwesentlich. Und um hier anzuknüpfen: Jedes neue Ratsmitglied und jeder Regierungsrat legt den Eid oder das Gelöbnis auf die Bundesverfassung ab. Damit ist eine genügende Grundlage für die Einhaltung auch der Bundesgesetzgebung gegeben.
Eine Charta zu unterzeichnen, ist aus der Sicht des Finanzdirektors Signalpolitik, nicht mehr und nicht weniger. Die Charta ist nicht rechtsverbindlich, und es ist eine Unsitte, etwas zu unterschreiben, das nicht rechtsverbindlich ist. Die Erwartungshaltung ist dann aber enorm hoch. Und die Kosten sind − anders als es Esther Haas ausgeführt hat − nicht zu vernachlässigen. Ist eine Charta mal unterschrieben, passiert nicht einfach nichts. Es gibt vielmehr Arbeitsgruppen, es wird kontrolliert, es wird Brikett um Brikett aufgesetzt, und am Ende des Tages hat man einen enormen Koloss aufgebaut. Ob die Wirkung im Ziel erreicht wird, ist eine andere Frage. Was tut das Personalamt heute? Seit zehn Jahren werden die Löhne für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin nach klaren Standards und unabhängig vom Geschlecht festgelegt. Es gibt da keine Differenzierung. Der Finanzdirektor hat diese Standards in der «Rundschau» kurz dargelegt, und sie werden knallhart eingehalten, damit keine Lohndifferenzen entstehen. Und es gibt kaum Klagen. Natürlich kann man das so oder anders interpretieren. Der Finanzdirektor hat aber noch nie von Missständen gehört, und wenn es Differenzen gibt, haben diese wohl sachliche Gründe. Vielleicht möchte man aber genau das wissen. Das genau zu eruieren, ist aber verbunden mit einem riesigen Aufwand. Der Finanzdirektor steht dazu und übernimmt die Verantwortung: Es kann Ausnahmen von der Regel geben, aber es gibt keinen Missstand. Esther Haas hat sechs Punkte aufgeführt. Diese laufen letztlich darauf hinaus, dass die Löhne offengelegt werden sollen. Das kann nach Meinung des Finanzdirektors aber nicht das Ziel sein. Im Übrigen ist der Hinweis auf die Anzahl Amts- und Abteilungsleiterinnen ein komplett anderes Thema, das ebenfalls wichtig ist, mit der Frage der Lohngleichheit aber wenig zu tun hat.
Der Finanzdirektor wiederholt es: Er ist überzeugt, dass man im Kanton Zug diesbezüglich gute Verhältnisse hat. Er weist aber darauf hin, dass man sich an einem anderen Ort einsetzen sollte. Die Stawiko hat eine Berichtsmotion betreffend Lohnhöhe/Lohnsystem verlangt − genau da gibt es ein Problem. Beim Kanton arbeiten viele langjährige, hoch geschätzte Mitarbeitende im Alter von 55 bis 65 Jahren. Aufgrund des Lohnsystems erhalten sie einen hohen Lohn, TREZ etc. Daneben gibt es dynamische Frauen und Männer im Alter von 30, 35, 40 Jahren, die neu in die kantonale Verwaltung kommen. Sie arbeiten schneller, effizienter, sind sehr gut ausgebildet und haben Zusatz- und Weiterausbildungen absolviert − und sie verdienen im Verhältnis eigentlich viel zu wenig. *Da* muss man ansetzen, *da* gibt es «Lohndifferenzen». Der Finanzdirektor ist deshalb froh um die Berichtsmotion der Stawiko, denn *da* gibt es Nachholbedarf. In der Steuerverwaltung beispielsweise kann man diesen jungen, 30-jährigen Mitarbeitenden, etwa Steuerexperten, die von KPMG oder von PricewaterhouseCoopers kommen, nicht den Lohn bezahlen, den sie eigentlich verdienten. Es wäre viel wichtiger, *hier* den Finger draufzulegen statt auf eine Charta, die − es sei wiederholt − Signalpolitik darstellt.
Silvia Thalmann hat dazu aufgerufen, nicht die Charta zu unterzeichnen, sondern die Punkte 1, 2 und 5 aufzunehmen. Die Regierung verweigert sich dem nicht, sie möchte aber keine Teilerheblicherklärung. Sie nimmt die genannten Punkte auf und versucht, diese innerhalb des Personalamts noch etwas zu schärfen, damit sie − falls nötig − noch bessere Informationen dazu abgeben kann. Esther Haas hat eine

Frage zu der für das oberste Kader obligatorischen Veranstaltung zum Thema Gleichstellung von Frau und Mann im Frühling 2014 gestellt. Es war eine einzige Veranstaltung. Natürlich kann man sagen, eine sei keine, aber immerhin ist eine mehr als keine. Es war ein Nachmittagsanlass, und es ging um die Sensibilisierung für das Thema Gleichstellung. Hintergrund war ein Bericht der Hochschule Luzern, es gab Gruppengespräche zu Themen wie «Moderne Verwaltung», «Gute Teams», «Mitarbeiterförderung», «Gleichstellung» im weiteren Sinn, gefolgt von der Präsentation der Ergebnisse, einer Diskussion und schliesslich einem Apéro. Die zweite Frage von Esther Haas betraf das «Persuisse»-Lohnvergleichssystem. Der jährlich durchgeführte Lohnvergleich beruht auf einem Vertrag zwischen den Kantonen und Städten, welche Mitglieder der Schweizerischen Konferenz der Personalleiter und -leiterinnen öffentlicher Verwaltungen sind, und der Firma Perinnova GmbH Aarau. Die Teilnahme ist freiwillig, es machen aber fast alle Kantone und sehr viele Städte mit. Ziel des Lohnvergleichs ist es, die tatsächlichen Löhne für möglichst identische Stellenprofile zu vergleichen. Dabei wird die Vertraulichkeit gewahrt, das Ergebnis löst aber nach innen, beim Personalamt, entsprechende Wirkung aus.
Abschliessend bittet der Finanzdirektor, dem Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung des Postulats zu folgen. Die erwähnten Punkte nimmt der Regierungsrat intern auf.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge vorliegen:
• nicht erheblich erklären;
• erheblich erklären;
• teilerheblich erklären.
Es findet eine Dreifachabstimmung statt

**Abstimmung 6:** Die einzelnen Anträge erhalten in der Dreifachabstimmung die folgenden Stimmenzahlen:
• Nicht erheblich erklären: 38 Stimmen
• Erheblich erklären: 0 Stimmen
• Teilerheblich erklären: 32 Stimmen

➔ Der Rat erklärt das Postulat nicht erheblich.

TRAKTANDUM 4
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1069** Traktandum 4.1: **Motion von Andreas Hürlimann und Karen Umbach betreffend bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten im Kanton Zug**
Vorlage: 2868.1 - 15773 (Motionstext).

**Beat Unternährer** spricht für die FDP-Fraktion. Bevor er auf die Motion eingeht, macht er einige Bemerkungen zu seinem Hintergrund bzw. seiner Interessenbindung: Seine Frau und er sind beide selbständig berufstätig und waren für ihre mittlerweile 15-jährige Tochter im Vorschul- und Schulalter auf private und öffentliche Institutionen für die Betreuung angewiesen. Im Vorschulalter nutzten sie private Anbieter in der Stadt Zug und während der Primarschulzeit eine öffentliche Tagesschule in Hünenberg, welcher sie monatlich einen Beitrag bezahlten. Sie konnten sich davon überzeugen, dass eine Gemeinde wie Hünenberg in der Lage

ist, ein bedarfsgerechtes Angebot sicherzustellen. In einer Studie der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen werden die Kosten für Kindertageseinrichtungen wie Mittagstisch, Hort, Tagesschule auf 5000 bis 25'000 Franken pro Jahr und Kind geschätzt. Die Kosten für die Gemeinde Hünenberg lagen vermutlich irgendwo in der Mitte. Mit ihren monatlichen Beiträgen haben der Votant und seine Frau diese geschätzten Kosten mehr oder weniger gedeckt.
Und nun zur Motion: Diese schlägt enorm dirigistische Massnahmen vor. Es soll den Gemeinden per Verordnung des Regierungsrats auferlegt werden, ein ganztägiges Betreuungsangebot von 7 bis 18 Uhr zur Verfügung zu stellen, wenn eine gewisse Nachfrageschwelle überschritten wird. Ebenso soll ein erwerbskompatibles Ferienangebot geschaffen werden. Die Motion nimmt auf die Gemeindeautonomie überhaupt keine Rücksicht. Wie eingangs erwähnt, gibt es im Kanton Zug Gemeinden, die durchaus in der Lage sind, entsprechende Angebote bereitzustellen. Lokale Angebote können auch viel bedarfsgerechter gestaltet werden und werden teilweise durch Marktkräfte generiert. Als liberale Partei kann die FDP die zentralplanerischen Ideen der Motionäre nicht unterstützen. Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen, damit sich öffentliche und private Anbieter in den Gemeinden entwickeln können. Da ein klarer Bedarf für familienergänzende Betreuung besteht, werden sich sicherlich auch Private und Wirtschaftsvertreter finden, die dafür einen marktgerechten Preis bezahlen.
Vor diesem Hintergrund stellt der Votant im Namen der FDP-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Die FDP ersucht die Motionäre, das Anliegen in den Gemeinden zu platzieren.

Für **Jürg Messmer** ist die vorliegende Motion ein massiver Eingriff in die Gemeindeautonomie, was die SVP-Fraktion überhaupt nicht goutiert. Die Motion fordert Betreuungsangebote mindestens von 7 Uhr bis 18 Uhr − das sind elf Stunden − und in den Ferien während mindestens zwölf Wochen, und entsprechende Institutionen müssten während mindestens fünfzig Wochen im Jahr offen sein, wobei in der Schweiz bekanntlich jeder Berufstätige bzw. jede Familie vier Wochen Ferien hat. Und der Höhepunkt: Die Regierung soll den Gemeinden sagen, ab wann eine entsprechende Nachfrage bestehe. Wie kann das die Regierung wissen? Die Gemeinden wissen selbst haargenau, ob eine Nachfrage besteht und das Angebot reicht. Es ist nicht Aufgabe des Kantons, den Gemeinden solche Vorgaben zu machen, zumal jede Gemeinde sehr wohl selbst den Überblick hat. Die SVP-Fraktion bittet dringend, die Motion nicht zu überweisen.

Mitmotionär **Andreas Hürlimann** hält fest, dass es − wie mittlerweile bei vielen Motionen und Postulaten − vorhersehbar war, dass der Rat auch zur Überweisung dieses berechtigten Anliegen sprechen würde, auch wenn dieses − so entnimmt der Votant beispielsweise dem Text von FDP-Kantonsrat Beat Unternährer in der «Zuger Woche» von gestern − durchaus als «legitim» bezeichnet wird. Zudem wird den Motionären auch zugutegehalten, dass sie eine wichtige Diskussion angestossen hätten. Nur bringt das Anstossen einer Diskussion wenig, wenn man sich dieser mit der Nichtüberweisung des Anliegens gleich wieder verweigert.
Die Förderung der familien- und schulergänzenden Betreuung ist ganz im Sinn eines freiheitlichen Modells. Denn es braucht für eine freie Wahl des Familienmodells und der Kinderbetreuung entsprechend angepasste Rahmenbedingungen. Zudem möchte die Motion nicht nur einseitig eine gewisse Vereinheitlichung im Kanton anstreben, sondern fordert auch explizit die Wirtschaftlichkeit der Angebote. Natürlich kann man über die Art und Weise der Umsetzung zu gegebener Zeit

diskutieren und sich darüber streiten. Aber wenn dieses wichtige Anliegen heute einfach nicht überwiesen wird, ist die Diskussion bereits wieder gestorben.
Die Gesellschaft wandelt sich, weshalb die Diskussion über die freie Wahl des Familienmodells mit einem Ausbau der Kinderbetreuung nicht nur auf Vorschulstufe, sondern auch im Bereich der Schule zwingend nötig ist. Der Votant dankt auch im Namen der vielen Mitunterzeichnenden dem Rat, wenn dieser sich der Diskussion stellt und die Motion überweist.

Mitmotionärin **Karen Umbach** möchte dem Rat auf den Weg geben, dass er nichts verliert, wenn er die Motion überweist, aber eine dringend notwendige Diskussion erlaubt. Die Motionäre haben lediglich das «Was ist zu diskutieren» eingereicht, Der Kantonsrat kann das «Wie wir es sehen» dann in der Kommission und später im Gesamtrat diskutieren. Das wird passieren, nachdem eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt worden ist und alle, inklusive Gemeinden, die Möglichkeit erhalten haben, sich zu äussern. Diese Chance verpasst der Rat, wenn er die Motion nicht überweist. Ob er allenfalls eine kreative Lösung findet – private Anbieter oder Staat, andere Finanzierungsmodelle usw. –, wird man sehen. Ob der Rat dann entscheidet, es sei – aus welchem Grund auch immer – nicht notwendig, auch das wird man sehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Motion im Nachhinein nichterheblich erklärt wird. Die Votantin ersucht den Rat aber, eine Diskussion über dieses Thema zu ermöglichen und für die Überweisung zu stimmen. Es gibt − wie gesagt − nichts zu verlieren. Die Zeit ist reif für eine Diskussion.

**Anastas Odermatt** wiederholt, dass es einzig darum geht, das Thema in die *Pipeline* zu geben oder nicht. Seiner Ansicht nach müsste man Ersteres tun, handelt es sich doch um ein wichtiges Thema. Er wundert sich über gewisse Voten. Gerade aus Wirtschaftskreisen ist ja immer wieder zu hören, in der vorliegenden Sache müsse der Kanton Zug noch besser werden. Gerade bei internationalen Firmen geht es ja darum, Top-Personal in den Kanton Zug zu holen − und zwar inklusive Familien. Aber es geht heute ja nicht um eine inhaltliche Debatte, sondern um den Auftrag an den Regierungsrat, einen Bericht zu diesem Thema vorzulegen. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die anschliessend traktandierte Motion der CVP-Fraktion und vielen weiteren Vorstössen: Der Votant sieht keinen Grund, weshalb sich der Rat nicht einen Bericht vorlegen lassen soll, um dann über diese Themen zu diskutieren.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat überweist die Motion mit 43 zu 26 Stimmen an den Regierungsrat.

**1070** Traktandum 4.2: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Beseitigung des strukturellen Defizits des Kantons Zug durch eine Anpassung des NFA-Beteiligungsmodells der Gemeinden**
Vorlage: 2870.1 - 15774 (Motionstext).

**Cornelia Stocker** legt ihre Interessenbindung offen: Sie kommt aus der grössten ZFA-Gebergemeinde. Die FDP-Fraktion wird der vorliegenden Motion primär aus ordnungspolitischen Überlegungen eine Absage erteilen. Der NFA ist eine Angelegenheit zwischen dem Bund und den Kantonen. Ein Pendant zwischen dem Kanton und den Zuger Gemeinden ist der ZFA. Dass die Gemeinden je 6 Prozent ihres Kantonssteuerertrags an den NFA beisteuern müssen, beruht zwar auf einem alten

Kantonsratsbeschluss, doch einzig der Kanton Zug − so glaubt die Votantin zu wissen − kennt dieses Modell. Wenn dem nicht so ist, wird der Finanzdirektor die Kantone nennen, in welchen sich die Gemeinden ebenfalls am NFA beteiligen müssen. Vor dem Hintergrund, dass der Kanton darum kämpft, sein strukturelles Defizit zu beseitigen, während viele Gemeinden Überschüsse schreiben, was ihnen erlaubt, Steuersenkungen vorzunehmen, ist die Idee der CVP-Fraktion aus Sicht des Kantons verführerisch. Einfach die Gemeinden stärker zur Kasse zu beten, wäre eine simple, aber nicht faire Problemlösung. Und sie greift zu kurz. Auch braucht es weder mathematische Berechnungen noch hellseherische Fähigkeiten, um festzustellen, welche von den Gemeinden von einem über die 6-Prozent Regelung hinausgehenden Modell am stärksten betroffen wäre: Es wären mit Sicherheit die heutigen grossen ZFA-Gebergemeinden. Nicht nur die Stadt Zug, sondern auch weitere Gemeinden haben in den letzten Jahren unter der ZFA-Last gelitten. Und kaum greifen deren Sparanstrengungen, will man ihnen eine neue, in Zahlen nicht abschätzbare Last auferlegen. Dazu sagt die FDP-Fraktion klar Nein. Sie will keine weitergehende Durchmischung der Aufgaben. Es sei wiederholt: Der NFA ist eine kantonale Aufgabe, während der ZFA eine Angelegenheit zwischen dem Kanton und den Gemeinden ist. Dass sowohl der NFA als auch der ZFA Reformbedarf haben, bestreitet die FDP nicht. Das soll aber separat geschehen. Die FDP-Fraktion stellt vor diesem Hintergrund den **Antrag,** die Motion nicht zu überweisen.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Dass es Anpassungen braucht, wenn die Gemeinden tiefschwarze Zahlen schreiben und der Kanton gleichzeitig Sparprogramme auflegen muss und rote Zahlen schreibt, stellt die SP nicht infrage. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass bereits ein Prozess zwischen den Gemeinden und dem Kanton läuft, um die Kosten so zu verteilen, dass sich für beide Beteiligen eine sinnvolle Lösung ergibt. Es geht um Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten. Vielleicht kann der Regierungsrat diesen Prozess und den aktuellen Stand kurz erläutern. Es ist in der Tat systemfremd, dass die Gemeinden an den NFA bezahlen müssen. Hier an den Zahlen zu drehen, bringt aber nichts. Man muss vielmehr überlegen, welche Aufgaben den Kanton und welche die Gemeinden betreffen. Kanton und Gemeinden arbeiten schon seit Langem daran, hier eine passende Lösung zu finden. Der Vorstoss der CVP stösst also keinen neuen Prozess an, sondern hat einzig das Ziel, sich ein Thema auf die Fahne zu schreiben, für welches sich bereits eine Lösung abzeichnet. Es handelt sich bei diesem Vorstoss also auch um Effekthascherei. Zudem würde die Verwaltung unnötigerweise beschäftigt, dies von einer Partei, welche sich auf die Fahne schreibt, die Bürokratie abzubauen und die Verwaltung zu verschlanken. Das erinnert den Votanten an zwei CVP-Motionen in der Gemeinde Baar, über die in den letzten Monaten debattiert wurde. Zum einen wurde eine Dreifachturnhalle gefordert, obwohl der Gemeinderat intern auf dem Silbertablett bereits die Lösung für das Anliegen präsentiert hatte. Zum anderen wurde ein Massnahmenplan für die Zentrumsentwicklung gefordert, dies gleich nachdem der Gemeinderat an einer Klausurtagung seine Vision für das Dorfzentrum erarbeitet hatte. In beiden Fällen konnte sich die CVP damit brüsten, diese Denkprozesse in Gang gebracht zu haben, was eigentlich nicht wirklich so war. Viel eher hat sie Informationen aus der Exekutive in die Legislative gebracht. Zur Erinnerung: Die CVP ist in der Baarer Exekutive mit zwei Gemeinderäten und einer Gemeinderätin sehr gut vertreten, gemessen am Wähleranteil eigentlich übervertreten.
Die SP-Fraktion stellt ebenfalls den **Antrag,** die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Die Motion trägt nichts zum bereits laufenden Prozess zwischen den Ge-

meinden und dem Kanton bezüglich Aufteilung der Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten bei, sondern verzögert diesen eher.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass sich die SVP-Fraktion der Ansicht der FDP und der SP anschliesst. Auch hier geht es um eine Büchse der Pandora. Mit den genannten 6 Prozent liegt bereits eine Systemwidrigkeit vor. Die Beteiligung der Einwohnergemeinden an der NFA-Belastung wurde damals eingeführt, weil die Normpauschale des Kantons an die gemeindlichen Lehrerbesoldungen wegen der kleinen und finanzschwächeren Gemeinden nicht gestrichen bzw. reduziert werden konnte. Die Motion der CVP löst keine Probleme. Sie belastet die Solidarität unter den Gemeinden, und der Kanton greift in die Gemeindeautonomie ein. Die Mehrheit der Gemeindepräsidenten hat dem Votanten gegenüber geäussert, dass sie das Ansinnen der CVP klar ablehnt. Leider kann der Votant die entsprechenden Äusserungen aber nicht zitieren, sonst reicht die SP eine weitere Rassistenmotion ein. Der Vorstoss ist sehr unglücklich, der Votant muss aber zugeben, dass die Idee verführerisch tönt. Sie löst aber keine Probleme, sondern es werden einzig Substrate umgebucht. Man sollte die laufenden Prozess, nämlich die Steuervorlage 17 und die ZFA-Reform, nicht mit dieser Motion behindern. Der Votant empfiehlt, den Vorstoss nicht zu überweisen. Die vorgeschlagene Lösung zielt in die falsche Richtung, und man behindert mit einer Überweisung nur die erwähnten Prozesse und belastet die Verwaltung mit unnötigen Rechnereien.

**Andreas Hausheer** spricht für die CVP-Fraktion. Es sind sich wohl alle einig, dass der Hauptgrund für das strukturelle Defizit des Kantons Zug die NFA-Belastung ist, die sich für Zug insbesondere aufgrund des höheren Ressourcenpotenzials in zehn Jahren um 131 Millionen Franken erhöht hat. Wenn der NFA der Hauptgrund für die finanziell schwierige Situation des Kantons ist, so muss doch der Hebel bei der innerkantonalen NFA-Finanzierung angesetzt werden. Anders wird der Kanton das strukturelle Defizit nicht beseitigen können, denn die NFA-Belastung wird sich − wie die Stawiko informiert wurde − kaum zugunsten des Kantons entwickeln.
Das aktuelle System der innerkantonalen Finanzierung basiert auf einem politischen Kuhhandel: Man hat die Schulkostenpauschale mit der gemeindlicher Beteiligung am NFA kombiniert. Wenn sich nun zeigt, dass dieses System zu grösseren Diskrepanzen zwischen den Finanzhaushalten der verschiedenen staatlichen Ebenen führt, ist es nichts als richtig, eine Anpassung dieser Finanzierungsform zu prüfen. Und genau das ist das Hauptmotiv für die vorliegende Motion: nämlich über den Hauptgrund für das strukturelles Defizit zu diskutieren und Lösungen zu finden. Es sagen zwar alle, man müsse etwas tun, aber niemand präsentiert eine Lösung − und so geht es eben nicht vorwärts.
Der ZFA hat zwei Ebenen. Über eine Ebene, nämlich über Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung, wird momentan diskutiert. Die andere Ebene ist die Beteiligung der Gemeinden. Darüber wird − entgegen der Behauptung von Zari Dzaferi − nicht diskutiert. Cornelia Stocker hat angeführt, dass ordnungspolitische Gründe gegen die Motion sprächen. Grundsätzlich ist es richtig, dass der NFA eine kantonale und der ZFA eine gemeindliche Angelegenheit sei. Allerdings müsste die FDP dann konsequenterweise heute noch oder spätestens morgen eine Motion zur Abschaffung der aktuell gültigen teilweisen Finanzierung des NFA durch die Gemeinden einreichen. Denn was ordnungspolitisch heute nicht korrekt ist, ist es auch in Zukunft nicht. Die Argumentation der FDP ist also nicht wirklich schlüssig.
Der Kantonsrat ist es der Bevölkerung des Kantons Zug schuldig, sich in einer sachlichen Diskussion mit dem Hauptgrund des strukturellen Defizits auseinanderzusetzen und nach Lösungen zu suchen. Der Votant sieht nicht ein, warum jene,

die gegen eine Überweisung sind, sich dieser sachlichen Diskussion entziehen wollen. In der heutigen Debatte zu einem möglichen Amtsenthebungsverfahren wurde gesagt, es handle sich durchaus um ein prüfenswertes Thema, und man könne sich aufgrund des regierungsrätlichen Berichts nun ein genaueres Bild machen und das Anliegen ablehnen, auch wenn man die Motion seinerzeit überwiesen habe. Dasselbe gilt auch für den vorliegenden Vorstoss. Der Votant dankt im diesem Sinn für die Überweisung der Motion.

**Patrick Iten** fühlt sich herausgefordert durch die Bemerkung bezüglich Büchse der Pandora. Die Motion ist eher eine gut schweizerische Ricola-Büchse. Wenn man diese öffnet, kann man ein *Zältli* herausnehmen, kann dieses lutschen und kann schauen, ob man Lust auf mehr hat oder nicht. Für den Votant ist der Rat verpflichtet, über das Anliegen der Motion zu diskutieren, diese also zu überweisen. Der Kanton bezahlt heute rund 72 Prozent mehr in den NFA als 2008, bei den Gemeinden sind es 25 Prozent. Man darf vor diesem Hintergrund wirklich über die Beteiligung der Gemeinden diskutieren. Der Votant bittet den Rat deshalb, die Motion, eine gut schweizerische Ricola-Büchse, zu überweisen.

**Heini Schmid** dankt Zari Dzaferi für dessen Werbespot, als neuer Präsident der CVP Baar hätte er selbst es nicht besser machen können. Die CVP bemüht sich tatsächlich, aktuelle Themen zu bearbeiten − und vielleicht auch Themen, die eine gewisse Relevanz haben. Es schleckt einfach keine Geiss weg, dass die Gemeinden und der Kanton je etwa hälftig von den steigenden Ressourcen profitieren. Und genau das ist der Ursprung des ZFA-Dilemmas. Es ist deshalb nur richtig, dass sowohl die Gemeinden als auch der Kanton ihren Anteil an der steigenden NFA-Belastung tragen. Wenn nicht, wird man zunehmend ein Problem haben, weil die Gemeinden tendenziell entlastet werden. Die Probleme werden nämlich immer komplexer, weshalb viele Aufgaben auf kantonaler Ebene konzentriert werden: KESB etc. − die Themen sind bekannt. Die Gemeinden werden strukturell also entlastet, der Kanton hingegen wird belastet. Wenn man die Gemeinden nicht an der NFA-Belastung beteiligt, werden diese zunehmend in eine problematische Situation geraten. Ein aktuelles Beispiel in Baar: Die Gemeinde diskutiert über eine Senkung des Steuerfusses auf 43 Prozent. Baar ist schon heute eine der steuergünstigsten Gemeinden in der Schweiz und hat trotzdem 17 Millionen Franken Überschuss. 1 Prozent ist 1,7 Millionen Franken, die heutigen 53 Prozent minus 10 Prozent ergeben 17 Millionen Franken. Die CVP wird den Gemeinderat fragen, wie er diesen strukturellen Überschuss von 17 Millionen Franken in Zukunft abzubauen gedenkt. Genau das sind die Probleme. Und bei jedem, der diese Probleme nicht diskutieren bzw. die Motion nicht überweisen will, stellt sich die Frage, ob er im selben Kanton wohnt wie der Votant.

**Philip C. Brunner** wohnt durchaus im gleichen Kanton wie Heini Schmid, und in diesem Kanton wird über den NFA geklagt. Und die Motion will das kranke System, das der Kanton Zug 2008 aufotroyiert erhalten hat, nun auch kantonal einführen. Das sagt der Votant als Vertreter der Stadtgemeinde Zug, die 83 Prozent des ZFA bezahlt. Man kann sich ja überlegen, wo das Ressourcenpotenzial ist. Und während Baar die Steuern senkt, wird die Stadt Zug sie erhöhen müssen. Das Delta wird dann noch grösser sein. Der Votant wünscht allen viel Spass!

**Oliver Wandfluh** findet es schön, dass die CVP auch erkannt hat, dass Zug ein strukturelles Defizit hat. Es ist nämlich keine vier Jahre her, seit das von der CVP noch nicht erkannt wurde: Der damalige Finanzdirektor sagte in der Stawiko, Zug

habe kein strukturelles Defizit. Und wie alle wissen, arbeiten der Regierungsrat und vor allem der Finanzdirektor zurzeit mit den Gemeinden daran, eine Lösung zu finden und auszuarbeiten. Da braucht es keine Querschüsse des Kantonsrats. Man soll die Gemeinden und den Kanton arbeiten lassen, sie werden sich finden − und der Kantonsrat hat dann das letzte Wort dazu.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat überweist die Motion mit 43 Nein- und 26 Ja-Stimmen an den Regierungsrat. Das für eine Nichtüberweisung erforderliche Quorum von zwei Drittel der Stimmenden wird nicht erreicht.

**1071** Traktandum 4.3: **Interpellation von Thomas Werner betreffend Einsatzkoordination von Polizei und Feuerwehren bei Notfällen im Kanton Zug**
Vorlage: 2867.1 - 15770 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1072** Traktandum 4.4: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend «Paradise Papers»: Zug bleibt im Fokus**
Vorlage: 2876.1 - 15783 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1073** Traktandum 4.5: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend erneuten Aufruhr auf dem Zuger Handelsplatz: «Paradise Papers»- und Krypto-Skandale**
Vorlage: 2877.1 - 15784 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das gemeinsame Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

74. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 7. Juni 2018, Nachmittag
Zeit: 14.00 – 17.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**1074 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 72 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Barbara Gysel, Zug; Andreas Etter und Karl Nussbaumer, beide Menzingen; Daniel Abt (bis 16.30 Uhr) und Pirmin Andermatt, beide Baar; Remo Peduzzi, Hünenberg; Anastas Odermatt, Steinhausen; Emanuel Henseler, Neuheim.

TRAKTANDUM 10

**1075 Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 16/3 (Kapitel Grundzüge der räumlichen Entwicklung, Siedlung, Landschaft, Verkehr)**
Vorlagen: 2794.1/1a/1b - 15591 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2794.2 - 15592 (Antrag des Regierungsrats); 2794.3/3a - 15752 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieser Kantonratsbeschluss nicht allgemeinverbindlich, sondern nur behördenverbindlich ist. Es gibt daher nur eine einzige Lesung.

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt (RUK), teilt mit, dass sich die Kommission an drei halbtägigen Sitzungen mit der Vorlage befasst hat. Er dankt dem Baudirektor und seinem Team für die angenehme Zusammenarbeit und die wie immer kompetente Begleitung der Kommissionsarbeit. Eintreten auf die Vorlage war mit 13 zu 0 Stimmen unbestritten, und in der Schlussabstimmung wurde der Vorlage mit 12 zu 2 Stimmen ebenfalls deutlich zugestimmt.
Generell wurde die Vorlage des Regierungsrats in der Kommission gut aufgenommen. Den meisten Änderungen der Kommission hat sich der Regierungsrat angeschlossen, und die zwei verbleibenden unterschiedlichen Anträge sind nicht von zentraler Bedeutung. Der Votant erlaubt sich deshalb, hier einige grundsätzliche Überlegungen zu dieser Revision und insbesondere zum Wachstum anzustellen.

Das Wachstum ist in der Zuger Raumplanung die «Mutter aller Fragen». Entsprechend kontrovers fielen die Voten in der Kommission aus. Generell lässt sich feststellen, dass die kritischen Stimmen im Verlauf der Jahre zugenommen haben. Dies hat dazu geführt, dass die Kommission nun ein langsames Wachstum bevorzugt.
Ein langsames Wachstum zu wollen, ist das eine. Es zu erreichen, ist aber etwas anderes. Da schon früher beschlossen wurde, auf Neueinzonungen zu verzichten, und das Mittel der Abzonung im Zeitalter der Verdichtung unsinnig ist, bleibt eigentlich nur das Mittel der Auszonung, um das Wachstum raumplanerisch einzuschränken. Die Kommission wollte diesen Weg aber nicht gehen, drohen doch einerseits Entschädigungsforderungen, und andererseits sind die Bauzonen im Kanton Zug nicht überdimensioniert.
Was bleibt, ist eine gewisse Konsternation darüber, dass man wohl zuwarten muss, bis die Bauzonen und Verdichtungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, bevor man das Wachstum wirklich drosseln kann. Immerhin sind aber die Behörden mit dem Richtplaneintrag gemäss Fassung der Kommission nicht mehr verpflichtet, das Wachstum auf Teufel komm raus zu fördern. Die Kommission beantragt dem Rat in diesem Sinn, auf die Richtplanänderung einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

**Andreas Lustenberger** spricht für die ALG-Fraktion. «Der Kanton Zug fördert den sparsamen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Landschaften.» Diese Aussage ist nicht ein Zitat aus der Wahlbroschüre des Steinhauser Bauchefs und langjährigen Kantonsrats Andreas Hürlimann – auch wenn sie es gut sein könnte. Das Zitat stammt vielmehr aus der regierungsrätlichen Strategie 2015–2018. Mit der Vorlage 2794, also der Anpassung des kantonalen Richtplans, berät der Rat heute eine der sehr wichtigen Vorlagen in dieser Legislatur. Es geht um nichts weniger als um die räumliche und demografische Entwicklung des Kantons Zug in den nächsten rund zwanzig Jahren.
Entspricht die vorliegende Revision diesen Anforderungen? Den Prozess, den die Baudirektion mit verschiedenen Workshops angestossen hat, empfand die ALG als löbliche Art einer aktiven Mitwirkung. Mit dem Endprodukt, welches zuerst vom Regierungsrat präsentiert und dann von der Kommission teilweise noch verwässert wurde, ist die ALG aber weniger zufrieden. Um aber mit dem Positiven zu beginnen:
• Die Einteilung in Stadtlandschaften, Zwischenlandschaften, Kultur- und Naturlandschaften erachtet die ALG als sehr sinnvoll. Damit haben der Kanton Zug und auch die Gemeinden für die kommenden Jahre eine klare Vorstellung, wo der Kanton sich wie entwickeln und welche Kultur- und Naturgebiete nebst der Landwirtschaft als Erholungsraum für die Menschen sowie als Lebensraum für Flora und Fauna zur Verfügung stehen sollen.
• Der Regierungsrat hat den vom Schweizer Souverän vorgegebenen Zeitplan eingehalten. Wie alle wissen, sind die Kantone aufgrund der nationalen RPG-Revision, welche 2013 angenommen wurde und 2014 in Kraft trat, verpflichtet, ihre Richtpläne anzupassen und eine Bedarfsanalyse bezüglich Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum vorzunehmen. Deshalb ist die ALG denn auch für Eintreten auf die Vorlage. Wird die Beratung heute zustimmend abgeschlossen, kann die Vorgabe des Bundes, nämlich eine Frist von fünf Jahren für die Anpassung, eingehalten werden. Was aber wäre, wenn der Richtplan heute nicht genehmigt würde? Keine Panik: Wie man bei Finanzvorlagen gesehen hat, können der Zuger Regierungsrat und auch der Kantonsrat extrem speditiv arbeiten. Zudem findet nächstes Jahr mit dem Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest ein sehr wichtiger Anlass in Zug statt – und da würde dem Kanton Zug eine Verzögerung beim Richtplan sicher entschuldigt werden. Andernfalls gäbe es einfach keine Tickets für die Bundesräte …

Nun der zweite Teil des Votums: Die ALG ist mit vielen Punkten der Vorlage nicht zufrieden. Wer sich auf der Strasse etwas umhört, dem wird schnell klar, dass die Zugerinnen und Zuger dieses rasante Wachstum kritisch hinterfragen oder mehrheitlich sogar ablehnen. Gesehen hat man das beispielhaft bei der Abstimmung zum Unterfeld oder bei überdimensionierten Verkehrsprojekten, die ein rasantes Wachstum mit sich ziehen, etwa dem abgelehnten Zuger Stadttunnel. Zwar wird im Richtplan von einem langsamen Wachstum geschrieben, beschlossen werden soll aber das mittlere, nicht das ebenfalls mögliche tiefe Wachstum. Und damit ist klar: Der Knackpunkt der Vorlage ist das Wachstumsszenario. Heute wird in der Schweiz jeden Tag eine Fläche von acht Fussballfeldern zubetoniert. Das ist eine Dimension, die man sich fast nicht vorstellen kann. Die Bevölkerung in der Schweiz wächst und wächst, die notwendigen sozialen Begleitmassnahmen und auch die notwendigen Investitionen in Infrastrukturen oder in die Bildung bleiben aber aus. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative war diesbezüglich ein Warnschuss. Nicht weil die Zuwanderung − wie von rechter Seite behauptet − massgeblich aufgrund von schutzsuchenden Menschen zunimmt, sondern weil mit den internationalen Steuersenkungswettbewerben das Bevölkerungswachstum aktiv gefördert wird. Die Annahme war ein Warnschuss, dass die Schweizer Bevölkerung sparsam und nachhaltig mit den Ressourcen und Landschaften umgehen will. Wie kann der Rat heute also ein mittleres Wachstum beschliessen, wenn die Schweiz gleichzeitig die Ziele des Pariser Klimaabkommens ratifiziert und als UNO-Mitglied einen ganzen Katalog an Empfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung beschliesst? Das ist für die ALG keine kohärente Politik. Natürlich kann man sagen, dass es sich um Szenarien und nicht um Zielvorgaben handle. Der Votant hat die Politik in den letzten Jahren jedoch anders erlebt, was wohl niemand komplett negieren kann. Mit dem mittleren Wachstum will der Kanton Zug innerhalb von zwanzig Jahren nochmals 25'000 zusätzlichen Menschen eine neue Heimat geben. Der Druck auf die Infrastrukturen, auf die Mobilität, auf das Gesundheitssystem, auf die Natur und Umwelt wird damit nochmals stark zunehmen. Für die ALG ist deshalb klar, dass der Kanton Zug äusserst bedacht und schonend mit seinen Ressourcen umgehen muss. Und auch das tiefe Szenario bedeutet ja immer noch Wachstum.
Es gibt weitere Punkte in der Vorlage, mit denen die ALG nicht zufrieden ist. Zum Beispiel findet sie es schlecht, dass der Richtplan revidiert wird, ohne dass man eine Vorstellung von der zukünftigen Mobilität hat. Des Weiteren wird viel zu wenig auf die regierungsrätliche Strategie einer nachhaltigen Entwicklung eingegangen. Die ALG wird in der Detailberatung deshalb verschiedene Anträge stellen und am Schluss entscheiden, ob sie der Vorlage zustimmen kann oder nicht. Der Votant dankt schon jetzt für die Unterstützung der Anträge der ALG.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Eintreten oder Nichteintreten ist hier wohl nicht die Frage: Das Bundesgesetz verpflichtet dazu, zudem benötigen die Gemeinden für ihre Ortsplanungsrevisionen dringend die notwendigen kantonalen Vorgaben und Richtlinien, ansonsten können sie ihre Arbeiten nicht weiterführen.
Das Wachstum im Kanton und in den Gemeinden ist ein sehr wichtiges, wohl überall emotional und kontrovers diskutiertes Thema − auch in der Kommission, die den Richtplan diskutierte. Man will kein Wachstum mehr um jeden Preis. Zu eng sind dafür die räumlichen Verhältnisse im Kanton Zug. Wachstum führt immer auch zu einer Vielzahl von unerwünschten Folgeerscheinungen wie zunehmendem Verkehr, Verlust von Grünflächen und Übernutzung der Naherholungsgebiete. Solange diese Probleme nicht wirklich gelöst sind, führt Wachstum zu einer grossen Belastung und letztlich auch zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Das Wachstum lässt sich allerdings nicht alleine über den Richtplan steuern. Ein nicht weniger wichtiges

Instrument ist beispielsweise die Finanz- und Steuerpolitik – und durch eine angemessene Finanz- und Steuerpolitik lässt sich das Wachstum wohl effizienter steuern als über den Richtplan. Die SP spricht sich daher für ein tiefes Wachstumsszenario aus. Natürlich weiss sie, dass dies ein schwieriges Szenario ist. Durch entsprechende Vorgaben kommt man einem gedrosselten Wachstum aber näher, als wenn man von Beginn weg sagt, dies sei ohnehin nicht möglich. Beinahe absurd dünkt es die SP in diesem Zusammenhang, wenn im Richtplantext festgehalten wird, dass die vorgegebenen Zahlen der Bevölkerungsentwicklung durch Verdichtungen überschritten werden können. Die genannten Probleme sind ja nicht davon abhängig, ob das Bevölkerungswachstum auf der grünen Wiese oder in einer verdichteten Siedlung passiert. Man gibt den Gemeinden und Planern damit jedoch ein Instrument in die Hand, das ihnen aufzeigt, wie die Zahlen des Bevölkerungswachstums umgangen werden können.
Keine Chancen hatten in der Kommission offenbar beinahe alle Anträge, welche die Nachhaltigkeit, die ökologische Entwicklung oder die Umweltverträglichkeit postulieren wollten. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass in der heutigen Situation solche Begriffe unbedingt als Richtschnur in einen Richtplan gehören. Der Rat trägt eine Verantwortung für eine nachhaltige, ressourcenschonende und umweltverträgliche Entwicklung, die auch seinen Nachkommen noch ein intaktes und gesundes Umfeld sichert. Andernfalls nimmt der Kanton seine Verantwortung in diesem Bereich nicht wahr und vergibt damit die grosse Chance, auch hier Zeichen zu setzen. Der Votant bittet den Rat, diesbezüglich seine Verantwortung zu wahrzunehmen.

**Urs Raschle** spricht für die CVP-Fraktion. Es gibt Momente im Leben, welche man für immer in Erinnerung behält oder zu welchen man vielleicht sogar auf dem Totenbett liegend zurückkehren möchte, um sie zu ändern. Heute könnte ein solcher Moment sein, geht es doch um nichts weniger als um die Zukunft des Kantons Zug. Soll und – wenn ja – wie intensiv soll die Bevölkerung wachsen? Und wie viele Menschen sollen im Jahr 2040 hier leben? Diese Fragen sind enorm wichtig und wurden auch innerhalb der CVP kontrovers diskutiert. Dabei ging es vor allem auch um die Bedeutung der Wachstumszahlen für die einzelnen Gemeinden. Sind diese sakrosankt oder doch eher nur für die Galerie? Kann man dieses Wachstum wirklich steuern, oder handelt es sich dabei um ein Feigenblatt? Wie ehrlich hat die Kommission diese Zahlen interpretiert, wenn sie bei einem späteren Paragrafen definiert, dass diese Zahlen problemlos überschritten werden können, wenn das Gebiet verdichtet wird?
Für die CVP ist klar: Es ist der richtige Zeitpunkt, um solche grundlegende Fragen zu diskutieren. Sie ist deshalb einstimmig auf die Vorlage eingetreten. Sie begrüsst es auch, dass die Vorlage entschlackt wurde und sozusagen nur noch *facts and figures* definiert werden. Es ist ihr aber auch wichtig zu betonen, dass das Wachstum in Zukunft durchaus langsamer vonstattengehen soll, ja muss, und dass die Qualität Im Vordergrund stehen soll. Verdichtung ja, aber wirklich nur dort, wo es sinnvoll ist und auch die Bewohnerinnen und Bewohner in den Prozess einbezogen werden. Weiter machte sich die CVP-Fraktion Gedanken darüber, dass sich durch das unterschiedliche Wachstum auch das politische Gefüge des Kantons verändern könnte, denn die Berggemeinden werden mittelfristig auf kantonaler Ebene weniger Mitsprachemöglichkeiten haben. Gewisse Punkte werden deshalb in der Detailberatung nochmals zur Sprache kommen.
Der Rat hat heute die Chancen, die richtigen Weichen für die Zukunft des Kantons Zug zu stellen. Und der Votant hofft, dass kein Ratsmitglied auf dem Totenbett nochmals zum heutigen Tag zurückkehren möchte, um seinen Entscheid zu korrigieren.

**Manuel Brandenberg** spricht für die SVP-Fraktion. Er schickt voraus, dass der Rat sich hier nicht zu wichtig nehmen sollte: Ein Richtplan ist ein Planungsinstrument, er geht von viele Vermutungen und Annahmen aus, und man weiss nie, ob alles wirklich wie geplant herauskommt. Der Rat nimmt heute aufgrund aktueller Annahmen gewisse Änderungen im Richtplantext vor. Das ist aber nicht in Stein gemeisselt und kann jederzeit wieder geändert werden. Auch die bundesrechtlich vorgegebenen Fristen, auf die Andreas Lustenberger hingewiesen hat, sollte man nicht überhöhen: Es ist − wie gesagt − ein Plan.
Die SVP-Fraktion wird in der Detailberatung verschiedene Anträge stellen; sie wird also auf die Vorlage eintreten. Bezüglich Wachstum hält der Votant fest, dass dieses die schweizerische Bevölkerung im Kanton Zug − wie auch Andreas Lustenberger gesagt hat − zunehmend belastet. Wachstum ist einerseits etwas Wichtiges und Gutes, weil normalerweise auch die Wirtschaft wächst und es dadurch den Leuten besser geht − eine Binsenwahrheit. Andererseits führt Wachstum zu Problemen mit der Infrastruktur und zu Entfremdung, weil wegen des Wachstums − wie man in den letzten Jahren gesehen hat − sehr viele ausländische Personen in den Kanton Zug ziehen, anstatt dass schweizerisches Wachstum für Schweizer stattfindet. Dass ist ein Problem, denn die Leute im Kanton Zug wollen sich hier nicht fremd fühlen. Vor diesem Hintergrund, dessen man sich immer bewusst sein muss, ist die SVP nicht der Ansicht, dass die Masseneinwanderungsinitiative ein Warnschuss war, wie es Andreas Lustenberger sehr relativierend formuliert hat. Nein, die Masseneinwanderungsinitiative ist eine Verfassungsänderung, die von Volk und Ständen, also vom höchsten Organ in der Eidgenossenschaft, beschlossen wurde. Allerdings wird sie nicht umgesetzt. Und vor diesem Hintergrund ist die SVP-Fraktion mit dem Szenario eines mittleren Wachstums, wie es der Regierungsrat vorschlägt, einverstanden, weil es aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben, welche die Verfassung verletzen, einfach nicht anders geht. Mit diesem Vorbehalt begrüsst die SVP dieses mittlere Wachstum.
Die SVP-Fraktion wird − wie gesagt − in der Detailberatung verschiedene Anträge stellen. Sie glaubt nämlich, dass der Richtplantext mit sehr staatsbezogenen, staatsfreundlichen, grünen und weiteren Vorschriften getränkt ist, welche die Freiheit beschränken und die Grundlage für weitergehende staatliche Massnahmen sein wollen, vom Verkehrsbereich bis hin zum Wohnraum des Einzelnen. Die betreffende Formulierung kommt zwar ganz sanft daher, besagt aber, dass es für den Einzelnen etwas weniger Quadratmeter Wohnraum geben werde. Hier wird die SVP intervenieren.
Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat, vor allem Baudirektor Urs Hürlimann und seinem Vorgänger Heinz Tännler, für die Arbeit, die geleistet wurde.

**Daniel Stuber** spricht für die FDP-Fraktion. Der Rat berät heute über eine wichtige Weichenstellung für die räumliche Entwicklung in den kommenden Jahren. Die Veränderungen im Kanton Zug sind für alle tagtäglich sichtbar. Die Auswirkungen auf die Raumplanung sind offensichtlich, und gerade in Kombination mit der Vorlage zum Planungs- und Baugesetz muss der Rat gute Antworten auf die raumplanerischen Herausforderungen der nächsten Jahre finden.
Für die FDP-Fraktion ist klar, dass sich der Kanton Zug auch in Zukunft weiterentwickeln muss und kann. Mit den Siedlungsbegrenzungslinien wurde bereits eine starke Massnahme ergriffen, um den Landverschleiss einzugrenzen − und dies ist gut so. Als Folge muss die Weiterentwicklung zu einem bedeutenden Teil über die Verdichtung der bestehenden Siedlungsgebiete erfolgen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch mit der Verdichtung ein mittleres Wachstum realistisch ist. Deshalb sollte dies auch in den Grundzügen der räumlichen Entwicklung abgebildet

werden. Aus der Bevölkerung sind aber auch immer wieder kritische Stimmen zum Wachstum zu hören. Das hat bei vielen Bauherren bereits zur Erkenntnis geführt, dass besonders Verdichtungsprojekte eine hohe Qualität aufweisen müssen, damit sie überhaupt die Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten. Man muss sich trotz allen Wünschen aber auch im Klaren sein, dass die Anforderungen an die Grundeigentümer schon heute zahlreich und bauliche Verfahren schon heute mit viel Risiko verbunden sind. Die FDP will auf jeden Fall verhindern, dass zu viele Hürden geschaffen werden, so dass am Schluss niemand mehr investieren will. Für die FDP-Fraktion ist aber trotzdem klar, dass sich das zukünftige Wachstum qualitativ lohnen muss. Ein möglichst schnelles Wachstum ohne Rücksicht auf die Qualität kann in niemandes Interesse sein. Qualitatives Wachstum meint hier aber nicht nur die bauliche Qualität. Wenn der Kanton Zug sich weiter entwickeln will, muss er auch hinsichtlich Standortattraktivität eine gute Raumplanung erhalten. Nur so wird man auch in Zukunft eine hohe Lebensqualität, die wirtschaftliche Attraktivität und eine funktionierende Infrastruktur erhalten können. Dazu gehört auch ein funktionierendes Gewerbe, das sich durch die immer knapper werdenden Bauflächen vor immer grösseren Herausforderungen behaupten muss. Der Druck auf die Arbeitsgebiete steigt zunehmend, da auch diese Flächen für andere und ertragreichere Nutzungen interessant wären. Es darf nicht passieren, dass das produzierende Gewerbe komplett aus dem Kanton Zug verdrängt wird. Diesem Aspekt gilt es auf jeden Fall Sorge zu tragen.
Für die FDP-Fraktion ist Eintreten auf die Vorlage unbestritten. Sie wird sämtlichen Änderungen der vorberatenden Kommission zustimmen, da sie nachvollziehbar und richtig sind.

**Nicole Zweifel** teilt mit, dass die Grünliberalen auf die Vorlage eintreten und den Richtplanänderungen in der Fassung der vorberatenden Kommission grundsätzlich zustimmen. Sie betont, dass der Richtplan kein Allerheilmittel, sondern eine Planungsgrundlage für die Behörden ist; er ist nicht eigentümerverbindlich, wie man allenfalls aus dem Votum von Daniel Stuber hätte schliessen können. Die GLP hat in diesem Sinn auch die Wachstumszahlen nicht als Ziel, sondern als Grundlagen für die Planung verstanden: Die Gemeinden sollen sich darauf gefasst machen, mit diesen Zahlen umgehen zu können − ohne dass diese wirklich angestrebt werden.
Die GLP stimmt dem Leitgedanken des Kantons Zug in seinem Selbstverständnis als Wirtschafts- und Wohnstandort grundsätzlich zu und begrüsst vor allem die Konzentration auf das bestehende Siedlungsgebiet. Die Stossrichtung, dass das Wachstum zumindest zu 85 Prozent in den urban geprägten Stadtlandschaften stattfinden soll, hält sie für richtig und wichtig; es ist die klare Umsetzung der raumplanerischen Vorgabe einer Siedlungsentwicklung nach innen. In Kombination mit der Anforderung, dass eine hohe Qualität der Freiräume und der Siedlungsumgebung gegeben sein muss, kann − auch mit mehr Menschen − eine echte qualitative Entwicklung stattfinden, die nichts mit einem wahllosen Zubauen zu tun hat und die sich auch auf das Verkehrsverhalten auswirken wird. Auch die Stärkung der Qualität der Zuger Landschaften und ein proaktiver Abgleich von Siedlung und Mobilität sind klar im Sinne der Grünliberalen. Nicht zufrieden ist die GLP mit dem Thema der Vernetzung der Freiräume in den Siedlungsgebieten − konkret: Wie kommt man von einem Erholungsraum in den anderen? − und der Thematik des Lärms, vor allem in den Erholungsräumen. Dazu wird sie entsprechende Anträge stellen.

**Patrick Iten** hält fest, dass der kantonale Richtplan ein wichtiges Werkzeug, welches den Gemeinden und dem Kanton hilft, die Zukunft zu planen. Er gibt einen Rahmen vor, damit sie wissen, was auf sie zukommen könnte. Der Votant ist der

Meinung, dass man den Richtplan nicht zu starr gestalten darf. Vor allem sollte man den Gemeinden die Freiheit lassen, sich im Rahmen des Richtplans möglichst selber entwickeln zu können. Wie im regierungsrätlichen Bericht zu lesen ist, lässt sich das Wachstum nicht nur über den Richtplan aufhalten. Bisher wurde es durch die Einzonung und die Arrondierung von Bauland gesteuert. Dass man nun mit einer verbindlichen Bevölkerungszahl das Wachstum in den Gemeinden steuern will, geht für den Votanten zu weit. Er wird sich diesbezüglich in der Detailberatung zu Wort melden.

**Philip C. Brunner** hält einleitend fest, dass er nicht Mitglied der Raumplanungskommission ist. Verschiedene Votanten haben die Bedeutung des Richtplans für die Gemeinden betont. Trotzdem wird die Vorlage nur in einer einzigen Lesung beraten. Es geht hier um sehr wichtige Weichenstellungen auch für die Gemeinden − und es gibt keine zweite Lesung! Das löst beim Votanten ein gewisses Unbehagen aus. Was passiert etwa bezüglich der sogenannten Stadtlandschaften? 85 Prozent des Wachstums wird in die Lorzenebene verlegt. Das bedeutet, dass auch das Ressourcenpotenzial von morgen genau da entsteht − und dass dann eine entsprechende Umverteilung nach Menzingen und Neuheim und in weitere Gemeinden hinaus erfolgt. Ist das wirklich der Weisheit letzter Schluss?

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass Richtplanänderungen usanzgemäss in einer einzigen Lesung beraten werden, weil es sich um nicht referendumsfähige Beschlüsse des Kantonsrats handelt. Gestützt auf § 72 GO KR ist der Rat aber frei, eine zweite Lesung durchzuführen; der Beschluss wird dadurch allerdings nicht referendumsfähig. Wenn also eine zweite Lesung als sinnvoll erachtet wird, kann am Schluss der Debatte der Antrag auf eine zweite Lesung gestellt werden.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gute Aufnahme der Vorlage, hinter der fünf Jahre Arbeit stecken. Er dankt auch der Kommission für Raumplanung und Umwelt und ihrem Präsidenten für die intensive Mitarbeit.
Der Baudirektor ist froh, dass alle Sprecher die Wichtigkeit des Geschäfts erkannt haben. Und in der Tat: Der Rat legt fest, in welche Richtung sich der Kanton Zug in den nächsten dreissig, vierzig Jahren entwickeln möchte. Es geht also um viel, es wurde richtigerweise aber auch angemerkt, dass es um einen Richtplan, also um eine Planungsvorgabe geht. Der Kanton Zug kann eigentlich stolz sein. Man beneidet ihn um seine Raumplanung in den letzten zehn, zwanzig Jahren; vorausschauend, mit guten Richtplanentscheiden des Parlaments. 2013 wurden mit den Siedlungsbegrenzungslinien entscheidende Leitplanken gesetzt, und nun wird das seit 2014 gültige Raumplanungsgesetz des Bundes konsequent umgesetzt. Zug gehört in allen *Rankings* in der Schweiz − Standortvorteile, Innovationskraft etc. − zur Spitzengruppe. Regierung, Parlament und Bevölkerung machen offenbar vieles richtig. Auch kennt der Kanton Zug eine Dialogkultur, die den Bau von Brücken ermöglicht und es erlaubt, gemeinsam Lösungen zu finden. Heute steht diese Kultur auf dem Prüfstand, wenn es darum geht, sich auf ein Szenario bezüglich Bevölkerungswachstum zu einigen. Die Bevölkerung des Kantons Zug hat einen gewissen Respekt vor der rasanten Entwicklung des Kantons. Bei jedem grösseren Bauvorhaben wird die Frage gestellt, was mit dem Verkehr passiere, wie die Mobilität sichergestellt werden könne etc. Diese Zurückhaltung in der Bevölkerung ist der Regierung und auch dem Parlament bewusst. Eine politische Polarisierung sollte aber verhindert werden. Das Parlament muss sich dazu durchringen, eine Brücke zu bauen. Die Maximalforderungen von rechts und links können dabei nicht abgebildet werden; es braucht Kompromisse.

Wie ist der Regierungsrat politisch an seine Aufgabe herangegangen? Er hat sich überlegt, welches die entscheidenden Fragen für die Festlegung der Zukunft eines Kantons seien. Die erste Frage war: Was dürfen die Menschen im Kanton Zug in Zukunft erwarten? Die zweite Frage: Wie sieht die Welt aus, in welcher der Kanton Zug diese Erwartungen erfüllen muss? Hier sind die Herausforderungen riesig: Digitalisierung, zukünftige Mobilität, Beschäftigung in den nächsten zwanzig oder Jahren etc. − alles sehr schwierige Fragen. Die dritte Frage war: Was ist vorzukehren, damit der Kanton Zug die Erwartungen seiner Bevölkerung erfüllen kann? Das grosse Problem liegt darin, dass niemand die Zukunft voraussagen kann. Der griechische Staatsmann Perikles soll im 5. Jahrhundert v. Chr. gesagt haben: «Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf die Zukunft vorbereitet zu sein.» Genau das soll heute erarbeitet werden, und der Baudirektor hofft, dass Brücken gebaut und die Leitplanken für die Zukunft gesetzt werden können.
Das Raumplanungsgesetz des Bundes verpflichtet die Kantone zu Anpassungen einerseits im Planungs- und Baugesetz − der Neustart erfolgt im September, der Baudirektor ist zuversichtlich −, andererseits in der Richtplanung. Was heute im Kantonsparlament diskutiert wird, wurde dem Bund bereits zur Prüfung vorgelegt. Und der Bund, das Bundesamt für Raumentwicklung, hat bestätigt, dass der Kanton Zug auf dem richtigen Weg sei und einen sehr guten Richtplan erarbeitet habe. Natürlich kann der Kantonsrat die Vorlage ablehnen. Dann würde aber das strategisch und terminlich planmässige Vorgehen, wie es der Kanton Zug kennt, bachab gehen. Der ganze Prozess ist so geplant, dass das Kantonsparlament bis Ende 2018 das PBG sowie den Richtplan verabschiedet, damit der Bund dann beide Erlasse genehmigen und diese per 1. Mai 2019 in Kraft treten können. Natürlich könnte man sich um die Vorgaben des Bundes foutieren. Aus Sicht des Kantons ist aber zu beachten, dass der Richtplan die Grundlage für die Revision der Ortsplanung in den Gemeinden bildet. Und die Gemeinden sind in den Startblöcken. Sie warten darauf, dass der Kantonsrat die Rahmenbedingungen festlegt und beginnen dann 2019 mit der Revision ihrer Ortsplanung.
Zu den Details und den wichtigen Fragen wie Bevölkerungswachstum etc. wird der Baudirektor in der folgenden Debatte Stellung nehmen. Er dankt für das Eintreten auf diese wichtige Vorlage und bittet darum, in der Detailberatung in einem guten Klima und konstruktiven Dialog gemeinsam die Leitplanken und Handlungsrichtlinien für die künftige Entwicklung des Kantons Zug zu erstreiten und zu erarbeiten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass nur *eine* Lesung vorgesehen ist, weil der vorliegende Beschluss nicht allgemeinverbindlich, sondern nur behördenverbindlich ist.

**Richtplantext und -karten**

*G 1 (Titel)*

➔ Der Rat stimmt dem vorliegenden Antrag stillschweigend zu.

*G 1.1*

**Andreas Lustenberger** stellt namens der ALG-Fraktion den **Antrag,** die vorliegende Formulierung um einen Satz zu ergänzen, den er gegenüber dem Antrag in der Kommission etwas angepasst hat und der die regierungsrätliche Strategie aufzeigt: «Er [= der Kanton Zug] fördert den sparsamen und nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und Landschaften.» Damit soll einerseits gewährleistet werden, dass regierungsrätliche Strategien nicht nur leere Worthülsen bleiben. Andererseits ist allen bekannt, dass die Menschheit heute weltweit massiv über ihren Verhältnissen lebt. Auch die Schweiz hat einen zu grossen ökologischen Fussabdruck. Wenn der Fortbestand der Menschen auf dem Planeten Erde gesichert, das Kulturland und die Biodiversität erhalten und die Energie- und Klimawende geschafft werden sollen, ist der schonende und nachhaltige Umgang mit den Ressourcen unabdingbar. Es braucht deshalb diese weitsichtige Aussage nicht nur in einer Vierjahresstrategie, sondern auch im langfristig orientierten Richtplan.

RUK-Präsident **Heini Schmid** bestätigt, dass dieser Antrag − etwas anders formuliert − bereits in der Kommission gestellt wurde. Inhaltlich und bezüglich Stossrichtung war er unbestritten: Der schonende Umgang mit den Ressourcen muss im Kanton Zug selbstverständlich das Ziel sein. Der erste Entwurf der Baudirektion für diese Vorlage enthielt sehr viele programmatische Aussagen; es ging u. a. um Gemeindefusionen etc. Der Regierungsrat hat diesen Entwurf in einem ersten Schritt dann radikal auf den eigentlichen Kern der Richtplanung, nämlich auf die wirklich raumrelevanten Fragen, reduziert. Diese Grundüberlegung war auch für die Kommission wegleitend: Was nicht direkt raumrelevant ist, soll aus dem Richtplan gestrichen werden. Dieser soll also nicht mit x programmatischen Artikeln oder Bestimmungen, die zwar weder richtig noch falsch sind, aufgebläht werden. Er soll möglichst schlank gehalten werden und sich auf die raumrelevanten Fragen beschränken. Dass die Kommission den vorliegenden Antrag ablehnte, hatte also nicht materielle, sondern nur formelle Gründe: Programmatische Artikel sollen nicht in den Richtplan aufgenommen werden.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat folgt mit 47 zu 19 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 1.2*

**Andreas Lustenberger** zitiert den zweiten Satz dieser Bestimmung: «Er [= der Kanton Zug] rechnet mit einem mittleren Bevölkerungswachstum.» Was das bedeutet, sieht man bei G 2.1, wo die erwartete Wohnbevölkerung auch auf die einzelnen Gemeinden heruntergebrochen ist. Bis 2040 soll die Bevölkerung von heute 123'000 Personen um 25'000 Personen auf total 148'500 Personen wachsen. Damit ist man bereits beim Knackpunkt dieser Vorlage angelangt. Und was deutlich gesagt sein muss: Ob tief, mittel oder hoch − die Rede ist so oder so von Wachstum. Es geht also nicht um Rückschritt oder Entvölkerung, sondern in jedem Fall um Wachstum. Wie alle wissen, werden die Schweiz und der Kanton Zug als wohlhabende Region weiter wachsen, wobei mit einem tieferen Szenario die Grenzen für die nächsten zwanzig Jahre festgelegt werden. Dem von der Kommission angepassten ersten Satz von G 1.2, nämlich «Der Kanton strebt ein langsames, qualitatives Wachstum an», kann die ALG in Anbetracht des vorgeschlagenen mittleren Szenarios wenig abgewinnen. Es scheint nicht mehr als eine Gewissensberuhigung zu sein. Und ein Schmunzeln oder ein Kopfschütteln löste die Aussage von Manuel Brandenberg

aus. Da polemisiert die SVP tagtäglich gegen Wachstum, und nun sagt Manuel Brandenberg so nebenbei, die Zuger SVP begrüsse ein Wachstum um mindestens 25'000 Personen.
Die ALG-Fraktion stellt den **Antrag** auf ein tiefes Wachstumsszenario. Der Votant hat bereits in seinem Eintretensvotum ausgeführt, warum die ALG dies als richtig erachtet. Er bittet um Unterstützung für diesen Antrag.

Auch für RUK-Präsident **Heini Schmid** ist G 1.2 die zentrale Bestimmung der Vorlage: Es geht − wie schon erwähnt − um die «Mutter aller Fragen» in der Raumplanung. Die Kommission hat das Dilemma dahingehend zu lösen versucht, dass sie zwar mit einem mittleren Wachstum rechnet, aber ein tieferes anstrebt − und glücklicherweise hat sich der Regierungsrat dieser Haltung angeschlossen. Wer glaubt, man könne im Kanton Zug das mittlere Szenario umgehen, müsste erst mal die entsprechenden Massnahmen aufzeigen. Das wäre nur über eine Beschränkung des zur Verfügung stehenden Baulands möglich: Man müsste abzonen, dürfte nicht verdichten etc. Ohne solche Massnahmen wird man die angenommenen Zahlen erreichen. Zentraler Punkt: Zug ist einfach extrem attraktiv. Dazu trägt natürlich auch die Politik bei, aber der Kanton Zug befindet sich auch − ob er will oder nicht − an einem sehr interessanten Ort: nahe bei Zürich, nahe beim Flughafen, im Herzen einer der prosperierendsten Nationen dieser Erde, nahe bei Deutschland, politisch stabil etc. Wer einen Blick in die Welt hinaus wirft, kann sich nicht wundern, dass so viele Leute in diesen Raum kommen wollen. Natürlich kann man nun sagen, das kümmere einen nicht, und man genüge sich selbst. Das sagt man auch in Zürich am liebsten. Der Zürcher Raumplaner aber weist darauf hin, dass dieser Druck nun eben mal bestehe − und dass der Kanton Zug nicht einfach «zumachen» könne. Die Leute wollen in diesen Raum kommen, nicht nur Migranten, sondern auch Hochqualifizierte oder Personen beispielsweise aus dem Entlebuch, die vielleicht etwas zentraler wohnen wollen. Zug ist als Teil der Agglomeration Zürich einfach sehr attraktiv. Und wenn der Kanton Zug keine entsprechenden Flächen anbietet, wird die Verdrängung, die gerade auch von linker Seite zu Recht kritisiert wird, ein nicht mehr tragbares Ausmass annehmen. Wenn für die bestehende Nachfrage nicht in einem gewissen Mass ein Angebot geschaffen wird, führt das zu einer Verdrängung. Dann werden im Kanton Zug nur Millionäre und Personen in gemeinnützigen Wohnungen überleben, sonst niemand. Man kann also nicht so tun, als ob es diese Nachfrage nicht gäbe, sondern muss versuchen, ein gewisses Angebot zu schaffen − was vor allem durch Verdichtung geschehen soll − und dieses der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Genau das ist das Dilemma, und der Rat ist deshalb aufgefordert, der Verdichtung Nachachtung zu verschaffen und so − wenn schon keine Neueinzonungen mehr erfolgen − der bestehenden Nachfrage mindestens *etwas* zur Verfügung zu stellen. Es ist deshalb realistisch, hier festzuhalten, dass aufgrund der Nachfrage und der vorhandenen Baulandreserven das mittlere Wachstumsszenario eintreten wird − was eigentlich niemand bestreitet. Es spricht sich auch niemand gegen eine Verdichtung oder für eine Rückzonung aus. Auch deshalb ist es richtig, das mittlere Szenario festzulegen, zumal der Richtplan primär die Grundlage für die Planung der Gemeinden ist und man bei Planungen von realistischen Annahmen ausgehen muss. Und es war für die Kommission zentral, hier auch noch einen Programmartikel beizufügen: Man rechnet mit dem mittleren, realistischen Szenario, politisch wäre man aber auch mit weniger zufrieden. So hat die Kommission das Dilemma auszudrücken versucht. Der Kommissionspräsident wäre froh, wenn der Rat hier der Regierung und der Kommission folgen könnte.

**Nicole Zweifel** möchte auch von der Regierung hören, dass G 1.2 bzw. G 2.1 im Sinne einer Denkgrundlage − wie von Heini Schmid ausgeführt − zu verstehen ist: Man muss mit dem mittleren Szenario *rechnen,* wünscht sich aber ein langsames, qualitatives Wachstum. Die Votantin möchte auch vom Baudirektor hören, dass die unter G 2.1 genannten Zahlen in diesem Sinn eine − wohl realistische − Annahme, aber kein *Ziel* sind.

**Thomas Werner** nimmt Bezug auf das Votum von Andreas Lustenberger, der Manuel Brandenberg eine inkonsequente Politik vorgeworfen hat, weil dieser ein Wachstum befürworte. Im gleichen Atemzug aber spricht sich Andreas Lustenberger einerseits für die Personenfreizügigkeit aus, was noch mehr Zuwanderung und Bevölkerungsdruck bedeutet, und fordert andererseits weniger Wachstum. Das geht nun wirklich auch nicht auf! Und welches Ziel steht dahinter? Entweder will Andreas Lustenberger den Standort Zug schlechtmachen, oder er möchte egoistisch dazu aufrufen, nicht nach Zug zu kommen, sondern in andere Schweizer Städte auszuweichen. Es ist deshalb wohl am besten, einfach den Antrag der Regierung und der Kommission zu unterstützen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass die vorliegende Frage auch von der Regierung und der Kommission intensiv diskutiert wurde. In einem ersten Entwurf stand bezüglich Bevölkerungszahlen: «Der Kanton strebt an […].» Sowohl in der Regierung als auch in der Kommission wurde aber moniert, dass das falsch ausgedrückt sei; man wolle das ja gar nicht. Vielmehr müsse man aufgrund der Statistik für 2011, welche für Zug praktisch eine Punktlandung war, leider damit rechnen, dass die Prognose für 2040 höchstwahrscheinlich zutrifft. Deshalb die jetzige Formulierung: «Er rechnet mit […].» Hier drückt sich auch aus, dass die Regierung den Respekt spürt, den die Bevölkerung vor diesem Wachstum hat. Wesentlich ist auch, dass alle Kantone, die bereits über eine entsprechende Festsetzung im Richtplan verfügen, das mittlere Szenario gewählt haben. Wenn einzelne Kantone nun das tiefe Szenario wählen würden, könnte das zu der von Thomas Werner angesprochenen Umverteilung führen.
Von 2005 bis 2015 hatte der Kanton Zug ein durchschnittliches Wachstum von rund 1,5 Prozent. 2016 lag das Wachstum bei 1,2 Prozent, was schweizweit nach wie vor einen Spitzenwert darstellte. Mit der angenommenen Bevölkerung von 148'500 im Jahr 2040 bremst man auf 0,9 Prozent pro Jahr ein. Nur schon die Aufgabe, das Wachstum in den nächsten gut zwanzig Jahren auf 0,9 Prozent zu beschränken, wird für die Bevölkerung und die Politik eine erhebliche Herausforderung sein. Entscheidet man sich für das tiefere Szenario, müsste man entsprechende Massnahmen hinterlegen. Zahlen allein − nur 130'000 Einwohner − bewirken noch gar nichts und ändern nichts an der Attraktivität des Kantons. Soll man an der Kantonsgrenze eine Tafel aufstellen, dass der Kanton Zug voll sei und es leider keinen Platz mehr habe? Oder soll man mit der Steuerpolitik agieren, wie es bereits angetönt wurde? Soll man die Investitionen beispielsweise in die Strassen oder in die Bildung stoppen, um unattraktiv zu werden? Der Baudirektor glaubt nicht, dass die Bevölkerung das möchte. Es ist paradox: In Gesprächen mit der Bevölkerung zeigt sich zwar ein grosser Respekt vor dem Wachstums, umgekehrt aber ist man durchaus einverstanden mit der Ansiedlung grosser Unternehmen im Kanton, welche gute Arbeitsplätze bringen und den Wohlstand im Kanton fördern. Dieses Dilemma ist nicht zu lösen. Und deshalb ist in G 1.2 zukunftsorientiert formuliert, dass der Kanton Zug mit einem Szenario von 148'000 Einwohnern rechnet und sich − wie im Zitat von Perikles − darauf vorbereiten will − und für den Fall, dass dieses Szenario wirklich eintrifft, die hoffentlich richtigen richtplanerischen und infrastrukturellen

Massnahmen getroffen hat. Der Baudirektor bittet in diesem Sinn, dem Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt zu folgen.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat genehmigt mit 49 zu 13 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 1.3*

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass sich die SVP-Fraktion an der Formulierung von G 1.3 stört. Sie findet es nicht nötig, dass der Kanton in die Pflicht genommen wird, für «innovative verkehrliche und städtebauliche Entwicklungen» zu sorgen. Diese etwas technokratisch anmutende Formulierung könnte − heruntergebrochen auf die Realität des einzelnen Bürgers − heissen: Wir prüfen die Einführung von *Road Pricing* oder verkehrsverlangsamenden Massnahmen zu Spitzenzeiten, von flächendeckendem Tempo 30 etc. Das wollen die SVP und vermutlich auch die Mehrheit der Leute auf der Strasse nicht. Es gibt bereits einen Trend zu Tempo 30, der hier in ganz allgemeiner Form noch verstärkt werden soll. Man kann für neue Entwicklungen immer offen sein − was besonders für die Wirtschaft gilt −, das braucht aber nicht im Richtplan zu stehen. Der Votant stellt deshalb namens der SVP-Fraktion deshalb den **Antrag,** G 1.3 ersatzlos zu streichen.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass dieser Antrag in der Kommission nicht diskutiert wurde, es wurde aber über eine ökologische Ergänzung dieser Bestimmung abgestimmt. So wie er selbst die Bestimmung verstanden hat, geht es um ein Festschreiben des *Spirit of Zug*: Wenn sich neue Entwicklungen zeigen, seien sie städtebaulicher − Verdichtung, qualitative Entwicklung von Quartieren etc. − oder verkehrstechnischer Art − Elektromobilität, Digitalisierung etc. −, soll Zug sich nicht verschliessen, sondern Raum schaffen können, damit solche Entwicklungen getestet werden können etc. Es wäre schade, wenn dieser Zuger Geist, die Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem − sei es ökologisch oder wirtschaftlich, von Bitcoins bis zu Holzkraftwerken −, nicht auch im Richtplan seinen Platz fände. In der gestrigen oder heutigen «Neuen Zürcher Zeitung» findet sich ein spannender Beitrag zum Umgang von Zürich mit der Elektromobilität. Zürich hat gegenüber der Elektromobilität grosse Vorbehalte, weil man primär auf den Fussgänger- und Veloverkehr setzen will. Das ist für den Votanten *Zurich Spirit* − und er ist froh, dass in Zug ein anderer Geist herrscht.

**Manuel Brandenberg** ist − wie sicher auch die ganze SVP-Fraktion − einverstanden mit einem guten *Spirit of Zug* und einer Offenheit gegenüber wirtschaftlichen Innovationen. Diese Offenheit muss aber nicht in den Richtplan geschrieben werden. Die Wirtschaft ist − liberal verstanden − ein Gegenkonzept zu einem vom Staat festgesetzten Plan. Es braucht in einem staatlichen Richtplan also keine Deklaration dieses *guten* − es gibt auch den vielleicht nicht so guten *Spirit of Zug*, der vor allem für einige wenige weht − dieses guten *Spirit of Zug.*

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 43 zu 22 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 2 (Titel)*
*G 2.1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 2.2*

**Patrick Iten** ist − wie bereits angekündigt − nicht damit einverstanden, dass die vorgegebenen Bevölkerungszahlen verbindlich sein sollen. Es wird so den Gemeinden viel zu stark vorgeschrieben, wie sie sich zu entwickeln haben. Wie unter G 2.2 angesprochen, kann die Entwicklung auch durch Verdichtung passieren. Wenn der Rat die Bevölkerungszahlen verbindlich macht, greift er auch politisch zu stark ein. So würden den Berggemeinden im Jahr 2040 weniger Kantonsratssitze zustehen: Mit den aufgeführten Zahlen hätten Menzingen und Unterägeri je einen Kantonsrat weniger; der Votant denkt dem Amt für Raumplanung für die Ermittlung der Anzahl Kantonsräte pro Gemeinde per 2040. Das würde bedeuten, dass 2040 fünf Gemeinden, nämlich Oberägeri, Unterägeri, Neuheim, Menzingen und Walchwil, zusammen nur noch fünfzehn Kantonsräte stellen dürften. Diese Steuerung geht zu weit, und sie ist für den Votanten heikel. Vom Bund wurden die Zahlen nur für den Kanton angegeben.
Vor diesem Hintergrund stellt der Votant den **Antrag,** den Text von G 2.2 wie folgt zu ändern: «Die prognostizierten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung sind *nicht* verbindlich für die Richt- und Nutzungsplanung […]. Die Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung können durch Verdichtung innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets ~~überschritten~~ *erreicht* werden.»

**Hans Baumgartner** stellt den **Antrag,** den zweiten Satz von G 2.2 zu streichen. Mit diesem Satz wird das wichtigste Ziel der Richtplanrevision, nämlich ein Wachstum in Grenzen, aufgehoben. Die aufgeführten Zahlen werden dann obsolet, denn das Wachstum kann − wie im Richtplan schon früher festgesetzt − sowieso nur durch Verdichtung stattfinden. Die vorhin beschlossenen Zahlen sind also reine Wunschvorstellungen, ohne jegliche Wachstumsregulierung. Dabei wünscht − wie schon mehrfach gehört − ein Grossteil der Bevölkerung seit langem eine Wachstumsbegrenzung.
Der Richtplan ist das einzige taugliche Instrument, um das Wachstum zu beschränken. Es ist für den Votanten daher nicht zu verantworten, einen Richtplan zu beschliessen, der dem Wachstum keine Grenzen setzt. Wenn man den zweiten Satz von G 2.2 stehen lässt, lässt man zu, dass weiterhin eine unbeschränkte Zuwanderung weit über die festgesetzten Höchstzahlen hinaus stattfindet. Deren Umfang hängt nur davon ab, wie schnell und wie viel gebaut wird, wie schnell also neue Wohnblöcke hochgezogen werden. Ebenso werden sich die Gemeinden weiterhin am Wettlauf um das grösste Wachstum beteiligen und bei den anstehenden Ortsplanungsrevisionen jedes Wohnquartier nach Verdichtungsmöglichkeiten durchleuchten. Das alles wirkt sich auch auf den NFA aus: Der Kanton Zug wird weiterhin riesige Beträge in der ganzen Schweiz verteilen und gleichzeitig die Leistungen für die eigene Bevölkerung abbauen müssen. Er ist also daran, seine Standortqualität zu senken, indem er keinen Platz etwa für die Naherholung mehr hat und die Reglementierungsdichte deshalb zunehmen wird. Das lässt sich schon heute feststellen: Selbst in grosszügig bemessenen Naherholungsgebieten nehmen die Konflikte zu, und es braucht Regelungen für jede Fortbewegungsart und je eigene

Pisten für jedes Fortbewegungsmittel. Dabei will man ja eigentlich mehr Natur, will die Landwirtschaft erhalten etc. Es gibt im Kanton Zug aber einfach nicht mehr Platz. Es ist deshalb zwingend nötig, im Richtplan eine *wirkliche* Begrenzung festzusetzen. Der Votant ruft die Ratsmitglieder auf, an ihre Kinder und Enkelkinder zu denken. Auch sie möchten einmal wachsen und vielleicht im Kanton Zug wohnen bleiben, sie werden aber nicht mehr Boden zu Verfügung haben als heute. Der Votant bittet deshalb dringend um Zustimmung zu seinem Antrag.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass beide Anträge in der Kommission diskutiert und abgelehnt wurden. Zum Antrag von Patrick Iten, der die aufgeführten Bevölkerungszahlen als nicht verbindlich bezeichnen will, führt er aus, dass diese Zahlen bisher streng verbindlich waren. Das führte auch dazu, dass gewisse Gemeinden Abzonungen vornahmen, um doch noch einzonen zu können. Nun aber soll diese Verbindlichkeit aufgeweicht werden. Man geht von einem definierten Siedlungsgebiet aus, und es wird − mit Ausnahme der 10 Hektaren − nichts mehr eingezont. Das hat der Kantonsrat bereits beschlossen, und dass es keine Neueinzonungen mehr gibt, ist die Grundlage für alle Entscheide, die es heute zu treffen gilt. Man muss sich nun einerseits überlegen, wie die Bedürfnisse abgedeckt werden sollen. Andererseits macht es wirklich keinen Sinn, die Verdichtung zu stoppen, wenn eine Gemeinde dadurch ihre Bevölkerungszahl überschreitet. Es geht ja darum, noch nicht überbaute Areale zu entwickeln und bereits überbautes Gebiet qualitätsvoll mit höherer Dichte zu überbauen. Da wäre es doch völlig widersinnig, wenn das Raumplanungsamt eine Gemeinde, die ein Areal entwickelt, auf der vorgegebenen Bevölkerungszahl behaften und ihr kein zusätzliches Potenzial zugestehen würde. Die RUK unterstützte die Überlegung der Regierung, dass die festgelegte Bevölkerungszahl überschritten werden kann, wenn qualitätsvoll und verdichtet überbaut wird. Sie wollte deshalb keine abschliessende Verbindlichkeit der Bevölkerungszahlen. Wenn diese Zahlen umgekehrt aber völlig unverbindlich sind, gefährdet man die 85- bzw. 15-Prozent-Regel. Es ist im Richtplan eine der zentralen Festlegungen bezüglich der Entwicklung des Kantons, dass das Wachstum in der Stadtlandschaft stattfinden soll. Das hat mit der Infrastruktur zu tun: Der Trend in der Raumplanung geht dahin, möglichst dort zu bauen, wo es bereits viel an Infrastruktur gibt, um diese möglichst effizient zu nutzen. Auf den Kanton Zug bezogen: Es wäre extrem schwierig, die Verkehrsinfrastruktur Richtung Berg − auch wenn sie jetzt saniert wird − wirklich auszubauen. Es ist deshalb die Strategie des Kantons Zug, in der Stadtlandschaft zu wachsen − wobei der Berg noch stärker auf eine qualitative Entwicklung setzen muss. Es gibt dort hervorragende Wohngebiete, und dort liegt die Zukunft. Aber es stimmt: Das Verhältnis der Bevölkerung von Berg und Tal wird sich verändern − auch mit der Konsequenz, dass sich die Zuteilung der Kantonsratsmandate verändern wird.
Wichtig ist: Die Kommission hat diese Frage diskutiert − und sie folgt dem Grundsatz, dass der Kanton Zug dort wachsen soll, wo es gute Infrastrukturbedingungen und eine gute Erschliessung durch den ÖV und für den Individualverkehr gibt.

**Beat Iten** wollte namens der SP-Fraktion eigentlich den gleichen Antrag wie Hans Baumgartner stellen, nämlich den zweiten Satz von G 2.2 zu streichen. Der Votant findet diesen Satz − wie im Eintretensvotum bereits gesagt − in diesem Zusammenhang eigentlich absurd: Alles, was vorher festlegt wird, wird damit wieder aufgelöst, und es wird alles grundsätzlich wieder freigegeben. Man gibt den Planern und den Gemeinden − als Mitglied des Gemeinderats von Unterägeri ist der Votant hier auch betroffen − ein Instrument in die Hand, das ihnen erlaubt, alle Planungszahlen zu umgehen. Für die SP ist es sehr fraglich, ob das Sinn macht. Der Votant unterstützt

auch Patrick Iten: Das Verhältnis zwischen den Berg- und Talgemeinden wird sich mit der vorgeschlagenen Bestimmung deutlich verändern, auch weil es in den Talgemeinden vermutlich mehr Verdichtungsmöglichkeiten als in den Berggemeinden gibt, die Bevölkerungszahlen also zusätzlich akzentuiert werden. Der Votant empfiehlt namens der SP-Fraktion deshalb, den Antrag von Hans Baumgartner auf Streichung des zweiten Satzes von G 2.2 zu unterstützen.

**Patrick Iten** war vor drei Jahren auch Mitglied des Begleitgremiums, weshalb ihm das Thema sehr nahe liegt. Er gibt Heini Schmid recht, dass man − vor dem Hintergrund der Siedlungsbegrenzung − mit dem Instrument der Verdichtung die Bevölkerungsentwicklung steuern kann. Er ist aber trotzdem der Überzeugung, dass die Bevölkerungszahlen nicht verbindlich sein sollten. Und da ja nicht mehr eingezont wird, kann man seinen Antrag mit gutem Gewissen unterstützen.

**Andreas Lustenberger** stimmt bezüglich des Antrags von Patrick Iten dem Kommissionspräsidenten zu. Es ist eminent wichtig und war übrigens auch eine der Vorgaben bei der Revision des nationalen Raumplanungsgesetzes, dass man eben plant, wo man wächst − und dort wächst, wo bereits Infrastrukturen vorhanden sind. Die Konsequenz ist, dass gewisse Gebiete stärker wachsen werden als andere. Der Votant unterstützt eigentlich auch den Antrag von Hans Baumgartner. Das Dilemma besteht aber darin, dass es im zweiten Satz um die sehr wichtige Verdichtung geht, gleichzeitig im Kanton Zug künftig aber so oder so nur noch verdichtet gebaut wird − anders als in anderen Kantonen, wo man noch einzelne Einfamilienhäuser auf die grüne Wiese hinaus bauen kann. Das Problem liegt allerdings darin, dass die festgelegten Bevölkerungszahlen, also das mittlere Wachstumsszenario, obsolet werden, wenn jede Gemeinde ihre Zahl überschreiten kann. Dann wird einfach weitergebastelt, und man kann es − wie bis anhin − den Gemeinden überlassen, ihre eigene Zonenplanung zu machen. Das aber haben über 70 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer als ungenügend empfunden und einer Änderung zugestimmt. Im Sinn eines Kompromisses stellt der Votant deshalb den **Antrag** auf den folgenden Zusatz zum zweiten Satz: «Die Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung können […] überschritten werden, *sofern das kantonale Bevölkerungswachstum damit im Gesamten nicht überschritten wird.*» Das heisst, dass eine Gemeinde, in der es sinnvoll ist, über die festgelegte Zahl hinaus wachsen kann − und dann halt die Baudirektion, die Raumplanungskommission und letztlich der Kantonrat gemeinsam schauen müssen, dass eine andere Gemeinde weniger wächst.

**Daniel Stuber** empfiehlt, die Änderungsanträge nicht zu berücksichtigen und der Version der Kommission zu folgen. Der Richtplan ist bekanntermassen behördenverbindlich. Bei den anstehenden Ortsplanrevisionen müssen die Gemeinden also mit den Zahlen planen, die im Richtplan stehen. Nun aber liegt eine Mischung von Zielen vor, die mit dem Richtplan erreicht werden sollen. Der Votant ist strikt dagegen, gute Verdichtungsprojekte zu stoppen, nur weil in der betreffenden Gemeinde die Bevölkerungszahl gemäss Richtplan überschritten würde. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Gemeinden nicht an die vorgegebenen Planungsgrössen gebunden wären. Der Votant empfiehlt deshalb, der in sich stimmigen Version der Kommission zuzustimmen.

**Nicole Zweifel** schliesst sich ihrem Vorredner und auch dem Kommissionspräsidenten an. Die Diskussion dreht sich eigentlich nur darum, von welcher Seite man die Sache betrachtet. Die Aussage, dass nur innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets allenfalls ein grösseres Wachstum möglich ist, heisst im Umkehrschluss

auch, dass nicht ausserhalb des Siedlungsgebiets gewachsen werden darf. Allenfalls wäre eine Bereinigung in redaktionellem Sinne denkbar, nämlich wie folgt: «Sollten sich die Grundlagen der Planung gemäss G 2.1 als zu tief erweisen, so darf ein Bevölkerungswachstum ausschliesslich innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiet überschritten werden.» Dieser **Antrag** entspricht einem Kompromiss und kann die Debatte eventuell etwas abkürzen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** erinnert an den Prozess: Vor einer halben Stunde beschloss der Rat das mittlere Szenario, nämlich ein Wachstum auf 148'500 Personen. Vorgelagert ist der Entscheid bezüglich Siedlungsbegrenzungslinien von 2013. Nun folgt ein weiterer Schritt: Die Entwicklung der einzelnen Gemeinden wird gesteuert mit dem strategischen Entscheid, in den bestehenden Siedlungsgebieten zu wachsen. Wenn der Rat diesen Entscheid jetzt im Sinne der Regierung und der Kommission fällt, wird er nachher in G 5 die Ziele zur Siedlung festlegen. Dort ist von der Entwicklung im bestehenden Siedlungsgebiet, von Verdichtung innerhalb der Bauzonen, von hoher städtebaulicher Qualität, vom Miteinbezug der Bevölkerung in die Planung etc. die Rede. In G 5 folgt also der nächste Schritt, und dort wird entschieden, wie mit den Ängsten, die auch in den vorliegenden Anträgen zum Ausdruck kommen, umgegangen werden soll. Der Baudirektor bittet deshalb, die Anträge abzulehnen und dem Antrag der Regierung und der Kommission zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** erläutert das weitere Vorgehen:
• In der ersten Abstimmung werden der Antrag der Regierung und der Kommission dem Antrag von Patrick Iten gegenübergestellt.
• In der zweiten Abstimmung wird über den Antrag von Hans Baumgartner auf Streichung des zweiten Satzes abgestimmt.
• Dann kommt der Antrag der ALG-Fraktion auf Ergänzung des zweiten Satzes zur Abstimmung.
Ob es dann noch eine weitere Abstimmung braucht, wird aufgrund der Ergebnisse entschieden.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag von Patrick Iten mit 54 zu 13 Stimmen ab und folgt dem Antrag des Regierungsrat und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat folgt mit 39 zu 25 Stimmen dem Antrag von Hans Baumgartner auf Streichung des zweiten Satzes.

**Andreas Lustenberger** teilt mit, dass die ALG-Fraktion ihren Antrag zurückzieht.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Zweifel mit 48 zu 20 Stimmen ab.

*G 2.3*

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass die Frist zur Aktualisierung der Bevölkerungs- und Beschäftigungsprognosen bisher zehn Jahre betrug; neu soll das alle fünf Jahre geschehen. Die SVP-Fraktion sieht nicht ein, wieso man diesen enormen Aufwand alle fünf Jahre betreiben soll. Das ist sicher mit Kosten, mit Studien, mit Analysen, mit verwaltungsinternen Arbeiten von Bund und Kanton, mit neuen Stellen etc. verbunden. Es reicht vollkommen, wenn dieser Aufwand alle zehn Jah-

re betrieben wird, zumal er auch zu Rechtunsicherheiten führt: Je schneller die Kadenz ist, desto unsicherer wird die Grundlage für das Leben der Leute und für die Planer, Architekten und letztendlich alle im Bauwesen Tätigen. Zehn Jahre sind eine gute Kadenz, und die SVP-Fraktion stellt den **Antrag,** es dabei zu belassen.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass diese Frage in der Kommission nicht diskutiert wurde. Er persönlich kann auch mit einer Kadenz von zehn Jahren leben. Die Frage ist nicht wirklich zentral.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 35 zu 23 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrat und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 3 (Titel)*
*G 3.1*
*G 3.2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 3.3*

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion auch hier den **Antrag,** die Kadenz bei zehn Jahren zu belassen. Er geht davon aus, dass der Rat − wie das Politiker ja sind − möglicherweise nicht so konsequent ist und hier bei zehn Jahren bleibt.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 37 zu 19 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrat und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 4 (Titel)*

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** den Titel auf «Ziele zur Wirtschaft ~~und zur Energie~~» zu verkürzen. Ferner stellt die SVP-Fraktion den **Antrag** auf eine «kann»-Formulierung im zweiten Satz von G 4.1: «In ausgewählten rechtsgültigen Arbeitsgebieten *können* die Gemeinden *vorsehen,* keine Wohnnutzungen *zuzulassen.*». Dieser Formulierung gibt den Gemeinden die entsprechende Freiheit im Rahmen der Gemeindeautonomie, dies anstelle der strikten Vorschrift im Richtplan − wobei dieser, wie gehört, ja nicht sehr verbindlich ist.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass über den Antrag auf Änderung des Titels erst entschieden werden kann, wenn G 4.2 behandelt worden ist.

*G 4.1*

RUK-Präsident **Heini Schmid** hält fest, dass der Umgang mit den Arbeitsgebieten in der ganzen Vorlage von zentraler Bedeutung ist. Die Verdrängung der Mischzonen gegenüber reinen Arbeitszonen ist ein bekanntes und momentan sehr viru-

lentes Problem der Zuger Raumplanung. Die Raumplanung hat die Aufgabe, diejenigen Nutzungen, welche von anderen stark konkurrenziert werden, zu schützen. Zur Erinnerung: Früher musste man das Wohnen in den Zentren vor den Büros schützen. Das sind *tempi passati:* Heute wären viele froh, sie hätten in den Zentren Wohnungen und keine Büros mehr.
Der Kanton hat die Thematik zusammen mit den Gemeinden eingehend studiert; weiter hinten im Richtplan findet sich der Plan, der aufzeigt, welche Arbeitszonen erhalten werden sollen. An den gut geeigneten Standorten möchte man unbedingt das Arbeiten vor dem Wohnen schützen. Auch unter S 1.1.6 will die Kommission die Gebiete für Gewerbe und Industrie vor dem Wohnen schützen. Man muss das alles im Zusammenhang sehen. Die Kommission hat die Thematik ausgiebig diskutiert und setzt sich für die Arbeitszonen ein, auch mit dem Hintergedanken, dass nachher in den Gemeinden vermehrt für das verarbeitende Gewerbe, die Handwerker, geschaut werden kann. Die Kommission möchte die Gemeinden dazu verpflichten, die reinen Arbeitsgebiete vor dem Wohnen zu schützen, so dass diese nicht von der Wohnnutzung verdrängt werden und der Arbeitsort Zug längerfristig nicht gefährdet wird. Sie möchte aber noch einen Schritt weiter gehen und die Gemeinden auffordern, für das einfache Gewerbe, die Handwerker, im Rahmen der nächsten Zonenplanrevision wieder reine Arbeitszonen, reine Industrie- und allenfalls reine Gewerbezonen festzulegen. Es soll einerseits also die Arbeit vor dem Wohnen und andererseits die wertschöpfungsschwache Arbeit − das Handwerk − vor der Dienstleistung, also der reinen Büronutzung, geschützt werden. Es geht also um eine bestimmte Strategie. Es ist auch eine Frage der Solidarität unter den Gemeinden. Diese wollen natürlich eine hohe Wertschöpfung und geben einem Investor vielleicht noch etwas Wohnzone dazu, damit ein industrielles Projekt realisiert werden kann − und dann geht der Wettkampf unter den Gemeinden los. Es braucht aber eine solidarische Haltung unter den Gemeinden. Die Stadt Zug hat schon früh Mischzonen etabliert, und Baar zahlt heute die Zeche dafür. Man sieht daran, dass klare Vorgaben durch den Kanton wichtig sind. Eine «kann»-Formulierung führt zu einem Wettrennen um eine möglichst schnelle und hohe Wertschöpfung − und dann sind die einfachen Handwerker am Schluss die Geprellten. Es ist für die Kommission deshalb wichtig, hier verbindliche Rahmenbedingungen zu setzen, gerade mit Blick auf das Gewerbe.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt der SVP-Fraktion, dass sie als einzige Partei mit sechs Personen an den betreffenden Sitzungen anwesend war. Dort wurde genau dieser Punkt besprochen − und es geht genau um das Anliegen der SVP, das Gewerbe zu schützen. Der Preis für Arbeitszonen liegt im Moment bei etwa 800 Franken pro Quadratmeter, jener für Mischzonen bei 2500 Franken. Da kann ein KMU − ein Sanitär, ein Handwerker etc. − schlicht nichts mehr ausrichten. Und man muss beachten, wie viele Arbeitszonen noch ausgeschieden sind: Es sind unglaublich wenige. Es war für den Regierungsrat ein zentrales Anliegen, im Kanton Zug vor allem auch das Gewerbe zu schützen. Die wenigen Arbeitszonen sollen deshalb als sakrosankt festgelegt werden. So kann verhindert werden, dass ihr Preis in die Höhe schnellt. Natürlich möchte ein Investor immer Mischzonen, so dass er noch eine Loft o. ä. platzieren kann. Der Regierungsrat möchte aber an den wenigen reinen Arbeitszonen festhalten. Der Baudirektor bittet deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf eine «kann»-Formulierung im zweiten Satz mit 48 zu 13 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 4.2*

**Manuel Brandenberg** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** diese Bestimmung zu streichen. Sie ist äusserst problematisch. Sie ist planwirtschaftlich ausgerichtet, müsste der Kanton doch gewährleisten, dass die Energieversorgung umweltgerecht ist, und zusammen mit den Gemeinden energieeffiziente Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen anstreben. Das ist eine Grundlage für viele Vorschriften, die viele Bürgerliche nicht wollen. Die SVP will hier den Anfängen wehren, zumal gewisse Bestimmungen bereits in der Energiegesetzgebung des Bundes und des Kantons stehen und nicht auch noch raumplanerisch verstärkt werden müssen. Das ist nicht nötig, und der Votant bittet deshalb, die Streichung von G 4.2 zu unterstützen. Dann könnte man auch den Titel von G 4 gemäss Antrag auf «Ziele zur Wirtschaft» kürzen.

**Andreas Lustenberger** hält fest, dass nicht der «Staat» hier irgendetwas vorgibt, sondern die Schweizer Bevölkerung, welche die Energiewende beschlossen hat. Und es ist ein bürgerlich geprägtes Bundesparlament, das die Ziele des Pariser Klimaabkommens ratifiziert hat. Der Staat setzt also einfach um, was die Bevölkerung will. Die ALG-Fraktion stellt deshalb den **Antrag** auf eine Erweiterung des zweiten Satzes von G 4.2: «Kanton und Gemeinden *setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für eine 2000-Watt-Gesellschaft ein. Sie* verwenden Energie haushälterisch, *fördern erneuerbare Energien* und streben umweltverträgliche sowie energieeffiziente Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen an.»

**Manuel Brandenberg** gibt zu, dass sein *statement* auch etwas politisch gefärbt ist, aber allein die Tatsache, dass die ALG diese Bestimmung als Grundlage nimmt, um noch mehr in ihre Richtung zu politisieren, sollte doch dazu führen, den bürgerlichen Antrag der SVP auf Streichung dieser Bestimmung zu unterstützen.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass in der Kommission zu G 4.2 nur darüber abgestimmt wurde, ob man ergänzend das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft aufnehmen soll. Die Kommission hat das mit 10 zu 4 Stimmen abgelehnt. Regierung und Kommission haben versucht, alles nicht unbedingt Notwendige aus dem Richtplan zu streichen bzw. gar nicht erst aufzunehmen. Der Votant persönlich wäre froh, wenn der Kantonsrat dieser Haltung folgen und keine Programmartikel einfügen würde. Die vorliegende Frage wäre in Zusammenhang mit dem Energiegesetz zu diskutieren, dort wären solche Vorgaben am richtigen Ort.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Bestimmung G 4.2 vom Kantonsrat bereits 2014 für den Richtplan beschlossen wurde: Die dortige Bestimmung E 15.1.1 wurde fast wörtlich übernommen. Das geschah, weil gemäss Vorgabe des Bundesamts für Raumentwicklung im Richtplan eine Aussage zur Energie gemacht werden muss. Und um nichts zu provozieren, wurde die bereits beschlossene Formulierung übernommen. Es sollte also keine energiepolitische Diskussion losgetreten werden. E 15.1.1 war auch die Grundlage für die Diskussion des Energieleitbilds, das zusammen mit den Parteien und Interessengruppen etc. erarbeitet wurde. Wenn die vom Bund verlangte Aussage zur Energie gestrichen werden sollte, kann das unter Umständen bedeuten, dass der Bund die Richtplanrevision nicht genehmigt. Der Baudirektor bittet deshalb, die vorliegende Brückenlösung zu genehmigen, d. h. der bereits früher beschlossenen Formulierung wieder zuzustimmen, damit es nicht allenfalls zu einer Zusatzrunde beim Bund kommt. Der Regierungsrat hält also an seinem Antrag fest.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat lehnt den Ergänzungsantrag der ALG-Fraktion mit 47 zu 13 Stimmen ab und genehmigt den Antrag der Regierung und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von G 4.2 mit 34 zu 26 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit der Antrag der SVP-Fraktion auf Kürzung des Titels von G 4 hinfällig wird.

*G 5 (Titel)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 5.1*

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** Satz 1 wie folgt zu relativieren: «Die räumliche Entwicklung findet *nach Möglichkeit* im bestehenden Siedlungsgebiet statt.» Weiter stellt die SVP den **Antrag,** Satz 2 ersatzlos zu streichen. Sie will nicht, dass der Staat im Richtplan sagt, welchen Bodenverbrauch der einzelne Bürger für sein Wohnen hat. Das ist abermals eine Büchse der Pandora.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission nicht über diese Anträge diskutieren konnte, der Votant kann also nur seine persönliche Meinung mitteilen. Der erste Antrag der SVP-Fraktion tangiert ein wiederum sehr zentrales Element, nämlich den früheren Entscheid des Kantonsrats, mit Ausnahme von 10 Hektaren nichts mehr einzuzonen. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, diesen Grundsatz, der mindestens für die nächsten zwanzig Jahre gültig sein sollte, hier zu bestätigen. Er kann den Antrag der SVP-Fraktion nicht anders lesen denn als Versuch, diesen Grundsatz umzustossen. Denn Gebiete ausserhalb der Bauzonen können nicht gemeint sein, das wird in der Regel bundesrechtlich geregelt. Und der Votant bittet Manuel, klar zu deklarieren, wenn er tatsächlich den 10-Hektaren-Entschied umstossen will, bzw. seine Absicht genau zu erläutern.
Bezüglich des zweiten Antrags geht der Kommissionspräsident mit der SVP einig. Auch die CVP hat sich gegen eine Politik der Definition des Wohnraum-Quadratmeterbedarfs und damit gegen die Einführung einer Kontingentierung gewehrt. Auch die Regierung will das nicht mehr. Hier aber geht es um den *Boden*verbrauch. Als einer der wenigen Kantone hat Zug das Ziel erreicht, mehr Wohnraumquadratmeter, also Fläche pro Wohnung, zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig den Bodenverbrauch zu reduzieren, dies dank der Verdichtung. Und genau das wird hier gesagt, nämlich dass nicht die Wohnfläche kontingentiert, sondern dass verdichtet werden soll, damit mehr Wohnfläche mit möglichst wenig Bodenverbrauch realisiert werden kann. Es ist eine vernünftige Zielsetzung, den Bodenverbrauch zu reduzieren versuchen, auch wenn mehr Wohnfläche zur Verfügung gestellt wird.

**Manuel Brandenberg** meint natürlich die Gebiete innerhalb der Bauzonen. Das kann die erwähnten 10 Hektaren tangieren, weil Neueinzonungen im Rahmen von Arrondierungen nach wie vor möglich sind. Die beantragte Relativierung stünde damit also im Einklang. Die SVP hält auch an ihrem zweiten Antrag fest, auch wenn

es nur um den Bodenverbrauch und nicht um die Wohnflächen geht. Es ist eine Salamitaktik: Jetzt kommt mal die Bodenfläche in den Richtplan, und dann geht es mit der Wohnfläche weiter. Man kennt ja dieses Vorgehen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** wendet sich speziell an die SVP-Fraktion. Im ersten Satz wird schlicht festgeschrieben, was der Kantonsrat 2013 beschlossen hat, nämlich in der nächsten Ortsplanrevision keine Neueinzonungen vorzunehmen, mit Ausnahme von 10 Hektaren für Arrondierungen. Der Antrag der SVP-Fraktion ist also abzulehnen. Und der zweite Satz ist eine logische Folge des Beschlusses von 2013: Wenn dieser umgesetzt wird, nimmt der Bodenverbrauch tendenziell ab. Allerdings geht die Welt nicht unter, wenn dieser zweite Satz gestrichen wird. Der erste Satz hat hingegen eine strategische Bedeutung, weil er − wie gesagt − den kantonsrätlichen Entscheid von 2013 bezüglich Siedlungsbegrenzungslinien bzw. Neueinzonungen festschreibt. Der Baudirektor bittet den Rat deshalb inständig, den ersten Antrag der SVP abzulehnen; bezüglich des zweiten Antrags überlässt er den Entscheid jedem Einzelnen.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Ergänzung des ersten Satzes mit 48 zu 11 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung des zweiten Satzes mit 35 zu 25 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 5.2*

Für **Nicole Zweifel** ist sich der Rat grundsätzlich einig, dass die qualitätsvolle Gestaltung der Aussen- und Freiräume im verdichteten Siedlungsgebiet zentral ist. Die GLP erachtet es als wichtig, nicht nur diese Tatsache im Richtplan festzuhalten, sondern auch die Verknüpfung der einzelnen Freiräume insbesondere für den Langsamverkehr als Grundsatz einfliessen zu lassen. Konkret: Es gibt nicht nur schöne Parks und Spielanlagen, sondern diese sind untereinander verbunden, und jedermann weiss, wie man zu Fuss oder mit dem Fahrrad von einem zum anderen kommt. Die GLP stellt daher den Antrag, den zweiten Satz von G 5.2 wie folgt zu ergänzen: «Die Qualität der öffentlichen Freiräume und der Siedlungsumgebung ist hoch, *deren Vernetzung ist von zentraler Bedeutung.*» Die Votantin dankt für die Unterstützung dieses Antrags.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission nicht über diesen Antrag diskutieren konnte. Persönlich unterstützt er die vorgeschlagene Ergänzung. Sie ist raumplanerisch sinnvoll und entspricht der Zielsetzung bezüglich Gestaltung der Freiräume. Auch im Rahmen des Konzepts «Freizeit, Erholung, Sport und Tourismus» wurde die Vernetzung der Freiräume thematisiert. Eine gute Zirkulation des Langsamverkehrs zwischen diesen Räumen muss gewährleistet sein.

Baudirektor **Urs Hürlimann** weist darauf hin, dass die angesprochene Vernetzung in Form der Naherholungsachsen im Richtplan bereits enthalten ist, nämlich in der Teilkarte L 11.2. Natürlich kann man dieses Thema neben der Karte auch noch in den Richtplantext schreiben. Der Baudirektor erinnert aber daran, dass man den Richtplan eigentlich auf einer angemessenen Flughöhe halten wollte. Die Auf-

nahme der Vernetzung der Freiräume in den Richtplantext ist in diesem Sinn nicht falsch, sie ist aber nicht nötig.

Für **Daniel Stuber** ist nicht ganz klar, ob die Ausführungen des Baudirektors das Siedlungsgebiet oder die Vernetzung der verschiedenen Landschaften betreffen. G 5 beschreibt ja die «Ziele zur Siedlung». Bedeutet die Ergänzung an dieser Stelle, dass beispielsweise bei Bebauungsplänen zusätzliche Anforderungen bezüglich Vernetzung mit den Freiräumen gestellt werden können und der Bauherr zusätzliche Leistungen erbringen muss? Oder geht es einzig um die Vernetzung von Landschaften? Der Votant wünscht sich hier noch etwas mehr Klarheit.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die angesprochen Teilkarte L 11.2 die kommunalen Naherholungsgebiete und deren Vernetzung betrifft.

**Nicole Zweifel** präzisiert, dass ihr Antrag nicht in die von Baudirektor Urs Hürlimann erwähnte Richtung geht. Er zielt vielmehr darauf ab, dass die Gemeinden innerhalb ihrer Gemeindegebiete darauf achten sollen, dass beispielsweise zwischen einer neuen Spielanlage oder einem Park in einem Bebauungsplan auch Fusswegverbindungen gewährleistet werden. Im gescheiterten Bebauungsplan Unterfeld gab es beispielsweise einen Fussweg quer durch die Siedlung, der die Fussgänger an die Nordstrasse führte − und sie dort stranden liess. Genau solche Fragen müssten in der Planung mitbedacht und solche Wege eben anders angelegt werden, so dass man etwa vom Innenhof tatsächlich zur Sportanlage etc. kommt. Es geht um das Bewusstsein, dass die Leute sich bewegen und nicht nur an einem beschränkten Ort aufhalten wollen.

**Daniel Stuber** hält fest, dass er unter dieser Vorgabe gegen den Antrag von Nicole Zweifel ist. Wie Manuel Brandenberg mehrfach angesprochen hat, gibt es schon heute sehr viele Anforderungen an Bauherrschaften. In diesem Sinn genügt die Version des Regierungsrats und der Kommission.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Zweifel mit 38 zu 22 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 5.3*

**Andreas Lustenberger** weist darauf hin, dass die Kommission den Vorschlag der Regierung von «Die Bevölkerung ist […] einzubeziehen» zu «ist […] anzuhören» geändert hat. Die ALG-Fraktion stellt den **Antrag,** auf die ursprüngliche Fassung zurückzugehen, also «Die Bevölkerung ist […] einzubeziehen». In praktisch allen Eintretensvoten wurde gesagt, dass die Zuger Bevölkerung dem Wachstum und der Verdichtung kritisch oder sogar ablehnend gegenüberstehe. Es ist deshalb wichtig, auch gegenüber den Gemeinden klar zum Ausdruck zu bringen, dass die Bevölkerung in die betreffenden Prozesse *einbezogen* und nicht nur ab und zu, wenn es gerade passt, *angehört* werden muss. Wenn − wie in der Kommission gesagt wurde − zwischen den zwei Begriffen kein grosser Unterschied besteht, kann man ja getrost «einzubeziehen» schreiben.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass in der Kommission im Verlauf der Diskussion mehr und mehr der Eindruck aufkam, dass den Gemeinden für die nächste

Zonenplanrevision das letzte Komma vorgeschrieben werde. Die Kommission versuchte deshalb, dort, wo es nicht unbedingt Vorschriften braucht, die Vorgaben für die Gemeinden etwas zu lockern. Und hier geht es tatsächlich um eine Lockerung: «Anhören» ist weniger stark als «einbeziehen». Letzteres meint die eigentlichen Mitwirkungsverfahren, bei denen man möglichst früh zusammen mit der betroffenen Bevölkerung die Rahmenbedingungen für eine Bebauung festzulegen versucht. «Anhören» ist der klassische Weg, und in der Raumplanung sind Anhörungen schon von Bundesrecht wegen notwendig. Mit «anhören» wird den Gemeinden klar mehr Freiheit gegeben, und es entspricht letztlich dem, was heute bereits gilt; «einbeziehen» hingegen zielt auf ein geordnetes, stärkeres Mitwirkungsverfahren. Der Kommissionspräsident persönlich findet, dass man den Gemeinden diese Freiheit geben kann. Verschiedene Abstimmungen haben nämlich gezeigt, dass sowohl der Bauherr wie auch die Gemeindebehörden ein eminentes Interesse daran haben, frühzeitig den Willen der Bevölkerung einzubeziehen. Das ist heute aber eigentlich Standard und muss den Gemeinden nicht aufs Auge gedrückt werden.

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat folgt mit 48 zu 14 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 5.4*

**Manuel Brandenberg** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** die Bestimmung G 5.4 zu streichen, denn ein guter Bauherr sorgt von sich aus für mehr Natur in den Siedlungen, wenn er will, dass seine Wohnungen attraktiv sind. Anstelle der jetzigen Bestimmung möchte die SVP neu folgenden Passus aufnehmen: «Mehr oberirdische Parkplätze fördern den Individualverkehr.» Die SVP möchte etwas für die Parkplätze und auch für oberirdische Parkplätze tun, und die Erfahrung zeigt, dass die zuständigen Planungsbehörden es bei grösseren Bauprojekten sehr oft schon fast als Sündenfall betrachten, wenn man auch nur einige wenige oberirdische Parkplätze vorsieht. Die Leute haben aber gerne oberirdische Parkplätze. Es geht also darum, den Individualverkehr etwas zu fördern und das Parkieren etwas weniger zu einer Sünde zu machen, die man im Untergrund verstecken muss. Man darf ein Auto schliesslich auch zeigen, und es ist praktisch, wenn man es unter freiem Himmel abstellen kann.

RUK-Präsident **Heini Schmid** hält fest, dass die SVP einem wirklich das Letzte abfordert. Die Kommission hat über diesen Antrag, der in kreativer Weise Lebensqualität durch oberirdische Parkplätze ersetzen will, natürlich nicht diskutiert − und der Kommissionpräsident muss nun wirklich alle seine intellektuellen Fähigkeiten zusammennehmen, um diesem Spagat irgendwie gerecht zu werden.
Grundsätzlich ist er der Meinung, dass G 5.4 ein sinnvoller Programmartikel ist, allerdings ist er nicht von wahnsinnig zentraler Bedeutung. Bezüglich der Logik des Richtplans ist zu beachten, dass die «Ziele zum Verkehr» unter G 7 folgen. Der Kommissionspräsident wäre deshalb froh, wenn die SVP ihren Antrag − wenn sie ihn wirklich aufrechterhalten will − dort stellen würde. So könnte der Rat hier unter G 5.4 über den allgemeinen Programmartikel abstimmen.

**Manuel Brandenberg** ist einverstanden, hält namens der SVP-Fraktion aber am Streichungsantrag fest.

Baudirektor **Urs Hürlimann** weist speziell zuhanden der SVP-Fraktion darauf hin, dass es hier um den Schutz des Landwirtschaftslands geht. Je grüner die Siedlun-

gen sind, umso kleiner ist nämlich der Druck auf die Landwirtschaftszonen. Die Leute wollen aus den Siedlungen heraus, sie wollen ins Grüne, und wenn man nicht ein wenig eingefordert, dass moderne Siedlungen in sich Grünzonen haben müssen, erhöht sich der Druck auf die Landwirtschaft. Diesen Aspekt muss man hier unbedingt mitbedenken. Der Baudirektor bittet die SVP-Fraktion, ihren Antrag zu überdenken.

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 49 zu 15 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 6 (Titel)*
*G 6.1*
*G 6.2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 6.3*

**Philip C. Brunner** stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag auf folgende Ergänzung: «[…] Naherholungsgebiete sind *nach Möglichkeit* in Fussdistanz erreichbar». Die Bestimmung ist in der Tendenz richtig, aber man muss sie etwas relativieren, damit nicht plötzlich nur noch Fussmarsch und Velofahrt ein Thema sind.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass diese Frage in der Kommission nicht diskutiert wurde. Natürlich kann man «nach Möglichkeit» einfügen. Der Votant weist aber darauf hin, dass es dank des Schutzes der Lorzenebene, der Naturlandschaft und der Landwirtschaftsflächen sowie dank der frühzeitigen Siedlungsbegrenzung eine herausragende Eigenschaft des Zuger Siedlungsgebiets ist, dass Eltern mit ihren Kindern in Fusswegdistanz in die Grünzonen gelangen können. Es gehört zur Standortqualität, dass man sehr schnell zu Fuss in einer Naherholungszone ist. In Zürich oder in anderen Agglomerationen braucht man dazu das Auto, die Wege ins Grüne sind dort sehr mühsam. Diesen Trumpf sollte der Kanton Zug nicht aus der Hand geben − was für die Richtplanung heisst, dass man darauf achten sollte, dass die Quartiere auch möglichst nahe an guten Naherholungszonen stehen.

➔ **Abstimmung 17:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 38 zu 23 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 6.4*
*G 6.5*
*G7 (Titel)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 7.1*

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion zwei **Anträge.** Zum einen soll Bst. b gestrichen werden. Es handelt sich um die explizite Grundlage für das *Road Pricing,* das die SVP und wohl viele weitere Personen im Kanton Zug − vielleicht sogar eine Mehrheit − ablehnen. Zum anderen soll − im Sinn der Anregung des Kommissionspräsidenten − am Schluss ein neuer Buchstabe eingefügt werden: «Oberirdische Parkplätze zur Förderung des Individualverkehrs». Der Antrag ist gegenüber der ursprünglichen Idee natürlich etwas abgeschwächt, denn hier geht es gemäss Einleitungssatz ja nur noch darum, dieses Anliegen zu «untersuchen»; der Votant hat sich hier vom Kommissionspräsidenten erwischen lassen. Vielleicht führt dieser Kompromissvorschlag aber dazu, dass der Kantonsrat als Repräsentant des Souveräns den Antrag der SVP unterstützt.

RUK-Präsident **Heini Schmid** dankt für die Blumen, muss aber sagen, dass er es nicht schafft, so raffiniert vorzugehen. Die Kommission hat über den Streichungsantrag zu Bst. b abgestimmt und ihn mit 9 zu 6 Stimmen abgelehnt − allerdings nicht in dem Sinne, dass dieses Ergebnis dahingehend zu interpretieren wäre, es müsse unbedingt ein *Road Pricing* geben. Die Kommission wollte ganz einfach − es geht ja um «untersuchen» − im Sinne des *Spirit of Zug* den Fächer offen halten.
Bei Bst. d folgt die Regierung nicht dem Antrag der Kommission. Diese wollte nicht festschreiben, dass in den nächsten zwanzig Jahren die Realisierung von Verkehrsinfrastrukturen mit einer gewissen Grösse nicht einmal mehr untersucht werden darf. Die Kommission lehnt es also ab, ein Denkverbot festzulegen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** erläutert, dass mit G 7.1 die Zustimmung des Rats abgeholt werden soll, das neue Mobilitätskonzept anpacken zu können. Die einzelnen Buchstaben sind quasi Themen, die im Rahmen dieses Konzepts studiert werden sollen. Das Mobilitätskonzept wird 2021 − so die Planung − dem Kantonsrat vorgelegt und von diesem genehmigt. Der Kantonsrat wird dann auch die Möglichkeit haben, einzelne Punkte zu streichen oder zu ergänzen. Es geht hier also nicht um ein Versteckspiel, sondern um den Auftrag zur Erarbeitung eines Gesamtkonzepts, der in einzelnen Punkten präzisiert wird.

**Hans Baumgartner** weist darauf hin, dass der Regierungsrat − wie schon gehört − an seinem Antrag zu Bst. d festhält. Der Kommissionspräsident hat recht, wenn er sagt, dass es kein Denkverbot bezüglich neuer Verkehrsinfrastrukturen geben soll. So soll es möglich sein, über den Bau einer Hoch- oder einer U-Bahn nachzudenken. Es macht vor dem Hintergrund einer sich verändernden Mobilität aber keinen Sinn, weiterhin riesige Flächen für den Verkehr zu verbrauchen. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** Bst. d wie folgt zu formulieren: «Verzicht auf neue grosse Verkehrsinfrastrukturanlagen mit grossem Flächenverbrauch.» Es soll also möglich sein, über neue Verkehrsinfrastrukturbauten nachzudenken, allerdings nicht an Orten, wo viel Fläche verbraucht wird. Der Antrag ist ein Kompromiss zwischen dem Vorschlag des Regierungsrats und demjenigen der Kommission.

**Oliver Wandfluh** erinnert daran, dass mehrmals zu hören war, man wolle den Fächer offenhalten und verschiedene Möglichkeiten «untersuchen» können. Der Votant ersucht den Rat deshalb, auch die oberirdischen Parkplätze in die Aufzählung aufzunehmen − und er möchte vom Baudirektor wissen, ob das für ihn ein Problem wäre.

Baudirektor **Urs Hürlimann** wiederholt, dass das Wichtigste der Auftrag zur Erarbeitung des Mobilitätskonzepts ist. Mit der Aufzählung in G 7.1 wird aufgezeigt, worüber nachgedacht werden soll. Man kann diesen Katalog nun beliebig erweitern oder ihn komplett streichen. Der Kantonsrat erwartet natürlich, dass die Baudirektion alle Eventualitäten, alle neuen Verkehrsformen etc. evaluiert und hoffentlich eine tragfähige Lösung vorlegt. Der Baudirektor möchte aus diesem Katalog aber keinen Basar machen. Wenn die Mehrheit des Rats findet, der Vorschlag der SVP-Fraktion sei wirklich wichtig, wird sich die Baudirektion natürlich auch dieser Fragestellung widmen.

➔ **Abstimmung 18:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von Bst. b mit 44 zu 20 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 19:** Bei der Bereinigung von Bst. d gibt der Rat mit 41 zu 23 Stimmen der von Hans Baumgartner beantragten erweiterten Formulierung den Vorzug gegenüber dem Antrag des Regierungsrats.

➔ **Abstimmung 20:** Der Rat folgt bezüglich Bst. d mit 36 zu 28 Stimmen dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt auf Streichung.

➔ **Abstimmung 21:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf einen neuen Buchstaben betreffend oberirdische Parkplätze mit 39 zu 25 Stimmen ab. Er genehmigt damit die Bestimmung G 7.1 in der jetzt vorliegenden Form.

**Andreas Lustenberger** hält fest, dass der Regierungsrat bis 2021 ein Mobilitätskonzept vorlegen will, gleichzeitig beginnen die Gemeinden nächstes Jahr mit der Revision ihrer Ortsplanung. Das ist etwas schwierig. Der Votant wünscht sich, dass die Baudirektion etwas schneller vorwärtsmacht und das Mobilitätskonzept vor 2021 fertigstellt.
Namens der ALG-Fraktion stellt der Votant den **Antrag** auf eine neue Bestimmung G 7.2 mit folgendem Wortlaut: «Bis zum Inkrafttreten des Mobilitätskonzepts sind die Flächen für die Mobilität nicht massgeblich zu erhöhen.» Damit soll verhindert werden, dass ohne Mobilitätskonzept nun grosse Planungen angegangen werden. Der Votant denkt dabei beispielsweise an die Verlängerung der General-Guisan-Strasse und den Halbanschluss Steinhausen, die noch immer im Richtplan stehen. Und wie zu hören war, arbeitet die Baudirektion dazu eine Vorlage aus. Es wäre nach Ansicht des Votanten aber der komplett falsche Weg, 2019 oder 2020 über eine grosse Strasse oder eine andere Mobilitätsinfrastruktur mit sehr grossen Flächenverbrauch zu diskutieren, bevor dann 2021 das Mobilitätskonzept vorliegt.

**Jean-Luc Mösch** bittet den Rat, den Antrag der ALG-Fraktion abzulehnen. Über die zwei genannten Projekte wurde schon vor mehreren Jahren gesprochen, und der damalige Baudirektor Heinz Tännler informierte 2014, dass die entsprechenden Vorlagen bald kommen würden. Es braucht den Halbanschluss in der Ammannsmatt. Wenn dem Antrag der ALG zugestimmt wird, verbaut man sich diese Möglichkeit. Und wenn die Korporation ihr Projekt in diesem Gebiet realisiert, kommt es zum Kollaps. Die Alpenblickkreuzung kann diesen Mehrverkehr nämlich nicht mehr schlucken.

**Philip C. Brunner** schliesst sich den Worten seines Vorredners an. Er weist darauf hin, dass man eine Strasse auch mal in den Boden verlegen kann. Es ist nicht aus-

geschlossen, die Lorzenebene zu unterqueren, das lässt sich im Tagbau machen. Dann sieht man nichts mehr, und es wird kein Land verbraucht. Der Votant möchte in diesem Sinn keine Denkverbote in den Richtplan schreiben.

**Jean-Luc Mösch** gibt zu bedenken, dass die Verlängerung der General-Guisan-Strasse nicht mit normalem Aufwand realisiert werden kann. Die geologischen Verhältnisse sind schwierig, es hat Grundwasser etc. Deshalb kommt dieses Projekt − dessen ist sich der Votant sicher − eh nicht zur Ausführung: Es sprengt den verfügbaren finanziellen Rahmen. Der Halbanschluss Steinhausen aber ist wichtig, und wenn man dem Antrag der ALG-Fraktion folgt, verbaut man sich diese Möglichkeit

Für **Andreas Lustenberger** ist es wichtig, dass alle den Zusammenhang sehen. Wenn das Gebiet Unterfeld entwickelt wird, braucht es − und das ist der entscheidende Punkt − ein Konzept, das vorher schon sagt, wie die Mobilität vonstattengehen soll. Wenn man das Gebiet ohne vorheriges Mobilitätskonzept entwickelt, ist es nichts als logisch, dass man einfach eine neue Strasse und den genannten Halbanschluss baut, weil andernfalls der Verkehr auf der Nordstrasse kollabiert. In einem Mobilitätskonzept aber würde auf die zwei Stadtbahnhaltestellen in diesem Gebiet hingewiesen, wodurch auch andere Mobilitätsformen oder weniger Verkehr in Frage kämen. Es ist für den Votanten ein grosses Problem, dass beispielsweise dieses Gebiet bis 2021, wenn das Mobilitätskonzept fertig wird, bereits fertig entwickelt ist und man nur noch reagieren statt agieren kann.
Der Votant weiss, dass der Antrag der ALG wenige Chancen hat, aber es ist ihm wichtig, dass seine Überlegungen dazu zumindest im Protokoll festgehalten sind.

Für **Philip C. Brunner** ist Andreas Lustenbergers Votum pure Ideologie. Die ALG ist *per se* gegen den Individualverkehr, ihr Mobilitätskonzept besteht aus Velos und Fussgängern. Natürlich sind die zwei Stadtbahnhaltestellen im Gebiet Unterfeld zu benutzen − aber doch nicht in der postulierten Ausschliesslichkeit! Am kommenden Wochenende findet in Zürich ein Autorennen mit Elektromobilen statt. Die Grünen sich auch da dagegen − weil es eben individueller Verkehr ist. Und der Votant kann mit einem Blick auf den Richtplan nur festhalten, dass die ALG mit ihrer Verkehrspolitik schon ziemlich erfolgreich gewesen ist.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass der Regierungsrat nun den Auftrag erhalten hat, ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten; die Rahmenbedingungen − Bevölkerungszahlen, Raumstruktur etc. − werden im Richtplan noch genauer definiert. Im Herbst wird die Baudirektion dem Kantonsrat ihre Überlegungen zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Lorzenebene und im Bereich des Kreisels Forren in Rotkreuz vorlegen. Der Kantonsrat wird dann seine Meinung bilden und beispielsweise den Entscheid bezüglich Lorzenebene zurückstellen können, bis das Mobilitätskonzept vorliegt. Es ist aber unmöglich, ein Mobilitätskonzept, das die Ansprüche des Kantonsparlaments erfüllt, innerhalb von zwei oder drei Monaten zu erstellen. Man muss diesen Prozess sorgfältig angehen, und der Baudirektor ist froh, wenn das Konzept im Jahr 2020 politisch spruchreif ist, so dass dem Parlament dann eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden kann. Das Mobilitätskonzept hat absolute Priorität, aber es braucht seine Zeit.

➔ **Abstimmung 22:** Der Rat lehnt den Antrag der ALG-Fraktion auf eine neue Bestimmung G 7.2 mit 49 zu 15 Stimmen ab.

Wegen der fortgeschrittenen Zeit unterbricht der Rat an dieser Stelle seine Beratungen

## 1076 Nächste Sitzung

Donnerstag, 28. Juni 2018 (Ganztagessitzung).

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

75. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 28. Juni 2018, Vormittag
Zeit: 8.30 – 12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
2.1. Motion von Rita Hofer und Vroni Straub-Müller betreffend Kostenübernahme der logopädischen Therapie bei Jugendlichen 16−20 Jahre
3. Kommissionsbestellungen
4. Wahlen:
4.1. Wahl der Landschreiberin oder des Landschreibers für die Amtsdauer 2019–2022:
4.1.1. Ablegung des Eids bzw. Gelöbnisses
4.2. Wahl der Ombudsperson und deren Stellvertretung für die Amtsdauer 2019–2022:
4.2.1. Ablegung des Eids bzw. Gelöbnisses
4.3. Wahl der Datenschutzbeauftragten oder des Datenschutzbeauftragten für die Amtsdauer 2019–2022
4.3.1. Ablegung des Eids bzw. Gelöbnisses
5. Geschäftsbericht 2017
6. Zwischenbericht zu den per Ende März 2018 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen
7. Geschäfte, die am 7. Juni 2018 nicht behandelt werden konnten:
7.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 16/3 (Kapitel Grundzüge der räumlichen Entwicklung, Siedlung, Landschaft, Verkehr)
7.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend kein Rassismus − auch nicht an der Fasnacht, einem wichtigen Kulturgut
7.3. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (PBG) − Teil 1: Neue Umsetzung des Raumplanungsgesetzes
8. Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzen der integrativen Förderung auf der Sekundarstufe I
9. Motion der SP-Fraktion betreffend Grundstückgewinnsteuer im Kanton Zug
10. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget − wie weiter?

11. Interpellation von Willi Vollenweider betreffend in die Irre führende Raum-, Verkehrs-, und Stadtplanung im Güterbahnhof-Areal der Stadt Zug: Sind die öffentlichen Interessen von Bevölkerung und Wirtschaft noch zu retten oder ist unsere Raumplanung Makulatur?
12. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Lohngleichheit für Frau und Mann im Kanton Zug: überprüfbare Fakten schaffen

## 1077 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung sind 73 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Philippe Camenisch, Zug; Adrian Andermatt (bis 9.30 Uhr), Zari Dzaferi und Andreas Hostettler, alle Baar; Anna Bieri, Hünenberg; Flavio Roos, Risch; Marcel Peter, Neuheim

## 1078 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Aklin ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

Der Gesundheitsdirektor ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Er hat eine Vorstandssitzung der Gesundheitsdirektorenkonferenz. Die Direktorin des Innern vertritt ihn.

Der Volkswirtschaftsdirektor ist am Vormittag abwesend. Er vertritt den Kanton Zug an einer Sitzung der Konferenz der Kantonsregierungen in Bern. Die Beratung unter anderem der Stellungnahme der Kantone zum NFA-Wirksamkeitsbericht gebietet seine dortige Präsenz.

Der Bildungsdirektor muss die Sitzung um 15.45 Uhr verlassen, um an der Maturafeier der Kantonsschule Zug teilzunehmen.

Der Finanzdirektor ist am Nachmittag abwesend, weil er als Präsident von «Minergie Schweiz» verabschiedet wird. Der Rat wird daher unmittelbar nach dem Geschäftsbericht die übrigen Geschäfte der Finanzdirektion, also die Traktanden 9, 10 und 12, behandeln.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

## 1079 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste mit der oben beschlossenen Änderung.

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

Das Traktandum folgt am Schluss der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 1088−1089).

TRAKTANDUM 3
**Kommissionsbestellungen**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Kommissionen zu bestellen oder Mutationen in Kommissionen zu genehmigen gibt.

TRAKTANDUM 4
**Wahlen:**

**1080** Traktandum 4.1: **Wahl der Landschreiberin oder des Landschreibers für die Amtsdauer 2019–2022**

Landschreiber Tobias Moser tritt für dieses Traktandum in den Ausstand und verlässt den Saal. Seinen Platz nimmt Renée Spillmann Siegwart, die stellvertretende Landschreiberin, ein.

Frau Landammann **Manuela Weichelt-Picard** teilt mit, dass der Regierungsrat beantragt, Landschreiber Tobias Moser für eine weitere Amtsdauer zum Landschreiber zu wählen. Tobias Moser wurde am 27. Januar 2011 erstmals in sein Amt gewählt und übt dieses seit dem 1. Oktober 2011 aus. In dieser Zeit hat er viel Sachverstand und Kompetenz bewiesen. Er handelt sehr engagiert, dies zur grossen Zufriedenheit sowohl des Regierungs- als auch des Kantonsrats. Er versteht sein Amt als Dienstleistung: Er dient und leistet. Das hat er bei seiner Vereidigung im Herbst 2011 selber gesagt, und das stellt er bis heute tatsächlich immer wieder unter Beweis, nicht zuletzt auch in Zusammenhang mit Grossprojekten wie der Verwaltungsreform. Der Regierungsrat dankt Tobias Moser für seinen Einsatz und empfiehlt dem Kantonsrat, ihn für eine weitere Amtsdauer von vier Jahren zum Landschreiber zu wählen.

Der **Vorsitzende** unterstützt im Namen des Kantonsrats den Antrag der Regierung. Mit Tobias Moser hat der Kanton Zug einen kompetenten Landschreiber mit der Fähigkeit, sich in den zwei Bereichen seines Amts, nämlich einerseits als Vertreter des Regierungsrats und andererseits als Vertreter und Unterstützer des Kantonsrats, problemlos und aktiv zu bewegen, ohne dass es zu Konflikten kommt. Der Vorsitzende freut sich, wenn der Rat Tobias Moser für eine weitere Amtsdauer zum Landschreiber wählt, und freut sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit ihm.

**Thomas Meierhans** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Antrag der Regierung ebenfalls unterstützt. Zur Arbeit von Tobias Moser gehört es, die Staatskanzlei im Griff zu haben und einen schlank organisierten Parlamentsdienst sicherzustellen. Das erfordert eine fachlich fundierte Dienstleistungsbereitschaft, viel Erfahrung und eine fast vierundzwanzigstündige Einsatzbereitschaft. Es gibt genügend Gründe, Tobias Moser für vier weitere Jahre zum Landschreiber zu wählen. Im Namen der CVP-Fraktion bittet der Votant, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

**Philip C. Brunner** möchte klarstellen, dass der Vorsitzende nicht im Namen des Kantonsrats den Antrag des Regierungsrats unterstützen kann. Der Vorsitzende kann das in seinem eigenen Namen oder möglicherweise im Namen des Büros tun. Der Votant hat überhaupt nichts gegen die Wahl von Tobias Moser und wird ihm auch seine Stimme geben, der Vorsitzende kann aber nicht im Namen des Kantonsrats eine Empfehlung abgeben.

Der **Vorsitzende** gibt zu, dass Philip C. Brunner vielleicht Recht hat, und entschuldigt sich für seine Aussage. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Kanton Zug einen tollen Landschreiber hat.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die SVP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen hat, wie sie das bei solchen Wahlen immer tut. Er schätzt Tobias Moser sehr und hält ihn für einen höchst kompetenten Landschreiber. Besonders schätzt er an ihm, dass er zwischen Politik und Juristerei zu trennen versteht. An dieser Schaltstelle sind die Versuchungen unermesslich, die Politik in die Juristerei einfliessen zu lassen, was Tobias Moser nach bestem Wissen und Gewissen nicht tut.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Wahl gemäss § 85 Abs. 1 GO KR schriftlich und geheim erfolgt.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie anschliessend wieder ein.

Nach der Auszählung der Wahlzettel teilt der **Vorsitzende** das Ergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 8 | 0 | 65 | 33 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Tobias Moser | 65 |

➔ Der Rat wählt Tobias Moser zum Landschreiber für die Amtsdauer 2019−2022.

Der wiedergewählte Landschreiber Tobias Moser betritt den Saal und erhält von der Ehrendame einen Blumenstrauss überreicht. Der Rat applaudiert.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem Landschreiber zu seiner Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seinem Amt. Er freut sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Landschreiber **Tobias Moser** dankt für die wohlwollenden Worte und für den Vertrauensbeweis. Sie sind für ihn eine Motivation, wieder vier Jahre für den Rat tätig zu sein. Er freut sich auf die Zusammenarbeit und bestätigt, dass er nach wie vor «im Saft» ist. *(Der Rat applaudiert.)*

**1081** Traktandum 4.1.1: **Ablegung des Eids bzw. Gelöbnisses**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 18 der Kantonsverfassung auch die Landschreiberin oder der Landschreiber zu Beginn jeder Amtsdauer entweder den Eid oder das Gelöbnis ablegen muss.

Der Rat erhebt sich. Die stellvertretende Landschreiberin spricht die Eidesformel. Landschreiber **Tobias Moser** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

An dieser Stelle nimmt der Landschreiber wieder seinen Platz ein. Der **Vorsitzende** dankt der stellvertretenden Landschreiberin für ihren Einsatz auch in der heutigen Sitzung und für ihre wertvolle Mitarbeit. *(Der Rat applaudiert.)*

**1082** Traktandum 4.2: **Wahl der Ombudsperson und deren Stellvertretung für die Amtsdauer 2019–2022**

Der **Vorsitzende** begrüsst die Bewerbenden. Er hält fest, dass die Verabschiedung der amtierenden Ombudsperson und ihres Stellvertreters an der Kantonsratssitzung vom 13. Dezember 2018 erfolgt.
Gemäss § 12 Abs. 1 Ombudsgesetz wählt der Kantonsrat die Ombudsperson und eine Stellvertretung auf eine Amtsdauer von vier Jahren. Die Wahl erfolgt mindestens sechs Monate vor Beginn der Amtsperiode. Da die Amtsdauer am 1. Januar 2019 beginnt, kommt der Kantonsrat mit der heutigen Wahl dieser gesetzlichen Vorgabe nach. Die Justizprüfungskommission stellt den Antrag, für die Amtsdauer 2019–2022 entweder Bernadette Zürcher, Jona, als Ombudsperson und Markus Vanza, Emmen, als Stellvertretung der Ombudsperson oder Jules Busslinger, Oberarth, als Ombudsperson und Catherine Hayoz, Neyruz, als Stellvertretung der Ombudsperson zu wählen.

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, dankt im Namen der JPK der abtretenden Ombudsperson Katharina Landolf schon heute für ihr sehr engagiertes Wirken im Kanton Zug und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.
Der Kommissionspräsident verweist auf den Bericht und Antrag der JPK. Die Stelle der Ombudsperson und ihrer Stellvertretung wurde im Februar auf mehreren Internetplattformen und in Printmedien ausgeschrieben. Die eingegangenen Dossiers wurden von der JPK in einer sehr intensiven Sitzung gesichtet und die einzelnen Bewerbungen mit Punkten bewertet. Die Allerbesten schafften es in die Vorstellungsgespräche, und die Allerbesten aus den Vorstellungsgesprächen werden nun dem Kantonsrat zur Wahl vorgelegt. Der JPK-Präsident wird die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten nicht mehr vorstellen; die Ratsmitglieder konnten ihre Lebensläufe lesen und sie in den Fraktionssitzungen auch persönlich kennenlernen. Aufgrund der vorgeschriebenen Geschlechterparität stellt die JPK − wie bereits gehört − den Antrag, für die Amtsdauer 2019–2022 entweder Bernadette Zürcher, Jona, als Ombudsperson und Markus Vanza, Emmen, als Stellvertretung der Ombudsperson oder Jules Busslinger, Oberarth, als Ombudsperson und Catherine Hayoz, Neyruz, als Stellvertretung der Ombudsperson zu wählen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Eintreten unbestritten ist. Gemäss § 85 Abs. 1 der Geschäftsordnung erfolgen die dem Kantonsrat zustehenden Wahlen schriftlich und geheim. Er verweist auf den Wahlantrag der Justizprüfungskommission und auf § 12 Abs. 2 des Ombudsgesetzes, wonach bei der Wahl der Ombudsperson und ihrer Stellvertretung die Geschlechterparität zu berücksichtigen ist. Der Rat muss bei der Wahl der Stellvertretung der Ombudsperson also beachten, dass diese nicht das gleiche Geschlecht wie die Ombudsperson hat.

Die Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie anschliessend wieder ein.

Nach der Auszählung der Wahlzettel teilt der **Vorsitzende** das Ergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 0 | 1 | 72 | 37 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Bernadette Zürcher | 50 |
| Markus Vanza | 46 |
| Jules Busslinger | 22 |
| Catherine Hayoz | 17 |

➔ Der Rat wählt Bernadette Zürcher zur Ombudsperson für die Amtsdauer 2019−2022.

➔ Der Rat wählt Markus Vanza zum Stellvertreter der Ombudsperson für die Amtsdauer 2019−2022.

Der **Vorsitzende** gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

Die neugewählte Ombudsperson **Bernadette Zürcher** dankt für das Vertrauen. Sie freut sich auf eine konstruktive Arbeit und auf viele gute, kreative Lösungen. *(Der Rat applaudiert.)*

**1083** Traktandum 4.2.1: **Ablegung des Eids bzw. Gelöbnisses**

Die Gewählten treten nach vorne, der Rat erhebt sich. Landschreiber Tobias Moser liest die Eidesformel. **Bernadette Zürcher** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»
Landschreiber Tobias Moser liest die Gelöbnisformel. **Markus Vanza** spricht: «Ich gelobe es.»

Der **Vorsitzende** wünscht den neu Gewählten nochmals viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

**1084** Traktandum 4.3: **Wahl der Datenschutzbeauftragten oder des Datenschutzbeauftragten für die Amtsdauer 2019–2022**

Der **Vorsitzende** begrüsst die Kandidierenden. Er hält fest, dass gemäss § 18 Abs. 2 Datenschutzgesetz der Kantonsrat die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten auf eine Amtsdauer von vier Jahren wählt. Die Wahl erfolgt mindestens sechs Monate vor Beginn der Amtsperiode. Da diese am 1. Januar 2019 beginnt, kommt der Kantonsrat mit der heutigen Wahl dieser gesetzlichen Vorgabe nach. Die Justizprüfungskommission stellt den Antrag, für die Amtsdauer 2019–2022 entweder Yvonne Jöhri, Herrliberg, als Datenschutzbeauftragte oder Philip Glass, Basel, als Datenschutzbeauftragten zu wählen.

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, teilt mit, dass das Vorgehen der JPK in Hinblick auf die Wahl der oder des Datenschutzbeauftragten exakt dasselbe war wie für die Wahl der Ombudsperson. Er dankt namens der JPK Claudia Mund für ihr kurzes, aber sehr engagiertes Wirken für den Kanton Zug und für ihre kompetente und professionelle Arbeit. Sie hat in dieser Zeit einiges bewegt.

Die stellvertretenden Stimmenzählenden teilen zusammen mit dem Weibeldienst die Wahlzettel aus und sammeln sie anschliessend wieder ein.

**Barbara Gysel** hat keine Frage zu den einzelnen Kandidierenden, sondern zu dem in der Vorlage erwähnten Mechanismus. Vor dem Antrag der JPK steht auf Seite 2 der Satz: «Die JPK hat beschlossen, für das Amt der Datenschutzbeauftragten anhand der konkreten Bewerbungen ein Pensum von 80 Prozent vorzuschlagen.» Die Votantin fragt sich, wie das Pensum definitiv festgelegt wird. Sie geht davon aus, dass der Kantonsrat das Pensum im Rahmen des Budgets beschliesst. Sie fragt sich aber, wie die JPK bereits etwas beschliessen kann, dies anhand der konkreten Bewerbungen. Die Stelle wurde offenbar mit 80 Prozent ausgeschrieben, was aber vor dem Vorliegen der Bewerbungen geschah. Die Votantin möchte von den zuständigen Personen also wissen, wie letztlich das konkrete Pensum definiert wird und warum beispielsweise nicht auch 100 Prozent möglich wären.

JPK-Präsident **Thomas Werner** hält fest, dass eine Erhöhung der Stellenprozente vielleicht tatsächlich möglich wäre. Das müsste aber im Rahmen der Budgetdebatte diskutiert werden. Die JPK hat beschlossen, die bisherigen Stellenprozente beizubehalten und deshalb eine 80-Prozent-Stelle auszuschreiben.

**Barbara Gysel** hält fest, dass dieser Beschluss offenbar also gefasst wurde, bevor die Bewerbungen vorlagen, nämlich schon in Hinblick auf die Ausschreibung der Stelle. Wenn man den Bericht der Datenschutzbeauftragten liest, kommt man nicht umhin zu denken, dass die Aufgaben sehr umfangreich sind und eine 100-Prozent-Stelle durchaus angemessen sein könnte. Die Votantin plädiert dafür, diese Frage bei der Budgetberatung nochmals aufzunehmen, und sie folgert aus dem bisher Gesagten, dass die Festlegung auf 80 Prozent nicht in der Kompetenz der JPK liegt, sondern von dieser so vorgeschlagen wird.

JPK-Präsident **Thomas Werner** bestätigt diese Aussage. Die JPK hat sich deshalb auch nicht das Recht herausgenommen, von sich aus 100 Prozent auszuschreiben. Das wäre nicht richtig gewesen. Die entsprechende Diskussion kann im Rahmen der Budgetdebatte geführt werden.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass gemäss § 18c Datenschutzgesetz die Datenschutzstelle ein eigenes Budget erstellt und dieses zuhanden des Kantonsrats an den Regierungsrat weiterleitet. Über allfällige abweichende Anträge beschliesst dann der Kantonsrat in der Budgetdebatte. Abweichende Anträge können vom Regierungsrat oder vonseiten des Kantonsrats gestellt werden.

Nach der Auszählung der Wahlzettel teilt der **Vorsitzende** das Ergebnis mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 9 | 0 | 64 | 33 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Yvonne Jöhri | 33 |
| Philip Glass | 30 |
| Stefan Thöni | 1 |

➔ Der Rat wählt Yvonne Jöhri zur Datenschutzbeauftragten für die Amtsdauer 2019−2022.

Der **Vorsitzende** gratuliert Yvonne Jöhri zur Wahl und wünscht ihr viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

Die neugewählte Datenschutzbeauftragte **Yvonne Jöhri** dankt für die Wahl und das Vertrauen, das der Rat in sie setzt. Sie freut sich auf eine gute Zusammenarbeit. *(Der Rat applaudiert.)*

**1085** Traktandum 4.3.1: **Ablegung des Eids oder des Gelöbnisses**

Die Gewählte tritt nach vorne, der Rat erhebt sich. Landschreiber Tobias Moser liest die Eidesformel. **Yvonne Jöhri** spricht stehend und mit erhobenen Schwurfingern: «Ich schwöre es.»

Der **Vorsitzende** wünscht der neu gewählten Datenschutzbeauftragten nochmals viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit. *(Der Rat applaudiert.)*

TRAKTANDUM 5

**1086 Geschäftsbericht 2017**

Vorlagen: 2866.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2866.2 - 15785 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, informiert, dass die erweiterte Staatswirtschaftskommission die Vorlage in ihrer Sitzung vom 6. Juni 2018 beraten hat. Sie dankt der Finanzdirektion für die Unterstützung der Kommission und allen Direktionen für die gute Zusammenarbeit im Rahmen der Visitationen, welche die Stawiko-Delegationen basierend auf dem Bericht und Antrag der Regierung sowie auf der durch die Finanzkontrolle geprüften Staatsrechnung durchführten. Ein grosses Dankeschön gilt auch den Mitgliedern der erweiterten Staatswirtschaftskommission.
Der Kanton Zug sieht Morgenröte am Horizont. Gegenüber dem durch das abgelehnte EP 2 modifizierten Budget 2017 wurde ein um rund 100 Millionen Franken besseres Resultat erzielt. Der Verlust pro 2017 beträgt 45,4 Millionen Franken. Das Diagramm auf Seite 2 des Stawiko-Berichts zeigt eindrücklich den Verlauf von Aufwand und Ertrag. Die Summe der Erträge nähert sich langsam wieder der Summe der Aufwände, was aus Sicht der Stawiko absolute Pflicht ist. Die Fiskalerträge inkl. Anteile an Bundessteuern sind um 75,1 Millionen Franken höher als budgetiert. Dies zeigt, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage − sprich Konjunktur − wesentlich verbessert hat. Gemäss Finanzdirektor handelt es sich dabei um nachhaltige

Steuererträge, die für die Zukunft optimistisch stimmen. Die Politik kann hierfür optimierte Rahmenbedingungen geschaffen werden, was es entsprechend auszunutzen gilt.
Auf der anderen Seite haben der Regierungsrat und die Verwaltung – auch wieder EP-2-bereinigt – 24,4 Millionen Franken weniger ausgegeben als budgetiert. Dazu kann man die Pauschalkürzung von 14,9 Millionen Franken addieren, welche der Kantonsrat beim Budget vorgenommen hat. Somit resultiert gegenüber dem ursprünglichen Kostenbudget eigentlich eine Reduktion von 39,3 Millionen Franken. Die Stawiko-Präsidentin anerkennt diese Leistung und dankt im Namen der erweiterten Stawiko allen Beteiligten. Frustrierend ist allerdings die Entwicklung beim NFA. Innerhalb von neun Jahren ist der Beitrag von 180,2 Millionen Franken auf sage und schreibe 341.3 Millionen Franken angestiegen. Und das ist wohl noch nicht das Ende. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Vorschläge der Arbeitsgruppe Marti und der Finanzdirektorenkonferenz in Bern gehört werden.
Die Bilanz des Kantons Zug ist auch nach den vielen defizitären Geschäftsjahren immer noch solide. Das Finanzvermögen beträgt per Ende 2017 rund 972 Millionen Franken. Durch geschickte Umschichtungen innerhalb der Gruppierungen der flüssigen Mittel, Forderungen und Finanzanlagen ist es der Finanzdirektion gelungen, happige Negativzinsen zu vermeiden, ja teilweise sogar noch Zinsgutschriften zu erwirken. Das Verwaltungsvermögen hat um 35,8 Millionen Franken zugenommen, was Ausdruck der hohen Investitionstätigkeit ist. Die Nettoinvestitionen betrugen satte 135,2 Millionen Franken. Zu Buche schlagen hier vor allem der Strassenbau mit der Tangente Zug/Baar und die Neubauten der Mittelschulen und des GIBZ. Nach drei Jahren mit negativen Selbstfinanzierungsgraden konnte dieses Jahr endlich wieder eine positive Kennzahl, nämlich 33,4 Prozent, erzielt werden. Das bedeutet, dass 33,4 Prozent der Investitionen des Jahres 2017 durch im Berichtsjahr erwirtschaftete liquide Mittel finanziert werden konnten. Die Eigenkapitalbasis von 756,4 Millionen Franken oder 50,8 Prozent der Bilanzsumme ist immer noch gut. Das Nettovermögen pro Einwohner beträgt zum Jahresende 1936 Franken.
Die Aufgabe der Stawiko besteht darin, in den finanziellen Belangen des Kantons die Oberaufsicht auszuüben. Die Stawiko schaut genau hin, hinterfragt vieles und übt konstruktive Kritik. Die Umsetzung der Pauschalkürzungen ist teilweise in den Direktionen nicht im Sinne der Stawiko umgesetzt worden. Bei der diesbezüglichen Rechenschaft sind u. a. nicht beeinflussbare Kosten erwähnt. Die Intention des Kantonsrats war wohl eher Sparen statt Reduktion von nicht beeinflussbaren Kosten; zu denken ist dabei an Personalkosten etc.
Im Stawiko-Bericht findet sich wiederum die Personalstellenübersicht per 31. Dezember 2017 mit Vergleichen bis 2013. Zu beachten ist, dass dies lediglich eine Momentaufnahme per Stichtag ist. Der Personalstellenstopp der Regierung hat sicherlich auch bewirkt, dass die budgetierten Werte grossmehrheitlich eingehalten werden konnten. Gesamthaft konnte der Personalaufwand um rund 4,2 Millionen Franken unterschritten werden, was eine Reduktion von 1,3 Prozent bedeutet. Wermutstropfen sind hier jedoch, dass die Aushilfen und Hilfskräfte und die Überzeitsaldi einmal mehr zu- statt abgenommen haben. Die Stawiko appelliert an die Regierung, die Überzeitsaldi nun endlich in den Griff zu bekommen. Diese stellen vielschichtige Risiken dar. Überbelastungen können zu Krankheiten und Unfällen führen, sie können aber auch dazu führen, dass nicht mehr effizient gearbeitet wird. Solche Mitarbeiter sind des Weiteren bei einer Kündigung sofort weg, so dass Knowhow-Transfer schwierig wird.
Befremdend ist zudem, dass die Finanzkontrolle nach wie vor Verstösse gegen die Kompetenzregelungen feststellen muss. Dies entnimmt die Stawiko den jeweiligen Revisionsberichten. Regeln sind da, um eingehalten zu werden. Die Stawiko fordert

die Regierung auf, auch diesen Aspekten wieder vermehrt ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Die Hierarchie muss eingehalten werden. Es geht nicht an, dass einzelne Amtsleiter sich darum scheren.
Die Stawiko bleibt dran. Dies lässt sich den Details ihres Berichts entnehmen. Sie hat in den vergangenen Jahren einzelne Schwachstellen lokalisiert, welche in der Kommission zu Dauerthemen geworden sind bzw. werden. Dazu gehört die IT-Strategie des Kantons. Die Stawiko wurde an ihrer Sitzung vom Finanzdirektor aus erster Hand informiert. Diesen Monat findet die zweite und abschliessende Lesung der IT-Governance im Regierungsrat statt. Deren Umsetzung soll bis 2022 dauern und hat zum Ziel, 15 Prozent der Kosten des Budgets 2018 einzusparen. Vielleicht kann der Finanzdirektor in seinem Votum dazu noch einige Informationen geben.
Ein absolut wichtiges Thema ist das Sozialamt und vor allem das Asylwesen. Wie man dem Bericht der Stawiko entnehmen kann, wurden die Budgetzahlen in Bezug auf die Personen im Asyl- und Flüchtlingsbereich nicht erreicht. Das ist positiv. Aber alle wissen, dass die Entwicklungen in diesem Bereich sich von Woche zu Woche verändern können, ganz in Abhängigkeit von der europäischen Politik. Die Stawiko erwartet hier vom Gesamtregierungsrat einen strategischen Richtungsentscheid, wie mit der Aufrechterhaltung der Ressourcen umzugehen ist. Weisungen von Bern sind nach Ansicht der Stawiko nicht bindend. Des Weiteren sind die Folgekosten für den Kanton erheblich. In den ersten fünf Jahren übernimmt der Bund die Sozialkosten der anerkannten Flüchtlinge, sieben Jahre dauern die Zahlungen für die vorläufig Aufgenommenen. Danach trägt der Kanton die Kosten. Deshalb sind für diese Personen Integrationsmassnahmen und -programme eminent wichtig, damit sie sich eines Tages selbst unterhalten können. Das Sozialamt führt solche Integrationsprogramme durch, und die Stawiko erwartet diesbezüglich eine Qualitätskontrolle. Das initiierte Projekt «Qualitätssicherung und Grundlagen» bleibt bei der Stawiko auf dem Radar. Spätestens in der Budgetsitzung 2019 ist ihr darüber im Detail Bericht zu erstatten.
In Bezug auf die Kompetenzüberschreitungen beim Amt für gemeindliche Schulen und beim Amt für Berufsbildung erwarten die zuständigen Delegationen zuhanden der Budgetsitzung 2019 Informationen über die eingeleiteten Massnahmen. Und zu guter Letzt hat die erweiterte Stawiko entschieden, die Entwicklung der Immobilienstrategie laufend zu verfolgen.
Wie die Stawiko-Präsidentin erläutert hat, ist man auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ziel. Den Spar- und Verzichtsauftrag gilt es weiterzuführen, um die Restposten des strukturellen Defizits zu eliminieren. Bei «Finanzen 2019» wird der Rat voraussichtlich in der Augustsitzung Gelegenheit haben, über weitere Massnahmen und Details zu diskutieren. Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission beantragt die Votantin, den Anträgen 1 bis 5 der Regierung auf Seite 5 im Geschäftsbericht 2017 zuzustimmen.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Er dankt als Erstes der Verwaltung, den Lehrerinnen und Lehrern und dem Regierungsrat für die geleistete gute Arbeit im vergangenen Jahr. Mit einem Minus von rund 45 Millionen Franken ist das Defizit in der Staatsrechnung 2017 erfreulich tief ausgefallen. «Erfreulich» bezieht sich aber nur auf den Vergleich mit dem budgetierten Minus von 117 Millionen Franken und auf das Defizit von 92 Millionen Franken im Jahre 2016. Ein Defizit in der Staatsrechnung ist so oder so nicht schön.
Die Sparanstrengungen der Regierung und der Verwaltung zahlten sich aus. Es gab ein effektiv um rund 100 Millionen Franken besseres Ergebnis als budgetiert. Einen Teil davon, nämlich rund 28 Millionen Franken, machte das vom Souverän abgelehnte zweite Paket des Entlastungsprogramms 2015−2018 aus. Auch die

vom Kantonsrat beschlossene Pauschalkürzung von 14,9 Millionen Franken wurde vom Regierungsrat − so sieht es mindestens von aussen betrachtet aus − relativ locker umgesetzt. Auch wenn die SP-Fraktion in früheren Jahren jeweils gegen Pauschalkürzungen antrat: Die Pauschalkürzung von 15 Millionen Franken wirkte sich sehr positiv auf die Jahresrechnung 2017 aus. Der Kritik der Stawiko, dass die Pauschalkürzung zum Teil in Bereichen umgesetzt wurde, die nicht auf einem Effort zur Aufwandreduktion beruhen, sondern eher zufällig im Geschäftsjahr 2017 anfielen, schliesst sich der Votant an.
Die Beträge an den NFA sind wiederum gestiegen. Wenn man von der Kritik bezüglich unkorrekter Berechnungsmethode absieht, muss man sagen: Je höher die NFA-Beiträge sind, umso besser geht es eigentlich dem Kanton Zug − auch wenn die NFA-Berechnungsmethode eine Vergangenheitsbetrachtung ist. Der Kanton Zug könnte sein Ressourcenpotenzial könnte ausschöpfen.
Auf der anderen Seite resultierten 2017 rund 35 Millionen Franken höhere Steuererträge als budgetiert. Grund dafür ist sicher die Konjunktur, die sich gut erholt hat, sowie das hohe, weiterhin anhaltende Wachstum im Kanton Zug. Die SP-Fraktion hofft einfach, dass diese massiv hohen zusätzlichen Steuereinnahmen nachhaltig sind und nicht auf einmaligen Effekten beruhen, also 2018 schon wieder verpuffen.
Eine grundsätzliche Kritik: Das Defizit 2017 hätte um einiges tiefer ausfallen können, wenn der Kantonsrat die unter anderem von der SP-Fraktion sowie in einem flammendem Votum auch von Heini Schmid geforderte, sehr moderate Steuerfusserhöhung von 3 Prozent für das Budget 2017 genehmigt hätte. Wie der Votant im Kantonsrat schon mehrmals kundgetan hat, kann und darf es nicht sein, dass der Staatshaushalt einseitig hauptsächlich über eine Reduktion der Ausgaben saniert wird und man dabei vorsätzlich die Steuereinnahmen vergisst. Schliesslich wurden über die letzten rund fünfzehn Jahre einige zum Teil sehr grosse Steuersenkungen vorgenommen. Aber wenigstens soll dies − das ist mindestens der Antrag des Regierungsrats − mit dem Projekt «Finanzen 2019» für eine gewisse Zeit moderat korrigiert werden. Ob es wirklich so sein wird, wird sich im August in der Debatte zu «Finanzen 2019» zeigen.
Die Sanierung des Staatshaushalts befindet sich nun langsam auf der Zielgeraden. Vieles wurde getan, aber schlussendlich bleibt noch immer ein − wenn auch nicht mehr so grosses − strukturelles Defizit übrig. Mit dem Projekt «Finanzen 2019» soll auch dieser Rest noch angegangen und bereinigt werden. Die SP hofft, dass ab dem Jahr 2020/21 dann wieder «courant normal» herrscht und der Kantonsrat nicht mehr prioritär über Entlastungsprogramme und ähnliches debattieren muss.
Der Votant persönlich bedauert es nach wie vor, dass im Rahmen von «Pragma» und der Globalbudgets kein ausführlicher Geschäftsbericht in Form eines Buchs mehr erstellt wird. Die SP-Fraktion wird sich deshalb erlauben, in der folgenden Beratung einige Fragen zum Jahr 2017 zu stellen. Sie wird die verschiedenen Anträge des Regierungsrats zum Geschäftsbericht 2016 unterstützen.

**Andreas Hausheer** spricht für die CVP-Fraktion. Diese nimmt zur Kenntnis, dass die Jahresrechnung 2017 je nach Leseart um knapp 72 Millionen oder knapp 100 Millionen Franken besser abgeschlossen hat als budgetiert. Es wäre aber nicht das richtige Signal, die finanzielle Situation des Kantons Zug jetzt durch die zu rosarote Brille zu betrachten. Denn trotz eines gegenüber dem Budget besseren Abschluss bleibt ein Verlust von über 45 Millionen Franken.
Wenn man die Abweichungen vom Budget etwas genauer analysiert, fällt auf, dass die positive Abweichung vor allem auf gegenüber dem Budget höhere Steuereinnahmen zurückzuführen ist. Die Aufwandseite hat einen deutlich kleineren Anteil an der positiven Budgetabweichung. Innerhalb der Steuereinnahmen fällt auf, dass

bei den Kantonssteuern der juristischen Personen die Budgetüberschreitung von 16 Millionen Franken auf neue und offenbar nicht vorhersehbare Steuermehrerträge einer einzigen juristischen Person zurückzuführen ist. Eine einzige juristische Person ist mit rund 27 Millionen Franken auch massgeblichst verantwortlich für die Budgetüberschreitung beim Kantonsanteil an den direkten Bundessteuern. 16 plus 27 Millionen machen 43 Millionen Franken, die von einer einzigen juristischen Person stammen, gemäss den Ausführungen im Geschäftsbericht und im Stawiko-Bericht aber nicht oder nur zu einem geringeren Masse nachhaltig sind. Bei den Steuern fällt auch auf, dass beim Verrechnungssteueranteil rund 6,7 Millionen Franken als Sondereffekt zu betrachten sind, dies auch gemäss den Ausführungen des Regierungsrats im Geschäftsbericht. Man ist damit auf der Steuerseite bei insgesamt rund 50 Millionen Franken Sondereffekten, die dazu beigetragen haben, dass die Rechnung − je nach Lesart − mit 72 oder 100 Millionen Franken weniger Verlust als budgetiert abschliesst. Je nachdem sind somit die Hälfte oder drei Viertel des weniger schlechten Ergebnisses auf positive Sondereffekte zurückzuführen. Eine wirklich positive Entwicklung sieht sicher nicht so aus.

Dass es zu früh für eine Entwarnung ist, zeigen auch die neuesten Mitteilungen von der NFA-Front: Wie man vernehmen musste, steigt die Zahlung nach Bern nächstes Jahr um 16,7 Millionen auf 329,5 Millionen Franken. Alleine für 2019 ergibt das gegenüber dem Finanzplan, wie er im Budget 2018 gezeigt wurde, einen Mehraufwand von 15,7 Millionen Franken. Und der Finanzdirektor hat in der «Zuger Zeitung» verlauten lassen, dass auch für die Jahre nach 2019 mit massiv steigenden Zahlen zu rechnen ist. Wenn man von im Schnitt um 20 Millionen Franken pro Jahr steigenden Zahlen ausgeht, hat man 2020 eine Planjahrabweichung von 34 Millionen und 2021 eine solche von 44 Millionen Franken. Über die drei im Budget 2018 aufgezeigten Planjahre 2019−2021 ergibt das allein beim NFA eine Mehrbelastung von rund 94 Millionen Franken gegenüber den Planjahren. Auch der Kompromissvorschlag bezüglich NFA ändert im Grossen für die Jahre 2019−2021 nichts daran. Im Budget 2018 ging der Regierungsrat für die Planjahre 2020 und 2021 noch davon aus, dass Gewinne erzielt würden. Wie realistisch diese Annahmen jetzt noch sind, wird man in wenigen Monaten wissen: Der Votant ist gespannt, wie die Planjahre im Budget 2019 daherkommen. Für die nahe Zukunft dürfte es aber aufgrund der heute öffentlich verfügbaren Informationen kaum allzu rosig aussehen, «Finanzen 2019» hin oder her.

Bei «Finanzen 2019« beantragt der Regierungsrat bekanntlich eine Steuerfusserhöhung für 2020 und 2021. Im Jahr 2021 greift aber bereits erstmals die Schuldenbremse. Da wäre es doch sinnvoller, wenn der Regierungsrat schon ein Jahr früher, also für 2019, eine Steuerfussanpassung beantragen würde, wenn die Situation denn wirklich so ernst ist, wie sie aktuell unter Berücksichtigung des vorher Gesagten zu sein scheint. Der Regierungsrat wollte die befristete Steuerfusserhöhung für 2020 und 2021 im Rahmen von «Finanzen 2019» beantragen, weil er einen budgetlosen Zustand für das Jahr 2019 wegen eines allfälligen Referendums gegen eine Steuerfusserhöhung verhindern wollte. Wie man nun aber von ausserhalb der kantonalen Verwaltung vernehmen kann, ist der Regierungsrat daran, diese Haltung zu überdenken. Offenbar soll dem Kanton nun auch für den Fall eines Referendums gegen eine Budgetsteuerfusserhöhung kein budgetloser Zustand drohen. Der Votant erwartet vom Regierungsrat, dass er mit dem Budget 2019 dem Kantonsrat klar und deutlich aufzeigt, ob es nun wirklich so schlecht um die Finanzen steht, dass eine Steuerfussanpassung nötig ist. Wenn er im Budget 2019 keine Steuerfussanpassung vorschlägt, kann man das im Umkehrschluss so interpretieren, dass es halt doch nicht so schlimm ist. Der Finanzdirektor wird ja auch nicht müde zu betonen, dass er überzeugt ist, dass die Steuerfussanpassung

einem Referendum standhalten würde. Nun, dann soll der Regierungsrat den Schritt tun und den Mut haben, schon im Budget 2019 auf den Tisch zu legen, wie es wirklich um die Zuger Finanzen steht. Sonst ist es dann halt doch nicht so schlimm, wie man da und dort hört.
Noch kurz zu den Pauschalkürzungen: Als Delegationsmitglied für die Finanzdirektion hat den Votanten halt schon das Gefühl beschlichen, dass der Regierungsrat die Pauschalkürzung nicht immer in dem Sinne umgesetzt hat, wie es der Intention des Kantonsrats entsprochen hätte. Die ersten 5 Millionen Franken wurden ganz zu Beginn des neuen Jahrs auf die Direktionen verteilt. Da konnte man noch davon ausgehen, dass wirklich aktiv gespart werde. Die restlichen 10 Millionen Franken wurden später dann auch verteilt, die Rapportierung erfolgt aber erst Anfang 2018. Rein formell hat der Regierungsrat sicher korrekt gehandelt, aber eine nicht durchgeführte Volksabstimmung, eine Änderung in der Praxis der Haltestellenverrechnung mit Bundesbern oder der Umweg über den Lotteriefonds haben nun wahrlich nichts mit aktivem Sparen zu tun, sondern sind entweder rein extern beeinflusst oder einfach ein Verschieben vom einen ins andere Kässeli.
Der Votant zieht das folgende Fazit in fünf Punkten:
• Die Rechnung schliesst besser ab als budgetiert, aber noch immer mit einem Verlust.
• Ein schöner Teil des weniger negativen Ergebnisses − rund 50 Millionen Franken − ist wegen Sonderfaktoren entstanden, die − wie es der Name sagt − wenig bis gar nicht nachhaltig sind.
• Die Zukunft scheint heute aufgrund der verfügbaren Informationen weniger rosig zu sein als auch schon angenommen.
• Wenn dieser Eindruck nicht täuscht, erwartet der Votant vom Regierungsrat, dass er schon im Budget 2019 eine Steuerfussanpassung beantragt, nachdem dem Kanton offenbar auch dann kein budgetloser Zustand droht, wenn das Referendum ergriffen würde.
• Wenn der Regierungsrat im Budget 2019 keine Steuerfussanpassung beantragt, versteht der Votant das dahingehend, dass die Situation offenbar doch nicht so schlimm ist. Man könnte sich dann aber ganz allgemein wieder fragen, ob die im Rahmen von «Finanzen 2019» vom Regierungsrat beantrage befristete Steuerfussanpassung wirklich nötig ist.
Die CVP-Fraktion stimmt den fünf Anträgen des Regierungsrats auf Seite 5 des Geschäftsberichts zu.

**Philip C. Brunner** spricht so kurz, wie es ihm möglich ist *(der Rat lacht)* − und er spricht über den Geschäftsbericht 2017, nicht über das Budget 2019. Er dankt im Namen der SVP-Fraktion der Regierung, insbesondere dem Finanzdirektor, für die gute Arbeit im letzten Jahr. Die SVP wird allen fünf Anträgen der Regierung zustimmen. Der Votant dankt auch der Präsidentin der Stawiko für ihre Ausführungen und ihren Bericht und Antrag, der die Schwerpunkte und Dauerbaustellen − Stichwort Asylwesen − klar beleuchtet. Er dankt auch der Finanzkontrolle, die eine wichtige Rolle spielt und die Stawiko in ihrer Arbeit unterstützt.
Der Votant möchte einen weiteren Aspekt in die Debatte einbringen. Wie die Tabelle im Bericht der Stawiko zeigt, sind die Erträge ab 2013 regelrecht weggebrochen. Man sieht in der Tabelle auch, dass eine einige Zeit gedauert hat, die Ausgaben zu stabilisieren. Leider ist dann das überladene EP 2 vor dem Volk im November 2016 an der Urne abgestürzt, was die Entwicklung weiter verzögert hat. Das muss man mit «Finanzen 2019» besser machen.
Die Rechnung des Jahres 2017 weist − wie gehört − bedauerlicherweise noch immer ein Defizit von 45,4 Millionen Franken aus. Die Verbesserung von knapp

100 Millionen Franken gegenüber dem Budget ist aber ein eindrücklicher Beweis, dass sich die Dinge zumindest nicht verschlechtern − die Stawiko-Präsidentin hat von «Morgenröte» gesprochen. Allerdings muss man noch etwas auf die Zähne beissen, was insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons gilt. Hier im Kantonsrat kann man zwar palavern, umsetzen müssen es aber die kantonalen Mitarbeitenden, denen der Votant auch an dieser Stelle herzlich dankt. Ein Dank gebührt auch den Steuerzahlern, den natürlichen und juristischen Personen, welche die Erträge auf 1,419 Milliarden Franken gesteigert haben, 75 Millionen Franken mehr als budgetiert. Und das kommt nicht von alleine, sondern muss hart erarbeitet werden.
Die Kostensituation ist im Moment stabil, was auch eine Leistung der Regierung ist. Der Votant hat vor einiger Zeit erstmals an einer Sitzung der erweiterten Stawiko teilgenommen, und er war beeindruckt von den Unterlagen und Detailzahlen, die da zur Verfügung gestellt wurden. Und fünfzehn Ratsmitglieder sind als Mitglieder der Stawiko doch recht nahe an diesen Zahlen. Der Votant hat die Regierung in den letzten Jahren oft kritisiert, heute aber muss er ihr ein grosses Kompliment machen. Das Kompliment gilt vor allem Finanzdirektor Heinz Tännler für seine unermüdliche Arbeit zur Verbesserung der früher etwas desolaten finanziellen Situation. Es istine eigentliche Sisyphusarbeit − wobei Sisyphusarbeit bekanntlich ein geflügeltes Wort für eine schwere, aber ertraglose Tätigkeit ohne absehbares Ende ist. Denn kaum hat man im Kanton Zug einen kleinen Erfolg zu verzeichnen, kommen wieder niederschmetternde Nachrichten aus NFA-Bern, welche weitere Millionen abfliessen lassen. Für gewisse Kantons ist es offenbar eine Selbstverständlichkeit, dass die sieben Geber sich den Buckel abarbeiten, um diese Zahlungen tätig zu können bzw. wie der Kanton Zug ein Sparprogramm nach dem andern ausarbeiten müssen. Der Votant hofft deshalb sehr, dass der von den Finanzdirektoren ausgearbeitete Kompromiss, der für Zug zumindest eine gewisse Entlastung bringen wird, Erfolg haben wird. Für alle weiteren Projekte, die Heinz Tännler im Moment stemmt − «Finanzen 2019», Kantonalbankgesetz, Dauerbaustelle IT und AIO, Steuervorlage 17 − wünscht der Votant dem Finanzdirektor viel Erfolg. Er schliesst auch die Gesamtregierung in seinen Dank ein. Er wünscht sich einen erfolgreichen Kanton Zug, der durch die aktuellen wirtschaftlichen Turbulenzen − USA/China, Boykotte, welche die Weltwirtschaft belasten − nicht den Schwung verliert und schon bald wieder erfreuliche, ausgeglichene Jahresrechnungen und Budgets präsentieren kann.

**Beat Unternährer** dankt als Sprecher der FDP-Fraktion dem Regierungsrat und der Stawiko für den Geschäftsbericht bzw. den Bericht dazu. Die Berichterstattung ist ziemlich umfassend, weshalb der Votant nur gezielt auf einige Aspekte der Finanzen und der Führung eingehen will.
Es ist erfreulich, dass die bisher eingeleiteten Sparpakete greifen und ein gegenüber dem Budget um 71,6 Millionen Franken besseres Ergebnis erzielt werden konnte. Dank der guten Konjunktur lagen die Fiskalerträge sowie die Kantonsanteile an den Bundessteuern 75,1 Millionen Franken über Budget. Bei den natürlichen Personen konnten Steigerungen durch das Bevölkerungswachstum, die gute Wirtschaftslage sowie neu zugezogene gute Steuerzahler erzielt werden. Es zeigt sich einmal mehr, wie wichtig es ist, durch eine attraktive Steuerpolitik gute Steuerzahler im Kanton Zug halten zu können und neue hinzuzugewinnen. Dasselbe gilt für juristische Personen, wo 2017 nicht vorhersehbare Mehrerträge über die Runden halfen. Es ist aber nicht so, dass das gegenüber dem Budget bessere Ergebnis nur dank mehr Steuereinnahmen erzielt werden konnte. Beim Gesamtaufwand wurde das Budget lediglich um 3,5 Millionen Franken überschritten, obwohl ein Teil der

vom Volk abgelehnten Massnahmen des EP 2 und die vom Kantonsrat beschlossene Pauschalkürzung um 14,9 Millionen Franken im Budget bereits berücksichtigt waren. Der Personalaufwand ist um 4,2 Millionen Franken tiefer als budgetiert, und der Sachaufwand konnte um 6,7 Millionen Franken unterschritten werden. Das zeigt, dass es die Regierung mit dem Sparen nach wie vor sehr ernst meint. Erfreulich ist, dass alle Direktionen die Sparbemühungen mittragen. Ein Tolggen im Reinheft der Rechnung sind die wiederum angestiegenen Zeit- und Ferienguthaben. Hier braucht es in Zukunft eine besondere Führungsleistung, um diese abzubauen.
Die Zwischenerfolge in der Rechnung 2017 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kanton Zug nach wie vor mit einem beträchtlichen strukturellen Defizit konfrontiert ist. Dieses kann nur beseitigt werden, wenn die wesentlichen Massnahmen von «Finanzen 2019» in geeigneter Form umgesetzt werden, dies insbesondere wegen der äusserst bitteren Pille eines wiederum ansteigenden NFA. Der NFA ist ein «Jahrhundertwerk» einer nicht adäquaten Umverteilung.
Um die Finanzen des Kantons wieder nachhaltig ins Lot zu bringen, ist enorme Ausdauer gefragt. In diesem Sinn dankt die FDP der Regierung für die nicht nachlassenden Anstrengungen. Insbesondere dankt die FDP der Finanzdirektion, welche die Entlastungsprojekte sehr eng führt. Die FDP-Fraktion wird sämtlichen fünf Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen und den Geschäftsbericht genehmigen.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG-Fraktion. Bereits zur Jahresrechnung 2016 des Kantons Zug konnte festgehalten werden, dass mit fast 80 Millionen Franken tieferem Aufwandüberschuss als budgetiert abgeschlossen werden konnte. Auch der Abschluss 2017 weist nun ein um rund 72 Millionen Franken besseres Ergebnis aus als budgetiert. Wie heute bereits mehrfach gehört, beträgt das Defizit noch rund 45 Millionen Franken. Das ist eine wesentliche Verbesserung und zeigt, dass Schwarzmalerei im Bereich der Kantonsfinanzen weiterhin fehl am Platz ist. Rechnet man den Effekt des abgelehnten Sparpakets noch ein, so beträgt die Unterschreitung gegenüber dem Budget effektiv fast 100 Millionen Franken.
Es zeigt sich für die ALG-Fraktion jedoch, dass die im Rahmen von «Finanzen 2019» ursprünglich aufgegleiste unbefristete und moderate Steuerfusserhöhung nach wie vor richtig wäre. Mit einer solchen Anpassung des gesetzlichen Steuerfusses für die Kantonssteuer von 82 auf 86 Prozent kann der Kanton pro Jahr 32 Millionen Franken mehr einnehmen, dies ohne schmerzhafte Ausschläge in den einzelnen Steuerrechnungen, aber mit einem wesentlichen Beitrag an die langfristige Gesundung der Kantonsfinanzen, unter Berücksichtigung von Einnahmen wie Ausgaben.
Die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht haben bei der ALG wenig nahrhafte Diskussionen ausgelöst. Zum wiederholten Male konnte man von guter Disziplin bei den Aufwänden lesen, was zeigt, dass die Verwaltung grösstenteils verantwortungsbewusst mit den finanziellen Mitteln umgeht. Ebenfalls zur Kenntnis nehmen sollte man die nach wie vor sehr solide Bilanzstruktur. Finanzvermögen und Eigenkapital sind weitab von besorgniserregenden Zuständen. Diese Zahlen zeigen, dass der Kanton nach wie vor sehr solide dasteht. Auch die teils eher unschönen Ausschläge in Detailfragen, welche insbesondere von der Finanzkontrolle moniert und in der Stawiko teils heftig diskutiert wurden, führen bei der ALG am Schluss nicht dazu, den Geschäftsbericht 2017 und die Jahresrechnungen nicht zu genehmigen. Die ALG erwartet aber, dass solche Punkte zeitnah angegangen werden und in einem kommenden Stawiko-Bericht von Verbesserungen in diesen Bereichen berichtet werden kann. Fazit: Die ALG-Fraktion wird den Anträgen des Regierungsrats folgen.

**Daniel Stadlin** dankt im Namen der GLP dem Regierungsrat und der kantonalen Verwaltung für den umfassenden Geschäftsbericht. 1,5 Prozent mehr Ausgaben und 5 Prozent mehr Einnahmen als 2016. Anstatt wie budgetiert 117 Millionen «nur» 45,4 Millionen Franken Minus. Die GLP ist über den insgesamt verbesserten Jahresabschluss sehr erfreut. Besonders freuen sie der höhere Fiskalertrag und das mit 756,4 Millionen Franken nach wie vor hohe Eigenkapital. Ihr ist aber auch bewusst, dass hier erfreuliche Einmaleffekte etwas nachgeholfen haben. Gleichwohl: Der Regierungsrat legt mit der Rechnung 2017 ein insgesamt gutes Jahresergebnis vor, welches den von ihm vorgegebenen Weg zur Stabilisierung des Staatshaushalts beharrlich fortsetzt. Deshalb geht die GLP auch davon aus, dass Regierung und Verwaltung ihre finanzielle Verantwortung den Steuerzahlenden gegenüber verstärkt wahrnehmen. Allerdings muss der Kanton aufpassen, dass die effizientere Nutzung der Staatsfinanzen letztlich nicht zu einer erhöhten Nutzung derselben führt, anstatt sie weiterhin zu senken. Denn trotz der besseren Zahlen hat der Kanton Zug einen unausgeglichenen Staatshaushalt, und dies wird sich voraussichtlich nicht so schnell ändern. Auch wenn «Finanzen 2019» im Sinn des Regierungsrats umgesetzt werden sollte, ist davon auszugehen, dass die zunehmende Unberechenbarkeit der internationalen Politik und die systembedingte Monströsität des NFA den Finanzhaushalt des Kantons weiterhin negativ prägen werden.
Seit 2012, also seit Einführung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget, ist der Geschäftsbericht immer gleich aufgebaut. Das ist methodisch sicher richtig und erlaubt auch einen Vergleich der Kenndaten in der zeitlichen Abfolge. Gleichwohl frage sich der Votant, ob man bei der «Institutionellen Gliederung» mit den tabellarisch aufbereiteten Zielsetzungen und Erfolgskontrollen richtig unterwegs sei. Für 2017 sind insgesamt 849 Zielsetzungen und Zielgrössen aufgeführt. Dabei fällt auf, dass nicht wenige davon interne, eingespielte Verwaltungstätigkeiten von untergeordneter Bedeutung sind. Auch gibt es solche, die seit dem ersten Geschäftsbericht, also bereits zum sechsten Mal in Folge, Wort für Wort aufgeführt sind und zudem die Zielgrössen von Beginn weg auch immer zu 100 Prozent erfüllt haben. Sechs Jahre gleiches Ziel, sechs Mal Ziel erreicht: Machen solche Zielsetzungen wirklich Sinn? Wohl eher nicht. Jedenfalls zeigt dies, dass nicht alle Leistungs- und Wirkungsinformationen die nötige Relevanz haben oder auf dem neuesten Stand sind. Es ist zu hoffen, dass der ab dem Budget 2019 bei jeder Leistungsgruppe anzugebende finanzielle und prozentuale Anteil am Globalbudget hier eine gewisse Bereinigung in Gang setzt. Allerdings fragt es sich, ob es nicht grundsätzlich besser wäre, bei den Detailinformationen konsequent zwischen übergeordneten zentralen Staatsaufgaben und allgemeinen Verwaltungstätigkeiten zu unterscheiden und die Zuordnung der Daten anhand einer strukturierten Informationshierarchie abzubilden. Denn wie jetzt alles über einen Leist zu schlagen, wird der vielfältigen Staatstätigkeit nicht wirklich gerecht.
Abschliessend noch etwas Grundsätzliches: Bis zur Einführung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget konnte der Kantonsrat im Rahmen seiner verfassungsmässigen Budgetkompetenz operativ auf die Betriebsebene innerhalb der Verwaltung Einfluss nehmen. Mit der heutigen Ressourcensteuerung mit Globalbudget verzichtet er auf diese finanzielle Einzelsteuerung. Das bedeutet aber auch, dass die Kontrolle des Staatshaushalts für das Parlament schwieriger geworden ist. Die Einflussnahme auf Regierung und Verwaltung ist jedenfalls kleiner geworden. Dem Votanten ist bewusst, dass dies so gewollt ist. Eine Rückkehr zum alten System ist auch für ihn keine Option. Allerdings wird er das Gefühl nicht los, dass der Geschäftsbericht den von ihm zu erwartenden Anspruch, die Verwaltungstätigkeit möglichst adäquat abzubilden, wie schon in den letzten Jahren nicht ganz einzulösen vermag und der Kantonsrat so die von ihm verlangte

Kontrollfunktion nicht wirklich wahrnehmen kann, ausser man verfügt über zusätzliche Informationen, wie dies die Staatswirtschaftskommission tut. Als zentrales Steuerungsinstrument für die Staatstätigkeit und den Staatshaushalt muss der Geschäftsbericht − so findet der Votant − diese Kontrolle jedoch grundsätzlich alleine ermöglichen.
Die GLP ist für Eintreten und wird den Anträgen des Regierungsrats zustimmen.

**Manuel Brandenberg** nimmt Bezug auf die Aussage von verschiedenen Votanten, dass über eine Steuererhöhung immerhin nachgedacht werde. Er möchte zu Protokoll geben, dass − vielleicht in Analogie zur Theologie, wo die Fundamentaltheologie die Grundlage der Dogmatik bildet − für ihn selbst und auch für das SVP-Parteiprogramm eine Steuererhöhung fundamentalpolitisch wie auch dogmatisch-politisch nicht denkbar ist.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der erweiterten Staatswirtschaftskommission und deren Präsidentin für die wie immer sehr fruchtbare und konstruktiv-kritische Zusammenarbeit. Er dankt auch dem Parlament, dem Gesamtregierungsrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung.
Die Finanzlage des Kantons ist allen bekannt, ebenso bekannt sind die Sparbemühungen des Regierungsrats und des Parlaments. Es wurde mehrmals das letzte Paket im strukturierten Sparprozess, nämlich «Finanzen 2019», angesprochen, das noch in dieser Legislatur diskutiert werden wird. Auf das Thema Steuererhöhung will der Finanzdirektor nicht näher eingehen, er hält aber fest, dass es das Paket «Finanzen 2019» auch mit Blick auf die Planjahre bis 2022 dringend braucht. Ob es eine Steuerfusserhöhung bzw. einen entsprechenden Antrag des Regierungsrats für 2019 braucht, wird der Regierungsrat in Hinblick auf die Budgetdebatte noch diskutieren müssen. Im Moment kann der Finanzdirektor dazu keine Ausführungen machen. «Finanzen 2019» wird aufgrund der Situation aber auf jeden Fall notwendig sein.
Bezüglich NFA hält der Finanzdirektor fest, dass zwischen Kompromiss und Nichtkompromiss immerhin eine Differenz von etwa 60 Millionen Franken liegt. Die systemischen Mängel des Konstrukts NFA sind bekannt, und der Kompromiss ist dringend notwendig. Allerdings gibt es schlechte Zeichen aus Bern, der Himmel verdunkelt sich nach und nach. Der Ständerat ist plötzlich nicht mehr ganz sicher, ob er den NFA-Kompromiss tatsächlich gutheissen will − einerseits weil er ihn vielleicht nicht gut findet, andererseits aber weil das Wahljahr für die eidgenössischen Räte bevorsteht. Und da haben gewisse Parlamentarier, vor allem diejenigen aus den Nehmerkantonen, Beisshemmungen und schauen für sich und ihre Wiederwahl statt für eine Schweiz, in der aus finanzpolitischer Sicht Solidarität herrschen sollte. Die Steuervorlage 17 spielt dabei auch eine Rolle. Ob die ständerätliche Lösung wirklich das Gelbe vom Ei ist, wird man noch sehen. Auf jeden Fall braucht der Kanton Zug diese Steuervorlage, die ja auch einen sehr wichtigen NFA-Teil beinhaltet, der aber nichts mit dem Kompromiss zu tun hat. Der Finanzdirektor fürchtet aber, dass es für den NFA-Kompromiss sehr schwierig wird, wenn SV 17 tatsächlich zum Fliegen kommt und − in welcher Form auch immer − umgesetzt werden kann. Man wird dann nämlich sagen, man wolle nun erst einmal abwarten, was SV 17 bringt, und dann weiterschauen. Und dann ist man tatsächlich dort, wie es Andreas Hausheer ausgeführt hat: Gemäss den vorliegenden BAK-Zahlen wird der NFA-Beitrag des Kantons Zug im Jahr 2024 bei 430 Millionen Franken liegen. Der Finanzdirektor gibt offen zu: Er weiss schlicht nicht, woher Zug dieses Geld nehmen soll.
Im Moment ist die Bilanz des Kantons nach wie vor solide, und der Regierungsrat ist sich bewusst, dass das Eigenkapital ein sehr wichtiger Faktor ist. Eine grosse

Herausforderung sind die Negativzinsen. Es ist dem Kanton Zug bisher aber gelungen, sie minimal zu halten. Das bedingt aber fast tagtägliche Diskussionen darüber, wie bei den Banken mit der Liquidität umzugehen sei. Erfreulich ist auch der Selbstfinanzierungsgrad von aktuell über 30 Prozent. Die Tendenz geht in die richtige Richtung: Ziel sind 80 bis 100 Prozent, und der Finanzdirektor ist überzeugt, dass 2021 der Wert von 80 Prozent erreicht werden kann.
Die Pauschalkürzung wurde formal korrekt umgesetzt. Der Kantonsrat hat der Regierung keine konkreten Vorgaben gemacht, also hat der Regierungsrat 5 Millionen Franken per sofort umgesetzt und 10 Millionen Franken eingestellt und entsprechend abgearbeitet, dies unter Information der Stawiko. Bezüglich Personalstellen und Sachaufwand hält der Finanzdirektor fest, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, diese Posten zu stabilisieren. Auch im Budget 2019 wird man die Personalkosten und den Sachaufwand einmal mehr im Griff haben. Die genannten Risiken betreffend Überzeitsaldi nimmt der Regierungsrat ernst. Er nimmt auch die Berichte der Finanzkontrolle sehr ernst. Andererseits muss aber auch gesagt werden, dass es sich bei den Beobachtungen der Finanzkontrolle um Empfehlungen und Hinweise handelt und es dann dem Regierungsrat obliegt, wie er damit umgeht. Bezüglich IT-Strategie hält der Finanzdirektor fest, dass der Regierungsrat die IT-Governance verabschiedet hat und betreffend Sparmassnahmen kürzlich Beschluss gefasst hat. Man ist dort auf gutem Weg. Im Moment wird an der Verordnung gearbeitet, und es wurde mit den Gemeinden bereits über die Vereinbarungen diskutiert, die dieses Jahr abgeschlossen werden. Zum Hinweis auf die Qualitätssicherung hält der Finanzdirektor fest, dass der Regierungsrat − wie er auch der Stawiko mitgeteilt hat − das Interne Kontrollsystem IKS ernst nimmt und dieses laufend verbessert. Auch ein Risikoinventar ist in Diskussion.
Bezüglich Steuereinnahmen bzw. Nachhaltigkeit und Sondereffekten erinnert der Finanzdirektor daran, dass der Kanton Zug schon immer Sondereffekte kannte, meistens positive. Was in der Rechnung 2017 passierte, ist also nicht aussergewöhnlich. Die Frage Nachhaltigkeit versus Sondereffekte ist für einen so dynamischen und international orientierten Kanton wie Zug normal. Auch in Zukunft wird Zug mit Sondereffekten rechnen müssen, was das Budgetieren allerdings schwierig macht. Der Hinweis von Daniel Stadlin und Philip C. Brunner auf die internationale Politik ist wichtig. Was auf dem internationalen Parkett geschieht, ist für den Kanton Zug wesentlich. Die USA sind kompetitiver geworden, was zu einem Kapitalabfluss führen wird, auch in Zug. Damit muss sich der Kanton auseinandersetzen, er hat aber kaum Einflussmöglichkeiten. Die von Daniel Stadlin angesprochene Frage der Methodik des Geschäftsberichts wird der Finanzdirektor zusammen mit der Stawiko aufnehmen und besprechen.
Abschliessend dankt der Finanzdirektor für die gute Aufnahme des Geschäftsberichts. Er bittet, die fünf Anträge des Regierungsrats gutzuheissen.

## EINTRETENSBESCHLUSS

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. g der Kantonsverfassung zwingend auf den Geschäftsbericht eintreten muss.

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es nur eine einzige Lesung gibt. Der Obergerichtspräsident bzw. der Verwaltungsgerichtspräsident stehen auf Pikett und würden kurzfristig hergebeten, falls sich Fragen ergeben sollten. Die Anträge auf Seite 5 werden zusammen mit den Anträgen der erweiterten Staatswirtschaftskommission am Schluss behandelt.

Es erfolgen Wortmeldungen zu folgenden Abschnitten:

***Direktion des Innern (ab Seite 85)***

**Thomas Meierhans** hat zum Abschnitt über die Direktion des Innern zwei Fragen:
• Im Geschäftsbericht auf Seite 108 steht beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz der folgende Kommentar zur laufenden Rechnung: «Der Ertrag konnte durch höhere Gebührenerträge und bessere Weiterverrechnung der Mandatsentschädigungen und Spesen um rund 74'000 Franken verbessert werden.» Was versteht die Regierung unter «besserer Weiterverrechnung der Mandatsentschädigungen und Spesen»? Soweit der Votant weiss, wurden in diesem Bereich keine Gesetze oder Gebühren angepasst. Bedeutet «bessere Weiterverrechnung», dass bis anhin nicht alles verrechnet wurde, was eigentlich möglich gewesen wäre? Herrscht da eine gewisse Willkür bei der Verrechnung?
• Auf Seite 112 ist beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie die Position 5 (Investitionsrechnung) mit dem dazugehörigen Kommentar zur Rechnung aufgeführt. An einer Führung durch die neue Kantonsschule Menzingen hat der Votant erfahren, dass ca. 5,7 Millionen Franken für den Bereich Denkmalpflege aufgewendet wurden. Sind in der Rechnung 2017 bereits Zahlungen für das Projekt Kantonsschule Menzingen enthalten? Und allgemein interessiert den Votanten zur Verbuchung von Aufwendungen im Bereich Denkmalschutz bei kantonseigenen Liegenschaften Folgendes: In der Investitionsrechnung des Amts für Denkmalpflege und Archäologie werden Zahlungen an dritte Bauherren verbucht. Werden auch Buchungen getätigt, wenn der Bauherr und Besitzer der Liegenschaft der Kanton ist? Mit wie viel wird die Investitionsrechnung des Amts für Denkmalpflege und Archäologie nach der Schlussrechnung der Kantonsschule Menzingen ungefähr belastet?

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, beantwortet die Fragen von Thomas Meierhans wie folgt:
• «Bessere Weiterverrechnung der Mandatsentschädigung und der Spesen»: In der Verordnung über Entschädigung und Spesenersatz bei Beistandschaften und Vormundschaften ist die Kostentragung wie folgt geregelt: Beträgt das Vermögen bei Erwachsenen weniger als 20'000 Franken und bei Kindern weniger als 30'000 Franken, sind Entschädigung und Spesen vorschussweise aus der Staatskasse zu leisten. Im Berichtsjahr 2017 gab es mehr Klientinnen und Klienten, die ein höheres Vermögen als 20'000 Franken aufwiesen, so dass sie die Mandatsentschädigungen und die Spesen aus ihrem Vermögen bezahlen konnten. Der Kanton wurde daher weniger belastet. Es herrscht also keine Willkür bei der Weiterverrechnung von Mandatsentschädigungen und Spesen, sondern diese erfolgen genau nach der Verordnung.
• Kantonsschule Menzingen: Der Regierung ist die auf der Führung genannte Zahl von 5,7 Millionen Franken nicht bekannt. Gemäss einem vom kantonalen Hochbauamt eingereichten Kostenvoranschlag und auf Offerten beruhenden Beschluss des

Regierungsrats vom 27. September 2016 betreffend Zusicherung eines Kantonsbeitrags an den Umbau der geschützten Bauten der Schulanlage Seminar Bernarda ist mit Gesamtkosten von rund 74 Millionen Franken zu rechnen, wovon rund 4 Millionen Franken denkmalpflegerelevante Kosten sind. Von diesen sind knapp 2 Millionen Franken beitragsberechtigt, woraus sich ein Kantons- und Gemeindebeitrag von je knapp 300'000 Franken ergibt. «Denkmalpflegerelevant» meint alle Massnahmen, bei denen denkmalpflegerische Fragen zu berücksichtigen waren. Der Betrag gibt aber nicht den Mehraufwand für denkmalpflegerische Vorgaben an, sondern den Gesamtbetrag der Massnahme. Unter Umständen haben auch andere Vorgaben wie Brandschutz, Wärmedämmung etc. zu Mehrausgaben geführt. Wenn dem so ist, wird nur ein Teil der Massnahme als beitragsberechtigt, d. h. als denkmalpflegerisch bedingte Mehrkosten angerechnet. Ein Beispiel dazu: Die Massnahme «Verglasung Verbindungsgang Süd/Haupteingang» kostet gemäss Offerte 212'200 Franken. Darin sind auch Kosten enthalten, die auch ohne Denkmalpflege anfallen würden, z. B. Isolierglas. Von diesem Betrag sind daher nur 35 Prozent, also 74'270 Franken, als beitragsberechtigt, also als eigentliche denkmalpflegerische Kosten, angenommen. In der Rechnung 2017 sind noch keine Zahlungen für das Projekt Kantonsschule Menzingen enthalten.
• In der Investitionsrechnung werden grundsätzlich sämtliche Zahlungen an Dritte verbucht. Bei Bauten im Eigentum des Kantons Zug findet jedoch keine eigentliche Auszahlung des Kantonsbeitrags statt. Der Kantonsbeitrag wird dem Hochbaumt im Rahmen der Kosten-/Leistungs-Rechnung gutgeschrieben. Das bedeutet, dass in der Investitionsrechnung des Amts für Denkmalpflege und Archäologie keine Beiträge an Objekte im Eigentum des Kantons verbucht werden. Die Investitionsrechnung des Amts für Denkmalpflege wird nach der Schlussrechnung der Kantonsschule Menzingen demzufolge mit 0 Franken belastet.

**Kurt Balmer** hat heuer den Geschäftsbericht im Bereich KESB genauer angeschaut. Er hat dazu zehn Fragen, welche er der Direktion des Innern usanzgemäss vorgängig schriftlich zugestellt hat. Er möchte sein etwas ungewöhnliches Anliegen hier kurz begründen. Bekanntlich ist die Frage der KESB-Visitation pendent, d. h. es gibt eine erheblich erklärte Motion. Diese Jahr zumindest ist noch keine Visitation der KESB − durch die JPK oder wen auch immer− durchgeführt worden. Pendent ist auch eine Motion der SVP bezüglich Gefährdungsmeldungen, der Rat wird sie vermutlich in der nächsten Sitzung überweisen. Auch da sieht man, dass sich gewisse Fragen zur KESB aufdrängen. Im Weiteren diskutiert der Rat heute nicht nur über eine Rechnung, sondern über einen Geschäftsbericht, weshalb es nach Ansicht des Votanten legitim ist, auch über Fragen von allgemeiner Bedeutung und öffentlichem Interesse zu diskutieren. Es geht also nicht um eine Art Privatvisitation des Votanten, vielmehr erinnert er daran, dass die JPK heuer die KESB eigentlich visitieren wollte, aber relativ forsch zurückgewiesen wurde. Es besteht also ein gewisser Nachholbedarf. Der Kantonsrat hat sodann eine Oberaufsicht und eine Kontrollaufgabe, welche der Votant wahrnimmt. Er sagt damit aber definitiv nicht, die Stawiko habe ihre Kontrollaufgabe nicht oder ungenügend wahrgenommen. Der Votant möchte gute und nachvollziehbare Antworten auf seine Fragen, damit er den Geschäftsbericht auch für den Bereich KESB genehmigen kann. Letzteres ist auch der Grund, weshalb er seine Fragen heute und nicht im Rahmen einer Interpellation stellt. Seine zehn Fragen lauten wie folgt:
1. Zur Zielsetzung 2 (Abklärung wurde teilweise nach fünf resp. drei Monaten noch nicht abgeschlossen): Bitte erläutern Sie resp. wieso erfolgten in wie vielen Fällen verzögerte Abklärungen? Welche konkreten Nachteile und allfälligen Haftungsrisiken entstanden daraus?

2. Zur Zielsetzung 3 (Massnahme innert zwei Monaten nach Abschluss der Abklärung errichtet): Gleiche Fragen wie oben und ergänzend: Gab es Kumulationen von Verzögerungen zu Zielsetzung 2 und 3?
3. Zur Zielsetzung 5 (Beschreibung der Fälle): Wie lange dauert das Prozedere effektiv, und existieren kantonale Haftungsrisiken?
4. Zur Zielsetzung 6: Es ist nicht klar, ob das interne Audit nicht vollständig durchgeführt werden konnte und/oder die Standards von den Beistandspersonen nur zu 80 Prozent erfüllt wurden? Welche Massnahmen erfolgten, und welche Haftungsrisiken bestehen?
5. Zur Zielsetzung 11: Bitte erläutern: Was muss gestützt auf welche Meldung innert drei Monaten geprüft werden? Handelt es sich hier um Meldungen über Auffälligkeiten bei Pflegeverhältnissen?
6. Die Anzahl Mandate 2016 (punkto Jugend und Kind/Kinder- und Jugendberatung Zug) ist 2017 massiv von 322 auf 404, also um ca. 25 Prozent, gestiegen: Bitte erläutern Sie im Detail die Gründe. Existieren Althaftungsrisiken? Welche konkreten Kostenfolgen entstehen aus der Übernahme der Mandate?
7. Zu den Gefährdungsmeldungen: Bitte erläutern Sie im Detail diese Gefährdungsmeldungen. Existieren Missbräuche und gegebenenfalls wie viele? Diese Frage geht in Richtung des erwähnten SVP-Vorstosses.
8. Handelt es sich bei den sogenannten neu angeordneten Massnahmen teilweise um solche aus Gefährdungsmeldungen? In welchem Umfang? Wer hat in anderen Fällen als Gefährdungsfällen diese Massnahmen initiiert?
9. Wieso erfolgte im Bereich priMa ein massiver Rückgang von ca. 20 Prozent?
10. Zu den Besuchsrechtsregelungen gemäss Gesamtwürdigung: In wie vielen Fällen erfolgten Mediationen gemäss Art. 314 Abs. 2 ZGB, und wer kam für die Kosten auf? Was sind die Gesamtkostenfolgen für den Kanton?
Der Votant erwartet eine umfassende und kompetente Beantwortung dieser Fragen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, dankt Kurt Balmer für die einleitenden Worte, mit denen die Beweggründe für die eingereichten Fragen klargestellt wurden. Sie schickt voraus, dass die Stawiko und die Stawiko-Delegation ihre Arbeit bei der Prüfung des Geschäftsberichts sehr gut gemacht haben. Sie haben detaillierte Fragen gestellt, welche auch transparent beantwortet wurden. Die Fragen von Kurt Balmer beantwortet die Direktorin des Innern wie folgt:
• Zu Frage 1: Die Behörde ging ursprünglich von einem Zielerfüllungsgrad von 100 Prozent aus. Sie musste dann aber feststellen, dass es zu einem grösseren Teil nicht von ihr selbst abhängt, ob das Ziel erreicht werden kann. Für die Abklärungen braucht es Personen ausserhalb des Amts, die unter Umständen in den Ferien, an ihrer Arbeit etc. sind und nicht jederzeit zur Verfügung stehen können. Die Behörde kann den gemeindlichen Sozialdiensten, den Schulen, den Psychiatern und Ärzten nicht Termine für die Ablieferung der Berichte aufotroyieren; sie gibt zwar einen Wunschtermin an, kann aber keinen Einfluss nehmen, wenn dieser nicht eigehalten wird. Wenn eine zeitlich dringende Rechtshandlung vorzunehmen ist, kann die Behörde eine superprovisorische Massnahme zu errichten, um die Nachteile möglichst gering zu halten und Rechtssicherheit zu gewährleisten. Im Berichtsjahr 2017 dauerte die Abklärungszeit bei den Erwachsenenschutzmassnahmen bei 186 Verfahren und bei den Kindesschutzmassnahmen bei 304 Verfahren aus den genannten Gründen länger als drei Monate, davon 238 Kindesschutz- und 131 Erwachsenenschutzverfahren länger als fünf Monate.
• Zu Frage 2: Die Gründe sind dieselben wie eben aufgezählt. Kumulationen sind theoretisch möglich. Die Behörde konnte aber nicht seit Dienstagabend die 2000 Verfahren auf Kumulationen hin durchsehen.

• Zur Frage 3: Die ganze Dauer der Bearbeitung von zustimmungsbedürftigen Geschäften hängt stark davon ab, wie schnell die notwendigen Unterlagen eingereicht werden und wie vollständig sie sind. Werden alle Dokumente vollständig eingereicht, dauert die Bearbeitungszeit ein bis zwei Monate. Vorsorgeaufträge mit vollständigen Akten werden z. B. innerhalb von zwei bis vier Wochen validiert.
• Zu Frage 4: Das Nichterreichen des Ziels bezog sich auf das interne Audit. Dieses konnte aufgrund mangelnder personeller Ressourcen im letzten Jahr nicht durchgeführt werden; dieses Jahr ist es am Laufen. Aufgrund der rechtlich vorgegebenen Kontrolle der Berichts- und Rechnungsablage durch das Revisorat der Behörde ist jedoch ersichtlich, dass die festgelegten Standards erfüllt werden. Es besteht aus Sicht der Behörde kein Haftungsrisiko.
• Zu Frage 5: Für Personen, welche ein Kind in Pflege nehmen möchten, bedarf es einer Pflegeplatzbewilligung. Diese Personen reichen bei der Behörde ein entsprechendes Gesuch ein, welches genau geprüft wird. Wird eine Pflegeplatzbewilligung erteilt und ein Kind in Pflege genommen, überprüft die Behörde das Pflegeverhältnis jährlich. Es handelt sich nicht um Auffälligkeiten bei Pflegeverhältnissen, sondern um reguläre Abklärungen vor Ort.
• Zu Frage 6: Bei der Übernahme der Mandate der Fachstelle punkto Jugend und Kind und der kjbz konnten einige Kindesschutzmassnahmen aufgehoben werden, so dass sich die Anzahl der übernommenen Mandate verringerte. Die Errichtung und Führung von Kindesschutzmassnahmen nahm jedoch im Berichtsjahr 2017 wieder zu. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es ist jedoch im Kanton Zug sowie gesamtschweizerisch zu beobachten, dass Kindesschutzmassnahmen im Vergleich zu den Erwachsenenschutzmassnahmen stärker zunehmen. Diesbezüglich ist darauf hinzuweisen, dass gemäss KOKES-Statistik der Kanton Zug im gesamtschweizerischen Vergleich sowohl bei Kindesschutz- als auch bei Erwachsenenschutzmassnahmen sehr tiefe Werte aufweist. Althaftungsrisiken sind der Behörde nicht bekannt, zurzeit wird jedoch eine Forderung von punkto aus einer früheren Leistungsvereinbarung geprüft.
• Zu Frage 7: Jede bei der KESB eingereichte Gefährdungsmeldung wird genau betreffend Zuständigkeit, Notwendigkeit, Verhältnismässigkeit und im Sachverhalt geprüft. Missbräuchliche Gefährdungsmeldungen liegen der Behörde keine vor.
• Zu Frage 8: Neu angeordneten Massnahmen resultieren nur aus Gefährdungsmeldungen. Auch wenn beispielsweise beide Elternteile sterben und die Behörde eine Massnahme für das Waisenkind verfügen muss, wird diese Meldung als Gefährdungsmeldung aufgenommen. Es werden ansonsten keine Massnahmen errichtet.
• Zu Frage 9: Es handelt sich nicht um einen Rückgang um private Mandatspersonen, sondern von privaten Mandatspersonen geführte Mandate. Bei der angegebenen Zahl 442 handelt es sich ausschliesslich um Mandate, welche von Angehörigen oder privaten Drittpersonen geführt werden. Mandate, welche durch Fachanwältinnen und Fachanwälte geführt werden, sind dabei nicht mehr mitgezählt, wie dies noch 2016 der Fall war. Im Berichtsjahr wurden von Fachanwältinnen und Fachanwälten zusätzlich 121 Mandate geführt. Das heisst, dass die Mandatsführung durch private Mandatspersonen um 11 Mandate zugenommen hat. 2016 waren es 552 Mandate, 2017 dann 563 Mandate. Der Kanton Zug hat also einen sehr hohen Anteil an privaten Mandatsführungen, das Amt macht hier einen ausgesprochen guten Job.
• Zu Frage 10: Mediation wurde im Berichtsjahr in zwei Fällen angeordnet. Die Kosten der Mediation haben die Kindseltern zu tragen.

**Alois Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion ebenfalls einige Frage stellt, diese sind allerdings deutlich kürzer als diejenigen von Kurt Balmer. Die erste Frage bezieht

sich auf das Amt für Wald und Wild. Seit ein paar Jahren scheint es im Kanton Zug eine Zunahme von «ausländischen», d. h. nicht einheimischen Graugänsen zu geben. So sah die SP bei ihrem kürzlichen Fraktionsausflug rund 35 Gänse auf der Wiese zwischen Brüggli und Choller. Andererseits wird für teures Geld geschaut, dass das Schilf am Ufer des Zugersees erhalten bleibt. Dazu gehört auch, die Schilfbestände so gut wie möglich gegen den Frass durch Gänse zu schützen. Die Frage dazu: Wird irgendetwas gegen diese fremden Gänse unternommen, oder lässt man sie hier einfach heimisch werden?

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die wildlebende Graugans eine nach eidgenössischem Jagdgesetz geschützte Wildtierart ist. Am Zugersee hat sich vor rund fünfzehn Jahren eine Grauganskolonie gebildet. Aufgrund des grossen Populationszuwachses und aufgrund der bestehenden grossen Wildschäden an den ökologisch wertvollen Schilfbeständen des Zugersees hat das Amt für Wald und Wild mit Zustimmung des BAFU den Bestand im Zeitraum 2013 bis 2017 durch die Entnahme von Eiern aus den Brutgelegen reguliert. Mit Schreiben vom 9. Januar 2018 hat das BAFU einer weiteren Regulation der am Zugersee ansässigen Grauganspopulation zugestimmt. Anvisiert wird ein Zielbestand von vierzig Tieren. Die Zustimmung endet am 31. Dezember 2023. Nebst den Eierentnahmen aus den Gelegen werden folgende Massnahmen ergriffen:
• Einzäunung von Schilf, sodass die Graugänse nicht seeseitig in die Schilfbestände schwimmen können;
• Einzäunung von landwirtschaftlichen Kulturen im Raum Dersbach, damit die Graugänse aus den Seeuferzonen nicht in die Kulturen wandern können;
• Einzelabschüsse durch die Wildhut von schadenstiftenden Graugänsen.

***Volkswirtschaftsdirektion (ab Seite 147)***

**Rupan Sivaganesan** hält fest, dass in den letzten Monaten und speziell in den letzten drei Wochen der «Postautoskandal» ein grosses Thema war. Dazu stellt der Votant die folgenden Fragen:
• Ist der Kanton Zug auch von diesem «Skandal» betroffen? Es gibt ja auch im Kanton Zug, etwa auf der Strecke Baar−Hausen, Haltestellen, die von Postautolinien bedient werden.
• Falls ja: Welches ist die Haltung der Regierung dazu?
• Wie wird bei der ZVB, die ja im Auftrag des Kantons Zug das Busnetz betreibt, sichergestellt, dass ein Verhalten wie bei den Postautos nicht möglich ist?

**Heinz Tännler** beantwortet als stellvertretender Volkswirtschaftsdirektor die Fragen in Absprache mit dem Volkswirtschaftsdirektor. Es ist nachvollziehbar, dass diese Fragen gestellt werden. Auch die Stawiko-Delegation hat bereits im Mai das Thema angesprochen und nach dem Stand der Dinge gefragt.
• Der Kanton Zug ist in der Tat ebenfalls betroffen, allerdings werden geringe Auswirkungen erwartet. Rund 1 Prozent bzw. rund 350'000 Franken der gesamten Abgeltung im Zuger ÖV gehen an die PostAuto AG. Es verkehren zurzeit vier Postautolinien auf sehr kurzen Strecken im Kanton Zug: Menzingen−Finstersee, Hausen a. A. −Blickensdorf−Baar, Luzern−Meierskappel−Rotkreuz und Hochdorf−Rotkreuz.
• PostAuto ist national tätig, und der Kanton Zug ist ein Kleinstkunde. Er geht daher gemeinsam mit der Konferenz für den öffentlichen Verkehr (KöV) gegen PostAuto vor. Die KöV steht in engem Kontakt mit dem BAV und dem Verwaltungsratspräsidenten der Post. Es besteht eine Arbeitsgruppe aus Fachspezialisten der

Kantone und des BAV. Diese untersucht die Ergebnisse der Revisionsfirma Ernst & Young, es wird auch eine Second Opinion durch eine zweite Revisionsfirma geben. Es ist eine riesige Aufgabe: Nachdem in der Buchhaltung Hunderttausende von Fehlbuchungen auf zehn Jahre zurück ausfindig gemacht und validiert worden sind,werden diese auf die einzelnen Postautolinien zurückgebucht. Danach können die Linien auf die diversen Besteller geschlüsselt werden. Erst anschliessend kann der Umfang der Rückzahlung pro Besteller und Jahr festgelegt werden. Es wird September werden, bis die Zahlen bekannt werden. Es wurde eine Verjährungsverzichtserklärung unterzeichnet, und für die noch offenen Angebotsvereinbarungen wurden Vorbehalte vereinbart. Dadurch sollte die Rückzahlung rechtlich gesichert sein. Die Rückzahlungen werden in einer Rahmenvereinbarung mit der KöV, dem BAV und PostAuto geregelt. Vor Ende Jahr ist aber nicht mit einer Zahlung zu rechnen.
• Ein böswilliges Fehlverhalten wie bei PostAuto kann theoretisch in jedem Unternehmen vorkommen. Dies zu verhindern, ist zunächst Aufgabe des Verwaltungsrats; der Kanton stellt bei der ZVB vier Verwaltungsräte. Dieser ist für die Kontrollmechanismen verantwortlich und setzt die obligationenrechtliche Revisionsstelle ein. Ihm sind auch alle internen Revisionsberichte bekannt. Trotzdem ist die Volkswirtschaftsdirektion aktiv auf die ZVB zugegangen. Anfang Jahr wurden dem Verwaltungsrat der ZVB spezifische Fragen gestellt, welche umfassend beantwortet wurden. Die Volkswirtschaftsdirektion hat auch die Berichte der internen Revisionsstelle verlangt, erhalten und analysiert. Dabei hat sie sich durch Walter Hunziker von der Finanzkontrolle unterstützen lassen. Es sind keine Ungereimtheiten aufgetaucht. Die ZVB hat keine Holdingstruktur wie die Post, wo Gewinne hin und her geschoben werden können. Die ZVB hat auch keine Gewinnziele vom Kanton, wie dies die Post vom Bund hat. Es besteht somit kein Anlass anzunehmen, dass das Verhalten von PostAuto auch bei der ZVB praktiziert wurde.

***Baudirektion (ab Seite 199)***

**Alois Gössi** erinnert daran, dass der Kantonsrat im Jahr 2014 einen Verpflichtungskredit von 1 Million Franken für planerische Aktivitäten sprach, um die oberirdisch geführte Übertragungsleitung für 380/220 kV langfristig auf technisch und raumplanerisch angemessener Länge unterirdisch führen zu können (Vorlage 2260). Es geht um technische Abklärungen für eine grossräumige Erdverlegung von elektrischen Leitungen wie beispielsweise in Inwil in Baar oder in Hünenberg. Bereits vorgängig waren zwei parlamentarische Vorstösse zu diesem Thema eingereicht worden. Der Votant hat seit längerem nichts mehr dazu gehört und möchte wissen, was die Baudirektion im Jahre 2017 zu diesem Projekt gemacht hat und wie der weitere Zeitplan aussieht?

Baudirektor **Urs Hürlimann** bestätigt, dass 2014 der betreffende Kredit von 1 Million Franken gesprochen wurde. Am 3. November 2015 wurde das Planungsbüro EBP Schweiz, unterstützt durch die Axpo Power AG, vom Kanton Zug beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die Erdverlegung der bestehende Freileitung zwischen dem Unterwerk Mettlen-Luzern und dem Unterwerk Samstagern zu erarbeiten. Das Ziel war eine Variantenstudie, um die bestgeeignete Trasse für dieses Vorhaben zu bestimmen. Die Trasse sollte danach in den Zuger Richtplan eingetragen werden, um sie langfristig zu sichern und freizuhalten. Die Arbeit wurde durch ein fachliches und politisches Gremium begleitet, das im Rahmen von Workshops in die entscheidenden Projektphasen einbezogen wurde und Gelegenheit hatte, seine Meinung

zur Variantenentwicklung, zur Auswahl der Grobvarianten, zur Definition der Feinvarianten und zur Auswahl der Bestvariante einzubringen. Am 26. Oktober 2016 fand der dritte und letzte Workshop statt. Die Planer untersuchten und bewerteten im Vorfeld insgesamt fünf Feinvarianten. Im Rahmen des Workshops wurden diese diskutiert und anschliessend drei Varianten bestimmt, welche aufgrund der umfangreichen Bewertung am besten abgeschnitten hatten. Die Gemeinden Gisikon und Honau, die nicht im Begleitgremium vertreten waren, wurden am 28. November 2016 über das Ergebnis der Studie orientiert. Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens wurden die betroffenen Gemeinden und Kantone sowie die involvierten Fachstellen von Bund und Kanton am 23. Januar 2017 eingeladen, zu den favorisierten drei Varianten Stellung zu nehmen. Aufgrund der Rückmeldungen hat die Baudirektion nun die nächsten Schritte die Wege geleitet, um die richtplanerische Festsetzung nach den Sommerferien 2018 einzuleiten, inkl. Orientierung der Öffentlichkeit. Im August 2018 wird die öffentliche Auflage erfolgen, und im Frühjahr 2019 wird dem Kantonsrat die entsprechende Richtplanvorlage unterbreitet.
Schon jetzt steht fest, dass der vom Kantonsrat gesprochene Kredit von 1 Million Franken nicht ausgeschöpft wird. Die Submission brachte bedeutend preisgünstigere Offerten, so dass die Schlussabrechnung voraussichtlich 2020 mit einem tieferen Betrag abschliessen wird. Die neuesten Erkenntnisse zeigen, dass der Gap zwischen den Kosten einer Freileitung und einer Erdverlegung massiv geschrumpft ist, und es wird spannend sein zu sehen, wie sich diese Preise aufgrund der bevorstehenden bundesgesetzlichen Entscheide entwickeln werden. Der Vorteil des Kantons Zug liegt darin, dass im Frühjahr 2019 richtplanerisch eine Trasse gesichert sein wird, so dass Zug für die Erdverlegung bereit sein wird, wenn die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben des Bundes vorliegen.

***Sicherheitsdirektion (ab Seite 237)***

**Philip C. Brunner** nimmt Bezug auf Seite 257 des Geschäftsberichts, Leistungsgruppe 1 (Sicherheit), Ziff. 8 (Gewährung einer guten Verkehrssicherheit): Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten nicht höher als der Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Offenbar wurde dieses Ziel nicht ganz erreicht. Nun zur Frage: In den letzten Wochen haben auf den Ausfall- bzw. Einfallachsen von bzw. nach Zug nachweislich verstärkt Verkehrskontrollen stattgefunden, jeweils in den Berufsverkehrszeiten, also zwischen 7 und 9 Uhr und ab 16.15 Uhr. Haben diese Kontrollen damit zu tun, dass das erwähnte Ziel nicht erreicht wurde? Im Bericht wird ja auch ausgeführt, dass die Polizei im vergangenen Jahr unter diversen Pensionierungen und anderen Abgängen gelitten habe bzw. die Mitarbeitenden unter Druck gestanden seien. Ist es unter diesen Umständen richtig, dass diejenigen Leute, die den Wohlstand von Zug erwirtschaften, auf dem Weg zu ihrer Arbeit bzw. auf der Heimreise mit polizeilichen Kontrollen drangsaliert werden? Selbstverständlich ist es bedauerlich, dass im Kanton Zug letztes Jahr drei Verkehrstote zu beklagen waren.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** kennt den Grund für die erwähnten polizeilichen Kontrollen nicht. Fakt ist, dass die Polizei zu allen Tageszeiten Kontrollen durchführt. Wenn diese sich tatsächlich im geschilderten Mass gehäuft hätten, müsste auch der Sicherheitsdirektor sagen, das gehe zu weit. Seiner Meinung nach ist die Verhältnismässigkeit aber gewahrt, zumal in den Rushhour-Zeiten bekanntermassen viele nicht funktionstüchtige Fahrzeuge unterwegs sind. Letztlich geht es aber um die Gesamtbeurteilung des Verkehrs, um die Reduktion der Zahl der Unfälle und die Gewährleistung der Sicherheit auch im Strassenverkehr, wobei man das Ganze

nicht über ein einziges Jahr, sondern über eine längere Zeitspanne hinweg betrachten muss. Der Sicherheitsdirektor nimmt die Kritik von Philip C. Brunner zur Kenntnis, muss aber auch darauf hinweisen, dass die Polizei nicht einfach nur dann Kontrollen durchführen kann, wenn die Strassen leer sind.

**Barbara Gysel** weist darauf hin, dass die Sicherheitsdirektion eine aufschlussreiche, auch optisch wunderbare Broschüre mit dem Titel «Sicherheit im Kanton Zug. Polizeiliche Statistik im 2017» publiziert hat. Die SP fragt sich, warum der Auftrag für Konzept und Gestaltung dieser Broschüre extern vergeben wird, wenn es doch innerhalb der Verwaltung verschiedene Kommunikationsbeauftragte gibt. Inhaltlich nimmt die SP Bezug auf frühere Debatten im Kantonsrat betreffend häusliche Gewalt und fehlende entsprechende Ressourcen. In der Broschüre steht: «386 Mal beschäftigte sich die Zuger Polizei im Berichtsjahr mit Einsätzen im Bereich von häuslicher Gewalt. 138 Fälle hatten eine Strafanzeige zur Folge. Angestiegen sind die Interventionen ohne Verzeigung. Mit 248 Fällen ist es die höchste Anzahl in den letzten 5 Jahren. Wieder vermehrt haben Opfer auf Strafanzeigen verzichtet oder diese wieder zurückgezogen.» Und weiter der springende Punkt: «Die Nachbetreuung, das proaktive Ansprechen und weitere Präventionsmassnahmen hat die Fachstelle Häusliche Gewalt aufgrund der knappen Ressourcen nur situativ bei schwereren Fällen vorgenommen.» Die SP möchte wissen, wie damit umgegangen wurde. Sie verbindet dies mit der Aufforderung, im Budget 2019 für die entsprechenden Ressourcen zu sorgen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bestätigt, dass es jährlich gegen 400 Interventionen im Bereich Häusliche Gewalt gibt. Etwa 150 Fälle führen zu einer Anzeige, sei es weil ein Offizialdelikt vorliegt oder weil die Opferpartei ein Anzeige macht. Seit 2008 gibt es die Fachstelle Häusliche Gewalt, bestückt mit einer Person. Die entsprechenden Fälle haben seither um ein Viertel zugenommen. Obwohl dieser Bereich trotz Personalstopp personell nicht reduziert wurde, konnten im letzten Jahr die betreffenden Fälle nicht mehr im ursprünglichen Sinn zeitnah und im gewohnten Umfang betreut werden. Der Sicherheitsdirektor nimmt diese Thematik gerne auf, er muss aber auch klar festhalten, dass die Polizei ein Personalproblem hat und ihre Leistungen nicht mehr überall im bisherigen Umfang erbringen kann. Im Bereich Häusliche Gewalt hat sie den Fokus auf diejenigen Fälle gelegt, in denen Ermittlungen im Gang sind und die Täterschaften begleitet und angesprochen werden müssen. Bei den einfacheren Fällen muss sie sich mit der Zustellung von Flyern und Informationsmaterial begnügen. Sie wird diesen Bereich aber in jedem Fall im Auge behalten.
Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es sicherheitsmässig noch selten ein so gutes Jahr gab wie 2017. Es wird eine grosse Herausforderung sein, diesen Stand − etwa bei den Einbruchszahlen − halten zu können, dies auch mit Blick auf neue Herausforderungen wie Cyber-Kriminalität etc.

***Gesundheitsdirektion (ab Seite 269)***

**Beat Iten** erinnert daran, dass das Amt für Verbraucherschutz letztes Jahr seinen Neubau in Steinhausen beziehen konnte. Dieses Gebäude wurde mit einer Raumreserve von einem ganzen Stockwerk gebaut. Soweit die SP weiss, ist dieses Stockwerk noch immer frei. Sie möchte deshalb wissen, was diesbezüglich geplant ist. Ist eine interne oder externe Nutzung angedacht? Wie ist der heutige Ausbaustandard dieses Stockwerks?

Baudirektor **Urs Hürlimann** bestätigt, dass das zweite Stockwerk im Moment leer steht. Es wurde nur im Grundausbau fertiggestellt, so dass verschiedene Büronutzungen möglich sind. Der separate Zugang und die vollständige Abgrenzung gegenüber den Räumlichkeiten des Amts für Verbraucherschutz ermöglichen auch eine externe Vermietung, ohne dass der Laborbetrieb eingeschränkt wird. Es wurden auch verschiedene verwaltungsinterne Nutzungen geprüft, diese Planungen wurden aber unterbrochen, bis das Resultat der Verwaltungsreform vorliegt. Dieses Ergebnis liegt nun vor. Im Moment wird auch mit anderen Kantonen diskutiert, ob allenfalls im Laborbereich eine Zusammenarbeit möglich wäre; auch NFA-Nehmerkantone haben mittlerweile gemerkt, dass der Betrieb solcher Labors teuer ist. Die entsprechenden Antworten dürften Ende August 2018 vorliegen. Je nachdem wird dieser Ansatz weiterverfolgt, eine verwaltungsinterne Lösung diskutiert oder eine Drittvermietung geprüft.

***Finanzdirektion (ab Seite 295)***

**Kurt Balmer** hält einleitend fest, dass er mit den Antworten auf seine Fragen zur KESB zumindest teilweise zufrieden ist. Er fragt sich aber, ob in Bezug auf die Gefährdungsmeldungen tatsächlich so sicher gesagt werden kann, dass es keinen Missbrauch gebe. Er wird aber keinen Antrag stellen, den Geschäftsbericht für diesen Bereich nicht zu genehmigen.
Zur Finanzdirektion hat er eine Frage, auf die er schon in anderem Zusammenhang aufmerksam gemacht hat. Wenn er die Bemerkung zur Zielsetzung F (ZFA-Reform 2018) auf Seite 299 des Geschäftsberichts richtig interpretiert, wurde das entsprechende Ziel zu 0 Prozent erreicht. Der Votant hat schon mehrfach gerügt, dass es seiner Meinung nach mit der ZFA-Reform überhaupt nicht vorwärts geht. Er hat zwischenzeitlich mit diversen Gemeinderäten gesprochen, und er erhält überall das gleiche Signal: Man kennt den Sachstand nicht und weiss nicht, ob bzw. wie dieses Projekt vorwärtsgetrieben wird. Auch aus dem Geschäftsbericht geht kein konkreter Zeitplan hervor. Der Votant stellt deshalb die folgenden Fragen:
• Gibt es einen neuen, verbindlichen Zeitplan für die ZFA-Reform?
• Wie sieht dieser verbindliche Zeitplan konkret aus?
Es ist dem Votanten bewusst, dass man nicht einfach sagen kann, Ende 2019 sei der neue ZFA bereit. Er ist aber nicht zufrieden, wenn er einfach zu hören bekommt, dass der Kantonsrat mutmasslich im Herbst orientiert werde. Er möchte also definitiv etwas Konkretes hören.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ist bisher davon ausgegangen, dass Juristen ein gutes Erinnerungsvermögen haben. Er hat schon nämlich letztes Jahr gesagt, warum das betreffende Ziel zu 0 Prozent erreicht wurde bzw. warum es zu einer zeitlichen Verzögerung gekommen ist: Der einzige Grund ist die Ablehnung des EP 2. Diese Ablehnung hatte eine kopernikanische Wende bezüglich ZFA-Prozess zur Folge. Man musste auf Feld 1 zurückgehen und mit dem ZFA-Projekt von vorne beginnen. Das bedeutet eine zeitliche Verzögerung von einem bis zwei Jahren, und es ist der einzige Grund, warum die entsprechende Zielsetzung nicht erreicht wurde. Der Finanzdirektor glaubt sich aber zu erinnern, dass er das im Kantonsrat bereits ausgeführt hat.
Dass Gemeinderäte nicht wissen, wo man mit dem ZFA-Prozess steht, ist möglich. Der Prozess ist intensiv am Laufen, involviert sind der Regierungsrat und die Gemeindepräsidentenkonferenz (GPK). Die *Gemeinden* wollten das so, nicht der Regierungsrat. Die GPK besteht − wie es der Name sagt − aus den Gemeindepräsi-

denten, und diese sind bestens informiert. Allerdings lässt sich auch bei anderen Konferenzen feststellen, dass die Resultate nicht immer in den Gesamtgemeinderat eingebracht werden. Es kann also tatsächlich sein, dass Mitglieder von Gemeinderäten wenig oder vielleicht gar nichts zu einem bestimmten Thema wissen.
Den konkreten Zeitplan kann der Finanzdirektor aus dem Gedächtnis nicht vorlegen. Er kann aber sagen, dass der Prozess intern im August 2018 abgeschlossen wird. Das Datum steht fest, weil dann die Sitzung des Ausschusses von Regierungsrat und Gemeinden − die Gemeinden sind übrigens in der Mehrheit − stattfindet. Dann wird der Prozess sofort in die Gemeindepräsidentenkonferenz und in den Regierungsrat gespiegelt. Dieser Schritt wird noch in diesem Jahr abgeschlossen. Zu Beginn der neuen Legislatur, Anfang 2019 − ob im Februar oder März, kann der Finanzdirektor aus dem Gedächtnis nicht sagen −, wird dann der Kantonsrat entsprechend bedienet. Das ist der Zeitplan − und der Finanzdirektor hofft, dass diese Ausführungen genügen.

**Anträge des Regierungsrats (Seite 5)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die erweiterte Staatswirtschaftskommission den Anträgen des Regierungsrats folgt. Er liest die fünf Anträge vor:
- Der Geschäftsbericht 2017, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung sei zu genehmigen.
- Die im Anhang zur Jahresrechnung 2017 als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite seien zu genehmigen.
- Die Jahresrechnung 2017 der Pädagogischen Hochschule Zug sei zu genehmigen.
- Die Jahresrechnung 2017 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel sei zu genehmigen.
- Die Jahresrechnung 2017 der Gebäudeversicherung Zug sei zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die fünf Anträge des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass praxisgemäss keine separate Schlussabstimmung durchgeführt wird. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**1087 Zwischenbericht zu den per Ende März 2018 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen**
Vorlagen: 2871.1/1a - 15775 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2871.2 - 15786 (Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatwirtschaftskommission verweist auf den Kommissionsbericht.

**Philip C. Brunner** dankt namens der SVP-Fraktion der Stawiko für ihren Bericht, in dem sie empfiehlt, die Motion Villiger/Nussbaumer/Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien (Vorlage 1714.1) und die Motion Lötscher betreffend Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments (Vorlage 2477.1) nicht abzuschrei-

ben. Die SVP hat über diese zwei Geschäfte auch diskutiert. Sie möchte die erstgenannte Motion ebenfalls nicht als erledigt abschreiben, der Abschreibung der Motion Lötscher aber wird sie grossmehrheitlich zustimmen.

**Thomas Gander** spricht für die FDP-Fraktion. Der Regierungsrat rapportiert jeweils mit einem Zwischenbericht dem Kantonsrat über die fälligen parlamentarischen Vorstösse, deren Frist zur Behandlung im Kantonsrat abgelaufen ist. Das ist gut so. Die FDP nimmt auch erfreut zur Kenntnis, dass die Liste im Vergleich zum Vorjahr wesentlich kürzer ist: Sie enthält 7 Vorstösse, während es letztes Jahr noch 21 waren. Die FDP kann sich jedoch nicht damit einverstanden erklären, dass auf diesem Weg auch zwei Motionen als erledigt abgeschrieben werden sollen. Sie folgt hier der Empfehlung der Stawiko, diese Geschäfte nicht als erledigt abzuschreiben. Die FDP steht ein für weniger Bürokratie. Diese Vorstösse wurden vom Kantonsrat jedoch als erheblich oder zumindest teilweise erheblich erklärt, und solche Vorstösse sollen mittels separatem Bericht abgeschlossen werden. Das dient primär der Transparenz, bedeutet aber nicht, dass die FDP die betreffenden Anliegen zwingend unterstützt. Es ist aber wünschenswert, dass ein kurzer Bericht zu diesen Vorstössen vorgelegt wird. In den vorliegenden Fällen bedarf es dazu keiner Dissertation, es reicht − wie gesagt − ein kurzer, klarer Bericht.

**Andreas Hausheer** erinnert daran, dass schon im letzten Jahr moniert wurde, dass der Regierungsrat handstreichartig im Rahmen eines anderen Geschäfts Vorstösse von der Geschäftsliste streichen möchte. Es geht hier um die Berichterstattung zu fälligen parlamentarischen Vorstössen − wobei die zwei Motionen, die abgeschrieben werden sollen, noch gar nicht fällig sind: In einem Fall läuft die Frist am 31. Dezember 2018 ab, im andern Fall am 1. Juni 2019. Die zwei Vorstösse gehören also gar nicht auf die vorliegende Liste. Die CVP-Fraktion lehnt die Abschreibung der zwei Motionen auch aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Das vom Regierungsrat gewählte Vorgehen ist falsch.

Frau Landammann **Manuela Weichelt-Picard** hält fest, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat gemäss langjähriger bewährter Praxis für alle überfälligen Vorstösse einmal jährlich ein Fristerstreckungsgesuch in einem Sammelzwischenbericht unterbreiten darf. Gegenstandslos gewordene erheblich erklärte Motionen können vor Ablauf der Frist im Sammelzwischenbericht abgeschrieben werden. Bei gegenstandslos gewordenen parlamentarischen Vorstössen bzw. bei parlamentarischen Vorstössen, bei denen keine separate Vorlage notwendig ist, ist dies im Sinne der Verwaltungsökonomie sinnvoll. Es wäre eine Verschleuderung von personellen Ressourcen, bei solchen Vorstössen einen separaten Antrag stellen zu müssen. Es ist deshalb unbedingt an dieser Praxis festzuhalten. Gemäss Kommentar zur Geschäftsordnung des Kantonsrats von Tino Jorio enthält der Sammelzwischenbericht denn auch ein Modul für erheblich erklärte Postulate, die im Zwischenbericht als erledigt abgeschrieben werden können, wenn keine separate Vorlage vorgesehen ist. Dies gilt sinngemäss auch für Motionen.
Die Motion Villiger/Nussbaumer/Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien wurde vom Kantonsrat am 10. November 2011 in Bezug auf die von Einbürgerungswilligen im Einbürgerungsverfahren erwarteten Sprachkenntnisse als teilweise erheblich erklärt. Am 27. August 2015 hat das Parlament entschieden, nicht auf die vom Regierungsrat fristgemäss unterbreitete Vorlage zur Änderung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes einzutreten und die Motion nicht als erledigt abzuschreiben; es gewährte der Regierung für die Erledigung der Motion eine Fristerstreckung bis am 31. Dezember 2018. Einer der Hauptgründe, weshalb die

Motion nicht bereits damals als erledigt abgeschrieben wurde, war die ungewisse gesetzliche Situation auf Bundesebene. Der Kantonsrat wollte abwarten, was der Bund betreffend Sprachanforderungen regelt. Die Revision des Bürgerrechts auf Bundesebene ist nun abgeschlossen. Seit dem 1. Januar 2018 sind sowohl das revidierte eidgenössische Bürgerrechtsgesetz als auch die neue eidgenössische Verordnung zum Bürgerrecht in Kraft. Der Bund legt in der Verordnung konkrete Sprachniveaus fest, die für die Einbürgerung erforderlich sind. Damit wird dem Anliegen der Motion bereits mit der Gesetzgebung auf Bundesebene Rechnung. Es ist deshalb gerechtfertigt, die Motion als erledigt abzuschreiben.
Die Motion Lötscher betreffend Jugendparlament wurde vom Kantonsrat am 2. Juni 2016 teilerheblich erklärt. Die Teilerheblicherklärung beinhaltet die Schaffung von gesetzlichen, organisatorischen und finanziellen Grundlagen, jedoch kein Vorstoss- oder Anhörungsrecht des Jugendparlaments und auch keine Errichtung eines Jugendparlaments durch den Kanton selbst. Es gibt öffentlich-rechtlich und privatrechtlich organisierte Jugendparlamente. Da die Errichtung eines Parlaments vom Motionsauftrag nicht umfasst ist, kommt vorliegend nur die privatrechtliche Form in Frage. Ein solches Jugendparlament im Sinn der teilerheblich erklärten Motion kann unter das Stichwort Jugendförderung subsummiert werden, und die von der Motion verlangte Möglichkeit der Finanzierung bzw. der finanziellen Unterstützung eines Jugendparlaments ist gestützt auf § 34 Abs. 2 in Verbindung mit § 37 Sozialhilfegesetz bereits möglich. Gestützt auf diese rechtliche Grundlage kann dem Anliegen des Kantonsrats im Sinne der teilerheblich erklärten Motion Rechnung getragen werden. Es ist hierfür keine Gesetzesänderung notwendig. Eine Gesetzesanpassung wäre hingegen notwendig gewesen, um ein Vorstossrecht zu schaffen oder wenn der Kanton selbst ein Jugendparlament hätte schaffen wollen. Dies will der Kantonsrat jedoch explizit nicht. Hätte der Kantonsrat die Schaffung eines Vorstossrechts oder die Errichtung eines Jugendparlaments durch den Kanton beschlossen bzw. die Motion vollumfänglich erheblich erklärt, hätte der Regierungsrat eine separate Vorlage hierzu vrogelegt. Für die Erfüllung des Motionsumfangs im Sinn der Teilerheblicherklärung ist dies jedoch nicht notwendig. Die Motion kann aus Sicht der Regierung demzufolge abgeschrieben werden.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

➔ Der Rat stimmt den Fristerstreckungen der fälligen parlamentarischen Vorstösse gemäss den Einzelanträgen des Regierungsrats stillschweigend zu.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat lehnt die Abschreibung der Motion Villiger/Nussbaumer/Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug (Vorlage 1714.1) mit 46 zu 20 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt die Abschreibung der Motion Lötscher betreffend Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments (Vorlage 2477.1) mit 41 zu 25 Stimmen ab.

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1088** Traktandum 2.1: **Motion von Rita Hofer und Vroni Straub-Müller betreffend Kostenübernahme der logopädischen Therapie bei Jugendlichen 16−20 Jahre**
Vorlage: 2879.1 - 15793 (Motionstext).

➔ Der Rat überweist die Motion stillschweigend an den Regierungsrat.

**1089** Traktandum 2.2: **Petition des VCS Verkehrs-Clubs der Schweiz vom 8./12. Juni 2018**

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) am 8. und 12. Juni 2018 allen Kantonen eine Petition des VCS Verkehrs-Clubs der Schweiz mit dem Titel «Strassenlärm macht uns krank!» übermittelte. Darin werden die Kantone aufgefordert, sich vollständig an die neuen Lärmschutzvorschriften zu halten und das Lärmproblem mit Lärmsanierungen zu beheben.
Die Petitionsbegehren betreffen nicht die sachliche Zuständigkeit des Kantonsrats. Es liegt kein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 GO KR vor. Im Einvernehmen mit der für die Vorprüfung von Petitionen grundsätzlich zuständigen Justizprüfungskommission erfolgt die Weiterleitung der Petition an den Regierungsrat. Dieser wird die Baudirektion mit der Erledigung beauftragen. Die Staatskanzlei wird dies dem VCS mitteilen.

Der Rat unterbricht hier seine Beratungen für das gemeinsame Mittagessen

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

76. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 28. Juni 2018, Nachmittag
Zeit: 13.45–16.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**1090 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Sitzung sind 67 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Philippe Camenisch, Vroni Straub-Müller und Karen Umbach, alle Zug; Adrian Andermatt (ab 15 Uhr), Zari Dzaferi und Andreas Hostettler, alle Baar; Jean-Luc Mösch, Cham; Anna Bieri, Remo Peduzzi, Hünenberg; Flavio Roos, Matthias Werder, Risch; Florian Weber, Walchwil; Marcel Peter, Neuheim.

TRAKTANDUM 7
**Geschäfte, die am 7. Juni 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1091** Traktandum 7.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 16/3 (Kapitel Grundzüge der räumlichen Entwicklung, Siedlung, Landschaft, Verkehr)**
Vorlagen: 2794.1/1a/1b - 15591 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2794.2 - 15592 (Antrag des Regierungsrats); 2794.3/3a - 15752 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung).

FORTSETZUNG DER DETAILBERATUNG

*G 2.2*

Baudirektor **Urs Hürlimann** bezieht sich auf die Diskussion in der letzten Sitzung bezüglich G 2.2. Der Rat hat damals beschlossen, den folgenden Satz zu streichen: *«Die Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung können durch Verdichtung im heutigen Siedlungsgebiet innerhalb des bestehenden Siedlungsgebietes überschritten werden.»* In Nachhinein hat sich diesbezüglich einiges bewegt. Der Regierungsrat hat von den Gemeinden einen Brief erhalten. Mit diesem Schreiben bitten die Gemeinden den Regierungsrat, mit einem Rückkommen diese Frage noch einmal zu besprechen. Die Gemeinden haben in den Jahren 2015/2016 zusammen mit dem Kanton die Siedlungsplanung vorgenommen. Dabei wurden die Gebietsverdichtungen besprochen und vereinbart. Nun werden plötzlich während des Spiels die Re-

geln geändert. Das Schreiben muss nicht als Trotzreaktion der Gemeinden betrachtet werden. Vielmehr haben sie berechtigt in Frage gestellt, warum sich die Spielregeln nun ändern. Der Regierungsrat hat auch gehört, dass der Punkt G 2.2 in fast allen Fraktionen besprochen wurde. Er stellt deshalb namens des Regierungsrats den **Antrag** auf Rückkommen, damit die Streichung des Satzes unter G 2.2 nochmals beraten werden kann.
Die Streichung entspricht nicht dem Willen des Rats, der 2013 beschlossen hat, die Siedlungsbegrenzungslinien einzuführen. Diese sind sakrosankt. Als darauf folgenden Prozessschritt hat der Kanton mit allen Gemeinden aufgrund dieser Beschlusslage die gesamte Siedlungsplanung vorgenommen hat. In harten zweijährigen Diskussionen wurden die Siedlungen festgelegt. Es wurde bestimmt, wo Verdichtungsgebiete in den Gemeinden angeordnet werden. Deshalb ist es von wesentlicher Bedeutung, dass heute im Rat noch einmal besprochen wird, was mit dem an der letzten Sitzung besprochenen Satz gemeint ist und welche Konsequenzen eine Streichung hat. Die Regierung stellt den Rückkommensantrag nicht gerne, denn es ist ein urdemokratisches Prinzip, dass sie sich den Entscheidungen des Rates zu fügen hat. Doch es handelt sich hier um eine sehr wichtige Frage. Seit 2013 wurde an den Grundzügen der räumlichen Entwicklung für die Zukunft des Kantons bis ins Jahr 2040 sehr viel investiert und gearbeitet. Der Baudirektor bittet den Rat deshalb, dem Antrag auf Rückkommen zu G 2.2 zuzustimmen.

**Silvan Renggli** stellt im Namen der CVP-Fraktion den **Antrag,** eine zweite Lesung für das Geschäft 2794 durchzuführen. Die Anpassung des kantonalen Richtplans ist anspruchsvoll und zukunftsweisend, dies hat sich bei der letzten Ratssitzung bestätigt. Auf die zweite Lesung würde die CVP-Fraktion eine Stellungnahme der Regierung zur Bevölkerungsentwicklung und zu den Bevölkerungszahlen erwarten, denn in der Beratung an der letzten Ratssitzung zu G 2.2 wurde u. a. von Planwerten gesprochen. Haben somit die angegebenen Bevölkerungszahlen einen Informationscharakter? Die Ratsmitglieder haben den Brief der Zuger Gemeindepräsidenten am Montag erhalten. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass die Bevölkerungszahlen eher einen verbindlichen Charakter haben. Stimmt der Rat einer zweiten Lesung zu, kann der Regierungsrat diesbezüglich Stellung nehmen, und der Sachverhalt kann geklärt werden.

**Mariann Hess** nimmt ebenfalls Stellung zum Brief der Gemeindepräsidenten. «Verdichtet Bauen» heisst das Zauberwort – zum Wohl von Land und Landschaft. Und im gleichen Zug fordern nun die Gemeindepräsidenten weiterhin das unbeschränkte Wachstum. Doch sie haben nicht zu Ende gedacht. Was tun die Menschen, wenn sie sich nicht in ihren Wohnungen aufhalten? Sie überfüllen die Strassen, öffentlichen Verkehrsmittel, Schulen und Sportanlagen, die Natur-, Landwirtschafts- und Erholungsgebiete. Das Wachstum hat wie alles im Leben zwei Seiten. Es ist gegenüber späteren Generationen nicht verantwortbar, nur den kurzfristigen Profit zu sehen. Man kann und darf vor den Problemen des Wachstums im beschränkten Raum des Kantons Zug mit seinen beschränkten Ressourcen nicht die Augen verschliessen. Es muss ein Gleichgewicht gefunden werden. Es ist der Lebensraum und seine Ressourcen, welche die Art und Weise von Wachstum bestimmen. Es wird heute schon auf Kosten der kommenden Generationen gelebt, und es besteht bereits jetzt ein massives Verkehrsproblem. Dies ist jetzt zu lösen und nicht noch durch massloses Wachstum zu vervielfachen. Aber das Mobilitätskonzept ist eine grosse Herausforderung und lässt dementsprechend auf sich warten. Man hofft auf Forschung und Technik. Doch auch die Effizienzsteigerung der Technik stösst an ihre Grenzen: Denn Raum und Zeit lassen sich nicht vermehren.

Und die Erfahrung zeigt: Die wachsende Menge frisst die Effizienz immer wieder auf. Das gilt nicht nur global – 2017 haben Energieverbrauch und $CO_2$-Ausstoss weltweit wieder zugenommen –, sondern auch in Gebieten der umweltbewussten Schweiz. Was soll durch das Wachstum gewonnen werden? Noch höhere Steuererträge? Noch mehr Wohlstand? Auf wessen Kosten? Der Kanton Zug würde vielleicht einen grossen Umsatz machen, aber keinen nachhaltigen Gewinn. Werden die gesellschaftlichen und ökologischen Schäden berücksichtigt, wird sogar ein irreversibler Verlust verursacht. Eines ist klar: Der Ausstieg aus dem Wachstumszwang ist eine der grössten Herausforderungen der heutigen Zeit. Aber dieser Weg ist unausweichlich, und je länger man wartet, desto schwieriger wird er. Der heutigen und den späteren Generationen darf die Zukunft nicht verbaut werden.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass nun zum Rückkommen gesprochen werden sollte und nicht materiell zu G 2.2.

**Nicole Zweifel** teilt mit, dass die GLP den Rückkommensantrag der Regierung unterstützt. Beim Satz, der gestrichen worden ist, geht es nicht um eine Entscheidung, ob gewachsen werden soll oder nicht. Vielmehr geht es darum, wie mit einem eintretenden Szenarium umgegangen wird. Die im Richtplan aufgeführten Zahlen sind Grundlagen für die Planung. Damit ist gemeint: Seid bereit, dass dieses Szenario eintreten *könnte.* Tritt es nicht ein – umso besser. Tritt es doch ein – was wird dann getan? Mit der Streichung des Satzes an der letzten Sitzung hat sich der Rat eigentlich selbst die Handlungsoption genommen für den Fall, dass ein höheres Wachstum eintreten *würde.* Die GLP unterstützt deshalb den Antrag der Regierung, damit dies nochmals geklärt werden kann. Ebenso könnte diese Klärung im Rahmen einer zweiten Lesung erfolgen, wie sie die CVP beantragt.

**Barbara Gysel** hält fest, dass sich die SP-Fraktion in der letzten Debatte klar für die Streichung des entsprechenden Passus aussprach. Die Faktenlage ist hinlänglich bekannt, doch die SP-Fraktion anerkennt, dass eine Debatte zu diesem wichtigen Punkt offenbar notwendig ist. Es stellt sich die Frage, ob es sich um eine Rückweisung handelt, einen Rückkommensantrag oder einen Antrag auf eine zweite Lesung. Der verfahrensmässige Weg ist nicht das Zentrale. Die SP-Fraktion möchte jedoch wissen, ob der Regierungsrat zusätzliche Informationen bieten kann, ob mehr Zeit notwendig wäre und ob die Fragen der Gemeindepräsidenten beantwortet werden könnten.

**Andreas Hausheer** stellt eine Verfahrensfrage: Gemäss § 71 GO KR kann der Regierungsrat gar keinen Rückkommensantrag stellen. Oder stimmt das nicht? Ein Ratsmitglied kann Rückkommensanträge stellen. Folglich müsste ein Ratsmitglied dieses Rückkommen beantragen.

Der **Vorsitzende** stimmt Andreas Hausheer zu. Ein Ratsmitglied müsste den Rückkommensantrag stellen.

**Daniel Abt** freut sich, dass die CVP-Fraktion die Bedeutung des Antrags erkannt hat, über den an der letzten Sitzung abgestimmt wurde. Bei einer zweiten Lesung würden jedoch keine zusätzlichen Informationen vorliegen. Der Antrag stand in der Kommissionssitzung bereits zur Diskussion. Er wurde jedoch eindeutig abgelehnt. Die Verdichtung im Kanton Zug darf kein reines Lippenbekenntnis sein. Die Siedlungsbegrenzungslinien sind definiert. Die *Kiste Kanton Zug* ist gezimmert. Der Boden ist vorhanden, die Wände sind vernagelt. Was man nicht tun darf, ist nun den

Deckel zuzunageln. Dieser muss offen bleiben, damit innerhalb der Begrenzungslinien eine Weiterentwicklung möglich ist. Daher stellt der Votant den **Antrag auf Rückkommen.** Falls dieser Antrag nicht gutgeheissen werden sollte, würde die FDP-Fraktion einer zweiten Lesung zustimmen.

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt (RUK), teilt mit, dass die Kommission den Antrag von Hans Baumgartner beraten hat und sich mit 9 zu 5 Stimmen dagegen ausgesprochen hat. Die Kommission unterstützt den Rückkommensantrag. Bei G 2.2 handelt es sich um eine sehr wichtige Position im Richtplan. Der Kommissionspräsident bittet die Ratsmitglieder deshalb, das Rückkommen zu unterstützen. Ob eine zweite Lesung notwendig sein sollte, wurde in der Kommission nicht beraten. Je nach Ausgang des Rückkommens kann ein solcher Antrag auch wieder gestellt werden. Wichtig ist, dass sich der Rat nochmals Zeit nimmt, um über G 2.2 zu diskutieren. Insbesondere für die Gemeinden ist dieser Punkt zentral.

Landschreiber **Tobias Moser** weist darauf hin, dass der Wortlaut von § 71 GO KR tatsächlich recht eng gefasst ist. Es heisst darin, dass ein Ratsmitglied ein Rückkommen beantragen kann. An diversen anderen Orten in der GO KR wird auch mit dem Ausdruck «Ratsmitglied» operiert, mit dem ein Mitglied des Kantonsrats gemeint ist. In § 35 GO KR ist jedoch festgehalten, dass die Mitglieder des Regierungsrats eine Anwesenheitspflicht haben, über eine beratende Stimme verfügen und ohne Einschränkung Anträge stellen dürfen. Vor diesem Hintergrund kann der Sachverhalt gegen den Wortlaut von § 71 so ausgelegt werden, dass der Regierungsrat im vorliegenden Fall nicht eingeschränkt ist und sich im Ausnahmefall auch anmassen darf, einen Rückkommensantrag zu stellen. Der Baudirektor hat seinen Antrag sehr vorsichtig formuliert. Er ist sich der demokratischen Tragweite seines Vorgehens bewusst. Im Übrigen kann der Kantonsrat beschliessen, wie er die Verfahrensfrage handhabt. Wenn die Ratsmitglieder damit einverstanden sind, können sie den Antrag des Baudirektors aufrechterhalten.

**Hans Baumgartner** ist der Meinung, dass der Rat den Rückkommensantrag nicht genehmigen sollte. Wenn schon, wäre eine zweite Lesung durchzuführen, um zusätzliche Informationen zu erhalten. Doch wie es aussieht, gibt es keine neuen Informationen. Die Position wurde beim letzten Mal ausführlich beraten. Dass die Gemeinden sich dagegen wehren, war zu erwarten, denn sie wollen wachsen. Der Wachstumswettlauf scheint weiterzugehen. Jede Gemeinde hat Angst davor, im Kanton und im Rat Einfluss zu verlieren. Das wurde auch an der letzten Sitzung ersichtlich, als die Zahlen einzelner Gemeinden mit Anträgen verändert werden sollten, um noch mehr wachsen zu können.
Mit dem festgesetzten mittleren Szenario hat der Kanton die Möglichkeit, um 25’000 Personen zu wachsen. Das entspricht der heutigen Einwohnerzahl der Gemeinden Neuheim, Menzingen, Oberägeri, Unterägeri und Walchwil zusammen. So viele Menschen werden zusätzlich in den Kanton Zug kommen. Die Fläche wird jedoch nicht grösser. Das ist ein Problem. Und nun möchten die Gemeinden noch mehr wachsen. Es geht nicht darum, eine Verdichtung zu verhindern. Dafür gibt es Möglichkeiten in der Raumplanung. Doch es wurde das letzte Mal entschieden, dass 25’000 Menschen reichen, und darüber muss nicht noch einmal diskutiert werden. Es wird spannend sein, wie der Rat sich entscheidet. Die Ratsmitglieder sind Volksvertreter und wissen, wie die Stimmung im Kanton ist. Dies sollten sie sich zu Herzen nehmen, bevor sie abstimmen.

**Manuel Brandenberg** stimmt Hans Baumgartner zu, dass die Ratsmitglieder Volksvertreter sind. Und in Bern haben die Volksvertreter entschieden, die Masseneinwanderung nicht zu beschränken. Das Volk wollte jedoch der Masseneinwanderung Grenzen setzen. Solange Bern sagt, die Schleusen seien offen, nützen künstliche Beschränkungen im Richtplan des Kantons Zug gar nichts.

Der **Vorsitzende** schlägt folgendes Vorgehen vor: Als Erstes wird über den Rückkommensantrag abgestimmt, als Zweites eventuell über G 2.2 in der ursprünglichen Version und als Drittes über eine zweite Lesung.

**Andreas Lustenberger** hat eine Verfahrensfrage: Würde es nicht Sinn machen, als Zweites über die zweite Lesung abzustimmen? Die Abstimmung über G 2.2 wäre obsolet, wenn der Rat den Antrag auf eine zweite Lesung genehmigen würde. Mit der zweiten Lesung würden ja dann die geforderten Mehrinformationen vorliegen.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass in der ersten Abstimmung entschieden wird, ob der Rat ein Rückkommen genehmigt. Wird ein Rückkommen beschlossen, stimmt der Rat noch einmal über G 2.2 ab. Erst dann wird darüber abgestimmt, ob eine zweite Lesung der gesamten Vorlage erfolgen soll.

Baudirektor **Urs Hürlimann** weist darauf hin, dass er keine neuen Zahlen präsentieren kann. Bei den vorhandenen Zahlen handelt es sich um die prognostizierten Zahlen des Bundesamts für Statistik. In der letzten Debatte wurde beschlossen, vom mittleren Szenario auszugehen, das einer prognostizierten Zahl von 148’500 entspricht. Damit wurde entschieden, eine Entwicklung des Kantons in dieser Grössenordnung zuzulassen. In G 2.2 geht es darum, dass möglichst gute Voraussetzungen geschaffen werden für dieses Szenario.

**Silvia Thalmann** ist der Meinung, dass eine zweite Lesung notwendig ist. Als Ratsmitglied, das nicht der Kommission angehört und sich nicht vertieft mit dieser Frage auseinandergesetzt hat, fühlt sie sich überfordert. Verschiedene Fragen sind noch offen. Wenn sich beispielsweise alle Einzelpersonen im Pensionsalter entscheiden, in ein Altersheim umzuziehen, wird es als Folge davon sehr viele Wohnungen geben, die von zwei, drei oder vier Personen bewohnt werden, und die Bevölkerungszahl im Kanton Zug steigt. Welche Auswirkungen hat das?
Die Votantin möchte den Mechanismus der Berechnung der Ist-Zahlen versus die Planzahlen besser verstehen und erfahren, wie sakrosankt die Planzahlen sind. Wird mit der Genehmigung des Rückkommensantrags bereits heute darüber diskutiert, kann die Votantin auf diese wichtige Frage keine Antwort geben.

RUK-Präsident **Heini Schmid** befürwortet das Vorgehen, wie es der Ratspräsident vorgeschlagen hat. Der Rückkommensantrag und der Antrag auf zweite Lesung sind auf derselben Stufe anzusiedeln und voneinander unabhängig. Es ist wichtig, dass über G 2.2 noch einmal materiell diskutiert wird. Eine zweite Lesung ist gleichwohl sinnvoll. Eine materielle Diskussion kann auch in einer zweiten Lesung stattfinden. Es wäre nicht richtig, gestützt auf einen Antrag auf zweite Lesung die Beratung eines Gegenstands ausschliessen zu können, die mit einem Rückkommensantrag gefordert wird. Das würde bedeuten, dass man einen Rückkommensantrag jederzeit mit einem Antrag auf zweite Lesung ausheben und auf diese Weise eine Beratung vertagen könnte. Das wäre aus grundsätzlichen Überlegungen nicht der richtige Weg. Es handelt sich um zwei unabhängig voneinander zu stellende und zu behandelnde Anträge. Deshalb ist es richtig, beide Anträge gemäss Ge-

schäftsordnung abzuhandeln. Es geht darum, ob die notwendigen Informationen vorliegen. Wenn die Ratsmitglieder der Meinung sind, dass man zu wenig weiss über die Auswirkungen, kann eine zweite Lesung durchgeführt werden, unabhängig davon, ob zuvor dem Rückkommensantrag zugestimmt wurde.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat beschliesst mit 39 zu 23 Stimmen, dem Antrag auf Rückkommen zuzustimmen.

RUK-Präsident **Heini Schmid** hält fest, dass G 2.2 der zentrale Punkt ist für die Diskussion über das Bevölkerungswachstum im Kanton Zug. Die Kommission vertrat die Meinung, dass mit dem Grundlagenentscheid, keine namhaften neuen Einzonungen vorzunehmen, der *Boden der Kiste* – wie es Daniel Abt schön umschrieben hat – gezimmert ist. Es ist sehr wichtig, dies immer im Kopf zu haben. Früher hat man den Gemeinden mittels Bevölkerungszahlen vorgegeben, wie viel sie einzonen können. In der letzten Zonenplanrevision wurde genau festgelegt, wie viele Hektaren neu eingezont werden dürfen. Diese Zahlen hatten eine zentrale Bedeutung für die Einzonung. Wenn nun in der nächsten Zonenplanrevision nur noch 10 Hektaren neu eingezont werden können, wird dieses Steuerungsinstrument für die Bevölkerungszahl viel weniger zentral sein, weil es die Bauzonengrösse gar nicht mehr definiert. Die Bauzonengrösse, das wichtigste Steuerungsinstrument, ist bereits geregelt. Es gilt, aufzupassen, dass nicht überreguliert und übersteuert wird und mit dieser Steuerung das Gegenteil dessen erreicht wird, was man möchte. Wird am Ergebnis der ersten Beratung festgehalten, behindert man die Verdichtung, denn gemäss Amt für Raumplanung gelten die Bevölkerungszahlen dann als fixe Werte. Die Gemeinden müssten bei allen zukünftigen Zonenplanrevisionen vorlegen, welches Potenzial sie mit der Verdichtung erreichen könnten. Sollen alle Baugesuche rechtsgleich behandelt werden, kann man nicht einfach sagen, dass die Ersten verdichten können, so viel sie wollen, und der Letzte, der ein Baugesuch einreicht oder ein Gesuch um Bebauungsplan stellt, muss dann schauen, was übrig bleibt. Denn ist die Bevölkerungszahl von 148’500 erreicht, gibt es einfach keine Bewilligung mehr. Folglich müssen die Behörden bei jedem Baugesuch prüfen, ob es konform ist mit dieser Zahl. Das ist das *Verfluchte* an G 2.2, wenn die Verdichtung nicht überschritten werden kann. Bereits ab dem ersten Baugesuch muss dem Gesuchsteller ein Potenzial zugewiesen werden. Das führt zur paradoxen Situation, dass auch eigentlich sinnvolle Projekte in Verdichtungsgebieten nicht genehmigt werden können, weil das zugewiesene Potenzial damit überschritten würde. Solche Fälle kann es bereits 2022 geben, also 18 Jahre vor Erreichen der Bevölkerungszahl von 148’500 im Jahr 2040. Man muss einem Gesuchsteller beispielsweise sagen, er hätte zwar Platz, es wäre qualitativ sinnvoll, an diesem Ort 28 Wohnungen zu erstellen, aber er habe seinen Anteil an der Zahl 148’500 bereits überschritten und erhalte deshalb leider keine Bewilligung, obwohl eine Verdichtung in diesem Gebiet sinnvoll wäre. Deshalb unterstützt der Kommissionspräsident den Streichungsantrag zu G 2.2 nicht. Es wird damit verhindert, jedes Baugesuch auf das sinnvolle Verdichtungspotenzial zu prüfen. Das verträgliche Verdichtungspotenzial sollte überall ausgeschöpft werden können. Es geht nicht darum, dass der Kanton Zug Wachstum will, vielmehr bestehen Bedürfnisse. Es gibt Leute, die in den Kanton Zug kommen wollen, und die Einwohnerinnen und Einwohner selbst möchten ebenfalls mehr verfügbaren Wohnraum haben. Natürlich kann man darüber diskutieren, aber das Hauptproblem ist, dass Leuten in den Kanton Zug ziehen möchten und auch der Nachwuchs der Bevölkerung hier wohnen möchte. Kann nicht genügend Wohnraum angeboten werden, werden die Preise ins Unermessliche steigen.

Diese Verantwortung will der RUK-Präsident nicht tragen. Und er will seinen Kindern und anderen jungen Leuten im Kanton nicht sagen müssen, man habe leider das Verdichtungspotenzial nicht ausgeschöpft und sie würden nun dafür die Zeche bezahlen. Dieses Dilemma besteht. Der Kommissionspräsident bittet die Ratsmitglieder deshalb, dem ursprünglichen Antrag der Regierung zuzustimmen und zu erlauben, dass auf jeder Parzelle geprüft werden kann, was eine sinnvolle Verdichtung wäre. Dann kann erreicht werden, dass die *Kiste* von jetzt an nicht mehr grösser gemacht wird, sondern in dieser *Kiste* mehr untergebracht werden kann.

**Barbara Gysel** hält nochmals fest, dass sich die SP-Fraktion in der letzten Debatte für die Streichung des Passus in G 2.2 aussprach. Gleichzeitig ist die von den Gemeinden wieder aufgeworfene Diskussion etwas zu relativieren. Hans Baumgartner stellte den Streichungsantrag, Heini Schmid verteidigte die Kommissionsposition. Etwas salopp lässt sich sagen: Es ist wohl *Hans was Heini*, wie die Debatte ausgehen wird. Schliesslich geht es letztlich bei der Steuerung dieser Zahlen um anderweitige Massnahmen. Insofern ist die momentane Diskussion bis zu einem gewissen Grad eine Stellvertreter-Diskussion. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Bevölkerungszahl im Kanton Zug zunahm und weiter zunehmen wird. 1850 lebten im gesamten Kanton etwa so viele Menschen wie heute allein in der Gemeinde Cham. Und wann stieg die Bevölkerung am stärksten an? Es war in der Nachkriegszeit, in den 1950ern, 60ern und 70er Jahren. Der allgemeine Wohlstand stieg aufgrund der veränderten Steuerpolitik aber auch an. Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre wurde durch die Zuzüge von Firmen der spätere Boom lanciert – die eigentlichen Grundlagen dazu wurden schon in den 1920er Jahren gelegt. Wie auch der Kommissionspräsident ausgeführt hat, werden die Bevölkerungszahlen letztlich nicht über Zahlen im Richtplan gesteuert. Mit diesen Ausführungen soll eine Replik gegeben werden auf Aussagen aus der letzten Ratsdebatte. Im Protokoll der Ratssitzung vom 7. Juni ist auf Seite 2411 des Aussage des CVP-Votanten zu lesen: «Der Richtplan ist das einzige taugliche Instrument, um das Wachstum zu beschränken.» Die SP sagt: Dem ist *nicht* so. Zug ist unglaublich attraktiv, und dies nicht nur aufgrund der raumplanerischen Leistungen. Zugs Attraktivität gründet sich für viele juristische und natürliche Personen sowie den Nachwuchs der Bevölkerung in «unsichtbaren» Faktoren wie eben auch der Tiefsteuerpolitik.
Zum Rückkommensantrag: Der Richtplan legt die Planungsgrundlagen fest. Nicht mehr und nicht weniger. Werden beispielsweise keine finanzpolitischen Massnahmen ergriffen, wird die Bevölkerung in den nächsten Jahren weiterwachsen. Deswegen bestehen folgende Möglichkeiten:
• Der Rat lässt bei G 2.2 die Obergrenze von total knapp 150’000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Richtplan stehen, lässt die Hintertür aber offen, wonach die Gemeinden diese Bevölkerungszahl mittels Verdichtung überschreiten dürfen. Fakt wird sein: Die Gemeinden nutzen ihren Spielraum, und die Bevölkerungszahl wird deutlich über 150’000 steigen.
• Die Streichung des Passus wird beibehalten, und die Zahl von 150’000 Personen bleibt «bindend». Es ist jedoch zu erwarten, dass diese Obergrenze trotzdem bald auch überschritten wird.
Unabhängig davon, was im Rat heute entschieden wird, ist davon auszugehen, dass es zu politischen Interventionen kommen wird. Das ist die politische Realität.
Es ist klar zu sehen: Primär sind es die Steuern, die das Wachstum steuern, und nicht der Richtplan. Was im Rat beschlossen wird, wird den Charakter eines «Bekenntnisses» haben, es ist aber kein echtes Steuerungsmittel für die Bevölkerungszahl. Das ist auch gut so. Unter diesen Annahmen wurde hoffentlich verständlicher, inwiefern die Aufregung der Gemeinden zwar ernst genommen, aber

doch etwas relativiert wird. Die SP-Fraktion bittet den Baudirektor, den Mechanismus nochmals eingehend zu erläutern. Wie bereits erwähnt, liegen alle Fakten vor, aber es hilft hoffentlich fürs Verständnis.

**Andreas Lustenberger** ist mit dem Verlauf der Diskussion nicht ganz einverstanden. Es hört sich so an, als wäre der Richtplan nur ein schönes Papier. Falls dem wirklich so ist, sollte man vielleicht den Antrag stellen, dass es gar keinen Richtplan mehr braucht. Um die Bevölkerungszahl, die Mobilität und das Wachstum zu steuern, gibt es nicht nur ein einzelnes Instrument wie der Richtplan oder die Fiskalpolitik, sondern mehrere. Deshalb ist auch G 2.2 von wesentlicher Bedeutung für das Wachstum in den kommenden Jahren. Es ist auch nicht ganz sicher, ob das Szenario, wie Heini Schmid es beschrieben hat, so eintreten wird. Was ist denn überhaupt das Potenzial, das in den Verdichtungsgebieten vorhanden ist? Diese Frage richtet sich an den Baudirektor. Der Votant meint sich zu erinnern, dass 2013 in der Abstimmung über die Raumplanung gesagt wurde, dass in der Schweiz nur schon aufgrund der eingezonten Gebiete eine Bevölkerungszahl von 10 bis 11 Millionen möglich wäre. Es ist anzunehmen, dass auch über das Verdichtungspotenzial im Kanton Zug Aussagen gemacht werden können. Wenn dann sichtbar wird, dass im bestehenden Verdichtungsgebiet Raum für 180'000 Personen bestünde, muss man sich fragen, ob es der richtige Entscheid des Rats war, vom mittleren Szenario auszugehen. Heisst es einfach, man könne durch Verdichtung noch mehr wachsen, ist es eine Fahrt ins Blaue. Der Votant ist sich nicht sicher, ob der entsprechende Satz unter G 2.2 notwendig ist, und hat auch mit Nicole Zweifel darüber diskutiert. Die grosse Frage ist: Welches Potenzial besteht in den Verdichtungsgebieten? Dazu sind Fakten notwendig. Deshalb unterstützt der Votant den Antrag auf eine zweite Lesung. Dann kann der Rat genauer abschätzen, wie sich die Wachstumszahlen in Zukunft verändern werden.

**Andreas Hausheer** versteht die Bevölkerungszahlen, die offenbar aufgrund einer Verordnung aufgeführt werden müssen, als Richtwerte. Deshalb stellt er den **Antrag,** dass G 2.2 komplett gestrichen wird. Denn nun herrscht ein Streit darüber, ob die Zahlen verbindlich sind oder ob ein Bevölkerungswachstum durch Verdichtung nach oben offen wäre. Man sollte sich an einer bestimmten Grösse orientieren, aber eine gewisse Flexibilität beibehalten können. G 2.3 sorgt dafür, dass man sich trotzdem nicht alles vergibt, denn dort ist festgehalten: *«Der Kanton überprüft alle fünf Jahre die Bevölkerungsprognosen (…).»* Darum beantragt der Votant, G 2.2 komplett zu streichen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass über diesen Antrag abgestimmt wird, wenn der Paragraf bereinigt worden ist.

**Hans Baumgartner** gibt zu bedenken, dass der Richtplan behördenverbindlich und somit auch für die Planung der Gemeinden verbindlich ist. Was die Grundeigentümer betrifft, so bleibt bestehen, was bis jetzt geplant wurde bzw. eingezont wurde. Natürlich müssen die Gemeinden bei verbindlichen Bevölkerungszahlen die Planung überdenken oder anpassen. Aber das ist ja das Ziel eines Wachstums mit Grenzen. Nicht jedes Wohnquartier muss bei der nächsten Ortsplanrevision zwingend verdichtet werden. Die nächsten Generationen haben auch noch Anrecht auf Wachstum. Es geht nicht darum, von verdichtetem Bauen wegzukommen. Aber die Gemeinden müssen Wege finden, um die gesetzten Höchstzahlen mit einer angepassten Raumplanung einzuhalten. Bei Bebauungsplänen, die erst in Zukunft zur Abstimmung gelangen, können bei bestehenden Mischbauzonen zum Beispiel die

Gewerbeanteile erhöht werden. Das führt unweigerlich zu einem Wachstumsrückgang. In diesem Bereich herrscht wenigstens ein Markt, beim Wohnungsbau scheint es überhaupt kein Limit zu geben. Das Zuwanderungspotenzial ist unerschöpflich, auch aus dem Euroraum. Die Limite wurde mit dem mittleren Szenario sehr hoch gesetzt – 25'000 Menschen zusätzlich auf dem gleichen Raum, im dem jetzt schon um jeden Quadratmeter gestritten wird, sei es hinsichtlich Freizeit, Verkehr, Naturschutz usw. Nun müssen auch politisch Grenzen gesetzt werden. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, dies bei den nächsten Ortsplanungsrevisionen zu tun, indem sie die Nutzungen für Wohnungen etwas verringern. Auf diese Weise entstehen potenzielle Flächen, die nächste Generationen verdichten können und die dann vielleicht von Gewerbezonen wieder in Wohnungszonen umgewandelt werden können. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, zu überlegen, welche Zeichen gesetzt werden, wenn der Satz unter G 2.2 gestrichen wird.

**Nicole Zweifel** möchte für einmal als Raumplanerin und nicht als Kantonsrätin ein Statement abgeben und den Ratsmitgliedern in kürzester Form erklären, wie eine Ortsplanung abläuft und wie ein Richtplan in diese einfliesst. Alle Ratsmitglieder haben gute Ideen, doch es werden Instrumente komplett vermischt. Es führt nicht weiter, wenn nicht alle vom Gleichen sprechen. Ein Richtplan ist behördenverbindlich, das heisst, er ist eine Handlungsanweisung für eine Behörde. Es handelt sich nicht um ein Gesetz, das für Herrn Meier oder für eine Firma relevant ist. Die Gemeinde erstellt aufgrund dieser Vorgabe eine Ortsplanungsrevision. Das ist eine Nutzungsplanung, die eigentümerverbindlich ist. Das heisst, dass sich Herr Meier daran halten muss. In der Zonenplanung wird festgelegt, ob es sich beispielsweise um eine Wohnzone 4 handelt, also um eine Zone mit vierstöckigen Wohnhäusern, um eine Gewerbezone oder um eine andere Zone. Die Zonenplanung wird verabschiedet, und irgendwann kommt Herr Meier zur Gemeinde und teilt mit, dass er an einem bestimmten Ort ein vierstöckiges Haus bauen möchte. Die Gemeinde schlägt ihm dann zum Beispiel vor, er solle mit seinen beiden Nachbarn Kontakt aufnehmen, da ein einzelnes Haus an diesem Ort wenig Sinn mache. Zusammen mit den Nachbarn liesse sich ein Projekt von höherer Qualität realisieren. Es gäbe auch die Möglichkeit, bei gleicher Qualität auf gleicher Fläche mehr zu nutzen. Solche Fälle muss die Gemeinde handhaben, sie lassen sich nicht durch das Parlament steuern. Der Rat kann den Gemeinden nur vorgeben, dass bis 2040 Platz für ungefähr 148'000 Personen bestehen sollte. Auf dieser Basis erstellen die Gemeinden ihre Ortsplanungsrevisionen und rechnen mit Durchschnittswerten pro Zone nach statistischen Werten, um festzustellen, welche Kapazitäten in den Bauzonen bestehen. Diese Berechnungen unterbreiten die Gemeinden dem Amt für Raumentwicklung zur Überprüfung. Wenn die geforderten Punkte erfüllt sind, heisst das nicht, dass das Amt für Raumentwicklung verfügt, es dürfe keinen Bebauungsplan mehr geben. Das ist eine Detaillierung für ein Areal, die ermöglicht, dass mit Qualität mehr machbar ist. Es handelt sich um zwei komplett unterschiedliche Schienen. Der Rat legt nur die Handlungsanweisungen für die Gemeinden fest, im Sinne von: «Seid bereit, dass ihr mit diesem Bevölkerungswachstum umgehen müsst. Und wenn ihr mehr Leute kriegt, dann dürft ihr den entsprechenden Wohnraum nur im Siedlungsgebiet erstellen.» Genau deshalb gibt es nur diese 10 Hektaren, auf die der Kommissionspräsident hingewiesen hat. Der Kanton will nicht flächenmässig wachsen und dieselben Fehler machen wie in den Achtzigerjahren. Man will nicht wie in anderen Kantonen, beispielsweise im Wallis, 50 Prozent Überkapazität in den Bauzonen haben. Diese Kantone nehmen nun alle Rückzonungen vor.
Zum Votum von Hans Baumgartner: Es ist zwar möglich, aus einer Wohnzone eine Gewerbezone zu machen, weil eine Gemeinde nicht wachsen will. Dabei handelt es

sich aber um einen Tatbestand der materiellen Enteignung. Heini Schmid könnte das wohl besser erklären. Man kann den Leuten nicht einfach irgendetwas wegnehmen oder geben. Es geht nur um einen Richtplan, eine Anweisung, woran die Gemeinden im Hinblick auf die Zukunft denken sollen. Es ist deshalb sehr wichtig, dass G 2.2. bestehen bleibt. So ist festgehalten, dass die Gemeinden bei einem höher als erwartetem Wachstum innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets verdichten müssen. Und das will man ja. Aus diesem Grund bestehen die Siedlungsbegrenzungslinien im Richtplan. G 2.2 ist raumplanerisch sinnvoll. Wie auch Barbara Gysel ausgeführt hat, ist der Richtplan kein Instrument, um Wachstum zu beschränken.

**Patrick Iten** weist darauf hin, dass die Bevölkerung im Kanton Zug kein weiteres Wachstum mehr wünscht. Das wurde bereits bei der letzten Richtplananpassung berücksichtigt, indem festgelegt wurde, dass bis 2040 kein Bauland mehr eingezont wird. Mit dieser Regelung ist es dem Kanton gelungen, eine Verdichtung und einen sanften Wachstumsrückgang zu realisieren. Der Richtplan dient den Gemeinden als Grundlage für ihre Ortsplanung. Mit verbindlichen Bevölkerungszahlen wird viel zu stark in die Planung der Gemeinden eingegriffen. Darum stellt der Votant nochmals den **Antrag,** dass unter G 2.2 das Wort «nicht» eingefügt wird, also: *«Die prognostizierten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung sind **nicht** verbindlich (…)»* Zudem soll der Satz, eine Verdichtung könne innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets erfolgen, bestehen bleiben.

**Daniel Abt** hält fest, dass nicht *Hans was Heini* ist, wie Barbara Gysel erwähnt hat. Der Kanton Zug wird 200'000 Einwohner haben. Die Frage ist nur, wann es so weit sein wird. Nun hat man zwei Möglichkeiten: Entweder man zieht sich Scheuklappen an wie die Pferde am Festumzug letzten Sonntag in Schötz und wartet, bis 148'000 Personen im Kanton Zug wohnhaft sind, oder man zieht die Scheuklappen ab bzw. gar nicht erst an und hält die Augen offen. Dann sieht man, was passiert, und ist bereit für eine allfällige Mehrbevölkerung. So wird die Möglichkeit geschaffen, dass man der grossen Nachfrage entgegenwirken kann, und man muss nicht zusehen, wie die Preise explodieren. Die Freiflächen können freigehalten werden, es kann verdichtet und Platz geschaffen werden für zusätzliche Bewohner. Vor allem werden die Gemeinden wach gehalten, wie es auch Nicole Zweifel ausgeführt hat. Man macht sie darauf aufmerksam, dass das Bevölkerungswachstum mit dem Erreichen von 148'500 Personen nicht abgeschlossen sein muss, dass eine weitere Zunahme denkbar ist und Schulen sowie Verkehrswege ausreichend Kapazitäten bieten müssen. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen, wie er in der ursprünglichen Fassung vorlag.

**Mariann Hess** weist darauf hin, dass die Folgen nicht absehbar sind, wenn die Bevölkerungszahlen in den verdichteten Siedlungsgebieten überschritten werden. Die ALG-Fraktion unterstützt den Antrag von Hans Baumgartner. Der Dichtestress wird jetzt schon in die Erholungsräume, ins Kulturland und in die Naturschutzgebiete entladen. Es geht nicht nur ums Bauen. Die Menschen bleiben nicht in ihren Häusern wie Kaninchen in ihren Ställen. Sie brauchen Auslauf und Freizeit. Sie benötigen eine lebenswerte Umgebung. Der Raum im Kanton ist begrenzt, es ist sehr viel Seefläche vorhanden, doch nicht allzu viel Land. Der begrenzte Lebensraum, auf dem Nahrungsmittel produziert werden und der gleichzeitig für Freizeitaktivitäten, Sport und Hobby genutzt wird, wird immer kleiner. Zunehmende Interessenskonflikte verhindern die angestrebte Lebensqualität. Der Richtplan ist *ein* wachstumsbestimmender Faktor, die Steuern sind ein anderer. Wenn im Richtplan die Eckwerte festgelegt sind, ist eine wichtige Aussage zum künftigen Wachstum vorhanden.

Die Votantin ist Bäuerin und sieht die Richtplanung deshalb auch aus dieser Perspektive. Das Littering, das durch Autofahrer entlang der Strassen verursacht wird, wird noch stärker zunehmen. Das ist ein riesiges Problem. Nutztiere leiden und gehen ein wegen verschmutzter Nahrung wie PET-Flaschen, Alu-Büchsen, Zigarettenstummel und allem, was sonst noch aus dem Auto geschmissen wird. Der ganze Dreck der Strassen, vor allem sichtbar auf dem Schnee am Strassenrand im Winter, wird noch immer meist über die Schulter entwässert. Dies belastet nicht nur das Kulturland, sondern auch die Tiere, die das fressen müssen, und schlussendlich die Einwohnerinnen und Einwohner als Konsumenten dieser Lebensmittel. Das Auto ist hierzulande die heilige Kuh. Notfalls werden dafür Enteignungen vorgenommen, um Kultur- und Weideland für Strassen zuzupflastern, und die Kuh wird zur leistungsstarken Maschine degradiert. Wie krank sind die Menschen eigentlich?

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass Raumplanung und nicht Littering Thema der Debatte ist.

RUK-Präsident **Heini Schmid** hält fest, dass es in der Debatte immer wieder um die Frage geht, wie viel Platz für wie viele Leute in dieser *Kiste mit fixiertem Boden* vorhanden ist. Im erläuternden Bericht des Amts für Raumplanung ist auf Seite 16 folgende Aussage zu finden: «Dies entspricht einer Bevölkerungszahl von 145’000 bis 155’000.» Nach den wahrscheinlichsten Szenarien, von denen die Raumplanung ausgeht, hätten also maximal ca. 6500 Personen mehr Platz in der *Kiste.* Man sollte also ein wenig relativieren. Es müssen nicht 200’000 Personen untergebracht werden. Es geht nur um die Frage, ob bei Erreichen der Bevölkerungszahl von 148’500 auch Platz für 155’000 Personen vorhanden wäre. Dabei spricht man von einem Zeithorizont bis 2040; das ist eine sehr lange Zeit. All dies sind Schätzungen, die das Raumplanungsamt nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen hat und als ein realistisches Szenario betrachtet. Darin enthalten ist auch die Aussage, dass Neueinzonungen und noch stärkere Verdichtungen notwendig wären, wenn man das hohe Wachstumsszenario des Bundes umsetzen wollte. Nur aufgrund des heutigen Beschlusses wird die Bevölkerungszahl nicht plötzlich 200’000 oder 148’000 betragen. Es zeigt Wirkung, dass der Kanton Zug keine Einzonungen mehr vornimmt. Die Ratsmitglieder erinnern sich sicherlich an die Diskussionen über Verdichtungen. Will man relativ stark verdichten wie beispielsweise beim Unterfeld, so ist das Projekt deswegen noch nicht in trockenen Tüchern. Es muss auch umgesetzt werden. Es ist wichtig, dass in jedem Bereich das verträgliche, gute Maximum ausgeschöpft wird. Deshalb bittet der RUK-Präsident die Ratsmitglieder, wieder dem ursprünglich vorliegenden Antrag zuzustimmen.

**Andreas Lustenberger** bezieht sich auf den Brief der Gemeindepräsidenten-Konferenz. Die darin enthaltenen Aussagen sind sehr absolut und hart. Es wurde mehrfach betont, dass diese zu relativieren seien, es wären harte Raumplanungsmassnahmen notwendig wie Planungsstopp etc. Auch die Regierung müsste zu den Aussagen der Gemeinden Stellung nehmen. Deshalb stellt die ALG-Fraktion gemäss § 58 GO KR einen **Rückweisungsantrag** an den Regierungsrat, damit diese Frage ausgiebig geklärt werden kann und in einer zweiten Lesung die Antworten der Regierung dazu bekannt sind. Sollte dem Rückweisungsantrag nicht zugestimmt werden, stellt die ALG-Fraktion den **Eventualantrag,** dass der Antrag auf zweite Lesung mit einem Abklärungsauftrag ergänzt wird.

Baudirektor **Urs Hürlimann** bezieht sich auf das Votum von Andreas Lustenberger: Der Rat kann eine Rückweisung vornehmen, man kann nochmals eine Debatte füh-

ren, doch wenn keine zusätzlichen Informationen zur Verfügung stehen, bringt das alles nichts. Auf acht Seiten wird beschrieben, wie die Modellrechnungen zustande kamen. Bei einer zweiten Lesung würden keine weiteren Zahlen vorliegen. In den erläuternden Berichten, die den Ratsmitgliedern vorliegen, wurde alles von A bis Z berechnet. Der Baudirektor dankt Nicole Zweifel für ihre Ausführungen über den *Meccano* in der Raumplanung. Wie sie korrekt dargelegt hat, werden mit dem Richtplan Handlungsanweisungen gegeben, und es wird eine Grundlage gelegt für die im nächsten Jahr beginnenden Ortsplanungen in den Gemeinden.
Zum Thema Landschaft und Natur: Gerade G 2.2 trägt dazu bei, dass eine Verdichtung vorwiegend in der Stadtlandschaft und den Siedlungsgebieten vorangetrieben wird. So entsteht weniger Druck auf Kulturlandschaft und Landwirtschaft. Im Rahmen ihrer Ortsplanrevisionen können die Gemeinden in ihren Verdichtungsgebieten von den im Richtplan aufgeführten Bevölkerungszahlen abweichen. Dies sollte den Gemeinden ermöglicht werden, weil zum einen das eidgenössische Raumplanungsrecht Verdichtungen fördern will, zum anderen sind Verdichtungsgebiete in der Regel verkehrstechnisch bestens erschlossen. Eine Verdichtung in den Zentren ist kein einfacher Prozess, und er sollte nicht zusätzlich erschwert werden. Heute ist in der NZZ ein Artikel zum Thema «Rezepte für den Umgang mit dem knappen Boden» zu finden. Die Problematik besteht also in der ganzen Schweiz. Im Artikel steht: «Effiziente Raumnutzung bedeutet primär, dass die Siedlungsentwicklung nach innen und die kompaktere Nutzung der bestehenden Bauzonen gefördert werden müssen. Damit dies gelingt, darf das Bauen in Zentren nicht aufwendiger sein und nicht länger dauern als an den Siedlungsrändern.» Das ist die Quintessenz der durchdachten Raumplanung, die heute beraten wird.
Zur Frage der Verbindlichkeit: Sämtliche Aussagen im Richtplan sind behördenverbindlich. Das heisst: Bund, Kanton und Gemeinden müssen sich bei ihren Planungen daran halten. So muss sich beispielsweise die Gesundheitsdirektion bei der Spitalplanung an der Bevölkerungszahl von 148’500 orientieren. Dies gilt ebenso für die Baudirektion bei der Mobilitätsplanung und für die Gemeinden bei ihren Verkehrs- oder Schulraumplanungen.
Zur Reaktion der Gemeindepräsidenten und -präsidentinnen: Der Rat hat die entsprechenden Beschlüsse zum Verdichten bereits im Jahr 2013 gefasst. Diesem Auftrag folgend hat die Baudirektion in einem intensiven Prozess mit den Gemeinden ein Wachstum in Grenzen ausgehandelt. Mit dem Beschluss vom 7. Juni ändert der Rat die Spielregeln. Das wollen die Gemeinden nicht.
Zu den Zahlen im Richtplan: Der Bund fordert, dass im Richtplan Zahlen aufgeführt werden. Er bewilligt den Richtplan nur dann, wenn diese Zahlen enthalten sind. Ist dies nicht der Fall, wird der Richtplan Ende dieses Jahres nicht genehmigt. Diese Zahlen haben einen hohen politischen Wert. Das hörte man in der heutigen Diskussion. Weder die Regierung noch die Baudirektion noch irgendjemand im Saal zweifelt daran. Es ist wichtig, über die Szenarien mit tiefen, mittleren oder hohen Bevölkerungszahlen zu diskutieren. Die Mehrheit des Rates ist der Meinung, dass man auf das mittlere Szenario setzen sollte. Im Richtplan werden die Rahmenbedingungen bzw. die Leitplanken dafür definiert. Die Bevölkerungszahlen sind eine verbindliche Grundlage für alle raumplanerischen Tätigkeiten und Planungen von Bund, Kanton und Gemeinden. Der Regierungsrat hat den Wert der Zahlen etwas relativiert. Es handelt sich nicht um anzustrebende Zahlen, wie es im Jahr 2014 oder 2015 formuliert wurde und im alten Richtplan der Fall war. Das hat die Kommission geändert. Die Zahlen sind nun nur noch eine Grundlage. Dies ist relevant. Der Regierungsrat wird also keine Gemeinde zwingen, diese Zahlen zu erreichen. Eine Gemeinde darf weniger stark wachsen, wenn die Bevölkerung dies will. Es besteht ein Spielraum nach unten. Zum Spielraum nach oben: Im Richtplan 2013

diskutierte der Rat über die Verdichtung im Kanton Zug. Strategie war, keine grossflächigen Neueinzonungen, sondern klar ausgewiesene Verdichtungen an den richtigen Orten vorzunehmen. Im gleichen Atemzug beschloss der Rat auch den nun zur Diskussion stehenden Satz, also dass die Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung durch Verdichtungen innerhalb des bestehenden Siedlungsgebietes überschritten werden können. Die Gemeinden, aber auch die Grundeigentümerschaften haben dies zur Kenntnis genommen. Es wird dank dem Entscheid des Rats von 2013 tatsächlich verdichtet gebaut: Das Wachstum der letzten fünf Jahre ist zu 50 Prozent im bereits überbauten Gebiet erfolgt, die anderen 50 Prozent auf dem noch nicht überbauten Bauzone. Die Verdichtung hat bereits erste Resultate gezeigt. Wird der Satz jedoch gestrichen, führt dies zu einer Verlagerung der Entwicklung auf die unüberbauten Bauzonen. Das Verdichten wird gebremst, weil es anstrengender ist als das Bauen auf der grünen Wiese. Die unüberbauten Bauzonen werden schneller konsumiert, und im Rat wird man in 15 bis 20 Jahren garantiert über Neueinzonungen diskutieren. Ist das ein haushälterischer Umgang mit dem Boden? Es gibt viele rechtliche Unsicherheiten, bis die Gemeinden ihre neuen Ortsplanungen im Trockenen haben. Entscheidet sich der Rat, den Satz zu streichen, können Einsprecher einen laufenden Verdichtungsprozess torpedieren. Man denke an die Planungen im Hertizentrum, auf dem Landis & Gyr-Areal oder um den Bahnhof Ost in Zug, im Unterfeld in Baar oder an weitere anstehende Planungen rund um den Bahnhof Rotkreuz. Dort handelt es sich um zweckmässige Verdichtungen, wie sie gemäss Strategie des Rats von 2013 vorgenommen werden sollen. Wie erläutert sind die Zahlen eine verbindliche Grundlage, die nach oben nicht überschritten werden dürfen, wenn der letzte Satz von G 2.2 gestrichen wird. Die Zukunft ist ungewiss. Ob und wann diese Zahlen erreicht werden, kann weder der Regierungsrat noch die Verwaltung sagen. Das Bevölkerungswachstum hängt von vielen anderen Faktoren ab, wie dies auch Barbara Gysel in ihrem Votum ausgeführt hat. Eine Streichung des Satzes hätte zudem wirtschaftliche Konsequenzen. Es geht nicht nur um das Steuersubstrat der Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch um Bauaufträge und die Wertschöpfung vieler KMU im Kanton Zug.
Der Baudirektor bittet die Ratsmitglieder, den Satz nicht zu streichen und dem Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt zu folgen. Die Gemeinden erhalten so die Option einer zukunftstauglichen Ortsplanung, und Einsprachefluten bei Verdichtungsprojekten werden verhindert. Der Rat sollte an der 2013 festgelegten Strategie der Entwicklung nach innen festhalten.

**Hubert Schuler** teilt mit, dass das Votum des Baudirektors zwei, drei Fragen aufgeworfen hat. Selbstverständlich ist dem Votanten bekannt, dass die Zahlen behördenverbindlich sind, wie es der Baudirektor ausgeführt hat. Die Spitalplanung, die Mobilitätsplanung, die Schulplanung basieren auf diesen Zahlen. Doch wird der Satz unter G 2.2 beibehalten, besteht keine Planungsgrundlage, denn es kann nach innen verdichtet werden, und die Zahlen sind damit nicht mehr relevant. Soll denn eine Gemeinde einfach eine Verdichtung nach innen festlegen, von ungefähr 10 Prozent mehr Wachstum ausgehen und deshalb zwei Schulhäuser mehr bauen? Irgendwie macht das keinen Sinn. Entweder man legt Zahlen fest und plant aufgrund dieser Vorgaben alles, was behördenverbindlich ist, oder man lässt alles offen. Dann kann man aber auch von der Höchstvariante ausgehen und muss sich nicht auf das mittlere Szenario zum Bevölkerungswachstum festlegen. Was die Regierung und ein Teil des Parlaments den Ratsmitgliedern vorsetzt, geht nicht auf.

**Patrick Iten** teilt mit, dass er seinen Antrag zurückzieht.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass über die vorliegenden Anträge in folgender Reihenfolge abgestimmt wird:
• Rückweisungsantrag der ALG-Fraktion
• Antrag der CVP-Fraktion auf 2. Lesung inkl. Eventualantrag der ALG-Fraktion auf zusätzliche Abklärungen
• Bereinigung von G 2.2 bzw. Antrag auf Streichung des letzten Satzes
• Streichung von G 2.2

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt eine Rückweisung von G 2.2 an den Regierungsrat mit 51 zu 10 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Antrag auf zweite Lesung inkl. zusätzlicher Abklärungen mit 41 zu 24 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung des letzten Satzes von G 2.2 ab und genehmigt mit 41 zu 23 Stimmen den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung der gesamten Position G 2.2 mit 49 zu 13 Stimmen ab und genehmigt damit den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats und Kommission für Raumplanung und Umwelt.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass an der letzten Sitzung die Detailberatung bis und mit G 7 abgeschlossen wurde und nun an dieser Stelle weitergeführt wird.

*G 8 (Titel)*
*G 8.1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 8.2*
*G 8.3*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Kommission auf Ergänzung von «insbesondere» anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt und des Regierungsrats.

*G 8.4*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat auch hier dem Antrag der Kommission auf Ergänzung von «insbesondere» anschliesst.

**Philip C. Brunner** bezieht sich auf die Streichung unter Buchstabe m., «NEAT-Linienführung Litti–Talkessel Schwyz» und stellt den **Antrag,** dass dieser Passus beibehalten wird. Auch wenn die Linienführung nicht bereits im nächsten Jahr, sondern frühestens in 30 Jahren realisiert wird, sollte der Passus bestehen bleiben.

Mit dem Bau der zweiten Etappe des Zimmerberg-Tunnels entsteht eine neue Situation für die einwohnerstarken Gemeinden Baar, Zug und später Walchwil. Die Option, dass die Linienführung der NEAT bis Arth-Goldau durch den Zugerberg verlaufen könnte, sollte offengehalten werden. Natürlich wird es in ein paar Jahren schwierig werden, diesen Passus beizubehalten. Der Votant hat beim Mittagessen mit Erstaunen festgestellt, dass die Regierung bzw. der Baudirektor auch seiner Meinung ist. Der Votant empfiehlt dem Rat, seinem Antrag zuzustimmen, und würde sich auch über die Unterstützung durch den Regierungsrat freuen.
Es geht auch um den Nord-Süd-Güterverkehr. Wenn man sieht, welch grosse Kapazitäten nun im Limmattal auf dem Areal Spreitenbach/Dietikon geschaffen werden, kann man sich mit einem bisschen Fantasie vorstellen, was da durch die Stadt Zug rollen wird. Es gibt zudem einen sicherheitsrelevanten Aspekt: Gewisse Gefahren müssen im Auge behalten werden. In diesem Zusammenhang ist auf Kurt Balmers Vorstoss hinsichtlich der Tanklager in Rotkreuz zu verweisen. Bei aller Sympathie und positivem Denken für die FFZ: Es ist nicht sicher, ob die FFZ dies im Griff hat. Da benötigt man eine Feuerwehr mit den Kapazitäten einer Flughafenfeuerwehr. Das Ereignis in Affoltern vor mittlerweile wohl über 20 Jahren war letztlich nur zu bewältigen dank der Flughafenfeuerwehr.

RUK-Präsident **Heini Schmid** möchte etwas Asche auf die Häupter der Kommissionsmitglieder streuen. Die Kommission hat diese Koordinationsaufgaben als primäre Aufgaben der Regierung betrachtet. Sie hat in ihrem Antrag die Ergänzung «insbesondere» eingefügt, weil die Meinung vorherrschte, dass es sich um ein Steuerungsinstrument der Regierung handelt und die Auflistung nicht abschliessend zu verstehen ist. Materiell wollte die Kommission jedoch nicht zu all diesen Fragen Stellung nehmen. Bei der Streichung der Koordinationsaufgabe ist zudem ein Lapsus passiert: In der der aktuellen Version des Richtplans unter V 4.5 auf Seite 41 wird dieser Abklärungsauftrag umschrieben. Man kann jedoch nicht einfach nur die Koordinationsaufgabe streichen und den Text unter V 4.5 bestehen lassen.
Die Kommission hat nicht diskutiert, ob der Passus gestrichen werden soll. Der RUK-Präsident pflichtet Philip C. Brunner aber bei, dass es eine strategisch wichtige Frage ist, wo der Güterverkehr in Zukunft durch den Kanton Zug fährt. Der Kanton ist gut beraten, dies im Auge zu behalten und mit den Nachbarkantonen zu versuchen, eine Lösung zu finden, die für das Siedlungsgebiet möglichst verträglich ist.

Baudirektor **Urs Hürlimann** begründet, wieso die Liste so zustande gekommen ist. Zur Ergänzung von «insbesondere»: Es ist der Regierung bewusst, dass die Liste ständig erweitert wird. Die NEAT-Linienführung Litti–Talkessel Schwyz wurde gestrichen, da dies keine direkte Koordinationsaufgabe des Kantons resp. der betroffenen Kanton darstellt und der Zeithorizont ca. im Jahr 2060 liegt. Beim Richtplan geht der Zeithorizont bis ca. 2035/2040. Die Kompetenz und die Verantwortung bei der NEAT-Linienführung Litti–Talkessel Schwyz liegen beim Bund. Der Regierungsrat war der Ansicht, dass die Auflistung den Zeithorizont bis 2040 abdecken und diejenigen Aufgaben enthalten sollte, bei denen die Regierung etwas beeinflussen kann. Der Baudirektor will sich nicht gegen eine Beibehaltung des Passus aussprechen, er wollte jedoch die Methodik aufzeigen.

➔ **Abstimmung 6:** Ungültige Abstimmung.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat genehmigt mit 53 zu 2 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner auf Beibehaltung des Passus «NEAT-Linienführung Litti–Talkessel Schwyz».

*G 8.5*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat auch hier dem Antrag der Kommission auf Ergänzung von «insbesondere» anschliesst. Aufgrund der vorangegangen Abstimmung ist zudem davon auszugehen, dass der Passus «NEAT-Linienführung Litti–Talkessel Schwyz» auch bei dieser Position beibehalten wird.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt und des Regierungsrats sowie den Antrag von Philip C. Brunner auf Beibehaltung des Passus «NEAT-Linienführung Litti–Talkessel Schwyz».

*G 9. (Titel)*
*G 9.1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 9.2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt anschliesst.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass sich die SVP-Fraktion am letzten Satz von G 9.2 stört und deshalb den **Antrag** stellt, diesen zu streichen. Der Satz lautet: *«Der öffentliche Verkehr sowie Velo- und Fussverkehr sind zu stärken.»* Der Individualverkehr wird nicht genannt, er bleibt auf der Strecke. Das ist zu einseitig. Wenn schon, dann sollten sämtliche Verkehrsmöglichkeiten gefördert werden. Warum werden hier nur der öffentlicher Verkehr sowie Velo- und Fussverkehr aufgeführt? Denkt man an die Debatte über Busbuchten bei der Erneuerung von Haltestellen, wird die ZVB bzw. die federführende Unternehmung oder Direktion mit Genuss auf diese Richtplanbestimmung aufmerksam machen. Der öffentliche Verkehr sei ja zu fördern, da könnten Autofahrer auch etwas warten, wenn der Bus anhalten müsse, und Busbuchten seien nicht notwendig. Das ist nur ein Beispiel, doch diese einseitige Förderung ist nicht notwendig. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag auf Streichung dieses letzten Satzes zu folgen.

RUK-Präsident **Heini Schmid** bittet den Rat namens der Kommission, den Satz nicht zu streichen. Es ist der grosse Vorteil von Stadtgebieten, dass das Verkehrsaufkommen über den öffentlichen Verkehr sowie den Velo- und Fussverkehr sehr effizient bewältigt werden kann. Werden diese Verkehrsarten in der Stadtlandschaft nicht gefördert, entsteht ein riesiges Problem. Man ist darauf angewiesen, dass die Leute in der Stadt zu Fuss gehen, sich mit Velo oder ÖV fortbewegen. Sind alle mit ihren Autos unterwegs, führt das zu massiven Verkehrsproblemen. Man stelle sich eine Stadt wie Hongkong ohne U-Bahn vor – das geht einfach nicht. Deshalb ist es programmatisch richtig, wenn der öffentliche Verkehr auf Stadtgebiet gefördert wird.

**Manuel Brandenberg** hofft, dass beim Vergleich mit Hongkong beim Kommissionspräsidenten nicht ein gewisser Grössenwahn durchschimmert, den er in der heutigen Zeit im *Valley of Zug* manchmal auch in anderen Bereichen zu erkennen glaubt.

Baudirektor **Urs Hürlimann** wiederholt die Argumente des RUK-Präsidenten nicht. Er möchte Manuel Brandenberg aber darauf hinweisen, dass sich der Satz nur auf die Stadtlandschaft bezieht. Es ist enorm wichtig, dass dort verdichtet wird, wo bereits eine hohe öffentliche Mobilität vorhanden ist. Natürlich zählt dazu auch der Veloverkehr. Ebenso könnte man sich den Verkehr im Kanton Zug ohne Stadtbahn gar nicht mehr vorstellen. Diese ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in der Stadtlandschaft. Es geht nicht um eine flächendeckende Förderung des öffentlichen Verkehrs, sondern nur um eine Förderung innerhalb der Stadtlandschaft. Der Regierungsrat bittet die Ratsmitglieder, den Antrag des Regierungsrats und der Kommission zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung des Satzes *«Der öffentliche Verkehr sowie Velo- und Fussverkehr sind zu stärken»* mit 40 zu 17 Stimmen ab.

*G 9.3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*G 9.4*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Anträge des Regierungsrats und der Kommission voneinander abweichen. Die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragt, die Formulierung *«stark zu gewichten»* mit *«zu berücksichtigen»* zu ersetzen.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass die Kommission die Anliegen des Ortsbildschutzes *berücksichtigen* und nicht *stark gewichten* möchte. Die Formulierung der Regierung war der Kommission zu absolut. Selbstverständlich sind auch in der Kulturlandschaft die gewachsenen Strukturen und das Ortsbild von Bedeutung. Der Ortsbildschutz ist in den Siedlungsgebieten und in der Kulturlandschaft zu berücksichtigen. Doch den Bauern sollte nicht ein exorbitanter Ortbildschutz vorgeschrieben werden.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass es Aufgabe der Regierung ist, dem Rat ausgewogene Lösungen zu unterbreiten. Heute war von verschiedenen Seiten zu hören, wie wichtig Landschaft und Natur sind. Der Regierungsrat möchte dort, wo mit fünf Prozent des Wachstums in den nächsten Jahren nur eine geringfügige Entwicklung stattfindet, besonderes Augenmerk auf Natur und Landschaft richten. Diesbezüglich sind der Regierungsrat und die Kommission unterschiedlicher Meinung. Es liegt am Rat, zu entscheiden, ob er die stärkere Formulierung des Regierungsrats oder die etwas offenere Fassung der Kommission bevorzugt. Der Baudirektor bittet die Ratsmitglieder, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat genehmigt mit 37 zu 18 Stimmen den Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt auf Formulierung *«zu berücksichtigen»* anstelle von *«stark zu gewichten»*.

*G 9.5*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt und des Regierungsrats.

*S 1 (Titel)*
*S 1.1 (Titel)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*S 1.1.1*

**Andreas Lustenberger** stellt namens der ALG-Fraktion den **Antrag,** dass der zweite Satz gestrichen wird. Dieser lautet: *«Es wird im Rahmen der nächsten Revision der Nutzungsplanung um maximal 10 Hektaren erweitert (Arrondierungen).»* Der Votant hat in der letzten Debatte ausgeführt, wieso es keine Neueinzonungen mehr geben soll. Auch heute wurde gesagt, dass mit dem vorhandenen Verdichtungspotenzial sogar Raum für 155'000 Personen bestehen würde. Deshalb stellt sich die Frage, wieso weitere 10 Hektaren eingezont werden sollen. Wie unter S 1.1.1 zu lesen ist, handelt es sich bei den 10 Hektaren nicht um Zonen für Bauten und Anlagen des öffentlichen Interesses, wo Strassen, Schulhäuser oder Spitäler erstellt würden, sondern um Neueinzonungen für weiteren Arbeits- oder Wohnraum. Gemäss den Ausführungen des Kommissionspräsidenten und des Baudirektors besteht bereits das Potenzial für eine Bevölkerungszahl von 155'000. Es besteht also kein Grund für weitere Neueinzonungen.

RUK-Präsident **Heini Schmid** weist darauf hin, dass in Klammern der Begriff *Arrondierungen* aufgeführt ist. 10 Hektaren sind eine relativ kleine Fläche für insgesamt elf Gemeinden. Es geht also nur darum, den Gemeinden und dem Kanton mehr Handlungsspielraum zu geben, um dort, wo es sinnvoll ist, gewisse Anpassungen an den Zonenrändern vorzunehmen. So lässt sich zum Beispiel eine Erschliessung effizienter gestalten. Es soll kein absolutes Verbot für Neueinzonungen bestehen, ein gewisser Handlungsspielraum ist notwendig. Wäre dieser nicht vorhanden, müsste immer ausgezont werden, und es entsteht die Problematik der Entschädigung. Die Gemeinden können die nächste Ortsplanungsrevision sinnvoller gestalten, wenn sie etwas Handlungsspielraum haben.

**Manuel Brandenberg** stellt einen persönlichen Antrag: Die Formulierung *«um maximal 10 Hektaren»* soll ersetzt werden mit *«bei Bedarf»,* und die Ergänzung *«Arrondierungen»* in Klammern soll weggelassen werden. Somit soll es unter Punkt S 1.1.1 heissen: *«Es wird im Rahmen der nächsten Revision der Nutzungsplanung* ***bei Bedarf*** *erweitert.»* Der darauf folgende, letzte Satz von S 1.1.1 soll gestrichen werden. Es ist abzulehnen, dass sich der Kanton derart einschränkt und kein neues Land als Bauland einzonen kann. Es sind Maximalzahlen vorhanden, an welche der Kanton gebunden ist. Warum sollte das Wachstum nur im engen Korsett der

Verdichtung zugelassen werden? Warum kann man nicht freier sein und im Rahmen der vorgegebenen Zahlen bei Bedarf neu einzonen?

RUK-Präsident **Heini Schmid** weist darauf hin, dass eine Nichteinzonung eine sehr hohe Symbolkraft aufweist. Der Bauwirtschaft und den Investoren muss signalisiert werden, dass sie ihre Vorhaben im bestehenden Baugebiet umsetzen müssen. Das ist der schwierigere Weg. Diesen Weg geht man eigentlich nur, wenn man nicht unbeschränkt oder neu einzonen kann. Bereits 50 Prozent aller zusätzlichen Bruttogeschossflächen werden heute im bestehenden Baugebiet realisiert. Es wäre fatal, nun ein anderes Signal auszusenden. Es ist sehr wichtig und eine grosse Errungenschaft für den Kanton Zug, dass nun festgelegt wurde, in welchem Gebiet die Entwicklung bis ins Jahr 2040 stattfinden soll. Die Investoren nehmen diese Herausforderung an. Es wäre schade, jetzt wieder andere Signale auszusenden.

**Manuel Brandenberg** stellt fest, dass Heini Schmid die Bauwirtschaft im Fokus hat, sein Antrag fokussiert sich jedoch auf die Grundeigentümer. Diese haben möglicherweise auch ein Interesse, etwas vom Kuchen zu erhalten, der bei der nächsten Ortsplanung neu verteilt wird. Die Eigentümer, die in Verdichtungsgebieten Land besitzen, werden bevorzugt. Sie können damit rechnen, weiter aufstocken zu können, andere nicht.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat genehmigt mit 47 zu 13 Stimmen den Antrag von Regierungsrat und Kommission auf Formulierung *«um maximal 10 Hektaren»* und lehnt damit den Antrag von Manuel Brandenberg auf Formulierung *«bei Bedarf»* und Streichung des letzten Satzes ab.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat genehmigt mit 39 zu 21 Stimmen den Antrag von Regierungsrat und Kommission und lehnt damit den Antrag der ALG-Fraktion auf Streichung des zweiten Satzes ab.

*S 1.1.2*
*S 1.1.3*
*S 1.1.4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*S 1.1.5*
*S 1.1.6*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat den jeweiligen Anträgen der Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die jeweiligen Anträge der Kommission für Raumplanung und Umwelt und des Regierungsrats.

*S 1.1.7*

**Thomas Meierhans** freut sich sehr über den Entscheid bei S 1.1.6, dass die Gemeinden die Umzonung von Industrie und Gewerbe prüfen müssen. Für das einheimische Gewerbe wird hier ein sehr grosses Problem einmal beim Namen genannt. In den hiesigen Arbeitszonen ist es für einen Handwerker unheimlich schwer, ein Magazin, eine Produktionsstätte oder ein Materiallager zu finden. Viel zu stark ist die Konkurrenz durch teure Bürobauten, die allesamt durch Unternehmungen im Dienstleistungsbereich belegt werden. Als Handwerker braucht man auch Platz. Man hat jedoch keine Chance, wenn man Materialpaletten auf gemieteten Flächen mit einem Preis von über 200 Franken pro Quadratmeter, wie sie für Büroflächen bezahlt werden, lagern muss. Es muss dringend nach speziellen Zonen für Industrie und Gewerbe gesucht werden. Alle brauchen den Schreiner, den Dachdecker oder den Zimmermann. Es kann doch nicht sein, dass mit einer einseitigen Raumplanung das produzierende Gewerbe aus dem ganzen Kanton vertrieben wird. Aus diesem Grund braucht es dringend eine Ergänzung unter S 1.1.7. Damit eine Wirkung des Richtplantextes über Industrie- und Gewerbezonen auch einmal belegt werden kann, stellt der Votant den **Antrag,** S 1.1.7 mit einem Buchstaben c., *«die Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbezonen»,* zu ergänzen. Eine Arbeitszonenbewirtschaftung muss auch die verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächen aufzeigen. Nur so kann auf ein grosses Problem des Gewerbes richtig reagiert werden, und gegebenenfalls können Massnahmen eingeleitet werden. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, seinem Antrag zuzustimmen, damit in der Arbeitszonenbewirtschaftung der Gemeinden auch die Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeflächen aufgezeigt wird.

RUK-Präsident **Heini Schmid** teilt mit, dass dieser Antrag in der Kommission nicht besprochen werden konnte, da er noch nicht vorlag. Mit der Ergänzung unter 1.1.6 wurde jedoch auf diese Verdrängungproblematik aufmerksam gemacht. Wenn die Gemeinden die Umzonung von heutigen Arbeitszonen zu Industrie- und Gewerbezonen prüfen müssen, liegt es auf der Hand, dass sie auch die Verfügbarkeit von solchen Flächen aufzeigen müssen. Der RUK-Präsident hat nichts einzuwenden gegen eine entsprechende Ergänzung unter dem Buchstaben c.

**Daniel Abt** dankt Thomas Meierhans für den Werbespot über die Arbeit der Kommission für Raumplanung und Umwelt, an welcher er selbst nicht ganz unbeteiligt war. Es ist sinnvoll, die Ergänzung um den Buchstaben c. vorzunehmen, um den Abschnitt zu komplettieren.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Buchstaben a. und b. den Mindestanforderungen des Bundes entsprachen, damit der Richtplan bewilligt werden konnte. Aus Sicht des Baudirektors und der raumplanerischen Vorgaben gibt es kein Argument, das gegen die beantragte Ergänzung um den Buchstaben c. sprechen würde.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat genehmigt den Antrag von Thomas Meierhans mit 62 zu 0 Stimmen und stimmt damit einer Ergänzung von S 1.1.7 um den Buchstaben c., *«die Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbezonen»,* zu.

*S 2 (Titel), S 2.1 (Titel), S 2.1.3*
*S 3 (Titel), S 3.1 (Titel), S 3.1.1*
*S 5, S 5.2 (Titel), S 5.2.2*
*L 1 (Titel), L 1.1 (Titel), L 1.1.1, L 1.2 (Titel), L 1.2.1*
*L 4 (Titel), L 4.1.2*
*L 6 (Titel), L 6.3 (Titel), L 6.3.2*
*L 11 (Titel)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*L 11.3 (Titel)*

**Nicole Zweifel** hält fest, dass heute intensiv über die Verdichtung und die Qualitäten debattiert wurde. Im Richtplan verankert sind nun optische und ökologische Qualitäten sowie die Bedeutung von Freiräumen. Es gibt jedoch einen weiteren Aspekt, der schweizweit immer wieder untergeht. Dabei handelt es sich um die akustische Qualität. Es wurde heute über Vogelgezwitscher gesprochen und über landwirtschaftliche Nutztiere, die wegen Littering leiden. Es ist darüber hinaus an die Menschen zu denken, die sich gerne erholen möchten – auch bei einer Verdichtung. Die Lorzenebene ist im Richtplan als Erholungsgebiet aufgeführt. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass die Lorzenebene heute einer konstanten Beschallung durch die Autobahn ausgesetzt ist. Geht man in diesem Gebiet spazieren oder fährt Velo, hört man stets die Autobahn. In den angrenzenden Siedlungsgebieten Steinhausen und Zug bestehen teilweise Lärmschutzwände, ebenso in Baar/Blickensdorf. Doch im ganzen Gebiet der Lorzenebene, wo sich diejenigen erholen, welche im verdichteten Siedlungsgebiet wohnhaft sind, ist kein Lärmschutz vorhanden. Die Grenzwerte im nationalen Gesetz sehen keine Lösungen für solche Fragen vor. Im Sinne eines vorausschauenden Schutzes des Erholungsgebiets und der zu erwartenden Belastungszunahme durch sich weit ausbreitenden Schall ist es angebracht, aktiv zu werden. Der Kanton sollte sich dafür einsetzen, dass dieses zentrale Erholungsgebiet in der Stadtlandschaft vor Lärm geschützt ist. Die Votantin stellt deshalb den **Antrag,** Position L 11.3 mit einem neuen Unterpunkt L 11.3.3 wie folgt zu ergänzen: «*Der Kanton realisiert gemeinsam mit dem Bund zum Schutze des Naherholungsgebietes Lorzenebene und der angrenzenden Siedlungsgebiete durchgehende Schallschutzmassnahmen an der Autobahn im Abschnitt Blegi bis Baar.*»

**Philip C. Brunner** stellt fest, das Nicole Zweifel dem Rat in charmanten Worten die Problematik dargelegt hat. Ihre Interessenbindung hat sie jedoch nicht bekannt gegeben. Sie wohnt in der Ammannsmatt in der Nähe der Autobahn, und dass diese durch die Lorzenebene führt, ist folglich ihr persönliches Problem.
Der Votant bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen. Gemäss Baudirektor gibt es verschiedene Methoden, die Lärmbelastung zu reduzieren: Entweder man limitiert das erlaubte Tempo, im Extremfall fährt man dann auf Stadtgebiet nur 30 Stundenkilometer, oder man versucht, mit künstlichen Hindernissen den Lärm abzuschirmen. Das wird bei den Autobahnen schweizweit gemacht. Darüber hinaus gibt es sogenannte Flüsterbeläge. Im Gemeindegebiet Risch Rotkreuz in Buonas sind solche zu finden, weitere folgen. Der Baudirektor kann dazu Auskünfte geben. Anstatt dem Antrag zuzustimmen, ist es sinnvoller, in der Tiefbaukommission dafür einzutreten, dass lärmarme Strassenbeläge verwendet werden. Diese Beläge sind

zwar nicht ganz billig, und sie halten auch nicht 40 Jahre lang. Das muss fairerweise gesagt werden. Das Anliegen von Nicole Zweifel hat eine gewisse Berechtigung, aber man sollte die Problematik nicht über den Richtplan lösen, sondern mit gezielten Massnahmen. Der Kanton tut dies bereits überall dort, wo er kann.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass bei der Planung der Lorzenebene, die nächstens auch im Rat diskutiert wird, die Lärmbelastung stets ein Thema war, und zwar nicht nur in der Lorzenebene, sondern im gesamten Siedlungsgebiet, das von der Autobahn betroffen ist. Aber der Kanton ist nicht bereit, dem Bund finanzielle Mittel für Lärmschutzmassnahmen zur Verfügung zu stellen. Soll das Anliegen von Lärmschutzmassnahmen im Richtplan festgehalten werden, so schlägt der Baudirektor vor, dies wie folgt zu formulieren: *«Der Kanton setzt sich zum Schutz des Naherholungsgebiets Lorzenebene und der angrenzenden Siedlungsgebiete beim Bund für durchgehende Schallschutzmassnahmen an der Autobahn im Abschnitt Blegi bis Ausfahrt Baar ein.»* Wenn die Ratsmitglieder die Lärmschutzmassnahmen unterstützen möchten, so bittet der Baudirektor darum, diese Formulierung gutzuheissen. Der Kanton kann und will keine Schallschutzmassnahmen finanzieren, denn das ist Bundessache. Der Regierungsrat setzt sich mit Auftrag des Rats für dieses Anliegen ein, aber bezahlen soll der Bund.

**Daniel Abt** teilt mit, dass er die Lorzenebene relativ gut kennt, da er dort seine Kindheit verbracht hat. Wer sich dermassen am Lärm stört, findet im relativ kleinen Kanton Zug auch Erholungsgebiete abseits der Autobahn. Der Votant bittet darum, den Antrag abzulehnen.

**Nicole Zweifel** teilt mit, dass sie ihren Antrag gemäss der vorgeschlagenen Formulierung des Baudirektors abändert.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat genehmigt den Antrag von Nicole Zweifel mit 33 zu 24 Stimmen und stimmt damit einer Ergänzung des Punktes L 11.3 um einen neuen Unterpunkt 11.3.3 mit folgendem Wortlaut zu: *«Der Kanton setzt sich zum Schutz des Naherholungsgebiets Lorzenebene und der angrenzenden Siedlungsgebiete beim Bund für durchgehende Schallschutzmassnahmen an der Autobahn im Abschnitt Blegi bis Ausfahrt Baar ein.»*

*V 1 (Titel)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats und der Kommission für Raumplanung und Umwelt.

*V 1.2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt und des Regierungsrats.

*Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 16/3 (Kapitel Grundzüge der räumlichen Entwicklung, Siedlung, Landschaft, Verkehr), Vorlage Nr. 2794.2 - 15592*

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Bst. a–j*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil II** (Fremdänderungen) **und III** (Fremdaufhebungen)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

**IV. Referendumsklausel und Inkrafttreten**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 34 zu 28 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass folgende parlamentarische Vorstösse zum Abschreiben vorliegen:
Der Regierungsrat und die vorberatende Kommission beantragen
• die Motion (Vorlage Nr. 2626.1 - 15165) der CVP sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
• die Motion (Vorlage Nr. 2491.1 - 14904) der ALG sei teilerheblich zu erklären;
• die Motion (Vorlage Nr. 2627.1 - 15166) der CVP sei erheblich zu erklären.

➔ Der Rat stimmt den vorliegenden Anträgen stillschweigend zu.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Änderungen im Richtplan somit beschlossen sind. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.
Der Vorsitzende begrüsst die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart.

**1092** Traktandum 7.2: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend kein Rassismus – auch nicht an der Fasnacht, einem wichtigen Kulturgut**
Vorlagen: 2837.1 - 15689 (Interpellationstext); 2837.2 - 15778 (Antwort des Regierungsrats).

**Rupan Sivaganesan** dankt dem Regierungsrat namens der ALG-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. Die Fasnacht ist eine schöne Tradition! Einige Mitglieder der ALG-Fraktion sind aktive Fasnächtler. Viele Kolleginnen und Freunde nehmen an der Fasnacht tagelang frei. Sie geniessen das fröhliche Beisammensein, sie feiern, tanzen, lachen. Fasnacht soll Freude machen. Fasnacht ist bunt, laut und frech. Aber vor allem soll sie fröhlich sein. Und: Alle Menschen sollen sich an der Fasnacht wohlfühlen. Deshalb darf die Fasnacht nicht als Plattform missbraucht werden, um andere mit rassistischen, sexistischen oder sonst wie diskriminierenden Sprüchen auszuschliessen. Satire ist gut und wichtig. Aber gute Satire geht nicht auf Kosten von Schwächeren. Nicht nur in Zug ist es vorgekommen, dass Einzelne an der Fasnacht mit rassistischen Sprüchen unterwegs waren. In Basel mischten sich Rechtsextreme der Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) als «Neger» verkleidet unter die Menge. Und im Thurgau verharmloste ein Hitler-Fan, dass auf der Flucht übers Mittelmeer Menschen sterben. «Blick»-Chefredaktor Andreas Dietrich kommentierte diese Vorfälle im thurgauischen Aadorf sehr treffend: «Menschenfeindlichkeit ist nie Satire. Sie ist immer erschreckend, immer bitterernst.» Die dortige Fasnachtsgesellschaft zog den Umzugswagen richtigerweise aus dem Verkehr. Im Kanton Zug, in Unterägeri und Allenwinden, fiel ein Wagen zum Thema Insekten als neuer Essenstrend auf. Der Wagen war mit «Neger im Urwald» beschriftet. Wo ist man gelandet? Soll man unter dem «Deckmänteli» Meinungsfreiheit alles dürfen? Nein, findet auch der Regierungsrat. Es ist erfreulich, dass die Regierung in ihrer Interpellationsantwort den Begriff «Neger» als diskriminierend bezeichnet. Aber leider zeigt die Regierung keine Massnahmen, Pläne oder Ideen auf, wie in Zukunft auf das Thema eingegangen und darauf sensibilisiert werden kann. Gerade im Kanton Zug hat man eine Verantwortung. Denn hier hat in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren die Patriotische Front ihr Unwesen getrieben. Sie wurde von zwei Zugern gegründet. Diese Fröntler haben dunkelhäutige Asylsuchende mit Brandstiftung eingeschüchtert; sie haben sie durch die Stadt Zug gejagt und spitalreif geschlagen. Das soll nie mehr geschehen! Dieser Meinung war auch der verstorbene Regierungsrat Peter Bossard. Dieser aufrechte Freisinnige wusste ganz genau, wo die Grenze ist zwischen Meinungsfreiheit und Diskriminierung. Deshalb war für ihn die Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus so wichtig. Der Votant ist Peter Bossard als Teenager in einem Integrationsprojekt begegnet, und er war sehr beeindruckt.
In § 3 Absatz. 2b der Verordnung steht, dass die Kommission «Massnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus prüft und zur Umsetzung beantragt». Leider befindet sich diese mit guten Absichten lancierte Kommission derzeit im Schlafmodus; es finden kaum noch Sitzungen statt. Umso wichtiger ist es, rassistische Vorfälle zu thematisieren und über Prävention zu sprechen. Es gibt dafür auch Handhabe: Eben erst ist das kantonale Integrationsprogramm KIP herausgekommen. Das Programm beruht auf drei Pfeilern: Information und Beratung, Bildung und Arbeit sowie Verständigung und gesellschaftliche Integration. Der Schutz vor Diskriminierung ist darin ein wesentlicher Punkt. Wie man Öffentlichkeitsarbeit machen kann, zeigte die Aktionswoche gegen Rassismus, die im März 2018 stattfand. Verschiedene Kantone und Gemeinden haben sich beteiligt, so auch die Zuger Nachbarkantone Aargau und Luzern.

Manche Reaktionen auf diese Interpellation haben den Votanten irritiert. Der Anlass für die Interpellation war keine lächerliche Sache und keine Kleinigkeit, die sich mit einem Anruf in die Verwaltung hätte erledigen lassen. Es gibt einige Möglichkeiten, wie gegen Rassismus vorgegangen werden kann. Zum Beispiel mit einer Zuger Aktionswoche gegen Rassismus im März 2019 – gleich nach der Fasnacht. Vielleicht machen sogar die Fasnächtler mit.
Der Votant ist allen Fasnächtlerinnen und Fasnächtlern dankbar, die monatelang für witzige, fantasievolle Motive und Masken arbeiten – für einige wenige närrische Tage im Jahr. Alt Stadträtin Andrea Sidler Weiss ist Umzugschefin bei den Letzibuzäli in der Stadt Zug. Sie sagte gegenüber der «Zuger Zeitung»: «Man kann ein Thema witzig oder verletzend darstellen.» Eine Grenze überschritten werde dann, wenn es ein rassistisches oder sexistisches Thema werde. «Dann», so sagt die ehemalige Stadträtin, «würden wir den Wagen zurückweisen.» Genau dieser Meinung ist auch die ALG-Fraktion.

**Jürg Messmer,** Sprecher der SVP-Fraktion, gibt seine Interessensbindung bekannt: Er ist Vorstandsmitglied und Zeremonius (Vizepräsident) der Zunft der Letzibuzäli Zug. Die Letzibuzäli organisieren jeweils die Inthronisation des Letzibuzäliprinzen (Fasnachtsoberhaupt) sowie den Hertiumzug in der Stadt Zug mit vielen Sujetwagen.
Die Fasnacht hat ihren Ursprung in heidnischen Bräuchen, die auf den Wechsel vom kalten, unfruchtbaren und entbehrungsreichen Winterhalbjahr in das warme und fruchtbare Sommerhalbjahr zurückzuführen sind. Den Sommer personifizierte man mit einem strahlenden, blühenden Jüngling, den Winter mit einem alten, furchteinflössenden, dämonischen, grauen Greis. Diesen alten, dämonischen Greis versuchte man zu vertreiben, indem man sich in Geister, Kobolde und unheimliche Gestalten aus der Natur verkleidete. In der frühchristlichen Zeit wandelte sich der Brauch. Man verkleidete sich als Tier, und der Tausch der Geschlechter setzte sich durch. Die Männer verkleideten sich als Frauen, und die Frauen wiederum verkleideten sich als Männer. Es entstanden die Figuren Wildmann und Wildweib. In verschiedenen Fasnachtsregionen ist der «Wilde Mann» heute noch vertreten, und aus den Wildweibern entwickelten sich mit der Zeit verschiedene Hexenfiguren. Mit der Erhärtung des Christentums wurden diejenigen, die sich noch zu den alten vorchristlichen, heidnischen Bräuchen bekannten, von den «rechtgläubigen» Christen verspottet, indem diese die einst kultischen Handlungen nachahmten und verulkten. Aus diesen Verulkungen entwickelte sich mit der Zeit ein fröhliches, heiteres Fasnachtstreiben. Heute werden an den Fasnachtsumzügen Sujetwagen gezeigt, die mit viel Aufwand und Liebe zum Detail von den Wagenbauern gestaltet werden. Oftmals wird ein aktuelles Thema aus der Politik oder dem Weltgeschehen gewählt, um der Bevölkerung auf lustige, amüsante Weise einen Spiegel der Gesellschaft vorzuhalten. Eine Wagenbaugruppe aus Unterägeri nahm sich dieses Jahr dem Thema essbare Insekten an. Mit ihrem Wagen, der ein Restaurant für Insektendelikatessen darstellen sollte, waren sie an den Umzügen in Unterägeri und Allenwinden dabei. Am Wagen befestigt war ein Banner, auf dem stand: «Die Neger im Urwald haben es schon lange auf der Speisekarte. Bei uns gibt es das jetzt auch, und im Coop muss man sogar darauf warten.» Ob diesem Spruch haben sich einzelne Personen gestört, und die SP-Fraktion nahm dies zum Anlass, um wieder einmal in die Medien zu gelangen.
Über das «N-Wort» kann man selbstverständlich diskutieren. Jedoch gilt es, Folgendes zu beachten: Das «N-Wort» wird im Duden erstmals 1999 markiert mit: «Wird heute meist als abwertend empfunden.» Wagenbauer sind meistens Handwerker im Pensionsalter (Jahrgang 1952 oder älter) und waren sich vielleicht nicht

bewusst, dass dies eine unglücklich Wortwahl war. Diese Jahrgänge haben im Kindergarten noch Lieder gesungen, vermutlich auch das Kinderlied «10 kleine Negerlein». Später lasen sie in der Schule «Onkel Toms Hütte» von Harriet Beecher Stowe. Während der Schulzeit der heutigen Wagenbauer war das «N- Wort» noch nicht tabu. Dies soll nicht unbedingt eine Entschuldigung oder Rechtfertigung sein. Aber vielleicht sieht man das Ganze dadurch ein wenig anders.
Das Strafgesetz gibt an, dass bestraft wird, wer zu Diskriminierung usw. «aufhetzt». Mit besagtem Sujetwagen wurde in keiner Art und Weise ein Aufruf zu Hass oder dergleichen getätigt. Das «N-Wort» war sicher die falsche Wahl. Man hätte es mit Menschen/Schwarze/stark Pigmentierte oder einem sonstigen Begriff ersetzen können. An der Bedeutung der Grundaussage hätte sich jedoch nichts verändert.
Wie eingangs erklärt, wird der Gesellschaft mit einem Sujetwagen ein Spiegel vorgehalten. Vor nicht allzu langer Zeit war Insektenfood einfach nur widerwärtig und galt als etwas, was der zivilisierte Mensch sicherlich nicht isst. Maden, Würmer, Heuschrecken und Engerlinge gehörten nicht auf den Speiseplan der ach so gebildeten Menschen. Dies ist ein Essen der «Wilden» und Ureinwohner gewisser Ländern. So jedenfalls lernte der Votant es in den 70er-Jahren an der Schule. Heute hingegen ist schlichtweg out, wer nicht mindestens einmal Insekten gegessen hat, und es wird fleissig Werbung für dieses neue Essen gemacht, so z. B. auch von Coop: Insekten-Burger mit Mehlwurm. Dazu kann man nur sagen: *En Guete!*
Der Regierungsrat hat die Interpellation zur vollen Zufriedenheit der SVP-Fraktion beantwortet und die richtigen Schlüsse gezogen. Denn es ist nicht Aufgabe des Regierungsrats, Sujets, die auf Fasnachtswagen angebracht werden, einer vorgängigen Kontrolle zu unterziehen. Gerade diesen Teil der Antwort kritisiert Rupan Sivaganesan: Die Antwort sei technisch zwar einwandfrei. Jedoch sei sein erster Eindruck, dass die Verantwortung abgeschoben werde. So kann man es nachlesen im «Bote der Urschweiz». Er vermisse einen präventiven Ansatz des Kantons. Hat sich Rupan Sivaganesan einmal die Mühe gemacht und abgeklärt, wie viele Umzugswagen und Gruppen an einem Fasnachtsumzug mitwirken? Pro Gemeinde sind dies zum Teil über 60 angemeldete Gruppen. Wie soll der Regierungsrat dies innert einer Woche – so lange dauert die Fasnacht – kontrollieren? Man sollte es gut sein lassen. Die Fasnachtsverantwortlichen kommen im Normalfall ihrer Verantwortung nach und haben ein Auge auf allfällige heikle Mottos bei den Sujetwagen. Aber alle arbeiten beim Kulturgut Fasnacht ehrenamtlich mit. Und so kann auch einmal etwas übersehen oder nicht als gefährliche Aussage erkannt werden, und dies ohne böse Absicht. Statt sich über den vorliegenden «sprachlichen Ausrutscher» zu ärgern, sollte man sich doch besser bereits auf die Fasnacht 2019 freuen. Und vielleicht gibt es ja dann einen Sujetwagen der SP-Fraktion. Als Vizepräsident der Letzibuzäli lädt der Votant Rupan Sivaganesan gerne ein, beim Umzug mitzufahren, mit einem lustigen Motto, ohne sprachlich bedenklichen Inhalt. Das wurde mit dem Präsidenten der Letzibuzäli nicht abgeklärt, aber es ist anzunehmen, dass dieser damit einverstanden ist. Und selbstverständlich sind auch die Mitglieder des Regierungsrats beim nächsten Fasnachtsumzug willkommen, sei es als Gäste oder als Motiv auf einem Sujetwagen. Die SVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort wohlwollend zur Kenntnis.

**Thomas Werner** ist der Meinung, dass es die SP wieder einmal geschafft hat: Sie kreiert ein Problem, wo keines ist, sie stellt eine Fastnachtsgruppe, die sachlich und lustig das Thema «Insekten als Lebensmittel» präsentierte, in die rassistische Ecke. Nur schon der Titel der Interpellation zeigt auf, dass die Linken ideologisch verblendet überall Rassismus wittern, wo das Wort Neger auftaucht, obwohl dieses noch immer in jedem Duden steht. Für den Votanten ist das Wort Neger weder ras-

sistisch noch diskriminierend. Diskriminierend ist es erst dadurch geworden, dass es vor allem von linker Seite ständig als beleidigend und diskriminierend dargestellt wird. Deshalb wurde schliesslich vor langer Zeit schon der Begriff Schwarze eingeführt. Neuerdings dürfen die Menschen aus Afrika aber auch nicht mehr Schwarze genannt werden, es war den Linken zu diskriminierend. Jetzt werden sie Dunkelhäutige oder Farbige genannt. Dunkelhäutige gibt es allerdings an verschiedenen Orten und Gegenden auf der Welt. Und genau deshalb wurden wohl damals die Menschen aus Schwarzafrika ganz sachlich und geografisch eingegrenzt Neger genannt, weil damit genau diese Menschen mit schwarzer Hautfarbe aus genau dieser Gegend gemeint waren. Die Tamilen werden auch nicht als Dunkelhäutige bezeichnet und die Inder nicht als Farbige. Und die Weissen werden ebenfalls Weisse genannt und nicht Farbige. Ist das nun rassistisch? Es ist müssig, noch länger auf die verschiedenen Namen einzugehen. Ob man nämlich einen Schwarzen als Neger, Dunkelhäutiger, Mohrenkopf, Farbiger oder als irgendetwas bezeichnet, spielt viel weniger eine Rolle, als wie man es sagt. Viel wichtiger als die einzelnen Wörter ist die innere Haltung. So wie die Fasnächtler präzisierend und ohne rassistischen Hintergrund das Wort Neger benutzten, kann ein Rassist scheinheilig und anständig von Farbigen sprechen. Wenn die Linken ständig mit der Rassismuskeule zuschlagen und sich als moralische Polizisten der Gesellschaft aufspielen, indem sie immer und überall latenten Rassismus vermuten und anprangern, schaden sie der Diskussion mehr, als dass sie ihr nützen. Mehr noch: Sie kreieren einen Nebenschauplatz. Wird bei jedem Wort Rassismus geschrien und vermutet, verhindern die Linken gezielt die wahre Diskussion über Missstände. Wer getraut sich schon zu sagen, dass sich Schwarze an Bahnhöfen zusammenrotten und die Frauen belästigen? Das ist eine Tatsache, die auch angesprochen werden dürfte.

Aber warum denn auch so negativ? Die Ratslinken sollten die Welt und vor allem die Schweiz mit etwas positiveren Augen sehen. Eigentlich müssten sie der Fastnachtsgruppe *Bignobodys* zu diesem Thema und ihrem fantasievoll umgesetzten Wagen gratulieren. Schliesslich unterstützen ja sehr viele Linke das vegetarische und vegane Essen und sprachen sich auch für die Einführung der Insekten als Lebensmittel aus. Sie müssten es ja eigentlich positiv sehen, dass die Afrikaner der hiesigen Bevölkerung in diesem Punkt einen Schritt voraus waren, wir sie nun nachahmen und der Coop nicht fähig war, die Insekten rechtzeitig auf den Tisch zu bringen. Genau das war nämlich die lustige und schöne Botschaft dieser Fasnachtsgesellschaft. Nur weil die Ägerer Fastnachtsgruppe dazu das Wort Neger benutzte, wurden die Linken auf dem rechten Auge blind, konnten die humorvolle Botschaft nicht mehr erkennen und klagten danach über Rassismus. Die Ägerer Fasnächtler sind aber keine Rassisten, und sie dürfen zu Recht beleidigt sein, wenn ihnen pauschal Rassismus unterstellt wird.

Die Linken im Rat lösen mit dieser Interpellation weder ein Problem, noch machen sie auf eines aufmerksam. Sie verbreiten einfach allgemein ein Unbehagen und viel schlimmer noch: Sie verhindern eine offene Diskussion. Sie wollen die Gesellschaft umerziehen – sie machen also genau das, was sie der Kirche vorwerfen. Die Auswirkungen sind in der Gesellschaft zu spüren, der Votant spürt sie sogar bei sich selbst. Als Kind noch hat er das Wort Neger kennengelernt und ganz selbstverständlich ohne rassistischen Hintergrund verwendet. Heute überlegt sich jeder zweimal, ob er dieses Wort noch sagen darf oder nicht. Es könnte sich ja jemand diskriminiert fühlen. Oder wie bei den Linken in diesem Fall: Es könnte ja jemand vermuten, dass sich jemand diskriminiert fühlen könnte. Die Zeit, in der man sich von Moralaposteln vorschreiben lassen musste, ob man ohne rassistischen Hintergrund von Negern, Schwarzen oder Farbigen sprechen darf, muss vorbei sein. Es bestehen Probleme in der Schweiz wie zum Beispiel die ungebremste Zuwande-

rung, aber es gibt bestimmt kein Rassismusproblem. Genauso wenig wie jeder Macho-Spruch als frauenfeindlich eingestuft werden muss, müssen die Worte Neger, Jugo oder Kuhschweizer als rassistisch eingestuft werden. Oder will man sich wirklich von der linken Moral den Mund verbieten lassen und nicht mehr so sprechen dürfen, wie einem der Schnabel gewachsen ist? Der Votant will das jedenfalls nicht.

**Hubert Schuler** stellt fest, dass man nach diesem Rundumschlag von Thomas Werner im Prinzip nicht mehr viel sagen kann als Linker. Er fordert die Linken zwar auf zu diskutieren, verbietet ihnen aber, etwas zu sagen. So wird es schwierig.
Zum Votum von Jürg Messmer: Der Votant ist aktives Mitglied der Zunft in Hünenberg. Ebenso schätzt er den Letzibuzäli-Umzug jedes Jahr. Die Forderung der SP-Fraktion an die Regierung war nicht, dass Kontrollen durchgeführt werden. Es ist klar, dass das sehr schwierig ist. Es geht um Prävention und Sensibilisierung. Der Vorwurf an die SP, sie würde nur Vorstösse initiieren, um Medienpräsenz zu erhalten, könnte sich durchaus auch an die SVP richten.
Zu den Jahrgängen 51 und 52: Der Votant ist 1957 geboren und hat die von Jürg Messmer zitierten Bücher auch gelesen. Die Bildung endet aber nicht nach der Schulzeit. Jede Person kann sich weiterbilden und entsprechend reagieren.
Zur Definition von Thomas Werner betreffend die Begriffe, die er mehrmals genannt hat: Das Thema haben nicht die Linken in der Schweiz oder im Kanton Zug aufgebracht. In Amerika hat man zuerst begonnen, diese Wörter nicht mehr als politisch korrekt zu bezeichnen. Ob Amerika links ist, sei an dieser Stelle offengelassen. Die Sprache hat mit Haltung zu tun. Man kann viele Schimpfwörter oder unangepasste Wörter verwenden und dann sagen, innerlich habe man eine gute Haltung. Man hat eine Haltung, und so spricht man auch. Deshalb ist es wichtig, zu sensibilisieren. Mehr wollte die SP-Fraktion nicht erreichen.

**Andreas Lustenberger** bezieht sich auf das Votum von Thomas Werner. Der Votant ist auf dem linken Auge fast blind, aber er kann auch mit dem rechten Auge sehr gut nach links schauen. Thomas Werner hat gesagt, farbige Menschen würden sich an den Bahnhöfen zusammenrotten und Frauen belästigen. Das ist eine Fehlinformation. Es ist nicht klar, ob Thomas Werner dies mit Fakten belegen kann. Dem Votanten ist durch persönliche Gespräche bekannt, dass sich Asylsuchende oft an den Bahnhöfen treffen, da es dort WLAN gibt und sie in den Asylzentren keinen Zugang zum Internet haben. An den Bahnhöfen können sie mit ihren Familien kommunizieren. Thomas Werner ist Polizist, vielleicht kann er das verifizieren. Es wäre interessant, zu erfahren, ob ihm andere Aussagen bekannt sind oder ob sein Vorwurf rein populistisch war und er nur ins Blaue geredet hat.

**Oliver Wandfluh** ist nicht Polizist, er kann Andreas Lustenberger trotzdem eine Antwort geben: Er hat eine 16- und eine 18-jährige Tochter. Ca. alle zwei Wochen, wenn sie mit Bahn oder Bus vom Ausgang nach Hause kommen, sagen sie, dass Gruppen von Dunkelhäutigen ihnen nachgepfiffen hätten, sie anmachten usw. Der Vorwurf ist also nicht aus der Luft gegriffen. Als besorgter Vater hat der Votant bei der Polizei nachgefragt, warum diese Gruppierungen sich an den Bahnhöfen aufhalten würden. Die Polizei hat gesagt, sie könne nichts unternehmen, da diese Leute ja eigentlich nichts tun. Sie können sich aufhalten, wo sie wollen. Das ist verständlich. Aber die Polizei sagte auch, das Problem sei bekannt, es seien immer die Gleichen. Und es sind nicht Weissen, die Gelben oder die Orangen, es sind die Dunklen.

Der **Vorsitzende** macht beliebt, dass die Ratsmitglieder heute und in Zukunft bei Interpellationen beim Thema bleiben. Dieses lautete: Rassismus an der Fasnacht. Es ging nicht darum, ob sich farbige Menschen irgendwo rumtreiben und dass das gewissen Leuten nicht passt. Auch im Sinne effizienter Sitzungen bittet der Vorsitzende die Ratsmitglieder, sich künftig auf das eigentliche Thema zu beschränken.

Frau Landammann **Manuela Weichelt** weist darauf hin, dass die Interpellationsantwort der Regierung umfassende Ausführungen beinhaltet und sie diese nicht mehr wiederholt. Der Regierung ist es wichtig, klarzustellen, dass Rassismus und rassistische Diskriminierung in all ihren Formen nicht toleriert werden dürfen. Zum Thema Diskriminierung wurde in den letzten Jahren sehr viel getan, einiges auch im Bereich Sensibilisierung der Bevölkerung. In der Verwaltung gib es eine Anlaufstelle Diskriminierungsschutz. Man arbeitet auch eng mit professionellen Stellen in Zürich zusammen, die über viel Erfahrung verfügen. Es wurde erwähnt, dass es einen Förderbereich «Schutz vor Diskriminierung» im KIP gibt. Das alles hat dazu geführt, dass die Regierung beschlossen hat, die von Rupan Sivaganesan erwähnte Kommission abzuschaffen. Dies ist im Rahmen von «Finanzen 19» erfolgt, als die Regierung sämtliche Kommissionen geprüft hat. Die Regierung ist zum Schluss gekommen, dass die Verwaltung unterdessen viel Know-how hat und ein Weiterführen der Kommission deshalb nicht mehr notwendig ist.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**1093** Traktandum 7.3: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (PBG) – Teil 1: Neue Umsetzung des Raumplanungsgesetzes**
Vorlagen: 2851.1 - 15741 (Interpellationstext); 2851.2 - 15782 (Antwort des Regierungsrats).

**Barbara Gysel,** Sprecherin der Interpellanten, kürzt ihr Votum im Sinne einer effizienten Ratssitzung und hält sich *ultrakurz.*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er sich darüber sehr freut. *(Der Rat lacht.)*

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion etwas enttäuscht ist, dass die Interpellation so salopp beantwortet wurde. Der Vorstoss wurde zum Zeitpunkt eingereicht, als noch kein Vorschlag zum PBG Teil 1 in der neuen Form vorlag. Nun besteht die Hoffnung, dass die bedenkenswerten Vorschläge, auch aus Zürich, auf weiteres Gehör stossen werden. Schliesslich ist die Debatte noch nicht abgeschlossen. Es ist davon auszugehen, dass die Regierung jeweils konstruktiv die Angaben prüft. Im vorliegenden Fall wirkte es tatsächlich etwas salopp.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest: salopp, bedenkenswert, nicht konstruktiv. Er nimmt dies zur Kenntnis. Es ist jedoch sehr umfassend orientiert worden. Die Regierung hat auf alle Punkte eine Antwort gegeben, auch wenn sie nur mit dem Hinweis hätte antworten können: «Bitte vergleiche …» Beim Neustart zum PBG, das demnächst dem Rat vorgelegt wird, wurden alle Punkte aufgearbeitet. Der Baudirektor ästimiert und anerkennt die grosse Arbeit von Barbara Gysel, die sich durch die Zürcher Unterlagen gearbeitet hat. Das wird sehr geschätzt. Die Unterstellung, die Regierung habe nichts daraus entnommen, ist jedoch etwas gewagt. Die Arbeit von Barbara Gysel wurde sehr wohl zur Kenntnis genommen. Aber der

Kanton Zug verfolgt eine andere Praxis. Es wurde jedoch versucht, die Anregungen beim Neustart zum PBG Teil 1 umzusetzen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** macht aufgrund der vorgerückten Zeit Folgendes beliebt: Er möchte Traktandum 8 verschieben, da bereits verschiedene Redner eingetragen sind. Traktandum 9 und 10 müssen verschoben werden, da der Finanzdirektor und sein Stellvertreter nicht anwesend sind. Deshalb schlägt der Vorsitzende vor, mit Traktandum 11 weiterzufahren.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

TRAKTANDUM 11

**1094 Interpellation von Willi Vollenweider betreffend in die Irre führende Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung im Güterbahnhof-Areal der Stadt Zug: Sind die öffentlichen Interessen von Bevölkerung und Wirtschaft noch zu retten, oder ist unsere Raumplanung Makulatur?**
Vorlagen: 2835.1 - 15687 (Interpellationstext); 2835.2 - 15789 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Willi Vollenweider** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung seiner Fragen. Seine grossen Sorgen wird er aber trotzdem nicht los. Die bevorstehende Fehlentwicklung verhindert man nicht durch Nichtstun. Das Güterbahnhof-Areal Ost ist ein Schlüsselgebiet für die künftige Entwicklung der Stadt Zug und somit auch des Kantons. Das wird vom Regierungsrat ja auch nicht bestritten. Es ist nicht egal, wie das Areal künftig genutzt wird. An diesem Areal hängen wesentliche Interessen der Öffentlichkeit. Die Frage ist, ob der Grundeigentümer das auch so sieht. Das ist leider nicht so. Das ist keine Vermutung, sondern aufgrund des Verhaltens der SBB in anderen Städten ausreichend nachgewiesen. Die Grundeigentümerin SBB AG hat ihre Ländereien aufgeteilt in Infrastruktur und Immobilien. Die Immobilien-Division hat vom Bundesrat noch bis Ende 2018 den klaren, aber eher unrühmlichen Auftrag, grösstmögliche Spekulationsgewinne mit dem Verscherbeln des Immobilien-Tafelsilbers der SBB zu erzielen. Mit seiner Weigerung, diesbezüglich beim Bundesrat vorstellig zu werden, schliesst sich der Regierungsrat dieser fragwürdigen Vorgabe des Bundesrats leider stillschweigend an.
Die Verselbständigung der ursprünglichen SBB in eine Aktiengesellschaft war und ist eine Fehlkonstruktion. Die SBB benehmen sich auf dem Immobiliengebiet wie absolutistische Herrscher aus dem Mittelalter. Bekanntlich funktioniert die Aufsicht über die SBB in keiner Art und Weise. Hinter verschlossenen Türen findet jährlich die Generalversammlung in Anwesenheit weniger ausgesuchter Bundesbeamter statt. Die Eigentümerschaft, nämlich das Schweizer Volk, hätte selbstverständlich einen Anspruch auf eine öffentlich durchgeführte Generalversammlung; mindestens aber einen Anspruch auf eine demokratisch gewählte Vertretung mit entsprechenden Vollmachten an der Generalversammlung.
Zurück zu Zug: Es ist ein ganz wesentlicher Unterschied, ob das Schlüsselareal Güterbahnhof Ost im Eigentum eines Privaten oder im Eigentum der SBB AG und somit des Schweizer Volkes ist. Man kann als Regierung doch nicht so tun, als hätte man keine konkreten Einflussmöglichkeiten und müsste alles, was kommt, über

sich ergehen lassen. Die Interessen der Zuger Bevölkerung bestehen darin, dass die für den Bahnbetrieb nicht mehr benötigten Grundstücke neuen Nutzungen im Allgemeininteresse zugeführt werden und nicht von den SBB, wie an anderen Orten mehrfach geschehen, mit dem Streben nach möglichst hohen Spekulationsgewinnen überbaut und weiterveräussert werden. Das ist Raubtierkapitalismus unter dem Heiligenschein staatlichen Handelns. Der Votant hat seine Vorstellungen in seiner Interpellation ausführlich dargestellt, sodass sich hier eine Wiederholung erübrigt. Man muss der SBB-Immobilien-Division nicht einfach freie Hand lassen. Der Kanton Zug muss sagen, was er dort will. Die verselbständigte SBB AG ist immer noch im Eigentum des Schweizer Volkes, auch wenn sie keiner parlamentarisch-demokratischen Aufsicht unterliegt. Wer könnte dem Bundesrat beibringen, dass er die Maximierung der Immobilienspekulationsgewinne nicht mehr als Zielsetzung für die SBB ab 2019 vorgibt? Der Regierungsrat ist in der Pflicht.
Leider sind auch keine Bestrebungen zu erkennen, dass in der Stadt Zug eine langfristige Städte- und Verkehrsplanung stattfindet, die diesen Namen verdient. In Erwartung der gewaltigen Entwicklung, vor allem in Zug Nord, wäre aber genau das notwendig. Visionen und Szenarien fehlen, stattdessen macht man bei jedem aufkommenden Problem Symptombekämpfung, sprich *Pflästerlipolitik.* So entsteht leider keine attraktive und lebenswertere Stadt. Das ist sehr bedauerlich.

**Susanne Giger** spricht für die ALG-Fraktion, welche die Bedenken des Interpellanten betreffend Güterbahnhof-Areal Zug und die Pläne der SBB nachvollziehen kann. Der Richtplan mag ja ein dynamisches Instrument sein und soll garantieren, dass die notwendigen Bau- und Installationsflächen für künftige Ausbauten beim Bahnhof bestehen bleiben. Doch wie viel Platz tatsächlich dafür nötig sein wird, ist ohne Mobilitätskonzept nicht genau vorherzusagen. Ist das Gebiet einmal überbaut, kann daran nichts mehr geändert werden, auch wenn sich dereinst herausstellen sollte, dass die nötigen Flächen nicht genügen. Eine weitere öffentliche Nutzung durch den Ökihof hätte dieses Problem entschärft. Eine Übernahme durch die Stadt mit den sich daraus ergebenden Folgekosten kommt aber wohl kaum in Frage. Eventuell könnte eine Richtplananpassung helfen. So bleibt nur, zu hoffen, dass die Immobilienstrategie der SBB, wie sie auch in der letzten «NZZ am Sonntag» thematisiert wurde, aufgeht und zumindest auch in Zug ein Teil des – gemäss NZZ – «nationalen SBB-Milliardenschatzes» dem preisgünstigen Wohnungsbau und anderen der Öffentlichkeit dienenden Nutzungen zufliesst.

**Philip C. Brunner** dankt Willi Vollenweider für den Vorstoss. Er hat in vielen Punkten Recht. Zu ergänzen ist, dass im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug ein Postulat von Vertretern der FDP, CVP, SVP und der GLP an den Stadtrat überwiesen wurde. Das als Güterbahnhof-Areal bezeichnete Gebiet heisst Kirschloh-Areal. Das ist die historische Bezeichnung. Früher befanden sich dort Gärten von Stadtbewohnern, die enteignet wurden. Die Enteignung erfolgte für die Vergrösserung des Bahnhofs Ende der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das Postulat im GGR wurde oppositionslos überwiesen. Es verlangt die Prüfung der Überbauung der Gleise. Der Stadtrat hat die Postulanten zu einem Gespräch mit Herrn Stöckli, Chef Immobilien Schweiz der SBB, eingeladen, und sie konnten ihre Anliegen einbringen. Die Diskussion im GGR wird voraussichtlich im September/Oktober stattfinden. Die Postulanten haben somit einen anderen Weg gewählt als Willi Vollenweider, sie haben versucht, sich in die Diskussion einzubringen. Es bestehen unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Zukunft des Areals. Susanne Giger hat von sozialem Wohnungsbau gesprochen. Das Gebiet gibt genügend her, um verschiedene Bedürfnisse abzudecken. Die Postulanten forderten vor allem die Ver-

bindung zwischen dem Quartier Guthirt und dem zukünftigen Siemens-Areal auf der linken, westlichen Seite der Gleise. Diese Verbindung besteht momentan nicht. Zwischen Gubelstrasse und Feldstrasse gibt es keine Übergänge. Es ist ein grosses Bestreben, diese Verbindungen zu realisieren. Dies sei zum Abschluss erwähnt, damit das Ganze noch eine gute Note kriegt und man nicht einfach als Wutbürger nach Hause geht.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt Philip C. Brunner für das Schlusswort. Wenn man einen Blick hinter die Bühne wirft, in allen Planungsgruppen mit Stadt und Kanton beteiligt ist oder eben im Stadtparlament sitzt, stellt man fest, dass sehr viel läuft. Auf die Geschäftsgebaren der SBB hat der Kanton Zug natürlich keinen grossen Einfluss. Auf der operativen Ebene hat die Baudirektion mit den SBB gute Erfahrungen gemacht. Hinsichtlich dieses Bahnhofareals und insbesondere auch bei den Planungen in Rotkreuz, für welche ein Modellkonzept erarbeitet wurde, gehen die SBB auf die Bedürfnisse der Mobilität und Entwicklung im Kanton Zug ein. Falls Willi Vollenweider den Eindruck hat, es werde nichts getan, so muss der Baudirektor dem widersprechen. Es läuft momentan unglaublich viel zwischen Kanton und Stadt, und der Regierungsrat arbeitet intensiv mit der Stadt zusammen. Ebenso wird im kantonalen Richtplan auf die zentrale Bedeutung des Bahnhofareals hingewiesen.
Zur Mobilität: Der Regierungsrat beschäftigt sich mit der Frage, wie der öffentliche Verkehr weiter gestärkt werden könnte. Ebenso soll der Veloverkehr optimiert werden. Man ist daran, eine Velo-«Autobahn» von Baar über Zug nach Cham zu planen. Die Regierung beschäftigt sich auch mit Visionen und Szenarien von der U-Bahn bis zur Seilbahn als mögliche Transportmittel. Es wird eine hehre Aufgabe sein, dem Rat in zwei Jahren ein Mobilitätskonzept zu präsentieren, das alle Sorgen und Nöte abdeckt.
Zu Susanne Giger: Sie hat richtig erkannt, dass die Richtplanung die nötigen Vorgaben gibt. Jetzt kommt es darauf an, was gemacht wird. Wie Susanne Giger aufgezeigt hat, gehen die Interessen derart weit auseinander, dass es sehr wahrscheinlich eine Kunst sein wird, eine optimale Lösung zu finden.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 1095 Nächste Sitzung

Donnerstag, 5. Juli 2018 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass auf Antrag des Regierungsrats nach Anhörung des Büros und des Obergerichts sowie des Verwaltungsgerichts am Donnerstag, 6. September, eine Zusatzsitzung stattfinden wird.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

77. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 5. Juli 2018
Zeit: 8.30–13.20 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli und Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
2.1. Motion der SVP-Fraktion betreffend die unrechtmässige Denunziation und Anschwärzung von Personen bei der KESB durch leichtfertige «Gefährdungsmeldungen»
2.2. Postulat von Anna Bieri und Barbara Häseli betreffend Teilnahme an den Kantonsratssitzungen bei Mutterschaft
3. Kommissionsbestellungen
4. Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Kündigung der Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld durch den Kanton Zug: 2. Lesung
5. Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif): 2. Lesung
6. Rechenschaftsbericht 2017 des Obergerichts
7. Bericht 2017 der Ombudsstelle Kanton Zug
8. Tätigkeitsbericht 2017 der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug
9. Geschäfte, die am 28. Juni 2018 nicht behandelt werden konnten:
9.1 Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzen der integrativen Förderung auf der Sekundarstufe I
9.2 Motion der SP-Fraktion betreffend Grundstückgewinnsteuer im Kanton Zug
9.3 Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget – wie weiter?
9.4 Interpellation der SP-Fraktion betreffend Lohngleichheit für Frau und Mann im Kanton Zug: überprüfbare Fakten schaffen
10. Interpellation von Moritz Schmid betreffend Busbevorzugung an der Artherstrasse (Mänibach)
11. Vorstösse zur Kostenlosigkeit der obligatorischen Schulzeit:
11.1. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Elternbeiträge während der obligatorischen Schulzeit
11.2. Interpellation von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Zukunft von Schulreisen, Klassenlagern und Exkursionen an den gemeindlichen und kantonalen Schulen

## 1096 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung sind 71 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Magda Feldmann, Silvia Thalmann und Karen Umbach, alle Zug; Mariann Hess, Unterägeri; Oliver Wandfluh, Baar; Silvan Renggli, Cham; Anna Bieri, Remo Peduzzi, beide Hünenberg; Matthias Werder, Risch.

## 1097 Mitteilungen

Es findet voraussichtlich eine Ganztagessitzung statt. Der Vorsitzende wird jedoch im Laufe des Vormittags entscheiden, ob die Mittagspause etwas später stattfindet und dafür auf die Nachmittagssitzung verzichtet wird. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Ochsen ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

Kantonsrätin Anna Bieri und ihr Mann Mario sind am 19. Juni 2018 glückliche Eltern von Matteo Bruno geworden. Der Vorsitzende gratuliert der jungen Familie im Namen des Rats zum Nachwuchs und wünscht ruhige Nächte. *(Der Rat applaudiert.)*

Der Gesundheitsdirektor nimmt am Nachmittag in Bern an der Anhörung der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) zum Thema Zulassungsbeschränkungen teil.

Der Volkswirtschaftsdirektor vertritt den Kanton am Nachmittag an der Konkordatsratssitzung des Fachhochschulkonkordats Zentralschweiz.

Kantonsrat Patrick Iten möchte heute für private Zwecke während der Ratssitzung den Parlamentsbetrieb, sich und die eigenen Parteivertreter filmen lassen. Gemäss § 38 Abs. 3 GO KR bedürfen Bildaufnahmen von nicht akkreditierten Medienschaffenden der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat ist mit den Filmaufnahmen stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 1

## 1098 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Traktandum 5 abtraktandiert werden muss. Die Traktandierung erfolgte aufgrund eines Missverständnisses. Die zweite Lesung der Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif) kann noch nicht durchgeführt werden, weil in dieser Vorlage eine Fremdänderung eines formellen Gesetzes enthalten ist. Zweite Lesungen von Gesetzen dürfen gemäss § 44 der Kantonsverfassung frühestens zwei Monate nach der ersten Lesung stattfinden. Die erste Lesung wurde am 7. Juni 2018 durchgeführt. Daher wird die zweite Lesung für die Sitzung vom 30. August 2018 traktandiert.

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste mit der genannten Änderung.

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt am Ende der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 1110−1112).

TRAKTANDUM 3
**Kommissionsbestellungen**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Kommissionen zu bestellen oder Mutationen in Kommissionen zu genehmigen gibt.

TRAKTANDUM 4

**1099** **Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Kündigung der Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld durch den Kanton Zug: 2. Lesung**
Vorlage: 2819.5 - 15794 (Ergebnis 1. Lesung).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 67 zu 0 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vorliegen. Somit ist das Geschäft für den Rat erledigt.

TRAKTANDUM 5
**Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif): 2. Lesung**
Vorlage: 2818.5 - 15792 (Ergebnis 1. Lesung).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieses Traktandum abtraktandiert wurde und in der Sitzung vom 30. August 2018 behandelt wird (siehe Ziff. 1098).

TRAKTANDUM 6

**1100** **Rechenschaftsbericht 2017 des Obergerichts**
Vorlagen: 2869.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2869.2 - 15797 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell den Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission (JPK), verweist auf den ausführlichen Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission zu. Er wird in seinem Votum nicht auf alle visitierten Stellen näher eingehen.
Die erweiterte JPK hat in diesem Jahr nebst dem Obergericht auch das Amt für Justizvollzug, die Staatsanwaltschaft, die Jugendanwaltschaft, das Strafgericht, das Kantonsgericht, die Friedensrichterämter Neuheim, Menzingen, Oberägeri und Unterägeri sowie die Betreibungsämter Menzingen und Ägerital visitiert. Wie jedes Jahr wurden den betreffenden Behörden im Vorfeld der Visitationen schriftliche Fragenkataloge zugestellt. Die Visitationen wurden im Zeitraum von Ende März bis Anfang Juni durchgeführt. Das Programm war dicht gedrängt. Die erweiterte JPK stellte fest, dass die Straf- und Zivilrechtspflege im Kanton Zug gut, ja sogar eher sehr gut funktioniert. Die Verfahren konnten zum allergrössten Teil innert angemessener Frist erledigt werden, und die Pendenzensituation hat sich sogar leicht entspannt. Das Arbeitsklima wurde in allen Stellen als gut bis sehr gut bezeichnet. Die Visitation der Friedensrichterämter und Betreibungsämter sorgte teilweise für kleine Irritationen. Ob die JPK überhaupt befugt sei, und warum sie nun vom Obergericht und von der JPK beaufsichtigt würden, waren die meistgestellten Fragen. Die Erklärung, dass die JPK nach der Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats nun auch diese Stellen visitieren müsse, konnte die Gemüter beruhigen. Doch die Verantwortlichen gaben den Mitgliedern der JPK zu spüren, dass sie den Entscheid des Rates nicht ganz nachvollziehen konnten.
Die Visitation der Staatsanwaltschaft zeigte auf, dass die Umsetzung des seit dem 1. Januar 2018 in Kraft stehenden § 62a GOG, wonach die Staatsanwaltschaft sowie das Straf- und Obergericht der Polizei die Auslagen in Strafverfahren zu ersetzen haben, einen deutlichen Mehraufwand bedeutete. Die Ratsmitglieder erinnern sich sicher an die Spardebatte im Rat. Der Obergerichtspräsident stellte damals bildlich dar, dass das Geld von der einen Tasche (Staatsanwaltschaft) in die andere Tasche (Polizei) transferiert werde – ohne einen Spareffekt zu erzielen, aber mit dem Aufwand von mühsamer Erfassung der Aufwände bei den Polizisten, die Kostenblätter auszufüllen haben, und den deutlich mehr Buchungen, die bei beiden Ämtern getätigt werden müssen. Nach anscheinend eher mühsamen Verhandlungen konnte eine Einigung erzielt werden. Was bleibt, ist der Mehraufwand bei den Buchungen. Die Staatsanwaltschaft hat nennenswerte Beiträge an die Sparmassnahmen geleistet. Dazu zählen Einsparungen beim Personal, aber auch im Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege durch ein besseres Controlling der Honorare der amtlichen Verteidiger.
Die Jugendanwaltschaft warnt vor ansteigenden Fallzahlen beim sorglosen Umgang von Jugendlichen mit gesundheitsgefährdenden Stoffen, allen voran die harten Drogen. Die Konsumenten von harten Drogen seien tendenziell immer jünger, und immer öfter würden die ersten Erfahrungen mit harten Drogen wie Kokain und Amphetaminen schon im Oberstufenalter gemacht.
Auch das Strafgericht nahm Sparanstrengungen vor und konnte 0,8 Personaleinheiten einsparen. Beim Kantonsgericht sah sich der Präsident, verursacht durch Pensionierungen, Schwangerschaften und Teilzeitarbeit, mit einem massiv höheren Aufwand für Personalentscheide und Administration konfrontiert. Er hat die Situation aber im Griff, und konnte sich auch über kleinere Dinge ärgern wie beispielsweise defekte Drucker.
Die Friedensrichterämter funktionieren vorbildlich. Die Verantwortlichen sind der Meinung, dass für die nötige Routine eine gewisse Anzahl Fälle pro Friedensrichter nötig sei. Bei den visitierten Friedensrichterämtern betrug die Anzahl Fälle 8 bis 23

pro Friedensrichter, was für an der unteren Grenze liegt. Bei künftigen Diskussionen um Zusammenlegungen von Friedensrichterämtern ist dies zu berücksichtigen. Es nützt nichts, wenn jedes Dorf einen Friedensrichter und einen Stellvertreter hat, diese dann aber über zu wenig Erfahrung und Routine verfügen. Die Aufbewahrung der Akten stellt kein Problem dar, muss aber, weil die Akten oft zu Hause bei den Friedensrichtern aufbewahrt werden, im Auge behalten werden. Diesbezüglich sind oder wären die Friedensrichter froh, wenn ihnen die Gemeinden die nötigen Räume oder Unterstützung bieten würden. Alle Friedensrichter erwähnten die sehr gute Unterstützung durch das Obergericht.
Die JPK hat einen positiven Eindruck der beiden Amtsleiter der Betreibungsämter Menzingen/Ägerital erhalten. Sie unterstützen sich und fungieren gegenseitig als Stellvertreter. Beide Betreibungsämter werden im sogenannten Sportel-System geführt. Dabei tragen die Betreibungsämter einen grossen Teil des unternehmerischen Risikos selber und finanzieren sich aus den Gebühren und der Sportel-Gebühr der Gemeinden. Sie denken und handeln unternehmerisch und dadurch auch entsprechend effizient. Dafür streichen sie natürlich auch die Gewinne ein. Bei gut geführten Betreibungsämtern, die direkt den Gemeinden unterstellt sind, geht der Gewinn an die Gemeinde.
Zum Obergericht: Das Obergericht beurteilt die Arbeitsbelastung der Richter als hoch bis sehr hoch. Auch die Mitarbeitenden im Sekretariat und bei der Gerichtskasse sind voll ausgelastet. Auch das Obergericht erwähnte den durch § 62a GOG entstandenen Mehraufwand. Durch die Verhandlungen mit der Sicherheitsdirektion sei eine hoch komplizierte Rechenformel entstanden, anhand welcher der an die Zuger Polizei zu überweisende Anteil an Gebühren errechnet werden muss. Nur bei kleineren Beträgen werden die Auslagen nach Pauschalen berechnet. Das Obergericht hofft, dass die zusätzliche Arbeit für die Buchungen und Auslagen mit dem bestehenden Personal der Gerichtskasse bewältigt werden kann. Für den Kanton bringe die neue Regel nicht mehr Geld ein, sondern das Geld werde bloss hin- und hergeschoben. Nach Ansicht des Obergerichts handelt es sich um eine Pseudotransparenz, was die Kosten betrifft. Die Berichterstattung des Obergerichts erfolgte wie schon in den Jahren zuvor sehr detailliert und transparent. Die höchstrichterliche Rechtsprechung im Zivil- und Strafrecht im Kanton funktioniert aus Sicht der erweiterten JPK einwandfrei.
Allen beteiligten Stellen gebührt ein Dank für die Sparanstrengungen. Es ist aber festzuhalten, dass Erhöhungen der Gebühren nicht als Sparanstrengungen eingestuft werden können.
Die JPK behält sich vor, zu § 62a GOG eine Motion einzureichen.
Die JPK dankt allen im Bereich der Zivil- und Strafrechtspflege des Kantons tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin für ihren sehr guten, engagierten Einsatz. Die JPK beantragt einstimmig mit 9 zu 0 Stimmen, den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2017 zu genehmigen und den Richterinnen und Richtern, den Behördenmitgliedern sowie allen Mitarbeitenden auch im Namen des Rats für ihren Einsatz zu danken.
Auch die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig den Bericht und Antrag der JPK.

**Laura Dittli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Rechenschaftsbericht des Obergerichts gerne genehmigt. Es ist festzustellen, dass die Rechtspflege im Kanton gut funktioniert. Wichtig ist insbesondere, dass auf Stufe Schlichtungsbehörden viele Fälle erledigt werden können. Die Friedensrichterämter leisten einen wertvollen Beitrag zur Wahrung des Rechtsfriedens und zur Entlastung der Zivilgerichte. Im Bericht der JPK wird auf die Problematik hingewiesen, dass einige Friedensrichterämter nur geringe Fallzahlen aufweisen. Um eine gewisse Arbeitsroutine zu erlan-

gen, braucht es eine entsprechende Anzahl Fälle pro Jahr. Aus diesem Grund ist eine Überprüfung einer möglichen neuen Zusammenarbeitsform unter den Ämtern, in welcher Form auch immer, sicherlich sinnvoll.
Mit dem neuen § 62a GOG, der mehr Kostentransparenz bewirken sollte, ist offenbar eine komplizierte Regelung geschaffen wurden. Laut Staatsanwaltschaft und Obergericht ist bei der Umsetzung der neuen Regelung eine hoch komplizierte Formel entstanden, mit welcher der an die Zuger Polizei zu überweisende Anteil an Gebühren errechnet werden muss. Leider gibt es nur für geringe Beiträge Pauschalen. Es ist fraglich, was es dem Kanton nützt, wenn einfach Geld hin- und hergeschoben wird.
Ein herzlicher Dank gebührt alle Richterinnen und Richtern, Behördenmitgliedern sowie allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafrechtspflege für die geleistete Arbeit und den engagierten Einsatz.

**Adrian Andermatt** spricht für die FDP-Fraktion. Diese nimmt die Berichte und Anträge der JPK zum Rechenschaftsbericht des Obergerichts sowie zu den Tätigkeitsberichten der Ombudsstelle wie auch der Datenschutzstelle zustimmend zur Kenntnis und folgt daher auch einstimmig den jeweiligen Anträgen der JPK. Der Votant geht nicht auf die einzelnen Berichte ein und verweist auf die bereits getätigten Ausführungen des JPK-Präsidenten.
Dass die Justiz wie auch die Ombuds- und die Datenschutzstelle ihre Beiträge zur Gesundung des Staatshaushalts leisten, ist sehr zu begrüssen. Gleichzeitig gilt es, das Augenmass zu wahren. Denn wenn – wie im Rechenschaftsbericht des Obergerichts ausgeführt – der Verzicht auf den Einsatz von Ersatzrichtern beim Kantonsgericht eine Einsparung von 1000 Franken bringt, sollte man sich vermutlich eher auf relevantere Kostenpositionen konzentrieren. Ebenso ist zu verhindern, dass kurzfristige Kosteneinsparungsmassnahmen zu einem Qualitätsabbau oder kostspieligen Ineffizienzen führen. Dabei ist an Themen zu denken wie mangelnde Praxiserfahrung von Ersatzrichtern bei Nichtberücksichtigung, den Verzicht auf juristische Fachliteratur oder auf die Verwendung von juristischen Datenbanken. Dass dies langfristig im Interesse des Kantons und seiner Justiz ist, ist zu bezweifeln. Die Datenschutzbeauftragte Claudia Mund wie auch die Ombudsfrau Katharina Landolf werden bekanntlich Ende Jahr ihre Funktionen aufgeben. Die FDP-Fraktion dankt Frau Mund wie auch Frau Landolf für ihren geschätzten Einsatz für den Kanton und wünscht ihnen privat und beruflich alles Gute. Die FDP ist sehr optimistisch, dass ein reibungsloser Übergang der heutigen Amtsträgerinnen auf die neuen Amtsträger stattfinden wird.
Ein Dank geht auch an die Mitarbeitenden und Richterinnen und Richter der Zuger Gerichte sowie der Friedensrichter- und Betreibungsämter und an sämtliche weiteren Mitarbeitenden der Zuger Justiz.

**Esther Haas,** Sprecherin der ALG-Fraktion, hält fest, dass sich folgender Eindruck durch den Bericht und Antrag der JPK zum Rechenschaftsbericht des Obergerichts zieht: Die Zuger Justiz funktioniert. Diesen Eindruck nahm die Votantin als Mitglied der JPK aus den Visitationen ebenfalls mit. Sie bittet den Obergerichtspräsidenten, die Wertschätzung der ALG-Fraktion für die tolle Arbeit der Zuger Justiz entgegenzunehmen. Eine zweite Wahrnehmung blieb auch haften: Die Sparbemühungen wirken auch bei den Gerichten nach. Die Aussage, dass für weitere Sparmassnahmen kein Platz mehr sei, war bei den Visitationen mehrfach zu hören. Weitere dauerhafte Sparmassnahmen im Personalbereich verkrafte das Strafgericht nach eigenen Angaben nicht, ist im Bericht und Antrag der JPK zu lesen. Ähnlich tönt es beim Kantonsgericht. Auch beim Obergericht wird die Arbeitsbelastung als hoch bis

sehr hoch eingestuft. Diese Aussagen sind ernst zu nehmen. Bevor einige Ratsmitglieder in der Budgetdebatte wieder von der Sparwut gepackt werden, raten allein schon die Einschätzungen der Gerichte dringend davon ab.
Geklärt wurde seitens des Obergerichts auch das Thema Anwendung der Härtefallklausel, das auch im Rat unlängst diskutiert worden ist. Gemäss dem Obergericht wurde die Klausel im Kanton im laufenden Jahr nie angewendet. Die Kollegen der SVP-Fraktion können also beruhigt sein.
Alles im grünen Bereich also? Nicht ganz. Die erstmalige Visitation der Friedensrichterämter in den Berggemeinden brachte bezüglich Aktenablage und Archivierung ein eher rustikales Vorgehen zu Tage. Die Richtlinien des Datenschutzes sind nicht *nice to have,* sondern zwingende Voraussetzung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses und des Datenschutzes. Das Obergericht tut gut daran, hier künftig genau hinzuschauen.
Bei den Friedensrichterämtern respektive bei den Gemeinden herrscht noch in einem anderen Punkt Handlungsbedarf. Wenn ein Friedensrichter pro Jahr bloss acht Fälle zu erledigen hat, kann kaum je Routine aufkommen. Routine ist gerade für einen Friedensrichter unabdingbar. Die Zusammenlegung von Ämtern muss auch aus Effizienzgründen dringend ein Thema sein. Die Friedensrichterämter sind zwar Gemeindesache. Gemeindeautonomie in Ehren, aber hier wird dieser Begriff überstrapaziert, weil er in diesem Zusammenhang keinen Sinn macht.

**Hubert Schuler** teilt mit, dass die SP-Fraktion allen Personen dankt, die sich in den verschiedensten Bereichen der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und des Strafvollzugs im letzten Jahr für den Kanton eingesetzt haben und eine solch gute Arbeit geleistet haben. Der Kanton verfügt über eine bestens funktionierende Gerichtsbarkeit. Aus dem Bericht des Obergerichts zeigt sich, dass durch den Entzug von finanziellen Mitteln, insbesondere bei den Personalressourcen, ungute Engpässe entstanden oder in Zukunft entstehen können. Diese Zeichen darf der Rat als Oberaufsicht nicht auf die leichte Schulter nehmen. Auch wenn kurzfristig Geld eingespart werden kann, ist die Gefahr sehr hoch, dass später die «Reparaturkosten» viel höher oder sogar teilweise unkontrolliert entstehen könnten. So müssen der Jugendanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
Dem Votanten liegen immer noch die Worte der Stawiko-Präsidentin vom letzten Donnerstag in den Ohren, als sie beim Geschäftsbericht forderte, die Regierung hätte die Ferien- und Überzeitsaldi der Angestellten zu reduzieren. Weiter meinte sie, es sei Aufgabe des Arbeitsgebers, dafür zu sorgen, dass sich die Mitarbeitenden genügend erholen können. Doch wenn die Arbeitsmenge nicht abnimmt oder sogar zunimmt und gleichzeitig die Personalressourcen eingefroren oder runtergefahren werden, ergeben sich automatisch Ungleichgewichte. Dies ist eines Rechtsstaats nicht würdig. Der Kanton Zug ist sicherlich keine Bananenrepublik, aber an den Kanton als Teil eines Rechtsstaats in Europa, in einem der reichsten Staaten der Welt, ist ein anderer Anspruch zu stellen. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Angestellten auch in Zukunft topmotiviert bleiben und weiterhin gute Arbeit leisten, sodass die vielfältigen Herausforderungen, die auf den Kanton zukommen, gemeistert werden können. Dazu muss das Parlament Sorge tragen.

**Andreas Hausheer** möchte eine Lanze brechen für die Friedensrichterämter. Zu seiner Interessenbindung: Seine Frau ist stellvertretende Friedensrichterin. Der Votant staunt, dass man so tut, als wäre das System der Friedensrichterämter fast schon desolat und als wären Zusammenlegungen notwendig. Die Erfolgskontrolle zeigt etwas ganz anderes: 50 Prozent der Fälle werden geregelt. Als Friedens-

richterin oder -richter muss man nicht über juristisches Wissen verfügen, angeboten wird Mediation. Die Leute sollen sich in diesem Rahmen die Meinung sagen können, dann ist die Sache nämlich erledigt. Die Friedensrichterinnen und -richter sind gegen Zusammenlegungen. Wenn nun der Eindruck entsteht, es bestünde dringender Handlungsbedarf und das System wäre schlecht, ist wie erwähnt auf die Erfolgskontrolle zu verweisen. Es handelt sich um ein niederschwelliges Angebot, und die Leute können es an ihrem Wohnort in Anspruch nehmen. Zusammenlegungen der Ämter sind abzulehnen.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass die Zivil- und Strafjustiz im Kanton nach wie vor gut funktioniert. Davon konnte sich das Obergericht aufgrund der eingereichten Tätigkeitsberichte und der Anfang Jahr durchgeführten Inspektionen überzeugen. Es wird in allen Bereichen sehr viel und gut gearbeitet. Die Arbeitsbelastung ist hoch. Glücklicherweise ist auch das Arbeitsklima gut, sodass die Verfahren zeitgerecht abgeschlossen werden können.
Mit Genugtuung nimmt das Obergericht zur Kenntnis, dass auch die erweiterte JPK in ihrem Bericht und Antrag zum Schluss gelangt, die Zivil- und Strafrechtpflege funktioniere gut. Der Obergerichtspräsident dankt der JPK für die offene Gesprächskultur und für die angenehme Atmosphäre bei den Visitationsgesprächen. Ebenso dankt er für den vorliegenden Bericht und Antrag.
Zu den Friedensrichterämtern: Der Obergerichtspräsident teilt die Auffassung von Andreas Hausheer – so dramatisch ist die Situation nicht. Natürlich sind die Aktenaufbewahrung und Datensicherung heikle Punkte. Doch bereits 2016 hat das Obergericht in einem Rundschreiben an die Friedensrichter darauf hingewiesen, und es wird die Thematik auch weiterhin im Auge behalten.
Auf Bundesebene werden derzeit Revisionen der Prozessgesetze diskutiert. Mit den vorgeschlagenen Änderungen ist leider vielfach eine Verkomplizierung der Verfahren zu befürchten. Die Vernehmlassung für die Strafprozessordnung wurde im März, diejenige für die Zivilprozessordnung im Juni dieses Jahres abgeschlossen. Der Obergerichtspräsident dankt dem Sicherheitsdirektor, dass er sich – auch im Rahmen der KKJPD – gegen jede Änderung eingesetzt hat, welche die Verfahren aufwendiger macht und aufbläht. Die Prozessordnungen müssen ein Werkzeug sein, um ein Verfahren rechtsstaatlich, aber auch schlank und effizient durchführen zu können. Mit der Revision der Zivilprozessordnung soll unter anderem das Kostenrisiko auf den Staat verlagert werden. Ob man das will, ist letztlich ein politischer Entscheid. Ein solcher Systemwechsel wäre jedoch einerseits mit direkten Mindereinnahmen für den Kanton verbunden. Anderseits wäre aber auch – wegen der Verlagerung des Kostenrisikos – mit einer Zunahme der Zivilprozesse zu rechnen. Das bereits voll ausgelastete Kantonsgericht müsste personell verstärkt werden, um die zusätzliche Arbeitslast bewältigen zu können. Das würde zu Mehrkosten führen.
Eine funktionierende Justiz gewährleistet Rechtssicherheit und Rechtsfrieden. Das ist für die Qualität des Zusammenlebens in der Gesellschaft von grosser Bedeutung. Auch für den Wirtschaftsstandort ist eine funktionierende Justiz ein entscheidender Faktor. Wo die Verfahren unendlich lange dauern, die Urteile nicht nachvollziehbar sind, da lassen sich keine Gesellschaften nieder. Es ist deshalb wichtig, dass für die Justiz auch die erforderlichen Mittel gesprochen werden. Der Obergerichtspräsident dankt den Ratsmitgliedern, dass sie der Justiz die erforderlichen Mittel für eine ordnungsgemässe und effiziente Erledigung ihrer Aufgaben bewilligen.
Abschliessend dankt der Obergerichtspräsident im Namen des Obergerichts allen, die in der Zivil- und Strafjustiz des Kantons Zug tätig sind, für die geleistete Arbeit,

für das Engagement und den grossen Einsatz. Die Arbeit in der Zivil- und Strafrechtspflege ist nicht immer einfach. Oftmals sind schwierige Situationen zu bewältigen. Es stellen sich komplexe Sach- und Rechtsfragen, und auch die Kunden sind nicht immer die einfachsten. Vielen Dank an alle.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Rechenschaftsbericht 2017 des Obergerichts.

Der **Vorsitzende** dankt im Namen des Kantonsrats den Richterinnen und Richtern und allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafjustiz für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 7

**1101 Bericht 2017 der Ombudsstelle Kanton Zug**

Vorlagen: 2860.1 - 00000 (Bericht der Ombudsstelle); 2860.2 - 15801 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell die Ombudsfrau Katharina Landolf.

EINTRETENSDEBATTE

JPK-Präsident **Thomas Werner** verweist auf den ausführlichen Bericht und Antrag der erweiterten JPK. Diese hat am 14. Mai 2018 mit einer Zweierdelegation die Ombudsstelle visitiert. Die Fragen über die Berichtsperiode wurden Katharina Landolf vorgängig zur Beantwortung zugestellt. Anlässlich der Visitation wurden diese Fragen und weitere Themen rund um die Ombudsstelle eingehend besprochen. Die JPK hat an ihrer Sitzung vom 28. Mai den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle und das Visitationsprotokoll verabschiedet bzw. genehmigt.
Die Anzahl Fälle blieb im Berichtsjahr ungefähr gleich wie im Vorjahr. Seit Juli 2017 arbeitet die Ombudsstelle mit nur noch 115 Stellenprozenten. Davon fallen 80 Prozent auf die Ombudsfrau, 35 Prozent auf die administrative Mitarbeiterin. Nach der Kündigung der juristischen Assistenzstelle hat die Ombudsfrau beschlossen, die 40 Prozent im Sinne ihres Beitrags zu den Sparmassnahmen nicht mehr zu besetzen. Auch mit weiteren Einsparungen hat die Ombudsstelle ihren Beitrag an die Sparmassnahmen geleistet.
Nachdem die Ombudsfrau bereits anlässlich der letztjährigen Visitation erwähnt hatte, dass sie Ende 2018 nicht mehr kandidieren werde, konnte die JPK die Wahlen planen, ausschreiben, und an der letzten Ratssitzung wurden die neue Ombudsperson und ihr Stellvertreter gewählt. Die JPK dankt Katharina Landolf

herzlich für ihren sehr engagierten Einsatz und wünscht ihr bei ihrer künftigen Tätigkeit als stellvertretende Ombudsfrau der Stadt Zürich alles Gute. Die JPK beantragt mit 12 zu 0 Stimmen, den Tätigkeitsbericht der Ombudsfrau zur Kenntnis zu nehmen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Verabschiedung der Ombudsfrau und der Datenschutzbeauftragten offiziell am 13. Dezember stattfinden wird.

**Kurt Balmer** dankt Katharina Landolf namens der CVP-Fraktion für die kompetente Ombudstätigkeit im Jahr 2017, die Erstellung des Berichts und die erspriessliche Beantwortung der Fragen der Vertretung der JPK anlässlich der Visitation. Er bedauert es, dass Katharina Landolf per Ende Jahr aufhört. Er hat auch schon eine etwas kritischere Haltung gegenüber Frau Landolf vertreten. Obwohl jetzt nicht die eigentliche Verabschiedung stattfindet, wählt er nun sehr versöhnliche Worte bei einer Zwischenwürdigung. Der Votant kann nämlich bestätigen, dass das gegenseitige Verständnis zwischen JPK und Ombudsstelle in letzter Zeit besser wurde.
Zum eigentlichen Tätigkeitsbericht: Die Ombudsstelle erbringt auch eine Gratisdienstleistung zugunsten der Gemeinden in nicht bescheidenem Ausmass. Es macht wahrscheinlich kaum Sinn, die Kosten dafür konkret zu eruieren und den Gemeinden zu überbürden. Es dürfte andererseits auch nicht ganz leicht sein, effektiv fallbezogen die Kosten jeweils zu eruieren. Wichtig ist aber die Botschaft an den Finanzdirektor und an die Gemeinden – der Votant hofft, dass der Finanzdirektor zuhört: Denken Sie bei der anstehenden Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden auch an diese Ausgabenposition. Gemäss Aussagen des Finanzdirektors von letzter Woche finden diese Verhandlungen bald statt, und der Votant erwartet eine entsprechende Transparenz und Berücksichtigung.
Offensichtlich funktionierte die Ombudsstelle seit Juli 2017 auch ohne juristische Mitarbeiterin gut. Im Sinne der aktuellen Sparbemühungen erwartet die CVP-Fraktion, dass dies bei mindestens gleicher Qualität so bleibt und der Rat bei der Budgetierung im Herbst ein Auge darauf hat. Ebenso hat sich schliesslich die neu gewählte Ombudsfrau daran zu halten.

**Michael Riboni** hält fest, dass auch die SVP-Fraktion der abtretenden Ombudsfrau ihren besten Dank ausspricht. Wie Kurt Balmer weist auch die SVP-Fraktion auf die finanzielle Beteiligung der Gemeinden an der Ombudsstelle hin. Es drängt sich die Frage auf, ob es nicht angebracht wäre, die Gemeinden in die finanzielle Mitverantwortung zu nehmen, beispielsweise mit einem Sockelbeitrag, wie ihn auch der Kanton Zürich kennt. Dieser könnte zum Beispiel einen Franken pro Einwohner betragen, das gäbe über den ganzen Kanton rund 125’000 Franken. Beim heutigen Budget würde dies 30 bis 35 Prozent der Kosten der Ombudsstelle ausmachen. Deshalb folgende Frage an den Finanzdirektor: Ist es im Rahmen der anstehenden ZVA-Revision angedacht, die Kosten der Ombudsstelle im Hinblick auf die finanzielle Mitverantwortung der Gemeinden genauer zu überprüfen?

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Finanzdirektor die Frage nach den Voten der Fraktionssprechenden beantworten wird.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Diese attestiert der kantonalen Ombudsstelle sehr gute Arbeit und nimmt den Bericht wohlwollend zu Kenntnis. Die Ombudsstelle ist sauber geführt, es gibt ein Organisationshandbuch und entsprechend klare Prozesse, die auch so gelebt werden. Grossgeschrieben wird auch

die Datensicherheit, in diesem Fall vor allem die Datenunabhängigkeit dank getrennter Systeme. Gerade bei der Ombudsstelle ist dies sehr wichtig.
Zur Kostenteilung zwischen Kanton und Gemeinden: Aufgrund der Kleinräumigkeit und der starken Vernetzung im Kanton ist es richtig, dass die Ombudsstelle sowohl für kantonale als auch für kommunale Angelegenheiten zuständig ist. Eine personelle Trennung macht keinen Sinn. Es würde Mehrkosten verursachen. Problematisch ist, dass eine Teilung der Kosten in vielen Bereichen schlicht nicht möglich ist. Es sind Überschneidungen vorhanden, so zum Beispiel im Bau- und Sozialbereich usw. Wie man das genau lösen will, ist fraglich. Es ist zu befürchten, dass dies aufgrund der Abklärungen, die zu treffen wären, eher zu Mehrkosten führen würde. Der Gewinn wäre minimal.
Zu den Einsparungen: Die Ombudsfrau konnte mehr als 45'000 Franken einsparen, da die Stelle der juristischen Assistenz nicht mehr besetzt wurde. Dies wird dankend zur Kenntnis genommen. Doch ebenso muss man unter anderen Voraussetzungen, gerade auch mit Blick auf die Neubesetzung, bereit sein, entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Es ist sehr wichtig, dass die Ombudsperson genügend Luft hat, um die Anliegen der Klientinnen und Klienten ernst zu nehmen, ihnen genügend Zeit zu geben und ein offenes Ohr zu haben. Die Tätigkeiten der Ombudsfrau werden von der Bevölkerung rege genutzt und auch geschätzt, wie im Bericht zu lesen ist. Die bürgerfreundlichen Dienstleistungen der Ombudsstelle dienen oft der Verhinderung von aufwendigen Verfahren in Form von Beschwerden etc. Die Ombudsstelle wirkt als Ventil. Sie versucht, Konfliktsituationen deeskalierend und vermittelnd zu begleiten. Ein solches Ventil ist für eine gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Privatpersonen von wesentlicher Bedeutung – gerade auch in heutigen Zeiten, wenn der Gürtel enger geschnallt wird. Ebenfalls wichtig ist sie für die Mitarbeitenden des Kantons bei verwaltungsinternen Problemen. Die ALG-Fraktion dankt der Ombudsstelle und ihren Mitarbeitenden für die wertvolle Arbeit. Ein spezieller Dank richtet sich bereits jetzt an die abtretende Ombudsfrau für ihr bedeutsames Engagement für den Kanton in den vergangenen Jahren.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass ihm die Hinweise bzw. Fragen von Kurt Balmer und Michael Riboni bekannt sind. Das Thema der Kostenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird im August aufgenommen, wenn im Ausschuss über den ZFA beraten wird. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass das AKV-Prinzip gilt. Dieses Prinzip muss auch beim ZFA so gut wie möglich angewendet werden.

Ombudsfrau **Katharina Landolf** dankt dem Rat für die wertschätzenden Worte und die Anerkennung für die Arbeit der Ombudsstelle.
Die politische Frage zur Kostenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wurde auch bei den Visitationen gestellt, was die Ombudsfrau mit ziemlichem Befremden aufgenommen hat. Diese Frage kann und möchte sie nicht beantworten. Die Frage war Thema im Rahmen der Entlastungsmassnahmen. Die externen Experten schlugen vor, die Dienstleistungen für die Gemeinden auch den Gemeinden in Rechnung stellen. Das Thema wurde damals ausführlich diskutiert. Die Ombudsfrau hat im Rahmen von Mitbericht und Vernehmlassung dazu Stellung genommen. Bei einer Visitation erlaubt sich die Ombudsfrau jedoch keine politischen Äusserungen. Dafür ist das Mittel des Mitberichts und der Vernehmlassung gedacht.
Eine persönliche Bemerkung: Die Ombudsfrau übernimmt keine neue berufliche Aufgabe. Sie wird 65 Jahre alt und erlaubt sich, nichts mehr zu tun. Sie ist zwar zur stellvertretenden Ombudsfrau der Stadt Zürich gewählt worden, aber das hat dieselbe Bedeutung wie die Stellvertretung im Kanton Zug: Die Stellvertretung kommt

nur bei unerwarteten langen Abwesenheiten oder bei Ausstandsgründen zum Einsatz. Die Ombudsfrau der Stadt Zürich ist seit über zwanzig Jahren im Amt, und die Stellvertretung musste – wie auch im Kanton Zug – noch nie einspringen. Die Votantin wünscht Claudia Kaufmann gute Gesundheit und hofft, dass auch sie nie zum Einsatz kommen wird. Es war also kein Verzicht auf das Amt in Zug zugunsten der Stelle im Kanton Zürich, sondern der Entscheid, in den Ruhestand zu treten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Bericht 2017 der Ombudsstelle stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** dankt der Ombudsstelle im Namen des Kantonsrats für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

TRAKTANDUM 8

**1102 Tätigkeitsbericht 2017 der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug**

Vorlagen: 2875.1 - 00000 (Bericht der Datenschutzbeauftragten); 2875.2 - 15802 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst zu diesem Geschäft speziell die Datenschutzbeauftragte Claudia Mund.

EINTRETENSDEBATTE

JPK-Präsident **Thomas Werner** verweist auch hier in erster Linie auf den ausführlichen Bericht und Antrag der erweiterten JPK. Diese hat am 15. Mai mit einer Viererdelegation die Datenschutzstelle visitiert. Die Fragen über die Berichtsperiode wurden Claudia Mund vorgängig zur Beantwortung zugestellt, und die JPK hat sie pünktlich zurückerhalten. Anlässlich der Visitation wurden diese Fragen und weitere Themenkreise rund um die Datenschutzstelle eingehend besprochen. An ihrer Sitzung vom 28. Mai hat die JPK den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle und das Visitationsprotokoll verabschiedet.
Die Datenschutzstelle wird mit einem 160-Prozent-Pensum geführt, 80 Prozent davon fallen auf die Datenschutzbeauftragte und 80 Prozent auf die stellvertretende Datenschutzbeauftragte. Den Schwerpunkt setzte die Datenschutzbeauftragte in der Mitarbeit an der Gesetzgebung. Diese Verschiebung hing einerseits mit der Revision des Datenschutzgesetzes sowie des Einführungsgesetzes zum Registerharmonisierungsgesetz zusammen. Andererseits bedeutet auch die zunehmende Digitalisierung etwas mehr Aufwand für die Datenschützerin. Während die Datenschutzstelle in den Jahren 2015 bis 2017 im Budget einige Abstriche erfahren musste, wurden im Budget 2018 keine weiteren Kürzungen mehr vorgenommen.

Claudia Mund bedauerte, dass keine eigentliche Amtsübergabe geplant sei. Sie beende am 31. Dezember ihre Tätigkeit, und die neue Datenschutzperson beginne erst am 1. Januar 2019. Nach Meinung der JPK müssten bei einem solchen Amt in dieser Lohnklasse die abtretende und die neue Datenschutzperson eigenverantwortlich für eine korrekte Amtsübergabe besorgt sein.
Claudia Mund hat während ihrer Zeit im Kanton Zug sehr viel geleistet. Sie hat die Zeit genutzt und ist engagiert und tatkräftig für den Datenschutz eingestanden. Ebenso war ihr eine pragmatische, lösungsorientierte Umsetzung des Datenschutzes stets ein Anliegen. Die JPK dankt Claudia Mund herzlich für ihren sehr engagierten Einsatz und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute. Die JPK beantragt mit 12 zu 0 Stimmen, den Tätigkeitsbericht der Datenschützerin zur Kenntnis zu nehmen.

**Kurt Balmer** dankt Claudia Mund namens der CVP Fraktion für die kompetente Tätigkeit als kantonale Datenschützerin im Jahr 2017, die Erstellung des Berichts und die erspriessliche Beantwortung der Fragen der Vertretung der JPK anlässlich der Visitation. Ihr Weggang ist zu bedauern, zumal offensichtlich ihre Fachkompetenz, auch gestützt auf TV-Auftritte usw., hoch ist. Zwar sind auch bei der Datenschutzstelle die Ressourcen knapp sind, aber offenbar konnten 2017 teilweise Schengen-Kontrollen stattfinden. Auch die Datenschutzstelle inkl. neu gewählter Datenschützerin hat zur Kenntnis zu nehmen, dass die fetten Jahre im Kanton vorbei sind und überall der Rotstift zum Einsatz kommt. Selbstverständlich wird die Institution Datenschutzstelle an sich nicht in Zweifel gezogen. Es ist davon auszugehen, dass die Übergabe der Leitung Ende Jahr bei gutem Willen der Beteiligten ohne wesentlichen Reibungsverlust erfolgen kann und dies, ohne dass Claudia Mund die offenbar geplante grössere Reise verschieben muss.

**Markus Hürlimann** dankt der Datenschutzbeauftragten im Namen der SVP-Fraktion für das Ausarbeiten und Vorlegen des Tätigkeitsberichts 2017, in dem vor allem zwei Themen dominieren, nämlich die fortschreitende Digitalisierung und die mangelnden Ressourcen. Die Digitalisierung, Heil- und Unheilsbringer zugleich, ist zurzeit in aller Munde und hat auch nicht vor der Zuger Politik haltgemacht. Digitale Identität, elektronisch wählen und abstimmen, elektronische Abstimmungshilfen für junge Erwachsene, digitale Zahlungsmittel und flächendeckende Videoüberwachung sind momentan angesagt. Neue Technologien können das Leben der Bürger tatsächlich einfacher machen und zu mehr Effizienz in der Verwaltung führen, bergen aber gleichzeitig grosse Gefahren für den Schutz des Bürgers bzw. dessen Daten und sind nicht kostenlos zu haben. Aus diesem Grund sollte man den digitalen Trend manchmal stärker hinterfragen, wenn nötig abbremsen und nicht alles, was gerade angesagt ist oder möglicherweise zu mehr Effizienz führen könnte, euphorisch und naiv zugleich mitmachen. Datenklau oder Manipulation von Wahlen und/oder Wählern können eine Demokratie gefährden, und wer möchte noch in einer Welt leben, in der Bewegungsmuster, Einkaufs- und Surfverhalten sowie Gesundheitsdaten der Bürger uneingeschränkt erhoben und die Daten für nicht transparente Zwecke missbraucht werden. Der Datenschutz ist eine sehr wichtige Aufgabe, um die freien Bürger zu schützen, insbesondere auch der präventive Datenschutz im Rahmen von IT- und Digitalisierungsprojekten. Die Datenschutzbeauftragte schreibt in ihrem Bericht dazu Folgendes: «Jedes Streben nach mehr Digitalisierung in unserem Alltag setzt vertiefte Vorabklärungen von Datenschutzfragen und einen noch sorgfältigeren Umgang mit Personendaten voraus. Digitalisierung braucht einen wirksamen Datenschutz.» Die Digitalisierung ist also nicht kostenlos zu haben. Doch wie viel darf bzw. muss der wirksame Datenschutz kosten? Ebenso stellt sich die Frage nach den nötigen Ressourcen. Aus Ressourcen-

gründen wurde erstmalig auf die Einreichung von Beiträgen in der Gerichts- und Verwaltungspraxis des Kantons verzichtet, ebenso auf eine Stellungnahme zu einer Videoüberwachungsanlage sowie auf Stellungnahmen zu Bundesvorlagen. Weiter hofft Claudia Mund im Bericht, dass der Datenschutzstelle in Zukunft wieder deutlich mehr Ressourcen zugestanden werden. Sie hielt auch fest, dass die personellen Ressourcen nicht ausreichten, um alle Kernaufgaben wie gewünscht wahrnehmen zu können.

Am 22. Juni 2018 gelangte die Datenschutzbeauftragte sogar als Vorstandsmitglied der Konferenz der Schweizer Datenschutzbeauftragten an die breite Öffentlichkeit, um darauf hinzuweisen, dass die Datenschützer mit der Digitalisierung nicht mehr Schritt halten können, weil es an Personal fehle. Die Konferenz fordert, die Zahl der Stellen von heute rund 50 um weitere 200 aufzustocken, also eine Verfünffachung der bisherigen Stellenzahl. Die Datenschutzstelle ist aktuell mit 160 Stellenprozenten datiert. Ist das wirklich zu wenig, um die Kernaufgaben seriös wahrnehmen zu können? In einem Radiointerview vom 21. Juni 2018 im Regionaljournal von Radio SRF war von Claudia Mund zu hören, dass der Datenschutz im Kanton Zug mit 160 Stellenprozenten gut datiert sei im Vergleich mit dem 90-Prozent-Pensum im Kanton Luzern. Die gemeinsame Datenschutzstelle der Kantone Schwyz, Nid- und Obwalden ist mit 180 Stellenprozenten dotiert, obwohl diese drei Kantone zusammen fast doppelt so viele Einwohner haben wie der Kanton Zug. Wie sind diese Kantone aufgestellt, dass sie vergleichsweise mit viel weniger Stellenprozenten auskommen? Ist möglicherweise die ausgewiesene Fachkompetenz der Zuger Datenschutzbeauftragten Segen und Fluch zugleich? Claudia Mund ist Mitglied im Vorstand der Konferenz der schweizerischen Datenschutzbeauftragten und durfte mit dem Präsidenten dieser Konferenz eine Stellungnahme zum Revisionsentwurf des Datenschutzgesetzes des Bundes abgeben. Zudem leitete sie als Vorstandsmitglied auch die Arbeitsgruppe Sicherheit, die sich mit kantonsübergreifenden Sicherheitsthemen im Polizei- und Migrationsbereich beschäftigt. Weiter ist im Tätigkeitsbericht von Teilnahmen an Frühjahres- und Herbstkonferenzen, von Workshops sowie Treffen von Koordinationsgruppen zu lesen. Ebenso leitete Claudia Mund die Arbeitsgruppe, die den Leitfaden für koordinierte Kontrollen des Schengener Informationssystems erarbeitete. Claudia Mund ist also auch ausserhalb des Kantons sehr beschäftigt. Selbstverständlich könnte man in Zug auch 200, 300 oder gar 400 Stellenprozente vollständig ausfüllen. Aufgaben fände man schweizweit bestimmt genug für eine so kompetente Datenschutzbeauftragte. Es ist jedoch besonders wichtig, dass vorrangig Ressourcen für die Erfüllung der Hauptaufgaben gemäss § 19 des Datenschutzgesetzes innerhalb des Kantons Zug bereitgestellt werden und erst nachrangig für die Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere für Medienkontakte, Publikationen, Referate oder Podiumsdiskussionen oder für schweizweite Vernetzungsarbeit. Eine Ausweitung der Ressourcen kommt deshalb zum heutigen Zeitpunkt nicht in Frage, dies auch als Beitrag zu gesunden Kantonsfinanzen.

Es ist zu bedauern, dass keine offizielle Amtsübergabe an die designierte Nachfolgerin erfolgen kann. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die bisherige und die neue Amtsinhaberin bestimmt in eigener Verantwortung gemeinsam die Einarbeitung bzw. die Amtsübergabe professionell gestalten können.

Die SVP-Fraktion unterstützt die Anträge der JPK, den Tätigkeitsbericht 2017 der Datenschutzstelle zur Kenntnis zu nehmen und den Mitarbeitern der Datenschutzstelle für die geleistete Arbeit zu danken. Claudia Mund wünscht die SVP-Fraktion bis zum Ende ihrer Amtszeit alles Gute und viel Erfolg in ihrer neuen Tätigkeit.

**Esther Haas** hält fest, dass die Digitalisierung voranschreitet und mit ihr der Datenschutz immer wichtiger wird. Diese Wichtigkeit muss auch gelebt werden. Dass die Datenschutzstelle vermehrt IT-Wissen intern rekrutiert hat, mag aus Spargründen naheliegend sein. Doch wo bleibt die Unabhängigkeit des Datenschutzes, wenn Leute aus der kantonalen Verwaltung an der Datenschutzaufsicht beteiligt sind? Trotz Sparen müssen die gesetzlichen Grundlagen beim Datenschutz eingehalten werden; dies gilt auch für die kostengünstigere Verwendung von Standardsoftware. Bei Datenbearbeitungsvorhaben muss der Schutz von Personendaten grundsätzlich immer an erster Stelle stehen. Bei IT- und Digitalisierungsvorhaben muss die Datenschutzstelle deshalb in jedem Fall eine Vorabkontrolle vornehmen. Wenn die Datenschutzbeauftragte moniert, dass dies noch zu wenig konsequent geschehe, muss sich dies schnell ändern, denn es besteht ein Datenschutzgesetz, das wie jedes andere Gesetz befolgt werden muss. Schützenhilfe erhält Claudia Mund von Bruno Bäriswyl, dem Datenschutzbeauftragten des Kantons Zürich, der gestern im «Tages-Anzeiger» wie folgt zitiert wurde: «Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine besondere Herausforderung für den Datenschutz. Die neue europäische Datenschutz-Grundverordnung ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger.» Im Weiteren sagt er, die Schweiz habe die Chance, einen eigenständigen Weg einzuschlagen. Die Wirkung der Datenschutzgesetze müsse gestärkt und den neuen digitalen Herausforderungen gerecht werden.
Anlässlich der Visitation hat die Datenschutzbeauftragte betont, dass keine zusätzlichen Budgetkürzungen drinliegen. Auch hier ist die Zitrone ausgepresst. Der Datenschutz verträgt keine weiteren Sparübungen. Es geht ja nicht nur um die zunehmende Digitalisierung, die Datenschutzstelle ist auch in den Gesetzgebungsprozess involviert. Sie ist Auskunftsstelle und führt Beratungen und Schulungen durch. Und nicht zu vergessen: Im Berichtsjahr wurde die längst fällige Schengen-Kontrolle, die Kontrolle der Zugriffe auf das Schengener Informationssystem, vorgenommen.
Der letzte Abschnitt von Bericht und Antrag der erweiterten JPK zur Amtsübergabe ist etwas irritierend. Claudia Mund kam bei der Visitation konstruktiv auf die JPK zu. Sie suchte nach einer Lösung für eine gesetzeskonforme Übergabe der Geschäfte. Es geht nicht um mangelnden Willen zur Zusammenarbeit, wie man aus dem Bericht hätte herauslesen können, sondern um streng vertrauliche Daten, die auch als solche behandelt werden müssen. Deshalb ist es vorstellbar, dass es eine Hilfskraftanstellung bräuchte, damit die neue Datenschützerin an die spezialgesetzliche Schweigepflicht gebunden ist. Nur eine solche oder ähnliche Regelung wird den Ansprüchen an einen funktionierenden Datenschutz gerecht. Das Zugehen auf die JPK zeugt vom professionellen Vorgehen der Datenschützerin. Die ALG-Fraktion dankt Claudia Mund für ihre engagierte, kompetente Arbeit im Dienste des Zuger Datenschutzes.

**Hubert Schuler** dankt der Datenschutzbeauftragten namens der SP-Fraktion ganz herzlich für ihren Einsatz für den Kanton. Wie aus dem Bericht der erweiterten JPK hervorgeht, wurden die Budgets 2015 bis 2017 jeweils im Rahmen der Sparpakete reduziert. Claudia Mund als Fachfrau zeigte während der Visitation auf, dass die Aufgaben der Datenschutzstelle nicht mehr vollständig erfüllt werden konnten und präventive Arbeiten auf unbestimmte Zeit verschoben werden mussten. Es ist nicht vertretbar, dass die Anliegen der Verwaltungen oder Bundesvorschriften nicht erfüllt werden. Diese Lücken hat nicht die Datenschutzbeauftragte zu verantworten, sondern der Rat, als er unbedacht die Budgets kürzte. Mit diesen «Sparrunden» werden in Zukunft höhere Kosten entstehen. Rechtsstaatlichkeit hat nicht nur mit einer funktionierenden Gerichtsbarkeit oder einer intakten Legislative bzw. Exekutive zu

tun, sondern auch mit gut funktionierenden Stellen, die vorgelagert sind und allenfalls bereits bei der Gesetzgebung die entsprechenden Hinweise und Normen einbringen. Will man im Kanton Zug zum *Crypto Valley* oder *Digital Valley* gehören, muss man in den neueren Bereichen der Digitalisierunq auch beim Datenschutz führend sein, und zwar sowohl hinsichtlich Verwaltungs- als auch Personendaten. Wie bereits bei der Wahl der neuen Datenschutzbeauftragten wird die SP-Fraktion an der Budgetdebatte einen entsprechenden Antrag für die Erhöhung des Pensums stellen. Die SP-Fraktion ist diesbezüglich ganz anderer Meinung als die SVP-Fraktion.

Datenschutzbeauftragte **Claudia Mund** äussert sich zu den Herausforderungen, die sich durch die Digitalisierung stellen. Diese hatte sie bereits bei ihrem letzten Votum vor einem Jahr skizziert. Markus Hürlimann und die Vorredner von SP und ALG haben die Problematik auf den Punkt gebracht. Bei IT- und Digitalisierungsprojekten ist je länger je mehr festzustellen, dass den Datenschutzbeauftragten das notwendige IT-Fachwissen fehlt. Die Kantonsparlamente werden sich in Zukunft damit auseinandersetzen müssen, wie dieses Know-how aufgebaut werden kann.
Zum Engagement bei Privatim, der Konferenz der Schweizer Datenschutz-Beauftragten: Es war klar, dass dieses Engagement bei einem 80-Prozent-Pensum nicht drinliegen würde. Deshalb hat die Datenschutzbeauftragte vor ungefähr zweieinhalb Jahren bei der JPK offiziell einen Antrag auf Bewilligung einer Nebenbeschäftigung in ihrer Freizeit gestellt. Jedes Mal wenn die Ratsmitglieder die Zuger Datenschutzbeauftragte im Fernsehen sehen oder wenn sie an Vorstandssitzungen teilnimmt, erfolgt das in ihrer Freizeit und nicht während der Arbeitszeit beim Kanton. Die Datenschutzbeauftragte bittet den Rat, dies zur Kenntnis zur nehmen. Sie trennt ihre Tätigkeiten strikt. Wer daran zweifelt, darf gerne ihre Siaxma-Einträge mit dem Sitzungskalender von Privatim vergleichen. Mit ihrer Nebenbeschäftigung leistet die Datenschutzbeauftragte zudem freiwillig einen Beitrag für den Kanton. Sie profitiert auch in ihrer Freizeit für ihre Arbeit, weil sie Know-how und Wissen bei Privatim abholen kann. Darüber hinaus ist es auch für den Kanton erfreulich, wenn seine Datenschutzbeauftragte die Kompetenz hat, an einer Medienkonferenz teilzunehmen und sich zu äussern.
Zur Amtsübergabe: Aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung im Jahr 2015 war es der Datenschutzbeauftragten stets an ein Anliegen, die Datenschutzstelle so zu organisieren, dass eine zukünftige Amtsübergabe reibungslos erfolgen kann, sei dies in vier, acht oder sechzehn Jahren. Nun hat sich halt gezeigt, dass es schon nach vier Jahren so weit ist. Es war der Datenschutzbeauftragten ein grosser Wunsch und ein Anliegen, der JPK ihre Überlegungen zur Amtsübergabe darzulegen und aufzuzeigen, was sie vorbereitet hat und wo ein Delta besteht. Es sollen keinerlei Altlasten verbleiben. Dies umfasst auch Arbeitszeit, Überstunden und nicht bezogene Ferienzeiten. Die Datenschutzbeauftragte hat in ein neues Dokumentverwaltungssystem investiert, sodass der Wissenstransfer gewährleistet ist. Fällt ihr morgen ein Ziegelstein auf den Kopf, liegt nicht die ganze Datenschutzstelle lahm. Die Sicherstellung des Wissenstransfers wurde während dreieinhalb Jahren aufgebaut. Tatsache ist aber, dass man bis zum 31. Dezember im Amt ist, wenn man auf Amtszeit gewählt worden ist, und bis dann untersteht man dem Datenschutz- und dem Amtsgeheimnis. Ab dem 1. Januar übernimmt eine neue Person. Bei einem Zweierteam ist die Übergabe ein bisschen schwierig. Die Datenschutzbeauftragte hat nicht einen riesigen *Staff,* in dem überall etwas Know-how aufgebaut ist. Sie hat versucht, diesen Dienst zu 95 Prozent durch ihre Mitarbeiterin und durch technische Hilfsmittel abzudecken. Trotzdem ist sie auf den Goodwill der neuen Datenschutzbeauftragten angewiesen, sich im November oder Dezember für ein, zwei

Tage unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, um in die administrativen und organisatorischen Abläufe eingeführt zu werden. Die Nachfolgerin ist dazu bereit, und die Datenschutzbeauftragte wird alles daran setzen, dass eine saubere Amtsübergabe erfolgt, soweit dies bei einer Wahl auf Amtszeit möglich ist.
Die Datenschutzbeauftragte dankt der JPK herzlich für das Interesse. Es ist etwas schade, dass im Rat immer nur zwei, drei Punkte aus den Gesprächen thematisiert wurden. In den letzten vier Jahren waren es stets finanzielle Themen und Ressourcenfragen. Die Datenschutzbeauftragte hält es ein wenig wie der Finanzdirektor, der vorhin von Ackerbau gesprochen hat. Es geht auch darum, aufzuzeigen, was in Zukunft hinsichtlich Datenschutzressourcen auf den Kanton zukommen wird.
Ebenfalls schade ist, dass die Datenschutzbeauftragte nicht allzu viel Kontakt mit den einzelnen Ratsmitgliedern hatte. Sie ist noch sechs Monate da. Wenn ein Ratsmitglied ein Anliegen oder eine Frage zum komplexen Thema des Datenschutzes hat, steht sie bis zum 31. Dezember gerne zur Verfügung. Sie dankt dem Rat und wird die vier Jahre mit grosser Freude in Erinnerung behalten und auch in Zug wohnen bleiben.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Finanzdirektor von AKV, also «Aufgaben – Kompetenzen – Verantwortung» gesprochen hat und nicht von Ackerbau. *(Schmunzeln im Rat.)*

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht 2017 der Datenschutzbeauftragten stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** dankt der Datenschutzstelle im Namen des Kantonsrats für die im Berichtsjahr geleistete grosse Arbeit.

TRAKTANDUM 9
**Geschäfte, die am 28. Juni 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1103** Traktandum 9.1 **Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Nutzen der integrativen Förderung auf der Sekundarstufe I**
Vorlagen: 2815.1 - 15654 (Interpellationstext); 2815.2 - 15788 (Antwort des Regierungsrats).

**Daniel Stadlin** dankt dem Regierungsrat für die recht umfassende Beantwortung der Interpellation. Dank der externen Evaluation durch den Kanton ist ersichtlich, dass die Einhaltung der Richtlinien zur integrativen Förderung gewährleistet ist und die Umsetzung weitgehend im Sinne der kantonalen Vorgaben erfolgt. Es zeigt sich aber auch, dass die Gemeinden bei der Organisation der schulischen Heil-

pädagoginnen und Heilpädagogen und deren Einsatz in den Klassen über einen erheblichen Spielraum verfügen. Dazu einige Anmerkungen: Bei der Antwort auf Frage 4 bezüglich Qualitätssicherung ist nicht ersichtlich, ob die schulischen Heilpädagogen in allen Gemeinden gemäss «Orientierungshilfe für die gemeindlichen Schulen zur Umsetzung der integrativen Förderung» tatsächlich bei der Erarbeitung und Umsetzung integrativer Schulentwicklungskonzepte und -leitbilder mit einbezogen werden. Es wäre auch interessant, zu wissen, ob laut der in diesem Konzept definierten Erwartungen die kantonale Vernetzung der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen bereits im Gange ist.
Bei der Frage 7 «Wie beurteilt der Kanton die Zufriedenheit der Klassenlehrpersonen mit dem integrativen System?» erstaunt die hohe Zufriedenheitsquote, wenn man bedenkt, dass auf der Sekundarstufe I wesentlich höhere Anforderungen an die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fachlehrpersonen und den schulischen Heilpädagogen gestellt werden als auf der Primarstufe. Die Sekundarstufe I verlangt eine ausgesprochene Flexibilität und Anpassung aller Beteiligten bezüglich Organisation, Absprachen, Planungen und Fördermassnahmen. Zwei Aussagen stechen besonders ins Auge: 98 Prozent der Befragten fühlen sich wohl in ihrem Kollegium, und 94 Prozent der Eltern finden, ihr Kind fühle sich wohl in der Schule. Wohlbefinden ist sicher wichtig, aber per se kein Qualitätsmerkmal für guten Unterricht. Die externe Evaluation hat den Auftrag, die kantonalen Richtlinien und Vorgaben zu überprüfen und die Qualität der Schule zu sichern. Es geht also nicht darum, ob sich alle Beteiligten wie in einer Wohlfühloase fühlen, sondern ob die kantonalen Bildungsgrundsätze umgesetzt werden.
Weiter schreibt der Regierungsrat bei der Beantwortung der Frage 8, dass Lehrpersonen und schulische Heilpädagogen unterschiedliche Arbeitsfelder hätten. Dies entspricht jedoch nicht der in der kantonalen Broschüre «Orientierungshilfe Berufsauftrag und Arbeitszeitmodell» festgehaltenen Grundsätze. Steht doch da, dass sie zwar das gleiche Arbeitsfeld, aber unterschiedliche Zuständigkeiten und Aufgaben haben, was differenzierte Zeitprozente zur Folge hat.
Ein weiterer Punkt betrifft die Rate von 27 Prozent an schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen ohne erforderliche Ausbildung. So stellt sich die Frage, ob der Kanton vermehrt die Gemeinden anhalten sollte, möglichst schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen mit abgeschlossener Ausbildung anzustellen und Lehrpersonen ohne entsprechende Ausbildung in ihrer Weiterbildung zu unterstützen, um die bestmögliche Umsetzung der integrativen Förderung im ganzen Kanton anzustreben bzw. diese sicherzustellen.
Die Fragen des Interpellanten konnten dank der externen Evaluation transparent beantwortet werden. Es zeigt sich, dass der Kanton den Gemeinden für die integrative Förderung umfassende Mittel zur Verfügung stellt. Bei der Umsetzung lässt er ihnen einen grossen Spielraum. Daher ist die externe Evaluation ein wichtiges Instrument, um die Einhaltung der Richtlinien zu gewährleisten, sodass Qualität vor Wohlbefinden steht.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass als Sprecherin der CVP-Fraktion Silvia Thalmann gemeldet war. Sie hat jedoch das Handgelenk gebrochen. Der Vorsitzende wünscht ihr gute Besserung und gibt das Wort Barbara Häseli.

**Barbara Häseli** teilt mit, dass sie das Votum von Silvia Thalmann lesen wird, und verweist auf deren Interessenbindung: Sie ist in leitender Funktion für die Schulen St. Michael in Zug tätig. Am Kollegium werden Schülerinnen und Schüler vom 5. bis 9. Schuljahr unterrichtet. Nachfolgend das Votum von Silvia Thalmann:

Das integrative Schulungsmodell wird im Kanton Zug seit etlichen Jahren praktiziert. Und immer wieder befasst sich der Rat damit. Bis anhin wurde dabei der Fokus auf den Kindergarten und die Primarschule gelegt, da dort die grösste Heterogenität auszumachen ist. Mittlerweile ist bekannt, dass es für eine gute Umsetzung des integrativen Schulmodells neben gut ausgebildeten Klassen- und Fachlehrpersonen auch schulische Heilpädagogen (SHP) braucht, um die individualisierte Förderung sicherzustellen. Mit seiner Interpellation richtet Daniel Stadlin den Blick nun auf die Sekundarstufe I. Seine Fragen sind berechtigt. Er möchte wissen, wie die SHP von den Gemeinden in der Real- und Sekundarschule eingesetzt werden, ob sich das Modell bewährt, wie die Qualität sichergestellt wird und wo Probleme auszumachen sind.
Liest man die Antwort des Regierungsrats, erhält man den Eindruck, alles sei in bester Ordnung. Probleme seien keine auszumachen. Das Modell bewähre sich generell, und insbesondere auch auf der Sekundarstufe I. Die Qualität werde überprüft, grobe Mängel seien keine auszumachen. Die Schulabgänger fänden bis auf ein paar wenige Ausnahmen eine Anschlusslösung nach dem 9. Schuljahr. Und überhaupt sind alle Akteure – Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler – sehr zufrieden. Die Sichtweise des Regierungsrats steht im Widerspruch zu persönlichen Erfahrungen, die hier Anwesende mit dem integrativen Schulungsmodell gemacht haben. Aus dieser persönlichen Betroffenheit aber eine allgemeingültige Haltung abzuleiten, ist heikel. Es ist wichtig, das zu objektivieren, und dies hat der Regierungsrat mit seiner Antwort auch versucht. Nur ist das Ganze etwas gar akademisch geraten. Ein sehr klares Statement von Bildungsdirektor Stefan Schleiss zum integrativen Schulmodell hingegen war jedoch bei «Zentralplus» zu finden. Am 7. Juni 2018 konnte man dort lesen, dass er «verspricht, die Schulen mit Kleinklassen zu entlasten, um die Regelklassen nicht mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern zu überlasten». Silvia Thalmann bittet den Bildungsdirektor, zu erläutern, weshalb davon in der Interpellationsantwort nichts zu finden ist und wie seine Aussage zu verstehen ist.
In Ergänzung zur Antwort des Regierungsrats werden nun einige Probleme beleuchtet, zu denen der Interpellant eine Antwort erwartete:
Die Heterogenität in der 7. bis 9. Klasse ist geringer als in den ersten sechs Schuljahren. Nach der Primarschule findet eine Aufteilung in drei Leistungsgruppen statt: Gymnasium, Sekundär- und Realschule. In aller Regel setzen die Gemeinden und auch die Privatschulen die SHP auf der Sekundarstufe l dort ein, wo die grösste Notwendigkeit ausgemacht wird: Das ist bei den Realklassen. Der Arbeitsschwerpunkt auf der Sekundarstufe l der SHP liegt in der Regel bei den Fächern Deutsch und Mathematik. Hier sind die grössten fachlichen Lücken bei den Schülerinnen und Schülern auszumachen. Die Zusammenarbeit zwischen den Fach- und Klassenlehrpersonen einerseits und den SHP andererseits bewährt sich in aller Regel. Die externen Evaluationen auf der Sekundarstufe l zeigen, dass die Klassenlehrpersonen die Arbeit der SHP grossmehrheitlich als Entlastung wahrnehmen. Die Kernsorge der Reallehrerinnen und -lehrer bleibt hingegen die soziale Frage in den Klassenverbänden. Hierzu vermögen die SHP wenig beizutragen. Unter den sozialen Frage ist Folgendes zu verstehen: In der Tendenz erfahren immer mehr Schülerinnen und Schüler zu Hause wenig Verbindlichkeit, Betreuung und Orientierung. Damit sind die Lehrpersonen gefordert, auch in Bezug auf Konzentration und Verlässlichkeit zusätzlich Unterstützung zu bieten. Gefordert sind sie aber auch am Mittwochnachmittag. Dies vor allem, weil zu Hause ein verlässliches Gegenüber fehlt. So verwundert es nicht, dass bei den Schulsozialdiensten eine spürbare Zunahme an Fällen festgestellt wird. In der Stadt Zug erfährt nahezu jede fünfte Schülerin bzw. jeder fünfte Schüler eine Betreuung durch den Schulsozial-

dienst. Dies hat mit gesellschaftlichen Veränderungen zu tun, denen mit verschiedenen Massnahmen begegnet werden muss. Die SHP leisten hierzu ihren Anteil.
Die Nachfrage nach ausgebildeten und erfahrenen SHP übersteigt nach wie vor das Angebot auf dem Stellenmarkt. Die Problematik ist seit längerem bekannt. Die Ausbildungsstätten bemühen sich, die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu stillen. Es wird jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis sich der Arbeitnehmermarkt zu einem Arbeitgebermarkt entwickelt hat. Die Gemeinden müssen bei der Anstellung demzufolge immer noch Kompromisse eingehen, um das quantitative Ziel an SHP zu erreichen.
Zur qualitativen Leistung von SHP: Wie erwähnt beurteilen die Klassenlehrpersonen gemäss externer Evaluation die Zusammenarbeit mit SHP mehrheitlich, aber nicht in jedem Fall, positiv. Dazu ein Beispiel: Einer erfahrenen Klassenlehrperson mit einer anspruchsvollen Klasse mit etlichen Schülerinnen und Schülern, die durch Verhalten oder Wissenslücken auffallen, wird zur Unterstützung eine junge, unerfahrene SHP zugeteilt. Die Klassenlehrperson setzt in diesem Fall die SHP nicht als Expertin ein, sondern als Assistentin, die angeleitet und geführt werden muss. Auf der anderen Seite kann eine erfahrene, versierte SHP zu einer spürbaren Entlastung der Lehrperson führen und eine Bereicherung für den ganzen Klassenverband darstellen. Das zweitgenannte Beispiel wird denn auch als idealtypisch, d. h. als das anzustrebende Zielmodell betrachtet. Dass die Realität diesem Idealmodell nicht immer gerecht wird, muss zur Kenntnis genommen werden.
Wegen der zusätzlichen Ausbildung werden SHP auf der Primarschulstufe höher eingestuft als Fachlehrkräfte. Sie haben wie oben erwähnt einen Expertenstatus. Die Klassenlehrpersonen erhalten für ihre zusätzliche Verantwortung keine finanzielle Entschädigung, sondern eine Entlastung in Form von zwei Wochenlektionen. Stimmt die qualitative Leistung der SHP, ist die höhere Einstufung gerechtfertigt. Ansonsten führt das zu Irritationen.

**Jürg Messmer** spricht für die SVP-Fraktion. Die meisten Punkte wurden von den Vorrednern bereits aufgegriffen und werden deshalb nicht wiederholt. Bekanntlich ist die SVP-Fraktion kein grosser Freund der integrativen Schule. Dem Regierungsrat gebührt ein Dank für die Beantwortung, die sehr aufschlussreich ist und wichtige Punkte nochmals bestätigt. Seit rund 20 Jahren gibt es die integrative Schule, und trotzdem sind die Gemeinden nicht fähig, entsprechendes Personal zu rekrutieren und anzustellen. Rund ein Viertel der Angestellten verfügt nicht über die notwendige Ausbildung. Das ist nicht das Problem der Regierung, sondern der Gemeinden, die keine Fachpersonen finden. Entweder gibt es zu wenige SHP, oder vielleicht brauchen die Gemeinden einfach zu viele. So wird in der Stadt Zug jedes fünfte Kind irgendwie speziell betreut. Das ist doch unglaublich. Das Thema wurde auch im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug angesprochen. Dieser Anteil liesse sich mit Sicherheit reduzieren, wenn nicht wegen jedem *Hafechäs* sofort irgendeine Betreuungsperson beigezogen würde.
Es ist erfreulich, dass der Bildungsdirektor bei der Beantwortung der Frage 9 festhält, dass der Regierungsrat einem verstärkten Einsatz von Kleinklassen nicht negativ gegenüberstünde. Der Einsatz von Kleinklassen wäre zu begrüssen. Die Kinder wären dort besser aufgehoben, und es wäre für alle Schülerinnen und Schüler von Vorteil – für diejenigen mit, aber auch für diejenigen ohne Handicap. Die Zeit schreibt jedoch etwas anderes vor, und man will an der integrativen Schule festhalten. Vielleicht wird man in fünf Jahren oder in zehn Jahren schlauer und kommt wieder weg vom integrativen Schulungsmodell. Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Regierungsrats mit grosser Zufriedenheit zur Kenntnis.

**Peter Letter** dankt Daniel Stadlin namens der FDP-Fraktion für die berechtigten Fragen und dem Regierungsrat für die Stellungnahme und Analyse. Leider ist die Realität weniger rosig als im Bericht dargestellt. Deshalb nachfolgend einige eher kritische Anmerkung, die auf direkten Rückmeldungen von Lehrern, Schülern und Lehrmeistern basieren:
Integrative Schulsysteme sind nicht generell schlecht. Es gibt aber einige kritisch zu beurteilende Aspekte. In der Tiefe und Breite, wie die Integration heute betrieben wird, ist sie problematisch. Lehrpersonen sind unzufrieden, denn die Koordination all der verschiedenen Mitwirkenden im Unterricht und der Betreuung der Klasse bedeutet viel Aufwand. Insbesondere verhaltensauffällige Schüler stellen die Lehrpersonen und Mitschüler vor grosse Herausforderungen. Problembehaftete Schülerinnen und Schüler erhalten die überwiegende Aufmerksamkeit und können dann trotzdem eine ganze Klasse über den Haufen werfen. Die durchschnittlichen Schüler werden dann unterdurchschnittlich betreut. Dies kann nicht das Ziel des Systems sein. Oft wären Lösungen mit speziellen Kleinklassen besser, dies zum Wohle der betroffenen Kinder und der ganzen Klasse. Die unproblematischen Schüler in den Regelklassen werden dann nicht gestört, die sehr problematischen erhalten die notwendige Betreuung in einer Kleinklasse oder, wie es früher genannt wurde, in der Werkklasse. Liegt die Verantwortung für eine Klasse bei einer Lehrperson, kann es bei verhaltensauffälligen oder schwachen Schülern zu besseren Resultaten für die Vorbereitung ins Berufsleben führen.
Die Tiefe und Breite der Integration auf der Sekundarstufe I sollte überdenkt werden. Gemäss Gesetz können Gemeinden Kleinklassen führen, es wird jedoch kaum mehr gemacht. Das ist ein falscher Trend. Für Kleinklassen könnten auch zwei oder drei kleinere Gemeinden gezielt zusammenarbeiten, sodass der Aufwand überschaubar bleiben würde.

**Rita Hofer** spricht für die ALG. Ihre Interessensbindung ist bekannt, sie ist Lehrerin auf der Oberstufe. Als Fachlehrperson erhält sie keine Unterstützung durch die schulischen Heilpädagogen. Die integrative Schulungsform wird seit rund 20 Jahren praktiziert. Im Bericht wird die Unterstützungsmassnahme durch die schulischen Heilpädagogen gut dargelegt. Die Heterogenität ist deutlich gestiegen durch die Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf. Dazu zählen beispielsweise Kinder mit einer Lernbehinderung, einer Verhaltensauffälligkeit, mit ungenügenden Deutschkenntnissen, einer besonderen Begabung oder einer Hochbegabung. Der Regierungsrat hält im Bericht fest, dass sich das System der integrativen Förderung bewährt hat, und zwar in finanzieller, betrieblicher und organisatorischer Hinsicht. Wenn das gesamte Paket in Form von Zahlen auf rein mathematischer Basis beurteilt wird, kann diese Aussage so gemacht werden. Hinter diesen Zahlen stecken dann doch noch Herausforderungen, die Zugeständnisse von der politischen Seite benötigen. Die Schulverantwortlichen können nicht ausblenden, dass der Druck auf die Lehrpersonen durch die noch grössere Heterogenität enorm zugenommen hat. Dass die Lehrpersonen der Real- und Sekundarstufe die integrative Schulungsform schätzen, kann nur dahingehend gedeutet werden, dass sie durch die SHP gut unterstützt und dadurch entlastet werden. Anders wäre diese Aufgabe nicht zu bewältigen. Dies bedingt aber auch, dass in den Gemeinden genügend Fachlehrkräfte, sprich schulische Heilpädagogen, im Einsatz sind. Geht es um die Stellenbesetzung, mangelt es an qualifizierten Heilpädagogen, dies zeigt sich im Bericht mit den befristeten Lehrbewilligungen. Den Zustand, dass sich nicht genügend ausgebildete Heilpädagogen auf offene Stellen melden, kennt man seit Jahren. Wenn sich erfahrene Lehrpersonen für die Ausbildung interessieren, dann werden sie womöglich gehindert an den Bestimmungen des Konkordats. Die Aus-

bildungsplätze werden gemäss Einwohnerzahl auf die Konkordatskantone verteilt. Wenn man generell mehr Personen ausbilden möchte, müsste sich der Kanton im Konkordatsrat dafür einsetzen.
Auf der Oberstufe sind 19 Prozent der Heilpädagogen ohne unbefristete Lehrbewilligung tätig. Dies ist eindeutig zu viel, wenn man bedenkt, dass die Lehrpersonen auf die fachliche Unterstützung der Heilpädagogen stark angewiesen sind. In Hünenberg ist festzustellen, dass immer mehr Sonderschüler in die Oberstufe integriert werden. Früher wurden diese nur in der Primarschule integriert und besuchten dann die Oberstufe in einer Sonderschule. Seit einem Jahr ist ein Schüler mit Autismus-Spektrum-Störung integriert, und nach den Sommerferien kommt ein weiterer Schüler mit der gleichen Problematik dazu. So werden es im kommenden Schuljahr zwei Jugendliche sein, was für die Klassenlehrperson zu einem deutlichen Mehraufwand führt und alleine nicht zu bewältigen ist. Die Tragfähigkeit der integrativen Schulung kann nur gewährleistet werden, wenn die dazu nötigen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt werden. Die Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf darf keine Sparmassnahme sein. Dies erwartet die ALG von der Regierung.

**Beat Iten,** Sprecher der SP-Fraktion, gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Schulpräsident der Gemeinde Unterägeri. Die Interpellationsantwort der Regierung hat er deshalb mit Interesse gelesen. Die Situation bezüglich der Integration ist nicht ganz so rosig, wie sie im Bericht dargestellt wird, daher einige Anmerkungen aus der Sicht einer gemeindlichen Schule: Grundsätzlich unterstützt auch die Schule Unterägeri die Integration von teilweise schulbereiten, lernbehinderten und verhaltensauffälligen Kindern sowie von Kindern mit ungenügenden Deutschkenntnissen in die Regelklasse. Es verlangt von den Klassenlehrpersonen allerdings einiges ab und bringt sie und die Klasse gelegentlich auch an ihre Grenzen. Flankierende Massnahmen sind daher in sehr vielen Fällen erforderlich, beispielsweise deutlich kleinere Klassenbestände, was sich im Extremfall auch auf die Anzahl der Klassen auswirken und damit zu Mehrkosten führen kann. Eher trivial erscheint die Feststellung, dass die Lehrpersonen die Unterstützung durch die schulischen Heilpädagogen als entlastend beurteilen. Wäre es nicht so, dann wäre dies für die Heilpädagogen ein fatales Urteil. Eher in einem Nebensatz wird erwähnt, dass einige Lehrpersonen mehr SHP- und Unterstützungsressourcen wünschen. Nähere Angaben dazu werden nicht gemacht. Vielleicht haben dies genau jene Lehrpersonen geäussert, die direkt mit einer Integration konfrontiert sind. An mehreren Stellen in der Interpellationsantwort wird ausgeführt, dass es den Gemeinden freisteht, Klein- oder Werkklassen zu führen, auch der Regierungsrat stünde einem verstärkten Einsatz von Kleinklassen nicht negativ gegenüber. Das ist selbstverständlich sehr zu schätzen, leider stimmt diese Theorie nicht ganz mit der Praxis überein. Unterägeri ist eine oder vermutlich die letzte Gemeinde, die bisher noch eine Werkklasse geführt hat. Aktuell ist man daran, die Werkklasse aufzuheben, nicht weil dieses Modell nicht gut ist, im Gegenteil, gerade bei der Integration in die Berufswelt war es sehr erfolgreich. Die Hürden für die Führung einer Werkklasse wurden in den letzten Jahren jedoch stetig erhöht, heute ist es praktisch nicht mehr möglich. Es dürfen lediglich Jugendliche mit einer schulpsychologisch abgeklärten Lernbehinderung der Werkklasse zugewiesen werden. Eine Lernbeeinträchtigung genügt nicht, obwohl Beispiele dafür im Gesetz erwähnt werden: teilweise schulbereite, verhaltensauffällige Kinder oder Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen. Es wird kein angepasster Lehrplan zur Verfügung gestellt, und es darf auch keiner erarbeitet werden. Der Votant spricht nicht gegen die Integration. Auch in Unterägeri wird

sehr viel Zeit und Energie in die integrative Schulungsform investiert, und man hat auch Erfolg damit. Es kann in einzelnen Fällen jedoch eine äusserst herausfordernde Aufgabe für alle Betroffenen sein. Wegen der Vorgaben, insbesondere in der Oberstufe, ist es heute praktisch nicht mehr möglich, eine Kleinklasse oder Werkschule zu führen, auch wenn dies in Einzelfällen vielleicht nach wie vor die erfolgversprechendste Schulart wäre. Viele Gemeinden reagieren auf diese Bedingungen mit der Bildung von Time-out-Klassen, in denen Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen, Verhaltensauffälligkeiten etc. für kürzere oder längere Zeit aus der Regelklasse herausgenommen werden. Ob dies der bessere Weg ist, lässt sich nicht beurteilen, auch in Unterägeri ist man daran, mit diesem Modell Erfahrungen zu sammeln.

**Zari Dzaferi** weist darauf hin, dass jedes System Vor- und Nachteile hat. Das gilt auch für die Integration oder die Separation. Drei Punkte sind sehr wichtig und sollten nochmals betont werden:
• Die Lehrperson hat einen immensen, wenn nicht gar den grössten Einfluss darauf, ob eine Integration funktioniert. Das gilt für die Zusammenarbeit mit den schulischen Heilpädagogen sowie die Zusammenarbeit untereinander. Durch dieses System wurde die Zusammenarbeit enorm verstärkt, man muss sehr eng zusammenarbeiten. Ob dies funktioniert, hängt oft davon ab, ob man sich auch menschlich versteht. Ebenso ist es abhängig von den Haltungen der Lehrpersonen zum System. Stützt man ein solches System nicht, kann man den Schülerinnen und Schülern nicht vorgaukeln, man würde es tun. Diese sind clever, das erlebt der Votant jeden Tag.
• Kinder mit körperlichen oder kognitiven Beeinträchtigungen sind zu unterscheiden von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten. Das Hauptproblem sind Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Verhaltensauffälligkeiten den Unterricht stören – sei es, weil sie unmotiviert sind, weil sie am Abend bis zwei Uhr auf Instagram waren oder weil sie auf der neuen PS 4 online noch mit den Südkoreanern gegamt haben und dementsprechend am Morgen ausgelaugt im Unterricht erscheinen. Solche Faktoren spielen eine grosse Rolle. Im Grossen und Ganzen erlebt der Votant, dass die Integration von Kindern mit körperlichen oder kognitiven Einschränkungen den Unterricht nicht sonderlich tangiert. Es sind vor allem jene, die keinen Respekt haben, unmotiviert sind oder übermüdet in der Schule erscheinen, die den Unterricht stören. In diesem Zusammenhang bräuchte es Massnahmen und nicht immer wieder neue Zielvereinbarungen usw. Die Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten produziert die Gesellschaft ein Stück weit selbst – weil sich der Lebensalltag stark verändert hat, weil die Kinder zu wenig Bewegung haben usw. Dies alles macht sich auch in den Schulzimmern bemerkbar.
• Die Integration ist auf der Oberstufe vor allem in der Realschule erfolgt. Diese wurde somit stark abgeschwächt. Das führt dazu, dass die Eltern in der fünften und sechsten Klasse den Druck auf die Lehrperson nochmals erhöhen, damit ihr Kind auch ja in die Sekundarschule kommt und nicht mit allen zusätzlich Integrierten und Verhaltensauffälligen im Unterricht ist. Deshalb war die Werklasse eine gute Sache. Schüler, die ungenügende Leistungen erbrachten – ob aufgrund von kognitiven Beeinträchtigungen oder mangels Motivation –, besuchten die Werkschule. Das gibt es heute nicht mehr. Wenn jemand körperlich und kognitiv fit, aber unmotiviert ist, kann man ihn eher schlecht als Sonderschüler abtun. Es sei erinnert an die Diskussionen über die Klassengrössen. Der Votant hat die Ratsmitglieder immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die Heterogenität bei der Festlegung der Klassengrösse eine grosse Rolle spielen muss. Man kann die Klassen nicht auffüllen wie einen Schulbus.

**Jean-Luc Mösch** bedankt sich bei Zari Dzaferi für das Votum. Mit zunehmendem Alter hört er etwas schlechter. Es kann deshalb durchaus sein, dass er nicht mitbekommen hat, dass Zari Dzaferi seine Interessenbindung bekannt gegeben hat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Interessenbindung von Zari Dzaferi dem Rat längstens bekannt ist.

**Jean-Luc Mösch** möchte trotzdem, dass diese für das Protokoll festgehalten wird.

**Zari Dzaferi** teilt mit, dass er als Lehrperson an der Oberstufe Menzingen tätig ist.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass die integrative Schulungsform oder – wie es im Gesetz heisst – «die besondere Förderung innerhalb der Regelklasse» ein parlamentarischer Wiedergänger ist. Mit schöner Regelmässigkeit wird im Rat darüber debattiert. Der Bildungsdirektor stellt seinen Ausführungen deshalb einige grundsätzliche Gedanken voran. Die integrative Schulungsform hat zwei Ausprägungen: Es gibt eine gesellschaftspolitische und eine schulorganisatorische Dimension. Das gesellschaftspolitische Postulat, behinderte und auch in anderer Art und Weise herausgeforderte Kinder in die Regelklasse zu integrieren, ist unbestritten. Es sind auch keine Positionen wahrzunehmen, die davon abkehren möchten. Entsprechend ist auch der Grundsatz dazu im Schulgesetz verankert. Das ist der berühmte § 33$^{bis}$, wo in Abs. 1 festgehalten ist: «Die Gemeinden sorgen dafür, dass teilweise schulbereite lernbehinderte oder verhaltensauffällige Kinder sowie Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen mit einer besonderen Begabung oder Hochbegabung besonders gefördert werden.» In Abs. 2 folgt: «Die besondere Förderung ist in erster Linie innerhalb der Regelklasse sowie klassen- und stufenübergreifend anzubieten. (…)» Diese gesellschaftspolitische Vision hat der Rat 2010 definitiv im Gesetz verankert, und dort gehört sie auch hin. Vom gesellschaftspolitischen Postulat, d. h. von dieser Vision, ist die schulorganisatorische Umsetzung abzugrenzen. Hier sind die Gemeinden gefordert. Und im Wissen darum, dass der Anspruch, allen Kindern in jeder Situation pädagogisch optimal gerecht zu werden, in der Praxis nicht zu verwirklichen ist, hat der Rat gleichzeitig mit diesem gesellschaftspolitischen Postulat ein schulorganisatorisches Ventil in diesen gleichen Paragrafen eingebaut. Der letzte Satz von § 33$^{bis}$ Abs. 2 lautet: «Es können auch Kleinklassen geführt.» Begründet wurde dieser Passus damit, dass die Integration mit Augenmass umgesetzt werden soll. Augenmass kann gefordert sein mit der Perspektive auf das einzelne Kind, das in einem Kleinklassen-Setting, eben in einer Werkklasse, besser gefördert werden kann, oder auch mit Blick auf das System Regelklasse, wenn beispielsweise verhaltensauffällige Kinder zu viel Aufmerksamkeit der Lehrperson absorbieren und damit das System ins Wanken bringen. Ein dritter Grund für dieses Ventil ist, dass die Gemeinden unterschiedlich gross sind und deshalb strukturell sowie schulorganisatorisch sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Fazit dieser einleitenden Ausführungen ist, das die Unterscheidung der gesellschaftspolitischen und der schulorganisatorischen von wesentlicher Bedeutung ist. Der Bildungsdirektor wird immer wieder auf diesen Spagat hinweisen, wenn er auf die einzelnen Voten eingeht.
Zum Interpellanten: Er hat nachgefragt, wie es um die Vernetzung der schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen innerhalb des Kantons bestellt ist. Diese Vernetzung erfolgt in verschiedenen Disziplinen in sogenannten Fachgruppen. Diese sind stufenübergreifend organisiert, vom Kindergarten bis zur PH-Stufe, und zusammengesetzt aus gemeindlichen Vertretungen, die aus den Schulgemeinden delegiert wurden. Für die SHP gibt es eine Fachgruppe «Besondere Förderung».

Der Bildungsdirektor erhält von diesen Fachgruppen jeweils im Frühjahr eine Kopie der Arbeitsprogramme zugestellt. Geführt werden sie im Amt für gemeindliche Schulen. Wie effektiv und effizient diese Programme umgesetzt werden, entzieht sich der Kenntnis des Bildungsdirektors. Er wird diesbezüglich aber gerade mit Blick auf die Fachgruppe «Besondere Förderung» nachfragen.
Dem Interpellanten ist beizupflichten, dass Wohlbefinden nicht mit Qualität gleichzustellen ist. Aber Wohlbefinden ist mindestens ein Indikator für die Qualität, die eben auch mit zufriedenstellenden Rahmenbedingungen und mit guter Führung zusammenhängt. Das Wohlbefinden wurde von den Lehrpersonen bei der externen Evaluation in anonymisierten Fragebogen so deklariert.
Zur Ausbildungssituation: Aktuell sind 27 Prozent der SHP nicht fertig ausgebildet. Das wurde auch von anderen Votanten, namentlich vom Sprecher der SVP, angemerkt. Der Kanton übt jedoch Druck aus, dass die Lehrpersonen über die entsprechenden Ausbildungen verfügen. Das ist auch im Gesetz so festgeschrieben. Abweichen kann der Kanton mit befristeten Lehrbewilligungen bzw. die Gemeinde mit befristeten Unterrichtsbewilligungen. In der Regel betrifft das Lehrpersonen, die berufsbegleitend einen Masterstudiengang entweder an der Hochschule für Heilpädagogik oder an der PH Luzern besuchen. Das dauert drei oder sogar vier Jahre. Während dieser Ausbildungszeit dürfen die Studenten bereits in der Praxis Erfahrungen sammeln. Die Schulaufsicht führt regelmässig Schwerpunktinspektionen durch. Einer dieser Schwerpunkte war in den vergangenen Jahren die adäquate Ausbildung der Lehrpersonen. Aber auch in diesem Punkt ist der Bildungsdirektor mit dem Interpellanten und den anderen Votanten einverstanden: Der massgebliche Qualitätsfaktor ist selbstverständlich die Ausbildung bzw. die Qualität der Lehrperson.
Zur Frage der CVP bezüglich eines Zitats in «Zentralplus» vom 7. Juni 2018: Es ist davon auszugehen, dass dieses ein wenig aus dem Zusammenhang gerissen dargestellt wurde. Am 7. Juni hat die Nominationsversammlung der SVP Kanton Zug für die Regierungsratswahlen stattgefunden. Dabei wurde auch ein kantonales Partei-/Wahlprogramm verabschiedet. Darin wird gefordert, dass die Kleinklassen die Regelklassen von Verhaltensauffälligen entlasten sollen. Der Bildungsdirektor hatte sich dazu geäussert und gesagt, er wisse, dass viele Lehrpersonen diese Forderung unterstützen. Die Lehrpersonen würden sich dahingehend äussern, dass am ehesten die verhaltensauffälligen Kinder das gesellschaftliche Postulat der Integration herausfordern und die Regelklassen belasten. Ähnlich hat sich ja auch Zari Dzaferi geäussert. Das Zitat stammt im Übrigen nicht aus einer Interviewsituation, und der Bildungsdirektor konnte es nicht gegenlesen. Wenn er jeden Tag alle Verlautbarungen von «Zentralplus» oder von Wolfgang Holz, der diesen Artikel geschrieben hat, nachkorrigieren möchte, käme er zu wenig zum Arbeiten.
Zum Einsatz der SHP, den Barbara Häseli erwähnt hat: Experten gehören ihrer Ausbildung und Rolle entsprechend eingesetzt und sind keine Klassenassistenten. Das ist vollkommen richtig. Dabei stellt sich die Frage nach der Effektivität und der Effizienz.
Zum Votum von Peter Letter hat der Bildungsdirektor bereits Stellung bezogen bzw. er hat dessen Haltung bekräftigt.
Zu Rita Hofer: Die Lehrpersonen schätzen die integrative Schulungsform. Den Grund dafür sieht Rita Hofer in erster Linie bei der Unterstützung durch die SHP. Dies ist grundsätzlich zu bejahen. Aber wichtig ist auch, dass die Lehrpersonen, die im Alltag mit dem System konfrontiert sind, das gesellschaftspolitische Postulat unterstützen. Wenn man gut findet, was man macht, kann man auch belastende Situationen besser aushalten und sich besonders dafür einsetzen.

Zum Konkordat: Die Kantone erhalten garantierte Plätze gemäss ihrer Einwohnerzahl. Im Kanton Zug sind es auf lange Sicht sieben Personen pro Jahr, die mit dem Lehrgang an der Hochschule für Heilpädagogik (HFH)beginnen dürfen. Es gibt aber auch freie Plätze, die von Zuger Studentinnen und Studenten über die garantierten Plätze hinaus belegt werden können. Und wenn dann tatsächlich einmal jemand an der HFH keinen Studienplatz erhält, kann er bzw. sie auch an der PH Luzern einen entsprechenden Masterlehrgang absolvieren, der zur gleichen Lehrberechtigung führt. Der Bildungsdirektor hatte vor zwei Wochen das Vergnügen, die Belegschaft der HFH auf ihrem Betriebsausflug im Kanton Zug begrüssen zu dürfen. Der Grund dafür, dass die HFH nicht der Fachhochschulvereinbarung (FHV) beigetreten ist und immer noch eine konkordatäre Trägerschaftsstruktur aufweist, ist der folgende: Die HFH kann nicht weiter wachsen. Würde sie der FHV betreten, müsste sie Studierende diskriminierungsfrei aufnehmen, die Nachfrage wäre zu gross und die Studierenden könnten nicht adäquat beschult werden. Deshalb hält die HFH am Konkordat fest. So kann sie den Trägerschaftskantonen die garantierten Plätze zur Verfügung stellen und die restlichen auf den Markt werfen. Die PH Luzern, die über die FHV abrechnet, darf das nicht. Sie muss alle Studierenden aufnehmen und hat entsprechend ein höheres betriebliches Risiko. Es ist eigentlich dasselbe wie bei der Försterschule Maienfeld, nur rechnet diese über Bundesgesetz ab, was bei der HFH nicht so ist. Konkret besteht kein Bedarf für eine zusätzliche Einflussnahme.
Zum Votum von Beat Iten: Aus seinem Mund ist die Kritik, der Regierungsrat würde die Situation zu rosig darstellen, besonders hart. Der Bildungsdirektor hat Wert darauf gelegt, dass bei der Erarbeitung der Antwort – wofür viele statistische Daten aus den Gemeinden erforderlich waren – die Gemeinden abgeholt werden. Das ist offenbar zu wenig gut gelungen. Beat Iten hat insbesondere die Rahmenbedingungen für die Werkklasse genannt und dass Unterägeri diese *contre cœur* auflösen müsse. Der Bildungsrat wird im November Unterägeri besuchen. Neben anderen Themen, die Beat Iten auch erwähnt hat wie Schulinsel, Time-out usw., soll auch das Thema Werkklasse auf die Traktandenliste gesetzt werden. Das hat der Bildungsrat schon vor über einem Monat beschlossen. Die Anfrage sollte mittlerweile an die Gemeinde gelangt sein.
Der Bildungsdirektor dankt für die insgesamt einigermassen wohlwollende Aufnahme. Zumindest der Interpellant hat der Regierung bestätigt, dass sie transparent sei.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**1104** Traktandum 9.2: **Motion** der **SP-Fraktion betreffend Grundstückgewinnsteuer im Kanton Zug**
Vorlagen: 2793.1 - 15585 (Motionstext); 2793.2 - 15787 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Alois Gössi,** Sprecher der Interpellanten, dankt dem Regierungsrat für die zügige Beantwortung der Motion. Die Antwort ist wie erwartet ausgefallen: mit einem Antrag auf Nichterheblicherklärung durch den Regierungsrat. Es ist schwer, wenn nicht gar unmöglich, im Kanton Zug Steuererhöhungen irgendwelcher Art umzusetzen, ausser es herrscht wirklich eine finanzielle Notlage – und vielleicht nicht einmal dann. Die Absicht der Motion war, dass im Bereich der Grundstückgewinnsteuer für die natürlichen Personen – bei den juristischen Personen wurde dies mit der Totalrevision des Steuergesetzes um die Jahrtausendwende abgeschafft – die

Gewinne, die zu einem tiefen oder sogar zum Minimalsteuersatz besteuert werden, obwohl die Grundstücke weniger als zehn Jahre gehalten werden, zu einem höheren Satz besteuert werden sollten. Bei den Grundstückgewinnen handelt es sich weitgehend um ein arbeitsfreies Einkommen. Die Steuerquellen sind so auszuschöpfen, dass dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit Nachachtung verschafft wird. Ein Argument der Motion war, dass diese Einnahmen den Gemeinden namhafte zusätzliche Steuererträge einbringen und den gegenwärtigen Spardruck mildern würden. Dies stimmte so prinzipiell für die Gemeinden, mindestens bis vor kurzem: In der Zwischenzeit haben fast alle Gemeinden keine grossen finanziellen Probleme mehr.
Die weiteren Argumente des Regierungsrats für die Ablehnung der Motion sind nachvollziehbar. Die SP-Fraktion gewichtet sie aber weniger stark als die Absicht, die Steuerquellen so auszuschöpfen, dass dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit Nachachtung verschafft wird. Die SP-Fraktion wäre eigentlich für eine Erheblicherklärung der Motion, stellt aber wegen der Aussichtslosigkeit im Rat keinen Antrag.

**Laura Dittli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats unterstützt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Es besteht kein Bedürfnis, den Minimalsteuersatz von 10 auf 20 Prozent zu erhöhen. Die Motionärin möchte kurzfristige Spekulationen verhindern und nur bei längerem Besitz einen tiefen Steuersatz gewähren. Die beantragte Erhöhung führt nun aber dazu, dass gar keine tiefen Steuersätze mehr möglich sind, selbst dann nicht, wenn ein Grundstück viele Jahre im Besitz derselben Person war. Der Vorschlag der Motionärin trifft somit in erster Linie Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer, die ihr Grundstück über eine längere Zeit besessen haben. Vom Minimalsteuersatz von 20 Prozent kann in keinem Fall mehr abgewichen werden, auch nicht, wenn erst nach vielen Jahren verkauft wird. Hinzu kommt, dass es bei dieser Steuer um Privatvermögen geht. Wie der Regierungsrat auf Seite 3 des Berichts aufzeigt, sind andere private Vermögenswerte auch steuerfrei. Auch die Einwohnergemeinden, welche die Steuer erhalten würden, lehnen die Motion ab. Die Idee der SP-Fraktion führt auch nicht dazu, dass dem Kanton mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, weil es sich bei dieser Steuer wie erwähnt um eine Gemeindesteuer handelt. Aus diesen Gründen lehnt die CVP-Fraktion das vorliegende Motionsbegehren ab.

**Markus Hürlimann,** Sprecher der SVP-Fraktion, hält sein Votum, obwohl die Motionärin ja eigentlich bereits kapituliert hat. Er dankt dem Regierungsrat für die Ausführungen im Bericht und die klare, ablehnende Haltung zu dieser Motion. Wie die Regierung richtig ausführt, handelt es sich bei der Grundstückgewinnsteuer um eine Gemeindesteuer, die von den Einwohnergemeinden erhoben und auch vereinnahmt wird. Da sich sämtliche Einwohnergemeinden ausnahmslos dafür aussprechen, die Motion nicht erheblich zu erklären, bedürfte es eigentlich keiner weiteren Ausführungen mehr. Denn wenn sich die Gemeinden, denen schlussendlich die zusätzlichen Steuereinnahmen zugutekommen würden, einstimmig gegen die Steuererhöhung aussprechen, wird es sehr schwierig, nachvollziehbare Argumente für eine Erheblicherklärung zu finden. Die Motionärin führt ins Feld, dass es sich bei Grundstückgewinnen um arbeitsfreies Einkommen handle, die Steuerquellen in Zeiten knapper finanzieller Mittel so auszuschöpfen seien, dass sie dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen entsprächen und die Besteuerung der Rendite anstelle des frankenmässigen Gewinns fragwürdig und letztlich ein alter Zopf sei. Es ist nicht notwendig, auf die reinen Scheinargumente der Motionärin einzugehen, denn dies hat die Regierung in ihrem Bericht bereits sehr gut getan. Nichts rechtfertigt diesen ungeheuerlichen Raubzug auf Verkäufer von Wohneigen-

tum, der selbst für Eigentümer, die ihre Liegenschaften schon seit Jahrzehnten besitzen, einen Mindestsatz von 20 Prozent vorsieht, also einen doppelt so hohen wie heute. Gleichzeitig wird Wohneigentümern mit dieser Motion völlig ungerechtfertigt Spekulation unterstellt, wenn sie ihr Wohneigentum nach weniger als zehn Jahren wieder verkaufen wollen und mit dem Verkauf einen Gewinn realisieren können.
Es gibt viele gute Gründe, die für einen tiefen Steuersatz bei der Grundstückgewinnsteuer sprechen. Kauf und Verkauf von Liegenschaften im Kanton Zug bleiben weiterhin attraktiv, es gibt nur einen geringen Anreiz für Steuerumgehung, die freiwillige Besteuerung statt Aufschub wird gefördert, und der geforderten Spekulationsbekämpfung wird mit der bisherigen Regelung Genüge getan. Es gibt aber keine nachvollziehbaren Gründe, weshalb man die Grundstückgewinnsteuer erhöhen sollte, denn diese angedachte Steuererhöhung trifft nicht primär Spekulanten, sondern vor allem anständige, unverdächtige Bürger, die sich nach Jahren von ihrer Liegenschaft trennen wollen oder müssen. Die Gründe für einen Verkauf sind nämlich vielfältig: das Alter, Wechsel des Arbeitsorts, Scheidung, Tod des Ehegatten, Familienzuwachs usw. Mit der Motion wird kein vorhandenes, brennendes Problem gelöst, sondern eines regelrecht erfunden, und dies vermutlich aus reiner Effekthascherei. Die Motion ist ein weiterer Angriff des linken Flügels auf das private Eigentum – und vor allem auf den Mittelstand –, den es abzuwehren gilt. Die SVP-Fraktion bittet den Rat deshalb, den Antrag auf Nichterheblicherklärung zu unterstützen.

**Cornelia Stocker** dankt dem Regierungsrat für die sehr pragmatische, ausführliche Antwort und die Ausführungen, zu denen auch die FDP-Fraktion voll und ganz stehen kann. Laura Dittli und Markus Hürlimann haben das Wesentliche schon gesagt. Es geht um einen neuerlichen Umverteilungsversuch der SP, der kategorisch abzulehnen ist. Materiell stellt die Forderung einen massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie dar. Hinzu kommt, dass die Gesellschaft viel mobiler ist. Deswegen muss es möglich sein, Wohneigentum zu wechseln, ohne dass der Staat die hohle Hand macht. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung.

**Claus Soltermann** hält fest, dass das Erheben der Grundstückgewinnsteuer heute eine Sache der Gemeinden ist. Dabei muss es bleiben, auch wenn die Finanzen des Kantons noch nicht im Lot sind. Daher soll auch der Steuersatz nicht durch den Kanton vorgeschrieben werden, wie dies die SP in ihrer Motion verlangt. Da die meisten Gemeinden sehr gute Abschlüsse ihrer Rechnungen aufweisen, wäre ein derart hoher Steuersatz im zunehmend härteren Steuerwettbewerb unter den Kantonen kontraproduktiv. Die heutige Lösung ist ausgewogen. Sie berücksichtigt sowohl die Besitzdauer als auch das prozentuale Verhältnis des Grundstückgewinns zu den Anlagekosten. Sollte die Motion greifen, wäre die Länge der Besitzdauer zweitrangig, und private Hausbesitzer würden auch nach zwanzig Jahren mindestens 20 Prozent Grundstückgewinnsteuer bezahlen. Dies ist für viele ältere Hausbesitzer unverhältnismässig und teilweise untragbar. Die GLP unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt den Votanten für Unterstützung des Regierungsrats. Ein Dank gebührt auch Alois Gössi für sein vernünftiges Votum. *(Der Rat lacht.)*
Eine finanzielle Notlage oder ein Spardruck, schon gar nicht des Kantons, darf nicht ausschlaggebend sein für eine Gesetzgebung bzw. eine Erhöhung der Grundstückgewinnsteuer. Erinnert sei auch an die Kommissionssitzung im Jahr 2000, als man lang und breit über Spekulation, Mindeststeuersatz usw. diskutiert hat. Auch

damals hatte man vernünftigerweise davon abgesehen, die Grundstückgewinnsteuer zu erhöhen. Geht man von 20 Prozent Mindeststeuersatz aus, dann trifft dies die Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer, die ihr Grundstück über eine längere Dauer besessen haben, wie dies Markus Hürlimann ausgeführt hat.
Zum arbeitsfreien Einkommen: Es sind in Bericht und Antrag Beispiele dafür aufgeführt, dass auch andere private Gewinne nicht versteuert werden, so z. B. im Kunsthandel. Es handelt sich somit beim Prinzip der Grundstückgewinnsteuer nicht um eine Anomalität.
Der Finanzdirektor bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

➔ Der Rat erklärt die Motion stillschweigend nicht erheblich.

Der **Vorsitzende** macht beliebt, die Sitzung bis ca. 13 Uhr weiterzuführen, dann gemeinsam das Mittagessen einzunehmen und am Nachmittag keine Sitzung mehr abzuhalten.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

**1105** Traktandum 9.3: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget − wie weiter?**
Vorlagen: 2828.1 - 15682 (Interpellationstext); 2828.2 - 15791 (Antwort des Regierungsrats).

**Pirmin Andermatt** spricht für die Interpellantin. Die CVP-Fraktion hat am 2. Februar 2018 eine Interpellation eingereicht, in der sie detaillierte Informationen zur heutigen Situation und zur Weiterentwicklung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget wünscht. Sie dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation.
Über die Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget wurde im Kantonsrat in den letzten Jahren oft gesprochen und gerungen. Bei der seinerzeitigen Einführung dieser neuen Form der Verwaltungsführung verfolgte der Regierungsrat folgende Ziele und Erwartungen:
• Verankerung moderner, ergebnisorientierter Führungs- und Steuerungsinstrumente wie Leistungsaufträge, Globalbudgets und Kosten-/Leistungs-Rechnung.
• Vermehrter Fokus und Dialog auf allen Führungsstufen in Bezug auf qualitative Aspekte etwa im Verhältnis zwischen Amtsleitung und Direktionsvorstehenden sowie zwischen Stawiko und Direktion.
• Transparenz bezüglich Leistungsangebot, Leistungsstandard und Wirkung des staatlichen Handelns.
• Verknüpfung von Leistungen und Wirkungen mit Ressourcen.
• Erhöhtes Kostenbewusstsein.
• Stärkung der Kunden- und Wettbewerbsorientierung.
• Delegation von Verantwortung an die ausführenden Verwaltungsbehörden, verbunden mit erhöhter Flexibilität, mehr Eigenverantwortung und unternehmerischem Handlungsspielraum.
• Systematische und stufengerechte Zielsetzungs- und Reportingprozesse.
Der Regierungsrat war damals überzeugt, dass die neue Verwaltungsführung einen wichtigen Beitrag leistet, dass die Verwaltung des Kantons Zug auch in Zukunft modern, leistungsfähig und flexibel bleibt.

Von dieser Aufbrucheuphorie und positiven Erwartungshaltung ist in der Antwort des Regierungsrats nicht mehr viel zu spüren. Vielmehr stellt die CVP fest, dass die Antworten eher oberflächlicher Natur sind und beim Regierungsrat und der gesamten Verwaltung eine Art Konsternation bzw. sogar Frust im Zusammenhang mit Leistungsauftrag/Globalbudget und Kosten-/Leistungs-Rechnung bestehen. Es wird an verschiedenen Stellen von Mehraufwendungen und Mehrbelastungen gesprochen, ohne diese aber genauer zu definieren bzw. zu quantifizieren. Mit dem Pilotprojekt «Pragma» wurde auch versucht, ein Preisschild für die zu erbringenden staatlichen Leistungen − wie viel Input pro Output − zu erhalten. Eines der damaligen Ziele der neuen Verwaltungsführung sei deshalb wiederholt: Transparenz bezüglich Leistungsangebot, Leistungsstandard und Wirkung des staatlichen Handelns. Diese Transparenz wird gemäss Bericht nur noch von achtzehn Ämtern erbracht; alle anderen führen die Kosten-/Leistungs-Rechnung bzw. das Globalbudget nicht weiter.
Die CVP fragt sich aufgrund der Antwort, ob die Verwaltung, die Regierung und vor allem der Kantonsrat die gewünschte Transparenz nun wirklich haben. Weiss man nun wirklich, wieviel Input pro Output notwendig ist? Hat man nun wirklich ein Preisschild für die erbrachte staatliche Leistung? Ist dieses Preisschild auf Basis der Vollkostenrechnung erfolgt, oder wie kommt man dazu? Und zu guter Letzt: Wie kann und soll der Kantonsrat seine ebenfalls als Ziel formulierte Kontrollfunktion ausüben?
Weshalb stellt der Votant diese mit einem eher negativen Unterton versehenen Fragen, gerade die letzte bezüglich Ausübung der Kontrollfunktion? Vor allem, weil der Regierungsrat nicht müde wird, bei kritischen Fragen aus dem Kantonsrat zu Leistungsauftrag und Globalbudget wie folgt zu antworten:
• Leistungsaufträge sind operativ und können vom Kantonsrat nicht abgeändert werden.
• Beim Globalbudget können grundsätzlich keine Pauschalkürzungen durch den Kantonsrat vorgenommen werden. Der Kantonsrat muss klar definieren, wie und wo Einsparungen vorzunehmen sind.
• Eine Vollkostenrechnung ist mit erheblichem Aufwand verbunden, gerade was die Verteilung der Kosten − dazu gehören Raummiete, Abschreibungen und Unterhalt von Liegenschaften − betrifft
Und jetzt fragt der Votant den Regierungsrat noch einmal: Wie soll und kann der Kantonsrat seine Kontrollfunktion ausüben? Ist es wirklich der Wille des Erfinders und der Regierung bzw. das Ziel der Kosten-/Leistungs-Rechnung und des Globalbudgets, dass der Kantonsrat in die operativen Prozesse der Verwaltung hinabsteigen muss, um Änderungen vornehmen oder die Effizienz der Arbeitsabläufe steigern zu können? Die CVP-Fraktion fordert deshalb klare und nachvollziehbare Antworten zu Controlling, Preisschild und Vollkostenrechnung. Falls diese nicht oder nicht in ausreichendem Masse erhältlich sind, ist die Aussage des Regierungsrats auf Seite 5, wonach eine Rückkehr zum alten System der «Input-Steuerung» als nicht sinnvoll erachtet wird, zu hinterfragen. Der Regierungsrat hat es mit einer offenen, transparenten und nachvollziehbaren Kommunikation und Dokumentation selbst in der Hand, wie die zukünftige Kontrolltätigkeit des Kantonsrats aussehen soll und welches System als das effektivere beurteilt wird. Von der Interpellationsantwort ist lediglich Kenntnis zu nehmen.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG-Fraktion. Mit der Verwaltungsführung via Leistungsaufträgen und Globalbudget vermittelt man den Leserinnen und Lesern des Geschäftsberichts auf eine gute und informative Art, was im vergangenen Jahr gelaufen ist. Das funktioniert besser, als es der alte Rechenschaftsbericht und das

Zahlenbuch mit reiner Auflistung von Zahlen und Rechnungspositionen konnten. Es ist aber nicht verwunderlich, dass das im Kanton Zug umgesetzte Projekt «Pragma» zur Steuerung der Verwaltung in regelmässigen Abständen Diskussionen auslöst. Grundsätzlich ist eine Rückkehr zum alten System der Input-Steuerung aus Sicht der ALG nicht zielführend. Ohne die Angaben, für welche Leistungen die finanziellen Mittel verwendet werden − also der Output-Steuerung −, würde dem Kantonsrat und der interessierten Öffentlichkeit ein wesentlicher Teil der Information über das staatliche Handeln fehlen. Die ALG-Fraktion war bei der vor einigen Jahren gestellten Frage zur Einführung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget kritisch und lehnte die Vorlage mehrheitlich ab. Es zeigt sich heute, dass diese Kritik teilweise berechtigt war. Dennoch erachtet die ALG die neuen Informationen als wertvoll und möchte diese auch künftig nicht missen.
Die kritischen Stimmen bei der ALG waren bereits bei der Einführung der damals neuen Art der Verwaltungsführung der Ansicht, dass der Geschäftsbericht für Nicht-Stawiko-Mitglieder noch nicht übersichtlich genug sei. Weiter wurde kritisiert, dass mit «Pragma» nicht vereinfacht, sondern faktisch eine Doppelstruktur aufgebaut werde: Leistungsaufträge, Kosten-/Leistungs-Rechnung, Finanzzahlen. In der Diskussion um die flächendeckende Einführung von «Pragma: sagte der damalige ALG-Fraktionschef: «Ebenso gehen wir davon aus, dass bei einer sorgfältigen Umsetzung der neuen Führungsweise die beabsichtigte Delegation von Verantwortung, die höhere Flexibilität und der grössere Handlungsspielraum sich positiv auf die Motivation und die Leistung in der Verwaltung auswirken könnten.» Dies wurde leider durch die Diskussion um Sparpakete immer wieder arg strapaziert. Denn gerade in Zeiten von knappen Kantonsfinanzen sollte sich der Kantonsrat die Frage nach der Delegation von Verantwortung oder die sinnvolle Trennung des Handelns auf operativer und strategischer Ebene immer wieder stellen. Auch wenn das nicht immer einfach zu sein scheint, macht eine konsequente Trennung eben sehr wohl Sinn. Die ALG will nämlich nicht, dass in regelmässigen Abständen über die Zuständigkeiten des Kantonsrats oder der Regierung diskutiert wird. Die verfassungsmässige Kompetenzabgrenzung zwischen Kantonsrat und Regierungsrat soll nicht noch weiter strapaziert werden. Im Kanton Zug soll die Gewaltentrennung nicht noch weiter aufgeweicht werden. Die Exekutive ist für den operativen Bereich zuständig, die Legislative für den strategischen. Dies soll auch künftig so sein.
Fazit: Eine Weiterentwicklung der Berichterstattung − wie nun aufgegleist − wird begrüsst. Das bringt insbesondere Nicht-Stawiko-Mitgliedern einen wesentlichen Mehrwert.

**Daniel Marti** dankt dem Regierungsrat und den verantwortlichen Fachpersonen in der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Interpellation der CVP-Fraktion. Wie von den Vorrednern und bei der Beratung des Geschäftsberichts in der letzten Sitzung auch von Daniel Stadlin bereits zu erfahren war, ist die Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget nicht gänzlich unbestritten. Insbesondere der empfundene Kontrollverlust durch den Kantonsrat und die mehr oder weniger sinnvollen Zielsetzungen und deren Messgrössen wurden bemängelt. Aus Sicht der GLP sind dies jedoch nicht ausreichende Gründe, um gleich das ganze Instrument der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget infrage zu stellen. Im Gegenteil: Die GPL findet, dass dieses sinnvolle Führungsinstrument weiter angewendet werden soll, um Arbeitsabläufe kontinuierlich zu verbessern und die Leistungen effizienter zu erbringen. Der Wert des Instruments kann nicht nur basierend auf den im Geschäftsbericht ersichtlichen Zielsetzungen und Messgrössen bemessen werden. Alleine die jährlich notwendige Formulierung von Leistungsaufträgen und Zielen ist schon ein sehr wertvoller Prozess; werden dabei doch der

Grundauftrag, die wesentlichen Leistungen, die Leistungsziele und deren Messgrössen kritisch hinterfragt. Die vielgehörte Floskel «Der Weg ist das Ziel» trifft hier also durchaus zu. Allerdings muss dieser Prozess mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und Sorgfalt durchgeführt werden. Mit «Copy & Paste» einfach die letztjährigen Daten zu übernehmen, führt zu keinem Erkenntnisgewinn und keinen Verbesserungen. In der Managementliteratur gibt es mehr als genug Anleitungen, wie ein Zielsetzungsprozess sinnvoll gestaltet wird. So ist z. B. die sogenannte SMART-Methode seit 1981 bekannt und wird vielerorts erfolgreich angewendet.
Die in der Interpellation angetönte mögliche Vorgabe des Stellenetats durch den Kantonsrat findet die GLP nicht sinnvoll. Die Regierung soll im Rahmen der Vorgaben des Kantonsrats selber entscheiden können, wie und mit wie viel Personal die vorgegebenen Ziele erreicht und die Leistungen erbracht werden sollen. Ein Mikromanagement durch den Kantonsrat wäre hier fehl am Platz.
In diesem Sinne dankt die GLP der Regierung nochmals für die aufschlussreiche Beantwortung der Interpellation der CVP-Fraktion.

**Gabriela Ingold** legt als Finanzfachfrau mit dreissig Jahren Erfahrung und als Kantonsrätin mit zwölf Jahren Erfahrung gerne ihre Meinung zu diesem Vorstoss dar. Sie spricht nicht als Präsidentin der Stawiko, kann aber selbstverständlich ihre Erfahrung als Stawiko-Präsidentin nicht ausblenden und wird auch etwas aus der Schule plaudern. Persönlich hat die Votantin ein ambivalentes Verhältnis zu «Pragma». Es hat sich gezeigt, dass unternehmerisches Verhalten in der Verwaltung doch nicht so einfach umzusetzen ist. Und Zufall oder nicht: Auf der Zeitachse geht die Einführung von «Pragma» und die damit verbundene Aufgabe des Personalstellenetats nahtlos in die Phase der negativen Jahresrechnungen über.
Mit dem vorliegenden Thema beschäftigt sich die Stawiko schon seit der Einführung von «Pragma». Die Votantin ist seit Beginn ihrer Tätigkeit im Kantonsrat in der Stawiko, zuerst als Mitglied, später als Präsidentin. Die Stawiko hat lange die flächendeckende Einführung der Kosten-/Leistungs-Rechnung (KLR) gefordert. Sie hat mittlerweile gelernt, mit der neuen Berichterstattung umzugehen und möchte auch die Leistungsaufträge nicht mehr missen. Zentral ist jedoch, dass die einzelnen Leistungen ein Preisschild erhalten. Diesbezüglich ist man auf der Zielgeraden: Für das Budget 2019, das dem Kantonsrat im Herbst vorgelegt wird, sollte das Parlament flächendeckend über alle Direktionen hinweg − ob die KLR eingeführt ist oder nicht − Preisschilder pro Leistung erhalten. Das hat die Regierung versprochen. Das ganze System nun wieder zurückzubuchstabieren, erachtet die Votantin nicht als sinnvoll. Die Einführung von «Pragma», KLR etc. hat doch einiges gekostet, wahrscheinlich einen mehrfachen siebenstelligen Betrag. Zugegeben, ein Kantonsratsmitglied, das nicht in der erweiterten Stawiko ist, sieht keine Zahlen, heruntergebrochen auf die einzelnen Konten, mehr. Auch hier hat die Stawiko in den letzten zwei Jahren aber Fortschritte erreicht: Im Budget 2019 werden die Zahlen gegenüber dem heutigen Geschäftsbericht detaillierter daherkommen. Man muss wissen, dass die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt wird, also detailliert bis auf das kleinste Konto hinunter. Alles wird nach wie vor so wie früher verbucht. Im Zeitalter der Digitalisierung könnte man deshalb unter Umständen darüber diskutieren, ob diese Zahlen allenfalls wieder allen Kantonsräten zugänglich gemacht werden sollen, beispielsweise auf der Plattform iZug. Ob das letztendlich zu mehr Transparenz führt, bezweifelt die Votantin aber. Es kann ja nicht sein, dass der Kantonsrat über Porto- und Büromaterialkosten diskutiert! Und alle sind sich wohl einig: Die operative und die strategische Ebene sollen klar getrennt werden. Nun ist die GLP halt keine Fraktion und hat keinen Zugang zu den detaillierten Zahlen, alle anderen Kantonsräte, die einer Fraktion angehören, erhalten die entsprechenden Informa-

tionen aber über die Mitglieder der erweiterten Stawiko. Und das ist ja nicht nur bei den Finanzen der Fall, sondern auch im Tiefbau, in der Raumplanung etc.: Die fundierten Dokumente, die einem Kommissionsmitglied vorliegen, werden bei weitem nicht jedem Ratsmitglied zur Verfügung gestellt. Und Philip C. Brunner hat vor einer Woche dargelegt, dass die Stawiko ihre Arbeit wirklich sehr seriös erledigt und vertieften Einblick hat.
Was die Personalstellen und den heutigen Personalstopp betrifft, ist die Votantin dezidiert der Meinung, dass diese übergeordnete und beim Regierungsrat angesiedelte Kontrolle eminent wichtig ist und in Zukunft, wenn wieder positive Ergebnisse erzielt werden, auch wieder dort angesiedelt werden muss. Denn das ist Führung und kann einfach nicht delegiert werden. Allenfalls wäre eine Rückkehr zum Personalstellenplafonds eine Überlegung wert.
Die Votantin bittet die Regierung, die in ihrem Votum geäusserten Anregungen aufzunehmen. Ihre Meinung deckt sich übrigens mit derjenigen der FDP-Fraktion.

**Philip C. Brunner** dankt der CVP-Fraktion, die in ihrer Interpellation wichtige Fragen gestellt hat. Er dankt auch der Stawiko-Präsidentin für ihre Ausführungen. Er selbst hat das frühere System nicht gekannt, kennt also nur die heutige Form und konnte in diesem Jahr − wie in der letzten Sitzung ausgeführt − erstmals Einblick in die detaillierten Zahlen nehmen.
Bezüglich der letzten Aufforderung von Gabriela Ingold an die Regierung glaubt der Votant nicht, dass es so einfach geht. Die Regierung kann nicht einfach Zahlen veröffentlichen. Immerhin war für «Pragma» eine Verfassungsänderung nötig, und der Votant glaubt nicht, dass diese Zahlen nun einzig aufgrund eines regierungsrätlichen Beschlusses veröffentlicht werden können. Er selbst würde das zwar sehr begrüssen. Der Aufwand wäre klein, es bräuchte pro Direktion ein A3-Blatt, und die Zahlen liegen auf das letzte Komma genau bereits vor. Dieses Vorgehen wäre ein guter Kompromiss. Der Schritt zurück wäre auch für den Votanten keine gute Lösung und wird wohl auch von der CVP nicht gefordert. Vielleicht kann man das Ganze im Sinne der Transparenz aber noch etwas verbessern. Der Votant bittet den Landschreiber um eine Klärung: Kann die Regierung von sich aus beschliessen, die Deckblätter aus den Direktion mit den Zahlen der drei Vorjahre, dem Budget und einem Fünfjahresschnitt dem Kantonsrat zusammen dem gedruckten Geschäftsbericht zur Verfügung zu stellen? Oder braucht es dazu eine Motion bzw. wie kann man das bewerkstelligen?

**Gabriela Ingold** möchte präzisieren, dass sie einfach eine Idee formuliert hat, auf die sie bei der Lektüre der Antwort auf die vorliegende Interpellation gekommen ist und nun vielleicht etwas salopp dargelegt hat. Der Vorschlag deckt offenbar aber ein Bedürfnis des Kantonsrats ab. Man kann ihn nun weiterdenken, selbstredend unter Berücksichtigung des ordentlichen Geschäftsablaufs und der allenfalls dafür nötigen Änderungen, bis hin zur Verfassung. Die Ausführungen waren in diesem Sinn gemeint.

**Heini Schmid** fühlt sich als Erfinder der Bezeichnung «Pragma» herausgefordert, nach zwölf Jahren Erfahrung mit diesem System eine gewisse Ernüchterung über das Ergebnis zum Ausdruck zu bringen. Man startete damals mit grossen Zielen, wollte der Verwaltung eine möglichst einfache Umsetzung ermöglichen, weshalb man eben die Bezeichnung «Pragma» wählte und die Verwaltung auch nicht verpflichtete, die Kosten-/Leistungs-Rechnung einzuführen. Man sieht nun, dass das Projekt irgendwie auf halbem Weg stehengeblieben ist. Das löst zwar eine gewisse Ernüchterung aus, man muss aber auf das zentrale Anliegen fokussieren. Der Vo-

tant möchte in diesem Sinn Andreas Hürlimann widersprechen: Gewaltenteilung gut und recht, es gilt in der Schweiz aber das demokratische Prinzip: Der Kantonsrat übt die Oberaufsicht aus. Man könnte jetzt beim Verwaltungsrat der Post, der dieser Verpflichtung eben nicht nachkam, nachfragen, was Oberaufsicht bedeutet. Er würde wohl auf die Gewaltenteilung und den CEO der PostAuto AG verweisen. Fakt ist, dass der Kantonsrat schlussendlich die Gesamtverantwortung für das Staatswesen des Kantons Zug hat. Klar ist er gut beraten, dem Management, also dem Regierungsrat, die notwendigen Kompetenzen zuzugestehen. Aber keine Geiss schleckt es weg, dass schlussendlich der Kantonsrat verantwortlich ist, wenn etwas schiefläuft. Der Kantonsrat muss deshalb die nötigen Informationen erhalten, um seine Oberaufsicht wahrnehmen zu können. Der Votant hat keine fixfertigen Lösungen, man sollte aber daran arbeiten, dass der Kantonsrat die richtigen Informationen bekommt, um die Situation des Staatswesens auch in finanzieller Hinsicht oder in Effizienzfragen wirklich beurteilen zu können. Es ist entscheidend, dass die Stawiko dem Rat Hinweise liefert, wo es Verbesserungsbedarf gibt, wie man zu den entsprechenden Informationen kommt und wie Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden können. Der Votant wartet seit sechzehn Jahren in der Budgetdebatte auf substanzielle Verbesserungsvorschläge. Leider wird das aber beschränkt auf die Spardebatten, wo es im Übermass geschieht. Einen kontinuierlichen Prozess, wie man das Staatswesen effizienter führen könnte, vermisst der Votant. Er hofft, dass intern in der Stawiko eine entsprechende Diskussion geführt wird, man müsste aber auch versuchen, in der Beratung im Parlament kreative Vorschläge für eine effizientere Führung des Staatswesens zu entwickeln. Dazu benötigt der Rat die relevanten Führungsinformationen. Auch muss das Trauerspiel um die Frage, was der Rat beantragen darf oder nicht, endlich aufhören. Der Votant erinnert sich an seine erste Budgetberatung, noch unter dem alten System. Er wollte einen Antrag stellen, es wurde ihm aber gesagt, er müsse an jedem Ort, wo sein Sparvorschlag wirken würde, einen konkreten Antrag stellen. Es war also schon im alten System so, dass man versuchte, es dem Kantonsrats möglichst zu verunmöglichen, einen konkreten Sparantrag zu stellen. Hier müssten Regierung und Stawiko ein neues System kreieren, damit Sparanträge in der Budgetberatung konstruktiv beraten werden können und der Rat sich nicht gegenseitig blockiert. Das führt nämlich dazu, dass am Schluss Anträge gestellt werden, die eigentlich gar nicht gehen: Man macht Pauschalkürzungen, obwohl das gar nicht vorgesehen ist. Es kann ja nicht Sinn und Zweck der Übung sein, dass am Schluss illegale Anträge gestellt werden. Es geht also um zwei Dinge: Wie können in der Budgetdebatte Sparvorschläge oder auch Mehrausgaben wirklich konstruktiv bewerkstelligt werden? Und wie können dort auch Effizienzvorschläge und die für den Staat wirklich relevanten Fragen diskutiert werden, so dass nicht eine Pseudodebatte geführt wird, die letztlich alle unbefriedigt zurücklässt, weil die wesentlichen Fragen nicht behandelt und darüber abgestimmt werden darf.

Landschreiber **Tobias Moser** hält fest, dass der Kantonsrat in § 18 seiner Geschäftsordnung der Staatswirtschaftskommission den Auftrag erteilt hat, in finanziellen Belangen für den Kantonsrat die Oberaufsicht auszuüben. Unter anderem werden Budgets, Leistungsaufträge, Geschäftsbericht und Rechnung des Kantons geprüft. Die Stawiko ist eine ständige vorberatende Kommission, und Sinn der Vorberatung ist, dass nicht alles im Plenum, d.h. von achtzig Kantonsratsmitgliedern, vor- und durchberaten werden muss. Und die Stawiko hat gemäss GO KR den Auftrag, sich einen vertieften Einblick in die Vorlagen des Regierungsrats zu verschaffen, unter anderem in das Budget. Wenn ein Ratsmitglied nun gewisse Informationen auf operativer Ebene wünscht, kann es diese über ein Stawiko-Mitglied oder

ganz einfach vom Finanzdirektor erhalten. Wenn der Rat aber den Mechanismus von «Pragma» als solchen ändern will, muss er sich § 7 Organisationsgesetz vornehmen.

**Gabriela Ingold** hat eine Bemerkung zum Votum von Heini Schmid. Der Kanton Zug als Staatswesen ist wie ein Tanker, also wie ein riesiges Schiff, das auf dem Meer fährt. Richtungsänderungen sind nicht so einfach wie in einem Ruderböötli. Die Stawiko hat in der Präsidialzeit der Votantin sehr viel in die von Heini Schmid angesprochene Richtung gearbeitet und die Transparenz deutlich erhöht. Sie geht mit ihrer Arbeit der Regierung manchmal auch auf die Nerven, etwa mit dem Risikoinventar. Und es ist Verschiedenes flächendeckend in Umsetzung. So werden − wie die Votantin heute gehört hat − auch die Gerichte dem Wunsch der Stawiko nachkommen und ein Risikoinventar erstellen. Das ist sehr wichtig für die Oberaufsicht, welche die Stawiko ausübt.
Bezüglich der Pauschalkürzungen hält die Votantin fest, dass in den letzten Jahren auch die Stawiko-Delegationen, die über sehr viele Informationen verfügen, teilweise etwas überfordert waren bzw. den entscheidenden Punkt nicht fanden, an dem gespart werden kann. Man hat sich deshalb für pauschale Kürzungen entschieden, und die Regierung hat sich dabei sehr kooperativ gezeigt. Auch bei den sogenannten Preisschildern hat die Stawiko nicht lockergelassen, und dieses Anliegen sollte im Budget 2019 nun tatsächlich umgesetzt werden; die Stawiko-Präsidentin ist gespannt darauf. Die Stawiko untersucht im Weiteren auch Abläufe in der Gesamtverwaltung, davon kann die Direktorin des Innern ein Liedchen singen. Sie hat die KESB und das Sozialamt untersucht, und diese Arbeit geht weiter. Es wird also in die richtige Richtung gearbeitet − und man ist nie fertig mit dieser Arbeit. Es handelt sich um einen Prozess, in dem man die Bedürfnisse des Regierungsrats, vor allem aber auch des Kantonsrats laufend aufnehmen und umsetzen muss, wie das in jedem Unternehmen der Fall ist. Und man ist nie am Ende.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** nimmt als Erstes das Stichwort Effizienz auf. Es ist sehr schwierig, bei der öffentlichen Hand eine effiziente Verwaltung hinzukriegen, sei es bei Gemeinden, Kantonen oder Bund. «Effizienz» und «Effizienzsteigerung» sind schnell gesagt, wenn es aber darum geht, tatsächlich Effizienz schaffen und entsprechende Vorschläge auch politisch umsetzen zu können, hapert es unglaublich. Der Finanzdirektor macht ein Beispiel: fünf Regierungsräte statt sieben. Das wäre eine Effizienzsteigerung gewesen. Das Resultat ist allen bekannt, und alle kennen auch die Debatte, die zu diesem Resultat führte. Der Finanzdirektor widerspricht Heini Schmid aber nicht: Es ist für das Parlament in der Tat wichtig, im Budgetprozess oder auch anderswo über Instrumente zu verfügen, um über Effizienzsteigerungen diskutieren und diese beschliessen zu können. Es waren strategische Überlegungen, die zum Projekt «Pragma» führten. Der Finanzdirektor will den strategischen Denkern von damals nicht zu nahe treten, aber letztlich wusste niemand wirklich, wohin das Ganze führen würde. Er erinnert sich daran, dass man den Thurgauer Alt-Regierungsrat Stähelin sowie Regierungsräte aus Luzern und weiteren Kantonen einlud, als das Projekt «Pragma» in die Umsetzung kam. Am Schluss hatte man ein Birchermus, denn jede öffentliche Hand setzte das Anliegen anders um. Und aus diesem Birchermus machte man dann «Pragma», dies − so behauptet der Finanzdirektor − im Wissen darum, dass es schwierig würde, diese Projekt wirklich hundertprozentig umzusetzen. Nach diesen einführenden Worten möchte der Finanzdirektor aber doch eine Lanze brechen für die Stawiko und den Regierungsrat sowie letztlich für den Kantonsrat. Man muss aufpassen, dass man das Licht nicht unter den Scheffel stellt. Budget und Rechnung waren in den letzten

zehn Jahren keine Totgeburten. Und die Stawiko hat immer wieder Fragen gestellt. Die entsprechende Diskussion mag anstrengend gewesen, sie verfolgte aber immer das Ziel, besser zu werden. Der Finanzdirektor erinnert an den Workshop der erweiterten Stawiko im letzten Herbst, als er selbst und die Direktorin des Innern viele Fragen zu Prozessabläufen, zum Thema Preisschild und zur Kosten-/Leistungs-Rechnung etc. beantworten mussten. Und die Regierung ist ja nicht so gepolt, dass sie diese Vorschläge nicht aufnehmen will, sie unterscheidet aber zwischen Strategie und Operationellem. Und da gibt es halt Punkte, die sie etwas skeptischer entgegennimmt. Man kann der Regierung aber nicht vorwerfen, dass sie nicht Hand biete für eine Weiterentwicklung von «Pragma» bzw. des Systems mit Globalbudget und Leistungsauftrag.
Bezüglich Pauschalkürzungen gibt es zwei Seiten. Einerseits sind bei Globalbudget und Leistungsauftrag in der Theorie Pauschalkürzungen tatsächlich nicht zulässig. Der Kantonsrat hat die Budgethoheit, und er kann den Ball eigentlich nicht in die Exekutive zurückspielen. Er muss also sagen, wo konkret gespart wird. Und es ist richtig: Damit der Kantonsrat keine Pauschalkürzungen vornehmen muss, braucht es Preisschilder. Im Budget 2019 wird man einen entsprechenden Versuch machen − und das wird wieder ein Fortschritt sein. Der Regierungsrat hat Pauschalkürzungen aber nie abgelehnt, er hat nur festgehalten, dass diese nur *ultima ratio* sein können. Wenn der Kantonsrat aber Pauschalkürzungen beschliesst, wird sich die Regierung dem nicht widersetzen.
Pirmin Andermatt hat der Regierung vorgeworfen, die Antwort sei etwas oberflächlich ausgefallen. Das kann man so oder anders sehen. Der Finanzdirektor muss aber immerhin festhalten, dass sich «Pragma» eingespielt und sich eine Praxis entwickelt hat, die nicht so schlecht ist. Es wurde auch angesprochen, dass der Kantonsrat seine Kontrollfunktion nicht ausüben könne. Wenn man aber sieht, was in der Stawiko und deren Delegationen abläuft, und beachtet, dass die Aufforderungen der Stawiko − Stichwort Risikoinventare oder Internes Kontrollsystem− immer aufgenommen und wieder in die Stawiko zurückgespielt werden, glaubt der Finanzdirektor sagen zu können, dass die Regierung gegenüber der Kommission wirklich sehr transparent ist. Und letztlich geht es auch um eine Frage der Stufengerechtigkeit. Es ist richtig, dass der Kantonsrat für die Aufsicht zuständig ist wie der Verwaltungsrat in einem Unternehmen und als Aufsichtsorgan mit den nötigen Informationen bedient werden muss. Andererseits darf man aber auch die Verhältnismässigkeit nicht aus den Augen zu verlieren.
Bezüglich unternehmerischem Verhalten muss man festhalten, dass ein Staat nicht wirklich ein Unternehmen ist. Er ist − wie die Stawiko-Präsidentin erwähnte − vielmehr ein Tanker, und Richtungsänderungen sind hier nicht so einfach wie in einem Gummiböötli, also einem Einzelunternehmen, das von heute auf morgen alles ändern kann. Die Regierung nimmt aber die Vorschläge der Stawiko, um «Pragma» von der halben Wegstrecke in Richtung Ziel zu bringen, wirklich ernst. In diesem Sinn bittet der Finanzdirektor, das Kind jetzt nicht mit dem Bad auszuschütten und bezüglich Personalstellen und anderen Punkten nicht wieder ins alte Fahrwasser zurückzufallen. Er dankt dafür.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretenden Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

**1106** Traktandum 9.4: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Lohngleichheit für Frau und Mann im Kanton Zug: überprüfbare Fakten schaffen**
Vorlagen: 2847.1 - 15732 (Interpellationstext); 2847.2 - 15798 (Antwort des Regierungsrats).

**Barbara Gysel** spricht für die Interpellantin. Sie ist langsam am Ende ihres Lateins: Die SP fragt nach Zahlen − und sie erhält Buchstaben. Traurig, aber wahr. Man ist geneigt, dem Regierungsrat zu glauben, dass null Geschlechterungleichheiten in den Löhnen existiere, keine Diskriminierung stattfinde und es keinerlei Ungleichbehandlung gebe. Doch für einmal greift sogar die SP zu einem doch altbackenen Führungscredo: «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.»
Als Erstes fragte die SP-Fraktion in der Interpellation klipp und klar: «Um wieviel Prozent unterscheiden sich die Löhne der männlichen von den weiblichen Mitarbeitenden beim Kanton?» Die Antwort der Regierung ist eine kleine Lehrstunde altbekannter Fachinformationen − und dann: «Namentlich im Verwaltungsbereich konnten im System grundsätzlich keine Lohnungleichheiten zwischen Frau und Mann festgestellt werden, womit ein für alle Beteiligten sehr wichtiges Anliegen im positiven Sinn erreicht werden konnte.» Wird man bei dieser Formulierung nicht stutzig? «Namentlich im Verwaltungsbereich»: Wo denn sonst? Welchen Bereich hat die Regierung ausgeklammert? «Im System»: Das System löst keinen Alarm aus, aber verschwinden individuelle Fälle «im System»? Und «grundsätzlich keine Lohnungleichheiten»: Was jetzt? Grundsätzlich keine oder wirklich keine?
Anstatt sich hinter gutgemeinten Ausführungen zu verstecken, täte die Regierung gut daran, hinzustehen und Fakten zu liefern, keine Verklausulierungen. Die SP-Fraktion betitelte ihre Interpellation zur Lohngleichheit mit «Überprüfbare Fakten schaffen». Auftrag leider nicht erfüllt, geschätzter Regierungsrat!

**Barbara Häseli** spricht für die CVP-Fraktion. Sie hält fest, dass der Kantonsrat schon vor einem Monat über dieses Thema debattierte. Es sei daher die Bemerkung erlaubt, dass die beiden Vorstösse im Sinn der in letzter Zeit oft zitierten Verwaltungsökonomie auch gemeinsam hätten beraten werden können. Denn die Interpellation stellt die Forderungen der Charta, über die man damals diskutierte, einfach als Fragen. Die Votantin möchte daher die Debatte nicht wiederholen, erlaubt sich aber doch einige Ausführungen.
Die CVP-Fraktion hat schon damals gesagt, dass im Bereich der Überprüfbarkeit die Arbeit nicht getan sei. In diesem Sinn ist auch sie mit der Beantwortung der Fragen 1 und 2 nicht einverstanden resp. hält diese für ungenügend. Die Lohngleichheit bzw. -ungleichheit wurde nie gemessen, also kann die entsprechende Aussage auch nicht so absolut gemacht werden. Trotz aller Regeln und Gesetze besteht individueller Entscheidungsspielraum. Das ist bei jeder Einstufung so. Die CVP hat aber die Aussage des Finanzdirektors sehr gerne aufgenommen, dass er gerade in der Frage der Transparenz sehr offen sei und die Überprüfung als Empfehlung aufnehme. Das Protokoll liegt zwar noch nicht vor, der Regierungsrat kann diese Aussage aber sicher bestätigen. Wahrscheinlich wird die Regierung aber so oder so bald eine Überprüfung der Lohngleichheit machen müssen. Der Ständerat hat in der vergangenen Sommersession nämlich beschlossen, via Gleichstellungsgesetz eine Lohngleichheitsanalyse einzuführen. Das ist aus Sicht der Votantin ein guter Vorschlag, der die seit 37 Jahren bestehende Forderung nach Lohngleichheit in Einklang bringt mit einem möglichst minimalen administrativen Mehraufwand. Das Gesetz wäre auf zwölf Jahre befristet, eine Analyse müsste nur alle vier Jahre gemacht werden, und die Vorschrift betrifft nur Arbeitgeber mit mehr als hundert Arbeitnehmenden. Neben der öffentlichen Hand ist das etwa 1 Prozent aller schwei-

zerischen Unternehmen. Mit diesen Vorgaben − Befristung auf zwölf Jahre, Analyse alle vier Jahre − kann man davon ausgehen, dass es in den betreffenden Unternehmen eine Grundanalyse und zwei Folgeanalysen geben wird, ob die allenfalls notwendigen Massnahmen überhaupt ergriffen werden. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Kanton Zug als verantwortungsbewusster Arbeitgeber hier vorangehen soll, nicht im Sinn von vorauseilendem Gehorsam, sondern im Sinne einer Verfassungsbestimmung, die seit 37 Jahren besteht.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Diese findet es gut, dass die SP nach dem ALG-Postulat zur Charta der Lohngleichheit mit ihrer Interpellation nachgehakt hat. Seit Juni 2016 ist die vorliegende Interpellation bereits der dritte Vorstoss zum Thema Lohngleichheit für Mann und Frau. Ihre grundsätzlichen Überlegungen zur Lohngleichheit hat die Votantin in der vorletzten Kantonsratssitzung bereits geäussert. Zwei Punkte aus der Interpellationsantwort möchte sie heute nochmals herausstreichen:
• Sensibilisierungskampagnen sind sehr wichtig. Wenn es bei einer einzigen Veranstaltung bleibt, ist das ungenügend.
• Im Rahmen des öffentlichen Beschaffungs- und Submissionswesens ist die Kontrolle über wichtige Vergabegrundsätze ein wichtiges Instrument. Wie oft solche Kontrollen etwa durch paritätische Kommissionen durchgeführt werden, wird aus der Antwort der Regierung nicht klar. Spezifische Kontrollen über Lohnungleichheiten lehnt die Regierung einerseits aus Kostengründen und andererseits deshalb ab, weil das Problem offenbar nicht existiere. Ohne entsprechende Prüfung ist eine solche Aussage nur schwer nachvollziehbar und eigentlich inakzeptabel. Der Kanton Zug hat es leider bisher verpasst oder für nicht nötig befunden, mit griffigen Instrumenten die Lohngleichheit bzw. -ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu überprüfen. Das ist für die ALG unverständlich und ungenügend.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ist ja nicht der Dümmste, er hat aber auch kein Germanistikstudium hinter sich und wäre deshalb froh, wenn ihm Barbara Gysel ihre Überlegungen zum zitierten Satz aus der regierungsrätlichen Antwort nochmals erklären würde. Er hat vielleicht schlecht aufgepasst, aber er hat nicht verstanden, was an diesem Satz so falsch und verquer sein soll. Er möchte deshalb nicht näher auf dieses Votum eingehen und möglicherweise in eine ganz falsche Richtung sprechen. Es geht hier aber wirklich um das System bzw. um eine systemische Frage, nicht um Einzelfälle. Der Finanzdirektor ist aber froh, wenn er diese Frage mit Barbara Gysel bilateral klären kann.
Die Ausführungen von Barbara Häseli lässt der Finanzdirektor gerne so stehen. Bezüglich der Aussagen in Zusammenhang mit dem Postulat betreffend Charta gibt er gerne nochmals zu Protokoll, dass der Regierungsrat die damaligen Empfehlungen aufnimmt, spätestens mit der Berichtsmotion, die nächstens im Regierungsrat diskutiert wird; es ist auch ein Workshop des Regierungsrats zum Thema geplant. Den Ausführungen zum ständerätlichen Entscheid ist nichts hinzuzufügen.
Esther Haas hat nochmals die Sensibilisierungsmassnahmen angesprochen und gesagt, dass eine eben keine sei. Der Regierungsrat nimmt auch diesen Punkt auf. Man kann aber beispielsweise bei den Amtsleitendenanlässen, die ein bis zwei Mal im Jahr stattfinden, nicht immer über die Lohngleichheit reden. Es gibt − um hier an das entsprechende Verständnis zu appellieren − auch andere Interessen, die es zu diskutieren gilt. Bei der Auftragsvergabe setzt der Regierungsrat in der Tat auf die Selbstdeklaration. Natürlich ist Vertrauen nicht immer gut und Kontrolle oft besser. Die Selbstdeklaration hat sich aber eingespielt. Es werden zwar Kontrollen gemacht, dies aber nicht flächendeckend, so dass es sicher den einen oder anderen

negativen Fall geben kann. Es sei aber wiederholt: Die Mechanik, womit eine mögliche Lohnungleich zu verhindern versucht wird, hat sich in den letzten Jahren gut eingespielt. Jede Neueinstellung wird durch das Personalamt nach klaren Vorgaben und Prämissen geprüft − und es wird dabei nicht zwischen Mann und Frau unterschieden. Es gibt zwar Unterscheidungsmerkmale, diese betreffen aber nicht Mann und Frau. Das System funktioniert also. Zudem sind auch die Amtsleitenden − wie Rückfrage zeigen − sensibilisiert und wollen ebenfalls keine Lohndiskriminierung zulassen. Das alles zeigt, dass es in der kantonalen Verwaltung eigentlich keine Diskriminierung geben sollte. Natürlich kann es einzelne Fälle von Diskriminierung geben, dies aber nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern auch innerhalb der Geschlechter.
Im Übrigen kann der Finanzdirektor auf seine damaligen Ausführungen zum Postulat verweisen. Er bittet um Kenntnisnahme der regierungsrätlichen Antwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 10

**1107 Interpellation von Moritz Schmid betreffend Busbevorzugung an der Artherstrasse (Mänibach)**

Vorlagen: 2812.1 - 15639 (Interpellationstext); 2812.2 - 15803 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Moritz Schmid** dankt der Regierung für die sehr umfangreiche Beantwortung seiner Interpellation. Die Antwort ist zwar sehr ausführlich, aber trotzdem nicht zufriedenstellend.
Mit der Strassensanierung Abschnitt Grabenstrasse−Artherstrasse wurde ursprünglich eine separat geführte Busspur zwischen dem alten Kantonsspital und dem Casino geplant. In Diskussion stand auch, ob dieser Abschnitt für die Taxis freigegeben werden könnte. Die Diskussion erübrigte sich, weil der Regierungsrat feststellen musste, dass die Landverhandlungen mit den Grundstückbesitzern und somit der Weg über Lausanne zu lange dauern könnten. Darum wurde eine reduzierte Lösung mit der elektronischen Busspur gewählt − und mit einer Lichtsignalanlage, die übrigens anfänglich in der Beratung der Vorlage nicht als gut befunden wurde.
Mit der elektronischen Busspur und der Dosieranlage bei der Haltestelle Mänibach wurde bei deren Inbetriebnahme der Stau südwärts vom Mänibach bis zum Salesianum und weiter Richtung Oberwil verschoben, und zwar vielfach so weit zurück, dass der Busfunk nicht mehr funktioniert und die elektronische Busspur somit ihre Wirkung verliert. Wenn die Regierung nun zu Frage 1 schreibt, sie hätte mit dem Einbau der sehr teuren elektronischen Busspur nie eine Verbesserung für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) versprochen, so hat der Votant das während der Kommissionsarbeiten anders verstanden. Wer aber bezahlt diese überteuerte elektronische Busspur? Nicht die ZVB, sondern der Automobilist, obschon sie ihm nichts nützt.
Die elektronische Busspur und die Dosieranlage am Knoten Mänibach werden die Stausituation nie verbessern können. Warum? Weil die Regierung nicht zugeben will, diesen Knoten mit einer Fehlplanung belegt zu haben. Wenn der Regierungsrat behauptet, der stadteinwärts fahrende Verkehr erleide mit der Dosieranlage und der elektronischen Busspur keinen Fahrzeitverlust, so zeigt er einmal mehr, dass er den Tatsachen nicht in die Augen schauen will. Er zeigt aber auch auf, dass ihm der MIV egal ist. Hauptsache, dieser alimentiert den Strassenbaufonds und dieser

wiederum finanziert den Strassenbau, der erstrangig vom Bus benutzt werden soll. So auf jeden Fall liest es der Votant im Bericht der Regierung. Die jetzt bestehende Lösung benachteiligt nur die Automobilisten aus Oberwil, Walchwil und dem Kanton Schwyz. Der Votant ist versucht zu sagen, dass die Automobilisten von südlich der Stadt Zug und aus dem Kanton Schwyz gezwungen werden sollen, den ÖV zu benutzen oder den Weg über Arth-Goldau auf die Autobahn zu nehmen.
Zum Doppelspurausbau in Walchwil in Frage 3: Es ist damit zu rechnen, dass mit der Streckensperrung für den Doppelspurausbau in Walchwil der Verkehr auf der Strasse − sei es der MIV oder der Busverkehr − zunehmen wird. Der Votant hofft sehr, dass die Dosieranlage am Mänibach verkehrsfreundlich für den Verkehr Richtung Norden geregelt wird.
Die Autobahn auf der Südwestseite des Zugersees wird in den nächsten Jahren zwischen Seewen und Küssnacht totalsaniert und ist für längere Zeit ein Nadelöhr, das nicht immer einfach zu befahren ist. Bis der von der Regierung angesprochene Viertelanschluss in Arth gebaut ist, stehen sicher schon die nächsten Sanierungen der Bahn am Ostufer des Zugersees bevor, und gewisse Strassenabschnitte müssen auch noch saniert werden. Mit dem Variantenentscheid hat das Baudepartement des Kantons Schwyz die erste Planungsstufe abgeschlossen. Als Nächstes wird nun das Bundesamt für Strassen ein Generelles Projekt ausarbeiten. Basierend auf genaueren Zahlen werden die Kosten diskutiert und aufgeteilt. Die Genehmigung des Generellen Projekts durch den Bundesrat wird nicht vor 2023 erwartet.
Im Übrigen ist der Votant überzeugt, dass mit einer Lichtsignalanlage die morgendlichen Spitzenzeiten von 7 bis 9 Uhr besser gelöst werden könnten. Die Umfahrung des Hindernisses Mänibach über die Fridbachstrasse muss unbedingt verhindert werden. Die Fridbachstrasse ist mit einem Fahrverbot belegt, und dieses sollte einmal während dieser Zeit kontrolliert werden. Einiges an Mehrverkehr über die Hofstrasse könnte zum Beispiel vermieden werden, wenn das Lichtsignal an der Einmündung Zugerbergstrasse montiert würde. Aber das will man ja gar nicht.
Zu Frage 4: Dass die Regierung mit dem Vorschlag, die Haltestelle Kolinplatz in eine Busbucht umzubauen, nicht einverstanden ist, verwundert nicht. Wenn man nichts ändern will, dann will man partout nicht, das hat die Regierung schon bei anderen Vorstössen gezeigt. Mit der Eröffnung der Tangente Zug/Baar sollte der Verkehr auf der Ägeristrasse stark reduziert werden, so sagt jedenfalls der Regierungsrat. Mit dem reduzierten Verkehr auf der Ägeristrasse sollte der Verkehr auf der Grabenstrasse verflüssigt werden, und der Bus kann sich aus der eventuell erstellten Busbucht viel besser einfädeln. Eine Busbucht verhindert die Anpassung an die Anforderung des Behindertengleichstellungsgesetzes in keiner Weise.
Zu Frage 5: Gegen die Temporeduktion auf 30 Stundenkilometer hat der Votant nicht viel einzuwenden. Er möchte aber zu bedenken geben, dass es nur selten möglich ist, auf der Grabenstrasse die Höchstgeschwindigkeit von 50 Stundenkilometer zu erreichen, vielleicht an Wochenenden oder nachts. Natürlich gibt es immer Wahnsinnige, die es nicht interessiert, wie schnell und wie laut sie durch die Gegend blochen. Aber das sind Ausnahmen. Der Votant fragt sich, ob die Lärmreduktion immer auf Kosten des MIV durch Temporeduktion erreicht werden muss. Es wäre doch möglich gewesen, bei der Sanierung der Grabenstrasse diese mit einem schon lange bewährten Flüsterbelag zu versehen. Oder war dieser nicht in der gewünschten Farbe einbaubar?

**Roger Wiederkehr** dankt im Namen der CVP-Fraktion dem Regierungsrat für die umfassende und ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die CVP kommt zu völlig anderen Schlüssen als der Interpellant.
Es finden sich im Bericht und im detaillierten Gutachten einige interessante Punkte:

• An 22 von 24 Stunden pro Tag herrscht ein guter Verkehrsfluss ohne Rückstau. Gerade mal während 10 Prozent eines Tages ist die elektronische Busbevorzugung in Betrieb. Das ist aus Sicht der CVP kein übermässiges Verkehrsproblem.
• «Elektronik vor Beton» ist zukunftsweisend. Die elektronische Verkehrslenkung ist hier sehr effizient und kostensparend. Sie ist zukünftig in allen Verkehrsproblemen als Lösungsansatz einzubeziehen, zum Beispiel im Mobilitätskonzept.
• Die Fahrplanstabilität der ZVB wird nachweislich erhöht, dies *ohne* Behinderung oder Verschlechterung des Individualverkehrs ins Zentrum. Einzig stadtauswärts fahrende Fahrzeuge haben eine leichte Benachteiligung in Kauf zu nehmen. Ein kleiner Pferdefuss sind die Einmündungen Ägeristrasse und Zugerbergstrasse. Der sich hier bildende Rückstau durch das erleichterte Einbiegen der Fahrzeuge in die Grabenstrasse/Artherstrasse macht zum Teil die gewonnene Fahrplanzeit wieder zunichte. Schön aufgezeigt ist, dass an diesen Stellen eine Lichtsignalanlage keine Option darstellt. Eine Überlegung wert ist eine personelle Verkehrslenkung während maximal zwei Stunden, um die Situation zu optimieren.
• Eine stetige Zunahme des Mischverkehrs von Walchwil her ist nicht zu verzeichnen. Allenfalls zukünftiger Mehrverkehr kann vorausschauend durch den Halbstundentakt der S-Bahn und den Interregio-Verkehr − sofern die Doppelspur in Walchwil denn einmal gebaut werden kann − sowie mit dem geplanten Autobahn-Halbanschluss in Arth und der Tangente aufgefangen werden.
• Busbuchten sind nicht immer die Lösung für einen besseren Verkehrsfluss. Die Fahrbahnhaltestelle am Kolinplatz bringt einen signifikanten Vorteil für die Verkehrsbeziehung Neugasse in die Ägeristrasse. Es ist also von Fall zu Fall zu beurteilen, was besser ist, wie dies der Regierungsrat auch schon in einer früheren Kantonsratssitzung erwähnt hat.
Abschliessend kann festgehalten werden, dass in diesem Fall die elektronische Busspur eine effiziente Massnahme zur Förderung des optimalen Verkehrsflusses für den ÖV ist. Etwas fragwürdig ist einzig der hohe Aufwand mit einem bis ins letzte Detail gehenden Gutachten. Der Regierungsrat kann sicher gut begründen, warum er einen solch grossen Aufwand betrieben hat. Die CVP-Fraktion möchte auch wissen, wie hoch die Kosten dieses Gutachtens waren.

**Florian Weber** dankt im Namen der FDP-Fraktion der Regierung für die ausführliche und detaillierte Beantwortung der Interpellation. Er sieht die Sache nicht ganz so positiv wie sein Vorredner. In der «Ausgangslage» findet sich der Ausdruck «äusserst effizient». Diese Beurteilung ist wohl etwas gar euphorisch und vermutlich eine Frage des Standpunkts. Der Votant könnte nämlich Bilder zeigen, auf denen sich der Stau bis nach Oberwil hinzieht und der Busverkehr keine Möglichkeit hat, diesen zu umfahren.
Die Regierung erwähnt es im Bericht richtig: Die elektronische Busspur verschafft den Bussen der Linie 3 und 5, die stadteinwärts fahren, in der Regel rund fünf Minuten Zeit, um den Fahrplan möglichst einzuhalten. Die Feststellung, dass für den Motorisierten Individualverkehr weder die Wartezeiten noch die Staulänge zugenommen haben, wagt der Votant zu bezweifeln. Fährt man in Zeiten mit wenig Verkehr, mag dies zutreffen, jedoch nicht bei hohem Verkehrsaufkommen.
Die Regierung legt in ihrer Antwort plausibel dar, dass eine Verbesserung der Situation mit der Lichtsignalanlage nicht möglich ist. Vielleicht sollte gerade deshalb der Ausbau der elektronischen Busspur zu einer «richtigen» Busspur an die Hand genommen werden. Denn bereits durch juristische Verzögerungen dürfte ein solches Projekt sechs bis acht Jahre in Anspruch nehmen.
Die FDP kann der Argumentation der Regierung betreffend Tangente Zug/Baar beipflichten, und es gilt zu berücksichtigen, dass sich mit der Fertigstellung der Tan-

gente im Herbst 2021 ein Teil des Verkehrs verlagern wird. Trifft dies ein, darf der Kanton nicht an idealistischen Zwängen festhalten und muss die Busbucht beim Kolinplatz wieder herstellen. Denn glaubt man der Studie, welche der Antwort beiliegt, wird diese obsolet werden.
Mit Genugtuung kann man der Antwort der Regierung entnehmen, dass während der bahnseitigen Streckensperrung keine weiteren Bauarbeiten an der Kantonsstrasse zwischen Walchwil und Zug durchgeführt werden. Ob im Zusammenhang mit der Autobahnbaustelle Arth, der elektronischen Busspur und dem Wegfall der Bahnanbindung aus dem Süden dies genügend Abhilfe schaffen wird, beurteilt die FDP eher skeptisch. Sie ist jedoch überzeugt, dass die Verantwortlichen sich der Situation, Tragweite und Auswirkungen bewusst sind und alles daran setzen werden, den prophezeiten Kollaps bereits im Vorfeld abzuwenden.
Zu guter Letzt noch ein paar Worte zur Grabenstrasse: Es ist für die FDP sehr fragwürdig, warum und wie auf Bundesebene ein Gesetz geschaffen werden kann, das schweizweit milliardenhohe Investitionen auslöst, dies einhergehend mit rechtlichen Einschränkungen. Der Votant meint das Lärmschutzgesetz. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Menschen vor hundert Jahren auch schon durch den Lärm psychisch krank wurden, als Pferdekutschen die Pflastersteine befuhren. Es bleibt zu hoffen, dass der Wohlstand nicht noch weitere solche Gesetze und Massnahmen hervorruft und dieser rechtliche Wurf bald wieder justiert wird.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gute Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort zu diesem Politikum der letzten Monate bzw. sogar Jahre. Insbesondere Bewohnerinnen und Bewohner von Walchwil haben sich dauernd bei der Baudirektion gemeldet. Auch der Walchwiler Gemeindepräsident hat mehrmals beim Baudirektor vorgesprochen. Es war deshalb wichtig, die vom Interpellanten gestellten Fragen ernsthaft zu studieren. Im Regierungsrat wurde auch verlangt, die Thematik ein für alle Mal sauber abzuklären und die Interpellation auch zum Anlass zu nehmen, den Vorwurf zu entkräften, die elektronische Busspur sei eine Fehlinvestition und nütze nichts. Deshalb liess die Baudirektion das erwähnte Gutachten erstellen. Und dieses zeigt auf, dass mit der elektronischen Busspur das Ziel, den Busverkehr ohne Verspätung an den Bahnhof zu bringen, erreicht werden konnte. Im Übrigen sind die wenigsten der Regierungsratsmitglieder Gegner des MIV. Der Regierungsrat sieht aber auch, dass viele Leute mit ÖV unterwegs sind und deshalb die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass diese Personen ihre Anschlüsse zeitgerecht erreichen. Es war also nie das Ziel, den MIV zu behindern, und das Gutachten zeigt klar auf, dass die Stauzeit sich nicht verlängert, sondern der Stau sich verlagert hat. Das System funktioniert also.
Den Doppelspurausbau in Walchwil muss man selbstverständlich im Auge behalten. Die entsprechenden Massnahmen bezüglich ÖV etc. sind − wenn die Arbeiten nun tatsächlich im Jahr 2019 beginnen − eingeleitet. Es wurde allerdings etwas skeptisch beurteilt, ob das alles funktioniert. Der Baudirektor hofft, dass die zusammen mit dem Amt für den öffentlichen Verkehr vorbereiteten Massnahmen greifen, andernfalls wird man entsprechend reagieren.
Die Optimierung der Anlage an der Artherstrasse ist ein ständiger Auftrag. Das Gutachten kostete übrigens 15'000 Franken. Es wird nach der heutigen Debatte auf der Website der Baudirektion aufgeschaltet, damit die Öffentlichkeit nachvollziehen kann, was Sache ist und worum es geht.
Bezüglich des Viertelanschlusses in Arth hat die Baudirektion selbstverständlich die Schwyzer Baudirektion mental unterstützt, es ist aber nicht vorgesehen, dass der Kanton Zug dem Kanton Schwyz eine entsprechende finanzielle Unterstützung gibt. Die Angelegenheit ist Sache des Kantons Schwyz. Es bewegt sich hier etwas,

aber vor 2023/24 wird dieser Anschluss wohl nicht zur Verfügung stehen. Die Gemeinde Walchwil hat sich auch in diesen Prozess eingebracht und ist sehr interessiert daran. Der Gemeindepräsident war mit dem Baudirektor an zwei Sitzungen mit der Schwyzer Baudirektion und hat aufgezeigt, dass Walchwil sogar bereit wäre, dem Kanton Schwyz allenfalls eine finanzielle Unterstützung zu geben.
Zur Bushaltestelle Kolinplatz: Betrachtet man das Gesamtsystem, funktioniert diese Haltestelle. Während der zwölf Sekunden, die der Bus an der Fahrbahnhaltestelle steht, können die Fahrzeuge aus der Ägeristrasse in die Neugasse einmünden − und die Autofahrer aus dem Ägerital sind wohl froh darum. Zwar gibt es eine Verzögerung auf der Grabenstrasse, für das Gesamtsystem ist diese aber sehr wertvoll.
Von allen Votanten wurde die Problematik Tempo und Lärm sowie das Mobilitätskonzept angesprochen. Über die künftige Lärmbekämpfung wird der Rat im Rahmen einer in der Kommission bereits beratenen Vorlage für ein Strassenstück in Neuheim debattieren können. Man muss den Lärm an der Quelle bekämpfen, und da gibt es vier Ansatzpunkte: Temporeduktion, lärmarme Beläge, entsprechende Vorschriften für die Fahrzeuge und leise Pneus. Betrachtet man den Fahrzeugbestand im Kanton Zug, stellt sich die Frage, wie viele Bürgerinnen und Bürger mit leisen Pneus, die etwa 10 Zentimeter breit sind, einverstanden wären. Die Baudirektion hat die Lärmschutzgesetzgebung analysiert und mit dem Regierungsrat im Rahmen einer Aussprache diskutiert. Man ist zum Schluss gekommen, dass Temporeduktionen die billigste Massnahme zur Lärmverminderung sind. Sie kosten bei bestehenden Strassen eine Tafel, und neue Strassen kann man etwas weniger breit bauen, weil die Tempolimite schmälere Strassen erlaubt. Wenn man die Grenzwerte damit nicht erreicht, ist die zweite Massnahme der Einbau eines lärmmindernden Belags. Genau darum wird es in der erwähnten Vorlage gehen. Die vorberatende Kommission sieht hier allerdings eine mögliche Änderung der Prioritäten, nämlich dass erstens grundsätzlich lärmmindernde Beläge eingebaut werden und dann − wenn die bundesgesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten werden − auf weitere Massnahmen verzichtet wird. Der Baudirektor ist gespannt, wie der Kantonsrat diese Frage am Beispiel des erwähnten Strassenstücks in Neuheim besprechen und darüber entscheiden wird.
Das Mobilitätskonzept wird nun etwas zum Allerheilmittel hochstilisiert. Die Baudirektion arbeitet daran und hat den entsprechenden Prozess definiert. Sie arbeitet am Aussprachepapier und wird dem Regierungsrat im August oder September aussprachehalber aufzeigen, wie der Prozess gestaltet werden soll. Der Kantonsrat hat vor einer Woche in der Debatte über die räumliche Entwicklung wesentliche Eckwerte für ein Mobilitätskonzept beschlossen: Einwohnerzahl, Beschäftigtenzahl etc. Die Trends bezüglich E-Mobilität sind bekannt, ebenso die Zukunft hinsichtlich Verkehrsbelastung in den Gemeinden. Auch hat der Kantonsrat der Regierung klar den Auftrag gegeben, dass das Mobilitätskonzept spätestens 2021 vorliegen muss. Der Baudirektor kann versichern, dass im Herbst bereits mit Expertengesprächen gestartet und die Thematik schnellstmöglich in die politische Diskussion eingebracht werden soll.
Der Baudirektor dankt dem Interpellanten für die Möglichkeit, zur vorgelegten Thematik Klarheit schaffen zu können, auch mit dem erwähnten Gutachten als weitere Stimme neben derjenigen des Propheten im eigenen Land, dem man bekanntlich weniger Glauben schenkt. Die Baudirektion wird weiterhin ernsthaft versuchen, sowohl für den ÖV als auch für den MIV optimale Voraussetzungen zu schaffen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Baudirektor vom eigentlichen Thema, der Busspur auf der Artherstrasse, zum Lärmschutz gekommen ist. Er bittet, bei den verbleibenden Traktanden beim Thema zu bleiben, und fordert die Ratsmitglieder auf, sich angesichts der fortgeschrittenen Zeit bei den noch folgenden Voten möglichst auf die Kernpunkte zu beschränken.

**Philip C. Brunner** moniert, dass heute eigentlich eine Ganztagessitzung vorgesehen war. Und jetzt, um 12.40 Uhr, will der Vorsitzende aus Zeitgründen − das Mittagessen ist auf 13.00 Uhr angesetzt −, dem Parlament das demokratische Recht auf eine ausführliche Diskussion der noch ausstehenden Traktanden beschneiden. Der Baudirektor wurde gerügt, weil er − völlig zu Recht − noch einige zusätzliche Bemerkungen machte. So geht es nicht! Man kann nicht eine Ganztagessitzung bzw. eine Halbtagessitzung ansetzen und dann das Programm einfach ändern oder − wie für den September − einfach eine zusätzliche Sitzung festlegen. Der Votant ist zumindest irritiert über dieses Gebahren.

Der **Vorsitzende** erwidert, dass es aufgrund der noch zu behandelnden Traktanden keinen Sinn gemacht hätte, um 12 Uhr zum Mittagessen zu gehen und am Nachmittag nochmals zu einer kurzen, vielleicht ein- oder anderthalbstündigen Sitzung zusammenzukommen. Es dient den Ratsmitgliedern wohl mehr, wenn sie den ganzen Nachmittag zu ihrer Verfügung haben. Er geht davon aus, dass der Rat damit einverstanden ist, dass Traktandum 11 noch behandelt wird.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 11
**Vorstösse zur Kostenlosigkeit der obligatorischen Schulzeit:**

**1108** Traktandum 11.1: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Elternbeiträge während der obligatorischen Schulzeit**
Vorlagen: 2832.1 - 15685 (Interpellationstext); 2832.2 - 15805 (Antwort des Regierungsrats).

**1109** Traktandum 11.2: **Interpellation von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Zukunft von Schulreisen, Klassenlagern und Exkursionen an den gemeindlichen und kantonalen Schulen**
Vorlagen: 2848.1 - 15733 (Interpellationstext); 2848.2 - 15806 (Antwort des Regierungsrats).

**Andreas Hürlimann** spricht für die interpellierende ALG-Fraktion. Er dankt der Regierung für die Beantwortung der zwei Interpellationen. Laut Bundesgesetz haben in der Schweiz alle das Recht auf Bildung und damit auf Chancengleichheit. Damit diese gewahrt werden kann, ist der Zugang zur Bildung während der obligatorischen Schulzeit, d. h. während neun Jahren, für die Eltern unentgeltlich.
Zu den Kosten für Lager: In einem Bundesgerichtsentscheid wurde festgehalten, dass die Eltern von der Schule nicht beliebig zur Kasse gebeten werden dürfen: «Es müssen alle notwendigen und unmittelbar dem Unterrichtszweck dienenden Mittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören auch Aufwendungen für Exkursionen und Lager, sofern eine Teilnahmepflicht besteht.» Es können den Eltern auch lediglich 10−16 Franken pro Tag für Verpflegungskosten in Rech-

nung gestellt werden. Die Elternbeiträge sind dann mit 20 Franken pro Tag doch sehr gut gerechnet. Eine Erhöhung der Beiträge könnte wohl nicht gerechtfertigt werden.
Zu den Kosten für Schulmaterial: Aufgrund der Bestimmungen der Verordnung zum Schulgesetz 1992 wird im Bericht festgehalten, dass die Anschaffung des persönlichen Schul- und Gebrauchsmaterials Sache der Erziehungsberechtigten ist. Für Schulrucksack, Bleistifte, Farbstifte, Radiergummi oder Sportbekleidung kommen nach wie vor die Eltern auf. Wenn es aber darum geht, dass die Schule eine ICT-Strategie vorgibt, die mit grossen Kosten verbunden ist − sprich: die Digitalisierung und die Ausrüstung mit Tablets oder Notebooks − können diese Kosten aus Sicht der ALG nicht einfach auf die Eltern abgewälzt werden. Wenn sich Politik und Gesellschaft − richtigerweise − einem Lehrplan mit verstärktem Digitalinhalt verpflichtet haben, müssen die Mehrkosten, die daraus resultieren, auch grösstenteils vom Kanton bzw. den Gemeinden übernommen werden. Es wurde zwar eine gemeinsame ICT-Strategie erarbeitet, aber bei der Finanzierung bestehen doch beträchtliche Unterschiede innerhalb des Kantons. Für die Regierung würde eine Möglichkeit darin bestehen, dass die Schülerinnen und Schüler ein eigenes Gerät bekämen, so wie ihnen heute Lehrbücher für eine gewisse Zeit zur Verfügung gestellt werden. Das würde die ALG sehr begrüssen, damit die finanzielle Belastung nicht bei den Eltern läge und die gesetzliche Vorgabe der Unentgeltlichkeit während der obligatorischen Schulzeit eingehalten werden könnte.
Die Antwort des Regierungsrats, dass der «Schutzbereich» für das Untergymnasium (1.−3. Klasse) nicht gegeben sei, ist mit rein juristischen Begründungen gespickt. Sie führt in der ALG-Fraktion zu einigen Fragen bzw. Bemerkungen:
• Besteht laut Regierung kein Bestreben, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler nach der 6. Klasse ihrem vorhandenen Potenzial entsprechend gefördert werden sollen?
• Wenn die Sekundarschule für Schülerinnen und Schüler mit der Fähigkeit für einen gymnasialen Weg als gleichwertiger und ausreichender Unterricht zumutbar sein soll, dann fragt sich die ALG wirklich, wie die Regierung das Untergymnasium und die Kosten hierfür noch rechtfertigt. Der Votant hofft, dass sein Schwanken zwischen Ironie und ungläubigem Feststellen bemerkt wird …
• Denn − als nächste Frage − wozu braucht es eine Kanti Röhrliberg, wenn es für alle zumutbar ist, die Sekundarschule zu besuchen und sich dadurch bei einem späteren Wechsel ans Gymnasium keine Nachteile in der beruflichen Laufbahn ergeben? Irgendwie geht hier die Argumentation gesamthaft nicht auf.
• Die Regierung nimmt damit klar die Haltung ein, dass nur noch Schülerinnen und Schüler an der Kanti erwünscht sind, deren Eltern bereit sind zu zahlen und sich das auch leisten können. Ist dies im Sinne einer öffentlichen Schule, die mit Steuergeldern finanziert wird und nun offensichtlich zu einer Art Privatschule mutiert?
• Das Sparprogramm zeigt bereits Auswirkungen: 12 Franken pro Tag und pro Schülerin und Schüler für Lager, Arbeitswochen, Studienreisen und Exkursionen wurden gestrichen. Die Mehrkosten müssen von den Eltern gedeckt werden. Das sind 60 Franken pro Woche. Die Aktivitäten werden durch die Streichungen des Kantons aber nicht billiger, die Kosten werden einfach auf die Eltern überwälzt.
• Die Beiträge an der Kantonsschule, die schon ab der 1.−3. Klasse für Exkursionen, Schulreisen oder Studienwoche erhoben werden − notabene im Bereich von 150 bis 170 Franken −, stellt die ALG klar in Frage. Ob die hier gelieferten Begründungen der Regierung bei einer Klage Bestand hätten, davon ist die ALG unter den heutigen Bedingungen klar nicht überzeugt.
Die ALG-Fraktion ist der Meinung, dass die Regierung in diesen Fragen nochmals über die Bücher gehen muss und vor allem die Strategie der Digitalisierung an der

Kantonsschule nachjustieren soll. Ihr Fazit: Digitalisierung ja, aber in einer Art und Weise welche Chancengleichheit wahrt und die neuen Medien und die daraus entstehenden Möglichkeiten nicht primär als Chance zum Sparen für den Kanton darstellt. Und: Elternbeiträge können erhoben werden, aber nur wenn diese nicht überstrapaziert werden.

Mitinterpellantin **Laura Dittli** beginnt mit einem brisanten Satz aus der Antwort zur Interpellation Bieri/Dittli: Der Regierungsrat sagt sinngemäss, dass einem Schüler, der an einer Gymnasialausbildung interessiert ist, zugemutet werden kann, anstelle des Untergymnasiums die Sekundarschule zu besuchen. Auch der Sekundarschulunterricht genüge den Fähigkeiten dieses Schülers. Dies ist doch einfach eine saloppe Begründung dafür, dass der Unterricht am Untergymnasium nicht mehr zur obligatorischen Schulzeit und somit auch nicht mehr zum unentgeltlichen Grundschulunterricht gehören muss. Oder ein wenig überspitzt ausgedrückt: Wer es sich nicht leisten kann, soll halt in die Sek. Diese Haltung stört die Interpellantinnen. Sie sind der Auffassung, dass die Aberkennung des Untergymnasiums als Teil der obligatorischen Schulzeit falsch ist. Wenn der Kanton ein Langzeitgymnasium führt, muss er auch zu diesem Schultyp als wichtige Ausbildungsoption stehen. Diese Option muss in der Konsequenz auch für alle zugänglich sein.
Weiter zur Aussage des Regierungsrats «Schulreisen sind freiwillig»: Diese Haltung ist schon im Kern falsch. Sollte sich jemand z. B. ein Klassenlager tatsächlich nicht leisten können, ist dieser Ansatz schlicht unfair. Zudem könnte diese Aussage zur Freiwilligkeit von solchen Anlässen auch missbräuchlich zu anderen Zwecken genutzt werden. Die Interpellantinnen sind der Meinung, dass gerade diese Anlässe wichtig sind und es auch eine gewisse Verpflichtung zur Teilnahme geben soll. Der Regierungsrat zeigt damit jedoch einen komplett anderen Weg.
Zum eigentlichen Thema der Interpellation, zu den Kosten für Schulreisen etc.: Die Votantin ist der Meinung, dass Schulreisen nicht vollkommen durch den Staat finanziert sein müssen. Eine geringe finanzielle Beteiligung der Eltern sollte durchaus verlangt werden können. In Härtefällen sollte es aber auch möglich sein, unterstützt zu werden. Dieses System funktioniert gemäss Antwort des Regierungsrats gut, auch wenn es nur wenig genutzt wird. Der Ansatz resp. die Stossrichtung der Interpellation Bieri/Dittli war demzufolge auch eine andere als diejenige der ALG-Interpellation. Den Interpellantinnen Bieri und Dittli ging es nicht um die verstärkte finanzielle Beteiligung der Eltern − Stichwort «Bring your own device» −, sondern vielmehr darum, ob irgendwelche rechtlichen Grundlagen benötigt werden, um das bestehende System so weiterführen zu können wie bis anhin. Eine Schulreise und «Bring your own device» sind ganz andere Flughöhen! Den Interpellantinnen ist es einfach wichtig, dass bei den Gemeinden und beim Kanton keine Verunsicherung aufgrund des genannten Bundesgerichtsurteils aufkommen. Schulreisen und Exkursionen sollen wie bis anhin durchgeführt werden können. Die Interpellantinnen sind dankbar, wenn der Regierungsrat das auch so sieht.

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion. Er liest das Votum von Silvia Thalmann, welche heute abwesend ist
Auslöser für die beiden Interpellationen war ein Bundesgerichtsentscheid, der den Blick auf Art. 19 Bundesverfassung richtet, wo steht: «Der Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht ist gewährleistet.» Aus den Antworten des Regierungsrats kann man entnehmen, dass unter diesen Artikel die obligatorische Schulzeit an den gemeindlichen Schulen fällt, nicht jedoch die ersten drei Jahre am Langzeitgymnasium. Das erstaunt den Laien und zeigt exemplarisch,

wie eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Rechtsetzung oft überraschende Tatbestände zutage fördert.
Beide Interpellationen drücken die Besorgnis aus, dass im Kanton Zug die Eltern von schulpflichtigen Kindern ungerechtfertigt sehr hohe Beiträgen an Schulreisen, Klassenlager oder Schulmaterial zu leisten haben. Die Abklärungen bei den gemeindlichen Schulen und den beiden Gymnasien haben gezeigt, dass die Thematik in der Praxis keine hohen Wellen wirft, also kein Problem darstellt. Die Beiträge der Eltern an Klassenlager und Projektwochen betragen 20 Franken pro Tag und sind als Abgeltung für die Verpflegung zu verstehen. Einzelne Gemeinden sehen Schulverlegungen ins Ausland vor, was zu wesentlich höheren Elternbeiträgen führt. Hier stellt sich tatsächlich die Frage nach dem Nutzen einer solchen Auslandverlegung, vor allem auch, weil die Schweiz mit ihrer Vielfalt unzählige Möglichkeiten bietet, so dass sich ein Auslandaufenthalt nicht wirklich aufdrängt.
In naher Zukunft werden die Schülerinnen und Schüler auf allen Stufen mit Tablets und Laptops arbeiten. Damit kommen in erster Linie grosse Aufwandpositionen auf die Gemeinden zu. Aber auch die Eltern werden einen Beitrag leisten müssen. Noch ist in den Gemeinden vieles nicht abschliessend festgelegt. Es gibt ganz unterschiedliche Modelle, wie sich die Eltern heute an den Medien zu beteiligen haben. Der Regierungsrat hat sie in seiner Antwort zur Interpellation der ALG aufgeführt. Die CVP stellt sich nicht grundsätzlich gegen eine Kostenbeteiligung der Eltern, vor allem dann nicht, wenn das Gerät in den Besitz der Schülerinnen und Schüler übergeht. Natürlich gibt es immer wieder Eltern, für welche die Beiträge an schulische Anlässe eine Belastung darstellen. In allen Gemeinden gibt es dafür Möglichkeiten, rasch und unkompliziert Abhilfe zu schaffen. Diese Möglichkeiten werden − wie man lesen konnte − jedoch nur in sehr wenigen Fällen in Anspruch genommen. Somit sind die Ausflüge, Exkursionen, Lager und Schulreisen während der obligatorischen Schulzeit weder aus finanziellen noch pädagogischen Gründen in irgendeiner Art in Bedrängnis. Da auch die gesetzlichen Grundlagen gegeben sind, steht einer Fortsetzung der bisherigen Praxis nichts im Weg.
Die Eltern von Schülerinnen und Schülern der kantonalen Gymnasien profitieren hingegen nicht von Art. 19 BV, also vom unentgeltlichen (Grund-)Schulunterricht, auch nicht in den ersten drei Jahren des Langzeitgymnasiums. Die Elternbeiträge bewegen sich aber auch hier im Grossen und Ganzen in moderatem Rahmen. Höhere zusätzliche Kosten haben namentlich Arbeits- und Sprachwochen sowie Lehrmittel zur Folge. Mit der Stipendienstiftung der Kantonsschule Zug und dem Fonds der Kantonsschule Menzingen besitzen beide Mittelschulen ein Gefäss, aus dem Eltern finanzielle Unterstützung geboten werden kann.
Das Modell «Bring your own device», welches ab Sommer 2018 ab dem 3. Gymnasialjahr an der Kantonsschule Menzingen praktiziert werden wird, ist regelkonform. Die CVP-Fraktion vermag auch keinen politischen Handlungsbedarf auszumachen. Sie wird jedoch die Entwicklung der Schulen im Umgang mit den digitalen Geräten mit Interesse weiterverfolgen, denn es besteht die Gefahr, dass der Lehrer zum Dauerberater für digitale Fragen wird.

**Beni Riedi** spricht für die SVP-Fraktion. Das erwähnte Urteil des Bundesgerichts vom 7. Dezember 2017 hat schweizweit für Aufsehen und auch Verunsicherung gesorgt. Es beschäftigt sich mit grundsätzlichen sozialpolitischen Fragestellungen rund um die Kostenlosigkeit der obligatorischen Schule. Daraus abgeleitet bzw. im Vollzug dieses Urteils stellten sich auch pädagogische und schulorganisatorische Fragen. Schulreisen, Skilager und Exkursionen schienen in Frage gestellt. Parlamentarische Vorstösse in allen Kantonen und sogar im Bundesparlament beschäftigen sich mit diesen Fragen.

Es ist gut, dass die Regierung hier zusammen mit den Gemeinden Klarheit schaffen konnte. Die aktuellen Regelungen, die allesamt aus der Zeit vor dem Bundesgerichtsurteil stammen, halten samt und sonders dem Bundesgerichtsurteil stand. In den Gemeinden gibt es unkomplizierte Lösungen, um einkommensschwache Familien zu unterstützen. Das ist wichtig. Diese Erkenntnis muss den Kantonsrat sozialpolitisch davor bewahren, ohne Not in Aktivismus zu verfallen. Es ist Aufgabe der Politik, bei Kosten zu verhandeln, wie diese zwischen Individuum und Allgemeinheit aufgeteilt werden. Das muss verantwortungsvoll geschehen, und verantwortungsvoll heisst in einem freiheitlichen Land, in dem alle bürgerlichen Parteien die Eigenverantwortung hoch halten, nur dort aktiv zu werden, wo Handlungsbedarf nachgewiesen ist. Oder um es mit Montesquieu zusagen: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.»
In einer der letzten Sitzungen ging es um die Überweisung der Motion betreffend bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten im Kanton Zug. Die Motion wurde überwiesen. Dazu ein Beispiel aus der Gemeinde Baar: Auch in Baar hat man das Betreuungsangebot Stück für Stück weiter ausgebaut. Mit der Absicht, Familien unterstützen können, die dieses Angebot nicht selber finanzieren können, hat man auch ein entsprechendes Budget erstellt. Als man nach einigen Jahren merkte, dass dieses Budget nicht aufgebraucht wurde, hat man einfach immer mehr Leute unterstützt. Mittlerweile ist man so weit, dass der Votant bereits von Eltern angegangen wird, die sagen, sie blieben am Mittag zuhause, um gemeinsam mit den Kinder das Mittagessen einnehmen zu können − auch wenn die Kinder lieber in den Mittagtisch gehen möchten, weil alle ihre Kolleginnen und Kollegen dort seien. Man baut also sozialpolitischen Druck auf, erklärt gewisse Angebote für obligatorisch und lässt diese durch die Allgemeinheit finanzieren. Das passiert sehr geschickt und immer wieder − und leider werden solche Forderungen selbst von FDP-Regierungsratskandidaten unterstützt.
Zum pädagogischen Teil macht der Regierungsrat auch klar, dass Klassenlager und Exkursionen ein wichtiger Bestandteil der obligatorischen Schulzeit sind. Hinter dieses Bekenntnis stellt sich auch die SVP.

**Andreas Hostettler** spricht für die FDP-Fraktion. Wer hat sich nicht schon auf die Schulreise oder das Klassenlager gefreut? Natürlich war das gewählte Reiseziel spannend und interessant. Viel entscheidender war jedoch: kein Schulunterricht und keine Hausaufgaben.
Die Antworten auf die Interpellationen sind klar und schlüssig: Der Kanton Zug hält sich an das Bundesrecht. Die gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden und werden korrekt umgesetzt. Die Zukunft der Klassenlager und Schulreisen ist nicht gefährdet − kein Schulpräsident, der wiedergewählt werden möchte, würde diese abschaffen. Im Weiteren ist aus den Antworten ersichtlich, dass nur bei den ICT-Mitteln und -Kosten die Wege der Gemeinden auseinandergehen und verschiedene Kostenbeteiligungsmodelle gelebt werden Ob das bei einer gemeinsamen ICT-Strategie sinnvoll ist, müssen die Gemeinden beantworten bzw. liegt in ihrer Kompetenz. Aus kantonaler Sicht könnte ein einheitliches Kostenmodell hilfreich sein.
Klar und erwartet anders sieht die Situation im nichtobligatorischen Schulbereich in den Kantonsschulen Zug und Menzingen aus. Addiert man die Beträge, die auf Seite 5 der Antwort aufgeführt sind, pro Schuljahr und über die ganze Laufbahn allenfalls für mehr als ein Kind, ergeben sich ganz ansehnliche Beiträge, welche die Eltern berappen müssen. Persönlich hat der Votant diese Kostenbeiträge als eigenen und angemessenen Beitrag für das Privileg bezahlt, dass seine Kinder eine notabene vom Kanton finanzierte Top-Ausbildung erhalten dürfen.

Fazit: Das Bundesgerichtsurteil bestätigt die Handhabung in den Zuger Gemeinden. Im ICT-Bereich haben die Gemeinden unterschiedliche Lösungsansätze.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Er legt seine Interessenbindung offen: Er unterrichtet an einer Oberstufe im Kanton Zug. Er dankt den Interpellantinnen für ihre Fragen, die für die Schule wichtig sind. Der Vorstoss zeigt auch, dass eine Systematik aufgebaut wird, in der versucht wird, Kosten abzuschieben. Das ist verständlich: Es herrscht Spardruck, und es müssen alle Kostenstellen angeschaut werden, auch die Volks- und die Kantonsschule. Dieser Trend ist aber gefährlich, denn er tangiert auch die Chancengleichheit: Kinder sollen ihrem Potenzial entsprechend gefördert werden.
Die ICT-Frage stellt alle vor grosse Herausforderungen. In der Schule des Votanten wird gerade heftig diskutiert, ob für alle Schüler Laptops angeschafft werden sollen. Der ICT-Raum mit zwanzig Computern ist Vergangenheit. Es gibt viele Möglichkeiten, mit den Jugendlichen im Unterricht direkt zu arbeiten und die Jugendlichen zuhause mit dem Gerät arbeiten zu lassen. Dass die Schüler den Laptop wie ein Buch zur Verfügung gestellt erhalten und ihn wieder zurückgeben müssen, funktioniert nicht wirklich, ist der Laptop doch auch ein persönliches Gerät. Letztendlich braucht es auch eine gute Kooperation zwischen Schule und Eltern, um die Laptops finanzieren zu können. Und noch wichtiger ist, dass sich die Jugendlichen in irgendeiner Form an der Finanzierung beteiligen, etwa mit Arbeiten zuhause. Das Gerät kostet nämlich viel Geld, und wenn man sorgfältig damit umgeht, hält es entsprechend lange. Und es hat einen höheren Stellenwert, wenn man selber etwas dazu beitragen musste.
Das Untergymnasium gehört für den Votanten klar zur obligatorischen Schulzeit. Es sollte entsprechend beurteilt und bewertet werden.
In Menzingen, wo der Votant unterrichtet, wird in der zweiten Oberstufe ein Lager durchgeführt. Dieses wird von der Schule bezahlt, die Eltern leisten einen kleinen finanziellen Beitrag. In der dritten Oberstufe gibt es wiederum ein Lager, sofern die Jugendlichen mit Schuleinsätzen Geld dafür verdient haben. Die Klasse des Votanten hat mit solchen Einsätzen bereits Geld verdient und wird im nächsten Schuljahr voraussichtlich nochmals ein Lager durchführen können. Ob es nur für den Zugerberg oder aber für einen Ort vielleicht im Wallis oder Tessin reicht, hängt davon ab, wie viel die Jugendlichen selber gearbeitet und verdient haben.

**Rita Hofer** hält fest, dass man die Geister, die man rief, nicht mehr loswird. Das trifft auch für die Digitalisierung und damit auch auf den Lehrplan 21 zu. Die Votantin möchte an einem Beispiel aufzeigen, was es mit der Kostenfrage auf sich hat. Man nehme eine Familie mit drei Kindern: ein Sechstklässler, ein Schüler in der zweiten Sekundarschulklasse und ein Jugendlicher in der Berufslehre. Der Sechstklässler hat noch nichts mit der Digitalisierung zu tun, für den Oberstufenschüler aber haben die Eltern 80 Franken pro Jahr an das Tablet bezahlt, und der Berufsschüler hat einen Laptop für 1200 Franken gebraucht. Die Kosten für allfällige Reparaturen am Tablet sind nicht durch die Schule abgedeckt − und der betreffende Oberstufenschüler musste eine Reparatur von 300 Franken bezahlen, nicht weil er das Gerät mutwillig beschädigt hat, sondern weil es nie richtig gelaufen ist. Für die Eltern entstehen also Kosten von insgesamt 1580 Franken. Dazu kommen noch die Lager: das in der zweiten Oberstufe obligatorische Lager sowie das Abschlusslager für den Sechstklässer, beide kosten je 100 Franken. Das sind keine *peanuts*, und es gibt Familien, die dadurch unter Druck kommen und für die diese Kosten eine echte Herausforderung sind. Natürlich gibt es entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten. Es ist aber auch eine Tatsache, dass sich viele Eltern schämen, zu

diesen Stellen zu gehen und zu erklären, dass es finanziell nicht ganz reicht. Sie setzen alles daran, eigenständig zu bleiben und nicht auf Unterstützung angewiesen zu sein − und sich nicht *outen* zu müssen, dass sie ihr Geld besser einteilen müssen als bisher. Die Situation setzt diese Eltern also unter zusätzlichen Druck. Und im Kanton Zug geht man einfach davon aus, dass jedermann über genügend Geld verfüge. Das entspricht nicht der Realität. Auch die Votantin will keine neuen Gesetze. Die bestehenden Gesetze müssen aber eingehalten werden − und genau darum geht es in der vorliegenden Sache: Die Chancengleichheit und das Recht auf unentgeltliche Bildung müssen gewahrt bleiben. Das ist alles.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** nimmt als Erstes den Hinweis von Andreas Hürlimann betreffend Spannungsverhältnis von Gegenständen wie Etui, Schulthek und Turntasche versus neuen Geräten wie Tablets oder Notebooks auf. Man muss hier zur Kenntnis nehmen, dass das Eins-zu-eins-Computing ein neues Phänomen an den Schulen ist. «Bring your own device» ist in den Augen des Regierungsrat und vieler Experten − unter ihnen der berühmte Professor Beat Döbeli, eine Kapazität auf dem Gebiet Digitalisierung, tätig an der PH Schwyz − die umsichtige Antwort darauf. Es geht also weniger ums Sparen als vielmehr um das Eins-zu-eins-Computing, das in allen Lebensbereichen zur Tatsache geworden ist und deshalb auch an der Schule vorkommen muss.
Von mehreren Votanten wurde der Schutzbereich der Volksschule bzw. der obligatorischen Schule thematisiert, insbesondere dass das Untergymnasium nicht dazu gehören soll. Es wurde der Regierung vorgeworfen, nur juristisch und nicht inhaltlich zu antworten. Das ist korrekt. Die inhaltliche Frage wurde im Kantonsrat bereits mehrfach thematisiert und nach Meinung des Bildungsdirektors auch geklärt. Das war beispielsweise bei der Behandlung der Motion Walker/Lehner betreffend Abschaffung des Langzeitgymnasiums der Fall. Das Langzeitgymnasium *hat* seinen Zweck und seine Berechtigung, dazu steht die Regierung auch noch heute. Es ist aber nicht alternativlos: Das Kurzzeitgymnasium führt zum genau gleichen Abschluss, der gymnasialen Maturität. Deshalb stehen der Regierungsrat und − zumindest in seinen bisherigen Beschlüssen − auch der Kantonsrat für das Nebeneinander von Kurzzeit- und Langzeitgymnasium im Kanton Zug ein. Jetzt − vor dem Hintergrund des Bundesgerichtsurteils − steht natürlich die Frage im Raum, wie es sich mit der Alternative verhalte, zuerst die Sekundarschule in der Gemeinde zu besuchen und dann ins Kurzzeitgymnasium zu wechseln. Man muss die obligatorische Schulpflicht und den Schutzbereich von Art. 19 auseinanderhalten. Die obligatorische Schulzeit kann man auch an einer Privatschule oder − im Extremfall und mit Bewilligung des Kantons − durch *Homeschoolig,* also zuhause, absolvieren. Diese Formen der Erfüllung der obligatorischen Schulpflicht sind von Art. 19 nicht geschützt, wie eben auch das Untergymnasium, das klar zur obligatorischen Schulzeit gehört, aber eben nicht in der Kostenfreiheit geschützt ist.
Laura Dittli und auch weitere Votanten anerkennen ausdrücklich die Aussage, dass für einkommensschwache Familien Unterstützungsmöglichkeiten vorhanden sind. Ein ganz wichtiger Aspekt ist auch, dass die Verunsicherung betreffend Schulreisen und Klassenlagern angesprochen wurde. Der Bildungsdirektor ist froh, dass hier entsprechende Sicherheit geschaffen werden konnte.
Das in Kürze. Der Bildungsdirektor dankt für die Kenntnisnahme der regierungsrätlichen Antwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1110** Traktandum 2.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend die unrechtmässige Denunziation und Anschwärzung von Personen bei der KESB durch leichtfertige «Gefährdungsmeldungen»**
Vorlage: 2882.1 - 15807 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1111** Traktandum 2.2: **Postulat von Anna Bieri und Barbara Häseli betreffend Teilnahme an den Kantonsratssitzungen bei Mutterschaft**
Vorlage: 2881.1 - 15800 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1112** Traktandum 2.3: **Petition «Bezahlbarer Wohnraum für alle – für ein Vorkaufsrecht zu Gunsten der öffentlichen Hand»**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass am 4. Juli 2018 bei der Staatskanzlei die Petition mit dem genannten Titel einging. Die Staatskanzlei hat den Eingang bestätigt. Das erste Petitionsbegehren zielt darauf ab, die kantonale Gesetzgebung zu ändern. Zuständig ist der Kantonsrat. Es gibt keine kantonsrätliche Kommission, bei der im Moment ein Beratungsgegenstand bearbeitet wird, der unmittelbar mit den in der Petition thematisierten Fragen zusammenhängt. Daher liegt ein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vor, den die Justizprüfungskommission vorberät und dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreitet. Gestützt auf § 54 Abs. 1 Satz 2 GO KR wird die Justizprüfungskommission den Regierungsrat zum Mitbericht einladen.
Das zweite Petitionsbegehren verlangt ein Tätigwerden des Regierungsrats gegenüber den Gemeinden. Dieses Anliegen betrifft die ausschliessliche Zuständigkeit des Regierungsrats. Daher wird die Justizprüfungskommission laut § 54 Abs. 3 GO KR diesen Punkt direkt dem Regierungsrat als zuständiger Behörde weiterleiten. Die Staatskanzlei wird dies den Petentinnen und den Petenten mitteilen.

**1113** **Nächste Sitzung**

Donnerstag, 30. August 2018 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** wünscht allen Ratsmitgliedern eine erholsame Sommerpause und schöne Ferien.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

78. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. August 2018, Vormittag
Zeit: 08.30 – 11.55 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 7. Juni, 28. Juni und 5. Juli 2018
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Gabriela Ingold, Beat Unternährer, Florian Weber, Marcel Peter und Cornelia Stocker betreffend systematische Erhebung und Hinterfragung aller Zahlungen an andere Kantone

3.2. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Hitzewelle und Trockenheit: Wie reagiert der Kanton Zug?

3.3. Petition der Piratenpartei betreffend Seenotrettung im Mittelmeer

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzung und Umbau des Theilerhauses an der Hofstrasse, Zug

5. Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif): 2. Lesung
6. Finanzen 2019: Gesetzesänderungen
7. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht – Neustart
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel V 6 Busverkehr/Feinverteiler, u.a. auf Eigentrassee)
9. Motion der SP-Fraktion betreffend Realisierung des Sonnenenergiepotenzials bei kantonalen Bauten und Anlagen
10. Motion von Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend die Möglichkeit des Kantonsrats, Leistungsaufträge im Rahmen der Budgetdebatte ändern zu können
11. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Sicherheit
12. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Baubewilligungs- und Baubeschwerdeverfahren
13. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung
14. Interpellation von Beat Unternährer und Cornelia Stocker betreffend Vermögenssteuer im Kanton Zug

**1114 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Vormittagssitzung sind 77 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Beni Riedi, Baar; Anna Bieri, Hünenberg; Emanuel Henseler, Neuheim.

**1115 Mitteilungen**

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Rathauskeller ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

Kantonsrat Fabian Freimann und seine Frau Simone sind am 29. Juli 2018 glückliche Eltern von Amado geworden. Ebenso sind am 24. August 2018 Kantonsrat Michael Riboni und seine Frau Nicole durch die Geburt ihres Sohnes Nando beglückt worden. Der Vorsitzende gratuliert im Namen des Rats den jungen Familien zum Nachwuchs und wünscht ihnen ruhige Nächte.

TRAKTANDUM 1

**1116 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderung.

TRAKTANDUM 2

**1117 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 7. Juni, 28. Juni und 5. Juli 2018**

Der **Vorsitzende** weist auf zwei Punkte hin:
• Im Protokoll der Vormittagssitzung vom 7. Juni 2018 fehlt nach Ziff. 1058 eine Protokollziffer. Der Protokolltext wurde mit der Protokollziffer 1058a ergänzt.
• Die Seitenzahlen des Nachmittagsprotokolls vom 7. Juni mussten nachträglich geändert werden: Das Protokoll beginnt neu mit der Seite 2403 statt 2399 und endet mit der Seite 2430 statt 2426.
Im Internet sind die aktualisierten Versionen aufgeschaltet.

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 7. Juni, 28. Juni und 5. Juli 2018 stillschweigend.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss am Schluss der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 1121−1123).

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellung:**

**1118** Traktandum 4.1: **Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzung und Umbau des Theilerhauses an der Hofstrasse, Zug**
Vorlagen: 2885.1 - 15818 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2885.2 - 15819 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Hochbau.

TRAKTANDUM 5

**1119** **Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif): 2. Lesung**
Vorlage: 2818.5 - 15792 (Ergebnis 1. Lesung).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass keine Anträge auf die zweite Lesung eingegangen sind.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 72 zu 2 Stimmen zu.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**1120** **Finanzen 2019: Gesetzesänderungen**
Vorlagen: 2844.1/1a - 15706 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2844.2 - 15707 (Antrag des Regierungsrats [EG ZGB]); 2844.3 - 15708 (Antrag des Regierungsrats [Kommission Allgemeine Weiterbildung]); 2844.4 - 15709 (Antrag des Regierungsrats [Sonderschulen]); 2844.5 - 15710 (Antrag des Regierungsrats [Mittelschulen]); 2844.6 - 15711 (Antrag des Regierungsrats [Sportkommission]); 2844.7 - 15712 (Antrag des Regierungsrats [Polizeidienststellen]); 2844.8 - 15713 (Antrag des Regierungsrats [polizeiliche Leistungen]); 2844.9 - 15714 (Antrag des Regierungsrats [Betreibungszustellung]); 2844.10 - 15715 (Antrag des Regierungsrats [Pendlerabzüge]); 2844.11 - 15716 (Antrag des Regierungsrats [juristische Personen]); 2844.12 - 15717 (Antrag des Regierungsrats [Verwaltungsratsmitglieder]); 2844.13 - 15718 (Antrag des Regierungsrats [Mitarbeitendenbeteiligungen]); 2844.14 - 15719 (Antrag des Regierungsrats [Namensänderungen]); 2844.15 - 15720 (Antrag des Regierungsrats [gesundheitspolizeiliche Tätigkeiten]); 2844.16 - 15721 (Antrag des Regierungsrats [Beratungstätigkeit]); 2844.17 - 15722 (Antrag des Regierungsrats [Strassenkosten]); 2844.18 - 15723 (Antrag des Regierungsrats [Sennhütte]); 2844.19 - 15724 (Antrag des Regierungsrats [Kommission für Suchtprobleme]); 2844.20 - 15725 (Antrag des Regierungsrats [Krankenversicherungsobligatorium]); 2844.21 - 15726 (Antrag des Regierungsrats [Revierförsterinnen und -förster]); 2844.22 - 15727 (Antrag des Regierungsrats [Fischereikommission]); 2844.23 - 15728 (Antrag des Regierungsrats [Steuerfuss]); 2844.24/24a/24b/24c/

24d - 15799 (Bericht und Antrag der Kommission); 2844.25/25a - 15808 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** legt das Vorgehen fest.
• Zuerst findet eine allgemeine Debatte zu übergreifenden Themen statt. Zu beachten ist, dass die Gesetzesänderungen nicht als Paket beantragt werden. Die einzelnen Vorlagen unterstehen gemäss § 34 der Kantonsverfassung je separat dem Referendum. Der Kantonsrat muss daher auf jede Vorlage einzeln eintreten und separat zu jeder Vorlage Beschluss fassen.
• Nach der allgemeinen Debatte wird jede Vorlage einzeln aufgerufen. Der Rat wird zu jeder Vorlage einzeln einen Beschluss zum Eintreten oder Nichteintreten fassen. Bei Eintreten auf die jeweilige Vorlage folgt die Detailberatung.

**Allgemeine Debatte zu übergreifenden Themen**

**Hubert Schuler,** Präsident der vorberatenden Kommission, hält fest, dass die Regierung unter dem Titel «Finanzen 2019» dem Rat einen bunten Strauss von Massnahmen präsentiert, welche zur Gesundung der kantonalen Finanzen beitragen sollen. Dabei wurde «Sparen» weit gefasst, und wenn man die 22 Vorschläge genauer betrachtet, finden sich einige darunter, welche als Sparmassnahme bezeichnet werden können; andere Anpassungen können als Steuer- resp. Gebührenerhöhungen interpretiert werden, und weitere Gesetzesänderungen sind reine Geldverschiebungsmassnahmen.
Der Kommissionspräsident dankt dem Finanzdirektor, dem Generalsekretär Thomas Lötscher und dem juristischen Mitarbeiter Marco Braschler für die gute und umfassende Arbeit. Er dankt auch allen anderen Regierungsräten sowie der Frau Landammann für die unterstützenden Erläuterungen bei der Diskussion der entsprechenden Gesetzesanpassungen. Ein grosser Dank muss auch der ganzen Verwaltung ausgesprochen werden muss, denn neben den 22 Anträgen mit Gesetzesänderungen hat die Regierung in eigener Kompetenz weitere 363 Massnahmen verordnet. Diese müssen nun von der Verwaltung umgesetzt werden. Der Kommissionspräsident dankt auch den Mitgliedern der vorberatenden Kommission, die an drei intensiven Halbtagen heftig, aber fair diskutierten. Er wird bei den einzelnen Gesetzesänderungen, falls nötig, noch das Wort ergreifen. Einige Gesetzesanpassungen wurden von der Kommission diskussionslos gutgeheissen. Bei der Zusammenstellung der Gesetzesänderungen hat es eine Verschiebung ergeben. Dafür entschuldigt sich der Votant.
Die Kommission trat auf die Vorlage Teilrevision EG ZGB betreffend Anpassungen bei der KESB nicht ein. Hier verschliesst sich die Kommission nicht der Diskussion, sie ist aber der Meinung, dass diese Anpassungen mit einer separaten Vorlage ausführlicher besprochen werden müssen. Den Vorschlag, die Sportkommission abzuschaffen, lehnt die Kommission ab. Die Mitwirkung der Sportkommissionsmitglieder wird als wichtig und sinnvoll erachtet.
Bezüglich der Mindeststeuer für juristische Personen liess sich die Kommission die Auswirkungen einer Reduktion vom Finanzdirektor aufzeigen. Der erste Entscheid der Kommission unterstützte den Antrag der Regierung. Nach einem Rückkommensantrag erhielt der Antrag, die Mindeststeuer auf 250 Franken festzulegen, die Mehrheit.
Bei den ungedeckte Strassenkosten der Spezialfinanzierung Strassenbau konnte der Kommission nicht genügend plausibel erklärt werden, weshalb die Kosten für die Benützung der Strasse durch die Blaulichtorganisationen durch die Spezial-

finanzierung Strassenbau bezahlt werden soll, wenn gleichzeitig die Bussen und Gebühreneinnahmen in die laufende Rechnung fliessen.
Betreffend die zeitlich befristete Anpassung des gesetzlichen Steuerfuss für die Kantonssteuer von 82 auf 86 Prozent der einfachen Steuer unterstützte die Kommission nach einer ausführlichen Debatte und mehreren Abstimmungen mit 7 zu 5 Stimmen die geänderte Vorlage. Die Anhebung soll auf nur ein Jahr befristet sein, verbunden mit der moralischen Verpflichtung an die Regierung, eine Steuererhöhung bereits für das Jahr 2019 zu budgetieren.
Im Namen der Kommission bittet der Kommissionspräsident den Rat, die Anträge der Kommission zu unterstützen.

**Beat Unternährer** orientiert als Vertreter der Staatswirtschaftskommission, dass die Stawiko die vom Regierungsrat vorgeschlagenen 22 Gesetzesänderungen am 4. Juli 2018 beraten hat. Diese Gesetzesänderungen sollen die Staatsrechnung um rund 50 Millionen Franken pro Jahr entlasten. Davon sind 18 Millionen Franken nachhaltig. Eine befristete Steuererhöhung soll in den Jahren 2020 und 2021 32 Millionen Franken Mehrertrag pro Jahr generieren.
In der Stawiko wurde festgestellt, dass die mit Gesetzesänderungen verbundenen Massnahmen von «Finanzen 2019» nur geringe Kostensenkungen beinhalten und mehrheitlich Ertragssteigerungen oder Überwälzungen von Aufwendungen in Töpfe ausserhalb der Erfolgsrechnung des Kantons sind. Sparanstrengungen oder Effizienzsteigerungen im Rahmen dieser 22 Massnahmen führen nur zu Entlastungen von rund 2 Millionen Franken. 32 Millionen Franken pro Jahr sind allein auf die geplante temporäre Steuererhöhung zurückzuführen. Es wurde aber auch anerkannt, dass sich die Massnahmen an der politischen Machbarkeit orientieren müssen und dass mit den Entlastungsprogrammen 1 und 2 bereits 63 Millionen Franken eingespart wurden. Ebenso ist zu erwähnen, dass der Regierungsrat in eigener Kompetenz im Rahmen von «Finanzen 2019» bereits Sparmassnahmen von insgesamt 42 Millionen Franken beschlossen hat. Ebenso hat die Stawiko zu Kenntnis genommen, dass über die letzten zehn Jahre in mehreren Steuerrevisionen Steuererleichterungen im Umfang von 244 Millionen Schweizer Franken beschlossen wurden.
Es kann das Fazit gezogen werden, dass der Kanton Zug mit der Umsetzung von «Finanzen 2019» allenfalls nur knapp das strukturelle Defizit beseitigen kann. Man ist darauf angewiesen, dass die wirtschaftlich guten Rahmenbedingungen anhalten und dass die Sparanstrengungen von der Regierung in Zukunft als Daueraufgabe betrachtet werden. Ebenso ist festzuhalten, dass diesen Bemerkungen die Annahme zugrunde liegt, dass der NFA-Kompromiss in Bern, welcher den Kanton Zug gegenüber der heutigen NFA-Situation etwas entlasten würde, realisiert werden kann. Hier sind die Zuger Vertreter in der nationalen Politik gefordert.
Die Gesetzesänderungen zu «Finanzen 2019» wurden nicht als Paket beantragt, vielmehr muss der Kantonsrat zu jeder Gesetzesänderung einen Beschluss fassen. Die Stawiko ist jeweils einzeln auf sämtliche Vorlagen eingetreten und hat je eine Schlussabstimmung vorgenommen. Meistens folgte sie den Vorschlägen der vorberatenden Kommission. In der Summe der Entlastungsmassnahmen gibt es zwischen den Resultaten der vorberatenden Kommission und der Stawiko eine Differenz von nur 12’500 Franken. Diese betreffen die Teilrevision des EG ZGB sowie die Abschaffung der Sportkommission. Beim EG ZGB ist die Stawiko dem Vorschlag der Regierung gefolgt und hat die Effizienzsteigerungen von insgesamt 7500 Franken durch Änderungen der Zuständigkeiten gutgeheissen. Wie die vorberatende Kommission ist die Stawiko jedoch der Meinung, dass die Gesamtvorlage EG ZGB dem Kantonsrat in einer separaten Vorlage unterbreitet werden soll. Die Abschaffung

der Sportkommission hat die Stawiko hat mit 3 zu 2 Stimmen gutgeheissen und ist damit dem Vorschlag des Regierungsrats gefolgt.
Im Vergleich zu den Vorschlägen der Regierung hat die Stawiko für insgesamt 5,85 Millionen Franken weniger Entlastung gestimmt. Die erste Abweichung betrifft die Mindeststeuer für die juristischen Personen, wo der Regierungsrat 500 Franken vorgeschlagen hat und die Stawiko der Kommission mit 250 Franken gefolgt ist. Die zweite Abweichung betrifft die Zuweisung von ungedeckten Strassenkosten in die Spezialfinanzierung, wo die Stawiko wie die Kommission der Meinung ist, dass die Leistungen des Tiefbauamts der Spezialfinanzierung Strassenbau belastet werden können, jedoch keinesfalls die Aufwendungen im Zusammenhang mit Verkehrsüberwachung, Ahndung von Widerhandlungen, Geschwindigkeitskontrollen, Sachverhaltsabklärungen und Verkehrsinstruktion.
Viel zu diskutieren gab die vom Regierungsrat vorgeschlagene befristete Steuererhöhung für die Jahre 2020 und 2021 von 82 auf 86 Prozent. Die vorberatende Kommission hat eine Befristung auf 2020 vorgeschlagen und empfohlen, den Vorschlag mit einer «emotionalen» Verpflichtung» des Regierungsrats zu verknüpfen, je nach Finanzsituation bereits eine Anpassung des Steuerfusses für 2019 zu prüfen. Mehrheitlich sind die Stawiko-Mitglieder der Ansicht, dass es noch weiteres Sparpotenzial gibt. Da die Steuererhöhung befristet ist und der Kanton gezwungen ist, den Finanzhaushalt wieder ausgeglichen zu gestalten, hat die Stawiko mit 3 zu 2 Stimmen dem Vorschlag der Kommission zugestimmt.
Die Stawiko hofft, dass der Rat auf sämtliche Gesetzesänderungen eintritt und diese im Sinne der Stawiko unterstützt. Der Votant wird allenfalls zu einzelnen Massnahmen später nochmals sprechen.

Der **Vorsitzende** begrüsst an dieser Stelle Alt-Kantonsratspräsident Leonz Käppeli, der als Gast im Saal anwesend ist.

**Philip C. Brunner** spricht im Namen der SVP-Fraktion. Diese anerkennt die steten Bemühungen und Anstrengungen von Finanzdirektor Heinz Tännler, die Finanzen des Kantons, welche vor allem wegen den Auswüchsen des ausufernden NFA in Schieflage geraten sind, wieder ins Lot zu bringen. Das Thema ist bekannt, und es ist hauptverantwortlich für die heutige Debatte. Es ist die groteske Umverteilung in andere Kantone, welche die Zuger Finanzen belastet und ausser Rand und Band bringt. Der Finanzdirektor erfüllt seine Aufgabe mit grossem Einsatz, wofür ihm die SVP-Fraktion dankt und ein grosses Kompliment ausspricht. Bekanntlich kämpft Heinz Tännler nicht nur in Zug, sondern auch auf Bundesebene für eine faire Behandlung des Kantons Zug. Einen solchen Einsatz würde sich die SVP auch von den Zuger Bundesparlamentariern wünschen, davon wird man im nächsten Jahr vor den Wahlen sicher hören.
Die SVP-Fraktion wird der Mehrheit der beantragten Massnahmen vorbehaltlos zustimmen und damit ihren Teil zur Gesundung der Kantonsfinanzen beitragen. Gewisse Massnahmen waren in der Fraktion nach dreistündiger Diskussion denn auch unbestritten. Bekämpfen wird die SVP jedoch alle Massnahmen, welche zu höheren Gebühren und Steuern führen, wie etwa die Erhöhung der Gebühren für Namensänderungen und für gesundheitliche Tätigkeiten, die Reduktion des Pendlerabzugs oder die befristete Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 86 Prozent. Insbesondere die Erhöhung des Steuerfusses, welche mit 32 Millionen Franken den Hauptteil der Massnahmen ausmacht, wird eine klare Mehrheit der SVP-Fraktion ablehnen. Der Kanton Zug hat ja weniger ein Ertrags-, sondern weiterhin ein Ausgabenproblem. Auch der Kantonsrat ist manchmal gut im Geldausgeben, und während die Ausgabenseite kaum reduziert wird, soll der Bürger zur Kasse gebeten

werden. Die Reduktion von Steuerabzügen und die Gebührenerhöhungen zielen leider einmal mehr auf den Mittelstand, der diesen Kanton eigentlich am Laufen hält. Aber das ist nichts Neues. Als Mittelstandspartei kann die SVP davon ein Liedchen singen.
Der wirtschaftliche Aufschwung des Kantons Zug der letzten Jahrzehnte von einem der ärmsten Kantone der Schweiz und der damit einhergehende Wohlstand für alle sind zu einem grossen Teil dem attraktiven Steuerniveau zu verdanken. Eine Steuererhöhung führt zwar kurzfristig wie geplant zu mehr Steuereinnahmen, mittel- und langfristig sinkt aber das Vertrauen in die Politik, und die Steuereinnahmen werden durch diese Massnahmen möglicherweise sinken, weil Arbeitsplätze verlorengehen oder nicht mehr geschaffen werden. Und je nach konjunktureller Welle werden diese Aspekte sogar noch verstärkt. Die SVP-Fraktion wird sich weiterhin für einen schlanken Staat und eine möglichst tiefe Belastung von Bürger, Gewerbe und Wirtschaft mit Steuern, Abgaben und Gebühren einsetzen. Tiefe Steuern sind für die SVP kein Selbstzweck, vielmehr weisen sie einen zu gross werdenden Staat, der sich kontinuierlich aufbläht, in die Schranken. Tiefe Steuern sind so ein Garant für Freiheit und Wohlstand aller Zugerinnen und Zuger.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Die Regierung schlägt dem Parlament einen Strauss von Massnahmen zur Beseitigung des strukturellen Defizits vor. Es wäre vermessen zu sagen, man hätte es hier mit einer weiteren Spar- und Verzichtsvorlage zu tun. Wer das behauptet, braucht dringend eine Konsultation bei einem Optiker. Ein Grossteil der beantragten Gesetzesänderungen sind Umschichtungen in andere Töpfe oder Ertragssteigerungen und vor allem eine Steuererhöhung. Die beantragten Kostensenkungsmassnehmen haben ein bescheidenes Ausmass. Grossmehrheitlich kann die FDP-Fraktion diesen Gesetzesänderungen jedoch zustimmen. Sie wird in der Detailberatung aber noch den einen oder anderen Antrag unterbreiten.
Man kann die Vorlage drehen wie man will: Sparen und Verzichten werden auch in den kommenden Jahren ein Dauerauftrag sein. Man braucht sich nur auf Seite 17 des Kommissionsberichts die prognostizierten NFA-Zahlen von BAK Economics für die Jahre 2019 und folgende anzuschauen. Sie bedeuten im Klartext: Wenn der ausgearbeitete Kompromiss in Sachen NFA − bekanntlich ist deutlicher Gegenwind auszumachen − nicht zustande kommt, bezahlt Zug kontinuierlich mehr. Im Jahre 2024 wären es gegenüber 2019 nochmals 100 Millionen Franken mehr. Das wäre der blanke Horror. Wie Zug dies stemmen könnte, dafür dürfte wohl auch der Finanzdirektor kein Rezept haben, und wenn doch, dann wohl ein äusserst ungenüssliches oder krankmachendes. Für Zug ist es von zentraler Bedeutung, ob dieser Kompromiss zustande kommt. Noch gilt das Prinzip Hoffnung. Der Kanton Zug ist aber auch darauf angewiesen, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung ihren Fortgang findet. Sollten die Steuereinnahmen nicht wie erwartet fliessen, hat Zug ein neuerliches Problem. Verminderte Steuererträge und kein NFA-Kompromiss wären für Zug *der* Super-GAU.
Unter diesen Vorzeichen hat die FDP-Fraktion über die beantragte Steuererhöhung diskutiert. Sie macht aus ihrem Herzen keine Mördergrube und ist ehrlich: Die FDP tut sich sehr schwer damit, einer Steuererhöhung zuzustimmen, auch wenn diese befristet ist. Im Gesamtkontext jedoch − der Kanton Zug ist in der Geiselhaft des NFA, hat mehrere Sparprogramme und mehrere Steuergesetzesrevisionen mit substanziellen Entlastungen mit dem Segen des Volks beschlossen − sieht sie im Moment aber keine andere mehrheitsfähige Lösung. Schliesslich will sie mithelfen, das Ziel der Eliminierung des strukturellen Defizits und die gesetzliche Vorgabe einer ausgeglichenen Staatsrechnung zu erreichen. Es bleibt ihr also keine andere

Wahl, als diese *gruusige* Kröte zu schlucken. Für die FDP-Fraktion ist dieser Beitrag quasi der Malus in einer schlechten Zeit. Sie sieht ihn als Pendant zu den von verschiedenen Gemeinden gewährten Steuerrabatten in guten Jahren. Wenn sie jetzt diese Steuerhöhung grossmehrheitlich mitträgt, heisst das aber noch lange nicht, dass sie Hand bietet zur Lockerung der Sparzügel. Damit der Kanton bald wieder eine schwarze Null schreiben kann, ist er − wie erwähnt − von nicht oder nicht aktiv beeinflussbaren Faktoren abhängig. Das muss man berücksichtigen.
Der Kantonsrat wird in den nächsten Minuten oder Stunden wie auf einem Bazar um den Steuerfuss fighten. Von jenen Kreisen, welche ihn auf dem jetzigen Niveau belassen wollen, erwartet die FDP-Fraktion mehrheitsfähige Sparvorschläge. Alles andere ist Wegsehen von den Tatsachen oder Verweigerung der Hausaufgabenpflicht. Die SVP-Fraktion lobt zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit den aus ihren Reihen kommenden Finanzdirektor, lässt diesen aber, wenn es darauf ankommt, immer wieder im Regen stehen.
Zusammengefasst ersucht die Votantin namens der FDP-Fraktion − wenn auch nur grossmehrheitlich − den Rat, die Anträge der vorberatenden Kommissionen zu unterstützen und kommende Vorlagen und vor allem auch das Budget 2019 extrem gut auf Kosteneffizienz zu durchforsten.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG-Fraktion. Das Sparprogramm «Finanzen 2019» folgt auf das im November 2016 vom Zuger Souverän klar abgelehnte Entlastungspaket 2015−2018. Mit welcher Schnelligkeit der Zuger Regierungsrat das Abstimmungsresultat analysierte und auf dessen Grundlage eine neue Vorlage ausarbeitete, überraschte die ALG bereits zum Zeitpunkt der Vernehmlassung. Denn es zeigte sich gleich, dass gewisse Punkte, die 2016 zur klaren Ablehnung des Sparpakets führten, eins zu eins auch in die neue Vorlage «Finanzen 2019» eingeflossen sind. Aus Sicht der ALG ist dieses Vorgehen höchst fragwürdig und zeugt von einem zumindest merkwürdigen Demokratieverständnis. Der Votant ist gespannt, ob heute auch von rechter Seite ein Votum betreffend Einhalten des Volkswillens zu hören sein wird.
Eine Steuererhöhung ist ein notwendiger Schritt und eine *Must*-Bedingung für die heutige Debatte im Kantonsrat. Einnahmen und Ausgaben müssen zusammen betrachtet werden. Die ALG ist denn auch froh, dass der Regierungsrat nun eine Steuererhöhung zur Diskussion stellt und der Rat darüber diskutieren kann. Weil die Diskussion auch der Ertragsseite für die ALG-Fraktion von zentraler Bedeutung ist, erlaubt sich der Votant hierzu eine kurze Einordnung. Die − vielleicht befristete − Erhöhung des gesetzlichen Steuerfusses für die Kantonssteuer von heute 82 auf neu 86 Prozent der einfachen Steuer bringt dem Kanton jährliche Mehrerträge von rund 32 Millionen Franken. Eine Steuerfusserhöhung bewirkt einen Anstieg der Steuerbelastung sowohl für die natürlichen als auch die juristischen Personen. So würde mit der Erhöhung des kantonalen Steuerfusses auf 86 Prozent beispielsweise die Gewinnsteuer in der Stadt Zug 12,18 Prozent betragen. Damit hätte Zug − gemäss den bisher bekannten Planen zur Umsetzung der Steuervorlage 17 in den verschiedenen Kantonen − noch immer einen Platz in der absoluten Spitzengruppe in der Schweiz. Es besteht also kein Grund, hier ein massives Schwarzmal-Szenario an die Wand zu malen. Und auch bei den natürlichen Personen ist die zusätzliche Belastung aus Sicht der ALG vertretbar. Denn bei einem Bruttoeinkommen von 100’000 Franken muss eine alleinstehende Person ohne Kinder jährlich 161 Franken mehr Steuern bezahlen, eine verheiratete Person ohne Kinder jährlich 107 Franken. Die Auswirkungen sind also moderat und vertretbar, bei juristischen wie natürlichen Personen. Dafür könnte das Leistungsangebot in den umstrittenen

Punkten erhalten bleiben, oder Zug könnte sich besser auf das starke Wachstum einstellen.
Die ALG-Fraktion wird sich in der Debatte insbesondere gegen jene Massnahmen einsetzen, die einen Leistungsabbau im Bildungs- und im Sozialbereich bedeuten. Mehr dazu folgt in der Detailberatung zu den einzelnen Geschäften.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Der Staatshaushalt des Kantons Zug muss mittelfristig ausgeglichen sein. Es geht nicht an, dass laufend Defizite geschrieben werden, die dann zulasten des Eigenkapitals ausgeglichen werden. Zug könnte sich das theoretisch noch während einiger Jahre leisten − bis das Eigenkapital aufgezehrt ist. Das widerspricht jedoch auch dem Finanzhaushaltgesetz, das eine mehr oder weniger ausgeglichene Rechnung über einen Zeitraum von acht Jahren − ein Teil davon in der Vergangenheit, ein Teil in der Zukunft − vorschreibt. Der Regierungsrat und der Kantonsrat haben in der Vergangenheit schon Sparpakete geschnürt und auch umgesetzt, eines wurde vom Souverän mehrheitlich abgelehnt. In diesem Sinn steht auch die SP-Fraktion prinzipiell hinter der Vorlage «Finanzen 2019». Diese bringt gemäss den Vorschlägen des Regierungsrats eine Ergebnisverbesserung von beinahe 50 Millionen Franken, was in den Vorberatungen der Kommission und der Stawiko allerdings bereits geschmälert wurde. Ziel ist eine ausgeglichene Rechnung.
Der Regierungsrat bezeichnet «Finanzen 2019» als Sparpaket. Das ist es jedoch in keiner Art und Weise. Es beinhaltet auch echte Sparmassnahmen, aber zur Ergebnisverbesserungen tragen zu einem sehr grossen Teil auch Gebühren- und Steuererhöhungen sowie Umlagerungen bei. Die SP bemängelt, dass ein Teil der vom Souverän ablehnten Massnahmen aus dem früheren Entlastungsprogramm, die in den Diskussionen im Kantonsrat und im Vorfeld der Abstimmung in Leserbriefen oder Inseraten umstritten war, jetzt wieder bei «Finanzen 2019» auftaucht, so etwa die Schliessung von Polizeidienststellen.
Für «Finanzen 2019» und die weiteren Entlastungsmassnahmen werden rund 46 Personaleinheiten abgebaut. Der Regierungsrat will dazu die natürliche Fluktuation, Umorganisationen sowie Pensenreduktionen nutzen; Entlassungen will er vermeiden. Aber mit wie vielen Entlassungen rechnet er schlussendlich? Die Finanzdirektion hat für «Finanzen 2019» einen Sozialplan ausgearbeitet. Die Personalverbände konnten dazu Stellung nehmen, und ein Teil der Anregungen wurde auch übernommen. Was ist aus diesem Sozialplan geworden?
Die SP findet einige vom Regierungsrat vorgeschlagene Massnahmen nicht sinnvoll und wird sie ablehnen bzw. wird nicht darauf eintreten. Sie begrüsst explizit die beantragte sehr moderate Steuerfusserhöhung während zwei Jahren, könnte sich jedoch auch eine zeitlich unbegrenzte Steuerfusserhöhung vorstellen. Die Sanierung des Staatshaushalts kann und darf nicht nur einseitig über Ausgabenkürzungen erfolgen, sondern muss auch zusätzliche Steuereinnahmen beinhalten, dies insbesondere angesichts der Tatsache, dass im Bereich der Steuern über die letzten Jahre und Jahrzehnte hinweg Steuererleichterungen umgesetzt wurden, die jährliche Steuerausfälle von rund 180 Millionen Franken zur Folge haben.

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion. Trotz unzähliger Sparmassnahmen erzielt der Kanton Zug immer noch keinen ausgeglichenen Staathaushalt. Die Sparmassnahmen durch den Kantonsrat oder in eigener Kompetenz durch den Regierungsrat zeigen zwar eine Wirkung, reichen aber nicht aus, um das strukturelle Defizit zu beseitigen. Deshalb braucht es für die CVP nun die Massnahme einer Steuerfussanpassung. Die CVP hat immer kommuniziert, dass sie − wenn nötig − dazu Hand bieten wird. Nun ist es so weit, denn die von Bern befohlenen NFA-

Zahlungen werden weiter steigen, und die Sparübungen wirken langsam etwas sehr gesucht und sind immer mehr eine reine Umverteilungen oder ganz einfach Mehreinnahmen durch Gebühren.
Heute berät das Parlament weitere Spar- oder besser Entlastungsvorlagen unter dem Titel «Finanzen 2019». Die Stawiko hat in ihrem Bericht treffend erwähnt, dass «Finanzen 2019» kein eigentliches Sparpaket, sondern vielmehr eine Erhöhung der Ertragsseite oder die Abwälzung von Aufwendungen darstellt. Für den Bürger ist und bleibt es jedoch ein Sparpaket. Das muss unbedingt beachtet werden. Der Rat darf bei seinen Beratungen auch nie ausser Acht lassen, dass viele für den Bürger spürbare Sparmassnahmen vom Regierungsrat in eigener Kompetenz bereits umgesetzt wurden. Der Rat kennt diese Massnahmen nur von einer Excel-Liste. Viele im Kanton spüren diese Massnahmen jedoch sehr konkret. Um die Abschlüsse des Kantons zu verbessern, wurden auch diverse Investitionen einfach nach hinten geschoben. Daran hat die CVP keine Freude und fürchtet die Zukunft. Sie ist auch überzeugt, dass weitere Sparmassnahmen von einer Steueranpassung begleitet werden müssen. Andernfalls wird der Rat von den Zugerinnen und Zugern nicht mehr verstanden: Man kann die steigenden Ausgaben nicht mehr mit den langsamer steigenden Einnahmen decken.
Sind die Finanzprobleme alle hausgemacht? Nein, ein grosser Übeltäter ist dabei der NFA. Gemäss heutigem Stand sollen die NFA-Zahlungen im nächsten Jahr bei 328 Millionen Franken liegen und bis 2024 auf unglaubliche 428 Millionen Franken steigen. Leider ist es weiterhin die Pflicht des Parlaments, mit *diesen* Zahlen zu rechnen, denn der NFA-Kompromiss unter der Leitung von Alt-Regierungsrat Franz Marty ist noch lange nicht im Trockenen. Der Votant dankt dem Finanzdirektor, dass er in dieser Arbeitsgruppe den von Peter Hegglin eingeschlagenen Weg hartnäckig weiterverfolgt.
Es ist ja schon so, dass mehr NFA auch mehr Einnahmen beim Kanton bedeutet. Die Marge für den Kanton ist jedoch bald bei Null. Muss Zug also bald hoffen, dass sich hier keine neuen Firmen mehr niederlassen? Denn bald bezahlt Zug mehr nach Bern, als es von einem Neuzuzüger erhält. Und dann ist da noch die grosse Unsicherheit um die Steuervorlage 17. Hier hat der Votant grosse Bedenken, wenn in Bern das Ganze von einem SVP-Vertreter auch noch mit dem NFA verknüpft werden soll. So kommt man nie zu einem vernünftigen Resultat.
Eine Steuererhöhung im Kanton Zug tut weh, ist aber auch ein Signal nach Bern, dass vieles im Argen ist mit der Solidarität unter den Kantonen. Das Aufblähen der Ausgaben des Kantons Zug ist nicht nur selbstverschuldet, sondern von Bern gewollt. Doch nun ist genug geklagt und auf die Bösen in Bern gezeigt, denn es gilt trotzdem: Die CVP will einen ausgeglichenen Staatshaushalt. In der DNA der CVP steht nicht geschrieben, dass um jeden Preis die Steuern gesenkt oder der Staat auf ein absolutes Minimum zusammengestaucht werden soll. Für die CVP gilt: ein gutes staatliches Leistungsangebot, ein ausgeglichener Staatshaushalt, eine attraktive Steuerbelastung − und nicht um jeden Preis die allertiefsten Steuern. Der Staat braucht für seine Leistungen auch ausreichend Einnahmen. Auch wenn die CVP-Fraktion heute eine Steuerfusserhöhung unterstützt. gilt natürlich weiterhin: Man muss die Verwaltung immer wieder zu Effizienz zwingen. In der Privatwirtschaft übernimmt das der Mitbewerber, beim Staat ist es die Pflicht des Regierungsrats und des Parlaments. Weiter gilt, dass trotz mehr kantonalen Steuereinnahmen mit den Gemeinden auch die ZFA-Reform vorangetrieben werden muss. Denn es ist einfach eine Tatsache, dass es den Gemeinden ausnehmend gut geht. Die vielen Aussagen über eine zähe Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden stimmen den Votanten aber sehr nachdenklich. Hier sollte viel zielorientierter gearbeitet werden.

Fazit: Mit den aktuellen Finanzaussichten und nach unzähligen Sparübungen muss der Kanton Zug heute seine Steuern erhöhen. Das tut weh, ist aber nötig. Die CVP unterstützt daher ihren eigenen Vorschlag, der nun auch von der Kommission übernommen wurde, voll und ganz. Es gilt die Schuldenbremse ernst zu nehmen, und diese schlägt nun mal 2021 zu. Man muss also bereits im Budget 2019 Anpassungen bei den Einnahmen beschliessen und zur Selbstdisziplinierung des Parlaments im Jahr 2020 den Steuerfuss durch «Finanzen 2019» fixieren. In der Detailberatung der verschiedenen Vorlagen zu «Finanzen 2019» wird die CVP-Fraktion mit verschiedenen Anträgen noch Korrekturen beantragen.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass alle ein vitales Interesse an einem gesunden und ausgeglichenen Staatshaushalt haben. Deshalb unterstützt die GLP ganz grundsätzlich das strategische Ziel des Regierungsrats, das strukturelle Defizit des Kantons zu beseitigen und den Finanzhaushalt ab 2020 wieder ins Gleichgewicht zu bringen. So befürwortet sie auch das Gesamtpaket «Finanzen 2019». Die GLP ist jedoch nicht wirklich überzeugt, ob die darin vorgeschlagenen Gesetzesänderungen in signifikanter Weise helfen, die seit Jahren bestehende Unterfinanzierung des Staatshaushalts nachhaltig zu entlasten resp. ins Gleichgewicht zu bringen. Dazu ist das Entlastungspotenzial mit insgesamt nur 2,7 Millionen Franken oder 5,4 Prozent effektiven Sparmassnahmen einfach zu klein. Zählt man die Abwälzung der Quellensteuern und die Gebührenerhöhungen dazu, sind es immer noch nur 10 Prozent. Für den benötigten Effekt hätte die faktische Ausgabenreduktion zwingend höher ausfallen müssen, vor allem wenn sich der mit Abstand grösste Betrag mit 32 Millionen Franken oder zwei Drittel der gesamten Entlastungssumme auf der Einnahmeseite befindet und zudem im besten Fall nur gerade zwei Jahre wirksam ist. Strukturelle Probleme sind strukturell zu lösen. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen werden dem zu wenig gerecht. So sieht die GLP diese nach dem Sparpaket 2018 eher als weiteres entschärftes *Remake* des an der Urne gescheiterten Entlastungsprogramms 2015−2018 denn als Teil einer kohärenten Gesamtstrategie zur fortdauernden Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts. Der vom Regierungsrat bekundete Wille, das strukturelle Defizit bis 2020 zu beseitigen, wird für die GLP mit den im Rahmen von «Finanzen 2019» vorgeschlagenen Gesetzesänderungen jedenfalls zu wenig materialisiert. Gleichwohl findet die GLP, dass diese möglichst als Gesamtpaket umgesetzt werden sollen, inklusive die befristete Steuerfusserhöhung zumindest für ein Jahr. Dies nicht, weil die GLP Sparen oder Steuerzahlen toll findet, sondern weil es nicht zu tun einer Vogel-Strauss-Politik gleichkäme. Gerade im Wissen um die horrende Entwicklung der Zuger NFA-Beiträge wäre das glatte Realitätsverweigerung. Denn aller Voraussicht nach muss man davon ausgehen, dass der von der Konferenz der Kantonsregierungen ausgehandelte Kompromiss kaum in der vorliegenden Fassung durch das Bundesparlament kommen wird − schon gar nicht, wenn Wahlen anstehen.
Finanzpolitik ist kein Selbstzweck, sondern steht im Dienst der wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen des Kantons. Es gilt also, die finanzpolitische Verantwortung wahrzunehmen, ideologische Barrieren zu überwinden und dem Kanton zu helfen, seine finanzielle Handlungsfähigkeit zu behalten. Auch wenn die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen diesen Anspruch nicht wirklich einzulösen vermögen, gilt es doch, dem Staatshaushalt zu einer Verschnaufpause zu verhelfen. Vielleicht sind ja viele kleine, solide Schritte wirksamer als ein vermeintlich grosser Sprung.

**Manuel Brandenberg** nimmt Bezug auf die Aussage von Cornelia Stocker, die SVP-Fraktion lasse den Finanzdirektor im Regen stehen. Das stimmt überhaupt

nicht. Die SVP lässt die *Regierung* im Regen stehen. Das ist ein wesentlicher Unterschied, denn die zur Debatte stehende Vorlage kommt von der Regierung, nicht vom Finanzdirektor. Dafür aber sorgt die SVP − und das ist wichtiger − für sehr viel Sonnenschein und schöne Temperaturen bei den Steuerpflichtigen.

**Kurt Balmer** hat bisher ein Wort vermisst − und er hat dem Kommissionspräsidenten angekündigt, dass er zum Rednerpult schreiten werde, wenn er dieses Wort nicht höre. Die Debatte dreht sich ums Sparen und um Mehreinnahmen, es ist bisher aber noch kein Wort über den ZFA, ein Lieblingsthema des Votanten, gefallen. Der ZFA ist im heutigen Zusammenhang ein wichtiges Thema, und der Votant hat schon bei verschiedenen Gelegenheiten ausgeführt, dass der Kanton, gestützt auf das abgelehnte Entlastungspaket, pro Jahr de facto 18 Millionen Franken verschenkt. In «Finanzen 2019» sieht er diesbezüglich keinerlei Bemühungen, und er vermisst eine klare Aussage der Regierung, wieso die Gemeinden nicht berücksichtigt wurden. Soll der Kanton weiterhin mindestens 18 Millionen Franken pro Jahr verschenken? Es gibt auch Gerüchte, dass die ZFA-Reform de facto gescheitert sei, und es werde irgendwann nur noch eine Minireform geben. Es wäre schön, wenn der Tausendsassa Heinz Tännler, wie ihn der SVP-Fraktionschef auch schon genannt hat, den Rat orientieren könnte, wie es konkret mit dem Solidarbeitrag der Gemeinden aussieht. Wo steht man heute mit der ZFA-Reform? Kommt Ende August wie angekündigt ein Bericht oder Zwischenbericht? Und ist es richtig, dass es am Schluss nur eine absolute Minireform des ZFA geben wird?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der vorberatenen Kommission und deren Präsidenten Hubert Schuler, der Staatswirtschaftskommission und allen, welche im diesem sehr intensiven Prozess «Finanzen 2019» mitgewirkt haben, also auch dem Gesamtregierungsrat und der ganzen Verwaltung. Die Debatte war und ist lebendig und engagiert, und sie zeigt, dass der Rat sich intensiv mit der Thematik auseinandersetzt. Der Finanzdirektor ist froh darüber, denn es geht um viel für den Kanton Zug. Die Debatte bringt ihn aber auch zu einer nicht ganz überraschenden Erkenntnis: Der Grossteil des Rats, insbesondere die Vorrednerinnen und -redner, und natürlich auch der Finanzdirektor selbst möchten in rund einem Monat wiedergewählt werden. Darum ist es nur verständlich, dass man sich selber und seiner Partei im Endspurt des Wahlkampfs eine gehörige Portion Profil verleihen will. Das ist − wie gesagt − verständlich, aber nicht zwingend im Sinne des Sachgeschäfts. Der Finanzdirektor möchte auf eine andere Frage fokussieren: Warum und wozu wird man als Politiker gewählt? Die Antwort ist recht simpel: um dem Kanton Zug und seiner Bevölkerung in adäquater Form zu dienen. Man sollte deshalb für einen Moment parteipolitisches Schaulaufen beiseitelassen und sich fragen: Was ist eigentlich gut für den Kanton Zug? Und mit dem Kanton Zug meint der Finanzdirektor nicht einzelne Interessengruppen und Partikularinteressen, sondern schlicht und einfach das Ganze.
«Finanzen 2019» ist kein Selbstzweck, sondern das letzte Element einer Strategie zur Eliminierung des strukturellen Defizits des Kantons Zug. Der Regierungsrat hat − auch dank der Hilfe des Kantonsrats − bereits wichtige Schritte umsetzen können, und er braucht nun den letzten Baustein für die Nachhaltigkeit. Natürlich hat Daniel Stadlin recht, wenn er auf die 2,7 Millionen Franken eigentliches Sparpotenzial hinweist, es geht aber immer auch um das politisch Machbare. Wenn man EP 1 und 2 bzw. Sparpaket 2018 und jetzt «Finanzen 2019» zusammenzählt, sind es mehr als 2,7 Millionen Franken, aber irgendwo gibt es politische Grenzen. Man den ganzen Prozess mit dem Bau eines Iglus vergleichen: «Finanzen 2019» ist der letzte Eis-

block. Oben in die Mitte gesetzt, rundet er den Bau ab, macht ihn komplett und verleiht ihm erst die nötige Stabilität.
Das strukturelle Defizit ist jener Teil des Staatshaushalts, der von konjunkturellen Schwankungen unabhängig ist, also der Ausgabenüberschuss in konjunkturellen Normalzeiten. Mit den bereits umgesetzten Massnahmen konnten er bereits reduziert werden. Allerdings wird er durch wachsende NFA-Zahlungen wieder in die Höhe getrieben. Da die NFA-Zahlungen massiv höher liegen als das strukturelle Defizit, hat der Kanton Zug kein hausgemachtes Ausgabenproblem, er *hat* aber ein Problem. Natürlich könnte man einzelne Elemente aus «Finanzen 2019» herausbrechen, ohne dass gleich das Ganze auseinanderfällt. Ganz wichtig ist aber, die Kernelemente zu erhalten. Und das führt zum offensichtlichen *pièce de résistance* der heutigen Debatte, der befristeten Steuererhöhung. Hoch emotional behaupten einige, die Steuersenkungen seien Ursache des Defizits und müssten mit massiven Erhöhungen kompensiert werden. Andere finden, Steuererhöhungen seien des Teufels, würden die Wirtschaft abwürgen und zu einem Exodus des Steuersubstrats führen. Beide Extrempositionen sind nicht komplett falsch, aber eben auch nicht richtig. Fakt ist, dass die Politik der moderaten Steuern den Kanton Zug vom armen Agrarkanton am Schluss der Schweizer Hitparade zum international attraktiven und prosperierenden Wirtschaftsstandort mit attraktiven Arbeitsplätzen gemacht hat. Fakt ist aber auch, dass man diese Strategie nicht beliebig weitertreiben kann. Man kann den Wasserspiegel eines Sees durchaus senken. Sobald aber die Fische Sonnenbrand kriegen, ist es nicht mehr gut. Dieser Punkt wäre spätestens dann erreicht, wenn ein zusätzlicher Steuerfranken mehr als einen Franken für den NFA zur Folge hätte. So weit ist man noch nicht: Ein Gutachten zeigt, dass Zug gegenüber anderen Kantonen noch eine sehr veritable, gute Marge hat. Wenn also juristische oder natürliche Personen angesiedelt werden, hat der Kanton Zug noch eine Marge. Das ist aber nicht sicher auf ewige Zeiten. Die bisherigen Steuerreduktionen waren zu ihrem Zeitpunkt nicht falsch, sondern aufgrund des Finanzhaushaltgesetzes sogar nötig. Sie führten nicht zu einem Ausbluten des Kantons. Das kann man einfach nachrechnen, wenn man das ursprüngliche strukturelle Defizit von 150 bis 200 Millionen Franken mit den jährlichen NFA-Zahlungen von bis zu 340 Millionen Franken in Relation setzt. Allerdings gibt es ein kleines Problem: Die Höhe der NFA-Zahlungen wird von Bern diktiert, die Steuern bestimmt der Kanton selber. Das führt zur Frage, welche Steuerbelastung angemessen ist. Soll man dem Staat gerade so viele finanzielle Mittel zugestehen, dass er das Allernötigste abdecken kann und nicht mehr? Den bisherigen Voten ist zu entnehmen, dass dies die Position zumindest einer Fraktion ist. Aber ist es auch die Position des Volkes? Das zweite Paket des Entlastungsprogramms 2015−2018 wurde vor zwei Jahren vom Volk bachab geschickt. Das Verdikt war klar: Das Volk ist durchaus bereit für sinnvolle Sparmassnahmen, aber eben nicht bis zum bitteren Ende. Es will eine gute Infrastruktur, es will Qualität− und es ist auch bereit, dafür zu bezahlen. Natürlich kann man den Weg von A nach B auch mit einem zwanzigjährigen Kleinwagen zurücklegen. Die Zuger Bevölkerung will aber einen modernen Mittelklassewagen und kann sich diesen auch leisten. Die Rede ist hier nicht von Luxus, sondern von qualitativ überzeugenden Leistungen.
In der Zeitung stand geschrieben, dass eine Fraktion sich gegen die Steuererhöhung wehren wolle. Das ist ihr gutes Recht und muss akzeptiert werden. Das Problem liegt nicht der Polemik oder in irgendwelchen grotesken Aussagen. Es liegt vielmehr beim NFA. Und deshalb hat der Kanton Zug längerfristig kein Ausgaben-, sondern ein Ertragsproblem. Der Finanzdirektor schlägt deshalb einen Deal vor: Die SVP als grösste Fraktion in Bern hat zusammen mit der ebenfalls grossen FDP-Fraktion im Bundeshaus die Mehrheit. Diese beiden Parteien sollen

nicht nur den Finanzdirektor in Bern agieren lassen, sondern mit ihren Vertretern dafür sorgen, dass alle eidgenössischen Parlamentarier, auch jene aus den Nehmerkantonen, zu einem Teil auf das Manna aus Zug verzichten, Dann nämlich wird der NFA-Kompromiss zustande kommen. Extrempositionen bringen den Kanton Zug nämlich nicht weiter.

Dem Finanzdirektor ist bewusst, dass die Debatte über «Finanzen 2019» anstrengend, schmerzhaft und nicht wirklich geeignet ist, den Freundeskreis substanziell zu erweitern. Man könnte versucht sein, sich aus der Verantwortung zu stehlen und die Entscheidung zu vertagen. Haben sich nicht die Finanzen bereits wieder ein bisschen erholt? Und weiss man nicht noch zu wenig über die Steuervorlage 17 und die Entwicklung beim NFA? Sollte man also nicht noch etwas warten? Nein, so geht es nicht. Der Kantonsrat hat unlängst die Schuldenbremse als Instrument zur finanziellen Steuerung des Finanzhaushalts eingeführt. Sie verlangt, dass Rechnungen und Budgets über einen Zeitraum von acht Jahren ausgeglichen sein müssen. Wenn man nun auf die befristete Steuererhöhung für zwei Jahre oder für ein Jahr verzichtet, verzichtet man auf viel Geld. Dieses Loch − bei zwei Jahren sind es 64 Millionen Franken − und die hohen Defizite der Vorjahre müssen in den Folgejahren kompensiert werden. Das ist eine enorme Knacknuss. Wenn die Schuldenbremse schon wirken würde, hätte der Kanton Zug − Stand heute − ein kumuliertes Negativergebnis von 230 Millionen Franken. Der Finanzdirektor weiss nicht, wie man damit umgehen würde. Und bezüglich NFA hat BAK Basel errechnet, dass der Kanton Zug 2024 rund 430 Millionen Franken bezahlen muss. Das sind 100 Millionen Franken mehr als heute. Sollte der Kompromiss der Kantone zustande kommen, wären es 2024 nur rund 366 Millionen Franken, was aber immer noch 40 Millionen Franken mehr ist als im kommenden Jahr. Das macht die Knacknuss zur Knackkokosnuss. Und als ob das nicht genug wäre, kommt noch die Unsicherheit bezüglich Steuervorlage 17 dazu. Und wenn es ganz dumm geht, steht Zug bald mit heruntergelassenen Hosen im Epizentrum eines Wirtschaftskriegs zwischen den USA und Europa. Dieses Risiko besteht.

Was also soll man tun, wenn die Schuldenbremse fulminant zuschlägt? 150 Verwaltungsangestellte auf die Strasse stellen und zusehen, wie die Standortqualität vor die Hunde geht? Übrigens entsprechen 150 Vollzeitstellen − grosszügig gerechnet − gut 20 Millionen Franken, das Problem wäre also bei Weitem noch nicht gelöst. Oder soll man dannzumal die Steuern erhöhen, dann aber richtig heftig? Jedenfalls dürfte es äusserst schwierig werden und brutale Massnahmen erfordern, um dann die Schuldenbremse einzuhalten. Dem Finanzdirektor graust vor solchen Szenarien.

Man mag einwenden, dass sich am Finanzhimmel Morgenröte abzeichne. In der Tat stimmen gewisse Entwicklungen bei den Steuereinnahmen den Regierungsrat verhalten optimistisch: Man steht besser da als gedacht, das ist erfreulich. Vor diesem Hintergrund hat die Regierung die Rechnung und Budgets vorsichtig nachjustiert, einige schmerzhafte Sparmassnahmen und eine unbefristete Steuerfusserhöhung gestrichen. Er schlägt nun eine befristete und moderate Steuererhöhung vor, die vorberatende Kommission hat die Frist sogar noch auf ein Jahr beschränkt. Die Regierung hat also auf der Ertragsseite reagiert. Mit der Gegenposition, nämlich *abwarte und mal luege*, sollte man eher vorsichtig sein.

Zusammenfassend hält der Finanzdirektor fest: Trotz der aktuellen Sparprogramme hat man im Kanton Zug paradiesische Zustände: Die Bevölkerung und die Wirtschaft geniessen nach wie vor überdurchschnittlich gute staatliche Leistungen bei günstigen Steuern. Die Exekutive hat in der Vergangenheit und bis heute bewiesen, dass sie weiss, wie man einen Kanton erfolgreich und zum Erfolg führt. Natürlich ging dies nur, weil das Parlament und die Bevölkerung diesen Kurs mit-

getragen haben. Zug ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Natürlich dürfen die Kantonratsmitglieder und ihre Parteien die eigenen Leistungen im Wahlkampf besonders betonen. Man soll aber ehrlich sein: Keine Partei verantwortet den Zuger Erfolg allein. Es ist das Ergebnis einer umsichtigen, strukturierten Konsenspolitik. Deshalb richtet der Finanzdirektor seinen Appell an alle staatstragenden Fraktionen. Es geht nicht darum, den Kanton Zug vor dem Untergang zu retten. Weder ist er finanziell ausgeblutet und kaputtgespart − das ist völliger Unsinn und polemisches, dummes Geschwätz −, noch wird die Bevölkerung steuerlich abgezockt. Folglich muss man nicht hektisch den Karren aus dem Dreck ziehen. Es reicht völlig aus, wenn man ihn mit Umsicht und Besonnenheit nicht an die Wand fährt. Der Regierungsrat gibt dem Parlament mit «Finanzen 2019» das nötige Instrument in die Hand. Er bittet den Rat, dieses zu nutzen.

Alois Gössi hat den Sozialplan erwähnt und gefragt, warum dieser nicht auf dem Tisch liege. Festzuhalten ist: Es gibt keine Entlassungswelle, weder gab es sie mit den ersten Sparpaketen noch gibt es sie mit «Finanzen 2019». Die Finanzdirektion hat einen Entwurf eines Sozialplans mit den Personalverbänden diskutiert und inhaltlich abgestimmt, und der Regierungsrat hat festgelegt, ihn sicher nicht in Kraft zu setzen, denn es gibt keine Massenentlassung. Der Finanzdirektor behauptet sogar, dass es wegen «Finanzen 2019» kaum eine Entlassung geben wird. Es wäre also ein komplett falsches Zeichen gewesen, einen Sozialplan aufzulegen. Dieser wäre medial hochgepowert worden − ein völlig falsches Zeichen. Der Regierungsrat hat zu Recht diesen Kurs eingeschlagen.

Bezüglich ZFA glaubt sich der Finanzdirektor zu erinnern, dass er vor kurzem im Kantonsrat den Prozess aufgezeigt hat. Man ist heute einen Schritt weiter. Wieso sieht man in «Finanzen 2019» nichts vom ZFA und von diesen 18 Millionen Franken? Durch die Ablehnung des EP 2 durch das Volk ist auch der ZFA-Teil gekippt worden. Man hat überall gehört, der ZFA sei einer der Gründe für die Ablehnung gewesen. Die Gemeinden, die es für einen solchen Prozess braucht, haben sich zurückgezogen und gesagt, der ZFA müsse ein separates Projekt sein. Der Regierungsrat hat darüber diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass dieser Ansatz richtig sei. Man stelle sich vor, der Kantonsrat müsste heute nebst «Finanzen 2019» auch noch über den ZFA diskutieren! Das wäre ein Riesenpuff. Es ist nicht so einfach, wie Kurt Balmer denkt. Man ging also zurück auf Feld 1: AKV-Prinzip. Arbeitsgruppen haben Hunderte von Massnahmen vorgelegt, diese wurden analysiert und kategorisiert: Ein Teil ging zu den Gemeinden, ein anderer Teil wurde sofort umgesetzt, ein weiterer Teil ging in den Ausschuss von Gemeinden und Regierung. Es wurde intensiv gearbeitet, und die Arbeitsgruppen wurden von der Regierung laufend über den Prozess informiert. Nun liegt seit einer Woche ein Paket vor, und die Finanzdirektion arbeitet am Bericht zuhanden der Gemeinden und des Regierungsrats. Es ist zugegebenermassen kein fulminanter Wurf, aufgrund des AKV-Prinzips aber *ist* es ein Wurf, der zu einer Optimierung der heutigen Situation führt, dies vor dem Hintergrund und der überzeugenden Haltung des Projektauschusses, dass es bezüglich ZFA keine Verwerfungen gibt. Das System ist nämlich nicht schlecht, der innerkantonale Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden funktionieren nicht komplett falsch; man hat das im Rahmen der Sparübungen etwas hochstilisiert. Mit dem erwähnten Bericht werden die Gemeindepräsidentenkonferenz (GPK) und der Regierungsrat bedient. Noch im laufenden Jahr wird debattiert im Sinne eines Vernehmlassungsverfahrens, und im Frühling 2019 wird der Kantonsrat mit der entsprechenden Vorlage bedient. Genau das hat der Finanzdirektor schon vor drei oder vier Monaten gesagt. Von Pirmin Andermatt hat der Finanzdirektor gehört, dass die Gemeinden etwas frustriert seien. Es ist zwar gut, dass die Gemeinden in der GPK organisiert sind. Man muss

aber auch die übrigen Gemeinderäte, die irgendwo involviert sind, entsprechend informieren. Und das läuft nach Meinung des Finanzdirektors nicht optimal. Vieles bleibt in der GPK hängen und wird nicht nach unten gespiegelt, und dann wissen bestimmte Leute nicht, wo der Prozess steht − und am Schluss des Tages ist der Kanton schuld! So präsentiert sich die Situation, und der Finanzdirektor hofft, dass er etwas Licht ins angebliche Dunkel bringen konnte.
Abschliessend dankt der Finanzdirektor nochmals für die gute Debatte. Er hofft, dass man heute zu einem Resultat kommt und dass der Kantonsrat die Arbeit der Verwaltung und des Regierungsrat so gut wie möglich unterstützt.

**Eintretensdebatten und allfällige Detailberatungen zu den einzelnen Vorlagen**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission insgesamt sechs Änderungsanträge stellt; zu den entsprechenden Vorlagen gibt es eine dreispaltige Synopse. Die Staatswirtschaftskommission stellt zu zwei Vorlagen Änderungsanträge; zu diesen Vorlagen liegen vierspaltige Synopsen vor. Das bedeutet, dass die Stawiko auf die übrigen Vorlagen eingetreten ist und ihnen entweder in der Fassung des Regierungsrats oder der Kommission zustimmt. Im Bericht und Antrag der Stawiko finden sich auf den Seiten 14 und 15 die Übersicht über deren Anträge mit den jeweiligen Kurzbezeichnungen zum Inhalt der Vorlagen.

***Vorlage 2844.2 (EG ZGB)***

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Hubert Schuler** wiederholt, dass die vorberatende Kommission an der Vorlage «Finanzen 2019» kritisiert, dass auch Themen eingebunden wurden, welche nichts mit Sparen zu tun haben. Ganz fremd erscheint dabei die Teilrevision des EG ZGB. Die Begründung der Regierung, dass sich so administrative Mehrarbeiten erübrigen würden, ist nicht von der Hand zu weisen. Trotzdem sollen in Zukunft solche Anliegen dem Kantonsrat in einer separaten Vorlage unterbreitet werden, damit eine fundiertere Auseinandersetzung stattfinden kann. Aus diesem Grund ist die Kommission nicht auf die Vorlage eingetreten. Der Kommissionspräsident hat allerdings keinen Auftrag, namens der Kommission einen Nichteintretensantrag zu stellen.

**Beat Unternährer** spricht als Vertreter der Stawiko. Wie gehört, ist die vorberatende Kommission nicht auf die Vorlage eingetreten, weil lediglich zwei Änderungen direkt mit «Finanzen 2019» zu tun haben; alle anderen Änderungen betreffen Anpassungen an das Bundesrecht oder die Präzisierung von unklaren Bestimmungen. Die Stawiko ist ebenfalls der Meinung, dass diese Anpassungen so weitreichend sind, dass sie dem Kantonsrat in einer separaten Vorlage unterbreitet werden sollen. Anders als die vorberatende Kommission ist sie jedoch auf die Vorlage eingetreten und hat die zwei Anträge, die Effizienzsteigerungen von 7500 Franken betreffen und somit auch Kostenreduktionen zur Folge haben, beraten. Sie unterstützt diese im Sinne des Regierungsrats.

**Philip C. Brunner** stellt im Namen SVP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Der Kommissionspräsident hat die Begründung bereits vorgelegt. Sollte der Rat auf die Vorlage eintreten, wird die SVP noch Änderungswünsche vorbringen,

sie folgt aber weitgehend der vorberatenden Kommission, nicht der Stawiko. Das betrifft vor allem § 41 Abs. 3.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Mit dieser Vorlage im Rahmen von «Finanzen 2019» sollen einzelne Bestimmungen im EG ZGB revidiert werden. Es geht darum, die Einzelzuständigkeiten der Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) auszubauen. Weiter soll mit dieser Teilrevision die Möglichkeit geschaffen werden, bei personellen Engpässen wie dienstlicher Abwesenheit, Ferien oder Krankheit die Leiterin oder den Leiter der Unterstützenden Dienste des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz als Ersatzbehördenmitglied zur Entscheidfällung beizuziehen.. Die ALG unterstützt diese Haltung, weil es sich hier um eine echte Sparmassnahme handelt, die keine Qualitätseinbusse, aber eine gesteigerte Effizienz mit sich bringt.
Wie immer, wenn die KESB auf der Traktandenliste steht, kochen die Emotionen hoch. Jede andere ähnliche Revision würde durchgewinkt, bei der KESB scheint das nicht möglich zu sein. Die Kommission ist der Meinung, dass dem Kantonsrat wegen der Komplexität der Thematik eine separate Vorlage mit umfassenden Ausführungen vorzulegen sei. Diese Meinung kann die Votantin nicht nachvollziehen, die einzelnen Bestimmungen sind klar formuliert und begründet. Eine separate Vorlage kann das nicht besser, aber ihre Erarbeitung wäre mit Bestimmtheit viel aufwendiger und entspricht nicht dem Geist von «Finanzen 2019». Es soll ja auch noch die Möglichkeit genutzt werden, das EG ZGB an die Änderungen in verschiedenen Bundesgesetzen anzupassen. Wenn man das jetzt tut, spart man Ressourcen, mit einer separaten Vorlage verschleudert man diese. Die ALG bittet deshalb, der Regierung zu folgen und der Teilrevision des EG ZGB zuzustimmen.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Die KESB steht nicht nur im Kanton Zug in einer Dauerkritik und unter ständiger Beobachtung. Die Diskussionen über die KESB sind häufig sehr emotionell und selten sachlich. Die SP findet es daher falsch, über die Änderungen in diesem Bereich heute zu befinden, zumal die vorberatende Kommission gar nicht auf das Thema eingetreten ist. Es geht hier ja auch lediglich um eine nachhaltige Entlastung von 7500 Franken pro Jahr. Die SP-Fraktion erachtet das Thema als zu wichtig, um es im Rahmen von «Finanzen 2019» und ohne Diskussion in der Kommission abzuhandeln. Sie unterstützt daher die Meinung der vorberatenden Kommission, dass diese Massnahme dem Kantonsrat in einer separaten Vorlage mit umfassenden Ausführungen vorzulegen sei, und empfiehlt, nicht auf die Vorlage einzutreten.

**Patrick Iten** spricht für die CVP-Fraktion. Diese findet ebenfalls, dass so wichtige Gesetzesänderungen nichts in diesem Gesamtpaket zu suchen haben. Wie schon im Kommissionsbericht erwähnt, kann man diese Massnahme nur am Rand mit «Finanzen 2019» in Verbindung bringen. Ein so ein wichtiges Geschäft muss im Kantonsrat in einer separaten Vorlage behandelt werden. Allgemein vermittelt diese Gangart den Eindruck, dass man noch etwas Zusätzliches durchmogeln will. Wenn man solche und ähnliche Geschäfte gleich wie das EP 2 behandeln würde, also als Gesamtpaket, bestünde sogar die Gefahr, dass sie in der Schlussabstimmung gleich mitabgelehnt wird. Zudem kann in einer Ad-hoc-Kommission besser auf das Geschäft eingegangen werden, und es müssen nicht nachträglich Antworten zu Fragen nachgeliefert werden, die für die Beschlüsse wichtig sind.
Damit beim EG ZGB keine zusätzliche Runde nötig wird − es geht ja ums Sparen −, tritt die CVP-Fraktion aber trotzdem auf das Geschäft ein. Aufgrund der vorliegenden Fakten hat sie beschlossen, die Anträge der Stawiko zu unterstützen.

**Andreas Hausheer** war Mitglied der vorberatenden Kommission, und er fragt sich, wie der Kommissionspräsident dazu kommt zu sagen, er habe nicht den Auftrag, im Namen der Kommission Nichteintreten zu beantragen. Immerhin schreibt er in seinem eigenen Kommissionsbericht, dass die Kommission den Antrag stelle, nicht auf die Vorlage einzutreten. Der Votant versteht den Kommissionspräsidenten nicht − und er versteht auch die Ratsleitung nicht. Klarer als im Kommissionsbericht kann man es nicht schreiben.

Kommissionspräsident **Hubert Schuler** entschuldigt sich für die Verwirrung. Er ist davon ausgegangen, dass der schriftlich festgehaltene Antrag der Kommission automatisch in die Beratung einfliesst. Es ist klar: Die vorberatende Kommission stellt den Antrag auf Nichteintreten, wie es im Bericht steht.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** macht den formellen Hinweis, dass die Vorlagen, welche nicht direkt die Finanzdirektion betreffen, nicht vom Finanzdirektor, sondern von den Vorstehenden der betreffenden Direktionen vertreten werden. Im vorliegenden Fall ist dies die Direktorin des Innern.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass «Finanzen 2019» heute *das* Thema ist. Der Auftrag bezüglich Effizienzsteigerung und Kostenbremsung bzw. -einsparungen ging auch an das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz, das dem Regierungsrat ebenfalls Vorschläge unterbreiten musste. Die Vorlage hat sehr wohl mit «Finanzen 2019» zu tun. Vieleicht hat der Regierungsrat das zu wenig ausgeführt, die Direktorin wird das nachholen. Es leuchtet jedem ein, dass es weniger Personal braucht, wenn ein einziges Behördenmitglied statt drei Behördenmitglieder einen Entscheid fällen kann. So soll unter anderem die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und der unentgeltlichen Rechtsbeiständin bzw. des unentgeltlichen Rechtsbeistands nicht mehr in einer Dreierbesetzung, sondern in Einzelzuständigkeit erteilt werden können. Das unterstützt auch die Stawiko. Ein zweites Beispiel: Die Abnahme der Rechnung von Erwachsenen erfolgt bereits heute in Einzelkompetenz, der Bericht zur Rechnung ist im Kanton Zug aber in der Zuständigkeit eines Dreiergremiums. Abnahme von Rechnung und Bericht gehören aber einfach zusammen. Es ist offensichtlich, dass bei der Legiferierung des EG ZGB bei den Zuständigkeiten nicht zu Ende gedacht wurden. Es kann doch nicht sein, dass ein Behördenmitglied allein über die Abnahme der Rechnung entscheidet, es für die Abnahme des Berichts dazu aber ein Dreiergremium braucht. In diesem Fall erhielte die Kundschaft zwei Entscheide, was doppelte Arbeit für die Behörde und die Kanzlei bedeutet. Die KESB hat sich aus diesem Grund entschieden, Bericht und Rechnung im Dreiergremium abzunehmen, was jedoch heisst, dass immer drei Personen alle Berichte und Rechnungen kontrollieren und abnehmen müssen. Mit «Finanzen 2019» hat der Rat nun die Gelegenheit, Ressourcen zu sparen. Bericht und Rechnung in Einzelkompetenz zu führen, wäre eine Erleichterung und führt dazu, dass weniger schnell neue Personalressourcen vom Regierungsrat bewilligt werden müssen. In den anderen Kantonen werden Bericht und Rechnung zusammen abgenommen, in der Regel in Einzelkompetenz. Im letzten Jahr wurde diese Änderung zum Beispiel auch in der Stadt Luzern in Zusammenhang mit Sparmassnahmen vorgenommen. Zug begeht hier also kein Neuland.
Zum Ersatzbehördenmitglied: Auch das ist eine Massnahme, die klar mit «Finanzen 2019» zu tun hat. Dass die Zahl von Behördenmitgliedern immer wieder mal ungenügend ist, hat zur Folge, dass die Behörde aufgrund zu wenig Anwesender nicht entscheiden kann. Entscheide müssen zurückgestellt werden, Anhörungen in Kliniken in Zusammenhang mit fürsorgerischer Unterbringung müssen warten, was gar

gesetzeswidrig sein kann. Man stelle sich vor, man wäre selbst betroffen! Es gibt zwei Möglichkeiten, wenn die Behörde im Dreierkollegium *jederzeit* entscheidfähig sein muss: Der Regierungsrat kann ein zusätzliches Behördenmitglied anstellen, oder der Kantonsrat bestimmt heute, dass die Leitung der Unterstützenden Dienste als zusätzliches Behördenmitglied zugezogen werden kann, sofern ein Entscheid zu fällen ist, für den es eine Dreierdelegation braucht, und nicht genügend Behördenmitglieder abgerufen werden können. Die anderen Kantone kennen ebenfalls das System von Ersatzbehördenmitgliedern.
Dier Regierungsrat bittet den Rat deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihn und die Stawiko zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat beschliesst mit 41 zu 33 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** weist darauf hin, dass die vorliegende Synopse vielleicht etwas verwirrlich ist. Weil die vorberatende Kommission nicht auf die Vorlage eingetreten ist, hat der Sekretär der Stawiko das Ganze neu geordnet. In der Spalte «Vorberatende Kommission» steht nun das bisherige Recht. Wenn in der Spalte «Staatswirtschaftskommission» nichts steht, verweist das auf die Spalte der vorberatenden Kommission, also auf das geltende Recht. Bei § 41 Abs. 3 und § 42 Abs. 3 hat die Stawiko sich dem Antrag des Regierungsrats angeschlossen bzw. etwas geändert, überall sonst bleibt sie beim geltenden Recht.

*Titel und Ingress*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

*§ 5 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier zwei Anträge vorliegen: Dem Antrag des Regierungsrats steht der Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts gegenüber.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** stellt klar, dass der Antrag auf die Beibehaltung geltenden Rechts von der Stawiko gestellt wird.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass der Rat hier über eine Änderung befindet, die auf eine ZGB-Revision im Bereich Adoptionen zurückgeht. Es soll im kantonalen Gesetz richtigerweise neu auf Abs. 4 statt Abs. 3 verwiesen werden, dies − wie gesagt − mit Bezug auf das geänderte ZGB. Wenn man diese Stelle nicht ändert, sorgt man für Verwirrung.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat folgt mit 40 zu 33 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 41 Abs. 3*

**Philip C. Brunner** stellt im Namen der SVP-Fraktion den **Antrag,** beim geltenden Recht zu bleiben.

**Manuel Brandenberg** erläutert, dass es hier um die neu geschaffene Möglichkeit geht, dass nicht mehr die vom Regierungsrat ernannten und gewählten ordentlichen Mitglieder der KESB im Spruchkörper sitzen, sondern dass bei deren Verhinderung auch ein diesem Gremium untergeordneter Beamter Einsitz nehmen kann. Mit andern Worten: Die demokratische Legitimation des ordentlichen KESB-Gremiums würde geschwächt, wenn neu auch eine Person bei den Massnahmen mitbestimmen könnte, welche die KESB anordnet und die sehr einschneidend sein können. Das möchte die SVP nicht. Es kommt dazu, dass bei der Verwaltung eine Tendenz besteht, dass man etwas, was man darf, dann tatsächlich auch tut. Es ist nämlich bequemer, jemanden, der immer anwesend ist, schnell beizuziehen, als das ordentliche Mitglied aufzubieten, obwohl Letzteres im Sinne der Sache richtig wäre. Der Votant bittet daher, beim geltenden Recht zu bleiben.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass möglicherweise ein Missverständnis vorliegt. Auch dieses Ersatzmitglied wird nämlich wie die übrigen Mitglieder vom Regierungsrat gewählt bzw. namentlich bestimmt. Es gibt also keinen Unterschied zu den anderen Behördenmitgliedern. Wie im Eintretensvotum erläutert, kennen sämtliche Kantone die Möglichkeit von Ersatzmitgliedern. Wenn sich der Kanton Zug gegen diese Möglichkeit entscheidet, wird die Regierung nicht darum herumkommen, ein weiteres Behördenmitglied anzustellen, was teurer kommt als ein Ersatzmitglied. Und es kommt immer wieder vor, dass die Behördenmitglieder für fürsorgerische Freiheitsentzüge in die Kliniken gehen müssen. Dazu braucht es Dreierdelegationen, und man dann nicht sagen, man könne jetzt nicht in den Kanton XY in die Klinik kommen, weil im Kanton Zug Entscheide gefällt werden müssten. Das wird über kurz oder lang zu Problemen führen. Die Direktorin des Innern dankt deshalb für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

**Thomas Werner** hält fest, dass es ja eigentlich um «Finanzen 2019» geht. Er möchte wissen, ob mit höheren Lohnkosten gerechnet werden muss, wenn man nun zusätzliche Personen bestimmt, die ja auch mehr Verantwortung tragen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die beantragte Lösung sehr kleine Auswirkungen haben wird, auf jeden Fall bedeutend kleinere, als wenn eine neue Person angestellt wird.

**Kurt Balmer** gibt zu, dass er die Vorlage nicht gut studiert hat, er ist aber etwas erstaunt über die Argumentation der Direktorin des Innern. Diese hat auf die Ausführungen des SVP-Fraktionschefs hin gesagt, wenn der Rat der beantragten Lösung nicht zustimme, müsse automatisch mehr Personal angestellt werden. Das ist ein merkwürdiges Verständnis, wie der Rat unter Druck gesetzt werden soll. Es steht in dieser Bestimmung nirgends, dass das ganze Gremium persönlich anwesend sein müsse. Wären auch Zirkularbeschlüsse möglich, oder gäbe es andere Möglichkeiten, dass nicht alle Mitglieder an einem Ort versammelt sein müssen? Und müssen tatsächlich alle die ganzen Dossiers studieren? Wie steht es mit anderen Stellvertretungen etc.? Aus Sicht des Votanten ist die Vorlage definitiv unausgegoren − und man kann nicht einfach den Rat vor die Tatsache stellen, dass es bei einer Ablehnung automatisch mehr Personal brauche. Diese Schlussfolgerung ist für den Votanten zu verkürzt. Er bittet den Rat deshalb, beim bisherigen Recht zu bleiben und den Antrag der Regierung abzulehnen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass es sowohl in der eidgenössischen als auch in der kantonalen Gesetzgebung Regelungen bezüglich

Zuständigkeiten und Grösse des Spruchkörpers gibt. Tatsache ist auch, dass Leute ferien- oder krankheitshalber abwesend sein können, und diese Personen kann man nicht einfach heranzitieren, wenn ein Fall dringend ist. Das kommt zwar nicht jeden Tag und auch nicht jede Woche vor, aber in dringenden Fällen muss es eine Möglichkeit mit einem Ersatzmitglied geben. Das gibt es bei jedem Gericht und in allen Kantonen so, und es ist nachvollziehbar, dass es die Möglichkeit eines Ersatzmitglieds braucht.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** findet es etwas vermessen, wenn Kurt Balmer erklärt, er habe die Vorlage zwar nicht wirklich studiert, sei aber trotzdem der Meinung, man solle beim bisherigen Recht bleiben. Wenn alle so politisieren würden, käme man nirgends hin.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass seine Vorrednerin Kurt Balmer Vermessenheit vorgeworfen hat, ohne aber genau zu sagen, ob dieser nun recht hat oder nicht. Wenn Kurt Balmer recht hat, muss man unterscheiden zwischen Wahrheit und Vermessenheit. Der Votant selbst würde die Wahrheit wählen.

Der **Vorsitzende** bittet, sachlich zu bleiben und andere Diskussion in die Mittagspause zu verlegen.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat genehmigt mit 33 zu 30 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

*§ 42 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier der Antrag des Regierungsrats dem Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts gegenübersteht.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass die Stawiko sich dem Antrag des Regierungsrats anschliesst.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat genehmigt mit 64 zu 9 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

*§ 43 Abs. 1*

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass es sich um den analogen Fall wie in der allerersten Abstimmung handelt. Sie nimmt Bst. c als Beispiel: Auf eidgenössischer Ebene wurde Art. 146 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB aufgehoben, weshalb neu auf die ZPO verwiesen wird. Es geht überall um Anpassungen an das eidgenössische Recht, wo einiges geändert hat, weshalb die bisherigen Verweise nicht mehr stimmen. Die Direktorin dankt für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

*§ 43 Abs. 2*

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass Bericht und Rechnung einheitlich gehandhabt werden sollen, also nicht das eine in der Dreier- und

das andere in der Einerdelegation. Andernfalls wäre der Kantons Zug wirklich ein Exot in der Schweiz. Die Direktorin des Innern bittet, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

Nach den Abstimmungen zu § 43 Abs. 1 (Abstimmung 6) und § 43 Abs. 2 (Abstimmung 7) äussert **Hubert Schuler** Zweifel, ob die Abstimmungsfrage zu § 43 Abs. 1 richtig gestellt worden sei und die Ratsmitglieder tatsächlich richtig abgestimmt hätten. Er ist nicht sicher, ob das Resultat den Willen des Rats wiedergebe, und stellt deshalb den **Antrag,** die Abstimmungen zu wiederholen.

Der **Vorsitzende** plädiert für ein pragmatisches Vorgehen: Es ist eine Unsicherheit vorhanden, und die Abstimmungen sollen wiederholt werden.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat genehmigt mit 47 zu 25 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission, bei § 43 Abs. 1 bisheriges Recht beizubehalten.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat genehmigt mit 46 zu 25 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission, bei § 43 Abs. 2 bisheriges Recht beizubehalten.

*§ 47 Abs. 1 bis 3*

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass es hier um Präzisierungen geht. So heisst es in Abs. 2 statt «Ist kein Vermögen vorhanden […]» neu «Ist kein *ausreichendes* Vermögen vorhanden […]». Weiter geht es in Abs. 3 nicht um eine «Gebührenordnung», sondern um eine «Verordnung» bezüglich Entschädigung und Spesenersatz; man hat damals den falschen Begriff gewählt.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat genehmigt mit 49 zu 24 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission auf Beibehaltung bisherigen Rechts.

*§ 48 Abs. 1*

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat genehmigt mit 51 zu 21 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission auf Beibehaltung bisherigen Rechts.

*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.3 (Schulgesetz, Kommission Allgemeine Weiterbildung)***

EINTRETENSDEBATTE

**Vroni Straub-Müller** spricht für die ALG-Fraktion. Diese stellt den **Antrag** auf Nichteintreten und lehnt die Vorlage ab. Die Votantin legt ihre Interessenbindung offen: Sie ist seit acht Jahren Mitglied der Kommission für allgemeine Weiterbildung. Sie bedauert es sehr, dass diese abgeschafft werden soll, und versucht deshalb, eine Lanze für deren Beibehaltung zu brechen. Sie versucht, den geringen Sparbetrag von 3500 Franken gegen die Vorteile der Arbeit dieser Kommission aufzurechnen. Sie hat dazu auch eine Interpellation eingereicht, welche aber erst auf die kommende Kantonsratssitzung zur Beantwortung traktandiert ist – und dann wird die Kommission wohl bereits aufgelöst sein.
Die Kommission für allgemeine Weiterbildung ist keine Kommission der lauten Töne, und sie hat auch keine grosse Lobby wie etwa die Sportkommission. Sie arbeitet im Hintergrund und unterstützt die Verwaltung bei der Vergabe von Sockelbeiträgen an Institutionen wie Benevol, Schule und Elternhaus, Pro Senectute und andere. Daneben hat sie sich ein grosses Wissen über die Förderung von Grundkompetenzen angeeignet und unterstützt gezielt Projekte in dieser Richtung. In ihrer langjährigen Arbeit hat die Kommission jeweils Richtlinien erlassen und Kriterien für die Förderbarkeit der Projekte umschrieben. Diese wurden laufend den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen angepasst. Wenn die strategische Arbeit der Kommission wegfällt, wird das Thema Allgemeine Weiterbildung der politischen Diskussion entzogen, und auch der breit abgestützte Echoraum zu den Weiterbildungsanbietern und der Bevölkerung entfällt.
Die Kommission für allgemeine Weiterbildung ist weit mehr als eine Geldverteilungskommission. Sie setzt sich jeweils intensiv mit der Frage auseinander, ob eingegangene Finanzierungsgesuche unterstützenswert sind und den Kriterien der Kommission entsprechen. Bei deren Abschaffung wird das ganz der Verwaltung überlassen. Ist der Rat wirklich sicher, dass er das will?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass der Regierungsrat im Rahmen von «Finanzen 2019» auch sämtliche Kommissionen geprüft und einen entsprechenden Kriterienkatalog erarbeitet hat. Anschliessend wurden im Gesamtregierungsrat in zwei Lesungen entsprechende Vorschläge ausgearbeitet. Der Kriterienkatalog wird ersichtlich aus den Einzelanträgen zu den einzelnen Kommissionen. Wichtig ist, dass sich die Regierung mit *allen* Kommissionen auseinandergesetzt hat. Sie hat sowohl für die Beibehaltung als auch für die Abschaffung Gründe, die sie ins Feld führen kann.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bestätigt, dass die Kommission für allgemeine Weiterbildung funktioniert und wichtige Beiträge leistet. Der Regierungsrat ist aber überzeugt, dass das betreffende Wissen auch in der Verwaltung vorhanden ist, die ja die Kommission geführt und administriert hat. Von der Abschaffung verspricht sich der Regierungsrat nicht viel, aber immerhin einen gewissen Beitrag zur Entlastung des Staatshaushalts: Es entfällt viel Organisationsaufwand. Das Funktionieren des erwähnten Austauschs kann aus dem Amt heraus sichergestellt werden. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat beschliesst mit 47 zu 15 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Anträge des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.4 (Schulgesetz, Sonderschulen)***

EINTRETENSDEBATTE

**Vroni Straub-Müller** teilt mit, dass die ALG-Fraktion auch diese Sparmassnahme ablehnt und den **Antrag** stellt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Sonderschulen sind im Rahmen der interkantonalen Richtlinien zur Einhaltung der Qualitätsvorgaben verpflichtet, sich alle drei bis fünf Jahre extern evaluieren zu lassen. Das ist gut und richtig so. Da der Kanton die Aufsichtspflicht über die Sonderschulen hat und diese auch anerkennt, ist es zwingend notwendig, die externe Evaluation entweder selber durchzuführen oder für die Qualitätssicherung durch Dritte zu sorgen. Im Dezember 2014 wurde im Rahmen eines aufwendigen Submissionsverfahrens der Hochschule für Heilpädagogik der Auftrag erteilt, die Zuger Sonderschulen in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zug zu evaluieren. An mehreren Arbeitssitzungen trafen sich Zuständige von der Hochschule für Heilpädagogik mit den Verantwortlichen des Amts für gemeindliche Schulen und diskutierten über das Verfahren und den Zeitplan. Es kann doch nicht sein, dass all diese Arbeit − etwas plakativ gesagt − quasi für die Halde war und die Sonderschulen wieder bei Null beginnen müssen.
Die Heilpädagogische Schule der Stadt Zug wurde von der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik evaluiert − in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zug. Das war ein guter und für alle bereichernder Prozess, der hilfreich für die Beibehaltung der guten Qualität ist. Es geht der Votantin nicht um die Kosten, die für die Schule anfallen würden, denn die Hälfte der Kosten kann die Sonderschule über die Leistungsvereinbarung wieder einfordern. Die Votantin versteht auch, dass der Kanton die ausserkantonalen Sonderschülerinnen und -schüler nicht quersubentionieren will, aber das könnte man über höhere Schulgebühren für ausserkantonale Schülerinnen und Schüler ausgleichen. Es ist einfach nicht gut, wenn sich der Kanton aus der Evaluation verabschiedet, gleichzeitig aber Qualitätsansprüche stellt und die Aufsichtspflicht ausübt.
Im Übrigen lehnen praktisch alle Einwohnergemeinden und die für diese Thematik relevanten Institutionen wie Rektorenkonferenz oder der Verband der Schulleiterinnen und -leiter des Kantons diese Massnahme ab. Einmal mehr: Wieso führt der Regierungsrat Vernehmlassungen durch, wenn er sich am Schluss einen Deut um deren Resultate kümmert? Das ist ärgerlich.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Er schliesst sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Grundsätzlich geht es bei diesem Vorschlag nicht um eine Sparmassnahme, sondern um eine Kostenverlagerung auf die Gemeinden und über die IVSE-Pauschalen für die ausserkantonalen Schülerinnen und Schüler auf andere Kantone. Damit kann die SP grundsätzlich eigentlich leben − wobei sich aber die Frage stellt, ob andere Kantone dies auch so handhaben oder ob sie allenfalls

nachziehen werden, wenn der Kanton Zug damit beginnt, was möglicherweise zu einem Nullsummenspiel werden könnte.
Wichtiger ist die Frage, ob es der richtige Weg ist, die externe Evaluation gänzlich den Schulen selbst zu überlassen. Gemäss Bericht verfügt die Direktion für Bildung und Kultur schon heute über zu wenig Fachkompetenzen, um die externe Evaluation der Sonderschulen durchzuführen, und kauft die entsprechende Leistung bei Dritten ein. Trotzdem bleibt der Kanton für die Qualität der Sonderschulen zuständig und würde bei mangelhafter Qualität auch zur Rechenschaft gezogen. Es fragt sich deshalb, ob es sinnvoll ist, die Evaluation gänzlich aus der Hand zu geben und damit die erforderlichen Fachkompetenzen noch weiter preiszugeben. Die SP ist der Meinung, dass dieses Vorgehen eher fragwürdig und längerfristig fahrlässig ist. Grundsätzlich stellt sie sich − wie gesagt − nicht unbedingt gegen die Umlagerung der Kosten und die Entlastung des Kantons. Sie fragt sich allerdings, ob das nicht auch mit dem geltenden Gesetz möglich und die entstehenden Kosten nicht auch so in die IVSE-Pauschale eingerechnet werden können. Der Vorteil läge darin, dass der Kanton grundsätzlich nicht nur für die Qualität verantwortlich bliebe, sondern auch für die Durchführung und Steuerung der Evaluation. Die Fachkompetenz könnte in der Direktion für die Bildung und Kultur so zumindest teilweise aufrechterhalten werden. Die SP-Fraktion stellt daher ebenfalls den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten bzw. das bisherige Recht beizubehalten. Allenfalls bittet die SP die Bildungsdirektion, auf die zweite Lesung hin abzuklären, ob die Kostenverlagerung nicht auch mit dem geltenden Recht möglich ist. Ansonsten würde sie auf die zweite Lesung den Antrag stellen, dass die Kosten der externen Evaluation den Sonderschulen in Rechnung gestellt werden können.

**Thomas Werner** weist darauf hin, dass mittlerweile der Lehrplan 21 eingeführt wird, dass optimiert und vor allem untereinander besser abgesprochen wird, wer wie weit ist. Es geht hier um die Kosten der externen Evaluation bzw. deren Verlagerung. Der Votant ist der Ansicht, dass man sich überlegen sollte, diese Kosten ganz einzusparen − zumal die externe Evaluation eh eine Farce ist. Die Besuche werden nämlich angemeldet, und es wird dann spezifisch für diese Besuche ein kompatibler Unterricht geplant, so dass alles stimmt und in Ordnung ist − und anschliessend geht alles gleich weiter wie vorher. Der Votant glaubt, dass man sich diese Kosten sparen kann und stellt den **Antrag,** § 13 ganz zu streichen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** nimmt als Erstes Stellung zu dem von Vroni Straub-Müller geäusserten Vorwurf, die Regierung nehme die Resultate von Vernehmlassungen nicht zur Kenntnis. Er hat die Vernehmlassungsantworten der Einwohnergemeinden so verstanden, dass man sich dort vor allem Sorgen darüber machte, dass diese Schulen nicht mehr zwingend extern evaluiert würden. Genau diese externe Evaluation ist aber durch interkantonale Vereinbarungen sichergestellt und zwingend vorgeschrieben. Allerdings ist man in der Form frei: Der Kanton kann die Evaluationen selber durchführen oder sie durch die Schule machen lassen. Genau deshalb kann die Schule in den interkantonalen Pauschalen die Vollkosten geltend machen. Diese werden kostenbasiert ermittelt, und die Kosten für die externen Evaluationen dürfen eingerechnet werden. Der Regierungsrat ist deshalb davon ausgegangen, dass sich die Gemeinden an einem falschen Ort Sorgen machen, nämlich dass diese Schulen nicht mehr extern evaluiert würden, und er hat in Würdigung der Vernehmlassungsergebnisse an seinem Antrag festgehalten. Und damit ist der Bildungsdirektor bei der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) angekommen. Die Pauschalen, die im Rahmen der IVSE ermittelt werden, müssen diskriminierungsfrei sein, also für inner- und

ausserkantonale Schülerinnen und Schuler gleich. Es ist deshalb die Idee des Regierungsrat, dass die Evaluationen, die heute bei der Abteilung Externe Evaluation in der Staatsverwaltung eingekauft werden, künftig von den Schulen eingekauft werden sollen, damit sie in die Pauschale eingerechnet werden können.
Ob man seitens des Kantons als Leistungserbringer gegenüber den Sonderschulen auftreten könnte, wie das Beat Iten für die SP-Fraktion gefragt hat − der Kanton macht quasi den Einkauf und schickt dann den Sonderschulen eine Rechnung dafür −, kann der Bildungsdirektor aus dem Stegreif nicht abschliessend beantworten. Er geht davon aus, dass das nicht möglich ist, denn in der vergangenen Legislatur hat der Kanton diesen Einkauf bereits gemacht, es wäre dem Bildungsdirektor aber neu, dass er den Schulen dafür eine Rechnung hätte schicken können. Er nimmt die Frage als Abklärungsauftrag entgegen, bittet den Rat aber, trotzdem auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung des Regierungsrats zuzustimmen. Insbesondere bittet er, den Antrag von Thomas Werner auf Streichung von § 13 abzulehnen, denn eine Streichung der externen Evaluation würde bedeuten, dass die betreffenden Schulen nicht mehr der IVSE unterstellt werden könnten, weil diese zwingend eine externe Evaluation vorschreibt. Und es steht in der Vorlage des Regierungsrats: Die Sonderschulen im Kanton Zug werden fast zur Hälfte von ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern besucht, und es ist wichtig für sie, dass sie die IVSE-Tarife anwenden können.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat beschliesst mit 52 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 13 Abs. 4 und 5*

Der **Vorsitzende** hält nach einer entsprechenden Nachfrage fest, dass Thomas Werner seinen Streichungsantrag auch nach den Ausführungen des Bildungsdirektors aufrechterhält. Es ist keine Bereinigung von Abs. 4 und 5 nötig, also kann direkt über den Streichungsantrag abgestimmt werden.

**Manuel Brandenberg** wünscht sich noch einige Ausführungen über die Notwendigkeit, dass die Evaluation im Gesetz bleibt. Er hat nicht genau verstanden, warum genau und inwiefern es für die Sonderschulen im Kanton Zug finanziell und auch sonst schwierig wird, wenn diese Bestimmung gestrichen wird. Und welche Sonderschulen sind konkret betroffen? Er will sich das konkret vorstellen können, um sich eine Meinung zum Streichungsantrag, dem er natürlich Sympathie entgegenbringt, bilden zu können.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** hält fest, dass die IVSE ein Konkordat ist, dem alle Schweizer Kantone beigetreten sind, Zug im Jahr 2007 oder 2008. Es enthält Regelungen zu verschiedenen Arten von sozialen Einrichtungen, von den Heimen über Sonderschulen zu weiteren Institutionen. Gegenstand dieser Vereinbarung ist der Grundsatz, beim Bereitstellen der entsprechenden Kapazitäten interkantonal

zusammenzuarbeiten. Damit die Kantone diese Kapazitäten vertrauensvoll gemeinsam nutzen, ist der Grundsatz verankert, dass man diskriminierungsfreie Tarife bereitstellt, dass in der Sonderschule XY also nicht der Tarif für einen Schüler aus dem eigenen Kanton im Bereich Internat pro Tag 200 Franken und für einen ausserkantonalen Schüler 250 Franken beträgt. Vielmehr wird kostenbasiert ein Tarif errechnet, der sowohl inner- als auch interkantonal zur Anwendung kommt. Neben der Tarifierung sind auch Qualitätsaspekte geregelt, etwa die Aufsicht, und bei den Sonderschulen ist auch geregelt, dass sie extern evaluiert werden müssen. Bezüglich der konkreten Form hat man einen gewissen Spielraum: Man kann die Evaluation selber bereitstellen oder man kann sie bei einer spezialisierten Institution einkaufen. Auf jeden Fall aber besteht − wie in der Vorlage ausgeführt − zwingend die Vorschrift, dass Schulen zur Qualitätssicherung extern evaluiert werden müssen.
Warum sind die IVSE-Tarife für die Institutionen wichtig? Im Kanton Zug gibt es sieben privat und eine von der Stadt Zug getragene Sonderschulen. Sie sind insgesamt zu 45 Prozent ausserkantonal belegt. Die Institutionen haben ein wirtschaftliches Interesse daran, der IVES unterstellt zu sein, weil sie so mit ausserkantonalen Schülern ihre Auslastung einfacher bewerkstelligen können. Wenn man die externe Evaluation aus dem Gesetz streichen würde, würden die betreffenden Schulen vermutlich die externe Evaluation freiwillig einkaufen, weil sie der IVSE unterstellt bleiben möchten.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat lehnt den Antrag auf Streichung von § 13 mit 54 zu 20 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen.

*§ 35 Abs. 5*
*§ 64 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 66 Abs. 3*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat bei § 66 Abs. 3 Bst. e1 dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission.

*§ 75 Abs. 3*
*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*
*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.5 (Gesetz über die kantonalen Schulen, Mittelschulen)***

EINTRETENSDEBATTE

**Anastas Odermatt** stellt namens der ALG-Fraktion den **Antrag** auf Nichteintreten und Ablehnung dieser Vorlage. Inhaltlich begründet die ALG ihren Antrag wie folgt: Wenn Klassengrössen angehoben werden, ist das eine Veränderung der Rahmenbedingungen für die Lehrpersonen. Die Wahrscheinlichkeit, differenziert zu unterrichten und auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler einzugehen, nimmt ab, weil es schlicht mehr Jugendliche pro Klasse gibt. Für frontalen Unterricht ändert sich nichts, für differenzierten, schülerorientierten Unterricht ändert sich aber sehr wohl etwas − und unter dem Strich handelt es sich um einen Qualitätsabbau im Bildungsbereich. Ebenso verhält es sich mit § 7 Abs. 3, wo es um Zusatz-, Ergänzungs- und Freifächer geht. Bisher galt eine Mindestgrösse von «in der Regel» 10 Schülerinnen und Schülern, also ein Regelwert, neu soll der Durchschnittswert bei mindestens 12 liegen. Gewisse Angebote werden so wegfallen, das Angebot wird damit eingeschränkt werden. Aber gerade diese Zusatz-, Ergänzungs- und Freifächer bieten vor allem den interessierten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich zu vertiefen und so ihren Horizont zu verbreitern. Auch diese Massnahme ist schlussendlich ein Qualitätsabbau im Bildungsbereich.
Zum Argument, die anderen Kantone hätten auch höhere Zahlen und es gehe dort auch, also könne Zug sich ja angleichen, das in Bericht und Antrag bemüht wird: Es ist schön, dass jene, die dieses Argument ins Feld führen, das Bildungssystem in der Schweiz vereinheitlichen und harmonisieren − und demnach die Bildungskompetenz am liebsten auf Bundesebene hieven wollen. Das will der Votant nicht. Diese Logik lässt sich übrigens auch übertragen: Andere Kantone haben höhere Steuern als Zug − und es geht ja auch …
Die ALG-Fraktion bittet den Rat, ihrem Antrag zu folgen und keinen Qualitätsabbau im Bildungsbereich vorzunehmen.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Seine Interessenbindung. Er unterrichtet als Lehrer in einer Zuger Gemeinde und ist Mitglied des Lehrpersonenvereins Kanton Zug (LVZ), der ihn übrigens kürzlich zusammen drei weiteren Mitgliedern des Kantonsrats zum «bildungsfreundlichsten Kantonsrat» gekürt hat. *(Der Rat applaudiert.)*
Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass es sich hier um einen Abbau im Bildungsbereich handelt, und es fällt ihr alles andere als leicht, einen solchen Abbau hinzunehmen. Der Votant übertreibt nicht, wenn er sagt, dass die SP zu jenen Parteien im Kantonsrat gehört, welche den Satz «Bildung ist unser wichtigster Rohstoff» nicht nur vor den Wahlen auf ihre Flyer druckt, sondern sich auch nach den Wahlen daran erinnert. Sie wehrte sich im Kantonsrat manchmal erfolgreich und – der bürgerlichen Mehrheit entsprechend – öfter weniger erfolgreich gegen einen Abbau im Bildungswesen. Letztmals war das der Fall, als der Kantonsrat die Klassengrössen auf der Primar- und Sekundarstufe anpasste.
Dieses Mal stimmt die SP-Fraktion allerdings dem Antrag der Regierung zu, wenn auch nicht mit Überzeugung. Sie begründet dies folgendermassen: Die SP hat – gemeinsam mit den Alternativen sowie zahlreichen Verbänden und Vereinen – gegen das Sparpaket der Regierung gekämpft und die betreffende Abstimmung gewonnen. Wenn man bedenkt, welchen gewaltigen Stimmenanteil die bürgerliche Mehrheit im Verhältnis zur linken Minderheit vereint, so war dieses Resultat schon fast surreal. Die SP-Fraktion betonte allerdings auch immer, dass sie aktiv mitarbeiten wolle, um die Finanzen ins Lot zu bringen. Diesen Worten folgten Taten:

Die SP stimmte nach dem Nein der Zuger Bevölkerung zum Entlastungspaket im November 2016 einzelnen Sparanträgen im Kantonsrat zu und ging somit auch einen Schritt auf die bürgerliche Mehrheit zu. Dabei nahm sie auch in Kauf, dass sie von ihrem linken Partner harsch kritisiert wurde. Heute geht die SP einen weiteren Schritt auf die Bürgerlichen zu. Es ist ihr nämlich wichtig, dass die Finanzen ins Lot kommen. Dabei nimmt sie erneut in Kauf, kritisiert zu werden – das fünf Wochen vor den Wahlen. Eine Erhöhung der Klassengrössen an den kantonalen Mittelschulen ist schmerzhaft und wird einen Einfluss auf die Bildungsqualität haben. Allerdings ist diese Erhöhung eher zu verkraften als die Höchstzahlen im Kindergarten, auf der Primar- und der Sekundarschule. Denn die Homogenität ist an den kantonalen Mittelschulen am höchsten oder sollte es zumindest sein. Mit einer Höchstzahl von 24 Schülerinnen und Schülern müssen auch die Kinder und Lehrpersonen im Kindergarten, in der Primar- und in der Sekundarschule auskommen, also dort, wo die Heterogenität weit grösser ist und die Kinder eher unselbständig sind. Pädagogisch gesehen, müsste eigentlich folgender Grundsatz gelten: Je unselbständiger und heterogener die Gruppe, desto kleiner die Klassengrösse. Genau in diese Richtung sollte sich die kantonale Bildungspolitik bewegen.
Auch die Ratskolleginnen und -kollegen aus dem bürgerlichen Lager sehen es: Die SP winkt nicht jeden Sparantrag der bürgerlichen Mehrheit ab, auch wenn er ihr Sorgen bereitet. Sie erwartet das Gleiche aber auch von bürgerlicher Seite, wenn es dann darum geht, die Einnahmen massvoll zu erhöhen. Man kann der SP-Fraktion keinesfalls vorwerfen, sich nicht darum bemüht zu haben, den Finanzhaushalt ins Lot zu bringen. Sie ist der bürgerlichen Mehrheit Schritte entgegengekommen. Und sie ist nun gespannt, welche bürgerlichen Parteien ebenfalls einen Schritt in Richtung Konsenspolitik machen.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Der Vorredner hat von «schmerzhaftem Bildungsabbau» und «Qualität, die nicht mehr stimmt» gesprochen. Die CVP sieht das im konkreten Fall nicht so. Sie weiss zwar und ist sich bewusst, dass Bildung das wichtigste Gut ist und ihr deshalb Sorge getragen werden muss. Mehr finanzielle Mittel führen aber nicht automatisch zu einer besseren Bildung − und ebenso gilt, dass weniger finanzielle Mittel nicht zwingend einen Bildungsabbau bedeuten. Wie alle wissen, musste die grösste Belastung im Bildungsbereich auf der Primarschulebene hingenommen werden, und zwar aufgrund des individualisierten Unterrichts und der Integration von Kindern mit ganz unterschiedlichen Begabungen. Hier aber, auf der Ebene des Gymnasiums, hat man eine sehr homogene Gruppe, die überdies über sehr gute intellektuelle Fähigkeiten verfügt. Sie ist zudem seit der Primarschule trainiert, selbständig zu arbeiten, und hat gelernt, ihr Handeln zu reflektieren. Es ist deshalb den Schülerinnen und Schülern, aber auch den Lehrpersonen zumutbar, die Klassengrössen etwas zu erhöhen. Die moderate Erhöhung der Klassengrössen führt zu keiner Verschlechterung der Bildungsqualität − im Gegenteil: Sie verlangt von den Schülerinnen und Schülern eine Integration in den Klassenverband. Das ist eine Fähigkeit, die in ihrem späteren Berufsleben von ihnen gefordert wird und allen zugutekommt.

**Beat Sieber** reagiert auf einen Satz von Zari Dzaferi, nämlich auf die Gleichung, je heterogener, desto kleiner müssten die Klassen sein. Die Stadt Zürich hat jahrzehntelang an diese Gleichung geglaubt, bis die Kosten so hoch wurden, dass man vor zehn Jahren einen Paradigmenwechsel vornahm und die Kleinklassen abschaffte. Die Qualität ist dadurch nicht schlechter geworden.

**Philip C. Brunner** hat sich im Sinn der Effizienz des Ratsbetriebs als Fraktionssprecher der SVP nicht zu Wort gemeldet, möchte nun aber doch noch Stellung nehmen zum Stichwort «Qualitätsabbau in der Bildung». Er hegt den Verdacht, dass Zari Dzaferis grossartiger Hinweis, dass die SP auf die bürgerliche Mehrheit zukomme, eher damit zu tun hat, was Beat Sieber gesagt hat: dass nämlich langsam die Erkenntnis greift, dass kein Zusammenhang zwischen Klassengrössen und Unterrichtsqualität besteht. Über die Anzahl Schüler hat der Kantonsrat schon mehrfach und intensiv diskutiert, und die Meinungen sind ziemlich klar. Bildungs- und Qualitätsabbau ist keinesfalls das grosse Ziel der bürgerlichen Parteien. Die SVP nimmt aber wohlwollend zur Kenntnis, dass gewisse Erkenntnisse auch auf Seiten der SP greifen.

**Zari Dzaferi** hatte bei seinem Satz zwei Bilder im Kopf. Zum einen realisierte er während seines Studiums in einem stufenübergreifenden Praktikum in einer ersten Primarklasse mit 24 Kindern, dass er keine Möglichkeit hatte, allen gleichzeitig gerecht zu werden. Zum andern erinnerte er sich daran, dass es während seiner Kantonsschulzeit hiess: Schaut euch die Seiten 35 bis 98 an, am Dienstag ist die Prüfung. Es mag richtig sein, was Beat Sieber gesagt hat, nämlich dass die Kleinklassen aufgehoben wurden. Diese waren übrigens allesamt sehr homogen, und sie wurden auch aufgehoben, weil man sich von der Heterogenität versprach, dass die Kinder vermehrt voneinander lernen. Der Fokus in der Bildungspolitik muss aber darauf gelegt werden, dass vor allem dort, wo ganz unterschiedliche Kinder mit ganz unterschiedlichen Begabungen in einer Klasse sind, die Lehrpersonen mehr Zeit für die Kinder haben. Deshalb ist die SP im Rahmen der Bemühungen, die Finanzen wieder ins Lot zu bringen, der bürgerlichen Seite einen Schritt entgegengekommen − und der Votant freut sich, dass auch Philip C. Brunner diesen Schritt gewürdigt hat.

**Anastas Odermatt** nimmt Bezug auf das Votum von Silvia Thalmann. Beim Gymnasium mag das vorgebrachte Argument vielleicht ansatzweise zutreffen. Es geht hier aber um *alle* Mittelschulen im Kanton Zug, nicht nur um die gymnasialen Mittelschulen. Bei den nichtgymnasialen Mittelschulen zieht das Argument je nachdem nicht mehr unbedingt. Und es ist auch auf der gymnasialen Stufe so, dass die einzelnen Schülerinnen und Schüler umso mehr profitieren, je mehr eine Lehrperson auf sie eingehen kann. Und mit grösseren Klassen sinkt die Wahrscheinlichkeit dafür − und das ist im Endeffekt ein Abbau.

Für Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** ist es fast ein mathematisches Problem: Je kleiner die Klassen sind, desto mehr Zeit hat der Lehrer für das einzelne Kind. Diesen Zusammenhang kann man nicht aus der Welt reden. Schwieriger zu beantworten ist aber die Frage, wie gross der Qualitätszuwachs oder -abbau sei, wenn man ein Kind mehr oder weniger pro Klasse hat. Hier ist sicher entscheidend, für welche Stufe und welches Alter und in welchem Segment betreffend Homogenität der Klassen und intellektueller Leistungsfähigkeit man diese Überlegung anstellt. Die Wissenschaft ist sich recht einig, dass der Effekt eines zusätzlich zu betreuenden Kinds oder Jugendlichen in einer Klasse relativ gering ist. Ob die Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrössen vertretbar ist, ist eine politische Frage. Die Regierung ist der Ansicht, es sei durchaus vertretbar, im Gymnasium die Klassengrössen moderat zu erhöhen. Der Bildungsdirektor bittet deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat beschliesst mit 63 zu 10 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 7 Abs. 1*

**Manuel Brandenberg** dankt dem Regierungsrat, insbesondere natürlich dem Tausendsassa Heinz Tännler, für die neu beantragte Zahl 20 statt 18. Es selbst stellt den **Antrag,** die Durchschnittszahl nochmals um 2 zu erhöhen, also auf «mindestens 22 Schülerinnen und Schüler pro Klasse». Man könnte so nochmals sparen, und diese Zahlen sind wohl nicht sehr dogmatisch festgelegt: Es geht auch, wenn man 22 Schüler in einer Kantonsschulklasse hat. Der Votant war − wenn er sich richtig erinnert − an der Kantonsschule in einer ersten Klasse mit 24 Schülern, und er hatte nie den Eindruck, die Lehrer hätten zu wenig Zeit für ihn. Im Gegenteil: Manchmal hatte er sogar den Eindruck, die Lehrer hätten fast zu viel Zeit für ihn. Auch die Zahl 22 ist seiner Meinung nach noch immer sehr ordentlich und sehr vernünftig. Man könnte − wie gesagt − so nochmals etwas sparen, dafür könnte man dann bei den Steuererhöhungen vielleicht etwas anders entscheiden, als es der Regierungsrat vorschlägt.

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat folgt mit 57 zu 17 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 7 Abs. 2 und3*
*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*
*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.6 (Sportgesetz, Sportkommission)***

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Hubert Schuler** hält fest, dass bei der Streichung auch der anderen Kommissionen die Einsparung des Organisationsaufwands als Hauptargument genannt wurde. Die vorberatende Kommission zeigte in der Diskussion auf, dass die Mitglieder der Sportkommission immer wieder gute und nützliche Inputs leisten und dass das Verhältnis zum Sparbetrag nicht gegeben sei. Die Kommission lehnt aus diesem Grund die Abschaffung der Sportkommission ab.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass die Stawiko anderer Ansicht ist als die vorberatende Kommission. Der Regierungsrat hat im Rahmen einer Querschnittsmassnahme alle Kommission auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und

schlägt vor, unter anderem die Sportkommission abzuschaffen. Die Stawiko ist für Eintreten und schliesst sich mit 3 zu 2 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats an.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Wenn man die Mitgliederliste der Sportkommission studiert, fällt auf, dass sich alle sieben Mitglieder nebst ihrer Funktion in dieser Kommission ehrenamtlich für die Sportförderung im Kanton Zug engagieren und selber fundiertes Sportwissen haben. Und wenn man sich daran erinnert, wie oft man sich als Kantonsratsmitglied in den letzten zwei Legislaturen mit externen Studien und Berichten zu verschiedenen Projekten der Regierung auseinandergesetzt hat, wird man wohl auch an die Zehntausende oder in der Summe sogar Hundertausende Steuerfranken denken, welche dafür ausgegeben wurden. Auch dort liess sich die Regierung von Fachleuten beraten, allerdings arbeiteten diese zu einem weitaus höheren Stundenansatz, als es dies die Mitglieder der Sportkommission tun.
Ganz im Ernst: Man kann doch nicht im Kantonsrat über Politverdrossenheit sprechen und in einer Spardiskussion ernsthaft in Erwägung ziehen, 5000 Franken pro Jahr für eine Kommission zu streichen, welche aus Mitgliedern besteht, die nebst ihrer Beratertätigkeit in der Sportkommission echte Sportförderung im Kanton Zug betreiben. Eigentlich wären hier eher Respekt und Würdigung angebracht für Leute, die ihre Freizeit für eine solche Tätigkeit einsetzen. Wenn man die Demokratie hochlobt, sollte man auch das Engagement dieser Personen für die Demokratie fördern.
Die SP-Fraktion wird am geltenden Recht festhalten und bittet den Rat, dies ebenfalls zu tun.

**Laura Dittli** spricht für die CVP-Fraktion und liest das Votum ihres Fraktionskollegen Urs Raschle, der einen anderen Termin wahrnehmen musste. Dessen Interessenbindung: Er ist seit gut sieben Jahren Mitglied der kantonalen Sportkommission. Er dankt der vorberatenden Kommission für die intensive, spannende und wichtige Diskussion und bittet den Rat, dem Vorschlag der Kommission, die Sportkommission beizubehalten, zu folgen. Für einen kleinen Betrag hat der Kanton Zug nämlich eine Gefäss geschaffen, welches eine gute Verbindung zwischen Politik, Verwaltung und eben den Sporttreibenden, sei dies als Einzelsportler, vor allem aber auch als Mitglied eines Vereins oder Sportverbands, ermöglicht. Ohne dieses Bindeglied hätte es die Stimme des Sports schwieriger, gehört zu werden, obwohl die Mitarbeitenden des Amts für Sport eine tolle Arbeit leisten.
Im Vergleich zu anderen Kommissionen, welche offenbar gar nicht mehr tagen, treffen sich die Mitglieder der Sportkommission als Vertreter der Wirtschaft, der Bildung, der Vereine und der Politik vier Mal im Jahr, um über wichtige sportpolitische Themen zu diskutieren. In den letzten Jahren sind auch neue Ideen entstanden. Zehn Veranstaltungen, welche wichtig für die Bevölkerung, aber auch für das Image des Kantons sind, gelten als sogenannte «Top Sports Events» und erhalten jährlich einen zusätzlichen Beitrag aus dem Sportlotteriefonds. Diese Idee wurde in der Sportkommission geboren, entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Noch bekannter ist das zweite Element, welches die Sportkommission entwickelt hat. Im nächsten Februar treffen sich bereits zum sechsten Mal die erfolgreichsten Sportlerinnen und Sportler des Kantons zur «Zuger Sport Nacht» im Casino Zug. Um insbesondere Einzelsportlerinnen und -sportlern einmal im Jahr eine grosse Bühne geben und ihnen dadurch auch Wertschätzung zeigen zu können, hat die Sportkommission diese Ehrung kreiert und führt sie auch durch. Das mediale Interesse wird immer grösser, da an dieser Nacht eben nicht nur bekannte Sportlerinnen und Sportler, sondern auch solche, welche sonst eher im Hintergrund wirken, geehrt werden. Ob

und − falls ja − wie diese zwei Gefässe weiter geführt würden, sollte es die Sportkommission nicht mehr geben, ist nicht bekannt. Persönlich bezweifelt Urs Raschle dies, da die Sportkommission viel Herzblut, Engagement und Zeit investiert hat. Es wäre deshalb jammerschade, ein solch günstiges und doch sehr effizientes Gefäss zu streichen, um einige tausend Franken zu sparen. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Vorschlag der Regierung abzulehnen und dem Vorschlag der vorberatenden Kommission, die Sportkommission zu beizubehalten, zu folgen.

**Jean-Luc Mösch** wiederholt, dass die Sportkommission auch ein wichtiges Bindeglied zwischen den Sportvereinen ist. Diese sind bemüht, dass die Bevölkerung in der Jugend und auch im Alter sportlich aktiv ist. Die Sportkommission ist ein Baustein in diesem Bemühen. Der Votant − dies seine Interessenbindung − ist aktiv bei den Pfadfindern und damit bei Jugend und Sport, er ist Mitglied des OLV Zug und Supporter des besten Zuger Fussballvereins, das SC Cham, und einigen weiteren Sportvereinen in Cham. Er bittet, die Sportkommission beizubehalten und den Antrag des Regierungsrats abzulehnen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** teilt mit, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält. Er bittet, auf die Vorlage einzutreten und dem regierungsrätlichen Antrag zuzustimmen. Im Übrigen scheinen die Meinungen in den Fraktionen gemacht zu sein, und er möchte die Abstimmung nicht verzögern.

➔ **Abstimmung 17:** Der Rat beschliesst mit 44 zu 27 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Aus dieser Stelle wird die Beratung von Traktandum 6 unterbrochen. Die Fortsetzung folgt in der Nachmittagssitzung.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1121** Traktandum 3.1: **Motion von Gabriela Ingold, Beat Unternährer, Florian Weber, Marcel Peter und Cornelia Stocker betreffend systematische Erhebung und Hinterfragung aller Zahlungen an andere Kantone**
Vorlage: 2884.1 - 15816 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1122** Traktandum 3.2: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Hitzewelle und Trockenheit: Wie reagiert der Kanton Zug?**
Vorlage: 2890.1 - 15830 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1123** Traktandum 3.3: **Petition der Piratenpartei Zentralschweiz betreffend Seenotrettung im Mittelmeer**
Vorlage: 2889.1 - 00000 (Petitionstext).

Der **Vorsitzende** orientiert, dass die Piratenpartei Zentralschweiz beim Kantonsratspräsidenten und bei der Frau Landammann je am 15. Juli 2018 (Poststempel) eine Petition betreffend Seenotrettung im Mittelmeer einreichte. Die Staatskanzlei bestätigte der Petentin am 19. Juli 2018 den Eingang der inhaltlich gleich lautenden Bittschriften und orientierte sie darüber, dass die Eingaben für die heutige Sitzung zur Überweisung traktandiert werden.
Gemäss § 19 Abs. 3 Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats ist grundsätzlich die Justizprüfungskommission für die Prüfung von Petitionen sowie für die Berichterstattung und Antragstellung an den Kantonsrat zuständig. Die Petition hängt mit keinem Beratungsgegenstand unmittelbar zusammen, der bei einer Kommission in Bearbeitung ist, was die direkte Überweisung der Petition an eine andere Kommission erlauben würde (§ 54 Abs. 2 GO KR). Das Petitionsbegehren betrifft Sachverhalte der nationalen (Aussen-)Politik. Zuständig ist der Bund.
Die eine Petition ist direkt an den Kantonsratspräsidenten gerichtet. Dieser vertritt nur − aber immerhin − den Kantonsrat nach aussen, nicht aber den Kanton als solchen, selbst wenn er formell der höchste Zuger ist. Die andere Petition ist an die Frau Landammann adressiert. Gemäss § 47 Abs. 1 Bst. a der Kantonsverfassung vertritt der Regierungsrat den Kanton als Stand nach aussen. Es geht dabei um die «Besorgung der äusseren Angelegenheiten». Aus diesen Gründen wird die Justizprüfungskommission die Petition dem Regierungsrat zuständigkeitshalber zur Erledigung weiterleiten (§ 54 Abs. 3 GO KR).

➔ Der Rat nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das gemeinsame Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

79. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 30. August 2018, Nachmittag
Zeit: 13.45 – 17.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch
bzw. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet, Menzingen

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

## 1124 Präsenzkontrolle

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 77 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Beni Riedi, Baar; Anna Bieri, Hünenberg; Emanuel Henseler, Neuheim.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)

## 1125 Finanzen 2019: Gesetzesänderungen

***Vorlage 2844.7 (Polizei-Organisationsgesetz, Aufhebung Polizeidienststellen)***

EINTRETENSDEBATTE

**Hubert Schuler,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Debatte in der Kommission kurz war, da diese Diskussion schon mehrmals im Kantonsrat geführt wurde und sich keine neuen Argumente ergaben. Es wurde ein Antrag auf Beibehaltung geltenden Rechts gestellt und mit 8 zu 6 Stimmen abgelehnt. Die Meinungen waren gemacht, und die Kommission entschied mit 8 zu 6 Stimmen, dem Antrag der Regierung zu folgen. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, ebenfalls den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

**Karl Nussbaumer** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf diese Vorlage einzutreten. Sollte der Rat wider Erwarten eintreten, wird sie grossmehrheitlich den Antrag auf Beibehaltung bisherigen Rechts unterstützen, und sie bittet den Rat, dasselbe zu tun. Wie schon mehrmals gesagt, wird hier an falscher Stelle gespart. Es ist auch dem Votanten klar, dass die objektive Sicherheit nicht wirklich gefährdet ist, aber der persönliche Kontakt zur Bevölkerung, welchen die Dorfpolizisten haben, wird verlorengehen. Viele wertvolle Hinweise werden im persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung an die jeweiligen Dorfpolizisten herangetragen dies nur, weil man sich kennt und gegenseitig schätzt. Das kann kein Polizist auf Patrouille ersetzen. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, die Posten seien ja

sowieso nicht besetzt. Das stimmt so einfach nicht. Die meisten Posten sind täglich besetzt, aber die Öffnungszeiten für die Bevölkerung sind beschränkt. Das ist verständlich, da die Polizisten noch viele andere Arbeiten zu erledigen haben. Auch alle, die selbständig sind, können nicht immer für die Kunden da sein und haben noch andere Aufgaben zu erledigen. Genauso ist es bei den Dorfpolizisten. Der Votant hat auf einer Dienststelle nachgefragt, und es wurde ihm gesagt, dass die Posten während der Öffnungszeiten durch die Bevölkerung sehr rege genutzt werden. Man spricht hier von einer Einsparung von nur 129'500 Franken. Das ist aber nicht ehrlich, denn es entstehen auch Kosten, welche nicht offengelegt werden. Ein Beispiel: Würde der Posten Menzingen nach Unterägeri oder Zug verlegt, müssten Büros neu eingerichtet werden, was bestimmt Kosten verursachen würde. Weitere Mehrkosten würden für die Fahrten von Unterägeri nach Menzingen oder Neuheim und zurück entstehen usw. Kommt noch dazu, dass die Gemeinden die Schliessung nicht unterstützen. Die Gemeinde Menzingen wäre sogar bereit, über den Mietzins zu verhandeln und diesen nach unten anzupassen. Der Votant ist überzeugt, dass es unter dem Strich nur Verlierer geben wird, wenn diese drei Posten geschlossen würden. Nachbarkantone wie etwa Zürich, die diesen Fehler gemacht haben, sind wieder am Aufbau von Quartierswachen, die auch geschlossen wurden. Man sieht heute ein, dass es ein grosser Fehler war, diese zu schliessen.
Der Votant bittet den Rat, nicht die gleichen Fehler wie die Nachbarkantone zu machen, welche diesen Entscheid jetzt schon, nach nur kurzer Zeit, bereuen. Er weist auch darauf hin, dass das Sparpaket auch gerade wegen der vorgesehenen Schliessung der Polizeiposten vom Volk abgelehnt wurde. Er bittet deshalb, dem Antrag auf Nichteintreten zuzustimmen oder allenfalls bei § 18a das geltende Recht zu unterstützen.

**Rita Hofer** teilt mit, dass die ALG-Fraktion in dieser Frage geteilter Meinung ist und keine einheitliche Haltung vertritt. Die Votantin spricht als Einzelperson zum Polizeiposten in Hünenberg.
In einer Medienmitteilung liess der Finanzdirektor Anfang April verlauten: «Explizit nein gesagt hat der Regierungsrat auch zur massiven Reduktion der Polizeipräsenz.» Der Sicherheitsdirektor äusserte sich ebenfalls in den Medien: «Vom schweizerischen Durchschnitt negativ entfernt hat sich jedoch erneut die Polizeidichte. Diese liegt schweizweit bei einem Polizisten pro 455 Einwohner, im Kanton Zug kommt nur noch ein Polizist auf 533 Einwohner.» Und auf 9000 Einwohner in Hünenberg soll es keinen Polizeiposten mehr geben?
«Es ist unbestritten, dass die Stationierung von Polizeikräften in den einzelnen Ortschaften für die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Gemeindebehörden die besten Voraussetzungen schafft.» Diese Aussage macht die Regierung im Bericht – um im Nachsatz dann gleich die Schliessung der Dienststellen als zumutbar zu bezeichnen. Dies tut sie mit der Begründung, dass die Dienststellen während der Woche nur stundenweise besetzt seien, verschwiegt dabei aber, dass die Büros der Zuger Polizei während der üblichen Bürozeiten zu einem grossen Teil auch ausserhalb der offiziellen Schalteröffnungszeiten besetzt sind und administrative Arbeiten ausgeführt werden. In dieser Zeit werden aber auch Anliegen spontaner Kundschaft entgegengenommen. Die Bevölkerung hat somit jederzeit die Möglichkeit, den polizeilichen Dienst in Anspruch zu nehmen.
Das Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zur Polizei basiert vor allem auf dem persönlichen Kontakt und der Präsenz der Polizei in der Gemeinde. Das wird durch die Zentralisierung in eine andere Gemeinde klar geschwächt. Von Zug aus wird versichert, dass die Präsenz der Polizei mit der Schliessung sogar höher sein

werde. Das ist schlicht eine falsche Behauptung. Dass der Posten in Hünenberg wie heute mit acht Stunden Präsenz geführt wird, kann von auswärts garantiert nicht gewährleistet werden. Wenn es nach dem Willen der Regierung geht, soll sich das Dorf Hünenberg nach Rotkreuz und das Seegebiet nach Cham orientieren. Das entspricht nicht den Anstrengungen der Gemeindebehörde, diese zwei Ortsteile immer als gemeindliche Einheit zu berücksichtigen. Hünenberg will als *eine* Gemeinde mit 9000 Einwohnern anerkannt und nicht in zwei getrennte Gemeindegebiete aufgeteilt werden.
Für die Votantin ist es unverständlich, dass diese Sparmassnahme nochmals auf der Liste steht. Die Bevölkerung hat zur letzten Sparübung klar Nein gesagt und sich damit auch für den Erhalt der Polizeiposten ausgesprochen. Die Votantin erkennt keine nachvollziehbaren Gründe für die Aufhebung der Dienststellen, vielmehr ist es ein widersprüchlicher, sparwütiger Versuch, die Leute von etwas Kuriosem, nämlich allein von Zahlen in der Buchhaltung, zu überzeugen. Die Votantin erinnert nochmals daran:
• Die Bevölkerung hat klar Nein gesagt zum Sparpaket 18 und Ja zum Erhalt der Dienststellen.
• Eine enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung und kurze Wege vereinfachen die Zusammenarbeit. Es hat gleichzeitig eine vorbeugende Wirkung gegenüber Eskalationen und wirkt somit auch präventiv. Laut Gemeinde bestehen hundert Kontakte im Jahr mit der Dienststelle, es wird also an jedem dritten Tag die fachliche Kompetenz benötigt, und der dazugehörige administrative Aufwand kann gleich vor Ort erledigt werden. Dass die Ortskenntnis dabei ein wichtiger Faktor ist, erklärt sich von allein.
Aus diesen Gründen ist die Zentralisierung der Dienststellen ein grosser Nachteil für Hünenberg und auch für die anderen betroffenen Gemeinden. Die Votantin stellt deshalb ebenfalls den **Antrag** auf Nichteintreten und auf die Beibehaltung geltenden Rechts. Sie lehnt diese Sparmassnahme ab.

**Pirmin Andermatt** spricht für die CVP-Fraktion. Man kann diese Sparmassnahme sowohl emotional als auch sachlich betrachten. Als Präsident des Verbands der Zuger Polizei – dies ist seine Interessenbindung – ist sich der Votant bewusst, dass medial wohl vor allem die emotionale Seite zu hören war. Fakt ist aber, dass sich das verklärte Bild der dörflichen Polizeidienststelle stark verändert hat. Auch die Aufgaben und Tätigkeiten des kantonalen Polizeikorps' haben sich den neuen Gegebenheiten anpassen müssen. Aufgrund der heutigen, angespannten Personalsituation – letztes Jahr wurden insgesamt vierzehn Personalstellen abgebaut – und der Tatsache, dass kleinere Polizeidienststellen nur noch stundenweise geöffnet sind, macht es keinen Sinn, etwas am Leben zu erhalten, was nicht mehr wirklich bewirtschaftet werden kann. Es ist aber wichtig, dass die polizeiliche Präsenz weiterhin sichergestellt und die vorhandenen dörflichen Netzwerke gepflegt werden. Das war auch in der Vernehmlassung der Einwohnergemeinde Hünenberg zu lesen. Deshalb dankt der Polizeiverband dem Regierungsrat, dass er mit dieser Massnahme keine weitere Personalreduktion vornehmen wird, dies im Gegensatz zur ersten Vorlage. Zudem begrüsst es der Polizeiverband, dass im Gesetz auch vorgesehen ist, dass im gegenseitigen Einvernehmen Polizeidienststellen wiedereröffnet werden können.
Im Sinne der Opfersymmetrie hat der Verband der Zuger Polizei an seiner diesjährigen Generalversammlung dem regierungsrätlichen Antrag mit 28 zu 5 Stimmen zugestimmt. Der Votant ist der Meinung, dass die direktbetroffenen Angestellten und Mitarbeiter am besten wissen, was für die Sicherheit am wichtigsten ist − dies

auch in der Hoffnung und mit dem grossen Wunsch, dass das Polizeikorps personell wieder aufgestockt werden wird. Ein entsprechender Vorstoss ist in Bearbeitung. Der Votant bittet Karl Nussbaumer, sich zu gegebener Zeit mit gleichem Engagement für die polizeilichen Personalbedürfnisse einzusetzen.
Die CVP-Fraktion empfiehlt ebenfalls, auf die Vorlage einzutreten und dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

**Thomas Werner** möchte von Pirmin Andermatt nachher noch genauer wissen, wie der Entscheid des Polizeiverbands zu verstehen ist: Was heisst «im Sinne der Opfersymmetrie»?
Die Sicherheit ist unbestrittenermassen einer der grossen Standortvorteile der Schweiz und auch des Kantons Zug, dies dank der sehr guten Arbeit der Polizei in diesem Kanton. Noch nicht erwähnt wurde, dass sämtliche Betreibungsämter sehr viele und enge Kontakte zu den Polizeidienststellen haben und auf diese angewiesen sind. Das wurde der JPK von den Betreibungsämtern mit Nachdruck mitgeteilt. Die Arbeit dieser Ämter würde extrem erschwert und deutlich komplizierter, wenn jeweils in Zug Polizeipatrouillen bestellt werden müssten und man nicht mehr lokal mit den Polizisten zusammenarbeiten könnte. Das gilt es im Auge zu behalten. Dazu kommt der Entscheid der Gemeinden, die gegen die Schliessung der Polizeiposten sind. Auch die Bevölkerung lehnt die Schliessung ab. Der Votant bittet den Regierungsrat, diesen Willen endlich zu respektieren. Er fragt sich, warum die Regierung immer und immer wieder mit demselben Vorschlag kommt und die Polizeidienststellen abschaffen will. Er bittet den Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten.

**Pirmin Andermatt** hält als Antwort auf die Frage von Thomas Werner fest, dass jede Amtsstelle einen Beitrag zu leisten hat. Der Verband der Zuger Polizei ist bereit, mit der Schliessung von Polizeidienststellen einen entsprechenden Beitrag beizusteuern. Das ist mit Opfersymmetrie gemeint.

**Andreas Etter** kann nicht belegen, dass die subjektive und objektive Sicherheit in einem Dorf durch einen Polizeiposten erhöht wird. Für ihn stellt sich einfach die Frage: Lohnt es sich, bewährte Infrastrukturen stetig abzubauen? Der Votant findet, dass es sich nicht lohnt, vor allem auch, weil der Kanton Zug sich ständig seiner Bürgernähe und der kurzen Wege zur Verwaltung rühmt. Gestern war es die Post, heute ist es die Polizei − und was kommt morgen? Vor diesem Hintergrund bittet der Votant, nicht auf die Vorlage einzutreten.

**Oliver Wandfluh** hat letzte Woche beim Autofahren in einer Sendung von DRS 1 vom − Irrtum vorbehalten − höchsten Sicherheitsbeauftragten des Bundes gehört, dass es in der Schweiz dahin geht, dass die Polizei wieder vermehrt in den Gemeinden und vor Ort gewünscht wird und präsent sein soll. Kann der Sicherheitsdirektor etwas dazu sagen?

**Daniel Marti:** Wie aus den Berichten der vorberatenden Kommissionen und den Voten der Vorredner hervorgeht, wurde die Schliessung der Polizeidienststellen Hünenberg, Steinhausen und Menzingen sehr kontrovers diskutiert, und der schlussendliche Entscheid war alles andere als einstimmig. Insbesondere wehren sich verständlicherweise die betroffenen Gemeinden für den Erhalt ihrer Polizeidienststellen. Auch die Grünliberalen haben sich die Entscheidungsfindung nicht leicht gemacht. Sie sind nach intensiver Diskussion aber zum Schluss gekommen,

der Argumentation der Regierung zu folgen und den Antrag zu unterstützen. Allerdings können sie der Schliessung der Polizeidienststellen nur unter dem Vorbehalt zustimmen, dass die Polizeipräsenz in den genannten Gemeinden − wie vom Sicherheitsdirektor versprochen − unter keinen Umständen reduziert wird und dass Personal eingesetzt wird, das mit den lokalen Verhältnissen vertraut ist. Studien haben gezeigt, dass eine starke Polizeipräsenz auf der Strasse nicht nur gefühlt mehr Sicherheit bringt, sondern auch stark präventiv wirkt. Also sollte man nicht bei der öffentlich sichtbaren Polizeipräsenz sparen. Schliesslich will niemand im Kanton Zug Verhältnisse wie in Genf oder Basel, wo man sich zur Nachtzeit in gewissen Gebieten kaum mehr auf die Strasse getrauen darf, ohne das Risiko einzugehen, niedergestochen oder ins Koma geprügelt zu werden.
Die GLP unterstützt somit den Antrag der Regierung auf Schliessung der Polizeidienststellen Hünenberg, Steinhausen und Menzingen. Sie ist für Eintreten auf die Vorlage.

**Hubert Schuler** spricht als Einzelsprecher. Wenn gesagt wird, dass alle betroffenen Gemeinden gegen die Schliessung seien, gehört er selbst nicht zu dieser Mehrheit. Die Argumentation von Rita Hofer ist für ihn sehr abenteuerlich. Wenn das Gemeindegefühl zwischen Hünenberg See und Dorf gestört wird, weil die einen nach Cham und die anderen nach Rotkreuz gehen müssen, wenn sie eine Anzeige machen oder eine polizeiliche Dienstleistung in Anspruch nehmen müssen, dann ist es mit diesem Gefühl nicht weit her. Und so kriminell ist Hünenberg nicht, dass man oft zur Polizei gehen muss. Und grundsätzlich hat jede Bewohnerin und jeder Bewohner das Recht, in *jeder* Dienstelle eine Anzeige zu machen. Man könnte also auch nur noch eine einzige Polizeidienstelle in Zug betreiben und dafür die Polizeipräsenz auf der Strasse fördern. Denn genau das ist entscheidend: eine genügende Präsenz auf der Strasse. Dass die Stadt Zürich in den Quartieren wieder mehr Polizeidienststellen aufbaut, ist verständlich. Ein Quartier in Zürich ist nämlich so gross wie der ganze Kanton Zug. Auch im Kanton Zug würde also eine einzige Dienststelle genügen. Dem Argument, die Leute müssten bei einer Schliessung von Menzingen nach Neuheim oder Unterägeri fahren, ist entgegenzuhalten, dass sie das ohnehin müssen, wenn die Dienstelle in Menzingen nur zwei Stunden geöffnet ist. Wenn die drei Dienststellen geschlossen werden, die Polizeipräsenz auf der Strasse aber nicht reduziert wird − das ist die Bedingung −, dann wird sich die Bevölkerung weiterhin sicher fühlen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass die Thematik schon des Langen und Breiten diskutiert worden ist, auch heute wieder. Die Meinungen gehen auseinander. Immerhin ist daran zu erinnern, dass der Kantonsrat im Rahmen des Entlastungsprogramms klar dem Antrag des Regierungsrats zugestimmt hat, drei Polizeiposten zu schliessen. Es geht um ein Sparprogramm, und man sollte in der Debatte sachlich sein. Verschiedenes, was heute gesagt wurde, stimmt nicht. Man richtet den Fokus auf die eigene Gemeinde und verliert den Blick auf das Ganze. Mit den beantragten Schliessungen spart man 130’000 Franken pro Jahr. Das ist zugegebenermassen nicht allzu viel. Die Polizei befindet sich aber wie die gesamte Verwaltung unter grossem Druck: Personalstopp, neue Aufgaben etc. Man muss deshalb die Organisation straffen und dort Personal einsparen, wo der entsprechende Aufwand nicht nötig ist. Wichtig sind dem Sicherheitsdirektor kurze Interventionszeiten. Auch soll die Polizei ihre Arbeit kompetent und ohne Leerläufe leisten können. Sehr wichtig ist auch, dass die Gemeinden, auch wenn sie keinen Polizeiposten mehr haben, eine klare Ansprechstelle und klare Ansprechpartner haben,

welche die Gemeinde und die Bevölkerung auch kennen. Das ist heute so und wird weiterhin gewährleistet sein. Der Sicherheitsdirektor hat diesbezüglich von keiner Gemeinde je eine kritische Äusserung gehört. Er bekommt auch von keiner Gemeinde, die bereits heute keinen Posten mehr hat − auch von Oberägeri, wo der Posten schon vor Jahren aufgehoben wurde −, negative Rückmeldungen. Ganz im Gegenteil: Es läuft sehr gut. Und falls heute ein Antrag gestellt werden sollte, man solle in allen Gemeinden wieder einen Polizeiposten einrichten, ist völlig unklar, ob die Gemeinden, die heute keinen Posten mehr haben, das auch tatsächlich wollen. Auch bezüglich Polizeipräsenz muss man schauen, dass organisatorisch alles getan wird, auch interkantonal. Denn der Kanton Zug bewegt sich durch den Personalstopp und den Zuwachs der Bevölkerung etc. immer weiter weg von der durchschnittlichen Polizeidichte in der Schweiz.
Zu Karl Nussbaumer. Die Frequenz auf den gemeindlichen Polizeiposten ist wirklich tief. Die Leute nutzen heute den Online-Schalter oder gehen auf den Hauptposten. Und bei einem Vorfall rücken nicht die gemeindlichen Polizeiposten aus, sondern die Patrouille des Hauptstützpunkts. Den Vorwurf, dass die Kosten einer Schliessung nicht klar aufgezeigt würden, weist der Sicherheitsdirektor zurück. Natürlich wurden die Fahrten und die Bürokosten eingerechnet − und übrigens kann der Posten von Menzingen in Unterägeri ohne Kosten integriert werden, die nötigen Räume und Arbeitsplätze sind dort vorhanden. Für den Sicherheitsdirektor ist es auch keineswegs so, dass man die gleichen Fehler wie die Nachbarkantone macht. Der Kanton Zug hat schweizweit vermutlich die höchste Dichte an Polizeiposten − effektiv ein «Zuger Finish» −, und es gibt kaum einen Kanton, wo die Polizei näher bei den Gemeinden und der Bevölkerung ist. Rita Hofer hat moniert, die Zentralisierung bringe nichts, sie führe die Polizei weg von der Bevölkerung, ein gutes Klima werde gestört, und die Abstimmung über das Entlastungsprogramm habe gezeigt, dass die Bevölkerung das nicht wolle. Das ist eine hypothetische Auffassung. Niemand kann belegen, dass das Entlastungsprogramm wegen der Schliessung von Polizeiposten abgelehnt wurde, da die Frage ja nicht spezifisch gestellt wurde. Und Pirmin Andermatt hat es bereits gesagt: Auch der Polizeiverband steht hinter dem Antrag des Regierungsrats. Im Weiteren hat der Sicherheitsdirektor von Seiten des Betreibungsbeamtenverbands noch nie gehört, dass die Zusammenarbeit − auch in den Gemeinden ohne Polizeiposten − nicht funktioniere. Das läuft heute sehr gut, zumal die vielen Zustellungen und Zuführungen mit polizeilicher Unterstützung vor allem in der Stadt Zug erfolgen.
Bewährte Strukturen: Die Sicherheit im Kanton Zug ist sehr gut, und der Sicherheitsdirektor ist überzeugt, dass die beantragte Massnahme in den betreffenden Gemeinden zu keinerlei Reduktion der Sicherheit führen wird. Es ist auch nicht so, dass es in Gemeinden ohne Posten mehr Vorfälle gibt als andernorts. Und wenn Leistungen auf andere Art billiger und effizienter erbracht werden können: Warum soll man dann − gerade in einem Sparprogramm − die Strukturen nicht überdenken und anpassen? Das von Oliver Wandfluh erwähnte Interview hat der Sicherheitsdirektor nicht gehört. Er nimmt an, dass es Stefan Blättler, der Kommandant der Berner Polizei, war. Bern hat aber ein ganz anderes System und ist postenmässig viel weiter von den Gemeinden entfernt als Zug.
Abschliessend bittet der Sicherheitsdirektor, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und zur Kenntnis zu nehmen, dass die Polizei darauf erpicht ist, in den betreffenden Gemeinden weiterhin beste Polizeiarbeit zu leisten.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat beschliesst mit 41 zu 34 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 18a Abs. 1 und 2*

Dass sich **Monika Barmet** als Kantonsrätin der Gemeinde Menzingen zu Wort meldet und sich auch alle übrigen Menzinger Kantonsräte geäussert haben, zeigt, wie wichtig diese Vorlage für die Gemeinde Menzingen ist. Auch die Votantin nimmt den Auftrag der Bevölkerung von Menzingen ernst und setzt sich ebenfalls für den Erhalt der Polizeidienststelle ein. Zwar hat der Finanzdirektor in seinem Eintretensvotum gesagt, dass Partikularinteressen heute nicht gewünscht seien. Als Kantonsratsmitglied übernimmt man aber auch den Auftrag, sich für die Interessen seiner Gemeinde einzusetzen, natürlich immer auch mit Blick auf den ganzen Kanton.
Das Sicherheitsempfinden im Kanton Zug ist hoch und wird positiv und als sehr gut bewertet. Deshalb muss sich der Kantonsrat dafür einsetzen, dass es so bleibt. Es scheint, dass sich die momentane Situation bewährt hat. Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht: «Es ist unbestritten, dass die Stationierung von Polizeikräften in den einzelnen Ortschaften für die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Gemeindebehörden die besten Voraussetzungen schafft.» In vielen Bereichen lobt man den Kanton Zug für die besten Voraussetzungen. Warum soll das nicht auch im Bereich Sicherheit in den Gemeinden so sein? Der Polizist im Dorf kennt die lokalen Verhältnisse und die Bereiche, die kontrolliert werden müssen, und er schätzt den direkten Kontakt mit der Bevölkerung. Die Votantin stellt deshalb − nachdem der Rat nun auf die Vorlage eingetreten ist − ebenfalls den **Antrag,** geltendes Recht beizubehalten.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt den Antrag, geltendes Recht beizubehalten, mit 39 zu 33 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen.

*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.8 (Polizei-Organisationsgesetz, polizeiliche Leistungen)***

EINTRETENSDEBATTE

**Alois Gössi** hält fest, dass es bei dieser Vorlage zur Verrechnung polizeilicher Leistungen aus unbewilligten Anlässen oder wegen Verletzen der Auflagen wie auch bei anderen Vorlagen aus «Finanzen 2019» nicht um Sparen geht, sondern um das Abgelten von Leistungen, die bis jetzt nicht in Rechnung gestellt werden konnten. Die Zuger Polizei hat diese Leistungen aufgrund ihres Auftrags zu erbringen. Etwas Ähnliches wurde schon im früheren Entlastungspaket durch den Kantonsrat beschlossen: das Überwälzen der Aufwände der Zuger Polizei bei Verkehrsunfällen, sofern der Aufwand eine bestimmte Zeit übersteigt. Als Beispiel einer Überwälzung von Aufwänden wurde im Bericht des Regierungsrats die unbewilligte WEF-Demonstration vom 23. Januar 2016 erwähnt. Hier konnten die Kosten des polizeilichen Aufwands von rund 260'000 Franken aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen nicht überwälzt werden, obwohl die Namen einiger Teilnehmer bekannt waren. Der Votant geht davon aus bzw. hofft, dass ein Vorfall mit so grossen Dimensionen in Zug ein Einzelfall bleibt bzw. bleiben wird. Da stellt sich dann allerdings die Frage: Braucht es diese Gesetzesänderung wirklich?
Der Votant stellt aber keinen Antrag auf Ablehnung dieser Gesetzesänderung, möchte aber vom Sicherheitsdirektor wissen, ob auch andere, viel kleinere Vorfälle, die leider ab und zu vorkommen, von dieser Gesetzesänderung betroffen wären. Er denkt konkret an einen Vorfall im Vorfeld des Eishockeyspiels EVZ - ZSC von diesem Frühling, als einige gewaltbereite ZSC-Fans vor dem Spiel in ein Pub eindrangen und dieses verwüsteten. Neben Sachschaden hatte der Vorfall auch einen Einsatz der Zuger Polizei zur Folge, und die Täter konnten durch die Zuger Polizei nachträglich eruiert werden. Hätte mit der geplanten gesetzlichen Grundlage hier eine Verrechnung des Einsatzes der Zuger Polizei vorgenommen werden können? Und falls ja: Hätte die Verrechnung nur den Einsatz im Pub oder auch die spätere Suche nach den Tätern umfasst?

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** geht nicht näher auf die Vorlage ein, da sie unbestritten ist. Der erwähnte Vorfall in Zusammenhang mit einem EVZ-Spiel ist eine andere Form. Dort war eine *Gang* unterwegs, die in krimineller Art einen Anschlag auf ein Gebäude bzw. dieses Pub verübt hat. Dank des guten Dispositivs der Zuger Polizei konnten alle Täter verhaftet werden. Sie werden normal nach Strafgesetzbuch bestraft, und der Eigentümer hat eine Schadenersatzklage eingereicht. Dieser Fall läuft straf- bzw. zivilrechtlich ab, hat also mit dem jetzt zur Debatte stehenden Gesetz nichts zu tun. Wichtig ist, dass man auch in solchen Fällen die Straftäter eruieren und der Strafe zuführen kann.

**Thomas Werner** hält fest, dass die Frage von Alois Gössi berechtigt war − und die Antwort des Sicherheitsdirektors zeigt auf, welchen *nonsense* der Rat damals beschloss, als er entschied, dass Polizeieinsätze bei Verkehrsunfällen, welche länger als zwei Stunden in Anspruch nehmen, dem Unfallverursacher verrechnet werden können. Der Autofahrer, der einen Unfall hat, hat mit enormen Kosten zu rechnen, während organisierte kriminelle Banden wie im Fall des Zuger Pubs zwar bestraft werden, ihnen die polizeilichen Leistungen aber nicht in Rechnung gestellt werden können wie dem Autofahrer. Das müsste man vielleicht korrigieren.

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.9 (Polizei-Organisationsgesetz, Betreibungszustellung)***

EINTRETENSDEBATTE

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.10 (Steuergesetz, Pendlerabzüge)***

EINTRETENSDEBATTE

**Markus Hürlimann** spricht für die SVP-Fraktion. Bereits im Rahmen des zweiten Pakets des Entlastungsprogramms 2015−2018 (EP2) hat der Kantonsrat ausführlich über die Reduktion des Pendlerabzugs auf 6000 Franken diskutiert. Der Votant macht deshalb keine Ausführungen zu diesem Abzug aus steuerrechtlicher Sicht. Die vielen guten Argumente gegen diese Gesetzesänderung haben bereits anlässlich der Sitzungen vom 14. April und 7. Juli 2016 keine Wirkung gezeigt, und der Rat hat der Reduktion des Pendlerabzugs gegen den alleinigen Widerstand der SVP zugestimmt. Nachdem das Volk der Paketlösung an der Urne eine Abfuhr erteilt hat, steht man nun wieder auf Feld eins, und es ist leider nicht davon auszugehen, dass sich der Rat betreffend Pendlerabzug heute anders entscheiden wird als vor zwei Jahren. Zu verlockend scheint für die Mehrheit des Rats die Gelegenheit, einer kleinen Gruppe von Pendlern eine Steuererhöhung aufzuhalsen, um den Fortbestand des wuchernden Staatsapparats zu sichern. Diese fette Taube, welche vor der Nase des Rats vorbeifliegt, will man sich einfach nicht entgehen lassen. Allerdings besteht kein Grund, dies wirklich zu tun. Bloss die Hälfte aller Kantone hat den Pendlerabzug bisher reduziert. Der Kanton Zug ist mit dem beabsichtigten Abzug in der Höhe von 6000 Franken nicht einmal besonders grosszügig, sondern bloss Durchschnitt, denn nur gerade drei Kantone gewähren einen tieferen Abzug als 6000 Franken, und einige Kantone gewähren sogar einen höheren Abzug, wie beispielsweise der Kanton Schwyz mit 8000 Franken.

Was den meisten ebenfalls nicht bewusst sein dürfte, ist, dass diese Massnahme nicht nur beim Kanton zu Mehreinnahmen in der Höhe von 1,5 Millionen Franken, sondern auch bei den Gemeinden zu einem Mehrertrag in der Höhe von 1,2 Millionen Franken führt. Diese Mehreinnahmen wären beim EP2 vom Kanton über den Solidaritätsbeitrag abgeschöpft worden, bei «Finanzen 2019» verbleiben sie jedoch vollumfänglich bei den Gemeinden. Wenn man die derzeitige Finanzsituation der Gemeinden betrachtet, ist diese Steuererhöhung absolut unnötig, ja eigentlich sogar ungeheuerlich. Aber sie entlarvt den wahren Kern dieser Massnahme: Man schöpft das Geld beim Bürger ab, weil man es kann und weil man keinen nennenswerten Widerstand erwartet.
Für die Mehreinnahmen von insgesamt 2,7 Millionen Franken bei Kanton und Gemeinden muss aber jemand aufkommen. Es sind dies ausschliesslich werktätige Personen, und es ist einmal mehr vor allem der hart arbeitende Mittelstand, dem man das Geld aus dem Sack zieht. Geld, das beim Bürger definitiv besser aufgehoben ist als beim Staat. Wie alle wissen, hat die Kürzung der Fahrkosten bei der direkten Bundessteuer mit der Abstimmung über die FABI-Vorlage Eingang in das Bundessteuerrecht gefunden, als Teil der Finanzierung und des Ausbaus der Bahninfrastruktur. Das Pendeln über lange Distanzen soll steuerlich weniger begünstigt und der Trend zu immer längeren Arbeitswegen abgeschwächt werden, was aus raumplanerischen und umweltpolitischen Gründen von gewissen Kreisen gewünscht wird. Dass die Ratslinke bei Lenkungsmassnahmen und Steuererhöhungen jubiliert, kann der Votant nachvollziehen. Aber dass den bürgerlichen Mitteparteien das Abschöpfen von Steuersubstrat zu Ungunsten des arbeitenden Mittelstands so wichtig ist, kann er wirklich nicht verstehen. Dass die Pendler und damit Steuerzahler, welche teilweise lange Arbeitswege auf sich nehmen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, mit der vorgesehenen Massnahme bestraft werden, lehnt die SVP ab, und der Votant bittet den Rat, dies auch zu tun. Im Namen der SVP-Fraktion stellt er den **Antrag**, nicht auf diese Vorlage einzutreten.

Für **Philippe Camenisch** hat Markus Hürlimann die wichtigen Argumente bereits ausgeführt. Ergänzend kann man grundsätzlich sagen, dass die Plafonierung von Gewinnungskosten − und darum geht es in diesem Fall − systemwidrig ist. Es käme auch niemandem in den Sinn, Reise- oder andere Gewinnungskosten in der Erfolgsrechnung eines Unternehmens steuerlich nicht zuzulassen, dies zu Recht. Hier geschieht aber genau das für einen Teil der natürlichen Personen, denn es ist eine Massnahme ist, welche keine Mehrheit betrifft, aber pekuniär richtig «einschenkt». Die Steuererhöhung in Form des gedeckelten Pendlerabzugs kann man somit ohne wirkliches Verlustrisiko von guten Steuerzahlern einfordern, also ein Mitnahmeeffekt für den Staat.
Wenn der Rat anschliessend bei der Vorlage 2844.11, in der es um die Mindeststeuer für juristische Personen geht, dem Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko folgt, verhilft er den juristischen Personen ebenfalls zu einem Mitnahmeeffekt. Zumindest wird keine juristische Person im Falle einer Mindeststeuer von 500 Franken statt 250 Franken den Kanton verlassen. Und wenn doch, kann sich der Rat die Antwort selber geben. Es ist ja Aufgabe des Parlaments, für ausgeglichene und ausgewogene Lösungen zu sorgen. Auch im vorliegenden Fall geht es um Opfersymmetrie. Es ist sicher nicht schicklich, beim Pendlerabzug eine harte Grenze von 6000 Franken einzuführen und so insgesamt 2,7 Millionen Franken einzukassieren − und allenfalls in der nächsten Vorlage Geschenke zu verteilen.
Zum Schluss noch dies: Mit der Steuervorlage 17 und der unsäglichen Verknüpfung mit der AHV soll einmal mehr der obere Mittelstand mit Lohnausweis bluten. Diese

Kohorte von Steuerzahlern zahlt heute bereits sehr hohe, nicht gedeckelte Beiträge an die AHV in Form von Solidaritätsbeiträgen oder − etwas wüst ausgedrückt − in Form von verkappten Steuern. Sie bezahlt auch massiv an das Steueraufkommen der natürlichen Personen − man vergleiche dazu die entsprechende Interpellation der FDP (Vorlage 2732) − und wird von der direkten Bundessteuer mit einer massiven Steuerprogression belegt. Nun kassiert man just diese Gruppe von Steuerzahlern beim Pendlerabzug ein weiteres Mal ab. Noch offen ist die Erhöhung des Steuerfusses, die am Schluss der heutigen Beratung ebenfalls zur Debatte steht. Da kommt doch einiges zusammen! Lakonisch könnte man sagen: Es gibt immer gute und plausible Gründe, weshalb dies zulässig sein soll. Der Votant appelliert aber an den Rat, heute ausgewogen abzustimmen. Eines kann er bereits jetzt versprechen: Je nach Ergebnis der Abstimmung über diese und die nächste Vorlage wird der Finanzdirektor *amused* oder *not amused* oder sogar *extremely disappointed* sein.

**Roger Wiederkehr** geht mit den Vorrednern einig, dass die Begrenzung des Pendlerabzugs keine Sparmassnahme ist, sondern eine Erhöhung der Steuern bedeutet. Er hat jedoch einen völlig anderen Ansatz: Es ist ökologisch als auch ökonomisch gesehen doch ein völliger Unsinn, dass jemand, der seinen Arbeitsplatz möglichst weit weg von seinem Wohnort hat, steuerlich begünstigt wird. Um es umzukehren: Der Votant wird steuerlich bestraft, weil er in Rotkreuz arbeitet und auch dort lebt. Grundsätzlich müsste der Kanton umdenken und jene steuerlich begünstigen, die am selben Ort wohnen und arbeiten. Der Votant will die Vorteile einer solchen Wohn- und Arbeitssituation nicht ausführen, sie liegen auf der Hand. Als Unternehmer spricht der Votant eigentlich gegen seine eigene Firma. Er erhält nämlich viele Aufträge von der öffentlichen Hand, und je mehr für den öffentlichen Verkehr gebaut wird, desto besser ist es für ihn. Der Pendlerabzug geht ihm aber total gegen den Strich, und er ist der Meinung, dass ein Abzug von 6000 Franken genügt. Der Kanton soll das Weit-weg-Arbeiten nicht noch fördern und steuerlich begünstigen. In diesem Sinn bittet der Votant den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

**Barbara Gysel** glaubt, dass man bei dieser Massnahme in einem Zielkonflikt steckt. Es ist korrekt, dass es aus ökologischer Sicht sinnvoller wäre, wenn mehr Personen kürzere Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort zurückzulegen hätten. Andererseits dürfen aber Personen, die den öffentlichen Verkehr anstelle des individualisierten Motorverkehrs nutzen, nicht bestraft werden. Man hat also einen Zielkonflikt. Würde es darum gehen, einen Anreiz zu schaffen, die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort zu verkleinern, ist das eben nur die eine Seite. Es gibt andere positive Anreize auch aus ökologischen Gründen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hat schon in seinem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass das nun von Markus Hürlimann gezeichnete Bild einfach nicht stimmt. Man hat im Kanton Zug gute bzw. wie gesagt sogar paradiesische Verhältnisse, auch was die Abzüge anbelangt. Der Finanzdirektor ist stolz darauf − und er ist froh, dass er im Kanton Zug und nicht im Kanton Zürich wohnt und mit der dortigen Steuerverwaltung zu tun hat. Das von Markus Hürlimann gezeichnete Bild von angeblicher Abzockerei etc. ist einfach falsch. Mit 6000 Franken Pendlerabzug gehört Zug wiederum zur Spitze. Es geht um das vernünftige Mass. Natürlich kann man immer mehr tun, wenn man es sich erlauben kann. Man muss im Kanton Zug aber auch lernen, Grenzen zu ziehen. Zur Bemerkung, dass nach der Ablehnung des

EP2 die unbestrittenen Punkte im Schnellschuss analysiert und dann eine neue Vorlage erarbeitet worden sei, hält der Finanzdirektor fest, dass sich der Regierungsrat intensiv mit dem Resultat auseinandergesetzt, eine saubere Analyse vorgenommen und in einer breiten Abwägung − in der Exekutive sind die CVP, die FDP, die SVP und die Linke vertreten − die neue Vorlage ausgearbeitet hat. Und so falsch ist diese nicht herausgekommen. Erwähnt wurde auch wieder der Solidaritätsbeitrag der Gemeinden. Diese 18 Millionen Franken − es sei hier nochmals gesagt − wurden an die Bedingung geknüpft, dass sie in die Gemeinden zurückgeführt werden müssen. Nur unter dieser Bedingung haben die Gemeinden in diese 18 Millionen Franken − netto waren es 9 Millionen Franken − eingewilligt. Das als Vorbemerkung.
Zum Pendlerabzug: Welche steuerlichen Abzüge gerechtfertigt sind und in welcher Höhe, ist ein Diskussionsthema epischen Ausmasses. Man wird immer Einzelfälle finden, die nicht zu hundert Prozent gerecht sind. Oder anders gesagt: Ein perfektes Abzugssystem wird man nie haben. Insofern ist die Steuererklärung auf dem Bierdeckel − hier muss der Finanzdirektor der FDP recht geben − vielleicht nicht nur eine Bieridee gewesen. Beim Pendlerabzug hält sich das Problem allerdings in engen Grenzen. Das Positive vorweg: Mit minimalem Aufwand, ohne grosse Bürokratie, können 1,5 Millionen Franken pro Jahr generiert werden − und entscheidend: ohne Härtefälle zu erzeugen. Es gibt keine Beispiele, wo es wegen der Begrenzung des Pendlerabzugs auf 6000 Franken zu Härtefällen kommen könnte. Und zum Vergleich: Der Pendlerabzug liegt bei den meisten Kantonen weit unter 6000 Franken, und der Bund beschränkt ihn auf maximal 3000 Franken pro Jahr. Der Kanton Zug − einmal mehr − gewährt das Doppelte. Mit 6000 Franken ist ein Generalabonnement der SBB für die 1. Klasse abgedeckt. Der grösste Teil der Pendler dürfte damit komfortabel und nicht teurer als heute reisen. Natürlich ist nicht auszuschliessen, dass jemand in Alosen wohnt und in Lausanne Nachtschicht arbeitet, wodurch die öffentlichen Verkehrsmittel sicher nicht seine erste Wahl sind. Aber das sind Einzelfälle. Im ganzen Sparprozess wurden Massnahmen umgesetzt, welche die Betroffenen stärker tangieren als diese Beschränkung des Pendlerabzugs. Exzessive Klientelpolitik ausgerechnet hier ist deshalb unangemessen. Im Übrigen haben sich von den siebzehn Vernehmlassungsteilnehmenden deren fünfzehn für diese Massnahme ausgesprochen. Der Finanzdirektor dankt in diesem Sinn für die Unterstützung des regierungsrätlichen Antrags.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat beschliesst mit 55 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.11 (Steuergesetz, Mindeststeuer juristische Personen)***

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Hubert Schuler** erläutert, dass die Mindeststeuer für juristische Personen eingeführt werden soll, damit die minimalen Kosten für die Bearbeitung der Steuererklärung juristischer Personen gedeckt sind. Gemäss Auskunft des Finanzdirektors gibt es im Kanton Zug rund 760 Firmen, welche keine Steuern bezahlen. Die vorberatende Kommission sprach sich in einem ersten Entscheid für einen Betrag von 500 Franken gemäss Antrag des Regierungsrats aus, was in etwa die Bearbeitung der Steuerveranlagung deckt. Die Kommission kommt aber auf den Entscheid zurück und reduziert den Betrag auf die Hälfte, da damit diejenigen Firmen, welche bis anhin überhaupt keine Steuern zahlten, nun mindestens diese 250 Franken zu bezahlen hätten. Der Kommissionspräsident bittet, den Antrag der Kommission zu unterstützen.

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*
*§ 75 Abs. 1*
*Titel nach § 78*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats

*§ 78a Abs. 1*

**Daniel Marti** legt zuerst seine Interessenbindung offen: Er ist Besitzer einer kleinen Beratungsfirma im Kanton Zug, die ab und zu so wenig Profit erarbeitet, dass sie kaum Steuern bezahlen muss. Er ist von dieser Gesetzesänderung also womöglich direkt betroffen.
Entgegen dem Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko ist der Votant aber dafür, eine Mindeststeuer von 500 Franken gemäss dem Vorschlag der Regierung einzuführen. Abgesehen von den zusätzlichen Einnahmen, die damit generiert werden, findet er, dass eine kleine Abgeltung von minimal 500 Franken für die Nutzung der exzellenten Infrastruktur und der guten Dienstleistungen im Kanton Zug für jede Firma angemessen und vertretbar ist. Falls dieser kleine Betrag bei den betroffenen Firmen zu finanziellen Problemen führt, stellt sich wohl ohnehin die Frage der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit; in einer solchen Situation stehen dann wohl ganz andere Probleme im Vordergrund. Es ist daher falsch und auch ein wenig kleinlich, jetzt zu versuchen, mit einer Reduktion auf 250 Franken den Anschein zu erwecken, etwas Gutes für die Wirtschaft und das Gewerbe zu tun, aber mit dieser symbolischen Geste auf satte 3,35 Millionen Franken Budgetentlastung zu verzichten. Der Votant ist daher dezidiert dafür, den Antrag der Regierung auf eine Mindeststeuer von 500 Franken zu unterstützen, und er hofft, dass der Rat dasselbe tut.

**Philippe Camenisch** hat in seinem vorherigen Votum das Stichwort «Opfersymmetrie« verwendet. Er schliesst sich demnach dem Antrag der Regierung an, für juristische Personen eine Mindeststeuer von 500 Franken einzuführen. Er begründet das wie folgt:
• Die Antworten sämtlicher Vernehmlassungsteilnehmer fiel positiv für die Einführung der Mindeststeuer aus. In manchen Fällen plädierten die Antwortenden explizit für den Betrag von 500 statt 250 Franken.
• Wenn man schaut, welche Gesellschaften von dieser Bestimmung betroffen sind, kann man annehmen, dass im Kanton Zug eine bedeutende Zahl Gesellschaften kaum aktiv ist und/oder keine Mitarbeitenden hat. Schliesslich wird die einfache Kapital- und Gewinnsteuer zusammengezählt, und erst wenn dieser Betrag 500 Franken unterschreitet, greift die Mindeststeuer.
• Sollte im Markt die Mindeststeuer als zu hoch empfunden werden, kann dies gegebenenfalls zu einer Bereinigung von nicht oder wenig aktiven Zweckgesellschaften führen, womit auch der Aufwand bei den Behörden wegfällt.
• Für das administrative Führen von Domizilgesellschaften − und davon gibt es im Kanton Zug bekanntlich einige − generieren Treuhänder, Rechtsanwälte und die Bankbranche berechtigterweise Honorar- und Gebühreneinnahmen, um die mittlerweile nicht zu unterschätzenden regulatorisch getriebenen Aufwendungen zu decken. Die Verwaltung hat Aufwendungen, die nun ebenfalls bezahlt gehören, dies zu einem kostendeckenden Tarif.
• Grundsätzlich sind nur kommerziell orientierte Unternehmen, welche in unterschiedlichen Rechtsformen organisiert sind, betroffen. Der Votant sieht da keinen Bedarf für Sozialtarife.
• Sollte der Regierungsrat oder sonst jemand dem Kantonsrat glaubhaft vermitteln können, dass eine tiefere Mindeststeuer mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in den Kanton Zug bringen würde, ist der Votant gerne bereit, einen Antrag zu unterstützen, wonach die Mindeststeuer nachträglich und innerhalb von ein paar Jahren zurückerstattet wird, sofern binnen dieser Frist die Mindeststeuer um einen hohen Faktor übertroffen wird und im Jahresdurchschnitt eine bestimmte Anzahl Mitarbeiter beschäftigt wird, dies im Sinne einer Anschubfinanzierung. Der Votant weiss aber, dass niemand auf diesen Deal einsteigt.
• Fiskalabgaben werden in der Erfolgsrechnung erfolgswirksam verbucht. Ein Unternehmen, welches vorübergehend Verluste schreibt, kann diese Steuer im Rahmen des Verlustvortrags an spätere, steuerbare Gewinne anrechnen.
• Zu beachten ist auch, wie in der Vorlage betreffend Pendlerabzug abgestimmt wurde. Dort ging es um eine zusätzliche Steuerbelastung von insgesamt 2,7 Millionen Franken, hier aber würde man, wenn man der vorberatende Kommission und der Stawiko folgt, auf Mehreinnahmen von 3,35 Millionen Franken verzichten.
• Schliesslich noch dies: Vier Stawiko-Mitglieder waren auch in der vorberatenden Kommission. Die Stawiko hat mit 4 zu 2 Stimmen wie die vorberatende Kommission für 250 Franken gestimmt. Im Gegensatz zur vorberatenden Kommission liefert die Stawiko wenigstens eine − wenn auch sehr knappe − Begründung für ihren Entscheid. Im Bericht der vorberatenden Kommission sucht man eine solche vergebens, obschon auf Einnahmen von 3,25 Millionen Franken verzichtet werden soll. Das ist nicht nur ein grobes Versäumnis, sondern Arroganz gegenüber dem Plenum des Kantonsrats.
Aus diesen Gründen bittet der Votant, dem Antrag der Regierung zu folgen.

**Philip C. Brunner** ist etwas überrascht von der Argumentation seines Vorredners. Er war selbst Mitglied der vorberatenden Kommission, und der Kommissions-

präsident hat ausgeführt, wie es gelaufen ist: Es ging klar darum, ein Gegengewicht zu setzen. Der Finanzdirektor versicherte der Kommission glaubhaft, dass der Aufwand, den der Kanton hat und der bisher nicht gedeckt war, bei ungefähr 250 Franken liegt. Es wurde der Kommission auch gesagt, dass es viele inaktive Firmen gibt, die möglicherweise schon durch diese Massnahmen motiviert werden, den Kanton zu verlassen oder die Firma zu schliessen. Dass Philippe Camenisch als Pendler nach Zürich sehr besorgt ist, ist verständlich, und er hat seine Interessen zu Recht vertreten. Es gibt aber auch noch andere Interessen. Sie liegen bei den Einmann- und Zweimannfirmen, und man muss auch auf diese kleinen Firmen Rücksicht nehmen, weil sie auch wertvolle Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen. In diesem Sinn empfiehlt der Votant, dem Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko zu folgen.

Auch **Manuel Brandenberg** möchte sich zum Votum von Philippe Camenisch äussern. Dieser hat das Stereotyp von Gesellschaften, die keine Arbeitnehmer haben, bedient. Es gibt aber Gesellschaften im Kanton Zug, die kaum Arbeitnehmer haben, jedes Jahr aber Hunderttausende von Franken oder mehr Steuern bezahlen, wahrscheinlich also mehr, als die meisten Mitglieder der FDP-Fraktion versteuern. Das muss auch mal gesagt sein. Weiter ist zu diesen Gesellschaften zu sagen, dass sie, auch wenn sie keine oder nur wenige Arbeitnehmer haben, Aufträge an Buchhaltungsfirmen mit Arbeitnehmern, an Steuerberatungsfirmen mit Arbeitnehmern, an Übersetzungsfirmen mit Arbeitnehmern etc. erteilen. Sie tun also auch etwas − und bezahlen zum Teil noch sehr hohe Steuern. Die EU hat 2005 in Zusammenhang mit Briefkasten- und Domizilgesellschaften von «räuberischen Steuerpraxen» gesprochen. Diese Gesellschaften bezahlen zum Teil aber mehr Steuern als mancher Beamte der europäischen Union oder auch als manches Mitglied der FDP-Fraktion.

**Philippe Camenisch** erwidert seinen zwei Vorrednern, dass er insbesondere die von Manuel Brandenberg gemachten Aussagen durchaus anerkennt. Er hat sich auch keineswegs gegen Domizilgesellschaften oder Strukturen ausgesprochen, die hier sehr viele Steuern bezahlen und interessant sind für den Kanton Zug. Es geht ihm vielmehr darum, dass ein rechter Anteil von Gesellschaften besteht, die − das sieht der Votant als Branchenkenner − über Jahre hinweg keine Aktivitäten auslösen. Aktive Gesellschaften werden von den 250 oder 500 Franken Mindeststeuer sowieso nicht betroffen sein. Und wenn man diese Mindeststeuer einführt, wird es vermutlich auch zu einer gewissen Bereinigung kommen. Denn die betreffenden Gesellschaften bezahlen ja nicht nur diese Mindeststeuer, sondern auch Domizilgebühren bei Treuhändern, Banken etc. Und jeder Eigentümer einer solchen Gesellschaft muss sich überlegen: Will ich diese Gesellschaft aufrechterhalten? Ist es mir das wert? Was mache ich über die nächsten Jahre damit? Es kann ja nicht darum gehen, einfach Mäntel zu unterhalten − was zwar durchaus legitim ist −, vielmehr müssen allenfalls auch die Kosten irgendwie gedeckt sein.
Zum Link zum Pendlerabzug: Im Stawiko-Bericht hat der Votant nur gelesen, dass es darum gehe, diese Gesellschaften nicht zusätzlich zu belasten. Da muss der Votant aber schon sagen: Wenn man auf 3,25 Millionen Franken Mehreinnahmen verzichtet, erwartet er im Kommissionsbericht nähere Ausführungen zu diesem Thema, damit er sich ein Bild machen kann. Den Konnex zum Pendlerabzug hat er nur hergestellt, weil es auf der einen Seite, bei den Pendlern, relativ schnell geht und man auf der anderen Seite ohne Kommentar auf über 3 Millionen Franken Steuereinnahmen verzichtet. Das war seine Motivation.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** möchte das Ganze wieder auf den Boden herunterholen. Er bestreitet die Ausführungen von Manuel Brandenberg selbstverständlich nicht. Das BEPS-Übereinkommen führt aber möglicherweise dazu, dass diese substanzarmen Gesellschaften in Zukunft unter Beschuss kommen, auch in Zug.
Was war die Intention des Regierungsrats bei der beantragten, auch mit den Wirtschaftsverbänden diskutierten Mindeststeuer? Der Regierungsrat hat den Aufwand angeschaut − es soll im Kanton Zug keine «Gratisbürger» geben −, und er ist auf das untere Level von 250 Franken gegangen; dazu kommt noch der Gemeindeteil von etwa 350 bis 370 Franken. In der Vernehmlassung und im Gespräch mit den Wirtschaftsverbänden wurde gesagt, es sei überhaupt kein Problem, auf 500 Franken zu gehen; auch dieser Betrag sei adäquat und zu verantworten. Also hat der Regierungsrat schliesslich 500 Franken in seinen Antrag aufgenommen. In der vorberatenden Kommission und in der Stawiko wurde dann wiederum nach dem Aufwand gefragt. Dieser lässt sich allerdings nicht wirklich beziffern. Es gibt Firmen, die keinen Franken Steuern bezahlen, bei der Steuerverwaltung aber einen immensen Aufwand auslösen, während andere Firmen Steuern bezahlen und kaum Aufwand generieren. Die Wahrheit liegt also weder bei 250 noch bei 500 Franken. Sie liegt dort, wo sie der Kantonsrat aufgrund von politischen Überlegungen festsetzt. Natürlich hält der Regierungsrat an seinem Antrag auf 500 Franken fest, letztlich entscheidet aber das Parlament − wobei die Differenz 3,25 Millionen Franken beträgt. Es sei auch noch darauf hingewiesen, dass über 60 Prozent der im Kanton Zug eingetragenen Unternehmen keinen Franken Steuern bezahlen. Das schweizerische Mittel liegt tiefer, nämlich bei 50 Prozent. Auch hier ist der Kanton Zug also Spitze.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat folgt mit 38 zu 32 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.12 (Steuergesetz, Verwaltungsratsmitglieder)***

EINTRETENSDEBATTE

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.13 (Steuergesetz, Mitarbeitendenbeteiligungen)***

EINTRETENSDEBATTE

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.14 (Verwaltungsgebührentarif, Namensänderungen)***

EINTRETENSDEBATTE

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Diese beinhaltet eine Gebührenerhöhung von mehr als 100 Prozent beim maximalen Gebührenrahmen: Heute sind es maximal 110 bis 450 Franken, neu sollen es 110 bis 1000 Franken sein. Das ist eine enorme Erhöhung, und die SVP sieht keinen Grund, den Bürger, der − aus welchen Gründen auch immer − eine Namensänderung vornehmen muss, um so viel mehr zu belasten. Auch ist der Spareffekt dieser Massnahme sehr überblickbar.

**Thomas Meierhans** teilt mit, dass die CVP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist. Er selbst hat aber folgende Frage: Muss eine geschiedene Frau, die alleine mit drei Kindern dasteht und wieder ihren Ledigennamen annehmen möchte, auch die erhöhte Gebühr bezahlen? Wenn dem so wäre, könnte der Votant dieser Gebührenerhöhung nicht zustimmen.

**Andreas Hausheer** hat eine Frage an die SVP. Deren Kredo ist: keine höheren Gebühren. Heute Morgen aber hat die SVP in der Schlussabstimmung der Teilrevision des Verwaltungsgebührentarifs und damit teilweise erheblichen Gebührenerhöhungen zugestimmt. Der Votant hat die Vorlage abgelehnt, weshalb er sich die Frage an die SVP erlaubt: Was ist nun mit Gebührenerhöhungen? Ja oder nein?

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass sich die SVP normalerweise nicht gleich zur Wehr setzt, wenn ihr jemand ans Bein pinkelt. Andreas Hausheer ist aber ein reputierter Parlamentarier, der heute mit viel Mut die Revision des Verwaltungsgebührentarifs abgelehnt und ungefähr mit 1 zu 70 verloren hat. Deshalb möchte der Votant die Frage beantworten.
Natürlich ist die SVP gegen Gebührenerhöhungen. Sie hat heute Morgen nur zugestimmt, weil eine ganz wesentliche, wichtige Finanzierung für den Kanton Zug in der Vorlage enthalten ist. Es geht um eine Konzessionsgebühr zulasten letztendlich eines anderen Kantons, und da fühlte sich die SVP nach allem, was der Kanton Zug von den anderen Mitgliedern des Bundes zu gewärtigen hat, nicht so solidarisch-freundeidgenössisch verpflichtet, dass sie nicht hätte zustimmen können.

**Michael Riboni** ergänzt, dass die SVP-Fraktion in der ersten Lesung der erwähnten Vorlage sämtliche Gebührenerhöhungen bekämpft hat. Die Zustimmung erfolgte schliesslich deshalb, weil neuerdings nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im Kanton Geschäfte miteinander verknüpft werden. Da muss man manchmal eben in den sauren Apfel beissen. Aber man muss sich schon fragen, ob das in Zukunft so weitergehen soll.
Der Votant hat noch eine Frage an den Finanzdirektor: Die nächsten zwei Vorlagen, die beraten werden, betreffen den Verwaltungsgebührentarif, zu dem es bereits eine heute Morgen in der Schlussabstimmung verabschiedete separate Vorlage gab. Wieso kommen im Rahmen von «Finanzen 2019» wieder zwei Geschäfte vor den Rat, in denen es ebenfalls um den Verwaltungsgebührentarif geht? Wieso hat man das nicht in die eigentliche Vorlage zum Verwaltungsgebührentarif aufgenommen? Man hat fast ein bisschen das Gefühl, der Regierungsrat habe etwas den Überblick verloren. Das ist eine Unterstellung, dessen ist sich der Votant bewusst, aber wieso bringt man das nicht alles zusammen in eine einzige Vorlage?

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass Zug im interkantonalen Vergleich sehr tiefe Gebühren bei den Namensänderungen hat. Der aktuell mögliche Höchstbetrag ist daher in der Regel nicht kostendeckend. Gerade im Kanton Zug gibt es immer mehr Fälle mit einem Auslandbezug, was das Verfahren aufwendiger macht. Es ist daher angezeigt, diese Gebühr zu erhöhen und damit künftig kostendeckende Gebühren zu erheben. Die Direktorin des Innern möchte ihre Verwunderung aber nicht verheimlichen, dass ausgerechnet jene Partei eine Gebührenerhöhung ablehnt, welche im Parteiprogramm zwar klar gegen Gebühren ist, aber auch regelmässig die Meinung vertritt, dass die Kosten von den Verursachenden zu decken seien. E handelt sich hier nicht um eine allgemeine Gebühr wie Mehrwertsteuer oder $CO_2$-Abgaben, sondern um Gebühren, für die eine Leistung seitens der Verwaltung erbracht wird und die, wenn sie nicht von den gesuchstellenden Personen berappt wird, von den allgemeinen Steuerzahlenden gedeckt werden muss. Ist das im Interesse der SVP? Die Direktorin des Innern meint: nein. Abschliessend weist sie darauf hin, dass sich der Minimalbetrag von 110 Franken nicht ändert.
Zur Frage von Thomas Meierhans. Der Beschluss des Kantonsrats zum Verwaltungsgebührentarif gibt der Namensänderungsbehörde den Rahmen für die Höhe der Gebühren vor, welche sie erheben kann. Bei der konkreten Bemessung der Gebühr berücksichtigt sie, ob es sich um das Gesuch einer Einzelperson oder einer Familie handelt und was der Grund für das Namensänderungsgesuch ist. Zudem wird dem konkreten Aufwand in jedem Einzelfall Rechnung getragen. Es kann damit nicht allgemein gesagt werden, wie hoch die Gebühr bei der Namensänderung

einer geschiedenen Frau mit drei Kindern, wenn sie wieder ihren Ledigennamen annehmen möchte, ausfallen wird. In einem solchen Fall ist es jedoch gar nicht notwendig, dass die Frau für sich ein Namensänderungsgesuch einreicht. Die Ehegattin oder der Ehegatte könne nach Auflösung der Ehe gegenüber jeder Zivilstandsbeamtin oder jedem Zivilstandbeamten erklären, dass sie bzw. er wieder den Ledigennamen tragen möchte. In diesem Fall betragen die Kosten gemäss der Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen lediglich 75 Franken. Es steht aber auch jeder Frau frei, bereits bei der Heirat ihren Namen als Familiennamen zu behalten.
Zur Frage, warum die heute zur Debatte stehenden Änderungen im Verwaltungsgebührentarif nicht zusammen der am Morgen endgültig verabschiedeten Revision in einer einzigen Vorlage behandelt wurden, erklärt die Direktorin des Innern, dass man sich immer fragen kann, ob eine Änderung nun zu «Finanzen 2019» oder zu einem anderen Geschäft gehört. Die jetzt diskutierte Massnahme erwuchs aus «Finanzen 2019»: Jedes Amt hatte den Auftrag, Massnahmen zu nennen. Es war daher folgerichtig, diese Massnahme im Paket «Finanzen 2019» abzuhandeln.
Die Direktorin des Innern bittet den Rat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ergänzt, dass es zwei Ebenen gibt. 2011 wurde der Verwaltungsgebührentarif dem Volk vorgelegt. Man hatte versucht, den Tarif nach dem Äquivalenzprinzip und weiteren Prinzipien total zu revidieren. Das scheiterte. Es gab aber verschiedene Bestimmungen, die nicht mehr zeitgemäss waren: falsche Begriffe, Tarife, die es gar nicht mehr gab oder die nicht mehr bundesrechtskonform waren etc. Um für diese Fälle Rechtssicherheit zu erhalten, musste der Tarif revidiert werden, nur diesbezüglich, nicht materiell. Allerdings hat sich eine kleine materielle Änderung eingeschlichen − 15 oder 20 Franken für Beurkundungen −, was aber nur geschah, um mit den Gemeinden äquivalent zu sein. Wirklich materielle Änderungen wurden nun in das Paket «Finanzen 2019» aufgenommen.
Der Finanzdirektor hat schon damals in der vorberatenden Kommission gesagt, dass eine Totalrevision des Verwaltungsgebührentarifs wiederum scheitern würde. Angesagt ist eine Politik der kleinen Schritte. Der Regierungsrat hat sich für diesen Weg entschieden, um mindestens die halbe Miete im Sack zu haben.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat beschliesst mit 47 zu 25 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.15 (Verwaltungsgebührentarif, gesundheitspolizeiliche Tätigkeiten)***

EINTRETENSDEBATTE

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass es auch hier um eine Gebührenerhöhung geht. In § 3 Abs. 1 wird die Maximalgebühr bei Ziff. 11 von 240 auf 480 Franken, bei Ziff. 14 von 100 auf 200 Franken und bei Ziff. 15 von 240 auf 480 erhöht. In Ziff. 17, wo bisher für die periodische Inspektion von Apotheken oder Drogerien eine Pauschalgebühr von maximal 140 Franken galt, soll neu für Inspektionen und Kontrollen − also ganz allgemein in jeder erdenklichen Ausgestaltung der staatlichen Tätigkeit, wo Inspektionen und Kontrollen möglich sind, und sie werden immer erdenklicher und unerdenklicher − ein Maximum von 200 Franken pro Stunde gelten. Man stelle sich das vor! Auch bei Ziff. 18 soll die Maximalgebühr erhöht werden, dies von 340 auf 680 Franken. Das hat nichts mehr mit Bürgerfreundlichkeit zu tun, sondern ist letztendlich eine übertriebene Gebührenerhöhung zulasten einiger weniger − mit dem maliziösen Hintergrund, dass natürlich nicht jeder eine Apotheke hat und nicht jeder in seinem Betrieb inspiziert werden kann, dass es also keine Mehrheit im Volk betrifft und man hier mal satt zugreifen und die betreffenden Gebühren erhöhen kann. Diese Art zu politisieren ist nicht unbedenklich. Der Votant möchte die Gebühren hier deshalb unverändert belassen und die Leute, die betroffen sind, nicht derart stark mehrbelasten. Bei Ziff. 17 ist auch darauf hinzuweisen, dass es bei Inspektionen keine Aufsichtsbehörde gibt, die kontrolliert, ob der Staat nicht zu viele Stunden aufgewendet hat. Nein, man kriegt als Betroffener einfach eine Rechnung. Natürlich könnte man dann eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht machen, aber das macht niemand. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** auf diese enorme, exorbitante Gebührenerhöhung nicht einzutreten. Und er würde sich auch wünschen, dass die Journalisten etwas mehr Sensibilität für ein solches Thema hätten und einmal hierzu eine Schlagzeile platzieren würden, statt nur immer gleichgeschaltet den staatlichen Behörden das Wort zu reden.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** hält fest, dass man über die Höhe von Gebühren immer streiten kann. Sicher ist, dass auch die angepassten Gebühren nicht kostendeckend sein werden. Sicher ist auch, dass Zug auch mit den neuen Rahmentarifen schweizweit weiterhin zu den attraktivsten, tiefsten Kantonen gehören wird. Wichtig ist ferner, dass es hier nicht um feste Gebühren, sondern um einen Rahmentarif geht. Dieser Rahmen soll etwas weiter festgelegt werden. Ein Beispiel: Die Bewilligung für die Ausübung von Medizinalberufen kostet im Kanton Zug 240 Franken, im Aargau und im Kanton Luzern 700 Franken, im Kanton Schwyz 500 Franken, im Thurgau 600 bis 1800 Franken, in Zürich 1000 Franken. Man kann diese Zahlen unterschiedlich beurteilen, aber es ist gerechtfertigt, dass Zug bei den Gebühren die Möglichkeit hat, im Mittelfeld zu sein, auch weil viele dieser Bewilligungen nicht nur für den Kanton Zug, sondern schweizweit gültig sind. Dass − wie man im Amtsblatt sehen kann − sehr viele Apothekerinnen und Apotheker ihre Bewilligung im Kanton Zug erhalten, liegt daran, dass die Gebühr für diese Bewilligung in Zug am tiefsten ist und der Kanton Zug quasi auf seine Kosten für die halbe Schweiz diese Bewilligungen erteilt. Zu den von Manuel Brandenberg angesprochenen Gebühren für Inspektionen und Kontrollen ist festzuhalten, dass es Betriebe gibt, welche selbstverschuldet einen sehr grossen Aufwand verursachen, der heute nicht in Rechnung gestellt werden kann. Es ist deshalb gerechtfertigt, wenn solchen Be-

trieben eine entsprechende Rechnung gestellt werden kann. Der Gesundheitsdirektor bittet deshalb, den neuen Gebührenrahmen zuzustimmen.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat beschliesst mit 40 zu 22 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*
*§ 3 Abs. 1 Ziff. 11 bis 14, 14$^{bis}$ und 15 bis 16*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 3 Abs. 1 Ziff. 17*

**Philip C. Brunner** kommt zurück auf den *gap* zwischen der heutigen Regelung und dem neuen Ansatz von 100 bis 200 Franken pro Stunde bei Kontrollen und Inspektionen. Als Hotelier führt der Votant einen Betrieb, der auch unter das Gesundheitsgesetz fällt. Er kann aus Erfahrung sagen, dass Inspektionen zur Lebensmittelsicherheit durchaus zwei oder zweieinhalb Stunden dauern. In der Gastronomie bezahlt man nichts, wenn alles in Ordnung ist. Man hat lediglich zu bezahlen, wenn Missstände festgestellt werden oder Proben nicht in Ordnung sind, was sehr schnell passieren kann. Ein Beispiel: Man hat einen Frühstücksservice von sechs Uhr bis zehn Uhr morgens, und um zehn Uhr meldet sich der Inspektor an …

Der **Vorsitzende** unterbricht und bittet den Votanten, nicht über das Gastgewerbe, sondern zu Drogerien und Apotheken zu sprechen.

**Philip C. Brunner** erklärt, dass er kein adäquates Beispiel aus einer Apotheke vorbringen kann, er aber zeigen will, dass man sehr unglücklich plötzlich angebliche Missstände haben kann. Der Inspektor kann nämlich von einem abgeräumten Frühstücksteller eine Probe nehmen − und schon hängt man. Der Teller war eine oder zwei Stunden an der warmen Luft, und schon hat die Keimzahl unglaubliche Dimensionen erreicht. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** den Tarif auf «100 bis 150 Franken pro Stunde» festzusetzen. Auch so kostet die Kontrolle den Geschäftsinhaber rasch einmal bis zu 500 Franken. Das ist happig für einen kleineren Betrieb. Der Votant kennt die Margen von Apotheken nicht, aber für diesen Betrag braucht es doch eine ganze Anzahl Transaktionen mit einer schönen Gewinnmarge.

**Manuel Brandenberg** bittet den Vorsitzenden, einen Kantonsrat, der zur Sache spricht, nicht zu unterbrechen. Philip C. Brunner hat zu Ziff. 17 gesprochen und sehr gut argumentiert. Der Vorsitzende hat behauptet, es gehe um Apotheken oder Drogerien, was nicht stimmt. Es geht neu nämlich um alle Arten von Inspektionen und Kontrollen, so steht es im neuen Erlasstext.
Der Votant stellt im Weiteren den **Antrag,** bei § 3 Abs. 1 Ziff. 17 beim bisherigen Recht zu bleiben. Die Ausdehnung von Ziff. 17 auf Inspektions- und Kontrolltätigkeit des Staats in allen seinen Verästelungen soll negiert werden.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass er seinen Antrag zurückzieht.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** hält fest, dass das von Philip C. Brunner erwähnte Beispiel, das auch in seinen Kompetenzbereich fällt, ebenfalls kostenfrei ist. Wenn die Lebensmittelkontrolle in einem Gastrobetrieb einen Mangel feststellt, wird sie darauf hinweisen und später − ebenfalls kostenfrei − kontrollieren, dass das in Ordnung gebracht wird; erst wenn es in weitere Runden geht, kostet es etwas. Dass es eine Ausweitung der Kontrolltätigkeit geben werde, wie Manuel Brandenberg anprangert, trifft in keiner Art und Weise zu. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Die Gesundheitsdirektion muss heute mit kleineren Personalressourcen viel mehr Betriebe abdecken als vor einigen Jahren, und sie kann heute den vom Bund vorgegebenen, sehr umfangreichen und vom Kanton nicht beeinflussbaren Kontrollpflichten nur mit grosser Mühe einigermassen nachkommen. Es wird also wirklich nur das getan, was nötig ist, um die Qualität und die Sicherheit sicherzustellen, nicht mehr. Und wenn jemand einen übermässigen Aufwand verursacht, ist es gerechtfertigt, dass er diesen bezahlen muss.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat folgt mit 38 zu 25 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommissionen.

*§ 3 Abs. 1 Ziff. 18 und 19*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.16 (Verwaltungsgebührentarif, Verrechnung von Beratungstätigkeiten)***

EINTRETENSDEBATTE

**Patrick Iten** spricht für die CVP-Fraktion. Wer schon einen Bau realisiert oder mit Bauen zu tun hat, weiss nur zu gut, wie komplex die Bauvorschriften, Richtlinien und Gesetze sind. Nach der öffentlichen Ausschreibung des Baugesuchs im Amtsblatt hat man noch lange nicht die Bewilligung. Dann fängt der Spiessrutenlauf erst richtig an. Das Baugesuch durchwandert alle möglichen Ämter: Raumplanung,

Umweltschutz, Gewässerschutz, Feuerschutz, Denkmalschutz und und und – um nur einige Aspekte zu erwähnen, die man bei einem Bauprojekt berücksichtigen muss. Es fängt bereits bei der Projektierung an und zieht sich durch bis zur Schlussabnahme. Jede Zusatzrunde verursacht weitere Kosten.
Da nicht jeder Bauherr das nötige Wissen mit sich bringt, stellt er Fachplaner an, welche die Gesetze und Vorschriften in die Planung einbringen. Es kommt dazu, dass jeder Kanton andere Gesetze hat. Alles ist sehr komplex und braucht sehr viel Zeit und Geduld. Damit ein Baugesuch wenn möglich bei der ersten Eingabe bewillligt wird, ist man auf Leute angewiesen, die sich auskennen und wissen, was man berücksichtigen muss. Man geht darum auf die verschiedenen Ämter zu. Der Votant genoss nur schon für die Planung seines Balkons zwei Stunden Beratung bei der Denkmalpflege. Da kann sich jeder vorstellen, was das für grössere Projekte heisst. Heute, da die Bodenpreise und Wohnungen so teuer sind, muss man doch Rücksicht nehmen, dass der Kanton die Bauherren nicht noch mehr zur Kasse bittet. Denn jeder Franken, der dem Bauherrn aus der Tasche gezogen wird, holt dieser bei den Mietern und Käufern wieder ab.
Bei so vielen Vorschriften und Gesetzen steht der Kanton in der Pflicht, diesbezüglich eine Dienstleistung zu erbringen. Die CVP-Fraktion stellt darum den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Baudirektion, die hier am meisten betroffen ist, heute ein Dienstleistungsunternehmen für Private und Firmen etc. ist und ihre Beratungen gratis und franko anbietet. Die Entsorgungsplanung beispielsweise für die Firma Trichema, ein grosses Projekt, wurde gratis und franko durchgeführt. Das führt dazu, dass Private und Gemeinden und eben auch Unternehmen davon ausgehen, dass die Baudirektion solche Abklärungen top und absolut seriös – wie alles im Kanton Zug – und überdies kostenlos durchführt. In allen anderen Kantonen müssen Unternehmen und Private für solche Abklärungen entsprechende Büros engagieren. Auch hier ist Zug einfach Weltklasse und die Nummer eins in der Schweiz.
Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Anpassung ist nichts anderes als eine Einmittung in das schweizerische Mittel. Und die Rede ist von grossen Projekten und von Beratungen, die mehr als zehn Stunden in Anspruch nehmen. Anfragen, die in weniger als zehn Stunden erledigt werden können, kosten nach wie vor nichts, dies im Sinn einer Dienstleistung für den Bürger. Bei grossen Projekten wie Metalli oder Suurstoffi etc., die stundenlange Beratungen und teilweise auch Einsitznahme in Fachgremien erfordern, ist es absolut gerechtfertigt, dass die Beratungstätigkeit von Fachleuten aus der Verwaltung in Rechnung gestellt werden kann. Der Baudirektor bittet, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat beschliesst mit 36 zu 34 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 4 Abs. 1 Ziff. 38*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko anschliesst.

**Nicole Zweifel** hält fest, dass die Gesetzesänderung zum Verwaltungsgebührentarif die künftige Verrechnung von Beratungstätigkeit der kantonalen Verwaltung insbesondere im Bereich der Baudirektion regeln soll. Die vorberatende Kommission stellt den Antrag, dass die gesetzliche Regelung auf die Verrechnung von Leistungen an Private einzuschränken sei. Die Stawiko verlangt zusätzlich eine Präzisierung betreffend des Begriffs «Bauvorhaben Dritter». Für die GLP erschliesst sich aber weder aus dem Bericht der vorberatenden Kommission noch der Stawiko, was denn wirklich die Absicht hinter den Anpassungen sein soll. Im Bericht der vorberatenden Kommission wird auf Seite 11 ausgeführt: «Der Aufwand für die Beratung bei grösseren Projekten (grosse Altlastensanierungen, Vorprüfungen von Zonenplänen, Bauvorschriften und Bebauungsplänen usw.) ist sehr gross und wurde bisher nicht weiterverrechnet. Es rechtfertigt sich daher, den eine Bagatellgrenze von zehn Stunden übersteigenden Aufwand den Gesuchstellenden zu einem kostendeckenden Ansatz in Rechnung zu stellen.»
Der Gesetzesvorschlag des Regierungsrats sah eine generelle Verrechnungspflicht vor: Wer auch immer die Leistungen der kantonalen Verwaltung benötigt, bekommt diese in Rechnung gestellt. Das heisst, auch Gemeinden hätten für die erbrachten Leistungen zu bezahlen gehabt. Auch das deckt sich mit den Erläuterungen des Baudirektors von vorhin. Mit der Änderung der Gesetzeslage, wie sie die Kommissionen verlangen, wird der Kreis auf die Privaten eingeschränkt. Im Bericht der vorberatenden Kommission werden jedoch Leistungen erwähnt, die Private niemals bekommen werden, weil sie dafür gar nicht zuständig sind. So wird kein Privater jemals einen Zonenplan oder Bauvorschriften vorprüfen lassen, handelt es sich hierbei doch um Aufgaben der öffentlichen Hand. Andere Kantone handhaben dies sehr unterschiedlich. Der Kanton Luzern beispielsweise verrechnet aufgrund der schlechten Finanzlage den Gemeinden sämtliche Leistungen etwa für die Vorprüfungen von Ortsplanrevisionen etc. Das können schnell einmal Rechnungen in der Höhe 10’000, 20’000 oder 30’000 Franken sein.
Die GLP möchte deshalb vom Regierungsrat und von den Präsidien der zwei vorberatenden Kommission wissen: Was soll denn nun überhaupt geregelt werden? Sollen die Gemeinden die Leistungen des Kantons unentgeltlich beziehen können, oder sollen sie dafür bezahlen müssen? Wenn die Gemeinden nicht bezahlen sollen, ist der Vorschlag der Kommissionen für die GLP nachvollziehbar. Wenn aber auch die Gemeinden für die erbrachten Leistungen des Kantons bezahlen sollen, würde die GLP den Antrag auf Beibehaltung der Fassung des Regierungsrats stellen.
Die GLP dankt für die Beantwortung ihrer Frage und allenfalls für die Unterstützung ihres Antrags.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass er mit dem Baudirektor abgesprochen hat, diese Vorlage in den Kommissionen und im Rat zu vertreten. In Ergänzung zu den Ausführungen des Baudirektors hält er fest, dass der Antrag des Regierungsrats in der Tat nicht auf Private fokussierte. In der vorberatenden Kommission ging es dann drunter und drüber, und am Schluss fokussierte man auf die Privaten. Die Gemeinden, die zum Teil ohnehin in Verfahren eingebettet sind, sind hier nicht angesprochen. Es gibt auch gegenüber Privaten sehr viele Dienstleistungen im Rahmen von Zonenplanänderungen, Altlastensanierungen etc., die zehn Stunden Beratungsaufwand übersteigen. Vor diesem Hintergrund wurde der neue Antrag in

der Kommission gutgeheissen. Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Kommission und der Stawiko an.

**Nicole Zweifel** stellt nach diesen Ausführungen des Finanzdirektors den **Antrag,** die ursprüngliche Version des Regierungsrats zu genehmigen.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat folgt mit 54 zu 6 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommissionen, dem sich auch der Regierungsrat angeschlossen hat.

*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.17 (Gesetz über Strassen und Wege, Strassenkosten)***

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Hubert Schuler** hält fest, dass die Erläuterungen der Regierung für die Kommission nur teilweise nachvollziehbar waren. So sollen die anfallenden Kosten des Tiefbaus der Spezialfinanzierung Strassenbau verrechnet werden. Die Argumentation, dass auch die Strassenbenützung der Polizei und der anderen Blaulichtorganisationen auf die Spezialfinanzierung geschlagen werden soll, wurde nicht verstanden. Denn dann müssten die Bussengelder und andere Gebühren ebenfalls in diesen Topf und nicht in die laufende Rechnung fliessen. Aus diesem Grund hat die Kommission entschieden, die Kosten der Blaulichtorganisationen nicht über die Spezialfinanzierung Strassenbau abzurechnen. Und wie der Kommissionpräsident gehört hat, schliesst sich die Regierung dem Antrag der Kommission an.

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*
*§ 35 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 36 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommissionen anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommissionen.

*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass der Rat mit diesen 5 Millionen Franken rund 12 bis 14 Prozent des gesamten Kuchens in wenigen Minuten abgehandelt hat. Das ist bemerkenswert. Der Rat hat vorher über kleinere Spar- oder Gebührenbeträge unglaublich lang gestritten, hier aber ging die Vorlage, über die sich die vorberatenden Kommissionen einig waren, oppositionslos durch. Das möchte der Votant zuhanden des Protokolls festhalten.

***Vorlage 2844.18 (EG Betäubungsmittelgesetz, Sennhütte)***

EINTRETENSDEBATTE

**Anastas Odermatt** stellt namens der ALG-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten und sie abzulehnen. Bei der Sennhütte handelt es sich um eine Fachinstitution für Suchttherapie. Es geht nun darum, wer die Kosten für diese Infrastruktur tragen soll: Subjektfinanzierung versus Objektfinanzierung. Mit dem Wechsel in die Subjektfinanzierung werden die Kosten bei den Gemeinden zumindest teilweise steigen, es handelt sich also klar um eine Kostenverschiebung hin zu den Gemeinden. Darüber hinaus geht es auch darum, dass sich der Kanton aus der Planungssicherheit für die Sennhütte zurückzieht. Für die ALG ist es wichtig, dass es im Kanton Zug auch zukünftig, insbesondere langfristig, eine solche Institution gibt, sie ist daher gegen diese Massnahme.
Hinsichtlich der Haltung der GGZ: Diese macht ja ein Eingeständnis − ihre genaue Haltung wird aus dem Bericht allerdings nicht ganz klar −, dies aber nur unter der Prämisse, dass sie erstens die Bewilligung für eine grössere Institution zwecks Wirtschaftlichkeit erhält; eine grössere Institution aufzubauen ist die einzig logische Schlussfolgerung, wenn man zur Subjektfinanzierung übergeht. Die zweite Prä-

misse ist, dass die GGZ die Bewilligung zur Verwendung des Kantonsanteils der Reserven aus ihrer Leistungsvereinbarung gemäss Punkt 2.4 der Leistungsvereinbarung für die Angebotsverbesserung und Realisierung des Projekts «Sennhütte im Horbach» erhält. Das sind gemäss Auskunft der GGZ per 31. Dezember 2017 rund 685'000 Franken, und diese passivierten Reserven müssten dann eben zur Verfügung stehen. Das sind die zwei Prämissen, unter denen die GGZ eingewilligt hat. Die ALG möchte vom Gesundheitsdirektor hören, wie mit diesen Prämissen umgegangen wird.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** hat dieses Geschäft, bevor er es in den Regierungsrat brachte, selbstverständlich mit der GGZ vorbesprochen. Diese hat damals allen vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt und sie sogar begrüsst, weil die Subjektfinanzierung das modernere und richtige Instrument bei sozialen Einrichtungen ist; die Regelung soll ja auch bei anderen sozialen Einrichtungen entsprechend geändert werden. Wenn die Qualität stimmt und die Zuweiser Vertrauen in die Qualität haben, hat eine Institution genügend Klienten und kann kostendeckend geführt werden. Wenn die Qualität aber nicht stimmt und die Zuweiser kein Vertrauen haben, hat die Institution weniger Klienten und muss zwingend die Qualität verbessern. Es gibt also einen Anreiz, der in die richtige Richtung geht. Leider hat die GGZ aus Gründen, die der Gesundheitsdirektor nicht nachvollziehen kann, in der Vernehmlassung etwas anderes geschrieben, und gewisse Gemeinden haben sich dem angeschlossen. Der Gesundheitsdirektor hat dann wieder das Gespräch mit der GGZ gesucht, und dies hat bestätigt, dass sie noch immer gleicher Meinung sei und dem Vorschlag des Regierungsrats zustimme.
Anastas Odermatt hat richtig gesagt, dass es sich um eine Kostenverschiebung handelt. Wenn die Subjektfinanzierung kommt, steigen die Kosten pro Süchtigen, der in der «Sennhütte» therapiert wird, ein wenig. Die Gesundheitsdirektion rechnet damit, dass es − wie auch im Bericht ausgeführt wird − etwa 40'000 Franken sein werden, um welche die Gemeinden mehr belastet werden, ebenso der Kanton, der ja ebenfalls die Hälfte bezahlt. Die Summe ist also nicht der ganze Betrag, der eingespart wird, sondern eben minus diese 40'000 Franken. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass mit der heutigen Subvention nicht die Zuger Süchtigen subventioniert wurden, sondern die ausserkantonalen Süchtigen, die im Kanton Zug behandelt wurden. Von den zehn Klienten waren einer bis zwei Zuger, und man hat mit dem Zuger Geld den Preis für Ausserkantonale verbilligt. Die Zuger Gemeinden haben in ausserkantonalen Institutionen aber den vollen Preis bezahlt. Wie sinnvoll eine solche Regelung ist, sei dahingestellt.
Im Übrigen zieht sich der Kanton nicht aus der Planungssicherheit zurück. Es gab auch vorher keine Planungssicherheit, denn mit diesem Sockelbeitrag hat der Kanton keinen Einfluss auf die Planung. Vielmehr war es einfach eine Subvention, und wenn die GGZ die «Sennhütte» nicht mehr hätte weiterführen wollen, hätte der Kanton keinen Hebel gehabt. Die geplante Verschiebung der «Sennhütte» in den Horbach braucht, wie der GGZ ausführlich dargelegt wurde, eine Bewilligung. Eine Bewilligung für eine Gesundheitseinrichtung kann man aber erst erteilen, wenn diese gebaut ist; man kann auch nicht eine Praxis bewilligen, die nicht gebaut ist und nicht besichtigt werden kann. Die Gesundheitsdirektion hat aber mit sehr grossem Aufwand bereits alle Pläne der GGZ kontrolliert und zugesichert, dass die Bewilligung erteilt werden könne, wenn alles so gebaut und umgesetzt werde. Etwas anderes ist nicht möglich. Diese Forderung greift also etwas ins Leere.
Die Frage der Reserven steht seit langem im Raum. In der Subventionsvereinbarung ist ausgeführt, dass zu viel ausbezahlte Subventionen − und in den letzten

Jahren wurden insgesamt 685’000 Franken zu viel ausbezahlt − dem Kanton gehören. Der Gesundheitsdirektor hat der GGZ aber angeboten, diese Frage zu prüfen, aber wenn der Kantonsrat anders entscheidet und weiterhin einen Sockelbeitrag, also eine Übersubventionierung, beschliessen würde, kann man selbstverständlich nicht über diese Reserven sprechen. Diese sind nämlich daran gebunden, dass man zum neuen Régime übergehen kann. Und dann prüft der Regierungsrat nüchtern, ob dieses dem Kanton gehörende Geld allenfalls der GGZ geschenkt werden soll. Der Gesundheitsdirektor kann allerdings nicht grosse Hoffnungen machen, dass man eine vertragliche Abmachung nicht einhält.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat beschliesst mit 42 zu 10 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*
*§ 7 Abs. 2*
*§ 8 Abs.*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*Teil II (Fremdänderungen): Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an der «Stiftung Männerheim Zug» vom 29. August 1968*

*Titel*
*§ 1 Abs. 1, Einleitungssatz*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 1 Abs. 1 Bst. a und b*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*Teil III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet den Ratsvorsitz. Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch geht kurz in die Pause.

***Vorlage 2844.19 (EG Betäubungsmittelgesetz, Kommission für Suchtprobleme)***

EINTRETENSDEBATTE

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.20 (EG Krankenversicherungsgesetz, Krankenversicherungsobligatorium)***

EINTRETENSDEBATTE

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.21 (EG Waldgesetz, Revierförsterinnen und -förster)***

EINTRETENSDEBATTE

**Patrick Iten** spricht für die CVP-Fraktion. Im Kanton Zug gibt es rund 6500 Hektaren Wald. Das ist rund zwei Mal die Fläche der Gemeinde Oberägeri. Diese Waldfläche gehört 841 Waldbesitzern. Die Wälder haben heute nicht mehr denselben wirtschaftlichen Nutzen wie früher. Aber sie nehmen nach wie vor wichtige Funktionen ein, sei es als Schutz gegen Steinschlag und Erosion, als Rückzugsort für Wildtiere oder als Erholungsraum für die Bevölkerung. Der Wald ist auch ein wichtiger Rohstofflieferant zum Bauen oder zur Energieerzeugung. Das alles wächst vor der Tür. Damit die Wälder ihre vielfältige Funktion erfüllen können, braucht es sehr

viel Pflege, und das kann schnell teuer werden, vor allem in unzugänglichen Gebieten. Vor allem private Waldbesitzer erfüllen da wichtige Aufgaben für die Bevölkerung, die oft nicht einmal kostendeckend sind. Für die CVP-Fraktion stellt sich die Frage: Wenn die privaten Revierförster die Kontrollen und Vollzugsmassnahmen nicht mehr machen, wer macht es dann? Und wenn es niemand mehr macht, wie sieht dann der Wald in ein paar Jahren aus? Zudem kann die CVP − wie bereits erwähnt − nicht nachvollziehen, wie man Zahlungen tätigen kann, ohne dass es einen richtigen Leistungsbeschrieb gibt. Das ist für die CVP unerklärbar. Wenn die Vorlage angenommen wird, werden nach wie vor rund 160’000 Franken bezahlt, ohne dass ein richtiger Leistungsbeschrieb vorliegt. Da besteht noch viel Nachholbedarf.
Die CVP stellt einstimmig den **Antrag,** nicht auf dieses Geschäft einzutreten.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Man muss die Relationen vor Augen haben: Der Rat hat heute 600’000 Franken bei der Bildung und 280’000 Franken bei einer einzelnen Institution der Suchthilfe abgebaut. Hier nun geht es um 60’000 Franken Transferzahlungen, verteilt über das ganze Kantonsgebiet. Zudem werden für Waldgebiete mit Schutzfunktionen − wenn sich der Votant richtig erinnert − Beiträge aus einer anderen Kasse ausbezahlt. Hier geht es um allgemeine Beiträge, von denen man offenbar nicht genau wusste, warum und wozu sie ausbezahlt werden. In diesem Sinn kann der Votant dem Antrag des Regierungsrats eigentlich nur zustimmen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass es hier um einen kleinen Betrag geht, den die Korporationen weniger bekommen für etwas, das bis anhin Bundesrecht verletzt hat und sie eigentlich gar nicht machen dürfen. Es ist − wie gesagt − wirklich ein kleiner Betrag, der Wald wird weiterhin sehr gut gepflegt werden. Wichtig ist auch, dass die beantragte Gesetzesänderung mit dem Vorstand von WaldZug, dem Verband der Waldeigentümer, am 5. Oktober 2017 und mit dem Vorstandsauschuss am 13. Dezember 2017 diskutiert wurde. Die Rückmeldungen waren zustimmend.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat beschliesst mit 33 zu 24 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch wieder den Ratsvorsitz.

***Vorlage 2844.22 (Gesetz über die Fischerei, Fischereikommission)***

EINTRETENSDEBATTE

**Jean-Luc Mösch** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Hobbyfischer, hatte einmal ein Boot, hat dieses aber verkauft − nicht wegen der neuen Bootssteuern, sondern wegen Nichtbenutzung.
Mit der beantragten Massnahme könnten 5000 Franken eingespart werden. Es macht den Votanten jedoch stutzig, dass die Direktorin des Innern gegenüber der vorberatenden Kommission erläuterte, dass die Fischereikommission seit 2014 nicht mehr einberufen worden sei. Da fragt es sich schon, wie man 5000 Franken einsparen will, die man gar nie ausgegeben hat und auch in Zukunft vielleicht nie ausgibt, weil die Kommission ja nicht einberufen wird. Auch schreibt die Regierung, dass die Arbeit dieser Kommission für den Vollzug des Fischereigesetzes nicht mehr nötig sei. Das könnte allenfalls nicht ganz richtig sein. Weiter heisst es im regierungsrätlichen Bericht: «Mit der Professionalisierung der Vollzugsbehörden ist die Beratungstätigkeit der Fischereikommission […] hinfällig geworden. Das notwendige Fachwissen ist innerhalb der Verwaltung vorhanden.» Na ja! Die Verwaltung verwaltet, das Fachwissen kommt aber grundsätzlich aus den Fischereiorganisationen. Die Fischereivereine am Zugersee bringen tatkräftig ihr Wissen ein, bilden die SaNa-Aspiranten aus, nehmen die Prüfungen ab und bringen das Knowhow ein. Selbstverständlich hat auch der Fischereiaufseher ein gewisses Knowhow, aber ohne die Fischereiverbände, die teilweise auch in der Kommission vertreten sind − der Votant weiss aber, dass vieles bilateral läuft, weshalb man keine Sitzungen abhalten musste und keine Kosten hatte −, geht es nicht. Und es geht auch nicht ohne diese Kommission. Wenn man die Fachleute aus den Vereinen tatsächlich an den Tisch zurückholen will, ist die Kommission ein gutes Instrument. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten und die Fischereikommission beizubehalten. Denn wenn die Kommission nicht einberufen wird, kostet sie auch nicht diese 5000 Franken.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass diese 5000 Franken budgetiert werden für den Fall, dass jemand es für nötig erachtet, die Fischereikommission einzuberufen. Das war in den letzten vier Jahren aber nie der Fall: Weder die Angelfischenden noch die Berufsfischer und die Naturschutzvereine wollten eine Sitzung, und auch von Seiten des Kantons gab es kein entsprechendes Bedürfnis. Der Regierungsrat hat − wie bereits gehört − sämtliche Kommissionen überprüft und sich überlegt, welche es tatsächlich noch braucht und welche abgeschafft werden können. Für die Fischereikommission besteht von keiner Seite her ein Bedürfnis, weshalb sie nach Ansicht des Regierungsrats nicht weiterhin bestehen und alle vier Jahre neu besetzt werden muss − um dann doch nie einberufen zu werden. Die genannten Vereine sind ausserordentlich wichtig, und sie werden weiterhin bestehen. Es braucht sie, und die Mitarbeitenden der Direktion des Innern besuchen selbstverständlich ihre Generalversammlungen. Für Gesetzgebungsarbeiten braucht es sie aber nicht, sie werden im Rahmen der Vernehmlassung eingeladen. Ferner ist wichtig, dass die Fischerei mehrheitlich durch das Konkordat Zugersee geprägt ist, dem alle Anrainerkantone angehören. Die Direktorin des Innern bittet deshalb, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat beschliesst mit 54 zu 10 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

***Vorlage 2844.23 (Steuergesetz, befristete Anpassung Steuerfuss)***

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass die Kommission zuerst entschied, nicht auf die Vorlage einzutreten. Nach einem Rückkommensantrag wurde dieser Entscheid aufgehoben.
Zurzeit ist noch sehr unklar, welche Beträge der Kanton Zug an den NFA zu bezahlen hat. Auch sind die Auswirkungen der Steuervorlage 17 des Bundes nicht vollständig ersichtlich. Die Kommission entschied, dass die Regierung emotional verpflichtet werden soll, eine Steuererhöhung bereits für das Jahr 2019 zu beantragen, falls das Budget 2019 erneut ein hohes Defizit ausweisen sollte. Die Kommission spricht sich für die Steuererhöhung 2020 aus, befristet diese jedoch auf ein Jahr. Die Regierung wird dem Antrag der Kommission folgen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass das Thema Steuererhöhung in der Stawiko äusserst heiss und kontrovers diskutiert wurde. Die Kommission trat mit grosser Mehrheit, nämlich mit 5 zu 1 Stimmen, auf die Vorlage ein.
In der Detailberatung wurden verschiedene Anträge gestellt. Am Schluss folgte die Stawiko dem Antrag der vorberatenden Kommission. Die Abstimmung ergab 3 zu 3 Stimmen, die Präsidentin fällte den Stichentscheid. Die Stawiko-Präsidentin ist weiss Gott nicht dafür bekannt, dass sie Steuerhöhungen befürwortet. Die Fakten liegen aber auf dem Tisch, sie wurden am Morgen in den generellen Eintretensvoten genannt und vorhin von Kommissionspräsident Hubert Schuler wiederholt:
- Die NFA-Zahlungen steigen weiter an.
- Es liegen zurzeit keine praktikablen Möglichkeiten zu substanzielle Einsparungen mehr auf dem Tisch.
- In der Vergangenheit wurden die Steuern deutlich reduziert, besonders zugunsten des Mittelstands.
- In fast allen Gemeinden werden die Steuersätze reduziert.

Fazit für die Stawiko-Präsidentin: Die einmalige, befristete Steuererhöhung im Sinn der vorberatenden Kommission ist vertretbar. Die Stawiko-Präsidentin erachtet es sogar als verdammte Pflicht der Stawiko, für einen ausgeglichenen Staatshaushalt einzustehen. In diesem Sinn bittet sie den Rat, ebenfalls Sorge zum Staatshaushalt zu tragen und zustimmen.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den **Antrag** stellt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die SVP anerkennt die Bestrebungen der Regierung, den Finanzhaushalt des Kantons Zug auf Vordermann zu bringen. Sie anerkennt auch den Willen des Regierungsrats, dies zu tun. Sie glaubt aber, dass mit einer Steuererhöhung, auch wenn sie auf ein Jahr befristet ist, wie es offenbar der neue Antrag

der Regierung ist, ein falsches Signals ausgesandt wird. Die Steuererhöhung wird nicht nur in Zug und Baar, sondern auf der ganzen Erde registriert werden. Der Kanton Zug ist einer der wichtigsten Wirtschaftsstandorte, einer der grössten Rohstoffhandelsplätze weltweit, und diese Steuererhöhung wird wahrgenommen werden. Es wäre kein gutes Signal. Es ist zwar schön, wenn man mit der Wirtschaftskammer und mit Vertretern von KPMG und Siemens etc. spricht, aber das ist nicht die Welt der Wirtschaft, es gibt da schon noch ein paar andere *players*. Der Votant würde vorsichtig sein mit einer solchen Steuererhöhung. Sie wäre auch dogmatisch falsch. Es ist falsch, die Steuern zu erhöhen, wenn man nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, die Ausgaben zu kürzen. Und wenn die Regierung die Steuern nur für ein Jahr erhöhen will, zeigt das ja eigentlich, dass das keine nachhaltige Massnahme ist. Was wird in einem Jahr sein? Heisst es dann, man sollte nochmals ein Jahr und in einem weiteren Jahr nochmals ein Jahr haben − so dass man am Schluss definitiv 86 statt 82 Prozent im Gesetz hat? Alle diese Überlegungen sind nicht zu unterschätzen, und der Votant ist sicher, dass die Regierung sie sich auch gemacht hat. Die Mitglieder des Regierungsrats sind ja seriöse Leute und Personen, die denken. Und sie sind sicher auch auf diese Zweifel gestossen. Der Votant glaubt deshalb, dass man der Regierung die Möglichkeit geben sollte, nochmals zu überlegen. Das kann der Rat tun, indem er die Steuererhöhung nicht beschliesst. Wenn der Regierungsrat nochmals überlegt hat, kann immer noch im Rahmen der Budgetdebatte für jedes Jahr jeweils eine Steuererhöhung beantragt werden. Man muss also nicht das Gesetz ändern und sich schon jetzt für 2020 und allenfalls auch für 2021 binden. Der Votant möchte dem Rat also beliebt machen, auch im Sinne des Wirtschaftsstandorts und einer liberalen Grundsatzpolitik hier eine Bremse zu ziehen und der beantragten Steuererhöhung nicht zuzustimmen.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Diese ist für Eintreten auf die Vorlage. Wie schon im Eintretensvotum ausgeführt, passt der FDP diese Steuererhöhung im Grundsatz nicht, auch wenn sie − wie jetzt vorgeschlagen − auf ein Jahr beschränkt ist. Wirft man aber die bereits getroffenen Massnahmen − die verschiedenen Sparprogramme, das abgelehnte EP 2, die vier notabene vom Volk praktisch immer abgesegneten Steuergesetzrevisionen − sowie die Tatsache in die Waagschale, dass die ablehnende Seite heute keine mehrheitsfähigen substanziellen Entlastungsvorschläge vorlegen konnte, so glaubt die FDP, dass ein einmaliger Malus, wie ihn die Kommissionen vorschlagen, gerade noch verantwortbar ist. Die FDP ist aber der dezidierten Auffassung, dass das Erheben dieses Steuermalus' nicht zum Automatismus verkommen darf. Die Spar-, Entlastungs- und Optimierungsanstrengungen sind weiter voranzutreiben. Der einmalige, einjährige Steuermalus gibt der Regierung die Möglichkeit, sich nochmals Gedanken zu machen und dem Kantonsrat neue Ideen zu präsentieren.
Was der Rat hier tut, wäre in der Privatwirtschaft undenkbar. Ein Unternehmen kann nicht einfach seine Preise erhöhen − zumindest nicht im Ausmass, wie es gewisse Leute wollen −, denn diese werden grundsätzlich vom Markt diktiert. Und in einem Staatswesen diktiert eben auch die Wirtschaft die Ertragsseite − und die Wirtschaft kann nicht mehr allzu viel verkraften. Es bleibt also nichts anderes übrig, als nach weiteren Fitnesskuren Ausschau zu halten und sich diesen diszipliniert zu unterziehen. Eventuell muss auch − wie in der Privatwirtschaft − die eine oder andere Dienstleistung über Bord geworfen werden.
Der Kanton Zug darf auch nicht zuwarten, bis ihn im schlimmsten Fall ein NFA-Tsunami überrollt. Seine Hausaufgabe ist, das strukturelle Defizit gänzlich zu eliminieren. Mit Drehen an der Einnahmenseite ist es noch nicht getan. Je nach Fort-

gang der Konjunktur sind die Steuererträge volatil. Das heisst nichts anderes, als dass man weiter die Aufgaben in den Griff bekommen muss, denn für den *worst case* ist der Kanton Zug nicht gewappnet. Sparen wird zum Dauerauftrag, das müssen sich alle hinter die Ohren schreiben.

**Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die ALG-Fraktion für Eintreten ist und − vielleicht wenig erstaunlich − zu § 2 den folgenden **Antrag** stellt: «Der gesetzliche Steuerfuss der Kantonssteuer beträgt 86 Prozent der einfachen Steuer.»
Die ALG ist erfreut, dass die Regierung einsieht, dass auch auf der Einnahmenseite eine Anpassung fällig ist und die Steuern etwas angehoben werden sollen. Sie stellt ihren Antrag aber auf eine *unbefristete* Anpassung des Steuerfusses. Dies dient der Ausgeglichenheit des Pakets «Finanzen 2019». Man spart für heute und auch für die Zukunft. Auch die Einnahmenseite soll für die Zukunft sein. Eine Steuererhöhung soll nicht befristet werden, wie von der Regierung und der vorberatenden Kommission angedacht, sind doch die beschlossenen Sparmassnahmen auch nicht befristet. In diesem Sinn dankt die ALG-Fraktion für die Unterstützung einer unbefristeten Anpassung des Steuerfusses auf 86 Prozent.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. «Zuger Regierung scheut Steuererhöhungen wie der Teufel das Weihwasser». Das war der Titel einer Medienmitteilung, welche die SP vor ziemlich genau zwei Jahren, Anfang September 2016, verschickte. Die Regierung hat ihre Haltung seither markant geändert − und ist vernünftig geworden, wie die SP meint. Ideologisch ist dieser Wandel kaum zu erklären, eher mit purer Vernunft: Der Regierungsrat und auch der Kantonsrat sind in der Pflicht, den Finanzhaushalt auszugleichen. Um das strukturelle Defizit ab 2020 von 38 Millionen Franken im kantonsrätlichen Kompetenzbereich auszugleichen, fokussiert der Rat jetzt eben auch auf die Ertragsoptimierung.
Ganz anders die vorberatende Kommission und die Stawiko. In den Voten war − wenn die Votantin sich richtig erinnert − von «*gruusiger* Kröte» die Rede, und vorhin wurde von «Malus» gesprochen. Die Phobie − so interpretiert die Votantin − scheint von der Regierung auf die Legislative übergesprungen zu sein. Denn nun scheinen beide Kommissionen den Rat eingrenzen zu wollen. Der Befund der SP: Sie leiden unter Phantomschmerzen. Steuererhöhungen sind nicht schlimm, sie sind keine Giftspritzen, sondern sie haben heilende bzw. ausgleichende Wirkung, wenn man bedenkt, dass die Gemeinden die Steuern senken. Die vorgeschlagene temporäre Erhöhung des Steuerfusses soll je 32 Millionen Franken Mehrertrag generieren. Das entspräche einem kleinen Bruchteil der geminderten Mehrerträge, auf die in den letzten zwanzig Jahren freiwillig verzichtet wurde.
Vor ziemlich genau drei Jahren, im Frühherbst 2015, behandelte der Kantonsrat die SP-Interpellation «Steuerausfälle durch Entlastung Kapital im Kanton Zug». Die Antwort der Regierung zeigte damals den immensen Umfang der Mindererträge über die letzten fünfzehn Jahre: Der Kanton Zug hatte damals durch die reduzierten Steuern und Grundbuchgebühren strukturell total rund 1 Milliarde und 55 Millionen Franken weniger eingenommen − nicht an volatilen Erträgen, sondern strukturell, und dies nicht nur durch die geminderten Erträge durch die Entlastung des Mittelstands, wie die Stawiko-Präsidentin erwähnt hat. Seit 2001 hatte Zug in der Summe sage und schreibe 715 Millionen Franken Ausfälle bei den Kantonssteuern − freiwillig. Beim Anteil direkter Bundessteuern entgingen dem Kanton seit 2007 knapp 290 Millionen Franken.
Diese Zahlen sollen den Ratsmitgliedern vor Augen führen, dass die vorgeschlagene Massnahme äusserst moderat ist: im Umfang bescheiden plus auch noch

zeitlich befristet. Das entspricht schon fast einer homöopathischen Dosierung. Die SP unterstützt daher den Antrag der Regierung, wonach der Steuerfuss während zweier Jahre von 82 auf 86 Prozent der einfachen Steuer erhöht werden soll. Es ist ein Gebot der Stunde.

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion. Eine Steuerfussanpassung tut weh, ist aber nötig. Das hat der Votant schon am Morgen erwähnt. Die CVP unterstützt die Variante einer befristeten Steuererhöhung im Jahr 2020. Sie begrüsst also den Vorschlag der vorberatenden Kommission.
Zu Beginn der allgemeinen Debatte hat der Votant sehr skeptisch seine Blicke auf das Bundesparlament geworfen. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Vielleicht findet sich ja doch noch ein NFA-Kompromiss. Auch kann niemand vorhersagen, wie es 2021 bei der Wirtschaft läuft. Deshalb macht es keinen Sinn, den Steuerfuss zu weit in die Zukunft hinein zu fixieren.
Eine der Daueraufgaben der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass in der Verwaltung effizient mit den Geldern umgegangen wird. Es sollte aber auch zur Daueraufgabe der Politiker werden, beim jährlichen Budgetprozess auch den Steuerfuss ernsthaft zu hinterfragen. Es gilt die Schuldenbremse. Der Votant fordert den Rat auf, diese bereits in den Jahren 2019 und 2020 zu berücksichtigen. So oder so muss sich der Rat für 2020 wieder fragen: Haben wir ein gutes staatliches Leistungsangebot, einen ausgeglichenen Staatshaushalt und eine attraktive Steuerbelastung? Das heisst nichts anderes, als auch über den Steuerfuss zu befinden.
Die CVP hat in den Nullerjahren mit grossen Überschüssen für Steuersenkungen gekämpft, sie ist aber auch bereit, bei anhaltenden Defiziten die Steuern wieder etwas anzuheben. Einige Mitglieder der Fraktion würden auch eine unbefristete Steuerfussanpassung unterstützen. Ob nun befristet oder unbefristet, sicher ist: Die CVP will heute ein Zeichen setzen für einen ausgeglichenen Staathaushalt.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass die GLP Steuerfusserhöhungen grundsätzlich ablehnt, wenn diese zur Deckung zukünftiger Ausgabendefizite dienen sollen. Im vorliegenden Fall geht es aber um eine subsidiäre und zeitlich begrenzte fiskalische Überbrückungsmassnahme zur Aufrechterhaltung des finanziellen Handlungsspielraums des Kantons. Diese zeitlich begrenzte finanzielle Mehrbelastung ist jedenfalls verschmerzbar und auch weit weg vom Szenario «Sein oder Nichtsein». Denn auch so bleibt der Kanton Zug international wie national steuerlich weiterhin sehr attraktiv und zwar für natürliche wie auch juristische Personen. Ein Anstieg bei den Firmensteuern von 14,6 auf 14,77 Prozent kann jedenfalls als moderat bezeichnet werden und gefährdet kaum in irgendeiner Weise die Standortattraktivität des Kantons Zug. Dies umso mehr, als diese Steuererhöhung auf maximal zwei Jahre begrenzt ist.
Vor diesem Hintergrund stimmt die GLP der Anpassung des Steuerfusses von 82 auf 86 Prozent für das Jahr 2020 zu. Wieso nur für ein Jahr? So lange nicht klar ist, wie es mit der Steuerreform SV17 und dem NFA-Kompromiss der Konferenz der Kantonsregierungen weitergeht, macht es wenig Sinn, eine solche fiskalische Massnahme bereits heute auch für das Jahr 2021 festzulegen.

**Patrick Iten** war Mitglied der vorberatenden Kommission. Seiner Meinung nach hat Kommissionspräsident Hubert Schuler einen wichtigen Punkt nicht erwähnt. Die Kommission hat es sich auf der Suche nach einer Lösung nicht einfach gemacht. Nach langem Ringen wurde klar, dass die im Finanzhaushaltgesetz festgelegte Schuldenbremse schon bald greifen wird, und mit Blick auf diesen zeitlichen Aspekt

kam der Vorschlag, den Steuerfuss für 2020 auf ein Jahr befristet zu erhöhen. Wesentlich ist, dass die Regierung emotional verpflichtet ist, bereits in Zusammenhang mit dem Budget 2019 gegebenenfalls einen Antrag auf eine Steuerfusserhöhung zu stellen. Das ist für den Votanten ein wichtiger Punkt.

**Pirmin Andermatt** hält fest, dass der Kanton ein strukturelles Defizit hat. Das dürfte allen bekannt sein. Weniger klar ist, welche Massnahmen ergriffen oder − verglichen mit einem Patienten − welche Medikamente verschrieben werden müssen, damit es zu einer Gesundung der Staatsfinanzen kommt. Verschiedene Sparentscheide mit unterschiedlichen Auswirkungen wurden bereits gefällt. Das lässt sich mit einem ausgetrockneten Flusslauf vergleichen. Durch die getroffenen Massnahmen wurden verschiedene Wasser- oder eben Steuertümpel mit unterschiedlich tiefen Auswirkungen für die Betroffenen gebildet. Aufgrund der vielen Ausgaben und Zahlungen − der Finanzdirektor spricht von einem NFA-Problem − reichen diese Minderausgaben aber noch nicht aus. Der (Steuer-)Fluss ist noch kein fliessendes Gewässer, ähnlich wie der Colorado River, der das Meer nicht mehr erreicht. Aus Sicht des Votanten ist es deshalb unumgänglich, die Steuerschleusen ein wenig, aber dauerhaft zu öffnen. Die NFA-Zahlungen sind morgen nicht einfach vorbei, ganz unabhängig vom anstehenden Entscheid in Bern. Der Votant stellt deshalb den **Antrag** auf eine moderatere Anpassung des Steuerfusses von 82 auf 84 Prozent, dies aber ohne zeitliche Befristung. Damit würden alle einen Beitrag zu Gesundung der Kantonsfinanzen leisten. Die finanziellen Auswirkungen dieses Schrittes betragen bei einer Kantonssteuer von 1000 Franken gerade mal 25 Franken. Diese moderate Erhöhung dürfte den Standortvorteil des Kantons Zug nicht schmälern.
Der Votant bittet den Rat, seinem Antrag im Sinne einer nachhaltigen Lösung und eines wirklichen Beitrags zur Genesung der Kantonsfinanzen zuzustimmen. Es braucht den Mut, den Steuerfuss massvoll, dauerhaft und damit für die juristischen Personen planbar zu erhöhen. Das dient dem Kanton am effizientesten. Es braucht den Mut, diesen unangenehmen, ja schmerzlichen, aber leider unvermeidlichen Schritt zu tun. Falls sein Antrag nicht durchkommt, wird der Votant *contre coeur* der befristeten Steuererhöhung bzw. dem befristeten Kompromiss zustimmen, auch wenn dies − wie von Manuel Brandenberg ausgeführt − keine nachhaltige Massnahme ist. Der Rat muss heute ein Zeichen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt setzen und den Mut haben, einen Schritt zu tun.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass Cornelia Stocker der SVP unterstellt hat, diese habe keine Ideen für Sparmassnahmen und verneine einfach die Notwendigkeit einer Steuererhöhung. Der Votant möchte eine Massnahme aufzeigen, über die in der SVP-Fraktion diskutiert wird: Der Kanton Zug hat jährliche Personalkosten von rund 320 Millionen Franken, wobei rund 300 Kantonsangestellte mehr als 160’000 Franken pro Jahr verdienen. Wenn man die Lohnklassen um 10 Prozent anpasst, spart man nachhaltig und nicht nur für eine Steuerperiode 32 Millionen Franken pro Jahr. Der Votant hört bereits den Einwand, dann bekomme man keine kompetenten Leute mehr, und er sieht schon die Finger hochgehen bei der FDP. Er versichert aber, dass diese Leute trotzdem bleiben würden. Es wird nur wenige Personen geben, die mit diesen hohen Löhnen, auch wenn sie 10 Prozent weniger verdienten, von der Privatwirtschaft mit offenen Armen empfangen würden, das kann der Votant mit Sicherheit sagen. Und das wäre ein grosser Schritt, um nachhaltig zu sparen. Und wenn die FDP Hand bietet für eine entsprechende Motion, kann diese innert nützlicher Frist eingereicht − und auf die beantragte Steuererhöhung verzichtet werden.

**Cornelia Stocker** erwidert, dass die SVP jetzt, nach acht Stunden Debatte, erstmals eine handfeste Lösung vorbringt. Der Vorschlag wäre zumindest ein Ansatz. Ob er mehrheitsfähig ist, ist ein anderes Kapitel. Und auch die SVP weiss, wie der Prozess abläuft: Um das Personalgesetz ändern muss, braucht es eine lange Vorlaufzeit. Ganz so schnell geht das nicht, es braucht mindestens zwei, drei Jahre, bis eine solche Änderung wirksam wäre. Es ist eine Idee, aber sie kommt einfach etwas spät. Eigentlich hätte die SVP diese Motion ja längst einreichen können.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hat es bereits in seinem Eintretensvotum gesagt: Wenn es um Steuern geht, spielen Polemik und Emotionen eine grosse Rolle. Alle haben recht − und doch nicht ganz recht. Tiefe Steuern mögen gut sein, sind aber nicht die ganze Wahrheit, dasselbe gilt für hohe Steuern. Die Wahrheit liegt in der Mitte − und der Finanzdirektor kann sich deshalb gut vorstellen, dass am Schluss der Antrag der vorberatenden Kommission als Kompromiss das Rennen machen wird.
Es ist festzuhalten, dass die Regierung zu keinem Zeitpunkt von ihrem Antrag abgerückt ist und sich nicht dem Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko angeschlossen hat. Selbstverständlich hat die Regierung in den Kommissionen mitgearbeitet, wie es ihre Aufgabe und ihre verdammte Pflicht ist, sie hat aber nie von ihrem Antrag auf eine auf zwei Jahre befristete Erhöhung Abstand genommen. Und ebenfalls zur Richtigstellung: Der Finanzdirektor hat im Vorfeld zur heutigen Debatte gehört, man traue dem Regierungsrat nicht ganz über den Weg, vielleicht sei die Erhöhung dann doch nicht auf zwei Jahre befristet. Der Finanzdirektor bittet, den Antrag genau zu lesen: Befristung *ist* Befristung − und es geht nicht via Hintertür weiter.
Der hehre Vorschlag von Manuel Brandenberg, die Gehälter der kantonalen Angestellten um 10 Prozent zu kürzen, ist eine Möglichkeit. Und 10 Prozent von 320 Millionen Franken ergeben in etwa diese 32 Millionen Franken, das ist eine *Milchbüechlirechnung*. Man könnte diesen Lohnabbau auch ohne Gesetzesänderungen umsetzen. Er würde aber zu Änderungskündigungen und zu einem unsäglichen Prozess mit Gerichtsstreitigkeiten von A bis Z führen − so einfach geht das nicht. Natürlich kann man via Gesetzesänderung die Lohnstufen ändern etc., alle kennen aber das Ergebnis von EP2, wo man einen vagen Schritt zu machen versuchte − und gescheitert ist: Das Paket wurde mit gut 53 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Im Übrigen gibt es eine Berichtsmotion der Stawiko − der Finanzdirektor hat gestern in der Klausur der Stawiko Ausführungen dazu gemacht − mit dem Begehren, die Lohnstruktur des Kantons zu hinterfragen. Die Finanzdirektion ist knallhart an der Arbeit. Der Entwurf des Berichts dazu war aussprachehalber schon im Regierungsrat − und es wird mehr als nur berichtet: Die Regierung kommt mit Vorschlägen, die das Lohnsystem effektiv etwas revolutionieren sollten. Der Finanzdirektor ist gespannt auf die Diskussion nicht nur in diesem Rat, sondern auch mit den Personalverbänden und den Gemeinden. Es ist nicht so einfach, einen solchen Vorschlag umzusetzen. Und der Finanzdirektor möchte doch noch eine Lanze brechen für die Verwaltung. In der Aufarbeitung der erwähnten Berichtsmotion hat man festgestellt, dass der Kanton Zug zwar gute Löhne bezahlt, dass es aber Kantone mit besseren Löhnen gibt. Es muss unterschieden werden von Direktion zu Direktion und von Amt zu Amt, und es muss unterschieden werden zwischen Lehrpersonen, Polizisten und Verwaltungsangestellten. Im Durchschnitt aber sind die Löhne adäquat. Und wenn man die Löhne um 10 Prozent reduziert, sinkt auch die Qualität. Da geht der Finanzdirektor jede Wette ein. Und dann absorbiert nicht die Privatwirtschaft diese Leute, sondern der Bund oder der Kanton Luzern oder Zürich. So einfach ist diese Geschichte also nicht.

Im Weiteren diskutiert nicht nur der Kanton Zug über eine Steuererhöhung, sondern auch weitere Geberkantone. Schwyz und Obwalden haben die Steuern bereits erhöht. Es ist also nicht so dramatisch. Der Kanton Schwyz ist nicht ausgeblutet, es geht im vielmehr prächtig: Ansiedlungen da, Ansiedlungen dort. Das gilt auch für den Kanton Obwalden. Es werden Bilder gemalt, als ob eine Steuererhöhung des Teufels wäre und Unternehmen reihenweise den Kanton Zug Richtung irgendwohin verlassen würde. Dem ist nicht so, denn die steuerliche Situation ist nach wie vor gut. Und letztlich geht es nicht um eine Steuererhöhung, sondern um einen Solidaritätsbeitrag während einem oder zwei Jahren.
Zum Antrag von Pirmin Andermatt: Das strukturelle Defizit ist eine Tatsache. Es lag bei 150 bis 200 Millionen Franken, als man startete. Es ist sehr volatil und lässt sich zahlenmässig nicht genau definieren. Heute hat man ein strukturelles Defizit von 50 Millionen plus. Der Kanton Zug ist also besser geworden, aber es braucht «Finanzen 2019». Und warum die Befristung der Steuererhöhung? Man hat sich auch eine tarifliche und eine unbefristete Anpassung überlegt, am Schluss aber entschied man sich für eine Befristung auf zwei Jahre. Warum? Es ist erstens ein Gesetzgebungsprozess, und zweitens machen die Steuervorlage 17 und der NFA die Sache etwas nebulös: Man weiss nicht, wo der Kanton Zug in ein bis zwei Jahren steht. Es kann in die eine oder in die andere Richtung gehen. Eine unbefristete Steuererhöhung wäre deshalb nicht goutiert worden. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat eine befristete Erhöhung vorgelegt, in der Hoffnung, dass nach Ablauf dieser Frist der Finanzhaushalt des Kantons Zug nachhaltig in Ordnung ist. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag auf zwei Jahre fest, wobei der Finanzdirektor − offen gesagt − auch nur ein Jahr nimmt. Er hat − um ornithologisch zu argumentieren − lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.
Es ist richtig, was Patrick Iten gesagt hat. Man hat darüber diskutiert − aber nicht in dem Sinne, dass es eine emotionale Verpflichtung gibt. Vielmehr hat der Regierungsrat einen Steilpass erhalten: Wenn es wirklich notwendig sei, solle er auch über das Budget 2019 eine Steuerfusserhöhung beantragen. Das ist gut so und auch gut gemeint. Der Regierungsrat hat allerdings noch nie via Budget eine Steuerfusserhöhung beantragt. Es gilt aber zu bedenken und muss auch in der Regierung noch diskutiert werden, dass das nicht ganz risikolos ist. Die Risiken liegen darin, dass erstens wahrscheinlich mit Sicherheit das Referendum ergriffen wird. Das würde bedeuten, dass im Folgejahr während mehrerer Monate − bis das Abstimmungsresultat vorläge − kein definitiver Steuerfuss in Rechnung gestellt werden könnte. Das würde beispielsweise bei Wegzügen von juristischen und natürliche Personen ins Ausland zu schwierigen Abrechnungen, zu einem riesigen administrativem Aufwand und schlussendlich zu Zahlungsausfällen führen. Der Kanton Zug hat so etwas noch nie praktiziert, und es ist nicht risikolos. Die Regierung wird aber − je nach heutigem Resultat − in ihrer zweiten Lesung des Budgets am nächsten Dienstag auch diese Frage erörtern müssen.
Abschliessend bittet der Finanzdirektor den Rat, das Instrument «Finanzen 2019» in die Hand zu nehmen und nicht den letzten Block des Iglus fallenzulassen und in der Decke ein Loch zu hinterlassen, sondern auch einer Steuererhöhung, befristet auf ein oder besser zwei Jahre, zuzustimmen. Die Bevölkerung und die juristischen Personen, mit denen der Finanzdirektor gesprochen hat, haben kein Problem damit. Es gilt, diesem Antrag eine Chance zu geben.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat beschliesst mit 54 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

*Titel und Ingress*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 2$^{bis}$*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Hauptanträge vorliegen:
- Steuerfusserhöhung auf 86 Prozent für das Jahr 2020;
- Steuerfusserhöhung auf 86 Prozent für die Jahre 2020 und 2021;
- unbefristete Steuererhöhung ab 2020, hier mit dem Unterantrag, den Steuerfuss nicht auf 86, sondern auf 84 zu erhöhen.

Zuerst wird der Antrag auf eine unbefristete Steuererhöhung bereinigt, nämlich 86 oder 84 Prozent, anschliessend werden die drei Hauptanträge in einer Dreifachabstimmung einander gegenübergestellt.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat folgt für den Fall «unbefristete Steuererhöhung ab 2020» mit 52 zu 20 Stimmen dem Antrag auf einen Steuerfuss von 84 Prozent.

**Abstimmung 15:** In der Dreifachabstimmung über die drei Hauptanträge erhalten die einzelnen Anträge die folgenden Stimmenzahlen:
- einjährige Steuerfusserhöhung (2020), Steuerfuss 86 Prozent: 52 Stimmen
- zweijährige Steuerfusserhöhung (2020 und 2021), Steuerfuss 86 Prozent: 2 Stimmen
- unbefristete Steuerfusserhöhung (ab 2020), Steuerfuss 84 Prozent: 18 Stimmen

➔ Der Rat legt den Steuerfuss für das Jahr 2020 auf 86 Prozent der einfachen Steuer fest. Mit 52 Stimmen wird das absolute Mehr schon in der Dreifachabstimmung erreicht.

*Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

*Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

## 1126 Nächste Sitzung

Donnerstag, 6. September 2018 (Ganztagessitzung)

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass die Sitzung vom 6. September wegen der reich befrachteten Traktandenliste bereits um 8.00 Uhr beginnt.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

80. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 6. September 2018, Vormittag
Zeit: 8.00–12.20 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch
bzw. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet, Menzingen

**Protokoll**
Beat Dittli und Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
3. Kommissionsbestellungen
4. Änderung des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR)
5. Geschäfte, die am 30. August 2018 nicht behandelt werden konnten
6. Interpellation von Vroni Straub-Müller betreffend wie weiter mit der allgemeinen Weiterbildung
7. Interpellation von Susanne Giger, Jürg Messmer und Willi Vollenweider betreffend Verhinderung Fertigstellung der Fachmittelschule Zug an ihrem bewährten Standort – wieso wird die dafür vorgesehene Parzelle nun für den Bau eines Staatsarchiv-Gebäudes zweckentfremdet und dadurch die Zukunft der Fachmittelschule an diesem Standort aufs Spiel gesetzt?

## 1127 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 63 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Magda Feldmann, Jürg Messmer und Richard Rüegg, alle Zug; René Kryenbühl und Peter Letter, beide Oberägeri; Gabriela Ingold, Unterägeri; Adrian Andermatt, Barbara Häseli, Andreas Lustenberger, Beni Riedi und Heini Schmid, alle Baar; Fabian Freimann, Silvan Renggli und Beat Sieber, alle Cham; Anna Bieri, Hünenberg; Anastas Odermatt, Steinhausen; Flavio Roos, Risch.

## 1128 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Casino ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

Der Bildungsdirektor wird die Sitzung gegen 9.45 Uhr verlassen und einen Termin bei der Tagesschule Horbach wahrnehmen. Er wird am Nachmittag zurück sein.

Am 2. September 2018 sind Kantonsrätin Barbara Häseli und ihr Partner Pascal Schmid stolze und glückliche Eltern von Nicolas Jules geworden. Der Vorsitzende gratuliert namens des Rats der jungen Familie zum Nachwuchs und wünscht den Eltern ruhige Nächte. *(Der Rat applaudiert.)*

Andreas Etter feiert heute seinen Geburtstag. Der Vorsitzende gratuliert ihm und wünscht ihm alles Gute. *(Der Rat applaudiert.)*

Die Staatskanzlei teilt zum elektronischen Versand der Kantonsratsvorlagen Folgendes mit: Aus Sicherheitsgründen erfolgt der elektronische Versand an den Kantonsrat am sogenannten *Black Friday* in einem geschützten Bereich. Die Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats, die Präsidien des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts sowie die Ombudsperson und die Datenschutzbeauftragte erhalten einen entsprechenden Link. Am Montag nach dem *Black Friday* werden die Vorlagen wie üblich den Medien zugestellt und auf dem Kantonsrats-Tool unter www.zg.ch auch online gestellt. Nach der Publikation im Internet werden die Vorlagen im Arbeitsraum wieder gelöscht. Der Papierversand erfolgt wie immer per A-Post am *Black Friday.*

TRAKTANDUM 1

## 1129 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich Andreas Lustenberger aus geschäftlichen Gründen für die heutige Sitzung entschuldigen musste und den Rat darum bittet, seine Interpellation betreffend Cannabis-Legalisierung heute nicht zu behandeln. Der Vorsitzende geht davon aus, dass der Rat kollegialiter mit dieser Abtraktandierung unter Traktandum 5 einverstanden ist.

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste mit der erwähnten Änderung.

TRAKTANDUM 2

## 1130 Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben

Es sind keine parlamentarischen Vorstösse oder andere Eingaben zu überweisen.

TRAKTANDUM 3

## 1131 Kommissionsbestellungen

Es sind keine Kommissionen zu bestellen oder Mutationen in Kommissionen zu genehmigen.

Für das nächste Traktandum übergibt der Kantonsratspräsident den Vorsitz an Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet.

TRAKTANDUM 4

1132 **Änderung des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR)**

Vorlagen: 2880.1 - 15795 (Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats); 2880.2 - 15796 (Antrag des Büros des Kantonsrats); 2880.3 - 15811 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission); 2880.4 - 15829 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

EINTRETENSDEBATTE

**Beat Unternährer,** Stellvertreter der Präsidentin der Staatswirtschaftskommission (Stawiko), hält fest, dass Kurt Balmer und Laura Dittli am 24. Januar 2017 eine Motion eingereicht haben. Diese fordert, dass die nötigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) als gerichtsähnliche Behörde nebst der Stawiko-Prüfung auch von der Justizprüfungskommission (JPK) visitiert und damit vom Parlament als Oberaufsichtsbehörde hinsichtlich des äusseren Geschäftsgangs überwacht wird. Die Motion wurde durch den Rat an das Büro des Kantonsrats zur Beantwortung überwiesen. Die Stawiko, die erweiterte JPK und der Regierungsrat wurden zum Mitbericht eingeladen. Regierungsrat und Stawiko beantragten in ihren Mitberichten, die Motion nicht erheblich zu erklären und das geltende Recht beizubehalten. Das Büro folgte jedoch der JPK und beantragte die Erheblicherklärung der Motion, die der Rat am 22. Februar 2018 beschlossen hat. Die Stawiko ist der Meinung, dass das geltende Recht beibehalten werden soll, und zwar aus mehreren Gründen:

• Es ist keinesfalls so, dass es sich bei der Ausdehnung auf drei verschiedene Aufsichten um eine – wie das Büro behauptet – «erlasstechnisch klein ausfallende Teilrevision» mit minimen finanziellen Auswirkungen handeln würde. Denn die Anträge des Büros würden zu einer Änderung der bewährten Grundsätze für die Ausübung der Oberaufsicht führen. Eine Erklärung dazu folgt.

• Die im Bericht des Büros erwähnten Mehrkosten von 2500 Franken pro Jahr spiegeln in keiner Art und Weise die finanziellen Konsequenzen dieser Teilrevision wider, denn der Betrag umfasst lediglich die Entschädigung an die Mitglieder der erweiterten JPK. Der organisatorische Mehraufwand durch die Schaffung einer weiteren Aufsichtsebene und die administrative Mehrbelastung der KESB durch eine zusätzliche Visitation wären viel weitreichender und indirekt kostenintensiver, da sie extrem zeitraubend wären. Zeit ist Geld – man denke an die Entlastungsprojekte.

• Die alleinige Visitation der KESB durch die Stawiko hat sich bestens bewährt. Bis heute hat es vonseiten Rat keine Beschwerden oder Reklamationen bezüglich der Arbeit der Stawiko gegeben; und dies in einer Zeit, in der die KESB unter starker Beobachtung stand. Kein Mensch kann verstehen, warum diese Art der Aufsicht nun ohne Not komplett über den Haufen geworfen werden soll. Es wäre auch unter Berücksichtigung der angespannten finanziellen Verhältnisse des Kantons nicht sinnvoll, nun eine Doppelvisitation vorzusehen. In diesen Zeiten braucht es wirklich keine unnötigen Beschäftigungsprogramme. Ausserdem handelt es sich unter anderem um eine Anpassung von § 18 GO KR, in welchem die Zuständigkeiten der Stawiko geregelt werden. In § 18 Abs. 2 beantragt das Büro, neu die KESB separat zu erwähnen. Dieser Antrag ist obsolet, denn die KESB ist bereits ein Teil der kantonalen Verwaltung und muss nicht noch separat erwähnt werden.

Es ist wichtig, folgende Zusammenhänge zu verstehen: Die KESB ist eine interdisziplinäre Fachbehörde. Sie erfüllt alle Aufgaben, die ihr das Bundesrecht oder das kantonale Recht zuweisen. Diese Unabhängigkeit bezieht sich auf den soge-

nannten inneren Geschäftsgang. Die KESB und die ihr unterstellten Dienste bilden ein Amt der kantonalen Verwaltung, und zwar das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES). Wie alle anderen Ämter der kantonalen Verwaltung wird auch das KES mit Leistungsauftrag und Globalbudgets geführt. Bezüglich Aufsicht gilt daher Folgendes: Die Direktion des Innern ist die Aufsichtsbehörde über die KESB, der Regierungsrat beaufsichtigt die Verwaltung, und dem Kantonsrat kommt die Oberaufsicht über die Behörden zu. Die Stawiko übt die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Sie übt zudem in finanziellen Belangen die Oberaufsicht über alle Gerichte, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle aus. Die Stawiko als Geschäftsprüfungskommission hat eine umfassende Oberaufsichtskompetenz. Sie ist der Ansicht, dass der Antrag des Büros, die JPK solle auch die KESB visitieren, dem Grundsatz von § 19 Abs. 2 GO KR widerspricht. Dort ist festgelegt, dass die JPK die Oberaufsicht über alle Gerichte und alle anderen Stellen, die der Aufsicht des Obergerichts oder des Verwaltungsgerichts unterstehen, ausübt. Die KESB untersteht nicht der Aufsicht des Obergerichts oder des Verwaltungsgerichts. Die beantragte Ergänzung in § 19 Abs. 4, wonach die erweiterte JPK auch die KESB im Rahmen der Oberaufsicht visitieren soll, steht somit im Widerspruch zu § 19 Abs. 2. Für eine allfällige Ausdehnung der Oberaufsicht müsste § 19 Abs. 2 geändert werden, was eine grundlegende Neubeurteilung der vom Kantonsrat am 28. August 2014 beschlossenen Systematik bedingen würde. Vor diesem Hintergrund beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten, sie abzulehnen und somit am geltenden Recht festzuhalten sowie die erheblich erklärte Motion von Kurt Balmer und Laura Dittli betreffend Visitation der KESB abzuschreiben. Der Votant dankt für die Unterstützung des Antrags der Stawiko.

Frau Landammann **Manuela Weichelt-Picard** hält fest, dass die Position des Regierungsrats den Unterlagen zu entnehmen ist. Es wurde ausführlich dargelegt, warum die Übertragung der Oberaufsicht der KESB an die JPK keinen Sinn macht. Es wäre nämlich systemwidrig und sachlich unlogisch. Die Übertragung der Oberaufsicht an die JPK mit Ausnahme des finanziellen Bereichs würde zu weiteren Oberaufsichten des Rats gegenüber der KESB führen. Die Stawiko würde auf den finanziellen Bereich eingeengt. Heute hat sie die umfassende Oberaufsicht, genauso wie sie das in allen anderen Bereichen der Verwaltung hat. Dass die JPK neu die Oberaufsicht über die allgemeinen Verwaltungsbereiche haben soll, ist systemfremd. Beim inneren Geschäftsgang prüft auch das Verwaltungsgericht alle Beschwerden, genauso wie es das beim Regierungsrat macht. Wenn der Regierungsrat Baubeschwerden, Beschwerden im Ausländer- oder Einbürgerungsbereich usw. bearbeitet, prüft das Verwaltungsgericht ebenfalls den inneren Geschäftsgang.
Weiter gilt es zu beachten, dass die KESB als Behörde Teil des Amtes für Kinder- und Erwachsenenschutz ist. Bei einer Änderung der GO KR würde dies bedeuten, dass in demselben Amt zwei verschiedene Oberaufsichten existieren würden. Es gibt Entscheide, die nach kantonalem und nicht nach eidgenössischem Recht der Behörde übertragen wurden. Bei Entscheiden nach kantonalem Recht wäre die Stawiko nach wie vor vollumfänglich zuständig, bei solchen nach Bundesrecht die JPK. Sieht so ein schlanker Staat aus?
Die Systematik der Oberaufsicht in der heutigen GO KR ist einfach, unbürokratisch und nach einem einfachen Grundsatz ausgerichtet. Regierungsrat, Verwaltung und kantonale Anstalten unterstehen der Oberaufsicht der Stawiko, Gerichte, ihnen unterstellte Stellen, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle der JPK. Das ist einfach, der Kantonsrat hat vor wenigen Jahren eine gute Lösung getroffen. Mit dem Antrag des Büros soll nun ohne Not fast schon ein Bürokratiemonster ent-

stehen, obwohl man immer für den schlanken Staat plädiert. Bis heute gab es nie einen Anlass zur Klage, dass die Stawiko ihre Arbeit falsch oder ungenügend ausgeführt hätte. Entsprechend hat sich auch Beat Unternährer, Stellvertreter der Stawiko-Präsidentin, im Namen der einstimmigen Stawiko gegen den Antrag des Büros ausgesprochen. Die Regierung fragt sich, ob dieser Antrag ein Misstrauensvotum gegenüber der vom Rat selbst gewählten Stawiko sein soll. Haben sich die Ratsmitglieder Gedanken darüber gemacht, was passiert, wenn die verschiedenen Aufsichten – sei es nun bei der KESB oder beim KES –, zu sich widersprechenden Empfehlungen kommen? Welcher Empfehlung soll der Rat dann folgen, jener der Stawiko oder jener der JPK?
Zu guter Letzt: Die Ratsmitglieder und der Regierungsrat fordern regelmässig eine schlanke Verwaltung und sind stolz darauf. Stichworte dazu sind: kurze Wege, Pragmatismus usw. Doch mit diesem Antrag verlassen die Ratsmitglieder den Pfad der Tugend. Die Verwaltung, die durch Sparmassnahmen bereits getrimmt wurde, wird mehr Ressourcen benötigen, nur schon, wenn sie statt einer Aufsicht zwei Aufsichten Rede und Antwort stehen muss. Zudem ist zu beachten, dass in der Aufsichtskommission ein gewisses Wissen notwendig ist, um seriöse Arbeit zu leisten. Das Know-how, das sich die Stawiko in den letzten bald sechs Jahren angeeignet hat, wird nicht automatisch in die JPK gelangen. Der Wissenstransfer wäre nur mit einem gewaltigen Zeitaufwand möglich. Diese Zeit ist nicht nur die Zeit der Kommissionsmitglieder, sondern auch der Behörde, die wirklich auch anderes zu tun hat. Dies alles würde kosten, wie es Beat Unternährer bereits ausgeführt hat. Dieser Punkt fehlt leider im Antrag des Büros. Der Antrag steht im kompletten Widerspruch zu der Forderung nach einer schlanken, kostenbewussten und effizient agierenden Verwaltung. Der Regierungsrat beantragt dem Rat, der Stawiko sowie dem Regierungsrat zu folgen und die Teilrevision abzulehnen bzw. beim alten Recht zu bleiben.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion und fragt sich, was die JPK und vor allem das Büro hier machen. Sie gehört selbst der JPK an, nimmt sich hier aber aus. 2014 wurde die GO KR neu legiferiert. Damals wurde das Thema ausführlich diskutiert, und die KESB wurde unter die Aufsicht der Stawiko gestellt. Niemand wollte Doppelspurigkeiten und Leerläufe. Da die KESB der Regierung unterstellt ist und war, ist es folgerichtig, die Stawiko mit der entsprechenden Oberaufsicht zu beauftragen. Nun, ein paar Jahre später, in Zeiten des von den Bürgerlichen ausgerufenen Sparens sind also Doppelspurigkeiten und Leerläufe wieder gewünscht. Hoffentlich ist die Ironie der Votantin herauszuhören. Die ALG-Fraktion unterstützt die Anträge der Regierung und der Stawiko voll und ganz.
Zum Vorgehen: Das Büro hat die Stawiko und die Regierung nicht zu einem weiteren Mitbericht eingeladen, was einen Affront des Büros gegenüber der Regierung und der Stawiko darstellt. Zumindest die normalen Arbeitsabläufe sollten eingehalten werden – gerade bei einem solch wichtigen Geschäft, bei dem es um die fundamentalen parlamentarischen Aufsichtsrechte geht. Nun denn, wie die Regierung wohl richtig schreibt: «Man hätte so die Möglichkeit gehabt, Verbesserungen vorzunehmen.» Der Bericht des Büros ist wirklich keine Meisterleistung. Es ist darin kein einziges stichhaltiges Argument zu erkennen. Nachfolgend drei Punkte zum Bericht:
• Die KESB *kann* als gerichtsähnlich angesehen werden. Das heisst aber noch lange nicht, dass auch die JPK zwingend eine Oberaufsicht ausüben muss. Im Übrigen ging es im von den Kollegen so oft zitierten Bundesgerichtsurteil gar nicht um die Aufsichtsfrage. Das ist schlicht an der Nase herumgeführt. Im Kanton Zug

ist man anders organisiert, die KESB ist der Regierung unterstellt, und daher wurde die Oberaufsicht folgerichtig der Stawiko übertragen.
• Das politische Interesse kann man zwar hoch gewichten, wie es gemäss Büro Heini Schmid macht, aber man muss nicht. Das ist doch kein Argument.
• Ja bzw. eben nein; es kommt nicht billiger. Die Kostenaufstellung des Büros berücksichtigt ja nur die Aufsichtskosten. Es wird nicht daran gedacht, dass die Verwaltung auch einen Mehraufwand hat. Mit Blick auf die regierungsrätlichen Ausführungen hat man sich um den Faktor vier vertan: Die Regierung spricht von 10'000 Franken, das Büro nur von 2500 Franken.
Eine zukünftige Doppelaufsicht von Stawiko und JPK über die KESB ist doppelt bzw. sogar dreifach gemoppelt: Es geht hier nur um den äusseren Geschäftsgang der KESB. Der innere Geschäftsgang kann, darf und soll niemand, weder Exekutive noch Legislative, überprüfen. Diesbezüglich sind die Gewalten klar getrennt. Die Aufsicht des äusseren Geschäftsgangs liegt bei der Regierung, die Oberaufsicht aller von der Regierung beaufsichtigten Ämter bei der Stawiko. Wenn die JPK die KESB auch noch visitiert, ist das schlicht ineffizient. Eine solche Doppelvisitation würde nicht mal einen Mehrwert liefern: Die parlamentarische Aufsicht ist und bleibt parlamentarische Aufsicht. Alles, was die JPK machen könnte, kann die Stawiko heute schon. Auch die JPK kann nur den äusseren Geschäftsgang visitieren, auch wenn das vielleicht nicht allen im Rat lieb ist. Und wenn die Stawiko aus Sicht einzelner JPK-Mitglieder nicht ihrer Pflicht nachkommt, dann ist das ein anderes Problem, und es müsste dort angesetzt werden. Es gibt aufsichtstechnisch keinen Mehrwert, wenn beide Aufsichtskommissionen die KESB visitieren. Die Votantin bittet die Ratsmitglieder daher, zwecks Effizienz und vor allem zwecks Stringenz der GO KR dieses Geschäft abzulehnen.

**Hubert Schuler,** Sprecher der SP-Fraktion, hatte anfangs gewisse Sympathien für die Motion. Grund dafür war die folgende Überlegung: Je mehr Parlamentarierinnen und Parlamentarier sich mit diesem Amt beschäftigen, desto mehr Verständnis werden sie für die Arbeit haben. Die Qualität oder die Arbeitsabläufe des Büros sollen hier nicht beurteilt werden. Aber mit dem Bericht der Regierung wurde ersichtlich, dass es nicht so einfach ist, eine zusätzliche Kontrolle der JPK über die KESB zu realisieren. Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion die Ablehnung und Abschreibung der Motion. Der Stawiko werden zudem die folgenden Anregungen gegeben: Bis anhin fehlten gewisse Informationen. So wäre es zum Beispiel interessant, wenn im Stawiko-Bericht auch Pendenzen oder die erledigten Fälle aufgeführt würden. So würde man einen Überblick darüber erhalten, was die KESB und das Mandatsführungszentrum überhaupt leisten. Auch die Kenntnis der Anzahl Fälle, die vom Verwaltungsgericht oder allenfalls vom Bundesgericht zurückgewiesen wurden, wäre wichtig, damit das Parlament einen Eindruck davon bekommt, wie das Amt arbeitet. Weitere Hinweise würden die Fallbelastung der Mitarbeitenden sowie die Wirtschaftlichkeit mit Angaben zu Arbeitszeit, Ferienbezug und Überzeit liefern. Das sind selbstverständlich nur Anregungen, und die Stawiko wird selbst entscheiden, was sie daraus entnehmen möchte.

**Pirmin Andermatt** dankt namens der CVP-Fraktion für die Einreichung der Motion. In der Tat ist die KESB eine nicht unumstrittene Amtsstelle. Transparenz und Kontrolle sind wichtig und folgerichtig. Die CVP-Fraktion dankt deshalb dem Regierungsrat für die ausführliche, klare Stellungnahme und das formulierte Ergebnis. Auch die Stawiko hat sich intensiv mit dem Thema und dem nicht ganz den Regeln entsprechenden Vorgehen des Büros des Kantonsrats und der JPK befasst und Fragen aufgeworfen. Diese sollen an dieser Stelle nicht weiter erörtert

werden, da sie im Bericht der Stawiko formuliert sind. Eine Mehrheit der CVP-Fraktion folgt den Anträgen des Regierungsrats und der Stawiko und wird auf die Vorlage eintreten, diese aber ablehnen und schlussendlich abschreiben.

**Manuel Brandenberg** spricht für die SVP-Fraktion. Nachdem die Fraktionsmeinungen präsentiert worden sind, dürfte es sich nun um ein nicht zur Mehrheit führendes Votum handeln. Dennoch soll die Position der SVP-Fraktion dargelegt werden. Der Rat hat diese Debatte bereits anlässlich der Erheblicherklärung geführt und kam am 22. Februar dieses Jahres zum Schluss, die Motion von Laura Dittli und Kurt Balmer mit 40 zu 29 Stimmen erheblich zu erklären. Nun hat das Büro also den bereits gefassten Beschluss des Rates umgesetzt. Der Votant ist nicht der Sprecher des Büros, möchte aber dennoch einen Hinweis zum Vorgehen machen. Warum wurden die Stawiko und die Regierung nicht noch einmal eingeladen zu einem Bericht? Der Grund dafür ist, dass diese Berichte schon vorlagen anlässlich der Erheblicherklärung im Februar 2018. Der Rat wusste um diese Berichte, und es war ihm bekannt, dass sowohl die Stawiko als auch die Regierung gegen diesen Vorstoss sind. Im Wissen dieser Meinungen hatte der Rat die Motion erheblich erklärt. Insofern ist das Vorgehen des Büros nicht zu beanstanden und sollte auch entsprechend gewürdigt werden.
Zur Doppelaufsicht: Es wird auch in Zukunft eine Doppelaufsicht geben im Bereich der Justiz. Das ist bereits seit eh und je so. Die Stawiko prüft die Rechnungen sowie die Finanzen der ganzen Justiz, die JPK den äusseren Geschäftsgang. Wird dieses Prinzip bei der KESB nun auch eingeführt, dann geschieht dies mit dem Argument, dass es sich nach Bundesgericht um eine gerichtsähnliche Behörde handeln kann und deshalb eine doppelte Aufsicht auch bezüglich des äusseren Geschäftsgangs in den Rechtssprechungsfunktionen gerechtfertigt ist. Dieser Punkt kam bei den Vorrednern etwas zu kurz.
In den vorherigen Voten war häufig von «systemwidrig», «unlogisch», «ineffizient und «keine Stringenz» die Rede. Das sind alles Äusserlichkeiten. Aber vom Inhalt dessen, worum es hier geht, hat eigentlich kaum jemand gesprochen. Es geht um die Erwachsenenschutzmassnahmen, bei denen der Staat in sehr sensible Bereiche des täglichen Lebens der Menschen eingreifen kann, wenn diese alt, schwach oder krank werden. Deshalb sind zwei Aufsichtsfunktionen durchaus gerechtfertigt, gerade auch im Wissen darum, wie politisch umstritten die KESB ist und bleibt. Das war auch ein Argument in der Debatte vom 22. Februar 2018, als der Rat die Motion erheblich erklärt hatte. Man sagte, es handle sich um ein politisch umstrittenes Thema und deshalb wäre eine Doppelaufsicht gerechtfertigt wie auch bei der Justiz. Heini Schmid sagte in einem sehr emotionalen, aber auch sehr guten Votum, es sei doch die «verdammte Pflicht» des Rats, genau hinzuschauen und diese Änderungen zu erwirken.
Der Votant mag nicht darüber spekulieren, was nun gewisse Redner dazu bewogen hat, ihre Meinungen zu ändern. Er traut sich aber zu, die Mechanismen im Kanton gut genug zu kennen, um sich Vorstellungen darüber zu machen. Im Sinne der Sache und vor allem auch derjenigen Personen, Familien und Schwachen, die von der KESB betroffen sind, bittet der Votant, dem Antrag des Büros zuzustimmen.

**Kurt Balmer** hält fest, dass der Rat die Motion von Laura Dittli und ihm im Februar 2018 erheblich erklärt hat. Heute gibt es eigentlich gar keine neuen Argumente, und es ist fraglich, weshalb eine zweite, relativ ausgiebige Diskussion über das genau gleiche Thema geführt wird. Das Büro hat die Motion einfach und pragmatisch umgesetzt und schlägt vor, dass die Stawiko nur noch in finanzieller Hinsicht für die Oberaufsicht zuständig ist und die erweiterte JPK im Rahmen der Ober-

aufsicht (äusserer Geschäftsgang) die Visitationen vornimmt. Es ging nie um etwas anderes als den äusseren Geschäftsgang. Das Büro erwähnt noch zwei zentrale Argumente: Erstens ist das politische Interesse an der KESB hoch. Deshalb rechtfertigt sich diese Zweiteilung der Oberaufsicht. Zweitens stärkt die doppelte Oberaufsicht die KESB als Behörde. Es stellt sich die Frage, wieso dies eine zu intensive und zu aufwendige Beaufsichtigung der KESB sein soll. Geht man nur von einer Visitation und der entsprechenden Vorbereitung aus, ist der Aufwand relativ bescheiden. Wahrscheinlich ist er etwas grösser als im Bericht des Büros aufgeführt, aber allzu viele Leerläufe und Doppelspurigkeiten wird es nicht geben.
Speziell an der ganzen Sache ist, dass man nebst dem Bericht des Büros zwei weitere Berichte vorlegt. Zum einen ist dies der Stawiko-Bericht, was durchaus legitim ist. Die Stawiko ist zuständig für den finanziellen Bereich und kann und darf einen entsprechenden Bericht verfassen. Die Stawiko repetiert im Bericht ihre Aufgaben, indem sie sagt, sie verschaffe sich einen vertieften Einblick bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität. Auf der anderen Seite sind die Aufgaben der JPK gemäss Bericht des Büros eine weitergehende Prüfung des äusseren Geschäftsgangs, «z. B. hinsichtlich Verfahrensdauer, Anzahl und Art der Fälle, Arbeitsweise der Behörde, Anzahl von Entscheiden und deren Anfechtungen, Erfolgsquote bei Anfechtungen, Anzahl der unentgeltlichen Rechtspflege, Verhältnis, Einzelentscheide bzw. Mehrheitsentscheide, Zusammenarbeit mit Gemeinden und anderen Behörden, Ausstandsregeln und deren Anwendungen, Tendenzen bei den Kosten zulasten von Gemeinden, Kostenentwicklungen, Unabhängigkeit gegenüber der Direktion des Innern und anderen Instanzen, Verjährungen etc.» Man kommt zum Schluss, dass das andere Aufgaben sind, ausser die Stawiko würde festhalten, dass alle diese Aufgaben unter den Titel Gesetzmässigkeit fallen. Es ist wichtig, all diese Punkte bei der KESB zu prüfen. Im Übrigen hat der Votant mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass der Vertreter der SP auf die Berichte der Stawiko verweist und sagt, es könnten am einen oder anderen Ort Verbesserungen erfolgen.
Zum Bericht des Regierungsrats: Der Bericht an den Kantonsrat ist ein treuwidriges Verhalten. Intern kann man zwar Mitberichte verfassen, aber ohne neue Argumente einen neuen Antrag gegen das Büro zu stellen, obwohl der Kantonsrat die Motion erheblich erklärt hat, ist mindestens verpönt, um nicht andere Worte zu nennen.
Der Antrag des Büros ist pragmatisch, es braucht keine neuen, komplizierten, aufwendigen Lösungen. Es gibt auch keine Systemwidrigkeiten. Wenn man das System genau anschaut, gäbe es theoretisch weitere Systemwidrigkeiten. Wieso visitiert die JPK das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug? Wieso visitiert sie die Ombudsstelle, die Datenschutzstelle? Es gäbe noch weitere Stellen zu nennen. Eine genaue Systematik ist nicht zu erkennen. Es sind sinngemässe, zweckmässige Zuordnungen. Man könnte weiterhin sagen, dass es sich um gerichtsähnliche Behörden handelt. Die Ratsmitglieder haben die Motion in einem ersten Schritt erheblich erklärt. Wieso jetzt eventuell eine Mehrheit zurückkrebsen will, ist nicht verständlich. Der Votant bittet den Rat, die Büroanträge gutzuheissen.

**Silvia Thalmann** teilt mit, dass sie sich im Februar 2018 gegen die Erheblicherklärung der Motion ausgesprochen hat. Bei der Abstimmung hat sie dann auf den falschen Knopf gedrückt, deshalb fiel das Resultat mit einer etwas grösseren Differenz aus, als sie es gewollt hatte. Die Votantin könnte auf sehr viele Argumente von Kurt Balmer eingehen, der sie sehr herausgefordert hat. Es soll nun aber auf das Votum von Beat Unternährer eingegangen werden, der die Arbeit des Büros erwähnt hat. § 18 GO KR behandelt die Stawiko, § 19 GO KR die JPK. Relevant sind die Absätze 2 der jeweiligen Paragrafen. Darin sind die Aufgaben der

beiden Kommissionen aufgeführt. In § 18 Abs. 2 GO KR ist festgehalten, dass die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat und die Verwaltung ausübt. Im Antrag des Büros wird aber nur ergänzt, dass sie zusätzlich in finanziellen Belangen die Oberaufsicht über die KESB ausüben soll. Aber das ist nicht konsequent. Die Votantin ist keine Juristin, doch unter den Mitgliedern des Büros hat es Juristen. Das Büro hat keine gute Arbeit geleistet. In § 19 Abs. 2 wird aufgeführt, welche Aufgaben die Justizprüfungskommission hat. Doch hier steht nichts von der KESB. Es ist nur festgehalten, dass die JPK die KESB visitieren kann. Das Büro hat den Grundsatz nicht richtig verstanden. Die Oberaufsicht ist ein Aspekt, und die Visitationen sind eine Massnahme im Rahmen der Oberaufsicht. Deshalb ist die Arbeit des Büros wirklich nicht überzeugend. Die Votantin ist froh, wenn die Ratsmitglieder die Änderung nicht gutheissen.

**Laura Dittli** spricht für die CVP-Fraktion. Sie bezieht sich darauf, dass Beat Unternährer mehrmals darauf hingewiesen hat, dass mit der beantragten Änderung ein Widerspruch zur geltenden GO KR entstehen würde. Dabei geht es insbesondere darum, dass die Oberaufsicht über Regierung und Verwaltung bei der Stawiko liegt, und die Oberaufsicht über gerichtliche und gerichtsähnliche Behörden bei der JPK. Die KESB ist ein höchst umstrittenes Amt bezüglich der Zuordnung. Im Zuger System ist die KESB zwar in die Verwaltung eingegliedert, aber es gibt auch Kantone wie beispielsweise Aargau, in denen die KESB beim Verwaltungsgericht angesiedelt ist. Das heisst, die Massnahmen, die im Kanton Zug von der KESB angeordnet werden, werden im Kanton Aargau wahrscheinlich von Gerichtsschreibern und Richtern des Verwaltungsgerichts angeordnet. Die gerichtsähnliche Funktion der KESB darf also nicht vergessen werden.

**Thomas Werner** hält fest, dass ziemlich stark auf dem Büro *rumgehackt* worden ist. Es wäre wünschenswert, die Sicht der Dinge auch noch von einem Mitglied des Büros zu hören. Die Votanten äusserten, das Büro hätte seinen Auftrag nicht richtig erfüllt und nicht konsequent gearbeitet. Als die Motion überwiesen wurde, war das Thema scheinbar unbestritten. Es scheint nicht logisch, wenn Silvia Thalmann nun sagt, die Vorlage müsse abgelehnt werden, weil das Büro seine Arbeit nicht richtig gemacht habe. Das ist ein schwaches Argument. Es würde eigentlich eher dafür sprechen, dass das Geschäft zurückgewiesen wird und das Büro dann die Arbeit so erledigt, wie es anscheinend einer Mehrheit des Rats genehm ist. Der Votant ist der Meinung, dass das Vorgehen des Büros korrekt war. Aber wenn eine Mehrheit des Rats anderer Ansicht ist, sollte das Geschäft zurückgewiesen werden. Deshalb stellt der Votant einen **Rückweisungsantrag.**

Kantonsratspräsident **Daniel Thomas Burch,** Vertreter des antragstellenden Büros des Kantonsrats, hält fest, dass der Rat mit der Erheblicherklärung der Motion das Büro beauftragt hat, das Anliegen umzusetzen. Der Spielraum für die Umsetzung ist mit dem Auftrag des Parlaments klar vorgegeben. Die Argumente und Erläuterung des Büros sind dem Bericht zu entnehmen und werden deshalb an dieser Stelle nicht wiederholt.
Zum Vorwurf, das Büro hätte seinen Bericht und den Vorschlag zur Änderung der GO KR den Kommissionen und der Regierung vorgängig nicht zur Stellungnahme unterbreitet, hat sich Manuel Brandenberg bereits geäussert.
Kurt Balmer hat festgehalten, die Regierung habe kein Antragsrecht. Dem ist nicht so. Gemäss § 40 GO KR haben die Stawiko und die Regierung ein Antragsrecht. Dieses haben sie wahrgenommen und heute auch ausgeübt. Es stellt sich eigent-

lich nur die Frage, ob die beantragte Änderung gewünscht wird oder nicht. Die Frage über das Wie stellt sich nicht.
Zur Systematik der Gesetzgebung und zur Umsetzung der Motion: Die Motion verlangt die Visitation und nicht die Oberaufsicht durch die JPK. Deshalb ist in § 19 Abs. 4 GO KR die entsprechende Ergänzung hinsichtlich der KESB eingefügt worden. Das Büro kann eine Motion nur umsetzen und keine neuen Forderungen einbringen. Insofern muss der Vorwurf, das Büro hätte schlecht gearbeitet, klar zurückgewiesen werden. Das Büro hat den Auftrag verstanden und die entsprechenden Anpassungen vorgenommen.
Die KESB besteht seit wenigen Jahren. Es ist gerechtfertigt, dass diese Behörde aufgrund ihres doch sensiblen gesetzlichen Auftrags einer intensiveren Oberaufsicht unterliegt, wie dies auch bei den Gerichten der Fall ist. Dort hat auch die Stawiko die Oberaufsicht, und die JPK nimmt die Visitationen vor. Es entspricht auch dem Grundsatz der gesetzlichen Praxis, dass juristisch anspruchsvolle Institutionen einer Doppelaufsicht unterstehen, einerseits durch die erweiterte JPK mit dem Fokus auf juristische Fragen, andererseits durch die Stawiko mit dem Blick auf die finanziellen Auswirkungen. Der Kantonsratspräsident beantragt dem Rat im Namen des Büros, auf die Vorlage einzutreten, ihr zuzustimmen und die erheblich erklärte Motion von Kurt Balmer und Laura Dittli als erledigt abzuschreiben.

Die **Vorsitzende** informiert über das Abstimmungsverhalten des Kantonsratspräsidenten und der -vizepräsidentin: Ausnahmsweise nimmt der Kantonsratspräsident an der anstehenden Abstimmung teil. Die Kantonsratsvizepräsidentin hingegen wird als Vorsitzende nicht an der Abstimmung teilnehmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass über den Rückweisungsantrag von Thomas Werner abgestimmt wird.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag von Thomas Werner mit 57 zu 4 Stimmen ab.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** hält fest, dass dieser Kantonsratsbeschluss nicht allgemeinverbindlich ist. Es findet daher nur eine einzige Lesung statt.

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 18 Abs. 2*

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat folgt mit 31 zu 26 Stimmen dem Antrag des Büros des Kantonsrats.

*§ 19 Abs. 4*

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat folgt mit 32 zu 29 Stimmen dem Antrag des Büros des Kantonsrats.

**Teil II (Fremdänderungen) und Teil III (Fremdaufhebungen)**

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdänderungen und Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV (Inkrafttreten)**

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass die Inkrafttretensregelung in Übereinstimmung mit dem Geschäftsjahr wie folgt lauten soll: «Die Änderung tritt nach der Publikation im Amtsblatt am 1. Januar 2019 in Kraft.»

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 35 zu 27 Stimmen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass folgender parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vorliegt: Die erheblich erklärte Motion von Kurt Balmer und Laura Dittli betreffend Visitation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) vom 24. Januar 2017 (Vorlage 2713.1 - 15363) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat schreibt die Motion stillschweigend als erledigt ab.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

Die Kantonsratsvizepräsidentin gibt den Vorsitz wieder zurück an den Kantonsratspräsidenten Daniel Thomas Burch.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 5
**Geschäfte, die am 30. August 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1133** Traktandum 5.1: **Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht – Neustart**
Vorlagen: 2874.1 - 15780 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2874.2 - 15781 (Antrag des Regierungsrats); 2874.3/3a - 15809 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

EINTRETENSDEBATTE

**Daniel Abt** spricht für die Kommission für Raumplanung und Umwelt (RUK). Wie weiter? Das war die grosse Frage, mit der sich die RUK am 6. April dieses Jahres zu befassen hatte. Es galt, den angerichteten Scherbenhaufen zusammenzukehren und gemeinsam eine tragfähige Lösung zu erarbeiten. Nach fundierter Analyse sämtlicher Fakten beauftragte die Kommission ihren Präsidenten, dem Regierungsrat eine Empfehlung für die Überarbeitung der Vorlage abzugeben. Diese empfahl die Streichung des Gebietsverdichtungsverfahrens und eine Anpassung des Prozentsatzes im überobligatorischen Teil im Bereich von 25 bis 35 Prozent. Der Regierungsrat folgte dieser Empfehlung und liess die Vorschläge in eine neue Vorlage einfliessen, welche die Kommission anschliessend beraten hat.
Die Diskussion pro und kontra Mehrwertabgabe wurde bereits im ersten Anlauf in der Kommission wie auch im Parlament zur Genüge geführt, weshalb sich der Votant kurz fasst. Beinahe alle Fraktionen haben die Lage verstanden und sind aufeinander zugegangen. Der Grenzwert von 30 Prozent für Mehrwertabgaben bei Aufzonungen ist kongruent mit dem Wert, ab welchem bei Enteignungen Schadenersatz geschuldet wird, weshalb er von der Kommission für gut befunden wurde.
Die von der Kommission nun verabschiedete Vorlage ist ein Kompromiss, der bekanntlicherweise erst dann vollkommen ist, wenn alle unzufrieden sind. Im vorliegenden Fall könnte man auch sagen: wenn alle *es bitzeli* zufrieden sind. Namens der RUK bittet der Votant den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der von der Kommission verabschiedeten Version zuzustimmen.

**Beat Unternährer** teilt als Sprecher der Staatswirtschaftskommission mit, dass die Stawiko die vom Regierungsrat neu vorgeschlagene Teilrevision des PBG beraten hat. Sie trat einstimmig auf die Vorlage ein und hiess sämtliche Vorschläge der vorberatenden RUK gut. Sie findet es sinnvoll, dass bei Umzonungen sowie Aufzonungen und Bebauungsplänen ab einem Bodenmehrwert von 30 Prozent eine Mehrwertabgabe von 20 Prozent erhoben werden kann. Den Gemeinden wird innerhalb dieser Obergrenze genügend Spielraum eingeräumt. Aufzonungen von 30 Prozent oder mehr führen für die betroffenen Gemeinden früher oder später meistens zu Mehrausgaben in Form von Infrastruktur. Daher ist es eine verursachergerechte Abgabe, die sinnvoll ist. Die Stawiko empfiehlt, vollumfänglich die Vorschläge der RUK zu unterstützen.

**Florian Weber** spricht für die FDP-Fraktion. Die Regierung hat mit ihrer Vorlage belegt, dass sie zu Kompromissen bereit ist. Auch wenn das bundesrechtliche Minimum mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf noch nicht erreicht ist, ist der Vorschlag der RUK ein Mittelweg, der für alle tragbar sein sollte. Wesentlich für die FDP ist, dass mit der aktuellen Gesetzesvorlage durch Private keine Enteignungen mehr eingeleitet werden können. Die Vorlage entspricht zwar nicht ganz dem bundesrechtlichen Minimum und hätte aus Sicht der FDP vor allem in der Mehrwert-

abschöpfung noch Spielraum nach unten. Trotzdem ist die Vorlage unter Berücksichtigung der Kompromissfindung tragbar und garantiert, dass auch nach Mai 2019 weiter gebaut werden kann. Die RUK ist bei der Mehrwertabschöpfung den Gemeinden und der Stadt entgegengekommen. Der Grenzwert von 30 Prozent statt der von der Regierung geforderten 25 Prozent für eine Mehrwertabschöpfung sollte ein tragfähiger Kompromiss sein, und auch bei Um- und Aufzonungen wären Mehrwertabschöpfungen möglich.
Zusammengefasst: Das Gesetz lässt keine Enteignungen durch Private zu, lässt den Gemeinden Spielraum bei der Mehrwertabschöpfung in Zusammenhang mit der Verdichtung und setzt die Grenzen, um eine zurückhaltende Mehrwertabschöpfung zu garantieren. Die FDP wird sich vorbehalten, je nach Verlauf der Debatte einzelne Anträge zu stellen. Grundsätzlich stimmt sie aber der Version der RUK zu.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG-Fraktion. Vor fünf Jahren sagte das Stimmvolk mit grossem Mehr Ja zum Raumplanungsgesetz des Bundes, im Kanton Zug mit 71 Prozent. Der Kantonsrat lehnte im Januar 2018 zu Recht ein verwässertes Planungs- und Baugesetz ab. Nun bringt die Regierung eine neue Vorlage im Sinn eines Kompromisses, dies ohne Vorgabe einer Verdichtung, obwohl das RPG und der Richtplan eine Verdichtung fordern. Die Regierung setzt auf das Prinzip Hoffnung: Bauherrschaften würden dann freiwillig verdichten. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Rechnung aufgeht.
Dank eines Bundesgerichtsurteils hat sich immerhin bei den Arrondierungen etwas in die richtige Richtung bewegt. Der Freibetrag beträgt nun weniger als 30’000 Franken und nicht mehr Arrondierungen mit einer einzuzonenden Fläche von sage und schreibe 100 Quadratmeter. Das ist ein erheblicher Unterschied.
Die ALG wird sich insbesondere dafür einsetzen, dass eine Pflicht zur Erhebung der Mehrwertabgabe für alle Gemeinden gesetzlich verankert wird. Zudem stellt sie bei § 52a den Antrag, dass die Gemeinden eine Mehrwertabgabe von maximal 30 Prozent des Bodenmehrwerts statt der vorgeschlagenen 20 Prozent erheben können. Bei § 52a Abs. 2a Bst. a und b betreffend Umzonungen bzw. Aufzonung und Bebauungspläne unterstützt sie die 25 Prozent der Regierung, nicht die 30 Prozent der Kommission. Sie unterstützt ferner auch alle Anträge von Nicole Zweifel. Die ALG-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Bekanntlich hat die vorliegende Teilrevision ihre Ursache im nationalen Raumplanungsgesetz. In Art. 1 Abs. 2 RPG geht es um die auch für den Kanton Zug virulenten Themen, nämlich um den haushälterischen Umgang mit dem Boden und damit letztlich auch um die Verdichtung gegen innen. Als eine der Bestrebungen definiert der Bund die Zonen, die durch Bauen Mehrwert generieren. Die SP hat sich seit Beginn der Debatte im Kantonsrat für einen überobligatorischen Anteil ausgesprochen. Denn wenn Investoren, die einen Mehrwert nutzen, keine Abgeltung aus ihren Vorteilen leisten, entfernt man sich immer weiter vom Kostenverursacherprinzip. Insofern kann die SP den Sprecher der Stawiko unterstützen: Sie unterstützt das Kostenverursacherprinzip. Die Kosten wird umgekehrt aber die Allgemeinheit tragen müssen. Die SP sagte das in der letzten Kantonsratssitzung wie folgt: für private Investoren der Mehrwert, für die öffentliche Hand die Mehrkosten. Das soll umgestossen werden. Die erste Vorlage beurteilte die SP als absolut unausgeglichen und unausgereift, auch berücksichtigte die erste Version die Interessen der Gemeinden nicht, insbesondere nicht diejenigen von Zug und Baar, wo die meisten der im Richtplan definierten Verdichtungsgebiete liegen. In der jetzigen Vorlage wird die SP insbesondere die Anträge von Seiten der GLP unterstützen, die übrigen Anträge wurden bereits von der Vorred-

nerin erwähnt. Ansonsten ist die SP-Fraktion zugunsten eines erfolgreichen Abschlusses dieses Prozesses teilweise *contre coeur* bereit, weitere Kompromisse einzugehen. Das bedeutet namentlich auch, dass sie die Kröte schluckt, die Gebietsverdichtung nicht mehr zu behandeln, was für sie früher ein wesentliches Element darstellte. Ebenfalls ist sie teilweise bereit, es zu unterstützen, dass die Gemeinden unterschiedlich autonom sind.

**Hans Baumgartner** spricht für die CVP-Fraktion. Diese begrüsst es, dass eine neue Vorlage zur dringend erforderlichen Revision des Planungs- und Baugesetzes vorliegt und der Kanton Zug damit die Chance erhält, Bundesrecht rechtzeitig umzusetzen − nämlich bevor die Zuger Raumplanung und damit wichtige kantonale Bauvorhaben durch den Bund blockiert werden. Die CVP dankt allen Beteiligten für die grosse Arbeit zur Erarbeitung einer neuen Vorlage nach dem Scheitern der ersten Vorlage im Kantonsrat: Besonders dankt sie dem heute abwesenden Kommissionspräsidenten Heini Schmid, der unermüdlich und mit grossem Einsatz einen Kompromiss gesucht hat, um trotz der fundamental ablehnenden Haltungen von Links- und Rechtsparteien eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. Die CVP hofft nun, dass alle Parteien von ihren Maximalforderungen wegkommen und konstruktiv einen Kompromiss unterstützen.
Die CVP-Fraktion tritt geschlossen auf die neue Vorlage ein. Eine Mehrheit der CVP bedauert, dass die neue Vorlage keine Instrumente zur Gebietsverdichtung mehr enthält. Trotzdem stimmt die CVP der Vorlage zu. Es wird sich in der Praxis zeigen, ob das Ziel einer verdichteten Bauweise trotzdem in genügendem Ausmass erreicht werden kann; ansonsten ist eine Korrektur auch später noch möglich. In der Detailberatung wird die CVP mehrheitlich die Anträge der vorberatenden Kommission unterstützen. Sie ist klar der Meinung, dass die Gemeinden die Möglichkeit behalten sollen, eine Mehrwertabgabe auch über das bundesrechtliche Minimum hinaus erheben zu können, wie sie es schon in der Vergangenheit praktizierten.

**Manuel Brandenberg** spricht für die SVP-Fraktion. Auch diese dankt dem Regierungsrat, dass er innert kurzer Frist die neue Vorlage erarbeitet hat − und sie ist beglückt darüber, dass es keine Gebietsverdichtung mehr gibt. Die SVP wird auf die Vorlage eintreten, weil auch sie die Frist vom Juni 2019 gewahrt haben will, sie ist aber nicht über alles beglückt, was in der Vorlage vorgeschlagen wird, und wird Änderungsanträge stellen, soweit die Vorlage des Regierungsrat das bundesrechtliche Minimum bezüglich der neuen Steuer überschreitet. Sie ist also gegen die Möglichkeit für die Gemeinden, auf Planungsgewinne eine neue Steuer, genannt Mehrwertabgabe, einzuführen, hält hier also am bundesrechtlichen Minimum von 20 Prozent, in erster Linie bei Neueinzonungen, fest. Die SVP wird noch weitere Anträge stellen, die auf derselben Linie liegen. Sie will − wie gesagt − keine neue, nicht vorgeschriebene Steuer. Und die Mehrwertabgabe ist nichts anderes als eine neue Steuer für Grundeigentümer, die Planungsgewinne erzielen. Man kann das zwar Mehrwertabgabe nennen, am Schluss aber muss es der Eigentümer bezahlen wie eine Steuer, und der Staat bekommt letztendlich mehr Geld. Natürlich sind die Gemeinderäte wahrscheinlich eher dafür, es bringt ja Geld in ihre Kassen. Der Votant ist aber sicher, dass es auch innerhalb der Gemeinderäte kritische Stimmen gibt. Der anwesende Gemeinderat von Baar schüttelt zwar den Kopf, wobei der Votant allerdings nicht weiss, ob er bevollmächtigt ist, für alle zu sprechen. Der Votant empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten und dann den Anträgen der SVP-Fraktion auf das bundesrechtliche Minimum zuzustimmen.

**Nicole Zweifel** dankt namens der Grünliberalen der Regierung und der vorberatenden Kommission ebenfalls für die rasche und konsensorientierte Erarbeitung der neuen Vorlage. Sie dankt der Kommission und deren Präsidenten insbesondere dafür, dass die GLP vorgängig zu den Beratungen den Erläuterungen der Baudirektion ebenfalls zuhören und ihre Stellungnahme abgeben konnte. Sie hat dies sehr geschätzt.
Im Grundsatz unterstützt die GLP die neue Vorlage. Im Sinn eines Kompromisses ist sie bereit, die Streichung des sehr sinnvollen Instruments der Gebietsverdichtung zum jetzigen Zeitpunkt − dies sei betont − zu unterstützen. Sie wird in der Detailberatung entsprechend ihrer Stellungnahme in der Kommission Anträge stellen. Insbesondere ist sie der Meinung, dass ein durchgängiger Mehrwertabgabesatz von 20 Prozent für alle Gemeinden Sinn macht und keine Option auf einen
Verzicht in das Gesetz geschrieben werden sollte. Auch ist sie für eine direkte kantonale Regelung statt umständlicher Regelungen in elf verschiedenen Baureglementen. Bezüglich der Höhe der Mehrwertabgabe kann sie sich mit 25 Prozent einverstanden erklären, sie sieht aber eine Reduktion der notwendigen Erhöhung der Ausnützungsziffer als wichtiger an, um die Schwelle nicht zu hoch zu setzen. In der Summe ist die GLP für Eintreten auf die Vorlage.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die positive Aufnahme der neuen Vorlage. Er ist froh, dass er Begriffe wie «Kompromiss», «Kröte schlucken» und «über den Schatten springen» bereits gehört hat. Er erinnert daran, dass 2014 das RPG vom Volk mit einer deutlichen Mehrheit angenommen wurde. Die Kantone wurden beauftragt, bis am 1. Januar 2019 die RPG-Beschlüsse in das kantonale Recht umzusetzen. Das Kantonsparlament hat seither einiges geleistet, wofür der Baudirektor auch im Namen des Regierungsrats herzlich dankt. Die Grundzüge der räumlichen Entwicklung wurden nach langen Vorbereitungsarbeiten vor der Sommerpause verabschiedet. Auch dort mussten Kompromisse eingegangen werden, aber es konnten Grundzüge der räumlichen Entwicklung des Kantons Zug bis ins Jahr 2040 festgelegt werden. Im Weiteren wurden Richtplananpassungen in den letzten Jahren konsequent auf die Entwicklung ausgerichtet. Die PBG-Revision Teil 2, die alles aufgenommen hat, was aus kantonaler Sicht zu regeln war, wurde bereits verabschiedet. Und schliesslich hat der Kantonsrat bereits ein Mobilitätskonzept in Auftrag gegeben, welches ihm 2020 vorgelegt werden muss. Damit sind die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen, dass ab nächstem Jahr in den Gemeinden die Ortsplanungsrevisionen mit klaren Vorgaben angepackt werden können. Es fehlt einzig noch PBG Teil 1. Es geht um die Umsetzung von Bundesrecht ins kantonale Recht, die ebenfalls bis 1. Januar 2019 vorliegen muss. In all diesen Geschäften, welche die Zukunft des Kantons betreffen, ist klar geworden, dass man nicht nur parteipolitisch agieren kann, sondern es Kompromisse und Brücken braucht. Der Baudirektor bittet, heute auch diese letzte Brücke zu bauen. Leute seines Alters kennen das Lied von Peter Maffay mit dem Titel «Über sieben Brücken musst Du geh'n» − und der Baudirektor hofft, dass dies auch heute gelingt,
Der Baudirektor erinnert daran, wie es zu dieser neuen Vorlage kam. Das Scheitern der ersten Vorlage am 25. Januar 2018 war kein schöner Moment, die Presse schrieb von einem «geknickten Baudirektor». Im Februar 2018 lag dem Regierungsrat bereits ein Aussprachepapier der Baudirektion mit verschiedenen Varianten vor:
• Variante 1: Die Regierung akzeptiert das Verdikt des Kantonsrats, steckt quasi den Kopf in den Sand und tut nichts. Das wäre keine Lösung gewesen.
• Variante 2: Sie unterbreitet dem Kantonsrat nur das bundesrechtliche Minimum und verzichtet auf die Gebietsverdichtung sowie den überobligatorischen Bereich bei der Mehrwertabgabe.

• Variante 3: Die am 25. Januar 2018 abgelehnte Vorlage wird quasi unverändert noch einmal dem Kantonsrat unterbreitet.
• Variante 4: Es soll eine einzige Vorlage mit dem bundesrechtlichen Minimum erarbeitet werden, und das Überobligatorium bei der Mehrwertabgabe soll dahingehend überarbeitet werden, dass die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, für Umzonungen, Aufzonungen und Bebauungspläne eine Mehrwertabgabe von 20 Prozent des Bodenmehrwerts zu erheben. Auf die Gebietsverdichtung wird verzichtet.
Im März 2018 diskutierte der Baudirektor im Auftrag des Regierungsrats das weitere Vorgehen mit den gemeindlichen Bauchefs und Bauverwaltern. Am 4. April 2018 meldete sich auch die Gemeindepräsidentenkonferenz zu Wort und bediente den Baudirektor sowie die Mitglieder der Kommission für Raumplanung und Umwelt mit einem Schreiben. Darin legte sie dar, dass der Erfolg der Neuauflage der PBG-Teilrevision wohl massgeblich davon abhängen werde, ob eine mehrheitsfähige Lösung im Bereich der Mehrwertbeteiligung der Gemeinden bei Auf- und Umzonungen sowie bei Bebauungsplänen gefunden werde. Sie befürwortete die Variante 4. Aufgrund der Kommissionssitzung vom 6. April 2018 lud deren Präsident namens und im Auftrag der RUK den Regierungsrat ein, eine entsprechende PBG-Revision auszuarbeiten, fussend auf der Variante 4. Schliesslich verabschiedete der Regierungsrat bereits am 15. Mai 2018 eine überarbeitete Teilrevision des PBG Teil 1. Typisch zugerisch: dynamisch und auf einen Kompromiss ausgerichtet.
Zusammengefasst unterscheidet sich die neue Vorlage von der alten in folgenden Punkten:
• Verzicht auf die Gebietsverdichtung;
• Massnahmen zur Verfügbarmachung von Bauland: Bei der Abschöpfung des Planungsmehrwerts wurde der Schwellenwert von 50 auf 25 Prozent (Regierungsrat) bzw. 30 Prozent (RUK) herabgesetzt;
• Freibetrag für Arrondierungen von 30’000 Franken.
Der Rest entspricht im Wesentlichen dem früheren Vorschlag. Es liegt damit ein tragfähiger Kompromiss zwischen den Anliegen von Kanton, Gemeinden, Bauherrschaften und Investoren vor. Es ist eine *Win-win*-Situation, auch für die Bevölkerung. Der Baudirektor bittet, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 5 Abs. 1*
*Titel nach § 52*
*Titel nach Titel 7a*
*§ 52a Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 52a Abs. 2*

**Hanni Schriber-Neiger** stellt namens der ALG-Fraktion den **Antrag,** § 52a Abs. 2 wie folgt zu ändern: «Die Höhe der Abgabe beträgt *30 %* des Bodenmehrwerts.» Weiter stellt sie den **Antrag** auf eine entsprechende Änderung des Einleitungssatzes von Abs. 2a: «[...] eine Mehrwertabgabe von maximal *30 %* des Bodenmehrwerts [...]».
Die ALG will für Einzonungen sowie für Um- und Aufzonungen im Gegensatz zum minimalen regierungsrätlichen Vorschlag von 20 Prozent Mehrwertabgabe einen höheren Abgabesatz von 30 Prozent. Die Zielsetzung einer qualitätsvollen Siedlungsentwicklung nach innen kann nur durch zweckmässige Um- und Aufzonungen realisiert werden. Damit werden teilweise erhebliche Mehrwerte geschaffen. Eine Mehrwertabschöpfung im Sinn des Verursacherprinzips ist gerechtfertigt, 20 Prozent sind aber sehr bescheiden, haben Kanton und Gemeinden doch zum Teil erheblichen Mehrkosten zu tragen. Die Beiträge sollen für Massnahmen wie Renaturierungen, Erholungsgebiete, öffentliche Plätze oder Schulhausbauten verwendet werden. Und da gibt es bekanntlich grossen Nachholbedarf.

**Barbara Gysel** stellt im Namen der SP-Fraktion denselben **Antrag.**

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat folgt mit 43 zu 17 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats.

*§ 52a Abs. 2a*

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** § 52a Abs. 2a zu streichen. Die SVP will keine neue Steuer, die über das bundesrechtlich vorgeschriebene Minimum hinausgeht. Sie will schlank und eigentümerfreundlich legiferieren und bittet den Rat, ihr zu folgen. Sie erachtet den hier vorgesehenen Eingriff in das Privateigentum, indem den Gemeinden ermöglicht wird, auch bei Umzonungen Mehrwertabgaben bzw. Steuern zu erheben, als zu hoch im Vergleich zu dem, was zurückkommt. Es gilt, die Grundeigentümer zu schützen, bei denen es sich ja nicht nur um grosse Investoren, sondern auch um Wohnungsinhaber und Stockwerkeigentümergemeinschaften handelt, für die vielleicht ebenfalls mal ein Planungsgewinn resultieren kann. Es gilt, diese Leute vor einer neuen Steuer zu schützen. Der Votant bittet, § 52a Abs. 2a abzulehnen.

RUK-Sprecher **Daniel Abt** teilt mit, dass dieser Antrag in der Kommission nicht gestellt und auch nicht diskutiert wurde. Die RUK war sich einig, dass ein Kompromiss gefunden werden muss. Der Antrag der SVP ist hingegen eher ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass es hier um den überobligatorischen Bereich der Mehrwertabgabe geht, der in der Kommission als Kompromiss hart erarbeitet wurde. Auf die Gebietsverdichtung wurde verzichten, das Anliegen der Gemeinden aber wurde aufgenommen, nämlich im überobligatorischen Bereich eine Mehrwertabgabe erheben zu können. Das war der wesentliche Inhalt des Kompromisses, in dem sich die meisten Parteien und insbesondere die vorberatende Kommission gefunden haben. Auch hier gilt: Den einen geht es zu weit, den anderen zu wenig weit. Der von der Kommission und der Regierung unterbreitete Vorschlag bietet aber allen Seiten die Möglichkeit, sich zu bewegen.

Der Regierungsrat durfte feststellen, dass sowohl die Gemeinden als auch die Kommission für Raumplanung und Umwelt einen überobligatorischen Bereich der Mehrwertabgabe wünschten. Bei diesem überobligatorischen Bereich soll bei Umzonungen, Aufzonungen und Bebauungsplänen, falls die Gemeinden dies in der Bauordnung so vorsehen − es besteht also eine Wahlmöglichkeit der Gemeinden −, eine Mehrwertabgabe für das den Bodenmehrwert bei Umzonungen bzw. Nutzungserhöhung bei Aufzonungen und Bebauungsplänen einen bestimmten Schwellenwert übersteigende Mass erhoben werden. Es stellt sich nur noch die Frage, ab welchem Schwellenwert des Bodenmehrwerts bzw. der Nutzungserhöhung die Mehrwertabgabepflicht greifen soll. Soll der Schwellenwert bei 25, 30 oder 35 Prozent liegen? Der Regierungsrat hat sich im Einklang mit den Gemeinden für 25 Prozent entschieden, um auch den Gemeinden den nötigen Spielraum zu geben. Es sei hier offen deklariert: Das geht über das bundesrechtliche Minimum hinaus. Es ist aber der entscheidende Mosaikstein des in der Kommission erarbeiteten Kompromisses.
Der Baudirektor bittet, dem Antrag des Regierungsrats und der Kommission, eine überobligatorische Mehrwertabgabe einzuführen, zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag stellt, bei der Mehrwertabgabe bloss die bundesrechtlichen Minimalvorgaben und keinen überobligatorischen Bereich zu beschliessen. Der Rat stimmt in einer Grundsatzabstimmung über diese Frage ab. Sollte der Rat der SVP-Fraktion folgen, wird die Staatskanzlei zusammen mit der Baudirektion die entsprechenden redaktionellen und gesetzestechnischen Anpassungen der Folgeänderungen im Ergebnis der ersten Lesung vornehmen. Das beträfe voraussichtlich § 52a, § 52a1, § 52b und § 52c.

➔ Der Rat ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen stillschweigend einverstanden.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat folgt in der Grundsatzfrage, ob bei der Mehrwertabgabe nur die bundesrechtlichen Minimalvorgaben umgesetzt oder ein überobligatorischer Bereich festgelegt werden soll, mit 43 zu 14 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission auf einen überobligatorischen Bereich.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die einzelnen Anträge zu § 52a Abs. 2a bereinigt werden.

*§ 52a Abs. 2a, Einleitungssatz*

**Nicole Zweifel** unterstützt den vom Baudirektor erläuterten Kompromiss. Sie beantragt aber trotzdem die Verankerung eines durchgehenden Mehrwertabgabesatzes von 20 Prozent direkt im Planungs- und Baugesetz. Eine einheitliche und fixe Regelung des Mehrwertabgabesatzes sowohl für Einzonungen wie aber auch für Auf- und Umzonungen und Bebauungsplänen begrüsst die GLP. Sie hat sich bereits in der ersten Vorlage dafür eingesetzt. Damit wird eine einfach verstehbare, transparente Lösung umgesetzt. Zudem werden so «Abgabekämpfe» zwischen den Gemeinden vermieden.
Grundsätzlich hätte die GLP einen höheren Abgabesatz als 20 Prozent begrüsst, diese Thematik ist nach der vorhergehenden Abstimmung vom Tisch. Nun soll aber in § 52a Abs. 2a verankert werden, dass die Gemeinden festlegen *können*, dass sie eine Mehrwertabgabe erheben. Das ist nach Ansicht der GLP eine unnötige

Über-Gesetzgebung, da dies in grossen Gemeinden sowieso geregelt würde und in kleinen Gemeinden ein solcher Fall vielleicht gar nie eintritt. Wieso soll man als nicht auf kantonaler Ebene eine einzige Regelung treffen, statt das Ganze auf elf Gemeindeordnungen zu verlagern? Die Votantin stellt daher den **Antrag** auf folgende Formulierung des Einleitungssatzes von § 52a Abs. 2a: «Die Gemeinden erheben mittels verwaltungsrechtlichem Vertrag […] eine Mehrwertabgabe […].»
Weiter stellt die Votantin den **Antrag,** dass diese Mehrwertabgabe nicht maximal, sondern genau 20 Prozent betragen soll. So hätte man kantonsweit eine einheitliche Regelung, und die Rahmenbedingungen für die Revision der gemeindlichen Bauordnungen wären klar. Man würde damit den Gemeinden das Leben und den Investoren den Umgang mit diesen erleichtern, weil es nicht elf unterschiedliche Lösungen gäbe, die zudem zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft treten würden. Die GLP plädiert also für eine übergreifende Lösung, die nicht in die Gemeindeautonomie eingreift, sondern einfachere Rahmenbedingungen schafft. In diesem Sinne bittet die Votantin um Unterstützung für ihre Anträge.

RUK-Sprecher **Daniel Abt** teilt mit, dass beide Anträge auch in der Kommission gestellt und diskutiert wurden. Die Kommission hat beide Anträge mit je 11 zu 2 Stimmen bei keiner Enthaltung angelehnt. Es ist ihr ein Anliegen, in diesem Fall die Gemeindeautonomie hochzuhalten.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass der Regierungsrat in seinem Antrag den Grundsatz, die Autonomie der Gemeinden hochzuhalten, umgesetzt hat. Auch in der RUK − wie Daniel Abt bereits gesagt hat − war unbestritten, dass die Gemeinden hier den entsprechenden Spielraum haben sollen. Der Antrag, gemäss welchem die Mehrwertabgabe auch im überobligatorischen Bereich auf fix 20 Prozent anstelle von maximal 20 Prozent festgesetzt werden soll, wurde auch schon in der Kommission besprochen. Auch hier soll die Autonomie der Gemeinden hochgehalten werden und deshalb die Wendung «*maximal* 20 % des Bodenmehrwerts» im PBG verankert werden. Der Baudirektor bittet, die Anträge von Nicole Zweifel abzulehnen und die Regierung und die Kommission zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Zweifel auf die Formulierung «Die Gemeinden erheben […] eine Mehrwertabgabe […]» mit 45 zu 15 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Zweifel auf Streichung des Wortes «maximal» bzw. auf eine Mehrwertabgabe von fix 20 Prozent mit 44 zu 16 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass noch über den Antrag der ALG- und der SP-Fraktion auf «[…] eine Mehrwertabgabe von maximal *30 %* des Bodenmehrwerts […]» abzustimmen ist.

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, bestätigt, dass die ALG-Fraktion den Antrag gestellt hat, im Einleitungssatz von § 52a Abs. 2a die Mehrwertabgabe auch «maximal *30 %*» statt «maximal 20 %« festzusetzen. Über die Bst. a und b wird anschliessend debattiert.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat lehnt den Antrag der ALG- und der SP-Fraktion auf eine Mehrwertabgabe von «maximal 30 %» mit 46 zu 15 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52a Abs. 2a Bst. a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat einen Schwellenwert von 25 Prozent, die RUK einen solchen von 30 Prozent beantragt. Die Regierung hält an ihrem Antrag fest

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass der Regierungsrat froh ist, dass hier ein Kompromiss vorgeschlagen wurde. Es ist eine politische Frage, ob man sich für 25 oder 30 Prozent entscheidet. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest, weil die Masszahl von 25 Prozent jener entspricht, welche sich die Gemeinden vorstellen konnten. Hier kann noch erwähnt werden, dass die Gemeinden eigentlich begehrt haben, die Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen sowie bei Bebauungsplänen mit Ausnützungserhöhung vollumfänglich selbständig festlegen zu können. Nur eventualiter haben sie sich bei einer kantonal harmonisierten Lösung für einen Schwellenwert von 25 Prozent ausgesprochen. Die Regierung steht deshalb nach wie vor hinter diesem Kompromiss − wobei die vorberatende Kommission 30 Prozent als Kompromiss betrachtet. Letztlich ist es eine politische Frage.

**Manuel Brandenberg** hält ergänzend fest, dass die SVP-Fraktion der vorberatenden Kommission zustimmen wird, wenn ihre eigenen Anträge keine Mehrheit finden.
Zu § 52a Abs. 2a Bst. a stellt der Votant den folgenden persönlichen **Antrag:** «Umzonungen für das den bisherigen Bodenwert um mehr als *70 %* übersteigende Mass». Bis 70 Prozent soll es also keine Mehrwertabgabe von maximal 20 Prozent geben, einzig die verbleibenden 30 Prozent werden mit der Mehrwertabgabe belastet. Diese Lösung ist eigentümerfreundlicher.

**Daniel Abt** als Sprecher der RUK wird auf den Antrag von Manuel Brandenberg nicht eingehen, da dieser in der Kommission aus naheliegenden Gründen nicht diskutiert wurde. Er möchte aber erläutern, warum sich die Kommission für 30 Prozent ausgesprochen hat. 30 Prozent ist der Schwellenwert, ab welchem bei Auszonungen eine Entschädigungspflicht besteht. Es ist also nichts anderes als logisch, dass man auch bei Aufzonungen erst ab 30 Prozent abgabepflichtig wird. Der Votant bittet um Unterstützung des Kommissionsantrags.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge vorliegen und es demnach zu einer Dreifachabstimmung kommt:
• Antrag Regierungsrat: 25 Prozent
• Antrag Kommission: 30 Prozent
• Antrag Brandenberg: 70 Prozent

**Abstimmung 10:** In der Dreifachabstimmung erhalten die einzelnen Anträge die folgenden Stimmenzahlen:
• Antrag Regierungsrat (25 Prozent): 21 Stimmen
• Antrag Kommission (30 Prozent): 30 Stimmen
• Antrag Brandenberg (70 Prozent): 9 Stimmen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keiner der Anträge das absolute Mehr erreicht hat. In der folgenden Abstimmung werden nun die zwei Anträge mit den geringsten Stimmenzahlen einander gegenübergestellt. Der Antrag mit dem schlechteren Resultat scheidet dann endgültig aus.

**Abstimmung 11:** Die zwei Anträge mit den schlechtesten Resultaten erzielen folgende Ergebnisse:
• Antrag Regierungsrat (25 Prozent): 39 Stimmen
• Antrag Brandenberg (70 Prozent): 22 Stimmen

➔ **Abstimmung 12:** In der abschliessenden Abstimmung genehmigt der Rat mit 40 zu 20 Stimmen den Antrag der Kommission (30 Prozent).

*§ 52a Abs. 2a Bst. b*

Der **Vorsitzende** hält fest dass die vorberatende Kommission einen Schwellenwert von 30 Prozent, der Regierungsrat einen solchen von 25 Prozent beantragt. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat folgt mit 42 zu 19 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission.

**Nicole Zweifel** hält fest, dass der Rat die Schwelle für die Mehrwertabschöpfung eben bei 30 Prozent festgesetzt hat. Im Bst. b wird auch die Ausnützungs- bzw. die Baumassenziffer geregelt, die ebenfalls erhöht werden muss. Der Ansatz, dass auf der einen Seite eine Schwelle, nämlich die nun beschlossenen 30 Prozent, festgelegt wird, ist logisch und nachvollziehbar. Damit kann in allen Gebieten eine Grundlage geschaffen werden, dass nicht bei jeder kleinen Ein-, Um- oder Aufzonung einen Abgabe erhoben wird. Nichtsdestotrotz hat die GLP bereits in der Debatte zur ersten Vorlage eingebracht, dass sie diese 30 Prozent für zu lasch hält. Es gibt allerdings noch eine zweite Hürde, nämlich die Erhöhung der Ausnützungsziffer. Ein Beispiel dazu: Im Bericht und Antrag des Regierungsrats wird auf Seite 14 das Beispiel der Raiffeisenbank Cham aufgeführt. Dort zeigt sich, dass der Landwert pro anrechenbare Landfläche mit dem Bebauungsplan von 3000 auf 3466 Franken pro Quadratmeter und gleichzeitig die Ausnützungsziffer um 15 Prozent ansteigt. Der Mehrwert beträgt also 466 Franken pro Quadratmeter. Dies scheint auf den ersten Blick mit 13,5 Prozent nicht sehr üppig zu sein. Leider schweigt sich die Vorlage aber über die effektive Höhe des Mehrwerts für das ganze Areal aus. Schon für eine kleine Parzelle von 2000 Quadratmeter betrüge der Mehrwert 2000 mal 466 Franken, also 932’000 Franken. Mit einem Abgabesatz von 20 Prozent ohne untere Schwelle betrüge der Anteil für die Gemeinde 186’000 Franken, die dem Gemeinwesen beispielsweise für die Verbesserung von Fusswegverbindungen, Spielplätzen oder Zugängen zu ÖV-Haltestellen zugeflossen wären. Mit der Schwelle von 0,3 bei der Ausnutzungserhöhung sinkt dieser Betrag deutlich. Der Gewinn in diesem Beispiel beträgt aber 932’000 Franken, also fast 1 Million Franken, die vollumfänglich beim Investor verbleiben. Bei einer Investitionssumme von beispielsweise 30 Millionen Franken wäre das ein Gratisgewinn von 3,33 Prozent. Das ist eine Rendite, die heute bei entsprechenden Projekten als akzeptabel angesehen wird, es ist aber nicht die Rendite des eigentlichen Projekts, sondern nur diejenige aus der Gratismehrwertabgabe. Dieses sehr konservativ und vorsichtig gerechnete Beispiel zeigt, dass die Schwelle von 0,3 bei der Ausnützungsziffer deutlich zu hoch ist. Die GLP schlägt daher vor, die Schwelle der Erhöhung der Ausnützung auf 0,2 statt 0,3 zu begrenzen. In der Kombination mit der Schwelle beim Mehrwert von 30 Prozent des Werts ist dies eine faire Lösung. Damit würde zwar im Beispiel Cham nach wie vor keine Mehrwertabgabe anfallen. Die Erfahrung

mit echten Projekten zeigt jedoch, dass man bei deutlich wahrnehmbaren Innenentwicklungen Ausnützungserhöhungen von weniger als 0,2 hat. Die Votantin hat in der ersten Debatte bereits ein Beispiel vorgebracht: Auf einem grossen Areal von 16'000 Quadratmeter führte die Erhöhung von 129 auf 155 Wohnungen zu einer Erhöhung der Ausnützungsziffer von lediglich 0,21. Das ergab einen Mehrwert von 2,4 Millionen Franken. Man kann sich ausrechnen, was da für die Gemeinde für raumplanerische Massnahmen übrigbleiben würde.
Die Votantin stellt in diesem Sinn den **Antrag** auf die folgende Formulierung von § 52a Abs. 2a Bst. b: «[…] wenn gleichzeitig eine Erhöhung der Ausnützungsziffer und mehr als *0,2* bzw. der Baumassenziffer um mehr als *0,8* vorliegt.» Sie dankt für die Unterstützung.

RUK-Sprecher **Daniel Abt** teilt mit, dass die Kommission über diesen Antrag diskutierte, ihn aber mit 11 zu 2 Stimmen und ohne Enthaltung ablehnte. Der Kommission ist es wichtig, dass man in Zukunft auch in Gebieten, die vielleicht nicht in einem Verdichtungs-Hotspot liegen, verdichten kann. Bei Ortsplanungsrevisionen ist es durchaus denkbar, dass man in Gebieten mit einer Ausnützung von 0,6 flächendeckend höher geht, was unbürokratisch möglich sein muss und keine grossen Rechenübungen erfordern darf, so dass der einzelne Eigentümer sein Grundstück weiterentwickeln kann, ohne mehrwertabgabepflichtig zu werden.

**Hans Baumgartner** hält zum Beispiel der Raiffeisenbank Cham fest, dass die Mehrausnützung einen Bebauungsplan erforderte, womit bereits viel Mehrwert geschaffen werden musste: öffentliche Wege und Plätze, teilweise mit Brunnen, besondere Anforderungen an die Gestaltung etc. Das ist eine grosse Mehrleistung, und die Kommission hat klar besprochen, dass solche Mehrwerte nicht zwei Mal mit Abgaben belastet werden sollen. Die Mehrleistung an Werten, die der Öffentlichkeit zugutekommen, ist bereits eine Abgabe. Deshalb hat die Kommission die Schwelle bei 0,3 festgesetzt.

Baudirektor **Urs Hürlimann** bestätigt, dass über diese Frage in der Kommission intensiv diskutiert wurde. Es geht auch hier um einen Mosaikstein des Kompromisses. Es sollen vor allem die «grossen Kisten» unter die Mehrwertabgabe fallen, nicht aber der kleine und mittelgrosse Eigentümer. So kam man auf die Schwelle von 0,3, welche auch der Regierungsrat unterstützt.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat lehnt den Antrag von Nicole Zweifel mit 43 zu 17 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag der Kommissionen und des Regierungsrats.

*§ 52a Abs. 3*
*§ 52a0 Abs. 1 bis 3*
*§ 52a1 Abs. 1 bis 5*
*§ 52b Abs. 1 bis 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 52b Abs. 5*

**Manuel Brandenberg** spricht für die SVP-Fraktion. In § 52b Abs. 5 wird den Gemeinwesen ein gesetzliches Pfandrecht an der Mehrwertabgabe eingeräumt, wobei

dieses Pfandrecht anderen Pfandrechten vorgeht, auch solchen privater Pfandgläubiger. Diese schauen dann möglichweise in die Röhre, obwohl sie schon früher ein Pfandrecht an diesem Grundstück hatten, weil der Staat sein Pfand aufgrund der vorgesehenen gesetzlichen Bestimmung an erster Stelle einfordern kann. Es gibt keinen Grund, den Staat mit einem solchen gesetzlichen Pfandrecht zu bevorzugen. Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** § 52b Abs. 5 zu streichen. Das ZGB, auf das hier verwiesen wird, sieht die Möglichkeit eines gesetzlichen Pfandrechts vor, es fordert sie aber nicht. Der Rat ist hier also frei. Der Votant ruft dazu auf, etwas für die privaten Pfandgläubiger, die vielleicht schon lange ein Pfand an diesem Grundstück hatten, bzw. etwas gegen den Staat zu tun, der hier möglicherweise nach mehreren Jahren einfach mit der Mehrwertabgabe kommen und sein Pfandrecht an die erste Stelle setzen kann. Der Votant bittet, privateigentumsfreundlich zu votieren und dem Antrag auf Streichung von § 52b Abs. 5 zuzustimmen.

RUK-Sprecher **Daniel Abt** teilt mit, dass die vorberatende Kommission nicht über diesen Vorschlag diskutierte. Er persönlich dankt Manuel Brandenberg für den seiner Ansicht nach wertvollen Input, der allenfalls Sinn macht. Als RUK-Mitglied würde sich der Votant freuen, wenn sich Manuel Brandenberg in der nächsten Legislatur zu einer Mitgliedschaft in der RUK durchringen könnte, damit solche Anträge dort diskutiert werden können.

Baudirektor **Urs Hürlimann** bestätigt, dass dieser Vorschlag weder in der RUK noch sonstwo aufgezeigt bzw. diskutiert wurde. Er müsste zuerst abklären, welche Konsequenzen die von der SVP beantragte Streichung hätte. Es wäre unseriös, wenn er etwas dazu sagen würde. Die Baudirektion hat die Thematik gründlich aufgearbeitet, ob die Argumentation von Manuel Brandenberg aber richtig ist, kann der Baudirektor nicht bestätigen.

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, hält fest, dass es bei Art. 836 ZGB um eingetragene Pfandrechte geht. Sie kann sich vorstellen, dass die von der SVP-Fraktion beantragte Streichung möglich ist. Sie schlägt vor, über den Streichungsantrag abzustimmen und der Baudirektion den Auftrag zu erteilen, auf die zweite Lesung hin die entsprechende Abklärung vorzunehmen. Wenn über § 52b heute nicht in erster Lesung entschieden werden kann, ergibt sich eine zeitliche Verzögerung der zweiten Lesung.

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat folgt mit 38 zu 23 Stimmen dem Streichungsantrag der SVP-Fraktion.

*§ 52c Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*52c Abs. 2 Bst. a*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission auch hier 30 anstelle von 25 Prozent beantragt. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass die SVP-Fraktion eine Bevorzugung des Staats auch hier nicht für notwendig erachtet. Es wird hier für den Staat eine Aus-

nahme von der Schuld zur Mehrwertabgabe gemacht: Für «dem Verwaltungsvermögen eines Gemeinwesens zufallende Einzonungen und Umzonungen» etc. wird keine Mehrwertabgabe geschuldet. Warum diese Bevorzugung? Wenn der Private diese Mehrwertabgabe leisten muss, sollte sie auch der Staat leisten müssen, auch wenn es letztlich nur finanzielle Umschichtungen innerhalb verschiedener Gemeinwesen sind. Es gibt ja auch eine Bremse in der Wirkung, wenn der Staat weiss, dass er nicht einfach Verwaltungsvermögen umzonen kann und dann selber nichts zu bezahlen hat. Der Votant stellt namens der SVP-Fraktion deshalb den **Antrag,** § 52c Abs. 2 Bst. a zu streichen.

**Nicole Zweifel** weist darauf hin, dass der Antrag der SVP-Fraktion dazu führt, dass für eine Gemeinde eine Mehrwertabgabe fällig würde, wenn sie beispielsweise bei einem Schulhaus Land umzont. Das geht für die Votantin in die Kategorie «absurd». Gebäude im Verwaltungsvermögen dienen dem Betrieb des Gemeinwesens und können nicht auf dem Markt veräussert werden, weshalb sie auch keinen wirklichen Marktwert haben. In einer öffentlichen Zone kann auch niemand anderes etwas damit anfangen. Weshalb also soll man innerhalb einer Gemeinde in einer komischen Finanzübung Geld hin- und herschieben? Das ist völlig überflüssig.

Baudirektor **Urs Hürlimann** teilt mit, dass dieses Thema in keiner Kommission diskutiert wurde. Die Befreiung von der Mehrwertabgabe beschränkt sich auf Gebäude im *Verwaltungsvermögen.* Und die Begründung ist klar: Warum soll man für Schulen etc. quasi zwei Mal bezahlen? Bei Gebäuden im *Finanzvermögen* wird der Staat genau gleich behandelt wie ein Privater. Der Baudirektor bittet deshalb, dem Antrag der Regierung und der Kommission zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Bst. a nun zuerst bereinigt wird: Es stehen sich die Anträge der Regierung (25 Prozent) und der RUK (30 Prozent) gegenüber. Anschliessend wird über den Streichungsantrag der SVP-Fraktion abgestimmt.

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat folgt mit 45 zu 15 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission (30 Prozent).

➔ **Abstimmung 17:** Der Rat lehnt den Streichungsantrag der SVP-Fraktion mit 46 zu 14 Stimmen ab und genehmigt damit endgültig den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 52c Abs. 2 Bst. b*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 52d Abs. 1*

**Thomas Meierhans** hält fest, dass der Rat eben beschlossen hat, Geld zu sammeln. Nun soll dieses Geld einer Spezialfinanzierung zugeführt werden. Die grosse Frage aber ist, was mit diesem Geld wirklich gemacht werden soll. Der Regierungsrat schlägt vor, es einerseits für Rückzonungen zu verwenden, was der Votant natürlich unterstützt. Andererseits soll das Geld aber auch «zur Leistung von raumplanerischen Massnahmen» verwendet werden. Was aber sind «raumplanerische Mass-

nahmen»? Gehört dazu auch, im Reussspitz die Grösse von Froschpopulationen zu bestimmen? Man wird immer einen Weg finden, irgendetwas als «raumplanerische Massnahme» zu deklarieren. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** anstelle von «raumplanerische Massnahmen» den Begriff «Investitionsprojekte» zu verwenden. Wenn man viel baut, bedeutet das mehr Leute, mehr Schulhäuser, mehr öffentlicher Verkehr, mehr Strassen etc. Und das gesammelte Geld soll für diese Zwecke verwendet werden.

RUK-Vertreter **Daniel Abt** hält fest, dass dieser Vorschlag in der Kommission bereits bei der Beratung der ersten Vorlage, die Schiffbruch erlitt, beraten wurde. Der Begriff «raumplanerische Massnahmen» ist vom Bund definiert. Der Antrag von Thomas Meierhans ist deshalb nicht nötig.

**Barbara Gysel** hat eine Frage: In ihrer Erinnerung wurde in der Kommission ausführlich darüber diskutiert, was unter den Begriff «raumplanerische Massnahmen» fällt − auch wenn es nicht die Frösche im Reussspitz sind. Welche Bedeutung aber hat hier der Verweis auf Art. 3 RPG in eckiger Klammer? Bedeutet er eine Einschränkung?

**Michael Riboni** möchte von Thomas Meierhans wissen, an welche Investitionsprojekte er denn denkt. Sind raumplanerische Investitionsprojekte gemeint? Oder denkt er an irgendwelche Investitionsprojekte des Kantons, etwa die Förderung von Jugendlichen? Der Begriff «Investitionsprojekte» ist viel umfassender als «raumplanerische Massnahmen». Wenn man hier eine genauere Definition möchte, soll man das bitte nicht mit dem Begriff «Investitionsprojekte» tun.

**Manuel Brandenberg** stellt namens der SVP-Fraktion den **Antrag,** die von Barbara Gysel bereits erwähnte eckige Klammer wie folgt zu ergänzen: «[*Art. 5 Abs. 2 oder* Art. 3 RPG]». Das Bundesgesetz schreibt in Art. 5 Abs. $1^{ter}$ nämlich vor: «Der Ertrag [aus der Mehrwertabgabe] wird für Massnahmen nach Abs. 2 oder für weitere Massnahmen der Raumplanung nach Art. 3, insbesondere Abs. 2 Bst. a und Abs. 3 Bst. $a^{bis}$ verwendet.» Warum Art. 5 Abs. 2 RPG, der im Bundesgesetz an erster Stelle genannt wird, in der regierungsrätlichen Vorlage verschwunden ist, weiss der Votant nicht. Die SVP will ihn aber auch in der eckigen Klammer haben, enthält er doch den Grundsatz, dass eine Eigentumsbeschränkung aufgrund von Planungen, die einer Enteignung gleichkommen, voll entschädigt wird. Das ist die materielle Enteignung. Das Geld soll also auch für die Entschädigung bei Enteignungen verwendet werden. Deshalb sollte Art. 5 Abs. 2 in der eckigen Klammer unbedingt auch erscheinen, sonst wird die Regierung sagen, dass Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen aus dem normalen Staatshaushalt bezahlt werden müssen, da die Mehrwertabgaben nur für irgendwelche schöne Planungsmassnahmen verwendet werden dürfen. Es sollen hier also beide Möglichkeiten genannt werden, die das Bundesrecht vorsieht. Wenn man in der eckigen Klammer nur Art. 3 RPG erwähnt, wie es die Regierung wahrscheinlich aufgrund der Vorarbeiten der Verwaltung vorschlägt, beschränkt man sich tatsächlich, politisch wohl durchaus im Sinn von Barbara Gysel.

**Barbara Gysel** glaubt, dass die Forderung von Manuel Brandenberg im vorliegenden Paragrafen bereits drin ist. Manuel Brandenberg spricht von Enteignungen. In Abs. 1 geht es um entschädigungspflichtige Rückzonungen − und dazu gehört auch eine Enteignung. In der Formulierung «Die Mehrwertabgabe fliesst in eine Spezialfinanzierung, die für Rückzonungen *sowie* zur Leistung von raumplanerischen

Massnahmen […] verwendet wird» ist nach dem Verständnis der Votantin das Anliegen von Manuel Brandenberg bereits enthalten. Das sollen aber die Juristen klären.

**Manuel Brandenberg** gibt seiner Vorrednerin ein Stück weit Recht, aber nicht jede Rückzonung ist eine Enteignung. Die Entschädigungspflicht von Art. 5 Abs. 2 RPG betrifft aber Enteignungen. Das ist eine besonders strenge Art von Rückzonung, eigentlich fast eine Auszonung.

Die stellvertretende Landschreiberin **Renée Spillmann Siegwart** hält fest, dass es hier um zwei verschiedene Dinge geht. Einerseits liegt der Antrag von Thomas Meierhans betreffend «Investitionsprojekte» vor, andererseits beantragt die SVP-Fraktion eine redaktionelle Anpassung in der eckigen Klammer. Das RPG auferlegt den Kantonen aber keine Verpflichtung, wozu sie die Mehrwertabgaben verwenden dürfen. Es geht um ausgleichende Entschädigungen, und das RPG sagt ziemlich eng, was hier denkbar ist. Die Votantin weiss nicht, wie weit die Kommission diese Frage besprochen hat. Sie schlägt vor, über die Anträge abzustimmen, wobei die Baudirektion bei Zustimmung auf die zweite Lesung hin die entsprechende Abklärung vornimmt.

**Daniel Abt** teilt mit, dass die RUK über diese Frage nicht diskutiert hat. Sie hat aber lange darüber gesprochen, zu welchen Zwecken dieses Geld verwendet werden soll. Der Antrag der SVP-Fraktion ist wohl im Sinn der Kommission. Am besten dürfte es aber sein, wenn man die Frage abklären lässt.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass über diese Frage bereits intensiv diskutiert wurde und man der Ansicht war, dass Art. 3 und 5 RPG die Bandbreite definieren. Das ist in den Materialien abgebildet, so auf Seite 19 im regierungsrätlichen Bericht: «Der Ertrag aus der Mehrwertabgabe soll für Massnahmen nach Art.5 Abs. 2 RPG, namentlich als Entschädigung für Auszonungen, oder für weitere Massnahmen der Raumplanung nach Art. 3 RPG verwendet werden. Der erste Fall wird im Kanton Zug wohl kaum vorkommen. Im letzteren Fall sollen verschiedene Massnahmen finanziert werden. Dabei ist in erster Linie an qualitätssteigernde Investitionen zur Abfederung der Auswirkungen der Verdichtung im entsprechenden Quartier zu denken. Die Mittel können aber auch für Renaturierungs- und Aufwertungsmassnahmen in Schutz- und Erholungsgebieten der näheren Umgebung, aber auch zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus eingesetzt werden.» Das war da Resultat der Diskussion. Es gab Anträge, dass genau definiert werden soll, dass dieses Geld für Renaturierungen etc. eingesetzt werden müsse. Man verzichtete aber darauf und beschloss, auf Art. 3 und 5 RPG zu verweisen und es in den Materialien festzuschreiben. Es ist im regierungsrätlichen Antrag eigentlich sonnenklar festgehalten. Der Baudirektor sieht keine Notwendigkeit, einem der zwei gestellten Anträge zu folgen.

➔ **Abstimmung 18:** Der Rat lehnt den Antrag von Thomas Meierhans mit 56 zu 4 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

➔ **Abstimmung 19:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Ergänzung der eckigen Klammer mit 36 zu 24 Stimmen ab.

**Barbara Gysel** stellt aufgrund der sehr plausiblen Darlegungen des Baudirektors und dessen Verweis auf die Materialien den **Antrag,** die eckige Klammer in § 52d

Abs. 1 vollständig zu streichen. Der Baudirektor hat ausgeführt, wie in den Materialien festgehalten ist, wie die Verweise gelten. Damit ist dem Anliegen von Manuel Brandenberg Genüge getan.

➔ **Abstimmung 20:** Der Rat genehmigt mit 37 zu 23 Stimmen den Antrag auf vollständige Streichung der eckigen Klammer.

*§ 52d Abs. 2*
*Titel nach § 52d*
*§ 52e Abs. 1 bis 4*
*§ 52f Abs. 1 bis 5*
*§ 53 Abs. 2*
*§ 67 Abs. 2 Bst. e*
*§ 71 Abs. 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

**Teil II (Fremdänderungen)**

***Steuergesetz***

*§ 196 Abs. 1 Bst. k und l*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil III (Fremdaufhebungen)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

**1134** Traktandum 5.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel V 6 Busverkehr/Feinverteiler, u.a. auf Eigentrassee)**
Vorlagen: 2854.1/1a - 15745 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2854.2 - 15746 (Antrag des Regierungsrats); 2854.3 - 15821 (Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt).

EINTRETENSDEBATTE

**Daniel Abt** teilt als Vertreter der Kommission für Raumplanung und Umwelt (RUK) mit, dass an der Sitzung der Kommission Vertreter des Stadtrats von Zug die Gelegenheit wahrnahmen, die Kommissionmitglieder davon zu überzeugen, dass der Standort Göbli nun doch die Bestvariante für den neuen Hauptstützpunkt der Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) sei. Der Stadt wäre es ein Anliegen, verschiedene Service-public-Nutzungen im Göbli zu vereinen. Sie erachtet die städtebauliche Lage und die gute Erschliessung über die Tangente Zug/Baar als ideal und wäre bereit, eine Machbarkeitsstudie dazu zu finanzieren. Für die ZVB ist der heutige Standort die Bestvariante. Andere Standorte würden namhafte Mehrkosten hervorrufen, verursacht durch unnötige Leerfahrten. Auch die bereits getätigten Planungsaufwendungen von 13 Millionen Franken exkl. Aufwände der ZVB sprechen für den jetzigen Standort. Ausserdem befindet sich das Vorhaben auf eigenem Land, auf dem durch die zwei Untergeschosse rund 8000 Quadratmeter freigespielt werden.
Die Kommission hat die verschiedenen Interessen sorgfältig gegeneinander abgewogen, ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten und hat sich mit 8 zu 5 Stimmen für den Standort auf dem heutigen ZVB-Areal ausgesprochen. Ausschlaggebend war vor allem die Tatsache, dass am Standort Göbli das gesamte Volumen oberirdisch gebaut werden müsste − ein Volumen von 160 mal 80 mal 24 Meter. Ein solches Volumen für eine Einstellhalle gehört besonders im Kanton Zug unter die Erde, wie dies an der Aa geplant ist. Der Kommission ist es wichtig, dass dieser Entscheid sich nicht gegen die Stadt Zug richtet, sondern auf der sachlichen Auseinandersetzung mit den bestehenden Tatsachen basiert.
Für die FDP-Fraktion hält der Votant fest: Wo der zukünftige ZVB-Standort gebaut werden soll, wurde während der vergangenen Jahre zur Genüge eruiert. Zugegeben: auf den ersten Blick scheint der heutige Standort für die künftige Entwicklung nicht die Bestvariante zu sein. So ging es auch dem Votanten im Jahr 2011, als er sich erstmals mit möglichen Standorten auseinandersetzte. Er kam damals zum Schluss, dass das ZVB-Areal der richtige Standort ist. Und heute, sieben Jahre später, sind er und mit ihm die FDP-Fraktion *überzeugt,* dass dies der richtige Standort ist:
• Sämtliche möglichen Alternativstandorte wurden genau geprüft.
• Die Landverhandlungen für dieses Projekt sind abgeschlossen.
• Die ZVB will sich auf ihrem eigenen Land weiterentwickeln.
• Für die ZVB ist es der Wunschstandort.
• Die Kosten für die durch einen anderen Standort nötigen Leerfahrten betrügen zum Beispiel am Standort Göbli 1,5 Millionen Franken jährlich.
• Welche Busse in zwanzig Jahren im ÖV eingesetzt werden und wie diese geführt werden, ist reines Kaffeesatzlesen. Das überlässt die FDP gerne Mike Shiva.
Es gilt, Nägel mit Köpfen zu machen, hier und heute. Der Rat ist aufgerufen, seine Verantwortung wahrnehmen und sich zu einem Standort zu bekennen, welcher der ZVB eine zukunftsgerichtete Entwicklung ermöglicht.

**Mariann Hess** spricht für die ALG-Fraktion. Die Räumlichkeiten des heutigen Hauptstützpunktes der ZVB sind veraltet. Dies erschwert den Betrieb, weshalb renoviert, umgebaut oder eben komplett neu gebaut werden muss. Über den richtigen

Ort für einen neuen Hauptstützpunkt wurde in den letzten Jahren heftig diskutiert. Zehn Standorte wurden evaluiert, die Gegebenheiten wurden abgeklärt. Heute kommen keine zehn Standorte mehr in Frage: Die Diskussion drehte sich auch in der Kommission um den Standort An der Aa oder Göbli.
Das ganze Geschäft ist aber hochkomplex. Die ALG-Fraktion ist der Meinung, dass die zukünftige Entwicklung in der Mobilität zu wenig berücksichtigt wird. Wie kann man heute einen neuen Standort festsetzen, wenn man noch nicht einmal über ein Mobilitätskonzept verfügt? Man weiss noch zu wenig, wie sich der Verkehr in fünfzig bis siebzig Jahren entwickeln wird. Selbstfahrende Kleinbusse werden bereits heute getestet.
Erst kürzlich hat eine grosse Mehrheit des Kantonsrats ein Wachstum beschlossen, gemäss welchem der Kanton Zug nochmals jährlich um knapp 1 Prozent wachsen wird. Kann dieses Wachstum tatsächlich mit den heute konventionellen ÖV-Angeboten abgedeckt werden? Die ALG-Fraktion fände es fahrlässig, heute einen zu schnellen Entscheid zu treffen. Sie stellt deshalb den **Antrag,** das Geschäft an die Regierung zurückzuweisen, bis der Rat das neue Mobilitätskonzept beschlossen hat bzw. mit dem Auftrag, die Frage des Stützpunkts in das neu zu erarbeitende Mobilitätskonzept einfliessen zu lassen.
Sollte der Rat trotzdem auf die Vorlage eintreten, befürwortet eine knappe Mehrheit der ALG-Fraktion den Standort An der Aa. Es ist wichtig, die Arbeitsplätze in Zentrumsnähe zu sichern, und mit der mehrgeschossigen Halle und mit Wohnraum in Bahnhofsnähe liegt ein interessantes Projekt vor. Die Argumente bezüglich Zentralität des heutigen ÖV-Verteilers sind durchaus überzeugend. Aber es besteht − wie bereits betont − die Gefahr, dass der Rat heute voreilig entscheidet und ein Präjudiz für das zu erarbeitende Mobilitätskonzept schafft. Die logische Reihenfolge wäre deshalb: zuerst das Mobilitätskonzept, dann den Hauptstützpunkt festlegen.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Ein Zielkonflikt ist dadurch definiert, dass zwei Ziele gesetzt werden, sie aber nicht gleichzeitig und voll erfüllt werden können. Bei diesem Geschäft lautet ein Ziel: zügiges und kostensparendes Voranschreiten im Planungsprozess. Ein zweites Ziel ist: Umsicht bei der Festsetzung betreffend Städtebau und Mobilität. Das heisst: Bei den einen lautet das Credo «Sofort bauen», bei den anderen «Sich nichts verbauen».
Die Festsetzung des Hauptstützpunkts für den Busverkehr an der Aa oder im Göbli führt den Stadtrat auch nach bereits jahrelangem Planungsprozess zum Wunsch einer Machbarkeitsprüfung − wobei ergänzend zur Vorrednerin festzuhalten ist, dass über die Thematik nicht nur diskutiert, sondern dafür auch bereits 13 Millionen Franken ausgegeben wurden. Den Wunsch der Stadt und die Argumentation aus Sicht der Stadtentwicklung kann die SP bestens nachvollziehen, und sie begrüsst die Umsicht. Schliesslich gilt der Standort An der Aa zu Recht als wertvolles Verdichtungsgebiet. Die ZVB wiederum argumentiert mit der Nähe zum Bahnhof und den tiefstmöglichen Betriebskosten. Dazu kommt ein weiterer Aspekt, der auch der ALG-Fraktion wichtig ist: Die Baudirektion ist an der Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts für den Kanton. Dabei sollen die strategischen Grundzüge für das Auto, aber eben auch für den ÖV und den Langsamverkehr geprüft werden. Bei der Behandlung des Richtplans 16/3 zu den Grundzügen der räumlichen Entwicklung hat der Rat dies besprochen, und die Raumplanungskommission hat es am 29. Januar 2018 dem Parlament übergeben − also vor noch nicht allzu langer Zeit. Im Kapitel G 7.1 des Richtplan heisst es zu den Zielen zum Verkehr: «Der Kanton plant den Verkehr proaktiv mit einem Mobilitätskonzept. Dieses umfasst alle Verkehrsarten. Es stimmt die Infrastrukturprojekte im kantonalen Richtplan, die Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung und die Siedlungspolitik aufeinander ab. Folgende Punkte

sind zu untersuchen: a. Auswirkungen und Chancen von neuen Formen der Mobilität; […] c. Leistungssteigerung und Ausbaupotential bestehender Infrastrukturen.» Die SP-Fraktion stellt keinen Antrag, fragt aber den Baudirektor: Wie ist der genaue Projektstand zum Mobilitätskonzept, und wann soll dieses abgeschlossen werden? Wäre es auch denkbar, eine Machbarkeitsstudie zum Standort parallel zum Mobilitätskonzept zu erstellen?

**Andreas Etter** spricht für die CVP-Fraktion. Diese tritt einstimmig auf das Geschäft ein. Sie unterstützt den Antrag der Regierung und der Kommission für Raumplanung und Umwelt. Vor allem folgende Gründe geben hierzu den Ausschlag:
• die sehr weit fortgeschritten Planung für den Standort An der Aa;
• die abgeschlossenen Landverhandlungen zwischen den involvierten Parteien;
• eine massive Zeitverzögerung bei einer erneuten Evaluation eines Standorts: Machbarkeitsstudien, neue Planung, Klärung von Landbesitzverhältnissen etc.
Natürlich versteht die CVP auch das Anliegen der Stadt Zug, jedoch sind mit dem von der Stadt Zug vorgeschlagenen Standort Göbli einige Punkt nicht oder nur sehr schwer realisierbar. Zu beachten ist beispielsweise:
• Das Göbli liegt in der Grundwasserschutzzone, was verhindert, in die Tiefe bauen zu können.
• Das von der ZVB benötigte Platzvolumen ist im Göbli mit der geltenden Bauordnung nur schwer umsetzbar, dies sowohl in der Höhe als auch in der Länge. Es fehlt schlicht der Platz.
Das alles war vielleicht auch der Stadt Zug bewusst, da in einer ersten Antwort der Standort Göbli als neuer Hauptstützpunkt gar nicht zur Verfügung gestanden wäre.
Alle Gemeinden sind auf einen gut funktionierenden ÖV angewiesen. Damit es so bleiben kann, ist die ZVB auf eine gute und wirtschaftliche Infrastruktur angewiesen − und dies zeitnah. Deshalb dankt die CVP-Fraktion für die Zustimmung zum Antrag der Regierung.

**Walter Birrer** spricht für die SVP-Fraktion. Diese hat an der letzten Fraktionssitzung intensiv über die Festsetzung des ZVB-Hauptstützpunkts beraten. Was ist passiert? 2011 war die Meinung, den Hauptstützpunkt an der heutigen Stelle zu belassen. Die Stadt teilte mit, dass auf die Variante Göbli verzichtet werde. Dann reichten Philip C. Brunner und Martin Eisenring im Grossen Gemeinderat eine Motion ein. Es folgte ein Time-out bei der Regierung, um den Standort Göbli zu prüfen. Darauf folgten verschiedene Stellungnahmen: Stadtrat von Zug, ZVB, Kommission, Regierungsrat. Es wurden zehn verschiedene Standorte geprüft. Trotzdem sind alle unsicher. Und nun kommt noch der Antrag, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. Man muss sich ernsthaft fragen: Welches ist nun der richtige Ort? Ist der Standort An der Aa richtig, oder muss man das nochmals prüfen? Es sei kritisch darauf hingewiesen, dass bereits viel Geld für die Planung ausgegeben wurde − und trotzdem ist man nicht sicher. Die SVP-Fraktion wird sich deshalb in der Abstimmung sehr kritisch verhalten. Das bedeutet: Grundsätzlich wird sie mehrheitlich dem Rückweisungsantrag folgen.

**Philip C. Brunner** spricht als Stadtzuger Kantonsrat, dies ohne Absprache mit seiner Fraktion. Er dankt den Fraktionssprechenden für ihre Voten und hält fest, dass die ALG-Fraktion zwar einen Rückweisungsantrag gestellt hat, es aber noch keinen Antrag gibt, die durch die Stadt Zug bezahlte Machbarkeitsstudie nun wirklich erstellen zu lassen. Der Votant würde diesen Antrag unterstützen.
Im vorliegenden Projekt stecken jahrelange Versäumnisse auch der Führung der ZVB. Die meisten Gebäude auf dem ZVB-Areal stammen aus den 1950er und

1960er Jahren. Man hat verschiedene Male die Kurve nicht gekriegt, und nun soll das Projekt husch, husch durchgewinkt werden. Urs Raschle hat damals davor gewarnt, dem Planungskredit von über 33 Millionen Franken zuzustimmen und hat − so erinnert sich der Votant − das Märchen von Schneewittchen und den sechs Zwergen erzählt. Der Rat hat das Projekt «Fokus» aber mit grosser Mehrheit durchgewinkt. Nun hat offenbar jemand gesehen, dass der Standort nicht im Richtplan festgesetzt wurde. Im Klartext: Man hat bis heute 13 Millionen Franken ausgegeben, den Standort aber hat man damals nicht festgenagelt. Ein zweiter Punkt − dies als Kritik an den städtischen Behörden, insbesondere am Baudepartement − war, dass die Stadt offenbar in Sachen Höhe Einfluss genommen hat. Nun hat man dort an der Bahnlinie ein grosses Krokodil, das nicht allzu hoch ist; es erreicht nicht einmal die Höhe des Polizeigebäudes in der Nachbarschaft. Zu beachten ist, dass man die Gebäude ursprünglich von Süden nach Norden ausgerichtet hat, in einer Doppelstruktur, so dass man in die Garagen hineinfahren kann. Nun aber wurde umgedreht: Es entstehen zwei Riegel, damit das Ganze vom See her gesehen ja nicht zu hoch wird. Allerdings haben sich zwischenzeitlich die Verhältnisse in der Stadt geändert, und man hätte durchaus entsprechende Möglichkeiten. Es ist auch daran zu erinnern, dass im ZVB-Areal einzig das Hochhaus in der Zone ÖIB ist, der Rest liegt in einer Wohnzone, vermeintlich WA4. Es braucht also zu allem auch noch eine Umzonung, und der GGR wird sich entsprechend äussern können. Der Stützpunkt steht mit seiner flächenmässigen Ausdehnung im Widerspruch zur kommunalen Richt- und Nutzungsplanung sowie im Moment noch zum kantonalen Richtplan und zu den eidgenössischen Vorgaben bezüglich Verdichtung. Eine adäquate städtebauliche Entwicklung wird auf lange Zeit verhindert. Der Bau an der Aa erfordert mehrjährige kostspielige Provisorien auf dem Gaswerkareal. Dieses könnte erst nach dem Abschluss des Neubaus von der Stadt entwickelt werden. Es gibt ja dieses Tauschgeschäft, und es ist einer der wenigen positiven Punkte an der Sache, dass dort ein für die Stadt neues Areal erschlossen wird. Man kann sich aber auch fragen, warum der Kanton an der Aabachstrasse, also an einer städtebaulich sehr zentralen Lage, nicht genauer hinschaut und die Möglichkeiten, die das Areal noch bietet, nicht ausnützt.

Bezüglich Gewässerschutz braucht es die besagte Machbarkeitsstudien. Vorabklärungen der Baudirektion zeigen, dass im Göbli eventuell ein Untergeschoss möglich wäre, es muss also nicht alles − wie es der Kommissionssprecher gesagt hat − ebenerdig sein. An der Aa sind zwei Untergeschosse geplant, was man im Göbli vermutlich nicht realisieren kann. Letztlich weiss das aber niemand wirklich genau, die entsprechenden Aussagen gehen auseinander. Beim Ökihof wird aus Kostengründen auf ein Untergeschoss verzichten, nicht weil es unmöglich wäre. Man muss den Gewässerschutz also im Auge behalten, liegt dort doch quasi ein unterirdischer See.

Die ALG-Fraktion hat Recht, wenn sie auf das Fehlen eines Mobilitätskonzepts hinweist. Der Votant geht davon aus, dass man in ein paar Jahren im flachen Stadtgebiet Elektromobilität haben wird, dies neben weiterhin durch fossile Brennstoffe angetriebene Fahrzeuge, die nach Oberägeri oder in andere Höhenlagen fahren. Der Votant wundert sich etwas, dass die Kommission für den öffentlichen Verkehr nicht auch zur Standortfrage befragt wurde bzw. keine Kommissionssitzung durchgeführt hat. Es wurde argumentiert, dass der heutige Standort aus Kostengründen auch für die ZVB sehr gut sei. Übrigens tritt die ZVB in der Kommission als Partei auf. Wer aber ist die ZVB? Sie gehört heute zu gegen 70 Prozent dem Kanton. Muss das so bleiben? Gestern konnte man in der Zeitung lesen, was mit der Post in Sachen Bankwesen abgeht. Beim öffentlichen Verkehr wird es ähnliche Entwicklungen geben. Und wer sagt, dass es nicht einmal einen Vertrag des Kantons mit

der PostAuto AG geben wird? Das ist durchaus möglich: Konkurrenzdenken im öffentlichen Verkehr. Alle diese Aspekte kommen in der Vorlage nicht vor. Es wird hier einfach etwas durchgedrückt, dies auf Kosten der Stadt Zug.
Und was die Stadt Zug betrifft: Man konnte die Entwicklung der Stadt in den letzten Jahrzehnten nicht vermuten. Vor fünfundzwanzig Jahren lag das Gebiet des ZVB-Areals weitab vom Schuss. Seither ist dort mit den Überbauungen «Uptown» und «Schutzengel» einiges passiert, da wächst etwas zusammen. Man sollte das deshalb nicht einfach durchwinken, nur weil man 13 Millionen Franken ausgegeben hat. Im Übrigen ist es ein Widerspruch, dass dieses Projekt bereits in einer solchen Detailliertheit vorliegt, dass man praktisch nicht mehr Nein sagen kann. So wird argumentiert, und diese 13 Millionen Franken zwingen den Rat quasi zu einem Projekt auf die nächsten hundert Jahre. Der Votant hat es bereits in den Medien gesagt: Es kommt ihm vor, wie wenn in den 1920er Jahren in der Stadt Zürich der Sechseläutenplatz überbaut worden wäre, weil sich am Bellevue am meisten Tramlinien kreuzen und auch der Bus nach Küsnacht und Rapperswil von dort aus abfährt. Der Sechseläutenplatz wäre also der ideale Standort für ein Depot in der Stadt Zürich. Glaubt jemand, dass man diesen Entscheid hundert Jahre später auch noch gut finden würde? Das Gegenteil ist der Fall, man würde sagen: Was haben die sich damals überlegt? Der Votant sieht nicht ein, dass man in Zug ein zweites KKL am See aufstellen muss. Das KKL hat damals 230 Millionen Franken gekostet, hier redet man von einer Investition von 190 Millionen Franken für die schlafende Busse. Die kürzlich eingeweihte Kantonsschule Menzingen hat 114 Millionen Franken gekostet. Nun sollen 190 Millionen Franken ausgegeben werden, ohne dass man sich ein halbes Jahr Zeit für eine Machbarkeitsstudie nimmt. Der Votant appelliert an den Rat, Qualität vor Schnelligkeit zu setzen. Man hat fünfzig Jahre lang gewartet, die ZVB-Verantwortlichen und die Regierung haben geschlafen, und es ist nichts gelaufen. Man hätte dort schon vor zwanzig Jahren etwas machen müssen, es ist aber nichts passiert. Und nun soll es plötzlich schnell, schnell gehen. Der Votant bittet den Rat, den Antrag der ALG-Fraktion zu unterstützen und eine Denkpause einzuschalten. Man kann die Sache dann im Rat nochmals diskutieren.

**Daniel Abt** spricht als Mitglied, nicht als Sprecher der RUK. Nach dem Feuerwerk von Philip C. Brunner geht er etwas ruhiger an die Sache heran. Er geht nicht auf alle erwähnten Punkte ein, aber das eine oder andere muss er doch noch aufgreifen.
Es ist richtig, dass der Richtplaneintrag vergessen ging. Das ist unschön. Man hat 2011 aber nicht viele Stimmen gehört, die sich gegen den Standort An der Aa gewehrt hätten: Man war sich nach der Diskussion mehr oder weniger einig. Philip C. Brunner hat erwähnt, in hundert Jahren werde man sagen, der heutige Entscheid sei falsch gewesen. Man stelle sich vor, was in hundert Jahren ist: Glaubt jemand tatsächlich, das Göbli sei dann kein Filetstück? Der Votant kann sich das nicht vorstellen. Man spricht von Verdichten − und jetzt spielt man das heutige ZVB-Areal gegen das Göbli aus. Die Stadt Zug baut im Göbli eine ein- bis zweigeschossige Halle für den Ökihof. Was soll denn das, und warum wird da nicht verdichtet? Ein Grund, warum nicht verdichtet wird, ist die Bauzone. Man ist in der Zone W2 oder W3 und kann nicht zwanzig Meter in die Höhe bauen. Das wäre zonenfremd. Es geht also in die Tiefe − aber das Untergeschoss kann im Göbli nur drei Meter tief gebaut werden. Das reicht für eine Tiefgarage, die allerdings schon für ein vernünftiges Auto zu wenig hoch ist. Und für die ZVB-Busse braucht es eine Geschosshöhe von sieben Meter. Der Votant hat eine Zimmerei-Produktionshalle unterkellert, sie ist zweigeschossig. Seine Berufskollegen in anderen Kantonen bezeichnen ihn als wahnsinnig, aber im Kanton Zug ist der Platz so eng, dass man in die Tiefe und in die Höhe bauen muss. Und das ist nur am heutigen Standort An der Aa möglich.

Die RUK hat sich das erklären lassen: Man kann den Flächenbedarf der ZVB im Göbli *nicht* realisieren. Punkt. Man kann der Stadt die 200'000 Franken, die sie für eine Machbarkeitsstudie ausgeben will, also ersparen. Man weiss nämlich heute schon, dass es im Göbli nicht funktionieren wird.

**Urs Raschle** betont, dass es um ein wichtiges und strategisches Geschäft für die Stadt Zug geht. Der Stadtrat spielt eine wichtige Rolle, weshalb sich der Votant erlaubt, im Namen des Stadtrats und mit dem Hut des Stadtratmitglieds zu sprechen. Die erste Vorlage des Regierungsrats zu diesem Geschäft kam vor mehr als einem Jahr. Der Stadtrat hat damals sehr intensiv und kontrovers darüber diskutiert: Ist der vorgeschlagene Standort nun richtig oder eben doch nicht? Welche Möglichkeiten gibt es? Es gab damals eine Liste mit zehn möglichen Standorten. Unter anderem wurde auch das Göbli genannt − was im Stadtrat zu gewissen Fragen führte: Wie ist es möglich, dass die Regierung das Göbli in die Liste aufnimmt? Denn damals wurde im Stadtrat strategisch über die künftige Nutzung des Göbli diskutiert. Die Vernehmlassungsantwort der Stadt Zug war denn auch sehr kritisch. Man hat Fragen gestellt: Wie sieht das zukünftige Netz der ZVB aus? Ist es richtig, dass alle Busse mitten durch die Stadt fahren? Ist die Grundsatzstrategie eines *Hub* richtig? Ist das Ziel des Regierungsrats richtig, dass alle Busse dann, wenn die Züge ankommen, am Bahnhof stehen und dann in die Gemeinden fahren? Die Stadt konnte anschliessend gute und konstruktive Gespräche mit den Regierungsräten Urs Hürlimann und Matthias Michel führen. Dann kam die Motion von Philip C. Brunner und Martin Eisenring, die verlangte, den Standort Göbli nochmals genauer anzuschauen. Und es ist dem Votanten wichtig zu betonen: Diese Idee kam nicht vom Stadtrat. Der Stadtrat hat aufgrund der Motion nochmals alles genau geprüft, insbesondere die Punkte, auf die er in der Vernehmlassung hingewiesen hatte. Und die Regierung hatte dem Stadtrat versprochen, eine sogenannte Nagelprobe zu machen, auch in Bezug auf die Digitalisierung. Das Ergebnis liegt vor. Schlussendlich war der Stadtrat der Meinung, der Standort Göbli biete mittel- und langfristig betrachtet eine riesige Chance: Das Göbli liegt nicht mitten im Zentrum, die Busse können schneller in die Gemeinden fahren, müssen nicht immer durch das Stadtzentrum fahren und stehen nicht immer im Stau. Genau das hat der Stadtrat dem Regierungsrat mitgeteilt − und im Sine eines Kompromisses die erwähnte Machbarkeitsstudie vorgeschlagen, um alle Unsicherheiten, die noch bestehen − auch bezüglich Baugrund etc. − noch genauer abklären zu können. Die vorberatende Kommission − das muss der Votant dankend anerkennen − hat den Stadtrat in ihre Sitzung eingeladen, damit dieser seine Haltung nochmals darlegen konnte. Es ist aber allen bekannt, wie die Kommission entschieden hat. Und genau deshalb unterstützt der Votant den Antrag der ALG, auch wenn «Rückweisung» in Zusammenhang mit diesem Geschäft, welches schon seit mehreren Jahren pendent ist, ein hartes Wort ist. Es geht hier aber um eine sehr wichtige Frage, und da ist ein halbes Jahr mehr oder weniger nicht so relevant. Es ist aber wichtig, genau zu prüfen, was möglich ist und was nicht. Der Votant bittet deshalb, dem Antrag auf Rückweisung zuzustimmen, damit mit einer Machbarkeitsstudie, notabene bezahlt von der Stadt Zug, alles nochmals genauer abgeklärt werden kann.

**Silvia Thalmann** fühlt sich durch das Votum von Philip C. Brunner herausgefordert. Ihre Interessenbindung: Sie ist in der Leitung der Zugerland Verkehrsbetriebe tätig. Philip C. Brunner hat von Versäumnissen der ZVB und von unseriöser Arbeit gesprochen. Dagegen wehrt sich die Votantin. Sie ist noch nicht lange im Leitungsgremium der ZVB. Ihr Vorgänger hat ihr bei der Übergabe des Amts gesagt, dass er ihr das vorliegende Geschäft gerne in einem weiter fortgeschrittenen Stadium

übergeben hätte, was aber nicht der Fall sei. Die Votantin hat sich seither intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt, und sie ist sich durchaus bewusst, dass es etwas heikel ist, hier im Kantonsrat zu sprechen, weil sie Partei ist. Sie hat die Zusammenarbeit mit dem Kanton als sehr konstruktiv, aber auch als sehr hart erlebt. Man hat um Abgeltungen und um verschiedene Themen gerungen und nach Lösungen gesucht. Und die ZVB hat beileibe nicht alle ihre Anliegen durchgebracht. Nun geht es einfach darum, den künftigen Standort des ZVB-Hauptstützpunkts festzulegen. Heute muss sich die ZVB mit Immobilien aus den 1950er Jahren herumschlagen, und jeder Unternehmer weiss, was es bedeutet, mit so alten Immobilien wirtschaften zu müssen. Es ist dringend nötig, hier etwas zu ändern.
Die ZVB befürwortet den heutigen Standort. Als Kantonsrätin schaut die Votantin die Sache distanzierter an. Sie stellt fest, dass die Landgeschäfte auf dem heutigen Areal geregelt sind. Sie stellt ferner fest, dass es dort zu einer grossen Verdichtung kommt; dass diese ihren Preis hat, ist bekannt. Sie stellt weiter fest, dass bereits 13 Millionen Franken investiert wurden und man seit zehn Jahren an der Planung ist. Die Betriebskosten sind am heutigen Standort tiefer. Und zu beachten ist schliesslich auch, dass der Kanton Zug der Hauptaktionär der ZVB ist und damit ein Interesse daran hat, dieses Unternehmen erfolgreich wirken zu lassen.

**Moritz Schmid** spricht zuerst als Präsident der Kommission für den öffentlichen Verkehr. Er möchte Philip C. Brunner mitteilen, dass am 24. September eine Sitzung dieser Kommission stattfindet. An der Doodle-Umfrage zur Festsetzung des Termins hat sich Philip C. Brunner leider nicht bzw. sehr spät beteiligt.
Heute wird der Standort des künftigen ZVB-Hauptstützpunkts festgelegt, es geht nicht um Kosten oder um irgendwelche Zukunftsfragen. Philip C. Brunner kommt dem Votanten je länger desto mehr als ewiger Verhinderer vor. Er will auch den Doppelspurausbau in Walchwil verhindert. Nun hat die RUK den Standort des künftigen ZVB-Hauptstützpunkts festgelegt. Philip C. Brunner bringt Einwände vor und kritisiert den heutigen Standort, weil er Gemeinderat der Stadt Zug ist − und obwohl er genau weiss, dass es im Göbli nicht genügend Platz für die ZVB hat. Das ist keine lösungsorientierte Politik, sondern reine Verzögerungstaktik. Und das braucht es nicht.
Zu Walter Birrer sei gesagt, dass die SVP in ihrer Fraktionssitzung grossmehrheitlich beschlossen hat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Der Votant bittet den Rat, dasselbe zu tun.

**Manuel Brandenberg** bestätigt, dass die SVP-Fraktion der vorberatenden Kommission zustimmt. Sie hat aber nicht über ihre Haltung zu einem allfälligen Rückweisungsantrag abgestimmt; ein solcher Antrag wurde in der Fraktionssitzung auch nicht gestellt.
Wenn die Vorlage zurückgewiesen würde, sollte man sich überlegen, ob der ZVB-Stützpunkt überhaupt Eingang in den Richtplan finden müsse. Bisher stand diesbezüglich nichts im Richtplan, und man kann diesen Stützpunkt auch bauen, wenn nichts davon im Richtplan steht. Wenn er aber im Richtplan drin steht, *muss* man einen neuen, gewaltigen ÖV-Stützpunkt bauen. Und es wird dem Kantonsrat in der Debatte um den entsprechenden Kredit sicher um die Ohren geschlagen werden, dass man bauen *müsse*, es stehe schliesslich im Richtplan, und dieser sei behördenverbindlich. Man sollte sich die Möglichkeit, bei einer allfälligen Rückweisung den ZVB-Hauptstützpunkt nicht in den Richtplan aufzunehmen, also auch überlegen.

**Philip C. Brunner** dankt Silvia Thalmann für ihr Votum. Der Vorwurf, die ZVB-Führung habe etwas versäumt, geht nicht an die Adresse seiner Vorrednerin, sondern

an unzählige Vorgänger von ihr. Man könnte sich nämlich auch vorstellen, dass man einen solchen Stützpunkt nicht einmal baut und dann hundertsechzig Jahre zuwartet, sondern dass eine gedeihliche Entwicklung stattfindet, indem man etappiert, also Teile abreisst und neu baut. Dann wäre man nicht derart unter Druck, wie es die ZVB jetzt ist. Und wenn Moritz Schmid den Votanten als Verhinderer bezeichnet, ist das *seine* Beurteilung. Vermutlich hat sich der Votant in seinem Leben aber eher dadurch ausgezeichnet, dass er sich für Infrastrukturen eingesetzt hat. Und das Stichwort «Doppelspurausbau» kommt ihm gerade recht: Es ist dort genau die gleiche Situation. Die Regierung hat versucht, etwas durchzudrücken, und es gab einige Warner im Kantonsrat − vor allem Martin Stuber und den Votanten −, welche genau voraussagten, was passieren würde. Es gibt in der Gemeinde Walchwil nun ein Komitee, die IG NEAT Zug, welche sich bis vor Bundesgericht immer wieder gegen diesen Doppelspurausbau gewehrt hat. Die Alternative wäre gewesen, dass der Kantonsrat mit einem Richtplaneintrag ein bisschen weiter gedacht hätte. Der Votant ist keineswegs gegen den öffentlichen Verkehr, ganz im Gegenteil: Er ist ein grosser ÖV-Befürworter. Wie nämlich soll ein Wirtschaftsstandort wie Zug funktionieren, nachdem das Land so überbaut wurde, dass man keine Strassen mehr bauen kann? Da muss man zwingend den öffentlichen Verkehr fördern, sowohl auf der Schiene als auch auf der Strasse. Man müsste aber auch vertieft über die Mobilität nachdenken. Nach Meinung des Votanten hat im Kanton Zug beispielsweise noch nie jemand intensiv über eine *tramway* oder ähnliche Systeme nachgedacht, welche die Strassen benutzen. Der Votant ist kein Verhinderer, sondern er warnt nur, dass man in einen Konflikt gerät. Wer nämlich bezahlt diesen Kanton? Wenn man die Stadt Zug herausnimmt, ist Zug wahrscheinlich einer der ärmsten Kantone der Schweiz. 83 Prozent des ZFA wird in der Stadt Zug erwirtschaftet, und wenn man dieser den Schnauf abdrückt, wird man das irgendwann spüren. Dann nämlich werden die 53 Millionen Franken, die im Kanton verteilt werden, nicht mehr fliessen, weil die Stadt sich nicht mehr entwickeln kann. Das ZVB-Areal ist wahrscheinlich noch wichtiger als das Areal des ehemaligen Kantonsspitals. Was hier passiert, ist aber − der Votant entschuldigt sich für den Ausdruck − eine Vergewaltigung der Stadt. Was soll denn der GGR noch tun? Einfach abklemmen und den Kantonsrat leerlaufen lassen? Hilft das der ZVB? Nein, im Gegenteil. Der Votant ist der Erste, der befürwortet, dass man mit Provisorien arbeitet. Was hätte man mit 13 Millionen Franken an Gebäulichkeiten auf diesem Areal auslösen können? Sehr viel. Jetzt aber hockt man da, hat 13 Millionen Franken ausgegeben − und weigert sich, der Stadt Zug die Möglichkeit zu geben, eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen. Das Göbli wurde nun schlechtgemacht, und der Votant kann sich dafür nicht wehren. Er war damals gegen diesen Landtausch, vor allem angesichts des Preises, den die Stadt zu bezahlen hatte − und jetzt stellt sich auch noch heraus, dass die Stadt vielleicht nicht das optimale Land gekriegt hat. Er hat die betreffende Vorlage kürzlich nochmals angeschaut. Da steht ganz am Rand, hinten habe es eine Wasserfassung der WWZ, aber dass da ein unterirdischer See liegt, hat niemand gewusst.
Es gibt noch einen politischen Punkt. Baudirektor Urs Hürlimann ist noch einige Monate im Amt. Warum soll man diese Zeit nicht für eine Machbarkeitsstudie nutzen? Und es könnte ja sein, dass dann die ehemalige ZVB-Verwaltungsratspräsidentin im Regierungsrat sitzt. Dann sind die zwei Personen, die am meisten über dieses Projekt wissen, weg, und es kommt irgendjemand − vielleicht aus den heutigen Kantonsrat −, der sich damit befassen muss. Und um sich in das Thema einzuarbeiten, braucht er ein halbes Jahr, zumal das Amt für öffentlichen Verkehr am 1. Januar auch noch von der Volkswirtschafts- in die Baudirektion wechselt. Es geht also um eine Mammutgeschichte. Der Wechsel hat durchaus Vorteile: Die Wege zwischen dem Hochbauamt als Ausführender, dem Amt für Raumplanung

und dem Amt für öffentlichen Verkehr werden kürzer. Man kann sich dieses halbe Jahr also leisten. Der Votant ruft deshalb nochmals dazu auf, dem Antrag der ALG-Fraktion zuzustimmen.

**Barbara Gysel** kann weder die in den Raum gestellten Versäumnisse noch die *Insides* in der SVP-Fraktion beurteilen, sie möchte aber eine Frage in Bezug auf das Vorgehen resp. den Auftrag im Kontext einer Rückweisung stellen. Die Votantin hat in ihrem ersten Votum nach dem Zeitplan des Mobilitätskonzepts gefragt. Angenommen, der Rat würde die Rückweisung und gleichzeitig die Koppelung an die von der Stadt bezahlte Machbarkeitsstudie beschliessen: Was würde der Rat dann genau beschliessen? Liegt die Verantwortung für die Machbarkeitsstudie dann beim Kanton oder bei der Stadt Zug? Es wäre kaum im Interesse der Stadt Zug, die Studie zwar zu bezahlen, aber nicht in der Verantwortung zu sein.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass beantragt wurde, das Mobilitätskonzept bzw. eine Machbarkeitsstudie abzuwarten. Diese Elemente wären Bestandteil einer allfälligen Rückweisung.

**Vroni Straub-Müller** hält fest, dass es unbestritten ist, dass die ZVB neue, moderne Räumlichkeiten erhalten soll. In Anbetracht der finanziellen Dimension dieses Geschäfts − nicht nur bezüglich Baukredit, sondern auch bezüglich der künftigen Kosten − sollte man sich die nötige Zeit nehmen bzw. diese der Stadt geben, um eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen. Zu welchen Ergebnisse diese Studie führt, ist offen, und auch der Stadtrat ist diesbezüglich offen. Es ist in diesem Geschäft zwar Viertel vor zwölf, aber man sollte der Stadt die Zeit für diese Studie geben − wenn man die Stadt wirklich ernst nimmt.

**Karl Nussbaumer** hält fest, dass die RUK nach eingehender Beratung klar der Meinung ist, dass der heutige Standort der ZVB auch für die Zukunft richtig ist. Die RUK hat auch den Standort Göbli beurteilt. Man kann dort dieses Projekt schlicht nicht bauen. Der Kantonsrat hat schon x Mal über diese Frage diskutiert, und jetzt muss einfach mal festgehalten werden, dass die ZVB diesen Bau braucht. Der Neubau am vorgesehenen Standort ist auch deshalb richtig, weil der Bahnhof sehr nahe ist. Der Votant ist klar dagegen, dass man das Geschäft zurückweist und das Ganze wieder hinausschiebt. Der Kantonsrat soll nun endlich entscheiden und klar festhalten, dass die ZVB an den heutigen Standort gehört.

**Silvia Thalmann** weist darauf hin, dass in § 58 der Geschäftsordnung des Kantonsrats bezüglich Rückweisung steht: «Der Kantonsrat verbindet mit der Rückweisung einen konkreten Überprüfungsauftrag und eine Frist zur erneuten Einreichung des Geschäfts.» Nun hat der Kantonsratspräsident gesagt, mit der Rückweisung seien zwei Elemente verbunden, nämlich das sich in Arbeit befindliche Mobilitätskonzept abzuwarten und die Machbarkeitsstudie zu erstellen. Das würde zu einer sehr grossen Verzögerung führen. Wenn man diese beiden Elemente in die Rückweisung hineinpackt, verliert man nochmals viel Zeit, zumal gerade im Bereich der Mobilität sehr viel in Bewegung ist: E-Bikes, Elektromobilität, Spitzenbelastungen brechen etc. Wenn der Kantonsrat die Rückweisung mit dem Auftrag verbindet, das Mobilitätskonzept und die Machbarkeitsstudie abzuwarten, und dann noch eine Frist zur erneuten Einreichung setzen soll, wird es schwierig.
Im Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass die Stadt seit der Einreichung des Vorstosses Brunner/Eisenring ihre Haltung geändert hat und nun die Meinung vertritt, das Göbli sei der richtige Standort. Wenn der Kantonsrat es der Stadt überlässt,

eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen, muss die Votantin aufgrund ihrer Interessenlage ihre Fragezeichen haben. Erhält man wirklich eine objektive Studie bzw. wie kann sichergestellt werden, dass die Studie objektiv ist?

RUK-Vertreter **Daniel Abt** stellt eine Frage, auch auf die Gefahr hin, dass die Antwort darauf lange werden könnte. Zuvor aber bittet er den Baudirektor um eine klare Aussage, wie tief das Untergeschoss im Göbli realisiert werden könnte. Und nun seine Frage an die Vertreter der Stadt Zug: Wo will die Stadt denn den ZVB-Stützpunkt bauen? Die Flächen, die dafür zur Verfügung stehen, sind dünn gesät. Gibt es eine wirkliche Alternative? Und wenn das Göbli die einzige Alternative ist, kann man heute darüber abstimmen.

**Urs Raschle** gibt gerne eine Antwort, zumindest bezüglich Göbli. Es ist klar, wohin der ZVB-Stützpunkt käme, wenn man ihn im Göbli bauen würde. Die Industriestrasse wird im Moment verlängert, bei der Kreuzung Grienbachstrasse kommt der Ökihof zu stehen und etwas weiter hinten, Richtung Tangente Zug/Baar, käme der ZVB-Stützpunkt. Das würde − ohne dem Regierungsrat vorzugreifen − bedeuten, dass die Busse vielleicht auch mal die Tangente benutzen könnten.
Für die Stadt Zug ist es vor allem wichtig, dass man eine Machbarkeitsstudie erstellen kann. Wenn gleichzeitig auch das Mobilitätskonzept erarbeitet werden könnte, wäre das optimal. Die Stadt möchte aber verhindern, dass aufgrund der Verknüpfung mit dem Mobilitätskonzept die Machbarkeitsstudie nicht möglich wäre. Der Votant stellt deshalb den **Antrag,** die zwei Themen zu splitten und über die Verknüpfung der Rückweisung mit der Machbarkeitsstudie bzw. dem Mobilitätskonzept je einzeln abzustimmen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gewitterhafte und − wie zu erwarten war − intensive Debatte. Seit 1990 arbeitet man an diesem Problem. Das erste Projekt in den 1990er Jahren wurde aus verschiedenen Gründen verworfen: Bodenkontamination, Widerstand des Stadtrats etc. 2013 folgte eine ETH-Studie zur Frage, ob ein Tram- oder ein Bussystem besser wäre, mit dem klaren Ergebnis, dass das Bussystem besser sei, u. a. weil 60 Prozent der Busbenutzer vom Zug kommen und von dort in den Bus umsteigen. Aber der Reihe nach: Worum geht es?
Das revidierte Raumplanungsgesetz − das als Antwort auf die Frage von Manuel Brandenberg − verlangt für Vorhaben mit gewichtigen Auswirkungen auf Raum und Umwelt eine Grundlage im kantonalen Richtplan. Deshalb ist die Festsetzung im Richtplan notwendig. Die Festsetzung des Standorts im Richtplan ist Voraussetzung für den Beschluss des Investitionsbeitrags, der Standort kann jedoch unabhängig davon festgesetzt werden. Was aber spricht für den Standort An der Aa?
• Fläche, Form und Topografie des Grundstücks. Es gibt im Kanton Zug in einigermassen zentraler Lage nur wenige Grundstücke, die sich eignen. Die zehn betreffenden Grundstücke wurden alle abgeklärt.
• zentrale Lage nahe dem Ein- und Aussetzpunkt der meisten Buslinien, was auch in zwanzig Jahren noch so sein wird. Daraus ergibt sich die Einsparung von Leerfahrten, zusätzlichem Personalaufwand und damit auch jährlich höherem Abgeltungsbedarf für Stadt und Gemeinden. Man spricht hier von 1,5 bis 2,1 Millionen Franken jährlich.
• gute Anbindung an das Strassennetz in allen Richtungen. Man hat in den letzten zehn Jahren bei Richtplanfestsetzungen genau darauf geachtet und die Hauptachsen entsprechend definiert und festgelegt.
Was hat die Mitwirkung gezeigt? Die Mehrheit der rund vierzig Stellungnahmen unterstützt den Standort An der Aa in Zug. Es wird begrüsst, dass mit dem heutigen

Standort unnötige Leerfahrten und zusätzliche Belastungen des Strassennetzes vermieden werden können. Kritikpunkte waren: fehlende Zukunftsszenarien für den öffentlichen Verkehr, Wunsch nach umfassenderen Abklärungen zu einzelnen Standorten, Finanzierbarkeit eines mehrstöckigen Hauptstützpunkts, oberirdische Ausdehnung sowie die Vernetzung mit Fuss- und Radwegen sind zu hinterfragen. Aufgrund der Mitwirkung wurde das Projekt um folgende Punkte ergänzt:
• weitere Abklärungen und Diskussionen mit Fachleuten zur Entwicklung des Busverkehrs bis 2040.
• Entwicklung von drei Szenarien zu möglichen Entwicklungen des öffentlichen Verkehrs. Die Szenarien wurden dem Stadtrat unterbreitet und von diesem gutgeheissen. Die Szenarien zeigen auf, dass es für den öffentlichen Verkehr immer einen zentralen Hauptstützpunkt braucht, unabhängig von allfälligen neuen Formen des Verkehrs und neuen Verkehrsführungen.
• detailliertere Abklärungen zu den Standorten kantonaler Werkhof, Strassenverkehrsamt und Grindel II.
• Anpassung des Richtplantexts durch Kriterien für ein qualifiziertes städtebauliches Verfahren.
Der ganze Prozess führte zu folgendem Fazit:
• An der Aa in Zug ist gemäss der aufgezeigten Evaluation der beste Standort. An diesem Ergebnis ändert auch eine erneute Machbarkeitsstudie nichts.
• Der Standort An der Aa in Zug hält auch den Zukunftsszenarien («wenn − dann») stand. Es macht Sinn, an zentraler Lage auch für Logistik/öffentlicher Verkehr einen Standort langfristig zu sichern.
Dem Einwand, man solle solche Stützpunkte nicht im Stadtzentrum bauen, hält der Baudirektor entgegen, dass in der Stadt Zürich, in Wetzikon, in Winterthur etc. aus genau denselben Überlegungen die Stützpunkte zentral in den Agglomerationen bereitgestellt werden. Der Standort An der Aa in Zug lässt eine hohe Dichte zu, mit einer intelligenten Nutzung von Busdepot und Wohnen. Die ZVB spricht von einem «Eisberg»: Die Fläche von zwei Fifa-Fussballfeldern wird im Sinn der Verdichtung in den Boden hinein gebaut − dass das möglich ist, hat man mit dem Bau des Verwaltungsgebäudes I bewiesen −, oben drauf kommt eine kleine Infrastruktur. Durch diese Verdichtung entsteht weiter hinten das Baufeld A mit 8000 Quadratmeter Fläche, wo städtebaulich alles verwirklicht werden kann, was sich die Stadt vorstellt, mit wunderbarem Sicht auf den See, weil vorne die Hallen tiefer sind als hinten der Wohnbau. Das Areal kann also wirklich weiterentwickelt und gut ausgebaut werden, auch aus städtebaulicher Sicht.
Die Festsetzung des Standorts ist für die ZVB − die Verwaltungsratspräsidentin hat es ausgeführt − zentral. Sechzig Jahr lang wurde die ZVB vertröstet, was nichts mit der heutigen oder einer früheren Geschäftsleitung zu tun hat. Jetzt ist man so weit, dass es nichts mehr zu prüfen gibt und der politische Entscheid gefällt werden kann. Die 13 Millionen Franken, welche man bisher für die Planung gebraucht hat, sind gerechtfertigt, weil man etwas gelernt hat. Am letzten Donnerstag hat der Kantonsrat um fast jeden Franken gestritten, nun aber sollen diese 13 Millionen Franken einfach für nichts gewesen sein
Nun wurden Rückweisungsanträge gestellt, einerseits um eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen, andererseits um das Projekt mit dem in Arbeit befindlichen Mobilitätskonzept abzugleichen. Der Baudirektor erlaubt sich, nochmals die Fakten aufzuzeigen, damit der Kantonsrat im Wissen um alle Fakten den richtigen Entscheid fällen kann. Der Regierungsrat stellt fest, dass der Kantonsrat für die Planung des Projekts «Fokus» auf dem Areal An der Aa einen Planungskredit von über 30 Millionen Franken bewilligt hat. Von diesem Kredit sind bereits 13 Millionen Franken ausgegeben worden. Dazu kommen noch die Planungskosten der ZVB, nach

Auskunft des Unternehmensleiters mehrere Millionen Franken in den letzten Jahren. Im Weiteren hat das Amt für Umweltschutz bestätigt, dass aufgrund der bestehenden Grundwasserschutzzone und der Grundwassersituation im Gebiet Göbli höchstens ein Untergeschoss mit einer Höhe von 3 Meter erstellt werden kann. Anhang 4 Ziff. 211 Abs. 2 der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 sagt Folgendes: «Im Gewässerschutzbereich $A_u$ dürfen keine Anlagen erstellt werden, die unter dem mittleren Grundwasserspiegel liegen. Die Behörde kann Ausnahmen bewilligen, soweit die Durchflusskapazität des Grundwassers gegenüber dem unbeeinflussten Zustand um höchstens 10 Prozent vermindert wird.» Im Göbli befindet man sich im Grundwasserträger des Baarerbeckens, also im grössten Grundwasservorkommen im Kanton Zug, aus dem die Wasserversorgung der Stadt Zug, der Stadt Baar und anderer Gemeinden gespeist wird; ganz in der Nähe liegt der Grundwasserbrunnen Sternenhof/Göbli der WWZ. Wenn dort in den Boden gebaut würde und die Durchflusskapazität des Grundwassers um mehr als 10 Prozent vermindert würde, bestünde die Gefahr, dass das Grundwasser gestaut, der Grundwasserspiegel steigen und die Keller bestehender Gebäude mit Grundwasser gefüllt würden. Nicht zuletzt deshalb wird die Tangente Zug/Baar auf einem Damm gebaut. Aus diesem Grund dürfte ein Hauptstützpunkt im Göbli − wenn überhaupt − maximal 3 Meter in das gewachsene Terrain hinein gebaut werden. Das würde aber bedeuten, dass ein Baukörper mit Ausmassen von 110 x 165 x 24 Meter gebaut werden müsste, d. h. ein Baukörper vergleichbar mit einem achtgeschossigen Wohnhaus. Ein solches Volumen wäre in einer Zone des öffentlichen Interesses, angrenzend an eine Wohnzone W2b und eine Landwirtschaftszone, schlicht nicht bewilligungsfähig. Diese Fakten muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

Zentral ist auch, dass die Stadt Zug in alle Prozessschritte sowohl politisch als auch fachlich − mit Stadtarchitekt, Stadtplaner, Stadtbildkommission − intensiv involviert war. Alle unterstützten das Projekt − bis zum 17. Mai 2018. Stadt und Kanton haben gut zusammengearbeitet. Am 17. Mai 2018 hat dann aber politisch ein Umschwung stattgefunden.

Zusammengefasst sprechen die folgenden Gründe für den Standort An der Aa und gegen den Standort Göbli:

• die viel höhere Betriebskosten am Standort Göbli, an denen sich die anderen zehn Zuger Gemeinden und der Kanton Zug beteiligen müssten. Es geht um 1,5 bis 2,1 Millionen Franken pro Jahr.

• Aufgrund der höheren Betriebskosten im Göbli würde ausserdem die Gefahr bestehen, dass die ZVB beispielsweise eine Linie streichen müsse, um Geld zu sparen.

• Dieses Geld soll besser für den öffentlichen Verkehr statt für Leerfahrten investiert werden.

• Eine unterirdische Verdichtung im Göbli ist − wie ausgeführt − nicht machbar.

• Das Land An der Aa gehört bereits der ZVB und dem Kanton und ist vertraglich mit der Stadt Zug gesichert.

• Selbst wenn eine Machbarkeitsstudie noch für den Standort Göbli sprechen würde: Der Standort An der Aa schneidet in der Gesamtinteressenabwägung immer noch viel besser ab.

Um es auf den Punkt zu bringen: Der Standort im Göbli ist für einen ZVB-Hauptstützpunkt nicht geeignet, und eine Machbarkeitsstudie ist daher abzulehnen. Der Baudirektor wüsste nicht, was man noch abklären müsste. Die Baudirektion hat der vorberatenden Kommission während drei Stunden aufgezeigt, warum es keine Machbarkeitsstudie mehr braucht. Eine solche Studie ist aufgrund der verschiedenen Killerkriterien nicht notwendig, und man würde unnötig Geld aus dem Fenster werfen, um ein Resultat bestätigt zu erhalten, das man heute schon kennt.

Zur Verknüpfung mit dem Mobilitätskonzept: Die Vorlage zum Hauptstützpunkt zeigt verschiedene Entwicklungen zur zukünftigen Mobilität auf. Welche eintrifft, ist zurzeit nicht klar − und die Wissenschaft streitet sich. Was aber zentral ist:
• Der Hauptstützpunkt erfüllt unabhängig von der Verkehrszukunft die zentrale Rolle beim öffentlichen Verkehr. Er entspricht dem, was man so oder so brauchen wird.
• Der öffentliche Verkehr wird auch in Zukunft auf den Punkt-Punkt-Beziehungen die zentrale Rolle spielen. Welche Fahrzeuge dannzumal eingesetzt werden, ist zweitrangig: Die Fahrzeuge − ob elektronisch oder wasserstoffgetrieben − brauchen Unterhalt. Es braucht Flächen für den öffentlichen oder halböffentlichen Verkehr. Mit dem Standort An der Aa kann sich die ZVB in einem unsicheren Markt behaupten. Gerade die Versuche mit selbstfahrenden Fahrzeugen der Stadt Zug zeigen, wie wichtig auch in Zukunft eine fitte ZVB ist.
• Der Bahnhof Zug wird im Kanton Zug der zentrale Hotspot des öffentlichen Verkehrs bleiben. Deshalb ist der Standort An der Aa optimal. Der Ausbauschritt 2035/40 der SBB sieht jede Viertelstunde einen Schnellzughalt am Bahnhof Zug vor. Und dort muss man die Leute für die Feinverteilung abholen.
• Das Mobilitätskonzept wird die übergeordneten Leitplanken für die verkehrliche Entwicklung für den Kanton Zug aufzeigen. Der Kantonsrat soll 2021 entscheiden, wie mit den Infrastrukturen und Angeboten umgegangen werden soll. Die Frage des Hauptstützpunkts ist davon unabhängig: Die heutigen Garagen müssen saniert werden, da sie schlicht nicht zukunftstauglich sind. Würgt man dies ab oder schiebt man es auf die lange Bank, würgt man die ZVB ab.
• Über den Standort des Hauptstützpunkts muss − auch wenn das neue Mobilitätskonzept noch nicht vorliegt − heute entschieden werden. Alles auf die lange Bank zu schieben, ist strategisch falsch. Zudem ist der Kanton nicht konzeptlos, sondern hat klare Vorstellungen, wie er sich bis 2040 entwickeln soll. Und das vom Kantonsrat im Richtplan beschlossene Konzept «plus punkt» ist im Kapitel Verkehr im kantonalen Richtplan rechtsgültig umgesetzt.
Aufgrund dieser Faktenlage sieht der Baudirektor und die Regierung keine Veranlassung für eine Machbarkeitsstudie, und das Mobilitätskonzept ist der falsche Aufhänger, um die Frage «Hauptstützpunkt An der Aa ja oder nein?» zu klären. Der Baudirektor bittet deshalb, die Rückweisungsanträge abzuweisen und dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge in Zusammenhang mit der Rückweisung des Geschäfts an den Regierungsrat gestellt wurden, über die nun einzeln abgestimmt wird:
• Die allfällige Rückweisung sei mit dem Auftrag zu verbinden, die von der Stadt offerierte und von dieser zu bezahlende Machbarkeitsstudie abzuwarten und zu berücksichtigen.
• Die allfällige Rückweisung sei mit dem Auftrag zu verbinden, das in Arbeit befindliche Mobilitätskonzept abzuwarten und zu berücksichtigen.

➔ **Abstimmung 21:** Der Rat beschliesst mit 33 zu 27 Stimmen, im Falle einer Rückweisung diese nicht mit dem Auftrag zu verbinden, die von der Stadt offerierte und von dieser zu bezahlende Machbarkeitsstudie abzuwarten und zu berücksichtigen.

➔ **Abstimmung 22:** Der Rat beschliesst mit 39 zu 21 Stimmen, im Falle einer Rückweisung diese nicht mit dem Auftrag zu verbinden, das in Arbeit befindliche Mobilitätskonzept abzuwarten und zu berücksichtigen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun noch grundsätzlich über den Antrag auf Rückweisung an den Regierungsrat abzustimmen ist, auch wenn damit kein Auftrag mehr verbunden ist.

**Andreas Hausheer** fragt sich, was der Regierungsrat bei einer Rückweisung nun tut. Nimmt er die Rückweisung einfach zur Kenntnis und schickt die Vorlage dann zurück an den Kantonsrat, weil er nicht weiss, was er zu tun hat? Der Votant stellt den **Antrag,** entweder auf die Abstimmung über die Rückweisung zu verzichten oder seitens des Vorsitzenden klar zu formulieren, welcher Auftrag mit der Rückweisung verbunden ist.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, nicht über die Rückweisung abzustimmen.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

DETAILBERATUNG

**Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel V 6 Busverkehr/Feinverteiler u. a. auf Eigentrassee) (Vorlage 2854.2 - 15746)**

***Titel und Ingress***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

***Teil I***

*§ 1 Abs. 1 Bst. a*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

***Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)***

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es keine Fremdänderungen und Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

***Teil IV (Inkrafttreten)***

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das gemeinsame Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

81. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 6. September 2018, Nachmittag
Zeit: 14.00–16.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch, bzw. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet, Menzingen

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**1135 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 61 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Magda Feldmann, Jürg Messmer und Richard Rüegg, alle Zug; René Kryenbühl und Peter Letter, beide Oberägeri; Gabriela Ingold, Unterägeri; Barbara Häseli, Andreas Lustenberger, Beni Riedi, Heini Schmid und Nicole Zweifel, alle Baar; Fabian Freimann, Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli und Beat Sieber, alle Cham; Anna Bieri und Remo Peduzzi, Hünenberg; Anastas Odermatt, Steinhausen; Flavio Roos, Risch.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)
**Geschäfte, die am 30. August 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1136** Traktandum 5.3: **Motion der SP-Fraktion betreffend Realisierung des Sonnenenergiepotenzials bei kantonalen Bauten und Anlagen**
Vorlagen: 2757.1 - 15464 (Motionstext); 2757.2 - 15824 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Beat Iten,** Vertreter der Motionäre, dankt der Regierung für die Beantwortung der Motion, die etwas zu spät erfolgte, und zwar gut 10 Tage nach Ablauf der Frist. Vielleicht zeigt dies das Gewicht, das der Regierungsrat diesem Thema bemisst. Es ist erfreulich, dass die Regierung dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenübersteht und die Vorbildrolle des Kantons in diesem Bereich unterstreicht. Leider ist in der Praxis davon wenig bis gar nichts zu spüren. Gemäss Liste des Regierungsrats wurden seit 2001 lediglich vier kleine Fotovoltaikanlagen durch den Kanton erstellt. Das Potenzial wurde also bei weitem nicht ausgeschöpft. In den letzten Jahren hat der Kanton mehrere Gebäude erstellt, saniert oder ausgebaut, auf denen Solaranlagen hätten realisiert werden können, so zum Beispiel die Kantonsschule Menzingen, das Amt für Verbraucherschutz oder das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum mit einem gemäss Antwort des Regierungsrats potenziellen Ertrag von 1,4 Millionen kWh/Jahr. Die Aussage in der Motionsbeantwortung, das Hoch-

bauamt prüfe laufend, inwiefern bei kantonalen Arealen das Sonnenenergiepotenzial genutzt werden kann, ist daher nicht ganz verständlich. Die Vorbildrolle im Energiebereich im Kanton haben längst Private, Genossenschaften und die Gemeinden übernommen. Der Votant ist Verwaltungsmitglied der Ägerital Energie Genossenschaft. Diese hat in den letzten fünf Jahren mit einem Genossenschaftskapital von rund 750'000 Franken neun Fotovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 650'000 kWh/Jahr erstellt. Dies zeigt sehr eindrücklich, dass die Bevölkerung nicht einfach der Energiestrategie 2050 zugestimmt hat, sondern durchaus bereit ist, für die Energiewende auch einen Beitrag zu leisten. Der Kanton hinkt hier hinterher und ist weit entfernt von seinem Energieleitbild und seiner Vorbildrolle. Eher kleinlich erscheint dabei die Begründung, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis in einem günstigen Verhältnis oder gar rentabel sein muss. Die Rentabilität kann in diesem Bereich nicht das ausschlaggebende Kriterium sein, es geht nicht um ein Sparpaket, sondern um einen echten Beitrag zur Energiewende.
Es ist grundsätzlich zwar löblich, dass der Kanton das Motionsanliegen in die Revision des kantonalen Energiegesetzes einfliessen lassen möchte. Auch ohne diese Revision kann der Kanton jedoch ab sofort bei allen seinen Neu- und Umbauten Fotovoltaikanlagen beantragen und bauen. Die Motionärin stellt deshalb den folgenden **Antrag:** a) Die Motion der SP-Fraktion betreffend Realisierung des Sonnenenergiepotenzials bei kantonalen Bauten und Anlagen sei erheblich zu erklären und bei Sanierungen sowie Neu- und Umbauten ab sofort umzusetzen; b) bei subventionierten Organisationen und beim Strassenverkehr sei auf die Nutzung des Sonnenenergiepotenzials hinzuwirken.

**Susanne Giger** teilt mit, dass die ALG-Fraktion den Bericht des Regierungsrats wohlwollend zu Kenntnis nimmt und begrüsst. Dem Antrag auf Splittung der Motion und Teilerheblicherklärung stimmt die Fraktion aber nicht zu. Es ist wichtig, dass die Motion auch in Bezug auf die Ausdehnung der Nutzung des Sonnenenergiepotenzials auf Gebäude von subventionierten Organisationen und beim Strassenverkehr erheblich erklärt wird.

**Andreas Etter** dankt im Namen der CVP-Fraktion für die Beantwortung der Motion. Die Antworten fallen teilweise eher knapp und nicht sehr konkret aus. Die Fraktion lässt sich aber im Rahmen der anstehenden Revision des kantonalen Energiegesetzes gerne positiv überraschen, welche konkreten Schritte die Regierung zum Ausbau von alternativen Energiequellen plant sowie umsetzen will und welche Rolle hierbei der Kanton Zug wahrnehmen soll und kann. Die CVP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung gemäss dem ersten Antrag der Regierung einstimmig zu und folgt mit einer grossen Mehrheit auch dem zweiten Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung hinsichtlich nicht eigener Gebäude.

**Michael Riboni,** Sprecher der SVP-Fraktion, dankt dem Regierungsrat für Bericht und Antrag. Die Fraktion unterstützt die Teilerheblicherklärung der Motion im Sinne des Regierungsrats. Die Stossrichtung bei der Realisierung des Sonnenenergiepotenzials ist richtig. Der Kanton braucht eine pragmatische Lösung und nicht eine «Aus-Prinzip-Lösung» mit flächendeckenden Fotovoltaikanlagen. Die Wirtschaftlichkeit, d. h. das Kosten-Nutzen-Verhältnis, muss auch hier stimmen. Energiepolitische Zwängereien sind abzulehnen. Eine vollständige Erheblicherklärung der Motion kommt deshalb nicht in Frage. Eine Ausdehnung der Nutzung des Sonnenenergiepotenzials auf Gebäude von subventionierten Organisationen ist abzulehnen. Diese Gebäude gehören oftmals privaten Eigentümern. Der Staat hat sich nicht mit Vorschriften einzumischen und vorzuschreiben, wer wie viel des Potenzials

an Sonnenenergie auf seinen Dächern zu nutzen hat. Dies wird der Markt schon selbst regeln. Stimmt die Wirtschaftlichkeit, werden private Eigentümer Fotovoltaikanlagen von alleine realisieren. Dass die SVP-Fraktion dem Antrag des Regierungsrats zustimmt, bedeutet aber nicht, dass sie die in Bericht und Antrag erwähnte Revision des Energiegesetzes einfach so durchwinken wird. Im Gegenteil, die Fraktion steht der Überführung der MuKEn – der sogenannten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, die man auch in Bericht und Antrag nachlesen konnte – ins kantonale Recht ablehnend gegenüber. Diese Mustervorschriften beinhalten eine Unmenge von Detailvorschriften. Es ist jedem Ratsmitglied zu empfehlen, sich einmal ein Bild von diesem 98-seitigen Regelwerk zu machen. Gegen diese vorbehaltlose und blinde Übernahme von Detailvorschriften wird sich die SVP zur Wehr setzen. Detailvorschriften, die Standardlösungen beinhalten, fördern letztlich nur die Bürokratie und noch viel schlimmer: Sie verhindern innovative Lösungsansätze und bewirken damit einen Innovationsstau. Das ist abzulehnen. Dass die Stimmbürgerschaft solchen Bürokratiemonstern eher kritisch gegenübersteht, zeigt denn auch das Beispiel aus dem Kanton Solothurn, wo eine Überführung der Mustervorschriften ins kantonale Energiegesetz vor einigen Wochen mit über 70 Prozent der Stimmen verworfen wurde. Auf den neuen Baudirektor wartet also schon die erste grosse Herausforderung. Bleibt zu hoffen, dass sich dieser vor Augen führen wird, dass weniger manchmal mehr ist.

**Andreas Hostettler** ist ein bekennender Fan von Fotovoltaikanlagen und hat darum vor acht Jahren ein Fotovoltaikunternehmen mitbegründet und später ganz übernommen. Dieses realisiert heute mit einem kleinen Team Anlagen, so z. B. im neuen Ägeribad. Damit legt der Votant auch seine Interessensbindung offen. Die Stossrichtung der Motion ist interessant und richtig. Die Stromerzeugung aus Sonnenlicht ist notwendig und muss unbedingt weiter ausgebaut werden. Es ist jedoch wichtig, auf den Zusammenhang von Investitionsaufwand, Organisation und Ertrag hinzuweisen, der auch kantonale Bauten betrifft. Eine Fotovoltaikanlage ist für 25 bis 30 Jahre auf dem Dach. Somit macht es keinen Sinn, eine neue Anlage auf ein Dach zu schrauben, das in 10 Jahren komplett saniert werden muss. Dach und Fotovoltaikanlage müssen gleich lange halten. Für die Installation und Wartung der Anlagen sind Absturzvorrichtungen notwendig, die je nach Projekt weitere 20 bis 30 Prozent Zusatzkosten verursachen. Dies macht eine Anlage oft nicht rentabel, insbesondere bei Nachrüstungen. Eigengebrauchsgemeinschaften sind technisch eine tolle Sache. Während einer Eigentümerversammlung zu erklären, wer wie viel Sonnenstrom bekommt, ist erfahrungsgemäss fast unmöglich. Bei der Erstellung einer Fotovoltaikanlage, gerade bei öffentlichen Gebäuden, gehört unbedingt eine Einbindung in das Gebäudeenergiemanagement hinzu. Es ist nicht damit getan, einfach eine Anlage auf das Dach zu stellen.
Der Solarkataster ist grundsätzlich eine tolle Idee. Dazu ein Beispiel aus der Praxis: Ein potenzieller Kunde aus Baar mit einer wirklich schönen Dachfläche hat sich auf Grundlage des Katasters gemeldet. Bei der Begehung vor Ort musste dann festgestellt werden: Alles tipptopp, gut machbar, jedoch hat die Anlage den halben Tag Schatten durch Gebäudeteile und macht somit keinen Sinn. Ein Solarkataster ist gut, er sagt jedoch nicht die ganze Wahrheit über das vorhandene Potenzial aus. Eine gute Möglichkeit, allenfalls auch für den Kanton und die Gemeinden, ist eine Kooperation mit den WWZ, um Dachflächen zu vermieten. Die WWZ haben in den letzten beiden Jahren ein grosses Kompetenzzentrum an Fachleuten in diesem Bereich aufgebaut. Festzuhalten ist, dass Fotovoltaikanlagen unbedingt auch beim Kanton erstellt werden sollen, jedoch in einer Gesamtansicht des Gebäudes (bei

Renovationen oder Neubau). Bei Mietobjekten oder Eigentümergemeinschaften sollte der Kanton aus den vorher beschriebenen Gründen sehr zurückhaltend sein. Die FDP-Fraktion unterstützt die beiden Anträge der Regierung.

**Daniel Marti** dankt dem Regierungsrat und den verantwortlichen Fachpersonen in der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Motion. Es freut die Grünliberalen ganz besonders, dass die Regierung den Handlungsbedarf erkennt und sich bewusst ist, dass der Kanton bei der Nutzung der Solarenergie, insbesondere bei der Fotovoltaik, noch einen grossen Aufholbedarf hat und daher im Rahmen der Revision des kantonalen Energiegesetzes auch gleich die entsprechenden Massnahmen einleiten will. Dass dabei auch wirtschaftliche Aspekte zum Tragen kommen sollen und daher Anlagen bevorzugt werden, mit denen ein möglichst grosser Anteil des produzierten Solarstroms gleich am Produktionsstandort genutzt werden kann, ist sehr sinnvoll und zu unterstützen. Richtig erkannt wurde auch in der Antwort der Regierung, dass sich der Begriff Produktionsstandort nicht nur auf das Gebäude bezieht, auf dem die Solaranlage gebaut wird, sondern mittels einer Eigenverbrauchgemeinschaft auch benachbarte Gebäude mit Solarstrom versorgt werden können. Somit lassen sich weit grössere und wirtschaftlichere Anlagen bauen, die womöglich ein ganzes Areal versorgen können.
Nicht ganz einverstanden sind die Grünliberalen mit dem Antrag der Regierung, die Motion nur teilerheblich zu erklären und nur Bauten und Anlagen zu berücksichtigen, die sich im Besitz des Kantons befinden. Aus wirtschaftlichen Gründen kann es durchaus Sinn machen, mit Gebäudebesitzern zu kooperieren, die eine grosse, optimal ausgerichtete Dachfläche besitzen, selber aber kein Interesse haben, diese zu nutzen, oder im eigenen Gebäude wenig Eigenverbrauchspotenzial haben. Mit einem Dachnutzungsvertrag, wie er schweizweit gang und gäbe ist, könnte dieses Potenzial allenfalls für den Kanton kostengünstiger genutzt werden, als wenn eine Anlage auf einem weniger gut geeigneten Standort gebaut werden muss. Mit einer Ausweitung der Betrachtungsgrenze, im Sinne der Motion, auf Verkehrsflächen, Genossenschaften und Gebäuden, die sich nicht im Besitze des Kantons befinden, erhält also die Regierung mehr Flexibilität, um allenfalls gesetzte Zubauziele zu erreichen. Daher unterstützen die Grünliberalen den Antrag, die Motion im Sinne der Motionäre erheblich zu erklären.

**Manuel Brandenberg** stellt einen persönlichen **Antrag,** und zwar auf Nichterheblicherklärung der Motion. Es ist nicht nötig, dass der Kanton Überlegungen anstellt, inwiefern man umweltfreundlicher bauen könnte, auch nicht bei den eigenen Gebäuden. Auch der Kanton ist Eigentümer und soll bei seinen Gebäuden frei und ohne gesetzliche Vorschrift überlegen können, wie er bauen will, was und ob er umweltschutzmässig etwas tun will. Diese Freiheit soll dem Kanton auch bei den eigenen Gebäuden gelassen werden. Der Votant macht beliebt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass die Ratsmitglieder den Startschuss zur energiepolitischen Diskussion im nächsten Jahr gegeben haben. Nach PBG und den Grundzügen der räumlichen Entwicklung ist dies das nächste Thema, bei dem es notwendig sein wird, Brücken zu bauen. Die Energiepolitik ist stark abhängig von der Bundespolitik. Im Kanton Zug kann nur ein kleiner Teil beeinflusst werden.
Zu den MuKEn, den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich: Der Regierungsrat hat sich am letzten Dienstag mit dem Energieleitbild 2018 auseinandergesetzt. Das liegt in seiner Kompetenz. Das Leitbild sollte bis im November vorliegen und Stossrichtung sowie Handlungsspielraum festlegen hinsichtlich energiepoliti-

scher Fragen im Kanton. Hauptthemen im Energieleitbild sind solche, bei denen im Kanton am meisten Wirkung erzielt werden kann. Dies sind nach wie vor Gebäudetechnik, Mobilität und Innovation. Bei der Gebäudetechnik geht es genau um die Frage der SP-Fraktion. Wie weit unterstützt der Kanton Fotovoltaik, wie weit sollen weitere Formen von Energie unterstützt werden? Im Bereich der Mobilität stellt sich die Frage, wie weit man gehen soll bei der Elektromobilität. Soll der Kanton auch in diesem Bereich eine Vorbildfunktion einnehmen, indem er z. B. ein kantonales Ladestationenkonzept vorgibt? Ebenso stellt sich die Frage, ob dies Aufgabe des Kantons oder der Wirtschaft sein soll, die sehr wahrscheinlich über grössere Kompetenzen verfügt. Die Formulierung «auf die Nutzung des Sonnenenergiepotenzials hinzuwirken», wie sie Beat Iten in seinem Antrag benutzt hat, ist sehr treffend. Der Kanton hat in vielen Bereichen die gesetzliche Kompetenz nicht, aber er kann darauf *hinwirken,* dass das Sonnenergiepotenzial genutzt wird.
Es wurden in den letzten Jahren diverse Workshops zum Energieleitbild durchgeführt. Parteien, Interessengruppen und alle Umweltverbände waren eingeladen, und man hat versucht, gemeinsame Grundlagen zu erarbeiten. Dies ist gelungen für die Themen Gebäudetechnik, Mobilität und Innovation. Doch wie immer: Für die einen war es zu viel, für die anderen zu wenig. Und wahrscheinlich wird es Aufgabe des Rats sein, den gesunden Mittelweg in den nächsten Jahren zu finden.
Zum Kanton Solothurn: Es wurde analysiert, warum das Gesetz im Kanton Luzern mit 70 Prozent befürwortet wurde und fast das gleiche in Solothurn mit 70 Prozent abgelehnt. Erstaunlicherweise ist festzustellen, dass es einen enormen Einfluss hat, wie sich die Parteien und Verbände äussern. In Solothurn war die FDP auf der Gegnerseite und hat sehr wahrscheinlich dazu beigetragen, dass auch Gewerbeorganisation usw. eine eher ablehnende Haltung eingenommen haben. In Luzern hat die FDP das Gesetz stark unterstützt. Die Konsequenz daraus ist, dass der Ablauf bei Revision des Energiegesetzes wie folgt sein muss: Ab Beginn der Überlegungen muss mit den Parteien zusammengearbeitet werden, damit die Regierung dem Rat eine Vorlage präsentieren kann, die eine Überlebenschance hat und mehrheitsfähig sein wird. Weiter muss die Regierung Falschmeldungen korrigieren wie diejenige, dass ab 2040 keine Heizanlagen mit Erdöl mehr gestattet sind.
Zum Fahrplan: Der Regierungsrat möchte im November das Energieleitbild verabschieden. Im Frühjahr 2019 soll die Revision des Energiegesetzes in die Vernehmlassung gehen. Somit sollte das Gesetz hoffentlich im Herbst vom Rat verabschiedet werden können, damit es auf 1. Januar 2020 in Kraft treten kann.
Im Moment verfügen drei Kantone über dieses Energiegesetz, das die MuKEn 2014 integriert hat. Zug befindet sich in einem Feld von rund 15 Kantonen, die jetzt auf dem Weg sind und Lösungen suchen, wie ein mehrheitsfähiges Energiegesetz in die Kantonsparlamente gebracht werden kann. Mit dem Ziel 1. Januar 2020 liegt Zug im Mittelfeld, andere Kanton sind bereits weiter oder stehen noch ganz am Beginn des Prozesses.
Michael Riboni hat es wahrscheinlich auf den Punkt gebracht: Es geht hier wirklich darum, die Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Es muss geprüft werden, was der Kanton macht, wo er eingreift, wo er unterstützt und wo er den Markt spielen lässt. Das wird im Rat die grosse Gretchenfrage sein.
Die Regierung ist gewillt, bei Neubauten und bei Renovationen Fotovoltaikanlagen zu berücksichtigen. Den Voten war zu entnehmen, dass man grossmehrheitlich der Meinung ist, die Motion in Bezug auf die Ausdehnung der Nutzung des Sonnenenergiepotenzials auf Gebäuden von subventionierten Organisationen und beim Strassenverkehr nicht erheblich zu erklären. Der Baudirektor ist froh, wenn der Rat die Regierung in diesem Punkt unterstützt. Im Sinne der SP-Fraktion wird die Regierung aber auf die Nutzung des Sonnenenergiepotenzials hinwirken.

Im Rahmen der Workshops zum Energieleitbild haben Vertreter von Siemens und Roche gesagt, es sei wunderbar, dass der Kanton sie eingeladen habe. Sie würden sehr gerne mitmachen und seien stolz im Kanton Zug Unternehmer zu sein. Aber was am Workshop erzählt werde, sei bei ihnen schon langer kalter Kaffee. In ihren internationalen Konzernen würden für Gebäudetechnik usw. bereits ganz andere Vorgaben gelten. Siemens wird nächstens für rund 20 Millionen Franken neue Gebäude erstellen. Dort wird die neuste Gebäudetechnik eingebaut, die es in Europa überhaupt gibt. Auch bei Roche wird bei anstehenden Bauprojekten neuste Gebäudetechnik eingesetzt. Die beiden Unternehmen haben dem Kanton das Angebot gemacht, gemeinsam ein Kompetenzzentrum in Zug aufzubauen, um einen Schritt weiterzukommen. Der Kanton hat also gute Perspektiven, und einmal mehr werden am Dienstleistungsstandort Zug gute Ideen angegangen.
Der Baudirektor dankt dem Rat, wenn er dem Antrag der Regierung folgt und ihr damit die nötige Handlungsfreiheit belässt, um in diese Richtung weiterzugehen. Bei der Revision des Energiegesetzes im nächsten Jahr hat der Rat die Möglichkeit, genau festzulegen, was in den Bereichen Fotovoltaik oder Mobilität getan werden soll.

**Beat Iten** hat eine Rückfrage. Der Baudirektor hat gesagt, er unterstütze den Antrag der SP-Fraktion mit der Formulierung «darauf hinzuwirken». Doch davon steht im Antrag b) der Regierung grundsätzlich nichts, sondern es wird die Nichterheblicherklärung beantragt.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass er dann nicht gleicher Meinung ist. Auf Seite 5 in Motionsbeantwortung hat die Regierung festgehalten: «Die vorliegende Motion entspricht in ihrer Stossrichtung den energiepolitischen Zielen des Kantons.» Aufgrund dieses Satzes ist es klar, dass die Regierung nach Möglichkeit selbstverständlich darauf einwirkt und versucht, zur Nutzung von Sonnenenergiepotenzial zu motivieren. Aber das Anliegen soll nicht erheblich erklärt werden.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass eine Dreifachabstimmung durchgeführt wird. Dabei werden die folgenden Anträge einander gegenübergestellt:
• Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung
• Antrag der Motionärin auf Erheblicherklärung
• Antrag Manuel Brandenberg auf Nichterheblicherklärung

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung mit 32 Stimmen und lehnt die Anträge der Motionärin (16 Stimmen) und von Manuel Brandenberg (7 Stimmen) ab.

**1137** Traktandum 5.4: **Motion von Andreas Hausheer und Manuel Brandenberg betreffend die Möglichkeit des Kantonsrats, Leistungsaufträge im Rahmen der Budgetdebatte ändern zu können**
Vorlagen: 2807.1 - 15621 (Motionstext); 2807.2 - 15812 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Andreas Hausheer** dankt namens der Motionäre dem Regierungsrat für die relativ zügige Beantwortung. Mit dem Fazit sind die Motionäre nicht einverstanden. Sie stellen deshalb den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären und damit die Rechte der Ratsmitglieder zu stärken. Für die Begründung ist als Erstes auf die vorletzte

Ratssitzung zu verweisen. Bei der Debatte zur CVP-Interpellation betreffend Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget wurde quer durch praktisch alle Fraktionen mittleres bis grösseres Unbehagen mit der jetzigen Umsetzung geäussert, dies verbunden mit dem Ruf nach Verbesserungen. Heute kann mit der Erheblicherklärung der Motion ein erster Schritt in diese Richtung getan werden. Gefühlt bei jeder Budgetdebatte wurden die Ratsmitglieder vom Regierungsrat belehrt, dass sie keine Anpassungen an einem Leistungsauftrag vornehmen können, sondern diesen nur als Ganzes ablehnen oder annehmen können. Alles, was die Ratsmitglieder tun dürfen, ist, Ja oder Nein zu sagen. Das ist unbefriedigend und muss verbessert werden. Offenbar darf nicht darüber abgestimmt werden, ob der Rat eine einzelne, vielleicht neue Leistung, die der Regierungsrat via Budget bewilligt erhalten möchte, überhaupt will. Dafür will dann die gleiche Regierung nicht, dass Pauschalkürzungen vorgenommen werden. Hier soll der Rat dann bitteschön sagen, was er nicht mehr will. Das ist ein nicht auflösbarer Widerspruch in der regierungsrätlichen Argumentation. Die Regierung wird jetzt vielleicht ausführen, dass die Ratsmitglieder ja z. B. das Budget eines Amtes kürzen und sagen könnten, was ihnen am Leistungsauftrag nicht passe. Die Regierung müsste dann bis Ende Januar oder Februar einen neuen Leistungsauftrag vorlegen, und sie werde sich vermutlich schon dem Willen des Kantonsrats entsprechend verhalten. Aber warum müssen die Ratsmitglieder diesen Umweg gehen und können nicht direkt an der Budgetsitzung darüber befinden? Man kann der Regierung und der Verwaltung Arbeit ersparen. Es braucht nicht nochmals einen Bericht, der kopiert und verschickt werden muss und der im Rat auch wieder Zeit beansprucht. Mit der Motion kann also auch die Effizienz des Ratsbetriebs gesteigert werden. Im Fazit begründet der Regierungsrat seine Ablehnung damit, dass sich das System bewährt habe. Aus Sicht der Regierung ist dies vielleicht so. Für den Rat hat es aber nicht bewährt. Darum beantragen die Motionäre die Erheblicherklärung. Damit werden die Rechte des Rats gestärkt, und es kann etwas für die Effizienz getan werden.
Zur Haltung der CVP-Fraktion: Am letzten Montag haben sich bis auf eine Person, die sich der Stimme enthalten hat, alle anwesenden Fraktionsmitglieder der Erheblicherklärung angeschlossen. Der Votant macht namens der Motionäre beliebt, diesem Beispiel zu folgen und dem Antrag auf Erheblicherklärung zuzustimmen.

**Adrian Andermatt** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die schlüssigen Ausführungen der Regierung zur Kenntnis nimmt. Die Regierung hat vermutlich auch Recht, wenn sie in ihrer Antwort sinngemäss ausführt, dass es im heutigen Modell der Output-Steuerung nicht sein kann, dass der Rat im Rahmen einer Budgetdebatte Leistungsaufträge ändern kann. Dies würde zweifelsohne zu politisch motivierten Schnellschüssen mit unbekanntem Ausgang führen, was auch die FDP nicht unterstützt. Die Regierung verkennt jedoch, dass es bei der Motion vermutlich gar nicht darum geht, zumindest nicht in erster Linie. Vielmehr geht es darum, so die Interpretation der FDP-Fraktion, dass das heutige Modell Schwächen aufweist und diese Schwächen mit geeigneten Mitteln behoben werden müssen. Und darauf wird in der Beantwortung der Motion leider nicht eingegangen. Auch ein Verweis darauf, was anno dazumal im Rahmen der kantonsrätlichen Beratung bzw. in den vorangehenden Kommissionsberatungen gesagt oder eben nicht gesagt oder verlangt wurde, ändert daran nichts. Damit ist Folgendes gemeint: Seit der Einführung von Pragma ist der Kantonsrat der sehr direkten Einflussmöglichkeiten auf die Verwaltung und deren Leistungen des alten Modells, das heisst insbesondere der Inputsteuerung via finanzielle und personelle Mittel, verlustig gegangen. Auch wenn der Modellwechsel damals durchaus ein bewusster Entscheid des Rats war, der Verlust an Einfluss bzw. Steuerungsmöglichkeiten war es ganz bestimmt nicht. Die

früheren Ratsmitglieder haben sich mit der Output-Steuerung vermutlich schlicht mehr erhofft, als effektiv eingetreten ist. Es hat sich in anderen Worten eine gewisse Ernüchterung breitgemacht, und diese Ernüchterung muss ernst genommen werden. Denn tut man dies nicht, ist es nur eine Frage der Zeit, bis das heute praktizierte Modell der Output-Steuerung mittels entsprechender politischer Vorstösse begraben und entweder mit dem alten oder einem weiteren Modell ersetzt wird. Die Frage ist somit, ob die Defizite des heutigen Modells behoben werden können. Politische Vorstösse in diese Richtung würden von der FDP auf alle Fälle unterstützt. Da die Änderung der Leistungsaufträge während der Budgetdebatte jedoch nicht der richtige Weg ist, wird die FDP-Fraktion die Erheblicherklärung der Motion grossmehrheitlich nicht unterstützen.

**Andreas Hürlimann** hält fest, dass sich die ALG-Fraktion bei diesem Geschäft der Haltung der Regierung anschliesst und die Motion ablehnt; dies aus zwei Gründen. Erstens aufgrund der Gewaltentrennung: Die aktuelle Regelung macht Sinn und ist logisch aufgebaut. Zweitens aufgrund der Kosten für die Leistungen: Wenn man das Budget kürzen will, dann muss man sagen, welche Leistungen reduziert werden sollen, und den entsprechenden Leistungsauftrag zurückweisen. So weit ist das Prinzip klar. Die Regierung erhält dann die Chance, den Leistungsauftrag zu überprüfen, um dem Rat nochmals einen Vorschlag aus operativer Sicht zu unterbreiten. Was aber nicht geht, und das hängt wieder mit der Gewaltentrennung zusammen, ist, dass der Rat allenfalls mittels Anpassungen bei Leistungsaufträgen versucht, gesetzlich festgeschriebene Arbeiten nicht mehr oder nicht mehr im gewünschten Umfang ausführen zu lassen. Über die Art und Weise der Ausführung kann man natürlich unterschiedlicher Auffassung sein. Aber der Rat ist Legislative, sein Einfallstor ist die Gesetzgebung. Das sind die durch den Rat gesetzten Leitplanken. Die operative Ausführung im Rahmen des bewilligten Budgets obliegt aber der Regierung. Der Votant dankt den Ratsmitgliedern, wenn sie die Motion nicht erheblich erklären.

**Manuel Brandenberg** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Erheblicherklärung der Motion aufgrund der Ausführungen und sachgerechten Argumente von Andreas Hausheer unterstützt. Hintergrund der Motion war die Debatte anlässlich des Budgets der Sicherheitsdirektion, als der Rat keine Kürzung vorgenommen und gesagt hat, er wolle die Polizeipräsenz weiterhin aufrechterhalten. So hat es der Votant in Erinnerung. Soweit er sich erinnern kann, wurde das Budget dann sogar erhöht. Dann hat man vernehmen müssen, dass sich die Regierung überlegen würde, ob der Leistungsauftrag angepasst werde, obwohl der Rat klar geäussert hat, warum er mehr Mittel gesprochen hat. Die Regierung hat gesagt, man würde das vielleicht doch anders machen, der Rat dürfe nicht darüber bestimmen. Die Motion verfolgt deshalb das Ziel, dass der Rat solches nicht mehr erdulden muss. Wenn der Rat sagt, wofür das Geld eingesetzt werden soll, dann soll es auch so gemacht werden. Es ist ein vernünftiger Weg, um das Parlament bei Einzelfällen zu stärken. Der Votant macht beliebt, die Motion erheblich zu erklären.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass im Bericht und Antrag der Regierung die Details und die allgemeinen Zusammenhänge umfassend dargelegt sind. Deshalb zu Grundsätzlichem: Wenn Verbesserungen in der Verwaltung angestossen werden sollen, wird im Rat oft auf Beispiele der Privatwirtschaft zurückgegriffen. Das tut nun auch der Finanzdirektor: In einer gut geführten Unternehmung trägt die Geschäftsleitung die operative Verantwortung und rapportiert an den Verwaltungsrat, der die strategischen Leitlinien vorgibt. Natürlich findet auch ein Austausch

statt. Insbesondere liefert die Geschäftsleitung Ideen und gibt Inputs. Der Verwaltungsrat wird aber nicht an der Geschäftsleitung vorbei direkt Einfluss auf Abteilungen, ihre Strukturen und Aufgaben ausüben. Ebenso wird er nicht in die operative Führung eingreifen, und dies aus gutem Grund: Der heutige Grad an Komplexität und Vernetzung lässt keinen Raum für spontane Hüftschüsse. Deshalb ist es Aufgabe der operativen Ebene, die sich Vollzeit mit den relevanten Themen befasst, Grundlagen zu erarbeiten, die richtigen Schlüsse zu ziehen und Teilaufgaben sowie Strukturen, die der Zielerreichung dienen, regelmässig zu hinterfragen und sie auch zu optimieren. Der Verwaltungsrat wird sich aber sehr wohl mit den Zielen und mit der Zuteilung der Mittel auseinandersetzen. Wenn die Ressourcen knapp sind, wird er Prioritäten setzen. Dann ist es wiederum die Aufgabe der operativen Ebene, aufzuzeigen, was mit diesen Ressourcen möglich ist, wie die Ziele bestmöglich zu erreichen sind und wo allenfalls Abstriche zu machen sind. Das ist die Situation in der Privatwirtschaft. Im Kanton ist die operative Ebene die Verwaltung, die Regierung ist ihre Geschäftsleitung und der Kantonsrat ist das strategische Gremium analog dem Verwaltungsrat. Dieser Corporate Governance, im politischen Umfeld besser bekannt als Gewaltentrennung wie es Andreas Hürlimann ausgeführt hat, entspricht das seinerzeit vom Rat initiierte Projekt Pragma. Der Finanzdirektor war damals auch Ratsmitglied. Pragma wurde vor Jahren umgesetzt und hat sich als Verwaltungsführung mit Globalbudget und Leistungsauftrag etabliert. Der Aufwand für die Umsetzung des Projekts war beträchtlich. Man wollte dies im Rat genau so und nicht anders. Der Leistungsauftrag fasst die wesentlichen Leistungsziele zusammen, und das Globalbudget zeigt den Rahmen der verfügbaren Ressourcen auf. Ergänzt mit Einfluss- und Plangrössen erlaubt dies eine Beobachtung der Entwicklung und das Erkennen wesentlicher Abweichung. Das Parlament hat die Möglichkeit, Anpassungen am Globalbudget vorzunehmen, worauf der Regierungsrat die Leistungsaufträge anpassen soll. Der Kantonsrat genehmigt aktuell die Leistungsaufträge von 48 Ämtern. Die Genehmigung als Ganzes berücksichtigt das Prinzip der Gewaltentrennung, denn die Ausgestaltung der Leistungsaufträge in eine Vollzugsaufgabe verbleibt somit auch in der Kompetenz des Regierungsrats. Dieser trägt letztlich die Verantwortung für einen sachgerechten, gesetzeskonformen Aufgabenvollzug. Die vorberatende Kommission hat seinerzeit explizit darauf hingewiesen, dass Änderungen innerhalb eines Leistungsauftrags durch den Rat nicht möglich seien. Das haben die Kommission und der Rat damals so entschieden, weil solche Änderungen einen zu starken operativen Eingriff darstellen würden. Der Finanzdirektor kann das nicht ändern, es ist den Materialien so zu entnehmen. Es ist ein zentraler Aspekt guter, stringenter Führung, die Kompetenzen dort zu verorten, wo auch die Verantwortung liegt. Verwaltungshandeln ist geprägt von der konsequenten Prüfung der Kompatibilität mit den gesetzlichen Grundlagen. Dazu muss der Rat stehen. Man stelle sich eine Budgetdebatte vor mit spontanen Anträgen zur Änderung von Leistungsaufträgen. Wie soll man innert nützlicher Frist klären, ob die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden, ob Bundesrecht oder Verträge mit Dritten verletzt werden, ob massive Implikationen auf Dritte resultieren, die man in der Spontandebatte eben nicht erkennen kann? Soll die Regierung an der Folgesitzung darlegen, gegen welche Normen und Verträge ein solcher Beschluss verstösst und eine neue Parlamentsdebatte anstossen mit weiteren Minenfeldern? Wann würde man dann wohl ein gesetzeskonformes Budget haben, und wer trüge die Verantwortung für diesen *Schlamassel?* Man muss es so nennen. Der Rat hat genügend Aufsichtsfunktion. Das wurde in der Stawiko am laufenden Band aufgezeigt. Von Stawiko-Sitzung zu Stawiko-Sitzung wurden zudem Optimierungen vorgenommen. Die Regierung hat immer das gemacht, was die Stawiko verlangt hat. Das Thema Preisschilder ist nun das Nächste,

das beim Budget 2019 umgesetzt wird. Die Regierung ist nicht stehen geblieben. Will der Rat strategische Eckpunkte setzen, so kann er dies mittels Motionen tun. Diese werden mit der gebotenen Seriosität umfassend aufgearbeitet.
Vielleicht sollten sich die Ratsmitglieder eine Grundsatzfrage stellen: Stehen sie noch hinter Pragma? Um diese Frage geht es. Der Rat muss nicht am jetzigen System, das das Parlament und das Volk verabschiedet hat, herumschrauben. Vielmehr gilt es, sich die Grundsatzfrage zu stellen, ob man weiterhin hinter der wirkungsorientierten Verwaltungsführung steht, welche die Regierung mit grossem Aufwand auf Geheiss des Kantonsrats einführte. Oder will der Rat zurück zum alten System mit detailliertem Kontenplan und weniger aussagekräftigen Rechenschaftsberichten? Die Regierung steht hinter Pragma. Sie erachtet das System als zweckmässig und die Berichterstattung als aussagekräftig. Deshalb beantragt die Regierung, die Motion nicht erheblich zu erklären.
Zu den Pauschalkürzungen: Die Regierung hat dargelegt, dass Pauschalkürzungen rein aufgrund von Abklärungen, die da und dort gemacht wurden, grundsätzlich nicht möglich sind. Als Ultima Ratio akzeptiert sie Pauschalkürzungen aber trotzdem. Das hat die Regierung schwarz auf weiss deklariert. Auch in diesem Punkt ist sie dem Rat also entgegengekommen. Der Regierungsrat bittet den Rat, die Motion nicht erheblich zu erklären. Sonst müssen sich die Ratsmitglieder wirklich die Frage stellen, ob sie noch hinter Pragma stehen.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat genehmigt den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung mit 33 zu 24 Stimmen und lehnt damit den Antrag der Motionäre auf Erheblicherklärung ab.

Der **Vorsitzende** begrüsst die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart.

**1138** Traktandum 5.5: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Sicherheit**
Vorlagen: 2813.1 - 15643 (Interpellationstext); 2813.2 - 15815 (Antwort des Regierungsrats).

**Roger Wiederkehr,** Sprecher der Interpellantin, dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Es ist der Interpellantin bewusst, dass sie ein grosses Thema angeschnitten hat, und sie hat Verständnis, dass der Regierungsrat eine Auswahl der behandelten Themen getroffen hat, und zwar solche, welche die Polizei künftig wohl vermehrt beschäftigen werden: Extremismus, Cyberkriminalität und Gesundheitswesen. Bei den ersten beiden Themen ist die CVP-Fraktion mit dem Regierungsrat einverstanden, dass sie die Gesellschaft und die Polizei künftig beschäftigen werden. Das Gesundheitswesen wird ebenfalls für Beschäftigung sorgen, aber nicht unbedingt über die Sicherheitsdirektion. Der Gesundheitsdirektor wird wohl mehr gefordert sein. Die Sicherheitsdirektion steht im Zuger Gesundheitswesen sehr gut da, aber die Bezahlbarkeit wird das dominierende Thema sein.
Aus den Antworten des Regierungsrats ist ersichtlich, dass beim Extremismus und bei der Cyberkriminalität eine interkantonale Zusammenarbeit wichtig ist, um wirkungsvoll vorgehen zu können. Bei der interkantonalen Zusammenarbeit ist darauf zu achten, eine effiziente, schlagkräftige Organisation anzustreben und nicht zu viele Gremien entstehen zu lassen. Die Kantone sollen sich organisieren, der Bund

soll unterstützend wirken und nicht zentralistisch handeln oder von oben herab bestimmen. Es besteht die Gefahr, dass der Bund immer mehr in die Hoheiten der Kantone eingreift und sehr bestimmend wirkt. Die Aufgaben der Polizei und der Behörden werden vielfältiger, ohne dass altbekannte Arten von Kriminalität wegfallen würden. Die Polizei muss den vielfältigen Arten von Kriminalität entgegenwirken können. Dafür braucht es immer mehr Spezialisten. Es war richtig, dass sich die Polizei an den Sparprogrammen beteiligt hat. Wie bereits zu vernehmen war, ist die Einwohnerzahl pro Polizist im Kanton Zug im Vergleich zu anderen Kanton hoch. Ebenso ist die gefühlte Sicherheit hoch. Trotzdem sollte man nun nicht beginnen, an der Substanz der Sicherheitsdirektion zu schrauben.
Die CVP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrats zufrieden, möchte aber gerne noch folgende Fragen beantwortet haben, die aktuell wieder in den Medien aufgetaucht sind: Wie sollen sich die Zuger Polizei und die Behörden gegen die aufkommende Gewalt gegen sie schützen? Besteht diesbezüglich Handlungsbedarf? Wie sieht der Sicherheitsdirektor diese Problematik? Auslöser für diese Fragen ist als jüngstes Beispiel die Gewalt gegen die Rettungskräfte in Zürich. Dabei handelt es sich um eine unmögliche und äusserst gefährliche Entwicklung in der Gesellschaft.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG-Fraktion und dankt sowohl für die Interpellation als auch für die Beantwortung. In der Einleitung macht die Regierung die Feststellung, dass es um ein «umfassendes Verständnis von Sicherheit» gehe. Dazu ein paar Hinweise und Gedanken: Was heisst Sicherheit? Die Votantin fühlt sich sicher – sehr sicher sogar. Doch was heisst das? Man muss unterscheiden zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit. Sich subjektiv unsicher zu fühlen, hat im Umkehrschluss etwas damit zu tun, vor etwas Angst zu haben. Und diese Ängste kann man bewirtschaften oder auch vermindern. Dazu kann jeder Einzelne beitragen. Ein subjektives Sicherheitsgefühl überträgt sich von Person zu Person. Will man also die subjektive Sicherheit im Kanton verbessern, sollten die Ratsmitglieder mit positivem Beispiel vorangehen und sich sicher fühlen, aber dann auch keine Polizeiposten streichen. Gleichzeitig ist nicht zu vergessen, dass die subjektive Sicherheit nicht viel mit der objektiven Sicherheitslage zu tun hat.
Die Regierung hat drei Sicherheitsfelder ausgewählt und die objektive Sicherheitslage, Risiken etc. beschrieben – dies hinsichtlich von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, Cyberkriminalität und Gesundheit. Im Zusammenhang mit Cyberkriminalität hat sich die ALG auf ihrem letzten Fraktionsausflug im Frühling bei der Kantonspolizei unter anderem im entsprechenden Labor umgeschaut. Es war sehr spannend und eindrücklich. Die Kompetenz ist vorhanden. Die Regierung hat aber auch gesagt, dass nicht alles beeinflusst werden kann: Der Kanton ist föderal eingebettet in ein grösseres System. Deshalb ist die Frage, was überhaupt beeinflusst werden kann, korrekt und wichtig. Dennoch kann man sich damit nicht aus der Verantwortung stehlen. Was der Votantin zum Beispiel bei der Beantwortung völlig fehlt, ist die Frage nach sicheren Infrastrukturen. Vor dem Hintergrund der vergangenen trockenen Monate: Was ist zum Beispiel mit dem Thema Wassermangel? Oder sind die Strom- und Telekommunikationsnetze genügend sicher bzw. modern? Hier hätte der Kanton sehr wohl Einfluss. Doch wenn die Ratsmitglieder wie in den letzten Jahren Spardiskurse anheizen, bei Polizeidienststellen sparen oder den Aufbau eines vollständigen Bedrohungsmanagements verunmöglichen, dann haben sie auch Einfluss genommen auf die Sicherheit – und zwar negativ.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** dankt für die Kenntnisnahme. Hanni Schriber-Neiger hat einen wichtigen Punkt angesprochen: Wie definiert man Sicherheit im Kanton? Was gehört alles dazu? Das ist eine schwierige Frage, ob es nun um die polizeiliche Sicherheit oder um andere Sicherheitsfragen geht wie beispielsweise auch im Bereich Gesundheit. Hanni Schriber-Neiger hat die subjektive Sicherheit angesprochen und gesagt, diese hätte nichts mit der objektiven Sicherheit zu tun. Das sieht der Sicherheitsdirektor etwas anders. Vor Jahren wurde eine Bevölkerungsumfrage durchgeführt über die objektive und die subjektive Sicherheit. Bei der strategischen Arbeit ist die objektive Sicherheit, die man mit Statistiken belegen kann, auch wichtig für das Setzen von Schwerpunkten. Natürlich ist es ebenso wichtig, wie sicher sich die Bevölkerung fühlt. Das wird auch berücksichtigt. Insofern haben die subjektive und objektive Sicherheit etwas miteinander zu tun.
Zu den Infrastrukturen: Diese Aufgabe obliegt nicht direkt der Polizei. Die Gewährleistung der Sicherheit von Versorgungseinrichtung beispielsweise ist immer auch eine Frage von Übungen der Notorganisation zusammen mit den Gemeinden.
Zur Frage von Roger Wiederkehr hinsichtlich Gewalt gegen die Polizei: Die Sicherheit ist Aufgabe der Kantone. Auch der Sicherheitsdirektor hat keine Patentlösung, wenn es um Sicherheit und die Gewaltreduktion im öffentlichen Raum geht. Die Quantität der Gewalt hat abgenommen, die Brutalität in Einzelfällen hat jedoch zugenommen und nimmt weiter zu. Das ist erschreckend. Es gilt auch hier, nicht zuzuschauen, sondern das Ganze im Auge zu behalten. Insbesondere die Stadtkantone mit ihren Hotspots sind diesbezüglich gefordert. Rechtsfreie Räume dürfen nicht geduldet werden. Gerade an Sportveranstaltungen in Stadien ist immer noch zu viel Gewalt vorhanden, und es sind faschistische Züge erkennbar. Vielleicht gehen andere Kantone in diesem Bereich zu wenig hart oder konsequent vor. Der Zuger Polizei, der Staatsanwaltschaft und auch dem EVZ ist ein grosses Kränzchen für ihre Konsequenz zu winden. Auch der EVZ belegt seine Fans mit Stadionverboten usw. Das macht man in Zug sehr gut im Vergleich zu anderen Kantonen, wo die Politik manchmal vielleicht zu nahe an den Klubs ist. Bei diesen Fragen müssen vermehrt auch politische Parteien, Medien und Gesellschaft zusammenrücken und klare Positionen beziehen. Es ist auch festzustellen, dass gerade gewisse Medien relativierende Kommentare von sich geben. Das ist der Sache nicht förderlich und unterhöhlt immer stärker auch den Rechtsstaat. Dem darf nicht zugestimmt und zugeschaut werden. An der nächsten Konferenzsitzung ist dieses Thema auch traktandiert. Es ist immer eine schwierige Frage, wie man mit sogenannten Gefährdern umgeht. Diese Diskussion wurde auch im Rahmen des Gewaltmanagement-Gesetzes geführt. Wie kann man solche Personen stellen, noch bevor sie eine Straftat begangen haben? Die noch grössere Frage stellt sich beim Terrorismus. Ist jemand nach einer Strafverbüssung immer noch nicht deradikalisiert, was soll dann getan werden? Auch hier ist der Bundesgesetzgeber gefordert. Neue Gesetzgebungen sind nicht notwendig, man muss die bestehenden richtig anwenden. Einzig bei der Gewalt gegen Polizeibeamte sind strengere Strafmasse vorzusehen. Dazu hat man den Bundesrat auch aufgefordert. Das Gesetz ist nun in Revision, und es ist zu hoffen, dass der Gesetzgeber, also die Eidgenössischen Räte, auf die Linie der Kantone einschwenken.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

**1139** Traktandum 5.6: **Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Baubewilligungs- und Baubeschwerdeverfahren**
Vorlagen: 2821.1 - 15670 (Interpellationstext); 2821.2 - 15814 (Antwort des Regierungsrats).

**Adrian Andermatt** bedankt sich namens der Interpellantin für die fundierte, aufschlussreiche Antwort der Regierung. Die Verfahrensdauer bei Baubewilligungs- und Baubeschwerdeverfahren gilt es in einem gut vertretbaren Rahmen zu halten bzw. wieder dorthin zu bringen. Dass diesbezüglich Handlungsbedarf besteht, scheint unbestritten zu sein. Gemäss Ausführungen der Regierung wäre es grundsätzlich ja auch möglich, und zwar ohne, dass ein Modellwechsel notwendig ist. Dies begrüsst die FDP-Fraktion sehr. Die Regierung zeigte auch gleich auf, was die entsprechenden Massnahmen wären. Ein Leistungsabbau ist aber nicht der richtige Weg. Die kantonale wie auch die gemeindlichen Verwaltungen sind für ihre Dienstleistungsorientierung bekannt, und diese gilt es auch zu bewahren. Zu den relevanten umzusetzenden Massnahmen:
• Auf Stufe Gemeinde geht es um die Erhöhung der Qualität der erstinstanzlichen Verfahren und Entscheide. Eine Gutheissung von 25 bis 30 Prozent der Beschwerden ist effektiv viel zu hoch und müsste auch den betroffenen Gemeinden zu denken geben. Die FDP begrüsst daher auch den regierungsrätlichen Vorschlag, dass der Baudirektor die Thematik an einer der nächsten Baucheftagungen mit den Gemeinden erörtern wird. Ebenso wäre es zu begrüssen, wenn nach erfolgtem Austausch die Positionen der Gemeinden zu dieser Thematik kommuniziert würden.
• Während eine relevante Erhöhung der Spruchgebühren naheliegenderweise querulatorische Beschwerden reduzieren könnte, könnte diese Massnahme auch dazu führen, dass berechtigte Beschwerden aufgrund des dadurch entstehenden finanziellen Risikos nicht mehr erhoben würden. Letzteres darf nicht passieren, weshalb es bezüglich Höhe der Spruchgebühren mit Augenmass vorzugehen gilt.
Gerne würde die FDP-Fraktion erfahren, wie hoch die Spruchgebühr aus Sicht der Regierung sein müsste, um deren querulatorischen Einsatz zumindest zu reduzieren, ohne den legitimen Einsatz dieser Rechtsmittel aus finanziellen Gründen zu verunmöglichen. Falls die Regierung weitere Massnahmen im Kopf hat, wie sie den Beschwerdemissbrauch bekämpfen kann, ist die FDP-Fraktion auch offen, diese vertieft zu prüfen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gute Aufnahme. Weder das Luzerner noch das Zürcher Modell ist geeignet für den Kanton Zug. Die meisten Ratsmitglieder wissen auch, dass Beschwerden und Einsprachen wie z. B. bei der Tangente Baar/Zug oder der Umfahrung Cham-Hünenberg, zu der 124 eingingen, nicht einfach im Rahmen des *Daily Business* abgehandelt werden können. Im Moment ist man dabei, innerhalb von zwei Monaten alle Beschwerden abzuarbeiten.
Im Oktober findet eine Baucheftagung statt. Es wird darum gehen, insbesondere den kleinen Gemeinden den Anstoss zu geben, sich zusammenzutun und gemeinsam ein Kompetenzzentrum für Beschwerdebeantwortungen aufzubauen. Es wird spannend sein, wie die Bauchefs darauf reagieren. Es ist ein Ansatz, den man in diesem Gremium diskutieren kann. Eine Lösung wird sich bestimmt finden lassen.
Zur Spruchgebühr: Dieses Thema möchte der Regierungsrat nicht ins Parlament bringen, es ist jedoch motionsfähig. Wenn jemand eine Motion einreichen möchte, die darauf abzielt, die Spruchgebühr zu erhöhen, ist er herzlich eingeladen. Der Baudirektor teilt aber die Meinung der FDP-Fraktion: Es darf nicht sein, dass ein Bürger, der Einsprache erheben könnte, dies nicht tun kann, weil er nicht in der Lage ist, die Gebühren zu bezahlen. Darum wird die Regierung nicht mit einem

entsprechenden Vorschlag ans Parlament gelangen. Das Thema wurde in der Interpellationsantwort einfach erwähnt. Und wenn der Rat der Meinung ist, es müsste eine Anpassung vorgenommen werden, ist die Regierung gerne bereit, dies zu prüfen. Doch es ist davor zu warnen, denn es ist eine sehr heikle Problematik.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 5.7: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung**
Vorlagen: 2826.1 - 15678 (Interpellationstext); 2826.2 - 15817 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Traktandum aufgrund der Abwesenheit von Andreas Lustenberger verschoben wurde (siehe Ziff. 1129).

**1140** Traktandum 5.8: **Interpellation von Beat Unternährer und Cornelia Stocker betreffend Vermögenssteuer im Kanton Zug**
Vorlagen: 2842.1/1a - 15699 (Interpellationstext); 2842.2 - 15823 (Antwort des Regierungsrats).

**Beat Unternährer** bedankt sich namens der Interpellanten beim Regierungsrat für die Beantwortung. Die Interpellation wurde initiiert, um mehr Daten darüber zu erhalten, wie viele Steuersubjekte im Kanton mehr Vermögenssteuer zahlen, als sie Einkommen erzielen. Der Ansporn zur Interpellation rührte von der Tatsache her, dass die Vermögenssteuersituation in Zug im Vergleich zu Nachbarkantonen und verschiedenen ausländischen Jurisdiktionen nicht vorteilhaft ist. Der Kanton Bern beispielsweise kennt in einer Situation, in der die Vermögenssteuererträge kleiner sind als das erzielte Einkommen, einen *Cap* der Vermögenssteuer. Bern kann dadurch immer wieder interessante private Steuerzahler ansiedeln. Die grosse Anzahl von Mitunterzeichnern zeigte, dass in Bezug auf die Vermögenssteuersituation im Kanton grosse Neugier vorhanden ist. Es ist schon klar, dass nicht alle Mitunterzeichner eine attraktivere Vermögenssteuerlösung wollen. Trotzdem ist deren intellektuelle Neugier zu schätzen. Wie der Regierungsrat ausführt, ist sicherlich das Gesamtpaket von grosser Bedeutung. Steuerlich ist der Kanton mit den konkurrenzfähigen Einkommenssteuern nach wie vor sehr attraktiv. Für Zug könnte es in Zukunft aber eine Chance darstellen, die Vermögenssteuer etwas anders zu gestalten. Die Antwort zur Interpellation zeigt, dass im Steuerjahr 2015 598 Steuersubjekte mehr Vermögenssteuern bezahlt haben, als sie steuerbares Reineinkommen generierten. Es ist nachzuvollziehen, dass es sicherlich solche darunter hat, die nur kurze Zeit davon betroffen sind. Im heutigen Zinsumfeld ist es für verschiedene Steuerzahler aber auch schwierig, gute Erträge auf ihrem Vermögen zu erzielen. Was in der Interpellationsantwort erstaunt, ist die Tatsache, dass es unter den Betroffenen doch eine grosse Anzahl von Steuerzahlern gibt, die über unterdurchschnittliche Vermögen verfügen. Die Interpellanten haben sich entschlossen, den vorgelegten Zahlen noch etwas mehr auf den Grund zu gehen. Insbesondere auch bei den tieferen Vermögen wollen sie eruieren, welche persönlichen Situationen dahinterstecken. Es kann ja sein, dass es unter den Betroffenen solche hat, die vom Arbeitsleben ausgesteuert sind und Steuern auf Vermögen bezahlen, das sie

in guten Zeiten aufgebaut hatten. Ein Cap à la Bern, wie vorgängig erwähnt, könnte für solche Leute auch eine Erleichterung sein. Fazit: Die Interpellanten benötigen zusätzliche Fakten, um allenfalls einen weiteren Schritt zu tun. In diesem Fall würden die Interpellanten die steuerliche Gesamtsituation des Kantons ins Auge fassen. Festzuhalten ist, dass der Kanton bei der Vermögenssteuer nicht Sammelstelle für den Bund ist, sondern frei gestalten und über die Einnahmen verfügen kann.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Wahrlich, wahrlich: Diese Interpellation hat sich gelohnt! Sie war das Wagnis des Mitunterzeichnens wert, weil man auf diesem Weg einen Mosaikstein mehr hat für die Aufklärung über die Steuer-, Einkommens- und Vermögenssituation der hablichen Einwohnerinnen und Einwohner Zugs. Die Votantin hat diese Interpellation in logischer und konsequenter Fortführung ihrer Interpellation von 2009 unterschrieben, welche die simple Frage gestellt hatte: Steuerabzüge – wer profitiert? Die damalige Interpellation regte den vielleicht dritten wissenschaftlichen Bericht zur Inzidenz, zur Wirkung von Steuerabzügen, an, der in der Schweiz bislang erstellt worden war, notabene mit Unterstützung durch die eidgenössische Steuerverwaltung. In gewissem Sinne gibt die Regierung mit dem Bericht zur aktuellen Interpellation eine Art verkürztes Update zu damaligen Erkenntnissen. Und das Ergebnis ist absolut bemerkenswert, mitunter sensationell: Knapp 600 Personen bezahlen also mehr Vermögenssteuern als Einkommenssteuern. Davon bezahlen 558 Steuersubjekte *gar* keine Einkommenssteuern. Dieser Befund bestätigt einmal mehr die ganz erheblichen Steueroptimierungsmöglichkeiten. Erstens durch Abzüge: Im Bereich der Hablichen sind das z. B. Schuldzinsen und Liegenschaftsunterhalt. Die Regierung schreibt dazu: «Die meisten der betroffenen Steuersubjekte haben in der untersuchten Steuerperiode ausserordentliche Abzüge geltend gemacht oder steuerfreies Einkommen vereinnahmt.» Wie hatte die Votantin doch am 5. Mai 2011 den damaligen wissenschaftlichen Bericht zur Wirkung der Steuerabzüge kommentiert: «Allein die drei Abzüge für Schuldzinsen, für Liegenschaftskosten und für die Vermögensverwaltung zusammen machen einen Viertel aller Abzüge aus (25,04 Prozent). Nimmt man noch die Säule 3a dazu, dann sind es 31 Prozent der Abzüge!» Genau diese drei Abzugskategorien tauchen auch in der jetzigen Kurzanalyse der Regierung wieder auf. Die zweiten Steuerabzugsmöglichkeiten sind von besonderem, auch nationalem Interesse: Wohl zum ersten Mal ist etwas über die Auswirkungen des unseligen Kapitaleinlageprinzips zu erfahren, das mit der Unternehmenssteuerreform II eingeführt wurde – man erinnert sich mit Schauder an den ganz knappen Abstimmungsausgang vor zehn Jahren und die waghalsigen bis irreführenden Angaben im Bundesbüchlein, die im Nachhinein auch vom Bundesgericht gerügt wurden. Und was hat nun die Regierung herausgefunden? Zitat: «Die grössten der untersuchten Fälle haben über mehrere Jahre hinweg jedes Jahr mehrere Millionen an Kapitaleinlagereserven steuerfrei beziehen können und als Folge davon mehr Vermögenssteuern bezahlt als Reineinkommen versteuert. Die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Steuersubjekte ist deshalb wesentlich höher, als sie aufgrund des blossen Reineinkommens erscheint.» Und etwas weiter unten: «Das Steuersubjekt mit dem grössten Vermögen [Ergänzung der Votantin: Es handelt sich um über 100 Millionen] hat in der betreffenden Steuerperiode 2015 mehrere Dutzend Millionen Franken steuerfrei in Form von Kapitaleinlagereserven vereinnahmen können.» Es ist doch sehr zu hoffen, dass diese Aussage und Erkenntnis die Öffentlichkeit sensibilisiert: als später Kommentar zur Unternehmenssteuerreform von Bundesrat Merz, die wesentlich von Audit- und Treuhandfirmen mitgeschrieben worden ist.
Aber auch ein weiteres Kabinettstücklein aus der USR II widerspiegelt sich in den optimierbaren Einkommensverhältnissen jener Personen, die mehr Vermögens-

steuern bezahlen als Einkommenssteuern: nämlich die reduzierte Besteuerung der Dividendeneinnahmen. Die Steuervorlage 17 soll ja eine Korrektur der Dividendenbesteuerung nach oben bringen. Ob die Regierungsantwort auf die vierte Frage den Initiantinnen und Initianten der Interpellation gefällt, ist zu bezweifeln. Die Votantin als Mitunterzeichnerin des Vorstosses aus anderen Motiven befriedigt sie voll und ganz: Zwei Promille Vermögenssteuer sind wahrlich tief genug. Sogar die in der Mehrheit solide bürgerliche Regierung findet: Bei diesen Steueroptimierungsmöglichkeiten braucht es weder eine weitere Senkung noch eine obere Beschränkung. Vielmehr findet unser Regierungsrat: «Könnten sehr vermögende Personen bei der Vermögenssteuer von Begrenzungsregeln profitieren und dank gezielter Steuerplanung ihre Vermögenssteuer weitgehend eliminieren, würde dies gegen das Fairness-Empfinden vieler Zugerinnen und Zuger verstossen.»
Dem Regierungsrat gebührt ein Dank für diese wichtige Einsicht und das wertvolle Bekenntnis zu Steuergerechtigkeit. Gerne wird die SP-Fraktion bei der nächsten Diskussion übers Budget daran erinnern und den Finanzdirektor in seinem Bestreben, die Steuern wieder in ein vernünftigeres Lot zu bringen, unterstützen.
Und gerne zieht die Votantin aus diesem kleinen, aber feinen *Berichtlein* das Fazit, dass die Vermögensbesteuerung keine unnötige Doppelbesteuerung darstellt, wie manchmal weisgemacht werden soll. Man kann vielmehr froh sein, dass es sie gibt, um bei immerhin rund 120 Personen im Kanton, die ein Vermögen von zwischen einer und fünfzig Millionen Franken versteuern – aber kein Einkommen! – überhaupt irgendwelche direkten Steuern generieren zu können.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** nimmt an, dass der Steuerverwaltung die Situation im Zusammenhang mit der Interpellation bereits bekannt war. Für ihn war es da und dort etwas Neuland, und deshalb ist er froh über die Interpellation.
Zur intellektuellen Neugier, die Beat Unternährer erwähnt hat: Es ist toll, dass sowohl FDP- als auch SP-Mitglieder die intellektuelle Neugier so stark in den Vordergrund stellen. Es war aber festzustellen, dass trotz derselben Ausgangslage das Fazit daraus komplett unterschiedlich ist.
Zum Votum von Barbara Gysel: Sie hat vieles richtig zitiert und gesagt. Zu beachten ist jedoch, dass alles direktdemokratisch legitimiert ist. Das heisst, es ist so gewollt. Des Weiteren hat die Votantin viele Themen aufgegriffen, so z. B. die Dividenbesteuerung, welche die Regierung auch abgehandelt hat. Hinsichtlich der Unternehmenssteuerreform II gibt der Finanzdirektor Barbara Gysel Recht. Dazu hat er sich auch schon in der Öffentlichkeit geäussert. Dieses Instrumentarium, wie es letztlich auch umgesetzt wurde, ist nicht gut.
Der Finanzdirektor versteht den Interpellanten hinsichtlich des *Cap à la Bern.* Doch wenn er «Bern» hört, wird ihm natürlich etwas schlecht. Das Prinzip sollte nicht per se kopiert werden, auch wenn der Ansatz nachvollziehbar ist. Ebenso ist es verständlich, dass man sich mit der Vermögenssteuerthematik, die eine gewisse Unabhängigkeit geniesst und nicht fremdgesteuert ist, vertieft auseinandersetzen soll.
Zu beachten ist Folgendes: Diejenigen, die nicht nur ein Vermögen von einer, zwei oder fünf Millionen, sondern von 50, 60, 100 oder 200 Millionen Franken haben, versteuern kein oder kaum ein Einkommen. Für diese Personen ist es unglaublich, wenn sie eine Million Franken Steuern bezahlen müssen und ein Einkommen von 100’000 Franken haben. Doch sie optimieren ihre Steuern so, dass sie pro Jahr 20 bis 30 Millionen Vermögenszuwachs haben. Auf diesen Vermögenszuwachs bezahlen sie 800’000 Franken Steuern, indem sie das ganz Konstrukt so optimieren, dass sie keine Einkommenssteuern bezahlen müssen. Dann kann man auch sagen, das sei ja schon fast konfiskatorisch. Aber am Ende des Jahres haben diese Personen 20 bis 30 Millionen Franken mehr auf der Kante. Deshalb ist wichtig, was

Beat Unternährer gesagt hat: Letztlich kommt es nicht auf einen *Cap à la Bern* an, sondern auf das Gesamtpaket. Dieses ist entscheidend. Der Finanzdirektor ist froh, im Kanton Zug ein gutes Gesamtpaket anbieten zu können, er ist aber gerne bereit, die intellektuelle Neugier weiterzuverfolgen und mit Beat Unternährer über Optimierungen zu sprechen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Für das nächste Traktandum übergibt der Kantonsratspräsident den Vorsitz an Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet.

TRAKTANDUM 6

**1141 Interpellation von Vroni Straub-Müller betreffend wie weiter mit der allgemeinen Weiterbildung**

Vorlagen: 2830.1 - 15683 (Interpellationstext); 2830.2 - 15832 (Antwort des Regierungsrats).

**Vroni Straub-Müller** dankt der Regierung für die Beantwortung ihrer Interpellation. Sie hat die Fragen gestellt, weil sie damals noch guter Hoffnung war, dass die Kommission für allgemeine Weiterbildung aufgrund der Antworten des Regierungsrats nicht abgeschafft werden würde. Doch nun ist die Kommission seit letzter Woche abgeschafft. Damit liegt der Fokus etwas anders, nämlich auf der Zukunft der allgemeinen Weiterbildung – immerhin ein Auftrag des Bundes. Weiterbildung spielt für den Einzelnen, die Gesellschaft und die Wirtschaft eine wichtige Rolle. Qualifikationen und Wissen müssen ständig angepasst und erweitert werden. Die Antwort der Regierung beruhigt die Votantin insofern, als dass die Sockelbeiträge an die bewährten Institutionen nicht gestrichen werden. Und der Kanton will sich mit einer Stelle allgemeine Weiterbildung dem Thema weiter widmen. Es stellt sich natürlich die Frage, wie viel Ressourcen die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Direktionen für Bildung und Kultur, der Direktion des Innern und der Volkswirtschaftsdirektion dafür zur Verfügung haben. Allgemeine Weiterbildung ist ein klassisches direktionsübergreifendes Thema. Die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen muss funktionieren, und es wäre wünschenswert, dass dies irgendwo festgelegt wäre. Denn wenn die rechte Hand – sprich eine Direktion – nicht weiss, welche Gelder die andere Direktion für Projekte in diesen Bereichen spricht, dann sind schnell mehr als 3500 Franken, die aus der Einsparung der Kommission resultieren, aus dem Fenster geworfen.
Ein letzter Wunsch: Die Interpellantin ersucht die Regierung, die Zusammenarbeit zwischen den drei involvierten Direktionen wirklich zu fördern, zu unterstützen und zu institutionalisieren. Nur so kann dem wichtigen Thema, dem lebenslangen Lernen und der Nachholbildung, Rechnung getragen werden.

**Alice Landtwing** spricht für die FDP-Fraktion. Als Direktbetroffene hat sie die Veränderungen und Anforderungen der allgemeinen Weiterbildung aktiv miterlebt – sie war 20 Jahre im Vorstand und im Präsidium des Zuger Kantonalen Frauenbunds (ZKF) und eine Zeitlang Mitglied der jährlichen Konferenzen. Jede dieser Institutionen hat ein eigenes Weiterbildungsangebot und stärkt so die Vielfalt der Angebote. Beim ZKF (mit immerhin 6000 Mitgliedern) zum Beispiel sind dies die Schulungen der Vorstandsfrauen der 13 Ortsvereine. Das sind Tageskurse für Präsidentinnen

oder Aktuarinnen, aber auch Kommunikations- und Konfliktmanagementkurse sowie Angebote für Kassierinnen und Revisorinnen. Die Schulungen sollen Kompetenzen und Motivation der Frauen in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit stärken. Davon können auch andere Vereine wieder profitieren. Vorträge und Weiterbildungen für Vereinsmitglieder wie Näh- und Kochkurse, Anlässe zum Gesundheitswesen, zu Binationalität, Kunst und Kultur und auch zu religiösen Fragen wie Frau und Kirche usw. Wichtig ist dabei eine klare Abgrenzung der beruflichen Weiterbildungen von den Beiträgen an die gemeinnützigen Weiterbildungsorganisationen. Die Weiterbildungsinstitutionen sind auf einen jährlichen Beitrag angewiesen. Sie werden aber nicht einfach so verteilt. Die Anforderungen sind heute sehr hoch. So zum Beispiel braucht es eine EduQua-Zertifizierung, und was damit verbunden ist, muss man nicht erklären. Heute arbeitet eine Kursleiterin oder ein Referent selten noch gratis. Es ist zu hoffen, dass diese Gelder wirklich nicht gestrichen werden. Es macht wenig Sinn und wäre am falschen Ort gespart, wenn bei den Weiterbildungsangeboten dieser Institutionen, die sich seit Jahrzehnten bewährt haben, der Zustupf gestrichen und dafür die Verwaltung aufgeblasen würde.

Bildungsdirektor **Stefan Schleiss** bedankt sich für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort. Es ist erfreulich, zugestanden zu bekommen, dass die Antworten dazu dienlich sind, Beruhigung in die Debatte zu bringen. Es ist in der Tat nicht die Absicht, die Gelder der unterstützten Institutionen zusammenzustreichen. Ebenso besteht nicht die Absicht, zusätzliche Stellen zu schaffen. Die Zusammenarbeit unter den Direktionen funktioniert. Die Verantwortlichen, die für die nicht formale Weiterbildung zuständig sind, kennen sich. Der Bildungsdirektor dankt für die wohlwollende Kenntnisnahme der Antwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

An dieser Stelle übernimmt der Kantonsratspräsident wieder den Vorsitz.

TRAKTANDUM 7

**1142 Interpellation von Susanne Giger, Jürg Messmer und Willi Vollenweider betreffend Verhinderung Fertigstellung der Fachmittelschule Zug an ihrem bewährten Standort – wieso wird die dafür vorgesehene Parzelle nun für den Bau eines Staatsarchiv-Gebäudes zweckentfremdet und dadurch die Zukunft der Fachmittelschule an diesem Standort aufs Spiel gesetzt?**
Vorlagen: 2861.1 - 15762 (Interpellationstext); 2861.2 - 15833 (Antwort des Regierungsrats).

**Willi Vollenweider,** Vertreter der Interpellanten, dankt den Ratsmitgliedern, dass sie bis zum Schluss des Tages ausharren und sich noch für Bildungsfragen interessieren. Darum geht es bei der Interpellation mehrheitlich. Dem Regierungsrat dankt der Votant für die ausführliche Beantwortung, auch wenn er die Schlussfolgerung nicht teilt. Er ist seit neun Jahren Mitglied der kantonalen Mittelschulkommission. Sein ganzes berufliches Leben hat er im Übrigen im privatwirtschaftlichen Bildungswesen verbracht. Die aktuelle Bauplanung Hofstrasse stopft zu viele Nutzer auf das sehr begrenzte Areal. Dabei ist das Areal durch denkmalpflegerische Einschränkungen noch zusätzlich handicapiert. Ganz besonders arg bedrängt werden soll nun die Fachmittelschule. Ihre Komplettierung soll auf 600 Quadratmeter zu-

sammengepfercht werden. Notwendig wären 2600 Quadratmeter. Anstelle des geplanten schulischen Neubaus Ost soll jetzt ein Staatsarchiv gebaut werden. Das Motto des Kantons lautet jetzt plötzlich: Archivschachteln statt Bildung. Die Ausbaureserve, welche die Fachmittelschule am Standort Hofstrasse unbestrittenermassen braucht, wird kurzsichtig geopfert. Ein veritabler «Hüftschuss», um in der Terminologie des militärisch hochdekorierten Baudirektors zu sprechen. Ein Neubau der gesamten FMS an anderer Stelle wird früher oder später die Folge sein und gemäss Angaben der Regierung bei einer Grösse von 400 Schülern und Schülerinnen dann rund 80 Millionen Franken kosten, die der Kanton nicht hat. Es ist schwierig, die Zukunft vorauszusagen. Trotzdem sollte man sich der Zukunft nicht verschliessen oder die Zukunft gar verdrängen, wie es die Regierung an der Hofstrasse tut. Zukunft heisst hier: Abschätzung der künftigen Schülerzahlen in der Fachmittelschule Zug. Diese hängen zusammen mit dem Angebot an Fachrichtungen und dem Bevölkerungswachstum in der Region.
Zu den Fachrichtungen: Der Bedarf an Absolventen der bestehenden Profile für Gesundheitsberufe, Sozialberufe und Lehrberufe wächst stark. Zudem wird ein für Zug neues FMS-Profil «Kommunikation und Information» in die Diskussion gebracht. An mehreren Orten der Schweiz gibt es darüber hinaus auch das Profil «Informatik» als Informatikmittelschule. Will man sich solche Zukunftschancen wirklich verbauen? Wo bleibt da die Gegenwehr des sonst doch sehr vitalen Bildungsdirektors?
Zum Bevölkerungswachstum: Der Kanton Zug ist Wachstum-Schweizer-Meister 2017. Zug weist schon jetzt das höchste prozentuale Bevölkerungswachstum aller Kantone auf. Das wird so weitergehen. Unter anderem haben die Stadtzuger in einer Volksabstimmung vor knapp einem Jahr deutlich Ja gesagt zu neuen Hochhauszonen. Zweifelsohne werden die Grundeigentümer diese Zonen zeitnah ausnützen. Man braucht jetzt keine Vogel-Strauss-Politik. Zentrales Anliegen der Interpellation war und ist es, dass am Mittelschulstandort Hofstrasse für ein absehbares weiteres Wachstum der Schülerzahl der FMS eine ausreichende Ausbaureserve offengehalten wird. Nach dem sehr breit abgestützten Prozess der Mittelschulplanung unter der Leitung des damaligen Baudirektors Heinz Tännler sprach man sich vor wenigen Jahren dafür aus, dass aus betriebswirtschaftlichen Gründen Mittelschulstandorte mit 400 bis 1000 Schülern geplant werden sollen. Der Standort Hofstrasse bietet derzeit nur Platz für 300 Schüler. Ausdrücklich wies damals die Baudirektion darauf hin, dass eine ausreichende Ausbaureserve am Standort Hofstrasse einzuplanen sei. Die jetzige Antwort der Regierung will glauben machen, man könne auch auf dem aktuellen Schulareal der FMS an der Hofstrasse West, also unterhalb der Hofstrasse in Richtung See, zusätzliche Ausbauten realisieren. Die sorgfältigen, immerhin sechs Millionen Franken teuren Planungen haben aber bewiesen, dass dies eine Illusion ist. Die Antwort der Regierung verweist immerhin auf die zentrale Bedeutung einer seriösen Bedürfnisabklärung. So steht auf Seite 2 unten: «Unter Federführung der Baudirektion sind im Jahr 2015 u. a. die Bedürfnisse der FMS umfassend erhoben worden.» Der damalige Baudirektor forderte – ganz im Zeichen knapper Finanzen – mit seiner typischen nachdrücklichen Strenge die Beschränkung auf das Notwendigste. Daraus resultierte als wichtigstes Ergebnis die Planung des «FMS Neubau Ost – vertiefte Machbarkeitsstudie», die für 31 Millionen Franken den schulischen Erweiterungsbau auf dem Areal Hofstrasse Ost vorsah, also just an jener Stelle, wo neuerdings das Staatsarchiv hingebaut werden soll. Zu den dabei als dringlich eingestuften Ergänzungen gehörten u. a. neue Naturwissenschaftsräume und eine normgerechte Sporthalle, die in der aktuellen Planung fehlen respektive auf die lange Bank geschoben werden. Für die Ergänzungen und Erweiterungen des schulischen Raumprogramms wurden 2015 rund 2600 Quadratmeter Fläche im schulischen Neubau Ost als notwendig erachtet, um

die Zukunft des Mittelschulstandorts zu sichern. In der aktuellen Planung sind dagegen auf dem Areal Hofstrasse Ost nur noch knapp 600 Quadratmeter Fläche für schulische Zwecke vorgesehen, die zudem mit dem Amt für Kultur zeitlich aufgeteilt genutzt werden sollen. Dass die übrigen Bedürfnisse der FMS, die rund 2000 Quadratmeter fehlender Fläche entsprechen, irgendwie auf dem Areal Hofstrasse West untergebracht werden sollen, ist völlig illusorisch. Archivschachteln oder Bildung, das ist hier die Frage.

**Susanne Giger** spricht für die ALG-Fraktion. Auf die Gefahr hin, einiges zu wiederholen, was Kollege Willi Vollenweider bereits dezidiert ausgeführt hat, kann nicht genug betont werden, dass der Verzicht auf die Fertigstellung der FMS an der Hofstrasse wie einst geplant ein grosser Fehler war, der zudem sehr viel gekostet hat und noch kosten wird. In anderen Kantonen existieren bereits Fachmittelschulen mit einem Angebot für Informatik und auch für den digitalen Journalismus, genannt «Kommunikation und Information» Es ist davon auszugehen, dass auch in Zug eine grosse Nachfrage nach diesen Modulen bestehen würde. Es kann ja nicht sein, dass man das *Crypto* bzw*. Digital Valley Zug* als wichtigen Standortfaktor pusht, dabei aber die Ausbildung der eigenen Jugend vernachlässigt und diese in andere Kantone schicken will. Für die Fachmittelschule an der Hofstrasse soll eine ausreichende Ausbaureserve offengehalten werden, noch besser sollte die Machbarkeitsstudie «Neubau Ost» vom 25. November 2015 endlich dem Rat unterbreitet und wenn möglich umgesetzt werden.
Die Idee mit dem Staatsarchiv kommt als Scheinlösung daher, der nicht zu trauen ist. Man denke nur daran, dass es nur ein Jahr her ist, seit der Kanton der Stadt Zug das Theilerhaus wie eine heisse Kartoffel angeboten hat, die diese nicht anfassen wollte. Flugs kam man mit der Idee, im Theilerhaus das Verwaltungsgericht einzuquartieren. Auch das ist eine Scheinlösung. Wenn die Hürde für den Zugang zum Gymnasium erhöht wird, ist sowieso klar, dass die Schülerzahlen für die FMS steigen werden. Der gesellschaftliche Bedarf nach FMS-Absolventen für Gesundheits-, Sozial- und Lehrerberufe wächst stark. Die im Moment geplanten baulichen Massnahmen für die FMS schliessen lediglich einige bestehende Lücken und erlauben es nicht, eine künftig wachsende Schülerzahl aufzunehmen. Schon dieses Schuljahr hätte die FMS eine weitere Klasse führen können, wenn die Infrastruktur da gewesen wäre. Die aktuelle Bauplanung Hofstrasse will viel zu viele verschiedene Nutzer auf dem begrenzten Areal platzieren, und dem Naheliegendsten wird viel zu wenig Beachtung geschenkt. Auch die Bedürfnisse der Pädagogischen Hochschule und mögliche Synergien sollten nochmals genau unter die Lupe genommen werden. Zug Süd ist der ideale Standort für diesen Bildungscluster.
Die Votantin hat sich im Hinblick auf die heutige Sitzung wieder einmal im Jurybericht vom 16. Januar 2011 das Siegerprojekt für den Umbau und die Erweiterung der Wirtschafts- und Fachmittelschule Zug Theilerareal mit dem schönen Namen «Ma Wan» angesehen. Die Freude über das höchst gelungene Projekt war damals mächtig gross! Mit ein paar Jahren Abstand und zusätzlicher Erfahrung im Rat kann die Votantin das Abwürgen dieses Projekts noch viel weniger verstehen. Sie versteht aber die Prozesse im Rat besser.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest: PBG, Energiepolitik, Investitionen, Innovationen im Hochbau – auch das sind Themen, bei denen man machen kann, was man will, und es gibt immer verschiedene Ansichten. Der Baudirektor dankt Willi Vollenweider und Susanne Giger für die Fragen. Die Vorwürfe hinsichtlich «Hüftschuss», Vogel-Strauss-Politik und Scheinlösungen wird er versuchen zu entkräften. Aktueller Stand bei der Mittelschulplanung ist, dass sich die Regierung gerade

kürzlich noch einmal für das Vier-Standorte-Modell ausgesprochen hat. Seit wenigen Wochen ist die Mittelschule in Menzingen mit 24 Klassen in Betrieb. Mittelfristig ist dort in den nächsten Jahren keine Erweiterung geplant. Die Kantonsschule in Zug besuchen rund 1200 Schüler. Dort steht in den Jahren 2022/2023 eine Renovation im Umfang von rund 50 bis 60 Millionen Franken an. Wie auch den Medien zu entnehmen war, ist die Regierung momentan daran, die Realisierung des – nebst der FMS – vierten Standorts in Cham aufzugleisen. Bezüglich der Einzonung sind jedoch Einsprachen eingegangen. Im Februar oder März des nächsten Jahres wird die Chamer Bevölkerung darüber entscheiden, ob sie am Standort Röhrliberg eine Kantonsschule will. Folglich wird im März unter Umständen die ganze Mittelschulplanung wieder offen sein, und es werden neue Überlegungen gemacht werden müssen. Wird ein anderer Standort im Ennetsee gesucht? Im Moment sieht die Regierung dort keine Möglichkeiten. Wird allenfalls die Kantonsschule Zug nicht nur renoviert, sondern erweitert? Dann würde man sich in Richtung einer Grossschule mit 1500 bis 1600 Schülerinnen und Schülern am Standort Zug bewegen. Und wenn der Baudirektor die Haltung des Rats noch richtig in Erinnerung hat, dann ist dieser der Meinung, dass kleinere Mittelschulen in der Grössenordnung von 400/500 bis 800 für Zug das Richtige wären. Fazit: Für die Regierung sind die künftigen Entwicklungen momentan sehr schwierig abzuschätzen. Wenn der Prozess in Cham scheitert und die Bevölkerung die Einzonung nicht bewilligt, muss die Mittelschulplanung grundsätzlich neu überdenkt werden. Natürlich setzt die Regierung alles daran, dass es gelingt, den Standort in Cham zu realisieren. Denn man weiss, dass ein erheblicher Teil des Wachstums im Kanton in den nächsten Jahren im Ennetsee stattfinden wird.

Zur Hofstrasse: eine 18- oder 15-jährige Geschichte, historische Stätte, Industriegeschichte, die dort erfolgt ist. Kulturschaffende sehen den Standort als Kulturort, andere sagen, man sollte den Charakter der Industriegründung hineinbringen. Und der Kanton steht vor der Herausforderung, Raum schaffen zu müssen, damit die Nutzungen auf dem Areal des Kantonsspitals bis 2024/2025 verlegt werden können. Die Ansiedlung des Staatsarchivs an der Hofstrasse ist keine Scheinlösung. Zu der Anzahl Nutzer: Schaut man genau hin, so erkennt man, dass der Kanton versucht hat, alles zu bündeln, was mit Archivierung und Archäologie, Kultur zu tun hat. Deshalb möchte man auch das Staatsarchiv an der Hofstrasse integrieren. Hinsichtlich der FMS hat die Regierung beschlossen, dass in den nächsten Jahren kein Ausbau stattfinden soll. Die Schule wird so belassen, wie sie ist. Im Budget 2019 werden aber beispielsweise die Garderoben renoviert. Die Schule wird in Schwung gehalten, aber es ist keine Erweiterung geplant. Im Moment verfügt die FMS über eine Kapazität von 220 bis 240 Schülerinnen und Schülern. Der Standort bzw. die Planfestlegung für eine Halle besteht, doch die Regierung hat entschieden, im Moment keine zusätzliche Halle zu bauen. Grund dafür: Es können Synergien mit der Kantonsschule genutzt werden. Nach Willen des Rats wurde dort eine Dreifachturnhalle und nicht nur eine Zweifachturnhalle gebaut. Synergielösungen können deshalb von den Schulrektoren zumindest geprüft werden.

Zum Staatsarchiv: In den letzten Jahren wurden intensive Diskussionen mit der Stadt geführt, um allenfalls eine gemeinsame Lösung zu finden. Die Stadt hat nun ihre Archivräume im alten Zeughaus realisiert und dem Kanton unmissverständlich mitgeteilt, dass sie die Kapazitäten für sich selbst benötigt. Somit ist der Kanton darauf angewiesen, am Standort Hofstrasse Raum für das Staatsarchiv zur Verfügung zu stellen. 2024 werden die Kapazitäten im Verwaltungsgebäude I ausgeschöpft sein. Die Regierung hat die Zukunft also überhaupt nicht verdrängt. Vielmehr versucht sie, zu realisieren, was finanz- und bildungspolitisch sowie bau- und investitionstechnisch in den nächsten Jahren verantwortbar und vertretbar ist.

Zum Stichwort Wachstums-Schweizer-Meister: Der Rat hat beschlossen, dass man versucht, ein mittleres Wachstum anzugehen. Ziel dabei ist, das Wachstum von jetzt 1,5 Prozent pro Jahr bis 2040 auf durchschnittlich 0,9 Prozent einzudämmen. Das wurde in den Grundzügen der räumlichen Entwicklung festgelegt, und hoffentlich wird es so eintreten.
Die Mittelschulplanung des Bildungsdirektors ist abgestimmt mit der Baudirektion. Diese versucht, Räumlichkeiten, Schulanlagen und Infrastrukturen zu konzipieren, die den Entwicklungszahlen der Direktion für Bildung und Kultur entsprechen. Und in den letzten Jahren haben diese Zahlen fast auf die Dezimalstelle zugetroffen.
Zu den Synergien mit der PHZ: Es ist ein Potenzial vorhanden, und die Gespräche zwischen PHZ und FMS finden statt. Im Frühling, wenn aufgrund des Entscheids in Cham die Mittelschulplanung allenfalls überdenkt werden muss, wäre es auch eine Option, die Verbindung von PHZ und FMS vertiefter anzuschauen. Schliesslich liegen beide örtlich nahe beieinander.
Zum Theilerhaus: Die Lösung, dort das Verwaltungsgericht einzuquartieren, wurde von allen Gefragten gutgeheissen. Das Haus war 16 Jahre unbewohnt, und die Regierung ist der Meinung, dass die Bevölkerung nun wirklich langsam genug hat. Man hat mit der Stadt gesprochen und ihr mitgeteilt, dass sich der Kanton dort kein zusätzliches kulturelles Angebot vorstellen könne. Die Stadt wurde gefragt, ob sie Interesse hätte, das Theilerhaus zu übernehmen und dort weitere kulturelle Interessen abzudecken. Sie hat aber klar gesagt, dass sie zurzeit genügend kulturelle Möglichkeiten in der Stadt habe. Darum kam es zum Entscheid, das Verwaltungsgericht dort anzusiedeln, das zurzeit bei den ZVB eingemietet ist. Gerade heute Morgen wurde entschieden, dass an diesem Ort der neue Stützpunkt der ZVB sein wird. Ergo muss das Verwaltungsgericht auf 2024 den Standort wechseln.
Noch etwas zur FMS: In der neuen Shedhalle werden der FMS Verpflegungsmöglichkeiten sowie die Nutzung der Aula angeboten. Aber selbstverständlich erwartet die Regierung, dass dort auch andere Personen aus dem Quartier essen können und die Aula an Abenden für den Quartierverein oder für andere Institutionen zur Verfügung steht. Das sollte möglich sein.
Die Regierung hat sich vieles überlegt und versucht, in einer Auslegeordnung alle Infrastrukturprobleme im Hochbau mit konstruktiven Lösungen zu beheben. Der Baudirektor ist der Meinung, dass an der Hofstrasse etwas realisiert wird, das Hand und Fuss hat. Und er ist überzeugt davon, dass im Kanton Zug die Archivschachteln nicht vor der Bildung stehen. Vielmehr versucht man, alle Bedürfnisse im Rahmen der finanziellen Möglichkeit einigermassen abzudecken.
Der Baudirektor dankt für die Kenntnisnahme.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## 1143 Nächste Sitzung

27. September 2018 (Halbtagessitzung)

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

82. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 27. September 2018
Zeit: 8.00–12.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli und Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:
2.1. Postulat von Hanni Schriber-Neiger und Andreas Hürlimann betreffend Verbesserung Veloführung beim Kreisel Forren zwischen Rotkreuz und Holzhäusern (Gemeinde Risch)
2.2. Interpellation von Florian Weber und Daniel Abt betreffend Aushub-Deponien im Kanton Zug
3. Kommissionsbestellungen
4. Feststellung der Gültigkeit der Gesamterneuerungswahlen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Obergerichts, des Kantonsgerichts, des Strafgerichts und des Verwaltungsgerichts für die Amtsdauer 2019–2024
5. Gesamterneuerungswahlen der Zuger Gerichte für die Amtsdauer 2019–2024:
5.1. Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Obergericht
5.2. Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht
5.3. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Obergerichts
5.4. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Verwaltungsgerichts
5.5. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Kantonsgerichts
5.6. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Strafgerichts
6. Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (Kantonalbankgesetz)
7. Änderung des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz)
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung Sihlbruggstrasse (KS P), Abschnitt Knoten Industrie–Knoten Blatt einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Neuheim
9. Motion der CVP-Fraktion betreffend Beseitigung des strukturellen Defizits des Kantons Zug durch eine Anpassung des NFA-Beteiligungsmodells der Gemeinden
10. Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden
11. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung
12. Interpellation von Moritz Schmid betreffend Fuss- und Radweg zwischen Walchwil (Rufibach) und Arth (Hünenbergweg)

## 1144 Präsenzkontrolle

An der heutigen Sitzung sind 73 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Barbara Häseli und Markus Hürlimann, beide Baar; Silvan Renggli, Cham; Remo Peduzzi, Hünenberg; Kurt Balmer und Matthias Werder, beide Risch; Emanuel Henseler, Neuheim.

## 1145 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es für einige heute nicht einfach gewesen sein dürfte, den Kantonsratssaal zu betreten. Es jährt sich nämlich zum 17. Mal das tragische Ereignis im Zuger Regierungsgebäude. Die Gedanken und Gefühle der Anwesenden sind am 27. September in besonderem Mass bei allen Opfern, deren Angehörigen und allen anderen Betroffenen. Die Sitzung an diesem Jahrestag soll Zeichen dafür sein, dass sich die Kantonsratsmitglieder der Gewalt nicht beugen und einander in gegenseitigem Respekt begegnen. Alle sind eingeladen, heute Abend um 19 Uhr am öffentlichen Gedenkanlass in der St.-Oswalds-Kirche in Zug teilzunehmen.

Es findet eine Halbtagessitzung statt. Am Nachmittag führt der traditionelle Kantonsratsausflug den Rat auf die Halbinsel Buonas.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: ALG, SP, CVP, SVP, FDP.

Sicherheitsdirektor Beat Villiger liegt mit einer Grippe im Bett und muss sich für die heutige Sitzung entschuldigen. Der Vorsitzende wünscht ihm gute Besserung.

Ab ca. 10 Uhr sind Schülerinnen und Schüler der 3. und 4. Klasse der Tagesschule Elementa aus Neuheim, begleitet von Cornelia Gisler, zu Besuch im Kantonsratsaal. Der Vorsitzende heisst sie schon jetzt herzlich willkommen.

Die Ratsmitglieder finden auf ihrem Pult das neue, vor wenigen Tagen erschienene TUGIUM, das wissenschaftliche Jahrbuch des Staatsarchivs Zug, des Amts für Denkmalpflege und Archäologie, des kantonalen Museums für Urgeschichte und des Museums Burg Zug. Das TUGIUM berichtet über die Tätigkeit dieser Ämter und Museen im vergangenen Jahr und ist voll von interessanten Beiträgen zur Geschichte, Kunstgeschichte und Archäologie des Kantons Zug. Protokollführer und TUGIUM-Redaktor Beat Dittli wünscht den Ratsmitgliedern viel Vergnügen bei der Lektüre. Der Vorsitzende dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit.

TRAKTANDUM 1

## 1146 Genehmigung der Traktandenliste

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1147** Traktandum 2.1: **Postulat von Hanni Schriber-Neiger und Andreas Hürlimann betreffend Verbesserung Veloführung beim Kreisel Forren zwischen Rotkreuz und Holzhäusern (Gemeinde Risch)**
Vorlage: 2894.1 - 15861 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1148** Traktandum 2.2: **Interpellation von Florian Weber und Daniel Abt betreffend Aushubdeponien im Kanton Zug**
Vorlage: 2893.1 - 15860 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 3
**Kommissionsbestellungen**

Es sind keine Kommissionen zu bestellen oder neue Kommissionsmitglieder zu wählen.

TRAKTANDUM 4
**1149** **Feststellung der Gültigkeit der Gesamterneuerungswahlen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Obergerichts, des Kantonsgerichts, des Strafgerichts und des Verwaltungsgerichts für die Amtsdauer 2019–2024**

Der **Vorsitzende** orientiert, dass bezüglich der Gesamterneuerungswahlen der Zuger Gerichte für die Amtsdauer 2019–2024 der Regierungsrat am 29. Mai 2018 die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Obergerichts, Kantonsgerichts und Strafgerichts sowie die Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts in stiller Wahl als gewählt erklärt hat. Die Rechtsmittelfrist betreffend Gewählterklärung der Richterinnen und Richter ist unbenutzt abgelaufen. Für die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsgerichts fand am 24. Juni 2018 ein Urnengang statt.
Gemäss § 58 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (WAG) muss der Kantonsrat die Gültigkeit der Wahl feststellen. Der Regierungsrat stellt dem Kantonsrat folgende Anträge:
• Die Gültigkeit der Gesamterneuerungswahlen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Obergerichts, des Kantonsgerichts, des Strafgerichts und des Verwaltungsgerichts für die Amtsdauer 2019–2024 sei mit der nachfolgenden Ausnahme festzustellen.
• Es sei festzustellen, dass die Wahl von René Windlin als Ersatzmitglied des Kantonsgerichts und Strafgerichts für die Amtsdauer 2019–2024 nicht gültig sei.
• Die Staatskanzlei sei zu beauftragen, den Beschluss des Kantonsrats im Amtsblatt des Kantons Zug zu veröffentlichen.

**Esther Haas** als Sprecherin der ALG-Fraktion hält fest, dass es Voten gibt, die ihr leicht fallen, und solche, mit denen sie sich schwer tut. Das vorliegende Votum gehört in die zweite Kategorie, dies vor allem, weil die ALG nach einem breit abgestützten Auswahlverfahren der Überzeugung war, einen sehr gut geeigneten Kandidaten als Ersatzrichter für das Kantonsgericht gefunden zu haben. Es war der ALG von Anfang an bewusst, dass ihr Kandidat einen ungewöhnlichen Ausbildungsweg zur Erlangung der vom Gesetz geforderten «gleichwertigen Fachausbildung» hinter sich hatte. Die Votantin selber ist einen gradlinigen Weg gegangen, mit Gymnasium, Studium und Abschluss als lic. rer. pol. Das hindert sie aber nicht daran, gleichwertige Ausbildungen auch als solche anzuerkennen. Soviel zur persönlichen Ebene, die hier aber keine Relevanz hat und deshalb ausgeblendet werden muss − von der Votantin und von allen.
Die Votantin ortet eine zweite Ebene, die hier hineinspielt, nämlich die politische: Seitens des «Postenschachergremiums» gab es eine einzige Nachfrage hinsichtlich der Kandidatur. Daraufhin stellte die ALG ein umfangreiches Dossier über Ausbildungen und Leistungsausweise ihres Kandidaten zusammen. Das Erstaunen der Votantin war gross, als sie nach der Rückkehr aus ihren Sommerferien per eingeschriebenen Brief erfuhr, dass die Regierung auf Antrag des Obergerichts die Wählbarkeitsvoraussetzungen des ALG-Kandidaten in Abrede stellt. Die Regierung gewährte der ALG rechtliches Gehör, was diese auch wahrnahm. Bei der der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) angegliederten «School of Management and Law» holte die ALG eine Stellungnahme betreffend Stellenwert und Gleichwertigkeit der mehrjährigen berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildungen ihres Kandidaten ein. Dabei ging es um die Frage, ob die Vor-Bologna-Abschlüsse einem MAS nach Bologna-Definition entsprechen. Die ZHAW bejahte das.
Es ist zu betonen, dass Richterwahlen Volkswahlen sind. Es geht hier daher nicht darum, welche Ersatzrichter das Obergericht möchte und welche Voraussetzungen es gerne erfüllt haben möchte; hierzu kann es jederzeit Antrag auf entsprechende Anpassungen stellen. Und es geht auch nicht darum, welche Ersatzrichter die Regierung möchte. Es geht *nicht* um die politische Ebene.
Man bewegt sich hier in einem heiklen Bereich: Das Obergericht, die Judikative, hegt Zweifel an der Erfüllung der Voraussetzungen, die Regierung, die Exekutive, nimmt diese Zweifel auf und stellt Antrag auf «nicht erfüllte Wahlvoraussetzungen». Wenn der Kantonsrat nun politisch als Legislative entscheidet, greift in die Richterwahlen − notabene Volkswahlen − ein. Man bewegt sich hier in einem Zwischenbereich der demokratischen Gewalten. Diesem Zwischenbereich muss man ein besonderes Augenmerk widmen, weil er sehr heikel ist.
Es kann hier also einzig und allein um die dritte Ebene, nämlich um die sachliche Frage gehen, was der Ausdruck «gleichwertige Fachausbildung» im Gesetz konkret bedeutet und wie er auszulegen ist. Das Gesetz lässt einen gewissen Ermessenspielraum offen, da nur «gleichwertige Fachausbildung» steht. Persönlich und politisch kann man dazu eigentlich nur unzureichende Antworten geben. Sachlich gesehen, braucht es hier Expertise. Diese liegt vor. Die School of Management and Law der ZHAW gibt die Richtung vor und schreibt in ihrer Stellungnahme von der hier notabene gegebenen Gleichwertigkeit eines Masters in Advanced Studies, kurz MAS. Nun liegt es am Kantonsrat, darüber zu befinden, ob die Voraussetzung «gleichwertige Fachausbildung», welche für das Amt eines Ersatzrichters am Kantonsgericht gefordert ist, in diesem konkreten Fall erfüllt ist. Auf jeden Fall fällt der Kantonsrat einen Entscheid mit Präjudizcharakter: Folgt er der Empfehlung der ZHAW, behält er bezüglich Wählbarkeitsvoraussetzungen einen gewissen Spielraum, und es sind auch Fachpersonen mit nicht gewöhnlichem Juristikstudium als Ersatzrichter erlaubt. Verneint der Rat die Wählbarkeitsvoraussetzungen des ALG-

Kandidaten, müsste mittels Motion eine genauere Aussage ins Gesetz geschrieben werden, was denn «gleichwertige Fachausbildung» bedeutet.
Die ALG ist überzeugt von den erfüllten Wählbarkeitsvoraussetzungen ihres Kandidaten und stellt den **Antrag,** dessen Wahl gültig zu erklären.

**Thomas Werner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion das Thema ebenfalls beraten hat und beschlossen hat, sämtliche Anträge der Regierung zu unterstützen. Es ist der SVP-Fraktion nicht bekannt, ob die ALG bei der Rekrutierung ihres Kandidaten die Wählbarkeitsvoraussetzung schlicht zu wenig beachtete, ob sie − was die SVP vermutet − die betreffende Formulierung einfach anders auslegte als die Regierung oder ob sie sich allenfalls zu früh auf einen Kandidaten festlegte und keinen Schritt zurück mehr tun konnte. Die SVP ist aber auch der Meinung, dass nicht im Kantonsratssaal im Detail über Aus- oder Weiterbildung sowie Berufserfahrung eines Kandidaten diskutiert werden sollte. Dies hätte im Vorfeld geschehen müssen. Was aber sicher ist: Der Kantonsrat befindet sich jetzt in einer eher ungewöhnlichen Lage und bestimmt darüber, ob die Wahl eines Kandidaten, der von einer Partei vorgeschlagen und von der Regierung gewählt wurde, allenfalls nicht gültig sein soll.
Grundsätzlich ist die SVP der Meinung, dass es Sache der Parteien ist, in Eigenverantwortung Kandidatinnen und Kandidaten zu portieren, welche der Herausforderung auch gewachsen sind. Sie stellt nicht in Abrede, dass René Windlin diese Aufgaben meistern könnte, eventuell könnte er es sogar sehr gut. Sie ortet das Problem eher bei der Gefahr, dass einzelne Parteien vor Gericht je nach Ausgang des Richterspruchs die formelle Zusammensetzung des Gerichts anzweifeln könnten. Gerichte müssen vertrauenswürdig sein und wollen und sollen keine Risiken eingehen. Deshalb achten sie sorgsam darauf, immer alle formellen Voraussetzungen einzuhalten. Auch das Kantons- und Strafgericht würde dies tun, und so bestünde die Gefahr, dass René Windlin nun gewählt und die Wahl als gültig akzeptiert wird, er aber am Gericht, um eben diese Gefahr eines formellen Fehlers zu umgehen, nie eingesetzt würde.
Auf Hinweis des Obergerichts, dass Zweifel an den Wählbarkeitsvoraussetzungen bestehen, hat die Regierung pflichtbewusst den Kantonsrat auf diesen Umstand hingewiesen. Der Kantonsrat hat nun die Möglichkeit zu entscheiden, ob er das Risiko eingeht, jemanden zu wählen, der allenfalls die Wählbarkeitsvoraussetzungen nicht erfüllt, oder auf Nummer sicher zu gehen und die Wahl als nicht gültig abzuerkennen. Die SVP-Fraktion empfiehlt, punkto Rechtssicherheit keine Risiken einzugehen und den Anträgen der Regierung zu folgen. Für den Kandidaten, welcher sicher nicht mit einem derartigen Ausgang seiner Nomination gerechnet hat, tut es der SVP-Fraktion leid.

➔ Der Rat stimmt den Anträgen 1 und 3 des Regierungsrats stillschweigend zu.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt dem Antrag 2 des Regierungsrats mit 51 zu 13 Stimmen zu.

TRAKTANDUM 5

**Gesamterneuerungswahlen der Zuger Gerichte für die Amtsdauer 2019–2024**

Vorlage: 2887.1 - 15825 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** hält bezüglich der verfassungsrechtliche Ausgangslage für dieses Geschäft fest, dass gemäss § 41 Abs. 1 Bst. l Ziff. 2 der Kantonsverfassung der Kantonsrat die hauptamtlichen Richterinnen und Richter aus den Mitgliedern der Gerichte wählt, dies für die Dauer von sechs Jahren. Anders ausgedrückt: Aus den vom Volk gewählten Richterinnen und Richtern muss der Kantonsrat zusätzlich die hauptamtlichen, nicht aber die nebenamtlichen bestimmen.
Für das Kantonsgericht und das Strafgericht erübrigt sich die vorgängige Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter, weil der Kantonsrat am 22. Februar 2018 die Anzahl der vollamtlichen Mitglieder des Kantonsgerichts auf neun, der vollamtlichen Mitglieder des Strafgerichts auf vier und der Ersatzmitglieder für das Kantons- und Strafgericht auf sechs festgesetzt hat und die Mitglieder des Kantonsgerichts und Strafgerichts ausschliesslich hauptamtlich tätig sind. Aufgrund stiller Wahl steht gerade die nötige Anzahl Richterinnen und Richter für diese Funktionen fest.
Ebenfalls am 22. Februar 2018 hat der Kantonsrat für das Obergericht die Zahl der vollamtlichen Mitglieder des Obergerichts auf fünf und der nebenamtlichen Mitglieder auf zwei festgesetzt, weshalb heute aus der Reihe der sieben Mitglieder des Obergerichts fünf hauptamtliche Mitglieder zu wählen sind.
Mit Kantonsratsbeschluss vom 29. Januar 2009 wurde für das Verwaltungsgericht ab dem Jahr 2009 ein drittes Vollamt bewilligt, weshalb der Rat heute aus der Reihe der sieben Mitglieder des Verwaltungsgerichts drei hauptamtliche Mitglieder zu wählen hat. Weiter muss der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. l Ziff. 3 und 4 der Kantonsverfassung für die Dauer von sechs Jahren die Präsidien des Kantonsgerichts, des Strafgerichts, des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts aus den Mitgliedern der betreffenden Gerichte wählen.
Der Kantonsrat hat also zwölf Wahlen vorzunehmen. Die Ratsmitglieder erhalten ein Set mit zwölf Wahlzetteln. In der Vorlage 2887.1 der erweiterten Justizprüfungskommission sind die Namen sämtlicher Richterinnen und Richter aufgeführt. Der Vorsitzende wird jeweils den Kreis der wählbaren Personen in Erinnerung rufen und die Vorschläge der Fraktionen mitteilen.
Wichtig ist, beim Ausfüllen aller zwölf Wahlzettel jeweils die Person der Wahl mit Namen und Vornamen aufzuschreiben. Sofern jemand eine nicht wählbare Person wählt, ist der betreffende Stimmzettel ungültig. Zu beachten ist auch, dass es sich hier um echte Wahlen und nicht nur um Bestätigungswahlen handelt. Es ist somit nicht «Ja» oder «Nein», sondern Name und Vorname aufzuschreiben.
Stimmenzählerin Rita Hofer und der stellvertretende Stimmenzähler Karl Nussbaumer sammeln die Wahlzettel *en bloc* ein und ziehen sich dann zur Auszählung ins Regierungsratszimmer zurück. Der Landschreiber und die Standesweibelin werden sie dabei unterstützen. In der Zwischenzeit wird die Sitzung weitergeführt. Die Abstimmungsanlage wird dann von Stimmenzähler Ralph Ryser und der stellvertretenden Stimmenzähler Hanni Schriber-Neiger bedient.

**1150** Traktandum 5.1: **Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Obergericht**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass aus der Reihe der sieben Mitglieder des Obergerichts fünf hauptamtliche Mitglieder zu wählen sind. Wählbar ist nur ein Mitglied des Obergerichts. Es liegen folgende Anträge vor:

- Antrag der FDP-Fraktion und der JPK: Andrea Hager
- Antrag der CVP-Fraktion und der JPK: Peter Huber
- Antrag der CVP-Fraktion und der JPK: Marc Siegwart
- Antrag der ALG- und der SP-Fraktion sowie der JPK: Stephan Scherer
- Antrag der SVP-Fraktion und der JPK: Felix Ulrich

Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der **Vorsitzende** die Ergebnisse bekannt:

**Wahlzettel 1, erstes hauptamtliches Mitglied des Obergerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 4 | 0 | 69 | 35 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Andrea Hager | 68 |
| Stephan Scherer | 1 |

➔ Der Rat wählt Andrea Hager für die Amtsdauer 2019–2024 zur hauptamtlichen Richterin des Obergerichts.

**Wahlzettel 2, zweites hauptamtliches Mitglied des Obergerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 8 | 0 | 65 | 33 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Peter Huber | 65 |

➔ Der Rat wählt Peter Huber für die Amtsdauer 2019–2024 zum hauptamtlichen Richter des Obergerichts.

**Wahlzettel 3, drittes hauptamtliches Mitglied des Obergerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 8 | 1 | 64 | 33 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Marc Siegwart | 64 |

➔ Der Rat wählt Marc Siegwart für die Amtsdauer 2019–2024 zum hauptamtlichen Richter des Obergerichts.

**Wahlzettel 4, viertes hauptamtliches Mitglied des Obergerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 4 | 0 | 69 | 35 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Stephan Scherer | 69 |

➔ Der Rat wählt Stephan Scherer für die Amtsdauer 2019–2024 zum hauptamtlichen Richter des Obergerichts.

**Wahlzettel 5, fünftes hauptamtliches Mitglied des Obergerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 6 | 0 | 67 | 34 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Felix Ulrich | 67 |

➔ Der Rat wählt Felix Ulrich für die Amtsdauer 2019–2024 zum hauptamtlichen Richter des Obergerichts.

**1151** Traktandum 5.2: **Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass aus der Reihe der sieben Mitglieder des Verwaltungsgerichts drei hauptamtliche Mitglieder zu wählen sind. Wählbar ist nur ein Mitglied des Verwaltungsgerichts. Es liegen folgende Anträge vor:
• Antrag der FDP-Fraktion und der JPK: Gisela Bedognetti
• Antrag der CVP- Fraktion und der JPK: Aldo Elsener
• Antrag der ALG-Fraktion und der JPK: Adrian Willimann

Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der **Vorsitzende** die Ergebnisse bekannt:

**Wahlzettel 6, erstes hauptamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 6 | 0 | 67 | 34 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Gisela Bedognetti | 66 |
| Mathias Suter | 1 |

➔ Der Rat wählt Gisela Bedognetti für die Amtsdauer 2019–2024 zur hauptamtlichen Richterin des Verwaltungsgerichts.

**Wahlzettel 7, zweites hauptamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 6 | 0 | 67 | 34 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Aldo Elsener | 67 |

➔ Der Rat wählt Aldo Elsener für die Amtsdauer 2019–2024 zum hauptamtlichen Richter des Verwaltungsgerichts.

**Wahlzettel 8, drittes hauptamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 72 | 10 | 1 | 61 | 31 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Adrian Willimann | 61 |

➔ Der Rat wählt Adrian Willimann für die Amtsdauer 2019–2024 zum hauptamtlichen Richter des Verwaltungsgerichts.

**1152** Traktandum 5.3: **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Obergerichts**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur ein Mitglied des Obergerichts wählbar ist. Es liegt folgender Antrag vor:
• Antrag der SVP-Fraktion und der JPK: Felix Ulrich.

Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der **Vorsitzende** das Ergebnis bekannt:

**Wahlzettel 9, Präsidentin oder Präsident des Obergerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 7 | 0 | 66 | 34 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Felix Ulrich | 66 |

➔ Der Rat wählt Felix Ulrich für die Amtsdauer 2019–2024 zum Präsidenten des Obergerichts.

**1153** Traktandum 5.4: **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Verwaltungsgerichts**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur ein Mitglied des Verwaltungsgerichts wählbar ist. Es liegt folgender Antrag vor:
• Antrag der CVP-Fraktion und der JPK: Aldo Elsener.

Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der **Vorsitzende** das Ergebnis bekannt:

**Wahlzettel 10, Präsidentin oder Präsident des Verwaltungsgerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 7 | 0 | 66 | 34 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Aldo Elsener | 66 |

➔ Der Rat wählt Aldo Elsener für die Amtsdauer 2019–2024 zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts.

**1154** Traktandum 5.5: **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Kantonsgerichts**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur ein Mitglied des Kantonsgerichts wählbar ist. Es liegt folgender Antrag vor:
• Antrag der FDP-Fraktion und der JPK: Werner Staub.

Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der **Vorsitzende** das Ergebnis bekannt:

**Wahlzettel 11, Präsidentin oder Präsident des Kantonsgerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 6 | 1 | 66 | 34 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Werner Staub | 65 |
| Aldo Staub | 1 |

➔ Der Rat wählt Werner Staub für die Amtsdauer 2019–2024 zum Präsidenten des Kantonsgerichts.

**1155** Traktandum 5.6: **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Strafgerichts**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur ein Mitglied des Strafgerichts wählbar ist. Es liegt folgender Antrag vor:
• Antrag der SVP-Fraktion und der JPK: Carole Ziegler.

Nach der Auszählung der Wahlzettel gibt der **Vorsitzende** das Ergebnis bekannt:

**Wahlzettel 12, Präsidentin oder Präsident des Strafgerichts**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 73 | 9 | 0 | 64 | 33 |

| Stimmen hat erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Carole Ziegler | 64 |

➔ Der Rat wählt Carole Ziegler für die Amtsdauer 2019–2024 zur Präsidentin des Strafgerichts.

Der **Vorsitzende** gratuliert allen Gewählten zu ihrer Wahl und wünscht ihnen viel Erfolg in ihrem anspruchsvollen Amt.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 6

**1156 Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (Kantonalbankgesetz)**

Vorlagen: 2845.1/1a - 15730 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2845.2 - 15731 (Antrag des Regierungsrats); 2845.3/3a/3b/3c/3d/3e - 15804 (Bericht und Antrag der Kommission); 2845.4/4a - 15828 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

Bevor **Andreas Hostettler,** Präsident der vorberatenden Kommission, auf die wichtigsten Elemente und Diskussionspunkte zu sprechen kommt, skizziert er kurz, in welchem Umfeld dieses Gesetz beraten wird:

• Der Kantonsrat hat eine Doppelrolle: Er ist einerseits der Gesetzgeber, andererseits ist er Aktionär, dies jedoch nur zu 50 Prozent. Er darf daher in seiner 100-prozentigen gesetzgeberischen Kompetenz die Privataktionäre nicht vergessen.

• Die Generalversammlung der Aktionäre muss allen Änderungen ebenfalls zustimmen. Der Kantonsrat kann also nicht alleine bestimmen und muss auf ein angemessenes Gleichgewicht achten.

• Der Kanton Zug profitiert von einer von 175 auf 200 Franken erhöhten Dividende pro Aktie. Zudem wurde der Steuerrabatt von 50 Prozent im Rahmen von «Finanzen 2019» gestrichen.

Die Ziele der totalen Gesetzesrevision lassen sich wie folgt umschreiben:

• bessere Anpassungsfähigkeit;

• mehr Rechtssicherheit;

• erhöhte Flexibilität.

Auch wenn es in der Totalrevision vordergründig nicht um eine grundsätzliche Diskussion über Zweck und Ziel der Kantonalbank geht bzw. ging, kann sich der Kantonsrat den wichtigsten Grundsatzfragen nicht entziehen. Diese sind:

• Will man eine Kantonalbank bzw. eine Kantonalbank mit Staatsgarantie?

• Wie wird diese Staatsgarantie abgegolten?

Die vorberatende Kommission hat diese Fragen beantwortet, die Stawiko ebenfalls, der Rat wird sie heute abschliessend beraten und beantworten.

Was wird im Kantonalbankgesetz geändert? Die Regierung und die Kommission wollen ein schlankes Gesetz. Es muss in diesem kantonalen Gesetz nur noch das geregelt werden, was nicht bereits auf Bundesebene umfassend im Bankengesetz, in der Bankenverordnung und in den FINMA-Rundschreiben geregelt ist. Dazu gehören nachfolgend die passenden Statuten, welche von der Generalversammlung und den Aktionären verabschiedet werden. Ebenfalls gehört dazu das Organisationsreglement, welches vom Bankrat verabschiedet wird. Zudem hat der Finanzdirektor eine Eignerstrategie versprochen, die aufzeigt, wohin die Bank gehen will. Diese Arbeiten werden nach der heutigen Sitzung aufgenommen.

Am Rand sei bemerkt: Die Grundlagen der totalen Gesetzesrevision wurden in einem Steuerungsausschuss unter direktem Einbezug der Zuger Kantonalbank (ZKB) sorgfältig erarbeitet. Zudem wurde zu allen Vorschlägen, welche die Kommission machte, die Meinung der ZKB abgeholt. Somit waren die Meinung und Haltung der ZKB der Kommission jeweils bekannt, und wenn nicht, wurden diese auf die nächste Kommissionssitzung eingeholt. Anderslautende Vorwürfe weist die Kommission entschieden zurück.

Die wichtigsten, umstrittensten und auch heute nochmals zur Debatte stehenden Knackpunkte sind die folgenden:

• Grundfrage 1: Will der Kanton eine eigene Bank, eine eigene Kantonalbank, dann muss er mindestens ein Drittel der Aktien halten.
• Grundfrage 2: Wie hoch soll der Aktienanteil des Kantons an der Kantonalbank sein? Die vorberatende Kommission hat sich hier glasklar für mindestens 50 Prozent entschieden. Es werden somit keine Aktien verkauft.
• Grundfrage 3: Staatsgarantie ja oder nein?
• Grundfrage 4: Wie wird die Staatsgarantie abgegolten? Welches Modell wählt man: pro- oder antizyklisch?
• Grundfrage 5: Gehört der Lohn des CEO in das Gesetz?
Die Kommission ist klar der Meinung, dass der Kantonsrat auf die Debatte eintreten und die fünf Grundfragen resp. die einzelnen Paragrafen beraten soll. Um zielführend debattieren zu können, stellt die Kommission den **Antrag,** § 5 nach § 2 bzw. vor § 3 zu bearbeiten.
Der Kommissionspräsident dankt den Kommissionsmitgliedern, die intensiv und engagiert mitdiskutiert haben, der Finanzdirektion und deren Mitarbeiter Marco Braschler für die jeweils schnellen Reaktionen sowie der ZKB, welche offen und kooperativ mitgearbeitet hat.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, orientiert, dass die Stawiko die Vorlage an ihrer Sitzung vom 29. August 2018 beraten hat und ohne Gegenstimmen auf die Vorlage eingetreten ist. Die Stawiko anerkennt den Bedarf nach einer Gesetzesanpassung, dies umso mehr, als diese bereits zu Beginn der laufenden Legislatur angekündigt wurde. Die Ausgangslage ist aufgrund der Rahmenbedingungen etwas speziell, trägt der Kanton hier doch verschiedene Hüte: Einerseits ist er Hauptaktionär, andererseits ist er Garant für die Staatsgarantie − und nicht zu vergessen: Der Kantonsrat ist Gesetzgeber.
Die Stawiko stellt sich grossmehrheitlich hinter die Gesetzesvorlage und hinter die Änderungen der vorberatenden Ad-hoc-Kommission. Sie teilt insbesondere die Auffassung, dass der Kanton weiterhin die Hälfte des Aktienkapitals in seinem Eigentum halten soll. Dies ist aus Sicht der Stawiko zentral, damit die zukünftigen Jahresrechnungen des Kantons nicht durch etwaige Verkäufe von Aktien aufpoliert werden können. Bei der Staatsgarantie ist die Stawiko selbstredend ebenfalls der Meinung, dass die Haftung nachrangige Verbindlichkeiten nicht erfassen kann. Hingegen ist sie dezidiert der Meinung, dass die Abgeltung für die Staatshaftung nicht mit der Höhe der Dividendenzahlungen in Konnex stehen darf. Auf eine solche Idee kommt man nur, wenn man die Hüte des Kapitalanlegers und des Haftenden nicht klar auseinanderhält. Als Vertreter des für die Staatsgarantie haftenden Kantons möchte die Stawiko ein risikobasiertes Modell sehen. Die Stawiko-Präsidentin wird sich in der Detailberatung im Detail dazu äussern.
Den durch die Kommission eingefügten Titel «Lohn der Geschäftsleitung» bei § 14a kann die Stawiko nicht akzeptieren. Sie begründet das kurz wie folgt:
• zu operative Bestimmung;
• Eingriff in die Befugnisse der Generalversammlung;
• im Gesetz deplatziert.
Die Kommission wurde bei diesem Thema wohl vom Teufel geritten. Gerne äussert sich die Stawiko-Präsidentin in der Detailberatung genauer dazu. Sie bittet den Rat, auf das Gesetz einzutreten und es in der Version der Stawiko zu genehmigen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Das Gesetz über die Zuger Kantonalbank ist in die Jahre gekommen und wird totalrevidiert. Es soll aktualisiert, schlanker und moderner werden. Neu wird es anstatt Gesetz und Geschäftsreglement das Gesetz, entsprechende Statuten, eine Eignerstrategie und weitere Regle-

mente geben. Die ALG-Fraktion begrüsst diese Schritte. Insbesondere hinsichtlich Flexibilität macht es Sinn, dass es neu Statuten gibt.
Die ALG ist für Eintreten. Die fünf Grundfragen des Kommissionspräsidenten beantwortet sie wie folgt:
• Die ALG will, dass der Kanton Zug eine eigene Bank hat.
• Der Aktienteil des Kantons soll 50 Prozent betragen.
• Staatsgarantie ja.
• Abgeltung der Staatsgarantie vorzüglich aufgrund eigener Perspektiven.
• Die Lohnfrage ist im Gesetz am richtigen Ort.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Die Zuger Kantonalbank kann als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Gegründet noch im 19. Jahrhundert aus wirtschaftlicher Not zusammen mit der Privatwirtschaft − dies quasi als Exot im Vergleich zu anderen Kantonalbanken in der Schweiz − und versehen mit einer Staatsgarantie, hat sie sich prächtig entwickelt und ist im Kanton Zug nicht mehr wegzudenken. Spuren hinterlässt die ZKB auch im Finanzhaushalt des Kantons Zug: Sie ist finanziell die grösste Beteiligung des Kantons Zug, auch wenn sie nicht zu den aktuellen Werten bilanziert wird, und jährlich erhält der Kanton Zug als Mehrheitsaktionär eine zusätzliche Dividende als Abgeltung für die Staatsgarantie. Auf der anderen Seite trägt der Kanton Zug mit der Staatsgarantie ein potenzielles finanzielles Risiko: Er würde finanziell haften, wenn die ZKB in eine gravierende finanzielle Schieflage käme und sanierungsbedürftig würde. Andere Kantone haben das mit ihren Kantonalbanken schon zu spüren bekommen. Sie mussten sie finanziell aufwendig sanieren oder haben sie quasi «notverkauft». Das ist bei der ZKB nicht zu befürchten: Die Bank ist einerseits dank ihrer erfolgreichen Geschäftstätigkeit sehr gut mit Eigenmitteln ausgestattet, andererseits ging und geht sie nicht übermässig grosse finanzielle Risiken ein, wie das andere Kantonalbanken taten, die schlussendlich saniert oder verkauft werden mussten.
Aus diesem Grund war die Staatshaftung bei den Beratungen der SP-Fraktion zur Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank kein grosses Thema. Ein Thema wäre es für die SP nur, wenn der Kanton Zug seine Beteiligung von 50 Prozent auf ein Drittel plus eine Stimme reduzieren könnte, wie es der Regierungsrat in seiner Vorlage beantragt. Eine Staatshaftung macht bei einer Minderheitsbeteiligung keinen Sinn, weshalb die SP diesen Antrag ablehnt. Der Kanton Zug soll bei seiner Mehrheitsbeteiligung, versehen mit einer Staatsbeteiligung, bleiben. Die SP sieht keine Notwendigkeit und Veranlassung, davon abzukehren.
Einige weitere Bemerkungen zur Totalrevision des Kantonalbankgesetzes:
• Persönlich hat der Votant Mühe damit, dass die Gesetzesanpassung noch von der Generalversammlung der ZKB genehmigt werden muss, dies mit einer Zweidrittelmehrheit, wobei der Kanton mit 20 Prozent mitstimmen kann. Überspitzt gesagt, ist der Kanton als Mehrheitsaktionär bei Änderungen des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank auf den Goodwill der Minderheitsaktionäre angewiesen, dies erst noch mit einem qualifizierten Mehr zwei Drittel der Stimmen. Dies spürte man auch bei den Beratungen der vorberatenden Kommission: Es gab öfters Hinweise, dass eine Änderung noch mit einer Zweidrittelmehrheit an der Generalversammlung genehmigt werden müsse. Aber das ist eine Rahmenbedingung, die es leider zu beachten gilt. Der Votant plädiert jedoch dafür, dass für künftige Gesetzesänderungen zumindest nur die Mehrheit und nicht ein qualifiziertes Mehr von zwei Drittel der Stimmen nötig sein soll.
• Soll die Abgeltung der Staatsgarantie auf einem risikobasierten Ansatz erfolgen, wie es die Stawiko vorschlägt, oder mit einer jährlich gleichbleibenden «Extrazuweisung», die in guten Jahren − wenn man es risikobasiert betrachtet − wahr-

scheinlich zu hoch und in schlechten Jahren − auch risikobasiert betrachtet − zu tief ist? Persönlich neigt der Votant eher dem Antrag der Stawiko zu, er würde aber gerne noch die Haltung der ZKB zu dieser möglichen Anpassung kennen. Er kann hier auf den Kommissionbericht verweisen, wo darauf hingewiesen wird, dass die ZKB Stellung zu diversen möglichen Gesetzesanpassungen nahm. Frage an den Finanzdirektor: Kann diese Stellungnahme noch nachgeliefert werden?
• Bezüglich der Löhne der Geschäftsleitung begrüsst die SP den Vorschlag der vorberatenden Kommission, dass der Grundsatz der Höhe des Lohns *im Gesetz* festzulegen sei, also nicht hinterlegt bei der Finanzdirektion, welche die gleichen Absichten dazu hegt. Kritisch steht die SP-Fraktion der Formulierung «dem Median vergleichbarer Kantonalbanken» gegenüber.
Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu, dies meist in der Version der vorberatenden Kommission und der Stawiko.

**Pirmin Andermatt** spricht für die CVP-Fraktion. Es wurde schon vieles gesagt über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zuger Kantonalbank für den Kanton Zug. In der Tat war und ist das Miteinander des Kantons und der Kantonalbank eine veritable Erfolgsgeschichte. Dieses Zusammenwirken ist auch einer der Erfolgsfaktoren des Kantons Zug. Diese Erfolgsgeschichte gilt es fortzuführen. Das aus dem Jahr 1974 stammende Gesetz ist zu schwerfällig und engt die Flexibilität der Bank ein. Deshalb soll es überarbeitet und gestrafft werden, was die CVP unterstützt.
So weit, so klar. Wie bereits erwähnt, ist die Zuger Kantonalbank betriebswirtschaftlich sehr gut unterwegs und unterstreicht dies auch jährlich mit ihren Abschlüssen. Nach Meinung der CVP würde es der Bank deshalb gut anstehen, bei ihren Überlegungen eine soziale Komponente mitzuberücksichtigen: eine soziale Komponente gegenüber der Bevölkerung und den KMU. Viele beklagen sich nämlich über die hohen Gebühren und wünschen sich da und dort ein wenig mehr Fingerspitzengefühl bzw. Kompromissbereitschaft und Flexibilität. Diese soziale Komponente könnte der Regierungsrat auch in seiner versprochenen, aber noch zu erarbeitenden Eignerstrategie mitberücksichtigen. Hier ist nämlich auch die Politik gefordert und in der Verantwortung.
Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Weitere Aussagen und Anträge folgen in der Detailberatung.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion die Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank begrüsst und grossmehrheitlich den Anträgen der vorberatenden Kommission folgt. Sie tritt auf die Vorlage ein. Sie begrüsst vor allem die Schaffung eines neuen, schlanken und modernen Gesetzes. Sie anerkennt das Bedürfnis nach dieser Anpassung, haben sich die Rahmenbedingungen in den letzten vierzig Jahren doch stark geändert. Die SVP erachtet es als selbstverständlich, dass dort Änderungen vorgenommen werden, wo wirklich Handlungsbedarf besteht, und am Bewährten festgehalten wird. Das ist hier erfreulicherweise der Fall. Bezüglich der Ausgestaltung des Gesetzesentwurfs stellt die SVP die deutliche Verkürzung der Gesetzes von aktuell 48 auf neu 18 Paragrafen fest. Das ist eine löbliche Ausnahme, ist die SVP doch auch der festen Meinung, dass auf Gesetzesstufe immer nur das Notwendigste geregelt sein sollte. In diesem Sinn dankt die SVP-Fraktion − auch wenn das zehn Tage vor den Wahlen nicht alle gern hören − einmal mehr Finanzdirektor Heinz Tännler für seine diesbezüglichen grossen Anstrengungen. Verschiedene Vorgänger haben diese Revision ja immer wieder aufgeschoben, auch wenn zuzugeben ist, dass die zum Teil markanten und raschen Veränderungen in diesem Bereich in den letzten Jahren enorm waren. Leider muss man sagen, dass man in Bern immer wieder willkürlichem internationalem Druck

nachgegeben hat, zum Nachteil der Schweizer Banken, der Schweizer Sparer und der schweizerischen Volkswirtschaft sowie natürlich auch der Zuger Bevölkerung und Wirtschaft. Das mag hier nicht das zentrale Thema sein, aber dass viele Bankgeschäfte nun einfach in die USA abgewandert sind und dort abgewickelt werden – und dies nicht einmal nach OECD-Standards–, ist einfach ein Skandal. Es ist klar, wer in diesem Wirtschaftskrieg gewonnen hat, von dem von den Verlierern zu bezahlenden, oft willkürlichen Ablasshandel, von dem auch die Zuger Kantonalbank betroffen war, ganz zu schweigen.
Doch zurück nach Zug: Die Anerkennung und Verankerung der Kantonalbank – *unserer* Kantonalbank – in der Öffentlichkeit ist anerkanntermassen sehr gross. Bedauerlich ist, dass der ursprüngliche Zweck der damaligen privaten Bankgründung – primär die Förderung des lokalen Gewerbes – in den letzten Jahrzehnten stark in den Hintergrund getreten ist. Zu denken gibt auch, dass viele Unternehmen im Crypto Valley Mühe haben, überhaupt eine Bankbeziehung zu erhalten. Wer wäre für solche Bankbeziehungen besser geeignet als eine Bank mit Staatsgarantie? Doch vielleicht findet man endlich Wege, damit die Zuger Kantonalbank ihre wahre Bestimmung, nämlich die Unterstützung der Startups in der Zuger Wirtschaft, mit Duldung der FINMA wahrnehmen kann. Der Votant teilt persönlich auch die Ansicht seines Vorredners über die soziale Verantwortung der Kantonalbank: Die Gebühren sind wirklich ein Ärgernis.
Die SVP-Fraktion stellt die Existenz einer Zuger Kantonalbank nicht in Frage, obwohl sie grundsätzlich der Ansicht ist, dass die Führung einer Bank heute eigentlich keine Staatsaufgabe mehr sein sollte. Vor allem die durchaus wichtige Vergabe von Hypotheken und Krediten an Private kann sehr gut auch von anderen, privaten Banken wahrgenommen werden, was der Markt seit Jahren hinlänglich beweist.
Es sei wiederholt: Die SVP-Fraktion folgt grossmehrheitlich den Anträgen der vorberatenden Kommission; abweichende Meinungen gibt es in der Fraktion vor allem zur Frage der Entlöhnung der Direktion. Die SVP-Fraktion unterstützt die Beibehaltung der Rechtsform der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft. Diese ermöglicht grossmögliche Freiheit, soweit im Bereich der strengen Bankenregulierung, ja Überregulierung, überhaupt von «Freiheit» gesprochen werden kann. Obwohl die SVP der Staatsgarantie grundsätzlich kritisch gegenübersteht, anerkennt sie die besondere historische Situation im Kanton Zug mit seit Jahrzehnten breit gestreuten Aktien und der lokalen Bedeutung dieses Bankinstituts. Den Status als Kantonalbank und die Staatsgarantie erachtet die SVP somit als wesentliche Wettbewerbsvorteile, ebenso die damit verbundene starke Verankerung in der Bevölkerung. Dies schafft aber auch eine grosse Verantwortung der Bank für die Zuger Gesellschaft, für die Zuger Wirtschaft und für den Stand Zug. Die SVP erwartet, dass die Kantonalbank diese Verantwortung weiterhin gebührend wahrnimmt. Die Kantonalbank ist nämlich – so scheint es zumindest – heute gut aufgestellt und solide kapitalisiert, so dass von einem geringen Insolvenzrisiko ausgegangen werden kann. Die SVP-Fraktion ist aber dezidiert der Ansicht, dass das Risiko des Kantons infolge Gewährung der Staatsgarantie angemessen abzugelten sei.
Ein Wort zur Kommissionsarbeit: Die SVP stellt als Fraktion heute keine Anträge auf Änderung des vorliegenden Entwurfs. Sie dankt dem Finanzdirektor und vor allem dessen Mitarbeiter Marco Braschler, der in die Kommissionsarbeit involviert war. Aller Anfang ist schwer, sei es als Regierungsrat oder als Kommissionspräsident. Die offensichtlichen Anfangsschwierigkeiten in der Kommissionsarbeit konnten in der zweiten und dritten Sitzung dann doch noch überwunden werden. Wenig souverän war auch der Auftritt des amtierenden Bankratspräsidenten vor der Kommission. Es ist sehr zu hoffen, dass der designierte, hier anwesende Bankratspräsident es besser macht und die hoheitliche Rolle des Kantonsparlaments aner-

kennt; das staatspolitische Verständnis dafür attestiert ihm der Votant. Die SVP-Fraktion erwartet, dass der Bankrat die vom Parlament nach der zweiten Lesung verabschiedete Lösung dannzumal proaktiv auch vor den Aktionären der Zuger Kantonalbank vertritt, auch wenn er möglicherweise nicht mit jedem Punkt der vom Kantonsrat beschlossenen Massnahmen, insbesondere bezüglich Entlöhnung der Geschäftsleitung, einverstanden ist.

**Marcel Peter** spricht für die FDP-Fraktion. Seine Interessenbindung: Er arbeitet bei einer Schweizer Grossbank in Zürich, ist aber kein Miteigentümer dieses Instituts.
Nach den Ausführungen seiner Vorredner kann er sich kurz fassen. Die FDP begrüsst die schlanke und zweckdienliche Gesetzesvorlage und tritt auf das Geschäft ein. Sie unterstützt das Gesetz in der Variante der Staatswirtschaftskommission. Der Votant wird auf die zwei aus Sicht der FDP kritischen Punkte, nämlich die Vergütung der Geschäftsleitung und die Abgeltung der Staatsgarantie, in der Detailberatung näher eingehen.

**Claus Soltermann** hält fest, dass die Regierung mit der vorliegenden Revision ein modernes und schlankes Gesetz geschaffen hat, was die GLP grundsätzlich begrüsst. Sie wird grösstenteils die Anträge der Staatswirtschaftskommission unterstützen. Sollte der Vorschlag der Regierung zur Reduktion des Minimums beim Aktienkapital auf ein Drittel plus eine Stimme in das Gesetz aufgenommen werden, stellt die GLP die Staatsgarantie in Frage; Näheres wird sie in der Detailberatung darlegen. Da für die GLP diese beiden Punkte aber voneinander abhängig sind, unterstützt sie den Antrag, in der Detailberatung zuerst § 5 und danach § 3 zu beraten. Die GLP ist für Eintreten auf die Vorlage.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** könnte sich eigentlich kurz fassen, weil bereits alles gesagt ist. Er möchte aber doch noch auf einige Punkte eingehen. Vorab dankt er der vorberatenden Kommission und der Stawiko für die konstruktive Diskussion. Es dankt auch der Zuger Kantonalbank bzw. dem Bankrat, der bei der Gesetzesrevision natürlich mitgewirkt hat. Dieses Zusammenwirken und das partnerschaftliche Verhältnis haben zum vorliegenden guten Ergebnis geführt. Die Meinungen waren nicht immer kongruent, aber die Diskussion war konstruktiv. Es ist wichtig, dass ein Gesetz geschaffen wurde, das schlank und flexibel ist, und dass die operativen Teile in Statuten und einem Organisationsreglement geregelt sind. Das war das Ziel.
Zur Verzögerung bei der Gesetzesrevision: Als die kantonalen Finanzen etwas ins Strudeln kamen, gab es Stimmen, sich über die Abgeltung der Kantonalbank mehr Geld in die Kasse spülen zu lassen. Darüber wurde intensiv diskutiert, und diese Diskussion brauchte eine gewisse Zeit, da das Modell der Abgeltung − man wird es auch in der Detailberatung sehen − keine einfache Sache ist. Man hat sich deshalb entschieden, die Sache aufzuteilen. Im Sparpaket 2018 wurde das «Steuerprivileg» von 50 Prozent eliminiert, der Rest folgt jetzt. Aus dieser Aufteilung ergab sich eine leichte Verzögerung. Und es sei wiederholt: Die Diskussionen mit der Kantonalbank waren nicht einfach, dies nicht weil man sich nicht finden konnte, sondern weil die Materie komplex ist.
Der Kommissionspräsident hat bereits darauf hingewiesen, dass es etwa fünf Punkte gibt, die in der Detailberatung wohl etwas Zeit brauchen. Die Frage, ob der Kanton an der Kantonalbank strategisch beteiligt sein soll, gehört − so hat es der Finanzdirektor gehört − nicht dazu. Auch die Frage der Höhe der Beteiligung hat sich geklärt: Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der vorberatenden Kommission an, die Beteiligung bei 50 Prozent zu belassen. Er hat eingesehen, dass sein Antrag

zu einer schwierigen Diskussion über «Staatsgarantie ja oder nein?» führen könnte. Und da der Regierungsrat sowieso nicht beabsichtigt, die 50-prozentige Beteiligung aufzugeben, sondern einzig die Freiheit haben wollte, bei einer allfälligen Kapitalerhöhung mitzumachen oder nicht, kann er der 50-prozentigen Beteiligung gut zustimmen. Zu den Fragen bezüglich Staatsgarantie, Abgeltung und Lohnregelung im Gesetz wird der Finanzdirektor in der Detailberatung Stellung nehmen.
Bezüglich der angesprochenen Eignerstrategie ist es ja nicht so, dass der Regierungsrat zusammen mit der Kantonalbank keine Strategie hätte. Vielmehr findet viermal jährlich eine Sitzung statt, in der über Strategien diskutiert wird. Es mag aber zutreffen, dass man die Strategien nicht konsolidiert hat. Der Finanzdirektor hat in der vorberatenden Kommission gesagt, dass man das an die Hand nehmen werde. Wie die Strategie letztendlich aussieht, wird sich dann weisen.
Zu der von Alois Gössi angesprochenen Verschärfung beim Quorum in § 17, wo die vorberatende Kommission die Hürde auf eine Zweidrittelmehrheit angehoben hat, hält der Finanzdirektor fest, dass der Regierungsrat mit dem Antrag der vorberatenden Kommission durchaus leben kann. Allerdings muss das Parlament schon überlegen, ob diese Lösung gut und sinnvoll ist. Denn mit dem Höhersetzen der Hürde − Zweidrittelmehrheit wie nach altem Recht − gibt der Gesetzgeber natürlich auch Kompetenzen ab. Es ist eine politische Frage, die der Kantonsrat bewerten muss, weil der Kanton nach neuem Recht bei Gesetzesänderungen nicht mehr mitstimmt. Alois Gössi hat auch das risikobasierte Modell und die Frage nach der Stellungnahme der Zuger Kantonalbank angesprochen. Eine formelle Stellungnahme gibt es in der Tat nicht, es gibt aber eine Haltung, die sich aus den Diskussionen ergeben hat. Auch in Hinblick auf die heutige Sitzung wurde mit der Kantonalbank über das risikobasierte Modell gesprochen, der Finanzdirektor wird in der Detailberatung das eine oder andere dazu ausführen. Eine formelle Stellungnahme gibt es auch deshalb nicht, weil die vorberatende Kommission einem risikobasierten Modell nicht zugestimmt hat. Die Frage wurde dann erst in der Stawiko wieder gestellt, was dann zur entsprechenden Diskussion führte.
Den Hinweis auf die soziale Komponente nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis. Es ist natürlich auch eine operative Frage, wie weit diese soziale Komponente mit Bezug auf KMU etc. gehen soll. Festzuhalten ist aber, dass man gut beraten ist, wenn die Politik dort Einfluss nimmt, wo sie Einfluss nehmen muss − mehr nicht. Man soll ein Unternehmen zwar nicht schalten und walten lassen, wie es will, aber man soll es *geschäften* lassen.
Zum Stichwort Crypto Valley: Es ist für die Startups in dieser neuen Branche in der Tat schwierig, Finanzdienstleistungen zu erhalten, dies nicht nur bei der Zuger Kantonalbank, sondern in der ganzen Schweiz. Es ist für die Banken eine Risikoabwägung: Geldwäscherei, Korruption etc. Die Banken haben 2008 einen Schuh voll herausgezogen, was auch zur entsprechenden Regulierung durch die FINMA führte. Es geht um Reputationsschäden, die entstehen können, und da muss man vorsichtig sein. Und es kann nicht sein, dass die Politik einer Bank einen Kontrahierungszwang aufoktroyiert, zumal es in dieser neuen Branche doch noch offene Fragen gibt. Dass hier die Banken − vor allem die grossen Banken, die mit den USA in Verbindung stehen − nicht einfach ins Elend schreiten, ohne nach links und rechts zu schauen, ist für den Finanzdirektor verständlich. Immerhin hat die Bankiervereinigung zusammen mit der FINMA als Aufsichtsbehörde nun eine Empfehlung abgegeben, unter welchen Rahmenbedingung und Voraussetzungen eine Bank Finanzdienstleistungen für die betreffende Branche anbieten kann. Man hat also einen Schritt in die richtige Richtung getan.
Abschliessend dankt der Finanzdirektor namens des Regierungsrats, aber auch der Zuger Kantonalbank für die gute Aufnahme der Vorlage und für das Eintreten.

**Andreas Hausheer** findet es schade, dass keine Stellungnahme der Kantonalbank zum Abgeltungsmodell vorliegt. Er hat in der letzten Kommissionssitzung dem Finanzdirektor mitgeteilt, dass er genau diese Frage auch in der Stawiko zur Diskussion stellen werde und es gut wäre, wenn bis dahin eine Stellungnahme der Kantonalbank vorliegen würde. Es ist dem Votanten nicht bekannt, warum die Kantonalbank keine Stellungnahme abgab. Er will nicht spekulieren, hat dazu aber schon gewisse Ideen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

An dieser Stelle übernimmt Landschreiber Tobias Moser wieder seinen Platz.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1*
*§ 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 3*

Der **Vorsitzende** erinnert an den Antrag, § 5 vor § 3 zu beraten.

➔ Der Rat ist mit der beantragten Umstellung stillschweigend einverstanden.

*§ 5 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 5 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der ursprüngliche Antrag des Regierungsrats dem Antrag der vorberatenden Kommission gegenübersteht − wobei sich der Regierungsrat dem Antrag der Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 5 Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun zur Beratung von § 3 betreffend Staatsgarantie zurückgekehrt werden kann.

*§ 3 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 3 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 3 Abs. 3*

Kommissionspräsident **Andreas Hostettler** teilt mit, dass die Kommission diesen Punkt ausführlich und wiederholt diskutiert und zudem für ihre zweite Sitzung die Regierung mit zusätzlichen Abklärungen beauftragt hat. Dabei wurde eine Zusammenstellung aller Kantonalbanken erarbeitet und abgegeben. Insbesondere wurden die Risikomodelle von St. Gallen und Nidwalden genauer angesehen und für Zug adaptiert. Die Kommission ist mit grossem Mehr auf ein nicht risikobasiertes Modell eingeschwenkt. Dabei wurde sie von folgenden Überlegungen geleitet:
• Am Ende des Tages ist der Preis relevant, der auf der Rechnung steht, unabhängig vom gewählten Modell. Es gibt hier kein Richtig oder Falsch.
• Für die Kommission hat das prozyklische Modell die Vorteile, dass der Kanton am Erfolg der Bank beteiligt wird. Wenn es der Bank schlecht geht, werden ihr keine zusätzlichen Mittel entzogen, welche sie dringend braucht, um ihre Eigenkapitalstärke oder Eigenkapitaldecke aufzubauen.
• Die Bank ist auf Bundesebene bereits so stark reglementiert und mit Vorgaben bei drohender Schieflage abgesichert, dass eine Versicherungsprämie nicht nötig ist.
• Als Aktionär kann der Kanton eine unfähige Bankenleitung entfernen.
• Der Kommission ist bewusst, dass die Zuger Kantonalbank im Gegensatz zu Raiffeisen, Zürcher Kantonalbank, UBS oder CS nicht systemrelevant ist, jedoch der Einlegerschutz bis 100’000 Franken vorhanden ist.
Die Kommission steht somit hinter dem Grundsatzantrag der Regierung, mit dem kleinen Unterschied, dass sie den Passus «unter Vorbehalt der aufsichtsrechtlichen Vorgabe» nicht für nötig hielt. Sie möchte nach eingehendem Studium des St. Galler und Nidwaldner Risikomodells keine Abgeltung in Prozenten. Zu unterschiedlich sind deren Eignerschaft und Struktur. Zudem wirkt diese Regelung und steuert indirekt das Verhalten der Bank, welche konsequent Wege suchen wird, diese Prämie zu senken. Ob dies im Interesse des Kantons ist, vor allem dann, wenn eine hohe Eigenkapitaldecke nicht belohnt wird, wird bezweifelt.
Diese Überlegungen haben die vorberatende Kommission entgegen der Stawiko zu einem prozyklischen Modell bewogen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** hält fest, dass die eben gehörten Argumente der vorberatenden Kommission für das Dividendenmodell für die grosse Mehrheit der Stawiko-Mitglieder gerade *keine* Argumente waren. Weil die Stawiko den risikobasierten Ansatz als richtig erachtet, hat sie sich in ihrer Sitzung für das von einem

Mitglied beantragte Nidwaldner Modell entschieden. Der Kommission wurde seitens der Regierung kommuniziert, dass die Zuger Kantonalbank eine hervorragende Bank und eine mögliche Staatshaftung in weiter Ferne sei. Das sieht die Stawiko etwas differenzierter. Sie geht mit der Regierung einig, dass die Zuger Kantonalbank eine solide Bilanz und eine hohe Rentabilität aufweist. Die Stawiko sieht jedoch sehr wohl gewisse Risiken. Um nur drei Beispiele zu nennen: Blockchain-Technologie, hohe Immobilienpreise gerade in Zug, nationaler und internationaler Verdrängungswettkampf; wie gehört, möchte auch PostFinance in das Kredit- und Hypothekargeschäft eintreten, und auch die ausländischen Banken stehen vor der Tür. Und immerhin sind in der Schweiz in jüngster Vergangenheit rund 20 Prozent der Kantonalbanken in grosse Schwierigkeiten geraten: Solothurn, Genf, Appenzell Ausserrhoden, Bern, Waadt. Das ist einfach Fakt.
Schon während der Sitzung hat der Finanzdirektor Bedenken zum Entscheid der Stawiko geäussert, und im Nachgang zur Sitzung hat er sich in einem dreiseitigen Papier gegen deren Vorschlag bzw. das Nidwaldner Modell ausgesprochen. Ob das Nidwaldner Modell das richtige sei, darüber lässt sich sprechen. Die Stawiko ist diesbezüglich offen und wird in ihrer nächsten Sitzung die Einwände des Finanzdirektors besprechen. Sie ist bereit, auf die zweite Lesung hin auch eine andere Möglichkeit anzuschauen. Sie verwehrt sich aber dagegen, aus Dringlichkeitsgründen Hand für das bisherige Dividendenmodell zu bieten, nur weil es eilt und man es einfach so will. Auch das Argument, dass diese Bestimmung das Gesetz an der Generalversammlung zu Fall bringen könnte, lässt die Stawiko nicht gelten.
Die Stawiko-Präsidentin bittet den Rat, dem Antrag der Stawiko zu folgen und sich für den risikobasierten Ansatz auszusprechen.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die ALG-Fraktion die prozyklische Variante, also den Antrag der vorberatenden Kommission, unterstützt. Mit der Staatsgarantie agiert der Kanton aus der Perspektive des Versicherers oder Rückversicherers, und da wäre die risikobasierte, antizyklische Variante sinnvoll. Andererseits hat der Rat eben stillschweigend beschlossen, dass der Kanton 50 Prozent der Aktien zu halten habe, womit er eben auch Eigner ist. Und für die ALG-Fraktion ist die Eignerperspektive in der vorliegenden Frage wichtiger als die Versichererperspektive, weshalb sie für die prozyklische Variante ist. Denn der Eigenmittelbedarf und die Risikopuffer sind gerade in schlechten Jahren sehr wichtig, und wenn dann die Abgeltung hinaufgehen würde, würde sich das negativ auf die Eigenmittelausstattung auswirken. Da beisst sich dann die Katze in den Schwanz, zumindest aus der Eignerperspektive gesehen. Die ALG ist also nicht deshalb für das prozyklische Modell, weil es bisher schon so war, sondern aus prinzipiellen Überlegungen.

**Pirmin Andermatt** spricht für die CVP-Fraktion. Die Frage nach dem Nutzen und der Wichtigkeit einer Staatsgarantie kann unterschiedlich beurteilt werden − und wird es auch. Braucht es noch eine Staatsgarantie? Und wenn ja: Welchen qualitativen und quantitativen Wert hat sie? Ist sie allenfalls marktverzerrend? Wahrscheinlich sind sich alle einig, dass die Zuger Kantonalbank auch ohne Staatsgarantie überleben würde. In der Bevölkerung ist dieser Schutz aber gut verankert, und es wäre vermutlich schwierig zu erklären, weshalb die Staatsgarantie wegfallen soll. Zur Art und Weise der Abgeltung ist festzuhalten, dass die Staatsgarantie als Versicherung anzusehen ist. Eine Versicherung muss − wie alle wissen − mit einer Prämie bezahlt werden. Und bei der Staatsgarantie soll das nicht so sein? Es wird eine prozyklische Variante mit dem Dividendenmodell empfohlen. Aber eine Bank berechnet ihre Zinsen ja nach Risiken, also risikoadjustiert. Je nach Kunde und Kundenbeziehung kann es deshalb erhebliche Unterschiede geben. Warum

also soll nicht auch die Staatsgarantie, welche für den Kanton ein Risiko darstellt, risikobasiert und damit antizyklisch abgegolten werden? Die CVP-Fraktion unterstützt den Wechsel zum antizyklischen Ansatz der Risikoabgeltung.
Zur fehlenden Stellungnahme der Kantonalbank zur Abgeltungsfrage hält der Votant fest, dass diese Frage bereits in der vorberatenden Kommission besprochen wurde. Es wurde knapp entschieden, und es war klar und angekündigt, dass auch in der Stawiko ein Antrag auf eine risikobasierte Lösung gestellt würde. Hier hätte frühzeitig reagiert und eine formelle Stellungnahme der Bank abgeholt werden können. Die Ausführungen der Bank, dass sie ihr Risikokapital bei einem Wechsel auf das gesetzliche Minimum reduzieren würde, erachtet die CVP als nicht nachhaltig. Es ist nämlich klar im Interesse der Bank und letztendlich der Aktionäre, wenn sie über eine komfortable Überdotierung des Risikokapitals verfügt. Für den Fall, dass das Risikomodell obsiegen sollte, bittet die CVP den Regierungsrat, auf die zweite Lesung die entsprechenden Berechnungsmodelle und Argumentarien für bzw. gegen den Wechsel auszuarbeiten. Die CVP-Fraktion empfiehlt grossmehrheitlich, dem Antrag der Stawiko zu folgen.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass die SVP-Fraktion klar der vorberatenden Kommission folgt und sich den Argumenten von Anastas Odermatt anschliesst. Zu präzisieren ist, dass die Stawiko ihren Entscheid mit 5 zu 2 Stimmen fällte, also keineswegs so eindeutig, wie es die Stawiko-Präsidentin darstellte. Die SVP-Fraktion beschloss bei 1 Enthaltung, bei § 3 Abs. 3 dem Antrag der vorberatenden Kommission zu folgen.

**Marcel Peter** hält fest, dass es für die FDP-Fraktion klar ist, dass sich die Abgeltung an marktkonformen Gegebenheiten zu orientieren hat. Wäre der Kanton neben seiner Rolle als Garantiegeber nicht auch noch Aktionär, würde sich die Diskussion wohl erübrigen, und man würde sich klar auf ein risikobasiertes Modell einigen. Der Finanzdirektor wird nachher erläutern, warum man am alten Modell festhalten solle: Es bestehe keine Not, etwas anzupassen, wo sich das alte System doch bewährt habe. Der Rat berät hier und jetzt aber die Gesetzesrevision − und das ist nach Ansicht der FDP Not genug, um das Abgeltungsmodell so vernünftig und praktikabel wie möglich auszugestalten und entsprechend im Gesetz festzuschreiben. Weiter wird der Finanzdirektor wohl erklären, dass jede Kantonalbank unterschiedlich sei und man sich nicht einfach an einer anderen Bank orientieren könne. Nun, die meisten Kantonalbanken − dazu gehört auch die Zuger Kantonalbank − sind bilanz- und erfolgsrechnungstechnisch vorwiegend im Hypothekarmarkt aktiv. Sofern die Zuger Kantonalbank also nicht auf kreative Ideen im US-Markt kommt, kann aus heutiger Sicht fast nur eine Krise an Hypothekarmarkt zur Benützung der Staatsgarantie führen. Dies ist bei fast allen Kantonalbanken ziemlich ähnlich und von der Aktionärsstruktur unabhängig. Somit können die Abgeltungsmodelle sehr wohl verglichen werden.
Nachdem diese zwei Argumente der Finanzdirektion nun präventiv besprochen wurden, wird der FDP wohl auch noch vorgehalten, dass im Modell von Nidwalden zwar die Risiken, aber nicht die Reserven der Bank einfliessen, die doch bereits die erste Massnahme gegen ebendiese Risiken seien. Das stimmt − und darum stellt die FDP-Fraktion zusammen mit ihrer Unterstützung des Antrags der Stawiko den **Antrag** auf zusätzliche Abklärungen auf die zweite Lesung hin: Die Regierung soll ein für die Zuger Kantonalbank adäquates risikobasiertes Abgeltungsmodell aufzeigen, das neben dem Risiko auch die bereitgestellten Reserven umfasst.
Zu den vorangehenden Voten ist festzuhalten, dass das postulierte Modell nicht antizyklisch ist. Wenn es der Bank schlecht geht, muss sie nicht eine höhere Ab-

geltung bezahlen. Sie muss erst mehr bezahlen, wenn sie mehr Risiko eingeht: 8 Prozent mal risikogewichtete Anlagen. Ein schlechtes Resultat führt also nicht zu einer höheren Abgeltung. Entsprechend handelt es sich nicht um ein antizyklisches, sondern um ein risikobasiertes Modell.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt Marcel Peter für dessen Votum, in dem er bereits auch viele Argumente der Regierung dargelegt hat. Es trifft zu, dass keine formelle Stellungnahme der Kantonalbank zur vorliegenden Frage eingeholt wurde. Natürlich wurde mit der Bank im Vorfeld auch intensiv über die Abgeltung und die Abgeltungshöhe diskutiert. Der Entscheid in der vorberatenden Kommission fiel dann relativ klar aus, und es gab dort − Irrtum vorbehalten − auch eine Anfrage, ob man eine Stellungnahme der Bank einholen solle oder nicht. Das wurde als nicht nötig erachtet. Aus Effizienzgründen wurde die Bank zwar informiert, dass diese Frage allenfalls noch in der Stawiko aufkeimen könnte, auf das Einholen einer formellen Stellungnahme wurde aber verzichtet. Man mag das der Regierung nun vorwerfen oder nicht, es war per se aber nicht nötig.
Über die Abgeltung und deren Höhe und Modell könnte man tagelang diskutieren − was übrigens auch geschehen ist: Mit dem Bankrat wurde tagelang darüber diskutiert. Es gibt dazu keine exakte Wissenschaft, und gerade deshalb gibt es die verschiedensten Formen: Jede Bank hat ein anderes Modell. Der Finanzdirektor erinnert sich, dass in der ersten Kommissionssitzung ein versierter Experte mit aller Klarheit ausführte, dass ein dividendenbasiertes Modell vor allem auch vor dem Hintergrund der Ausgestaltung der Zuger Kantonalbank mit 50 Prozent Privataktionären absolut adäquat sei. Natürlich kann man aber auch über ein risikobasiertes Modell diskutieren. Allerdings sieht der Regierungsrat keinen wirklichen Handlungsbedarf, weshalb er vorschlägt, beim bewährten Modell zu bleiben, dies auch vor dem Hintergrund − und das ist nicht als Drohung gemeint −, dass das Gesetz letztlich auch von der Generalversammlung und somit von den Privataktionären getragen werden soll. Der Finanzdirektor geht allerdings nicht davon aus, dass dieser Punkt matchentscheidend sein wird.
Es wurden Risiken wie Blockchain etc. genannt. Es obliegt der Bank, ob sie solche Risiken eingehen will oder nicht. Der Finanzdirektor geht davon aus, dass gerade die Zuger Kantonalbank sehr vorsichtig mit den mit Blockchain verbundenen Risiken − Startups, Geldwäscherei etc. − umgehen wird, wie ganz generell die schweizerische Bankenwelt, die keine Reputationsrisiken eingehen wird; 2008 und folgende lassen grüssen. Ob der Immobilienmarkt ein Risiko ist oder nicht, lässt der Finanzdirektor offen. Immerhin hält er fest, dass die Geschäftstätigkeit der Zuger Kantonalbank sich nicht zu 100 Prozent auf den Immobilienbereich konzentriert. Auch dazu hat der oben erwähnte Experte ausgeführt, dass die Diversifierung der Kantonalbank sehr gut sei. Natürlich hat sich die Risikolage seit 2008 verändert, auch durch die harten Regulierungsvorschriften der FINMA. Es wurde bereits ausgeführt: Die Zuger Kantonalbank hat heute ein Eigenkapital von fast 18 Prozent, vorgeschrieben ist ein Minimum von 8 Prozent. Das zeigt auch, dass sich die Bank der Risikosituation bewusst ist. Und es schleckt keine Geiss weg: Die Ausgestaltung der Zuger Kantonalbank ist nicht identisch mit derjenigen der von der Stawiko angesprochenen Nidwaldner Kantonalbank. Sie ist keine öffentlich-rechtliche Anstalt. Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht falsch, hier ein valables Modell zu wählen. Und ja: Der Kanton schöpft dann ab, wenn die Zeiten gut sind − und wenn die Zeiten nicht gut sind, schöpft er eben nicht ab.
Sollte sich der Kantonsrat im Grundsatz für ein risikobasiertes Modell entscheiden, müsste der Regierungsrat in der Tat über die Bücher gehen, zusammen mit dem Bankrat. Dann müsste ein neues Modell gesucht werden, denn das Nidwaldner Mo-

dell respektiert die Situation mit einem Eigenkapital von 18 Prozent bzw. dem Überschuss in keiner Art und Weise. Es müsste dann wohl Richtung Graubündner Modell gehen, wo man mit einem Rabattsystem arbeitet. Man müsste das aber auf die zweite Lesung hin genauer anschauen. Aber auch ein solches Modell wäre nicht das richtige für die Zuger Kantonalbank. Letztlich ist es eine politische Frage − und die Antwort ist für den Regierungsrat und den Bankrat klar: Wenn kein Handlungsbedarf besteht, muss ein bewährtes System nicht geändert werden. Der Finanzdirektor bittet deshalb, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Abs. 3 zuerst bereinigt werden muss: In den Anträgen der Regierung und der Stawiko steht der Passus «unter Vorbehalt der aufsichtsrechtlichen Vorgaben», während die vorberatende Kommission diesen Vorbehalt nicht vorsieht. Darüber wird in der ersten Abstimmung entschieden. In der zweiten Abstimmung geht es dann um die Gretchenfrage «Dividenden- oder risikobasiertes Modell?»

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ergänzt bezüglich des Passus' «unter Vorbehalt der aufsichtsrechtlichen Vorgaben», dass in der vorberatenden Kommission − Irrtum vorbehalten − gesagt wurde, dass in § 1 bereits auf alle gesetzlichen Grundlagen verwiesen werde und es deshalb in § 3 Abs. 3 diesen Vorbehalt nicht mehr brauche. Die Finanzdirektion hat bei der FINMA nachgefragt, und diese rät dringend, den Vorbehalt beizubehalten bzw. aufzunehmen. Man verliert dadurch nichts, und die FINMA hat in einem Schreiben an die Finanzdirektion aufgezeigt, dass gewisse Differenzierungen zu den allgemeinen Bestimmungen in § 1 vorhanden sind. Der Finanzdirektor bittet deshalb, den ausdrücklichen Vorbehalt in § 3 Abs. 3 aufzunehmen.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat beschliesst mit 51 zu 21 Stimmen, die Wendung «unter Vorbehalt der aufsichtsrechtlichen Vorgaben» in den Erlasstext aufzunehmen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat genehmigt mit 42 zu 29 Stimmen den bereinigten Antrag des Regierungsrats.

*§ 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 5*

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass dieser Paragraf bereits behandelt wurde.

*§ 6*
*§ 7*
*§ 8*
*§ 9*
*§ 10*
*§ 11*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 12 Abs. 1 und 2*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die Regierung dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 12 Abs. 3, 4 und 5*
*§ 13*
*§ 14*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 14a*

Kommissionspräsident **Andreas Hostettler** hält fest, dass die Lohnfrage in der Kommission mehrmals intensiv diskutierte wurde. In der zweiten Sitzung sprach sich die Kommission mit Stichentscheid des Präsidenten gegen die Aufnahme einer Begrenzung des Lohns aus. Mittels Rückkommensantrag wurde in der dritten Sitzung die Regelung des Lohns nochmals zur Diskussion gestellt. Die Kommission beriet den entsprechenden Antrag nochmals im Detail und schwenkte dann auf den modifizierten und einfacheren Antrag ein. Dazu folgende Hinweise:
• Einen Lohndeckel per se kennt nur der Kanton Aargau. Er hat seine marktführende Stellung verloren. In der Zürcher Kantonalbank arbeiten etwa vierzig Mitarbeiter mit einem höheren Lohn als der Chef der Aargauer Kantonalbank.
• Die Zuger Regierung hat bereits entschieden, die heute bezahlten 950’000 Franken bei der nächsten Anstellung um ca. 100’000 bis 150’000 Franken zu reduzieren.
• Es stellt sich die Frage, auf welchen sinnvollen und wirksamen Median Bezug genommen wird: Bilanzsumme und Anzahl Mitarbeiter.
• Bis heute sehen die 2500 bis 3500 Aktionäre, welche jeweils an der Generalversammlung erscheinen, keine Notwendigkeit einer Lohndeckelung.

Für Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** zeigt es sich einmal mehr: Lohnthemen sind sensibel. Wie sie bereits in ihrem Eintretensvotum erwähnte, empfiehlt die Stawiko die Löschung des neuen § 14a. Die vorberatende Kommission will Einfluss nehmen und macht dies ausgerechnet bei der Entschädigung der Geschäftsleitung. Weshalb nimmt sie nicht Einfluss auf die Zinspolitik − beispielsweise ein Verbot von Negativzinsen −, auf Risikozuschläge bei Kreditvergaben oder auf die bereits genannten Bankgebühren? Diese Themen würden den Bankkunden und Bürger viel mehr interessieren als der Lohn der Geschäftsleitung! Weiter lässt die Formulierung im Gesetzestext viele Fragen offen: Welches sind die vergleichbaren Kantonalbanken? Welche Löhne werden miteingerechnet? Und was ist, wenn der Vergleichswert höher als die in Zug bezahlten Löhne ist? Muss dann nach oben angepasst werden? Wohl schon, wenn es so im Gesetz steht.
Man sieht: Das kann doch nicht Thema in einem Gesetz sein! Die Stawiko vertraut hier auf die Festlegung der Entschädigungen durch den Bankrat und am Ende auf die Genehmigung durch die Generalversammlung, das gemäss Obligationen- und Aktienrecht dazu befugte Organ.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die ALG-Fraktion für eine Regelung auf Gesetzesstufe und damit für § 14a ist. Es ist der Kantonsrat, der entscheidet, was im Gesetz steht − und er darf und kann diese Bestimmung ins Gesetz schreiben. Das Interesse an einer solchen Regelung ist vorhanden. Im Bankensektor hat man sich in den letzten Jahren relativ schön eingerichtet, was in der Bevölkerung zu Aufruhr geführt hat und nicht einfach goutiert wurde. Es ist deshalb gut, auf Gesetzesstufe zwar nicht einen Riegel, aber eine gangbare Regelung vorzugeben. Und der Vorschlag der vorberatenden Kommission ist ein gangbarer Weg. Wenn die Regelung nur in einem Reglement steht, nützt sie − wie es scheint − nichts. Es besteht also Bedarf, sie auf Gesetzesstufe anzuheben. Das hat mehr Strahlkraft und ist gewichtiger als die Regelung in irgendeinem Reglement.

**Barbara Gysel** kann sich der Aussage der Stawiko-Präsidentin anschliessen, dass Lohndebatten zu viel Aufmerksamkeit führen und der Lohn im vorliegenden Kontext nicht das einzige relevante Thema ist. Sie kann sich auch ihrem Vorredner anschliessen: Die SP-Fraktion unterstützt, dass die Lohnsumme der Geschäftsleitung auch auf gesetzlicher Stufe thematisiert wird. Die SP gibt aber zu bedenken, dass der Vorschlag der vorberatenden Kommission mehrere Fragen offen lässt und auch sehr milde und mit der Formulierung «orientiert sich» sehr unverbindlich ist. Das Aargauer Kantonsparlament wurde da deutlich konkreter: Es begrenzte 2015 den Bruttolohn der Mitglieder der Geschäftsleitung beim doppelten Bruttolohn eines Mitglieds des Regierungsrats (§ 11 Abs. 3 im Gesetz über die Aargauische Kantonalbank). Im Kanton Aargau und in Zug sind die Löhne der Regierungsräte mehr oder weniger vergleichbar und liegen um rund 300’000 Franken. Es geht also um rund 600’000 Franken für die Mitglieder der Kantonalbank-Geschäftsleitung.
Die SP-Fraktion stellt den **Antrag** auf eine analoge Regelung im Hinblick auf die zweite Lesung, wonach der Bruttolohn der Geschäftsleitung durch den doppelten Bruttolohn eines Mitglieds des Regierungsrates begrenzt werden soll.

**Pirmin Andermatt** hält als Sprecher der CVP-Fraktion fest, dass die Lohnfrage zugegebenermassen sensibel, emotional und leider oft auch von Neid und Missgunst geprägt ist. Die CVP ist einstimmig der Meinung, dass die Gehaltspolitik einer marktwirtschaftlich orientierten Aktiengesellschaft in der Kompetenz des Verwaltungsrats – bei der Zuger Kantonalbank des Bankrats – liegt. Zusätzlich ist die Gesamtentschädigung der Geschäftsleitung jedes Jahr der Generalversammlung zum Beschluss vorzulegen. Es ist nicht stufengerecht und je nach Vergleich sogar kontraproduktiv, dazu im Gesetz weitere Vorgaben zu machen. Die CVP-Fraktion empfiehlt deshalb, den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen und dem Antrag der Stawiko und des Regierungsrats zu folgen.

Für SVP-Fraktionssprecher **Philip C. Brunner** kommt es nicht oft vor, dass jemand aus der SP-Fraktion ihm gewissermassen das Votum stiehlt. Auch er wollte darauf hinweisen, dass die vorgeschlagene Regelung sehr milde ist. Das von Barbara Gysel dargelegte Aargauer Modell kam auch in der vorberatenden Kommission zur Sprache: Verdoppelung eines Regierungsratsgehalts − und fertig. Hier aber liegt eine Mittellösung vor, und der Votant ist nicht sicher, ob der Antrag der SP einfach taktisch bedingt ist, damit die mittlere Lösung noch ein paar Sympathien findet. Auf jeden Fall lehnt die SVP den Antrag der SP ab, unabhängig davon, ob die angekündigte Formulierung jetzt oder erst in der zweiten Lesung vorliegt. Die SVP wird grossmehrheitlich also den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützen.
Das von Pirmin Andermatt vorgebrachte Argument ist wahrscheinlich schon richtig, aber die Sensibilität und die Verantwortung für die in den Eintretensvoten von allen

gelobte Kantonalbank verlangt, dass der Kantonsrat auch in diesem Punkt hinschaut. Ob es möglich ist, auch auf Zinssätze etc. Einfluss zu nehmen, wie es die Stawiko-Präsidentin angesprochen hat, ist eine andere Frage. Im Weiteren weist der Votant darauf hin, dass sich die Stawiko mit 4 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung gegen eine Regelung ausgesprochen hat. Das emotionale Votum der Stawiko-Präsidentin für die Interessen der Geschäftsleitung hat die SVP zur Kenntnis genommen.

**Marcel Peter** hält als Sprecher der FDP-Fraktion fest: Die vorberatende Kommission hat relativ knapp entschieden, dass im Gesetz niedergeschrieben werden soll, der Lohn der Geschäftsleitung habe sich am Median vergleichbarer Kantonalbanken zu orientieren. Aus liberaler Sicht ist es grundlegend falsch, das in ein Gesetz zu schreiben. Die Zuger Kantonalbank hält sich auf freiwilliger Basis an die Vorgaben der Minder-Initiative, wonach die Aktionäre über die Vergütung der Geschäftsleitung zu befinden haben. Damit ist die Salärentscheidung abschliessend bereits heute auf der richtigen Ebene angesiedelt. Auch im Hinblick auf die Privataktionäre erscheint es nicht korrekt, diesen die Mitsprache bezüglich Saläre zu verwehren. Wo käme man denn hin, wenn jedes Salär auf Gesetzesstufe geregelt werden müsste? Soll man ins Gesetz schreiben, dass die Saläre von Buschauffeuren oder Hauswarten dem Median der umgebenden Kantonen entsprechen sollen? Wohl eher nicht. Inhaltlich kann man gegen überrissene Managementsaläre sein, aber bei der Zuger Kantonalbank handelt es sich um eine AG, die nur zu 50 Prozent im Besitz des Kantons ist, und da wäre es diametral falsch, eine solche Regelung in ein kantonales Gesetz zu schreiben. Im Weiteren hat die Regierung als Vertreter des Hauptaktionärs gegenüber dem Bankrat bereits klargestellt, dass man sich beim neuen CEO am entsprechenden Medianlohn zu orientieren habe. Man darf sich keine Illusionen machen: Wenn man eine gut funktionierende Kantonalbank will, muss diese in der Lage sein, marktkonforme Löhne zu bezahlen. Median heisst Durchschnitt, also Mittelmass. Will der Kantonsrat wirklich in ein Gesetz schreiben, dass die sehr gute, wenn nicht sogar noch bessere Zuger Kantonalbank, auf die alle so stolz sind, nur mittelmässige Chefsaläre bezahlen darf? Nicht zu unterschätzen ist auch das Zeichen der Verpolitisierung, das gesetzt wird, wenn man beginnt, Beschränkungen des Salärs ins Gesetz zu schreiben. Der Politik ausgeliefert zu sein, könnte mögliche Kandidatinnen oder Kandidaten durchaus abschrecken.
In den Eintretensvoten − der Votant hat genau aufgepasst − haben vier Redner von einem schlanken Gesetz gesprochen, nämlich Kommissionspräsident Andreas Hostettler, Pirmin Andermatt und der Finanzdirektor sowie Philip C. Brunner, der das Gesetz als modern und verkürzt lobte, das − sehr wichtig − nur das Notwendigste regle. Entsprechend freut sich der Votant, wenn der Rat die Regelung betreffend Saläre nicht ins Gesetz aufnimmt.

**Heini Schmid** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Aktionär bei der Zuger Kantonalbank. Sein Urgrossvater hat diese Bank mitbegründet, er war vorher an einer Privatbank beteiligt und hat politisch wie privat daran mitgewirkt, dass die Zuger Kantonalbank entstanden ist. Der Votant fühlt sich deshalb verpflichtet, hier für die Interessen der Privataktionäre zu sprechen.
Die Zuger Kantonalbank ist ein Spezialfall: 50 Prozent gehören nicht dem Kanton, sondern privaten Aktionären. Die Zuger Kantonalbank ist deshalb so erfolgreich, weil sie aus zwei Welten jeweils das Beste mitbekommen hat: von Seiten des Kantons die Staatsgarantie und die Sicherheit sowie der Fokus, die Wirtschaft im Kanton Zug zu unterstützen, aus der Privatwirtschaft die marktwirtschaftliche und risikoadäquate und eben nicht politisch determinierte Geschäftspolitik. Das hat die Zuger Kantonalbank im Unterschied zu all den anderen Kantonalbanken, die leid-

volle Erfahrungen machen mussten, so erfolgreich gemacht. Mit dem vorliegenden Paragrafen betritt man ein gefährliches Terrain: Plötzlich soll nicht mehr der Markt entscheiden, welche Entlöhnung der Geschäftsleitung und der Angestellten richtig ist, sondern irgendwelche politischen Vorgaben. Damit wird ein Rubicon überschritten. Es geht nicht, dass man den Privataktionären irgendwelche politische Leitlinien aufs Hirn drückt. Die Aktionäre müssen zwar mit ihrem Geld haften, der Lohn der Geschäftsleitung aber soll plötzlich politisch determiniert sein: Das war noch nie ein gutes Modell für die Privatwirtschaft und wird es auch nie sein. Der Votant bittet deshalb, den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** kann sich den Voten der zwei letzten Vorredner anschliessen. Von Seiten der Regierung und auch des Bankrats ist es wichtig darauf hinzuweisen, wie die Entlöhnung der Geschäftsleitung zustande kommt. Es ist nicht einfach ein Daumen-hoch-oder-runter. Zum einen wird die Minder-Initiative bei der Zuger Kantonalbank voll umgesetzt, obwohl diese dazu nicht verpflichtet wäre. Seit der Generalversammlung 2014 oder 2015 entscheiden die Aktionärinnen und Aktionäre, also auch der Kanton, über die Vergütung der Geschäftsleitung. Zum andern basiert die Entlöhnung auf dem Median vergleichbarer Kantonalbanken. Der Regierungsrat bzw. die Finanzdirektion diskutiert mit dem Bankrat bzw. dessen Präsidenten jedes Jahr auch über die Entlöhnung der Geschäftsleitung. Weil es diesbezüglich Diskussionen gab, hat der Regierungsrat in einem Beschluss festgelegt, dass sich die Löhne nach denjenigen vergleichbarer Kantonalbanken ausrichten. Dieser Regierungsratsbeschluss wird vom Bankrat umgesetzt. Der Regierungsrat hat diesbezüglich also seine Pflicht getan, und er ist der Meinung, dass diese Regelung ausreicht.
Der Hinweis von Heini Schmid auf den Sonderfall Zuger Kantonalbank ist wichtig: Die privaten Aktionäre haben ebenfalls ein Wort mitzureden. Die Privataktionäre werden im Übrigen auch *vor* dem Kanton zur Haftung gezogen: Wenn das Eigenkapital der Bank aufgebracht ist, werden die privaten Aktionäre als Erste zur Kasse gebeten. Man muss auch aus diesem Grund die Privataktionäre entsprechend berücksichtigen.
Zur Forderung von Barbara Gysel, man solle noch weiter gehen und eine Regelung ähnlich derjenigen des Kantons Aargau treffen, hält der Finanzdirektor fest, dass die Aargauische Kantonalbank eine hundertprozentige Staatsbank ist. Das ist eine völlig andere Situation. Eine analoge Regelung wäre wirklich nicht gut. Auf dem Platz Zürich liegen die Saläre bei 1 Million Franken und mehr. Das ist gerechtfertigt, es ist marktkonform. Wenn die Zuger Kantonalbank einen guten Bankleiter will, kann man ihm nicht gesetzlich fixierte 600’000 Franken anbieten. Dann erhält man nämlich nicht einen hervorragenden CEO, sondern vielleicht jemanden aus der vierten Stufe bei der Zürcher Kantonalbank. Vielleicht sind es junge Leute, die Interesse an einem solchen CEO-Posten haben, aber sobald sie ihre Leistung bringen, werden sie abgeworben. Und dann fehlt es an Kontinuität − und stetige Wechsel in der Führung einer Bank sind tödlich. Das führt zu Unruhe auch innerhalb der Geschäftsleitung. Das kann es nicht sein! Und ganz generell ist die Regierung − wie schon gesagt − der Meinung, dass eine Reglung nicht notwendig sei. Es gibt andere Möglichkeiten, auf die Löhne einzuwirken, nämlich über den Aktionär, in diesem Fall den Regierungsrat. Vor diesem Hintergrund bittet der Finanzdirektor, § 14a nicht ins Gesetz aufzunehmen.

**Barbara Gysel** dankt Heini Schmid für seine interessanten Ausführungen zu den zwei besten Welten. Das vorliegende Thema wird ja auch auf nationaler Ebene diskutiert, und es gab im Nationalrat eine parlamentarische Initiative zu den Löhnen

der staatsnahen Betriebe. Die Votantin zitiert dazu den CVP-Präsidenten Gerhard Pfister: «Mich stört, dass solche Leute das Beste aus beiden Welten nehmen. Geht es um ihre eigenen Löhne, argumentieren sie mit der privaten Marktlogik, geht es um das Angebot, argumentieren sie mit dem Service-public-Gedanken − ein Widerspruch, den es zu lösen gälte.»

**Heini Schmid** hält fest, dass Barbara Gysel ausdrücklich von staatsnahen Betrieben sprach, also von SBB, Post etc. Wer aber ist der Eigner dieser Betriebe? Zu 100 Prozent der Staat. Es geht also um Betriebe im Eigentum des Staats. Barbara Gysel scheint dem Votanten nicht wirklich zugehört zu haben: 50 Prozent sind einfach nicht 100 Prozent!

Finanzdirektor **Heinz Tännler** muss ergänzend klar festhalten, dass es bei der Zuger Kantonalbank keine Lohnexzesse gibt. Man könnte meinen, man müsse im Gesetz nun unbedingt etwas stipulieren, das verhindert, dass es solche Exzesse geben könnte. Man hört oft, die Bankleitung verdiene zu viel. Das mag bei der CS oder UBS der Fall sein, dort sind die Gehälter − offenbar auch marktgerecht − exorbitant hoch. Bei der Zuger Kantonalbank aber war die Lohnpolitik immer vernünftig. Natürlich kann man über 100'000 Franken mehr oder weniger diskutieren, aber Lohnexzesse sind bei der Zuger Kantonalbank nicht zu verzeichnen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Anträge vorliegen, die den Lohn der Geschäftsleitung im Gesetz festlegen möchten:
• Antrag der vorberatenden Kommission;
• Antrag der SP-Fraktion auf eine Begrenzung gemäss Aargauer Modell.
In der ersten Abstimmung werden diese zwei Anträge einander gegenübergestellt. Anschliessend wird der obsiegende Antrag demjenigen des Regierungsrats und der Stawiko, nämlich keine Regelung bezüglich Saläre ins Gesetz aufzunehmen, gegenübergestellt.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat folgt mit 59 zu 9 Stimmen vorerst dem Antrag der vorberatenden Kommission.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat genehmigt mit 36 zu 33 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der Staatswirtschaftskommission.

*§ 15*
*§ 16*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 17 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

SP-Fraktionssprecher **Alois Gössi** lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission ab. Wieso soll ein qualifiziertes Mehr von zwei Drittel der an der Generalversammlung vertretenen stimmberechtigten Aktien nötig sein, dies notabene ohne die Stimmen des Kantons Zug als Mehrheitsaktionär, um eine Gesetzesänderung

anzunehmen? Mehrheit ist Mehrheit, und da braucht es nicht zusätzlich ein qualifiziertes Mehr. Es handelt sich hier um eine massive Verschärfung gegenüber dem geltenden Recht. Das Quorum von zwei Drittel der Stimmen gilt schon heute, aber der Kanton kann mit 20 Prozent seiner Stimmen mitstimmen.
Die SP unterstützt den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats. Das Quorum für die Zustimmung zu einer Gesetzesänderung wird von zwei Drittel auf die Hälfte reduziert, wobei der Kanton als Mehrheitsaktionär nicht mehr mitstimmen kann. Der Votant möchte keine Verschärfung des geltenden Rechts. Wie bereits gesagt: Mehrheit ist Mehrheit, und es braucht kein zusätzlich qualifiziertes Mehr. Auch der Kantonsrat stimmt einer Gesetzesänderung, dem Budget oder einem Kredit zu oder lehnt diese ab, dies immer mit einer einfachen Mehrheit; nie ist dazu ein Quorum mit einem qualifizierten Mehr nötig. Ein qualifiziertes Mehr kennt der Kantonsrat nur für die Nichtüberweisung von Vorstössen, für eine geheime Abstimmung oder für das Behördenreferendum, nicht aber für materielle Entscheide.
Im Namen der SP-Fraktion stellt der Votant den **Antrag,** dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrats zu folgen, der kein qualifiziertes Mehr vorsieht.

Kommissionspräsident **Andreas Hostettler** hält fest, dass die Kommission am alten Recht mit der Zweidrittelmehrheit festhalten möchte. Der Grund dafür ist, dass den Interessen der Privataktionäre genügend Rechnung getragen werden soll.

**Alois Gössi** korrigiert: Es ist nicht das alte Recht, das die vorberatende Kommission vorschlägt. Es wird unterschlagen, dass der Kanton mit seinen 20 Prozent der Stimmen nicht mehr mitstimmen kann. Das ist ein Unterschied zum geltenden Recht.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bestätigt, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission angeschlossen hat. Um das Bild abzurunden, hält er fest, dass hier nicht unberücksichtigt bleiben darf, dass die Generalversammlung keine Anträge auf Gesetzesänderungen stellen kann. Dieses Recht hat die Generalversammlung nicht mehr. Das ist ein wesentlicher Punkt, den es hier ebenfalls in die Waagschale zu werfen gilt.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 52 zu 12 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 18*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**Teil II (Fremdänderungen)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil III (Fremdaufhebungen)**

***Gesetz über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973***

➔ Der Rat hebt das Gesetz über die Zuger Kantonalbank vom 20 Dezember 1973 stillschweigend auf.

**Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle übernimmt die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart nochmals den Platz des Landschreibers.

TRAKTANDUM 7

**1157 Änderung des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz)**

Vorlagen: 2823.1 - 15679 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2823.2 - 15680 (Antrag des Regierungsrats); 2823.3/3a - 15810 (Bericht und Antrag der Kommission); 2823.4 - 15834 (Bericht und Antrag der Kommissionsminderheit).

EINTRETENSDEBATTE

**Beat Sieber,** Präsident der vorberatenden Kommission, dankt allen, die mitgeholfen haben, die Änderung des Denkmalschutzgesetzes so zu beraten, wie es als Revision nun vorliegt. Die Kommission ist nach einer Einführung in die Materie durch Professor Peter Häni einstimmig auf die Vorlage eingetreten und macht dem Rat beliebt, dies auch zu tun.

**Susanne Giger** als Vertreterin der Kommissionsminderheit spricht auch für die ALG-Fraktion. Der Kanton Zug ist aufgrund seines reichhaltigen, vielfältigen Kulturerbes und vor dem Hintergrund einer seit Jahrzehnten überdurchschnittlich hohen Bautätigkeit auf ein wirksames Denkmalschutzgesetz angewiesen. Nach der zweiten Sitzung der vorberatenden Kommission vom 4. Juni 2018 prüfte die Direktion des Innern die Vereinbarkeit einzelner vorgesehener Änderungen des Denkmalschutzgesetzes mit übergeordnetem Recht. Sie gab bei Professor Marti ein Kurzgutachten in Auftrag, das den Kommissionsmitgliedern am 25. Juni zugestellt wurde. Die Kommissionsmehrheit wollte dieses Gutachten in der dritten Sitzung nicht beraten und stimmte den von ihr beschlossen Änderungen mit 10 zu 3 Stimmen zu. Die Minderheit der Kommission sah dies als einen grossen Rückschritt für den Denkmalschutz und entschloss sich darum, einen Minderheitsbericht einzureichen. Die Abklärungen bestätigen, dass einige der von der Kommissionsmehrheit geplanten Änderungen gegen übergeordnetes Bundesrecht verstossen. Sie führen zu einer deutlichen und unvertretbaren Schwächung des Denkmalschutzes, was es dringend zu verhindern gilt. Die Unterschutzstellungskriterien dürfen nicht verwässert wer-

den. Das würde über kurz oder lang faktisch zu einer Abschaffung der Denkmalpflege führen.
Die Denkmalkommission, wie sie im geltenden Recht vorgesehen ist, hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Der Denkmalschutz darf nicht der Verwaltung und Regierung allein überlassen werden. Vor einem Schutzentscheid braucht es eine fachlich breit abgestützte Diskussion. Acht von elf Gemeinden haben sich in der Vernehmlassung für den Erhalt der Denkmalkommission ausgesprochen. Mit einem frühen Einbezug der beschwerdeberechtigten Verbände lässt sich auch die Gefahr von Verzögerungen im Planungs- und Baubewilligungsverfahren minimieren. Es darf nicht sein, dass nur Objekte von vermögenden Einwohnern in den Genuss des Denkmalschutzes kommen. Ein gesetzliches Kriterium einzuführen, das auf die Vermögensverhältnisse der Eigentümerschaft abstellt, ist nicht sachgerecht und verletzt die Rechtsgleichheit. Auch darf nicht auf das Alter eines Bauwerks als einziges Kriterium abgestellt werden. Die Festlegung einer fixen Zeitgrenze im Gesetz würde zu praktischen Problemen im Vollzug und letztlich zu Rechtsungleichheit führen.
Dier ALG-Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass das Gesetz, wie es nach der Kommissionsberatung nun vorliegt, eine grosse Verschlimmbesserung ist. Sie wird nicht auf die Vorlage eintreten.

**Hubert Schuler,** Sprecher der SP-Fraktion, hält fest, dass das geltende Recht nicht geändert werden sollte. Unter dem Begriff «genügend ausgestaltet» ist zu verstehen, dass die Anliegen der Eigentümerinnen und Eigentümer geschützt sind, gleichzeitig aber die Interessen der Bevölkerung und der Gesellschaft gewahrt bleiben. Bereits bei der letzten Revision im Jahr 2009 wurde eine Verschärfung des Gesetzes vollzogen. Die Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen sind noch nicht ersichtlich und werden von der Regierung auch nicht im Ansatz aufgezeigt. Wenn es im gleichen Tempo weitergeht, wird es in einigen Jahrzehnten keine Baudenkmäler mehr geben, weil der Kanton durch gesichtslose Bauten zugepflastert wurde. Wenn man Glück hat, wird dann die Zuger Altstadt als «Ballenberg» − sicher mit einem entsprechenden Eintrittspreis − zu besichtigen sein. Mit der massiven Verschärfung der regierungsrätlichen Vorlage fördert die vorberatende Kommission diese Entwicklung zusätzlich und unnötig. Aufgrund dieser Überlegungen stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten. Falls dieser Antrag keine Mehrheit erhält, unterstützt die SP-Fraktion den Minderheitsbericht, der in den meisten Punkten dem Antrag der Regierung entspricht.

**Andreas Etter** teilt mit, dass die CVP-Fraktion einstimmig auf die Vorlage eintritt. Sie hat die einzelnen Paragrafen ausgiebig besprochen und wird bei einigen die Vorschläge der vorberatenden Kommission, bei anderen die Vorschläge der Regierung unterstützen. Nur ein massvoller, für die jetzige und die kommenden Generationen tragbarer Denkmalschutz ist zielführend, ganz nach einem Zitat aus dem Alpenraum: *«Ehret s'Alte und begrüessed s'Neue.»*
Das Bestehen einer Denkmalkommission findet in der CVP-Fraktion eine Mehrheit. Eine optimal zusammengesetzte Denkmalkommission trägt viel zu einem sinnvollen Denkmalschutz bei. Sofern der Fortbestand der Kommission beschlossen wird, wird die CVP-Fraktion ihre Vorstellungen bezüglich deren Zusammensetzung auf die zweite Lesung hin einbringen. In der Detailberatung wird sie je einen Antrag zu § 10 und zu § 14 stellen.

**Karl Nussbaumer** spricht für die SVP-Fraktion. Nachdem im Kantonsrat verschiedene Motionen für die Überarbeitung und Neuorganisation der Denkmalpflege ein-

gereicht wurden, hat der Regierungsrat eine Änderung des Gesetzes ausgearbeitet. Die SVP ist überzeugt, dass dies auch auf Druck der unzufriedenen Eigentümerinnen und Eigentümer geschehen ist. Die vorberatende Kommission hat nun noch diverse sehr gute Vorschläge eingebracht. Die SVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und allen von der vorberatenden Kommission gemachten Änderungen zustimmen. Es ist zu begrüssen, dass mit den Änderungen den Eigentümerschaften mehr Mitsprachemöglichkeiten bei Unterschutzstellungen eingeräumt werden. Die Denkmalkommission soll aufgehoben werden. Damit werden einvernehmliche Lösungen mit der Eigentümerschaft gefunden.
Es ist richtig, dass Objekte, die jünger als siebzig Jahre sind, nicht gegen den Willen der Eigentümer unter Schutz gestellt werden dürfen. Es ist wichtig, dass die Beiträge an geschützte Denkmäler so geändert werden, dass der Kanton 75 Prozent und die Gemeinden 25 Prozent bezahlen müssen. Vor allem in finanziell schwächeren Gemeinden wie Menzingen, wo es viele unter Schutz gestellte Objekte gibt, kommt dies zum Tragen. Hinzu kommt, dass sich die Regierung dann gut überlegt, ob sie ein Objekt unter Schutz stellen will oder nicht.
Der Votant bittet namens der SVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit allen Änderungen der Kommission zuzustimmen. Viele betroffene Eigentümerinnen und Eigentümer, die mit dem alten Gesetz nicht glücklich waren, werden es dem Rat danken.

**Peter Letter**, Sprecher der FDP-Fraktion, hält fest, dass der Handlungsbedarf zur Revision des Denkmalschutzgesetzes sehr gross ist. Es besteht ein Unmut bei betroffenen Eigentümern, Gemeinden und der Bevölkerung. Eine Motion aus der Bevölkerung in Oberägeri, die an einer Gemeindeversammlung mit 407 zu 2 Stimmen, also mit 99 Prozent, gutgeheissen wurde, ist nur ein Beispiel. Die FDP-Fraktion anerkennt diesen Handlungsbedarf und steht ein für einen wirkungsvollen Denkmalschutz, aber für einen Denkmalschutz mit Mass. Die Gesetzgebung und die behördliche Praxis sollen auch berechtigte Anliegen der betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer respektieren. Mit der Vorlage der Regierung und den Verbesserungen durch die vorberatende Kommission werden die erforderlichen Änderungen massvoll und sinnvoll umgesetzt.
Bisher wurden Gebäude ohne wirkliche Mitsprachemöglichkeiten der Eigentümer auf Empfehlung der Denkmalkommission durch das kantonale Amt unter Schutz gestellt. Die gleichen Gremien formulierten die dadurch verfügten Bauauflagen an die Eigentümerschaft. Waren Eigentümer mit der Unterschutzstellung oder den Auflagen nicht einverstanden, blieb nur der langwierige, teure Beschwerdeweg. Neu soll das Instrument des verwaltungsrechtlichen Vertrags im Denkmalschutzgesetz eingeführt werden. Dies hat sich zum Beispiel im Kanton Zürich bestens bewährt. Ein solcher Vertrag zwischen dem Amt und der Eigentümerschaft ermöglicht es betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümern, ihre Anliegen, Bedürfnisse und Interessen von Anfang an einzubringen und zusammen mit Behörden und Baufachleuten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen eine optimale Lösung zu realisieren. Finden Amt und Eigentümer keine Lösung, so ist die nächste Eskalationsstufe der Regierungsrat. Der stärkere Einbezug der Direktbetroffenen, also der Eigentümerschaft und der Standortgemeinde, stellt eine grössere Bürgernähe dar als eine Denkmalkommission, die primär aus Verbandsvertretern zusammengesetzt ist. In der neuen Konzeption des Gesetzes braucht es die Denkmalkommission nicht mehr. Anerkannte Verbände haben weiterhin anderweitige gesetzliche Beschwerdemöglichkeiten.
Der Minderheitsbericht beanstandet, dass gewisse Änderungen des neuen Gesetzes übergeordneten Gesetzen oder der Praxis widersprächen. Die vorberatende

Kommission hat sich mit dieser Fragestellung fundiert auseinandergesetzt und einen Experten beigezogen. Dieser legte dar, dass der Kanton in der Ausarbeitung der kantonalen Gesetzgebung frei ist. Die internationalen Normen werden durch die nationalen Inventare und Schutzlisten bereits erfüllt. Man steht also nicht im Konflikt mit übergeordnetem Recht.
Einige Kriterien als Voraussetzung für eine Unterschutzstellung werden nun erhöht. Die Logik ist, dass wirklich schützenswerte Objekte auch gut geschützt und erhalten werden. Das ist immer eine Interessenabwägung. Als positive Konsequenz stehen dann für weniger zu schützende Objekte jeweils mehr staatliche Gelder zur Verfügung. Es ist sinnvoll, den Zuschuss für Mehrkosten von 30 auf 50 Prozent zu erhöhen. Ebenso kann der Kantonsanteil zugunsten einer Entlastung der Gemeinden auf 75 Prozent erhöht werden, ganz nach dem Motto «Wer befiehlt, der bezahlt ein bisschen mehr.»
Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt einstimmig die Anträge der Kommission. Nur in einem Punkt waren die Meinungen geteilt: Der Kommissionsantrag, dass zukünftig der Kantonsanteil für Beiträge auf 75 Prozent erhöht werden soll, wurde mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Hier stand das Argument «Wer befiehlt, der zahlt» demjenigen der Kantonsfinanzen gegenüber.
Das neue Denkmalschutzgesetz ist ein massvoller, gelungener Balanceakt zwischen dem öffentlichen Interesse, wirklich schützenswerte Objekte gut zu schützen, und den berechtigten Anliegen betroffener Eigentümerinnen und Eigentümer.

**Daniel Stadlin** weist darauf hin, dass unversehrte Kulturlandschaften, historisch gewachsene Städte, Dörfer, Quartiere, Einzelbauten und archäologische Fundstellen von herausragender Bedeutung für Identität und Lebensqualität in der Schweiz sind. Denkmäler sind ein Stück Geschichte. An sie knüpfen sich Erlebnisse und Erinnerungen, sie zeugen von früheren Zeiten und gesellschaftlichem Wandel, überdauern die Jahrhunderte und behaupten sich in einem sich verändernden Umfeld. Daher sind Denkmäler auch ein Stück lebendige Gegenwart. Sie verleihen der Schweiz ihr unverkennbares Gesicht und beheimaten die Menschen. Sie überleben jedoch nur, wenn sie stetig und respektvoll gepflegt werden. Die bauliche Umgebung verändert sich rasant, nicht nur im Kanton Zug, sondern überall. Das ist der Gang der Zeit. Aber wenn auch das Hier und Jetzt als enorm wichtig erscheint, ist es auf der Zeitachse nur ein ganz kleiner Abschnitt. Deshalb gilt es, aufzupassen, dass die identitätsstiftende Heimat nicht verloren geht, sondern Teil des heutigen wie auch künftigen Lebensraums bleibt. Denn auch Kinder und Kindeskinder haben einen Anspruch auf erlebbare Geschichte. Das Verhältnis zwischen Bestand und Neuplanung, Denkmalpflege und Siedlungsentwicklung sollte auch zukünftig im Ortsbild ablesbar bleiben. Das bedeutet auch, dass jüngere Bauten – also Gebäude, die Eltern und Grosseltern errichtet haben – bauhistorisch relevant und schutzwürdig sein können.
Das kulturelle Erbe geniesst in der Schweiz eine sehr hohe Wertschätzung, und der Erhaltung der Baudenkmäler wird grosse Bedeutung zugemessen. Wertvolle Bausubstanz zu erhalten und zu pflegen, wird denn auch von der Bevölkerung grundsätzlich ideell nicht in Frage gestellt. Es besteht weitgehend ein Konsens. Handlungsbedarf besteht vor allem im Verhältnis zwischen Eigentümerschaft und behördlicher Denkmalpflege, die oft als zu restriktiv und eigentümerfeindlich wahrgenommen wird. Mit der Stärkung der Eigentümerrechte und der im Grundsatz partnerschaftlichen Vorgehensweise von Eigentümerschaft und Behörde setzt der Regierungsrat den Hebel an der richtigen Stelle an. Mit den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sollte diese Wahrnehmung korrigiert werden können und das Amt selbst aus dem politischen Hickhack herausfinden.

So weit, so gut. Wäre da nicht die Idee der vorberatenden Kommission, als Unterschutzstellungskriterium nicht mehr wie bisher einen «sehr hohen», sondern einen «äusserst hohen» wissenschaftlichen, kulturellen oder heimatkundlichen Wert zu verlangen. Versteht man die Kommission richtig, geht es ihr um eine restriktivere Anwendung des Denkmalbegriffs resp. um weniger Denkmalschutz. Denn wenn «äusserst» auch nur ein Synonym für «sehr» ist, impliziert dies gleichwohl eine Steigerung von «sehr». Und mehr als «äusserst» geht nicht. Darüber gibt es nichts mehr. Dies schliesst Objekte aus, die ebenfalls in hohem Masse zum Kulturgüter- und damit Identitätserhalt beitragen. Dass von den relevanten drei Kriterien neu nicht mehr nur eines, sondern zwei kumulativ für eine Unterschutzstellung erfüllt sein müssen, führt ebenfalls zur Ausgrenzung von bedeutsamen Denkmälern. Beide Forderungen zielen darauf ab, den Wert eines Denkmals zu schwächen. Wären dann also nur noch Denkmäler von nationaler Bedeutung schützenswert? Und alle von regionaler Bedeutung könnten demnach abgebrochen werden? Das neue Adverb bewirkt eine diffus-restriktivere materielle Auslegung der Unterschutzstellungsvorgaben eines Kulturguts und würde zu einer Interpretationsproblematik führen, die letztlich nur gerichtlich entschieden werden könnte.
Die Ratsmitglieder müssen sich fragen, was ihnen der Kanton mit seiner ganz eigenen Geschichte und Identität wert ist. Es kann ihnen doch nicht gleichgültig sein, was mit der identitätsstiftenden Kultur, speziell mit dem gebauten Erbe, passiert! Denn ist ein Kulturgut einmal weg, ist es für immer weg. Und was kommt danach? Neubauten wie an der Marktgasse in Baar – will man das? Man stelle sich Menzingen ohne Institut der Schwestern vom Heiligen Kreuz vor, ein Denkmal, das heute nicht geschützt ist und die strengeren Vorgaben nicht erfüllen würde: Wäre das noch Menzingen? Weitere Beispiele sind das Schloss Buonas, der Huwylerturm oder das Casino Zug. Auch sie stünden nicht unter kantonalem Schutz, sie sind nur von regionaler Bedeutung und somit nicht von «äusserst hohem» wissenschaftlichem, kulturellem oder heimatkundlichem Wert. Sie alle könnten abgebrochen werden. Wollen die Ratsmitglieder das wirklich? Ist das im Sinne der Zuger Bevölkerung? Natürlich kann man dem entgegenhalten: Alles halb so schlimm, das wird schon nicht passieren, so etwas macht man doch nicht. Ja, vielleicht – aber es wäre möglich. Denn auch hier gilt: Alles, was nicht verboten ist, ist erlaubt.
Die GLP ist für Eintreten und wird grundsätzlich der Version des Regierungsrats zustimmen, jedoch mit Beibehaltung der Denkmalkommission, wie von der Kommissionsminderheit vorgeschlagen.

Wenn sich **Esther Haas** das präsentierte Denkmalschutzgesetz und das Getöse darum herum vor Augen hält, kommt ihr Mao Tse-tung in den Sinn, der sagte, dass man eine neue Welt nur bauen könne, wenn man die alte zerstöre. Mit der immer wiederkehrenden Infragestellung eines qualitativ hochstehenden Denkmalschutzes, für den das alte Denkmalschutzgesetz steht, tut der Rat genau das: Er legt die Grundlagen für das Zerstören von Kulturgut. Doch der Rat muss das Gegenteil tun: Er muss zum Kulturgut und zu den Traditionen Sorge tragen, damit man sich daran erinnert, woher man kommt und auf welchen Prinzipien die Gesellschaft basiert. Wichtige Pfeiler des Kulturguts sind die gebauten Erinnerungsstücke, welche die Menschen daran erinnern, wo ihre Identitäten ihre Wurzeln haben, und die ihnen Heimat und Geborgenheit geben. Denkmalschutz bündelt ganz wichtige Aspekte der Gegenwart. Das heutige Gesetz hat sich in der Praxis bewährt. Wie das rasante bauliche Wachstum im Kanton zeigt, verhindert es in keiner Art und Weise die bauliche Weiterentwicklung von Städten und Dörfern. Hingegen sorgt es dafür, dass trotz des Wachstums die Identität der Siedlungen und Kulturlandschaften erhalten

bleibt. Der Rat trägt eine Verantwortung dafür, dass das wertvolle, einzigartige Kulturerbe für nächste Generationen erhalten wird.
Der Zuger Denkmalschutz steht auf gesundem Fundament. Davon konnte sich die Votantin am vergangenen Samstag beim Tag der offenen Tür an der Kantonsschule Menzingen überzeugen. Menzingen ist der Hotspot des Zuger Denkmalschutzes. Die neuen Teilgebäude der KSM mussten die alten, unter Denkmalschutz stehenden Räumlichkeiten ergänzen. Die Votantin fragte nach, da es sie interessierte, wie die Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz verlief. Der Tenor war eindeutig: hervorragend. Man hat den Denkmalschutz in unglaublich guter Erinnerung. Die Zusammenarbeit sei sachbezogen und von hoher Qualität gewesen. Was soll also der Lärm? Wo ist da der Handlungsbedarf? Wozu braucht es ein neues Denkmalschutzgesetz? Die Revision ist unnötig. Die Vorlage des Regierungsrats bedeutet in einem wesentlichen Punkt, nämlich bei der Denkmalkommission, eine Verschlechterung der heutigen Situation, insbesondere auch für Eigentümerinnen und Eigentümer.

**Mariann Hess** hält fest, dass der Mensch ein Grundbedürfnis nach Erinnerung und somit ein Anrecht darauf hat. Der Erinnerungsschatz umfasst ortsgebundene und bewegliche Objekte sowie Sprache, Musik und Brauchtum. Für die kollektive Erinnerung spielen materielle Erinnerungsträger eine besondere Rolle. Ortsgebundene und öffentlich wahrnehmbare Objekte begleiten durch ihre Präsenz das Leben der Menschen. Sie halten die Erinnerung wach. Sie sind Zeitzeugen historischer Ereignisse, Entwicklungen, künstlerischer Leistungen, sozialer Einrichtungen und technischer Errungenschaften.
2 Prozent aller Häuser im Kanton Zug sind geschützt. Der Kanton weist eine überbordende Bautätigkeit auf. Die Folge davon ist, dass nicht nur Bauland, sondern alle älteren Häuser − auch einzigartige, geschichtlich wertvolle Häuser − zu Spekulationsobjekten werden. Das kommt nicht von ungefähr. Denn damit kann man am meisten Geld machen. Dies betrifft vor allem Immobilienfirmen. Auch ein Teil der Motionäre, die den Abbau der Denkmalpflege zum Ziel haben, kommt von dieser Seite. Das Ziel ist, die Denkmalpflege abzuschaffen und die bereits im Inventar der schützenswerten oder unter Schutz stehenden Häuser wenn irgendwie möglich aus ihrem Schutzstatus zu entlassen. Damit gehen sowohl die kulturellen Schätze als auch die Erinnerung verloren. Ebenso wird die Kultur im Alltag nicht mehr erlebbar. Der Aufwand und die Kosten, die diese Motionen ausgelöst haben, sind enorm. Das Ganze wird unter dem Vorwand verkauft, man möge die armen Besitzer mehr schützen und ihnen das Recht zugestehen, jedes Haus, auch wenn es für die Bevölkerung und kommende Generationen einen sehr hohen wissenschaftlichen, kulturellen, oder heimatkundlichen Wert hat, abreissen zu können und durch einen meist massiv grösseren Bau zu ersetzen. Historische Häuser sind noch viel wertvoller als Bücher, denn sie sind erlebbar, mit allen Sinnen erfassbar und erzählen ihre einzigartige Geschichte. Diese Geschichte hört aber nicht auf. Die heutige Zeit wird dank der fachkundigen Bauberatungen durch die Denkmalpflege mit einbezogen, so dass ein faszinierendes Miteinander von Geschichte und Neuzeit entsteht, ohne dass wertvolles Kulturgut verloren geht.
Die Votantin unterstützt die Erhöhung der Beiträge ebenfalls. Das ist ein guter Ansatz.

**Daniel Abt** ruft in Erinnerung, dass es ein langer, langer Weg war bis zur heutigen Beratung über die Revision des Denkmalschutzgesetzes. 2011 führten alt Kantonsrat Thiemo Hächler und der Votant Gespräche mit dem Amt und der Direktorin des Innern. Aufgrund der unbefriedigenden Ergebnisse arbeiteten sie die Vorstösse aus

und reichten diese ein. Die nun vorliegende Version der vorberatenden Kommission ist eine wesentliche Verbesserung gegenüber der heutigen Handhabung. An der Front ist eine Verbesserung in der Zusammenarbeit zwischen Amt und Eigentümern spürbar. Vor diesem Hintergrund darf durch die Einführung des verwaltungsrechtlichen Vertrags auch auf eine erhöhte Abholung der Eigentümerbedürfnisse gehofft werden. Durch die Abschaffung der Denkmalkommission verhandeln Eigentümer künftig nur noch mit dem Amt. Bei unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten wird künftig direkt der Regierungsrat entscheiden. Der Entscheid ist somit auch politisch legitimiert.
Wichtig ist nach wie vor − und dem wird in der Vorlage zu wenig Beachtung geschenkt −, dass die Interessen des Denkmalschutzes, der eine kantonale Aufgabe ist, und die Interessen des Ortsbildschutzes, einer gemeindlichen Aufgabe, nicht vermischt werden. Ebenso ist wichtig, dass nicht mit den Argumenten des Ortbildschutzes Denkmalpflege betrieben wird. Der Ortsbildschutz ist viel stärker identitätsstiftend als der Schutz eines Kachelofens in einem Bauernhaus.
Das Rechtsgutachten, das von der Direktion des Innern eingeholt wurde, ist ein Affront. Der Votant hat die Direktorin des Innern diesbezüglich bereits in der Kommission in aller Deutlichkeit gerügt. Ohne Wissen der Kommission wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das diejenigen Paragrafen prüfen sollte, die der Direktion des Innern nicht passten. Das Kommissionsgeheimnis wurde verletzt. So geht es nicht.
Zum Beispiel der Kantonsschule Menzingen: Die Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz sei grossartig gewesen. Das ist nicht überraschend, schliesslich war der Kanton der Bauherr. Und es kommt nie oder zumindest selten vor, dass sich ein kantonales Amt gegen die Interessen eines anderen kantonalen Amtes wehrt.
Dem Votanten wurde unterstellt, dass er die Denkmalpflege abschaffen möchte. Das stimmt natürlich nicht. Als Holzbauer müsste er ja daran interessiert sein, dass möglichst jedes alte Haus unter Schutz gestellt wird, denn der Holzbauanteil ist bei Sanierungen wesentlich höher als bei Neubauten. Das grosse Interesse des Votanten gilt der Zufriedenheit der Eigentümerschaften. Diese gilt es zu wahren.
Die vorberatende Kommission hat gute Arbeit geleistet. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, deren Anträgen zu folgen.

**Anastas Odermatt** möchte nach Mao Tse-tung auch noch Helmut Kohl zitieren: «Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.» Das baukulturelle Erbe hat viele Facetten. Es ist Teil der Umwelt, erzählt Geschichten, stiftet Identität und Heimat und spielt auch eine wichtige Rolle im Tourismus. Das wurde bisher noch nicht erwähnt. Der Schutz solcher Zeitzeugen steht zur Diskussion, wenn Eigentümer schützenswerte oder unter Denkmalschutz stehende Objekte baulich verändern oder ersetzen bzw. abreissen wollen. Dass es in solchen Situationen zu Konflikten zwischen öffentlichen und privaten Interessen kommt, liegt auf der Hand. Das neue Gesetz trieft denn auch von dieser Frage − und die Verschlimmbesserungen der Kommission umso mehr: öffentliches Interesse versus Privatinteresse, Identität versus Eigentum, gelebte Geschichte versus Eigentum, Heimat versus Eigentümerschaft. Der Rat hat Verantwortung zu übernehmen für das öffentliche Interesse. Der Votant steht jedenfalls dafür ein und wird Nichteintreten unterstützen.

**Hubert Schuler** hält fest, dass es sicher nicht geschickt war von der Direktion des Innern, ein Gutachten einzuholen, ohne die Kommission oder zumindest deren Präsidenten vorgängig darüber zu informieren. Aber was ist die Aufgabe einer Direktion bzw. deren Leitung? Sie hat die Kommission zu beraten und zu schauen, dass

keine Entscheidungen gefällt werden, die gegen andere Gesetzesvorgaben verstossen würden. Deshalb hat die Direktion des Innern richtig und sinnvoll gehandelt. Wenn der Rat irgendetwas beschliesst, das gar nicht möglich ist, sind die Ratsmitglieder berechtigterweise die Ersten, die sich darüber beklagen, dass eine Beratung durch die Direktion ausgeblieben ist.

**Manuel Brandenberg** ist der Meinung, dass das Vorgehen der Direktion nicht lupenrein war, und unterstützt die Aussagen von Daniel Abt. Schliesslich hatte die Kommission einen ausgewiesenen Experten zur Seite, nämlich einen Staatsrechtslehrer, Heimatschutzrechtler und Baurechtler aus Fribourg, welcher der Kommission alle Fragen über den Spielraum bei der Gesetzgebung beantwortete. Umso weniger war es auch inhaltlich gerechtfertigt, dass die Direktion des Innern hinter dem Rücken der Kommission ein Gutachten in Auftrag gab. Formell wurde das Kommissionsgeheimnis damit zumindest äusserst strapaziert.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass der Rat im Rahmen der anstehenden Teilrevision unter anderem darüber diskutieren wird, ob der Kanton weniger Denkmalschutz braucht. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass es nicht weniger Denkmalschutz, sondern einen anderen, differenzierteren, modernen, zeitgemässen Denkmalschutz braucht. Mehr Mitsprache für Eigentümerschaften, Unterschutzstellungen mittels verwaltungsrechtlicher Verträge, Stärkung der Politik im Unterschutzstellungsverfahren, Aufhebung der Denkmalkommission, regelmässige Aktualisierung des Inventars der schützenswerten Denkmäler und eine bessere Koordination von gemeindlichem Ortsbild- und kantonalem Denkmalschutz sind die wichtigsten Änderungen, die der Regierungsrat beantragt.
So wie alle Menschen ihre persönlichen Erinnerungsobjekte haben − seien dies Fotos oder Gegenstände −, braucht eine Gesellschaft Denkmäler für die kollektive Erinnerung. Der Mensch hat ein Grundbedürfnis nach Erinnerung. Diese stützt sich wesentlich auf Orte und Objekte. Denkmäler sind ein besonders kostbarer Teil der Umwelt und des geschichtlichen und kulturellen Erbes. Die mutwillige Zerstörung von Kulturgütern in den aktuellen Kriegsgebieten im Nahen Osten oder die Sprengung der Buddha-Statuen in Afghanistan durch die Taliban im Jahr 2001 illustrieren auf dramatische Weise deren hohe Bedeutung für die gesellschaftliche Identität und die kulturelle Heimat. Die Möglichkeit, uneingeschränkt an der eigenen Kultur teilhaben zu können, ist für eine pluralistische Gesellschaft wichtig und muss erhalten werden. Damit hängen auch die demokratischen Grundrechte zusammen. Das geht allzu leicht vergessen. Der Erhalt von Denkmälern, ob älteren oder neueren Datums, hat zum wichtigen Ziel, das kulturelle Erbe und dessen Qualität für die heutige Bevölkerung des Kantons und für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Doch immer weniger Leute in Politik und Gesellschaft sind sich des tieferen Sinnes und des Nutzens der Kulturgüterpflege bewusst. Man fragt nur noch, was diese kostet. Das ist auch ein wichtiger Punkt, aber nicht der einzige. Das Bedürfnis nach Heimat lässt sich nicht mit einer politischen Zugehörigkeit verknüpfen. Es ist keine Frage von links oder rechts. Alle Menschen brauchen Heimat – und dazu gehören Kulturgüter. Daniel Stadlin hat dies gut ausgeführt.
Die Denkmalpflege wird leider häufig nur als Verhinderin und eine Art Störfaktor wahrgenommen. Sehr oft stammt diese Sichtweise allerdings von Leuten, die noch nie in ein denkmalpflegerisches Projekt involviert waren. Wie gehört, stehen nur gerade etwa 2 Prozent aller Gebäude unter Denkmalschutz. Richtig ist – und das hat die Zuger Denkmalpflege in den letzten Jahren anhand von zahlreichen Beispielen immer wieder gezeigt: Der modernen Denkmalpflege geht es nie bloss nur um den Erhalt historischer Bausubstanz, sondern vielmehr auch um eine ange-

messene, nachhaltige und sinnvolle Nutzung der Gebäude. Es ist wichtig, dass das Parlament nun die politische Stossrichtung für den Denkmalschutz der Zukunft festlegt. Als Gesetzgeber haben die Ratsmitglieder im Rahmen der Teilrevision die verantwortungsvolle Aufgabe, einen Denkmalschutz zu definieren, der alle gesellschaftlichen, kulturellen, technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekte gleichermassen berücksichtigt. Die Direktion des Innern bittet die Ratsmitglieder, dies im Geiste des grossen Liberalen Wilhelm von Humbold zu tun: «Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.»
Der Regierungsrat hat sich sehr umfassend und mit grösster Sorgfalt der Thematik Denkmalschutz angenommen und unterbreitet dem Rat nach einer breiten Güterabwägung einen ausgewogenen Vorschlag. Die Direktorin des Innern bittet die Ratsmitglieder, den Anträgen des Regierungsrats zu folgen. Am Nachmittag darf der Rat den Ausflug an die Geburtsstätte der Denkmalpflege geniessen, zu der die Direktorin dann etwas sagen wird.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat beschliesst mit 54 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

An dieser Stelle unterbricht der Rat aus Zeitgründen seine Beratungen.

## 1158 Nächste Sitzung

Donnerstag, 25. Oktober 2018 (Ganztagessitzung)

Ob die ausserordentliche Sitzung vom 8. November 2018 stattfindet, wird spätestens an der Kantonsratssitzung vom 25. Oktober 2018 entschieden und mitgeteilt.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

83. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. Oktober 2018 (Vormittag)
Zeit: 8.30−12.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 30. August und 6. September 2018
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion der SVP-Fraktion betreffend Beauftragung der Regierung, die Gebühren des Strassenverkehrsamts zu überprüfen und zu senken

3.2. Postulat der SVP-Fraktion gegen die Einführung von Tempo 30 in der Zuger Innenstadt

3.3. Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Korridorrahmenplan Zentralschweiz − wie weiter im Kanton Zug?

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Budget 2019 und Finanzplan 2019–2022

4.2. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs für den Kanton Zug (EG ZGB); Stiftungsaufsicht

4.3. Änderung des Steuergesetzes − sechstes Revisionspaket

4.4. Teilrevision des Gesetzes über die Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeoIG-ZG; BGS 215.71)

4.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Ausbau Hinterburgmülibach, Gemeinde Neuheim

5. Beschlussesvorlagen, die am 27. September 2018 nicht behandelt werden konnten:

5.1. Änderung des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz)

5.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung Sihlbruggstrasse (KS P), Abschnitt Knoten Industrie−Knoten Blatt, einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Neuheim

6. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, WFV)
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzung und Umbau des Theilerhauses an der Hofstrasse, Gemeinde Zug

8. Änderung des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) − Zusammenlegung von zwei ständigen Kommissionen des Kantonsrats
9. Vorstösse, die am 27. September 2018 nicht behandelt werden konnten:
9.1. Motion der CVP-Fraktion betreffend Beseitigung des strukturellen Defizits des Kantons Zug durch eine Anpassung des NFA-Beteiligungsmodells der Gemeinden
9.2. Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden
9.3. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung
9.4. Interpellation von Moritz Schmid betreffend Fuss- und Radweg zwischen Walchwil (Rufibach) und Arth (Hünenbergweg)
10. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug
11. Motion von Thomas Lötscher betreffend die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments
12. Motion der SVP-Fraktion betreffend Kündigung des Kulturlastenkonkordats als Beitrag zur Entlastung des Staatshaushalts des Kantons Zug
13. Motion der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Förderprogramm zur Senkung des Energieverbrauchs bei der Gebäudetechnik
14. Interpellation von Esther Haas betreffend den angeordneten Qualitätsabbau in den Fächern Sport, Musik, Bildnerisches und Angewandtes Gestalten an den kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen
15. Interpellation von Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend BYOD-Strategie durchdenken
16. Interpellation von Willi Vollenweider betreffend ausserordentliche Lagen: Wie stellen Kanton und Gemeinden im Kanton Zug den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen im Falle schweizweit erhöhter terroristischer Bedrohung und Aktionen über längere Zeit wirkungsvoll sicher?

## 1159 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 74 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Jürg Messmer, Zug; Thomas Werner, Unterägeri; Pirmin Andermatt und Barbara Häseli, beide Baar; Remo Peduzzi, Hünenberg; Roger Wiedercher, Risch.

## 1160 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im «Restaurant am See» an der Zuger Messe ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SP, CVP, SVP, FDP, ALG.

Am Morgen sind zwei Schulklassen der Kantonsschule Zug mit ihrem Lehrer Philipp Weber zu Besuch. Der Vorsitzende heisst sie herzlich willkommen.

Der Bildungsdirektor nimmt in Solothurn an der Jahresversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) teil und muss daher die Kantonsratssitzung um 11 Uhr verlassen.

Der Vorsitzende gratuliert allen für die nächste Legislatur wiedergewählten Ratsmitgliedern zur Wahl und wünscht ihnen weiterhin viel Freude und Erfolg.

Sicherheitsdirektor Beat Villiger hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Den Sitz des Landschreibers nimmt während der ganzen Vormittagssitzung die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

TRAKTANDUM 1

**1161 Genehmigung der Traktandenliste**

➔ Der Rat genehmigt die vorliegende Traktandenliste ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**1162 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 30. August und 6. September 2018**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzungen vom 30. August und 3. September 2018 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt usanzgemäss am Schluss der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 1169–1171).

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen:**

**1163** Traktandum 4.1: **Budget 2019 und Finanzplan 2019–2022**
Vorlage: 2900.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Budgetbuch seit dem 15. Oktober 2018 im Kantonsrats-Tool online verfügbar ist. Auf den Pulten der Ratsmitglieder liegt die gedruckte Fassung auf.

**1164** Traktandum 4.2: **Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs für den Kanton Zug (EG ZGB); Stiftungsaufsicht**
Vorlagen: 2903.1 - 15891 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2903.2 - 15892 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Philip C. Brunner, Zug, SVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Kurt Balmer, Risch, CVP | Alice Landtwing, Zug, FDP |
| Hans Christen, Zug, FDP | Peter Letter, Oberägeri, FDP |
| Laura Dittli, Oberägeri, CVP | Marcel Peter, Neuheim, FDP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Michael Riboni, Baar, SVP |
| Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP | Ralph Ryser, Unterägeri, SVP |
| Mariann Hess, Unterägeri, ALG | Heini Schmid, Baar, CVP |
| Rita Hofer, Hünenberg, ALG | Rainer Suter, Cham, SVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1165** Traktandum 4.3: **Änderung des Steuergesetzes − sechstes Revisionspaket**
Vorlagen: 2904.1/1a - 15893 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2904.2 - 15894 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Andreas Hausheer, Steinhausen, CVP, Kommissionspräsident

| | |
|---|---|
| Manuel Brandenberg, Zug, SVP | Andreas Lustenberger, Baar, ALG |
| Philip C. Brunner, Zug, SVP | Thomas Meierhans, Steinhausen, CVP |
| Laura Dittli, Oberägeri, CVP | Karl Nussbaumer, Menzingen, SVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Beni Riedi, Baar, SVP |
| Barbara Gysel, Zug, SP | Karen Umbach, Zug, FDP |
| Andreas Hürlimann, Steinhausen, ALG | Beat Unternährer, Hünenberg, FDP |
| Peter Letter, Oberägeri, FDP | Roger Wiederkehr, Risch, CVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1166** Traktandum 4.4: **Teilrevision des Gesetzes über die Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeoIG-ZG; BGS 215.71)**
Vorlagen: 2899.1 - 15878 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2899.2 - 15879 (Antrag des Regierungsrats).

Die Ad-hoc-Kommission besteht aus folgenden fünfzehn Mitgliedern:

Karen Umbach, Zug, FDP, Kommissionspräsidentin

| | |
|---|---|
| Hans Baumgartner, Cham, CVP | Anastas Odermatt, Steinhausen, ALG |
| Hans Christen, Zug, FDP | Marc Reichmuth, Steinhausen, SVP |
| Thomas Gander, Cham, FDP | Ralph Ryser, Unterägeri, SVP |

| | |
|---|---|
| Patrick Iten, Oberägeri, CVP | Hanni Schriber-Neiger, Risch, ALG |
| Beat Iten, Unterägeri, SP | Rainer Suter, Cham, SVP |
| René Kryenbühl, Oberägeri, SVP | Monika Weber, Steinhausen, FDP |
| Jean-Luc Mösch, Cham, CVP | Roger Wiederkehr, Risch, CVP |

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**1167** Traktandum 4.5: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Ausbau Hinterburgmülibach, Gemeinde Neuheim**
Vorlagen: 2897.1 - 15873 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2897.2 - 15874 (Antrag des Regierungsrats).

➔ Stillschweigende Überweisung an die Kommission für Tiefbau und Gewässer.

TRAKTANDUM 5
**Beschlussesvorlagen, die am 27. September 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1168** Traktandum 5.1: **Änderung des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz)**
Vorlagen: 2823.1 - 15679 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2823.2 - 15680 (Antrag des Regierungsrats); 2823.3/3a - 15810 (Bericht und Antrag der Kommission); 2823.4 - 15834 (Bericht und Antrag der Kommissionsminderheit); 2823.5/5a/5b - 15895 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass in der letzten Sitzung bereits Eintreten auf die Vorlage beschlossen wurde.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 2 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission beantragt, für eine Unterschutzstellung künftig ein «äusserst hohes» öffentliches Interesse zu vorauszusetzen.

**Daniel Stadlin** hat bereits in seinem Eintretensvotum aufgezeigt, dass der Antrag der vorberatenden Kommission, als Unterschutzstellungskriterium nicht mehr wie

bisher einen «sehr hohen», sondern einen «äusserst hohen» wissenschaftlichen, kulturellen oder heimatkundlichen Wert zu verlangen, sehr gefährlich, ja fast schon eine Einladung zur Zerstörung der gebauten Heimat ist. Er geht zwar nicht davon aus, dass die Antragsteller dies tatsächlich wollen, aber in letzter Konsequenz bewirkt ihr Antrag genau das, macht eine solche Forderung doch nur dann Sinn, wenn man eine restriktivere Anwendung des Denkmalbegriffs resp. weniger Denkmalschutz will. Und weniger Denkmalschutz bedeutet eben auch weniger Schutz der Geschichte und der Heimat. Jedenfalls ist es nicht möglich, sich für diese einzusetzen und gleichzeitig einem ganz wesentlichen Teil eben dieser Heimat den nötigen Schutz zu entziehen. Das geht einfach nicht und ist entweder unredlich oder unbedarft. Wenn künftig nur noch Denkmäler von äusserst hohem wissenschaftlichem, kulturellem oder heimatkundlichem Wert unter Schutz gestellt werden können, also ausschliesslich Bauten der allerhöchsten Güteklasse, kommen per Definition nur noch solche von nationaler Bedeutung in Frage, die im schweizerischen Inventar der Kulturgüter von nationaler Bedeutung aufgelistet sind. Dass zudem von den relevanten drei Kriterien nicht mehr nur eines, sondern zwei kumulativ für eine Unterschutzstellung erfüllt sein müssen, schliesst weitere Objekte aus, die ebenfalls in hohem Masse zum Identitätserhalt des Kantons Zug beitragen. Diese könnten künftig abgebrochen und durch Neubauten ersetzt werden − wie zum Beispiel Ende der 1950er Jahre, als in der Stadt Zug das historische Gasthaus «Hirschen» abgebrochen und durch das Bürogebäude «Haus Zentrum» ersetzt wurde. Prompt geriet der mitten in der Altstadt stehende Beton-, Stahl und Glaskubus zu einem jahrzehntelangen politischen Streitobjekt: Mehrmals wurde der Abriss dieser architektonischen Scheusslichkeit gefordert. Sollte der Antrag der vorberatenden Kommission angenommen werden, wären solche Hausabbrüche jederzeit wieder möglich.
Auch spätere Generationen haben einen Anspruch auf erlebbare Geschichte. Mit dem Antrag der vorberatenden Kommission wird dies aber ganz grundsätzlich in Frage gestellt. Der Votant bittet den Rat deshalb, seine kulturhistorische Verantwortung wahrzunehmen und für Beibehaltung des geltenden Rechts zu stimmen. Denn auch die Vergangenheit soll eine Zukunft haben.

**Susanne Giger** spricht für die Kommissionsminderheit. Die Kommissionmehrheit möchte die Formulierung «Objekte, die einen äusserst hohen wissenschaftlichen, kulturellen oder heimatkundlichen Wert aufweisen» ins Gesetz schreiben. Die Kommissionsminderheit folgt dem Regierungsrat und möchte «sehr hohen» belassen. Der Begriff «äusserst hoher Wert» ist gefährlich und unnötig und in der Praxis kaum definierbar. Er führt zu Abgrenzungsproblemen und schafft Verunsicherung statt Klarheit.
Den neuen Zusatz, dass nicht mehr nur eines, sondern zwei von drei Kriterien kumulativ für die Schutzwürdigkeit erfüllt sein müssen, lehnt die Kommissionsminderheit ebenfalls entschieden ab. Eine Einschränkung der Kriterien, von denen jedes einzelne für sich eine sehr hohe Schutzwürdigkeit begründen kann, wäre verantwortungslos und würde über kurz oder lang zur Abschaffung der Denkmalpflege führen und zudem gegen übergeordnetes Recht verstossen.

**Beat Sieber,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass diese die Verschärfung mit 12 zu 3 Stimmen beschlossen hat. Sie tat dies ganz bewusst, weil sie die Latte wirklich höher setzen möchte. Insofern möchte der Kommissionspräsident dem Rat ans Herz legen, der Kommissionsmeinung zu folgen.

**Philip C. Brunner** wendet sich an Daniel Stadlin. Am Beispiel des «Hirschen» in Zug kann man die ganze Problematik des Denkmalschutzes sehen. Daniel Stadlin hat dargelegt, dass der alte «Hirschen» erhaltenswert gewesen wäre, und er hat von den «Scheusslichkeit» des heutigen Hauses «Zentrum» gesprochen. Man muss diese «Scheusslichkeit» aber auch denkmalschützerisch anschauen: Es ist der Geist der 1950er Jahre, den man in den 1960er Jahre baulich umgesetzt hat. Auch das Hauptgebäude der Zuger Kantonalbank am Postplatz gehört in diese Kategorie. Dieses wird als erhaltenswert angeschaut − und es gibt Leute, welche auch das Haus «Zentrum» erhalten möchten, weil es ein Dokument einer bestimmten Epoche ist. Natürlich bedauert auch der Votant, dass der «Hirschen» abgebrochen wurde, er wäre ein schönes Gebäude gewesen. Aber genau so läuft es eben mit Baudenkmälern.

**Hubert Schuler** bestätigt die Aussage des Kommissionspräsidenten, dass sich die Kommission mit 12 zu 3 Stimmen bewusst für eine Verschärfung ausgesprochen hat. Man kann aber auch *bewusst* einen Fehlentscheid treffen. Der Votant hofft, dass der Kantonsrat jede seiner Entscheidung bewusst fällt, nicht unbewusst.
Tatsächlich ist vielleicht auch das Haus «Zentrum» denkmalschützerisch relevant. Allerdings werden kaum viele Touristen nach Zug kommen, um das Haus «Zentrum» zu besichtigen, dies wohl im Unterschied zum alten Gasthaus «Hirschen».

Für **Peter Letter** haben einige Redner etwas schwarzgemalt. Die Denkmalpflege hat in den letzten Jahren einfach überbordet: Bei jeder Inventarisierung wurden viele neue Objekte aufgenommen, weshalb es nun eine Reaktion gibt, nämlich die Hürden leicht anzuheben, so dass nicht jedes zur Diskussion stehende Objekt wirklich in das Inventar aufgenommen oder gar geschützt wird. Gemeint sind damit nicht unbestrittene Objekte wie die Zuger Altstadt oder wunderschöne Bauernhäuser oder Kirchen in den Gemeinden. Es geht vielmehr um die Grenzfälle. Und in diesen Fällen sollte man die Kriterien genau anschauen und sie nicht zu tief ansetzen. Die Lösung der Kommission ist entsprechend sinnvoll. Man behält die Kriterien bei − es geht nach wie vor um den wissenschaftlichen, den kulturellen und den heimatkundlichen Wert −, es sollen aber zwei davon erfüllt sein. Es soll nicht sein, dass ein Eigentümer wegen der Wahl eines bestimmten Architekten riskiert, dass sein Objekt nach zwanzig Jahren gegen seinen Willen unter Schutz gestellt wird. Hier gilt es etwas Gegensteuer zu geben. Die Lösung der Kommission ist nach Ansicht des Votanten massvoll und sinnvoll.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass die Beurteilung des Hauses «Zentrum» als «architektonische Scheusslichkeit» nicht seine eigene Betrachtungsweise, sondern diejenige der Bevölkerung ist. Er selbst findet, dass das Gebäude architektonisch durchaus Qualitäten hat, mitten in der Altstadt steht es aber am falschen Ort. Und genau das ist die Problematik: Dieses Gebäude gehört nicht da hin. Wenn das Gesetz in der vorliegenden Form angenommen wird, wird es aber wieder möglich sein, mitten in der Altstadt ein solches Gebäude zu bauen. Genau darum geht es. Am Postplatz steht mit dem Kantonalbankgebäude eine Architekturperle aus derselben Zeit wie das Haus «Zentrum», es liegt aber eben nicht in der Altstadt. Und das ist ein sehr relevanter Unterschied.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass es in § 2 Abs. 1 und entsprechend auch in § 4 Abs. 1 und § 25 Abs. 1 Bst. a einerseits um den «sehr hohen» bzw. «äusserst hohen wissenschaftlichen, kulturellen oder heimatkundlichen Wert» und andererseits darum geht, dass zwei der drei Kriterien kumu-

lativ erfüllt sein müssen. Die Direktorin des Innern bittet, dies auch bei den Abstimmungen zu berücksichtigen, d. h. zwei getrennte Abstimmungen durchzuführen.
Der Regierungsrat lehnt die von der vorberatenden Kommission beantragten Änderungen klar ab. Mit der ersten Änderung würde ein unbestimmter Rechtsbegriff durch einen neuen, ebenso unbestimmten Rechtsbegriff ersetzt: Sprachlich besteht zwischen «sehr» und «äusserst» kaum ein Unterschied; gemäss Duden handelt es sich um Synonyme. Die heutige Rechtsprechung des Regierungsrats wie auch des Verwaltungsgerichts baut auf dem bisherigen Begriff eines sehr hohen Werts auf. Ohne ersichtlichen Nutzen sollte eine bewährte Unterschutzstellungsvoraussetzung nicht geändert werden. Die von der vorberatenden Kommission beantragte Änderung führt zu einer neuen Rechtsunsicherheit für alle Eigentümerinnen und Eigentümer von geschützten Objekten. Der Regierungsrat bittet deshalb, den Antrag der Kommission abzulehnen
Der Regierungsrat lehnt − wie gesagt − auch den Antrag der Kommission ab, dass zwei der drei genannten Kriterien kumulativ erfüllt sein müssen. Nach den Leitsätzen der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege können Denkmäler Zeugnisse jeglichen menschlichen Wirkens sein: historischer Ereignisse und Entwicklungen, künstlerischer Leistungen, sozialer Einrichtungen, technischer Errungenschaften. Mit den drei Begriffen «wissenschaftlich», «kulturell» und «heimatkundlich» deckt das heutige Gesetz diese Breite ab. Die sogenannte Granada-Konvention, das Übereinkommen zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa, ist für die Schweiz am 8. Februar 2013 in Kraft getreten. Sie definiert in Art. 1 die zu schützenden Baudenkmäler als «alle Bauwerke von herausragendem geschichtlichem, archäologischem, künstlerischem, wissenschaftlichem, sozialem oder technischem Interesse». Jedes Kriterium genügt gemäss dem auch für die Schweiz direkt anwendbaren Übereinkommen für sich allein, um ein Objekt als baugeschichtliches Erbe zu qualifizieren. Eine Erhöhung der Hürde würde also auch dem Granada-Übereinkommen als höherrangigem Recht widersprechen. Der Regierungsrat weist mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass höherrangiges Recht zu beachten ist, und lehnt den Antrag der vorberatenden Kommission klar ab.
Peter Letter hat erwähnt, dass bei den Inventarisierungen das halbe Dorf − so offenbar sein Eindruck − neu in das Inventar aufgenommen worden sei. Konkret wurden in Oberägeri achtzehn Objekte mit Assekuranznummern neu in das Inventar aufgenommen und acht bisherige Objekte mit Assekuranznummern daraus entlassen. Unter dem Strich gab es also zehn Neuaufnahmen. Das ist wirklich nicht viel für eine grosse Gemeinde wie Oberägeri.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es in der ersten Abstimmung nun um die Frage geht, ob entsprechende Objekte von «sehr hohem» oder «äusserst hohem» wissenschaftlichem, kulturellem und heimatkundlichem Wert sein müssen. In der zweiten Abstimmung geht es um den Zusatz im Antrag der vorberatenden Kommission, dass zwei der drei genannten Kriterien kumulativ erfüllt sein müssen.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat entscheidet mit 45 zu 26 Stimmen, dass die betreffenden Objekte von «äusserst hohem» Wert sein müssen.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat genehmigt mit 45 zu 26 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission mit dem erwähnten Zusatz.

*§ 2 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 3 Abs. 1*
*§ 3 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat den Anträgen der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 4 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es hier um «sehr hohes» bzw. «äusserst hohes» Interesse geht. Der Rat hat sich in § 2 Abs. 1 für «äusserst hoch» entschieden, was auch in § 4 Abs. 1 zu übernehmen ist.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält weiter fest, dass der Regierungsrat und die Kommissionsminderheit die Formulierung «werden unter kantonalen Schutz gestellt» beantragen, während die vorberatende Kommission die Formulierung «können […] unter kantonalen Schutz gestellt […] werden» vorschlägt.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat den Antrag der vorberatenden Kommission ablehnt. Der Eintrag in das Verzeichnis der geschützten Denkmäler dient der Transparenz; zu verweisen ist auf das Öffentlichkeitsgesetz. Zudem verpflichtet § 25 Abs. 1 die Regierung weiterhin, Objekte von sehr hohem Interesse zu schützen. Eine Relativierung der Bestimmung in § 4 widerspricht der Systematik des Denkmalschutzgesetzes und gefährdet die Rechtssicherheit und die Rechtsgleichheit. Man muss sich fragen, ob der Gesetzgeber hier eine Willkür durch das Amt einführen will. Wann nämlich soll das Amt «können» und wann soll es müssen? Das steht nicht im Gesetz, und es darf nicht der Willkür überlassen werden.
Der Eintrag ins Verzeichnis der geschützten Denkmäler ist zwecks Transparenz und Rechtsgleichheit immer Folge der Unterschutzstellung und schafft keine neuen Rechte und Pflichten. Wird der Eintrag trotz Unterschutzstellung nicht oder nur in gewissen Fällen vorgenommen, ist das für die Bürgerinnen und Bürger irreführend. Es handelt sich beim Eintrag somit lediglich um einen administrativen Vorgang zwecks Schaffung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns. Der Regierungsrat bittet deshalb, den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen und die Regierung zu unterstützen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat folgt mit 37 zu 30 Stimmen dem bezüglich der Formulierung «*äusserst hohes* öffentliches Interesse» bereinigten Antrag des Regierungsrats («werden unter kantonalen Schutz gestellt»).

*§ 5a Abs. 2*
*§ 9 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 10 Abs. 1, Einleitungssatz*

**Hubert Schuler** spricht für die Kommissionsminderheit. Es geht hier darum, dass neu die Regierung anstelle der Direktion des Innern die Entscheidungen fällt, wenn kein Unterschutzstellungsvertrag ausgehandelt werden kann. Diese Übernahme von operativen Arbeiten auf der Hierarchiestufe Regierung widerspricht der eigenen Strategie des Regierungsrats, welcher 2016 entschied, weniger operativ und mehr strategisch tätig zu sein. Und das geschieht einfach, weil eine Motion es fordert. Man hätte da von der Regierung etwas mehr Rückgrat und Hartnäckigkeit erwartet. Die Kommissionsminderheit stellt den **Antrag,** beim geltenden Recht zu bleiben: Es soll weiterhin die Delegation an die Direktion erteilt werden.

**Peter Letter** ist mit Hubert Schuler einverstanden, dass sich der Regierungsrat auf strategische Aufgaben konzentrieren sollte. Er geht davon aus, dass in Zukunft die allermeisten Fälle zwischen der Direktion des Innern und den Eigentümern abgewickelt und gelöst werden können, indem man sich einigt und einen entsprechenden Vertrag abschliesst. Kommt diese Einigung aber nicht zustande, ist es sehr wohl angebracht, dass sich ein politisch breit abgestütztes Organ auf hoher Ebene − eben der Regierungsrat − um die Sache kümmert. Eine Unterschutzstellung gegen den Willen eines Eigentümers hat für diesen extreme Auswirkungen, und da sollte sich ein entsprechend hohes Gremium der Angelegenheit annehmen. Der Votant bittet deshalb, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.

Auch **Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bittet, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. In den Sitzungen der diversen Arbeitsgruppen gab es ganz unterschiedliche Meinungen. Es liegt hier einer der politischen Kompromisse vor, welche die Regierung einging.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat genehmigt mit 56 zu 15 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission.

*§ 10 Abs. 1 Bst. a und b*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 10 Abs. 1 Bst. c*

**Andreas Etter** stellt im Namen der CVP-Fraktion den **Antrag,** § 10 Abs. 1 Bst. c wie folgt zu formulieren: «[Der Regierungsrat fasst Beschluss über] die Aufhebung des Schutzes eines Denkmals, sofern der Aufhebung nicht stattgegeben werden soll.» Diese neue Formulierung ist folgerichtig, denn wenn − gemäss Bst. a − die Unterschutzstellung nicht einvernehmlich erfolgt ist, muss hier die Möglichkeit der Aufhebung des Schutzes geregelt werden können.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bittet namens des Regierungsrats, sowohl den Antrag der vorberatenden Kommission als auch denjenigen der CVP-Fraktion abzulehnen. § 10 Abs. 1 Bst. c hängt mit § 11 Abs. 5 Bst. b zusammen, gemäss welchem die Direktion des Innern über «die Aufhebung des Schutzes eines Denkmals, wenn sie die Unterschutzstellung verfügt hat», entscheidet und welchen die vorberatende Kommission ersatzlos streichen will. Die Kommission möchte, dass der Regierungsrat in jedem Fall über die Aufhebung des Schutzes entscheidet, was die Regierung ablehnt. Bei § 10 Abs. 1 Bst. c und § 11 Abs. 5 Bst. b in der vom Regierungsrat beantragten Fassung handelt es sich um die Umsetzung eines allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsatzes: Diejenige Behörde, die einen Entscheid gefällt hat, soll auch über dessen Aufhebung befinden. Die Regierung soll entlastet und nicht mit Aufgaben, die nicht stufengerecht sind, belastet werden. Der Regierungsrat bittet deshalb, beide Anträge abzulehnen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass zuerst der Antrag der vorberatenden Kommission demjenigen der CVP-Fraktion gegenübergestellt wird, danach wird der obsiegende Antrag demjenigen des Regierungsrats gegenübergestellt.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat folgt mit 36 zu 33 Stimmen dem Antrag der CVP-Fraktion.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat folgt mit 49 zu 22 Stimmen der gemäss Antrag der CVP-Fraktion bereinigten Fassung.

*§ 10 Abs. 1 Bst. d und e*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 10 Abs. 3*

**Hubert Schuler** hält fest, dass es in § 10 Abs. 3 um die Aufhebung der kantonalen Denkmalkommission geht. Es ist auch aus demokratischer Sicht nicht sinnvoll, wenn eine Behörde in Eigenregie ein Geschäft vorbereitet und dann auch den Entscheid fällt. Der Mehrwert einer breit abgestützten Meinung und eines Kompromisses lässt sich nicht in Franken und Rappen beziffern. Der Votant ist aber überzeugt, dass bei allfälligen Einsprachen die Kosten höher als die Einsparungen sein werden, und zusätzlich wird es vermehrt zeitliche Verzögerungen geben, was für den Eigentümer ebenfalls Kosten generiert. Ob das schlussendlich der Eigentümerschaft entgegenkommt, bezweifelt der Votant.
Die Abschaffung der Denkmalkommission ist ein Eigentor. Mit dem Wegfall einer breiteren Vertretung der Bevölkerung und der Konzentration auf die Verwaltung und Regierung werden sich Einsprachen und Rekurse häufen. Die Kommissionsminderheit stellt deshalb den **Antrag** auf folgende Formulierung von § 10 Abs. 3: «Er [= der Regierungsrat] wählt die kantonale Denkmalkommission und regelt in einer Geschäftsordnung die Aufgaben im Detail.»

**Daniel Abt** bittet, den Antrag der Kommissionsminderheit abzulehnen. Er war in den letzten zwei Jahren beratend bei einer Bauherrschaft tätig, die ein Grundstück neu organisieren möchte und dazu mit dem Amt für Denkmalpflege und Archäologie Lösungen suchte. Es gab verschiedene Sitzungen, und man fand eine Lösung, die für die Denkmalpflege und auch für die Eigentümerschaft gangbar war. Eines schö-

nen Sommertages fand dann die Begehung mit der Denkmalkommission statt. Diese dauerte ungefähr eine halbe Stunde, die Kommission schaute sich alles an, zog sich dann zur Beratung zurück − und dann kam eine Absage: nicht möglich. Wenn heute nun der *meccano* geändert und die Möglichkeit eines verwaltungsrechtlichen Vertrags eingeführt wird − was eine gute Sache ist −, wie soll man dann arbeiten können? Dann geht die Amtsleitung oder der zuständige Vertreter des Amts zur Eigentümerschaft, handelt einen Vertrag aus − aber es gibt da noch die Denkmalkommission, welche im Hintergrund die graue Eminenz spielt und letztendlich sagt, was Sache ist, bis hin zum Veto. Das funktioniert nicht! Der Votant bittet deshalb, der Änderung des *meccano* zuzustimmen und die Denkmalkommission nicht weiter einzusetzen.

**Hubert Schuler** kann den Ärger von Daniel Abt verstehen. Genau damit solche Sachen geregelt sind und nicht mehr vorkommen können, fordert die Kommissionsminderheit eine Geschäftsordnung für die Denkmalkommission. Natürlich können auch mit einer Geschäftsordnung einzelne Fehler passieren, mit einer klaren Regelung der Aufgaben können aber unnötige Schritte verhindert werden.

**Peter Letter** ist voll einverstanden mit den Ausführungen von Daniel Abt und kann sein Votum kurz halten. Zu Hubert Schulers Hinweis auf die aus demokratischer Sicht wichtige Rolle einer Denkmalkommission hält er fest, dass der stärkere Einbezug der direkt Betroffenen, also der Eigentümerschaft und der Standortgemeinde, viel mehr zur Bürgernähe beiträgt als eine allenfalls recht distanzierte Denkmalkommission, zusammengesetzt aus Verbands- und anderen Interessenvertretern. Der von der Regierung vorgeschlagene Mechanismus, dass sich primär die Direktbetroffenen zusammensetzen und eine Lösung suchen − mit der Eskalationsstufe Regierungsrat, falls keine Lösung gefunden wird −, ist deshalb richtig und effizient. Eine zusätzliche Kommission, die auch noch dreinredet, verkompliziert den Prozess nur. Die Bürgernähe ist mit dem neuen Prozess gewährleistet.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die Denkmalkommission erstens beratend tätig ist. Zweitens geht es um die Kommunikation: Wenn auf dem Feld eine Zusage gemacht wird, ist das immer unter Vorbehalt des Entscheids der zuständigen Instanz zu verstehen. Wenn das nicht gesagt oder nicht so verstanden wird, ist es eine Frage der Kommunikation. Drittens wird die Denkmalkommission nicht neu eingeführt, es gab sie vielmehr schon bisher. Und viertens: Das Problem, auf das Daniel Abt hingewiesen hat, ist eine Frage des Prozesses: Wann muss die Denkmalkommission beratend in den Prozess einbezogen werden? Der von Daniel Abt geschilderte Fall ist ein Hinweis darauf, dass die Denkmalkommission früher einbezogen werden muss, nicht erst am Schluss. Der geschilderte Fall ist aber kein Grund, die Denkmalkommission abzuschaffen. Der Votant bittet in diesem Sinn, den Antrag der Kommissionsminderheit zu unterstützen.

**Karl Nussbaumer** teilt mit, dass die SVP-Fraktion derselben Meinung ist wie Daniel Abt: Es braucht keine Denkmalkommission. So können einvernehmlichere Lösungen mit der Eigentümerschaft gefunden werden. Der Votant bittet, den Antrag der Kommissionsminderheit nicht zu unterstützen.

**Heini Schmid** legt seine Interessenbindung offen: Er hat mehrere Häuser, die entweder im Inventar der schützenswerten Bauten stehen oder bereits geschützt sind. Er hat einen intensiven Prozess mit der Denkmalpflege hinter sich, den er als sehr bereichernd und gut empfunden hat. Glücklicherweise hatte er aber mit der Denk-

malkommission keinen direkten Kontakt: Er unterstützt in diesem Sinn Daniel Abt in der Meinung, dass es diese Kommission heute nicht mehr braucht. Denn im Unterschied zu früher ist heute das Knowhow auf der Ebene der Verwaltung vorhanden. Ganz wichtig sind dem Votanten auch die Effizienz der Verfahren und klare Verantwortlichkeiten. Wenn die Verwaltung im Hintergrund immer noch eine Kommission hat und nicht weiss, wie diese entscheiden wird, ist es schwierig, mit den direkt Betroffenen zu verhandeln. Es ist schwierig, wenn Entscheide nachträglich umgestossen werden, und die Prozesse sind nicht effizient. Das Wichtigste sind aber klare Verantwortlichkeiten. Kommissionen werden meistens mit Leuten besetzt, die ein spezielles Interesse am Gegenstand haben. Das gilt auch für kantonsrätliche Kommissionen: Es sind immer Personen in den Kommissionen, welche eine gewisse Affinität zum betreffenden Gegenstand haben. Es ist auch im Kantonsrat ein Problem, dass beispielsweise in der Sozialkommission nur Personen sind, die eher sozial gesinnt sind. Genau dieses Problem hat man auch bei der Denkmalkommission. Auch ein Vertreter des Hauseigentümerverbands wird sich kaum in diese Kommission wählen lassen, wenn er nicht eine gewisse Affinität zum Denkmalschutz hat. Wer prinzipiell gegen Denkmalschutz, ist, wird sich nie oder kaum in diese Kommission wählen lassen. Darum ist die Denkmalkommission tendenziell auch der Ort, wo das Interesse an einem breit ausgestalteten Denkmalschutz gebündelt ist. Das führt dazu, dass in solchen Gremien der Denkmalschutz immer weiter vorangetrieben wird. Der Gipfel ist dann die Konvention von Granada, nämlich dass eine europäische Kommission bestimmt, was unter Schutz gestellt wird, und der Kanton gar nicht mehr bestimmen kann, was er schützen will. Genau das ist ein grosses Problem des Denkmalschutzes: Die Kriterien für eine Unterschutzstellung werden zunehmend der demokratischen Kontrolle entzogen. Es sind Fachgremien, welche entscheiden, und die Politik kann die Entscheide nur noch zur Kenntnis nehmen − und sie bezahlen. Wenn hier ein Schritt gegen diese Expertokratie gemacht werden kann, sollte man ihn tun.

Kommissionspräsident **Beat Sieber** hält fest, dass Heini Schmid, Daniel Abt und Karl Nussbaumer die Kommissionsmeinung zusammengefasst haben. Er bittet den Rat, dem Antrag der Kommission zu folgen.

**Hubert Schuler** möchte zuhanden des Protokolls festhalten, dass nicht die gesamte vorberatende Kommission die Abschaffung der Denkmalkommission befürwortet. Er hat seinen Antrag namens der Kommissionsminderheit gestellt. Ein Teil der vorberatenden Kommission möchte die Denkmalkommission also beibehalten.

**Mariann Hess** hält insbesondere zuhanden von Heini Schmid fest, dass Verbände ideelle Interessen verfolgen und mithelfen, das Verständnis für die Natur und die bebaute Umwelt zu wecken, dem Denkmal ein Gesicht zu geben. Sie verfolgen keine eigenen wirtschaftlichen Interessen und haben keine Eigentümervorteile zu verteidigen. Ihr Beschwerderecht ist anerkannt, weil die Natur und Umwelt keine Lobby haben. Die Notwendigkeit dieser neutralen Verfahrensbeteiligung wird auf Bundesebene immer wieder neu hinterfragt und gefestigt, ja sogar ausgebaut, etwa für Konsumentinnenorganisationen.

**Heini Schmid** widerspricht der Aussage, dass die angesprochenen Verbände keine oder nur ideelle Interessen haben. Es sind ganze Wirtschaftszweige, wo sehr viele Leute Arbeit und Brot finden − und es bestehen deshalb auch wirtschaftliche Interessen. Der Rat ist aufgefordert, auch bei scheinbar rein ideellen Interessen genau hinzuschauen und sich zu fragen, ob es nicht primär um das Interesse die-

ser Organisationen gehe: Auch beim Heimatschutz werden Leute beschäftigt. Ein typisches Beispiel ist die Entwicklungshilfe, die eine riesige Industrie geworden ist. Der Votant wehrt sich gegen die Haltung, dass die Eigentümer nur an sich selbst denken würden, während alle, die in einer scheinbar ideellen Organisation arbeiten, *per se* gute Menschen seien.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bittet namens des Regierungsrats, den Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission zu unterstützen und die Denkmalkommission aufzulösen. Die Begründung des Regierungsrats ist in dessen Bericht und Antrag ausführlich dargelegt. Es sind im Wesentlichen drei Punkte:
• Beschleunigung der Unterschutzstellungsverfahren.
• Die nötige Fachkompetenz ist beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie überzeugend vorhanden.
• Im Rahmen von «Finanzen 2019» hat der Regierungsrat bereits verschiedene Kommissionen aufgehoben.
Zu dem von Daniel Abt erwähnten Beispiel kann die Direktorin des Innern aufgrund des Datenschutzes leider nicht Stellung nehmen. Sie kann dazu nur sagen, dass in der Denkmalkommission in der heutigen Zusammensetzung mit acht vom Regierungsrat gewählten Mitgliedern zahlreiche ausgewiesene Fachpersonen sitzen: vier Architekten oder Architektinnen, vertreten sind der Zuger Bauernverband und der Hauseigentümerverband. Die Denkmalkommission entscheidet nicht willkürlich oder nicht nachvollziehbar, sondern es handelt es sich um eine kompetente Kommission.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass zuerst der Antrag der Kommissionsminderheit dem geltenden Recht gegenübergestellt wird. In der zweiten Abstimmung wird entschieden, ob § 10 Abs. 3 gestrichen werden soll oder nicht.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat folgt vorerst mit 61 zu 6 Stimmen dem Antrag der Kommissionsminderheit.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat genehmigt mit 44 zu 27 Stimmen den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission auf Aufhebung von § 10 Abs. 3.

*§ 11 Abs. 2*
*§ 11 Abs. 4*
*§ 11 Abs. 5 Bst. a*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 11 Abs. 5 Bst. b*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission Bst. b löschen will.

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, macht darauf aufmerksam, dass der Rat bei § 10 Abs. 1 Bst. c die Kompetenz des Regierungsrat geändert hat. Es heisst dort gemäss Antrag der CVP-Fraktion nur noch: «Der Regierungsrat fasst Beschluss […], sofern der Aufhebung nicht stattgegeben werden soll.» Es geht also um eine streitbare Aufhebung. Wenn nun bei § 11 Abs. 5 Bst. b

der Direktion des Innern die Kompetenz entzogen wird, fehlt eine Instanz, die über nicht-streitbare Aufhebungen Beschluss fassen kann. Man muss also entscheiden, wer einen Schutz aufheben darf, sofern die Aufhebung nicht streitbar ist.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, ist der Meinung, dass es auch für den Rat klar sein sollte, dass nicht-streitbare Aufhebungen von der Direktion des Innern bzw. dem Amt für Denkmalpflege und Archäologie mit der Eigentümerschaft einvernehmlich gelöst werden. Es wäre Wasser in den Rhein getragen, wenn man in solchen Fällen jedes Mal noch den Gesamtregierungsrat bemühen müsste.

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, weist ergänzend darauf hin, dass in Bst. b, der gemäss Antrag der Kommission gelöscht werden soll, steht, dass die Direktion die Aufhebung des Schutzes beschliessen kann, wenn sie die Unterschutzstellung verfügt hat. Im geltenden Recht beschliesst teilweise der Regierungsrat die Unterschutzstellung. Es braucht also noch eine Kompetenz, welche Aufhebungen verfügen kann, wenn nicht die Direktion des Innern, sondern der Regierungsrat die Unterschutzstellung beschlossen hat. Man müsste bei einer Löschung von Bst. b eine entsprechende Formulierung finden.
Die stellvertretende Landschreiberin schlägt vor, diese Frage in der Sitzungspause zu besprechen und dem Rat dann einen Vorschlag vorzulegen, so dass die erste Lesung auch für Bst. b durchgeführt werden kann. Wenn die neue Formulierung erst in der zweiten Lesung vorgelegt wird, gibt es ein Problem bezüglich erster und zweiter Lesung.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen stillschweigend einverstanden.

*§ 11 Abs. 5 Bst. c*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 11 Abs. 5 Bst. d*
*§ 12, Abs. 1 und 2*
*§ 13 Abs. 1*
*§ 14 Abs. 1 Bst. m und n*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 14 Abs. 1 Bst. o (neu)*

**Andreas Etter** stellt im Namen der CVP-Fraktion den folgenden **Antrag** auf einen neuen Bst. o: «[Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie] ermittelt bei kantonalen Bauten die Kosten für die denkmalpflegerischen Massnahmen und weist diese im Objektkredit und in der Bauabrechnung aus.» Damit kann vor Baubeginn geklärt werden, welche Kosten die einzelnen Parteien tragen müssen, beispielsweise beim Theilerhaus oder bei der Kantonsschule.

**Daniel Abt** kann die Idee der CVP-Fraktion nachvollziehen, in der Praxis wird es damit aber sicher nicht einfacher. Der Votant hat schon x Bauprojekte realisiert, und er weiss, dass man die Preisetikette erst am Schluss hat. Er hat auch schon Projekte realisiert, die erst nach Abschluss der Arbeiten unter Denkmalschutz gestellt wurden − im Wissen, dass diese Objekte unter Schutz gestellt werden können, wenn sie entsprechend umgebaut werden. Der Votant weiss nicht, wie man den Antrag der CVP konkret umsetzen soll. Er befürchtet, dass dieser einen wahnsinnigen Bürokratieaufwand generiert, der am Ende des Tages nichts bringt.

**Thomas Meierhans** stellt klar, dass sich der Antrag der CVP-Fraktion nur auf Bauten bezieht, die dem Kanton gehören. Es ist natürlich am einfachsten, wenn die Denkmalpflege vor allem bei kantonseigenen Liegenschaften aktiv wird. Solche Liegenschaften lassen sich einfacher unter Schutz stellen als Privatliegenschaften. Das ist okay, wenn die Unterschutzstellung wirklich begründet werden kann. Es sollte aber auch in diesen Fällen transparent aufgezeigt werden, welche Kosten die Unterschutzstellung generiert. Im Fall der Kantonsschule Menzingen hat im Vorfeld niemand gesagt, welche Kosten die Unterschutzstellung auslöst. Das sollte in Zukunft aber der Fall sein. Der Rat wird heute noch über das unter Schutz gestellte Theilerhaus in Zug sprechen. Der Denkmalschutz verursacht hier Mehrkosten, welche die Baudirektion im Objektkredit separat ausweisen soll. Es geht im Antrag der CVP-Fraktion aber − wie gesagt − nur um kantonseigene Liegenschaften.

Auch **Andreas Hürlimann** kann die Idee des CVP-Antrags nachvollziehen. Relevant für die Aufschlüsselung sind aber auch bei diesen Bauten die Kosten am Schluss. Erst dann kann der Kostenteiler zwischen Baudirektion und Denkmalpflege wirklich ermittelt werden. Wenn das in einem früheren Stadium geschieht, hat man irgendwelche Zahlen auf dem Tisch, die aber gerade bei anspruchsvollen älteren Bauten höchstwahrscheinlich nie und nimmer zutreffen werden. Und der Votant hofft, dass man die Unterschutzstellung nicht von der Eigentümerschaft − ob privat oder öffentliche Hand − abhängig macht. Das Gesetz sollte für alle gleich gelten.

**Daniel Abt** ist ob des Votums von Thomas Meierhans etwas zusammengezuckt: Es soll ein Unterschied gemacht werden, ob das Gebäude der öffentlichen Hand oder einem Privaten gehört! Das geht doch nicht! Der Private möchte ja auch wissen, was sein Umbau kostet − und er weiss ja noch gar nicht, was er machen kann und was nicht, weil er nicht weiss, ob seine Liegenschaft unter Schutz gestellt wird oder nicht. Hände weg von solchen Ideen!

**Heini Schmid** weist darauf hin, dass der Rat bald über die Sanierung der Kantonsschule Zug befinden wird. Das ist der Ursprung des Antrags der CVP-Fraktion. Das Gebäude ist im Inventar der schützenswerten Bauten, und die Hochbaukommission wird die Frage stellen, was eine Unterschutzstellung denn eigentlich kosten würde. Die CVP unterscheidet zwischen privaten und kantonseigenen Gebäuden, weil viele Schulhäuser im Inventar sind, und der Kantonsrat soll zumindest wissen, was der Denkmalschutz bei diesen Bauten kostet. Mit der ausgefeilten Methode der Kostenermittlung, die der Kanton hat, sollte es doch möglich sein, die denkmalschutzbedingten Kosten einer Sanierung zu ermitteln! Es ist eine für den Kantonsrat relevant, die Kosten des Denkmalschutzes zu kennen − wobei sich der Votant fragt, ob es wirklich sinnvoll sei, die Kantonsschule Zug unter Schutz zu stellen. Es besteht eine gewisse Tendenz, dass ein Verwaltungszweig einem anderen nicht verweigern will, etwas unter Schutz zu stellen, und es ist wohl einfacher, ein kantonales Gebäude unter Schutz zu stellen als ein privates. Die CVP-Fraktion möchte mit ihrem

Antrag diese gewissermassen verwaltungsinternen Unterschutzstellungen etwas erschweren, und sie möchte vor allem Transparenz bezüglich der Kosten.

**Daniel Abt** sieht die Problematik darin, dass man nicht verlangen kann, die Kosten der Unterschutzstellung eines kantonalen Gebäudes im Voraus zu kennen. Der CVP-Antrag zielt seiner Meinung darauf ab, mit diesem Argument die Schutzwürdigkeit eines Gebäudes abzuleiten. Genau um nicht zwischen Bauten der öffentlichen Hand und privaten Eigentümern unterscheiden zu müssen, hat der Rat in § 2 Abs. 1 beschlossen, dass die Kriterien kumulativ erfüllt sein müssen. Der Votant sieht nach wie vor nicht ein, warum man kantonseigene Bauten anders beurteilen sollte als private.

**Peter Letter** weist darauf hin, dass man später zur Frage kommen wird, ob Objekte, die nur zehn, zwanzig, dreissig oder vierzig Jahr alt sind − wie beispielsweise die Kantonsschule Zug − auch gegen den Willen des Eigentümers unter Schutz gestellt werden können. Bei kantonseigenen Gebäuden entscheidet der Kantonsrat darüber, ob ein solcher Bau abgerissen oder saniert werden soll und was wirtschaftlich sinnvoller ist. Da braucht es Kostenvergleiche. Der Votant ist etwas indifferent, ob dafür der Vorschlag der CVP-Fraktion ins Gesetz geschrieben werden muss oder nicht. Grundsätzlich muss sich aber die Hochbaukommission in solchen Fällen, insbesondere bei Schulhäusern, vertieft mit der Frage auseinandersetzen, welcher Variante man den Vorzug geben soll.

**Hubert Schuler** hat sich als Präsident der Hochbaukommission bereits entsprechende Gedanken gemacht. Der Rat wird heute noch über die Renovation des Theilerhauses in Zug sprechen. In der betreffenden Kostenaufstellung steht nicht, wie hoch der Beitrag der Stadt Zug an diesen Umbau ist. Aus dieser Optik macht der Vorschlag der CVP-Fraktion durchaus Sinn. Andererseits geht es ja nicht nur um Schulhäuser und deren Unterschutzstellung. Man könnte von der Baudirektion einfach fordern, dass die entsprechenden Kosten künftig ausgewiesen werden, damit die vorberatenden Kommissionen und auch der Kantonsrat diese genauer einschätzen können. Der Votant lehnt deshalb den Antrag der CVP-Fraktion eher ab.

**Heini Schmid** weist Peter Letter auf die Problematik hin, dass der Kantonsrat zu den Unterschutzstellungen nichts zu sagen hat. Das ist alleinige Kompetenz der Regierung. Immerhin könnte der Kantonsrat mit dem Antrag der CVP aber nachvollziehen, welches die Kosten des Entscheids sind.

Es ist **Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, nicht bekannt, dass sich der Regierungsrat bis heute je mit der Unterschutzstellung der Kantonsschule Zug auseinandergesetzt hätte. Zum Antrag der CVP-Fraktion hält sie fest, dass die denkmalpflegerelevanten Kosten immer vom Amt für Denkmalpflege und Archäologie ermittelt werden. Die betreffenden Kosten werden auf der Grundlage des von der Bauherrschaft eingereichten Kostenvoranschlags bzw. − für die Auszahlung des Beitrags − auf der Grundlage der von der Bauherrschaft eingereichten Schlussabrechnung ermittelt. Bei kantonalen Bauten ist das Hochbauamt die Bauherrschaft. Es beantragt den Baukredit und erstellt die Bauabrechnung. Auf der Grundlage der vom Hochbauamt eingereichten Bauabrechnung berechnet dann das Amt für Denkmalpflege und Archäologie die Beiträge. Ein neuer Bst. o ist somit wirklich nicht nötig und würde in die Kompetenz des Hochbauamts eingreifen. Der Regierungsrat bittet, den Antrag der CVP-Fraktion abzulehnen.

**Heini Schmid** hält fest, dass die CVP verlangt, dass in einer Vorlage der Kostenteiler bzw. der Beitrag der Denkmalpflege ausgewiesen wird. Das Hochbauamt soll also − wie bei einem Kredit üblich − einen bestimmten Teilposten explizit ausweisen. Der Votant sieht nicht ein, dass damit in die Kompetenz des Hochbauamts eingegriffen werden soll. Es geht um eine Information zuhanden des Kantonsrats, selbstverständlich mit der Ungewissheit, dass das nicht die definitive Abrechnung ist. Der Kantonsrat darf aber verlangen, dass er diese wichtige Information erhält. Selbstverständlich liegt es nachher in der Hoheit der Denkmalpflege, den definitiven Beitrag zu verfügen. Es geht beim Antrag der CVP-Fraktion aber nicht darum, sondern um eine möglichst im Zeitpunkt des Entscheids dem Kantonsrat vorliegende zusätzliche Information.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat lehnt den Antrag der CVP-Fraktion auf einen neuen Bst. o mit 49 zu 22 Stimmen ab.

*§ 19 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 21 Abs. 1a*

**Hubert Schuler** spricht für die Kommissionsminderheit. Damit von Anfang an alle am Prozess Beteiligten miteinbezogen sind, ist es wichtig, dass auch die Verbände gemäss § 39 Abs. 2 im Vorschlag des Regierungsrats entsprechend angehört werden. Damit können unnötige Verzögerungen oder allenfalls auch Einsprachen vermieden werden, was schlussendlich allen, der Eigentümerschaft und den Behörden, zugutekommt. Die Kommissionsminderheit stellt deshalb den **Antrag,** § 21 Abs. 1a wie folgt zu formulieren bzw. zu ergänzen: «Vor der Aufnahme eines Objekts in das Inventar der schützenswerten Denkmäler lädt die Direktion des Innern die Standortgemeinde sowie die Eigentümerschaft zur Stellungnahme ein. *Verbände müssen entsprechend angehört werden*.»

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat lehnt den Antrag der Kommissionsminderheit mit 48 zu 18 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

*§ 21 Abs. 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 21a Abs. 1 und 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 21a Abs. 3 (neu)*

**Kurt Balmer** stellt den Antrag, bei § 21a einen neuen Abs. 3 aufzunehmen − was analog bereits in der vorberatenden Kommission diskutiert und zum Erstaunen des Votanten heute durch den Kommissionspräsidenten nicht mehr zur Diskussion ge-

stellt bzw. beantragt wird. Wie dem Kommissionsbericht auf Seite 10 zu entnehmen ist, hat die Kommission über den Antrag diskutiert, die folgende Bestimmung ins Gesetz aufzunehmen: «Vorbehältlich von übergeordnetem Recht ist die Unterschutzstellung gegen den Willen der Eigentümerschaft unzulässig». Der Votant stellt analog dazu den folgenden **Antrag** auf einen neuen Abs. 3: «Vorbehältlich von übergeordnetem Recht ist eine Unterschutzstellung gegen den Willen der Standortgemeinde nicht zulässig.» Der Votant fokussiert also nicht auf die Eigentümerschaft − was definitiv zu weit gehen würde −, sondern auf die Standortgemeinde. Es geht darum, den Gemeinden mehr Gewicht zu geben, was ja der zugegebene Wille und der Gedanke hinter dem gesamten Änderungsantrag ist. Der Antrag des Votanten kommt diesem Anliegen entgegen: Den Gemeinden wird mehr Gewicht gegeben. Die Gemeinden sind also nicht nur Partei im Sinn von § 24 Abs. 3, sondern sie sollen ein vom Votanten jetzt konstruiertes sogenanntes reduziertes Vetorecht erhalten. Die Gemeinden müssen bei einer Unterschutzstellung schliesslich ja auch bezahlen. Sie bzw. der Gemeinderat kennen die örtlichen Verhältnisse höchstwahrscheinlich besser als die kantonale Behörde. Und schlussendlich geht es auch um den Profiteur der Denkmalpflege: Es ist ja nicht der Kanton, sondern die jeweilige Gemeinde, die von der Unterschutzstellung profitiert. Eigentlich ist die Denkmalpflege ja eine gemeindliche Angelegenheit, die aber einen kantonalen Rahmen haben muss.
Der Antrag ist nach Meinung des Votanten zulässig. Es geht um den Status der Standortgemeinde, hier einen ergänzenden Rahmen, eine ergänzende Legitimation zu geben: Der Antrag verlangt einfach eine höhere Gewichtung der Standortgemeinde. Für den Fall, dass sich in der weiteren Diskussion überzeugende Argumente gegen seinen Antrag ergeben oder dieser sich als widerrechtlich erweisen sollte, behält sich der Votant vor, den Antrag zurückzuziehen. Im Moment aber bittet er den Rat, seinen Antrag zu unterstützen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bittet namens des Regierungsrats, den Antrag von Kurt Balmer abzulehnen. Der Rat hat vorhin entschieden, dass der Regierungsrat bei umstrittenen Objekten zuständig sein soll. Was aber soll nun sein, wenn die Eigentümerschaft und der Regierungsrat die Unterschutzstellung befürworten, die Standortgemeinde aber − aus welchen Gründen auch immer − sie ablehnt? Ist dann plötzlich die Gemeinde zuständig? Das kann es wirklich nicht sein! Im Weiteren verfügen die Gemeinden nicht über die nötige Fachkompetenz. Sie beurteilen einen Fall −was richtig ist − einzig aus ihrer Sicht. Der Regierungsrat nimmt die Argumente der Gemeinden ernst, diskutiert sie und gewichtet sie dann entsprechend. Dazu fehlen den Gemeinden sowohl die Erfahrung als auch die juristischen Kompetenzen.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat lehnt den Antrag von Kurt Balmer auf einen neuen Abs. 3 mit 40 zu 28 Stimmen ab.

Nach der Sitzungspause teilt der **Vorsitzende** mit, dass bezüglich der vorhin aufgeschobenen Fragen zu § 10 Abs. 1 Bst. c und § 11 Abs. 5 Bst. b zusätzliche Abklärungen getroffen wurden.

*§ 10 Abs. 1 Bst. c*
*§ 11 Abs. 5 Bst. b*

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, hält fest, dass es in den fraglichen Paragrafen um die Kompetenz des Regierungsrats bzw. der Direk-

tion des Innern geht. In § 10 Abs. 1 Bst. c hat der Rat den Antrag der CVP-Fraktion gutgeheissen. Es heisst dort nun, dass der Regierungsrat Beschluss fasst, «sofern der Aufhebung [des Schutzes] nicht stattgegeben werden soll». Bei § 11 Abs. 5 Bst. b beantragt die vorberatende Kommission die Löschung, was bedeutet, dass es keine Kompetenz für die nicht-streitige Aufhebung des Schutzes mehr gibt. Die stellvertretende Landschreiberin schlägt vor, bei § 10 Abs. 1 Bst. c den Antrag der CVP-Fraktion etwas abzuändern und dort die streitbare Aufhebung und in § 11 Abs. 5 Bst. b die nicht-streitbare Aufhebung zu regeln. Konkret würde das bedeuten:
• § 10 Abs. 1 Bst. c: «[Der Regierungsrat fasst Beschluss über] die Aufhebung des Schutzes eines Denkmals, sofern sie nicht einvernehmlich erfolgen kann.»
• § 11 Abs. 5 Bst. b: «[Die Direktion des Innern entscheidet über] die Aufhebung des Schutzes eines Denkmals, sofern sie einvernehmlich erfolgt.»
Der Rat hat die Kompetenz für streitbare Unterschutzstellungen bereits dem Regierungsrat, für einvernehmliche Unterschutzstellungen der Direktion des Innern zugewiesen. Die streitbare bzw. nicht-streitbare Aufhebung des Schutzes soll − so schlägt die stellvertretende Landschreiberin vor − analog geregelt werden.

**Manuel Brandenberg** macht beliebt, den Vorschlag der stellvertretenden Landschreiberin zu unterstützen, bei § 10 Abs. 1 Bst. c aber auf das «kann» zu verzichten, also «[…] sofern sie nicht einvernehmlich *erfolgt*.» Wenn an einer Stelle eine «kann»-Formulierung steht, an der anderen Stelle hingegen nicht, ergeben sich unnötigerweise Auslegemöglichkeiten.

Der **Vorsitzende** liest die zwei Bestimmungen in der neuen Fassung vor:
• § 10 Abs. 1 Bst. c: «[Der Regierungsrat fasst Beschluss über] die Aufhebung des Schutzes eines Denkmals, sofern sie nicht einvernehmlich erfolgt.»
• § 11 Abs. 5 Bst. b: «[Die Direktion des Innern entscheidet über] die Aufhebung des Schutzes eines Denkmals, sofern sie einvernehmlich erfolgt.»

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die neue Fassung von § 10 Abs. 1 Bst. c und von § 11 Abs. 5 Bst. b.

*§ 24 Abs. 1, 2 und 3*
*§ 24a Abs. 1, 2 und 3*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag des Regierungsrats.

*§ 25 Abs. 1 Einleitungssatz*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung dem um die Wendung «und den Schutzumfang» erweiterten Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

**Hubert Schuler** kommt zurück auf seinen schon oben gestellten Antrag, dass der Entscheid nicht beim Regierungsrat liegen soll, sondern − wie im geltenden Recht − an die Direktion des Innern delegiert werden kann. Die Argumente hat er bereits genannt: Es macht keinen Sinn, dass die strategische Ebene operative Aufgaben erfüllt. Er stellt namens der Kommissionsminderheit deshalb den **Antrag,** die Delegation an die Direktion des Innern beizubehalten.

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat lehnt den Antrag der Kommissionsminderheit mit 50 zu 19 Stimmen ab und genehmigt damit den vom Regierungsrat unterstützten Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 25 Abs. 1 Bst. a*

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein direkter Zusammenhang mit § 2 Abs. 1 besteht. Dort hat sich der Rat für einen «äusserst hohen» Wert und die Kumulation von zwei der drei Kriterien entschieden. Er geht davon aus, dass dasselbe auch hier in § 25 Abs. 1 Bst. a gilt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden und genehmigt den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 25 Abs. 1 Bst. b und c*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 25 Abs. 1 Bst. d*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich hier der Antrag der vorberatenden Kommission und derjenige des Regierungsrats und der Kommissionminderheit auf Beibehaltung geltenden Rechts gegenüberstehen.

**Susanne Giger** hält namens der Kommissionsminderheit fest, dass diese den Zusatz der Kommissionsmehrheit «und der belasteten Eigentümerschaft» ablehnt und beantragt, diese Bestimmung in der vom Regierungsrat vorgeschlagenen heutigen Form zu belassen. Insbesondere will die Kommissionsminderheit ganz klar den Zusatz «belasteten» gestrichen haben. Beim Kriterium der Kosten darf nicht auf die finanziellen Möglichkeiten der Eigentümerschaft abgestellt werden. Das widerspricht der Rechtsgleichheit und übergeordnetem Recht.

Für **Peter Letter** nimmt die Formulierung «und der belasteten Eigentümerschaft» in keiner Weise Bezug auf die finanziellen Möglichkeiten der Eigentümerschaft. Sie nimmt nur Bezug auf die Kosten, die der Eigentümerschaft entstehen.

Für **Heini Schmid** überschreitet die vorberatende Kommission mit dem Zusatz «und der belasteten Eigentümerschaft» eine Schwelle, die den Grundgedanken des Denkmalschutzes aushöhlt. Sie schlägt nämlich vor, dass, wenn alle Kriterien für die Unterschutzstellung eines Objekts sprechen, die Eigentümerschaft finanziell aber nicht gut gestellt ist, keine Unterschutzstellung möglich sein soll. Man stelle sich das beispielsweise in der Altstadt von Zug vor: Wenn eine Eigentümerschaft nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, kann deren Haus nicht unter Schutz gestellt werden. Es ist ein Grundsatz in der Denkmalpflege, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des Einzelnen nicht massgebend sein darf, ob etwas unter

Schutz gestellt werden soll oder nicht. Dass ein wunderschönes Haus, das jemand geerbt hat, der vielleicht von staatlichen Ergänzungsleistungen lebt, nicht soll geschützt werden können, ist wenig durchdacht und wesensfremd im Denkmalschutzrecht. Dass die Unterschutzstellung sowohl für den Staat als auch für die Eigentümerschaft tragbar sein muss, muss im Rahmen der Verhältnismässigkeit mitberücksichtigt werden, die individuelle Tragbarkeit darf aber keine Rolle spielen, sonst wird der Denkmalschutz grundsätzlich ausgehöhlt.

**Hubert Schuler** führt den Gedanken von Heini Schmid weiter, um aufzuzeigen, wie absurd der Antrag der vorberatenden Kommission ist: Jemand mit entsprechenden finanziellen Mitteln besitzt ein unter Schutz gestelltes Haus, er stirbt − und die Erben haben das nötige Geld nicht. Oder umgekehrt: Der Besitzer eines schutzwürdigen Hauses hat wenig Geld, so dass das Gebäude nicht unter Schutz gestellt werden kann, erbt dann aber plötzlich viel Geld. Müsste dann die Verfügung geändert, d. h. das Gebäude im ersten Fall aus dem Schutz entlassen und im zweiten Fall unter Schutz gestellt werden, weil sich die finanzielle Situation der Eigentümer geändert hat? Es wäre wirklich absurd, eine solche Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen.

**Manuel Brandenberg** möchte etwas von den Emotionen wegkommen, die vorberatende Kommission hat sich bei ihrem Antrag nämlich etwas überlegt. In § 25 geht es um die Entscheide des Regierungsrats bezüglich Unterschutzstellungen, wenn kein öffentlich-rechtlicher Vertrag zustande gekommen ist. In allen Fällen, in denen eine vertragliche Regelung zustande kam, sind die hier genannten Kriterien nicht anwendbar und spielen keine Rolle. Das zur Diskussion stehende Kriterium ist eines von vier Kriterien, die erfüllt sein müssen, und es wird entsprechend gewichtet. Man kann doch nicht − wie es die Linke und der CVP-Sprecher taten − einfach sagen, die finanziellen Verhältnisse des Eigentümers spielten keine Rolle! Wessen Haus ist es denn, das unter Schutz gestellt wird? Es ist nicht das Haus des Staates, sondern eines privaten Eigentümers. Das muss eine Rolle spielen in dieser Frage. Und wenn jemand, der arm ist, dann halt etwas besser wegkommt als ein Reicher, dann ist das ein sozialer Gedanke, der hier durchaus Platz hat. *(Im Rat wird gelacht.)* Der Votant dankt für das zustimmende Lachen aus dem linken Kreis, er glaubt aber, dass man hier auch etwas sozial denken und gewichten darf. Die vorberatende Kommission hat hier − so glaubt der Votant − gute Arbeit geleistet.

**Nicole Zweifel** möchte vom Regierungsrat wissen, ob der Kanton oder die Standortgemeinde im von Heini Schmid skizzierten Fall Beiträge an den Unterhalt leisten kann. Wenn ja, wäre das ein Gegenargument zu den Ausführungen von Manuel Brandenberg: Man könnte dann auch bei Eigentümern, die nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, ein Haus im Sinne des Denkmalschutzes erhalten. Die Votantin unterstützt in diesem Sinn die Argumentation von Heini Schmid, dass die finanzielle Situation des Eigentümers nicht ausschlaggebend für eine Nichtunterschutzstellung sein kann.

**Heini Schmid** hält Manuel Brandenberg entgegen, dass es sich hier nicht um eines von vielen Kriterien handelt. Es ist vielmehr ein Killerkriterium: Wenn der betroffene Eigentümer das Geld nicht hat, gibt es keine Unterschutzstellung. Dann ist *finito* mit den anderen Kriterien − und das weiss Manuel Brandenberg sehr genau. Der Votant bittet ihn, juristisch korrekt zu informieren: Die vorberatende Kommission will, dass eine Unterschutzstellung nicht möglich sein soll, wenn das Geld nicht vorhanden und die individuelle Tagbarkeit nicht gegeben ist. Und da nützen alle übrigen Kriterien und alle hohen Werte nichts mehr. So hat es die Kommission ge-

meint − und genau das ist das Gefährliche. Wenn man das nämlich weiterdenkt, kann beispielsweise der Zurlaubenhof in Zug einfach abgerissen werden, wenn der Besitzer darlegt, dass ein Erhalt seine finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigt. Mit dem Antrag der Kommission wäre es nicht möglich, dieses Gebäude dann unter Schutz zu stellen.
Zur Frage von Nicole Zweifel hält der Votant fest, dass es seines Wissens spezielle Fonds gibt, bei denen Eigentümer, welche die notwendigen Geldmittel nicht haben, Beiträge beantragen können. Das sind aber eidgenössische Fonds, der Kanton Zug kennt − so glaubt der Votant − keine solchen Fonds.

**Manuel Brandenberg** äussert sich vom Vorwurf, er sei sachlich unkorrekt gewesen. Er hat gesagt, es handle sich um eines von vier Kriterien für den Fall, dass man sich nicht einvernehmlich über die Unterschutzstellung einigen kann. Und es ist richtig, was Heini Schmid gesagt hat: Wenn das Kriterium der finanziellen Tragbarkeit nicht erfüllt ist, gibt es keine Unterschutzstellung. Genau das ist der soziale Gedanke und der Wille der vorberatenden Kommission.
Beim Zurlaubenhof handelt es sich um ein sehr wertvolles Grundstück. Da ist es schwierig, zum Schluss zu kommen, die finanzielle Tragbarkeit sei nicht gegeben. Es geht bei der Tragbarkeit ja nicht um Liquidität, sondern um Vermögen. Für die Liquidität kann die Zuger Kantonalbank oder eine andere Bank oder − was viel schöner ist − ein Privater mit einem Darlehen sorgen. Der Votant glaubt allerdings nicht, dass die Eigentümer des Zurlaubenhofs das nötig haben.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat den Antrag der vorberatenden Kommission klar ablehnt. Die beantragte Änderung will die Unterschutzstellung − wie gehört − unter anderem von den finanziellen Verhältnissen der aktuellen Eigentümerschaft» abhängig machen. Ein schutzwürdiges Objekt dürfte also unter Schutz gestellt werden, wenn es im Eigentum einer vermögenden Person ist. Was aber ist eine vermögende Person? Wahrscheinlich gibt es dazu im Kantonsrat achtzig verschiedene Meinungen. Das betreffende Objekt dürfte aber nicht geschützt werden, wenn es einer weniger vermögenden Person gehört. Eine solche Bestimmung verstösst schlicht gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Rechtsgleichheit. Wechselt das Objekt durch Verkauf, Erbschaft oder Schenkung die Hand von einer vermögenden zu einer weniger vermögenden Person oder umgekehrt, würde dies die Unterschutzstellungsvoraussetzungen sofort ändern. Die Rechtssicherheit könnte mit einer solchen Bestimmung nicht mehr gewährleistet werden.
Überlegungen zu den finanziellen Folgen einer Unterschutzstellung für die Eigentümerschaft spielen sehr wohl eine Rolle; das weiss auch Manuel Brandenberg. Sie müssen aber vom Objekt, nicht von den Vermögensverhältnissen der Eigentümerin oder des Eigentümers ausgehen. Dies ist im Bst. c geregelt: Die Massnahme muss verhältnismässig sein und eine langfristige Nutzung ermöglichen. Und genau das beachtet die Regierung. Nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit muss also gewährleistet sein, dass ein Objekt auch nach einer Unterschutzstellung nutzbar bleibt und wirtschaftlich tragbar unterhalten werden kann.
In § 32 sieht das Denkmalschutzgesetz bei sehr schweren Nutzungseinschränkungen die Möglichkeit der materiellen Enteignung mit Entschädigungsfolgen vor. Eine Kompensation der Eigentümerschaft ist bei aussergewöhnlichen Belastungen unter geltendem Recht also bereits vorgesehen. Auch systematisch gesehen ist die von der Kommission beantragte Ergänzung fehl am Platz. § 25 Abs. 1 Bst. d regelt die Tragbarkeit von späteren Sanierungsbeiträgen für die Standortgemeinde. Im Weite-

ren schliesst sich der Regierungsrat den Voten von Hubert Schuler und Heini Schmid an und bittet, den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen.
Zur Frage von Nicole Zweifel bestätigt die Direktorin des Innern, dass es entsprechende eidgenössischen Mittel gibt, die allerdings sehr beschränkt sind. Und wenn jemand Sozialhilfe bezieht, kommen noch andere Parameter, etwa das Vermögen, dazu. Mit anderen Worten: Es ist fraglich, ob jemand in dieser Situation überhaupt noch ein Haus besitzt. Über die Beitragshöhe wird der Rat bei § 34 noch diskutieren.

**Kurt Balmer** stört sich an der bisher nicht diskutierten Formulierung «auf Dauer tragbar». Bisher hat niemand gesagt, was das genau bedeutet. Es wurde nur davon gesprochen, dass die individuelle finanzielle Situation des Eigentümers massgebend sei. «Auf Dauer» heisst aber etwas anders. Der Votant interpretiert Bst. d so, dass man nicht auf die momentane Situation eingehen kann, sondern dass − das wirft der Votant der vorberatenden Kommission vor − das Ganze verwässert wird: «Auf Dauer» heisst eigentlich nichts. Man will irgendetwas klären, schafft aber nur Unklarheit. «Auf Dauer» meint letztlich die Verhältnismässigkeit. Es heisst aber nicht, dass ein bestimmter Zeitpunkt, also der momentane Eigentümer, massgebend für die Unterschutzstellung ist − und allenfalls sofort abgerissen werden kann. Eigentlich könnte diese Bestimmung gestrichen werden, ohne dass sich etwas ändert. Trotzdem aber plädiert der Votant dafür, sie zu belassen −gerade weil sie nichts ändert. Er vermisst hier ein klares *Statement* der Kommission. Man hat bisher nicht gehört, was sich die Kommission zur Formulierung «auf Dauer» überlegte.

Kommissionspräsident **Beat Sieber** wirft einen Blick auf den Kanton Bern. Dort gibt es viele Schlösser, die für das Gemeinwesen zum Teil auf Dauer nicht tragbar sind. Es gibt im Kanton Bern deshalb politische Beschlüsse, diese Liegenschaften zu verkaufen. Auch das Gemeinwesen unterliegt dem Prinzip, dass es Objekte auf Dauer vielleicht nicht halten kann − ausser man erhöht die Steuern, um diese Schlösser erhalten zu können.
Die Kommission will hier neben dem Gemeinwesen auch die belastete Eigentümerschaft nennen. Es können ja sowohl ein Gemeinwesen als auch Private Eigentümer sein, und die Kommission wollte diese beiden gleichstellen. Deshalb hat sie ihre Ergänzung angebracht, dies mit 10 zu 4 Stimmen, was dem Verhältnis der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat gegenüber der Minderheit entspricht, welche die Beibehaltung geltenden Rechts unterstützt.

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat folgt mit 36 zu 31 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats und der Kommissionsminderheit auf Beibehaltung bisherigen Rechts.

*§ 25 Abs. 2*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 25 Abs. 4*

**Der Vorsitzende** hält fest, dass die vorberatende Kommission hier einen neuen Absatz beantragt.

**Susanne Giger** teilt mit, dass die Kommissionsminderheit den Antrag der vorberatenden Kommission ablehnt, dass Objekte, die jünger als siebzig Jahre alt sind,

nicht gegen den Willen der Eigentümerschaft unter Schutz gestellt werden können. Eine zeitliche Eingrenzung widerspricht *per se* dem Denkmalgedanken. Nach heutiger Auffassung können auch neuere Objekte schutzwürdig sein. Es darf nicht auf das Alter einen Bauwerks als einziges Kriterium abgestellt werden. Wird in einem kantonalen Gesetz ausdrücklich eine Altersgrenze festgelegt, besteht die Gefahr, dass diese mit der Zeit gegen übergeordnetes Recht verstösst. Die Festlegung einer fixen Zeitgrenze im Gesetz würde zudem zu praktischen Problemen im Vollzug und einmal mehr zu Rechtsunsicherheit führen.

**Karl Nussbaumer** hält fest, dass die SVP-Fraktion dieser Änderung einstimmig zustimmt. Sie findet es richtig, dass Objekte, die jünger als siebzig Jahre sind, nicht gegen den Willen der Eigentümer unter Schutz gestellt werden dürfen. Der Votant bittet den Rat, diese Änderung der vorberatenden Kommission zu unterstützen.
Persönlich hält der Votant noch fest, dass Heini Schmid und alle, welche befürchten, dass die Kantonsschule Zug unter Schutz gestellt wird, dem Antrag der vorberatenden Kommission zustimmen müssen. Hier kann man einen Punkt setzen.

**Heini Schmid** kann Karl Nussbaumer beruhigen: Er wird diesen Punkt setzen, obwohl er sich bewusst ist, dass es eine Denkmalschutzmassnahme mit dem Holzhammer ist. Er möchte aber das Signal aussenden, dass bei den neueren Gebäuden die politische Zustimmung zu den Unterschutzstellungskriterien nicht dieselbe ist wie bei älteren Gebäuden. Auch er selber hat ein gewisses Unbehagen, nach welchen Kriterien neuere Gebäude unter Schutz gestellt werden. Dazu kommt, dass er sich als Bauherr bemüht, qualitätvoll zu bauen – was auch schon ausgezeichnet wurde. Er läuft damit aber Gefahr, dass seine Bauten unter Schutz gestellt werden. Er kann mit dieser Gefahr leben. Man sollte aber nicht alles, was gut ist, immer unter Schutz stellen, denn mit Abreissen kann man auch Platz schaffen für etwas Neues, das ebenfalls gut ist.

**Hubert Schuler** stellt klar, dass es hier nicht um den Holzhammer, sondern um die Abrissbirne geht. Dass etwas Neues entstehen kann, wenn Altes weichen muss, ist grundsätzlich richtig. Ob dieses Neue dann aber besser sei, ist zu bezweifeln. Der Votant bittet, den Antrag der vorberatenden Kommission nicht zu unterstützen. Der Rat hat klar entschieden, dass ein «äusserst hoher» Wert gegeben sein müsse, dies in zwei der drei Kriterien wissenschaftlich, kulturell und heimatkundlich. Da braucht es nicht noch die Zeit als weiteres Kriterium. Was nämlich macht man, wenn bei einem 69-jährigen Gebäude in der Altstadt der Eigentümer wechselt und dieser findet, nun könne er abreissen und ein Gebäude hinstellen wie beispielsweise in Baar an der Marktgasse? Da hat der Votant doch seine Zweifel, ob das besser wäre als das alte Gebäude – oder als die Kreuelburg.

Für **Anastas Odermatt** hat es Hubert Schuler schon gesagt: Der Rat hat bereits definiert, was denkmalpflegerisch schützenswert sein soll. Wenn zusätzlich nun noch diese siebzig Jahre ins Gesetz kommen, ist das sehr willkürlich. Warum siebzig Jahre? Warum nicht hundert oder zehn oder zwanzig Jahre? Beim Denkmalschutz geht es darum, dass zukünftige Generationen eine Erinnerung und eine Identität haben, etwas über frühere Epochen erfahren können etc. Für ältere Personen, etwa einen Achtzigjährigen, ist ein siebzigjähriges Haus nicht alt; die betreffende Person hat diese Epoche miterlebt und braucht keine Erinnerung in Form eines Gebäudes. Für Jüngere aber ist ein Haus aus den 1970er Jahren sehr wohl eine Erinnerung an die damalige Epoche, die sie ja nicht miterlebt haben. In diesem Sinn sagt die willkürliche gewählte Zahl siebzig wohl eher etwas über das Durch-

schnittsalter der Kantonsratsmitglieder als über eine eigentliche Schutzwürdigkeit aus. *(Der Rat lacht.)* Die Kriterien für die Schutzwürdigkeit wurden nämlich bereits weiter oben definiert.

**Daniel Abt** weist darauf hin, dass es hier nur um Objekte geht, die gegen den Willen des Eigentümers unter Schutz gestellt werden sollen. Siebzig Jahre sind − so hat es der Votant in der vorberatenden Kommission verstanden − zwei Generationen. Am Beispiel der Überbauung Alpenblick in Cham: Die Gebäude an sich mögen schützenswert sein. Ihre Bauart unterscheidet sich aber nicht von derjenigen heutiger Bauten: Wände aus Beton, Mauerwerk und Decken aus Beton. Der Votant sieht hier keinen grossartigen Wert. Es sollte deshalb möglich sein, die Substanz neu zu erstellen, denn die alte ist nicht schützenswert: keine Innovation, keine Technik, die heute nicht mehr angewandt wird etc. Es ist also durchaus berechtigt, die Bestimmung mit den siebzig Jahren im Gesetz zu belassen.

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass hier keine «Lex Alpenblick» gemacht wird. Der Alpenblick ist der Alpenblick, und es gibt Kriterien, ob diese Überbauung unter Schutz gestellt werden muss oder nicht. Bezüglich Erinnerungskultur: Wer eine Erinnerungskultur will, soll ein schönes Buch mit Bildern kaufen und dieses zu Hause lesen − und muss nicht das Eigentum anderer Leute beschränken und fremde Immobilien unter Schutz stellen, nur um eine eigene Erinnerungskultur zu haben. Das kann man gut alleine machen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, teilt mit, dass der Regierungsrat den Antrag der vorberatenden Kommission klar ablehnt. Eine zeitliche Eingrenzung steht dem Denkmalgedanken *per se* entgegen. Denkmäler sind materielle Zeugen für die Lebensweise der Vorfahren, für Ereignisse, Entwicklungen und Errungenschaften früherer Epochen: dazu gehören auch Ereignisse aus jüngerer Zeit. Die Schutzwürdigkeit wird im kantonalen wie auch im übergeordneten Recht allein anhand der erforderlichen Denkmalqualität bestimmt, nicht aufgrund des Alters. Dabei wird in der Praxis ein zeitlicher Abstand von ca. dreissig bis vierzig Jahren eingehalten, weil erst dann eine Gesamtschau auf eine Epoche möglich wird, d. h. der Denkmalwert abschliessend bewertet werden kann.
Eine Bestimmung mit einer dynamischen Zeitgrenze würde zudem die Rechtssicherheit massiv gefährden. Jedes Jahr würde wieder eine Anzahl neuer Objekte dazukommen, die im Fall einer Bejahung der übrigen Kriterien auch gegen den Willen der Eigentümerschaft geschützt werden könnten bzw. müssten. Im schlimmsten Fall würde es bei Gebäuden mit Baujahr nach 1949 zu einer Abrisswelle führen, ehe die Gebäude das siebzigste Altersjahr erreichen. Aber vielleicht möchten die Gegner des Denkmalschutzes ja genau das erreichen.
Die Votantin zeigt an zwei Beispielen auf, um welche Gebäude es hier geht:
• Kirche Bruder Klaus in Oberwil, Baujahr 1954, ein Meilenstein der Schweizer Sakralarchitektur des 20. Jahrhunderts, gebaut von Hanns A. Brütsch, mit Wandbildern von Ferdinand Gehr, eine pionierhafte Raumgestaltung mit dem Gemeinschaftsraum unter einem Zeltdach und schlicht genialen Wandmalereien: Würde die Katholische Kirchgemeinde im Jahr 2020 ein Schutzentlassungsgesuch stellen, um einen grösseren Umbau durchzuführen, müsste der Regierungsrat diesem zustimmen. Fünf Jahre später hätte die Kirche das schutzfähige Alter siebzig erreicht, doch dann wäre der Schutzcharakter vielleicht schon zerstört. Vielleicht würden sich die Planungen aber verzögern, und das Baugesuch könnte erst 2024 eingereicht werden. Dann müsste die Unterschutzstellung wieder beschlossen werden, und die getätigten Planungsinvestitionen wären verloren.

• Papierfabrik Cham, Kesselhaus, Baujahr 1949 und 1957: Das Kesselhaus, in dem früher die Dampfkessel mit Dampfturbinen standen, ist mit seinen riesigen Glasfronten das prägendste Gebäude der Papierfabrik. Es besteht aus zwei Baukörpern: einem ersten Kesselhaus von 1949 und einem zweiten, direkt angebauten von 1957. Gemäss der neuen Bestimmung müsste der ältere Teil geschützt bleiben, während die Eigentümerin für den jüngeren Teil die Schutzentlassung beantragen und den Gebäudeteil abbrechen könnte.
Die von der Kommission hier vorgeschlagene Bestimmung kann dem Rat doch nicht wirklich ernst sein! Kein Kanton kennt eine solche Regelung. Wem der Begriff «Heimat» wirklich etwas wert ist, wird den Antrag der vorberatenden Kommission nicht unterstützen.

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat genehmigt mit 42 zu 26 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 25 Abs. 5*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission nicht anschliesst.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bestätigt, dass die Regierung den Antrag der vorberatenden Kommission ablehnt. In aller Regel entscheidet der Regierungsrat nach Antragstellung der Direktion des Innern zeitnah. Denkbar sind aber Fälle, in denen er für seine Meinungsbildung weitere Beweiserhebungen durchführen lassen möchte. Eine zu kurze Frist geht daher zulasten der Entscheidqualität, was zu langen und aufwendigen Beschwerdeverfahren führen kann. Es gab kürzlich einen komplexen Fall mit drei zusammenhängenden Objekten, bei dem nach der Antragstellung der Direktion des Innern noch ein Augenschein mit dem Regierungsrat, der Gemeinde und der Eigentümerschaft mit Fachpersonen organisiert werden musste. Das geht nicht immer innerhalb eines Monats. Man muss auf vieles Rücksicht nehmen, etwa auf die Terminpläne diverser Personen. Man kann beispielsweise nicht einfach über die Eigentümerschaft hinweggehen mit der Begründung, der Regierungsrat habe eine Frist einzuhalten. Zudem wurde in § 11 Abs. 4 für die Direktion des Innern bereits neu eine Frist eingeführt, innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels den Antrag an den Regierungsrat zu stellen. Beim Regierungsrat nun eine weitere Frist zu setzen, macht keinen Sinn und kann sehr zu Ungunsten der Eigentümerschaft ausgehen. Es ist ausserdem nicht ersichtlich, weshalb hier dem Regierungsrat eine Frist gesetzt werden soll, bei Bau- oder anderen Beschwerden aber nicht auch eine gleiche Frist gegen Entscheide des Gemeinderats existiert. Hier ein Unikum zu schaffen bzw. ein Exempel zu statuieren, macht keinen Sinn. Die Direktorin denkt für die Unterstützung des Regierungsrats.

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat genehmigt mit 42 zu 28 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 30 Abs. 1a*
*§ 31 Abs. 2 und 3*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 34 Abs. 1*

Kommissionspräsident **Beat Sieber** hält fest, dass es hier um die Leistungen von Kanton und Gemeinden geht. Die vorberatende Kommission beantragt, dass der Kanton zu 75 Prozent und die Gemeinden zu 25 Prozent an den Kosten der Restaurierung von geschützten Denkmälern beteiligt sein sollen. Die Kommission überlegte sich, dass es auch Richtung Kostensenkung gehen soll. Der Kanton muss bekanntlich sparen, und die Kommission hat sich überlegt, ob sich dieser Sparwille vielleicht entsprechend durchsetzen könnte, wenn man dem Kanton hier mehr Kosten auferlegt. Diese Überlegung hat zum beantragten Kostenteiler geführt.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass die engere Stawiko einzig § 34 dieser Vorlage beraten hat. Die Beratung wurde notwendig, da die vorberatende Kommission eine Änderung beantragt, welche für den Kanton erhebliche finanzielle Auswirkungen haben könnte. Die Stawiko liess die Kosten der Änderung berechnen, die Berechnungsgrundlagen finden sich im Anhang des Stawiko-Berichts. *Worst case* geht es bei § 34 Abs. 1 um rund 330’000 Franken und bei Abs. 2 um rund 440'000 Franken pro Jahr. Total ergibt das satte 984’000 Franken, also fast 1 Million Franken.
Selbstverständlich gibt es gewisse Varianten. In § 34 Abs. 1 will die Kommission die Gemeinden entlasten und den Kostenverteiler zwischen Kanton und Gemeinden von 50 zu 50 Prozent auf 75 zu 25 Prozent ändern. In § 34 Abs. 2 möchte man die Eigentümerschaft entlasten und deshalb die Beiträge von 30 auf 50 Prozent anheben. Es kommt nun darauf an, ob der Rat beide beantragten Änderungen gutheisst oder nicht. Im ersten Fall ergeben sich für den Kanton die genannten Mehrkosten von ca. 984’000 Franken pro Jahr, wobei es natürlich immer darauf ankommt, wie viel tatsächlich gebaut wird. Wenn der Rat bei Abs. 1 der Änderung zu 75 und 25 Prozent zustimmt, die Erhöhung des Beitragssatzes in Abs. 2 aber ablehnt, resultieren Mehrkosten von 328’000 Franken pro Jahr. Und wenn er bei Abs. 1 bei 50 zu 50 Prozent bleibt, in Abs. 2 aber den Beitragssatz erhöht, ergeben sich Mehrkosten von rund 440’000 Franken.
Die Argumente der Kommission, wer befiehlt, solle auch bezahlen, und es würden bei einer Änderung weniger Objekte denkmalpflegerisch untersucht bzw. die Denkmalpflege schaue weniger genau hin, wenn der Kanton einen grösseren Teil bezahlen müsse, sind für die Stawiko nicht stichhaltig. Sie lehnt die beantragten Änderungen in § 34 Abs. 1 und 2 wegen der erheblichen Auswirkungen für den Kanton mit einer klaren Mehrheit ab. Die Votantin bittet, der Stawiko zu folgen und die Staatsrechnung nicht zusätzlich zu belasten.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Diese unterstützt den Antrag der Stawiko. Es ist schon eigenartig, wenn über mehrere Jahre hinweg gejammert wird, wie schlecht es dem Kanton gehe, und einzelne Politikerinnen und Politiker sogar

meinen, die Gemeinden müssten sich am Defizit des Kantons beteiligen − und jetzt sollen plötzlich die Gemeinden auf Kosten des Kantons entlastet werden! Das übersteigt das Verständnis des Votanten von einer realistischen kantonalen Finanzpolitik. Oder sind es allenfalls nur Eigeninteressen, die da spielen?

**Karl Nussbaumer** teilt mit, dass die SVP-Fraktion auch dieser Änderung zustimmen wird. Es ist wichtig, dass die Beiträge an geschützte Denkmäler so geändert werden, dass der Kanton 75 Prozent und die Gemeinden 25 Prozent bezahlen müssen. Vor allem für finanziell schwächere Gemeinden, in denen es viele unter Schutz gestellte Objekte hat, kommt dies zum Tragen. Dazu kommt, dass die Regierung sich dann gut überlegt, ob sie ein Objekt unter Schutz stellen will oder nicht. Der Votant bittet, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen. Die SVP-Fraktion wird auch bei § 34 Abs. 2 der vorberatenden Kommission folgen.
Die von der Stawiko-Präsidentin vorgelegten Zahlen beziehen sich auf die bereits unter Schutz gestellten Objekte. Die Revision des Denkmalschutzgesetzes zielt aber in die Zukunft. Die genannten Zahlen sind deshalb falsch. Die Regierung wird sich künftig nämlich − wie gesagt − gut überlegen, ob sie ein Objekt unter Schutz stellen will oder nicht. Das hat zur Folge, dass weniger Kosten anfallen. Mit den Änderungen der Kommission wird also klar weniger Geld ausgegeben werden.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Diese unterstützt in Abs. 1 die bisherige Regelung, also 50 zu 50 Prozent. Es besteht hier kein Änderungsbedarf. In Abs. 2 wird die ALG grossmehrheitlich der vorberatenden Kommission folgen.

**Heini Schmid** hält zum Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden fest, dass der Schutz des Ortsbilds eine gemeindliche Aufgabe ist. Schlussendlich profitieren ja die Gemeindebewohner von einem schönen Ortsbild und geschützten Objekten, etwa in der Zuger Altstadt. Es ist deshalb richtig, dass der Beitrag der Gemeinden weiterhin bei 50 Prozent liegt. Dass die Entscheidungskompetenz beim Kanton liegt, hat sachliche Gründe: Es ist effizienter, das Knowhow zu zentralisieren.
Hintergrund und Auslöser dieser ganzen Sache ist ja, dass es in der Gemeinde Menzingen viele Unterschutzstellungen geben wird: Das Kloster wird unter Schutz gestellt, das Lassalle-Haus wurde bereits geschützt etc. Und die Wogen gehen hoch in Menzingen. Als Vertreter einer ZFA-Gebergemeinde fragt sich der Votant aber, wofür denn eigentlich die ZFA-Beiträge bezahlt werden, wenn bei jeder Massnahme, welche eine Gemeinde ein bisschen trifft, der Kostenteiler verändert wird. Man könnte ja auch sagen, die Gemeinde Menzingen habe Mühe, ihre Schule zu bezahlen, und den Anteil des Kantons neu auf 80 Prozent festlegen. Das Ganze ist ein fein austarierter Mechanismus. Wenn man jedes Mal, wenn eine Massnahme eine finanziell weniger gut gestellte Gemeinde betrifft, die Sätze zu ändern beginnt, werden sich der Votant und hoffentlich auch die Vertreter der Stadt Zug überlegen müssen, die Diskussion auch beim ZFA zu führen. Dieser ist ja genau für solche Fälle gedacht: Damit eine Gemeinde wie Menzingen genügend Geld hat, um ihren Anteil von 50 Prozent an unter Schutz gestellte Bauten bezahlen zu können, bezahlen Baar und Zug ohne Murren in den ZFA ein. Es kann nicht angehen, die Spielregeln laufend zu ändern, dann nämlich würde das Ganze aus dem Gleichgewicht geraten. Das ist nicht richtig an einem Ort, wo insbesondere Menzingen profitiert. Und um es klar zu sagen: Den grössten Betrag beim Denkmalschutz bezahlt die Stadt Zug.
Zur Erhöhung des Beitragssatzes von 30 auf 50 Prozent weist der Votant darauf hin, dass das irgendwann zu einer Subventionierung von Grundeigentümern führt. Er geht davon aus, dass die Investition in seine eigene denkmalgeschützte Liegen-

schaft, die Kreuelburg in Baar, zurückkommt. Es gibt nämlich einen Markt für schöne alte Häuser, es gibt davon nicht unerschöpflich viele. Man muss aber aufpassen − der Votant spricht hier gegen seine eigenen Interessen − dass die Beiträge nicht zu hoch werden und der Grundeigentümer bei einem Verkauf gewissermassen doppelt profitiert. Das kann es nicht sein! Der Votant bittet deshalb, den bewährten Beitragssatz von 30 Prozent beizubehalten.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass Heini Schmid zwar einiges richtig gesagt hat, er selbst kommt aber zu anderen Schlüssen als sein Vorredner. Er war etwas überrascht über die Angabe der Stawiko-Präsidentin, es gehe um rund 1 Million Franken; er selbst hatte einen viel höheren Betrag erwartet. Die Stadt Zug hat jedes Jahr Hunderttausende von Franken für den Denkmalschutz bezahlt. Ein Beispiel ist das Gebäude der Zuger Kantonalbank, bei dessen Renovation die Stadt, ohne eine Entscheidungskompetenz zu haben, ebenfalls zur Kasse gebeten wurde: Die Kantonalbank erhielt von der Stadt Zug eine Subvention, damit eine wunderschöne Treppe erhalten werden konnte. Genau auf diesen Punkt hat Karl Nussbaumer hingewiesen − wobei der Votant nicht im Verdacht steht, für Menzingen zu sprechen, und es in Ordnung findet, dass die finanzschwächeren Gemeinden via ZFA jährlich über 50 Millionen Franken erhalten, um genau solche Kosten berappen zu können. Der Votant findet aber die von der Kommission vorgeschlagene Lösung angemessen. Der Kanton stemmt ein Budget von rund 1,5 Milliarden Franken. Da ist der Betrag für den Denkmalschutz doch nur ein Detail. In diesem Sinn schliesst sich der Votant der Meinung der vorberatenden Kommission an.

**Hans Baumgartner** geht mit Heini Schmid in einem Punkt nicht einig: Es ist richtig, dass Zug und Baar in den ZFA einzahlen, dies aber nicht ohne Murren. *(Der Rat lacht.)*
Der Votant unterstützt den in der Kommission beschlossenen Antrag. Die Gemeinden haben schlussendlich wirklich nichts zu sagen zu den Entscheiden betreffend Denkmalschutz − und wer befiehlt, soll eben auch bezahlen. Wichtiger aber ist die Erhöhung des Beitragssatzes von 30 auf 50 Prozent. Eine Unterschutzstellung ist ein tiefer Einschnitt in das Privateigentum. Der Votant hat mit verschiedenen Liegenschaftsbewertern gesprochen: Wenn eine Liegenschaft im Inventar oder gar unter Schutz steht, wird sie von vorneherein wesentlich tiefer eingeschätzt als eine Liegenschaft ohne einen solchen Eintrag. Das muss man berücksichtigen. Zum anderen werden der Inventareintrag oder die Unterschutzstellung einfach verfügt. Der Votant denkt hier an all die Bauernhäuser, welche in diese Kategorie fallen. Da wird einfach bestimmt, und die Regeln sind sehr hart: Man muss jederzeit Zutritt in das Haus gewähren, und es wird bezüglich Umbau etc. sehr viel vorgeschrieben. Und die finanziellen Beiträge für den Denkmalschutz decken nie die denkmalbedingten Mehrkosten. Vielleicht nähert man sich ihnen mit einem Betragssatz von 50 Prozent an, die Mehrkosten der Grundeigentümer bleiben aber höher. In diesem Sinn macht der Votant beliebt, die Betragssätze auf 50 Prozent zu erhöhen bzw. bei 70 Prozent zu belassen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung den Antrag der vorberatenden Kommission zu § 34 Abs. 1 ablehnt. Die Gemeinden sind wichtige Partner im Denkmalschutz. Sie sollen ihre Rolle auch künftig wahrnehmen und dadurch zur Wertschätzung des historischen Erbes beitragen. An der bisherigen Aufgaben- und Lastenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist festzuhalten. Diese wird ZFA geregelt. Eine punktuelle Anpassung ohne Einbezug des Gesamtsystems ist nach Ansicht des Regierungsrats falsch. Die Regierung bittet

deshalb, den Antrag der vorberatenden Kommission zu Abs. 1 abzulehnen. Der Regierungsrat lehnt auch den Antrag der vorberatenden Kommission zu Abs. 2 ab. Regierungsrat und Kantonsrat haben in den vergangenen vier Jahren mit viel Disziplin die finanzielle Lage des Kantons wieder ins Lot gebracht. Das Projekt «Finanzen 2019» ist aber erst in der Umsetzung. Eine Erhöhung der Ausgaben kann der Regierungsrat deshalb nicht verantworten.
Abschliessend weist die Direktorin des Innern darauf hin, dass die Berechnung der Beiträge an die Eigentümerinnen und Eigentümer nicht aufgrund des ganzen Restaurierungsbetrags erfolgt, sondern sich nur auf die denkmalpflegerelevanten Massnahmen bezieht. Nur dafür werden Beiträge bezahlt.

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat genehmigt mit 40 zu 28 Stimmen den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 34 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich hier der Antrag des Regierungsrats auf Beibehaltung geltenden Rechts und derjenige der vorberatenden Kommission auf eine Erhöhung des Beitragssatzes bei Objekten von lokaler und regionaler Bedeutung auf 50 Prozent gegenüberstehen.

**Laura Dittli** stellt den Antrag, den Beitragssatz bei Objekten von lokaler und regionaler Bedeutung bei 75 Prozent festzulegen. Es wurden schon verschiedene Argumente vorgebracht, die Votantin ist der Meinung, dass damit etwas zur Entlastung der Eigentümerschaft bewirkt werden kann. Es ist einfach so: Wer befiehlt bzw. unter Schutz stellt, soll dafür auch bezahlen. Die beantragte Erhöhung lässt sich verantworten, und die nötigen Gelder dafür sollen aufgewendet werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit bezüglich des Beitragssatzes bei Objekten von lokaler und regionaler Bedeutung drei Anträge vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats: 30 Prozent
• Antrag der vorberatenden Kommission: 50 Prozent
• Antrag von Laura Dittli: 75 Prozent

**Abstimmung 17:** In der Dreifachabstimmung erhalten die genannten Anträge die folgende Anzahl Stimmen:
• Antrag des Regierungsrats (30 Prozent): 21 Stimmen
• Antrag der vorberatenden Kommission (50 Prozent): 22 Stimmen
• Antrag von Laura Dittli (75 Prozent): 25 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag das absolute Mehr erreicht hat. Es werden nun die zwei Anträge mit den schlechtesten Resultaten einander gegenübergestellt. Der Antrag mit dem schlechteren Ergebnis scheidet aus.

**Abstimmung 18:** Die zwei Anträge mit den schlechtesten Resultaten erzielen folgende Ergebnisse:
• Antrag des Regierungsrats (30 Prozent): 18 Stimmen
• Antrag der vorberatenden Kommission (50 Prozent): 44 Stimmen.

➔ **Abstimmung 19:** In der abschliessenden Abstimmung folgt der Rat mit 42 zu 27 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission (50 Prozent).

*§ 34 Abs. 4*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

*§ 39 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der vorberatenden Kommission.

*§ 39 Abs. 2*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Anträge des Regierungsrats, unterstützt von der Kommissionsminderheit, und der vorberatenden Kommission vorliegen. Die vorberatenden Kommission wünscht den Zusatz «[steht auch denjenigen kantonalen Vereinigungen zu, die] in diesem Feld aktiv sind, über einen hohen Leistungsausweis verfügen und über eine breite Mitgliederbasis verfügen.»

**Hubert Schuler** spricht für die Kommissionsminderheit. Diese hat in der vorberatenden Kommission heftig gegen diesen Zusatz gekämpft. Was heisst «in diesem Feld aktiv» zu sein? Wo geht es um Denkmalschutz und wo nur um Architektur? Und was bedeutet «hoher Leistungsausweis«? Heisst das, möglichst viele Verwaltungs- oder Bundesgerichtsentscheide zu produzieren? Ist das Finden eines Konsens' nicht auch ein Leistungsausweis, auch wenn er gegen aussen nicht gleich sichtbar wird wie ein Gerichtsurteil? Oder was bedeutet «breite Mitgliederbasis»? Sind das im Kanton Zug fünf oder fünfzig Mitglieder? Und jede Partei weiss, dass es manchmal schwierig ist, Leute für Vereins- oder Verbandsarbeit zu finden, im Unterschied zu Einzelprojekten, für die man sehr wohl Leute findet.
Es wurde heute schon mehrmals gesagt, dass solche Begriffe juristisch sehr schwierig oder gar unmöglich zu definieren sind. Der Rat ist gut beraten, wenn er klare Bestimmungen erlässt und nicht Gesetze mit schwammigen, unklaren Begriffen schafft. Der Regierungsrat bezeichnet ja pro Legislatur jeweils die Vereinigungen, welche zu einer Mitwirkung berechtigt sind. Der Votant bittet deshalb, hier dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung den Antrag der vorberatenden Kommission ablehnt. Das Beschwerderecht, gestützt auf § 39 des Gesetzes, besteht seit der Einführung des Gesetzes im Jahr 1990 in unveränderter Form. Der Regierungsrat bezeichnet die legitimierten Verbände zu Beginn jeder Amtsperiode. Es sind keine Fälle bekannt, bei denen das Beschwerderecht missbräuchlich eingesetzt worden wäre. Die beantragte Anpassung ist daher nicht erforderlich. Sie bringt zudem Auslegungsprobleme mit sich: Es handelt sich um unbestimmte und nicht klar definierte Begriffe. Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob mit den neuen Begriffen der Militärhistorischen Stiftung des Kantons Zug oder dem Verein Industriepfad Zug noch ein Beschwerderecht gegeben werden kann. Die Direktorin des Innern ist der Meinung, dass man eine Gesetzesbestimmung, mit der man keine Probleme hat, nicht ohne Not ändern sollte. Sie bittet deshalb, bei der bewährten heutigen Regelung zu bleiben und den Antrag der vorberatenden Kommission abzulehnen.

➔ **Abstimmung 20:** Der Rat genehmigt mit 42 zu 25 Stimmen den Antrag des Regierungsrats.

**Teile II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1169** Traktandum 3.1: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Beauftragung der Regierung, die Gebühren des Strassenverkehrsamts zu überprüfen und zu senken**
Vorlage: 2898.1 - 15877 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1170** Traktandum 3.2: **Postulat der SVP-Fraktion gegen die Einführung von Tempo 30 in der Zuger Innenstadt**
Vorlage: 2906.1 - 15896 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Antrag vorliegt, das Postulat dringlich zu behandeln. Nach der Diskussion folgen zwei Abstimmungen:
• Abstimmung über die formelle Frage der sofortigen Behandlung. Für eine sofortige Behandlung bedarf es gemäss § 45 Abs. 2 der Geschäftsordnung zweier Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder.
• Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, folgt die materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung; in dieser zweiten Abstimmung gilt das einfache Mehr.
Aus Praktikabilitätsgründen wird über beide Elemente zusammen diskutiert; erfahrungsgemäss lassen sich das Formelle und das Materielle schlecht trennen.

**Manuel Brandenberg** spricht für die Postulantin. Da die Angelegenheit schon ziemlich weit gediehen ist, sollte man sie schnell behandeln, damit das Parlament seine Verantwortung gegen Tempo 30 noch wahrnehmen kann.

**Andreas Lustenberger** teilt mit, dass die ALG-Fraktion die sofortige Behandlung des Vorstosses ablehnt und auch dessen Idee nicht besonders gut findet, auch wenn sie der Überweisung zugestimmt hat. Das Bundesgericht hat seinen Entscheid mit Blick auf Lärmvorschriften, gesundheitliche Auswirkungen etc. gefällt. Bei Tempo 30 geht es aber nicht nur um Lärm, sondern auch um Lebensqualität. Der Votant weiss von der Dorfstrasse in Baar, dass Tempo 30 sehr gut funktioniert − auch wenn die SVP auch dort nicht glücklich über diese Lösung ist. Es geht im Weiteren auch um Sicherheit. An der Ägeristrasse in Zug, die im Postulat auch erwähnt wird, wohnen Familien mit Kindern, und sie ist der Schulweg vieler Jugendlicher und Kinder in die Schulhäuser Loreto und Burgbach sowie zur Kantonsschule. Das alles gilt es zu bedenken, wenn es um die erlaubte Höchstgeschwindigkeit geht.
Nach Ansicht der SVP führt die vorgesehene Temporeduktion zu einer «potenziellen Kriminalisierung der Autofahrer». Diese Wortwahl ist ziemlich eigenartig. Es ist doch keine Kriminalisierung, wenn man etwas langsamer durch eine Ortschaft fahren muss − zumal man meistens sowieso nicht mit Tempo 50 durch die Stadt Zug fahren kann. Es ist auch keine Kriminalisierung, wenn man 6 Stundenkilometer zu schnell fährt und dann eine hohe Busse bezahlen muss. Es gibt beim Autofahren gewisse Grundregeln, die man beachten muss. Man muss sich zum Beispiel anschnallen, braucht einen gültigen Fahrausweis und darf nicht schneller fahren als erlaubt. Und dann gibt es noch die elektronische Geschwindigkeitsmessung, die mit einem Smiley anzeigt, ob man Tempo 30 einhält oder nicht.
Die ALG-Fraktion lehnt − wie gesagt − das Postulat ab und ist auch gegen deren sofortige Behandlung.

Der **Vorsitzende** bittet die weiteren Votanten, aus Zeitgründen nur zur sofortigen Behandlung des Postulats zu sprechen.

**Philip C. Brunner** möchte von seinem Vorredner wissen, ob er das Postulat überhaupt gelesen hat. Die fragliche Zone beginnt an der Ägeristrasse auf Höhe St.-Oswalds-Gasse, das Schulhaus Loreto ist davon also nicht betroffen. Das Postulat betrifft den erwähnten Bundesgerichtsentscheid nur insofern, als dass die Baudirektion entschieden hat, für das Projekt Stadtkerndurchfahrt − es geht wirklich um die Kernzone − eine öffentliche Auflage durchzuführen, was am 28. September im Amtsblatt veröffentlicht wurde. Betroffen sind auch die Neugasse und Ägeristrasse, zu welchen das Bundesgericht keinerlei Ausführungen gemacht hat. Der SVP geht es darum, dass die schon jetzt überlastete Neugasse nicht mit noch mehr Staus belastet wird und die Anwohner nicht noch zusätzlich den Abgasen und dem Feinstaub ausgesetzt werden. Zudem führen die Staus zu mehr Lärm, und an den historischen Gebäuden setzt sich Russ ab, was für die Inhaber von Geschäften sehr belastend ist und sie beunruhigt.
Der Votant hält fest, dass das Postulat bereits überwiesen wurde und es nun um dessen sofortige Behandlung geht. Er dankt für die Unterstützung.

Für **Alois Gössi** fehlen die Grundlagen, um über die sofortige Behandlung des Postulats entscheiden zu können. Das Postulat enthält einseitige Begründungen, wie das normal ist bei einem parlamentarischen Vorstoss. Der Votant macht beliebt, die sofortige Behandlung abzulehnen, den Baudirektor aber aufzufordern, den Vorstoss zügig zu beantworten.

Für Baudirektor **Urs Hürlimann** war klar, dass die Frage nach Tempo 30 politischen Zündstoff beinhaltet und zu erheblichen Diskussionen führen wird. Die Baudirektion

hat einen Entscheid gefällt und die Pläne jetzt öffentlich aufgelegt. Natürlich kann jedes Ratsmitglied einen Vorstoss dazu einreichen, damit man eine Sachlage vertieft beurteilen und sich dazu eine Meinung bilden kann. Es sollte dem Regierungsrat aber die Möglichkeit gegeben werden, das Postulat sauber abarbeiten und dem Rat eine entsprechende Antwort vorlegen zu können. Es geht um eine politisch sensible Frage, weshalb eine vertiefte Abklärung bezüglich Erheblicherklärung wichtig ist. Das gilt es zu respektieren. Eine sofortige Behandlung sollte im Übrigen nur bei ausgewiesener Dringlichkeit des Vorstosses in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig mit dem Postulat wurde am 4. Oktober die Kleine Anfrage von Philip C. Brunner, Jürg Messmer, Richard Rüegg und Walter Birrer mit dem Titel «Ein überraschender und dramatischer Eingriff ins innerstädtische Verkehrsrégime der Stadt Zug: Ist es das Ziel der Baudirektion, eine flächendeckende 30er-Zone (km/h) in der Stadt Zug auf allen Kantonsstrassen einzuführen?» eingereicht. Es geht dort inhaltlich um dasselbe, wobei die Kleine Anfrage innerhalb eines Monats durch den Regierungsrat zu behandeln ist; vorgesehen ist die Behandlung in der Regierungsratssitzung vom 30. Oktober, damit der Rat rechtzeitig die Meinung der Regierung zu dieser Massnahme der Baudirektion erfährt. Die Antwort auf die Kleine Anfrage und somit auf die Fragen rund um die Einführung von Tempo 30 wird dem Rat mit dem nächsten Versand zugestellt. Vor diesem Hintergrund bittet der Baudirektor, die sofortige Behandlung des Postulats abzulehnen.

➔ **Abstimmung 21:** Der Rat lehnt die sofortige Behandlung des Postulats mit 40 zu 28 Stimmen ab.

**1171** Traktandum 3.3: **Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Korridorrahmenplan Zentralschweiz − wie weiter im Kanton Zug?**
Vorlage: 2896.1 - 15867 (Interpellationstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das gemeinsame Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

84. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 25. Oktober 2018 (Nachmittag)
Zeit: 14.15−17.30 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch
bzw. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet, Menzingen

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**1172 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 73 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Thomas Werner, Unterägeri; Pirmin Andermatt und Barbara Häseli, beide Baar; Beat Sieber, Cham; Remo Peduzzi, Hünenberg; Monika Weber, Steinhausen, Roger Wiederkehr, Risch.

**1173 Mitteilung**

Am 15. November findet das Morgartenschiessen statt. Wer Interesse an einer Teilnahme hat, soll sich bei Sportchefin Laura Dittli melden. Wenn es genügend Interessentinnen und Interessenten hat, wird sie eine Gruppe des Kantonsrats anmelden. Die Anmeldung muss heute erfolgen.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)
**Beschlussesvorlagen, die am 27. September 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1174** Traktandum 5.2: **Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung Sihlbruggstrasse (KS P), Abschnitt Knoten Industrie−Knoten Blatt, einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Neuheim**
Vorlagen: 2850.1/1a/1b - 15739 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2850.2 - 15740 (Antrag des Regierungsrats); 2850.3 - 15822 (Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer); 2850.4 - 15827 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission)

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Gander,** Präsident der Kommission für Tiefbau und Gewässer, orientiert, dass die Kommission das Geschäft vom 14. Juni 2018 in einer halbtägigen Sitzung

beraten hat. Eintreten war mit 13 zu 0 Stimmen unbestritten. Es wurde zwar darüber diskutiert, ob auf die Vorlage eingetreten werden solle oder nicht. Zur Sprache kam die Frage, ob die zwei unmittelbar nebeneinander liegenden Bauprojekte nicht in ein einziges Projekt zusammengeführt werden sollten. Die Kommission war aber der Meinung, dass die zwei Projekte getrennt behandelt werden können. Sie empfiehlt in diesem Sinn, auf die Vorlage einzutreten.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass Eintreten auch in der Stawiko unbestritten war. Die Stawiko stimmt der Vorlage in der Version der Regierung zu.
Die Tiefbaukommission hat mit ihrem Bericht und Antrag eine Grundsatzdiskussion in Bezug auf die Umsetzung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz sowie der Lärmschutzverordnung lanciert. Sie ist der Meinung, dass die Regierung die Priorisierung der Massnahmen grundsätzlich anders festlegen soll. Damit wird gemeint, dass Temporeduktionen erst nach der Verlegung von Flüsterbelägen ins Auge gefasst werden sollen.
Die Stawiko ist hingegen der Meinung, dass − wie auch immer dieser Objektkredit genehmigt wird − hier kein Präjudiz für die eine oder andere Variante geschaffen werden soll. Sie ist dezidiert der Meinung, dass bei jeder Strassensanierung die notwendigen Lärmschutzmassnahmen individuell abgeklärt und umgesetzt werden müssen. Sie stützt die Meinung der Finanzdirektion, dass der Regierungsrat für die Festlegung der Höchstgeschwindigkeit zuständig ist, wobei neben dem Fachwissen der Baudirektion auch jenes der Sicherheitsdirektion einzubeziehen ist. Es kann nicht sein, dass der Kantonsrat Tempolimiten festlegt.
Sämtliche Stawiko-Mitglieder kannten das fragliche Strassenstück. Gemäss heutigem Wissensstand hält ein Flüsterbelag zehn Jahre, während ein normaler Belag rund dreissig Jahre hält. Es verursacht also Mehrkosten, wenn Flüsterbeläge eingebracht und ersetzt werden müssen. Auf den betreffenden Strassenabschnitt gerechnet, macht dies rund 400’000 Franken aus. Die Stawiko fordert daher den Kantonsrat auf, Mass zu halten. Flüsterbeläge sind dort einzusetzen, wo sie notwendig und sinnvoll sind, nämlich dort, wo viele Häuser stehen. Die Sihlbruggstrasse wird zudem hoch frequentiert von Lastwagen, welche zur Sand AG fahren. Es ist daher zu befürchten, dass der weichere Flüsterbelag noch schneller abgenutzt wird. Leider scheiden sich da die Geister. Die Votantin appelliert jedoch im Namen der Stawiko an die Einsicht des Rats. Die Variante der Tiefbaukommission kostet nicht nur 75’000 Franken mehr bei der Neuerstellung der Strasse, sondern bringt in den Folgejahren rund 400’000 Franken höhere Kosten mit sich. Die Stawiko-Präsidentin fordert den Rat auf, die Regierung gewähren zu lassen, wenn diese auf den «Zuger Finish» verzichten will.

**Rupan Sivaganesan** teilt mit, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist. Sie appelliert an den Rat, am richtigen und nicht am falschen Ort zu sparen. Das heisst: Lärmreduktion durch Temporeduktion, wie die Regierung vorschlägt, aber keine Sparübung auf Kosten der Velosicherheit.
Der Kanton Zug ist immer noch am Sanieren seines Staatshaushalts. Der Votant erinnert an das Finanzhaushaltgesetz, wo unter anderem steht: «Die Haushaltführung richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit.» Der Zusatzkredit für einen lärmmindernden Belag auf diesem Strassenabschnitt widerspricht diesen Grundsätzen. Solche Beläge sind teuer und haben eine kürzere Lebensdauer. Eine Temporeduktion von 80 auf 60 Stundenkilometer bringt eine Lärmverminderung um 2,5 Dezibel. Das ist nur 0,5 Dezibel weniger, als mit einem neuen, teuren Belag erreicht werden kann.

Deshalb gibt die SP-Fraktion der Regierung recht: Lärmreduktion ja, aber durch Temporeduktion.
Die Regierung findet, 2,5 Meter sollten für die Fussgänger und die Velofahrerinnen zusammen reichen. Das macht für beide Langsamverkehrparteien gerade einmal je 1,25 Meter aus. Im Kommissionsbericht steht: «Für die Radfahrenden wäre zwar ein Radstreifen von einer Breite von 1,5 Meter angenehmer. […] Schliesslich sprechen [aber] auch Kostengründe für die Reduktion der Radstreifenbreite.». Da fragt sich der Votant: klotzen beim Strassenbelag für die Autos, aber sparen bei den Velofahrern und Fussgängerinnen? Damit ist man doch auf dem Holzweg! In Zukunft werden nämlich noch mehr Leute als heute mit Elektro-Bikes unterwegs sein. Die SP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag,** dass die Velowege angenehme 1,5 Meter breit sein sollen. Das schafft mehr Sicherheit für alle: für die Fussgänger, für die Velofahrer sowie für die Autofahrer. Es geht darum, am richtigen und nicht am falschen Ort zu sparen.

**Monika Barmet** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Bedarf nach einer umfassenden Sanierung der Sihlbruggstrasse in der Gemeinde Neuheim anerkennt. Es braucht ein Trottoir für die Fussgänger und den Radstreifen für die Radfahrer, dies, um deren Sicherheit zu erhöhen. Die gut befahrene Strasse ist tatsächlich in einem schlechten Zustand und entsprechend sanierungsbedürftig. Zudem wird das Entwässerungssystem angepasst und verbessert.
So weit so gut. Im Namen der CVP-Fraktion stellt die Votantin aber trotzdem den **Antrag** auf Nichteintreten, dies aus folgendem Grund: Die CVP-Fraktion kann das Vorgehen des Regierungsrats bei der Wahl des Abschnittes, der saniert werden soll, nicht nachvollziehen. 2016 wurde die Sanierung des Abschnitts Sihlbrugg bis Knoten Sand AG realisiert. Statt dass nun der angrenzende Abschnitt saniert wird, wird der erst übernächste Abschnitt beantragt, obwohl bereits jetzt informiert wird, dass der Abschnitt vom Knoten Sand AG bis zum Knoten Industrie auch eine Sanierung nötig hat. Das heisst, dass voraussichtlich 2019 der Abschnitt Knoten Industrie bis Knoten Blatt saniert und wenige Jahre später wieder eine Baustelle eingerichtet wird, um den nächsten Abschnitt zu sanieren. Das macht wirklich keinen Sinn, auch wenn es terminlich eine Herausforderung wird. Die CVP-Fraktion wird deshalb nicht eintreten und bietet dem Regierungsrat damit die Gelegenheit, eine bessere Vorlage auszuarbeiten, d. h. die Sanierung abschnittsweise folgend ohne Lücke zu realisieren.
Falls der Rat doch auf die Vorlage eintritt, unterstützt eine Mehrheit der CVP den Antrag des Regierungsrats und der Stawiko und stimmt dem Objektkredit ohne die Zusatzkosten von 75’000 Franken für einen sogenannten Flüsterbelag zu. Da die Strasse Sihlbrugg−Neuheim u. a. stark von Lastwagen befahren ist, bietet sich eine Temporeduktion an. Somit kann auf den lärmmindernden Belag verzichtet werden. Ebenso empfiehlt die CVP, der Sanierung von Trottoir und Radstreifen wie vorgesehen zuzustimmen.

**Rainer Suter** spricht für die SVP-Fraktion. Als Erstes darf er dem Regierungsrat ein Kränzchen winden nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein». Zum ersten Mal darf er in einer Vorlage der Baudirektion zur Kenntnis nehmen, dass nur 5 Prozent als Reserve eingeplant sind. Sein hartnäckiges Verhalten hat sich in diesem Punkt gelohnt. Bei dieser Vorlage ergibt die Halbierung der Reserve einen Betrag von 120’000 Franken, die nicht an ein Projekt gebunden werden.
Bereits beim Durchlesen der Vorlage und bei der Vorbereitung auf die Sitzung der Kommission für Tiefbau und Gewässer wurde der Votant hellhörig. Wie heisst der Titel der Vorlage? «Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits

für das Projekt Sanierung Sihlbruggstrasse (KS P), Abschnitt Knoten Industrie– Knoten Blatt, einschliesslich eines Radstreifens bergwärts, Gemeinde Neuheim». Sollte der Titel nicht besser heissen: «Temporeduktion auf der Sihlbruggstrasse in Neuheim»? Es ist unbestritten: Die Sihlbruggstrasse ist für zugerische Verhältnis in einem schlechten Zustand. Doch Hand aufs Herz: Man saniert eine Strasse und fährt danach auf dieser Strasse langsamer. Macht das Sinn? Man kann diese Strasse so sein lassen, wie sie ist, und zuwarten, bis es Schlaglöcher hat wie im Dschungel – und der Votant ist sicher, dass keiner mehr schneller als 20 Stundenkilometer fahren wird. Spass beiseite: So hätte man zwar gespart, aber sind die Steuerzahler, die jeden Tag mit dem Auto zur Arbeit fahren, damit einverstanden? Der Votant glaubt das nicht. Aber man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Bestimmungen bezüglich Lärmimmissionen gibt der Bund vor. Ob es sinnvoll ist oder nicht, eine Temporeduktion auf einer Strasse einzuführen, die zum grössten Teil an Industriebauten vorbeiführt, muss man den nationalen Gesetzgeber fragen.

Die Lärmsanierung ist dreistufig, wie im Bericht der Kommission für Tiefbau und Gewässer dargelegt ist. In der ersten Stufe müssen an der Strasse Massnahmen ergriffen werden, nämlich Verkehrsreduktion, lärmmindernde Beläge und Temporeduktionen. Da an der Sihlbruggstrasse eine Verkehrsreduktion fast nicht möglich ist – ausser ein Schwerverkehrsverbot ab dem Knoten Sand AG, was aber keinen Sinn macht –, entschied sich die Tiefbaukommission für lärmmindernde Beläge und als Letztes in dieser ersten Stufe für Temporeduktionen. Wenn die erste Stufe nicht reicht, kommen in der zweiten Stufe die Lärmschutzwände und in der dritten Stufe die Schallschutzfenster zum Einsatz. Doch so weit ist man bei der Sihlbruggstrasse aber nicht.

Ein lärmmindernder Belag, im Volksmund «Flüsterbelag» genannt, erzielt die grösste Wirkung für die Dezibelreduzierung. Dass ein solcher Belag – wie im Bericht der Tiefbaukommission angegeben ist – nur die halbe Lebensdauer, nämlich zwanzig Jahre, hat, muss man vermutlich einfach glauben. Der Votant wird spätestens vom Baudirektor überzeugt werden, dass dies so ist. Er gibt aber zu bedenken, dass Flüsterbeläge relativ neu sind und Erfahrungswerte fehlen.

Die SVP will keine Temporeduktion auf diesem Streckenabschnitt. Der Hauptgrund dafür ist die verlorene Zeit. Die Fahrzeit wird von 73 auf 91 Sekunden, also um 18 Sekunden, pro Fahrzeug verlängert. Das mag nach wenig aussehen, wenn man es aber hochrechnet, ergibt sich eine enorme Zahl: 18 Sekunden mal 5000 Fahrzeuge pro Tag – das die Prognose für 2030 – ergeben 25 Std. pro Tag; das sind 9125 Stunden bzw. 380 Tage pro Jahr Verlust an Zeit oder – mit einem Stundenlohn von 25 Franken gerechnet, was einem Monatslohn von 4500 Franken entspricht – der wahnsinnige Betrag von 228’125 Franken pro Jahr. Dieser Betrag übersteigt die Kosten für den Flüsterbelag bereits in einem Jahr um das Mehrfache. Die Temporeduktion ist also ein volkswirtschaftlicher Unsinn.

In der Reifenherstellung werden immer grössere Fortschritte erzielt, so dass der Ersatz eines allfälligen Flüsterbelags in den nächsten Jahrzehnten gar nicht vonnöten ist, da mit der neusten Reifengeneration der Alarmwert von > 70 Dezibel auf einem normalen Belag nicht erreicht wird, man also auf den gewöhnlichen Belag zurückkommen kann. Und eines ist sicher: Ist die Temporeduktion einmal in Kraft, wird sie nie mehr nach oben angepasst. Vielleicht interessiert das die Ratslinke aber nicht, weil es eben *fact* ist.

Im Stawiko-Bericht steht unter 2.2: «Wir entnehmen dem Kommissionsbericht, dass der Regierungsrat dafür folgende Priorisierung festgelegt hat.» Das steht aber nicht so im Kommissionsbericht.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und steht mehrheitlich hinter dem Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer. Um die Kosten zu senken, stellt

sie den **Antrag,** das Trottoir aus dem Projekt zu streichen und den Kredit um den gemäss Auskunft der Baudirektion dafür vorgesehenen Betrag von 180’000 Franken zu reduzieren. Personen, die zu Fuss unterwegs sind, können durch Wegweiser auf die zum grössten Teil parallel verlaufende Industriestrasse mit Trottoir geführt werden. Somit braucht es das Trottoir auf der Sihlbruggstrasse nicht.
Der Votant dankt dem Rat dafür, dass er dem Antrag der SVP-Fraktion folgt.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Der Regierungsrat hat im Bericht und Antrag mit überzeugenden Argumenten die Notwendigkeit der Sanierung dieses Strassenabschnitts einschliesslich des Radstreifens bergwärts erläutert. Die FDP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein. Der erwähnte Abschnitt wird täglich von ca. 3800 Fahrzeugen befahren, und die Strasse ist augenscheinlich in einem schlechten Zustand, dies sowohl bezüglich Oberbau als auch Entwässerung und Hochwasserschutz. Dieser Umstand ist im Bericht plausibel und überzeugend dargelegt.
Aufgrund der nationalen Rechtsprechung sind die massgebenden Grenzwerte für die Lärmbelastung überschritten. Massnahmen zur Lärmreduktion werden im Zug dieser Sanierung unumgänglich. Die Kommission hat jedoch grossmehrheitlich entschieden, dass die Lärmreduktion mit einem Mehraufwand für bauliche Massnahmen erreicht werden soll, mit dem Effekt, dass so langfristig auf eine Temporeduktion verzichtet werden kann. Die FDP teilt diese Auffassung grossmehrheitlich. Ein Präjudiz für Folgeprojekte sieht sie deswegen nicht. Vielmehr schenkt sie den Argumenten für einen effektiven, uneingeschränkten und sich in Zukunft transformierenden Verkehr Beachtung. Die Entwicklung und Zusammensetzung des Verkehrs, etwa die durchschnittliche Anzahl der Elektrofahrzeuge, sowie die technische Entwicklung der Räder bzw. Pneus dürften inskünftig einer Lärmreduktion sowieso zugutekommen. Zudem ist es auch möglich, dass sich die Preisentwicklung und Lebensdauer der lärmmindernden Beläge günstig entwickelt. Die FDP vertraut da auf die technologischen Fortschritte.
Geschwindigkeitsreduktionen sind aus Sicht der FDP-Fraktion mit Vorsicht zu geniessen, denn sind sie einmal umgesetzt, werden sie kaum mehr rückgängig gemacht. Einen Gegenbeweis kann wohl weder die Bau- noch die heute erneut verwaiste Sicherheitsdirektion erbringen. Dass Temporeduktion je nach Fall Sinn machen können, stellt die FDP-Fraktion nicht in Abrede. Sie erachtet eine Von-Fall-zu-Fall-Prüfung daher als absolut opportun. Der Rat soll jeweils anhand von Fakten entscheiden können, ob er eine Temporeduktion wirklich in Kauf nehmen will oder ob es andere Massnahmen für die Lösung des Lärmproblems gibt.
Eine Verbreiterung des Radstreifens erachtet die FDP-Fraktion nicht wirklich als notwendig. Die rechtlichen Anforderungen werden erfüllt, und die Kosten für einen Ausbau stehen nicht im Verhältnis zum Nutzen.

**Mariann Hess** dankt im Namen der ALG-Fraktion der Regierung für den Bericht und Antrag und der Staatswirtschaftskommission für den kurzen und prägnanten Bericht mit der klaren und von der ALG einstimmig unterstützten Stellungnahme. Die ALG-Fraktion ist absolut einverstanden mit dem Vorgehen der Baudirektion, was die Lärmsanierung und die damit zusammenhängende Kostenreduktion anbelangt. Damit werden drei Fliegen auf einen Schlag erledigt:
• Die vom Bund schon lange vorgeschriebene und nun von der Baudirektion erarbeitete Lärmsanierung ist die bei weitem preisgünstigste Variante.
• Es erhöht sich damit auch die Sicherheit.
• Es wird nicht unnötig zusätzlicher Boden versiegelt, was dem übergeordneten Ziel des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes entspricht, das bekanntlich die haushälterische Nutzung des Bodens verlangt.

Die ALG freut sich auch über den zu realisierenden Radweg und teilt die Meinung der SP bezüglich dessen Verbreiterung zulasten des Trottoirs.
Zur Lärmsanierung: Leider hat die grosse Mehrheit der vorberatenden Kommission dem Antrag eines Kommissionsmitglieds zugestimmt, den Objektkredit um 75'000 Franken zu erhöhen. Ziel des Antrag war, den 525 Meter langen Strassenabschnitt zu verbreitern, um die geplante Temporeduktion zu vermeiden − und dies in der Zeit der nicht endenden Sparrunden. Der Grund für diesen Antrag und die darauffolgende Diskussion ist − kaum zu glauben − eine Einsparung von 9 Sekunden Fahrzeit. Es sind 9 Sekunden und nicht − wie von Rainer Suter ausgeführt − 18 Sekunden; nur wenn beide Abschnitte saniert würden, käme man auf 18 Sekunden. 9 Sekunden also: Was kann man in 9 Sekunden alles machen? Wieviel sind dem Rat 9 Sekunden wert? Sind sie ihm tatsächlich 75'000 Franken wert. Die Kostenwahrheit sieht − wie die Stawiko-Präsidentin bereits aufgezeigt hat − nämlich ganz anders aus. Die beantragten angeblichen 75'000 Franken belaufen sich gemäss Berechnung der Baudirektion schlussendlich auf sage und schreibe 490'000 Franken! Es wurde nämlich wie so häufig nicht zu Ende gedacht. Die 75'000 Franken beziehen sich nur auf die Verbreiterung der Strasse, wenn man eine Temporeduktion vermeiden will. Zusätzlich müsste aber ein Flüsterbelag eingebaut werden, weil man sonst die vorgeschriebenen Lärmgrenzwerte nicht erreicht. Und dieser spezielle Belag kommt aber − wie ebenfalls schon gehört − doppelt so teuer, weil er normalerweise schon in zehn statt in zwanzig Jahren erneuert werden muss. Im vorliegenden Fall aber müsste er wahrscheinlich noch früher ersetzt werden, weil er keine schweren Transporte erträgt. Laut Baudirektion ist der Flüsterbelag nicht für diese Strecke geeignet, da diese eine starke Benutzung durch Lastwagen der Sand AG und anderer Firmen aufweist. Auch die Binderschicht müsste in der Folge nach rund zwanzig statt nach vierzig Jahren ersetzt werden. Ganz zu schweigen von den erneuten Baustellen, die es dann dort wieder auf längere Zeit geben wird. Diese werden die angeblich so wichtigen 9 Sekunden, die man auf diesem Streckenabschnitt zu gewinnen gedenkt, wieder zunichtemachen. Die ALG verlangt Kostenwahrheit. Das heisst: Man muss die Mehrkosten über vierzig Jahre berechnen − und diese belaufen sich, wie erwähnt, nicht auf rund 400'000, sondern − wie von der Baudirektion errechnet − auf rund 490'000 Franken. Und um auf die irrtümlich angenommenen 18 Sekunden zurückzukommen: Dann wären es nicht 490'000, sondern 980'000 Franken.

**Daniel Marti** teilt mit, dass die Grünliberalen den Antrag der Regierung und der Stawiko unterstützen, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung des Regierungsrats zuzustimmen. Die GLP versteht zwar die Argumentation der Kommission für Tiefbau und Gewässer, dass ohne sicherheitsrelevante Gründe nicht willkürlich Temporeduktionen eingeführt und so allenfalls der Verkehrsfluss behindert werden soll. Im Fall des Abschnitts Knoten Industrie bis Knoten Blatt in Neuheim überwiegen aber die Argumente des Regierungsrats. Ein Verzicht auf die Temporeduktion von bisher 60 auf neu 50 Stundenkilometer würde zu Mehrkosten führen, die weit über die von der Kommission zusätzlich beantragten 75'000 Franken hinausgehen, da ansonsten − wie mehrfach gehört − die Lärmschutzverordnung des Bundes mit einem teuren und wartungsintensiven sogenannten Flüsterbelag umgesetzt werden müsste. Die GLP ist aber auch der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Kantonsrats ist, Tempolimiten für einzelne Strassenabschnitte festzulegen. Sie unterstützt daher den Antrag der Regierung und der Stawiko.

Kommissionspräsident **Thomas Gander** hält fest, dass bereits vieles thematisiert wurde: Temporeduktion, Flüsterbelag, Radweg und dessen Breite von 1,25 bzw.

1,5 Meter, Projektstaffelung. Letztendlich wurde gar ein Antrag auf Nichteintreten gestellt, was den Kommissionspräsidenten bewogen hat, sich bereits jetzt ausführlich zu äussern. In der Sitzung der Kommission vom 14. Juni vertrat Baudirektor Urs Hürlimann das Geschäft aus Sicht der Regierung. Er wurde unterstützt von Kantonsingenieur Urs Lehmann, von Projektleiter Martin Gätzi und von Generalsekretär Arnold Brunner. An der Sitzung wurde der Kommission ein ganzer Katalog von Massnahmen aufgezeigt. Er umfasste verschiedene Optionen, etwa einen breiteren Radweg oder den Einbau eines Flüsterbelags. Diese Auswahl ermöglichte es der Tiefbaukommission, aktiv am Projekt mitzuarbeiten und zu sehen, was welche Kosten auslöst. Das wurde von allen Anwesenden sehr positiv aufgenommen. Der Kommissionspräsident dankt den erwähnten Herren für die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Votant möchte bezüglich Lärmsanierung etwas ausholen. 1985 trat das Bundesgesetz über den Umweltschutz in Kraft; die Lärmschutzverordnung folgte 1987. Die Politik verlangt von Anlagebetreibern − im vorliegenden Fall vom Kanton Zug − Strassen zu lärmsanieren, wenn bestimmte Werte überschritten sind. Der Kanton ist dann verpflichtet, bei bestehenden Gebäuden dafür zu sorgen, dass die Immissionsgrenzwerte eingehalten werden. Der Kanton Zug hat noch nicht alle Kantonsstrassen lärmsaniert. Aufgrund des Beschwerdeverfahrens Grabenstrasse musste die Baudirektion etliche Lärmsanierungsprojekte stoppen, eine neue Strategie festlegen, die Projekte umplanen und neu in Angriff nehmen. Die vorliegende Sanierung, kombiniert mit der Lärmschutzsanierung, ist das erste Projekt, das dieser neuen Strategie folgt. Eine Lärmsanierung ist dreistufig:

• Als erste Stufe ergreift man an der Strasse als lärmerzeugendes Objekt Massnahmen: Verkehrsreduktion, lärmmindernde Beläge, Temporeduktionen.
• Auf der zweiten Stufe wird die Ausbreitung des Lärms mit Lärmschutzwänden reduziert.
• Auf der dritten Stufe geht es um eigentliche Schallschutzmassnahmen, etwa mit Schallschutzfenstern.

Im vorliegenden Projekt befindet man sich noch immer auf der ersten Stufe der Lärmsanierung: Man ergreift Massnahmen, damit die Strasse an sich leiser wird. Der Regierungsrat hat entschieden, dies mittels Temporeduktion zu tun. Dem kann sich jedoch die Mehrheit der Kommissionsmitglieder nicht anschliessen. Für verschiedene Kommissionsmitglieder war klar, dass bei sicherheitsrelevanten Strassen eine Temporeduktion eine mögliche Lösung sei. Lägen aber keine Sicherheitsbedenken vor, sei die Erhaltung eines flüssigen Verkehrs wichtig. Die Kommission stimmte in der Folge dem Antrag, den Objektkredit um 75’000 Franken zu erhöhen, um das bestehende Temporegime beibehalten zu können, mit 11 zu 2 Stimmen und ohne Enthaltungen zu. Die Kommission diskutierte ausführlich über diese Grundsatzfrage, Ihr Entscheid ist auch Ausdruck dafür, dass auch in Zukunft bei Lärmsanierungen der Flüsterbelag als prioritäre Option in Betracht gezogen werden soll. Jedes Projekt zur Lärmsanierung ist individuell zu betrachten. So ist auch nicht auszuschliessen, dass bei anderen Projekten eine Temporeduktion angezeigt ist. Grundsätzlich bevorzugt die Kommission wie im vorliegenden Fall aber den Flüsterbelag gegenüber einer Temporeduktion. Anders sieht dies die Stawiko, welche dem Antrag der Regierung folgt. Natürlich hat die Stawiko recht, dass aus finanzieller Sicht eine Temporeduktion die einfachste und kostengünstigste Variante zur Lärmreduktion darstellt. Die Kommission für Tiefbau und Gewässer hat sich aber − wie erwähnt − bewusst für den Flüsterbelag als erste Wahl entschieden. Aktuell geht man davon aus, dass beim Flüsterbelag die akustische Wirkung nach rund zehn Jahren verlorengeht. Somit wäre die Lebensdauer rund halb so lang wie bei einem herkömmlichen Belag, was Folgekosten von rund 400’000 Franken für die nächsten

vierzig Jahre bedeutet. Im Kanton Zug fehlt jedoch die Langzeiterfahrung mit solchen Belägen; der erste Flüsterbelag wurde erst im laufenden Jahr im Ennetsee eingebracht. So ist es für die Kommission denkbar, dass der akustische Effekt länger als zehn Jahre anhält. Des Weiteren gibt es neue Technologien, sogenannte Flüsterreifen, und auch hier sieht die Kommission Potenzial für die Zukunft. Das sieht auch die Regierung so. Sie hat bei der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz interveniert, dass die Gesetzgebung für leise Reifen möglichst schnell vorangetrieben wird. Man sollte sich also diese Optionen für die Zukunft offenhalten. Ist der Strassenquerschnitt nämlich erst mal reduziert, kann die maximale Geschwindigkeit auch mit leisen Reifen nicht mehr erhöht werden.
Zum Antrag auf Nichteintreten bzw. zur Staffelung des Projekts hält der Kommissionspräsident fest, dass diese Frage auch in der Kommission besprochen wurde. Zwar könnten mit der zeitgleichen Sanierung Installationskosten eingespart werden. Die Baudirektion legte zudem dar, dass die Projektierungsarbeit für den Abschnitt Knoten Sand AG bis Knoten Industrie weit gediehen sei und das Projekt in absehbarer Zeit im Rat behandelt werden könne. Der Antrag, das vorliegende Projekt zu stoppen, wurde mit 7 zu 6 Stimmen ohne Enthaltungen abgelehnt. Bei Nichteintreten wird das Projekt weder verbessert noch verändert, sondern einfach zur Seite gelegt und verzögert. Der Kommissionspräsident bittet deshalb, auf das Geschäft einzutreten, damit das Projekt vorangetrieben werden kann. Wie dem Kommissionbericht zu entnehmen ist, versprach der Regierungsrat der Kommission, dass der Objektkredit für die Sanierung des Abschnitts Knoten Industrie bis Knoten Sand AG umgehend ausgearbeitet und baldmöglichst dem Kantonsrat unterbreitet wird. Es ist denkbar, dass die Baudirektion mit der Sanierung des oberen Abschnitts zuwartet, bis der Objektkredit für den unteren Abschnitt ebenfalls bewilligt ist. So könnte die Sanierung dann an einem Stück erfolgen, womit auch das Anliegen der CVP-Fraktion erfüllt wäre. Vor diesem Hintergrund bittet der Kommissionspräsident, dem Antrag der CVP auf Nichteintreten nicht zu folgen.

**Rainer Suter** kommt zurück auf seine Rechnung betreffend Zeitverlust. Wenn dieser tatsächlich nicht 18, sondern nur 9 Sekunden beträgt, kommt man natürlich nur auf die Hälfte des genannten Betrags, nämlich auf 114’062.50 Franken. Da die Rechnung aber auf einem Stundenlohn von 25 Franken beruht, kann man den Betrag durchaus nach oben korrigieren, vielleicht nicht um das Doppelte, aber sicher auf 200’000 Franken pro Jahr. Das ist ein enormer volkswirtschaftlicher Verlust − einzig weil die Leute weniger schnell fahren dürfen.
Zur Zusammenlegung der zwei Sanierungsabschnitte hält der Votant fest, dass die Baudirektion der Kommission vorgeschlagen hat, den zweiten Teil möglichst schnell in Angriff zu nehmen und die zwei Sanierungen dann zeitgleich zu realisieren. Und wenn der Installationsplatz für beide Projekte verwendet werden kann, werden die Kosten nicht höher ausfallen. Der Baudirektor wird in seinem Votum sicher noch näher auf diese Frage eingehen.

**Alois Gössi** nimmt Bezug auf die Aussage von Rainer Suter, die Temporeduktion bzw. der Verzicht auf einen Flüsterbelag auf dem fraglichen Strassenabschnitt führe zu volkswirtschaftlichen Schäden grösseren Ausmasses. Der Votant kann diese Aussage nur bedingt nachvollziehen. Er möchte deshalb von den Kantonsratsmitgliedern aus Neuheim wissen, ob der allfällige Zeitverlust von 9 Sekunden in ihrer Gemeinde verkraftbar ist oder nicht. Lohnen sich aus ihrer Sicht die Mehrkosten für den Einbau eines Flüsterbelags? Ist es Neuheim zumutbar, dass man allenfalls 9 Sekunden länger braucht, um die betreffende Strecke zu befahren?

**Manuel Brandenberg** hält fest, dass es nicht um eine regionale Frage geht. Er findet es deshalb blöd, dass Alois Gössi den Neuheimer Kantonsräten diese Fragen stellt. Es ist eine sachliche Frage: Was kostet es, wenn man Tag für Tag einen Zeitverlust von 9 Sekunden in Kauf nehmen muss? Das können alle beurteilen, und es hat nichts mit der Region Neuheim zu tun. Rainer Suter hat sehr schlüssig aufgezeigt, welche Kosten die Temporeduktion für jene generiert, die jeden Tag − vielleicht sogar mehrmals täglich − weniger schnell fahren können.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die engagierte Aufnahme dieses Projekts für 562 Meter Strasse und für die kompetenten Ausführungen zu den Fragen bezüglich Lärmsanierung und Geschwindigkeitsreduktion. Die Baudirektion hat den Auftrag, die Mobilität im Kanton Zug sicherzustellen, dies im Rahmen eines Gesamtkonzepts. Der Strassenabschnitt, um den es heute geht, ist in Zusammenhang mit der gesamten Strecke Sihlbrugg−Hinterburgmühle zu sehen. Diese Strecke wurde in vier Teilabschnitte unterteilt, inklusive Hochwassersanierung bei der Hinterburgmühle. Es geht darum, dass bei der Eröffnung der Tangente Zug/Baar im Jahr 2021/22 die nötigen Vorkehrungen abgeschlossen sind. Betroffen sind die Strecken Sihlbrugg−Hinterburgmühle, Margel−Talacher und Schmittli−Nidfuren. Die zwei letzteren Projekte wurden vom Kantonsrat bereits bewilligt. Auf der Strecke Schmittli−Nidfuren gibt es eine Vollsperrung, weshalb es wichtig ist, dass die Achse Sihlbrugg−Hinterburgmühle zu diesem Zeitpunkt operationell in Betrieb ist. Die Baudirektion muss − so versteht der Baudirektor deren Auftrag − erstens parteiunabhängig und frei von Ideologien versuchen, eine optimale Lösung für die Mobilität im Kanton Zug zu bieten, zweitens die Vorschriften des Bundes bezüglich Lärmsanierung etc. umsetzen und drittens bei Neubau- und neuen Strassenprojekten auch die Fragen der Sicherheit gewichten, das alles unter Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer. Zudem sollte alles nach gesundem Menschenverstand, kostenbewusst und ohne «Zuger Finish» erfolgen. Aus diesen Gründen wurde der heute zur Debatte stehende Kredit bereits von 2,9 auf 2,4 Millionen Franken gekürzt. Man hat 500'000 Franken gespart, indem man beispielsweise den Radstreifen auf zumutbare 1,25 Meter Breite reduzierte. Das war ja genau der Auftrag des Kantonsrats an den Baudirektor: zu den Finanzen zu schauen, keinen «Zuger Finish» zu realisieren und doch für die Bevölkerung optimale Strassen zu bauen, damit die Mobilität und die Interessen der verschiedenen Menschen des Kantons Zug gewährleistet werden können. Auch die Verhältnismässigkeit muss gewährleistet sein. Und dabei geht es um die Frage, ob die Lärmsanierung auf einem bestimmten Strassenabschnitt mit einer Temporeduktion, welche die günstigste Massnahme ist, oder mit einem Flüsterbelag umgesetzt werden soll. In vielen Fällen ist es möglich, dass eine dieser Massnahmen bereits zum bundesgesetzlich vorgegebenen Resultat führt, auf gewissen Strassen sind dazu beide Massnahmen nötig. Und in solchen Fragen − das gilt auch für den Hochbau, beispielsweise bezüglich Verdichtung − muss man wahrscheinlich wieder lernen, dass es Kompromissbereitschaft braucht. Es braucht den Kompromiss zwischen den Verkehrsteilnehmern im Auto, jenen auf dem Velo und der Bevölkerung, die an entsprechenden Strassenabschnitten lebt. Wenn im Kantonsrat solche Kompromisse nicht gelingen, wird man zunehmend Schwierigkeiten haben.
Die Unterteilung in vier Abschnitte wurde aus folgenden Gründen vorgenommen: Erstens soll die Baustelle innerhalb eines halben Jahres realisiert werden können. Zweitens ist die Strassenqualität auf dem heute zur Debatte stehenden Abschnitt schlechter als auf dem mittleren Abschnitt. Drittens mussten die Investitionen bis 2025 gestaffelt werden. Und viertens gibt es nur wenige Unternehmen im Kanton Zug, welche die ganze Strecke auf einmal bewältigen könnten, weshalb Teillose

besser sind. In der Kommissionssitzung hat der Baudirektor zugesichert, dass die Planung des Abschnitts Mitte sofort an die Hand genommen werde, und er kann mitteilen, dass die betreffende Vorlage im Frühjahr 2019 in den Kantonsrat kommt. Und selbstverständlich wird die Baudirektion bei der Realisierung darauf achten, dass bezüglich Installationsplatz etc. Synergien geschaffen werden können, dass also die Installationen für den ersten Abschnitt auch für den zweiten Abschnitt verwendet werden können. Diese bereits in der Kommission gemachte Zusicherung kann der Baudirektor hier bestätigen. Er bittet darum, der Baudirektion etwas Vertrauen zu schenken, auf die Vorlage einzutreten und mit der nötigen Kompromissbereitschaft und mit gesundem Menschenverstand die beste Lösung bezüglich Mobilität bzw. Geschwindigkeit und Belagsart zu finden. In diesem Sinn bittet er, den Antrag der CVP-Fraktion auf Nichteintreten abzulehnen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat beschliesst mit 54 zu 16 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nur eine einzige Lesung stattfindet, da der Rat zur Durchführung des Strassenbauprogramms für Kantonsstrassen bereits einen Rahmenkredit bewilligt hat und hier nur einen sogenannt einfachen Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits verabschiedet.

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission für Tiefbau und Gewässer beantragt, den Objektkredit um 75’000 Franken zu erhöhen. Die Stawiko lehnt diesen Antrag ab, der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest. Weiter wurden Anträge gestellt, das Trottoir zu streichen und den Radstreifen auf 1,5 Meter zu verbreitern.

Kommissionspräsident **Thomas Gander** teilt mit, dass der Antrag, den Radstreifen durchgehend mit einer Breite von 1,5 statt 1,25 Meter zu erstellen, auch in der vorberatenden Kommission gestellt wurde. Diese Massnahme hätte Mehrkosten von rund 50’000 Franken zur Folge. Der Antrag wurde in der Kommission mit 3 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag auf Streichung des Trottoirs wurde in der Kommission nicht gestellt.

**Mariann Hess** glaubt gehört zu haben, dass die SP-Fraktion vorschlug, das 2 Meter breite Trottoir zugunsten des Radstreifens zu verkleinern. Es sind dort tatsächlich nicht sehr viele Leute zu Fuss unterwegs, so dass man das Trottoir getrost etwas schmäler ausgestalten kann. Wenn die Verbeiterung des Radstreifens zulasten des Trottoirs geht, braucht man nicht mehr Land.

**Rupan Sivanganesan** bestätigt die Ausführungen von Mariann Hess: Die SP-Fraktion beantragt, den Radstreifen auf Kosten des Trottoirs auf 1,5 Meter zu verbreitern.

Kommissionspräsident **Thomas Gander** hält fest, dass dieser Antrag in der Kommission so nicht gestellt wurde. Es wurde in der Kommission aber darüber gesprochen, wie breit das Trottoir sein soll und ob es gegebenenfalls etwas schmäler ausgestaltet werden könnte. Kantonsingenieur Urs Lehmann erläuterte, dass die Fahrzeuge für die Schneeräumung eine Mindestbreite von 1,8 Meter haben. Wenn das Trottoir nur 1,5 Meter breit ist, muss der Schnee von Hand geräumt werden. Wenn man also den Unterhalt maschinell bewerkstelligen will, muss das Trottoir eine gewisse Mindestbreite haben. Diese Information hat die Kommission bewogen, keine Anträge zur Breite des Trottoirs zu stellen.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass man zwei Jahre lang mit Fachleuten und Ingenieurbüros am Konzept für die Sanierung der Kantonsstrasse von Sihlbrugg bis zur Hinterburgmühle gearbeitet hat. Er bittet den Rat, jetzt nicht für die einzelnen Teile der Strecke je andere Lösungen zu beschliessen. Es gibt eine Gesamtkonzeption, die auch dem vorliegenden Projekt zugrunde liegt.
Zum Antrag, das Trottoir wegzulassen, hält der Baudirektor fest, dass man sich im Industriegebiet von Neuheim und in einer Naherholungszone befindet und man für vierzig Jahre baut. Es *braucht* deshalb ein Trottoir. Der Radstreifen in der vorgeschlagenen Breite von 1,25 Meter erfüllt im Sinne eines Kompromisses die Bedürfnisse der Autofahrer und der Velofahrer. Und bezüglich Temporeduktion − diese Massnahme ist Sache der Sicherheitsdirektion − macht der Baudirektor auf die bundesrechtlichen Vorgaben aufmerksam: «Bei einseitig dichter Überbauung muss gemäss Bundesrecht grundsätzlich eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h verfügt werden.» Man *hat* an der betreffenden Stelle eine «einseitig dichte Überbauung». Und weiter: «Aus Verkehrssicherheitsgründen kann die Höchstgeschwindigkeit im Ausserortbereich von 80 auf 60 km/h gesenkt werden, wenn es diverse Einmündungen gibt.» Es *gibt* dort viele Einmündungen für Lastwagen etc. Es geht also nicht nur um eine Lärmverminderung, sondern insbesondere auch um die Frage der Sicherheit auf der betreffenden Strasse.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, den Radstreifen zulasten des Trottoirs auf 1,5 Meter zu verbreitern, mit 56 zu 10 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, das Trottoir wegzulassen bzw. den Objektkredit um 180’000 Franken zu kürzen, mit 52 zu 17 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag der vorberatenen Kommission, den Objektkredit um 75’000 Franken zu erhöhen, mit 42 zu 24 Stimmen ab und genehmigt damit den Antrag des Regierungsrats.

**Teile II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Beschluss nicht referendumsfähig ist und es somit keine Referendumsklausel gibt. Der Beschluss soll am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 50 zu 20 Stimmen zu.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**1175 Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, WFV)**

Vorlagen: 2801.1/1a/1b - 15600 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2801.2/2a - 15601 (Antrag des Regierungsrats); 2801.3/3a - 15831 (Bericht und Antrag der Kommission für Gesundheit und Soziales); 2801.4 - 15859 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission); 2801.5 - 15865 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Vroni Straub-Müller,** Präsidentin der Kommission für Gesundheit und Soziales, teilt mit, dass sich die Kommission an zwei Sitzungen − wobei die zweite Sitzung eine Kurzsitzung war − mit dem Beitritt des Kantons Zug zur interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen, genannt Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, befasst hat. Die Kommissionspräsidentin verweist im Grundsatz auf den Kommissionsbericht, möchte aber zwei Punkte der Kommissionsarbeit näher erläutern:

• Gleich zu Beginn der Kommissionsarbeit wurde infrage gestellt, ob der Kanton Finanzierungsbeiträge an die Spitäler für die Weiterbildung der Ärzte und Ärztinnen nach deren Masterstudium ausrichten soll. Im Laufe der Diskussion kam aber eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder zum Schluss, dass es sich hier eigentlich nicht um eine Weiterbildung, sondern vielmehr um eine Ausbildung handelt. Eine Weiterbildung nach dem Masterabschluss ist für die jungen Ärzte und Ärztinnen zwingend und sinnvoll. Erst die Assistenzjahre an verschiedenen Spitäler befähigen sie zur späteren Berufsausübung. Insofern ist die Bezeichnung «Weiterbildung» verwirrend. Ein Antrag auf Nichteintreten wurde in der Folge mit 8 zu 4 Stimmen abgelehnt.

• Zu Irritationen in der Kommissionsarbeit führte auch die Frage nach der Kostenfolge für den Kanton, wenn nicht alle Kantone der Vereinbarung beitreten würden. Es wurde befürchtet, dass sich die Beiträge der Geberkantone im Vergleich stark

erhöhen würden. Um diesen Nachteil auszugleichen, müsse ein Korrekturfaktor eingeführt werden. Die Kommission sistierte ihre Arbeit und bat den Gesundheitsdirektor, diese Befürchtungen und Fragen bei der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) abzuklären. Die Plenarversammlung der GDK bekräftigte in der Folge ihr Ziel, dass alle Kantone der Vereinbarung beitreten, damit deren Zweck erfüllt werden kann. Für die Einführung eines Korrekturfaktors biete die Vereinbarung keinen Raum. Stand Mai 2018 sind vierzehn Kantone bereits beigetreten, vier Kantone haben ihren Beitritt angekündigt, und zwei Kantone stellen ihren Beitritt in Aussicht, wenn die Vereinbarung zustande gekommen ist; sechs Kantone, darunter Zug, haben noch keinen Zeitpunkt bekanntgegeben. Einzig der Kanton Schwyz hat angekündigt, dass er der Vereinbarung nicht beitreten werde.
Nach diesen Ausführungen nahm die Kommission ihre Arbeit wieder auf. Zufrieden war sie allerdings nicht, weshalb die Kommissionspräsidentin vorschlug, einen Vorbehalt ins Gesetz aufzunehmen: Der Kanton Zug tritt der Vereinbarung nur bei, wenn mindestens 20 Kantone ihren Beitritt erklärt haben. Es gab noch einen Antrag, die Schwelle auf 25 Kantone zu erhöhen, in der Abstimmung obsiegte aber die Version 20 Kantone. Eine Mehrheit der Kommission wollte die Hürde nicht so hoch setzen, weil die Vereinbarung als solche für sehr unterstützungswürdig gehalten wird, dies auch und ausdrücklich in Hinblick auf die Versorgungssicherheit durch ausgebildete Ärzte und Ärztinnen im Kanton Zug und auch, weil keine Benachteiligung der Zuger Medizinstudentinnen und -studenten in Kauf genommen werden will.
Die Kommission hat das Geschäft also gründlich vorbereitet und legt dem Rat mit dem neu eingeführten Vorbehalt bei § 1 Abs. 1 eine durchaus unterstützungswürdige Vorlage vor. Sie ersucht den Rat, ihrem Antrag zu folgen, zumal dieser ja auch von der Konkordatskommission und der Stawiko und mittlerweile auch von der Regierung übernommen wurde. Die Kommissionspräsidentin legt auch gleich noch die Meinung der ALG-Fraktion dar: Die ALG ist für Eintreten und stimmt der Version der drei vorberatenden Kommissionen zu.

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, teilt mit, dass diese im Rahmen des zweistufigen Verfahrens am 26. Februar 2014 schon den Vernehmlassungsentwurf für diese Vereinbarung beraten durfte. Dabei gab sie zuhanden des Regierungsrats Empfehlungen ab, die erfreulicherweise zum Teil übernommen wurden; dazu gibt es Ausführungen auf Seite 2 des Kommissionberichts. Nicht aufgenommen wurde die Empfehlung, dass für das Zustandekommen des Konkordats alle Kantone beitreten sollten, was in der Detailberatung dann zu einem entsprechenden Antrag führte.
Aus Sicht der Konkordatskommission war irritierend, dass die GDK − wie bereits gehört − schon an einem «Plan B» herumstudierte, bevor das Konkordat überhaupt in Kraft tritt, wobei dieser «Plan B» durch den Konkordatstext nicht abgedeckt war; man wollte das Konkordat also schon abändern, bevor es in Kraft tritt. Das war denn auch der Grund, warum eine im Januar 2018 vorgesehene Sitzung der Konkordatskommission abgesagt wurde. Die GDK scheint von diesem «Plan B» glücklicherweise aber abgerückt zu sein, dennoch bleibt bei der Konkordatskommission eine gewisse Irritation zurück.
Worüber in der Konkordatskomission sonst noch diskutiert wurde − vom NFA bis zum Strukturerhalt −, lässt sich dem Kommissionsbericht entnehmen. In der Eintretensdebatte entschied sich die Kommission schliesslich mit 7 zu 2 Stimmen bei 9 Anwesenden, auf das Geschäft einzutreten. In der Detailberatung wurde − wie erwähnt − der Antrag gestellt, dass der Kanton Zug dem Konkordat nur unter dem Vorbehalt beitreten solle, dass alle Kantone ihren Beitritt erklären. Schliesslich

folgte die Konkordatskommission diesbezüglich aber mit 5 zu 4 Stimmen bei 9 Anwesenden dem Antrag der Kommission für Gesundheit und Soziales. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission mit 6 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung der Fassung der Kommission für Gesundheit und Soziales zu.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass auch die Stawiko beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Sie anerkennt, dass es sich bei den zu finanzierenden Kosten um Kosten für eine Ausbildung handelt, welche nötig ist, um den Arztberuf überhaupt ausüben zu können. Den Zuger Studierenden soll der Zutritt zum Medizinstudium wie bis anhin offenstehen. Bildung ist für die Stawiko ein kostbares Gut.
Natürlich wurde wegen der höheren Kosten auch in der Stawiko über das Thema NFA diskutiert. Die Stawiko liess sich aber davon überzeugen, dass mit einem Nichtbeitritt zum Konkordat zwar ein Zeichen gesetzt, aber niemandem wirklich geholfen würde. Verlierer wäre ein anderer Geberkanton, nämlich Zürich, vor allem aber die Bildungslandschaft und das Gesundheitswesen. Die Stawiko stimmte der Vorlage mit dem Vorbehalt, dass mindestens zwanzig Kantone dem Konkordat beitreten, mit einer Zweidrittelmehrheit zu.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Immer, wenn es um interkantonale Vereinbarungen mit kantonalen Beiträgen geht, kommt im Kanton Zug reflexartig das Thema NFA auf den Tisch, unabhängig davon, ob ein direkter Zusammenhang besteht oder nicht und ob solche Vereinbarungen Sinn machen oder nicht. Auch bei dieser interkantonalen Vereinbarung war dies in der vorberatenden Kommission der Fall. Dabei zeigen gerade solche Vereinbarungen auf, dass es sehr sinnvoll ist, konkrete und fassbare Leistungen mitzufinanzieren und nicht einfach Geld zu überweisen, das dann in einem kantonalen Haushalt verschwindet und nicht für eine konkrete Aufgabe verwendet wird. Solche Vereinbarungen verhindern also genau das, was von vielen am NFA kritisiert wird. Sie zeigen einen Weg auf, wie Gelder gezielt und mit einer Gegenleistung verbunden eingesetzt werden.
Das Gesundheitswesen ist ein äusserst komplexes Gebilde, das nicht mehr von einer einzelnen Region oder einem Kanton bewältigt werden kann. Es erfordert eine überregionale oder gesamtschweizerische Betrachtungsweise. Man hat lediglich dann eine Chance, das Gesundheitswesen und seine Kosten in den Griff zu bekommen, wenn man es als gesamtschweizerisches Projekt betrachtet. Ganz besonders trifft dies auch auf die Ausbildungen zu. Die vorliegende Vereinbarung zur Finanzierung der ärztlichen Ausbildung ist ein gutes Beispiel, wie ein Problem gemeinsam und auf sinnvolle Weise geregelt werden kann. Der Beitritt zu dieser Vereinbarung sichert ohne massiven administrativ-organisatorischen Aufwand die Ausbildung der Ärzte. Die Zuger Medizinstudentinnen und -studenten erhalten so problemlos den Zugang zu den erforderlichen Ausbildungsplätzen und müssen nicht mit Restriktionen rechnen. Ob sie später tatsächlich im Kanton Zug als Ärztinnen oder Ärzte tätig werden, ist dabei grundsätzlich egal. Zug bezahlt seinen Beitrag aufgrund seines Bevölkerungsanteils. Vielleicht praktizieren später ja auch Ärzte aus anderen Regionen im Kanton Zug, was hier wohnhaften Personen als Kundin bzw. Kunde letztlich ja egal sein kann, wenn diese Medizinerinnen und Mediziner dank der interkantonalen Vereinbarung gut ausgebildet sind und ihr Metier beherrschen.
Die SP spricht sich klar für Eintreten auf dieses Geschäft aus und unterstützt die Vorlage in der Fassung der Kommission für Gesundheit und Soziales.

**Iris Hess-Brauer** spricht für die CVP-Fraktion. Die zur Debatte stehende Vorlage ist eine gute Sache. Denn ehrlich gesagt, sind doch alle froh, wenn sie von fachlich kompetenten und gut ausgebildeten Ärzten behandelt werden.
Der Begriff «ärztliche Weiterbildung» ist eigentlich nicht korrekt. Wenn die jungen Ärzte nach dem Abschluss ihres Studiums im Spital mit ihrer Arbeit beginnen, haben sie wohl ein grosses und breitgefächertes theoretisches Wissen. Aber die praktische Arbeit und das Sammeln von Erfahrungen, das Verknüpfen von Theorie und Praxis, beginnen erst im Berufsalltag. Die heutige Ausbildung zum Facharzt entspricht eher einer gezielten Ausbildung denn einer ergänzenden Weiterbildung und dauert nochmals fünf bis sechs Jahre. Ohne den Erwerb eines Weiterbildungstitels in einem Fachgebiet − etwa FMH Chirurgie oder Hausarzt − kann ein Arzt keiner eigenen Tätigkeit nachgehen. Bis anhin bezahlte der Kanton jährlich 1 Million Franken an diese ergänzende Ausbildung.
Mit der WFV verpflichten sich die Kantone, den Spitälern für ihre Leistungen in der ärztlichen Weiterbildung einen jährlichen Pauschalbeitrag von 15'000 Franken pro Assistenzarzt bzw. -ärztin auszurichten. Und weil Kantone mit Universitätsspitälern überproportional mit diesen teuren Ausbildungsleistungen belastet sind, werden diese durch einen neu zu schaffenden Ausgleichsfond solidarisch unterstützt. Von diesem wert- und wirkungsvollen Beitrag, der im Kanton Zug zu Mehrkosten von 1,1 Millionen Franken führt, profitieren die Assistenzärztinnen und -ärzte *und* die Bevölkerung.
Da die Votantin seit vielen Jahre im Zuger Kantonspital arbeitet, kann sie bestätigen, dass die Ausbildung der Ärzte im Spital sehr ernst genommen wird. Sie bittet deshalb den Rat, diese Vereinbarung zu unterstützen, damit die Assistenzärzte und -ärztinnen auch in Zukunft ihre Weiterbildung hier oder in einem anderen Kanton vollenden können und die medizinische Grundversorgung auf hohem und kompetentem Niveau erhalten bleibt. Bereits haben vierzehn Kantone ihren Beitritt zum Konkordat erklärt, in vier weiteren Kantonen wird die Vorlage bearbeitet. In der vorberatenden Kommission wurde das Quorum von 18 auf 20 Kantone erhöht; in der Schlussabstimmung wurde der Vorlage grossmehrheitlich zugestimmt. Die CVP-Fraktion stimmte fast einstimmig für Eintreten und unterstützte in der Schlussabstimmung den Antrag für Gesundheit und Soziales klar.

**Markus Hürlimann** spricht für die SVP-Fraktion. Ärzte schliessen ihr sechsjähriges Universitätsstudium mit einem Mastertitel ab, welcher gemäss dem Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe grundsätzlich zur Berufsausübung im Rahmen einer unselbständigen Tätigkeit ausreicht; eine Weiterbildung braucht es nur, wenn man fachlich eigenverantwortlich tätig sein will. In der Mehrzahl der Fälle bilden sich Ärzte jedoch während weiterer fünf bis sechs Jahre zum Facharzt weiter, um in den Besitz eines der begehrten Weiterbildungstitel zu gelangen. Der Kanton Zug zahlt bereits heute jährlich mehr als 1 Million Franken an die Weiterbildungsleistungen der innerkantonalen Ausbildungsstätten. Nun sollen jährlich noch einmal mehr als 1 Million Franken für den interkantonalen Ausgleichsfonds für die Kantone mit Universitätsspitälern dazukommen. Das lehnt die SVP ab, weshalb der Votant im Namen seiner Fraktion einen **Antrag** auf Nichteintreten auf diese Vorlage stellt. Die bisherige Regelung der Weiterbildungsfinanzierung genügt nach Ansicht der SVP vollends, und es ist nicht einzusehen, weshalb der Kanton Zug in Zeiten, in denen im Rahmen verschiedener Entlastungsvorlagen in diesem Rat um jeden einzelnen Franken gestritten wurde und weiter gestritten werden wird, nun einfach jährlich mehr als 1 Million Franken an Weiterbildungsleistungen zahlen soll. Wegen der finanziellen Bedenken stehen vermutlich nur sehr wenige Ratsmitglieder wirklich mit Herzblut hinter dem Beitritt zur Weiterbildungsvereinbarung. Sie fühlen

sich aber womöglich aufgrund äusserer Zwänge dazu genötigt, diesem Konkordat wohl oder übel beizutreten. So wird von den Befürwortern beispielsweise an die Solidarität mit den Zentrumskantonen mit ihren grossen Ausbildungsstätten appelliert. Gemäss der FMH-Ärztestatistik 2017 verfügen ausgerechnet die von dieser Vereinbarung profitierenden Zentrumskantone Basel-Stadt, Genf und Zürich über die höchste Ärztedichte der Schweiz; sie liegt um ein Vielfaches höher als in den kleinen Landkantonen. Grundsätzlich stehen in den städtischen Gebieten pro Kopf viel mehr Ärzte zur Verfügung als in den ländlichen Gebieten und dies nicht nur im stationären, sondern auch im ambulanten Bereich. Es geht hier um den Faktor zwei bis fünf bei den Allgemeinmedizinern und um den Faktor zwei bis zwanzig bei den Fachärzten, je nach demografischer Prägung der entsprechenden Gemeinden. Diese sehr hohe Ärztedichte in den Zentren bedeutet, dass die Zentrumskantone in ihren Ausbildungsstätten zwar viel mehr Weiterbildungsleistungen erbringen als die ländlichen Kantone, dies aber vor allem für die eigene, sehr hohe Nachfrage. Der Votant versteht wirklich nicht, weshalb dieses Ärzte-Überangebot der Zentrumskantone auch noch subventioniert werden soll. Dazu kommt, dass im Jahr 2017 43 Prozent der Facharzttitel an ausländische Ärzte verliehen wurden. Im Kanton Zug stammten 2016 ebenfalls 42 von 90 in Weiterbildung stehenden Ärzten aus dem Ausland, also rund 46 Prozent. Es handelt sich dabei nicht um Ausländer, die hier die Matura gemacht haben, sondern um zugewanderte ausländische Ärzte, welche in der Schweiz die betreffenden Weiterbildung absolvieren müssen, um nachher hier selbständig erwerbstätig sein zu können. Weshalb man sich mit diesen ausländischen Ärzten auch noch solidarisch erklären und für deren Weiterbildungskosten im gleichen Mass aufkommen soll, versteht der Votant wirklich nicht, zumal der Kanton Zug bereits über eine sehr hohe Ärztedichte verfügt und an Universitäten und auch im Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren Zulassungsbeschränkungen eingeführt werden mussten. Der Votant fragt sich zudem, wo die Solidarität bleibt, wenn nur ein Teil der Kantone dieser Vereinbarung bzw. diesem Konkordat beitreten wird. Einige Kantone erhalten Geld, einige stehen ganz abseits, und der Kanton Zug würde wieder einmal mehr zu einem kleinen Kreis von Zahlern gehören. Wie sich diese Vereinbarung weiterentwickeln wird, kann zum heutigen Zeitpunkt zudem noch gar nicht abgeschätzt werden.
Ein weiteres Argument der Beitrittsbefürworter ist die Furcht vor Gegenmassnahmen der Zentrumskantone, und es werden bereits düstere Szenarien heraufbeschworen, dass Zuger Ärzte dann nicht mehr an den grossen Spitälern ihre Weiterbildung absolvieren können oder Zuger Maturanden sogar von einem Universitätsstudium ausgeschlossen werden. Diese Furcht ist völlig unbegründet. Auch bei der Weiterbildung suchen sich die Spitäler die grössten Talente aus, egal woher sie kommen. Und wäre es überhaupt haltbar, die Masse von ausländischen Assistenzärzten zur Weiterbildung zuzulassen, während man die freundeidgenössischen Ärzte von der Weiterbildung ausschliessen würde, weil sie in einem der Vereinbarung nicht beigetretenen Kanton ihre Matura absolviert haben? Der Votant glaubt das kaum. Zudem hätten auch die Zentrumskantone mit Gegenmassnahmen zu rechnen, da auch an den Zuger Ausbildungsstätten ein beträchtlicher Teil der Assistenzärzte aus ebendiesen Kantonen stammt.
Es gibt also wirklich keinen vernünftigen Grund, weshalb der Kanton Zug dieser Vereinbarung beitreten sollte, weder einen solidarischen noch einen angsteinflössenden und schon gar keinen finanziellen Grund. Der Votant bittet deshalb, dem Nichteintretensantrag zuzustimmen.

**Karen Umbach** spricht für die FDP-Fraktion. Diese wird einstimmig den Antrag der vorberatenden Kommissionen unterstützen und dem Beitritt zu dieser interkantona-

len Vereinbarung zustimmen. Sie weiss dabei, dass «Weiterbildung» eigentlich der falsche Begriff ist, da die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten ohne Weiterbildung im Spital noch nicht abgeschlossen ist. Zudem hat der Kanton Zug bisher immer Beiträge an diese Weiterbildungen bezahlt, und die FDP sieht keinen Grund, dies zu ändern. Die FDP erkennt allerdings auch, dass dieses Konkordat eine ziemlich verflixte Situation präsentiert. Der Zuger Beitrag wird sich durch das Konkordat verdoppeln, aber wenn der Kanton Zug nicht beitritt, besteht das Risiko einer Diskriminierung seiner jungen Medizinerinnen und Mediziner. Und es liegt in aller Interesse, dass dies nicht geschieht.
Die FDP erachtet das Konkordat als das richtige Instrument, um den Geldfluss zu ermöglichen. In anderen Bereichen der tertiären Bildung bestehen bereits interkantonale Vereinbarungen. Was hier unschön ist, ist die Tatsache, dass man die Zug zugeteilten Kosten nicht kennt. Die Spannbreite der Mehrkosten liegt zwischen 66’000 und knapp 130’000 Franken. Allerdings ist der FDP klar, dass ohne Beitritt die Ungewissheit noch höher ist. Wenn der Kanton mit jedem Spital in der Schweiz einen massgeschneiderten Vertrag für seine angehenden Ärzte und Ärztinnen vereinbaren müsste, lägen die Mehrkosten höchstwahrscheinlich noch viel höher.
Die FDP-Fraktion unterstützt aus diesen Gründen vorbehaltlos die Kompromisslösung der Kommission für Gesundheit und Soziales, dass der Kanton Zug dem Konkordat erst beitritt, wenn zwanzig andere Kantone dies auch tun.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme der Vorlage. Er dankt auch den drei Kommissionen und ihren Präsidien, die sich intensiv und teilweise über Jahre hinweg mit der Thematik beschäftigt haben, für ihre gute Arbeit.
Die Zustimmung des Kantonsrats wäre ein wichtiges Zeichen für die Zusammenarbeit unter den Kantonen. Es wurde richtig erkannt, dass es sich hier im Wesentlichen nicht um eine Gesundheits-, sondern um eine Bildungsvorlage handelt: Es geht um die Finanzierung von Ausbildungen auf der Tertiärstufe, welche die Höheren Fachschulen, die Höheren Fachprüfungen, die Fachhochschulen und die Universitäten umfasst. Zuständig für die Berufsbildung auf dieser Stufe sind die Kantone. Es gehört zu den wichtigen schweizerischen Prinzipien, dass Auszubildende ihre Ausbildungsstätten in der Schweiz frei wählen können und die Herkunftskantone die Kosten übernehmen. Das verhindert Überkapazitäten und schafft Wettbewerb, was der Qualität dient. Es ist völlig selbstverständlich, dass sich alle Kantone an diesem System des Kostenausgleichs beteiligen.
Bei der heute zur Diskussionen stehenden interkantonalen Vereinbarung geht es um eine kleine Lücke in der Finanzierung der Ausbildung auf Tertiärstufe. Der Begriff der Weiterbildung ist dabei etwas missverständlich. Der Unterschied zwischen Aus- und Weiterbildung besteht darin, dass die Ausbildung bis zum Staatsexamen, dem heutigen Master, an der Universität und die Weiterbildung zum Facharzt bzw. zur Fachärztin am Spital stattfinden. Kantone mit grossen Zentrums- und Universitätsspitälern bilden mehr Fachärztinnen und -ärzte aus als Kantone mit kleineren Spitälern. Komplexere Medizin, die man in der Ausbildung kennenlernen muss, wird zu Recht nur in den Zentren angeboten. Heute ist es so, dass etwa der Kanton Zürich einen grossen Teil der Kosten für die Ausbildung von jungen Ärztinnen und Ärzten zu Fachärztinnen und -ärzten trägt. Das ist nicht korrekt, weil beispielsweise auch der Kanton Zug auf diese Ärztinnen und Ärzte angewiesen ist. Die Gesundheitsdirektorenkonferenz ging bei der Erarbeitung der Vereinbarung davon aus, dass wie bei allen anderen interkantonalen Vereinbarungen im Bereich der Ausbildungsfinanzierung auf Tertiärstufe alle Kantone selbstverständlich mitmachen würden. Sie hat deshalb an keinen Korrekturfaktor gedacht, als sie das Konkordat

ausarbeitete. Nun zeigt es sich, dass insbesondere jene Kantone, die Nettozahler sind, die Vereinbarung sehr zögerlich ratifizieren. Der Regierungsrat unterstützt deshalb den Antrag der Kommission und der Stawiko, den Beitritt zur Vereinbarung von einem Quorum von zwanzig Kantonen abhängig zu machen. Nun steht der Antrag im Raum, das Quorum auf 25 bzw. sogar auf alle Kantone zu erhöhen. Das wäre aus Sicht des Regierungsrats staatspolitisch schlecht, weil dann ein paar wenige Kantone oder gar nur ein einziger Kanton eine wichtige Vereinbarung unter den Kantonen verhindern könnten. Man darf nicht einem Kanton quasi eine Vetomacht einräumen. Dies trifft erst recht zu, wenn es den Kantonen, die nicht beitreten möchten, weiterhin frei steht, nicht beizutreten. In Absprache mit der Gesundheitsdirektorenkonferenz geht der Regierungsrat davon aus, dass die Vereinbarung am 1. Januar 2021 in Kraft treten wird, dies im Unterschied zu dem in der Vorlage vor einem Jahr genannten Datum.

Die Präsidentin der Kommission für Gesundheit und Soziales hat darauf hingewiesen, dass per Mai 2018 vierzehn Kanton den Beitritt erklärt hätten. Diese Angabe ist heute noch aktuell. Bezüglich der Empfehlungen der Konkordatskommission wurde darauf geachtet, dass diese umgesetzt wurden − auch wenn nicht alle umgesetzt werden konnten. Beat Iten hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Mobilität für Ärztinnen und Ärzte in Ausbildung wichtig sei. Die Schweiz ist ein kleiner Ausbildungsraum, und wenn man beginnt, auf der Universitätsstufe die Mobilität einzuschränken, widerspricht dies wesentlichen Grundsätzen der universitären Ausbildung. Es ist denn auch Absicht des Konkordats, die Finanzierung dieser Mobilität sicherzustellen.

Markus Hürlimann hat darauf hingewiesen, dass das Masterstudium nur zur unselbständigen Tätigkeit als Arzt befähige. Das ist richtig. Unselbständige Arbeit ist für einen Arzt praktisch nur in Industriebetrieben oder grösseren Unternehmen möglich. Klassische ärztliche Tätigkeit ist immer selbständig, auch in einem Spital; das gehört zum Wesen des Arztberufs. Die hohe Ärztedichte in den Kantonen Genf, Basel und Zürich hat keinen Zusammenhang mit der Ausbildung, sondern mit der Zulassung. Die Schweiz ist in hohem Mass auf ausländische Ärztinnen und Ärzte angewiesen, um den normalen Bedarf decken zu können: Es braucht mehr Ärzte, als in der Schweiz ausgebildet werden. Das Problem liegt bei bestimmten Fachgebieten, wo die Zuwanderung zu mehr Ärzten führt. Die Antwort auf eine hohe Ärztedichte in gewissen Ballungsgebieten der Schweiz ist aber nicht die Einschränkung der Ausbildung, sondern die Zulassungsbeschränkung, wie sie der Kanton Zug vor zwei Jahren eingeführt hat. Dieses Mittel ist wirksam, und das Bundesparlament arbeitet im Moment daran, noch wirksamere Möglichkeiten zu schaffen. Eine Ablehnung der Vereinbarung würde also nichts gegen die hohe Ärztedichte bewirken − ganz im Gegenteil: Man würde möglicherweise eine Unterversorgung riskieren, wenn man in der Schweiz weniger Ärzte ausbilden würde. Im Übrigen sind die ausländischen Ärztinnen und Ärzte die billigsten. Sie werden auf Kosten von Deutschland oder Polen etc. ausgebildet − und eigentlich könnten diese Länder von der Schweiz verlangen, sich an den Ausbildungskosten zu beteiligen. In diesem Sinn kann man nicht gegen die Weiterbildung von ausländischen Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz sein, ist die Schweiz doch − wie gesagt − in hohem Mass auf diese angewiesen.

Der Gesundheitsdirektor dankt dem Rat, wenn er auf die Vorlage eintritt und der Vereinbarung zustimmt. Diese gleicht die Verteilung der Kosten unter den Kantonen aus und erlaubt es dem Kanton Zug, ohne schlechtes Gewissen auf gut ausgebildete Ärztinnen und Ärzte aus Zürich, Basel oder Genf zurückgreifen zu können.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat beschliesst mit 43 zu 18 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich der Regierungsrat bei § 1 Abs. 1 dem Antrag der Kommission für Gesundheit und Soziales und der Konkordatskommission anschliesst.

Zu den einzelnen Teilen und Bestimmungen der Vorlage erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt die Vorlage stillschweigend gemäss Antrag der Kommission für Gesundheit und Soziales.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 7

**1176 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzung und Umbau des Theilerhauses an der Hofstrasse, Gemeinde Zug**
Vorlagen: 2885.1 - 15818 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2885.2 - 15819 (Antrag des Regierungsrats); 2885.3/3a - 15875 (Bericht und Antrag der Kommission für Hochbau); 2885.4/4a - 15876 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Hubert Schuler,** Präsident der Hochbaukommission, teilt mit, dass sich die Kommission intensiv mit dieser Vorlage auseinandersetzte. Es war jedoch weniger der Inhalt als vielmehr die Form der Vorlage, welche zu diskutieren gab. Eintreten war unbestritten, denn es war den Kommissionsmitgliedern klar, dass mit diesem geschichtsträchtigen Haus endlich etwas geschehen muss. Die Kombination eines öffentlichen Teils im Erdgeschoss mit Verwaltungsgerichtsräumlichkeiten in den oberen drei Stockwerken wird als gelungene Variante angesehen. Der Verwaltungsgerichtspräsident konnte ausführlich aufzeigen, dass mit diesen Räumlichkeiten die Bedürfnisse für die nächsten Jahre wenn nicht Jahrzehnte abgedeckt wären. Die lokale Eigenständigkeit und die mögliche Repräsentationskraft eines umgebauten Theilerhauses kommt dem zweiten obersten Gericht des Kantons Zug entgegen und verstärkt die demokratisch legitimierte Gewaltentrennung auf eine gute Weise. Die Hochbaukommission empfiehlt deshalb, auf das Geschäft einzutreten.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass die Stawiko das Geschäft an ihrer Sitzung vom 3. Oktober 2018 beraten hat. Eintreten war unbestritten. Die Leidensgeschichte des Theilerhauses ist hinlänglich bekannt. Das Haus steht unter Denkmalschutz und ist seit Jahren leer. Die Kultur, die dort einziehen sollte, kann sich der Kanton nicht mehr leisten, weshalb nun das Verwaltungsgericht dort einen angemessenen Sitz erhalten soll. Dass vorwärts ge-

macht werden soll, sieht auch die Stawiko ein. Aber nicht auf diese Tour! Auch die vorberatende Kommission war unzufrieden, dass es kein zweistufiges Verfahren geben soll, hat dann aber wohl zähneknirschend das Geschäft doch gutgeheissen. Die Stawiko, deren Kernaufgabe die Beurteilung der finanziellen Auswirkungen ist, musste feststellen, dass sie ihre Aufgabe mit den vorliegenden Unterlagen und Informationen schlichtweg nicht wahrnehmen kann. Zu oberflächlich sind die Angaben, eine seriöse Beurteilung des Geschäfts ist nicht möglich. Deshalb stellt die Stawiko den **Antrag** auf ein zweistufiges Verfahren und möchte vorerst nur einen Planungskredit von 1,5 Millionen Franken freigeben. Sie ist dem Rat dankbar für die Unterstützung.
Die Stawiko-Präsidentin möchte zwei weitere Themenbereiche anfügen:
• Dringlichkeit: Es soll nun endlich vorwärtsgehen mit dem Theilerhaus. Die Stawiko gibt zu bedenken, dass nicht der Kantonsrat so lange gebraucht hat, bis man nun endlich darüber diskutieren kann. Das ist nicht die Schuld des Kantonsrats, und die Stawiko warnt davor, nun gegen Ende der Legislatur schon längst fällige Vorlagen durchzuwinken. Neben den fehlenden Informationen fehlt auch die Eingliederung in das Gesamtkonzept des Areals Hofstrasse. 42 Millionen Franken sollen dort dereinst verbaut werden. Da fragt die Stawiko nach Ansicht ihrer Präsidentin zu Recht: Stimmt beispielsweise dieses Bistro im gesamten Gastrokonzept, oder gibt es hier allenfalls noch Synergien? Weiter lässt die Stawiko das Argument nicht gelten, dass das Projekt durch den Kantonsrat so verzögert werde, dass das Verwaltungsgericht dereinst nicht fristgerecht einziehen könne. Man denke dabei nur an das Bauprozedere: Es kann viele Einsprachen geben, sowohl bei diesem Projekt als auch beim Neubau ZVB. Oder es kommen unvorhergesehene Dinge zum Vorschein, die den Bau verzögern. Da kommt es nicht auf eine Zusatzschlaufe im Kantonsrat an. Da fliesst noch viel Wasser die Lorze hinunter.
• Unterschied zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen: Das Theilerhaus befindet sich zurzeit im Finanzvermögen und ist mit 9,57 Millionen Franken in den Büchern enthalten. Das Finanzvermögen hat Anlagecharakter. Finanzvermögen muss nicht abgeschrieben, sondern alle zehn Jahre bewertet werden. Der heutige Buchwert entspricht einer Schätzung, welche am 18. November 2009 durch einen externen Experten vorgenommen worden ist. Im Verwaltungsvermögen des Kantons hingegen befinden sich die Infrastrukturen des Kantons. Diese müssën gemäss Finanzhaushaltgesetz jedes Jahr entsprechend abgeschrieben werden.
Die Stawiko-Präsidentin dankt dem Rat, wenn er dem Antrag der Stawiko Folge leistet und Ja sagt zu seriöser Ratsarbeit.

**Richard Rüegg** teilt mit, dass die CVP-Fraktion dem Umbau des Theilerhauses grundsätzlich wohlgesinnt ist. Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten. Dem Übertrag vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen wird die CVP ebenfalls zustimmen.
Diskussionspunkt war − wie in der Hochbaukommission − das Restaurationskonzept: Eine Küche mit 19 Quadratmeter Fläche soll die Verpflegung für das Bistro, die umliegenden Schulen, das Museum für Urgeschichte und diverse *Apéro riche* sicherstellen. Die CVP zweifelt daran. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Wahl des Verfahrens: einstufig oder zweistufig? Die Mehrheit der CVP-Mitglieder wünscht ein zweistufiges Verfahren, dies auch vor dem Hintergrund, dass das Gastrokonzept nicht vorhanden ist und somit grosse Reserven gebildet werden müssten. Auch ist die Kostenkontrolle bei einem einstufigen Verfahren nicht gewährleistet, und somit wird die Aufgabe der Kostenkontrolle durch das Parlament verunmöglicht. Bezüglich der Verfahrenswahl wird die CVP-Fraktion somit dem Antrag der Staatswirtschaftskommission folgen.

**Karl Nussbaumer** hält fest, dass die SVP-Fraktion bei dieser Vorlage der Stawiko zustimmen wird. Am Projekt selber hat die SVP nichts auszusetzen. Sie findet auch, dass man der langjährigen Leidensgeschichte ein Ende bereiten sollte. Es ist absolut richtig, dass im seit Jahren leerstehenden Gebäude neues Leben einkehrt. Das unter Denkmalschutz gestellte Objekt eignet sich gut für die Unterbringung des Verwaltungsgerichts. Auch das geplante Bistro für die Öffentlichkeit findet die SVP-Fraktion gut. Zu einer angeregten Diskussion führte − wie schon in der Hochbaukommission − das vorgeschlagene einstufige Verfahren. Auch die SVP ist klar der Meinung, dass das zweistufige Verfahren Standard sei, und sie unterstützt die Argumente der Stawiko voll und ganz. Auch für die SVP-Fraktion ist keine Eile geboten, da ja genügend Zeit vorhanden ist, weil das jetzige ZVB-Haus erst 2024 rückgebaut wird. Mit dem zweistufigen Verfahren hat der Kantonsrat mehr Einblick in das Projekt und kann allenfalls noch Einfluss nehmen, was beim einstufigen Verfahren schlicht nicht mehr möglich ist. Deshalb wird die SVP einstimmig dem Antrag der Stawiko auf einen Planungskredit von 1,5 Millionen Franken zustimmen.

**Thomas Gander** hält fest, dass auch die FDP-Fraktion die Vorlage intensiv beraten hat und letztlich den Anträgen der Hochbaukommission folgt. Dass das Theilerhaus zukünftig durch das Verwaltungsgericht genutzt werden soll, ist für die FDP unbestritten. Die Platzbedürfnisse des Verwaltungsgerichts passen geradezu ideal ins Theilerhaus. Einer kulturellen Nutzung des Hauses ist in Anbetracht der finanziellen Lage des Kantons und des bereits vorhandenen Angebots in der Stadt Zug eine klare Absage zu erteilen.
Einstufiges oder zweistufiges Verfahren? Die einen wollen ein zweistufiges Verfahren, um eine bessere Kostengenauigkeit zu erlangen, andere wollen ein zweistufiges Verfahren dazu nutzen, das Gastrokonzept zu vertiefen. Für eine Mehrheit der FDP ist für das vorliegende Projekt ausnahmsweise das einstufige Verfahren praktikabel. Denn sowohl die Kubatur des Gebäudes wie auch die Fassade sind vorgegeben, und das Gebäude steht bekanntlich unter Denkmalschutz. Auch die Gebäudesubstanz wurde soweit untersucht, dass man die geforderte Kostengenauigkeit einhalten kann. Die Möglichkeiten zum Umbau werden − auch durch den Denkmalschutz − derart eingeschränkt, dass mit einem zweistufigen Verfahren keine Kosten reduziert werden können. Des Weiteren ist die FDP aus den vorgenannten Gründen der Meinung, dass der Wettbewerb im Einladungsverfahren erfolgen soll. Bezüglich Gastrokonzept folgt sie dem Votum der Hochbaukommission und fordert den Regierungsrat auf, beim Ausführungsprojekt das Gastrokonzept für das gesamte Theilerareal zu beachten. Die FDP-Fraktion kann sich also mit dem einstufigen Verfahren einverstanden erklären. Sie hält jedoch fest, dass sie dies als absolute Ausnahme betrachtet, und fordert die Regierung auf, zukünftige Projekte wieder mittels zweistufigem Verfahren durchzuführen. Zusammengefasst folgt eine grosse Mehrheit der FDP-Fraktion den Anträgen der Hochbaukommission.

**Hanni Schriber-Neiger** spricht für die ALG-Fraktion. Seit dem Erwerb des Theilerhauses vor knapp dreissig Jahren steht das denkmalgeschützte Gebäude mit Baujahr 1896 mehrheitlich leer. Jetzt will die Regierung das Gebäude endlich instand setzen und es einer Nutzung zuführen. Im Erdgeschoss ist eine gastronomische Einrichtung geplant, und in den Obergeschossen soll der zukünftige Sitz des Verwaltungsgerichts entstehen. Grossmehrheitlich begrüsst die ALG-Fraktion dieses Nutzungskonzept. Mit dieser sinnvollen Lösung kann das Gebäude endlich saniert, umgebaut und auch belebt werden.
Was der ALG nicht gefällt, ist, dass dem Kantonsrat einmal mehr ein nur einstufiges Verfahren vorgelegt wird, dies mit der Begründung, es bestehe dringender Hand-

lungsbedarf. Jetzt plötzlich, nachdem jahrelang wenig getan wurde? Die ALG verlangt von der Regierung ein zweistufiges Verfahren mit einem Planungskredit im ersten Schritt, so dass − wo nötig − Detailfragen geklärt werden können. Und bei diesem Geschäft besteht für das Gastronomiekonzept noch Klärungsbedarf. Anschliessend soll dann der Objektkredit eingeholt werden. Etwas Stirnrunzeln verursachte auch bei der ALG-Fraktion, dass der Paragraf für die Übertragung des Baugrundstücks vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen in der Vorlage vergessen ging. Dass solche Fehler künftig nicht mehr passieren sollen, spricht auch für ein zweistufiges Verfahren. In diesem Sinne unterstützt die ALG den Antrag der Staatswirtschaftskommission, die auch ein zweistufiges Verfahren will. Die ALG tritt auf die Vorlage ein.

**Daniel Stadlin** hält fest, dass das Theilerhaus nun schon ganze 29 Jahre leer steht. Heute präsentiert es sich in einem desolaten Zustand. Wie der Regierungsrat in seinem Bericht ausführt, ist es absolut dringlich, das Theilerhaus instand zu setzen. Die Absicht der Baudirektion, diesem Bauwerk und der ehemaligen Industriebrache der Landis & Gyr mit neuer Nutzung endlich wieder Leben einzuhauchen, ist deshalb sehr zu begrüssen. Ob dies aber mit einer solch introvertierten, kaum Leben generierenden Bürotätigkeit wie einem Verwaltungsgericht gelingen wird, ist kaum anzunehmen. Auch ist es nicht einsichtig, wieso Verwaltungsbüros in das städtisch periphere Quartier St. Michael verlegt werden sollen, zumal der historische Industriebau in seiner Konstruktion und Bauform nicht wirklich dazu geeignet ist. Das Innere wird deshalb wohl massiv verändert werden müssen, nur schon wegen der äusserst peniblen feuerpolizeilichen Auflagen. Dass das Verwaltungsgericht nun ausgerechnet im Theilerhaus eingerichtet werden soll, ist jedenfalls mehr Verlegenheits- denn Ideallösung. Daher muss der Gastronomiebetrieb im Erdgeschoss eine wichtige kompensatorische Funktion übernehmen. Das allein wird jedoch nicht genügen, um daraus ein gutes Projekt zu machen. Letztlich wird entscheidend sein, welche Nutzung die Shedhalle im Konzept für das Gesamtareal künftig erhalten wird. Denn von dieser Umnutzung wird es abhängen, ob der ursprünglich gewollte kulturelle Mehrwert für Stadt und Kanton auch erbracht werden kann. Da sich jedoch die 2015 vorgesehene multikulturelle Nutzung nicht sinnvoll realisieren lässt und das nun vorliegende Projekt weder von der Kommission für Hochbau noch von der Staatswirtschaftskommission grundsätzlich in Frage gestellt wird, ist die GLP zur Einsicht gelangt, dass trotz ihrer Vorbehalte das vorliegende Projekt ein gangbarer Weg ist, das Theilerhaus aus seinem bald dreissigjährigen Elend zu befreien − dies jedoch mit der Einschränkung der Stawiko, vorerst nur den Projektierungskredit zu genehmigen. Denn auch der GLP sind die Argumente des Regierungsrats nicht einsichtig, wieso ausgerechnet hier eine Ausnahme gemacht werden und das einstufige Verfahren zur Anwendung gelangen soll. Darum bittet der Votant. den Antrag der Staatswirtschaftskommission zu unterstützen.

**Philip C. Brunner** stellt fest, dass sich der Rat einig zu sein scheint. Daniel Stadlin hat das Wort «Elend» gebraucht und es damit auf den Punkt gebracht: Solche Dinge dürfen einfach nicht mehr geschehen. Es ist bitter, dass es so lange gedauert hat, bis endlich Bewegung in den Umgang mit den kantonalen Immobilien in der Stadt Zug − ZVB-Areal, ehemaliges Kantonsspital, weitere Hochbauten − kommt. Der Votant dankt in diesem Sinn dem Regierungsrat und insbesondere dem Baudirektor, dass er diese Sache nun endlich an die Hand nimmt. Aber wenn man nun schon so lange gewartet hat, soll man es richtig machen. Der Votant stimmt deshalb mit seiner Fraktion, der SVP, überein, dass auch hier das zweistufige Verfahren zur Anwendung kommen soll. Das gibt etwas mehr Sicherheit bei diesem Projekt. Und

man darf sich freuen: Eine ähnliche Lösung wurde ja bereits für das alte Zeughaus bzw. das Obergericht gefunden: eine gute Sache, wenn auch nicht ganz billig. Auch beim Theilerhaus wird es mit 11,9 Millionen Franken nicht billig − wobei die SVP-Fraktion glaubt, dass da noch etwas Luft drin ist: Sollte der Antrag auf ein einstufiges Verfahren durchkommen, wird der Votant namens der SVP einen Kürzungsantrag stellen. Allerdings hat er aufgrund der Voten den Eindruck, dass sich der Rat für das zweistufige Verfahren entscheiden wird.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hat die Gelbe Karte gespürt, er dankt aber trotzdem für die gute Aufnahme der Vorlage. Er möchte sich nicht rechtfertigen, möchte aber aufzeigen, dass die Regierung und der Baudirektor das Parlament keineswegs aussen vor lassen wollten. Vielmehr waren sie der Meinung, dass die in jahrelangen Verhandlungen mit verschiedenen Organisationen und Betroffenen erarbeitete Nutzung dem Parlament in einem einstufigen Verfahren vorgelegt werden könne, weil im Theilerhaus aufgrund der Kubatur und Bausubstanz gar keine Varianten möglich sind. Es war also nicht böser Wille, und der Baudirektor respektiert, dass das Parlament auch in solchen Fragen mitreden möchte.
Bezüglich der Einordnung des Projekts: In der Antwort auf die Berichtsmotion der CVP hat der Regierungsrat − so glaubt der Baudirektor − alle dringlichen Hochbauprojekte in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit aufgezeigt, mit dem Ziel, 2025 mit der Gestaltung des Areals des alten Kantonsspitals beginnen zu können. Jeder Mosaikstein muss in den nächsten Jahren zeitgerecht abgearbeitet werden. In der Berichtsmotion und verschiedenen anderen Papieren − etwa der Antwort auf Interpellationen in den letzten Wochen und Monaten − wurde auch klar aufgezeigt, was bezüglich der Nutzung der Liegenschaft Hofstrasse abläuft. Das Theilerhaus ist der erste Schritt in diesem Gesamtkonzept. Mit der Shedhalle wird versucht, eine multifunktionale kulturelle Möglichkeit für die Bevölkerung und die Schule umzusetzen. Sie wird in der heutigen Struktur belassen, und auch die heutigen kulturellen Tätigkeiten werden weiterhin dort stattfinden. Das einzige, was dem ursprünglichen Konzept einer kulturellen Nutzung entgegenläuft, ist, dass die im Theilerhaus vorgesehenen Ateliers wegfallen. Die Projekte und das Gesamtkonzept wurden auch der Stadt, dem Quartierverein St. Michael, dem Verein Industriepfad Lorze. dem Bauforum Zug etc. unterbreitet, und gerade gestern hat Stadtrat André Wicki an der Tagung der gemeindlichen Bauchefs dem Baudirektor bestätigt, dass der Stadtrat nochmals über das Konzept gesprochen und es als für die Stadt stimmig beurteilt hat. Es ist in den letzten Wochen und Monaten also gelungen, alle Interessen zu bündeln − wobei es Kompromisse vonseiten der Kulturschaffenden und der übrigen Beteiligten brauchte. Es kann also niemand behaupten, man wisse nicht, was an der Hofstrasse geplant sei. Und wie gehört, wird im nächsten Jahr dem Kantonsrat eine Vorlage für die Shedhalle, das Hochhaus und das Staatsarchiv im Umfang von rund 42 Millionen Franken unterbreitet. An der Gesamtkonzeption für die Hofstrasse wird es aber keine Änderung mehr geben. Und das Tempo, das die Baudirektion vorlegt, hat nichts mit dem Rücktritt des Baudirektors per Ende Jahr zu tun, sondern mit der Abhängigkeit der verschiedenen Projekte hinsichtlich 2025. Wenn der Rat heute das einstufige Verfahren ablehnt, wird der Baudirektor diesen Entscheid selbstverständlich akzeptiert, auch wenn man damit ein Jahr verliert. Die Baudirektion wird aber keine neuen Erkenntnisse vorlegen können, weil bezüglich der Nutzung des Theilerhauses alles klar ist.
Zu reden gab auch das Gastrokonzept. In der Kommissionssitzung waren drei Fragen spürbar: Ist ein Betreiber zu finden, welchen den Betrieb auf eigenes Risiko langfristig übernimmt? Genügen die für die Gastronomie eingeplanten Flächen, um einen Gastrobetrieb umzusetzen? Ist es möglich, die Shedhalle und insbesondere

den Mittagstisch für die FMS vom Theilerhaus aus zu betreiben? Die Baudirektion hat diese drei Fragen der Firma Schatz AG in Luzern, welche erfolgreich sechzehn Gastronomie- und Hotelleriebetriebe führt, vorgelegt und ihr die nötigen Informationen bezüglich Möglichkeiten und Projekt an der Hofstrasse mitgegeben. Schatz AG kam zum Schluss, dass das Theilerhaus eine attraktive Ausstrahlung und somit entsprechende Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung im Gastrobereich habe. Die Abklärungen bei verschiedenen Branchenvertretern zeigten auch auf, dass sich der Betrieb problemlos vermieten lasse, wenn der Mietzins verhältnismässig sei. Mit den geplanten Flächen sei der Gastrobetrieb problemlos umsetzbar, und die sogenannte Satellitenküche in der Shedhalle könne mit den heutigen Möglichkeiten gut in den Betrieb integriert werden. Und wenn der Lift im Theilerhaus am richtigen Ort platziert werde, seien auch die Kellerräume gut für den Betrieb erschlossen. Auch der Mittagstisch in der Shedhalle ist nach Aussage dieser Spezialisten problemlos umsetzbar. Fazit: Die Gastronomie in der Kombination Theilerhaus/Shedhalle ist möglich und wirtschaftlich interessant zu betreiben, und es werden sich entsprechende Betreiber finden lassen − und insbesondere ist es eine enorme Aufwertung für das Quartier.
Der Baudirektor nimmt die Kritik am einstufigen Verfahren entgegen, wiederholt aber, dass der Regierungsrat auch bei einem zweistufigen Verfahren keine neuen Möglichkeiten für das Theilerhaus vorlegen wird. Die Funktion des Gesamtkomplexes Hofstrasse ist konzeptionell festgelegt. Der Baudirektor bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass der Regierungsrat mit dem Antrag auf ein einstufiges Verfahren keinesfalls das Parlament aushebeln wollte, sondern diesen Weg aus operationellen Gründen wählte. Bezüglich des vergessenen Übertrags vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen entschuldigt sich der Baudirektor. Sowohl seine eigenen Leute als auch die Mitarbeiter der Finanzdirektion haben schlicht übersehen, dass das Grundstück im Finanzvermögen ist und übertragen werden muss. Zumindest wurde der Fauxpas rechtzeitig erkannt, so dass die entsprechende Bestimmung noch in die Vorlage einfliessen konnte. Abschliessend bittet der Baudirektor, nochmals die Vorteile des einstufigen Verfahrens zu bedenken, den Regierungsrat im vorliegenden Fall diesbezüglich zu unterstützen und den beantragten Objektkredit zu bewilligen. Der Baudirektion ist es im Übrigen sonnenklar, dass ab sofort immer das zweistufige Verfahren gewünscht wird.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG (1. Lesung)

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 1 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission für Hochbau.

*§ 1 Abs. 2*

Kommissionspräsident **Hubert Schuler** möchte − auch wenn schon vieles über das ein- bzw. zweistufige Verfahren und das Gastrokonzept gesagt wurde − die Meinung der Hochbaukommission dazu aufzeigen:
• Verfahrenswahl: Die von der Regierung dargestellte Dringlichkeit ist aus Sicht der Hochbaukommission nicht wirklich gegeben. Über Jahre wurde mit dem Theilerhaus nichts gemacht, auch wenn einmal ein Konzept für eine kulturelle Nutzung erarbeitet wurde, welches wegen der finanziellen Schwierigkeiten des Kantons Zug nicht umgesetzt werden kann. Die jetzigen Nutzungsvorschläge sind sinnvoll und kommen der regierungsrätlichen Immobilienstrategie entgegen. Trotzdem hätte ein Teil der Kommissionsmitglieder sehr gewünscht, dass das zweistufige Verfahren eingehalten wird, wie es gemäss Kantonsratsbeschluss vorgesehen ist. Mit diesem Verfahren können der Rat und die entsprechenden Kommissionen auch über die Strategie, wo und allenfalls in welchem Quartier was angesiedelt werden soll, mitentscheiden. Mit dem einstufigen Verfahren wird dem Rat die legitime Macht entzogen, sich zur Entwicklung der Verwaltung und schlussendlich auch der Kosten zu äussern. Die Kommission entschied trotzdem mit 7 zu 5 Stimmen, bei dieser Vorlage das einstufige Verfahren zu akzeptieren, jedoch der Baudirektion klar den Hinweis zu geben bzw. die Gelbe Karte zu zeigen, dass dies als einmalige Ausnahme verstanden werden soll. Die Mehrheit der Kommission war aber der Meinung, dass das zweistufige Verfahren in diesem Fall keinen wirklichen Gewinn, sondern nur eine weitere Verzögerung bringt.
• Gastrokonzept: Auch über dieses Thema wurde in der Hochbaukommission sehr ausführlich diskutiert. So wurde auch die Frage gestellt, ob nicht zuerst ein umfassendes Gastrokonzept für das ganze Areal erstellt werden müsste. Die Baudirektion konnte aber aufzeigen, dass die nötigen Abklärungen bereits getroffen worden seien. So habe das Gastrokonzept mit versierten Gastwirten besprochen werden können. Diese hätten bestätigt, dass die Idee des Bistros mit einem Mittagstisch und einem Catering für die Shedhalle funktioniere. Die Baudirektion versicherte auch, dass die nötigen Abklärungen mit den umliegenden Nutzerinnen und Nutzer bereits getroffen worden seien und es beispielsweise keine Mensa brauche. Es könne davon ausgegangen werden, dass sich viele Leute in der Stadt verpflegen würden. Die Kommission verlangt, dass das Bauprojekt die Anlieferung und die Transportwege für den Gastrobetrieb vertieft aufgreift und entsprechend darstellt. Der Antrag auf eine weitere Abklärung betreffend Gastrokonzept wurde von der Kommission mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Stichentscheide sind immer schwierig, denn die Hälfte der Kommission ist mit dem Entscheid einverstanden, die andere Hälfte enttäuscht. Der Votant kann aber die mündlichen Ausführungen der Baudirektion nachvollziehen, erwartet jedoch, dass beim Bauprojekt die entsprechenden Unterlagen vorliegen.
Zusammenfassend hat die Kommission entschieden, dass der Bedarf für die Instandsetzung und den Umbau des historisch bedeutsamen Theilerhauses gegeben ist und das umgebaute Theilerhaus ein angemessener und repräsentativer Sitz für das Zuger Verwaltungsgericht wird. Im Erdgeschoss wird ein Bistro mit Gästeraum und Küche eingebaut, wobei beim Ausführungsprojekt des Theilerareals ein Gastrokonzept vorliegen muss. Zusätzlich zum Planungs- und Baukredit von 11,9 Millionen Franken braucht es einen Objektkredit für die Umwandlung des Baugrundstücks vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen. Der Kommissionspräsident bittet, den Anträgen der Hochbaukommission zu folgen und den Antrag der Stawiko auf ein zweistufiges Verfahren abzulehnen. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge der Hochbaukommission.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in § 1 Abs. 2 in der Fassung der Stawiko zu korrigieren ist, dass es um die Projektierung bzw. den Projektierungskredit, also nicht bloss um die Planung und den Planungskredit geht.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat genehmigt mit 44 zu 18 Stimmen den Antrag der Staatswirtschaftskommission (mit der vom Vorsitzenden erwähnten Änderung).

*§ 2 Abs. 1*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Kommission für Hochbau.

**Teil II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

An dieser Stelle gibt der Kantonsratspräsident den Vorsitz an die Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet ab, weil er im folgenden Geschäft den Antrag des Büros des Kantonsrats vertritt.

TRAKTANDUM 8

1177 **Änderung des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) − Zusammenlegung von zwei ständigen Kommissionen des Kantonsrats**

Vorlagen: 2901.1 - 15884 (Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats); 2901.2 - 15885 (Antrag des Büros des Kantonsrats).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat angeregt hat, die Kommission für Raumplanung und Umwelt (RUK) und die Kommission für den öffentlichen Verkehr (KöV) zur Kommission für Raum, Umwelt und Verkehr zusammenzulegen. Die beiden betroffenen Kommissionen stimmen der Fusion zu.

EINTRETENSDEBATTE

Kommissionspräsident **Moritz Schmid** teilt mit, dass die Kommission für den öffentlichen Verkehr (KöV) in der zu Ende gehenden Legislatur sehr selten tagte. Ausser zwei reinen Informationsveranstaltungen war die Kommissionssitzung vom Montag, 24. September 2018, die erste und einzige in der aktuellen Legislaturperiode. Eine

Zusammenlegung mit einer anderen ständigen kantonsrätlichen Kommission ist daher angezeigt. Eine Zusammenlegung mit der Kommission für Raumplanung und Umwelt ist naheliegend, da diese sich auch mit dem Verkehr beschäftigt. Baudirektor Urs Hürlimann erklärte in der Kommissionssitzung, dass es in der Baudirektion beim Amt für Raumplanung ebenfalls zu einer Umbenennung in «Amt für Raum und Verkehr» kommen werde, da auf den 1. Januar 2019 das Amt für öffentlichen Verkehr in das Amt für Raumplanung in der Baudirektion integriert werden könne.
Die KöV ist in ihrer einzigen Sitzung in dieser Legislaturperiode übereingekommen, dass es Sinn macht, die Kräfte zu bündeln und die Kommissionen für Raumplanung und für öffentlichen Verkehr zusammenzulegen. Sie hat in ihrer Sitzung vom 24. September 2018 grossmehrheitlich der Zusammenlegung der zwei Kommissionen zugestimmt.
Der Kommissionspräsident dankt allen Mitgliedern der KöV für ihr Mitwirken. Leider konnte die Kommission in dieser Legislaturperiode nur einmal richtig tagen, dafür aber gerade für ein grosses Werk.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Die Zusammenlegung der Kommission für Raumplanung und Umwelt und der Kommission für den öffentlichen Verkehr scheint mehr als plausibel zu sein, ja, drängt sich nahezu auf. Die SP-Fraktion stimmt dieser Fusion denn auch zu.
Indes: So ganz eindeutig ist das alles für die SP nicht. Das Büro des Kantonsrats verweist in seiner Begründung zu Recht darauf, dass der Kantonsrat bei seiner Tätigkeit an die Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit gebunden sei; so sagt es § 2 Abs. 1 des Finanzhaushaltgesetzes. Die Argumentation folgt etwas erbsenzählerisch zu ausgeprägt den Fragen der Wirtschaftlichkeit und zu dürftig jener der Wirksamkeit. Das Büro erhofft sich gar, dass die Kosten für Aktenstudium und Sitzungen sinken würden. Das ist erfreulich, aber für die SP nicht unbedingt eindeutig. Es geht nämlich zunehmend auch um die Wirksamkeit. Das «Billigste» ist nicht immer das «Beste». Schliesslich ist nicht jeder Raumplaner auch ein Verkehrsspezialist, gerade in einem Milizparlament.
Die Raumplanungskommission, deren Mitglied die Votantin ist, verfolgt raumplanerische Anliegen. Bisher ging es betreffend Verkehr um Infrastrukturfragen, die richtplanrelevant sind. Fragen des Verkehrs sollten aber mehr und weitere Aspekte umfassen als blosse Infrastruktur. So arbeitet die Baudirektion bekanntermassen an einem Mobilitätskonzept. Dabei kann es beispielsweise auch um Anreizsysteme gehen, um die Mobilität wirksam und nachhaltig voranzubringen, die dem Parlament vorgelegt werden können. Das sind beileibe nicht nur infrastrukturelle Fragen, wenn man etwa an *Mobility Pricing, Carsharing* oder Konzepte von *Smart Cities* denkt. Insofern wäre der SP eine eigene Kommission für «Verkehr und Mobilität» lieber, die gegenüber dem Status quo mehr Aufgaben hätte und sich nicht auf Fragen des öffentlichen Verkehrs beschränken müsste. Gerade weil Mobilitätsfragen im Kanton Zug auch in Zukunft akut zu lösen sind, wünschte sich die SP-Fraktion eher eine Aufwertung statt einer Unterordnung in einer Megakommission. Da aber die politischen Geschäfte zu diesen Fragen kaum absehbar sind und man nicht weiss, wie viel das quantitativ ausmachen wird, verzichtet die SP-Fraktion auf grösseren Widerstand.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Ob der öffentliche Verkehr bei der Zusammenlegung der zwei Kommissionen untergeordnet oder übergeordnet wird, ist etwas offen. Für die Zusammenlegung spricht das Argument der Effizienz. Ob es dann allerdings mehr oder weniger Sitzungsgeld braucht, wird sich erst zeigen. Die betreffenden Geschäfte müssen ja besprochen werden, egal in welcher Kom-

mission. Der Votant möchte sich aber dagegen wehren, dass die Zusammenlegung für den öffentlichen Verkehr eine Unterstellung sei und dieser dann weniger Raum einnehme. Dem ist nicht so, denn Verkehrsfragen, sei es zum öffentlichen oder individuellen Verkehr, sind sehr direkt auch Raumfragen. Und diese Fragen müssen zusammen gelöst werden, weshalb der Votant in der Zusammenlegung der zwei Kommissionen eher einen Vorteil sieht. Denn wenn es um Raum geht, muss auch der Verkehr angeschaut werden und umgekehrt. Das ist miteinander verbunden und wird es in Zukunft noch vermehrt sein. Aus Sicht der ALG-Fraktion ist es deshalb sinnvoll, die zwei Kommissionen zusammenzulegen.

**Andreas Hausheer** stellt den **Antrag,** nicht auf die Vorlage einzutreten − auch wenn er vielleicht der einzige ist, der Nichteintreten unterstützt. Die Regierung begründet ihren Antrag damit, dass die zwei betreffenden Ämter zur derselben Direktion gehörten. Man könnte mit dieser Begründung aber auch die Hoch- und die Tiefbaukommission zusammenlegen. Das geht so nicht!

Kantonsratspräsident **Daniel Thomas Burch** verweist als Vertreter des Büros des Kantonsrats auf den Bericht und Antrag des Büros und dankt für die mehrheitlich positive Aufnahme des Vorschlags. Der Regierungsrat hat entschieden, das Amt für Raumplanung, das Amt für den öffentlichen Verkehr und das Amt für Wohnungswesen zusammenzulegen. Es ist die logische Konsequenz, auch die entsprechenden Kommissionen zu einer einzigen zusammenzulegen. Durch die beantragte Zusammenlegung von zwei ständigen Kommissionen des Kantonsrats ist mit Synergien zu rechnen. Insbesondere steigt durch die vernetzte Bearbeitung die Sachkompetenz der Mitglieder. Auch dürfte die Bearbeitungszeit dadurch verkürzt werden können. Zudem kann man mit tieferen Kosten für das Aktenstudium und für die voraussichtlich weniger Sitzungen rechnen.
Die Kommission für Raumplanung und Umwelt und die Kommission für den öffentlichen Verkehr wurden zur Stellungnahme eingeladen. Beide Kommissionen haben der Fusion zugestimmt. Das Büro beantragt deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat beschliesst mit 43 zu 10 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der vorliegende Kantonsratsbeschluss nicht allgemeinverbindlich ist. Es gibt daher nur eine einzige Lesung.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu den einzelnen Teilen und Bestimmungen der Vorlage.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 45 zu 9 Stimmen zu.

Es sind keine parlamentarischen Vorstösse abzuschreiben. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

An dieser Stelle übernimmt Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch wieder den Ratsvorsitz.

TRAKTANDUM 9
**Vorstösse, die am 27. September 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1178** Traktandum 9.1: **Motion der CVP-Fraktion betreffend Beseitigung des strukturellen Defizits des Kantons Zug durch eine Anpassung des NFA-Beteiligungsmodells der Gemeinden**
Vorlagen: 2870.1 - 15774 (Motionstext); 2870.2 - 15862 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Thomas Meierhans** spricht für die Motionärin. Der Kanton kämpft seit langem gegen ein Defizit, während die Gemeinden Jahr um Jahr ihre Steuerfüsse senken: So präsentierten sich die Finanzen der Gemeinden und des Kantons in den letzten Jahren. Das muss zu denken geben. In mehreren Schritten wurde der kantonale Staatshaushalt entlastet. Der Kantonsrat hat in den letzten Jahren viel gespart, und noch mehr hat der Regierungsrat in eigener Kompetenz bei vielen Ausgaben den Rotstift angesetzt. Viele Zugerinnen und Zuger haben genug davon und verstehen nicht, dass gleichzeitig in den Gemeinden grosse Überschüsse verbucht werden.
Im Budget 2019 fehlen dem Kanton immer noch 30 Millionen Franken für ein ausgeglichenes Budget. Als Ursache wurden immer wieder die steigenden Zahlungen an den NFA erwähnt. Die Gemeinden profitieren also uneingeschränkt von den sprudelnden Steuereinnahmen und beteiligen sich mit einem seit sieben Jahren nahezu gleich bleibenden Beitrag am NFA. Diese bestätigt der Regierungsrat auch in seinem Bericht. Hier stimmt doch etwas nicht!
Was hier nicht stimmt, will die CVP-Fraktion mit ihrer Motion analysieren und ändern. Sie fordert deshalb eine Änderung des Zuger Finanzausgleichs (ZFA). Der ZFA ist in der Motion nicht namentlich erwähnt, denn alle wissen, dass die Beteiligung der Gemeinden am NFA ein Teil des ZFA ist. Eine Beteiligung der Gemeinden am NFA war bei der Erarbeitung des ZFA gewollt. Heute stellt sich lediglich die Frage, ob die Höhe des Gemeindebeitrags noch angemessen sei. Dabei darf man nicht in seinem Gemeinde-Gärtlidenken verharren, sondern muss die Gesamtzusammenhänge und deren Auswirkungen betrachten. Das ist denn auch der Grund, weshalb die CVP in ihrer Motion eine Überarbeitung dieses Finanzausgleichs fordert. Seit längerem wird von einer Überarbeitung des ZFA gesprochen; der Regierungsrat und die Gemeinden seien an der Arbeit. Leider gibt es auch Signale, dass von dieser Überarbeitung nicht viel erwartet werden dürfe. Von aussen gesehen hat man das Gefühl, es gehe gar nichts. Die CVP ist auf jeden Fall sehr gespannt auf die hoffentlich bald vorliegende Vorlage des Regierungsrats.
Die CVP-Motion hat klar nicht zum Ziel, die Kantons- und Gemeindesteuern zu erhöhen. Aber sie will die Belastung durch den NFA besser auf den Kanton und die Gemeinden verteilen. Verwundert hat der Votant nach der Einreichung der Motion festgestellt, wie sofort alle mit Rechnen begonnen haben, was das wen kosten werde. Dabei will die CVP mit der Motion dem Regierungsrat einen Auftrag erteilen und hat keine konkrete Lösung formuliert. Wie kann man also bereits rechnen, ohne die Grundlage zu kennen?
Das Potenzial an Steuereinnahmen der Gemeinden ist sehr unterschiedlich. Deshalb braucht es einen angepassten Finanzausgleich, der auch die von Bern diktierten NFA-Zahlungen berücksichtigt. Die CVP ist der Überzeugung, dass sich der im Bericht des Regierungsrats erwähnte Weg lohnen würde und stellt deshalb den

**Antrag,** die Motion erheblich zu erklären. Der Regierungsrat hat selbst schon mehrmals von einer ZFA-Überarbeitung gesprochen. Leider liegt immer noch kein Resultat vor. Mit der Motion soll endlich wieder Schub in die überfällige ZFA- Überarbeitung kommen, und es sollen damit die steigenden NFA-Zahlungen neu betrachtet werden. Weiter sollen sich die Gemeinden und der Kanton zu gleichen Teilen an der sprudelnden Ölquelle namens Steuern beteiligen und damit Einnahmen für ihre Aufgaben generieren können.
Auch wenn sich die Finanzaussichten des Kantons wieder besser präsentieren, bittet der Votant, die Motion der CVP-Fraktion erheblich zu erklären und den Regierungsrat zusammen mit den Gemeindevertretern auf den sicher nicht einfachen, aber lohnenden Weg zu schicken.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung der Motion unterstützt. Die SP ist nämlich der Ansicht, dass die Motion Wurzel- und Blattgemüse vermischt. Ja, das strukturelle Defizit des Kantons soll saniert werden, aber die Wurzeln liegen nicht beim NFA-Anteil der Gemeinden, sondern beim unausgeschöpften Steuerpotenzial des Kantons. Deshalb hat sich die SP seit Beginn der kantonalen Defizitperiode für eine Anpassung der Einnahmepolitik ausgesprochen. Dass die Regierung schliesslich ein Einsehen hatte, war ein Akt schierer Vernunft.
Vor elf Jahren hat der Kantonsrat die NFA-Anteile der Gemeinden bestimmt. Im Jahr darauf, nämlich 2008, hat er den ZFA eingeführt. Seither gleichen die fünf ressourcenstärkeren Gemeinden fiskalische Schwierigkeiten der sechs ressourcenschwächeren Gemeinden aus. Man kann den kommunalen NFA-Schlüssel reformieren, man kann auch den ZFA reformieren. Aber man sollte weder den NFA noch den ZFA zum Sündenbock dafür machen, dass der Kanton ein Defizit hat. Stattdessen sollte man sich an die Wurzeln des Konstrukts Finanzausgleich erinnern: Die kantonale und die gemeindliche Steuerautonomie erzeugen Spannungen und Ungleichheit. Vor rund fünfzig Jahren wollte man diese Ungleichheiten mittels Steuerharmonisierung lösen − und viele, auch bürgerliche Politiker meinten damit auch eine materielle Harmonisierung, also eine Angleichung der Steuerbelastung zwischen den Kantonen. Mit dem Steuerharmonisierungsgesetz von 1990 ist man bei der formalen Harmonisierung stehengeblieben. Der Preis dafür ist die interkantonale Solidarität durch den NFA. Diese Formel stammt nicht von der Votantin, sondern vom Schwyzer Alt-Finanzdirektor Franz Marty, CVP-Politiker und einer der Väter des neuen Finanzausgleichs. Marty hat kürzlich wieder daran erinnert, als er von einem neuen Ungleichgewicht gewarnt hat, wenn man bei der aktuellen NFA-Reform nicht aufpasse. Und tatsächlich hat sich das Wallis schon kritisch gegenüber dem eingeschlagenen NFA-Optimierungskurs geäussert. Aufpassen muss man auch innerhalb des Kantons Zug. Würde der Kantonsrat der CVP'schen Motionsidee folgen, hätte das gewaltige Auswirkungen auf Baar und insbesondere auf die Stadt Zug − Philip C. Brunner wird sicher noch ausführlich darauf eingehen.
Die Eidgenossenschaft ist ein historisch gewachsenes Solidargeflecht − auch bei den Steuern. Das Austarieren zwischen Starken und Schwachen, der Kompromiss und die Konkordanz: Dieses Denken ist eine der Wurzeln der modernen Staatsauffassung. Und so möchte die Votantin an die Adresse aller, die mit dem NFA oder ZFA unzufrieden sind und darin die Wurzeln für das strukturelle Defizit sehen, den Römerbrief, Kapitel 11,18, in Erinnerung rufen, in dem Paulus die christliche Gemeinde in Rom ermahnt: «Erhebe dich nicht über die anderen Zweige. Und wenn du es tust, dann sei dir bewusst: Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich.»

**Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Diese unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären. Der Votant hat beim Stadtrat von Zug am 13. Juni 2018 eine Interpellation zu genau demselben Thema eingereicht. Der Stadtrat hat diesen Vorstoss sehr gut beantwortet. Bei Frage 3 hat er die in Absprache mit der Konferenz der Finanzchefs erarbeiteten Antworten der Gemeindepräsidentenkonferenz zusammengefasst, die sich gegen das Motionsbegehren der CVP ausspricht. Als Gründe nennen die Gemeinden: Bereits die heutigen NFA-Beitragszahlungen der Zuger Einwohnergemeinden seien systemwidrig. Es sind bekanntermassen 6 Prozent, und an anderer Stelle ist ausgeführt, dass diese auf etwa 9 Prozent ansteigen würden. Diese Systemwidrigkeit werde mit der CVP-Motion noch verstärkt. Unter den Gemeinden bestehe ein Konsens, dass die Systemwidrigkeit nicht verstärkt werden dürfe. Auch sei es nicht zielführend, das bestehende System durch eine Teilrevision zu gefährden; wenn schon, müsste das ganze Regelwerk hinterfragt und angepasst werden. Zudem fehle dem CVP-Vorstoss eine Obergrenze bzw. eine regelbasierte Systematik. Die Aussage der CVP, es werde zwar nicht progressiv, aber bereits linear abgeschöpft, stimme nur bedingt. Der Kanton greife erneut in die Gemeindeautonomie ein und beschränke die Handlungsfreiheit der Gemeinden. Besonders in der Stadt Zuge stehen in den nächsten Jahren grosse Investitionen an, ebenso in diversen anderen Gemeinden, dies besonders für Schulhausbauten. Weiter wird ausgeführt, dass die Gemeinden keine Schuld am strukturellen Defizit des Kantons haben und dass eine zusätzliche Belastung durch die Berücksichtigung des Ressourcenpotenzials insbesondere für die ZFA- und NFA-Gebergemeinden Baar und Zug zu einer erheblichen Doppelbelastung führen würde. Infolge Steuersenkungen haben insbesondere die finanzschwächeren Gemeinden keinerlei finanziellen Ressourcen für einen solchen zusätzlichen Beitrag. Und als Letztes: Auf der Zeitachse komme dieser Vorstoss zum falschen Zeitpunkt. In den kommenden zwei, drei Jahren seien verschiedene Projekte umzusetzen, namentlich das Entlastungsprogramm, die ZFA-Reform und «Finanzen 2019» sowie die Neuregelung des NFA; dazu komme die Steuervorlage 17 des Bundes. Fazit der Stadt Zug ist, dass der Vorstoss das Problem des Kantons keinesfalls löse, aber das heutige Regelwerk gefährde. Zusätzlich hat der Stadtrat in der Beantwortung der Interpellation in einer Tabelle aufgezeigt, dass die Stadt Zug in den zehn Jahren von 2008 bis 2017 insgesamt 511,5 Millionen Franken, also über eine halbe Milliarde Franken, in den ZFA eingezahlt habe und der Gemeindebeitrag an den NFA, diese 6 Prozent, weitere knapp 150 Millionen Franken ausmache. Die Frage, wie stark die Belastung ansteigen werde, beantwortet der Stadtrat dahingehend, dass es in den Jahren 2020 bis 2025 um zusätzliche 7 bis 8 Millionen Franken jährlich gehen würde.
Zusammengefasst sieht die SVP-Fraktion in der Motion der CVP keine Lösung und bittet, diese nicht erheblich zu erklären.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Ihre Interessenbindung: Sie kommt aus der grössten Gebergemeinde des Kantons.
Die FDP-Fraktion war schon gegen die Überweisung dieser Motion. Es erstaunt deshalb wohl niemanden, dass sie auch die Erheblicherklärung ablehnt und dem Antrag der Regierung folgt. Der Regierungsrat zeigt es in seiner Antwort klar auf: Die jetzige Beteiligung der Gemeinden am NFA bemisst sich am fixen Beitragssatz von 6 Prozent der jeweiligen Steuerkraft einer Gemeinde und ist somit begrenzt und kalkulierbar. Und bekanntermassen ist eine Beteiligung der Gemeinden am NFA schweizweit ein Unikat: In keinem anderen Kanton müssen sich die Gemeinden am NFA beteiligen. Und nach Ansicht der FDP kann man bei einer ZFA-Revision jederzeit über die Eliminierung dieses Unikats diskutieren. Zu einem von der effek-

tiven NFA-Belastung des Kantons abhängigen Modell sagt die FDP-Fraktion also Nein. Sie will keine weitergehende Durchmischung der Aufgaben. Zudem findet sie es obsolet, ein Teilthema zu diskutieren. Sie möchte heute lieber vom Finanzdirektor hören, wann ungefähr mit der ZFA-Vorlage zu rechnen ist.
Der Regierungsrat sagt in seiner Antwort auch, die ressourcenstarken Gemeinden, primär die Stadt Zug und Baar, würden mit der CVP-Kirschidee massiv mehr belastet. Wahrscheinlich aus diesem Grund hat sich schon fast die Hälfte der CVP-Fraktion aus dem Staub gemacht; auch die Regierung ist − trotz Anwesenheitspflicht − nur noch spärlich vertreten. Wie der Regierungsrat richtig schreibt, widerspricht ein Berechnungsmodell, wie es die CVP will, dem Sinn des ZFA, denn das Ressourenpotenzial der Gemeinden würde definitiv doppelt belastet. Nicht nur die Stadtzuger und Baarer in der FDP-Fraktion sagen Nein zu einer solchen Schnapsidee, auch die Fraktionsmitglieder aus Nehmergemeinden finden den Vorschlag unfair und nicht verantwortbar.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG-Fraktion. Der NFA ist ein wichtiges Vehikel für einen solidarischen Ausgleich in der Schweiz, auch wenn das aktuelle Berechnungsmodell nicht in allen Punkten ausgereift zu sein scheint. Und es stimmt: Im Kanton Zug schreiben die Gemeinden meist schwarze Zahlen, der Kanton in letzter Zeit hingegen rote. Anstatt nun beim Mittelstand, bei der Bildung oder bei den sozial schwächer gestellten Menschen zu sparen, kann ein verstärkter innerkantonaler Ausgleich, wie ihn die CVP-Motion fordert, tatsächlich verführerisch sein. Doch nicht der NFA-Beitrag ist der Hauptgrund des Defizits des Kantons, sondern das nicht ausgeschöpfte Potenzial bei den kantonalen Steuern.
Die Erklärungen und Begründungen der Regierung bei der Beantwortung dieser Motion sind für die ALG-Fraktion nachvollziehbar. Daher kommt sie wie die Regierung zum Schluss, dass die Idee der Motion nur dann weiter verfolgt werden soll, wenn die NFA- und ZFA-Zahlungen völlig neu gestaltet und berechnet würden. Denn die heutige Struktur von NFA- und ZFA Zahlungen funktioniert grundsätzlich. Würde die vorliegende Motion in der heutigen Struktur umgesetzt, hätte dies zur Folge, dass vor allem Zug und Baar massiv mehr belastet würden. Dies widerspricht aber dem innerkantonalen Finanzausgleich, ein Umstand, welcher in anderer Zusammensetzung wohl vor allem von bürgerlicher Seite aus der CVP massiv kritisiert würde.
Fazit: Eine solche Neugestaltung würde das bisherige ZFA-System völlig durcheinanderwirbeln. Aus Sicht der ALG besteht aus heutiger Sicht dazu kein Anlass. Die ALG folgt deshalb dem Antrag der Regierung.

**Daniel Stadlin** teilt mit, dass die GLP die Motion entschieden ablehnt. Es macht überhaupt keinen Sinn, die Gemeinden der finanziellen Unberechenbarkeit des NFA auszusetzen. Das strukturelle Problem des Kantons ist durch diesen selbst zu lösen. Es ist nicht Sache der Gemeinden, den kantonalen Finanzhaushalt zu sanieren. Der Vorstoss löst das strukturelle Finanzproblem des Kantons in keiner Weise und würde zudem die laufende Teilrevision der Zuger Aufgaben- und Finanzreform (ZFA) gefährden. Denn auch wenn die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich nicht im Gesetz über den direkten Finanzausgleich geregelt ist, ist er materiell ein Teil davon. Dass der Vorstoss dazu wie beim NFA das Ressourcenpotenzial als Berechnungsgrundlage vorsieht, würde vor allem die Gebergemeinden überaus stark belasten und ihre Finanzautonomie gefährden. Dies gilt insbesondere für die Stadt Zug. Diese bezahlt im laufenden Jahr 53 Millionen Franken oder etwa 83 Prozent der gesamten innerkantonalen Transferzahlungen. Die NFA-Beteiligung kostet sie weitere 16 Millionen Franken. Mit der Motion stiege dieser Betrag auf etwa 25 Millionen Franken. Das sind 56 Prozent

mehr als bisher. Die Stadt verfügt weder heute noch in unmittelbarer Zukunft über so hohe freie finanzielle Mittel. Eine solche zusätzliche Abschöpfung ihres Fiskalertrags würde sie selbst in ein strukturelles Defizit treiben. Den Wirtschaftsmotor des Kantons derart zu schwächen, ist weder im Interesse der Zuger Gemeinden noch des Kantons. Ganz im Gegenteil: Nur mit einer wirtschaftlich und fiskalisch starken Stadt Zug ist es möglich, das strukturelle Defizit des Kantons zu beseitigen. Dass ausgerechnet der Kanton Zug ein System kopieren soll, das die Zugerinnen und Zuger bei jeder sich bietenden Gelegenheit als ungerecht, masslos und zerstörerisch geisseln, entzieht sich jeglicher Vernunft. Am Unheil des NFA zu leiden und diesen gleichzeitig als Medizin zu empfehlen, ist jedenfalls eine schlechte Idee. Der Votant bittet deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Heini Schmid** erinnert daran, dass Philip C. Brunner dem Rat einmal vorgerechnet hat, dass die Stadt Zug 41 Prozent der kantonalen Ausgaben bestreite. Es ist also die Stadt, welche für den Kanton auch weitgehend den NFA bezahlt. Baar ist mit 19 Prozent beteiligt. 60 Prozent bezahlen also die zwei finanzstarken Gemeinden. Möglicherweise ist das aber zu hohe Mathematik. Jeder schaut ja nur auf seinen eigenen Haushalt. Dem Steuerzahler in der Stadt ist es aber eigentlich egal, ob er den Anteil am NFA über die Kantons- oder über die Gemeindesteuern bezahlt. Das hat Philip C. Brunner zwar schon mal realisiert, in Zusammenhang mit der vorliegenden Motion ist es aber scheinbar kein Thema mehr. Es geht aber nicht darum, dass die Stadt Zug oder Baar belastet werden sollen, vielmehr muss man den Zusammenhang sehen, dass sich das Steuersubstrat hauptsächlich in Zug und Baar befindet. Es wird also immer so sein, dass vor allem Zug und Baar bezahlen. Wichtig ist die Tatsache − und deshalb sind die Gemeinderäte so vehement gegen die Motion −, dass der Handlungsspielraum der Gemeinden kleiner wird. Denn der betreffende Kostenpunkt erscheint dann bei den Gemeinden, und auch für den NFA aufkommen zu müssen, beschneidet deren Handlungsspielraum. Für den Votanten darf es aber grundsätzlich nicht sein, dass der Kanton keinen Handlungsspielraum hat und die Gemeinden − das gilt zumindest für Baar − das Luxusproblem haben, zu viele Steuer einzunehmen. Es wird argumentiert, die Beteiligung der Gemeinden am NFA sei wesensfremd. Das wäre richtig, wenn die Stadt Zug nicht vom steigenden Ressourcenpotenzial profitieren würde. Ein grösseres Steuersubstrat führt beim gleichen Steuersatz zu Mehreinnahmen, welche die Stadt als selbstverständlich hinnimmt. Die Kosten, die daraus entstehen − nämlich die Beiträge an den Bund − soll aber bitte der Kanton bezahlen. Genau das ist der Konstruktionsfehler, den die CVP-Motion thematisieren will. Es ist nämlich nicht nur der Kanton, der vom steigenden Steuersubstrat profitiert, sondern etwa zur Hälfte auch die Gemeinden, insbesondere jene, die wirtschaftlich prosperieren und dank einer zunehmenden Zahl von juristischen Personen immer höhere Steuereinnahmen haben. Natürlich kann die Stadt Zug so tun, als ob sie das nichts angehe: Man lässt den Kanton die Rechnung bezahlen und profitiert selbst vom höheren Steuersubstrat. Das ist keine Solidarität! Und es ist für den Votanten inakzeptabel, dass der Vorschlag der CVP, man solle überlegen, alle, die vom steigenden Steuersubstrat profitieren, auch an den Kosten dafür zu beteiligen, als «Schnapsidee» bezeichnet wird. Es ist nämlich ein zentrales Problem, dass der Kanton zunehmend die Kosten für das steigende Steuersubstrat übernehmen muss und die Gemeinden davon nur profitieren. Die CVP hat in ihrer Motion keine konkreten Zahlen genannt, und sie hat nie gesagt, dass kein Zusammenhang mit dem ZFA bestehe. Wie die Stadt Zug auf bestimmte Zahlen kommt, ist dem Votanten deshalb unklar. Und es geht nicht an, der CVP zu unterstellen, sie sehe den Zusammenhang mit dem ZFA nicht. Der Votant kommt sich da wirklich komisch vor. Die CVP-Fraktion gibt dem Regierungsrat einen Steil-

pass, gewissermassen eine Flanke in den Elfmeterraum − und der Regierungsrat bringt es nicht fertig, den Ball ins Tor zu köpfeln. Das versteht der Votant nicht, und er ist froh, wenn der Finanzdirektor ihm das erklären kann.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass er die von Heini Schmid vorgebrachten Argumente in der Motion nicht findet. Vielmehr heisst es dort: «Der Regierungsrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden […]» − der Finanzdirektor nimmt Heini Schmid gerne dazu mit und erprobt mit ihm die Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Und dann wird im Rat berichtet, wie diese Zusammenarbeit gelaufen ist. Und er kann schon jetzt sagen, dass das sehr schwierig wird − was allerdings kein gutes Argument ist. Und weiter im Motionstexte: […] das NFA-Beteiligungsmodell zu anzupassen, dass für die Beteiligung der Gemeinden auch deren individuelle Entwicklung des Ressourcenpotenzials herangezogen wird.» Und darauf gestützt *kann* man rechnen. Zur Begründung der Motion schreibt die CVP: «Mit einer Anpassung des NFA-Beteiligungsmodells lässt sich das strukturelle Defizit des Kantons nachhaltiger beseitigen als mit einer zeitlich befristeten Steuererhöhung […].» Auf dieser Aussage basiert die Argumentation. Zum ZFA ist nichts gesagt. Der Finanzdirektor macht der CVP keinen Vorwurf, hält aber fest, dass die Motion dahingehend und besser hätte begründet werden müssen. An den Regierungsrat wurde nämlich nur herangetragen, er solle anstelle von «Finanzen 2019» und einer Steuererhöhung das NFA-Beteiligungsmodell ändern.
Die Argumente von Heini Schmid hört der Finanzdirektor in dieser Form heute zum ersten Mal, und es wäre gut gewesen, wenn man sie im Voraus zusammen angeschaut hätte. Er versucht trotzdem eine Antwort zu geben. Das Motionsbegehren sucht das Problem bei den Gemeinden, dies weil die Gemeinden in den letzten zwei, drei Jahren gute Abschlüsse verzeichnen konnten. Einige Jahre früher war das aber nicht der Fall, und man wäre kaum auf die Idee der Motion gekommen. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht ausgeführt, wie die lineare Beteiligung der Gemeinden zustande kam. Sie ist in der Tat systemwidrig − was aber ein schlechtes Argument ist, da der Kantonsrat ja auch Systemwidrigkeiten beschliessen kann. Die Beteiligung der Gemeinden war ein reiner Solidaritätsakt, und niemand kam auf die Idee, sie irgendwie progressiv festzulegen. Und man muss klar festhalten: Der NFA ist *keine* gemeindliche Angelegenheit. Und Beteiligung der Gemeinden hin oder her: Der Kanton hat auch heute noch eine Marge von 5 oder mehr Prozent: Wenn das Ressourcenpotenzial steigt, verdient der Kanton nach wie vor Geld. Der NFA ist also nicht einfach ein Übel. Er ist insofern ein Übel, als er ungerecht und unfair ist und die Disparitäten unter den Kantonen nicht richtig abdeckt. Und genau dort muss man ansetzen: Man muss das NFA-System, das krankt, anzupassen versuchen. Das wird mit dem NFA-Kompromiss vielleicht gelingen. Der Finanzdirektor kann darauf hinweisen, dass die Finanzkommission des Ständerats getagt und überraschenderweise mit 10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen den Kompromiss unterstützt hat. Wenn auch der Nationalrat zustimmt, bedeutet das für den Kanton Zug eine Entlastung um 60 Millionen Franken. Und soll dann erneut über die Mitbeteiligung der Gemeinden diskutiert werden? Der NFA verhält sich volatil, was zu unglaublichen Schwierigkeiten führt, die Partizipation der Gemeinden festzulegen. Der Vorschlag der CVP wirbelt das ganze System durcheinander. Der Finanzdirektor schliesst nicht grundsätzlich aus, dass sich die Gemeinden am NFA beteiligen, Systemwidrigkeit hin oder her. Man müsste dann aber komplett von vorne beginnen, wie es wahrscheinlich der Kanton Obwalden tun muss. Und dann ist es eine Riesenkiste. Der Motionstext fordert aber nicht einen kompletten Neubeginn, sondern stellt − so hat es die Regierung verstanden − einen Zusammenhang mit «Finanzen 2019» her. Aber wenn schon, müsste man − hier geht der Finanzdirektor

mit Heini Schmid einig − auf Feld eins zurückgehen und alles neu aufgleisen. Dann könnte man allenfalls optimieren und besser werden. Etwas auf die Schnelle zu tun, führt aber nur zu grossen Problemen.
Einige weitere Bemerkungen: Viele Zugerinnen und Zuger hätten genug vom Sparen, hat Thomas Meierhans gesagt. Aber Hand aufs Herz: Der Kanton Zug hat in den letzten vier, fünf Jahren versucht, seine Finanzen nach und nach in den Griff zu bekommen. Und wenn jemand sagt, er hätte sich dabei zu Tode gespart, ist das doch eher lächerlich. Man muss die Realitäten sehen: Der Kanton Zug bietet seinen Bewohnerinnen und Bewohnern nach wie vor hervorragende Dienstleistungen, eine ausgezeichnete Infrastruktur, beste Bildungs- und Weiterbildungs- sowie Naherholungsmöglichkeiten etc. Bezüglich ZFA-Revision hält der Finanzdirektor fest, dass es nicht am fehlenden Willen der Gemeinden oder des Kantons liegt, vielmehr handelt es sich um eine knallharte, schwierige Aufgabe. Das Paket ist nun verabschiedet, der Finanzdirektor wird es im November der Gemeindepräsidentenkonferenz erklären, und im Regierungsrat ist es auf November terminiert. Man ist bezüglich Zeit auf Kurs, inhaltlich aber wird es noch grosse Diskussionen geben. Und die Gemeinden haben halt in Gottes Namen eine etwas andere Auffassung von der Aufgabenteilung als der Kanton. Und wenn man nun noch eine NFA-Beteiligung in das Paket aufnehmen würde, käme man mit den Gemeinden kaum zu einem Resultat.
Natürlich ist der Finanzdirektor froh, dass die SP- und die ALG-Fraktion den Antrag des Regierungsrats unterstützen, auch wenn sich deren Argumentation komplett von derjenigen der Regierung unterscheidet. Mit der Frage um die Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials käme man bereits zur nächsten Fundamentaldiskussion, weshalb der Finanzdirektor heute nicht dazu Stellung nimmt.
Zusammengefasst bittet der Finanzdirektor darum, die Motion der CVP-Fraktion gemäss Antrag des Regierungsrats nicht erheblich zu erklären. Er kann sich aber vorstellen, über das Anliegen der CVP-Motion zu diskutieren, wenn die ZFA-Revision und der NFA-Kompromiss − wie auch immer − unter Dach und Fach sind, wenn STAF, die ehemalige Steuervorlage 17, national wie auch kantonal über die Bühne gegangen ist und wenn auch «Finanzen 2019» erledigt ist. Besser zu werden, ist nie verboten.

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat erklärt die Motion mit 46 zu 9 Stimmen nichterheblich.

Die weiteren Traktanden können wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr behandelt werden

## 1179 Nächste Sitzung

Donnerstag 8. November 2018 (Ganztagessitzung)

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

85. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 8. November 2018 (Vormittag)
Zeit: 8.30−12.30 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch,
bzw. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet, Menzingen

**Protokoll**
Claudia Locatelli und Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. September 2018
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben
4. Kommissionsbestellungen
5. Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht – Neustart: 2. Lesung
6. Teilrevision des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG), Änderung von § 46 GOG
7. Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR): Ablegen des Eids und des Gelöbnisses
8. Parlamentarische Vorstösse, die am 27. September und am 25. Oktober 2018 nicht behandelt werden konnten:

8.1. Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden
8.2. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung
8.3. Interpellation von Moritz Schmid betreffend Fuss- und Radweg zwischen Walchwil (Rufibach) und Arth (Hünenbergweg)

9. Parlamentarische Vorstösse, die am 25. Oktober 2018 nicht behandelt werden konnten:

9.1. Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug
9.2. Motion von Thomas Lötscher betreffend die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments
9.3. Motion der SVP-Fraktion betreffend Kündigung des Kulturlastenkonkordats als Beitrag zur Entlastung des Staatshaushalts des Kantons Zug
9.4. Motion der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Förderprogramm zur Senkung des Energieverbrauchs bei der Gebäudetechnik
9.5. Interpellation von Esther Haas betreffend den angeordneten Qualitätsabbau in den Fächern Sport, Musik, Bildnerisches und Angewandtes Gestalten an den kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen
9.6. Interpellation von Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend BYOD-Strategie durchdenken

9.7. Interpellation von Willi Vollenweider betreffend ausserordentliche Lagen: Wie stellen Kanton und Gemeinden im Kanton Zug den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen im Falle schweizweit erhöhter terroristischer Bedrohung und Aktionen über längere Zeit wirkungsvoll sicher?

## 1180 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 68 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Cornelia Stocker, Vroni Straub-Müller und Karen Umbach, alle Zug; Iris Hess-Brauer, Unterägeri; Adrian Andermatt, Baar; Fabian Freimann, Jean-Luc Mösch und Silvan Renggli, alle Cham; Remo Peduzzi und Thomas Villiger, beide Hünenberg; Daniel Stuber, Risch; Marcel Peter, Neuheim.

## 1181 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Fontana in Baar ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: CVP, SVP, FDP, ALG, SP.

Heute findet in Zug die Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK) statt. Der Gesundheitsdirektor wird am Morgen und die Direktorin des Innern am Nachmittag diese Konferenz präsidieren. Die Behandlung des Geschäfts des Gesundheitsdirektors (Traktandum 8.2, Interpellation Lustenberger, Vorlage 2826) wird deshalb auf die Nachmittagssitzung verschoben. Die Behandlung der Geschäfte der Direktorin des Innern (Traktandum 9.1, Motion Villiger/Nussbaumer/Aeschbacher, Vorlage 1714, und Traktandum 9.2, Motion Lötscher, Vorlage 2477) werden in der Vormittagssitzung behandelt.

Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel lässt sich voraussichtlich für die ganze Sitzung entschuldigen. Er nimmt an der Jahresversammlung der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren in La-Chaux-de-Fonds teil. Dort werden die Grundsätze für den Abschluss der Leistungsvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen betreffend Arbeitslosenkassen verabschiedet, wozu der Volkswirtschaftsdirektor spezifische Anträge im Interesse des Kantons Zug stellt. Wenn der Volkswirtschaftsdirektor nicht rechtzeitig am späteren Nachmittag noch eintrifft, wird das Traktandum 8.1 auf die Sitzung vom 29. November verschoben.

Anlässlich des Nationalen Zukunftstags findet das Spezialprojekt für Mädchen «Ein Tag als Chefin» statt. Die Direktion des Innern beteiligt sich an diesem Projekt, darum wird die Frau Landammann heute Morgen während der Kantonsratssitzung von sechs Mädchen begleitet. Die Mädchen werden auch am Mittagessen teilnehmen. Der Vorsitzende heisst die jungen Damen herzlich willkommen.

Gestern Abend ist Kantonsrat Urs Raschle Vater eines Sohnes mit Namen Fabian geworden. Der Vorsitzende gratuliert namens des Rats herzlich. *(Der Rat applaudiert.)*

Betreffend Arbeitsinfrastruktur ist der Rat ab sofort einen wesentlichen Schritt weiter auf dem Weg zur Digitalisierung: Im Kantonsratssaal stehen in jeder Ecke sechzehn Stromanschlüsse zum Aufladen der mobilen Geräte zur Verfügung. Der Vorsitzende dankt der Staatskanzlei dafür.

Den Sitz des Landschreibers nimmt während der ganzen Vormittagssitzung die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

TRAKTANDUM 1

**1182 Genehmigung der Traktandenliste**

Der **Vorsitzende** hat bereits erläutert, dass es wegen der Abwesenheit von Regierungsratsmitgliedern Umstellungen in der Traktandenliste gibt. Es liegen keine weiteren Änderungsanträge zur Traktandenliste vor.

**Andreas Hausheer** erkundigt sich, ob es zu Abtraktandierungen und nur zu Verschiebungen von Traktanden kommt.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es nur zu Verschiebungen innerhalb der Traktandenliste kommen wird.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Traktandenliste mit den erwähnten Änderungen.

TRAKTANDUM 2

**1183 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. September 2018**

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 27. September 2018 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

**1184** Traktandum 3.1: **Petition «Ja zum Campingplatz Zugersee» betreffend das Camping Brüggli**
Vorlage: 2902.1 - 00000 (Petitionstext).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass am 30. Oktober 2018 bei der Staatskanzlei die Petition «Ja zum Campingplatz Zugersee» betreffend das Camping Brüggli einging. Die Staatskanzlei hat den Eingang bestätigt. Das Petitionsbegehren lautet: «Der Richtplan Lorzenebene ist so zu gestalten, dass der Campingplatz Zugersee beim Brüggli am See in der heutigen Form erhalten bleibt. Die Passage ‹Der Campingplatz in seiner heutigen Form (fixe Stellplätze) ist bis spätestens 2022 aufzuheben› ist aus dem kantonalen Richtplan (L11.3.1 Bst. b.) zu streichen.» Zuständig ist der Kantonsrat. Es gibt keine kantonsrätliche Kommission, bei der zurzeit ein Beratungsgegenstand bearbeitet wird, der unmittelbar mit den in der Petition thematisierten

Fragen zusammenhängt. Daher liegt ein Fall einer Petition im Sinne von § 19 Abs. 3 Ziff. 2 und § 54 GO KR vor, den die Justizprüfungskommission vorberät und zu dem sie dem Rat Bericht und Antrag unterbreitet. Gestützt auf § 54 Abs. 1 Satz 2 GO KR wird die Justizprüfungskommission den Regierungsrat zum Mitbericht einladen. Die Staatskanzlei wird dies Petentinnen und den Petenten mitteilen.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellung:**

**1185** Traktandum 4.1: **Ad-hoc-Kommission betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB); Stiftungsaufsicht**
Vorlage: 2903.1 - 15891 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2903.2 - 15892 (Antrag des Regierungsrats).

Anstelle von Alice Landtwing soll für die FDP-Fraktion neu Cornelia Stocker in diese Kommission gewählt werden.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

TRAKTANDUM 5

**1186** **Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Teil 1: Umsetzung von Bundesrecht – Neustart: 2. Lesung**
Vorlagen: 2874.4 - 15864 (Ergebnis 1. Lesung); 2874.5 - 15889 (Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass ein Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats auf die zweite Lesung eingegangen ist.

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, teilt mit, dass die vorberatende Kommission keine spezielle Sitzung für dieses Geschäft einberufen hat. In der Beratung der Kommission war § 52b Abs. 5 PBG unbestritten. Die Kommission sprach sich für ein gesetzliches Pfandrecht und die Verzinsung aus. Die Ausführungen der Baudirektion sind überzeugend und zeigen auf, dass der Mehrwert, der geschaffen wird, dem Staat zukommen soll. Voraus geht die Mehrwerterhöhung, und an dieser sollte sich der Staat auch gesichert beteiligen können. Gleichzeitig ist die Verzinsung geregelt. Wie aus den Fraktionen zu hören war, ist diese Änderung aufgrund der Ausführungen unbestritten. Der Kommissionspräsident macht deshalb beliebt, dem Änderungsantrag der Regierung zu § 52b Abs. 5 PBG zuzustimmen. Auch die CVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag.
Der Kommissionspräsident geht davon aus, dass es für dieses Jahr das letzte Votum ist, das er in dieser Funktion hält. Er dankt seiner Kommission ganz herzlich. Es war ihm eine Ehre, dieser vorstehen zu dürfen. Er hofft, dass es heute zu einem guten Ende kommt und die Kommission gute Arbeit geleistet hat. Ein Beispiel dafür ist auch, dass man aufeinander zugehen kann, auch wenn sehr unterschiedliche Ausgangslagen vorhanden sind. Man hat versucht, einen gemeinsamen Weg zu finden, der hoffentlich auch zu einem guten Ergebnis geführt hat. Der Kommissionspräsident dankt auch dem Rat für das Verständnis und die Kompromissbereitschaft. Er ist froh, dass er hier im Parlament ist und nicht in den USA.

**René Kryenbühl,** Sprecher der SVP-Fraktion, hält fest, dass anlässlich der ersten Lesung § 52b Abs. 5 mit 38 zu 23 Stimmen gestrichen wurde. Der Baudirektion wurde ein Abklärungsauftrag erteilt, ob ein allfälliges Festhalten an diesem Paragrafen bundesrechtskonform sei. Der Baudirektion gebührt ein Dank für die sehr schnelle Beantwortung. Die Antwort ist voll und ganz zugunsten der Regierung und der vorberatenden Kommission ausgefallen. An der Fraktionssitzung ist die Streichung bzw. die Aufhebung der Streichung von § 52b Abs. 5 beraten worden. Eine Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt den Rückkommensantrag bzw. folgt dem Antrag der Regierung sowie der vorberatenden Kommission.

**Hanni Schriber-Neiger** teilt mit, dass die ALG-Fraktion den Antrag der Regierung zur zweiten Lesung unterstützt. Der Rat hat heute die Vorlage Neustart zum PGB zur Schlussabstimmung auf dem Tisch, die das Bundesrecht zum Thema Mehrwertabgabe umsetzen muss. Es soll eine Kompromissvorlage sein, die von der Regierung neu aufgegleist wurde, nachdem der Rat im Januar 2018 ein verwässertes PGB zu Recht abgelehnt hat. Ist diese Vorlage nun besser? Für die ALG keineswegs! Das PBG Neustart macht keine Vorgabe zu einer Verdichtung, obwohl das Raumplanungsgesetz eine Aussage dazu fordert. Man setzt auf das Prinzip Hoffnung, dass Bauherrschaften freiwillig qualitätsvoll verdichten würden. Und bei den Bebauungsplänen ist die Ausnützungsziffer bzw. die Baumassenziffer zu hoch angesetzt. Verschiedene Anträge zur ersten Lesung, die in eine akzeptable Richtung gingen, fanden keine Mehrheit. Man ist also weit weg von einem Kompromiss. Die Zielsetzungen einer guten Siedlungsentwicklung nach innen können nur durch zweckmässige Um- und Aufzonungen realisiert werden. Damit werden teilweise erhebliche Mehrwerte für die Bauherrschaften geschaffen. Eine Mehrwertabschöpfung im Sinne des Verursacherprinzips ist gerechtfertigt. Doch der vorgeschlagene Prozentsatz entspricht nur der minimalen Vorgabe des Bundes und bietet kein einziges Prozent mehr für die Allgemeinheit. Das ist viel zu bescheiden, haben doch Kanton und Gemeinden zum Teil erhebliche Mehrkosten durch das rasche Wachstum in der Region zu tragen. Die Teilrevision des PGB Neustart ist wenig zukunftsweisend, völlig unbefriedigend und hat wenig Fleisch am Knochen. Die ALG wird die Vorlage in der Schlussabstimmung grossmehrheitlich ablehnen und stellt den **Antrag** auf das Behördenreferendum.

**Barbara Gysel** gibt bekannt, dass die SP-Fraktion dem Antrag der Regierung zustimmt. Was die Beurteilung der Gesamtvorlage betrifft, kennt der Rat die Haltung der Fraktion. Die SP war bei Teil eins aus Überzeugung dagegen, weil die Balance zwischen den Interessen privater Investoren und der öffentlichen Hand ganz und gar nicht stimmte. Nun liegt zwar ein «Neustart» vor, aber auch dieser erfüllt die Anliegen der SP-Fraktion in weiten Teilen nicht. Nicht aus Überzeugung, sondern aus pragmatischen Gründen ist die SP aber bereit, das Projekt vorerst zum Abschluss zu bringen, und wird der Vorlage deshalb wahrscheinlich grossmehrheitlich zustimmen. Die Votantin dankt dem Kommissionspräsidenten, der es in der Regel wunderbar geschafft hat, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen.

**Manuel Brandenberg,** Einzelsprecher, dankt der Regierung für den Abklärungsauftrag. Der Rat weiss also nun, dass § 52b Abs. 5 mit diesem privilegierten gesetzlichen Pfandrecht für die Mehrwertabgabe des Staates bundesrechtskomform ist. Ebenso weiss man, dass auch die Streichung, wie sie der Rat in der ersten Lesung grossmehrheitlich beschlossen hat, bundesrechtskonform wäre.
Der Votant hat Mühe mit dem Gesetz, wie es nun für die Schlussabstimmung vorliegt. Man geht weit über das hinaus, was das Bundesrecht vorschreibt. Vorge-

schrieben wird eine Mehrwertabgabe von 20 Prozent bei Neueinzonungen vor. Beinahe alles andere ist fakultativ. Der Rat hat nun in der ersten Lesung beschlossen, dass die Gemeinden in ihren Erlassen bei Aufzonungen und weiteren Planungsmehrwerten eine weitere Mehrwertabgabe vorsehen können. Das heisst, die Eigentümer werden stärker belastet, als es das Bundesrecht vorschreibt. Bei grossen Projekten kann das sehr ins Geld gehen. Der Votant wollte das nochmals zu Protokoll geben. Er wird sich auch vorbehalten, so zu stimmen, wie er spricht.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die gute Aufnahme des Abklärungsberichts und die Zustimmung zur Vorlage der Regierung. Besten Dank auch für die gute Kommissionsarbeit, insbesondere dem Kommissionspräsidenten. Es waren spannende Tage und Stunden. Einige Sprecher haben es gesagt: Man hat um Kompromisse gerungen. Jeder musste einen Schritt tun, um heute kurz vor der Schlussabstimmung sagen zu können: Es ist ein Kompromiss, der für die Gemeinden stimmt und von der Bevölkerung sicher auch verstanden wird. Ebenso ist es ein Kompromiss, dank dem die Planungsarbeiten in den Gemeinden in den nächsten Jahren vorangetrieben werden können. Der Rat hat in den letzten Monaten entscheidende Richtlinien und Planungsvorgaben für die Ortsplanungsrevisionen der Gemeinden festgelegt. Die Grundzüge der räumlichen Entwicklung sowie das PBG 1 und 2 sind wesentliche Voraussetzungen, damit ab 1. Mai 2019 die Stadt und die Gemeinden die Ortsplanungsrevisionen vornehmen können.
Zum Thema Behördenreferendum oder Referendum generell: Wenn einem Referendum zugestimmt würde und wieder kein Gesetz da ist, muss man sich fragen, was in der Kommission und im Rat wieder neu diskutiert werden soll. Weiss man, wenn die Abstimmungsresultate vorliegen, warum das Gesetz abgelehnt wurde? Ist der Grund, dass es zu weit oder zu wenig weit geht? Man wäre wieder vor der genau gleichen Situation, müsste die Arbeit nochmals von Anfang an neu starten und auf eine mehrheitsfähige Kompromisslösung hinarbeiten. Nach der intensiven Arbeit, die in den letzten Monaten und Jahren geleistet wurde, liegt nun ein sehr guter Kompromiss vor. Der Baudirektor bittet den Rat, der Vorlage zuzustimmen und das Behördenreferendum abzulehnen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats stillschweigend zu.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 39 zu 23 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Behördenreferendum die Zustimmung von mindestens einem Drittel aller 80 Ratsmitglieder benötigt, somit von mindestens 27 Mitgliedern.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat spricht sich mit 27 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen für das Behördenreferendum aus.

Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**1187 Teilrevision des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG), Änderung von § 46 GOG**

Vorlagen: 2789.1 - 15580 (Bericht und Antrag des Obergerichts); 2789.2 - 15581 (Antrag des Obergerichts); 2789.3 - 15872 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** begrüsst den Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich.

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission (JPK), hält fest, dass das Anliegen der Motionäre nach mehr Unabhängigkeit der amtlichen Verteidigerinnen und Verteidiger vom Rat wie auch vom Obergericht als berechtigtes Anliegen aufgenommen worden ist. Mit dem aktuell geltenden Recht können die fallführenden Staatsanwältinnen und -anwälte die amtlichen Verteidiger selbst auswählen. Sie wählen also im Strafverfahren ihre eigenen Gegner aus, was selbstverständlich den Eindruck erwecken kann, dass sie zuerst die ihnen genehmen Anwältinnen und Anwälte anfragen bzw. aufbieten. Diese Situation kann einen fahlen Beigeschmack hinterlassen und beeinträchtigt die Unabhängigkeit der amtlichen Verteidiger. Deshalb soll mit dieser Vorlage die Unabhängigkeit der amtlichen Verteidigerinnen und Verteidiger gestärkt werden. Das Obergericht beantragt die Änderung von § 46 GOG. Neu soll im Absatz 8 geregelt sein, dass die amtlichen Verteidiger durch den leitenden oder die leitende Oberstaatsanwältin bestellt werden. Ausnahmen sind nur in dringenden Fällen vorgesehen. So soll z. B. am Wochenende bei Haftfällen nach wie vor der fallführende Staatsanwalt oder die Staatsanwältin den amtlichen Verteidiger bestellen können, schlicht und einfach deshalb, weil er dies gemäss Schweizerischer Strafprozessordnung tun muss. Neu muss er aber seine Auswahl später durch den Oberstaatsanwalt oder die Oberstaatsanwältin genehmigen lassen. Diese vom Obergericht erarbeitete Lösung ist vereinbar mit der nationalen StPO und wird auch im Kanton Zürich bereits erfolgreich angewendet. Diese Lösung ist auch vereinbar mit einer allenfalls in den nächsten Jahren in Kraft tretenden Überarbeitung der Schweizerischen Strafprozessordnung und kann deshalb unabhängig von dieser Überarbeitung umgesetzt werden. Die Vorlage hat keine finanziellen Auswirkungen zulasten des Kantons Zug. Deshalb empfiehlt die JPK mit 10 zu 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten, ihr zuzustimmen und die Motion Helbling, Gössi, Hürlimann, Lötscher und Wyss abzuschreiben. Ebenso unterstützt die SVP-Fraktion die Vorlage einstimmig.

**Kurt Balmer** teilt mit, dass CVP-Fraktion einstimmig auf die Vorlage eintreten und ihr mit den vorliegenden Details zustimmen wird. Der Votant gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist als Rechtsanwalt auf der entsprechenden Liste der Staatsanwaltschaft, hat allerdings noch nie ein Mandat erhalten. Zudem wird er ab 2019 in Zug tätig sein.
Der JPK-Präsident hat korrekt erklärt, was die Probleme sind und weshalb es nötig ist, das GOG zu ändern. Bereits vor über drei Jahren hat der Rat eine Motion der Hauptinitiantin Karin Andenmatten klar erheblich erklärt. Es ist unbefriedigend, dass auch die JPK relativ viel Zeit für die Bearbeitung und den Bericht benötigte. Auf Bundesebene sind ähnliche Bestrebung im Gange: Es ist aber unklar, ob überhaupt, wann und wie ein ähnliches Anliegen umgesetzt wird. Gestützt auf die erheblich erklärte Motion ist auch die CVP der Meinung, dass im Kanton Zug vorwärtsgemacht werden soll. Die vorgeschlagene Änderung ist im Prinzip eine an-

gepasste zürcherische Lösung, adaptiert auf Zug und ohne finanzielle Konsequenzen. Die konkrete Regelung enthält nur einen Satz. Es braucht nicht mehr und soll der Praxis, der Rechtsprechung und gegebenenfalls den Spezialisten überlassen werden, ob eine nachträgliche Genehmigung ex tunc oder ex nunc wirkt.

**Alice Landtwing** spricht für die FDP-Faktion. Mit der Motion vom 17. April 2014 haben die Motionäre das Obergericht aufgefordert, dem Rat eine Ergänzung des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege vorzulegen, welche die Unabhängigkeit von amtlichen Verteidigerinnen und Verteidigern im Strafverfahren garantiert. Insbesondere wollten sie § 46 GOG so verändern, dass künftig verhindert wird, dass die Fälle durch die fallführenden Staatsanwälte vergeben werden. Die Motionäre führten aus, mit der Wahl der amtlichen Verteidigung werde den Beschuldigten nicht nur eine Verteidigung zugewiesen, sondern der Staatsanwalt lese damit gleichzeitig seine künftigen «Gegner» aus. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und ist der Meinung, dass mit der vorgeschlagenen Änderung von § 46 Abs. 8 GOG dem Anliegen im weiteren Sinne der Motionäre Genüge getan ist. Auch stimmt sie zu, die Motion als erledigt abzuschreiben

**Esther Haas** teilt mit, dass die ALG die Teilrevision des Gesetzes befürwortet. Wenn eine amtliche Verteidigerin oder ein Verteidiger bestellt wird, ist es nur logisch, dass diese Person nicht von der fallführenden Staatsanwaltschaft zugewiesen wird. Die Gründe dafür sind im Bericht und Antrag der Regierung ausführlich beschrieben und auch von den Vorrednerinnen und -redern ausgeführt. worden. Letztlich geht es darum, dass die Verfahren fair und effizient durchgeführt werden. Der Änderung, dass künftig der Oberstaatsanwalt bzw. die Oberstaatsanwältin die Pflichtverteidigung einsetzt, stimmt die ALG vorbehaltlos zu.

Obergerichtspräsident **Felix Ulrich** hält fest, dass nach Art. 133 der seit 1. Januar 2011 geltenden Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) die im jeweiligen Verfahrensstadium zuständige Verfahrensleitung die amtliche Verteidigung zu bestellen hat. Dabei sind die Wünsche der beschuldigten Person zu berücksichtigen. Im Stadium der Strafuntersuchung liegt die Verfahrensleitung bei der Staatsanwältin/beim Staatsanwalt. In der Botschaft des Bundesrats zur StPO wurde festgehalten, dass die jeweilige Verfahrensleitung zuständig sei, also im Vorverfahren die Staatsanwaltschaft.
Am 29. Januar 2015 wurde die Motion «betreffend Unabhängigkeit von amtlichen VerteidigerInnen» erheblich erklärt. Dabei ging es den Motionären insbesondere darum, künftig zu verhindern, dass die amtlichen Verteidigerinnen und Verteidiger von den fallführenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälten bestellt werden. Also krass ausgedrückt ging es darum, das zu verhindern, was das geltende Bundesrecht vorschreibt. Wie die erweiterte JPK in ihrem Bericht ausführt, stand das Obergericht deshalb bei der Umsetzung der Motion vor einem Dilemma. Den dogmatischen Ausweg aus dem Dilemma zwischen dem Anliegen der Motion und dem geltenden Bundesrecht – diesem Ei des Kolumbus – hat die Staatsanwaltschaft gefunden. Der Ausweg führt über das Weisungsrecht. Der Obergerichtspräsident dankt der Leitung der Staatsanwaltschaft für ihr kreatives Mitdenken!
Mit der vorgeschlagenen Änderung des GOG soll ein Instrumentarium geschaffen werden, mit dem bei der Einsetzung amtlicher Verteidigungen die Unabhängigkeit gegenüber dem fallführenden Staatsanwalt gewährleistet wird. Neu soll im Vorverfahren die Leitung der Staatsanwaltschaft die Person der amtlichen Verteidigung bestellen bzw. in dringenden Fällen deren Bestellung durch die Fallführenden genehmigen. Das ist, wie die erweiterte JPK festhält, die mildestmögliche Variante.

Die Schaffung einer anderen Ernennungsstelle für amtliche Verteidigungen wäre aber mit dem Bundesrecht kaum vereinbar, würde überdies das Verfahren verkomplizieren und wäre schliesslich auch mit zusätzlichen Kosten verbunden. Die erweiterte JPK weist in ihrem Bericht und Antrag darauf hin, dass auf Bundesebene an einer Teilrevision der StPO gearbeitet wird, die u. a. auch das Anliegen der Motion aufnimmt. Dabei soll Art. 133 StPO so geändert werden, dass die Auswahl der amtlichen Verteidigung generell durch eine Stelle erfolgen soll, die von der im jeweiligen Verfahrensstadium zuständigen Verfahrensleitung unabhängig ist.
Der Obergerichtspräsident hat vor gut einer Woche noch mit Herrn Peter Goldschmid vom Bundesamt für Justiz gesprochen und sich nach dem Stand der Dinge erkundigt. Er erklärte, man sei derzeit an der Auswertung der Vernehmlassungen und an der Überarbeitung des Entwurfs. Ob die Teilrevision der StPO auf Bundesebene umgesetzt und wann diese allenfalls in Kraft gesetzt wird, ist offen. Wie bereits vorhin gesagt wurde, ist die Änderung von § 46 GOG deshalb unabhängig davon umzusetzen, wenn man das Anliegen der Motion ernst nehmen will. Und dieser Wille wurde ja vor einiger Zeit im Rat bekundet.
Die erweiterte JPK hat die Frage aufgeworfen, welche Rechtsfolge eine Nichtgenehmigung durch die Leitung der Staatsanwaltschaft haben könnte, wenn die amtliche Verteidigung in einem dringenden Fall – provisorisch – von einem Fallführenden bestellt wurde. Die erweitere JPK führt in ihrem Bericht aus, nach Meinung des Obergerichtspräsidenten sei die Genehmigung konstitutiv zu verstehen und Untersuchungshandlungen, die vor der Nichtgenehmigung vorgenommen würden, wären demnach nicht verwertbar. So absolut möchte der Obergerichtspräsident seine Meinungsäusserung an der Kommissionssitzung aber nicht verstanden wissen. Entscheidend dürfte letztlich sein, aus welchen Gründen die Leitung der Staatsanwaltschaft die provisorische Bestellung einer amtlichen Verteidigung nicht genehmigt bzw. ob die Verteidigungsrechte des Beschuldigten gewahrt wurden. Die Rechtsfolgen einer Nichtgenehmigung müssen also je nach konkretem Einzelfall der Rechtsprechung überlassen bleiben.
Abschliessend stellt der Obergerichtspräsident namens des Obergerichts den Antrag, auf die Vorlage einzutreten, ihr zuzustimmen und die erheblich erklärte Motion von Karin Helbling, Alois Gössi, Andreas Hürlimann, Thomas Lötscher und Thomas Wyss betreffend «Unabhängigkeit von amtlichen VerteidigerInnen» vom 17. April 2014 als erledigt abzuschreiben.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

**Titel und Ingress**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

**Teil I**

*§ 46 Abs. 1 bis 7*
*§ 46 Abs. 8*

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den jeweiligen Antrag.

**Teile II (Fremdänderungen) und III (Fremdaufhebungen)**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es keine Fremdänderungen und keine Fremdaufhebungen gibt.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

**Teil IV (Referendumsklausel und Inkrafttreten)**

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den vorliegenden Antrag.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Für das nächste Traktandum übergibt der Kantonsratspräsident den Vorsitz an Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet.

TRAKTANDUM 7

**1188 Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR): Ablegen des Eids und des Gelöbnisses**

Vorlagen: 2907.1 - 15897 (Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrats); 2907.2 - 15898 (Antrag des Büros des Kantonsrats).

EINTRETENSDEBATTE

**Anastas Odermatt** begrüsst es namens der ALG-Fraktion, dass mit dieser kleinen, unkomplizierten Anpassung im Kanton Zug ein weiterer Schritt zur Einhaltung und Umsetzung des «Behindertengesetzes» und des UNO-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gemacht wird. Das Beispiel zeigt, dass Barrieren, die Menschen mit Beeinträchtigungen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben erschweren oder verunmöglichen, im konkreten Fall sehr einfach ausgeräumt werden können. Die ALG dankt für das schnelle und unkomplizierte Vorgehen.

**Daniel Thomas Burch,** Vertreter des Büros des Kantonsrats, hält fest, dass es Fälle gibt, in denen der Eid oder das Gelöbnis aus besonderen Gründen nicht exakt in der Form gemäss § 6 Abs. 3 GO KR abgelegt werden kann. So ist es möglich, dass namentlich aus gesundheitlichen Gründen die Worte «Ich schwöre es» oder «Ich gelobe es» nicht stehend abgelegt werden können. Weiter sind auch Fälle denkbar, in denen besagte Worte nicht gesprochen werden können. Überdies gibt es Umstände, unter denen im Falle des Eids die Worte «Ich schwöre es» nicht mit erhobenen Schwurfingern abgegeben werden können. Deshalb ist es nötig, in der GO KR eine ergänzende Bestimmung aufzunehmen, die diesen Umständen Rechnung tragen kann. Die Norm wurde bewusst offen formuliert, sodass die Ablegung des Eids oder des Gelöbnisses auf den Einzelfall ausgerichtet in geeigneter Form erfolgen kann. Die Formulierung «Aus besonderen Gründen kann der Eid oder das Gelöbnis in anderer Form abgelegt werden» trägt diesem Anliegen in bestmöglicher Weise Rechnung. Als «andere Form» kommt beispielsweise infrage, dass der Eid

oder das Gelöbnis sitzend abgegeben werden oder der Eid ohne erhobene Schwurfinger erfolgen kann.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass dieser Kantonsratsbeschluss nicht allgemeinverbindlich ist. Es gibt deshalb nur eine einzige Lesung.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu den einzelnen Teilen und Bestimmungen der Vorlage.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat stimmt der Vorlage mit 59 zu 0 Stimmen zu.

An dieser Stelle übernimmt der Kantonsratspräsident wieder den Vorsitz.

TRAKTANDUM 8
**Parlamentarische Vorstösse, die am 27. September und am 25. Oktober 2018 nicht behandelt werden konnten**

Das Traktandum wird erst später in der Sitzung behandelt (siehe dazu Ziff. 1181 sowie Ziff. 1191 und 1195).

TRAKTANDUM 9
**Parlamentarische Vorstösse, die am 25. Oktober 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1189** Traktandum 9.1: **Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug**
Vorlagen: 1714.1/1a - 12821 (Motionstext); 1714.2 - 13825 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1714.3 - 14296 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 1714.4 - 15868 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Karl Nussbaumer** hält als Vertreter der Motionäre fest, dass es dazu nicht viel zu sagen gibt, denn es handelt sich um Bundesrecht, das neu übernommen wird. Es besteht damit kein Handlungsspielraum mehr. Man kann nur hoffen, dass das Bundesrecht nun so übernommen wird und damit die deutsche Sprache stärker gefördert wird. Die Motionäre sind mit dem Antrag des Regierungsrats, die Motion als erledigt abzuschreiben, einverstanden.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats.

**1190** Traktandum 9.2: **Motion von Thomas Lötscher betreffend die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments**
Vorlagen: 2477.1 - 14872 (Motionstext); 2477.2 - 15106 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2477.3 - 15869 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Laura Dittli** teilt mit, dass die CVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats zur Kenntnis nimmt und ihm zustimmen wird. Ein wenig erstaunt ist die CVP dennoch, hätte der Regierungsrat doch schon an der Sitzung im Juni 2016 bei der Teilerheblicherklärung wissen sollen, dass die finanzielle Unterstützung eines Jugendparlaments bereits bei der aktuellen Gesetzeslage möglich ist. Mit anderen Worten: Es handelt sich vorliegend um eine Zusatzschlaufe.
Zum materiellen Teil der Vorlage: Es ist nach wie vor sehr wichtig, dass die politische Meinungsbildung ein Teil der Jugendförderung ist und bleibt. Entscheidend für den Erfolg eines Jugendparlaments ist vor allem, dass es von den Jugendlichen selbst gewünscht und initiiert wird. Den Jugendlichen sollen dabei aber keine finanziellen Hürden in den Weg gestellt werden. Es ist daher sehr zu begrüssen, dass die finanzielle Unterstützung eines privaten Vorhabens eines Jugendparlaments bereits unter geltendem Recht vom Kanton unterstützt wird. Die CVP-Fraktion nimmt den Regierungsrat gerne beim Wort, sollten dahingehende Anliegen von politisch interessierten Jugendlichen an die CVP getragen werden. Dem Dachverband der Schweizer Jugendparlamente gehören momentan mehr als 50 Jugendparlamente an. Das Interesse der Jugendlichen ist also vorhanden. Das freut die Votantin sehr und stimmt sie zuversichtlich.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG. Die Motion kann abgeschrieben werden, denn mit der Teilerheblicherklärung, wie sie der Rat beschlossen hat, ist keine Gesetzesänderung notwendig. Was aber klar gesagt werden muss: Die Förderung der Politpartizipation von Jugendlichen kann sich der Kanton – sowohl seitens Regierung als auch seitens Kantonsrat – nicht auf die Fahne schreiben. Der Votant hat schon während der inhaltlichen Debatte zu dieser Motion gesagt: Auftrag nicht erfüllt. Zwar hat die Regierung damals aufgezeigt, was alles möglich wäre, und es wurde auch immer wieder betont, wie wichtig die Partizipation sei. Taten folgten aber keine. Aus Sicht der Regierung reicht der jährlich stattfindende Jugendpolittag aus bzw. man könnte ihn vielleicht stärken, und dann wäre es gut. Es stimmt, dass der Jugendpolittag gestärkt und weiterentwickelt werden könnte. Leider hat es der Kanton aber verpasst, entsprechende Fördermittel beim BSV abzuholen – Chance vergeben.
Ein Jugendparlament braucht Jugendliche, die das wollen. Diese findet man nicht auf der Strasse, und der Tatendrang scheint nicht gegeben zu sein. Ein Jugendparlament muss von Jugendlichen organisiert werden, und das Bedürfnis muss ausgewiesen sein. Das Problem ist aber: Wenn das Interesse einmal da ist, braucht der Kanton mehrere Jahre, bis allfällige Strukturen vorhanden sind, um das Jugendparlament in den politischen Prozess einzubinden. Jugendliche, die interessiert wären, werden so durch lange Prozesse und Parteipolitik abgeschreckt. Jugendpartizipation heisst auch, Macht abzugeben, sonst handelt es sich um Pseudopartizipation, und diese wirkt eher negativ denn positiv. Sowohl die Regierung als auch das Parlament waren nicht bereit, den Jugendlichen entsprechende Freiräume zu geben. Ergo wird diese Motion nun richtigerweise abgeschrieben. Aber: Das Interesse der Jugendlichen bleibt und wird – der Votant hat diesbezüglich volles Vertrauen in die Jugend – auch wieder steigen. Viele werden sich aber nicht parteipolitisch engagieren, sondern zivilgesellschaftlich. Die Ratsmitglieder sägen heute mit der Abschreibung der Motion am Ast, auf dem sie sitzen.

**Rupan Sivaganesan,** Sprecher der SP-Fraktion, ist grundsätzlich mit Anastas Odermatt einverstanden. In einem Punkt jedoch nicht: Die Motion soll nicht abgeschrieben werden. Im Kanton hat gerade ein intensiver Wahlkampf stattgefunden. Die Parteien und die Kandidierenden waren auf der Strasse, haben plakatiert, «geflyert», und viele waren auch auf den Social Media präsent: auf Facebook, mit Youtube-Videos, auf Instagram. Sogar mit einem Velo mit Anhänger wurde der Wahlkampf betrieben. Alle haben versucht, die Zugerinnen und Zuger zu motivieren, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen. Leider hat aber wieder mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an den Wahlen teilgenommen. Die Stimmbeteiligung bei der Regierungsratswahl lag bei rund 43 Prozent; in Risch waren es sogar nur 33 Prozent. Diese Wahlabstinenz ist kein neues Phänomen. Unter jungen Personen ist sie besonders gross. Dass vor allem Junge nicht wählen gehen, weil ihr Interesse nicht geweckt wird, beschäftigt alle. Deshalb hatte FDP-Kantonsrat Thomas Lötscher 2015 einen überparteilichen Vorstoss eingereicht, der teilerheblich erklärt wurde. Die Begründung des Vorstosses war: «Ein kantonales Jugendparlament ist eine effektive und kostengünstige Einrichtung, um die politische Partizipation der Jugendlichen im Kanton Zug zu verbessern und Jugendliche für Politik zu begeistern.» Gleichzeitig schrieb der Regierungsrat in seinem Bericht 2016: «Der Regierungsrat appelliert an alle Kräfte – von den Politikerinnen und Politikern bis hin zu den Schulen – nach Möglichkeit zusammenzuwirken und ihren Beitrag zu leisten, um dem Ziel der Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gemeinsam näher zu kommen.» Trotzdem will die Regierung den Vorstoss jetzt abschreiben. Ausser zwei dünnen Berichten, nämlich der Motionsbeantwortung und jetzt dem Bericht zur Abschreibung, sind keine Massnahmen der Regierung in den letzten drei Jahren erfolgt. Die Regierung erachtet es offenbar als genügend, zu «appellieren», dass andere tätig werden sollen.
Es gab diesen Sommer und Herbst einige Versuche, junge Menschen für die Politik zu interessieren. Und es ist auch erfreulich, dass in Zug, Baar und Cham junge Menschen neu gewählt wurden. Das war aber zum Teil mit riesigen Anstrengungen der Kandidierenden und Parteien verbunden. Und: Es ändert nichts am grundsätzlichen Malaise, dass junge Menschen und ihre Anliegen in der Politik untervertreten sind. Gerade im heutigen polarisierten Europa ist zu spüren: Demokratische Institutionen müssen gepflegt werden! Deshalb sollte man jedes Interesse haben, dass junge Menschen partizipieren. Das politische System muss mit diversen Massnahmen nachhaltig gestärkt werden. Dazu gehört der Einbezug von Jugendlichen. Deshalb stellt die SP-Fraktion den **Antrag,** den Vorstoss für ein Jugendparlament nicht abzuschreiben.

**Manuela Weichelt,** Direktorin des Innern, gibt Laura Dittli recht. Aber wenn man das Protokoll vom Juni 2018 liest, ist ersichtlich, dass die Direktorin des Innern genau darauf hingewiesen hat. Sie hat damals gesagt, ein solches Jugendparlament im Sinne der teilerheblich erklärten Motion könne unter dem Stichwort Jugendförderung subsummiert werden. Die von der Motion verlangte Möglichkeit der Finanzierung bzw. der finanziellen Unterstützung eines Jugendparlaments sei gestützt auf § 34 Abs. 2 in Verbindung mit § 37 Sozialhilfegesetz bereits möglich. Gestützt auf diese rechtliche Grundlage könne dem Anliegen des Rats im Sinne der teilerheblich erklärten Motion Rechnung getragen werden. Es sei hierfür keine Gesetzesänderung notwendig. Eine Gesetzesanpassung wäre notwendig gewesen, um ein Vorstossrecht zu schaffen oder wenn der Kanton selbst ein Jugendparlament hätte schaffen wollen. Dies wollte der Kantonsrat jedoch explizit nicht. Im Rahmen des Zwischenberichts zu den hängigen Vorstössen Ende März hat dies die Direktorin des Innern im Juni bereits exakt so gesagt. Der Kantonsrat hat aber

damals anders entschieden. Das ist das gute Recht des Rats. Er wollte explizit einen eigenen Bericht für die Abschreibung. Heute liegt der gewünschte Bericht vor, und die Motion kann abgeschrieben werden.
Zum Votum von Anastas Odermatt: Es trifft zu, dass der Kanton die Förderbeiträge beim Bund nicht abgeholt hat. Er wollte sie eigentlich abholen, es war sogar ein Legislaturziel des Regierungsrats. Es kam dann aber das Projekt «Finanzen 19», und es bestanden die bekannten Defizite. Der Regierungsrat musste etwas tun gegen diese Defizite. Eine der Massnahmen war, die Förderbeiträge nicht abzuholen, da der Kanton ebenfalls Beiträge hätte sprechen müssen. Es ist nicht möglich, nur Bundesbeiträge abzuholen. Die Direktion des Innern dankt dem Rat für die Abschreibung der Motion.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat folgt mit 51 zu 10 Stimmen dem Antrag der Regierung, die Motion abzuschreiben.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Traktanden 9.3 bis 9.7 erst später in der Sitzung behandelt werden (siehe Ziff. 1192, 1193, 1194 und 1196).

TRAKTANDUM 8
**Parlamentarische Vorstösse, die am 27. September und am 25. Oktober 2018 nicht behandelt werden konnten:**

Traktandum 8.1: **Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden**

Das Traktandum kann wegen der Abwesenheit des Volkswirtschaftsdirektors nicht in der heutigen Sitzung behandelt werden (siehe Ziff. 1181).

Traktandum 8.2: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung**

Das Traktandum wird erst später in der Sitzung behandelt (siehe Ziff. 1195).

**1191** Traktandum 8.3: **Interpellation von Moritz Schmid betreffend Fuss- und Radweg zwischen Walchwil (Rufibach) und Arth (Hünenbergweg)**
Vorlagen: 2859.1 - 15761 (Interpellationstext); 2859.2 - 15863 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Moritz Schmid** dankt der Regierung für die rasche Beantwortung der Interpellation. Die Antwort ist in etwa so ausgefallen, wie er es sich vorgestellt hat: ausführlich genug, aber trotzdem nicht zufriedenstellend. Das liegt nicht an der Zuger Baudirektion, die ihre Arbeit zum gewünschten Wanderweg zum grössten Teil erledigte, sondern am Amt für Wald und Naturgefahren des Kantons Schwyz. Das Amt für Raumplanung des Kantons Zug und die Gemeinde Walchwil sind bestrebt, eine Wanderwegverbindung zwischen den Gemeinden Walchwil und Arth zu

projektieren. Nicht verständlich ist die Idee der Gemeinde Arth, weit oberhalb der vorgesehenen Linienführung ihren bzw. einen gemeinsamen, grenzüberschreitenden Wanderweg zu planen.
Der Regierungsrat des Kantons Schwyz genehmigte das kantonale Radroutenkonzept bereits am 13. Oktober 2015. Dieses Konzept verdeutlicht den Handlungsbedarf und definiert die Erarbeitung eines Massnahmenkonzepts für den Fuss- und Veloverkehr von der Kantonsgrenze Walchwil bis zur Gemeinde Arth. Zurzeit wird das Gesamtkonzept der Hauptstrasse von Walchwil bis zur Gemeinde Arth erarbeitet. Dieses Konzept sieht einen Rad- und Gehweg auf diesem Abschnitt vor. Über die Genehmigung des Gesamtkonzepts will der Regierungsrat des Kantons Schwyz noch 2018 entscheiden. Erst danach erfolgt die Priorisierung des Kantonsstrassenabschnitts Walchwil bis zur Gemeinde Arth und dessen Aufnahme in das kantonale Strassenbauprogramm. Für die Radwegverbindung entlang der Kantonsstrasse gilt es abzuwarten, mit welcher Priorität dieser Ausbau in das Strassenbauprogramm des Kantons Schwyz aufgenommen wird. Einige Zuger Vereine könnten einen raschen Ausbau dieses Strassenabschnitts nur begrüssen. So könnte zum Beispiel beim Marsch um den Zugersee auf grosse Umwege wegen fehlender Fusswege verzichtet werden. Aus Sicherheitsgründen werden die Marschierenden vor Arth nämlich auf Militärfahrzeuge verladen und nach Immensee zum Weitermarschieren geführt. Unterstützend mithelfen könnte die Volksabstimmung vom September 2018 über den Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege. Gemäss diesem Beschluss könnte der Bund kantonsübergreifende Velowege koordinieren. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass die Sanierung und der Ausbau der Kantonsstrasse Walchwil−Arth mit Trottoir und Radweg fertiggestellt sind, bis der in Aussicht gestellte Halbanschluss auf die Autobahn in Arth Richtung Zürich und Luzern eröffnet werden kann.

Baudirektor **Urs Hürlimann** kann die Aussagen von Moritz Schmid, der alles korrekt zusammengefasst hat, bestätigen. Zu den Wanderwegen: Es ist unverständlich, weshalb die Gemeinde Arth und der Verein Schwyzer Wanderwege eine pfannenfertige Lösung aus Zug abgelehnt bzw. einen Vorschlag unterbreitet haben, der weder von der Gemeinde Walchwil noch vom Kanton Zug akzeptiert werden kann. Man versucht nun, die Lösung, die schon weit fortgeschritten ist, in diesem Bereich zu realisieren.
Zum Ausbau der Strasse Walchwil–Arth: Der Baudirektor hat bereits bei der Baudirektion in Schwyz interveniert. Was Moritz Schmid ausgeführt hat, ist richtig. Der Baudirektor hat gestern noch einmal mit der Baudirektion Schwyz telefoniert. In diesem Monat wird die Vorlage im Regierungsrat behandelt. Wenn das Massnahmenkonzept – der Ausbau der Strasse inkl. eines Radwegs auf der Strecke Walchwil–Arth – von der Regierung nun verabschiedet wird, wird es im nächsten Jahr ins Strassenbauprogramm aufgenommen. Es besteht eine gewisse Dringlichkeit, vor allem auch für Innerschwyz. Somit kann damit gerechnet werden, dass diese für Schwyz wie auch für den Kanton Zug wichtige Verbindung in einem Zeithorizont von zehn Jahren endlich realisiert werden kann.
Zum Autobahnhalbanschluss in Arth: Man ist bereits einen Schritt weiter. Das Astra hat zugesichert, dass es den Anschluss als Bundesprojekt aufnimmt. Somit kann damit gerechnet werden, dass der Halbanschluss in einem Zeitrahmen von zehn bis fünfzehn Jahren realisiert wird.
Der Baudirektor dankt für die Kenntnisnahme der Interpellation.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

**Philip C. Brunner** wendet sich an die Vizepräsidentin des Kantonsrats im Hinblick auf die nächste Legislatur. Was heute bezüglich Traktandenliste abläuft, irritiert den Votanten sehr. Soweit er informiert ist, besteht im Regierungsrat eine Stellvertreterregelung. Es muss dem Stellvertreter möglich sein, den abwesenden Direktor oder die Direktorin notfalls zu vertreten. Die Daten für die Kantonsratssitzungen sind mindestens ein Jahr im Voraus bekannt. Es geht nicht an, dass ein solches *Jekami* stattfindet: Man kommt am Nachmittag oder am Morgen, man verlässt die Sitzung früher usw. Das geht nicht! Der Votant bittet den Ratspräsidenten wie auch die zukünftige Präsidentin um einen geordneten Ratsbetrieb. Man kann doch nicht wie bei einem Monopoly auf der Traktandenliste ein bisschen hin- und herspringen: Zurück auf Feld eins, und am Nachmittag ist die zuständige Person vielleicht da, vielleicht kommt sie aber auch nicht.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass er mit Philip C. Brunner weitgehend einverstanden ist. Allerdings hat er bereits bei den Mitteilungen zu Beginn der Sitzung darauf hingewiesen. Wenn Philip C. Brunner nicht einverstanden ist, hätte er bereits zu diesem Zeitpunkt opponieren können.

TRAKTANDUM 9 (Fortsetzung)
**Parlamentarische Vorstösse, die am 25. Oktober 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1192** Traktandum 9.3: **Motion der SVP-Fraktion betreffend Kündigung des Kulturlastenkonkordats als Beitrag zur Entlastung des Staatshaushalts des Kantons Zug**
Vorlagen: 2785.1 - 15572 (Motionstext); 2785.2 - 15882 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Thomas Werner,** Sprecher der Motionärin, hält fest, dass alle Ratsmitglieder einen Haushalt führen, genauso wie es der Kanton Zug auch tut. Wenn das Geld knapp wird, muss man den Gürtel enger schnallen und sparen. Man stelle sich Folgendes vor: Wegen steigender Krankenkassenprämien, Sozialkosten und Gebühren muss man das Haushaltsbudget zusammenstreichen. Man ist zum Sparen gezwungen, kauft günstigere Esswaren, verzichtet auf einen neuen Laptop, kauft weniger neue Kleider und schränkt sich eben ein, wo es nur geht. Gleichzeitig gibt man aber Monat für Monat, Jahr für Jahr Geld an seinen Nachbarn, der vor seiner eigenen Garageneinfahrt die öffentliche Strasse putzt und einen um einen Unkostenbeitrag bittet, weil man ja schliesslich auch etwas davon hätte. Würde man dafür bezahlen?
Der Kanton Zug hat sich selbst einschneidende Sparmassnahmen auferlegt, er kürzt, optimiert, baut Leistungen ab, und die Bevölkerung bezahlt und bezahlt. Welches Signal sendet der Kanton aus, wenn er Millionen nach Zürich ins Opernhaus und nach Luzern ins KKL schickt, damit sich dort einige wenige – und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind es nur einige wenige, die erst noch hohe Eintrittspreise bezahlen – für einige Stunden vergnügen können? Können die Ratsmitglieder es verantworten, dass das Geld des Kantons in diesen mageren Jahren nach Luzern und Zürich fliesst und der Zuger Bevölkerung und damit der hiesigen Kultur und den Kulturschaffenden entgeht? Ist es zu verantworten, dass dieses Geld freiwilligen Helferinnen und Helfern von Vereinen, die das kulturelle Leben im Kanton bereichern, sei das in Musikvereinen, Sportvereinen, Fasnachtsgesellschaften usw., vorenthalten wird? Können die Ratsmitglieder es verantworten, dass

hiesige Dorftheater und andere kulturelle Gruppen ums Überleben strampeln und mehr Geld gebrauchen könnten, während der Kanton seine Millionen für einige wenige Nutzniesser nach Zürich und Luzern schickt? Können und wollen die Ratsmitglieder das wirklich verantworten? Wie erklären sie der Bevölkerung, dass der Beitrag ans kulturelle Leben in Zürich und Luzern wichtiger ist als die Unterstützung der lokalen Kultur und der Bevölkerung?
Die Zahlungen an den Kulturlastenausgleich wurden zwar vom Volk abgesegnet. Die finanzielle Lage im Kanton sah damals aber ganz anders aus und hat sich in sehr kurzer Zeit rapide verschlechtert, was nun auch nach einer Entscheidung verlangt. Ganz egal, ob Budget oder Lotteriefonds: Das Geld fliesst zu Zeiten des Sparens in andere Kantone ab. Doch dieses Geld muss hier im Kanton eingesetzt werden. Der Kanton Schwyz hat das Konkordat bereits gekündigt. Die Zeiten von grosszügigen Gesten sind vorbei, das Geld muss wieder lokal im Kanton eingesetzt werden, so kann auch selbst bestimmt werden, wofür es eingesetzt wird. Das geht nicht gegen die Kultur. Kulturschaffende sollen unterstützt werden. Aber muss wirklich ein überdotierter, teurer Kulturtempel künstlich durch Gelder aus anderen Kantonen am Leben erhalten werden, oder soll man das Geld vernünftig einsetzen? Die Kultur stirbt nicht, wenn sie weniger Geld erhält. Wahrscheinlich würde sie sogar gestärkt, weil sie kreativer würde. Die SVP-Fraktion stellt den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären.

**Silvia Thalmann** spricht für die CVP-Fraktion. Die soeben dargelegte Sichtweise von Thomas Werner ist etwas eng. Der Vorlage war zu entnehmen, dass sich das Stimmvolk vor zehn Jahren zum Anliegen der SVP geäussert und mit 58 Prozent eine Beteiligung am Kulturlastenausgleich beschlossen hat. Zuvor hatte der Kantonsrat die Vorlage ebenfalls beraten und heftig diskutiert, um sie schliesslich mit 54 zu 18 Stimmen zur Ablehnung zu empfehlen. Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurde die Beitragszahlung an die Kulturlasten wieder thematisiert. Die Ratsmitglieder erinnern sich bestimmt: Der Regierungsrat schlug vor, den Beitrag an den Kulturlastenausgleich über den Lotteriefonds zu bezahlen. Die Befürchtungen, dass kleinere Kulturinstitutionen wegen dieser Massnahme leer ausgehen könnten, nahm die CVP ernst und beantragte, die Beitragszahlungen an den Kulturlastenausleich so lange über den Lotteriefonds vorzunehmen, bis dieser noch 10 Millionen Franken beinhaltet. Danach werden die Beiträge wieder über die ordentliche Rechnung bezahlt. Der Rat folgte diesem Antrag.
Wenn gespart werden muss, ist es legitim, jede Position zu hinterfragen. Und es erstaunt nicht, dass der SVP die Zahlung an ausserkantonale Kulturinstitutionen missfällt. Sie erachtet den Nutzen für die Zuger Bevölkerung als zu gering und macht auch kein Bedürfnis aus, das den Beitrag rechtfertigen würde. Die CVP-Fraktion hat in dieser Frage eine andere Haltung. Sie stellt sich gegen eine Kündigung des Konkordats und unterstützt den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung der Motion.
Zürich und Luzern sind von Zug aus rasch erreichbar. Beide Städte bieten kulturelle Veranstaltungen mit internationaler Ausstrahlung, die Zug nicht bieten kann und auch nicht bieten sollte. Die Produktionen bewegen sich auf sehr hohem Niveau, sind aufwendig und teuer. Es ist deshalb sinnvoll, dass sich der Kanton finanziell an diesen Angeboten beteiligt. Sie sind eine kulturelle Bereicherung für die Zuger Bevölkerung. Man ist in Zug stolz auf den Wirtschaftsraum und die hohe Lebensqualität der Bevölkerung. Dazu gehört aber auch ein breites kulturelles Angebot. Wirtschaftsunternehmen nutzen diese Angebote ganz bewusst zur Kundenbindung. Die sechs Kulturinstitutionen, die der Kanton Zug unterstützt, stärken die Position im Standortwettbewerb.

Für die Berechnung des Beitrags wird auf die Zuger Besucherzahlen der sechs unterstützten Kulturinstitutionen abgestützt. Es ist kein Giesskannenprinzip, sondern der Beitrag wird verursachergerecht erhoben. Und wie eingangs erwähnt, werden die Beiträge bis auf weiteres aus dem Lotteriefonds bezahlt und belasten die Rechnung nicht.
Der Kanton Aargau wird seinen Beitrag reduzieren. Er begründet dies mit eigenen Kulturinstitutionen, die er aufgebaut oder gestärkt hat. Eine analoge Begründung verfängt im Kanton Zug nicht. Aus all diesen Gründen empfiehlt die CVP-Fraktion, dem Antrag der Regierung zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Hans Christen,** Sprecher der FDP-Fraktion, hält fest: Kultur ist etwas, was man nicht braucht, bis man sie nicht mehr hat. Diese Erkenntnis haben die Zuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereits kundgetan, indem sie die Mitgliedschaft der interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen, die sogenannte ILV 2008, anlässlich einer Volksabstimmung vom 30. November 2008 angenommen haben. Es ist etwas überraschend, dass die SVP diese Motion eingereicht hat. Sie ist doch die Partei, die immer wieder betont, dass Volksentscheidungen zu respektieren seien. Mit der ILV ist der Kanton Zug ausnahmsweise keine Milchkuh. Hier wird nachfrageorientiert bezahlt – also gemäss dem Publikumsaufkommen –, und das ist richtig so. Aus diesem Grund bejaht die FDP-Fraktion dies vorbehaltslos. Es kommt noch dazu, dass die Kultur über die NFA finanziert würde, wenn der Kanton aus dem Konkordat aussteigen würde. Das käme wesentlich teurer und würde ein viel grösseres Problem darstellen.
Zu berücksichtigen ist auch, dass der Kanton Zug vor allem im Bereich Wirtschaft seit einigen Jahren eine enge Zusammenarbeit mit Zürich anstrebt. Die FDP-Fraktion ist der Überzeugung, dass diese Zusammenarbeit erschwert würde, wenn der Kanton Zug die ILV auf eigene Faust kündigen würde. Aus den genannten Gründen wird die FDP einstimmig dem Antrag des Regierungsrats folgen und die Motion nicht erheblich erklären.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Der Kulturlastenausgleich ist ein fester Bestandteil des 2008 in Kraft getretenen Neuen Finanzausgleichs (NFA) und damit in der Verfassung festgeschrieben. Der Kulturlastenausgleich muss dort geregelt werden, wo er hingehört, nämlich im interkantonalen Finanzausgleich. Und das soll weiterhin so gehandhabt werden. Nichts spricht dagegen, vieles dafür:
• Zugerinnen und Zuger profitieren von sehr guten kulturellen Angeboten der grossen Häuser in Luzern und Zürich. Das wurde bereits vielfach betont.
• Zugerinnen und Zuger nehmen diese Angebote wahr, wie die Erhebung von 2016 in den hauptsächlichen Institutionen in Luzern und Zürich zeigt. Der Kanton Zug partizipiert aufgrund dieser Erhebung und bezahlt damit verursachergerecht.
• Gute Kultur kostet. Aber gute Geschichten lassen sich nur realisieren, wenn alle gemeinsam mitmachen.
Die Bundesverfassung postuliert in Artikel 2, «die kulturelle Vielfalt des Landes» zu fördern. Der Kulturlastenausgleich lebt genau diesem Verfassungsgrundsatz nach. Die Votantin lädt die Ratsmitglieder dazu ein, diesen Verfassungsgrundsatz umzusetzen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion – wahrscheinlich wenig überraschend – die Nichterheblicherklärung ebenfalls unterstützt. Gleichwohl sollen ein paar sozialpolitische Überlegungen angestellt werden, nachdem die volkswirtschaftlichen Aspekte bereits zu hören waren. Es ist richtig und wichtig, das kulturelle Leben im Kanton und über die Kantonsgrenzen hinaus zu fördern. Ebenso unterstützt

die SP-Fraktion die verursachergerechte Finanzierung. Gemäss regierungsrätlichem Bericht sind es im jährlichen Schnitt beispielsweise gut 3700 Zugerinnen und Zuger, die das Opernhaus Zürich besuchen. In der Vorlage 2720.1 zu den EP-Massnahmen war nachzulesen, dass sich Zug mit 1'738'425 Franken an den Kulturlasten des Kantons Zürich beteilige. Dazu kommen 930'730 Franken als Beteiligung an den Lasten des Kantons Luzern. Bei rund 1'700'000 Franken und rund 7600 Besuchenden der drei Kulturinstitutionen in Zürich «sponsort» der Kanton Zug also quasi 228 Franken pro Besuch und Kopf. Die SP-Fraktion bittet den Bildungsdirektor, dazu Stellung zu nehmen, ob diese rechnerischen Annahmen stimmen.
Die SP geht davon aus, dass das Opernhaus Zürich, das Schauspielhaus und die Tonhalle in Zürich die Unterstützung verdienen. Aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit ist es aber ein Anliegen, dass die Finanzspritze nicht nur die «teuren» Kulturhäuser subventioniert. Schliesslich werden diese sicher auch oft von Publikum frequentiert, das in der Tendenz eher betucht ist. Kulturförderung darf sich in letzter Konsequenz und sehr pointiert ausgedrückt keinesfalls auf Wohlhabende bei ihrem Opernbesuch beschränken. Kulturförderung soll und muss sich auch nach Interessen von Nicht-Reichen richten. Das kulturelle Angebot – mit und ohne staatliche Unterstützung – soll breite Vielfalt zeigen. Oder mit anderen Worten: Nicht nur die Zwölftonmusik nach Schönberg, sondern auch das Jodlerdoppelquartett von Zug verdient Unterstützung.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass die Debatte ungefähr so verlaufen ist, wie sich das die SVP-Fraktion vorgestellt hat: Es hat ein Hohelied auf die Kultur stattgefunden. Aber es geht hier gar nicht um die Kultur. Diese ist völlig unbestritten. Barbara Gysel ist zuzustimmen: Mit dem Beispiel der Volkskultur im Kanton Zug hat sie recht. Diese verdient Unterstützung. Und wenn man in die Budgets der Stadt Zug oder auch der Gemeinden und des Kantons schaut, wird ersichtlich, dass die Kultur durchaus unterstützt wird. Beim Kulturlastenausgleich geht es um einen ausserkantonalen Beitrag. Der Votant erinnert sich an einen Parteipräsidenten der SVP, der 2008 das Referendum ergriffen hat, und zwar kein Behördenreferendum. Es handelte sich um ein 1500-Unterschriften-Referendum, ein Volksreferendum, für das Unterschriften zu sammeln waren. Der Votant erinnert sich an gewisse Diskussionen in der Chollerhalle, bei denen es um dieses Kulturlastenkonkordat ging. Schon damals hatte die SVP dazu eine klare Meinung. Hans Christen hat vorhin gesagt, die SVP respektiere die Volksentscheide nicht. Doch nach zehn Jahren darf man ein solches Thema durchaus wieder zur Diskussion stellen. Thomas Werner hat es ja erwähnt: Es waren damals finanziell komplett andere Zeiten. 2008 war das erste Jahr, in dem der Nationale Finanzausgleich gegriffen hat. Man kannte aber damals die Jahresrechnung nicht. Und der Kanton hat 2008 ganz gut abgeschlossen. Die Probleme kamen wesentlich später.
Zum Thema Solidarität: Die Ratsmitglieder haben ja sicher die Zeitungen gelesen. Aus Bern kam der Bescheid hinsichtlich der Zahlungen 2019. Die Zahlen, die im Juni publiziert wurden, wurden bestätigt. Der Kanton Zug wird sehr stark zur Kasse gebeten. Und er ist sehr solidarisch. Er ist zumindest solidarischer als zum Beispiel der Kanton Aargau, der ein Nehmerkanton ist und auch bei den Kulturlasten unsolidarisch ist. Dies funktioniert natürlich nicht. Solidarität ja, aber dann für alle. Man kann nicht einfach das Geld von den Nehmerkantonen nehmen. Die Zahlungen des Kantons Zürich mit seinen ungefähr 450 oder 460 Millionen auf 1,2 Millionen Bevölkerung sind natürlich überhaupt kein Vergleich zu den Beträgen, die der Kanton Zug pro Kopf bezahlen muss.
Der Votant bittet die Ratsmitglieder, das Thema ein bisschen differenziert zu betrachten und nicht einfach die Kulturtrommel zu schlagen mit der Aussage, eine

Fraktion habe kein Verständnis für Kultur. Es ist absolut legitim ins Schauspielhaus zu gehen, ins Opernhaus, ins KKL usw. – aber bitte mit dem eigenen Portemonnaie. Es ist doch erstaunlich, dass eine Partei wie die FDP, die eigentlich auch für die Selbstverantwortung einsteht, findet, man müsse die Besucher dieser Häuser auch noch indirekt subventionieren. Das ist sicher nicht die Meinung der SVP.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** möchte mit dem treffenden Bild weiterfahren, das Thomas Werner gezeichnet hat: dem sparenden Haushalt und dem Nachbarhaushalt, der eine Leistung zugunsten der Öffentlichkeit erbringt, um die man vielleicht nachgefragt hat oder auch nicht. Es ist nicht ganz falsch, dieses Bild im vorliegenden Zusammenhang zu bemühen. Es zeigt, dass es dem Kanton ums Sparen geht. Die temporäre Auslagerung in den Lotteriefonds wurde nur deshalb vorgenommen, weil die laufende Rechnung entlastet werden musste. Das Bild zeigt aber auch schön, dass man für die Beiträge, die man den Nachbarkantonen Zürich und Luzern bezahlt, Leistungen erhält. Vielleicht hätte Thomas Werner noch sagen müssen, der Nachbar schicke keine Pauschalrechnung, sondern verrechne für jede Durchfahrt durch die schneegeräumte Strasse 1.20 Franken. Es handelt sich nämlich um einen Leistungseinkauf. Man erhält etwas, und man erhält eine exakte Abrechnung, für das, was die Bevölkerung in diesen Kulturinstitutionen in Anspruch nimmt. Völlig legitim ist es, die Frage zu stellen, ob man diese «gereinigte Strasse» haben möchte. Kann der Nachbar einfach die Rechnung schicken bzw. ist man einverstanden damit, etwas für die Räumung und die Benutzung der Strasse zu bezahlen? Bezüglich des Kulturlastenkonkordats ist davon auszugehen, dass im Kanton Zug Einigkeit herrscht. Man hat darüber entschieden, dass man diesem beitreten möchte.
Zur Abrechnung: Die Besucherzahlen werden aufgrund der Abonnemente und von Sticherhebungen an der Abendkasse erhoben, und die Kosten werden auf die Kantone umverteilt. Die Kantone erhalten auf drei Jahre hinaus vereinbarte Rechnungen, die sich auf die zurückliegenden Jahre abstützen.
Zur Frage von Barbara Gysel: Die exakten Beiträge können auf der Website des Kulturlastenkonkordats zusammen mit der Berechnung heruntergeladen werden. Die 1,7 Millionen Franken treffen nach wie vor zu. Die aktuelle Abrechnungsperiode läuft von 2016 bis 2018. Die 1,7 Millionen an den Kanton Zürich verteilen sich wie folgt: 1’065’000 Franken gehen ans Opernhaus, 379’000 Franken ans Schauspielhaus und 295’000 Franken an die Tonhalle-Gesellschaft. Bildet man den Quotienten beim Opernhaus, so resultiert der sehr stolze Betrag von 284 Franken pro Eintritt, den Zuger Besucherinnen und Besucher dort beziehen. Dieser Betrag war der Bevölkerung auch bewusst, als man seinerzeit über das Kulturlastenkonkordat abgestimmt hat. Der besagte Parteipräsident, an den sich Philip C. Brunner so gerne zurückerinnert, hat die entsprechende Berechnung im Vorfeld der Abstimmung mit einer Kleinen Anfrage verlangt. Diese Zahlen sind einigermassen stabil geblieben.
Zum Thema Volkskultur versus Hochkultur, das Barbara Gysel angesprochen hat: Die Kantone möchten sich bei der Volkskultur nicht gegenseitig unterstützen. Die Kultur ist eine Domäne der Kantone. Und es sind auch ausreichend Mittel vorhanden, namentlich aus dem Lotteriefonds. Die 10-Millionen-Grenze, die auch Silvia Thalmann erwähnt hat, stellt sicher, dass die Lotteriemittel nachhaltig im Kanton zur Verfügung stehen. Geht es um die Hochkultur, also die teuren Häuser mit eigenen Ensembles, spricht man von sehr grossen Beträgen. Die Zahlen sehen wie folgt aus: Nur schon die Betriebssubventionen, die der Kanton Zürich jährlich investiert, belaufen sich beim Opernhaus auf 81,4 Millionen Franken. Beim Schauspielhaus sind es knapp 40 Millionen, bei der Tonhalle-Gesellschaft knapp 20 Mil-

lionen Franken. Das sind insgesamt rund 140 Millionen Franken. Diesen Betrag möchte Zürich anteilmässig aufgrund der Bevölkerungszahlen den umliegenden Kantonen in Rechnung stellen. Etwas kleiner sind die Zahlen in Luzern: Dort gehen 32 Millionen Franken an die Institutionen. Dabei handelt es sich nur um Betriebssubventionen ohne die Abschreibungen auf die Investitionskosten. Im Bereich der Volkskultur besteht kein Bedarf, kantonsübergreifende Ausgleichsmechanismen festzulegen. Dies macht dort Sinn, wo es um wirklich hohe Beträge geht, also bei den Institutionen mit regionaler Ausstrahlung.
Dem lokalen Kulturschaffen im Kanton Zug kommt kein Geld abhanden wegen des Kulturlastenkonkordats. Die Lotteriegelder sind eigentlich aus den Reserven zu leisten. Die 10-Millionen-Grenze stellt sicher, dass noch eineinhalb Jahresumsätze vorhanden sind, wenn man wieder auf die laufende Rechnung umschwenkt. Das sollte dazu führen, dass lokalen Veranstaltern oder Kulturschaffenden keine Lotteriegelder gekürzt werden müssen.
Der Bildungsdirektor bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der Regierung zu unterstützen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP mit 46 zu 19 Stimmen ab und folgt dem Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**1193** Traktandum 9.4: **Motion der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Förderprogramm zur Senkung des Energieverbrauchs bei der Gebäudetechnik**
Vorlagen: 2791.1 - 15583 (Motionstext); 2791.2 - 15890 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Mariann Hess** spricht für die Motionärin. Der Kanton leistete seit 2010 kantonale Beiträge an Wärmepumpen, Sonnenkollektoren und energetische Gesamtsanierungen. Gemäss Medienmitteilung der Regierung vom 22. Juni 2017 sind die Mittel des Kantons für dieses Programm ausgeschöpft, und das Förderprogramm wurde entsprechend eingestellt. Glücklicherweise bietet sich eine Alternative an: das Gebäudeprogramm des Bundes. Neu ist, dass jegliche Massnahmen, also auch in den Bereichen der erneuerbaren Energien, aus entsprechenden Bundesmitteln bezahlt werden. Dieses neue Gebäudeprogramm ging 2017 in die Verantwortung der Kantone über. Die Kantone haben nun die Aufgabe, individuell festzulegen, welche Massnahmen sie fördern wollen. Doch der Kanton Zug scheint die Umstellung auf das neue Gebäudeprogramm verschlafen zu haben, denn er fördert von gesamthaft achtzehn möglichen Massnahmen nur deren zwei. Den Bürgerinnen und Bürgern und auch der Zuger Wirtschaft wird schlicht Fördergeld vorenthalten. Unter anderem geschieht dies aufgrund der Angst, dass der Kanton plötzlich doch noch etwas bezahlen müsste, wenn zu viele Fördermassnahmen ergriffen würden.
Ziel der Motion ist, ein breites Angebot von Massnahmen mithilfe der Fördermittel des Bundes zur Verfügung zu stellen und vor allem auch erneuerbare Energien, Abwärmenutzung und Gebäudetechnik ins Förderprogramm aufzunehmen. Dies würde zumindest die Möglichkeit schaffen, die bestehenden Fördermittel auch auszuschöpfen. Eine Teilerheblicherklärung braucht es nicht. Zuerst gilt es, überhaupt entsprechende Massnahmen im Kanton umzusetzen. Falls es einmal wirklich mehr Fördermittel braucht, kann dann darüber diskutiert werden.
Es geht letztendlich um die essenziellen Bemühungen, dem Klimawandel mit all seinen verheerenden Folgen entgegenzuwirken. Funktionierende Ökosysteme sind die Grundlage der Wohlfahrt. Diese zu fördern, schwören bzw. geloben die Rats-

mitglieder bei ihrer Vereidigung oder ihrem Gelöbnis. Sie entscheiden darüber, und jeder und jede steht in der Verantwortung. Der Bund bietet grosse Unterstützung an, man muss sie nur annehmen. Nebst dem dringenden Handlungsbedarf zum Wohle aller löst jeder Förderfranken entsprechende Aufträge in der Bau- und Energiewirtschaft aus. Der Regierungsrat soll daher das kantonale Gebäudesanierungsprogramm mit einem Programm für die Förderung von Massnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien, Abwärmenutzung und Gebäudetechnik ergänzen. Die ALG stellt deshalb den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären.

**Roger Wiederkehr,** Sprecher der CVP-Fraktion, dankt dem Regierungsrat für die prägnanten Ausführungen zum Förderprogramm zur Senkung des Energieverbrauches bei der Gebäudetechnik. Wie im Bericht beschrieben, entspricht die Motion in ihrer Stossrichtung den energiepolitischen Zielen des Kantons. Die CVP-Fraktion folgt grossmehrheitlich den Anträgen a und b des Regierungsrats.
Beim Studium des Berichts fällt auf, dass vorhandene Fördergelder weder auf kantonaler Ebene − durch den Bund bereitgestellt − noch auf gemeindlicher Ebene wirklich ausgeschöpft werden. 2017 wurden beim Kanton 1,9 Millionen Franken nicht abgeholt, und auf gemeindlicher Ebene standen noch 300’000 Franken zur Verfügung. 2018 scheint es nicht viel besser zu werden. Ist das Förderprogramm gar nicht nötig, oder ist da etwas faul im Staate Dänemark? Es herrscht ein fürchterlicher Wirrwarr, wenn man an Fördergelder herankommen will. Es gibt ein nationales Förderprogramm mit einem Topf von 360 Millionen Franken, die über ein harmonisiertes Modell durch die Kantone vergeben werden. Dann gibt es in acht von elf Gemeinden gemeindliche Förderprogramme, und schliesslich bieten noch weitere Organisationen Förderprogramme an. Für eine Bauherrin ist es eine Zumutung, herauszufinden, wo sie am besten wie viel Fördergeld erhält.
Ein zweiter Grund, warum die Fördergelder nicht ausgeschöpft werden, ist die übermässige Bürokratie. Man muss eine grosse Anzahl von Nachweisen liefern, damit man berechtigt ist, Fördergelder zu erhalten. Hat man Anrecht auf einen Förderbetrag von über 10’000 Franken, muss eine weitere Hürde genommen werden: Es braucht einen sogenannten GEAK Plus, einen bestimmten Gebäudeenergieausweis. Diesen kann die Bauherrin meist nicht selbst ausfüllen, es braucht dazu einen Fachmann. Will eine Bauherrin beispielsweise 12’000 Franken Fördergelder erhalten, investiert sie für einen technischen Bericht zuerst einmal rund 3000 bis 4000 Franken aus eigener Tasche. Das heisst, unter dem Strich bleiben dann rund 8000 Franken Fördergelder. Die Bürokratie ist wirklich unglaublich − und das kann es doch wohl nicht sein!
Die CVP hat eine klare Forderung gegenüber der Verwaltung. Wie der Regierungsrat schreibt, soll und muss er die bestehenden Förderprogramme effizient managen. Es ist eine gute Dienstleistung des Kantons gefragt, um die Gelder einfach, schnell und gerecht zu verteilen und eben auch den Topf auszuschöpfen. Es kann und darf nicht sein, dass Teile der Fördergelder im Bürokratiedschungel verloren gehen und nie am Ziel ankommen. Da reibt sich zurzeit wohl manche Bauherrin die Augen und kapituliert vorzeitig.
Die CVP-Fraktion anerkennt, dass der Kanton Zug mit der Umsetzung der sogenannten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn 2014). schweizweit am weitesten ist. Es sollen also keine weiteren kantonalen Fördergelder gesprochen, sondern zuerst einmal die vorhandenen Gelder effizient verteilt werden.

**Walter Birrer** spricht für die SVP-Fraktion. Im ersten Teil der Motion geht es um die Bereitstellung kantonaler Fördergelder, die Zahlen waren eben zu hören. Ziel ist die Förderung erneuerbarer Energien und der Abwärmenutzung. Dieser Teil wurde

im Bericht des Regierungsrats gut dargelegt, und die SVP-Fraktion kann dem diesbezüglichen Antrag folgen. Nicht folgen kann sie hingegen dem Motionsanliegen betreffend Senkung des Energieverbrauchs. Viele Bauten neueren Datums sind heute schon mit modernsten Systemen ausgerüstet, und die Sensibilisierung für einen möglichst tiefen Energieverbrauch ist weit vorangeschritten. Bezüglich älterer Bauten darf es nicht sein, dass die öffentliche Hand bzw. der Kanton Mitnahmeeffekte unterstützt. Modernisierungen sind durch die Nutzer selbst zu finanzieren. Mitnahmeeffekte müssen verhindert werden. Es handelt sich vor diesem Hintergrund also um eine reine Subventionierung, was die SVP nicht unterstützen kann. Sie stellt deshalb den **Antrag,** die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Thomas Gander** spricht für die FDP-Fraktion. Das kantonale Förderprogramm endete im Mai 2017, als der Rahmenkredit von 16 Millionen Franken ausgeschöpft war. Seither steht im Kanton Zug das nationale Gebäudeprogramm im Fokus. Dabei stehen schweizweit rund 360 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung. Die Beiträge an die Kantone gliedern sich in einen Sockel- und einen Ergänzungsbeitrag; die Details dazu sind dem Bericht und Antrag des Regierungsrats zu entnehmen. Es scheint nun verlockend, dass der Kanton Zug auch beim Ergänzungsbeitrag Gelder spricht. Denn für jeden Franken, den der Kanton zur Verfügung stellt, erhält er maximal 2 Franken vom Bund dazu. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Nachfrage nach diesen Fördergeldern im Kanton Zug nicht allzu gross ist. Dies führt dazu, dass jeweils nicht einmal der Sockelbetrag voll ausgeschöpft wird, womit der Restbetrag an den Bund zurückbezahlt und an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückgeführt wird. Hinzu kommt, dass viele Zuger Gemeinden über zusätzliche Förderprogramme verfügen, womit 2017 rund 1 Million Franken an Fördermitteln zur Verfügung stand. Doch auch diese Gelder wurden nicht vollständig ausgeschöpft. Neben den genannten Programmen gibt es weitere Förderprogramme von Bund oder Stiftungen, die je nach Sanierung in Anspruch genommen werden können.
Die FDP schliesst sich der Argumentation des Regierungsrats an. Sie ist der Meinung, dass insgesamt genügend Mittel vorhanden sind. Die bessere Abstimmung der Programme wird dazu beitragen, dass die Förderlandschaft übersichtlicher und die Mittel noch effizienter eingesetzt werden können. Die FDP-Fraktion folgt den Anträgen des Regierungsrats.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion. Der Begriff «Zuger Finish» hat in den letzten vier Jahren die Debatten im Kantonsrat klar dominiert. Auf den Bereich Umwelt, Energie und Klima trifft dieser Begriff aber bestimmt nicht zu. Wenn es um diese Themen geht, muss man eher von einem Zuger Minimalismus sprechen. Der Votant hat dies bereits an der Sitzung im August aufgezeigt, als es um die Motion der SP betreffend Ausschöpfung des Energiepotenzials auf öffentlichen Bauten und Anlagen ging. Auch dort zeigte sich, dass der Kanton bei der Ausschöpfung des Energiepotenzials auf den eigenen Bauten und Anlagen äusserst bescheidene Anstrengungen unternimmt. Nicht anders verhält es sich bei den Fördermassnahmen im Bereich erneuerbare Energien, Abwärmenutzung und Gebäudetechnik. Seit dem Ablauf des kantonalen Gebäudeprogramms beschränkt sich der Kanton auf das absolute Minimum − oder sogar noch weniger: Nicht einmal die ihm vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel werden ausgeschöpft. Man kann sich natürlich auf den Standpunkt stellen, dass die Nachfrage nicht vorhanden sei − und muss sich dann nicht unbedingt mit der Frage auseinandersetzen, warum dies so ist.
Offenbar gibt es Kantone, in denen es anders aussieht, wie im Bericht des Regierungsrats ausgeführt wird. Aus der Medienmitteilung zum Gebäudeprogramm 2018 vom Januar 2018 der Zentralschweizer Kantone geht hervor, dass die anderen

Kantone z. B. ein sehr viel umfassenderes Förderprogramm haben als der Kanton Zug und deutlich mehr Massnahmen in ihr Förderprogramm aufgenommen haben. Heute springen teilweise die Gemeinden in diese Lücke, indem sie eigene Förderprogramme haben. Macht dies Sinn, wenn der Kanton problemlos mehr Gelder des Bundes abholen könnte oder die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausschöpft? Sicher würde sich keine Gemeinde dagegen wehren, wenn sie auf die entsprechenden Förderprogramme verzichten oder allenfalls andere Schwerpunkte setzen könnte. Vielleicht benötigt es dazu gar keine zusätzlichen Mittel des Kantons, was im Moment jedoch offen gelassen werden kann. Zunächst sollen die zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, über weitergehende Mittel kann bei Bedarf später immer noch entschieden werden.
Die Ziele der Energiestrategie 2050 sind sehr ehrgeizig. Sie können nur erreicht werden, wenn Bund, Kantone und Gemeinden sie gemeinsam anstreben und unterstützen. In diesem Sinn unterstützt die SP-Fraktion den Antrag der ALG auf eine vollständige Erheblicherklärung.

**Daniel Marti** dankt dem Regierungsrat und den verantwortlichen Fachpersonen in der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Motion der ALG. Seine Interessenbindung: Er ist als Energieingenieur und Energieberater tätig und im Vorstand des Vereins Energienetz Zug, der eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton hat und die kantonale und gemeindliche Energieberatung ausführt.
Der Votant kann sich dem Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung nicht anschliessen. Er versteht nicht, wie das Anliegen der Motionäre aufgenommen werden kann, wenn dazu keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Es gibt mehrere Gründe, wieso es Sinn macht, dass der Kanton das Heft in die Hände nimmt und auch im Bereich Gebäudetechnik Nägel mit Köpfen macht:
• Es werden immer noch fast 70 Prozent aller alten Ölheizungen wiederum durch Ölheizungen ersetzt. Damit wird für weitere zwanzig Jahre der Weg verbaut für bedeutend effizientere und langfristig auch wirtschaftlichere Alternativen wie etwa Wärmepumpen. Ein kleiner finanzieller Anreiz in Form eines Förderprogramms bei der Gebäudetechnik könnte hier viel bewirken.
• Der Bund unterstützt jeden Förderfranken des Kantons im Bereich Gebäudetechnik mit einem Ergänzungsbeitrag von bis zu 2 Franken. Mit dieser «2 für 1»-Aktion hat der Kanton Zug die Chance, auch mal etwas von Bern zurückzuholen.
• Die Fördergelder bei der Gebäudetechnik kommen zu einem grossen Teil dem lokalen Gewerbe zugute und spülen so indirekt über die Steuern wieder Geld in die Kantonskasse.
• Beim Ersatz einer Ölheizung durch eine über die gesamte Lebensdauer der Anlage effizientere Lösung bleibt auch ein Grossteil der Wertschöpfung der Energielieferung im Kanton Zug. So wird beim Beispiel der Wärmepumpe über Jahrzehnte 100 Prozent erneuerbare und einheimische Energie von den WWZ bezogen, anstatt Tausende von Franken in Krisengebiete im Nahen Osten, etwa nach Saudi-Arabien, zu schicken.
• Die meisten Gemeinden im Kanton Zug haben schon jetzt Förderprogramme in den Bereichen Gebäudetechnik, erneuerbare Energie und Abwärmenutzung. Diese Programme können aber keine Ergänzungsbeiträge des Bundes auslösen. Die Regierung muss also aktiv werden und diese Programme auf Stufe Kanton mit einem eigenen Förderprogramm harmonisieren, damit − wie gesagt − für jeden Franken bis zu 2 Franken aus Bern dazukommen. Dies muss den Kanton gar nicht viel kosten, da das Geld ja ohnehin in den Gemeindebudgets bereitsteht.
• Gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats wird mit dem heutigen, auf die Gebäudehülle fokussierten Gebäudeprogramm der Sockelbeitrag des Bundes noch

nicht ausgeschöpft. Es gibt also durchaus Raum, um das Programm ohne allzu grosse Kostenfolge auf die Themen Gebäudetechnik, erneuerbare Energien und Abwärmenutzung zu erweitern.
Wie man sieht, gibt es genügend Gründe, wieso die Förderung von Massnahmen nicht nur bei der Dämmung der Gebäudehülle, sondern auch bei der Gebäudetechnik Sinn macht. Zudem muss ein solches Förderprogramm auch nicht viel kosten und hat langfristig netto auch finanziell einen positiven Effekt, da Geld im Kanton bleibt und erst noch Geld aus Bern dazukommt. Der Votant glaubt aber, dass die von der Regierung gewünschte Teilerheblicherklärung der Motion dem Anliegen der Motionäre nicht gerecht wird. Er unterstützt daher den Antrag auf Erheblicherklärung im Sinne der Motionäre und bittet den Rat, das ebenfalls zu tun.

**Hanni Schriber-Neiger** zitiert aus dem regierungsrätlichen Bericht und Antrag: «Die vorliegende Motion entspricht in ihrer Stossrichtung den energiepolitischen Zielen des Kantons Zug.» Die Votantin nimmt an, dass damit auch das Energieleitbild und die MuKEn 2014 gemeint sind. Sie hat dazu vier Fragen:
• Wo steht das Energieleitbild heute?
• Wurde das Energieleitbild vom Regierungsrat bereits abgesegnet?
• Wenn ja: Wann beginnt der Regierungsrat mit der Vernehmlassung zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung?
• Wurde mit den notwendigen Vorbereitungen zur Einführung der MuKEn 2014 bereits gestartet? Leider ist Zug − anders als es Roger Wiederkehr glauben machen wollte − hier nicht in der Spitzenposition.

**Anastas Odermatt** gibt Roger Wiederkehr und Thomas Gander Recht, dass die tiefe Abschöpfungsrate nicht monokausal ist, sondern mehrere Gründe hat. So muss etwa die Bürokratie abgebaut werden, und es braucht noch weitere Massnahmen. Der Votant geht aber davon aus, dass die Baudirektion ein grosses Interesse an einer Verbesserung hat.
Walter Birrer hat Mitnahmeeffekte und den Gebäudebestand angesprochen. Fakt ist, dass gemäss Statistik des Bundesamts für Statistik mehr als die Hälfte der Gebäude im Kanton Zug, nämlich 53 Prozent, vor 1980 erstellt wurde. Vor diesem Hintergrund von «vielen neuen Häusern» zu sprechen, ist nicht ganz korrekt. Im Vergleich zu anderen Kantonen liegt Zug mit 53 Prozent zwar im tiefen Bereich. So haben die Romandie mit 70 Prozent und der Kanton Tessin mit 80 Prozent deutlich mehr ältere Gebäude. Zug ist etwa gleichauf mit Luzern oder Schwyz, die ebenfalls 53 bzw. 51 Prozent vor 1980 erstellte Gebäude haben. Luzern holt beim Bund gemäss Statistik aber deutlich mehr Mittel ab. Es kann aber nicht am Hausbestand liegen, dass Zug weniger Mittel abschöpft, vielmehr muss es andere Gründe dafür geben: Bürokratie, Massnahmenpaket etc.
Daniel Marti hat die «2 zu 1»-Regel angesprochen. Der Votant glaubt zu wissen, dass diese Regel beim alten Programm für die energetischen Massnahmen galt, dass sie im neuen Programm aber nicht mehr gilt. Vielmehr gibt es *per se* einen Sockelbeitrag, unabhängig von der Zahl der umgesetzten Massnahmen, dazu kommt ein Ergänzungsbeitrag, wenn der Sockelbeitrag nicht reicht; sicher wird der Baudirektor das genauer ausführen. Umso wichtiger ist es aber, dass der Kanton entsprechende Massnahmen ergreift.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt für die interessante Debatte. Wenn er sich im Kanton Zug umsieht, stellt er fest, dass man grundsätzlich damit zufrieden sein kann, wie die Gebäude betreffend Energie betrieben werden. Er stellt auch fest, dass die Bauherren und Hausbesitzer im Kanton Zug ihre Selbstverantwortung in hohem

Mass wahrnehmen. Und er stellt weiter fest, dass sich im Vergleich mit anderen Kantonen hier sehr viele Vereine und Organisationen mit Energiefragen auseinandersetzen und der Bevölkerung entsprechende Hilfestellungen anbieten, was sehr löblich ist. Selbstverständlich kann man es aber immer noch besser machen.
Bezüglich der Motion hat der Regierungsrat klar gesagt, dass deren Stossrichtung genau seinen energiepolitischen Vorstellungen entspricht. Deshalb beantragt er denn auch die Teilerheblicherklärung. Er ist sich auch bewusst, dass insbesondere bei der Abstimmung der Förderprogramme von Kanton und Gemeinden hinsichtlich 2020 noch Optimierungen anstehen. Die Regierung ist aber der Meinung, dass es im Moment keine zusätzlichen kantonalen Mittel braucht, weil nicht einmal die zur Verfügung stehenden Mittel des Bundes ausgeschöpft werden; ob der Grund dafür im relativ neuen Gebäudebestand oder bei der hohen Selbstverantwortung der Zuger Bürgerinnen und Bürger liegt, sei dahingestellt. Grundsätzlich ist der Regierungsrat aber der Meinung, dass die Gelder des Bundes optimal ausgenützt und das Gebäudeprogramm entsprechend vorangetrieben werden sollen.
Es ist richtig, dass die entsprechende Verantwortung seit 2018 bei den Kantonen liegt. Das ist gut so, weil die energiepolitischen Vorstellungen in jedem Kanton anders sind. Es ist auch richtig, dass der Bund die Kantone in diesem Bereich gut unterstützt und mit *Factsheets* über neue Entwicklungen etc. weiterbringt.
Roger Widerkehr hat von einem «fürchterlichen Wirrwarr» gesprochen. Da ist der Baudirektor komplett anderer Meinung: Der Kanton Zug ist in diesem Bereich sehr schlank. Es gibt die Energiefachstelle im Sekretariat der Baudirektion, welche die Gesuche in einem 40-Prozent-Pensum bearbeitet. Man kann da sicher nicht von übertriebener Bürokratie sprechen. Es gibt *Checklists*, mittel derer die vom Bund verlangten Standards geprüft werden, gerade um die von Walter Birrer erwähnten Mitnahmeeffekte und die Subventionierung von falschen Leute zu verhindern. Man ist also sehr schlank aufgestellt, und es wird in der Baudirektion unter der neuen Führung darum gehen, die energiepolitischen Vorgaben entsprechend neu zu beurteilen und zu gewichten.
Beat Iten hat vom «Zuger Finish» gesprochen − sogar im Energiebereich wird der Baudirektor darauf angesprochen, allerdings im umgekehrten Sinn. Es gibt hier aber überhaupt keinen Minimalismus. Bei der Erarbeitung des Energieleitbilds im letzten Jahr haben Vertreter von internationalen Firmen wie Siemens oder Roche quasi gesagt, es sei schon gut, was man sich da überlege, selber sei man allerdings schon um Meilen weiter. In den Neubauten von Siemens und Roche in Zug wurde die modernste Gebäudetechnik eingebaut, die im Moment auf der Welt verfügbar ist. Zug könnte also von diesen Firmen profitieren und deren Standards in das eigene Energieleitbild und in die Energiegesetzrevision einfliessen lassen. Als Liberaler ist der Baudirektor aber auch der Meinung, dass es das Ziel sein sollte, nur das absolute Minimum vorzuschreiben und die Selbstverantwortung der Unternehmer, der Planer und der Bürgerinnen und Bürger zum Tragen zu bringen.
Daniel Marti schlägt dem Baudirektor vor, endlich das Heft in die Hand zu nehmen und die nächsten Schritte einzuleiten. Der Baudirektor wird bei der Beantwortung der Fragen, die Hanni Schriber-Neiger gestellt hat, aufzeigen, wo man im Moment steht. Anastas Odermatt hat richtig ausgeführt, dass es einen Sockelbeitrag und Ergänzungsbeiträge gibt, und auf die «2 zu 1»-Regel hingewiesen.
Wo steht man beim Energieleitbild? Das Energieleitbild wird seit anderthalb Jahren *bottom-up* erarbeitet. Die Baudirektion hat Parteien, Organisationen, Gemeinden etc. eingeladen und in zwei interessanten Workshops versucht, das Energieleitbild zu formulieren. Die Regierung hat sich im Spätsommer einen ganzen Tag lang damit beschäftigt, die Grundlagen des Energieleitbilds zu analysieren, zu werten und allenfalls auch zu straffen. Das Energieleitbild wird nun am 22. November von der

Regierung verabschiedet, sofern die lange Traktandenliste dies gestattet. Es gibt drei grosse Pflöcke:
• Gebäude bzw. Gebäudetechnik, weil dort − wie sich alle einig sind − am meisten Effizienz und Wirkung erzielt werden kann.
• Mit Blick auf die Entwicklung des Kantons hat die Mobilität einen grossen Stellenwert, indem gewisse Massnahmen abgeleitet werden sollen, wie die Mobilität, sprich die Entwicklung im Bereich E-Mobilität etc., berücksichtigt werden soll.
• Innovation, insbesondere indem man von grossen, internationalen Unternehmen profitieren möchte, bei welchen die Energie- und Gebäudetechnik einen grossen Stellenwert hat.
Das Energieleitbild, das vom Regierungsrat noch in diesem Jahr verabschiedet wird, soll dann die Leitplanke bilden, wenn im nächsten Jahr die Politik die Revision des Energiegesetzes in Angriff nimmt. Die Baudirektion wird das Energieleitbild gleichzeitig mit dem Vorschlag zur Revision des Energiegesetzes einbringen. Es ist geplant, im Frühling/Sommer das Geschäft dem Kantonsrat vorzulegen. Das heisst, dass der Kantonsrat im nächsten Jahr damit beschäftigt sein wird, die energiepolitische Marschrichtung des Kantons Zug festzulegen. Sehr wichtig sind dabei die MuKEn 2014. Diese umfassen einerseits sogenannte Basiselemente und andererseits Zusatzelemente. Und dann wird die Diskussion losgehen: Soll man nur die Basismodule nehmen, oder ergänzt man diese allenfalls mit Zusatzmodulen? Oder sind allenfalls nur schon die Basismodule nicht mehrheitsfähig? Es wird im nächsten Jahr im Kantonsrat diesbezüglich also einiges los sein − und der Kanton Zug ist keinesfalls im Hintertreffen: Erst drei Kantone haben eine MuKEn festgelegt, alle anderen sind erst auf dem Weg, wobei acht oder neun Kantone das Ziel verfolgen, im nächsten Jahr die Gesetzesrevision im Bereich Energie voranzutreiben. Zug war 2016 schon sehr weit, war dann aber sehr überrascht, als im Kanton Uri nicht einmal auf die betreffende Vorlage eingetreten wurde. Das liess aufhorchen, und die Baudirektion beschloss, vorerst mal abzuwarten, wie die politischen Prozesse in anderen Kantonen laufen. Man wartete insbesondere auf den Kanton Luzern, wo das Parlament die Vorlage mittlerweile beraten hat und die Volksabstimmung stattgefunden hat. Die Baudirektion hat auch die Vorlagen von Solothurn und Luzern verglichen. Erstaunlicherweise sind diese Vorlagen, die inhaltlich fast identisch sind, in Luzern mit 70 zu 30 Prozent angenommen und in Solothurn mit dem gleichen Verhältnis abgelehnt worden. Die Baudirektion hat versucht herauszufinden, woran das lag. Zusammengefasst ist es in Luzern gelungen, eine bürgerliche Partei, nämlich die FDP, welche die Vorlage kritisch beurteilte, ins Boot zu holen, und mit ihr auch den Hauseigentümerverband. Das gelang in Solothurn nicht: Die FDP liess sich dort nicht für die Vorlage gewinnen, und damit war auch der Hauseigentümerverband auf der Gegenseite. Das hat die Baudirektion zu ihrem Vorgehen bei der Revision des Energiegesetzes bewogen: die Parteien und das Parlament abholen und mit ihnen *bottom-up* die Revision zu beraten beginnen, damit das Gesetz nicht nach monatelanger Arbeit in der Schlussabstimmung versenkt wird. Das soll verhindert werden. Vielmehr soll zusammen mit der Politik das Gesetz aufgebaut werden, dies mit dem Ziel, im nächsten Jahr eine Vorlage in die politische Debatte einzubringen, welche dann hoffentlich mehrheitsfähig ist. Damit ist auch gesagt, dass die Energiepolitik das Parlament auch in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Es gibt unglaubliche Ziele für 2050, aber auch sehr viele *fake news*, die diesbezüglich herumgeboten werden: Wann müssen Ölheizungen definitiv abgestellt werden etc.? Auch hier sind die Kantone bestrebt, mit *Factsheets* die Bevölkerung und die Politik zu beraten und mit den richtigen Informationen zu beliefern.
Aus diesen in Kürze dargelegten Informationen ergibt sich, dass der Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung der Motion zielführend und sinnvoll ist,

dies auch mit Blick auf das, was in den nächsten Monaten in dieser Hinsicht laufen wird. Der Baudirektor bittet den Rat deshalb, diesem Antrag zu folgen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung
• Antrag der ALG-Fraktion auf Erheblicherklärung
• Antrag der SVP-Fraktion auf Nichterheblicherklärung

**Abstimmung 6:** In der Dreifachabstimmung erzielen die einzelnen Anträge die folgenden Resultate:
• Antrag des Regierungsrats (Teilerheblicherklärung): 24 Stimmen
• Antrag der ALG-Fraktion (Erheblicherklärung): 18 Stimmen
• Antrag der SVP-Fraktion (Nichterheblicherklärung): 21 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag das absolute Mehr erreicht hat. Es werden deshalb die zwei Anträge mit den wenigsten Stimmen einander gegenübergestellt. Der Antrag mit dem schlechteren Resultat scheidet endgültig aus.

Während Abstimmung 7 im Gang ist, entsteht im Rat eine Unsicherheit über die Abstimmungsfrage. Der **Vorsitzende** entscheidet, die Abstimmung zu wiederholen. Dagegen wird im Rat protestiert.

**Anastas Odermatt** stellt den **Ordnungsantrag,** die letzte Abstimmung zu wiederholen. Der Vorsitzende hat noch Erläuterungen abgegeben, während die Abstimmung bereits lief.

**Manuel Brandenberg** hat den Präsidenten als sehr souverän erlebt, offenbar gab es aber Unklarheiten bei der FDP-Fraktion. Für den Votanten verlief die Abstimmung korrekt. Die FDP hat es aber vorgezogen, dreinzurufen statt abzustimmen. Der Votant macht beliebt, den Ordnungsantrag abzulehnen und die Abstimmung nicht zu wiederholen.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Anastas Odermatt, die Abstimmung 7 zu wiederholen, mit 41 zu 23 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** wiederholt, dass demnach nun die zwei Anträge mit den wenigsten Stimmen einander gegenübergestellt werden. Der Antrag mit dem schlechteren Resultat scheidet dann endgültig aus.

**Abstimmung 9:** Die zwei Anträge mit den wenigsten Stimmen erzielen die folgenden Resultate:
• Antrag der ALG-Fraktion (Erheblicherklärung): 30 Stimmen
• Antrag der SVP-Fraktion (Nichterheblicherklärung): 34 Stimmen

➔ **Abstimmung 10:** In der abschliessenden Abstimmung folgt der Rat mit 44 zu 21 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats auf Teilerheblicherklärung.

**1194** Traktandum 9.5: **Interpellation von Esther Haas betreffend den angeordneten Qualitätsabbau in den Fächern Sport, Musik, Bildnerisches und Angewandtes Gestalten an den kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen**
Vorlagen: 2856.1 - 15750 (Interpellationstext); 2856.2 - 15871 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellantin **Esther Haas** dankt der Regierung für die Antwort, auch wenn diese bei ihr nicht gerade Begeisterung ausgelöst haben.
Zug ist der erste und einzige Kanton, in welchem der Bildungsdirektor trotz des Anspruchs auf beste Lehrpersonen an den Schulen bei den Fächern Sport, Bildnerisches und Angewandtes Gestalten sowie Musik einen Qualitätsabbau anordnet. Im Rahmen des ersten Pakets des Entlastungsprogramms wurden nur die Lehrpersonen dieser Fächer dazu verpflichtet, zwei zusätzliche Lektionen pro Woche − dies bei einer 100-Prozent-Anstellung − zu unterrichten. In der Vernehmlassung zur entsprechenden Verordnung wurde die geplante Pensenerhöhung deutlich abgelehnt, obwohl noch nicht von einem Qualitätsabbau die Rede war. Die Direktion für Bildung und Kultur spricht im Rahmen des von den Betroffenen aufwendig durchgeführten gerichtlichen Verfahrens nun plötzlich von einem eingeräumten und in Kauf genommenen Qualitätsabbau im Unterricht. Dadurch sollen die betroffenen Lehrpersonen die Mehrbelastung von zwei Lektionen pro Woche kompensieren können. Zitat: «Der Regierungsrat nimmt − aufgrund der verkürzten Vor- und Nachbereitungszeit − vereinfachten oder einfacheren Unterricht in Kauf.» Die Aussicht auf Qualitätsabbau, auf *angeordneten* Qualitätsabbau, in einzelnen Fächern, die der Maturitätsverordnung unterstellt sind, ist für die Votantin äusserst irritierend. Da fühlte sie sich herausgefordert.
Ihre Fragen stehen in einem Kontext mit der Vorgeschichte zu diesem Qualitätsabbau. 2013 gelangten Sportlehrerinnen und -lehrer der kantonalen Gymnasien an das Verwaltungsgericht, weil sie eine Lohnklasse tiefer eingestuft wurden als alle übrigen Lehrkräfte. Das Verwaltungsgericht gab den Beschwerdeführern im Mai 2014 Recht. Es sah keinen Unterschied im Aufwand für den Unterricht aller Fächer an Zuger Gymnasien und hielt dazu fest: «[…] sind doch Art und Weise des Unterrichtens − unabhängig vom Fach − höchst individuell von der jeweiligen Lehrperson geprägt. Welcher Aufwand vor, während und nach einer Unterrichtslektion erforderlich ist, welches Ausmass für die Betreuung von Schülern und ihren Arbeiten vonnöten ist, kann von einer Lehrperson unabhängig vom Fachgebiet bestimmt werden und kann im Verlauf eines Schuljahres massiv schwanken. […] Jedenfalls erscheint es nicht nachvollziehbar, weshalb ein Fachbereich *a priori* und generell tiefere Anforderungen an die unterrichtende Lehrperson stellen sollte.» In der «Zuger Zeitung» vom 22. Mai 2014 liess der Bildungsdirektor die betroffenen Lehrpersonen wissen, jetzt denke er eben über eine Pensenerhöhung nach. Wehe dem, der Böses denkt − aber eine solche Reaktion kann leicht als Retourkutsche für einen unangenehmen Gerichtsentscheid verstanden werden. Wie eingangs erwähnt, wurde die Pflichtpensenerhöhung in der Vernehmlassung zwar deutlich abgelehnt, im Zug des Sparprogramms aber dennoch umgesetzt. Mitverpackt in diese Massnahme wurden die Fächer Musik sowie Bildnerisches und Angewandtes Gestalten − zufälligerweise genau jene Fächer, bei welchen im Nachgang zur gewonnenen Lohnklage der Sportlehrpersonen die Löhne ebenfalls angeglichen werden mussten. Der erneute Gang vor das Verwaltungsgericht 2016 blieb für die Lehrpersonen erfolglos. Nachdem genau dieses Verwaltungsgericht zwei Jahre zuvor einen verminderten Vor- und Nachbereitungsaufwand für die betreffenden Fächer verneinte, stützte es im November 2017 den angeordneten Qualitätsabbau: Das nun um zwei Lektionen

höhere Pflichtpensum soll mit einer verminderten Qualität kompensiert werden. Als die Votantin das las, glaubte sie sich in die *Fake-News*-Welt versetzt.
Der Bildungsdirektor rühmt bei jeder öffentlichen Gelegenheit musisches und sportliches Können, betonet in seinen Reden an der Vergabe der Maturitätsdiplome, wie wichtig für ihn ganzheitliche Bildung sei, ordnet aber durch die Hintertüre namens «Sparprogramm» einen Qualitätsabbau an. Die Votantin fragt nach: Entnimmt sie das den Antworten des Bildungsdirektors korrekt? Ordnet der Bildungsdirektor tatsächlich aktiv einen Qualitätsabbau bei den musischen Fächern und beim Sport an? Und denkt der Bildungsdirektor, das sei im Sinn der Bevölkerung und der betroffenen Eltern?
Die Bildungsdirektion versucht die Sache besser verdaulich zu präparieren, indem sie eine Differenzierung zwischen Schwerpunktfach und Grundlagenfach vornimmt: Topqualität beim Schwerpunktfach, verminderte Qualität beim Grundlagenfach. Nach Meinung der Votantin darf es qualitativ doch keine Rolle spielen, ob diese Fächer als Grundlagen- oder als Schwerpunktfach unterrichtet werden. Wo käme man denn da hin? Müsse man damit rechnen, dass der Qualitätsabbau künftig auch für andere Fächer angeordnet wird? Heisst es dann etwa für den Geschichtsunterricht, dass − gemäss Bildungsdirektion − «künftig weniger Zeit für die Vor- und Nachbereitung der Unterrichtslektionen zur Verfügung stehen würde»? Die Regierung schreibt in ihrer Antwort: «Das Erreichen und Erhalten eines ausgeglichenen Staatshaushaltes ist eine langfristige Aufgabe.» Dagegen ist nichts einzuwenden. Wenn aber der ausgeglichene Staatshaushalt über bis anhin hoch gehaltene Qualitätskriterien in der Bildung gestellt wird, ja wenn der Qualitätsabbau geradezu angeordnet wird, dann finden das die Votantin und die ALG-Fraktion empörend. Die Qualität hinunterzuschrauben, ist so ziemlich das Letzte, was die Bildung braucht. Damit öffnet die Regierung eine Büchse der Pandora, weil alle Betroffenen − Lehrpersonen und die sie beurteilenden Vorgesetzten − vor der Frage stehen: Wie viel schlechter ist noch gut genug?

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Er stellt erstaunt fest, dass die anderen Fraktionen zu diesem Thema nichts sagen wollen. Das überrascht ihn, zumal vor wenigen Wochen im Wahlkampf auf jedem Flyer das Wort «Bildung» zu lesen war. Es wäre nach Ansicht des Votanten deshalb wichtig, dass sich alle Fraktionen zu Bildungsfragen auch im Detail äussern würden.
Die angeordnete Pensenerhöhung in den Fächern Musik, Sport, Bildnerisches und Angewandtes Gestalten hat eine Vorgeschichte mit mehreren Kapiteln. Im letzten Kapitel verlor der Regierungsrat − oder zumindest der Bildungsdirektor − vor dem Verwaltungsgericht. Im aktuellen Kapitel werden Pflichtpensen für einzelne Fächer erhöht – und als Folge davon wurde die vorliegende Interpellation eingereicht. Dabei sind dem Votanten besonders die Fragen 3 und 4 aufgefallen.
Die Frage 4 suggeriert, dass eine Pensenerhöhung zu mehr Planungsfehlern und zu mehr Unfällen führen könnte. Diese Frage hat den Votanten zum Schmunzeln gebracht und ihn daran erinnert, dass der Begriff «Sicherheit» einen festen Platz in fast jedem Argumentarium hat. Der Votant geht aber nicht davon aus, dass eine Pensenreduktion zu Planungsfehlern und Unfällen führt. Sportlehrpersonen − der Votant unterrichtet selbst auch Sport − sind darauf bedacht, dass die Sicherheit hochgehalten wird, weil sie selbst bei Unfällen haften.
Noch interessanter ist die Argumentation der Regierung bei Frage 3, wonach sie überzeugt ist, dass eine Pensenerhöhung keine Konsequenzen für den Geltungsbereich des Rahmenkonzepts Qualitätsentwicklung habe und nur den Unterricht inkl. Vor- und Nachbereitung tangiere. Es liegt doch auf der Hand, dass eine Pensenerhöhung den Druck auf sämtliche Aufgaben rund um den Unterricht erhöht.

Wenn die Regierung schon eine solche Sparmassnahme beschliesst, sollte sie auch das Rückgrat haben und Qualitätseinbussen eingestehen. Im Grunde genommen ist allen klar, dass die betroffenen Lehrpersonen Abstriche machen müssen. Und wer schon selber unterrichtet hat, weiss, dass das nicht beim Unterricht geschieht, beim Spannendsten in diesem Beruf.
Man kann über einzelne Fragen und Antworten gewiss diskutieren. Grundsätzlich sollte es aber zu denken geben, was es langfristig bedeutet, wenn man beginnt, die Pensen für einzelne Fächer zu erhöhen und damit den Aufwand für einzelne Fächer zu werten. Ist der Regierungsrat vielleicht irgendwann überzeugt, dass eine Mathematiklehrperson einen einfacheren Job hat, weil sie für die Korrektur ihrer Tests weniger lang braucht als die Deutschlehrpersonen für die Aufsätze?
Mit der Pensenerhöhung für einzelne Fächer scheint der Regierungsrat ein grosses Feld für künftige Sparmassnahmen eröffnet zu haben. Mag sein, dass die aktuell betroffenen Fächer unkritischer sind, weil ihre Lobby zu klein ist. Später könnte man sich aber darauf besinnen, dass die Erfahrungen in diesen Fächern auch eine Pensenerhöhung in anderen Fächern rechtfertigten. Überhaupt ist es nicht zielführend, wenn man einzelnen Lehrpersonengruppen das Gefühl gibt, ein Fach sei komplexer oder aufwendiger als ein anderes. Eine Ausgewogenheit sollte eigentlich immer vorhanden sein. Als Sportlehrperson beispielsweise dürfte man weniger zu korrigieren haben – was der Votant bestätigen kann –, man ist aber jeden Tag mehrere Lektionen lang mit ganz unterschiedlichen Schülern und Klassen in der Turnhalle und organisiert zudem Sporttage oder Sportlager. Und letztlich ist diese Diskussion auch mit jener über das Pensum der Regierungsrätinnen und -räte vergleichbar. Je nach politischer Lage und anstehenden Aufgaben ist die eine oder andere Direktion mehr oder weniger aufwendig. Trotzdem beginnt aber niemand, das bezahlte Pensum eines Regierungsrats oder einer Regierungsrätin zu kürzen. Welches Mitglied der Regierung hat denn den strengsten Job? Wem müsste man zuerst das Gehalt kürzen? Etwa dem Bildungsdirektor? Oder dem Sicherheitsdirektor, weil die Polizei ja selbständig agiert? Oder ist es der Gesundheitsdirektor, weil das Kantonsspital ja auch selbständig organisiert ist? Fragen über Fragen – und man beginnt sich unwohl zu fühlen, weil es um die Frage geht, wer oder welches Fach mehr wert sei. Und genau zu dieser Frage führt der Entscheid des Regierungsrats.
Der Votant ist gespannt, wie die nächsten Kapitel dieser Geschichte ausfallen. Es mag gut sein, dass der Regierungsrat im aktuellen Kapitel die Büchse der Pandora geöffnet hat und sich der Kantonsrat in wenigen Jahren über Kürzungen in anderen Fachbereichen unterhalten muss.

**Anna Bieri** dankt als Kantilehrerin – dies ist ihre Interessenbindung – ihrer Kollegin Esther Haas für die Fragen an den Regierungsrat. Die Interpellantin lenkt damit das Licht auf eine der vielen Sparmassnahmen im Bildungsbereich. Die Votantin richtet aber – sie folgt hier ihrem Vorredner Zari Dzaferi – eine Kritik an die Adresse der Interpellantin: Mit Fragen wie beispielsweise Nummer 4 betreffend Risiko und erhöhter Unfallgefahr wird man den Lehrpersonen und deren Arbeitsmoral nicht gerecht. Keine Lehrperson wäre so fahrlässig, die Schülerinnen und Schüler durch mangelnde Vorbereitung zu gefährden. In der Realität wird jeder und jede diese zusätzlichen Lektionen durch ein erhöhtes Engagement bewältigen.
Damit kommt die Votantin aber zu ihrer Kritik an der Regierung:
• Die Frage, ob die Erhöhung der Pflichtlektionen einen Einfluss auf den Lehrplan habe, und die wiederholt zufrieden geäusserte Feststellung, dass dem gemäss Rückmeldung der Schule nicht so sei, erstaunt die Votantin doch sehr. Der Inhalt des Lehrplans ist limitiert durch die Anzahl Lektionen, in denen eine Schülerin oder

ein Schüler unterrichtet wird. Wie viele Lektionen eine Lehrperson noch in anderen Klassen unterrichtet, spielt für den Lehrplan keine Rolle.
• Weiter stört sich die Votantin an der willkürlichen Auswahl der Fachschaften. Man wird das Gefühl nicht los, dass der Regierungsrat − despektierlich formuliert − die Fächer «Sackgumpen» und «Korbflechten» geringer schätzt als andere. Aber vielleicht trägt Musiklehrer X mit seinem Engagement in der Big Band und bei der Unterstützung der Jugendlichen bei ihren eigenen Musikprojekten viel mehr zum Gelingen und zum positiven Charakter einer Schule bei als Mathematiklehrerin Y, die Dienst nach Vorschrift macht.
Der Antrag des Regierungsrats lautet auf Kenntnisnahme der Antwort. Die Votantin bittet, auch ihren Unmut zu dieser Sparmassnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** geht zuerst auf die Vorgeschichte der Pensenanpassung ein. Es handelte sich − wie von Esther Haas ausgeführt − um einen Lohnstreit, der vor dem Verwaltungsgericht eskalierte: Das Verwaltungsgericht hielt fest, dass die Lohnstruktur nicht mehr in der bisherigen Form aufrecht zu erhalten sei. In der alten Lohnverordnung war festgelegt, dass die Lehrpersonen der drei genannten Fachschaften eine Klasse tiefer einzustufen seien. Das Verwaltungsgericht entschied aber, dass das nicht zulässig sei. Die Regelung rühre historisch daher, dass diese Lehrpersonen nicht zwingend akademische oder seminaristische Ausbildungen vorzuweisen hatten. Dem sei heute aber nicht mehr so, weshalb die betreffende Formulierung in der Verordnung nicht mehr rechtens sei und angepasst werden müsse. Und es müssten nicht nur den Sportlehrpersonen, die geklagt hatten, sondern auch den anderen Fachschaften die Löhne − teilweise rückwirkend − angepasst bzw. nachbezahlt werden. Darauf hat die Regierung die Verordnung angepasst und − wie in das fast allen anderen Kantonen auch der Fall ist − den betreffenden Lehrpersonen, die früher für das gleiche Pensum weniger Lohn erhielten, für den gleichen Lohn mehr Pensum aufgebürdet. Das wurde wiederum vor dem Verwaltungsgericht angefochten, wobei dieses Mal der Ansatz der Regierung bestätigt wurde. Es war also nicht eine Retourkutsche, sondern die Umsetzung eines Urteils des Verwaltungsgerichts.
Die zwei Fragen von Esther Haas beantwortet der Bildungsdirektor wie folgt:
• Ja, die Anpassung erfolgte im Sinn der Bevölkerung. Diese Meinung vertritt auch die Mehrheit des Regierungsrats. Die Anpassung war zwar nicht *unmittelbar* im Interesse der Bevölkerung, sondern mittelbar in deren Interesse an einem ausgeglichenen Staatshaushalt.
• Ja, der Bildungsdirektor ordnete einen Qualitätsabbau an, wobei der Gesamtregierungsrat und die Mittelschulkommission, welche die Lehrpläne erlässt, diesen Entscheid mittrugen. Der Qualitätsabbau ergibt sich dadurch, dass man weniger Vor- und Nachbereitungszeit hat, um die gleichen Lehrplanziele zu erreichen. Deshalb wurden die Fachschaften denn auch gefragt, ob es notwendig sei, die Lehrpläne im Umfang zu reduzieren, so dass beispielsweise beim Sport das in der Vorbereitung aufwendige Klettern an der Kletterwand gestrichen und nicht mehr angeboten würde − zumal es Gymnasien gibt, die keine Kletterwand und entsprechend das Klettern nicht im Lehrplan haben. Die Fachschaften haben aber festgehalten, dass sie die Lehrpläne weiterhin erfüllen können. Deshalb muss der Bildungsdirektor eingestehen, dass *ceteris paribus* davon auszugehen ist, dass die Unterrichtsqualität leidet, nicht offensichtlich, aber systembedingt, weil weniger Vor- und Nachbereitungszeit für gleich viel Unterricht zur Verfügung steht.
Zari Dzaferi hat gefragt, ob da nicht die Büchse der Pandora geöffnet sei. Der Bildungsdirektor kann versichern, dass in anderen Fachschaften keine Anpassungen der Pensen geplant sind; das wird auch in der Antwort auf Frage 2 angedeutet,

auch wenn es dort nicht sehr prägnant formuliert ist. Es gibt keinen Anlass dazu, weil kein entsprechendes Verwaltungsgerichtsurteil umgesetzt werden muss.
Zu Anna Bieri: Wenn der zu vermittelnde Stoff reduziert wird, muss damit eine Entlastung der Lehrperson einhergehen. Der Lehrplan determiniert also nicht ausschliesslich den Aufwand, den es zu betreiben gilt. Es macht einen Unterschied, ob jemand immer wieder das gleiche Fach auf der gleichen Stufe unterrichten kann oder den Unterricht in x verschiedenen Klassen vor- und nachbereiten muss. Wenn der Umfang des Lehrplans aber abnimmt, muss auch der Aufwand zur Vor- und Nachbereitung abnehmen. Das ist zumindest die Argumentation der Bildungsdirektion. Der Vorwurf, dass die Fächerauswahl − Anna Bieri sprach von «Sackgumpen» und «Korbflechten» − willkürlich erfolgt sei, trifft nicht zu. Sie steht vielmehr in Zusammenhang mit der Umsetzung des erwähnten Verwaltungsgerichtsurteils, das den Regierungsrat beauftragte, die Regelung des Lohns für die Lehrpersonen dieser drei Fachschaften zu überarbeiten.
Abschliessend dankt der Bildungsdirektor für die Kenntnisnahme der regierungsrätlichen Antwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Gesundheitsdirektor Martin Pfister eingetroffen ist, weshalb nun Traktandum 8.2 behandelt werden kann.

TRAKTANDUM 8 (Fortsetzung)
**Parlamentarische Vorstösse, die am 27. September und am 25. Oktober 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1195** Traktandum 8.2: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Cannabis-Legalisierung**
Vorlagen: 2826.1 - 15678 (Interpellationstext); 2826.2 - 15817 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Andreas Lustenberger** dankt für die ausführliche Beantwortung seiner Interpellation. Hand aufs Herz: Wer im Saal hat selber schon Cannabis ausprobiert oder weiss davon, dass seine Kinder, Familienangehörige oder Freunde es getan haben? Gemäss verschiedenen Umfragen liegt dieser Prozentsatz in der Schweiz zwischen 30 und 50 Prozent; das entspricht einem Drittel bis der Hälfte der Bevölkerung. Beim regelmässigen Konsum sind es zwischen 5 und 20 Prozent.
Wie der Regierungsrat richtig schreibt, geht es bei der Diskussion um die Liberalisierung nicht um eine vollständige Legalisierung ohne Kontrolle. Vielmehr geht es um die Entkriminalisierung einer Substanz, über derer Wirkung schon sehr viel diskutiert wurde und wohl noch weiterhin diskutiert werden wird. Der Votant will keine Diskussion über die Risiken von Cannabis führen. Er ist überzeugt, dass der übermässige Konsum einer Substanz nie gut ist; das gilt auch für den Alkohol. Einzelfälle dürfen in einer liberalen Gesellschaft aber nicht Auswirkungen für alle anderen haben.
Der Votant geht auch nicht auf alle Punkte ein, die der Regierungsrat mit Blick auf eine Liberalisierung entweder als positiv oder als negativ auflistet. Als etwas merkwürdig empfand er die Antwort der Regierung bezüglich Jugendschutz. Hier wird faktisch ausgeführt, dass der Jugendschutz beim Alkohol nicht funktioniere, quasi

eine Bankrotterklärung für die Gesetze in diesem Bereich. Die Begründung, dass deshalb der Jugendschutz bei Cannabis durch eine Liberalisierung negativ beeinflusst werde, ist gleich doppelt problematisch:
• Eine Liberalisierung von Cannabis würde den vorhandenen Schwarzmarkt komplett austrocknen. Cannabis würde über die regulären Verkaufswege auf den Markt gelangen, und alle Konsumentinnen und Konsumenten, die älter als 18 Jahre sind, würden nicht mehr in die Illegalität gedrängt.
• Für Jugendliche gäbe es keinen Schwarzmarkt mehr, sie müssten Cannabis über die regulären Verkaufswege beziehen. Der Votant ist der Meinung, dass vorhandene Gesetze auch umgesetzt werden sollen. Die Argumentation, dass bei einer Legalisierung mehr Jugendliche Cannabis konsumieren würden, entbehrt für ihn jeglicher Logik.
Bemerkenswert in der regierungsrätlichen Antwort ist auch die Auflistung der Kosten, welche die Kriminalisierung von Cannabis für den Staat jährlich mit sich bringt. Und es sind nur die Kosten für den kleinen Kanton Zug! Wenn man sich das schweizweit überlegt, kostet es wohl mehrere Millionen Franken. Spannend wird es, wenn man sich vorstellt, wie hoch die Einnahmen aus legalem Anbau, Handel und Verkauf von Cannabis sein könnten − Einnahmen, die analog zur Tabaksteuer sowohl in die Prävention als auch in die Altersvorsorge fliessen könnten.
Die ALG-Fraktion würde es begrüssen, wenn Zug als innovativer Kanton − gerade auch im Gesundheitsbereich oder beispielsweise beim Testen von selbstfahrenden Bussen − auch im Bereich der Liberalisierung von Cannabis zu den Vorreitern gehören und gemeinsam mit anderen Kantonen und dem Bund sich an Pilotversuchen beteiligen würde.

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion. Diese dankt dem Regierungsrat für die detaillierte Beantwortung der Interpellation und die Verweise auf verschiedene Studien und weiterführenden Zahlen und Statistiken. Insbesondere dankt sie auch für die Nachforschungen zu Kosten und Kontrollen im Kanton Zug.
Das Thema ist durchaus interessant. Allerdings liegt die Gesetzgebungskompetenz hierzu beim Bund. Mit der Frage nach einer allfälligen Legalisierung von Cannabis-Produkten befassen sich deshalb primär der Bundesrat und das eidgenössische Parlament. Der Votant ist gespannt, wie es in dieser Angelegenheit weitergeht.
Die Berichterstattungen über die Legalisierung von Cannabis – wie kürzlich in Kanada – sind kontrovers und interessant zugleich. Die Erfahrungen im Ausland dürften auch Auswirkungen auf die Diskussionen hierzulande habe. Der Votant hat als Lehrer einige dieser Berichterstattungen im Unterricht thematisiert und anschliessend seine Schülerinnen und Schüler aus der 3. Oberstufe gefragt, ob man Cannabis hierzulande legalisieren sollte. Einige Befürworterinnen und Befürworter meinten Ja, sei es doch etwa dasselbe wie Rauchen oder der Konsum von Alkohol; auch Nikotin mache abhängig − und sei legal. Ausserdem könne Cannabis auch als Medizin gebraucht werden. Und Personen, welche Cannabis konsumieren wollten, erhielten es sowieso irgendwo, weswegen es eigentlich gar keine Rolle spiele, ob es legal oder illegal sei. Ein anderer Schüler meinte: «Ich finde, man sollte Cannabis ab 18 Jahren legal erhalten können, weil jeder selbst über sein Leben und über die Art, wie er leben will, entscheiden soll. Wenn jemand Geld für Cannabis oder irgendetwas ausgeben will, soll er es auf eigene Kosten tun können.» Eine andere Person schlug vor, Cannabis erst ab 21 Jahren zu legalisieren, weil man dann verantwortlich genug sei, damit umzugehen. Cannabis werde, auch wenn es illegal sei, konsumiert, dies auch von Jüngeren; wenn es ab 21 Jahren legal wäre, würde das weniger passieren. Wie bekannt, unterrichtet der Votant in einer Zuger Berggemeinde, und da gab es unter den Schülerinnen und Schülern auch recht

viele Gegnerinnen und Gegner einer Legalisierung. So war eine Person dagegen, weil sie davon überzeugt sei, dass dann viele Jugendliche früh mit dem Konsum von Drogen beginnen, keine anständige Arbeit mehr finden und in weitere Probleme hineingeraten würden. Jemand anderer war dagegen, weil Abhängige sowieso keine Steuern bezahlten, irgendwo unter einer Brücke lägen und vom Sozialamt lebten: «Ich will nach draussen gehen können, ohne Angst habe zu müssen.» Eine weitere Person war gegen die Legalisierung, weil die Infrastruktur zusammenbrechen könnte, wenn es zu viele Abhängige gäbe: «Cannabis gehört zu den Drogen, und es sollte ein allgemeines Verbot von Drogen geben.» Mindestens eine zukünftige CVPlerin oder einen zukünftigen CVPler dürfte es in der Klasse auch geben. Diese Person sagt nämlich: «Ich weiss es nicht. Es wäre sehr gut für die Wirtschaft, aber dann wären viele abhängig und könnten nicht so gut arbeiten, wenn sie *high* sind. Ich finde, es ist ziemlich 50 zu 50. Wenn Cannabis aber legalisiert werden würde, dann erst ab 18 Jahren.»
Für den Fall, dass der Rat an weiteren Meinungen interessiert ist, hat der Votant die Äusserungen seiner Schülerinnen und Schüler zu diesem Thema dabei. Wie man sieht, wird darüber kontrovers diskutiert, und man wird dazu Stellung nehmen müssen. Der Votant ist gespannt, was auf Bundesebene, wo das Thema hingehört, entschieden wird. Als einzelner Kanton kann Zug hier nicht viel bewirken.

Für Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** trifft zweifellos zu, was Andreas Lustenberger ausgeführt hat: Es gibt auch im Kanton Zug viele Cannabis-Konsumentinnen und -Konsumenten. Und wenn bei einer Abstimmung zum Thema Cannabis-Legalisierung alle, die kiffen, zur Urne gehen würden, wären sie möglicherweise sogar die Mehrheit. Gleichzeitig ist aber auch anzunehmen, dass nicht alle, die Cannabis konsumieren, auch für eine Liberalisierung wären. Das Thema wird also sicher auch von Konsumentinnen und Konsumenten kontrovers beurteilt.
Wie der Regierungsrat ausgeführt hat, wäre eine Liberalisierung nicht eine Liberalisierung im eigentlichen Sinn des Wortes. Vielmehr hätte man dann einen stark regulierten Markt. Dessen muss man sich bewusst sein. Würde Cannabis zum Verkauf freigegeben, müsste der Staat gleichzeitig noch mehr in die Prävention investieren, und hier besteht ein gewisser Interessenwiderspruch, weil man auf zwei Seiten Veränderungen vornehmen müsste. Es gibt im Moment an verschiedenen Orten auf der Welt Feldversuche, wie man künftig mit Cannabis umgehen soll. Deshalb sich der Regierungsrat auf die Position gestellt, dass Zug nicht ein Ort sein muss, wo solche Versuche stattfinden sollen. Er hat in diesem Sinn in seiner Antwort darauf hingewiesen, dass der Kanton Zug − anders als es der Interpellant vorhin ausgeführt hat − diesbezüglich kein Vorreiter der Liberalisierung sein soll. Der Regierungsrat wird die erwähnten Versuche aber beobachten und die Ergebnisse kritisch beurteilen. Im Moment läuft eine Vernehmlassung des Bundes, der eine Vorlage zu Pilotversuchen mit Cannabis ausgearbeitet hat, zu der sich die Kantone und Organisationen äussern können. Zari Dzaferi hat also zu Recht darauf hingewiesen, dass das Thema in erster Linie die Bundesgesetzgebung betrifft und die Diskussion auf dieser Ebene stattfindet.
Bezüglich Jugendschutz hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass die Verfügbarkeit von − auch legalen − Drogen einen Einfluss auf deren Konsum hat. Das zeigt sich beim Alkohol: Die gute Verfügbarkeit von Alkohol führt dazu, dass trotz umfangreicher Präventionsmassnahmen der Alkoholkonsum auch in Gruppen, die nicht legitimiert sind, Alkohol zu kaufen und zu konsumieren, verbreitet ist. In Analogie dazu muss man davon ausgehen, dass die bessere Verfügbarkeit von Cannabis dazu führen kann, dass − auch wenn man noch so viel in den Jugendschutz investiert − noch mehr Jugendliche Cannabis konsumieren werden. Es ist zuzugeben,

dass der Schwarzmarkt bei Cannabis und generell bei Drogen ein Problem ist und dass es sicher ein Vorteil einer Liberalisierung wäre, dass der Schwarzmarkt zu einem gewissen Teil verschwinden würde.
Abschliessend dankt der Gesundheitsdirektor Zari Dzaferi für seine Umfrage und die interessanten, wohl nicht ganz unrepräsentativen Resultate: Die Umfrage würde wahrscheinlich ähnlich ausfallen, wenn man sie im Kantonsrat durchführen würde. Der Gesundheitsdirektor dankt für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort. Der Regierungsrat wird das Thema im Auge behalten und seine Haltung bei Bedarf wieder darlegen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass noch Traktandum 9.6 behandelt wird, dann geht der Rat zum gemeinsamen Mittagessen. Die Nachmittagssitzung fällt aus.

TRAKTANDUM 9 (Fortsetzung)
**Parlamentarische Vorstösse, die am 25. Oktober 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1196** Traktandum 9.6: **Interpellation von Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend BYOD-Strategie durchdenken**
Vorlagen: (2857.1 - 15751) Interpellationstext; 2857.2 - 15870 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellantin **Rita Hofer** wendet sich an die Klasse, die im Kantonsratssaal zu Besuch ist. Man arbeiten mit Tablets, und es geht bei diesem Traktandum um die Finanzierung dieser Geräte: Wer soll die Tablets bezahlen, welche man in der Schule braucht? Sind es die Eltern, oder ist es die Gemeinde oder der Kanton?
Das Sparprogramm zeitigt Auswirkungen. Der Antwort auf eine Kleine Anfrage ist zu entnehmen, dass «Bring Your Own Device» (BYOD) aufgrund des Sparprogramms favorisiert wurde, was sich nun auch in der heutigen Debatte zeigt, in der es um die Finanzierung geht. In einem Satz gesagt: Eltern sollen wählen: an der Kantonsschule bezahlen oder unentgeltlich an die Sekundarschule. Dies war bereits Anfang Juli 2018 in der Beantwortung der Interpellation der ALG-Fraktion betreffend Elternbeiträge während der obligatorischen Schulzeit die Meinung der Regierung. Das Untergymnasium fällt als Angebot für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler eindeutig in die obligatorische Schulzeit. Die Regierung war gar der Meinung, es sei zumutbar, die Oberstufe an der Sekundarschule zu besuchen, und dies hätte keine Nachteile für die spätere berufliche Laufbahn. Im aktuellen Bericht vertritt die Regierung weiterhin die Meinung, dass das Untergymnasium nicht in diesen Schutzbereich falle. Die Bundesverfassung gelte nur für die Primär- und Sekundarschule. Die Frage scheint berechtigt zu sein: Warum braucht es dann noch eine Kanti Röhrliberg, wenn doch die Sekundarschule auch genügt? Ja, was sind dann die Gründe, dass die Regierung überhaupt am Untergymnasium festhält, wenn nicht zur Förderung von leistungsstarken Schülerinnen und Schülern?
Im Bereich der obligatorischen Schulzeit sind der finanziellen Mitbeteiligung der Eltern aufgrund der Unentgeltlichkeit enge Grenzen gesetzt. Dessen ist sich die Regierung bewusst. Wenn die Wirtschaft immer mehr in die Schulzimmer drängt und die Bildungsverantwortlichen überzeugen kann, dass die Digitalisierung *die*

Bildungsreform ist, dann haben die Bildungsverantwortlichen auch die Kosten dafür zu sprechen. «Für die Zukunft der betroffenen Jugendlichen ist es zunehmend wichtig, dass sie sich auch im eigenverantwortlichen Umgang mit persönlichen Computern üben», schreibt der Regierungsrat. Ja, das ist so, doch müssen sie das auch mit fremdem Eigentum lernen. Diese Aussage an das Kostenbewusstsein zu koppeln, ist keine wirklich nachvollziehbare Begründung. Damit rechtfertigt der Regierungsrat auf einfache Art und Weise, die anfallenden Kosten auf die Eltern abwälzen zu können. Dabei geht es auch um die Frage: Wer gibt die Ziele vor, und wer hat die Kosten dafür zu berappen? Wenn die Bildungsverantwortlichen die Informatik im Lehrplan 21 so stark gewichten, dann müssen sie sich auch der Folgekosten bewusst sein. Mit dem billigen Hinweis, dass eine frühzeitige Kommunikation den Eltern die finanzielle Planung der geforderten Geräte ermögliche, fehlt der ALG die absolute Glaubwürdigkeit gegenüber der Regierung. Den Eltern bleibt bei dieser Logik nur die Wahl für ihre Jugendlichen, an der Kantonsschule zu bezahlen – oder die Sekundärschule zu wählen. Wird die Kantonsschule Zug nur noch für die reiche Elite bereitgestellt, und das mit Steuergeldern?
Das BYOD-Konzept der Kantonsschule Zug ist erst in der Ausarbeitung. Es ist nicht geklärt, wie der technische Support bei Problemen mit den Geräten während des Unterrichts aussieht. Technische Probleme mit den buntgemischten Geräten werden unweigerlich zu Beeinträchtigungen des Unterrichts führen. Die happigen Einsparungen im IT-Bereich an der Kantonsschule könnten schon bald wieder im Budget als finanzieller Aufwand gefordert werden. Die Kantonsschule Menzingen startet erst nach dem Untergymnasium mit BYOD, auch mit dem Hinweis auf die Kosten, welche den betroffenen Eltern entstehen. Allerdings beginnt man in Menzingen ab der 3. Klasse, d. h. im 9. obligatorischen Schuljahr.
Die Kritik um BYOD betrifft ausschliesslich die obligatorische Schulzeit. Dass weiterführende Schulen bzw. Berufslehren sich spezifisch auf die Informatik fokussieren, ist unbestritten und fällt nicht in diesen Schutzbereich. Chancengleichheit sieht im 21. Jahrhundert definitiv anders aus. In welchem Jahrhundert ist wohl die Direktion für Bildung und Kultur steckengeblieben?

**Anna Bieri** spricht für die CVP-Fraktion. Ihre Interessenbindung: Sie unterrichtet an der Kantonsschule Zug.
Für die CVP entspricht «Bring Your Own Device» wohl dem Zeitgeist und hat in den höheren Klassen bestimmt seine Berechtigung als alltagsnahes Unterrichtssetting. Insbesondere meint die CVP, dass Unterrichtsinfrastruktur, die privat bereits vorhanden ist, nicht auch noch durch die Schule angeschafft werden soll. Allerdings hat sie diesbezüglich bei den unteren Klassen ihre Zweifel. Fraktionsinterne Erfahrungen haben gezeigt, dass bei den erst 12- bis 14-jährigen Untergymelern schätzungsweise nur gerade ein Drittel über eigene Computerinfrastruktur verfügt: Es ist die «Generation Smartphone«, nicht die «Generation Laptop».
Während BYOD in einigen Gemeinden als pädagogischer Hype mit vielen zusätzlichen Ressourcen bedacht wird, ist es im Kanton an eine Sparmassnahme gekoppelt. Die CVP fragt, ob es möglich wäre, durch die Zusammenarbeit beispielsweise mit einem Grossanbieter eine für die Schülerinnen und Schüler sowie Eltern kostengünstigere und damit auch etwas einheitlichere Lösung zu finden.
Die Einführung von BYOD im Rahmen eines Sparprogramms führte an den betroffenen Schulen zu grossen Unsicherheiten. Die Votantin verweist auf die Kleine Anfrage betreffend BYOD, die sie zusammen mit weiteren Kantonsrätinnen eingereicht hat, und dankt dem Bildungsdirektor für die prompte Beantwortung der Fragen mit ihrer doch eher strapazierten Interpretation des Worts «kurz». Nach vorgängiger Rücksprache mit dem Bildungsdirektor hat das jedoch bestens funktioniert.

Ein Kritikpunkt ist der CVP-Fraktion wichtig: Sie wehrt sich mit Vehemenz gegen die Aussage in der Antwort zu Frage 3. Das Parlament hat sich mehrfach und mit aller Deutlichkeit hinter das Langzeitgymnasium gestellt. Durch sämtliche Parteien hindurch wurde bisher bei jeder Gelegenheit betont, man wolle im Kanton Zug verschiedene, gleichberechtigte und gleichwertige Bildungswege. Aufgrund eines Bundesgerichtsurteils, das sich mit Transportkosten befasst, die grundsätzliche Unentgeltlichkeit des Untergymnasiums in Frage zu stellen, ist fragwürdig. In der Konsequenz müsste der Bildungsdirektor inskünftig den Eltern sämtliche Schulbücher oder im Extremfall sogar ein Schulgeld in Rechnung stellen. Von dieser Haltung hält die CVP nichts.

**Peter Letter** spricht für die FDP-Fraktion. Er hofft, dass sich die anwesenden Schülerinnen am Zukunftstag im Kantonsrat nicht zu sehr langweilen. Das jetzt zur Debatte stehende Thema betrifft sie direkt, sonst aber ist die Materie eher etwas fremd für sie. Der Votant stand heute Morgen vor der Entscheidung, ob er auch seinen Sohn in die Kantonsratssitzung mitnehmen wolle, wollte ihm das aber nicht antun. Der Votant ist aber überzeugt, dass die Frau Landammann für die Schülerinnen am Nachmittag ein interessanteres Programm hat als am Morgen.
Die Interpellation ist dicke Post. Das Hinterfragen der BYOD-Strategie der Schulen bezüglich Laptops durch die Interpellanten der ALG zielt darauf, diese Strategie als eine Gefahr für die Chancengleichheit darzustellen. Es wird impliziert, dass der Staat auch die elektronischen Geräte der Schüler organisieren und finanzieren soll. Alles auf dem Serviertablett serviert und bitte ja keine Eigenverantwortung: Ist das die richtige Betrachtungsweise?
Der Votant geht mit den Interpellanten einig, dass Chancengleichheit an den staatlichen Schulen wichtig ist. So war er denn auch alarmiert, als er sich das Ganze genauer überlegte. BYOD: «Build Your Own Device»? Das wäre in der Tat diskriminierend. Die Eltern und Schüler haben doch nicht alle die technische Kompetenz, um ein solches Gerät zu bauen! Aber dann realisierte der Votant, dass BYOD für «Bring Your Own Device» steht − und er war beruhigt. Aber im Ernst: «Bring Your Own Device» ist nicht diskriminierend, sondern widerspiegelt die heutige Realität − und fördert sogar die Chancengleichheit.
Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die detaillierte und fundierte Beantwortung der Fragen. Sie unterstützt ihn in der Strategie, als ein Element in der Unterrichtsgestaltung an den kantonalen Berufs- und Mittelschulen auf eigene Laptops der Schüler zu setzen. Weiter erachtet sie es als wichtig, dass digitale Skills und Anwendungen einen prominenten Platz im Schulunterricht haben. Was ist denn heute Realität? Die meisten Teenager der Oberstufe haben elektronische Geräte zu Hause und für unterwegs. Digitale Tools, auch Laptops, gehören zum Alltag und sind in der Regel in der einen oder anderen Form Teil des normalen Ausgabenbudgets der Haushalte. Die vom Regierungsrat ausgeführten Geräteanforderungen sind so tief, dass für wenige hundert Franken ein neues Laptop gekauft werden kann. Ein gebrauchtes, die Anforderungen ebenfalls erfüllendes Laptop kann für 100 Franken erworben werden; mit etwas Eigeninitiative und Herumfragen im Umfeld kann ein Occasionsgerät auch gratis besorgt werden. Und dann gibt es noch weitere soziale Netze für Härtefälle. Also bitte keine Panik wenn mal etwas Eigeninitiative gefragt ist! Die Pflicht, den eigenen Laptop mitzubringen, fördert die Chancengleichheit. Sie ermöglicht Jugendlichen, welche sonst zu Hause keinen PC erhalten würden, dies so zu erreichen.
Kurz zur Thematik «Bildung und Digitalisierung»: Interessant ist, dass mit dem politischen Vorstoss nur die Spitze des Eisbergs erfragt wird. Die technischen Mittel sind zwar wichtig, doch die digitalen Herausforderungen und Chancen in der Bil-

dung sind eigentlich woanders: Beim Umgang mit Medien, in methodischen Fragen und bei den in Zukunft vermehrt gefragten Kompetenzen der Berufsleute wie Kreativität, Analytik, Teamwork oder der Kompetenz, sich in der digitalen Wertschöpfung erfolgreich einzubringen. In der Unterrichtsmethodik richtig eingesetzt, ermöglichen Laptops mehr selbstständiges und individualisiertes Lehren und Lernen. Sie ersetzen nicht Lehrpersonen, sondern bereichern den Unterricht. Entsprechend sind die Konzepte zur Digitalisierung an den Zuger Berufs- und Mittelschulen richtigerweise breit anzulegen. Diese Thematik ist es wert, auch politisch erkannt zu werden.
Als Fazit die diesbezügliche Botschaft der FDP-Fraktion an den Regierungsrat: Weiter so, und Mut in der Umsetzung der GFI, will heissen «Go For It».

**Zari Dzaferi** spricht für die SP-Fraktion und dankt in deren Namen dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Selbst die genauen Spezifikationen bei den Mindestanforderungen für die Schülergeräte wurden angegeben, so dass der Rat u. a. nun weiss, dass die Geräte an der WMS eine Tastatur und die WLAN-Schnittstelle IEE haben müssen.
Grundsätzlich ist es nicht verkehrt, wenn die Schüler das eigene Gerät mitbringen können. Der Votant erinnert sich an seine Militärzeit: Mit allem, was einem nicht persönlich gehörte, ging man anders um als mit dem, was einem gehörte − besonders wenn man dafür hatte arbeiten und es sich hatte verdienen müssen. Der Votant erlebt als Lehrer in der Schule, dass Kinder, die ihr Handy selber gekauft haben, damit viel sorgfältiger umgehen als Kinder, welche ständig wieder das neueste Modell einfach so zur Verfügung gestellt erhalten. Gleichzeitig muss man sich aber auch überlegen, dass die Chancengleichheit nicht tangiert wird. Der Rat scheint sich einig zu sein, dass Kinder, die Talent in eine bestimmte Richtung haben, nicht benachteiligt sein dürfen, weil sie bzw. ihre Eltern sich die entsprechenden Geräte nicht leisten können. Es ist deshalb wichtig, dass die Regierung in diesem Sinn im Bereich der Stipendien dafür sorgt, dass ein im Unterricht benötigtes Gerät auch bei den Stipendien angerechnet wird.
Grundsätzlich geht der Votant davon aus, dass sich der Unterricht in Richtung Digitalisierung entwickeln wird. Er selbst wünschte sich, dass alle seine Schüler einen persönlichen Laptop hätten, könnte er dann doch beispielsweise Aufsätze ganz anders angehen als heute. Auch im Kantonrat schreibt niemand ein Votum mit dem Kugelschreiber und überträgt es dann in den Computer. Diese Zeiten sind vorbei, und man muss sich anpassen. Die Strategie, dass alle Schülerinnen und Schüler ein eigenes Gerät haben, ist deshalb richtig, es darf aber nicht dazu kommen, dass einzelne ausgeschlossen sind. Der Votant ist aber zuversichtlich, dass der Regierungsrat die entsprechende *message* aus dem Rat verstanden hat und sie umsetzen wird.

**Andreas Hürlimann** hält fest, dass die Diskussion um Chancengleichheit und die finanziellen Mittel die eine Seite der Thematik ist. Die andere Seite ist die operative Umsetzung einer solchen Strategie. Und da steht noch viel Arbeit bevor. Die Anforderungen an die Hardware sind nämlich nur ein Aspekt. Viel zentraler ist das Software-Setting, also die Frage, mit welcher Software diese Geräte ausgerüstet sein müssen, wie mit möglichst wenig Energie gearbeitet werden kann, wie mit Störungen während des Unterrichts und in anderen Einsatzbereichen umzugehen ist etc. Es muss an den Schulen also eine Support-Organisation geben, allerdings kann diese nicht hundert verschiedene Geräte gleichzeitig supporten. Hier sind noch verschiedene Fragen offen, und die Lösung scheint noch nicht gefunden zu sein, egal ob in einem Geschäftsumfeld oder an einer Schule, wo in einer Lektion wirklich die ganze Klasse mit dem gleichen Software-Paket arbeiten können muss. Hier

muss − wie gesagt − neben der grundsätzlichen Diskussion über Chancengleichheit und Finanzierung noch viel Arbeit geleistet werden.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** möchte mit den grossen Zügen beginnen. Der grosse Zug in der Frage der Digitalisierung und der Ausrüstung der Schulen und der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Geräten ist der grundsätzliche Entscheid für «One-to-One Computing»: Es soll in den Unterrichtssituationen jeder Schüler ein eigenes Gerät haben. Das Prinzip «Bring Your Own Device» ist dabei *eine* Möglichkeit der Umsetzung. Man könnte auch mit Geräte-Pools, mit Klassensätzen oder mit den altbackenen Informatikzimmern arbeiten, pädagogisch wird aber schweiz- und weltweit das Prinzip «Bring Your Own Device» präferiert. Man kann dieses Prinzip auch abgestuft umsetzen. So arbeitet man an der Kantonsschule Menzingen in den ersten zwei Jahren mit Klassensätzen und nimmt dafür in Kauf, dass in weniger Unterrichtssequenzen mit Informatikmitteln gearbeitet wird, was aber als pädagogisch vertretbar beurteilt wird. Das konkrete Umsetzungskonzept an der Kantonsschule Zug wird erst erarbeitet. Der Rhythmus ist dort anders, weil die Kanti Zug − anders als Menzingen − nicht erst kürzlich neue Schulräume mit komplett neu installierter IT bezogen hat. Es braucht deshalb noch etwas Zeit, um ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten und umzusetzen, und die Kanti Zug hat dafür ein Jahr länger Zeit als Menzingen. Die Erarbeitung des Konzepts erfolgt auf der Fachebene direkt an der Schule, wie auch alle anderen kantonalen Mittel- und Berufsfachschule ihre eigenen Konzepte erarbeitet haben.
Das in Frage 3 erwähnte Bundesgerichtsurteil ist eine juristische Auslegeordnung, die dem Kanton abverlangt wurde. Wichtig ist die Aussage, dass die obligatorische Schulzeit nicht automatisch mit dem Schutzbereich der Bundesverfassung identisch ist; das wurde auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage ausgeführt. Fazit ist aber, dass der Weg über die Sekundarschule in der Gemeinde mit anschliessendem Kurzzeitgymnasium als gleichwertig zu betrachten ist und zu einer qualitativ gleichwertigen gymnasialen Matura führt. Insofern handelt es sich um eine Alternative, auf welche das Bundesgerichtsurteil referenziert. Dass die Regierung in den Raum stelle, dass diejenigen, welche sich das betreffende Gerät nicht leisten können, halt den Weg über die Sekundarschule gehen sollen, ist eine verkürzte Darstellung. Vielmehr ist dieser Weg eine echte Alternative, die auch vom Bundesgericht als solche taxiert wird. Zum Hinweis von Anna Bieri betreffend Schulgeld hält der Bildungsdirektor fest, dass das Bundesgerichtsurteil auch die Frage abhandelt, ob es denn überhaupt denkbar wäre, im Untergymnasium Schulgeld zu erheben. Das Bundesgerichtsurteil lässt diese Frage explizit offen. Fakt ist aber, dass Schulgelder im Obergymnasium recht weit verbreitet sind. Mehrere Zentralschweizer Kantone erheben für diese Stufe Schulgelder, und im Rahmen der Entlastungsprogramme wurde seitens der Verwaltung auch im Kanton Zug geprüft, ob es eine mögliche Massnahme wäre, im überobligatorischen Bereich, im Obergymnasium, Schulgeld zu erheben. Das wurde aber explizit verworfen. Es zeigt sich darin auch die Haltung der Regierung, dass das nicht zur Diskussion stehen soll − erst recht nicht, wenn sich der Spardruck wieder etwas reduziert.
Zu Peter Letter möchte der Bildungsdirektor in erster Linie TYF, nämlich «Thank You, Freisinn», sagen für die formel- und abkürzungsreiche Ermutigung. Er ist sehr einverstanden mit der Auffassung, dass die Chancengleichheit gewährleistet bleiben muss, was auch Zari Dzaferi thematisierte. Es gibt entsprechende Stipendien und soziale Netze. Allerdings sollen nicht nach dem Giesskannenprinzip alle ausgerüstet werden, nur damit den wenigen geholfen ist, die sich die Geräte nicht leisten können. Die Möglichkeit, Stipendien dafür zu beantragen, ist aber gegeben; das wurde auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage ausgeführt. Es ist vom Gesetz-

geber aber explizit vorgesehen, dass man nicht mit der Giesskanne aktiv werden soll, um Einzelfälle zu lösen. Denn nur so lässt sich langfristig und nachhaltig sicherstellen, dass man den Einzelfällen wirklich helfen kann. In diesem Sinn stimmt es auch nicht, dass die frühzeitige Information den Eltern gar nichts bringe. Vielmehr ist es sehr hilfreich, wenn man rechtzeitig weiss, dass ein Kind in einem Jahr an die Kantonsschule geht, und sich kundig machen kann, was dort an Geräten verlangt wird. Man kann diese Information dann in den Kaufentscheid miteinbeziehen, der in den allermeisten Fällen zu diesem Zeitpunkt sowieso ansteht.
Der Grundsatz «One-to-One Computing» ist konform mit dem von Zari Dzaferi erwähnten pädagogischen Hintergrund. Der Bildungsdirektor geht mit Zari Dzaferi auch einig, dass dieser Grundsatz über das rein Technische hinaus grosse Auswirkungen auf den Unterricht haben wird; erwähnt wurde etwa der Aspekt Sorgfalt. Die von Andreas Hürlimann angesprochene operative Umsetzung benötigt in der Tat noch viel Arbeit, dessen ist sich die Bildungsdirektion bewusst. Es braucht aber den ersten Schritt, um die folgenden Fragen dann klären zu können. Es sind diesbezüglich noch viele Fragen offen, es gibt aber auch erste Lösungsansätze. So wird der Support am Kaufmännischen Bildungszentrum recht erfolgreich bewältigt, das entsprechende Konzept ist seit über einem Jahr am Laufen.
Der Bildungsdirektor nimmt aus der Debatte mit, dass man mit «One-to-One Computing» und auch BYOD pädagogisch in die richtige Richtung marschiert, dass man aber im Bereich des Untergymnasiums sehr viel Umsicht walten lassen und dort insbesondere sicherstellen muss, dass niemand nicht an eine bestimmte Schule gehen kann, weil er sich das verlangte Gerät nicht leisten kann. Der Bildungsdirektor dankt in diesem Sinne für die Kenntnisnahme der regierungsrätlichen Antwort.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Traktandum 9.7 aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben wird.

## 1197 Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. November 2018 (Ganztagessitzung)

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

86. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 29. November 2018 (Vormittag)
Zeit: 8.30−12.05 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 25. Oktober 2018
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Motion von Willi Vollenweider betreffend ein Qualitäts-Management der Zuger Gymnasien mit Erfolg: Vorhandene Daten zum Studienerfolg publizieren

3.2. Postulat von Ralph Ryser, Zari Dzaferi, Barbara Häseli, Monika Weber, Thomas Werner und Beni Riedi betreffend Integration verhaltensauffälliger Kinder in den Schulbetrieb

4. Kommissionsbestellungen
5. Budget 2019 und Finanzplan 2019–2022
6. Finanzen 2019: Gesetzesänderungen: 2. Lesung
7. Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (Kantonalbankgesetz): 2. Lesung
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, WFV): 2. Lesung
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzung und Umbau des Theilerhauses an der Hofstrasse, Zug: 2. Lesung
10. Teilrevision des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG, BGS 161.1), des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG, BGS 162.1) und des Planungs- und Baugesetzes (PBG, BGS 721.11)
11. Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG, BGS 162.1): Änderung von § 28 VRG
12. Geschäfte, die am 8. November 2018 nicht behandelt werden konnten:

12.1. Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden

12.2. Interpellation von Willi Vollenweider betreffend ausserordentliche Lagen: Wie stellen Kanton und Gemeinden im Kanton Zug den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen im Falle schweizweit erhöhter terroristischer Bedrohung und Aktionen über längere Zeit wirkungsvoll sicher?

13. Motion der SVP-Fraktion betreffend die unrechtmässige Denunziation und Anschwärzung von Personen bei der KESB durch leichtfertige «Gefährdungsmeldungen»
14. Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend ÖV-Verbindungen zur Kantonsschule Menzingen:
14.1. Postulat von Laura Dittli, Patrick Iten und Iris Hess-Brauer betreffend Optimierung des ÖV-Angebots für Berufspendler und Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Menzingen aus dem Ägerital durch die Realisierung einer Direktverbindung zwischen dem Ägerital und Menzingen
14.2. Postulat von Gabriela Ingold, Beat Iten, Peter Letter, René Kryenbühl, Karl Nussbaumer, Mariann Hess, Marcel Peter und Thomas Werner betreffend Erreichbarkeit der Kantonsschule Menzingen mit dem öffentlichen Verkehr
15. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Nutzen/Schaden der «Schwarzen Liste» für Personen, welche ihre Krankenkassenprämien/-leistungen nicht bezahlen
16. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kosten und Entwicklungen im Straf- und Massnahmenvollzug
17. Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Paradise Papers:
17.1. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Paradise Papers: Zug bleibt im Fokus
17.2. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend erneute Aufruhr auf dem Zuger Handelsplatz: Paradise Papers & Krypto Skandale

## 1198 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 73 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Sepp Grob und Heini Schmid, beide Baar; Remo Peduzzi und Thomas Villiger, beide Hünenberg; Kurt Balmer, Flavio Roos (bis 11.00 Uhr) und Matthias Werder, alle Risch.

## 1199 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Kaiser Franz ein.

Es gilt heute jeweils folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: SVP, FDP, ALG, SP, CVP.

Die Frau Landammann nimmt am Nachmittag an der Plenarversammlung der Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL) teil.

TRAKTANDUM 1

## 1200 Genehmigung der Traktandenliste

**Ralph Ryser** möchte, dass Traktandum 14 zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung behandelt wird. Er wird zum betreffenden Geschäft einen Antrag stellen,

der am 10. Dezember 2018 auch in den Gemeindeversammlungen von Unter- und Oberägeri behandelt werden soll.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden und genehmigt die vorliegende Traktandenliste mit der beantragten Änderung.

TRAKTANDUM 2

**1201 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 25. Oktober 2018**

➔ Der Rat genehmigt die Protokolle der Sitzung vom 25. Oktober 2018 ohne Änderungen.

TRAKTANDUM 3

**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben**

Das Traktandum folgt in der Nachmittagssitzung (siehe Ziff. 1207−1208).

TRAKTANDUM 4

**Kommissionsbestellungen**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass keine neuen Kommissionen zu wählen oder Änderungen in Kommissionen zu genehmigen sind.

TRAKTANDUM 5

**1202 Budget 2019 und Finanzplan 2019–2022**

Vorlagen: 2900.1 - 00000 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2900.2 - 15899 (Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für dieses Geschäft im Allgemeinen die Finanzdirektion zuständig ist. Er macht folgende Hinweise zum Vorgehen:

- Auf Seite 5 des Budgetbuchs finden sich die Anträge des Regierungsrats.
- Die Angaben zum Budget 2019 sind im Budgetbuch immer in der grauen Spalte aufgeführt.
- Der Rat behandelt Budget und allfällige Leistungsaufträge jeweils zusammen.
- In der Detailberatung folgt der Rat ab Seite 43 der Institutionellen Gliederung.
- In der Detailberatung werden die Abstimmungen über die Anträge des Regierungsrats bzw. der Staatswirtschaftskommission zu den Leistungsaufträgen und zum Budget durchgeführt.
- Nach der Beschlussfassung zum Budget folgt die Kenntnisnahme des Finanzplans.
- Am Schluss nimmt der Rat Kenntnis von der Finanzierungsprognose bis 2026.

EINTRETENSDEBATTE

Der **Vorsitzende** bittet, in der Eintretensdebatte gegebenenfalls sowohl zum Budget als auch zum Finanzplan zu sprechen und insbesondere zum Bericht und Antrag des Regierungsrats, also zu den Seiten 5−26 im Budgetbuch, Stellung zu nehmen.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, teilt mit, dass die erweiterte Stawiko das Budget und den Finanzplan am 7. November 2018 in einer Ganztagessitzung behandelt hat. Sie dankt der Finanzdirektion für die Unterstützung sowie allen Direktionen und Gerichten für den Empfang der Delegationen und für die offene und konstruktive Zusammenarbeit. Die Stawiko-Präsidentin dankt auch den Mitgliedern der Kommission für die langjährige gute Zusammenarbeit.
Die finanzielle Lage des Kantons Zug entspannt sich zusehends. Das operative Ergebnis des Jahres 2019 beträgt minus 24,2 Millionen Franken, und die Planjahre 2020−2022 zeigen wieder Überschüsse, wenn auch kleine. Die aus heutiger Sicht mittelfristig nachhaltige Kehrtwende ist der erfreulichen Entwicklung bei den Fiskalerträgen und bei den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer zu verdanken. Das ist auf die anhaltend gute Wirtschaftslage und auch auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Die Eliminierung der strukturellen Defizite ist aber auch der straffen Haushaltsführung der Direktionen und des Regierungsrats zu verdanken. Aber auch der Kantonsrat und die Stawiko können sich eine Scheibe von diesem Erfolgs abschneiden, haben sie doch einerseits Hand geboten für die Strategie der Regierung und andererseits doch immer wieder Druck gemacht, um den «Zuger Finish» abzubauen und das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen. Man kann in der Tat davon sprechen, dass auch in schlechten Zeiten ein gewisser «Zuger Spirit» zu erkennen war. Dafür gebührt allen Beteiligten ein grosser Dank.
Da die Votantin heute zum letzten Mal im Kantonsrat zu einem Budget spricht, bittet sie zur Kenntnis zu nehmen, dass trotz dieser Verbesserung des Staatshaushaltes keine Euphorie an den Tag gelegt werden sollte. Es gilt auch in Zukunft diszipliniert zu sein, vor allem auf der Ausgabenseite, damit sich das, was dem Kanton 2012 passiert ist, nicht wiederholt. Es ist enorm wichtig, die Ausgaben zu kontrollieren und Mass zu halten. Aus ihrer langjährigen Stawiko-Erfahrung muss die Votantin feststellen, dass der seinerzeitige Stellenplafond vor der Einführung von Pragma sehr wertvoll war. Sie ist überzeugt, dass dessen Aufhebung bei der Einführung der Verwaltungsführung mittels Globalbudgets mit ein Grund war, weshalb strukturelle Defizite entstanden. Deshalb ist sie überzeugt, dass die Stellenübersicht, welche die Stawiko auch in ihrem Bericht und Antrag zum Budget 2019 wieder vorlegt, für den Kantonsrat ein wertvolles Instrument für die finanzielle Führung darstellt und deshalb unbedingt auch in Zukunft weitergeführt werden muss. Die Volatilität der Wirtschaft mit immer schnelleren Zyklen ist Tatsache. Wegen der Globalisierung und Digitalisierung müssen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft bewältigt werden. Es gilt, in der Schweiz und auch international kompetitiv zu bleiben und sich dem Wettbewerb zu stellen. Die Arbeit wird der Politik, der Regierung und der Verwaltung daher nicht ausgehen.
Auf den 1. Januar 2019 wird das Reorganisationsprojekt «Verwaltung 2019» umgesetzt. Dabei werden Ämter in andere Direktionen verschoben und vor allem drei Ämter zum Amt für Raum und Verkehr zusammengelegt. Die Stawiko hat die Rochaden unter Kontrolle, die Veränderungen sind nachvollziehbar.
Die Neuausrichtung der Informatik zeigt erste Früchte. In Budgetbuch und im Finanzplan sind die erreichten Einsparungen nur schwer erkennbar. Die IT ist zentral und wird in Zukunft verstärkt einen Schwerpunkt in der Verwaltung darstellen. Neue Digitalisierungsprojekte sind anzupacken, welche die erreichten Einsparungen überdecken. Trotz Zentralisierung beim AIO wird das Amt gemäss Finanz- und Stellenplan 2021 zwei Stellen abbauen.
Im Budget 2019 sind erstmals Preisschilder pro Leistungsgruppen ersichtlich. Diese wurden entweder aufgrund einer KLR oder sonstiger praktikabler Erfassungsinstrumente ermittelt. Wo solche fehlen, haben die Amtsleiter diese mittels qualifizierter Schätzung vorgenommen. Das Preisschild ist nicht wirklich feingliedrig, und

ermöglicht es nicht, den Wert einer einzelnen Leistung zu ermitteln. Dies war ursprünglich die Idee. Die Stawiko ist jedoch gewillt, die Entwicklungen dieser neuen Preisschilder zu beobachten und daraus Schlüsse zu ziehen. Es wird sich zeigen, ob man hier noch weitergehen möchte oder ob dieses neue Instrument sinnvoll ist.
Generell weist die Stawiko darauf hin, dass das Submissionsgesetz eingehalten werden muss. Alle Mitglieder der Stawiko können die Berichte der Finanzkontrolle einsehen. In deren Berichten zu verschiedenen Direktionen wird immer wieder das Nichteinhalten des Submissionswesens bemängelt. Die Stawiko ist dezidiert der Meinung, dass die einschlägigen Vorschriften einzuhalten sind.
Die Investitionstätigkeit verbleibt auch im 2019 auf einem hohen Niveau. So sind im Budget netto rund 95 Millionen Franken eingestellt. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt daher noch unter der Zielgrösse von 100, aber immerhin schon bei 62,9 Prozent, was bedeutet, dass die Nettoinvestitionen des Jahres zu diesem Prozentsatz durch selbst erarbeitete Mittel des Jahres erzielt werden können. Netto sollten gemäss dieser Rechnung 35 Millionen Franken liquide Mittel abfliessen. Somit kann der Kanton die Investitionen für das Jahr 2019 und auch für die Planjahre ohne Aufnahme von fremden Mitteln finanzieren. Die Abschreibungen sind für das Budget sowie für die Planjahre noch mittels der degressiven Methode eingestellt. Für den Wechsel zur linearen Methode besteht gemäss Finanzhaushaltgesetz eine Übergangsfrist von drei Jahren. Da noch diverse Grundlagen erarbeitet werden müssen − bei der linearen Abschreibungsmethode muss eine Anlagebuchhaltung geführt werden −, wird ein Wechsel zum Budget 2020 und Finanzplan 2020−2023 erwartet. Die Abschreibungslast wird durch den Wechsel zur linearen Methode gemildert.
Die disziplinierte Haushaltsführung ist in allen Direktionen sichtbar und hat sich auch auf die Delegationsberichte und somit auf die Ergebnisse der Stawiko ausgewirkt. Die Stawiko stelltt nur zwei kleine Änderungsanträge. Dabei geht es nicht um grosse Einsparungen bzw. ums Geld, sondern ums Prinzip. In Zeiten von Globalbudgets ist die Stawiko dezidiert der Meinung, dass die zusätzliche Arbeit des Sekretariats eines Herr oder einer Frau Landammann durch die jeweiligen Direktionssekretariate aufgefangen werden müssen.
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission ersucht die Stawiko-Präsidentin, auf das Budget 2019 einzutreten und den Anträgen der Stawiko zuzustimmen.

**Karl Nussbaumer** spricht für die SVP-Fraktion. Er kann die Katze gleich zu Beginn aus dem Sack lassen: Die SVP-Fraktion unterstützt das Budget 2019 und die Änderungsanträge der Stawiko einstimmig.
Die Finanzdirektion hat unter der Leitung des SVP-Regierungsrats Heinz Tännler gute Arbeit geleistet. Ja, der Votant darf den Finanzdirektor rühmen. Aber es ist ihm natürlich klar, dass der ganze Regierungsrat und auch alle Mitarbeitenden der Verwaltung hinter diesen Anstrengungen stehen. Die SVP-Fraktion dankt ihnen für den Einsatz. In den letzten Jahren hatte man die Kosten im Griff, und das Budget zeigt, dass man so weitermachen will. Dass der Kanton Zug immer höhere Beiträge in den NFA bezahlen muss, dafür kann er nichts. Und dass die Berner 1300 Millionen Franken abzügeln, aber es nicht fertig bringen, 100 Millionen davon in eine Steuersenkung zu investieren, um gute Steuerzahler zu behalten oder gar zu gewinnen, auch dafür kann Zug nichts. Leider macht man dort lieber die hohle Hand.
Die Steuern sind ein bisschen eine Glückssache. Wie es aussieht, hat der Kanton Zug endlich wieder Glück, und die Steuererträge steigen weiter. Der Votant versteht darum das Gejammer der Linken nicht, die den Verzicht auf die Steuererhöhung fürchten. Man behauptet sogar, wenn man die Steuern nicht erhöhe, sei das Wort- oder sogar Vertragsbruch. Das stimmt so einfach nicht! Die Regierung

kann so etwas gar nicht versprechen, weil nämlich der Kantonsrat der Chef ist − und der Chef des Kantonsrats ist das Volk. Aber der Regierungsrat hat gar nichts versprochen. Der Votant hat nämlich die Vorlage 2844.1 zu «Finanzen 2019» gelesen − was jedes Kantonsratsmitglied auch tun sollte, wenn es das noch nicht getan hat. Auch wenn man jetzt noch nicht über «Finanzen 2019» spricht, hängt das mit dem Budget und dem Finanzplan zusammen. Im Bericht und Antrag zu «Finanzen 2019» schreibt der Regierungsrat auf Seite 4: «Die Grundidee ist,dass zuerst intensiv nach Entlastungsmassnahmen gesucht wird. Erst wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, soll eine Steuererhöhung als allerletzte Massnahme in Betracht gezogen werden.» Die Regierung hat sogar auf anfänglich geplante Massnahmen im Bereich Soziales und bei der Bildung verzichtet, ohne diese auf der Ausgabenseite mit anderen Sparmassnahmen zu ersetzen. Im Gegensatz dazu wird der Verzicht auf die Steuererhöhung nämlich auf der Ertragsseite durch Mehreinnahmen ersetzt, weil es der Wirtschaft wieder besser läuft.
Die SVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Stawiko und stimmt allen Anträgen zum Budget und den Leistungsaufträgen zu; sie nimmt zustimmend Kenntnis vom Finanzplan 2019−2022 und von der Finanzierungsprognose bis 2026. Sie erwartet aber, dass die Steuererhöhung nicht kommt.

**Beat Unternährer:** Die FDP-Fraktion empfiehlt einstimmig, auf das Budget 2019 einzutreten, und unterstützt sämtliche Anträge der Staatswirtschaftskommission. Sie begründet dies wie folgt:
Die finanzielle Lage des Kantons hat sich gegenüber den Vorjahren substanziell aufgehellt. Es ist der Regierung, der Verwaltung und dem Kantonsrat durch disziplinierte und strukturierte Arbeit gelungen, die Finanzsituation zu stabilisieren. Die Massnahmen der Entlastungsprogramme wurden konsequent umgesetzt. Dazu gehörten auch Massnahmen auf der Ertragsseite. Dank dieser guten Arbeit hat man heute eine Situation, in der sich eine Steuerfusserhöhung nicht aufdrängt, da es keinen Sinn macht, Steuern auf Vorrat einzusammeln.
Ein für 2019 budgetierter Aufwandüberschuss ist aber noch kein Grund für vollständige Entwarnung. Es ist nach wie vor wichtig, dass auch in Zukunft mit grosser Ausgabedisziplin gearbeitet wird, um nachhaltig wieder schwarze Resultate zu erzielen. Diesem Ziel kommt entgegen, dass im Geschäftsjahr 2019 noch mit degressiven Abschreibungen budgetiert wird und lineare Abschreibungen nach der Übergangsfrist von drei Jahren eingeführt werden. Die Finanzplanung zeigt, dass sich der Regierungsrat bewusst ist, dass weiterhin an der Gesundung der Finanzsituation gearbeitet werden muss. Der Regierungsrat rechnet für die Jahre bis 2022 mit moderaten Ertragssteigerungen und relativ bescheidenen Steigerungen des Aufwands. Dies führt zu einer stetigen Verbesserung der Strukturkosten, d. h. die Kosten in Prozent des Ertrags werden kleiner. Wenn man für den Kanton Zug in der Tendenz von einem stetigen Wachstum ausgeht, können Kosten- resp. Schuldenbremsen beträchtliche Wirkung haben. Dies zeigte sich in den letzten Jahren anhand des Personalstopps.
Aufgrund der heute verbesserten Situation besteht gemäss der Einschätzung der FDP eine recht hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich die zukünftigen Resultate des Kantons innerhalb der Vorgaben des Finanzhaushaltgesetzes entwickeln. Aus diesem Grund unterstützt die FDP den Vorschlag der Regierung, den Steuerfuss für 2019 auf dem heutigen Niveau zu belassen.
Die FDP hat auch mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die Stawiko anregt, die Leistungsgruppen und die dazugehörigen Kosten im Zeitablauf zu vergleichen. Mit einem einfachen Mittel könnte man hiermit allenfalls interessante Kenngrössen für die Kostenentwicklung erhalten.

Abschliessend hält der Votant fest, dass es der FDP-Fraktion nicht darum geht, stur an einem auf dem Höhepunkt der Krise definierten Plan festzuhalten. Auch im Rahmen einer Staatsführung mit hoher Finanzdisziplin müssen immer wieder wohl überlegte Investitionen in die Zukunft getätigt werden. Die FDP konnte ja damals unter anderem auch nachvollziehen, dass höhere Ausgaben für Deutschkurse für Asylsuchende über die Zeit betrachtet durchaus eine Investition mit guter Rendite sein können. Es ist ihr jedoch ein Anliegen, dass Ausgaben sehr bewusst mit einer verständlichen Logik getätigt werden.

**Andreas Lustenberger** teilt mit, dass die ALG lange überlegt hat, wie sie sich zum Budget 2019 äussern soll. Grundsätzlich hätte es eine Budgetdebatte wie jede andere werden können: Die linke Seite stellt einen Antrag auf Erhöhung des Steuerfusses, Manuel Brandenberg stellt einen Antrag auf Senkung − und am Schluss bleibt alles beim Alten. Was im Vorfeld dieser Budgetdebatte geschehen ist, ist jedoch ein absoluter Affront gegenüber der Zuger Bevölkerung. Genau vor einem Jahr hat die ALG mit Blick auf die kommenden Sparübungen eine Erhöhung des Steuerfusses beantragt, dies mit der bösen Vorahnung, dass die vom Regierungsrat verkaufte Steuererhöhung nicht so sicher sei, wie alle immer behaupteten. Das käme sowieso noch im Rahmen von «Finanzen 2019», wurde dem Votanten von allen Seiten des Parlaments mehrfach gesagt und versichert. Was nun jedoch im Vorfeld des Budgets seitens der Regierung beschlossen wurde − und der Votant ist gespannt, ob der Rat das mitträgt −, ist eine Verhöhnung der Bevölkerung. Diese hat sich nach der deutlichen Ablehnung des neoliberalen Staatsverschlankungsversuchs, getarnt als Entlastungsprogramm, kompromissbereit gezeigt, ein neues Paket mitzutragen. Auch die Personalverbände und Institutionen etc. waren unter diesen Prämissen bereit, schmerzhafte Einsparungen zu akzeptieren, immer mit dem Kompromiss im Hinterkopf, der stets auch von der bürgerlichen Mitte kommuniziert wurde. War dies im Ernst nur eine geschickte PR Strategie, um vor den Wahlen das Gesicht zu wahren?
Im Budget 2019 sind zig Massnahmen drin, die im Rahmen von «Finanzen 2019» vom Regierungsrat bereits umgesetzt wurden. Hätte die ALG gewusst, dass nicht zum Wort gestanden wird, hätte sie diese Massnahmen mit viel grösserer Vehemenz bekämpft. Eigentlich hat die ALG es ja immer ein bisschen vermutet, dass genau das der Plan sein könnte. Aber wenn man sich zum Beispiel vor Augen hält, wie im Rahmen der PBG-Diskussion immer wieder fast zu Tränen rührend auf die fehlende Kompromissbereitschaft des Rats hingewiesen wurde, könnte man − auch heute noch − ein anderes Verhalten erwarten.
Die ALG-Fraktion stellt deshalb den **Antrag** auf eine Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 86 Prozent. Auf Sparmassnahmen, die im Budget 2019 bereits umgesetzt werden, soll der Regierungsrat in eigener Regie zurückkommen und sie wenn immer möglich rückgängig machen. Abschliessend dankt der Votant im Namen der ALG allen Mitarbeitenden des Kantons, die trotz sehr schwieriger Bedingungen intensiv zum Wohl des Kantons beigetragen haben.

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Vor Jahren sagte er zu einem Budget, dass auf die sieben fetten nun die sieben mageren Jahre folgen. Man scheint mit dem Budget 2019 nun das letzte dieser sieben mageren Jahre vor sich zu haben: Der Regierungsrat budgetiert für 2019 ein Minus von knapp 30 Millionen Franken, und in den Planjahren 2020−2022 soll es wieder Ertragsüberschüsse von 2 bis 22 Millionen Franken geben. Aber bereits für 2018 zeichnet sich ein grösserer Ertragsüberschuss von rund 71 Millionen Franken gegenüber einem budgetierten Gewinn von 1,7 Millionen Franken ab, dies vor allem wegen zusätzlicher und unerwarteter

Steuererträge von rund 70 Millionen Franken; 10 Millionen Franken davon sind gemäss Aussage des Regierungsrats als nachhaltig zu betrachten und sollen deshalb auch in das Budget 2019 einfliessen. Mit weiteren grösseren positiven finanziellen Effekten, etwa bei der STAF, der ehemaligen «Steuervorlage 2017», oder mit dem KdK-Kompromiss für eine Reduktion der NFA-Last, können ab 2020 zusätzliche Einnahmen erreicht werden. *Können* heisst es hier, denn diese Vorlagen müssen noch durch den Souverän resp. die Bundesversammlung beschlossen werden, wobei zumindest die STAF-Vorlage auf der Kippe zu sein scheint. Die finanziellen Aussichten sind gemäss dem vom Regierungsrat revidierten Finanzplan in der Vorlage zum Steuerfuss bei «Finanzen 2019» rosig. Zusätzliche Auswirkungen mit massiv kleineren Aufwänden ergeben sich aus dem Wechsel von der degressiven zur linearen Abschreibung, die ab 2020 ansteht. Hier hat der Votant Mühe damit, dass der Regierungsrat dies im Finanzplan für 2020 noch nicht abgebildet hat, angeblich weil er noch nicht soweit sei. Gemeinden − das gilt zumindest für Baar − haben das schon im Finanzplan im Budget 2018 berücksichtigt. Aber der Kantonsrat muss den Finanzplan 2019−2022 ja nur zur Kenntnis nehmen und kann dazu keine Anträge stellen.
Die vom Regierungsrat in eigener Kompetenz beschlossenen Massnahmen zu «Finanzen 2019» zeigen beim Budget 2019 ihre Wirkung. Auch dank ihnen beschränkt sich das Minus auf rund 20 Millionen Franken. Und dank der wirtschaftlich guten Lage im Kanton Zug kann auch 2019 mit hohen Steuererträgen gerechnet werden.
Der Votant ist sich bewusst, dass die Investitionen für 2019 wie auch in den Folgejahren auf einem hohen Niveau sind, nämlich zwischen 95 und 140 Millionen Franken. Er findet es jedoch frustrierend, wenn der Kantonsrat Sanierungen von Strassen beschliesst − etwa kürzlich für den Abschnitt Nidfuren−Schmittli −, diese jedoch erst in einigen Jahren umgesetzt werden können. Hier wünscht sich der Votant, dass der Regierungsrat die Investitionsplanung inkl. Höhe der Investition nochmals genau anschaut.
Die Stawiko beantragt eine Kürzung um je 15’000 Franken sowohl bei der Direktion des Innern als auch bei der Direktion Bildung und Kultur. Es geht um zusätzliche Ressourcen, die für die Zeit als Herr oder Frau Landammann des Direktionsvorstehers oder der Direktionsvorsteherin gesprochen werden sollen bzw. schon gesprochen wurden. Die SP-Fraktion stimmt dieser Kürzung zu. Es wird hier versucht, sowohl den Fünfer als auch das Weggli zu erhalten: Einerseits gibt es eine zusätzliche Entschädigung von monatlich rund 2000 Franken für das Landammannamt, auf der anderen Seite sollen die zusätzlichen Aufgaben mit Stellenprozenten abgefangen werden. Die SP meint: entweder das eine oder das andere, aber nicht beides.
Die SP-Fraktion möchte die sieben mageren Jahre vorzeitig beenden und schon für 2019 ein ausgeglichenes Budget haben. Sie wird deshalb Anträge auf zusätzliche Einnahmen im Bereich der Steuern stellen: einerseits für eine Steuerfusserhöhung, andererseits für die Budgetierung der zusätzlichen 10 Millionen Franken Steuerertrag, die gemäss Regierungsrat nachhaltig anfallen.

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion. Er hat nach unzähligen Kommissionssitzungen zu «Finanzen 2019» und einiger Überzeugungsarbeit durch den Finanzdirektor im Kantonsrat für eine Steueranpassung votiert. Die CVP hat ja immer kommuniziert, dass sie − wenn nötig − für eine Steuererhöhung Hand bieten werde. Nun aber kommt der Regierungsrat nicht einmal drei Monaten später mit der Meldung, die Steuererhöhung sei doch nicht nötig. Was für eine Kehrtwende! Unglaublich, wie vehement im Kantonsrat für einen gesunden Staatshaushalt mit einer Steueranpassung debattiert wurde und nun wieder das Gegenteil gelten soll!

Die Kommunikation des Regierungsrats gleicht einem Hüst und Hott. Wie sollen das der Bürger oder die Kantonsratsmitglieder verstehen?
Der Kantonsrat berät nun das Budget und den Finanzplan. Nach der neuen Einschätzung des Regierungsrats sind offenbar viele im Budgetbuch aufgeführte Zahlen nicht mehr richtig. Trotzdem bringt die CVP einige Bemerkungen zum vorliegenden Budgetbericht an.
Wenn man als Unternehmer budgetiert, schätzt man zuerst den Personal- und Betriebsaufwand, dies lieber etwas hoch und damit vorsichtig. Die Verkaufszahlen hingegen schätzt man lieber nicht zu hoch, weiss man doch nie, ob man die Ertragszahlen wirklich erreicht. Der Regierungsrat macht genau das Gegenteil. Bei den Steuererträgen rechnet er mit einem optimistischen Szenario und erhöht diese um 3 Prozent; beim Personalaufwand rechnet er mit plus 1 Prozent, beim Sach- und Betriebsaufwand sogar mit einem Nullwachstum: ein pessimistisches Szenario bei den Ausgaben und ein optimistisches Szenario bei den Einnahmen also. Nach Meinung des Votanten ist dieses Vorgehen nicht korrekt, oder es bedarf zumindest eine Erklärung. Mit diesen Annahmen signalisiert der Regierungsrat, dass er immer noch beim Sparen ist.
Zu den Investitionen: Diese wurden vom Regierungsrat gestückelt und auf spätere Jahre verschoben. Hier hat die CVP grosse Vorbehalte. Sie findet es immer noch falsch, wenn zusammenhängende Strassensanierungen in kleine Teilstücke aufgeteilt und damit Mehrkosten verursacht werden. Schon mehrmals hat der Votant auch erwähnt, dass dringende Sanierungen im Hochbau, etwa bei der Kantonsschule Zug, zu weit nach hinten geschoben werden.
Und wie steht es mit den Abschreibungen? Die CVP war gegen den Wechsel von der degressiven zur linearen Methode. Die Politikergeneration, die eine Investition beschliesst, sollte auch den Grossteil der Abschreibungen spüren. Der Regierungsrat hat sich jedoch durchgesetzt, und man schiebt nun die Abschreibungen nach hinten. Nicht zu verstehen ist, warum das jetzt im Finanzplan nicht so aufgezeigt wird. Das Ergebnis wäre dann nämlich besser.
Mit dem Budget muss der Kantonsrat auch den Steuerfuss für das nächste Jahr beschliessen. Der Regierungsrat beantragt, diesen unverändert bei 82 Prozent zu belassen. Es ist unglaublich, aber wahr, dass die CVP vor einem halben Jahr noch ernsthaft darüber nachgedacht hat, nach den unzähligen Sparübungen bereits für 2019 eine Erhöhung des Steuerfusses zu beantragen. Kein Wunder: Was hat der Regierungsrat gejammert und über die düsteren Aussichten berichtet und den Rat belehrt, dass man bei den Steuereinnahmen keine Wunder erwarten dürfe. Nach den neuesten Informationen des Regierungsrats wird die CVP heute sicher keine Steuerfusserhöhung beantragen, aber ebenso sicher auch keiner Steuerfusssenkung zustimmen. Denn sie nimmt die neuesten Finanzzahlen sehr vorsichtig entgegen. Man kann sogar sagen: Die CVP traut den neuesten Prognosen des Regierungsrats noch nicht ganz. Warum werden plötzlich ein noch nicht beschlossener NFA-Kompromiss und die STAF, ehemals «Steuervorlage 2017» genannt, im Finanzplan miteingerechnet? Wenn diese beiden Bundesvorlagen *nicht* beschlossen werden, hat der Kanton nämlich wieder viel schlechtere Zahlen. Der Votant wird im Traktandum zu «Finanzen 2019» auf diese Frage zurückkommen. Für ihn stellt sich weiter die Frage, ob das Vorgehen, eine befristete Steuerfussanpassung so weit voraus zu bestimmen, richtig war. Wäre nicht bei jeder Budgetberatung der richtige Zeitpunkt, temporär den Steuerfuss zu überdenken und gegebenenfalls anzupassen?
Der Votant hat noch eine Frage zum Budgetprozess. Der Kantonsrat kann den gesetzlichen Steuerfuss jeweils für ein Budgetjahr erhöhen oder herabsetzen; das wäre *auch* eine befristete Erhöhung. Würde gegen eine im Rahmen des Budgetprozesses beschlossene Steuerfusserhöhung das Referendum ergriffen, hätte man

dann einen budgetlosen Zustand? Oder würde das Budget trotzdem gelten, und es könnte normal weitergearbeitet werden? Was genau wären die Konsequenzen? Warum hat der Regierungsrat, als die Aussichten noch viel schlechter waren, den Weg einer befristeten Gesetzesanpassung mit «Finanzen 2019» gewählt und nicht im Rahmen der Budgetberatung eine Erhöhung des Steuerfusses beantragt?
Zurück zum vorliegenden Budget: Die CVP-Fraktion wird die Anträge der Stawiko betreffend Direktion des Innern und Direktion für Bildung und Kultur grossmehrheitlich unterstützen. Ansonsten folgt sie den Anträgen des Regierungsrats.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** dankt der scheidenden Präsidentin der Staatswirtschaftskommission Gabriela Ingold und allen Mitgliedern der Stawiko für die immer konstruktive, manchmal auch − das ist nötig − kritische Diskussion.
Im Nachhinein weiss man immer alles besser. Auch der Finanzdirektor weiss es heute besser. Er ruft in Erinnerung, dass der Kanton vor fünf, sechs Jahren in ein strukturelles Defizit schlitterte. Es gab damals Zeichen aus dem Parlament, dass etwas unternommen werde müsse. Das war der Startschuss für ein strukturiertes Vorgehen mit dem Ziel, 2018/2019 wieder ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu können. In der Zwischenzeit wurden viele Sparprogramme durchgeführt, erfolgreich und in einem Fall etwas weniger erfolgreich. Regierung und Parlament haben die Leitlinie aber nie aus den Augen verloren. Nun hat sich der Finanzhimmel in der Tat aufgehellt. Das zeichnete sich schon in der Rechnung 2017 ab, die besser abschloss als budgetiert, allerdings wusste man damals nicht, ob die Entwicklung nachhaltig ist oder nicht. Deshalb ist es − wie von verschiedenen Votanten gesagt wurde − richtig, dass man jetzt nicht in Euphorie verfällt, sondern vor allem auf der Ausgabenseite, sei es beim Personal oder beim Sachaufwand, weiterhin genau hinschaut.
Andreas Lustenberger hat das Budget und den Budgetprozess als «Affront» und «Verhöhnung der Bevölkerung» bezeichnet, dies mit Verweis auf das vom Volk mit rund 54 Prozent Nein-Stimmen abgelehnte EP 2, und er versteigt sich zur Aussage, es sei eine reine PR-Massnahme in Hinblick auf die Wahlen gewesen, dass von einer Steuererhöhung gesprochen wurde. Damit verkennt er die Situation komplett. Der Finanzdirektor zeigt nochmals auf, wie der Sparprozess «Finanzen 2019» gelaufen ist. Anfang 2016 hat der Regierungsrat − auch aufgrund entsprechender Forderungen aus dem Kantonsrat − das Projekt «Finanzen 2019» aufgesetzt und die Massnahmen verabschiedet. 2017 wurde die Unternehmenssteuerreform III bachab geschickt, ein Tiefschlag auch für den Kanton Zug. Darauf wurde das Vernehmlassungsverfahren für «Finanzen 2019» gestartet und damit der politische Prozess initiiert. Dieser nahm mehr als drei Jahre in Anspruch, was im Kanton Zug im Vergleich beispielsweise zum Kanton Jura oder Uri etwa drei oder sechs Monaten entspricht. Drei Jahre sind hier eine Ewigkeit, und es passiert hier in dieser Zeit viel mehr als in anderen Kantonen: Sondereffekte etc., die sich nicht budgetieren lassen. Es ist deshalb keine Verhöhnung der Bevölkerung, sondern der Regierungsrat hat die Verantwortung übernommen und alles daran gesetzt, 2019/2020 wieder ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu können. Es gab auch keinen Deal, vielmehr strebte der Regierungsrat immer eine ausbalancierte Lösung an, mit einer Steuererhöhung nur dann, wenn es im Sinne einer *ultima ratio* wirklich nötig ist. Der Finanzdirektor weist in diesem Sinn klar zurück, dass das Vorgehen ein Affront oder eine Verhöhnung der Bevölkerung sei.
Alois Gössi und auch Thomas Meierhans monierten, dass der Regierungsrat den NFA-Kompromiss und STAF bereits in die Finanzplanung eingerechnet habe. Das hat die Regierung nicht gemacht! Vielmehr haben einige Mitglieder der Stawiko verlangt, der Regierungsrat solle auch aufzeigen, wie es aussehen würde, wenn der NFA-Kompromiss und die STAF tatsächlich zustande kämen. Das hat der Re-

gierungsrat auf einer Folie dargestellt, in die Finanzplanjahre aber wurden − anders als es der Kanton Luzern tut − diese hypothetischen Faktoren nicht eingerechnet.
Die lineare Abschreibung ist beschlossene Sache. Die Finanzdirektion hat der Stawiko dargelegt − *glaubhaft* dargelegt, wie der Finanzdirektor meint −, dass das im nächsten Jahr in die Planung hineingerechnet werden soll. Die Vorarbeiten sind nämlich noch nicht abgeschlossen. Die Finanzdirektion bemüht sich, hier Tempo zu machen. Wenn die eine oder andere Gemeinde bereits weiter ist als der Kanton, hat das seinen Grund in anderen Ausgangslagen.
Es ist richtig: Der Regierungsrat hat die Investitionsplanung etwas gestreckt. Es gab intensive Diskussionen mit dem Baudirektor, und man kam auch in der Regierung überein, dass das nicht falsch sei. Festzuhalten ist, dass der Kanton Zug im Vergleich zu den anderen Innerschweizer Kantonen überproportional viel investiert. Luzern hat vor zwei Jahren 75 Millionen Franken investiert, Zug hingegen 130 Millionen Franken. Aber natürlich könnte man immer noch mehr investieren.
Thomas Meierhans hat von einer «Kehrtwendung» gesprochen und gefragt, warum die Steuerfusserhöhung nicht über das Budget hätte abgewickelt werden können. Es geht − wie gesagt − um einen strukturierten Prozess. «Finanzen 2019» wurde als Sparprozess aufgesetzt, in dessen Rahmen 2016 auch eine befristete Steuerfusserhöhung in Aussicht gestellt wurde; der Regierungsrat wollte sogar noch tarifliche Anpassungen vornehmen, die er dann aber wieder gestrichen hat. Wenn er kein strukturiertes Vorgehen gewählt, sondern einfach eine Steuerfusserhöhung vorgeschlagen hätte, um das Problem zu lösen, wäre der Kantonsrat mit Sicherheit nicht einverstanden gewesen und hätte Fragen nach dem Personal- und Sachaufwand etc. gestellt. Der Finanzdirektor ist gespannt, ob Thomas Meierhans in drei oder vier Jahren, wenn sich die Weltwirtschaft vielleicht wieder anders entwickelt, so leicht einer Steuerfusserhöhung stattgeben wird; er wird ihn dann beim Wort nehmen. So leicht geht das nämlich nicht, weder auf die eine noch auf die andere Seite. Es war auch kein Hüst und Hott. Vielmehr war der Regierungsrat immer glaubhaft, strukturiert und transparent unterwegs, auch zusammen mit dem Kantonsrat. Hier hat sich Thomas Meierhans in seiner Wortwahl etwas verstiegen. Über die Kommunikation kann man immer diskutieren. In der Finanzdirektion gibt es keinen Kommunikationsberater, aber auch mit einem solchen wäre die Kommunikation nicht besser gewesen, es wurde nämlich gut und transparent kommuniziert. Das nächste Mal muss sich der Finanzdirektor allerdings überlegen, ob er wieder so transparent sein will. Er hätte ja auch sagen können, er kenne das Geschäftsergebnis 2018 noch nicht und warte ab, bis dieses vorliege. Und plötzlich schliesst man um 70 oder 80 Millionen Franken besser ab! Wie hätte der Kantonsrat wohl reagiert, wenn der Regierungsrat nicht transparent gewesen wäre und sich nicht den veränderten Verhältnissen angepasst hätte?
Zum Budgetprozess hält der Finanzdirektor fest, dass dieser Prozess bei der öffentlichen Hand nicht vergleichbar ist mit demjenigen in der Privatwirtschaft. Das sind diametral unterschiedliche Geschichten. In der Privatwirtschaft verkauft man Produkte, der Staat hingegen verkauft keine Produkte. Er ist vielmehr darauf angewiesen, dass die Privatwirtschaft gut arbeitet, damit er zu Steuererträgen kommt. Das ist nicht so einfach zu budgetieren. Der Finanzdirektor hat der Stawiko aufgezeigt, wie der Budgetprozess läuft. Es ist ein intensiver Prozess − und die Sondereffekte, die jetzt wieder kommen, lassen sich einfach nicht budgetieren. Die Frage, ob der Kanton in einen budgetlosen Zustand käme, wenn gegen eine Steuerfusserhöhung via Budget das Referendum ergriffen würde, kann der Finanzdirektor klar verneinen. Er zitiert § 22 Abs. 4 Finanzhaushaltgesetz − merkt aber, dass das nicht die richtige Bestimmung für die vorliegende Frage ist. Es ist aber wirklich so, dass man im erwähnten Fall keinen budgetlosen Zustand hätte: Das Budget wäre ge-

nehmigt, man wüsste einzig noch nicht, wo hoch der Steuerfuss im neuen Jahr sein wird. Das bedeutet, dass die Steuerverwaltung bis zur Volksabstimmung im Februar oder März noch keine Rechnungen stellen könnte. Man hätte einen zeitlichen *gap,* der zu gewissen administrativen Zusatzaufwendungen führen würde, man hätte aber keinen budgetlosen Zustand.
Abschliessend hält der Finanzdirektor fest, dass er im Traktandum zu «Finanzen 2019» noch aufzeigen wird, bei welchen Massnahmen auch sozialpolitischer Art die Regierung auf eine Umsetzung verzichtet hat; der Regierungsrat beantragt also nicht nur auf der Ertragsseite einen Verzicht. Zu den einzelnen Anträgen der Stawiko wird er in der Detailberatung Stellung nehmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Staatwirtschaftskommission Eintreten beantragen. Gemäss § 41 Abs. 1 Bst. h der Kantonsverfassung muss der Kantonsrat zwingend auf das Budget eintreten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

**Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2019**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Stawiko beantragen, den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen. Die Rechtslage betreffend den kantonalen Steuerfuss ist in § 2 Abs. 2 des Steuergesetzes wie folgt geregelt: «Der gesetzliche Steuerfuss für die Kantonssteuer beträgt 82 Prozent der einfachen Steuer. Der Kantonsrat kann den gesetzlichen Steuerfuss jeweils für ein Budgetjahr erhöhen oder herabsetzen. Ein solcher Beschluss bedarf der einmaligen Beratung. Er unterliegt dem fakultativen Referendum. Bei Ablehnung eines solchen Beschlusses durch das Volk gilt für das betreffende Budgetjahr der Steuerfuss des Vorjahres.»

**Barbara Gysel** stellt − wie schon angekündigt − namens der SP-Fraktion den **Antrag,** den Steuerfuss für das Budgetjahr 2019 von 82 auf 86 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung für das kommende Jahr entspricht eins zu eins dem Antrag des Regierungsrats im Projekt «Finanzen 2019» vom 6. März 2018 (Vorlage 2844.1). Die SP ist aus mindestens zwei Gründen für diese temporäre Anhebung:
• Erstens ist die vorgeschlagene Steuerfusserhöhung moderat. Die Steuerbelastung für die juristischen Personen würde sich dadurch von 14,6 auf 14,77 Prozent verändern. Bei den natürlichen Personen hat es die Regierung ebenfalls bereits vorgerechnet: Ein ledig-kinderloser Stadtzuger Katholik gäbe bei einem Einkommen von brutto 100’000 Franken 161 Franken mehr an den Fiskus ab; das ist auf Seite 16 der erwähnten Vorlage Nr. 2844.1 nachzulesen. In der Summe könnte es aber ein wichtiger Beitrag zum ausgeglichenen Finanzhaushalt sein. Der Regierungsrat ging in seinen Berechnungen davon aus, dass die Erhöhung um 1 Steuerfussprozent insgesamt 8 Millionen Franken in die Kantonskasse spülen würde. Selbstverständlich würde der heutige Beschluss im Rahmen des Budgets 2019 naturgemäss noch nicht im kommenden Jahr, sondern erst in den Folgejahren wirksam. Und wie bereits mehrfach ausgeführt, geht die SP grundsätzlich von einem anderen Verständnis aus: Dem gesamten Entlastungspaket liegt ein Missverhältnis zwischen ausgaben- und

einnahmenseitigen Massnahmen zugrunde. Daran hält die SP auch nach dem vorhergehenden Votum des Finanzdirektors fest. Und der Souverän hat dank des Referendums der SP und weiterer Gruppen das Paket in der Volksabstimmung vom 27. November 2016 abgelehnt. Trotzdem wurden Hunderte von ausgabenseitigen Massnahmen geprüft und − zum Glück nicht ganz alle − umgesetzt. Der Steuerfuss blieb bisher unangetastet. Wenn man die Bevölkerung ernst nimmt, sollte man stärker via Einnahmen zu einem Ausgleich beitragen. Daher fordert die SP eine Steuerfusserhöhung. Gleichzeitig ist es auch das Gebot der Stunde, zu prüfen, welche ausgabenseitigen Sparmassnahmen rückgängig gemacht oder gestoppt werden können.

• Zweitens baut die SP nicht gerne auf Sand − und die positiven Prognosen sind mit Vorsicht zu geniessen. Der Regierungsrat ahnt einen Silberstreifen am finanzpolitischen Horizont und krebst nun kurzerhand von seinem Vorschlag zurück. Die von der Regierung angekündigten positiven Prognosen wertet die SP grundsätzlich als erfreulich. Ebenfalls schätzt sie es ausdrücklich, wenn die Regierung aktiv die Rahmenbedingungen und ihre Implikationen verfolgt, gerade in einem dynamischen Kanton wie Zug. Gleichwohl mahnt die SP zu Umsicht, und sie hält es ganz mit der Stawiko: Nicht übermütig werden! Der Regierungsrat schrieb Anfang November, dass er die Kehrtwendung − also doch keine Erhöhung des Steuerfusses − aufgrund der «bisherigen Entwicklung und konkreter Rückmeldung von Unternehmungen» vorgenommen habe. Noch im März schrieb er umgekehrt, dass das Ausmass der Erholung «nicht seriös» abgeschätzt werden könne und man daher nicht auf das Entlastungspaket verzichten könne. Er schlug daher die Erhöhung der Kantonssteuer auf 86 Prozent als «Stabilitätsbeitrag» vor. Einzelne Rückmeldungen von Unternehmen bewertet sie SP als zu wenig Legitimation, den Rückwärtsgang bei der Steuerfusserhöhung einzulegen. Vorsicht bei Prognosen: Damit ist der Regierungsrat in der Vergangenheit gut gefahren. Das zeigt sich auch beim Auftrag an das private Beratungsunternehmen BAK Basel vor einigen Jahren: In der Finanzstrategie 2012−2020 (!) des Kantons Zug, datiert vom 29. März 2011, hiess es zur aktuellen Periode wörtlich: «Die BAK Basel erkennt in ihren Schlussfolgerungen keine strukturelle Gefahr für den Finanzhaushalt des Kantons Zug.» Hätte die Regierung 2011 den Befunden von BAK Basel vollen Glauben geschenkt, hätte man heute ein noch viel grösseres Problem.

Konklusion: Die SP will keine Kehrtwendungen aufgrund dürftiger Prognosen. Diese sollen nicht zu Wendemanövern führen. Slalomfahren ist keine finanzpolitische Disziplin! Es gilt, die Erträge zu erhöhen und so den Raum zu schaffen, auf Sparmassnahmen verzichten zu können. Zusammengefasst gibt es folgende Gründe für den Antrag, den Steuerfuss von 82 auf 86 Prozent zu erhöhen:

• Der Antrag ist moderat und entspricht dem früheren Vorschlag des Regierungsrats.
• Die SP will keine Haurückübungen, nur weil die Prognosen zu ändern scheinen.

Die Votantin dankt allen, welche den Antrag der SP-Fraktion unterstützen und mithelfen, ein grundsätzliches Signal auszusenden. Und es ist wohl nachvollziehbar, dass die SP einen analogen Antrag auch beim nachfolgenden Geschäft zu «Finanzen 2019» stellen wird.

**Manuel Brandenberg** spricht nicht für die SVP-Fraktion, sondern als Einzelsprecher. Er stellt den **Antrag,** den Steuerfuss für das kommende Jahr auf 80 Prozent festzusetzen − eine moderate Steuersenkung also. Die Zahl achtzig gefällt dem Votanten auch deshalb, weil 1980 Ronald Reagan Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wurde. Reagan sagte einmal über die Schulden der USA, diese seien mittlerweile so gross, dass sie selber auf sich aufpassen könnten. Der Votant

glaubt nicht, dass der Kanton Zug solche Schulden anstreben soll, er glaubt aber, dass der nötige Raum für eine Steuersenkung besteht, nachdem sich der Horizont am Finanzhimmel gelichtet hat und die Sonnenstrahlen wieder durchkommen. Es wäre ein mutiger Schritt, der den Wirtschaftsstandort Zug stärken und ihm auch reputationsmässig zupass kommen würde. In diesem Grund bittet der Votant, seinen Antrag zu unterstützen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** bittet, beide angeblich moderaten Anträge abzulehnen. Er nimmt einige Punkte betreffend «Finanzen 2019» vorweg. Bezüglich «Kehrtwendung» und «Hauruck» hält er fest, dass er persönlich und auch der Regierungsrat im Frühling 2018 in der Tat überzeugt waren, dass eine auf ein oder zwei Jahre befristete Steuererhöhung eine Notwendigkeit sei. Anders als im Kanton Uri oder Jura kann die Internationalität des Kantons Zug mit seinen vielen internationalen Firmen, deren Mutterhäuser in Singapur oder in Boston oder Houston in den USA innert 24 Stunden Entscheide mit unmittelbarer Auswirkung auf den Standort Zug fällen, dazu führen, dass sich hier innert Wochenfrist komplett veränderte Verhältnisse präsentieren. Das war in den schlechten Jahren nach 2011nicht der Fall, seit etwa anderthalb Jahren aber gibt es diese Sondereffekte wieder. Man darf Sondereffekte aber nicht budgetieren. Man kann doch beispielsweise nicht in ein Budget schreiben, dass man damit rechne, dass im Dezember 2019 ein Lottomillionär in den Kanton Zug zieht! Erstens muss es diesen Lottogewinn geben, und zweitens muss der Gewinner dann auch tatsächlich nach Zug kommen. Internationale Bestimmungen wie BEPS haben in den letzten zwei Jahren aber dazu geführt, dass mehr Substanz nach Zug kommt. Diskussionen mit entsprechenden Firmen in den letzten drei Wochen haben nun dazu geführt, dass diese mehr Steuern bezahlen wollen − was sie letztlich, bezogen auf das Steuerjahr 2016, auch tun müssen. Das führte zu einer komplett veränderten Situation. Es gibt − das ist der Standortvorteil von Zug − auch mehr und mehr wohlhabende natürliche Personen und Einkommensmillionäre, die nach Zug kommen. Vielleicht erhalten sie noch eine Dividendenauszahlung von 50 Millionen Franken − keine Seltenheit −, was zu entsprechenden Steuern führt. Es ist also sehr schwierig, diese Erträge zu budgetieren.
Was ist nun passiert? Im Frühling wollte der Regierungsrat eine Steuerfusserhöhung vornehmen, dies vor dem Hintergrund des dannzumal vorliegenden Steuersubstrats. Nun aber hat sich eine Verbreiterung des Steuersubstrats ergeben, was bezüglich Steuereinnahmen bedeutet, dass das mit der Steuerfusserhöhung angestrebte Ziel auch ohne diese erreicht wird. Die Steuerzahlenden haben damit ihren Beitrag an die Gesundung des Finanzhaushalts bereits geleistet. So einfach ist diese Rechnung, und keine Geiss schleckt das weg.
Es sei zugegeben: 2011 hat auch der Finanzdirektor in den Prognosen von BAK Basel nur schwarze Zahlen gesehen. Man muss aber auch den Mut haben, auf den eigenen Bauch zu hören: Das Vertragsverhältnis mit BAK Basel wurde denn auch aufgelöst, und die Finanzdirektion lässt sich nicht mehr von BAK Basel inspirieren, in welche Richtung auch immer.
Der Finanzdirektor bittet nochmals, die zwei vorliegenden Anträge nicht zu unterstützen und dem Antrag des Regierungsrats und der Stawiko zu folgen.

Für **Barbara Gysel** sind die Ausführungen des Finanzdirektors äusserst plausibel. Sie sind aber auch genau der Grund, warum die SP-Fraktion für eine strukturierte Steuerfusserhöhung plädiert. Sondereffekte zu budgetieren, ist zweifellos schwierig. Gerade deswegen soll man sich nicht auf kaum prognostizierbare Zufallseffekte verlassen. Es war auch das Argument in der Stawiko, die erwähnten 10 Millionen Franken nicht in das Budget aufzunehmen, weil es eben in die eine oder andere

Richtung gehen kann. Genau aufgrund der Ausführungen des Finanzdirektors beantragt die SP-Fraktion die Steuerfusserhöhung.

Auch der Nachsatz von Barbara Gysel überzeugt Finanzdirektor **Heinz Tännler** nicht. Der Wirtschaft geht es nachhaltig besser, das ist nicht auf Sand gebaut. Das Bevölkerungswachstum und das Wachstum bei den natürlichen und juristischen Person ist auch infolge Substanzgewinn nachhaltig. Die Firmen in Zug sind nicht mehr nur Briefkästen, sondern sie sind substanzhaltige Unternehmen, was nachhaltig zu mehr Steuererträgen führt, weil die Wirtschaft brummt. Wichtig und erfreulich ist auch, dass der Kanton Zug noch fast 800 Millionen Franken Eigenkapital hat − wobei der Finanzdirektor hofft, dass dieses nicht einfach wegschmilzt. Auch vor dem Hintergrund dieses Polsters rechtfertigt sich eine Steuererhöhung im jetzigen Zeitpunkt und auch im nächsten Jahr nicht.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Anträge zum Steuerfuss für 2019 vorliegen:
• Antrag des Regierungsrats und der Stawiko: 82 Prozent
• Antrag der SP-Fraktion: 86 Prozent
• Antrag von Manuel Brandenberg: 80 Prozent.

**Abstimmung 1:** Die genannten Anträge erzielen in der Dreifachabstimmung die folgenden Resultate:
• Antrag des Regierungsrats und der Stawiko (82 Prozent): 45 Stimmen
• Antrag der SP-Fraktion (86 Prozent): 18 Stimmen
• Antrag von Manuel Brandenberg (80 Prozent): 9 Stimmen

➔ Der Rat legt den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2019 bei 82 Prozent fest.

**Genehmigung der Leistungsaufträge 2019**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Leistungsaufträge 2019 zu genehmigen. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend die Leistungsaufträge 2019.

**Beratung und Genehmigung des Budgets 2019**

Der **Vorsitzende** legt fest, dass der Rat das Budgetbuch direktionsweise und nicht Kostenstelle für Kostenstelle durchgeht. Er bittet:
• bei Wortmeldungen zu Kostenstellen mit Leistungsauftrag folgende Angaben zu machen: Seite im Budgetbuch, Nummer und Name der Kostenstelle;
• bei Wortmeldungen zu Kostenstellen ohne Leistungsauftrag zusätzlich die betroffene Kontonummer zu nennen.

Es erfolgen Wortmeldungen zu folgenden Direktionen bzw. Kostenstellen:

***Direktion des Innern***

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** erinnert daran, dass die Stawiko den **Antrag** stellt, das Globalbudget der Kostenstelle 1500, Direktionssekretariat, um 15'000 Franken zu kürzen.

**Anastas Odermatt** spricht für die ALG-Fraktion. Diese lehnt den Antrag der Stawiko ab, das Globalbudget des Sekretariats der Direktion des Innern im Umfang von 10 Stellenprozent zu kürzen. Die diesbezügliche Debatte entsprang gemäss Stawiko-Bericht einem Antrag der Direktion für Bildung und Kultur auf Aufstockung des Personaletats um 10 Stellenprozent aufgrund der erhöhten Arbeitsbelastung während der Zeit als Landammann. Ja, die Arbeitsbelastung ist höher, nur soll dies nach Ansicht der ALG mit internen Verschiebungen aufgefangen werden. So hat es auch die Direktion des Innern vor zwei Jahren gemacht.
Der Antrag der Stawiko, bei der Direktion des Innern zu streichen, erfolgt mit einem Argument aus einem anderen Zusammenhang, nämlich aus dem Prozess «Finanzen 2019». Der Votant möchte in diesem Zusammenhang von der Regierung wissen, ob es im Frühjahr 2018 innerhalb der Regierung noch andere Anträge gab, kleinere Sparmassnahmen nicht umzusetzen. Wenn dies der Fall wäre, müsste die Stawiko *überall* entsprechende Anträge stellen − oder nirgends. Alles andere ist Willkür. Die ALG lehnt den Antrag der Stawiko deshalb ab.
Sodann stellt der Votant namens der ALG-Fraktion den **Antrag**, das Globalbudget des Sozialamts, Kostenstelle 1550, um 142'500 Franken zu erhöhen. Dies entspricht jenem Anteil des Budgets, der gemäss Budget des Sozialamts als «Finanzen 2019»-Budgetmassnahme im Bereich Kinder- und Jugendförderung eingespart werden soll. Die ALG fordert mit diesem Antrag die Direktorin des Innern auf, dort nicht zu kürzen. Man muss das im grösseren Zusammenhang sehen, denn im Budget 2020 soll in diesem Bereich nochmals gespart werden, nämlich bei den entsprechenden Leistungs- und Subventionsvereinbarungen, dann konkret um 180'000 Franken. Auf gut Deutsch gesagt: Dieses Jahr soll die Kinder- und Jugendförderung verwaltungsseitig beschnitten werden − und nächstes Jahr dann bei den externen Partnern. Die Begründung lautet dort, etwa bei der Jugendförderkommission, unter anderem wie folgt − der Votant zitiert aus der Antwort auf die Kleine Anfrage von Andreas Hürlimann und ihm selbst zu diesem Themas: «Diese Leistung wird künftig vollständig vom kantonalen Sozialamt erbracht» − also von jener Stelle, in der dieses Jahr zusammengestrichen wird. Damit wird faktisch die kantonale Kinder- und Jugendförderung niedergebrannt. Dagegen wehrt sich die ALG. Im Rahmen einer von der Sparhysterie entfachten Negativspirale wird an allen Ecken und Enden gespart und zusammengestrichen, gerade auch bei externen Partnern, die substanzielle Beiträge zum Funktionieren der Gesellschaft erbringen − ohne wirkliche Kenntnis der langfristigen Auswirkungen. Auf der Einnahmeseite wird nach langem Hin und Her eine Steuererhöhung beantragt, wobei die Regierung dann doch wieder zurückbuchstabiert − es sieht halt doch besser aus. Gleichzeitig aber bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen zu sparen, mit der Begründung, eben doch sparen zu müssen, wirkt für den Votanten einerseits schizophren, andererseits ekelt es ihn an. Er dankt deshalb für die Unterstützung des Antrags der ALG-Fraktion.

**Andreas Hausheer** spricht zur Investitionsrechnung des Sozialamts auf Seite 81 des Budgetbuchs. Es geht ihm dabei nicht um das Wohnheim «Schmetterling», sondern um eine Kompetenzfrage. Im Stawiko-Bericht steht, dass Beiträge bis 5 Millionen Franken durch den Regierungsrat geleistet werden können. Der Votant hat

einige Abklärungen getroffen: Der Kostenvoranschlag lag bei 4,85 Millionen Franken, man hat dann noch 2 Prozent draufgeschlagen, womit man auf 4,95 Millionen Franken kam. Eigentlich müsste man aber von 4,85 Millionen Franken plus/minus 10 Prozent ausgehen − und läge damit über der Schwelle von 5 Millionen Franken. Der Votant hat nun zwei Fragen an die Direktorin des Innern − und er möchte eine konkrete Antwort, also Ja oder Nein:
• Sind die 4,95 Millionen Franken als Kostendeckel zu verstehen, also als fester Beitrag, der nicht erhöht wird, auch wenn das Projekt allenfalls 5,3 Millionen Franken kostet? Wenn ja, wäre es halbwegs okay, wenn die Regierung den entsprechenden Entscheid selber trifft; wenn nein, müsste dem Kantonsrat eine Vorlage vorgelegt werden. Der Votant erinnert sich an einen Bericht der Finanzkontrolle, die in einem analogen Fall ebenfalls monierte, dass nicht die nötige Klarheit herrschte, dies auch bezüglich der Information des Kantonsrats.
• Ist es ein Zufall, dass der Betrag von 4,95 Millionen Franken gerade noch in den Kompetenzbereich des Regierungsrats passt?

**Gabriela Ingold** spricht nicht in ihrer Funktion als Stawiko-Präsidentin, sondern als Einzelsprecherin. Im Budget 2019 sind 1,2 Millionen Franken für das Projekt «Umbau WWH Schmetterling» eingestellt, in den Folgejahren sind dafür weitere Investitionsbeiträge vorgesehen, bis zu einem Total von 4,95 Millionen Franken. Die Votantin beantragt, den Betrag von 1,2 Millionen Franken aus dem Budget 2019 zu streichen.
Bei der Vorbereitung der Budgetsitzung der erweiterten Staatswirtschaftskommission ist die Votantin sämtliche Investitionsbeiträge durchgegangen und dabei auf den Beitrag auf Seite 81 gestossen. Da ihr dieses Investitionsvorhaben unbekannt war und sie sich nicht an eine entsprechende Vorlage im Kantonsrat erinnern konnte, erkundigte sie sich an der Budgetsitzung der Stawiko danach. Seitens der Finanzdirektion wurde der Stawiko gesagt, dass es dazu eine kantonsrätliche Vorlage gebe; so steht es denn auch im Bericht und Antrag der Stawiko. Mit E-Mail vom 21. November wurden die Mitglieder der Stawiko durch deren Sekretär informiert, dass die Frau Landamman festgestellt habe, dass das falsch sei. Gemäss § 26 Abs. 3 des Gesetzes über soziale Einrichtungen könne der Regierungsrat sozialen Einrichtungen Investitionsbeiträge bis 5 Millionen Franken gewähren. Somit bestehe eine Rechtsgrundlage für eine gebundene Ausgabe, und es gebe keine separate Vorlage an den Kantonsrat. In der Folge erkundigte sich die Votantin, ob das Geschäft bereits im Regierungsrat beraten wurde. Das wurde verneint. Die Votantin verlangte darauf das Gesuch zu diesem Investitionsbeitrag und erhielt das Antragsschreiben vom 4. April 2018. Da das Antragsdossier mehrere Dutzend Dokumente umfasst, verlangte sie jene Seiten, auf welchen die finanziellen Vorstellungen des antragstellenden Vereins darlegt wurden. Sie konnte diese Dokumente leider erst gestern studieren. Sie musste feststellen, dass es sich um den Umbau/Sanierung der Liegenschaft Adelheid-Page-Strasse 1 und 3 in Cham handelt. Mit dem Umbau will der Antragsteller das bereits aus dem Jahre 2006 stammende Projekt «Wohnen im Alter» verwirklichen. 2006 wurde dem Wohn- und Werkheim «Schmetterling» ein Leistungsauftrag für eine zusätzliche Wohngruppe von sechs Personen erteilt. Der Verein mache sich in der Folge auf die Suche nach geeigneten Standorten im Kanton Zug und entschied sich 2012 zum Kauf der hier thematisierten Liegenschaft. Das Projekt verzögerte sich in der Folge, weil das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt wurde. Die finanziellen Vorstellungen des Vereins sehen dahingehend aus, dass der Umbau von 4,95 Millionen Franken vollumfänglich durch den Kanton zu finanzieren sei. Eine Reserve, die den Betrag − wie schon gehört − über

die Schwelle von 5 Millionen Franken ansteigen liesse, ist nicht ersichtlich − und der Betrag geht haarscharf an der Kompetenz des Kantonsrat vorbei.
Für die Votantin stellen sich hier viele Fragen. Neben den Fragen rund um die Höhe der Investition und die damit verbundene Kompetenzverschiebung vom Kantonsrat zum Regierungsrat stellt sich etwa die Frage, ob es wirklich sinnvoll sei, «Wohnen im Alter» in einem denkmalgeschützten Gebäude zu realisieren. Und wie viele Plätze sollen da gebaut werden? Sind es sechs oder mehr? Dem Bericht der visitierenden Stawiko-Delegation war zu entnehmen, dass dort auch Büros eingerichtet werden sollen. Überschlagsmässig kalkuliert, kommt man bei sechs Plätzen auf Kosten von 1,4 Millionen Franken pro Platz − was doch etwas hoch ist, möglicherweise so aber nicht stimmt. Und wenn man den Subventionsbeitrag der Denkmalpflege dazuzählt, kommt man auf Kosten von deutlich mehr als 5 Millionen Franken für den Kanton. Die Votantin ist deshalb klar der Ansicht, dass dieses Geschäft in den Kantonsrat kommen muss. Diese Zusatzrunde wird das seit Jahren hängige Projekt − Antrag im Jahr 2006, Kauf der Liegenschaft im Jahr 2012 − nicht wesentlich verzögern. Und weil das Geschäft nach Ansicht der Votantin wirklich in den Kantonsrat gehört, stellt sie den **Antrag** auf Streichung des betreffenden Postens im Budget 2019 und auf die Erstellung einer korrekten Vorlage zuhanden des Kantonsrats. Sie dankt für die Zustimmung zu ihrem Antrag.

**Philip C. Brunner** spricht zu den Seiten 6 und 7 des Stawiko-Berichts betreffend Asyl- und Flüchtlingsbereich. Er dankt der Stawiko-Präsidentin, dass sie dieses Thema im Auge behält, und verweist besondere auf die interessante Beilage 2, welche die Grössenordnungen in diesem Bereich aufzeigt. So gab es 2017 total 997 unterstützte Personen, die Kosten lagen brutto bei 28 Millionen Franken, was pro Kopf 28’000 Franken macht. Wenn man bedenkt, dass dem Kanton Zug 1,4 Prozent aller Asylbewerber zugewiesen sind, kann man hochrechnen: Schweizweit liegen die Kosten bei satten 2 Milliarden Franken. Dieser Betrag umfasst nur die ausgewiesenen Kosten, es kommen noch zusätzliche Kosten dazu.
Der Votant dankt − wie gesagt − der Stawiko-Präsidentin dafür, dass sie dieses Thema im Auge behält. In früheren Budget- und Rechnungsdebatten kritisierte er jeweils, dass das Sozialamt bezüglich Kosten nicht transparent sei; man sieht aufgrund der Rechnungsführung nur die globale Zahl von rund 73 Millionen Franken. Hier aber bekommt man nun eine Vorstellung davon, was wohin fliesst.

**Jean-Luc Mösch** ist erstaunt darüber, dass in Zusammenhang mit dem Projekt «WWH Schmetterling» auch allfällige Beträge vonseiten der Denkmalpflege erwähnt werden und moniert wird, dass man damit die Schwelle von 5 Millionen Franken übersteige. Der Beitrag des Amts für Denkmalpflege und Archäologie ist eine ganz andere Baustelle; der Rat würde ja auch nicht über die Unterschutzstellung sprechen, wenn es sie nicht gegeben hätte. Zu beachten ist auch, dass der Verein Schmetterling schon längst ein neues Gebäude auf der grünen Wiese in Hagendorn bezogen hätte, wenn sich damals nicht die Direktion des Innern aus raumplanerischen Gründen so quergestellt hätte, dass das nicht möglich war und sich der Fokus wieder auf das Dorf verschob. Der Votant bittet, hier bei der Sache zu bleiben: Es geht um den Betrag, der im Budget steht, um nichts anderes.

**Rainer Suter** war Vorstandsmitglied des Vereins Wohn- und Werkheim Schmetterling − und es wäre nicht seine Sache, dort zu arbeiten. Er hat die Mitarbeitenden immer bewundert, sie machen einen sensationellen Job. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich, er geht einzig einmal pro Jahr auf eine kleine Reise. Die Personen, die im Wohn- und Werkheim wohnen, sind schwerstbehindert; die von der Zuwebe

betreuten Personen sind Spitzensportler im Vergleich mit ihnen. Da die Pflege immer besser wird, werden die Behinderten immer älter. Man hat deshalb Überlegungen zum «Wohnen im Alter» gemacht und wollte zuerst in Hagendorn eine Liegenschaft kaufen. Dann aber konnte das Haus Adelheid-Page-Strasse 1 gekauft werden, das damals nicht unter Denkmalschutz stand. Man machte sich Überlegungen zu einem Verbindungsgang zwischen dem Hauptgebäude und dem neu erworbenen Haus. Dann aber wurde das Haus unter Schutz gestellt − ein Affront gegenüber dem Verein. Man hat diesem alles in den Weg gestellt, was man konnte. Was da passierte, ist für diese Leute eine absolute Katastrophe. Die 4,9 Millionen Franken stechen auch dem Votanten ins Auge, man darf aber nicht ausser Acht lassen, was bisher passiert ist. Das war nicht sauber, und der Votant hofft, dass der Rat mit dem neuen Denkmalschutzgesetz diesbezüglich einen anderen Nagel eingeschlagen hat.

**Gabriela Ingold** stellt klar, dass sie überhaupt nichts gegen den Verein Schmetterling oder sein Wohnheim hat. Es geht ihr einzig um die Prozesse im Parlament, das Thema geht also alle an. Es geht um viel Geld, und der Kantonsrat soll wirklich alle Informationen erhalten und dann die Kompetenz haben, zu entscheiden, ob man das will oder nicht.

**Andreas Hausheer** ist Mitglied des Stiftungsrats einer ähnlichen Institution in Steinhausen, welche ebenfalls mit der Direktion des Innern Verhandlungen über die Finanzierung führt − und es ist auch dort nicht einfach. Es geht ihm aber nicht um diese Stiftung oder diesen Verein, sondern um die Kompetenz des Kantonsrats. Wenn die Direktorin des Innern von 4,95 Millionen Franken als Kostendach spricht, ist das der Beitrag, der gemäss Gesetz über die sozialen Einrichtungen in die Kompetenz des Regierungsrats fällt. Wenn es schlussendlich aber um mehr als 5 Millionen Franken geht, fällt das Geschäft gemäss Gesetz in die Kompetenz des Kantonsrats, und dann braucht es eine entsprechende Vorlage. Der Votant ist also weder für noch gegen das Projekt, sondern es geht ihm einzig um die Kompetenz des Kantonsrats. Der vorliegende Fall hat nämlich Präzedenzcharakter.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** spricht zum Antrag der Stawiko, das Globalbudget der Kostenstelle 1500, Direktionssekretariat, um 15’000 Franken zu kürzen, und versucht die Kaskade aufzuzeigen. Die Direktion des Innern hat aus Sicht des Regierungsrats für die Zeit der Direktionsvorsteherin als Frau Landammann keine zusätzlichen Stellenprozente erhalten. Sie hat im Direktionssekretariat die Kommunikationsstelle vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018 um 10 Stellenprozente erhöht, indem sie eine andere direktionsinterne Stelle um 10 Prozent reduzierte. Es war also eine interne Verschiebung für eine befristete Zeit, was vor dem Hintergrund des Globalbudgets in der Kompetenz und Zuständigkeit der betreffenden Direktion liegt. Als Massnahme im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» erfolgte ein Verzicht auf 10 Stellenprozente, was vom Regierungsrat 2018 aber wieder aufgehoben wurde, wie auch in anderen Direktionen verschiedene Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrats wieder aufgehoben oder aber aufgeschoben wurden. Die Kommunikationsstelle der Direktion des Innern muss also nicht aufgrund von «Finanzen 2019» reduziert werden, sie wird aber trotzdem wie geplant auf den 1. Januar 2018 reduziert, wobei die 10 Stellenprozent zum Rechtsdienst gehen. Man darf hier also nicht Äpfel mit Birnen verwechseln.
Anastas Odermatt fragte nach anderen Massnahmen, welche aufgeschoben oder gestrichen wurden. Der Finanzdirektor versucht eine Antwort zu geben, wobei diese aber nicht vollständig ist. Der Regierungsrat hat bereits aufgezeigt, welche Mass-

nahmen, die zu Gesetzesänderungen geführt hätten, gestrichen wurden. In eigener Kompetenz hat er beispielsweise gestrichen: Zusammenlegung schulpsychologischer Dienst, Öffnungszeit Telefon bei der Steuerverwaltung, Gebührenreduktion bei den Gerichten, Subventionsvereinbarung mit «Triangel», Beitragsreduktion bei den Zuger Wanderwegen, Kantonsbeitrag Interverband Rettungswesen, Zusammenlegung Sekretariat Handelsregister und Abteilung Konkurs, Reduktion des Beitrags an TixiZug. Das ist keine vollständige Liste, aber doch ein kleiner Abriss. Es wurde also nicht nur bei der Direktion des Innern eine Massnahme rückgängig gemacht. Der Finanzdirektor bittet, den Antrag der Stawiko bezüglich Direktionssekretariat der Direktion des Innern nicht zu unterstützen.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, bestätigt, dass ihre Direktion für die Zeit des Landammannamtes keine neuen Stellenprozente erhalten, sondern diese intern verschoben hat. Wenn der Rat dem Kürzungsantrag der Stawiko folgt, bestraft er den künftigen Landammann, was der Regierungsrat nicht als sinnvoll erachtet. Zum Antrag, das Budget für den Bereich Kinder- und Jugendförderung um 142'500 Franken zu erhöhen, hält die Direktorin des Innern fest, das alle Direktionen und Ämter einen Sparbeitrag leisten mussten, so auch die Abteilung Generationen und Gesellschaft, was dort aber nicht bei der Stelle Kinder- und Jugendförderung geschah. Diese Stelle war nicht betroffen. Die Kürzung war anspruchsvoll, vor allem in Anbetracht der Aufgaben im Bereich Sozialhilfe und Armutsbekämpfung bzw. -prävention. Sie ist aber machbar. Der Regierungsrat bittet deshalb, seinem Antrag zu folgen.
Die Direktorin des Innern hat gestaunt über die Diskussion zum Thema «WWH Schmetterling». Sie kann eine relativ einfache Erklärung geben. Gemäss § 26 Abs. 3 des Gesetzes über soziale Einrichtungen kann der Regierungsrat sozialen Einrichtungen Investitionsbeiträge bis zu 5 Millionen Franken gewähren. Somit besteht eine Rechtsgrundlage für eine gebundene Ausgabe gemäss § 26 Abs. 1 Bst. a des Finanzhaushaltgesetzes, und es erfolgt, wenn der Betrag unter 5 Millionen Franken liegt, keine separate Vorlage an den Kantonsrat. Es kann immer vorkommen, dass man eine nicht korrekte Auskunft erteilt, der Sachverhalt wurde nachträglich von der Direktion des Innern und der Finanzdirektion aber richtiggestellt. Wo steht man mit dem Projekt «WWH Schmetterling»? In den nächsten Wochen fällt der Regierungsrat einen Entscheid, wobei es um die Phasen 1 und 2 des GAP Dritter, also noch nicht um den Kantonsbeitrag geht. Der Regierungsrat wird dann voraussichtlich über das Nutzungsbedürfnis und über den Bedarfsnachweis gemäss GAP Dritter entscheiden: Anerkennt der Regierungsrat das Bedürfnis oder nicht? Weiter geht es darum, die Planung gutzuheissen. Der dritte Punkt wird sein, die Planung gemäss Vorprojekt zu beurteilen. Erst in einer späteren, dritten Phase, wofür es nach Abschluss des Planungs- und Ausführungsverfahrens ein weiteres Gesuch des Vereins Schmetterling braucht, geht es dann um die Frage eines Kantonsbeitrags. Sollte dieser nach den dannzumal vorliegenden Kostenvoranschlägen über 5 Millionen Franken liegen, muss die Regierung den Entscheid dem Kantonsrat unterbreiten. Das ist aber − wie gesagt − erst in Phase 3 der Fall: in den Phasen 1 und 2 entscheidet immer die Regierung, alleine und abschliessend. Die Frage der Stawiko und von Andreas Hausheer, ob der Investitionsbeitrag absichtlich knapp unter der genannten Limite liege, kann die Direktorin des Innern nicht beantworten; das müsste der Verein Schmetterling tun. Wenn die Limite von 5 Millionen Franken aber überschritten wird, wird der Regierungsrat damit selbstverständlich in den Kantonsrat kommen. Und etwas salopp ausgedrückt: Wenn der Rat die eingestellten Investitionsbeiträge aus dem Budget 2019 streichen würde, wäre das relativ witzlos. Da

der Kanton gemäss Gesetzgebung verpflichtet ist, in soziale Einrichtungen zu investieren, würde der Regierungsrat trotzdem gemäss GAP Dritter weiterarbeiten.
Wie wurden solche Fälle in der Vergangenheit behandelt? Die Direktorin des Innern verweist auf das Wohnheim Eichholz in Steinhausen − Andreas Hausheer ist Mitglied von dessen Stiftungsrat −, für welches im Budget 2018 ebenfalls Beiträge eingestellt wurden. Der Regierungsrat wies explizit darauf hin, dass er am 15. Dezember 2015 den Bedarfsnachweis anerkannt und die Planung bezüglich Raumprogramm, Standortplanung und Ausführungsverfahren gutgeheissen habe gemäss Phasen 1 und 2 GAP Dritter. Das Vorgehen war also genau dasselbe: Es werden Beiträge eingestellt, und in der Phase 3, wenn das Gesuch eingereicht wird, entscheidet sich, ob es einen Kantonsratsbeschluss braucht oder ob der Regierungsrat in eigener Kompetenz entscheiden kann.
Die Direktorin des Innern bittet deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Sie kann − wie erwähnt − nicht sagen, ob der vorgesehene Betrag zufälligerweise unter der Schwelle von 5 Millionen Franken liegt oder nicht; der Regierungsrat nimmt ernst, was die Institutionen einreichen. Die Direktorin des Innern kann auch nicht sagen, ob das Gesuch für die dritte Phase dann bei 5,2 oder bei nur noch 4,5 Millionen Franken liegen wird.

**Andreas Hausheer** hält fest, dass somit die Information, welche er per E-Mail erhalten hat, also nicht stimmt. Es heisst dort nämlich: «Somit besteht eine Rechtsgrundlage […], und es erfolgt keine separate Vorlage an den Kantonsrat.» Es ist völlig unklar, ob es nun eine Vorlage gibt oder nicht: Einerseits soll es gemäss E-Mail keine Vorlage geben, andererseits sagt die Direktorin des Innern, dass es vielleicht trotzdem noch eine Vorlage gebe. Was trifft nun zu?

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, hält fest. Wenn die Zahlen auch in der dritten Phase noch stimmen, gibt es keine Vorlage an den Kantonsrat. Wenn der Betrag aber über 5 Millionen Franken liegt, dann wird es eine Vorlage an den Kantonsrat geben.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen. Es liegen drei Anträge zum Budget der Direktion des Innern vor:
• Antrag der Stawiko auf Kürzung des Globalbudgets der Kostenstelle 1550, Direktionssekretariat, um 15’000 Franken:
• Antrag der ALG-Fraktion auf Erhöhung des Globalbudgets der Direktion des Innern, Sozialamt, Kostenstelle 1550, Seite 80 des Budgetbuchs, um 142’500 Franken;
• Antrag von Gabriela Ingold auf Streichung des Betrags von 1,2 Millionen Franken in der Investitionsrechnung des Sozialamts.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat stimmt dem Antrag der Staatswirtschaftskommission, das Globalbudget der Kostenstelle 1500, Direktionssekretariat, um 15’000 Franken zu kürzen, mit 44 zu 25 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Antrag der ALG-Fraktion, das Globalbudget der Direktion des Innern um 142'500 Franken zu erhöhen, mit 48 zu 23 Stimmen ab.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag von Gabriela Ingold, in der Investitionsrechnung des Sozialamts den Betrag von 1'200'000 Franken für das Projekt WWH Schmetterling, Umbau Adelheid-Page-Strasse 1/3, zu streichen, mit 38 zu 33 Stimmen ab.

***Direktion für Bildung und Kultur***

**Alois Gössi** spricht namens der SP-Fraktion zur Kostenstelle 1730, Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule, auf Seite 99 im Budgetbuch. Das Projekt «Finanzen 2019» bestand bekanntlich aus verschiedenen Teilen:
• Aufgabenkürzungen, die zu weniger Ausgaben führen;
• zusätzliche Einnahmen durch Gebührenerhöhungen und Ähnliches;
• zeitlich befristete moderate Steuerfusserhöhung;
• Verzicht auf oder Verschiebung eines Teil der geplanten Investitionen.
Dies war für die SP eine Voraussetzung, dass sie dem Projekt «Finanzen 2019» prinzipiell zustimmen konnte, damit der Staatshaushalt wieder ins Lot kommt. Nun aber möchte der Regierungsrat für 2020 wegen zusätzlicher Steuereinnahmen und der weiteren guten finanziellen Aussichten keine Steuerfusserhöhung vornehmen. Da der Staatshaushalt also ohne Steuerfusserhöhung saniert werden soll − so beantragt es der Regierungsrat −, fühlt sich die SP nicht mehr verpflichtet, am ursprünglichen Konzept festzuhalten. Konsequenterweise wird sie deshalb einige Massnahmen, die zu Aufgabenkürzungen führen, in den Schlussabstimmungen zu «Finanzen 2019» ablehnen. Und konsequenterweise beantragt sie symbolisch die Streichung von zwei Massnahmen für 2019, die in der Kompetenz des Regierungsrats liegen und ihren Niederschlag im Budget 2019 finden. Über die Erfolgsaussichten ihrer Anträge ist sich die SP-Fraktion leider im Klaren.
Für die Direktion für Bildung und Kultur bedeutet dies, dass die SP-Fraktion den **Antrag** auf eine Erhöhung des Globalbudgets um 175’000 Franken stellt, dies als Kompensation für die Streichung der Massnahme «Pauschalkürzung des Kantonsbeitrags an die PH Zug». Hier ist zu beachten, dass der Kanton Zug den Kantonsbeitrag an die PH Zug schon auf der Höhe des Budgets 2017 einfrieren will, dies trotz des Ertragsausfalls infolge der Senkung der Beiträge gemäss der Fachhochschulvereinbarung und trotz der gesetzlich vorgegebene Lohnerhöhungen für 2019 im Betrag von 600'000 Franken. Mit dem Antrag der SP-Fraktion sollen also von den geplanten zwei Kürzungen bei der PH Zug im Betrag von 775’000 Franken 175’000 Franken aufgehoben werden.

**Manuel Brandenberg** nimmt als Einzelsprecher Stellung zum Antrag der Stawiko auf Kürzung des Globalbudgets der Kostenstelle 1700, Direktionssekretariat, um 15’000 Franken. Man muss hier die Relationen aufzeigen, was nach Ansicht des Votanten im Stawiko-Bericht zu wenig geschieht. In der Beilage 1 des Stawiko-Berichts sind die Vollzeitstellen der einzelnen Direktionssekretariate per Ende 2017 ersichtlich: Direktion des Innern 15,2 Stellen, Direktion für Bildung und Kultur 4,85 Stellen, Volkswirtschaftsdirektion 6,25, Baudirektion 11,45 Stellen, Sicherheitsdirektion 8,9 Stellen, Gesundheitsdirektion 8,5 Stellen, Finanzdirektion 8,3 Stellen. Wenn man die im Vergleich tiefe Anzahl Stellen im Sekretariat der Direktion für Bildung und Kultur betrachtet, ist es etwas geizig, dem Herrn Landammann in spe eine Erhöhung zu verwehren, zumal der Bildungsdirektor in der Vergangenheit eher gespart hat, auch beim Direktionssekretariat. Man sollte nicht jemanden, der in der Vergangenheit gespart hat, bestrafen, indem man ihm bei einer veränderten Ausgangslage jetzt keine Veränderung mehr erlaubt. Der Votant bittet in diesem Sinn, den entsprechenden Antrag der Stawiko zu hinterfragen. Persönlich wird er sich erlauben, abweichend von der Fraktion zu stimmen − zumal die SVP-Fraktion ja keinen Fraktionszwang kennt.

**Anastas Odermatt** unterstützt den Antrag der SP-Fraktion auf Erhöhung des Globalbudgets der Direktion für Bildung und Kultur um 175’000 Franken als Kom-

pensation für die Pauschalkürzung bei der PH Zug. Auf Seite 353 des Budgetbuchs steht im Kommentar zum Budget der PH Zug: «175’000 Franken Minderertrag infolge einer weiteren Pauschalkürzung des Kantonsbeitrages im Rahmen von ‹Finanzen 2019›. […] Es besteht ein strukturelles Defizit von ca. 400’000 Franken, das im Rahmen der institutionellen Ablösung der PH Zug von der PH Zentralschweiz in Kombination mit den kantonalen Sparmassnahmen entstanden ist.» Das heisst auf gut Deutsch: Man hatte ein strukturelles Defizit in der kantonalen Rechnung, das an eine andere Institution, nämlich die PH Zug, verschoben wurde. Der Kanton tut nun so, als ob er das strukturelle Defizit eliminiert hätte, in Wirklichkeit aber besteht es andernorts weiter. Der Votant bittet, auf die Kürzung bei der PH Zug zu verzichten bzw. das Budget der Bildungsdirektion um 175’000 Franken zu erhöhen.

Bildungsdirektor **Stephan Schleiss** bestätigt, dass die PH Zug vom Sparprogramm «Finanzen 2019» in einer schwierigen Phase erwischt wurde und Mühe hat, unter den erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen ihre Aufgabe zu erfüllen. Das Problem ist aber erkannt. Der Stawiko-Bericht macht darauf aufmerksam, dass dieses strukturelle Defizit adressiert werden soll, und der Bildungsdirektor kann versichern, dass der Hochschulrat zusammen mit der Hochschulleitung daran arbeitet, die nötigen Massnahmen zu ergreifen und umzusetzen. Auch der Regierung ist die schwierige Lage der PH bewusst, weshalb sie den geforderten Sparbeitrag, der ja mit einer gewissen Linearität auf alle Ämter und Abteilungen sowie die angegliederten selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten umgelegt wurde, für die PH Zug reduziert hat. Prozentual hätte es die PH mit 350’000 Franken getroffen, die Regierung hat diesen Sparbeitrag aber auf 175’000 Franken zurückgenommen.
Die von Manuel Brandenberg angeführten Zahlen waren sicherlich ein Faktor, der die Regierung bewogen hat, dem Drängen des Bildungsdirektors nach zusätzlichen, befristeten Stellenprozenten nachzugeben. Mehr kann der Bildungsdirektor im Moment dazu nicht sagen. Er bittet aber, in beiden Fragen dem Antrag des Regierungsrats zu folgen resp. die Anträge der Stawiko und der SP-Fraktion abzulehnen.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat stimmt dem Antrag der Staatswirtschaftskommission, das Globalbudget der Kostenstelle 1700, Direktionssekretariat, um 15'000 Franken zu kürzen, mit 41 zu 23 Stimmen zu.

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, das Globalbudget der Direktion für Bildung und Kultur um 175'000 Franken zu erhöhen, mit 44 zu 22 Stimmen ab.

***Baudirektion***

**Alois Gössi** spricht zum Konto 3020.07, Tiefbauamt, auf Seite 175 des Budgetbuchs. Namens der SP-Fraktion stellt er den **Antrag,** das Globalbudget des Tiefbauamts um 355’000 Franken zu erhöhen. Damit soll die im Rahmen von «Finanzen 2019» durch den Regierungsrats erfolgte Streichung der Massnahme «Reduktion betrieblicher Unterhalt Strasse, Reinigung, Grünpflege und Reparaturen» kompensiert werden. Gerade im Bereich der Reparaturen zahlt sich diese Kostenersparnis nach Meinung der SP nur kurzfristig aus. Die Reparaturen kommen so oder so, jetzt einfach später, dafür in grösserem Umfang.

Baudirektor **Urs Hürlimann** hält fest, dass der Unterhalt der Strassen im Rahmen einer über mehrere Jahre laufenden Planung erfolgt. Auch vor dem Hintergrund der

Sparmassnahmen kann der Strassenunterhalt weiterhin zufriedenstellend für die Bevölkerung und die Verkehrssicherheit gewährleistet werden. Der Baudirektor bittet deshalb, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, das Globalbudget des Tiefbauamts um 355'000 Franken zu erhöhen, mit 59 zu 10 Stimmen ab.

***Sicherheitsdirektion***

**Barbara Gysel** spricht namens der SP-Fraktion zum Leistungsauftrag der Zuger Polizei auf Seite 242 des Budgetbuchs. Als der Kantonsrat im Oktober 2017 bei der Revision des Polizeigesetzes den Gewaltschutz behandelte, unterstützte die SP die Änderungen. Gleichzeitig war im Rat hüben wie drüben spürbar: Die beschlossene Gesetzesgrundlage ist gut und recht, aber ohne personelle Ressourcen bleibt das Recht leerer Buchstabe. Mit Verweis auf das Entlastungsprogramm 2015−2018 verzichtete der Regierungsrat auf die Realisierung eines umfassenden Bedrohungsmanagements gerade auch im Kontext häuslicher Gewalt. Damals standen 50 Stellenprozente bei der Polizei zur Verfügung, die aber intern kompensiert werden mussten − wobei angegeben wurde, dass für eine seriöse Umsetzung des Gewaltschutzes vier Mal so viel, nämlich 200 Stellenprozente, als Bedarf angesehen würden. Die vorberatende Kommission machte damals also nicht unbegründet auf die Gefahr einer «Alibi-Gesetzgebung» zum Gewaltschutz aufmerksam. Und sogar die Stawiko, die nicht in den Verdacht kommt, ausgabenfreudig zu sein, bekundete auf Seite 3 ihres damaligen Berichts die Bereitschaft, zusätzliche Polizeistellen zu prüfen. Aus diesem Grund hat die Votantin im Februar 2018 bei der Anpassung des Leistungsauftrags 2018 der Kostenstelle 3590 im Kantonsrat gefordert, dass spätestens im Budget 2019 ein umfassendes Bedrohungsmanagement Teil des Grundauftrags sein und konkrete Erwähnung finden solle. Diese Aussagen wiederholt die SP nun mantramässig. Und sie möchte wissen, inwiefern dieses Anliegen im Rahmen des Budgets 2019 geprüft wurde. Sie erwartet vom Sicherheitsdirektor konkretere Aussagen.
Ein Hinweis zu den Angaben betreffend Vermisstensuche auf Seite 243 des Budgetbuchs: Hier müsste es sich bei der Zielgrösse wohl um 20, nicht 200 Personen handeln; 2018 war die Zielgrösse 30 Personen.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** bestätigt, dass die Zahl 200 ein Druckfehler sein muss: 20 dürfte richtig sein.
Bezüglich Gewaltschutz wiederholt der Sicherheitsdirektor seine frühere Aussage, dass ein diesbezügliches Projekt gestartet und nach einem Jahr dann berichtet werden soll, ob es dazu mehr Personal benötige. Es ist für die Kantonspolizei ein Thema, das sie prioritär angeht. Gerade gestern fand eine Informations- und Instruktionsveranstaltung für die Gemeinden statt, die sehr gut besucht war. Das Interesse an diesem Projekt ist gross. Man startet im neuen Jahr damit, und nach einem Jahr wird man überlegen, ob es mehr Personal braucht, um das umsetzen zu können, was man sich vorstellt und was man dazu erreichen will. Im Budget 2019 ist diesbezüglich aber kein zusätzliches Personal eingestellt.

***Finanzdirektion***

**Alois Gössi** spricht für die SP-Fraktion. Der Rat beschliesst hier das Budget 2019. Was sagt das Budget aus? Es soll aufzeigen, mit welchen Einnahmen und Ausgaben bei den verschiedenen Direktionen, der Staatskanzlei, den Gerichten, der Ombudsstelle und der Datenschutzstelle im Jahr 2019 gerechnet werden kann. Abhängig von den budgetierten Einnahmen und Ausgaben kann geschaut werden, wie hoch der Steuerfuss im Budgetjahr sein soll. Das Budget soll realistische Zahlen aufweisen und alle relevanten Einnahmen und Ausgaben aufzeigen. Der Regierungsrat gestaltet das Budget in der Regel nach bestem Wissen und Gewissen. Er verabschiedet es jedoch ziemlich früh im laufenden Jahr. Da ist es gut möglich, dass zwischen der Verabschiedung des Budgets durch den Regierungsrat und der Beratung im Kantonsrat neue, relevante Tatsachen auftauchen, die grosse finanzielle Auswirkungen haben.
Ein solcher Fall sind die zusätzlichen Steuereinnahmen für 2018 im Betrag von rund 70 Millionen Franken. Ein Teil davon, nämlich rund 10 Millionen Franken, sind gemäss den Aussagen des Finanzdirektors nachhaltig, kommen also auch in den Folgejahren wieder zum Tragen. Der Finanzdirektor benutzt diese 10 Millionen Franken zusätzlichen Steuereinnahmen ja auch in seiner Argumentation, um bei «Finanzen 2019» auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Budgets durch den Regierungsrat war diese Tatsache noch nicht bekannt.
Die SP-Fraktion stellt vor diesem Hintergrund den **Antrag,** bei der Finanzdirektion, Konto 5065, Kantonssteuern, zusätzliche Einnahmen von 10 Millionen Franken zu budgetieren. Wenn nachträglich auftauchende Ereignisse − dazu gehören die zusätzlichen nachhaltigen Steuereinnahmen − für die Staatsrechnung relevant sind − und 10 Millionen Franken sind nach Ansicht des Votanten wirklich relevant −, soll dies auch in das Budget einfliessen. Wo nämlich käme man hin, wenn grosse finanzielle Posten, die sehr wahrscheinlich fliessen werden, nicht mehr in das Budget aufgenommen würden? Man bedenke den gegenteiligen Fall: Würde der grösste Steuerzahler den Kanton Zug Knall auf Fall verlassen − gemäss einer früheren Aussage des Finanzdirektors eine realistische Möglichkeit − und der Kanton Zug so vielleicht 10 Millionen Franken Steuereinnahmen verlieren, würde man dann das Budget bei den Steuereinnahmen nicht auch um 10 Millionen Franken reduzieren? Der Votant macht beliebt, dem Antrag der SP-Fraktion zuzustimmen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass dieser Antrag auch in der Stawiko gestellt und dort mit 7 zu 5 Stimmen abgelehnt wurde; die Votantin verweist auf Seite 9 ihres Berichts. Wie auf Seite 2 des Stawiko-Berichts ausgeführt wird, operiert die Finanzdirektion mit verschiedenen Szenarien: Bei den Fiskaleinnahmen ist man eher pessimistisch, also vorsichtig, bei den Ausgaben hingegen tendiert man in die andere Richtung. Die Stawiko betrachtet dieses Vorgehen als angemessen und stimmt ihm zu, ist es doch Ausdruck einer vorsichtigen Haushaltsführung.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** glaubt, dass ein Budget in der Tat austarierbar und nivellierbar ist. Er ergänzt die Ausführungen der Stawiko-Präsidentin mit einem Beispiel. Es wurde in der «Neuen Zürcher Zeitung» kürzlich nur mit einer kleinen Notiz vermerkt, dass der Schweizer Finanzminister in Brüssel war. Es ging hauptsächlich um die Börsenäquivalenz, nebenbei aber auch um die Erwartung der europäischen Kommission, dass die Schweiz schon jetzt und nicht erst dann Massnahmen treffen soll, wenn die STAF, die ehemalige «Steuervorlage 17», allenfalls vom Volk angenommen worden ist. Und was passierte? Die Schweizer Delegation

kann nach Bern zurück und strich per sofort die Steuerpraxis bezüglich Privilegien für *Finance Branches* und Prinzipalgesellschaften. Solche Änderungen können bei *Finance Branches* zu einem Verlust von bis zu 10 Millionen Franken führen. Es ist wichtig, solche Faktoren zu berücksichtigen. Betroffen von der Praxisänderung sind auch Prinzipalgesellschaften wie Johnson & Johnson − der Finanzdirektor führt nicht weiter aus, was das für Zug bedeutet. Warum aber reagiert die Finanzdirektion nicht? Sie geht davon aus, dass möglicherweise Prinzipalgesellschaften aus dem Kanton Zürich in den Kanton Zug wechseln, weil das Steuerklima hier besser ist. Damit ergibt sich eine Kompensation. Und damit ist auch gesagt, dass die als nachhaltig beurteilten 10 Millionen Franken nicht einfach aufs Spiel gesetzt werden sollten.

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, bei den Kantonssteuern zusätzliche Einnahmen von 10 Millionen Franken in das Budget aufzunehmen, mit 49 zu 22 Stimmen ab.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit das Budget 2019 durchberaten ist. Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen die Genehmigung des Budgets 2019.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend das Budget 2019 mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen.

**Weitere selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten**

***Leistungsauftrag und Globalbudget für die Pädagogische Hochschule Zug***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Genehmigung des Leistungsauftrags und des Globalbudgets für die Pädagogische Hochschule Zug beantragt. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Leistungsauftrag und das Globalbudget für die Pädagogische Hochschule Zug.

***Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat die Genehmigung des Budgets der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel beantragt. Die Staatswirtschaftskommission schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend das Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

**Kenntnisnahme des Finanzplans 2019–2022**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 21 Abs. 1 Satz 2 des Finanzhaushaltgesetzes der Kantonsrat vom Finanzplan lediglich Kenntnis nimmt. Regierungsrat

und Staatswirtschaftskommission beantragen Kenntnisnahme. Eine Abstimmung erübrigt sich, weil der Rat vom Finanzplan nur Kenntnis nimmt.

➔ Der Rat nimmt den Finanzplan 2019−2022 stillschweigend zur Kenntnis.

**Kenntnisnahme der Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten bis 2026**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat und die Staatswirtschaftskommission Kenntnisnahme beantragen. Eine Abstimmung erübrigt sich, weil der Rat auch von der Finanzierungsprognose nur Kenntnis nimmt.

➔ Der Rat nimmt die Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten bis 2026 stillschweigend zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Rat damit das Budget und den Finanzplan verabschiedet hat. Bei Geschäften, die keine Erlasse sind, erfolgt praxisgemäss keine Schlussabstimmung im Sinne von § 74 Abs. 1 GO KR.

➔ Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Damit ist das Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 6

**1203 Finanzen 2019: Gesetzesänderungen: 2. Lesung**

Vorlagen: 2844.26 - 15838 (Ergebnis 1. Lesung [EG ZGB]); 2844.27 - 15839 (Ergebnis 1. Lesung [Kommission Allgemeine Weiterbildung]); 2844.28 - 15840 (Ergebnis 1. Lesung [Sonderschulen]); 2844.29 - 15841 (Ergebnis 1. Lesung [Mittelschulen]); 2844.30 - 15842 (Ergebnis 1. Lesung [Polizeidienststellen]); 2844.31 - 15843 (Ergebnis 1. Lesung [Polizeiliche Leistungen]); 2844.32 - 15844 (Ergebnis 1. Lesung [Betreibungszustellung]); 2844.33 - 15845 (Ergebnis 1. Lesung [Pendlerabzüge]); 2844.34 - 15846 (Ergebnis 1. Lesung [Juristische Personen]); 2844.35 - 15847 (Ergebnis 1. Lesung [Verwaltungsratsmitglieder]); 2844.36 - 15848 (Ergebnis 1. Lesung [Mitarbeiterbeteiligungen]); 2844.37 - 15849 (Ergebnis 1. Lesung [Namensänderungen]); 2844.38 - 15850 (Ergebnis 1. Lesung [Gesundheitspolizeiliche Tätigkeiten]); 2844.39 - 15851 (Ergebnis 1. Lesung [Beratungstätigkeit]); 2844.40 - 15852 (Ergebnis 1. Lesung [Strassenkosten]); 2844.41 - 15853 (Ergebnis 1. Lesung [Sennhütte]); 2844.42 - 15854 (Ergebnis 1. Lesung [Kommission für Suchtprobleme]); 2844.43 - 15855 (Ergebnis 1. Lesung [Krankenversicherungsobligatorium]); 2844.44 - 15856 (Ergebnis 1. Lesung [Revierförsterinnen und -förster]); 2844.45 - 15857 (Ergebnis 1. Lesung [Fischereikommission]); 2844.46 - 15858 (Ergebnis 1. Lesung [Steuerfuss]); 2844.47 - 15888 Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung [EG ZGB]); 2844.48 - 15900 (Antrag von Rita Hofer zur 2. Lesung [Polizeidienststellen]); 2844.49/49a - 15916 (Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung [Steuerfuss]); 2844.50 - 15922 (Antrag von Peter Letter, Andreas Hausheer und Philip C. Brunner zur 2. Lesung [Juristische Personen]); 2844.51 - 15924 (Antrag von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann zur 2. Lesung [Pendler-

abzüge]); 2844.52 - 15925 (Anträge der SVP-Fraktion zur 2. Lesung [EG ZGB, Polizeidienststellen, Juristische Personen, Steuerfuss]).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung sechs Anträge und zwei Eventualanträge zu fünf Vorlagen eingegangen sind. Diese werden in der Reihenfolge ihres Eingangs beraten und zur Abstimmung gebracht; später eingegangene Anträge zur gleichen Vorlage werden gleichzeitig behandelt. Zu den übrigen sechzehn Vorlagen wird anschliessend ohne Debatte je einzeln die Schlussabstimmung durchgeführt.

***Vorlage 2844.26 (EG ZGB)***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zu dieser Vorlage ein Antrag des Regierungsrats sowie ein Antrag der SVP-Fraktion auf die zweite Lesung vorliegen.

**Manuel Brandenberg** bestätigt, dass die SVP-Fraktion hier die Beibehaltung geltenden Rechts bzw. die Streichung von § 41 Abs. 3 gemäss Ergebnis der ersten Lesung beantragt. Der betreffende Paragraf wurde in der ersten Lesung mit 33 zu 30 Stimmen beschlossen. Es geht um die Möglichkeit, dass ausnahmsweise Personen, die nicht KESB-Mitglieder sind, trotzdem im Spruchkörper der KESB mitentscheiden können, beispielsweise wenn die Zeit drängt. In der Debatte zur ersten Lesung verwies die Gegnerschaft darauf, dass es bezüglich Legitimation wichtig sei, dass vom Gesamtregierungsrat bestimmte Mitglieder der KESB diese Entscheide fällen müssen. Das Ergebnis der ersten Lesung sieht nun vor, dass ausnahmsweise auch eine nicht vom Regierungsrat, sondern von der zuständigen Direktorin ernannte Abteilungsleiterin mitbestimmen kann. Etwas Verwirrung schaffte in der ersten Lesung der Auftritt der Direktorin des Innern, die diesen Bedenken entgegenhielt, es handle sich möglichweise um ein Versehen, denn auch die betreffende Abteilungsleiterin werde vom Regierungsrat gewählt bzw. namentlich bestimmt, es gebe also − der Votant zitiert aus dem Protokoll vom 30. August 2018, Seite 2566 − «keinen Unterschied zu den anderen Behördemitgliedern». Eine Konsultation der Rechtsquellen ergibt aber, dass dem nicht so ist: Für die Anstellung einer Abteilungsleiterin ist nicht der Regierungsrat zuständig, sondern die zuständige Direktorin; die Details finden sich in der Begründung des Antrags der SVP-Fraktion. Das Parlament wurde hier möglichweise also etwas irregeführt, bevor es mit nur drei Stimmen Unterschied den entsprechenden Entscheid fällte. Die SVP-Fraktion wollte diesen Entscheid deshalb nochmals dem Parlament vorlegen: den Entscheid nämlich, dass diese Abteilungsleiterin als Mitglied des Dreiergremiums − die KESB entscheidet normalerweise im Dreiergremium − mitentscheiden kann. Zu beachten ist dabei, dass es bereits sieben ordentlich gewählte KESB-Mitglieder gibt. Es sollte also auch bei Ferienabwesenheiten etc. kein Problem sein, die nötige Zahl ordentlich gewählter Mitglieder zu finden.
Die SVP-Fraktion bittet in diesem Sinn den Rat, den Antrag auf Streichung von § 41 Abs. 3 gemäss erster Lesung zu unterstützen. Der Votant entschuldigt sich dafür, dass er etwas ausführlicher geworden ist. Grund dafür war die Wichtigkeit der Frage, wer die KESB-Entscheide fällen kann. Diese Entscheide können jeden Einzelnen in den extremsten, tiefsten Sphären des Lebens treffen. Es geht darum, ob man Zahlungen machen kann, ob man einen Beistand oder einen Vorsorgebeauftragten erhält, wer dieser Beistand ist, wo man wohnen kann etc. Das sind wichtige Entscheidungen für den Einzelnen.

**Hubert Schuler,** Präsident der vorberatenden Kommission zu «Finanzen 2019», teilt mit, dass die Kommission sich heute Morgen noch zu einer Sitzung getroffen hat und über die vorliegenden Anträge teilweise gesprochen und über alle abgestimmt hat. Den jetzt zur Debatte stehenden Antrag der SVP-Fraktion hat die Kommission ohne weitere Diskussion mit 10 zu 5 Stimmen abgelehnt; der Kommissionspräsident geht davon aus, dass die Argumente dieselben waren wie bei der ersten Lesung.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, gibt zu, dass Manuel Brandenberg in den meisten, aber nicht in allen Punkten Recht hat. Es ist richtig, dass die KESB ihre Entscheide als Kollegialbehörde mit mindestens drei Mitgliedern fällt, ausser bei den Einzelkompetenzen. Es ist auch richtig, dass die KESB aus dem Präsidium und mindestens vier Mitgliedern besteht, die vom Gesamtregierungsrat angestellt werden. Nicht richtig ist aber, dass eine Besetzung mit sechs Mitgliedern problemlos ausreicht. Würde diese Annahme stimmen, hätte die KESB keinen Antrag auf eine Gesetzesänderung gestellt. Zu beachten ist auch, dass mit Ausnahme der Präsidentin alle Mitglieder Teilzeit arbeiten; es handelt sich bei den sechs Mitgliedern um Köpfe, nicht um 600 Stellenprozente. Sind nun Behördemitglieder aufgrund von Teilzeitarbeit, Weiterbildung, Ferien oder Krankheit abwesend, kommt es schnell zu Engpässen. Regelmässig müssen Behördemitglieder an ihrem durch die Teilzeitarbeit erlaubten freien Tag einspringen. Das ist einerseits arbeitsrechtlich nicht korrekt und generiert andererseits Überzeit, welche wieder abgebaut werden muss. Das wiederum führt dazu, dass die Anwesenheit von Behördemitgliedern reduziert ist. Kann kein Ersatzmitglied gewählt werden, läuft die KESB auf die Dauer Gefahr, an einzelnen Tagen nicht mehr entscheidfähig zu sein, was rechtlich nicht vertretbar ist.
Ebenfalls nicht korrekt sind die Ausführungen bezüglich Anstellung. Selbstverständlich muss auch ein Ersatzmitglied vom Regierungsrat angestellt werden. Gemäss § 2 Abs. 2 Ziff. 2b der Delegationsverordnung entscheidet der Regierungsrat über die Anstellung und Entlassung der Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Da Ersatzmitglieder auch Mitglieder der Behörde sind, entscheidet der Regierungsrat, ob eine bestimmte Abteilungsleitung ein Ersatz-Behördemitglied sein kann oder nicht. Die Direktion des Innern muss also einen entsprechenden Beschluss des Regierungsrats erwirken. Auch ein Ersatz-Behördemitglied muss zwingend vom Regierungsrat gewählt werden, ansonsten könnte es seine Funktion gemäss § 33 Abs. 2 EG ZGB gar nicht ausüben. Das hat die Direktorin des Innern bereits in der Kantonsratssitzung vom 30. August 2018 ausgeführt. Der Kantonsrat folgte dem entsprechenden Antrag des Regierungsrats, und es ist nicht ersichtlich, warum er seinen Entscheid aus der ersten Lesung rückgängig machen sollte. In der Funktion als Ersatz-Behördemitglied ist diese Abteilungsleiterin den anderen Behördemitgliedern gleichgestellt und untersteht der Regierung als politisch Verantwortlicher; in der Funktion als Abteilungsleiterin bleibt sie jedoch wie bis anhin der Amtsleiterin unterstellt.
Ein Ersatz-Behördemitglied würde für die KESB eine klare Erleichtung bringen, ohne zusätzlichen finanziellen Aufwand zu generieren. Der Antrag der SVP-Fraktion steht damit im Widerspruch zu deren eigenen Absichten und Zielen, effizient, kostengünstig und zeitnah zu arbeiten. Die Direktion des Innern bietet ohne Qualitätseinbusse und zusätzliche Kosten eine effizientere Bearbeitung, indem bei Engpässen ein Ersatz-Behördemitglied mitwirken kann. Der Regierungsrat bittet deshalb, den Antrag der SVP abzulehnen und am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten.

**Thomas Werner** betont, dass es bei den Entscheiden der KESB-Behördemitglieder um einschneidende Massnahmen geht. Genau dafür sind die Behördemitglieder gewählt. Sie betrachten die Fälle im Unterschied zu den direkt involvierten Amtsleitenden mit etwas mehr Distanz. Wenn man nun die Verantwortung abgibt, läuft man Gefahr, dass die gewählten Behördemitglieder ihre Verantwortung nicht mehr richtig wahrnehmen oder sie zum Teil an die direkt in die Fälle involvierten Amtsleitenden abgeben. Dadurch steigt erheblich die Gefahr von Entscheiden, die für einzelne Personen sehr einschneidend und negativ sein können. Der Votant bittet deshalb, beim geltenden Recht zu bleiben.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, vermutet, dass hier eine Verwechslung vorliegt. Die Präsidentin der KESB ist ja selbst Amtsleiterin und wirkt auch mit. Das ist also kein Problem.

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von § 41 Abs. 3 gemäss dem Ergebnis der ersten Lesung mit 49 zu 23 Stimmen ab und genehmigt den Antrag des Regierungsrats.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 50 zu 21 Stimmen zu.

***Vorlage 2844.30 (Polizei-Organisationsgesetz, Polizeidienststellen)***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass einerseits Rita Hofer, andererseits die SVP-Fraktion auf die zweite Lesung den Antrag stellen, das geltende Recht beizubehalten. Der Regierungsrat hält am Ergebnis der ersten Lesung fest.

**Rita Hofer:** Wenn die Regierung die Steuererhöhung nicht mehr als nötig erachtet, könnte sie auch auf die Streichung der Polizeidienststellen verzichten, hat sie sich doch dafür ausgesprochen, weitere Sparpakete mit einer Steuererhöhung zu koppeln. Die Informationen der Sicherheitsdirektion zur Kleinen Anfrage und die Art des Sparens haben die Votantin sehr überrascht:
• Streichen von Dienststellen in den Gemeinden zugunsten von Luxusräumlichkeiten;
• Teure, leere Arbeitsplätze auf Reserve über fünf Jahre, macht 5 mal 130’000 Franken Differenz gegenüber dem alten Posten in Cham, also mehr als eine halbe Million Franken, die einfach in den Sand gesetzt wurde bzw. ohne Gegenwert weggeflossen ist
Die Votantin hat schon in der letzten Debatte gefragt, warum die Polizeidienststellen wieder auf dem Sparzettel stehen, obwohl die Bevölkerung sich klar für deren Erhalt ausgesprochen hat. Wenn es sich ja nur um Mieteinsparungen handelt, dann fragt sie sich, wie der Vergleich zu den übrigen Mietobjekten aussieht. Das war die Auskunft, die sie mittels Kleiner Anfrage erhalten wollte. Dass die Dienststellen für ihre Arbeit gut ausgerüstet sein müssen, ist unbestritten und wird nicht in Frage gestellt. Daher bezog sich die Kleine Anfrage nur auf die Mieten. Und da zeigt sich ein grobes Missverhältnis und kein wirklicher Sparwille, schaut man sich den Posten in Cham an: die Miete fast doppelt so hoch wie die zur Streichung vorgesehenen Posten und nur zur Hälfte belegt, d. h. der Kanton bezahlt Arbeitsplätze auf Vorrat − und dies bereits seit fünf Jahren. Kann man sich das leisten, wenn gleichzeitig

die Bevölkerung durch massive Sparübungen Qualitätsabbau und Kostenumlagerungen hinnehmen musste? Das Ganze wird dem Parlament als Sparmassnahme verkauft, in Wahrheit ist aber alles bereits auf die neue Gesetzgebung, sprich Postenstreichung, ausgerichtet worden, bevor das Parlament entschieden hat. Dass die Regierung diese teuren Räume nicht verantworten kann, scheint der Grund für das erneute Aufführen auf der Sparliste zu sein.
Die Erklärungen um den Posten in Cham greifen nicht wirklich und sind vor allem nicht nachvollziehbar. Auch mit den aufgeführten Quadratmeterpreisen lassen sich die halbleeren Räume nicht rechtfertigen. Alle anderen Dienststellen bewegen sich kostenmässig in einem vergleichbaren Rahmen, und es scheint, dass alle den Anforderungen in der täglichen Arbeit genügend Folge leisten können. Vergleicht man Baar mit zehn Personen und Cham mit acht Personen mit einer Differenz von 120'000 Franken, stimmt das Verhältnis einfach nicht. Das alte Gemeindehaus hätte seinen Dienst bestimmt bis zum Entscheid der Gesetzesänderung getan. Wozu braucht es noch das Parlament, wenn der zuständige Regierungsrat ohne politischen Entscheid bereits alles auf die Gesetzesänderung ausrichtet und dies vor allem noch hohe zusätzliche Kosten verursachte? Dass nur noch Kostenverschiebungen ein Thema sind, um die Korrektur der Fehlplanung zu erreichen − Posten schliessen, um einen anderen Posten mit Personal aufzufüllen −, schliesst eine wirklich sachliche Diskussion über die Gesetzesänderung aus − und der Volkswille wird schon gar nicht respektiert. Personelle Verschiebungen haben ebenfalls schon stattgefunden. Die aufgeführten Zahlen stimmen nicht in allen Gemeinden mit dem aktuellen Personalbestand überein, etwa in Hünenberg und Steinhausen. Wo sind diese eingerechnet worden?
Mit teuren Kampagnen hat der Regierungsrat die Vernetzung und die Sensibilisierung in der Bevölkerung angestrebt und dabei die Polizeidienststellen in den Gemeinden als wichtig beurteilt. Eine Zentralisierung ist nicht immer nur vorteilhaft. Die Anonymisierung wird verstärkt, und die Bürgernähe geht verloren. Der Polizeiposten in Sins wurde aufgehoben und in der Zwischenzeit wieder eingerichtet. Wachsende Regionen und Bürgernähe bringen also *doch* einen Mehrwert!
Die Regierung kann durchaus sparen, aber nicht an der Qualität in den Gemeinden. Die Votantin stellt daher den **Antrag,** das geltende Recht beizubehalten, d. h. auf die Streichung der drei Polizeiposten zu verzichten und in Cham günstigere Räume zu mieten. Das ergibt denselben Spareffekt, aber einen Gewinn für die Gemeinden.

**Karl Nussbaumer** teilt mit, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich das bisherige Recht beibehalten will. Sie unterstützt also den Antrag von Rita Hofer bzw. von sich selbst. Der Votant will nicht alles wiederholen, was er bereits in der ersten Lesung sagte. Zur Richtigstellung weist er aber darauf hin, dass bei den Dienststellen Menzingen/Neuheim, Hünenberg und Steinhausen fest eingeteilte Polizisten arbeiten. Sie versehen täglich ihren Dienst auf den zugewiesenen Dienststellen. Bürger, die sich ausserhalb der offiziellen Büroöffnungszeiten melden, werden selbstverständlich auch dann bedient. Bei der angedachten Schliessung der betreffenden Dienststellen und der Verlegung der Arbeitsplätze in andere Gemeinden würde die Effizienz der Auftragserledigung leiden. Mehr Fahrtwege und mehr Zeitaufwand würden Kosten, die bis heute nicht ausgewiesen sind, verursachen. So haben alle drei Dienststellen, von denen die Rede ist, täglich Kontakt zur jeweiligen Gemeinde, etwa zur Einwohnerkontrolle, zum Betreibungsamt, zur Bauabteilung und zum Sozialamt. Das alles würde verlorengehen oder wäre sicher nicht mehr so effizient wie heute. Genau die kurzen, unkomplizierten Wege machen es aus.
Wie der Votant schon in der ersten Lesung sagte, sollte man nicht dieselben Fehler wie die Nachbarkantone machen, welche entsprechende Entscheide nach kurzer

Zeit bereits bereuen. Der Votant bittet deshalb, für die Beibehaltung von § 18a gemäss geltendem Recht und für die Streichung von § 18a gemäss Ergebnis der ersten Lesung zu stimmen. Im Übrigen stellt sich der Votant persönlich voll und ganz hinter das Votum seiner Vorrednerin Rita Hofer.

Kommissionspräsident **Hubert Schuler** teilt mit, dass die vorberatende Kommission kurz über den Antrag von Rita Hofer und der SVP-Fraktion diskutierte. Die Kommission hat ihre Meinung gegenüber der ersten Lesung geändert. Der Kommissionspräsident muss hier seine Interessenbindung offenlegen: Er ist designierter Gemeinderat von Hünenberg und ab nächstem Jahr Leiter der Abteilung Sicherheit und Umwelt. Für den Entscheid der Kommission gab es hauptsächlich zwei Gründe: einerseits von linker Seite die Überlegung, dass es keine Einsparungen geben soll, wenn es keine Steuererhöhung gibt; andererseits die Überlegung, dass grundsätzlich keine Polizeiposten geschlossen werden sollen. Die Kommission hat mit 10 zu 5 Stimmen entschieden, den Antrag von Rita Hofer und der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass sie die Stawiko-Mitglieder per E-Mail um ihre Meinung zu diesen Anträgen gebeten hat. Auch die Stawiko hat ihre Meinung geändert: Fünf Mitglieder sind gegen die Schliessung der Polizeidienststellen, zwei unterstützen die Schliessung nach wie vor. Es ist ein sehr emotionales Thema, aber der Verzicht auf eine Steuererhöhung ist sicher ein Grund für den Meinungsumschwung in der Stawiko.

**Pirmin Andermatt** hält fest, dass diese Sparmassnahme sowohl emotional als auch sachlich betrachtet werden kann. Als Präsident des Verbands der Zuger Polizei – dies ist seine Interessenbindung – ist sich der Votant bewusst, dass medial vor allem die emotionale Seite zu hören war.
Das Wichtigste vorneweg: Der Verband der Zuger Polizei unterstützt die Anträge von Rita Hofer und der SVP-Fraktion auf Aufrechterhaltung der Polizeidienststellen in Menzingen, Steinhausen und Hünenberg. Ja, richtig gehört: Der Verband unterstützt die Anträge zur Aufrechterhaltung. Aber weshalb? In der ersten Lesung war der Verband ja für die Schliessung. Was ist geschehen? Im Sinn der Opfersymmetrie – Sparmassnahmen sowie befristete Steuererhöhung − hat der Verband der Zuger Polizei bei der Vernehmlassung sowie anlässlich seiner diesjährigen Generalversammlung dem regierungsrätlichen Antrag mit 28 zu 5 Stimmen zugestimmt. Der Verband tat dies im Vertrauen darauf, dass der Regierungsrat im Gegenzug auch eine befristete Steuererhöhung beantragen wird. Der Regierungsrat ist nun aber ohne Not von seinem ursprünglichen Antrag abgewichen: Er beantragt, auf die befristete Steuererhöhung zu verzichten. Damit ist ein Hauptpfeiler zur Unterstützung der vorliegenden Sparmassnahme weggefallen. Deshalb hat der Verband eine Umfrage bei seinen Mitgliedern durchgeführt. Das Resultat war, dass die Schliessung abgelehnt wird.
Die Sparpaket «Finanzen 2019» ist nicht mehr ausgeglichen. Der Verband fühlt sich bei diesem einseitigen Vorgehen nicht mehr an seine seinerzeitigen Entscheide gebunden und bittet den Rat deshalb konsequenterweise, den Anträgen zum Erhalt der Polizeidienststellen zuzustimmen.
Die CVP-Fraktion unterstützt den Erhalt der Polizeidienststellen Menzingen, Hünenberg und Steinhausen ebenfalls.

**Jean-Luc Mösch** hält als Interessenbindung fest, dass er Einwohner und Bürger von Cham ist. Die Diskussion um die Polizeiposten hat sich bedauerlicherweise da-

hingehend verschoben, als würde sich die Gemeinde Cham einen teuren Polizeiposten auf dem Rücken anderer Gemeinden leisten. Dem ist nicht so. Der Regierungsrat hat von sich aus entschieden, das alte Gemeindehaus von Cham als Standort des Polizeipostens aufzugeben. Diese Räumlichkeiten wurden vom Dezember 1998 bis November 2013 genutzt. Nebenbei bemerkt: Vorher befand sich der Polizeiposten im Einkaufszentrum Neudorf, sicher mit wesentlich höheren Mietkosten; als die entsprechende Einsparung erfolgte, hat sich niemand zu Wort gemeldet. Die Aufgabe erfolgte infolge grösseren Platzbedarfs durch die Polizei und ohne Zutun der Gemeinde Cham.
Der vorliegende Vergleich der verschiedenen Standorte widerspiegelt lediglich den Mietwert. Die Faktoren Mietgrösse, Lage, Ausbaustandard, Öffnungszeiten, effektive Nutzungszeit der Räumlichkeiten und aktueller Personalbestand werden nicht berücksichtigt. Der deutsche Immunbiologe und Aphoristiker Gerhard Uhlenbrock sagt: «Bei Vergleichen, die hinken, gehen die Argumente am Stock.» Es würde dem Regierungsrat gut anstehen, eine Strategie zu den Standorten zu präsentieren. Nichtsdestotrotz, jedoch gerade wegen der für den Bürger schon bald unglaubwürdigen, ach so überraschenden und angeblichen nicht voraussehbaren positiven Entwicklung bei den Finanzen wird der Votant seine Haltung zu den Polizeiposten ändern und für eine Beibehaltung aller Posten stimmen.

**Zari Dzaferi** legt zuerst seine Interessensbindung offenlegen: Er wird ab Januar die Abteilung Sicherheit und Werkdienst in Baar leiten. Er spricht gleich zu mehreren Massnahmen, über die heute noch debattiert werden wird. Einleitend möchte er die grundsätzliche Haltung der SP-Fraktion zu diesen Vorlagen begründen.
Kürzlich erklärte der Votant seinen Schülerinnen und Schülern den Teufelskreis anhand von Entwicklungsländern. Die Schweiz ist kein Entwicklungsland, der Kanton Zug schon gar nicht. Dennoch befindet sich auch der Kanton Zug in einem Teufelskreis: Während Jahren pflegt er eine Tiefsteuerpolitik, er läuft in ein Defizit, Leistungen werden abgebaut, dann erfolgen unverhoffte Steuereinnahmen, der Kantonshaushalt gerät ins Plus, die Steuern werden wieder gesenkt. Dieser Zyklus wiederholt sich dann auf tieferem Niveau und auf Kosten der Bevölkerung. Gerade deshalb wies die SP von Anfang an darauf hin, dass der Staatshaushalt nicht nur durch den Abbau von Leistungen und durch Kürzungen saniert werden kann. Sie setzte sich von Beginn an dafür ein, dass auch die Einnahmen erhöht werden und nur Investitionen getätigt werden, die absolut notwendig sind. So kämpfte die SP erfolgreich gegen den Stadttunnel, weil Aufwand und Ertrag aus ihrer Sicht nicht stimmten − und gegen das Sparpaket der Regierung, weil diese das strukturelle Defizit nur einseitig durch Abbau und Kürzungen beseitigen wollte. Die Bevölkerung gab der SP beides Mal recht, trotz der Übermacht von SVP, FDP, CVP und GLP, welche beide Abstimmungen verloren.
Die SP-Fraktion betonte allerdings auch immer, dass sie aktiv mitarbeiten wolle, um die Finanzen ins Lot zu bringen. Diesen Worten folgten Taten, und sie stimmte nach dem Nein der Zuger Bevölkerung zum Entlastungspaket im November 2016 im Kantonsrat mehreren Sparanträgen zu, die ihrer politischen Gesinnung eigentlich widersprachen. Damit ging die SP mehrere Schritte auf die bürgerliche Mehrheit zu und nahmen dabei auch in Kauf, von ihrem linken Partner harsch kritisiert zu werden. Die SP stellte aber auch klar, dass sie von der bürgerlichen Mehrheit erwartete, dass auch diese sich einen Schritt in Richtung Konsens bewegt. Nun vollzieht die Regierung eine Kehrtwende und beantragt nicht einmal die temporäre Erhöhung des Steuerfusses, welche sie selber initiiert hatte. Diese Entscheidung kann die SP nicht mittragen. Schliesslich geschehen Leistungsabbau und Kürzungen oft auf Kosten der gesamten Bevölkerung. Deshalb sieht sich die SP auch nicht

mehr dazu verpflichtet, alle Kürzungen bei «Finanzen 2019» zu unterstützen. Die SP wird bei folgenden Anträgen wie folgt stimmen:
• Vorlage 2844.31, Polizeiliche Leistungen: Die SP-Fraktion wird gegen die Schliessung der existierenden Polizeiposten stimmen. Der Votant verzichtet darauf, die bereits gehörten Argumente zu wiederholen.
• Vorlage 2844.33, Pendlerabzüge: Die SP-Fraktion plädiert für einen Pendlerabzug von maximal 6000 Franken, basierend auf den Kosten für ein Generalabonnement 1. Klasse. Es macht Sinn, den Pendlerabzug an den Kosten für ein GA auszurichten. Eine Erhöhung des Pendlerabzugs auf den willkürlichen Betrag von 9000 Franken lehnt die SP-Fraktion ab.
• Vorlage 2844.34, Mindeststeuer juristische Personen: Die SP-Fraktion unterstützt eine Mindeststeuer für juristische Personen von 500 Franken. Juristische Personen generieren Kosten, auch wenn sie nichts oder wenig verdient haben.
Die SP ist sich bewusst, dass sie im Kanton Zug nicht zu den grössten Playern gehört. Sie weist aber darauf hin, dass die Bevölkerung mit der Ablehnung des Sparpakets signalisierte, dass sie nicht bereit ist, den Staatshaushalt nur durch Kürzungen und Leistungsabbau zu sanieren.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** erinnert bezüglich Strategie daran, dass der Regierungsrat 2008 dem Kantonsrat ein Strategiepapier vorlegte, in welchem er die beabsichtigte Organisation der Polizei in die drei Regionen Berg, Tal und Ennetsee aufzeigte, zusammen mit den Hauptstützpunkten. Es wurde auch aufgezeigt, dass die Sicherheitsdirektion in Cham als wichtigem Stützpunkt bei 500 zusätzlichen Personen eine Polizeistelle mehr schaffen möchte. Wegen des Sparprogramms ist es etwas anders gekommen. Zu dem von Rita Hofer erwähnten angeblichen Luxusbürobau hält der Sicherheitsdirektor fest, dass damals eine gewisse Reserve eingebaut werden musste. Man hat dort den Jugenddienst einquartiert. Zugegeben: Man durfte nach den Entscheiden davon ausgehen, dass es zusammengelegt und dieser Platz gebraucht wird, aber es ist nicht so, dass man dort über Jahre hinweg Plätze nicht belegt hätte. Und wenn man von achtzehn Plätzen spricht, muss man wissen, dass dies der Endausbau, die volle Verdichtung der Räumlichkeiten, gewesen wäre. Ungefähr 2012 musste die Sicherheitsdirektion die Lokalitäten überprüfen, wobei das Anforderungsprofil nicht mehr gewährleistet werden konnte. Es gab keinen Streit mit der Gemeinde Cham, aber diese konnte das Profil nicht mehr ermöglichen. Man hätte Damen-WC, Duschen, Abstandsräume etc. einbauen müssen, zudem brauchte es gewisse Reserven. In verdankenswerter Weise hat die Baudirektion der Sicherheitsdirektion dann geholfen, zu neuen Räumlichkeiten zu kommen. Der Sicherheitsdirektor muss aber zur Kenntnis nehmen, dass da und dort die Meinung gegenüber der ersten Lesung geändert hat. Dann werden halt die Posten nicht aufgehoben, und der betreffende Büroraum wird andersweitig genutzt werden müssen; der Sicherheitsdirektor wird selber dafür sorgen.
Alle kennen den *meccano,* den man im Rahmen des Sparprogramms durchlaufen musste. Gerade Direktionen mit sehr viel Personalaufwand mussten eben auch Personal einsparen. Bei der Sicherheitsdirektion waren es etwa zehn Stellen. Der Sicherheitsdirektor hat sich verantwortlich gefühlt, den Rotstift dort anzusetzen, wo organisatorisch noch Potenzial vorhanden war. Das war auch bei den drei Polizeidienststellen der Fall. Der Sicherheitsdirektor ist nach wie vor überzeugt von diesem Entscheid. Er hat die Diskussion auch innerhalb der Polizei nie emotional, sondern immer sachlich geführt. Auch das Polizeikommando und die Regionalzuständigen stehen nach wie vor hinter dem Antrag des Regierungsrats. Die Sicherheit in den Gemeinden und im Kanton ist nach wie vor gewährleistet. Es wird eine halbe Stelle

generiert, die zusätzlich für die Präsenz eingesetzt werden soll. Auch die von Karl Nussbaumer angesprochenen kurzen Wege bleiben gewährleistet.
Der Regierungsrat hält aus diesen Gründen am Ergebnis der ersten Lesung, also an der Schliessung der drei Polizeidienststellen, fest. Wenn diese Posten nicht zusammengelegt werden, kann auch die erwähnte halbe Stelle nicht generiert werden.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** stellt zur Frage des Polizeipostens in Cham klar, dass die Gemeinde den Kanton keineswegs einlud, weiterhin dort zu bleiben. Vielmehr − der Finanzdirektor war bei den Verhandlungen dabei − bat sie den Kanton inständig, diese Lokalität zu verlassen, weil sie selber Raumbedarf hatte und nicht wusste und bis heute nicht weiss, ob die Verwaltung vergrössert wird. Auch gab es bauliche Probleme: keine gendergerechte Toiletten und Duschen etc. Die Gemeinde warf den Kanton nicht hinaus, sie bat − wie gesagt − ihn aber, neue Lokalitäten zu suchen. Natürlich hätte man irgendwo im Migros-Center zu einem günstigeren Tarif Räume gefunden. Die zentrale Lage war aber wichtig, und da hat sich die heutige Lokalität gewissermassen aufgedrängt − und so kam der entsprechende Mietvertrag zustande, wobei die Miete marktgerecht ist für das Zentrum von Cham.
Zari Dzaferi hat von «Tiefsteuerkanton» gesprochen. Der Finanzdirektor hält fest: Der Kanton Zug hat nicht tiefe, sondern verhältnismässige, richtig eingemittete, gute Steuern. Er hat eine gute Steuersituation − und der Finanzdirektor ist glücklich und dankbar, dass dem so ist. Zug hat tolle Klienten: natürliche und juristische Personen, die zum Wohlbefinden des Kantons beitragen, sowohl für die öffentliche Hand als auch für die Bevölkerung. Das muss einmal klar gesagt werden. Selbstverständlich kann man die Steuern erhöhen, aber der Finanzdirektor weiss nicht, wie es dann herauskommt. Im Kanton Bern wollte man eine massvolle Steuersenkung von gut 22 auf gut 18 Gewinnsteuerprozente, was das Volk ablehnte. Bern hat noch andere Probleme − aber der Finanzdirektor ist sicher, dass es Firmen geben wird, die den Kanton Bern verlassen und allenfalls in den Kanton Zug kommen werden.
Der Finanzdirektor ist zutiefst Föderalist. Die tolle Situation des Kantons Zug führt dazu, dass dieser unglaublich sozial und fürsorglich ist. Er bezahlt im Rahmen des NFA viel an die Kantone Uri, Jura etc., unterstützt andere Kantone, hat AHV-Überschüsse, welche an die Schweizerische Ausgleichskasse in Genf gehen − es sind über 300 Millionen Franken −, dazu kommt die Umverteilung vom Bund zu den Kantonen. Betrachtet man die kantonalen Finanzierungssaldi von Einnahmen und Ausgaben aus den Bundesaktivitäten, leistet der Kanton Zug im Schnitt spitzenmässig 16’000 Franken pro Kopf an andere Kantone. Das darf man nicht vergessen − und man darf den Blick durchaus auch mal gegen aussen richten: Zug leistet wirklich viel für die ganze Schweiz und die weniger gut aufgestellten Kantone.
Zu den Stichwörtern «Kehrtwende» und «Leistungsabbau» hält der Finanzdirektor fest, dass er auf die heutige Sitzung hin wieder einmal die Kuchendiagramme angeschaut hat. Es wird ja nur gesagt, man habe gekürzt und gekürzt, auf dem Personal herumgetreten etc. Das Kuchendiagramm über alle Sparmassnahmen hinweg zeigt aber auf, dass vornehmlich Massnahmen wie Gebührenerhöhungen, Umschichtungen, steuerliche Elemente etc. umgesetzt wurden. Betrachtet man die heute zur Debatte stehenden übrig gebliebenen Massnahmen im Umfang von 15 Millionen Franken, geht es bei 14 Millionen Franken davon nicht um Leistungsabbau, sondern um Steuererhöhungen, nochmals um Steuererhöhungen − auch die Reduktion des Pendlerabzugs ist eine steuerliche Massnahme − und um Umschichtungen. Man darf also nicht nur *eine* Seite sehen: Das Kuchendiagramm zeigt, dass es sich über die letzten drei Jahre hinweg um eine sehr ausgewogene Sparübung handelt.

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat stimmt den Anträgen von Rita Hofer und der SVP-Fraktion auf Beibehaltung geltenden Rechts mit 46 zu 25 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich mit diesem Entscheid eine Schlussabstimmung über die Vorlage erübrigt, da das Gesetz nun nicht geändert wird.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das gemeinsame Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

87. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 29. November 2018 (Nachmittag)
Zeit: 13.50−17.00 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

## 1204 Präsenzkontrolle

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 73 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Sepp Grob, Andreas Lustenberger und Heini Schmid, alle Baar; Remo Peduzzi und Thomas Villiger, beide Hünenberg; Kurt Balmer und Matthias Werder, beide Risch.

## 1205 Mitteilungen

Der **Vorsitzende** schlägt folgendes Vorgehen vor: Zuerst wird Traktandum 6 fortgesetzt, dann werden die Überweisungen vorgenommen (Traktandum 3). Auf Wunsch von Ralph Ryser wird danach Traktandum 14 vorgezogen, bevor die Sitzung gemäss Traktandenliste weitergeführt wird.

➔ Der Rat stimmt diesem Vorgehen stillschweigend zu.

TRAKTANDUM 6 (Fortsetzung)

## 1206 Finanzen 2019: Gesetzesänderungen: 2. Lesung

Vorlagen: 2844.26 - 15838 (Ergebnis 1. Lesung [EG ZGB]); 2844.27 - 15839 (Ergebnis 1. Lesung [Kommission Allgemeine Weiterbildung]); 2844.28 - 15840 (Ergebnis 1. Lesung [Sonderschulen]); 2844.29 - 15841 (Ergebnis 1. Lesung [Mittelschulen]); 2844.30 - 15842 (Ergebnis 1. Lesung [Polizeidienststellen]); 2844.31 - 15843 (Ergebnis 1. Lesung [Polizeiliche Leistungen]); 2844.32 - 15844 (Ergebnis 1. Lesung [Betreibungszustellung]); 2844.33 - 15845 (Ergebnis 1. Lesung [Pendlerabzüge]); 2844.34 - 15846 (Ergebnis 1. Lesung [Juristische Personen]); 2844.35 - 15847 (Ergebnis 1. Lesung [Verwaltungsratsmitglieder]); 2844.36 - 15848 (Ergebnis 1. Lesung [Mitarbeiterbeteiligungen]); 2844.37 - 15849 (Ergebnis 1. Lesung [Namensänderungen]); 2844.38 - 15850 (Ergebnis 1. Lesung [Gesundheitspolizeiliche Tätigkeiten]); 2844.39 - 15851 (Ergebnis 1. Lesung [Beratungstätigkeit]); 2844.40 - 15852 (Ergebnis 1. Lesung [Strassenkosten]); 2844.41 - 15853 (Ergebnis 1. Lesung [Sennhütte]); 2844.42 - 15854 (Ergebnis 1. Lesung [Kommission für

Suchtprobleme]); 2844.43 - 15855 (Ergebnis 1. Lesung [Krankenversicherungsobligatorium]); 2844.44 - 15856 (Ergebnis 1. Lesung [Revierförsterinnen und -förster]); 2844.45 - 15857 (Ergebnis 1. Lesung [Fischereikommission]); 2844.46 - 15858 (Ergebnis 1. Lesung [Steuerfuss]); 2844.47 - 15888 Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung [EG ZGB]); 2844.48 - 15900 (Antrag von Rita Hofer zur 2. Lesung [Polizeidienststellen]); 2844.49/49a - 15916 (Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung [Steuerfuss]); 2844.50 - 15922 (Antrag von Peter Letter, Andreas Hausheer und Philip C. Brunner zur 2. Lesung [Juristische Personen]); 2844.51 - 15924 (Antrag von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann zur 2. Lesung [Pendlerabzüge]); 2844.52 - 15925 (Anträge der SVP-Fraktion zur 2. Lesung [EG ZGB, Polizeidienststellen, Juristische Personen, Steuerfuss]).

***Vorlage 2844.46 (Steuergesetz, befristete Anpassung Steuerfuss)***

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Antrag des Regierungsrats auf die zweite Lesung vorliegt.

**Thomas Meierhans** spricht für die CVP-Fraktion. Soll der Entscheid, die Steuern für ein Jahr befristet zu erhöhen, wirklich umgestossen werden? Der Kanton hatte goldene Jahre mit sehr guten Steuereinnahmen hinter sich. Plötzlich kehrten die Ergebnisse ins Minus. Es war richtig, dass daraufhin die Aufgaben des Staates neu überdenkt wurden und damit korrigierend auch mit Sparmassnahmen die Ausgaben reduziert wurden. Es ist die Aufgabe des Rats, sich immer wieder zu überlegen, wo und wie der Staat mit finanziellen Mitteln eingreifen soll. Diese Massnahmen wurden in der Bevölkerung aber als reines Sparen wahrgenommen, und so war bald auch die Forderung zu hören: Warum werden nicht endlich die Steuern erhöht? In der Bevölkerung und auch in weiten Teilen der Wirtschaft spürte man, dass eine kleine, moderate Steuererhöhung nicht des Teufels ist. Nun kommt der Regierungsrat nach dem Beschluss des Rats, die Steuern nur für ein Jahr zu erhöhen, mit ganz anderen Einschätzungen. Ist der Kanton wirklich über dem Berg? Kann man wirklich sicher sein, dass dem NFA-Kompromiss und dem STAF (früher SV17) zugestimmt wird? Von den im Antrag des Regierungsrats aufgeführten Tabellen sollte man sich nicht blenden lassen. Warum rechnet der Regierungsrat plötzlich mit einem noch absolut unsicheren NFA-Kompromiss aus Bern? Warum werden bereits die Auswirkungen des STAF/SV17 aufgeführt? Einige CVP-Mitglieder befürchten, dass mit einem Verzicht auf eine befristete Steuererhöhung ein ganz falsches Signal nach Bern geschickt und so der laufende Prozess für Zug negativ beeinflusst wird. Hat der Kanton sein strukturelles Defizit wirklich überwunden?
Ob der Rat heute seinen Entscheid wieder umstossen soll, ist bei der CVP sehr umstritten. Wenn die Steuern im Total wirklich so stark steigen, wie vom Regierungsrat angenommen, muss man sich auch bewusst sein, dass später die NFA-Zahlungen ohne Kompromiss nicht sinken, sondern weiter steigen werden. Heute ist es immer noch so: mehr Steuereinnahmen für den Kanton gleich mehr NFA-Zahlungen nach Bern. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Schere weiter aufgeht und die verbleibende Marge für den Kanton Zug immer kleiner wird. Diese Schere öffnet sich auch weiter zwischen Kanton und Gemeinden. Es ist nicht bekannt, welche Gemeinde von den beträchtlichen zusätzlich erwarteten Steuereinnahmen profitieren kann. Es ist davon auszugehen, dass es keine Berggemeinde ist. Sicher betrifft es nur eine Gemeinde im Kanton. Wird es die Stadt Zug sein, sollte sich Philipp C. Brunner freuen und nicht gleich wieder mit dem Klagelied über noch höhere Ausgleichszahlungen starten. Auf jeden Fall wird sich die Schere wei-

ter öffnen, und deshalb sollte der CVP-Antrag, die NFA-Beteiligungen zu überdenken, weiterverfolgt werden.
Mit steigenden Steuereinnahmen ist leider auch zu befürchten, dass wieder Begehrlichkeiten aufkommen. Egal, was die Zukunft an Steuereinnahmen bringt, die CVP will sachlich debattieren, ob eine Staatsaufgabe nötig ist. Dabei gilt es, nicht sofort die Kosten in den Vordergrund zu stellen. Kennt man die nötigen Staatsaufgaben, sollen diese durch Steuereinnahmen sauber finanziert werden.
Die Aussichten sind trotz zusätzlichen Steuereinahmen immer noch mit vielen Fragezeichen behaftet. Egal, wie heute entscheiden wird, die CVP wird die Entwicklung weiterverfolgen und – wie immer kommuniziert – wenn nötig später bei den Einnahmen eine Anpassung beantragen.

**Philip C. Brunner,** Sprecher der SVP-Fraktion, war bereits am Vormittag irritiert über den Verlauf der Debatte. Der Kantonsratspräsident hat zu Beginn der Sitzung die Reihenfolge der Fraktionssprechenden bekannt gegeben. Es scheint aber ein gewisses Chaos zu herrschen.
Die Debatte hat am Morgen mit sehr markigen Sprüchen aus dem linken Lager begonnen. So fielen Schlagworte wie «Affront gegenüber der Bevölkerung», «Verhöhnung», «neoliberales Programm», «klassenkämpferische Voten», «Lug und Trug». Der Finanzdirektor hat dazu bereits Stellung bezogen. Nun steht mit «Finanzen 2019» das eigentliche «pièce de résistance» an, insbesondere mit dem Antrag der Regierung, beim jetzigen Steuerfuss zu bleiben. Der Votant ist etwas überrascht von den Aussagen von Thomas Meierhans. Der grosse Dampfer CVP/GLP hat ja unglaublich viel Staub aufgewirbelt. Es ist nicht erkennbar, wie die Abstimmung nun ausgeht. Die Linken haben festgehalten, dass sie für eine Steuererhöhung sind. Die CVP hat den Votanten soeben etwas verunsichert. Man weiss nicht ganz genau, was die Haltung der CVP ist. Die SVP hat an der Fraktionssitzung einstimmig entschieden, den Antrag der Regierung zu unterstützen und beim Steuerfuss zu bleiben, der seit ungefähr 40 Jahren in Kraft ist. Es ist zu hoffen, dass die FDP-Fraktion dies ebenfalls tut. Und vielleicht gibt es noch einige Bürgerliche, die denken, dass Stabilität eigentlich das bessere Rezept sei, insbesondere für die Wirtschaft, aber auch für die natürlichen Personen.
Die SVP-Fraktion steht hinter dem Antrag des Regierungsrats und dankt dem Finanzdirektor. Es ist mutig, transparent und zeugt – im positiven Sinn – von einer gewissen Flexibilität, die sowohl jeder Unternehmer als auch Privatpersonen brauchen. Die Situation hat sich geändert, also muss man flexibel sein. Wieso soll nun ein unnötiger Umweg gemacht werden, um dann festzustellen, dass die Prognosen der Regierung eintreten? Der Votant bittet den Rat, den Antrag der Regierung ebenfalls zu unterstützen.

**Hubert Schuler,** Präsident der vorberatenden Kommission, dankt dem Finanzdirektor ebenfalls. Dieser hat am Morgen auch an der Kommissionssitzung teilgenommen und erklärt, wieso die Regierung nach der Entscheidung in der ersten Lesung nun einen ganz anderen Antrag stellt. In der Kommission wurde ausführlich diskutiert, und die Mehrheit, d. h. zwölf Personen, war der Meinung, man könne die Argumentation der Regierung nachvollziehen. Drei Personen lehnen den Antrag der Regierung ab. Die einzelnen Argumente werden in den nachfolgenden Voten wohl noch dargelegt, sodass der Kommissionspräsident darauf verzichten kann.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission, hält fest, dass der erweiterten Stawiko das Thema Steuern anlässlich ihrer Sitzung sehr fundiert erläutert wurde. In der engeren Stawiko, in der das Thema «Finanzen 2019» beraten

wurde, hat die Stawiko-Präsidentin eine Umfrage durchgeführt. Die Meinungen zu den drei Steuerfragen sind wie folgt: Mit 5 zu 2 Stimmen unterstützt die Stawiko die Beibehaltung des jetzigen Steuerfusses. Unter Berücksichtigung des doch beträchtlichen Eigenkapitals sollte man nicht auf Vorrat Steuern erheben. Dem Antrag Letter/Hausheer, Brunner, die Mindeststeuer für juristische Personen bei 250 Franken festzusetzen, folgt die Stawiko mit 5 zu 2 Stimmen. Beim Antrag Brandenberg/Hürlimann betreffend Pendlerabzüge unterstützt die Stawiko das Ergebnis der ersten Lesung mit 4 zu 3 Stimmen.

**Beat Unternährer,** teilt mit, dass die FDP-Fraktion einstimmig empfiehlt, dem Regierungsrat zu folgen und den Steuerfuss temporär nicht zu erhöhen. Die Steuererhöhung ist immer der letzte Ausweg für den Fall, dass mit Sparmassnahmen allein der Finanzhaushalt nicht zu sanieren wäre. Nach bestem Wissen anerkannte die FDP-Fraktion damals die diesbezüglichen Bemühungen der Regierung und unterstützte deshalb eine befristete Steuerfusserhöhung, selbstverständlich ohne Begeisterung. Dass nun Steuermehrerträge dazu führen, dass der Finanzhaushalt auch ohne Steuerfusserhöhung wieder ausgeglichen wird, ist erfreulich. Vor Bekanntwerden der neuen Steuersituation im Kanton war davon auszugehen, dass das Defizit nicht ohne befristete Steuerfusserhöhung zu eliminieren ist. Erfreulicherweise kommen nun die steuerlichen Mehreinnahmen auf Basis des aktuellen Steuerfusses zustande, und zwar auch aus einer Verbreiterung des Steuersubstrats.
Es ist der FDP ein Anliegen, festzuhalten, dass die Regierung vor der ersten Lesung im Kantonsrat aufgrund gewisser Entspannungsanzeichen einige Sparmassnahmen gestrichen hat, wie die Senkung der Familienzulagensätze für Nichterwerbstätige, die Streichung von Beiträgen an Privatschulen, die Reduktion der Altersentlastung für Lehrpersonen und die Abschaffung des Bildungsrats. Damit reagiert die Regierung jetzt mit einem zweiten Schritt erneut auf veränderte Rahmenbedingungen, anstatt ungeachtet der wirtschaftlichen Entwicklung ein Programm stur durchzuziehen. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die Regierung. Es macht überhaupt keinen Sinn, Steuern auf Vorrat einzuziehen.

**Andreas Hürlimann** spricht für die ALG-Fraktion. Hat man die Entwicklung der globalen wie der Schweizer Wirtschaft beobachtet, insbesondere auch bei den Entwicklungen im Bereich der Rohstoffe, so hat es sich schon seit längerer Zeit abgezeichnet, dass die sporadisch auftretenden Sondereffekte und «überraschenden» Mehreinnahmen das Problem der roten Zahlen im Kanton vermindern werden. Und jetzt plötzlich, oh Wunder, einige Telefonate mit der Steuerverwaltung später, bleibt auch nichts mehr übrig von einer Steuererhöhung, nicht einmal mehr von einer überaus moderaten und befristeten. Was aber bleibt, ist die grossmehrheitlich weitere Aufwandreduktion im Rahmen von «Finanzen 2019» und weiteren Sparprojekten, beispielsweise bei sozialen Institutionen, die bei den Leistungsaufträgen mit dem Kanton teilweise massive Reduktionen hinnehmen mussten, beim öffentlichen Verkehr oder beim Personal.
Der schnell wachsende Kanton Zug hat grosse Herausforderungen zu meistern. Diese rechtfertigen gewisse Mehraufwände, was sich neben dem Steuerniveau in einer guten Leistungserbringung der öffentlichen Hand zeigen muss. Effizienzsteigerungen können einen Teil davon abfangen, und das Wachstum gerade im Personalbereich muss sicher mit Sorgfalt gehandhabt werden. Aber dennoch kann nicht einseitig weiter an den Sparmassnahmen festgehalten werden und auf der Einnahmenseite aufgrund von «überraschenden» und schlussendlich doch nachhaltigen Sondereffekten von der sehr moderat angedachten Steuererhöhung abgesehen werden. Das geht nicht auf. Es liegt schliesslich immer im Auge der politi-

schen Gesinnung und des jeweiligen Momentums, ob ein breit abgestützter Prozess zu einer Anpassung des Steuerfusses oder einer Erhöhung bei gewissen Steuern führen muss oder ob situativ von Jahr zu Jahr der Steuerfuss in einem marginalen Bereich anzupassen ist. Und je nachdem nimmt man dann eben die entsprechenden Argumente zur Hand.
Erinnert man sich an die Diskussionen um die Budgetprozesse der letzten zwölf Jahre, so wurde der ALG-Fraktion immer versichert, wie wichtig es für die Planungssicherheit sei, eine weit im Voraus in einem strukturierten Prozess angekündigte Steuerfussanpassung aufzugleisen. Begeht man diesen Weg in einem – gemäss Regierungsrat – breit abgestützten Prozess mit Betrachtung der Einnahmen- wie der Ausgabenseite, dann ist es nun eben doch plötzlich nicht mehr der richtige Prozess. Und nach all den Jahren mit Argumenten, wieso eine jährliche Steuerfussanpassung im Budget nicht machbar und möglich sei, ist dies nun plötzlich der goldene Weg für die Zukunft. Das Fazit zu diesem *Dreher:* sehr spannend.
Es ist wichtig, dass auch an den Massnahmen auf der Einnahmenseite festgehalten wird. Es ist zu erwarten, dass weitere Diskussionen mit dem Personal wie auch mit weiteren, teilweise externen Leistungserbringern in Zukunft sicherlich nicht einfacher werden mit diesem nachträglichen Richtungswechsel. Die ALG-Fraktion hält deshalb an der Steuererhöhung fest.

**Barbara Gysel** teilt mit, dass die SP-Fraktion am Ergebnis der ersten Lesung, den Steuerfuss von 82 auf 86 Prozent zu erhöhen, festhält. Zur Begründung sei auf das Votum zum Steuerfuss im Rahmen der Debatte zum Budget 2019 am Vormittag verwiesen. Dazu folgende Ergänzung:
In den vergangenen Jahren oder gar Jahrzehnten wurde der Steuerfuss kein einziges Mal erhöht. Um den Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen, hat der Kanton entlastet, verzichtet, einige Mehreinnahmen eingeführt, für steuerpolitische Massnahmen gesorgt, aber der Steuerfuss blieb unangetastet. Eine Steuerfusserhöhung scheinen viele zu fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Finanzpolitisch ist eine Steuererhöhung vernünftig, denn es geht darum, die Abwärtsspirale zu durchbrechen: Aufgrund des strukturellen Defizits in den vergangenen Jahren hat der Kanton «gespart und verzichtet». Gesamthaft würden sich alle umgesetzten und pendenten Massnahmen auf 155 Millionen Franken belaufen. Bekanntlich war die Strategie: Verzichts- und Sparübungen mit dem Resultat und der Hoffnung zugleich, dass der Finanzhaushalt in absehbarer Zeit wieder im Lot bleiben würde. In Tat und Wahrheit geht es aber um eine andauernde Abwärtsspirale, wie am Vormittag bereits zu hören war: ein negativer Abschluss, demzufolge entsprechende Massnahmen durch ein Sparprogramm, das auch die Bevölkerung zu spüren bekam. Dann folgt wieder ein ausgeglichener Finanzhaushalt, und als Resultat kommt es zu Steuersenkungen. In der Folge resultieren wiederum negative Abschlüsse, und es geht wieder los mit Sparübungen, einfach auf tieferem Niveau der bereits reduzierten Leistungen. Diesen längerfristigen Leistungsabbau möchte die SP-Fraktion durchbrechen und hält deshalb am Ergebnis der ersten Lesung fest. Damit verbunden ist nicht eine Steuererhebung auf Vorrat, wie es vorhin gesagt wurde. Vielmehr soll der Regierungsrat beauftragt werden, anderweitige Sparmassnahmen gegebenenfalls zu sistieren oder rückgängig zu machen. Im gesamten Massnahmenpaket sind viele Sofortmassnahmen enthalten, die sich in Eigenregie umsetzen lassen.
Alle Ratsmitglieder streben einen ausgeglichenen Finanzhaushalt an. Wenn es nun tatsächlich zu veränderten Prognosen kommt, so ist ein Widerspruch festzustellen. Entweder glaubt man an positive Aussichten, verbesserte Prognosen und nachhaltige Folgen auf Ertragsseite, oder man tut es nicht. Glaubt man an diese positiven Prognosen, dann hätte der Rat am Vormittag dem Antrag zustimmen müssen, die

zusätzlichen 10 Millionen Franken im Budget auszuweisen. Wenn man jedoch der Meinung ist, die Prognosen seien zu unsicher, es seien fragwürdige Szenarien, die sich nicht mit hundertprozentiger Sicherheit umsetzen lassen, dann ist am Ergebnis der ersten Lesung festzuhalten. Anderweitig befindet man sich im Widerspruch.

**Daniel Stadlin** wendet sich an Philip C. Brunner: Die CVP/GLP-Fraktion ist ab nächstem Jahr Realität und wird dann ihre Wirkung entfalten. Zurzeit sind die GLP-Ratsmitglieder noch vogelfrei. Heute und am 13. Dezember läuft also alles noch so wie bereits seit acht Jahren.
Alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden, ausgeglichenen Staatshaushalt. So hat für die GLP die Beseitigung des strukturellen Defizits des Kantons oberste Priorität. Wenn nun aber der Regierungsrat zum Schluss gelangt, ein ausgeglichener Staatshaushalt könne auch ohne die ursprünglich geplante subsidiäre, zeitlich begrenzte fiskalische Überbrückungsmassnahme erreicht werden, ist das natürlich sehr erfreulich. Dies umso mehr, als der neu gewonnene monetäre Spielraum hauptsächlich durch eine verbreiterte Steuerbasis mit höherer Wertschöpfung möglich geworden ist. Aus heutiger Sicht machen die aktuellen und prognostizierten Finanzindikatoren die im Rahmen von «Finanzen 2019» vorgesehene Steuererhöhung erfreulicherweise überflüssig. Was will man mehr. Denn wenn auch die Steuern im Kanton Zug gesamtschweizerisch gesehen sehr tief sind und eine Steuererhöhung kein Drama wäre, sind Steuern nicht ohne zwingende monetäre Notwendigkeit zu erhöhen. Trotzdem muss man auf der Hut sein. So ist es doch einerseits nicht sicher, ob der NFA-Kompromiss sowie die Steuervorlage und die AHV-Finanzierung (STAF) schlussendlich wie geplant umgesetzt werden können, und anderseits, ob sich aufgrund globaler politischer Entwicklungen die wirtschaftlichen und monetären Rahmenbedingungen wie angenommen verändern. Sollte sich also zeigen, dass der Regierungsrat zu optimistisch war, wird diese Steuererhöhung quasi in konzilianter Weise nachgeholt werden müssen. Wahrscheinlich dann sogar zeitlich unlimitiert. Wenn nun jedoch die Steuern nicht, wie in erster Lesung bereits beschlossen, erhöht werden, ist das nichts anderes als dem Moment geschuldete pragmatische Vernunft – die Indikatoren lassen nichts anderes zu.
Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Ratslinken: Steuerpolitik ist kein Selbstzweck. Die Steuern aus einem dogmatischen Grundsatz heraus, prinzipiell und immerzu erhöhen zu wollen, ist staats- wie finanzpolitisch unsinnig. Hohe Steuern haben nichts Gerechtes an sich und sind auch nicht mit Steuerethik begründbar. Fairnesshalber ist zu ergänzen, dass dies natürlich auch für die Ratsrechte gilt – einfach mit umgekehrten Vorzeichen. Die GLP unterstützt den Antrag des Regierungsrats, auf die vom Kantonsrat in erster Lesung bereits genehmigte einjährige Steuererhöhung zu verzichten.

**Beni Riedi** äussert sich zur Aussage des CVP-Sprechers, dass offenbar einzelne Gewerbetreibende höhere Steuern fordern. Es ist nicht bekannt, mit welchen Gewerbetreibenden die CVP gesprochen hat, der Votant hat so etwas jedenfalls noch nie gehört. Im Gegenteil, die Gewerbetreibenden sollten ja in guten Jahren das Geld besser in Arbeitsplätze, Weiterbildung usw. investieren, als dieses dem Fiskus abzugeben. Wenn der Votant mit Gewerbetreibenden spricht, hört er nie die Aussage, dass diese mehr Steuern bezahlen möchten. Man denke auch Jungunternehmer, die Arbeitsplätze schaffen und im Kanton Zug höhere Standortkosten zu tragen haben. Zu diesen Unternehmen muss der Kanton auch Sorge tragen.
Aus dem Votum des CVP-Sprechers ging nicht klar hervor, ob die CVP entgegen der Meinung der Regierung für eine Steuererhöhung ist. Deshalb würde es der Votant begrüssen, von der CVP eine klare Meinungsäusserung zu erhalten.

**Pirmin Andermatt** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist seit Anfang 2018 Präsident des Verbands der Zuger Polizei, und als solcher spricht er auch für den Staatspersonalverband sowie für den Lehrerinnen- und Lehrerverein des Kantons Zug. Der Schock bei den Unterstützern des EP 2 sass nach dessen Ablehnung durch das Volk tief – oder anders gesagt, die Überraschung war entsprechend gross. Die kantonalen Finanzen sahen denn vor zwei Jahren nach wie vor alles andere als rosig aus – etwas musste geschehen. Mit dem Projekt «Finanzen 2019» hat der Finanzdirektor ein Projekt auf den Weg gebracht, das sowohl Sparmassnahmen wie auch höhere Steuereinnahmen beinhaltete. Es wurde sogar eine befristete Steuererhöhung für zwei Jahre vorgesehen – Ultima Ratio hin oder her. Damit war denn auch das Fundament für eine ausgewogene Beteiligung, sprich Opfersymmetrie, aller, auch der Steuerzahler, erreicht. Damit ging der Finanzdirektor bei allen Stakeholdern hausieren, um eine möglichst breite Basis zur Unterstützung dieses Projektes zu erlangen. Auch bei den Personalverbänden hat er um Unterstützung gebeten und die Wichtigkeit des einvernehmlichen, vertrauensvollen Umgangs miteinander hervorgehoben. Sein Kredo war: «Zur Genesung der Finanzen müssen alle müssen alle etwas beitragen.»
Die Personalverbände haben im Vertrauen auf die Aussagen und die Versprechen des Finanzdirektors ihre Mitglieder überzeugt und die Sparmassnahmen akzeptiert: Massnahmen wie Personalplafonierung, befristete Aussetzung des Stufenanstiegs, Wegfall der REKA-Checks, Spesenreduktionen, Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrössen, Schliessung von Polizeidienststellen usw. Die Personalverbände haben dies alles getan im Vertrauen auf die Gespräche mit dem Finanzdirektor – im Vertrauen auf den mit ihm mündlich geschlossenen Sozialpakt.
Nun hat sich gemäss dem Finanzdirektor die Lage in den letzten Wochen dramatisch positiv verändert. Anstelle einer ausgeglichenen Rechnung für 2018 wird mit einem positiven Ergebnis von rund 70 Millionen Franken gerechnet. Mindestens 10 bis 15 Millionen davon sind in den nächsten Jahren nachhaltig. Die Personalverbände nehmen diese erfreuliche Veränderung selbstredend wohlwollend zur Kenntnis und freuen sich über die unerwartet positive Wendung. Alle freuen sich darüber. Nun soll aber gemäss Antrag des Regierungsrats nur auf die befristete Steuererhöhung, d. h. einnahmenseitig, verzichtet werden? Und dies aufgrund von Annahmen und Prognosen – diese vermeintlich positive Entwicklung ist vor allem beim NFA und beim STAF überhaupt nicht in Stein gemeisselt, und das Vorsichtsprinzip wird komplett ausgeschaltet. Noch am Vormittag bei der Debatte zum Budget 2019 hat der Finanzdirektor ausgeführt, dass solche Annahmen und Prognosen nicht budgetiert werden dürfen. Nun aber geht es – wie bitte ist denn das zu verstehen? Ohne Not wird ein an der ersten Lesung gemeinsam mühsam gepflanzter Baum einfach wieder ausgerissen. Wie schnell kann sich die Situation wieder ins Negative verändern? Der Entscheid des Regierungsrats wurde übrigens ohne vorangehende Konsultation der Arbeitnehmerverbände gefällt.
Wie kommt man nun zu einem solchen Entscheid? Was bleibt von den seinerzeitigen im gegenseitigen Vertrauen gemachten Absprachen und Versprechungen? Wie ist dieses Verhalten zu verstehen? Pech gehabt, dumm gelaufen, «ätschipätsch» – jetzt ist es halt anders gekommen. Oder kann man es vielleicht auch Vertrauensbruch, allenfalls sogar Vertragsbruch nennen? Das Unverständnis und der Unmut bei den Angestellten sind gross und absolut verständlich und nachvollziehbar. So geht vertrauens- und respektvoller Umgang definitiv nicht! Von dem einst im Projekt «Finanzen 2019» vorgesehenen Beitrag in der Höhe von 49 Millionen Franken an die Gesundung der Kantonsfinanzen bleiben nun noch 15 Millionen. Daneben hat der Regierungsrat aber Sparmassnahmen von über 40 Millionen Franken in eigener Regie gesprochen – ohne den Kantonsrat zu fragen und ohne, dass ein Beschluss

gefällt wurde. Diesen Unmut haben die Personalverbände anlässlich einer ausserordentlichen Sitzung am letzten Montag dem Finanzdirektor vorgetragen. Der Votant dankt dem Finanzdirektor, dass er die Personalverbände überhaupt empfangen hat. Am Anfang des Gesprächs wurde erneut die Dualität, das gegenseitige Vertrauensverhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Vordergrund gestellt. Im Rahmen der Diskussionen wurden dann Möglichkeiten und Verbesserungen – im Sinne von vertrauensbildenden Massnahmen – für das Personal in Aussicht gestellt, die dank der anscheinend aufgehellten Finanzlage vom Regierungsrat wieder angegangen werden können. Nachdenklich stimmt nun aber die wiederum negative Aussage zu den Personalkosten des Finanzdirektors beim Eintreten zum Budget 2019. Deshalb fordern die Personalverbände, dass Abmachungen und Versprechen eingehalten werden. Im Auftrag der Personalverbände bittet der Votant den Finanzdirektor, dass an der befristeten einjährigen Steuererhöhung festgehalten wird, weil diese der Grund dafür war, dass die Verbände den verschiedenen Sparmassnahmen beim Personal überhaupt zugestimmt haben. Fällt die Steuererhöhung weg, wird auch die Zustimmung der Verbände für Sparmassnahmen hinfällig. Falls die Steuererhöhung nicht durchkommt, fordern die Personalverbände die Rücknahme der Sparmassnahmen, die das Personal betroffen haben. So oder so aber fordern die Personalverbände mindestens, dass mit der Ressource Mensch wieder fair und respektvoll umgegangen wird.

**Roger Wiederkehr** hält fest, dass der Kanton grundsätzlich ein wunderschönes Problem hat. Am Vormittag war zu hören, dass Einnahmen im Kanton Zug sehr volatil sein können. Sondereffekte können sehr positiv wirken; es kann aber auch sein, dass im nächsten Jahr Italien in Konkurs geht. Dann sieht es vielleicht ein bisschen anders aus. In der ersten Lesung wurde einer befristeten gesetzlichen Steuerfusserhöhung von 82 auf 86 Prozent zugestimmt. Dieses Instrument sollte genutzt werden, um Vorsicht walten zu lassen. Wenn die guten Prognosen nicht eintreffen, hat man vorgesorgt. Wenn sie eintreffen, kann sich der Rat immer noch auf Manuel Brandenberg verlassen, der dann in der Budgetdebatte 2020 eine Steuerreduktion beantragen wird, die der Rat endlich auch annehmen kann. Auch als Zeichen nach Bern ist eine befristete Steuererhöhung wertvoll. Der NFA-Kompromiss ist überhaupt noch nicht in trockenen Tüchern. Die Ständeratskommission hat getagt und dem Kompromiss zugestimmt. Aber weder der Ständerat selbst noch der Nationalrat haben ihre Beratungen zu diesem Thema bereits abgehalten. Man stelle sich den jurassischen Nationalrat vor: Wieso soll er einem NFA-Kompromiss zustimmen, wenn es der Kanton Zug immer wieder schafft, ohne Steuererhöhung mehr NFA zu bezahlen. Der Votant lehnt den Antrag des Regierungsrats ab, um eine strukturierte Vorgehensweise beizubehalten.

**Hubert Schuler** äussert sich als Einzelsprecher und nicht als Kommissionspräsident. Die beiden Voten von Beni Riedi und Daniel Stadlin haben ihn herausgefordert. Beni Riedi zeigt auf, dass die Steuern vor allem für Startups und andere Firmen nicht sinnvoll seien. Wer baut dann die Strassen, wer bildet die Schülerinnen und Schüler aus? Wer erbringt alle Dienstleistungen, damit Startups auch Erfolg haben können. Die Steuern sind nicht einfach des Teufels. Und es ist auch nicht so, dass das Geld irgendwo gehortet und nichts damit gemacht wird.
Zu Daniel Stadlin: Er hat mehrmals gesagt, es handle sich um monetäre Rahmenbedingungen. Das stimmt, aber es wird auch immer wieder gesagt, dass beim Standort Zug z. B. die Nähe zum Flughafen wichtig sei. Ebenso ist eine gute, dienstleistungsorientierte Verwaltung von Bedeutung, damit Firmen Erfolg haben können. Nicht nur das Geld ist ausschlaggebend, um erfolgreich sein zu können.

**Manuel Brandenberg** ist der Meinung, dass der Rat keine Antwort erhalten hat auf die Frage von Beni Riedi, welche Meinung die CVP habe. Er fragt deshalb noch einmal höflich und zurückhaltend beim zukünftigen, schon fast Grossfraktionschef der GLP/CVP-Fraktion nach, wie die jetzige Meinung der CVP ist. Wird sie der Steuererhöhung zustimmen, ja oder nein? Und wenn es keine Antwort gibt, warum ist das so?

**Thomas Meierhans** hält fest, dass am heutigen Tag schon mehrmals festgestellt werden konnte, dass in gewissen Ecken des Ratssaals nicht zugehört wird, weil man lieber miteinander schwatzt. Der Votant hat ganz deutlich gesagt, dass die CVP gespalten ist.

**Beni Riedi** äussert sich zum Votum von Hubert Schuler. Es gibt einen Unterschied zwischen Startups und Jungunternehmen. Startups haben ganz andere Regeln. Der Votant hat nicht über diese Unternehmen, sondern über Jungunternehmen gesprochen. Auf dieses Thema ist er gekommen, weil im Rat immer wieder gesagt und in Leserbriefen geschrieben wird, das Gewerbe wolle höhere Steuern. Dem möchte der Votant entschieden entgegenhalten; er ist nicht dieser Meinung. Es handelt sich nur um Einzelaussagen. Um verlässliche Angaben zu haben, müsste dies einmal evaluiert werden. Man sollte nicht aufgrund von einigen wenigen Aussagen pauschal festhalten, dass das Gewerbe höhere Steuern bezahlen möchte.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hatte gedacht, die Debatte sei am Morgen abgeschlossen worden, doch jetzt ist sie wieder aufgeflammt. Man sieht, dass eine Steuerdiskussion sehr emotional verlaufen kann, und zwar gerade im Kanton Zug. Man sollte ehrlich sein und sich eingestehen, dass es sich um ein Luxusproblem handelt. Deshalb kann man drei Stunden über dieses Thema diskutieren. Das muss einmal gesagt sein. Es ist schön und man kann froh sein, dass man Luxus- und Veloständerprobleme und nicht echte Probleme hat.
Der Finanzdirektor hat am Vormittag bereits erklärt, mit welcher Methodik und welchen Prozessgedanken die Regierung zusammen mit dem Rat unterwegs war, wie und warum sich die Situation verändert hat und weshalb der Regierungsrat zu seinen Überlegungen und seinem Antrag gekommen ist. Das soll nun nicht mehr wiederholt werden, vielmehr geht der Finanzdirektor auf die einzelnen Voten ein.
Zu Thomas Meierhans: Der erste Punkt, den er aufgegriffen hat, war, wieso NFA und STAF wieder in die Finanzplanung hineingenommen wurden. Der Finanzdirektor hat das am Vormittag erklärt, und er muss es offenbar wieder erklären, da Thomas Meierhans es nicht begreifen will. NFA und STAF wurden in der Finanzplanung ausgeblendet. Aus Kreisen der CVP wurde dann gefordert, die Situation unter Berücksichtigung von NFA und STAV aufzuzeigen. Anhand einer Folie hat der Finanzdirektor dies der Stawiko präsentiert und erklärt, wie es aussehen würde, wenn dem NFA-Kompromiss und dem STAV zugestimmt würde. Nun sagt Thomas Meierhans, die Regierung hätte dies in die Finanzplanung aufgenommen. Dem ist nicht so. Der Finanzdirektor wird nie mehr einen solchen Auftrag entgegennehmen und ausführen. Denn dann wird einem das Wort im Munde umgedreht. Das ist nicht fair.
Zum Thema «falsches Signal» bzw. Signalpolitik: Der Finanzdirektor mag sich erinnern, als es zu seiner Zeit als Kantonsrat um den NFA ging – was wurde dort über Signalpolitik diskutiert. Alles war falsch, und es hiess, dieses dürfe man nicht tun oder jenes sei ein ganz schlechtes Signal nach Bern. Doch dem Parlament in Bern ist es *wurst.* Die Parlamentarier dort machen letztlich sowieso das, was sie für richtig halten, ob der Kanton Zug die Steuern nun erhöht oder nicht, ob die Erhö-

hung befristet ist oder nicht. Man muss nicht immer nach Bern schielen. Es gilt, für den eigenen Kanton zu schauen.
In einem hat Thomas Meierhans recht: Der Kanton Zug ist noch nicht über dem Berg. Entsprechend muss man aufpassen, dass man nicht in Euphorie ausbricht. Auch zutreffend ist, dass die Schere zwischen dem Kanton und den Gemeinden vorhanden ist. Das ZFA-Projekt lässt grüssen. Diesbezüglich wird der Finanzdirektor noch auf den Rat zukommen. Das wird nicht so einfach sein. Auch bei den von Thomas Meierhans angesprochenen Begehrlichkeiten gilt es aufzupassen.
Zu Andreas Hürlimann: Der Kanton hatte ein strukturelles Defizit von 180 Millionen Franken zu verzeichnen. In der Zwischenzeit wurden Reduktionen von gegen 150 Millionen Franken vorgenommen. Hätte man das in den letzten vier Jahren nicht getan, so würde man heute nicht über diese Steuererhöhung diskutieren. Hätte man alles schleifen lassen, so würde diese Diskussion nicht stattfinden. Man sollte sich Augen führen, wo man gestartet ist. Vor zwei Jahren wusste man noch nicht, dass es den Rohstofffirmen wieder besser gehen würde. Man denke an Glencore. Man darf dieses Wort zwar fast nicht nennen. Aber auch diese Firma ist noch nicht allzu lange über den Berg. Es ist richtig, dass die Sparprojekte beibehalten werden. Doch nicht nur auf der Ertragsseite wurde ein Punkt weggelassen, auch viele sozialrelevante Massnahmen wurden wieder gestrichen.
Zum Personal: Das Personal hat viel zu den Sparbemühungen beigetragen und konstruktiv mitgearbeitet. Aber es muss festgehalten werden, dass nur folgende Massnahmen personalrelevant waren: Die erste Massnahme war die Aussetzung der Beförderungen, womit 2,6 Millionen Franken eingespart werden konnten; das war wirklich fantastisch. Zweitens erfolgte eine Spesenreduktion, und das nur bei den obersten Kader, vor allem den Amtsleitenden, von 30 auf 15 Franken. Dies ergab in etwa 50'000 Franken. Ebenfalls relevant war die Streichung der Reka-Checks. Diese drei Massnahmen und eine Personalplafonierung waren personalrelevant. Doch es wurde kein bzw. kaum Personal entlassen. Auch das muss bei der Betrachtung der Problematik berücksichtigt werden.
Zu Barbara Gysel: Ihre Voten sind immer sehr gut. Aber was die Leistungen des Kantons betrifft, so wurde ein Peer-Vergleich vorgenommen. Dieser Vergleich mit Aargau, Schwyz, Luzern und einem weiteren Kanton sowie dem Durchschnitt der Schweiz hat gezeigt, dass der Kanton Zug in allen Bereichen überdurchschnittliche Leistungen erbringt. Das darf nicht vergessen werden.
Zu Pirmin Andermatt: Er sagte, es sei für die Regierung ein Schock gewesen, dass das EP 2 abgelehnt wurde. Es wird hier mit Superlativen gekämpft. Es war ein politischer Prozess, nicht ein Schock. Und warum das EP 2 abgelehnt worden ist, weiss jeder besser. Das ist klar.
Zum Versprechen an die Personalverbände: Der Finanzdirektor hat mit den Personalverbänden diskutiert, aber er hat keine Versprechen abgegeben. Man hat gesagt, dass alle einen Beitrag leisten müssen, auch das Personal. Schaut man das Kuchendiagramm an, so ist das Personal ein kleiner, wenn auch wichtiger Teil. Man hat sich gemeinsam auf diesen Weg begeben. Nun von Treuebruch zu sprechen und zu sagen, die Versprechen seien nicht eingehalten worden, das Personal sei frustriert usw., ist nicht richtig. Der Finanzdirektor kennt in der Finanzdirektion kaum frustrierte Mitarbeitende. Er hat mit dem Volkswirtschaftsdirektor gesprochen, und auch dieser hat keine Rückmeldungen über frustrierte Mitarbeitende erhalten. Auch in anderen Direktionen ist das nicht der Fall. Man sollte nicht übertreiben. Natürlich haben die Mitarbeitenden grosse Leistungen erbracht, aber der Aussage, dass Frustration herrsche, ist nicht zuzustimmen. In einem gibt er Pirmin Andermatt recht: Wenn sich im nächsten oder übernächsten Jahr die Situation wieder etwas verbessert, muss das eine oder andere sicher wieder diskutiert werden. Dazu zäh-

len die Spesen und die Personalplafonierung. Auch im vorliegenden Budget wurden bereits wieder Stellen bewilligt. Obwohl in den Budgetvorgaben festgehalten ist, es gelte Personalplafonierung, ist man davon schon wieder abgerückt.
Zu Roger Wiederkehr, der für die Steuererhöhung plädiert hat: Der Kanton Zug verfügt nach wie vor über Eigenkapital. Es sind noch Reserven vorhanden, und zwar nahezu 800 Millionen Franken. Wenn man ein Polster und Reserven hat und wenn die Steuerzahlenden durch Mehrsteuereinnahmen, die der Kanton jetzt erhalten hat, ihren Beitrag schon geleistet haben, dann ist es nicht mehr gerechtfertigt, eine Steuererhöhung zu beantragen, sei sie auch nur befristet für ein Jahr.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** entschuldigt sich, dass sie nach dem Votum des Finanzdirektors noch einmal spricht. Aber da man sich in einer ideologischen Steuerdebatte befindet, sollte Folgendes noch angesprochen werden: Die FDP-Fraktion hat in diesem Jahr eine Interpellation eingereicht, und daraufhin hat die Finanzdirektion schön aufgezeigt, woher die Steuereinnahmen kommen. Es sei daran erinnert, dass im Kanton ca. 30 Prozent der Steuerpflichtigen keine Steuern bezahlen. Man kann natürlich leicht eine Steuererhöhung unterstützen, wenn man keine Steuern bezahlt. Ebenso sei daran erinnert, dass ca. 10 Prozent der Steuerpflichtigen für etwa 90 Prozent des Staatshaushalts im Kanton aufkommen. Die Votantin appelliert an die Ratsmitglieder, auch an diese Personen zu denken und das Thema differenziert zu betrachten. In diesem Sinne hat sie eine Lanze für den Steuerzahler gebrochen.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat genehmigt den Antrag der Regierung und der SVP-Fraktion, geltendes Recht beizubehalten, mit 49 zu 22 Stimmen und lehnt damit eine Steuererhöhung ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass keine Schlussabstimmung notwendig ist, da sich der Rat für geltendes Recht ausgesprochen hat.

***Vorlage 2844.34 (Steuergesetz, Mindeststeuer juristische Personen)***

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass ein Antrag von Peter Letter, Andreas Hausheer und Philip C. Brunner auf die zweite Lesung vorliegt.

**Peter Letter,** Sprecher der Antragsteller, hält fest, dass der Rat in der ersten Lesung entgegen dem Vorschlag der vorberatenden Kommission und der Vernehmlassung des Regierungsrats beschlossen hat, die neue Mindeststeuer nicht auf 250 Franken, sondern auf 500 Franken pro Jahr festzulegen. Zahlreiche Rückmeldungen von KMU- und Startup-Unternehmern sowie von Treuhändern, die viele KMU als Kunden betreuen, haben Andreas Hausheer, Philip C. Brunner und den Votanten bewogen, auf die zweite Lesung hin den Antrag zu stellen, die Mindeststeuer für juristische Personen auf 250 Franken zu fixieren.
Der Finanzdirektor wird gebeten, auszuführen, ob angesichts der sich verbessernden Aussichten der Finanzlage eine Mindeststeuer überhaupt noch als erforderlich betrachtet wird. Je nach Aussage des Finanzdirektors kann es auch angebracht sein, keine Mindeststeuer einzuführen.

Die Vernehmlassung ergab, dass sich Wirtschaftskreise und weitere Vernehmlassungsteilnehmer dem damaligen Vorschlag des Regierungsrats, einer Mindeststeuer von 250 Franken, anschliessen konnten. Diese Akzeptanz kam als Beitrag zur Haushaltssanierung zustande und unter der Betrachtung, dass auch ein Unternehmen, das keine Steuern bezahlt, der Steuerverwaltung und den Behörden einen gewissen Aufwand verursacht. Die Einführung einer Mindeststeuer in Höhe von 500 Franken auf Basis der einfachen Kantonssteuer bedeutet jedoch eine effektive Steuer in der Höhe von rund 750 Franken, wenn man die Kantons- und Gemeindesteuer zusammenzählt. Eine Mindeststeuer von 250 Franken einfache Kantonssteuer sind effektiv rund 380 Franken Gemeinde- und Kantonssteuer. Eine hohe Mindeststeuer von insgesamt rund 750 Franken steht in keinem Verhältnis zum effektiven Aufwand der Steuerverwaltung, da im Durchschnitt eine Veranlagung einer defizitären Gesellschaft in der Regel bloss einen minimalen Zeitaufwand bedeutet. Andere Kantone kennen keine oder bloss sehr moderate Mindestkapitalsteuern. In den Kantonen Schwyz und Thurgau betragen diese beispielsweise nur 100 Franken. Wenn Zug sich im obersten Segment positioniert, ist dies ein negatives Zeichen für den Wirtschaftsstandort Zug. Bei Überlegungen über eine mögliche Ansiedlung können ein paar hundert Franken jährlich durchaus negativ ins Gewicht fallen – wenn auch nicht bei den grosskapitalisierten Gesellschaften, die sowieso höhere Steuern bezahlen, aber bei kleinen Unternehmen, die beispielsweise vor der Gründung stehen.
Eine Mindeststeuer betrifft vor allem Startup-Unternehmen, kleine KMU und Gesellschaften mit Verlusten. Es gibt genügend Beispiele von Unternehmen, die nach einer harzigen Anfangsphase durchstarteten. Auch sollten Unternehmen, die schwierige Phasen durchleben und vorübergehend Verluste erzielen, nicht zusätzlich mit Steuern belastet werden. Der Votant ist gespannt auf die Ausführungen des Finanzdirektors und dankt dem Rat für die Unterstützung des Antrags.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ebenfalls der Hauptantrag der SVP-Fraktion vorliegt, keinen neuen § 78a zu schaffen, sondern geltendes Recht beizubehalten.

**Oliver Wandfluh** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Antrag Letter, Hausheer, Brunner, die Mindeststeuer für juristische Personen auf 250 Franken zu fixieren, einstimmig unterstützt. Die Vernehmlassung zur Mindeststeuer hat ergeben, dass sich Wirtschaftskreise und weitere Vernehmlassungsteilnehmer dem damaligen Vorschlag des Regierungsrats mit einer Mindeststeuer von 250 Franken anschliessen konnten. Die Akzeptanz kam unter anderem mit dem Wissen zustande, dass auch Unternehmen, die keine Steuern bezahlen, der Steuerverwaltung und den Behörden einen gewissen Aufwand verursachen. Bei einer Mindeststeuer von 500 Franken sehe die Vernehmlassung heute bestimmt anders aus. Eine Mindeststeuer von 500 Franken bedeutet eine effektive Steuer von 750 Franken Kantons- und Gemeindesteuer. Dieser Betrag steht in keinem Verhältnis zum effektiven Aufwand der Gemeinde- und Steuerverwaltung, da eine Veranlagung einer defizitären Gesellschaft in der Regel einen minimalen Zeitaufwand bedeutet. Auch im Vergleich mit anderen Kantonen, die keine oder nur eine sehr moderate Mindestkapitalsteuer erheben wie z. B. der Kanton Schwyz mit 100 Franken, wäre eine Mindeststeuer von 500 Franken für den Wirtschaftsstandort Zug ein negatives Zeichen.
Aus diesen Gründen – doch vor allem durch die neue Situation, dass der Regierungsrat durch neue Erkenntnisse von sich aus auf eine befristete Steuererhöhung verzichtet hat – spricht sich die SVP-Fraktion für eine maximale Mindeststeuer für juristische Personen von 250 Franken aus. In Anbetracht der neuen Situation ver-

zichtet die SVP auf den Antrag auf geltendes Recht und Streichung von § 78a und unterstützt einstimmig den Antrag Letter/Hausheer/Brunner.

**Hubert Schuler,** Präsident der vorberatenden Kommission, informiert, dass die vorberatende Kommission auch darüber kurz diskutiert hat bzw. dass die soeben gehörten Argumente aufgezeigt wurden. Die Kommission entschied mit 11 zu 4 Stimmen, den Antrag Letter/Hausheer/Brunner nicht zu unterstützen.

**Philippe Camenisch** teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Begründung der Antragsteller auf die zweite Lesung hin zur Kenntnis genommen hat. Gegenüber der ersten Lesung sind die Argumente zwar nicht neu. Trotzdem lohnt es sich, über diesen Antrag nachzudenken. Zwei Überlegungen können für eine Anpassung in der zweiten Lesung herangezogen werden. Es gäbe bestimmt noch weitere.
• Es ist vor allem bei den genannten Jungunternehmern oder Startup-Unternehmen, die grundsätzlich Unterstützung verdienen, ein Bedarf an Steuermilde zu orten. Bestimmt gibt es weitere Konstellationen, die herangezogen werden könnten.
• Die Einführung der Mindeststeuer ist ein Akt der Suche nach neuen Einnahmen im Rahmen von «Finanzen 2019». Zu diesem Paket gehörte auch die Einführung und Erhöhung des Steuerfusses. Diese Massnahme fällt nun bekanntlich weg. Somit geht es nun darum, bei neuen Steuern das Augenmass neu zu justieren, sprich, einen moderateren Weg zu suchen.
Die FDP folgte anlässlich der ersten Lesung mehrheitlich dem regierungsrätlichen Antrag und votierte für 500 Franken. Diese Haltung ist keinesfalls damit begründet, dass die FDP-Fraktion unreflektiert Bürgerinnen oder Bürger bzw. Unternehmen mit Steuern belegen wollte. Mit dem Kenntnisstand über die Kantonsfinanzen von Ende August erschien es notwendig, diese Mindeststeuer für juristische Personen gemäss der ersten Lesung einzuziehen. Es ging dabei einfach um Opfersymmetrie. Das war heute auch schon zu hören. Nun hat sich der Finanzhimmel aufgehellt. Wenn die Steuererhöhung wegfällt, ist es legitim, über den von der Kommission in der ersten Lesung und von den Antragsstellern geforderten Satz von 250 Franken nachzudenken. Denn dieser soll zumindest kostendeckend sein, was auch immer damit genau gemeint ist. Die FDP-Fraktion wird mehrheitlich für eine Mindeststeuer von 250 Franken stimmen.

**Hubert Schuler,** Präsident der vorberatenden Kommission, muss sich korrigieren: Die Kommission entschied mit 11 zu 4 Stimmen, den Antrag zu unterstützen. Er entschuldigt sich für den Fehler in seinem vorherigen Votum.

**Daniel Marti** gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Besitzer einer kleinen Beratungsfirma im Kanton Zug und ist somit von dieser Gesetzesänderung womöglich direkt betroffen. Wie schon in der ersten Lesung erachtet die GLP eine Mindeststeuer von 500 Franken für juristische Personen unabhängig von der Finanzlage des Kantons angemessen und vertretbar. Es macht Sinn, dass jede in Zug ansässige Firma einen kleinen Beitrag leistet, um die durch sie verursachten Kosten zu decken. Man kann sich beim besten Willen keine Firma vorstellen, für die eine kleine Abgeltung von ein paar hundert Franken für die Nutzung der exzellenten Infrastruktur und der Dienstleistungen im Kanton Zug ein Problem darstellen könnte. Im Gegenteil, als Unternehmer möchte der Votant unbedingt einen Minimalbeitrag leisten, um damit auch das Recht zu erlangen, von den kantonalen Behörden gute Leistungen einzufordern. Die Begründung, dass diese Minimalsteuer bei Ansiedlungsgesprächen negativ ins Gewicht fallen könnte, ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Wie gesagt, man spricht von wenigen hundert Franken. Das geht bei einer

Firma, die ihren Standort in den Kanton Zug verlegen will, im Rauschen unter. Nicht zuletzt darf nicht vergessen werden, dass diese Massnahme dem Kanton zusätzliche 5,1 Millionen und den Gemeinden 3,8 Millionen Franken Steuereinnahmen beschert. Dies erlaubt der Regierung, auf unpopuläre zusätzliche Sparmassnahmen zu verzichten. Der Votant bittet die Ratsmitglieder daher, diesen Antrag nicht gutzuheissen und bei der Fassung aus der ersten Lesung zu bleiben.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** teilt mit, dass der Regierungsrat am Ergebnis der ersten Lesung, also an 500 Franken Sockelbeitrag der juristischen Personen, festhält. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Massnahme im Rahmen des Sparpakets. Es geht auch darum, ob juristische Personen Gratisbürger sein sollen. Man hat sich dagegen entschieden, ob der Beitrag nun 250 oder 500 Franken sein soll. Startups sind sehr aufwendig. Der Beratungsaufwand ist überproportional hoch im Vergleich zu kleineren KMU oder Briefkastenfirmen. Es ist schwierig, zu beantworten, mit welchem Betrag die Aufwendungen abgedeckt werden können. Der Finanzdirektor hat bereits in der ersten Lesung gesagt, man könnte davon ausgehen, dass allenfalls die 250 Franken ausreichend seien. Vielleicht sind sie es aber auch nicht, das ist ein bisschen volatil. Gibt es sehr viele Startups im Crypto-Valley-Bereich, steigt der Aufwand natürlich. Hat man weniger solche aufwandträchtige Startups oder Kleinunternehmungen zu beraten, sinkt der Aufwand wieder. Das kann variieren. Letztlich ist es eine politische Frage, über die der Rat entscheiden soll. Sicher ist für den Regierungsrat, dass es eine Sockelbesteuerung geben soll. Wenn Gabriela Ingold gesagt hat, 30 Prozent der Steuerpflichtigen würden keine Steuern bezahlen, dann ist auch zu beachten, dass im Kanton Zug über 60 Prozent der KMU keine Steuern abliefern. Auch dessen sollte man sich bewusst sein.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die SVP-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hat. Aus diesem Grund findet nur eine einzige Abstimmung über die Höhe der Mindeststeuer statt.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt das Ergebnis der ersten Lesung (500 Franken) ab und genehmigt mit 37 zu 32 Stimmen den Antrag von Peter Letter et al., die Mindeststeuer für juristische Personen bei 250 Franken festzulegen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 55 zu 10 Stimmen.

***Vorlage 2844.33 (Steuergesetz, Pendlerabzüge)***

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass ein Hauptantrag und ein Eventualantrag von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann vorliegen.

**Markus Hürlimann,** Sprecher der Antragsteller, hält fest, dass er zum wiederholten Male wegen der Pendlerabzüge zum Rat spricht. Hätte sich gegenüber der ersten Lesung keine wesentliche Änderung der Situation ergeben, hätte er den Ratsmitgliedern das heutige Votum wohl erspart. Die Situation der Kantonsfinanzen hat sich aber unverhofft so drastisch verbessert, dass auf Steuererhöhungen getrost verzichtet werden kann, auch auf diese. Denn nichts anderes als eine Steuererhö-

hung bedeutet die Limitierung der Pendlerabzüge bei den Kantons- und Gemeindesteuern, da sind sich wohl alle einig. Was die SVP in den vergangenen Monaten in unzähligen Medienmitteilungen und Statements gebetsmühlenartig von sich gab, hat sich eindrücklich bewahrheitet: Der Kanton hat kein Einnahmenproblem. Denn nicht die kosmetischen Sparbemühungen und die fantasievollen Entlastungsmassnahmen der vergangenen Jahre haben schlussendlich wesentlich zur strukturellen Verbesserung des Staatshaushalts beigetragen, sondern unverhoffte Mehreinnahmen: wirkliches, echtes, reales Geld, vom Steuerzahler erwirtschaftet und keine die Staatsrechnung entlastenden *Buchhaltungstrickli.* Auch aus diesem Grund sollte auf weitere Steuer- und Gebührenerhöhungen verzichtet werden. Die Steuerzahler haben ihren Beitrag für gesunde Kantonsfinanzen nämlich bereits geleistet.
Nachdem nun der grösste Brocken des Projektes «Finanzen 19», die befristete Steuererhöhung, mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vom Tisch ist, kann auch auf die Mehreinnahmen von 1,5 Millionen Franken beim Kanton getrost verzichtet werden; ganz zu schweigen von den 1,2 Millionen Franken, die zusätzlich bei den Gemeinden anfallen würden. Der Votant bittet die Ratsmitglieder deshalb, den Hauptantrag zu unterstützen, dass auf die Änderung von § 25 Abs. 1 Bst. a des Steuergesetzes gemäss erster Lesung zu verzichten und folglich am geltenden Recht festzuhalten sei. Viele Pendler, die für das Zurücklegen ihres Arbeitswegs auf ihr Privatfahrzeug angewiesen sind, werden dem Rat dankbar sein. Es sind dies Leute, die ihre Arbeit beginnen oder beenden, wenn gar kein öffentliches Verkehrsmittel fährt; solche, die in Gehdistanz zum Arbeits- oder Wohnort über kein öffentliches Verkehrsmittel verfügen; solche, die aus gesundheitlichen Gründen kein öffentliches Verkehrsmittel benützen können, und ganz einfach solche, die bei der täglichen Benützung des Privatfahrzeugs gegenüber dem öffentlichen Verkehr eine erhebliche Zeitersparnis nachweisen können.
Sollte der Rat dem Hauptantrag nicht zustimmen können, dann bittet der Votant wenigstens um Zustimmung zum Eventualantrag, die Pendlerabzüge nicht auf 6000, sondern auf 9000 Franken zu begrenzen. Bloss die Hälfte aller Kantone hat den Pendlerabzug bisher reduziert. Zug ist mit dem beabsichtigten Abzug von 6000 Franken nicht einmal besonders grosszügig, sondern bloss Durchschnitt, denn nur gerade drei Kantone gewähren einen noch tieferen Abzug als 6000 Franken. Der Kanton Zug ist bekannt für sein angenehmes Steuerklima, und dies nicht nur für die Oberschicht. In welchem anderen Kanton gibt es denn schon einen Kindereigenbetreuungsabzug, einen Abzug für AHV-/IV-Rentner oder einen Mietzinsabzug? Rutscht Zug beim Pendlerabzug nun ins Mittelfeld ab und festigt sich dieser Zeitgeist weiter, welcher Abzug ist dann in Zukunft wohl noch tabu? Der Votant dankt dem Rat für die Zustimmung zu den Anträgen.

**Hubert Schuler,** Präsident der vorberatenden Kommission, teilt mit, dass die Kommission den Antrag, geltendes Recht beizubehalten, mit 10 zu 5 Stimmen abgelehnt hat. Der Eventualantrag wurde nach einem Abstimmungsresultat von 7 zu 7 Stimmen durch den Stichentscheid des Kommissionspräsidenten abgelehnt.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Antrag von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann mit 47 zu 20 Stimmen ab und spricht sich damit für das Ergebnis der ersten Lesung (6000 Franken) aus.

➔ **Abstimmung 5:** Der Rat lehnt den Eventualantrag von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann (9000 Franken) mit 37 zu 31 Stimmen ab und genehmigt damit das Ergebnis der ersten Lesung (6000 Franken).

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 6:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 47 zu 20 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Anträge der SVP-Fraktion zum EG ZGB, zum Polizei-Organisationsgesetz (Polizeidienststellen) und zum Steuergesetz (Mindeststeuer juristische Personen, Steuerfuss) bereits behandelt wurden. Es folgen nun je ohne Debatte die Schlussabstimmungen zu den übrigen Vorlagen.

SCHLUSSABSTIMMUNGEN ZU DEN ÜBRIGEN VORLAGEN

***Vorlage 2844.27 (Schulgesetz, Kommission Allgemeine Weiterbildung)***

➔ **Abstimmung 7:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 52 zu 16 Stimmen.

***Vorlage 2844.28 (Schulgesetz, Sonderschulen)***

➔ **Abstimmung 8:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 53 zu 15 Stimmen.

***Vorlage 2844.29 (Gesetz über die kantonalen Schulen, Mittelschulen)***

➔ **Abstimmung 9:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 51 zu 18 Stimmen.

***Vorlage 2844.31 (Polizei-Organisationsgesetz, gesundheitspolizeiliche Leistungen)***

➔ **Abstimmung 10:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 64 zu 3 Stimmen.

***Vorlage 2844.32 (Polizei-Organisationsgesetz, Betreibungszustellung)***

➔ **Abstimmung 11:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 60 zu 9 Stimmen.

***Vorlage 2844.35 (Steuergesetz, Verwaltungsratsmitglieder)***

➔ **Abstimmung 12:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 69 zu 1 Stimmen.

***Vorlage 2844.36 (Steuergesetz, Mitarbeitendenbeteiligungen)***

➔ **Abstimmung 13:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 67 zu 2 Stimmen.

***Vorlage 2844.37 (Verwaltungsgebührentarif, Namensänderungen)***

➔ **Abstimmung 14:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 59 zu 12 Stimmen.

***Vorlage 2844.38 (Verwaltungsgebührentarif, gesundheitspolizeiliche Tätigkeiten)***

➔ **Abstimmung 15:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 62 zu 9 Stimmen.

***Vorlage 2844.39 (Verwaltungsgebührentarif, Verrechnung von Beratungstätigkeiten)***

➔ **Abstimmung 16:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 61 zu 7 Stimmen.

***Vorlage 2844.40 (Gesetz über Strasse und Wege, Strassenkosten)***

➔ **Abstimmung 17:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 69 zu 2 Stimmen.

***Vorlage 2844.41 (EG Betäubungsmittelgesetz, Sennhütte)***

➔ **Abstimmung 18:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 53 zu 17 Stimmen.

***Vorlage 2844.42 (EG Betäubungsmittelgesetz, Kommission für Suchtprobleme)***

➔ **Abstimmung 19:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 71 zu 0 Stimmen.

***Vorlage 2844.43 (Krankenversicherungsgesetz, Krankenversicherungsobligatorium)***

➔ **Abstimmung 20:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 56 zu 16 Stimmen.

***Vorlage 2844.44 (EG Waldgesetz, Revierförsterinnen und -förster)***

➔ **Abstimmung 21:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 38 zu 28 Stimmen.

***Vorlage 2844.45 (Gesetz über die Fischerei, Fischereikommission)***

➔ **Abstimmung 22:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 61 zu 7 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit die zweite Lesung aller Vorlagen zu «Finanzen 2019» abgeschlossen ist. Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Das Geschäft ist für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1207** Traktandum 3.1: **Motion von Willi Vollenweider betreffend ein Qualitäts-Management der Zuger Gymnasien mit Erfolg: vorhandene Daten zum Studienerfolg publizieren**
Vorlage: 2914.1 - 15923 (Motionstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

**1208** Traktandum 3.2: **Postulat von Ralph Ryser, Zari Dzaferi, Barbara Häseli, Monika Weber, Thomas Werner und Beni Riedi betreffend Integration verhaltensauffälliger Kinder in den Schulbetrieb**
Vorlage: 2913.1 - 15918 (Postulatstext).

➔ Stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

Der **Vorsitzende** begrüsst die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart. Zudem weist er darauf hin, dass nun das Traktandum 14 vorgezogen wird und danach mit Traktandum 7 weitergefahren wird (siehe Ziff. 1211).

TRAKTANDUM 14
**Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend ÖV-Verbindungen zur Kantonsschule Menzingen:**

**1209** Traktandum 14.1: **Postulat von Laura Dittli, Patrick Iten und Iris Hess-Brauer betreffend Optimierung des ÖV-Angebots für Berufspendler und Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Menzingen aus dem Ägerital durch die Realisierung einer Direktverbindung zwischen dem Ägerital und Menzingen**
Vorlagen: 2831.1 - 15684 (Postulatstext); 2831.2 - 15908 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**1210** Traktandum 14.2: **Postulat von Gabriela Ingold, Beat Iten, Peter Letter, René Kryenbühl, Karl Nussbaumer, Mariann Hess, Marcel Peter und Thomas Werner betreffend Erreichbarkeit der Kantonsschule Menzingen mit dem öffentlichen Verkehr**
Vorlagen: 2834.1 - 15686 (Postulatstext); 2834.2 - 15908 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Ratsmitglieder ihre Voten zu beiden Vorstössen gleichzeitig halten können. Bei Bedarf ist zu präzisieren, zu welchem Postulat gesprochen wird. Die Abstimmungen werden getrennt vorgenommen.

**Laura Dittli,** Sprecherin der Postulanten der Vorlage 2831.1, teilt mit, dass an einigen kalten Wintermorgen Mitglieder der CVP Ober- und Unterägeri viele Unterschriften von Schülern und Pendlern für die Unterstützung einer gemeindlichen Motion für eine bessere Busverbindung nach Menzingen gesammelt haben. Um das

Anliegen zu verstärken, wurde ein ähnliches Postulat auch auf kantonaler Ebene eingereicht. Sehr erfreulich ist, dass die anderen Ägerer Kantonsräte ebenfalls auf den Bus aufgesprungen sind und zur Verstärkung sogar noch ein zweites Postulat eingereicht haben. Nun liegt die Beantwortung der beiden Postulate des Regierungsrats vor. Besten Dank dafür. Darin werden detailliert drei mögliche Lösungsansätze beschrieben. Ein Schulbus, der wie erwartet teuer ausfällt, macht auch aus Sicht der Postulanten keinen Sinn. Weiter wird eine neue direkte Buslinie von Oberägeri nach Menzingen dargestellt. Eine solche entspräche selbstverständlich der Wunschvorstellung der Postulanten. Durch einen direkten Kurs wird einerseits das Umsteigen im Talacher – wo die Infrastruktur der Haltestelle relativ wenig ausgebaut ist – verhindert und andererseits die Zeit von Tür zu Tür stark verkürzt. Der Regierungsrat meint zur Direktverbindung, dass diese aus Kapazitäts- und aus Kostengründen nicht opportun sei. Vor allem während der bevorstehenden Sanierung des Abschnitts Schmittli–Nidfuren macht es auch aus Sicht der Postulanten momentan wenig Sinn, eine solche Direktlinie einzuführen, müssten doch während der Bauzeit sowieso alle Busse über Allenwinden fahren.
Der dritte Lösungsansatz schlägt Verstärkungskurse vor, das heisst, es werden zusätzliche Fahrzeuge während der Spitzenzeiten im aktuellen Liniennetz integriert. Diese Variante werde teilweise bereits heute praktiziert, so der Regierungsrat. Einmal am Morgen fahren zwischen Zug und Menzingen jeweils zwei Busse hintereinander. Auf der Strecke Oberägeri–Talacher und auf der Linie 2 Talacher–Menzingen sollten aber weitere solche Kurse eingesetzt werden. Weitere Bedarfsfahrten lösen gemäss vorliegendem Bericht lediglich Kosten von ca. 50’000 Franken aus, woran sich der Bund sogar noch mit 37 Prozent beteiligen würde. Aus Sicht der Postulanten ist diese Variante für den Moment sicherlich die sinnvollste Lösung. Damit kann für die Schülerinnen und Schüler ein besseres ÖV-Angebot geschaffen werden unter Ausnutzung der bestehenden Verbindungen. Es erstaunt deshalb nicht, dass auch der Regierungsrat diesen Lösungsansatz klar bevorzugt. Was hingegen mehr erstaunt, ist, dass die Regierung das Postulat trotzdem nicht erheblich erklären möchte, mit anderen Worten, doch nichts verändern möchte. Das Thema sollte nicht wieder zurück in die Schublade gelegt werden, zumal die Schülerzahl an der neu ausgebauten Kantonschule Menzingen weiter steigen wird und auch die Bautätigkeit im Ägerital noch nicht erschöpft ist. Nicht zu vergessen gilt es auch, dass der Rat die Realisierung der Kanti Menzingen beschlossen hat und jetzt auch die Konsequenzen tragen soll. Aus diesem Grund stellt die Votantin im Namen der Postulanten und mit Unterstützung der CVP-Fraktion den **Antrag,** das Postulat teilerheblich zu erklären: So sollen die Verstärkungskurse, wie sie im Bericht des Regierungsrats aufgeführt sind, möglichst bald eingesetzt werden. So kann schon vieles verbessert werden. Die Schülerinnen und Schüler sowie die Pendler, die ebenfalls in den vollen Bussen tagtäglich unterwegs sind, sind dafür bestimmt dankbar. Bekräftigt wird dieses Bedürfnis durch die vielen gesammelten Unterschriften in Ober- und Unterägeri. Über eine direkte Verbindung muss selbstverständlich nach dem Bau des Kreisels Nidfuren wieder diskutiert werden. Die Votantin dankt den Ratsmitgliedern herzlich für die Unterstützung des Antrags auf Teilerheblicherklärung der Postulate und wird persönlich gerne auch weitergehende Anträge unterstützen.

**Peter Letter,** Vertreter der Postulanten der Vorlage 2834.1, teilt mit, dass es mehrere Votanten aus der Gruppe der Postulanten geben wird. Die Erreichbarkeit der Kantonsschule Menzingen ist ein lokales Problem der Region Berg. Da nicht allzu viele Ratsmitglieder aus dieser Region sind, wird es wohl schwierig, eine Mehrheit

für das Anliegen zu finden. Es ist trotzdem zu hoffen, dass die Postulanten auf offene Ohren für ihre Anträge und Lösungsvorschläge stossen werden.
Es wurde beschlossen, in Menzingen, in einer Ecke des Kantons, wo wenige Schüler vor Ort sind, sondern dorthin anreisen müssen, eine Kantonsschule zu realisieren. Die Schule wurde gebaut, und die Schülerzahlen wurden schrittweise erhöht. Man hat festgelegt, dass Schülerinnen und Schüler aus Ägeri grundsätzlich die Kantonsschule Menzingen besuchen sollten. Täglich reisen nun rund 150 Jugendliche von Ägeri nach Menzingen. Für die Realisierung der Kantonsschule wurden 180 Millionen Franken investiert. Doch es scheint so, dass die Logistik der Schüler etwas vergessen ging: Die Busverbindungen sind überlastet, die Schüler müssen beim Talacher umsteigen, dort warten und haben recht lange Anfahrtszeiten. Es wurde ein grundsätzlicher Fehler gemacht, und eine Lösung des Problems ist notwendig. Wie diese aussehen wird, ist offen. Doch die Antworten der Regierung und das Verhalten der Gemeinden in Ägeri sind nicht allzu befruchtend. Man scheint ein bisschen Pingpong zu spielen. Die Gemeinden verstecken sich hinter dem Kanton, und der Kanton möchte keine zusätzlichen Kosten haben. Schlussendlich liegt keine Lösung vor. Fakt ist: Es besteht eine Überlastung. Der Regierungsrat schlägt vor, ein bisschen zu optimieren. Zu den langen Wegen und Umsteigezeiten kommt hinzu, dass bald die Sanierung der Strasse Nidfuren–Schmittli mit einer Totalsperre über zwei bis drei Jahre erfolgen wird. Das heisst, in den nächsten fünf Jahren wird die Situation kaum wesentlich besser sein. Man sollte nach pragmatischen Lösungen suchen. Die beiden Gemeinden wie auch der Regierungsrat sollten das Anliegen aufnehmen, sich mögliche Lösungen überlegen und sich nicht hinter irgendwelchen Regeln und Ausreden verstecken. Es kann ja auch sein, dass einmal am Morgen ein Bus der 1er-Linie statt von Oberägeri nach Zug von Oberägeri nach Menzingen fährt und am späten Nachmittag ebenfalls ein- oder zweimal von Menzingen nach Oberägeri. Dann hat man wahrscheinlich relativ schnell einen ausgelasteten Bus mit 150 Schülern täglich.
Man führe sich folgendes Beispiel vor Augen: An der Gemeindeversammlung in Oberägeri wurde beschlossen, jährlich 50’000 Franken auszugeben für nicht ausgelastete Spätbusse nach Morgarten und Alosen, die vom Kanton wahrscheinlich berechtigterweise gestrichen wurden. Empörte Morgärtler und Aloser waren der Meinung, das gehe doch nicht. Die Gemeinden müssen sich überlegen, wo der Franken am besten investiert ist. Alle Beteiligten sollten zusammenarbeiten. Aufgrund dieser Überlegungen stellt der Votant den **Antrag,** beide Postulate erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben, da noch keine Lösung vorliegt. Die involvierten Parteien sollten sich etwas mehr Mühe geben, wirkliche Lösungen, die auch pragmatisch sein können, anzupacken. Der Votant dankt für die Unterstützung.

**Ralph Ryser** nimmt vorerst als Sprecher der SVP-Fraktion zum Postulat «Realisierung einer Direktverbindung» (Vorlage 2831.1) Stellung. Eine offizielle neue, direkte Buslinie Oberägeri–Menzingen kommt aufgrund der folgenden Kriterien aktuell nicht in Frage: Die Realisierung ist frühestens 2020/21 möglich; es ist eine Konzession beim Bund zu beantragen, wobei der Zeitfaktor mitspielt, und gemäss Aussage der Regierung würde sich der Bund nicht an der Buslinie beteiligen. Deshalb schliesst sich die SVP-Fraktion der Meinung der Regierung an, das Postulat nicht erheblich zu erklären.
Und nun äussert sich der Votant als Einzelsprecher zur Vorlage 2834.1: Die aktuelle Situation, dass die Kantonsschüler in das heutige Liniennetz integriert werden, funktioniert nicht wirklich. Es kommt immer wieder zu massiv überfüllten Bussen. Die Strecke zwischen Oberägeri und Menzingen darf als sehr kurvenreich taxiert werden, was als wichtiger Faktor betreffend Lösungsansatz anzusehen ist. In der

Antwort des Regierungsrats wird erwähnt, dass der Schulbeginn nur begrenzt gestaffelt werden kann. Die Schüler können zeitlich also nicht auf weitere Schulanfangszeiten verteilt werden. Zu beachten ist, dass im Zeitraum von 7.05 bis 7.12 Uhr drei Busse im Talacher Schüler aus dem Ägerital absetzen. Im Zeitraum von 7.16 Uhr bis 7.19 Uhr fahren aber nur zwei Busse von Zug Richtung Menzingen und halten schon voll beladen mit Schülern im Talacher an. Die Antwort der Regierung geht nicht auf die Busfrequenzspitzen nach Schulschluss ein. Aufgrund von eigenen Erfahrungen geht der Votant davon aus, dass um 15.52 und 16.03 Uhr die ersten Schüler den Campus verlassen. Diese Schüler sind dann um 16.02 und 16.13 Uhr im Talacher und steigen auf die Linie 1 um, die von Zug herkommt. In diesem Zeitraum fährt ab Zug kommend vom Talacher um 16.19 und 16.34 Uhr jeweils ein Bus Richtung Oberägeri weg. Die Linie 34 verkehrt um 16.41 und um 17.13 Uhr ab Talacher bis Unterägeri. Als Oberägerer Schüler ist man also um diese Zeit gezwungen, die Linie 1 zu nehmen, ansonsten muss man in Unterägeri nochmals auf einen Bus der Linie 1 umsteigen. Es ist zudem nicht interessant, von 16.13 bis 16.41 Uhr ganze 28 Minuten im Talacher zu verweilen. Hier sind bei der Integration ins aktuelle Fahrplannetz Handlungsbedarf und Optimierungspotenzial vorhanden. Im Weiteren stehen nicht immer alle Anhängerwagen zur Verfügung. Die Fahrzeuge müssen in regelmässigen Abständen gewartet werden. Vor 14 Tagen, als ein Anhängerwagen in eine Kollision verwickelt war, kamen anschliessend Gelenkbusse mit geringerer Personenkapazität zum Einsatz. Diese Umstände sind dann durch die Kunden hinzunehmen, und es fehlen pro eingesetzten Gelenkbus 20 Plätze, die nicht durch Zusatzkurse oder anderweitig abgedeckt sind. Gibt es auf den Fahrplanwechsel 2018/19 keine positiven Veränderungen bei den genannten Kurse und sind auch keine weiteren Staffelungen der Schulzeiten möglich, so stellt der Votant den Antrag, dass die Gemeinden Unterägeri und Oberägeri zusammen mit dem Kanton die Schulbusvariante bis zur Umgestaltung des Knotens Nidfuren im Jahr 2021/22 umsetzen. Obwohl es sich bei dieser Variante um die teuerste handelt, kann am besten auf die individuellen Bedürfnisse der Schule sowie der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden. Das würde heissen, dass während 39 Schulwochen, Montag bis Freitag, insgesamt 195 Tage lang, zwei Anhängerwagen mit 80 Sitzplätzen, zwei Fahrten am Morgen, Schulbeginn 7.40 und 8.30 Uhr, sowie zwei Fahrten am Schulschluss um 16.20 und 17.10 Uhr geführt werden. Die Kostenfolgen für die Besteller könnten für alle Beteiligten optimiert werden, indem die Schüler, die den Schulbus benutzen, verpflichtet sind, den entsprechenden Zuger Pass Junior auf sich zu tragen. Somit würden für den Tarifverbund Zug keine Ausfälle von 100’000 Franken entstehen. Da andererseits ein Verstärkungskurs der Linie 2 wegfällt, würde dies wiederum Einsparungen in der Grössenordnung von 500’000 Franken ermöglichen. Durch die Verpflichtung der Eltern, dass deren Kinder einen Zuger Pass Junior kaufen und mit dem Schulbus fahren können, minimieren sich die entstehenden Mehrkosten von jährlich 285’000 auf 185’000 Franken. Wenn diese Mehrkosten noch solidarisch durch die beiden Gemeinden und den Kanton getragen werden, beläuft sich die jährliche Kostenfolge für jede Partei auf 61’666 Franken; dies während vier Jahren bis zur Eröffnung des Knotens Nidfuren. Bis dahin ist auch die Tangente Zug/Baar in Betrieb und ermöglicht dem öffentlichen Verkehr vielleicht neue Möglichkeiten, um die Herausforderungen der Kantonsschule Menzingen noch besser in den Griff zu bekommen.
Die Bevölkerung der Gemeinden Unterägeri und Oberägeri muss an den kommenden Gemeindeversammlungen vom 10. Dezember einverstanden sein, dass der Kostenanteil von einem Drittel der anfallenden Mehrkosten, von total 185’000 Franken, also jährlich rund 62’000 Franken, wiederkehrend bis zur Umgestaltung des Knotens Nidfuren im Jahr 2021/22, übernommen werden. Im Gegenzug soll

sich der Kanton Zug für die kommenden vier Jahre verpflichten, sich am Schulbuskonzept mit ebenfalls 62’000 Franken zu beteiligen. Zwei Jahre vor Abschluss des befristeten Schulbuskonzepts ist dem Kantonsrat eine optimierte Folgelösung zu unterbreiten.

Der **Vorsitzende** macht Ralph Ryser darauf aufmerksam, dass es nur um die Erheblicherklärung der beiden Postulate geht und keine weiteren Anträge gestellt werden können.

**René Kryenbühl,** Mitpostulant und ebenfalls Sprecher der SVP-Fraktion, äussert sich zur Vorlage 2834.1. Der Regierungsrat hat eine Analyse der Busverbindungen zwischen dem Ägerital und der Kantonsschule Menzingen (KSM) in Auftrag gegeben und ausgewertet. Die SVP-Fraktion dankt der Regierung für die Beantwortung des Postulats. An der Fraktionssitzung ist dieses durchberaten worden. Es sei daran erinnert, dass die Erstellung der Kantonsschule Menzingen inkl. Land den Steuerzahler ganze 111 Millionen Franken gekostet hat. Peter Letter hatte einen anderen Betrag erwähnt. Einer sinnvollen und benötigten Erschliessung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln wurde jedenfalls zu wenig Sorge getragen. Die KSM ist im Moment auf 24 Klassen ausgelegt. Die Maximalbelegung liegt voraussichtlich bei 28 Klassen, was bei einer angenommenen durchschnittlichen Klassengrösse von 20 Schülerinnen und Schülern ca. 560 Schülerinnen und Schülern entspricht. Wie bei allen anderen grossen kantonalen Schulen stellt sich die Frage, welchen Beitrag der öffentliche Verkehr zum Transport von Schülerinnen und Schülern leisten kann. Aus Oberägeri werden für das Jahr 2020/2021 80 Schülerinnen und Schüler, aus Unterägeri 137 und aus Neuheim deren 7 erwartet. Zusammen sind dies 224 Schülerinnen und Schüler. Dies entspricht einem Anteil von rund 40 Prozent der ganzen Schule. Anfang September 2018 sind die Motionen der Gemeinden Ober- und Unterägeri an einer Sitzung den beiden Gemeindepräsidenten, je einem weiteren Gemeinderatsmitglied sowie dem Volkswirtschafts- und dem Bildungsdirektor vorgebracht und erläutert worden.
Das Ägerital wird durch die Buslinien 1, Zug–Talacher–Oberägeri, und 34, Baar–Talacher–Oberägeri, mit dem übergeordneten Bahnnetz verbunden. Menzingen wird mit der Buslinie 2, Zug–Talacher–Menzingen, erschlossen. Die Linien 1 und 2 verkehren beide in der Hauptverkehrszeit im 15-Minuten-Takt. Die Linie 1 wird in der Hauptverkehrszeit zusätzlich durch zahlreiche Schnellbuskurse verstärkt. Die Fahrt von Oberägeri nach Menzingen Institut dauert daher in der Hauptverkehrszeit 29 Minuten. Darin enthalten sind vier Minuten Umsteigezeit an der Haltestelle Talacher. Ausserhalb der Hauptverkehrszeit dauert die gleiche Fahrt 35 Minuten. An diesen Fahrzeiten kann niemand etwas bemängeln, und sie sind sicher zumutbar. Nur ist es leider in der Praxis so, dass in der Hauptverkehrszeit nicht alle Schülerinnen und Schüler in den Bussen Platz haben, manchmal gar nicht einsteigen können und somit den Schulbeginn verpassen. Die Analyse der Regierung zeigt auf, dass die Buskapazitäten faktisch stets ausreichen und nur bei einzelnen Kursen ein relativ hohes Passagieraufkommen zu verzeichnen ist. Die Regierung schlägt drei Varianten vor. Die beste wäre die sogenannte «Integration im aktuellen Liniennetz» mit nachfrageorientierten Verstärkungskursen, die ebenfalls Mehrkosten zur Folge hätten, bei der aber deutlich tiefere Kosten anfallen als bei den anderen Varianten. Laura Dittli hat die Varianten bereits erwähnt, deshalb führt der Votant diese nicht mehr weiter aus.
Eine Verbesserung der heutigen Situation soll mit der Sanierung des Knotens Nidfuren und einer gegenüber heute geänderten Anordnung der Bushaltestellen erreicht werden. Damit kann das Umsteigen von der Linie 1 auf die Linie 2 und um-

gekehrt an der Bushaltestelle Nidfuren anstatt im Talacher erfolgen. Gemäss aktueller Planung ist der Baubeginn für die Umgestaltung und Sanierung des Knotens Nidfuren leider erst auf 2021/2022 terminiert. Vor 30 Jahren befand sich in Nidfuren ein Umsteigeplatz. Dieser wurde mit dem Bau der neuen Lorzentobelbrücke zurückgebaut − und siehe da: Gut 30 Jahre später soll an dieser Stelle wieder einer gebaut werden. Ein Vorschlag der Regierung war auch das Anpassen der Unterrichtszeiten, um Verkehrsspitzen zu glätten und die Kosten im öffentlichen Verkehr zu reduzieren. Auch dies wurde in den vorherigen Voten bereits erwähnt. Eine Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Erheblicherklärung des Postulats und stellt den Antrag, dieses nicht abzuschreiben.

**Andreas Hürlimann** hält fest, dass die ALG-Fraktion Verständnis hat für Anliegen, die das Reisen im öffentlichen Verkehr attraktiver gestalten wollen. Somit hat sie auch sehr grosse Sympathie für das Anliegen einer besseren Anbindung der Kantonsschule Menzingen, sei dies nun aus dem Ägerital oder von anderen Ecken des Kantons. Die finanzielle Lage im Kanton hat in den letzten Jahren aber leider dazu geführt, dass beim öffentlichen Verkehr abgebaut wurde. Linien wurden zusammengestrichen, auf Entlastungskurse wurde verzichtet. Gewisse Regionen im Kanton können insbesondere am Abend und zu Randzeiten gar nicht mehr oder nur noch mit extrem langen Warte- und Umsteigezeiten erreicht werden.
Die ALG hat zu diesen ÖV-Abbau-Massnahmen im Rahmen der diversen Sparpakete auch bereits aus der eigenen Fraktion heraus postuliert und andere Prioritäten oder Massnahmen verlangt. Man stand aber auf verlorenem Posten. Auch die jetzt hier Postulierenden haben den Abbau beim ÖV wohl mehrheitlich unterstützt. Jetzt, mit einer anderen Brille, verlangt man plötzlich wieder einen Ausbau, der aber im Gesamtsystem des Zuger ÖVs etwas schwierig unterzubringen ist. Die Finanzierung, verschiedene Möglichkeiten und Varianten hat nebst anderen auch Ralph Ryser dargestellt. Diese sind von Gesetzes wegen aber nicht so einfach umsetzbar. Zudem wurden für die Jahre 2018/19 von den Bestellern Effizienzsteigerungen und Abgeltungsreduktionen im ÖV gefordert. Im Rahmen des kantonalen Projekts «Finanzen 2019» sind unter anderem die ZVB zusätzlich aufgefordert, weitere Massnahmen aufzuzeigen, wie die Abgeltung ab 2021 um rund 10 Prozent reduziert werden kann. Und 10 Prozent spart man nicht einfach so in einem ÖV-System ein. Hier nun Kosten von 170’000 bis gegen 285’000 Franken für den Ausbau eines sehr partikulären Angebots zu fordern, steht etwas quer in der Landschaft. Wo soll denn auf der anderen Seite weiter eingespart werden? Zwischen Baar und Zug? Zwischen Steinhausen und Zug? Oder sollen Rotkreuz und Hünenberg zum Handkuss für einen weiteren Abbau kommen? Die ALG steht für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs ein, möchte aber Massnahmen umgesetzt sehen, die eine Wirkung möglichst im ganzen System des öffentlichen Verkehrs zeigen. Dazu gehören auch bessere Angebote in Spitzenzeiten bei überlasteten Kursen. Hier kann man vonseiten des Kantons, aber auch der Gemeinden durchaus noch weitere, innovative Lösungen erwarten. Die ALG-Fraktion kann aber im konkret vorliegenden Fall die Argumentation des Regierungsrats nachvollziehen und wird seine Anträge entsprechend unterstützen.

**Beat Iten** spricht für die SP-Fraktion und gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist Gemeinderat in Unterägeri. Das Thema der Busverbindungen zwischen dem Ägerital und Menzingen ist im Ägerital sehr präsent. Die Gemeinden Oberägeri und Unterägeri haben sich bisher immer auf den Standpunkt gestellt, dass der Auf- und Ausbau der Kantonsschule Menzingen ein kantonaler Entscheid war und dass zu

einer kantonalen Schule auch die Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln gehört. Sie lehnten daher einen Alleingang der Gemeinden ab.
Der Bericht des Regierungsrats und die darin enthaltene Argumentation sind für den Votanten, die SP-Fraktion und wohl auch für die beiden Gemeinderäte einigermassen nachvollziehbar. Erschwerend kommt sicher hinzu, dass zusätzlich der Bund ein wichtiger Player ist, wenn es um die Finanzierung geht. Das Problem kann jedoch mit Verstärkungskursen, mit intelligent gestalteten Unterrichtszeiten und mit Optimierungen bei den Umsteigebeziehungen sicher teilweise entschärft werden. Verkompliziert wird die Ausgangslage aber mit dem ab dem nächsten Jahr geplanten Baubeginn der Strasse Nidfuren–Schmittli.
Zu Peter Letter: Es geht hier nicht um ein Pingpong zwischen Gemeinden und Kanton. Es besteht im Kanton eine Aufgabenteilung. Die Gemeinderäte möchten an dieser festhalten und lehnen daher eine Kostenübernahme von Buslinien oder von Schulbussen ab. Primär ist der Kanton gefordert, weiterhin intensiv an Verbesserungen bei der Verbindung Ägerital und Menzingen zu arbeiten und entsprechende Lösungen zu präsentieren. In diesem Sinne unterstützt der Votant die Teilerheblicherklärung der Postulate.

Mitpostulantin **Iris Hess-Brauer** unterbreitet dem Rat gerne eine Quizfrage: Wahr oder unwahr? Man stelle sich vor, man sei eine Lehrperson. Obwohl drei Jugendliche aus der Klasse fehlen, startet man mit dem Unterricht. Ärgerlicherweise hat man keine Nachricht erhalten, ob die drei Jugendlichen krank sind. Einziges gemeinsames Merkmal: Alle drei Jugendlichen wohnen im Ägerital. Der Unterricht läuft bereits seit 20 Minuten. Da klopft es an die Türe, und die drei vermissten Schülerinnen oder Schüler betreten das Klassenzimmer. Mit strenger Miene fragt man als Lehrperson, was denn der Grund des Zuspätkommens sei. Die Antwort der drei: «Wir hatten keinen Platz mehr im Bus, der vom Talacher nach Menzingen fuhr!» Nun zurück zur Ausgangsfrage: Ist diese Geschichte wahr oder unwahr? Im laufenden Schuljahr 2018/19 ist die geschilderte Situation an der Kantonsschule Menzingen bereits mehrfach vorgekommen.
Eine weitere skurrile Situation zeigt, wie die Jugendlichen diesem Missstand entgegentreten: Sie fahren mit dem Bus aus dem Ägerital bis zum Bahnhof Zug. Dort steigen sie in den Menzinger Bus um. Das hat zwei Vorteile: Sie haben dann mit Garantie einen Platz bis Menzingen, und sie sind bestimmt zur rechten Zeit im Unterricht. Der Preis dafür ist allerdings der, dass die Jugendlichen einen Bus früher nehmen müssen. Ein Kurs mehr, der mit diesem Vorgehen (über-)voll wird!
Was sind die Gründe für diese unhaltbaren Zustände? Welche konkreten Massnahmen würden per sofort Abhilfe leisten und diese missliche Situation entschärfen? Die Fakten: Im Moment fahren täglich nebst den Berufspendlern rund 160 Jugendliche von Oberägeri und Unterägeri in übervollen Bussen über den Talacher an die Kantonsschule Menzingen und zurück. Die im Bericht und Antrag des Regierungsrats erwähnten Zahlen mögen als Durchschnittswerte durchgehen. Es ist aber davon auszugehen, dass die Berichtschreibenden nie mit dem Morgenbus fuhren. Wer jedoch schon einmal kurz vor und nach 7 Uhr den 1er-Bus nach Zug nahm, weiss aus eigener Erfahrung, dass diese Kurse mehr als überbelegt sind. Fakt ist auch, dass die Schülerinnen und Schüler dicht gedrängt stehen müssen, dies bis zur Armatur vorne beim Chauffeur. Die Ratsmitglieder können sich bestimmt lebhaft vorstellen, dass diese missliche Situation im Falle einer Kollision ein sehr hohes Risiko birgt und die stehenden Buspassagiere mit schweren Verletzungen rechnen müssen. Sind marginale Mehrkosten ein triftiger Grund, die Gesundheit der jungen Passagiere aufs Spiel zu setzen? Angstmacherei? Nein; ein Aspekt der Sicherheit, der in anderen Bereichen selbstverständlich ist. Man baut Dämme und Schutzwälle

für ein nahendes Jahrhundertunwetter. Gebäude werden sogar in den hiesigen Breitengraden erdbebensicher gebaut. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit einer Kollision mit einem Linienbus deutlich höher. Die vorliegende Lösung ist nicht nur einfach, rasch umsetzbar und pragmatisch, sondern auch noch kostengünstig. Welche konkreten Massnahmen führen zu einer deutlichen Entlastung und bringen einen dem Ziel einer direkten Busverbindung näher? Im Bericht und Antrag des Regierungsrats ist auf Seite 6 unter «4.3.3 Verstärkungskurse» zu lesen: «Daher verkehren jeweils zwei Busse hintereinander von Zug nach Menzingen und befördern täglich zirka 250 Personen zeitnah zum Schulbeginn um 7.40 Uhr. Das zusätzliche grosse Verstärkungsfahrzeug, inklusive Chauffeuse bzw. Chauffeur, kann nach dem ersten Transport nicht anderweitig eingesetzt werden und ist frei verfügbar. Es könnte daher auch als Verstärkung für den Transport weiterer Schülerinnen und Schüler zur zweiten Schulstunde eingesetzt werden, sofern dann ebenfalls so viele Reisende erwartet würden. Sollten künftig noch mehr Schülerinnen und Schüler aus dem Ägerital nach Menzingen zum Gymnasium fahren, könnte der vorhandene Verstärkungskurs auch umdisponiert werden, was einer direkten Verbindung für 129 Schülerinnen und Schüler aus dem Ägerital nach Menzingen gleichkäme […].» Der Regierungsrat zeigt doch die Lösung auf! Das «könnte» ist in ein «wird» zu ändern: «Der vorhandene Verstärkungskurs wird umdisponiert, was einer direkten Verbindung für 129 Schülerinnen und Schüler aus dem Ägerital nach Menzingen gleichkommt.» Mit einem beherzten Entscheid und einem überaus tragbaren, finanziellen Aufwand kann auf den 1. Januar 2019 eine konkrete, pragmatische Lösung realisiert werden: ein Plus für Pendler und Jugendliche. In diesem Sinn plädiert die Votantin für eine Teilerheblicherklärung der Postulate.

**Peter Letter** bezieht sich auf das Votum von Beat Iten: Er hat ein gutes Beispiel dafür erwähnt, dass es sich eben um ein Pingpong-Spiel handelt. Der Votant selbst bezahlt Steuern in der Gemeinde und im Kanton, und er möchte eine Lösung haben, die auch eine Verbesserung bringt. Die verschiedenen Parteien sollten zusammenarbeiten und einen Schritt aufeinander zugehen.
Zu Andreas Hürlimann und zum Abbau des ÖV: Eine Optimierung des ÖV ist zu unterstützen. Diese Optimierung sollte jedoch bedarfsgerecht erfolgen. Linien, die zu Randzeiten nicht benutzt werden, können gestrichen werden. Doch im vorliegenden Fall geht es offensichtlich um eine gegebene Auslastung. Entsprechend sollte auch auf diese Auslastung und den Bedarf reagiert werden. Das steht nicht im Zusammenhang mit einem Abbau, der andernorts stattgefunden hat.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** stellt fest, dass sehr verschiedene Forderungen gestellt wurden. Aus dem Votum von Laura Dittli konnte man meinen, zu hören, dass die direkte Linie und die Schulbuslinie nicht unbedingt weiterverfolgt werden sollen. Dann gab es aber Voten, in denen gerade der Schulbus gefordert wurde. *Last but not least* wurde der Antrag auf Teilerheblicherklärung gestellt. Es ist aber anzunehmen, dass man nicht genau weiss, was man wie teilerheblich erklären will. Mindestens stellt man fest, dass nicht einfach Sofortlösungen mit Direktbussen möglich sind. Allenfalls sind Umdisponierungen von Verstärkungskursen machbar.
Zum Formellen: Der Regierungsrat liest die Postulate genau. Beim Postulat von Laura Dittli und Mitpostulierenden ist als einziger Auftrag die Realisierung einer direkten Busverbindung festgehalten. Der Volkwirtschaftsdirektor hat Laura Dittli so verstanden, dass man an dieser Forderung nicht festhält. Dann kann man aber das Postulat nicht teilerheblich erklären lassen. Es gibt keine halbdirekte Busverbin-

dung. Das wäre eine Änderung des Postulats und ist rechtlich nicht möglich. Wenn man keine direkte Busverbindung will, ist das Postulat nicht erheblich zu erklären.
Zum Postulat von Gabriela Ingold und Mitpostulierenden: Es wurde gefordert, eine Analyse vorzunehmen. Das hat die Volkswirtschaftsdirektion getan. Die zweite Forderung war, geeignete Massnahmen, notfalls eine Schulbusverbindung, zu realisieren. Auch hier geht es also um einen Schulbus. Wenn man daran aber nicht festhält, muss das Postulat nicht erheblich erklärt werden.
Zum Votum von Peter Letter: Er hat gesagt, man habe bei der Realisierung der Kantonsschule Menzingen vergessen, die Logistik bzw. die Transporte nach Menzingen in die Planung miteinzubeziehen. Dem ist nicht so. Bereits bei der Richtplananpassung 2008 hat die Regierung erwähnt, dass der Transport an die Kantonsschule Menzingen mit dem ordentlichen ÖV nicht möglich wäre, wenn an der Schule Blockzeiten bestehen würden. Es wurde also bereits vor zehn Jahren festgehalten, dass die Stundenpläne so gestaltet werden müssen, dass Unterrichtsbeginn und -ende gestaffelt erfolgen. Ebenso wurde mit der Kantonsschule Menzingen vereinbart, dass maximal 270 Schülerinnen und Schüler zum selben Unterrichtsbeginn eintreffen. Damit sind die Transporte mit den heutigen Kapazitäten zu bewältigen.
Zum Votum von Ralph Ryser: Er hat eine Schulbusvariante mit Kostenteilung gefordert. Beim schwierigen Projekt ZFA geht es darum, Verbundaufgaben aufzuteilen. Man wird dem Kanton deshalb jetzt nicht eine Aufgabe aufzwingen und ihn verpflichten, Schulbusse zu finanzieren. Das wäre ein Paradigmenwechsel. Ein Schulbus ist auch nicht dasselbe wie der ÖV. Man hätte nicht einmal eine gesetzliche Grundlage. Der Paradigmenwechsel würde dazu führen, dass auch Privatschulen wie die ISZL, die ebenfalls Schulbusse haben, eine Mitfinanzierung fordern könnten. Man sollte jetzt nicht wieder damit beginnen, Verbundaufgaben zu kreieren. Die gesetzliche Grundlage müsste zudem abgeklärt werden. Es ist nicht anzunehmen, dass der Rat nun Gesetze ändern möchte, um neue Verbundaufgaben zu kreieren. Die Realisierung einer Schulbusvariante ist den Gemeinden zu überlassen. Der Kanton muss nicht weitere Verbundaufgaben suchen.
Zum Votum von Beat Iten: Es finden gute Gespräche mit den Gemeinden Unter- und Oberägeri statt. Die Gemeinderäte haben auch die Haltung der Regierung vertreten, dass man die Transporte nach Menzingen im Rahmen des bestehenden Liniennetzes mit Verstärkungskursen ermöglicht.
Zum Grundsätzlichen: Es wurde gesagt, dass Schülerinnen und Schüler teilweise keinen Platz mehr im Bus haben und auf den nächsten warten müssen. Wem glaubt man nun? Es stimmt, dass das in Einzelfällen vorgekommen ist. Der Volkswirtschaftsdirektor war an drei Morgen am Talacher, da er die Situation selbst sehen wollte, um zu erkennen, ob die Ergebnisse der Erhebungen der Realität entsprechen. Er konnte feststellen, dass es recht gut klappt. Selbstverständlich müssen Personen im Bus stehen. Doch in jeder Gemeinde gibt es stark ausgelastete Kurse. Das ist auch in der S-Bahn so. Die Auslastung in der Hauptverkehrszeit ist hoch, da steht man, und daran hat man sich gewöhnt. Würde man das nicht tun, so wären die Strassen im Kanton nur noch mit Bussen befahren.
Der Volkwirtschaftsdirektor konnte an einem Morgen der ersten Schulwoche im Talacher sehen, dass fünf Schülerinnen und Schüler keinen Platz mehr im Bus hatten, und er dachte, die Postulanten hätten recht und es bestünde Handlungsbedarf. Doch die Situation war folgendermassen: Eine Viertelstunde vorher kam der Verstärkungskurs der Linie 2, ein Anhängerbus mit nur gerade zwei Personen. Wäre dieser Verstärkungskurs 15 Minuten später gekommen, hätten alle reichlich Platz gehabt. Sie hätten sogar liegen können auf den Plätzen. Der Volkswirtschaftsdirektor ist dann ins Büro zurückgegangen und hat gesagt, der Verstärkungskurs fahre

zu früh, er solle doch eine Viertelstunden später kommen. Fakt war jedoch: In der ersten Schulwoche fand der Unterricht noch nicht gemäss Stundenplan statt. Die ZVB wussten dies nicht und hatten den Verstärkungskurs eine Viertelstunde zu früh weggeschickt. Wenn es solche Umstellungen gibt, kann die Schule die ZVB anrufen, und der Bus kommt eine Viertelstunden später.
Der Augenschein vor Ort am Talacher zeigte, dass in der halben Stunde oder in den 40 Minuten, in denen es darauf ankommt, genügend Busse nach Menzingen fahren. Durch Koordination lässt sich die Situation zusätzlich optimieren. Der Volkswirtschaftsdirektor hat ein gutes Gewissen, die Schülerinnen und Schüler werden nicht im Regen stehen gelassen. Für die Postulate kann man dankbar sein. Diese haben dazu geführt, dass eine Analyse durchgeführt wurde. Die Erhebungen, die über mehrere Monate durchgeführt wurden, und eigene Erfahrungen führen dazu, dass die Herausforderungen am Talacher bewältigt werden können.
Zu beachten ist, dass die Postulatsanliegen eine generelle Tragweite haben. Auch in anderen Gemeinden muss man zur Hauptverkehrszeit im Bus stehen. Auch andere Linien sind also ziemlich stark ausgelastet. Der Volkswirtschaftsdirektor ist froh über das Votum von Andreas Hürlimann. Wenn diese Postulate erheblich erklärt werden, ist dies ein Zeichen für andere Regionen und Gemeinden, dass man mehr Sitzplätze fordern kann. Damit würde man einen neuen Massstab setzen, und es würde zu Kosten in Millionenhöhe führen. Eine weitere Folge wären viel mehr Busse zur Hauptverkehrszeit. Die Strassen müssten *freigefegt* werden. Wo Platz vorhanden ist, wären Separattrassees zu erstellen, oder es müssten Busbevorzugungen realisiert werden. Der Privatverkehr bliebe stehen. Darum ist die Haltung der SVP etwas erstaunlich. Überträgt man diese Haltung auf andere Gemeinden, so werden private Autofahrer bei einer entsprechenden Umsetzung nicht zufrieden sein. Zudem würde man mit einer direkten Linie ein Problem für 160 Schülerinnen und Schüler lösen. Die Kosten würden 170’000 Franken betragen, pro Kopf wären dies also rund 1000 Franken. Das ist unverhältnismässig.
Im Rahmen der Budgetdebatte am Vormittag wurde verschiedentlich gefordert, man solle die eingeführten Sparmassnahmen nicht stoppen. Andreas Hürlimann hat es gesagt: Finanziert man nun einen oder zwei Busse mehr, hat dies Auswirkungen auf andere Gemeinden, denn es müsste an einem anderen Ort eine Linie oder ein Angebot gestrichen werden. Tut man dies nicht, können die Spar- und Finanzplanvorgaben im Bereich ÖV nicht mehr eingehalten werden. Will man die Kostendisziplin beibehalten und in anderen Gemeinden keine Reduktion des ÖV, dann gibt es nur den Weg, welchen der Regierungsrat aufzeigt, und zwar die Integration ins normale Netz.
In den letzten zwei Jahren wurden mit allen kantonalen Schulen erfolgreich Gespräche geführt. Alle Schulen haben ihre Stundenpläne angepasst. Es war mehr möglich als erwartet. Die Gewerbeschule hat ihre Stundenpläne in drei Staffeln aufgeteilt. Je ein Drittel der Schülerinnen und Schüler trifft innerhalb einer Stunde ein. Das entlastet das Verkehrssystem auch zugunsten der Pendlerinnen und Pendler. Dass auch nachfrageseitig eine Steuerung stattfindet, ist heute das Gebot der Stunde, um nicht noch mehr Busse zu Hauptverkehrszeiten zu finanzieren. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat, die Regierung bei dieser Stossrichtung zu unterstützen. Man hat bereits bewiesen, dass es funktioniert. Ist das in zwei, drei Jahren nicht mehr der Fall, so ist die Regierung bereit, Lösungen zu suchen.
Zum Votum von Mariann Hess: Es ist im Rahmen der normalen Fahrplangestaltung möglich, Verstärkungskurse flexibel einzusetzen. Dazu braucht es keine Postulate mit überschiessenden Forderungen. Wenn der Rat die Postulate im Sinne der Regierung nicht erheblich bzw. nur bezüglich des Teils Analyse erheblich erklärt, dann setzt der Regierungsrat die Lösung mit den Verstärkungskursen um. Man ist

jetzt schon daran, mit den beiden Gemeinden zu schauen, ob der Verstärkungskurs anders eingesetzt werden soll. Kann er auch einmal direkt von Oberägeri fahren ohne massive Verschlechterung des Angebots von Zug her? Man ist laufend im Gespräch. Dieser Vorschlag ist mitenthalten in der Nichterheblicherklärung der Postulate. Sollen die Postulate teilerheblich erklärt werden, so muss gesagt werden, wie das konkret erfolgen soll. Sonst ist der Auftrag nicht klar.
Nichterheblicherklärung im Sinne des Regierungsrats heisst nicht, dass nichts getan wird, sonst hätte man diese Vorschläge, die ja positiv gewürdigt worden sind, gar nicht dargelegt. Mit bestehenden Finanzen, allenfalls 50'000 Franken mehr, wird das bestehende Liniennetz angepasst. *Last but not least:* Es ist ein Liniennetz. Das bedeutet, dass es sich am anderen Ende auch bewegt, wenn man irgendwo zieht. Es handelt sich um ein diffiziles Netz, das an verschiedenen Orten halten muss. Der Volkswirtschaftsdirektor möchte das mit den Gemeinden zusammen planen. Das braucht eine gewisse Zeit. In den nächsten Monaten wird man mit den Gemeinden ohnehin wieder ins Gespräch kommen.
Im Sinne der von Mariann Hess aufgezeigten Lösung bittet der Volkswirtschaftsdirektor den Rat, den Anträgen des Regierungrats zu folgen und keine falschen Signale gegenüber anderen Gemeinden zu setzen oder andere Gemeinden und Busnutzer zu benachteiligen gegenüber den 160 Schülerinnen und Schülern.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass bei der Vorlage 2831.1 der Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung vorliegt. Zu Laura Dittli: Was ist unter der beantragten Teilerheblicherklärung zu verstehen?

**Laura Dittli** versteht die Teilerheblicherklärung so, wie sie der Volkswirtschaftsdirektor nun noch einmal ausgeführt hat. Es ist einerseits wichtig, dass es die Verstärkungskurse auch wirklich gibt. Bisher ist die Votantin davon ausgegangen, dass das ganze Anliegen einfach vom Tisch ist, wenn ein Postulat sowie der dazugehörende Bericht des Regierungsrats für nicht erheblich erklärt wird. Dem stimmt die Votantin natürlich nicht zu. Sie möchte, dass die Verstärkungskurse eingesetzt werden. Aber der Volkswirtschaftsdirektor hat ja gerade eben zuhanden der Materialien gesagt, dass dieses Anliegen auch wirklich aufgenommen wird. Die Teilerheblicherklärung versteht sie so, dass vermehrt direkte Buslinien als Verstärkungskurse eingesetzt werden.
Was sie ebenfalls gerne möchte: Wenn der Knoten Nidfuren ausgebaut ist, soll das Thema direkte Buslinie nochmals aufgenommen werden. Sie weiss nicht genau, wie sie diesbezüglich vorgehen muss. Muss sie ein Postulat einreichen, wenn der Kreisel Nidfuren erstellt ist, und auf diesem Weg eine direkt Buslinie fordern? Die Votantin möchte einfach nicht, dass das Thema begraben wird, wenn die Postulanten keine Forderungen stellen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** weist darauf hin, dass der Regierungsrat auf Seite 2 seines Berichts festgehalten hat, dass er «eine sog. ‹Integration im aktuellen Liniennetz› u. a. mit nachfrageorientierten Verstärkungskursen» vorschlägt.
Es kann sein, dass diese nicht immer genau gleich fahren. Ebenfalls ist im Bericht erwähnt, dass diese Verstärkungskurse «ebenfalls Mehrkosten ergeben, die aber deutlich tiefer als die Kosten aller anderen Varianten sind».
Zum Thema Nidfuren: Nur schon wegen der Zeitschiene sollte das Postulat nicht aus diesem Grund aufrechterhalten werden. Der Volkswirtschaftsdirektor wird das Anliegen weitergeben an den zukünftigen Baudirektor Florian Weber. Nimmt er das Thema nicht von sich aus wieder auf, kann man auch im Jahr 2022 – oder wann auch immer – noch postulieren.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die Abstimmung zu Traktandum 14.1 (Vorlage 2831.1) stattfindet.

➔ **Abstimmung 23:** Der Rat genehmigt mit 38 zu 30 Stimmen den Antrag des Regierungsrats, das Postulat von Laura Dittli, Patrick Iten und Iris Hess-Brauer nicht erheblich zu erklären.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zu Traktandum 14.2 (Vorlage 2834.1) zwei Abstimmungen durchgeführt werden, da zwei Anträge des Regierungsrats vorliegen:
- das Postulat bezüglich Analyse der Busverbindungen von und zur Kantonsschule Menzingen erheblich zu erklären und abzuschreiben;
- das Postulat bezüglich Schulbusverbindung nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag des Regierungsrats, das Postulat bezüglich Analyse der Busverbindungen von und zur Kantonsschule Menzingen erheblich zu erklären und abzuschreiben.

➔ **Abstimmung 24:** Der Rat genehmigt mit 42 zu 23 Stimmen den Antrag des Regierungsrats, das Postulat bezüglich Schulbusverbindung nicht erheblich zu erklären.

TRAKTANDUM 7

**1211 Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (Kantonalbankgesetz): 2. Lesung**

Vorlagen: 2845.5 - 15887 (Ergebnis 1. Lesung); 2845.6 - 15913 (Antrag von Anastas Odermatt, Philip C. Brunner, Barbara Gysel und Andreas Hürlimann zur 2. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auf die zweite Lesung ein Antrag von Anastas Odermatt, Philip C. Brunner, Barbara Gysel und Andreas Hürlimann eingegangen ist.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass die Antragstellenden einen neuen § 14a mit folgendem Wortlaut fordern: «Der Lohn der Geschäftsleitung orientiert sich nach dem Median vergleichbarer Kantonalbanken.» Die Begründung dafür ist folgende: In der damaligen Debatte in der ersten Lesung wurde vor allem damit argumentiert, dass es nicht klar sei, was der Median sei. Es sei nicht vergleichbar und schwierig, und man solle das deshalb nicht so machen. Dieses Problem stellt sich nicht: Was ein Median ist, ist mathematisch ganz klar definiert. Des Weiteren ist im Bericht der vorberatenden Kommission auf Seite 11 festgehalten, dass die Kennzahlen dieses Medianvergleichs und damit die Definition, was unter «vergleichbaren Kantonalbanken» zu verstehen sei, «die Grösse, gemessen an der Anzahl Mitarbeiter, der Bilanzsumme, der Höhe des Eigenkapitals und des Kreditvolumens» sein sollen. Das wurde diskutiert, und man hat festgehalten, dass dies Kennzahlen wären, um einen Vergleich zu ermöglichen. Ebenfalls hat man diskutiert, ob dies ins Gesetz aufgenommen werden soll. Man kam zum Schluss, dies offen und flexibel zu halten, sodass die Regierung dann mit dem Bankrat die entsprechende Kompetenz erhält, in eigener Freiheit zu definieren, welche Kennzahlen mittels Medianvergleich entsprechend hinzugezogen werden sollen.

**Andreas Hostettler,** Präsident der vorberatenden Kommission, hält fest, dass der vorliegende Antrag dem Vorschlag entspricht, den die vorberatende Kommission

bereits gemacht hat. Bereits in der Kommission wurde dieses Anliegen mittels eines Rückkommensantrags nochmals debattiert und dann relativ knapp gutgeheissen. Die Argumente für und gegen die Festlegung eines Lohnes im Gesetz sind bekannt, mehrfach besprochen und ausführlich debattiert worden. Der Kommissionspräsident verzichtet darauf, nochmals diese Argumente breitzutreten und die Ratsmitglieder damit zu langweilen. Festzuhalten ist: Der Antrag entspricht dem Vorschlag der vorberatenden Kommission.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** teilt mit, dass die Stawiko das Thema bei der Beratung sehr intensiv besprochen hat, da die Kommission den Änderungsantrag gestellt hatte. Den durch die Kommission eingesetzten § 14a lehnte die Stawiko dezidiert ab und folglich auch diesen Antrag zur zweiten Lesung. Die Begründung der Antragsteller lautet, dass die Frage unklar sei, wie der Median berechnet werden soll. Diese Begründung ist falsch. Der Median wird heute schon von der Vergütungskommission und der Regierung verwendet. Die Argumente der Stawiko gegen eine Festlegung im Gesetz sind folgende:
• Das Anliegen ist höchst operativ. Es gäbe andere Kriterien, die man sonst auch im Gesetz festlegen müsste.
• Gemäss Minder-Initiative bzw. der Vergütungsverordnung obliegt die Kompetenz zur Festlegung von Löhnen und Salären bei der Generalversammlung. Dies hat auch die Zuger Kantonalbank umgesetzt.
• Die Festlegung im Gesetz ist schlichtweg falsch, und schlussendlich müssten im Umkehrschluss ja auch Anpassungen gegen oben vorgenommen werden.
Die FDP-Fraktion schliesst sich der Meinung der Stawiko an.

**Philip C. Brunner,** Sprecher der SVP-Fraktion, hält fest, dass es ein gewaltiger Schritt ist, der mit dem ZKB-Gesetz gemacht wird. Es ist nun noch ein kleines Detail zu regeln. Dann kommt man zur Schlussabstimmung. Die SVP-Fraktion hat dem Antrag mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Es handelt sich um einen moderaten Antrag. Vielleicht haben die Ratsmitglieder in den letzten Tagen mitverfolgt, was bei der Raiffeisenbank, einem nicht vergleichbaren Institut, bezahlt wird oder was der neue Chef der Post AG Schweiz verdient. Man hat den Kommissionsmitgliedern damals gesagt, man würde die dritte und vierte Garnitur für einen neuen CEO oder die Bankleitung im Allgemeinen erhalten. Der Votant glaubt das nicht. Es ist zurzeit ein Prozess im Gang, der zu gewissen vernünftigen Relationen führt. Eine Statistik, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurde, zeigt auf, dass Banker nicht mehr die Bestverdienenden sind. Mittlerweile sind dies die Chefs von Versicherungen. In diesem Sinne bittet der Votant, dem Antrag und anschliessend dem neuen, sehr schlanken ZKB-Gesetz zuzustimmen. Er dankt dem Kommissionspräsidenten und dem Finanzdirektor für die Vorbereitungsarbeiten.

**Pirmin Andermatt** spricht für die CVP-Fraktion. Die Lohnfrage ist zugegebenermassen sensibel, emotional und leider oft auch von Neid und Missgunst geprägt. Die CVP ist nach wie vor der Meinung, dass die Gehaltspolitik einer marktwirtschaftlich orientierten, aber gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft in der Kompetenz des Verwaltungsrats – bei der Zuger Kantonalbank des Bankrats – liegt. Zusätzlich ist die Gesamtentschädigung der Geschäftsleitung jedes Jahr der Generalversammlung zum Beschluss vorzulegen. Es ist nicht stufengerecht und je nach Vergleich kontraproduktiv, dazu im Gesetz weitere Vorgaben zu machen. Die CVP empfiehlt deshalb einstimmig, den vorliegenden Antrag abzulehnen und am Resultat der ersten Lesung festzuhalten. Zum Bankrat hat der Votant noch drei Fragen an den Finanzdirektor:

• Wie hoch ist die Entschädigung für die einzelnen Mitglieder des Bankrats?
• Nach welchen Kriterien und durch wen wird die Entschädigung für den Bankrat festgelegt?
• Gibt es eine Veränderung der Entschädigungen für den Bankrat von 2018 auf 2019 und wenn ja, weshalb?

Finanzdirektor **Heinz Tännler** hält fest, dass sich die Verhältnisse, was die Lohndebatte betrifft, von der ersten bis zur zweiten Lesung nicht verändert haben. Der Antrag ist derselbe wie in der ersten Lesung. Es wurde von Gabriela Ingold und Pirmin Andermatt schon ausgeführt, weshalb man diese Regelung nicht im Gesetz aufnehmen soll. Ein Thema ist die Minder-Initiative; ein weiteres ist, dass die Lohnpolitik zusammen mit dem Bankrat und letztlich auch der Generalversammlung bestimmt wird. Zu berücksichtigen ist die Zuständigkeitsfrage: Nicht der Gesetzgeber hat die Lohndebatte zu führen bzw. den Lohn festzulegen. Diese Argumente hat der Finanzdirektor schon in der ersten Lesung vorgebracht.
Zu Philip C. Brunner, der die Raiffeisenbank erwähnt hat: Dabei handelt es sich um ein untaugliches Vergleichsmodell. Der Finanzdirektor ist zwar auch Kunde bei der Raiffeisenbank, das darf an dieser Stelle gesagt werden. Aber diese Exzesse der Raiffeisenbank nun auf die Lösungsansätze für den Verwaltungsrat und den CEO der Zuger Kantonalbank zu spiegeln, ist falsch. Die ZKB zusammen mit der Generalversammlung und dem Regierungsrat ist sich der Verantwortung bezüglich Lohn, sei dies bei der Geschäftsleitung oder beim Bankrat, bestens bewusst. Einen Raiffeisen-Fall wird es in Zug bei der Kantonalbank nicht geben.
Zu den Fragen von Pirmin Andermatt: Der Finanzdirektor hofft, dass er die Zahlen richtig im Kopf hat. Er hat kurz mit dem designierten Bankratspräsidenten gesprochen. Die Zahlen sind auch nachzulesen im Geschäftsbericht. Die Entschädigung für den Bankratspräsidenten beträgt heute 162’000 Franken netto, zusätzlich gewisser Beträge für die Arbeit im Entschädigungsausschuss und im Stiftungsrat der Pensionskasse. Das Total liegt ungefähr bei 190’000 Franken. Die Bankratsmitglieder erhalten 40’000 Franken, zusätzlich gewisser Frankenbeträge, wenn ein Bankratsmitglied im Entschädigungsausschuss oder an anderen Orten tätig ist. Der Vizepräsident des Bankrats wird mit rund 90’000 Franken entschädigt. Der Finanzdirektor wird Pirmin Andermatt diese Zahlen noch explizit mitteilen.
Zur Festlegung der Entschädigung für den Bankrat: Der Bankrat selbst diskutiert die Entschädigung, aber der Entscheid liegt letztlich beim Regierungsrat. Der Bankrat kann mit Vorschlägen und Überlegungen auf den Regierungsrat zukommen. Entscheidungsgremium ist dann der Gesamtregierungsrat.
Was eine Veränderung der Entschädigungen für das Jahr 2019 betrifft, sind gewisse Überlegungen und Abklärungen gemacht worden. Dies ist vor dem Hintergrund geschehen, dass man die heutige Entschädigung des Bankrats für nicht ganz richtig hält, und zwar nicht in der Gesamtsumme, sondern individuell bezüglich Präsidium, Vizepräsidium, Mitglieder. Hier wären Verschiebungen angezeigt. Mit anderen Worten: Die einen erhalten vielleicht zu wenig, die anderen zu viel, wenn man Verantwortung, Tätigkeit und Aufwand berücksichtigt. Für die Abklärungen wurden auch Vergleiche vorgenommen. Betrachtet man vergleichbare Banken, so ist festzustellen, dass die Entschädigungen der Zuger Kantonalbank auf einem unteren Niveau liegen. Dies hat man auch gutachterlich geprüft und ist beim Regierungsrat vorstellig geworden. Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass für das Jahr 2019 keine Änderungen vorgenommen werden sollen. Falls es Änderungen geben sollte, will sich der Regierungsrat an objektive Fakten halten. Beispielsweise soll es dann eine Veränderung geben, wenn die Bank eine höhere Klassifizierung einnimmt, d.h. von der Klasse vier in die Klasse drei aufsteigt. Dann würde die Finma eine andere

Kontrolle durchführen, womit auch mehr Aufwand für den Bankrat entstünde. Vor diesem Hintergrund ist dieses Geschäft pendent, bis solche objektiven Gründe vorliegen. Pendent heisst, dass die Regierung diesbezüglich noch Sitzungen abhalten wird und man das Thema noch diskutieren wird. Eine Veränderung per 2019 ist im Moment aber nicht vorgesehen.

**Philip C. Brunner** muss die Ausführung des Finanzdirektors ein bisschen kritisieren. Es geht dem Votanten überhaupt nicht darum, die Raiffeisenbank reinzuwaschen, und er will auch gar keine Diskussion führen über Herrn Vincenz und seine allfälligen – es gilt die Unschuldsvermutung – Machenschaften. Tatsache ist, dass der neue CEO der Raiffeisenbank der ehemalige CEO der Thurgauer Kantonalbank ist. Und sein Gehalt, um das es dem Votanten ging, beträgt 750'000 Franken. Das liegt erheblich unter dem heutigen Lohn des CEO. Das und nichts anderes wollte der Votant gesagt haben.

➔ **Abstimmung 25:** Der Rat genehmigt mit 36 zu 26 Stimmen das Ergebnis der ersten Lesung und lehnt damit einen neuen § 14a ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 26:** Der Rat genehmigt die bereinigte Vorlage mit 56 zu 4 Stimmen.

Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 8

**1212 Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, WFV): 2. Lesung**
Vorlage: 2801.6 - 15905 (Ergebnis 1. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag auf die zweite Lesung eingegangen ist.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 27:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 45 zu 11 Stimmen.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 9

**1213 Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzung und Umbau des Theilerhauses an der Hofstrasse, Gemeinde Zug: 2. Lesung**
Vorlage: 2885.5 - 15904 (Ergebnis 1. Lesung).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass kein Antrag auf die zweite Lesung eingegangen ist.

SCHLUSSABSTIMMUNG

➔ **Abstimmung 28:** Der Rat genehmigt die Vorlage mit 54 zu 2 Stimmen.

Es liegt kein parlamentarischer Vorstoss zum Abschreiben vor. Damit ist dieses Geschäft für den Kantonsrat erledigt.

TRAKTANDUM 10

**1214 Teilrevision des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG, BGS 161.1), des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG, BGS 162.1) und des Planungs- und Baugesetzes (PBG, BGS 721.11)**
Vorlagen: 2910.1 - 15906 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission); 2910.2 - 15907 (Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission (JPK), hält fest, dass der Hintergrund dieser Vorlage eine vom Kantonsrat erheblich erklärte Motion betreffend Offenlegung der Interessenbindungen von Richtern, Richterinnen, Staatsanwälten und Staatsanwältinnen ist. Eingereicht wurde die Motion durch Michael Riboni und Laura Dittli. Es geht in dieser Vorlage um Transparenz und um eine Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in die Institutionen. Die JPK hat die Vorlage im Beisein des Obergerichtspräsidenten, des Präsidenten des Verwaltungsgerichts und des leitenden Oberstaatsanwalts, Christoph Winkler, beraten. Das Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission unbestritten. Der erarbeitete Vorschlag lehnt sich an die im Kanton Zürich seit dem Jahr 2015 eingeführte und funktionierende Lösung an. Ausführlich diskutiert wurde in der Kommission der zu erfassende Kreis der Offenlegungspflichtigen. Die Kommission kam zum Schluss, dass nicht nur wie von den Motionären verlangt die Staatsanwälte und Gerichte, sondern auch das Verwaltungsgericht und die Schätzungskommission ihre Interessenbindungen offenlegen sollten. Bei der Staatsanwaltschaft soll schliesslich nur die fallverantwortliche, also die fallführende Person offenlegungspflichtig sein. In Zukunft müssen die erwähnten Personen der Gerichte und der Staatsanwaltschaft zu Beginn jedes Kalenderjahres ihre Interessenbindungen dem Obergericht melden. Dieses wacht über die Einhaltung der Offenlegungspflicht und führt auch ein Register, das veröffentlicht wird. Für die Veröffentlichung ist ebenfalls das Obergericht zuständig. Das Register wird aber nicht beim Obergericht veröffentlicht, sondern es macht Sinn, dass die Veröffentlichung beim jeweiligen Gericht oder bei der Staatsanwaltschaft auf der Homepage sichtbar ist.
Zu diesem Zweck beantragt die JPK mit 10 zu 0 Stimmen, im Gerichtsorganisationsgesetz neu § 67a, mit gleicher Begründung im Verwaltungsrechtspflegegesetz neu § 55a und im Planungs- und Baugesetz neu § 61 Abs. 5 einzufügen.

**Michael Riboni** teilt mit, dass die SVP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr vorbehaltlos zustimmen wird. Die Vorlage schafft Transparenz darüber, welche Interessenbindungen bei den Mitgliedern der Zuger Gerichte bestehen. Dies stärkt das Vertrauen und die Akzeptanz der kantonalen Justiz. Wie das entsprechende Register dann konkret ausgestaltet und grafisch aufbereitet sein wird, kann man – wie die Justizprüfungskommission richtigerweise ausführt – getrost dem zuständigen Ober- bzw. Verwaltungsgericht überlassen. Darüber muss sich der Rat nicht den Kopf zerbrechen. Die Gerichte werden bestimmt eine bürgerfreundliche Lösung finden. Als damaliger Mitmotionär bleibt zum Schluss der Dank an das Obergericht, das Verwaltungsgericht, aber auch an die Staatsanwaltschaft. Sie alle haben in dieser Sache Mitberichte eingereicht und keinerlei Einwände gegen die Offenlegung der Interessenbindungen gehabt. Ein Dank geht auch an die Justizprüfungskommission und ihren Präsidenten Thomas Werner für die sehr zügige Aufbereitung der Vorlage. Am 22. Februar 2018 wurde die Motion vom Kantonsrat erheblich erklärt, heute, rund neun Monate später, erfolgt die erste Lesung der Umsetzungsvorlage. Das nennt man effiziente und schnelle Gesetzgebung. Es wäre schön, wenn der Rat immer so effizient arbeiten würde.

**Anastas Odermatt** hält fest, dass auch die ALG-Fraktion auf die Vorlagen eintreten, den Änderungen zustimmen und die Motion entsprechend erledigt abschreiben wird. Transparenz ist wichtig, und der nun gefundene, pragmatische Weg und die entsprechende Gesetzgebung überzeugen. Vielen Dank nochmals allen Beteiligten für die wohlwollende Aufnahme dieses Anliegens.

**Alois Gössi** teilt mit, dass die SP-Fraktion der Gesetzesanpassung zustimmen wird. Es gab dazu an der Fraktionssitzung keine nennenswerte Diskussion. Die SP steht auch ein für Transparenz bei den Richtern und fallführenden Staatsanwälten. Mit einem öffentlich einsehbaren Register wird offengelegt, welche Interessenbindungen bei den Richtern und Richterinnen sowie den Staatsanwälten vorhanden sind. Dies bringt Transparenz und auch Vertrauen in die Unabhängigkeit der Organe der Zuger Justiz- und Strafverfolgungsbehörden.
Sicherlich wird der Rat dieses Gesetz anschliessend praktisch einstimmig unterstützen. Da kann man sich dann schon fragen: Transparenz bei den Richtern und Staatsanwälten, wie steht es dann um die Transparenz bei den Kantonsräten? Sie ist sehr gering vorhanden: Bei Voten sind die Ratsmitglieder gemäss GO KR verpflichtet, ihre Interessenbindung, falls eine zum jeweiligen Geschäft vorliegt, bekannt zu geben. In der Zwischenzeit weiss sicher jedes Ratsmitglied, dass z. B. Zari Dzaferi Lehrer an einer gemeindlichen Schule an der Oberstufe oder Heini Schmid ein Grossliegenschaftsbesitzer ist. Aber eine Transparenz ausserhalb des Rats ist praktisch nicht vorhanden: Wer liest schon die Protokolle des Kantonsrats? Es gibt leider kein öffentlich einsehbares Register, in dem die Interessenbindungen der einzelnen Kantonsräte aufgeführt sind. Hier ginge es nicht darum, wie bei den Richtern und Staatsanwälten die Unabhängigkeit dieser Personen zu stärken, sondern darum, auf Interessenbindungen hinzuweisen, um Transparenz.
Über diese Frage wurde im Rat auch schon diskutiert und abgestimmt. Leider wurde nur die Angabe der Interessenbindung bei Debatten im Rat beschlossen. Die SP-Fraktion ist sich am Überlegen, diese Forderung nach Transparenz des Kantonsrats wieder aufs Tapet zu bringen, allenfalls mit einem Vorstoss.

**Laura Dittli** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Antrag der JPK unterstützt und den vorgeschlagenen Änderungen im Gerichtsorganisationsgesetz sowie analog im VRG und PBG zustimmt. Mit relativ wenig Aufwand kann mit dieser Änderung mehr

Transparenz geschaffen werden. Das ist sehr zu begrüssen. Es entspricht dem heutigen Zeitgeist, dass öffentlich zugänglich ist, in welchen Gremien und Kommissionen eine Richterin oder ein Richter mitwirkt. Damit wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit der Justiz noch stärker. Auch andere Kantone kennen eine Offenlegungspflicht der Interessenbindungen. Eine einfache Handhabung dieser Liste im Sinne einer einmaligen jährlichen Meldung erscheint sehr sinnvoll. Die CVP unterstützt in der Detailberatung die Anträge der JPK.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Justizprüfungskommission.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

TRAKTANDUM 11

**1215 Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG, BGS 162.1): Änderung von § 28 VRG**

Vorlagen: 2911.1 - 15914 (Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission); 2911.2 - 15915 (Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission).

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, verweist in erster Linie auf den Bericht und Antrag der erweiterten JPK. Bei dieser Vorlage geht es darum, im Verwaltungsrechtspflegegesetz bei den Parteientschädigungen die Waffengleichheit zwischen Behörden und Privaten herzustellen. Es geht darum, eine privilegierte Behandlung der Behörden gegenüber Privaten auszuräumen. Das geltende Recht sieht bei Gerichtsentscheiden, wenn es z. B. um Parteientschädigung, Einsprachen, Bauvorhaben etc. geht, eine Bevorzugung der Behörden gegenüber den privaten Parteien vor. Gemäss geltendem Recht ist es nämlich so, dass ein obsiegender Privater nur dann Anspruch auf die Zahlung einer Parteientschädigung durch eine unterliegende Behörde hat, wenn diese einen Verfahrensfehler oder eine offenbare Rechtsverletzung begangen hat. Demgegenüber ist der obsiegenden privaten Partei zulasten einer anderen privaten Partei, die unterliegt, ohne zusätzliche Voraussetzungen stets eine Parteientschädigung zuzusprechen. Diese Privilegierung der Behörden will man mit der vorliegenden Vorlage abschaffen. Zustande gekommen ist die Vorlage durch eine durch den Rat erheblich erklärte Motion von Manuel Brandenberg und Heini Schmid. Auf Bundesebene kennt die Gesetzgebung auch keine Bevorzugung der Behörden, und auch bei den Kantonen stellt Zug mit einigen wenigen Innerschweizer Kantonen einen Sonderfall dar.
Fazit: Nach heutigem Rechtsverständnis leuchtet es nicht ein, warum die Behörden gegenüber Privaten bevorzugt werden sollen. Dies haben Manuel Brandenberg und Heini Schmid richtig erkannt. Das Verwaltungsgericht unterstützt diese Anpassung

ebenfalls. Die JPK beantragt mit 10 zu 0 Stimmen, § 28 gemäss Bericht und Antrag wie vorgeschlagen anzupassen.

**Hubert Schuler** spricht für die SP-Fraktion. Mit den Vorschlägen der JPK werden Ungleichheiten, die vielleicht früher sinnvoll waren, jedoch mit den heutigen professionellen Verwaltungen nicht mehr zeitgerecht sind, behoben. Aufgrund dieser Überlegungen ist die SP auch mit der Anpassung von § 28 Abs. 2a einverstanden, obwohl dieses Anliegen nicht im Motionstext aufgeführt war.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

➔ Der Rat genehmigt stillschweigend den Antrag der Justizprüfungskommission.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Es folgt eine zweite Lesung.

Die weiteren Traktanden können aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

## 1216 Nächste Sitzung

Donnerstag, 13. Dezember 2018 (Ganztagessitzung)

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

88. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 13. Dezember 2018 (Vormittag)
Zeit: 8.30−12.10 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch

**Protokoll**
Claudia Locatelli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

Den Platz des Landschreibers nimmt während der ganzen Sitzung die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

**Traktanden**

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 8. November 2018
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:

3.1. Postulat von Willi Vollenweider betreffend Prüfung der Rechtsgrundlagen für eine staatlich organisierte «Home Guard», welche die aktuell in ausserordentlichen Lagen ungenügende Sicherheit im Kanton Zug zumindest teilweise zu gewährleisten vermöchte

4. Kommissionsbestellungen
5. Wahl der kantonalen Schätzungskommission für die Amtsdauer 2019–2022
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2018 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR
7. Geschäfte, die am 29. November 2018 nicht behandelt werden konnten:

7.1. Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden

7.2. Interpellation von Willi Vollenweider betreffend ausserordentliche Lagen: Wie stellen Kanton und Gemeinden im Kanton Zug den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen im Falle schweizweit erhöhter terroristischer Bedrohung und Aktionen über längere Zeit wirkungsvoll sicher?

7.3. Motion der SVP-Fraktion betreffend die unrechtmässige Denunziation und Anschwärzung von Personen bei der KESB durch leichtfertige «Gefährdungsmeldungen»

7.4. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Nutzen/Schaden der «Schwarzen Liste» für Personen, welche ihre Krankenkassenprämien/-leistungen nicht bezahlen

7.5. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kosten und Entwicklungen im Straf- und Massnahmenvollzug

7.6. Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Paradise Papers:

7.6.1. Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Paradise Papers: Zug bleibt im Fokus

7.6.2. Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend erneuten Aufruhr auf dem Zuger Handelsplatz: Paradise Papers & Krypto-Skandale
8. Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend strukturelle Besoldungsüberprüfung (Berichts-Motion)
9. Postulat der Raumplanungskommission betreffend Überprüfung der Ausnützungsziffer bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) im Kanton Zug
10. Postulat der FDP-Fraktion betreffend Erhaltung der Zuger Gedenkschiessen
11. Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Korridorrahmenplan Zentralschweiz − wie weiter im Kanton Zug?
12. Verabschiedungen:
12.1. Verabschiedung von Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch
12.2. Verabschiedung der aus dem Rat austretenden Kantonsratsmitglieder
12.3. Verabschiedung von Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard
12.4. Verabschiedung von Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel
12.5. Verabschiedung von Baudirektor Urs Hürlimann
12.6. Verabschiedung von Claudia Mund, Datenschutzbeauftragte
12.7. Verabschiedung von Katharina Landolf, Ombudsfrau
12.8. Verabschiedung von Pascal Schuler, Stellvertreter der Ombudsperson

## 1217 Präsenzkontrolle

An der heutigen Vormittagssitzung sind 74 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Susanne Giger und Daniel Marti, beide Zug; Peter Letter, Oberägeri; Remo Peduzzi, Beat Unternährer, beide Hünenberg; Florian Weber, Walchwil.

## 1218 Mitteilungen

Es findet eine Ganztagessitzung statt. Das gemeinsame Mittagessen nimmt der Rat im Restaurant Brandenberg in Zug ein.

Es gilt heute jeweils die folgende Reihenfolge der Fraktionssprechenden: FDP, ALG, SP, CVP, SVP.

Vorne bei den Stimmenzählenden hat Helene Zimmermann Platz genommen. Sie ist seitens der FDP-Fraktion auf die neue Legislatur hin als Stimmenzählerin vorgesehen und lässt sich heute bis ungefähr zur Pause in die Bedienung der Abstimmungsanlage einführen.

Der Vorsitzende hat als kleines Geschenk für Landschreiber Tobias Moser eine Karte vorbereitet. Das Einlageblatt liegt bei der stellvertretenden Standesweibelin auf. Die Ratsmitglieder können dort unterschreiben und ihre Genesungswünsche aufführen.

TRAKTANDUM 1

## 1219 Genehmigung der Traktandenliste

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Staatswirtschaftskommission die Abtraktandierung des Traktandums 8 (Berichts-Motion der Staatswirtschaftskommission, Vorlage 2795) beantragt, da sie dieses Geschäft noch vorberaten will. Stawiko-Präsidentin Gabriela Ingold bittet den Rat, die Berichts-Motion heute nicht zu behandeln.

**Oliver Wandfluh** teilt mit, dass die SVP-Fraktion dem Antrag auf Abtraktandierung nicht zustimmen wird. Es handelt sich bei der vorliegenden Vorlage um eine Berichts-Motion. Und diese ist von der Regierung umfangreich beantwortet worden. Es ist der falsche Moment und eine Berichts-Motion ist nicht das richtige Instrument, um allfällige Anträge zu stellen. Die Regierung hat diesen Bericht vollumfänglich beantwortet. Die SVP-Fraktion bittet den Rat, die Vorlage heute auch zu behandeln.

**Gabriela Ingold,** Präsidentin der Staatswirtschaftskommission (Stawiko), hält fest, dass die umfangreiche, 43-seitige Beantwortung der Berichts-Motion am 30. November verschickt wurde. Die Stawiko hatte somit zwölf Tage Zeit, um sich mit der Beantwortung zu befassen. Es würde die Stawiko-Präsidentin interessieren, wer dies im Detail getan hat. Sie hat es gemacht. Die Stawiko als Gremium sollte wie alle anderen Motionäre die Möglichkeit haben, eine Meinung abzugeben. Wird die Vorlage heute behandelt, wird der Stawiko dieses Recht quasi entzogen. Das entspricht eigentlich nicht den Gepflogenheiten des Rats. Es ist wichtig, dass die Beantwortung politisch gewürdigt werden kann. Klar ist, dass die Umsetzung in der nächsten Legislatur erfolgen wird. So sollte auch dieses Traktandum auf die nächste Legislatur verschoben werden. Die Stawiko als Motionärin sollte die Möglichkeit haben, die Vorlage zu diskutieren und dem Rat sowie den Parteien ihre Meinung bekannt zu geben. Dies würde auch dazu beitragen, dass die Regierung in der nächsten Legislatur nicht für den Papierkorb arbeitet. Die Stawiko-Präsidentin bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag auf Abtraktandierung zuzustimmen.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** ist vielfach oder gar meistens gleicher Meinung wie die Stawiko-Präsidentin. Im vorliegenden Fall ist das nicht so, die Regierung hat eine andere Auffassung. Es geht nicht um die Frage, ob man das Recht hat. Um diese Frage geht es im Kantonsrat eigentlich nie. Die Regierung ist sich bewusst, dass der Rat fast alles kann. Die Regierung kann etwas richtig, falsch oder anders machen: Der Kantonsrat hat die Legitimation, einzugreifen. Hier geht es nun aber um eine grundsätzliche Frage: Können Bericht und Antrag zu einer Berichts-Motion gemäss GO KR zur Vorberatung überwiesen werden? Grundsätzlich sagt der Regierungsrat dazu Nein, der Kantonsrat kann und soll dies auch nicht tun. Denn ein solches Vorgehen widerspricht diametral dem Wesenscharakter einer Berichts-Motion. Eine solche dient als Basis für eine Grundsatzdiskussion, für das Aufzeigen von Tendenzen und Lösungsmöglichkeiten und als Vorbereitung für spätere Vorlagen des Regierungsrats sowie spätere Motionen von Ratsmitgliedern oder auch der Stawiko. Mit der Berichts-Motion erfolgt nur eine Erstellung eines Berichts mit klar umrissener Thematik und möglichen Lösungsvorschlägen oder Handlungsfeldern. Die Intension des Gesetzgebers war eine schnelle, verfahrensrechtlich einfache Wissensvermittlung, nicht mehr und nicht weniger. Diese Wissensvermittlung soll als Grundlage dienen für die Weiterbearbeitung in der nächsten Geländekammer einer mehr oder weniger komplexen Materie. Es war nicht beabsichtigt, dass die Stawiko eine Kommissionsitzung durchführt, und das war bisher auch nie

die Praxis. Es gab schon viele Berichts-Motionen, der Finanzdirektor erinnert sich an eine während seiner Zeit als Kantonsrat zum Thema wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV), die vom damaligen Ratsmitglied Karl Rust eingereicht wurde. Auch dazu fanden keine Kommissionssitzungen statt. In einer Berichts-Motion wird nur aufgezeigt, wie die Sache aussieht, um dann in einer nächsten Geländekammer die Diskussion konkret zu führen.
Im Gegensatz zur ordentlichen Motion werden bei der Berichts-Motion keine inhaltlichen Beschlüsse gefällt. Bericht und Lösungsvorschläge werden lediglich zur Kenntnis genommen und danach als erledigt abgeschrieben. Was will denn eine Kommission hinsichtlich einer Kenntnisnahme vorberaten? In der Stawiko müssen inhaltliche Diskussionen geführt werden. Man kann nicht nur über Erheblicherklärung und Abschreibung diskutieren, vielmehr werden alle Handlungsfelder durchdiskutiert, und es werden Anträge gestellt oder Empfehlungen abgegeben. Im Prinzip wird die Geländekammer, die nachgeschaltet sein sollte, vorgezogen. Damit wird das Wesensmerkmal der Berichts-Motion malträtiert.
Die Berichts-Motion ist eigentlich mehr oder weniger dasselbe wie eine Interpellation, die ebenfalls nur zur Kenntnis genommen wird. Der einzige Unterschied: Bei einer Interpellation werden zu einem bestimmten Thema eine oder mehrere Einzelfragen gestellt, und bei der Berichts-Motion steht ein mehr oder weniger umfassender vertiefter Bericht zu einem bestimmten Thema mit Lösungsvorschlägen, Stossrichtungen und Tendenzen im Vordergrund. Interpellationen dienen also der Informationsvermittlung bei Einzelfragen, Berichts-Motionen zur Information als erste Stufe von Problemlösungen. Berichts-Motionen sind somit nur eine qualifizierte Form der Wissensvermittlung. Weder bei der Interpellation noch bei der Berichts-Motion sind in der GO KR Vorberatungen durch eine Kommission oder die Stawiko vorgesehen. Dies entspricht auch der langjährigen Praxis im Rat. Gemäss GO KR unterbreitet der Regierungsrat die Berichts-Motion entweder im einstufigen oder zweistufigen Verfahren direkt dem Kantonsrat, und dieser diskutiert dann über die Materie. Bei Bericht und Antrag des Regierungsrats zu einer üblichen Motion macht die Vorberatung durch die Stawiko oder eine Kommission sehr wohl Sinn.
Der Rat kann nun so entscheiden, wie er es für richtig hält. Es geht nicht darum, dass der Finanzdirektor nicht gerne mit der Stawiko zusammenarbeitet. Aber wird die Vorlage heute nicht behandelt, hat der Rat ein Präjudiz geschaffen. Dann wird bei jeder Berichts-Motion auf dieses Präjudiz verwiesen, und eine Geländekammer, die eigentlich folgen sollte, wird vorgeschoben. Es wird bei jeder Berichts-Motion eine inhaltliche Diskussion geben. Kürzlich wurde im Regierungsrat eine Berichts-Motion über das Asylwesen verabschiedet. Da dies Kostenfolgen hat, will die Stawiko dann auch eine Kommissionssitzung vorschieben, das Wesensmerkmal der Berichts-Motion wird malträtiert, und es wird präjudiziert. Der Ratsbetrieb, der mit der Berichts-Motion schlank und einfach sein soll, wird aufgebläht. Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat, das Geschäft nicht abzutraktandieren. Aber der Finanzdirektor ist sich bewusst, dass recht haben und recht bekommen zwei verschiedene Dinge sind. Der Rat soll entscheiden.

**Heini Schmid** ist der Meinung, dass diese Frage nicht so umfassend behandelt werden muss, wie es der Finanzdirektor aufgezeigt hat. Es geht ganz einfach darum, dass eine Kommission eine Motion eingereicht hat. Wie man es von einem Motionär erwartet, wird auch von einer Kommission erwartet, dass sie zu ihrer eigenen Motion Stellung nimmt. Ob die Kommission eine Sitzung abhalten will, ist heutzutage zum Glück allein Sache der Kommission. Man erinnere sich an frühere epische Diskussionen, ob man überhaupt eine Kommissionssitzung durchführen darf zwischen der ersten und der zweiten Lesung. Die Regierung hat dem Rat früher ein

enges – und Tino Jorio ein noch engeres – Korsett geschnürt. Glücklicherweise haben sich die Kommissionen in den vergangenen sechzehn Jahren emanzipiert. Der Votant hat wohl auch dazu beigetragen, dass Kommissionen nun eine aktive, begleitende Funktion im Gesetzgebungsprozess haben. Darum ist es unterdessen anerkannt, dass eine Kommission selbst entscheiden kann, ob sie eine Sitzung abhalten möchte. Ob Berichts-Motion oder was auch immer: Es wird keine Usanz geschaffen, es ist allein Sache der Stawiko, ob es eine Sitzung geben soll.
Das Einzige, was an diesem Vorgehen nicht richtig ist, ist, dass man innerhalb von zwölf Tagen von einer Kommission eine fundierte Stellungnahme erwartet. Das geht nicht, und darum sollte der Abtraktandierung zugestimmt werden. Wenn Kommissionen eine Motion einreichen, sollten sie mindestens dreissig Tage Zeit haben zwischen der Verabschiedung und der Zuspielung in den Rat, damit die Kommissionspräsidentin oder der -präsident entscheiden kann, ob eine Sitzung stattfinden soll oder ob der Korrespondenzweg reicht, damit im Rat eine Stellungnahme abgegeben werden kann. Das einzige Präjudiz, das wünschenswert wäre, ist, dass Kommissionen genügend Zeit gelassen wird zwischen der Zustellung der Beantwortung und der Behandlung ihrer Motionen im Rat. In einer Kommission müssen fünfzehn oder sieben Personen koordiniert werden, und es ist grenzwertig, dass die Zustellung eines 45-seitigen Papiers zwölf Tage vor der Behandlung erfolgt. Die Ratsmitglieder sind nicht Profis. Der Regierungsrat macht tagtäglich nichts anderes und wird dafür bezahlt. Die Ratsmitglieder müssen schauen, wie sie alles zeitlich hinkriegen. Der Votant selbst hat zum Glück Zeit. *(Der Rat lacht.)* Viele Ratsmitglieder haben aber diese Zeit nicht oder stehlen sie sich am Abend, auch wenn sie eigentlich andere Prioritäten hätten. Trotzdem machen sie ihren Job. Es ist reiner Anstand, dass man eine solch komplexe Vorlage nicht zwölf Tage nach der Zustellung im Rat behandelt.

**Andreas Hausheer** dankt dem Finanzdirektor für die theoretische Abhandlung einer Berichts-Motion. Doch bei der Beantwortung der Berichts-Motion handelt sich nicht um eine neutrale Darstellung der Tatsachen. Im Bericht sind politische Äusserungen des Regierungsrats aufgeführt. Nach jeder Ziffer macht der Regierungsrat einen Handlungsbedarf aus. Dabei handelt es sich um politische Aussagen. Es geht um Vaterschaftsurlaube oder darum, ob Arbeitszeiten bereits genug modern und flexibel sind. Man kann schon sagen, dass sei nun einfach einmal eine Aufstellung. Aber es ist davon auszugehen, dass der Regierungsrat in drei oder in fünf Jahren sagen wird, der Kantonsrat habe dieses Papier ohne grössere Diskussionen durchgewinkt und sei damit einverstanden gewesen. Aber eine vertiefte Diskussion hat dann nicht stattgefunden. Wäre es nur eine neutrale Darstellung, hätte der Regierungsrat auch keinen Handlungsbedarf zu den einzelnen Ziffern aufführen dürfen.

Stawiko-Präsidentin **Gabriela Ingold** weist darauf hin, dass der Hintergrund, der zu dieser Motion geführt hat, nicht ausser Acht gelassen werden sollte. Im Rahmen der Entlastungspakete wurden die Familienzulagen diskutiert, und die Stawiko hatte gefordert, man solle eine Auslegeordnung vornehmen, damit man weiss, wie und wo die Entlöhnung stattfindet. Was soll denn nun heute diskutiert werden, falls die Vorlage behandelt wird? Es ist eine Zumutung, dieses Papier innerhalb von zehn Tagen lesen zu müssen und dann dazu ein Feedback abzugeben. Es scheint, als wolle man gar keine Stellungnahme erhalten. Es sieht so aus, als würde es niemanden interessieren, was der Rat zu diesem Papier meint.
Die Stawiko-Präsidentin ist derselben Meinung wie Andreas Hausheer: Es werden Handlungsbedarfe abgesteckt. Beim Studieren des Berichts sind der Stawiko-Präsidentin einige Bereiche aufgefallen, bei denen sie anderer Meinung ist als die

Regierung. Die Regierung sollte doch ein Feedback des Rats erhalten, damit die entsprechenden Punkte später auch aufgenommen werden können. In diesem Sinne handelt es sich bei einer vertieften Diskussion auch um ein Mittel zur Effizienzsteigerung für die Zukunft. Der neue Kantonsrat soll die Vorlage in der nächsten Legislatur bearbeiten und dann auch noch wissen, was er entschieden und diskutiert hat.

**Manuel Brandenberg** möchte die Regierung und deren Vorgehen in Schutz nehmen. Die Motion der Stawiko verlangt einen Bericht und nicht mehr als das. Sie verlangt keine Gesetzesänderungen. Der Bericht der Regierung ist zeitgerecht eingetroffen, und heute wurde zeitgerecht, innerhalb der Fristen, wie sie in der GO KR festgelegt sind, dazu eingeladen, die Vorlage zu behandeln. Die Stawiko kann heute als Motionärin im Rahmen der Ordnung dieses Rats Stellung nehmen, genauso wie jeder Motionär, der seine Antwort vorgelegt erhält, in der Debatte Stellung nehmen kann. Dieses ordnungsgemässe Vorgehen wurde von der Regierung eingehalten. Die Erstellung der Traktandenliste ist Aufgabe des Kantonsratspräsidenten. Er war der Meinung, dass die Vorlage heute schon traktandiert werden sollte. Die Stawiko als Motionärin wusste das. Somit ist alles ordentlich und korrekt abgelaufen. Wenn die Motion nun in der nächsten Stawiko-Sitzung inhaltlich überprüft wird und man zum Schluss kommt, dass man entgegen der Analyse der Regierung Gesetzesänderungen verlangt, ist es der Stawiko freigestellt, entsprechende Motionen zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. Dann werden es aber keine Berichts-Motionen, sondern Motionen zur Gesetzesänderung sein. Man kann z. B. im Rahmen des Personalgesetzes die Besoldungen, Lohnklassen, Gehaltsstufen und die Höhe der Gehälter überprüfen. Zu allen diesen Punkten kann man motionieren. Aber dazu ist die Berichts-Motion nicht der richtige Rahmen. Der Votant bittet deshalb darum, dieses Geschäft heute zu behandeln, wie es die Regierung auch beantragt.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nicht der Kantonsratspräsident, sondern der Kantonsrat über die Traktandenliste entscheidet. Der Präsident kann einen Vorschlag machen, aber der Rat genehmigt die Traktandenliste.

Finanzdirektor **Heinz Tännler** unterstützt das Votum von Manuel Brandenberg. In den vorherigen Voten hatte es sich so angehört, als ob der Regierungsrat versucht habe, auf die Schnelle ein Geschäft durchzudrücken. Das ist nicht der Fall. Die Erstellung der Traktandenliste obliegt nicht dem Regierungsrat. Der Regierungsrat macht nur Folgendes: Er hat eine Frist von einem Jahr, um die Motion zu bearbeiten. Diese Frist hat die Regierung eingehalten. Dann wird das Geschäft in den Ratsbetrieb gegeben. Das heisst nur, dass die Regierung bereit wäre. Wie und was traktandiert wird, obliegt dem Kantonsrat bzw. dem Präsidenten.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat genehmigt mit 44 zu 19 Stimmen den Antrag der Stawiko, das Traktandum 8 abzutraktandieren.

TRAKTANDUM 2

**1220 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 8. November 2018**

Der **Vorsitzende** informiert, dass im Protokoll der Vormittagssitzung vom 8. November 2018 auf Seite 2799 im Votum von Kantonsrätin Hanni Schriber-Neiger irrtümlicherweise «bietet einziges Prozent mehr» steht. Richtig muss es heissen: «bietet *kein* einziges Prozent mehr». Der Protokolldienst korrigiert diese Passage

und stellt auf der Website des Kantons die bereinigte Fassung des Protokolls zur Verfügung. Im Übrigen liegen keine Änderungsanträge zum Protokoll vom 8. November 2018 vor.

➔ Der Rat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 8. November 2018 mit der erwähnten Änderung.

TRAKTANDUM 3
**Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben:**

**1221** Traktandum 3.1: **Postulat von Willi Vollenweider betreffend Prüfung der Rechtsgrundlagen für eine staatlich organisierte «Home Guard», welche die aktuell in ausserordentlichen Lagen ungenügende Sicherheit im Kanton Zug zumindest teilweise zu gewährleisten vermöchte**
Vorlage: 2916.1 - 15932 (Postulatstext).

➔ Der Rat überweist das Postulat stillschweigend an den Regierungsrat.

TRAKTANDUM 4
**Kommissionsbestellungen**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass keine neuen Kommissionen zu wählen oder Änderungen in Kommissionen zu genehmigen sind.

TRAKTANDUM 5
**1222** **Wahl der kantonalen Schätzungskommission für die Amtsdauer 2019–2022**
Vorlage: 2917.1 - 15933 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass seit der Änderung des Planungs- und Baugesetzes vom 30. Juni 2011 (Vorlage 1962.9 - 13830) dem Kantonsrat die Wahl der kantonalen Schätzungskommission obliegt (§ 61 Abs. 1 PBG). Mit Beschluss vom 11. Dezember 2014 (Vorlage 2452.1 - 14821) hat der Kantonsrat die Schätzungskommission für die verbleibende Amtsdauer bis Ende 2018 gewählt. Für die Amtsdauer 2019−2022 ist die Kommission neu zu wählen. Die engere Justizprüfungskommission beantragt dem Kantonsrat einstimmig, folgende Personen in die kantonale Schätzungskommission für die Amtszeit 2019−2022 zu wählen:

Martin Spillmann, als Mitglied und Präsident
Walter Annen, als Mitglied und Vizepräsident
René Kryenbühl, als Mitglied und Vizepräsident
Alexander Rey, als Mitglied
Andreas Schilter, als Mitglied
Luzia Wenk, als Mitglied
Thomas Vetter, als Mitglied
Meinrad Huser, als Mitglied
Sandro Murer, als Mitglied
Franz Zürcher, als Mitglied

EINTRETENSDEBATTE

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission (JPK), verweist in erster Linie auf den ausführlichen Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission, möchte aber noch ein bisschen näher auf den Ablauf der Vorbereitungen eingehen. Gemäss Planungs- und Baugesetz wählt der Kantonsrat die Schätzungskommission. Diese setzt sich zusammen aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und den Mitgliedern, die über entsprechende Fachkenntnisse verfügen. Das heisst, dass gemäss § 5 Abs. 2 der Verordnung über die amtliche Schätzung folgende Personen dieses Amt ausführen können: Immobilienschätzer, Personen mit eidg. Fachausweis sowie Berufsleute mit Schätzungserfahrung oder mehrjähriger Berufserfahrung in den Sparten Architektur, Bauplanung, Immobilientreuhand, Landwirtschaft oder Recht. Die Vorbereitung der Wahl obliegt gemäss GO KR der engen JPK. Bereits im April 2018 wurden die Parteien, die gemäss Parteienproporz Anspruch auf einen Sitz in der Schätzungskommission haben, aufgefordert, der Kommission bis spätestens am 25. Juni mitzuteilen, ob die bisherigen Mitglieder sich für die nächste Amtsperiode zur Wahl stellen, bzw. neue Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl vorzuschlagen. Von den zehn Mitgliedern wurden sieben zur Wiederwahl vorgeschlagen. Den nicht mehr zur Wiederwahl antretenden Baptist Elsener, Josef Arnold und Martina Hüsler sei für ihren langjährigen Einsatz in der Schätzungskommission herzlich gedankt. Für die Zurückgetretenen wurden neu Franz Zürcher, CVP, Sandro Murer, SVP, und Meinrad Huser, SP, vorgeschlagen. Die JPK führte mit den neu vorgeschlagenen Kandidaten persönliche Vorstellungsgespräche, bei denen sich die JPK von den Qualitäten der Kandidaten überzeugen konnte. Nachdem diese Kandidaten feststanden, wurden die Parteien erneut angeschrieben, um ihre Vorschläge für das Amt des Vizepräsidenten abzugeben. Die SVP schlägt Rene Kryenbühl, die CVP Walter Annen als künftigen Vizepräsidenten vor. Sämtliche bisherigen Mitglieder wie auch die neu Kandidierenden erfüllen aus Sicht der JPK die fachlichen Anforderungen für die Schätzungskommission. Bezüglich der Besetzung des Präsidiums sind keine neuen Anträge eingegangen, weshalb Martin Spillmann als Präsident vorgeschlagen wird.
Die Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten eignen sich aus Sicht der JPK gleichermassen. Beide Kandidaten sind langjährige Mitglieder der Schätzungskommission und verfügen über die entsprechende Fachkompetenz sowie Erfahrung. Die JPK hat mit 6 zu 0 Stimmen einstimmig beschlossen, dem Kantonsrat diesen Zweiervorschlag zu unterbreiten. Ferner beantragt die JPK die Wahl der vom Vorsitzenden bereits erwähnten Personen. Für das Vizepräsidium schlägt die JPK vor, zwischen Walter Annen und Rene Kryenbühl zu wählen. Dies gilt für die Amtszeit 2019−2022.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion und möchte sich aus Gründen der Transparenz zu diesem Wahlgeschäft äussern. Zur Wahl in die Schätzungskommission stellt sich auch Luzia Wenk von der ALG. Falls Luzia Wenk in stiller Wahl als Ersatzrichterin für das Kantonsgericht bestätigt wird, würde sie wegen einer möglichen Unvereinbarkeit Schätzungskommission–Kantonsgericht aus der Schätzungskommission austreten. Es ist bestimmt für alle Ratsmitglieder nachvollziehbar, dass die ALG die Wahl ins Kantonsgericht zuerst abwarten möchte, bevor der Rückzug ihrer Kandidatin aus der Schätzungskommission erfolgt. Aus diesem Grund hält die ALG für heute an der Wahl ihrer Kandidatin fest. Nach erfolgter Wahl als Ersatzrichterin für das Kantonsgericht würde die ALG ein Ersatzmitglied portieren.

**Michael Riboni** schlägt im Namen der SVP-Fraktion René Kryenbühl, Thomas Vetter und Sandro Murer zur Wahl in die Schätzungskommission vor. Als neuen Vizepräsidenten legt die SVP dem Rat wärmstens Kantonsrat René Kryenbühl ans Herz. René Kryenbühl ist seit 2011 ein anerkanntes Mitglied der Schätzungskommission und mit deren Aufgaben bestens vertraut. Als gelernter Maurer, Polier, Bauleiter und heute selbstständiger Unternehmer im Bereich Immobilienvermittlung und -bewertung kennt René Kryenbühl die Immobilienbranche aus dem Effeff. Im Bereich der Immobilienbewertung hat er sich überdies mehrfach und ganz spezifisch weitergebildet. Täglich beschäftigt er sich von Berufs wegen mit Immobilien und deren Bewertung. Mit René Kryenbühl steht heute also ein ausgewiesener Fachmann mit viel Sachkompetenz zur Wahl als Vizepräsident. Mit Jahrgang 1966 bietet René Kryenbühl auch Gewähr für Kontinuität, ein nicht zu unterschätzender Faktor in einer Kommission, in welcher die Fachkompetenz über dem Parteibuch stehen sollte. Der Votant dankt für die Unterstützung der drei SVP-Kandidaten und die Wahl von René Kryenbühl als Vizepräsidenten.

**Kurt Balmer** stellt namens der CVP-Fraktion im Rahmen der Eintretensdebatte einen **Rückweisungsantrag.** Es soll nicht auf das Geschäft eingetreten werden, und das Geschäft soll an die JPK zurückgewiesen werden.
Die Ratsmitglieder werden sich zu Recht fragen, wieso das Geschäft zurückgewiesen werden soll, wenn doch die JPK angeblich mit 6 zu 0 Stimmen gemäss schriftlichem Bericht das Geschäft abgesegnet hat. Usanzgemäss segnet die Kommission jeweils den ausführlichen schriftlichen Bericht an den Kantonsrat nicht ab. Der Bericht wird vom JPK-Vorsitzenden allein geschrieben und verantwortet.
In der JPK selbst ist der Parteienproporz überhaupt nicht diskutiert worden, und man hat nicht darüber abgestimmt, die zehn Mitglieder gemäss Bericht dem Kantonsrat zur Wahl zu empfehlen. Die Kommission hat gemäss Protokoll der Sitzung vom 14. November 2018 nur über das Vizepräsidium entschieden, und das ist etwas ganz anderes. Das ergibt sich auch klar aus dem Protokoll der Sitzung der JPK vom 14. November 2018. Die JPK hat das Geschäft definitiv nicht gemäss schriftlichem Bericht an den Kantonsrat vorbereitet. Deshalb ist eine Rückweisung unumgänglich ist. Mit anderen Worten: Gemäss den Unterlagen des Votanten – und niemand hat andere Unterlagen – hat die Kommission nie beschlossen, dem Rat die zehn Personen gemäss schriftlichem Bericht der JPK vom 14. November zur Wahl vorzuschlagen. Das Geschäft wurde nicht in der JPK vorbereitet, es liegt kein gültiger Beschluss der JPK vor, und damit wird § 19 Abs. 3 Ziff. 6 GO KR verletzt, wenn heute materiell gemäss dem Bericht, der den Ratsmitgliedern vorliegt, entschieden wird.
Man mag sich vielleicht nun auch fragen, weshalb der Votant erst heute bei der Debatte diese Einwände vorträgt und nicht vorher in der JPK interveniert hat. Dazu Folgendes: Der Votant leitet die JPK nicht und ist nicht verantwortlich für die entsprechenden Mechanismen. Sein Einfluss in der JPK ist eher bescheiden. Zentral ist aber, dass es leider nicht zum ersten Mal passiert ist, dass dem Rat eine fehlerhafte Vorlage präsentiert wurde. Vor kurzem wurde dem Rat auch ein JPK-Bericht präsentiert, der so gar nicht verabschiedet wurde. Es handelt sich um das Geschäft 2887, Gesamterneuerungswahl der Zuger Gerichte, das erst nachträglich von der JPK genehmigt wurde. Der Votant hat interveniert, und der Mangel konnte dann in der JPK einvernehmlich noch vor der Kantonsratssitzung per Zirkularbeschluss korrigiert werden. Die Korrektur erfolgte allerdings mit späterem Datum, womit das Datum des entsprechenden Beschlusses eigentlich nicht stimmt. Der Votant ist nicht bereit, immer für die JPK die Kastanien aus dem Feuer zu nehmen und hat deshalb hier nicht vorgängig interveniert. Zwei solche Versäumnisse innert kurzer

Zeit sind mindestens eines zu viel. Deshalb stellt der Votant namens der CVP-Fraktion diesen Antrag. Eine grosse Mehrheit der Fraktion unterstützt den Antrag.
Für den Fall, dass die Ratsmitglieder trotzdem völlig wider Erwarten auf das Geschäft eintreten sollten, folgende Anmerkungen zum Vizepräsidium: Die JPK empfiehlt gemäss Bericht offiziell zwei Kandidaten zur Wahl. Das wurde in der JPK auch ordentlich so abgesegnet. Zu berücksichtigen ist aber, dass der Vorsitzende der Schätzungskommission, Martin Spillmann, FDP, – der als nicht CVP- und nicht SVP-Mitglied sozusagen neutral ist – klar Walter Annen als Vizepräsidenten empfohlen hat. Zudem existiert die Usanz, dass der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Kammer, nämlich Walter Annen, CVP, als Vizepräsident amtet. Die CVP-Fraktion empfiehlt deshalb, sofern heute auf die Vorlage eingetreten wird, mit Überzeugung Walter Annen als Vizepräsidenten zu wählen.
Der Parteienproporz wird in dieser Vorlage übrigens nicht eingehalten. Erwähnt werden soll das Versprechen des Vorsitzenden der JPK vor vier Jahren: «Auf die nächste Wahl oder Vakanz soll aber der freiwillige Parteienproporz wiederhergestellt werden.» Dazu gibt es keinen gültigen Beschluss der JPK, und natürlich ist der Parteienproporz bei den zehn zur Verfügung stehenden Personen nicht gewährleistet. Für die Unterstützung der Rückweisung dankt der Votant.

JPK-Präsident **Thomas Werner** stellt fest, dass sich hier zum Ende der Legislatur offensichtlich jemand noch politisch austoben möchte.
Zum Parteienproporz: Kurt Balmer hat gesagt, der JPK-Präsident habe versprochen, dass der freiwillige Parteienproporz eingehalten werde. Vor vier Jahren war die Situation in der JPK so, dass die CVP einen neuen Kandidaten hätte vorschlagen müssen, um eine Vakanz zu ersetzen. Nach mehrmaliger Fristverlängerung hat es die CVP nicht geschafft, einen Kandidaten oder eine Kandidatin zu finden. Deshalb hat die SVP in einer Feuerwehrübung einen eigenen Kandidaten gesucht und gefunden. Diesen konnte man wählen, weil die SVP bis zu diesem Zeitpunkt im Parteienproporz untervertreten war. Durch den Verlust ihres Sitzes war die CVP danach wohl untervertreten gegenüber der FDP. Die beiden Parteien haben die Abmachung getroffen, dass dies bei einer nächsten Wahl berücksichtigt werden soll. Anscheinend war das nicht notwendig. Die Parteien hätten die Möglichkeit gehabt. Es sind ja die Parteien, welche die Kandidaten vorschlagen. Sie hätten untereinander absprechen können, dass ein Kandidat der FDP zugunsten eines Kandidaten der CVP Platz macht. Aber das war offensichtlich nicht der Wunsch, oder es wurde nicht daran gedacht. Aber die JPK für dieses Versäumnis verantwortlich zu machen, ist ein bisschen billig.
Zu den Vorwürfen, was das Protokoll und die Abstimmungen betrifft: Der JPK-Präsident hat das Protokoll nicht mit dabei und kann es auch nicht auswendig. Aber er ist der Meinung, dass alles korrekt abgelaufen ist. Selbstverständlich hat man die Kandidaten angehört und gemeinsam entschieden, wer vorgeschlagen werden soll. Diesen Rückweisungsantrag kann man sich sparen, zumal das Resultat kein anderes sein wird.

**Manuel Brandenberg** bestätigt als Mitglied der engeren JPK, dass auch nach seiner Erinnerung alles wie üblich korrekt abgelaufen ist.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es sich um ein Wahlgeschäft handelt. Deshalb muss auf das Geschäft eingetreten werden. Eintreten ist also unbestritten.

EINTRETENSBESCHLUSS

➔ Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass ein Rückweisungsbeschluss gemäss § 58 Abs. 1 GO KR zweier Drittel der Stimmen bedarf.

➔ **Abstimmung 2:** Der Rat lehnt die Rückweisung des Geschäfts an die Justizprüfungskommission mit 39 Ja- und 32 Nein-Stimmen ab. Das erforderliche Quorum für die Rückweisung wird nicht erreicht.

**Kurt Balmer** ist der Meinung, dass man nicht auf das Geschäft eingetreten ist, sondern dieses zurückgewiesen hat. Wird vor dem Eintreten über eine Rückweisung abgestimmt, ist nämlich nur eine einfache und keine qualifizierte Mehrheit notwendig. Deshalb wurde das Geschäft im Prinzip zurückgewiesen. In der GO KR steht ausdrücklich, dass ein Geschäft erst nach dem Eintreten nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit zurückgewiesen werden kann. Für den Fall, dass dem wider Erwarten nicht so sein sollte, hält der Votant Folgendes fest: Die Ratsmitglieder mögen an den Antrag der CVP denken und Walter Annen als Vizepräsident wählen. Zudem stellt der Votant in eigenem Namen den **Antrag,** heute nur sieben Mitglieder zu wählen. Es macht Sinn, die bisherigen sieben Schätzungkommissionsmitglieder zu bestätigen. So kommt es zu keiner Vakanz per 1. Januar 2019, sondern es gibt ohne Unterbruch eine Schätzungskommission. Auf die Wahl der drei neuen Mitglieder soll heute aber verzichtet werden. Diesbezüglich gibt es keinen gültigen Beschluss der JPK. Die JPK soll noch einmal über die Bücher gehen und darüber diskutieren, welche neuen Schätzungskommissionsmitglieder dem Kantonsrat vorgeschlagen werden sollen. Die Ergänzungswahl kann auch im Januar oder Februar 2019 noch stattfinden. Dann kann die Schätzungskommission auch noch einmal über den Parteienproporz diskutieren. Auch dazu liegt kein Beschluss der JPK vor. Und man könnte zudem die andere Problematik erledigen, die Esther Haas überraschend präsentiert hat, und zwar, dass es allenfalls noch eine weitere Vakanz geben wird. Dann könnte gleich alles zusammen erledigt werden. Der Votant bittet darum, seinen Antrag gutzuheissen und nur sieben Mitglieder zu wählen. Es ist nicht notwendig, dass heute zehn Mitglieder gewählt werden.

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, weist darauf hin, dass es Geschäfte gibt, auf die der Kantonsrat zwingend eintreten muss. Dabei sei verwiesen auf Kommentar Jorio, Randziffer 721 und 722, zur GO KR. Es handelt sich dabei um Budgetnachtragskredite usw. und insbesondere um Wahlgeschäfte. Ein allfälliger Nichteintretensbeschluss wäre rechtswidrig.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass für eine Rückweisung folglich eine Zweidrittelmehrheit und kein einfaches Mehr notwendig ist. Der Rückweisungsantrag wurde damit abgelehnt.

**Heini Schmid** hält fest, dass das so in der GO KR festgehalten ist. Aber es stellt sich die Frage, ob dann überhaupt eine Rückweisung zulässig ist. Wenn der Rat zwangsweise auf ein Geschäft eintreten muss, ist dann eine Rückweisung über-

haupt noch möglich? Es macht ja dann keinen Sinn. Wenn der Rat zwangsverpflichtet wird, auf schlecht vorbereitete Geschäfte einzutreten, hätte man gleich am Anfang sagen können, dass der Rat auf diese Abstimmung verzichten kann.

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, erläutert, dass eine Rückweisung durchaus Sinn machen kann, wenn der Rat der Kommission Abklärungsaufträge oder Präzisierungsaufträge mit auf den Weg geben würde oder möchte. Die stellvertretende Landschreiberin schlägt vor, dass zuerst darüber abgestimmt wird, ob nur die sieben bisherigen Mitglieder der Schätzungskommission gewählt werden sollen. Würde der Rat diesem Antrag zustimmen, würde das heissen, dass in der anschliessenden Wahl die Stimmen für die neuen Mitglieder ungültig wären.

JPK-Präsident **Thomas Werner** bittet den Rat, seriös zu bleiben und dem Antrag von Kurt Balmer nicht zu folgen. Er möchte nicht riskieren, dass die Schätzungskommission zum Jahresbeginn nicht vollständig ist. Und wenn das Geschäft schon so schlecht vorbereitet ist wie behauptet, wäre es nichts als seriös gewesen, dies sofort und direkt vor Ort zu sagen. Sonst handelt es sich einfach um ein parteipolitisches Spiel und um nichts anderes. Darunter zu leiden hat schliesslich die Schätzungskommission. Der JPK-Präsident weiss, dass er ab und zu etwas austeilt gegenüber der CVP, aber ein solches Spiel hat er noch nie gespielt. Er dankt den Ratsmitgliedern, wenn sie den Antrag nicht unterstützen.

**Heini Schmid** hält fest, dass man sich gut überlegen sollte, welche Steine man wirft, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Seine Auffassung eines Kommissionspräsidenten ist, dass dieser parteiübergreifend seine Angelegenheiten erledigt. Er sollte das Geschäft am besten kennen und wissen, welche Probleme vor vier Jahren bestanden. Ihm sollte bekannt sein, dass der Parteienproporz eine gewisse Wichtigkeit hatte in diesem Geschäft. Wenn der JPK-Präsident nun einfach sagt, es interessiere ihn eigentlich nicht, er habe keinen Auftrag, über die Parteiinteressen hinweg die Geschicke zu leiten, wenn er eine Übervertretung der SVP still vor sich hinplätschern lässt und das Thema nicht adressiert, dann handelt er vorbildlich, was seine Parteiinteressen betrifft. Doch der Votant hat eine andere Auffassung von der Aufgabe eines Kommissionspräsidenten. Dieser hat die Pflicht, schwierige Punkte anzusprechen, anzumerken, dass der Parteienproporz eine Rolle spielt, und auch darauf hinzuweisen, wenn der Parteienproporz nicht eingehalten wird – insbesondere, wenn eine Vakanz vorliegt und der Fehler im Parteienproporz korrigiert werden kann. Der Votant gibt offen und gerne zu, dass auch bei der CVP ein Versäumnis vorliegt, da sie die Problematik sowohl in der Vorbereitung als auch während der Sitzung nicht realisiert hat. Aber ein Kommissionspräsident sollte seine Parteiinteressen hinten anstellen und die aufgeworfenen oder sich stellenden Fragen thematisieren und adressieren. Einfach zu sagen, man hätte sich melden können, ist zwar formell richtig. Doch von einem Kommissionspräsidenten ist etwas anderes zu erwarten. Man ist sich im Rat auch gewohnt, dass Kommissionspräsidenten ihre Aufgaben parteiübergreifend wahrnehmen. Der ganze *Plunder,* mit dem der Rat sich nun beschäftigen muss, ist vorhanden, weil die entsprechenden Fragen in der Kommissionssitzung nicht ausdiskutiert wurden. Dort wäre der Ort gewesen, um diese Fragen zu diskutieren. Hier im Rat ist es zu spät, und es ist nur noch eine peinliche Vorstellung.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass es gilt, sachlich zu bleiben und eine korrekte Wahl durchzuführen.

**Philip C. Brunner** zitiert den früheren SP-Präsidenten Helmut Hubacher, der seine Art, zu politisieren, als «schampar unbequem zu sein» bezeichnete. Was man im Rat jetzt erlebt, ist das, was in der nächsten Legislatur droht. Die Ratsmitglieder kennen den Hintergrund. In der vergangenen Legislatur hat der Rat relativ konstruktiv zusammengearbeitet, auch in Anbetracht der Probleme, die der Kanton hat oder hatte. Die Ratsmitglieder sollten davon absehen, nun politische Abrechnungen vorzunehmen und ein Vorspiel im Hinblick auf die nächste Woche zu veranstalten. Es gilt, eine Aufgabe zu lösen. Abgerechnet werden kann nächste Woche zur gleichen Zeit am gleichen Ort. Nun aber sollte man das Problem konstruktiv lösen.
Der Votant ist nicht einverstanden mit der stellvertretenden Landschreiberin. Wenn der Antrag, dass nur sieben Mitglieder der Schätzungskommission gewählt werden sollen, gutgeheissen wird, sind alle zehn Personen auf der Liste wählbar. Die sieben Personen, die am meisten Stimmen erhalten, sind dann gewählt – unabhängig davon, ob es sich um bisherige oder neue Mitglieder handelt. Man kann nicht sagen, dass nur die bisherigen Mitglieder bestätigt werden können. Alle, die zur Wahl vorgeschlagen wurden, sind wählbar. Der Votant empfiehlt, den Antrag von Kurt Balmer abzulehnen und den Anträgen der JPK zu folgen.

**Renée Spillmann Siegwart,** stellvertretende Landschreiberin, geht davon aus, dass Philip C. Brunner sie missverstanden hat. Wird der Antrag Balmer, dass die drei Neuen nicht an der Wahl teilnehmen dürfen, gutgeheissen, dann sind diese nicht wählbar bzw. generieren ungültige Stimmen. Logischerweise müssen die bisherigen sieben Mitglieder das absolute Mehr erreichen, um gewählt zu sein. Es werden aber nur sieben und nicht zehn Mitglieder gewählt.

**Oliver Wandfluh** versteht das Vorgehen von Kurt Balmer nicht. Im Gegenteil, er zweifelt an dessen Intelligenz. Es tut dem Votanten leid, das so offen sagen zu müssen.

Der **Vorsitzende** bittet darum, von persönlichen Angriffen abzusehen.

**Oliver Wandfluh** weist darauf hin, dass normal denkende Sitzungsteilnehmer das Wort ergreifen, wenn ein Thema nicht besprochen wird, das sie gerne besprochen haben möchten. Sie würden gleich an der Sitzung Fragen stellen oder sich zumindest dazu äussern, dass bestimmte Fragen nicht beantwortet wurden. Des Weiteren steht der Bericht der JPK seit dem 14. November zur Verfügung. Es stellt sich die Frage, ob das Couvert der CVP erst diese Woche an der Fraktionssitzung geöffnet wurde, dass dieses Thema jetzt im Rat besprochen werden muss. Es liegen also zwei Versäumnisse vor. Erstens sollten Fragen direkt an der Sitzung gestellt werden. Zweitens: Ist man sich nicht sicher, wartet man das Protokoll ab und hat dann noch einen Monat Zeit, zu intervenieren, sodass der Rat keine solche Debatte führen muss.

JPK-Präsident **Thomas Werner** möchte zu Heini Schmids Äusserungen Stellung nehmen. Dieser wirft dem JPK-Präsidenten vor, er würde in der Kommission nur Parteiinteressen vertreten. Der JPK-Präsident weiss wirklich nicht, wie Heini Schmid zu diesem Schluss kommen kann, denn die Untervertretung der CVP liegt nicht gegenüber der SVP vor, sondern gegenüber der FDP. Die CVP sollte das endlich einmal einsehen. Grund dafür waren die Wahlen, die vor vier Jahren stattfanden. Die SVP war dann die zweitstärkste Fraktion. Das Ungleichverhältnis besteht zwischen der CVP und der FDP und nicht der SVP, und das hat folglich überhaupt nichts mit Parteiinteressen des JPK-Präsidenten zu tun. Vielmehr war es so,

dass der Votant in seiner Rolle als JPK-Präsident den Sitz für die Schätzungskommission unbedingt besetzen wollte, damit diese funktionsfähig blieb. Man erkannte, dass ein SVP-Kandidat gesucht werden muss, wenn man den Parteienproporz einhalten möchte. Deshalb hat der JPK-Präsident diesen SVP-Kandidaten gesucht und gefunden. Übervertreten in der Kommission war jedoch die FDP. Der JPK-Präsident kennt die Geschäfte sehr wohl. Die Aussage der CVP-Mitglieder war damals, dass es sich ja sowieso um eine Fachkommission handle, bei welcher der Parteienproporz nicht so wichtig sei. Das war die Haltung der CVP. Und heute ist im Rat genau das Gegenteil zu hören. Das ist einfach nicht redlich.

Der **Vorsitzende** hofft, dass der Schlagabtausch nun zu Ende ist, und bittet Kurt Balmer, seinen Antrag noch einmal zu konkretisieren.

**Kurt Balmer** tut dies gerne. Er stellt den Antrag, einstweilen nur über sieben Mitglieder zu entscheiden. Dabei geht er davon aus, dass nur die Bisherigen für die Wahl zur Verfügung stehen. Das ist seine Interpretation des Antrags, die auch derjenigen der stellvertretenden Landschreiberin entspricht.

Der **Vorsitzende** versteht den Antrag von Kurt Balmer immer noch nicht. Aus der Formulierung des Antrags geht nicht hervor, ob sieben bisherige oder bestehende Mitglieder gewählt werden können.

**Barbara Gysel** vermag keinen Beitrag zu leisten zum Antrag von Kurt Balmer und ist etwas erstaunt, welche Diskussionen im Rat geführt werden. Wenn diese nun aber geführt werden, möchte sie etwas für die Zukunft einbringen. Wie erwähnt handelt es sich bei der Schätzungskommission um eine ausserparlamentarische Fachkommission. Bei den parlamentarischen Kommissionen war es bisher Usanz, dass das Präsidium nicht von derselben Partei besetzt ist wie der Vorsitz der entsprechenden Direktion. Künftig wird die Baudirektion von einem FDP-Mitglied geführt, und auch das Präsidium der Schätzungskommission wäre allenfalls durch die FDP besetzt. Diese Frage wurde bei den ausserparlamentarischen Kommissionen bisher nicht ausführlich diskutiert. Die Votantin stellt keinen Antrag. Aber wenn nun schon über freiwilligen Proporz diskutiert wird und dieser Punkt weiter aufgenommen wird, könnte dieser Aspekt allenfalls auch besprochen werden.

**Manuel Brandenberg** bittet darum, über den Antrag von Kurt Balmer nicht abzustimmen. Der Votant verweist auf den Bericht und Antrag der JPK, Ziffer 1, und glaubt, dass der Antrag gesetzeswidrig ist. In § 61 Abs. 1 PBG steht geschrieben, dass der Kantonsrat auf die Dauer seiner Amtsperiode eine Schätzungskommission bestehend aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter und acht Mitgliedern wählt. Das Geschäft wurde vorhin nicht zurückgewiesen. Mit anderen Worten: Man befindet sich nun in der Detailberatung, und gemäss Gesetz sind zehn Mitglieder zu wählen. Der Antrag von Kurt Balmer ist deshalb nicht möglich.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass Manuel Brandenberg recht hat. Der Rat muss zehn Mitglieder wählen. Somit muss auch nicht über den Antrag von Kurt Balmer abgestimmt werden. Er bittet die Stimmenzählenden, die Wahlzettel auszuteilen, und macht René Kryenbühl darauf aufmerksam, dass er gemäss § 64 GO KR in den Ausstand zu treten hat.

René Kryenbühl verlässt den Saal.

Der **Vorsitzende** bittet die Ratsmitglieder, ihren Wahlzettel auszufüllen, indem sie die Person ihrer Wahl mit Namen und Vornamen aufschreiben. Sofern die Ratsmitglieder eine nicht wählbare Person wählen, ist der betreffende Stimmzettel ungültig. Es ist zu beachten, dass es sich um echte Wahlen und nicht nur um Bestätigungswahlen handelt. Die Ratsmitglieder haben deshalb nicht «Ja» oder «Nein», sondern Name und Vorname zu schreiben.

Stimmenzählerin Rita Hofer und der stellvertretende Stimmenzähler Karl Nussbaumer sammeln die Wahlzettel ein und ziehen sich zur Auszählung ins Regierungsratszimmer zurück. Dabei werden sie von der Standesweibelin unterstützt. Nach der Auszählung der Wahlzettel teilt der **Vorsitzende** die Resultate mit:

**Mitglieder der kantonalen Schätzungskommission**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | Pro Wahlgang in Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 72 | 1 | 0 | 518 | 26 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Martin Spillmann (FDP) | 54 |
| Walter Annen (CVP) | 54 |
| René Kryenbühl (SVP) | 51 |
| Alexander Rey (FDP) | 54 |
| Andreas Schilter (FDP) | 57 |
| Luzia Wenk (ALG) | 56 |
| Thomas Vetter (SVP) | 51 |
| Meinrad Huser (SP) | 53 |
| Sandro Murer (SVP) | 37 |
| Franz Zürcher (CVP) | 50 |
| Thomas Werner (SVP) | 1 |

➔ Der Rat wählt die von der JPK vorgeschlagenen Personen für die Amtsdauer 2019−2022 in die kantonale Schätzungskommission.

**Präsidium der kantonalen Schätzungskommission**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | Pro Wahlgang in Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 72 | 1 | 1 | 60 | 31 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Martin Spillmann (FDP) | 54 |
| Walter Annen (CVP) | 1 |
| René Kryenbühl (SVP) | 2 |
| Thomas Vetter (SVP) | 2 |
| Meinrad Huser (SP) | 1 |
| Kurt Balmer (CVP) | 1 |

➔ Der Rat wählt Martin Spillmann für die Amtsdauer 2019−2022 zum Präsidenten der kantonalen Schätzungskommission.

**Vizepräsidium der kantonalen Schätzungskommission**

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | Pro Wahlgang in Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 73 | 72 | 0 | 2 | 68 | 35 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Walter Annen (CVP) | 34 |
| René Kryenbühl (SVP) | 27 |
| Meinrad Huser (SP) | 6 |
| Heini Schmid (CVP) | 1 |
| Sandro Murer (SVP) | 1 |
| Thomas Werner (SVP) | 1 |

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das absolute Mehr nicht erreicht wurde. Somit findet ein zweiter Wahlgang statt. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Stimmen für Heini Schmid und Thomas Werner nicht in Betracht fallen, da sie nicht gewählt sind. Ebenfalls fällt Sandro Murer als Kandidat weg. Somit stehen noch die folgenden drei Kandidaten zur Wahl: Walter Annen, René Kryenbühl und Meinrad Huser.

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 71 | 71 | 0 | 0 | 71 | 36 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Walter Annen (CVP) | 34 |
| René Kryenbühl (SP) | 30 |
| Meinrad Huser (SVP) | 7 |

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das absolute Mehr nicht erreicht wurde. Somit wird in der Nachmittagssitzung ein dritter Wahlgang stattfinden (siehe Ziff. 1229).

TRAKTANDUM 6

1223 **Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2018 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR**
Vorlage: 2915.1 - 15928 (Bericht und Antrag der Konkordatskommission).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 21 Abs. 4 GO KR die Konkordatskommission dem Kantonsrat jährlich eine Aufstellung der behandelten Geschäfte zur Kenntnisnahme vorlegt.

**Andreas Hausheer,** Präsident der Konkordatskommission, hält fest, dass es ruhig bleiben und nichts passieren wird, was man nicht erwarten dürfte. *(Der Rat lacht.)* Der Kommissionspräsident beantragt die Kenntnisnahme des Berichts. Es ist nach zwölf bzw. acht Jahren sein letztes Votum als Kommissionspräsident. Er möchte nicht gross auf den Bericht eingehen, sondern sich bei den Mitgliedern bedanken. Vor allem möchte er im Namen der Kommission einen Dank aussprechen an das juristische Gewissen im Hintergrund, Rita Weiss, für die sehr kompetente und geschätzte Arbeit. Ebenso dankt er dem Regierungsrat. Nach ein paar Anlaufschwie-

rigkeiten hat man sich aneinander gewöhnt. Die Zusammenarbeit ist viel entspannter als auch schon. Der Kommissionspräsident möchte dem Regierungsrat auf den Weg geben, die wichtige Frage der Kompetenzordnung auch in Zukunft so zu handhaben und die Kommission vielleicht lieber einmal mehr als einmal zu wenig einzubeziehen. Der Kommissionspräsident dankt für die Kenntnisnahme.

**Barbara Gysel** richtet ein grosses Merci an den Kommissionspräsidenten, der acht Jahre gewirkt und parteiunabhängig sowie sehr kompetent gearbeitet hat. Das verdient einen grossen Dank.

➔ Der Rat nimmt den Bericht der Konkordatskommission zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 7
**Geschäfte, die am 29. November 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1224** Traktandum 7.1: **Postulat von Anna Bieri und Remo Peduzzi betreffend Zukunft der Poststellen in den Zuger Gemeinden**
Vorlagen: 2734.1 - 15418 (Postulatstext); 2734.2/2a/2aa - 15479 (Bericht und Antrag des Regierungsrats); 2734.3 - 15866 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Anna Bieri,** Vertreterin der Postulanten, freut sich ausserordentlich, dass sie heute, an der sage und schreibe fünften Traktandierung des Geschäftes, doch noch zum Rat sprechen darf. Sie nimmt es aber nicht tragisch, es war ihr persönlicher Adventskalender: Nur noch einmal traktandieren, und dann ist Weihnachten! Dennoch ist sie sehr froh, dass heute das Geschäft noch mit dem alten bzw. mit dem natürlich jung gebliebenen, noch frischen, aber abtretenden Volkswirtschaftsdirektor behandelt wird. *(Der Rat lacht.)* Ihm gebührt ein Dank für sein Engagement. Die Votantin windet ihm ein Kränzchen, obschon sie sich nicht sicher ist, ob er dieses Kompliment überhaupt will. In ihrer Antwort auf das Postulat zeigt die Regierung auf, wo und wie ihr Einsatz in der Zusammenarbeit mit der Post stattgefunden hat, um einige Zeilen weiter die eigenen Kompetenzen, ihre Verantwortung und die Notwendigkeit eines solchen Postulats in Frage zu stellen. Dass die kantonale Politik über Kompetenzen verfügt, zeigt die Antwort der Regierung. Die Votantin ist zudem überzeugt, dass der aktuelle politische Prozess auf Bundesebene auch der Summe aller Aktivitäten wie genau diesem Vorstoss geschuldet ist. Die Verantwortlichkeit des Kantons haben die Postulanten bereits mehrfach begründet: Im engmaschig verbundenen Kanton Zug ist eine übergeordnete Sicht zwingend. Schlussendlich ist es der Kanton, der Standort- und Wirtschaftspolitik betreiben muss. Und schliesslich: Die Notwendigkeit des Vorstosses zeigt exemplarisch die Situation in Hünenberg, der Wohngemeinde der Votantin. In den Verhandlungen mit dem grossen Partner Post um eine Agentur im Gebiet Hünenberg See blieb dem Gemeinderat kein anderer Ausweg, als mit einer monatlichen Quersubvention von 1000 Franken aus dem eigenen Sack die Aufhebung der Agentur zu verhindern. Auch hier war politischer Druck notwendig.
Die Votantin möchte explizit ihren mathematischen Unmut betreffend Post-Arithmetik zum Ausdruck zu bringen. Das blosse Aufsummieren von Zugangsstellen ist ein klassischer Fehler bei den Masseinheiten. Die Postulanten und die CVP attestieren dem Regierungsrat, dass er sich im gegebenen Rahmen für das Anliegen des Postulats erfolgreich eingesetzt hat. Er kann also das Kränzchen der Votantin entgegennehmen. Die Postulanten verstehen, dass der Volkswirtschaftsdirektor

seiner Nachfolgerin keine Altlasten übergeben will, und können aus formellen Gründen einer Abschreibung zustimmen. Der Regierungsrat wird jedoch nicht entbunden von seiner Aufgabe im Sinne des Postulats, dass «die Zuger Bevölkerung auch in Zukunft über ein flächendeckendes, leistungsfähiges Poststellennetz verfügt, das [...] den Zuger Einwohnerinnen und Einwohnern sowie den Zuger Unternehmen Dienstleistungen anbietet, welche als wichtige Voraussetzungen für den Wohlstand, die Lebensqualität und die Entwicklung unseres Kantons betrachtet werden.»
Die Postulanten, zusammen mit der CVP-Fraktion, werden die Entwicklung der Post im Kanton weiterhin eng verfolgen und gegebenenfalls agieren. Besten Dank für die regierungsrätliche Unterstützung dabei.

**Anastas Odermatt**, Sprecher der ALG-Fraktion, hält das Votum von Rita Hofer, die noch am Auszählen der Stimmen ist:
«Der aktuelle Bericht der Regierung hat keine neuen Erkenntnisse hervorgebracht. Es ist vielmehr eine Bestätigung, dass die Entwicklungsabsichten der Post weitergeführt werden und die Regierung darauf keinen grossen Einfluss nehmen kann. Es wird von einer Neuausrichtung wegen neuer technologischer Möglichkeiten und eines veränderten Kundenverhaltens gesprochen. Man erfährt zudem, dass eine Änderung der Postverordnung in die Vernehmlassung geschickt wurde und die Zugangspunkte im künftigen Netz der Post in Planung sind. Die vorgesehenen Zugangspunkte werden aber im Vergleich zu den heutigen Poststellen die Diskretion der Kunden nicht mehr garantieren. In der Warteschlange an der Kasse einer Bäckerei oder eines Ladens erfahren Leute, wer eingeschriebene Briefe oder andere sehr vertrauliche Dokumente abholen muss. Der Datenschutz wird damit in Frage gestellt. Der heutige Postkunde wird verdeckt immer mehr zum Dienstleister, da er kostenlose Eigenleistungen zugunsten der Post degradiert. Die Postfilialen, also Läden, Bäckereien usw., müssen Verträge mit der Post eingehen, die sie unter Umständen vor grosse Herausforderungen stellen. Das zeigt das Beispiel in Hünenberg See, das auch Anna Bieri erwähnt hat: Die Bäckerei hat sieben Tage geöffnet, und laut Vertrag muss die Poststelle während dieser Zeit ebenfalls geöffnet sein. Ein Entgegenkommen bezüglich Postöffnungszeiten seitens der Post war ausgeschlossen. Die Pakete stapeln sich am Wochenende, was viel Lagerplatz in Anspruch nimmt. Damit die Schliessung der Poststelle abgewendet werden konnte, unterstützt nun die Gemeinde diese Filiale mit einem Betrag von 1000 Franken pro Monat. Das ist absolut systemfremd, und es ist sicher nicht Aufgabe einer Gemeinde, einen Giganten wie die Post querfinanzieren zu müssen. Ist das der Service public der Zukunft? Die ALG ist nicht dieser Meinung.
Die Post ist eine Aktiengesellschaft in Besitz des Bundes und muss auch auf dieser Ebene beeinflusst werden. Es wäre an den Zuger National- und Ständeräten, sich auf Bundesebene für einen kundenfreundlichen Service public einzusetzen. Die Regierung hat aufgezeigt, dass es im engeren Sinn nicht in ihrem Kompetenzbereich liegt, sehr viel machen zu können. Was sie aber machen konnte, hat sie gemacht. Die Politik hat ganz klar eine Mitverantwortung und soll ihren Einfluss auf der entsprechenden Ebene wahrnehmen. Aus diesem Grund ist die ALG für ein Abschreiben des Postulats.»

**Fabian Freimann,** Sprecher der SP-Fraktion, bedankt sich für das Einreichen des Postulats. Der Service public ist ein Kernanliegen der SP. Die Zeit steht nicht still, und entsprechend ändern sich die Bedürfnisse der Menschen. Scheinbar versucht die Post, sich daran anzupassen. Nach eigenen Angaben möchte sie das Angebot erhöhen, es sollen eine bis sechs neue Aufgabe- und Abholstellen geschaffen werden. Die Anzahl der My-Post-24-Automaten soll um drei bis fünf gesteigert werden.

Das sind drei bis zwölf zusätzliche Zugangsmöglichkeiten. Faktisch ist dies eine Erhöhung der Quantität. Es wäre jedoch wichtig, zu wissen, ob die Qualität ebenfalls auf gleichem oder besserem Niveau sein wird. Dies hängt direkt mit der Ausbildung des Personals bei den Partnerstellen zusammen. Damit kann die Post die Akzeptanz und das Vertrauen in der Bevölkerung verbessern. Die SP wird in den nächsten Jahren weiterhin Augen und Ohren offen halten, um bei einer Verschlechterung der Gesamtsituation allenfalls einen Vorstoss einzureichen. Deshalb beantragt die Mehrheit der SP-Fraktion die Abschreibung des Postulats.

**Philip C. Brunner** dankt Anna Bieri und Remo Peduzzi für die Einreichung des Postulats. Es ist wirklich schade, dass dieses «Postpaket« erst in der letzten Sitzung, sozusagen beim Aufräumen, geschnürt wird.
Zur Interessensbindung des Votanten: Er ist Benutzer der Poststelle Herti. Das ist eine kleine traditionelle Poststelle im Kanton Zug, die es bis jetzt geschafft hat, erhalten zu bleiben. Bekanntlich befindet sich gleich daneben das Alterszentrum Herti. Der Votant steht oft in der Warteschlange dieser Poststelle. Am Samstagmorgen, 1. Dezember, standen beispielsweise 40 bis 50 Personen in der Kälte draussen an. Die Schlange reichte bis zum Take-away des Restaurants Sandy, und es befanden sich weitgehend ältere Menschen in der Warteschlange, zum Teil waren es sehr betagte Leute, die dort vielleicht noch ihre Postgeschäfte, die sie im November nicht erledigen konnten, abwickelten. Aus dieser Beobachtung geht hervor, dass die Post auch eine soziale Aufgabe übernimmt. Viele Leute sind zwar der Meinung, man könne alles elektronisch erledigen und es würde ja wohl drinliegen, für zwei Pakete an Weihnachten ins Auto zu sitzen, um zu einer Poststelle zu gelangen. Doch die Post erfüllt eben auch diese soziale Aufgabe. Die Angestellten der Post geben sich unheimlich grosse Mühe. Das ist toll, als wären sie ausgebildete Altenpfleger! Interessant ist auch, wie die Menschen in der Warteschlange reagieren. Sie stehen ganz fatalistisch dort, weil sie wissen, dass es nicht besser kommt. Bürgerliche Politik hat das Ganze völlig falsch aufgegleist. Man hat gedacht, man könne einen Staatsbetrieb privatisieren und das würde dann gut laufen. Die Kompetenzen hat man dabei komplett der Post AG überlassen. Die Politik hat sich rausgehalten, ganz nach dem Motto: Es kommt schon gut. Das war grösste bürgerliche Naivität. Man hat tatsächlich kein Kontrollinstrument mehr. Selbst der Nationalrat hat Mühe, das ganze Gebilde zu überblicken. Teilweise ist in Bern mit der Post nicht alles ganz glücklich gelaufen in den letzten Jahren. Es ist zu hoffen, dass sich die neue UVEK-Bundesrätin diesem Thema widmen wird. Es herrscht nicht nur im Kanton Zug grosse Unruhe, es gibt verschiedene Standesinitiativen zu diesem Thema, das speziell auch in ländlichen Gebieten oder Berggebieten von Bedeutung ist.
Nun kommt etwas Bewegung in die Sache. Der Städteverband, unter dem speziell der SVP gut bekannten FDP-Nationalrat Kurt Fluri, hat in einer Arbeitsgruppe festgelegt, dass das Dichtekriterium bei 10’000 und nicht mehr bei 15’000 Personen festgeschrieben wird. Das war kürzlich in der Presse zu lesen. Der Städteverband vollzieht damit eine bemerkenswerte Kehrtwende, die in der von Bundesrätin Leuthard eingesetzten Arbeitsgruppe ausformuliert wurde. Es müssen also neue Postagenturen geschaffen werden. Wie in den vorherigen Voten erwähnt, ist in einer Bäckerei keine ausreichende Privatsphäre gegeben, um Postgeschäfte abzuwickeln. Zudem können dort auch keine Einzahlungen getätigt werden. Dieses Bargeldproblem besteht auch, nachdem die Banken in dieser Sache ebenfalls viel restriktiver wurden. Es war zu hören, dass selbst um den Postplatz herum weitere traditionelle Schalter wegfallen werden, so zum Beispiel bei der Raiffeisenbank. Ähnliches konnte man ja auch mit der Zuger Hauptpost erleben.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Regierung hat gut gearbeitet, Anna Bieri gebührt ein Dank, und es ist wahrscheinlich pragmatisch und richtig, auf Ende der Legislatur, der Regierung zu folgen und das Postulat abzuschreiben. Aber wenn man nur ein bisschen Volksvertreter ist und sich für die Bevölkerung einsetzen möchte, dann darf das Thema keinesfalls abgeschrieben werden. Man kann davon ausgehen, dass der Rat auch in der neuen Legislatur über das Thema Post, die Kunden der Post und über diese Organisation, die in Bern geschaffen wurde, diskutieren wird. Nicht zu vergessen ist, dass die Post mit Monopolen ausgestattet bleibt. Man benimmt sich wie ein amerikanischer Grosskonzern und bezahlt übertriebene Löhne, Boni usw. Durch die diversen Abgänge bei der Post, auch der Postchefin, ist das alles nun sehr schön ausgebreitet worden. Aber gleichzeitig hält man an einem Monopol fest. Das geht eben nicht, und darum sind Änderungen an diesem Konstrukt notwendig.

**Der Vorsitzende** bittet Philip C. Brunner, sein Votum abzuschliessen.

**Philip C. Brunner** teilt mit, dass er am Schluss angelangt ist und der Vorsitzende ihn nun zum letzten Mal ärgern konnte. *(Der Rat lacht.)*

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** bezieht sich auf das Votum von Anna Bieri und hält fest, dass sich sagen liesse: «Gute Post will Weile haben.» Eine Altlast ist dieses Postulat jedoch nicht. Es ist zwar älteren Datums, aber eine Last war es nicht. Das Postulat fiel in eine Zeit der Anpassung der Postverordnung, und ist damit gerade zum richtigen Zeitpunkt eingereicht worden. Bereits beim ersten Durchgang hat der Regierungsrat die Anliegen im Postulat als bedeutsam anerkannt. Er hat sich aber immer dafür eingesetzt, dass es dabei um die *Postversorgung* geht und nicht um die *Poststellenversorgung.* Das Festhalten an Infrastrukturen erscheint etwas überholt, aber es geht um die Qualität der Dienstleistung. Es war ja auch die CVP-Bundesrätin, die den runden Tisch einberufen hat und die Kriterien für die Post geschärft und verschärft hat. Aus diesem Kompromiss ist auch die Anpassung der Postverordnung hervorgegangen. Übrigens hat der Bundesrat diese Verordnung am 30. November in Kraft gesetzt, entsprechend den Vorgaben der Vernehmlassung. Liest man die Vernehmlassung der CVP Schweiz, erstaunt es vielleicht nicht, dass diese die Postverordnung akzeptiert. Die Partei der Postulanten war in der Vernehmlassung zur Postverordnung also viel weniger hart als der Zuger Regierungsrat. Es ging vielen anderen auch so. Ganz viele Parteien und Kantone haben die Vorschläge des Bundesrats als in Ordnung empfunden. Der Kanton Zug war hier etwas strenger, sicher auch etwas beflügelt durch das Postulat.
Zu den Voten von Anastas Odermatt und Fabian Freimann: Es ist klar, dass es schlussendlich um die Qualität insgesamt geht, da gehört der Datenschutz dazu. Das sind aber Themen, die auf Bundesebene ausreichend diskutiert und nun in der Postverordnung neu definiert worden sind. Gerade auch von jüngeren Kundinnen und Kunden ist zu hören, dass sich die Postversorgung verbessert hat, seit es die Agenturen gibt. Diese sind häufig doppelt so lange geöffnet wie die früheren klassischen Poststellen.
Zum Votum von Philip C. Brunner: Er hat den Städteverband lobend erwähnt, weil dieser sich für schärfere Kriterien einsetzt. Der Städteverband war jedoch auch am runden Tisch bei Doris Leuthard und hat dort die Kriterien, die der Bundesrat beschlossen hat, noch mitgetragen. Man muss sich schon auch überlegen, wo man sich wann einsetzt. Natürlich hat der Volkswirtschaftsdirektor auch die SVP-Vernehmlassung zur Postverordnung gelesen. Darin kommt einerseits die Sorge zum Ausdruck, die Philip C. Brunner heute geäussert hat: die Bedürfnisse der älteren

Bevölkerung, die lokale Versorgung usw. Aber schlussendlich hat die SVP Schweiz keinen Antrag gestellt zur Änderung der Postverordnung oder zur Veränderung der Kriterien. Wer ernsthafte Sorgen hat, soll auch Verbesserungsvorschläge machen. Aber wie gesagt, man ist nun hoffentlich langsam versöhnlich gestimmt. Der Volkswirtschaftsdirektor dankt dem Rat für die gute Aufnahme des Postulats und für die Abschreibung.

➔ Der Rat folgt stillschweigend dem Antrag des Regierungsrats, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**1225** Traktandum 7.2: **Interpellation von Willi Vollenweider betreffend ausserordentliche Lagen: Wie stellen Kanton und Gemeinden im Kanton Zug den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen im Falle schweizweit erhöhter terroristischer Bedrohung und Aktionen über längere Zeit wirkungsvoll sicher?**
Vorlagen: 2858.1 - 15760 (Interpellationstext); 2858.2 - 15883 (Antwort des Regierungsrats).

Interpellant **Willi Vollenweider** ist immer froh, wenn er nach Philip C. Brunner sprechen darf, dann erscheint jedes Votum kurz. *(Der Rat lacht.)* Er dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung und gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist ehrenamtlich tätiger Präsident des Vereins Gruppe Giardino, der sich für den Wiederaufbau einer glaubwürdigen Landesverteidigung der Schweiz nach dem Milizprinzip einsetzt. Sicherheit ist die wichtigste Leistung des Staates gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Ohne Sicherheit ist alles nichts. Der Regierungsrat und der Interpellant beurteilen die Lage offensichtlich stark unterschiedlich.
Die Interpellation steht unter dem Titel «ausserordentliche Lage». Die Sicherheitsverbundsübung 19 (SVU 19) schildert ein durchaus mögliches Szenario, worin irreguläre Kämpfer, im Volksmund Terroristen genannt, in Stärke von mehreren hundert bis wenigen tausend die Schweiz heimsuchen. Vorstellen kann man sich dies beispielsweise so wie die «grünen Männchen», die vor vier Jahren die Krim-Halbinsel unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Die Interpellation bezieht sich im Weiteren explizit auf eine schweizweite terroristische Bedrohung. Schweizweit bedeutet, dass sich die Kantone nicht gegenseitig aushelfen können. Kein Kanton wird in dieser Lage Kräfte an Nachbarkantone abgeben, auch Zug nicht. Auch das ist SVU-19-Szenano.
Zur Frage drei meint der Regierungsrat, der Bund helfe Zug dann schon. Das ist leider falsch! In Wahrheit ist kaum Hilfestellung durch den Bund zu erwarten. Alles andere ist Wunschdenken, Illusion. Der Regierungsrat schreibt, die Armee könne die da aufgelisteten Leistungen für den Kanton erbringen. Diese Liste ist irreführend. Die schweizweite Bedrohung führt ja dazu, dass alle Kantone Armeeunterstützung anfordern werden. Alle gleichzeitig! Die bescheidenen Armeekräfte sind nicht exklusiv für Zug reserviert. Deshalb reduzieren sich die zitierten Zahlen für den Kanton Zug etwa um den Faktor 30, auf einen Dreissigstel.
Für einen subsidiären Armeeeinsatz zugunsten des Kantons Zug kämen ausschliesslich die vier Infanteriebataillone der Territorial-Division 3 in Betracht. Von diesen vier werden nach zehn Tagen nur deren zwei mobilisiert sein, im besten Fall also 1700 Angehörige der Armee für 12’000 Quadratkilometer, also vielleicht 100 bis 150 für Zug. Ein entschlossener terroristischer Gegner wird den schleppend verlaufenden Aufmarsch der Schweizer Alibiarmee brutal ausnützen und alles da-

ran setzen, um die Entscheidung in den ersten Tagen des Konfliktes zu erzwingen. Mit 100 bewaffneten Sicherheitskräften, die gleichzeitig im Kanton auf der Strasse und um Objekte stehen, kann die Sicherheit niemals gewährleistet werden. Der Kanton Zug hisst dann die weisse Fahne und ergibt sich dem Terrorismus.
Direkt anschliessend stellt der Regierungsrat die Theorie auf, «diese Zahlen seien im europäischen Vergleich führend». 35'000 Angehörige der Armee in zehn Tagen sei gleichsam eine Spitzenleistung. Auch das ist falsch. Im europäischen Vergleich ist selbstverständlich nicht etwa die Schweiz führend, sondern Russland. Europa besteht bekanntlich im Wesentlichen aus den 47 Mitgliedstaaten des Europarats von Strassburg. Russland hat etwas mehr als eine Million Mann aktiver Militärs, also unter Waffen. Diese eine Million muss nicht mobilisiert werden, sondern ist sofort einsatzbereit. In den letzten paar Jahren, besonders 2017/2018 hat Russland immer wieder sehr grosse Verbände ohne Vorwarnung, aus dem Stand heraus, zu grossen Manövern aufgeboten. Bedrohungen sollten nicht einfach ignoriert oder verdrängt werden, nur weil sie einem nicht passen.
Bei der Frage 8, wie viele bewaffnete Sicherheitskräfte es brauche, wird dann offen deklariert, der Schutz der kritischen Infrastrukturen sei Sache der Betreiber. Und die Zuger Regierung hätte hierbei keinerlei Verantwortung, völlig egal, welche Schäden und Folgeschäden die Bevölkerung und die Wirtschaft erleiden würden. Man denke einmal daran, dass eine Terrorgruppe beispielsweise das Tanklager in Rotkreuz sprengen oder in Brand setzen würde. Mit anderen Worten: SBB, Swisscom, Wasserwerke Zug, Migros, Coop, Tanklagerfirmen, Behörden und viele weitere sollen ihre kritischen Infrastrukturen gefälligst mit eigenem Personal und mit Securitas-Wärtern gegen bewaffnete Terroristen schützen. Das kann nicht funktionieren. Terroristen sind doch keine Kleinkriminelle, die sich durch Pfefferspray beeindrucken lassen. Die viel zu geringe Anzahl bewaffneter Sicherheitskräfte von Polizei und Militär reicht allerhöchstens aus, um lediglich eine oder zwei kritische Infrastrukturen zu schützen. Für Gebiete mit grösseren Menschenansammlungen wie Bahnhöfe, Einkaufszentren, Sportanlagen, religiöse Einrichtungen und dergleichen kommt die Armee nicht in Frage, da sie nicht trainiert ist für dissuasive Patrouilleneinsätze mit hoher Visibilität – Präsenz wie sie Frankreich seit dem Bataclan-Anschlag mit einigem Erfolg praktiziert. Man schaue sich die Fernsehbilder an, die jetzt aus Strassburg übertragen werden.
Der Regierungsrat zeigt leider an keiner einzigen Stelle seiner Antwort konkret auf, wie mit den rund 100 gleichzeitig verfügbaren bewaffneten Sicherheitskräften von Polizei und Armee sowohl die Bevölkerung als auch die kritischen Infrastrukturen geschützt werden können. Es wäre dringlich, diese Verzichtsplanung politisch bewilligen zu lassen und auch gegenüber der Bevölkerung zu kommunizieren. In Beantwortung der Frage 13, Kommunikation, wird aber genau diese Kommunikation vehement abgelehnt. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn der Bevölkerung reiner Wein eingeschenkt werden würde. Die Zuger Bevölkerung wäre gemäss Übungsanlage der SVU 19 der brutalen Gewalt der Terroristen nahezu schutzlos ausgeliefert. Wenn man ihr dies offen mitteilen würde, würden die Zuger und Zugerinnen die ihnen notwendig erscheinenden Vorkehrungen zu ihrem Überleben in Eigenverantwortung selber an die Hand nehmen.
Die Bevölkerung und die Zuger Wirtschaft müssen dringend informiert werden, dass die kritischen Infrastrukturen weder vom Kanton noch vom Bund geschützt werden können und sie sich mit Vorteil darauf vorbereiten, über längere Zeit ohne Trinkwasser, ohne Bahnverkehr, ohne Zahlungsmittel, ohne Internet, ohne Telefonie, ohne Energieversorgung und ohne Grossverteiler zu leben. Die Interpellationsantwort hat in aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Mittel zur Bewältigung des Beispielszenarios SVU 19 deutlich nicht ausreichen. Es besteht Handlungsbedarf. Aus

Termingründen hat der Interpellant das Fortsetzungspostulat bereits einreichen müssen, ohne die heutige Diskussion abzuwarten.

**Philip C. Brunner** hofft, dass Willi Vollenweider nicht erwartet, dass er alle Punkte von dessen Brandrede kommentiert, und gibt seine Interessenbindung bekannt: Er ist zwar nicht Präsident, aber ebenfalls Mitglied der Gruppe Giardino.
Der Votant dankt Willi Vollenweider für die Einreichung des Postulats und der Regierung für die Antworten. Er ist mit allen Erläuterungen von Willi Vollenweider einverstanden. Die SVP-Fraktion hat dem Postulat grosse Sympathie entgegengebracht. Zum Postulat für eine staatlich organisierte «Home Guard» von Willi Vollenweider hat sie heute Morgen eigentlich Protest aus den Reihen der Ratsmitglieder erwartet. Das ist nicht geschehen, der Rat hat das Postulat stillschweigend überwiesen. Vielleicht hat das eine oder andere Ratsmitglied die Bilder davon im Kopf, was eine einzelne Person mit einer einzigen Waffe anrichten kann, so wie es in diesen Tagen in Strassburg geschehen ist. Übrigens war im «Blick» zu lesen, dass der Attentäter von Strassburg sogar in Zug war und ins Restaurant Schiff eingebrochen ist. Der Votant weiss nicht, ob die anderen Zeitungen das auch berichtet haben. Der Täter war also hoch mobil, in drei Ländern unterwegs, und jetzt ist es in Strassburg zum Schlimmsten gekommen. Es ist gut, dass das heute überwiesene Postulat von Willi Vollenweider den nächsten Rat noch beschäftigen wird. Man kann gespannt sein, welche Antwort die Regierung findet.
Als Willi Vollenweider vorhin gesprochen hat, wurde ihm nicht von allen Seiten Verständnis entgegengebracht, denn in einem Punkt ist in der Schweiz eine Verschlechterung auszumachen: Vor 30 oder 50 Jahren war es normal, dass in einem Kantonsrat mindestens ein Drittel, vielleicht sogar die Hälfte der Männer irgendwann Militärdienst geleistet haben und dass viele im Militär Verantwortung übernommen haben, sei es als Offizier oder als Kommandant. Der jetzigen Regierung gehören ein höherer Stabsoffizier a. D. als Brigadier und mindestens zwei andere Offiziere an. Diese Zahl nimmt im Kantonsrat degressiv ab. Wie es in der nächsten Legislatur aussieht, weiss der Votant nicht. Aber das einst vorhandene Verständnis, dass Politik, Militär und Wirtschaft zusammen einen gewissen Filz bilden, ist leider nicht mehr vorhanden. Der Begriff Filz ist hier durchaus positiv gemeint. Die Anforderungen an ein militärisches Kommando, ein politisches Mandat oder auch an eine wirtschaftliche Tätigkeit sind so stark gestiegen, dass es fast nicht mehr möglich ist, alles unter einen Hut zu bringen.
Eine militärische Regel lautet: «Ein Mann ist kein Mann.» Es ist zu hoffen, dass das bezüglich des Vorstosses von Willi Vollenweider nicht zutrifft und dass in der nächsten Legislatur zu diesem Thema gesprochen wird. Willi Vollenweider gebührt ein Dank. Er ist ein von den SVP-Wählern gewählter Kantonsrat aus der Stadt Zug, der es vorzog, den Kampf allein zu führen, und den militärischen Grundsatz leider sträflich missachtet hat, dass man zusammenrücken muss, wenn man etwas erreichen möchte. Man erreicht gar nichts allein, man erreicht nur zusammen etwas. Der Regierung ist deshalb zu sagen: Wenn Parlament und Regierung gut zusammenarbeiten, hat man Erfolg, nicht nur militärischen, sondern auch politischen und wirtschaftlichen Erfolg.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** weist darauf hin, dass die Gruppe Giardino bekanntlich kein Freund der schweizerischen Sicherheitspolitik ist, vor allem nicht der Armee. Doch auch der Sicherheitsdirektor dankt Willi Vollenweider, mit dem er in den letzten Jahren immer wieder Gespräche über Sicherheit geführt hat. Willi Vollenweider ist ein kompetenter Sicherheitspolitiker, auch wenn man nicht immer der gleichen Meinung war und auch heute nicht ist.

In der Schweiz besteht keine einfache Sicherheitsarchitektur. Die Sicherheitspolitik ist auch von schweizerischen Eigenheiten geprägt. Die Schweiz ist weder Mitglied der EU noch der NATO, und sie ist sowohl zentral als auch dezentral organisiert. Aber die Zuständigen wissen voneinander, welche Strategien vorhanden sind, welche Mittel eingesetzt werden können usw.
Es ist korrekt, dass man das Thema Sicherheit in den letzten Jahren wieder vermehrt auf politischen Agenden findet. Ob das ein gutes oder schlechtes Zeichen ist, ist eine andere Frage. Aber zumindest befasst man sich beim Bund und bei den Kantonen stets mit der Sicherheitslage. Willi Vollenweider zeichnet den schlimmstmöglichen Fall auf, den es zu bewältigen gäbe. Es gibt jedoch Experten, die sagen, die Weiterentwicklung der Armee (WEA) bringe eine klare Verbesserung mit sich, auch wenn die Armee kleiner ist. Gemäss diesen Experten zählen zu den Verbesserungen u. a. eine optimierte Ausrüstung, der flexiblere und schnellere Einsatz, auch dank der Wiedereinführung der Mobilmachung. Was der Regierungsrat in seinen Stellungnahmen immer wieder betont und gefordert hat, ist eben gerade die Subsidiarität der Armee bei Ereignissen im Kanton. Wenn etwas vorfällt, muss immer auch beurteilt werden, wer eingesetzt werden muss. Sind es die kantonalen Kräfte, also Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz? Es stimmt nicht, dass die Kantone gegenseitig nicht einsatzfähig seien. Die gegenseitige Unterstützung ist sehr wohl geplant und auch rechtlich geregelt mit der Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze, dem Konkordat IKAPOL, und dasselbe gilt beim Zivilschutz. Dort geht es letztlich um die Durchhaltefähigkeit, erst dann kommt die Armee zum Zug.
Auf Bundesebene werden mögliche und unmögliche Szenarien durchdacht. Man hat beim Bund mehrere Gesetzesanpassungen in der Pipeline. Es ist in den letzten Jahren vieles geschehen, sowohl präventiv als auch repressiv. So gibt es ein neues Nachrichtendienstgesetz, einen funktionierenden Staatschutz im militärischen und zivilen Bereich, der auch vertikal zu den Kantonen funktioniert. Es liegen ein erneuertes Strafmass und eine nach oben korrigierte Strafnorm im Terrorbereich vor. Man wird im Kantonsrat demnächst das kantonale Bevölkerungsschutzgesetz behandeln. Zudem gibt es den sogenannten Nationalen Aktionsplan gegen Terrorismus, der bereits in Umsetzung ist, und das neue Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) wird kommen. Damit kann man vor allem Gefährder schneller an die Kandare nehmen – zum einen, schon bevor eine Straftat begangen wurde, zum anderen nach einer Straftat, wenn es darum geht, die Täter an der Ausreise zu hindern usw. Beim Kommunikationssystem, das Willi Vollenweider angesprochen hat, besteht möglicherweise Verbesserungsbedarf. Dies ist auch die Meinung des Bundes. Es wird nun eine App eingeführt, damit schneller informiert werden kann. Es wird aber keine Kommunikation innerhalb des Kantons unterdrückt. Wenn Übungen stattfinden, wird darüber berichtet. In den Gemeinden weiss man auch, was die Feuerwehr macht, ebenso beim Kanton. Dazu dient auch die Internetseite des Kantons. Die Bevölkerung ist stets informiert. Nächstes Jahr findet die grosse SVU-Übung mit dem Hintergrund der Terrorbekämpfung statt. In diese Übung ist auch der Kanton Zug eingebunden.
Man ist nach wie vor gefordert, sich den Situationen und den Gefahrenlagen anzupassen. Der Sicherheitsdirektor wird die Überlegungen von Willi Vollenweider in die politischen Diskussionen mitnehmen. Aber letztlich ist man immer auch an das Prinzip der Verhältnismässigkeit gebunden. Wenn der Sicherheitsdirektor mehr Budget für Sicherheit fordert, steht dies natürlich immer auch in Konkurrenz mit den anderen Direktionen. Schliesslich muss das ganze Gefüge in etwa stimmen. Deshalb kann man sich nicht immer auf den höchstmöglichen Sicherheitsstand ausrichten.

Zum internationalen Verbund: Im internationalen Vergleich hat die Schweiz trotz 100'000-Mann-Armee im Verhältnis immer noch eine viel grössere Armee als z. B. Deutschland. Nur ist Deutschland in einem anderen Verbund. Es lässt sich nicht vergleichen mit Russland, aber es ist ja bekannt, dass Russland viel mehr in die Armee investiert als die Schweiz. Der Sicherheitsdirektor hofft, dass Willi Vollenweider sich zufrieden geben kann mit diesen Ausführungen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

**1226** Traktandum 7.3: **Motion der SVP-Fraktion betreffend die unrechtmässige Denunziation und Anschwärzung von Personen bei der KESB durch leichtfertige «Gefährdungsmeldungen»**
Vorlagen: 2882.1 - 15807 (Motionstext); 2882.2 - 15917 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Manuel Brandenberg,** Sprecher der Motionärin, dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Motion und die rechtlich fundierten Ausführungen innerhalb der Beantwortung. Die SVP-Fraktion kommt jedoch zu einem anderen Schluss und stellt den **Antrag,** die Motion erheblich zu erklären, sowie den **Eventualantrag,** sie teilerheblich zu erklären betreffend die Einführung einer Übertretungsstrafnorm gegen böswillige oder leichtfertige Gefährdungsmeldungen.
Zum Hintergrund der Motion: Der Regierungsrat sagt zu Recht, dass es ohnehin von Bundesrecht wegen so ist, dass gestützt auf das Zivilgesetzbuch für jede Person ein Recht besteht, jemanden bei der KESB zu melden, wenn man das Gefühl hat, er brauche Hilfe. Der Hauptantrag der Motionärin bedeutet nicht, dass das Bundesrecht beschnitten werden soll oder dass man das könnte. Solange man als Kanton Zug Mitglied des Bundes ist, muss man das Bundesrecht beachten, das ist klar. Aber es ist nicht nötig, eine Regelung im Bundesrecht, die ohnehin gilt, im kantonalen Recht zu wiederholen. Und genau das macht man im EG ZGB, indem man noch einmal das Bundesrecht abschreibt. Das ist völlig unnötig und wird auch sonst nicht gemacht. Man stelle sich vor, der Kanton Zug würde alle Bundesgesetze auch noch in den kantonalen Einführungsgesetzen jeweils abschreiben. Das würde den Rahmen sprengen. Deshalb kann man den Passus im EG ZGB – dieses Recht, jemanden zu melden – im kantonalen Recht aufheben, wie es der Hauptantrag ist. Dann hat man eine politische Botschaft überbracht, und zwar, dass man es nicht noch verstärken will, dass quasi jeder jeden melden kann. Man weiss, dass das so ist. Aber man weiss auch, dass es Zurückhaltung geben kann und muss, damit die Gefahr, dass Leute zu schnell und zu Unrecht bei der KESB angeschwärzt werden, gebannt wird. Wenn jemand bei der KESB gemeldet wird, muss diese etwas unternehmen. Sie kann nicht nichts tun. Sie wird also den behördlichen Apparat in Gang setzen und den Gemeldeten zu einem Erstgespräch einladen. Die entsprechende Person erhält einen Brief der KESB. Der Votant hat das im Berufsleben schon erlebt. Die Leute haben dann Angst. Es betrifft natürlich normalerweise eher Personen, die am Rand des sozialen Standards stehen und vielleicht etwas vom Normalitätsschema abweichen. Diese sind dann eingeschüchtert, rufen vielleicht einen Anwalt an und haben Kosten, auch wenn am Schluss gar nichts rauskommt. Das ist der Hintergrund für diesen Hauptantrag: Man soll auch in diesem Bereich ein Zeichen für Zurückhaltung setzen. Das ändert nichts daran, dass man Personen, die Hilfe brauchen, melden kann und sollte, wie es das Bundesrecht vorsieht.

Zum Eventualantrag: Es wird wohl auch vom Regierungsrat nicht bestritten, dass dieser bundesrechtlich möglich ist. Die Kompetenz für eine Übertretungsstrafnorm im kantonalen Übertretungsstrafrecht liegt vor. Es gibt noch keine explizite strafrechtliche Norm, die diesen Sachverhalt umfasst. Möglicherweise kann es zu unrechtmässigen, leichtfertigen Meldung kommen, um jemanden unter Druck zu setzen oder auch, wenn eine Person älter wird und mögliche Erben vielleicht bereits am Abwarten sind. Wenn jemand bewusst leichtfertig oder absichtlich eine falsche Meldung macht, weil er sich dadurch einen Vorteil erhofft oder sich an jemandem rächen will, soll dies bestraft werden mit einer Busse nach kantonalem Recht. Der Votant bittet die Ratsmitglieder, diesen Eventualantrag zu unterstützen, sollte der Hauptantrag, also die Erheblicherklärung der Motion, nicht gutgeheissen werden. Die SVP-Fraktion wäre dem Rat nicht nur dankbar für die Erheblicherklärung, sondern ist auch überzeugt davon, dass dies richtig wäre.

**Esther Haas,** Sprecherin der ALG-Fraktion, hält fest, dass sich das Votum von Manuel Brandenberg nun recht moderat angehört hat. So hat sie die Zielsetzung der Motion nicht verstanden. Eine der Begründungen für die Motion lautet nämlich: «Die KESB ist von Gesetzes wegen verpflichtet, solchen Meldungen nachzugehen, und bietet die gemeldeten Personen üblicherweise zu einem Erstgespräch auf, um zu prüfen, ob weitergehende Abklärungen oder Massnahmen nötig sind.» Weiter ist zu lesen: «Dieses Prozedere und eine Vorladung durch die KESB ist für zu Unrecht gemeldete Personen eine Zumutung und verursacht grossen Stress, Angst und auch Kosten, etwa wenn sich die Person mit rechtlichem Beistand wehren will. Demgegenüber bleibt derjenige, der eine böswillige oder leichtfertige Meldung erstattet, schadlos, denn er ist ja gemäss § 44 Abs. 1 EG ZGB ohne weiteres zur Meldung berechtigt.»
Ist das so? Können Meldungen, ob den Tatsachen entsprechend oder nicht, einfach so gemacht werden? Die «Luzerner Zeitung» lieferte diesen Sommer gerade ein Beispiel, wo genau das Gegenteil passierte: Weil sich ein Luzerner um seine Nachbarin und deren Sohn Sorgen machte, meldete er sich mehrfach bei der KESB. Er gab an, die Frau sei «psychisch in einem desolaten Zustand». Damit machte er sich gemäss Gerichtsurteil der üblen Nachrede schuldig und wurde dafür verurteilt. Dies ist ein Fall aus dem Kanton Luzern. Muss man jetzt davon ausgehen, dass im Kanton Zug alles anders läuft, dass ein Denunziationsregime übelster Sorte herrscht, getreu nach dem Vorbild der informellen Mitarbeiter der Stasi-Diktatur in der DDR? 2018 wurden von insgesamt 281 Gefährdungsmeldungen gerade mal 13 von Privatpersonen abgesetzt, wobei diese Zahl noch nichts über den Inhalt aussagt. Menschen, die anderen Böses wollen und sie unter Umständen wahllos anschwärzen, wird es immer geben. Diese können aber bereits jetzt wegen Ehrverletzung verklagt werden. Es braucht also keine zusätzliche Strafbestimmung gegen böswillige und leichtfertige Gefährdungsmeldungen. Man schaue sich nochmals den Luzerner Fall an: Der verurteilte Mann hat gegenüber den Behörden immer wieder versichert, dass er ja nur helfen wollte. Er hatte offenbar gar nie die Absicht, jemanden zu denunzieren – und wurde dennoch verurteilt.
Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Gefährdungsmeldungen für alte Beteiligten grosse Herausforderungen darstellen. Das Beispiel der Schulen zeigt dies deutlich: Grundsätzlich werden dort Gefährdungsmeldungen erst nach diversen vorgängigen Abklärungen durch Lehrpersonen oder schulische Heilpädagoginnen oder -pädagogen abgesetzt. Die Eltern sind immer informiert. Viele Eltern sind sogar froh, wenn eine Gefährdungsmeldung gemacht wird, weil sie beispielsweise selber quasi am Ende ihres Lateins und für eine Intervention dankbar sind.

Gefährdungsmeldungen werden keineswegs leichtfertig gemacht. Aber wenn ein Kind in der Schule stets einschläft oder verwahrlost erscheint, wenn es immer wieder unerklärbare Verletzungen aufweist oder tage- bzw. wochenlang gar nicht mehr in der Schule erscheint, dann ist auch die Schule, oder allenfalls das Umfeld, verpflichtet, eine Gefährdungsmeldung bei der KESB zu machen.
Solche Fälle können auch Privaten begegnen: wenn in ihrem Haus eine Familie wohnt, in der ein zehnjähriges Kind für die ganze Familie sorgt, weil die Mutter bereits am Morgen alkoholisiert und der Vater total abwesend ist. Was tut man da als Privatperson? Will man zum Nichtstun, zum Schweigen verurteilt werden?
Wenn es nach dem Willen der Motionäre geht – so hat es die Votantin verstanden und so steht es auch im Motionstext –, soll «die explizite Bestimmung, wonach jede Person berechtigt ist, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde eine hilfsbedürftige Person zu melden» aufgehoben werden. Erklärt der Rat die vorliegende Motion erheblich, wären Privatpersonen zum Schweigen verurteilt. Wollen das die Ratsmitglieder? Die ALG-Fraktion lehnt dies ab und plädiert deshalb einstimmig für Nichterheblicherklärung der Motion.

**Rupan Sivaganesan** teilt mit, dass sich die SP-Fraktion vertieft mit der Beantwortung der Motion auseinandergesetzt hat und eine Erheblicherklärung ebenfalls ablehnt. Der Regierungsrat zeigt nämlich klar auf, dass es keinen Handlungsbedarf gibt und sich die bisherigen Reglungen bewährt haben. Das Anliegen an sich, nämlich gegen Personen vorzugehen, die «böswillige oder leichtfertige Gefährdungsmeldungen» machen und damit das Gesetz offensichtlich missbrauchen, ist dabei unbestritten. Wie aber in den vorherigen Voten zu hören war, gibt es bereits jetzt Möglichkeiten, um in solchen Fällen entsprechend vorzugehen.
Vor zwei Jahren hat das Bundesparlament einen ähnlichen Vorstoss diskutiert. Darin forderte die SVP, für böswillige Gefährdungsmeldungen eine Kostenpflicht einzuführen. Der Vorstoss wurde vom Nationalrat klar abgelehnt. Das Parlament schloss sich damals dem Bundesrat an. Dieser schrieb in seiner Stellungnahme: «Böswillige Gefährdungsmeldungen sind in der Praxis äusserst selten. Es handelt sich um wenige Einzelfälle, die von den heutigen Fachbehörden rasch aufgedeckt werden.» Die Zahlen für solche böswilligen Gefährdungsmeldungen sind also sowohl schweizweit wie auch im Kanton Zug sehr gering. Aus diesem Grund ist es nicht notwendig, dass die Motion erheblich erklärt wird.

**Manuela Weichelt-Picard,** Direktorin des Innern, geht davon aus, dass die SVP-Fraktion unbewusst von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, als sie ihre Motion geschrieben hat. Sie ging nämlich davon aus, dass im Kanton Zug zuhauf böswillige Gefährdungsmeldungen eingereicht werden, um Vergeltung an einer Person, die einem nicht passt, zu üben. Zum Glück ist dem aber nicht so, dass ein «Denunziationsregime» herrscht. Die Abklärungen haben ergeben, dass diesbezüglich keine Missstände vorliegen. Es besteht also auch kein Handlungsbedarf.
Man hat festgestellt, dass Gefährdungsmeldungen von Personen nur dann eingereicht werden, wenn der begründete Verdacht besteht, dass jemand Hilfe von aussen braucht. Ein Beweis muss nicht vorliegen. Selbstverständlich kommt es vor, dass jemand eine Gefährdungsmeldung macht und die KESB nach einer seriösen Prüfung der Umstände und nach Befragung der Involvierten zum Schluss kommt, dass keine Gefährdung vorliegt. Wenn keine Gefährdung vorliegt bzw. kein Schutzbedarf gegeben ist, wird eine Gefährdungsmeldung nicht weiterverfolgt. Der Ablauf ist auf Seite 5 des Berichts und Antrags des Regierungsrats dargestellt. Dank diesem Prozess ist sichergestellt, dass die KESB nicht zu Unrecht eingreift und verhältnismässig handelt.

Selbst wenn eine Person eine Gefährdungsmeldung böswillig einreichen sollte, gibt es jetzt schon genügend Möglichkeiten, um dagegen vorzugehen, wie unlängst ein Urteil des Bezirksgerichts Willisau zeigte. Das Gericht verurteilte einen Mann wegen übler Nachrede. Es gibt noch weitere strafrechtliche und zivilrechtliche Bestimmungen, die in einem solchen Fall zur Anwendung kommen können. Die Verleumdung, StGB, Klage auf Persönlichkeitsverletzung, ZGB, der Schadenersatz, OR, sind Bespiele dafür. Es macht also wirklich keinen Sinn, extra für den Bereich der Gefährdungsmeldungen eine zusätzliche, eigene Strafbestimmung zu schaffen. Es wäre schlicht überflüssig. Die Aufblähung von Gesetzen ist eigentlich nicht das, wofür die SVP einsteht.
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Motion insgesamt aber doch auch ihr Gutes hatte. So konnte der Regierungsrat abklären und feststellen, dass Gefährdungsmeldungen wunschgemäss ablaufen und es einen genügend grossen Schutz gibt, wenn irgendwann einmal eine Gefährdungsmeldung in böswilliger Absicht erfolgen sollte. Die Fachleute im Kindes- und Erwachsenenschutz leisten anspruchsvolle und hervorragende Arbeit. Es gibt Probleme, die zu lösen sind. Aber es sollten keine Probleme geschaffen werden, die nicht existieren. Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**Manuel Brandenberg** muss etwas richtigstellen. Die Direktorin des Innern hat gesagt, die SVP hätte geschrieben, im Kanton Zug herrsche ein Denunziationsregime. Das stimmt nicht. Die SVP hat geschrieben, dass Denunziationsregimes im Kanton Zug nichts verloren hätten. Das ist ein Unterschied.
Zur Aussage, es gäbe keine leichtfertigen Gefährdungsmeldungen: Der Votant kennt ein Beispiel von einer Person, die eine Rechnung nicht bezahlt hat. Statt dass der Gläubiger eine Betreibung einleitete und den Betrag auf dem Rechtsweg einforderte, reichte er eine Gefährdungsmeldung bei der KESB ein mit der Begründung, die entsprechende Person habe wohl finanzielle Schwierigkeiten, Unordnung in ihren Sachen und sei vielleicht verwahrlost, die KESB müsse das einmal überprüfen. Am Schluss kam natürlich nichts heraus, aber die Person erhielt eine Einladung zum Erstgespräch. Die Forderung ist wahrscheinlich immer noch offen, das weisst der Votant nicht. Aber das ist zum Beispiel eine leichtfertige, wenn nicht sogar böswillige Gefährdungsmeldung. Und das geschah im Kanton Zug.

**Barbara Gysel** erachtet den Fall, den Manuel Brandenberg geschildert hat, nicht als sehr problematisch. Trotzdem ist aber eine gewisse Relevanz für die Motion der SVP zu sehen, und zwar aus einen anderen Kontext: Wenn es beispielsweise um die Hochrisikofälle von Sorgerecht geht, kann es teilweise wirklich vorkommen, dass jemandem böswillig zum Beispiel sexueller Missbrauch vorgeworfen wird. Diesbezüglich unterstützt die Votantin die KESB und die zuständigen Verantwortlichen, dass solchen Fällen ganz vehement ein Riegel vorgeschoben wird. Es ist nicht anzunehmen, dass dies im Kanton Zug ein riesiges Problem ist, wie es auch in der Beantwortung dargestellt wird, aber es besteht eine gewisse Relevanz für das Anliegen.

➔ **Abstimmung 3:** Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion ab und folgt mit 48 zu 20 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ **Abstimmung 4:** Der Rat lehnt den Eventualantrag der SVP-Fraktion auf Teilerheblicherklärung ab und folgt mit 44 zu 26 Stimmen dem Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

**1227** Traktandum 7.4: **Interpellation der SP-Fraktion betreffend Nutzen/Schaden der «Schwarzen Liste» für Personen, welche ihre Krankenkassenprämien/ -leistungen nicht bezahlen**
Vorlagen: 2852.1 - 15742 (Interpellationstext); 2852.2 - 15911 (Antwort des Regierungsrats).

**Hubert Schuler,** Vertreter der Interpellantin, dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung. Dass die Gemeinden eine effiziente Form in der Umsetzung der Durchführungsstelle gefunden haben, ist sicher richtig. Beim administrativen Aufwand untertreibt die Regierung jedoch mit der Aussage, dass diese vereinzelt höher wäre. Da taucht schon die erste Frage auf: Welche Gemeinden haben die Wirkung der Liste säumiger Prämienzahlerinnen und Prämienzahler (LSP) als «tragbar» und «ausgewogen» bezeichnet? Es macht sehr wohl einen Unterschied, ob Zug, Cham oder Baar diese Einschätzung machen würden oder eben Oberägeri oder Walchwil. In Baar erhielt man 2017 insgesamt 589 Meldungen, im laufenden Jahr bis Ende November 625 Meldungen. Dabei handelt es sich um Ausstandsmeldungen. Wer da behauptet, der administrative Aufwand sei tragbar, verkennt die Situation. Wie der Umgang mit Personen ist, die auf der Liste stehen und eine Behandlung in Notfällen benötigen, lässt sich nicht beantworten. Und wie sieht es aus, wenn Personen auf der Liste in ein Altersheim oder Pflegezentrum eintreten müssen? Dann finanzieren die Krankenkassen nichts, denn es besteht ja kein Notfall. Hat die Gesundheitsdirektion resp. haben die Institutionen eine entsprechende Handlungsanleitung? Auch die Anzahl der Personen, die auf der Liste stehen, muss nachdenklich stimmen, denn die Zahl hat sich innert vier Jahren um den Faktor 3,5 auf 437 Personen erhöht. Wenn es im gleichen Tempo weitergeht, werden es 2021 über 1500 Personen sein. Wer dann die administrativen Aufgaben erledigt, ist schleierhaft. Hier soll eine Klammer geöffnet werden: Der Entscheid der Regierung, die Richtprämien bei der Prämienverbilligung so anzusetzen, dass nur gerade eine Versicherung diesen tiefen Wert erreicht, fördert die Verschuldung der Prämienzahlenden weiter. Dieser Entscheid bietet zwar Sparpotenzial für den Kanton, es werden aber gleichzeitig Kosten auf die Gemeinden abgeschoben, denn sie müssen die Prämienausstände bei Verlustscheinen übernehmen. Das ist eine klare Umgehung der Prämienverbilligungspflicht des Kantons. Auch das Argument, dass die betroffenen Personen die Krankenkasse wechseln können, verfängt nicht, denn auf die Schnelle kann keine Krankenkasse gewechselt werden, und der Regierungsrat legt erst Anfang Dezember die Richtprämien fest.
Unter Punkt 4a wird aufgeführt, dass die Gemeinden Doppelversicherungen feststellen müssen. Eigentlich ist dies eine Aufgabe der Krankenkassen, die nicht seriös erledigt wird. Denn bevor eine Versicherung abgeschlossen wird, benötigt die neue Versicherung die «Entlassung» aus der alten, da mit Prämienschulden oder anderen Ausständen keine laufende Versicherung gekündigt werden kann. Solche Doppelversicherungen bescheren den Sozialdiensten viel Arbeit, denn oft ist die Kooperation der Versicherungen nicht gegeben.
In der Antwort zu Frage 6 hält die Regierung fest, dass die Wirkung der Liste nicht wirklich messbar sei. Dies stimmt sicher. Wenn dann aber ausgeführt wird, dass die präventive Wirkung nicht zu unterschätzen sei, ist dies einfach eine Augenwischerei. Oft können sich die Personen, die auf der Liste sind, eine «Sanierung» gar nicht leisten, weil sie die finanziellen Mittel nicht haben. Weiter behauptet der Regierungsrat in der Antwort 8, dass es Leute gebe, welche die Prämien nicht bezahlen wollen. Es ist nicht verständlich, wie die Regierung zu dieser abenteuerlichen Behauptung kommt. Dies würde ja bedeuten, dass die Betreibungsämter ihre Arbeit nicht richtig erledigen würden.

Weiter wird in der Antwort zur Frage 6 aufgeführt, dass der Kanton Zug mit 5.86 Franken pro Kopf der Bevölkerung einen sehr tiefen Wert im Vergleich zur Schweiz mit 35.85 Franken ausweisen würde. Wenn die Zahlen 2017 genommen werden, beläuft sich der Betrag bereits auf 10.40 Franken, also auf knapp das Doppelte des Betrags, den die Regierung auftischt.
Unbestritten ist ein grosser Nutzen der Liste die Möglichkeit, dass die Gemeinden vereinfacht die Prämienverbilligungen beantragen können. Doch nur um diese Vereinfachung zu erhalten, ist der ganze Aufwand nicht nötig. Dies könnte mit einer einfachen Gesetzesanpassung auch erreicht werden.
Mit der Beantwortung der Frage 9 lehnt sich die Regierung sehr aus dem Fenster. Es werden Annahmen getroffen, die stark hinterfragt werden müssen. Die Reduktion bei den Punkten b und d sind einfach eine Behauptung, welche die Situation schönfärben soll. In Baar werden Übernahmen von Forderungen vor der Fortsetzung des Betreibungsamts im Umfang von 40’000 bis 50’000 Franken pro Jahr übernommen, also mehr, als die Regierung für den ganzen Kanton ausführt. Beim Punkt e irrt die Regierung ebenfalls, denn ein grosser Teil der Tilgungskosten werden von den Gemeinden übernommen, damit die Leute wieder volle Leistungen der Krankenkassen erhalten, bevor z. B. ein Klinikaufenthalt nötig wird oder eine Operation durchgeführt werden muss.
Fazit ist: Die Liste der säumigen Prämienzahlenden ist nicht wirkungsvoll und verursacht zusätzliche und unnötige administrative Arbeiten für die Gemeinden. Die SP erwartet, dass die Gesundheitsdirektion mit den Gemeinden ein neues, sinnvolleres und effektiveres sowie einfacheres System erarbeitet und dann dem Kantonsrat vorlegt.

**Vroni Straub-Müller** spricht für die ALG-Fraktion. Im Oktober 2011 wurde im Rat im Rahmen der Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung und des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung über die Einführung einer schwarzen Liste diskutiert. Die Regierung wollte damals, dass die zuständige Gemeinde für Versicherte, die vom Versicherer betrieben werden, die Aufnahme auf eine Liste verfügen kann – sofern die betroffenen Personen nicht aktiv mit den zuständigen Behörden zusammenarbeiten.
Die nun interpellierende SP-Fraktion hat dann einen schärferen Antrag gestellt, und zwar im Sinne von: Die Gemeinde verfügt für Versicherte, die vom Versicherer betrieben werden, spätestens beim Vorliegen des Verlustscheins, die Aufnahme auf die Liste. Dieser Antrag wurde so übernommen, und der Zusatz «sofern sie nicht aktiv mit den zuständigen Behörden zusammenarbeiten» ging leider verloren.
Die ALG bedauerte dies damals. Sie wollte, dass die Gemeinden den Spielraum haben, Personen, die kooperativ sind und klar aufzeigen können, wie sie das Problem bewältigen werden, nicht auf diese Liste zu setzen, auch wenn ein Verlustschein vorhanden ist. Die Gemeinde soll die Kompetenz haben, jemanden, der nicht kooperiert und einen Verlustschein hat, auf die Liste der säumigen Prämienzahler setzen zu *können.* Die ALG bedauert noch heute, dass der Zusatz «sofern sie nicht aktiv mit den zuständigen Behörden zusammenarbeiten» nicht mehr im Gesetz steht. So ist ein Automatismus entstanden, der nicht nötig gewesen wäre.
Die ALG vertritt auch nach sieben Jahren noch die gleiche Meinung. Die Abkehr vom Prinzip des differenzierten Einsatzes des Leistungsaufschubs ist bedauerlich – die Autonomie der Gemeinde ging damals verloren.
Die ALG verlangt selbstverständlich von einem Schuldner oder einer Schuldnerin, dass er sich minimal um die Pflicht, die Krankenkassenprämie zu bezahlen, kümmert. Dazu hätte der Antrag der Regierung von 2011 zum Leistungsaufschub vollkommen genügt.

**Anna Bieri,** Sprecherin der CVP-Fraktion, hält fest, dass die sporadische, kritische Durchleuchtung eines Instruments wie dieser schwarzen Liste durchaus angebracht ist. Es ist wichtig, dass solche Instrumente zur Stärkung der notwendigen Solidarität im Rahmen des KVG-Obligatoriums existieren sowie griffig und alltagstauglich sind. Es ist stossend, wenn Personen eine Leistung beziehen, ohne dafür zu bezahlen, während sich andere Menschen in engen finanziellen Verhältnissen diese Kosten richtiggehend absparen müssen. Dank wirksamen Prämienverbilligungen und gut ausgebauter Sozialhilfe kann man davon ausgehen, dass die Bezahlung der Krankenkassenprämie im Kanton Zug grundsätzlich möglich sein sollte. Wie aber geht man im Kanton Zug mit den Personen um, die ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommen wollen? Eine schwarze Liste kann dabei ein mögliches Druckmittel sein. Ob diese Form der schwarzen Liste griffig und alltagstauglich ist, beurteilen die Gemeinden gemäss Bericht unterschiedlich. Falls dem aber zu wenig so ist, so sind die Ratsmitglieder wohl mitschuldig. Vielleicht war für einmal der regierungsrätliche Vorschlag von 2011 doch die bessere Variante als die Version des Kantonsrats? Den Protokollen ist zu entnehmen: Eine hauchdünne Mehrheit hatte dem Antrag der FDP beigepflichtet, wonach die regierungsrätliche «kann»-Formulierung für die Gemeinden zu einem Obligatorium wurde. Und es ist doch etwas lustig oder zumindest bemerkenswert, dass man es ausgerechnet der Interpellantin SP und ihrem Sprecher Hubert Schuler verdankt, dass man nicht nur eine schwarze Liste, sondern ein «scharfe, schwarze Liste» mit einem Automatismus hat. Dem Protokoll von 2011 ist folgende Aussage von Hubert Schuler zu entnehmen: «Die Regierung und die Kommission wollen bei diesen Leuten auch einen pädagogischen Aspekt einbringen. Nur wenn die Kosten übernommen werden, wenn sie ein bisschen aktiv mit den Behörden zusammenarbeiten, kehrt sich dieser pädagogische Aspekt ins Gegenteil.» Damit beschloss der Rat auf Antrag desselben Kantonsrats Schuler – nur gegen den Willen der ALG, vertreten durch Vroni Straub-Müller – eine «scharfe, schwarze Liste».
Drei Feststellungen aus dem Bericht sind wichtig:
• Das Instrument der schwarzen Liste wird verhältnismässig angewendet.
• Die Kosten dafür sind im Rahmen.
• Es kam zu keinen unbehandelten Notfällen.
Der Regierung gebührt ein Dank für die wichtige, umfassende Ausführung dazu. Für die CVP ist die schwarze Liste keine heilige Kuh. Sie ist offen gegenüber einer Justierung dieses Instruments, findet es aber wichtig, dass solche Instrumente zur Stärkung der Solidarität im Gesundheitswesen existieren – nicht nur gemäss Hubert Schuler 2011 aus pädagogischen, sondern auch aus Gründen der Fairness und der Funktionstüchtigkeit des Gesundheitssystems.

**Beni Riedi,** Sprecher der SVP-Fraktion, möchte einleitendend etwas anmerken betreffend abenteuerliche Begründung der Regierung, die Huber Schuler erwähnt hat. Auch der Votant war 2010/2011 Mitglied der vorberatenden Kommission. Dazumal ging es auch darum, dass es Leute gab, welche offene Rechnungen direkt der Krankenkasse zugestellt haben, diese selbst aber nicht beglichen haben. Früher war es noch möglich, dass die Krankenkassen die Rechnungen direkt den Versicherten ausbezahlten. Das heisst, es gab sogar Fälle von doppelten Schäden: Die Rechnung wurde nicht bezahlt, aber das Geld von der Krankenkasse wurde abgeholt. Wenn man hört, was früher möglich war, ist deshalb auch die Begründung der Regierung nicht ganz so abenteuerlich. In der Kommission wurde damals über die Schaffung und die Möglichkeit einer schwarzen Liste debattiert. Die Begründung war zusätzlich, dass Personen, die nicht bezahlt haben, leider nicht mal imstande

waren, die Prämienverbilligungen einzuholen. Genau dieses Mittel wollten die Gemeinden dann zukünftig haben.
Als der Votant den Bericht gelesen hat, ist er über zwei Punkte erschrocken: Erstens über die Zahlen; es ist bedenklich, dass es so viele Leute gibt im Kanton Zug, welche die Krankenkassen-Rechnungen nicht bezahlen wollen oder können. Diesbezüglich schliesst sich der Votant den Aussagen von Anna Bieri an, dass es sehr stossend ist, wenn Einzelne auf Kosten von anderen die Prämienrechnungen nicht bezahlen wollen. Bedenklich ist aber auch, wenn sie es nicht tun können. Ebenso ist es stossend, dass der administrative Aufwand für die Gemeinden belastend ist. Das hat den Votanten auch etwas verärgert. Es ist auch in der Privatwirtschaft so: Wenn Rechnungen nicht beglichen werden, kann dies zu unverhältnismässig hohen administrativen Aufwänden führen.
Aber es geht um Prinzipien. Und wenn der Staat diese Prinzipien nicht mehr einhält, egal, wie gross der Aufwand ist, hat man ein mächtiges Problem. Die Gemeinden, der Kanton und der Bund müssen die Kraft haben, dafür zu sorgen, dass solche Rechnungen möglichst beglichen werden. Wenn es der Staat nicht mehr macht, wer soll es denn sonst noch machen? Dieser Punkt war der erschreckendste des ganzen Berichtes. Es ist zu hoffen, dass der Staat bzw. der Kanton und die Gemeinden auch in Zukunft die Kraft aufweisen, für bezahlte Prämienrechnungen zu sorgen. Denn genau für solche Dinge werden Steuern bezahlt. Und es wäre auch nicht fair gegenüber den anderen Bürgern, die ihre Rechnung bezahlen.

**Urs Raschle**, Einzelsprecher, dankt der Regierung für die sehr umfassende und gut verfasste Antwort. Als Sozialvorsteher der Stadt Zug, und dies ist auch seine Interessensbindung, unterstützt er die Antwort. Denn auch wenn es wenig ist, immerhin haben die Gemeinden ein Instrument, um säumige Prämienzahler zu motivieren, ihre Prämien zu bezahlen. Und so uneffektiv ist dieses Instrument nicht. Als abtretender Kantonsrat erlaubt sich der Votant einen Blick über den Tellerrand hinaus und stellt die Frage: Weshalb schlägt man sich überhaupt mit dieser Frage herum? Ganz einfach, weil das Kränkste daran das Gesundheitssystem ist. Schwarze Listen sind nur eine Nebenwirkung oder in der Sprache der Medizin ein Symptom des Gesamtsystems. Symptome zeigen jeweils, dass das Hauptsystem krank ist, und genauso ist es auch hier. Dabei liegt die Ursache im Zentrum des Systems, bei den Krankenkassen. Sie breiten sich mehr und mehr aus und benehmen sich unkontrolliert und arrogant. Man muss es so hart sagen, aber die Krankenkassen sind die Krebsgeschwüre des Gesundheitssystems. Sie überfallen Bereiche wie Herz und Hirn des Systems und übernehmen immer mehr die Macht. Eigentlich hätten die Kassen den Auftrag, eine Kontrollfunktion zu übernehmen und zu schauen, dass die Kosten seitens Leistungserbringer nicht zu hoch ausfallen und somit auch die Prämien für alle bezahlbar bleiben. Doch weit gefehlt. Einige Bereiche wie Altersheime werden zwar kontrolliert, und dies führt dann wieder zu Mehrkosten bei den Heimen. In anderen Bereichen ist dies aber nicht so, und genau da können die Leistungserbringer tun und lassen, was sie wollen.
Warum geht dies? Ganz einfach: Die Kassen wissen genau, dass alle Kosten bezahlt werden – wenn nicht von den Prämienzahlern, dann vom Staat. Dies führt zu Sorglosigkeit und Übermut. Warum ist es überhaupt möglich, dass sich die Kassen so ausbreiten können? Auch hier gilt es, genauer hinzuschauen. Es ist nur möglich, weil die Krankenkassen einen «Freipass» haben. Ist die Bauernlobby im Nationalrat noch einigermassen definierbar, ist es die Krankenkassenlobby eben nicht mehr. Sie ist sehr gut versteckt. Viele National- und Ständeräte, auch aus dem Kanton Zug, sitzen in Aufsichtsgremien und Verwaltungsräten und schauen, dass die Kassen weiterhin erfolgreich wirtschaften können, ja, dass ihnen kein Haar ge-

krümmt wird. Eigentlich unglaublich, denn es geht dabei um Millionen, die durch falsche Allokation ins Marketing und in die Verwaltung dieser Kassen, aber weniger in die Heilungskosten laufen. Ein solches System kann nur von innen verändert werden, indem man z. B. bei den nächsten Wahlen schaut, dass nur noch Personen gewählt werden, die nicht mehr bei den Krankenkassen eingebunden sind.
Der Votant dankt der Regierung für ihr Engagement. Sie hat eine wichtige Funktion in den jährlichen Diskussionen mit den Kassen. Dem Gesundheitsdirektor wünscht der Votant weiterhin viel Elan und Erfolg mit den Kassen.

**Hubert Schuler** bezieht sich auf das Votum von Beni Riedi. Wenn man nach einer ambulanten Behandlung bei der Krankenkasse eine Rechnung einreicht, ist es immer noch so, dass man das Geld erhält und die Rechnung selbst bezahlen muss. Die schwarze Liste hat keinen Einfluss darauf, d. h., mit diesem System gibt es keine diesbezügliche Änderung. Einzelne Krankenkassen begleichen Rechnungen auch direkt.
Krankenkassen machen nicht alles selbst, wie es Urs Raschle gesagt hat. Sie können ihre Arbeit und ihre Kosten einfach auf den Staat abschieben. Es ist nicht wie in der Privatwirtschaft, wo die Betriebe mit Fortsetzungsbegehren alles durchsetzen und so weitermachen müssen.
Zum Votum von Anna Bieri: Selbstverständlich steht der Votant auch heute noch zu seinen Aussagen von 2011. Er ist aber der Meinung, dass man auch Erfahrungen sammeln und schlauer werden kann. Und man hat gemerkt, dass es mit den Krankenkassen äusserst schwierig ist, überhaupt Übersichten zu bekommen. Der Aufwand ist riesig gross. Aus diesem Grund wäre es angebracht, eine «Kann-Formel» einzuführen, wie es die Regierung damals wollte, oder vielleicht gibt es auch noch andere Systeme. Zug ist ja auch nicht der einzige Kanton, der von der schwarzen Liste wegkommt. Rundherum gibt es drei, vier Kantone, die die schwarze Liste wieder abgeschafft haben. Der Wunsch der Interpellantin ist es, dass die Regierung mit den Gemeinden eine verträglichere Lösung findet.

Gesundheitsdirektor **Martin Pfister** hält fest, dass die Diskussion um die sogenannten schwarzen Listen manchmal sehr emotional verläuft. Es gilt, die Sache nüchtern anzugehen. Der Gesundheitsdirektor spricht deshalb lieber von der «Liste säumiger Prämienzahlerinnen und Prämienzahler», kurz LSP, wie es die Regierung in der Beantwortung des Vorstosses auch getan hat.
Die Ratsmitglieder haben die Antwort gelesen, auf die Details soll darum nicht eingegangen werden. Wichtig sind aber folgende Punkte:
• Für die Übernahme von Verlustscheinen aus der Krankenversicherung wenden die Gemeinden gegen eine Million Franken pro Jahr auf. Das ist Bundesrecht, und daran kann man nichts ändern. Die Kosten für die LSP sind nur ein Bruchteil davon. Das finanzielle Argument ist also nicht entscheidend.
• Die Anwendung der LSP im Kanton Zug erfolgt sehr pragmatisch. Die Gemeinden haben eine zweckmässige Organisationsform gewählt, und seitens der Leistungserbringer bestehen keine grösseren Probleme. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass dringende oder gar lebenswichtige Leistungen verweigert werden. Das Beispiel von Hubert Schuler, dass jemand nicht in ein Pflegeheim eintreten kann, wenn er auf dieser Liste aufgeführt ist, ist dem Gesundheitsdirektor nicht bekannt. Falls das der Fall wäre, bittet der Gesundheitsdirektor um einen Hinweis. Dann würde er intervenieren. Und auch wenn andere Ratsmitglieder diesbezüglich nur das Geringste hören, lassen sie es den Gesundheitsdirektor bitte wissen, und er wird die nötigen Massnahmen ergreifen.

• Der Kanton Zug steht bei den Verlustscheinen für Krankenversicherungsausstände sehr gut da. Nur ein einziger Kanton hat noch tiefere Werte. In Zug betragen die Kosten pro Kopf der Bevölkerung rund 6 Franken. Im schweizerischen Durchschnitt sind es 36 Franken, also sechsmal mehr als im Kanton Zug. Neben der LSP spielen natürlich noch andere Faktoren eine Rolle. Aber man kann auch nicht behaupten, dass die LSP sowieso nichts nütze.
• Wenn jemand Mühe hat, seine Krankenkassenprämien zu bezahlen, kann sie oder er Prämienverbilligung beantragen oder sich an den Sozialdienst wenden. Hinsichtlich der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) werden potenziell anspruchsberechtigte Personen jedes Jahr persönlich angeschrieben. Und wer Prämienausstände hat, wird vom Sozialdienst der Gemeinde individuell kontaktiert. Somit kann niemand sagen, ihr oder ihm werde nicht geholfen.
• Erst gerade war in der Zeitung zu lesen, dass die Prämienbelastung nirgends so tief ist wie in Zug. Dazu das Beispiel einer vierköpfigen Familie mit einem Bruttolohn von 80'000 Franken: Nach Abzug der Prämienverbilligung beträgt die Belastung für die ganze Familie weniger als 10 Franken pro Tag beziehungsweise weniger als 2.50 Franken pro Person. Das muss die Gesundheit wert sein. Selbst wenn es gewisse Einschränkungen beim Handy, bei der Freizeit, der Mobilität oder den Ferien braucht, sollte dieser Betrag zumutbar sein.
• Über 99 Prozent der Bevölkerung bezahlen ihre Krankenkassenprämien ordnungsgemäss. Die Ratsmitglieder sollten auch an diese Personen denken. Es soll einen Unterschied machen, ob man seinen Verpflichtungen nachkommt oder nicht. Die LSP ist deshalb auch ein Signal an die grosse Mehrheit, welche die Prämien pünktlich zahlt.
Was wäre also die Alternative zur LSP? Der Regierungsrat hat in seiner Antwort mehrere Möglichkeiten aufgeführt, die auch mit den Gemeinden diskutiert werden könnten. Die LSP einfach abzuschaffen, kann aber nicht die Lösung sein. Oder soll fortan einfach der Staat zahlen, ohne dass es für die Betroffenen irgendwelche Konsequenzen hätte? Der Regierungsrat schlägt vor, vorerst die Entwicklungen auf eidgenössischer Ebene abzuwarten. Dann könnte man das Thema bei Bedarf wieder aufnehmen. Ob man allerdings extra eine Gesetzesänderung anpacken soll, muss man sich gut überlegen. Die LSP ist zwar keineswegs perfekt, doch sie ist das einzige Instrument, das den Gemeinden zur Verfügung steht.
Der Gesundheitsdirektor geht noch auf einige Argumente ein, die in der Debatte genannt wurden. Hubert Schuler hat gesagt, der administrative Aufwand sei viel grösser, als es in der Beantwortung dargestellt war. Ebenso hat er gefordert, dass man unterscheidet zwischen den verschiedenen Grössen der Gemeinden. Es ist grundsätzlich nicht richtig, so zu argumentieren. Dann könnte man den Kanton Zug auf schweizerischer Ebene ebenfalls ignorieren und nur noch mit Zürich oder Bern argumentieren. International wäre die Schweiz sowieso eine *quantité négligeable,* und man würde man nur noch die USA und China als relevant betrachten. Es entspricht nicht dem Selbstverständnis des Kantons, die Gemeinden unterschiedlich zu behandeln. Eine Unterscheidung zwischen kleineren und grösseren Gemeinden ist deshalb nicht angebracht, es geht um die grundsätzlichen Argumente.
Zur Kritik an den Richtprämien: Es ist Aufgabe der Gemeinden bzw. der Sozialdienste, Personen zu beraten, die auf die Prämienverbilligung angewiesen sind und Sozialhilfe beziehen, sodass sie nicht erst Ende Jahr zu einer günstigen Krankenkasse wechseln. Wenn Leute Sozialhilfe beziehen und in einer teuren Krankenkasse sind, muss nicht gewartet werden, bis der Kanton die Richtprämien festlegt. Man kann schon während des Jahres die Krankenkasse wechseln. Insbesondere ist relevant, dass man nicht nur zu einer Krankenkasse mit einer tiefen Prämie wechselt, sondern auch ein günstiges Prämienmodell wählt. Wählt man ein solches günstiges

Modell, wie z. B. eine Hausarztversicherung oder ein Managed-Care-Modell, ist man bei sehr vielen Versicherungen mit der IPV immer noch kostendeckend und mindestens gut versichert, da die IPV einen wesentlichen Anteil der Prämie übernimmt. Dabei hängt es vom Engagement der Betroffenen ab, ob sie die Sozialhilfebezüger darauf hinweisen und sie unterstützen, rechtzeitig in diese Modelle bzw. zu günstigen Krankenkassen zu wechseln.
Zur Frage von Hubert Schuler: Wie ist es möglich, dass Leute auf die schwarze Liste kommen, wenn sie betrieben werden? Wie kann die Regierung behaupten, dass jemand, der betrieben wird, hätte bezahlen können? Hubert Schuler hat es 2011 in seinem Referat im Kantonsrat treffend gesagt: «Ein Teil der Leute, welche Prämienschulden bei ihren Krankenkassen haben, könnten die Prämien bezahlen, setzen jedoch andere Prioritäten.» Aufgrund seines beruflichen Hintergrunds weiss Hubert Schuler, wovon er spricht. Es gibt niemanden in der Schweiz, der kein Geld hat. Alle haben Geld, manche haben mehr, manche weniger. Wer wenig Geld hat, muss Prioritäten setzen. Zuerst kauft man das Essen, dann kommt die Wohnungsmiete, es bleiben Ausgaben fürs Handy, Freizeit, Mobilität usw. Und dann ist da noch der Posten der Krankenkassenprämien. Nun muss man entscheiden. Wenn man in dieser Situation sein Geld lieber für etwas anderes ausgibt als für die Prämien, ist es eben weg. Dann folgen die Betreibung und schliesslich der Verlustschein. Ergo: Die betroffene Person hätte die Prämien eigentlich bezahlen können, doch sie hätte sich bei anderen Punkten einschränken müssen.
Zum Votum von Vroni Straub-Müller: Der Gesundheitsdirektor dankt für den Hinweis auf den regierungsrätlichen Vorschlag von 2011, der tatsächlich eine Möglichkeit wäre, um das System zu verändern – wenn man das möchte. Der Regierungsrat schlägt dem Kantonsrat aber vor, den Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrats abzuwarten, die eine Abschaffung der Listen in der Schweiz verlangt. Würde dies erheblich erklärt bzw. auf Bundesstufe eingeführt, wäre eine entsprechende Gesetzesänderung auf Stufe Kanton hinfällig.
Schliesslich hat Anna Bieri zwei wichtige Stichworte erwähnt: die Verhältnismässigkeit und die Fairness. Die Verhältnismässigkeit ist eine Aufgabe aller Staatsebenen: der Gemeinden, des Kantons und des Bundes. Ebenfalls ein wichtiger Punkt ist die Fairness, auf die auch Beni Riedi hingewiesen hat.
Beni Riedi hat zudem zu Recht auf die hohen Zahlen aufmerksam gemacht. Man fragt sich schon, wieso diese so stark steigen. Es hängt damit zusammen, dass Schuldnerinnen und Schuldner Verlustscheine nicht am nächsten Tag zurückzahlen können, sondern meist längere Zeit benötigen. Zudem kümmern sich gesunde Personen oft erst um ihre Krankenversicherungsausstände, wenn sie krank werden. Es handelt sich dabei um eine gewisse Logik, der dieses System unterworfen ist. Der Eintrag auf die Liste säumiger Prämienzahler bleibt damit relativ lange bestehen. Die gemeindlichen Sozialdienste nehmen zum Teil aber Sanierungen vor, wenn eine Situation aussichtslos ist, so bei Personen, die in die Sozialhilfe kommen. Das kommt nicht selten vor. Die Gemeinde kann dies sehr schnell tun, und dann wird die entsprechende Person von der schwarzen Liste genommen.
Was die Krankenkassen betrifft, so wird sich der Gesundheitsdirektor nicht dem *Bashing* von Urs Raschle anschliessen. Man braucht auf jeden Fall Krankenkassen, auch wenn Urs Raschle vielleicht eine Einheitskasse unterstützen würde. Der Gesundheitsdirektor weiss nicht genau, wie dann die politische Forderung konkret lauten würde. Wie beim Kanton und bei den Gemeinden gibt es verantwortungsbewusste oder weniger verantwortungsbewusste Leistungserbringer. Dabei gilt es, jene zu stärken, die ihre Aufgabe verantwortungsbewusst wahrnehmen.

Der Gesundheitsdirektor dankt vor allem auch jenen Gemeinden, die ihre Aufgabe im Case Management der betroffenen Personen wahrnehmen. Es ist eine schwierige Aufgabe, mit Personen zusammenzuarbeiten, die ihr Leben nicht im Griff haben. Ein aktives Case Management trägt dazu bei, dass Menschen geholfen wird, die am Rand der Gesellschaft stehen. Letztlich führt es auch zur Reduktion der Kosten im Gesundheitswesen. Diese Kosten bereiten allen Sorge, und es ist wichtig, sich dieses Problems anzunehmen.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats stillschweigend zur Kenntnis.

An dieser Stelle unterbricht der Rat seine Beratungen für das gemeinsame Mittagessen.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

**Protokoll des Kantonsrats**

89. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 13. Dezember 2018 (Nachmittag)
Zeit: 14.10−17.25 Uhr

**Vorsitz**
Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch
bzw. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet, Menzingen

**Protokoll**
Beat Dittli

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse

Den Platz des Landschreibers nimmt während der ganzen Sitzung die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

**1228 Präsenzkontrolle**

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 74 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Magda Feldmann, Susanne Giger und Daniel Marti, beide Zug; Remo Peduzzi und Beat Unternährer, beide Hünenberg; Florian Weber, Walchwil.

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)

**1229 Wahl der kantonalen Schätzungskommission für die Amtsdauer 2019–2022**
Vorlage: 2917.1 - 15933 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Vizepräsident der kantonalen Schätzungskommission noch nicht gewählt ist. Es braucht einen dritten Wahlgang. Im Rennen sind noch Walter Annen und René Kryenbühl.

Die Stimmenzählenden teilen den Wahlzettel aus und sammeln ihn wieder ein. René Kryenbühl befindet sich im Ausstand.

Nach der Auszählung der Wahlzettel teilt der **Vorsitzende** das Resultat mit:

| Ausgeteilte Wahlzettel | Eingegangene Wahlzettel | Leere Wahlzettel | Ungültige Wahlzettel | In Betracht fallende Wahlzettel | Absolutes Mehr |
|---|---|---|---|---|---|
| 72 | 72 | 0 | 1 | 71 | 36 |

| Stimmen haben erhalten: | Anzahl Stimmen |
|---|---|
| Walter Annen | 36 |
| René Kryenbühl | 35 |

➔ Der Rat wählt Walter Annen für die Amtsdauer 2019−2022 zum Vizepräsidenten der kantonalen Schätzungskommission.

TRAKTANDUM 7 (Fortsetzung)
**Geschäfte, die am 29. November 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1230** Traktandum 7.5: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kosten und Entwicklungen im Straf- und Massnahmenvollzug**
Vorlagen: 2863.1 - 15764 (Interpellationstext); 2863.2 - 15912 (Antwort des Regierungsrats).

**Jean-Luc Mösch** spricht für die Interpellantin. Die CVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation, welche durch die fraktionsinterne Kompetenzgruppe Sicherheit ausgearbeitet wurde. Aus den aufschlussreichen Ausführungen ergeben sich für die CVP noch folgende Fragen:
• Bezugnehmend auf Frage 1 betreffend Kostenstrukturen erstaunt es, dass keine vertieften Kostenanalysen zu den unterschiedlichen Haftarten erhoben werden. Was in anderen Branchen mittels Taxpunkten oder unter Beizug kompletter Software-Lösungen möglich ist, sollte auch hier zu einem gewissen Grad möglich sein. Gerne würde die CVP von der Regierung die Absichtserklärungen bzw. Stellungnahme entgegennehmen, dass diese versucht, diesen Punkt anzugehen.
• Ebenfalls mit Bezug auf Frage 1 erachtet die CVP eine Kostenverrechnung unter den zuweisenden Behörden VBD, AFM sowie Staats- und Jugendanwaltschaft als sinnvoll, denn das schafft Transparenz bei den Kosten. Gerne würde die CVP auch hier von der Regierung die Absichtserklärungen bzw. Stellungnahme entgegennehmen, dass diese versucht, diesen Punkt anzugehen.
Bevor der Votant zur letzten Frage kommt, zitiert er Nelson Mandela − dies auch in der Hoffnung, dass die SVP-Fraktion sich ebenfalls dafür interessiert: «Es erscheint immer unmöglich, bis es einer vollbracht hat.»
• Ebenfalls unter Frage 1 fällt das zusammengefasste Betriebsergebnis der IKS Bostadel. Hier stellt sich bei genauer Betrachtung die Frage, weshalb sich das Betriebsergebnis seit 2013 so verschlechtert hat. Ebenso stellt sich die Frage, ob für 2018/19 gar Beiträge an ein Defizit entrichtet werden müssen. Gerne nimmt die CVP auch dazu eine Stellungnahme der Regierung entgegen.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Die CVP stellt in ihrer Interpellation gute und wichtige Fragen und bekommt entsprechend ausführliche und nachvollziehbare Antworten. Inhaltlich äussert sich die Votantin nicht dazu, denn als Mitglied der JPK hat sie den Eindruck, dass die Fragen in etwa jenen entsprechen, welche die JPK bei ihren Visitationen den Verantwortlichen der Gerichte stellt. Die JPK kommt damit ihrem Kernauftrag nach, sich bei den Visitationen via Befragungen ein Bild über die Abläufe bei den Zuger Gerichten zu machen. Nun ist die CVP mit zwei Mitgliedern in der engeren JPK vertreten. Die Votantin ruft die CVP dazu auf, entsprechend Vertrauen in die Seriosität der JKP zu haben. Denn die Fragen der CVP sind auch diejenigen der JPK.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass der Vorstoss eine wunderbare Sache vonseiten der CVP ist. Als ehemaliges JPK-Mitglied dankt er Esther Haas für ihre Bemerkungen. Er hat sich gefragt, weshalb die CVP diese Fragen stellt. Vielleicht will sie damit dem Sicherheitsdirektor die Möglichkeit geben, sich zu diesem Bereich einmal öffentlich zu äussern. Oder handelt es sich − die Rede ist von 8 Milionen Franken − um ein vorbereitendes Geschäft vonseiten der CVP in Hinblick auf künftige Investitionen? Der Sicherheitsdirektor wird sicher etwas zum Hintergrund sagen können. Der Votant kann sich nicht vorstellen, dass eine so gute Interpellation ohne irgend-

einen Hintergedanken eingereicht wird. Denn Sicherheit ist ein wichtiges Thema, und es gibt relativ wenige Klagen aus dem Bereich Straf- und Massnahmenvollzug. Die Aufgaben werden dort offensichtlich gut wahrgenommen; zumindest gibt es keine anderen Signale aus der JPK. Der Votant ist deshalb sehr gespannt auf die Antwort des Sicherheitsdirektors.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es sich weder um eine von ihm bestellte noch um eine mit seiner Partei abgesprochene Interpellation handelt; die Fraktion hatte ihre eigenen Beweggründe für den Vorstoss.
Der Sicherheitsdirektor hält fest, dass ihm die nicht klar vorhandene Kostentransparenz seit Jahren etwas Sorge bereitet. Es ist beim Kanton aber Praxis, dass innerhalb der Ämter und generell innerhalb der Verwaltung keine Kosten verrechnet werden. Wenn der Kanton Luzern einen Gefangenen in Zug platziert, erscheint ein entsprechendes Kostenguthaben in der Rechnung. Wenn der Kanton Zug selbst der Einweiser ist, passiert das aber nicht. Theoretisch könnte man sich auch vorstellen, dass das Gericht, das jemanden in eine Untersuchungshaft einliefert, entsprechend zur Kasse gebeten würde. Auch Abschreibungen erscheinen − das gilt auch für Schulhäuser − nicht bei der zuständigen Direktion, sondern zentral bei der Finanzdirektion. Vielleicht ist es eine Überlegung wert, diesen Grundsatz gelegentlich genauer anzuschauen. Es wäre nämlich auch dem Sicherheitsdirektor lieber, wenn er für die Strafanstalt genau aufzeigen könnte, welche Gefangenen wie viel bringen; es gibt für Untersuchungshäftlinge, Langzeitinhaftierte etc. nämlich unterschiedliche Pauschalen, die in der Antwort des Regierungsrats nicht differenziert werden. Man muss dieses Prinzip intern einmal besprechen, im Moment ist es aber so, wie es ist.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

Traktandum 7.6: **Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Paradise Papers:**

**1231** Traktandum 7.6.1: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Paradise Papers: Zug bleibt im Fokus**
Vorlagen: 2876.1 - 15783 (Interpellationstext); 2876.2 - 15909 (Antwort des Regierungsrats).

**1232** Traktandum 7.6.2: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend erneute Aufruhr auf dem Zuger Handelsplatz: Paradise Papers & Krypto Skandale**
Vorlagen: 2877.1 - 15784 (Interpellationstext); 2877.2 - 15909 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die zwei Vorstösse inhaltlich zusammen behandelt werden. Er bittet, bei Bedarf zu präzisieren, zu welchem Vorstoss man spricht.

Interpellant **Andreas Lustenberger** spricht auch für die interpellierende ALG-Fraktion. Er dankt für die ausführliche Beantwortung der zwei Interpellationen sowie für die spannenden und intensiven Diskussionen, die er mit dem Volkswirtschaftsdirektor in den letzten vier Jahren zu diesem Thema führen konnte; er hat diesen Austausch geschätzt, auch wenn das vielleicht nicht immer klar ersichtlich war.

Der Votant spricht gleich zu beiden Interpellationen. Es ist wohl allen aufgefallen, dass die zwei Vorstösse im gleichen Zeitraum eingereicht wurden. Das hat damit zu tun, dass dieses Thema die ALG sehr bewegt. Aber es ist auch ein Thema, in dem der Kanton Zug in der kommenden Legislatur sicher noch etwas besser werden könnte. Das angesprochene Thema könnte aktueller nicht sein. Sicherlich haben alle Ratsmitglieder den Medien entnommen, dass das Kantonsgericht Zug am 14. November die Liquidation der erwähnten Envion AG angeordnet hat. Da stellt sich die Frage: Reicht die Aufsicht, welche zurzeit durch den Staat bzw. die FINMA ausgeübt wird? Durch die Kryptowährungen werden Investoren, deren Hintergrund faktisch nicht ermittelt werden kann, Tür und Tor geöffnet. Gleichzeitig handelt es sich anscheinend teilweise um eine Branche mit fragwürdigen Geschäftspraktiken, wie das Beispiel der Envion AG zeigt. Die ALG setzt weiterhin ein Fragezeichen hinter diesen Geschäftszweig und mahnt auch die Zuger Regierung zu Besonnenheit im Umgang mit Kryptowährungen. Sie ist gespannt, welche Vorschläge bezüglich Regulierung in diesem Bereich die in der Interpellation erwähnte, neu eingesetzte Blockchain-Arbeitsgruppe des Bundes machen wird.
Wie die Interpellationsantwort zeigt, sorgte die Aufdeckung der Paradise Papers weiterhin und während des ganzen Jahrs 2018 für Schlagzeilen. Auch wenn der angesprochene Zuger Anwalt und der Zuger Regierungsrat mit seiner Antwort etwas Licht in die Dunkelheit bringen konnten, bleibt der Beigeschmack, dass die gelenkte Selbstregulierung nicht das Ende der Fahnenstange darzustellen vermag. Die Verfilzung − gemeint ist die negative Verfilzung − von Wirtschaft, Politik und Rechtsgelehrten ist ein ernstzunehmendes Problem, welches anscheinend von Angola über den Kongo bis in die Schweiz reicht.
Wenn sich Unternehmen aus der Schweiz durch unlautere Gewinne in den Entwicklungsländern bereichern, erleidet die lokale Bevölkerung vor Ort einen finanziellen Schaden. Am 5. Dezember 2018, also vor gut einer Woche, wurde publik, dass der brasilianische Staat ein Strafverfahren gegen drei Schweizer Rohstoffkonzerne eingeleitet hat, nämlich gegen Vito und Trafigura aus Genf sowie Glencore aus Baar. Es geht um einen Korruptionsskandal rund um die staatliche Ölgesellschaft Petrobras. Während man hier in der Schweiz verantwortet, dass Milliarden von Dollars aus dem Süden in den Norden fliessen, kämpfen Millionen Menschen im Süden um das Überleben. Die ALG findet es zwar lobenswert, wenn der Zuger Regierungsrat einen aktiven Dialog mit internationalen Unternehmen pflegt. Sie erwartet jedoch auch, dass die Zuger Regierung gegenüber diesen Unternehmen klar festhält, welche Geschäftspraktiken keinesfalls toleriert werden können. Der kleine Kanton Zug hat global gesehen einen viel grösseren Einfluss, als die politische Mehrheit hier immer weismachen will. So lange keine markanten Verbesserungen eintreten, wie dies zum Beispiel durch die Annahme der Konzernverantwortungsinitiative der Fall wäre, wird die ALG jegliche Geschäftspraktiken, die zum Nachteil von Mensch und Natur sind, auf das politische Parkett zu bringen.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Die zwei Interpellationen nehmen wichtige Fragen nach möglichen Interessenkonflikten, nach Aufsichtsanfordernissen, Regulatorien und Qualitätssicherung bei Finanzdienstleistungen auf. Aus staatlicher Sicht ist es wichtig, Reputationsrisiken zu vermeiden und Integrität zu bewahren. Zug ist innovativ – ja, wohl einer der innovativsten Kantone der Schweiz. Und Zug hat eine boomende Wirtschaft, auch mit neuen Technologien; jüngstes Beispiel ist das Crypto Valley. Der Regierungsrat führt zu Recht aus, dass die FINMA eine Arbeitsgruppe «Blockchain» eingesetzt hat. Es ist wichtig, den regulatorischen Handlungsbedarf zu lösen und fachgerechte Kontrollorgane zu haben.

Das gilt auch für den Kanton Zug generell. Zug hätte die Möglichkeit, eine Vorreiterrolle einzunehmen: Was spricht dagegen, dass Zug analog zur Finanzmarktaufsicht FINMA eine «Rohstoffmarktaufsicht (ROHMA)» aufbaut? Eine solche entspricht der vor einigen Jahren publizierten Vision der Organisation «Public Eye», damit der Hochrisikosektor Rohstoffhandel eine entsprechende Aufsicht erhält; Näheres findet man unter www.rohma.ch. Die Aufdeckung und Lösung von Risiken sollten ja nicht primär über journalistische Beiträge und politische Vorstösse geschehen. Vielmehr bräuchte es ein Organ, das mit viel Fachkompetenz und einigen Ressourcen ausgestattet wäre, um allfällige Interessenkonflikte und andere Problemstellungen zu verhindern. Und so wäre es dann auch nicht nötig, dass der Regierungsrat in seiner Antwort dem kritisierten Anwalt auf Seite 4 ganze sechzehn Zeilen für eine persönliche Stellungnahme einräumt. Wünschbar wäre, dass in einem solchen Fall ein adäquates Gremium auf neutraler, unabhängiger Basis eine fachlich kompetente Beurteilung vornähme.

**Manuel Brandenberg** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellationen. Beim erwähnten Zuger Anwalt handelt es sich um Martin Neese aus Baar; man darf diesen Namen nennen, denn sonst würden ungefähr sechshundert andere Anwälte im Kanton Zug vielleicht in Verdacht geraten. Bei der vorliegenden Interpellation besteht eine Problematik, die der Votant bereits vor Jahren ansprach: Man sollte nicht Einzelpersonen zum Gegenstand von parlamentarischen Vorstössen machen. Das ist eine Untugend. Damals ging es um Viktor Vekselberg, einen russischen Investor, mit dem der Votant keinerlei berufliche Kontakte hat. Auch hier geht es wieder darum, jemanden an den Pranger zu stellen. Das geht aus Sicht des Votanten nicht. Es entspricht aber wohl dem Weltbild derjenigen, welche für die Interpellation verantwortlich sind, Einzelpersonen, die im Kanton Zug leben und arbeiten, im Parlament an den Pranger zu stellen. Das hat nichts damit zu tun, dass Martin Neese möglicherweise wirklich in einer Organisation wie dem Verein zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen ist, die unnötig ist. Genauso unnötig ist vielleicht aber auch die Gesetzgebung, auf welcher dieser Verein beruht. Man sollte wirklich unterscheiden zwischen der Sache und der Person − und das können die Linken manchmal etwas zu wenig.
Bezüglich Kryptowährungen hält der Votant fest, dass er persönlich ein absoluter Fan von Bargeld und total gegen Kryptowährungen ist. Wenn aber jemand darauf vertraut, dass eine Firma in Zug etwas Neues tut, womit man Geld verdienen kann, und in einem *Initial Coin Offering* (ICO) sein eigenes Geld einsetzt und glaubt, dass er damit etwas verdienen kann, und am Schluss dann halt nur die Anwälte, die ihn beraten haben, daran verdienen, dann ist das einzig ein Problem des betreffenden Investors und nicht der Allgemeinheit. Und man sollte das Problem bei diesem Investor belassen.
Eine zusätzliche Aufsicht im Bereich Rohstoffhandel ist nicht nötig. Der Kanton Zug ist nicht verantwortlich für Strafverfahren in Brasilien. Wenn Brasilien ein Verfahren gegen jemanden für nötig hält, soll es dieses führen. Und zu beurteilen, ob man darauf vertrauen kann, dass der brasilianische Staat ein Strafverfahren ebenso korrekt führt, wie es der schweizerische Staat tun würde, ist Sache jedes einzelnen. Es braucht deshalb in der Schweiz aber keine zusätzliche Aufsicht. Es gilt hier wirklich Mass zu halten.
Dass die von Andreas Lustenberger angesprochene Verfilzung den Kanton Zug tatsächlich betrifft, weiss auch die SVP. Der Votant ist aber der Ansicht, dass die Verfilzung im Kanton Zug nicht so weit gediehen ist, dass sie die Institutionen in einer Weise beschlägt, dass diese nicht mehr funktionieren würden. Der Votant

spricht vor allem von den Gerichten, denn am Schluss lebt der Rechtsstaat nicht von irgendwelchen abstrakten Gesetzen, sondern von der Persönlichkeit und dem Charakter des einzelnen Richters. Der Richter muss am Schluss sagen können: Dieser Mensch ist ein Unmensch, und ich mag ihn nicht − aber er hat recht. Wer das sagen kann, ist ein wirklicher Richter. Und nach Ansicht des Votanten funktioniert das im Kanton Zug. Im Übrigen passiert Verfilzung auch in der Partei von Andreas Lustenberger. Auch Exponenten aus seiner Partei sind in sehr wichtigen staatlichen Positionen und verdanken dies wahrscheinlich ihren Beziehungen. Zu nennen ist etwa Hanspeter Uster, der kürzlich zum Chef der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft gewählt wurde. Auch er hat früher mal auf der Strasse demonstriert und ist nun in diese Position gewählt worden, was nur mit guten Beziehungen erklärbar ist. Der Vorwurf von Andreas Lustenberger fällt also auch zurück auf seine eigene Partei.
Abschliessend bittet der Votant vor allem die Linken, Augenmass zu bewahren, wenn es darum geht, Personen, die im Kanton Zug leben, arbeiten, Arbeitsplätze schaffen und Steuern − nicht wenige Steuern − bezahlen, an den Pranger zu stellen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass sich der Rat heute zum letzten Mal in dieser Legislatur diesem oder ähnlichen Themen widmet. Auch er dankt für die Debatte, die er zumeist als sachlich empfunden hat. Man *darf* diese Fragen stellen, und der Regierungsrat stellt sich diesen Fragen immer wieder.
In Zusammenhang mit dem Konkurs der Firma Envion wurde die Frage gestellt, ob die Aufsicht reiche. Genau dieses Beispiel zeigt, dass das Ganze funktioniert. Das Handelregisteramt fand heraus, dass es keine Revisionsstelle gibt. Als innert Frist keine Revisionsstelle bestellt wurde, erfolgte eine Anzeige an das Gericht. Dieses entschied zügig, es wurden keine Rechtsmittel ergriffen, der Gerichtsentscheid ist rechtskräftig. Dank funktionierender Institutionen und eines zügigen Vorgehens hat man sicher auch Millionen von Franken retten können. Es ist auch noch genügend Substanz da, um die Kosten dieses Verfahrens bezahlen zu können, so dass nicht am Schluss der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Parallel zu diesem Verfahren laufen vonseiten der FINMA bezüglich dieser und anderer Gesellschaften Aufsichtsverfahren betreffend GwG oder allenfalls anderer Finanzmarktgesetze. Man kann festhalten, dass die Institutionen und Verfahren in der Schweiz funktionieren und es keine zusätzliche politische Aufsicht braucht. Dem Volkswirtschaftsdirektor kommen Fälle wie Envion übrigens bekannt vor: Er hat als junger Anwalt Hunderte von Gläubigern in Anlagebetrugsfällen vertreten, wobei damals nicht mit Blockchain oder ICO, sondern mit klassischen Mitteln betrogen wurde. Der Unterschied liegt sicher in der Quantität: Mit ICOs erreicht man − wie im Fall Envion − 30’000 Investoren. In der Grundstruktur aber arbeiten diejenigen, die mit neuen Instrumenten betrügen wollen oder unseriöse Versprechungen machen, immer noch gleich wie früher.
Zur Forderung, die Regierung solle offensiver sein und sagen, welche Geschäftspraktiken richtig und zulässig seien und welche nicht, erinnert der Volkswirtschaftsdirektor daran, dass der Regierungsrat in seinen Antworten auf Vorstösse zum Thema Rohstoffhandel mehrfach festgehalten hat, dass er klare Erwartungen an die Unternehmen bezüglich Einhaltung von Menschenrechten, Arbeitsschutz und anderen Gesetzen vor Ort sowie eines friedlichen Dialogs mit den betreffenden Staaten und der dortigen Bevölkerung hat. Er hat aber auch gesagt, dass er nicht beansprucht, darüber hinaus ethischer Gesetzgeber oder Schiedsrichter zu sein.
Barbara Gysel hat sich eher zur Rohstoffbranche geäussert, obwohl die Interpellationen eigentlich die Finanzmarktbranche betreffen; der Regierungsrat hat sich

denn auch auf dieses Thema beschränkt. Und es sei wiederholt: Die FINMA hat auch die Aufsicht über die SRO − hier über den Verein zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen − und damit über die Führung dieser Organisationen, hier auch über deren Präsidenten Martin Neese. Der Kanton Zug muss darauf vertrauen, dass diese Aufsicht funktioniert. Und die FINMA ist nicht dafür bekannt ist, dass sie passiv oder zurückhaltend ist. Im Gegenteil: In Bundesbern wird sie von Parlamentariern gescholten, sie gehe zu weit und interpretiere ihre Kompetenzen zu weit. Es braucht also nicht noch einen zusätzlichen kantonalen Fingerzeig.
Der Aktualität halber ergänzt der Volkswirtschaftsdirektor, dass seit der Antwort des Regierungsrats die Kantone, die Wissenschaft und die Wirtschaft die «Swiss Blockchain Federation» gegründet haben, als Nachfolge der «Task Force Blockchain». Dieser Vereinigung geht es auch darum, beim Bund klare Regeln einzufordern und damit Rechtssicherheit im Bereich FinTech/Blockchain und die Integrität des Finanzmarktplatzes Schweiz zu erreichen. Der Kanton Zug ist mit zwei Regierungsratsmitgliedern im Vorstand dieser Vereinigung sehr aktiv: Finanzdirektor Heinz Tännler als Präsident, ab Januar dann auch die angehende Volkswirtschaftsdirektorin Silvia Thalmann als Vorstandsmitglied. Die Stawiko hat den Beitritt zu dieser Vereinigung denn auch positiv gewürdigt.
Es geht hier ja auch um die Angst um die Reputation des Kantons Zug. Der Volkswirtschaftsdirektor oder die Stadt Zug haben in den letzten drei Monaten neben vielen anderen Besuchen in Zusammenhang mit «Crypto Valley» folgende Delegationen empfangen: einen japanischen Vizeminister, den Stadtpräsidenten von Seoul, den US-Botschafter sowie − für den Volkswirtschaftsdirektor besonders eindrücklich − bei der UNO in Genf stationierte Botschafterinnen und Botschafter aus diversen Länder. Bekanntlich hat die UNO im Generationenprogramm «Sustainable Development Goals» auch die Herausforderungen im Bereich Migration/Flüchtlingsströme formuliert. Es ist selten, dass Botschafterinnen und Botschafter der UNO gemeinsam solche Besuche machen, sie wollten in Zug aber herausfinden, wie man mit Blockchain-Anwendungen etwa Flüchtlingsströme erfolgreich managen kann, so dass beispielsweise dieselbe Person nicht zwei Mal das Grundversorgungspaket erhält etc.; es gibt hier enorme Möglichkeiten. Das Beispiel zeigt, dass es nicht einfach Abzocker sind, die sich für Blockchain interessieren, sondern Leute mit grossen Zielen. Wenn man das berücksichtigt, ist es um die Reputation des kleinen Kantons Zug wohl nicht so schlecht bestellt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Andreas Lustenberger (Vorlage 2876.2) zur Kenntnis.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation der ALG-Fraktion (Vorlage 2877.2) zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 8
**Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend strukturelle Besoldungsüberprüfung (Berichts-Motion)**
Vorlagen: 2795.1 - 15594 (Motionstext); 2795.2 - 15927 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Das Geschäft wurde in der Vormittagssitzung abtraktandiert (siehe Ziff. 1219).

TRAKTANDUM 9

**1233 Postulat der Raumplanungskommission betreffend Überprüfung der Ausnützungsziffer bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) im Kanton Zug**

Vorlagen: 2039.1 - 13742 (Postulatstext); 2039.2 - 15931 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Heini Schmid,** Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, teilt mit, dass die Kommission das Geschäft nicht mehr beraten hat. Es ging ja nur noch darum, dass der Regierungsrat aufzeigte, wie die Fragen um die Ausnützungsziffer umgesetzt werden. Die Regierung hat glaubhaft dargelegt, was sie zusammen mit den Gemeinden diesbezüglich unternommen hat. Entscheidend ist, dass die Frage mit der Festlegung der Ausnützungsziffer in der neuen Verordnung eigentlich erledigt ist. Es bleibt, dass die Gemeinden bei den Zonenplanrevisionen gemäss PBG schauen müssen, dass die Bebaubarkeit der einzelnen Grundstücke nicht kleiner wird. Es war ja die grosse Angst der Raumplanungskommission, dass durch neue Definitionen die Überbauungsmöglichkeiten eingeschränkt werden sollten. Es wird nun Aufgabe der Gemeinden sein, in ihren Zonenplanrevisionen spätestens 2025 aufzuzeigen, dass die Grundeigentümer trotz IVHB die gleiche Bebaubarkeit haben. Das Postulat ist also umgesetzt, die Fragen wurden geklärt, die Vor- und Nachteile aufgezeigt; die Raumplanungskommission hat auch Kenntnis gehabt von der Verordnung. Es brauchte vor diesem Hintergrund keine weitere Sitzung, zumal die Sache im Sinn der Kommission umgesetzt wurde.

**Daniel Abt** spricht für FDP-Fraktion. Diese nimmt die Ausführungen der Regierung gerne zur Kenntnis und stimmt ihnen zu. Das Postulatsbegehren wurde in der Raumplanungskommission eingehend besprochen, und die Kommissionsmitglieder wurden anlässlich der Beratung der PBG-Revision 2 über die Änderungen in der Verordnung orientiert. Durch die umfassenden Ergänzungen in der kantonalen Verordnung wird diese wesentlich umfangreicher, im Gegenzug können aber die gemeindlichen Bauordnungen deutlich schlanker werden. Die FDP-Fraktion und mit ihr sicherlich auch die Zuger Bauwirtschaft sind erfreut über dieser Bündelung der Gesetzesartikel, welche eine effizientere Handhabung derselben ermöglicht.
Der Votant geht davon aus, dass dies sein letztes Votum im Kantonsrat war. Es war ihm eine Ehre.

**Flavio Roos** spricht für die SVP-Fraktion. Diese dankt für die Abklärungen zu den offenen Fragen zur Ausnützungsziffer. Die detaillierten Ausführungen der Regierung haben dem Anliegen des Postulats Rechnung getragen. Die SPV folgt dem Antrag des Regierungsrats auf Erledigterklärung und Abschreibung des Postulats.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt der Raumplanungskommission und insbesondere ihrem Präsidenten bestens. Es geht um den letzten Mosaikstein einer mehrjährigen Arbeit zu den Grundzügen der räumlichen Entwicklung: PBG-Revision 1 und 2 und jetzt die Revision der Verordnung. Die revidierte Verordnung und die PBG-Revision 2 treten am 1. Januar 2019 in Kraft, über die PBG-Revision 1 stimmt das Volk am 19. Mai 2019 ab. Es war ein hartes Stück Arbeit und eine komplexe Materie, und man darf stolz sein, dass man für Zug nun eine so gute Lösung hat.

➔ Der Rat schreibt das Postulat als erledigt ab.

TRAKTANDUM 10

**1234 Postulat der FDP-Fraktion betreffend Erhaltung der Zuger Gedenkschiessen**
Vorlagen: 2726.1 - 15406 (Postulatstext); 2726.2 - 15935 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Thomas Gander** spricht für die Postulantin. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die insgesamt positive Aufnahme ihres Anliegens. Das zusammen mit den Vereinen eine Lösung gefunden werden konnte, ist erfreulich, wobei diese noch nicht vollständig umgesetzt ist.
Im Kanton Zug gibt bzw. gab es bisher drei Gedenk- bzw. Vereinsschiessen. Es sind dies das Alp-Egg-Schiessen, das Alplischiessen und das Morgartenschiessen. Wie dem Bericht und Antrag des Regierungsrats zu entnehmen ist, wurde der Zielhang des Alp-Egg-Schiessens bereits saniert, und das Schiessen wurde eingestellt. Das Alplischiessen wird solange weitergeführt, bis das Umweltrecht ansonsten Bundesbeiträge ausschliessen würde, gemäss der aktuellen Regelung somit bis Ende 2020. Wird das Schiessen bis zu diesem Zeitpunkt eingestellt, können auch bei einer späteren Sanierung noch Bundesbeiträge abgeholt werden. Bezüglich der zwei genannten Anlässe haben die durchführenden Vereine angedacht, ein gemeinsames Schiessen durchzuführen. Dies soll am Standort des bisherigen Alp-Egg-Schiessens mittels mobiler Kugelfänge erfolgen. Die kantonalen Fachstellen sowie der Regierungsrat stehen diesem Begehren aufgrund der sensiblen Landschaft aber kritisch gegenüber. Sie würden den neuen gemeinsamen Anlass lieber auf einer bestehenden 300-Meter-Schiessanlage durchführen. Wie diese Geschichte letztlich endet, lässt sich nicht abschliessend sagen, in Bezug auf die Scheibensanierung herrscht aber Klarheit.
Das Morgartenschiessen ist das grösste und traditionsreichste Schiessen sowie das einzige Gedenkschiessen im Kanton Zug; es wird seit 1913 durchgeführt. Der grundsätzliche Sanierungsbedarf des Zielhangs, auf welchen einmal im Jahr geschossen wird, wurde bestätigt. Eine erste Grobschätzung beziffert die Sanierungskosten mit rund 580’000 Franken. Der Bund hat auf Anfrage hin zugesichert, dass er für die Sanierung des Zielhangs 8000 Franken pro Zielscheibe entrichten wird. Da früher auf 75 Scheiben geschossen wurde, entspricht dies einem Beitrag von 600’000 Franken, womit aus aktueller Sicht die Sanierungskosten gedeckt wären. Eine baldige Sanierung drängt sich aus zwei Gründen auf: Erstens ist die Umweltbelastung bereits hoch, und zweitens ist es wahrscheinlich, dass der Bund die Beitragspraxis ändert und später nur noch 40 Prozent der Sanierungskosten übernehmen wird. Wird der Zielhang mittels Bundesgeldern saniert, darf der Schiessbetrieb nach dem 31. Dezember 2020 aber nur weitergeführt werden, wenn künstliche Kugelfänge installiert werden. Abklärungen seitens des Regierungsrats haben ergeben, dass dies grundsätzlich möglich ist und das Morgartenschiessen somit weiterhin bewilligungsfähig wäre. Jedoch müsste wohl die Anzahl Scheiben reduziert werden, um den landschaftlichen Eingriff zu minimieren. Die Kosten für künstliche Kugelfänge belaufen sich selbst dann, wenn die Anzahl Scheiben reduziert wird, auf mehrere 100’000 Franken. Es ist davon auszugehen, dass der Morgartenschützenverband finanziell nicht in der Lage sein wird, diese Kosten vollumfänglich zu tragen. Um diese finanzielle Lücke zu schliessen, könnten unter Umständen Bundesgelder oder Gelder aus dem Zuger Lotteriefonds beantragt werden. Die Gewährung eines Lotteriefondsbeitrags ist jedoch nicht im Voraus möglich. Somit kann aus aktueller Sicht nicht abschliessend beantwortet werden, ob das Morgartenschiessen aufgrund der notwendigen Sanierung und der damit verbundenen künftigen Verwendung von künstlichen Kugelfängen eine Zukunft hat. Daher stellt die

FDP-Fraktion den **Antrag,** das Postulat erheblich zu erklären, es jedoch nicht abzuschreiben.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG-Fraktion grundsätzlich der Regierung folgt: Das Postulat soll erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben werden.
Die Postulatsantwort der Regierung ist sehr ausführlich. Das ist in diesem Fall begrüssenswert, denn die Regierung kann im Bericht gut darlegen, dass sie erstens schon viel unternommen hat, um dem Postulatsanliegen entgegenzukommen − das notabene bereits bevor das Postulat erheblich erklärt wurde −, und zweitens wird sauber dargestellt, was Sache ist, inkl. diverse Szenarien etc. Diese umfassende Darlegung hat die ALG überzeugt, einerseits auf die Vorlage einzutreten, andererseits dann aber das Geschäft abzuschreiben. Hier gibt es nach Meinung der ALG nichts weiter zu tun. Denn − und damit zu den Kosten − soll der Kanton hier mitfinanzieren oder nicht? Und wenn ja: aus welcher Kasse? Bis 2017 gab es ein entsprechendes Programm zur Sanierung solcher Anlagen. Offenbar haben es aber nicht alle geschafft, innert der gesetzten Frist zu sanieren; der Votant kennt die Gründe dafür nicht, vielleicht kann ihm die Regierung da weiterhelfen. Gleichwohl fällt das ins Auge. Im Nachhinein nun mittels Postulat Lotteriefondsgelder erhaschen zu wollen, findet der Votant doppelt fragwürdig:
• Ob hierfür überhaupt Gelder aus dem Lotteriefond genommen werden dürften, bezweifelt der Votant, und er würde diesem Ansinnen kritisch gegenüberstehen.
• Die Kompetenz dafür liegt aber klar bei der Regierung, nicht beim Kantonsrat. Und die Regierung kann erst entscheiden, wenn ein entsprechendes Gesuch vorliegt. Es gelten hier für alle die gleichen Regeln. Wenn ein entsprechender Antrag vorliegt, wird die Regierung entscheiden können − und man darf sicher Vertrauen haben, dass die zukünftige Regierung dem Anliegen wohlgesinnt ist. Genau aus diesem Grund ist denn auch das Postulat abzuschreiben. Wenn es nämlich Usanz würde, über ein Postulat Lotteriefondgelder einzuholen, wäre das sehr problematisch. Es geht hier also um ein Präjudiz. Deshalb bittet die ALG, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**Patrick Iten** spricht für die CVP-Fraktion. Wenn sich beim Schiessen der Nebel senkt, heisst es: Gewehre runter. Es gibt eine Pause, oder das Schiessen kann nicht durchgeführt werden. Auf den Nebel kommt der Votant noch zurück. Er nimmt vorweg: Die CVP unterstützt den Antrag des Regierungsrats.
Gedenkschiessen haben in der Schweiz eine lange Tradition. Eines der bekanntesten ist das Morgartenschiessen. Die Schützen kommen aus der ganzen Schweiz und einzelne Gruppen als Gastsektionen sogar aus den Nachbarländern. In Schützenvereinen haben solche Wettkämpfe einen hohen Stellenwert; wer schon an einem solchen Anlass teilgenommen hat, kann verstehen, was der Votant meint. Solche Anlässe verbinden die Schweiz, die Kantone, die Vereine und die Leute. Man begeht gemeinsam einen kulturellen Anlass, pflegt das Vereinsleben und begegnet sich. Das kann man nicht mit einem Schiessen in einem festen 300-Meter-Stand vergleichen, wie es im Bericht als Variante vorgeschlagen wird.
Die Gedenkschiessen im Kanton Zug werden von den Vereinen und vom Morgartenschützenverband seit über hundert Jahren gepflegt. Der Umgang mit den Emissionen hat sich in den vielen Jahren sehr verändert. Es ist gut, dass die Zielhänge von den Schadstoffen befreit werden. Niemand möchte, dass solche Gifte in die Umwelt oder gar in das Wasser gelangen. Und der Votant behauptet, dass dieses Verständnis bei jedem angekommen ist. Es ist wichtig, dass die Vereine vom Bund unterstützt werden. Einem Schützenverein oder -verband ist es nicht möglich, mit

einem solchen Anlass zu so viel Geld zu kommen, dass man diese Sanierungen selbst finanzieren könnte. Solche Anlässe werden nahezu kostendeckend betrieben. In den vielen Jahren haben sich auch andere Bedingungen geändert, zum Beispiel die Sicherheit. Solche Änderungen haben den Beitrag für die Teilnahme bereits in eine schmerzliche Höhe getrieben.
Das Wichtigste an diesem Postulat ist die Frage: Wie geht es danach weiter? Die Bedingungen haben sich geändert, und man möchte zum Boden Sorge tragen. Die Vereine bemühen sich, soweit es ihnen möglich ist. Aber künstliche Kugelfänge sind kostspielige Einrichtungen, welche ein Gedenkschiessen nicht mehr finanzierbar machen. Es bleibt zu hoffen, dass beim Bund das Verständnis für die Gedenkschiessen da ist, denn mit dem Vorentwurf der UREK-N für das Bundesgesetz über den Umweltschutz würden genau solche Beiträge an die künstlichen Kugelfänge der Gedenkschiessen ausgerichtet. Wenn es dann um eine kantonale Unterstützung geht und ein Projektbeitrag aus dem Lotteriefonds beantragt wird, ist doch sehr zu hoffen, dass der Regierungsrat gegenüber den Gedenkschiessen im Kanton Zug weiterhin positiv eingestellt ist.
Und nun zurück zum Nebel: Es ist immer schade, wenn ein Schiessen wegen Nebel abgesagt werden muss. Es steckt immer sehr viel Arbeit und Herzblut dahinter. Es sind Höhepunkte im Jahr, die sich viele Sportschützen fest im Kalender eingetragen haben. Die CVP-Fraktion möchte, dass der Kanton zu diesen Schiessen Sorge trägt, damit der Nebel wieder steigt und weiter geschossen werden kann.

**René Kryenbühl** hält fest, dass die SVP das Postulat in der Fraktionssitzung beraten hat und der Regierung für den Bericht und Antrag dankt. Der Regierungsrat wurde beauftragt, mit den Veranstaltern der Zuger Gedenkschiessen eine Lösung auszuarbeiten, welche mit Hilfe des Lotteriefonds die finanzielle Tragbarkeit und somit die Weiterführung der Zuger Gedenkschiessen gewährleisten soll. Es geht um das Alp-Egg-Schiessen in Unterägeri, das Alplischiessen auf dem Zuger Alpli sowie das bekannte und sehr beliebte Morgartenschiessen in Oberägeri.
Beim Alp-Egg-Schiessen in Unterägeri wurde die Altlastensanierung des Kugelfangs bereits 2017 ausgeführt, die Wiederaufnahme des Schiessens unter Verwendung von mobilen künstlichen Kugelfängen (KKF) ist bereits in Planung. Sollte sich aber herausstellen, dass es dazu bauliche Massnahmen braucht, ist die Regierung der Meinung, dass die Veranstalter das Schiessen in einem bestehenden 300-Meter-Schiessstand abhalten sollen. Auf dem Zuger Alpli sind die Bodenbelastungen relativ kleinräumig und nicht sehr stark. Es besteht nach aktueller Einschätzung kein dringender Sanierungsbedarf. Die Schützenverbände wollen das Schiessen noch bis 2020 aufrechterhalten. Danach ist es das Ziel, das Alp-Egg- und das Alplischiessen eventuell gemeinsam durchzuführen.
Das Morgartenschiessen wird seit 1913 durchgeführt und ist wohl allen Kantonsratsmitgliedern ein Begriff. Bei einer Sanierung ist − Stand heute − mit Kosten von rund 580’000 Franken zu rechnen. Der Bund wird diese Kosten vollumfänglich übernehmen. An die KKF zahlt der Bund jedoch nach wie vor keine Beiträge. Die Kosten dafür trägt der Morgartenschützenverband soweit wie möglich selbst. Für fix installierte KKF belaufen sie sich gemäss einer ersten Grobschätzung auf rund 320’000 Franken. Für einen kantonalen Beitrag aus dem Lotteriefonds wird der Morgartenschützenverband beim Regierungsrat ein Gesuch einreichen. Der Verband hat sich klar für eine Sanierung in den nächsten drei Jahren und die Installation von fixen KKF ausgesprochen.
Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat **Beat Villiger** spricht als stellvertretender Baudirektor, weil Baudirektor Urs Hürlimann als Präsident der Morgartenkommission im Ausstand ist. Er hat dieses Geschäft federführend bearbeitet und ist zwei Mal mit den betreffenden Organisationen zusammengesessen. Man hat eine gute Lösung gefunden, und der stellvertretende Baudirektor dankt für die Zusammenarbeit.
Es gibt beim Bund gewisse Unsicherheiten wegen noch hängiger Vorstösse: Wie lange kann noch geschossen werden, bis wann muss saniert werden etc.? Und gibt es allenfalls doch Beiträge an die künstlichen Kugelfänge? Trotz dieser Unsicherheiten hat man sich aber auf ein Vorgehen festgelegt. Beim Morgartenschiessen möchte man *direttissima* fahren, also sofort sanieren und dann künstliche Kugelfänge errichten; das ist mit dem Morgartenschützenverband so abgesprochen. Letztlich geht es darum, dass dieser Verband die Massnahmen nicht selber finanzieren kann. Der Regierungsrat wollte in seinem Bericht aber noch keinen Beitrag aus dem Lotteriefonds zusichern, vielmehr muss ein entsprechendes Gesuch mit einem klaren Konzept und einem klaren Budget eingereicht werden, das auch die finanziellen Möglichkeiten und den eigenen Beitrag des Morgartenschützenverbands aufzeigt. Das alles ist aber auf gutem Weg, und der Kanton Zug und der Regierungsrat sind daran interessiert, dass es das Morgartenschiessen weiterhin gibt. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass es auf Schwyzer Boden auch noch ein Pistolenschiessen gibt. Schwyz ist ebenfalls daran, die Anlage zu sanieren, ist aber noch nicht so weit wie Zug. Für das Alp-Egg- und das Alpli-schiessen will der Regierungsrat nicht der Totengräber sein, er vertritt aber die Meinung, dass man diese zwei Anlässe − wenn es weiterhin Gedenkschiessen in freier Natur sein sollen − zusammenlegen soll; hier werden die zwei beteiligten Organisationen sicher eine Lösung finden.
Bezüglich der Frage des Abschreibens hält der stellvertretende Baudirektor fest, dass es in der Natur von Vorstössen liegt, dass immer noch etwas umgesetzt werden muss. Es ist deshalb nicht gut, wenn in der Frage des Abschreibens immer ein bisschen Misstrauen mitschwingt, man also noch abwarten will, wie sich eine Sache entwickelt, und man einen Vorstoss vorsichthalber lieber nicht abschreibt. Im Namen des Regierungsrats macht der stellvertretende Baudirektor deshalb beliebt, den Vorstoss abzuschreiben. Es wurde klar aufgezeigt, wie es weitergeht, dass ein Gesuch für einen Beitrag aus dem Lotteriefonds eingereicht werden kann etc. Man ist hier − wie gesagt − auf einem guten Weg, und das Geschäft kann abgeschrieben werden, dies auch im Interesse eines effizienten Ratsbetriebs und einer effizienten Verwaltung.

➔ **Abstimmung 1:** Der Rat erklärt das Postulat mit 36 zu 13 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

TRAKTANDUM 11

**1235 Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Korridorrahmenplan Zentralschweiz − wie weiter im Kanton Zug?**
Vorlagen: 2896.1 - 15867 (Interpellationstext); 2896.2 - 15929 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellant **Andreas Hürlimann** ist wie auch die ALG-Fraktion mit den Ausführungen des Regierungsrats nur teilweise zufrieden. Der Regierungsrat stellt primär die allgemein bekannten Massnahmen und Beschleunigungsmöglichkeiten vor und

benennt mögliche raschere Umsetzungen von vorgezogenen Bauabschnitten im Netz des Kantons Zug. Vor allem aber gilt es auf die gute Arbeit des BAV und der zuständigen Planer bei der SBB hinzuweisen. Der Kanton Zug wirkt auf den Votanten mit seinen Bemühungen und Gesprächen eher zurückhaltend bis passiv. Wenn man sieht, welche Projektorganisation bei den SBB bereits ohne Bundesbeschluss bezüglich des neuen Bahnhofs Luzern auf die Beine gestellt wird, wäre eine ähnliche Vorleistung sicher auch für die Achse Luzern–Zug–Zürich möglich, allenfalls auch mit Manpower aus Zug.
Dass beim Zimmerberg-Basistunnel II auf die Bearbeitung einer nächsten Planungsstufe, die sogenannte Objektstudie, verzichtet und nach der laufenden Konzeptstudie direkt ein Vorprojekt erstellt werden soll, ist zu begrüssen und kann wertvolle Zeit bringen. Auch weitere vom BAV geprüft Massnahmen, etwa ob der Zeitbedarf für Submissionen reduziert werden kann, sind zu unterstützen. Der Druck auf dieser Bahnachse wird in den nächsten zehn Jahren weiter stark zunehmen, und es gilt deshalb noch proaktiver zu handeln.
Die vom Regierungsrat in seiner Antwort beschriebene Netzstabilität und Pünktlichkeit mag – über den ganzen Tag verteilt – zutreffend sein. Ob sie auch für die Hauptreisezeit zutrifft, muss der Votant aus eigener Erfahrung eher bezweifeln. Es fragt sich ja immer, wie viele Reisende von einer Unpünktlichkeit betroffen sind, und nicht, ob ein weniger besetzter Zug zur Nebenverkehrszeit pünktlich ist. Hier macht der der Votant nach wie vor Handlungsbedarf aus, allenfalls auch mit zusätzlichen Massnahmen im Bereich der Infrastruktur, insbesondere zur Verbesserung der Zugfolgezeiten auf diversen Abschnitten.
Die Ausbauschritte im Bahnnetz des Kantons Zug sind möglichst rasch an die Hand zu nehmen, vor allem betreffend Ausbauten bei Umsteigemöglichkeiten, in den Bahnhöfen – Perronlängen optimieren, Bahnzugänge für grössere Kundenströme verbessern – oder wie eben erwähnt – betreffend Optimierung der Zugfolgezeiten. Allenfalls können auch zusätzliche RE-Züge bereits zu einem früheren Zeitpunkt bestellt werden. Es darf nicht sein, dass man sich den vom Bund geplanten Ausbauschritten ausgeliefert sieht und bis 2035 keine weiteren Schritte an die Hand nehmen kann. Konkret heisst das, möglichst rasch die Umbauten in den Bahnhöfen an die Hand zu nehmen und längere und – wo möglich und nötig – zusätzliche Züge fahren zu lassen.
Enttäuschend ist zudem, dass neben dem Bahnbereich das Feinverteilernetz, also der Bus, sehr stiefmütterlich behandelt wird. Auch hier gilt es, die nächsten Schritte für eine Attraktivitätssteigerung und mögliche Massnahmen für Fahrzeitgewinne und Fahrplanstabilität umzusetzen. Auch gilt es das Hub-Konzept zu überprüfen und anzupassen, so dass neue und vor allem auch in zeitlicher Hinsicht interessante Umsteigebeziehungen zwischen Bus und Bahn entstehen könnten. Auch eine solche Massnahme könnte dazu führen, dass heute noch wenig ausgelastete Zugsverbindungen attraktiver werden, weil die Umsteigezeiten am Bahnhof verkürzt werden.
Es ist schade, dass der neue Baudirektor diese Debatte und die Einwände der Interpellanten aufgrund seiner heutigen Abwesenheit nicht mitbekommt. Die Interpellanten hoffen, dass ihre Worte und Hinweise dennoch den Weg in seine Arbeitsagenda finden werden. Und man darf gespannt sein, wie sich der Kanton hier weiter aufstellt und positioniert. Der Regierungsrat bzw. das zukünftige Amt für Raum und Verkehr soll die weiteren Arbeiten von BAV und SBB mitgestalten und sich proaktiv einbringen. Ein Warten auf die nächsten Schritte anderer ist in dieser wichtigen Frage sicherlich nicht angezeigt.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Diese ist erfreut, dass sich in Sachen Zimmerberg-Basistunnel II etwas tut. Steter Tropfen höhlt den Stein − oder besser gesagt: Der Einsatz der Zuger Regierung, insbesondere des Volkswirtschaftsdirektors, in dieser Sache zeigt langsam aber sicher Wirkung. Dass die SVP in der Person ihres Finanzdirektors den besten Regierungsrat hat, weiss man längst, aber die FDP hat einen mindestens so guten Regierungsrat. Das sei hier auch einmal gesagt.
Man führe sich mal die gegenwärtige tägliche Verkehrssituation auf Strasse und Schiene vor Augen: Diese akzentuiert sich in den Wintermonaten, weil nur noch Hardcore-Velofahrer ihr Gefährt benutzen. Nur schon ein Blechschaden in der morgendlichen oder abendlichen Verkehrsspitzenzeit löst auf der Autobahn und den umliegenden Kantonsstrassen einen mühsamen und nervenaufreibenden Stau aus. Gleiches gilt für den ÖV. Stromausfälle wie gestern im Hauptbahnhof Zürich oder Stellwerkstörungen und damit verbundene Zugsverspätungen oder gar -ausfälle häufen sich. Das gesamte Mobilitätssystem ist extrem störungsanfällig und vor allem sehr verletzlich. Man braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um voraussagen zu können, dass der Mobilitätsbedarf in Zukunft nicht geringer, sondern noch weiter zunehmen wird. An Verkehrszusammenbrüche auf Strasse oder Schiene wird sich aber niemand richtig gewöhnen mögen. Daher ist die FDP dem Regierungsrat in seiner neuen Zusammensetzung schon heute dankbar, wenn er sich für eine schnellere Realisierung ins Zeug legt, damit das Bauwerk nicht erst 2035 vollendet ist. Ein proaktives Handeln, wie es die Interpellanten fordern, erachtet auch die FDP als Gebot der Stunde.
Die FDP-Fraktion hofft, dass der Drive von Matthias Michel in dieser Sache auf seine Nachfolgerin abfärbt. Die FDP dankt dem abtretenden Volkswirtschaftsdirektor jedenfalls für sein unermüdliches Engagement in dieser Angelegenheit und freut sich mit ihm, dass die positive Botschaft aus Bern gerade noch rechtzeitig in Zug angekommen ist.

Mitinterpellant **Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Vor sechzehn oder siebzehn Jahren wurde unter dem Zimmerberg bei Nidelbad die Tunnelbohrmaschine abgestellt und rückwärts aus dem Tunnel geholt, statt in Richtung Zug weiterzubohren und dann in der Litti bei Deinikon an das Tageslicht zu kommen. Schon damals waren die Zustände auf der Achse Flughafen−Zürich−Zentralschweiz während der Hauptverkehrszeiten eigentlich unhaltbar. Da es mit dem zweiten Teil des Zimmerbergtunnels nicht vorwärts ging, rückte für einige Weitsichtige − unter ihnen der verstorbene SVP-Kantonsrat Werner Villiger − ein Ausbau der Stammstrecke in den Vordergrund, also «Zimmerberg light». Das wäre etappierbar, billiger und schneller realisierbar gewesen. Wenn man die zweite Tunnelröhre durch den Albis vor zehn Jahren in Angriff genommen hätte, hätte man heute eine andere, wohl bessere Situation. Aber dafür hätte es unter anderem auch den Willen des zuständigen Regierungsrats und seines Amtschefs gebraucht, und der fehlte leider. Immerhin und wohl nicht zuletzt wegen des hartnäckigen Drucks der «Zimmerberg light»-Befürworterschaft − das ist die Interessenbindung des Votanten: Er war zusammen mit Andreas Hürlimann Vorstandsmitglied − gab das BAV vor zweieinhalb Jahren bei den SBB ein ergebnisoffenes und tiefgehendes Variantenstudium in Auftrag, was das Komitee «Zimmerberg light» bereits seit 2011 immer wieder gefordert hatte. Und man muss und darf nach der Veranstaltung dieses Komitees vom 21. November, zu welcher auch die Kantonsratsmitglieder eingeladen wurden und dessen Gastgeber der Votant sein durfte, sagen: Die SBB haben wirklich Ergebnisse

geliefert! Der vorliegende Korridorrahmenplan Zentralschweiz überzeugt im Wesentlichen.
Der Zimmerberg-Basistunnel II wird also kommen, aber es wird mindestens bis 2035 dauern. Und was macht man bis dahin? Das wird eine grosse Herausforderung sein. Und da vermisst der Votant entsprechende Antworten auf die Interpellation, den «Zug» und die Leidenschaft, die es brauchen wird. Und man stelle sich vor: Der Leiter des Amts für öffentlichen Verkehr war an der erwähnten Veranstaltung auch dabei. Das Komitee hatte natürlich auch die Regierung eingeladen, diese hat Hans-Kaspar Weber offiziell delegiert. Was bis zur Inbetriebnahme getan werden könnte, war eines der heftig diskutierten Themen an diesem Anlass, und der Votant hatte den Eindruck, dass die Herren der SBB die Botschaft aus Zug mitgenommen haben. Am 30. Januar 2019 führen die Zuger Wirtschaftskammer, der Gewerbeverband Zug und die Organisation ZUGWEST in Steinhausen eine weitere Veranstaltung durch; Hauptredner wird der Vertreter der SBB sein, der die Thematik bereits an der ersten Veranstaltung vorgestellt hat.
Zusammengefasst: Ohne maximalen Druck, ohne Phantasie, ohne Ausloten aller erdenklichen Möglichkeiten, ohne Rütteln auch an Tabus wird man auf der fraglichen Strecke noch fünfzehn Jahre lang zunehmend unhaltbare Zustände haben. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute Nachricht: 2035 wird das Werk vollbracht sein. Eine schlechte Nachricht ist auch, dass das Amt für öffentlichen Verkehr per 1. Januar 2019 zu einer Abteilung degradiert wird. Der Votant appelliert an den zukünftigen Baudirektor − leider ist er heute abwesend, aber hoffentlich liest er das Protokoll −, in dessen Direktion diese Abteilung verschoben wird, dieses Projekt zur Chefsache zu machen. Die Baudirektion ist eine grosse Direktion mit verschiedenen grossen Herausforderungen: Hochbau, Tiefbau, Umwelt, Energie, Raumplanung − und jetzt zusätzlich noch die Abteilung für öffentlichen Verkehr. Der Votant hofft sehr, dass da die Prioritäten richtig gesetzt werden. Die Pendlerinnen und Pendler und der Wirtschaftsraum Zug brauchen dieses Projekt dringend. Der Votant dankt in diesem Sinn der Regierung für ihre Arbeit.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** versucht, einige der zugespielten Bälle anzunehmen und ins Tor zu bringen. Er dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Diese sei etwas zurückhaltend ausgefallen, wurde moniert. Der Volkswirtschaftsdirektor hat sich in der Tat in den letzten Jahren mehrmals überlegt, auch so viel Wirbel zu machen wie Luzern mit seinem Durchgangsbahnhof. Auch Zürich hat sich das für seine «Projekte» überlegt: Brüttener Tunnel, Stadelhofen. Wenn man aber sieht, dass die Planung grundsätzlich in die richtige Richtung läuft, muss man kommunikativ eher etwas aufpassen. Zu viel Wirbel kann nämlich auch Gegendruck erzeugen. Alt-Kantonsrat Martin Stuber hat die Grossregion Zürich denn auch zu Recht davor gewarnt, zu viel zu wollen: Brüttener Tunnel, Stadelhofen, Kestenberg, Zimmerberg. Das schrecke den Rest der Schweiz nur auf, und es sei besser, etwas bescheidener zu sein. Es gibt in der Tat Momente, in denen es klüger ist, nicht medial die Trommel zu rühren. Das heisst aber nicht, dass man nicht im Hintergrund an seinen Zielen weiterarbeiten und vor allem Allianzen schmieden soll. Aber es gehört für die Bahnbefürworter natürlich zum guten Ton, gegen aussen aktiv zu sein und der Regierung vorzuwerfen, sie tue zu wenig; das hat Karin Blätter, Präsidentin der Pro Bahn, auch bezüglich des Durchgangsbahnhofs Luzern getan. Der Volkswirtschaftsdirektor und sein Team waren da lieber intern aktiv − und dies mit Erfolg.
Es wird suggeriert, man sei nun dank BAV und SBB weitergekommen. Vor nicht allzu langer Zeit haben dieselben Redner hier auf den SBB herumgehackt und ihr vorge-

worfen, sie hätten einen Tunnelblick und sähen nur ihr eigenes Projekt; sie lägen aber falsch, man dürfe ihnen nicht vertrauen etc. Der Volkswirtschaftsdirektor staunt über den Paradigmenwechsel: Plötzlich ist nun alles Gold, was die SBB vorlegen.
Sowohl «Zimmerberg light»-Befürworter als auch die Regierung waren sich eigentlich immer einig: Man wollte vertiefte Varianten. Das kostete Energie und glücklicherweise auch Zeit, denn sonst hätte das den Bund immer wieder eingeholt. Es war sehr wichtig in Hinblick auf den nächsten Ausbauschritt, dass die vertiefte Studie vorliegt. Der Volkswirtschaftsdirektor hat sich bei den SBB denn auch eingesetzt, dass die schon länger bekannten Ergebnisse im letzten Frühjahr endlich publiziert wurden. Und es muss auch gesagt sein: Jahrelang wurde der Regierung vorgeworfen, sie konzentriere sich auf den Zimmerberg-Basistunnel II, obwohl es Varianten dazu geben würde. Diese kantonsinterne Dissonanz in Zug hat natürlich nicht gerade geholfen, die Sache beschleunigen. Man darf in diesem Zusammenhang die Geschichte also nicht ganz aus den Augen verlieren.
Wie bereits erwähnt: Die grosse Arbeit der Volkswirtschaftsdirektion galt in den letzten Jahren dem Schmieden von Allianzen. Zu glauben, es gehe vorwärts, wenn der Kanton Zug dem BAV und den SBB in Bern nur genügend lange auf den Füssen herumtrete, ist ein Irrtum. Zug liegt zwischen Zürich und Luzern und hat einerseits Allianzen im Raum Zürich zu finden, was dank der Metropolitankonferenz gelungen ist; andererseits muss es auch Allianzen in der Zentralschweiz, im Gotthardkomitee und an der Gotthardachse finden. Dass man nicht alles auf einmal haben kann, ist allen bekannt. Auch die Pro-Bahn-Präsidentin Karin Blättler und der Luzerner Ständerat Konrad Graber wissen, dass man nicht gleichzeitig den Zimmerberg-Basistunnel und einen voll ausgebauten Durchgangsbahnhof Luzern bekommt. Es ging deshalb darum, das Vorgehen der Zentralschweiz zu justieren, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, man wolle alle Milliarden des Bundes für sich selbst abholen. Da war sehr viel Diplomatie, Taktik und Zusammenarbeit nötig − und davon kann man nichts in den Zeitungen lesen. Im Übrigen hat die Volkswirtschaftsdirektion bereits x Vorschläge gemacht − und sie lässt hier nicht locker −, wie man die Situation in der Zwischenzeit verbessern kann. Aber auch hier gilt: Allein kriegt der Kanton Zug das nicht auf die Schiene, da muss die ganze Region Zentralschweiz mithelfen.
Der Volkswirtschaftsdirektor dankt nochmals für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort. Man ist auch dank Engagement vonseiten des Kantonsrats auf der Zielgeraden. Der Volkswirtschaftsdirektor hat selber ein grosses Interesse daran, dass der Bereich ÖV, auch wenn er jetzt nicht mehr als Amt konstituiert ist, in der Baudirektion das nötige Gewicht behält. Der Wechsel ist eine Chance, den ÖV in einer Gesamtverkehrsoptik zu sehen. Der Volkswirtschaftsdirektor wird dem designierten Baudirektor gerne mit auf den Weg geben, dass er die Thematik weiterhin als Chefsache behandelt.

➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

TRAKTANDUM 12
**Verabschiedungen:**

Für das Traktandum 12.1 übergibt Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch den Ratsvorsitz der Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet.

**1236** Traktandum 12.1: **Verabschiedung von Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch**

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es der Kantonsratspräsident in dieser letzten Sitzung der Legislatur tatsächlich geschafft hat, alle Traktanden zu erledigen − eine Punktlandung. Das war nur dank sorgfältiger Planung und Durchführung möglich.

**Hanni Schriber-Neiger** verabschiedet den Kantonsratspräsidenten mit folgenden Worten: «Mir fällt die Ehre zu, Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch zu verabschieden. Die letzten zwei Jahre zählten für einen Kantonsratspräsidenten sicher nicht zu den einfachsten. Sie waren gezeichnet von Höhen und Tiefen, wie auf einer Wanderung. Wandern ist eines Deiner Hobbies, das Du gerne ausübst, wenn es Dir die Zeit neben Beruf und Präsidialamt zuliess.
Die Rischer Bevölkerung ennet dem Zugersee freute sich vor zwei Jahren sehr über Deine Wahl zum Kantonsratspräsidenten und feierte mit Gesang und trockenem Lebkuchen auf dem Dorfplatz in Rotkreuz. Viel Freude darum, weil seit mehr als achtzig Jahren kein Rischer Mitglied des Kantonsrats je die Ehre hatte, den Kantonsrat zu präsidieren. So war es für Dich selbstverständlich, dass Du an den vielen Anlässen, die Du amtshalber besuchen durftest, dem Vernehmen nach in verdankenswerter Weise wacker Werbung für das alte Eisenbahnerdorf machtest und Risch-Rotkreuz auch als neuen Wohn- und Wirtschaftsort verkauftest.
Vor genau zwei Jahren, also mit dem Start Deines Präsidiums, stand bereits der erste Höhepunkt für den Kantonsrat an: Nach langem Hin und Her durftest Du endlich die elektronische Abstimmungsanlage final einweihen und in Betrieb nehmen. In den folgenden Sitzungen leistete die Elektronik der Abstimmungsanlage meistens ihre Dienste. Du rechnetest uns auch mal vor, wie viele Minuten wir mit der Abstimmungsanlage in einem Jahr gewonnen hätten, und dass wir so in der gleichen Zeit einige Geschäfte mehr abarbeiten konnten; das sei doch sehr effizient. Und *wir* durften für den Kantonsrat noch mehr Geschäfte vorbereiten.
Die beiden Kantonsratsausflüge führten traditionellerweise in die Wohngemeinde des Präsidenten. Du scheinst Dich bestens mit Petrus zu verstehen. Es wird wohl die Gemeinsamkeit mit den weissen Haaren sein, denn an beiden Ausflügen strahlte die Sonne mit uns um die Wette. Die zwei Nachmittage bleiben uns unvergessen, sei es das Golftraining oder der Spaziergang auf der Buonaser Halbinsel. Wir alle konnten uns nicht sattsehen an der grandiosen Aussicht auf den Zugersee und den Zugerberg.
In Deine Präsidialzeit fiel auch die Phase des ernsthaften, endlosen Sparens. Du bist sicher der erste Präsident, der vor der grossen Türe des Regierungsgebäudes nicht nur einen offenen Brief an den Zuger Kantonsrat entgegennehmen durfte, sondern von den Jungpolitikerinnen und -politikern auch noch mit einem echten Vorschlaghammer zur Unterstreichung ihres Anliegens ausgestattet wurde. Dieser Hammer wurde dem Baudirektor dann zur zweckdienlichen Verwendung weitergegeben und wird nun wohl auf einer kantonalen Baustelle seinen Dienst tun.
Du brauchtest die Glocke wenig. In den letzten Monaten, gegen Ende der Legislatur, hättest Du mit uns etwas strenger sein dürfen, denn der Lärmpegel im Saal

war manchmal so hoch, dass die Votierenden zum Teil scharfe Blicke austeilten und die Kollegen − gemeint sind wirklich die Kollegen − ermahnten, etwas mehr und besser zuzuhören. Natürlich brauchtest auch Du die Glocke manchmal, etwa wenn Du als Ratspräsident zur mehr Redeeffizienz aufriefst, damit Du noch ein weiteres Geschäft abhandeln konntest. Damit trafst Du vor allem *einem* Ratskollegen ins Rednerherz, der sich energisch wehrte: Das Parlament sei zum Parlieren und Diskutieren hier − und nicht nur, um möglichst viele Geschäfte effizient durchzuwinken. Aber was wir alle feststellen können: Es ging effizient zu und her.
In Deine Amtszeit fiel auch ein trauriger Abschied: Kantonsratskollege Pirmin Frei wurde mitten aus seinem Leben gerissen und verstarb überraschend. Wir vermissen seine Voten, die er mit grossem Engagement vortrug. Du durftest aber auch Erfreuliches verkünden, nämlich mehreren Ratskolleginnen und -kollegen herzlich zum Nachwuchs gratulieren. Es wird also wunderbar für den Politnachwuchs gesorgt.
Lieber Daniel, Du steigst nach dieser Sitzung nicht nur vom ‹Bock› hinunter, sondern verlässt nach sechzehn Jahren auch den Zuger Kantonsrat. Wir gönnen es Dir, dass Du nun wieder mehr Zeit für Deine Familie, Deine Freunde und Deine Hobbies haben wirst. Aber wirst Du Dich wirklich zurücklehnen nach den vielen Jahren in der Politik? Ich glaube eher nicht. Du wirst Dich auch in der Freiwilligenarbeit nützlich machen, hast Du verlauten lassen. Doch ich habe gehört, dass Du nach Beendigung des Kantonsratspräsidiums zu Hause endlich den Keller aufräumen müssest. Das ist für mich die logische Erklärung, warum Du möglichst schnell in die Freiwilligenarbeit einsteigen möchtest.
Im Namen der Zuger Bevölkerung, des Regierungsrats und des ganzen Kantonsrats danke ich Dir recht herzlich für die stets ruhige und gute Führung des Kantonsrats und wünsche Dir alles Gute für die politikfreie Zukunft. Als Dankeschön haben wir für Dich und Deine Ehefrau Bea einen Gutschein für ein verlängertes Wochenende im Berner Oberland organisiert. Natürlich passen Sonntagsschuhe schlecht für das wieder vermehrte Wandern; darum legen wir Dir auch noch einen Gutschein für neue Turbowanderschuhe dazu. Viel Freude damit − und alles Gute!» *(Der abtretende Kantonsratspräsident erhält einen Blumenstrauss und das erwähnte Geschenk überreicht, der Rat applaudiert.)*

Der scheidende Kantonsratspräsident **Daniel Thomas Burch** wendet sich wie folgt an die Anwesenden: «Als Erstes begrüsse ich ganz herzlich meine Frau Beatrice und meinen Sohn Simon. Dir, Hanni Schriber-Neiger, danke ich herzlich für die anerkennenden Worte, den Blumenstrauss und das Geschenk. Ich werde das Wandern geniessen und dabei auch an die Zeit im Kantonsrat zurückdenken.
Die zwei Jahre als Präsident waren sehr intensiv und sehr spannend. Ich durfte an verschiedenen Jubiläen, Versammlungen und Ausstellungen teilnehmen. Besondere Anlässe und Highlights waren etwa die Jubiläen 50 Jahre Musikverein Risch-Rotkreuz, 125 Jahre Zuger Kantonalbank, 50 Jahre EVZ oder die Taufe des Siegermunis für das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest. Ich habe da viele engagierte Leute kennen- und schätzengelernt; Menschen, die viel Zeit und Herzblut in unterschiedlichen Organisationen und Vereinen einsetzen, sei es in wirtschaftlichen oder politischen Ämtern, in der Freiwilligen- oder Gemeinnützigenarbeit, in Sport- oder Musikverein. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Wohl und zur Freude der Bevölkerung und zur Attraktivität unseres schönen Kantons Zug. Ich bin vielen Menschen aus der Verwaltung begegnet, die sich täglich freundlich und kundenorientiert der Anliegen der Zuger Bevölkerung annehmen und damit wesentlich zur Standortattraktivität des Kantons beitragen. Nur ein Beispiel: Wussten Sie, dass es einen Verband der zugerischen Betreibungs- und Konkursbeamten gibt?

Und wussten Sie, dass dieser dieses Jahr hundertjährig wurde? An die originelle Jubiläums-GV dieses Verbands werde ich mich noch lange mit Freude erinnern. Da wurde mir bewusst, wie wichtig die oft schwierige Aufgabe dieser Beamten in einem Rechtsstaat ist: Sie sind immer in einem Spannungsfeld und machen den einen froh, den anderen vielleicht traurig. Es gab noch weitere Highlights. Eines war das Tischgespräch beim Nachtessen mit dem Vorsitzenden der EFTA/EU-Kommission Jørn Dohrmann und mit Karin Keller-Sutter anlässlich des Treffens der gemischten Wirtschaftskommission des National- und Ständerats mit der EFTA/EU-Kommission; zu dieser Zeit war Karin Keller-Sutter Ständeratspräsidentin und noch nicht Bundesrätin.
Sehr gefreut hat mich auch die Möglichkeit, Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Ausflüge des Kantonsrats in den Golfpark Holzhäusern und auf die Halbinsel Buonas einladen zu können. Ich hoffe, dass Sie damit zwei − es gibt noch mehrere − spezielle Attraktivitäten des Ennetsees erleben und geniessen konnten und diese Anlässe in guter Erinnerung behalten werden.
Ich danke der Frau Landammann und der ganzen Regierung für die gute Zusammenarbeit, insbesondere bei den gemeinsamen Auftritten. Besonders danke ich Landschreiber Tobias Moser und seiner Stellvertreterin Renée Spillmann Siegwart. Wie im Theater schätzt man auch bei den Kantonsratssitzungen einen Souffleur oder eine Souffleuse. Dem Landschreiber wünsche ich auch an dieser Stelle gute Besserung und die nötige Geduld. Weiter danke ich dem Team der Staatskanzlei, primär Monika Benhaida und Silvia Landtwing. Sie haben mir die Arbeit sehr erleichtert und meine Anliegen und Wünsche umgehend erfüllt. Mein Dank gilt auch der Standesweibelin Pascal Schriber und ihrer Stellvertreterin Evelyne Daseler. Sie haben unter anderem unsere gemeinsamen Mittagessen organisiert und somit für unser leibliches Wohl gesorgt. Für die anspruchsvolle und aufwendige Arbeit als Protokollführer danke ich Beat Dittli und Claudia Locatelli. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals eine entscheidende Korrektur beantragt wurde. Den Mitgliedern des Büros des Kantonsrats danke ich für die konstruktive Zusammenarbeit, speziell auch den Stimmenzählenden Rita Hofer und Ralph Ryser. Sie sind die ersten Stimmenzählenden dieses Rats, welche die Meinungen der Ratsmitglieder mit der elektronischen Abstimmungsanlage erfassen konnten. An dieser Stelle danke ich auch Christoph Brütsch. Er hat die Anlage zum Laufen gebracht und stand jederzeit mit Rat und Tat zur Stelle. Ich habe nachgezählt: 2017 gab es 210 Abstimmungen, 2018 waren es mit den vier Abstimmungen von heute total 262 Abstimmungen. Rechnet man mit drei Minuten Zeitersparnis pro Abstimmung, haben wir in diesen zwei Jahren gesamthaft rund 23,5 Stunden bzw. etwa 3,5 Sitzungstage eingespart. Ein weiteres, grosses Sparpotenzial sehe ich in kürzeren, prägnanteren Voten − dies als Empfehlung für die nächste Legislatur. Und es ist wie bei den SBB: Eine Verspätung am Morgen kann man bis am Abend nicht aufholen.
Ich danke meiner Nachfolgerin Monika Barmet für die gute Zusammenarbeit. Liebe Monika, ich wünsche ihr viele Freude und Glück im Amt und eine geschickte Hand in der Ratsführung. Den Medienvertreterinnen und -vertretern danke ich für die wohlwollende Berichterstattung. Sie tragen eine grosse Verantwortung für die parteineutrale Berichterstattung über die Ratsdebatten.
Nach sechzehn Jahren als Kantonsrat, davon die letzten zwei Jahre als Kantonsratspräsident, heisst es für mich Abschied zu nehmen. Während der Zeit als Kantonsrat wurde ich von meiner Frau und meiner Familie unterstützt. Sie hatten viel Verständnis für das anspruchsvolle politische Amt und die damit verbundenen Verpflichtungen. Meine Frau hat mich auch an manchen Anlass begleitet und sich für meine politischen Aktivitäten interessiert. Dafür danke ich Dir, Beatrice, herzlich.

Ich danke allen, die mithelfen, unseren Kanton lebenswert und erfolgreich zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei gilt es das Gemeinwohl im Auge zu behalten, nicht Partikularinteressen. Ihnen, geschätzte Ratsmitglieder, danke ich herzlich für die angenehme und wohlwollende Zusammenarbeit.» *(Der Rat applaudiert.)*

An dieser Stelle übernimmt der Kantonsratspräsident wieder den Vorsitz.

**1237** Traktandum 12.2: **Verabschiedung der aus dem Rat austretenden Kantonsratsmitglieder**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nicht nur er selbst, sondern 29 weitere Ratsmitglieder aus dem Kantonsrat zurücktreten. Er nennt in alphabetischer Reihenfolge:

| | |
|---|---|
| Daniel Abt | Gabriela Ingold |
| Adrian Andermatt | Alice Landtwing |
| Walter Birrer | Daniel Marti |
| Philippe Camenisch | Jürg Messmer |
| Hans Christen | Remo Peduzzi |
| Andreas Etter | Marcel Peter |
| Magda Feldmann | Urs Raschle |
| Fabian Freimann | Silvan Renggli |
| Susanne Giger | Moritz Schmid |
| Sepp Grob | Beat Sieber |
| Emanuel Henseler | Daniel Stuber |
| Iris Hess-Brauer | Willi Vollenweider |
| Markus Hürlimann | Monika Weber |

Speziell erwähnt der Vorsitzende, dass Hans Christen und Moritz Schmid schon beim Attentat im Jahr 2001 im Rat waren, und dass Gabriela Ingold als Mitglied bzw. Präsidentin der Staatswirtschaftskommission während vieler Jahre das finanzielle Gewissen des Rats vertrat. Er dankt allen austretenden Mitgliedern für ihr teilweise langjähriges Wirken im Kantonsrat und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft.
Die Kantonsrätin Silvia Thalmann und die Kantonsräte Andreas Hostettler und Florian Weber sind in den Regierungsrat gewählt worden. Sie werden die nicht leichte Aufgabe haben, die Beschlüsse des Kantonsrats umzusetzen, was in der Vergangenheit eine grosse Herausforderung war und es auch in Zukunft bleiben wird. Der Vorsitzende wünscht den drei künftigen Regierungsräten die nötige Gelassenheit und Ausdauer sowie viel Glück und Freude in ihren neuen, verantwortungsvollen Ämtern. *(Der Rat applaudiert.)*

**1238** Traktandum 12.3: **Verabschiedung von Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard**

**Manuel Brandenberg** verabschiedet die scheidende Frau Landammann wie folgt: «Ich habe die Ehre, Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard zu verabschieden. Es fällt mir nicht schwer, dies zu tun *(Lachen im Rat)*, denn ich bin − wie die ganze SVP − ein Verfechter der staatlichen Institutionen, und Du, Manuela, bist ein

sehr wichtiger Ausdruck dieser Institutionen. Du warst acht Jahre lang Regierungsrätin, vom Volk gewählt, und ich glaube, dass Du Deine Arbeit so gemacht hast, wie es ein Regierungsratsmitglied tun muss.
Ich blicke ein wenig zurück, möchte aber vorausschicken, dass ich selber kein Ungläubiger bin. Es ist für einen Katholiken nicht die Ehrung einer Institution, die unglaublich wichtig ist. Für mich als Katholiken ist es die Ehrung der staatlichen Institutionen, die Du verkörpert hast, wobei ich aber nicht jemand bin, der glaubt, der Staat sei unglaublich wichtig. Ich glaube vielmehr ziemlich sicher, dass der Staat am Schluss, wenn wir alle tot sind, nicht so wichtig ist. Trotzdem, liebe Manuela: Du hast Deinen Job sehr gut und sehr erfolgreich gemacht. Ich erinnere an Deine Biografie. Diese hat mit Deiner Geburt am 21. Juli 1967 in Zillis-Reischen begonnen. Du warst eine sehr bekannte und sehr profilierte Frau, Du hast auch ausserhalb der Politik sehr vieles gemacht. Du hast − ich zitiere den Lebenslauf auf der Homepage des Kantons Zug − die Ausbildung zur dipl. Krankenschwester IKP und später zur Sozialarbeiterin HFS gemacht. 1994 hast Du dann an einem Forschungsprojekt am ETH Wohnforum Zürich teilgenommen. 1995−1998 hast Du die Leitung der kontrollierten Heroinverschreibung im Kanton Zug (ZOPA) innegehabt. 1997−2002 hast Du das Nachdiplomstudium Master of Public Health am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universitäten Basel, Bern und Zürich absolviert. 1999 warst Du bei der Zürcher Stiftung für Gefangenen- und Entlassenenfürsorge angestellt. 2000−2005 warst Du in der Projektleitung am Gesundheitsamt des Kantons Graubünden involviert. 2005− 2006 warst Du Mitglied des Kaders beim Schweizerischen Roten Kreuz im Kanton Zürich. So entnehme ich es − wie gesagt − der Homepage des Kantons Zug, und ich finde das einen ganz bemerkenswerten Lebenslauf.
Ich komme nun zu den politischen Tätigkeiten, die Du ausgeübt hast und die ich, liebe Manuela, sehr schätze. Du warst 1994−2002 Mitglied des Zuger Kantonsrats und 1996−2002, also sechs Jahre lang, Fraktionschefin der Alternativen Fraktion im Kantonsrat. 2005−2007 warst Du dann Vizepräsidentin des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zug und 2006−2007 Präsidentin der Alternativen Kanton Zug. Ich glaube, dass dieser Lebenslauf Respekt herausfordert. Du hast sehr viele Ämter gehabt, Du hast aber vor allem − und das finde ich eigentlich das Wichtigste − eine Familie, einen Mann und zwei Kinder. Du bist eigentlich wirklich eine Frau des Staats und bist also dazu da, auch Ämter zu übernehmen, die Dir aufgrund Deiner Konstellation nicht in erster Linie naheliegen. Ich möchte dafür danken, dass Du Familie und Beruf kombiniert hast. Das ist nicht selbstverständlich, das können nicht alle, und Du hast das − glaube ich − ziemlich souverän gemacht.
Wir kommen nun zum Thema ‹Politischer Streit›. So habe ich mir das notiert, weiss aber nicht mehr genau, was ich mir damals gedacht habe, es kommt mir jetzt aber bestimmt etwas in den Sinn. *(Lachen im Rat.)* Ich habe mir unter ‹Politischer Streit› notiert: ‹Frische Brise›. Da warst Du ursprünglich mal, glaube ich, die Frische Brise war eine Partei, die es mal gab im Kanton Zug; damals gab es, glaube ich, sogar die SVP noch nicht. Dann gab es die Alternative, die Alternativen Grünen − und ich habe mir hier ein Fragezeichen notiert: Was ist dann das Nächste? Also Frische Brise, Alternative, Alternative Grüne − und was ist das Nächste? Nun, bei uns in der SVP-Fraktion würde man vermuten, es könnte irgendeinmal noch die Braunliberalen geben, aber ich glaube, das wäre nicht Dein Ding. Insofern würde ich wahrscheinlich denken, das geht eher in die Richtung Alternative Grün Grün, wie ich das einschätze.
Es verbleibt mir zum Schluss nur zu danken, denn Du hast Dich in einer Zeit, die nicht einfach ist und Herausforderungen hat, für das Gemeinwesen, für den Kanton Zug, zur Verfügung gestellt. Wir sind hier im Kanton Zug, wir sind also nicht beim

UNO-Rat, der irgendwelche völkerrechtlichen Verträge abschliesst, aber Du hast immer natürlich gerne daran erinnert, dass es die UNO und die völkerrechtlichen Verträge auch gibt. Aber eigentlich sind wir ja hier im Kanton Zug. Es war eine würdige Art, wie Du das gemacht hast. Du warst vor allem − und da kann ich jetzt nur für die SVP-Fraktion sprechen − eine äussere Erscheinung, die nicht − sag ich jetzt mal − geschadet hat. Wenn Du aufgestanden und hier nach vorne gekommen bist, war es nie so, dass die SVP-Fraktion Dir nicht zugehört hätte.
Nun, am Schluss, gebe ich Dir nach all dem Dank ein Geschenk. Nachdem Du ja wirklich das so gut gemacht hast für den Kanton Zug − natürlich nicht inhaltlich, wir sind immer anderer Meinung gewesen, das weisst Du auch, aber Du hast das würdig, kompetent und in den Formen unseres Staats gemacht −, hast Du natürlich auch ein Geschenk verdient, das ich Dir gerne übergebe. Es ist ein Gutschein für ein wunderbares Restaurant − ich kann es nur weiterempfehlen −, nämlich für den ‹Rosengarten› in Holzhäusern, ein unglaublich gutes Restaurant. Du wirst einen Gutschein von 500 Franken bekommen. Wenn Du so viel trinkst wie die SVP-Fraktion, wird es für *ein* Nachtessen reichen; wenn Du normal trinkst, wird es für zwei Nachtessen reichen *(Lachen im Rat).* Deshalb würde ich Dir das gerne übergeben und Dir für alles Danke sagen.» *(Die scheidende Frau Landammann erhält einen Blumenstrauss und das erwähnte Geschenk. Der Rat applaudiert.)*

Die scheidende Frau Landammann und Direktorin des Innern **Manuela Weichelt-Picard** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden: «Herzlichen Dank, Kantonsrat Manuel Brandenberg, dass Sie es gewagt haben, meine Laudatio zu halten. Schon heute Mittag habe ich mich gefragt: Was mache ich ohne die Wortgefechte mit Kantonsrat Brandenberg? Sie sind aber nicht immer das schwarze Schaf. In Ihrer Wahlwerbung sprechen Sie von der ‹Wahrung unserer schweizerischen Werte und Traditionen› − und dazu gehört ja auch die Denkmalpflege. *(Der Rat lacht.)*
Vor zwei Jahren erlebte ich in diesem Saal den Höhepunkt meiner politischen Karriere: die Wahl zur Regierungschefin, zur ‹Frau Landammann›, wie es so schön und ein wenig altmodisch heisst. Im ersten Wahlgang haben Sie mir Ihr Vertrauen ausgesprochen. Ich war stolz und glücklich und erinnere mich noch bestens an das wunderschöne Transparent, dass meine Mitarbeitenden an der Neugasse 2 auf dem Balkon − ohne Bewilligung notabene − angebracht haben: ‹Wow! Der Kanton Zug hat eine Frau Landammann. Glückwunsch, Manuela!› Ich war zu Tränen gerührt. Zu Ihnen, geschätztes Parlament, habe ich damals gesagt, dass die Wahl − da ich einer politischen Minderheit angehöre − nicht selbstverständlich sei, und dass Sie damit ein wichtiges Zeichen gesetzt hätten. Heute kann ich Ihnen sagen: Ich habe dieses Amt mit grosser Freude ausgeübt. Ja, es war eine Mehrbelastung, es war viel Druck, es waren viele zusätzliche Verpflichtungen. Und ja, es gab ein paar Nachtschichten mehr. Aber ja, dieses Amt hat mir auch enorm viel gegeben, allem voran die unzähligen, herzlichen und motivierenden Begegnungen mit unserer Bevölkerung. Mein Anspruch war es, den Kanton Zug als Frau Landammann würdig und ehrenvoll zu repräsentieren, mein Anspruch war es aber auch, eine volksnahe Frau Landammann zu sein, eine Frau Landammann, die für die Sorgen und Nöte der Bevölkerung ein offenes Ohr hat. Und solche Menschen − das kann ich Ihnen versichern − gibt es im Kanton Zug.
Selbstverständlich habe ich auch meinen politischen Einfluss geltend gemacht, Allianzen geschmiedet, hie und da einen Stichentscheid gefällt und ganz viele interessante Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft kennengelernt. Doch das Landammannamt ist keine *One-woman*-Show. Ich hatte

viel Support: von meinen Regierungsratskollegen, von meiner Direktion, vor allem vom Direktionssekretariat, von der Staatskanzlei, vom Parlament, vom Kantonsratspräsidenten, von meiner Familie, von Freundinnen und Freunden, von meiner Fraktion, von meiner Partei und von den Medien. Ihnen allen gilt mein Dank.
An Silvester kommt es zur offiziellen Stab- bzw. Taktstockübergabe: Der neue Dirigent heisst − ohne das Wahlergebnis vorweg zu nehmen − vermutlich Stephan Schleiss. Stephan, ich habe diesen Taktstock vor zwei Jahren von Heinz Tännler bekommen und gebe ihn Dir, nachdem Du als Statthalter erfolgreich die zweijährige Landammannlehre absolviert hast, gerne an Silvester weiter. Heinz Tännler hat − so kam es mir jedenfalls vor − im Presto regiert. Ich selbst habe dann ein Andante angeschlagen. Bald darfst Du, Stephan, das Tempo, den Ton und den Takt bestimmen. Ob Du ein Adagio oder Largo anstimmst? Wohl kaum. Das entspricht kaum Deinem Temperament und Deiner vom Militär geprägten Arbeitsweise. Bekanntlich gibt es einen dynamischen und einen statischen Dreipunktebefehl. Für die erste Regierungsratssitzung gilt als Ziel: 9. Januar 2019, um 9 Uhr pünktlich im Regierungsratszimmer. Weg ins Ziel: Jeder individuell mit entsprechender Vorbereitung und Unterlagen; Verhalten im Ziel: speditiv und lösungsorientierte Abarbeitung der Traktandenliste. Speziell für die Neuen musst Du wohl noch einen statischen Dreipunktebefehl aussprechen. Erstens: Regierungsratssitzung um 9 Uhr im Regierungsratszimmer. Zweitens: ganzer Tisch mit allen Teilnehmenden. Drittens Verhalten: nichts sagen, nur zuhören. Dies gilt natürlich nur für die Neuen! *(Der Rat lacht.)* Für diesen fachmännischen Rat musste ich übrigens beim AAL eine Schnellbleiche machen.
Und jetzt − es ist ja bald Weihnachten − kommen wir zur Bescherung. Damit die Frauen auch in Zukunft in den regierungsrätlichen Dokumenten niemals vergessen gehen, habe ich Dir, Herr Noch-Statthalter, einen Stempel mit der Endung ‹-innen› machen lassen, inkl. Stempelkissen. Sehr praktisch! Vor zwölf Jahren musste ich noch viele Seiten damit stempeln, heute sind es fast keine mehr. Ich hoffe, dass es so bleibt. Die Ausrede, Frauen seien mitgemeint, geht nämlich gar nicht. Frauen müssen erwähnt, präsent, ersichtlich sein.
Zum Sicherheitsdirektor: Lieber Beat, Du wirst als Regierungsrat mit der längsten Amtszeit dafür sorgen, dass in der neuen Regierung ein wenig Konstanz herrscht, dass sich die drei Neuen, Jungen, Wilden Thalmann, Hostettler und Weber gut integrieren. Damit Du auch in turbulenten Zeiten die Ruhe bewahrst, habe ich Dir ein paar Geduldsfäden mitgebracht. Auf der Packung steht: ‹Wenn Dein Geduldsfaden reisst, einfach einen neuen Faden zwischen die Lippen klemmen und langsam einsaugen. Dabei Augen schliessen und in aller Seelenruhe geniessen. Für ein starkes Nervenkostüm.›
Zum Finanzdirektor: Lieber Heinz, wirklich gespart werden muss ja nicht mehr. Die Steuersenkung ist vom Tisch, aber eine Finanzspritze ist zwischendurch doch noch praktisch. *(Die Direktorin des Innern holt eine grosse Plastikspritze aus ihrer Tasche, der Rat lacht.)* Gib einfach Bescheid, wenn Du sie brauchst. Das Handling kenne ich bestens, das hat auch Kantonsrat Brandenberg erwähnt. Auf der Verpackung steht: ‹Fördermittel zur Wunscherfüllung. Finanzspritze Kontofiller liquid.›
Zum Gesundheitsdirektor: Lieber Martin, Du musst Bescheid über die Temperatur der Bevölkerung wissen. Darum gibt es für Dich ein Thermometer. Nicht vergessen: Die Körperkerntemperatur kann über den Tag hinweg schwanken: Nachts liegt sie tiefer als tagsüber, und bei körperlicher Aktivität, aber auch bei heissen Debatten im Kantonsrat, kann sie bis zu zwei Grad Celsius steigen.
Zu meinen zwei beiden Schicksalsgenossen, dem Baudirektor und dem Volkswirtschaftsdirektor: Lieber Urs und lieber Matthias, bei Euch bedanke ich mich mit

etwas Süssem, nämlich mit der einzigartigen Landammannschoggi aus dem Hause Speck. Es ist nicht irgendeine harmlose Milchschoggi, sondern eine mit Chili und Biss. Das ist eine Geschmacksrichtung, die zu mir passt, da widerspricht wohl niemand im Saal.
Ich danke Ihnen allen für das gemeinsame Debattieren, Argumentieren, Sich-Finden und -Verlieren, Sich-Streiten und -Wieder-Versöhnen. Ob Sie es glauben oder nicht: Ich werde den politischen Betrieb zumindest am Anfang bestimmt ein wenig vermissen. Und ich werde auch Sie vermissen. Tragen Sie Sorge zur politischen Kultur, zu unserer Demokratie. Ich werde auch das Regierungsgebäude und die Neugasse 2 vermissen. Diese Häuser waren für mich eine Art zweites Zuhause. Vom Politalltag gilt es jetzt, nach zwölf Jahren, Abschied zu nehmen, dies wie bei jedem Abschied mit einem tränenden und einem lachenden Auge. Monika Kühn, die deutsche Autorin und Lyrikerin, formulierte es so: ‹Abschied hat einen tieferen Sinn, denn er ist immer auch ein Neubeginn.› Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für das Vertrauen, das Sie mir geschenkt haben.» *(Der Rat applaudiert.)*

**1239** Traktandum 12.4: **Verabschiedung von Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel**

**Andreas Hürliman**n würdigt den abtretenden Volkswirtschaftsdirektor wie folgt: «Wenn die Regierungsratstätigkeit von Matthias Michel am 31. Dezember 2018 zu Ende geht, kann er auf viele Jahre politischer Tätigkeit im Kanton Zug zurückblicken. In all diesen Jahren des Engagements hat sich im Kanton Zug einiges verändert. Nicht nur die Stadtbahn gab es damals bei Deiner Wahl in den Kantonsrat und später auch bei der Wahl in den Regierungsrat noch nicht. Auch mit der finanziellen Brille betrachtet, war der Kanton Zug ganz anders aufgestellt. Weisst Du, lieber Matthias, oder wissen Sie, liebe Anwesenden, wie hoch der Aufwand der Laufenden Rechnung des Kantons Zug sich 1995, als Du in den Kantonsrat gewählt wurdest, in etwa präsentierte? Man diskutierte 1995 im Kantonsrat noch über einen Aufwand von rund 580 Millionen Franken, als die Staatsrechnung des eidgenössischen Standes Zug zur Debatte gebracht wurde. Aber auch der öffentliche Verkehr war zu dieser Zeit – ich habe es bereits erwähnt − noch ganz anders organisiert. Die Wohnbevölkerung lag 1995 noch bei rund 92’000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Verglichen mit den rund 125’000 im Jahre 2017 war es damals noch fast überschaubar heimelig. Der Kanton Zug hat sich in all den Jahren also stark entwickelt, auch dank des grossen Engagements des heutigen Volkswirtschaftsdirektors Matthias Michel.
Von 1995 bis 2002 gehörte Matthias dem Zuger Kantonsrat an. Er war Mitglied mehrerer Kommissionen, unter anderem der Staatswirtschaftskommission und der Strassenbaukommission, und er präsidierte die vorberatende Kommission zum neuen Steuergesetz. Im Januar 2003 übernahm er als neu gewählter Zuger FDP-Regierungsrat die Direktion für Bildung und Kultur. 2006, 2010 und 2014 wurde Matthias mit guten Resultaten im Amt bestätigt. Seit 2007 leitet er die Volkswirtschaftsdirektion. 2011/12 war er als Landammann der höchste Zuger Regierungsrat. In dieser Funktion hat er ein Erkennungszeichen in Umlauf gebracht, welches uns auch zukünftig immer wieder an sein Schaffen erinnern kann: den Zuger Pin, welcher von uns Behördenmitgliedern am Revers getragen wird. Für Dich, lieber Matthias, war dies stets ein starkes Symbol: ein Zeichen der Zusammengehörigkeit gegen innen und ein Bekenntnis zum Kanton Zug gegen aussen. So hast Du Deine Motivation einmal umschrieben, warum Du diesen Pin in Auftrag gegeben hast. Mit

Symbolik hast Du auch bei der Regierungsrats-Teambildung als Landammann gestartet. Du hast einen Kurs im Schweissen organisiert. Das Tagesziel der Regierung: die Kreation einer Eisenplastik. Und wenn mich nicht alles täuscht, steht diese auch heute noch irgendwo im Regierungsgebäude und symbolisiert das Zusammenwirken.
Matthias kam nach den ersten Jahren in der Bildungsdirektion in die Volkswirtschaftsdirektion. Dort ging es gleich mit Bildung weiter. Nicht nur die Berufsschulen, auch die höheren Ausbildungen im Bereich HF oder Fachhochschule waren in dieser Direktion auf der Agenda. Matthias hat zwar keine Lehre absolviert, nahm aber die Berufsbildung immer sehr ernst und setzte sich überaus stark für ein modernes und zukunftsfähiges Berufsbildungssystem ein. Aber auch sein Engagement für einen guten Standort Zug, mit Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten auf Hochschulniveau waren Dir sehr wichtig. So gingen die Gründung des Instituts für Wissen, Energie und Rohstoffe Zug (WERZ), aber auch der Ausbau der Hochschule Luzern am Standort Rotkreuz mit dem Fachbereich Informatik und der Stärkung des Bereichs Finance in wesentlichen Punkten auf Dein Engagement zurück. Und wenn ich mich im Konkordatsrat, aber auch direkt bei der Hochschule Luzern, unserer Zentralschweizer Fachhochschule, umhöre, dann ist und war man sehr froh über Dein starkes Engagement für diese Institution. Gleiches hört man im Übrigen aus der Metropolitankonferenz.
Die Wege von Matthias Michels Regierungstätigkeit kreuzten sich immer wieder mit meinen persönlichen und auch politischen Tätigkeiten, so in verschiedenen Ad-hoc-Kommissionen, beispielsweise zum bereits genannten WERZ, zum Metropolitanraum Zürich oder zu Greater Zurich Area, welche ich als Präsident begleiten durfte. Matthias Michel war als Vizepräsident des Konkordatsrats der Fachhochschule Zentralschweiz auch Festredner an der Feier zum Abschluss meiner Hochschulausbildung und hob dort u. a. mein politisches Engagement lobend hervor. Das ist mit ein Grund, weshalb ich mich geehrt fühle, heute auch Dein Engagement, Matthias, gebührend zu würdigen. Zudem kennen wir uns aus zwölf Jahren Stawiko-Visitationen. Natürlich können meine Worte nicht eine umfassende Sicht auf Deine Tätigkeit liefern. Und auch bei den Anekdoten muss ich mich beschränken, dies auf ein Ereignis aus Deiner Zeit als Landammann. Es war ein Besuch bei der Genfer Regierung angesagt. Der Landschreiber und der Rest der Delegation warteten am Bahnhof Zug auf Landammann Michel und seine Frau. Der Zug fuhr ab – ohne den Landammann. Die Genfer waren überaus bemüht um das Wohl der Zuger Delegation und erkundigten sich in regelmässigen Abständen bereits während der Zugfahrt über deren Befinden. Entsprechend nervös waren sie, als sie hörten, dass *Monsieur le Président* die gemeinsame Zugfahrt nicht wie geplant angetreten habe. Der Landschreiber beruhigte die Genfer: Matthias Michel werde den Weg nach Genf schon selber finden. In Genf war ein aufwendiger Spezialtransport mit Polizeieskorte für die Zuger organisiert worden. Dies dauerte jedoch derart lange, dass Matthias Michel und seine Frau bereits vor der übrigen Zuger Delegation im Hotel war. Was lernen wir daraus? Matthias Michel wählte manchmal einen anderen Weg − und kam vor allen anderen ans Ziel. Darum sieht man Matthias als eingefleischten Velofahrer vielleicht auch konsequent mit dem Velo zur Arbeit fahren. Für die Schlechtwettervariante gibt es glücklicherweise ja noch den ÖV, und wenn dieses Amt nun zu einer anderen Direktion wechselt, dann ist nun vielleicht definitiv die Zeit gekommen, den Fokus wieder auf anderes zu lenken, die Hektik des politischen Alltags hinter sich lassen und etwas Abstand gewinnen. So wie Matthias jeweils auf dem Stoos mit seiner Familie Abstand von der Zuger Poli-

tik nehmen und vielleicht mit etwas Schwyzer Sonne auf die Zuger Nebeldecke blicken konnte.
Lieber Matthias, Deine Familie war Dir immer wichtig. Du hast auch immer mal wieder Erlebnisse oder Anekdoten um Deine Kinder in Reden einfliessen lassen. Das machte Dich nahbar und zeigte, dass auch ein Regierungsrat mit teilweise ganz einfachen familiären Begebenheiten zu kämpfen hatte. Geniesse die nun hoffentlich vermehrt zu Verfügung stehende Zeit mit Deinen Lieben. Am 1. Januar 2019 beginnt etwas Neues. Du trittst − so habe ich kürzlich gelesen − in die sogenannte VUERZ ein, die ‹Vereinigung der unverwüstlichen ehemaligen Regierungsrätinnen und -räte des Kantons Zug›. Für diesen Beitritt musst Du keine Verhandlungen und keine Gespräche mit allen betroffenen Gruppierungen führen. Nein, es ist die logische Folge eines Entscheids, dass Du die Bühne des Regierungsrats verlässt und das Spiel auf der Dir nach all den Jahren bestens bekannten Ebene der kantonalen Exekutive nun anderen überlässt.
Lieber Matthias, im Namen des Zuger Kantonsrats und der Zuger Bevölkerung danke ich Dir herzlich für Dein grosses und weitherum geschätztes Engagement als Regierungsrat. Ich wünsche Dir alles Gute, viel Erfolg und Freude bei allen zukünftigen Schritten, beruflich wie privat.» *(Der Geehrte erhält einen Blumenstrauss überreicht, der Rat applaudiert.)*

Der scheidende Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden: «Vorerst danke ich Kantonsrat Andreas Hürlimann für seine würdigenden Worte. Wie so oft: Bei Laudationes gerät die Balance etwas ins Wanken zugunsten der Stärken, und ich danke Dir, dass Du meine Schwächen, die ich inzwischen selber auch gut kenne, nicht ans Licht gezogen hast.
Es ist ein Moment des Dankens. Ich beginne mit meinen Eltern, die mir eine vorurteilslose Haltung gezeigt und anerzogen haben. Sie haben sich vor 35 Jahren auch Fragen aus ihrem Freundeskreis gefallen lassen müssen, ob es denn Probleme mit dem ältesten Sohn gebe. Die Rückfrage meiner Eltern, ob dieser in den Drogen gelandet sei − es war die Zeit des Platzspitzes −, wurde quittiert mit ‹Nein, viel schlimmer: Er politisiert bei den Jungliberalen.› Man muss dazu wissen, dass ich aus einer CVP-Familie stamme, und trotzdem − oder vielleicht deswegen − haben meine Eltern Fritz und Elisabeth mich immer unterstützt. Meine Ehefrau heiratete mich, ohne beim Ja-Wort zu wissen, dass ich Vollblutpolitiker werde − und trotzdem blieb sie 25 Jahre bei mir. Danke, Christina, für deine Unterstützung, nicht nur in politischen Lebenslagen. Du hattest grosses Vertrauen in meine Arbeit, und Du hast Hunderte von Reden und Publikationen als Erstleserin mit der nötigen Distanz gelesen und warst − mit Deinen eigenen Worten − quasi ‹mein Volk›. Anders die Kinder: Sie kannten mich nur im Beruf als Politiker, und mangels einer Alternative war das für sie die beste aller Welten. Sie haben mir aber immer unbewusst einen Spiegel vorgehalten. So fragte der Älteste, damals sechsjährig, am Vorabend der ersten Wahl in den Regierungsrat: ‹Papa, wenn Du g'wählt bisch, was wird denn besser?› Ob er diese Frage auf sich selbst, auf die Familie, auf den Kanton Zug oder gar auf die Welt bezog, weiss ich nicht. Aber recht hatte er: Es muss sich doch was ändern und im besten Fall verbessern.
Ich danke meiner Partei für die Nominationen und für den liberalen Spielraum, den ich brauchte, und der Fraktion für den ernsthaften und respektvollen Austausch mit uns Regierungsräten; man spürte, dass man uns vermisste, wenn wir nicht dort waren. Ich danke dem Regierungskollegium für die langjährige, sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit. Und schliesslich zu Ihnen, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte: Ich habe in der letzten Nacht von Ihnen geträumt! Sie sehen daran,

wie nahe Sie mir gehen − vielleicht auch ein Zeichen, dass es Zeit ist zu gehen. Sie haben mich viel gelehrt, nämlich:
• dass es nur mit Ihnen funktioniert, nicht gegen Sie;
• dass auf den ersten Blick fragwürdige oder schwierige Vorstösse willkommene Steilvorlagen für den Regierungsrat sind, um seine Position zu erklären bzw. manchmal auch erst zu finden;
• dass die Vorgehensweise und die Entscheidungsprozesse in einer Demokratie fast wichtiger sind als das Resultat, das man als Exekutivpolitiker im Kopf hat.
Ich danke Ihnen herzlich für die respektvolle, konstruktive Zusammenarbeit.
Mein Dank gilt auch allen Mitarbeitenden der von mir geführten Direktionen für das engagierte Zusammenwirken und der Bevölkerung für das Vertrauen über die Wahlen hinaus und die vielen Feedbacks, die man als Politikerin oder Politiker ja auch braucht. Ein solches Echo möchte ich kurz erwähnen, da es weitgehend unbekannt geblieben ist. Als Reaktion auf das Attentat im Jahr 2001 haben die Zuger Schulen eine Aktion gestartet. Die Schülerinnen und Schüler erhielten grosse farbige Blätter, auf denen sie zeichneten und malten und ihre Gefühle zum Ausdruck brachten. Diese Blätter wurden gesammelt und in drei grossen Glasbehältern aufbewahrt. Dieses Werk ist den meisten unbekannt geblieben, ich selbst habe es vor drei Jahren im kantonalen Kunstdepot erstmals gesehen. Ich habe es diese Woche in das Regierungsgebäude bringen lassen. Wenn Sie aus dem Kantonsratssaal gehen, werden Sie nun nicht mehr die vorher erwähnte Eisenskulptur, sondern diese farbige, wunderbar verdichtete Erinnerung an einen schwierigen Moment sehen, der uns alle verbindet. Ich möchte auch den damaligen Schülerinnen und Schülern, die heute alle erwachsen sind, für dieses wunderbare Werk danken
Zurück in diesen Saal: Natürlich hatte ich nicht an allen Voten und Meinungen die gleiche Freude. Doch mir half der Gedanke, dass jedes Engagement hier beseelt und motiviert ist vom Gedanken, etwas zum öffentlichen Wohl beizutragen. Und dieses öffentliche Wohl wird je nach Sichtweise unterschiedlich verstanden; es gibt − auch das habe ich gelernt − immer verschiedene Wahrheiten. Dieses öffentliche Wohl, das *bonum commune,* die *res publica,* war mir immer eine sehr sinnhafte Triebfeder für mein politisches Wirken, weshalb ich immer wirklich topmotiviert war. Und die Frage, was jede und jeder zum öffentlichen Wohl unseres Kantons und unseres Landes beitragen kann, möge Sie weiterhin begleiten. Dann kommt es gut. Ich danke Ihnen bestens.» *(Der Rat applaudiert.)*

**1240** Traktandum 12.5: **Verabschiedung von Baudirektor Urs Hürlimann**

**Heini Schmid** verabschiedet den Baudirektor mit folgenden Worten: «Mit dem heutigen Tag geht Deine erfolgreiche, mehr als vierzigjährige Karriere im Dienst der Öffentlichkeit zu Ende. Als Lehrer, als Stabschef und Polizeikommandant der Zuger Polizei, als Kommandant Militärische Sicherheit im Rang eines Brigadiers und dann als Gesundheits- und Baudirektor hast Du der Öffentlichkeit gedient. Dieser Dienst am Staat verdient eine Würdigung − eine Würdigung Deiner Person. Und darum möchte ich den Anwesenden den Menschen Urs Hürlimann in fünf Stichworten näherbringen.
• Heimat und Natur: Aufgewachsen am Fuss der Rigi in einer dramatischen Landschaft am Übergang der Voralpen zu den Alpen, hast Du seit Deiner Kindheit, im Militär und dann auf Deiner geliebten Jagd die Berge und Hügel Deiner Heimat durchstreift. Mit jedem Schritt, mit jeder Stunde auf der Jagd zusammen mit Deinen

Kameraden und mit jeder Gefechtsübung hast Du Deine Heimat und die Natur in Dich aufgesogen und sie zu einem untrennbar mit Dir verbundenen Teil gemacht. Du kennst jeden Stein, jede militärische Stellung. Auf der Jagd und im Militär ist man nicht allein. Man pflegt die Kameradschaft und Geselligkeit. Man muss sich aufeinander verlassen können. Du bist gerne unter Menschen und am liebsten zusammen mit ihnen in der Natur. Aus dieser Verbundenheit zu Deiner Heimat und den vielen Menschen, die Du kennst, schöpfst Du die Kraft, und in dieser Verbundenheit liegt wohl auch die Wurzel für Dein Engagement für uns alle.

• Sicherheit: Dein Leben lang hast Du Dich mit Bedrohungen und Gefahren auseinandersetzen müssen. Insbesondere beim Attentat auf unseren Rat musstest Du das Grauen von Tod und Gewalt hautnah miterleben. Weil Du Deine Heimat, die Natur und die Menschen so gerne hast, willst Du sie schützen. Du denkst voraus, was alles passieren könnte. Es ist Dir wichtig, dass wir uns wappnen gegen die Unbill, die da draussen auf uns wartet. Vielleicht hat Dir dabei auch geholfen, dass Du an einem Ort aufgewachsen bist, wo sich die alten Schwyzer auf den Angriff der Habsburger vorbereitet haben. Die Verteidigungsbereitschaft scheint Dir somit in die Wiege gelegt worden zu sein.

• Strategie: Leuchttürme setzen, schon die übernächste Geländekammer im Blick haben, die nächsten Züge auf dem Schachbrett vorausdenken, sich einen Überblick verschaffen, in Ruhe die nächsten Schritte planen. Diese Stichworte zeigen auf, dass Dir der Blick vom Feldherrenhügel durchaus vertraut und die militärische Vorgehensweise zu Deiner zweiten Natur geworden sind. Viele haben von Deiner Übersicht, Deinem Organisationstalent und Deiner Fähigkeit zu führen profitiert, nicht zuletzt Gesundheitsdirektor Martin Pfister, der von Dir eine sehr gut funktionierende Direktion übernehmen durfte. Auch wenn es zuweilen hektisch zu und her ging, hast Du nie den Überblick verloren und den Fokus auf das Wesentliche gelegt. Und als Einsternegeneral hast Du die Kleinigkeiten gerne den andern überlassen − und auch erwartet, dass Deine Mitarbeiter Dir den Fussball auf den Elfmeterpunkt legen, damit Du den Elfmeter zielsicher verwandeln kannst.

• Brücken bauen: Brücken bauen war Dein Leitmotiv in der Baudirektion. Zugleich umschreibt es Dein Prinzip als Politiker: aufeinander zugehen. Schritt für Schritt gemeinsame Lösungen suchen. Ränkespiele, Intrigen, schnelle Positionswechsel, ja sogar Finten sind nicht Deine Sache. Du willst Deinen Auftrag, Deine Aufgabe umsetzen, zielgerichtet erfüllen. Nur läuft leider die Politik auch schon im kleinen Kanton Zug nicht immer so reibungslos ab. Die politische Taktik bestimmt zunehmend auch das Geschehen in diesem Rat. Und wenn Brandenberg'sche Sololäufe, linke Panzersperren und bürgerliche Unbelehrbarkeit das Vorankommen zu verunmöglichen drohten, wärst Du wohl gerne wieder General gewesen. Wie gerne hättest Du mit der richtigen Taktik und der Konzentration der Mittel diese Hindernisse aus dem Weg geräumt. Du bist aber durch und durch Demokrat und hast Dich in das Schicksal gefügt und versucht, halt neue Brücken zu bauen, was Dir auch fast immer mit Bravour geglückt ist. Dies zeigt zum Glück, dass auch ein ehrlicher Soldat in der Politik erfolgreich sein kann.

• Familie: Wie es für einen Urschweizer nicht verwunderlich ist, bist du ein konservativer Mann. Deine Vorstellungen von Familie sind doch eher traditionell geprägt. Dass Frauen am Herd stehen, findest Du nicht abwegig. Deine Familienwirklichkeit ist aber eine ganz andere. Mit Regula hast Du nun wirklich nicht das Mütterchen am Herd geheiratet, sondern lebst im Gegenteil eine moderne, gleichberechtigte Partnerschaft. Dabei war Dir immer sehr bewusst, dass Dir Regula ermöglicht hat, Deinen beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Deine Familie ist Dir wichtig. Vor kurzem bist Du stolzer zweifacher Grossvater geworden.

Deine zwei Enkelkinder sind nicht zuletzt auch der Grund, warum Du jetzt die öffentliche Bühne verlassen willst. Deine Kinder und Deine Frau mussten aus Deiner Sicht sehr oft den Preis für Deine Karriere bezahlen. Du willst nun die Prioritäten anders setzen und endlich wieder Deiner Frau und Deinen Enkelkinder die Aufmerksamkeit schenken, die sie verdienen.
Lieber Urs, wir danken Dir für den Dienst, den Du für uns geleistet hast, und wünschen Dir und Deiner Familie alles Gute. Wir entlassen Dich aus dem öffentlichen Dienst mit dem Hinweis, dass nicht nur Politiker, sondern auch Grosskinder recht widerspenstig sein können. Und wer weiss, vielleicht denkst Du in den hektischen Momenten, die da kommen werden, wehmütig an die geruhsamen Zeiten auf der Regierungsbank zurück.» *(Der scheidende Baudirektor erhält einen Blumenstrauss überreicht, der Rat applaudiert.)*

Der abtretende Baudirektor **Urs Hürlimann** wendet sich wie folgt an die Anwesenden: «Ganz herzlichen Dank, lieber Heini, für Deine Laudatio. Sie war treffend, und es ist wirklich fast alles gesagt − und zum Glück nur das Gute aus meinem Leben. Ich hatte in meinem Berufsleben ein vierfaches Privileg: zuerst das Lehrerstudium, das ich heute noch nicht missen möchte; dann eine herausfordernde Arbeit bei der Polizei im Kanton Zug und anschliessend auf Bundesebene in der Armee; und schlussendlich wieder im Kanton Zug zuhause zu sein und das ehrenvolle Amt als Regierungsrat bekleiden zu dürfen. Das war wirklich phantastisch, und das Schönste daran war: Mein Chef war das Volk. Das wurde mir erst in meiner Tätigkeit als Regierungsrat richtig bewusst. Natürlich hatte ich einen sehr kompetenten und hartnäckigen Verwaltungsrat, nämlich den Kantonsrat, und die Auseinandersetzungen mit Ihnen und die Streitkultur werde ich sicher vermissen. Ich bin sehr dankbar für das Privileg, das ich als Mensch in meinen vier Berufsleben haben durfte. In diesen vier Berufsleben habe ich mir meine eigene Lebensphilosophie aufgebaut; vieles davon hat Heini Schmid bereits erwähnt. Das Erste war die Vier-M-Strategie: Man muss Menschen mögen. Während meines ganzen Lebens und in allen Aufgaben, die mir anvertraut waren, wurde mir immer bewusster, dass man nichts erreichen kann, wenn man nicht mit Menschen umgehen und sie ins selbe Boot holen kann. Ich versuchte die Vier-M-Strategie mein Leben lang zu leben. Auch der Leuchtturm war ein wichtiger Teil meiner Philosophie. Es war mir bewusst, dass ich den Menschen, die mit mir zusammenarbeiten und mit mir ein Ziel erreichen wollten, eine Vision geben musste. Man muss den Menschen aufzeigen, wohin man gehen will, und man muss erreichen, dass sie bereit sind, ins Boot zu steigen und mitzurudern. Das Dritte ist das Bauen von Brücken. «Über sieben Brücken musst Du geh'n»: Dieses Lied des deutschen Sängers Peter Maffay habe ich unzählige Male angehört, weil ich bei der fünften Brücke wieder gescheitert war und dann die sechste oder siebte gebaut habe − ich komme darauf zurück. Für die Zukunft sind für Sie als Politiker, für unsere Gesellschaft und unsere Gemeinschaft im Kanton Zug genau diese Sachen wichtig: einerseits der Leuchtturm, denn «Gouverner, c'est prévoir», also vorausschauen, was 2040 passiert, und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, dass sich der Kanton Zug entwickeln kann; spüren, dass ein Teil der Bevölkerung Respekt, wenn nicht gar Angst vor einem allzu starken Wachstum hat, aber auch spüren, dass sich Zug weiterentwickeln muss, wenn es ein innovativer Kanton bleiben will. Insbesondere die kantonale und gemeindliche Exekutive wird in den kommenden Jahren in der Umsetzung gefordert sein. Alle sagen: ‹Verdichtung ja − aber bitte nicht vor meiner Haustüre.› Alle sagen: ‹Wir brauchen Mobilität und gute Verkehrskonzepte − aber bitte nicht vor meiner Haustüre.› Alle sagen: ‹Wir brauchen ein neues 5G-Netz, um die Entwicklung im Bereich EDV mitmachen

zu können − aber bitte die Antenne nicht vor meiner Haustüre.› Alle sagen: ‹Wir müssen bauen, wir brauchen Kies und Deponien − aber bitte nicht vor meiner Haustüre.› Ich habe das in der Baudirektion als ‹Terrassenblick› bezeichnet. Sie werden das in den kommenden Jahren als Konfrontation mit den Bürgern erleben. Man wird erklären und die Zusammenhänge aufzeigen müssen, und die raumplanerischen Entscheide, die der Kantonsrat zusammen mit dem Regierungsrat in diesem Jahr erarbeitet hat, müssen umgesetzt werden. Und das geht nur zusammen mit den Menschen.
Brücken bauen: Ich erlaube mir zu sagen, dass in allen erwähnten Bereichen keine Entwicklung und kein Fortschritt möglich sein wird, wenn das Parlament nicht lernt, in der nächsten Legislatur vermehrt Kompromissbereitschaft zu zeigen. Sie sind also gefordert, Schritte aufeinander zu zu machen, denn die unheiligen Allianzen hier in Zug und erst kürzlich auch in Bundesbern sind schwierig für die Entwicklung des Kantons. Konsens, gesunder Menschenverstand und der Blick auf die Bevölkerung: Das ist eine spannende Aufgabe, für die ich Ihnen schon jetzt viel Erfolg und viel Glück wünsche.
Ich danke Ihnen, geschätzte Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats, der ganzen Bevölkerung und allen Menschen, die an meiner Seite mitgearbeitet haben, für das ausserordentliche Vertrauen, das mir geschenkt wurde, und die Wertschätzung. Meinem Nachfolger Florian Weber wünsche ich viel Glück. Es sind unglaublich spannende Aufgaben, die auf ihn, auf die neue Regierung und auf Sie als Parlament zukommen. Ich habe mit Freude und nach bestem Wissen und Gewissen dem Staat und der Bevölkerung gedient. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich melde mich ab. Alles Gute!» *(Der Rat applaudiert.)*

**1241** Traktandum 12.6: **Verabschiedung von Claudia Mund, Datenschutzbeauftragte**

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, verabschiedet die Datenschutzbeauftragte wie folgt: «2014 wurden Sie zur Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug gewählt. ‹Frischer Wind› habe ich mir als Stichwort notiert. Viele erinnern sich an den vorherigen Datenschutzbeauftragten − und der frische Wind war schon am Tag der Wahl bzw. eigentlich schon im Bewerbungsgespräch zu spüren, als Sie der JPK eröffneten, wie Sie sich die Amtsführung vorstellten und welches Ihre Ziele waren. Und Sie haben Ihre Versprechungen eingelöst und Ihr Amt so geführt, wie wir es uns erhofft haben: dialogorientiert. Claudia Mund war keine Datenschutzbeauftragte, die uns den Datenschutz einfach aufs Auge drückte. Sie war vielmehr lösungsorientiert, suchte zusammen mit uns nach Lösungen und hatte immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen. Sie entschied von Fall zu Fall und wollte keine zu grossen Projekte durchdrücken, sondern in kleinen Schritten sukzessive vorwärtsgehen und den Datenschutz verbessern. Als positiv zu erwähnen ist auch, dass sie nach Zug gezogen ist. Sie ist also nicht nur hierhergekommen, um den Lohn zu beziehen, sondern hat sich zusammen mit ihrem Mann schnell in Zug integriert. Dass sie kompetent, flexibel und genau ist, zeigt sich auch darin, dass sie in diversen gesamtschweizerischen Gremien mitwirkt und dort als hochqualifizierte Spezialistin anerkannt ist. Sehr viele Kantonsrätinnen und -räte rühmen die gute Zusammenarbeit mit ihr, ihre zuvorkommende Art und dass sie stets versucht hat, gemeinsam eine Lösung zu finden.
Eigentlich ist es ein richtig schöner, interessanter Job. Dass Claudia Mund bereits nach vier Jahren weiterzieht, kann ich verstehen. Ihre Zukunftsaussichten sind

prächtig: Zusammen mit ihrem Mann wird sie die Welt erkunden und sich für eine Weile abmelden. Da bleibt mir nur übrig, Ihnen einerseits zu dieser Entscheidung zu gratulieren − es gibt Wichtigeres als die Arbeit, wenn man es sich leisten kann −, und Ihnen andererseits ganz herzlich für Ihre Arbeit und Ihren Einsatz für den Kanton Zug zu danken. Im Namen des Kantonsrats wünsche ich Ihnen alles Gute für die Zukunft.» *(Die scheidende Datenschutzbeauftragte erhält einen Blumenstrauss überreicht, der Rat applaudiert.)*

Die zurücktretende Datenschutzbeauftragte **Claudia Mund** wendet sich folgt an den Rat: «Ich gebe es zu: Mein Mann hat mir ein wunderschönes Angebot gemacht, das der Kanton Zug leider nicht toppen konnte. Deshalb verlasse ich die Stelle nach vier Jahren bereits wieder. Es waren vier bereichernde und sehr schöne Jahre, die ich im Dienst des Kantons Zug und der Zuger Bevölkerung verbringen durfte. Ich möchte Ihnen allen dafür ganz herzlich Danke sagen.» *(Der Rat applaudiert.)*

**1242** Traktandum 12.7: **Verabschiedung von Katharina Landolf, Ombudsfrau**

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, verabschiedet die Ombudsfrau wie folgt: «Acht Jahre lang durften wir auf unsere Ombudsfrau zählen. Diese Jahre waren geprägt von einer hohen Fachkompetenz, von juristisch sehr guten Entscheiden und einem offenen Ohr für Probleme, die juristisch vielleicht nicht immer gelöst werden konnten, bei denen es aber wichtig war, zuzuhören und zu verstehen, so dass sich die Personen, die sich an die Ombudsperson wandten, ernst genommen fühlten. Acht Jahre fadengerade Ehrlichkeit, Durchsetzungsvermögen und Unabhängigkeit. Auf ihre Unabhängigkeit hat unsere Ombudsperson stets bestanden und diese auch eingefordert. Davon können diverse JPK-Mitglieder ein Lied singen: Wir haben bei unserer Ombudsfrau ab und zu hartes Brot gegessen. Es waren aber auch acht Jahre harte, aber faire und stets von Respekt geprägte Diskussionen. Das rechne ich persönlich unserer Ombudsfrau sehr hoch an. Auch wir waren nicht immer gleicher Meinung, aber wir haben uns stets mit Respekt behandelt, was immer wieder Zuversicht gibt: Auch wenn man politisch aus unterschiedlichen Lagern kommt und unterschiedlicher Meinung ist, kann man über eine Thematik diskutieren und am Schluss eine Lösung finden.
Nach acht Jahren hat sich unsere Ombudsfrau entschieden, nicht mehr täglich von Zürich nach Zug zu pendeln. Sie hat sich dafür eingesetzt, dass eine gute Nachfolge gefunden werden konnte. Das ehrt sie. Sie sagte nicht einfach ‹Tschüss› und ‹Nach mir die Sintflut›, sondern wollte, dass die Suche nach der Nachfolgerin oder dem Nachfolger gut aufgegleist wurde. Katharina Landolf will nicht nur nicht mehr nach Zug pendeln, sie will vielleicht auch für längere Zeit nichts mehr sagen. Ich hoffe aber, dass sie heute noch eine Ausnahme macht und erst danach ihre Redeauszeit nimmt − ob in einem Kloster oder in einer Berghütte, weiss ich nicht. Auch das ist aber eine schöne Idee, und ich kann mir sehr gut vorstellen, dass es angenehm ist, einfach mal nichts zu sagen und auch nicht zuhören zu müssen. Im Namen der Justizprüfungskommission, des ganzen Kantonsrats und auch derjenigen, die bei Ihnen Hilfe gesucht haben, danke ich Ihnen herzlich für Ihren sehr kompetenten Einsatz und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute.» *(Die Ombudsfrau erhält einen Blumenstrauss überreicht, der Rat applaudiert.)*

Die scheidende Ombudsfrau **Katharina Landolf** verabschiedet sich mit folgenden Worten: «Es war mir eine Ehre, in den letzten acht Jahren für die Ombudsstelle des Kantons Zug tätig zu sein. Ich danke Ihnen allen, vor allem aber auch der Bevölkerung des Kantons Zug für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben. Ich zitiere aus einer Rede von Emily O'Reilley, der europäischen Bürgerbeauftragten: ‹Die Konferenz [= das Netzwerk der europäischen Ombudspersonen] erinnerte an die Befugnisse eines Bürgerbeauftragten. Wir arbeiten mit unterschiedlichen Mandaten, unterschiedlichen kulturellen Erwartungen an die Arbeit, unterschiedlichen politischen Gegebenheiten und unseren eigenen einzigartigen Persönlichkeiten, die sich auf die Art und Weise auswirken, wie wir unsere Arbeit tun und unsere Rolle sehen. Aber die Menschen, die sich an einen Bürgerbeauftragten wenden, verbringen nicht allzu viel Zeit damit, diese Unterschiede zu berücksichtigen. Sie sehen uns als jemanden, der ihnen einfach nur helfen soll. Und das ist die Verpflichtung, die uns alle verbindet.› In diesem Sinn verstand und verstehe ich auch meine Arbeit und meinen Auftrag als Ombudsperson, und diese Herausforderung war spannend, anregend − und manchmal auch beschwerlich. Ich durfte vielen verschiedenen Menschen begegnen und mich mit Themen auseinandersetzen, die mir vorher noch gar nicht bekannt waren. Diese Bereicherung war mir Lohn und gleichzeitig auch Motivation. Ich wünsche meiner Nachfolgerin die gleiche Befriedigung in dieser Aufgabe und hoffe, dass Sie auch ihr das gleiche Vertrauen schenken werden. Seien Sie stolz auf Ihre Ombudsstelle, denn Zug ist einer der nur sechs Kantone, die sich eine solche Stelle leisten, und der einzige Kanton in der Zentralschweiz, der seiner Bevölkerung diese Dienstleistung anbietet. Es ist Zeichen eines modernen Staatsverständnisses, seiner Bevölkerung auf Augenhöhe zu begegnen und sich in seinem eigenen Tun hinterfragen zu lassen. In diesem Sinn danke ich Ihnen und sage Adieu.» *(Der Rat applaudiert.)*

**1243** Traktandum 12.8: **Verabschiedung von Pascal Schuler, Stellvertreter der Ombudsperson**

**Thomas Werner,** Präsident der Justizprüfungskommission, fühlt sich etwas überfordert: Ist Pascal Schuler überhaupt im Saal? *(Der Rat lacht.)* Die Stellvertretung ist ja eher eine technische Sache, da es möglicherweise mal eine Konstellation geben könnte, in welcher sie oder er tatsächlich zu einem Einsatz kommen würde. Die Justizprüfungskommission hatte denn auch nie die Gelegenheit, Pascal Schuler kennenzulernen. Umso mehr freut sich deren Präsident sich, ihn kennenzulernen. Er kann über keine Begegnung mit ihm berichten, dankt ihm aber auch im Namen des ganzen Kantonsrats herzlich dafür, dass er sich bereit erklärt hat, dieses Amt übernehmen. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. *(Der Geehrte erhält einen Blumenstrauss, der Rat applaudiert.)*

**Pascal Schuler,** Stellvertreter der Ombudsperson, hält fest, dass er mit einem einzigen Fall betraut war und sehr viel von Katharina Landolt und ihrer Art profitiert hat. Er wünscht dem Kanton Zug und der seiner Bevölkerung, dass die Ombudsstelle noch lange bestehen bleibt, dies in der Unabhängigkeit, die Katharina Landolt mitkreiert hat. *(Der Rat applaudiert.)*

Der **Vorsitzende** hält fest, dass mit der heutigen Sitzung die 31. Legislaturperiode abgeschlossen wird; die begonnenen Arbeiten müssen im nächsten Jahr beendet und erledigt werden. Er verabschiedet sich als Kantonsratspräsident von den Kantonsratsmitgliedern mit den besten Wünschen für deren weitere private, berufliche und politische Zukunft.
Das grösste Geschenk, das man an Weihnachten machen kann, ist Zeit zu schenken. Obwohl dieses Geschenk nichts kostet, fordert es heraus. Man muss innehalten, sich allenfalls einen *Schupf* geben und auf andere Menschen im Familien- und Bekanntenkreis zugehen. Es wird sich lohnen: Mit kaum etwas anderem kann man seine Wertschätzung mehr zum Ausdruck bringen als mit diesem kostbaren Gut. In diesem Sinn wünscht der Kantonsratspräsident allen Anwesenden und ihren Liebsten besinnliche Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. *(Der Rat applaudiert.)*

## 1244 Nächste Sitzung

Donnerstag, 20. Dezember 2018 (Halbtagessitzung).

Es handelt sich um die konstituierende Sitzung für die 32. Legislaturperiode.

**Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse**
https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse